<36606383110011

Neue

Würzburger Zeitung

für das Jahr

1856.

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Würzburg.

Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 1.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 1. Januar 1856

Rückblick auf das Jahr 1855.

Wiederum ist ein Jahr verflossen und noch ist der große Streit nicht geschlichtet, welcher die Krieger dreier Erdtheile an den Küsten des schwarzen Meeres versammelt und in erbitterten Kampf wider einander geführt hat. Das Schwert des Soldaten hat den Knoten nicht zu zerhauen, die Feder des Diplomaten die Frage nicht zu lösen vermocht, aber Niederlagen und Verluste haben nur zu hartnäckigerem Widerstand, zu gesteigerten Anstrengungen gereizt, und die wiederholten Friedensverhandlungen haben nur klarer die Schwierigkeiten einer gütlichen Ausgleichung zu Tage gebracht. Kurz, diese orientalische Frage ist im Laufe des vergangenen Jahres verwickelter geworden, als sie vorher war, und wie sie zu lösen sey, läßt sich jetzt weniger absehen als je.

Zwar meinen Manche, die kriegführenden Mächte würden am Ende, erschöpft durch den langen Krieg, aus Mangel an Kräften Frieden schließen müssen, England und Frankreich würden das Geld, Rußland auch die Mannschaft nicht mehr finden, um den Krieg fortführen zu können. Aber das sind eitle Hoffnungen, bei diesem Aeußersten ist noch keiner der kriegführenden Theile angelangt. England und Frankreich werden noch Millionen geliehen bekommen, wie seither, und Rußland hat noch nicht nöthig gehabt, sein Heer aus den Nachbarländern zu ergänzen, während französische und englische Werber in Deutschland, Belgien, Holland, Italien, der Schweiz u. s. w. seit Jahr und Tag Rekruten fischen. Nein, den letzten Heller, den letzten Mann wird jeder dieser Staaten sicher daran wenden, um mit Ehren aus dem Kampf hervorzugehen. Denn man vergesse nicht, welcher Preis hier auf dem Spiele steht: Für Rußland sein Ansehen im Orient, der Nimbus der Unbesiegbarkeit, das Vertrauen der ganzen griechisch-slavischen Bevölkerung diesseits und jenseits des Bosporus, die Anwartschaft auf das türkische Erbe; für die Türkei der Rest ihrer Selbständigkeit, ihres politischen Lebens; für England und Frankreich ihr theuer erworbener Einfluß im Orient, ihr Handel nach der Levante und damit die Existenz eines großen Theiles ihrer Industrie; für Napoleon III. insbesondere noch gewissermaßen die Sicherheit seines Thrones. Da ist an ein Nachgeben nicht zu denken; es ist ein Kampf auf Leben und Tod, das Losungswort: Sieg oder Untergang! Ein Waffenstillstand ist möglich zwischen solchen Gegnern, ein dauerhafter Friede nie, so lange noch einer von ihnen Kraft behält, sich wieder zu ermannen. Man denke an die punischen Kriege.

Das haben die Wiener Konferenzen im Frühjahr 1855 deutlich genug herausgestellt und eben deßhalb verdienen sie unsere Beachtung im besonderen Maße, mehr noch als wegen dessen, was sie erzielt, oder vielmehr nicht erzielt haben.

Der Keim zu den **Wiener Konferenzen** lag in dem Vertrag vom 2. Dezember 1854 zwischen Oesterreich und den Westmächten. Dieser Vertrag enthielt in seinem Artikel 5 die Bestimmung, daß, wenn bis Ablauf des Jahres 1854 die Herstellung des allgemeinen Friedens nicht gesichert sey, die kontrahirenden Mächte über die gemeinsam zu ergreifenden „wirksamen" Maßregeln behufs Herbeiführung dieses Ziels in Berathung treten sollten. Der Sinn dieser Bestimmung konnte für Rußland nicht zweifelhaft seyn. Wenn Rußland bis zum 1. Januar 1855 die geforderten Konzessionen nicht machte, so hatte es zu gewärtigen, daß Oesterreich als Offensivalliirter der Westmächte seinen Angriff mit dem ihrigen kombiniren würde. Es mußte sich also bequemen, einen Frieden, den es noch kurz zuvor als einen für seine Ehre unmöglichen bekannt hatte, anzunehmen — oder aber es galt, zu versuchen, ob nicht die Durchführung des Art. 5 und seine Konsequenzen sich hintertreiben, der Dezembervertrag sich lockern und seine Drohung illusorisch machen lasse. Konnte es zweifelhaft seyn, daß die Entscheidung für diese letztere Seite der Alternative der russischen Politik die näher liegende war? Und indem man den Schein annahm, als wolle man den Frieden, und auf Grund dieses Scheins es zur Eröffnung von Unterhandlungen brachte, konnte man damit in der That nicht eine Menge gewichtiger Chancen zur Sprengung des Dezembervertrags gewinnen? Konnte man nicht hoffen, Oesterreich, indem man dessen Sonderinteressen schmeichelte, auf seine Seite herüber, oder doch mindestens von den Gegnern abzuziehen? Konnte Rußland nicht hoffen, durch lang hinausgedehnte Unterhandlungen Oesterreich, dessen Staatsschatz durch die gewaltige Truppenaufstellung in Galizien zusehends geleert wurde, finanziell so zu erschöpfen, daß es an einen Krieg, wenigstens in diesem Jahr, nicht mehr denken könnte? Das waren die Zielpunkte für die russische Diplomatie in Wien.

Aber auch in Berlin mußte sie einer neuen, wenn gleich weniger ernsten Gefahr, entgegen arbeiten. Der Beitritt zum Dezembervertrag war für Preußen offen gehalten worden; mit dem Aufgebot aller Ueberredungskunst suchten England, Frankreich, Oesterreich die preußische Regierung dahin zu bringen, daß sie ihrem Bündniß sich anschließe. Und in der That! Eine Zeit lang schwankte Preußen. Als die kleinste der europäischen Großmächte ist Preußen um so eifersüchtiger, seine Großmachts-Würde zu behaupten. Nun hatten die Dezember-Verbündeten in ihrem Vertrag deutlich genug erklärt, sie würden an den künftigen Friedensverhandlungen keine Macht theilnehmen lassen, die nur den unthätigen Zuschauer abgebe. Blieb also Preußen neutral, wie bisher, so drohete ihm die Gefahr, ausgeschlossen zu seyn aus dem Rathe der Großmächte, gerade zu einer Zeit, wo die wichtigsten Fragen zu entscheiden waren, wo vielleicht große, tiefeingreifende Gebietsänderungen beschlossen wurden. Hier nicht mitreden zu sollen, das war ein unheimlicher Gedanke für den preußischen Stolz. So entschloß sich denn das Berliner Kabinet, freilich mit schwerem Herzen, zu einer Annäherung an die Westmächte. Zwar wollte es dem Dezembervertrag nicht beitreten; das wäre ein weit zu entschiedener Schritt gewesen, dagegen sträubte sich auch sein Stolz, da ja Oesterreich diesen Vertrag ohne sein Vorwissen, ja, mit einem gewissermaßen beleidigenden Hintergedanken für Preußens Selbständigkeit abgeschlossen hatte; aber es gab noch einen Ausweg: Preußen konnte einen eigenen Vertrag mit den Westmächten schließen, Frankreich bot dazu gefällig die Hand und zu diesem Behufe wurden die Herren v. Wedell und v. Olberg nach Paris geschickt. Aber zu tief wurzelte im Herzen des Königs von Preußen und seiner Rathgeber die Neigung zu Rußland, zu stark war ihr Widerwillen gegen den Westen; das gab der russischen Diplomatie einen Anhaltspunkt; sie setzte die rechten Hebel an, sie operirte mit Geschick und mit Glück. Unausgesetzt betheuerte sie die Friedensliebe des Kabinets von St. Petersburg, und der Tod des Kaisers Nikolaus kam gerade recht, um ihren Versicherungen, die in den leitenden Kreisen Berlins ohnehin leicht Eingang fanden, noch mehr Glaubwürdigkeit zu leihen, da Alexander II., ob mit Recht oder mit Unrecht, im Ruf der Friedensliebe stand. Dem Berliner Kabinet wurde die Aussicht auf die Vermittlerrolle vorgehalten, nach welcher es sich schon längst mit verlangendem Blicke gesehnt hatte, und daß es diese verlieren müßte, wenn es durch Abschluß eines Trutzbündnisses mit den Westmächten Partei ergriffe. Dabei versäumten die russischen Diplomaten in Berlin nicht, die voraussichtliche Erfolglosigkeit der Wiener Konferenzen hervorzuheben, so daß Preußen im Grunde gar nichts verliere, wenn es sich dabei nicht betheilige; im Gegentheil könne es zuletzt nach deren Mißlingen das nebenbuhlerische Oesterreich und dessen vergebliche Arbeit mit selbstzufriedenem Behagen und wohlgefälliger Beräucherung seiner Weisheit belächeln. Das wirkte. Die Unterhandlungen mit Frankreich wurden abgebrochen, Preußen blieb neutral wie bisher, und resignirte sich, mit olympischer Ruhe den Friedensverhandlungen zuzusehen, welche zu Wien ohne seine Theilnahme gepflogen wurden.

Der deutsche Bund folgte Preußens Beispiel; die mittleren Staaten fürchteten, Oesterreich möchte durch einen Krieg ein ihnen gefährliches Uebergewicht in Deutschland erlangen; sie beschlossen zwar die Kriegsbereitschaft ihrer halben Bundeskontingente, hielten aber dabei, ohne sich für den Osten oder den Westen zu entscheiden, ihre bisherige abwartende Politik fest.

Und Oesterreich? In einer Anwandlung von jugendlichem Uebermuth, wie sie wohl selten bei ihm vorkommt, hatte das Wiener Kabinet den Dezembervertrag mit auffallender Hast abgeschlossen, in der stillschweigenden Voraussetzung, Preußen und die übrigen deutschen Staaten würden dann schon, mit oder wider Willen, seinem Beispiel folgen. Das war nun anders gekommen: Oesterreich konnte nicht mehr hoffen, mit jener Kriegsmacht in den Kampf einzutreten, auf die es im Dezember so sicher gerechnet hatte; es konnte nicht mehr hoffen, an den deutschen Staaten einen Anhalt zu finden, welcher es ganz unabhängig von dem guten Willen der Westmächte machen und im Nothfall es in den Stand setzen würde, den begonnenen Krieg auch ohne Hülfe derselben fortzusetzen, wenn es diesen einmal einfallen sollte, in einen für Oesterreich unvortheilhaften Frieden mit Rußland einzuwilligen. Oesterreich hatte also jetzt gar keine Lust mehr zu einem Krieg gegen Rußland; es galt nur noch, mit guter Manier von den Verpflichtungen des Dezembervertrags loszukommen, und hierzu sollten die Friedens-Konferenzen dem Wiener Kabinet die Handhabe bieten. Kam der Friede zu Stande, so war es ohnehin aus dem mißlichen Dilemma heraus; wo nicht, so mochte im Lauf der Verhandlungen sich ja wohl ein schicklicher Vorwand ergeben, mit der Kriegserklärung zurückzuhalten und in der bisherigen abwartenden Stellung zu verharren. Das war Oesterreichs Hoffnung, das wußten die Westmächte so gut wie Rußland; sie wußten auch, daß ein Friede zwischen ihnen noch nicht möglich war, weil das Maß der beiderseitigen Ansprüche und Zugeständnisse noch viel zu weit auseinander ging. Ihnen waren die Wiener Konferenzen nur ein Mittel, Oesterreich zu gewinnen; oder, genauer gesagt, für Rußland ein Mittel, durch scheinbare Nachgiebigkeit dem Wiener Kabinet jenen ersehnten Vorwand zu bieten, für England und Frankreich ein Mittel, durch möglichste Mäßigung ihrer Ansprüche ihm denselben zu nehmen; für Rußland ein Mittel, ihm die goldene Brücke zum Rückzug vom Dezembervertrag zu bauen; für England und Frankreich ein Mittel, es an sich zu fesseln und zum handelnden Bundes-Genossen zu machen. Das war die diplomatische Preisaufgabe; lang und geschickt wurde von allen Theilen manövrirt, aber russische Schlauheit trug zuletzt den Sieg davon.

Es ist hier nicht der Platz, auf die Einzelnheiten der Wiener Konferenz einzugehen. Ihr Ergebniß ist bekannt; am 26. April schieden die Bevollmächtigten, ohne etwas ausgerichtet zu haben. Mit merkwürdiger, freilich leicht erklärlicher Zähigkeit hielt jedoch das Wiener Kabinet an der letzten, der schwächsten Möglichkeit des Friedens fest; wiederholt arbeitete Graf Buol aus eigenem Antrieb neue Vermittlungsvorschläge aus. Klüglich wußte Rußland es so einzurichten, daß sie zuerst den Westmächten zur Erklärung vorgelegt wurden; diese fanden sie unannehmbar. Rußland hätte sie gewiß auch nicht angenommen; allein das fatale Nein war nun von seinen Gegnern gesprochen, und damit für Oesterreich der erwünschte Vorwand gegeben, die Ausführung des Art. 5 des Dezembervertrags zu verschieben, seine thätige Beihülfe den Westmächten zu versagen. Diese ihrerseits erklärten, sich nun auch nicht mehr an die mit Oesterreich vereinbarten vier Punkte binden, sondern nunmehr lediglich nach dem Gang des Kriegs ihre Forderungen bemessen zu wollen. So war denn thatsächlich das Bündniß vom 2. Dezember gelöst. Das hatte Rußland gewollt, und damit hatte es viel, sehr viel gewonnen; denn nun war ihm eine ganze Armee, die seither an der galizisch-polnischen Gränze festgebannt war, verfügbar geworden für den Kriegsschauplatz an der Ostsee und auf der Krim, wo die Hülfe wirklich recht nothwendig war.

Am grünen Tisch hatte man vergebens gearbeitet, die Entscheidung war wieder auf die Spitze des Schwerts gestellt. Aber auch das Schwert hat sie noch nicht gebracht. Süd-Sebastopol ist von den Verbündeten genommen, die russische Pontusflotte zerstört, ein herber Verlust für die Russen, der aber im Augenblick nicht ersetzt zu werden braucht, und sie darum an der Fortsetzung des Krieges nicht hindert; ihr Kriegshafen und ihre Flotte, welche sich nicht herauswagte, waren ihnen ja ein unnützes Besitzthum, so lang die verbündeten Flotten das schwarze Meer beherrschten. So ist es gerade auch mit der Beschießung von Sweaborg; die Verbündeten mögen dort kostbare Vorräthe von Schiffbau-Material zerstört haben, aber diese Vorräthe waren im Augenblick für die Russen, welche sie ohnehin nicht verwenden konnten, doch nur ein todtes Kapital; fühlbar wird der erlittene Schaden erst recht, wenn sie nach dem Frieden wieder daran gehen, Kriegsschiffe auszurüsten, und mit theuerm Geld das zerstörte Material nachgeschafft werden muß. Die Zerstörung von Anapa, der Verlust von Kinburn, Omer Pascha's Marsch auf Kutais, es sind harte Schläge für Rußland; aber wie gering ist das Verlorene im Vergleich zu dem weiten Gebiete des Czar! Und nun hat gar am Jahresschluß die Einnahme von Kars den Muth der Russen neu belebt. Kurz, auch die Erfolge der Waffen, wie glänzend sie sind, lassen eine baldige Entscheidung nicht absehen; im Gegentheil, zusammengehalten mit der vergeblichen Arbeit der Wiener Konferenzen, bestärken sie uns nur in der Ueberzeugung, daß noch manches Jahr verlaufen wird, bis Europa die Ruhe wieder findet, aus welcher Rußlands Ehrgeiz es aufgestört hat. Mit dem Winter sind zwar die Gedanken an Friede und Vermittelung auf's neue laut geworden, aber von den Wünschen und Hoffnungen zur Wirklichkeit ist ein weiter Weg.

Daß auf die innern Verhältnisse **Rußlands** ein Krieg, wie dieser, welcher mit dem Aufgebot aller Kräfte geführt wird, tief eingreifend zurückwirkt, das liegt in der Natur der Sache. Die Arbeitskräfte des Reichs sind durch die rasch wiederholten starken Aushebungen stark gelichtet, der Geldbeutel und die Produkte des Landes durch den erhöhten Bedarf der Armee sehr empfindlich in Anspruch genommen; der Handel mit dem Ausland, dem die feindliche Küstenblokade die See abgeschnitten hat, ist auf den Landweg beschränkt, welcher für einen großen Theil des Landes ein bedeutender Umweg und auch dadurch noch besonders lästig ist, weil es in dieser Richtung an den nöthigen Verkehrsmitteln, an Straßen, Eisenbahnen &c. sehr fehlt. Die Regierung hat sofort in wohlverstandenem Interesse des Landes, wie in ihrem eigenen unmittelbaren Interesse sich rasch daran gemacht, thunlichst dem erkannten Mangel abzuhelfen, neue Straßen, Eisenbahnen, Telegraphen &c. trotz des Aufwands, welchen der Krieg erfordert, nach allen Richtungen hin anlegen lassen; sie erkennt recht wohl, daß lebhafter Handel Geld ins Land bringt, und daß bei den Transporten von Truppen und Kriegsmaterial aus einem Theil des weiten Reichs in den andern gerade zu Kriegszeiten gute Verkehrsmittel von größter Wichtigkeit sind. So hat denn der Krieg hier Anlaß geben müssen, nachzuholen, was in einer langen Reihe von Friedensjahren versäumt worden war. — Am 2. März starb Kaiser Nikolaus, Alexander II. bestieg den Thron der Czaren. Wie immer und überall, wurden auch hier an den Regierungs-Wechsel die verschiedenartigsten Hoffnungen geknüpft; Manche träumten sogar, das Petersburger Kabinet werde sofort seine äußere wie innere Politik von Grund aus umändern; sie vergaßen, daß eine Regierung wie die russische ihr System nicht wechselt mit den Personen. Im Gegentheil: die äußere Politik ist dieselbe geblieben wie unter Nikolaus I., der Krieg wird mit gleicher Hartnäckigkeit fortgeführt, der schon erregte Fanatismus des Volkes wurde durch das von Alexander II. bei seinem Regierungsantritt erlassene Manifest und den Aufruf der hl. dirigirenden Synode nur noch mehr angestachelt. In der innern Verwaltung ist, von einigen Personaländerungen abgesehen, auch Alles beim Alten geblieben, wenn man nicht etwa die amtlich eingeführte russische Nationaltracht (Polukaftan), verschiedene allerhöchste Verfügungen über Knöpfe und Aufschläge der Soldaten u. dgl. sonderlich beachtenswerth findet, welchen sich kürzlich ein umfassender Gnadenakt für die beim polnischen Aufstand von 1830 Betheiligten anreihte. Von den großen Plänen, welche dem neuen Herrscher zugeschrieben wurden, als da sind Bauern-Emanzipation, größere Selbständigkeit für das Königreich Polen, Verständigung mit dem Papst über die Besetzung der erledigten römisch-katholischen Bischofssitze, gründliche Reform der innern Verwaltung, ist es bis jetzt ganz stille; freilich sind die drängenden Kriegssorgen Grund oder doch Entschuldigung genug, mit solchen durchgreifenden Maßregeln bis auf ruhigere Zeiten zu warten.

Oder Entschuldigung, sagen wir; denn in der **Türkei**, welche doch gleichermaßen die Lasten des Kriegs zu tragen hat, wurden und werden noch fortwährend gleichzeitig die innern Verhältnisse des Staates nach den verschiedensten Seiten hin von Grund aus umgestaltet; während des Krieges wurden die Reformen des Tanzimats, die seit Jahren nur auf dem Papier gestanden waren, ins Leben eingeführt, während des Krieges wurde den Christen der Zutritt zu einer Reihe von Zivil- und Militär-Aemtern eröffnet, während des Krieges wurden die Christen, welche bisher der Waffenehre nicht theilhaftig waren, zum Heeresdienste herbeigezogen und dafür von der schmählichen Kopfsteuer (Haradsch) befreit, nach verschiedenen Richtungen hin sind elektrische Telegraphen angelegt worden, endlich ist es im Plan, von Belgrad nach Konstantinopel eine Eisen-

bahn zu bauen und durch einen Kanal die Donau auf kürzerem Wege mit dem schwarzen Meere zu verbinden. Wird aber alles das beitragen, das otomanische Reich wieder zu verjüngen, wie Manche behaupten? Wir glauben es nicht; so wenig der Mensch sich die verschwundene Jugend zurückrufen kann, so wenig vermögen gealterte Völker aus sich selbst heraus sich zu verjüngen; und daß die Türkei ihre Blüthezeit längst hinter sich hat, das wird doch Niemand bestreiten. Was in diesem Land Großes und Tüchtiges noch geschaffen wird, das geschieht durch Fremde oder doch unter ihrer Leitung. Zwar auch Rußland zieht viele fremde Kräfte in seinen Dienst, aber es fesselt sie an sich und verleibt sie sich ein, während in der Türkei der Ausländer und sein Werk ewig fremd bleiben, und wenn er geht, fällt, was er mühsam ins Leben gerufen, rasch in den Sumpf der allgemeinen Fäulniß hinab.

Griechenland hat seinen Frieden mit der Türkei, welcher durch den Aufstand in Epirus und Thessalien gestört worden war, in diesem Jahre vollständig gemacht durch den Abschluß eines Handelsvertrages. Von den orientalischen Händeln hat das kleine Königreich sich klüglich fern gehalten. Von dem Ministerium Maurokordatos war ohnehin nicht anders zu erwarten, als daß es mit den Westmächten auf einem freundschaftlichen Fuße verkehren werde. Als dies Ministerium zurücktrat, weil verschiedene Mitglieder desselben dem König persönlich in solchem Grade zuwider waren, daß er allen Geschäftsverkehr mit ihnen abbrach, waren die Westmächte sehr besorgt, die Partei der Russenfreunde möchte ihre Männer ins Kabinet bringen; sie boten natürlich Alles auf, dies zu verhindern, und nach einer langen Krisis gelang es endlich, ein neues Ministerium zusammenzusetzen, welches sowohl dem Könige als den Westmächten genehm war, und den Grundsatz strenger Neutralität an die Spitze seines Programms stellte. Den Räubern, welche sich sogar bis in die Städte hinein wagten, hat freilich auch das neue Ministerium, so wenig wie das vorige, das Handwerk zu legen vermocht.

Auch in Italien steht das Räuberunwesen in schönster Blüthe, vornehmlich im Kirchenstaat. Die große Bande des Passatore, welche den Nordosten des Landes unsicher machte, ist zwar jetzt durch die österreichischen Truppen, die jenen Theil noch immer besetzt halten, vernichtet, aber in den anderen Gegenden des Landes treiben noch viele Genossen desselben ihr Wesen, worunter die Bande des Lazarini in neuerer Zeit eine traurige Berühmtheit erlangt hat. Nimmt man dazu noch die Ueberschwemmung der fruchtbarsten Landstriche durch Austreten der Flüsse, die vorjährige Mißärnte, deren Lücken auch die heurige nicht gänzlich ausgefüllt hat, das Wüthen der Cholera, die ewige Leere des Staatsschatzes, die wiederholten politischen Mordanfälle, darunter einer sogar durch de Felice, wiewohl erfolglos, gegen den Kardinal Antonelli gerichtet: so kann man sich einen Begriff machen von den reizenden Zuständen dieses Landes. Aber auch die übrigen Theile Italiens bieten eben kein liebliches Bild: Cholera, Theuerung, Ueberschwemmung, dazu die ewigen Umtriebe der Mazzinisten und hiermit brüderlich gepaart die Willkühr der Polizei, welche sich mit dem Abwägen der Verdachtsgründe keine sonderliche Mühe gibt. — Am ärgsten ist das Polizeiregiment im Königreich Neapel; diesseits der Meerenge trägt die Bevölkerung in dumpfem Schweigen den lastenden Druck, auf der Insel Sizilien aber haben sich die Unzufriedenen in Banden gesammelt, die, unterstützt von der Geistlichkeit und dem Landvolke, in den Bergen den gegen sie ausgesandten königlichen Truppen seither Trotz geboten haben. Mit den Jesuiten liegt König Ferdinand noch immer in Hader, sie sind ihm zu frei. Einen ernsten Streit hätte er beinahe mit den Westmächten bekommen durch die herausfordernde Art, wie er seine Freundschaft für Rußland zur Schau trug und welcher der unverständige Eifer dienstbeflissener Beamten offenbare Beleidigungen anreihte; doch besann sich König Ferdinand, so hartnäckig er sich auch Anfangs gezeigt hatte, noch bei Zeiten eines Bessern und gab die verlangte Genugthuung, wozu u. A. die Absetzung des Polizeidirektors Mazza gehörte. — Ein Sturm im Glas Wasser war der Zwist Toskanas mit Sardinien wegen Ernennung eines in Florenz mißliebigen Grafen Casati zu einem untergeordneten Posten bei der sardinischen Gesandtschaft daselbst. Die Sache wurde endlich, nachdem viel unnützer Lärm darüber gemacht worden war, durch Frankreichs und Englands Vermittlung in der Art bereinigt, daß die sardinische Regierung sich entschloß, den anstößigen Grafen anderswo unterzubringen. — Nicht so leicht zu beseitigen ist das Zerwürfniß zwischen Sardinien und dem heiligen Stuhl, welches durch die Siccardischen Gesetze erzeugt und heuer durch das Klosteraufhebungsgesetz noch mehr verschlimmert wurde. Dies von der Regierung eingebrachte Gesetz, welches außer den nachbezeichneten Klöstern auch alle einfachen Benefizien, sowie alle Kapitel der Kollegiatkirchen aufhebt, und alle kirchl. Pfründen und Anstalten einer neuen Steuer unterwirft, wurde nach langer und hitziger Berathung im Senat und in der Deputirtenkammer endlich mit dem Zusatz von Desambrois angenommen: 1) Diejenigen Klöster, deren Mitglieder sich nicht dem Predigeramte, der Erziehung oder der Krankenpflege widmen, verlieren die Eigenschaft moralischer Körperschaften; 2) die Güter solcher Gemeinschaften fallen an die zum Unterhalte der Geistlichen bestimmte Kasse; 3) die jetzigen Mitglieder derselben, welche in ihren Klöstern bleiben, erhalten aus deren Einkünften angemessenen Unterhalt. Sofort beeilte sich die Regierung, dasselbe in Vollzug zu setzen, ohne sich durch den großen Bann, welchen der Papst über jeden dabei Betheiligten aussprach, noch auch durch den passiven Widerstand der Geistlichkeit beirren zu lassen. Für den Staatsschatz fällt dabei ein erkleckliches Sümmchen ab; ob es aber hinreicht, das Defizit zu decken, das seit einer Reihe von Jahren mit fataler Hartnäckigkeit im Staatshaushalte sich behauptet? Wir möchten es bezweifeln; wenigstens ist der Anschluß an das Bündniß der Westmächte und das 15,000 Mann starke Hülfskorps, das in Folge davon nach der Krim geschickt wurde, kein sonderliches Heilmittel für die schwindsüchtigen Finanzen. Jene Streitmacht konnte nur mit Hülfe einer Anleihe ausgerüstet werden, und jetzt steht schon eine zweite von 30 Millionen Lire in Aussicht, um diese Truppen auf ein weiteres Jahr zu unterhalten. Wer wird diese Kosten je ersetzen?

Die Schweiz hat das gute Einvernehmen mit Oesterreich, welches durch die Austreibung der lombardischen Kapuziner aus dem Kanton Tessin gestört worden war, im Laufe dieses Jahres wieder hergestellt; von Oesterreich wurde die Gränzsperre aufgehoben und den unbemittelten Einwohnerklassen Tessins, die seit undenklichen Zeiten in der Lombardei lohnende Arbeit gefunden hatten, dies Ziel ihrer Wünsche wieder eröffnet. Aber schon droht wieder ein neues Zerwürfniß mit Oesterreich und zwar abermals veranlaßt durch den Kanton Tessin. Die Katholiken dieses Kantons sind nämlich seit lange den Sprengeln des Erzbischofs von Meiland und des Bischofs von Como, beide in der Lombardei, zugetheilt. Mit diesen lag der Regierungsrath von Tessin schon Jahr und Tag in Hader über die Gränzen ihrer Befugnisse gegenüber der weltlichen Obrigkeit. Der große Rath (gesetzgebende Versammlung) in Tessin will endlich den Knoten durchhauen und beschließt, die Zivilehe einzuführen und die Katholiken von den beiden genannten Diözesen zu trennen. Der Erzbischof von Mailand und der Erzbischof von Como protestiren dagegen und rufen die Hülfe ihrer Regierung an; Oesterreich erhebt in einer, durch seinen Geschäftsträger an den Bundesrath gerichteten Verbalnote Einspruch, der Bundesrath verlangt Aufklärung von den Tessiner Kantonalbehörden, diese aber halten fest an dem einmal gefaßten Beschluß und bestreiten dem Bundesrath das Recht, sich in die Sache zu mischen. Doch auch noch in anderer Hinsicht hat Tessin dem Bundesrath viel Sorgen gemacht. Schroffer, als irgendwo in der Schweiz, stehen sich dort die Parteien der Radikalen und Konservativen gegenüber. Beim geringsten Anlaß bricht der mühsam verhaltene Haß in Thätlichkeiten aus und hat heuer sich sogar einmal bis zu einem Meuchelmord verirrt, welcher an dem Radikalen Degiorgi, einem Anhänger der Regierungspartei, verübt wurde. Auf die Kunde von diesem Vorfall loderte die Parteiwuth in hellen Flammen auf, und der Kanton stand am Rand eines Bürgerkrieges, der nur durch das kräftige Einschreiten der Regierung und des Bundesrathes, welcher sofort den Obersten Bourgeois als eidgenössischen Kommissär mit ausgedehnten Vollmachten absandte, verhindert wurde. Der Prozeß gegen die Mörder Degiorgi's schwebt noch. Erfreulich ist es dagegen zu sehen, daß in den Kantonen Bern und Freiburg die Parteihäupter nach jahrelangem Hader sich endlich versöhnt haben und friedlich neben einander in den obersten Staatsbehörden sitzen. — Oberwallis wurde durch wiederholte Erdstöße heimgesucht. — Der Eisenbahnbau ist nach der Verfassung von 1847 Sache der einzelnen Kantone; dadurch hat nun die Selbstsucht und Eifersucht der kleinen Gemeinwesen den weitesten Spielraum; jeder Kanton möchte die Bahnlinie so geführt wissen, wie es ihm am vortheilhaftesten ist; keiner gibt nach, und doch kann keiner ohne den andern bauen; des Haders wird kein Ende, zuletzt bestürmen sie den Bundesrath mit ihren Beschwerden, und dieser, von allen Seiten überlaufen, weiß sich zuletzt nicht anders zu helfen, als daß er die Bundesversammlung einberuft: sie soll in letzter Instanz den Streit schlichten. So wird auf einem Umweg zum Theil doch thatsächlich herbeigeführt, was der Kantönligeist im Jahre 1847 nicht zugeben wollte: daß die oberste Bundesbehörde den Eisenbahnbau leitet. — Das Werben für fremde Kriegsdienste ist in der Schweiz verboten; nichts desto weniger trieben französische und englische Werber das ganze Jahr hindurch mit Erfolg ihr Geschäft in allen Kantonen. Als die Sache

zu bunt wurde, erinnerte der Nationalrath den Bundesrath in einem eigenen Beschluß, das Gesetz strenger zu handhaben. Seitdem gehen die Werber etwas manierlicher zu Werke, im Uebrigen aber ist's beim Alten geblieben.

Frankreichs Beziehungen zu dem Auslande, welche durch die Revolution von 1848 sehr gelockert und in den ersten Jahren nach Louis Napoleons Regierungsantritt noch immer ziemlich unsicher waren, haben sich in neuerer Zeit zusehends befestigt; das sprechendste Zeugniß hierfür ist der Ausflug Louis Napoleons nach England und der Besuch verschiedener gekrönten Häupter in Paris. Im Anfang seiner Regierung vermied Louis Napoleon sorgfältig jede persönliche Berührung mit anderen Fürstenhäusern; er wollte es nicht riskiren, daß ihm als einem Emporkömmling vielleicht weniger Ehre erzeigt oder seine Einladung mit einem hochmüthigen Nein beantwortet würde. Das hat sich jetzt geändert: Napoleon hat London besucht und ist dort vom Hof mit solchen Ehren, vom Volk mit solcher Begeisterung empfangen worden, wie sein Stolz es nur immer wünschen konnte; mit nicht geringerer Befriedigung empfing er in seiner Residenz den Besuch der Könige von Portugal und von Sardinien, des Herzogs von Brabant, vor allen aber der Königin Viktoria. In dem glänzenden Empfang der englischen Königin feierte der Kaiser einen doppelten Triumph: den, daß die Erb-Königin des adelstolzesten Landes ihn, der sich selbst noch vor wenig Jahren rühmend einen Emporkömmling genannt hatte, als ihres Gleichen besuchte, und den, daß er ihren Gegenbesuch als das Symbol einer mehr als bloß momentanen Annäherung des englischen und französischen Volkes an einander bezeichnen konnte. Zugleich aber ward durch die kaiserlichen und königlichen Festzüge durch Paris, durch die Prachtbälle zu Versailles u. s. w. sowohl für das Amüsement als für den Verdienst der Pariser gesorgt. Von welcher politischen Wichtigkeit aber die Befriedigung der hauptstädtischen Genußsucht ist, hat Lamartine seiner Zeit in den berühmt gewordenen Worten: „Frankreich langweilt sich", aufgedeckt, und den finanziellen Vortheil der Pariser von diesen Festlichkeiten zeigt die einfachste Berechnung der Summen, welche die fremden Gäste in Paris verbraucht haben. So hatte auch die Industrieausstellung nicht bloß für Kunst und Gewerbfleiß eine hohe Bedeutung, sondern sie war zugleich ein wohlberechnetes politisches Werkzeug in der Hand des Kaisers. Daß die Hunderttausende aus allen Ländern zum Besuch des Industrie-Palastes nach Paris strömten, das schmeichelte den Parisern, gewährte ihnen Unterhaltung und einen guten Verdienst zugleich. Und in der That war es doppelt nothwendig, die Hauptstadt, die nun einmal in Frankreich den Ton angibt, bei guter Laune zu erhalten, Angesichts der Arbeitseinstellungen in verschiedenen Provinzialstädten und der gesteigerten Kriegslasten. Wahrlich nicht gering waren diese Lasten: außer der gewöhnlichen Aushebung von 140,000 Mann wurde dem Land noch eine zweite eben so starke, welche eigentlich erst im kommenden Frühjahr an die Reihe käme, abverlangt; die Steuern wurden um 70 Mill. Franks erhöht und endlich zwei Anleihen von 500 und 750 Mill. Franks aufgenommen. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die doppelte Rekrutirung leicht von Statten ging, daß obendrein Schaaren von Freiwilligen zu den Fahnen strömten und daß zu den Anleihen der drei- und vierfache Betrag gezeichnet wurde, eine Erscheinung, die freilich, so angenehm sie für den Finanz-Minister war, in national-ökonomischer Hinsicht mancherlei Bedenken erregen muß. Durch die Sorge für den Krieg ließ die Regierung sich nicht abhalten, den inneren Verhältnissen des Landes die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, Nothständen abzuhelfen, insbesondere für die arbeitenden Klassen zu sorgen. In dieser letzten Beziehung verdienen die Versorgungsanstalten für erkrankte Arbeiter Erwähnung. Da die heurige Aernte den Bedarf des Landes wieder nicht vollständig deckte, so ergriff die kaiserliche Regierung sofort jene Maßregeln, durch welche sie den Ausfall, 7 Mill. Hektoliter, zu ergänzen hoffte. Sie verlängerte die Gültigkeit der früher getroffenen Maßregeln zur Erleichterung der Einfuhr von Nahrungsmitteln bis Ende 1856; sie eröffnete einen Credit von 10 Mill. Frs. zur Vertheilung an Wohlthätigkeits-Anstalten und zur Unterstützung von nützlichen Gemeinde-Arbeiten; sie beschloß, um einer Geldkrise, die unter den gegenwärtigen Umständen doppelt gefährlich gewesen wäre, möglichst entgegen zu wirken, keine neue Konzession oder Autorisation zu Unternehmungen zu gewähren, welche die Emission von neuen Werthpapieren zur Folge hätten; sie bewog aus demselben Grund den Credit Mobilier, die Emission seiner Schuld-Scheine zu vertagen; sie führte in Paris eine Fleischtaxe ein und rief durch ihre Präfekten und sonstigen Beamten in zahllosen Orten des Landes die Ausgabe von Brodbons auf Ortskosten an die Ortsarmen, die Errichtung von Vereinen für den Verkauf von wohlfeilem Fleisch u. s. w. an Arme ins Leben. Auch nach einer anderen Seite hin wurde die Aufmerksamkeit der Regierung stark in Anspruch genommen, nämlich durch die ununterbrochene Thätigkeit der geheimen Gesellschaften, welche, wie der verunglückte Aufstandsversuch von Angers und der hiewegen eingeleitete Prozeß gezeigt haben, noch immer förmlich organisirt über ganz Frankreich verbreitet sind, und auf ihr Ziel, die demokratisch-sozialistische Republik, unverwandten Auges losarbeiten. Die Legitimisten und Orleanisten, wenn auch weniger rührig, würden auch mit Freuden jede Gelegenheit ergreifen, ihre verhaltenen Wünsche und Pläne zu verwirklichen. Kurz Frankreichs politischer Boden ist noch immer gefährlich unterwühlt, und seine Ruhe hängt vom Leben eines einzigen Mannes ab. Wie nun, wenn Pianori's, wenn Bellemare's Attentat gelungen wäre?

Ganz anders ist es in *Großbritannien*. Dort ruht das Herrscherhaus und die ganze Staatsverfassung auf festem Grund; so laut und hitzig sich auch die Parteien im Parlament bekämpfen, nie wird die Krone von dem Streit berührt; ein Ministerium fällt, aber der Staat bleibt unerschüttert. Großbritannien hat in diesem Jahr drei Ministerien am Staatsruder gesehen; doch weit entfernt, durch diesen Wechsel geschwächt zu werden, ist die Staatsregierung aus jeder dieser Ministerkrisen sozusagen verjüngt und neugestärkt hervorgegangen. Das Ministerium Aberdeen führte den Krieg nur mit halbem Herzen und spähte nach einer guten Gelegenheit, seinen Frieden mit Rußland zu machen; das erste Ministerium Palmerston war in sich selbst gespalten in eine Kriegs- und Friedens-Partei, und so trugen denn auch seine Entschlüsse wie seine Handlungen mehr oder minder den Stempel der Halbheit; erst das zweite Ministerium Palmerston, aus welchem die zur Unzeit friedliebenden Peeliten ausgemerzt waren, griff den Krieg mit ganzer Seele und voller Kraft an, und zwar so entschieden, daß auch der alte Russell, welchem auf dem Wiener Konferenzen allerlei Friedens-Projekte in den Kopf gesetzt worden waren, seinen Minister-Posten verlassen mußte. Das neue Ministerium stellte mit kräftiger Hand die Uebelstände im Heer ab, welche der Roebuck'sche Untersuchungsausschuß an den Tag gebracht hatte, und rottete entschlossen auch in den übrigen Zweigen der Staatsverfassung eine Menge von Mißbräuchen aus, die längst erkannt und beklagt worden waren, an die aber früher Niemand Hand anzulegen gewagt hatte. Daß die freie Presse sehr viel zu diesem raschen Fortschritt beitrug durch die Rücksichtslosigkeit, womit sie die erkannten Mißbräuche offen legte und angriff, ist außer Zweifel. Manche haben das als unpatriotisch getadelt, und es mag auch seine unangenehmen Seiten haben; aber der Vortheil überwiegt bei weitem. Jetzt steht in der Krim ein brauchbares Heer dem Feinde gegenüber, das seinem Vaterlande Ehre macht; wäre es etwa besser, wenn die Presse die Mängel, unter welchen es im vorigen Jahr litt, verschwiegen oder gar beschönigt hätte? Stände dann nicht noch immer in der Krim jenes Jammer-Bild von Armee, das im vorigen Winter nicht einmal seine Belagerungsarbeiten fortsetzen konnte? Aus der Erkenntniß, daß die britische Staatsverwaltung in vielen Dingen gründlich verbessert werden müsse, ist in diesem Jahr auch ein neuer Verein hervorgegangen, die sogenannte Administrativ-Reform-Gesellschaft. Dieser Verein, welchem eine große Zahl der geachtetsten Männer angehört, hat sich nicht zum Zweck gesetzt, diese oder jene Maßregel durchzusetzen, sondern er will fortwährend den in der öffentlichen Verwaltung eingerissenen Mißbräuchen nachspüren und die öffentliche Meinung durch die Presse wie in zeitweisen Versammlungen darüber aufklären, um durch sie und ihren zwar langsamen aber sichern Druck die Regierung zur Abhülfe zu treiben.

Auch *Deutschland* blieb nicht unberührt von dem orientalischen Streit. Während aber die Anderen mit den Waffen dreinschlugen, wurde in unserm lieben Vaterland herüber und hinüber gezankt mündlich und schriftlich, am Bundestag und in langgesponnenen Noten; das Ende vom Lied war — eine thatenlose Kriegsbereitschaft, die indessen den deutschen Staaten doch schon eine hübsche Summe gekostet hat, ohne daß man eigentlich recht weiß, wofür. — Das unentschiedene Benehmen des Bundestages in der orientalischen Frage, wie sein Verfahren in der hannover'schen Verfassungsfrage und in der Beschwerde-Sache der württembergischen Standesherren haben auf's Neue nicht bloß im deutschen Volk, sondern auch bei verschiedenen Regierungen den Wunsch nach einer Reform des Bundes hervorgerufen, ein Wunsch, welchen die 2. Kammer von Württemberg sowohl als von Bayern, wie auch der Landtag der Herzogthümer Koburg und Gotha offen aussprachen und ihren Regierungen warm an's Herz legten. Leider muß jeder Einsichtige zugeben, daß dies leichter gesagt, als gethan ist. — Sehr schmerzlich wurde der Mangel einer tüchtigen deutschen Bundes-Behörde erst neuerlich wieder vermißt bei dem Verbote verschiedener Sorten fremden Papiergeldes, das nach Preußens Vorgang von mehreren deutschen Staaten erlassen wurde. Den

Werth oder Unwerth dieser Maßregel zu erörtern, ist hier nicht der Platz; gewiß aber ist es zu beklagen, daß in dieser Sache, wo jede Maßregel so tief und empfindlich in Handel und Wandel eingreift, nicht eine gleiche, einheitliche Anordnung für alle Bundesstaaten getroffen, sondern es jedem einzelnen überlassen wurde, sich selbst zu helfen, so gut es eben ging. — Das alte Verbot der Werbung für fremden Kriegsdienst ist aus Anlaß der Thätigkeit englischer und französischer Werber in allen deutschen Staaten wiederholt eingeschärft und die Zuwiderhandelnden sind streng bestraft worden — wo sie sich erwischen ließen; daß dies aber nicht der Mehrzahl geschah, zeigt zur Genüge der starke Zufluß zu dem Depot der englischen Fremdenlegion auf Helgoland. — Die seit mehreren Jahren anhaltende Theuerung hat noch immer nicht nachgelassen, und die übertriebenen Hoffnungen, welche Manche auf die Aernte setzten, sind wieder getäuscht worden; — natürlich, da die Ursachen der Theuerung großentheils noch fortbestehen, und die Wirkungen anderer, früher bestandener Ursachen sich nicht so schnell verwischen lassen. Die Zollvereinsregierungen haben an dem von ihnen angenommenen richtigen Grundsatz, daß hier nur durch thunliche Erleichterung des Verkehrs einigermaßen zu helfen sey, festgehalten und demgemäß die Erhebung des Eingangszolls von Getraide, Hülsenfrüchten, Mehl u. dgl. auf ein weiteres Jahr ausgesetzt.

Bayern hat im abgelaufenen Jahr öfter und in mehrfacher Hinsicht die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Bayern ist groß genug, um durch seine Stimme am Bundestage einen bedeutenden Einfluß zu üben; Bayerns Regierung stand zu Anfang des Jahres in der vordersten Reihe Jener, welche die strengste Neutralität in der orientalischen Frage als die heilsamste Politik für den deutschen Bund priesen. Diese Ansicht siegte am Bundestag, und die Frucht ihres Sieges war die halbe Kriegsbereitschaft des Bundes, die gleichmäßig nach Osten wie nach Westen Front machen sollte. In den letzten Monaten aber ist in der äußeren Politik der bayerischen Regierung eine auffallende Wandlung vorgegangen; sie hat sich gleich der sächsischen Regierung den Westmächten mehr zugeneigt, und wenn sie auch immer noch eine Mittelstellung zwischen beiden kriegführenden Theilen einnimmt, so ist das doch nicht mehr jene farblose, thatlose, lediglich beobachtende Neutralität vom Frühjahr, sondern sie übt eine vermittelnde Thätigkeit, wobei sie zugleich ihre Ansicht dahin äußert, daß Rußland gut thäte, nachzugeben, daß mithin die Westmächte im Recht seyen. Diese Wandlung der bayerischen Politik datirt nicht erst von der Reise des Hrn. v. d. Pfordten nach Paris; wäre sie nicht vorher schon eingetreten gewesen, er wäre sicher nicht dahin gegangen. Wir irren nicht, wenn wir sie zum guten Theil der Entschiedenheit in Rechnung schreiben, womit die im vorigen Frühjahr aufgelöste 2. Kammer aufgetreten war. Die Mehrheit dieser Kammer, früher im besten Einvernehmen mit dem Ministerium, hatte in der letzten Zeit ihres Bestehens mehr und mehr eine oppositionelle Haltung angenommen, die sich bei verschiedenen Anlässen, z. B. bei der Feust'schen Beschwerde, bei der Berathung eines von der Regierung vorgelegten Wahlgesetz-Entwurfs etc. deutlich und scharf bekundete. Vor Allem aber war es die äußere Politik, worin die Ansichten der Kammermehrheit und die des Ministerium auseinander gingen. Diese Divergenz trug großentheils dazu bei, daß die geforderte Summe von 15 Millionen für die Kriegsbereitschaft von der 2. Kammer auf 6½ Mill. herabgesetzt wurde (in Folge hiervon trat der Kriegsminister v. Lüder zurück und an seine Stelle der damalige Oberst, jetzt Generalmajor v. Manz); diese Divergenz erzeugte in der 2. Kammer die Unlust, das Budget sofort für die 6 Jahre der 7. Finanzperiode zu bewilligen, und rief den Antrag hervor, die Bewilligung einstweilen nur auf die nächsten 2 Jahre zu ertheilen. Die Kammer sprach dies sogar ziemlich unverblümt in einer Adresse an S. M. den König aus. Die Minister konnten diese Sprache nicht mißverstehen, das Mißtrauen nicht verkennen, das gegen ihre Politik darin niedergelegt war. Die 2. Kammer wurde aufgelöst, die Minister appellirten an das Urtheil des Landes. Dieses fiel entschieden zu Gunsten der Kammermehrheit aus; nicht nur brachten die Neuwahlen fast sämmtliche Mitglieder der früheren Mehrheit wieder in die Kammer, sondern ihre Reihen wurden noch durch eine Reihe von Gesinnungsgenossen ansehnlich verstärkt. Das Ministerium seinerseits besaß Selbstverläugnung genug, nach dieser deutlichen Kundgebung der öffentlichen Meinung in der früheren Richtung nicht zu verharren, suchte sich vielmehr mit der 2. Kammer in ein freundliches Einvernehmen zu setzen, was es bei verschiedenen Anlässen wiederholt bekundete, so bei der Ausschußberathung über die Frage der Gerichtsorganisation, bei den Pfälzer Wahlreklamationen. Die bis dahin in Bayerns konstitutionellem Leben noch unerhörte Schmach der Pfälzer Wahlvorgänge wurde rasch getilgt durch die Entschiedenheit, womit die 2. Kammer die Untersuchung in die Hand nahm, wie durch die Bereitwilligkeit, mit der die Minister sie unterstützten, und den Eifer, womit sie jede Theilnahme oder Billigung derselben von sich wiesen; und der Ausfall der Neuwahlen hat gezeigt, daß die erhobenen Beschwerden nur zu begründet waren. Sonst hat der Landtag, der nun bereits 4 Monate versammelt ist, bis jetzt leider nicht viel Bedeutendes zu Wege gebracht, woran großentheils der schleppende Geschäftsgang Schuld trägt. Im Interesse des Landes wäre es sehr zu wünschen, daß hierin endlich einmal Abhülfe getroffen würde. Für die nächste Zeit nach Neujahr stehen außer einer Reihe Gesetzentwürfe und Anträge von untergeordneter Bedeutung das Finanz- sowie verschiedene Steuergesetze zur Berathung in Aussicht, für spätere Zeit der bereits vorgelegte Entwurf eines Polizeistrafgesetzbuches und eines Strafgesetzbuches für Verbrechen und Vergehen. Die heikle Frage der Gerichtsorganisation liegt noch immer im Stadium der Ausschußberathung.

Zwischen der 2. Kammer des Königreichs Württemberg und dem Ministerium Linden war über die Revision der Gemeindeordnung, über die Wiedereinführung des befreiten Gerichtsstandes für die Prinzen, Adeligen u. s. w., endlich über die vom Ministerium vorgeschlagene Entschädigung des Adels, der Geistlichkeit und der Stiftungen für die bei der Ablösung der Grundlasten im Jahre 1848 erlittenen Verluste ein tiefer grundsätzlicher Zwiespalt zu Tage getreten, der ein Uebereinkommen nicht mehr hoffen ließ. Als nun noch der Pfeiffer'sche Antrag auf Reform des deutschen Bundes und Vertretung des deutschen Volkes bei demselben auftauchte, rieth das Ministerium dem König, die 2. Kammer aufzulösen. Dies geschah im August. Vor wenigen Wochen gingen die Neuwahlen vor sich; eine Bewegung ergriff da das ganze Land, wie sie seit Jahren in Schwaben nicht vorgekommen war. Das Stichwort war: Ablösungsentschädigung oder nicht? Schon schien es, als werde die Regierung im Wahlkampf unterliegen, als sie noch zu rechter Zeit eine Reihe von Aktenstücken veröffentlichte, woraus deutlich hervorging, daß sie beim Bundestag die Beschwerden des Adels über die Ablösung entschieden bekämpft, und die Entschädigung dem Landtag nur darum vorgeschlagen hatte, um dem Lande das Einschreiten des Bundes (dieser hatte die Ansprüche des Adels gebilligt) zu ersparen. Dies wirkte so, daß die Wahlen in der Mehrzahl für das Ministerium günstig ausfielen.

Die Regierung von Baden hat den Streit mit dem Erzbischof von Freiburg durch ein vorläufiges Abkommen einstweilen beigelegt; über ein Konkordat wird mit Rom noch unterhandelt. — Hessen-Darmstadt hatte ein Polizeistrafgesetzbuch bekommen, welches als zweckmäßig gerühmt wird. — In Nassau ist das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden wieder hergestellt.

Kurhessen sah in diesem Jahre den Stern des Ministerium Hassenpflug erbleichen. Die von diesem mit äußerster Hartnäckigkeit durch alle Instanzen verfolgten Prozesse gegen die Steuerverweigerer des Jahres 1850 und die Vorstände der Hanauer politischen Vereine endeten auch in letzter Instanz mit der Freisprechung der Angeklagten. Die auf Grund dieser Prozesse suspendirt gewesenen Beamten traten demgemäß wieder in ihre Aemter ein. Mit der Lösung der Verfassungsfrage ging es dem Ministerium nicht besser; die Verfassung schwebt noch immer zwischen Tod und Leben wie vor Jahren, als Hassenpflug berufen wurde, sie zu reformiren, und zwar scheint ihm in letzter Zeit die größte Schwierigkeit von einer Seite gemacht worden zu seyn, woher er sie am wenigsten erwartet hatte, nemlich vom Bundestag. Dies und allerlei persönliche Häckeleien führten den Sturz des Ministerium herbei; ein neues ist, obwohl seitdem bereits einige Monate vergangen sind, noch nicht zu Stande gekommen.

Auch der Fürst von Lippe-Detmold hat seinen Kabinetsminister, Hrn. Dr. Hannibal Fischer, traurigen koburger Andenkens, fortgeschickt und haust nun ohne Minister, bis daß sich Einer findet, dem es gelüstet nach der lippeschen Minister-Würde. Ein preußischer Beamter, Hr. v. Oheimb, hatte sich, so hieß es vor einigen Wochen, endlich bereit erklärt, den mehrfach angebotenen Posten anzunehmen; doch amtlich ist hierüber zur Zeit noch nichts bekannt.

Thüringen wird nun, so scheint es, nach jahrelangem Streiten endlich doch noch zu seiner Werrabahn kommen. — In Altenburg wurde der vormärzliche Landtag wieder berufen. — Im Königreich Sachsen ist die neue Gerichtsorganisation eingeführt, welche keine Schwurgerichte kennt.

Hannover wurde bis zur Mitte des Jahres in Zweifel gelassen über das Schicksal seiner Verfassung; zwar wußte man längst, daß am deutschen Bund ihr der Stab gebrochen war;

aber noch schwieg die Regierung. Endlich wurde auf den 15. Juni die Ständeversammlung berufen und ihr die Vorschläge der Regierung über Abänderung einiger wichtigen Punkte der Verfassung, namentlich des Wahlgesetzes, unterbreitet, mit dem Beifügen, daß dies eine unabweisliche Nothwendigkeit sey, weil ein Bundesbeschluß es so verlange. Die Stände zeigten sich sehr gemäßigt; ihr Verfassungsausschuß forderte jedoch, daß die Regierung den ganzen Umfang der Aenderungen, welche sie beabsichtige, den Ständen vorlege, sowie auch ihre vertrauliche Korrespondenz mit dem Bund. Dies wurde verweigert, und als man darauf bestand, wurden die Stände vertagt. Sonderbar! Erst hatte das Ministerium die Verfassung von 1848 von dem Bund für ungültig erklären lassen. Nichts desto weniger hatte es die Stände dieser für ungültig erklärten Verfassung einberufen, um mit ihnen über die Abänderung derselben sich im Wege des Rechtens zu verständigen. Und jetzt, noch ehe dieselben Gelegenheit gefunden, sich über solche Verständigung auszusprechen, suspendirte es ihre Thätigkeit und entledigte sich der eben Zusammenberufenen wieder. Das war gewiß, in keiner Weise und nach keiner Seite hin hatte sich das Ministerium Lütken als das Ministerium der Situation gezeigt, und so folgte denn der Vertagung der Stände der Rücktritt desselben unmittelbar auf dem Fuße. Was voraus zu sehen war, geschah. An die Stelle des Ministerium Lütken trat ein Ministerium der rückhaltlosen Durchführung der Bundesbeschlüsse. Und seine Thaten sollten nicht lange auf sich warten lassen. Unterm 1. August erschien eine Verordnung, welche die 2. Kammer auflöste und den nämlichen Tag eine zweite, welche die Verfassung des 8. Septbr. 1848, sie in den wichtigsten Punkten durch andere Bestimmungen ersetzend, aufhob, begleitet von einer Proklamation zur Entschuldigung des gethanen Schrittes. Es ist nicht zu läugnen, das dies Verfahren eine große Aufregung im Lande hervorrief; doch wurde nirgends die Bahn der Gesetzlichkeit verlassen und die Vertretung der Wünsche des Landes dem rechtmäßigen Organ, der Ständeversammlung, anheim gestellt, zu welcher die Neuwahlen im Dezember vorgenommen worden sind.

Oldenburg inkorporirte die Bentinckschen Herrschaften.

In Mecklenburg feierte der landesgrundgesetzliche Erbvergleich, das Verfassungsgesetz der beiden Großherzogthümer, am 17. April den Jahrestag seines hundertjährigen Bestehens. Die Feier ging in außerordentlicher Stille vorüber und in den Kreisen der mecklenburger Bevölkerung bemerkte man nirgends eine festliche Stimmung. Ein von dem bürgerlichen Rittergutsbesitzer, Maneken-Vogelsang, aus Anlaß dieses Tages dem zu Rostock tagenden ritterschaftlichen Konvent überreichtes Promemoria glaubte eine Erklärung der allgemeinen Indifferenz darin finden zu dürfen, daß die Träger der Verfassung den Prinzipien derselben im Laufe der Zeit untreu geworden, und ermahnte zur Umkehr. Diese Mahnung war jedenfalls gut gemeint, nur fehlte die Einsicht, daß eine Verfassung, welche hauptsächlich auf die Vorrechte einer einzelnen Kaste gebaut ist, so lange diese Kaste nicht aus Engeln, sondern sterblichen Menschen besteht, früher oder später nothwendig zu einseitiger Geltendmachung der Sonderinteressen derselben auf Kosten aller übrigen führen muß.

In Preußen hat der Constitutionalismus noch immer nicht festen Boden gefaßt; das konnte man so recht an dem vorigen Landtag sehen, der noch zu Anfang dieses Jahres versammelt war. Das Haus der Abgeordneten war in seiner Mehrheit weder mit der äußern Politik des Kabinets, noch mit den Grundsätzen der innern Verwaltung einverstanden. Aber wenn es darauf ankam, in wichtigen grundsätzlichen Fragen einen ernsten Kampf mit dem Ministerium zu wagen, so wich die Mehrheit des Hauses scheu aus, und suchte nach einem Seitenweg, auf dem sich mit guter Manier der Stein des Anstoßes umgehen ließ. In Nebendingen den Ministern hie und da einmal einen Nadelstich zu geben, oder ihr Ja zu verweigern, wo die Reaktion gar zu brüsk der bestehenden Verfassung zu Leibe ging, das war das höchste, wozu diese Kammer sich erkühnte. Im Sommer ging das Mandat dieses Landtags zu Ende. Im Herbst wurde neugewählt, aber die Theilnahme an den Wahlen war so gering, an manchen Orten so lächerlich winzig, daß es sich deutlich zeigte, wie wenig die Bevölkerung von dem Landtag sich versprach. Bei solcher Lauheit fiel es der Regierung leicht, eine ansehnliche Mehrheit in beiden Häusern zu gewinnen; sie kann von beiden die bereitwilligste Unterstützung ihrer Pläne erwarten. Kann aber dieser Landtag als der richtige Ausdruck der öffentlichen Meinung gelten? Wäre es von der Regierung klug, alle andere Ansichten, welche in ihm nicht vertreten sind, unbeachtet zu lassen? Wir wollen die Gleichgültigkeit derer, welche ihr Wahlrecht auszuüben versäumten, nicht im Geringsten entschuldigen; gewiß ist aber, die öffentliche Meinung, wenn sie auch sich nicht kundgeben kann, besteht und wirkt darum nicht minder; nur ist ihr Entwickelungsgang dann viel leichter zu mißkennen und ein Zusammenstoß mit ihr schwerer zu vermeiden. Darum thut unserer Ansicht nach jene Regierung, welche den freien Ausdruck der öffentlichen Meinung beschränkt, sich selbst den größten Schaden. Anders denkt, wie es scheint, die preußische Regierung; wenigstens laßt ihr Verfahren gegen die Presse dies schließen. Wir erinnern an den erzwungenen Redaktionswechsel der „Kölner Zeitung", an die Unterdrückung der „Deutschen Volkshalle", an die „Rhein- und Mosel-Zeitung". Ein Erlaß des Ministerium des Innern an die königlichen Regierungen vom 17. Juli machte dieselben namentlich auf ein Mittel aufmerksam, welches, im richtigen Fall angewendet, nur von einem höchst vortheilhaften Einfluß auf die Tagblätter seyn könne und in Fällen selbst der Unterdrückung vorzuziehen seyn dürfte, nämlich das Mittel vorläufiger Suspension auf Grund des Paragraph 14 der allgemeinen Gewerbeordnung.

Das Sprüchwort: Man kann nicht zwei Herren zugleich dienen, hat sich heuer in vollem Maße an Oesterreich bewährt. Seine zerrütteten Finanzen ordnen und gleichzeitig Rußland mit Krieg bedrohen, das war zu viel auf einmal versucht; die Folge davon war, daß nach keiner Seite hin etwas zu Stande kam. Die lang angestrebte, heißersehnte Besserung der österreichischen Geldverhältnisse wurde von Monat zu Monat verzögert durch die ungeheuern Ausgaben für das in Galizien angehäufte Heer, und am Ende blieb das Schwert, mit dem man zuvor so laut geklirrt hatte, ruhig in der Scheide stecken, eben mit Rücksicht auf jene finanziellen Operationen, ohne daß durch die aufgewandten Millionen auch nur ein Jota gewonnen worden war. Im Anfang des Jahres übernahm Hr. v. Bruck, von den zuversichtlichsten Hoffnungen begrüßt, das Finanzministerium; er begann seine Wirksamkeit damit, verschiedene Staatseisenbahnen einer französischen Kapitalisten-Gesellschaft zu überlassen, wofür dem Staatsschatz eine schöne Summe zufließt, mehr, als er voraussichtlich bei eigenem Betrieb einnehmen würde. Dann trat eine lange Pause ein, die den widersprechendsten Gerüchten über Bruck's Finanzplane Raum ließ. Erst als die Kriegsgedanken offen aufgegeben waren und die Verminderung des Truppenstandes in's Werk gesezt war, konzentrirte sich Oesterreichs Thätigkeit auf die Regelung seiner Finanzverhältnisse, und traten denn auch die lange erwarteten und lange vorher verkündeten Maßnahmen des Frhrn. v. Bruck ans Licht der Oeffentlichkeit. Der Staat zahlt darnach der Nationalbank seine noch ungedeckte Schuld von 155 Millionen fl. in — Staatsgütern ab. Mit der Bank verbunden wird ferner eine österreichische Hypothekenbank, mit einem Kapitale von 35 Mill. Gulden Silber und mit der Befugniß, im fünffachen Betrag dieser Summe Pfandbriefe zu emittiren und auf Grundstücke Darlehen zu geben. Endlich tritt selbständig neben der solchergestalt vereinigten Geld- und Hypotheken-Bank ein österreichischer Credit mobilier mit einem Kapitale von 60 Mill. Gulden Silber ins Leben, der gleichfalls im fünffachen Betrage seines Baarfonds Kreditgeschäfte zu treiben befugt ist. Es sind das ohne Zweifel großartige Maßregeln; ob sie genügen, das Uebel zu heilen, muß die Zeit lehren. — In dem lombardisch-venetianischen Königreich wurden durch kaiserliche Verordnung die Zentral-Kongregationen aus der Zeit vor 1848 wieder ins Leben gerufen, wozu wohl vornehmlich ebenfalls Rücksichten auf den Bedarf der Staatskasse mitgewirkt haben mögen; denn die Hauptaufgabe der Zentral-Kongregationen ist die Vertheilung und Einregistrirung der von der Landesregierung ausgeschriebenen Steuern, die Führung des Katasters u. dgl. m. Von einer eigentlich politischen Bedeutung derselben ist dagegen gar keine Rede, und man würde durchaus irren, wollte man in diesen Korporationen auch nur im Entferntesten etwas den parlamentarischen Institutionen anderer Länder Aehnliches erblicken. Oesterreich ist nach wie vor der Staat des Nichtkonstitutionalismus, und so lange die angestrebte Einheit der von ihm umfaßten verschiedenen Nationalitäten eine Einheit eben nur erst des Strebens und noch nicht der erfüllten Wirklichkeit ist, wird es diesen Charakter auch behalten; die vielfach noch vorhandenen Trennungen der einzelnen Kronländer von einander schließen eben so sehr einen Gesammtparlamentarismus für das Ganze aus, als die parlamentarische Konstituirung jener die erstrebte Einheit dieses bedrohen würde. — Das Heer erhielt ein neues Strafgesetzbuch, worin das Spitzruthen laufen abgeschafft ist. — Mit Rom wurde nach vielem Unterhandeln ein Konkordat abgeschlossen

Nach langen Wehen hat endlich im vergangenen Jahr die Gesammtverfassung für dänische Monarchie das Licht der Welt erblickt. Danach bilden alle gegenwärtig dem Szepter des Königs unterworfenen Lande (das Königreich Dänemark,

Island, Holstein, Lauenburg und Schleswig) in gewisser Hinsicht ein einziges Ganze; es wird nämlich ein Theil der öffentlichen Angelegenheiten aller dieser Lande, sogenannte gemeinschaftliche Angelegenheiten, als: Heer- und Marinewesen, auswärtige Angelegenheiten, Zollwesen, Finanzen, so weit sie für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten in Anspruch genommen sind ꝛc., von einer gemeinsamen Regierung, die ihren Sitz in Kopenhagen hat, geleitet, während die übrigen Angelegenheiten eines jeden Landes gesondert von einer eigenen Regierungs-Behörde besorgt werden. In jedem einzelnen Lande besteht eine eigene Volksvertretung: für das Königreich Dänemark der Reichstag, für Island das Althing, für Schleswig und Holstein die Stände-Versammlungen, für Lauenburg die Landschaft. Der Gesammtstaatsregierung steht als eine Art Volksvertretung mit wesentlich bloß berathender Stimme der Reichsrath, eine Versammlung von 80 Mitgliedern, wovon 50 der König ernennt, 30 von den Volksvertretungen der einzelnen Lande gewählt werden, zur Seite. Zugleich mit der Gesammtstaatsverfassung wurden die Aenderungen in dem Grundgesetze des Königreichs, welche durch Einführung der ersteren bedingt und von drei Reichstagen nach einander, wie das Grundgesetz es vorschreibt, angenommen worden waren, verkündet. Ob nun die Gesammtstaatsverfassung das erwartete Heil bringt — die Zukunft wirds lehren; ein böses Omen liegt jedenfalls in dem Umstand, daß der Erbprinz gleich von vornherein sie zu unterschreiben hartnäckig sich weigerte, so daß er darüber mit dem König in ein ernstes Zerwürfniß gerieth. Zwar soll er sich nachträglich mit dem Könige wieder ausgesöhnt haben, über die Gründe seiner Weigerung und über die Bedingungen seiner Aussöhnung hat aber zur Zeit noch nichts Sicheres verlautet. Gewiß ist nur, daß die Verfassung noch immer nicht von ihm unterschrieben ist. Der Reichsgerichtsprozeß gegen sieben Mitglieder des vorigen Ministerium, wegen eigenmächtiger Ausgaben aus dem Staatsschatz, ist noch anhängig. — Beharrlich wurde das Streben, in Schleswig und Holstein dem Dänenthume neuen Boden zu gewinnen, fortgesetzt; so ist in beiden Herzogthümern der Gebrauch anderer Scheidemünze als der dänischen bei harter Strafe verboten worden; in Holstein wurden eine Menge Aemter der innern Verwaltung neu besetzt mit dänisch Gesinnten.

Schweden hat im vergangenen Jahr eine so reiche Aernte gemacht, daß es viele Schiffsladungen Getraide nach Norddeutschland schicken konnte; dadurch stiegen natürlich die Getraidepreise im Lande, und im blinden unbedachten Mißmuthe hierüber ließen sich die niedern Volksklassen hie und da zu Unordnungen hinreißen, welchen jedoch bald ein Ziel gesetzt wurde. Mehr als durch die Steigerung der Getraidepreise leiden aber die untern Klassen durch das heillose Branntweintrinken, das leider immer mehr zunimmt. Die mit Eifer angegriffenen Eisenbahn- und Telegraphen-Anlagen wurden erheblich gefördert und gelangten letztere dahin, daß u. A. die Verbindung zwischen den Hauptstädten der vereinigten Königreiche eröffnet werden konnte, und auch Norwegen, wie solches bereits früher mit Schweden der Fall war, in telegraphische Verbindung mit dem Auslande gebracht wurde. Eine verheerende Feuersbrunst legte am 30. Mai einen großen Theil der Stadt Bergen in Asche. Durch den am 21. November abgeschlossenen, am 17. Dezember ratifizirten Vertrag mit Frankreich und England hat König Oskar seine lange bewahrte Neutralität aufgegeben, wenn er auch noch nicht als thätiger Bundesgenosse dem Bündniß der Westmächte beigetreten ist. Dänemark soll, wie es heißt, zu einem ähnlichen Schritt bereit seyn.

Die Niederlande und Belgien haben auch in diesem Jahre von dem Streite der Großmächte sich sorgfältig fern gehalten und all ihre Kraft den innern Verhältnissen zugewandt; in Belgien sah sich das Ministerium Brouckere durch Niederlagen, welche es mit verschiedenen Gesetzentwürfen aus dem Bereich der innern Verwaltung in den Kammern erlitt, zum Rücktritt veranlaßt, und wurde durch ein vom Grafen Vilain XIV. präsidirtes Kabinet ersetzt.

In Spanien führt noch das Ministerium Espartero-O'Donnell die Staatsgeschäfte, die Arbeit wird ihm aber sauer genug gemacht. Die Parteistreitigkeiten in den Cortes, die carlistischen Aufstandsversuche in Katalonien und Arragonien, die Theuerungsunruhen in verschiedenen Städten, die sozialistischen Projekte der Fabrikarbeiter von Barcellona, der Widerstand des Klerus, die Sorge um das von amerikanischen Freibeutern stets bedrohte Cuba lassen die Minister kaum zu Athem kommen; und damit das Maß voll werde, haben sie unausgesetzt mit Hofintriguen zu kämpfen. Die Hauptwaffe, mit der in Madrid seit Jahrzehnten alle liberalen Ministerien mit Erfolg bekämpft wurden, waren Palastintriguen. Auch das gegenwärtige Ministerium hatte seine Hauptgegner bisher nicht in den Cortes oder in den Carlisten, sondern im königlichen Palast, in der Umgebung der königlichen Familie, und in der königlichen Familie selbst, und um die Macht dieser zu brechen, setzte das Kabinet das neue Palastreglement durch, durch welches der König gewissermaßen zu einem Gefangenen in seiner eigenen Wohnung gemacht ist. Es besteht seine Umgebung fortan nicht mehr aus Personen seiner Wahl, sondern aus Männern, die das Ministerium ihm unter höflichen Formen und wohlklingenden Titeln zu Wächtern gegeben hat. — Und nun noch der traurige Zustand der Staatskasse, die kaum das Nothwendigste bestreiten und nicht einmal den Sold des Heeres, die Gehalte der Beamten, die Zinsen der Staatsschuld regelmäßig zahlen kann. Vier Männer nach einander wurden im verflossenen Jahr zu dem fatalen Posten eines Finanzministers berufen: Collado, Sevillano, Madoz und zuletzt Bruil. Geld schaffen, das war ihre Aufgabe, aber woher? Aus dem Boden ließ es sich nicht stampfen; in der Noth wurde zu jedem Mittel gegriffen, das sich bot: erst ein Anlehen von 40 Mill. Realen unter schweren Bedingungen, dann ein sogenanntes freiwilliges Nationalanlehen, das eigentlich den Namen Zwangsanlehen verdiente, endlich der Verkauf der Kirchen- und Gemeinde-Güter. Daß die letzte Maßregel ein ernstliches Zerwürfniß mit dem hl. Stuhl hervorrufen würde, war vorauszusehen, allein die Cortes wie Minister bestanden darauf und mit Thränen willigte die Königin ein. Der Verkauf dieser Güter wurde seitdem unausgesetzt betrieben und ergab das Doppelte der Summen, die man erwartet hatte.

Der junge König Dom Pedro von Portugal, welcher im verflossenen Jahr volljährig geworden ist, hat nunmehr die Regierung des Landes, welche während seiner Minderjährigkeit für ihn sein Vater führte, selbst angetreten. Das Regierungssystem wurde dadurch nicht geändert.

Treu dem Rathe Washingtons vermieden die Vereinigten Staaten von Nordamerika es seither, sich in die Angelegenheiten der europäischen Länder einzumischen; aber schon manchmal haben den Yankees die Finger darnach gejuckt, insonderheit auf's neue, seitdem der Krieg zwischen Rußland und den Westmächten ausgebrochen ist. Rußland wußte recht schlau dies Gelüsten zu seinem Vortheil zu lenken, indem es der Eigenliebe der Yankees Weihrauch streute. Schwer war das eben nicht; denn so stolz Bruder Jonathan auf sein Republikanerthum thut, so fühlt er sich doch ungemein geschmeichelt, wenn die alten Fürstenhäuser Europas ihm irgend eine Gunstbezeugung erweisen. Der alte Groll gegen England wurde wieder rege, eine gewisse herausfordernde Stimmung griff mehr und mehr um sich in der Bevölkerung, wie im Kabinet des Präsidenten, und trat bei verschiedenen Gelegenheiten unverkennbar zu Tage, z. B. bei der Geschichte mit dem engl. Werbedepot zu Halifax, bei der Korrespondenz über die Auslegung des Clayton-Bulwer-Vertrags (von 1850, demzufolge weder England noch die Vereinigten Staaten eine ausschließliche Kontrole über den projektirten Kanal durch den Staat Nicaragua vom atlantischen ins stille Meer üben sollen) u. s. w. Es ist ohne Zweifel viel Renommisterei in diesem Gebahren der Yankees, namentlich von Seiten des Präsidenten Pierce, der sich zwar schon oft als Phrasenheld, aber noch nie als Mann der That gezeigt hat, und wenn England fortfährt, so gemäßigt und zugleich fest aufzutreten wie bisher, so dürften die Yankees sich wohl zweimal besinnen, ehe sie ernstlich Streit anfangen. Indeß, die Handelsucht ist in ihnen einmal erwacht, gestalten sich die Umstände lockend, so findet sich wohl leicht ein Anlaß. Wer mag sagen, was verborgen liegt im Schooß der Zeit? — Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten hat gegen die früheren Jahre auffallend abgenommen, woran zweifelsohne das fanatische Treiben der Knownothings viel Schuld trägt; indeß scheint diese Partei, die sich offenbar überstürzt hat, über den Gipfelpunkt ihres Einflusses bereits hinaus zu seyn. — In Mexiko hat Santa Anna nach kurzer Diktatur seinem Gegner Alvarez weichen und wiederum aus dem Lande flüchten müssen, das vergebens in ihm den Retter von Anarchie zu finden gehofft hatte. — Die Staaten von Zentral-Amerika werden noch immer durch Bürgerkrieg zerfleischt, und so jämmerlich sind diese Länder daran, daß sie jetzt sogar nordamerikanischen Abenteurern (etwa 2090 Mann unter dem berüchtigten Kapitän Walker, der im Staat Nicaragua der That, wenn auch nicht dem Namen nach, das Regiment führt) zum willkommenen Tummelplatz dienen. — Bürgerkriege und Revolutionen sind gleichfalls an der Tagesordnung in den Republiken an der nordwestlichen und westlichen Küste von Südamerika. Inmitten dieser Unruhen ist doch die Eisenbahn über die Landenge von Darien, die den atlantischen Ozean mit dem stillen Meere verbindet, vollendet worden. — Chili allein macht eine rühmliche Ausnahme von den Nachbar-Republiken und erfreut sich einer stätigen Entwickelung. — Buenos-Ayres hat im verflosse-

nen Jahr Frieden gemacht mit der argentinischen Konföderation, und ist von dieser als unabhängiger Staat anerkannt worden; die letzten Nachrichten von dorther meldeten jedoch schon wieder den Ausbruch neuer Unruhen. — Aus Uruguay hörten wir neuerlich, daß General Flores verjagt und eine provisorische Regierung eingesetzt worden sey.

Halten wir schließlich noch eine kurze Umschau über die wichtigsten Ereignisse in den übrigen Erdtheilen, so finden wir, daß in China der Kampf zwischen den Kaiserlichen und den Aufständischen mit wechselndem Glück und wachsender Grausamkeit fortgeführt wurde, daß ein, wie es scheint, noch immer nicht unterdrückter Aufstand der Santals der ostindischen Kompagnie viel zu schaffen machte, während ein wüthender Religionsstreit zwischen Hindus und Muhamedanern in dem halb selbständigen Königreich Audh der Kompagnie den erwünschten Vorwand leihen dürfte, dies Land ihren Besitzungen völlig einzuverleiben. — Tunis hat seinen Fürsten Achmed Bey durch den Tod verloren, sein Nachfolger ist Sidi Muhamed Bey. — Im Süden von Algier bestanden die Franzosen glückliche Kämpfe mit verschiedenen Stämmen von Eingebornen; deßgleichen die spanische Besatzung von Melilla mit herumziehenden Horden räuberischer Mauren, die zwar dem Namen nach dem Kaiser von Marocco unterthan sind, in Wirklichkeit aber seine Herrschaft wenig respektiren. — Die Goldminen von Neuholland haben auch im verflossenen Jahr eine große Ausbeute geliefert und dadurch einen fühlbaren Einfluß auf den europäischen Geldmarkt ausgeübt. — Vom Anschluß der Sandwichs-Inseln an die Vereinigten Staaten von Nordamerika, der im vorigen Jahr so lebhaft besprochen wurde, ist es jetzt wieder ganz stille.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 29. Dezbr. In dem der zweiten Kammer vorgelegten Entwurf eines Strafgesetzbuches über Verbrechen und Vergehen sind die Gefängniß- und Geldstrafen für die verschiedenen durch die Presse begangenen Gesetzübertretungen weit höher als in dem zur Zeit geltenden Preßgesetz von 1850. Der Entwurf zählt im Ganzen 371 Artikel, während der gleichzeitig in Vorlage gebrachte Entwurf eines Polizeistrafgesetzbuches aus 245 Artikeln besteht.

Se. Maj der König haben dem pensionirten charakterisirten Generalmajor Karl Frhrn. v. Berchem die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den pensionirten Oberst Theodor Ritter v. Hildebrandt als Generalmajor, die pensionirten Majore Peter v. Moor und Th. Schadelook als Oberstlieutenants, den pensionirten Hauptmann Karl Ernestl als Major, die pensionirten Unterlieutenants Karl Butler und Joh. Heckelmann als Oberlieutenants; die Majore à la suite Wilhelm Freiherr v. Berchem und Rupert v. Kellner als Oberstlieutenants à la suite, und den Rittmeister à la suite Robert Frhrn. v. Grainger als Major à la suite charakterisirt; dem pensionirten Unterlieutenant Maximilian Straßer und dem pensionirten Regimentsquartiermeister German Heine die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt. (Mil. Verordngsbl.)

Preußen. Köln, 27. Dez. Die Hoffnungen, daß es gelingen werde, die „Deutsche Volkshalle" wieder in's Leben zu rufen, sind dieser Tage durch ein Regierungsreskript völlig abgeschnitten worden, indem dasselbe dem Verwaltungsrath jener ehemaligen Zeitung eröffnete, daß die Konzession nunmehr definitiv entzogen worden sey. Am 3. Januar wird daher in einer Generalversammlung über die Verwendung des Kassabestandes beschlossen werden. (Fr. J.)

× Berlin, 30. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Was das vielbesprochene Projekt einer Eisenbahn von Berlin nach Cottbus und weiter hinaus betrifft, so bemüht sich das Komite, welches die Angelegenheit bisher geleitet hat, in Thätigkeit, um das für den Bau einer solchen Eisenbahn erforderliche Kapital zu beschaffen. Wie weit diese Bemühungen Erfolg gehabt haben, ist noch nicht bekannt, jedoch fürchtet man, daß bis jetzt Bedeutendes noch nicht erreicht ist, da sonst wohl anzunehmen wäre, daß jetzt schon ein Mehreres über die erzielten Resultate bekannt geworden wäre.

Die in Breslau erscheinende „Neue Oder-Zeitung," das entschiedenste Organ, welches die Demokratie in Preußen noch besaß, von Stein und Elsner, den bekannten Mitgliedern der Berliner Nationalversammlung, redigirt, zeigt an, daß für am 31. Dezbr. aus Mangel an Theilnahme ihre letzte Nummer ausgegeben werde.

Württemberg. Stuttgart, 27. Dezbr. Heute hat sich auch hier eine Schillerstiftung zur Unterstützung dürftiger Schriftsteller konstituirt; dem geschäftsführenden Komite gehören u. a. die HH. Bankier Federer, Präsident v. Köstlin, Hofrath Hackländer und Frhr. v. Taubenheim an.

Oldenburg. In Oldenburg ist die Gesangbuchsfrage durch kürzlich erfolgten Beschluß der gegenwärtig versammelten Synode erledigt worden. Die Synode ist nämlich auf die von Seite der orthodoxen Partei angestrebte gänzliche Entfernung des vor etwa 60 Jahren eingeführten, auf rationalistischer Grundlage beruhenden oldenburgischen Gesangsbuchs nicht eingegangen, hat vielmehr, in Erwägung, daß trotz einzelner Mängel und Unvollständigkeiten doch die Bearbeitung der Lieder im Allgemeinen eine glückliche und dem Standpunkt und dem Bedürfnisse der Gemeinden entsprechende sey, die Beibehaltung des bestehenden Gesangbuchs beschlossen.

Freie Städte. Hamburg, 29. Dezbr. Gegen die am 27. ds. Mts., jedoch nicht in Folge eines Senats-Dekrets, sondern wegen verweigerten Zeugnisses vom Polizeiherrn verfügte und vollzogene Verhaftung hatte Herr Julius Campe gestern an den Senat supplizirt und beantragt: 1) Bewilligung einer Frist, innerhalb welcher nach Einsicht der Untersuchungsakten seine Vertheidigung wegen des verweigerten Zeugnisses beizubringen wäre. 2) Aufhebung des Arrestes gegen Kaution. — Ein gestern erfolgtes Dekret des Senats verwies den Supplikanten an den Polizeiherrn, dessen Mittheilung dahin ging, daß der Arrest gegen Bestellung einer Kaution von 10,000 Mrk Bco. aufzuheben sey, dagegen aber die Ablegung des verlangten Zeugnisses durch steigende Geldstrafen werde erzwungen werden. — Unter diesen Umständen hat Herr Campe, in Erwägung der Nichtbeachtung seines ersten Antrages, es nicht gerathen gefunden, von der Aufhebung des Arrestes gegen Kautionsbestellung Gebrauch zu machen, weil sich nicht absehen läßt, in wie weit dadurch der von ihm bestrittenen Pflicht der Zeugnißablegung präjudizirt werden könnte. Er wird, dem Vernehmen nach, vielmehr beantragen, die Entscheidung dieser Frage den ordentlichen Gerichten zu überweisen, und ihm bis dahin mit allen und jeden Zwangsanwendungen, welcher Art sie auch seyn mögen, zu verschonen. (Hamb. N.)

Oesterreich. Der „Allg. Ztg." wird aus Wien, 27. Dezbr., geschrieben: Die kürzlich angedeuteten Veränderungen in den höheren Militär-Administrationszweigen dürften einer späteren Zeit vorbehalten seyn; mindestens wird sich Erzherzog Albrecht kurz nach seinem übermorgen erwarteten Eintreffen von Italien nach Ofen begeben, um die Leitung des Gouvernements zu übernehmen.

Schweiz.

Bern, 27. Dezbr. Mehrere Schweizer Blätter sind dem Beispiel unserer Militär-Zeitung gefolgt, und empfehlen den neuen Genfer Bürger, General Klapka, zur Aufnahme in den eidgenössischen Generalstab. (A. Z.)

Dänemark.

Das „Morgenblatt für gebildete Leser" (Stuttgart und München bei Cotta) und die „Illustrirte Zeitung" (Leipzig, J. J. Weber) sind in Dänemark für das Herzogthum Schleswig verboten.

Frankreich.

Paris, 28 Dezbr. Vier der in Paris unter Protektion des Kaisers und der Kaiserin errichteten Speiseanstalten sind in verschiedenen Arrondissementen der Stadt bereits eröffnet worden. Der Minister des Innern und der Polizeipräfekt haben diese Anstalten besucht, um sich von der Bereitung der Speisen und den Details der Einrichtung durch eigene Anschauung zu überzeugen. Der Zudrang der Speiseholenden war bedeutend.

Paris, 23. Dezbr. Die arbeitenden Klassen fassen die unverzügliche Errichtung von öffentlichen Küchen in jedem Viertel dahin auf, daß man sie künftighin auf Staatskosten speisen werde. In der That werden der Arbeiter und die Arbeiterin dort eine gesunde und vollkommen genügende Verköstigung, ohne Brod und Wein für den ganzen Tag finden. Das Rundschreiben des Polizeipräfekten scheint das Auffassen der Arbeiter zu rechtfertigen. Es sagt ausdrücklich, es werde keine andere Beschränkung als die, welche den Consumenten belieben wird, stattfinden. Auch ist seine Antwort auf den Einwurf, jene Anstalt werde in ihrer Allgemeinheit und Unbeschränktheit alle kleinen Speisewirthe ruiniren, nicht stichhaltig; denn es läßt sich voraussehen, daß auch unverheirathete und beschäftigte Arbeiter die schöne Gelegenheit, 500 Prozent am Essen zu ersparen, nicht verschmähen werden. Die Dringlichkeit einer derartigen Anstalt läßt sich nicht bezweifeln. Die Noth ist sehr groß und namentlich Arbeiterinnen, die täglich 20 Sous verdienen, verfallen ohne eine solche Unterstützung fast unvermeid-

lich entweder dem sittlichen Verderben oder dem langsamen Hun-
gertode. Man kann sich jedoch nicht eines gewissen Erstaunens
darüber erwehren, daß die Regierung, obschon bloß in einer
provisorischen Maßregel, die jedoch kaum wieder ganz verschwin-
den wird, den Grundsatz zugibt, das Proletariat der Hauptstadt
auf Staatskosten zu ernähren. Der Erzbischof hofft es dahin
zu bringen, demselben auch durch die ausgemusterten Bekleid-
ungsstücke und Möbeln der wohlhabenderen Klassen zu Klei-
dern und Möbeln zu verhelfen. Ein Lokal für die Ueber-
nahme und die Vertheilung solcher Effekten ist bereits in jedem
Pfarrsprengel hergerichtet. Eine unvermeidliche Folge hiervon
dürfte eine zunehmende Auswanderung aus den Provinzen nach
der Hauptstadt seyn. (H. N.)

* Paris, 30. Dezbr. Gestern Abend war ein großer
Theil der Stadt, glänzend aber die Boulevards illuminirt. Eine
selbst für Paris ungeheure Menschenmenge drängte sich durch
die Straßen.

Asien.

Aus China sind Nachrichten ohne Belang eingelaufen;
bemerkenswerth ist bloß, daß einige tausend Piraten von den
Engländern neuerdings zersprengt wurden. (Ostd. P.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Graf Esterhazy ist am 26. d. in St. Petersburg einge-
troffen und hat am 27. seine Mission dem Grafen Nesselrode
mitgetheilt.

Berlin, 28. Dezbr. Die Erwartungen auf den Erfolg
der angekündigten Friedensvermittlungen nehmen im-
mer mehr ab und nach allen Nachrichten, welche man in unter-
richteten Kreisen aus Petersburg mittheilen hört, dürften auch
die Gläubigsten bald gänzlich davon geheilt werden. Die rus-
sische Friedensliebe wird aber dennoch dabei möglichst heraus-
gestrichen und wir haben nächstens ein harmonisches Konzert
der russischen Organe darüber zu erwarten, welche nicht ermau-
geln werden, alle Schuld auf die Unmäßigkeit der Westmächte,
namentlich aber auf England zu werfen. Es gehört zum guten
Ton, den Kaiser Napoleon als friedliebend und nachgiebig dar-
zustellen, der nur widerstrebend Lord Palmerstons Forderung
beigestimmt haben soll, daß der Küstenstrich an der Sulina-
Mündung und am linken Donau-Ufer, so weit er zu
Bessarabien gehört, abgetreten werden müsse. Dies gilt als
die unverschämte Forderung, an welcher alle Friedensver-
mittlung scheitern müsse, während Rußland sich zur Schließung
des schwarzen und asow'schen Meeres bereit erklärt habe. In
der hohen Gesellschaft walten hier überhaupt wunderbare An-
schauungen über die unveräußerlichen Rechte Rußlands. Daß
der preußische Antheil an der Friedensvermittlung ein sehr be-
schränkter bleibt und sich keineswegs bis zu einer lebhaften Un-
terstützung der österreichischen Versuche erhebt, läßt sich daran
wohl erkennen, und hierin soll der Grund zu einigen zwischen
Wien und Berlin gewechselten Noten liegen, deren Ton an
frühere Zeit erinnert. Oesterreichs Verhalten bei diesem neue-
sten Anlasse ruft natürlich keine besonders günstigen Urtheile
hervor; und sie werden mit seltener Einigkeit von Allen
gefällt. Das sogenannte Ultimatum, das keinen casus
belli einschließen soll, ist jetzt schon zu einem bloßen Ueber-
bringen der westmächtlichen Vorschläge zusammengeschrumpft.
Die „Kreuzzeitung" schweigt bis jetzt über die Friedensversuche,
um so mehr macht sie sich über den schwedischen Vertrag, den
Stockfischvertrag, wie sie ihn nennt, lustig, in welchem sie nur
einen politischen Pfiff des Neffen erkennt, der nicht wie der
Onkel die französische Eitelkeit mit Siegen auf eroberten Schlacht-
feldern schmeichele, sondern mit der Eitelkeit, daß der Adler
selbst den äußersten Norden unter seine schützenden Flügel nähme,
ohne einen Tropfen Blut zu vergießen. Die ministerielle „Zeit"
stimmt in diesen Ton ein, inzwischen kann man sich doch nicht
verläugnen, daß eine gewisse absagende Haltung von Seiten
Schwedens in diesem Vertrage liegt und andere Schritte sich
daran knüpfen können, die möglicher Weise von Ereignissen be-
schleunigt werden. Die „Kreuzzeitung" spottet über die Russen-
verzehrer, welche schon von einem westmächtlichen Heere von
hundert tausend Mann in der Ostsee geträumt hatten; währt
der Krieg aber fort, so wird die Ostsee jedenfalls eine größere
Rolle als bisher als Kriegstheater spielen und für die bisherige
Neutralität Preußens ist schon dies keineswegs vortheilhaft.

Wien, 29. Dezbr. Der Flügeladjutant des preußischen
Monarchen, Oberst v. Manteuffel, wird zwischen heute und
morgen hier erwartet. Er ist der Ueberbringer eines eigenhän-
digen Schreibens seines Souveräns an den Kaiser von Oester-
reich, in Beantwortung eines Briefes, welchen der Kaiser Franz
Joseph vor Kurzem an seinen königlichen Oheim in Berlin ge-
richtet hat. Ueber den Inhalt dieses Briefes sind mancherlei
Versionen laut geworden. Alle vereinigen sich darin, daß das
kaiserliche Schreiben eine eben so herzliche als dringende Auf-
forderung enthielt, König Friedrich Wilhelm IV. möge all seinen
Einfluß als Fürst wie als Verwandter bei dem Kaiser Alexander
aufbieten, damit Rußland dem Wunsche des gesammten Europa
nachgebe, nicht durch längern Widerstand gegen die gemäßigten
und ehrenhaften Friedensvorschläge, welche ihm Oesterreich über-
mittelte, den Krieg im nächsten Frühjahre in einer für das nor-
dische Reich noch bedrohlichern Weise erneuern lasse. (Ostd. P.)

Aus dem Orient.

• Konstantinopel, 18. Dezbr. Den Türken fängt
es an Soldaten zu mangeln an, und sie bereuen, 20,000 M.
ihrer besten Truppen der englischen Legion des Gen. Vivian
überlassen zu haben. Hätte man — sagt das Volk — diese
20,000 M. nach Kars geschickt, statt sie den Engländern zu
geben, so würde diese wichtige Stadt nicht in die Hände des
Feindes gefallen seyn. — Die Russen fanden in Kars, welches
sie am 27. und 28. Novbr. besetzten, 3000 Verwundete und
die ganze Bevölkerung; 250 Geschütze und alles Material fiel
in ihre Hände. Die Lebensmittel aber waren derart erschöpft,
daß man nicht Eine Kompagnie Einen Tag mehr damit hätte
ernähren können. — Am 24. bezahlte ein englischer Major 26
Schillings (15 fl. 36 kr.) — für Eine Ratte. — In den letzten
Tagen vor der Uebergabe der Stadt starben täglich durch-
schnittlich 120 Menschen aus Hunger.

* Eine freiwillige Kontribution der otomanischen Bevölker-
ung der Inseln des Archipels lieferte bedeutende Summen, so
z. B. auf Cypern 98,572 Piasters, Rhodus 33,830 P., Lemnos
30,983 P., Cos 14,664 P., Tenedos 24,880 P., Chios 23,000 P.,
Patmos 20,000 Piasters.

* Die Einwohner von Erzerum, welche früher schon der
türkischen Armee in Asien 500 Zelte geschenkt hatten, stellten der
Regierung abermals, zum gleichen Behufe, 1050 Tschakis Holz
zur Verfügung.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 31. Dezember. Für span. und mehrere österr.
Fondgattungen wurden bei lebhafter Kauflust höhere Kurse be-
willigt.

Oesterr. Credit-Aktien wurden zu 110 $^{1}/_{2}$ $^{3}/_{4}$ 111 $^{1}/_{8}$ $^{1}/_{4}$ $^{3}/_{8}$ $^{1}/_{4}$
umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83$^{3}/_{4}$ P. 83$^{3}/_{8}$ G.
5pCt. Metall. alte 67$^{1}/_{8}$ P. 66$^{5}/_{8}$ G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. 77$^{3}/_{4}$ P. 77$^{1}/_{4}$ G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 70 P. 69$^{1}/_{2}$ G.
" 4$^{1}/_{2}$pCt. " 59 P 58$^{3}/_{4}$ G.
" 4pCt. " 53$^{3}/_{4}$ P. 53$^{1}/_{4}$ G.
" 3pCt. " 40$^{1}/_{4}$ P. 39$^{3}/_{4}$ G.
" 1pCt. " 13$^{1}/_{2}$ P. 13$^{1}/_{4}$ G.
" Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 989 P. 984 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 207 G.
250 " " von 1839 111 P. 110$^{1}/_{2}$ G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 87$^{1}/_{4}$ P. 87 G.
" 5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 216$^{1}/_{2}$ P. 214$^{1}/_{2}$ G.
Bayern 5pCt. Obligationen 102 P. 101$^{1}/_{2}$ G.
4$^{1}/_{2}$pCt. " 100 P. 99$^{1}/_{2}$ G.
" 4pCt. " 94 P. 93$^{1}/_{2}$ G.
" 3$^{1}/_{2}$pCt. " 85$^{3}/_{4}$ P. 85$^{1}/_{4}$ G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 94 P. 93$^{1}/_{2}$ G.
" Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 161$^{1}/_{4}$ P. 160$^{3}/_{4}$ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142$^{1}/_{4}$ P. 141$^{3}/_{4}$ G.
Preussen 3$^{1}/_{2}$pCt. Staats-Schuld-Scheine 86$^{1}/_{2}$ P. 86 G.
Württemberg 4$^{1}/_{2}$pCt. Obligationen 102 P. 101$^{1}/_{2}$ G.
3$^{1}/_{2}$pCt. " 87$^{5}/_{8}$ P. 87$^{1}/_{8}$ G.
Baden " 3$^{1}/_{2}$pCt. Obligationen von 1842 88$^{3}/_{4}$ P. 88$^{1}/_{4}$ G.
Badische 50 fl. Loose 76 P. 75$^{1}/_{2}$ G.
" 35 " " 45$^{3}/_{4}$ P. 45$^{1}/_{2}$ G
Grossh. Hessen 4$^{1}/_{2}$pCt. Obligationen 102$^{1}/_{4}$ P. 101$^{3}/_{4}$ G.
4pCt. " 99$^{1}/_{2}$ P 99 G.
" 3$^{1}/_{2}$pCt. " 92$^{3}/_{4}$ P. 92$^{1}/_{4}$ G.
" Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 107$^{7}/_{8}$ P. 107$^{3}/_{8}$ G.
" 25 " " 33 P. 32$^{3}/_{4}$ G.
" Darmstädter Bankaktien 287$^{1}/_{2}$ P. 285$^{1}/_{2}$ G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 36$^{3}/_{4}$ P. 36$^{1}/_{2}$ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 58$^{1}/_{2}$ P. 58 G.
Nassau 3$^{1}/_{2}$pCt. Obligationen 91 P. 90$^{1}/_{2}$ G.
Nassauische 25 fl. Loose 28$^{3}/_{4}$ P. 28$^{1}/_{4}$ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85$^{1}/_{2}$ P. 85 G.
3$^{1}/_{2}$pCt. " alte 93$^{1}/_{4}$ P 92$^{3}/_{4}$ G.
" 3$^{1}/_{2}$pCt. " neue — P. — G.
" Frankfurter Bankaktien 119$^{1}/_{2}$ P. 119$^{1}/_{4}$ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 318 P. 317 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 79$^{1}/_{2}$ P. 79 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 79 1/2 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 35 P. 34 3/4 G.
„ 1pCt. neue 21 11/16 P. 21 9/16 G.
Holland Integrale 62 3/4 P. 62 1/4 G.
„ Certificate 4pCt. — P. 92 1/4 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/4 P. 100 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 P. 95 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 3/4 P. 88 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.
Disconto — P. 4pCt. G.
Lond. Lst. 10 k. S. 118 1/4 P. 118 G.
Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 100 3/8 P. 100 1/8 G.
do. 3 Monat mit 5% 100 P. 99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S. 93 3/4 P. 93 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S. 93 5/8 P. 93 3/8 G.
Wien fl. 100 C. k. S. 109 P. 108 3/4 G.
Wien 3 M. mit 4% 108 1/2 P. 108 1/4 G.

Nichtpolitische Zeitung.

§ Würzburg, 29. Dezbr. Soeben ist vom germanischen Museum eine Einladung zum Abonnement auf den künftig erscheinenden dritten Band des „Anzeigers für Kunde der deutschen Vorzeit" erschienen. Nicht allein soll diese Zeitschrift Alles, was auf dem weiten Gebiete der gesammten deutschen Geschichts- und Alterthums-Wissenschaft Neues gefunden wurde, anzeigen, sondern auch als Organ des germanischen Museum alles das besprechen, was sich Neues und Bemerkenswerthes in dem germanischen Museum selbst ergeben hat. Bei der immer weiteren Verbreitung des „Anzeigers" und der gesteigerten Theilnahme wird die Redaktion bemüht seyn, dem Leser zugleich auch einen Ueberblick über die Thätigkeit der andern deutschen Alterthumsvereine zu geben und hiedurch der Zentralpunkt der einzelnen Vereine zu seyn. Monatlich wird wie bisher eine Nummer im größten Quartformat erscheinen und kostet der ganze Jahrgang 2 fl. 42 kr. Der soeben vollendete Jahrgang enthält in 58 Aufsätzen außer den Beilagen Mittheilungen über die Gebiete der älteren deutschen Geschichte, Literatur und Kunst. Die Mitarbeiter beschränkten sich nicht auf eine bestimmte Zahl, sondern für Jeden, der die deutsche Geschichts- und Alterthumswissenschaft fördern will, sind die Spalten des Anzeigers geöffnet.

Der letzte Dezember 1855.

Der Trauermantel ziemt, du Jahr der Schmerzen,
Dir wohl, den du um deine Schultern hängst,
Und so den letzten Scheidegruß empfängst,
Nicht wendend dich von uns in Lust und Scherzen! —

Du denkst vielleicht der gramgebroch'nen Herzen —
Der Helden, die du zu dem Hades drängst —
Der Ströme Blut's, mit denen du ohnlängst
Die Erde färbtest, — des Geklirrs von Erzen. —

Siehst du die Wittwen dir vorüberziehen,
Die Waisen mit den thränenschweren Blicken,
Dann mag dir wohl der Sonnenglanz entfliehen!

Denn, könntest du ihn auch herniederschicken
Im Gluthreflex, von dem die Blumen blühen,
Er würde doch dies Bild uns nicht entrücken! —

Margaretha Adelmann.

Neueste Nachrichten.

München, 31. Dezbr. Se. Maj. der König haben durch allerhöchste Entschließung vom 28. l. Mts.: 1) Den Art. 2 der mit Kriegsministerialreskript v. 29. April 1853, Nr. 3904, ausgeschriebenen allerh. Verordnung vom 16. April 1853, die Verehelichungen der Offiziere und Militärbeamten betr., abzuändern geruht, wie folgt: Art. 2. Die definitiv pensionirten Offiziere und Militärbeamten aller Chargen und Grade haben bei Verehelichung vorbehaltlich der einzuholenden allerh. Entschließung wegen Fortbezuges der Pension für ihre Person — aus dem Militärverbande zu treten, und dann ihre Verehelichungsgesuche an die einschlägigen Zivilbehörden behufs der zuständigen Instruirung und Verbescheidung nach bürgerlichen Normen zu richten. 2) Allerhöchst sich vorbehalten, in besonderes berücksichtigungswerthen Fällen, wenn nämlich der Nachweis langjähriger, tadelloser Dienstzeit, mitgemachter Feldzüge oder besonderer dienstlicher Auszeichnungen geliefert, und wenn die Subsistenz der Familie, namentlich der künftigen Wittwe und etwaigen Kinder gesichert, auch die Ehe eine standesgemäße ist, nach erfolgtem Austritt und vollzogener Verehelichung des definitiv pensionirten Offiziers — den Charakter als Offizier à la suite gegen Entrichtung der normirten Gebühren und Taxen ausnahmsweise allergnädigst zu verleihen, und in der das Entlassungsgesuch gewährenden allerh. Entschließung die Bewilligung zur Stellung einer desfallsigen Bitte auszusprechen. (N. M. Z.)

Se. Maj. der König haben dem Unteraufschläger Bernhard Neubauer in Waischenfeld die Ehrenmünze des k. Ludwigsordens verliehen; dem Rektor der Gewerbs- und Handelsschule zu Fürth, Dr. Kasp. Beeg, das Tragen des von dem Kaiser der Franzosen ihm verliehenen Ordens der Ehrenlegion erlaubt; die bei dem Wechsel-Appellations-Gerichte von Mittelfranken in Erledigung gekommene Rathsstelle dem Appellationsgerichtsrathe Dr. Jos. Bauer, die k. Pfarrei Beutelsbach, Ldgs. Vilshofen, dem Priester B. Baader, Pfarrer in Gottsdorf, Ldg. Wegscheid, übertragen; den Professor der 3. Gymnasialklasse in Münnerstadt, B. Arnold, auf die Dauer eines Jahres in den zeitlichen Ruhestand treten lassen; dem Studienlehrer der 2. Klasse der lateinischen Schule in Münnerstadt, St. Wehner, das Vorrücken in die 3. Klasse der lateinischen Schule daselbst gestattet, und zum Studienlehrer der 2. Klasse der latein. Schule zu Münnerstadt den geprüften Lehramtskandidaten J. Blattner aus Passau, z. Z. in Neuburg a/D., prov. ernannt; die erledigte Würde eines Kron-Oberst-Hofmeisters dem Fürsten v. Oettingen und Oettingen-Spielberg als Thronlehen auf Lebenszeit verliehen; den Landgerichts-Assessor Ludw. Wilh. Ferd. Schubert, seiner Bitte gemäß, von dem Antritte der Stelle zu Ludwigsstadt enthunden und in seiner früheren Eigenschaft am Landgerichte Hof belassen, dagegen zum Assessor des Landgerichtes Ludwigstadt den zweiten Landgerichts-Assessor von Stadtsteinach, Fr. Aug. Unterstein, vorrücken lassen, und den für Hof ernannten Landgerichts-Assessor Andr. Püls an das Landgericht Stadtsteinach berufen. (N. M. Z.)

°° München, 30. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Der zweite Ausschuß der Kammer der Reichsräthe beantragt bez. der die Staatsschuld betr. Nachweisungen dem ersten Antrag der 2. Kammer — die Anerkennung betr. — die Zustimmung zu ertheilen, den zweiten Antrag aber, Vereinfachung des Rechnungsschema rc., um so mehr fallen zu lassen, als nach Aeußerungen des diesseitigen Staatsschuldentilgungs-Kommissärs der in demselben ausgesprochene Wunsch von dem königlichen Staatsministerium möglichst erfüllt werden soll und die betreffende Erklärung auch von dem Herrn Ministerialrath v. Wanner in der 2. Kammer bereits ertheilt worden ist. Vom 1. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe wurde Hr. v. Maurer zum Referenten über den Gesetzentwurf, „die Strafbestimmungen über ausgezeichneten Diebstahl betr.", und Hr. v. Bayer zum Referenten über den Völk'schen Antrag, „die Abkürzung der Fristen zur rechtswirksamen Geltendmachung der Einrede des nicht bezahlten Geldes gegen Schuldurkunden und Quittungen betr.", gewählt. — Se. Majestät der König empfing diesen Nachmittag den nach dreimonatlicher Abwesenheit wieder hier eingetroffenen 1. Präsidenten der Kammer der Reichsräthe, Frhrn. v. Stauffenberg. Morgen Nachmittag wird Se. Maj. der König mit Cortege der kirchlichen Feier zum Jahresschluß in der Hofkapelle beiwohnen. — Die Verhandlungen mit der mehr genannten Privatgesellschaft wegen Uebernahme der Eisenbahnbauten sind noch nicht zum Schlusse gelangt, und mithin die Angaben einiger Blätter, daß dieselben erfolglos blieben, mindestens voreilig — man hofft im Gegentheil noch eine Verständigung.

Kassel, 23. Dezbr. Die Untersuchungen über die Unterschleife und Erpressungen desjenigen Justizbeamten, welcher einst an der Spitze des kurhessischen Treubundes stand, sollen schon so weit gediehen seyn, daß dessen Strafbarkeit sich jetzt hinlänglich herausgestellt hat, was besonders dadurch ermöglicht wurde, daß der Angeschuldigte selbst mit einem offenen Geständniß zu Handen gegangen. Ein von ihm allerhöchsten Orts eingereichtes Gesuch um Niederschlagung ist, wie vorauszusehen war, unberücksichtigt geblieben. (M. J.)

Hamburg, 29. Dezbr. Die schwedische Regierung hat eine wichtige Maßnahme getroffen. Ein kgl. Erlaß erlaubt die Einfuhr von fremdem Eisen, Kleidungsstoffen und fertigen Kleidungsstücken. Durch denselben Erlaß wird dem schwedischen Eisen die freie Ausfuhr zugestanden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 2.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 2. Januar 1856

Deutscher Bund.

✝ **Frankfurt**, 31. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Der wirkliche Bestand des deutschen Bundesheeres ist nach den von den einzelnen Regierungen der Bundesversammlung vorgelegten Standesübersichten folgender. Das gesammte Bundesheer zählt 527,501 Mann (124,135 mehr als der Sollstand der alten, 57,008 Mann mehr als die Forderung der neuen Matrikel). Nämlich Oesterreich (I., II., III. Armeekorps) 153,295 M., Preußen (IV., V., VI. Armeekorps) 170,509 Mann, Bayern (VII. Armeekorps) 47,866 M., VIII. Armeekorps (Würtemberg, Baden, Großherzogthum Hessen) 48,303, IX. Armeekorps (Königreich Sachsen, Kurhessen, Nassau, Luxemburg, Limburg) 41,308, X. Armeekorps (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Hansestädte, Mecklenburg, Holstein) 48,137; Reserve-Infanterie-Division (sächsische und anhaltinische Herzogthümer, Frankfurt, Hessen-Homburg ꝛc.) 18,083 Mann. Darunter befinden sich höhere Stäbe 3519, Infanterie 404,953 einschließlich 32,285 Büchsenschützen, Reiterei 71,736, Artillerie 41,335 (Fußartillerie 32,325, reitende Artillerie 9010), Pioniere 5958. Dazu kommen noch folgende Nichtstreitbare: 1711 Aerzte, 18,078 Train-Soldaten. Der Belagerungs-Park zählt 250 Geschütze (122 Kanonen, 31 Haubitzen, 97 Mörser). An Brückenmaterial sind vorhanden: 149 Brückenschiffe, 19¼ biragosche Equipagen für eine Gesammtflußbreite von 5010 Fuß. Nach der taktischen Eintheilung umfaßt das Bundesheer dieses Jahr 274¾ Infanterie- und Jäger-Bataillone, 400 Schwadronen, 146½ Batterien (38¾ schwere, 70 leichte, 37¾ reitende) mit 1138 Feldgeschützen und außerdem 5 österreichische Raketen-Batterien mit 60 Geschützen.

** **Bayern.** München, 31. Dez. (Privat-Korresp.) Se. Maj. der König haben diesen Nachmittag mit dem Kortege der Kirchenfeier zur Feier des Jahresschlusses in der Allerheiligen-Hofkapelle beigewohnt. Dem Vernehmen nach werden Se. Maj. der König auch morgen, am Neujahre, zahlreiche Ordensverleihungen vorzunehmen geruhen. Das Direktorium der bayer. Hypotheken- und Wechselbank hat heute die Dividende per II. Semester auf 19 fl. per Aktie festgesetzt, sodaß dieselbe mit jener von 15 fl. des I. Semesters 34 fl. per Jahr beträgt — um 2 fl. 30 kr. mehr, als im Jahr 1854. Es ist dies besonders unter den bisherigen Geldmarktsverhältnissen ein sehr günstiges Resultat des Geschäftsbetriebes im heut ablaufenden Jahre. — Der neuernannte Kron-Oberst-Hofmeister, Fürst v. Oettingen-Spielberg, wird in diesem ersten Kronamte des Reiches morgen zum ersten Male am k. Hofe erscheinen. Die Taxen des Ernennungs-Dekrets des Hrn. Fürsten betrugen nicht weniger als 1300 fl., und die überaus reich mit Gold gestickte Uniform des kgl. Kron-Oberst-Hofmeisters soll auf mindestens 2000 fl. zu stehen kommen.

München, 1. Januar. Se. Maj. der König haben den k. Kammerjunker Karl Frhrn. v. Perfall zum Kämmerer befördert. (N. M. Z.)

Preußen. Köln, 28. Dezbr. Der 86jährige Ernst Moritz Arndt bringt in der heutigen Nummer der hiesigen Zeitung mehrere Namensänderungen in Vorschlag. Er erklärt sich u. a. gegen die Wörter „Deputirter," „Abgeordneter," und ersucht die Volksvertreter in Berlin bei Sr. Majestät dem König dahin zu wirken, daß an die Stelle der erwähnten Benennungen der Ausdruck „Landbote" trete. Auch wir halten die Benennungen „Deputirter" u. s. w. weder für schön noch auch für bezeichnend, glauben aber kaum, daß der Name „Landbote" beifällig werde aufgenommen und von Neuem in der Sprache werde eingebürgert werden. Wenn wir nicht irren, nannte sich einst Arndt in seiner Eigenschaft als Mitglied des Frankfurter Parlaments „Volksbote von Solingen". Uebrigens in verbis simus faciles — wenn unsere Vertreter in Berlin nur Tüchtiges leisten, auf ihre offizielle Benennung kommt es nicht an. Die beste Maxime für Landtagsabgeordnete, wie für andere öffentliche Redner, bleibt aber immerhin das Wort Dr. Martin Luther's: „Tritt fest auf. — Thu's Maul auf. — Hör' bald auf." (Allg. Z.)

Hannover. Hannover, 28. Dez. Zum Schlusse des alten Jahres sind wir noch durch eine neue Oktroyirung überrascht worden. Sie werden sich der Adresse aus dem Amte Osnabrück erinnern, wegen welcher 13 Gemeindevorsteher, der Verfasser der Adresse, der Schreiber derselben, der Doktor Klopp aus Osnabrück, welcher ein Exemplar derselben zum Abdruck an die „Ostfriesische Ztg" in Emden eingesandt hatte, und der Redakteur der erwähnten Zeitung, Schönherr in Emden, in Anklage versetzt wurden. Die Anklage ging auf Majestätsbeleidigung und Amtsehrenbeleidigung des gegenwärtigen Ministerium. Die Geschworenen in Aurich sprachen bekanntlich über sämmtliche Angeklagte das „Nichtschuldig" aus. Jetzt hat die Regierung auf dieses Verdikt geantwortet durch die (vor mehreren Tagen schon im Auszug mitgetheilte) Verordnung, welche die Preß- und politischen Vergehen den Schwurgerichten entzieht. (Nat.-Ztg.)

Schleswig-Holstein. Itzehoe, 27. Dez. Am heutigen Tage fand hier die Eröffnung der achten holsteinischen Provinzialständeversammlung statt. (J. W.)

Oesterreich. Aus dem Entwurf zum neuen Gewerbegesetz, welchen der österreichische Handelsminister den Handels- und Gewerbekammern des Landes zur Begutachtung hat zugeben lassen, entnehmen wir folgende Hauptpunkte. Die Gewerbe, heißt es im Entwurf, theilen sich in freie und konzessionirte. Jene, bei welchen durch ungeschickten Betrieb oder durch Unverläßlichkeit des Gewerbetreibenden in sittlicher Hinsicht oder durch unbeschränkte Vervielfältigung das Gemeinwohl oder die Erreichung allgemeiner polizeilicher Zwecke gefährdet werden kann, werden als konzessionirte behandelt, und sind an eine förmliche Verleihung gebunden. Als solche werden in dem Entwurfe erklärt: Apotheker, Giftverschleißer, Hufbeschlagschmiede, Baumeister und Zimmermeister; alle Gewerbe, welche sich mit der Vervielfältigung auf mechanischem Wege von literarischen und artistischen Erzeugnissen beschäftigen (Buchdrucker, Kupfer-, Stahl- und Steindrucker); der Handel mit Preßerzeugnissen (Buch-, Kunst-, Musikalien- und Antiquarhandlungen); Unternehmungen von Leihbibliotheken und Lesekabinetten; Unternehmungen periodischer Personentransporte außer im Wege von Eisenbahn- oder Dampfschifffahrtsunternehmungen; Gastgewerbe, die lokalen Personentransportgewerbe (Fiaker, Omnibus u. dgl.); Schiffer, Büchsenmacher, Trödler und Pfandleiher. Alle Gewerbe dagegen, welche nicht als konzessionirte erklärt sind, werden als freie behandelt und können gegen bloße Anmeldung ausgeübt werden. Ueberhaupt unterliegt der gleichzeitige Betrieb mehrerer Gewerbe keiner Beschränkung und ist von der Aufnahme in den Verband der Gemeinde durchaus unabhängig. Auch Ausländer, wenn sie für die Zeit des Gewerbebetriebes ihren Wohnort im Inlande nehmen, werden den Inländern gleich behandelt, wofern in ihrem Lande den österreichischen Unterthanen die nämliche Gleichstellung gewährt ist. Das Geschlecht begründet gleichfalls keinen andern Unterschied, als welchen die für die einzelnen Gewerbe geforderte Befähigung mit sich bringt. In einer Schlußbestimmung dieses Abschnitts bleibt es dem Finanzministerium vorbehalten, dort, wo nach den anzustellenden Erfahrungen überwiegende polizeiliche Rücksichten dafür sprechen sollten, im Verordnungswege auch noch einige andere, als die ausdrücklich namhaft gemachten Gewerbe, von einer förmlichen Verleihung abhängig zu machen und die Bedingungen der Erlangung festzusetzen. Ueber die Behörden und ihr Verfahren sagt der Entwurf: Die politischen Verwaltungsbehörden 1. Instanz sind auch die 1. Instanz in Gewerbeangelegenheiten. Ihnen liegt die Handhabung der Gewerbsvorschriften ob. Bei ihnen werden die Meldungen

für den selbständigen Gewerbebetrieb eingebracht; sie ertheilen die Berechtigung zur Firmaprotokollirung beim Handelsgericht und — soweit die nachstehenden Bestimmungen nicht Ausnahmen festsetzen — die Konzessionen und Lizenzen für die Gewerbe. Die politischen Länderstellen ertheilen die Konzessionen für Apotheken, für Bau- und Zimmermeistergewerbe, für alle Gewerbe, welche sich mit der Vervielfältigung auf mechanischem Wege von literarischen und artistischen Erzeugnissen beschäftigen; für den Handel mit Preßerzeugnissen; für Unternehmungen von Leihbibliotheken und Lesekabinetten, die Lizenzen zum Verschleiße bestimmter periodischer Druckschriften; sie sind die zweite Instanz in allen Angelegenheiten, in welchen nicht sie selbst oder noch höhere Behörden in erster Instanz entscheiden. Die oberste Instanz in Gewerbeangelegenheiten bildet das Ministerium für Handel und Gewerbe. Ihm ist auch vorbehalten: die Verleihung der Vorrechte der k. k. Nationalfabriken oder Großhandlungen, die Zulassung der Ausländer zum Gewerbsbetriebe in den Fällen, wo den österreichischen Unterthanen die nämliche Begünstigung in der Heimat der Nachsuchenden nicht gewährt ist; die Bewilligung von Kommanditen und stabilen Agentien ausländischer Handels- und Industrieetablissemente; die ausnahmsweise Bewilligung zur Errichtung von Gewerben, welche auf das Preßwesen Bezug haben, außerhalb der Landes-Haupt-, Kreis- und Komitatsstädte, im Einvernehmen mit der obersten Polizei-Behörde. Die Anmeldungen für freie, wie die Bewerbungen um konzessionirte Gewerbe sind bei der Gewerbs-Behörde anzubringen, in deren Bezirk der Standort des Gewerbes aufgeschlagen wird. Sie können schriftlich oder mündlich zu Protokoll gegeben. Bei den Gesuchen um konzessionirte Gewerbe ist es Sache der Partei, den Besitz der erforderlichen Eigenschaften nachzuweisen. Die Untersuchung und Bestrafung von Uebertretungen der Gewerbsvorschriften steht der Gewerbsbehörde erster Instanz zu. Der Rekurszug geht immer an die Landesstelle. Wenn die begangene Uebertretung durch die allgemeinen Strafgesetze verpönt ist, schreiten die ordentlichen Strafgerichte ein. Ueber den Verlust eines Gewerbsrechtes hat stets jene Behörde zu erkennen, zu deren Competenz die Verleihung gehört. Die Vollziehung des Straferkenntnisses über den Verlust eines Gewerbes, auch wenn dasselbe nach den gemeinen Strafgesetzen von dem ordentlichen Strafrichter geschöpft wurde, steht immer nur der Gewerbebehörde zu. Das Verfahren in Gewerbsstraffällen ist in der Regel mündlich und summarisch. Die Verhandlung, die Entscheidung und die Intimation erfolgen zu Protokoll. Der politischen Landesstelle steht das Recht der Strafmilderung und Strafnachsicht in allen Fällen zu, wo sie als zweite Instanz zu entscheiden hat. Gegen ein in zweiter Instanz bestätigtes oder gemildertes Straferkenntniß wird kein Rekurs mehr zugelassen. Die Vollziehung der in Rechtskraft erwachsenen Straferkenntnisse liegt der Gewerbsbehörde erster Instanz ob, welche bei einem Erkenntnisse auf Gewerbsverlust, wenn es sich um einen protokollirten Gewerbeunternehmer handelt, immer auch dem Handelsgerichte die Mittheilung zu machen hat.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Dezbr. Einer Privatmittheilung zufolge hat man am 10. d. M., gegen 11 Uhr Abends, eine wunderbare Lufterscheinung von einem Pfarrhofe auf Falster aus gesehen, nämlich einen Stern, der sich unaufhörlich veränderte. Bald sah er aus wie eine Sonne, mit recht zirkelförmigen Strahlen, bald wie ein Stern mit 3 längeren Spitzen, bald mit nur zwei, bald wie drei kleinere Sterne, bald wie zwei; er wechselte zugleich die Farbe, war bald hell blutroth, bald blau und bald weißgelb. Die Stelle am Himmel war Süd-Südost und er wurde eine gute Viertelstunde beobachtet. Es war ein schneidender Frost und alle Sterne funkelten stark.

Großbritannien.

London, 22. Dezbr. Die „Gazette" veröffentlicht eine neue Verfügung des kgl. Geheimraths, der zufolge die Ausfuhr von Salpeter, Sodanitraten, schwefelsaurer Potasche (Potasche-Chloride) nach den britischen Kolonien und Anpflanzungen in Nordamerika mit Inbegriff der westindischen Inseln und des gesammten Auslandes hinfort verboten ist. — Die neueste statistische Uebersicht des britischen Handels von 1854 gibt der „Times" Gelegenheit auf die günstige Finanzlage der Nation zurückzukommen, welche bei dem jetzigen Krieg nur geringe oder gar keine Störung gefunden hat. Im ersten Jahre eines angeblich für den Wohlstand unheilvollen Krieges hat der britische Handel eine früher nie gekannte Größe erlangt.

Frankreich.

* Paris, 31. Dezbr. Morgen, 1. Januar, werden abermals 2 aus der Krim rückkehrende Infanterie-Regimenter in Paris einziehen. Auf höhere Anordnung bleiben deßhalb die errichteten Triumphbogen noch stehen, um auch diesen Tapfern die wohlverdiente Ehre zu erweisen.

* General Canrobert, welcher an der Spitze der aus der Krim rückkehrenden Infanterie-Division ritt, hatte dies auf ausdrückliche Anordnung des Kaiser gethan.

* Mit Ausnahme der in Paris verbleibenden Bataillone, wurden die Garden und Linien-Truppen, nach der vorgestrigen Einzugs-Revue, durch die Eisenbahn wieder in ihre resp. Garnisonen in der Umgegend der Stadt zurückgebracht.

Paris, 30. Dezbr. Der heutige „Moniteur" theilt mit, daß am Freitage der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Walewski, eine Telegraphen-Konvention mit Spanien, Sardinien und der Schweiz unterzeichnet habe. (T. D. d. N.-Z.)

Italien.

Dem „Constitutionnel" wird aus Turin 27. Dezbr. geschrieben: „Chevalier Massimo d'Azeglio ist heute aus Marseille über Genua hier angekommen. Unter den neapolitanischen und sizilianischen dortigen Emigrirten ist das Gerücht von einem mehreren Fahrzeugen der englischen Flotten-Division im schwarzen Meere ertheilten Befehle, nach Messina abzugehen, verbreitet. Jeder legt sich dieses kleine Ereigniß nach seinem Wunsche aus; aber es scheint, daß diese Maßnahme des engl. Gouvernements lediglich bezwecken soll, dem zweideutigen Verfahren des Königs von Neapel endlich ein Ziel zu setzen. — Neuerdings erst gab die neapolitanische Regierung wieder einen Beweis ihrer feindlichen Gesinnung, indem sie das Einschiffen von 800 Stück vom engl. Gouvernement für Konstantinopel erkaufter Maulthiere untersagte — und zwar, wie man sagt, auf Anregung des russischen Gesandten.

* Turin, 26. Dezbr. Die Nachricht von der Ankunft des Grafen v. Chambord in Genua ist erfunden. Es scheint jedoch, daß Jemand aus der Umgebung des Prinzen in Genua angekommen war und sich nach Nervi zur Königin Maria Amalie begeben hatte. — Ich weiß nicht ob ich dem verbreiteten Gerüchte, daß die franz. Regierung die Wittwe Louis-Philipp's zur Rückkehr nach Frankreich ermächtigt habe, wenn es ihr Gesundheitszustand erlaube, Glauben beimessen soll.

* Nach Briefen aus Turin vom 27. Dezbr. war auch die Nachricht von einem bevorstehenden Besuche der Königin Marie Amalie in dieser Stadt unrichtig. Nicht sie, sondern die Frau Herzogin von Nemours verweilte einen Tag in der Hauptstadt. Sie wurde im Schlosse empfangen, wo ihr vom König die zuvorkommendste Aufnahme zu Theil wurde. Die Herzogin hat sich am 27. mit ihrem Gefolge wieder nach Genua begeben.

Spanien.

† Am 5. Januar soll in Madrid der seit einiger Zeit her bereits angekündigte große Ball im kgl. Theater zum Besten der Verwundeten der Krim-Armee statthaben. — Das in Madrid, als Succursale des Credit mobilier, zu errichtende Etablissement, wird die Benennung „Allgemeine Credit-Gesellschaft" führen. — Das Kapital beträgt 256 Millionen Realen (oder, zu dem stipulirten Kurse, 120 Millionen Franken) fixirt. — Es ist in 240,000 Aktien zu 1900 Realen oder 500 Franken getheilt, deren verschiedene Serien nach und nach ausgegeben werden. Die erste, sofort zu emittirende Serie begreift 80,000 Aktien ein, worauf die Unterzeichner, binnen 14 Tagen nach Genehmigung der Statuten, 3pCt. einzuzahlen haben. Die Aktien sind au porteur, sie können bei der Gesellschaft gegen eine Quittung auf Namen deponirt werden. Die Gesellschaft hat das Recht, Obligationen (Bankzettel), jedoch nicht über 30 Tage Verfallzeit und nicht über den 5fachen Betrag des realisirten Kapitaltheils, auszugeben. Nach vollständiger Einzahlung des Kapitals dürfen Bankzettel bis zum 10fachen Betrage desselben ausgegeben werden. Aber die Obligationen unter Einem Jahre Verfallzeit sollen mit den auf laufende Rechnung empfangenen Werthen das Doppelte des Effektivbestandes des Gesellschaft-Kapitals nicht überschreiten. Aus den Erträgnissen soll jährlich ein gewisser Theil dem Reserve-Fond einverleibt werden. Dieser Fond soll nicht höher als 20 Million Franken seyn. Alle 6 Monate soll ein Nachweis über den Stand der Geschäfte 2c. der Regierung vorgelegt werden, der auch außerdem das Recht zusteht, so oft sie es für angemessen erachtet, von den Operationen und den Büchern der Gesellschaft Einsicht zu nehmen.

Aegypten.

° Der Vize-König von Aegypten hat die Ausfuhr von Getraide wieder freigegeben. — Die Kommission wegen Durchstechung der Erdenge von Suez hat ihre Arbeiten nahezu vollendet und ist das Resultat der Untersuchungen ein vollständig befriedigendes.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Berlin, 31. Dezbr. Das „Dresdner Journal" vom Heutigen meldet: „Oberst v. **Manteuffel**, heute Mittag von Berlin eingetroffen, hatte Audienz bei Sr. Maj. dem König, wurde zur k. Tafel gezogen, und begibt sich mit dem Nachteilzug nach Wien." (T. D. d. A. Z.)

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 20. Dezember. Sir E. Lyons, der, wie man sagt, nach Frankreich reisen wird, um dem großen Kriegsrath in Paris beizuwohnen, wird sein Kommando provisorisch dem Admiral Freemantle übertragen. — Nach dem „Journal de Constantinople" soll die **Armee von Erzerum** auf 35,000 Mann gebracht werden.

Erzerum hat bedeutende Verproviantirungen erhalten.

Der Rückzug Omer Paschas, der schon nach den letzten russischen Berichten vom 24. Novbr. nicht mehr zu bezweifeln war, wird von der „Morning Post" bestätigt; dies Blatt meldet, daß Depeschen in London eingegangen sind, nach denen er es **in Folge des Falles von Kars für angemessen hielt, auf Redut-Kale zurückzugehen.**

Nach einem Befehl aus Petersburg werden Wassiff Pascha, General Williams und auch sechs andere in **Kars** gefangene Paschas von Moskau nach Petersburg gebracht. Aber die übrigen gefangenen Offiziere, sowie die Mannschaft aus Kars werden theils nach Tiflis, theils nach andern kaukasischen Plätzen abgeführt, wo sie den Winter über bleiben werden.

Wir erfahren aus **Konstantinopel**, daß Reschid Pascha als außerordentlicher Bevollmächtigter der Pforte nach Wien und Paris abgehen wird, wahrscheinlich wegen der Verhandlungen über die künftige Stellung der Donaufürstenthümer.

Aus Rußland.

St. Petersburger Nachrichten melden: „Der Kaiser hat dem Domänenminister **Perowski** befohlen, einen **abermaligen Aufruf an die Bauern der Apanagengüter zu erlassen, behufs der Bildung neuer Scharfschützen zum Kampf gegen die Feinde der orthodoxen Kirche und des heiligen Rußland.**" (Kein günstiges Omen für die Friedensvermittlungsversuche.) (T. D. d. A. Z.)

• General **Murawieff** erhielt wegen der Einnahme von Kars ein belobendes Handschreiben des Kaisers und wurde zum Ritter des Georgsordens 2. Grads mit dem Großkreuz ernannt.

Petersburg, 24. Dezbr. Fürst **Mentschikoff**, dessen Berufung vom Oberkommando auf der taurischen Halbinsel in den Reichsrath die kaiserl. Ungnade kaum zu verhüllen schien, ist auf's Neue zu einer hervorragenden Rolle berufen worden. Ein kaiserl. Tagesbefehl vom 20. Dezember ernennt ihn zum Militär-General-Gouverneur von **Kronstadt** mit allen Rechten, der Macht und den Prärogativen, welche dem Oberkommandirenden einer Armee in Kriegszeiten zustehen, und es werden ihm alle in Kronstadt befindliche Land- und See-Streitkräfte untergeordnet, während er seine früheren Aemter beibehält. — Diese Ernennung zeigt einerseits den Mangel an hervorragenden militärischen Kapazitäten, da der mehr oder minder in Ungnade gefallene Fürst Mentschikoff wieder mit einem so wichtigen Kommando betraut werden mußte, andererseits beweist sie auf's Neue, daß man sich gefaßt macht, im nächsten Sommer den Krieg in der Ostsee energischer zu betreiben als bisher.

Petersburg, 24. Dezbr. Die **Salpeterpreise** sind ungewöhnlich gestiegen. Es ist erinnerlich, was vor einiger Zeit in Betreff der Freigebung der Ausbeute von Salpeter in ganz Rußland verfügt wurde. Die Regierung versuchte durch diese Maßregel, wie durch Feststellung von ziemlich hohen Preisen für geläuterten Salpeter vergebens dem Mangel abzuhelfen, ohne durch Aufhebung des Einfuhrverbots auf Salpeter das Prohibitivsystem abermals offiziell durchlöchern zu müssen. Indeß erfährt man mit Bestimmtheit, daß die Zollämter unter der Hand angewiesen werden sind, eintreffende Salpeterquantitäten frei eingehen zu lassen, was bereits vielfach geschehen ist. Dem Finanzminister mag **die Abnahme des Silbers und Goldes** auf dem hiesigen Geldmarkt manche unruhige Stunde bereiten. Aber es bieten sich keine Mittel zur Abhülfe. Es liegen Berichte vor, denen zufolge, trotz der angeordneten strengsten Ueberwachung, an den Gränzen das Geschäft, baares Geld aus Rußland hinauszuschmuggeln, eben so lukrativ betrieben wird, als das Einschmuggeln von Thee und sonstigen Artikeln. Die Schwärzer erhalten 4 Prozent von jeder in's Ausland geschafften Summe Rubel oder Imperials von hiesigen Geschäftsleuten und eben so viel von den jenseitigen. — Der zurückgetretene Minister der Bauten, Graf **Kleinmichel**, wird mit einer Fluth von Schmähgedichten, Briefen und sonstigen anonymen Angriffen wegen angeblicher kolossaler Unterschleife überschüttet. Er zählte sich selbst zur sog. deutschen Partei, zu der auch mehrere in Nikolajew in Folge entdeckter Unzulänglichkeiten in den dortigen Depots und Arsenalen der Marine vom Amte entfernte hohe Offiziere, wie Admiral v. Berch und der Kommandant Merder, gehören. Die Russen triumphiren, daß die bemäkelten Namen meist durch russische wie Tschewkin und Metlin ersetzt worden sind. — Die Anwesenheit der Helden von Sebastopol, wie man hier die Generale Totleben, Wassiltschikow, Urussow und Nowossilski nennt, hat Veranlassung zu verschiedenen Ovationen gegeben. (Nat.-Ztg.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 1. Januar. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 67; 4½pCt. Met. 58⅞; Wiener Bankaktien 956; 5pCt. Lomb. 83⅞; Wiener Wechsel 108¼; 3pCt. inl. span. 34¾; 1pCt. neue 21$\frac{1}{16}$; Darmstädter Bankaktien 284.

Wien, 31. Dezbr. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 76$\frac{1}{16}$; 5Cpt. Met. 73⅞; 4½pCt. 64¼; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; dito von 1854 95¾; Bankaktien 902; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Norddbahnaktien 2125. Wechselkurse: Augsburg uso 109⅞ P.; London 10.42.B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 24. Dezbr. In dem dem „Nürnb. Korresp." entnommenen Referate über die öffentliche Gerichtsverhandlung in Sachen des Kaufmanns Goldberger wider den Apotheker Frickhinger sind mehrere der in dem verkündigten Urtheile ausgeführten, für eine unparteische Beurtheilung des ganzen Falles unerläßlichen Gründe übergangen worden. Die Verurtheilung Frickhinger's ward ausgesprochen: weil in seinen, den Gegenstand der Anklage bildenden Aufsätzen nicht allein keinerlei sachgemäßer Beweis für Unsolidität, den übermäßigen Preis oder gar die Schädlichkeit der durch das Handlungshaus Goldberger debitirten, von in Preußen ansässigen Aerzten und technischen Chemikern hergestellten, diversen Kosmetika geführt worden, sondern weil überdies der Verschleiß der betreffenden Artikel auf das Ansuchen des hiesigen Apothekers Sallinger durch das k. Ministerium den gewerbsberechtigten Apothekern Bayerns ausdrücklich verstattet ist, und weil ferner durch die zeugeneidliche Vernehmung eines Mitgliedes des Obermedizinalausschusses die Unschädlichkeit jener Gegenstände und der Umstand, daß deren Preise nicht im Mißverhältniß zu der in Bayern geltenden Apotheker-Taxe stehen, vollständig konstatirt wurde. Aus der Verhandlung ergab sich übrigens noch, daß der von Frickhinger dem Goldberger gemachte Vorwurf, als habe dieser aus seinen rein geschäftlichen Beziehungen zu den in Rede stehenden, seit einer Reihe von Jahren im Handel befindlichen Artikeln je ein Geheimniß gemacht, durch die Thatsache widerlegt wird, daß — wie im Großhandel gebräuchlich — auf den Etiquettes der verschiedenen, durch das Goldberger'sche Haus verbreitete Handelsartikel meist die Notiz: „Verlag von J. T. Goldberger" sich befindet, sowie auch dem angefeindeten Charakter Goldbergers die amtl. Erklärungen seiner höchsten Heimathsbehörden, „daß ihm das Lob eines Mannes von guten Sitten und unbescholtenem Rufe gebühre, der in keiner Beziehung je eine Veranlassung zu irgend einer Ausstellung gegeben hat", zur Seite standen. Neben einer Geldstrafe von 10 fl. wurde Frickhinger auch zur Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilt, und bei dieser Strafbemessung Seitens des Gerichtshofes ausdrücklich hervorgehoben, wie der Umstand, daß die Veröffentlichung nur eine beschränkte gewesen, da der Angeklagte jene ehrenrührigen Ausfälle nur in einem wissenschaftlichen, nicht für das größere Publikum bestimmten Journale erlassen habe, die Strafbarkeit mildere.

Die bayerische Staatsregierung hat den Versuch gemacht, eine vergleichende Schätzung des **Aernteertrages** der beiden Jahre 1854 und 1855 durch die Bezirkskomites des landwirthschaftlichen Vereins vornehmen zu lassen. Nach dem Durchschnitte auf 76 Erhebungen ist der Ertrag für 1855 im Wesentlichen folgender: 1) bei Weizen ein „sehr guter"; derselbe kommt jedoch in der Qualität und mehr noch in der Quantität dem „gut", d. h. einer gewöhnlichen Mittelernte ganz nahe. Die

Qualität ist etwas besser, die Quantität etwas geringer als im Vorjahre; 2) bei Korn in der Qualität ein „sehr guter“, in der Quantität „gut“ mit großer Annäherung an „mittelmäßig“, während im Vorjahre Qualität und Quantität ziemlich gleichmäßig „gut“ waren. 3) Bei Dinkel, Gerste und Haber in Qualität und Quantität „sehr gut“ mit ungefähr halber Annäherung an „gut“ und dem Ertrage des Vorjahres beinahe gleichstehend. Das Gewicht der Schäffel ist bei Weizen und Gerste ziemlich gleich geblieben; bei Korn, Dinkel, Haber etwas besser als im Vorjahre, während der Strohertrag durchgängig und zwar bei Weizen und Korn bedeutend geringer ist. 4) Bei Hülsenfrüchten (Bohnen, Erbsen, Linsen) in Qualität und Quantität „sehr gut“; dabei etwas besser als im Vorjahre. 5) Bei Kartoffeln „sehr gut“ mit etwas mehr als halber Annäherung an „gut“, während im Vorjahre die Quantität „gut“ nahe an „mittelmäßig“ und die Qualität „mittelmäßig“ war. 6) Bei Hopfen in Qualität und Quantität „ausgezeichnet“, mit großer Annäherung an „sehr gut“, während im Vorjahre erstere etwas unter „gut“, letztere etwas unter „mittelmäßig“ war. 7) Bei Heu und Grummet (Nachheu), in Quantität und Qualität „sehr gut“, mit einiger, bei der Quantität des Heues jedoch größerer Hinneigung zu „gut“, durchgängig jedoch etwas besser, als im Vorjahre.

Leipzig, 27. Dez. Vor einiger Zeit haben wir Nachricht über die Expedition der Gebrüder Schlagintweit und ihre Erfolge in dem westlichen Himalaya gegeben. In diesen Tagen erhielten wir durch einen Brief die erste direkte Nachricht von dem ältesten der drei Brüder, Dr. Hermann Schlagintweit. Das Schreiben ist datirt Cherra Poonjre, Cosiah-Hills, 25. Oktbr. 1855. Cherra Poonjee liegt nahe der Gränze von Bengalen und Assam. Der berühmte Reisende befand sich wohl und hatte schon mehrere Berichte über seine bisherigen wissenschaftlichen Untersuchungen längs der Gränze von Sikim und Nepal ausgearbeitet, die er uns binnen Kurzem zuzusenden verspricht. Wir erfahren ferner, daß es den beiden Brüdern Adolph und Robert Schlagintweit gelungen ist, verkleidet zi[illegible] lich weit in Tibet vorzudringen. Ihr letzter Brief gab [illegible] noch keine Nachricht über den Weg bei ihrer Rückkehr na[illegible] [illegible]en Ebenen. (D. A. Z.)

Paris, 28. Dez. Die „Compagnie générale des Omnibus de Londres“ ist nunmehr definitiv konstituirt. Das Kapital der Gesellschaft ist auf 25 Mill. Franken, in 250 000 Aktien zu 100 Fr. festgesetzt. Vorläufig sollen nur 200,000 Aktien ausgegeben werden. Der Sitz der Gesellschaft ist Paris, ihre Dauer 60 Jahre. Die Gesellschaft besitzt 810 Omnibus, deren jeder zu 15,594 Fr. (Material rc. einbegriffen) angeschlagen ist. Der durchschnittliche Ertrag eines Omnibus für jeden Tag auf 65 Fr., die Kosten auf 50 Fr. angenommen, würde der Reinertrag der 810 Wagen täglich 12,150 Fr. oder 4,434,750 Fr. jährlich erreichen, was über 20 pCt des Betriebskapitals seyn würde. — Der kaum beendigte Häringsfang hat in Boulogne einen Ertrag von 2 Mill Fr. geliefert. Mehrere Fischerboote gewannen 34,000 Fr. Der durchschnittliche Ertrag eines jeden wird auf 15—20,000 Fr. angegeben.

* Am 28. Februar wird sich in Marseille abermals eine Anzahl Pilger nach Jerusalem einschiffen. Eine andere unter den Auspizien des Wiener-Komite gebildete Caravane wird gleichzeitig von Triest nach dem heiligen Grabe abgehen.

* Nach Briefen aus Marseille vom 27. Dez. war dort fast nur von den durch die furchtbaren Stürme verursachten Unglücksfällen auf dem Meere die Rede. Man sprach von mehreren an den spanischen Küsten gescheiterten Fahrzeugen, ohne jedoch darüber Positives zu wissen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 3.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreyspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 3. Januar 1856.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Der dem Landtag vorgelegte Entwurf eines Polizeistrafgesetzbuchs hat zwar vorzugsweise strafbare Rechtsgefährdungen zum Gegenstand, erstreckt sich jedoch auch auf jene geringeren Rechtsverletzungen, welche der zugleich vorgelegte Entwurf eines Strafgesetzbuchs für Verbrechen und Vergehen von Letzterem ausgeschieden hat. Die Staatsregierung ist bei diesem Entwurf von der Ansicht ausgegangen, daß den Gebrechen der geltenden Polizeistrafgesetzgebung nur durch ein allgemeines alle polizeilichen Straffälle möglichst vollständig begreifendes Gesetzbuch abgeholfen werden könne, und eine Ausnahme hievon nur bezüglich weniger, durch neuere besondere Gesetze oder Verordnungen befriedigend geregelter Materien zuzulassen sey.

Sie suchte jedoch bei Durchführung dieses Gedankens den wesentlichen Unterschied der Gegenstände der Polizeigesetzgebung und der gegen diese verstoßenden Uebertretungen von den strafbaren Rechtsverletzungen festzuhalten. Während nämlich die einzelnen strafbaren Rechtsverletzungen, wie es auch in den *Strafgesetzbüchern* über Verbrechen und Vergehen geschieht, nach *ihren unterscheidenden* Merkmalen charakterisirt und mit der hiernach genau bemessenen Strafe bedroht werden können und müssen, sind die Gegenstände der Polizeigesetzgebung und die in ihr Gebiet fallenden Rechtsgefährdungen zu mannigfaltig, zu sehr nach den Verhältnissen, Bedürfnissen und Oertlichkeiten wechselnd, um von einem Polizeistrafkoder in allen ihren Einzelnheiten erreicht und geregelt werden zu können. Es würde sich daher eine Gesetzgebung, welche diese Aufgabe sich stellen wollte, nicht nur als lückenhaft, sondern auch als höchst unpraktisch erweisen.

Um daher zu einer Polizeistrafgesetzgebung zu gelangen, welche, von den berührten Mängeln frei, die Polizeistraffälle *möglichst* vollständig begreift und die Verhängung willkürlicher Strafen ausschließt, ohne die der Polizeigewalt unentbehrliche Beweglichkeit und die den Umständen und Bedürfnissen Rechnung tragende Thätigkeit der Behörden zum Nachtheile der öffentlichen Ordnung zu hemmen oder zu verhindern, wurde bei der Abfassung des gegenwärtigen Entwurfes der Gesichtspunkt festgehalten, daß das allgemeine Polizeistrafgesetzbuch in der Regel sich darauf zu beschränken habe, die Kategorien der polizeilich strafbaren Uebertretungen nach ihren Gegenständen zu erfassen und dafür Strafnahmen aufzustellen, bezüglich der speziellen polizeilichen Gebote und Verbote aber auf die mit den einzelnen Materien sich befassenden Verordnungen und polizeilichen Vorschriften zu verweisen. — Dieser im Allgemeinen leitende Grundsatz kam indessen nicht ausnahmslos zur Anwendung, sondern wo die Beschaffenheit des Gegenstandes und der daran sich knüpfenden Rechtsgefährdungen allgemein anwendbare polizeiliche Vorschriften zuließ, wurden diese in das Polizeistrafgesetzbuch aufgenommen.

Was die Zuständigkeit der Polizeibehörden und höheren Verwaltungsstellen zur Erlassung verbindlicher Polizeivorschriften betrifft, so hat der Entwurf in die Art. 247—253 jene Bestimmungen niedergelegt, welche der Staatsregierung nothwendig und geeignet schienen, um so viel möglich jeder Ungewißheit über die Gegenstände und den Umfang der gedachten Befugniß und den hieran sich knüpfenden Kollisionen zwischen den Behörden vorzubeugen. — Insbesondere ist die gesetzlich bestehende Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden in Bezug auf Einziehung von Gewerbskonzessionen und Einstellung eines unerlaubten Gewerbsbetriebes, wofür sich überwiegende Gründe des öffentlichen Interesse geltend machen, aufrecht erhalten, und nur die Schließung verordnungswidriger Anstalten in einigen Fällen, wo dieselbe als nothwendige Straffolge erklärt werden könnte, dem Ausspruche der strafenden Behörde anheimgegeben. — Nicht minder ist an dem Grundsatze festgehalten, daß den Polizeibehörden die Befugniß vorbehalten werden müsse, unabhängig von der Strafverfolgung die zur Abwendung von Gefahren erforderlichen Maßregeln zu nehmen, sowie daß der Abbruch oder die Entfernung gesundheitsgefährlicher Gewerbseinrichtungen, die Entfernung von Baugebrechen und ähnlichen verordnungswidrigen Zuständen, aus deren Veranlassung Strafe verhängt wurde, in die Befugniß der Polizeibehörden und zwar deßhalb zu legen, resp. darin zu belassen sey, weil diese nach der Eigenthümlichkeit ihres Wirkungskreises vorzugsweise in der Lage sich befinden, richtig zu ermessen, welche Maßregeln in solchen Fällen im öffentlichen Interesse geboten sind, und dieselben mit Sachkenntniß vorzukehren — Gleiches gilt von der Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel zum Zwecke der Sicherung des Vollzugs polizeilicher Anordnungen.

Was die Strafarten betrifft, so hat der Entwurf den Verweis aus der Reihe der Polizeistrafen gestrichen, die körperliche Züchtigung unter dieselben eingesetzt und als Strafschärfung auch den Dunkelarrest zugelassen. Die Weglassung des Verweises erfolgte, weil in demselben eine passende, ihren Zweck sicher erreichende Strafart nicht erkannt zu werden vermag, und bei dem System des Entwurfes, nach welchem ein Minimum der Geldstrafe nicht festgesetzt ist, auch das Bedürfniß einer weiteren Strafabstufung nicht besteht.

Ueber die Aufnahme der körperlichen Züchtigung unter die Strafarten äußern sich die dem Entwurfe von der Regierung angefügten Motive folgendermaßen: „Durch eine vielfältige Erfahrung ist — ungeachtet aller dagegen erhobenen Einwürfe — der Beweis geliefert, daß bei einzelnen Individuen der Arrest durchaus nicht als wirksame Strafart erachtet werden kann, und solchen Individuen gegenüber zu dem Strafmittel der körperlichen Züchtigung geschritten werden muß, wenn überhaupt die Strafe auf sie als ein Uebel und Besserungsmittel wirken soll. Auf die vorliegenden Erfahrungen über die Unwirksamkeit der Arreststrafe gestützt, läßt daher der Entwurf bei Bestrafung der Arbeitsscheue, Landstreicherei, des Bettels, der gewerbsmäßigen Unzucht von Frauenspersonen, der Körperverletzung und der Raufhändel, dann der aus Rachsucht oder Bosheit oder unter besonders erschwerenden Umständen verübten Beschädigung oder Zerstörung fremden Eigenthums die körperliche Züchtigung in der Weise zu, daß auf dieselbe anstatt auf eine Arreststrafe, jedoch in den meisten der bezeichneten Fälle erst im Wiederholungsfalle, erkannt werden kann. Die Anwendung der körperlichen Züchtigung bei Bestrafung der Bettler und Landstreicher ist übrigens, wenigstens für die Regierungsbezirke diesseits des Rheins, bereits geltendes Recht nach Art. 5 der Verordnung vom 28. November 1846. Namentlich hat auch nach den vorliegenden Erfahrungen die seit einigen Jahren erfolgte Beseitigung der körperlichen Züchtigung bei Bestrafung von Körperverletzungen und Raufereien nachtheilig gewirkt. Durch die Beschränkungen der genannten Strafe auf einige wenige Uebertretungen, deren Verübung, namentlich im Wiederholungsfalle, meist eine tiefe moralische Gesunkenheit des Individuums voraussetzt, und mit Rücksicht darauf, daß sie auch in diesen Fällen nicht gegen jeden Uebertreter zur Anwendung kommen muß, ist wohl hinlänglich dafür gesorgt, daß diese Strafe nicht in schädlicher Weise verhängt und vollzogen werde.“

Als allgemeines niedrigstes Maß der Arreststrafe wurde, da eine Arreststrafe von einigen Stunden in den meisten Fällen von dem Uebertreter als ein Strafübel gar nicht empfunden werden würde, die Dauer von 12 Stunden festgesetzt; das höchste auf 3 Monate.

Die Schärfung kann zu einem doppelten Zwecke stattfinden, einmal, um die polizeiliche Freiheitsstrafe durch eine Zuthat bei einzelnen Uebertretern in Wirklichkeit zu einem empfindlichen Strafübel zu machen, dann aber auch, um die Arreststrafe für eine kürzere Dauer verhängen zu können.

** München, 1. Januar. (Privat-Korrespondenz.) An unserm k. Hof hat heute die Neujahrsaufwartung bei den königlichen Majestäten in der herkömmlichen glänzenden

Weise stattgefunden. In zahlreichen und prachtvollen Equipagen fuhren die höchsten Herrschaften, der hohe Adel, die hohen und höheren Hof- und Staatsbeamten, die Mitglieder der Kammern, die Offiziere der Linie und Landwehr ꝛc. in die königl. Residenz, um Ihren k. Majestäten ihre Huldigungen darzubringen, und diesen Nachmittag war bei Sr. Majestät dem König Familientafel. Heute Abend werden Ihre königlichen Majestäten zuerst das diplomatische Korps, die Damen und Gesandten ꝛc. empfangen und dann dem Hof-Konzert beiwohnen. Vor der Aufwartung heut Vormittag geruhte der König, wie immer am Neujahrstage, zahlreiche Ordensverleihungen vorzunehmen, doch sind bis jetzt erst folgende Personen bekannt, welche den Orden aus den Händen des Monarchen empfingen: der k. Staatsrath v. Schilcher, der k. Kriegsminister Generalmajor Manz, Generalmajor Dit, der Kommandant der Landwehr v. Niederbayern, Generalmajor Graf Drechsel, Major Graf Riccardelli, Polizei-Direktor Düring, Prof. v. Liebig, Prof. Maler Volz, Abrechnungsrath Morgenroth, Reg.-Rath Braun, die geistlichen Räthe Reindl und Wisling, Magistratsrath Klausner und Ministerialrath Pfretschner. Die Zahl der an Hiesige und Auswärtige verliehenen Orden der bayerischen Krone und vom heil. Michael soll nahezu 90 betragen, welche Zahl die Ordensverleihungen in der Regel an jedem Neujahr erreicht haben.

München, 1. Januar. Dem Wagen Sr. kgl. Hoh. des Prinzen Luitpold drohte bei der Einfahrt in den Wittelsbacher Palast ein Unfall, indem derselbe mit ganzer Heftigkeit an einen Eckstein der Einfahrt anrannte, so daß dieser in Trümmer ging und die zwei hintenstehenden Lakaien herabgeworfen wurden. (A. Abdztg.)

München. In Bezug auf eine Notiz in Nr. 363 der „Allg. Ztg.“, die auch in unser Blatt überging, versichert Herr Dr. Heyfelder: er habe nicht in St. Petersburg angefragt, unter welchen Bedingungen er in jenseitige Dienste eintreten könne.

Preußen. Das „Pr. Wochenblatt“ bespricht die Zusammensetzung des Hauses der Abgeordneten, insbesondere das große Uebergewicht der Beamten in demselben. Die Summe der unmittelbaren und mittelbaren Beamten des aktiven Dienststandes beläuft sich für die vorige Kammer auf 188 Für das Haus der Abgeordneten beträgt diese Ziffer 215 unter 380. Sie hat mithin einen Zuwachs von 27 erhalten. In noch stärkerem Verhältnisse hat sich die Zahl der von dem Ministerium unbedingt abhängigen Staatsdiener (der Verwaltungsbeamten, Offiziere, Staatsanwalte) vermehrt.

Berlin, 31. Dezbr. Mittheilungen aus Neu-Strelitz zufolge sind der Herzog Georg von Mecklenburg und seine Gemahlin, die Großfürstin Katharina von Rußland, bereits am 22. Dezember Abends aus der russischen Hauptstadt am dortigen großh. Hofe angelangt. (Allg. Z.)

Naumburg, 28. Dezbr. Unter vorstehendem Datum schreibt man der „Voss. Ztg.:“ „Wir haben Aussicht in unsern Mauern für Neujahr ein journalistisches Unternehmen, ein täglich erscheinendes politisches Blatt, das von einem Verein bemittelter Männer, unter denen sich auch ein Russe befindet, auftauchen zu sehen, zu welchem gegenwärtig die Vorbereitungen getroffen werden. Von wem es geleitet wird, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Das Blatt wird die Vertretung russischer Interessen zur Aufgabe seines Strebens machen.“

Die Kohlenlager zu Saarbrücken, in Rheinpreußen, sind nach den Berechnungen der Sachverständigen, wenn auch nicht unerschöpflich, doch hinreichend den Bedarf auf 70,000 Jahre zu decken. Es hat aber verschiedenen Versuchen nicht gelingen wollen, so viele Arbeiter zusammenzubringen, als nöthig sind jene Quantität Kohlen zu Tage zu fördern, die von dem täglichen Bedarf in Anspruch genommen wurde. (A. Z.)

Sachsen. Dresden, 30. Dezbr. Mit dem 1. Januar tritt das Verbot des fremden Papiergeldes in Kraft. Von vielen Seiten werden wegen der dadurch eintretenden Beschränkung der Zahlungsmittel mancherlei Uebelstände befürchtet. Dem zu begegnen, hat die Regierung für die inländischen Geldversendungen bereits mehrfache Erleichterungen eintreten lassen. So ist beschlossen, vom 1. Januar an auf den Staatseisenbahnen für Beförderung gemünzten Geldes im Inlande nur den Normalfrachtsatz erheben zu lassen; wichtiger ist jedoch eine andere Bestimmung, nach der Geldsendungen bis zu 25 Thaler durch Einzahlung bei dem Postamt des Abgangsortes zur Auszahlung durch das des Bestimmungsortes von jetzt an ohne alle Provision (bisher ½ Ngr. pro Thaler) gemacht werden können, Auch soll den Unterbehörden die Weisung zugegangen seyn, im Gränzverkehr das Verbot ausländischen Papiergeldes mit thunlichster Schonung zu handhaben. (A. Z.)

Leipzig. Mittelst Erlasse an sämmtliche kgl. Behörden ist den Staatsdienern aufgegeben worden, die Kirche fleißig zu besuchen.

Oesterreich. Der Sultan hat den frühern türkischen Gesandten in Athen, Fürsten Kallimachi, zum Botschafter der hohen Pforte bei dem österreichischen Hofe ernannt.

Wien, 31. Dezbr. Gestern hat der Verwaltungsrath der neuen Kreditanstalt bei Wahl des Präsidium den regierenden Fürst Johann Adolph zu Schwarzenberg als Präsident, Freiherr Anselm v. Rothschild und den Herrn Reichsrath Graf Franz Zichy als Vizepräsidenten ernannt.

Der Kaiser hat, um das Loos der minder besoldeten Beamten vorzüglich in dieser rauhen Jahreszeit zu erleichtern, beschlossen, denselben theils Theuerungszuschüsse, welche nach gewissen Prozenten des betreffenden Gehaltsbetrages zu bemessen sind, theils aber — sofern bei einzelnen Dienstzweigen der Personalstand und das Gehaltausmaß noch nicht geregelt ist — angemessene Aushilfen erfolgen zu lassen.

Nach den Weihnachtsfeiertagen wird in Ofen (Ungarn) ein Monsterprozeß gegen eine aus 9 Individuen bestehende Räuber- und Diebesbande, die in Totis und der Umgegend Schrecken und Unheil verbreitete, zu Ende geführt und den Missethätern das Urtheil gesprochen. In den Komitaten Gömör, Abanjvar-Torna und Zemplin wurde zur Unterdrückung der überhandnehmenden Räubereien das Standrecht gegen das Verbrechen des Raubes, Raubmordes und räuberischen Todschlages publizirt. — In Szegszard starb vor Kurzem die Wittwe von Hrabovszky, und bestimmte ihr auf 80—100,000 fl. belaufendes Vermögen zum Bau einer Kirche und Schule daselbst. (Allg. Z.)

Großbritannien.

London, 26. Dez. Die letzte Flüchtlingsausweisung aus Jersey scheint denn doch der jetzt hier etablirten französischen Revolutionspropaganda einen empfindlichen Schlag beigebracht zu haben. Vornehmlich scheint dies hinsichtlich des berüchtigten Journals „L'Homme“ der Fall zu seyn, welches bekanntlich zu der Jerseyer Ausweisung durch den Abdruck des Pyat'schen Briefs „An die Königin von England“ die eigentliche Veranlassung gab. Das Journal „L'Homme“ ist nämlich hier am letzten Sonnabend nicht erschienen, und wie man mich unterrichtet, soll dasselbe wegen Mangels an Mitteln im Eingehen begriffen seyn. Die Druckerei des Polen Swetoslawski, wo bisher jene Zeitschrift erschien, ist dem Bankerott nahe und hat ungefähr seit einer Woche alle Arbeiten eingestellt. Der größere Theil der Flüchtlinge ist auch für das Aufhören des Blattes gestimmt, und will die „Propaganda“ desselben durch Flugschriften, welche geheim verbreitet werden sollen, ersetzen. Ueberhaupt ist durch diese ganze Angelegenheit der Riß, der durch die ganze Emigration geht, nur noch sichtbarer geworden, und die Anhänger Ledru-Rollins, Louis Blancs und Pyats stehen einander feindseliger als je gegenüber. Ich weiß nicht, ob sie schon wissen, daß hier am 31. d. M. ein großartiges Bankett „zu Ehren der aus Jersey Ausgewiesenen“ stattfinden sollte. Der Gedanke ging von mehreren Chartisten aus. Wider Vermuthen ist aber vorgestern eine ablehnende Antwort von Viktor Hugo und den andern in Guernsey wohnenden Verbannten bezüglich jener Einladung hier eingetroffen, „indem,“ wie es in dem Schreiben an die Festkomite's heißt, „die Flüchtlinge in Guernsey der Ansicht sind, daß man für den Augenblick alle Demonstrationen vermeiden müsse, welche der englischen Regierung die geringste Veranlassung geben könnten, zu weitern Gewaltmaßregeln gegen die Flüchtlinge zu schreiten.“ Dieser Entschluß hat, wie begreiflich, auf die Bankettunternehmer, sowie auf eine gewisse Anzahl von Flüchtlingen, keinen besonders günstigen Eindruck hervorgebracht, von welchen viele ihre „Reden“, die sie halten wollten, schon in der Tasche hatten. (Allg. Z.)

Helgoland, 26. Dez. Am 24. d. kam das Schraubendampfschiff „Calcutta“ hier an, und ging den folgenden Nachmittag mit 400 Mann Jäger und 40 Mann, zur Kavallerie gehörend, nach Shorncliffe ab. Das Jägerkorps ist demnach vollständig, da früher schon über 700 Mann von hier abgingen. Anführer der Jäger ist Oberst Jocelyn, der die Schlachten an der Alma und zu Inkerman unter der schottischen Garde als Hauptmann mitgemacht hat. (Hamb. K.)

Spanien.

† Madrid, 27. Dezbr. Die Bande der Tristan ging in der Nacht vom 18. bei Osseja über die französische Gränze (das war die letzte carlistische Bande von Bedeutung). — Der Herzog von Sotomajor, dessen Tod wir neulich meldeten, litt schon längerer Zeit an der Gicht, und hatte schon einige Male sich dahin ausgesprochen, daß er durch einen frei-

willigen Tod seinem Leiden ein Ende machen werde. Seine Familie, unruhig, traf alle Anstalten, um dies zu verhüten und ließ immer einen Bedienten in seinem Zimmer schlafen. Da der Bediente ihn in der Nacht ruhig schlafen hörte, so verließ er einen Augenblick das Gemach, nach seiner Zurückkunft hörte er den Herzog immer noch fest schnarchen, indessen auf eine auffallende Art, was ihn bewog, der Gemahlin desselben Mittheilung zu machen. Man sah nach und fand den Herzog in seinem Blute schwimmend im Bette, in der einen Hand hielt er noch das Pistol, mit dem er sich den Tod gegeben hatte. Der Herzog war erst seit Kurzem aus Frankreich zurückgekehrt.

† Madrid, 31. Dezbr. Die Regierung ist von den Cortes zur Erhebung der Abgaben für 1856 ermächtigt worden. — Auswärtige Häuser bewerben sich um Errichtung einer Bank.

Italien.

Turin, 28. Dezbr. Die letzte Gemeinderathssitzung gibt viel zu reden. Es ward in derselben der Vorschlag zu einer Weltausstellung in Turin verhandelt. Man will einen Glaspalast bauen, und eine Kommission ernennen, die mit der Ausführung dieses Planes beauftragt werden soll. (Parturiunt montes!)

Ostindien.

Am 7. Novbr. war es zwischen den Hindus und Mohamedanern in Audh, die sich schon seit mehreren Monaten mit einem gränzenlosen Religionshaß verfolgen, zu einem Zusammenstoß gekommen, bei welchem erstere Sieger blieben, der mohamedanische Führer und 500 Personen von beiden Seiten getödtet wurden. — Die Salpeter-Ausfuhr ist hinfort aus Indien nur nach britischen Häfen erlaubt.

Die wichtigste Nachricht, welche uns die neueste ostindisch-chinesische Ueberland-Post gebracht hat, ist die von der Besetzung Herats durch die Perser. Ueber die Art und Weise, wie dieselbe bewerkstelligt worden, gibt es zwei verschiedene Versionen: nach der einen hätten die Einwohner, der Bedrückung müde, die sie von den Hofleuten des Trunkenbolds Mohamed Saned Chan, Sohns des verstorbenen Yar Mohamed Chan von Herat, zu erdulden hatten, sich mit dem Agenten des Schah von Persien ins Einverständniß gesetzt, und Letzterer sich mit Hülfe eines Verwandten des verstorbenen Schah Schudscha, der sich dem Gouverneur von Meschid, der Hauptstadt von Persisch-Chorassan, zur Verfügung gestellt, Herats durch Ueberrumpelung bemächtigt. Mahomed Saned Chan sey zum Gefangenen gemacht, oder, wie einige wollen, umgebracht, nach andern aber nach Meschid geschickt worden. Nach der zweiten Version hätte Mahomed Saned Chan selbst, der sich, den Raubthaten gegenüber, die unter den Mauern von Herat auf Anstiften der Perser verübt wurden, nicht mehr zu helfen wußte, dessen Thore den letztern geöffnet. Da Herat der Schlüssel Afghanistans, mithin gewissermaßen auch Ostindiens ist, so kann dessen Einnahme durch die Perser von den Engländern nicht mit gleichgültigen Augen betrachtet werden, um so weniger, da der Hof von Teheran sich ganz unzweifelhaft weit mehr den Russen als ihnen zuneigt, oder, besser gesagt, vor dem Czar, der näher ist, größere Furcht hegt als vor der Londoner Regierung. Schon die bloße Anwesenheit eines von Russen angeführten persischen Armeekorps in Herat würde, wenn es auch nicht weiter vorrücken sollte, einen für die britische Macht in Ostindien sehr ungünstigen Eindruck hervorbringen, und könnte manche Gluth des Racen- und Religionshasses, die jetzt erloschen scheint, zur Flamme anfachen. Im Hinblick darauf weist man also in Ostindien neuerdings auf die Eventualität einer Expedition nach dem persischen Golfe hin, wo allerdings die für England erreichbarste und verwundbarste Seite Persiens liegt. (A. Z.)

Asien.

Die Besitznahme der Insel Urup und deren neue Benennung „Allianz" durch die Franzosen und Engländer haben wir bereits vor einiger Zeit gemeldet und deren Wichtigkeit für die Verbündeten nachgewiesen. Der „Constitutionnel" vom 30. Dez. bringt nun nach den neuesten chinesischen Berichten darüber folgende Angaben: „Diese Insel, welche 134 Meilen lang und 14 breit ist, ist eine der 22 (größeren) Inseln des Archipels der Kurilen, die theils zu Japan, theils zu Rußland gehören. Die Insel Urup ist die wichtigste der Kurilen; sie wurde zu Rußland gerechnet. Ihre Lage auf der Höhe der Amur-Mündung ist eine höchst günstige; sie bietet den Geschwadern der Verbündeten einen ausgezeichneten Punkt zur Ueberwachung der russischen Niederlassungen an der Küste von Kamtschatka. Auf Urup befand sich der Hauptmarkt zum Waaren-Austausch zwischen Russen und Japanesen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

London, 31. Dez. Die heutige „Morning Post" erklärt sich zu der Mittheilung ermächtigt, daß Graf Esterhazy am vorigen Donnerstage das österreichische Ultimatum (das aber diesen Namen nicht verdient) überreicht habe, und fügt hinzu, daß man die russische Antwort in ein paar Tagen erwarte. Dasselbe Blatt enthält heftige Ausfälle gegen Preußen. (T. D. d. Köln. Z.)

Dresden, 2. Januar. Der Flügeladjutant des Königs von Preußen, Oberst v. Manteuffel, ist erst gestern Nachmittag nach Wien abgereist. Gleichzeitig waren mit ihm hier anwesend die königl. sächsischen Gesandten an den Höfen zu Wien, Berlin und London. (T. D. d. Fr. Postz.)

Aus dem Orient.

* Konstantinopel, 20. Dezbr. Die Türken können sich von ihrer Bestürzung über den Fall von Kars kaum erholen; dennoch findet man die Kapitulationsbedingungen gleich ehrenvoll für Sieger und Besiegte. — Jetzt handelt es sich darum, dem Vordringen der Russen in Asien zu wehren. Die Regierung erkennt diese Nothwendigkeit und ist entschlossen, Alles aufzubieten, um diesen Zweck zu erreichen. Bereits haben deßhalb mehrere Konferenzen mit den französischen und englischen Gesandten stattgehabt und ausreichende Maßnahmen, um Erzerum gegen einen allenfallsigen Angriff Murawieff's zu decken, sind theils getroffen, theils in Ausführung. — Die Besatzung von Erzerum war bereits 16,000 M. stark; das ägyptische Kontingent wird ihre Zahl auf 27,000 bringen und andere nach demselben Punkte dirigirte Truppen werden die türkischen Streitkräfte auf 35,000 M. erhöhen. — Dies ist mehr als das Doppelte der Truppen, welche General Murawieff nach Erzerum entsenden könnte.

Nach den von Omer-Pascha eingegangenen Nachrichten lagerte die türkische Armee am 5. Dezbr. diesseits des Flusses Siva, der in Folge der starken Regen ausgetreten war und die benachbarten Ebenen in einen ungeheuren Sumpf verwandelt hatte, der jede Operation schlechterdings unmöglich machte.

General Muhlis-Pascha wird sich in einer Regierungs-Sendung auf dem ersten Paquetboote nach Trebizonde einschiffen; mit demselben Schiffe geht ein Oberst des englischen General-Stabs nach Asien ab.

Nach Briefen aus Eupatoria ist die ägyptische Division von da nunmehr nach Trebizonde abgegangen. Lord Paget mit der englischen Kavallerie hat Eupatoria gleichfalls verlassen. — General Scarlett, Kommandant en chef dieses Korps, ist in Konstantinopel angekommen und bereits nach England abgereist.

Man erwartet täglich das Eintreffen des 2. und 3. Regiments der englisch-deutschen Legion, die, mit den Piemontesen, welche die Reserve des sardinischen Expeditionskorps bilden sollen, in Kielulu, am Bosporus, kasernirt werden.

Seit des Abends zahlreiche französische Patrouillen Pera und Galata durchstreifen, sind die Straßen weit sicherer, und Diebstähle und Mordthaten nehmen ab. — Der Gesundheitsstand der Krimarmee hat durch das unerwartet strenge Auftreten des Winters etwas gelitten, ist jedoch im Vergleiche zum vorigen Jahre sehr zufriedenstellend.

Die durch die letzten Stürme verursachten Unfälle beschränken sich nicht auf das schwarze Meer; sie erstrecken sich auf das Marmora-Meer und die Dardanellen, wo einige Schiffe zu Grunde gingen, andere starke Beschädigungen erfuhren. Unter anderen haben 2 Briggen, eine schwedische und eine Norwegische, vor Gallipoli Schiffbruch gelitten."

Die Griechen in Konstantinopel sind im Jubel, weil sie durch Vermittlung des franz. Gesandten die Ermächtigung erhielten, gleich den (römischen) Katholischen Glocken auf ihren Kirchen zu haben.

Baron Prokesch-Osten hat am 20. Dez. dem Sultan in feierlicher Audienz, wohin er sich mit dem ganzen Personale der Legation begab, seine Beglaubigungsschreiben als österr. Internuntius behändigt.

Die türkische Regierung schickt 12 fähige junge Leute nach Frankreich, um sich in den verschiedenen Verwaltungszweigen auszubilden.

Die Untersuchung im Prozesse gegen die Tunesen ist beendigt.

Aus Rußland.

Nicht blos in Paris, auch in Warschau und St. Petersburg war das Gerücht, daß bald ein Friede zu Stande kommen werde

verbreitet. Zwischen dem Kaiser und dem Großfürsten Konstantin ist das gute Einvernehmen, welches durch ihre verschiedenen Ansichten über die Fortsetzung des Kriegs gestört gewesen seyn soll, wieder hergestellt.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 2. Januar. Für span. und Darmstädter Bankaktien dauerte die Kauflust zu etwas höheren Kursen fort. Im Uebrigen keine wesentliche Verängerung.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83½ P. 83¼ G.
„ 5pCt. Metall. alte 67 P. 66¾ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. 77¾ P. 77¼ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 70½ P. 70¼ G.
„ 4½pCt. „ 58⅞ P. 58⅝ G.
„ 4pCt. „ 54 P. 53½ G.
„ 3pCt. „ 40¼ P. 39¾ G.
„ 1pCt. „ 13½ P. 13¼ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 962 P. 957 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 207 G.
„ 250 „ „ von 1839 111½ P. 111 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 — P — G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 216½ P. 214½ G.
Bayern 5pCt. Obligationen 102 P. 101½ G.
„ 4½pCt. „ 100 P. 99½ G.
„ 4pCt. „ 94 P. 93½ G.
„ 3½pCt. „ 86 P. 85½ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 94 P. 93½ G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 166 P. 155½ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142¼ P. 142 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 86½ P. 86 G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102 P. 101½ G.
„ 3½pCt. „ 88 P. 87½ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¾ P. 88¼ G.
Badische 50 fl. Loose 76 P. 75½ G.
„ 35 „ „ 45¾ P. 45½ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 4pCt. „ 99⅞ P 99⅜ G.
„ 3½pCt. „ 92¾ P. 92¼ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 108 P. 107½ G.
„ „ 25 „ „ 33 P. 32¾ G
Darmstädter Bankaktien 289 P. 287 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 36¾ P. 36½ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 57½ P. 57 G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 93¾ P 93¼ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 119½ P. 119¼ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 318 P. 316 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 79½ P. — G.

Polen 500 fl. Partial — P. 79½ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 35⅛ P. 34⅞ G.
„ 1pCt. neue 21¾ P. 21⅝ G.
Holland Integrale 62¾ P. 62¼ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 92¼ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¼ P. 100 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120½ P. 119⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Lond. Lst. 10 k.S. 118¼ P. 118 G.
Mail. i.S.Lr. 250 k.S. 100⅜ P 100⅛ G.
do. 3 Monat mit 5% 100¼ P. 100 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96 P. 95¾ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅝ P 88⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Paris Frs. 200 k. S 93¾ P. 93½ G.
Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝ P. 93⅜ G.
Wien fl. 100 C. k. S. 108¾ P. 108½ G.
Wien 3 M. mit 4% 108¼ P. 108 G.
Disconto — P. 4pCt. G.

Nichtpolitische Zeitung.

Paris. Fräulein **Cruvelli**, deren Hochzeit ich Ihnen angekündigt, scheint sich wiederum anders besonnen zu haben, obgleich bereits seit mehreren Tagen an der Mairie des ersten Arrondissements ihre Verheirathung mit dem Baron Vigier, Sohn des Grafen Vigier, ehemaligen Pairs von Frankreich, angeschlagen war. Sie ist nämlich plötzlich verschwunden. Der glückliche oder unglückliche Bräutigam soll eines Morgens von allen Geschenken überrascht worden seyn, die er im Laufe seines Glückes der Göttlichen zu Füßen zu legen die Ehre gehabt.
(Allg. Ztg.)

Neueste Nachrichten.

°* **München**, 2. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Das zur Feier des Neujahrstages gestern Abends am kgl. Hofe stattgehabte **Hofkonzert** war sehr brillant. JJ. MM. der König und die Königin und sämmtliche höchsten Herrschaften erschienen bei demselben, und war auch das gesammte diplomatische Korps, die Kammer ꝛc. anwesend. — Auf der Durchreise in's Gebirge verweilte gestern der Fürst v. Leiningen in unserer Stadt.

Die bayerische **Hypotheken- und Wechselbank** hatte pro II. Semester 1855 folgende Erträgnisse: Uebertrag vom 1. Semester 11,824 fl. 34 kr., Hypotheken-Erträgnisse 341,825 fl. 47 kr., Escompte-Erträgnisse 50,007 fl. 47 kr., Leih-Erträgnisse 259,383 fl. 49 kr., Aktienumschreibungs-, Giro- u. Depositen-Erträgnisse nebst Anweisungs-Gebühren 866 fl. 45 kr., Erträgnisse der Reserve-Fonds, abzüglich des das 2 Semester treffenden Antheils der Gewerb-Steuer, 41,226 fl. — kr., Erträgnisse der Versicherungs-Anstalten 90,337 fl. 33 kr.; Filiale Augsburg: Eskompte-Erträgnisse 39,213 fl. 55 kr., Leih-Erträgnisse 11,461 fl. 48 kr., Depositen-Erträgnisse 69 fl. 34 kr. Summa 50,745 fl. 17 kr.; hiervon ab: Regiespesen der Filiale 3,440 fl. 39 kr. — Gesammtsumma 842,776 fl. 53 kr.

Dann folgen Ausgaben: Regiespesen einschließlich der Notenfabrikations- und Auswechslungskosten, sowie der ersten Einrichtungsspesen der Sparkassen-Tontine 23,458 fl. 23 kr., Abschreibung an dem Saldo des Baureparaturen-Konto von 28,820 fl. 57 kr. zu 5pCt. 1,441 fl. 3 kr., Zinsen von übernommenen Geldern, abzüglich der im 2. Semester geschehenen Zinsenrückvergütungen 54,748 fl. 54 kr., Summe, 79,648 fl. 20 kr., Ueberschuß 763,128 fl. 33 kr., davon werden zufolge Direktorialbeschlusses als Dividende und Superdividende vom 2. Semester auf 40,000 Aktien, à 19 fl., 760,000 fl. ausbezahlt, und in das 1. Semester 1856 übertragen 3128 fl. 33 kr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 4.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 4. Januar 1856.

Deutscher Bund.

× **Berlin**, 2. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Irrthümlich ist es, wenn in den Zeitungen die Behauptung aufgestellt wird, **Bayern** habe beim Bundestage gewisse für Deutschland allgemeine Angelegenheiten, als allgemeines Gewichtsmaaß, allgemeine Auswanderungsgesetze u. s. w. zur Vorlage gebracht. Man weiß nur, daß von Seiten Bayerns derartiges beabsichtigt wird. Es hat dem preußischen Kabinet hiervon Mittheilung gemacht und bezog sich die Reise des Hrn. v. Bismark-Schönhausen nach München und Stuttgart auf diese Angelegenheit.

Bayern. München, 2. Januar. Verzeichniß der von Sr. Maj. dem König am Neujahrstage 1856 mit Orden Begnadigten:

I. **Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern.** Kron-Orden: das Großkreuz dem k. Gesandten in Wien, Max Grafen v. Lerchenfeld-Köfering; das Ritterkreuz dem Ministerialrath im Ministerium des kgl. Hauses und des Aeußern, Wilhelm Weber. Michaels-Orden: das Großkomthurkreuz dem Bundestagsgesandten Frhrn. v. Schrenk; dem kgl. Gesandten in Rom, Frhrn. v. Verger; das Komthurkreuz dem k. Gesandten in Paris, Frhrn. v. Wendland; das Ritterkreuz 1. Klasse dem Legationsrath im Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern, Albert Rösgen; dem Ministerial-Assessor Dr. Loschge; dem Legations-Sekretär in Rom Frhrn. v. Niederer; dem Kabinetssekretär Sr. kgl. Hoh. des Primen Karl, Meinhard Zollmaier.

II. **Staatsministerium der Justiz.** Kron-Orden: das Ritterkreuz dem Appellationsgerichts-Direktor in Aschaffenburg, Ernst v. Will; Michaels-Orden: das Komthurkreuz dem Appellationsgerichts-Präsidenten in Aschaffenburg, Ferdinand v. Pavine; das Ritterkreuz 1. Klasse dem Oberstaatsanwalt am Appellationsgerichte von Mittelfranken, Franz Anton Nußer; dem Oberappellationsgerichtsrath, Dr. Konrad Cucumus; dem Oberappellationsgerichtsrath Stanislaus Schmelcher; dem Appellationsgerichtsrath von Oberfranken, Karl Wilhelm Rehm; dem Kreis- und Stadtgerichtsdirektor zu Passau, Richard Schuster; dem Landrichter zu Blieskastel, Peter Hofmann; dem geheimen Sekretär des Justizministerium, Joh. Bapt. Neumeyer; dem Appellationsgerichtsrath in Neuburg, Christoph Karl Gottlieb Frhrn. v. Tucher.

III. **Staatsministerium des Innern.** Kron-Orden: das Ritterkreuz dem Regierungs-Direktor in Würzburg, Friedr. Freiherrn v. Podewils; dem Polizeidirektor dahier, Julius Düring; dem Landwehr-Generalmajor und Kreis-Kommandanten der Oberpfalz, August Grafen v. Drechsel. Michaels-Orden: das Großkomthurkreuz dem Staatsrath im außerordentlichen Dienste und Regierungspräsidenten in Würzburg, Friedr. Frhrn. v. Zu-Rhein; dem Staatsrath im außerordentlichen Dienste und Regierungs-Präsidenten in Bayreuth, Melchior v. Stenglein; das Komthurkreuz: dem Regierungspräsidenten in Landshut, Alois August v. Schilcher; das Ritterkreuz 1. Klasse: dem Regierungsrathe in München, Wilhelm v. Branca; dem Regierungs- und Konsistorialrathe in Speyer, Heinrich Wand; dem Regierungsrath in Würzburg, Georg Wilhelm Kahr; dem Landrichter in Kötzting, Karl v. Paur; dem Landkommissär in Neustadt, Jakob August Kurz; dem Landrichter in Tirschenreuth, Anton Wimmer; dem Landrichter in Culmbach, Joh. Gg. Friedrich v. Löwel; dem Landrichter in Bayreuth, Joh. Heinrich Karl Zehrer; dem Landrichter in Cadolzburg, Karl Friedrich Staudinger; dem Landrichter und Stadtkommissär in Aschaffenburg, Franz Schmitt; dem Landrichter in Günzburg, Karl Wilhelm Anton Braun; dem Landrichter in Krumbach, Gg. Gierlsch; dem Kantonsarzt zu Frankenthal Dr. Julius Bettinger; dem Gerichtsarzt in Kissingen, Dr. Daniel Friedrich Erhard; dem Gerichtsarzt in Günzburg, Dr. Paul Späth; dem Kreis- und Stadtgerichtsarzt dahier, Dr. Franz Xaver Kopp; dem Professor und Oberarzt der Kreis-Irrenanstalt zu Erlangen, Dr. August Solbrig; dem Gendarmerie-Hauptmann in Würzburg, Christoph Frhr. v. Leoprechting; dem Landwehr-Oberst und Kreisinspektor von Niederbayern, Robert Frhrn. v. Grainger; dem Landwehr-Oberst und Kreisinspektor in Regensburg, Sigmund Frhrn. v. Junker-Bigatto; dem rechtskundigen Magistratsrathe dahier, Ignatz Klaußner.

IV. **Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.** Kron-Orden: Ritterkreuz: dem Oberstudien- und Kirchenrath, Jakob Wisling; dem Lyzeal-Direktor und Professor in Aschaffenburg, Hofrath Dr. Joh. Jos. Ign. Hofmann; Michaels-Orden: das Komthurkreuz: dem Universitätsprofessor Frhrn. v. Liebig; das Ritterkreuz 1. Klasse: dem Konsistorialrathe in Ansbach, Fr. Heinr. Ranke; dem Professor der Historienmalerei dahier, Ph. Foltz; dem Universitätsprofessor dahier, Dr. Jos. Pötzl; dem Universitätsprofessor in Würzburg, Dr. Franz Hofmann; dem Universitätsprofessor in Erlangen, Dr. Adolph v. Scheuerl; dem Lyzeal- rc. Rektor in Amberg, Joh. Adam Schmidt; dem Kreis-Schul-Referenten, geistl. Rath und Kanonikus Karl Eggert.

V. **Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten.** Michaels-Orden: das Ritterkreuz 1. Klasse: dem Ministerialrathe Nüßler: dem p. k. Rath und Geheimen Sekretär Joh. Nep. Ott; dem Oberpostrathe Jos. Baumann; dem Oberzollinspektor in Schweinfurt, Fr. Diell; dem Gutsbesitzer auf Frankenberg, Fr. Frhrn. v. Pöllnitz; dem Gutsbesitzer zu Neudeck, Hermann Frhrn. v. Gaisberg; das Ritterkreuz 2. Klasse: dem prakt. Arzte zu Schwandorf, Dr. Baumann; dem Techniker zu Bayreuth, Ludwig Riedinger; dem Oberprokurator zu Hanau, Vorstand des Verwaltungsrathes der Maindampfschifffahrt zu Würzburg, Dr. Osius; dem Baumwollspinnerei-Besitzer zu Schweinfurt, Max Ebenauer.

VI. **Staatsministerium der Finanzen.** Kron-Orden: Ritterkreuz: dem Direktor der Steuerkataster-Kommission Gotth. Reber; dem Obermünzmeister Fr. X. Haindl; Michaels-Orden: das Ritterkreuz 1. Klasse: dem Ministerialassessor Ad. Pfretzschner; dem Oberrechnungsrathe H. Andreas Morgenroth; dem Oberberg- und Salinenrathe Karl Aug. Bertele; dem Regierungs- und Fiskalsrathe in Regensburg, Karl Pausch; dem Regierungsrathe in Ansbach, Herm. Grieshammer; dem Regierungsrathe in Würzburg, Eduard Haßold; dem Rentbeamten zu Feuchtwangen, Georg Hofmann; dem Rentbeamten zu Pirmasens, Michael Bregeard; dem Forstmeister zu Bamberg, Eugen Dütsch; dem Forstmeister zu Augsburg, Jakob Reverdys.

VII. **Kriegsministerium.** Kron-Orden: Ritterkreuz: dem Brigadier der 1. Armee-Division, Generalmajor Wolfgang v. Ott; dem Brigadier der 3. Armee-Division, Generalmajor Ludw. Graf Bentzel-Sternau; dem Oberstkommandanten des 3. reitenden Artillerie Reg. Karl Brodesser; dem Stadtkommandanten in Nürnberg, Generalmajor Joh. Fels; Michaels-Orden: das Ritterkreuz 1. Klasse: dem Kommandanten der Veteranen-Anstalt in Donauwörth, Oberstlieutenant Max v. Pernat; dem Oberstlieutenant im Infanterie-Leib-Reg. Fabius Grafen v. Ricciardelli; dem Direktor der Gewehrfabrik in Amberg, Major Phil. Frhrn. v. Podewils; dem Hauptmann im 1. Art.-Reg. Max Grafen v. Tattenbach; dem Hauptmann im 2. Inf.-Reg. Heinrich Grafen v. Tattenbach; die goldene Medaille des Kron-Ordens: dem Hofdrahtwaaren- und Siebfabrikanten dahier, Jakob Kaltenecker. (N. M. Z.)

Württemberg. Eßlingen, 1. Januar. Zum ersten Male ist heute ein Israelite in den Bürgerausschuß gewählt worden. (Helbr. Tagbl.)

Belgien.

Die Industriellen von Charleroi haben der Herzogin von Brabant eine Erinnerung an ihren Besuch widmen wollen und zu dem Zwecke einen Toilette-Tisch aus Ebenholz, mit Gold und Silber ausgelegt und mit Spitzen ausgeschlagen, an-

fertigen lassen, der, ein Prachtstück der höheren Tischlerkunst, auf mehr als 11,000 Fr. geschätzt wird. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 31. Dezbr. Der Herzog v. Newcastle ist bei seiner Rückkehr aus dem Orient zu Worksop (Nottingham) auf enthusiastische Weise empfangen worden. Die öffentliche Meinung hat sich hinsichtlich des Herzogs umgestimmt, indem man ihn als schuldlos mißhandelt wegen der Uebelstände betrachtet, welche durch das allgemeine System, nicht aber durch den zeitweiligen Kriegsminister verschuldet waren. Jener Empfang scheint ebenfalls darauf hinzuweisen. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 31. Dezbr. Der „Siecle" behauptete in seinem Bericht über den Einmarsch der Krimtruppen, viele Kundgebungen für die Freiheit vernommen zu haben. Wie es scheint, war seitens der demokratischen Partei weit mehr beabsichtigt, denn ich vernehme heute, daß plötzlich am Tage vorher vierzig Verhaftungen vorgenommen worden sind, die mit einem geheimnißvollen Plan in Verbindung stehen, der unter dem Schutz der Feierlichkeit zur Ausführung kommen sollte. Man weiß noch nicht, ob man es mit einer Abzweigung der „Marianne" zu thun hat. (Schw. M.)

* Paris. Man arbeitet an Restaurirung des alten Schlosses zu St Germain, welches bisher als Militär-Gefängniß verwendet war. — Man beabsichtigt, in diesem ehrwürdigen Gebäude, wo Heinrich II., Karl IX. und Ludwig XIV. geboren wurden, einen Theil der Kunstgegenstände unterzubringen, die das Museum des Louvre überfüllen.

Spanien.

† Madrid, 28. Dezember. Der Direktor des Journals „Leon espannol" ist endlich nach 3monatlicher Gefangenschaft gestern in Freiheit gesetzt worden. — Der General Fernando Fernandez von Cordova ist in Madrid angekommen. Er wird in einigen Tagen nach Cadix abgehen, wo ihm das Gouvernement seinen Aufenthalt anwies. — Der Tod des jüngsten Tristany wird verläßig gemeldet. Er starb an einer Kugel, die ihm im Treffen von Pinos die Brust durchbohrte. — Die Königin hat den Karlisten-Oberst Carrion (Villoldo), für den Fall ihn das Kriegsgericht zum Tode verurtheilen würde, begnadigt.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Gränze, 30. Dezbr. Vor mehreren Jahren ungefähr erließ der Verwaltungsrath des Königreiches Polen an die Kommissionen des Innern und der Finanz- und Justizsachen eine Aufforderung zum Entwurf eines Planes der Zinsbarmachung der Bauern. Der Gesetzentwurf wurde in der Folge dem Reichsrathe in Petersburg übermittelt, dessen Ausführung unterblieb indeß Da schon früher den Grundbesitzern gestattet war, Uebereinkommen mit den Bauern hinsichtlich der Ablösung der Robot durch Zinszahlungen zu treffen, so wurden die Grundbesitzer deßhalb häufig vorstellig bei den Gouvernements-Regierungen, welche letzteren einen Beamten delegirten, um das Uebereinkommen zu prüfen und definitiv zu bestätigen. Die Regierung förderte dieses Bestreben und ging mit gutem Beispiele bei den Nationalgütern und den an russische Generale verschenkten Besitzungen voran, so daß ein Viertel der Bauern im Königreiche bereits zinsbar gemacht und zu Grundbesitz gelangt ist. Jetzt soll nun im ganzen Reiche die Ablösung erfolgen. In einigen Kreisen sind bereits die Präsentations Tabellen eingefordert, Regulirungs-Kommissarien ernannt, und das Geschäft soll vorwärts gehen und in drei Jahren beendigt seyn. (K. Z.) (Wir haben schon gestern gemeldet, daß die russische Regierung alle Anstalten getroffen hat, um in einem Zeitraume von drei Jahren alle Bauern in Polen gegen Entrichtung eines Grundzinses von den persönlichen Diensten an die Grundherren (Robot) frei zu machen. Die Red.)

Nach Nachrichten aus Petersburg hat der Finanzminister einen Ukas veröffentlicht, kraft dessen die Prägung von Kupfergeld im Betrage von 2 Millionen Silberrubel verfügt wird, nachdem die vorgängig gestattete Prägung von ebenfalls 3 Mill. eben beendigt worden ist.

Asien.

Die bremische Brigg „Greta", welche die schiffbrüchigen Russen aufgenommen, ist von dem Prisengerichte in Honkong verurtheilt worden.

* Aus Smyrna wird ein sonderbarer Vorfall berichtet. Man versichert, König Otto von Griechenland habe, auf Grund genauer Aufschlüsse, einen Staats-Prokurator nach dieser Stadt geschickt um dort einen Falsch Münzer verhaften zu lassen und zwar — den griechischen Konsul — Dieser ehrliche Konsul wurde auf einem Paquetboote nach dem Piräus abgeführt.

* Wir lesen in einem Schreiben eines Franzosen aus Teheran 12. Novbr.: Man thäte Unrecht, sich hinsichtlich des Kriegs um dieses Land irgendwie zu kümmern; — es hat durchaus nicht die Macht, um durch sein Gewicht die Wagschale auf die eine oder andere Seite neigen zu machen. — Persien hat weder Festungen noch Vorraths-Magazine, noch eine reguläre und disziplinirte Armee.

Im ganzen Reiche besteht nicht eine einzige fahrbare Straße und die Transportmittel beschränken sich auf die Rücken der Kameele, Pferde und Esel. Das Land liefert durchaus kein Kriegsmaterial und selbst das Pulver erhält es aus England und Rußland. Man kann sagen, daß Persien der Diskretion dieser beiden Mächte überlassen ist, denn während sein Süden gänzlich den Engländern geöffnet ist, steht sein Norden ebenso Rußland offen, so daß es nichts thun kann, als

---

Anwendung des Wasserglases.

Dies merkwürdige Produkt, das Fuchs in München entdeckt und mit dem Namen Wasserglas bezeichnet hat, ist ein Glas, welches sich im Wasser löst; es wird in der Regel durch einfaches Zusammenschmelzen von 15 Theilen Quarz, 10 Theilen Pottasche oder 9 Theilen Soda und 1 Theil Kohle dargestellt, und ist in trockenem Zustande wasserhell, hart und etwas schwer schmelzbar; wenn es fein gepulvert in siedendes Wasser getragen wird, so löst es sich beim fortgesetzten Sieden in 5 bis 6 Theile Wasser vollkommen zu einer syrupdicken Flüssigkeit auf, die auf Glas, Mörtel und Holz aufgestrichen zu einem unverbrennlichen Firniß eintrocknet. Es gibt einen sehr einfachen Versuch, welcher die wichtigsten Eigenschaften des Wasserglases anschaulich macht, er ist folgender: Man lege in eine Auflösung von Wasserglas, welche etwa 10 Prozent trockene Substanz enthält, ein Stück gewöhnlicher Schreibkreide, vorher benetzt mit gewöhnlichem Wasser, und lasse es 4–5 Tage darin liegen; wenn man es nach dieser Zeit aus der Flüssigkeit herausnimmt und trocknet, so wird man wahrnehmen, daß die Kreide alle ihre gewöhnlichen Eigenschaften verloren hat; aus einer weichen, abfärbenden Substanz ist sie in eine steinharte, feste Masse übergegangen, welche mit dem Fingernagel keinen Eindruck mehr annimmt und, mit einem platten Körper gerieben, Politur erhält; diese Aenderung in der ersteren Beschaffenheit erstreckt sich tief in das Innere des Stückes je nach der Dauer der Einwirkung des Wasserglases, und rührt von einer wahren Verbindung derselben mit dem Kieselglase her zu einer Masse, die durch Wasser und Kohlensäure nicht mehr angegriffen wird. Man wird hieraus den Nutzen des Wasserglases auf Mauern und Kalkwänden und auf porösen verwitterten Bausteinen leicht verstehen; wenn sie damit bis zur Sättigung getränkt werden, so wird ihre Oberfläche wie verkieselt und gegen die Einwirkung der Witterung mehr als durch irgend ein anderes bekanntes Mittel geschützt.

Unserm genialen Kaulbach gebührt das Verdienst, durch die Anwendung des Wasserglases zum Befestigen der Farben auf Kalkwänden, für welche es Fuchs vorgeschlagen hatte, eine neue Periode der Fresco-Malerei, die stereochromische Malerei, hervorgerufen zu haben. In der eigentlichen Freskomalerei werden die Farben auf den glattgestrichenen frischen Mörtel aufgetragen und an der Oberfläche der Wand festgehalten durch eine Schicht kohlensauren Kalk, der sich, wie beim Weißen der Zimmerdecken, durch Anziehen von Kohlensäure aus der Luft bildet. Diese Summe von kohlensaurem Kalk stellt das Oel oder den Leim dar, welche auf unsern Oel- und andern Bildern die Farben firiren. Kaulbach trägt die Farben einfach mit Wasser oder einer schwachen Wasserglaslösung gemischt auf die Wand auf und wenn das Bild fertig ist, so wird es auf der Wand dauernd befestigt, indem diese mittelst einer feinen Spritze wiederholt und bis sie nichts mehr einsaugt, mit einer dünnen Wasserglaslösung getränkt wird; es geht dann an der Oberfläche des Bildes derselbe Prozeß vor sich, wie beim Eintauchen der Kreide in die Wasserglaslösung, und sie widersteht nach dieser Behandlung allen den schädlichen Einflüssen, welche die großartigen Schöpfungen der gewöhnlichen Fresco-Malerei zu zerstören täglich thätig sind.

In Frankreich wird das Wasserglas sehr vielfach gebraucht, die Architekten wenden es an, um die mit gewöhnlichem oder hydraulischem Mörtel überzogenen Mauern, um Häuser und Kirchen, aus verwitterndem Stein aufgeführt, vor dem Zahn der Zeit zu schützen; mit verschiedenen Farben gemischt, dient es zum Anstrich auf Holz, Stein und Eisen, es wird in den Kattundruckereien und Tapetenfabriken zur Befestigung der Farben auf Papier und Baumwolle verwendet; das Holz mit Wasserglas getränkt verliert seine Entzündlichkeit. (N.M.Z.)

sich zu strengsten Neutralität zu befleißigen. — Die Geschicklichkeit der persischen Diplomaten bestehe darin, „den Repräsentanten dieser beiden Nationen abwechselnd Versicherungen der Anhänglichkeit u. s. w. zu geben.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Die „Times" will aus Wien authentische Nachrichten erhalten haben, welchen zufolge Graf Esterhazy dem Grafen Nesselrode die Friedensbedingungen am 28. Dezember überreicht hätte. Rußland, bemerkt sie, sey, um zu einem Entschlusse zu gelangen, eine Frist von 3 Wochen gestattet worden, von dem Tage an gerechnet, wo Graf Esterhazy den Zweck seiner Mission mitgetheilt habe. Die unter den Friedens-Bedingungen figurirende Abtretung eines Theiles von Bessarabien begreife das zwischen der Festung Chotym im Norden, dem See Sasik im Süden und dem Pruth im Westen gelegene Gebiet in sich.

Berlin, 31. Dezbr. Der Oberstlieutenant v. Manteuffel ist Ueberbringer eines eigenhändigen Schreibens des Königs an den Kaiser Franz Joseph, und zwar der Antwort auf das eigenhändige Schreiben des Letztern. (D. A. Z.)

Berlin, 2. Jan. Die „Börsen-Zeitung" erfährt, daß des Königs von Bayern Majestät eine Person seines besondern Vertrauens nach St. Petersburg abzusenden im Begriffe stehe, um für die Annahme der österreichisch-westmächtlichen Friedensvorschläge thätig zu seyn.

× Berlin, 2. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Sicherheit, mit welcher man bisher der Zustimmung Rußlands zu den von Oesterreich dem Petersburger Kabinete vorgelegten Friedensvermittelungen entgegensah, scheint nach den neuesten Nachrichten, welche über die Mission des *Grafen Esterhazy hier* eingegangen sind, einigermaßen *erschüttert zu seyn.* So viel steht zum mindesten fest, daß Rußland die gemachten Propositionen nicht pure annehmen, sondern daran Bedingungen knüpfen wird, deren Acceptirung von Seiten der Westmächte erst abgewartet werden muß. Wenn aber die Behauptung, nach welcher die Westmächte nur ein Ja oder Nein auf ihre Forderungen anzunehmen geneigt seyen, und nach welcher erst Verhandlungen über die Friedens-Präliminarien gestattet seyn sollen, sobald Rußland das Ja ausgesprochen hat, gegründet ist, so wird mit Stellung von Gegenbedingungen Seitens des russischen Kabinets der Friedensversuch Schiffbruch leiden. Auf die Haltung des russischen Kabinets in der Friedensfrage ist vielleicht der zwischen den Westmächten und *Schweden* abgeschlossene Vertrag nicht ohne Einwirkung geblieben. Die russische Politik seit Peter dem Großen hat nur das eine Ziel, das russische Reich in Europa nach dem Westen hin auszudehnen. Von den Westmächten sind aber jetzt an den einzigen Punkten, wo eine solche Ausdehnung möglich war, an den Küsten der Ostsee nach Schweden hin und an denen des schwarzen Meeres, Schlagbäume angelegt worden, deren Ueberschreitung Rußland nur unter ganz besonderen Verhältnissen gelingen kann, da die Westmächte sich zu Wächtern und Patronen Schwedens und der Türkei aufgeworfen haben. Der Vertrag mit Schweden hat aber auch nebenbei für ganz Europa dadurch eine große Bedeutung, daß das bisher geltende Prinzip des europäischen Gleichgewichts, nach welchem den 5 Großmächten der Schutz über die kleinen Staaten anvertraut war, gestört ist; denn ausdrücklich setzt der Vertrag fest, daß dieser Schutz für Schweden von den Westmächten mit Unterzeichnung der andern Großstaaten gewährt werden soll. Wenn die Westmächte weiter nichts in dem orientalischen Kriege gewinnen sollten, so haben sie doch zwei wesentliche Punkte erreicht, den entschiedenen Einfluß auf die Verhältnisse der Türkei, sowie auf die Stellung Schwedens zu seinem mächtigen Nachbar.

Vom nördlichen Kriegsschauplatz.

Kopenhagen, 29. Dez. Durch volle vier Tage haben wir Thauwetter, und das Eis ist in Folge dessen gänzlich von unserem Hafen verschwunden und so weit das Auge in das offene Meer hinausreicht, ist auch keines mehr sichtbar. Die günstige Gelegenheit nahm der schon lange hier liegende amerikanische Clipper wahr, indem er, vermuthend, daß ihm nun kein Engländer mehr auflauere, von hier am heiligen Abend absegelte. Es ist gewiß, daß dieses Schiff mit werthvoller Ladung für Rußlands Rechnung befrachtet ist, und anzunehmen, daß dasselbe durchgehends Waffen an Bord habe. Das Schiff heißt „Wolga" und ist in Boston vom Stapel gelaufen, um eine sehr gefährliche Erstlingsreise bestehen zu müssen. Geführt ist dasselbe von Kapitän Helm, einem gebornen Kopenhagener, der genau das hiesige Fahrwasser und die russischen Küstenstrecken kennt. Wie ich heute erfuhr, so ist das Schiff unweit Bornholm, Rußlands Küste mit vollen Segeln und günstigem Winde zusteuernd, gesehen worden. Nach einer soeben eingelaufenen telegraphischen Depesche an eine hiesige Gesandtschaft von Helsingör ist auch dort heute ein russischer Kauffahrteifahrer, mit der russischen Flagge aufgehißt, aus dem dortigen Hafen, der ihm beinahe zwei Jahre Schutz bot, gegangen, um nach Rußland zurückzukehren. Es ist mit Bestimmtheit zu vermuthen, daß es einem großen Theile der in den skandinavischen Häfen liegenden Russen nun gelingen wird, nach Hause zu entschlüpfen, weil das ganze Blokade-Geschwader aus der Ostsee heimgekehrt und diese theilweise noch eisfrei ist. (K. Z.)

Aus dem Orient.

* Die „Presse d'Orient" theilt mit, daß die Russen am 19. Dezember eine Demonstration gegen Kertsch versuchten, die sich jedoch auf ein Scharmützel mit den alliirten Truppen beschränkte. — Die Engländer haben in Trebizonde ein Spital errichtet. — In Brussa fand abermals ein Erdbeben statt.

* Man schreibt aus Marseille: Admiral Lyons, Kommandant en chef der engl. Flotte im schwarzen Meere, und General La Marmora, Kommandant en chef der sardinischen Armee, welche am 30. Dezember an Bord des englischen Dampfers „Caradoc" (Kommandant Schiffslieutenant Stanhope) in Marseille anlangten, sind nach Paris abgereist. Der „Caradoc" wird die Rückkunft dieser Beiden erwarten, um sie nach Malta zu führen, von wo aus sie der „Royal-Albert" nach dem schwarzen Meere zurückbringen würde.

* Man schreibt aus Konstantinopel vom 20. Dezbr.: Die aus Kamiesch ankommenden Personen entwerfen ein gräuliches Bild von dem Schmutz, der die Lager förmlich überschwemmt. Die Hauptbeschäftigung der Offiziere und Soldaten besteht darin, sich aus dieser ungeheueren Cloake flott zu erhalten. — Alle Offiziere, welche sich nach der Krim einschiffen, sind bis an die Hüften bestiefelt und mit Pelz-Röcken bedeckt; andere versehen sich mit Teppichen, denn unter dem Zelte ist es schwer, sich gegen die herrschende feuchtkalte Witterung zu schützen.

Aus Rußland.

Aus Petersburg, 25. Dezbr., wird der „Köln. Z." geschrieben: „Mit Bestimmtheit kann versichert werden, daß dem Kaiser Alexander früher schon Mäßigung religiöser Aufreizung wünschenswerth erschienen ist, um die politische und religiöse Leidenschaftlichkeit der Massen nicht auf einen bedenklichen Höhepunkt hinaufzutreiben. Großfürst Konstantin theilte vor seiner Reise nach Nikolajeff diese Ansicht nicht, hat aber die seinige, nach allem dem, was er gesehen und was er ganz anders gedacht, als er gefunden hat, modifizirt."

Neuerdings werden in Finnland Rekruten ausgehoben, da der Kaiser Alexander befohlen hat, sofort zur Bildung von drei neuen finnischen Scharfschützen-Bataillonen zu schreiten. Die Einquartierung soll mit der Noth, die im Lande herrscht, sich täglich steigern, und vornehmlich sollen immer mehr Garde-Grenadiere, von Petersburg kommend, über ganz Finnland ausgebreitet werden. An den verschiedenen Küstenfestungen soll emsig gearbeitet werden. (K. Z.)

§ Wien, 1. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die neuesten Nachrichten aus Petersburg lassen nur geringe Hoffnung übrig, daß die Mission des Grafen Esterhazy gelingen werde, trotzdem Graf Nesselrode für den Frieden das Wort führt. Die Hofpartei ist für den Krieg, und Restowzeff, Otschakoff, Orloff und Potemkin sprechen es laut aus, daß Rußland seinen letzten Rubel und seinen letzten Soldaten daran wenden müsse, um seinen Einfluß in Europa zu erhalten. Auch die deutsche Partei zeigt sich in neuerer Zeit ziemlich kriegerisch, um nicht einer feigen Reaktion beschuldigt zu werden. Ihr Einfluß hat übrigens seit dem Tode des Kaisers Nikolaus sehr abgenommen, wodurch der Sieg der Altrussen vollständig ist, wenn man sich auch mitunter den Anschein gibt, als wolle man den Deutschen eine Konzession machen — wie z. B. als man dem Gardekommandanten Rüdiger den Oberbefehl der Milizen übergab. — Und neben den Günstlingen aus der nächsten Umgebung des Czaren, die den Einfluß der Kaiserin Mutter zu paralisiren streben, indem sie von der Opferfreudigkeit des Adels und von dem Glücke des Volkes sprechen, das darnach brenne, die Invasion durch eine Massenerhebung vom Boden des heiligen Rußland zu vertreiben, haben auch noch die Popen einen großen Einfluß auf Alexanders frommes und orthodox-gläubiges Gemüth. Wie weit sein Zutrauen in den Klerus geht, hat er bei den Prozessionen und Pilgerfahrten bewiesen, die er letzten September in Moskau mitmachte, wo er die Reliquien des

russischen Schutzpatrons Sergius um Beistand zur Vertheidigung seines Reiches anflehen ging. — (Die Ernennung des Fürsten Mentschikoff zum Gouverneur von Kronstadt, die auf ausdrücklichen Wunsch des Groß-Admirals, Großfürsten Konstantin, geschehen ist, gibt einen Beleg, daß an die Stelle von Generalen deutschen Ursprungs überall jetzt vorwiegend Russen treten. An Lütke's und Daehn's Stelle kommen die Namen Nowosilski und Menschikoff, an die Berch's und Kleinmichel's die Namen Metlin und Tschewkin. Bemerkenswerth ist bei den neuen Ernennungen, daß sie sämmtlich sich des Schutzes des Großfürsten Konstantin erfreuen.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 3. Januar. In Folge der niedrigern Londoner und Pariser Notirungen wurden die meisten Fondsgattungen niedriger abgegeben.

Oesterr. Credit-Aktien wurden zu 109½ ⅝ ¾ ⅞ 110 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83½ P. 83¼ G.
" 5pCt. Metall. alte 66¾ P. 66⅛ G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. 77¾ P. 77¼ G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 70¼ P. 70 G.
" 4½pCt. " 58⅝ P. 58⅜ G.
" 4pCt. " 54 P. 53½ G.
" 3pCt. " 40½ P. 40 G.
" 1pCt. " 13½ P. 13¼ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 959 P. 954 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 207 G.
" 250 " " von 1839 111 P. 110⅛ G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 86¼ P. 86 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 213½ P. 211⅛ G.
Bayern 5pCt. Obligationen 102 P. 101⅛ G.
" 4½pCt. " 100 P. 99½ G.
" 4pCt. " 94 P. 93½ G.
" 3½pCt. " 85¾ P. 85¼ G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 94 P. 93½ G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 155¾ P. 155¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142⅝ P. 142⅛ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 86½ P. 86 G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102⅛ P. 101⅝ G.
" 3½pCt. " 88 P 87½ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¾ P. 88¼ G.
Badische 50 fl. Loose 76 P. 75½ G.
" 35 " " 45⅞ P. 45⅝ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
" 4pCt. " 99⅞ P 99⅜ G.
" 3½pCt. " 93 P. 92½ G
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 108 P. 107½ G.
" " 25 " " 33 P. 32¾ G.
Darmstädter Bankaktien 288 P. 286 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 36¾ P. 36½ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 56½ P. — G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
" 3½pCt. " alte 93¾ P 93¼ G.
" 3½pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 119⅝ P. 119⅛ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 319 P. 317 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 79 P. — G

Polen 500 fl. Partial — P. 79½ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 34⅞ P. 34⅝ G.
" 1pCt. neue 21 7/16 P. 21 5/16 G.
Holland Integrale 62¾ P. 62¼ G.
" Certificate 4pCt. — P. 92¼ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsd. fl. 100 k.S. 100¼ P. 100 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96 P. 95¾ G.
Lond. Lst. 10 k.S. 118¼ P. 118 G.
Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 100⅜ P 100⅛ G.
do. 3 Monat mit 5% 100¼ P 100 G.
Paris Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝ P. 93⅜ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅝ P 88⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Wien fl. 100 C. k S. 108⅛ P. 107⅞ G.
Wien 3 M. mit 4% 107¾ P. 107½ G.
Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 2. Januar. Oesterr. 5pCt Nat.-Anl. 77¼; 5Cpt. Met. 73⅞; 4½pCt. 64¾; Lotterie-Anlehensloose von 1839 123½; dito von 1854 —; Bankaktien 908; 5pCt lomb.-venetian. Anlehen 91½; Nordbahnaktien ——. Wechselkurse: Augsburg uso 109⅞ P.; London 10.43 P. Geldkurs: Dukaten —.

Berlin, 24. Dezbr. Raffinirte Zucker sowohl als Rohzucker bei verminderter Kauflust weichend und geringer Umsatz. Wir notiren: Rohzucker 14⅔ a 15 Rthlr. Raffinirte nominell; Farine 17 a 18 Rthlr., Raffinade 20⅔ a 23 Rthlr., gemahl. 19½ Rthlr., Melis 19 a 19½ Rthlr, gemahl. 18¼ a 18½ Rthlr., Syrup 4 à 8 Rthlr, Melasse 2½ a 3 Rthlr.

Stettin. Das Zuckergeschäft sehr gedrückt und nur der dringendste Bedarf zu sehr variirenden Preisen gekauft.

Breslau. Raffinirte Waare flau; für Rohzucker zu 14⅚ a 15⅓ Rthlr. etwas mehr Kauflust. Notirungen: Farine, weiße 16 a 17½ Rthlr., bunte 13 a 15½ Rthlr, Raffinade 20 a 22 Rthlr., gemahlene 19½ Rthlr., Melis 19¼ a 19½ Rthlr., gem. 19 Rthlr., Syrup 3½ a 5 Rthlr., Melisse 2⅓ Rthlr.

Magdeburg. Rohzucker fester, raffinirter flau. Notirungen: Rohzucker 14¼ a 15 Rthlr., Raffinade 19¼ a 21½ Rthlr., Melis 18 a 19 Rthlr., gemahlener 18 Rthlr. bez. und ferner verkäuflich.

Halle. Rohzucker mehr offerirt, doch, wie auch raffinirte Zucker, ohne besondere Kauflust. Rohzucker 14 Rthlr., Melis und ord. Raffinade 18½ a 19½ Rthlr. in größeren Partien nur zu billigeren Preisen verkäuflich.

Leipzig. Raffinirte Zucker behauptet, Rohzucker nicht offerirt. Wir notiren: Farine, weiße 16 a 17¼ Rthlr., bunte 14 a 15½ Rthlr, Raffinade 20 a 22½ Rthle., gemahlene 19½ Rthlr., Melis 18¾ a 19¼ Rthlr, gemahlene 18½ Rthlr., Syrup 4 a 5 Rthlr., Melasse 2½ Rthlr.

Nichtpolitische Zeitung.

Schon vor längerer Zeit enthielt die „Petersb. Zeitung" ausführliche Mittheilungen über das in Kasan und anderen Orten bereitete sogenannte Fischpulver. Dieser neue Industriezweig mag nicht allein sehr große Annehmlichkeiten für eine Bevölkerung bieten, die bei strenger Beobachtung der vorgeschriebenen Fasten-Ordnung während mehr als 26 Wochen im Jahre dem Genusse des Fleisches entsagen muß, sondern derselbe ist offenbar auch für die Verproviantirung der russischen Heere von großer Bedeutung, da das Volumen des Präparates sehr gering im Vergleich zu dem Rohstoffe ist. Das Verfahren besteht einfach in einem Darren, Pulvern und Sieben des Fischfleisches. Bei den ordinären Sorten werden die ganzen Fische sammt Gräten und Schuppen in Trockenöfen gedarrt und später zerstampft; bei den feineren dagegen werden mindestens die Fischköpfe von diese Prozedur ausgenommen, wodurch zugleich eine minder fette Speise erhalten wird. Nachdem das Fischpulver mit Wasser ausgelaugt ist, kann durch die verschiedensten Zusätze, als: Gewürze, Mehl u. s. w., jede beliebige Speise bereitet werden. Als größte Delikatesse gilt das aus frischen Kaulbarsen, Barsen und Löffelstinten bereitete Pulver; jedoch auch gesalzene und getrocknete Brachsen werden in gleicher Art, aber ohne die Köpfe, verwandt. In Astrachan variiren die Preise je nach den verschiedenen Sorten und obwaltenden Konjunkturen von 1½ bis 3 Kop. S. per Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 5.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 5. Januar 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 4. Januar. Gestern Vormittag traf den k. pens. Generalmajor v. Purkart das Unglück, von zwei scheu gewordenen, durchgegangenen Pferden auf dem Dultplatze niedergeworfen und sehr bedeutend am Kopfe verletzt zu werden. (N. M. Z.)

München, 3. Januar. Der k. Obermünzmeister, Herr Haindl, der Vorstand unserer trefflichen Münzanstalt, ist heute zu dem Münzkongreß nach Wien abgereist. Nach dem Stand der Verhandlungen zu schließen, welche diesem zweiten Kongresse in der Kaiserstadt vorausgegangen sind, dürfte ein günstiges Resultat von demselben zu erwarten seyn. (A. Z.)

°° München, 3. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute ihre 3. Sitzung gehabt und folgende Gesetzentwürfe in der Fassung der 2. Kammer angenommen: 1) Den Entwurf die weitere prov. Steuererhebung für 1855/56 (bis Ende März) betr.; 2) den Entwurf, den §. 33 des Häusersteuergesetzes betr. und den Entwurf, die Bestrafung der Contrebande mit Salz betreffend. Die Vorlage der Staatsregierung über die Zoll- und Handelsverhältnisse wurde genehmigt. Es sind mehrere von der Regierung erlassene Verordnungen und einige Handelsverträge, denen, wie seiner Zeit mitgetheilt, die 2. Kammer bereits ihre nachträgliche Zustimmung und resp. Anerkennung ertheilt hat. Vom 4. Ausschuß wurde dann noch angezeigt, daß die Beschwerde der A. W. Schrämm wegen angeblicher Justizverzögerung unbegründet sey, womit die Tagesordnung erschöpft war. Mit den kgl. Prinzen Luitpold, Adalbert und dem Hrn. Herzog Max waren 36 Reichsräthe anwesend. Dem Hrn. Erzbischof-Kardinal Grafen Reisach ward Urlaub auf die Dauer des Landtages ertheilt. Der hohe Kirchenfürst bemerkt in seinem Schreiben, daß er vorerst noch seinen Bischofssitz beibehalten habe, bis höheren Ortes weiter darüber entschieden seyn werde.

München, 4. Januar. Se. Maj. der König haben den Revierförster Gg. Stegee zu Stollenried in gleicher Diensteigenschaft auf das im Forstamte Dillingen erledigte Forstrevier Wolpertstetten versetzt, und an dessen Stelle zum provisorischen Revierförster für Stoffenried den Aktuar dieses Amtes, Wilhelm Wenz, ernannt, ferner den Bergmeister des Bergamts München, Ludwig Wilh. Döhlemann, auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt; auf das hiedurch in Erledigung kommende Bergamt den Bergmeister des Hauptsalzamtes Berchtesgaden, Franz Sickenberger, berufen, dann den Sudfaktor am Hauptsalzamte Traunstein, Max v. Hörmann, zum Bergmeister des Hauptsalzamtes Berchtesgaden befördert; dem bürgerlichen Magistratsrathe Paul Rosa zu Schweinfurt in Anerkennung seines langjährigen verdienstlichen Wirkens die goldene Ehrenmünze des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen. (N.M.Z.)

München. Noch im Laufe dieses Monats wird ein Staatshandbuch erscheinen, das um so nothwendiger ist, als seit dem Erscheinen des letzteren vor mehr als zwei Jahren sich überaus viele Veränderungen ergeben haben.

Aus München, 1. Januar, läßt sich die „Landsh. Z." schreiben: „Der neue Entwurf bezüglich der Gerichtsorganisation ist bereits Sr. Maj. dem König vorgelegt worden. Darnach sollen bei jedem Landgerichte ein Notar und Kameraladjunkt aufgestellt werden. Die übrigen Bestimmungen sind noch nicht bekannt. — Auf den Jahresbericht der Kreis-Gewerbs- und Handelskammer von Niederbayern vom 20 Jan. 1855 ist vom k. Staatsministerium des Handels ꝛc. eine Entschließung dd. München, 21. Dez. 1855 ergangen, in welcher das hohe Ministerium u. A. betreffs der Klagen über den Hausirhandel ausspricht, daß derselbe in Bayern aufhören soll und deßhalb die Ertheilung neuer Patente unbedingt verboten ist; die über die beabsichtigte Ausführung der Nürnberg-Regensburg-Passauer Bahnlinie mit der Zweigbahn von Regensburg über Landshut nach München im Gange befindlichen Unterhandlungen stellen ein günstiges Resultat in Aussicht; schließlich theilt das kgl. Staatsministerium des Handels mit, daß eine Erweiterung des Telegraphennetzes und eine Vermehrung der Stationen in Bayern gegenwärtig im Werke sey und die Wünsche Niederbayerns hierbei die geeignete Berücksichtigung erfahren werde."

Preußen. Königsberg, 29. Dezbr. Die äußerst zahlreich besuchte Versammlung der freien Gemeinde am ersten Weihnachts-Feiertage, in welcher Dr. Rupp einen Vortrag hielt, wurde durch den überwachenden Polizei-Beamten aufgelöst. (K. Z.)

× Berlin, 3. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Von Seiten der niederländischen Regierung ist neuerdings gegen den Bau der festen Brücke über den Rhein ein Protest erhoben worden. Die Gründe, welche von einigen süddeutschen Staaten bei ihrer Reklamation gegen den Bau einer Rheinbrücke geltend gemacht worden sind, werden auch gegen die niederländische Ausführung aufgestellt werden.

Posen, 30. Dezbr. Gleichzeitig mit dem Jahr 1855 geht auch der „Deutsch-", oder, wie er sich lieber nennt, der „Christ-Katholizismus" bei uns zu Grabe, nachdem er bereits längere Zeit gesiecht hatte. Bethaus und Schule sind geschlossen, und der Seelsorger hat einen andern Lebensberuf ergriffen. (Allg. Z.)

Baden. Karlsruhe, 1. Jan. Der bisherige Direktor der Kanzlei des erzbischöflichen Ordinariats, Hr. Binkert, ist durch seine Dienstentlassung veranlaßt worden, gegen den Erzbischof mit einer gerichtlichen Klage aufzutreten, welche ihm eine Pension erwirken soll. Die Lage der Umstände soll aber nicht zu des Klägers Gunsten seyn. (St.-A. f. W.)

Δ **Großh. Hessen.** Offenbach, 4. Jan. (Pr.-K.) Nächsten Sonntag findet dahier in der Stadtkirche die feierliche Installirung des vom Ministerium bestätigten Predigers der deutschkatholischen Gemeinde, Pfarrer Kerbler von Magdeburg, statt.

* **Freie Städte.** Frankfurt, 4. Jan. (Pr.-Kor.) Der diesseitige Abgeordnete zu den Münzkonferenzen, Herr Senator Bernus, ist gestern nach Wien abgereist. — Der Stand der Frankfurter Bank war am 31. Dezbr. 1855 folgender: Aktiva: 13,609,000 fl.; Passiva: 13,417,290 fl., unter letzteren 4,100,590 fl. in umlaufenden Bankscheinen.

Oesterreich. Die Herren Walter und Schlesinger in Wien haben ein k. k. Privilegium auf eine Erfindung erhalten, die in einer Vorrichtung besteht, wodurch ein Eisenbahntrain in seinem schnellsten Laufe ohne Gefahr für Menschenleben, für die Lokomotive und Waggons zum Stillstehen gebracht werden kann. — Auf Veranlassung des Schiffmeisters Herrn Ignaz Mayer wurden in verschiedenen Donaugegenden Versuche mit Goldwäscherei gemacht, die vom besten Erfolge begleitet waren. Muster des gewonnenen Goldes wurden bereits Sachverständigen zur Beurtheilung vorgelegt. — Ueber die den minder besoldeten Beamten von Sr. Maj. dem Kaiser gewährte Theuerungszulage erfährt man, daß dieselbe an die Beamten mit der Besoldung bis zu 800 fl. verabfolgt werden und 10 bis 15pCt. des Gehaltes betragen soll. (Oftd. P.)

Wien, 2 Januar. Heute Vormittag 11 Uhr hat Se. Maj. der Kaiser dem zur Kardinalswürde gelangten Herrn Fürst-Erzbischof von Wien, Othmar Ritter v. Rauscher, in der Hofburgpfarrkirche das Kardinals-Baret feierlich übergeben. Der Herr Erzbischof fuhr, begleitet von der Geistlichkeit und dem päpstlichen Nobelgarde Conte Canale, in die kaiserliche Hofburg, allwo die Burgpfarrkirche in einer der Feier entsprechenden Weise ausgeschmückt war. Nach dem Einlangen des Hrn. Erzbischofes begab sich Se. Maj. unter Vortritt des Hofstaates und des neuen Kardinals aus den Appartements in die Kirche, woselbst sich der apostolische Nuntius, Kardinal Viale Prela, der Hr. Kardinal Erzbischof von Prag, Fürst Schwarzenberg, der Hr. Erzb. von Olmütz, Landgr. Fürstenberg, und andere hohe

Würdenträger der Kirche bereits eingefunden hatten. Für Se. Maj. den Kaiser war ein besonderer Thronhimmel aufgestellt. Nach dem feierlichen Hochamte und nach sodann erfolgter Ablesung des päpstlichen Breve setzten Se. Majestät der Kaiser dem neuen Kardinal das Baret mit dem herkömmlichen Zeremoniell auf das Haupt. Hierauf folgte das Tedeum, nach welchem der Kardinal den heiligen Segen ertheilte. In den Appartements angelangt, empfing Se. Maj. der Kaiser den Kardinal Fürst-Erzbischof Othmar Ritter v. Rauscher, welcher mittlerweile das rothe Kardinalkleid angezogen hatte, in einer besondern Audienz, in welcher derselbe seinen Dank abstattete. (Ostd. Post.)

Wien, 2. Januar. Die Veröffentlichung eines wichtigen Aktenstückes rücksichtlich der politischen Frage des Augenblicks wird Seitens unserer Regierung in den maßgebenden Kreisen als nahe bevorstehend bezeichnet. (A. Z.)

Frankreich.

* Der Bischof von Nancy, erster Almosenier des Kaisers, ist zum Grade eines Offiziers in der Ehrenlegion befördert.

Spanien.

Aus Madrid, 24. Dezbr., wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Vor drei Tagen langte Hr. Joaquin Jose de Mora an, ein bedeutender Nationalökonom, früherer Gesandter von Peru in London, Gründer und Leiter des „Heraldo". Seiner Partei nach Ultra-Moderado und genauer Freund der Königin-Mutter, überbrachte er Briefe und mündliche Instruktionen derselben an ihre Tochter; letztere bezogen sich auf eine konstitutionelle Reform vermittelst eines Staatsstreiches auf dem Grund eines Programms von O'Donnell-Narvaez, und Hr. Mora brachte dieselben nach Madrid. Vorgestern nun hatte Hr. Mora eine lange Unterredung mit den Mitgliedern der königl. Familie; der König ertheilte den Rathschlägen seinen Beifall; die Königin hörte ihn an und versprach zu überlegen. Kaum aber war Mora fortgegangen, so ließ Isabella II. Espartero rufen, und eröffnete ihm Alles. Letzterer erließ bestürzt Befehle an den Gouverneur von Madrid, daß zwölf Moderados, unter denen Mora, Llorente (ehemaliger Finanzminister), Zaragoza (ehemaliger Gouverneur), Perez de Calvo u. s. w. sogleich die Stadt zu verlassen hätten; Mora und Zaragoza ist es jedoch gelungen, sich einen Bürgen in dem Cortespräsidenten Infante und im General Ros de Olano zu verschaffen, so daß diese beiden hier bleiben können; Llorente und Perez Calvo sind aber heute Morgen abgereist."

Aegypten.

* Man schreibt aus Alexandrien vom 22. Dezbr... Es scheint, daß die wegen Ausfall der Aernte gehegten Befürchtungen nicht begründet waren, denn die Konsuln wurden offiziell benachrichtigt, daß die Verordnung vom 6. Oktober, wonach die Cerealien-Ausfuhr vom 6. Januar an verboten war, aufgehoben sey.

Amerika.

Durch den Gesandten von Costarica soll in Washington die Anzeige gemacht worden seyn, daß zwischen Costarica, Guatemala, San Salvador und Honduras ein Bündniß zur Austreibung von Oberst Walker und Konsorten geschlossen ist. Die Regierung in Washington, sagt man, werde den neuen Gesandten von Nicaragua, Hrn. French, nicht annehmen.

Aus Mexico hatte man Nachrichten von der Hauptstadt bis zum 5., und aus Veracruz bis zum 8. Dez. (nach dem Standard). Große Aufregung war durch die Entdeckung einer Verschwörung erregt worden, um General Uraga zum Präsidenten zu erheben. Mehrere einflußreiche Personen, welche daran Theil genommen, waren verhaftet worden.

Orientalische Angelegenheiten

Diplomatische Verhandlungen.

X Berlin, 3. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Mission des Obristlieutenants v. Manteuffel wird sich dem Vernehmen nach nicht weiter erstrecken als bis Wien. Er ist beauftragt, dem Kaiser von Oesterreich ein Schreiben unseres Königs als Antwort auf den von dem Kaiser Joseph hierher gerichteten eigenhändigen Brief zu übergeben. Wie man hört, hat derselbe heute das Schreiben dem Kaiser Joseph überreicht. In dieser Uebersendung von eigenhändigen Schreiben zwischen den Monarchen von Preußen und Oesterreich liegt wohl eine sichere Garantie dafür, daß die Höfe der beiden deutschen Großstaaten sich in freundschaftlichen Beziehungen befinden, und daß die vielfach ausgesprochene Besorgniß, es könne Deutschland durch einen Zwiespalt Oesterreichs und Preußens getrennt werden, ohne Grund ist. Wenn auch jetzt die beiden

---

Leben und Treiben auf dem Planeten Saturn.

Manche Leser erinnern sich wohl noch des Aufsehens, welches vor etwa 15 Jahren eine Schrift über die Entdeckungen im Monde gemacht hat. Wir erfuhren bis in die kleinsten Einzelheiten, wie jener Weltkörper gestaltet und gegliedert sey, wie dessen Bewohner leben und lieben, essen und trinken, kurz, wir bekamen eine Wissenschaft vom Monde, und der Humbug, mit welchem eine New-Yorker Zeitung, obendrein die Sun (Sonne), mondsüchtige Erdenbewohner zu äffen verstand, hatte einen großen Erfolg. Eine Hamburger Buchhandlung verkaufte binnen ein paar Monaten 40,000 Exemplare einer in höchster Eile veranstalteten Uebersetzung, und Jean Crapaud, John Bull und Mynheer beschäftigen sich eben so eifrig mit dem Monde, wie unser lieber Michel Teut und Bruder Jonathan.

Das Ganze war ein höchst gelungener und geistreich durchgeführter Scherz. Die Männer der Wissenschaft lachten mit, mußten sich aber am Ende herbeilassen, in aller Breite auseinanderzusetzen und zu beweisen, daß es dem Verfasser lediglich darum zu thun gewesen sey, das Publikum zum Besten zu haben. Nichts desto weniger glauben viele Arme im Geist steif und fest an die Wunder im Monde.

Freilich hatte man zu jener Zeit den Naturwissenschaften noch nicht so viel Geschmack abgewonnen als heute. Aber sahen wir nicht seitdem wieder westphälische Spökenkiker auftauchen, die bis zu dieser Stunde Glauben finden, trotzdem die große Weltschlacht am sagenreichen Baume bei Werl noch immer auf sich warten läßt und die Türken ihre Pferde immer noch nicht im Rheine getränkt haben? Greift nicht das Psychographiren immer weiter um sich, und hat es nicht seine besonderen „Apostel", welche, in aller Stille freilich, ganz Deutschland durchwandern? Gibt es keine Spiritualisten, die mit Sokrates, Karl dem Großen, Leibnitz, Washington, Napoleon, mit allen bedeutenden Männern der Vorzeit noch weit vertraulicher auf Du und Du stehen, als selbst die Swedenbergianer? Sie hören buchstäblich die Engel im Himmel pfeifen und verstehen sich, in ihrer Weise natürlich, auf die Pluralität der Welten, von welcher jetzt so viel gesprochen und geschrieben wird. Es kommt hinzu, daß in Folge der Entdeckungen, welche man vermittels Lord Rosse's Riesen-Teleskops am Firmamente gemacht hat, die Astronomen in der That zweifelhaft darüber geworden sind, ob das Gesetz der Gravitation überall im Raume wirksam sey, und ob man nicht vielmehr annehmen müsse, daß die unermeßlich fernen Körper, welche uns als Nebelmassen erscheinen, einem anderen Gesetze folgen. Wenigstens wurde diese Frage vor der diesjährigen britischen Gesellschaft zur Beförderung der Wissenschaften in der Eröffnungsrede zu Glasgow aufgeworfen.

Hat nicht unsere alte Welt auch Rappings und Knockings gleich der neuen, und gibt es nicht einige Hunderttausend Mormonen, die an Joe Smith's Weissagungen glauben und einen hebraisirenden Roman, welchen Spaulding in Ohio zum Zeitvertreib schrieb, für eine göttliche Offenbarung halten? Der nackte, platte, offenbare Betrug mit dieser „Mormonen-Bibel" liegt sonnenklar vor Augen, die Beweise, daß mit diesem Buche ein unverschämter Schwindel getrieben wird, sind vorhanden; nichts desto weniger glauben nahezu eine halbe Million Menschen an dasselbe, und der theokratische Mormonen-Staat mit Vielweiberei ist eine Thatsache geworden.

Man könnte sagen, das sind amerikanische Tollheiten, die unser Europa wenig oder gar nicht berühren. Aber gerade jetzt tauchen allerlei Schwindeleien auf, die jenen auf der anderen Seite des großen Wassers vollkommen ebenbürtig sind und sich mit ihnen messen können. Daß im sächsischen Erzgebirge aus den Resultaten des Tischklopfens von einem unterleibkranken Weber eine neue „Religion" zusammengeflickt worden ist, haben die Zeitungen gemeldet, nicht minder, daß man den Stifter bis auf Weiteres einer Anstalt für Geisteskranke überwiesen hat. Das Genie wird leider gar zu häufig verkannt und verfolgt! Demnächst werden wir vielleicht erleben, daß auch die Saturnus-Lehre den Irrenhäusern einige Insassen zuführt.

Wir haben nämlich Schwarz auf Weiß „1855 in Kommission der Louis Mosche'schen Buchhandlung in Meißen, gedruckt bei Ferdinand Thomaß in Dresden," vor uns liegen: „Außerordentliche Eröffnungen über die natürliche und geistige Beschaffenheit des Planeten Saturnus, nebst dessen dreigetheiltem Ring und sieben Monde, sowie über die Beschaffenheit, das Grundseyn und Leben der darauf befindlichen Wesen rc,

Staaten nicht genau dieselbe Politik verfolgen, so steht doch so viel fest, daß sie, wenn Deutschland mit in den Krieg hineingezogen werden sollte, mit vereinten Kräften als die Schutz- und Schirmherren desselben dastehen werden. — Hieran ist auch zugleich eine Entgegnung auf einen Artikel aus der „Börsenhalle" anzuschließen, welche nichts Geringeres aussagt, als daß seit der preußischen Thronrede eine Spannung zwischen den beiden deutschen Großstaaten ausgebrochen sey, die aber später eine Beseitigung erfahren habe. Es ist in der That ganz unbekannt, daß die Thronrede Veranlassung zu einer Spannung geworden ist.

Die englische Presse hat oftmals verkündigt, daß die Westmächte mit allen Gewaltmaßregeln Preußen zwingen würden, an dem Kampfe im Oriente gegen Rußland Theil zu nehmen. Von Neuem tischt die „Morning Post" ihren Lesern dasselbe Thema auf. Sie sagt, daß die Westmächte gegen Preußen die Drohung ausgesprochen hätten, sie würden es zu Lande und zu Wasser angreifen, wenn es nicht zu ihrer Fahne hinübertrete. Niemals ist Preußen eine Drohung der Art zugegangen, wenn auch nicht zu läugnen ist, daß man vielfach Versuche angestellt hat, Preußen zum Bunde mit den Westmächten zu bewegen. Preußens Macht weiß man auch an der Themse und Seine zu schätzen und wird sich nicht einen sehr bedeutenden Feind durch Drohungen verschaffen. Man weiß sehr wohl in London und Paris, daß Preußen auf Drohungen der angegebenen Art, allerdings seine Heere marschfertig machen müßte aber nicht, um den Drohungen sich zu fügen, sondern um zu zeigen, daß Preußen sich nicht braucht einschüchtern zu lassen.

Wien, 2. Jan. Der preußische Oberst, Herr Baron v. Manteuffel, welcher, wie es heißt, mit einer besonderen Mission des preußischen Kabinets betraut ist, ist heute Abends hier eingetroffen. (Ostd. Post.)

Aus dem Orient.

* *Man berichtet* aus Kertsch über das am 19. Dez. *stattgehabte* Scharmützel in der Umgegend dieser Stadt: Von der ganzen Kavallerie des englisch-türkischen Kontingents ist ein Detaschement von 150 Pferden hier geblieben, das zur Wache und zur Eskorte des Kommandanten en chef, General Vivian, verwendet wird. Diesen Morgen verließen 65 Reiter unter Befehl des Rittmeisters Shervold den Platz, um auf Fourragieren zu gehen, und bei den Bewohnern der umliegenden Ortschaften Proviant zu kaufen. Da diese kleine Truppe das Erforderliche in der Umgebung unserer Vorposten nicht fand, so gingen sie, da nirgends etwas vom Feinde zu bemerken war, ziemlich weit in's Innere des Landes vor. Plötzlich in einem Augenblicke, wo sie es am wenigsten erwarteten, sahen sich die Reiter angegriffen und von hundertfach überlegenen Kräften eingeschlossen. Kapitain Shervold gab sogleich Befehl zum Rückzug, aber man mußte sich eine Bahn durch die feindlichen Massen brechen. Die türkischen Soldaten, nur der Stimme ihres Führers und ihrem Muthe folgend, stürzten mit Heldenmuth auf den Feind und kämpften mit Erbitterung. Kapitän Shervold, den seine englische Uniform in Mitte des ganzen Detaschements kenntlich machte, war einer der zuerst Gefallenen. Sein Tod spornte die Soldaten mit erneuter Wuth zu kämpfen. 25 unter ihnen gelang es, sich durch die feindlichen Reihen zu schlagen; die übrigen 40 Reiter, Offiziere und Soldaten, fielen oder wurden gefangen genommen.

* Konstantinopel, 24. Dez. Die bösen Nachrichten folgen Schlag auf Schlag. — Kaum war man vom Falle der wichtigen Stadt Kars einigermaßen erholt, als vorgestern die — freilich nicht ganz unerwartete — Botschaft eintraf, daß Omer Pascha seinen Marsch auf Kutais habe aufgeben müssen und in vollem Rückzuge auf Sukum-Kale sey. Es scheint übrigens, daß die Russen nicht versuchten die Armee in dieser rückgängigen Bewegung zu beunruhigen. Vorsichtige Personen haben sich von der, wie man sagt, ohne ausreichende Mittel, ohne Lokal-Kenntniß und mit unglaublicher Oberflächlichkeit unternommenen Expedition Omer Paschas allerdings nie einen besondern Erfolg versprochen; jetzt aber nach dem vollständigen Mißlingen derselben hebt jeder den Stein gegen den Serdar auf, den edlen Lord Redcliffe nicht ausgenommen, trotzdem es gar wohl erwiesen ist, daß gerade er es ist, der zu dieser Diversion rieth, von der er große Dinge erwartete. Völlig unbegreiflich aber ist die Unthätigkeit des Muschirs Selim Pascha in Erzerum, der zum Entsatze und zur Verproviantirung von Kars nicht das Geringste that, obwohl er dazu ausreichende Kräfte hatte. Er begnügte sich — wie es sich jetzt herausstellt — von 14 zu 14 Tagen durch die türkischen Blätter mittheilen zu lassen, daß er sich mit 12,000 Saum-Thieren nach Kars aufgemacht habe — rührte sich aber nicht aus Erzerum. Dieser Selim Pascha ist derselbe, der, nachdem er voriges Jahr bei Batum geschlagen wurde, es son-

---

zunächst für Astronomen, eines höheren Blickes fähige Naturforscher und ein die Weisheit des ewig Alles wissenden und was, wenn und wie sich kundgeben könnenden in reiner Kindlichkeit des Herzens lieben- und verehrendes Publikum herausgegeben von Johannes Busch." Wir haben diesen Titel wörtlich mitgetheilt; der Blödsinn kommt auf Rechnung des Herausgebers; der Text selbst ist aber weit besser geschrieben und enthält nicht weniger als 164 enggedruckte Seiten Groß-Oktavo.

Wir erfahren, daß das Wort Saturnus so viel bedeutet, als Erdrube, Weltreichthum. Der Urheber des Buches — wir werden späterhin sagen, wer derselbe ist — bemerkt den Auserwählten: „Habt ihr bei der Enthüllung des Mondes schon große Augen gemacht und einen großen Gemüthslärm geschlagen, wie wird es euch erst gehen, wenn ihr diesen Weltkörper ein wenig an meiner Hand bereisen werdet! Ja ich sage euch, macht euch nur auf sehr Großes gefaßt und bereitet euer Gemüth wohl; denn ihr werdet es kaum ertragen; denn wo so große Dinge von mir entfaltet und geoffenbart werden, da gehören auch große Gemüther dazu, um das Große zu erfassen und zu ertragen. — Denn was Jemand von mir empfängt, ist die höchste Gabe des Himmels."

Der größte Theil des Saturnus besteht aus Wasser; es gibt auf diesem Planeten kein eigentliches Festland, sondern nur Inseln, die freilich weit größer sind, als die Kontinente auf Erden. Gegen die Pole hin ist er mit Eis und Schnee bedeckt, die freilich schon um 40 Grad früher beginnen, als hienieden. Die Kälte dieser Saturnus-Polar-Regionen ist so groß, daß jene auf der Erde dagegen wie ein geheizter Ofen erscheint. Denn nicht nur das Wasser gefriert zu einem Diamant, sondern die Luft selbst wird bei dem höchsten Kältegrade zu lauter Eisstangen, welche oft Meilen hoch sich in den Aether hinaufthürmen. Durch solchen heftigen Druck entzündet sich die atmosphärische Luft in diesen Regionen, so daß sie viele Meilen weit glühend erscheinen, und der Glühschein nimmt dermaßen zu, daß darob am Ende wirklich die heftigsten Explosionen stattfinden. Da aber durch solche Luftentzündungen zufolge der großen Kälte die Elektrizität der Luft noch mehr vermindert wird, so nimmt die Kälte auch beständig zu, und zwar ohne alle Unterbrechung fünfzehn Erdenjahre hinter einander. Während der kältesten Zeit, welche acht Erdenjahre dauert, finden dann keine Entzündungen statt, da die Luft zuvor in eine ganz feste Masse übergegangen ist. Nach diesem Zeitraume fängt das zurückkehrende Licht der Sonne wieder an, die eisfeste Luft aufzulösen, welche dann abermals entzündet. Diese schauerlichen Gegenden sind „in geistiger Hinsicht" bewohnt. Denn „der Schnee und das Eis stellen gewöhnlich die Gefangenschaft irgend unruhiger Geister dar. Und wenn die Kälte am heftigsten ist, gibt es in jenen Gegenden gute friedliche Geister, welche die Feuergeister zur Ruhe bringen und ihre übermäßige hitzige Zerstörungslust dämpfen." Und wenn die feuerlustigen Unholde manchmal mehrere Tausend Jahre lang gefangen gehalten worden, dann lassen sie endlich ihren Feuereifer fahren, wie eine mit Elektrizität gefüllte Wolke. Die Polar-Feuergeister sind noch Urgrundgeister, aus denen eigentlich der ganze Weltkörper gebildet worden ist, und die nur allmählich in einer vom großen Geiste wohlberechneten Ordnung in das freie Daseyn der menschlichen Gestalt übergehen. Zuweilen werden Geister rachsüchtiger Menschen wieder in diesen naturmäßig-polarischen Zustand zurückgeführt; sie können dann nie in ein naturmäßiges Leibesleben wiederkehren; was bei den Urgrundgeistern allzeit der Fall ist.

In der warmen und gemäßigten Gegend sind die Dinge anders gestaltet. Die Nacht auf dem Saturn ist heller als der Tag auf der Erde, und von den Bergen hat man eine unermeßliche Aussicht, namentlich vom Berge Girp im Lande Gerisa, der 243,150 Fuß hoch ist und gleichsam die Apotheke für die Saturnus Bewohner bildet, weil er so reich an Heilkräutern ist. An seinem Fuße wächst der Sonnenbaum Glinra, der eine Höhe von 100 Klaftern erreicht; sein Stamm ist so dick, daß zweihundert Arme ihn nicht umspannen können. Wenn er vollkommen ausgewachsen ist, gleicht er einem kleinen Basaltkegel; seine Farbe ist blau wie die Feder eines Pfauen; und aus den Blättern bereitet man Mäntel; so lange sie jung sind, gleichen sie polirtem Golde; die Blüthen haben klafterlange Staubfäden, die wie Flammen leuchten und eine Lieblingsspeise der Bewohner sind.

(Fortsetzung folgt.)

derbar fand, daß man ihm den Verlust von 25 Geschützen vorwarf. „Ich bin gern bereit sie zu bezahlen", war die Antwort des ruhmglühenden Feldherrn, dem man die Verproviantirung von Kars übertragen hatte.

Jetzt handelt es sich darum, den ferneren traurigen Folgen vorzubeugen, welche der Fall von Kars nach sich ziehen konnte, wenn man die Russen den erreichten Erfolg ungestört benützen und ihr Vorgehen auf otomanischem Gebiete zulassen würde. Deßhalb sollen unverzüglich neue Verstärkungen nach Erzerum abgehen, das vor Allem gerettet werden muß. Der Plan des neuen Feldzugs wurde in einem deßhalb zusammenberufenen Kriegsrathe festgestellt, zu dem die Generale Lachey und Mansfield und der sardinische Oberst Chiesa della Tore eingeladen waren. Zur Komplettirung dieser Verstärkungen wird man 10,000 M. vom Armee-Korps Omer-Pascha's nehmen. General Mublis-Pascha hat den Auftrag erhalten, diese Truppen in Sukum-Kale zu holen und sie nach Trabizonde zu führen, wo sie sich mit den anderen asiatischen Operations-Korps vereinigen sollen. Man versichert, daß die bündigsten Befehle zur unverzüglichen Ausführung dieser Maßregel ertheilt seyen. Gleichzeitig wird man auch einen Theil der Garnison Konstantinopel's dahin abschicken und endlich auch von Marschall Pelissier Verstärkungen verlangen. Aber die Frage ist, ob diese Maßnahmen jetzt nicht zu spät kommen und Erzerum nicht bereits in die Hände des Feindes gefallen ist. (In Konstantinopel war das Gerücht verbreitet. D. Red.)

* Man schreibt aus Eupatoria: Kaufleute aller Art lassen sich hier nieder. Dabei wird alles furchtbar theuer und man würde wohl thun, Mundvorräthe, Eßwaaren, Gemüse, Geflügel, — aber wenig Getränke hierher zu schicken. Von letzterem Artikel sind alle Magazine voll; hier braucht man viel Eßwaaren. — Wer hier Geschäfte machen will, muß Bretter, Nägel und Wachsleinen mitbringen, um sich eine Baracke zu bauen, denn die Wohnungen sind selten und die Tartaren vermiethen sie nur zu unmäßigen Preisen. Hammelfleisch gilt die Occa (2 Pfd.) 25 Piaster, Ochsenfleisch 15 P., Kameelfleisch (wenn es gibt) 12 P., Pferdefleisch 10 P., Hammelfleischfett 25 P., gesalzene Butter 35 P., Brod 6 P., Lichter 32 P., Oel 29 P. Gerste und Stroh fehlt. Linsen 12 P., Bohnen 14 P, 1 Zitrone 1 P. 20, Zwiebel 5 P., Holz (per Ebeli?) 30 P. Eine Occa Kohlen 3 P., Talg 24 P. (1 Piaster = 7 kr.). Fensterscheiben, Laternen u. dgl. fehlen gänzlich. Eine kleine Schachtel Wichse kostet 100 Parras. Ein großes Faß wegzurollen, bekommt ein Tartar 2 Franken; er verlangt aber 5 Fr., wenn man nicht vorher akkordirt. Ein zweiräderiger Wagen kostet per Fahrt 2—3 Franken. 1 Flasche Oel 3 Frs., 1 Kilo Kartoffel 2 Frs., 1 Kilo Käse 4 Frs, Wein 1 Frs. 50 Cent. das Litre. Es ist auch Bedarf an warmen Kleidungsstücken, Strümpfen, Handschuhen, Flanellen, Hemden, Stiefeln, Cache-Nez u. s. w. Astrakan Pelz, der 2 Frs. galt, wird jetzt schlechter Qualität mit 10 Frs. bezahlt .. Die französische Armee ist im vortrefflichen Gesundheitsstande; sie ist gut genährt und immer voll Lust zu kämpfen. Die feindlichen Vorposten sind jetzt entfernter als früher, indessen sieht man manchmal etliche Kosaken, sich den türkischen Vorposten nähern; sobald sie aber eine französische Uniform sehen, verschwinden sie. Wir haben hier ziemlich Wildpret, Hasen und Enten an der Meeresküste — aber das Jagdpulver und Blei ist sehr theuer.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 4. Januar. In 1¼pCt. span. wurden höhere Kurse als gestern bezahlt, auch mehrere österr. Fondsgattungen besserten sich etwas.

Oesterr. Credit-Aktien wurden zu 110¾ ½ umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83½ P. 83¼ G.
„ 5pCt. Metall. alte 66⅜ P. 66½ G
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths 77¾ P 77¼ G
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 70⅜ P. 70⅛ G.
„ 4½pCt. „ 58¾ P 58½ G.
„ 4pCt. „ 54 P. 53½ G.
„ 3pCt. „ 40½ P 40 G.
„ 1pCt. „ 13½ P. 13¼ G

Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 963 P. 957 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 208 G.
„ 250 „ „ von 1839 112 P. 111½ G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 86¼ P. 86 G
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Eins. 214 P. 212 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 102 P. 101½ G.
„ 4½pCt. „ 100 P. 99½ G.
„ 4pCt. „ 94 P. 93½ G.
„ 3½pCt. „ 85¾ P. 85¼ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 94 P. 93½ G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 155¼ P. 154¾ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142¾ P. 142¼ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 86½ P. 86 G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102 P. 101⅞ G.
„ 3½pCt. „ 88 P 87½ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¾ P. 88¼ G.
Badische 50 fl. Loose 76 P. 75½ G.
„ 35 „ „ 45⅞ P. 45⅝ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 4pCt. „ 99¾ P 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93 P. 92½ G
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 108 P. 107½ G.
„ „ 25 „ „ 33 P. 32¾ G
Darmstädter Bankaktien 287 P. 285 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 36⅞ P. 36⅝ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 56 P. 55½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 94 P 93½ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 119⅝ P. 119⅛ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 319 P. 317 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 79 P. — G.

Polen 500 fl. Partial — P 79½ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 34⅛ P. 33⅞ G.
„ 1pCt. neue 21½ P. 21⅜ G.
Holland Integrale 62¾ P. 62¼ G.
„ Certificate 4pCt. — P. 92¼ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅜ P. 100⅛ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅜ P. 118⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i.S.Lr. 250 k S. 100½ P 100¼ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.	do. 3 Monat mit 5% 100¼ P 100 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Paris Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96 P. 95¾ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅝ P 88⅜ G.	Wien fl. 100 C. k S. 108⅜ P. 108⅛ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 107⅞ P. 107⅝ G.

Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 3. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 77¼; 5Cpt. Met. 74 1/16; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 124; dito von 1854 95; Bankaktien 913; 5pCt lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 213⅞. Wechselkurse: Augsburg uso 110¼ P.; London 10.50.P. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

In Freising hat sich vor mehreren Monaten ein Verein gebildet, der das Ziel sich vorgesetzt, die Errichtung eines Denkmals des großen Bischofs und Geschichtschreibers Otto von Freising zu bewerkstelligen. Das Standbild soll auf den Domplatz kommen. Schon sind viele Beiträge eingelaufen.

Das großartige Washington-Monument, welches von Crawford, dem bedeutendsten amerikanischen Künstler in Rom, theils in Marmor ausgeführt, theils nur modellirt und zu München gegossen wird, erhält durch eine Entschließung der Vereinigten Staaten jetzt noch einen in seiner Art einzigen Schmuck. Die von Crawford gegenwärtig modellirten kolossalen Eingangsthore zum dortigen Kapitol, welche ursprünglich nur in Bronze bestimmt waren, sollen nun nach der Vollendung in der k. Gießerei in München mit ihren reichen Emblemen stark vergoldet werden. So werden sie alle derartige Kunstwerke an Glanz und Pracht weit übertreffen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 6. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 6. Januar 1856

Deutscher Bund.

Preußen. Ostpreußen, 31. Dezbr. Die Konduitenlisten sollen sich nun auch auf unsere Geistlichen erstrecken. Ein Erlaß des **Konsistorium** an die Superintendenten (der in gleicher Richtung gewiß auch in den anderen Provinzen ergangen) macht denselben nämlich zur Pflicht, „eine ununterbrochene Beaufsichtigung der Geistlichen nach ihrer Qualifikation, ihrer Amtsführung und ihrem Lebenswandel zu führen", und zu diesem Zwecke, sey es auf vertraulichem, „sey es auf amtlichem Wege, die erforderlichen Nachforschungen zu veranstalten", und sollen, wenn nicht spezielle Umstände eine frühere und separate Berichterstattung räthlich erscheinen lassen, die jährlichen Visitatzonsberichte dazu benutzt werden, dem Konsistorium Kenntniß von der Amtsführung und dem Lebenswandel der Geistlichen zu geben. (H. N.)

Köln, 3. Januar. In der heute abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre der Kommandite-Gesellschaft C. J. Schmitz u. Komp. wurde denselben die Entscheidung mitgetheilt, durch welche die k. Regierung die bekanntlich schon seit längerer Zeit suspendirt gewesene Konzession zur Herausgabe der „Deutschen Volkshalle" definitiv zurückgezogen hat. Die Gesellschaft hat dem Vernehmen nach beschlossen, fortzubestehen und die vorhandenen Fonds bis dahin zu reserviren, bis etwa unter veränderten Zeitumständen die Wiederherausgabe des genannten Blattes thunlich sey. (Köln. Z.)

Württemberg. Stuttgart. Das hiesige Blatt „Der Beobachter", welches seit dem Rücktritt des Dr. Hermann Kurz von der Redaktion bedeutend an seinem Abonnement abgenommen, ist durch die Fusion der demokratischen mit der altliberalen Opposition, die erstmals bei den letzten Wahlen hervortrat, nunmehr das Organ der vereinigten Opposition geworden und nicht mehr ausschließlich demokratisches Blatt. Dadurch hat das Blatt neue materielle Kräfte erlangt.

Thüringen. Am 5. Januar findet auf Einladung der weimarischen Regierung eine Konferenz von Abgeordneten der Regierung von Weimar, Gotha, Meiningen, Altenburg, Rudolstadt, Sondershausen und Reuß jüngerer Linie zur Herstellung eines Uebereinkommens wegen gegenseitiger Zulassung des in den thüringischen Staaten emittirten Papiergeldes und Ausschließung des fremden Papiergeldes statt. (Fr. Pstz.)

Freie Städte. Hamburg, 3. Jan. Wie wir hören, ist gestern ein Dekret des Senats ergangen, welches die Verhaftung des Hrn. Campe in Erwägung der Erbgesessenheit desselben, sobald dieselbe dukumentirt seyn wird, ohne anderweitige **Kautions-Bestellung** aufhebt. Den sonstigen Beantragungen des Hrn. Campe (Verweisung an die ordentlichen Gerichte zur Entscheidung darüber, ob genügende Ursache zur Zeugniß-Weigerung vorliege, und eventuell zur Bestrafung solcher Weigerung) ist nicht stattgegeben worden. Herr Campe ist noch gestern am Abend in Freiheit gesetzt worden. (H. N.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 27. Dez. Die norwegische Presse spricht sich im Ganzen eben so günstig über den mit den Westmächten abgeschlossenen Vertrag aus, als die hiesige. Sie findet eine Beruhigung in dem Umstande, daß die übergreifende Tendenz Rußlands auch auf diesem Gebiete zurückgewiesen worden.

Frankreich.

Paris, 2. Januar. Der heutigen Neujahrsliquidation wurde mit großer Spannung entgegengesehen, weil in ihr der eigentliche Stand unseres Geldmarktes zum Ausdruck gelangen mußte. Das Ergebniß war ein sehr ungünstiges: der Report stieg im Durchschnitt auf 80, zeitweilig sogar auf 90 C., d. h. daß man für eine Zahlungsverlängerung von einem Monat beinahe 1 Prozent auf Papier zahlte, die das ganze Jahr nur 3 oder höchstens 4 Prozent bringen. Der Grund der schwierigen Liquidation lag am allgemeinen Geldmangel. Die Zahlungen aus der Provinz, wie auch von hiesigen Kleinhändlern, sind spärlich eingegangen, weil namentlich die Neujahrseinkäufe unter den Theurungs- und Kriegsverhältnissen weit unter dem Mittel anderer Jahre zurückgeblieben; dagegen wurden hiesige Fabrikanten und Großhändler in den letzten Tagen des Jahres strenge zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen angehalten, weil die Bank weder ihnen noch den als Vermittler dienenden Banquiers irgend eine Nachsicht oder Verlängerung gönnen wollte. Die meisten Käufer also, welche heute Börsenpapiere zu übernehmen hatten, sahen sich außer Stande sie zu bezahlen, und mußten sich daher zu jenem hohen Report für Ende Januar verstehen. (Schw. M.)

Paris, 3. Januar. Der heutige „Moniteur" enthält eine Bekanntmachung der Verwaltung der österreichischen Eisenbahnen, wodurch die dritte Einzahlung, welche vom 1. bis 10. Januar geschehen sollte, widerrufen wird. (T. D. d. K. Z.)

Spanien.

Madrid, 2. Januar. Das Gerücht, das Kabinet beabsichtige die Einführung die Zivilehe in Spanien, ist falsch. (Fr. Postz.)

Griechenland.

Pyräeus, 16. Dezbr. Ein Erlaß des Ministerpräsidenten bestimmt, daß alle Militärs, Gendarmen, Feldhüter, Kommunalgarden &c. sich auf Verlangen des Chefs der mobilen Kolonnen, Majors Tzinos, und bei Vermeidung schwerer Strafe der Verfolgung der Räuberbanden anzuschließen haben; Handwerker und Arbeiter, die während des Winters ohne Beschäftigung sind, wie Maurer und Steinbrecher, sollen bis zum Frühjahr den mobilen Kolonnen, welche mit Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit beauftragt sind, definitiv zu detachirt werden. — In der Aula der Atheniischen Universität hält der bekannte Appert Vorlesungen über Gefängnißwesen zum Besten der armen Wittwen und Waisen in den von der Cholera heimgesuchten Gegenden. (D. A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 27. Dezbr. Den vielfachen vagen Friedensgerüchten gegenüber, welche jetzt wieder das ganze übrige Europa durchlaufen, mehren sich bei uns mit jedem Tage die kriegerischen Anzeichen. Die umfassendsten Rüstungen werden ohne Unterbrechung fortgesetzt, die Befestigung der Küstenplätze wird mit großem Eifer betrieben, Waffen werden geschmiedet, Pulvervorräthe angehäuft, die Aushebung wird mit großer Strenge ausgeführt u. s. w. Daneben wird aber noch zu besonderen Maßregeln gegriffen, um die Kriegsmacht des Landes zu vermehren. Speziell auf den bevorstehenden Feldzug im Norden des Landes hinweisend ist eine Veröffentlichung, nach welcher der Hauptkommandirende der Garde und Grenadierkorps, General Rüdiger, mit Rücksicht auf die beträchtliche Anzahl Offiziere, die im kommenden Jahre zum Bestande der Bedienung bei den Geschützen der Küstenbatterien und Verschanzungen zum Schutze der Küsten des baltischen Meeres gebraucht werden wird, ersucht, alle verwundeten Marineoffiziere, die zum Dienst auf der Flotte nicht mehr tauglich sind, zum Dienste bei den erwähnten Batterien und Verschanzungen aufzufordern. Eine andere kriegerische Manifestation ist der neue Aufruf an die Apanagenbauern, ein viertes Bataillon für das „Schützenregiment des kaiserlichen Hauses" zu bilden. — Durchaus nicht für einen nahe bevorstehenden Friedensabschluß spricht ferner der Umstand, daß die Ausstellungen landwirthschaftlicher Produkte, welche, dem festgestellten Programme gemäß, im Jahre 1856 in den Gouvernements Kursk, Tula, Kasan, Wladimir, Mohilew und in den neurussischen und Ostsee-Provinzen stattfinden sollten, sowie die angesetzte Viehausstellung im Gouvernement Archangel auf Befehl des Apanage-Ministers für das künftige Jahr abgesagt worden sind. — Der Kompletirung der Garden wird fortwährend die größte Sorgfalt zugewendet. (H. N.)

Amerika.

New-York, 18. Dezbr. Der Präsident hat eine Proklamation erlassen, die gegen die Freibeuter in Nicaragua gerichtet ist, und alle Bürger der Union vor direkter oder indirekter Theilnahme warnt.

Asien.

Die „Pr. C." meldet aus Jerusalem: „Am 13. Dez. ist hier die preußische Flagge auf der höchsten Terrasse des Konsulats-Gebäudes an einem Mastbaum aufgehißt und, auf Befehl des Gouverneurs Kiamil Pascha, vom Davidsthurme herab mit 21 Kanonenschüssen begrüßt worden. Bekanntlich bestand früher in den beiden heilig gehaltenen Binnenstädten Syriens, Jerusalem und Damaskus, ein Verbot gegen dies äußere Zeichen des Einflusses christlicher Nationen. Erst seit Kurzem haben die Konsuln der europäischen Mächte begonnen, unter Zustimmung der dortigen Behörden, dies Verbot als nicht mehr in Kraft befindlich zu betrachten, obgleich noch vor 11 Jahren eine auf dem französischen Konsulat aufgezogene Flagge von der fanatischen Bevölkerung beschimpft und heruntergerissen wurde."

Orientalische Angelegenheiten.

Aus Rußland.

Trotz alles Widerspruches russischer Organe wird hier von den bestunterrichteten Personen behauptet, daß die Absicht der Befestigung Petersburgs und später auch Moskau's thatsächlich den Gegenstand nicht nur von Erwägungen, sondern auch von Berathungen bildet. In den Waffenfabriken und Geschützgießereien zu Petersburg und Petrosawod werden vorzugsweise Paixhans-Geschütze und Bomben-Mörser angefertigt, die für Petersburg und dessen bereits von Oranienbaum bis an die Stadt reichende befestigten Punkte bestimmt sind. — Kaiser Alexander hat im Heere große Veränderungen äußerlich und, was Verwaltung und Organisation anlangt, auch innerlich eintreten lassen. Der Soldat soll besser besoldet werden, und seine Aeußerung, die mir als notorisch verbürgt wird: „Es wäre nöthig, daß ein neuer Wischigin erschiene (ein Buch, das die Unterschleife, Bestechlichkeit u. s. w. der russischen Beamten schildert und von Kaiser Nikolaus einst allen Behörden zugeschickt wurde), damit ich meine Regierungs-Laufbahn mit einem ähnlichen Geschenk an die Beamten, wie mein unvergeßlicher Vater, beginnen könne", beweist, daß Kaiser Alexander darauf bedacht ist, den Mißbräuchen im Heere und in der Zivilverwaltung mindestens mit gleicher Energie wie sein Vorgänger entgegen zu treten. (Köln. Z.)

Nach der „Schles. Ztg." ist der Admiral Putiatin, der Befehlshaber des Geschwaders im stillen Ocean, welcher bekanntlich zu Ende vorigen Jahres mit der „Diana" bei Japan Schiffbruch erlitten hat, kürzlich zurückgekehrt und in den Grafenstand erhoben worden. (H. N.)

Der „Russ. Invalide" veröffentlicht zwei Proklamationen der Generale Bebutoff und Murawieff an die Bewohner Imeretiens, Guriens und Mingreliens, worin das ganze Volk dieser Länder für den Czaren zu den Waffen aufgerufen wird zum Vertilgungskampfe gegen die Feinde des Kreuzes.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 5. Januar. Für span. dauerte die Kauflust fort. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung.

Oesterr. Credit-Aktien wurden zu 109¾, 110, 109¾ umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83¾ P. 83½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 66⅞ P. 66⅝ G
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. 77¾ P 77¼ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79¼ P. 70 G.
„ 4½pCt. „ 58¾ P 58½ G.
„ 4pCt. „ 54 P. 53½ G.
„ 3pCt. „ 40½ P 40 G.
„ 1pCt. „ 13½ P. 13¼ G.

Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 962 P. 956 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 208 G.
„ 250 „ „ von 1839 112 P. 111½ G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 86⅜ P. 86⅛ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fe. Einz. 214 P. 212 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 102 P. 101½ G.
„ 4½pCt. „ 100⅛ P 99⅝ G.
„ 4pCt. „ 94 P. 93½ G.
„ 3½pCt. „ 85¾ P. 85¼ G.
„ 4pCt Ablös.-Rente 94 P. 93½ G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 151¾ P. 151¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142¾ P. 142¼ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld Scheine 86½ P. 86 G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 3½pCt. „ 88 P 87½ G
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¾ P. 88¼ G.
Badische 50 fl. Loose 76 P. 75½ G.
„ 35 „ „ 45⅞ P. 45⅝ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 4pCt. „ 99¾ P 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93 P. 92½ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 108 P. 107½ G.
„ „ 25 „ „ 33 P. 32¾ G.
Darmstädter Bankaktien 286½ P. 284½ G
Kurhessische 40 Thaler Loose 36¾ P. 36½ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 55½ P. 55 G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 94 P 93½ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 119⅝ P. 119⅛ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 319 P. 317 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 79 P. — G.

Polen 500 fl. Partial — P 79 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 34½ P. 34¼ G.
„ 1pCt. neue 21⅝ P. 21½ G.
Holland Integrale 63¼ P. 62¾ G.
„ Certificata 4pCt. — P. 92½ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅜ P. 100⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96⅛ P. 95⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅝ P. 88⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Lond. Lst. 10 k. S. 118½ P. 118¼ G.
Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 100½ P. 100¼ G.
do. 3 Monat mit 5% 100¼ P 100 G.
Paris Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Wien fl. 100 C. k. S. 108⅜ P. 108⅛ G.
Wien 3 M. mit 4% 107⅞ P. 107⅝ G.
Disconto — P. 4pCt. G.

---

* Amsterdam, 1. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Kaffe. Außer kleinen Einkäufen, für Befriedigung des sofortigen Bedarfes, ging in Java nichts um, gut ord. Maatschappy-Loose sind unverändert 33½ bis 34 cs. zu notiren. Zugeführt 792 Ballen und 47 Fässer Surinam.

Zucker. Rober würde zu September Auktions-Erlösen Nehmer finden, doch waren Eigner nicht geneigt, zu diesen Kursen abzugeben.

Einfuhr vom 1. Januar bis 31. Dezember		1854.	1855.
Amsterdam	Millionen Kilo	62 7/10	63 7/10
Rotterdam, Dordt, ꝛc.	„ „	48 9/10	33 1/10
Zusammen	Millionen Kilo	111 6/10	97 1/10

Vorrath am 31. Dezember		1854.	1855.
Amsterdam	Millionen Kilo	4 6/10	2 2/10
Rotterdam, Dordt, ꝛc.	„ „	3 1/10	2 1/10
Zusammen	Millionen Kilo	7 7/10	5 3/10

worunter 21,878 Körbe Java bei der N. H. M., gegen 33,831 Körbe Ende 1854.

Reis. Für Arrakan, in guter Dampfschälung, bestand wieder etwas mehr Begehr, doch schienen sich Käufer und Eigner noch nicht einigen zu können. Ungeschälte Waare ohne Geschäft.

Die gesammten Zufuhren in 1855 haben 443,000 Ballen und 80 Fässer betragen, wovon am Jahresschlusse in erster Hand nur 25,000 Ballen, meistentheils Arrakan, verblieben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 7.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 7. Januar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. (Post-Dienstes-Nachrichten.) Versetzt wurden die Assistenten: Ernst Hangk von Ulm nach Lindau, Engelbert Sartorius von Eichstädt zur schwäbischen Bahnpost, Karl Barth von Lindau nach Eichstädt, Andreas Eckl von Erlangen nach München, Georg Kleindienst von Kaiserslautern nach Lindau, Eduard Fuchssteiner von Schweinfurt zur Pfälzer Bahnpost, Otto v. Schön vom Rechnungs- und Revisionsbureau nach Aschaffenburg, Paul Edelhart vom gleichen Bureau zum Oberpost- und Bahnamte München, Ferdinand Wilfert von Fürth nach Augsburg, Heinrich Hundsberger von Nürnberg nach Erlangen, Joseph Andry zum Bahndienst, Karl v. Wening-Ingenheim und Heinrich Hermann vom Oberamt München zum Rechnungs- und Revisionsbureau. (Verordnungs-Bl.)

München, 5. Jan. Die Kammer der Reichsräthe hat heute ihre vierte Sitzung gehalten. Der erste Gegenstand der Berathung war der Gesetzentwurf, „die Strafbestimmungen über den ausgezeichneten Diebstahl betr“. Dadurch soll, wie schon mehrfach *mitgetheilt* worden ist, genau ausgeschieden werden, *welche* Diebstähle von den Stadtgerichten, und welche von den Schwurgerichten abzuurtheilen sind. Nach dem Vortrage des Referenten v. Maurer und wenigen erläuternden Bemerkungen von Seite des Justizministers wurde der Entwurf ganz nach der Fassung der Regierungsvorlage mit den Modifikationen der Abgeordnetenkammer einstimmig angenommen. Sofort wurde den Nachweisungen 1) über die sämmtlichen Zu- und Abgänge an dem Aktiv- und Passivstande der Staatsschuld in den Jahren 1849—52, dann 2) über den Stand der Staatsschulden-Tilgungskasse für 1849/50, 1850/51 und 1851/52 die Zustimmung ertheilt. Bei den Posten der Eisenbahn-Schuld bemerkte Referent Graf v. Arco-Valley, es sey nur zu wünschen, daß dieser Schuldenmasse die Erträgnisse der Bahnen recht bald entsprechen *möchten.* — Der von der Abgeordnetenkammer ihrem Beschlusse beigefügte Antrag: „es sey die k. Staatsregierung zu ersuchen, das Rechnungswesen zu vereinfachen, Alles daraus zu entfernen, was überflüssig ist und in allen Zweigen dieser Verwaltung die Rechnungen nach Einem Schema fertigen zu lassen“, wurde fallen gelassen, da der Finanzminister zugesagt hat, daß die Staatsschuldentilgungskommission beauftragt sey, ein Rechnungsschema auszuarbeiten. — In gleicher Weise wurden die Rechnungsnachweise der Grundrenten-Ablösungskassa für 1849—52 anerkannt. — Schließlich trat die Kammer dem Beschlusse der zweiten Kammer bei, den diese in Betreff des Dr. Arnheim'schen Antrags auf Erlassung eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Aktiengesellschaften gefaßt hat; doch soll von dem Begehren die Vorlage an den gegenwärtig versammelten Landtag abzustanden werden. (B. Ldbtn.)

Preußen. Berlin, 3. Jan. Auf höhere Anordnung fand am 31. Dezbr. v. J. Vormittags vom Garde-Dragoner-Regiment ein Versuchsschießen aus Zündnadel-Karabinern mit eisernen Geschossen auf den Schießständen in der Hasenhaide statt. Diese Versuche werden in der nächsten Woche fortgesetzt. (K. Z.)

Alexander v. Humboldt ist von dem Berliner Magistrat zum Ehrenbürger der Stadt Berlin ernannt worden.

Nach der „Spen. Ztg.“ ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß jedes evangelische Bekenntniß in Preußen demnächst völlig frei gegeben werden wird.

Reuß-Greiz. Greiz, 27. Dezbr. Durch Regierungsverordnung *ist* für unser Fürstenthum die Zahlungsleistung mittels Papiergeldes vom 1. Januar künftigen Jahres ab im Allgemeinen, und zwar bei polizeilicher Strafe verboten, insofern die einzelnen Stücke derselben auf geringere Werthbeträge als zehn Thaler im 14 Thalerfuß lauten. Eine Ausnahme ist nur gemacht zu Gunsten der von den Königreichen Preußen und Sachsen, dem Großherzogthum Sachsen-Weimar und dem Fürstenthum Reuß jüngerer Linie kreirten Cassenanweisungen, sowie der von den Banken dieser Staaten emittirten Noten. (Leipz. Ztg.)

Freie Städte. Dem „C.-B.“ wird aus Hamburg gerüchtweise geschrieben, daß durch Zufall derjenige ermittelt sey, durch den die Materialien für die inkriminirten Mittheilungen in dem Vehse'schen Buche an Hrn. Campe geliefert worden. Es sey ein Mecklenburger aus Schwerin, der bereits verhaftet und nach der Festung Dömitz gebracht seyn soll.

Hamburg, 4. Jan. Dem Vernehmen nach ist Herr Campe auf heute vor das Polizeiamt zitirt, und zwar: „Zur Zeugnißablegung, bei 50 Thlr. sofort zu exequirenden Strafe.“ — Wir hören, daß Herr Campe gegen diese Maßregel abermals eine Gegenvorstellung an den Senat eingereicht haben wird.

Oesterreich. Wien, 4. Jan. Die Affaire des in Bukarest verhafteten Türr hat aufgehört, ein Gegenstand der diplomatischen Unterhandlung zu seyn. Das englische Kabinet hat die ganze Angelegenheit den Law-officers of the crown zur Begutachtung vorgelegt, und diese aus den höchsten juristischen Autoritäten des Königreichs zusammengesetzte Kommission hat den Ausspruch gethan, daß Oesterreich bei jener Verhaftung in seinem Rechte war. (Oststd. Post.)

Dänemark.

* In der vor Kurzem eröffneten holstein'schen Provinzialständeversammlung hat Baron Blome den Antrag eingebracht, die Versammlung möge über das Verfahren des Ministers für Holstein während dessen interimistischer Verwaltung des Herzogthums, namentlich über die verfügte Entlassung mehrerer hohen Beamten und über die in verschiedenen Distrikten des Landes ohne Genehmigung der Stände vollzogenen neuen Einrichtungen allerhöchsten Orts Beschwerde führen und Abhülfe beantragen. In der Sitzung vom 31. Dezember begründete der Antragsteller unter lautloser Stille der dichtbesetzten Gallerie seinen Antrag, indem er darauf hinwies, daß einestheils im Hinblick auf die Entlassung mehrerer hohen Beamten, welche ohne Recht und Urtheil, bloß auf den Rath und Vorschlag des Ministers stattgefunden habe, als auch anderntheils im Hinblick auf die in verschiedenen Distrikten des Landes ohne Genehmigung der Stände vollzogenen neuen Einrichtungen, welche eine verfassungswidrige Willkür in sich schlossen, die Landesversammlung ihre Stimme erheben und wenn je so hier laut und kräftig reden müsse, um Beschwerde vor dem Throne des Königs zu führen. Der Antrag wurde mit allen gegen 4 Stimmen für zulässig erklärt und einem Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen. Unter den 4 Männern der Minorität finden wir auch den Advokaten Bargum, der vor 1848 und während des Kriegs das Dänenthum auf's eifrigste bekämpfte, jetzt aber, seitdem er mit der dänischen Regierung sich ausgesöhnt und dafür seine Advokatenbestallung zurückerhalten hat, sich dänischer benimmt als sonst die verrufensten Eiderdänen.

Großbritannien.

Die „Ostd. Post“ will mit großer Bestimmtheit wissen, daß die englische Regierung ein Anlehen von 25 Millionen Pfund Sterling machen wird, und fügt bei: Das Merkwürdige dabei ist, daß Lord Palmerston es über sich nimmt, diesen Schritt ohne das Parlament zu thun, und zwar in einer Zeit, wo der Zusammentritt so nahe bevorsteht. Zwar wird diese Eile dadurch motivirt, daß auch Frankreich am Vorabende einer neuen Anleihe steht und England nicht durch einen gleichzeitigen Akt den beiderseitigen Geldmarkt verderben will. Auch ist nicht zu läugnen, daß durch ein rasches Vorgehen die englische Anleihe im gegenwärtigen Augenblicke unter günstigeren Bedingungen abgeschlossen werden kann, als etwa einige Wochen später. Diese Motivirung reicht hin, um dem Ministerium die Indemnity-Bill von dem Parlamente zu sichern. Indessen ist diese Nachricht in politischer Beziehung ein großer Finger-

zeig. Er beweist, wie gering die Hoffnung ist, welche die Westmächte auf die Annahme der in St. Petersburg überreichten Propositionen setzen.

London, 4. Jan. Die offizielle Flottenliste zählt alle Fahrzeuge auf, die seit dem 1. Jan. des verflossenen Jahres theils ausgerüstet, theils in Angriff genommen worden sind. Darunter befinden sich bloß 2 neue Linienschiffe von 101 und 90 Kanonen; 5 Fregatten und Korvetten von 20—51 Kanonen, und von 300—800 Pferdekräften; 6 Dampfkanonenboote, jedes von 6 Kanonen; 11 ditto mit 4 Kanonen und je 200 Pferdekraft; 91 Kanonenboote mit je 2 Geschützen und 60 Pferdekraft; 30 ditto mit je 2 Geschützen und 20 Pferdekraft; dazu 18 Dampfer zu besonderen Zwecken als da sind: Schleppschiffe, Schiffsmühlen, schwimmende Werkstätten u. dgl. Alle diese Fahrzeuge sollen im Vereine mit den älteren im Frühjahr nach der Ostsee auslaufen, und ebensoviele, wenn nicht mehr, werden im gegenwärtigen Jahre für weitere Eventualitäten gebaut werden. Gegenwärtig zählt die britische Flotte 456 Kriegsschiffe jeder Größe. Vor 10 Jahren bestand sie nur aus 233 Fahrzeugen, beinahe lauter Segelschiffen, während jetzt fast alle Dampfer sind, und die wenigen übriggebliebenen Segelschiffe ebenfalls noch und nach für Maschinen hergerichtet werden. (E. K.)

Frankreich.

Paris, 4. Jan. Eine große Anzahl von Schiffen, die zur Flotte des schwarzen Meeres gehören, ist in Toulon eingetroffen. Am 2. Januar begann man auf der Schiffswerfte dieses Hafens eine der interessantesten Arbeiten, nämlich die Verlängerung des Linienschiffes von 100 Kanonen, „Castiglione", das in ein Schraubenschiff umgewandelt werden soll. Das Schiff wird in der Mitte zersägt und die beiden Theile werden durch einen Einsatz wieder mit einander verbunden. — Die Herbstsaaten in Frankreich stehen sehr schön.

Italien.

Turin, 3. Januar. General Lamarmora ist hier eingetroffen. (T. D. d. Ostd. Post)

Aus Rom, 24. Dezbr., wird der „K. Z." geschrieben: „Seit die Verwaltung der noch immer beträchtlichen deutschen Nationalstiftungen in Rom Gegenstand öffentlicher Besprechungen geworden, hat der deutsche Episkopat allenthalben ein lebhaftes Interesse für die nothwendige administrative Reform an den Tag gelegt. Selten dürfte eine vor die Oeffentlichkeit gebrachte Angelegenheit sich eben darum einer günstigern Lösung zu erfreuen gehabt haben, als sie die mit der bisherigen Verwaltung eng verbundene Frage nach der rechtlichen Gehörigkeit des sämmtlichen hiesigen deutschen Nationalgutes erwartet. Eine vom Domkapitular Flier, jetzigen Obern unserer Nationalkirche Santa Maria dell' Anima, nach Urkunden ausgearbeitete Monographie setzt die Sache in's Klare, und die vom heiligen Vater angeordnete Sagra Visita wird alles noch Fragliche in Kurzem entschieden haben. Daß es zur Theilung kommt, unterliegt schon jetzt keinem Zweifel mehr. Doch nicht allein dem übrigen Deutschland wird Oesterreich herausgeben, sondern auch den belgischen Ansprüchen genugthun müssen."

Rußland und Polen.

Wir erfahren, daß der Kaiser von Rußland auf eine Anfrage der Statthalterschaft des Königreichs Polen die Entscheidung getroffen habe, daß der neue Begnadigungsakt auch auf solche Verurtheilte sich erstrecken soll, welche einem fremden Staate angehören und sich eines Verbrechens in den kaiserlichen Staaten schuldig gemacht haben, sofern sie zu den in dem Gnadenukas spezialisirten Kategorien gehören. Es sind, wie man uns mittheilt, etwa 10 Deutsche und 3 oder 4 Franzosen, die in Folge dieser kaiserlichen Entscheidung Befreiung von der ihnen zuerkannten Strafe erlangen.

Asien.

Das Einziehen der englischen Flagge durch den britischen Gesandten in Teheran wird als Folge einer bloßen Privatmißhelligkeit geschildert, die sich wohl schlichten lassen werde.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, 3. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Friedens-Propositionen, welche von dem Grafen Esterhazy nach St. Petersburg gebracht worden sind, können nur als die ersten Versuche angesehen werden, um zu forschen, ob eine Friedensgeneigtheit in St. Petersburg vorhanden ist. Denn jedenfalls können sie nicht als umfassend für die Basis eines Friedens oder der Unterhandlungen für denselben angesehen werden. Sowohl Rußland als den Westmächten kann es nicht entgangen seyn, daß die politische Stellung der Türkei während des Krieges eine entschieden andere geworden ist, als vorher. Daß für dieselbe in der Zukunft bestimmte Vereinbarungen für den angestrebten Frieden vorgenommen werden müssen, unterliegt keinem Zweifel. Wie wichtig auch diese Frage ist, so nehmen die Friedenspropositionen auf sie nicht im Mindesten Bezug. Man kann es den Westmächten vielleicht nicht verargen, wenn sie diesen Punkt in den Friedensvermittelungs-Vorschlägen nicht zur Sprache bringen, da sie die bisher in der Türkei usurpirte politische Macht auch gewiß für die Zukunft erhalten wollen, und deßhalb nicht von selbst Veranlassung geben möchten, die Angelegenheit in Erwägung zu ziehen. Jedenfalls wird aber Rußland nicht unterlassen, seinerseits darauf hinzuwirken, daß das Uebergewicht der Westmächte in der Türkei durch den Frieden gebrochen wird. Die Frage über die zukünftige politische Stellung des türkischen Reichs hängt eng mit der über das europäische Gleichgewicht zusammen. Das schwache türkische Reich gerade bot Veranlassung zur Machtausdehnung dar, und von Rußland sowie von England und Frankreich waren seit vielen Jahren Experimente in dieser Beziehung gemacht worden, bis jetzt schließlich Rußland einen so gewaltigen Eingriff in das europ. Gleichgewicht, die Besetzung der Donaufürstenthümer, machte. Blickten damals besorgt die europäischen Kabinete und Völker auf die Störung des bald vierzigjährigen Prinzips einer steten Abwägung der Macht der einzelnen Staaten, so kann die Besorgniß jetzt nur gestei-

---

Leben und Treiben auf dem Planeten Saturn.

(Fortsetzung und Schluß.)

Nicht minder seltsam ist der Regenbaum Briura, der die Höhe eines Kirchthurms erreicht und statt der Blätter lauter weißgrüne Röhrchen hat, aus denen immerwährend Wasser träufelt; vom Gipfel des Haarbaumes Kiup hangen silberweiße Fäden herab, und der Breilbaum Brak wächst wie eine goldrothe Wand aus der Erde. Der Strahlenbaum Bruda und der Trichterbaum Kibra sind nicht minder eigenthümlich, wie man in dem Buche des Weiteren nachlesen kann. Wir erwähnen nur noch des rinnenden Fasses, das große Aehnlichkeit mit dem Flaschenkürbiß hat. Die Frucht ist ein wahrer artesischer Brunnenbohrer, denn sie treibt ihre Wurzeln so tief hinab, bis sie zu irgend einem unterirdischen Wasserbehälter kommt.

Die auf dem Saturn wachsenden Heilkräuter streuen ihre heilsame Wirkung Millionen Meilen durch den Aether hinaus, und theilen sie den aromatischen Pflanzen auf der Erde mit; das gilt namentlich vom Kraut Hellatbariana, das auf blanken Felsen wächst. Durch die Vegetation der Metallpflanzen Kibri, die in den schönsten Formen vorkommen, gelangen die Bewohner ohne Weiteres zu den allergediegensten Metallen. Das Gras hat auf dem Saturn eine blaue Farbe.

In ähnlicher Weise wird die Thierwelt behandelt; die Stangenschnecke, die blaue Kuh, der Schwertkrebs, der fliegende Stein, der Behorvogel, der muntere Morgensänger, die Henne mit feuerrothem Schweif, das Thier Sisterkchi, ein Elephant mit Halsmähnen, die sind ausführlich beschrieben, wie in einer Naturgeschichte für die liebe Jugend. Das Ganze trägt das Gepräge einer ausschweifenden und abenteuerlichen Phantasie und erinnert in mancher Beziehung an Nikolaus Klim's unterirdische Reisen, die im vorigen Jahrhundert ein Lieblingsbuch aller Stände waren; auch ist der Gedanke, das Leben und Treiben auf einem Planeten als wunderbar und von jenem auf Erden vollkommen abweichend darzustellen, keineswegs neu, und wer Satyren auf die Menschen schreiben will, hat es bequem, wenn er die Planeten-Bewohner hernimmt.

Aber das vorliegende Buch ist von anderer Art — ein Stück Nikolaus Klim und ein Stück Jakob Böhme; durch das Ganze zieht sich ein theosophischer Faden. Johannes Busch ist nur Herausgeber, er ist viel zu verworren, als daß er etwas Aehnliches hätte ersinnen können; er selber hat keine Phantasie, sondern einen dürren, durch alberne Grübeleien verschrobenen Kopf. Der eigentliche Verfasser ist Niemand anders, als — der „Große Urgeist", der „Urheber des Weltalls", der die Briefe aus dem Saturn herabschickt, indem er Menschen inspirirt. In einer merkwürdig tollen Vorrede erzählt Busch in lauter Superlativen, wie es sein Wunsch gewesen sey, daß „ein Vorwort hierzu derselben Quelle entfließen möchte; allein der Bescheid war, daß ich solches selbst schreiben könne." „Das thut er denn in dem ermuthigend hinleitenden Gefühl und der innigen Ueberzeugung von dem alles Bisherige weit überwie-

gert werden, da die Alliirten in der Türkei eine Macht ausüben, welche die Selbständigkeit der Pforte in Frage stellt. Forderte man bisher immer die Erhaltung des türkischen Reiches, damit sich nicht der eine oder der andere Großstaat durch seinen Untergang bereichern könne, so wird das Verlangen Rußlands jetzt nicht minder seyn, daß die Westmächte auf die Suprematie in der Türkei verzichten. — Die Angabe in der Presse, daß die von Oesterreich nach Petersburg übermittelten Friedens-Vorschläge als ein Ultimatum anzusehen seyen, muß nach Nachrichten, welche Glauben verdienen, bezweifelt werden. Oesterreich hat einfach Vorschläge dorthin gesendet, ohne daran die Bedingung zu knüpfen, daß die Verhandlungen ohne Weiteres abgebrochen werden sollten, wenn nicht von Rußland aus ein unbedingtes Ja gegeben würde. Man darf annehmen, daß Oesterreich seinen Gesandten aus St. Petersburg nicht zurückberufen werde, wenn auch die Friedensverhandlungen zu dem gewünschten Resultate nicht führen. Oesterreich hat sich nicht in so bestimmter Weise gegen die Westmächte verpflichtet. Es hat seine Doppelstellung auch in dem jetzigen Stande der Angelegenheiten gewahrt. Man glaubt, daß die Westmächte die gemachten Friedens-Vorschläge nicht als ihr letztes Wort ansehen werden. Sie haben gefordert und werden das darauf folgende Gebot abwarten, und ist dieses irgend der Art, daß eine Verständigung möglich erscheint, so werden weitere Verhandlungen stattfinden.

Wien, 3. Januar. Ob der kaiserliche Adjutant, Oberst **O'Donnell**, der gestern in besonderer Mission nach Dresden gereist ist, von dort hierher zurückkehren oder seine Reise weiter fortsetzen wird, ist noch nicht bestimmt. (Fr. Postz.)

* Die Friedensvorschläge Rußlands, welche in dem mehrfach genannten **Rundschreiben des Staatskanzlers Nesselrode** vom 22. Dez. niedergelegt sind, lauten, wie wir bereits meldeten: 1) Der Grundsatz der Dardanellenschließung bleibt fortbestehen. 2) Keine Kriegsflagge wird auf dem schwarzen Meere zugelassen, außer die der Kriegsschiffe, welche *daselbst zu unterhalten* Rußland und die Türkei nach *gemeinsamem Uebereinkommen* für passend finden werden. 3) Die Stärke dieser Streitkräfte wird durch direkte Verabredung zwischen Rußland und der Türkei ohne ostensible Theilnahme der *andern* Mächte festgesetzt werden. Rußland hat damit wieder eines seiner bekannten Kunststücke ausgeführt und ein Friedensprogramm in die Welt geschickt, das den österreichischen Vorschlägen zuvorkommen soll. Rußland glaubt, wenn es die Friedensmaske anlegt, Europa werde die Täuschung nicht merken.

Die russischen Vorschläge sind wohlberechnet gerade jetzt in die Welt geschleudert worden, um das Lager der Neutralen, welche sich den Westmächten zuneigen zu wollen scheinen, wieder fester zu gruppiren.

Den „Hamb. Nachr." wird hierüber aus Berlin Folgendes geschrieben: „Sachsen schwankt und Bayern hat gut ein Donau-Interesse haben. Bayern wie Sachsen haben in Bezug auf die durch Oesterreich in der additionellen Klausel oder Zusatzklausel zur Garantie der Donaufreiheit vorgeschlagene und geforderte Territorial-Cession ihre großen Bedenken. Was nach einer Störung der auf unsern Landkarten verzeichneten Gränzen aussieht, erschreckt die Mittelstaaten. Ohne die russischen Gegenvorschläge direkt zu adoptiren (obgleich sich im Laufe der Zeit in dieser Beziehung nichts verbergen läßt) werden die Mittelstaaten einen mezzo termine zwischen die österreichischen und die russischen Gegenpropositionen vollkommen erreichen. Ohne weiter zu untersuchen, wer sie angerathen, kann man als feststehend betrachten, daß sie Preußens Stellung zu Gute gekommen sind. Das neutrale Preußen kann jetzt eine etwaige Berathung beim Bunde mit ziemlicher Ruhe erwarten. Ein von dem Bamberger Lager ausgehender Mittelvorschlag, wenn auch sonst jeder praktischen Bedeutung entbehrend, würde doch die Folge haben, daß er die Neutralen um sich sammeln müßte. So steht es in Deutschland und diese auf sicheren Kundgebungen fußenden Annahmen werden bald auch äußerlich zu Tage treten. Am schwierigsten wird sich Alles für Oesterreich gestalten. Es wird sich für den Westen entscheiden oder wie im vorigen Jahre seine neuen Verpflichtungen wieder interpretiren müssen. Wahrscheinlich wird es das Letztere thun und nach erfolgter Abberufung seines Gesandten eine Demonstration beim Bunde zum Beweise seiner Schuldlosigkeit und des bösen Willens seiner deutschen Alliirten abermals hervorrufen."

Und was für einen Werth haben denn eigentlich die russischen Vorschläge? Rußland will über die Seemacht, welche künftig von ihm und der Pforte im schwarzen Meere unterhalten werden soll, bloß mit der Türkei „ohne ostensible Theilnahme der anderen Mächte unterhandeln." Heißt dies nicht von vornherein jede Friedensunterhandlung abschneiden? So lange die Alliirten nicht faktisch sich im Kriege mit Rußland befanden, hatte eine solche Forderung noch Sinn; heute aber, wo die Westmächte Tausende von Menschen und Millionen ihres Vermögens zum Opfer gebracht, nachdem Sebastopol genommen, die russische Flotte zerstört ist, die Russen in mehreren Schlachten geschlagen sind, heute ist eine Zumuthung, daß sie nicht beim Friedensschluß die Garantien festsetzen, die Europa's Frieden sichern können, mehr lächerlich. Aber nicht genug, bietet Rußland noch weniger, als schon bei den Wiener Konferenzen gefordert wurde. Rußland will nicht einmal anerkennen, daß in Zukunft der Pforte das Recht zustehe, den Flotten Englands und Frankreichs, wenn sie es für nothwendig erachtet, die Dardanellenstraße zu öffnen. Hält man diese russ. Propositionen denen gegenüber, welche Oesterreich nach St. Petersburg geschickt und die in der That geeignet sind, ohne der russ. Großmacht eine Demüthigung aufzuerlegen, der Welt einen dauernden Frieden zu bringen, so muß man zu dem Schluß gelangen, daß alle voreiligen Friedenshoffnungen zu Schanden geworden.

Aus dem Orient.

* Von allen Seiten laufen Berichte über die vielen Unglücksfälle ein, welche der furchtbare Sturm vom 19. Dez. im schwarzen Meer herbeiführte. — Ein österreichisches Fahrzeug war Nachts in die Bai von Sebastopol gerathen. Es war mit 100 Ochsen und 200 Hammeln befrachtet. Dieses Schiff legte unter dem Fort Constantin an, wurde mit Kanonenschüssen empfangen und strandete dann — nachdem es der Kapitän und die ganze Equipage verlassen hatten — an der Südküste der

---

genden Werthe der Eröffnungen." Diese nimmt er für baare Münze, für einen Urquell des Heils; der Urgeist ruft ihm zu: „Herausgeben, herausgeben, Lieber! Ich begriff's und hab's im Ausblick nach oben gewagt." Denn in dem Buche liegt „für glaubenstief Denkendste das wunderherrlichst herauf dämmernde Morgenroth eines neuen Aufgangs des ureinigen Lichtes." Und „bezüglich der bloß menschlich besten, vernünftigst-schlußfolgernden Naturwissenschaftlichkeit fühle ich mich gedrungen, nach Maß der Ueberzeugung und der mir durch Gnade von oben gewordenen Erkenntniß auszusprechen, daß selbst ein Alexander v. **Humboldt** nach Lesung der vorliegenden Schrift schon demuthsgroß bekennen wollen dürfte: Herr, nun lässest du mich in Frieden fahren, denn das durch diese Eröffnungen deiner gnadenreichen Weisheit und liebevollsten Herablassung erhellte *Auge* meines Geistes hat mehr erschaut, als ich mir bisher *kaum* zu ahnen getraute, mehr, als je selbst durch die menschlich *bewundertsten* Teleskope zu entdecken seyn wird!"

Ce pauvre homme, il croit ce qu'il dit. Aber wer steckt eigentlich hinter dem Machwerke selbst? Rührt es von einem Schalk her oder von einem halbverrückten Patron? Die Frage ist nicht leicht zu entscheiden. Toll genug ist das Ganze, und Methode ist in der Tollheit. Blasphemieen kommen in Menge vor, denn Alles wird als Relation des „großen Urgeistes" gegeben, etwa wie im großen Mormonen-Buche; nur werden hier dem Urgeist schmutzige Dinge in den Mund gelegt, die an Plumpheit allen Glauben übersteigen und den Schluß auf Verrücktheit vollkommen zulässig machen.

Der Herausgeber sagt nicht, wie er in den Besitz der Handschrift kam, oder von woher sie stammt. Wir haben über das Letztere eine Vermuthung, die sich aus dem Texte selbst rechtfertigt. Dieses tolle Buch ist ein österreichisches Produkt und von einem phantasiereichen Schulmeister in Steyermark verfaßt worden. Darauf deuten die Erwähnungen des Flusses Mur, die Vergleichung der Saturnus-Gebirge mit den Alpen und manches Andere. Den Schulmeister läßt auch die Katechismusform erkennen. Er fragt, als großer Urgeist natürlich, und antwortet; er behandelt die Dinge breit: er hat vielerlei wirr durcheinander gelesen und schaltet mehrmals Abhandlungen über Musik und Töne ein. So ist denn ein ganz wunderliches Gemisch zum Vorschein gekommen, tolle Theosophie, exorbitanter Wahnwitz. Und was der Steyermärker als Briefe aus dem Saturn auf unsere Erde herabgeschickt, das hat ein Mensch im Lande Meißen drucken lassen und glaubt daran!

Viel Unheil wird dieses Buch nicht anrichten. Friedrich Gerstäcker sollte es zu Jagdgeschichten verarbeiten; denn alle Erfindungen des seligen Frhrn. v. Münchhausen sind blaß und bleich gegenüber den Hallucinationen des steyerischen Schulmeisters. Die meißenischen Calculators-Zuthaten sind zwar auch pyramidal genug, aber langweiliger, und würden unberücksichtigt bleiben müssen.

Bucht. — Die Russen feuerten den ganzen Tag darauf und schossen es endlich in Brand, ohne daß man irgend etwas von der Ladung hätte retten können.

Konstantinopel, 24 Dez. Der Fall von Kars wird hier vorzugsweise Omer Pascha zur Last gelegt, der, nachdem er in Batum ans Land gestiegen, 68 Tage lang gezögert, und die Zeit mit Ausflügen, Jagden und Festen vergeudet habe. Der Serdar wird jetzt eben so streng verurtheilt, als er früher oft ohne zureichenden Grund mehr als angemessen gepriesen wurde. Am Donnerstage versammelten sich mehrere hohe Würdenträger, Generale und Minister im Seraskierate, und der Militärpaschas übernahmen es, das ganze Verhalten Omer Paschas vom Beginn des gegenwärtigen Krieges an einer strengen Kritik zu unterziehen. Die Mehrzahl der Anwesenden, mit Ausnahme Fuad Paschas, soll ihnen zugestimmt haben. (N.-Z.)

Aus der Krim. Die englischen Blätter enthalten Lagerkorrespondenzen bis zum 21. Dezember. Es heißt darin: „Der Winter ist nun allen Ernstes eingezogen und die letzten Tage über hatten wir strenge Kälte, am strengsten wohl bisher in der Nacht vom 18., wo das Thermometer 8° F. unter dem Gefrierpunkt stand. Das ist so ziemlich kanadische Temperatur, und wir haben begreiflicherweise keinen Mangel an Frostbeulen. Von bedeutenden Fällen habe ich indessen noch nicht gehört. Die Franzosen leiden viel mehr von der Kälte. Gestern Nacht kamen ihrer zwei nach einer der engl. Wachtstuben in Sebastopol und baten um Kaffe und die Erlaubniß, sich wärmen zu dürfen. Man ließ ihnen alle Pflege angedeihen, doch sank der Eine nach einigen Minuten todt zusammen. Jetzt bekommen übrigens auch die Franzosen große Ladungen von Schafpelzen nach Kamiesch. Es war hohe Zeit. Die englische Armee ist mit Allem auf's reichlichste versorgt und in bester Stimmung. Zeuge dafür die Kränzchen, Theater und musikalischen Abendunterhaltungen, die allmählig in Schwung kommen.

Den zufolge der Kapitulation von **Kars** entlassenen Rediffs und Baschi-Bozucks ist es auf der Heimkehr sehr traurig ergangen, da sich unterdessen ein sibirischer Winter eingestellt hat. 150 sollen in einem Schneewehen, viele andere durch Kälte und Schwäche umgekommen seyn. Alle Dörfer längs der Heerstraße sind von diesen Unglücklichen erfüllt, und in Erzerum selbst sieht man ihre Jammergestalten mit erfrorenen Gliedern und halb wahnsinnigen Physiognomien herumschleichen. Die Leiden der Belagerung überstiegen alle Begriffe. Früher, namentlich nach dem glorreich abgeschlagenen russischen Sturm wurde General Williams von den Türken angebetet; später als er ihren Hunger nicht mehr stillen konnte, wichen sie ihm scheu aus; verzweifelte Mütter brachten ihre halbverhungerten Kinder in sein Haus, damit er sie rette oder mit eigener Hand umbringe. Der tapfere Mann hielt jedoch aus, bis alle Versprechungen Omer Pascha's und Selim Pascha's sich als trügerisch erwiesen und der letzte Sack mit Zwieback geleert war.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 6. Januar. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 66¼; 4½pCt. Met. 58¼; Wiener Bankaktien 943; 5pCt. Lomb. 83¼; Wiener Wechsel 107¼; 3pCt. inl. span. 34¼; 1pCt. neue 21¼; Darmstädter Bankaktien 282½.

Wien, 5. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 77⅞; 5Cpt. Met. 74 3/16; 4½pCt. 64¾; Lotterie-Anlehenslooſe von 1839 123¼; dito von 1854 95; Bankaktien 916; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2180. Wechselkurse: Augsburg uso 110¼ P.; London 10.49.B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Das Werk des Professors **Pettenkofer** über die Cholera wird demnächst in italienischer Uebersetzung herausgegeben.

Das Probeblatt, resp. die erste Nummer des von Neujahr an in Heidelberg erscheinenden Wochenblattes „**Germania**", Zentralblatt für die volkswirthschaftlichen Interessen Deutschlands, zeigt uns, daß der Plan dieses Blattes in ziemlich umfassendem Maßstabe angelegt ist. Dasselbe soll enthalten: 1) Populäre, aber wissenschaftliche Aufsätze über alle Theile der Volkswirthschaft, sowie kurze Besprechung der wichtigeren einschlagenden schriftstellerischen Erscheinungen. 2) Praktische Aufsätze aus dem Gebiete der Staats- und Gemeindeverwaltung, namentlich Berichte über neue Gesetze und Regierungsmaßregeln, über deren Gelingen und Mißlingen. 3) Uebersichtliche Darstellung der wichtigeren deutschen landständischen Verhandlungen, insofern sie sich auf volkswirthschaftliche Fragen beziehen. 4) Darstellung der Thätigkeit der verschiedenen Handelskammern, sowie der Gewerbe- und ökonomischen Vereine Deutschlands. 5) Uebersichtliche Darstellung wichtiger statistischer Erhebungen, soweit sich daran volkswirthschaftliche Betrachtungen knüpfen lassen, z. B. über Bewegung des Handels und Verkehrs, über Eisenbahnen, über Bank- und Versicherungswesen, über Kredit- und Arbeiterverhältnisse, über Versorgungskassen u. 6) Berichte über Fortschritte der gesammten Industrie, der Land- und Forstwirthschaft, sowie des Bergbaues, und über die Mittel zur Hebung derselben. 7) Berichte über Zoll- und Steuerverhältnisse, sowie das Finanzwesen der verschiedenen deutschen Staaten überhaupt. 8) Charakteristiken berühmter National-Oekonomen und Verwaltungsmänner. 9) Auszüge aus den die Volkswirthschaft betreffenden wichtigeren Artikeln in den Hauptzeitungen des Auslandes. 10) Korrespondenzen und Uebersichten über alle wichtigen volkswirthschaftlichen Ereignisse des In- und Auslandes. Unter den Mitarbeitern finden wir die namhaften Gelehrten und Autoritäten auf diesen Gebieten aufgeführt, so z. B. Dr. Andrée in Dresden, Geh.-Rath Biersack in Frankfurt, Ministerialrath Dietz in Karlsruhe, Duckwitz in Bremen, Dr. Franke in Hannover, v Gwinner in Stuttgart, Hanssen in Göttingen, Harkort in Berlin, Hennisch in Baden, Hülße in Dresden, Löher in München, Mohl in Heidelberg, v. Patow in Berlin, v Reden in Wien, Riehl in München, Roscher in Leipzig, Scherer in Frankfurt, Soetbeer in Hamburg, v. Steinbeis in Stuttgart, v. Viebahn in Berlin, Weinlig in Dresden u. s. w. Von dem Gesammtwirken solcher Kräfte läßt sich natürlich nur Tüchtiges erwarten und wir beeilen uns deßhalb, die Aufmerksamkeit des Publikums auf dieses neue Unternehmen zu lenken.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wohlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 8. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 8. Januar 1856

Rußlands Friedensvorschläge.

Wir haben bereits gestern unter der Rubrik „Diplomatische Verhandlungen" die neuen Friedensvorschläge Rußlands nach ihrem wahren Werth gewürdigt, haben gezeigt, daß sie zu einer sicheren Grundlage von Friedensunterhandlungen durchaus nicht sich eignen; haben dargethan, daß sie nur eine neue Auflage der Friedens-Maske sind, welche Rußland schon hundertmal vornahm, um die Leichtgläubigen zu täuschen; haben ausgeführt, daß das ganze Kunststück wieder nur ein Mittel ist, um den Kreis der Gegner, welcher sich enger und dichter um Rußland zusammenzieht, zu sprengen, indem angebliche Friedensvorschläge, die doch bei dem einen oder dem andern mehr oder minder verfangen könnten, wie ein Erisapfel unter sie geworfen werden. Um aber die Manöver der russischen Diplomatie in's rechte Licht zu setzen, müssen wir unsern Lesern noch den Inhalt des Rundschreibens des russischen Staatskanzlers Nesselrode an die russischen Gesandten mittheilen, worin die mehrerwähnten Vorschläge niedergelegt sind. So schlecht verhüllt ist darin die Scheinheiligkeit des russischen Kabinets, daß es einer Kritik gar nicht mehr bedarf. Wir geben den Inhalt dieses merkwürdigen Aktenstücks nach einem der „Indep. belge" aus Berlin zugegangenen Auszug, der als fast wörtlich genau bezeichnet wird. Er lautet: „Das kaiserl. Kabinet konstatirt zunächst, daß die augenblickliche Unterbrechung der Feindseligkeiten, in Folge der schlechten Jahreszeit, nothwendig die allgemeine Hoffnung habe erwecken müssen, daß man dieselbe zur Wiederherstellung des Friedens benutzen werde, und erklärt, nicht der letzte gewesen zu seyn, der diese Empfindung getheilt und derselben seine eifrige Sorgfalt gewidmet habe. Es gesteht offen, daß der von dem Kaiser der Franzosen bei einer öffentlichen Feierlichkeit zu Gunsten eines schnellen und dauerhaften Friedens ausgesprochene Wunsch zu gleicher Zeit der theuerste Wunsch des Kaisers Alexander war und noch ist. — Die erhabene Politik, welche diesem Souverän von seinen Vorgängern vermacht ist, macht es ihm zur Pflicht, die Gewalt, die Gott in seine Hände gelegt hat, nur zum Wohl der Welt anzuwenden und folglich den Frieden zu wünschen, nicht bloß für die Interessen seiner eignen Unterthanen, sondern auch für die von ganz Europa. Der Kaiser Alexander hat nicht auf den gegenwärtigen Moment gewartet, um diesem Ziel nachzustreben. Bei seiner Thronbesteigung gab er den von seinem erhabenen Vater angenommenen Friedensgrundlagen seine volle und ungetheilte Zustimmung. — Und der Kaiser gab diesen Grundlagen, welche verschiedene Erklärungen zuließen, ohne Zaudern die weiteste Ausdehnung. Beweis dafür die offene und loyale Mitwirkung, welche er den im politischen System des Orients einzuführenden Modifikationen und der Kollektivgarantie, welche die Unabhängigkeit desselben sichern sollte, zu Theil werden ließ. Er ging sogar so weit, hunderljährige und ruhmwürdige Traditionen zum Opfer zu bringen. Er bewies endlich die Aufrichtigkeit seiner Entschlüsse durch die Art, wie er die für die Donaufürstenthümer und die Schiffahrt auf diesem Fluß beantragten Veränderungen annahm. — Wenn die Konferenzen in Veranlassung des dritten Punktes abgebrochen wurden, so fällt die Verantwortlichkeit dafür nicht auf das kaiserliche Kabinet; denn als das österreichische Kabinet die Lösung aufstellte, welche ihm als die annehmbarste erschien, war es der russische Bevollmächtigte, welcher dieselbe für fähig erklärte, der Ausgangspunkt einer Vereinbarung zu werden, und es waren die Minister der Gegenpartei, die dieselbe in Folge hinzugetretener innerer Streitigkeiten verwarfen. — Während der darauf folgenden ernsten Ereignisse, während Ströme Bluts flossen, und die beiden kriegführenden Parteien sich ungeheure Opfer auferlegten, mußte Se. kaiserl. Majestät, so schwer sein Herz von diesem Akten ergriffen wurde, so lange Schweigen beobachten, wie seine Feinde das Recht des Stärkeren an die Stelle jenes Geistes der Billigkeit und Versöhnung setzen zu wollen scheinen, der seit ungefähr einem halben Jahrhundert die Geschicke Europa's leitet. — Sobald aber der Regierung Sr. Majestät zugegangene Nachrichten Sie versicherten, daß ihre Feinde geneigt seyen, die Friedensunterhandlungen auf den Grundlagen der vier Punkte, wie sie in den Konferenzen festgestellt waren, wieder aufzunehmen, hat das kaiserl. Kabinet nicht gezögert, diesen friedlichen Dispositionen offen entgegenzukommen und offen eine mögliche Lösung für den dritten Punkt in dem Ideengang zu suchen, der abwechselnd allen Parteien genügend erschienen war. Der Kaiser erklärt sich einverstanden, daß der dritte Punkt durch folgende Kombination gelöst werde: 1) Schließung der Meerengen. 2) Keine Kriegsflagge wird im schwarzen Meer wehen, mit Ausnahme der Streitkräfte, welche Rußland und die Pforte nach gemeinschaftlicher Uebereinkunft daselbst zu unterhalten nothwendig finden werden. 3) Die Größe dieser Streitkräfte wird durch eine direkte Verständigung zwischen den beiden Küstenmächten ohne ostensible Betheiligung der übrigen Mächte festgestellt werden. Das kaiserliche Kabinet erklärt schließlich, daß dieser Entschluß des Kaisers ein neues Pfand der versöhnlichen Gesinnungen, von denen er beseelt ist, und der Opfer, die er der Ruhe der Welt zu bringen bereit sey, liefern werde. Er vertraut dem unparteiischen Urtheil der Mächte, welche dem Kampf fremd geblieben sind, und erwartet die Entscheidung seiner Feinde mit Ruhe und Vertrauen."

Deutscher Bund.

Wien, 5. Jan. Die im vorigen Jahre vertagte Münzkonferenz wird in den nächsten Tagen ihre Verhandlungen wieder aufnehmen. Von Oesterreich ist Regierungsrath Brentano zum Bevollmächtigten bei der Konferenz ernannt und demselben Hauptmünzmeister Ritter v. Schiller als technischer Rath beigesellt. Von Seite Preußens werden der geheime Oberfinanzrath Seydel als königlicher Kommissarius und der demselben als technischer Beistand zugeordnete General-Wardein und Münzdirektor Kandelhardt; von Seite Bayerns wird der Obermünzdirektor Haindl; von Seite Hannovers der Münzmeister Finanzrath Bruel; für die freie Stadt Frankfurt Senator Bernus in Wien erwartet. Für das Herzogthum Parma ist Kommandeur Thomassin bei der Konferenz betheiligt.

Bayern. München, 7. Januar. Se. Maj. der König haben an der Stelle des abgegangenen bürgerlichen Magistratsrathes Friedrich Kästner und auf die Funktionsdauer, welche dieser noch zu erfüllen gehabt hätte, dessen Ersatzmann, den Kaufmann Christian Dietrich, als bürgerlichen Magistratsrath der Stadt Bayreuth bestätigt; die kathol. Pfarrei Riedhausen, Ldgs. Günzburg, dem Priester Franz Paul Kirchmayer, Benefiziat in Beinberg, Ldgs. Schrobenhausen, übertragen; die bei dem Wechsel-Appellationsgerichte von Oberfranken in Erledigung gekommene Rathsstelle dem Appellationsgerichts-Assessor Friedrich Wilhelm Köppel, verliehen; die katholische Pfarrei Rainertshausen, Ldgs. Rottenburg, dem Priester Joseph Roth, Pfarrer in Volkenschwand, Ldgs. Moosburg, übertragen; den Gränz-Oberkontrolleur Christian Savoye in Passau vorläufig auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den bisherigen Gerichtsarzt des Landgerichts Würzburg r/M. und Ehrenprofessor der Universität Würzburg, Dr. Ferd. Escherich, zum Regierungs- und Kreismedizinalrathe bei der Regierung von Mittelfranken ernannt.

(N. M. 3)

** München, 5. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Im Einlauf der 1. Kammer befindet sich ein Antrag des Reichs-Grafen Pappenheim, die Abänderung des Jagdgesetzes betr. — Der Handelsmann Fr. Strauß zu Würzburg hat der 2. Kammer eine Beschwerde, wegen Verletzung des durch die Verfassung garantirten Eigenthumsrechts mittelst Konfiska-

tion eingereicht. — Der Abg. Schrauter v. Scheßlitz, Oberfranken, hat den Austritt aus der Kammer erklärt.

Der Abg. Dekan Vogel hat in der Sitzung des 2. Ausschusses der 2 Kammer vom 17. Dezember Vortrag erstattet über den Antrag des Hrn. Abg. Fürsten von Oettingen-Wallerstein, das Lotto betreffend, und begutachtet: Der 2. Ausschuß möge beantragen: „Die hohe Kammer wolle beschließen, daß der Antrag des Hrn. Abg. Fürsten Oettingen v. Wallerstein, dahingehend: „„Es sey in verfassungsmäßiger Form an die Kammer die Bitte zu bringen, Se. kgl. Majestät wolle geruhen, dem gegenwärtigen Landtage noch vor der Berathung des Budget einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, wonach bis zu gänzlichem Erlöschen des Lotto eine Klassen-Lotterie eingeführt und nach Maßgabe des Ertrages dieser Lotterie das Zahlenlotto durch Verminderung der Kollekten und andere entsprechende Maßregeln möglichst unschädlich gestaltet würde““ auf sich zu beruhen habe.“ Der 2. Ausschuß hat diesen Antrag seines Referenten zu seinem Beschlusse erhoben. Der Abg. Fürst Wallerstein hatte seinen Antrag folgendermaßen begründet: „Ueber die sittenverderbende Natur des Lotto herrscht wohl nur Eine Stimme. Läßt sich dessen alsbaldige Aufhebung ohne neue Belastung von Steuerpflichtigen aufrecht halten, so wird wohl ein einhelliges jubelndes Ja den Grabgesang dieses finanziellen Ungethüms bilden. Müßte aber wider Verhoffen jene Aufhebung noch vertagt bleiben, so forderte die öffentliche Moral nicht minder als eine gesunde Politik, namentlich in einer an Entsittlichung schon ohnehin immer mehr kränkelnden Zeit, die unheilvollen Wirkungen eines unvermeidlich erachteten Uebels mindest so sehr als möglich zu mildern. Der Referent resumirte die in seinem Referat entwickelten Gründe gegen Klassenlotterien wie folgt: Da die Klassenlotterien in materieller und moralischer Beziehung für die Staatsangehörigen Schaden bringen, da eine Klassenlotterie namentlich am Anfange eine höchst geringe Rente liefern würde, wenigstens eine höchst unsichere Einnahmsquelle ist, da durch Errichtung einer solchen Klassenlotterie die thatsächliche Aufhebung des Zahlenlotto wieder auf eine Reihe von Jahren hinausgeschoben und das Schädliche desselben ohnehin gemildert werden könnte, so erscheine die Einführung einer Klassenlotterie nicht räthlich.

** München, 7. Januar. (Privat-Korrespondenz.) **10. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die kk. Staatsminister v. d. Pfordten und Dr. Ringelmann.

Die neu eintretenden Abgeordneten der Pfalz, die Herren Prof. Weis, Lorch und Rebenack werden beeidigt und dann die durch die letzten Beschlüsse der 1. Kammer erzielten Gesammtbeschlüsse verlesen. Abg. Schrauter sucht aus Gesundheitsrücksichten seinen Austritt aus der Kammer nach, der genehmigt wird (der Ersatzmann ist Müller Ferst in Weismain), und Abg. Borst wünscht wegen dringender häuslicher Geschäfte einen mehrwöchentlichen Urlaub, der aber nicht genehmigt wird.

Es erfolgt Anzeige der Vollendung der Referate über die die Pfälzer Eisenbahnen betr. Gesetzentwürfe — und dann Vortrag des 5. Ausschusses über die ferner geprüften Anträge der Abgeordneten; in Folge dessen mehrere dieser Anträge den betr. Ausschüssen zur Vorberathung zugewiesen wurden, hierunter der Antrag des Abg. Borst, „die Ausgleichungssteuer auf Weine betr.“ — Hiermit schloß die nur kurze Sitzung.

** München, 7. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Der 2. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe hat den Hrn. Reichsrath v. Niethammer zum Referenten über die beiden die Pfälzer Eisenbahnen betreffenden Gesetzentwürfe und der 5. Ausschuß den Reichsrath v. Harleß zum Referenten über den Antrag des Reichsraths Grafen v. Pappenheim auf Revision des Jagdgesetzes vom 30. März 1850 ernannt.

Preußen. Berlin, 7. Jan. In der heutigen Sitzung des Bankausschusses wurde beschlossen, den Zinsfuß für Wechsel von 4½ auf 5, und für Lombarden von 5½ auf 6 Prozent zu erhöhen.

Wie Berliner Blätter berichten, ist Hrn. Schmidt in Halle, dem Drucker des Vehse'schen Werks, die Konzession entzogen und die Druckerei versiegelt worden.

Thüringen. Aus Thüringen, 5. Jan. Nach dem in diesen Tagen veröffentlichten, zwischen Bayern und Weimar, Meiningen und Koburg abgeschlossenen Vertrag vom 24. September 1852 hat die bayerische Regierung den Bau der ganzen Bahnstrecke von Lichtenfels bis zur Station Koburg übernommen, und es ist die zur Vollendung dieses Baues bis zum 1. Mai 1856 früher festgestellte Frist verlängert worden. (Fr. Pfz.)

* **Freie Städte.** Frankfurt, 7. Jan. (Pr.-Kor.) Der Verwaltungsrath der Frankfurter Bank hat beschlossen, den Diskonto von heute an auf 3½ pCt herabzusetzen.

Oesterreich. Wien, 4 Jan. Die k. k. Staatseisenbahngesellschaft beabsichtigt auf allen ihr gehörigen Eisenbahnlinien, wo sich ein einfaches Bahngeleise befindet, ein zweites Geleise herzustellen.

§ Wien, 5. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Der neue Gewerbe-Gesetzentwurf macht gute Fortschritte. Außer der Pesther-Linzer und Budweiser Handelskammer haben sich nun auch die Brünner und Temeswarer Kammern für das Prinzip der Gewerbefreiheit ausgesprochen. — Ein von der Nationalbank bevollmächtigter Beamter ist vor Kurzem nach Temeswar abgegangen, um zur Errichtung einer Filialbank daselbst zu schreiten, die für diese industrielle Stadt von dringender Nothwendigkeit war.

Großbritannien.

London, 4. Jan. Der heutige „Globe“ zählt die Streitkräfte Englands auf und weist nach, daß die Landtruppen, welche sich in der Krim befinden, 58,000 Mann zählen, die 700 Mann Kavallerie in Kertsch und die 4000 Mann im Bosporus mitgerechnet. In der ersten Woche des Monats März werden die auf Malta befindliche Reserve und zehn Regimenter Infanterie diese Streitkräfte verstärken, welche dadurch auf 73,000 Mann gebracht werden. Das türkische Kontingent bildet ein Korps von 20,000 Mann; die Schweizerlegionen und die deutschen Legionen zählen 7000 Mann, so daß sich die Gesammtstärke der britischen Orientarmee auf 100,000 Mann beläuft, von denen 85,000 den Effektivbestand bilden. Die Armee wird am 1. März schlagfertig dastehen.

London, 4. Januar. Sämmtliche in England befindliche, zu den verschiedenen in der Krim stehenden Regimentern gehörige Mannschaften — im Ganzen 4500 Mann — haben Befehl erhalten, sich zur Einschiffung nach dem Kriegsschauplatz bereit zu halten. (E. C.)

London, 5. Januar. In wenigen Tagen wird in Paris ein Kriegsrath abgehalten werden, in welchem England durch die Generale Airey und Jones, sowie die Admirale Lyons und Dundas vertreten seyn wird. (T.D.d.K.Z.)

London, 5. Jan. Der „Morning Post“ zufolge wird der große Kriegsrath, welcher demnächst in Paris gehalten werden soll, die auf den Krieg bezüglichen Mittheilungen prüfen, welche die anwesenden Offiziere liefern; aber derselbe wird weder einen Feldzugsplan entwerfen, noch irgend einen Beschluß in Betreff künftiger Operationen treffen. Die Mitglieder des Kriegsraths werden ihren Bericht ihren respektiven Regierungen zusenden, und diese werden die nöthigen Verfügungen erlassen.

Frankreich.

Paris, 4. Januar. Der Minister des Innern entwickelt eine große Strenge gegen Alles, was sich an politische Vergehen knüpft. Großes Aufsehen hat gemacht, daß ein vom Tribunal zu Tours wegen Theilnahme an geheimen Gesellschaften zu 4 Jahren Deportation Verurtheilter statt dessen mit 10 Jahren Gefängniß, was der andern Strafe gleich steht, belegt wurde. Alle Journale schweigen darüber, aber es ist thatsächlich. (A. Z.)

÷ Paris, 6. Jan. Durch Verfügung des Finanzministers sind vom 7. Januar ab die Zinsen der Staats-Bons (bons du trésor public) wie folgt festgestellt, resp. erhöht: Auf 4½pCt. jährlich für Bons von 3 bis 5 monatlicher Verfallzeit. — Auf 5pCt. für Bons von 6 bis 11 Monate. — Auf 5½pCt. für Bons auf 1 Jahr.

Spanien.

† Die mit Prüfung des Gesetz-Entwurfs wegen Errichtung einer Bank des Crédit mobilier beauftragte Cortes-Kommission hat die Annahme desselben einstimmig beantragt. Mehrere Kapitalisten, die ein anderes ähnliches Etablissement zu gründen beabsichtigen, haben sich gestern bei Herrn Moreno versammelt, ohne jedoch zu einem Beschlusse zu gelangen. Man spricht auch von einer dritten, aus Pariser und Barcellonaer Bankiers bestehenden Gesellschaft, die bei der Regierung um ein gleiches Privilegium nachgesucht habe.

† Nach Berichten aus Berga sollen in dem letzten Treffen beide Tristany geblieben und der verwundete Raphael irgendwo verborgen seyn. — Fünfundzwanzig Millionen Realen sollen zur neuen Armirung der National-Miliz verwendet werden. — Das Journal „la Soberania nacional“ wird einige Tage nicht erscheinen, da der Herausgeber, wegen eines Artikels über die Verwaltung der Insel

Cuba unter O'Donnell, zu 30,000 Realen Strafe und 4 Jahren Gefängniß verurtheilt worden ist.

Italien.

Eines der beiden Regimenter der englisch-italienischen Legion, welche im Febenar vollständig seyn müssen, ist in Novara bereits organisirt. (Ostd. Post.)

* Turin, 3. Januar. Aus den Vorbereitungen, welche im königl. Palaste getroffen werden, schließt man, daß Viktor Emanuel den Wünschen seiner Staatsmänner nachgeben und sich entschließen werde, eine Vermählung einzugehen, deren politische Folgen von großer Tragweite seyn würden. Jedenfalls wäre, sagt der Korrespondent bei, die Erfüllung der Wünsche der sard. Minister eine Folge der königl. Reise nach London.

* Nach Berichten aus Turin wurde General La Marmora durch das unvorsichtige Zuschlagen einer Wagenthüre am Beine beschädigt, wodurch seine auf den 3. Jan. festgestellt gewesene Abreise eine kleine Verzögerung erleiden wird, da der General das Bett zu hüten gezwungen ist. Indessen hofft man, daß er seine Reise Freitag werde antreten können. Der an ihn ergangenen Einladung der englischen Regierung entsprechend, wird sich der General auch nach London begeben.

* Man schreibt aus Rom vom 31. Dezbr.: „Seit einigen Tagen spricht man hier von einem ziemlich wichtigen Vorfalle, den wir bestätigen zu können glauben. Man versichert, der Präsident von Meriko habe die merikanische Gesandtschaft zu Rom aufgehoben und die dort residirenden Gesandten angewiesen, ihre Funktionen einzustellen; man fängt bereits an, die Archive zu versiegeln. Uebrigens vertreibt er die Jesuiten aus Meriko und stellt die Kultusfreiheit her."

Asien.

(Die Folter in Englisch-Ostindien.) Vor zwei Jahren machten einigen Mitglieder des Parlaments auf das Fortbestehen der Tortur im englisch-ostindischen Reiche aufmerksam. Die Regierung wollte davon nichts wissen, sah sich aber genöthigt, durch eine Kommission die Anklage an Ort und Stelle prüfen zu lassen. Der offizielle Bericht dieser Kommission liegt jetzt gedruckt vor; er bestätigt nicht nur, daß namentlich die eingeborenen Steuereinnehmer die Tortur anwenden, um die Abgaben für die ostindische Kompagnie herauszupressen, er bringt auch ausführliche Schilderungen über das Verfahren, dessen man sich bedient und das darin besteht (abgesehen von Dingen, die gar nicht mittheilbar sind), daß man den Widerspenstigen in der heißen Sonne festhält; ihn am Essen u. dgl. hindert; das Kitti und Anundal anwendet; die auf einander gelegten Finger preßt; die Ohren reibt oder zusammendreht, kneipt; zwei Widerstrebende mit den Köpfen aneinander stößt oder sie hinten mit dem Kopfhaar zusammen oder an den Schwanz eines Esels bindet ꝛc. Das genannte Kiti besteht aus zwei Stäben, die an dem einen Ende zusammengebunden sind und zwischen welche die Finger wie in eine Zitronenpresse gebracht werden. Aehnlich ist die Tortur, die darin besteht, daß Jemand die Hand platt auflegen muß, während man ihm einen Stock oben quer über die Finger drückt. Einer jungen Wittwe, welche die Steuern nicht sogleich bezahlen konnte, wurden die Arme zusammengebunden und sie selbst so mittelst eines Strickes in der Schwebe gehalten, während man ihr das Kitti an jede Brust legte und ein Tuch in den Mund stopfte, um ihr das Schreien unmöglich zu machen. Das sogenannte Anundal ist eine noch charakteristischere Form der Tortur. Sie besteht darin, daß man einen Menschen in gebückter Stellung festgebunden hält mit einem Stricke, der ihm über den Kopf und unter den Füßen hingeht. Gelegentlich legt man einem so Gefolterten wohl auch noch einen schweren Stein auf den Rücken, oder es setzt sich ein Helfershelfer auf ihn. Ja, ein solcher Unglücklicher muß in solcher Stellung auf einem Bein stehen, während ihm das andere durch eine einschneidende Schnur emporgehalten wird, die ihm um den Nacken gelegt und an die große Zehe befestigt wird. Ein Zeuge sagte aus, daß er zwölf arme Bauern auf einmal diese Tortur in der Mittagssonne in der heißesten Jahreszeit habe bestehen sehen. Andere bindet man in einer sitzenden Stellung fest, die Arme aufwärts, mit nach außen gerichteten Handflächen, auf die ein schwerer Stein gelegt wird. Einer mußte vier Stunden in der Sonne stehen, den Kopf an die Füße gebunden und mit einem Kitti an jeder Hand. Viele werden, wenn sie so gebunden sind, mit dem Kitti über den ganzen Körper gekneipt. Andere werden bei den Ohren, bei dem Haar, bei dem Bart in der Schwebe gehalten. Noch andere zwingt man in der heißen Sonne auf einem kleinen Raume hin- und herzulaufen, bis sie ohnmächtig niederfallen. Man steckt öfters heftig beißende Insekten in eine Nußschale mit einer kleinen Oeffnung und hält diese an einen recht empfindlichen Theil des zu Quälenden. Ja, das Raffinement geht so weit, daß man den Unglücklichen einen Strick recht fest um einen Arm oder einen Schenkel windet und den Strick dann mit kaltem Wasser befeuchtet, so daß er sich mehr und mehr zusammenzieht und unerträgliche Schmerzen verursacht. Und das Alles bloß, um von den Armen die schweren Abgaben zu erpressen. Die Kommission hat zwar kein Beispiel ermittelt, daß solche Tortur an den Eingebornen von englischen Beamten oder in deren Auftrage angewendet worden wäre, sie selbst findet es aber unbegreiflich, daß solche Mißhandlungen diesen hätten unbekannt bleiben können, da sie ganz öffentlich am hellen Tage und überall geübt worden, ja die Beamten, die sich derselben schuldig gemacht hatten, naiv und unbefangen erklärten, sie hielten das Verfahren keineswegs für ungesetzlich und ungerecht, weil „es Jedermann anwende". Die Gefolterten, welche die Kommission verhörte — fünfhundert und sechszehn an der Zahl — antworteten auf die Frage, warum sie sich nicht beschwert hätten: „Was nützt einem armen Manne eine Klage? Wer hört uns? Es ist nicht Sitte in solchen Fällen zu klagen, weil es vergeblich ist." Die Frau, von der wir oben erzählten und welche, nach der Aussage eines englischen Arztes, die Spuren der Mißhandlung heute noch an sich trägt, klagte ausnahmsweise, aber ihre Klage wurde gar nicht angenommen, weil Derjenige, über welchen sie sich beschwerte, „ein angesehener Mann" war!

Eine Korrespondenz der „Times" aus Konstantinopel vom 24. Dezember gibt über das früher gemeldete Zerwürfniß der persischen Regierung mit dem englischen Gesandten, in Folge dessen derselbe seine Flagge einzog, einen so unbedeutenden Grund an, daß man nicht erwarten kann, es werde ernstliche Folgen haben. Ein Dolmetscher der britischen Gesandtschaft hatte sich nämlich in den Palast derselben unter dem Vorwande geflüchtet, daß seine Sicherheit bedroht sey; die persische Regierung ließ dem britischen Minister hierauf die Erklärung mündlich geben, dem Manne solle nichts geschehen; sie weigerte sich aber, dieselbe schriftlich auszustellen, unter dem Vorwand, jene Person sey von solchem Charakter, daß sich ein Mißbrauch von der Sicherheitserklärung voraussetzen lasse. Hierauf zog der britische Minister seine Flagge ein, indem er seine Instruktionen wörtlich befolgte. Kaum sey es glaublich, fügt der Korrespondent hinzu, daß eine solche Kleinigkeit so hoch aufgenommen wurde; die ganze Angelegenheit werde wahrscheinlich bald ausgeglichen seyn.

Indien. Die von den Persern genommene Stadt Herat ist ein sehr wichtiger strategischer Punkt, da sie den Schlüssel zu der Heerstraße von Zentral-Asien nach den nördlichen Provinzen Indiens bildet, weßhalb auch die Engländer auf diesem Terrain stets die, von Rußland beeinflußte Politik Persiens bekämpften. — Schon im Jahr 1837 belagerte eine persische Armee Herat, wurde aber durch einen englischen Artillerieoffizier, der die Vertheidigungen leitete, zurückgeschlagen. Nunmehr gelang es dem Hofe von Teheran, das lang verfolgte Ziel seiner Politik in Zentral-Asien zu erreichen. Wir entnehmen hierüber der „Patrie" folgende Details: „Der Herrscher von Herat, Mohamed Said-Chan, ist, wie es scheint, ein allen Lastern, namentlich aber der Trunkenheit ergebenes Wesen und deßhalb von seinem Volke gehaßt und verabscheut. — Ein entfernter Abkömmling Schah-Sudjas, Namens Schazadah-Yusuf, der im Solde der persischen Regierung steht, faßte nun den Vorsatz, aus dieser Versunkenheit des Chans von Herat Nutzen zu ziehen, um ihm seine Hauptstadt und seine Staaten zu entreißen. Unerwartet erschien er eines Abends mit 4000 Reitern vor den Mauern Herats, drang, nachdem die Thorwächter niedergemacht waren, mit Hülfe der in der Stadt befindlichen Anhänger ein und rückte gerade auf den Palast des Chan's los. Im Zustande völliger Trunkenheit überrascht, war Mohamed Said-Chan nicht im Stande seine Stadt oder auch nur die ihm als Palast dienende Zitadelle zu vertheidigen. Schazadah-Yusuf machte sich zum Herrn Herats und ließ dem unglücklichen Mohamed Said-Chan die Augen ausstechen."

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 5. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Im Laufe des heutigen Vormittags fand eine Konferenz in dem Ministerium des Aeußern statt, welcher der russische Gesandte, Fürst Gortschakoff, Graf Arnim und der preußische Oberst v. Manteuffel beiwohnten. Was die Mission des Letzteren betrifft, so ist es gewiß, daß sie, insoweit sie den Zweck hat, Oesterreich zu einer milderen Auffassung seiner an das russische Kabinet gestellten Forderungen zu stimmen, von dem entsprechenden Erfolge nicht begleitet seyn wird, da man sich diesseits

den Westmächten gegenüber dahin verpflichtet hat, sich nur durch eine unbedingte Annahme der bekannten Forderungen von Seite Rußlands für befriedigt zu erklären. Die Erklärung Rußlands zum point de départ annehmen zu wollen, würde als ungenügend angesehen werden, da die Großmächte übereingekommen sind, jede Diskussion über dieselbe zu vermeiden.

Die „Oſtd. Poſt" schreibt: „Die Friedenspropositionen, welche die Westmächte und Oesterreich nach St. Petersburg erließen, setzten vor Allem die Thatsache voraus, daß Rußland kriegsmüde sey und daher die dargebotene Hand nach einigem Sträuben und Abmarkten annehmen werde. Sobald diese Voraussetzung als eine falsche sich zeigt, muß jeder darauf gebaute Gedanke in sich selbst zusammenstürzen. Das russische Zirkularschreiben vom 22. Dezember hebt in dieser Beziehung alle Täuschungen auf; es liegt eine so weite Kluft zwischen dem, was Rußland darein zugesteht, die ganze Kriegs-Periode, welche zwischen den Wiener Konferenzen und den letzten Ereignissen liegt, wird so gründlich darin ignorirt, daß der Zweck, ein Verständniß anzubahnen, sicher in Wahrheit nicht diesem Aktenstücke zu Grunde liegt. Eine Macht, die nach einem ereignißreichen Feldzug kein anderes Wort hat, als dasjenige, welches sie vor dem Beginne desselben aussprach, eine solche Macht will offenbar es auf einen neuen Feldzug ankommen lassen!"

Aus dem Orient

Der „Kawkas," ein in Tiflis erscheinendes russisches Blatt, bringt mehrere, wiewohl veraltete, Berichte aus dem Lager Tschwatti-Tschai und dem gegenwärtigen Hauptquartier Wladi-Kars. Den Maßnahmen nach zu urtheilen, welche im ganzen Ländergebiete jenseit des Kaukasus getroffen werden, bereitet man sich zu verzweifelter Vertheidigung vor. Sämmtliche Befehlshaber der kaukasischen Cordon-Linie haben Ordre, die Gebirgsvölker (Tscherkessen) nur zu beobachten und mit Strenge jedem Versuche, von den Bergen herabzusteigen, entgegen zu treten. Obgleich seit der Auslieferung des Sohnes Schamyl's dieser sein Versprechen, innerhalb festgesetzter Frist nicht gegen die Russen zu unternehmen, gehalten, traut man ihm doch russischerseits nicht. Die Armenier in Gurien und Imeretien unterstützen ganz besonders die Bestrebungen der russ. Befehlshaber, alle Volksstämme von Wladikawkas bis an den Ingur zu einer allgemeinen Erhebung gegen die Invasionstruppen der Pforte in Mingrelien zu bewaffnen. Sie schmuggeln zu diesem Zwecke Waffen ein, die ihnen die russ. Regierung gut bezahlt. Es sind bereits, wie der „Kaukasus" meldet, Aufrufe der russ. Generale zu allgemeiner Volksbewaffnung im ganzen Lande vertheilt und bis nach Anatolien verbreitet, um im Rücken der türk. Armee einen Aufstand herbeizuführen. Der Fall von Kars kann dieser Absicht günstig seyn.

Aus Rußland.

Aus Berlin wird dem „Chronicle" vom 3. Januar telegraphirt: „Das Gerücht, daß Fürst Gortschakoff durch General Murawieff in der Krim abgelöst werden soll, findet immer mehr Bestätigung. Der Kaiser überhäuft den General mit Ehren, was ein neuer Triumph für die moskowitische Partei ist." (K.Z.)

Im Süden wird mit bedeutenden Vorkehrungen zu Rüstungen fortgefahren. So fordert heute das Artillerie-Departement Unternehmungslustige zum Transport von Geschützen, Cartouchen und anderem Kriegsmaterial im Gewichte von nicht weniger als 95,899 Pud (3 835,960 Pfund) von Kaluga nach Briansk auf. Abgesehen von der neulich gemeldeten ausgeschriebenen Lieferung von beinahe 600 Bomben-Laffetten, hat der Groß-Admiral an das Artillerie-Departement eine Aufforderung gerichtet, möglichst viel Zimmerleute, Tischler, Drechsler, Schlosser und Schmiede nach den Kronstädter Werkstätten zu stellen. (K.Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 7. Januar. Für Ludwigshafen-Berbacher, sowie für mehrere österr. Fondsgattungen wurden etwas höhere Kurse bewilligt, während österr. Staatsbahnaktien und span. etwas niedriger abgegeben wurden.

Oesterr. Credit-Aktien wurden zu 108 3/8 bis 107 3/4 bis 108 1/8 umgesetzt.

Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 954 P. 949 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 210 G.
" 250 " " von 1839 111 1/2 P. 111 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 86 P. 85 1/2 G.

Oesterreich 5pCt. Lemb. 83 1/2 P. 83 1/4 G.
" 5pCt. Metall. alte 66 1/2 P. 66 1/4 G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. 77 1/4 P. 76 3/4 G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 69 3/4 P. 69 1/2 G.
" 4 1/2 pCt. " 58 3/8 P. 58 1/8 G.
" 4pCt. " 53 1/4 P. 52 3/4 G.
" 3pCt. " 40 P. 39 1/2 G.
" 1pCt. " 13 1/2 P. 13 1/4 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 208 1/2 P. 206 1/2 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 102 P. 101 1/2 G.
" 4 1/2 pCt. " 100 1/8 P. 99 5/8 G.
" 4pCt. " 94 P. 93 1/2 G.
" 3 1/2 pCt. " 85 3/4 P. 85 1/4 G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 94 P. 93 1/2 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 152 P. 151 1/2 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 141 1/4 P. 140 3/4 G.
Preussen 3 1/2 pCt. Staats-Schuld-Scheine 86 1/2 P. 86 G.
Württemberg 4 1/2 pCt. Obligationen 102 1/8 P. 101 5/8 G.
" 3 1/2 pCt. " 88 1/8 P. 87 5/8 G.
Baden 3 1/2 pCt. Obligationen von 1842 88 3/4 P. 88 1/4 G.
Badische 50 fl. Loose 76 P. 75 1/2 G.
" 35 " " 45 7/8 P. 45 5/8 G.
Grossh. Hessen 4 1/2 pCt. Obligationen 102 1/8 P. 101 5/8 G.
" 4pCt. " 99 3/4 P. 99 1/4 G.
" 3 1/2 pCt. " 93 P. 92 1/2 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 108 P. 107 1/2 G.
" " 25 " " 33 P. 32 3/4 G.
Darmstädter Bankaktien 281 P. 282 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 36 5/8 P. 36 3/8 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 54 1/2 P. 54 G.
Nassau 3 1/2 pCt. Obligationen 91 P. 90 1/2 G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28 1/2 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 3/4 P. 85 1/4 G.
" 3 1/2 pCt. " alte 93 3/4 P. 93 1/4 G.
" 3 1/2 pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118 7/8 P. 118 3/8 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 319 P. 317 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 79 P. — G.

Polen 500 fl. Partial — P. 79 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 34 1/8 P. 33 7/8 G.
" 1pCt. neue 21 5/16 P. 21 3/16 G.
Holland Integrale 63 1/4 P. 62 3/4 G.
" Certificats 4pCt. — P. 92 1/2 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118 3/4 P. 118 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120 1/4 P. 119 7/8 G.	Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 100 5/8 P. 100 3/8 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% 100 1/4 P. 100 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Paris Frs. 200 k.S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96 1/8 P. 95 7/8 G.	Lyon Frs. 200 k.S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88 5/8 P. 88 3/8 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 107 7/8 P. 107 5/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 107 3/8 P. 107 1/8 G.

Disconto — P. 4pCt. G.

Nichtpolitische Zeitung.

Leipzig, 2. Januar. Soeben sind Nachrichten von Eduard Vogel aus Centralafrika eingetroffen, die mit amtlichen Depeschen an das Foreign Office in London gelangten. Sie sind vom 5. Juni vor. Js. und bringen die frohe Kunde vom Leben des muthigen Reisenden, der bis zum Benue (d. h. „die Mutter der Flüsse" und wahrscheinlich der obere Lauf der Tschadda) vorgedrungen ist, ohne denselben jedoch passiren zu können. Sein Hauptquartier war zuletzt in Gombe (eine Negerstadt, die sich auf Dr. Barth's und Petermann's Karten findet, jedoch in etwas östlicher Lage). Hier wollte Vogel seinen treuen Begleiter Macguire zurücklassen, während er selbst erst nach einem nochmaligen Besuche von Kano und Kuka dahin zurückzukehren gedenkt. Er hat wieder Manches erlebt, ist auch bedeutend krank gewesen, war jedoch beim Abgang dieser Nachrichten vollkommen wieder hergestellt und voll ungebrochenen Unternehmungsgeistes. — Dr. Barth befindet sich seit einigen Wochen in London mit der Ausarbeitung seines Reisewerks beschäftigt. (D. A. Z.)

* Im Verlag von Th. Grieben in Berlin ist soeben eine Karte des asiatischen Kriegsschauplatzes erschienen, welche von einem sachkundigen Militär nach vorzüglichen Materialien die erst in neuester Zeit an Ort und Stelle gesammelt wurden, bearbeitet ist. Ist auch die Ausführung der Karte keine künstlerische, so wird sie doch jedem Zeitungsleser überhaupt wie insbesondere den Militärs ein willkommener Führer seyn, da sie sich durch deutliche Darstellung der Bodenbeschaffenheit, des strategischen Straßennetzes und alles militärisch Wichtigen auszeichnet. Der Preis ist außerordentlich billig gestellt, 18 kr. pr. Exemplar.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 9.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 9. Januar 1856

Der Entwurf eines Strafgesetzbuchs.

I.

Der Entwurf eines Gesetzes über Verbrechen und Vergehen, welcher von der Staatsregierung dem Landtag vorgelegt worden ist, gibt in Art. 1 den Begriff der Verbrechen und Vergehen, wie folgt: „Die in dem gegenwärtigen Gesetzbuche bezeichneten Handlungen sind Verbrechen, wenn sie mit Todes- oder Zuchthausstrafe, Vergehen, wenn sie mit Gefängniß oder Geldstrafe bedroht sind."

Besonders bemerkenswerth finden wir unter den Bestimmungen des ersten Hauptstücks der Abtheilung I. (Allgemeine Bestimmungen) noch Art. 6, welcher also lautet: „Unter Waffen werden in diesem Gesetzbuche solche Gegenstände verstanden, durch deren gewaltthätigen Gebrauch nach gewöhnlicher Erfahrung lebensgefährliche Verletzungen hervorgebracht werden können"; ferner Art. 7, welcher lautet: „Wo sich das Gesetzbuch des Ausdrucks „Mehrere" bedient, genügt die Zahl von Zweien. Zu einer Menschenmenge im Sinne des Gesetzbuches wird eine Anzahl von wenigstens zehn Personen erfordert."

Art. 10 bestimmt: „Inländer unterliegen den Bestimmungen dieses Gesetzbuches wegen aller von ihnen im In- oder Auslande verübten Verbrechen. Wenn jedoch ein bayerischer Staatsangehöriger im Auslande eine in diesem Gesetzbuche als strafbar bezeichnete Handlung verübt hat, welche nach den Gesetzen des Ortes der begangenen That nicht mit Strafe bedroht ist, so soll eine gerichtliche Verfolgung nur dann stattfinden, wenn die Handlung entweder absichtlich, um das bayerische Strafgesetz zu umgehen, außerhalb der Landesgränzen vorgenommen worden ist, oder wenn sie ein Verbrechen gegen den König, den bayerischen Staat oder einen Angehörigen desselben enthält."

Art. 11: „Kein Inländer darf einer ausländischen Behörde wegen einer strafbaren Handlung zur gerichtlichen Verfolgung oder Bestrafung ausgeliefert werden."

Art. 12: „Ausländer werden — soweit nicht Staatsverträge oder die Grundsätze des Völkerrechts ein Anderes bestimmen — nach dem gegenwärtigen Gesetzbuche bestraft, wenn sie entweder im Inlande ein Verbrechen begangen oder außerhalb der bayerischen Landesgränzen sich eines solchen gegen den König, den bayerischen Staat oder einen Angehörigen desselben schuldig gemacht haben."

Ist Jemand wegen einer nach dem gegenwärtigen Gesetzbuche strafbaren Handlung bereits von einem zuständigen ausländischen Gerichte rechtskräftig freigesprochen oder verurtheilt worden, so findet nach Art. 13 wegen derselben That in Bayern kein gerichtliches Verfahren mehr statt, ausgenommen 1) wenn die von dem ausländischen Gerichte ausgesprochene Strafe nicht oder nicht vollständig zum Vollzuge gekommen; 2) wenn die im Auslande abgeurtheilte strafbare Handlung unter den Begriff des Hochverraths, der Vorbereitung hiezu, des Landesverraths oder anderer staatsgefährlicher Handlungen, der Majestätsbeleidigung oder Verletzung der Ehrerbietung gegen die kgl. Familie, der Beleidigung der Staatsregierung, des Landtags, öffentlicher Behörden oder der bewaffneten Macht, der Beleidigung der Amtsehre einzelner Personen, der Anmaßung öffentlicher Aemter, Dienste oder Dienstzeichen, der Aufforderung zum Ungehorsam, der Widersetzung gegen die Obrigkeit ꝛc., des Aufstands u. dgl., der Gewalt oder Drohung bezüglich der Ausübung von Wahlrechten, der Münzfälschung ꝛc., der Fälschung öffentlicher Urkunden und Kreditpapiere ꝛc., endlich der besonderen Verbrechen und Vergehen der Beamten und öffentlichen Diener fällt.

Erfolgt in einem dieser Ausnahmsfälle von dem zuständigen bayerischen Gerichte ein verurtheilendes Erkenntniß, so ist hiebei auf die Strafe, welche der Thäter wegen der nämlichen Handlung bereits im Auslande erlitten hat, in der Art Rücksicht zu nehmen, daß die nach den bayerischen Gesetzen verwirkte Strafe zwar im Urtheile ausgesprochen, aber nach Umständen für theilweise oder gänzlich erstanden erklärt wird.

Bevor wir nun fortfahren in der Betrachtung der einzelnen Artikel, scheint es uns zweckmäßig, zu hören, was die Motive der k. Staatsregierung über einige allgemeine Gesichtspunkte sagen, welche bei Abfassung des Entwurfs festgehalten wurden.

Was nämlich vor Allem die Eintheilung der strafbaren Handlungen in Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen betrifft, welche vielfach beanstandet wie vertheidigt worden ist, so äußern sich die Motive, ohne auf eine ausführliche Entwicklung der allgemeinen Rechtfertigungsgründe dieser Eintheilung einzugehen, folgendermaßen: „Es scheint genügend, anzuführen, daß jedenfalls vom Standpunkte der bayerischen Strafgesetzgebung aus folgende Erwägungen für die Beibehaltung der mehrbesagten Eintheilung, welche übrigens auch in den meisten neuern Strafgesetzbüchern und Entwürfen festgehalten worden ist, entscheidend sprechen: 1) Sowohl im Code pénal, als im bayerischen Strafgesetzbuche vom Jahre 1813 findet sich dieselbe; sie hat demnach als ein gemeinschaftlicher Fundamentalsatz der beiden in Bayern geltenden Strafgesetzgebungen in das Rechtsbewußtseyn der Staatsangehörigen sich eingeprägt, und es würde bedenklich seyn, einen solchen bereits im Volksleben heimisch gewordenen Rechtsbegriff plötzlich aufzuheben, um einen neuen, dem Volke fremden, an dessen Stelle zu setzen. 2) Auch mit den Grundeinrichtungen unseres Strafprozesses steht jene Eintheilung in unzertrennlichem Zusammenhange; denn an sie knüpfen sich die Bestimmungen über die Form des Verfahrens, welches natürlich nicht für alle Arten von strafbaren Handlungen dasselbe seyn kann, sondern nach Schwere und Wichtigkeit der einzelnen Reate sich abstufen muß; an sie knüpft sich folgeweise auch die Kompetenzausscheidung der verschiedenen Gerichte. 3) Endlich ist die fragliche Eintheilung in mehrere wichtige Bestimmungen der bayerischen Staatsverfassung verwebt und in diejenigen präparatorischen Gesetze, welche die Grundlagen der neuen Strafgesetzgebung bilden, aufgenommen worden, so daß also auch in dieser Hinsicht ihre Beibehaltung geboten war."

Deutscher Bund.

Bayern. München, 7. Januar. Se. Maj. der König haben den als zweiten und bürgerlichen Bürgermeister der Stadt Erlangen gewählten Privatier Johann Jakob Kelber daselbst, die als rechtskundige Magistratsräthe der Stadt Bamberg wiedergewählten Dr. Eugen Schneider und Mathias Rückel in jener Eigenschaft bestätigt. (N. M. Z).

** München, 7. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Der kaiserlich österreichische Gesandte, Graf v. Apponyi, gab gestern Abends in den gastlichen Räumen seines Hotels ein glänzendes Ballfest, bei welchem auch JJ. MM. der König und die Königin und JJ. kk. HH. der Prinz und die Prinzessin Luitpold, Prinz Adalbert und Herzog Max in Bayern erschienen und längere Zeit verweilten. Es war eines der glänzendsten und zahlreich besuchtesten Ballfeste, die in höhern Kreisen seit langer Zeit hier stattfanden. — Am Mittwoch ist Hofball in der kgl. Residenz, zu welchem u. a. auch die Mitglieder der 2. Kammer, die Stabsoffiziere der Landwehr ꝛc. geladen sind. Nach amtlicher Anzeige sind 1855 hier bei der Polizei-Direktion 96,019 Fremde als angekommen und 95,128 als abgereist angezeigt worden und hat diese k. Behörde 10,739 Reiselegitimationen, darunter 192 Paßkarten und 1914 Pässe ins Ausland, ausgestellt.

** München, 8. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Abgeordneten wird noch im Laufe dieser Woche den Gesetzgebungs-Ausschuß für die Berathung der beiden Gesetzbücher-Entwürfe — Strafgesetz und Polizeistrafgesetz —

wählen. Die Tagesordnung für die morgige Sitzung der Kammer enthält u. A.: Berathung und Beschlußfassung über die von dem Abg. Crämer angeeignete Vorstellung des Schiffervereins zu Kitzingen, „die Aufhebung der Mainzölle und Rekognitionsgebühren, sodann die Mainkanalgebühren" betr.; Berathung und Beschlußfassung über den Antrag des Abgeordneten Fürsten v. Oettingen-Wallerstein, „das Lotto" betr.

München, 8 Jan. Das Gabelsberger'sche Stenographiesystem, welches schon früher auf die vier slavischen Hauptsprachen übergetragen worden war, und nach welchem die Verhandlungen des dänischen Reichstages seit sieben Jahren mit dem besten Erfolge aufgenommen werden, hat wieder eine neue Uebertragung gefunden. Hrn. Joh. Mindler, Sekretär bei der Eisenbahnbaukommission dahier, ist es nämlich nach mehrjähriger Bemühung gelungen, dasselbe auf die neugriechische Sprache anzuwenden; er hat neuerlich den nachgesuchten Urlaub erhalten, um sich nach Athen zu begeben und dort den Druck seines Manuskripts zu besorgen. Auch hat in den jüngsten Tagen Se. Maj. der König Maximilian verfügt, daß Mindler zur Ausführung seines Vorhabens 500 Gulden aus der k. Kabinetskasse ausbezahlt erhalte, auf daß ihm dadurch die Möglichkeit werde, eine bayerische Erfindung, die sich schon vielfach bewährt hat, auch in den von ihm beabsichtigten neuen Kreisen einzuführen. Mindler wird in Folge dessen demnächst nach Athen abgehen und während seines dortigen Aufenthaltes zugleich die Gelegenheit ergreifen, in Athen Unterricht in der Stenographie zu ertheilen. (N. M. Z.)

In klerikalen Kreisen wird unter Anderen auch der Abt von Metten als Kandidat für das Erzbisthum München-Freising (das übrigens vorerst Herr Kardinal Graf v. Reisach noch behält) genannt. (M. Bote.)

Speyer, 4. Jan. Seine Maj. der König haben von dem Hauptjahresberichte des St. Johannisvereins für freiwillige Armenpflege in Bayern vom Jahre 1854 Allerhöchst Kenntniß zu nehmen und hiernach huldvollst zu befehlen geruht, daß dem k. Regierungspräsidenten der Pfalz, Hrn. v Hohe, das besondere Wohlgefallen Sr. kgl. Majestät für seine Thätigkeit ausgedrückt werde. (Pf. Z.)

Zweibrücken, 4 Jan. Nachdem am 20. und 21. v. M. vor dem Appellhofe dahier die Berufung der kgl. Staatsbehörde gegen das Urtheil bezüglich der wegen Weinfälschung, resp. Anwendung der Gall'schen Methode Angeklagten Laub und Schwarzweller von St. Martin zur Verhandlung gekommen war — wobei in vielfacher Beziehung interessante wissenschaftliche Erörterungen stattgefunden hatten —, wurde heute das Urtheil des hohen Gerichtshofes verkündigt, dahin lautend, „daß das kgl. Appellationsgericht nicht nur die Berufung der Staatsbehörde verworfen, sondern auch die Angeklagten Kaspar Laub und Michael Schwarzweller von Strafe und Kosten gänzlich freigesprochen hat." (Pf. Z)

Preußen. Berlin, 6. Jan. Aus St. Petersburg ist hier der Generaladjutant des russischen Kaisers, General v. Mansuroff, eingetroffen. — Am 7. d. wird in Berlin Richard Wagners „Tannhäuser" zum ersten Mal mit höchst glänzender Ausstattung gegeben. Bisher war nämlich eine gewisse Abneigung höherer Kreise gegen den revolutionären Komponisten der Aufführung hinderlich gewesen. (Allg. Z.)

Berlin, 5. Jan. Die Angabe der „N. Preuß. Ztg.", daß die Anklage gegen Dr. Vehse auf Beleidigung eines deutschen Souveraines gerichtet sey, erhält eine indirekte Bestätigung durch die mir heute zugehende Nachricht, daß auch von Seiten Dänemarks ein Strafantrag nachträglich gestellt sey. In der Person des Herzogs von Holstein wäre denn das fragliche Oberhaupt eines deutschen Bundesstaates gefunden, um dessen Beleidigung es sich handelte, und die Herrn Vehse vorgeworfene Verleumdung des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg Schwerin würde denn nur accessorisch in Betracht kommen. Näheres ist abzuwarten; bis jetzt war weder exakte Widerlegung noch Bestätigung zu erlangen. Die von dem Angeklagten angebotene Kaution von 4000 Mk. ist abgewiesen worden. (H. N.)

Hannover. Emden, 4. Januar. Die Redaktion der hierorts erscheinenden Zeitschrift „Emder Gewerbehalle" macht bekannt, daß das Blatt vorläufig zu erscheinen aufhören werde, da ein Regierungsbeschluß die zu stellende Kaution auf 500 Thlr. festgesetzt habe, mit dem Beifügen, daß diese Summe unter Umständen noch erhöht werden könne.

Freie Städte. Hamburg, 6. Jan. Dr. Knauth, der für Campe zu Rath supplizirt, und Dr. Gallois, der die in Umlauf gesetzte Supplik hiesiger Bürger und Einwohner konzipirt hat, sollen „ungeziemender Schreibart" halber resp. 25 und 10 Thlr. Strafe bezahlen. (N.-Z.)

* Frankfurt, 7. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die alljährlich beim Beginne eines neuen Jahres erscheinenden Rechenschaftsberichte der Frankfurter Wohlthätigkeits- und Armen-Anstalten über das verflossene Jahr belegen leider, daß in dem gesegneten Frankfurt die Armuth in einer furchtbaren Zunahme begriffen bleibt. In Summa hat sich die Zahl der hiesigen Armen seit etwa 60 Jahren beinahe verzehnfacht. Dieselbe war im letzten Jahre auf mehr als 7000 angewachsen, wonach also auf zehn Einwohner ein Armer kommt, ein Verhältniß, das unerhört zu nennen ist, und wohl nirgendwo seines Gleichen findet. In England hat sich während der letzten zehn Jahre die Zahl der Armen, wie bekannt, um ca. 25pCt. vermindert, wogegen aber solche bei uns in Frankfurt in demselben Zeitraum um wenigstens ein Gleiches sich vermehrt hat. Der Grund der Verminderung in England liegt offen zu Tage. Es ist der, daß man in England die handelspolitischen und gewerblichen Privilegien gebrochen und namentlich der Aristokratie die Macht entwunden hat, sich bequem auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern, in Folge dessen die Erwerbsquellen der letzteren sich bedeutend erweitert und die materielle Lage derselben sich stark gebessert hat. Was der Grund der gegentheiligen Vermehrung ist, darüber scheint man bei uns in Frankfurt noch nicht in's Klare gekommen zu seyn. Wie bekannt, ist hier in der jüngsten Zeit mehr und mehr dahin getrachtet worden, das mittelalterliche, gewerbliche Privilegienwesen nach Möglichkeit wieder herzustellen und jedes Eindrängen in dasselbe von der übrigen Welt zu verhindern. Dazu kommt, daß Frankfurt, dem Zollvereine angehörend, unter dem Einfluß einer Handelspolitik steht, die ebenfalls nicht durchweg den reinen Prinzipien der National-Oekonomie huldigt. Unseres Erachtens ist es kein Wunder, wenn unter solchen zwiefachen Einflüssen das Frankfurter Pauperitätswesen immer mächtiger vorschreitet, und nur in den einflußreichen Kreisen Frankfurts hegt man darüber andere Gedanken, die jedoch den Lehren der National-Oekonomie erweislich nicht entsprungen sind. Um unsere obigen Angaben zu bestätigen, führen wir schließlich die Thatsache an, daß die öffentliche Unterstützung im Jahre 1792 die Summe von 20,795 fl. und 24,533 Laib Brod à 3 Pfund nicht überstieg, gegenwärtig aber die Unterstützungssumme von circa 400,000 fl. und 125,000 Laib Brod nicht mehr ausreicht, während für die Wohlthätigkeit der vielen Privatstiftungen und einzelnen Privatleute noch ein sehr, sehr großer Wirkungskreis gelassen ist.

Oesterreich. Wien, 5. Jan. Vor einigen Tagen haben die Bischöfe der italienischen Provinzen, wie gemeldet, über die Modalitäten der Ausführung des Konkordats Vereinbarungen getroffen. Der „Amico Cattolico", ein in Mailand erscheinendes klerikales Blatt, bringt nun ein Rundschreiben des Erzbischofs von Mailand, gerichtet „an alle Buchdrucker, Buchhändler und diejenigen, die mit was immer für einer Art von Büchern und Druckwerken in der Stadt und Diözese Mailand Handel treiben." Dieses Rundschreiben ist die erste Frucht der erwähnten Versammlung italienischer Bischöfe, und ohne Zweifel auch den Behörden zur Kenntnißnahme kommunizirt worden. Durch dasselbe ist die Präventivzensur festgestellt, und zwar im weitesten Umfange des Wortes. Die hervorragendsten Stellen des Aktenstücks lauten: „Wir halten es für angemessen, mit diesem Kommunikat allen Buchdruckern, Buchhändlern und denjenigen, welche mit was immer für einer Art von Büchern und Druckwerken in der Stadt und Diözese Mailand Handel treiben, zur Kenntniß zu bringen . . . . . daß allen Buchdruckern oder Verlegern als Söhnen der Kirche beständig die strenge Pflicht obliegt, Unserer kirchlichen Revision präventiv alle Manuskripte oder Bücher was immer für Art vorzulegen, die sie zu drucken oder wieder zu drucken beabsichtigen, mit Inbegriff der Erbauungs- und kirchlichen Bücher, damit sie die Autorisation dazu erhalten; und daß Wir ihnen diese Verpflichtung ins Gedächtniß zurückrufen, damit sie sich nicht die Nachtheile zuziehen, die für sie erwachsen möchten, falls Wir Uns in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt sehen würden, von der weltlichen Behörde das Verbot der bereits veröffentlichten Werke zu verlangen; daß allen mit Büchern Handeltreibenden in gleicher Weise die Verpflichtung obliegt, sich bei Unserer kirchlichen Revision auch um die Ermächtigung zu bewerben, die aus dem Auslande kommenden Bücher in Verkehr bringen zu dürfen, den Fall ausgenommen, daß dieselben schon notorisch erlaubt seyn sollten . . . . ." Sie werden begreifen, daß dieses Aktenstück hier alle Geister beschäftigt, und daß man sich allgemein die Frage aufwirft: Was hat die italienischen Bischöfe bewogen, diesen äußersten Schritt zu thun, ohne sich mit ihren deutschen und ungarischen Kollegen vereinbart zu haben, und ohne die nach Ostern festgesetzte Versammlung aller österreichischen Bischöfe in Wien abzuwarten? (Allg Ztg.)

Wien, 5. Jan. In Folge der im Monat März bevorstehenden Militäraushebung wird die Armee um etwa 90,000 Mann erhöht. Die Verabschiedungen der Reservisten werden

im Monat August stattfinden, wenn nicht Gegenbefehle erfließen. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Jan. Durch Reskript an den Conseils-Präsidenten wird die Aufnahme der Gräfin Dauner, als mit dem König morganatisch vermählt, in den Staatskalender befohlen. (H. Nachr.)

Frankreich.

Paris, 5. Jan. Das Quartier Latin war heute in großer Aufregung. Der Professor Nisard, früher Mitarbeiter am „National", hielt heute Nachmittags seine erste Vorlesung. Derselbe blieb bis vor kurzer Zeit seinen alten Gesinnungen getreu, nahm aber dann die ihm von der Regierung angebotene Stelle eines Professors der französischen Literatur an der Sarbonne an. Das Quartier Latin nahm dieses übel auf, und zwar um so mehr, als die umlaufenden Gerüchte dem Herrn Nisard sonderbare Worte in den Mund legten. Man ließ ihn sagen, daß er zwar seine Meinungen habe, daß aber 15,000 Fr. jährliches Gehalt seiner Familie sehr zu Statten kommen würde. Außerdem sollte er den Grundsatz aufgestellt haben, daß es zwei Moralen gebe, eine für die gewöhnlichen Menschen, eine andere pour les hommes hors ligne. Wie dem nun auch seyn mag, so viel ist gewiß, daß unter der Jugend des lateinischen Quartiers eine große Entrüstung herrschte, die sich heute Luft machte. Als Herr Nisard in das große Amphitheater der Sarbonne trat, wo seine Vorlesung stattfand, wurde er mit Zischen und Pfeifen empfangen. Dasselbe dauerte so lange an und war so stark, daß es ihm nur mit großer Mühe gelang, sich Gehör zu verschaffen. Seine Vorlesung wurde fast ohne Aufhören unterbrochen und er wurde überall hundert Mal apostrophirt. Nisard sprach über Voltaire. Dieser Name erregte die Begeisterung der Studenten, und der Ruf: Vive Voltaire! ertönte von allen Seiten. Nisard suchte zu beweisen, daß Voltaire ein ächter Katholik gewesen. Seine Zuhörer protestirten dagegen und nannten ihn Verläumder [!]. Der Tumult wurde immer stärker und erreichte den höchsten Gipfel, als Nisard zu seiner eigenen Vertheidigung einige Worte sagen wollte. „Vous oubliez" — hub er an — „mes longues études." Ein Student rief ihm zu: „Et vous, vous oubliez le temps du National." „Ma conscience ne me reproche rien", wollte der Professor Nisard antworten, aber man ließ ihn nicht enden. Ein Student sprang auf den Tisch und apostrophirte ihn mit den Worten: „Vous avez vendu votre conscience!" und die ganze Zuhörerschaft erhob ein wüthendes Geschrei und die Rufe: „Vous êtes un homme venal!" wurden von allen Seiten gehört. Nisard wurde bleich, wie der Tod, und zitterte. Die Studenten waren aber ohne Mitleid. Der Inspektor der Studien und der Rektor der Universität erschienen, ihre Gegenwart und Intervention vermehrte aber den Tumult noch und Nisard mußte den Saal verlassen. Polizei-Agenten waren nicht anwesend. Ein Individuum wollte sich der Demonstration widersetzen. Die Studenten rissen es jedoch nieder und warfen es vor die Thüre. Auf dem Place Vendome herrschte heute ebenfalls reges Leben. In der Administration des Credit mobilier, woselbst sich eine große Menge Aktionäre eingefunden hatten, wurden die Möbel zertrümmert, die Fenster eingeschlagen und die Bücher zerrissen. Die Gründe dieser Demonstration sind unbekannt. (K. Z.)

Spanien.

Aus Madrid wird gemeldet, daß in Katalonien ein Manifest gegen den neuen, von dem Ministerium den Cortes vorgelegten Entwurf eines Zolltarifs erschienen ist. (K. Z.)

Italien.

Neapel. Der in Genua erscheinende „Espero" vom 26. Dezbr. bringt die Meldung, daß acht englische Linienschiffe von der im schwarzen Meere befindlichen Division nach Messina beordert worden seyen. Veranlassung hierzu hätte folgender Umstand gegeben: Ein sizilianischer Spekulant hätte mit der engl. Regierung einen Vertrag behufs der Lieferung von Maulthieren für den Bedarf in der Krim abgeschlossen, 500 bereits nach Konstantinopel geschickt und 800 andere zur Einschiffung gestellt; plötzlich sey ihm die Einhaltung seines Vertrages untersagt und so der Abgang des 800 Maulthiere starken Transportes verhindert worden. Es habe nun den Anschein, als wenn die Entsendung der 8 Linienschiffe mit der Zurückhaltung der Maulthiere in Verbindung stehe.

Den neuesten Nachrichten aus Neapel zufolge sind die Beziehungen des neuen französischen Gesandten zum neapolitanischen Hofe keineswegs die besten. Herr Brenier hat wohl eine Audienz beim Könige erhalten; als er aber von Geschäften sprechen wollte, verabschiedete ihn Se. neapolitanische Majestät mit den Worten, sich dieserhalb an seinen Minister zu wenden. Hr. Brenier hat sich nun damit nicht zufrieden gegeben und besteht darauf, mit dem Könige direkt zu verkehren. Der französische Gesandte, der mit großer Ostentation in Neapel aufgetreten ist, will sich um so weniger dazu verstehen, mit den Ministern in Verkehr zu treten, da es in Neapel eigentlich gar keine Minister gibt, sondern nur Sekretäre, die den einzelnen Ministerien vorstehen und die wenig geachtet sind. Im Hafen von Neapel wartet ein französisches Dampfboot auf die Befehle des Hrn. Brenier, da derselbe die Absicht hat, die Hauptstadt des Königreichs beider Sicilien zu verlassen (doch nicht auf eigene Faust?), falls er seinen Willen nicht durchsetzen kann.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Dresden, 7. Jan. Nach einer Berliner Korrespondenz des so eben erschienenen „Dresdner Journals" lassen aus St. Petersburg eingegangene vorläufige telegraphische Nachrichten den Stand der dortigen Friedensverhandlungen einer Verständigung nicht ganz ungünstig erscheinen, und namentlich keine unbedingte Ablehnung der neuesten Vorschläge durch Rußland befürchten. (T.D.d.Allg.Ztg.) (Wer die Sachlage nur einigermaßen kennt, der weiß recht wohl, daß die Friedensaussicht, mit der diese Korrespondenz zu schmeicheln sucht, durchaus keinen Grund hat. Nur so viel mag wahr seyn, daß Rußland die Friedensvorschläge nicht unbedingt ablehnt — nicht aber, um Frieden zu schließen, sondern nur, um die Unterhandlungen möglichst lange hinauszuziehen, was ja sein Vortheil ist. Die Red.)

Aus Berlin, 3. Januar wird den „Hamb. Nachr." geschrieben: „Unter den von Oesterreich Rußland vorgeschlagenen Friedensbedingungen bezeichnet man folgende als weitere Entwickelungen der vier Punkte enthaltend: 1) Die Donaufürstenthümer sollen nicht mehr wie früher bloß eine Polizeitruppe, sondern eine zur Vertheidigung des Landes gegen fremde Angriffe bestimmte Armee halten und eben so nach Belieben Festungen anlegen dürfen. 2) Die Fürstenthümer werden durch eine Gebietsabtretung seitens Rußlands vergrößert. Diese Abtretung trennt Rußland von dem Pruth und der Donau; die neue Gränze soll von Chotyen bis etwa 2 deutsche Meilen nördlich der Donaumündung ziehen. 3) Im schwarzen Meer sollen ferner nur noch Handelsschiffe, aber keine Kriegsschiffe existiren dürfen, mit Ausnahme einiger kleinen Kriegsschiffe, die jede kontrahirende Macht an der Donaumündung zur Beaufsichtigung der Freiheit der Donauschifffahrt stationiren darf, und einer Anzahl kleiner Kriegsschiffe, welche die Türkei und Rußland für den Küstenpolizeidienst halten dürfen und über die sie sich zu vertragen haben. 4) An den Küsten des schwarzen Meeres können keine See-Arsenale existiren. 5) Rußland muß in den Seehäfen des schwarzen Meeres Konsulate zulassen. Man hat hier die Annahme dieser Bedingung empfohlen, d. h. sucht darauf hinzuwirken, daß dieselben in St. Petersburg nicht einfach zurückgewiesen werden.

Aus dem Orient.

London, 5. Jan. In ihrem Leitartikel gibt die heutige „Morning Post" zu verstehen, daß es wünschenswerth wäre, nicht nur die in Eupatoria, Balaklava und anderwärts zerstreuten türkischen Streitkräfte unter Omer Pascha in Asien zu konzentriren, sondern auch ein Kriegsministerium in Konstantinopel zu organisiren, thätig und intelligent genug, um den türkischen Soldaten mit Sold, Nahrung, Kleidung und Schießbedarf zu versehen.

Aus Rußland.

Der Adel des Gouvernements Estland hat 12,000 Rubel Silber zur Verbesserung der Kost für die in jener Provinz dislocirten Truppen geopfert. Der Kaiser hat der genannten Korporation dafür seinen Dank abstatten lassen. (H. N.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 8. Januar. Für österr. Bankaktien und National-Obligationen sowie für span. Fonds und Darmstädter-Bankaktien wurden höhere Kurse bewilligt.

Oesterr. Credit-Aktien wurden zu 108¾ ⅞ ⅝ ½ ⅜ ¼ umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83½ P. 83¼ G.
" 5pCt. Metall. alte 66½ P. 66¼ G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. 77¼P. 76¾G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 70P. 69¾ G.
" 4½pCt. " 58½ P. 58¼ G.
" 4pCt. " 53 P. 52½ G.
" 3pCt. " 40 P. 39½ G.
" 1pCt. " 13½ P. 13¼ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 965 P. 960 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 210 G.
" 250 " " von 1839 111½ P. 111 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 85⅞ P. 85⅝ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act incl. 150 Fr. Einz. 211 P. 209 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101½ P. 101 G.
" 4½pCt. " 100¼ P. 99¾ G.
" 4pCt. " 94 P. 93½ G.
" 3½pCt. " 85¾ P. 85¼ G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 94 P. 93½ G.
Bayerische Bankaktien u. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 151¾ P. 151¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 141¾ P. 141¼ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 86½ P. 86 G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
" 3½pCt. " 88⅜ P. 87⅞ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88½ P. 88 G.
Badische 50 fl. Loose 76¼ P. 75¾ G.
" 35 " " 46 P. 45¾ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102⅜ P. 101⅞ G.
" 4pCt. " 99¾ P 99¼ G.
" 3½pCt. " 92⅞ P. 92⅜ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 108½ P. 108 G.
" " 25 " " 33 P. 32¾ G
Darmstädter Bankaktien 286½ P. 284½ G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 36¾ P. 36½ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex Coup. 54½ P. 54 G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
" 3½pCt. " alte 94 P 93½ G.
" 3½pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 119 P. 118½ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 319 P. 317 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 79 P. — G.

Polen 500 fl. Partial — P. 79½ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 34½ P. 34¼ G.
" 1pCt. neue 21 9/16 P. 21 7/16 G.
Holland Integrale 63¼ P. 62¾ G.
" Certificate 4pCt. — P. 92½ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl.100 k.S 100½P.100¼G. Lond Lst 10 k.S 118¾P.118¼G.
Augsb. fl.100 k. S. 120⅛P.119⅞G. Mail. i.S Lr.250k.S. 100⅝P100⅜G.
Berlin Thlr.60 k.S. 105¼P.105G. do. 3 Monat mit 5% 100¼P 100G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105⅛P 104⅞G. Paris Frs. 200 k. S 93⅞P.93⅝G.
Brem. 50Thlr.Lsd.k.S.96⅛P.95⅞G. Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞P.93⅝G.
Hamb. MB. 100 k.S.88⅝P 88⅜G. Wienfl. 100fl. k S.108⅛P.107⅞G.
Leipz. Thlr.60k.S. 105⅛P.104⅞G. Wien 3 M. mit 4% 107⅝P.107⅜G.
Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 7. Jannar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 77⅛; 5Cpt. Met. 74; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; dito von 1854 94¾; Bankaktien 920; Bank-Interimsaktien 95; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2195. Wechselkurse: Augsburg uso 110¾ P.; London 10.51.P. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Augsburg, 7. Jan. Beim kgl. Kreis- und Stadtgericht Augsburg kam verwichenen Samstag ein interessanter Fall, die Anklage gegen den königl. quieszirten Postverwalter Max von Grafenstein aus Neuburg wegen Verbrechens der Amtsuntreue, zur öffentlichen Verhandlung und Aburtheilung. Im Laufe der im Monat Januar 1855 stattgefundenen amtlichen Visitation der Postverwaltung Neuburg ergab sich nämlich ein Kassendefekt von 3038 fl. 28 kr., welche Summe sich der Angeklagte treuloserweise angeeignet, und welches Verbrechen er durch Fälschung der Rechnungen längere Zeit zu verheimlichen gewußt hatte. Das verurtheilende Erkenntniß des hohen Gerichtshofs lautete auf vier Jahre Festungsstrafe dritten Grades nebst Dienstesentsetzung. (A. Z.)

Paris, 6 Januar. Bei der jüngsten Beleuchtung bemerkte man zum erstenmal, und gewiß zu allgemeiner Zufriedenheit, das beinahe gänzliche Verschwinden der historischen lampions, welche durch Laternen, aus ölgetränktem verschiedenfarbigem Papier ersetzt wurden, und die von sehr schönem Effekt und für unsere Geruchsorgane von wohlthätiger Wirkung sind. — Fräulein Sophie Cruvelli scheint von ihrer letzten Flucht zurückgekommen, und soll sich endlich am nächsten Dinstag verheirathen wollen, wenn sie bis dahin sich nicht abermals anders besinnt. (A. Z)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 10.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 10. Januar 1856.

Der Entwurf eines Strafgesetzbuchs.

II.

Die Skala der Verbrechens- und Vergehens-Strafen, wie sie der gegenwärtige Entwurf aufstellt, ist im Vergleiche mit jener des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 wesentlich vereinfacht.

Sie enthält nur zwei Strafgattungen für die Verbrechen (Todes- und Zuchthausstrafe), und eben so viel für die Vergehen (Gefängniß- und Geldstrafe).

Diese Vereinfachung des Strafsystemes war zum Theile bereits durch die Gesetze vom 12. Mai 1848, einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 und anderer Strafbestimmungen betreffend, und 18 November 1849, die Abschaffung der Strafen des bürgerlichen Todes, der öffentlichen Ausstellung und der Brandmarkung betreffend, in das geltende Recht eingeführt.

Bezüglich der übrigen Strafgattungen, welche der Entwurf aus dem bisherigen Strafsysteme weggelassen hat, wird in den Motiven der Staatsregierung bemerkt:

„1) Die Kettenstrafe hat mit der Aufhebung der Strafe des bürgerlichen Todes ihren Hauptcharakter verloren; sie fällt nunmehr mit der Zuchthausstrafe zusammen, insoferne diese auf Lebensdauer des Verbrechers verhängt wird; — es war daher kein Grund mehr gegeben, sie als besonders ausgeschiedene Strafgattung beizubehalten.

2) Die Arbeitshausstrafe stellt sich ebenfalls als überflüssig dar.

Als Mittelglied zwischen den mit dem Tode oder lebenslänglichem Freiheitsverluste bedrohten Missethaten und den mit einer Gefängnißstrafe zu büßenden Vergehen ist eine Zuchthausstrafe von 5—20 Jahren vollkommen genügend. Es besteht kein Bedürfniß, dieses Mittelglied durch die Beibehaltung der Trennung zwischen Zucht- und Arbeitshausstrafe noch weiter zu spalten, da diese Trennung einer innern Bedeutung entbehrt und der Gegensatz von Zuchthaus und Gefängniß dem Volke einen hinreichenden Anhaltspunkt zur Unterscheidung der Abstufung der einzelnen Uebertretungen darbietet. Auch wird, wenn eine Reduktion der dermaligen Zucht- und Strafarbeitshäuser auf wenige Zuchthäuser vom größerem Umfange stattfindet, die innere Einrichtung dieser Anstalten nach allen Beziehungen verbessert werden können.

3) Daß die Strafe der Landesverweisung, insoferne die letztere gegen Inländer Platz greifen soll, sich mit den für Bayern bestehenden staatlichen und internationalen Verhältnissen nicht vereinigen lasse, bedarf kaum der Erwähnung.

Die Landesverweisung eines Ausländers aber trägt offenbar nicht den Charakter einer Strafe, sondern lediglich den einer polizeilichen Maßregel an sich, weßhalb sie denn auch der Entwurf nicht in das Strafsystem aufgenommen, sondern nur als gesetzliche Folge der gegen einen Ausländer erkannten Bestrafung bezeichnet hat.

4) Der Verlust der Fähigkeit zu Ehrenstellen und öffentlichen Aemtern tritt in allen Verbrechensfällen und auch bei der Verurtheilung wegen gewisser Vergehen als Straffolge ein. Ihn außerdem noch als selbständige Strafe in das System aufzunehmen und somit eine Art von Infamie als eigene Strafspezies zu statuiren, gebricht es an einem hinreichenden legislativen Grunde um so mehr, als gewisse Klassen von Personen, z. B. Ausländer, Frauen, gewöhnliche Bettler und Vaganten ꝛc. ꝛc. durch eine Strafe, die bloß jenen Verlust ausspricht, fast gar nicht berührt werden, sohin in allen jenen Fällen, in welchen ein mit der fraglichen Strafe bedrohtes Verbrechen von einem Individuum aus den eben bezeichneten Klassen verübt wird, der Zweck des Strafgesetzes als vereitelt erscheint.

5) Von den Vermögensstrafen des bisher geltenden Strafsystemes — (Geldstrafe, Konfiskation, einzelner Sachen und Einziehung einzelner Gewerbe oder nutzbarer Rechte) — hat der Entwurf nur die Geldstrafe beibehalten.

Die Konfiskation wurde aus der Reihe der selbständigen Strafen gestrichen und lediglich unter die Straf Folgen eingereiht, — offenbar die richtigere Stellung für diese Art von Einschreitung, die ihrer Natur nach weniger den Charakter einer eigentlichen Strafe, als den einer polizeilichen, durch die strafbare Handlung nothwendig gewordenen Prohibitivmaßregel an sich trägt.

Anbelangend die zeitweise oder gänzliche Einziehung nutzbarer Rechte und Gewerbe, so wurde es für das Zweckmäßigste erachtet, dieselbe ganz aus dem Gebiete des Strafrechts zu entfernen und ausschließlich jenem der Gewerbspolizei zuzuweisen.

Hiernach werden also, wenn Jemand sein Gewerbe zu einem Verbrechen oder Vergehen mißbraucht, die Gerichte nur die Strafen auszusprechen haben, mit welchen das gegenwärtige Gesetzbuch die begangene That bedroht, während es der einschlägigen Polizeibehörde allein vorbehalten bleibt, nach Maßgabe der betreffenden Gewerbsgesetze zu bestimmen, ob und in welchem Umfange gegen den Thäter die Einziehung oder Suspension des Gewerbes wegen des verübten Mißbrauches zu verhängen sey.

Eine ähnliche Ausscheidung der Kompetenz des Gerichts und der Gewerbspolizei-Behörde liegt bereits dem Art. 51 des Preßstrafgesetzes zu Grunde. Sie empfiehlt sich nicht nur durch die Rücksicht auf die zwischen den Gewerbsverhältnissen der Pfalz und jenen der übrigen Kreise bestehende Verschiedenheit, welche eine gemeinsame Strafgesetzgebung über diesen Punkt als unausführbar erscheinen läßt, — sondern auch durch die Erwägung, daß in jedem einzelnen Falle die Entscheidung der Frage, ob und in wie weit die Suspension oder Einziehung eines Gewerbes in Folge stattgehabten Mißbrauchs nach den Umständen als räthlich oder nothwendig zu erachten sey, schon der Natur der Sache nach mehr zur Cognition der Gewerbspolizeibehörde, als zu jener der Gerichte sich eignen dürfte.

6) Die Ausschließung aus dem Staats- oder öffentlichen Dienste als selbständige Strafe gehört dem Gebiete des Disziplinarstrafgesetzes an. In dem allgemeinen Strafgesetzbuche kann sie offenbar nur unter den Straf-Folgen ihren passenden Platz finden; denn es erscheint als ungeeignet und sich selbst widersprechend, wenn eine strafbare Handlung, die der Gesetzgeber wegen ihrer besonderen Schwere aus der Reihe der bloßen Dienstpflichtverletzungen ausscheiden und unter die Kategorie der Verbrechen oder Vergehen einstellen zu müssen glaubt, gleichwohl nur mit einer Strafe von rein dienstlichem Charakter bedroht ist.

Von dieser Erwägung ausgehend, hat der Entwurf die Dienstentsetzung und Dienstentlassung aus der Strafskala gestrichen.

Die gleiche Erwägung findet auch auf die Strafe der Degradation Anwendung, welche sich übrigens ohnehin auch in anderer Beziehung als durchaus unpraktisch darstellt. Durch dieselbe wird nämlich nicht nur dem Verurtheilten das Vertrauen, dessen er in seiner neuen Stelle bedarf, schon im Voraus entzogen, sondern auch das Amt selbst, zu welchem er degradirt wird, in der öffentlichen Meinung herabgesetzt. Dazu kommt noch, daß ein Richterspruch, durch welchen die Degradation verfügt wird, immer eine ungeeignete Beschränkung der obersten Staatsgewalt in ihrer Befugniß und Pflicht der Stellenbesetzung herbeiführt, daß ferner in Ermanglung einer abgemessenen Rangordnung der öffentlichen Aemter und Dienste die Gerichte nicht selten über die Anwendung der Degradation in Zweifel gerathen müßten, und daß endlich in vielen Fällen (nämlich bei allen auf der niedrigsten Rangstufe stehenden Bediensteten) die Anwendbarkeit dieser Strafe völlig ausgeschlossen ist.

Die Erfahrung hat auch gezeigt, wie überflüssig die Degradation im Strafsysteme sey, denn es ist nicht bekannt, daß

seit dem Jahre 1812 die Strafe der Degradation wirklich je einmal in Anwendung gekommen wäre.

7) Der gerichtliche Verweis endlich ist eine so geringfügige Strafe, daß es gewiß als zweckmäßig erkannt werden muß, ihn aus der Reihe der Verbrechens- und Vergehensstrafen zu entfernen."

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 8. Jan. (Privat-Korresp.) Diesen Mittag haben Se. Maj. der König einer Sitzung des Staatsrathes präsidirt, in welcher, wie man glaubt, Vorlagen für die Kammer berathen wurden. — Se. Majestät haben zu Palastdamen J. Maj. der Königin zu ernennen geruht: die Gemahlinnen des k. Reichsraths Grafen Waldkirch, des kgl. Flügeladjutanten Grafen Rechberg und des k. Kämmerers Frhrn. v. Fraunhofer. — Durch Ministerialreskript sind die Kreis-, Handels- und Gewerbekammern in allen Kreisen auf den 15. d. einberufen worden.

München, 8. Januar. Se. Maj. der König haben den von dem Domkapitular Priester Georg Engert in Augsburg und dem für das zehnte Kanonikat in dem erzbischöflichen Kapitel in Bamberg ernannten Domkapitular, seitherigen Stadtpfarrer in Lindau, Priester Joseph Gg. Dreer eingeleiteten Tausch ihrer Präbenden genehmigt; die katholische Pfarrei Feldheim, Ldgs. Rain, dem Priester Andreas Waibl, Wallfahrtspriester in Wies, Ldgs. Schongau, übertragen. (N. M. Z.)

München, 8. Jan. Am 15. d. wird auf Veranlassung des Hrn. Kriegsministers v. Manz im Kriegsministeriumsgebäude ein Offizierball stattfinden, zu dem auch die Militärpensionisten mit ihren Familien geladen sind. (B. Ldbötin.)

München, 8. Jan. Bezüglich der schwebenden Gerichtsorganisationsfrage sieht man jetzt täglich der allerh. Entscheidung entgegen, zumal man vermuthet, daß diese wichtige Angelegenheit Gegenstand der Berathung in der heutigen Sitzung des Staatsrathes war, die unter dem unmittelbaren Vorsitze Sr. Maj. des Königs stattfand und von Mittags 11 bis gegen 2 Uhr Nachmittags dauerte. (Augsb. Abdztg.)

** München, 9. Januar. (Privat-Korrespondenz.) **20. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die kk. Staatsminister v. d. Pfordten, Dr. Aschenbrenner und Dr. Ringelmann.

Es werden die neuen Abgg. Boje, Buhl und Ollmann aus der Pfalz und Frhr. v. Gemmingen aus Unterfranken beeidigt. — Der 4. Ausschuß hat den Abg. Dr. Stauder zum Referenten über die Beschwerde des Kaufmanns Strauß u. Comp. aus Würzburg ernannt. Da bez. der Militärrechnungen pro 18 52/53 eine neue Mittheilung des Kriegsministers eingelaufen ist, die vorerst im Ausschusse zur Berathung zu gelangen hat, so werden die Militärrechnungen heute nicht zur Berathung kommen. Es wird die Debatte über die Nachweisungen des effektiven Aufwandes auf das Staatsbauwesen pro 18 52/53 eröffnet; die schon mitgetheilten Anträge des Ausschusses gehen auf Anerkennung der Nachweise und auf Ueberweisung der Schleißheimer Kanäle an die Staatsgüter-Administration daselbst.

Der k. Ministerialrath v. Wanner hat gegen letztern Antrag nichts einzuwenden, nur muß darauf nach dessen Annahme bei Berathung des Büdget im Ausschuß Rücksicht genommen werden. Nach mehrfachen Klagen des Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld über das Bauwesen im Allgemeinen, denen Frhr. von Welden theilweise beistimmte, erklärte der k. Ministerpräsident daß eine neue Organisation der obersten Baubehörde bereits berathen werde und hierbei die heute laut gewordene Wünsche berücksichtigt werden sollen. Die Anträge des Ausschusses wurden dann angenommen. Es folgte dann die Vorstellung des Schiffervereins zu Kitzingen, „die Aufhebung der Mainzölle und Rekognitionsgebühren, sodann die Main-Kanal-Gebühren betr." Auf die kurze Debatte hierüber, in welcher sich die Abgg. Crämer, Kirchgessner, Dr. Müller und Frhr. v. Lerchenfeld sehr warm für die Petenten aussprachen, komme ich zurück; die Kammer beschloß nach Antrag des Ausschusses, die Vorstellung dem Staatsminister zur möglichsten Berücksichtigung dringend zu empfehlen — welche Berücksichtigung auch von dem k. Ministerpräsidenten zugesagt wurde. Noch kam der Antrag des Abg. Fürsten Wallerstein, „das Lotto betr.", zur Berathung. Der Ausschuß beantragt, wie schon mitgetheilt, den Antrag auf sich beruhen zu lassen. Nachdem auf Anfrage des Fürsten Wallerstein der k. Staatsminister der Finanzen sich gegen Einführung der Klassenlotterie erklärt hatte, zog Fürst Wallerstein seinen Antrag zurück, womit die Sitzung schloß; die nächste findet übermorgen statt.

η) In der 19. Sitzung der 2. Kammer am 7. Januar kam ein Antrag der Spessarter Gemeinden des Landgerichts Rothenbuch, die Ermäßigung der in diesem Bezirk bestehenden hohen Sportel-Taxen in der streitigen Rechtspflege betr., zum Vortrag, welchen Hr. Abg. Scherf folgendermaßen befürwortete:

„Nach dem so eben erstatteten Vortrage des geehrten Hrn. Referenten hat der 5. Ausschuß den von mir angeeigneten Antrag der Gemeinden des kgl. Landgerichts Rothenbuch im Spessart, die Ermäßigung der in diesem Gerichtsbezirk bestehenden hohen Sporteltaxen der streitigen Rechtspflege betr., auf den Grund der Verfassungs-Urkunde §. 2 und 3 als zur Kompetenz der Kammer geeignet erachtet. Ich bitte nun die hohe Kammer, dem Beschlusse des 5. Ausschusses beizutreten und die Zulässigkeit dieses Antrages anzunehmen. Zur näheren Würdigung der Sache erlaube ich mir die materielle Seite dieses Gegenstandes mit einigen Worten zu beleuchten."

„Meine Herren! Der Nothstand in Spessarter Orten, namentlich im Landgerichtsbezirk Rothenbuch, hat in neuerer Zeit eine Höhe erreicht, daß derselbe als eine notorische Sache vor Augen liegt, und ist ihnen dieser Nothstand, m. H., gewiß aus dem ihnen Allen noch im traurigen Bilde vorschwebenden Hungerjahre bekannt, wo das Elend dieses Bezirks die kgl. Behörden nicht weniger wie den Wohlthätigkeitssinn der Privaten in engeren und weiteren Kreisen lebhaft beschäftiget hat. Der Nothstand der gedachten Gemeinden, welcher im Allgemeinen in der Dürftigkeit des Bodens und dem unverhältnißmäßigen Anwachsen der Bevölkerung seinen Grund haben dürfte, hat in Folge der andauernden Kartoffelkrankheit und der daran sich knüpfenden Minderung der einst im ganzen Spessart sehr schwunghaft betriebenen Schweinszucht, welche letztere diesen Leuten die einzige Geldeinnahmsquelle abgab, wirklich eine schreckenerregende Höhe erreicht."

„Vor dem Auftreten der Kartoffelkrankheit konnten die Bewohner des Spessarts bei gewohnter Frugalität sich nothdürftig ernähren. Die Kartoffeln, welche in großer Ausdehnung angebaut wurden, lieferten nicht allein das Hauptspeisesurrogat für die Menschen, sondern ergaben auch ein reichliches Futter für die Schweine. Seit dem Erscheinen dieser verderblichen Krankheit mußte natürlich die Schweinszucht abgemindert werden, da der alle Jahre geringere Aernteertrag nicht mehr den Bedarf für die Menschen abwarf. Mit dem Aufhören der Schweinszucht versiegte auch zugleich die einzige Geldquelle, da von dem Erlöse dieser Thiere die Spessarter alle ihre Geldausgaben als Steuern und Kapitalzinsen rc. bestritten haben. Seit dieser Zeit war ein rasches Vorschreiten der Armuth unabweisbar. In dem bekannten Hungerjahre 1852 hat die hohe Staatsregierung, um dem Hungertyphus vorzubeugen, in ihrer väterlichen Fürsorge an die Gemeinden dieses Bezirkes Speisegetraide und Geldvorschüsse zum Ankaufe von Saatkartoffeln überweisen lassen, zu deren Rückzahlung mehrjährige Fristen gestattet wurden, für deren Einhaltung die Gemeinden solidarisch bürgen müssen. Diese Fristen sind bereits umgelaufen und es war den Gemeinden nicht möglich, ihrer Zahlungsverbindlichkeit nachkommen zu können, indem diese Leute inzwischen noch ärmer geworden sind, da keine günstigere Aernte erfolgt ist. Bei der nunmehrigen Zahlungsauflage haben sich die Gemeinden in ihrer großen Bedrängniß an die allerhöchste Gnade gewendet, und gebe ich mich der tröstenden Hoffnung hin, daß deren allerunterthänigsten Bittgesuche allerhöchsten Orts gnädigst Berücksichtigung finden werden. — M. H! Aus dem Bilde, welches ich Ihnen mit meiner geringen Beredsamkeit auszumalen versuchte, das aber der Wirklichkeit noch nachsteht, werden Sie ersehen, in welcher bemitleidenswerthen Lage sich ein Theil unserer Mitbürger befindet. Jede mögliche Aushülfe, jede Erleichterung, die man diesen Leuten zuwenden kann, erscheint dringend nothwendig, soll nicht später ein ganzer Bezirk auf die Armenanstalten angewiesen werden müssen. Schon jetzt sind die Ansprüche an die nur wenigen bemittelten Personen zu Gunsten der dürftigen so bedeutend, daß Erstere bald selbst dabei unterliegen dürften. Die Frage ist nun, welche zweckdienliche Mittel sind zu ergreifen, um dieser fortschreitenden Armuth Einhalt zu thun, und diese Bewohner vor gänzlichem Verkommen zu retten? Diese Fragen, m. H., sind schwer zu beantworten, um so mehr, da statistische Nachweise vorliegen, daß der sterile Boden die allzugroße Bevölkerung nicht mehr zu ernähren vermag. Vor allem glaube ich, m. H., ist es nothwendig, daß alle zu starken Belastungen, die auf diesem bedrängten Bezirke ruhen, beseitigt werden, und als eine wesentliche Last, unter welcher die Spessartbewohner leiden, ist namentlich der hohe Ansatz von Sporteln in der streitigen Rechtspflege zu bezeichnen."

„In diesem Bezirke bestehen die höchsten Tax-Ansätze im ganzen unterfränkischen Kreise, und übersteigen die in den an-

gränzenden Landgerichten Aschaffenburg, Alzenau, Klingenberg und Obernburg üblichen Taxen in der streitigen Rechtspflege theils um die Hälfte, theils um das Zweifache."

„Nach genauer Erforschung betragen diese Taxen im Landgerichte Rothenbuch per Jahr 8—10,000 fl., wonach also diese Bewohner den übrigen Gerichten gegenüber alljährlich 4—5000 fl. mehr Taxen zu bezahlen haben. Eine so gewichtige Summe, m. H., fällt bei einer so armen Bevölkerung schwer in die Wagschale, und trägt diese Belastung einen großen Theil der Schuld an der Verarmung. Je ärmer eine Gegend, desto mehr Rechtsstreitigkeiten und Klagen auf Bezahlungen finden statt; die anfallenden Kosten treffen aber immer die armen Beklagten und hiemit ergibt sich die naturwidrige Erscheinung, daß gerade die ärmsten Bewohner durch die meisten Sporteltaxen in dieser Beziehung am meisten zur Staatskasse bezahlen müssen."

„Eine Gleichstellung der im Landgerichte Rothenbuch bestehenden Taxen für Prozeßsachen mit jenen des angränzenden Landgerichts Aschaffenburg ist hienach unverkennbar notbwendig, und stelle ich die wiederholte Bitte: „Hohe Kammer wolle die Zuläßigkeit des Antrags genehmigen, und die gerechte Bitte des Landgerichts Rothenbuch unterstützen."

Die Kammer erachtete die Vorstellung der Gemeinden des Landgerichts Rothenbuch für zuläßig und überwies sie dem betreffenden Ausschuß.

× **Preußen** Berlin, 8. Januar. (Privat-Korresp.) Schon seit lange wird es als wünschenswerth erachtet, eine nähere Eisenbahn-Verbindung zwischen Berlin und dem Innern von Hannover herzustellen. Die Magdeburg-Wittenberger Eisenbahngesellschaft ist zu diesem Behufe mit dem Plane vorgetreten, eine Eisenbahn von Seehausen nach Uelzen zu bauen. Diese hat nun auch bereits am 26. März die Konzession preußischerseits erlangt, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die hannoversche Regierung diesem Projekte ihre Zustimmung gebe. In der letzten Zeit ist aber auch die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn mit einem Projekte hervorgetreten, welches eine Eisenbahn-Verbindung zwischen Genthin und Uelzen beabsichtigt. Offenbar stehen beide Eisenbahn-Gesellschaften mit ihrem Projekte in geradem Widerspruch, und es würde das erste Projekt, weil es bereits die Konzession erhalten hat, dem zweiten vorgehen müssen, wenn dieses nicht ein bei Weitem günstigeres für die beabsichtigte Verbindung wäre. Aus diesem Grunde soll dahin gewirkt werden, daß beide Gesellschaften sich zur gemeinschaftlichen Anlage des Schienenweges vereinigen. Da bis jetzt die hannoversche Regierung ihre Zustimmung zu dem Plane der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn-Gesellschaft noch nicht ertheilt hat, so ist leicht möglich, daß sie ihn mit Rücksicht auf die zweite Bahnlinie verweigert.

Der „Allg. Ztg." wird aus Berlin 7. Jan. geschrieben: Der König von Dänemark(?) hat seine Beschwerde gegen Dr. Vehse fallen lassen. Seine Freiheit ist nicht unwahrscheinlich, da sie vom Staatsanwalt gegen Kaution, die der Angeklagte zu leisten bereit ist, befürwortet wird.

Berlin, 7. Jan. Der Wiedereröffnung der Kammern ist die von verschiedenen Seiten wiederholte Versicherung der „Kreuzzeitung" vorangegangen, daß ein neues Wahlgesetz nicht vorgelegt werden würde; überhaupt aber scheint sich während der Ferienzeit die Ansicht befestigt zu haben, daß sich die „durchgreifende Reform" nach dem Programm der Rechten zur Zeit nur vorbereiten, nicht ausführen lasse. Um Gottes Reich und der Väter Sitte herzustellen, sind die gegenwärtigen ungewissen Zustände nicht besonders geeignet, und der Kampf gegen den dritten Stand, gegen das Kapital und deren Träger, gegen die Städte, welchen sie unumwunden angekündigt, wurde von mehr als einer Seite bedenklich. Zu aller Zeit wurde ein solches Unternehmen nur durch den Ruin der Industrie und des Handels zu erreichen seyn, und mittelalterliche Institutionen nur auf den Trümmern der Zivilisation sich erheben können. Man darf daher wohl den Glauben hegen, daß alle diese Versuche überhaupt thörigte Spielereien sind und ebensowohl scheitern müssen, wie schon manche Anstrengungen scheiterten, um Verlebtes und Ueberwundenes wieder in's Leben zu rufen; man kann jedoch nicht läugnen, daß bei den wachsenden Befürchtungen vor den Ereignissen der Zukunft es selbst die entschiedensten Ritter des Alten unheimlich anwehen muß, wenn sie an ihre durchgreifenden Reformen denken. Die Mäßigungspredigten in der „Kreuzzeitung" haben daher einigen Sinn, wie weit aber jenes ahnende Gefühl reicht, werden wir bald sehen. Die dunkele Vorstellung, daß Unheil nahe sey, beschleicht mehr und mehr die Gemüther und drängt sich in die Vorstellung zusammen, daß, wenn es jetzt nicht gelinge, den Frieden herzustellen, der europäische Krieg unaufhaltsam näher rücke. Mit lebhafterer Theilnahme als seit langer Zeit verfolgt man daher auch die Sendung des Obersten v. Manteuffel nach Wien und, wo man es nicht erwarten sollte, hört man darüber klagen, daß Preußen auch jetzt unverrückt bei seiner angenommenen Neutralität verharren wolle. Daß in Petersburg andere Erfolge zu erwarten wären, wenn man sich in Berlin entschließen könnte, fordernd und nicht bloß rathend und wünschend auf den Frieden zu dringen, kann man von keiner Seite leugnen. (Z. f. Nd.)

Baden. Karlsruhe, 6. Januar. Der „Staatsanz. für Württemb.", der freilich für badische Verhältnisse eine oft dementirte Quelle ist, meldet, daß der gegenwärtige Gesandte in Berlin, Frhr. v. Meysebug, an die Spitze des Ministerium des großh. Hauses und des Auswärtigen treten wird, und der jetzige Chef dieses Ministerium, Frhr. Rüdt v. Collenberg, für den Gesandtschaftsposten in Wien bestimmt ist.

§ **Oesterreich.** Wien, 7. Jan. (Priv.-Korrespond.) Aus Petersburg ist vorgestern eine telegraphische Depesche des Grafen Esterhazy eingetroffen, deren Inhalt das diesseitige Kabinet wenig befriediget hat. Der Graf soll nämlich melden, daß seine Mission jetzt schon, obwohl Rußland noch nicht definitiv geantwortet hat, als gescheitert betrachtet werden müsse; den Vorschlag, welcher die Neutralisirung des schwarzen Meeres betrifft, werde Rußland ausweichend beantworten, die Forderung aber, welche die Abtretung eines Theiles des bessarabischen Gebietes zur Erzielung der freien Donauschiffahrt für alle Nationen enthält, entschieden ablehnen, als unverträglich mit seiner europ. Machtstellung. Wie man vernimmt, sind noch gestern dem Grafen Esterhazy neue Instruktionen zugegangen, und spricht man, daß die Frage wegen abermaliger Mobilmachung eines Theiles der Armee entscheidenden Orts wieder angeregt worden sey (damit wird's so geschwind noch nicht gehen! D. Red.). Sobald die ablehnende Antwort Rußlands eingetroffen ist, wird die Regierung ein Memorandum über die gegenwärtige politische Situation veröffentlichen, das höchstwahrscheinlich von einem Manifeste an die Nation begleitet seyn wird. Zu gleicher Zeit soll die orientalische Frage auch beim Bundestage zur Verhandlung kommen, und will man eine entschiedene Kundgebung der deutschen Staaten gegen Rußland veranlassen. Die diesfalls eingeleiteten Verhandlungen sollen ein günstiges Resultat mit Bestimmtheit hoffen lassen.

Aus Wien schreibt man der „Bresl. Ztg.": „Der gegenwärtige Eigenthümer und Hauptmitarbeiter der „Oesterr. Ztg.", Hr. Eduard Warrens, hat das Journal vor wenigen Tagen an die Gesellschaft des österreichischen „Loyd" in Triest verkauft. Hr. Warrens zieht sich von der journalistischen Laufbahn gänzlich zurück, und wird sich auf Grund der ihm gemachten Anträge an der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe betheiligen. Die „Oesterr. Ztg." wird nun ein Organ des „Triester Lloyd" und beziehungsweise des Finanzministers Frhrn. v. Bruck, welcher dem Journal schon in seiner frühern Gestalt als „Lloyd" eine besondere Theilnahme zugewendet hat."

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Die Zivilliste des Sultans ist von 6½ Millionen Piaster monatlich auf 10 Millionen erhöht worden. — Diese Maßregel war einerseits durch die Vertheurung aller Lebensmittel, andererseits durch die Nothwendigkeit bedingt, in der sich der Sultan befindet, aus seiner Privatkasse an nahezu 60 Millionen von den Sultaninen eingegangenen Schulden zu bezahlen. Sultanin Adilé, Gemahlin Mehemet-Ali-Pascha's hat allein 15 Millionen, und Sultanin Fatme, seit einem Jahre, an Ali-Ghalib-Pascha verheiratbet, ist an 10 Millionen Piaster schuldig.

Griechenland.

Athen, 19. Dezbr. Ueber die von den Räubern aus Chalkis entführten Angehörigen (Schwiegersohn, Tochter und Sohn) des Deputirten aus Euböa, Hrn. Buduris, haben wir sehr dürftige Notizen. Die Räuber mit ihrer Beute begegneten auf dem Festland, in Böotien, einer Abtheilung Infanterie, bestehend aus 25 Mann, während die Räuberbande an 50 Köpfe zählte. Die Infanterie-Abtheilung wechselte einige Schüsse, fand es aber — es sind lauter Rekruten — für angemessener, sich in sicherer Entfernung zu halten, und somit verfolgten die Räuber ihren Weg, und sollen sich jetzt auf dem Parnaß festgesetzt haben. Um den Parnaß an seinem Fuß mit einem dichten Cordon zu umziehen, reicht die ganze griechische Armee nicht aus. Nach einem offiziellen Ausweis wurden im Laufe des Monats November von Seite der Behörden in Rumelien 31 Räuber gefangen, 31 Räuberhehler eingezogen und 2 Räuber im Kampfe getödtet. (A. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Aus dem Orient.

Aus Odessa wird der „N. M. Z." telegraphirt (natürlich aus russ. Quellen): Omer Pascha hat sich auf Redut Kale zurückgezogen. Seine Truppen leiden sehr von der Jahreszeit. Die russischen Abtheilungen, die mingrelischen Milizen mit inbegriffen, fügen seinem Nachtrab alles erdenkliche Uebel zu.

* Man liest im „Moniteur" aus Erzerum 12. Dezbr.: „Die russische Armee hat letzten Montag, den 3. Dezbr., Kars besetzt. Die Truppen wurden in der Stadt kasernirt; nur eine kleine Division von ungefähr 2000 M. Kosaken und irreguläre Kurden wurde zu Sobauly-Dagh in den Fortifikationen zurückgelassen, welche General Murawieff im letzten Monate aufführen ließ. Auch das, 18 Stunden von Erzerum, auf der Straße nach Kars gelegene Dorf Yeni-Keni, ist von den Russen besetzt, die dort bedeutende Vorräthe an Getraide, Mehl und Gerste konzentrirt haben."

„Es scheint, als befürchte der russische General einen Angriff Selim Pascha's auf Kars, denn er zieht alle seine Streitkräfte auf diesen Punkt zusammen und ließ sogar in Alexandropol eine ganz schwache, kaum zum Dienste der Citadelle ausreichende Garnison."

„Die Türken unter Selim Pascha lagern noch immer im Gebirge von Deve-Boynu (östlich von Erzerum). Uebrigens steht ein Handstreich des Feinds auf diese Stadt vorerst nicht zu befürchten; denn sowohl die Erschöpfung seiner Truppen, als der Zustand der Straßen, behindern dies."

* Konstantinopel, 27. Dezbr. Die Krim-Berichte enthalten, was die militärischen Operationen betrifft, durchaus nichts von Bedeutung. Dagegen führt die Witterung merkwürdige Evolutionen aus. Am 16. Dezbr. war das herrlichste, sonnigste Wetter, die nächsten zwei folgenden Tage hingen trübe, schwere Wolken über unseren Häuptern und das Meer, schwarz wie die Nacht, war nur durch Blitze erleuchtet. Am 19. endlich folgte furchtbares Schneegestöber, eine 24stündige Nacht und 20 Grade Kälte, worauf dann der Thermometer plötzlich eine Reaktion erlitt und um 25 Grade stieg. Wenn schon die Fröste üble Folgen nach sich zogen und mehrere Erfrierungsfälle (nicht nur von Menschen, sondern sogar von Pferden) vorkamen, so haben besonders diese rasche Temperaturwechsel nachtheilig auf den Gesundheitsstand der Truppen gewirkt und viele Gedärm-Entzündungen nach sich gezogen. — Die Russen haben eine Batterie von langer Tragweite demaskirt, die das Korps des Generals Mac-Mahon ziemlich belästigt. Diese Batterie ist in der Nähe des Gringales, das ist am Abhange des rechten Tschernajaufers, errichtet.

In Konstantinopel beschäftigt man sich fortwährend fast ausschließlich mit der unseligen Kars-Angelegenheit. Rizza Effendi, der von der anatolischen Armee vor einigen Tagen in Konstantinopel angekommen ist, wurde in den Ministerrath beschieden, um Aufschlüsse über die Einnahme von Kars zu geben. Nach diesen Aufklärungen fällt die ganze Schuld auf Selim Pascha und Omer Pascha. Ersterer wird für seine Unthätigkeit kaum eine plausible Entschuldigung finden können und Omer Pascha, dessen Expedition die Befreiung von Kars bezwecken sollte, trifft als Generalissimus das ganze Gewicht des Mißlingens, an dem Lord Redcliffe, der sich weigerte, das englische Kontingent zur rechten Zeit zum Entsatze dieses Platzes zu schicken, freilich zum großen Theil mit schuld ist. Man wird sich erinnern, daß von Absendung dieses Korps mehrere Male im Laufe des Sommers die Rede war, aber jedesmal widerrief irgend ein Gegenbefehl diese eben so nützliche als dringende Maßnahme und das Kontingent blieb völlig unthätig im Lager von Bujukdere bis es endlich nach Kertsch eingeschifft wurde, wo es kaum viel leisten konnte, während es Kars vielleicht hätte retten können. Wie dem auch sey, der Mißkredit, in welchen Omer Pascha gefallen ist, ist kein völlig unverdienter. Er mußte auf ein Vorrücken gegen Kutais verzichten und sich nach Batum zurückziehen und der Fall von Kars wird nicht einmal durch die Einnahme von Kutais compensirt seyn.

Das Benehmen der Russen vor und nach ihrem Einzuge in Kars war sehr menschlich. Da die Einwohner zu ermattet waren, um den Lebensmittel-Convois entgegenzugehen, so ließ der Feind von Haus zu Haus Mundvorrath vertheilen. — Vom 23. bis zum 27. hatte die Verabreichung von Lebensmitteln ganz aufgehört. — Man grub sogar die todten Pferde aus und aß sie, trotz des bereits in Fäulniß übergehenden Fleisches. — Bis zur letzten Stunde hoffte man auf die Ankunft Selim Pascha's und auf den Erfolg der Omer Pascha'schen Diversion. — Die Kapitulations-Bedingungen wurden treulichst erfüllt. Alle als frei bezeichneten Personen haben Kars bis längstens 1. Dezbr. verlassen können.. . . . Man sagt, General Murawieff wolle Kars nicht besetzt halten, doch scheint diese Nachricht erdichtet.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 9. Januar. Mehrere österr. Fondsgattungen, sowie österr. Staatsbahnaktien wurden etwas niedriger abgegeben.

Oesterr. Credit-Aktien wurden zu 108 107¾ 108 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83 5/8 P. 83 3/8 G.
" 5pCt. Metall. alte 66 1/2 P. 66 1/4 G
" 5pCt. " in Silber bei Roths. 77 1/4 P 76 3/4 G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 69 15/16 P. 69 11/16 G.
" 4 1/2 pCt. " 58 1/4 P. 58 G.
" 4pCt. " 52 P. 51 1/2 G.
" 3pCt. " 39 1/2 P 39 G.
" 1pCt. " 13 1/2 P. 13 1/4 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D 957 P. 952 G
Oesterreichische 500 fl. Loose · P. 210 G.
" 250 " " von 1839 111 1/2 P. 111 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 85 P 84 3/4 G
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 209 1/2 P. 207 1/2 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101 1/2 P. 101 G.
" 4 1/2 pCt. " 100 3/8 P. 99 7/8 G.
" 4pCt. " 94 P. 93 1/2 G.
" 3 1/2 pCt. " 86 P. 85 1/2 G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 94 P 93 1/2 G.
Bayerische Bankaktien o. D B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 151 3/4 P. 151 1/4 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 110 7/8 P. 110 3/8 G.
Preussen 3 1/2 pCt. Staats-Schuld-Scheine 86 1/2 P. 86 G
Württemberg 4 1/2 pCt. Obligationen 102 1/4 P. 101 3/4 G.
" 3 1/2 pCt. " 88 1/4 P 87 3/4 G.
Baden 3 1/2 pCt. Obligationen von 1842 88 1/4 P. 87 3/4 G.
Badische 50 fl. Loose 76 1/4 P. 75 3/4 G.
" 35 " " 46 P. 45 3/4 G.
Grossh. Hessen 4 1/2 pCt. Obligationen 102 3/8 P. 101 7/8 G.
" 4pCt. " 99 3/4 P 99 1/4 G.
" 3 1/2 pCt. " 92 7/8 P. 92 3/8 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 108 1/2 P. 108 G.
" " 25 " " 33 P. 32 3/4 G.
Darmstädter Bankaktien 286 1/2 P. 284 1/2 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 36 3/4 P. 36 1/2 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex Coup. 51 1/2 P. 54 G.
Nassau 3 1/2 pCt. Obligationen 91 P. 90 1/2 G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28 1/2 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 1/2 P. 85 G.
" 3 1/2 pCt. " alte 93 5/8 P 93 1/8 G.
" 3 1/2 pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 119 P. 118 1/2 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 320 P. 317 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 79 P. — G.

Polen 500 fl. Partial — P 79 1/2 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 34 3/4 P. 34 1/2 G.
" 1pCt. neue 21 9/16 P. 21 7/16 G.
Holland Integrale 63 P. 62 1/2 G.
" Certificats 4pCt. — P. 92 1/2 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 3/4 P. 105 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P 105 G.
Brem. 50 Thlr Lsd. k S 96 1/8 P. 95 7/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S 88 5/8 P 88 3/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. 104 7/8 G.
Lond. Lst. 10 k. S. 118 7/8 P. 118 5/8 G.
Mail. i. S Lr. 250 k S. [illegible] P [illegible] G.
do. 3 Monat mit 5% 100 1/4 P 100 G.
Paris Frs. 200 k. S 94 P. 93 3/4 G
Lyon Frs. 200 k. S. 94 [illegible] P 93 [illegible] G.
Wien fl. 100 C. k S. 108 P. 107 3/4 G.
Wien 3 M. mit 4% 107 1/2 P. 107 1/4 G.
Disconto — P. 3 1/2 pCt. G.

Wien, 8 Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 77 3/8; 5Cpt. Met. 73 7/8; 4 1/2 pCt. 64 1/4; Lotterie-Anlehensloose von 1839 124; dito von 1854 94 3/8; Bankaktien 889; Bank-Interimsaktien 90; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2195. Wechselkurse: Augsburg uso 110 P.; London 10.49. P. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Athen, 19. Dezbr. Ein französisches Postschiff ist am Eingang in den Hafen von Pyräeus aufgefahren, und sogleich gesunken. Die Passagiere, von Syra kommend, haben ihr Leben gerettet, ihre Habe aber ganz verloren. Alle Kaufmannsgüter gingen verloren, oder wurden so durchnäßt, daß sie werthlos sind.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 11.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 11. Januar 1856

Der Entwurf eines Strafgesetzbuchs.

III.

Ueber die einzelnen Strafarten enthält nun der Entwurf im Wesentlichen folgende Bestimmungen:

Die Todesstrafe wird mittelst Enthauptung in Gegenwart einer Gerichtskommission und unter Zuziehung von wenigstens zwölf Urkundspersonen in einem geschlossenen Raume vollzogen.

Der zur Zuchthausstrafe Verurtheilte wird in dem Zuchthause zu schwerer Arbeit angehalten. Männliche Züchtlinge, deren Strafzeit mehr als zehn Jahre beträgt, sind, so lange sie das sechzigste Lebensjahr noch nicht erreicht haben, mit einer von dem einen Fuße zu dem andern gehenden Kette zu fesseln. Die Zuchthausstrafe kann auf Lebensdauer oder auf bestimmte Zeit, und im letztern Falle nicht auf mehr als zwanzig und nicht auf weniger als fünf Jahre zuerkannt werden. Wo die Zuchthausstrafe nach den Vorschriften über Ausmessung der Freiheitsstrafen unter dieses niedrigste Maß herabsinken würde, ist auf eine Gefängnißstrafe von gleicher Dauer zu erkennen. Doch steht den Gerichten die Befugniß zu, die Strafe des Versuchs bei Verbrechen, die mit zeitlich bestimmter Freiheits- oder Geldstrafe bedroht sind, sowie in gewissen Fällen die Strafe der Theilnahme an solchen Verbrechen bis zur Hälfte des niedrigsten Strafmaßes herabzusetzen, wobei ausnahmsweise die Zumessung der Zuchthausstrafe auch unter 5 Jahren zulässig ist. Auf Gefängnißstrafe kann in diesem Fall nicht erkannt werden.

Die Strafe des Gefängnisses soll nicht auf längere Zeit als fünf Jahre zuerkannt werden. Dieselbe wird, wenn sie die Dauer von drei Monaten nicht übersteigt, in den Untersuchungsgefängnissen, außerdem in besonders hiezu eingerichteten Gefangenanstalten vollzogen. Der Gefangene ist zu einer angemessenen Beschäftigung und, soweit es die Umstände gestatten, zu den gewöhnlichen Arbeiten seines Berufes anzuhalten. Eine die Dauer eines Jahres übersteigende Gefängnißstrafe kann im Zuchthause vollzogen werden, wenn das Gericht dies nach der Persönlichkeit des Verurtheilten oder nach der Beschaffenheit der That für angemessen erachtet und im Strafurtheile anordnet. In einem solchen Falle richtet sich die Behandlung des Verurtheilten am Straforte nach den für die Behandlung der Zuchthaussträflinge gegebenen Vorschriften.

Wenn Landstreicher, Gewohnheitsbettler oder solche Personen, denen in Folge einer frühern Verurtheilung Adel, Aemter, Auszeichnungen und Ehrenrechte entzogen sind, eine Gefängnißstrafe von weniger als sechs Monaten wegen eines vorsätzlich verübten Vergehens verwirkt haben, so kann statt dieser Strafe auf körperl. Züchtigung erkannt werden, insoferne solches nach ärztlichem Gutachten zulässig erscheint. Dasselbe kommt zur Anwendung, wenn wegen Körperverletzung in Schlägereien oder wegen Betheiligung an Raufhändeln eine Gefängnißstrafe unter sechs Monaten von Personen verwirkt wird, welche wegen Handlungen der nämlichen Art bereits einmal zu einer Vergehens- oder zweimal zu polizeilicher Strafe verurtheilt worden sind. Die körperliche Züchtigung ist durch Ruthenstreiche auf den entblößten Rücken zu vollziehen, deren Zahl in dem Urtheile festgesetzt wird, jedoch niemals über 30 betragen soll.

Die Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe ist in einer Festung zu vollziehen, wenn das Gericht solches der Bildungsstufe oder den bürgerlichen Verhältnissen des Verbrechers, sowie den besondern Umständen des Verbrechens oder der demselben zu Grunde gelegenen Gesinnung angemessen findet und in dem Strafurtheile anordnet. Der Verurtheilte wird auf der Festung nach den Bestimmungen des Platzreglements mit Berücksichtigung des Unterschiedes zwischen Zuchthaus- und Gefängnißstrafe behandelt.

Die Dauer der Zuchthausstrafe wird nach Jahren und Monaten, die Dauer der Gefängnißstrafe nach Jahren, Monaten und Tagen ausgemessen. Hiebei wird der Tag zu vierundzwanzig Stunden, der Monat zu 30 Tagen, das Jahr aber nach dem Kalender gerechnet.

Die Geldstrafe soll vorbehaltlich besonderer gesetzlicher Bestimmungen nicht in höherem Betrage als zu eintausend Gulden verhängt werden. Die Strafbeträge fließen, wo das Gesetz nicht ein Anderes verordnet, in die Staatskasse. Die Geldstrafe ist ohne Rücksicht auf die Zahlungsfähigkeit des Schuldigen auszusprechen. Wird die gänzliche oder theilweise Uneinbringlichkeit der Geldstrafe durch ein Zeugniß des Erhebungsbeamten festgestellt, so hat auf den Antrag desjenigen Staatsanwaltes, welcher die Vollstreckung des Urtheils zu betreiben hat, das Kreis und Stadtgericht ohne weiteres Verfahren die Umwandlung der Geldstrafe oder des nicht erfolgten Theiles derselben in Gefängnißstrafe zu verfügen. Hiebei werden drei Gulden einem eintägigen Gefängnisse gleichgeachtet, die allenfalls sich ergebenden Bruchtheile eines Tages aber außer Ansatz gelassen. Dem Gefangenen bleibt in diesem Falle jederzeit die Befugniß, sich durch die Erlegung des Strafbetrages, soweit derselbe durch die erstandene Gefängnißstrafe noch nicht getilgt ist, von der letzteren frei zu machen. In keinem Falle darf die an die Stelle einer Geldstrafe tretende Gefängnißstrafe die Dauer von einem Jahre überschreiten.

Deutscher Bund.

Wien, 8. Januar. Die sämmtlichen aus Deutschland eingetroffenen Bevollmächtigten für die Münzkonferenz haben sich gestern dem Finanzminister vorgestellt. Die erste Sitzung ist am 11. d. Mts. Bezüglich der beabsichtigten Münzeinigung erfährt man, daß die besten Hoffnungen für ein günstiges Resultat vorhanden sind. Die k. k. österreichische Regierung ist geneigt, zum 21-Guldenfuße überzugehen. Dadurch stellt sich der österr. Münzfuß in gleiche Linie mit dem preußischen Thalerfuße und wird zugleich den Uebelständen begegnet, die sich bisher mit dem österreichischen Gelde bei Parifizirung mit dem bayerischen Münzfuße ergeben haben. (Ostd. Post.)

Bayern. München, 4 Jan. Nach einer anher gelangten Eröffnung der kaiserlich russischen Telegraphen-Verwaltung sind einstweilen nur folgende Telegraphenstationen ermächtigt, Depeschen in deutscher und französischer Sprache aufzunehmen, nämlich jene zu St. Petersburg, Dünaburg, Mariampol, Warschau, Riga und Reval. Depeschen in deutscher oder französischer Sprache nach anderen, als den genannten Telegraphenstationen Rußlands, können auf telegraphischem Wege nur bis St. Petersburg gelangen, von wo sie mittelst Post an die Bestimmungsorte befördert werden. (B. Bl.)

München, 9. Januar. Se. Maj. der König haben den Revierförster zu Goldkronach, Ludwig Leidner, zum Forstmeister auf das erledigte Forstamt Wunsiedel befördert, und an dessen Stelle den Aktuar des Forstamtes Wunsiedel, Christian Döring, ernannt; weiter den Kommunalrevierförster zu Schöneberg, Joh. Friedrich Karl Osthof, auf Ansuchen auf das im Forstamte Langenberg eröffnete Aerarialrevier Langenberg-östlich versetzt, und an dessen Stelle den derzeitigen Forstwart, Melchior Aull, zu Mölschbach, im Forstamte Kaiserslautern, ernannt; die bei dem k. Oberkonsistorium erledigte Stelle des weltlichen Oberkonsistorialrathes dem bisherigen weltlichen Konsistorialrath Adolph v. Liedersfron in Ansbach verliehen; die katholische Pfarrei Friesenried, Ldgs. Obergünzburg, dem Priester Joh. Kränzle, Pfarrkurat in Remshart, Ldgs. Untergünzburg, übertragen. (N. M. Z.)

** München, 9. Januar. (Privat-Korrespondenz.)

29. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeord-

neten. (Nachtrag.) Es gelangte noch, wie schon erwähnt, die von dem Abg. Crämer angeeignete Vorstellung des Schifservereins zu Kitzingen, „die Aufhebung der Mainzölle und Rekognitionsgebühren, dann die Ludwigs-Main-Kanal-Gebühren betr.", zur Berathung. Der Herr Referent, Abg. Neuffer, indem er bedauerte, daß die Kammer nicht in der Lage sey, da helfen zu können, wo Hülfe so nothwendig wäre, empfahl den Antrag des Ausschusses, „die Vorstellung dem k. Staatsministerium zur möglichsten Berücksichtigung und Vertretung zu empfehlen." Die Abgg. Crämer, Dr. Kirchgeßner, Dr. Müller und v. Lerchenfeld schlossen sich diesem Antrag an, indem sie sich hiebei mit Wärme für die in trauriger Lage befindlichen Gesuchsteller aussprachen und die Hoffnung hegten, daß die Staatsregierung nach Thunlichkeit der Vorstellung entsprechen werde. Der k. Ministerpräsident erwähnt dann, daß es ein bekanntes Prinzip der bayerischen Regierung sey, die Wasserstraßen vollkommen frei zu machen, daß sie mit gutem Beispiel vorangegangen, troß ihres Bemühens und troß alljährlicher Verhandlungen sie aber ihren Zweck nicht habe erreichen können. Die Staatsregierung werde in ihrem Bemühen aber nicht nachlassen und sie finde in der heutigen kurzen Verhandlung neue Anhaltspunkte hiezu. Daß hierauf der Ausschußantrag angenommen wurde, ist schon mitgetheilt worden — desgleichen daß Fürst Wallerstein seinen Antrag wegen Einführung einer Klassenlotterie zurückgezogen hat, nachdem sich der k. Staatsminister der Finanzen entschieden gegen eine solche Lotterie erklärt hatte.

** München, 10. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Bei Beginn des Hofballes, der vergangene Nacht an unserm k. Hofe stattfand, vernahm man zum größten Bedauern, daß Ihre Maj. die Königin durch ein plötzliches Unwohlseyn verhindert sey, bei dem Balle zu erscheinen. Erschienen war aber Se. Maj. der König mit den kgl. Prinzen und Prinzessinnen mit Ausnahme Ihrer k. Hoh. der Frau Herzogin Max, welche sich ebenfalls etwas unwohl befindet. Das gesammte diplomatische Korps und sehr viele Fremde von Distinktion waren bei dem überaus glänzenden Feste anwesend, wie denn auch unser höherer Adel, die höheren Staats-, Hofbeamten, das Offizierkorps der Linie, die Stabsoffiziere der Landwehr ꝛc. sehr zahlreich erschienen waren. Se. Maj. der König eröffnete den Ball mit der Gemahlin des englischen Gesandten. Das prachtvolle Fest dauerte bis heute Morgen 2 Uhr.

Hannover. Göttingen, 5. Jan. Dem erwählten Deputirten der Stadt Göttingen, Bibliothekssekretär Dr. Ellisen, ist der nachgesuchte Urlaub zum Eintritt in die Ständeversammlung vom Kuratorium ohne weitere Angabe von Gründen verweigert worden. Ellisen hatte zu der gemäßigten Opposition der im August v. J. aufgelösten Ständeversammlung gehört.

Nassau. Wiesbaden, 9 Januar. Ein neuerdings erschienener Erlaß des herzoglichen Staatsministerium empfiehlt allen Justiz- und Verwaltungsbehörden des Herzogthums möglichste Gewissenhaftigkeit bei Abnahme von Eiden, insbesondere aber in Ehescheidungs- und Zivilprozessen; — es soll dies eine Folge seyn der vor den Assisen sich häufenden Meineidsprozesse. (Fr. Pstz.)

Oesterreich. Man schreibt der „Köln. Ztg." aus Wien, 6. Jan.: „Die Salons der Diplomatie und der hohen Aristokratie sind seit zwei Tagen hier durch eine am unrechten Orte abgegebene Visitenkarte in große Aufregung versetzt worden. Fürst Dolgoruki, aus Petersburg hier angekommen, gab dem Lohnbedienten des Hotels zum Römischen Kaiser, wo er abgestiegen, eine Anzahl Visitenkarten, um sie bei sämmtlichen hier wohnenden Russen von Distinktion abzugeben. Dieser lief dienstbeflissen in der ganzen Stadt herum und gab u. A. auch für die Gräfin Stakelberg (die Gemahlin des russischen Militär-Bevollmächtigten hier, der aber noch in Petersburg weilt), welche mit dem französischen Gesandten in einem Hause wohnt, eine Karte des Fürsten Dolgoruki bei dem Portier alldort ab, der sie in die Gesandtschafts-Kanzlei sandte. In derselben ist ein eigenes Individium angestellt, welches die Visitenkarte zu sortiren und die einer visite de reconnaissance würdigen dem Baron Bourqueney einzuhändigen hat, auf welche Weise der Letztere Dolgoruki's Karte erhielt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen mußte die Karte eines hochgestellten Russen im französischen Gesandtschafts-Hotel ein Ereigniß seyn und zu der Vermuthung Anlaß geben, daß hierunter eine konfidentielle Annäherung des Petersburger Kabinettes stecken dürfte. Von dieser Idee ging Baron Bourqueney vielleicht aus, ließ sogleich einspannen und fuhr, um den fürstlichen Besuch zu erwidern, zum „Römischen Kaiser", traf aber den Fürsten nicht zu Hause und ließ ihm seine Karte dort. Man kann sich das Erstaunen Dolgoruki's denken, als er bei seiner Rückkunft die Karte des französischen Gesandten vorfand. Was blieb ihm Anderes übrig, als gleichfalls dem Gedanken nachzuhangen, daß Frankreich hinter dem Rücken seiner Alliirten eine Verständigung mit Rußland suche? Er warf sich in seine Staats-Uniform und fuhr noch am selben Tage zu Bourqueney. Bis hierher ist das Faktum verbürgt. Wie sich die beiden Diplomaten gesprochen, gegenseitig erklärt oder weiter getrennt haben — darüber schweigt die Geschichte, und wird es erst unsern Nachkommen überlassen bleiben, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, ob der demnächstige Friedensschluß in der That sich auf das obererwähnte zufällige Zusammentreffen Dolgoruki's und Bourqueney's zurückführen lasse."

Aus Wien, 4 Januar, wird der „Times" geschrieben: „Fürst Gortschakoff gab vor einigen Tagen dem Frhrn. v. Heß und andern österreichischen Offizieren von höchstem Range ein Diner. Gegend Ende der Mahlzeit brachte der Fürst die Gesundheit des Hrn v. Heß aus und bemerkte bei dieser Gelegenheit, es freue ihn von Herzen, daß ein so treffliches Einvernehmen zwischen dem russischen und dem österreichischen Heere bestehe. Mit Einem Worte, der russische Gesandte benutzte seine Stellung als Wirth in ungebührlicher Weise und deutete an, daß die politischen Ansichten der angesehensten Generale Oesterreichs nicht in Einklang mit den Ansichten der österreichischen Minister ständen. Hr. v. Heß erwiderte, daß er sich durch die ihm von dem Fürsten dargebrachten Komplimente sehr geschmeichelt fühle, nahm jedoch von dem politischen Theile seiner Rede durchaus keine Notiz. Der Kaiser war äußerst ungehalten, als er vernahm, daß der Gesandte einer fremden Macht es gewagt habe, zu verstehen zu geben, daß sein Heer seine in der orientalischen Frage befolgte Politik mißbillige. Die Demonstration war auf den Minister des Auswärtigen gemünzt; allein Fürst Gortschakoff schoß über das Ziel hinaus und vergaß, daß der Kaiser als absoluter Monarch die auswärtige Politik lenkt und Graf Buol bloß den an ihn ergehenden Instruktionen gehorcht."

Wien, 8. Jan. In der gestrigen Banksitzung hielt der Gouverneur Hr. v. Pipitz einen Vortrag über die Ergebnisse des verflossenen Jahres, dem wir Folgendes entnehmen: „Bezüglich der Hinausgabe von 50,000 neuen Bankaktien erfährt man, daß der größte Theil der Aktionäre die denselben gebührenden neuen Aktien in Anspruch genommen habe. Von den 50,000 Aktien sind nur noch 2463½ vorräthig, von welchen für Kuranden und Minderjährige beiläufig 500 Stück vorbehalten wurden. Ueber den Rest wird seiner Zeit mit Zustimmung der Finanzverwaltung die geeignete Verfügung getroffen werden. — Aus dem Nationalanlehen sind der Bank bereits 100 Millionen Gulden zugeflossen. (Dtsch. Post.)

Großbritannien.

London, 4. Jan. Ein Flüchtlingszirkular, welches mir heute gezeigt wurde, ist an die Abonnenten der revolutionären Zeitschrift „L'Homme" gerichtet, deren Aufhören ich Ihnen unlängst gemeldet habe. Die Abonnenten werden darin benachrichtigt, daß die Zeitschrift vom 1. Febr. wieder fortrerscheinen wird, nachdem mit der Druckerei des Hrn Thomas, Verleger des „Courrier de l'Europe", ein Kontrakt abgeschlossen worden sey (A. Z.)

Frankreich.

Die Lebensmittelbeschaffung für Paris beschäftigt noch immer die Munizipalität auf das lebhafteste. Das Projekt, Brod zu den möglich wohlfeilsten Preisen mahlen und in einer Zentralbäckerei backen zu lassen und dann die Brodmarken, auf welche bisher zu herabgesetzten Preisen Brod bei den Bäckern verabfolgt wurde, einzuziehen, ist wieder aufgegeben. Der Versuch, Bouillon und Fleisch zu den wohlfeilsten Preisen zu verkaufen, ist dagegen vollständig geglückt, doch, fährt der Bericht fort, muß die Administration der Hospitäler dieser Institution zu Hülfe kommen, denn die Stadt Paris ist so belastet, daß sie sich an nichts mehr betheiligen kann. (A. Z.)

* Baron Alphons v. Rothschild (Regent der Bank von Frankreich) ist nach Konstantinopel abgereist.

Spanien.

* Madrid, 3. Jan. Gestern konnte General O'Donnell das Bett zum ersten Male verlassen. — Alles was von den zwischen dem General und dem Herzoge de la Vitoria (Espartero) bestehenden Zerwürfnissen erzählt wird, ist erdichtet. Der beste Beweis dafür ist, daß alle einigermaßen wichtigen Angelegenheiten bis zu seiner Wiederherstellung aufgeschoben werden. Der Appell-Hof hat in Sachen der auf den Namen der Königin verfaßten Proklamationen, in welchen sich ihre Regierung bei der öffentlichen Meinung angeklagt fand, sein Urtheil gefällt. Zwei der Angeklagten, Hr. Monje und Patino, wurden zu 15jähriger Verbannung verurtheilt, Garcia und Pe-

ralis wurden freigesprochen. Letzterer war Sekretär der Königin und Siegelbewahrer, verlor aber seine Stelle durch eine falsche Anklage.

† **Madrid**, 8 Januar. Gestern haben einige betrunkene Miliz-Soldaten, welche am Cortes-Palaste auf Wache waren, aufrührerische Rufe vernehmen lassen. Marschall Espartero stellte die Ruhe wieder her und ließ die Aufrührer verhaften. Die Regierung trat sehr energisch auf.

Korrespondenzen aus **Catalonien** berichten, daß die 3 Tristany's allein mit 2 Dienern geblieben sind, um den Nachsuchungen leichter zu entgehen, da sie überzeugt sind, irgendwo im Lande eine sichere Zufluchtsstätte zu finden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Belgrad, 28. Dez. Wie bereits früher gemeldet, hatten ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen der hohen Pforte und der serbischen Regierung über den projektirten Bau der Konstantinopel-Belgrader Eisenbahn, soweit diese auf serbischem Gebiet geführt werden wird, stattgefunden. Aus ganz sicherer Quelle können wir nun mittheilen, daß jene Differenzen vollständig behoben sind. Die hohe Pforte hat nämlich der serbischen Regierung die Zusicherung gegeben, daß, sobald seitens der türkischen Behörden mit was immer für einer, sey es französischen, englischen oder deutschen Assoziation Unterhandlungen über den Bau eingeleitet, resp. Kontrakte abgeschlossen werden sollten, die serbische Regierung zugezogen, und ihr alle Rechte und Befugnisse eines Mitkontrahenten eingeräumt werden sollten (soweit sie nämlich Serbien betreffen). (Allg. Z.)

Nach Wiener Blättern hat der Verwaltungsrath der **Wallachei** am 26. Dezember einen Gesetzvorschlag angenommen, dessen erster Artikel lautet: „Die Sklaverei ist aufgehoben. Jeder **Zigeuner**, der sich bis heute in dieser Kategorie befand, ist hiermit frei erklärt, und wird unverzüglich unter die Steuerpflichtigen des Staates eingeschrieben werden." — Am 2 Januar wird der Divan ad hoc zusammenberufen, um dem für die soziale Stellung eines großen Theils der Bevölkerung wichtigen Beschlusse seine Genehmigung zu ertheilen, wonach derselbe sogleich kundgemacht werden wird. — In Serbien hat ein *Ministerwechsel* stattgefunden.

Rußland und Polen.

Das Personal des in **Kiew** eingesetzten Spezialtribunals, welches die Untersuchung gegen jene Kriegsgefangenen führen soll, die geborene Polen oder Ungarn sind und zur Emigration gehören, ist verstärkt worden. (K. Z.)

Amerika.

Philadelphia, 18. Dez. Jeden Tag wird hier neuer politischer oder religiöser Unsinn zu Tage gefördert, worin Amerika unerschöpflich zu seyn scheint; hier wieder ein Beispiel des grassesten Unsinns: **die Tochter Gottes**. In einem sehr schönen Lokal in der Arch St. Philadelphia läßt sich jetzt ein Mädchen sehen, das sich für die Tochter Gottes ausgibt. Sie sagt, sie sey von ihrem allmächtigen Vater gesandt, die heidnischen Männer zu bekehren und ihrem Geschlecht Erlösung zu bringen, sey wie Christus, ihr Bruder, gezeugt und gehe nach vollbrachter Sendung wieder zurück zu ihrem himmlischen Vater, der sie gesandt habe. Sie hat bereits eine Menge fanatische Mädchen und Frauen als ihre Jünger aufgenommen, die sie in ihrem Wahnsinn gleich einem Gott verehren und alle ihre Befehle streng befolgen. Von Anfang hielt man die Sache für einen Witz, allein da Jedermann das Lokal besuchen darf, so hat man sich überzeugt, daß der Unsinn wirklich existirt, und daß die Tochter Gottes ein sehr reizendes, aber ganz einfach gekleidetes Mädchen sey. — Philadelphia hat jetzt ein **deutsches Nationaltheater**, am 17. d. wurde unter großem Beifall der „Alpenkönig" aufgeführt. (Schwäb. M.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

✕ **Berlin**, 9. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Als eine Frage von der größten Wichtigkeit wird im jetzigen Augenblick die Mission des Grafen **Esterhazy** nach St. Petersburg angesehen. Man ist gespannt auf die Antwort, welche von Seiten Rußlands ertheilt werden wird, und gibt den Vermuthungen in der Presse den vielfachsten Ausdruck. Indem ich mich ebenfalls über diese Frage in Folgendem zu erklären die Absicht habe, sehe ich von meinen eigenen Ansichten ganz ab, und will nur das mittheilen, was man hier in sonst genügend unterrichteten Kreisen über den Ausfall der Mission spricht. Man behauptet, daß die Antwort Rußlands im Wesentlichen in einer Hindeutung auf die von St. Petersburg ausgegangenen Friedens-Propositionen bestehen wird. Es wird sogar behauptet, daß Rußland sich gar nicht in der Lage befände, sich in anderer Weise als in der bekannten an die russischen Gesandten erlassenen Zirkular-Depesche kund gegebenen Weise auszusprechen. Rußland habe sich dadurch, daß es die Initiative ergriffen habe, in die Lage gesetzt, daß es derjenige Theil geworden ist, welcher die Gebote auf sein Anerbieten abwarten wird. Rußland habe dadurch das Verhältniß umgekehrt. Man glaubt, daß Rußland Kenntniß von den Absichten der Alliirten gehabt habe, und hält es für ein sehr glückliches Manöver, daß es ihnen zuvorgekommen ist.

* **Berlin**, 8. Januar. Die von Wien ausgegangene Nachricht, daß der Oberst v. **Manteuffel** auch die Aufgabe habe, von der österreichischen Regierung die Gewähr zu erlangen, daß dieselbe im Fall eines Angriffs auf die außerdeutschen Provinzen Preußens zur Abwehr desselben Hülfe leisten werde, findet hier wenig Glauben. Zwar hat Preußen eine gleiche Verpflichtung in Bezug auf die außerdeutschen Gebiete Oesterreichs übernommen, und so kann die Gegenverpflichtung nur billig erscheinen. Aber gegen wen könnte dieselbe gerichtet seyn? — Nach jetziger Lage der Dinge doch nur gegen die Westmächte. Mit diesen aber ist Oesterreich alliirt, und es kann demselben doch unmöglich zugemuthet werden, gegen dieselben Staaten eine kriegerische Hülfe zuzusagen, mit denen es in einer Allianz steht. (Z. f. Ndd.)

Wien, 10. Januar. Nach Privatberichten aus Petersburg vom 6. d. M. würde Baron v. **Stackelberg** die Gegenvorschläge Rußlands mit neuen Instruktionen für den Fürsten Gortschakoff ehestens hierher bringen. Leider sind die Vermuthungen für die Herstellung des Friedens nur schwach. (T. D. d. N. K.)

Brüssel, 10. Januar. Wie der hier erscheinende „Nord" meldet, hat die Regierung von **Dänemark** so eben ein Rundschreiben an die auswärtigen Regierungen gerichtet, in welchem sie die **Solidarität** mit dem **schwedisch-westmächtlichen Vertrag** vom 21. Dezbr. **ablehnt** und wiederholt ihren festen Entschluß erklärt, **gänzlich neutral bleiben zu wollen**. (T. D. d. N. K.)

Vom nördlichen Kriegsschauplatz.

✕ **Berlin**, 9. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Der von London und Paris aus inspirirten „Presse" ist es in der letzten Zeit gelungen, in Deutschland eine Gespensterfurcht für das kommende Jahr hervorzurufen. Es wird mit allem Eklat darauf hingewiesen, daß der Krieg gegen Rußland sich auf das baltische Meer konzentriren soll, und daß Preußen, in einer langen Strecke von der Ostsee bespült, durch die Verlegung des Kriegsschauplatzes in eine Lage kommen werde, welche im Stande sey, es zur Theilnahme an dem Kampfe gegen Rußland zu zwingen. Man hält aber hier in den höhern Kreisen einen Feldzug gegen die Ostsee-Provinzen Rußlands für eine Unmöglichkeit. Die Verbindungen mit der Ostsee können nicht das ganze Jahr hindurch, wie dies beim schwarzen Meere der Fall ist, erhalten werden, sondern nur während weniger Monate. Wenn also durch Landungen von Truppen Operationen gegen das Festland vorgenommen werden sollen, so würden diese auch eine längere Dauer nicht haben können, wenn sie nicht während des Winters abgeschnitten und den heftigsten Angriffen der vereinten russischen Heere preisgegeben werden sollten. Hierzu kommt noch, daß die Ostsee-Provinzen von russischer Seite bei Weitem leichter zu vertheidigen sind, als die sehr fern gelegene Krim. Wie richtig die hier ausgesprochene Ansicht ist, liegt auf der Hand, und darf man daher wohl annehmen, daß sie auch in den maßgebenden Kreisen in vollstem Maße gewürdigt wird.

Aus dem Orient.

* **Konstantinopel**, 31. Dezbr. Die türkische Regierung beschäftigt sich fortwährend fast ausschließlich mit der **Lage Asiens** nach dem Falle von **Kars**. Die Ausführung der in dem ersten Kriegsrathe beschlossenen Maßregeln zum Schutze von Erzerum wird mit verdoppelter Thätigkeit betrieben; im Arsenale werden große Vorbereitungen getroffen und in den Artillerie-Werkstätten wird Tag und Nacht gearbeitet. — Den jüngsten Berichten aus **Erzerum** vom 18. Dezember zufolge, war General Murawieff noch immer in Kars, da die ungeheuern Schneemassen jede Bewegung der Truppen unmöglich machen. — Privat-Briefe theilen die Ankunft **Omer Pascha's** in **Redut-Kale** mit; aber weder die Regierung noch die Gesandten haben hievon Nachricht erhalten. Man hofft, daß das täglich erwartete Trebizonder Postschiff dieser beunruhigenden Ungewißheit ein Ziel setzen werde. — Die **Krim-Post** ist am 31. Morgens angekommen. Sie bringt die Korrespondenz vom 29., die nichts

Neues enthält. Der Flügeladjutant des Kaisers, General l'Espinasse, ist mit diesem Schiffe angekommen und denselben Abend nach Frankreich weitergereist, wo er einige Wochen in Urlaub bleiben wird. Die Kälte ist in der Krim äußerst empfindlich, aber nicht auf allen Punkten gleich. Namentlich bei Eupatoria ist der Winter besonders strenge. Im azow'schen Meere hatte das Eis bereits angefangen, die Fahrzeuge zu vertreiben und sie gezwungen, bis diesseits St. Paul zurückzugehen.

Konstantinopel, 31. Dez. Anlaßlich des Falles von Kars ist eine Untersuchungs-Kommission niedergesetzt worden. Halim Pascha ist nach Erzerum abgegangen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 10. Januar. Die meisten Fondsgattungen behaupteten sich fest auf ihrem gestrigen Stande. Die niedrigern Londoner Kurse blieben unbeachtet.

Oesterr. Credit-Aktien wurden zu 107 1/4 bis 108 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83 5/8 P. 83 3/8 G.
" 5pCt. Metall. alte 66 1/4 P. 66 G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. 77 1/4 P. 76 3/4 G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 69 13/16 P. 69 9/16 G.
" 4 1/2pCt. " 57 5/8 P 57 3/8 G.
" 4pCt. " 51 3/4 P. 51 1/4 G.
" 3pCt. " 39 1/4 P 39 3/4 G.
" 1pCt. " 13 1/2 P. 13 1/4 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 958 P. 953 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 211 G.
" 250 " " von 1839 111 1/2 P. 111 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 84 7/8 P. 84 5/8 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 209 P. 207 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101 1/2 P. 101 G.
" 4 1/2pCt. " 100 3/8 P. 99 7/8 G.
" 4pCt. " 94 P. 93 1/2 G.
" 3 1/2pCt. " 86 P. 85 1/2 G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 94 1/8 P. 93 5/8 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 151 1/8 P. 150 3/4 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 140 5/8 P. 140 1/8 G.
Preussen 3 1/2pCt. Staats-Schuld-Scheine 86 1/2 P. 86 G.
Württemberg 4 1/2pCt. Obligationen 102 5/8 P. 101 5/8 G.
" 3 1/2pCt. " 88 3/8 P. 87 7/8 G.
Baden 3 1/2pCt. Obligationen von 1842 88 3/8 P. 87 7/8 G.
Badische 50 fl. Loose 76 1/2 P. 76 1/4 G.
" 35 " " 46 1/8 P. 45 7/8 G.
Grossh. Hessen 4 1/2pCt. Obligationen 102 3/8 P. 101 7/8 G.
" 4pCt. " 99 7/8 P 99 3/8 G.
" 3 1/2pCt. " 93 P. 92 1/2 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 108 3/4 P. 108 1/4 G.
" " 25 " " 33 1/8 P. 32 7/8 G.
Darmstädter Bankaktien 286 P. 281 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 36 5/8 P. 36 3/8 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex Coup. 55 1/8 P. 55 3/4 G.
Nassau 3 1/2pCt. Obligationen 91 P. 90 1/2 G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28 1/2 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 1/2 P. 85 G.
" 3 1/2pCt. " alte 93 3/4 P 93 1/4 G.
" 3 1/2pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118 3/4 P. 118 1/4 G.
Taunus-Aktien a 250 fl. 320 P. 317 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 76 P. — G.

Polen 500 fl. Partial — P. 79 1/2 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 34 3/4 P. 34 1/2 G.
" 1pCt. neue 21 9/16 P. 21 7/16 G.
Holland Integrale 63 P. 62 1/2 G.
" Certificats 4pCt. — P. 92 1/2 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118 7/8 P. 118 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. ö.S.Lr. 250 k.S. 100 5/8 P 100 3/8 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	do. 3 Monat mit 5% 100 1/4 P 100 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93 3/4 G
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96 1/8 P. 95 7/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S 88 3/4 P 88 1/2 G.	Wien fl. 100 C. k S. 107 7/8 P. 107 5/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 107 3/8 P. 107 1/8 G.
Disconto — P. 3 1/2 pCt. G.	

Wien, 9. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. ——; 5Cpt. Met. 73 7/8; 4 1/2pCt. 63 1/4; Lotterie-Anlehensloose von 1839 124; dito von 1854 93 1/2; Bankaktien 886; Bank-Interimsaktien 99; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2217 1/2. Wechselkurse: Augsburg uso 111 P.; London 10.50. P. Geldkurs: Dukaten —.

Leipzig, 7. Jan. Von heute ab hat die Leipziger Bank den bisherigen Diskonto für Wechsel und Anweisungen von 4 1/2pCt. auf 5pCt. erhöht.

Der Dividend der österr. Bankaktien ist auf fl. 43 (wovon fl. 28 Superdividend) festgesetzt worden.

Berlin, 7. Jan. Waizen zur Notiz gefragter, wegen fehlender Verkäufer ohne Geschäft. Roggen dagegen eher vernachlässigt und billiger abgegeben. Umsatz beschränkt, sowohl loko als Lieferung. Ca. 30 Wispl. loko 83—84pfd. a 90 1/2 Thlr, 84—85pfd. a 91 Thlr. pr. 2050 Pfd. bezahlt. Gerste gut zu lassen, 72pfd. a 62 Thlr. bezahlt. Hafer ebenfalls gut verkäuflich, 53pfd. 39 a 39 1/2 Thlr. bezahlt.

Oelsaat nicht gehandelt. Werth unverändert. — Rüböl bei mäßigem Geschäft kaum preishaltend. — Spiritus durch starke Offerte sächsischer Waare ferner im Werthe gedrückt — Umsatz belebt, besonders pr. Frühjahr in Deckungen. Gekündigte 20,000 Qrt. kamen bald unter.

Magdeburg, 4. Jan. Obwohl auch bis heute die Geschäfte sich noch wenig aufgenommen haben, so beginnen wir doch wieder mit unsern Berichten, die wir wie bisher allwöchentlich ertheilen werden. Das hiesige Getraidegeschäft bewegt sich fortdauernd in sehr engen Gränzen, da unsre Preise zu hoch sind und einen flotten Abzug nicht zulassen. Waizen hält sich schon seit längerer Zeit auf 108 a 110 Thlr. für 24 Schfl. zu 88—90pfd.; es haben sich hier nicht unbedeutende Lager von Waizen gebildet, die indeß zum größten Theil pr. Frühjahr verkauft seyn dürften, und die nur des Wasseraufganges harren, um dann sofort verschifft zu werden. Roggen fest auf 87 a 88 Thlr. gehalten, für größere Posten fordert man 90 Thlr. pr. 2016 Pfd. pr. Eisenbahn; es kommt indeß selten zu einem Geschäft, da dieser Preis nach auswärts keine Rechnung gibt. Gerste 70—72pfd. zu 55 a 57 Thlr. zu haben, bei mattem Geschäft; nach schwerer eff. 74—75pfd. Gerste ist etwas Frage und würde man dafür 57 a 58 Thlr. willig bedingen können, Hafer einzeln 34 a 36 Thlr. für 50—54pfd. Waare, im Ganzen ist zu 35 Thlr. für 1200 Pfd. frei Kahn oder Bahn zu kaufen. Hülsenfrüchte wenig Geschäft. Weiße Bohnen 84 a 90 Thlr. Erbsen 82 a 88 Thlr. Linsen 80 a 90 Thlr. Kartoffelspiritus hat sich durch stärkere Zufuhren und geringen Abzug bedeutend im Preise gedrückt, man konnte heute zu 41 Thlr. für 14,400pCt Tralles, also fast 1 1/3 Thlr. unter Berliner Preis kaufen, dies ist für uns höchst sonderbar, die wir schon seit Jahren gewohnt sind, von Berlin oder noch darüber hinaus zu beziehen; allein wenn man die Sache bei Licht betrachtet, so ist sie ganz natürlich. Die Provinz Sachsen hat eine gute Kartoffelärnte gehabt, ist also im Stande, viel Spiritus zu produziren. Der gewöhnliche Export unserer großen Spritfabriken ist durch die Aufhebung der Steuer-Bonifikation gestört, warum sollte da nicht einmal Spiritus nach Berlin rentiren, ebensowohl wie Waizen, was auch selten der Fall ist? Rübenspiritus gilt 40 1/2 a 40 Thlr., die Produktion ist sehr eingeschränkt, da es an Melasse fehlt.

Nichtpolitische Zeitung.

München. Die Vorträge hiesiger Gelehrter im chemischen Laboratorium scheinen sich allmählich zu einer feststehenden und dauernd begründeten Einrichtung zu gestalten. Vor drei Jahren waren es fünf Männer, die im Anschluß an Liebig's populäre chemische Vorlesungen auch Themen aus andern Wissenschaften einer größeren gebildeten Hörerschaft vorzuführen versuchten. Im abgelaufenen Jahr stieg die Zahl der mitwirkenden Gelehrten schon auf acht, und gleichmäßig erweiterte sich der Kreis der behandelten Stoffe. Auch die Theilnahme des Publikums wuchs fortwährend. Für den laufenden Winter haben sich 12 Männer der Wissenschaft zu einem Cyklus von sechszehn Vorträgen im Laboratorium vereinigt, nämlich: Liebig, Bluntschli, Carriere, Löher, Dingelstedt, Riehl, Bodenstedt, Kobell, Pettenkofer, Jolly, Geibel und Heyse — Der vom Eintrittsgeld nach Abzug der Kostenauslagen etwa verbleibende Ueberschuß soll als erster kleiner Kapitalfonds der Münchener Schillerstiftung zugewendet werden. Die Vorträge beginnen bereits am Samstag den 19. Januar und werden — je Montags und Samstags — bis gegen Ostern dauern.

Der k. sächsische Hofschauspieler Emil Devrient wird mit Ablauf seines 25jährigen Engagement die Hofbühne in Dresden verlassen und am Hoftheater in Gotha die Stelle eines artistischen Direktors am 1. April d. Js. übernehmen.

Die Heirath der Mlle. Cruvelli mit dem Baron Vigier ist jetzt ein fait accompli. Die Ehe wurde auf der Mairie des ersten Arrondissements vollzogen und in einer katholischen Kirche wie in einer protestantischen eingesegnet. Mlle. Cruvelli ist protestantisch.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 12.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 12. Januar 1856

Der Entwurf eines Strafgesetzbuchs.

IV.

Ueber den Zweikampf, welcher in dem Strafgesetzbuch von 1813 gar keine Stelle gefunden hat, enthält der Entwurf folgende Bestimmungen:

Wer zum Zweikampfe herausfordert oder eine solche Herausforderung annimmt, wird mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Wurde hiebei eine solche Art des Zweikampfes verabredet, welche die Tödtung des einen Theiles zur nothwendigen Folge haben sollte, so tritt Gefängniß von sechs Monaten bis zu zwei Jahren ein. — Wer seinen Gegner im Zweikampfe tödtet, ist mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, wenn aber die vorbezeichnete Verabredung vorausgegangen war, mit Zuchthaus von zehn bis zwanzig Jahren zu bestrafen. Die Gerichte sind ermächtigt, nach den besonderen Umständen des Falls die Straffolgen, die regelmäßig mit der Zuchthausstrafe verbunden sind (nämlich Verlust der Eidesfähigkeit und des Rechtes, während der Strafzeit sein Vermögen zu verwalten), in dem Strafurtheile auszuschließen. — Wer in dem Zweikampfe dem Gegner eine nicht tödtliche Verwundung zugefügt hat, soll mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten bestraft werden. — Derjenige Duellant, welcher seinen Gegner weder getödtet noch verwundet hat, ist mit drei- bis sechsmonatlichem Gefängnisse zu bestrafen. — Wer, ohne die Veranlassung zu dem Duelle verschuldet zu haben, lediglich um deßwillen zu demselben herausgefordert oder die Ausforderung angenommen hat, weil er außerdem die Mißachtung seiner Standesgenossen zu besorgen hatte, soll, falls er seinen Gegner in dem Duell getödtet hat, mit Gefängniß von sechs Monaten bis zu zwei Jahren, wenn er ihn aber bloß verletzt oder gar nicht verwundet hat, mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft werden. — Aerzte, welche als solche bei dem Zweikampfe gegenwärtig waren, sind straflos. Karielträger, Sekundanten und bestellte Zeugen sollen im Falle eines vollzogenen Duelles mit Gefängniß bis zu drei Monaten, wenn aber das Duell mit ihrem Wissen unter Verabredung stattgefunden und eine Tödtung zur Folge gehabt hat, mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten bestraft werden. Diese Strafbestimmungen finden auch auf diejenigen Anwendung, welche der Vollziehung eines Duelles wissentlich auf andere Weise Vorschub geleistet haben. — Wer die Duellanten oder einen derselben zur Eingehung des Zweikampfes oder zur Wahl einer gefährlichen Art des Kampfes vorsätzlich bestimmt hat, soll mit drei bis sechsmonatlichem Gefängnisse bestraft werden. Wenn aber einer der Duellanten getödtet worden ist, und der Anstifter entweder einen tödtlichen Ausgang des Duelles beabsichtigt oder das Zustandekommen der Verabredung vorsätzlich bewirkt hat, so ist auf zehn- bis fünfzehnjähriges Zuchthaus zu erkennen. — Hat ein Duellant oder Sekundant durch absichtliche Uebertretung der üblichen Kampfregeln eine Tödtung oder Körperverletzung bewirkt, so ist derselbe nach den Bestimmungen über Tödtung oder Körperverletzung zu bestrafen, insoferne nicht eine höhere Strafe wegen des Zweikampfes eintritt.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 10. Januar. Se. Maj. der König haben die in Neuulm erledigte Advokatenstelle dem Advokaten-Concipienten Franz Hagen dahier verliehen. (N. M. Z.)

München, 11. Januar. Ihre Maj. die Königin Marie hat von dem Kopfleiden sich bereits wieder erholt, so daß Allerhöchstdieselbe schon gestern wieder an der kgl. Hoftafel erscheinen konnte. (M. Bote.)

** München, 11. Januar. (Privat-Korrespondenz.) **21. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die königlichen Staatsminister v. d. Pfordten, Dr. Aschenbrenner, Dr. Ringelmann und v. Zwehl.

Zur Berathung gelangen die besonderen im Budget nicht enthaltenen Fonds pro 1852/53. Der Ausschuß beantragt bei sämmtlichen Fonds die Anerkennung der Nachweise zu ertheilen. Außerdem aber beantragt er noch bei dem ersten dieser Fonds „dem Staatsgüter-Kaufschillingsfonds", das folgende:

„1) Es möge den Nachweisungen über die Staatsgüter-Kaufschillinge und Ablösungs-Kaufschillinge ein spezieller Ausweis über die auf diesen Fonds haftenden Passiven beigegeben, und dem Verzeichnisse der neuerworbenen Staatsgüter und abgelösten Passivreichnisse eine Einrichtung gegeben werden, welche die in jedem Rechnungsjahre anfallende und zur Einweisung auf diese Fonds gebrachte Summe entnehmen läßt. 2) Es mögen in Zukunft aus den Staatsgefälls-Ablösungsschillingen keine Beträge mehr auf Ablösung von Staats-Passivreichnissen und auf Erwerbung von Dominikalrenten verwendet, sondern deren ganzer Aktivrest zur Heimzahlung von Staats-Passivkapitalien verwendet werden."

Der Referent, Abg. Dr. Schlör, empfiehlt die Annahme dieser Anträge. Der k. Ministerialrath v. Wanner erklärt, daß die Staatsregierung gegen diese Anträge keine Einwendung zu machen habe. Abg. v. Lerchenfeld erklärt sich ebenfalls für diese Anträge. (Die Abstimmung erst am Ende der Berathung über sämmtliche Fonds.)

Zu dem 2. Fonds, dem für das Aerarialgetraide-Magazin, beantragt der Ausschuß: Es möge 1) der sofortige Verkauf sämmtlicher Materialbestände des Getraide-Reservemagazins verfügt, und 2) die Fonds dieses Magazins der Staatsschulden-Tilgungsanstalt zu entsprechender Minderung der alten Schuld zugewiesen werden. Diese Anträge veranlaßten einige Debatte, über welche der Bericht folgt.

Die übrigen Fonds gaben zu keiner Bemerkung Anlaß.

Die Abstimmung ergab die Annahme der Anträge des Ausschusses, mit Ausnahme dessen, daß der Fonds des Getraide-Magazins der Staatsschulden-Tilgungsanstalt zugewiesen werden solle; denn dafür wurde beschlossen, „diesen Fonds zu entsprechender Verzinsung anzulegen" und erst später dessen Verwendung zu bestimmen. Die nächste Sitzung ist morgen.

Preußen. Der „Span. Zeitung" zufolge hat auch der Professor Julius Schrader, gleichwie Kiß, die auf der Pariser Ausstellung erhaltene goldene Medaille zurückgeschickt.

Kurhessen. Kassel, 10. Jan. Ein seit gestern allgemein verbreitetes Gerücht behauptet die endliche Konstituirung eines neuen Ministerium in folgender Weise: Justizrath Rohde, Regierungsrath v. Stirnberg und Oberfinanzrath Wiederhold seyen definitiv zu Vorständen der Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen mit dem Titel „Ministerialdirektoren" ernannt worden. Das Porteseuille des Kriegsdepartements habe Oberst v. Kaltenborn erhalten. Ueber die Besetzung des Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und des kurfürstlichen Hauses sey noch keine Bestimmung getroffen. (Fr. Pstz.)

Freie Städte. Frankfurt, a. M. Die „Frankfurter Nachrichten" schreiben: „Wir sind jetzt im Stande, ein genaues Verzeichniß derjenigen Kapitalgaben mitzutheilen, welche die Erben des Frhrn. Anselm Mayer v. Rothschild, außer den im Testament desselben angeordneten Vermächtnissen für 1) das Versorgungshaus von 3000 fl., 2) das Dr. Senckenbergische Bürgerhospital von 3000 fl., 3) die Senckenbergische naturforschende Gesellschaft von 3000 fl., 4) den allgemeinen Almosenkasten von 5000 fl., 5) das Waisenhaus von 3000 fl., 6) Dr. Christ's Kinderhospital von 3000 fl., noch weiter theils zur augenblicklichen Vertheilung unter die Armen, theils für allgemeine oder speziell christliche milde Anstalten oder Unterstützungsvereine gewidmet haben. Bei der Bestattung sind 2500 fl. an israelitische Arme vertheilt worden, und am folgenden Tag ebenso 1500 fl. Eine Summe von 2000 fl. ward am Tage der Bestattung der Spendedeputation des allgemeinen Almosenkastens übergeben zur unverzüglichen Vertheilung unter

die Bedürftigen nach den bei dieser Armenstelle geltenden Normen. Zum Andenken des verewigten Bruders und Oheims Freiherrn A. M. v. Rothschild wurden aus der Erbmasse folgende Kapitalgaben an die nachbezeichneten milden Stiftungen und Unterstützungs-Anstalten bestimmt, und verfügt, nämlich an 1) die Anstalt für Irre und Epileptische 1000 fl., 2) das Rochusspital 1000 fl., 3) die Armenklinik 2000 fl., 4) die Augen-Heilanstalt 1000 fl., 5) die Wittwenkasse der Zivilbediensteten 500 fl., 6) die Wittwenkasse der Volksschullehrer 500 fl., 7) die Wittwenkasse der Landschullehrer 500 fl., 8) die Wittwen- und Waisenkasse der Handlungskommis 2000 fl., 9) die Buchdrucker Kranken- und Invalidenkasse 1000 fl., 10) die allgemeine Männer-Krankenkasse 1000 fl., 11) die Taubstummen-Erziehungsanstalt (mit Widmung für den Grundstock) 2500 fl., 12) die Blindenanstalt 2500 fl., 13) den Pestalozzi-Verein 5000 fl., 14) die Sonntags-, Abend- und Gewerbschule 500 fl., 15) den Verein zur Verbreitung von Volks- und Jugendschriften 500 fl., 16) den Hülfsverein für nothleidende Handwerker 1000 fl., 17) die Anstalt zur Nachweisung von Arbeit 200 fl., 18) den Verein zum Schutz der Auswanderer 300 fl., 19) die allgemeine Armenanstalt der Landgemeinden 2000 fl., 20) die Kleinkinderschulen in Frankfurt und Sachsenhausen 600 fl., 21) die Kleinkinderschule in Bornheim 1500 fl., 22) die Kleinkinderschule in Oberrad 500 fl., 23) den Frauenverein in Bockenheim 500 fl., sodann den israelitischen Frauenverein in Frankfurt 3000 fl.

Hamburg, 10. Jan. Auf die Supplik des Herrn Julius Campe ist gestern ein Dekret des Senats ergangen, welches, da vom Supplikanten keinerlei rechtlich fundirte Ursachen für die Zeugniß-Weigerung in der fraglichen Kriminal-Untersuchung vorgebracht worden sind, ihn mit seiner Beschwerdeführung abzuweisen und dem wider ihn eingeleiteten Verfahren den ungehinderten Lauf zu lassen, verfügt. (H. N.)

Oesterreich. Aus einer etwas gereizten Auslassung der „Oesterr. Zeitung“ geht hervor, daß die neuliche Notiz von einem Redaktionswechsel des genannten Blattes zur Zeit wenigstens noch nicht gegründet ist.

Aus Wien, 8. Januar, wird dem „Nürnb. Kor.“ geschrieben: „Minister v. Bruck wird in Kurzem, wie ich vernehme, wieder mit neuen Operationen hervortreten, die den gesunkenen Finanzzuständen aufhelfen sollen. Gewisses ist mir hierüber bis jetzt noch nicht bekannt geworden, doch dürfte eine Besteuerung der Coupons von Staats- und Industriepapieren, von welcher schon vor längerer Zeit die Rede war, in erster Reihe stehen.“

§ Wien, 9. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Graf Coronini, der Befehlshaber der österreichischen Besatzungstruppen in den Donaufürstenthümern, ist vorgesternAbends nach Bucharest abgereist, wird sich jedoch den Monat Januar hindurch in Temeswar aufhalten. Sein Aufenthalt in der wallachischen Hauptstadt wird übrigens nicht von Dauer seyn, da es gewiß ist, daß er zu einer andern Verwendung berufen werden wird, so wie denn überhaupt die ihnen bereits gemeldeten Veränderungen in den höchsten militärischen Kreisen nur als aufgeschoben betrachtet werden müssen.

Wien, 9. Januar. Eine telegraphische Depesche, die heute Abend aus Paris hier eingelaufen, enthält eine Andeutung, welche den Friedenshoffnungen, wenn man diesen Ausdruck überhaupt für zulässig hält, wenig günstig ist. Die französische Anleihe steht näher bevor als man dachte. Die Fonds sind an der heutigen Pariser Börse abermals gesunken. Die Rente ging um einen halben Frank zurück. (Ostd. Post.)

Wien, 9. Jan. Se. k. k. Majestät haben der Buschtehrader Eisenbahnaktiengesellschaft die angesuchte definitive Bewilligung zur Fortsetzung und zum Betriebe der bestehenden Pferdeeisenbahn in der Richtung von Wenibka nach dem Buschtehrader Kohlenrevier, sowie für die Anlage und den Betrieb einer Lokomotiv-Eisenbahn von dem Buschtehrader Kohlenrevier nach Kralup ertheilt und die Uebertragung des Privilegium der Prag-Lahaer Eisenbahn an die genannte Gesellschaft gestattet. (Ostd. Post.)

Großbritannien.

London, 7. Jan. Die bisherigen öffentlichen Prüfungen für den Zivilstaatsdienst haben keine ausgezeichneten Früchte getragen. Man klagt, daß die jungen „gentlemen“ und „noblemen“, die Söhne „guter Familien“, es unter ihrer Würde halten, sich zu solchen Proben herzugeben. Auch über die Examinatoren selbst wird häufig geklagt, sowohl in den militärischen als bürgerlichen Prüfungen. In einem Examen für Zulassung zur Artillerie und zum Geniewesen hat einer der Examinatoren für seine Kandidaten unter Anderem folgende Fragen ausgedacht: Einen Bericht geben über die Autoritäten, die Shakespeare bei seinen Dramen benützt; ferner: Eine Geschichte der Uebersetzungen in's Englische entwerfen. . . Die beste Erwiderung der Kandidaten wäre wohl die des Sprichwortes von den Narrenfragen und gescheidten Antworten gewesen. (A. Z.)

Frankreich.

° Paris, 10 Jan. Der Herzog von Cambridge und Adm. Lyons sind in Paris angekommen. Der Herzog wohnt in den Tuilerien, der Admiral im englischen Gesandtschafts-Hotel. — Auch General Lamarmora ist hier eingetroffen.

Paris, 11. Januar. Der Kriegsrath hat sich gestern unter Vorsitz des Kaisers versammelt. Es ist nicht die Aufgabe dieses Kriegsraths, einen Plan für den nächsten Feldzug festzusetzen; derselbe hat nur den Zweck, die verbündeten Regierungen über die verschiedenen Kombinationen, die gewählt werden könnten, aufzuklären, alle Eventualitäten ins Auge zu fassen und deren Erfordernisse zu bestimmen. So berichtet der „Moniteur“. Dem Kriegsrath wohnten bei: der Prinz Jerome Napoleon, der Kriegsminister Vaillant, Lord Cowley, der engl. Gesandte, Walewsky, der französische Minister des Aeußern, General Bosquet und General Niel; außerdem sind noch Andere als Theilnehmer an demselben bezeichnet.

Paris, 11. Jan. Der Bericht über die Lage der Bank von Frankreich vom 11. Januar, welchen der heutige „Moniteur“ mittheilt, zeigt im Vergleich zu dem vom 14. Dez. befriedigende Resultate. Er weist eine Abnahme des Baarvorraths um 19 Millionen und des laufenden Konto des Staatsschatzes um 21 Millionen, dagegen eine Vermehrung der Noten im Umlauf um 15 Millionen und des Portefeuille um 29 Millionen nach.

Spanien.

Madrid, 7. Jan. Die Cortes haben die Anträge einer Petition der Stadt Saragossa zurückgewiesen, die von den Staatsgewalten eine liberale Politik und eine Reduktion des Budget fordert. (Fr. Postz.)

Amerika.

Die arktische Expedition, welche die Hudsonsbay-Gesellschaft zur Aufsuchung Franklins abgesandt hatte, ist zurückgekehrt, nachdem sie den Ort erreicht hatte, wo Franklins Mannschaft umgekommen seyn sollte. Dr. Raes' Bericht wird vollkommen bestätigt. Von der Expedition wurden Eskimo's aufgefunden, welche die Weißen gesehen hatten und sichere Nachrichten geben konnten. Auf der Insel wurden die Ueberbleibsel eines zertrümmerten Bootes entdeckt, wovon genug Reste noch vorhanden waren, um den Beweis zu liefern, daß es zu Franklins Expedition gehört hatte; auf einem Brett war z. B. der Name Terror eingebrannt, und ein anderes Stück Holz zeigte den Namen H. Stanley's, des Wundarztes vom „Erebus.“ Bücher und Papiere waren nicht vorhanden. Die Eskimo zeigten bereitwillig alles, was sie im Boot oder dessen Nähe gefunden hatten: Ruder, Kessel, Taue, Eisenstangen, die Reste einer Flagge u. s. w.; alle diese Ueberbleibsel ließen sich als frühere Vorräthe der Regierung erkennen. (A. Z.)

Asien.

• Ein kürzlich aus China zurückgekehrter französischer Missionär macht folgende Beschreibung einer chinesischen Armee. — Die Truppe, welche der Kaiser gegen die Aufrührer sendet, marschirt in Unordnung, auf ihrem Wege, was ihr paßt, rechts und links plündernd, wie eine Räuberbande. Außer einer Lanze und einem Gewehr trägt jeder Soldat einen Regenschirm und eine Laterne. — Diese Armee, ohne Disziplin und Erfahrung, könnte ein einziges europäisches Bataillon zerstören. Ein französischer Soldat feuert wenigstens zwanzig Mal, bevor ein Chinese einen Schuß gethan hat. Wenn die Flinte geladen ist, wendet der, welcher sie trägt, das Gesicht weg und sein Kamerad feuert. Man kann sich denken wie gut und rasch dieses Manöver vor sich geht. — Es ist unglaublich, wie viele Familien um des Transports einiger Soldaten willen geplagt und ruinirt werden. Man braucht einen Wagen für den chinesischen Reiter, einen Wagen für das Geschirr, einen Wagen für das Pferdefutter. — Zur Abreise von 300 Mann müssen oft 1000 Menschen Frohndienst thun. — Mit einem Worte, jeder Soldat des himmlischen Reichs ist ein Räuber der ehrlichen Bürger.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 9. Januar. (Privat-Korrespondenz.) An der gestrigen Börse zirkulirten wieder einmal Friedensgerüchte. Man wollte von einem eigenhändigen Schreiben des Czars an

den Kaiser Franz Joseph wissen, welches versöhnlich lauten soll, auch wollte man in Erfahrung gebracht haben, daß das russische Kabinet die in der Zirkular-Depesche des Grafen Nesselrode enthaltenen Vorschläge keineswegs als allein giltig ansehen, und im Gegentheile eine den österreichisch-westmächtlichen Intentionen mehr entsprechende Modifizirung derselben beabsichtige. — Es liegt auf der Hand, daß allen diesen Gerüchten keine besondere Bedeutung beigemessen werden kann, da bis jetzt durchaus keine positive Thatsache bekannt ist, welche denselben zur Begründung dienen könnte. Man weiß bis jetzt nur so viel, daß die letzten Depeschen des Grafen Esterhazy, die am 6. d. Abends angelangt sind, diesseits nicht befriedigt haben, und die Absendung neuer Instruktionen für ihn nothwendig machten; Thatsache ist ferner, daß man in den hiesigen diplomatischen Kreisen an einen günstigen Erfolg der dem Grafen Esterhazy übertragenen Mission nicht glaubt.

Dresden, 9 Jan. Wie man heute erfährt, befindet sich Hr. v Seebach bereits auf der Rückreise von St. Petersburg, und dürfte seine Ankunft hierselbst Ende dieser Woche erfolgen. (A. Z)

Aus Kopenhagen, 7. Jan, wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Ueber den definitiven Abschluß eines Vertrages mit den Westmächten ist noch nichts Sicheres bekannt geworden (Neuere telegraph. Nachrichten sagen, daß Dänemark neutral bleiben wolle. D. Red.); aber nicht ohne Einfluß auf die Verhandlungen wird die Aufklärung gewesen seyn, welche das schwedische Gouvernement über die Bedeutung des November-Vertrages gleich in den ersten Tagen des Dezember unserer Regierung durch eine Depesche an den hiesigen schwedischen Gesandten zukommen ließ. Darin ist die Versicherung enthalten, daß Schweden auch noch ferner seine neutrale Haltung in der orientalischen Frage behaupten werde, daß aber die Ungewißheit über die fernere Entwickelung und Ausdehnung des Krieges es habe räthlich erscheinen lassen, die dargebotene Garantie der Höfe von Paris und London für den ferneren Bestand des schwedisch-norwegischen Reiches anzunehmen. Ueber die speziellern Beweggründe Schwedens zu diesem Vertrage, wohin doch jedenfalls die Anträge wegen des Austausches von schwedischen gegen russische Territorien, so wie etwaige Streitfragen wegen Ausübung der Fischerei gehören müßten, hat sich das schwedische Gouvernement gar nicht ausgelassen. Der abgeschlossene Vertrag ist als ein reiner Defensiv-Vertrag bezeichnet und auch als solcher zur Kenntniß des russischen Kabinets gebracht." (Die „Köln. Ztg." fügt Vorstehendem die Bemerkung bei: „Wir bezweifeln nicht die Genauigkeit obiger Mittheilung unseres Korrespondenten, betrachten sie aber als unerheblich, da Schweden, es mag im Schilde führen, was es will, jedenfalls die Dehors gegen Rußland und Dänemark wahren muß.")

London, 7. Januar. Unter diesem Datum bringt „Le Nord" nähere Angaben über den Inhalt der Friedensvorschläge, welche Graf Esterhazy nach Petersburg gebracht hat. Der Korrespondent des erwähnten Blattes behauptet, seinem durchaus vollständigen und richtigen Resumé das Original-Dokument zu Grunde gelegt zu haben. Dieses Dokument zerfällt in vier Theile, welche den vier Garantiepunkten entsprechen. 1) Das ausschließliche Protektorat Rußlands über die Donaufürstenthümer wird aufgehoben, und Rußland hat sich in Zukunft nicht mehr in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen. Die suzeraine Macht, d. h. die Pforte, wird den Fürstenthümern in Uebereinstimmung mit den kontrahirenden Parteien eine den Bedürfnissen und Wünschen der Bewohner angemessene innere Organisation verleihen, oder eine solche bestätigen. Es wird ein der geographischen Lage der Fürstenthümer entsprechendes Defensivsystem eingeführt, und es wird ihnen das Recht eingeräumt, außerordentliche Vertheidigungs-Maßregeln zu ergreifen, um jeden auswärtigen Angriff zurückzuweisen. Ein Theil der Gränzlinie wird rektifizirt, indem die Gränze sich bis an die zwischen Rußland gelegenen Berge ausdehnt. 2) Einführung europäischer Institutionen, wobei jede der kontrahirenden Mächte vertreten wird und welche den Zweck haben, die Freiheit der Donau und ihrer Mündungen zu sichern, mit Ausnahme der besonderen Positionen der Uferstaaten, welche nach den die Flußschifffahrt betreffenden, in der Wiener Kongreß-Akte niedergelegten Grundsätzen geregelt werden sollen. Stationirung eines oder zweier kleinen Kriegsschiffe jeder der kontrahirenden Mächte an der Mündung des Flusses, um daselbst über die gewissenhafte Beobachtung der die freie Donauschifffahrt betreffenden Verfügungen zu wachen. 3) Neutralisirung des schwarzen Meeres. Die Gewässer desselben werden den Handelsflotten aller Nationen geöffnet, den Kriegsflotten jedoch verschlossen seyn. Es wird daselbst mithin kein militärisches See-Arsenal angelegt oder beibehalten werden. Institutionen, welche dem Völkerrechte und den bestehenden Gebräuchen entsprechen, werden die Handels- und maritimen Interessen aller Nationen in den betreffenden Häfen des schwarzen Meeres schützen. Vereinbarung zwischen Rußland und der Türkei über die Zahl der zum Küstendienste nothwendigen leichten Fahrzeuge von bestimmter Kraft durch einen gegenseitigen Vertrag zwischen diesen beiden Mächten, welcher, nachdem ihn die übrigen kontrahirenden Mächte genehmigt haben, einen integrirenden Theil des allgemeinen Vertrages bilden wird und nicht ohne Einwilligung der unterzeichnenden Mächte modifizirt oder aufgehoben werden kann. 4) Die ohne Beeinträchtigung der Unabhängigkeit des Sultans erfolgende Sanktionirung der Immunitäten der Rajah-Unterthanen der Pforte. Rußland wird eingeladen, sich den Berathungen beizugesellen, welche zwischen Oesterreich, Frankreich, England und der Pforte Statt gefunden haben, den christlichen Unterthanen des Sultans ihre religiösen und politischen Rechte zu sichern. Die kriegführenden Mächte behalten sich das Recht vor, noch außer den vier Punkten mit besonderen Bedingungen im europäischen Interesse hervorzutreten. So berichtet „Le Nord". Wenn unseren Lesern Einiges oder Vieles in den vorstehenden Friedens-Vorschlägen als unklar oder lückenhaft erscheinen sollte, so liegt die Schuld nicht an uns und vielleicht eben so wenig an dem Nord-Korrespondenten.

* London, 10 Jan. Die „Morning Post" glaubt zu wissen, daß die russische Antwort auf die durch Graf Esterhazy überbrachten österreichischen Vorschläge nach Wien abgegangen sey. Rußland macht neue Eröffnungen. — Die diese Antwort enthaltende Depesche ist an Fürst Gortschakoff gerichtet.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 31. Dezbr. General Larchey hat, so will man wissen, im Kriegsrath die Nothwendigkeit, Omer Pascha durch andere Heerführer zu ersetzen, dargethan. Die türkischen Minister hätten sich aber gegen dessen Abberufung erklärt. Selim Pascha zählt in Erzerum eine Macht von 10,000 Mann Infanterie und 1700 Mann Kavallerie. (T. D. d. Ostd. P.)

* Konstantinopel, 31. Dezbr. (Aus französischen Berichten.) Die Krim-Korrespondenzen bringen nur Nachrichten von untergeordneter Bedeutung: „Die Russen hatten ihr Feuer nur ausgesetzt und damit bereits schon wieder begonnen. Ihre Geschosse sind namentlich gegen die Docks gerichtet. Da sie bemerkt haben werden, daß man die zum Sprengen nöthigen Pulvervorräthe dahin gebracht hat, so hoffen sie durch ihr Feuer irgend eine Explosion herbeiführen und unsern Arbeiten empfindlich schaden zu können, aber ihre neue Taktik war nur von sehr geringem Erfolge begleitet. Man erwartet im Gegentheil, die Docks, trotz der russischen Kanonade, trotz des schlechten Wetters und trotz der diplomatischen Verzögerungen, demnächst springen zu sehen. Die ganze Armee freut sich auf dieses Ereigniß, das in die Einförmigkeit des Lagerlebens einige Abwechslung bringen wird. — Die in einem englischen Regiment vorgekommenen Cholera-Fälle sind nicht ernstlich beunruhigend. Seit 8 Tagen kamen nur wenige vereinzelte Fälle vor und zwar 4 in Kamara (wovon 3 tödtlich) und nur 2 im Hafen von Kamiesch; aber ein englisches Schiff wurde empfindlicher heimgesucht."

Die in Kamara stehenden Artilleristen haben eine ziemlich wichtige Entdeckung gemacht. — Bekanntlich suchte man seit langer Zeit Quellen und Brunnen für den Bedarf der Lager. Da die zahlreichen Nachforschungen fruchtlos blieben, so mußte man mit Recht über die Seltenheit des Wassers und den Mangel an für die Einwohner hinlänglichen Leitungen staunen. Jüngst nun, als die Artilleristen in der Nähe der Kirche von Kamara an der Ausbesserung der Abzugskanäle arbeiteten, stießen sie bei ihren Grabungen auf einen ungeheuren von Menschenhänden zugehauenen Stein. In einem Augenblicke war der geheimnißvolle Stein aufgestellt und weggewälzt und man gewahrte nun einen vorzüglichen Süßwasser-Brunnen, dessen Vorhandenseyn uns die Russen in dieser Weise verborgen hatten. Diese Entdeckung läßt vermuthen, daß noch andere, ebenso versteckte Brunnen und Quellen vorhanden seyen und es ist wahrscheinlich, daß die bereits auf allen Seiten begonnenen Nachgrabungen nicht ohne Erfolg — und Wasser bleiben werden.

Die auf Regen und Schnee gefolgte durchdringende und andauernde Kälte führte den Spitälern viele französische Soldaten zu. Diese Fälle werden vorzugsweise der Nachlässigkeit der Soldaten zugeschrieben, die, nachdem sie in Wasser und Schnee gegangen waren, sich Abends auf ihre Lagerstätten warfen, ohne die Füße zu trocknen oder die feuchten Schuhe abzulegen. — Man beschloß nun, in jeder Kompagnie Talg und

ranziges Fett zu vertheilen, um damit die während des Schlafs der Kälte ausgesetzten Glieder zu schmieren. Diese Maßregel, selbst wenn sie keinen andern Nutzen hätte, als den, die Soldaten zu zwingen, ihre nassen Schuhe auszuziehen, wird allgemein für wirksam gehalten — Uebrigens ist es bekannt, daß Fett ein vorzügliches Präservativmittel gegen die Kälte ist und in den härtesten Klima's Rußlands von dem Volke angewendet wird.

* Wir entnehmen einer andern französischen Korrespondenz aus der Krim vom 27. Dezbr. folgendes: „Das wieder eingetretene Thauwetter hatte das ganze Lager in eine ungeheuere Cloake verwandelt. Man spricht hier noch immer von den seit 14 Tagen auf der See vorgekommenen Unglücksfällen. Außer den Schiffbrüchen an der Küste von Kamiesch und Eupatoria, zählt man 10 bis 12 Schiffe, die an der asiatischen Küste Angesichts Trebizonde und Suchum zu Grunde gegangen sind. Um Ihnen einen Begriff von dem furchtbaren Wetter im schwarzen Meere zu geben, brauche ich nur anzuführen, daß das französische Paquetboot „Mentor“ von Konstantinopel nach Kamiesch 16 Tage unterwegs war. — Vorgestern brachte ich den Abend mit einem aus Eupatoria angenommenen türkischen Offizier zu. Er entwarf mir ein gerade nicht günstiges Bild von dem Zustande der türkischen Armee. Die Soldaten und schlecht gekleidet und ungenügend genährt, und zahlreiche Sterbefälle sind davon Folge. Die Entbehrungen, welche diese armen türk. Soldaten erdulden, müssen ihnen um so schwerer fallen, als sie neben sich die Truppen des Generals Allonville im Ueberfluß schwimmen sehen.“

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 11. Januar. Für span. wurden bei lebhafter Kauflust höhere Kurse bezahlt, auch mehrere Anlehens-Loose besonders badische 35 fl. Loose wurden besser bezahlt.

Oesterr. Credit-Aktien wurden zu 109 ⅜ ½ ⅛ 109 ¼ umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83¾ P. 83½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 66⅜ P. 65⅛ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. 77⅛ P. 76⅝ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 69⅞ P. 69⅝ G.
„ 4½pCt. „ 57⅝ P 57⅜ G.
„ 4pCt. „ 51¾ P. 51¼ G.
„ 3pCt. „ 39¼ P 38¾ G.
„ 1pCt. „ 13½ P. 13¼ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 958 P. 953 G
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 210 G.
„ 250 „ „ von 1839 111½ P. 111 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 81⅞ P 81⅝ G
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 208½ P. 206½ G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100½ P 100 G.
„ 4pCt. „ 94 P. 93½ G.
„ 3½pCt. „ 86 P. 85½ G.
„ 10fl. ablös. Rente 91½ P. 93¾ G
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 149¾ P. 149¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 139¾ P. 139¼ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 86½ P. 86 G
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 3½pCt. „ 88½ P 88 G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88½ P. 88 G.
Badische 50 fl. Loose 76½ P. 76¼ G.
„ 35 „ „ 46⅞ P. 46⅝ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99⅞ P 99⅜ G.
„ 3½pCt. „ 93 P. 92½ G
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 109¼ P. 108¾ G.
„ „ 25 „ „ 33⅛ P. 32⅞ G
Darmstädter Bankaktien 285½ P. 283½ G
Kurhessische 40 Thaler Loose 36½ P. 36¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 54¾ P. 51¼ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G
„ 3½pCt. „ alte 93¾ P 93¼ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118⅞ P. 118⅜ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 325 P. 317 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 78 P. — G

Polen 500 fl. Partial — P 79¼ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 35⅛ P. 34⅞ G.
„ 1pCt. neue 21¾ P. 21⅝ G
Holland Integrale 63 P. 62½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 92½ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118⅞ P. 118⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120½ P. 119⅝ G	Mail. i. S Lr. 250 k S 100¾ P 100¼ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 100⅜ P 100⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94 P. 93¾ G
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 96¼ P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k S. 94 P. 93¾ G
Hamb. MB. 100 k. S 88¾ P 88¼ G.	Wien d. 100 C. k S. 107¾ P. 107½ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 107¼ P. 107 G.

Disconto — P. 3½pCt. G.

Wien, 10. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl 76⅞; 5Cpt. Met. 73¾; 4½pCt. 63½; Lotterie-Anlehensloose von 1839 — —; dito von 1854 93¼; Bankaktien 888; Bank-Interimsaktien 91; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien — —; Wechselkurse: Augsburg uso 111¼ P.; London 10.52 B. Geldkurs: Dukaten —

Nichtpolitische Zeitung.

In Kopenhagen ist der Gottesdienst, den die kürzlich erst gebildete „Frei christliche Gemeinde“ unter dem Prediger Grunnet abhielt, von einem Pöbelhaufen so tumultuarisch gestört worden, daß das Einschreiten der Polizei nöthig wurde. (D. A. Z

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bohlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 13.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 13. Januar 1856.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 11. Jan. Die **Bundesversammlung** hat in Ausführung ihres Beschlusses vom 7. Novbr. 1851 in der gestrigen Sitzung beschlossen, den **wesentlichen Inhalt** ihrer **Verhandlungen**, so weit sich diese überhaupt zur Bekanntmachung eignen, von Anfang dieses Jahres an durch die Tagblätter und zwar zunächst durch die am meisten verbreiteten hiesigen Zeitungen zu **veröffentlichen**. (Fr.Pstz.)

Württemberg. **Stuttgart**, 11. Januar. Der im heutigen „Regierungsblatt" geschehenen Publikation des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854, über die **Verhinderung des Mißbrauchs der Presse**, ist eine von sämmtlichen Ministern unterzeichnete k. **Verordnung**, betreffend die Vollziehung dieses Bundesbeschlusses, angefügt, welche im Wesentlichen folgende Bestimmungen enthält: Für die Ausübung des Gewerbes eines Druckers, Buch-, Musikalien-, Kunsthändlers, Antiquars, Leihbibliothekars und Verkäufers von Zeitungen rc. ist eine Konzession erforderlich, die widerruflich ertheilt werden kann. Sie kann in Folge gerichtlicher Bestrafung oder administrativer Verwarnung entzogen werden. Der Hausirhandel mit Druckschriften und Bildern ist nur mit besonderer polizeilicher Erlaubniß gestattet; ebenso das Sammeln von Pränumeranten und Subskribenten. Von Zeitungen muß eine Stunde, bei Büchern 24 Stunden vor Ausgabe oder Versendung ein Exemplar an die Polizei übergeben werden; jede frühere Vertheilung ist verboten. Die Abgabe eines Exemplares an die öffentliche Bibliothek zu Stuttgart muß mit der Ausgabe erfolgen. Für periodische Druckschriften ist ein Redakteur zu bestellen, der für den ganzen Inhalt verantwortlich ist. Auch haben sie Kautionen zu bestellen und zwar bei 6mal in der Woche erscheinenden Druckschriften, je nachdem die Gemeinde mindestens 10,000 oder 5000 oder weniger Einwohner hat, beziehungsweise 8000, 7000 und 5000 fl., bei mehr als dreimaligem Erscheinen wöchentlich 6000, 4000 und 2000 fl. und bei seltener erscheinenden 3000, 2000 und 1000 fl. Wissenschaftliche und technische, sowie bloße Anzeige- und artistische Blätter sind davon befreit. Die Kaution ist baar oder in württembergischen Staatspapieren zu leisten. Weiter kommen Strafbestimmungen u. s. w. Wegen Ausführung einzelner Bestimmungen des Bundesbeschlusses (z. B. Entziehung der Preßprozesse von den Schwurgerichten) ist die Verabschiedung eines besonderen Gesetzentwurfs mit den Ständen vorbehalten. (Heilbr. T.)

Dänemark.

Kopenhagen, 8. Jan. Das an den Konseilpräsidenten Geheimrath **P. G. Bang** gerichtete Reskript, die Gräfin Danner betr., lautet wie folgt: „Frederik VII. u. s. w. Unsere besondere Gunst zuvor! Da wir es nicht für passend finden, daß Unsere am 7. August 1850 mit Louise Christine Lehnsgräfin Danner eingegangene, für die Gegenwart und Zukunft morganatische Ehe im Staatshandbuche für Unsere Monarchie mit Stillschweigen übergangen werde, so befehlen Wir Dir hiemit zu veranstalten, daß zu dem ersten von Uns handelnden Passus im Staatshandbuche die Worte hinzugefügt werden: „morganatisch vermählt den 7. August 1850 mit Louise Christine Lehnsgräfin Danner." Wonach Du Dich allerunterthänigst zu richten hast. Wir befehlen Dich Gott! Geschrieben auf Unserem Schlosse Christiansborg, den 1. Januar 1856. Unter Unserer königlichen Handschrift und Siegel. Frederik R. (L.S.)" (H.N.)

Großbritannien.

London, 9. Jan. Unter dem Titel: „What next and next?" ist so eben eine **Flugschrift Cobden's über den Krieg** mit Rußland erschienen. Nachdem der Verfasser die Bemerkung vorausgeschickt hat, daß die Verluste der Verbündeten an Todten und Verwundeten beinahe eben so groß gewesen seyen, wie die, welche Napoleon auf dem Schlachtfelde erlitten habe, um sich in den Besitz von Moskau zu setzen, und daß trotzdem Sebastopol immer noch nicht ganz im Besitze der Verbündeten sey, ergeht er sich in einer Menge von Hypothesen über den muthmaßlichen oder möglichen Verlauf des Kampfes und über die Bedingungen, unter welchen ein Friedensschluß zu Stande kommen könne. Sodann geht er in statistische Erörterungen über den Handel und die allgemeine Lage Rußlands ein und schildert Stimmung und Gesinnungen des russischen Volkes sowohl in religiöser, wie in politischer Beziehung. Den Schluß bilden einige Rathschläge, die er der englischen Regierung ertheilt und welche im Wesentlichen ungefähr auf Folgendes hinauslaufen. Vor allen Dingen empfiehlt Herr Cobden, so schnell wie möglich jeden britischen Soldaten aus dem russischen Gebiete zurückzuziehen, dessen Invasion er für einen groben politischen und strategischen Fehler hält. Ferner würde Herr Cobden, wenn er an der Stelle der gegenwärtigen Regierung wäre, zu der Politik zurückkehren, welche ihm zufolge die Regierung bei Beginn der Unterhandlungen einschlug, indem sie sich an Deutschland und Oesterreich wandte, als an die Länder, die bei der drohenden Gefahr am nächsten betheiligt und allein im Stande wären, das Vordringen Rußlands nach Westen zu verhindern. Denn wenn Deutschland und Oesterreich die Thür offen ließe, so sey es für England ein eitles Beginnen, sie schließen zu wollen. Nach Wiederherstellung des Friedens endlich würde ihm eine allgemeine Reduktion der europäischen Kriegsflotten als sehr räthlich erscheinen. Die „Times" faßt die Rathschläge Cobden's am Schlusse eines gegen die Flugschrift gerichteten Leitartikels in folgenden Worten zusammen: „Zieht Euer Heer zurück, entwaffnet Eure Flotte, versucht es, Deutschland zu Euren Ansichten zu bekehren, oder, wenn Euch das nicht gelingt, bekehrt Euch zu den seinigen. Was Ihr aber auch immer thut, laßt das russische Heer und die russische Flotte unversehrt, besteht nicht darauf, daß Rußland irgend welche Bedingungen annehme, sondern überlaßt die Türkei, Schweden und Norwegen seiner Rache und spinnt so lange Baumwolle, bis die unvermeidliche Stunde herankommt, wo durch einen friedlichen Triumph — denn eine Nation, welche so gehandelt hat, kann nie wieder das Schwert ziehen — das griechische Kreuz auf der Kuppel der Paulskirche prangt und unsere aufgeklärten Besieger in der Westminster-Abtei das Bildniß der heiligen Dreieinigkeit anbeten."

London, 8. Jan. Admiral Seymour, der zunächst unter Admiral Dundas in der Ostsee kommandirte, hat auf dem einen Auge, das bei der Untersuchung einer **Jakobischen Höllenmaschine** verletzt worden war, das Sehvermögen gänzlich eingebüßt.

Frankreich.

Paris, 10. Jan. Dem **großen Kriegsrath**, der unter dem Vorsitz des Kaisers in den Tuilerien heute seine erste Sitzung gehalten hat, wohnte der Herzog von Cambridge, der Prinz Napoleon, die Generale de Lamarmora, Canrobert, Bosquet, Niel, der Kriegsminister Vaillant, die Admirale Lyons und Dundas und der Marineminister Hamelin bei. Die Sitzung dauerte vier Stunden. Natürlich waltet das größte Geheimniß in Bezug auf die Verhandlungen. (Fr. Pstz.)

Der **Pariser** Korrespondent der „Oesterr. Ztg." schreibt: „Ich für meinen Theil nehme keinen Anstand, an die Richtigkeit des Gerüchtes zu glauben, dem zufolge der Kaiser der Franzosen zum Frhrn. v. Seebach, bevor Letzterer vor 14 Tagen unsere Hauptstadt verließ, gesagt hat: „Wenn die Westmächte sich nothgedrungen fühlen sollten, im nächsten Frühjahre den Kampf fortzusetzen, so werden sie nicht früher das Schwert in die Scheide stecken, bevor sie nicht eine zweckmäßige **Revision der Karte von Europa** erzielt haben werden."

Straßburg, 8. Jan. Von einer Verstärkung unserer Gränz-Besatzungen ist keine Rede, noch weniger von Aufstellung

größerer Militär-Korps am Rheine. Die Quellen, aus welchen derartige Gerüchte kommen, müssen vor der Hand wenigstens als schlecht unterrichtete bezeichnet werden. (K. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

In Konstantinopel ist eine französische Vaudeville-Truppe unter Direktion des Hrn. Danterny eingetroffen, welche zu Neujahr ihre Vorstellungen in Pera begann.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Aus Dresden, 8. Januar, wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Ueber die Reise des Herrn v. Seebach nach Petersburg ist so viel Irrthümliches verbreitet, daß es der Mühe verlohnt, aus sicherer Quelle einige Mittheilungen zu machen. Kaiser Napoleon hatte die sächsische Regierung für eine Einwirkung auf Petersburg zu interessiren gewußt, und diese bemühte sich auch in der That durch freundliche Vorstellungen in Petersburg für die Sache des Friedens. Eine solche Vermittlung der deutschen Mittelstaaten kam indessen dem Wiener Kabinet sehr ungelegen und mochte nicht ohne Einfluß auf dessen Entschluß geblieben seyn, mit den Westmächten sich über ein an Rußland zu stellendes Ultimatum zu vereinbaren. Die Verhandlungen führten zur Aufstellung jener Forderungen, welche Graf Esterhazy nach Petersburg gebracht hat. Von dem Augenblicke der Verständigung Frankreichs mit Oesterreich an hörten aber auch die Versuche des französischen Kabinets auf, das sächsische Kabinet zur Uebernahme von Vorstellungen bei der russischen Regierung zu benutzen, was mit der neuen zu Oesterreich gewonnenen Stellung auch nicht vereinbarlich gewesen wäre. Als Herr v. Seebach in Dresden aus Paris eintraf, war das Ultimatum Oesterreichs und der Westmächte bereits unterzeichnet, und es entstand nun die Frage, was der Verwandte des Grafen Nesselrode in Petersburg unternehmen sollte. Es wurde deßhalb an den Letzteren die Anfrage gerichtet, ob die Ankunft des Herrn v. Seebach noch genehm sey oder nützlich werden könnte, worauf denn eine Einladung erfolgte, welcher der sächsische Vertreter in Frankreich Folge leistete. Neue Aufklärungen, die Graf Nesselrode nicht bereits erfahren hätte, wird Hr. v. Seebach indessen schwerlich zu geben im Stande seyn, nachdem das Wiener Kabinet eine so bestimmt ausgeprägte Position gegen Rußland eingenommen hat."

Aus Rußland.

Aus Berlin, 7. Jan. wird dem „Morning Chronicle" telegraphirt: „Die Nachrichten, welche wir aus Petersburg erhalten, lauten mehr und mehr ungünstig für den Frieden. Die defensiven Rüstungen werden mit unglaublichem Eifer betrieben und ohne Rücksicht auf die Kosten. Die Ernennung des Fürsten Mentschikoff zum Befehlshaber von Kronstadt ist ein Zeichen des überwiegenden Einflusses der exklusiven altrussischen Partei. Den letzten Nachrichten aus Konstantinopel zufolge, ist der österreichische Internuntius offenbar angewiesen, sich auf's beste mit der französischen Gesandtschaft zu stellen. Man glaubt hier, daß Oesterreich ein Sinken des englischen Einflusses mit Freuden sehen würde."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 12. Januar. Mehrere österr. Fondsgattungen, sowie Eisenbahnaktien wurden niedriger abgegeben, während span. sich fest behaupteten.

Oesterr. Credit-Aktien wurden zu 109⅛ ¼ 109 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83¾ P. 83½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 66¼ P. 66 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. 77⅛ P. 76⅝ G
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 69⅜ P. 69⅛ G.
„ 4½pCt. „ 57 P 56¾ G.
„ 4pCt. „ 51¼ P. 51 G.
„ 3pCt. „ 39¼ P 38¾ G.
„ 1pCt. „ 13½ P. 13¼ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 958 P. 953 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 210 G.
„ 250 „ „ von 1839 111½ P. 111 G.
„ 4pCt 250 „ „ von 1854 84¼ P. 84 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 204 P. 202 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100⅝ P. 100⅛ G.
„ 4pCt. „ 94 P. 93½ G.
„ 3½pCt. „ 86 P. 85½ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 94¼ P. 93¾ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 149¼ P. 148¾ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 137⅛ P. 136⅝ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 86½ P. 86 G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 3½pCt. „ 88½ P 88 G
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¼ P. 87¾ G.
Badische 50 fl. Loose 78½ P. 78 G.
„ 35 „ „ 46¾ P. 46½ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 102¼ G.
„ 4pCt. „ 100 P 99½ G.
„ 3½pCt. „ 93½ P. 93 G
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 109½ P. 109 G.
„ „ 25 „ „ 33 P. 32¾ G
Darmstädter Bankaktien 285 P. 283 G
Kurhessische 40 Thaler Loose 36⅜ P. 36⅛ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex Coup. 54⅛ P. 51 G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
„ 3½pCt. „ alte 93½ P 93 G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118¾ P. 118¼ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 320 P. 317 G
Frankfurt Hanauer Eisenbahn — P. 78 G.

Polen 500 fl. Partial — P 79¼ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 35⅛ P. 34⅞ G.
„ 1pCt. neue 21¾ P 21⅝ G
Holland Integrale 63 P. 62½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 92½ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100½ P. 100¼ G	Lond. Lst. 10 k.S. 118¾ P. 118¼ G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120¼ P. 119⅞ G	Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 100¾ P. 100½ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 100⅜ P. 100⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k.S. 94 P. 93¾ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96¼ P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k.S. 94 P. 93¾ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88¾ P. 88½ G.	Wien fl. 100 C. k.S. 107½ P. 107¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 107 P. 106¾ G.
Disconto — P. 3½ pCt. G.	

Wien, 11. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 77; 5pCt. Met. 73⅞; 4½pCt. 64; Lotterie-Anlehenslooſe von 1839 124½; dito von 1854 93¾; Bankaktien 895; Bank-Interimsaktien 90; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen 91; Nordbahnaktien 2205; Wechselkurse: Augsburg uso 111½ P.; London 10.53 B. Geldkurs: Dukaten —.

Amsterdam, 7. Januar. In Waizen zu höheren Preisen lebhafter Umsatz, 130 Pfd. bunter poln. 630 fl., 129 Pfd. bunter do. 620 fl., 126 Pfd. do. 610 fl., 127 Pfd. gering do. 570 fl., 127 Pfd. rhein. 514 fl., 126/27 Pfd. do. 514, 520 fl.

Roggen in Partien bedeutend höher, 120 Pfd. preußischer 390 fl., 118 Pfd. do. 384 fl., 121 Pfd. Norder 396 fl.

Kohlsaat loko, Elbe 87 L., ostfries. 93 L.

Leinsaat ohne Handel.

Rüböl effekt. unverändert, auf Lieferung williger, kompt. 58 fl., per Mai 56 fl., per Septbr.-Oktbr.-Dezbr. 49 fl.

Leinöl effektiv, namentlich aber auch per Frühjahr angenehm, kompt. 43½ fl., per April-Mai 44 a 44½ fl.

Nichtpolitische Zeitung.

• Von Schlosser's „Weltgeschichte für das deutsche Volk", wird demnächst die Schlußlieferung erscheinen. Schlosser's Name hat einen zu guten Klang unter den deutschen Geschichtschreibern ersten Ranges, als daß sein großes Nationalwerk noch irgendwie einer besonderen Empfehlung bedürfte. Auch das deutsche Publikum hat sein Urtheil über den Werth desselben bereits thatsächlich ausgesprochen durch die lebhafte Theilnahme, die es dem Unternehmen zugewandt hat. Es zählt nämlich, wie wir aus einem uns zugekommenen Rundschreiben der Verleger ersehen, dieses Werk im Ganzen über 24.000 Subskribenten und voraussichtlich wird die Zahl der Abnehmer nach Vollendung des Ganzen noch um ein Beträchtliches wachsen. Besonders interessant ist die dem erwähnten Rundschreiben beigegebene Uebersicht der Anzahl der Exemplare, welche an verschiedenen Orten bisher abgesetzt wurden; denn man kann daraus einigermaßen, wenn auch nicht mit voller Sicherheit, auf den allgemeinen Bildungsstand der verschiedenen Gegenden schließen. So finden wir in Wien 630 Subskribenten, in Berlin nur 490. Die meisten Subskribenten zählt Frankfurt a. M., 850. Würzburg zählt deren 60 und zeichnet sich dadurch vortheilhaft vor andern gleich großen oder größeren Städten aus, wie z. B. Erfurt, Potsdam, Frankfurt a. O., deren jede nicht 25 aufzuweisen hat.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 14.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 14. Januar 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 11. Jan. (Privat-Korresp.) (Schluß des Berichts der 21. Sitzung der Kammer der Abgeordneten) Wie schon erwähnt, veranlaßten die Anträge des Ausschusses bez. der Getraidemagazinsfonds [1) Verkauf sämmtlicher Materialbestände desselben und 2) Verwendung der Fonds des Getraidemagazins zur Minderung der alten Schuld] einige Debatte. Der Referent Abg. Dr. Schlör, der zuerst beantragt hatte, den Zinsenertrag dieses Fonds zur Unterstützung armer Gemeinden bei Gründung von Gemeinde-Getraidemagazine zu verwenden, welchem Antrage der Ausschuß aber nicht beitrat, erklärt, daß er sich jetzt den Ausschußanträgen anschließe, weil viele Gemeinden bereits Magazine errichtet, anderen aber mit den nur geringen Renten aus den fraglichen Fonds nicht viel geholfen werden könne. Abg. v. Closen erklärt sich wohl einverstanden mit dem ersten Antrage des Ausschusses nicht aber mit dem zweiten, denn er will Verwendung des Fonds zur Unterstützung ärmerer Gemeinden und reproduzirt deßhalb den ursprünglichen Antrag des Referenten.

Abg. v. Lerchenfeld als Urheber des Ausschußantrages rechtfertigt denselben dadurch, daß die betreffende Unterstützung sehr *klein ausfallen* würde, und gleich einem Tropfen Wasser *auf heißem Stein* spurlos verschwinden würde. Der Staat sey auch nicht da, um Almosen zu geben, jedenfalls sey es besser, den betr. Fonds zur Schuldentilgung zu verwenden. Er könne zur Errichtung von Gemeinde-Magazinen ohnedies nicht rathen, da die Gemeinden es doch nicht freiwillig thäten, sondern nur gezwungen. Wer glaube, eine halbe Million aus Staatsmitteln verschenken zu dürfen, möge dem Antrage Closens beistimmen, wer nicht, müsse den Antrag des Ausschusses annehmen. Abg Fürst Wallerstein erklärt sich ebenfalls gegen Getraide-Magazine; da jedoch die schon von der letzten Kammer angenommenen deßfallsigen Anträge wieder eingebracht wurden und demnächst in der Kammer zur Berathung kommen, so will er diesen nicht vorgreifen, erklärt sich aber gegen Verwendung der Fonds zur Unterstützung der Gemeinden und für den Ausschußantrag, will aber die Verwendung nicht zur Tilgung der alten, sondern der neuen Schuld, da hiedurch 60–70,000 fl. am Budget erspart werden könnten. Referent Dr. Schlör: Durch die seinerzeitige Errichtung des Getraidemagazins sey die alte Schuld belastet worden, es rechtfertige sich deßhalb die Verwendung der Fonds desselben für diese Schuld. Abg Sedelmaier erklärt sich für die Verwendung zur Unterstützung der Gemeinden, denn der Staat könne sich in theueren Zeiten doch einer derartigen Unterstützung nicht entschlagen, und es sey besser, wenn man die Mittel hiezu schon in Händen habe, als wenn man sie dann erst schaffen müsse, Er wünscht deßhalb, daß die Materialbestände verkauft, die Fonds zur Verfügung der Regierung gestellt würden zur Unterstützung da, wo es noth thue. Abg. Frhr. v. Rotenhan erklärt sich für den Verkauf der Materialbestände, hält es aber für bedenklich, besonders unter den dermaligen Verhältnissen, wenn man den Fonds zu einem ganz andern Zwecke, als wozu er geschaffen, verwenden würde, er wünscht deßhalb, daß das Kapital vorerst admassirt werde, um in Zeiten der Theuerung nach Gutdünken verwendet werden zu können. Abg. Dr. Mantel schließt sich der Ansicht Sedelmaiers an. Abg. Dr. Ruland will nur die Verwendung zur Tilgung der alten Schuld und glaubt, daß man dieß den älteren Staatsgläubigern schuldig sey. Abgeordneter v. Lerchenfeld erörtert die Entstehung des Magazins und daß durch dasselbe die ältere Schuld belastet wurde, weßhalb sich der Antrag des Ausschusses auch rechtfertige. Der Staat sey nicht da um die Armen mit Geld zu unterstützen, das wäre auch die schlechteste Art der Unterstützung, er habe nur die Pflicht zu sorgen, daß die Armen Geld verdienen, um sich selbst Brod kaufen zu können. Abg. Frhr. v. Rotenhan wünscht, daß der Beschluß über die Verwendung der Fonds wenigstens bis zur Budgetberathung ausgesetzt werde, womit sich v. Closen und Fürst Wallerstein einverstanden erklären.

Nach einigen Bemerkungen des Referenten bemerkte dann der kgl. Staatsminister der Finanzen, daß die Fragen der Magazinirung und der Schuldentilgung, die in die heutige Debatte gezogen wurden, nicht zu derselben gehören, und er sich deßhalb hierüber nicht zu äußern brauche. Bezüglich der Sache selbst wünscht der Hr. Minister den Fortbestand des Magazins, wie es bisher bestanden, da es unter Umständen sehr nothwendig seyn könne, daß die Regierung theils mit Geld, theils mit Getraide einzelne Gegenden unterstütze, wie sie in den letzteren Jahren den Spessart und einige Gegenden Oberfrankens unterstützt habe, zum großen Danke der Bevölkerung. Zur Schuldentilgung würde der Fonds ohnedies nur eine geringe Rente liefern, die alte und neue Schuld hätte ihre Dotirungen, und wenn diese auch nicht so reichlich geflossen sind, als man gehofft, so sey doch alles geschehen, damit die Staats-Gläubiger nicht verkürzt würden. Bezüglich der weitern Staatsfonds wurde keine Erinnerung gemacht.

Zu dem Industrieunterstützungsfonds schlägt der Ausschuß folgenden Antrag vor: „Es möge der Nachweisung über den Industrieunterstützungsfonds eine Einrichtung gegeben werden, daß aus derselben sowohl der jährliche Anfall der vertragsmäßigen Rückzahlungsraten und Zinsen als auch die wirkliche Erfüllung dieser Anfälle entnommen werden kann."

Auf einige Bemerkungen Lerchenfeld's bezügl. dieses Fonds gab der kgl. Ministerialrath Pfeuffer die Versicherung, daß die ganze Million, welche dem Industrieunterstützungsfonds zugewiesen worden sey, nach bisheriger Erfahrung demselben auch werde erhalten bleiben, und zwar sowohl die 731,335 fl., welche das Handelsministerium selbst verwaltet, die nur als Vorschüsse verwendet würden, als auch die 335,330 fl., welche den Gewerbevereinen als Zuschüsse gegeben wurden, da sie diesen als Stammkapital zu dienen haben, und sich bisher nicht nur nicht vermindert, sondern bei vielen Vereinen selbst vermehrt hätten. — Die nun erfolgte Abstimmung ergab, daß sämmtliche Anträge des Ausschusses angenommen wurden, mit Ausnahme jenes, welcher die Verwendung der Getraide-Magazin-Fonds zur Schuldentilgung vorschlägt, vielmehr beschloß die Kammer nur die verzinsliche Anlegung des Kapitals, so daß die der Frage Verwendung erst später beim Budget zu entscheiden ist.

** München, 12. Januar. (Privat-Korrespondenz.) **22. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die königlichen Staatsminister v. d. Pfordten, Dr. Aschenbrenner und Dr. Ringelmann.

Der neueintretende Abg. Wolf aus der Pfalz wird beeidigt und dann zur Berathung über die Staats-Einnahmen pro 1852/53 geschritten. Der Ausschuß beantragt, den Nachweisungen der Anerkennung zu ertheilen — am Schlusse der Debatte aber stellte Abg. v. Lerchenfeld zwei Anträge, resp. beantragt zwei Verwahrungen (siehe Schluß dieses Berichts). Es kommt zunächst die Position „direkter Steuern" an die Reihe und Abg. Fürst Wallerstein verweist hiebei auf die Schwierigkeit, das Budget auf 6 Jahre hinaus zu bestimmen; er erwähnt ferner, daß noch mit jeder Finanzperiode die Staatseinnahmen erhöht werden mußten, sowie, daß die Grundsteuer eine Höhe bereits erreicht habe, die eine weitere Erhöhung nicht zulasse, sowie, daß sich die Gewerbsteuer in derselben Lage befinde.

v. Lerchenfeld. Aus den Nachweisen ergeben sich, daß alle Staatseinnahmen die Budgetsätze nicht nur erreicht, sondern, mit Ausnahme des Lotto, sogar überschritten haben, es zeigt demnach, daß die Voranschläge vollständig nachhaltig waren. Wenn demungeachtet der Abschluß des Jahres ein ungünstiger war so hätte hiervon nicht die Einnahme, sondern die große Ausgabe auf den Reservefonds die Schuld, von welchem man mit einer Generosität Gebrauch gemacht habe, wie nie zuvor

Die von ihm beabsichtigten zwei Anträge werde er am Schluß stellen.

Abg. Rebenak. Die Steuernachlässe würden in den diesseitigen Provinzen von der Staatskasse gewährt, in der Pfalz aber müsse sie der Kreisfonds tragen. Da aber seit 1849 die Pfalz die gleichen Steuern wie die andern Kreise habe, so rechtfertige sich diese Ungleichheit nicht mehr und er ersuche deßhalb den Ausschuß, bei Berathung des Budgets auf diesen Umstand Rücksicht zu nehmen.

Bei den indirekten Steuern, „bei den Taxen", erklärt sich Abg. Fürst Wallerstein gegen das neu gegründete Institut der Taxbeamten, denn er hält dasselbe an und für sich nicht für zweckmäßig, glaubt, daß durch die Taxbeamten die Taxen in die Höhe geschraubt würden, weil dieselben bekanntlich Tantiemen beziehen, und ist schließlich der Ansicht, daß, weil in betr. Verordnung gesagt, daß die Taxbeamten, wenn sie lange und treu gedient haben, Ansprüche haben sollen, wie pragmatisch angestellte Beamte, hiedurch gegen die Bestimmungen des IX Verfassungsediktes gehandelt worden sey.

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld hält ebenfalls das Institut der Taxbeamten für kein glückliches. Dasselbe widerspreche auch dem Art. 60 des Gerichtsorganisationsgesetzes, dem er zwar seiner Zeit nicht beigestimmt habe, der aber doch im Gesetze stehe, und, so lange nicht abgeändert, vollzogen werden müsse. Neue Beamten sollten zudem nur angestellt werden, wenn die Nothwendigkeit hiezu vorliege. Die Geschäfte der Taxbeamten hätte man den Rentbeamten übertragen können, deren Geschäfte durch das Ablösungsgesetz sehr vereinfacht worden seyen. Durch Einführung von Gemeindesteuereinnehmern, wie früher in Unterfranken, und jetzt noch in der Pfalz würden zudem die Geschäfte der Rentbeamten noch mehr vereinfacht und erleichtert werden.

Abg. v. Closen. Während die zu Taxbeamten ernannten früheren Oberschreiber als solche nur einen Gehalt von 300 fl. hatten, stünden sich jetzt Viele auf 800 fl., sohin besser wie die Landgerichtsassessoren, sie hätten aber jetzt weniger zu thun als früher. In Oesterreich sey das Tax- und das Stempelwesen verbunden und eine solche Einrichtung sey auch bei uns zu empfehlen.

Abg. Fürst Wallerstein erklärt hierauf, daß er einen hierauf bezüglichen Antrag bereits der Kammer vorgelegt habe.

Der kgl. Staatsminister der Finanzen. Bei Berathung dieses Antrages werde sich Gelegenheit bieten, das Institut der Taxbeamten in näherer Weise zu besprechen, er wolle deßhalb heute nur kurz den Standpunkt der Regierung bezeichnen. Die früheren Klagen wegen Ueberhäufung der Landgerichte mit Geldgeschäften und die Haftungsverbindlichkeit der Landrichter, die diese abhalten, sich mit den anderen ihnen zustehenden Geschäften zu befassen, hätten die Einrichtung der Taxbeamten veranlaßt, denen sich die Kammer früher auch nicht abgeneigt gezeigt habe. Der Herr Minister widerlegte dann in Kürze die gegen die Taxbeamten vorgebrachten Einwendungen, und behielt sich die nähere Erörterung vor, bis zur Berathung des vom Fürsten Wallerstein eingebrachten besonderen Antrages. — Die weiteren Positionen veranlassen zu keiner Erinnerung.

Bei dem Abschlusse stellte dann Frhr. v. Lerchenfeld seiner im Ausschußprotokoll niedergelegten Verwahrung entsprechend, folgende zwei Anträge: „Es sey den von dem königl. Ministerium der Finanzen übergebenen Nachweisungen der Staatseinnahmen aus Zentralfonds für das Verwaltungsjahr 1852/53 die Anerkennung in der Art zu ertheilen: 1) daß die in diesem Jahre erfolgte nachträgliche Realisirung des durch das Finanzgesetz vom 25. Juli 1850 § 16 lit. f eröffneten eventuellen Kredits im Betrage von 1,200,000 fl. nur bis zum Belaufe von 952,420 fl. 40 kr. als gerechtfertigt anerkannt und hinsichtlich des Mehrbetrags die endliche Beschlußfassung bis zur Vorlage der Nachweisungen des Verwaltungsjahres 1854/55 vorbehalten wird, 2) daß ebenso Verwahrung eingelegt wird gegen die Behandlung des Passivrestes von 944,155 fl. in der Rechnung pro 2852/53, welcher nicht von den Aktivbeständen der 4. und 5. Finanzperiode in Abzug zu bringen war, sondern in die Rechnung pro 1853/54 als Last des laufenden Dienstes der 6. Finanzperiode überzugeben hatte."

In Folge der im Laufe der Debatte von dem k. Finanzministerialrath v. Wanner gegebenen Erläuterungen stellte dann Frhr. v. Lerchenfeld den weitern Antrag, „die Nachweisungen über die Staatseinnahmen an den 2. Ausschuß, behufs der Berichterstattung über die Erklärung des kgl. Ministerialraths über die Frage der Kredit-Realisirung, zurückzugeben." Bei der Abstimmung wurde dieser Antrag angenommen und dann auch dem oben angeführten zweiten Antrag Lerchenfelds beigestimmt, während der erste Antrag ausgesetzt bleibt bis zur neuen Berichterstattung des Ausschusses. Mit der Bemerkung, daß der Ausschuß diesen Bericht schon in der nächsten Sitzung am Montag vorlegen werde, schloß der Präsident die heutige Sitzung. Auf die in Rede stehende Erklärung des k. Kommissärs kommen wir nach Vorlage des Ausschußberichts zurück.

× **Preußen.** Berlin, 10. Januar.*) (Privat-Korresp.) Als die Einnahme von Kars durch die Russen hier bekannt geworden war, wurde in dem hiesigen russischen Gesandtschafts-Hotel eine Feierlichkeit auf diesen Sieg veranstaltet. An dieser hatten auch einige höhere preußische Militärs Theil genommen. Diese Begebenheit ist Veranlassung zu der Mittheilung gewesen, daß Lord Clarendon sich in ernster Weise über die Betheiligung preußischer Offiziere an dieser Feier ausgesprochen habe. Ich glaube behaupten zu können, daß dies nicht geschehen ist, daß aber von Allerhöchster Stelle her dieser Schritt preußischer Militärpersonen gemißbilligt, und daß sogar in diesem Sinne ein Tagesbefehl erlassen worden ist. Es ist der Grundsatz dabei gewahrt, daß Militärpersonen sich von politischen Demonstrationen fern zu halten haben.

Hannover. Göttingen, 9. Jan. Die Angabe, daß dem Bibliothek-Sekretär Ewien der Urlaub verweigert worden, ist dahin zu präzisiren, daß das Universitäts-Kuratorium demselben nicht sowohl den Urlaub, als vielmehr von vornherein die nach der oktroyirten Verfassung für Staatsdiener wieder erforderliche allgemeine Erlaubniß zum Eintritt in die Ständeversammlung versagt hat, bei welcher eine nachträgliche Urlaubsverweigerung aus Rücksichten des Dienstes immerhin vorbehalten bleiben konnte. (Z. f. Nd.)

Freie Städte. Hamburg, 12. Jan. Hr. Campe war in Folge des Senats-Dekretes vom 9. d. M. für diesen Mittag abermals bei 50 Rthlr. sofort zu exequirender Strafe, zur Ablegung eines Zeugnisses auf die Polizei geladen worden. Mittlerweile hatte derselbe dem Kollegio der Oberalten eine Rekurs-Einwendung gegen die Dekrete des Senats vom 28. Dezember, 2. und 9. Januar und gegen die entsprechenden Polizei-Erlasse eingereicht, und um Gestattung näherer Begründung des Rekurses bis zum 16. gebeten, auch zugleich die Inhibirung der weiteren Maßregeln bis nach endgültig erledigtem Rekurse beantragt. Obwohl die Einwendung dieser verfassungsmäßigen Berufung dem Polizei-Amte sofort dokumentirt worden war, so erließ dasselbe dennoch bereits gleich nach Mittag eine Pfändungs-Androhung wegen verwirkter 50 Reichsthaler. Die Oberalten haben demnächst in heutiger Sitzung dekretirt: „Daß auf das Fristgesuch nicht einzugehen sey, da in Rekurssachen lediglich die bereits eingeforderten Vorakten in Betracht kommen, nach deren Eingang Ehrbare Oberalten definitiv Bescheid ertheilen werden." Ob dessen ungeachtet mit der Pfändung vorgeschritten werden wird, steht zu erwarten. (Hamb. Nachr.)

Oesterreich. Wien, 10. Jan. Die „Gazetta uffiziale di Venezia" vom 7. d. M. bringt ein Rundschreiben des Patriarchen von Venedig an alle Drucker und Buchhändler der ganzen Diözese, dem Inhalt nach ganz ähnlich dem Rundschreiben des Mailänder Erzbischofs, der Sache nach und in Ausdrücken viel positiver und diktatorischer. Dasselbe spricht ein Verdammungsurtheil aus nicht bloß über das ganze neunzehnte Jahrhundert, sondern auch insbesondere über die staatliche Gesetzgebung der Presse gegenüber. Es heißt darin: daß „kein Geistlicher oder Weltlicher weder als Verfasser, noch als Händler irgend eine Schrift veröffentlichen darf, welche direkt oder indirekt Religion und Moral betrifft, oder im Allgemeinen sich auf Liturgie und Verfassung der Kirche bezieht, und auch keine andere, sie möge was immer für Materie behandeln, wenn er nicht früher die Approbation unserer kirchlichen Zensur erhalten hat; ferner ist verboten, was immer für ein Buch von einem andern Orte ohne Autorisation der kirchlichen Zensurbehörde einzuführen", und es solle zur Aufrechthaltung dieses Verbotes nicht bloß „durch eigene Mittel der ungerechte Handel streng unterdrückt, sondern auch der wachsame weltliche Arm angerufen werden, welcher der Kirche versprochen wurde." (A. Z.)

Wien, 10. Jan. Der von seiner Dienstreise nach Dresden zurückgekehrte k. sächsische Gesandte, Hr. v. Könneritz, hatte gestern bald nach seiner Ankunft eine mehrstündige Besprechung mit dem Grafen v. Buol. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Odessa, 31. Dez. Eine wegen Unterschlagung und Veruntreuung von Staatsgeldern seit längerer Zeit eingeleitete fiskalische Untersuchung ist jetzt durch Urtheilsspruch des Kriegsgerichtes, der, vom Kaiser bestätigt, heute unserm Ge-

*) Verspätet uns zugekommen.

neral Gouverneur zugegangen ist, erledigt, und wird das Erkenntniß auf Befehl des Kaisers im ganzen Lande — mit Namens-Nennung der betheiligten Personen — demnächst publizirt. In Folge desselben ist der Vorsitzende des hiesigen Handelsgerichts, Staatsrath Hamalei, wegen der in Folge seiner Unthätigkeit vorgekommenen Mißbräuche am genannten Gerichte, sowie wegen in einigen Fällen angemaßter Gewalt kassirt worden, und außerdem zu dreimonatlicher Haft in Festungs-Kasematten verurtheilt. Verschiedene Andere sind für Unordnung im Amte ebenfalls kassirt, theilweise auch zu drei Monaten Hauptwachen-Arrest verurtheilt. Endlich ist der Kreiskassirer von Odessa für Kassendefekt und Vergeudung von Staats-Geldern zum Verluste des Ranges, des Adels, des Zeichens für tadellosen Dienst und Assentirung als gemeiner Soldat verurtheilt. Das Defizit der Kreiskasse wie in der Kasse des Handels-Tribunals ist sehr bedeutend. (K. Z.)

Amerika.

Oberst H. French, ein Waffengenosse Walker's, der bei Konstituirung der Regierung in Nicaragua unter Don Potricio Rivas Finanzminister war, hat dieses Amt niedergelegt und ist als Abgesandter Nicaraguas in Washington angekommen. Wenn auch die Vereinigten Staaten in ihren diplomatischen Beziehungen zum Auslande es als Regel angenommen haben, jede thatsächlich bestehende Regierung anzuerkennen, so hält der Präsident Pierce doch die deßfallsigen Schritte seines Gesandten in Nicaragua verfrüht, da Costa Rica durch Waffengewalt die neueste Ordnung der Angelegenheiten seines Staates bekämpfen will. Das Kabinet in Washington ist deßhalb bis jetzt in keine offiziellen Beziehungen zum Obersten French getreten; im Gegentheil ist in den Ver. Staaten eine Proklamation des Präsidenten vom 8. Dez. publizirt worden, welche den Bürgern der Union verbietet, direkt oder indirekt an militärischen Rüstungen für Nicaragua sich zu betheiligen.

Voraussichtlich wird in nächster Zeit noch oft die Rede von den Beziehungen der Ver. Staaten zu Nicaragua und Zentral-Amerika überhaupt seyn, wir geben daher zur Orientirung eine kurze Darstellung dortiger Verhältnisse und *Zustände*. Das Land Mittelamerika's zwischen dem 8. *und* 16. Grade nördlicher Breite, gränzt im Süden an Neu-Granada, im Norden an Merico, während dessen Ostgränze vom caraibischen Meere und die Westgränze vom stillen Ocean bespült wird. Seit 1503 war es von den Spaniern in Besitz genommen und blieb bis 1821 unter deren Herrschaft Die fünf Staaten Guatemala, San Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica, worin jenes Land jetzt getheilt ist und die zusammen 9600 Quadratmeilen umfassen, bildeten bis 1839 einen Staatenbund. Drei Jahre später wurden sie unter der Präsidentur des Generals Rivera Paz, mit Ausnahme Guatemalas, wieder vereinigt; aber auch diese Vereinigung war nicht von Dauer. Guatemala, der nördlichste und wohlhabendste jener fünf Staaten, mit einer Bevölkerung von etwa 700,000 Seelen, wovon 100,000 Weiße, wird nach der Konstitution von 1851 von einem Präsidenten und einer aus 59 Deputirten bestehenden gesetzgebenden Versammlung regiert. Der jetzige Präsident Raphael Carrera, der als tüchtiger Soldat gerühmt wird, war stets ein Freund Sta. Anna's und Gegner der liberalen Partei, welche Oberst Walker nach Nicaragua berief. Er übt starken Einfluß auf die jetzige Regierung von Honduras und hat eine Militärmacht von 1000 Soldaten nebst 5000 Milizen unter seinen Befehlen. San Salvador, südlich von Guatemala, ist der kleinste der fünf Staaten, etwa 300 engl. Quadratmeilen groß. Bei den Streitigkeiten von Honduras und Guatemala suchte dieser Staat zu vermitteln, gab aber später dieses undankbare Amt auf und befindet sich seitdem im blühenden Zustande. Ein Präsident und 25 Repräsentanten bilden dessen Regierung. Der Norden von Honduras und die Ruatan-Inseln, welche innerhalb der Gränzen von Honduras liegen, sind britische Kolonien, worin die Amerikaner eine Verletzung des 1850 abgeschlossenen Clayton-Bulwer Traktats finden wollen. Honduras, einerseits von Guatemala bis zur jüngsten Zeit angefeindet und andererseits dem britischen Einflusse unterworfen, ist der schwächste Staat unter den kleinen Republiken Zentral-Amerika's. Bis vor einiger Zeit war der 1852 von der aus zwei Kammern bestehenden Legislatur erwählte General Trinidad Cabannas Präsident von Honduras. Durch die Truppen von Guatemala ward er jüngst seiner Stelle entsetzt und General Lindo statt seiner ernannt. Im Staate Honduras liegt die Landenge von Tehuantepec, auf welcher Bürger der Ver. Staaten, von dortiger Regierung dazu ermächtigt, eine 125 englische Meilen lange Eisenbahn, zur Verbindung der Bucht von Honduras am atlantischen Ocean mit dem Hafenplatze Fonseca am stillen Meere, zu bauen beabsichtigen. Zur Förderung des Werkes sind der betreffenden Gesellschaft 1,250,000 Acker Land überwiesen und würde durch dessen Vollendung Honduras einen großen Theil des Transito Handels der beiden großen Oceane zu vermitteln haben. Nicaragua, gleichfalls von beiden Meeren bespült, hat seit langer Zeit die Augen amerikanischer Spekulanten auf sich gezogen. Das Land ist in vielen Beziehungen werthvoll, sowohl durch seinen fruchtbaren Boden, seine Schätze des Mineralreiches, wie auch durch seine für den Welthandel günstige Lage. Innerhalb der Gränzen Nicaraguas spedirt zweimal monatlich die Newyorker Transit-Gesellschaft Personen und Waaren zwischen den beiden Oceanen. Seit 1838 war der Staat in zwei Parteien gespalten. Das 1851 erwählte Staatsoberhaupt, General Chomorro, gehörte der aristokratischen Partei an, welche sich bestrebte, die liberale Staatsverfassung dahin abzuändern, daß der Präsident nicht mehr vom Volke erwählt würde, despotische Gewalt erhalte mit Beifügung anderer ähnlicher Bestimmungen. Hatten auch die Demokraten in Nicaragua die Majorität der Bevölkerung für sich, so ward doch ihre Lage durch eine Allianz der Aristokraten mit dem Präsidenten von Guatemala bedenklich. Dies war der Beweggrund, Walker zu Hülfe zu rufen, und Don Patricio Rivas, der Führer der Demokraten, befindet sich augenblicklich an der Spitze der Regierung. Costa Rica hat zwar nur eine Bevölkerung von 150,000 Personen, aber der größte Theil derselben sind Weiße, und britischer Einfluß ist in diesem kleinen Staate, dessen Territorium 766 englische Quadratmeilen umfaßt, vorherrschend. Ein auf sechs Jahre erwählter Präsident und sechs Repräsentanten haben die Exekutivgewalt und die Gesetzgebung in Händen. Don Juan Rafael Mora, gegenwärtig Präsident von Costa Rica, hat am jüngsten 20. Novbr. in San Jose eine Proklamation an die Bürger seines Staates erlassen, worin er sie auffordert, sich bereit zu halten, um mit Waffengewalt die aus den Ver. Staaten nach Zentral-Amerika kommenden Eindringlinge zu vertreiben. Schwerlich wird die Proklamation des Präsidenten der Ver. Staaten diejenigen Bürger, welche bereit sind, mit Waffengewalt neue Kolonien zu gründen, abhalten, ihren Freunden und Gesinnungsgenossen in Nicaragua zu Hülfe zu eilen. (H. N.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× **Berlin**, 10. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Ueber den Inhalt des Briefes, welchen unser König an den Kaiser von Oesterreich durch den Oberst v. Manteuffel gesendet hat, circuliren die mannigfachsten Vermuthungen. Ihre Wahrheit und Unwahrheit will ich dahin gestellt seyn lassen und in kurzen Zügen nur das wiederzugeben suchen, was ich nach glaubhafter Mittheilung über denselben weiß. Hiernach soll auf den Ernst der Lage der Dinge hingedeutet und die Gründe entwickelt worden seyn, weßhalb Preußen nicht vermöge, die von Oesterreich ausgegangenen Vorschläge an Rußland in ihren Details zu unterstützen. Es darf wohl nicht fehlgegriffen werden, wenn die Gründe darin zu suchen sind, daß Preußen bei Aufstellung der Propositionen nicht mitgewirkt hat, und daß es hierdurch verhindert war, seine Ansichten über die Basis für einen zukünftiger Frieden zu entwickeln. Die Mission des Obersten von Manteuffel bezieht sich auf die orientalische Frage und nicht auf die Vorschläge, welche Bayern beim Bundestage zu machen gedenkt. Gleichzeitig mit der Absendung des Allerhöchsten Briefes nach Wien ist der preuß. Gesandte in St. Petersburg angewiesen worden, im Allgemeinen für die Herstellung des Friedens zu wirken.

Wien, 10. Januar. Man hat wohl kaum je in den hiesigen diplomatischen Kreisen eine größere Thätigkeit und Rührigkeit bemerkt, wie eben im gegenwärtigen Augenblick. Kurier auf Kurier kommt und geht bei den verschiedenen Gesandtschaften. Viel Lärm und wenig Wolle.

Wien, 12. Januar. An der heutigen Börse war das Gerücht stark verbreitet und geglaubt, Rußland habe die österreichischen Propositionen theilweise*) angenommen, eine Gebietsabtretung jedoch verweigert. (T.D.d.N.K.)

* Das erwähnte Rundschreiben der schwedischen Regierung an ihre Gesandten liegt uns jetzt wörtlich vor, wir finden darin die neuliche Behauptung, daß Schweden auch künftig neutral bleiben wolle, ausdrücklich bestätigt. Da aber Niemand wisse, was die Zukunft in ihrem Schoße birgt, gegründeter Anlaß zur Besorgniß durch die Erinnerung der Ver-

---

*) Wohl möglich; und am andern Theil zerschlagen sich die Unterhandlungen, sobald Rußland es für gut findet. Die Red.

gangenheit und namentlich durch die Schwierigkeiten gegeben sey, welche Rußland einer befriedigenden Regulirung der Gränzverhältnisse in den nördlichen Provinzen entgegenstellt habe; da ferner die Kundgebung der übergreifenden Absichten Rußlands im Orient fürchten lasse, unter günstigen Verhältnissen möchte es gleichermaßen im Norden vorgehen, so habe Schweden das von den Westmächten vorgeschlagene Schutzbündniß angenommen. Von Rußland werde es abhängen, dessen Anwendung zu verhindern, da diese nur in Folge eines russischen Angriffes eintreten könne.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 13. Januar. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 66$\frac{1}{4}$; 4$\frac{1}{2}$pCt. Met. 56$\frac{5}{8}$; Wiener Bankaktien 952; 5pCt. Lomb. 83$\frac{1}{2}$; Wiener Wechsel 107; 3pCt. inl. span. 34$\frac{3}{8}$; 1pCt. neue 21$\frac{7}{16}$; Darmstädter Bankaktien 283$\frac{1}{2}$.

Oesterr. Credit-Aktien wurden zu 109$\frac{3}{4}$ 110 109$\frac{7}{8}$ umgesetzt.

Wien, 12. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 77$\frac{1}{16}$; 5Cpt. Met 73$\frac{13}{16}$; 4$\frac{1}{2}$pCt. 63$\frac{1}{2}$; Lotterie-Anlehensloose von 1839 124$\frac{1}{4}$; dito von 1854 93$\frac{7}{8}$; Bankaktien 892; Bank-Interimsaktien 90; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen 90$\frac{3}{4}$; Nordbahnaktien 2205; Wechselkurse: Augsburg uso 111$\frac{3}{4}$ P.; London 10.53. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

* In **Leipzig** erscheint seit Neujahr in Einer wöchentlichen Nummer ein neues Blatt: „**Deutscher Kurier für die Handels- und Geschäftswelt**“, welches eine Uebersicht der jeweiligen neuesten Regulativ-, Betriebs- und Tarbestimmungen für den Post-, Eisenbahn-, Schifffahrts- und Telegraphenverkehr geben soll, und zwar lediglich auf Grund amtlicher Quellen.

Vom 1. bis 25. Dezbr. haben grimmiger Frost und heftige Schneestürme sowohl in **Serbien** als auch in **Bosnien** und **Siebenbürgen** großes Unheil angerichtet. Die große Straße, welche von Belgrad über Ralja, Kinbare, Kragujevatz, Betuschitsj, Kruschewatz und Alltinatz nach Bulgarien hineinführt, war zum öfteren mehrere Tage hindurch so mit Schnee zugeweht, daß sie von den Fahrposten gar nicht (selbst nicht mit Schlitten) passirt werden konnte und das Brief-Felleisen durch Fußboten weiter befördert werden mußte; auf dieser Straße sollen vom 5. bis 22. Dezbr. allein sieben Menschen durch den Frost getödtet worden seyn, und in einer Schlucht bei Brusnitza hat man eine ganze Zigeunerfamilie nicht bloß erfroren, sondern auch von Füchsen und Wölfen beinahe aufgezehrt gefunden. Das Raubwild macht jetzt den Wanderern, den Landbewohnern und ihren Heerden sehr viel zu schaffen, und obwohl jedes Dorf, jede Ortschaft fast allwöchentlich große Treibjagden abhält, so sind doch trotzdem schon einige Fälle eingetreten, in welchen Menschenleben unter den Krallen der Wölfe verbluten mußten. So wurde zwischen Kragujevatz und Jagodina ein Mädchen, kaum hundert Schritte von ihrem Dorfe entfernt, von zwei Wölfen überfallen und trotz schleunigst herbeigeeilter Hülfe von diesen Unthieren so schrecklich zerfleischt, daß sie nach zehn Stunden sterben mußte. Bei Paratjin hatte ein Rudel Wölfe den Schafstall eines Gutsbesitzers erbrochen und in weniger als zwei Stunden an 300 Schafe niedergewürgt, ein anderes Rudel brach bei Schwetjack in einen Pferdestall ein, mußte sein Wagniß aber mit dem Leben büßen, indem die Gutsherrschaft das einzeln stehende Holzgebäude, in welchem sich nur fünf ausrangirte Ackergäule befanden, anzünden, den Brand umzingeln und die Wölfe — neun an der Zahl — durch Flintenschüsse wieder ins Feuer zurückjagen ließ. Die Füchse zeigen sich ebenfalls sehr zudringlich und richten unter dem Federvieh in den Dörfern große Verheerungen an; auch Bären zeigen sich hin und wieder namentlich am Fuße des Kamtschi-Gebirges; doch hat man nicht vernommen, daß Menschen oder Thiere von ihnen angefallen worden wären. Im Ganzen stellt die diesjährige Jagd sich sowohl in Erbeutung von Raub- als auch von anderem Wilde als sehr ergiebig dar. Am 21. Dezbr., kurz nach Sonnenuntergang, schlug die Witterung plötzlich um und es trat Thauwetter ein.

Dr. H. Barth's **Reisewerk** wird (nach dem elften Hefte der von Dr. A. Petermann herausgegebenen „Mittheilungen rc.“) in fünf Oktavbänden mit etwa 20 Kartenblättern und 10 andern Blättern, welche die Plane der hauptsächlichsten besuchten Städte bieten, erscheinen. An die Karten und Plane schließen sich etwa 60 größere Ansichten, nach des Reisenden eigenen Entwürfen von dem Maler J. M. Bernatz, dem Verfasser der ebenso schönen als naturwahren „Bilder aus Aethiopien“, in München gezeichnet und unter dessen unmittelbarer Leitung in Chromolithographie ausgeführt. Eine Anzahl von wenigstens 150 Holzschnitten wird Umrisse von Gebäuden, Gebirgsprofilen, Abbildungen von Geräthschaften, Waffen rc. zur Veranschaulichung bringen. Auf diese Weise wird das Werk als eins der am reichsten ausgestatteten erscheinen, zugleich in deutscher Ausgabe bei Justus Perthes in Gotha und in englischer bei Longman u. Komp. in London. Der erste Band wird den Reisenden von Europa über Tripolis, Murzuk, Gat nach dem Gebirgsland Air oder Asben, nach der vorher nie besuchten Stadt Agades, und bis Katsena, in die nördlichste Provinz des großen Pullo- oder Fellatahreiches von Sokoto oder Sakatu führen. Der zweite wird ihn nach Kano, dem großen Mittelpunkt des mittelafrikanischen Handels, nach Kuka oder Kukaua, der Hauptstadt des Bornureichs, bringen. Daran wird sich ein geschichtlich-statistischer Abschnitt über die Entwicklung dieses für Mittelafrika wichtigen Reichs aus Urquellen schließen. Sodann wird die Reise gegen Süden nach Jola, der Hauptstadt des von den Fellatah eroberten Landes Adamaua und an den Fluß Benue oder Tschadda, und danach die Reise in entgegengesetzter Richtung, nach Norden, nach Kanem, dem Kern des Bornureichs folgen. Der dritte Band soll den Zug gegen Südost, nach dem Lande der heidnischen Masa-Musgo beschreiben, und die gegen Osten gerichtete Reise nach dem von Europäern bisher nie betretenen Reiche Bagirmi. Der vierte Band soll die Reise nach Timbuktu über Gando, dem bisher ganz unbekannten Hoflager des bisher unbekannt gebliebenen großen mittlern, am Niger sich entlang ziehenden Fellatahreichs, an den Niger, oder, wie er dort heißt, den Isa, beschreiben. Bei Say setzen wir mit dem Reisenden über den Fluß und ziehen durch die westl. Provinzen des Reiches Gando gegen Nordwest. Hier vermehren sich die Schwierigkeiten, und Barth, der bisher nie seinen europäischen und christlichen Charakter verleugnet hatte, sah sich genöthigt, sich für einen Araber und Scherif auszugeben, und unter dieser Maske sehen wir ihn am 7. Sept. 1853 nach Timbuktu hineingelangen. Ein Bericht über die Entwickelung dieser merkwürdigen Stadt, sowie eine Beschreibung der in derselben bestehenden Verhältnisse, besonders der Handelsbeziehungen, werden ausführlich erörtert werden. Der fünfte Band soll die Abreise aus der unruhigen Wüstenstadt und den langsamen Vor- und Rückmarsch am nördlichen Ufer des Stroms bis zur Stätte von Gao oder Gogo schildern und die Weiterreise von da an der westlichen Seite des Flusses entlang bis wieder nach Say. Von Say geht es heim nach Kano und Kuka, und von dort durch das Tedaland über Murzuk nach Tripolis und Europa. Dr. Barth wird versuchen, das jedesmal in Rede kommende Land und seine Bewohner in ihren lebendigen gegenseitigen Beziehungen darzustellen, die Oberfläche des Bodens ihrer feinsten Gliederung und mit allen ihren Eigenthümlichkeiten zu beschreiben und den Menschen in seiner verschiedentlichen Volksthümlichkeit, in allen Beziehungen seines Lebenskreises zu schildern, wie er ihn hat kennen lernen. Jedoch um den Leser, der das Werk mehr in der Eigenschaft eines gebildeten Weltbürgers in die Hand nimmt, nicht zu ermüden und um dem Naturforscher und Geographen für den Ueberblick zu Hülfe zu kommen, wird die Beschreibung der Reisestraßen in einem besondern Abschnitt in geordneter Uebersicht am Ende jedes Bandes folgen, während der eigentliche fortlaufende Bericht den allgemeinen Fortschritt der Reise in ihren Berührungen zum Lande und Volke mit den Erlebnissen des Reisenden, soweit sie allgemeinere Theilnahme in Anspruch nehmen, darstellen wird. Allgemeine geschichtliche und statistische Abschnitte werden Ruhepunkte gewähren und den Leser in tiefere Erkenntniß der Länder einführen, während in einem Anhange, tabellarisch geordnet, die Beobachtungen über Temperatur und Feuchtigkeitsverhältnisse der Luft zusammengestellt seyn werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 15. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 15. Januar 1856

Der Gesetzentwurf über die Kapitalrentensteuer.

Der Vortrag des Abg. Münch als Berichterstatter des Finanzausschusses der 2. Kammer über den Gesetzentwurf, die Kapitalrentensteuer betr., ist im Druck erschienen. Demnächst wird dieser Gesetzentwurf in der Kammer selbst zur Berathung kommen, weßhalb wir unseren Lesern einstweilen einige allgemeine Notizen über denselben mittheilen wollen. Die Kapitalrentensteuer wurde im Jahre 1848 eingeführt; im Jahr 1850 wurde das betreffende Gesetz revidirt und mit dem Einkommensteuergesetz gleichzeitig behandelt und in ein Gesetz verbunden. Da nun nach dem Vorschlag der Regierung die Einkommensteuer künftig in ganz anderer Weise als bisher angelegt werden soll, so war es nothwendig, auch das Gesetz über die Kapitalrentensteuer, welches vielfach mit Ersterem zusammenhängt, zu revidiren und selbständig abzufassen. Die bisherigen Grundsätze der Besteuerung bleiben nach dem Vorschlag der Regierung im Wesentlichen unverändert, die beantragten Aenderungen betreffen vielmehr nur einige spezielle Bestimmungen. Es sollen nämlich nach dem Vorschlag der Regierung a) bei der Besteuerung der Kapitalrente allenfalls vorhandene Passivkapitalszinsen und Lasten nicht in Abzug gebracht werden; b) die Besteuerung geschieht nicht mehr in einem Kreuzer vom Gulden Rente als Steuersimplum, sondern nach Klassensätzen und soll bei den Rentenbeträgen unter 900 fl. im regressiven Maßstabe, ähnlich wie beim Personalsteuergesetze, eine entsprechende Ermäßigung des Steuerprozentes zur Erleichterung des Minderbemittelten eintreten, was seither nicht der Fall war; c) die zur Fundation der geistlichen Pfründen bestimmten Kapitalien sollen von der Kapitalrentensteuer befreit seyn; d) das Verfahren bei Anlage der Steuer soll in möglichsten Einklang gebracht werden mit dem Verfahren bei Anlage der Personalsteuer.

Der Ertrag der Kapitalrentensteuer soll durch den vorliegenden Gesetzentwurf nicht verringert werden. Im Allgemeinen werden von 900 fl. Rente aufwärts in den verschiedenen Klassen durchschnittlich dieselben Prozente als Steuern erhoben, wie nach dem Gesetze vom Jahre 1850. Die Ausfälle, welche durch die geringere Besteuerung der Jahresrenten unter 900 fl. und durch die im Art. 4 Ziff. 4 und 7 des Entwurfes statuirten Ausnahmen herbeigeführt werden, sollen durch die Beiziehung der Renten aus Bodenzinskapitalien, sowie die Aufhebung des seither gestatteten Abzuges der Passivkapitalzinse von der steuerbaren Aktivkapitalrente endlich durch die beabsichtigten Aenderungen im Einsteuerungsverfahren — nach Ansicht der Regierung vollständig aufgewogen werden.

Die vorerwähnte Ziff. 7 des Art. 4 enthält eine Erleichterung der Kapitalrenten der Wittwen und Waisen, wenn sie 200 fl. nicht übersteigen und nicht ein anderweites Einkommen von mindestens 200 fl. vorhanden ist, und wurde vom Ausschuß nicht beanstandet.

Die unter Ziff. 4 enthaltene Ausnahmsbestimmung fand ihre Veranlassung durch die vielfachen und eindringlichen Vorstellungen der Besitzer solcher geistlicher Pfründen, die durch Grundrenten-Ablösungskapitalien fundirt sind. Angesichts des bestehenden Gesetzes glaubte nämlich die Staatsregierung auf die bezeichneten Vorstellungen nicht eingehen zu können, und auch die Kammer der Abgeordneten anerkannte wiederholt, daß zwar das Gesetz vom 11. Juli 1850 die Pfründebesitzer unbillig belaste, aber daß dennoch das von der Regierung eingehaltene Prinzip, wornach die fraglichen Fundationskapitalien für kapitalrentensteuerpflichtig zu erklären seyen, als das richtige erscheine. Daher wurden die erwähnten Vorstellungen auch von der Kammer der Staatsregierung lediglich zur geeigneten Berücksichtigung hinüber gegeben. Für solche geeignete Berücksichtigung nun glaubte die Staatsregierung bei gegenwärtiger Gesetzesversion am schicklichsten sorgen zu können, indem sie „die zur Fundation von geistlichen Pfründen bestimmten Kapitalien" im Allgemeinen von der Kapitalrentensteuer freizulassen vorschlug. Im Ausschusse aber wurde gegen den für den Regierungsentwurf lautenden Antrag des Referenten durch Stimmenmehrheit die Ansicht zur Geltung gebracht, daß man durch jene allgemeine Befreiung jedenfalls zu weit gehe, weil eine gesetzliche Nothwendigkeit oder Konsequenz für so allgemeine Befreiung nicht bestehe und eine Befreiung nur aus Billigkeitsgründen für gering dotirte Pfarrstiftungen gerechtfertigt seyn könne. Dieser Ansicht zufolge glaubt der Ausschuß der Kammer zu Ziff. 4 des Art. 4 folgende Fassung vorschlagen zu müssen: „Die zur Fundation von geistlichen Pfründen bestimmten Kapitalien, wenn das Gesammteinkommen der Pfründe den Betrag von 1000 fl. nicht erreicht."

Deutscher Bund.

Bayern. München, 11. Januar. Se. Maj. der König haben gestern Nachmittags nach 3 Uhr den päpstlichen Nuntius und Erzbischof von Tarsus Monsignor de Luca in besonderer Audienz zu empfangen geruht, in welcher Se. Exzellenz ein Schreiben Sr. Heiligkeit des Papstes an Se. Maj. den König persönlich überreichte. (N. M. Z).

München, 14. Januar. Se. Maj. der König haben dem Seconde-Lieutenant im k. preuß. 13. Landwehr-Regiment und Architekten Hesse das Ritterkreuz 2. Kl. des k. Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem ordentlichen Professor, Domkapitular Priester Dr. Joseph Helm zu Würzburg, unter huldreichster Anerkennung seines langjährigen erfolgreichen Wirkens, die allerunterthänigst erbetene Entlassung aus dem Lehramte bewilligt, die sich hiedurch eröffnende ordentliche Professur der Moral- und Pastoral-Theologie in der theologischen Fakultät der k. Universität Würzburg provisorisch dem Assistenten im bischöflichen Klerikalseminar zu Würzburg, Priester Dr. Andreas Jos. Hänlein, übertragen. (N. M. Z.)

München, 13. Jan. Wie man diesen Abend mit ziemlicher Bestimmtheit vernimmt, sind die jüngsthin durch die mehrerwähnten Konferenzen vereinbarten Punkte bezüglich der Gerichtsorganisation bis auf einen, die Einführung des Notariats betr., heute von Sr. Maj. dem König genehmigt worden. Die hierauf bezügliche Regierungsvorlage dürfte daher, wie man glaubt, im Laufe der Woche an die Kammer gelangen. (Nürnb. Korr.)

°° München, 14. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen Sitzung, da der 2. Ausschuß seinen Bericht über den ihm in letzter Sitzung zugewiesenen Antrag Lerchenfeld's noch nicht vollendet hatte, die Nachweisungen über die Staatseinnahmen pro 18⁵²⁄₅₃ berathen. Bei der Position des Staatsministerium des Aeußern nahm der Referent Abgeordneter von Lerchenfeld Veranlassung, die Thätigkeit des Bundestags, beziehungsweise die Haltung der bayerischen Regierung in der hannoverischen Verfassungs-Angelegenheit, einer scharfen Kritik zu unterziehen, in welchem Sinne sich denn auch die Abgg. Prof. Lassaulx und Fürst Wallerstein unter tiefer Theilnahme der Kammer aussprachen. Der nähere Bericht hierüber folgt. Die Kammer erledigt heute die Etats der verschiedenen Ministerien und der Staatsanstalten. Morgen Fortsetzung der Debatte über die Nachweisungen.

Dem Berichte des Freiherrn v. Lerchenfeld über die Verwendung des Staatsausgaben im Jahre 1852/53 entnehmen wir, daß die Gesammtsumme der Ausgaben des genannten Jahres 41 Mill. 374,686 fl. entzifferte und ein Kassabestand von 8 Mill. 482,951 fl. verblieb. Für die Staatsschuld wurden 10 Mill. 768,322 fl. verausgabt. Der Etat des Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern erheischte im Jahre 1852/53 einen Aufwand von 436,934 fl. Die Ueber-

schreitung dieses Etat, indem man 20,310 fl. dem Reservefonds entnahm, wird vom k. Staatsministerium des Aeußern damit gerechtfertigt, daß durch das letzte Budget sein Etat um 44,679 fl. geschmälert wurde, während außerordentliche Vorkommnisse, wie Veränderungen im diplomatischen Dienste u. s. w. erhöhte Ausgaben veranlaßten. Im Jahre 1852/53 habe sich aber durch Creirung des neuen Gesandtschaftspostens beim königl. spanischen Hofe eine königliche Mission nach Madrid ergeben, deren Kosten sich auf 4712 fl. beliefen. Hr. v. Lerchenfeld bedauert, den Ansichten des k. Staatsministerium in dieser Beziehung nicht beipflichten zu können. Ohne in eine nähere Erörterung bezüglich der Gründe für eine spezielle königliche Mission nach Madrid eingehen zu wollen, deren Nothwendigkeit er in keiner Weise zu erkennen vermag, glaubt er auch heute noch die von der Kammer bei Festsetzung des Budget für die Jahre 1851/55 aufgestellten Ansichten festhalten zu müssen. Er ist überzeugt, daß durch Aufhebung der Gesandtschaften an Orten, wo kein oder nur ein sehr geringes Bedürfniß für eine Vertretung Bayerns besteht, oder durch Akkreditirung von diplomatischen Agenten minderen Ranges und durch Uebertragung mehrerer Gesandtschaftsposten an eine und dieselbe Person sich leicht die Mittel hätten beschaffen lassen, um die durch die Bedürfnisse unabweislich gebotenen Mehrausgaben in anderen Theilen dieses Dienstzweiges zu decken. Gleiche Bewandtniß hat es mit dem weiteren Ausgabsposten auf den Reservefonds für Orden und der Ueberschreitung der deßfallsigen Etatsansätze. Das kgl. Staatsministerium erläutert bezüglich dieses letzteren Punktes, welcher sich nicht innerhalb des ihm gegebenen Gesammt-Etats bewege, daß ungewöhnliche, durch die Zeitereignisse und den Aufenthalt des Monarchen an dem kaiserlich österreichischen und königlich preußischen, sowie anderen Höfen bedingte Verhältnisse im Jahre 1853 obwalteten, die eine größere Ordens-Verleihung zur Folge hatten; dazu komme, daß schon in den vorhergehenden Jahren der Vorrath an rückgeflossenen Ordenszeichen erschöpft gewesen, und zwei Großkreuze des Verdienstordens der Krone nach üblicher Weise in Diamanten verliehen werden mußten. Seit der Zeit, als die Staaten aufgehört haben, Tabatieren und andere werthvolle Pretiosen zu vergeben, sey es natürlich, daß die Ordensfonds im größerem Maße in Anspruch genommen werden. Im Allgemeinen aber werde sich dies später wieder ausgleichen, indem durch ergiebigeren Rückfluß der bei dem Ableben der Begnadigten wieder einzusendenden Ordenszeichen auch ein größerer Ordensschatz sich bilde, so daß weniger Insignien nachzuschaffen seyn würden. Die Ueberweisung einer Summe von 3946 fl. 48½ kr. auf den Reichsreservefonds sey daher aus dem Grunde erfolgt, weil die ordentlichen Gesammtmittel des k. Staatsministerium nicht ausreichten, die Inanspruchnahme zu decken. Berichterstatter glaubt sich vor Allem gegen die Ansicht verwahren zu müssen, daß der Etat der Orden sich außerhalb des dem Staatsministerium des Aeußern gegebenen Gesammtetats bewege. Indem er sich im Uebrigen auf die in dem Vorhergehenden bezüglich der Etatsüberschreitungen gemachten Aeußerungen bezieht, glaubt er, daß die Kammer auf strenge Einhaltung der Budgetansätze bestehen solle, ohne welche keine Ordnung des Staatshaushaltes möglich ist. Eine dritte Ausgabe auf den Reservefonds betrifft die Summe von 58,800 fl. 40 kr. Matrikularbeiträge an die Bundeskasse, beziehungsweise an die Bundesfestungen Ulm und Rastatt. Dieselbe beruht auf bundesmäßigen Verpflichtungen und dürfte demnach keineswegs zu beanstanden seyn. Im weiteren Verlaufe seines Berichtes beklagt sich Hr. v. Lerchenfeld über die zu häufigen Pensionirungen, und daß Pensionisten nicht immer für andere Dienstzweige verwendet werden, wodurch die Last unnöthiger Pensionen erleichtert würde. Die Pensionen des landgerichtlichen Etats entzifferten sich im Jahre 1852/53 auf 216,106 fl., vermehrten sich gegen das Vorjahr abermals um 9000 fl., und in den 6 Jahren der letzten Finanzperiode um 44,600. (B. Bl.)

Erlangen, 11. Jan. In diesen Tagen hat die theologische Fakultät dem Professor des römischen Rechts, Dr. v. Scheurl, ihre Würdigung seiner wissenschaftlichen Bedeutung im Gebiete des protestantischen Kirchenrechts ebenso zart als ehrenvoll dadurch bezeugt, daß sie ihm an seinem Geburtstage durch ihren Dekan das Diplom eines Doktors der Theologie feierlichst überreichen ließ. (A. Z.)

Preußen. Köln, 9. Jan. Der Verwaltungsrath der „Deutschen Volkshalle" veröffentlicht durch die „Köln. Zeitung" eine Mittheilung an die Aktionäre, daß die Generalversammlung am 3. d. M. auf den Antrag des Verwaltungsrathes einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt habe: „In Erwägung, daß, so lange die Regierung an der gegenwärtigen Handhabung der Preßgesetzgebung festhält, eine für die Rechte der katholischen Kirche kämpfende politische Zeitung, wenn sie auf Selbständigkeit Anspruch machen soll, unmöglich ist, daß aber früher oder später ein Zeitpunkt eintreten kann, wo die Presse wieder die unserer Ueberzeugung nach durch die Verfassungsurkunde von 1849 geforderte freie Bewegung zurückerhält, und es alsdann höchst wünschenswerth ist, daß die Gesellschaft zur Herausgabe eines katholischen Tagesblattes bestehe, beschließt die Generalversammlung: die Zurückzahlung der gestellten Kaution durch den Geranten zu beantragen, das Mobiliar zu verkaufen und das nach Einziehung der Aktiva wie Tilgung der Passiva übrig bleibende Kapital zinsbar zu belegen, eventuell einen Theil oder das Ganze des Restkapitals der Gesellschaft an die Verwaltung der Zeitung „Deutschland" als zinsloses Darlehen unter ihm genügend erscheinenden Garantien für die rechtzeitige Rückzahlung hinzugeben." Ein neuer Verwaltungsrath wurde konstituirt mit der Aufgabe, sobald die Herausgabe einer der Tendenz der „Deutschen Volkshalle" entsprechenden Zeitung in Köln wieder möglich geworden seyn sollte, die nöthigen Einleitungen dafür zu treffen und eine Generalversammlung der Aktionäre zur näheren Beschlußnahme zu berufen.

Die „Neue Preuß. Ztg." meldet, daß das Kriminalgericht die Entlassung des Dr. Vehse aus der Untersuchungshaft beschlossen hat, weil Verdunkelungen bei dem ganz offenen Geständniß des Angeschuldigten nicht zu erwarten, auch gar keine Anzeichen zu seiner Flucht vorhanden sind.

Hannover. Hannover, 8. Jan. Einer der talentvollsten jüngeren Abgeordneten der letzten zweiten Kammer, Ober-Ger.-Assessor Plank, wurde wegen des an seine Wähler gedruckt erstatteten Berichts auf Befehl des Justizministers v. d. Decken in Disziplinaruntersuchung gezogen, von dem Obergerichte Dannenberg aber einstimmig freigesprochen. Indeß ist die kgl. Staatsanwaltschaft beauftragt, gegen das freisprechende Erkenntniß den Rekurs zu verfolgen. Nebenher geht noch die Kriminaluntersuchung gegen ihn und den Drucker eben dieses Berichtes wegen ihren Gang. Durch die sehr gesteigerten Anforderungen der Qualifikation in dem neuen Wahlgesetze ist die Wiederwahl Planks unmöglich geworden, und damit einstweilen unsere Ständeversammlung einer ihrer bedeutendsten Kräfte beraubt. — Ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit ist, daß in der Residenz selbst die Herren Dr. Schläger und Kfm. W. Röse vor einigen Tagen einstimmig zu Wortführern des Bürgervorsteherkollegium (Stadtverordnete) erwählt wurden, obwohl beide langjährige Mitglieder der Ständeversammlung waren und dort zu der antiministeriellen Partei gehörten, ersterer auch jetzt wieder in die zweite Kammer gewählt ist. (Schw. M.)

Hannover, 11. Jan. Die Regierung verweigert allen in Staats- und Gemeindedienst stehenden erwählten Abgeordneten, von denen sie keinen unbedingten Beistand erwarten kann, den Urlaub und verhindert damit den Eintritt in die Kammer. Schon sind Stüve, Ellissen, Grumbrecht u. A. auf ihre Urlaubs-Gesuche abschlägig beschieden, und selbst Männer, von denen nichts weniger als grundsätzliche oder schroffe Opposition zu erwarten ist, werden fern gehalten. (Köln. Ztg.)

Mecklenburg. Aus Mecklenburg, 8. Jan. Von dem Stande der Bildung in Mecklenburg gibt ein vom „N.-B." mitgetheilter Auszug aus einer amtlichen Ermittlung des großherzoglichen Divisionskommando Kunde. Von den im Herbst 1855 eingestellten 822 Rekruten können nicht mehr als 361 Gedruckes gut und geläufig lesen, 105 schwanken zwischen Lesen und Buchstabiren, 103 sind mit den Buchstaben vertraut, einzelne können auch nothdürftig buchstabiren, 13 sind mit dem Alphabet völlig unbekannt.

Oesterreich. Wien, 11. Jan. Wie Sie bereits aus meinen früheren Mittheilungen wissen, hatte die Konzessionirung für die so wichtige Bahn von Wien-Linz-Salzburg eine Konkurrenz hervorgerufen, welche neben einer englischen Gesellschaft den Hrn. v. Pereire Namens des Pariser Credit mobilier im Verein mit den Herren v. Sina und Eskeles, dann die Kaiser-Ferdinand-Nordbahngesellschaft (durch Hrn. v. Rothschild), ferner eine norddeutsche Gesellschaft, an deren Spitze sich die Herren Lindheim, Merk (aus Hamburg) und Lobeke befinden, endlich die neue österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe, mithin im ganzen fünf Mitbewerber erscheinen ließ. Ich kann Ihnen nun heute mit Bestimmtheit melden, daß diese hochwichtige Unternehmung der genannten norddeutschen Gesellschaft (Lindheim, Merk, Lobeke) unter gleichzeitiger Betheiligung der österreichischen Kreditanstalt definitiv überlassen wurde. Wie ich höre, wird diese neue Westbahn (die sich zunächst an die bayerischen Linien anschließen wird), nach unserer Kaiserin den Namen „Elisabethbahn" führen. (A. Z.)

Aus Wien, 10. Januar, wird der „Nat.-Ztg." geschrieben: „Der Klerus hat neulich auf mehreren Kanzeln der Stadt und der Vorstädte gegen die unsaubere Romanliteratur, welche sich hier in den Feuilletons kleinerer Blätter ungebührlich breit macht, gepredigt. Allerdings zählen die gemeinten Erzeugnisse zur Hefe der Literatur und es gereicht dem Bildungsstande der Residenz nichts weniger als zur Ehre, diesen Ausgeburten des vollendetsten Ungeschmacks ein so zahlreiches Lesekontingent zu stellen. Eben deßhalb wäre es die Pflicht der Journalpresse selbst, das Geschäft der Säuberung an sich selbst zu vollziehen, um nicht dem Klerus einen Angriffspunkt darzubieten. Das von den Bischöfen in der Lombardei erlassene Rundschreiben an Drucker und Verleger, welches ein Tribunal geistlicher Zensur auf die Szene schiebt, beweist, von welchen Intentionen die dortigen geistlichen Autoritäten geleitet werden. Dieser fromme Eifer ist jedoch über sein Ziel hinausgeschossen; denn fürs Erste steht diese Anmuthung in ihren weltlich bürgerlichen Folgen im Gegensatze mit der jetzt zu Recht bestehenden Preßordnung. Wollte man aber dagegen einwenden, daß die klerikale Zensur sich immerhin in den Schranken einer bloß fakultativen Einrichtung bewege, so steht doch selbst dem der klare Wortlaut des Artikels IX. des Konkordates entgegen, welcher dem Klerus nur gestattet, bereits erschienene Bücher als verwerflich zu „bezeichnen." Die Begründung einer auch nur fakultativen Zensur ist ein hiervon verschiedener, selbständiger Akt, und da hiebei nichts von erfolgter Zustimmung der Staatsgewalt verlautet, ein ungerechtfertigtes Übergreifen in das weltliche Gebiet. Würde dieses Prinzip zugegeben, dann könnte aus dem Konkordate alles Erdenkliche herausgelesen werden. So eben höre ich, daß der vielbesprochene Vorgang der italienischen Bischöfe seine Erledigung bereits gefunden hat. Die Staatsregierung hat ihn entschieden abgelehnt. Sie konnte nicht anders, denn stillschweigende Duldung eines so bedenklichen Prinzips hätte sie in tausendfache Verlegenheiten verwickelt. In kirchlichen Angelegenheiten berechtigt das Konkordat allerdings den Klerus, *mit dem Volke durch* Mahnung und Verordnung frei zu *verkehren. Kirchliche* Angelegenheiten müssen einen konkreten Inhalt *aufzuweisen* haben; die geistliche Präventivzensur wäre jedoch bloß eine Form, die in ihrer Allgemeinheit weit hinausgriffe über den kirchlichen Kreis. Die Staatsraison im eigentlichsten Sinne des Wortes hat gesiegt."

Preßburg, 6. Jan. Der hiesige evangelische Konvent hat heute beschlossen, die angebotene Unterstützung des Gustav-Adolphvereins zurückzuweisen und den schon erhaltenen Beitrag von 800 fl. K.-M. zurückzusenden, da man sich der Bedingung, welche der Verein an seine Spende knüpfte, nämlich die deutsche Sprache bei dem Unterricht mehr als bisher zu berücksichtigen, nicht fügen könne.

Dänemark.

Kopenhagen, 12. Jan. Die Reichsgerichtsverhandlungen über die Ministeranklage wurden heute bis zum 19. vertagt, wegen neuer durch Ankläger vorgelegter, von der Vertheidigung zu studirender Dokumente. (T.D.d.A.Z.)

Großbritannien.

London, 11 Januar. Dr. Sandwith, der die Belagerung von Kars und alle ihre Leiden mitgemacht hatte, ist gestern hier angekommen, nachdem er noch auf der Rückreise zwischen Kars und Batum die größten Mühseligkeiten ertragen mußte. General Murawieff, der sich gegen die Besiegten in jedem Punkt so edel benahm, hat nämlich dem Doktor, in Anbetracht seiner Verdienste um die russischen Verwundeten nach dem abgeschlagenen Sturm vom 29. September, die Freiheit geschenkt. (E. C.)

Italien.

Turin, 8. Jan. Die kirchlichen Angelegenheiten beschäftigen die öffentliche Aufmerksamkeit wieder in erhöhtem Grade. Man sagt, der heilige Stuhl zeige sich nicht abgeneigt, den gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung in kirchlicher Hinsicht als fait accompli anzuerkennen und neue Unterhandlungen wegen Abschluß eines Konkordats mit unserer Regierung anzuknüpfen. Die klerikalen Blätter, namentlich der „Cattolico", bestätigen dies; auch deuten sie an, J. Maj. die Kaiserin der Franzosen interessire sich persönlich für die Sache, und suche besonders zu Gunsten der Nonnen in Savoyen eine Aenderung herbeizuführen. Einer so mächtigen Vermittlerin gegenüber ist man daher in einiger Verlegenheit über die Art und Weise der Ausführung der erlassenen Gesetze. (A. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Die Verlagshandlung von Bluff in Brüssel, bei welcher vor einem Jahre der verrufene „offene Brief eines höheren Offiziers an die französische Regierung" erschienen, hat so eben das Publikum mit einer Schrift von der strikt entgegengesetzten Tendenz beschenkt. Es ist ein Opus, welches zwar das Datum: „Berlin, den 25. Dezember 1855", trägt, welches aber offenbar aus russischer Feder kommt. Die Schrift, la ligne des neutres betitelt, verlangt, daß die Friedensunterhandlungen im laufenden Monat wieder aufgenommen werden, und hofft, daß der Abschluß vor Ende März zu Stande kommt. Sowohl um diesen Zweck zu fördern, als für den etwaigen Fall der Fortsetzung des Krieges scheint es ihr wünschenswerth, daß sämmtliche oder doch die meisten bisher theilnahmlos gebliebenen europäischen Staaten sich in einer (nicht näher angegebenen) Weise vereinigen, um dieses Verhalten der Neutralität auch in Zukunft zu bewahren. Preußen wird dabei die Ehre zugedacht, der Schöpfer und die Seele dieses großen Bundes der Neutralen zu werden. Der Verfasser sagt: „Die Westmächte schieben durch ihre weiter gehenden Forderungen dem Kriege einen anderen Zweck unter, als er angeblich ursprünglich hatte. Sie beschränken sich nicht mehr darauf, die Türkei vor Angriffen zu schützen, sondern wollen Rußlands Macht und Souveränetät antasten. Darin werden ihnen die Neutralen nicht folgen, sondern vielmehr eine Gefahr des Angriffs auch für sich erkennen." Sodann behauptet der Verfasser mit Bestimmtheit das Vorhandenseyn einer geheimen Verabredung zwischen den Westmächten und Sardinien in Betreff einer der letzteren Macht zuzuwendenden Vergrößerung. Der Grundsatz soll in einer besonderen Urkunde niedergelegt und mündlich erläutert worden seyn. Es liegt nahe, hier vom mailändischen Gebiet zu reden, „dieser in jeder Hinsicht wichtigen Provinz des ganzen lombardisch-venetianischen Königreichs". Da er einmal die Hand geöffnet, beschenkt der Verfasser die Krone von Sardinien zugleich mit Parma und Toskana. Oesterreich werde entweder anderwärts eine Entschädigung annehmen, oder zu den Waffen greifen, was wahrscheinlicher sey. Das ganze Pamphlet hat vornehmlich dadurch Interesse, daß es zeigt, daß selbst Rußland nicht wagt, den bisher theilnahmlosen Staaten mehr als Neutralität zuzumuthen. Es ist eine ganz andere Sache, wenn die Verbündeten sich um die Mitwirkung der Neutralen bewerben und zu dem Ende ihre Vorstellungen an dieselben zu richten, als wenn Rußland ihnen als ihr Bestes empfiehlt, unthätig zu bleiben. Nicht etwa so, als ob der Westen uneigennütziger in seiner Bewerbung wäre und sich um fremdes Wohl mehr Sorge machte als Rußland; aber der Unterschied liegt darin, daß er von Niemand erwartet, sein Bundesgenosse ohne daraus entspringende Verbesserung seiner Lage zu werden. Er bietet einen Siegespreis, auf die Forderung eines andern ist er gefaßt; Rußland hingegen vermag nicht einmal ein Versprechen ausfindig zu machen, und das Gute, welches es den Neutralen erwiesen haben will, beschränkt sich auf Gewährung sogenannter Garantien, unter denen sich Jedermann vorstellt, was er will, und die nichts bedeuten, bis äußerer Zwang ihnen eine greifbare Auslegung und realen Inhalt gegeben haben wird. (Nat.-Ztg.)

§ Wien, 12. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Antwort Rußlands auf die letzten nach Petersburg übermittelten Friedensvorschläge wird zwischen heute und morgen in Wien erwartet, und es ist begreiflich, daß man mit allgemeiner Spannung derselben entgegen sieht, da man weiß, daß sie darüber entscheiden wird, ob Krieg oder Frieden in diesem Jahre in Europa herrschen soll. — Daß Rußland eine unbedingte Annahme der betreffenden Vorschläge durchaus nicht für zulässig erachtet, ist bekannt, und es fragt sich nur, ob die Gegenvorschläge, welche der russische Kurier überbringt, auch derart sind, daß sie die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen ermöglichen. Nach Allem, was man in dieser Beziehung vernimmt, wird jedoch dies nicht der Fall seyn; die russischen Gegenvorschläge mögen vom Petersburger Standpunkte aus allerdings als bedeutende Concessionen anzusehen seyn, sie dürften jedoch kaum in einem entsprechenden Verhältnisse zu dem von den Westmächten bisher errungenen Kriegsresultate stehen. Man glaubt demnach auch nicht, daß die Letzteren sich herbeilassen werden, die russischen Gegenvorschläge als Basis neuer Friedensverhandlungen anzuerkennen, da es in Hinblick auf die noch bestehenden Meinungsdifferenzen mehr als wahrscheinlich ist, daß ein Kongreß, wenn ein solcher auch zu Stande kommen sollte, doch nicht von langer Dauer seyn würde.

Brüssel, 13. Januar. Die „Independance Belge“ enthält folgende Depesche aus Wien: „Die russische Antwort auf die österreich. Friedensvorschläge ist hier eingetroffen. Nachdem Graf Buol von derselben Kenntniß genommen hatte, benachrichtigte er den Fürsten Gortschakoff, daß die gesammte österr. Gesandtschaft Petersburg am 18. Januar verlassen werde.“ (T. D. d. N. K.)

Wien, 13. Januar. Die „Oesterreich. Korrespondenz“ berichtet: „Die russische Rückäußerung ist hier eingetroffen; dieselbe lautet zwar versöhnlich, doch ohne rückhaltlose Annahme der Friedensvorschläge. Weil indessen die Anstände größtentheils formell sind, so ist immerhin noch Hoffnung vorhanden.

(Die zweite dieser Depeschen zeigt, daß die in der ersten enthaltene Nachricht voreilig ist.) (T. D. d. Nd. Korr.)

* Der Vollständigkeit halber führen wir noch an, was das in Brüssel erscheinende und in Rußlands Interesse redigirte Journal „Nord“ über die russische Antwort meldet. Dies Blatt enthält die Angabe, daß Rußland die Prinzipien der Friedensvorschläge angenommen, und nur einige unbedeutende (??) Modifikationen gemacht habe. Eine territoriale Abtretung in Bessarabien würde verweigert, aber in den Austausch der gegenseitigen okkupirten Gebietstheile gewilligt. (Sehr natürlich!)

Aus Paris, 12. Jan., wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben: „Die Initiative des Vorschlags, das Prinzip der Neutralität des schwarzen Meeres als Grundlage der Auslegung des dritten Punkts zu adoptiren, ging von Oesterreich aus. Der Hof der Tuilerien schenkte diesem Vorschlag das geneigteste Gehör. England erklärte sich nicht weniger damit einverstanden, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß es sich nicht bloß darum handeln sollte, ein Prinzip aufzustellen, sondern die einzelnen Details der Ausführung desselben derart festzusetzen, daß Rußland nicht ermächtigt bliebe, eine Silbe an der von den alliirten Mächten vom 2. Dez. verabredeten Fassung zu ändern. Um hierin dem Wunsch des britischen Kabinets vollends zu entsprechen, überließ die französische Regierung demselben die Redaktion der vier Punkte, welche in der von der „Indep. Belge“ vor drei Tagen veröffentlichten Fassung (auch von uns auszugsweise mitgetheilt. Die Red.) von allen drei Großmächten (Oesterreich, Frankreich und England) als das unverrückbare Minimum der an Rußland zu stellenden Forderungen sanktionirt ward.“

Berlin, 13. Jan. Hr. v. Seebach ist am Sonnabend Abends nach Paris abgereist. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 14. Jan. Für österr. Staatsbahnaktien und span. Fonds wurden höhere Kurse bewilligt. Im Uebrigen fand keine wesentliche Veränderung statt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83 5/8 P. 83 3/8 G.
„ 5pCt. Metall. alte 66 1/4 P. 66 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. 77 1/8 P 76 5/8 G
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 69 1/4 P. 69 G.
„ 4 1/2pCt. „ 57 P 56 3/4 G.
„ 4pCt. „ 51 1/4 P. 51 G.
„ 3pCt. „ 39 P 38 1/2 G.
„ 1pCt. „ 13 1/2 P. 13 1/4 G
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 958 P. 953 G
Oesterreichische Credit-Actien 199 3/4 P 199 1/2 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 210 G.
„ 250 „ „ von 1839 111 1/2 P. 111 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 84 3/4 P 84 1/2 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 205 P. 203 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101 1/2 P. 101 G.
„ 4 1/2pCt. „ 100 1/2 P 100 G.
„ 4pCt. „ 94 P. 93 1/2 G.
„ 3 1/2pCt. „ 86 P. 85 1/2 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 94 3/8 P. 93 7/8 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 149 3/4 P. 149 1/4 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 138 1/4 P. 137 1/2 G.
Preussen 3 1/2pCt. Staats-Schuld-Scheine 86 P. 85 1/2 G.
Württemberg 4 1/2pCt. Obligationen 102 1/4 P. 101 3/4 G.
„ 3 1/2pCt. „ 88 5/8 P. 88 1/8 G.
Baden 3 1/2pCt. Obligationen von 1842 88 5/8 P. 88 1/8 G.
Badische 50 fl. Loose 78 3/4 P. 78 1/4 G.
„ 35 „ „ 46 3/4 P. 46 1/2 G
Grossh. Hessen 4 1/2pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99 3/4 P 99 1/4 G.
„ 3 1/2pCt. „ 93 1/2 P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 109 1/2 P. 109 G.
„ „ 25 „ „ 33 P. 32 3/4 G
Darmstädter Bankaktien 285 P. 283 G
Kurhessische 40 Thaler Loose 36 1/2 P. 36 1/4 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 55 P. 54 1/2 G.
Nassau 3 1/2pCt. Obligationen 91 P. 90 1/2 G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28 1/2 G
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 3/4 P. 85 1/4 G.
„ 3 1/2pCt. „ alte 93 1/2 P 93 G.
„ 3 1/2pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118 1/2 P. 118 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 318 P. 316 G
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 80 P. 79 1/2 G

Polen 500 fl. Partial — P 79 1/4 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 35 P. 34 3/4 G.
„ 1pCt. neue 21 5/8 P. 21 1/2 G.
Holland Integrale 63 P. 62 1/2 G.
„ Certificats 4pCt. — P. 92 1/2 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl.100 k.S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119 1/8 P. 118 7/8 G.
Augsb. fl.100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G	Mail. i.S Lr.250 k.S 100 3/4 P 100 1/2 G.
Berlin Thlr.60 k.S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	do. 3 Monat mit 5% 100 3/8 P 100 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94 1/8 P. 93 7/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96 1/4 P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k.S 88 3/4 P 88 1/2 G.	Wien fl. 100 C. k S. 106 3/4 P. 107 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 106 3/8 P. 106 1/8 G.

Disconto — P. 3 1/2 pCt. G.

Magdeburg, 11. Jan. Im Getraidegeschäft war an unserm Platze auch in dieser Woche sehr wenig Leben, Konsumenten kaufen nur den nothwendigsten Bedarf und Handel und Spekulation sind bei dem geringen und wenig Gewinn bringenden Abzug und bei den stereotypen Preisen gar nicht angeregt. Waizen wird am Landmarkt mit 104 a 110 Rthlr. bezahlt, was jetzt angebracht wird, wiegt in der Regel nicht mehr als per gestrichenen Schäff. 86—88 Pfd. und wenn ein höheres Gewicht verkauft wird, so ist es gewöhnlich nur durch Uebermaß hergestellt; für größere Posten zu 88—90 Pfd. eingewogen, werden 109 a 112 Rthlr. frei Eisenbahn verlangt. Roggen am Markte 86 a 89 Rthlr., aus zweiter Hand wird nach Qualität 90 a 91 Rthlr. pr. 2016 Pfd. frei Eisenbahn verlangt. Gerste 70—72 Pfd. 55 a 57 Rthlr., nach wirklich schwerer Waare von 74—75 Pfd ist mehrfach Frage und würde man dafür wohl 59 a 60 Rthlr erlangen können. Hafer 50—53 Pfd. 34½ a 36 Rthlr., größere Quantitäten zu 35 Rthlr. für 1200 Pfd. käuflich.

Nichtpolitische Zeitung.

⊙ Von Wichtigkeit für die Verbindungen des europäischen Festlandes mit den überseeischen Ländern bleibt immer die Einrichtung neuer Dampfschifffahrtslinien, welche regelmäßige Kurse einhalten und deßhalb wird als vortheilhaft für den westlichen Theil Norddeutschlands die Eröffnung einer Dampfschifffahrtslinie zwischen Amsterdam und New-York und zwischen Amsterdam und Rio Janeiro erachtet. Außer diesen beiden Linien hat man auch noch das Projekt, von Antwerpen aus eine regelmäßige Dampfschifffahrts-Verbindung mit der Levante herzustellen. Bis jetzt bestehen nur Dampfschifffahrts-Verbindungen zwischen der Levante und Europa von Frankreich, Oesterreich und England aus.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bohmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 16.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 16. Januar 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 15. Januar. Se. Maj. der König haben zu der bei dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg in Erledigung gekommenen Rathsstelle den Assessor dieses Gerichtshofs, Anton Frankl, zum Assessor allda den Kreis- und Stadtgerichtsrath Johann Dirrigl in Bamberg, und zum Rath am Kreis- und Stadtgericht Bamberg den dortigen Assessor Ludwig v. d. Pfordten befördert, sodann zum Assessor am gedachten Kreis- und Stadtgericht den Appellationsgerichts-Accessisten Wilhelm Heinrich Reitzmann in Neuburg ernannt. (N. M. Z.)

** München, 14. Januar. (Privat-Korrespondenz.) **23. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die königlichen Staatsminister v. d. Pfordten, Graf Reigersberg und Dr. Ringelmann.

Zur Berathung gelangen die Nachweisungen über die Staatsausgaben pro 1852/53, deren Größe wir schon früher mitgetheilt haben. Bei den Etats aus dem Bestande der Vorjahre, dann des kgl. Hauses und Hofes, des Staatsraths und des Landtags wird keine Bemerkung gemacht.

Bei dem Etat des k. Staatsministerium des Hauses und des Aeußern nimmt Referent Abg. v. Lerchenfeld Bezug auf die schon in seinem Referate beregten Mehrausgaben, für die Gesandtschaften. Trotz der Mehrkosten fügt Referent bei, erscheine ihm die äußere Politik Bayerns als keine glückliche, sie erscheine als eine erfolglose; doch wolle er damit keinen Vorwurf machen, denn er gebe zu, daß Zeit und Umstände es nicht anders machen ließen. Es gebe aber Fragen, welche die bayerische Regierung mehr in der Hand habe, in welchen sie aber nicht so gehandelt habe, wie sie hätte handeln sollen. Redner will keine Kritik der Bundestagsthätigkeit geben, spricht sich aber dann sehr scharf gegen dessen Verfahren bezüglich verschiedener Beschwerden, namentlich jener in der hannoveranischen Verf.-Angelegenheit aus, das auf alle redlichen Freunde des Vaterlandes den trübsten Eindruck mache. Er könne dies nicht für gut halten, die Forderungen des Jahres 1848 seyen nicht so aus der Luft gegriffen gewesen, sondern nur eine Consequenz der vorausgegangenen Thätigkeit des Bundestags. Bisher habe die bayerische Regierung an ihren seit den Karlsbaderbeschlüssen aufgestellten Prinzipien festgehalten, so auch 1836 und bei der damaligen Verfassungsangelegenheit Hannovers. Auch habe man 1850 und 1851 in der Kammer erklärt, an jenen Prinzipien festhalten zu wollen; allein nach seiner Ueberzeugung hätte man bei den jüngsten Abstimmungen in Frankfurt nicht mehr hieran festgehalten, sondern sie verlassen. In der hannoveranischen Verf.-Angelegenheit von 1836 habe die bayerische Regierung für Inkompetenz des Bundes sich erklärt, jetzt aber habe man zugestimmt, wo es sich um Aufhebung einer in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassung gehandelt habe. Den Abstand von damals und jetzt müsse man tief beklagen. — Noch erklärt sich Redner gegen die vielen Gesandtschaften, selbst an vielen Orten, wo nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren sey, und glaubt insbesondere, daß die Gesandtschaft nach Madrid nicht nothwendig gewesen.

Abg. Dr. v. Lassaulx. Auch er gestehe, daß ihn die Leistungen des Bundes mit tiefem Unmuth erfüllen. Er wolle aber nicht von der großen europäischen Politik sprechen, nicht von der Frage, die ihrem Schicksal und Lösung entgegen gehe, und die ein höheres Schicksal entscheide, welche Entscheidung zu bekämpfen vergebens wäre. Nur die innere deutsche Frage wolle er besprechen, und da habe ihm der freimüthige Vorredner wie aus der Seele gesprochen. In scharfer Weise tadelt nun der Redner das desfallsige Verfahren des Bundestags. Er erwähnte u. A., daß, als 1837 der König von Hannover die Verfassung gewaltsam aufgehoben, man nicht vermuthet habe, daß achtzehn Jahre später eine zweite Auflage dieses Staatsstreiches erfolge — und ein Ministerium (das bayerische) mitwirken werde, dessen Vorgänger (1837) ganz anders gehandelt haben; man hätte nicht vermuthet, daß dieses Ministerium die Traditionen seiner Vorgänger verläugnen werde. Unter allen guten Eigenschaften des deutschen Volkes sey die, sein gegebenes Wort zu halten, die beste; Versuche, wie sie jetzt vorkommen, könnten das Volk verderben. Jener deutsche Volksstamm, der 1837 viel Bitterkeit erfahren und 1855 sich so mäßig benommen, verdiene die allgemeine Anerkennung und Theilnahme! Nicht ohne tiefe Scham könne er daran denken, daß zwei seiner damaligen Kollegen 1837 ganz seiner Ansicht waren, und jetzt einer (Pfordten) davon ganz anders gehandelt habe, es gehöre das zu seinen bittersten persönlichen Erfahrungen.

Abg. Crämer erklärt, daß man sich mit bloßer Verwahrung gegen die Mehrausgabe, wie Referent beantrage, nicht begnügen könne, sondern die Anerkennung verweigern müsse, und daß er einen solchen Antrag stellen werde.

Abg. v. Closen erklärt, daß auch er das Verfahren des Königs Ernst August von Hannover 1837 nicht rechtfertige, aber doch erwähnen wolle, daß dieser König sich durch sein Verfahren im Jahre 1848 und 1849 die Liebe und Achtung seines Volkes im hohen Grade erworben habe und gezeigt hätte, wie die konstitutionelle Regierungsform aufzufassen sey.

Abg. Fürst Wallerstein sprach sich hierauf in nicht minder entschiedener Weise, wie Lerchenfeld und v. Closen bez. der hannoverischen Verfassungsangelegenheit, wie überhaupt der Bundesthätigkeit aus und erwähnt, daß ihm diese nicht unerwartet gekommen, denn er habe sie, als in der kurhessischen Frage die ersten Schritte geschehen seyen, vorausgesagt.

Der kgl. Ministerpräsident. Es sey schwer, der Versuchung zu widerstehen, auf Angriffe, wie die vorgebrachten, zu antworten, doch halte er es für seine Pflicht, nicht in's Detail einzugehen. Nur im Allgemeinen wolle er bemerken, daß, wie immer die große Frage der Gegenwart gelöst werde, er das Bewußtseyn habe, die spätere Geschichte werde auf den Grund wirklicher Thatsachen günstiger als die Kammer die Politik der bayerischen Regierung beurtheilen. Ihrem Bestreben müsse man es doch mit beimessen, daß Deutschland bis jetzt nicht in sich zerfahren sey. In der hannoverischen Verf.-Frage habe die bayerische Regierung durch ihre Abstimmung im Bunde die früheren Prinzipien nicht verlassen, sie habe an frühere Traditionen festgehalten, und wenn man die vollständigen Akten kennen würde, so würde Manches heute nicht gesagt worden seyn. Die Kammer, indem sie die Rücksichten gelten lasse, die ihn abhalten, weitere Erklärungen zu machen, werde sich hierbei beruhigen. Aus gleichen Rücksichten könne er auch nicht auf das antworten, was speziell (den Schluß der Rede Lassaulx's) an seine Adresse gerichtet worden sey, es sey auch eine Berufspflicht des Ministers, daß, wenn Jemand um seine Galle sich zu erleichtern, sie nicht über andere ergießen könne, er dieselbe über sich ergießen lasse, und dieser Pflicht wolle er sich auch nicht entziehen.

Die Kammer ging hierauf zu den Etats der übrigen Ministerien über, und da nur an Einzelne Bemerkungen geknüpft wurden, so konnten dieselben und die Etats der meisten Staats-Anstalten heute noch erledigt werden. Bei dem Etat der Sicherheit wurden von den Abgg. Dr. Völk, Wallerstein, Closen und Lerchenfeld viele Klagen über den schlechten Zustand unserer Gefängnisse erhoben, und dagegen vom kgl. Justizminister bemerkt, daß die Besserung des Gefängnißwesens mit der Erledigung der Gerichtsorganisation und des neuen Strafgesetzes zusammenhänge, und dann die Erbauung von großen Gefängnißhäusern in jedem Kreise werde beantragt werden. Die Kammer wird morgen die Berathung der Nachweise über die Ausgaben fortsetzen und morgen Nachmittag den Gesetzgebungs-Ausschuß wählen.

× **Preußen.** Berlin, 14. Januar. (Privat-Korresp.) Die Eisenbahn von Weißenfels nach Leipzig ist in ihrem Bau bereits so weit vorgeschritten, daß man glaubt, sie wird schon im kommenden Frühjahr dem Verkehr übergeben werden

können. — Zwischen der Kommune Berlins und einer großen Anzahl preußischer und fremder Städte besteht ein sehr interessanter Verkehr, indem sie sich gegenseitig die wichtigsten Momente aus der Kommunal-Verwaltung mittheilen. So ist in diesen Tagen eine Einsendung von der Stadt Dresden erfolgt, in welcher die Ausgabe und Einnahme der Stadt dargethan wird. Von hier aus sind jüngst Mittheilungen nach Wien gegangen, und sogar mit Rom steht unsere Stadt in wechselseitigem Austausch der wichtigsten Ereignisse unserer Kommune. — Unser berühmter Bildhauer Kiß, der bereits einen Weltruhm sich erworben hat, empfing in diesen Tagen seinen „heiligen Georg", welchen er auf die Industrie-Ausstellung nach Paris geschickt hatte, wieder zurück. — Die hiesigen Künstler sind mit dem Resultate der Industrie-Ausstellung in Bezug auf Kunstwerke nicht sehr zufrieden, da sie glauben, in ihren Leistungen unterschätzt zu seyn. Von sämmtlichen Künstlern Deutschlands haben nur Peter v. Cornelius in Berlin wegen Cartons zur Fresko-Malerei in der Königsgruft, und Ernst Rietschel in Sachsen wegen Rundwerke und Reliefs in Gyps die große Ehrenmedaille erhalten. Berühmte Namen, wie Achenbach, Knaust, v. Kaulbach haben nur die Medaille 1. Klasse, Hildebrandt, Magnus, Mandel, Meyerheim, August Richter, Gustav Richter, Julius Schrader, Kiß die Medaille 2. Klasse und Dracke und Karl Friedrich Voigt nur ehrenvolle Erwähnungen erhalten.

Freie Städte. Hamburg, 11. Jan. Die hier erscheinenden „Jahreszeiten" schreiben in Bezug der Campe'schen Angelegenheit: „In der Gesellschaft wird hier und da auch der Name eines kürzlich etwas räthselhaft verstorbenen mecklenburgischen Cavaliers genannt, der, in der Affaire des Herzogs Wilhelm betheiligt, aus Besorgniß, sich und seine Familie kompromittirt zu sehen, es vorgezogen haben soll, einem Tode zu erliegen, über dessen Ursache man nicht in's Klare zu gelangen vermag." — Zu dem Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen das Vehse'sche Buch wegen der Verläumdungen gegen den Herzog von Mecklenburg soll die Entscheidung eines Ehrengerichts Veranlassung gegeben haben, das in Folge jener veröffentlichten Anschuldigungen zusammentrat und sich von der Unwahrheit der Verläumdungen überzeugte. Schließlich wollen wir noch eines Gerüchtes erwähnen. Man erzählt sich ferner, daß ein hoher Beamte Mecklenburgs, in der Sache des Herzogs Wilhelm betheiligt, in einem unbewachten Augenblicke aus der Schule geplaudert habe, und so sey durch seine Unvorsichtigkeit eine Sache an die Oeffentlichkeit gekommen, die in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt bleiben sollte."

Hamburg, 14. Jan. Dem Vernehmen nach ist Herr Julius Campe heute Mittag 12 Uhr zur Zeugnißablegung bei 100 Rthlr. sofort zu exequirender Strafe wieder auf die Polizei zitirt worden. (H. N.)

* Frankfurt, 15. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Der Prinz-Regent von Baden ist auf der Reise nach Berlin gestern Nachmittag durch unsere Stadt gekommen. — Das wichtigste Ereigniß für uns Frankfurter ist eben der in letzter Sitzung unserer gesetzgebenden Versammlung herabgelangte Vortrag des Senats über die schon seit einer Reihe von Jahren in der Schwebe befindliche Einführung des öffentlichen und mündlichen Strafverfahrens. Aus dem Vortrage entnehmen wir, daß sich der Senat die von der Legislative an seinem Entwurfe gemachten Veränderungen aneignet; da jedoch, zu seinem Bedauern, das Erforderliche für die Gewinnung von Lübeck als Kassationshof bis jetzt noch nicht erledigt werden konnte, so schlägt er einstweilen hierfür die Benutzung von Aktenversendung, jedoch nur mit Beschränkung auf drei Universitäten, vor, um mit der Bestimmung eines Kassationshofes nicht allzusehr in Widerspruch zu treten. In so lange muß auch ein Zusatz zu dem Taxengesetz gelten. Die Ausführung aller Gesetze werde natürlich nur gleichzeitig erfolgen. Das Gesetz über körperliche Züchtigung, das von der gesetzgebenden Versammlung fast einstimmig angenommen wurde, ziehe er vorerst noch wieder zurück, bis die Erfahrung hierüber weiter entscheide. Dagegen legt er das Preßgesetz, das von der Versammlung schon mehrmals zurückgewiesen wurde, wiederum zur Erledigung vor. So bringt uns denn das neue Jahr sofort die Erledigung der schwebenden Verfassungsfrage und Geschwornengerichte, fängt demnach mit der Zahlung alter Ehrenschulden an. Sind diese bereits auch alt genug geworden, so soll dieselbe doch hiermit immer noch froh begrüßt werden. Der Eintritt der endlichen Uebereinstimmung der Staatsbehörden in einer so wichtigen Sache bleibt stets ein gewichtiges und freudiges Ereigniß, und zwar doppelt, je trüber und ungewisser der politische Horizont noch immer für uns ist.

Oesterreich. Aus Wien vom 7. Januar wird der „Times" geschrieben: „Man spricht hier viel von der außerordentlichen Freigebigkeit der Baronesse Stieglitz, welche den Winter hier zubringt. Am Weihnachtsabende hatte sie einen Weihnachtsbaum in ihrer Wohnung, und die eingeladenen Gäste erhielten Geschenke, die zum Theil sehr werthvoll waren. Eine Broche, die aus Brillanten vom reinsten Wasser bestand, fiel einem der Fürsten Czartoryski zu, und überhaupt fiel es auf, daß die österreichischen Polen vom Glücke, oder vielmehr von der russischen Dame, am meisten begünstigt wurden. Die böse Welt behauptet, die Baronesse habe eine Mission à la Princesse Lieven; allein wäre das der Fall, so würde sie vermuthlich die Oeffentlichkeit zu vermeiden suchen und eine Privatwohnung bezogen haben, statt im Hotel Munich zu wohnen."

Die bischöflichen Konferenzen wegen Durchführung des Konkordates werden nach Ostern in Wien zusammentreten. Alle bis dahin getroffenen Vorkehrungen sind als provisorisch anzusehen.

Seit 1849 hatte die österreichische Militärbehörde zu Mailand das Palais des Casino dei Nobili für sich in Anspruch genommen und daraus eine Kaserne gemacht. Vor Kurzem hat sie es plötzlich seinen früheren Besitzern zurück erstattet.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 12. Jan. Die Verhandlungen im Prozeß Degiorgi haben am 7. d. M. in der Kirche des Kapuzinerklosters in Locarno begonnen. (Fr. Pstz.)

Graubünden, 10. Jan. Die Regierung hat sich nun wirklich in Uebereinstimmung mit der in Tessin an den Bundesrath gewendet, um die Trennung des Puschlav vom Bisthum Como zu bewirken. Der natürliche Bischof dieser Diözese sey der in Chur.

Großbritannien.

London, 12. Januar. Nicht nur in der Presse, sondern auch in öffentlichen Versammlungen und bei Festgelagen erheben sich laute Stimmen des Protestes gegen die in der letzten Flugschrift Cobden's enthaltenen Anschauungen.

Frankreich.

Paris, 11. Jan. Das Tagesgespräch bildet noch immer der Artikel des Amtsblattes über oder vielmehr gegen den Senat. Besser bewahrt als beklagt, mag der Kaiser sich gesagt haben. In der vorigen Session ist es vorgekommen, daß sich im Senat oppositionelle Anwandlungen kundgaben; das soll sich nicht wiederholen, deßhalb die amtliche Strafpredigt; aber es ist bedeutsam, daß der Kaiser das Publikum zum Zeugen seiner Unzufriedenheit mit dem vornehmsten Staatskörper nimmt; man darf daraus folgern, daß geheime, aber fruchtlose Zurechtweisungen vorhergegangen sind. Noch bedeutsamer ist, daß der Senat, der doch nur aus Geschöpfen des Kaisers besteht, diesem Motive der übeln Laune gegeben hat, und wir erinnern uns jetzt eines Vorganges, dem wir seiner Zeit keine Wichtigkeit beilegten. Wir befanden uns im Laufe des vorigen Jahres in einer Gesellschaft, wo u. A. ein Würdenträger des gesetzgebenden Körpers gegenwärtig war. Auf die Bemerkung eines Anwesenden, der Geist des gesetzgebenden Körpers neige sich mehr, als man glauben möchte, zur Opposition hin, erwiderte die angegebene Person (sie steht dem Hofe sehr nahe), man glaube das nicht; der gesetzgebende Körper sey besser, als der Senat (le corps legislatif vaut mieux que le sénat). (S. M.)

Paris, 12. Jan. Man spricht hier von dem Attentat eines französischen Soldaten auf den Marschall Pelissier. Höchst wahrscheinlich ist das eine leere Erfindung. (Schw. M.)

Paris, 12 Jan. Ein wichtiges finanzielles Unternehmen ist seiner Ausführung nahe. Die ersten und reichsten Pariser Bank- und Handlungshäuser werden einen Verein bilden, um, unter gewissen Umständen, die Regierung, die Stadt Paris und selbst den Handelsstand unterstützen zu können. Baron Rothschild tritt mit seinen Häusern zu Frankfurt, London und Neapel dem Vereine bei, der keine Aktien ausgeben, sondern bloß mit seinen Kapitalien operiren wird. — Seit einigen Tagen harrt die Bevölkerung der Vorstädte St. Martin und St. Denis mit Ungeduld der Eröffnung einer großen „Zentral-Bäckerei", die das ganze geräumige Haus Nr. 65 auf dem Boulevard Sebastopol inne hat. Die Leiter des Unternehmens sind Graf O. Aguado und die Herren J. Fould, Cor und Lebaudy. Nach langen und sorgfältigen Versuchen, die unter ihren Augen zu St. Denis angestellt wurden, sind sie dahin gelangt, ohne zu irgend einer Art von Mischung ihre Zuflucht zu nehmen, jedes vierpfündige Brod von reinem Waizen 12 Centimes unter der Taxe für die zweite und 6 Centimes unter der Taxe für die erste Qualität liefern zu können. Heute wird diese Bäckerei ihre Thätigkeit beginnen. Nach und nach sollen übrigens sämmtliche Bezirke von Paris dieser Wohlthat theilhaftig werden.

Paris, 12. Januar. Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung der Herren Cusin, Legendre und Duchesne. Dieselben waren die Direktoren der kürzlich durch Dekret geschlossenen Docks Napoleon. (K. Z.)

Paris, 12. Jan. In der Vorlesung des Hrn. Professors Nisard kam es heute zu einem wahren Tumulte. Hr. Nisard war dieses Mal genöthigt, seinen Vortrag zu unterbrechen. Die Polizei kam ihm zu Hülfe, und mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. — Nächsten Dinstag steht uns abermals ein großes militärisches Schauspiel bevor. 21,000 Mann Krim-Truppen werden auf dem Marsfelde vom Kaiser und dem Herzoge von Cambridge gemustert und mit der englischen Medaille beschenkt. Dieselbe ist bekanntlich allen Unteroffizieren und Soldaten der vier verbündeten Armeen bestimmt, die an der Belagerung von Sebastopol Theil genommen haben. Sie ist 12 Fr. werth, sonst aber nicht sonderlich schön. (K. Z.)

° Paris, 13. Januar. Mehrere katholische Missionäre, barmherzige Schwestern und drei anglikanische Geistliche haben sich letzten Donnerstag in Lyon nach der Krim eingeschifft.

Der Sohn eines der großen algerischen Häuptlinge der Provinz Konstantine, Mohammed-ben-Daoul, ist in eine der Militär Vorbereitungsschulen zu Versailles eingetreten, um dann in die Schule von St. Cyr überzugehen.

Dem berühmten Physiker Hrn. Hamilton hat der Kaiser eine prachtvolle Nadel mit einem Adler in Brillanten zum Geschenke gemacht.

Amerika.

In Montevideo haben die Dinge eine beunruhigende Wendung genommen. Die Straßen der Stadt waren vom 24. bis 29. Novbr. der Schauplatz eines bedauernswürdigen Kampfes, in welchem 90—100 Leben geopfert und vielleicht noch mehr Personen verwundet wurden. Die nähern Angaben lauten sehr unbestimmt; allein den Sieg erfochten die Anhänger des Oribe und Flores Nach einem fruchtlosen Kampfe mußten ihre Gegner die Waffen strecken, und ihre Häupter, so wie ein Theil der Truppen, sind in Buenos-Ayres auf den Paket-Dampfern als Flüchtlinge angekommen. Die Geschäfte zu Montevideo stockten in Folge jener Unruhen.

⊙ Nach Mittheilungen über den Handel und die Schifffahrt der Vereinigten Staaten von Nordamerika vom 1. Juli 1854 bis 30. Juni 1855 betrug die Tonnenzahl der Schiffe daselbst 5,212,001. Um sich den Umfang der Schifffahrt recht vorzustellen, darf man nur einen Vergleich mit der preußischen Kauffahrtei-Flotte anstellen, welche am Schluß des Jahres 1855 897 Schiffen mit 139,205 Lasten bestand. Die Tonnenzahl der Schiffe in den Vereinigten Staaten hatte im letzten Jahre um 400,000 zugenommen. Es wurden 2024 Schiffe mit 583.450 Tonnen neu erbaut. Die Waare, welche von den nordamerikanischen Schiffen ein- und ausgeführt wurden, hatten einen Werth von 536,539,806 Dollars. Mehr als die Hälfte, nämlich 275.156.846 Dollars, repräsentirt den Werth der Ausfuhren. Die am stärksten vertretenen Waarenartikel waren Baumwolle im Werthe von 88,143,844 Dollars, Getraide und andere Vegetabilien im Werthe von 23,651,362 Dollars, Vieh und animalische Produkte im Werthe von 17,178.080 Dollars, Tabak im Werthe von 14,712,468 Dollars u. s. w.

Nachrichten aus den Vereinigten Staaten: Obwohl der Sprecher des Deputirtenhauses noch nicht gewählt, dasselbe hiermit noch nicht konstituirt ist, ist am 31. Dezbr. die Botschaft des Präsidenten eingelangt. Dieselbe erklärt die Interpretation des Bulwer-Vertrags*) durch England für unzulässig, hofft jedoch auf eine diplomatische, nicht kriegerische Ausgleichung. Die Genugthuung für die Verletzung der Neutralität durch die Rekrutirungen Englands schwebe ebenfalls noch. Die Differenzen mit Frankreich, Spanien und Griechenland seyen größtentheils ausgeglichen. Die vorstehenden Notizen sind dem Enquirer entnommen, der Text der Botschaft fehlt noch (T. D. d. A. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Berlin, 13. Januar. Der Reise des als General in preußischen Diensten stehenden Prinzen August v. Württemberg wird, wie sich unter den jetzigen Umständen nicht anders erwarten läßt, ein politischer Zweck beigelegt, wiewohl die nahe verwandtschaftliche Beziehung des Prinzen zum russischen Hofe die Reise genügend erklären könnte. Man meint nun, daß der Prinz, als ein besonderer Liebling des Königs, dazu ausersehen worden, dessen Wünsche dem Kaiser an's Herz zu legen Daß diese Wünsche auf den Frieden gerichtet sind, bedarf keiner Erwähnung. Aber Preußen hat jetzt mehr als je Grund, die Fortsetzung des Krieges vermiethen zu sehen. Wenn Oesterreich sich genöthigt sehe, seine Allianz mit den Westmächten einen kriegerischen Charakter annehmen zu lassen, so würde die Lage Preußens, wie Jedem in die Augen springt, eine höchst mißliche werden. Man weiß hier zwar ebenso gut wie überall, daß Oesterreich jetzt noch nicht auf jenem Punkt angelangt ist, und daß es trotz seines Ultimatum noch manchen Schritt zurück und vorwärts thun wird, bevor es zu den Waffen greift; aber man verkennt auch nicht, daß es schließlich doch dahin kommen kann, wenn Rußland nicht durch einige ernstliche Zugeständnisse die Westmächte und Oesterreich befriedigt. Dazu den Kaiser zu bestimmen, soll der Prinz August v. Württemberg in Petersburg, wie man hier glaubt, mitwirken.

Wien, 12. Jan. Die Thätigkeit der Diplomatie ist ungewöhnlich lebhaft geworden. Der französische Gesandte Baron v. Bourqueney, der englische Gesandte Sir H. Seymour, der russische Gesandte Fürst Gortschakoff, der preuß. Gesandte Graf v. Arnim und Oberst v. Manteuffel hatten sich gestern und heute abwechselnd bei Graf Buol eingefunden. Später pflog Oberst v. Manteuffel eine längere Besprechung mit dem Fürsten v. Gortschakoff, und Baron v. Bourqueney mit Sir H. Seymour. (Allg. Z.)

• Wir wollen unsere Leser nicht mit der Unzahl von telegraphischen Depeschen über Rußlands Antwort auf die Friedensvorschläge Oesterreichs und der Westmächte behelligen, womit jetzt die Zeitungen wahrhaft überschwemmt sind. Ihr Inhalt läuft am Ende darauf hinaus, wie wir schon gestern sagten, daß Rußland zwar zu Unterhandlungen über verschiedene der vorgeschlagenen Punkte sich bereit erklärt, aber die geforderte Abtretung eines Theils von Bessarabien entschieden ablehnt. Der neulich erwähnte Artikel der amtlichen „Oesterr. Korresp." vom 13. Januar sagt: „Die dem Grafen Buol mitgetheilte russische Antwort ist, wie wir vernehmen, im versöhnlichen Geiste gehalten und spricht friedliche Gesinnungen aus; doch enthält sie nicht die volle und rückhaltlose Annahme der Propositionen, welche allein den Frieden verbürgt. Da aber die erhobenen Anstände großentheils formeller Natur sind, so halten wir an der Hoffnung fest, daß das erstrebte Ziel noch zu erreichen ist. Fürst Gortschakoff hat im Laufe des gestrigen Tages bereits seinem Hofe, sowohl auf telegraphischem Wege als durch außerordentlichen Kurier, über die Sachlage Bericht erstattet." Der letzte Satz zeigt auch zur Genüge, wie voreilig die Angabe ist, der österreichische Gesandte werde schon in nächster Zeit St Petersburg verlassen. Nicht in Widerspruch hiermit steht, was dem „Nord" aus Berlin 13 Jan. telegraphirt wird: „Graf Buol hat die Gegenvorschläge des kaiserlich russischen Kabinets ohne Diskussion verworfen;" denn damit ist die Diskussion über die österreichischen Vorschläge noch nicht abgeschnitten, die freilich voraussichtlich ohne Erfolg bleiben wird. Weiter wird dem „Nord" aus Berlin 13. Jan. gemeldet: „Indem Graf Buol dem Fürsten Gortschakoff den nahen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem russischen und Wiener Hofe in Aussicht stellte, ließ er zugleich den Kabinetten von Paris und London erklären, daß Oesterreich in diesem Jahre nicht am Kriege Theil nehmen werde." Was diese Meldung betrifft, so ist nicht zu übersehen, daß die Verbreitung derselben von einem russischen Blatte ausgeht, weil damit dem russischen Interesse gedient wird. Eine solche Mittheilung im gegenwärtigen Moment trägt schon auf den ersten Blick das Gepräge der Unwahrscheinlichkeit an sich, und wäre sie wirklich gemacht worden, so hätte man doch wohl dafür gesorgt, daß sie in russische und russenfreundliche Kreise nicht transspirire.

Aus dem Orient.

Die neuesten Berichte aus Kamara melden, daß die schwimmenden Batterien sich im Hafen von Kamiesch sammeln und daß die Verbündeten schon binnen Kurzem ihr Artilleriefeuer gegen Nordsebastopol eröffnen werden. In der Krim ist die ungewöhnlich strenge Kälte noch immer anhaltend (der Thermometer zeigt 18 Grad R.), die Posten an der Tschernaja sind hierdurch den größten Leiden ausgesetzt. (Z. f. Nd.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 15. Jan. Die meisten österr. Fondsgattungen sowie Wechsel auf Wien wurden niedriger abgegeben,

*) Dieser Vertrag bestimmt, daß weder England noch die Ver. Staaten eine ausschließliche Kontrole über den projektirten Kanal durch den Staat Nicaragua vom atlantischen ins stille Meer üben sollen.

während die übrigen Fondsgattungen keine wesentliche Veränderung erfuhren.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83¼ P. 83 G.
" 5pCt. Metall. alte 65¾ P. 65½ G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. 76⅞ P. 76⅜ G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 69 P. 68½ G.
" 4½pCt. " 56½ P. 56 G.
" 4pCt. " 51¼ P. 51 G.
" 3pCt. " 39 P. 38½ G.
" 1pCt. " 13½ P. 13¼ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 915 P. 910 G.
Oesterreichische Credit-Actien 109¾ P. 108½ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 211 G.
" 250 " " von 1839 110½ P. 110¼ G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 83⅞ P. 83⅝ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 205 P. 203 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
" 4½pCt. " 100½ P. 100 G.
" 4pCt. " 94 P. 93½ G.
" 3½pCt. " 86 P. 85½ G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 94 P. 93½ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsb.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 149¾ P. 149¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 137⅞ P. 137⅜ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 86 P. 85½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101⅝ G.
" 3½pCt. " 88½ P. 88 G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88⅝ P. 88⅛ G.
Badische 50 fl. Loose 79¼ P. 78¾ G.
" 35 " " 46¾ P. 46½ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 4pCt. " 99¾ P. 99¼ G.
" 3½pCt. " 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 109½ P. 109 G.
" " 25 " " 33 P. 32¾ G.
Darmstädter Bankaktien 284½ P. 282½ G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 36⅝ P. 36⅜ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 55 P. 54½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
" 3½pCt. " alte 93½ P. 93 G.
" 3½pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118⅜ P. 117⅞ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 318 P. 316 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 80 P. 79½ G.

Polen 500 fl. Partial — P. 79 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 35 P. 34¾ G.
" 1pCt. neue 21⅝ P. 21½ G.
Holland Integrale 63 P. 62½ G.
" Certificats 4pCt. — P. 92½ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅜ P. 100⅛ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 P. 118¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 100¾ P. 100½ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 100⅜ P. 100⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94⅛ P. 93⅞ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¼ P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88¾ P. 88½ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 106½ P. 106¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 105⅞ P. 105⅝ G.
Disconto — P. 3½pCt. G.	

Wien, 14. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 76⅛; 5Cpt. Met. 73⅞; 4½pCt. 63; Lotterie-Anlehenslooſe von 1839 124¼; dito von 1854 93 1/16; Bankaktien 886; Bank-Interimsaktien 90; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2170; Wechselkurse: Augsburg uso 112¾ P.; London 10.59 P. Geldkurs: Dukaten —.

London, 7. Jan. In London wurden im verflossenen Jahre importirt: 157,227 Tons Zucker von britischen Besitzungen, 49,657 Tons Zucker von fremden Ländern; exportirt wurde von fremdem Zucker 12,429 Tons, versteuert von Kolonialzucker 222,627 Tons gegen 209,249 Tons in 1854.

Rum wurde im verflossenen Jahre 5,050,260 Gallons importirt, 408,616 Gallons exportirt und 1,669,275 Gallons verbraucht.

Cacao sind 42,087 Ztr. importirt, 10,082 Ztr. exportirt, 35,420 Ztr. verbraucht.

Kaffee von britischen Besitzungen 294,263 Ztr., vom Auslande 122,885 Ztr., zusammen 417,148 Ztr. importirt, 135,102 Zentner exportirt, 308,124 Ztr. vom Inland verbraucht.

Reis sind 46,491 Tons importirt, 12,916 Tons exportirt, 21,949 Tons verbraucht.

Pfeffer 297 Tons weißer, 1552 Tons schwarzer importirt, 12 Tons weißer, 907 Tons schwarzer exportirt, 278 Tons weißer, 1357 Tons schwarzer verbraucht.

Piment 26,538 Sack importirt, 17,348 Sack exportirt, 5721 Sack verbraucht.

Nichtpolitische Zeitung.

Man schreibt der „Köln. Ztg.“ aus **Kopenhagen** vom 9. Januar folgende Mormonen-Geschichte: „Einer der wohlhabendsten Kopenhagener Baumeister empfing vor einigen Tagen einen Brief von einem seiner Maurergesellen, der seit langer Zeit für ihn arbeitete. Der Brief enthielt ungefähr Folgendes: „„Mein Herr! Ich habe seit längerer Zeit etwas auf meinem Herzen, das mein ganzes Seyn erfüllt und mich sogar in meiner Arbeit beschäftigt. Da inzwischen diese Sache Sie so gut als mich berührt, so erlaube ich mir, Sie zu bitten, daß ich mit Ihnen dieserwegen kommenden Dinstag um 7 Uhr Abends in Ihrer Wohnung sprechen kann.““ Der Bauherr, der vor längerer Zeit mit einigen seiner Häuser unglücklich war, da sie ihm abbrannten, ohne die Ursache des Feuers entdecken zu können, glaubte nun, der Maurergeselle wolle ihm hiervon etwas heimlich mittheilen, und beeilte sich, die Polizei zu verständigen, damit sie sich in seiner Wohnung einfinde und heimlich und ungesehen höre, wenn etwa der Maurer die That, daß er das Feuer gelegt, eingestehe. Man sandte ihm nun zu diesem Behufe zwei handfeste Polizeidiener, damit sie, falls der Maurergeselle bekennen sollte, ihn sofort verhaften. Zur festgesetzten Zeit fand sich nun der Maurer ein, war aber sichtlich verlegen. Der Bauherr, noch mehr in seiner Meinung bestärkt, daß er etwas über die Feuerlegung hören werde, sprach zu dem Gesellen: „„Ja, du kommst vermuthlich zu mir, um zu gestehen, daß du . . .““ — mehr sagte er nicht, und der Maurergeselle schien dadurch Muth gefaßt zu haben und entgegnete schnell: „„Ja, ich gestehe, daß ich zum Sterben in Eure älteste Tochter verliebt bin.““ — Der Bauherr stand ob dieser Worte wie versteinert da. Inzwischen glaubte er, daß der Geselle nicht im vollen Besitze seines Verstandes sey, und sagte, was ihm denn einfalle, da er ja doch selbst ein verheiratheter Mann sey und also unmöglich um seine Tochter werben könne. Da entgegnete der Geselle, daß er freilich verheirathet sey, doch sey er Mormone, und sein Glaube ließe zu, daß er mehrere Frauenzimmer zu seinen Weibern hätte! Der Bauherr ließ ihn nun sofort in aller Freundschaft die Treppen hinab werfen.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 17.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 17. Januar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 16. Januar. Se. Maj. der König haben den zweiten Staatsanwalt am Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg, Johann Nep. Inama-Sternegg, zum Rathe des Appellationsgerichtes der Oberpfalz und von Regensburg, und den 2. Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgericht Bayreuth, Johann Röckelein, zum 2. Staatsanwalt am Appellationsgericht von Schwaben und Neuburg befördert, den 2. Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgericht Nürnberg, Franz Schöpf, in gleicher Eigenschaft an das Kreis- und Stadtgericht Bayreuth versetzt, den 3. Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgericht Nürnberg, Dr. Friedrich Feurer, an die Stelle des 2. Staatsanwalts an diesem Gerichte treten lassen, dessen Stelle dem funktionirenden Staatsanwaltssubstituten Otto Kleiner zu Aichach übertragen, und als funktionirenden Staatsanwaltssubstituten am Kreis- und Stadtgericht Aichach den als Hilfsarbeiter des Staatsanwaltes verwendeten Kreis- und Stadtgerichts-Accessisten, Joh. Bapt. Woltert zu Würzburg, berufen. (N. M. Z.)

München, 14. Januar. Der bisherige Hoforganist und Chordirigent bei St. Ludwig Hr. X. Bentenrieder, bekannt durch viele kirchliche und andere Kompositionen, wurde von Sr. Maj. dem König zum Kapellmeister bei St. Ludwig ernannt. (Augsb. Abdztg.)

München, 15. Januar. Es verlautet, die Kammern sollen Anfangs April l. Js. vertagt und erst im Herbst wieder einberufen werden, wenn der Gesetzgebungsausschuß unterdessen die ihm unterbreiteten Entwürfe des Straf- und des Polizeistrafgesetzbuches gründlich durchberathen haben wird. (A. Pstz.)

München, 16. Januar. Der erst kürzlich von Sr. Maj. dem König zum geheimen Rathe tax- und stempelfrei ernannte Oberappellationsgerichtsrath Franz Beckers ist am 15. d. Morgens 1 Uhr an den Folgen eines wiederholten Schlagflusses gestorben. Es ist dies bereits der vierte Verlust, den der oberste Gerichtshof binnen wenigen Monaten erlitt. (B. Ldbötin.)

München, 16. Jan. Der gestrige Tag hat einen der ehrenhaftesten und verdientesten Staatsmänner Bayerns, den k. Staatsrath im außerordentlichen Dienste, Großkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael rc., Johann Baptist v. Stürmer, aus unserer Mitte genommen. (N. M. Z.)

** München, 15. Januar. (Privat-Korrespondenz.) In der Samstagsitzung der Kammer der Abgeordneten wurden, wie mitgetheilt, auf Antrag Lerchenfelds die Nachweisungen bezüglich der Staatsausgaben nochmals in den 2. Ausschuß verwiesen; der Ausschuß schlägt nun nach umfassender Berathung der Kammer folgenden Antrag vor: In Erwägung

„a) daß das k. Staatsministerium der Finanzen die Aufnahme von 1,200,000 fl. auf Grund der lit. f §. 16 des Finanzgesetzes v. 25 Juli 1850 nur unter der Voraussetzung realisirt, und unter die Deckungsmittel pro 1852/53 aufgenommen hat, daß ein gleicher Betrag unerfüllt gebliebener Ausgabskredite von den Jahren 1849/51 auf die späteren Jahre übergegangen sey;"

b) „daß zwar die Kammern auf dem von dem königlichen Ministerium ausdrücklich anerkannten Grundsatze der Abgleichung des Gesammtetats eines jeden Ministerium unverrückt beharren, und die Uebertragung von Aktivresten einzelner Positionen eines Etats ohne Rücksicht auf die Ueberschreitung anderer Positionen in demselben Etat als unzulässig erkennen müssen;"

„c) daß jedoch endlich in Rücksicht darauf, daß der Mehrbetrag des Anlehens ad 1,200,000 fl. über die aus den Jahren 1849/51 in die folgenden übergegangenen Ausgabskredite sich unter denjenigen Einnahmen befindet, über welche nach Abschluß der Finanzperiode, wenn die anerkannten Ausgabsnachweisungen eine Erübrigung erg[e]ben sollten, nach dem Verfassungsverständniß vom Jahre 1843 das Willigungsrecht der Kammer vorbehalten bleibt,"

sey die Einstellung des auf Grund des betreffenden §. 16 des Finanzgesetzes vom 25. Juli 1850 realisirten Kredites von 1,200,000 fl unter die Deckungsmittel pro 1852 unbeanstandet zu lassen, und deßhalb den Nachweisungen der Einnahmen pro 1852/53 die Anerkennung zu ertheilen.

* Der 3. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat über die Anträge des Gewerbevereins der Stadt Passau, der Gewerbtreibenden der Stadt Kemnath und des Gewerbvereins der Stadt Erlangen, die Feuerversicherungs-Anstalt für Gebäude in den Gebietstheilen diesseits des Rheins betreffend, folgenden Beschluß gefaßt: auf dieselben, so weit sie 1) die Einführung eines ganz gleichen Umlagenmaßstabes für alle Gebäude zu den Lasten der Anstalt, 2) die Entfernung der höheren Beitragspflicht der Gebäude mit feuergefährlichen Anlagen, — betreffen, nicht einzugehen; dagegen 3) den Antrag auf Beschränkung der höheren, wegen der feuergefährlichen Anlagen eingeführten Beitragspflicht auf solche Gebäude, welche unter sich zusammengehören und von einander nicht durch eine feste Bauart abgeschieden sind, der hohen Kammer in folgender Fassung zur Annahme zu empfehlen: „Es sey an Se. Maj. den König im verfassungsmäßigen Wege die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten, dem Art. 62 des Gesetzes über die Feuerversicherungsanstalt für Gebäude in Gebietstheilen diesseits des Rheins solch' eine Anwendung geben zu lassen, daß dem daselbst bezeichneten Beitrage nur solche Haupt- oder Nebengebäude unterworfen werden, welche mit dem Lokale, in dem sich die feuergefährliche Anlage befindet, zusammenhängen und zusammengehören, und von diesem Lokale nicht durch eine feuerfeste Bauart vollständig abgeschieden sind." 4) An Seine Maj den König sey die allerehrfurchtsvollste Bitte zu bringen, die Instruktion zu dem Gesetze über die Feuerversicherungs-Anstalt dahin vervollständigen zu lassen, daß eine feuergefährliche Anlage, welche durch besonders schützende Bau- oder andere Vorrichtungen weniger feuergefährlich ist, als die Anlagen derselben Kategorie gewöhnlich zu seyn pflegen, in den nächst niederen Grad der Feuergefährlichkeit zu fallen habe.

** München, 18. Januar. (Privat-Korrespondenz.) In der heutigen 21. Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurden noch die Anträge des Ausschusses bez. der „Immobiliar-Feuerversicherungs-Anstalt" nach kurzer Berathung angenommen, womit die Sitzung schloß. — Diesen Abend hat die Kammer dann den „Gesetzgebungs-Ausschuß" für die Berathung des Strafgesetzbuches und des „Polizeistrafgesetzbuches" gewählt. 1. Skrutinium, gegenwärtig 118 Mitglieder, gewählt: Dr. Weis mit 114, Graf Hegnenberg 113, Dr. Edel 112, Dr. Paur 84, Frhr. v. Lechenfeld 79, Dr. Völk 70, Dr. Barth mit 69 Stimmen. 2. Skrutinium, gegenwärtig 119 Mitglieder, gewählt: Boye mit 63 und Wiedenhofer mit 58 Stimmen. Als Ersatzmänner wurden gewählt: Nar, Frhr. v. Pelkhoven und Dr. Arnheim.

Preußen. Berlin, 14. Januar. Die „Feuerspritze" meldet: „Die Rathskammer des Stadtgerichts hat die fernere Verhaftung des Dr. Vehse nicht für erforderlich gehalten, die hiesige Polizeibehörde dagegen, von der Ansicht ausgehend, daß Dr. Vehse hier nicht ortsangehörig ist, mithin sofort nach seiner Entlassung von hier ausgewiesen werden muß, daß seine Bestrafung daher möglicherweise illusorisch werden kann, widerstrebt dieser Entlassung Es ist deßhalb die Entscheidung dieser Frage den höheren Behörden unterbreitet worden. Nachdem der Kriminalsenat des Kammergerichts der Ansicht des ersten Richters beigetreten, ist die Entscheidung jetzt vom Ausspruch des Ministerium abhängig gemacht."

X Berlin, 15. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Dem berühmten Alexander v. Humboldt ist von Seiten des Magistrats und der Stadtverordneten Berlin's als Anerkennung seiner hohen wissenschaftlichen Stellung die Ertheilung des

Ehrenbürgerrechts zugedacht. Zur Ueberreichung der hierzu erforderlichen Urkunde ist der 24. Januar bestimmt, welcher durch die Geburt Friedrichs des Großen eine weltgeschichtliche Bedeutung gewonnen hat.

Das Herrenhaus hat an Stelle des verstorbenen Fürsten v. Pleß den Prinzen v. Hohenlohe-Ingelfingen (also mit Beiseitelassung der von der Kreuzzeitung vorgeschlagenen „Pietät") mit 66 von 130 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. (A. Z.)

Freie Städte. Hamburg, 14. Jan. Das polizeiliche Verfahren gegen Jul. Campe hat heute seinen Kulminationspunkt erreicht; es wurde so eben, gegen halb 12 Uhr Vormittags, die Pfändung wegen 150 Mark Strafe und 274 Schilling Kosten in seiner Wohnung vorgenommen. Zu diesem Zwecke erschien der Polizeibeamte Paulsen nebst einem Polizeisergeanten und mehreren Offizianten in dem Campe'schen Hause, Schaumburgerstraße, und andere Polizeimannschaft war auf der Gasse postirt, zur Verhütung etwaiger Ruhestörungen; die Haltung der sehr zahlreichen Menschenmenge, die sich alsbald zusammenfand, gab jedoch keinerlei Veranlassung zu solchen Besorgnissen. Der exekutirende Beamte benahm sich mit größter Rücksicht, konnte aber nicht umhin, den ihm ertheilten Befehlen strikte Folge zu leisten und nachdem Campe aus seinem Geschäftslokale in die Wohnung gerufen, auf die Frage, ob er Geld oder Goldsachen im Hause habe, verneinend geantwortet, liquidirte die Polizei ihre Forderung durch Wegnahme oder theilweise Ueberlieferung folgender Gegenstände: 1 Sorgenstuhl, ½ Dtzd. Stühle, 1 Sophatisch, 1 Spiegelkommode und 2 Nachttische, welche auf einem an der Straßenecke bereit gehaltenen Federwagen fortgeführt wurden. In der Wohnung des Gepfändeten hatten sich viele meistens ihm unbekannte Leute eingefunden. Campe hat sofort Anzeige des bei ihm stattgefundenen Aktes, wie ein Verzeichniß der gepfändeten Gegenstände dem Oberalten-Kollegium zugeben lassen, und hofft von demselben rasche Hülfe gegen die (wahrscheinlich für morgen zu erwartende) Fortsetzung solch exorbitanter Maßregeln, bevor jenes Kollegium in dem eigentlichen Rechtspunkte seine Entscheidung abgegeben. Später empfing Herr Campe, welcher auch der zu vorgestern Mittag bei 100 Rthlr. sofort zu exequirender Strafe erfolgten Zitation auf die Polizei zur Zeugnißablegung abermals nicht nachgekommen war, eine neue Pfändungsandrohung, die verwirkten 100 Rthlr. und 2 Mrk. 12 Sch. Exekutionsgebühren binnen 24 Stunden zu bezahlen.

Oesterreich. Wien, 13 Jan. Wie Gutunterrichtete wissen wollen, wäre eine Verfügung des Gubernium der Lombardei ergangen, welche das Zirkular der dortigen bischöflichen Kurie in Betreff der Preßangelegenheiten vollständig paralysirt, ohne dem Ansehen der kirchlichen Würdenträger gar zu empfindlich nahe zu treten. (A. Z.)

Wien, 14. Jan. Der Kaiser hat verfügt, daß jenen Grundbesitzern des lombardisch-venetianischen Königreichs, welche durch die Traubenkrankheit in den Jahren 1854 und 1855 bedeutende Verluste erlitten haben, angemessene Steuernachlässe als Entschädigung bewilligt werden. (Oſtd. P.)

Frankreich.

Paris, 13. Jan. Das Quartier Latin war gestern und ist auch heute noch in der größten Aufregung. Hr. Nisard hatte sich durch die Unzufriedenheit der Studenten nicht stören lassen und hielt gestern seine zweite Vorlesung. Das große Amphitheater der Sorbonne, das an 2000 Personen faßt, war ganz voll. Beim Erscheinen Nisard's entstand wieder ein fürchterlicher Tumult. Als der Professor sich endlich Gehör verschafft hatte, beklagte er sich zuerst über den Skandal in seiner letzten Vorlesung und fügte hinzu, er werde sich aber nicht abhalten lassen, seinen Pflichten eines besoldeten Lehrers nachzukommen. Dann auf den Gegenstand über den er lesen wollte, übergehend, kündigte er an, daß er über den von ihm aufgestellten Grundsatz der zwei Moralitäten sprechen wolle. Diese Ankündigung erregte einen fürchterlichen Sturm. Die Studenten wollten von Nisard's Moralitäten nichts hören und riefen ihm zu: „Parlez-nous de la moralité du coup d'état!" Dieser Ruf veranlaßte die Intervention der Polizei. Plötzlich erschienen von allen Seiten Sergeants de ville und bemächtigten sich aller Personen, die ihnen von den im Saale anwesenden Polizei-Agenten in Zivil bezeichnet wurden. Der Tumult war fürchterlich. Widerstand wurde jedoch nirgends geleistet, und die Zuhörer, sowie der Professor verließen den Saal auf Befehl der Polizei. Die Zahl der verhafteten Personen, meistens Studenten, ist bedeutend, im Ganzen 31. Unter denselben befinden sich drei Redakteurs des literarischen Blattes L'Avenir. Des Abends wollten ungefähr 400 Studenten Nisard ein Charivari bringen, Polizei-Agenten verhinderten es. Einer derselben wurde durch einen Steinwurf verwundet. (K. Z.)

Paris, 14. Jan. Der Premier Paris des „Constitutionnel" beschäftigt sich mit dem Artikel des „Moniteur" über den Senat. Er gibt zu, daß derselbe seine Funktion nicht vollständig verstanden habe, und daß es der Zweck des „Moniteur" gewesen, ihm dieselben deutlich zu machen, hauptsächlich sey es aber die Absicht gewesen dem französischen wie dem fremden Publikum die Logik und Harmonie der französischen Verfassung ins Gedächtniß zurückzurufen. (Allg. Ztg.)

Paris, 16 Jan. Der Bericht über den Stand der Finanzen enthält folgende Totalangaben: auf die Gesammtsumme der Anleihen sind 1120 Millionen gezahlt worden, so daß noch für die außerordentlichen Kriegsbedürfnisse von 1856 der Rest mit 535 Millionen verfügbar ist. (Hiedurch scheint die bisherige Vermuthung, daß Frankreich demnächst zur Negozirung einer neuen Anleihe schreiten werde, einstweilen widerlegt.)

* Ueber die Verhandlungen des Kriegsraths hat man etwas Gewisses noch nicht erfahren, doch vermuthet man, daß die Einheit im Kommando der verbündeten Armeen einen Hauptgegenstand der gegenwärtigen Berathungen bildet.

Spanien.

Ueber die schon kurz gemeldeten Nationalgarden-Exzesse schreibt man aus Madrid vom 7. Januar: „Die Milizen des Wachtpostens der Cortes, sämmtlich dem demokratisch gesinnten 3. Voltigeur-Bataillon angehörend, störten heute durch frevelhaften Unfug die Berathung der Cortes. Es war 5½ Uhr Abends, als der Unteroffizier der Nationalgardenwache am Palast seine 50 oder 60 Mann, die er vorher für seine Ansichten gewonnen hatte, mit geladenen Gewehren vor einer der verschlossenen Eingangsthüren aufstellte. Kurz darauf wurden unter den Rufen: „Es lebe Saragossa! Es lebe das freie Volk! Tod der Regierung! Tod der Majorität der Cortes! Es lebe die Republik!" Schüsse gegen das Gebäude abgefeuert. Während der Bataillons-Kommandant den Cortes-Präsidenten von diesen Vorgängen zu benachrichtigen eilte, versuchten die Meuterer, die Thüren des Palastes zu sprengen. Sie wollten in den Saal dringen und die Zurücknahme des Beschlusses über die Petition von Saragossa erzwingen. Ein ernster Widerstand hielt sie auf. Der General Infante, der Herzog von San Miguel und Hr. Escosura erschienen und machten den Meuterern Vorstellungen, wurden aber gröblich beschimpft und San Miguel mit dem Tode bedroht. Jetzt traf aber Espartero, den man schnell benachrichtigt hatte, mit Truppen der Besatzung und dem Nationalgarden-Bataillon ein, das die Wache am Ministerium des Innern hatte. Er trat in den Sitzungssaal, wo eine allgemeine Verwirrung herrschte, und versicherte, daß die gestörte öffentliche Ruhe in wenigen Minuten hergestellt, oder er eine Leiche seyn werde. Auf Escosura's Antrag erklärte die Versammlung sich einmüthig für permanent, bis die Ruhe gesichert sey. Kaum war die Abstimmung beendigt, als Espartero wieder eintrat und anzeigte, daß die meuterische Wache abgelöst sey; die Einen, völlig betrunken, seyen entwaffnet und verhaftet worden, die Anderen hätten ohne Widerstand ihren Posten an das andere Nationalgarden-Bataillon abgetreten. Einige beruhigende Worte und die Versicherung, daß die Schuldigen strenge Strafe treffen werde, beschlossen seine Rede, worauf die Deputirten sich um 7 Uhr trennten und ungefährdet nach Hause gelangten."

† Madrid, 14 Januar. General O'Donnel hat heute seinen Posten im Kriegsministerium wieder eingenommen. — Die Regierung hat den karlistischen Gefangenen in Katalonien Amnestie ertheilt, da die ganze Provinz ruhig ist. — Allgemeine Ruhe.

Amerika.

Die Mormonenstadt am großen Salzsee zählt laut dem „New-York Herald" jetzt 15,000 Einwohner. Die vorjährige Einwanderung über Land soll etwa 3000 Personen betragen, meist Engländer, Schotten und Iren nebst etlichen Dänen und sehr wenigen Nordamerikanern. Für dieses Jahr sollen mit Hilfe des „beständigen Emigrations-Fonds" bedeutende Anstalten zum Herbeiziehen von neuem Zuwachs gemacht werden. Die Weiber von Utah haben eine reformirte Bloomer-Tracht angenommen: ein lose schließender Ueberwurf, ähnlich einem Männer-Sackrock, vorn zugeknöpft und bis auf die Knie reichend, dazu Hosen, die bis auf die Knöchel reichen und endlich ein Strohhut. Alles möglichst wohlfeil und geschmacklos.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ **Wien**, 14. Januar. (Privat - Korrespondenz.) Fürst **Gortschakoff** machte schon am 12. ds. dem Grafen Buol die Mittheilung über die aus Petersburg eingetroffenen **Gegenpropositionen**. Wie ich höre, haben die letzteren hier eine ziemlich kühle Aufnahme gefunden, und Graf Buol soll dem Fürsten die Schwierigkeiten nicht verhehlt haben, auf welche die russischen Vorschläge in Paris und London voraussichtlich stoßen werden. Nach Paris und London sind am 12 d. Abends Depeschen abgegangen, und es ist bereits gestern eine Antwort eingetroffen, welche ganz geeignet seyn soll, die Ansicht Jener als die richtige erscheinen zu lassen, die eine Ablehnung der russischen Gegenvorschläge Seitens der Westmächte für unzweifelhaft halten. Eine ausführliche Entgegnung wird erst in den nächsten Tagen eintreffen, einstweilen ist jedoch soviel gewiß, daß sowohl Lord Seymour als auch Freiherr v. Bourqueney sich auf Grundlage von aus London und Paris eingelangten Instruktionen zu der Eröffnung bevollmächtiget erklärten, daß von einer Entschädigung Rußlands in Asien für den an der Donau abzutretenden Theil seines Gebietes durchaus nicht die Rede seyn könne, eben so beharren die Westmächte und wohl auch Oesterreich dabei, daß der zwischen der Pforte und Rußland die Regelung der Verhältnisse im schwarzen Meer betreffende Separatvertrag als ein Theil des allgemeinen Vertrages unter die Garantie der Großmächte zu stellen sey, eine Bedingung, welcher Rußland sich durchaus nicht fügen will, da es darin eine Verletzung seiner Souveränetätsrechte sieht; Fürst Gortschakoff hat für übermorgen um eine Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser angesucht.

✕ **Berlin**, 25. Januar. (Privat - Korrespondenz.) Vorzugsweise fließen die Friedenshoffnungen aus den friedlichen Gesinnungen, welche angeblich bei den kriegführenden Mächten jetzt Platz gewonnen haben. Manche glauben jetzt ganz gewiß, daß mindestens Unterhandlungen angeknüpft werden, die, wie man voraussetzt, zu einem friedlichen Resultate führen. Nichtsdestoweniger darf man nicht aus den Augen verlieren, daß bis jetzt ein sicherer Anhalt für die Annahme, daß ein Frieden zu Stande kommen wird, noch nicht vorhanden ist. Zur Zeit hat Rußland die Vorschläge der Westmächte nicht unbedingt angenommen, sondern sich gegen eine Territorial-Abtretung erklärt. Andererseits ist es allen verläßigen Angaben zufolge zweifellos, daß die Westmächte die Acceptirung der Friedensvorschläge, ohne Bedingungen daran zu knüpfen, verlangen. Offenbar ist bis jetzt noch eine bedeutende Differenz zwischen Rußland auf der einen und den Westmächten und Oesterreich auf der anderen Seite vorhanden. Ob es möglich seyn wird, diese Differenz zu beseitigen, steht dahin. — Die in einigen Zeitungen enthaltene Nachricht, daß General **Mansuroff**, der vor einigen Tagen aus St. Petersburg hier ankam und nach Wien ging, schon eine vorläufige Antwort auf die Friedenspropositionen der Westmächte zu überbringen hatte, ist zu bezweifeln, da der General nicht in Folge einer diplomatischen Mission, sondern auf Grund eines Urlaubs seine Reise angetreten hat. (Die Antwort ist bekanntlich bereits in Wien durch einen Kurier eingetroffen. Die Red.)

° Wir hatten ganz Recht, als wir gestern bezweifelten, daß der **Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Rußland** schon entschieden sey. Heute wissen wir vielmehr mit Bestimmtheit, daß Graf V. Esterhazy jedenfalls bis zum 18 Januar in St. Petersburg auf Antwort warten wird (vergl. den nachstehenden Artikel aus Paris), und daß auch der russische Gesandte in Wien, Fürst Gortschakoff, seine Pässe noch nicht verlangt hat; so meldet die amtliche „Oesterr. Korr." unterm 15. Januar. Rußland ist seiner alten Politik auch diesmal treu geblieben: es sucht Zeit zu gewinnen. Deßhalb wurde die russische Antwort auf die österreichischen Vorschläge nicht dem österr. Gesandten in St. Petersburg übermacht, sondern nach Wien geschickt, damit über dem Hin- und Herschicken die Zeit vergehe. Darum hat Rußland die österreichischen Vorschläge **nicht unbedingt** abgelehnt, nicht einmal den anstößigsten derselben, den **wegen Abtretung eines Gebietstheils**, sondern, wie die „Oesterr. Korr." vom 15. d. meldet, es hat nur begehrt, daß **diese Frage den Friedenskonferenzen zugewiesen werde**. Dort könnte dann darüber unterhandelt werden, so lange Rußland es für gut fände, und zuletzt würden die Unterhandlungen ohne Resultat abgebrochen, wie die Wiener Konferenzen im vorigen Jahre. Rußland rechnet hierbei auf die vielgeprobte Vorliebe des Wiener Kabinets für Friedens-Unterhandlungen, und es hat sich nicht getäuscht: die „Oesterreichische Korrespondenz" erklärt ja schon, daß Friedenshoffnungen noch begründet, daß die Schwierigkeiten nur formell seyen!! Kurz und gut, wir erleben heuer sicher wieder das Schauspiel, wie voriges Jahr.

° **Paris**, 15. Jan. Der „Constitutionnel" enthält heute nachstehende, augenscheinlich offizielle Mittheilung über den **Stand der Friedensunterhandlungen mit Rußland**: „Als Graf Valentin Esterhazy dem Grafen Nesselrode das von sämmtlichen Dezember-Verbündeten gemeinschaftlich festgestellte Ultimatum schriftlich überreichte, unterrichtete er den russischen Kanzler gleichzeitig, daß seine Instruktionen ihn nicht ermächtigen, auf irgend eine Diskussion dieses Ultimatum, noch auf irgend eine Modifikation dessen Inhalts einzugehen, daß er sich demnach, wenn er am 8. (18.?) Januar eine andere Erwiderung, als die unbedingte Annahme erhalte, in die Nothwendigkeit versetzt sehe, Petersburg mit dem ganzen Gesandtschaftspersonale zu verlassen. Um diesem Eclat zuvorzukommen und um die Abreise der österreichischen Gesandtschaft wenigstens um einige Tage zu verzögern, richtete der russische Hof seine Antwort direkt nach Wien. Graf Buol konnte nicht verweigern, die Erläuterungen des russischen Gesandten wenigstens anzuhören."

„Der russische Gesandte zu Wien, Fürst Gortschakoff, hat die Erwiderung seiner Regierung auf das Ultimatum Freitag, den 11., Abends, erhalten. Am 12, Morgens, theilte er sie dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit. — Diese Erwiderung enthielt ein vollständiges System von Gegen-Vorschlägen, welche Rußland den empfangenen Propositionen zu unterstellen wünscht. — Diese Gegen-Vorschläge wurden durch Grafen Buol den Gesandten Frankreichs und Englands mitgetheilt und von diesen sofort ihren Regierungen übermacht."

„Da die russische Antwort nicht die geforderte unbedingte einfache Annahme enthielt, so konnte sie Oesterreich, ohne Ermächtigung seiner beiden Verbündeten, Frankreich und England, weder annehmen noch in Betracht ziehen. Die Westmächte aber haben keine Veranlassung, von einer langen überlegten und unwiderruflichen Entscheidung zurückzukommen. — Es wurde dem Fürsten Gortschakoff sohin erwidert, daß, wenn Rußland bis zum 18. Jan. nicht seine unbedingte Annahme des Ultimatum übermache, **Graf Esterhazy und die österreichische Gesandtschaft Befehl erhalten würden, Petersburg zu verlassen**. Unmittelbar darauf wird Oesterreich der **Bundesversamlung** durch seinen Gesandten Vorschläge zu dem Behufe machen lassen, um in dem Kampfe, den es gegen Rußland zu bestehen haben wird, die bewaffnete Unterstützung des Bundes zu erhalten."

° **Paris**, 15. Januar. Der sächsische Gesandte Baron v. Seebach ist aus Petersburg wieder hier eingetroffen.

Vom französischen Oberrhein, 14. Jan. Man spricht von einer **Zirkulardepesche**, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Walewski, an die in Deutschland beglaubigten französ. Agenten erlassen hätte, um der Unterstellung als einer völlig ungegründeten zu widersprechen, als sey der k. sächsische Gesandte in Paris, Herr v. Seebach, bei dessen jüngsthin nach Petersburg unternommenen Reise mit irgendwelcher Mission an das russische Kabinet von Seiten der französ. Regierung betraut gewesen. In dieser Depesche soll zugleich die innige Uebereinstimmung hervorgehoben seyn, welche zwischen den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens bezüglich der Bedingungen, von deren Erfüllung die Wiederherstellung des Friedens würde abhängig seyn müssen, bestehe. (N. K.)

Aus dem Orient.

* **Konstantinopel**, 2. Januar. Entweder ist der diesjährige Winter in der Krim strenger als im vorigen Jahre oder das monotone Lagerleben läßt die Kälte mehr empfinden — so viel ist gewiß, daß die Klagen über Kälte zahlreicher verlauten, als während des Belagerungswinters und doch sind die Truppen jetzt gut gelagert, gut genährt, gut gekleidet und mit allem Nöthigen versorgt. Die Oberoffiziere schreiben diesen Umstand deßhalb lediglich der Unthätigkeit zu und die nunmehr angeordneten militärischen Promenaden haben bereits günstig eingewirkt.

Man hatte auch vernommen, daß Kosacken-Abtheilungen die Gegend durchstreifen, um sich vereinzelter Militärs zu bemächtigen, man weiß jetzt, wo ihre Haupthinterhalte sich befinden, aber ihre Vorsicht ist so groß, daß es bis jetzt nicht gelang, eines dieser Detachements zu erwischen. Das ganze Resultat dieser Streife besteht in einem getödteten feindlichen Pferde. — Die Docks von Sebastopol sind noch nicht gesprengt; es scheint, daß die Sapen-Arbeiten durch eingedrungenes Wasser auf einigen Stellen im Rückstande waren, indessen sind Maßnahmen getroffen, daß das begonnene Werk vom vollsten Erfolge gekrönt werde.

Konstantinopel, 7. Januar. Die Alliirten befürchten einen Angriff auf Kertsch. Die Türken verschiffen fortwährend eingeübte Truppen nach Batum. Omer Pascha beabsichtigt, nach einem hier umlaufenden Gerüchte, sich nach England zurückzuziehen. (T. D. d. A. Z.)

Der „Morning Herald" meldet: „Die Russen machen große Anstrengungen die Bewohner des Kaukasus durch Geldaustheilungen und durch Einwirkungen auf die religiösen Gefühle der kaukasischen Christen für sich zu gewinnen. Dem Vernehmen nach ist die Neutralität Schamyl's der im vorigen Jahre erfolgten Freilassung seines Sohnes zu verdanken."

* Paris, 15. Januar. In dem Kriegsrathe soll beschlossen worden seyn, daß die Engländer in Asien, die Franzosen und Sardinier in Bessarabien operiren werden.

* Nach den Berichten vom asiatischen Kriegsschauplatze — der für den Augenblick die ganze Aufmerksamkeit der türkischen Regierung beansprucht — befand sich Omer-Pascha mit einem Theile seiner Truppen in Redut-Kale. — Die ganze Armee war auf dem Rückzuge nach Trebizonde begriffen. Die Campagne in Imeritien betrachtet man als aufgegeben, da der Fall von Kars die Diversion des Serdar-Ekrem vollständig nutzlos macht.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 16. Jan. Für die meisten österr. Fondsgattungen und Staatsbahnaktien, sowie für span. wurden höhere Kurse bezahlt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 83½ P. 83¼ G.
„ 5pCt. Metall. alte 65½ P. 65¼ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. 77¼ P. 76¾ G.
„ 5pCt. Nationalauleihe von 1854 69⅛ P. 68⅞ G.
„ 4½pCt. „ 56½ P. 56¼ G.
„ 4pCt. „ 51½ P. 51 G.
„ 3pCt. „ 38½ P. 38 G.
„ 1pCt. „ 13½ P. 13¼ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 947 P. 942 G.
Oesterreichische Credit-Actien 109¾ P. 108½ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 210 G.
„ 250 „ „ von 1839 109½ P. 109 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 84 P. 83¾ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 207 P. 205 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100⅜ P. 99⅞ G.
„ 4pCt. „ 94⅜ P. 93⅞ G.
„ 3½pCt. „ 86 P. 85½ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 94¼ P. 93¼ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 149¾ P. 149¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 137⅞ P. 137⅜ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 86 P. 85½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 3½pCt. „ 88½ P. 88 G
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88⅝ P. 88⅛ G.
Badische 50 fl. Loose 79 P. 78½ G.
„ 35 „ „ 46⅞ P. 46⅝ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99¾ P. 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 109¼ P. 108¾ G.
„ „ 25 „ „ 33 P. 32¾ G.
Darmstädter Bankaktien 287 P. 285 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 36¾ P. 36½ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 55 P. 54⅛ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 93½ P 93 G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118½ P. 118 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 317 P. 315 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 80 P. 79½ G.

Polen 500 fl. Partial — P. 79 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 35 P. 34¾ G.
„ 1pCt. neue 21¾ P. 21⅝ G.
Holland Integrale 63 P. 62½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 92½ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40⅛ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl.100 k.S. 100⅜ P. 100⅛ G.
Augsb. fl.100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96¼ P. 96 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88¾ P. 88½ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105½ P. 104⅞ G.
Lond. Lst. 10 k.S. 119 P. 118¾ G.
Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 100⅜ P. 100⅛ G.
do. 3 Monat mit 5% 100⅝ P. 100⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S. 94⅛ P. 93⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Wien fl. 100 C. k. S. 107 P. 106¾ G.
Wien 3 M. mit 4% 106½ P. 106¼ G.
Disconto — P. 3½ pCt. G.

Wien, 15. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 77; 5Cpt. Met. 73$\frac{1}{1}\frac{3}{5}$; 4½pCt. 63¼; Lotterie-Anlehenslooſe von 1839 124; dito von 1854 94½; Bankaktien 883; Bank-Interimsaktien 90; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2162½; Wechselkurse: Augsburg uso 113¼ P.; London 11. 3. P. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Aus Thüringen, 15. Januar. Für die erledigte Professur der Klinik zu Jena ist der bisherige Arzt am Bethanienhospital zu Berlin, Dr. Leubuscher, und als Professor der Chemie Dr. Lehmann in Leipzig berufen worden, und beide haben die Vocation angenommen. (Fr. Pstz.)

Der frühere Mönch Borzinsky, bekanntlich zur evangelischen Kirche übergetreten und jetzt in Schlesien, gedenkt in Preußen als Wundarzt zu praktiziren. Er war auch im Kloster in dieser Weise thätig.

* Ein französisches Provinz-Journal enthält folgende Anzeige: „Md. X... Frau des Hrn. Z... bittet das Publikum zu glauben, daß sie die eheliche Wohnung nicht verließ, sondern daß ihr Mann sie davon gejagt hat."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 18.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 18. Januar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 17. Januar. Se. Maj. der König haben dem kaiserl. österreichischen geh. Rath und Feldmarschall-Lieutenant, Karl Frhrn. v. Perglas, das Großkomthurkreuz des k. Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen; den Vorstand der kgl. Eisenbahnbau-Kommission, Direktor v. Pauli, unter gleichzeitiger Beibehaltung seiner bisherigen Stellung bei der k. Eisenbahnbau-Kommission zum Vorstande der obersten Baubehörde ernannt. (N. M. Z.)

Man macht jetzt auf dem Münchener Kugelfang Probeschüsse aus einer gegossenen Stahlkanone der Fabrik des Hn. Gruppen in Essen. Man braucht nach mehreren hundert Schüssen den Lauf nicht zu wischen. (A. Ptz.)

Preußen. Berlin, 14. Januar. Bei dem großen, glänzenden Diner, welches am letzten Freitage die Majorität der zweiten Kammer ihrem erwählten Präsidenten gab, welchem auch sämmtliche Minister beiwohnten, äußerten verschiedene Regierungs-Mitglieder sich nicht sehr hoffnungsvoll über die Aussichten auf eine nahe Friedensherstellung, wenn gleich mit der Erwartung, daß Preußens Neutralität den europäischen Krieg fortgesetzt glücklich verhindern werde. Der Ministerpräsident ermahnte in seinem Toast auf das Wohl des erwählten Präsidenten des Hauses die Mitglieder der konservativen Majorität, so einig zu seyn, wie die Linke es früher gewesen, und pries das glückliche Ereigniß, daß in Folge der patriotischen Stimmung des Landes bei den Wahlen diese konservative Kammer hervorgehen konnte! Des Hrn. v. Manteuffel Einigkeitsruf hat einige Gründe für sich, denn zwischen den Fraktionen der Majorität treten Differenzen auf, welche wahrscheinlich sich bald geltend machen werden. Die gemäßigte Rechte hat Lust, das jetzt fehlende Zentrum der Kammer zu bilden und nicht so weit mitzugehen, wie die landräthliche Masse, die den ministeriellen Kern bildet, während die äußerste Rechte, welche das eigentliche Reich Gottes der Herren von Gerlach und Wagner fordert, raschere Schritte verlangt, als die Regierung thun will. Wie ich es schon früher hervorhob, hat die Regierung jedoch, im Fall auch ein gemäßigtes Zentrum sich mehr herausbildet, doch auf eine sichere, wenn auch minder kompakte Majorität zu rechnen. Eine wirksamere Opposition kann sich nur bei Finanzfragen erkennen lassen und eben jetzt schon erhält die Regierung bei den Budgetberathungen in der Finanzkommission ein Pröbchen zum Anfang. Die Etatsberechnung ist diesmal abweichend von den allgemeinen Erfahrungsgrundsätzen so eingerichtet, daß bei den wichtigsten Veranlagungen nicht der dreijährige Durchschnitt, sondern nur der vorjährige Ertrag in Betracht gezogen ist. Hierdurch sind die Einnahmen weit höher angesetzt und die glücklichen Resultate eines Ueberschusses von mehreren Millionen gewonnen werden. Die Finanzkommission der letzten Kammer würde dagegen protestirt und eine richtige Veranlagung verlangt haben. Dies thut die diesmalige Kommission der Majorität nun zwar nicht, aber sie macht die bittere Bemerkung, daß Niemand sich Illusionen hingeben und auf diese Art von Berechnung Erwartungen über deren Richtigkeit bauen möge, indem sie die arge Wahrheit hinzufügt, daß, wenn der Finanzminister so verfahren wäre, wie es üblich sey, sich, statt des dargestellten Ueberschusses ein Defizit ergeben haben würde. So ist denn der glückliche Traum der hergestellten Bilanz abermals verschwunden und trotz der erhöhten Schlacht-, Mahl- und Einkommensteuer die Differenzkluft nur scheinbar zugedeckt. Ohne Krieg sind die ersten 15 Millionen der Kriegsvorbereitungsanleihe verbraucht und dabei der ordentliche Etat des Heeres wiederum um 300,000 Thlr. gewachsen. Diese ergebene Kammerkommission aber kann doch nicht umhin, einen herben Tadel gegen den Finanzminister auszusprechen und die Berechnung künstlich, den Ueberschuß für Einbildung zu erklären. In der Kammer selbst, wird die Opposition dies Thema ohne Zweifel besonders bearbeiten und erbauliche Anknüpfungspunkte dafür finden. — Der Potsdamer Depeschendiebstahl gibt noch immer zu Nachforschungen Anlaß, auch ist der Hauptschuldige fortgesetzt in Haft, ohne ein Geständniß zu machen, obwohl ihm dafür Freiheit und Straflosigkeit zugesagt seyn soll. (Z. f. Nordd.)

× Berlin, 26 Januar. (Privat-Korrespondenz.) Schon vor einigen Tagen habe ich mich mit Entschiedenheit gegen die Angaben in der „Presse" erklärt, daß England die Absicht habe, die preußischen Häfen in Blokade zu setzen. Ich glaube jetzt in der Lage zu seyn, meinen früheren Mittheilungen hinzufügen zu können, daß Drohungen von Seiten Englands gegen Preußen in keiner Weise ausgesprochen worden sind. Eine Blokade-Erklärung der preußischen Häfen würde einem Kriege gegen Preußen gleich zu achten seyn, und daß England den nicht provoziren wird, liegt wohl auf der Hand. An einigen Stellen fand sich als Motiv für die angegebenen Drohungen der Landverkehr zwischen Preußen und Rußland bezeichnet. Man hat aber in England die Ueberzeugung gewonnen, daß der Handel Preußens mit Rußland durch den Landverkehr keineswegs gestiegen ist, und daß die Produkte, welche von Rußland nach Preußen herübergebracht wurden, größtentheils ihren Weg nach England nehmen, so daß der Vortheil des Landverkehrs zwischen Preußen und Rußland vorzugsweise den Engländern zu Gute kommt. — Die Resultate der Industrie-Ausstellung in Paris werden schon jetzt für unsere Gewerbetreibenden bemerkbar. In Folge der Ausstellung sind von den verschiedensten Seiten aus dem Auslande Aufträge zur Uebersendung von Gegenständen, welche in Paris die Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, hierher gelangt. Vorzugsweise ist dabei Rücksicht genommen worden auf Bronze-Gegenstände, Lampen, Eisenwaaren, Wollengewebe u. dgl. Auffallend ist, daß sogar aus England viele Bestellungen gemacht worden sind.

♀ **Sachsen.** Leipzig, 16. Januar. (Privat-Korr.) Seit einigen Tagen werden hier bei den HH. Becker u. Komp. Zeichnungen auf Aktien des zu begründenden Erlbach-Leipziger Steinkohlenbau Vereins entgegengenommen, auf welche man das Publikum aufmerksam machen zu müssen glaubt. Eine Anzahl Männer ladet unter außergewöhnlich günstigen Bedingungen zur Theilnahme an einem zu begründenden Aktien-Verein ein, welcher den Steinkohlenabbau auf 1130 Schäffel 83 □Ruthen zehntfreiem Areal sich zur Aufgabe stellt. Dem Prospekt selbst sind die Gutachten der gründlichsten Kenner der geognostischen Verhältnisse unseres Erzgebirges, der Herren Professoren Naumann und Geinitz, beigefügt, von denen der Erstere zuerst auf die Steinkohlenformation des erzgebirgischen Bassins hingewiesen hat, und deren Beider Ansichten durch den in jenem Bassin blühenden Steinkohlenbau bei Lugau, Niederwürschnitz und Oelsnitz so glänzend bewahrheitet worden sind. Das Aktienkapital ist auf Thlr. 400,000 Preuß. Kourt., bestehend in 4000 Aktien à Thlr. 100, festgesetzt, und sind bei der Zeichnung Thlr. 5 per Aktie als erste Anzahlung gegen Aushändigung des Interimsscheines zu hinterlegen. Die dem Prospekte beigefügte Berechnung des Bergfaktors der Lugau-Niederwürschnitzer Steinkohlenwerke stellt eine Dividende von 25pCt. in Aussicht, wenn man den Abbau im gewöhnlichen Wege emsig betreibt und auf 300 Jahre vertheilt. Eine Anwendung größerer Betriebsmittel würde diesen Ertrag noch steigern können, sowie auch dadurch noch eine bedeutende Erhöhung des Gewinnes erlangt werden würde, wenn, wie bei Zwickau, sich noch Flötze inmitten des Bassin finden sollten. Im Uebrigen dürften auf die Aktie höchstwahrscheinlich nur 85pCt. eingefordert werden, oder der nach vorerwähnter Berechnung angeführte Ueberschuß könnte zur Anlegung einer Zweig-Eisenbahn bis zur Chemnitz-Würschnitzer Eisenbahn dienen.

Welche hohe Wichtigkeit die Staatsregierung dem Steinkohlenbau des erzgebirgischen Bassins beilegt, geht schon daraus hervor, daß solche angelegentliche Aufmerksamkeit dem Chemnitz-Würschnitzer Kohlen-Eisenbahn-Unternehmen geschenkt und die

günstigsten Bedingungen, behufs deren Erbauung gestellt hat; welche Hoffnungen aber die Spekulation damit verbindet, ersieht man daraus, daß bei der ersten Aktienzeichnung für genannte Eisenbahn in wenigen Stunden der 1½fache Betrag des erforderlichen Kapitals gedeckt war.

Kurhessen. Die „Weser-Zeitung", seit Jahren in Kurhessen verboten, wird wieder in Kurhessen zugelassen.

Thüringen. Die Zusammenkunft der thüringischen Minister in Betreff des thüringischen Papiergeldes hat zu keinem definitiven Abschluß geführt. Doch dauern die Verhandlungen fort. Unsere Thaler kommen aus den Nachbarstaaten in die Heimath zurück und die fremden Papiersorten verschwinden allmählig. Dem Privatmann ist dieses Verhältniß sehr angenehm, nicht aber dem Gewerbetreibenden, welcher Geldsendungen in die Ferne zu bewirken hat, wo unsere Sorten nur mit Verlust angenommen werden. — Ein Gerücht sagt, daß Bayern sich weigere, die Bahnstrecke von Koburg nach Lichtenfels zu bauen, wozu es sich früher verstanden hatte.

Man schreibt der „Weimarer Ztg." aus Meiningen: „Im Auslande und namentlich in Dresden geht die Rede, daß die Regierung des Herzogthums Meiningen mit Strenge gegen die Wiedertäufer in Hildburghausen eingeschritten sey. Wir müssen eine jede derartige Behauptung als durch und durch unwahr zurückweisen. Das Thatsächliche ist Folgendes: „Die Gemeinde der Wiedertäufer zu Hildburghausen, die zu ihrem Schöpfer und geistigen Mittelpunkt einen dasigen Töpfermeister hat und nur aus dessen Familie und aus einigen wenigen andern Subjekten besteht, ist erst vor kurzem entstanden. Ihren nächsten Anschluß suchte und fand sie in den Wiedertäufern zu Hersfeld, von wo aus auch ihre Prüfung und Taufe vollzogen wurde. Gleich in ihrem Entstehen versuchten zwar die Geistlichen der Stadt Hildburghausen ebenso vorsichtig als liebevoll mit der hellen evangelischen Leuchte auf die religiöse Gesinnung des Töpfers einzuwirken, standen aber von jedem weiteren Bemühen ab, als sie die unbeugsame Richtung des Mannes erkannten. Von Seiten des Staats hielt man von Anfang an gegen die Hildburghäuser Wiedertäufer dieselben Grundsätze fest, die bisher gegen die seit längerer Zeit im Lande als Pächter angesessenen oder stationirten Wiedertäufer beobachtet worden sind, obschon jene mehr zur friedlichen Partei der Anabaptisten gehören. Duldung ihres Glaubens, zugleich aber auch Zurückweisung etwaiger sozialer Uebergriffe und bürgerlicher Pflichtversäumnisse, dies sind die einfachen gegen sie befolgten Grundsätze. Bei diesem zweckmäßigen und gerechten staatlichen Verhalten kann die kleine Sekte in Hildburghausen keinen wuchernden Boden gewinnen, wie sie denn schon jetzt an Bekehrungseifer und selbst an Zahl der Mitglieder abnimmt. Selten wachsen durch Verfolgung, und diese hat man hier gegen die Hildburghäuser Wiedertäufer nicht eintreten lassen."

Freie Städte. Hamburg, 15. Jan. Herr Campe hatte sich gestern, nachdem die polizeiliche Pfändung in seinem Hause vollzogen worden war, an das Kollegium der Oberalten (in den alten Rezessen als die „Wächter der Verfassung" und das „Auge der Stadt" bezeichnet) mit dem Gesuche gewendet, sich zu seinen Gunsten beim Senate zu verwenden. Daß dies geschehen, geht aus dem heute Mittag bekannt gewordenen Beschluß des Senats hervor, daß das Verfahren gegen Herrn Campe vorläufig zu sistiren sey. — Band 35—39 der Vehse'schen „Geschichte der deutschen Höfe" sind in Holstein und Lauenburg verboten worden, hier zirkuliren sie nach wie vor frei. (N. Z.)

Oesterreich. Wien, 14. Jan. Das Rundschreiben der lombardischen Bischöfe hat bereits Maßregeln Seitens der Staatsregierung veranlaßt. Bemerkenswerth ist ein hierauf bezüglicher Artikel der offiziellen „Gazetta di Milano", welche mit den Worten anfängt: „Das Konkordat hat die Bischöfe nicht über das Gesetz gestellt. Auch sie sind Menschen und daher nicht unfehlbar. Ihre eigenen Erlasse müssen daher der Regierung unterbreitet werden. Wären diese Erlasse gesetzwidrig, würde die Regierung die Verletzung der Gesetze nicht dulden." (Fr. Postz.)

⊙ In Oesterreich scheint ein besonderer Anlauf zur Ausdehnung des Telegraphennetzes und zur Verbesserung des Dienstes bei den Telegraphen genommen zu werden. Es ist daselbst von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten ein Lehrkursus zur theoretisch-praktischen Ausbildung für den Staatstelegraphendienst eröffnet worden. Nach Beendigung desselben hat sich jeder Zögling einer theoretisch-praktischen Prüfung zu unterwerfen, deren Erfolg in Verbindung mit den sonstigen Erfordernissen über die Aufnahme in den Staatstelegraphendienst entscheiden soll. Als Grundbedingungen der Nutzung dieses Lehrkursus werden Kenntnisse in der Mathematik, Chemie und Mechanik, in der französischen und italienischen Sprache gefordert.

Dänemark.

Im Volksthing ist ein Gesetzentwurf, die Thierquälerei betr., eingebracht.

Großbritannien.

London, 9. Jan. Ich hatte vor Kurzem Gelegenheit, die Kriegsdocks in Woolwich zu sehen, eine jetzt sehr seltene Gunst. Der Eindruck, welcher unabweislich mitkam und mich seitdem nicht wieder verließ, ist, daß man entweder nicht an den Frieden denkt oder ihn nur in furchtbarster Rüstung und kriegerischer Entfaltung annehmen will. Mehr als 9000 Personen arbeiten jetzt täglich in den Arsenalen von Woolwich, ohne die Tausende, welche in andern Etablissements Waffen und Kriegsinstrumente für die Regierung produziren. Die innern Räume der Woolwichdocks gleichen einem besonders abgeschlossenen Lande mit einer Menge eigenthümlicher Städte und Fabriken. Wir liefen und fuhren ein paar Stunden lang in größter Eile umher, um die zugemessene Zeit so gut als möglich zu benutzen. Doch außer dem allgemeinen Eindruck einer ungeheuern, unabsehbaren destruktiven Produktion war in dieser Eile nicht viel zu gewinnen. Nirgends war in das Innere ein Blick möglich, so daß einige Details, wie wir sie hier geben, nur als Mittheilung des uns begleitenden Offiziers gelten können. Vor einer ungeheuern Schmiede mit dampfgetriebenen Hebeln, Schrauben und Zügen erfuhren wir, daß man eben versuche, Kanonen und Mörser auf eine neue Weise zugleich zu schmieden und zu gießen. Man erhitzt Schmiedeisenplatten beinahe bis zum Schmelzen und hämmert die beinahe breiartige Masse zusammen, ein Prozeß, der auch bereits für Dampfkessel und sonst bisher zusammengenietete eiserne Strukturen angewendet wird. Dies gibt eine ungemein erhöhte Kraft der Cohäsion in der nun glatten und kontinuirlichen Oberfläche von Dampfkesseln. Unter dem Getöse und Gekrache von Hämmern und Schloten, von Kanonen und Mörsern aus verschiedenen Entfernungen dröhnte plötzlich die Erde und die erschütterte Luft drohte unsere Lungen zu zerreißen. Die infernale Explosion kam von dem neuen Mörserfloß, auf welchem man eben den neuen Mörser von 13 Zoll Durchmesser mit einer 200pfündigen Bombe versuchte. Die Bombe ist mit 20 Pfund Pulver gefüllt und platzt nicht eher als im Augenblick des Niederfallens in einer Entfernung, die bis 4000 Yards ausgedehnt werden kann. Auch die Erfindung, daß Bomben ganz ohne Rücksicht auf die Länge des Zünders erst im Augenblick des Niederfallens explodiren, ist ganz neu. Ein ehemaliger österreichischer Artillerieoffizier hier hat der Regierung das Geheimniß, die Bomben auch ganz bestimmt in Richtung und Entfernung zu kontroliren, angeboten. Das neue Mörserfloß, ursprünglich eine Erfindung der Verlegenheit beim Bombardement von Genitschi, gilt jetzt als das furchtbarste, am weitesten massenhafte Zerstörung tragende Kriegsinstrument. Es schwimmt wie ein großes Brett auf dem Wasser; die Pontons, auf denen es ruht, liegen ganz unter dem Wasser und dienen als Magazine ꝛc. Außerdem werden 200 eiserne Kanonenboote gegossen und gebaut, dazu Mörserboote, die zugleich nöthigenfalls zu schneller Errichtung von Pontonbrücken dienen sollen. Endlich wird an dem größten Giganten von Mörser gearbeitet, welcher Bomben von 36 Zoll Durchmesser, mit 250 Pfund Pulver ꝛc. gefüllt, schleudern soll. „Punch" stellt Lord Palmerston in Gesellschaft dieses personifizirten Mörsers dar, Friedensvorschläge empfangend. Die Berge, Gebirge und Straßen von runden, eckigen, konischen, Kanonen- und Bombenkugeln würden in Erstaunen setzen, wenn ich deren Zahl und Kosten angeben könnte. Ich erwähne nur noch das Modell einer Lufteisenbahn, d. h. einer wirklichen Eisenbahn durch die Luft, welche wir arbeiten sahen. Sie eilte mit einem Granitblock von 20 Tonnen Gewicht mehrmals rasch und leicht hin und her. Statt einer Schilderung gebe ich bloß Andeutungen des Apparats. Zwei ungeheure Wagebalken stehen sich gegenüber in einer Entfernung von etwa einer Viertelstunde, die je beiden gegenüberliegenden Balken sind durch starke drahtgeflochtene Taue verbunden, auf denen ein Rad mit einem Waggon unter sich hinläuft, sobald man den betreffenden Wagebalken so weit in die Höhe zieht, daß der Draht zu dem gegenüber liegenden Balken eine schiefe Ebene bildet. Das Rad rollt dann rasch und leicht, seiner Gravitation und dem Gesetz der schiefen Ebene folgend hinab und wird am Ziel in einem Apparat aufgefangen, von welchem es mit seiner Last sofort auf den folgenden Draht gebracht, an dem Balken in die Höhe gezogen und weiter gesandt werden kann. Wenn die eine Seite des Balkens in die Höhe

gezogen wird, gibt die andere gesenkte auf der anderen Seite einer anderen Last Bahn zum Herabrollen, und so umgekehrt, so daß Lasten und Menschen leicht und rasch über Berge und Thäler, über Flüsse und Sümpfe hin- und herfliegen können. Man will diese Lufteisenbahn deßhalb auch zwischen den Sümpfen, Bergen und Thälern der Krim in Anwendung bringen, wenn der Friede dieser merkwürdigen Anwendung des Gravitations-Gesetzes nicht eine bessere Richtung gibt, die übrigens für Bauten und Fortschaffung schwerer Lasten über bergigen, unebenen, unwegsamen Boden in jeder Beziehung als überaus nützlich erscheint. Von der diabolischsten, auch schon in Woolwich probirten Erfindung der Bomben mit flüssigem Feuer vom Kapitän Disney, habe ich bloß gehört. Nach dem Schusse platzt eine Bombe in der Bombe, entzündet die Flüssigkeit und schleudert sie brennend nach allen Seiten, so daß man glaubt, ganze Arsenale und halbe Städte mit einem einzigen gelungenen Schusse in Brand stecken zu können. (D. A. Z.)

London, 12. Jan. Ein Experiment, Mörserflösse aus Kautschuk zu bauen, hat gestern ein Menschenleben gekostet. Ein geistlicher Herr, der hochw. Mr. Berthon, hatte den Gedanken, den Kautschuk zu Mörserflößen zu verwenden. Die Admiralität fand die Idee plausibel und ließ ein solches Floß bauen, mit einem 13zölligen Mörser armiren, und befahl aus letzterem 150 Schüsse mit einer Pulverladung von je 20 Pfd. abzufeuern, um die Widerstandsfähigkeit des Kautschuk gegen den Rückstoß des gewaltigen Mörsers zu erproben. Gestern begann nun dieses Probeschießen; aber beim 15. Schuß flogen die Ränder des Flosses auseinander; letzteres sank in demselben Momente und begrub einen der Bedienungsmannschaften in der Tiefe. Trotz dieses ersten fehlgeschlagenen Versuches, dürfte man doch wieder auf den Kautschuk als passendes Material für Mörserflöße zurückkommen; doch müßten sie in jedem Falle stärker gebaut werden.

Frankreich.

* Der Nachlaß des verstorbenen Grafen Molé, mit dessen Regelung man eben beschäftigt ist, wird auf 8 Millionen angeschlagen.

Spanien.

† Madrid, 10 Jan. Die Ruhe wurde seit dem 7. d. nicht mehr gestört. Nur vorgestern Abend versammelte sich ein Haufe vor dem Gefängnisse des Sergeanten-Mayor und verlangte seine Freilassung, zerstreute sich aber bald, ohne daß es der bewaffneten Macht bedurft hätte. — Im Uebrigen laufen bei der Regierung und den Cortes von allen Seiten, selbst von dem Korps, welchem die Aufrührer angehören, Ergebenheits-Adressen ein und die Garnisonstruppen sind völlig entschlossen, den Unruhstiftern, wenn sie sich nochmals zeigen sollten, eine derbe Lektion zu ertheilen. — Als General O'Donnell die erste Kunde von der Emeute erhielt, ging er gerade in seinem Zimmer auf und ab. Er kleidete sogleich seine Uniform an und seine erste Sorge war, die Verstärkung der Wachen am Palaste der Königin anzuordnen. — . . . Der Austritt der Flüsse hat in der Umgegend Madrids großen Schaden angerichtet. Die schöne Eisenbahnbrücke über die Jarama bei Aranjuez, wurde vorgestern weggerissen, jene über den Manzanares ist theilweise zerstört, wodurch alle Verbindungen vollständig unterbrochen sind.

Aus Madrid wird der „Independance belge" unter dem 14. Januar telegraphirt, daß der Marschall O'Donnel mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt worden sey. (Andere telegraphische Berichte vom 15. d. melden nur, daß Bruil, der Finanzminister, zurücktreten wollte, und mit Escosura über seinen Eintritt in's Ministerium unterhandelt wurde. Die Red.)

† Madrid, 15. Januar. Die Untersuchung gegen die letzten Montag verhafteten Militärs ist beendet; die Vertheidiger sind ernannt.

Italien.

* Turin, 15. Jan. Heute begann in der Abgeordnetenkammer die Diskussion des Anlehensgesetzentwurfs (30 Mill. Lire, etwa 12 Mill. Gulden, für das Korps in der Krim), Graf Cavour erwiderte auf die Einwürfe seiner Gegner durch eine bemerkenswerthe Rede.

Livorno, 12. Jan. Ununterbrochener Regen bewirkte den Austritt der Flüsse im Innern und eine Ueberschwemmung zum theilweisen Schaden für die Saatfelder. Die Getraidepreise sind gefallen, obwohl nicht so stark, als man in Folge der Aufhebung des ägyptischen Getraideausfuhrverbotes vorauszusetzen berechtigt war.

Aegypten.

Alexandrien, 2. Januar. Der Bericht der mit der Prüfung des Projekts für die Durchstechung des Isthmus von Suez beauftragten Kommission ist veröffentlicht worden. Er konstatirt die unerwartete Leichtigkeit der Ausführung dieses großen Unternehmens und den gesicherten Erfolg einer direkten Linie. Die Gesammtausgabe wird jedoch auf mehr als 200 Millionen Frs. veranschlagt.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Der „Nord" ergänzt seine neuliche Mittheilung über das jüngste dänische Rundschreiben, welches jede Solidarität Dänemarks mit dem schwedisch-westmächtlichen Vertrage vom 21. November ablehne, durch folgende Details: „Das Rundschreiben trägt das Datum des 4. Januar. Zum ersten erklärt darin das Kopenhagener Kabinet, daß es, entschlossen, seine strikt neutrale Haltung gegen die kriegführenden Mächte zu behaupten, jede Art von Solidarität bezüglich der Verpflichtungen von sich weist, welche der Vertrag vom 21. November später Schweden gegenüber den Westmächten auferlegen dürfte. Dänemark will in dieser Hinsicht die volle Freiheit des Handelns sich wahren, ohne Schweden irgendwie auf das Terrain zu folgen, auf welches es eines Tages durch die Bestimmungen jenes Vertrages geführt werden könnte. Zum andern erneuert Dänemark den fremden Mächten seine bestimmteste Erklärung, völlig neutral in dem europäischen Konflikte bleiben und keinen aktiven Theil daran, sey es durch ein Kontingent seiner Landarmee, sey es durch seine Flotte, zu Gunsten einer der kriegführenden Seiten nehmen zu wollen, d. h. Dänemark wird unter keinerlei Umständen von der friedlichen und strikt-neutralen Haltung sich entfernen, welche es sich durch den im Febr. 1853 abgeschlossenen Vertrag zur Pflicht gemacht hat. Endlich drittens nimmt das Rundschreiben das Recht des Königs von Dänemark, als Souveräns eines freien und unabhängigen Staates, in Anspruch, seine Haltung und Handlungsweise so, wie er es dem Interesse der dänischen Nation für angemessen erachte, zu bestimmen, ohne darum aufzuhören, zu den übrigen Nationen Europa's die früheren Beziehungen der Freundschaft und des guten Einvernehmens zu pflegen.

** München, 17. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Depesche, welche die eben erschienene „N. Münch. Ztg." bringt, derzufolge Rußland gestern die österreichischen Vorschläge zu Friedenspräliminarien ohne Modifikation angenommen hat, stammt, wie man aus guter Quelle vernimmt, von dem Gesandten Bayerns in Petersburg, dem Grafen Bray, die derselbe an Se. Maj. den König hieher telegraphirt hat. An der Richtigkeit derselben ist mithin nicht zu zweifeln. Es ist damit ein großer Schritt zum Frieden geschehen, nur wird es gut seyn, diese Erklärung Rußlands noch nicht als den Frieden selbst zu betrachten, denn es wird sich nun fragen, ob sich nicht, wie bezüglich der vier Punkte auf der Wiener Konferenz, Schwierigkeiten bei der Ausführung der Friedenspräliminarien ergeben.

Aus Paris, 15. Januar, wird dem „Nürnb. Korr." telegraphirt: „Die Kopenhagener Regierung hat das Ansinnen, den französisch-englischen Schiffen zwei ihrer Häfen zum Stationiren einzuräumen, rundweg abgelehnt. Dafür ist bereits gestern von hier eine mehr als energische, eine ganz drohend klingende (?) Note an sie abgegangen."

* Seit gestern haben die Drähte des Telegraphen durch ganz Europa die überraschende Nachricht verbreitet: „Das russische Kabinet hat am 16. Januar die von Oesterreich mit den Westmächten vereinbarten Vorschläge zu Friedens-Präliminarien unverändert angenommen." Alle Börsen sind dadurch in die rosigste Laune versetzt, die Kurse sind namhaft gestiegen und die Sanguiniker halten den Frieden schon für gesichert. Aber so weit sind wir noch nicht. Wir wollen zwar gerne glauben, daß die Nachricht nicht falsch ist, daß die russische Regierung obige Erklärung abgegeben hat, da amtliche Blätter, wie die „N. Münch. Ztg." und das „Dresdner Journal" sie bringen (siehe auch obigen Münchener Brief); aber was ist damit gewonnen? Weiter nichts, als daß jetzt Konferenzen, wahrscheinlich zu Wien, eröffnet werden, auf welchen man wieder lange über den Frieden unterhandelt, und bei welchen schließlich, wie im vorigen Jahre, nichts herauskommt.

Denn man vergesse nicht: Rußland hat die österreichischen Vorschläge angenommen bloß als Grundlage des Unterhandelns, nicht schon als ein festes, unverrückbares Zugeständniß von seiner Seite. Und unter welchen Umständen hat es sie angenommen? Zuerst hat es sie verächtlich abgewiesen; dann, als Oesterreich ernstlich drängte, theilweise bedingt

angenommen, endlich, als Oesterreich damit sich nicht zufrieden gab und mit Abbruch der freundschaftlichen Beziehungen drohte, da erst hat Rußland sich dazu verstanden, sie unverändert anzunehmen. Darnach läßt sich Rußlands künftiges Verhalten sehr leicht bemessen. Rußland wollte zuerst, indem es die österreichischen Vorschläge weder einfach ablehnte, noch einfach annahm, weitere Verhandlungen herbeiführen und so Zeit gewinnen. Dies Manöver wurde vereitelt dadurch, daß Oesterreich entschieden ein einfaches Ja oder Nein verlangte. Um also nicht im Frühjahr ein österreichisches Heer auf dem Weg nach Kischeneff zu bekämpfen zu haben, mußte Rußland sich entschließen, Oesterreich den Gefallen zu thun, und die Friedens-Präliminarien anzunehmen; das allein ist der Zweck, und eben darum ist an einen Frieden nicht zu glauben. In Petersburg brüstet man sich dabei auch damit, das Petersburger Kabinet habe nachgegeben wegen der eindringlichen Vorstellungen Preußens zu Gunsten des Friedens. Nun, der Glaube macht selig!

Aus dem Orient.

* Nach Berichten aus Konstantinopel vom 7. Jan. waren die russischen Vorposten noch 3 Stunden von Erzerum entfernt. Man sagt, im nächsten Frühjahre werde Asien der Kriegsschauplatz werden, da die Verbündeten die Krim, mit Ausnahme von Kamiesch und Balaklawa, räumen würden. In diesem Falle würde der größte Theil der englischen Truppen in Redut-Kale landen und gegen Tiflis operiren. Die Türken, durch die Piemontesen verstärkt, würden nach Erzerum gehen.

Konstantinopel, 7. Jan. Omer Pascha konzentrirt seine Truppen bei Usurgeti, und ein englischer Kriegsdampfer war von Sinope nach Suchum-Kale abgegangen, um sich dem Serdar zu seiner Reise nach Konstantinopel zur Verfügung zu stellen. Die türkischen Truppen-Sendungen nach Erzerum dauern fort.

Wie es heißt, sollen die sich hier befindlichen französischen Truppen theils nach Asien, theils an die Donau begeben und hier nur ein Reservekorps derselben verbleiben.

· Von Teheran wird gemeldet, daß der russische Einfluß daselbst auf eine bedrohliche Weise steige.

Aus Athen wird vom 11. d. berichtet, daß der Bevollmächtigte der Pforte, Riza Bey, daselbst eingetroffen sey, und daß wirksam gegen das Räuberunwesen eingeschritten werde.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 17. Jan. Die friedlicheren Nachrichten wirkten günstig auf die Börse und für die meisten Fondsgattungen wurden höhere Kurse bewilligt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 84 P. 83 1/2 G.
" 5pCt. Metall. alte 67 1/4 P. 67 G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. 77 1/2 P. 77 G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 70 3/4 P. 70 1/2 G.
" 4 1/2 pCt. " 58 P. 57 1/2 G.
" 4pCt. " 52 P. 51 1/2 G.
" 3pCt. " 40 P. 39 1/2 G.
" 1pCt. " 13 3/4 P. 13 1/2 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 975 P. 970 G.
Oesterreichische Credit-Actien 112 1/4 P. 111 3/4 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 212 G.
" 250 " " von 1839 111 P. 110 1/2 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 86 P. 85 3/4 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 217 P. 215 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101 3/4 P. 101 1/4 G.
" 4 1/2 pCt. " 100 1/2 P. 100 G.
" 4pCt. " 94 3/8 P. 93 7/8 G.
" 3 1/2 pCt. " 86 P. 85 1/2 G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 94 1/4 P. 93 3/4 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bezbacher Eisenbahn-Aktien 152 P. 151 1/2 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 141 1/4 P. 140 3/4 G.
Preussen 3 1/2 pCt. Staats-Schuld-Scheine 86 1/2 P. 86 G.
Württemberg 4 1/2 pCt. Obligationen 102 1/4 P. 101 3/4 G.
" 3 1/2 pCt. " 88 1/2 P. 88 G.
Baden 3 1/2 pCt. Obligationen von 1842 88 1/2 P. 88 G.
Badische 50 fl. Loose 79 P. 78 1/2 G.
" 35 " " 46 7/8 P. 46 5/8 G.
Grossh. Hessen 4 1/2 pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
" 4pCt. " 99 3/4 P. 99 1/4 G.
" 3 1/2 pCt. " 93 1/2 P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 109 1/4 P. 108 3/4 G.
" " 25 " " 33 P. 32 3/4 G
Darmstädter Bankaktien 289 P. 287 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 36 7/8 P. 36 5/8 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 55 1/2 P. 55 G.
Nassau 3 1/2 pCt. Obligationen 91 P. 90 1/2 G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28 1/2 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 3/4 P. 85 1/4 G.
" 3 1/2 pCt. " alte 93 1/2 P 93 G.
" 3 1/2 pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118 3/4 P. 118 1/4 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 319 P. 317 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 80 P. 79 1/2 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 79 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 35 5/8 P. 34 3/8 G.
" 1pCt. neue 22 1/8 P. 22 G.
Holland Integrale 63 1/4 P. 63 G.
" Certificate 4pCt. — P. 93 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 96 1/4 P. 96 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 3/4 P 88 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.
Lond. Lst. 10 k. S. 119 P. 118 3/4 G.
Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 100 3/4 P 100 1/2 G.
do. 3 Monat mit 5% 100 5/8 P 100 3/8 G.
Paris Frs. 200 k. S 94 1/8 P. 93 7/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93 3/4 G.
Wien fl. 100 C. k S. 108 7/8 P. 106 5/8 G.
Wien 3 M. mit 4% 108 3/8 P. 108 1/8 G.
Disconto — P. 3 1/2 pCt. G.

Wien, 16. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 77; 5Cpt. Met. 73 5/8; 4 1/2 pCt. 63 7/8; Lotterie-Anlehensloose von 1839 124; dito von 1854 94 1/4; Bankaktien 883; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2170; Wechselkurse: Augsburg uso 113 1/4 P.; London 11.—.P. Geldkurs: Dukaten —.

Stettin, 14. Januar. Die Ungewißheit der politischen Verhältnisse und die noch fortdauernde Geldklemme hält noch immer das Geschäft in engen Gränzen. Die schwachen Zufuhren auf den Landmärkten reichen auf den Hauptmärkten nur eben zur Befriedigung der Konsumtion hin, und in den kleineren Hafenplätzen unserer Provinz sind die Ansammlungen zum Export im Vergleich mit früheren Jahren nur sehr mäßig. Das Geschäft befindet sich in einer Lage, wie man sie fast noch niemals gekannt hat. Nicht nur daß, wie wir neulich erwähnten, von England Waizen erwartet wird, auch von Schlesien befindet sich solcher per Bahn auf hier unterwegs und von München erwartet man eine Probesendung Roggen. Aegyptische Waizenabladungen sind nach Hamburg dirigirt und werden wahrscheinlich nach Berlin gehen. Die Provinz Preußen, deren Hauptexport sonst Roggen war, erwartet zur Befriedigung des eigenen Bedarfs gleich uns bei Eröffnung der Schifffahrt dringend Zufuhren dieses Artikels von Schweden und Dänemark. Von Mähren, Böhmen und Sachsen kaufen wir Haber zum eigenen Verbrauch, während früher die Aernte unserer Provinz gewöhnlich einen bedeutenden Ueberschuß zum Export lieferte. Im Jahre 1849 gingen über 10,000 Wspl. davon seewärts fort. Großen Beziehungen von Ungarn steht die theure und wegen Mangels an Transportmitteln äußerst langsame Fortschaffung auf den Eisenbahnen entgegen, welche wir früher schon mehrfach erwähnten. Man hat freilich in letzter Zeit auf den österreichischen Bahnen ungeheure Anstrengungen gemacht, um neue Lokomotiven und Waggons anzuschaffen, aber bis zur Vollendung derselben werden natürlich einige Monate vergehen, und dann ist vielleicht der Güterandrang schon vorbei. Auf die Benutzung des billigeren Wasserweges von Ratibor aber kann ebenfalls mit wenig Sicherheit gerechnet werden, da nur selten der Wasserstand der Oder von dort tief beladenen Kähnen das Fahren gestattet, weßhalb Monate lang die Abladungen versommern. Ueberdies tritt bei irgend erheblichem Andrang von Frachtgütern gewöhnlich Mangel an Fahrzeugen ein, was besonders jetzt um so eher zu erwarten, da eine große Menge Kähne bei den russischen Transit findet, in der Preußen rc. beschäftigt sind.

Nichtpolitische Zeitung.

* Viele der Pariser Archäologen reisen nach Neapel, um die in Pompeji aufgedeckten prächtigen Thermen zu besichtigen und den wunder-sonderbaren Transformationen des Vesuv zu folgen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☛ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 19. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 19. Januar 1856

Die österreichischen Friedensvorschläge.

Wir haben vor einiger Zeit aus den Vorschlägen zu Friedenspräliminarien, welche Oesterreich im Einverständnisse mit den Westmächten dem Kabinet von St. Petersburg zugestellt hat, einen Auszug mitgetheilt. Nachdem nun Rußland sich endlich bereit erklärt hat, auf Grundlage dieser Vorschläge über den Frieden zu unterhandeln, haben dieselben für die nächste Zeit ein erhöhtes Interesse erlangt und wir glauben deßhalb, es wird unsern Lesern erwünscht seyn, dieselben vollständig zu kennen. Der Wortlaut dieser Vorschläge ist nach der amtlichen „Wiener Zeitung" folgender:

1) Donaufürstenthümer. Vollständige Aufhebung des russischen Protektorats. Rußland wird kein besonderes oder ausschließliches Recht der Protektion oder der Einmischung in die innern Angelegenheiten der Donaufürstenthümer ausüben. Die Fürstenthümer werden unter der Souzeränetät der Pforte ihre Privilegien und Freiheiten behalten und der Sultan wird in Uebereinstimmung mit den Vertragsmächten diesen Fürstenthümern unter Andern eine innere Organisation zugestehen und bestätigen, welche ihren Bedürfnissen und den Wünschen ihrer Bewohner entspricht. In Uebereinstimmung mit der Schutz-Macht werden die Fürstenthümer ein dauerndes defensives System annehmen, das durch ihre geographische Lage bedingt ist; es wird ihren außerordentlichen Vertheidigungsmaßregeln, welche sie zum Zurückweisen jeden fremden Angriffs ergreifen, kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Rußland willigt, im Austausch der festen Plätze und der von den Armeen der Verbündeten besetzten Gebiete, in eine Berichtigung seiner Gränze mit der europäischen Türkei. Die Gränze, welche den allgemeinen Interessen entsprechend berichtigt wird, geht von der Gegend bei Chotym aus, folgt dem Gebirgszuge, der sich nach Südost streckt, und endet bei dem See Salzyk. Diese Linie wird durch den Friedensvertrag definitiv geregelt werden und das zugestandene Gebiet wird an die Fürstenthümer und die Souzeränetät der Pforte zurückfallen.

2) Donau. Die Freiheit der Donau und ihrer Mündungen wird durch die europäischen Institutionen wirksam gesichert, bei denen die kontrahirenden Mächte gleichmäßig vertreten sind, abgesehen von der besonderen Stellung der Uferstaaten, welche nach den Prinzipien geregelt wird, die durch die Wiener Kongreßakte in Betreff der Flußschifffahrt aufgestellt wurden. Jede der kontrahirenden Mächte wird das Recht haben, eins oder zwei leichte Kriegsschiffe an den Mündungen des Stroms aufzustellen, bestimmt, die Ausführung der auf die Freiheit der Donau bezüglichen Reglements zu sichern.

3) Schwarzes Meer. Das schwarze Meer wird neutralisirt seyn. Offen der Handelsflotte aller Völker, werden seine Gewässer den Kriegsschiffen untersagt seyn. Demzufolge werden daselbst Seekriegsarsenale weder errichtet noch erhalten werden. Der Schutz der Handels- und Schifffahrtsinteressen aller Nationen wird in den betreffenden Häfen des schwarzen Meeres durch Einrichtung von Anstalten gesichert seyn, welche dem internationalen Recht und dem in dieser Beziehung geheiligten Herkommen entsprechen. Die beiden Ufermächte verpflichten sich gegenseitig, daselbst nur die Zahl leichter Schiffe von einer bestimmten Stärke für den Dienst ihrer Küsten zu halten. Der Vertrag, welcher zu diesem Zweck zwischen ihnen geschlossen werden wird, soll, nachdem er vorher von den Mächten, welche den allgemeinen Vertrag unterzeichnet, gebilligt ist, dem gedachten Vertrag angehängt werden und wird dieselbe Kraft und Geltung haben, als wenn er einen dazu gehörigen Theil desselben bildete. Dieser besondere Vertrag kann ohne die Zustimmung der Mächte, welche den allgemeinen Vertrag unterzeichnet haben, weder für ungültig erklärt noch abgeändert werden. Die Schließung der Meerengen wird für die Stations-Schiffe, welche in dem vorhergehenden Artikel erwähnt wurden, eine Ausnahme machen.

4) Christliche Bevölkerungen, die der Pforte unterworfen sind. Die Freiheiten der der Pforte unterworfenen Rajahs werden gesichert seyn, ohne die Unabhängigkeit und Würde der Krone des Sultans zu berühren. Nach zwischen Oesterreich, Frankreich, Großbritannien und der hohen Pforte gepflogenen Verhandlungen, um den christlichen Unterthanen des Sultans ihre religiösen und politischen Rechte zu sichern, wird Rußland beim Frieden eingeladen werden, sich dabei zu betheiligen.

5) Besondere Bestimmungen. Die kriegführenden Mächte behalten sich das ihnen zustehende Recht vor, außer diesen vier Garantiepunkten im europäischen Interesse noch besondere Bedingungen zu stellen.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 18. Januar. Se. Maj. der König haben die katholische Pfarrei Klimmach, Ldgs. Schwabmünchen, dem Priester Franz Xaver Landerer, Kurat- und Schulbenefiziat in Roggden, Ldgs. Wertingen, und die kathol. Pfarrei in Ehekirchen, Ldgs. Neuburg a/D., dem Priester Simon Schmid, Pfarrer in Döpshofen, Ldgs Göggingen, übertragen, dann genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Wettstetten, Ldgs. Ingolstadt, von dem Bischof von Eichstätt dem seitherigen Verweser derselben, Priester Martin Stiegler, verliehen werde; den außerordentlichen Professor Dr. Karl Volgiano zum ordentlichen Professor des bayerischen Civilprozesses, des französischen Civilrechts und französischen Civilprozesses in der Juristenfakultät der königl. Universität München ernannt. (N. M. Z.)

München, 17. Januar. Gestern Abend, als der ganze k. Hof eben auf dem Kammerballe versammelt war, wurde Sr. Maj. dem König die telegraphische Depesche von der „unbedingten Annahme der österreich. Friedensvorschläge" übermacht; Se. Maj. theilte diese Nachricht mit freudiger Bewegung mehreren hohen Würdenträgern mit und bald gab sich die ganze hohe Gesellschaft dem frohen Eindruck dieser Botschaft hin, die sich wie ein Lauffeuer schnell verbreitete. Ich darf hinzufügen, daß auch in der Stadt, wo diese Nachricht heute Morgen bekannt wurde, der Eindruck ein außerordentlicher, ja um so freudigerer war, als die Nachrichten der letzten Tage die Erwartungen wesentlich herabgestimmt hatten. (Vorzeitige Freude!) (A. Abdz.)

** München, 18. Januar. (Privat-Korrespondenz.) **25. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Es wird der in der letzten Sitzung gefaßte Beschluß bezüglich der Immobiliar-Feuerversicherungs-Anstalt verlesen, und dann die Vollendung des Referates über die Salinen-Rechnungen pro 1852/53 angezeigt; hierauf zur Berathung des Antrags des Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld zu den Nachweisungen der Staatseinnahmen pro 1852/53 geschritten. Den desfallsigen Antrag des Ausschusses habe ich Ihnen bereits vor einigen Tagen mitgetheilt, wonach unter verschiedenen, dort näher bezeichneten Erwägungen und Voraussetzungen den Nachweisungen bezüglich der Staatseinnahmen, soweit sie in dem Referate des Abg. Vogel behandelt sind, die Anerkennung ertheilt werden soll.

Der Referent Abg. Dekan Vogel empfiehlt Annahme des Ausschußantrags. Es fand hierüber nur eine sehr kurze Erörterung statt, in welcher Abg. Frhr. v. Lerchenfeld und dann der k. Ministerialrath v. Wanner die von ihnen schon im Ausschuß abgegebenen Erklärungen, nach welchen eine Verständigung bez. der beanstandeten Nachweisungen erzielt wurde, und demgemäß die Ausschußanträge zu Stande kamen, wiederholten. Der Antrag des Ausschusses wurde hierauf einstimmig angenommen.

Es gelangt dann zur Berathung der Antrag des Abg. Dr. Völk, „einen Gesetz-Entwurf, die Abänderung des Art. 317 Thl. I. des Strafgesetzbuches von 1813 betr.". — Der Ausschuß beantragt: „Es sey an Se. Maj. den König die alleruntert-

thänigste Bitte zu richten, in einem den Kammern des gegenwärtigen Landtages vorzulegenden Gesetz-Entwurf unter Abänderung des Art. 317 Thl. I. des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 die Bestimmungen über Bestrafung der Widersetzung gegen obrigkeitliche Diener, oder gegen obrigkeitlich beorderte Militärpersonen allergnädigst einer mildernden Revision unterstellen zu lassen."

Der Herr Antragsteller motivirt seinen Antrag in der Weise, daß die desfallsige Strafe, welche das Gesetz von 1813 aufstellt, zu strenge sey, und man den Begriff des obrigkeitlichen Dieners zu weit ausgedehnt habe. Bis zum Insledentreten des vorgelegten neuen Strafgesetzbuches könne noch sehr lange Zeit vergehen, so daß sich ein Spezialgesetz wohl rechtfertigen lasse.

Der königl. Staatsminister der Justiz erklärt sich gegen den Antrag, weil das neue Strafgesetzbuch den Kammern bereits vorliege, und in diesem eine mildere Strafe Platz gegriffen habe, und zwar nicht bloß bez. der Widersetzung, sondern auch bez. des Raubes, der Brandstiftung rc; — dann weil der Antrag eine Trennung zwischen der Obrigkeit und den obrigkeitlichen Dienern statuire, die Regierung aber eine solche Trennung nicht zulassen könne.

Abg. v. Lerchenfeld hält dagegen diese Trennung für höchst nothwendig und verweist darauf, daß sie in der in der Pfalz geltenden sanzösischen Gesetzgebung ebenfalls enthalten, und doch nirgends die Autorität der Obrigkeit mehr geachtet sey als in der Pfalz.

Hiermit schloß die Debatte, und nach einigen Worten des Referenten wurde der Antrag des Ausschusses angenommen, womit die Sitzung um 11 Uhr Mittags schloß.

Preußen. Ein großer Bernsteinfund bei Prenzlau. Nach amtlichen Ermittlungen fand ein Hirtenknabe am 28. Juli v. J. nahe bei der Stadt Prenzlau ein gelbes, glänzendes Stück, welches er zwar seiner Natur nach nicht erkannte, das ihm aber auffallend genug erschien, um es nach Hause zu nehmen und seinem Dienstherrn zu zeigen, der den Werth des Fundes vollkommen würdigte. Derselbe begab sich mit dem Knaben sofort und am nächsten Morgen noch einmal nach der Fundstelle, wo Beide bei nur leichtem, kaum einen Fuß tiefem Ausräumen gleich 26—28 Metzen Bernstein sammelten: Das größte in den Besitz des Schäfers gekommene Fragment war nach Aussage des Knaben von Kinderkopfs-Größe, das ansehnlichste der dem Knaben zugefallenen Stücke von Faustgröße gewesen. Sehr bald hatte sich die Nachricht von dem Funde in der Nachbarschaft verbreitet. Andere waren nicht minder glücklich, so daß mindestens 3—4 Schäffel der Substanz bald der Erde entnommen waren. Die Bedeutsamkeit des Vorkommens läßt sich schon daraus abnehmen, daß, als die Behörde der Stadt, auf deren Grund und Boden der Bernstein lag, bei den verschiedenen Findern und bei Personen, die sich durch Kauf in den Besitz von Bernstein gesetzt hatten, Nachforschungen anstellte, noch etwa ein Zentner vier Pfund sechs Loth des letzteren, als der Stadt entwendetes Eigenthum, sowie außerdem 42 Thlr. 5 Sgr. als Erwerb aus verkauftem Bernstein mit Beschlag belegt werden konnten.

Berlin, 16. Jan. Der englische Minister des Auswärtigen, Graf Clarendon, soll sich sehr lebhaft über die Theilnahme mehrerer hoher preußischer Offiziere an dem russischen Tedeum wegen Kars beklagt haben. Er soll dabei gefragt haben, ob dies etwa auch zur preußischen Neutralität gehöre, und seine Unterredung mit dem preußischen Vertreter endete ziemlich rücksichtslos. In Folge dessen hat General Wrangel allerdings ein mißliebiges Ministerialschreiben erhalten, aus dem wenigstens zu ersehen ist, daß man nicht ganz gleichgültig gegen energische Reklamationen bleibt. Berlin amüsirt sich inzwischen. Was wollen Krieg, Neutralität, französ. Rüstungen und österreich. Ultimatum's sagen, wenn Redouten angekündigt werden, Listen zur Unterschrift für Subskriptionsbälle umhergeben und aus hohen Kreisen die Mahnung erfolgt, den Carneval glänzend zu feiern, damit der Noth gesteuert werde. Man darf sich sagen, seine Pflicht als Bürger des kreuzzeitunglichen Reiches Gottes zu thun, wenn man zum Heile seiner armen Brüder so viel als möglich sich belustigt und sein Geld heilsam ausgibt auf Bällen und auf Festen. Dazu ist der nöthige fromme Sinn denn auch im reichlichsten Maße vorhanden; und zu dem Maskenballe, der am Sonnabend in Krolls Wintergarten für 3000 Personen stattfindet, sind trotz der hohen Preise von 3 Thlr. schon heute keine Billete mehr zu haben. (Z. f. N.)

Köln, 16. Jan. Mit dem gestrigen Tage ist die kurze Frist abgelaufen, binnen welcher sich die jetzigen Inhaber von Aktien und Prioritäts-Stamm-Aktien der rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft über ihre Betheiligung bei den zur bekannten Erweiterung des Unternehmens auszugebenden sieben Millionen Thaler neuer Aktien erklären mußten. Sicherem Vernehmen nach ist der genannte Betrag vollständig gezeichnet, und hat auch die belgische Regierung, von ihrem Rechte Gebrauch machend, für eine Million Thaler neuer Aktien übernommen. (K. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 17. Jan. Gestern ist den Redaktionen der hiesigen Blätter die Preßverordnung amtlich notifizirt worden, und mußte die frühzeitigere Abgabe derselben an die Polizei bereits demgemäß erfolgen. Ein Lokalblatt, die „Schnellpost", hat, um der Kautionserlegung von 8000 fl. zu entgehen, auf Mittheilung aller politischen Nachrichten Verzicht geleistet. (A. Z.)

Baden. Karlsruhe, 16. Januar. Die „Karlsruher Ztg." bringt aus sicherer Quelle die Nachricht, daß „die höchste Sanktion der Beschlüsse der letzten Generalsynode, soweit sie die inneren Angelegenheiten unserer evangelischen Landeskirche betreffen, vor der Abreise Sr. königl. Hoheit des Regenten erfolgt ist," und fügt dieser Nachricht die folgenden Andeutungen über einen wesentlichen Theil der Entscheidung hinzu: „Indem man daher den nöthigen Anordnungen zu ihrem Vollzuge von Seiten der obersten Kirchenbehörde in Bälde entgegensehen kann, glauben wir die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß sie die Grundlage, auf welcher unsere unirte evangelische Kirche ruht, positiv kräftigen, und hierdurch zugleich den von außen gewährten Sonderbestrebungen entgegenarbeiten werden, die, wenn sie, wie es glücklicherweise der Fall nicht ist, in unserem Lande ein größeres Feld gefunden hätten, die beklagenswerthesten Spaltungen in Gemeinden und Familien zur Folge haben würden. Man ist jetzt wohl zu der Erwartung berechtigt, daß von den wenigen sogenannten Altlutheranern, welche sich durch die ihnen beigebrachten irrigen Anschauungen zum Austritt aus der evangelischen Landeskirche verleiten ließen, die Einsichtsvolleren in dieselben zurückkehren werden, wenn sie sich überzeugen, daß dem lutherischen Bekenntnisse, an welchem sie festhalten, seine volle Berechtigung in der unirten Kirche gewahrt ist, und wenn sie anders das gemeinsame Band, das auch vor der Union zwischen den beiden, schon damals nur zu einer evangelischen Kirche gehörigen, lutherischen und reformirten Konfessionen bestand, nicht feindlich und schroff zu lösen beabsichtigen."

* **Kurhessen.** Bis jetzt ist in Kurhessen nur die Ernennung des Obersten von Kaltenborn als Vorstand des Kriegs-Ministerium und des Justizraths Rohde als Minister der Justiz amtlich gemeldet. Oberfinanzrath Wiederhold hat das Finanz-Ministerium abgelehnt und mit Regierungsrath v Stiernberg, welcher für das Ministerium d. J. bestimmt ist, werden noch Unterhandlungen gepflogen.

Kassel, 16. Januar. Der Kurfürst hat dem preußischen Oberkonsistorialrath und ordentlichen Professor der Rechte, Dr. Richter, das Ritterkreuz des kurfürstlichen Wilhelmsordens verliehen. Diese Auszeichnung hat ihre besondere Bedeutung darum, weil Herr Professor Richter bekanntlich Verfasser der jüngst gegen Vilmar erschienenen Schrift über die kurhessische Bekenntnißfrage ist. (Frankf. J.)

Oesterreich. Wien, 17 Januar. Die Petersburger Friedensnachricht, daß Rußland sämmtliche Propositionen rückhaltslos angenommen, bewirkte bedeutendes Steigen aller Kurse von 5 bis über 10 Prozent. (T. D. d. A. Z.)

Schweiz.

Bern, 14 Jan. Der Bundesrath hat die Abhaltung größerer Truppenzusammenzüge wirklich beschlossen: im Westen vom 28 Sept. bis zum 11. Okt., im Osten vom 12. bis 25. Okt. Es wird unter dem nöthigen Staabspersonal je eine Division formirt werden von 1 Kompagnie Genietruppen, 4 Kompagnien Kavallerie, 2 Batterien Artillerie, 4 Kompagnien Scharfschützen und 6 Bataillonen Infanterie. Neben dieser größern und der gewöhnlichen Instruktions- und Wiederholungsübung werden dann noch mehrere Kompagnien von den Spezialwaffen und 4 Infanteriebataillone in der Zentral-Applikationsschule zu Thun vereinigt. (A. Z.)

Dänemark.

Jetzt scheint Dänemark selbst in der Sundzollfrage zu neuen Alternativen Gelegenheit gegeben zu haben. Wie begreiflich möchte es die von den amerikanischen Freistaaten unter der Form einer Kostenbeisteuer für Unterhaltung der Leuchthürme, für Hafen- und Passage-Erleichterungen angebotene Entschädigung gern annehmen, um der im April drohenden Krisis zu entgehen. Es möchte aber auch zugleich sein vermeintliches Sundzollrecht durch diese Annahme nicht selbst prinzipiell aufgeben. In diesem Dilemma soll das Kabinet von

Kopenhagen an die anderen betheiligten Staaten die Erklärung abgegeben haben, daß es sich mit dem Kabinet von Washington in der vorgeschlagenen Weise einigen wolle, wenn die übrigen Staaten die ausdrückliche Versicherung abgeben, daß sie ihrerseits aus diesem Arangement kein Präjudiz gegen den Rechtsbestand des Sundzolls ziehen werden. Wenn nicht, nicht (A. Z.)

Schweden und Norwegen.

Der König von Schweden hat die Armirung einer Flottille von zwei Linienschiffen, vier Fregatten und vier Korvetten nebst einer Anzahl kleinerer Fahrzeuge im Hafen von Carlscrona befohlen.

Großbritannien.

London, 14. Jan. „Daily News" schreiben: „Dem Vernehmen nach wird im Norden ein Feldzug zu Lande beabsichtigt, an dem 40,000 Engländer und 50,000 Franzosen Theil nehmen werden. Die Engländer werden aus der Krim zurückgezogen und von Sir Colin Campbell befehligt werden. Dem Vernehmen nach wird Admiral Lushington, der im Alter von 44 Jahren steht, in diesem Jahre die Ostsee-Flotte befehligen.

London, 17. Jan. Die Consols eröffneten zu 88 und stehen eben mit entschiedener Tendenz zur Hausse 89¼
(T. D. d. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 15. Jan. Die beim Nisard'schen Tumult verhafteten Studenten (gegen vierzig) werden in Anklagestand versetzt werden. Die Gerichte haben die Angelegenheit schon in die Hand genommen. Es ist vollkommen wahr, daß bei dem versuchten Eindringen in Nisard's Wohnung ein Brigadier der Stadtsergeanten gefährlich, ein Stadtsergeant leichter verwundet worden ist. Auf nächsten Samstag hat die Polizei starke Vorkehrungsanstalten getroffen, um die Wiederholung dieser Auftritte zu verhindern. (K. Z.)

Paris, 15. Jan. Der Artikel im „Moniteur" über die Befugnisse des Senats sollte durchaus nicht als Kritik gegen denselben gemeint seyn, sondern nur als Antwort auf die ziemlich ungeschickten Bemerkungen dienen, welche einige dieser Herren öfters höheren Orts über die unbedeutende politische Rolle ihres Korps gemacht hatten. Herr Drouin de Lhuys aber hat die Sache anders aufgenommen und seiner Würde schuldig zu seyn geglaubt, seine Entlassung als Vizepräsident des Senats einreichen zu müssen. (Schw. M.)

Aegypten.

Die Eisenbahn zwischen Cairo und Alexandrien ist dem allgemeinen Verkehr übergeben, und die Fahrt wird in 7 Stunden zurückgelegt. (Augsb. Abz.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Berlin, 18. Jan. Neueren Nachrichten zufolge besteht der von Nesselrode am 16. unterzeichnete Akt in einer schriftlichen Bescheinigung an Esterhazy, daß Gortschakoff (der russische Gesandte in Wien) zur unbedingten Annahme der westlichen Vorschläge als Friedenspräliminarien ermächtigt sey und nichts den Abschluß des Präliminarvertrags hindere. Dieser steht zu Wien bevor.
(T. D. d. Nd. Korr.)

* In Wien war am 17. Januar das Gerücht verbreitet, es werde ein Waffenstillstand geschlossen werden. Dies ist nicht glaublich; wahrscheinlich nehmen, wie im vorigen Jahre während der Wiener Konferenzen, so auch diesmal während der Unterhandlungen die Kriegsoperationen ihren ungestörten Fortgang.

* Es ist von Interesse, die Vorgänge zu kennen, welche der unbedingten Annahme der westmächtlichen Vorschläge durch Rußland vorausgingen. Der „Constitutionnel" enthält hierüber folgende Mittheilung vom 12. d. M.: „Am 12. Januar gegen Mittag begab sich Fürst Gortschakoff zum Grafen Buol, um ihm die schriftliche Note zuzustellen, welche die Antwort der russischen Regierung auf die letzten österreichischen Eröffnungen hinsichtlich der Friedensvorschläge der Dezember-Verbündeten enthielt." . . . . „Als es vor zwei Tagen bekannt wurde, daß Hr. v. Nesselrode anstatt einer direkten Erwiderung auf das österr. Ultimatum, den Repräsentanten des Czaren in Wien beauftragte, diese Antwort dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu behändigen, war man allgemein der Ansicht, daß die russische Diplomatie dies nur in der Absicht thue, um Gegenvorschläge zu stellen. — . . . Die Westmächte jedoch, fest entschlossen, mit dem Petersburger Hof nicht weiter in Verhandlungen zu treten, hatten vorher festgesetzt, daß Gegenvorschläge einem Verwerfen der gemachten Friedenspropositionen gleich zu achten seyen. — . . . Die russische Antwort enthielt jedoch keine Gegenvorschläge, sondern ist, genau genommen, „eine modifizirte Annahme des österr. Ultimatum." ... Rußland bedient sich in seiner Antwort derselben präzisen Form, in welcher die Verbündeten ihre Vorschläge stellten und macht in der von den Dezember-Verbündeten festgestellten Redaktion derselben nur folgende 3 Abänderungen: „Erster Garantiepunkt: Es substituirt der Gränzrektifikation mittelst einer Territoir-Abtretung die natürlichen Gränzen der Donau. — Zweiter Garantiepunkt: Nimmt Rußland die von den Verbündeten vereinbarte Redaktion, einfach, unbedingt an. — Dritter Garantie-Punkt: Rußland nimmt das System der Neutralisation des schwarzen Meeres an und läßt die legalen Folgen derselben in der von den Alliirten erheischten Auslegung zu. Nur bedient es sich einer andern Redaktion, die jedoch, so viel es scheint, keine wichtigen Modifikationen enthält. Vierter Garantiepunkt: Einfache, unbedingte Annahme.... Den Vorbehalt der kriegführenden Mächte, außer diesen 4 Punkten weitere Conditionen im europäischen Interesse vorbringen zu können, übergeht Graf v. Nesselrode mit Stillschweigen." Aber Oesterreich gab sich, so wenig wie die Westmächte, mit diesen Aenderungen zufrieden, sondern es bestand auf der unbedingten, unveränderten Annahme der von ihm nach Petersburg übermachten Vorschläge, die denn auch wirklich am 16. Januar erfolgte. Ueber den wahren Werth dieser Annahme haben wir uns gestern schon ausgelassen.

Aus Rußland.

Aus Petersburg, 2. Januar, wird dem „Morning Chronicle" geschrieben: „Einer der Punkte des Reichs, welche nach Ansicht der russischen Regierung den Angriffen der verbündeten Flotten während des nächsten Feldzuges ganz besonders ausgesetzt sind, ist Archangel. Der Kriegsrath hat in seinen letzten Sitzungen beschlossen, daselbst eine Supplementar-Befestigungslinie zu bilden und mehrere mit sehr weit tragenden Kanonen armirte Batterien zu errichten. Es ist der Befehl ertheilt worden, zwölf Geschütze von sehr schwerem Kaliber auf Schlitten dorthin zu schaffen. Drei in den westlichen Gouvernements ausgehobene Miliz Bataillone sollen ebenfalls dorthin abgehen, sowie einige Hundert Kosaken zur Verstärkung der dortigen Besatzung. Außerdem soll die Barre von Archangel für große Kriegsschiffe impraktikabel gemacht werden, um zu verhindern, daß ein Truppen- oder Matrosenkorps sich der Stadt nähere, es müsse denn an einem anderen Punkte der Küste landen. Die Besatzung von Petersburg soll in Kurzem durch einige Bataillone der Garde-Reserve verstärkt werden. Die Regierung gedenkt im Anfange des Frühlings ein beträchtliches Milizkorps für den aktiven Dienst auszuheben. Man glaubt, daß 10,000 Mann dieser Milizen an den Ufern der Newa zwischen der Hauptstadt und Kronstadt vertheilt werden sollen."

Berichte aus St. Petersburg vom 11. Januar melden, daß General Lüders durch Tagsbefehl zum Oberbefehlshaber der Südarmee, sowie der in der Krim stehenden Truppenkorps ernannt ist. General Suchosenow kommandirt die Südarmee unter Lüders' Oberbefehl. Fürst Gortschakoff erhält eine andere Bestimmung. (T. D. d. A. Z.)

Der Rücktritt des Fürsten Gortschakoff wurde in Folge seiner ebenso unglücklichen als unfähigen Leitung des Krieges an der Donau wie in der Krim schon seit der Tschernajaschlacht und dem Falle Sebastopols vielfach erwartet, und als sein Nachfolger hier und da General Murawieff bezeichnet. Dies hat sich nicht bestätigt, sondern man ist schließlich doch in die Nothwendigkeit versetzt gewesen, zu einem deutschen Namen zu greifen. Lüders, der bisher unter dem Oberbefehl Gortschakoffs die Südarmee kommandirte, gilt für einen der fähigsten russischen Generale, und wird nun bei dem Beginne des nächsten Feldzugs in der Krim seinen Ruf zu rechtfertigen haben.

Die Berichte aus Warschau über das Befinden des Marschalls Paskiewitsch lauten immer beunruhigender. Bei der jetzigen Sachlage hat der Kaiser ohne Zeitverlust an seinen Nachfolger denken müssen, der im Falle der Genesung des Fürsten provisorisch, im Falle seines Hinscheidens definitiv ernannt werden wird. Dieser Nachfolger wird dem Vernehmen nach eben Fürst Gortschakoff seyn.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 18. Januar. Die Kauflust dauerte an heutiger Börse fort und man bewilligte für die meisten Fondsgattungen höhere Kurse.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 85¼ P. 85 G.
" 5pCt. Metall. alte 69¾ P. 69½ G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. 79½ P. 79 G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 73⅜ P. 73⅛ G.
" 4½pCt. " 60¾ P. 60½ G.
" 4pCt. " 55 P. 54½ G.
" 3pCt. " 43 P. 42½ G.
" 1pCt. " 14¼ P. 14 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1011 P. 1006 G.
Oesterreichische Credit-Actien 115 P. 114¾ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 214 G.
" 250 " " von 1839 — P. 115 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 89¼ P. 89 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 232 P. 230 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
" 4½pCt. " 100½ P. 100 G.
" 4pCt. " 94⅜ P. 93⅞ G.
" 3½pCt. " 86¼ P. 85¾ G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 94¼ P. 93¾ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 156 P. 155½ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142½ P. 142 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 87¼ P. 86¾ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
" 3½pCt. " 88½ P. 88 G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88½ P. 88 G.
Badische 50 fl. Loose 79 P. 78½ G.
" 35 " " 47¼ P. 47 G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 4pCt. " 99¾ P. 99¼ G.
" 3½pCt. " 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 109½ P. 109 G.
" " 25 " " 33¼ P. 33 G.
Darmstädter Bankaktien 294 P. 292 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 37½ P. 37¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 56¾ P. 56¼ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
" 3½pCt. " alte 93¾ P. 93¼ G.
" 3½pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118¾ P. 118¼ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 324 P. 322 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 80 P. 79½ G.

Polen 500 fl. Partial — P. 80 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 36⅛ P. 35⅞ G.
" 1pCt. neue 22 9/16 P. 22 7/16 G.
Holland Integrale 63¼ P. 63 G.
" Certificate 4pCt. — P. 93 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41 P. 40½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅝ P. 100⅜ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 P. 118¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 100¾ P. 100½ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 100⅝ P. 100⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94⅛ P. 93⅞ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¼ P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅞ P. 88⅝ G.	Wien d. 100 C. k. S. 109½ P. 109¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 108 P. 107¾ G.

Disconto — P. 3½pCt. G.

Wien, 17. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 80¼; 5Cpt. Met. 77½; 4½pCt. 66½; Lotterie-Anlehensloose von 1839 129; dito von 1854 97¾; Bankaktien 920; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2275; Wechselkurse: Augsburg uso 110¼ P.; London 10.42. P. Geldkurs: Dukaten —.

Köln, 15. Jan. Seit Beginn des orientalischen Krieges ist die Stimmung für Fonds kaum je so schlecht gewesen, als in der ersten Hälfte dieses Monats. Die Hoffnungen auf baldigen Frieden sind seit Beginn des neuen Jahres wieder geschwunden und die dann und wann noch immer auftauchenden Versöhnungsberichte sind lediglich als Strohhalme zu betrachten, an denen sich der Ertrinkende gern anklammern möchte, die aber leider keinen Haltpunkt bieten. Dabei sind alle Plätze mit Papieren überschüttet, neue Unternehmungen sind in Masse aufgetaucht, ehe noch die Mittel zur Ausführung der alten beschafft waren; eine Anleihe folgt der andern, das Geld verschwindet in den Koffern der Landleute und wandert in die Türkei, von wo es sobald nicht wieder kehrt. Daß die rheinische Eisenbahngesellschaft unter so schwierigen Verhältnissen mit ihren neuen Aktien am Markt zu erscheinen wagte, ist sicher ein Zeichen für die Solidität des Unternehmens, und wenn auch einstweilen für die Zeichner kein Agio zu erwarten steht, werden Kapitalien doch schwerlich eine sichere Anlage finden können.

Das Getraide-Geschäft blieb in letzter Zeit fast überall auf Umsätze zum Bedarf beschränkt. Die Landzufuhren sind etwas stärker geworden und genügten der Konsumtion. Die Exportfrage blieb durch Steckung der Schifffahrt und Mangel an Betriebsmitteln der Eisenbahnen gehemmt, während die Spekulation sich rein abwartend verhielt und sich erst über die im Bereiche des Verkehrs lagernden Vorräthe wie über die seewärts zu erwartenden Zufuhren Gewißheit verschaffen will. Bis heute hat sich dieselbe deßhalb noch nicht wieder auf bemerkbare Weise im Geschäft betheiligt; wenn dessenungeachtet kein nennenswerthes Sinken der Preise eingetreten ist, jeder kleine Rückgang im Gegentheil wieder neue Frage hervorruft, so müssen wohl Jedem die gegenwärtigen Preise als in der Natur der Verhältnisse begründet und gerechtfertigt erscheinen, und dürfte im Frühjahr eher eine Steigerung als ein Fallen derselben zu erwarten seyn.

Rüböl hat in Folge des neuerdings eingetretenen Frostes fast überall im Werthe angezogen, da man beim Fehlen einer schützenden Schneedecke für die Rappspflanze fürchtet. Per Mai werden bereits willig gleiche Notirungen wie für effektive Waare bezahlt, ein Beweis, daß die Meinung dem Artikel günstig bleibt. Auch per Herbst zeigt sich bereits vielfache Kauflust und ist überhaupt Oel wieder ein Lieblingsartikel der Spekulation geworden, es wäre deßhalb sehr gewagt, ein bestimmtes Urtheil über den ferneren Gang der Preise abgeben zu wollen.

London, 12. Januar. Rohzucker noch immer sehr flau; von Havanna wird geschrieben, daß 240,000 Kisten auf Lieferung zu 17 a 18 D. per Kiste von 16 a 17 Arroben Netto gekauft wurden. Man glaubte, daß die Aernte durch Regen leiden würde. Der hiesige Vorrath ist auf 42,608 Tons gestiegen, 3400 Kisten weiß Fernambuco sind zu 32 sh. 6 d., eine Ladung braun Pareito zu 27 sh. zum Export verkauft.

Piement etwas fester, 4⅝ a 4⅞ d. Weiß Singapore Pfeffer 5⅛ a 5⅜ d. per Pfd.

Nichtpolitische Zeitung.

* (**Ein chinesisches Begräbniß in San-Francisco.**) In San-Francisco starb ein chinesischer Kaufmann und wurde auf dem „Lonne-Mountaine-Friedhofe" ohne alle Zeremonie begraben. Drei Wochen darauf versammelten sich seine Landsleute an seinem Grabe, um ihm jene Ehren zu bezeugen, wie sie Chinesen der hohen Klasse erwiesen werden. — Am Grabe angekommen, fing die Gesellschaft damit an, Matten ringsum auszubreiten. Ein gebratenes Schwein wurde unten an die Grube, andere Speisen oben hingelegt und dieselbe mit Aepfel-Gebackenem und Früchten zugedeckt. — Man glaubte nun, die Chinesen würden sich zu einem tüchtigen Leichenschmause niedersetzen. Dies war aber nicht der Fall; das Banket war der Seele des Verstorbenen gewidmet. Sobald die Gerichte auf das Grab gestellt waren, kam die Wittwe des Begrabenen und stellte sich zu Kopfen des Grabes. Um den Kopf trug sie mehrere Ellen weißen Stoffs. Ein Priester mit einem künstlich frisirten Haarzopfe und einem bis zum Boden reichenden Gewande, stand, von den Verwandten und Freunden des Verstorbenen umgeben, neben dem Grabe. — Als die Wittwe zu weinen anfing, zog man aus einer Kiste alle Kleider des Todten und zündete sie an. Unter diesen Gewändern befanden sich welche von feinem Seiden-Stoffe, die noch nie getragen waren. Das Ganze war wenigstens 500 Dollars werth. Hierauf ließ man vier Kanarienvögel fliegen, die der Seele des Verstorbenen in ihrem Fluge in die andere Welt behülflich seyn sollten. Nun fing der hagere Priester mit einer Glocke zu schellen und Gebete zu murmeln an. Ein allgemeiner Schrei folgte dieser Oration, dann ging der Cortège, den lautenden Priester an der Spitze, mehrmals feierlich um das Grab herum. Das gebratene Schwein, das Aepfel-Gebackene und die Matten wurden zusammengepackt und in die Stadt gebracht, wo sie in kleinen Portionen zu enormen Preisen an die Devoten verkauft wurden, welche diese Grabsreliquien sehr hoch halten und großes Vertrauen in sie setzen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 20. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 20. Januar 1856.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 16. Jan. Das „Programm der Rechten" ist umgearbeitet unter dem Titel „Grundzüge der konservativen Politik" für die Abgeordneten beider Häuser als Manuskript gedruckt und allgemein vertheilt worden. Die Aenderungen sind nicht sehr bedeutend, aber charakteristisch. Es wird in dieser zweiten Ausgabe des Programms ausdrücklich für „zweckmäßig" erklärt, die „Initiative auf dem Gebiet der Verfassungs-Revision und die Formulirung spezieller Anträge der Regierung zu überlassen." Damit geht in Erfüllung, was Hr. v. Gerlach neulich in seiner Rundschau über den zu großen Eifer der „thatendurstigen Jugend" auf der Rechten andeutete; es ist so weit gekommen bei uns, daß den Gelüsten derer, die durch ihre Thätigkeit als Abgeordnete „etwas haben und etwas werden" wollen, Zaum und Zügel angelegt werden müssen. Die Feindseligkeit gegen den Inhalt unserer Verfassungsurkunde ist, wie sich denken läßt, in diesen „Grundzügen" nicht geringer, als sie vor wenig Wochen in dem „Programm" war. Für die mißliebigen Sätze der Verfassung sind neue Bezeichnungen erfunden, welche Beachtung verdienen. Man spricht jetzt von „Wolfsgruben der liberalen Doktrin". Das ist mit Dank anzunehmen. In Wolfsgruben werden Wölfe und ähnliche Raubthiere gefangen; nur diesen sind sie ein Schrecken; der menschlichen Gesellschaft gereichen sie zum Nutzen und Segen, sind also nur im Interesse der Wölfe zu beseitigen, im menschlichen Interesse beizubehalten. In ähnlichen ungeschickt naiven Ausdrucken bewegt sich eine andere Stelle gleich daneben. Es sey unmöglich, heißt es da, Gesetzgebung, Verwaltung und Volkserziehung aus der Gewalt des Liberalismus zu befreien, solange sich dieser „mit dem Schilde des Gesetzes und verfassungsmäßiger Axiome" decken könne, solange dagegen die Feinde der Verfassung „positiven und unzweideutigen Sätzen der Verfassungsurkunde nichts Besseres und Ueberzeugenderes als eine vielleicht ebenso richtige wie künstliche dialektische Polemik und eine nicht Allen gleich zugängliche und verständige Darlegung und Interpretation unsers gesammten Rechtszustandes entgegenzustellen haben". Budgetüberschreitungen, heißt es, würden von der Landesvertretung bei uns nachträglich ohne besondere Debatte genehmigt; bei solcher Gleichgültigkeit, was solle da noch Budgetbewilligung überhaupt? Daß die Budgetbewilligung als Recht bleiben kann und den Abgeordneten statt der Gleichgültigkeit aufmerksame Ueberwachung zur Pflicht zu machen ist, wäre die naheliegende wichtige Nutzanwendung. Aehnlich steht es mit der abermals wiederholten Behauptung, die Erhöhung unsers Budget seit 1850 sey Folge des Konstitutionalismus. In Frankreich, Oesterreich, Rußland ist das Budget viel mehr gewachsen als bei uns; augenscheinlich ohne Konstitutionalismus. (D. A. Z.)

Oesterreich. Wien, 15. Januar. Gestern hielt der Severinus-Verein eine außerordentliche Versammlung, in welcher die Hirtenbriefe und Censurerlasse der lombardisch-venetianischen Bischöfe zur Sprache kamen. Kardinal Rauscher gab zu verstehen, der alte Erzbischof von Mailand und der fromme Patriarch der Lagunenstadt wären zwei sehr wohlmeinende, aber etwas beschränkte, alte Männer, welche von den Freimaurern und Mazzinisten auf's Eis geführt und veranlaßt worden seyen, mit der Thür in das Haus zu fallen. Diese Anschauung soll sicherm Vernehmen nach der Kardinal-Erzbischof auch bereits bei dem Kaiser geltend gemacht haben; ob mit Erfolg, weiß man noch nicht. (D. A. Z.)

Spanien.

† Madrid, 13. Januar. Die verhafteten Meuterer wurden gestern unter Eskorte nach dem Kloster St. Martin gebracht, wo sich das Nationalgarden-Gericht befindet. Die Regierung überläßt die Beurtheilung dieser Angelegenheit dem Nationalgarden-Gerichte, als Beweis des Vertrauens, wird aber, wenn dasselbe sich nicht strenge genug erweisen sollte, die Aufrührer vor ein Kriegsgericht stellen und ein Exempel statuiren lassen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Kopenhagen, 16. Jan. Der zwischen Schweden und den Westmächten abgeschlossene Dezember-Vertrag hat dem Petersburger Kabinet die Veranlassung gegeben, sich in einer kleinen Denkschrift über die faktischen Verhältnisse der Gränz-Streitigkeiten mit Schweden und die beiderseitigen Forderungen auszusprechen. Von der schwedischen Regierung ist eine hierauf bezügliche Auseinandersetzung hier noch nicht bekannt geworden, so daß man also eine Kritik der russischen Quelle nicht ausüben kann. Nach dem Vertrage von Petersburg vom 14. Mai 1826 wurde der Pasvek die Gränze zwischen dem norwegischen und dem finnischen Lappland. Den beiderseitigen Bewohnern sollte es freistehen, noch sechs Jahre hindurch ihre Heerden auf fremdem Gebiete zu weiden und Fischerei zu treiben, welcher Vertrag 1834 noch verlängert wurde. Es wird nun behauptet, daß die finnischen Lappen angefangen hätten, dem Ackerbau sich hinzugeben, während die norwegischen Lappen mit Heerden bis zu 10,000 Stück des Winters acht Monate in Finnland weideten und dadurch großen Schaden den Wäldern, der Jagd und den Niederlassungen der ansäßigen Lappen zufügten. Um nun für diese Verluste eine entsprechende Entschädigung von Schweden zu erhalten, wären 1851 in Stockholm Verhandlungen eröffnet und hier vom Petersburger Kabinet die Forderung gestellt, daß als Entschädigung für Benutzung der finnländischen Weideplätze von Schweden den russischen Lappen das Recht eingeräumt werden sollte, mit eigenen Fahrzeugen und Netzen im Varangner Golf Fischerei zu treiben, unter Norwegens Jurisdiktion ein Etablissement zur Aufbewahrung der Geräthschaften und Boote zu errichten und daselbst zur Bewachung einige Leute zurückzulassen. Die schwedische Regierung habe indessen nur die Fischerei auf norwegischen Fahrzeugen gestatten wollen, weßhalb denn die vollständige Absperrung der Gränze von Rußland erfolgt sey. Zur weiteren Regelung des Rechtes der Fischerei im Tana und der gerichtlichen Auseinandersetzungen hätte man für den Juni 1852 eine Konferenz gegenseitig anberaumt, die aber der politischen Verhältnisse wegen nicht zu Stande gekommen sey. (Eine Darstellung im „Nord" räumt ein, daß weit erheblichere Differenzen und endlose Verhandlungen stattgefunden haben.) (K. Z.)

„Le Nord" ist in den Stand gesetzt, das Schreiben vom 16. Dezember zu veröffentlichen, mit dem der österr. Minister der auswärtigen Angelegenheiten die vom Grafen Valentin Esterhazy am 28. Dezember als Oesterreichs Ultimatum, überreichten Vorschläge begleitete. Graf Buol schreibt an den österr. Gesandten:

„Wien, 16. Dezbr. 1855. Die Worte, welche Ew. Exzellenz die Ehre hatte, aus dem Munde des Kaisers, unseres erhabenen Herrn, zu vernehmen, mußten Ihnen von Neuem die Absichten bestätigen, welche unwandelbar die Politik Sr. Majestät in den verschiedenen Wendungen des Streites geleitet haben, der mit so schwerer Wucht auf Europa lastet. Stets diesen nämlichen Grundsätzen getreu, würde der Kaiser gegen das, was er seinen Völkern und Europa schuldig ist, zu verstoßen glauben, wenn er den jetzigen Moment, wo eine höhere Macht den kriegführenden Mächten einen faktischen Waffenstillstand auferlegt, vorübergehen ließe, ohne den äußersten Versuch zu machen, dem Frieden, der sich als das dringendste Bedürfniß Europa's erweist, neue Wege zu bahnen. Einerseits überzeugt von der Aufrichtigkeit der durch

Kaiser Alexander so oft wiederholten Erklärungen, zu jedem Frieden, der weder seiner Würde noch der Ehre seines Landes zu nahe träte, die Hand bieten zu wollen, fühlte Se. kais. Majestät sich berufen, ihr Bestes zu thun, um sich von dem Grade der Gegenseitigkeit, die diese Dispositionen bei den Höfen von Frankreich und Großbritannien finden könnten, zu vergewissern. Se. kaiserl. Majestät hat daher mich zu beauftragen geruht, in dieser Beziehung die Kabinette von Paris und London zu sondiren. Denn obgleich wir sie von dem unwandelbaren Entschluß beseelt finden, sich zu keiner Initiative von friedlichen Eröffnungen herbeizulassen, so haben wir zu unserer freudigen Genugthuung bei diesen Kabinetten doch Dispositionen gefunden, die uns zu der Hoffnung Grund geben, daß sie keineswegs die Prüfung und Annahme von Bedingungen ablehnen werden, welche der Art sind, daß sie zu einem ernstlichen und dauerhaften Frieden alle Garantien bieten und die Frage, welche Veranlassung zu dem Kriege wurde, bündig lösen. Noch mehr, wir halten uns für bevollmächtigt, die Hoffnung auszusprechen, daß diese Mächte, obgleich sie das Recht, solche Friedensbedingungen, wie sie ihnen zweckdienlich erscheinen, zu stellen in seiner ganzen Stärke aufrecht erhalten, dessen ungeachtet auch heute noch geneigt seyn würden, nicht von den bei Beginn des Winters aufgestellten Grundsätzen abzuweichen, daß sie nach keinem besonderen Vortheile trachten und ihre Ansprüche nach den Opfern beschränken wollten, welche erforderlich würden, um Europa gegen die Wiederkehr einer so beklagenswerthen Verwicklung sicher zu stellen. Durch diese Anzeichen ermuthigt, hat sich das kk. Kabinet die Aufgabe gestellt, sich gewissenhaft von der Lage des jetzigen Momentes Rechenschaft zu geben und die Grundsätze aufzustellen, auf denen seiner Ansicht nach der Bau eines soliden Friedens aufgerichtet werden könnte. Die bereits von Rußland angenommenen 4 Grundsätze sind uns stets als der beste Ausgangspunkt erschienen. Nur haben wir zur Sicherstellung des Friedenswerkes und namentlich zur Vermeidung der Klippen, an denen die letzten Konferenzen gescheitert sind, es für unerläßlich erachtet, die vier Prinzipien so zu entwickeln, daß sie den allgemeinen Interessen Europa's entsprechend werden und das schließliche Einverständniß durch eine genauere Definition erleichtern. Die Frucht dieser Arbeit ist in dem beigefügten Dokumente verzeichnet, welches durch die thatsächliche Anerkennung der kriegführenden Mächte die Bedeutung von Friedens-Präliminarien erlangen werden *) Der Unterzeichnung dieser Präliminarien würden unmittelbar ein allgemeiner Waffenstillstand und definitive Verhandlungen folgen. Da diese Arbeit mit der Gutheißung Sr. Maj. des Kaisers beehrt wurde, so sind Sie, Herr Graf, beauftragt, dieselbe zur Annahme dem russischen Hofe vorzulegen, indem Sie die dringendsten Bitten hinzufügen, den Inhalt derselben zu erwägen und uns seinen Entschluß mitzutheilen, den, so bald als es irgend thunlich ist, kennen zu lernen, uns von höchster Wichtigkeit erscheint. Wenn, wie wir hoffen, unsere Vorschläge eine günstige Aufnahme finden, so werden wir uns beeilen, deren Annahme den Höfen von Paris und London dringend zu empfehlen, und dabei das Vertrauen, das uns beseelt, aussprechen, daß sie sich des Rechtes, eventuell bei den Verhandlungen besondere Bedingungen zu stellen, nur im europäischen Interesse und in solchem Maße bedienen werden, daß dadurch der Herstellung des Friedens keine ernstlichen Hindernisse geboten werden. Wir ersuchen den russischen Hof angelegentlichst, mit Ruhe die Vorschläge, die wir ihm vorlegen, zu prüfen. Wir verbreiten uns nicht über die ernstlichen Folgen, welche die Weigerung, auf die Wege, die wir ihm zum zweiten Male anbahnen, einzugehen, nach sich ziehen müßte — eine Weigerung, die ihm die Last einer unermeßlichen Verantwortlichkeit aufladen würde. Wir ziehen es vor, uns zur Abwägung aller Chancen auf seine Weisheit zu verlassen. Wir glauben hier der Ausleger der Wünsche und wahren Bedürfnisse Europas zu seyn. Wir schließen mit einem Aufrufe an die erhabenen Gefühle des Kaisers Alexander, dessen höchster Beschluß über das Geschick so vieler Tausende von Menschenleben entscheiden wird. Seine kaiserliche Majestät wird — wir hegen die feste Zuversicht — sich zu dem entschließen, was nur allein den wahren Interessen der Völker und den Forderungen der Humanität zu entsprechen scheint. Genehmigen Sie ꝛc. (gez.) Graf Buol."

*) Die Redaktion des „Nord" bemerkt dazu: „Wir wissen nicht, ob dieser Plural ein Fehler des Abschreibers oder des Originals ist."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 19. Januar. Für mehrere österr. Fondsgattungen wurden bei lebhaftem Umsatz höhere Kurse bewilligt. Auch Span. und Anlehensloose wurden besser bezahlt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. $85\frac{1}{2}$ P. $85\frac{1}{4}$ G.
„ 5pCt. Metall. alte 71 P. $70\frac{3}{4}$ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 82 G
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $73\frac{7}{8}$ P. $73\frac{5}{8}$ G.
„ $4\frac{1}{2}$pCt. „ 62 P. $61\frac{3}{4}$ G.
„ 4pCt. „ $56\frac{1}{4}$ P. $55\frac{3}{4}$ G.
„ 3pCt. „ $43\frac{1}{2}$ P. 43 G.
„ 1pCt. „ $14\frac{1}{2}$ P. $14\frac{1}{4}$ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1019 P. 1014 G
Oesterreichische Credit-Actien $114\frac{1}{4}$ P. 114 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 214 G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 116 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 $90\frac{3}{8}$ P. $90\frac{1}{8}$ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 235 P. 233 G.
Bayern 5pCt. Obligationen $101\frac{3}{4}$ P. $101\frac{1}{4}$ G.
„ $4\frac{1}{2}$pCt. „ $100\frac{5}{8}$ P. $100\frac{1}{8}$ G.
„ 4pCt. „ $91\frac{3}{8}$ P. $93\frac{7}{8}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ $86\frac{3}{4}$ P. $86\frac{1}{4}$ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente $94\frac{1}{4}$ P. $93\frac{3}{4}$ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 156 P. $155\frac{1}{2}$ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien $143\frac{1}{2}$ P. 143 G.
Preussen $3\frac{1}{2}$pCt. Staats-Schuld-Scheine $87\frac{1}{4}$ P. $86\frac{3}{4}$ G.
Würtemberg $4\frac{1}{2}$pCt. Obligationen $102\frac{1}{2}$ P. 102 G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ 89 P. $88\frac{1}{2}$ G.
Baden $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen von 1842 $88\frac{3}{4}$ P. $88\frac{1}{4}$ G.
Badische 50 fl. Loose 80 P. $79\frac{1}{2}$ G.
„ 35 „ „ $47\frac{3}{8}$ P. $47\frac{1}{8}$ G
Grossh. Hessen $4\frac{1}{2}$pCt. Obligationen $102\frac{1}{2}$ P. 102 G.
„ 4pCt. „ $99\frac{3}{4}$ P. $99\frac{1}{4}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ $93\frac{1}{2}$ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 110 P. $109\frac{1}{2}$ G.
„ „ 25 „ „ $33\frac{1}{4}$ P. 33 G
Darmstädter Bankaktien $295\frac{1}{2}$ P. $293\frac{1}{2}$ G
Kurhessische 40 Thaler Loose $38\frac{1}{2}$ P. $38\frac{1}{4}$ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 58 P. $56\frac{1}{2}$ G.
Nassau $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen 91 P. $90\frac{1}{2}$ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. $28\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen $85\frac{3}{4}$ P. $85\frac{1}{4}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ alte $93\frac{1}{2}$ P. 93 G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien $119\frac{1}{8}$ P. $118\frac{5}{8}$ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 326 P. 324 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn $80\frac{1}{2}$ P. 80 G

Polen 500 fl. Partial — P. $80\frac{1}{2}$ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld $36\frac{1}{4}$ P. 36 G.
„ 1pCt. neue $22\frac{13}{16}$ P. $22\frac{11}{16}$ G
Holland Integrale $64\frac{1}{4}$ P. 64 G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann $41\frac{1}{2}$ P. 41 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. $100\frac{5}{8}$ P. $100\frac{3}{8}$ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 P. $118\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{8}$ P. $119\frac{7}{8}$ G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S $100\frac{3}{4}$ P. $100\frac{1}{2}$ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. $105\frac{3}{8}$ P. $105\frac{1}{8}$ G.	do. 3 Monat mit 5% $100\frac{5}{8}$ P. $100\frac{3}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. $105\frac{1}{4}$ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S $94\frac{1}{8}$ P. $93\frac{7}{8}$ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S $96\frac{1}{4}$ P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. $93\frac{3}{4}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S. $88\frac{7}{8}$ P. $88\frac{5}{8}$ G.	Wien fl. 100 C. k. S. $109\frac{7}{8}$ P. $109\frac{5}{8}$ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. $105\frac{1}{8}$ P. $104\frac{7}{8}$ G.	Wien 3 M. mit 4% $109\frac{3}{8}$ P. $109\frac{1}{8}$ G.
Disconto — P. $3\frac{1}{2}$ pCt. G.	

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ **Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."**
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 21.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 21. Januar 1856.

Adresse*)

des

Rektors und Senates

der

Julius-Maximilians-Universität

an

Fr. Joseph Fröhlich,

Dr. der Philosophie, q. öff. ord. Professor.

Hochgeehrter Herr!

Sie haben uns eine reiche Sammlung von Kunstschätzen überwiesen, welche Sie, um dieselbe nicht einige Zeit ohne Leitung zu lassen, wohlwollend noch zurückbehielten, als Sie fast alle übrigen Amtsgeschäfte, die Sie mit Auszeichnung führten, zu unserem und aller Gutgesinnten Bedauern niederlegten, — eine Sammlung, welche ein bleibendes und schönes Denkmal besonders von Ihrer geistvollen Wirksamkeit bilden wird. Indem wir mit Vergnügen betrachteten, wie gewissenhaft sie von Ihnen besorgt, wie angemessen sie bei der beschränkten Räumlichkeit geordnet und eingerichtet, mit was für einer großen Zahl von Gemälden und Kupferstichen, mit wie mannigfachen Hülfsmitteln gelehrten und künstlerischen Gehaltes sie ausgestattet ist, und indem wir erwogen, wie dies Alles von Ihnen nicht sowohl vermehrt, als erst begründet und geschaffen worden ist: erfüllte uns dankbare Erinnerung auch an die übrigen Verdienste, mit welchen Sie eine lange Reihe von Jahren hindurch die Interessen unserer Universität gefördert haben. Wie zahlreich und wie groß jene sind, wem ist es unbekannt? Von der Tonkunst ausgehend, durch welche Sie Ohr und Herz Ihrer Zuhörer zu gewinnen pflegten, haben Sie dem Lehramte Sich gewidmet, und da nicht allein jene bezaubernde Kunst, sondern alle Künste, auf welche das Streben der gebildeten Welt gerichtet ist, mit scharfsinnigem und feinem Urtheile durchforscht, mit großer Beredsamkeit Ihren Zuhörern erschlossen und die umfangreiche Aufgabe, welche Sie übernommen, mit bewunderungswürdiger Umsicht gelöst.

Das Wahre, Gute und Schöne und seine Darstellungsweisen, zunächst in den mannigfachen Gebilden der Phantasie, dann die so schwierige Wissenschaft der Jugenderziehung kannten Sie nicht allein vortrefflich, sondern verbreiteten Sich auch darüber in eben so gründlichen wie anziehenden Vorträgen. Denn Sie hatten die Ueberzeugung gewonnen, daß vorzüglich durch diese Künste der jugendliche Geist zu jenem edlen Gefühle und Handeln erhoben wird, wodurch die Laufbahn, die Jedermann betreten mag, ihre ausschließliche Richtung erhält zur schönsten Humanität. Und Sie haben in dieser Erwartung Sich nicht getäuscht. Ihr Hörsaal war besucht von einem zahlreichen Kreise trefflicher junger Männer, die musikalische Anstalt erklang von der herrlichsten Harmonie der Tonzeuge, und auch Diejenigen, welche die Bildungsstätte verlassen und Aemter der Kirche oder des Staates übernommen hatten, hingen noch mit wunderbarer Liebe an Ihrer Person. Und mit Recht. Denn es lebte in Ihrer Seele eine erhabene Idee des Schönen; darein versenkt und vertieft, erschauten Sie das innerste Wesen der schönen Künste und erkannten es bei aller Mannigfaltigkeit der Erscheinungen in seiner Einheit und Einfachheit. Diese Idee aber leiteten Sie frommen und religiösen Sinnes ab von der Gottheit. Daher mußten auch die Herzen Ihrer Zuhörer von derselben Gluth entflammt werden, von welcher Sie persönlich Sich begeistert fühlten. Gleichwohl ließen Sie es bei diesen Bemühungen nicht bewenden. Mit unermüdlichem Eifer nahmen Sie selber Kenntniß von demjenigen, was Andere auf Ihrem Gebiete geleistet hatten, Sie hörten niemals auf, die schönsten Werke und Kunsterzeugnisse zu betrachten, Sie legten Alles, was Sie selbst ergründet hatten, in Schriften nieder voll Geist und Gelehrsamkeit. Dabei haben Sie als Mann von Religiosität und streng sittlicher Haltung als einen muthigen und festen Staatsbürger, als einen treuen Anhänger des Thrones und Vaterlandes Sich bewährt.

Frisch lebt der Name „Fröhlich" fort, nicht nur bei Ihren Amtsgenossen und Mitbürgern, welche Sie stets hoch geachtet haben, sondern auch im Auslande, so daß sein Glanz auch unserer Hochschule sich mittheilt. Und glauben Sie nicht, hochgeehrter Herr, daß Ihre so zahlreichen und großen Verdienste um unsere Universität je aus unseren Herzen und unserem Andenken schwinden werden, nachdem jenes beredte Wort Ihrerseits nicht mehr gehört wird. Denn haben Sie gleich nach langer Anstrengung Sich der Ruhe hingegeben und finden Sie nun Ihre Beruhigung in Ihrem wohl erworbenen Rufe, so werden Sie dennoch fortan eine Zierde seyn für unsere Hochschule und durch Ihr Vorbild anfeuern das Streben Anderer zur Nachahmung Ihrer Vorzüge. Seyen Sie daher überzeugt, während wir für gewiß annehmen möchten, daß Sie Ihr Leben hindurch, welches der Himmel Ihnen bei rüstigem Greisenalter lange schirmen wolle, Sich unseren Angelegenheiten niemals entziehen, werden wir Sie als unseren Senior und gewissermaßen als unseren Vorkämpfer auch fürder mit Liebe verehren.

Als Ausdruck dieser unserer Gesinnung und Dankbarkeit genehmigen Sie diese amtliche Urkunde!

Würzburg, am 17. November 1855.

Rektor und Senat der Julius-Maximilians-Universität.

(L. S.)

Dr. Scanzoni,

d. Z. Rector magnificus.

Dr. **C. v. Textor**, öff. ord. Professor. Dr. **Fr. Hoffmann**, öff. ord. Professor der Philosophie. Dr. **J. A. M. Albrecht**, öff. ord. Professor. Dr. **Ludwig**, öff. ord. Professor. Dr. **Karl Edel**, öff. ord. Professor. Dr. **Debes**, öff. ord. Professor. Dr. **Seb. Reißmann**, öff. ord. Professor. Dr. **J. J. Scherer**, öff. ord. Professor. Dr. **L. Weis**, öff. ord. Professor der Rechte. Dr. **Heinr. Denzinger**, öff. ord. Professor der Theologie.

G. Seufferth, Universitäts-Sekretär.

*) In lateinischer Sprache am 31. Dezbr. v. J. feierlich überreicht in Folge der Uebergabe des ästhetischen Attributes, welchem Hr. Universitäts-Professor Dr. Fröhlich während seines Lehramtes vorstand.

Deutscher Bund.

× Berlin, 18. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Jetzt ist die definitive Abrechnung der Antheile, welche die einzelnen Zollvereinsstaaten aus dem Ertrage der Rübenzucker-Steuer vom 1. Januar bis 1. August v. J. zu empfangen haben, beendigt. — Hiernach sind im Zollverein während des angegebenen Zeitraums 7,070,066 Ztr. 7 Pfd. frische Rüben verarbeitet worden. Die Steuer hat 1,414,015 Thlr. 24 Sgr. 3 Pf. eingetragen, und nach Abzug der Verwaltungskosten von 110,471 Thlr. 12 Sgr. 3 Pfg. einen Netto-Gewinn von 1,303,544 Thlr. 13 Sgr. gebracht. Die Brutto-Einnahme in Preußen betrug 1,165,379 Thlr. 24 Sgr., in Bayern 24,815 Thlr., in Sachsen 4733 Thlr. 18 Sgr., in Württemberg 61,978 Thlr. 24 Sgr., in Baden 40,750 Thlr. 24 Sgr., im Kurfürstenthum Hessen 2423 Thr. 6 Sgr., in Thüringen 7753 Thlr. 24 Sgr. und in Braunschweig 35,820 Thlr. 24 Sgr. 3 Pfg. Vom Netto-Ertrage erhielten Preußen 649,878 Thlr., Luxemburg 7242 Thlr., Bayern 171,629 Thlr., Sachsen 74,724 Thlr., Hannover 132,800 Thlr., Württemberg 65,161 Thlr., Baden 50,931 Thlr., Kurfürstenthum Hessen 27,343 Thlr., Großherzogthum Hessen 32,538 Thlr., Thüringen 38,532 Thlr., Braun-

schweig 9303 Thlr., Oldenburg 16,527 Thlr., Nassau 16,131 Thlr. und Frankfurt a/M. 10,805 Thlr.

Bayern. Augsburg, 20. Januar. Nach einer verlässig scheinenden Mittheilung soll Se. Maj. der König den hochwürdigen Weihbischof des Erzbisthums Bamberg Michael Deinlein zum Bischofe in Augsburg ernannt haben.

München, 19. Jan. Dieser Tage hatte der Hr. Abg. Frhr. v. Lerchenfeld die Ehre, von Sr. Maj. dem König zur Tafel gezogen zu werden. (B. Lbbotin.)

× **Preußen.** Berlin, 18. Januar. (Privat-Korresp.) Die Diergardt'sche Petition hat in vielen Orten der Monarchie, besonders am Rhein eine lebhafte Agitation gegen dieselbe hervorgerufen. So bedeutend die Tabaksfabrikation am hiesigen Orte ist, so ist man doch hier weniger besorgt, daß der Absicht Diergardt's in irgend einer Weise Folge gegeben werden wird. Die Petition wird die Gränzen der Kammern auf keinen Fall überschreiten und eine starke Majorität gegen sich haben. Man erfährt nichts darüber, daß die Regierung gesonnen sey, Diergardt zu unterstützen.

Berlin schimmerte heute in einem besondern Glanze. Die ganze Noblesse, alle Personen, welche hoffähig sind, eilten in prächtigen Equipagen heute Mittag nach dem Palais Sr. königl. Hoh. des Prinzen von Preußen, um der großen Cour beizuwohnen, welche aus Veranlassung der gestern zwischen der Prinzessin Louise und dem Prinz-Regenten von Baden vollzogenen Verlobung abgehalten wurde. Um 12 Uhr fand Auffahrt statt. Man zählte über 500 Wagen, welche an derselben Theil nahmen.

Berlin, 17. Januar. Die Kommission des Hauses der Abgeordneten, welche den Antrag des Grafen Schwerin über die Freiheit der Wahlen zu begutachten hatte, hat, wie die „Neue Pr. Ztg." meldet, den Uebergang zur Tagesordnung empfohlen.

Dr. Vehse ist gestern gegen eine Kaution von 4000 Thlrn. der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Voruntersuchung ist geschlossen, und der Termin zur mündlichen Verhandlung soll bereits anstehen. Dem Vernehmen nach hat Vehse angegeben, daß der Buchhändler Campe in Hamburg ihm das gesammte Material zu dem inkriminirten Buch unter der Versicherung der Zuverlässigkeit geliefert habe. Auch sollen bereits von Seiten mehrerer anderer hochgestellter Personen Anklagen wegen ähnlicher Verleumdungen gegen Vehse im Gange seyn.

Schweiz.

Der wichtigste Vorgang in unsern allgemeinen schweizerischen Angelegenheiten ist der Antrag des Nationalraths Lusser auf Niederschlagung des sogenannten Landesverrathsprozesses oder Amnestie für die Führer des Sonderbundes, wodurch zunächst der gegenwärtig in Straßburg lebende Siegwart Müller betroffen wird. Es herrscht gegenwärtig in der Schweiz eine versöhnliche Stimmung; die bedeutendsten Organe der herrschenden Partei haben sich bereits zu Gunsten des Antrags ausgesprochen. Die neuen Zustände scheinen so konsolidirt, daß allfällige Reaktionsgelüste keinen Boden finden würden. Es ist daher wahrscheinlich, daß der Antrag Lussers von der Bundesversammlung angenommen werden wird. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 17. Jan. Major Sibthorp, der Sohn des unvergeßlichen Obersten, ist ohne Opposition als Unterhausmitglied erwählt worden.

Es steht die Vorlage wichtiger Papiere über die Belagerung und Einnahme von Kars auf den Beginn der nächsten Session bevor; wie aus der „Times" zu vermuthen ist, würden dieselben Lord Redcliffe betreffen, der durch sein Verfahren gegen General Williams seine lange und geehrte Laufbahn auf solche Weise beschlossen zu haben scheint, daß er sich auf's schwerste bloßgestellt findet und sich auf Anklagen gegen einen Mann zu verantworten hat, dem durch die kürzlichen Ereignisse ein verdientes Ansehen zu Theil geworden ist. Es ist das Unglück Lord Stratfords, sagt die „Times", in Zwietracht zu leben mit Allen, die mit ihm in Berührung kommen.

Frankreich.

Paris, 15. Januar. Der „Akbhar" vom 10. Januar erwähnt als eines sehr bemerkenswerthen Ereignisses, daß eine aus vier angesehenen Tuariks bestehende Deputation sich nach Algier begeben habe, um dem Generalgouverneur anzuzeigen, daß hinfort die algerischen Karawanen ungestört bis Tombuctu vordringen könnten. Die Tuariks bewohnen die Oasen im Norden der großen Wüste, und bedrohten bisher besonders die Karawanen. Ihre Anwesenheit wird als ein Zeichen angesehen, daß die fliegenden Kolonnen, welche im vorigen Jahr den Süden Algeriens bis in die Wüste hinein durchzogen, vollständig ihrem Zweck entsprochen haben. Die Sicherheit im Lande soll jetzt so groß seyn, daß man sogar in den entferntesten Distrikten das Land kreuz und quer ohne Waffen wie ohne Begleitung durchziehen kann.

* Paris, 19. Januar. Sobald vorgestern die Friedens-Nachrichten an der Börse bekannt geworden waren, organisirte sich ein Freuden-Banket. Obwohl improvisirt, vereinigte dieses Fest des Abends die Elite der Handelswelt in den Sälen des Gasthofs von „Frankreich und England." — Nächsten Montag werden in der Magdaleinen-Kirche zu Paris die Obsequien für den zu Konstantinopel gestorbenen poln. Dichter Adam Mickiewicz stattfinden. Nach dem Trauergottesdienste wird die Leiche nach Montmorency gebracht werden und Mickiewicz dort an der Seite seiner Freunde, des Generals Kniaziewicz und des Dichters Niemcewicz, ruhen.

* Man schreibt aus Marseille vom 17. Januar: „An Bord des heute nach Alexandrien abgehenden Paketboots „Clyde" befinden sich auch Graf Dumenceau und Vicomte Desmanet, die mit einer Mission des Königs der Belgier an den Vizekönig von Aegypten beauftragt sind."

Spanien.

† Madrid, 13. Januar. Der Disziplinarrath der Nationalgarde hat heute Nacht beschlossen, daß die der 3. Kompagnie des 2. Bataillons angehörigen Meuterer aus diesem Korps ausgestoßen, ihrer Uniformen entkleidet und Behufs weiterer Bestrafung den kompetenten Zivilbehörden übergeben werden sollen. — Ueberdies wird die ganze Kompagnie aufgelöst und die Leute, welchen nichts zur Last fällt, anderen Kompagnien zugetheilt werden. — Auf Einschreiten des Militär-Fiskals wurden gestern 2 Offiziere der 3. Kompagnie, die Lieutenants Carlos Martin und Franzisca Rodriguez verhaftet, sie sind angeschuldigt, mit dem Sergeanten Mayor die Führer des Aufruhrs zu seyn. — Marschall O'Donnell ist gestern zum ersten Male ausgegangen. — Heute haben mit Ausnahme des Herzogs de la Vitoria (Espartero), alle Minister ihre Entlassung eingereicht. Der Herzog ist mit der Rekonstituirung oder eigentlich Modifizirung des gegenwärtigen Kabinets beauftragt. — Marschall O'Donnell und Finanzminister Bruil werden ihre Portefeuilles behalten. Herr Lujan wird das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Herr Escosura, das Innere übernehmen. Als Justizminister bezeichnet man Herrn Jose Olozaga oder den Abgeordneten Ulloa, der in den Cortes das O'Donnell'sche Vertrauens-Votum veranlaßte. Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten wird trotz seiner Abneigung General Zabala beibehalten und General Santa-Cruz wahrscheinlich das Marine-Ministerium übernehmen. — (Seitdem ist die Zusammensetzung des Kabinets telegraphisch berichtet worden.)

† Madrid, 18. Januar. Die Cortes haben gestern ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium mit 152 gegen 57 Stimmen verworfen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Die Konzession des Kanals von Kustendsche zur Verbindung der Donau mit dem schwarzen Meere ist durch kaiserlichen Firman vom 4. Januar bestätigt worden. — Am 5. hat bei der hohen Pforte eine imposante Zeremonie stattgefunden, nämlich die Ernennung des neuen Sheriffs von Mekka, Mohammed ben-Aaoun, an Stelle des in Folge der in der heiligen Stadt ausgebrochenen Unruhen abgesetzten früheren Würdenträgers.

Griechenland.

Athen, 11. Jan. Die taktischen Truppen haben auch in Euritanien (Aetolien) den Räubern eine Schlappe beigebracht und weitere 6 Mann getödtet, so daß im Laufe einer Woche zehn Räuber im Kampfe fielen, unter diesen ein berüchtigter Chef, und eine noch größere Anzahl verwundet wurde. (A. Z.)

Aegypten.

× Berlin, 18. Januar. (Privat-Korrespondenz.) In diesen Tagen sind mehrere Mitglieder der Kommission, welcher die Prüfung der Anlage eines Kanals über die Landenge von Suez übertragen war, hier eingetroffen. Sie schildern die Aufnahme, welche sie bei dem Vizekönig gefunden haben, als ganz vorzüglich. Die ihnen aufgetragenen Arbeiten haben sie sofort in Angriff nehmen und bei der ernsten Unterstützung von Seite der ägypt. Regierung sehr bald beendigen können. Von den verschiedenen Linien, welche in Vorschlag gebracht waren, ist die von dem See Menzaleh nach Suez als die geeignetste erachtet worden: Der See Menzaleh ist nach dem Mittelmeere zu offen. Es ergießen sich in denselben die beiden östlichen Arme des Nils. Die Strecke zwischen dem mittelländischen und rothen Meere ist an dieser Stelle die kurzeste und das Terrain zeichnet sich als ganz günstig aus. Die frühere Idee, von Kairo nach dem rothen Meere zu bauen, ist als ganz ungeeignet verworfen worden. Wie man hört, ist die Absicht, den Kanal so tief zu

legen, daß Seeschiffe ihn passiren können. Zu diesem Behufe würden eine Anzahl Dampfboote stationirt seyn müssen, um die einlaufenden Seeschiffe durch den Kanal zu bugsiren.

Amerika.

(Die Botschaft des Präsidenten der Ver. Staaten.) Im Senate zu Washington ward am 31. Dezbr. v. J. die Jahresbotschaft des Präsidenten entgegen genommen. Das sehr lange Aktenstück beschäftigt sich zuvörderst mit den Beziehungen zum Auslande, und zwar in erster Reihe mit der zentral-amerikanischen Frage. Die den letztgenannten Punkt betreffende Stelle lautet der Hauptsache nach:

„Während die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und allen fremden Mächten fortdauern, sind doch mit einigen derselben ernste Fragen in der Schwebe, welche vielleicht die Aufmerksamkeit des Kongresses erheischen werden. Die wichtigste derselben ist die, welche in den Unterhandlungen mit Großbritannien in Bezug auf Zentral-Amerika ihren Ursprung hat. Durch den zwischen den beiden Regierungen am 19. April 1850 abgeschlossenen Vertrag kamen beide Parteien dahin überein, daß keine derselben je Nicaragua, Costa Rica, die Mosquito-Küste oder irgend einen Theil Zentral-Amerika's besetzen, befestigen und kolonisiren, und eben so wenig irgend eine Herrschaft darin ausüben oder beanspruchen will. Die Vereinigten Staaten faßten die Sache ohne Zweifel, als sie diesen Vertrag abschlossen, so auf, daß alle gegenwärtig vorhandenen Staaten der früheren Republik Zentral-Amerika und das ganze Gebiet eines jeden derselben sich hinfort einer vollständigen Unabhängigkeit erfreuen sollten; daß beide kontrahirende Partien sich in gleicher Weise und in demselben Maße für Gegenwart und Zukunft engagirten; daß, wenn eine von ihnen einen Rechtsanspruch in Zentral-Amerika habe, derselbe ohne Weiteres durch den Vertrag erlösche, und daß in Zukunft keinerlei Herrschaft in irgend einem Theile Zentral-Amerika's von Großbritannien oder den Vereinigten Staaten ausgeübt oder beansprucht werden dürfe. Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärte sich mit gewissen Beschränkungen einverstanden *in Bezug auf eine Gegend, wo wir spezifische und besondere Interessen hatten.* Sie that dies aber nur unter der Voraussetzung, daß diese Beschränkungen in der gleichen Weise für Großbritannien bindend seyen."

Den Bestimmungen des Vertrages zuwider, heißt es dann weiter, beanspruche England noch immer eine Autorität in jenem Theile Zentral-Amerika's welcher unter dem Namen der Mosquito-Küste bekannt sey. Es betrachte Belize geradezu als Besitzung und dehne die Gränzen dieses Gebietes allmählig auf Kosten des Staates Honduras aus. Zudem habe es eine bedeutende Inselgruppe, die sogenannten Bai-Inseln, kolonisirt, die von Rechts wegen gleichfalls zum Staate Honduras gehörte. Aus der in letzter Zeit geführten diplomatischen Korrespondenz erhelle, daß eine große und unversöhnliche Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Auslegung des Vertrages zwischen den beiden Staaten bestehe.

„Auf die wiederholte Aufforderung, den offenbaren Bestimmungen des Vertrages gemäß zu handeln und dem Besitze, so wie der Colonisirung von Theilen Zentral-Amerika's zu entsagen, hat die britische Regierung endlich die Antwort ertheilt, sie betrachte den Vertrag als bloß auf die Zukunft berechnet; keineswegs aber sey Großbritannien in Folge desselben verpflichtet, Besitzungen in Zentral-Amerika aufzugeben, die es vor seinem Abschlusse in Händen hatte.... Die britische Regierung geht damit über die Frage der wirklichen oder vermeintlichen Rechte Großbritanniens in Zentral-Amerika weg. Sie setzt ohne Weiteres voraus, daß solche Rechte zur Zeit des Vertrags-Abschlusses vorhanden waren, daß sie das Protektorat über die Mosquito-Indianer, die Ausdehnung der Gerichtsbarkeit und der Gränzen von Belize und den Besitz der Bai-Inseln in sich begriffen, und zieht dann daraus den Schluß, daß, wenn die Bestimmungen des Vertrages bloß auf die Zukunft Anwendung finden sollen, Großbritannien auch in Zukunft im Besitze der bestrittenen Theile Zentralamerika's bleiben darf. Die Ver. Staaten können weder den Schluß, noch die Prämissen gelten lassen. Wir bleiben bei der Behauptung, daß Großbritannien zur Zeit des Vertragsabschlusses keine anderen Besitzungen in Zentral-*amerika* hatte, als die kleine Kolonie Belize, oder daß, wenn es *deren* hatte, es durch den Vertrag auf dieselben verzichtet hat... Dieser *inter*nationale Zwist kann nicht lange ungeschlichtet bleiben, ohne *jene* freundschaftlichen Beziehungen, welche zu hegen und zu bewahren sowohl Pflicht wie Interesse den beiden Nationen vorschreibt, ernstlich zu gefährden. Es wird mir zur aufrichtigen Freude gereichen, wenn zukünftige Bemühungen den glücklichen Erfolg erzielen, welchen man bisher mit mehr Vertrauen erwartet hat, als ich nach der Lage der Dinge gegenwärtig hegen darf." (Schluß folgt.)

* Durch die neueste Post von den Antillen erfährt man, daß der Kaiser von Haiti am 12. Dezbr. mit 33.000 Mann ausgezogen war, um den Dominikanischen Theil der Insel, bis jetzt ein eigener Freistaat, zu überfallen und daß er am 19., der Küste entlang marschirend, 60 Meilen östlich von Baemel war. — Eine am 29. in Porto Rico aus Santo-Domingo eingelaufene Goelette berichtete, daß die Haiti'sche Majestät eine Niederlage erlitten habe.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, 18. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Der Graf Stackelberg, welcher eine Mission nach Wien von seinem Kaiser empfangen hatte, ist dem Vernehmen nach der Ueberbringer eines Handschreibens des Kaisers Alexander an den Kaiser Joseph.

§ Wien, 17. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Fürst Gortschakoff hatte gestern eine längere Konferenz mit dem Grafen Buol und machte bei dieser Gelegenheit neue Eröffnungen, zu denen er durch die ihm von dem Grafen Stackelberg überbrachten Depeschen bevollmächtiget war. Wie ich vernehme, enthalten dieselben weitere Konzessionen, die sogar zu dem Schlusse berechtigen, daß Rußland sich endlich doch zur unbedingten Annahme der durch Esterhazy gestellten Forderungen entschließen werde.*) Gewiß ist es, daß der Fürst eröffnet hat, daß Rußland bereit sey, von der Bedingung abzustehen, an welche es bis jetzt die Annahme der die Territorial-Veränderung behandelnden Forderung geknüpft hat, und in welcher es bekanntlich verlangt, für den an die Türkei abzutretenden Landstrich in Asien entschädigt zu werden. Da dieser Punkt einer befriedigenden Verständigung bis jetzt die meisten Schwierigkeiten entgegengestellt hat, so ist es allerdings möglich, daß die ganze Streitfrage nunmehr wieder im Wege der diplomatischen Negociation verhandelt wird, wenn es anders Rußland wirklich Ernst ist mit seinen Friedensversicherungen, wofür wir freilich bis jetzt noch keinen positiven Anhaltspunkt besitzen. Oberst v. Manteuffel wird sich im Laufe der nächsten Tage wieder nach Berlin verfügen und nicht nach St. Petersburg reisen.

London, 18. Januar. Der ministerielle „Globe" zeigt die unbedingte Annahme des westmächtlich-österreichischen Ultimatum seitens des russischen Kabinets als Basis für Friedensunterhandlungen an. Er spricht dabei die Hoffnung aus, die verbündeten Höfe werden in Folge dessen Rußland gegenüber ein freundliches Entgegenkommen an den Tag legen, Rußland aber, in den nun in Aussicht stehenden Negociationen redlicher und aufrichtiger zu Werke gehen als früher. Schluß der Consols 89⅞. (A. Z.)

Aus dem Orient.

* Konstantinopel, 7. Jan. Die Krim-Nachrichten enthalten nichts Neues von Bedeutung. Die Kälte, von der besonders die Piemontesen leiden, dauert fort — Das Wichtigste, was die Briefe bringen, ist der Bericht über ein in der Nacht vom 27. auf den 28. Dezember im Baidarthale stattgehabtes Gefecht. — In dieser Nacht rückte das 46. franz. Regiment aus, um einen jener bereits erwähnten Hinterhalte, den man von größern feindlichen Kräften besetzt glaubte, wegzunehmen. — Die Russen wurden in der That überfallen und nach einem kurzen aber blutigen Kampfe, in welchem sie bedeutende Verluste erlitten, völlig verjagt, wobei 20 Gefangene in unsere Hände fielen. — Der Posten bestand aus zwei vereinigten Detachements, Kosaken und Reguläre. — Ein Sergeant des 46. Regiments fand während dieses Treffens auf dem Körper des gefallenen Hauptmanns dieses Postens eine Summe von 12,000 Franken. Er ließ diesen Betrag dem Marschall zustellen, um selbe der Familie des Gebliebenen zu übermitteln. — Nach den in der Krim gemachten statistischen Aufnahmen besteht die Militär-Bevölkerung in den von den Verbündeten besetzten Plätzen in Allem aus 170 bis 180,000 Mann. Die handelnde und industrielle Zivil-Bevölkerung, ausschließlich Jener, die keine Aufenthalts-Erlaubniß haben, beläuft sich auf 13,000 Seelen. Die weibliche Bevölkerung überschreitet nicht

*) Diese unbedingte Annahme war am selben Tag, den 16., Nachmittag in St. Petersburg erklärt worden, war aber zu dieser Zeit natürlich noch nicht in Wien bekannt. Es ist interessant zu sehen, wie Rußland, durch Oesterreich gedrängt Schritt für Schritt zu neuen Konzessionen sich versteht. D. Red.

637 Personen und zwar 30 Französinnen, die ihren dem Militär oder Zivil angehörenden Männern folgten und 11 Engländerinnen, die kamen, um die Gefahren englischer Offiziere zu theilen; die übrigen „Damen“, worunter noch 250 Engländerinnen, gehören den verschiedensten Kathegorien und Nationen an.

Konstantinopel, 3. Jan. Nach vielen und reiflichen Berathungen hat endlich der seit ein paar Wochen hier versammelte Kriegsrath beschlossen, in diesem Winter gegen die Russen in Asien nichts mehr zu unternehmen. Und das war gewiß das Klügste. Omer Pascha wird hier erwartet. In diesem Augenblick ist es vorzüglich Omer Pascha, um den sich die Intriguen drehen; sein Sturz, den zahlreiche und mächtige Gegner aus allen Kräften herbeizuführen streben, wäre zugleich ein Triumph französischen Einflusses, während schon der Umstand, daß der Serdar ein englisches Dampfschiff zu seiner nahe bevorstehenden Rückkehr gewählt haben soll, einen Wink darüber gibt, auf welcher Seite der Ritter des Bathordens seine Hauptstütze sucht*). (A. Z.)

* Briefe vom asiatischen Kriegsschauplatze vom 11. Dezbr. versichern, Omer Pascha habe allen otomanischen Truppen die dringende Ordre zugehen lassen, sich in der Stadt Azurgueti zu vereinigen, welche ein tunesisches Korps der asiatischen Armee genommen und besetzt hat.

Nach Trebizonde und von da nach Erzerum gehen fortwährend Truppen ab. Sie bestehen zum größten Theil aus dienstgeübten Leuten, die vorzugsweise aus den albanesischen Korps genommen und durch Rekruten ersetzt werden.

*) So schreibt der „Allg. Ztg.“ einer ihrer Konstantinopler Berichterstatter, der übrigens der Sache offenbar einen großartigeren Anstrich gibt, als sie in Wirklichkeit verdient. Es ist wahr, daß die früheren Eifersüchteleien zwischen Frankreich und England und ihr beiderseitiges Buhlen um überwiegenden Einfluß bei der hohen Pforte auch durch ihr gegenwärtiges Bündniß nicht zu Grabe getragen, sondern vielmehr nur in den Hintergrund gedrängt und verhüllt sind; aber sie treten eben nicht so offen zu Tage, wie es jener Berichterstatter glauben machen will. Ein guter Theil jener Häkeleien, die noch immer zwischen der englischen und französischen Gesandtschaft in Konstantinopel fortdauern, kommen lediglich auf Rechnung der persönlichen Unverträglichkeit Lord Stratfords, dessen Abberufung eben deßhalb von der englischen Regierung schon mehrmals beschlossen war und nur darum unterblieb, weil sich kein geeigneter Mann für den schwierigen Posten fand. Daß Omer Pascha und Lord Stratford sich persönlich gram sind, ist übrigens längst bekannt. D. Red.

Handels- und Börsen-Berichte.

Telegraphische Depesche.

Amsterdam, 19. Januar. Im Getraide-Geschäft Bestürzung. Roggen pr. Last fl. 30 niedriger notirt. Man befürchtet eine Krisis.

Frankfurt, 20. Januar. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.-Met 71⅞; 4½pCt.-Met. 62¼; Wiener Bankaktien 1009; 5pCt. Lomb. 85¼; Wiener Wechsel 109⅞; 3pCt. inl. span. 36⅞; 1pCt. neue 22 9/16; Darmstadter Bankaktien 294½.

Wien, 19 Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 80¼; 5Cpt. Met. 78⅝; 4½pCt. 67¼; Lotterie-Anlehensloose von 1839 129; dito von 1854 98¼; Bankaktien 933; Bank-Interimsaktien 103; 5pCt. lomb.-venetian Anleben —; Nordbahnaktien 2252½; Wechselkurse: Augsburg uso 110 P.; London 10.40½.P. Geldkurs: Dukaten —.

Rio Janeiro, 14. Dez. Kaffe sind in diesem Monat 158,530 B. verschifft und Preise ca. 400 Reis seit letzter Post gestiegen, weil die europäischen Berichte viel Kauflust hervorriefen. Seit dem 14. Novbr. sind nicht weniger als 334,035 B. umgesetzt, davon für Nordamerika 160,000 B., für das nördliche Europa 125,000 B. Bezahlt wird: superior 5000 a 5300 Reis gleich 47 sh. 9 d. a 50 sh. 3 d. per engl. Ct. frei an Bord, gut first 4800 a 4900 Reis gleich 46 a 46 sh. 10 d., sehr ord. 3400 a 3800 Reis gleich 34 a 37 sh. 5 d., gewaschen 5500 a 6200 Reis zum Kurse von 28 d. gleich 52 a 58 sh.

Seit 1. Januar sind 2,143,641 B. exportirt, gegen 1,708,149 B. in derselben Zeit 1854.

Fracht nach Antwerpen 65 sh.

Nichtpolitische Zeitung.

* Die 20 französischen Häfen verloren im Laufe des Jahres 1855 274 Fahrzeuge (1854, 297).

Neueste Nachrichten.

* München, 20. Januar. Der Antrag des Abg. Rabl über den Getraidehandel ist vom 3. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten in Berathung gezogen worden; der Ausschuß schlägt der Kammer folgenden Beschluß zur Annahme vor: „Es sey an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu bringen, Se. königl Majestät wolle in hochherziger Vorsorge gegen Nothstand und Theuerung geruhen: 1) die Verordnung vom 30. Januar 1813 über Getraidehandel unter Beibehaltung des Grundsatzes der Freiheit dieses Handels und Aufhebung aller übrigen Verordnungen in diesem Betreff im Wege der Gesetzgebung einer Revision unterstellen und dem betr. Gesetzentwurf insbesonders auch angemessene Bestimmungen über die bürgerlichen und strafrechtlichen Folgen des Wuchers und der Scheinverträge einverleiben zu lassen. 2) Die angeordnete Revision der Schrannenordnungen zum Behufe der Abschaffung eingeschlichener Beschränkungen und Mißbräuche mit Vermeidung jeden Schrannenzwanges allergnädigst fortsetzen, und ebenso 3) mit den jährlichen Erhebungen und Veröffentlichungen der Aernteergebnisse fortfahren zu lassen.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 22.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 22. Januar 1856.

Die Frage des Getraidehandels in der bayerischen zweiten Kammer.

I.

Der Abgeordnete **Rabl** hatte schon während des vorigen Landtags bei der 2. Kammer verschiedene, auf Erleichterung des Getraidehandels hinzielende Anträge eingebracht Die Kammer faßte unterm 25. Januar v. J hierüber einen Beschluß, ganz gleichlautend mit jenem, welchen, wie gestern mitgetheilt, der 3. Ausschuß der Abgeordneten-Kammer gegenwärtig derselben wieder zur Annahme vorschlägt. Jener frühere Beschluß konnte aber wegen der Auflösung des Landtages nicht mehr als Gesammtantrag beider Kammern an die Krone gelangen. Dieser Umstand und weil die kgl. Staatsregierung sich in der Zwischenzeit nicht bewogen fand, die bei der Berathung der Anträge beregten hemmenden Verordnungen und Mißstände aufzuheben, veranlaßte den Antragsteller zur Wiedereinbringung derselben.

Der 3. Ausschuß der gegenwärtigen Abgeordneten-Kammer steht, wie gesagt, auf demselben Standpunkte, wie die vorige Kammer in ihren Beschlüssen; auch er erkennt dem Prinzipe nach im ungehindert freien Verkehr mit Getraide und andern Viktualien das wahre Mittel, Angebot und Nachfrage in diesen Artikeln in richtiges Verhältniß zu stellen und dadurch die Preise der Lebensmittel auf jenen Stand zu bringen, der durch die Macht der Natur und die Umstände möglich und geboten ist.

„Man würde, sagt Abg. Sedlmayr in seinem Bericht an den 3. Ausschuß, über diese vielerörterte Frage kein Wort weiter zu verlieren haben, wären die Ansichten über den freien Verkehr in der großen europäischen Staatenfamilie gleichmäßige und bestünde hierin diejenige Gegenseitigkeit, ohne welche eben der freie Verkehr nicht existirt, und ohne welche er für den einen Theil leicht zum Nachtheil ausschlagen kann. Man hat nämlich in neuerer Zeit in verschiedenen auf der höchsten Stufe der Intelligenz stehenden Staaten Hemmungen und Ausfuhrverbote geschaffen, die bei dem wichtigsten aller Handelsartikel so viel Störung hervorbringen, und die so tief in die verschiedenen Interessen einzugreifen vermögen, daß selbst mancher eingefleischte Freihändler in seinen Grundsätzen wankend wird. Troß einer, wie man sagt, günstigen Aernte will das Getraide nicht wohlfeiler werden, alle andern Viktualien nehmen naturgemäß denselben Preisaufschwung, die Noth wächst, und ist namentlich für die arbeitende Klasse, für den nun obendrein in Folge der Theuerung weniger als sonst beschäftigten Gewerbsmann und für die öffentlichen Diener mit ihren für wohlfeile Zeiten berechneten Gehalten im höchsten Grade drückend. Kurz wir befinden uns in einer peinlichen Uebergangsperiode, indem wir vermöge der rascheren Verkehrsmittel mit Ländern in Austausch treten, in denen bisher der Werth des Geldes ein geringerer, d. h. der Preis der Lebensmittel in der Regel ein theurer war als bei uns. Im Bewußtseyn einer erklecklichen Aernte sucht der größte Theil des Publikum unter anderen die Hauptursache dieser Noth in der Ausfuhr des Getraides, daher der häufige Wunsch nach Sperrmaßregeln und Ausfuhrbeschränkungen, um uns unsere Nahrungsmittel zu erhalten. Diese Anschauung findet nun ihre Bestätigung als die richtige durch Anordnungen, welche andere Staaten (ob aus handelspolitischer Ueberzeugung oder der öffentlichen Meinung nachgebend, wird hier nicht untersucht) zum Schutze ihrer Angehörigen treffen, und man fordert in der Presse und allenthalben zu ähnlichen Maßregeln auf. Es muß zugestanden werden, daß nach solchen Vorgängen dieses Verlangen eine große Berechtigung hat und eine nähere Würdigung der Sache möge daher gestattet seyn. Westwärts hat Frankreich und Belgien die Ausfuhr von Zerealien gesperrt und nicht allein uns seine Zufuhr geschlossen, sondern auch die Nachbarstaaten, namentlich Holland und die Schweiz angewiesen, ihren Bedarf wenigstens theilweise von uns zu holen. Im Osten hat Rußland seine Schranken gezogen und wir können von daher nicht ersetzen, was allenfalls nach Westen abfließt; auch die Türkei hat Ausfuhrverbote ergehen lassen und übt ihren Einfluß auf den Weltmarkt. Alle diese Staaten lassen ihre Gränzen offen zur größtmöglichen Einfuhr, ja begünstigen dieselbe auf alle mögliche Weise, ohne jene reziproke Bewegung im Handel zu gestatten, der oft an einem Theile einer Landesgränze etwas holt, und an einem andern etwas bringt und so jenen natürlichen Kreislauf hervorruft, der allein die beste Ausgleichung gäbe. Ausgeschlossen nun von den Märkten solcher mitunter getraidereichen Nachbarländer, die uns nur nehmen, aber nichts geben, ja nicht einmal helfen wollen, ihre und unsere Nachbarn mitzuversehen, drängt sich der Gedanke auf, daß es gewiß nur eine Pflicht der Selbsterhaltung und ein Recht der Wiedervergeltung wäre, uns wenigstens auch gegen solche Staaten abzuschließen. Was wäre aber bei der heutigen Sachlage der wirkliche Erfolg davon? Daß Bayern allein eine solche Maßregel nicht durchführen kann, bedarf keiner Auseinandersetzung. Die Zollvereinsverträge verhindern zwar nicht, daß ein oder mehrere Zollvereinsstaaten Ausfuhrzölle auf gemeinschaftliche Rechnung auf Getraide und Nahrungsmittel an ihren Gränzen gegen das Vereinsausland anordnen können, wie dies auch im Jahre 1846 von Bayern, Würltemberg und Baden geschehen ist. Zwar hätten noch nach Separatartikel 4 Ziff. 2 der Zollkonferenzbeschlüsse vom 22. März 1833 einzelne Staaten das Recht, auch gegen die andern Zollvereinsstaaten Ausfuhrverbote von Zerealien ꝛc. zu erlassen; allein wer möchte heute noch die Hand dazu bieten, im Innern des Zollvereins wieder Schranken aufzurichten und dorthin Beschwerungen aufzuerlegen, woher erst im verflossenen Jahre so erwünschte Aushilfe kam; denn bekanntlich lieferte uns der Norden im vorigen Jahre das mangelnde Korn nach Süden, während heuer der Zug des Handels von Süden nach Norden geht. Dazu kommt nun noch, daß seit dem Bestehen des Handelsvertrages mit Getraide und die hauptsächlichsten Nahrungsmittel beim Verkehr mit diesem großen Reiche zollfrei sind und daß nach Art. 5 desselben Vertrages Durchgangsabgaben für diese Waaren, wenn sie durch ein handelsverbundenes Gebiet in das Ausland geführt werden, nicht erhoben werden dürfen. Also auch Angesichts dieser Bestimmungen wären Beschränkungen von einzelnen Vereins-Staaten von keinem Werth; denn daß man solchen Ausfuhr-Zöllen den Charakter von Durchgangszöllen beilegen kann und auch beilegen wird, ist wohl ohne Zweifel, und sowenig wir daher hindern können, daß österreichisches Getraide durch Bayern transitirt, so wenig können wir verhindern, daß bayerisches Getraide nach Oesterreich und von dort wieder überallhin ausgeführt werde. Es ist somit augenfällig, daß Ausfuhrbeschränkungen und Ausfuhrverbote nur dann ihren Zweck, die vorhandenen Nahrungsmittel im Lande zu erhalten, erfüllen könnten, wenn sämmtliche Zollvereinsregierungen **mit** Oesterreich sich einer solchen Maßregel und zwar in ausgedehnter Weise anschließen würden.“

Deutscher Bund.

Bayern. München, 20. Januar. Se. Maj. der König haben dem erzbischöflichen geistlichen Rath und Pfarrer Philipp **Pruckmair** in Otting das Ehrenkreuz des k. bayer. Ludwigs-Ordens, dem Priester Michael **Reigl**, Dekan und Pfarrer in Dörndorf, dem Schullehrer Alois **Mohr** in Weitnau, dem Wegmacher Franz **Weigl** in Beilngries die Ehrenmünze des kgl. bayer. Ludwigsordens, dem Gg. **Pfleiderer** von Nördlingen wegen seines langen und pflichttreuen Wirkens als Krankenwärter die silberne Ehrenmünze des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; die katholische Pfarrei Floß, Ldgs. Neustadt a/W. N., dem Priester Albert **Gaech**, Cooperator in Deggendorf, Ldgs. gleichen Namens, die kathol. Pfarrei Miesbrun, Ldgs. Vohen-

strauß, dem Priester Johann Bapt. Pömmerl, Cooperator in Heberlsfelden, Ldgs. Eggenfelden, übertragen und genehmigt, daß die katholische Pfarrei Breitenberg, Ldgs. Wegscheid, von dem Bischof von Passau dem Priester Michael Poppinger, Cooperator in Untergriesbach, des genannten Landgerichts, verliehen werde; den Advokaten Konrad Arendts in Nördlingen auf Ansuchen zum Wechselnotar daselbst ernannt und das Kurat- und Schulbenefizium Mittelstetten, Ldgs. Schwabmünchen, dem Priester Fr. Xaver Stiglbauer, Kaplan in Mittelberg, Landgs. Sonthofen, übertragen. (N. M. Z.)

München, 20. Jan. Professor v. Liebig hielt gestern seine erste öffentliche Vorlesung über Thierchemie vor einem sehr zahlreich versammelten und auserwählten Publikum. Er benützte diese Veranlassung, sich von seinem Standpunkt als Chemiker und Naturforscher gegen die durch Moleschott, Vogt, Büchner u. Andere viel verbreiteten Ansichten des schroffsten Materialismus, gegen „Läugnen des Geistes und der Lebenskraft", gegen die „Dilettanten und Spaziergänger auf dem Gebiet der Naturwissenschaft", auszusprechen. (A. Z.)

** München, 21. Januar. (Privat-Korrespondenz.) **26. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Der kgl. Staatsminister Dr. Ringelmann und der Vorstand der General-Bergwerks- und Salinen-Administration Staatsrath Dr. v. Hermann. — Den Vorsitz führt der 2. Präsident Dr. Baur. Es wird der als Ersatzmann eintretende Abg. Müller Ferst aus Waismain beeidigt. Präsidium zeigt an, daß der Gesetzgebungs-Ausschuß den Grafen Hegnenberg zum Vorstand und Dr. Barth zum Sekretär erwählt habe.

Zur Berathung gelangen sodann die Nachweisungen über die Rechnungen des Salinenwesens pro 1852/53. Der Ausschuß beantragt: „die hohe Kammer möge beschließen: 1) Die vorgelegte Uebersicht der Geld-Einnahmen und Ausgaben bei der kgl. General-Bergwerks- und Salinenadministration für das Salinenwesen in dem Etatsjahre 1852/53 sey als richtig anzuerkennen. 2) Es sey damit der Antrag zu verbinden: es möge das Gesammt-Salinenrechnungswesen einer entsprechenden Revision unterstellt werden."

Der Referent, Abg. Graf Butler, empfiehlt die Annahme dieser Anträge. Abg. Frhr. v. Lerchenfeld lobt die dankenswerthe Arbeit des Hrn. Referenten und bemerkt, daß die Rechnungen selbst zu keiner Bemerkung Veranlassung geben. Redner fügt nur noch den Wunsch bei, daß bei den Salinen mehr auf Holzsurrogate Rücksicht genommen werde. — Referent stimmt dem bei und der k. Staatsrath v. Hermann erklärt dann auch bezüglich des zweiten Antrags des Ausschusses, daß schon bisher sehr Wesentliches für die Vereinfachung des Rechnungswesens der Salinen geschehen sey, und dies in Zukunft noch mehr der Fall seyn werde.

Die Anträge des Ausschusses wurden hierauf angenommen.

Zur Berathung gelangte dann der Antrag des Abg. Rabl bez. des „Getraidehandels". (Den Ausschußantrag, der vom Grundsatz der Freiheit des Getraidehandels ausgeht, haben wir gestern mitgetheilt.) Es entstand hierüber eine längere Debatte, die indessen nach der umfassenden und gründlichen Berathung dieser Angelegenheit in der letzten Kammer vor kaum Jahresfrist nichts Neues bieten konnte. Die alten Klagen über den Nachtheil, welchen der freie Handel bringen soll, welche namentlich von den Abgg. Urban und Dr. Zarbl erhoben wurden, wurden u. A. von den Abgg. Fürst Wallerstein, Frhrn. v. Rotenhan u. Frhrn. v. Lerchenfeld trefflich widerlegt, und von diesen dem freien Getraidehandel das Wort gesprochen.

Die große Mehrzahl der Kammer theilte diese Ansicht gleich der frühern Kammer. Die Ausschuß-Anträge wurden schließlich mit großer Majorität angenommen.

Der „Allg. Ztg." wird aus Franken, 17. Januar, geschrieben: „Es bestätigt sich von allen Seiten, daß unsere Regierung in Betreff der Werrabahn noch keine eingehende Entschließung gefaßt. Zur Erklärung wegen der Ausführung des Vertrags in Betreff der Bauübernahme der Strecke Lichtenfels-Koburg gedrängt, glaubte sie vollgültigere Nachweise über die Beschaffung des ganzen Baukapitals fordern zu dürfen, als man ihr bisher gegeben. Man sieht nun einmal in München, besonders auch aus politischen Gründen, in der Ueberlassung der Werrabahn an eine überwiegend preußische Verwaltung, die Thüringer Direktion, einen Mißgriff, und wünscht die direkte Verbindung mit dem Weser- und Elbgebiete weiter westlicher zu rücken, um auch der Möglichkeit eines fremden Einflusses zu begegnen. Darf man nun auch annehmen, daß dieses Motiv für sich allein nicht ausreichen werde, Bayern von der Werrabahn abwendig zu machen, dafern seine vertragsmäßigen Beziehungen zu derselben unzweifelhaft feststehen, so wird man aber jenem Motiv seine Berechtigung nicht versagen, wenn dieses nicht der Fall wäre. — Anderweit vernehme ich, daß die diesseitige Begünstigung der Bebra-Schweinfurter Bahn (Rhönbahn) auch ihren Grund in dem lebhaften Interesse habe, welches die Regierung an dem Schicksal der armen Rhönbewohner nimmt."

Preußen. Berlin, 18. Januar. Von dem Gedanken, ihre Mandate in Masse niederzulegen, ist die Opposition zurückgekommen. Es war dies Folge des ersten niederschlagenden Eindrucks, den die Wahlprüfungen hervorriefen; jetzt erinnert man sich schon besser daran, daß einst in der französischen chambre introuvable nur sieben Männer, den tapfern General Foi an der Spitze, die Rechte der Nation vertheidigten, und nach und nach wird man die Aufgabe noch mehr würdigen. (Z. f. N.)

In der Sitzung des Abgeordneten-Hauses vom 19. Jan. überreichte der Herr Finanzminister v. Bodelschwingh den Rechenschaftsbericht über die Ausführung des Gesetzes vom 7. Mai 1855, betr. den außerordentlichen Kredit von 30 Mill., so wie einen Gesetzentwurf über Fortbewilligung des noch vorhandenen Restes für noch ein Jahr. (Nat.-Ztg.)

Freie Städte. Hamburg, 18. Januar. In der schon so viel besprochenen Campe'schen Angelegenheit hat ein angesehener hiesiger Jurist, Hr. Dr. J. D. Alphons Trittau, eine kleine Broschüre veröffentlicht, welche den Titel führt: „Die Unrechtmäßigkeit der gegen Hrn. Julius Campe polizeilich verfügten Geldtortur, nachgewiesen aus den Grundsätzen des gemeinen deutschen Kriminalprozeßrechts." (A. Z.)

Oesterreich. Aus Wien, 18. Jan., wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Als Se Maj. der Kaiser während der Vorstellung v. Meyerbeers „Nordstern" im Opernhaus erschien, erhob sich das vollgefüllte Haus in Logen, Parterre und Gallerien wie Ein Mann, und begrüßte den Monarchen mit einem jubelnden wiederholten Lebehoch. Die Ovation war eben so einmüthig als unvorbereitet, sie sprach mehr aus als die Freude über die glückliche Wendung der Dinge zum Frieden, sie war sichtlich der Ausdruck des Dankes, der sich bewußt ist, daß dem staatsmännischen Blick und dem festen Charakter Franz Josephs der volle Preis des Tages gebühre." (Nach dem Freudenrausch wird der Katzenjammer kommen, und man wird einsehen, daß man Rußlands Nachgiebigkeit überschäzt oder vielmehr falsch geschäzt hatte. D. Red.)

Schweiz.

Bern, 17. Jan. Der Erziehungsdirektor von Bern ist ermächtigt worden, an die Stelle des nach Basel übergesiedelten Hrn. Rüttimaier den Dr. Schiff in Frankfurt a. M. als außerordentlichen Professor für die vergleichende Anatomie an die hiesige Hochschule zu berufen. (Allg. Z.)

Großbritannien.

London, 18. Januar. Herr Cobden, der eifrige Friedensfreund, hat, wie man erzählt, von einigen Spaßvögeln den Vatherden, aus russ. Juchten geschnitten, zugeschickt bekommen.

London, 18. Jan. Während die „Morning Post", die „Times", das „Chronicle", die „Daily News" und der „Morning Advertiser" die Nachricht in Betreff der unbedingten Annahme der österreichischen Vorschläge von Seiten Rußlands mit sichtlichem Mißtrauen besprechen und einige dieser Blätter die letzteren als ungenügend darzustellen suchen, vertheidigt der ministerielle „Globe" die österreichischen Vorschläge gegen die „lächerlichen Haarspaltereien gewisser Blätter, die das Gras wachsen hören", und spricht seine Ueberzeugung aus, daß Rußland gute Miene zum bösen Spiel gemacht und die fünf Punkte aufrichtig angenommen habe. Rußland sehe, daß seine Niederlage aller Welt offenkundig sey, und fürchte, bei der Fortdauer des Krieges noch schlimmer zu fahren. (An der Aufrichtigkeit Rußlands erlauben wir uns doch noch zu zweifeln. Zeit gewinnen, das ist sein wahrer Zweck! Die Red.)

Frankreich.

Aus Paris wird der „Köln. Ztg." unter dem 18. Jan. geschrieben: „Als Beweis dafür, daß man hier an die Annahme der österreichischen Bedingungen durch Rußland wirkliche Friedenshoffnungen knüpfe, mag der Umstand dienen, daß die Regierung Befehl gegeben hat, jede Sendung von Waffen und Munition nach der Krim zu sistiren. (Lächerlich! nächster Tage werden wir lesen, daß die ganze Nachricht falsch ist. D. Red.) Der Ort der Verhandlungen wird wahrscheinlich Paris seyn, doch wird heute noch Dresden genannt."

Aus Paris, 19. Jan., wird dem „Fr. Journ." telegraphirt: Diesen Nachmittag verbreitete sich das Gerücht, daß gestern an den Marschall Pelissier Depeschen abgeschickt worden seyen, durch welche er angewiesen werde, die Feind-

seligkeiten einzustellen. (Unsere Berichte vom 20. d. melden hiervon nichts. D. Red.)

* Paris, 20. Januar. Dem „Siecle" und der „Presse", die sich in letzter Zeit über religiöse Fragen heftig herumzankten, wurde bedeutet, sich der religiösen Diskussionen für die Folge zu enthalten.

Spanien.

† Madrid, 16. Jan. Gestern Abend nach der Tafel haben JJ. MM. den Edelleuten und Adjutanten vom Dienste ein großes Vergnügen bereitet. — Die Königin sang mehrere äußerst schwierige Arien und liebliche Romanzen mit bewunderungswürdigem Ausdrucke, während der König, ein ausgezeichneter Pianist, mehrere brillante Stücke vortrug. Die Königin war ungewöhnlich heiter. Sie hatte auf Ansuchen ihres hohen Gemahls einen Artilleristen, der in der Trunkenheit sich schwer gegen die Disziplin vergangen, und zum Tode verurtheilt war, begnadigt. — In Sevilla begann das Volk Exzesse gegen die Bäcker. Die Ueberschwemmung in Sevilla ist die stärkste seit 1784. Die ganze Ebene ist Ein Fluß, die Dörfer Inseln. — Es ist auffallend, daß die Bäcker-Exzesse mit der Meuterei der Nationalgardisten in Madrid zusammentrafen. Große Militärkräfte wurden entwickelt.

Rußland und Polen.

Warschau, 17. Jan. Den Feldmarschall Paskiewitsch haben die Aerzte als unheilbar aufgegeben. Seine Lebenskraft ist noch so groß, daß er längere Zeit mit dem Magenkrebs ringen wird, den man bereits mit der Hand fühlen kann. Er hat sein volles Bewußtseyn und seine Stimme ist noch ungeschwächt. Auf dem Schmerzenlager vermag er nicht mehr ohne Hülfe sich aufzurichten. Baron Kloß behandelt ihn magnetisch, da alle andern Mittel erschöpft sind. — Die Theuerung in der Stadt hat einen außergewöhnlichen Grad erreicht. Bettler durchwandern die Straßen schaarenweise. (H. Bh.)

Amerika.

(Die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Schluß.) Die britischen Werbungen kommen sodann zur Sprache. Nach einer Auseinandersetzung über die „Rechte der Neutralität" und näheren Mittheilungen über die angebliche Verletzung dieser Rechte heißt es in der Botschaft:

„Es ward bekannt, wie die britische Regierung das auch selbst einräumt, daß der Versuch, Rekruten aus unserem Lande zu ziehen, von ihr ausging, oder doch wenigstens ihre Billigung und Sanktion hatte. Es zeigte sich jedoch auch, daß die dabei betheiligten öffentlichen Agenten den „gemessenen Befehl" erhalten hatten, die Landesgesetze der Vereinigten Staaten nicht zu verletzen. Nun ist aber nicht wohl einzusehen, wie sich Großbritannien einbilden konnte, es vermöge Truppen bei uns auszuheben, ohne unsere Landesgesetze zu übertreten. Das Gesetz hatte offenbar den Zweck, einen jeden solchen Akt zu verhindern, welcher, wenn er begangen wurde, entweder geradezu ein Gesetzesbruch oder eine absichtliche Umgehung des Gesetzes seyn mußte. In dem einen wie in dem anderen Falle ward die Souveränetät der Vereinigten Staaten in gleicher Weise beeinträchtigt. . . . . Ich fühlte mich veranlaßt, der englischen Regierung den Fall vorzulegen, nicht nur, um ein Aufhören des Unrechts zu bewirken, sondern auch, um Genugthuung zu verlangen. Die Sache ist noch in der Schwebe, und ich werde nicht verfehlen, Ihnen das Ergebniß der Unterhandlungen zur gebührenden Zeit mitzutheilen."

Die Regulirung der Gränzlinie zwischen dem Washington-Territorium und den anstoßenden britischen Besitzungen wird hierauf berührt, und die Botschaft empfiehlt die Einsetzung einer Kommission zur Erledigung dieser Frage. Sodann kommt der Sundzoll an die Reihe. Ueber diese Angelegenheit spricht sich Präsident Pierce ungefähr in derselben Weise aus, wie Staatssekretär Marcy in der unsern Lesern bereits bekannten Note an den amerikanischen Gesandten zu Kopenhagen.

Die Botschaft erwähnt sodann die friedliche Beilegung der Zwistigkeiten, welche sich wegen des französischen Konsuls in San Franzisko und wegen des amerikanischen Konsuls in Athen entsponnen hatten. Mehrere Genugthuungs-Ansprüche an Mexiko wegen zugefügter Privat-Beleidigungen seyen noch unerledigt.

Die Botschaft geht nun auf die innere Politik über, und hier stehen in erster Linie die Finanzen da. Die Einnahmen während des am 30. Juni 1855 abgelaufenen Finanzjahres beliefen sich auf 65,003,930 Dollars, die Ausgaben mit Ausschluß der durch die Nationalschuld verursachten auf 56,365,393 Dollars. Für Tilgung der Nationalschuld, Zinsenzahlung und Prämien mit eingeschlossen, wurden 9,844,528 Dollars verausgabt. Sodann heißt es:

„Im Territorium Kansas sind Handlungen begangen worden, durch welche die öffentliche Ruhe gestört wurde. Jedoch ist nichts vorgekommen, was ein Einschreiten der Bundes-Exekution hätte rechtfertigen können. Der Fall würde nur dann eintreten, wenn das Bundesgesetz auf Hindernisse stieße, oder wenn ein Widerstand gegen das Territorialgesetz, der den Charakter einer Insurrektion annähme, organisirt würde. Einen solchen rasch zu unterdrücken, würde allerdings meine Pflicht seyn. Ich hege jedoch die Hoffnung, daß der gesunde Sinn der Bewohner des Territorium solche unglückliche Ereignisse verhüten wird. Diese Bewohner besitzen kraft ihrer organischen Gesetze das Recht, über ihre einheimischen Institutionen zu entscheiden, haben, so lange sie sich ruhig aufführen, Anspruch auf die freie Ausübung dieses Rechtes und müssen in dem Genusse desselben geschützt werden, ohne daß sich die Bürger irgend eines anderen Staates einzumischen haben."

Hierauf folgt endlich eine lange theoretische Vorlesung über das Wesen der amerikanischen Verfassung.

Aus Washington wird der „Daily Times" telegraphirt, der Präsident habe dem Senate den vom Gesandten Wheeler mit Nicaragua abgeschlossenen Traktat zugeschickt, welcher die Anerkennung Nicaragua's, sammt allen von diesem in Anspruch genommenen Gebietstheilen, — also auch der Mosquito-Küste ohne Berücksichtigung des engl. Protektorats — stipulirt.

Asien.

Nach dem „Sun" hat der englische Gesandte Teheran am 6. Dezember verlassen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Frankfurt, 18. Jan. Unterm 9. Jan. ist eine französische Depesche nach München, Stuttgart und Dresden abgegangen, welche sich über die Lauheit der den westmächtlich-österreichischen Friedensbestrebungen von den Mittelstaaten in St. Petersburg gewährten Unterstützungen lebhaft beschwert. (T. D. d. H. N.)

Berlin, 18. Jan. Graf Lobanoff ist mit Depeschen aus Petersburg eingetroffen. Es finden Verhandlungen über die Theilnahme Preußens an den Friedenskonferenzen statt. Man nennt Dresden als Konferenzort. (Fr. Journ.)

* Paris, 20. Jan. Der „Constitutionnel", ein halbamtliches Blatt, bestätigt, daß die Westmächte zu den Friedensverhandlungen bereitwillig die Hand bieten. Er sagt: Es ist wahr, daß, wie die englischen Journale behaupten, die Friedens-Präliminarien noch nicht unterzeichnet sind, aber es hieße, die Loyalität der Regierungen Frankreichs und Englands beargwohnen, wollte man an der günstigen Aufnahme zweifeln, die sie den Vorschlägen schenken werden, welche Oesterreich Rußland zur unbedingten Annahme jedenfalls erst nach getroffenem Einverständnisse mit seinen beiden Verbündeten vorgelegt hat.

Aus dem Orient.

* Nach Briefen aus Konstantinopel vom 7. ist der Kriegsminister, in Folge der Weigerung des Seraskier's, der Finanz-Kommission die Kontrole aller aus dem letzten türkischen Anleben bestrittenen Ausgaben zuzugestehen, abermals in Geldverlegenheit, da sich diese nun gleichfalls weigert, Geld herzugeben, bis die Verwendung der bereits erhaltenen 12 Millionen Franken nachgewiesen seyn werde. . . . Auf Befehl des Sultans wird in den Ateliers der Münze Tag und Nacht an den für die verbündeten Souveräne bestimmten Geschenken gearbeitet. — Diese bestehen in Säbeln für den Kaiser von Frankreich, den König von Sardinien und dem Prinzen Albert, einem Brillant-Kolliers für die Kaiserin und die Königin Victoria. — Man sagt, diese Gegenstände seyen äußerst reich und von enormem Werth. Auf die Bemerkung, daß diese Freigebigkeit mit dem traurigen Finanzzustande in keinem Verhältnisse stehe, soll der Sultan erwidert haben, daß die Brillanten nicht gekauft wurden, sondern dem Kronschatz angehörten und daß er glaube, davon keinen würdigern Gebrauch machen zu können, als sie, ein schwaches Zeichen seiner Erkenntlichkeit, seinen hohen Verbündeten anzubieten. — In der Nacht vom 6. wurde versucht, das Arsenal in Brand zu stecken. Glücklicherweise wurde dieses verbrecherische Vorhaben schon im Beginn der Ausführung entdeckt, was die Verhaftung mehrerer Subaltern-Beamten veranlaßte. Uebrigens wird diese Angelegenheit sehr geheim ge-

halten und es war bis jetzt nicht möglich, Näheres darüber zu erfahren. . . .

In Konstantinopel war das Gerücht verbreitet, der jüngst zum Gesandten am Wiener Hofe ernannte Fürst Callimachi, werde dort nicht anerkannt werden. — Dem ist nicht ganz so; doch hat das österr. Kabinet der Pforte wissen lassen, daß ihm eine andere Wahl angenehmer gewesen wäre. — Die Verhandlungen hinsichtlich der Reorganisation der Donau-Fürstenthümer werden beginnen, sobald die Gesandten Frankreichs und Englands mit den täglich erwarteten Instruktionen versehen seyn werden. Man bringt mit dieser Frage die Mission des englischen Gesandtschaftssekretärs Hrn. Alison, der dorthin abreiste, in Verbindung.

Die Schraube des „Royal Albert", an dessen Bord sich Admiral Grey befand, brach im Marmorameere. Das an mehreren Stellen des Kiels eindringende Wasser ließ ein Sinken des Schiffs befürchten und veranlaßte den Admiral und den Kommandanten des Fahrzeugs, den „Royal Albert" an der Küste von Gallipoli auf den Strand zu fahren. Man ist damit beschäftigt, ihn zu repariren und mit Hülfe der Equipage des „Hannibal" und einer Kriegsfregatte, die Admiral Stewart dorthin abschickte, wieder flott zu machen.

* Die Krimberichte sind vom 6. Januar. Die Kälte sowie die Kanonade von den Nordforts dauern fort. Von einer Expedition nach Georgien unter dem Kommando des Generals Campbell war ernstlich die Rede.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 12. Januar. Für die meisten österr. Fondsgattungen, besonders für Nationalmetal. und 1854er Loose wurden höhere Kurse bewilligt, während österr. Staatsbahnaktien etwas niedriger abgegeben wurden.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 85½ P. 85¼ G.
„ 5pCt. Metall. alte 72½ P. 72¼ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 82½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 74¼ P. 74 G.
„ 4½pCt. „ 63⅛ P. 62⅞ G.
„ 4pCt. „ 56¾ P. 56¼ G.
„ 3pCt. „ 43½ P. 43 G.
„ 1pCt. „ 14¾ P. 14½ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1017 P. 1012 G.
Oesterreichische Credit-Actien 113½ P. 113¼ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 219 G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 117 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 91 P. 90½ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 235 P. 233 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100¾ P. 100¼ G.
„ 4pCt. „ 94⅜ P. 93⅞ G.
„ 3½pCt. „ 86¾ P. 86¼ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 94¼ P. 93¾ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 155⅞ P. 155⅝ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142½ P. 142 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 87½ P. 87 G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 3½pCt. „ 89 P. 88½ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¾ P. 88¼ G.
Badische 50 fl. Loose 79¾ P. 79¼ G.
„ 35 „ „ 47¼ P. 47 G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99¾ P 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 110¾ P. 110¼ G.
„ „ 25 „ „ 34¼ P. 34 G.
Darmstädter Bankaktien 296½ P. 294½ G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 38⅜ P. 38⅛ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 58 P. 57½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 93½ P 93 G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 119½ P. 119 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 325 P. 323 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 80½ P. 80 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 81½ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 36⅛ P. 35⅞ G.
„ 1pCt. neue 22 11/16 P. 22 9/16 G.
Holland Integrale 64¾ P. 64¼ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41¾ P. 41¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅝ P. 100⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96¼ P. 96 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88¾ P. 88½ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Lond. Lst. 10 k.S. 118⅞ P. 118⅝ G.
Mail. i.S Lr. 250 k.S. 100¾ P. 100½ G.
do. 3 Monat mit 5% 100⅝ P 100⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S 93⅞ P. 93⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Wien fl. 100 C. k.S. 109¾ P. 109½ G.
Wien 3 M. mit 4% 109⅜ P. 109⅛ G.
Disconto — P. 3½ pCt. G.

---

* Marseille, 19. Januar. Getraide wich in Folge der eingegangenen Friedens-Depeschen um 2 Franken per Hektoliter.

Nichtpolitische Zeitung.

Weimar, 20. Jan. Für Freunde einer pikanten Unterhaltung war gestern durch die öffentliche Sitzung des Kreisgerichts gesorgt, wo der Direktor des großherzogl. Hoftheaters Marr wegen grober Verbalinjurien, die er sich gegen den Hoftheaterintendanten v. B. erlaubt hatte, auf der Bank der Angeklagten saß, und trotz der Vertheidigung des bekannten Anwalts Fries mit vier Wochen Gefängnißstrafe belegt wurde. Veranlassung zu der gereizten Stimmung des Angeklagten gab die ohne dessen Mitwirkung veranlaßte Berufung des berühmten Dawison zum Gastspiel, wodurch sich Marr als Direktor verletzt fühlte. (Fr. Pstz.)

Wien, 19. Januar. Die allerh. Entschließung in Bezug auf die projektirte Industrieausstellung lautet, daß dieselbe im Jahre 1859 in Wien stattzufinden habe, und zur Theilnahme an derselben auch die Industriellen aus den mit Oesterreich im Zollverbande stehenden italienischen Staaten, so wie aus den Staaten des deutschen Bundes, einzuladen sind. (Vor einiger Zeit war bekanntlich das Gerücht verbreitet, sie würde aufgeschoben werden.)

Privatnachrichten aus der Krim zufolge ist abermals einer der in russische Dienste getretenen deutschen Aerzte, Dr. Schram aus Bayreuth, gestorben. (Nb. Korr.)

Ueber die in Leipzig bei J. J. Weber erscheinende „Illustrirte Zeitung" spricht sich die Leipziger „Allg. Ztg." folgendermaßen aus: „Die Belagerung von Sebastopol und die Pariser Industrieausstellung sind die beiden Gegensätze, welche bei einem Rückblick auf das verflossene Jahr zunächst uns entgegentreten. Sebastopol ist gefallen und die Hallen des Industriepalastes sind geschlossen; aber der Krieg am schwarzen Meere ist noch nicht beendet; die orientalische Verwickelung droht noch immer weiter um sich zu greifen; die Industrieausstellung soll erst nach ihrem Schlusse die schönsten Früchte tragen. Die uns vorliegende erste Nummer des 26 Bandes der „Illustrirten Zeitung" gibt uns dafür einen Beleg in ihren Illustrationen vom Kriegsschauplatze und aus dem Industriepalaste: dort sehen wir Omer Pascha den Uebergang über den Ingur erzwingen, die tapfern Vertheidiger von Kars die russischen Angriffe zurückwerfen, bis der Hunger sie zur Uebergabe zwang, und Nord-Sebastopol mit seinen Forts und den neuen Befestigungswerken in stolzer Ruhe dräuen; hier glänzt uns die österreichische Abtheilung auf der Pariser Industrieausstellung entgegen und gibt sprechendes Zeugniß, daß die reiche Anerkennung, welche derselben von den Preisrichtern zu Theil geworden, nur eine wohlverdiente war. Aber nicht nur die Tagesgeschichte, auch die Wissenschaft in dem Porträt-Medaillon des berühmten Verfassers „der Zeichen der Zeit", sowie in einer illustrirten Abhandlung über die Verfälschung der Nahrungsmittel, die Kunst in einem trefflichen Gemälde von Flüggen, die Musik, in einer Polka von Wallerstein, das Theater, in dem Porträt der Signora Ristori und die Mode haben ihre Vertretung gefunden, ja wir wüßten kaum, was in ihr nicht vertreten wäre. Ueberblicken wir eine solche Nummer mit 48 Foliospalten und ihren zahlreichen trefflich ausgeführten Illustrationen — sollen wir dann der vollendeten Ausstattung oder dem billigen Preise von 5 Ngr. für die Nummer oder der Ausdauer der Redaktion, welche uns bereits 25 Bände von 650 Nummern, deren jede fast ein kleines Kunstwerk zu nennen ist, vorgelegt hat, größere Anerkennung zollen? In ihrem Briefwechsel verspricht uns die Redaktion für die folgenden Nummern einen Einblick in die Herstellung der „Illustrirten Zeitung". Gewährt er das, was wir erwarten, so dürfte er jeden Gebildeten um so lebhafter interessiren, als derselbe das Technische der Herstellung durch zahlreiche Illustrationen veranschaulichen wird. Ein Titelbild von C. Scheuren ziert die erste Nummer des Jahrgangs 1856 und führt in sinniger Weise in das neue Jahr und den 26. Band ein."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 23. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 23. Januar 1856.

Die Frage des Getraidehandels in der bayerischen zweiten Kammer.

II.

Ausfuhrbeschränkungen und Ausfuhrverbote würden also, wie gestern dargelegt wurde, seitdem der Zollverein mit Oesterreich den Handelsvertrag von 1853 abgeschlossen hat, den gehofften Zweck, die vorhandenen Nahrungsmittel bei uns im Lande zu erhalten, jedenfalls erst dann erfüllen, wenn alle Zollvereinsstaaten mit Oesterreich zugleich diese Maßregel gemeinsam träfen. Es wäre nämlich nicht geholfen, wenn man Reziprozitäts halber z. B. nur gegen die Gränzen von Frankreich und Belgien sperren würde, denn diese Länder könnten sich dann im Falle des Bedarfs dennoch südlich durch die Schweiz und nordwestlich durch Holland, sowie seewärts aus den preußischen Ostseehäfen versehen; jedenfalls müßte, wenn es von Erfolg seyn sollte, die Sperre von der nordöstlichsten Küste Preußens, die ganze Nord-West- und Südgränze entlang bis nach Triest reichen, und es fragt sich nun, ob eine solche Maßregel Aussicht hatte, von andern Staaten angenommen zu werden.

Diese Frage beantwortet Abg. Sedlmayr in seinem Bericht folgendermaßen: „Was Preußen betrifft, so lasen wir erst vor einigen Wochen in der Thronrede, daß man dort nur vom freien Verkehr eine mögliche Milderung jetziger Nothstände erwarte und spätere Erscheinungen lassen vermuthen, daß man diesem Systeme treu bleibe. In der That würden auch Preußens Seeplätze durch derlei Hemmungen hart betroffen, denn es ist nicht allein der Ausfuhrhandel, der dort bewegtes Leben schafft, sondern dieser bedingt auch wieder Einfuhr mancherlei Art und lebendigen Wechselverkehr. Ob Oesterreich sich entschließen wird, derlei Prohibitionen beizutreten, kann nicht behauptet werden; jedenfalls liegt die Vermuthung nahe, daß es bei seiner neuern inneren Politik und bei der rasch auflebenden Kultur mancher seiner bisher zurückgebliebenen Provinzen nur in großen Nothfällen die Hand dazu bieten werde. Auch andere deutsche Staaten zeigten bisher wenig Neigung, derlei Maßnahmen zu unterstützen. Ist nun gleich nach diesen Vermuthungen die Aussicht zu einer übereinstimmenden Anordnung gering, so könnte vielleicht dennoch wenigstens der Versuch gemacht werden, dieselbe herbeizuführen und ein bezüglicher An- Antrag an die Krone zu diesem Behufe gebracht werden."

Nichtsdestoweniger erwog der 3. Ausschuß der Kammer, ob nicht doch der Versuch gemacht werden solle, eine solche gemeinsame Maßregel herbeizuführen. Diesem steht aber nach der Ansicht des Ausschusses ein anderes gewichtiges Bedenken entgegen. Ist einmal vor die Kammer ein Antrag auf Ausfuhrbeschränkung gebracht und von derselben angenommen, er mag dann eine Wahrscheinlichkeit auf Verwirklichung haben oder nicht, so wird zweifellos, und zwar anticipando, das eintreten, was bei jeder Ausfuhr-Beschränkung eintritt, es wird Aufsehen und Besorgniß erregen, und vorsichtige Leute, namentlich das nahe Ausland, werden sich noch mit etwas Vorrath zu versehen trachten, die Einkäufe werden häufiger und die Preise auf eine Höhe getrieben, die sie vielleicht nicht, oder je nachdem die Verhältnisse gelagert sind, jedenfalls erst später erreichen würden. So bedauerlich daher die von anderen Staaten eingeführten Ausfuhrverbote sind, da sie gewiß nur den naturgemäßen Gang der Dinge stören, und so nothwendig eine Gegenmaßregel auch im Hinblick auf den Nothstand unserer Konsumenten erscheinen mag, so wenig konnte der Ausschuß es aus den angeführten Gründen zweckmäßig finden, einen Antrag hierauf vorzuschlagen.

Bekanntlich hat unsere Staatsregierung im vergangenen Herbst eine Revision der bestehenden Schrannenordnungen angeordnet und die Grundsätze vorgeschrieben, wonach dieselbe vorgenommen werden soll. Der Ausschuß erkannte an, daß diese Vorschriften bei liberaler Anwendung die meisten der bestehenden Mißstände zu beseitigen geeignet sind. Nur eine Bestimmung, die sich noch in vielen Schrannenordnungen findet, hätte nach Ansicht des Ausschusses wohl auch mit bei der stattfindenden Revision fallen dürfen. Es ist nämlich die, daß das zur Schranne gebrachte Getraide nicht mehr vom Eigenthümer darf abgefahren werden, sondern daß, wenn er es nach 3 aufeinander folgenden Schrannentagen unverkauft gelassen hat, es ihm von der Behörde um den laufenden Schrannenpreis verkauft wird. Da diese Anordnung keinen Nutzen gewährt, indem sie bei dem unläugbaren Eingriffe in das freie Dispositionsrecht des Verkäufers nicht geeignet ist,

Die Mitglieder der deutschen National-Versammlung.

Im „Schwäb. Merk." finden sich folgende Notizen über die Schicksale der ehemaligen Mitglieder der deutschen National-Versammlung. Wie die Mitglieder der Paulskirche den verschiedensten Lebenskreisen angehörten, so ist auch ihr Schicksal das wechselvollste gewesen. Neben denen, die zu Ministern (Bruck), Bundestagsgesandten (Linde), Fürstbischöfen (Förster), Bischöfen (Ketteler), Freiherrn (Merck) u. s. w. aufgestiegen sind, bemerken wir die lange Reihe von Flüchtlingen, die durch die unermeßlichen Räume und manchfachen Lebensstellungen von Amerika herumgeworfen worden. Ein Verzeichniß aus dem Jahre 1849 führt 816 Abgeordnete und Stellvertreter auf, 6 davon als gestorben: v. Auerswald, † 18. Septbr. 1848, Baur von Hechingen, R. Blum. † 9. Novbr. 1848, Brunck, † 20. Oktbr., v. Lichnowski, † 18. Septbr. und Wirth, † 26. Juli 1848. Seitdem verstorben sind: v. Bally. Novbr. 1853 in Berlin, F. Bassermann, 30. Juli 1855, B. M. Behr, Dr. med. G. Blumröder zu Nürnberg, 23. Dezbr. 1853, v. Diepenbrock, 19. Jan. 1853, B. Eisenstuck, 1853 in Brüssel, J. Fallati, 5. Oktbr. 1855 in Holland, Gevekoht, 1850 am 21. Aug., Glaß, 24 Mai 1855, F. Jahn, 15. Oktbr 1852, v. Itzstein, 14 Sept. 1855 in Hallgarten, Dekan Künzer, 11. April 1853, Lammers, 11. Febr. 1855, v. Lindenau, 21. Mai 1854, T. Mareck, in Amerika 1850, v. Radowitz, 25. Dezbr. 1853 in Berlin, H. v. Raumer, 28. März 1851, Frz. Raveaux, 13. Septbr. 1851 zu Laeken bei Brüssel, Rösler von Oels, 13. August 1855 in Amerika, Rühl von Saucken, 25. April 1854, Schmidt von Löwenberg, 29. März 1851 in der Havanna, A. Schoder, 12. Novbr. 1852. v. Soiron, 6. Mai 1855 zu Heidelberg, Stenzel, 3. Jannar 1854, Teichert, im Septbr. 1853 als Oberstlieutenant mit seiner ganzen Familie an der Cholera, v. Trützschler, 1849 standrechtlich in Mannheim erschossen, J. v. Würth, gest. als Oberlandesgerichtsrath in Wien, General v. Xylander, am 2. Novb. 1854 zu Frankfurt, zusammen 30, oder mit jenen 6 36. Wenden wir uns nun zu den Lebenden, so sind uns folgende Veränderungen bekannt geworden: Dr. und Prof. L. Arndts Prof. in Wien. v. Baumbach-Kirchheim nach Amerika ausgewandert. Beisler, Minister a. D., seit 22. März Präsident des obersten Rechnungshofes und Mitglied des Reichsraths in München. Beckmann in Amerika? Beseler, W. H., in Braunschweig, Uebersetzer von Macaulay. K. Biedermann, Redakteur der Weimarer Zeitung. Botschek, A., wurde Redakteur der Nassauischen Allgemeinen Zeitung und wegen deren klerikalen Haltung 1854 von der Regierung ausgewiesen. L. Bogen nach Amerika ausgewandert? v. Brandt befehligt als Generallieut. die 10. Division in Posen. Brentano, Lor., Farmer in Michigan, war Anfangs in Reading (Pens.) ansäßig und redigirte 1850 ein deutsches Wochenblatt „der Leuchtthurm" in Pottsville (Pens.). v. Bruck, österreichischer Finanzminister.

die Frequenz der Schrannen in größerem Maßstabe zu erhöhen und überdies in den Revisionsvorschriften die hohen Strafen der Verordnung vom 11. November 1845 keine Milderung erfahren haben, so glaubte der Ausschuß, obwohl er mit Dank das Entgegenkommen der k. Regierung anerkennt, doch noch auf dem Antrage bestehen zu sollen, die angeordnete Revision der Schrannenordnungen zum Behufe der Abschaffung eingeschlichener Beschränkungen und Mißbräuche mit Vermeidung jeden Schrannenzwanges allergnädigst fortsetzen zu lassen.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 21. Januar. Se. Maj. der König haben den praktischen Arzt zu Zweibrücken, Dr. Ludwig Rabus, zum Kantonsarzte in Waldmohr provisorisch ernannt; zu der am Oberappellationsgericht in Erledigung gekommenen Rathsstelle den Rath des Appellationsgerichts von Oberbayern, Friedr. v. Hofstetten, befördert; die erledigte Stelle eines Assessors des Bezirksgerichts Kaiserslautern dem Ergänzungsrichter Jul. Müller in Pirmasens verliehen; als Gerichtsdiener von Friedberg den Landgerichtsdiener Adam Dorsch von Tegernsee berufen, und zum Landgerichtsdiener von Tegernsee den Gerichtsdienersgehilfen Franz Wolfsteiner aus Neumarkt zu Auerbach provisorisch ernannt. (N. M. Z.)

Aus München, 20. Jan., wird der „Augsb. Postztg." geschrieben: „Die Wahl des Prälaten von Metten, Gregor Scheer, zum Erzbischof von München, glaube ich Ihnen als Thatsache verbürgen zu können. So viel man hört, hatte die beharrliche Weigerung, den Ruf anzunehmen, dazu geführt, daß der heil. Vater den bescheidenen Abt „beim Gehorsam" zur Annahme auffordern mußte, worauf derselbe sich nicht länger gegen den Ruf stemmen durfte."

München, 21. Jan. Gemäß allerhöchster Bestimmung hat das kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten Abgeordnete aller Handels- und Gewerbekammern des Königreichs hierher berufen, um ihnen den projektirten Eisenbahn-Gütertarif zur Berathung vorzulegen, und von ihnen die Wünsche und Ansichten des Handels- und Gewerbestandes über diese Angelegenheit zu vernehmen. Die Versammlung wurde heute eröffnet. Die Frage des Gütertarifs war auch bei den Versammlungen der Handels- und Gewerbe-Kammern, welche in den jüngsten Tagen in allen Regierungs-Bezirken stattfanden, zur Berathung gekommen, und um in dieser Beziehung ein möglichst übereinstimmendes Gutachten der einberufenen Abgeordneten zu erzielen, hatte der Handelsrath und das Gremium des Handelsstandes von Augsburg einen Tarif und abgeänderte Bestimmungen für den Güterverkehr auf den Eisenbahnen, nebst dem Schema einer Frachtberechnungs-Tabelle und eines Waarenverzeichnisses mit Klassifikation an alle Handelskammern vertheilen lassen. Durch die stattfindenden Berathungen steht zu erwarten, daß der neue Gütertarif den Anforderungen der Geschäftswelt so weit als möglich entsprechen werde. (Allg. Ztg.)

Nürnberg, 26. Januar. Da vielfällig und neuerdings wieder in der Kammer der Abgeordneten Klagen laut wurden über die mangelhafte Spedition der Güter auf der königlichen Eisenbahn, und man die Behauptung aufstellte, daß diesem Uebelstande nur abgeholfen werden könne, wenn jene auf kaufmännische Weise eingerichtet und von Kaufleuten betrieben würde, so hat die General-Direktion der königlich bayerischen Verkehrsanstalten beschlossen, eine neue Stelle für die oberste Leitung der Güterspedition zu schaffen und solche einem dafür besonders qualifizirten Kaufmanne zu übergeben. Hr. Schilling, der seit 20 Jahren das Speditionsgeschäft des Bankierhauses Kalb dahier besorgte, wurde für diese Stelle gewonnen mit dem Titel „Betriebsinspektor" und einem Gehalt von 2000 fl. und 5 fl. Diäten. (Fr. J.)

Baden. Freiburg, 21. Jan. Seit dem 19. d. M. Abends 6 Uhr ward Professor Dr. Staudenmayer vermißt. Sein Leichnam wurde gestern Abend in der Nähe einer Brücke bei Ebnet im Gewerbskanal aufgefunden und er scheint da verunglückt zu seyn. Der Verblichene wirkte als ordentlicher öffentlicher Professor der Dogmatik seit dem Jahre 1837 an der hiesigen Universität, zu welcher er von Gießen aus berufen worden. Zugleich war er erzbischöflicher Domkapitular. (A. Z.)

* **Freie Städte.** Frankfurt, 22. Jan. (Pr.-Kor.) Eine kürzlich an die Besitzer von Buchdruckereien, in deren Verlage Tageblätter erscheinen, erlassene Aufforderung, sich bei der Polizeibehörde einzufinden, um daselbst Rede und Antwort über die Berechtigung, dergleichen Blätter herauszugeben, machte viel Aufsehen, zumal bis jetzt noch keinem Blatte zugemuthet wurde, darüber Auskunft zu ertheilen. Zugleich wurde den Inhabern dieser Firmen aufgegeben, binnen 8 Wochen um eine Konzession zur Herausgabe jener Blätter einzukommen, deren Gewährung nach einem angerufenen Gesetz aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts dem Ermessen der Behörde anheim gegeben sey. Die Vermuthung machte sich also überall geltend, daß in dieser Maßregel ein bedrohlicher Anfang zu einem Administrativverfahren zu erblicken sey, welches später das von der gesetzgebenden Versammlung etwa emendirte Preßgesetz gar nicht bedarf, um die dessen Entwurf zu Grunde liegenden beschränkenden Prinzipien in weitester Ausdehnung zur Anwendung zu bringen. Diese Vermuthung ist nun leider auch zur wirklichen Thatsache geworden. Gestern Nachmittag erschien nämlich in der Buchdruckerei von Wolfshardt in Bornheim, wo bekanntlich der „Volksfreund für das mittlere Deutschland" gedruckt wird, ein Polizeioffiziant in Begleitung von 2 Gendarmen und mit dem dortigen Ortsschultheißen, zeigte einen Polizeibefehl vor, und machte hierauf die Wolfshardt gehörende Buchdruckerpresse durch Herausnahme der Schraube unbrauchbar, worauf an die Presse auch noch das Amtssiegel gelegt wurde. Wie wir hören, ist schon heute die Berufung gegen dieses bis jetzt in unsern Annalen einzig dastehende Polizeiverfahren angezeigt worden. Auf den Ausgang dieses Prozesses, den, nach Ansicht unserer bedeutendsten Juristen, jedenfalls das Polizeiamt verlieren muß, da die Buchdruckerei hier ein Gewerbe und als solches nach unsern Gesetzen von keiner Konzession abhängig ist, ist man sehr gespannt.

Bunsen privatisirt in Heidelberg seit 1854. Camphausen, Minister a. D. Christ, A., bei der Direktion der Darmstädter Bank angestellt. Claussen, Landbauer bei St Louis. Deetz, Kommandant von Minden. Dietzsch, K. Th. (aus Sachsen), gibt zu Evansville (Indiana) die „Reform" heraus, 1850 zu St. Louis die deutsche Tribüne. Droisen, Prof. in Jena. Eibe? Esmarch im preuß. Justizdienst? Förster aus Breslau, Fürstbischof von Breslau. Förster von Fürfeld ist nach Amerika ausgewandert, war zuerst Farmer, hat sein Gut mit Verlust verkauft, war nachher in New-York Wirth, hierauf Zinngießer, dann Zimmermaler und stand nach den letzten Nachrichten (Febr. 1854) im Begriff, abermals ein neues Geschäft anzufangen. Francke, K., Regierungsdirektor in Koburg. Fröbel, J., ist nach Amerika ausgewandert, war Anfangs Seifensieder, bereiste 1850 im Auftrage der Regierung Zentralamerika, um dort geologische Forschungen anzustellen, und hat sprachliche Mittheilungen in dem Werke über Nicaragua von Squier niedergelegt, jetzt in Kalifornien. v. Gagern, H., privatisirt in Heidelberg. v Gagern, M., in österreichische Dienste getreten. Gfrörer, öffentlich katholisch geworden, November 1853. Gritzner war 1850 in Nordkarolina Aufseher des Hüttenwerks der Gesellschaft Phönix. Gülich, Bürgermeister im Hannoverschen. Hagen, K, Prof. in Bern. Hartmann, M., lebte in Paris, besuchte Südfrankreich, bereiste seit 1854 als Korrespondent der „Köln. Ztg." den Orient und lebt gegenwärtig wieder in Paris. Heckscher, seit 1853 Hamburgischer Ministerresident in Wien. Heubner, C. L, wegen seiner Theilnahme an der Dresdener Mairevolution zu lebenslänglicher Gefängnißstrafe verurtheilt. B. Hildebrand, Prof. in Zürich. Höfken, G., in Wien beim Handelsministerium angestellt, Redakteur der „Austria". Hoffbauer, Arzt in St. Louis, dann zu Gutenberg in Iowa. Jacoby aus Königsberg lebt in der Schweiz? Jordan, W., Marinerath a. D., Hausbesitzer und dramatischer Schriftsteller in Frankfurt a. M. Joseph, H., in Amerika? Ketteler, W. v., Bischof von Mainz. Kollatschek, redigirte die „Deutsche Monatsschrift" bis zu ihrer Unterdrückung, lebt in der Schweiz oder Nordamerika. Kudlich, J. H., lebte in der Schweiz, kehrte dann nach Oesterreich zurück und wurde längere Zeit gefangen gehalten. Laube, H., Regisseur des Burgtheaters in Wien. v. Linde, Lichtensteinscher Bundestagsgesandter. Dr W. Löwe v. Calbe, lebte in der Schweiz, wanderte April 1853 nach Amerika aus, Arzt in New-York. Mackowitzka, im Herbst 1851 als Prof. der Staatswissenschaften nach Erlangen berufen. Marek, T., wanderte mit Weib und Kindern nach St. Louis aus, suchte zuerst als Landbauer sich zu ernähren und trat dann als Lehrling in eine Färberei, wo er sich bereits wöchentlich 15 Doll. verdiente, als er 1850 starb. Seine Familie kehrte nach Europa zurück. Mathy, K., Buchhändler in Mannheim, dann Direktor der Diskontokasse in Berlin. Merk, E., seit 1853 österr. Freiherr und Generalkonsul. K. Nauwerk, in Amerika, Verfasser eines topographischen Wörterbuchs über die Vereinigten Staaten. Pagenstecher,

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 11. Januar. Die offizielle Posttidning (Post och Inrikes Tidningar) ist endlich mit ihren längst versprochenen authentischen Mittheilungen über die Gränzfrage in Finnmarken herausgerückt. Es geschah dies in einem längeren, gestern und heute erschienenen Artikel, in welchem die mit Rußland gepflogenen Unterhandlungen näher erörtert werden. Aus der Darstellung geht deutlich hervor, daß es Rußland allerdings auf Ausdehnung seiner Herrschaft über die bestrittene Gränze hinaus und auf Festsetzung in einem eisfreien Hafen abgesehen hatte; auch war es in der Wahl der Mittel zur Erreichung seines Zweckes keineswegs peinlich, wie denn namentlich im Jahre 1841 russische Emissäre das Land bereisten, um es genau kennen zu lernen, Messungen vorzunehmen u. s. w.

Großbritannien.

London, 19. Jan. Zwischen der portugiesischen Regierung und ihren englischen Gläubigern ist durch Vermittlung des portugiesischen Finanz-Ministers ein beiden Theilen genehmes Uebereinkommen getroffen worden. In Folge dessen wurden die bisher vom offiziellen Koursblatt ausgeschlossenen portugiesischen Bonds wieder notirt werden. Die hiesige Firma Thornton im Vereine mit Fould u. Komp. und Devaux u. Komp. werden überdies ein Anleben im Interesse der portugiesischen Eisenbahnen rc. vermitteln.

Frankreich.

Paris, 19. Januar. Die zu Rochefort, La Rochelle, Saintes und Cognac erfolgten Verhaftungen werden in den Journalen der beiden Charentes ausführlich berichtet. Sie umfassen Artillerie- und Marine-Arbeiter, Händler und ein Mitglied des Gemeinderathes von Rochefort. Die Beschuldigung lautet auf Komplot gegen die Sicherheit des Staates. Zu Amiens fanden zahlreiche Haussuchungen und eine Verhaftung statt. Die im Dezember dahier erfolgten Verhaftungen haben zur Entdeckung einer Pulver-Fabrik geführt. Hr. Collet-Meygret, Direktor der öffentlichen Sicherheit, ist nach Rochefort abgereist. — Heute hielt Hr. Nisard seine Vorlesung. Mindestens 100 Stadt-Sergeanten hielten den Hof der Sarbonne besetzt und der Polizei-Präfekt war persönlich zugegen. Im Saale standen eine Anzahl Sergeanten links und rechts vom Stuhle des Professors. Der Saal war voll Studirender; die Vorlesung ging aber ohne Tumult zu Ende. Beim Weggeben und außerhalb des Saales pfiffen die Studenten; 4 oder 5 wurden verhaftet. — Hr. v. Seebach ist zum Großkreuz der Ehrenlegion ernannt worden. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, 18. Jan. Die Cortes haben heute den von den Herren Proß u. Komp. und mehreren andern Kapitalisten eingereichten Vorschlag zur Errichtung einer Kreditanstalt angenommen. (Fr. Pstz.)

Italien.

Genua, 17. Jan. Unsere Korngroßhändler sind außer sich vor Freude über die aus Odessa ihnen zugekommene Nachricht, daß Kaiser Alexander II. den Befehl ertheilt habe, auf Staatskosten das dort lagernde Getraide fremder Kaufleute, mit Ausnahme der französischen und der englischen, zum Preise von 30 Fr. das Tschetwert anzukaufen, und sie also — da diese 30 Fr. den Ankaufspreis bilden — keinen Verlust zu erleiden haben. Man versichert, das Haus Rocca allein, anderer zu geschweigen, habe für mehrere Millionen Getraide in Odessa liegen. (Allg. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, 21. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Man erwartet den Zusammentritt der Friedenskonferenzen schon für die ersten Tage des kommenden Monats. — Wer wird auf den Friedenskonferenzen thätig seyn? Das ist die Frage, welche sich zunächst uns aufdrängt. Nach dem Beispiel der im vorigen Jahre stattgefundenen Friedens-Verhandlungen wurden dieselben von den kriegführenden Mächten mit Hinzuziehung Oesterreichs und Ausschluß Preußens beschickt werden. Man glaubt jedoch, daß Preußen diesmal doch beigezogen werde, und hier in Berlin betrachtet man diese Beiziehung als eine Art Lohn für den Eifer und Erfolg, womit Preußen das Vermittlungswerk betrieben. Andere meinen freilich, Oesterreichs Droben habe mehr gefruchtet, als Preußens Vermitteln. — Es geht hier das Gerücht, daß England sich mit den von Oesterreich in Petersburg übergebenen und vom russischen Kabinet angenommenen Friedens-Präliminarien nicht einverstanden erkläre. Es verlange, daß anstatt des 5. Punktes die Forderung gestellt werde, die Alands-Inseln dürfen keine Befestigungen erhalten, an der tscherkessischen Küste sollten in Zukunft keine Festungen seyn, und die russischen Handelsplätze der Ostsee sollten Konsuln aufnehmen. (Dies widerspricht aller Wahrscheinlichkeit, da Oesterreich, bevor es seine Vorschläge nach St. Petersburg abschickte, ohne Zweifel sich darüber mit den Westmächten verständigt hatte. D. Red.)

Aus Paris, 21. Januar, wird der „Berl. Börsenzeitung" telegraphirt: „Man zweifelt, daß England einen Waffenstillstand, zu welchem Frankreich bereit ist (??), zugestehen werde. — Die formelle Ratifizirung des Protokolls über die russische Annahme wird in Wien zwischen den früheren Theilnehmern der Wiener Konferenz erfolgen (also ohne Theilnahme Preußens?)"

° Paris, 21. Januar. Der „Constitutionnel" erläutert heute in einem aus Wien, 17. Januar, datirten Briefe seines gewöhnlichen Korrespondenten, wie Rußland veranlaßt ward, statt der dem Fürsten Gortschakoff überschickten schriftlichen Gegenvorschläge das österreichische Ultimatum pure anzunehmen. Namentlich sind die vielfachen — durch den elektrischen Draht mächtig unterstützten — Bemühungen Oesterreichs zur Herbeiführung dieses Resultats hervorzuheben. In der Politik Rußlands, heißt es, ist ein ebenso günstiger als tiefer Umschwung eingetreten, denn es gab der Stimme der Ueberzeugung — und zwar vollständig nach. Die Idee aber, daß Rußland bei der so schnellen Annahme

---

Dr., privatisirt in Heidelberg. Peter aus Konstanz? Philipps, Prof. in Wien. Renk, J., lebte lang in Frankfurt, seit 1854 in Weimar. v. Rappold hat sich im Berner Oberland angekauft und durch seine Anlagen am Staubbach, Dampfschiffverbindung der Seen des Schweizer Jura rc. viel von sich reden machen. Raumer, H. v., trat 1840 in schleswig-holsteinische Kriegsdienste, starb am Typhus in Erlangen. v. Reden lebte bis 1855 in Frankfurt, seitdem in Wien. Reicherd, J. M., Weinwirth in Philadelphia, dann Farmer in Wilkesbarre (Pens.). Graf O. Reichenbach in Amerika. Richter aus Achern, Bierwirth in New-York. Ritter aus Frankenstein, in Cleveland (Ohio). Rösler von Oels, wegen seiner agitatorischen Thätigkeit in Württemberg 1849 auf den Asberg gesetzt, von dort entsprungen, wandert er nach Amerika aus, war zuerst Lehrer in New-York, dann seit 1853 Herausgeber der Quincy Tribune in Illinois und zeichnete sich kurz vor seinem Tode durch eine beredte Apologie des deutschen Elements aus. Dr. Rößler aus Wien, Dozent in Göttingen, Verfasser einer Gründungsgeschichte der Georgia Augusta. Roßmäßler, abgesetzt, hielt naturgeschichtliche Vorträge in verschiedenen Städten, bereiste Spanien, lebt als Schriftsteller in Leipzig. Rümelin, G., Oberstudienrath in Stuttgart. Ruge, A., in London. Schlöffel in Amerika, zuerst Weinwirth in Philadelphia. Schmitt, Prof. Dr. Adolf von Berlin, Prof. am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich. Schmitt von Löwenberg, war zuerst in Nordamerika Zeitungsredakteur und Institutsvorstand in St. Louis. Schmitt, N., aus Kaiserslautern, redigirte 1850 das Blatt „Gradaus" in Philadelphia und errichtete darauf ein Haarflechtgeschäft. Schulz, W., aus Darmstadt, lebt in Zürich, Graf Schwerin, Staatsminister a. D., früher Präsident der preuß. Kammer. Simon, Heinr., von Breslau, lebt in Zürich. Simon, L., von Trier, Commis bei Königswarter in Paris. Stark, Franz, lebte bis 1855 als Privatlehrer und Schriftsteller in Frankfurt a. M., seitdem in Berlin. Tafel, Franz, Pfarrer aus Zweibrücken, Mitglied der bayer. 2. Kammer. Thieme aus Reuß, gibt seit 1853 zu Cleveland (Ohio) den „Wächter am Erie" heraus. Titus in Bamberg. Umbscheiden? Venedey, lebt nach verschiedenen Versuchen in Geschichtsschreibung als Landwirth in der Schweiz. v. Vincke, Landrath a. D., früheres Mitglied der 2. preußischen Kammer. Vischer, F., von Tübingen, Prof. am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich. Vogt, K., Prof. in Genf. Weber, Beda, aus Meran, kath. Stadtpfarrer und bischöfl. Kommissär in Frankfurt a. M. Werner v. Oberkirch? Wesendonck, in dem Seidengeschäft seines Bruders in Philadelphia. Wiesner, A., in Amerika. Wolf aus Breslau? Würth von Sigmaringen? Ziß, gründete mit Fröbel ein Nachweisungsbureau in New-York, war dann Farmer und hat sich nach den letzten Nachrichten (Februar 1854) mit einem amerikanischen Advokaten zu Landkäufen associirt.

---

der Vorschläge der Dezember-Verbündeten Hintergedanken hege, könne Keiner theilen, der in das diplomatische Wesen irgendwie eingeweiht sey. (?)

Aus dem Orient.

London, 16. Jan. Nach Briefen, welche verschiedene in Balum weilende englische Offiziere aus dem dortigen Lager erhielten, ergibt sich über den Zustand von Omer Pascha's Armee und seine jüngsten Operationen Folgendes: Am 1 Dezbr. lagerte ein Theil der Armee in einem furchtbaren Unwetter bei Ciewie, während Omer Pascha mit seinem Stab eine Rekognoszirung gegen den Fluß Skura unternahm, den er zu überschreiten gedachte. Am 2. Dezbr. erhielt die Armee den Befehl zum Aufbruch, und kam Abends, von dem in Strömen fallenden Regen ganz durchnäßt, an dem Ufer des genannten Flusses an, wo mitten im Koth und Wasser das Bivouac bezogen wurde. Es fehlte an Mundvorrath und die schlechte Bekleidung setzte die Truppen im doppelten Maß dem übeln Einfluß der Witterung aus, wozu noch die Erschöpfung wegen Mangels an Lebensmitteln kam, welche die Soldaten an dem Wege haufenweise hinsinken ließ. Am Morgen des 3. Dezbr. war die von Skender Pascha errichtete Floßbrücke über den Fluß fertig geworden, und die Soldaten setzten abtheilungsweise hinüber. Das andere Ufer war auf mehrere Meilen lang überschwemmt und die Kolonnen mußten während der Zeit von vier Stunden knietief im Wasser waten. Endlich nach einem höchst beschwerlichen Marsch im Wind und Regen erreichte die Armee ein Plateau, wo Halt gemacht und das Lager bezogen wurde. Ein paar Wagen mit Bisquit war Alles, was man den Leuten zur Nahrung bieten konnte. Ein großer Theil der Mannschaft zerstreute sich daher in der Umgegend, um auf Requisition auszugehen. Von dem Plateau aus sah man den ziemlich breiten Fluß Rion, und die Patrouillen, die das diesseitige Ufer untersuchten, meldeten, daß drüben der Feind stehe. Ein größeres türkisches Streifkommando gerieth auch mit den russischen Vorposten ins Feuer, welche ohne besondern Erfolg übers Wasser schossen. In dieser Stellung blieb die Armee vier Tage, d. i. bis zum 8. Dezember Morgens, während welcher Zeit fortwährend rekognoszirt und ein Kriegsrath nach dem andern gehalten wurde. Das Wetter wüthete unaufhaltsam fort, und am 8. früh kam der Befehl zum — Rückzug. So waren also alle die ausgestandenen Mühen und Entbehrungen vergebens, und man mußte den Russen den Rücken kehren. Als eine hauptsächliche Veranlassung zum Rückzug wird angegeben, daß Omer Pascha in Erfahrung gebracht habe, die Russen hätten bei Mechraine, eine Stadt am Zusammenfluß des Rion und Skeniskal, ein verschanztes Lager bezogen, dessen Streitkräfte jene Omer Pascha's an Zahl überragten. Auf dem Rückmarsch nach Ciewie erhielt die Armee die Nachricht von dem Falle Kars', welche unter Offizieren und Soldaten eine große Entmuthigung hervorbrachte. Omer Pascha selbst zeigte sich den Truppen nur wenig, und schien sehr verstimmt. Sein ganzer Plan, alle seine Kräfte bei Sukumkale zu konzentriren und von dort aus die Russen in der Flanke zu bedrohen, war gescheitert, und der Fall von Kars überzeugte ihn vollends, daß er sich in seinem ganzen strategischen Kalcul verrechnet habe. Er dachte nämlich, daß die Russen vor Kars, sobald sie den Anmarsch der Türken gegen Kutais und Sukumkale erfahren, ihre Kräfte theilen und sie zur Beobachtung, respektive Verstärkung, über Zatka gegen Kutais entsenden würden. General Murawieff rührte sich nicht vom Platz, und scheint den Zustand der Festung und die grundlosen Wege, mit welchen Omer Pascha zu kämpfen hatte, sehr gut in Anschlag gebracht zu haben. (A. Z.)

London. Die „Todtpeitschung" eines englischen Soldaten in Balaklawa wird von den Gegnern des Kriegs benutzt. Als ich jüngst durch den Strand ging, sah ich einen invaliden Soldaten in Uniform, der Flugblättchen vertheilte, in denen die Exekution mit allen Einzelheiten erzählt, und jeder Unterthan Ihrer Majestät gewarnt wird, „sich unter die Herrschaft der britischen Knute zu stellen."

Aus Rußland.

Berlin, 20. Januar. Wenn von der einen Seite der ernste Wille Rußlands, einen ungünstigen Frieden abzuschließen, in Zweifel gezogen wird: so hört man von anderer Seite die Unmöglichkeit behaupten, daß Rußland noch einen neuen Feldzug durchführen könne, ohne sich an den Rand eines Abgrundes geführt zu sehen. Man will wissen, daß in dem Innern Rußlands ein so entsetzliches Elend, eine so tiefe Noth herrsche, daß das Land des Friedens dringend bedürfe, wenn es nicht in den Zustand völliger Zerrüttung verfallen soll. Diese Behauptung mag übertrieben seyn; aber so viel ist doch gewiß, daß Rußland außerordentlich gelitten hat durch Verluste an Menschen, an Vieh, überhaupt an Arbeitskräften, in Folge dessen durch ungenügende Bestellung des Bodens und durch die enge Beschränkung seiner Schifffahrt, seines Handels, seines ganzen Verkehrs. (Z. f. N.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 22. Januar. Für österr. National-Met. und 250 fl. Loose von 1854 dauerte die Kauflust fort, während Eisenbahnaktien etwas niedriger abgegeben wurden.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 85¾ P. 85½ G.
" 5pCt. Metall. alte 72¼ P. 72 G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. —P. 82G
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 74⅝P. 74⅜ G.
" 4½pCt. " 63¾ P. 63½ G.
" 4pCt. " 56¾ P. 56¼ G.
" 3pCt. " 43½ P. 43 G.
" 1pCt. " 14¾ P. 14½ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1017 P. 1012 G.
Oesterreichische Credit-Actien 113¼ P. 113 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 220 G.
" 250 " " von 1839 — P. 117 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 91¼ P. 91 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 237 P. 235 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
" 4½pCt. " 100¾ P. 100¼ G.
" 4pCt. " 94¼ P. 93¾ G.
" 3½pCt. " 86¾ P. 86¼ G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 94¾ P. 94¼ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 155¼ P. 154¾ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142¾ P. 142¼ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 87½ P. 87 G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
" 3½pCt. " 89 P. 88½ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¾ P. 88¼ G.
Badische 50 fl. Loose 78½ P. 78 G.
" 35 " " 47¼ P. 47 G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 4pCt. " 99¾ P 99¼ G.
" 3½pCt. " 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 110¾ P. 110¼ G.
" " 25 " " 34¼ P. 34 G.
Darmstädter Bankaktien 294 P. 292 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 38¼ P. 38 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 57¼ P. 56¾ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
" 3½pCt. " alte 93½ P 93 G.
" 3½pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118¾ P. 118¼ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 325 P. 323 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 80½ P. 80 G.

Polen 500 fl. Partial — P 81½ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 36 P. 35¾ G.
" 1pCt. neue 22 11/16 P. 22 9/16 G.
Holland Integrale 64¾ P. 64¼ G.
" Certificate 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 41¾ P. 41¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl.100 k.S. 100½P.100¼G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅞P.118⅝G.
Augsb. fl.100 k. S. 120P.119¾G.	Mail. i.S.Lr.250k.S.100¾P.100½G.
Berlin Thlr.60 k.S. 105¼P.105G.	do. 3 Monat mit5%100⅝P 100⅜G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼P.105G.	Paris Frs. 200 k. S. 93⅞P.93⅝G.
Brem. 50Thlr.Lsd.kS 96¼P.96G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞P.93⅝G.
Hamb. MB. 100 k.S 88¾P 88½G.	Wienfl. 100C. k S.109½P.109¼G.
Leipz. Thlr.60k.S. 105⅛P.104⅞G.	Wien 3 M. mit 4%109P.108¾G.
Disconto — P. 3½pCt. G.	

Wien, 21. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 81⅛; 5Cpt. Met. 78⅞; 4½pCt. 67¾; Lotterie-Anlehensloose von 1839 130⅛; dito von 1854 99¾; Bankaktien 921; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2270; Wechselkurse: Augsburg uso 109½ P.; London 10,39.P. Geldkurs: Dukaten —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 24.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 24. Januar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 22. Januar. Se. Maj. der König haben die katholische Pfarrei Alitheim, Ldgs. Volkach, dem Priester Adam Dreisch, Pfarrer in Prosselsheim, Ldgs. Dettelbach, übertragen; die erledigte Hauptzollamts-Kontroleursstelle bei dem Hauptzollamte Eschlkam dem Zollverwalter am Nebenzollamte I. Oberneuhaus, Ferd Karl Engelhard, verliehen. (N M.Z.)

°° München, 22. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die zur Berathung des neuen Eisenbahn-Gütertarifs berufenen Abgeordneten der Handelskammern hielten gestern ihre erste, heute ihre zweite Sitzung. Dieselben fanden im Handelsministerium statt. — Heute starb dahier der pensionirte Oberauditor v. Schultes, Ritter des Verdienstordens vom heiligen Michael.

Preußen. Der Abgeordnete Wagener (frühere Redakteur der „N. Pr. Z.") hat im Haus der Abgeordneten folgende zwei prinzipielle Anträge eingebracht: 1) das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: In dem Art. 4 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 die Worte: „Alle Preußen sind vor dem *Gesetze gleich*, Standesvorrechte finden nicht statt", zu *streichen. Motive*: Der revolutionäre Ursprung dieser Sätze, die Mißverständlichkeit des ersteren, die offen vorliegende Unrichtigkeit des zweiten Satzes, der Widerspruch, in welchem derselbe mit neueren Gesetzen steht, und die schädlichen Folgen, welche von beiden Sätzen zu besorgen sind. 2) Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: In dem Art. 12 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 die Worte: „der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse" zu streichen. *Motive*: Die Worte, deren Streichung beantragt wird, instituiren den religionslosen Staat und dürfen daher in der Verfassungsurkunde einer christlichen Monarchie nicht länger geduldet werden. Beide Anträge sind von einer Anzahl Abgeordneter mit unterzeichnet.

Sachsen. Leipzig. Die Eisenbahn von Leipzig nach Corbetha zum Anschluß an die Thüringer Bahn ist nun bis auf einige Bauten auf dem hiesigen Bahnhof vollendet und bereits probweise befahren worden. Jedenfalls wird die Bahn bereits Anfangs März dem Betrieb übergeben werden. Im Laufe dieses Jahres wird hier noch mit dem Bau einer andern Bahn von Seite der Berlin-anhaltischen Eisenbahngesellschaft begonnen werden, nämlich von hier nach Dessau, um bei der Fahrt nach Berlin den Winkel Leipzig-Köthen-Dessau zu umgeben. Andererseits wird die gedachte Gesellschaft von Wittenberg nach Halle bauen, um eine direkte Fortsetzung der Thüringer Bahn nach Wittenberg und Berlin herzustellen. (Schw. M.)

Hannover. Hannover, 19. Januar. Mehrere in jüngster Zeit getroffene Regierungsmaßregeln bezwecken ein strafferes Anziehen der Zügel im Justizdienst. Es ist angeordnet, daß die Staatsanwälte ihren Weisungen an die Amtsgerichte durch Erkennen von Ordnungsstrafen bis zu 50 Thlr. Nachdruck geben dürfen. Auch die Bestimmungen über Prüfung und weitere Vorbereitung zum Justizdienst sind mit der angegebenen Tendenz umgearbeitet, und unterwerfen namentlich diejenigen Auditoren, welche späterhin ein Richteramt zu bekleiden wünschen, einer strengern Aufsicht. Uebrigens wird die Richtercarrière den Unbemittelten jetzt gänzlich verschlossen, und vor der Anstellung als Gerichtsassessor ein Nachweis darüber verlangt, daß der Aspirant im Stande sey, eine Reihe von Jahren hindurch aus eigenen Mitteln standesgemäß zu leben. Vielen wird ein solcher Nachweis nicht gelingen, denn die einst sprüchwörtliche Wohlhabenheit des hannover'schen Beamtenthums hat sich durch das unleidliche Supernumerarienwesen längst in das Gegentheil verkehrt, und es ist eine auffallende Erscheinung, daß in dem Verhältniß, wie die Anforderungen an die geistige Ausbildung des Staatsdieners sich steigerten, die Besoldung desselben zu immer niederern Sätzen herabgedrückt wurde. Dies ist einer der wundesten Flecke, welcher der Abhülfe dringend bedarf. Man vergesse nicht, daß die russischen Beamten am schlechtesten, die englischen am höchsten besoldet sind, und daß in unvermeidlicher Folge dieses Umstandes jene durch ihre Unbrauchbarkeit und Bestechlichkeit, diese hingegen durch ihre Zivilität und Tüchtigkeit bekannt sind. (Allg. Z.)

Oesterreich. Aus Wien wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Das kaiserliche Patent, die neue Stellung der nicht katholischen Religions-Bekenntnisse in Oesterreich betreffend, wird Ende dieses Monats veröffentlicht werden, da es die allerhöchste Sanktion bereits erhalten hat. Rücksichtlich seines Inhaltes können Sie Folgendes als gewiß betrachten: 1) Jede in Oesterreich anerkannte Religions-Gesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religions-Uebung, und 2) darf sie in der selbständigen Verwaltung ihrer religiösen Angelegenheiten in keiner Weise und von Niemand gehindert werden. Was den Uebertritt von einem Religions-Bekenntnisse zu einem anderen, und ferner die Ehen zwischen katholischen und nicht katholischen Brautleuten betrifft, so haben hier auch fernerhin die provisorischen Verfügungen vom Jahre 1849 zu gelten. Im Ganzen beruhen demnach die Bestimmungen des neuen Gesetzes auf liberalen Grundsätzen, und es ist nur zu wünschen, daß dieselben auch im Sinne der Regierung zur Ausführung kommen." (K. Z.)

Wien, 17. Januar. Der „Oesterreichische Volksfreund", das Organ des Severinusvereines, druckt die Notiz der „Wiener Kirchenzeitung" nach, daß bei Abfassung des Konkordats bezüglich des Art. 9 an keine präventive Censur gedacht worden ist, daß in der Wiener Diözese nicht einmal Erbauungsbücher oder kirchliche Schriften anderer Art zur präventiven Censur vom Konsistorium würden abverlangt werden, und daß es hier bei der durch mehrere Jahre geübten Praxis sein Verbleiben haben werde. Weiter theilt die „Wiener Kirchenzeitung" mit, daß weder der Erzbischof von Mailand, noch die andern italienischen Bischöfe sich vor ihrem bekannten Schritte gegen die Presse mit dem Fürsterzbischof von Wien in Einvernehmen gesetzt.

Schweden und Norwegen.

Aus Schweden, Anfang Januar. Die schwedische Regierung hat, wie von Weriö berichtet wird, den Befehl gegeben, daß zwei Schraubenlinienschiffe, vier Fregatten, sämmtliche Korvetten und Dampfschiffe der Station Carlskrona so zeitig ausgerüstet werden sollen, daß sie am 1. März den Kriegshafen verlassen können. (Nat.-Ztg)

Großbritannien.

London, 19. Januar. Gegen die Direktoren der hiesigen Eastern Counties-Eisenbahn, deren schmähliche Verwaltung notorisch war, ist vor Kurzem von den Aktionären eine Untersuchung eingeleitet worden. Seit Wochen wimmelt es in allen Blättern von Zuschriften und Enthüllungen über diese Angelegenheit, die hier um so mehr Interesse erregt, als sämmtliche englische Eisenbahnen an demselben Gebrechen offenkundiger Mißverwaltung leiden. Der Bericht des Untersuchungsausschusses lautet im Wesentlichen: daß die deklarirten halbjährlichen Dividenden auf gefälschte Rechnungen basiren: daß die Bahn aufs schändlichste vernachlässigt wurde; daß 200,000 Pfd. auf illegalem Wege einer andern industriellen Gesellschaft geliehen wurden; daß Versuche gemacht worden, eine andere ausständige Schuld von 31,341 Pfd. St. heimlich zu streichen; daß 38,264 Pfd., die zum Bau einer ganz andern Linie verwendet wurden, den Aktionären der Eastern-Counties-Bahn debitirt wurden; daß durch Vernachlässigung im Betrieb seit 1851 ein Verlust von 50,000 Pfd. entstanden sey, der in den Büchern nicht aufgeführt ist. Was die Aktionäre mit diesem Sündenregister anfangen können, wird sich zeigen. Einstweilen wird die Prozedur eine Warnung für die Direk-

toren der übrigen Bahnen seyn. Sie stehen sammt und sonders nicht im besten Rufe der Verläßlichkeit. (Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 20. Jan. Sie haben bereits öfters darauf aufmerksam gemacht, wie in der letzten Zeit der Aktienschwindel hier in Frankreich überhandnimmt, jeden Tag tauchen neue Gesellschaften auf, um neue oder gar nicht existirende Erfindungen aller Art auszubeuten, d. h. mittelst derselben die Leichtgläubigen in ihr Netz zu ziehen. Vier Müßiggänger, die nicht wissen, wo sie ein Mittagessen hernehmen, sagen sich: bilden wir eine Finanzgesellschaft. Sobald einige hundert Franken beisammen sind, um die Zeitungsreklamen zu bezahlen, denn die Zeitungen borgen nicht, liest man in allen Blättern: Aktiengesellschaft zur Ausbeutung von neuen Minen, oder Kanälen, oder Docks, oder weiß Gott was alles, Capital social, ein oder mehrere Millionen. Dieser Köder, so abgenutzt er auch ist, findet doch noch immer Gimpel genug, die den vier Herren ihr Geld zutragen. Diese haben inzwischen ein Lokal gemiethet mit einem Salon, der vier oder fünf fingirte Thüren enthält, wo man liest: „Caisse," „Comptabiliaté," „Etranger," „Cabinet du Directeur" rc., und ein Opfer dieser Spekulation erzählte mir, als er einst am Sitze der Gesellschaft, der er sein Geld anvertraut, durchaus den Kassierer habe sprechen wollen, den man immer verläugnet, und mit Gewalt eine Thüre eingestoßen, auf der die Worte „Caisse" in Metallbuchstaben glänzten, fand er sich im Kabinet, das man hier ironisch „inodoré" nennt. Bald darauf verschwinden die vier Herren und das Geld der Aktionäre, und die Geschichte hat ein Ende, um morgen unter anderer Gestalt wieder anzufangen. Manche solcher abenteuerlichen Unternehmungen gelingen, wenn sie in geschickte Hände kommen. Die Spekulation hat hier so überhand genommen, daß selbst Kirchen bereits auf Aktien gebaut werden. (A. Z.)

Paris, 21. Januar. Der heutige „Moniteur" enthält ein kaiserliches Dekret, worin eine bedeutende Verminderung der Abgaben auf rohe Wolle beim Eingang in Frankreich verfügt wird. (T. D. d. Köln. Z.)

* Paris, 22. Januar. Heute um 11 Uhr waren alle hier anwesenden Generäle der Orient-Armee in den Tuilerien versammelt. Auch der Kriegs- und Marineminister hatten diesen Morgen eine lange Konferenz.

Spanien.

† Madrid, 16. Jan. Das Kabinet ist endlich definitiv rekonstruirt. — Escosura, Minister des Innern, Lujan, Minister der öffentlichen Arbeiten; Arias Uria, Minister der Justiz. Die Neuernannten haben gestern Abend den Eid zu Handen der Königin geleistet. Die Herren O'Donnell, Bruil und St. Cruz, welche ihre Portefeuilles behalten, wohnten der Cortes-Sitzung mit ihren neuen Kollegen bei. — Die Budget-Kommission hat die schiedsrichterliche Entscheidung des Königs von Holland gutgeheißen, welche Frankreich eine Entschädigung von 600,000 Fr. für ein durch einen spanischen Kreuzer unrechtmäßig genommenes und einbehaltenes Fahrzeug zuerkennt.

† Man schreibt aus Sevilla vom 19. Januar: „Der Guadalquivir tritt noch fortwährend, Alles überschwemmend, aus. Vor dem Rathhause stehen starke Piquets der Nationalgarde. Da es gänzlich an Holz fehlt, so hat man die Bäume der Promenaden gefällt und dieses Holz an die Bäcker vertheilt. Die Berichte aus Cordova über die dortige Ueberschwemmung lauten sehr traurig.

Italien.

Rom, 12. Jan. Der Hauswirth des vor einigen Wochen hier verhafteten Mancini aus Aricia, eines der bedeutendsten Werkzeuge der insgeheim regierungsfeindlichen Partei, kam vorgestern in Lebensgefahr. Weil er bei Mancini's Freunden als Denunziant gilt, sollte er dies mit dem Leben bezahlen. Doch mißlang das nächtliche Attentat, ohne daß die Auflaurer hätten abgefaßt werden können. (K. Z.)

Aus Rom erfahren wir, daß in Bälde, die feierliche Vermählung des Princips D. Filippo del Drago Biscia Gentili mit der Gräfin Castillejo, aus zweiter Ehe der Donna Maria Christina von Spanien, gefeiert wird. Künstler und Handwerker sind aufs eifrigste beschäftigt, den Palast des Prinzen der erhabenen Braut würdig zu schmücken. (A. Pstz.)

Amerika.

Von der Anarchie in Centralamerika gibt Mr. Stephens in seiner Reisebeschreibung ein ergötzliches Beispiel. Dieser Gentleman war als Konsul bei einer centralamerikanischen Regierung beglaubigt. Er durchstreifte das Land die Kreuz und die Quere, aber nirgends fand er eine Regierung, der er seine Kreditive hätte überreichen können. Dann und wann hörte er, daß es in dieser und jener Stadt eine Regierung gebe, allein bevor er die Stadt erreichte, hatte jedesmal die Regierung das Zeitliche gesegnet.

Asien.

* Paris, 22. Januar. Dem Bruche Persiens mit England wird hier eine große politische Bedeutung beigelegt, und wenn die Vermittlung des französischen Gesandten Herrn Bourée und der Pforte (die ihren seit einigen Monaten auf Urlaub in Konstantinopel anwesenden Gesandten am persischen Hofe, Achmed-Wefic-Effendi, an seinen Posten zurückschicken wird) keine befriedigende Genugthuung herbeiführen, so wird man zu ernsten Maßnahmen schreiten. Der Dampfer „Sesostris" ist aus Baga mit Depeschen für den General-Gouverneur nach Indien abgegangen, um die nöthig erscheinenden Maßregeln einzuleiten. Der Anlaß zu dem Bruche war folgender: Ein persischer Beamter, Namens Mirza, der seines Amtes entlassen wurde, bot der englischen Gesandtschaft seine Dienste an, die ihn als britischen (Konsular-) Agenten nach Chiraz schickte. Die persische Regierung verweigerte dem neuen Konsul das Exequatur. Hr. Murray bat sich über die Gründe dieser Weigerung schriftlichen Aufschluß aus, worauf jedoch lediglich mit der Weisung erwidert wurde, den Konsul der pers. Behörde auszuliefern. Herr Murray antwortete, daß Mirza unter englischem Schutz stehe. Die persische Polizei ließ hierauf die Frau Mirza's verhaften, um sie, bis sich ihr Mann gestellt haben werde, als Geißel zu behalten. Herr Murray richtete lebhafte Vorstellungen an das persische Gouvernement, aber man beachtete sie nicht. Man warf dem Gesandten im Gegentheil geradezu vor, daß er mit dieser Frau unerlaubten Umgang pflege und er nur deßhalb auf ihre Freilassung dringe, um diese Relationen fortführen zu können. — Herr Bourée versuchte es vergeblich den Hof von Teheran zu geeigneteren Ansichten zu bringen und Herr Murray verließ diese Stadt am 6. Dezember, nachdem die persische Regierung einen gestellten Termin von 2 mal 24 Stunden und von 14 Tagen hatte vorübergehen lassen, ohne die geforderte Genugthuung zu gewähren. — Der Konsular-Agent Cheray, dem die Behörde drohte, ihn, wenn er dem Gesandten folgen werde, mit Gewalt wegführen zu lassen, wagte nicht, Sir Murray zu begleiten. Der französische Gesandte seinerseits wird Genugthuung für die völlige Mißachtung seiner zuerst offiziösen dann offiziellen Vermittlung verlangen, und wenn der persische Hof auf seinem Entschlusse beharren wird, dem Beispiele Sir Murray's folgen. — Man behauptet allgemein, daß ein russischer Emissär, Namens Anitschkoff, die Seele dieses bedauerlichen Vorfalls sey.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, 21. Januar. (Privat-Korrespondenz.) England will die von Oesterreich in St. Petersburg gestellten und von dem russischen Kabinet angenommenen Friedens-Bedingungen nicht acceptiren. Hieraus könnten leicht Besorgnisse gezogen werden, daß die Aussichten auf ein Zustandekommen des Friedens gestört worden seyen. Unerwartet ist allerdings die Weigerung Englands gekommen, weil man nicht anders voraussetzte und wußte, als daß Frankreich und England ihre Zustimmung zu den 5 Punkten der Friedens-Präliminarien gegeben hatten und nur noch die Form einer schriftlichen Unterzeichnung derselben vorbehalten schien. Die Forderungen, welche von England nachträglich gemacht werden, haben nur sein besonderes Interesse im Auge, und sind für die übrigen europäischen Staaten von sehr untergeordnetem Werthe und deßhalb bezweifelt man hier, daß seine Verbündeten für die Erreichung derselben besondere Anstrengungen machen werden. Wenn man den letzten Berichten aus Paris trauen darf, so hat der Kaiser bei Meldung von der Annahme der Esterhazyschen Propositionen Seitens Rußland seine Genugthuung darüber ausgesprochen, daß die friedliche Einigung zu erwarten stehe. Er wünscht also den Frieden und ist mit den gestellten Friedens-Präliminarien einverstanden. Oesterreich hat die Vermittelung zwischen dem Westen und Rußland übernommen; es hat erklärt, daß die Annahme der gemachten Vorschläge die Grundlage zu den Friedens-Unterhandlungen bilden würde. Es ist mithin eigentlich die Verpflichtung gegen Rußland eingegangen, daß das Maß der Forderungen über die Grenzen der Propositionen nicht hinausgehen würde*)

*) Man darf hierbei aber nicht vergessen, daß im Art. 5 der österreichischen Vorschläge den Westmächten ausdrücklich vorbehalten ist, noch weitere Friedensbedingungen zu stellen, und daß Rußland auch diesen Art. 5 angenommen hat.

Petersburg, 21. Januar. Das heutige „Journal de St. Petersbourg" enthält eine halboffizielle Kundgebung des Inhalts, die russische Regierung habe Angesichts der allgemeinen europäischen Wünsche durch Erörterungen über Nebenpunkte das Versöhnungswerk nicht verzögern wollen und hoffe dafür Anerkennung. (T. D. d. N. K.)

* Die Russenfreunde verbreiten auch jetzt wieder, wie im vorigen Jahr zur Zeit der Wiener Konferenzen, eifrig das Gerücht, daß England und Frankreich in der Friedensfrage nicht eines Sinnes seyen. Napoleon, sagen sie, sey zum Frieden geneigt, England aber wolle den Krieg fortsetzen. Als Beweis dafür führen sie die besonderen Friedensbedingungen an, welche England jetzt noch den vier Punkten des österreichischen Vorschlags angeblich beigesetzt wissen will (Verlässiges ist hierüber noch gar nichts bekannt). Von Berlin schreibt man uns, daß sich dort die russenfreundliche Partei schon in dem süßen Traum wiegt, Kaiser Napoleon werde das Verlangen Englands nicht unterstützen, Oesterreich würde, wenn England darauf beharre, sich von dessen Politik trennen, England dadurch isolirt werden, und schließlich, da es bei der Unzulänglichkeit seines Landheeres allein den Krieg gegen Rußland nicht fortsetzen könne, sich doch noch dazu bequemen müssen, den von Oesterreich und Frankreich eingeschlagenen Weg zu wandeln. Nur Schade, daß die Voraussetzung, auf der alle diese Träume ruhen, nämlich der Zwiespalt zwischen Frankreich und England, noch sehr zweifelhaft ist.

* **Paris,** 22. Jan. Ueberall — sagt der „Constitutionnel" in einem für halboffiziell geltenden Artikel — beschäftigt man sich damit, welcher Werth der russischerseits erfolgten Annahme der vom Wiener Kabinet überbrachten Vorschläge beizulegen sey, und welche Folgen man vernünftigerweise von diesem wichtigen Ereignisse erwarten kann. . . .

„Wenn die österreichischen Propositionen — heißt es weiter — auch unter der moralischen Zustimmung Frankreichs und Englands lediglich aus der Initiative des Wiener Kabinets hervorgegangen und die beiden Westmächte der Redaktion dieses Dokuments, dessen allgemeinen Inhalt sie *genehmigten, ferne* geblieben wären, — so könnte wohl zu befürchten seyn, daß die „reservirten" Konditionen, deren §. 5 des *Ultimatum* erwähnt, zur Komplettirung des Programms der Westmächte unentbehrlich seyen. — Wenn aber, im Gegentheil, die sogenannten österreichischen Vorschläge vorher zwischen Wien, Paris und London vereinbart und die kriegführenden Mächte am Texte und Inhalt des wichtigen Dokuments noch näher betheiligt, als Oesterreich, bei der Redaktion desselben mitwirkten, so ist anzunehmen, daß dieses Dokument Alles enthält, was zur Herstellung des Friedens nöthig erscheint, und im jedem Falle jene Bedingungen, von welchen die Eröffnung der General-Negogiationen abhängig ist."

Der „Constitutionnel" prüft nun die, von den engl. Blättern *mitgetheilten* Reserve-Konditionen, deren nur eine, nämlich die Rußland auferlegte Verpflichtung, Bomarsund nicht wieder zu bauen, nähere Berücksichtigung verdiene. Es sey, sagt er, nicht anzunehmen, daß, welches Gewicht man auch dieser Klausel beilege, sie eine so wichtige Unterhandlung behindern könne.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 7. Jan. Die Feinde Omer Pascha's haben die Gelegenheit des Rückzuges der türkischen Truppen in Mingrelien benutzt, um beim Großherrn die Entfernung des Serdars vom Kommando zu erreichen, oder wenigstens zu erlangen, daß Omer Pascha vor ein Kriegsgericht gestellt werde. Wahrscheinlich wird von allem dem nichts geschehen; denn der Großherr kennt Omer's Verdienste, und wenn er auch kein großes Feldherrn-Talent haben mag, so besitzt er doch die praktische Fähigkeit, für die Administration Sorge zu tragen und sie zusammen zu halten, was anderen türkischen Generalen, wie der Zerfall der anatolischen Armee und die Aushungerung von Kars lehrt, nicht eben gelingt. Jedermann weiß hier, durch welche elende Intriguen es der von Lord Stratford unterstützten Partei, an deren Spitze Reschid Pascha steht, gelang, Omer Pascha vom asiatischen Kriegsschauplatze fern zu halten, und als er endlich nach Batum sich übergeschifft hatte, ihn ohne die *nothwendige* Unterstützung an Transportmaterial und Lebensmit*teln* zu lassen. Ohne den französischen Schutz wäre Omer Pascha *längst* ein Opfer seiner erbitterten Feinde geworden. (K. Z.)

* **Konstantinopel,** 10. Jan. Die Krimpost war noch *nicht* angekommen, doch erfährt man durch einen von Balaklawa kommenden Dampfer, daß seit den letzten Berichten nichts Neues vorgefallen ist. — Zwei russische Spione, deren einer durch Feuersignale und der andere durch Zeichen beim Fischen mit dem Feinde korrespondirten und ihm von unserm Thun und Lassen in Sebastopol Kenntniß gaben, wurden ertappt und verhaftet. — Die Lager sind von Neuem in Sümpfe verwandelt und man braucht einen halben Tag Zeit, um Eine Stunde Wegs zurückzulegen. — Der Skorbut hat sich in der Armee, wenn auch nur in wenigen Fällen, gezeigt und mahnt zur Vorsicht. . . . General Murawieff hat Kars geräumt, nachdem er die Festungswerke geschleift und nur eine kleine Garnison zurückgelassen hat. . . . Omer Pascha steht in einer mittelmäßigen Position bei Redut-Kale. Er hat auf dem Rückzuge viele Leute verloren. — Ferhad Pascha, Chef des Generalstabs der Armee Omer Pascha's, ist in Konstantinopel eingetroffen und man wird durch ihn die wahre Sachlage erfahren. . . .

Nach zuverlässigen Berichten aus Kars ist von den 6500 Redifs, welche nach der Einnahme von Kars in ihre Heimath entlassen wurden, kaum der vierte Theil über den Saganluk hinausgelangt; der Rest ist auf diesem unheilvollen Marsch, den man mit dem Rückzug der Franzosen von Moskau im Jahre 1812 vergleichen darf, umgekommen. Von den 8000 M. der gefangen genommenen türkischen Besatzung, die nach Rußland transportirt wurden, sind 1500 in den Spitälern von Alexandropol liegen geblieben, da sie von Hunger und Anstrengung so erschöpft waren, daß sie nicht weiter geführt werden konnten. — Der „Kaukas" enthält eine Beschreibung der Feierlichkeiten, mit denen General Murawieff bei seinem Einzug am 19. Dezbr. in Tiflis empfangen wurde. Der russ. Adel empfing ihn 6 Werste vor der Stadt; am Thor erwarteten ihn die Behörden, Körperschaften und Gewerke. Abends war die Stadt erleuchtet. (Allg. Ztg.)

* Die Differenz des türkischen Kriegsministers mit den französisch-englischen Anlehens-Kommissären ist noch nicht beigelegt. Ersterer weigert sich, detaillirte Aufschlüsse über die Verwendung der entnommenen 12,500,000 Fr. zu geben, Letztere eine zweite Einzahlung zu leisten, ehe der geforderte Nachweis geliefert ist. — Die Konferenzen hinsichtlich der Donaufürstenthümer haben begonnen. Gestern fand bei dem Großvezier die erste desfallsige Versammlung statt. Herr Thouvenel, Lord Stratford de Redcliffe, Hr. v. Prokesch und Fuad Pascha, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, waren anwesend. Herr Thouvenel machte einige den Ideen der türkischen Regierung ziemlich gleiche Vorschläge. Die Repräsentanten Englands und Oesterreichs hörten zu, ohne für den Augenblick irgendwelche Einwürfe zu machen.

Aus Rußland.

Aus **Paris,** 19. Jan., gibt der Y-Korrespondent der „Independance" folgende Details über die Zusammenkunft der Hrn. v. Seebach mit Kaiser Alexander (ob aus zuverlässiger Quelle?): „Herr v. Seebach war dem Kaiser Nikolaus, so wie dem Kaiser Alexander speziell bekannt, da dieser in jungen Jahren Augenzeuge der wohlwollenden Freundschaft gewesen war, die sein Vater diesem Staatsmanne erwies. Er wurde deßhalb sofort nach seiner Ankunft in Petersburg, wo er mehrere Jahre geweilt hatte, im Palaste empfangen. Als der Kaiser ihn erblickte, sagte er: „„Welche wichtige Ereignisse, seit wir uns nicht gesehen haben!"" und er warf sich an seine Brust. Se. Majestät schwieg geraume Zeit, sichtbar bewegt durch das Andenken an seinen Vater, an seine Jugend und an die friedliche Zeit, als er mit Hrn. v. Seebach oft verkehrte. Dem Kaiser liefen, als er von jenen Tagen sprach und besonders seines Vaters erwähnte, die Thränen in die Augen. Aber plötzlich sich in seiner ganzen kaiserlichen Würde aufrichtend und alle Anzeichen eines energischen Geistes entfaltend, sagte der Kaiser mit Ruhe: „„Doch wir haben von ernsten Dingen zu reden. Ah, sind Sie nicht gekommen, um uns zu erweichen?"" Hierauf sprach der Kaiser sich mit großer Unumwundenheit sowohl über die Gründe aus, welche ihm die Herstellung des Friedens wünschenswerth machten, wie über seine Pflichten als Herrscher von Rußland, und über die Schwierigkeiten und Anforderungen der jetzigen Sachlage. „„Mein Adel"", äußerte er, „„ist nicht bereit, sich zu beugen. Ich verhehle mir die große Tragweite der Ereignisse in der Krim nicht. Auch mache ich mir keine Illusionen über die möglichen Erfolge eines Angriffes in der Ostsee. Aber nachher? . . . Glauben Sie mir, was auch die Situation seyn und was immerhin geschehen möge, es ist mir in diesem Augenblick weit schwerer Frieden zu schließen, als den Krieg fortzusetzen. Ich stoße für den Krieg auf zehn Mal geringeren Widerstand in meinem Adel wie in meinem Volke!""

Von der polnischen Gränze, 19. Jan. Aus Riga kann verbürgt werden, daß, obwohl auch dort die Friedensaussichten täglich an Konsistenz gewannen, dennoch die Vorbereitungen zum nächsten Feldzug und die Maßnahmen gegen eine mögliche feindliche Invasion in ausgedehnter Weise fortgesetzt werden. Der Frost hat nur eine kurze Unterbrechung herbeigeführt; jetzt wo die Witterung milder gewor

den, ist Alles wieder in voller Thätigkeit, und Riga gleicht einem großen Kriegslager. Alle Punkte an der Ostseeküste, wo eine Landung möglich ist, sind durch Schanzen und Batterien gedeckt, an denen noch ununterbrochen fortgearbeitet wird. Die Seefestungen sind durch neuangelegte Werke bedeutend verstärkt und mit Geschützen vom größten Kaliber versehen worden. Dennoch ist die Furcht vor einer feindlichen Landung allgemein verbreitet, da man die ungeheuern Mittel kennt, die den Westmächten zu diesem Behufe zu Gebote stehen. Die Stimmung der Bevölkerung ist deßhalb durchweg eine sehr ernste, ja fast trübe, und viele Einwohner Riga's denken daran, ihre bewegliche Habe in Sicherheit zu bringen, weil sie der Ansicht sind, daß der Feind eine Landung in der unmittelbaren Nähe dieser Stadt versuchen werde. Dazu kommt noch eine enorme Theuerung aller Lebensmittel und die Last der Einquartierung. Deutsche Kaufleute aus Hamburg und Danzig schicken sich an, ihre Geschäfte schleunigst abzuwickeln, um Riga ganz zu verlassen. Nirgends ist die Sehnsucht nach Frieden daher wohl größer und aufrichtiger als gerade dort. (A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 23. Januar. Für österr. Fonds, besonders für National-Metalliques und 250 fl. Loose von 1854, sowie für alle österr. Gattungen und Staatsbahnaktien dauerte die Kauflust fort.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 86 3/4 P. 86 G.
" 5pCt. Metall. alte 73 1/4 P. 73 G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. — P. 82 1/4 G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 75 3/4 P. 75 1/2 G.
" 4 1/2pCt. " 65 1/2 P. 65 1/4 G.
" 4pCt. " 57 1/2 P. 57 G.
" 3pCt. " 45 P. 41 1/2 G.
" 1pCt. " 15 P. 14 3/4 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1031 P. 1024 G.
Oesterreichische Credit-Actien 114 3/4 P. 114 1/2 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 220 G.
" 250 " " von 1839 — P. 120 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 94 P. 93 3/4 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 241 P. 239 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101 3/4 P. 101 1/4 G.
" 4 1/2pCt. " 101 P. 100 1/2 G.
" 4pCt. " 94 1/2 P. 94 G.
" 3 1/2pCt. " 86 1/2 P. 86 G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 95 P. 94 1/2 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 154 1/2 P. 154 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142 1/4 P. 141 3/4 G.
Preussen 3 1/2pCt. Staats-Schuld-Scheine 87 1/2 P. 87 G.
Württemberg 4 1/2pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G
" 3 1/2pCt. " 89 1/4 P. 88 3/4 G.
Baden 3 1/2pCt. Obligationen von 1842 89 1/4 P. 88 3/4 G.
Badische 50 fl. Loose 78 1/2 P. 78 G.
" 35 " " 47 1/4 P. 47 G.
Grossh. Hessen 4 1/2pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
" 4pCt. " 99 3/4 P. 99 1/4 G.
" 3 1/2pCt. " 93 3/4 P. 93 1/4 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 111 P. 110 1/2 G.
" " 25 " " 34 1/2 P. 34 1/4 G.
Darmstädter Bankaktien 296 P. 294 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 38 1/2 P. 38 1/4 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 57 1/2 P. 57 G.
Nassau 3 1/2pCt. Obligationen 91 P. 90 1/2 G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28 1/2 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 3/4 P. 85 1/4 G.
" 3 1/2pCt. " alte 93 1/2 P 93 G.
" 3 1/2pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118 1/2 P. 118 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 324 P. 322 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 80 1/2 P. 80 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 83 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 36 1/2 P. 36 1/4 G.
" 1pCt. neue 22 11/16 P. 22 9/16 G.
Holland Integrale 64 3/4 P. 64 1/4 G.
" Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 42 P. 41 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119 3/4 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96 1/4 P. 96 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88 3/4 P. 88 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.
Disconto — P. 3 1/2pCt. G.
Lond. Lst. 10 k.S. 118 7/8 P. 118 5/8 G.
Mail. i. S. Lr. 250 k.S. 100 3/4 P 100 1/2 G.
do. 3 Monat mit 5% 100 5/8 P 100 3/8 G.
Paris Frs. 200 k. S. 93 3/4 P. 93 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S. 93 3/4 P. 93 1/2 G.
Wien fl. 100 C. k. S. 110 P. 109 3/4 G.
Wien 3 M. mit 4% 109 1/2 P. 109 1/4 G.

Wien, 22. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 82 1/8; 5Cpt. Met. 79 5/8; 4 1/2pCt. 68 3/4; Lotterie-Anlehensloose von 1839 130 1/4; dito von 1854 101 1/4; Bankaktien 926; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian Anlehen —; Nordbahnaktien 2295; Wechselkurse: Augsburg uso 109 1/2 P.; London 10.39 P. Geldkurs: Dukaten —.

Leipzig, 18. Januar. Noch am Schluß der Messe sind viele Orientalen und Polen eingetroffen, welche bedeutende Einkäufe in Seide- und Manufakturwaaren machten. Selbst noch nach dem Schluß der Messe fanden sich mehrere Türken aus Konstantinopel ein, welche für diesen Platz in den angegebenen Artikeln sehr bedeutend kauften. (Schw. M.)

Hamburg, 15. Jan. Kaffe. Nach dem Eintreffen der letzten Rio-Berichte wich die bisherige Stille im Markte einer erneuten Lebhaftigkeit und Preise, die gestern bereits 1/8 Sch. höher gingen, erfahren heute eine neue Erhöhung, so daß man reell ord. Brasil- willig mit 4 3/4 Sch. bezahlte. Die Umsätze in den letzten beiden Tagen betragen ca. 15,000 S. Brasil- zu 4 5/8 a 5 1/4 Sch., 3000 S. Santos- zu 4 7/8 a 5 1/2 Sch., 500 S. Domingo- zu 5 3/8 Sch. und 600 S. Costarica- zu 5 5/8 a 6 Sch.

Zucker unverändert und ohne Geschäft.

Köln, 19. Januar. Spiritus, loko 34 Thlr. B., rectif. 42 Thlr. per 130 Quart a 90pCt.

Rüböl auf die niedrigeren holländischen Notirungen pr. Mai und Oktober bedeutend gewichen. Waizen und Roggen effektiv sehr flau und merklich niedriger, auf Termine gestern Abend niedriger verkauft, heute fester. Spiritus still.

Auf den heutigen Fruchtmärkten war die Stimmung so flau, wie selten, und Preise gingen erheblich zurück. Bezahlt wurde: Waizen 11 1/3 a 11, Roggen 9 5/6 a 9 1/2, Gerste 5 2/3 a 5 1/2, Hafer 3 1/2 a 3 Thlr. Zufuhren groß.

Antwerpen, 18. Januar. Getraide sehr flau, Käufer haben sich vom Markt zurückgezogen und würde man bedeutend billiger als gestern zurechtkommen können. Gestern sind 1000 Hekt. engl. Gerste zu 10 fl. per 62 Kil. verkauft.

Ostind. Leinsaat mit 19 fl. bezahlt.

Rohzucker 1923 K. Havana, raffinirter 300,000 Kilogr. Stampfmelis begeben.

Amerikan. Terpentinöl sind 90 Faß, Pottasche 15 Faß verkauft.

Nichtpolitische Zeitung.

Die Redaktion des „Hannov. Couriers" ist endlich in den Stand gesetzt, das Resultat der im vorigen Jahre ausgeschriebenen Novellen-Konkurrenz zu veröffentlichen. Unter den eingesandten 106 Novellen haben die Preisrichter Dr. Marggraf in Leipzig, O. Müller in Frankfurt und Th. Colshorn in Hannover der Novelle „Die stille Mühle" von Eltried von Taura (?) den ersten Preis von vierzig Dukaten und der Novelle „Anton und Cordelia" von A. Schlönbach den zweiten Preis von fünf und zwanzig Dukaten zuerkannt. In gleicher Weise würdig des zweiten Preises wurde die Novelle „Das Mädchen von Treppi" von Paul Heyse von einem der Preisrichter befunden, und wünscht man sie für das Feuilleton des genannten Blattes zu behalten.

Dickens, der unerschöpfliche Romanschriftsteller, hat so eben die ersten Hefte eines neuen Romans veröffentlicht, dessen Name schon in England zu den vielfältigsten Wetten Veranlassung gegeben hat. „Klein Dorrit" heißt dieser Roman, der gleichzeitig mit der englischen Ausgabe bei J. J. Weber in deutscher Uebersetzung erscheint. (N. M. Z.)

Die französische Schauspielergesellschaft hat in Konstantinopel am 9. mit großem Beifalle debutirt; das Haus war voll; alle Logen waren im Voraus gemiethet. Man gab „Bruno, den Spinner," „Reich an Liebe" und „Eine Caprice."

Neapel, 16. Jan. In Calabrien sind im verflossenen Monate wiederholt Erderschütterungen vorgekommen; die letzte am 30. v. M., doch ohne erheblichen Schaden anzurichten. (Fr. J.)

• Demoiselle Rachel ist zwar in der Havannah angekommen, aber ihre Gesundheit ist nicht hergestellt. Herr Felix beabsichtigt deßhalb, seine Künstler zu verabschieden, da nach der Meinung der Aerzte die große Schauspielerin vor drei bis vier Monaten nicht wird auftreten können.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 25. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 25. Januar 1856.

Deutscher Bund.

Berlin, 22. Januar. Nach einer Mittheilung der „Preuß. Corresp." ist für einen Vorschlag, den Reiszoll zu ermäßigen, die Zustimmung aller Zollvereinsregierungen nicht erlangt worden. Der Zoll wird deßhalb bleiben, wie er war.

** **Bayern**. München, 23. Jan. (Privat-Korresp.) In der heutigen VI. Sitzung der Kammer der Reichsräthe wurde die Legitimation des vor einiger Zeit großjährig gewordenen erblichen Reichsraths Fürsten Karl von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg als richtig anerkannt, der Herr Fürst dann eingeführt und beeidigt. Zur Berathung gelangten die Nachweisungen über die Staatseinnahmen, und dann über die Staatsausgaben pro 1849/52. Der Ausschuß hatte beantragt, denselben die Anerkennung zu ertheilen und auch dem früheren Beschluß der 2. Kammer beizutreten, „der Verwendung und Verrechnung von 167,000 fl aus dem Bestande der 5. Finanzperiode und zurück für den Ankauf des Kunstausstellungsgebäudes im Jahre 1849/50 sey nachträglich die ständische Genehmigung zu ertheilen." Ohne Debatte wurde den Anträgen des Ausschusses beigestimmt. Auf Antrag des Entschuldigungs-Ausschusses wurde dann noch beschlossen, die Herrn Reichsräthe Fürst Taxis in Regensburg und Frhr. v. ZuRhein in Würzburg, nachdem deren Urlaub aufgelaufen ist, einzuberufen, den Hrn. Reichsrath Grafen v. Lerchenfeld aber für die Dauer des Landtages zu beurlauben.

München, 24. Jan. Se. Maj. der König haben den Unterlieutenant Math. Kugler von der Garnisons-Kompagnie Königshofen zur Garnisons-Kompagnie Nymphenburg versetzt; dem Unterveterinärarzt 2. Klasse Carl v. Rad vom 4. Chev.-Reg. die wegen Anstellung im Zivil nachgesuchte Entlassung aus dem Heere vorbehaltlich des Rücktritts in seine bisherige Charge während der Dauer des Provisorium ertheilt; den Regimentsaktuar Georg Inzenhofer von der Zeughaus-Hauptdirektion dem Verwaltungsbeamten bei dem allgemeinen Landgestüte beigegeben, und denselben sofort zur Administrations-Kommission der Militär-Fohlenhöfe versetzt; den temporär pensionirten Major Stephan List, und den temporär pensionirten Unterlieutenant Balthasar Bauernschmidt bleibend, dann den temporär pensionirten Unterquartiermeister Adam Lauck auf weitere zwei Jahre im Ruhestand belassen; dem Regiments-Arzt Dr. Carl Betzel vom 4. Chev.-Reg. die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des Ritterkreuzes des großherzoglich hessischen Verdienstordens Philipps des Großmüthigen ertheilt; den Oberstlieutenant Bapt. Günther vom 8 Inf.-Reg. vorbehaltlich weiterer Verwendung und unter Verleihung des Charakters als Oberst in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Unterlieutenant Ferd. Morawitzky auf weitere zwei Jahre im Ruhestand belassen; den Unterzeugwart Xaver Haid von der Zeughausverwaltung Ingolstadt zur Zeughaus-verwaltung Augsburg versetzt; den Unterquartiermeister 2. Kl. Friedr. Hofstetten von der Armee-Montur-Depot-Kommission in den Ruhestand versetzt; dem Unterlieutenant Otto Striedinger vom 6. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere ertheilt; den Unterlieutenant Franz Haid von der Fuhrwesen-Escadron des 2. Art.-Reg. in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Hauptmann Joseph Reuß bis auf Weiteres im Ruhestand belassen; dem Unterlieut. Fr. Döfel vom Ing.-Korps die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere ertheilt; den Hauptmann K. Frhrn. Stromer v. Reichenbach vom 4. Jäg.-Bat. auf ein Jahr mit drei Viertheilen der Normalpension, und den Unterlieutenant und Platzadjutanten Friedrich Reinhard von der Kommandantschaft Aschaffenburg auf zwei Jahre in den Ruhestand versetzt; den Unterlieutenant Eduard Müller von der Garnisons-Kompagnie Königshofen zum Platzadjutanten bei der Kommandantschaft Aschaffenburg ernannt; den Oberlieutenant Adalbert Stark vom 2. Artillerie-Regiment Lüder auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt. (N. M. Z.)

München, 23. Jan. Unsere Hauptstadt wird demnächst die durch die wohlwollende Fürsorge Sr. Majestät des Königs erweiterte und vermehrte Herbeileitung des trefflichen Brunnthaler Wassers vollendet sehen. Das auf Kosten der Kabinetskasse unseres Monarchen erbaute Brunnenhaus (nächst dem ehemaligen Bockkeller) ist schon unter Dach und bereits beginnt man mit Legung von 70 Röhren, welche fortan alle Theile der Stadt mit dem so heilsamen Brunnthaler Trinkwasser versorgen. (Augsb. Abdz.)

Der Münchener „Volksbote" berichtet vom 22. Januar: Se. Maj. der König hat den Herrn Weihbischof Deinlein von Bamberg zum Bischof von Augsburg ernannt. Wenn aber in verschiedenen Blättern gemeldet wird, es sey auch der Abt des Benediktinerstifts Metten, der hochw. Prälat Gregor Scheer, zum Erzbischof von München-Freising ernannt, so muß diese Angabe als ungenau bezeichnet werden. Diese Ernennung hat schon deßhalb nicht stattfinden können, weil der erzbischöfliche Stuhl noch nicht erledigt ist, und weil überdies der hochw. Prälat von

---

Die Salinen Bayerns.

Die Salinen Bayerns zerfallen in 3 Hauptgruppen und zwar: 1) in die südlichen, oberbayerischen Salinen; 2) in die fränkischen Salinen; 3) in die Saline im Rheinkreise.

Ueber die fränkischen Salinen haben wir vor einiger Zeit im „Anzeiger" einige dem Bericht des Grafen Buttler an die 2. Kammer entnommene Notizen mitgetheilt. Demselben Bericht entlehnen wir die nachfolgenden Angaben über die Salinen von Oberbayern und der Rheinpfalz.

Die Salzfabrikation wird in Oberbayern, sowie der damit verbundene Salz-Bergbau in den Salinen Berchtesgaden Reichenhall, Traunstein und Rosenheim betrieben. Die Produktion in diesen 4 Fabrikationsorten, sowie der Verschleiß ihrer Produkte ist so innig mit einander verbunden, daß eines derselben von dem Anderen in der Beurtheilung der Verhältnisse der Salzproduktion nicht getrennt beachtet werden kann, sondern es müssen alle diese 4 Salinen als ein unzertrennbares gemeinschaftlich wirkendes Ganzes betrachtet und beurtheilt werden.

Bereits zu Zeiten der Römer benützt, ist Reichenhall am Ende des 6. Jahrhunderts urkundlich als damals wahrscheinlich einzige und älteste Saline Deutschlands nachgewiesen und erscheint um 1219 als unbestritten bayerische Saline, deren Betrieb jedoch um 1300 noch in Händen von mehr als 16 adeligen Siedherren sich befand. Erst um 1532 gelang es Herzog Wilhelm IV., die meisten dieser Betriebs-Antheile an sich zu lösen, und das früher durch Viele ausgeübte Salz-Regal als herzogliches Kammer-Regal fast ausschließlich auszuüben. Um 1619 lieferte Reichenhall bereits jährlich gegen 290,000 Ztr. Salz mit einem Aufwande von 40,914 Klafter Holz. Das zum Betriebe nöthige Holz wurde aus dem hinter Reichenhall liegenden Flußgebiete der Saalach genommen. Um den steigenden Arbeiterbedarf dieses Betriebes zu decken, siedellen sich nach und nach in diesen Thälern gegen 12,000 Menschen und zwar größtentheils unter salzburgischer Hoheit an. Aus dieser Zeit datiren sich schon eine Menge der jetzt bestehenden Holzrechte der Bewohner jener Gegenden, die jetzt von großem Einflusse auf die Forsterträgnisse der Jetztzeit sind, wie später gezeigt werden wird. In der Nähe dieser bayerischen Saline sind die Salinen des ehemaligen Erzstiftes Salzburg und der gefürsteten Abtei Berchtesgaden. Die hiedurch herbeigerufene Rivalität gleicher Bedürfnisse trug nicht wenig dazu bei, die ganz gleichen Verhältnisse auch bei dieser Saline herbeizuführen.

Mellen seine Stellung zum Stift und zum Benediktinerorden nicht einfach würde aufgeben können. Richtig ist jedoch so viel, daß in diesen Beziehungen entsprechende Vorstellungen nach Rom gegangen sind, so daß wahrscheinlich die Niederlegung der Erzdiözese von Seiten Sr. Eminenz des Kardinals Reisach und die Ernennung des hochw. Herrn Abts Gregor fast gleichzeitig eintreten werden.

Zweibrücken, 21. Jan. In dem Bericht der „Pfälz. Zeitung" und anderer Blätter über das Erkenntniß, welches das k. Appellationsgericht dahier jüngst in der bekannten Gallisirungsfrage erlassen hat, wurde der wichtigste Punkt, die Gründe, durch die das Gericht bei seinem Urtheile geleitet wurde, unerwähnt gelassen. Laub und Schwarzweller von St. Martin wurden bloß wegen Verjährung freigesprochen, in Betreff der Strafbarkeit des Gebrauchs gallisirten Weines huldigte jedoch das k. Appellationsgericht ganz der vom k. Bezirksgerichte Landau ausgesprochenen Ansicht, daß nämlich eine einfache Polizeiübertretung darin zu finden sey. Für die beiden Freigesprochenen mag dies einerlei seyn, für das Publikum aber macht es einen großen Unterschied. (Pfälz. Z.)

Preußen. Aus Herford. 20. Januar, schreibt man der „Köln. Z.": „Die Versuche, die alte Weise der Verarbeitung des Linnens festzuhalten oder zu erneuern, das Handgespinnst dem Maschinengarn gegenüber wieder zu Ehren zu bringen, mußten, da sie in Deutschland selbst so vielfachen Widerspruch erfuhren, von den Freunden der Maschinenspinnerei als antiquirt bezeichnet wurden, im Auslande, von wo eben die Einrichtungen der Maschinen zu uns herübergekommen sind, auf noch größere Opposition gefaßt seyn. Indessen ließ der Herforder Verein für Linnen aus reinem Handgespinnst sich dadurch nicht beirren und hatte schon im ersten Jahre seines Bestehens die Freude, daß seine Fabrikate wegen ihrer Dauerhaftigkeit und Schönheit auch im Auslande sich eines bedeutenden Absatzes erfreuten. Er beschickte auch die Pariser Ausstellung und genoß die Ehre, daß ihm die erste Preismedaille zu Theil wurde, — eine Ehre, die sonst keiner Ausstellung glatter Linnen von ganz Westphalen zu Theil wurde. Aber nicht allein die Jury fällte dieses glänzende Urtheil, sondern auch die Praxis; denn alles, was der Verein eingesandt hatte, 14 Stück gebleichte und ungebleichte Linnen und 20 Dutzend Tücher, wurde in Paris selbst angekauft, in der Hauptstadt des Landes, dessen Eine Stadt Lille allein 16 Maschinenspinnereien zählt, und jene Linnen gingen zu hohen Preisen fort: ein graues Stück zu dem unerhörten Preise von 700, ein anderes zu 600 Franken; die unübertreffliche Schönheit des Fabrikats bewirkte diesen glänzenden Erfolg. Auf diesen aber, einen Sieg der ächt vaterländischen Industrie, hinzuweisen, ist um so mehr Pflicht der Presse, als der Herforder-Verein auch von national-ökonomischer Seite seine Wichtigkeit hat, da ohne ihn die dichte ländliche Bevölkerung der Grafschaft Ravensberg (in den Kreisen Herford und Bielefeld wohnen auf der Quadratmeile 9000 Einwohner), in ihrer Hauptbeschäftigung, der Handspinnerei, gehindert, sich zum größten Theile dem materiellen Untergange ausgesetzt sah."

Sachsen. Man schreibt der „Köln. Ztg." aus Leipzig vom 10. Januar: „Gestern Abends hatten wir einen seit lange ungewohnten Auftritt. Leipzig ist ja ein klein Paris, und so ward hier Dr. Johannes v. Minckwitz von Nisard's Schicksal ereilt. Er ward von den Studenten ausgetrommelt. Veranlassung dazu hatte sein anmaßendes Auftreten gegen Gelehrte wie Wolf, Voß, Nitzsch gegeben. Wenigstens lag auf dem Katheder die Vorrede zu seiner neuen Ausgabe der Odyssee in prosaischer Uebersetzung mit unterstrichenen Stellen. Man rief: Vivat Nitzsch! Pereat Minckwitz! und da Herr v. Minckwitz nicht weichen wollte, verließen die meisten Studenten den Hörsaal. Minckwitz hat erst diesen Sommer die Venia legendi erhalten. Als er 1849 sich habilitiren wollte, wurde seine eingereichte Arbeit von der Fakultät zurückgewiesen. Er rächte sich durch deren Herausgabe mit einem sehr anzüglichen Commentar."

* **Freie Städte.** Frankfurt, 24. Jan. (Pr.-Kor.) Gestern haben die ersten Arbeiten zur Verlegung der badischen und preußischen Telegraphenlinien in die Stadt begonnen. — Der „Volksfreund für das mittlere Deutschland" hat durch die Versiegelung der Wolffhardt'schen Presse keine Unterbrechung erlitten; derselbe erscheint jetzt in der J. G. Heinrich'schen Druckerei. — Die ständige Bürgerrepräsentation genehmigte in ihrer heutigen Sitzung den Antrag des Senats, die Vermehrung unseres Gensdarmeriekorps von 68 auf 98 Mann, sowie die hiefür nöthig werdenden Kostenbeträge für Sold, Uniformirung, Anschaffung von transportablen Wachthäusern in der Gemarkung 2c.

Oesterreich. Wien, 19. Januar. Ueber die neue Verwendung des Hrn. Warrens und dessen jetziges Verhältniß zur „Oesterr. Ztg." vernehme ich aus der glaubwürdigsten Quelle, daß derselbe bereits als Direktor der hiesigen Kreditanstalt, gegen einen Jahresgehalt von 15,000 fl. C.-M. fungirt, und daß das genannte Journal gegen eine Abfindungssumme von 300,000 fl. C.-M. in das Eigenthum des Triester „Lloyd" und der Wiener Kreditanstalt übergegangen ist. Herr Warrens hat sich übrigens verpflichtet, im Interesse dieses Instituts seinen publizistischen Einfluß geltend zu machen, und die „Oesterr. Ztg." als sein Organ fortzubehalten, ohne sonst die geringste Einmischung in die Gebahrung und Redaktion dieses Blattes zu beanspruchen. (A. Z.)

Wien, 20. Januar. Sicherm Vernehmen nach soll die österreichische „Kreditanstalt für Handel und Gewerbe", welche bei der Konzession für die wichtige Wien-Linz-Salzburger Bahn betheiligt ist, auch die italienischen Eisenbahnlinien von der Regierung übernehmen. Die betreffenden Verhandlungen darüber sind bereits im Zug. Zugleich soll auch die seit langer Zeit arg vernachlässigte Unternehmung der italienischen Zentralbahn (der sogenannten „Centrale d'Italia") geregelt und einer bessern Zukunft entgegengeführt werden. Zur Regelung der diesfälligen Verhältnisse mit den angränzenden italienischen Nachbarstaaten wird nun im Lauf des kommenden Monats Februar hier in Wien ein eigener Eisenbahnkongreß zusammentreten, zu welchem, nebst den hiezu delegirten Bevollmächtigten der dabei interessirten italienischen Regierungen, auch die verschiedenen Unternehmer eingeladen worden sind, welche entweder bereits Vorstudien oder bestimmte Offerte für gewisse einzelne Linien des italienischen Eisenbahnnetzes gemacht haben. (Allg. Z.)

Schweiz.

Aus der Schweiz wird der „Allg. Zeitung" geschrieben: „Es scheint von exaltirten Hausen ein unziemlicher Einfluß auf den Verlauf des Prozesses Degiorgi ausgeübt zu werden, dem zu widerstehen einsichtigere und besser denkende Männer

---

Hiedurch bildete sich in Folge der zur Beiziehung der nöthigen Arbeitskräfte entstandenen Versprechungen in diesen Salinen-Orten sowohl an Holzreichnissen als auch an Salzschankungen ein Usus, der zwar nur selten brieflich nachgewiesen werden kann, dagegen aber nach und nach durch Jahrhunderte alten Genuß fast zum Rechte geworden ist. Die vielen Handarbeiten der Salinen aber und der Holzbeibringung zwangen jede der rivalisirenden Salinen, sich ihre Handarbeiten zu sichern. So entstanden nach und nach in den Salinen dieses gemeinschaftlichen Salzgebietes eigene der Saline allein dienende ständige Arbeiterfamilien, deren ganze Ernährung und Erhaltung die Salinen auf sich nahmen, um sich nur den nöthigen Arbeiterstand zu sichern. Hieraus aber ist auch das Verhältniß erwachsen, daß nicht bloß alle diese ursprünglichen Arbeiterfamilien, sondern nach und nach die ganze Bevölkerung dieser Gegenden in der treffenden Saline ihre ausschließliche Ernährerin und Erhalterin sah. Dies Verhältniß ist in salzburgischen Salinen, sowie in denen Berchtesgadens und Reichenhalls das Gleiche, und wurde durch die gegenseitige Rivalität sowohl, als auch durch den bekanntlich in ähnlichen Verhältnissen unter der Herrschaft des Krummstabes früher üblichen Milde nach und nach so ausgebildet, daß es jetzt eine der schwersten Lasten ist, die auf den bayerischen Salinen in den damit verbundenen Waldungen ruht. Insbesondere gilt dies von den älteren Salinen Reichenhall und Berchtesgaden — weniger von dem später entstandenen Traunstein, — am wenigsten von der jüngsten Saline Rosenheim.

Die Salzfabrikation des Hochstiftes Berchtesgaden wurde in der Saline Schellenberg und in den Salz- und Bergwerken bei Berchtesgaden betrieben. Der Betrieb dieser Werke wurde durch zahlreiche Verträge mit Bayern regulirt, das insbesondere das in Berchtesgaden erzeugte Steinsalz zur Bereicherung seiner ärmeren Quellen in Reichenhall bedurfte und deßhalb jährlich gegen 30,000 Zentner Steinsalz bezog, die es auf der Axe an die betreffenden Salinen verführte. In diesen Verhältnissen liegen die ersten historischen Grundlagen der Wegebauten, die der Salinen-Administration noch jetzt obliegen. Um die Waldungen an der bayerischen Traun bei Traunstein besser zu benutzen, und um eine zu Reichenhall im Jahre 1613 aufgefundene neue sehr reichhaltige Quelle ausbeuten zu können, ließ Herzog Maximilian I. im Jahre 1616 durch den Baumeister Reifenstuel die in Reichenhall überflüssige Soole von da durch den Innzell bis Au bei Traunstein mit einer Steigung von 600 Fuß in einer Entfernung von 8 Stunden über die

den Muth und die Kraft nicht zu haben scheinen. Die Beklagten hatten mit schweren Opfern ein Einverständniß mit der Familie Degiergi's getroffen, in der sichern Voraussicht, daß durch eine Niederschlagung des Prozesses der Weg geebnet werde. Um die nöthige Zeit zu gewinnen, verlangte die Vertheidigung Wiederaufnahme der Untersuchung. Sie wurde vom Gericht verweigert, das dafür von den Exaltirten eine Serenade erhielt." (Wenn aber sonst nichts vorgefallen ist, als daß auf Bestrafung des unzweifelhaft vorgefallenen Mordes gedrungen wird, und die Freunde des Gemordeten die Sache nicht wollen vertuschen lassen, so können wir darin doch nichts Unziemliches erblicken. Die Red.)

Großbritannien.

London, 21. Jan. Lord Palmerston hat an die Freunde der Regierung im Unterhause folgendes Rundschreiben versandt: „Downing Street, 12. Jan. 1856. — Sir! Ich habe die Ehre Ihnen anzukündigen, daß, nachdem das Zusammentreten des Parlaments auf Donnerstag den 31. d. M. anberaumt worden, unverzüglich nach Eröffnung desselben, Staatsgeschäfte von großer Wichtigkeit zur Verhandlung kommen werden. Ich nehme mir die Freiheit, meine Erwartung auszusprechen, daß es Ihnen gelegen seyn wird, beim Beginne der Session im Unterhause zu erscheinen. Ich habe die Ehre ꝛc. Palmerston."

London, 23. Januar. Die „M. Post" hält es für authentisch, daß der russische Kaiser bereits nach der Krim Waffenruhe geboten habe, und betrachtet dies als Friedenswunsch, obwohl der Winter diese Ordre selbst übernommen hat.*) Hr. Macaulay verläßt das Parlament. (T.D.d.A.Z.)

Ein katholischer Verein hat das in der Nähe von Berwick gelegene Schloß Seacleff für 65,000 L. angekauft, um daselbst ein Nonnenkloster zu gründen.

Frankreich.

Paris, 21. Jan. Heute wurde hier der polnische Dichter Mickiewicz beerdigt. Es kam bei dem Begräbnisse zu einem Streite zwischen dem Grafen Zomoysky und einem Polen, der ihn wegen der Errichtung einer Legion polnischer Kosaken zur Rede gestellt hatte. Dieser Streit erhitzte sich, und der Graf erhielt mehrere Hiebe mit dem Stocke seines Gegners versetzt. (K. Z.)

Paris, 22. Jan. Die bloßen Friedenshoffnungen haben bereits einen unglaublichen Aufschwung der Geschäfte herbeigeführt; so soll die Nachfrage nach Grund und Boden in Algier seit einigen Tagen eine fabelhafte Höhe erreicht haben. (A.Z.)

Spanien.

Madrid, 16. Jan. Nach der „Epoca" ist über die durch eine Deputation nach Madrid gebrachten Forderungen der baskischen Provinzen hinsichtlich des Verkaufs der Nationalgüter vom Ministerrath noch nicht entschieden. Die Repräsentanten der baskischen Provinzen verlangen, daß alle Güter des Clerus und der Gemeinden dem Cortesbeschluß gemäß verkauft werden, daß aber der Erlös auf die Deckung der Kosten des Kultus, auf öffentliche Arbeiten und die Tilgung der Provinzialschuld vorerst verwendet wird, und daß allein der alsdann noch übrig bleibende Rest dem Staatsschatz anheimfällt. Ferner verlangen die baskischen Provinzen, daß ihre Lokalbehörden den Verkauf ausführen, weil er vortheilhafter als durch die Regierung durch erstere ausgeführt werden könne. Früher hatte Olozaga dies Verfahren vorgeschlagen; im Ministerrath vom 15. hat auch O'Donnell das Verlangen der Basken nachdrücklich vertreten, der Finanzminister sich demselben jedoch widersetzt, weil er den Ertrag des Verkaufes dringend braucht, während die Ausführung der sonst sicherlich berechtigten Forderung ihm nur ungewisse und erst später zukommende Einkünfte verschaffen würde.

Aegypten.

Aus Aegypten wird der „Oesterr. Korresp." gemeldet, daß der Vizekönig den Plan habe, eine Dampferlinie für Oberägypten zu errichten. Der Handel und Verkehr mit dem Sudan würde dadurch ungemein erleichtert werden, da eine Nilreise über Kairo (Bulak) hinaus bis jetzt noch ein eben so kostspieliges, als lästiges und unsicheres Unternehmen war.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Aus Berlin, 21. Jan., wird der „Köln. Ztg." geschrieben: Es ist ein ungerechter Vorwurf, daß England mit seinen auf den Art. 5 gegründeten Forderungen im letzten Augenblicke oder gar nachträglich hervorgetreten sey. England hat diese Forderungen nie verhehlt; sie umfassen besonders drei Punkte, die Nicht-Befestigung Bomarsunds, die Rektifikation der asiatischen Gränze und die Regelung der Konsular-Angelegenheit. Es ist allerdings richtig, daß die Dezember-Alliirten über die Entwicklung des Art. 5 nicht in demselben Maße einig waren, wie über die anderen Punkte. Darin findet auch der Artikel der „Morning Post" vom 19. seine Erklärung.

Berlin, 22. Januar. Daß Preußen an den Verhandlungen Theil nehmen wird, hält man hier wenigstens für unzweifelhaft, wenn der König auch nicht den Brief an den Kaiser Napoleon geschrieben, von welchem man in Paris wissen will. (Z. f. N.)

§ Wien, 22. Januar. (Privat - Korrespondenz.) Der diplomatische Verkehr ist hier fortwährend ein sehr lebhafter, beinahe täglich finden in dem Ministerium des Aeußern Konferenzen zwischen den Gesandten der verschiedenen Regierungen statt, welche die Friedenspräliminarien betreffen, und gibt man sich der Hoffnung hin, daß dieselben sehr bald ein befriedigendes Resultat liefern werden. Was die Aufnahme der Konferenzen betrifft, so erfährt man, daß dieselbe kaum vor der zweiten Hälfte des nächsten Monats zu erwarten sey, und zwar hauptsächlich darum, weil man zuvörderst im Wege der diplomatischen Negociation alle jene Fragen definitiv erledigen will, welche in irgend einer Beziehung auf den Fortgang der Konferenzen einen störenden Einfluß üben können. Hierunter wird besonders der Punkt 1 der von Rußland angenommenen Vorschläge verstanden, der von ihm in Austausch der festen Plätze und Gebiete, welche die Verbündeten besetzt halten, die Einwilligung zu einer Rektifikation seiner Gränze mit der europäischen Türkei verlangt. Als die Dezember-Alliirten diese Forderung aufstellten, war die Nachricht von der Einnahme der Festung Kars noch nicht bekannt, Rußland hat

*) Wir verweisen auch bezüglich dieser Nachricht lediglich auf das, was wir über ähnliche Angaben gestern im „Anzeiger" bemerkt haben. Die Red.

---

tiefsten Schluchten hinleiten. Diese im Jahre 1808 durch Reichenbach verbesserte Soolenleitung besteht noch jetzt, und ihr verdankt die Saline Traunstein ihre Entstehung und ihren Fortbestand. Als auch diese Erweiterung der Salzfabrikation zur Ausnützung der Reichenhaller-Soole nicht hinreichte und wieder drohender Holzmangel in Aussicht stand, wurde zur Erweiterung der bei Traunstein schon bestehenden und durch Eröffnung einer neuen Leitung von Hammer über Siegsdorf längs dem Chiemsee bis Rosenheim an die vierte oberbayerische Saline Rosenheim eröffnet. Dies geschah in den Jahren 1808—11, in welch' letzteren Jahren die Salinengebäude erbaut wurden. Um nun die von Berchtesgaden nach Reichenhall bisher auf der Axe betriebene Beifuhr von mehr als 30,000 Zentner Steinsalz, zur Anreicherung der Reichenhaller Quellen zu vermeiden, wurde in den Jahren 1816 und 1817 durch Reichenbach eine neue Röhrenleitung von Berchtesgaden nach Reichenhall hergestellt, wodurch es möglich wurde, durch Einlassung von süßen Wässern in die Steinsalzgruben gesättigte Soole zu erzeugen, und diese durch obige Leitung nach Reichenhall, und von da nach Traunstein und Rosenheim zu führen. Diese ganze über Berg und Thal führende Leitung von Berchtesgaden bis Rosenheim beträgt 370,089 bayerische Fuß oder 12½ deutsche Meilen. Rechnet man dazu noch die von Hammer bis Traunstein laufende Abastung der Leitung, so bildet diese alle bayerischen Salinen verbindende, und zu einem unzertrennlichen Ganzen vereinigende Leitung im Ganzen eine Länge von 16 deutschen Meilen. Zur Erreichung dieses Zweckes muß die Soole 14 Mal, zusammen durch Druckwerke auf die Höhe von 3747 Fuß gehoben werden. Die größte Hebung ist bei Illsang, wo die Soole auf die senkrechte Höhe von 1280 Fuß durch ein einziges Druckwerk gehoben werden muß. Hierdurch ist es möglich geworden, einer jeden der vier Salinen das nöthige Holz nach Möglichkeit zuzuwenden, indem sämmtliche an der bayerischen Tyrolergränze liegenden Staatswaldungen von Tegernsee an bis an die Salzburger Gränze, dann in der Richtung des Innlandes bis an den Chiemsee und bis Rosenheim als ein integrirender Theil dem Salinenbetriebe zugewiesen wurden, und zwar so, daß die Saline Berchtesgaden durch das Forstamt Berchtesgaden, die Saline Reichenhall durch die Saalforste und das Forstamt Reichenhall, — die Saline Traunstein durch die Forstämter Ruppolding und theilweise aus den Saalforsten und endlich die Saline Rosenheim durch die Forstämter Tegernsee und Rosenheim ihren Hauptbedarf an Brennmaterial erhalten.

(Schluß folgt.)

demnach auch in dieser Hinsicht keine Verpflichtung übernommen, und es liegt durchaus nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß Rußland im Laufe der den Friedensschluß bezweckenden Verhandlungen mit einer Entschädigungsforderung für die Rückgabe dieser Festung an die Türken austritt, sobald die Verhandlungen eine seinen Intentionen nicht entsprechende Wendung nehmen, und es eine Störung derselben beabsichtiget.

* Paris, 23. Jan. Das „Journal des Debats" legt heute in einem längeren Artikel die, wie es beifügt, aus guter Quelle geschöpften Verhältnisse dar, welche in der Stimmung des Petersburger Hofs einen so raschen Umschwung hervorbrachten und die mächtigen Einflüsse, welche dem Zögern des Kaisers Alexander ein Ende machten. — . . . „Während — lesen wir in diesem Artikel — Hr. v. Seebach in Petersburg an der Wiederherstellung des Friedens arbeitete, schickte der König von Preußen den Oberst Manteuffel nach Wien, der damit beauftragt war, dem Kaiser Franz Joseph ein eigenhändiges Schreiben zu überbringen, und sich zu versichern, ob Oesterreich seinen mit Preußen durch Art. 1 des Schutz- und Trutz-Bündnisses vom 20. April 1854 eingegangenen Verpflichtungen nachkommen werde, über das unter dem 20. Dezbr. zwischen den Höfen von Paris, London und Wien vereinbarte Memorandum (welches in Berlin gerechte Besorgniß erregte, weil nach demselben Preußen von den künftigen Verhandlungen ausgeschlossen werden solle, wenn es länger zögere, mit Oesterreich gleichen Schritt zu gehen) Aufschlüsse zu verlangen, und endlich dem österreichischen Kabinet, unter einer vertraulichen Form, Vorstellungen über die Härte der gestellten Bedingungen zu machen und zu erklären, daß der König zwar deren Solidarität nicht eingehen, dennoch aber im Sinne des Friedens wirken werde." . . .

„Der Oberst verlangte bestimmte Antworten, die Herr v. Buol zu geben sich nicht beeilte. Endlich aber erhielt der preußische Abgesandte die wiederholt geforderten Aufschlüsse: Oesterreich hatte sich den Westmächten weit mehr verpflichtet, als dies König Friedrich Wilhelm voraussetzte. Es hatte nicht nur zugesagt, seinen Gesandten am 18. Jan. abzuberufen, wenn das Petersburger Kabinet die unbedingte Annahme verweigern werde, sondern es bereitete sich vor, mit Frankreich und England eine Militär-Konvention abzuschließen, die im Monat April in Ausführung getreten seyn würde ... Man hatte es bis jetzt vermieden, von einer Zerstückelung des russischen Reiches zu sprechen, wäre dies auch bei einem dritten Feldzuge möglich gewesen? Wer kann sagen, wo die Umgestaltung, die Europa dann im Norden und Osten erfahren wird, einhalte? ... Diese ernste Fragen, welche der Feldzug von 1856 erzeugen würde, waren während der ganzen Dauer des Kriegs Gegenstand der Beachtung und des Nachdenkens der europäischen Kabinete und man versicherte zu Wien, daß z. B. die Wiederherstellung Polens eine nothwendige Folge der Besetzung der russisch-polnischen Provinzen werden würde. (??) Die Sieger würden nach dem Eroberungs-Rechte über die russischen Provinzen zu diesem Zwecke verfügen und Oesterreich durch die Abtretung Galiziens, Preußen durch die Ueberlassung Posens dazu beitragen. (?) Oesterreich würde seine Entschädigung in den Donaufürstenthümern erhalten."

„Sobald, heißt es weiter, Preußen von diesen Plänen Kunde erhielt, erachtete es deren Ausführung unter Mitwirkung Oesterreichs möglich. — Es durfte nun sowohl um des Kaisers Alexander als um seiner selbst willen nicht länger zögern. Man sagt, König Friedrich Wilhelm habe sich beeilt, die in Wien erhaltenen Aufschlüsse dem Kaiser Alexander mitzutheilen und ihm die unbedingte Annahme der österreichischen Propositionen angerathen, beifügend, daß es ihm seinerseits nicht möglich wäre, Preußen solch' gefährlichen Chancen auszusetzen und er genöthigt seyn würde, seine Politik jener der Westmächte zu nähern." . . .

„Die beiden eigenhändigen Schreiben, welche der König an den Kaiser und den Großfürsten Konstantin richtete, kamen gerade zur Zeit nach Petersburg, wo dem Grafen Esterhazy die Weisung zukam, diese Stadt am 18. mit der ganzen Legation zu verlassen. Diese Umstände und der Rath des Hrn. v. Seebach, durch Hrn. v. Nesselrode geschickt dargestellt, verfehlten ihren Eindruck auch auf die Kriegslustigsten, auf die entschiedensten Friedensgegner nicht, und der Kaiser — wie man sagt, mit einstimmiger Genehmigung seines Staatsraths — trat denselben Bedingungen bei, welche wenige Tage vorher unannehmbar erkannt worden waren."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 24. Januar. Für die österr. Fonds und Aktien dauerte die Kauflust fort, auch Darmstädter Bankaktien und inländ. span. wurden höher bezahlt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 87 P. 86½ G.
" 5pCt. Metall. alte 76½ P. 76¼ G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. — P. 83G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78⅜P. 78⅛ G.
" 4½pCt. " 68¾ P. 68½ G.
" 4pCt. " 61½ P. 61 G.
" 3pCt. " 47½ P. 47 G.
" 1pCt. " 15½ P. 14¼ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1051 P. 1046 G.
Oesterreichische Credit-Actien 117 P. 116¾ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 223 G.
" 250 " " von 1839 — P. 122 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 95¾ P. 95½ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 248 P. 246 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
" 4½pCt. " 101 P. 100½ G.
" 4pCt. " 94½ P. 94 G.
" 3½pCt. " 86½ P. 86 G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 95 P. 94½ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 154½ P. 154 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142¾ P. 142¼ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 89 P. 88½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 3½pCt. " 89¼ P. 88¾ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89¼ P. 88¾ G.
Badische 50 fl. Loose 78 P. 77½ G.
" 35 " " 47¼ P. 47 G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 4pCt. " 99¾ P. 99¼ G.
" 3½pCt. " 93¾ P. 93¼ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 110½ P. 110 G.
" " 25 " " 34¾ P. 34½ G.
Darmstädter Bankaktien 300 P. 298 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 38¾ P. 38½ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 57½ P. 57 G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91 P. 90½ G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
" 3½pCt. " alte 93½ P. 93 G.
" 3½pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118¾ P. 118¼ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 322 P. 320 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 78½ P. 78 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 84 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 37⅜ P. 37⅛ G.
" 1pCt. neue 23⅛ P. 22⅞ G.
Holland Integrale 65 P. 64½ G.
" Certificats 4pCt. — P. 93¾ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 42 P. 41½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl.100 k.S. 100½P.100¼G.
Augsb. fl.100 k. S. 120P.119¾G.
Berlin Thlr.60 k.S. 105¼P.105G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼P 105G.
Brem. 50Thlr.Lsd.kS.96¼P.96G.
Hamb. MB. 100 k.S 88¾P 88½G.
Leipz. Thlr.60k.S. 105⅛P.104⅞G.
Lond. Lst. 10 k.S. 118¾P.118⅝G.
Mail. i.S.Lr.250k S 100¾P100½G.
do. 3 Monat mit 5% 100⅝P 100⅜G.
Paris Frs. 200 k. S 93⅝P.93⅜G.
Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝P.93⅜G.
Wienfl. 100C. k S.110⅝P.110⅜G.
Wien 3 M. mit 4% 110¼P.110G.
Disconto — P. 3½pCt. G.

Wien, 23. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 84; 5Cpt. Met. 83; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 — —; dito von 1854 103; Bankaktien 938; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2325; Wechselkurse: Augsburg uso 109¾ P.; London 10.37.P. Geldkurs: Dukaten —.

* Amsterdam, 22. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Am gestrigen Markte herrschte eine gewaltig flaue Stimmung, es wagte fast Niemand zu bieten; der einzige in Roggen zu Stande gekommene Abschluß bestand in 120, 123 Pfd. Donau zu f. 342/354, wodurch gegen Freitagskurs ein neuer Zurückgang von f. 20 bis f. 25 etablirt wurde. Wir sind demnach seit dem vorigen Berichte mit Roggen f. 45 bis f. 50 gewichen. In Waizen kam kein Geschäft zu Stande, 120 Pfd. rother Gelderscher würde zu f. 490, vielleicht noch niedriger erhältlich seyn, dagegen waren rheinische Sorten in diesem Verhältniß nicht zu kaufen; übrigens hält es sehr schwer, unter jetzigen Umständen für courante Gattungen Kurse aufzugeben. Gerste ohne Geschäft. Hafer niedriger, 88 Pfd. dicker f. 155. Buchwaizen ebenfalls ansehnlich gewichen, 124 Pfd. Gelderscher f. 288.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 26. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 26. Januar 1856

Deutscher Bund.

Ueber die Vorschläge, welche von Seite Oesterreichs bei der Münzkonferenz gestellt werden, vernimmt man, daß Oesterreich vorläufig auf die Durchführung der Goldwährung verzichtet und zunächst eine Umwandlung seines eigenen Münz-Systems in den 21-Guldenfuß beabsichtigt. Hierdurch würde der österreichische Münzfuß mit dem preußischen in Uebereinstimmung gebracht, indem ein österreichischer Gulden zwei Drittel eines preußischen Thalers ausmachte. Der halbe Gulden Oesterreichs und das Zehnsilbergroschenstück könnten sonach eine geignete Rechnungsmünze abgeben. (Ostd. Post.)

** **Bayern.** München, 24. Jan. (Privat-Korresp.) Heute hat die 3. Sitzung der zur Berathung des Eisenbahn-Gütertarifs berufenen Abgeordneten der Handelskammern stattgefunden, und zwar gleich der vorausgegangenen unter dem Vorsitze des kgl. Ministerpräsidenten und unter Theilnahme des als kgl. Oberpostraths in Staatsdienst berufenen bisherigen Spediteurs des Handlungshauses Kolb in Nürnberg, Hrn. Schilling,*) der zu dieser Theilnahme eigens hierher berufen wurde. — Der 1. Präsident der Kammer der Abgeordneten Graf Hegnenberg war mehrere Tage erkrankt, befindet sich aber wieder auf dem Wege der Besserung. Auch mit dem Befinden des Hrn. Finanzministers Dr. v. Aschenbrenner geht es besser.. In Folge der Erkrankung desselben konnten diese Woche die Berathungen des Personal- und des Kapitalsteuer-Gesetzentwurfs in der 2. Kammer, denen der Hr. Finanzminister bewohnen will, nicht stattfinden. Viele Abgeordnete wünschen indessen, daß die bisherigen Gesetze keine Abänderungen erleiden mögen, so daß es noch zweifelhaft ist, ob die erwähnten Gesetzentwürfe in der Kammer zur Annahme kommen. — Bezüglich der Gerichtsorganisation sieht man täglich einer allerh. Entscheidung entgegen, so daß deshalb die Berathungen im 1. Ausschuß über das betr. Referat des Abg. Dr. Edel abermals ausgesetzt wurden.

München, 25. Jan. Bekanntlich hat der Abg. Dekan Nast aus Amberg schon in der V. Sitzung der Abgeordneten-Kammer wegen der auf dem Zehentrechte lastenden kirchlichen Baupflicht eine Interpellation an das Kultusministerium gerichtet, weil man die Stiftungen und Pfründebesitzer in der Wahl der vier Arten der Sicherheitsleistung, welche das Gesetz vom 28. Mai 1852 gestattet, beschränken und ihnen bloß entweder die Umwandlung in einen Baukanon oder die Ablösung zugestehen wollte. In Folge der dadurch sofort stattgefundenen Verhandlungen haben die Staatsministerien des Innern und des Kultus eine gemeinschaftliche Entschließung erlassen, daß eine gesetzliche Verpflichtung der Stiftungen und Gemeinden zur Umwandlung der Baupflicht in einen ständigen jährlichen Baukanon oder zur Ablösung dieser Pflicht nicht bestehe, sondern daß denselben, gleich allen übrigen Dezimatoren, die Wahl zwischen der Sicherheitsleistung für die seinerzeitige Erfüllung der fortbestehenden Baupflicht, sowie zwischen der Umwandlung in einen Kanon und zwischen der Baupflicht zugestanden sey. Was die kirchliche Zehent-Baupflicht der geistlichen Pfründen anbelangt, so ist in der Ministerial-Entschließung erklärt, daß die Ansicht, als sey jeder Besitzer einer zehentbaupflichtigen Pfründe, welcher Sicherheit für seinerzeitige Erfüllung der Baupflicht nach dem obenerwähnten Gesetz leistet, von Curatelwegen anzuhalten, zugleich auch für die während seines Pfründebesitzes treffenden Jahresraten ohne Rücksicht darauf, ob in dieser Zeit ein Zehentbaufall vorkommen mag oder nicht, aus seinem eigenen Vermögen eine Sicherheit zu leisten, — auf irriger Voraussetzung beruht, da die kirchliche Zehentbaupflicht überall erst bei wirklichem Vorkommen einer betreffenden Bauführung unter den übrigen Voraussetzungen für die subsidiäre Dezimatoren-Konkurrenz eintritt, folglich, in so lange alle diese Voraussetzungen nicht bestehen, auf Seite eines eintretenden Falls salva congrua zehentbaupflichtigen Pfründebesitzers von dem indebite Bezuge des vollen Zehenterträgnisses der Pfründe rechtlich die Rede nicht seyn kann. Diese in mehrfacher Beziehung höchst wichtige Entschließung wird vielen HH. Pfarrern und Beneficiaten sehr willkommen seyn und sie vor Verlegenheiten und Ausgaben schützen. (Bayer. Ldb.)

Preußen. Nordhausen, 19. Jan. Eduard Baltzer ist Prediger der hiesigen freien Gemeinde, nachdem er mehrere Jahre ein Pfarramt in der protestantischen Landeskirche verwaltet hatte. Er ward angewiesen, seine Kinder in den Religions-Unterricht der Schule zu schicken oder sie durch einen kirchlichen Lehrer unterrichten zu lassen. Er reichte dagegen am 4. Jan. 1854 beim Kultus-Minister Beschwerde ein. Die Antwort ist jetzt erfolgt und lautet: „Auf die Eingabe vom 4. Jan. v. J. eröffne ich Ihnen nunmehr nach Erledigung anderweiter mit Ihrer Beschwerde zusammenhängender Fragen, daß der von Ihnen etwa Ihren Kindern zu ertheilende Religions-Unterricht den von der Aufsichts-Behörde auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zu fordernden Religions-Unterricht nicht zu ersetzen vermag. Sie haben Ihren Kindern den letzteren daher in der öffentlichen Ortsschule ertheilen zu lassen, oder den Nachweis zu führen, daß dieses von qualifizirten Privatlehrern geschieht. Berlin, 26. Novbr. 1855. Der Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten. Im Auftrage: Dr. J. Schulze." (K. Z.)

Berlin, 23. Januar. Die Friedenshoffnungen sind wieder gewachsen, seit sich herausgestellt, daß der Beherrscher der Franzosen ganz entzückt von der liebenswürdigen Nachgiebigkeit des Beherrschers der Russen ist. Man wiederholt auch hier, was der Czar Hrn. v. Seebach sagte: „Ich will die Wünsche Sr. Maj. des Kaisers Napoleon erfüllen, aber ich hoffe auch, daß er mir beisteht, um zu weit greifende Forderungen zu mäßigen." Die französischen Regierungsorgane greifen die englische Presse an, in Wien darf keine Zeitung an dem Frieden zweifeln, und in Berlin spottet man über Lord Feuerbrand und sieht sogar im Traum schon einer russisch-österreichisch-napoleonischen Allianz entgegen, die Preußen ohne Zweifel ebenfalls annehmen oder aber — auch nicht aufnehmen kann. Die „Preuß. Corresp." verkündigt als nächste glückliche Folge begründeter (?) Friedenshoffnungen ein rasches Sinken der Getraidepreise, und darin dürfte sie sich auch wohl nicht getäuscht haben. Der größte Theil der reich gewordenen Bauern und Grundherren hat seine Aernten nicht verkauft, sondern wartet auf noch höhere Preise. Wird der Friede zur Gewißheit, so wird jeder seine Speicher öffnen, und es kann leicht seyn, daß dann der plötzliche Ueberfluß die Preise eben so unmäßig wirft, wie die Spekulation sie in die Höhe getrieben hat. (Z. f. Nordd.)

Berlin, 23. Januar. Die Ministerialkommissarien, welche die von der Rinderpest geplagten Provinzen Preußen und Posen besuchten, sind mit beruhigenden Nachrichten gestern zurückgekehrt. (D. A. Z.)

Sachsen. Es ist in Dresden, der Sache nach, aus der Feder eines höheren Regierungsbeamten ein Buch erschienen, welches den Titel führt: „Anzeiger für die politische Polizei Deutschlands auf die Zeit vom 1. Januar 1848 bis zur Gegenwart. Ein Handbuch für jeden deutschen Polizei-Beamten." Wie der Verfasser in der Vorrede sagt, soll durch sein Buch „der Polizeibeamte Deutschlands die Feinde der Ruhe, Sicherheit und Ordnung in noch nie gebotener Zusammenstellung

---

*) Man darf überhaupt der Staatsregierung für die Aufstellung eines kaufmännischen Betriebsinspektors zum vollsten Dank verpflichtet seyn, zumal zu hoffen steht, daß man nicht beim A stehen bleiben, sondern auch B sagen, d. h. dem ganzen Eisenbahngütergeschäft eine rein kaufmännische Einrichtung geben wird. Es ist dies freilich bei unsern Verhältnissen keine geringe, vielmehr eine sehr schwierige Aufgabe, denn ihre Durchführung wird nach unten auf gar viele Schwierigkeiten stoßen, zu deren Ueberwindung es des festesten Willens von oben bedürfen wird.

kennen lernen.“ Es galt dem Verfasser, nicht bloß die steckbrieflich verfolgten Verbrecher, wie es Eberhard gethan, aufzuzählen, sondern auch noch vieler Individuen zu gedenken, „welche die Hauptrollen in dem großen Drama der Revolution unserer Zeit übernommen haben, theilweise hinter den Coulissen stehen und das Volk an ihren Drähten und zu ihrem Nutzen beliebig drehen und wenden, sich selbst aber bei Annäherung der Gefahr bestens zu salviren wissen; es galt noch, mancher politisch nur bedenklichen Individuen Erwähnung zu thun, welche zu klug, um offen sich gegen die Gesetze aufzulehnen, doch aber zu gewissenlos oder zu unüberlegt sind, um zurück zu schaudern, wenn es gilt, einen armen Arbeiter für Ausführung ihrer verbrecherischen Plane zu gewinnen, gleichviel ob der Bedauernswerthe, Verführte im Bagno, im Zuchthause oder am Galgen seine Leichtgläubigkeit zu büßen hat“ Das Buch ist dadurch zu einem Umfange von 26 Bogen angeschwollen und enthält die Namen und kurzen Charakteristiken von mehr als 6000 Personen. In der zweiten Abtheilung sind als „der Ueberwachung bedürfende, großentheils gefährliche Subjekte“ unter vielen Tausend Andern aufgeführt, z. B die Herren Uhlich, Herib. Rau, Dr. Emanuel Feust („der sich nicht entblödete, in einer Volksversammlung einen höchstgestellten Beamten mit Spott und Hohn zu beschimpfen und ihn der aufgeregten Volksmasse lächerlich zu machen“), General Bedeau (weil. Kriegsminister unter der französischen provisorischen Regierung), Minister v. Pillersdorf, Uhland, Prof. Vischer in Tübingen, Dr. Wilhelm Jordan, Dr. Karl Andree (als Stifter eines Arbeitervereins und Mitarbeiter an der „Bremer Zeitung“), Ed. Duller, Karl v. Rotteck, (Professor zu Freiburg, politischer Flüchtling und wegen Hoch- und Staatsverraths zu vieljähriger Zuchthausstrafe verurtheilt), Sylvester Jordan („schon aus den dreißiger Jahren als ein der Revolutionspartei angehöriges Individuum bekannt, als kurhessischer Bundestagsgesandter im März 1848 in Frankfurt a. M. von dem Volke wie ein Fürst empfangen“), Wilhelm Obermüller, General Cavaignac, Pfarrer Zittel, Winter von Heidelberg, Obertribunals-Prokurator Schott in Stuttgart („öffentliche Blätter nannten ihn den stets erprobten Veteran der Liberalen der württembergischen Stände“), Fallmerayer, J. Meyer, Besitzer des bibliographischen Instituts in Hildburghausen („thätigster Verleger der Erzeugnisse der Oppositionspresse“), Lang, Salis und mehrere andere Studenten, welche 1848 beim Wartburgfeste als Redner aufgetreten waren, sowie mehrere siebenbürgische Studenten, welche eine Adresse an die in Eisenach versammelten Kommilitonen erlassen hatten; Emile de Girardin, Prof. Morstadt in Heidelberg, Professor Hagen daselbst, die beiden Arago in Paris, Nees v Esenbeck, Dr. Reinganum in Frankfurt, Theodor Mundt, die Professoren Biedermann, Häusser und Welcker, Eugen Sue, Dr. Buddeus in Frankfurt („wegen politischer Gefährlichkeit 1850 aus München ausgewiesen“), Dr. Heim (1850 aus Berlin verwiesen), Joseph DuMont (Redakteur der „Köln. Zeitung“, wegen Verletzung der dem Monarchen schuldigen Ehrfurcht rc. 1851 vor die Geschworenen zu Köln gestellt und nicht schuldig befunden), Buchhändler O. Wiegand in Leipzig, E. M. Oettinger in Leipzig („1851 wegen Beleidigung der Mitglieder der Dresdener Konferenzen zu mehrwöchentlichem Gefängniß verurtheilt“), Kuranda in Wien u. s. w. In der dritten Abtheilung wird „nur aufmerksam gemacht“ auf Männer wie: Welcker, Bassermann, Oberbürgermeister Franke in Magdeburg („reiste im Februar 1848 selbst nach Berlin, um die beschlossene Ausweisung Uhlich's rückgängig machen zu helfen“), G. v. Vincke („Oppositionsmann und in auffallend regierungsfeindlicher Haltung“), David Strauß („Volksmann von 1848“), Professor Bischof in Köln, Diesterweg, Mittermaier, Arndt, R Mohl, Fallati, Buchhändler Campe in Hamburg, Frau Schröder-Devrient, Gervinus (wegen seiner „Einleitung“ rc), Lamoriciere, Thiers, Changarnier, Odilon-Barrot, Dr. Jucho in Frankfurt rc.

Man weiß wahrlich nicht, ob man sich mehr erzürnen soll über die schamlose Keckheit, womit der Verfasser anerkannt wackere, tüchtige Männer ohne Weiteres mit Verbrechern und unverbesserlichen Feinden der Ordnung zusammenwirft, oder mitleidig lächeln über die Naivetät, womit er seine Unwissenheit zur Schau trägt, indem er in schmählicher Unkenntniß der neuesten Ereignisse und Persönlichkeiten z. B. einen Bassermann, den erbitterten Gegner der Linken im Frankfurter Parlament, oder einen Zuvora, Mitarbeiter an der ministeriellen „Oesterreich. Korrespondenz“, als gefährliche Subjekte denunzirt rc.

Sachsen-Weimar. Weimar, 22 Jan. Auf einer zweiten, gestern hier abgehaltenen Konferenz in der Papiergeldfrage ist zwischen den Regierungen von S. Weimar, S. Meiningen, S. Koburg-Gotha, S. Altenburg und Schwarzburg-Rudolstadt dem Vernehmen nach eine Uebereinkunft zu Stande gekommen, welche die gegenseitige Zulassung des Papiergeldes der genannten Staaten in ihren respektiven Gebieten sichert. (Weim. Z.)

Sachsen-Altenburg. Altenburg, 20. Jan. Nach erfolgter landschaftlicher Zustimmung ist nunmehr das Gesetz, die weitere Entschädigung des früher verfassungsmäßig grundsteuerfreien Grundbesitzes für den Wegfall der Grundsteuerbefreiung betreffend, auch durch die Gesetzsammlung publizirt worden, und damit der mehrjährige Streit über diese Entschädigungsfrage definitiv beendigt.

§ **Oesterreich.** Wien, 23 Jan. (Priv.-Korrespond.) Sr. Maj der Kaiser hat vor Kurzem die Errichtung eigener Komite's für jede Waffengattung nach Art der bei der französischen Armee bestehenden anbefohlen, so daß künftighin ein Artillerie-, eine Kavallerie-, ein Infanterie-Komite rc. bestehen wird. Der Wirkungskreis derselben besteht darin, daß sie alle neuen militärische Zwecke betreffende Einrichtungen und Erfindungen einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen haben, und ihre Einführung bei der österreichischen Armee für den Fall zu beantragen, daß sie sich als praktisch bewähren. — Diese Komite's stehen unmittelbar unter Sr. Maj. dem Kaiser, und haben ihre Referate daher auch nur an die Allerhöchste Zentralkanzlei zu richten.

Der „N. Preuß. Ztg.“ wird Näheres über die in Aussicht stehende Ordnung der Verhältnisse der evangelischen Kirche berichtet: „Es werden“, schreibt man ihr aus Wien, „auf Grund der im Juni 1855 gepflogenen Berathungen evangelischer Vertrauensmänner nur die Grundzüge und allgemeinen Normen einer evangelischen Kirchenverfassung publizirt

---

Die Salinen Bayerns.

(Schluß.)

Die Kochsalz-Produktion dieser Salinen kann nach dem jetzigen Durchschnitte angenommen werden:

für Berchtesgaden	130,000	Zentner,
für Reichenhall	185,000	Zentner,
für Traunstein	150,000	Zentner,
für Rosenheim	220,000	Zentner,
	685,000	Zentner.

Folgendes ist der Durchschnittsbedarf dieser vier Salinen an Brenn- und Bauholz in Klaftern ausgedrückt, und derselbe wird durch folgende Forstämter geliefert: Für Berchtesgaden 7,800 Klafter, und zwar: aus dem Forstamte Berchtesgaden 7,000 Klafter, aus dem Forstamte Reichenhall 500 Klafter, aus dem Forstamte Saalforst 300 Klafter. Für Reichenhall 15,000 Klafter, und zwar: aus dem Forstamte Reichenhall 5,000 Klafter, aus dem Forstamte Saalforst 10,000 Klafter. Für Traunstein 11,000 Klafter, und zwar: aus dem Forstamte Saalforst 3,000 Klafter, aus dem Forstamte Ruhpolding 8,000 Klafter. Für Rosenheim 17,000 Klafter, und zwar: aus dem Forstamte Rosenheim 2,000 Klafter, aus dem Forstamte Tegernsee 15,000 Klafter. Der Gesammtholzbedarf der 4 Salinen, auf Klafter reduzirt, beträgt demnach 50,800 Klafter.

Hievon liefert:

das	Forstamt	Berchtesgaden	7,000	Klafter,
„	„	Reichenhall	5,500	„
„	„	Saalforst	13,300	„
„	„	Ruhpolding	8,000	„
„	„	Rosenheim	2,000	„
„	„	Tegernsee	15,000	„

Die bezeichneten Salinen versenden die Soole unter nachfolgenden Verhältnissen: Berchtesgaden, ohne Gradirung mit einer Soole von 27pCt. Die Soole in Reichenhall, die in den verschiedenen Quellen 6—18pCt. hält, wird durch Gradirung und Anreicherung auf 23½pCt. gestellt und so versotten. Traunstein und Rosenheim erhalten ihre Soole auf 23½pCt. gestellt von Reichenhall, und versieden sie so, ohne weitere Gradirung. — Fragt man, ob die Erzeugung der vorstehenden Salinen noch gesteigert werden könnte, so ergeben sich folgende Resultate: Die Kochsalz-Produktion kann weder in Berchtesgaden noch in Reichenhall gesteigert werden, da hier ein Mehrbezug an Holz nicht möglich ist, ohne die Nachhaltigkeit der Waldungen zu gefährden. Holzsurrogate an Torf existiren in der Nähe dieser Salinen nicht; und der Steinkohlenbezug ist unter den jetzigen Frachtverhältnissen eine Unmöglichkeit. Dieser kann vielleicht erst durch die Herstellung der Salzburger Eisenbahn ermöglicht werden, wenn die Ergebnisse der Miesbacher Kohlenflötze sich nachhaltig gestalten. Die Produktion an Steinsalz

werden, während der Ausbau und die, je nach den Bedürfnissen und Verhältnissen der Gemeinden, verschiedenartige weitere Ausbildung und Durchführung jener allgemeinen Grundsätze der evangelischen Kirche selbst überlassen bleiben soll. Zu dem Ende sollen, mit möglichster Bewahrung alles Vorhandenen und historisch Ueberlieferten, die alten großen Lokal-Konvente, Senioral- und Superintendential Konvente wieder hergestellt, beziehentlich in ihrem Fortbestehen bestätigt werden, so wie sie in den Presbyterial- und Synodal-Einrichtungen der evangelischen Kirche Ungarns bestanden haben; in den deutschen Kronländern werden, unter Leitung der Superintendenten und Senioren, Senioral- und Superintendential-Konsistorien bestehen, denen, wie den ungarischen Konventen, die kirchliche Gerichtsbarkeit, sowie zum Theil in Gemeinschaft mit den Gemeinden die Wahl der Geistlichen obliegt. Siebenbürgen behält seine alte Eintheilung und Gliederung in Kapitel, die Gemeinden haben das Recht, Pfarrer und Schullehrer frei zu wählen.

Großbritannien.

London, 21. Jan. Man sagt, der fünfte Band der englischen Geschichte von Macaulay sey im Druck.

London, 22. Januar. Nach Berichten der „Times“ aus den Provinzen hat die Friedensbotschaft aus Petersburg in den größeren engl. Handelsstädten anfangs keine geringere Aufregung wie in der Hauptstadt hervorgerufen, doch sey man dort rasch nüchtern geworden, und ziehe die Fortführung des Krieges einem zusammengeflickten unsichern Frieden vor.

Malta, 18. Jan. Die Gefangennehmung und Untersuchung der beiden Offiziere, welche in der Christnacht im Dom von Citta-vecchia den Gottesdienst verhöhnt, haben einen Aufruhrversuch von einem Trupp Soldaten zur Folge gehabt. Die Zeitung „Portafoglio Maltese“ vom 29. Dezember sagt darüber folgendes: „Ein Vorfall, der gewichtiger (als das Betragen jener beiden Offiziere) sowohl wegen der Zahl der Soldaten, die daran Theil genommen, als wegen des Gegenstandes, den er zum Zweck hatte, und der traurigen Folgen, die er hätte haben können, ist der Versuch, der am verflossenen Donnerstag um 4 Uhr Nachmittags Angesichts einer großen Menschenmenge von einem Trupp Soldaten gemacht worden, um in das Tribunalgebäude zu dringen: Eine so ruchlose That von einer Klasse von Personen ausgeführt, die als Muster der Disziplin gelten sollten, hat gewiß wenige Beispiele in der Geschichte der britischen Armee und vielleicht keines in Malta. Die allgemeine Meinung ist die, daß jene 80 oder 100 Soldaten verschiedener Regimenter, welche zur gleichen Stunde und am nämlichen Ort von verschiedenen Seiten der Stadt her sich zusammenrotteten, vorhatten, die Polizei anzugreifen, in den Saal zu dringen, in welchem man Gerechtigkeit gegen jene beiden Offiziere übte, und sie den Händen der Zivilgewalt zu entreißen. Gewiß konnte der Aufruhr keinen andern Endzweck haben, und mußte, nach den Umständen zu schließen, von einigen ränkesüchtigen Offizieren angezettelt oder ermuthigt worden seyn. In der That befanden sich einige dieser Offiziere verkleidet auf dem Schauplatz des Vorfalls, bevor die Zusammenrottung statt hatte; nahmen sie auch keinen thätigen Antheil an der Rauferei, so ermuthigten sie doch durch ihre Gegenwart das widersetzliche Betragen ihrer Untergebenen. Der Versuch mißlang glücklicherweise, indeß erst nach einem schweren Zusammenstoß, in dem viele Individuen getroffen (battuti) wurden. (Allg. Z.)

Frankreich.

Paris, 22. Jan. Durch das neulich erwähnte Dekret werden nicht bloß die seitherigen Einfuhrzölle auf Wolle um etwa die Hälfte ermäßigt, sondern auch die Art der Erhebung wird geändert, indem sie künftig nach dem Gewichte geschieht, während sie bisher nach dem Werthe statifand. Damit fällt zugleich das bisher der Verwaltung vorbehaltene Recht weg, die Wolle zu dem vom Einfuhrhändler angegebenen Preise, gegen Mehrbezahlung von 10pCt. zu behalten. — Der „Moniteur de l'Armee“, das amtliche Organ des Kriegsministerium, stellt heute in einem erörternden Artikel den Frieden als gesichert dar. — Mit den unerwarteten Friedens-Hoffnungen haben die eingestellten Eisenbahnarbeiten wieder begonnen; dasselbe gilt von vielen Privat-Unternehmungen, deren Betrieb die Kriegsaussicht gänzlich gelähmt hatte. — Das literarische Blatt „L'Avenir“, das vor 14 Tagen unterdrückt worden war, dann wieder erscheinen durfte, ist jetzt, und zwar, nachdem es ein einziges Mal erschienen ist, von Neuem verboten worden. (K. Z.)

Italien.

Aus Neapel vernimmt man, daß das Getraide-Ausfuhrverbot und der erhöhte Oelzoll, ungeachtet großer Vorräthe von diesen Artikeln, fortwährend beibehalten werden (Oest. K.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 14 Januar. Die englische Mission in Tscherkessien ist gescheitert, Longworth selbst von Bergvölkern ausgeraubt. (T. D. d. W. St.-Anz.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 23. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Fürst Gortschakoff hat gestern Vormittags eine ihm auf telegraphischem Wege zugegangenen Depesche des Grafen Nesselrode in dem Ministerium des Aeußern mitgetheilt, in welcher das russische Kabinet erklärt, die ihm durch die Vermittlung Preußens zugegangene und von Oesterreich im Einverständnisse mit den Westmächten verfaßte Note bezüglich aller den Frieden betreffenden Punkte genau berücksichtigen zu wollen. Wie bekannt, liegt dieser Note die Absicht zum Grunde, alle unfruchtbaren Diskussionen zu vermeiden, um das Friedenswerk so bald wie möglich zu Ende zu führen. Es kann nicht geläugnet werden, daß Rußland, indem es die in der österreichischen Note enthaltenen Ansichten zu den seinigen macht, die Wahrscheinlichkeit (aber auch nur die Wahrscheinlichkeit) eines friedlichen Ausganges der neuen Konferenzen um ein Bedeutendes erhöht hat.

Der „Independance belge“ wird aus Berlin geschrieben, England werde vor der Eröffnung der Konferenzen auf der Annahme seiner Forderungen nicht bestehen, dieselben aber in den Konferenzen vorbringen.

---

ließe sich um mehr als 100,000 Zentner erhöhen, wenn sich hiefür Abnehmer fänden. Jetzt wird das Steinsalz nur zur Anreicherung der ärmern Soolenquellen und zur Produktion von Viehsalz verwendet. Reichenhall und Berchtesgaden geben ihren Soolenüberfluß an Traunstein und Rosenheim ab. Die Steigerung der Produktion hat aber auch hier ihre Begränzung, und zwar bei Traunstein an Mangel des Brennholzes und an der Lieferfähigkeit der Soolenleitung. Rosenheim hätte Ueberfluß an Holz und Holzsurrogaten; allein die Einrichtung der Soolenleitung läßt auch hier keine namhafte Steigerung des Betriebes zu. Dies wäre nur möglich durch Erweiterung der Soolenleitungen, unter Anwendung sehr bedeutender Unkosten. Diese aber würden unter den jetzigen Verkaufsverhältnissen gewiß nicht lohnend seyn. Von großem Einflusse auf den Betrieb der Salinen wird übrigens die Herstellung der Salzburg-Rosenheimer Eisenbahn seyn, nicht bloß hinsichtlich des Salzbedarfes, sondern auch wegen der Möglichkeit der lohnenden Beibringung von Holzsurrogaten, der dadurch eintretenden Holzersparung, und endlich der hiedurch sich erst ermöglichenden bessern Verwerthung des gerade jetzt am theuersten zu stehen kommenden Holzes der entfernten Waldungen, die Gelegenheit zum Handel nach dem immer holzärmer werdenden Tyrol für die Zukunft darbieten möchten. Durch diese Umstände erscheint es erklärlich, daß man bis jetzt einen Theil des Jahres hindurch die leichtern Salzquellen ungenutzt in die Soole fließen ließ. Dieses Verhältniß wurde zuerst vom Herrn Staatsrathe v. Hermann im Jahre 1850, als damaligem Kammer-Referenten, in Anregung gebracht. Da ihm nunmehr selbst die Leitung dieser Anstalt übertragen ist, so zweifelt Referent keinen Augenblick, daß seiner Umsicht und seiner Beharrlichkeit, wenn es anders möglich ist, es gelingen wird, auch diese bisher im Winter unausgebeuteten Quellen lohnend zu verwerthen. Doch möchten für die nächste Zeit immerhin noch wichtigere Verhältnisse der Anstalt seine Aufmerksamkeit noch mehr in Anspruch nehmen.

Die kleinste der bayerischen Salinen ist die bereits seit dem 8. Jahrhundert erwähnte, um 1746 etwas mehr gehobene Saline in Dürkheim, die einzige der Rheinpfalz, deren Quellen mit einem Gehalte von 1—1½pCt. durch Gradirung auf 14 bis 15pCt. gehoben werden. Mehrfache Bohrversuche in den Jahren 1831 und 1832 führten nur zu unbedeutender Erhöhung des Salzgehaltes der Soole. Die Produktion geschieht durch Steinkohlen, kann aber der Armuth der Quellen wegen nur auf ca. 6,500 Ztr. gehoben werden. Unter allen Salinen Bayerns produzirt diese am theuersten. Eine Ausgleichung und ein Grund des Fortbestandes liegt lediglich in den Transportkosten des Salzes aus dem diesseitigen Bayern. Hierin liegen auch die Hauptursachen des erhöhten Salzpreises im Rheinkreise.

Berlin, 22. Jan. Die englischen Forderungen wälzen sich als Stein des Anstoßes Denen in den Weg, die schon auf völlig geebneter Bahn in den Friedenstempel zu wandeln glaubten. Zu den bereits bekannten Forderungen — von denen übrigens die das Konsulatswesen am schwarzen Meere betreffende noch immer nicht die wünschenswerthe Durchsichtigkeit hat — treten, wie heute versichert wird, zwei neue; die eine geht auf die **Theilnahme Sardiniens** an den Friedens-Konferenzen und event. am Friedensvertrage; die andere soll auf eine Regulirung der **schwedisch-russischen** Gränzen gehen. Jene erfüllte nur eine Stipulation, die in dem zwischen den Westmächten und Sardinien geschlossenen Vertrage bereits enthalten ist und wird wohl nicht eine Separatforderung Englands seyn; diese entspräche dem Geiste des Canrobert'schen Vertrages, bedarf aber noch der positiven Bestätigung, wie ich ausdrücklich hervorhebe. Allerdings macht England die Annahme dieser seiner Forderungen nicht zur Vorbedingung der Friedensverhandlungen, sondern wird dieselben erst auf den Konferenzen selbst zur Verhandlung bringen. Nichts weniger als neu, waren die engl. Forderungen schon im Dezember aufgestellt. Aber Oesterreich hat sie nicht unterstützt. Jenen englischen Forderungen gegenüber ist Rußland völlig frei, und ebenso ist Oesterreich nicht an sie gebunden. Die Frage ist: Wird England als conditio sine qua non des Friedens auf ihnen beharren? (H. N.)

* Die **englische Presse** fährt fort, mit großer Einmüthigkeit darauf zu bestehen, daß die auf Grund des fünften Punktes aufzustellenden Spezialbedingungen der Westmächte, oder, wie Andere behaupten, bloß Englands (in Betreff Bomarsunds, einer Regulirung der türkisch-asiatischen Gränze und der Zulassung von Konsulaten in den russischen Häfen des schwarzen Meeres) in die Präliminarien aufgenommen werden, bevor man dieselben unterzeichne und zur Eröffnung der definitiven Verhandlungen schreite. Die **Pariser** offiziösen Blätter beharren darauf, diese Fragen für unerheblich und die österreichischen Propositionen in der gegenwärtigen Form für ausreichend zu erklären. Die **österreichischen** Blätter endlich, die freilich ohne Weiteres auf's Maul geschlagen würden, wenn sie die österreichischen Vorschläge nicht ganz vortrefflich, ganz ausreichend für den Frieden finden wollten, heißen Englands Forderungen geradezu selbstsüchtig, und unberechtigt. Wir sehen im Geist schon den Zeitpunkt, wo die Unterhandlungen sich zerschlagen haben, und Oesterreich, ähnlich wie im vorigen Jahr, durch die Hinterthüre des 5. Artikels, wiederum aus dem Kreis der Gegner Rußlands hinausschlüpft, um auf ein weiteres Jahr im ruhigen Besitz seiner Doppelstellung zu bleiben. Ja, dieser 5. Artikel, der in seiner unbestimmten Fassung so gefährlich für Rußland schien, er ist eigentlich so recht zu seinen Gunsten abgefaßt.*) Oesterreich wird zuletzt zu den Westmächten sagen: „Das Recht, noch weitere Bedingungen zu stellen, ward euch zwar vorbehalten; aber diese, die ihr jetzt stellt, sind unmäßig; ich kann sie nicht unterstützen; und wenn nun der Friede daran scheitert, so ist das eure Schuld." So wird Oesterreich sprechen, man kann das jetzt schon aus der Sprache der österreichischen Blätter herauslesen. Aus der Sprache der Pariser Blätter sofort auf eine ernstliche Meinungsverschiedenheit schließen zu wollen, wäre gewagt; wahrscheinlicher ist es, daß ihre Zurückhaltung von oben anbefohlen ist, um bei Oesterreich keinen Anstoß zu geben.

Aus dem Orient.

Triest, 24. Januar. Der fällige Dampfer aus der Levante ist eingetroffen und bringt Nachrichten aus **Konstantinopel** vom 14. Januar. Nach den Briefen der „Triest. Ztg." wäre **Kertsch** von den Russen bedroht. Ganz **Oberarmenien** fast bis zum Weichbilde von Erzerum hin befände sich in der Gewalt der Russen; die transkaukasische Expedition scheine aufgegeben, und Trapezunt sey zum Mittelpunkt der veränderten Operationsbasis geworden. Omer Pascha befände sich noch in Redutkale. Ferner meldet die „Triest. Ztg.", daß, nachdem der englische Gesandte Murray **Teheran** verlassen, dessen Geschäfte vom Konsul Stewens interimistisch besorgt würden.

(T. D. d. Fr. Postz.)

Aus Rußland.

Petersburg, 15. Jan. Daß eine Entscheidung wichtiger Ereignisse in der Luft schwebt, fühlt hier Jeder. (Erst am 16 Januar erklärte Kaiser Alexander die Annahme der österreichischen Vorschläge. D. Red.) Zu rührig war die Bewegung zwischen dem österreichischen Hotel und dem Palaste des Grafen Nesselrode, als daß man nicht etwas besonders Wichtiges hinter derselben hätte suchen sollen. Inzwischen läßt sich heute die „Nordische Biene wieder einmal über Englands Politik in einem volksthümlich gefaßten Dialog zwischen Lord Palmerston, dem Parlamente und dem englischen Volke vernehmen. Während sie Ersterem alle und jede Schuld und Verantwortlichkeit für den gegenwärtigen Krieg zum hundertsten Male in die Schuhe schiebt, Frankreich als zum Bündniß durch die Drohung Lord Palmerston's, das Land zu revolutioniren, gezwungen darstellt, findet sie für Deutschland nur Worte der Beruhigung, daß sich die „guten" Deutschen durch Hinweisung auf die Donau nicht haben zu Feindseligkeiten gegen ihren „besten Freund", Rußland, hinreißen lassen. (K. Z.)

*) Art. 5 der österreichischen Vorschläge lautet: „Die kriegführenden Mächte behalten sich das Recht vor, außer den vier (vorausgehenden) Garantiepunkten im europäischen Interesse noch weitere Bedingungen zu stellen."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 25. Januar. Die meisten österr. Fondsgattungen und Staatsbahnaktien wurden etwas niedriger abgegeben, am Schlusse jedoch besserten sich die meisten Fondsgattungen etwas.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 87 1/4 P. 86 3/4 G.
„ 5pCt. Metall. alte 76 3/4 P. 76 1/2 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 83 1/2 G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78 1/8 P. 77 7/8 G.
„ 4 1/2pCt. „ 67 1/4 P 67 G.
„ 4pCt. „ 60 1/2 P. 60 G.
„ 3pCt. „ 47 1/2 P. 47 G.
„ 1pCt. „ 15 1/2 P. 15 1/4 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1047 P. 1042 G.
Oesterreichische Credit-Actien 116 1/4 P 116 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 223 G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 122 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 94 5/8 P 94 3/8 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 246 1/2 P. 244 1/2 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101 3/4 P. 101 1/4 G.
„ 4 1/2pCt. „ 101 P. 100 1/2 G.
„ 4pCt. „ 94 1/2 P. 94 G.
„ 3 1/2pCt. „ 86 1/2 P. 86 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95 P. 94 1/2 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 154 1/4 P. 153 3/4 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 141 1/2 P. 141 G.
Preussen 3 1/2pCt. Staats-Schuld-Scheine 89 P. 88 1/2 G.
Württemberg 4 1/2pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
„ 3 1/2pCt. „ 89 1/4 P. 88 3/4 G.
Baden 3 1/2pCt. Obligationen von 1842 89 1/4 P. 88 3/4 G.
Badische 50 fl. Loose 78 P. 77 1/2 G.
„ 35 „ „ 47 1/4 P. 47 G.
Grossh. Hessen 4 1/2pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99 3/4 P 99 1/4 G.
„ 3 1/2pCt. „ 93 3/4 P. 93 1/4 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 110 1/2 P. 110 G.
„ „ 25 „ „ 34 3/4 P. 34 1/2 G
Darmstädter Bankaktien 300 P. 298 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 38 3/4 P. 38 1/2 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 57 1/2 P. 57 G.
Nassau 3 1/2pCt. Obligationen 91 1/2 P. 91 G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28 1/2 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 86 P. 85 1/2 G.
„ 3 1/2pCt. „ alte 93 1/2 P 93 G.
„ 3 1/2pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118 1/2 P. 118 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 322 P. 320 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 77 1/2 P. 77 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 83 1/2 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 37 1/2 P. 37 1/4 G.
„ 1pCt. neue 23 1/16 P. 22 15/16 G.
Holland Integrale 65 P. 64 1/2 G.
„ Certificats 4pCt. — P. 93 3/4 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 42 1/2 P. 42 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118 7/8 P. 118 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119 3/4 G.	Mail. i.S. Lr. 250k S 100 3/4 P 100 1/2 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% 100 5/8 P. 100 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 93 5/8 P. 93 3/8 G
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96 1/4 P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 5/8 P. 93 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S 88 3/4 P 88 1/2 G.	Wien fl. 100 C. k S. 110 1/4 P. 110 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 109 3/4 P. 109 1/2 G.

Disconto — P. 3 1/2pCt. G.

Wien, 24 Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 83 1/8; 5Cpt. Met. 82 7/8; 4 1/2pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 134; dito von 1854 102 7/8; Bankaktien 937; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2317 1/2; Wechselkurse: Augsburg uso 109 7/8 P.; London 10.40. P. Geldkurs: Dukaten —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 27. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 27. Januar 1856

Deutscher Bund.

Württemberg. Stuttgart, 22. Januar. Mit den Standesherren ist die Regierung hinsichtlich der leidigen Adelsentschädigung noch nicht zu dem von ihr gewünschten Einverständnisse in dieser augenblicklich wichtigsten öffentlichen Angelegenheit gelangt; die Unterhandlungen sind übrigens schon länger im Gange. (Köln, Z.)

Herrenberg in Württemberg, 22. Jan. Gestern sollte der Leichnam eines nicht ortsangehörigen Selbstmörders auf hiesigem Friedhofe beerdigt werden. Nun ist aber hier der grasse Aberglaube verbreitet, als führe die Bestattung eines Selbstmörders auf dem Gottesacker Hagelschlag herbei. Nach 7 Uhr rottete sich ein starker Haufe in der Nähe des Friedhofes zusammen, um das Leichenbegängniß zu verhindern, und war durch keine Belehrung und Warnung zum Weichen zu bringen. Nachdem der Oberamtmann im Namen des Gesetzes die Menge ernstlich zur Rückkehr aufgefordert hatte, zerstoben die Meisten. Einige Verhaftungen von Hartnädigeren sind vorgenommen worden. (Schw. M.)

Schweiz.

Bern, 21. Jan. Heute traten hier die eidgenössischen Räthe zu einer außerordentlichen Session zusammen, deren wichtigste Verhandlungs-Gegenstände die mehrfachen Konflikte in Eisenbahnsachen sind. — Zum Präsidenten des Nationalrathes wurde Oberst Siegfried aus dem Aargau gewählt, ein Mann, der schon in den dreißiger Jahren einen Namen unter den Vorkämpfern der Freisinnigen hatte; im Ständerath der Abgeordnete von Neuenburg, Staatsrath Humbert.

Großbritannien.

London, 22. Jan. Frau Jenny Lind Goldschmidt, die gestern zum fünften Male in Exeter-Hall (in Mendelssohns Elias) auftrat, ist durch eine Deputation der Arbeiter von Liverpool gebeten werden, ihnen zu Liebe ein wohlfeiles Konzert in Liverpool zu veranstalten, damit es auch den ärmeren Leuten vergönnt sey, sie zu hören. Die Künstlerin hat zugesagt, und der Eintrittspreis für Arbeiter ist auf eine halbe Krone (etwa 1 fl. 30 kr.) bestimmt, wobei vorausgesetzt wird, daß vermögendere Leute, die eine halbe oder ganze Guinee zahlen können, sich nicht eindringen werden. (Schw. M.)

Macaulay hat seinen Sitz im Parlament aus Gesundheitsrücksichten aufgegeben und dies seinen Wählern von Edinburgh in einer Abschieds-Adresse zur Kenntniß gebracht.

Frankreich.

Paris, 23. Jan. Der Kriegsrath hat seine Sitzungen seit bereits drei Tagen beendet. Jedes Mitglied hat über den nächsten Feldzug seine Ansichten schriftlich aufgesetzt. Diese Berichte wurden dem Kaiser übergeben, von demselben, als Präsidenten des Kriegsrathes, unterzeichnet und Kopieen an Lord Cowley abgegeben, um nach London gesandt zu werden. Mehrere Mitglieder des Kriegsraths haben bereits Paris verlassen. Der Herzog von Cambridge und die übrigen englischen Mitglieder reisten vorgestern nach London zurück, und der General della Marmora begab sich gestern ebenfalls nach der englischen Hauptstadt. (K. Z.)

Griechenland.

Ein Brief aus Athen in der „Presse d'Orient" meldet, daß die Räuber aus Chalcis, welche den Schwiegersohn und die Tochter des Hrn. Bodouris geraubt haben, die kolossale

---

Mozart.

I.

Der kleine Wolfgang Mozart war drei Jahre alt, als sein Vater mit dessen siebenjähriger Schwester Nannerl den Klavier-Unterricht begann. Bis dahin hatte man nur eine ungestüme Lebhaftigkeit und eine große Vorliebe für alle Spiele seines Alters wahrgenommen, die in dem Knaben die den Kindern seines Alters eigene Naschhaftigkeit weit überwog; auch hatte er stets eine große Empfindlichkeit an den Tag gelegt. Jeden Augenblick fragte er die Personen und die Bekannten des Hauses, ob sie ihn liebten, und wenn sie dies verneinten, fing er an zu weinen. Von dem Tage an, an welchem Nannerl's Unterricht anfing, wurde der Kleine ganz anders. Gespannt und aufmerksam wartete er, bis das Klavier frei war, um sogleich ebenfalls sich zu üben. Wenn man ihn ungestört ließ, so sah man ihn ganze Stunden damit hinbringen, Terzen zu suchen, und sein Gesicht strahlte vor Entzücken, wenn er einen übereinstimmenden Ton berührte. Der Vater beobachtete ihn und wußte nicht, ob er Gewicht darauf legen solle oder nicht. Doch wollte er einen Versuch machen. Man legte dem Kind einen sehr kurzen Menuet vor. Nach einer halben Stunde spielte das Kind den Menuet so gerundet und im Takte, als man es nur erwarten konnte. Zu etwas längeren Musikstücken brauchte er eine Stunde, und kaum war ein Jahr verflossen, so diktirte Wolfgang seinem Lehrer Stücke, die er erdacht hatte. Er komponirte, ehe er eine Note schreiben konnte. Noch zwei Jahre, und der Kleine hätte den guten Klavierspielern seiner Zeit beigezählt werden können! Der Lehrer, welchen solche Fortschritte im höchsten Grade überraschten und fast beunruhigten, suchte ihn mehr zurückzuhalten, als anzutreiben. Er wagte nicht, ihn mit den Regeln der Composition bekannt zu machen. Vergebliche Vorsicht, denn bereits beschäftigte der Plan zu einem Klavier-Konzert diesen jungen Kopf. Wolfgang fing an, daran zu schreiben; aber ein unerwartetes Hinderniß schien die Ausführung unmöglich machen zu wollen: weil er seine Feder immer bis auf den Grund des Dintefasses eingetaucht, hatte er statt Noten lauter Klekse gemacht. Dies machte ihm Vieles zu schaffen; er weinte, doch ließ er sich darum nicht abhalten, fortzufahren. Er wischte die Flecken mit der flachen Hand ab und fuhr, nur mit den Gedanken beschäftigt, die er im Kopfe hatte, mit dem Schreiben fort. Welches Aussehen das Notenblatt bekam, kann sich Jedermann vorstellen. Der Vater, der von dem Vorhaben seines Sohnes nichts wußte, trat in diesem Augenblick mit einem Bekannten in das Zimmer. „Was machst denn Du da?" fragte er ihn. — „Ein Klavier-Konzert; der erste Theil ist bald fertig." — „Laß sehen, das muß was Schönes seyn." — „Nein, nein, es ist noch nicht fertig." — Der Vater nahm es ihm weg und brach in ein lautes Lachen aus. Als er aber die Composition aufmerksamer durchsah, nahm sein Gesicht einen ganz andern Ausdruck an; Thränen der Freude und Bewunderung rollten über seine Wangen: „Sehen Sie", sagte er zu seinem Freunde, „wie alles richtig und nach den Regeln gesetzt ist; nur kann man es nicht brauchen, weil es so außerordentlich schwer ist." — „Dafür ist es auch ein Konzert", erwiderte der kleine Componist, welcher der Meinung war, daß Konzert spielen und Wunder hervorbringen so ziemlich gleichbedeutend wäre. — „Man muß es so lange üben, bis man es hervorbringt. Sehen Sie, so muß es gehen." — Er fing nun an zu spielen; allein wenn es ihm damit nicht recht glücken wollte, so brachte er wenigstens so viel heraus, daß seine Zuhörer daraus ersehen konnten, was er damit gewollt hatte. Das Konzert war in der That unausführbar, doch war es ganz korrekt und für ein ganzes Orchester mit Trompeten und Pauken gesetzt.

Mozart als Kind und Knabe war mehr ernsthaft als kindisch. Wenn er beim Klavier saß oder sonst mit Musik zu thun hatte, so durfte sich Niemand unterstehen, den mindesten Spaß zu machen. Er war selbst in seiner Gesichtsbildung so ernsthaft, daß viele einsichtsvolle Personen deßhalb und wegen des zu früh aufkeimenden Talentes für sein Leben besorgt waren. Was man ihm immer zu lernen gab, dem hing er so ganz an, daß er alles Uebrige, auch sogar die Musik auf die Seite setzte; z. B. als er Rechnen lernte, waren Tische, Sessel, Wände, ja

Summe von 360,000 Drachmen (324,000 Frs.) Lösegeld verlangen. Bei Abgang des Briefes war man noch nicht so glücklich gewesen, der Banditen habhaft zu werden.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Frankfurt, 22. Jan. Die erwähnte französische Depesche, die sich über das Maß der Unterstützung in Petersburg beschwert und Deutschland für die Lösung der Frage mit verantwortlich gemacht hat, war außer in München, Stuttgart und Dresden in derselben oder ähnlichen Form auch an andere deutsche Höfe ergangen und den betreffenden Ministern vorgelesen worden. (K. Z.)

Paris, 24. Jan. Man will behaupten, es sey bereits ein Waffenstillstand auf neunzig Tage abgeschlossen (?) und die Friedens-Konferenzen würden hier in Paris stattfinden. Sämmtliche hiesige Blätter führen auch heute eine sehr friedliche Sprache, und da die Friedenshoffnungen überhaupt immer mehr Bestand gewinnen, so herrschte an der heutigen Börse eine sehr feste Stimmung. (T. D. d. K. Z.)

Aus Rußland.

Petersburg, 17. Jan. Heute meldet der „Invalide“: „Graf Osten-Sacken, Kommandeur des 4. Armeekorps, ist seines Kommando enthoben und als Mitglied des Reichsrathes hieher berufen. An seine Stelle ist der General der Kavallerie, Helfreich, zum Kommandeur des 4. Korps ernannt.“ — Der „Invalide“ enthält ein drei Spalten langes höhnendes Spottgedicht gegen Engländer, Franzosen und Türken.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 26. Januar. Für österr. Kredit-Aktien und die meisten österr. Fondsgattungen sowie für Staatsbahn-Aktien und für ¼pCt. span. wurden höhere Kurse bewilligt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 87¼ P. 86¾ G.
» 5pCt. Metall. alte 76½ P. 76¼ G.
» 5pCt. » in Silber bei Roths. — P. 83½ G.
» 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78¾ P. 78½ G.
» 4½pCt. » 68¼ P 68 G.
» 4pCt. » 61 P. 60½ G.
» 3pCt. » 47½ P. 47 G.
» 1pCt. » 15½ P. 15¼ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1054 P 1049 G
Oesterreichische Credit-Actien 118¾ P 118½ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 223 G.
» 250 » » von 1839 — P. 122 G.
» 4pCt. 250 » » von 1854 95¼ P. 94¾ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 251 P. 249 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
» 4½pCt. » 101 P. 100½ G.
» 4pCt. » 94½ P. 94 G.
» 3½pCt. » 86½ P. 86 G.
» 4pCt. Ablös.-Rente 95 P. 94½ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 154 P. 153½ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 141¼ P. 140¾ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 89 P. 88½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
» 3½pCt. » 89¼ P. 88¾ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89¼ P. 88¾ G.
Badische 50 fl. Loose 78 P. 77½ G.
» 35 » » 47¼ P. 47 G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
» 4pCt. » 99¾ P 99¼ G.
» 3½pCt. » 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 110½ P. 110 G.
» » 25 » » 34¾ P. 34½ G
Darmstädter Bankaktien 302 P. 300 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 38¾ P. 38½ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 57½ P. 57 G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91½ P. 91 G.
Nassauische 25 fl. Loose 29 P. 28½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 86 P. 85½ G.
» 3½pCt. » alte 93½ P 93 G.
» 3½pCt. » neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 118½ P. 118 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 322 P. 320 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 78½ P. 78 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 84 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 37¼ P. 37 G.
» 1pCt. neue 23 1/16 P. 22 15/16 G.
Holland Integrale 65 P. 64½ G.
» Certificats 4pCt. — P. 93¾ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 42½ P. 42 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100½ P. 100¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96¼ P. 96 G.
Hamb. MB. 100 k.S 88¾ P 88½ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Disconto — P. 3½ pCt. G.
Lond. Lst. 10 k.S. 118⅞ P. 118⅝ G.
Mail. i.S. Li. 250 k.S 100¾ P. 100½ G.
do. 3 Monat mit 5% 100⅝ P. 100⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S 93⅝ P. 93⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝ P. 93⅜ G.
Wien fl. 100 C. k.S. 111 P. 110¾ G.
Wien 3 M. mit 4% 110½ P. 110¼ G.

Wien, 25. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 84¼; 5Cpt. Met. 82⅞; 4½pCt. 72⅞; Lotterie-Anlehenslooſe von 1839 — —; dito von 1854 102⅞; Bankaktien 934; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2320; Wechselkurse: Augsburg uso 109¼ P.; London 10.38. P. Geldkurs: Dukaten —

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

---

sogar der Fußboden voll Ziffern mit der Kreide überschrieben. Er war so folgsam, selbst in Kleinigkeiten, daß er nie eine körperliche Strafe erhalten hat. Den Vater liebte er ungemein zärtlich. Jeden Abend vor dem Schlafengehen mußte ihn dieser auf einen Sessel stellen und mit ihm zweistimmig eine von Wolfgang ersonnene Melodie mit einem sinnlosen, wie italienisch klingenden Texte Oragnia figata fa singen, worauf er dem Vater die Nasenspitze küßte, ihm versprach, wenn er alt wäre, ihn in einer Glaskapsel bei sich zu bewahren und in Ehren zu halten, und sich zufrieden in's Bett legte. So pflegte er auch oft zu sagen: „Nach Gott kommt gleich der Papa.“ Ueber sein musikalisches Talent und feines Gehör schreibt der hochfürstlich salzburgische Hoftrompeter Andreas Schachtner in einem Schreiben vom 24. April 1792 an Mozarts Schwester: „Gnädige Frau! Sie wissen sich zu erinnern, daß ich eine sehr gute Geige habe, die weiland Wolfgangerl wegen ihres sanften und vollen Tones immer Buttergeige nannte. Einstmals, bald nachdem Sie von Wien zurückkamen, geigte er darauf und konnte meine Geige nicht genug loben; nach ein oder zweien Tagen kam ich wieder, ihn zu besuchen, und traf ihn, als er sich eben mit seiner eigenen Geige unterhielt, an, sogleich sprach er: „Was macht Ihre Buttergeige?“, geigte dann wieder in seiner Phantasie fort; endlich dachte er ein bischen nach, und sagte zu mir: „Herr Schachtner, Ihre Geige ist um einen halben Viertelton tiefer gestimmt, als meine da, wenn Sie sie doch so gestimmt ließen, wie sie war, als ich das letzte Mal darauf spielte.“ Ich lachte darüber, aber Papa, der das außerordentliche Tönegefühl und Gedächtniß dieses Kindes kannte, bat mich, meine Geige zu holen und zu sehen, ob er Recht hatte. Ich that's, und richtig war's. Einige Zeit vor diesem, die nächsten Tage, als Sie von Wien zurückkamen und Wolfgang eine kleine Geige, die er als Geschenk zu Wien kriegte, mitbrachte, kam unser ehemaliger sehr guter Geiger Hr. Wenzl sel., der ein Anfänger in der Komposition war; er brachte sechs Trio mit, die er in Abwesenheit des Hrn Papa verfertigt hatte, und bat Herrn Papa um seine Erinnerung hierüber. Wir spielten diese Trio, und Papa spielte mit der Viola den Baß, der Wenzl das erste Violin und ich sollte das zweite spielen. Wolfgangerl bat, daß er das zweite Violin spielen dürfte, der Papa verwies ihm aber seine närrische Bitte, weil er noch nicht die geringste Anweisung in der Violine hatte, und Papa glaubte, daß er nicht im mindesten zu leisten im Stande wäre. Wolfgang sagte: Um ein zweites Violin zu spielen, braucht es ja wohl nicht erst gelernt zu haben, und als Papa darauf bestand, daß er gleich fortgehen und uns nicht weiter beunruhigen sollte, fing Wolfgang an, bitterlich zu weinen und trollte sich mit seinem Geigerl weg. Ich bat, daß man ihn mit mir möchte spielen lassen; endlich sagte Papa: Geig mit Herrn Schachtner, aber so stille, daß man dich nicht hört, sonst mußt du fort. Das geschah, Wolfgang geigte mit mir. Bald bemerkte ich mit Erstaunen, daß ich da ganz überflüssig sey; ich legte still meine Geige weg und sah Ihren Herrn Papa an, dem bei dieser Scene die Thränen der Bewunderung und des Trostes über die Wangen rollten; und so spielte er alle sechs Trio. Als wir fertig waren, wurde Wolfgang durch unsern Beifall so kühn, daß er behauptete, auch das erste Violin spielen zu können. Wir machten zum Spaß einen Versuch, und wir mußten uns fast zu Tode lachen, als er auch dies, wiewohl mit lauter unrechten und unregelmäßigen Applikaturen, doch so spielte, daß er nie ganz stecken blieb.“

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 28. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 28. Januar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Das Justizministerium hat eine „Uebersicht der Ergebnisse der Strafrechtspflege im Königreich Bayern während der Jahre 1850/51 bis incl. 1853/54" veröffentlicht. Zu Grunde gelegt wird die Volkszählung im Jahre 1849, wornach die Einwohnerzahl der diesseitigen Landestheile 3,904,381 Seelen betrug. Neue strafrechtliche Untersuchungen fielen an: 1850/51 19,431; 1851/52 24,356; 1852/53 21,947; 1853/54 24,455.

Hervorgehoben wird hiebei, daß das Verhältniß der durch Definitivurtheile erledigten Untersuchungen zu den eingestellten sich fortwährend günstiger gestalte, insbesondere auch zum Vorjahre 1849/50. Es ergibt sich nämlich hierdurch, daß die Untersuchungsrichter und resp. Untersuchungsgerichte im Verein mit den polizeilichen Vollzugsorganen in Entdeckung der Thäter und Ansammlung von Verdachtsgründen ein ausreichendes Resultat zu erzielen vermochten, oder daß die Anklagekammern weniger ängstlich im Verweisen in die öffentliche Sitzung waren als früher. Zur definitiven Aburtheilung aber kamen 1850/51 4788; 1851/52 5313; 1852/53 5756; 1853/54 6199 strafrechtliche Handlungen. Im Durchschnitt kam im diesseitigen Bayern im Jahr 1850/51 Eine Aburtheilung auf 825, 1851/52 auf 735, 1852/53 auf 693, 1853/54 auf 653 Einwohner. Das Verhältniß, in welchem die einzelnen Kreise nach Prozenten an den Aburtheilungen betheiligt sind, ist folgendes, wobei immer zugleich jedem Kreise sein Prozent an der Gesammtbevölkerung beigesetzt ist.

Regierungsbezirk.	Reduktion der Bevölkerung nach Prozenten.	Prozent an der Gesammtzahl der Aburtheilungen.			
		1850/51	1851/52	1852/53	1853/54
Oberbayern	18.32	20.86	23.3	22.36	21.28
Unterfranken u. Aschaffenb.	15.04	11.74	13.8	16.80	16.15
Schwaben u. Neuburg	14 37	15.25	12.42	10.88	12.6
Niederbayern	13 97	17.06	16.07	17.16	14.95
Mittelfranken	13.51	12.2	11.58	12.5	12.82
Oberfranken	12.78	10	10 16	9.5	9.82
Oberpfalz u. Regensburg	12.01	12.89	12 67	11.52	12.38

Es ergibt sich hieraus, daß die Betheiligung der Regierungsbezirke von Oberfranken und Mittelfranken an den abgeurtheilten Verbrechen und Vergehen fortwährend geringer ist als das Verhältniß ihrer Bevölkerung, daß dagegen die Betheiligung der Regierungsbezirke von Oberbayern und Niederbayern die Verhältnißzahl der Bevölkerung stets übersteigt; es geschehen also unter anderm in den beiden altbayerischen Kreisen unverhältnißmäßig mehr Verbrechen und Vergehen als in den zwei wenigst betheiligten fränkischen Kreisen. Das Verhältniß der Verurtheilungen in eine Verbrechens- oder Vergehensstrafe zur Zahl der Bevölkerung gestaltet sich so, daß im Durchschnitt im Jahr 1850/51 auf 912, 1851/52 auf 817, 1853/54 auf 719 Einwohner eine Verurtheilung trifft. Am ungünstigsten stellt sich im vierjährigen Durchschnitt auch hier wieder das Verhältniß für Niederbayern, wo schon auf 654 Einwohner eine Verurtheilung trifft, ihm reiht sich Oberpfalz und Regensburg, diesem Oberbayern an. Am wenigsten betheiligt, also im günstigsten Falle befindet sich Oberfranken, wo erst auf 990 Einwohner eine Verurtheilung trifft; ihm zunächst steht Schwaben und Neuburg, welchem sich Mittelfranken und endlich Unterfranken und Aschaffenburg anreiht. Unter den Verurtheilten befanden sich über dreimal mehr Verheirathete als Ledige. (!) (Die Zahl der männlichen Bestraften übersteigt die der weiblichen um das 4- und 5fache.

Was das Verhältniß der von den Schwur-Gerichten erkannten Freisprechungen zu den Verurtheilungen betrifft, so gestaltet sich dasselbe, obwohl alle Preßvergehen zum Schwurgerichte ressortiren und hier, abgesehen von der Wichtigkeit der möglichsten Freiheit der Presse, auch für die Regierung zur Ueberwachung der Beamten u. dgl. in Folge der legislatorischen Schwierigkeit einerseits wie der Schwierigkeit des Beweises einer bösen Absicht andrerseits Freisprechungen immer und überall häufiger sind, dennoch dem entsprechenden Verhältnisse bei den stadtgerichtlichen Aburtheilungen ähnlich; es erfolgten nämlich nach dem vierjährigen Durchschnitt von den Schwurgerichten 8- bis 9mal so viele Verurtheilungen als Freisprechungen, während [illegible] den Stadtgerichten 9- bis 10mal mehr Verurtheilun[illegible]

Was die Presse insbe[illegible]e betrifft, so waren im Ganzen Preßstrafuntersuchungen (die polizeilichen inbegriffen) im Gange: 1850/51 293, 1851/52 314, 1852/53 301, 1853/54 195, also im Ganzen 1103. Der größte Theil dieser Untersuchungen traf auf die Stadtgerichte München, Nürnberg, Augsburg und Würzburg. Die einzelnen Regierungsbezirke reihen sich nach der Größe ihrer Betheiligung in den vier Jahrer folgendermaßen:

Mittelfranken mit	313
Oberbayern mit	312
Schwaben und Neuburg mit . . .	153
Unterfranken und Aschaffenburg mit .	109
Oberpfalz und Regensburg mit . .	46
Oberfranken mit	29
Niederbayern mit	18

Auf Grund des Artikels 2 des Preßstrafgesetzes, welcher bekanntlich gestattet „auch dann, wenn eine Verurtheilung nicht erfolgt, oder eine Person, gegen welche eine Anklage gerichtet werden könne, nicht gegeben ist, wegen des gesetzwidrigen Inhalts einer Schrift deren Vernichtung oder Unterdrückung auszusprechen, wurden in den vier Jahren 197 (!) Vernichtungen ausgesprochen", und zwar im Jahr 1850/51 5, 1851/52 49, 1852/53 aber 78, 1853/54 65. Von diesen 197 Vernichtungen gingen 10 von den 7 Schwurgerichtshöfen, 54 von den 7 Appellationsgerichten, 133 von den 18 Stadtgerichten aus. (Bei den Stadt- und Appellationsgerichten konnte eine öffentliche Sitzung nicht stattfinden, weil die förmliche Aburtheilung, wenn die Sache bis zu diesem Stadium gedeiht, bekanntlich nur zu den Schwurgerichten ressortirt. Es mußte also die Unterdrückung bereits in einem frühern Stadium, nämlich von den Anklagekammern — in geheimer Sitzung ausgesprochen werden, wenn diese keinen Grund zur Verweisung an das Schwurgericht gegeben, gleichwohl aber die Vernichtung auf Grund selbiger Gesetzesstelle für gerechtfertigt erachteten.) Eingestellt wurden nun aber von jenen (durch polizeiliche Beschlagnahme veranlaßten, von der Staatsanwaltschaft verfolgten und sodann auch eingeleiteten) 1103 Untersuchungen von den Stadtgerichten nicht weniger als 698. (!) Verwiesen an das Appellationsgericht (behufs weiterer Verweisung an das Schwurgericht) wurden nur 1850/51 67, 1851/52 59, 1852/53 39, 1853/54 27; allein auch an diesen Zahlen nahmen die Appellationsgerichte noch eine weitere Reduktion vor, indem sie nun ihrerseits noch weitere 145 Preßuntersuchungen einstellten, und zwar 1850/51 52, 1851/52 49, 1852/53 27, 1853/54 17. Es gelangten auf diese Weise in vollen vier Jahren im Ganzen nur 47 Preßvergehen an die Schwurgerichte, welche gegen 69 Personen gerichtet waren, von denen jedoch nur 14 Personen verurtheilt wurden. Hievon wurden von den Geschwornen in Oberbayern ausgesprochen: 3 Freisprechungen, 1 Verurtheilung; in Niederbayern: 1 Freisprechung; in der Oberpfalz: 9 Freisprechungen und 4 Verurtheilungen; in Oberfranken: eine Freisprechung, eine Verurtheilung; in Mittelfranken: 16 Freisprechungen, 2 Verurtheilungen; in Unterfranken: 15 Freisprechungen, 5 Verurtheilungen; in Schwaben und Neuburg: 2 Freisprechun-

gen, 1 Verurtheilung. (In contumaciam — ohne Geschworene — wurden im Ganzen 8 verurtheilt.) (Allg. Z.)

Bekanntlich hatten die Mitglieder des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten, dem seit Mitte Novbr. v. Js. Edel's Vortrag über die Gerichtsorganisation unterbreitet ist, seitdem wiederholte Besprechungen mit den Ministern über diesen Gegenstand. Ueber den Gang dieser Besprechungen wird nun der „Allg Ztg." folgendes mitgetheilt: „Der Gesichtspunkt, von welchem die an den Verhandlungen theilnehmenden Kammermitglieder ausgingen, war folgender: Zwar sollte auf einer sofortigen Verwirklichung der seit den Jahren 1848 und 1850 zu Recht bestehenden Bestimmungen des Grundlagen- und des Gerichtsorganisationsgesetzes ihrem vollen Umfang nach nicht bestanden, sondern für den gegenwärtigen Augenblick eine nur theilweise, wenigstens den dringendsten Bedürfnissen entsprechende Durchführung derselben als zur Zeit annehmbar erachtet werden. Unter allen Umständen aber wurde es als unthunlich bezeichnet, im Wege der Gesetzgebung irgend eine Anordnung zu treffen, die mit jenen früheren, in ihrer Gesammtheit allein gründliche Abhülfe für die seit Jahrzehnten erkannten Gebrechen verheißenden Gesetzen im Widerspruch träte. Wie sich von selbst versteht, wurde bei diesen Besprechungen von beiden Seiten das zu erzielende Resultat als ein vorerst nicht bindendes erklärt. Aber auch in dieser Weise kam ein günstiges Ergebniß nicht zu Stande, und es blieb nunmehr dem Ausschuß nichts mehr übrig, als pflichtgemäß der Geschäftsordnung entsprechend voranzuschreiten. Einen von Seite der Staatsregierung neuerdings gewünschten Zusammentritt der beiden Kammerpräsidenten mit den k. Ministern glaubte man deßhalb nicht realisiren zu können, weil die Sache von dem Momente der Uebergabe des Referats an den Ausschuß nicht mehr in der Kompetenz des Präsidium lag, das Referat vielmehr jetzt zum Eigenthum des Ausschusses geworden war. Ueberdies hatte die Kammer bisher die lange Zeit über nur deßhalb ruhig zugewartet, um so lange als möglich nichts unversucht zu lassen, und jeden Schein zu vermeiden, als wolle man nicht alles immer Mögliche zur Erzielung einer Verständigung aufbieten. Als nun aber durch jene Verhandlungen — entgegen den allgemeinen Wünschen und Hoffnungen — ein Ergebniß nicht gewonnen worden war, sah sich der Ausschuß auch der Kammer gegenüber verpflichtet, nicht länger zu zögern. Es wurde daher nun endlich die Ausschußsitzung auf den 22. Januar anberaumt. Am 21. Januar jedoch gelangte ein Schreiben des Staatsministerium des Innern an das Kammerpräsidium, worin ein abermaliger Aufschub, und zwar aus dem Grunde als nothwendig erklärt wurde, weil in den nächsten Tagen allerhöchste Befehle in dieser Sache erwartet würden. Es ist also für die nächste Zeit die Erledigung einer Angelegenheit hoffentlich zu erwarten, auf deren Entscheidung das Land seit Monaten mit ängstlicher Spannung harrt."

Ueber Pater Gregorius Scherr, welcher zum Erzbischof von München ernannt seyn oder vielmehr werden soll, schreibt die „Bayr. Ldb." folgendes: Er ist geboren zu Neuburg v/W. den 22. Juni 1804 (ein Landsmann des seligen frommen und gelehrten Sebastian Job, gewesenen Beichtvaters der Kaiserin Mutter von Oesterreich, der ebenfalls für einen (österreichischen) Bischofsstuhl bestimmt war, aber beharrlich diese Würde ablehnte), wurde vom Weihbischof Wittmann von Regensburg unterm 4. August 1829 zum Priester geweiht, trat, nachdem er drei Jahre ungemein seeleneifrig als Hilfspriester gewirkt, in das neuaufblühende Kloster Metten, legte dortselbst den 29. Dezember 1833 die Ordensprofeß ab und wurde im Jahre 1839 von Seiner Majestät dem König Ludwig als erster Abt des besagten Stiftes ernannt, und als solcher den 5. Juni 1840 durch den hochseligen Bischof Xaver von Schwaebl feierlich benedicirt und installirt. Als solcher hat er seit mehr als 15 Jahren seine zahlreiche Ordensgemeine (gegenwärtig 43 Patres und 6 Fratres zählend) als ein wahrer Vater im Sinne der Benediktiner-Ordensregel geleitet, und sich die allgemeine Hochachtung und Liebe nicht nur dieser, sondern auch der Priester und Gläubigen der ganzen Umgegend erworben.

Preußen. Der Magistrat von Berlin hat Alexander v. Humboldt das Ehrenbürgerrecht der Stadt ertheilt und am 24. Jan. wurde ihm der Ehrenbürgerbrief durch eine Deputation, den Oberbürgermeister Krausnick an der Spitze, überreicht.

* Berlin, 25. Januar. Der Anklage gegen Dr. Vehse (deren Verhandlung und Ausgang wir bereits meldeten) lag folgendes Sachverhältniß zu Grunde: Dr. Vehse hat im Verlage der Buchhandlung Hoffmann und Campe in Hamburg ein umfangreiches Werk erscheinen lassen, welches den Titel führt: „Geschichte der kleinen deutschen Höfe." Im 3. Bande dieses Werkes finden sich Seite 49 und 50 mehrere den zur Zeit im k. preuß. Garde-Kürassier-Regt. als Major dienenden Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin betreffende Stellen, welche den Thatbestand der Beleidigung und Verleumdung enthalten. Die Beleidigungen des Prinzen werden darin gefunden, daß demselben ein Spitzname beigelegt wird, welcher geeignet ist, den Prinzen lächerlich zu machen, und daß Thatsachen über ihn mitgetheilt werden, welche geeignet sind, den Verdacht eines unehrenhaften Lebenswandels gegen ihn zu erwecken. Die Verleumdung des Prinzen wird darin in der Anklage gesucht, daß derselbe eines sehr schweren Verbrechens angeschuldigt wird. Der Prinz soll sich nämlich eines ganz jungen unerfahrenen Mädchens Namens Sophie Karoline Marie Düde aus Kleinow bemächtigt und mit demselben eine Scheintrauung mit Hülfe des Sohnes eines Legations-Raths und eines verkappten Lieutenants vollzogen haben, ohne daß das Mädchen den wahren Stand des Prinzen gekannt hat. Die Angehörigen des Mädchens sollen

---

Mozart.
II.

Den ersten musikalischen Ausflug machte Mozart's Vater zu Anfang des Jahres 1762 mit dem damals sechsjährigen Wolfgang und dessen elfjähriger Schwester Anna Marie nach München, wo die beiden jungen Virtuosen vor dem Kurfürsten den glänzendsten Beifall einärnteten. Im Monat September desselben Jahres begab sich die ganze Familie nach Wien, wo ihr mehrere einflußreiche Gönner bald Zutritt bei Hofe verschafften. Kaiser Franz I., ein Freund und Liebhaber der Kunst, unterhielt sich mehrmals mit dem kleinen Wolfgang, den er mit Gunstbezeugungen überhäufte, indem er ihm unter Anderem auch mit einem Gallakleide nach französischem Geschmacke beschenkte, das für den Erzherzog Maximilian angefertigt worden war. Man kann sich nichts Drolligeres denken, als das Bild unseres kleinen Helden in diesem glänzenden Kostüme, das in einem mit Borten besetzten Rocke, mit breiten, weit nach hinten abstehenden Schößen, einer ebenfalls gallonirten, bis auf die Knie herabfallenden Weste, gepuderten, in einen Beutel zusammengefaßten Haaren, Aermel-Verzierungen, größer als der Kopf dessen, der sie trug, kleinem dreieckigen Hütchen und einem Degen an der Seite, bestand. Eines Tages sagte der Kaiser zu dem Knaben: „Es ist eine große Kunst, mit allen Fingern zu spielen; aber nur mit einem Finger und auf einem verdeckten Klavier zu spielen, das würde erst Bewunderung verdienen." Statt einer Antwort spielte das Kind mehrere sehr schwierige Passagen mit einem Finger; dann ließ er sich auch die Klaviatur bedecken und spielte dennoch so gut, daß seine Zuhörer hätten glauben können, er habe sich durch lange Uebungen auf diese Art von Prüfung vorbereitet. Es war aber das erste Mal, daß er es versucht hatte. Folgende nicht weniger beglaubigte Anekdote scheint aber noch merkwürdiger, weil sie bereits einen der in Mozart's Charakter hervorragenden Züge durchblicken läßt. Er saß am Klavier, der Kaiser neben ihm und ringsum befanden sich eine Menge Herren vom Hofe, die er eben nicht für die besten Kenner hielt. Wenn er sich vor Leuten hören lassen mußte, die nichts von Musik verstanden (und darüber war es nicht möglich, ihn zu täuschen), so spielte er nur Kontretänze, Menuets und andere Kleinigkeiten, die von den Fingern eines Virtuosen denen gegenüber, welche ihn hören wollen, wie die bitterste Ironie klingen. In diesem Falle durfte er aber seiner Gewohnheit nicht folgen, er sagte daher zu dem Kaiser: „Ist Herr Wagenseil nicht hier? der soll kommen; er versteht es." Der Kaiser willfahrte diesem Wunsche und ließ Wagenseil an das Klavier treten. „Es ist mir sehr lieb, daß sie da sind", sprach der Knabe, „ich spiele ein Konzert von Ihnen, Sie müssen mir umwenden." Wolfgang's Talente und originelle Laune machten ihn auch zum Liebling der Erzherzoginnen, der Töchter Maria Theresia's. Zwei derselben führten ihn zur Unterhaltung in den Gemächern des Schlosses umher; weil aber der Knabe nicht gewöhnt war, sich auf den glatten Parketböden zu bewegen, so fiel er hin. Die ältere der beiden Prinzessinen beachtete den Unfall nicht, die andere dagegen, welche ungefähr so alt wie unser kleiner Held war, hob ihn liebkosend auf. „Sie sind brav," sagte er zu ihr, „ich will Sie beirathen." Die Prinzessin theilte pflichtschuldigst diese Erklärung ihrer erhabenen Mutter mit, worauf die Kaiserin Wolfgang zu sich rufen ließ und ihn fragte, was ihn zu diesem für ihre Tochter so schmeichelhaften Entschluß bewogen habe. „Die Dankbarkeit," erwiderte der Kleine, ohne sich zu besinnen; „sie war gut gegen mich, während sich ihre Schwester nicht um mich bekümmerte." Diese junge Erzherzogin, welche Mozart hatte heirathen wollen, war Maria Antoinette, die nachmalige Königin von Frankreich.

durch falsche Dokumente und nachgemachte Wechsel getäuscht worden seyn. Späterhin wäre die Sache, obwohl man bemüht gewesen, solche sorgsam zu vertuschen, bekannt geworden, das getäuschte Mädchen sey noch obenein von den mecklenburgischen Gerichten ins Zuchthaus geschickt, einer ihrer Verwandten seines Amts als Chausseewärter entsetzt, der Prinz aber unter dem Schutze seiner Mutter, der Großh.-Wittwe Alexandrine, straflos ausgegangen. Dies ist der Thatbestand der Anklage. Der Angeklagte, aufgefordert, sich über diesen Thatbestand auszulassen, gab zu, daß er die fraglichen Stellen in das in Frage stehende Werk aufgenommen und das Manuskript zu solchem verfaßt habe, daß auch das Werk öffentlich verbreitet worden sey. Der Angeklagte erklärt sich außer Stande, den Beweis der Wahrheit der von ihm über den Herzog gemachten Mittheilungen zu führen. Der Angeklagte gibt an, daß er das Opfer einer ihm vom Buchhändler Campe in Hamburg gespielten Täuschung sey. Dieser habe ihm die betreffenden Materialien geliefert, und ihm wiederholt versichert, daß solche von einem ganz zuverlässigen Manne herrührten, der über die Mecklenburger Verhältnisse genau unterrichtet sey. Jetzt weigere sich Campe, diesen angeblichen Mann zu nennen und werde ihm, dem Angeklagten, daher die Vertheidigung in dieser Beziehung vollständig abgeschnitten. Der Staatsanwalt bemerkte, daß, wenn es auch Sache des Angeklagten sey, den Beweis der von ihm gegen den Herzog erbrachten Anschuldigungen zu führen, doch diesmal das öffentliche Ministerium sogar den Gegenbeweis gegen solche erbringen werde. Der Staatsanwalt überreicht hierauf die vom Mecklenburgischen Kriminalgericht zu Bützow verhandelten Akten gegen die unverehelichte Düde und deren Genossen, aus denen sich nach der Mittheilung des Vorsitzenden ergibt, daß die Düde eine Betrügerin ist, welche niemals in irgend eine Berührung mit dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg gekommen ist. Der Vertheidiger des Angeklagten erkennt an, daß dieses richtig sey. Der Staatsanwalt verlangt die höchste gesetzliche Strafe von 18 Monaten Gefängniß, weil der vorliegende Fall der schwerste sey, welcher in der Kategorie der Verläumdung gedacht werden könne. Der Vertheidiger hob als Milderungsgrund hervor, daß der Angeklagte vom Buchhändler Campe getäuscht worden sey; ferner das offene Geständniß des Angeklagten und den Umstand hervor, daß derselbe sich schon mehrere Wochen hindurch in Haft befunden, weil derselbe Ausländer sey und die Polizeibehörde ihn daher hier, obwohl inzwischen schon das Gericht seine Freilassung verfügt gehabt, nicht auf freiem Fuße dulden wollte. Der Vertheidiger beantragte deßhalb Verhängung einer Geldstrafe von 50 Thalern; höchstens will derselbe eine einmonatliche Gefängnißstrafe zulassen.

Der Gerichtshof erkannte auf eine 6monatliche Gefängnißstrafe und Vernichtung der betreffenden Stellen des inkriminirten Buches. Zugleich wurde dem Herzog das Recht der öffentlichen Bekanntmachung des ergangenen Urtheils zugesprochen. Der Gerichtshof hatte die vom Staatsanwalt hervorgehobenen Schärfungsgründe in Erwägung gezogen, andererseits auch die Milderungsgründe des Vertheidigers anerkannt. Der Angeklagte erklärte nach Publikation des Urtheils, daß er sich bei solchem beruhige und daß er, um weiteren Differenzen mit der Polizei wegen seines hiesigen Aufenthaltes zu entgehen, die Strafe sofort antreten wolle.

Oesterreich. Wien, 21. Januar. Nach einer Berichtigung der „Wiener Zeitung" hat der Kardinal Fürst-Erzbischof von Wien sich nicht gegen das auffällige Verhalten der italienischen Bischöfe zum Konkordat tadelnd ausgesprochen. (So hatte neulich die „D. A. Z." gemeldet.)

Großbritannien.

London, 24. Jan. Wie der „Globe" meldet, gehen die Kriegsrüstungen, Anwerbungen, das Stückgießen und die Transportverträge in größerem Maßstab fort als je zuvor. General Codrington hat in diesem Augenblick ein schlagfertiges Heer von 54,000 Mann unter seinem Kommando, denn Lord Palmerston habe über Englands Ehre zu wachen, und wolle für Krieg wie für Frieden gleich gerüstet seyn. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 24. Januar. Einer Mittheilung des heutigen „Moniteur" zufolge hat sich das permanente Comite des internationalen Vereins für gleichförmige Gewichte, Maße und Münzen vorgestern bei Herrn Pacheco versammelt, dem vormaligen mexikanischen Gesandten in Paris und einem der derzeitigen Vizepräsidenten des Vereins. In dieser Versammlung wurde beschlossen, ein von den Mitgliedern des Comite unterzeichnetes Schreiben der gegenwärtig in Wien versammelten Münzkonferenz zu übersenden, um dieselbe zu ersuchen, mit den Vereinen von London und Paris in Korrespondenz zu treten, ehe sie einen definitiven Beschluß fasse, damit man gemeinsam die Maßregeln verabreden könne, welche in Bezug auf die Annahme eines gleichförmigen allgemeinen Systems den Handelsinteressen der ganzen Welt die meisten Vortheile zu gewähren vermögen.

Portugal.

Lissabon, 16. Jan. Bekanntlich hat der Finanz-Minister Fontes in England eine Anleihe von 1,500,000 L. abgeschlossen. Davon soll 1,000,000 L. zum Baue zweier Eisenbahnen, deren eine die portugiesische Hauptstadt mit Oporto, die andere sie mit der spanischen Gränze verbinden wird, und 500,000 L. sollen zu anderen öffentlichen Bauten verwandt werden. (K. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 17. Jan. Frhr. v. Rothschild ist in der türkischen Hauptstadt angekommen. (T.D.d.A.Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

* Frankfurt, 27. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Das anhaltende Steigen der Course seit der Annahme der Friedens-Präliminarien durch Rußland ist ein Beweis dafür, wie sehr die durch den Krieg zurückgedrängte Handels- und Gewerbethätigkeit nach freier Entfaltung sich sehnt. Als Ort des Friedenskongresses wird in unseren diplomatischen Kreisen noch immer Paris und Brüssel genannt; der Angabe der „Times", wonach Frankfurt bereits als Ort erwählt worden sey, wird dagegen bis jetzt kein Glauben beigemessen. Seitens Oesterreichs erwartet man zunächst eine Vorlage über den Stand der Frage an den Bund und in Folge dessen eine Abstellung der Kriegsbereitschaft, welche die Finanzen der Staaten erleichtern und der industriellen Entwickelung neuen Aufschwung verleihen wird.

Wien, 25. Jan. Wie die „Ostd. Post" hört, ist das erwartete Aktenstück der russischen Reichskanzlei, welches die Annahme der österreichischen Propositionen enthält, gestern aus St. Petersburg hier eingetroffen.

Die „Times" berichtet in ihrem City-Artikel, es seyen große Ankäufe auf Spekulation auf die Ankündigung hin gemacht worden, die französische und englische Regierung stimmten vollkommen hinsichtlich der Weise überein, wie die bevorstehenden Verhandlungen zu führen wären. Das beiderseitige Einverständniß ist so weit gediehen, daß das englische Ministerium versprochen hat, sobald es den Text der russischen Antwort wird empfangen haben, dem Sir Henry Seymour die nöthigen Vollmachten zur Unterzeichnung der Friedens-Präliminarien und Abschließung des Waffenstillstandes unverweilt nach Wien zu übermitteln.

* Wir entnehmen einem Schreiben des „gewöhnlichen Korrespondenten" des „Constitutionnel", aus Wien, 22. Jan. datirt, folgende Stellen, die jedes Kommentars entbehren können: . . . „Rußlands unbedingte, durch den Telegraphen bekannt gewordene Annahme des österreichischen Ultimatum kann das Wiener Kabinet den Höfen der Tuilerien und St. James erst dann „offiziell" mittheilen, wenn Graf Buol die formelle, vom Grafen Nesselrode unterzeichnete Annahme in Händen haben wird. Der dieses Dokument überbringende Kurier hat Petersburg am 17. Abends verlassen und ist morgen, (23.) Abends in Wien erwartet. — . . . Die Dezember-Verbündeten haben indessen die Tage zwischen der telegraphischen Nachricht und dem Eintreffen des erwähnten Kouriers benützt, um sich vermittelst des elektrischen Drahtes über die Maßnahmen zu vereinbaren, welche zu treffen seyn werden, um der Annahme des österreichischen Ultimatum durch Rußland Folge zu geben." . . .

„Es freut mich Sie aus verläßiger Quelle versichern zu können, daß die Verständigung zwischen den drei Höfen leichter erfolgte, als dies nach der leidenschaftlichen Sprache der englischen Presse zu erwarten war. — Nach dieser würde die ganze Wichtigkeit der Rußland gesetzten Friedensbedingungen lediglich in der Interpretation des 5. Garantie-Punktes beruhen, so daß die eigentliche orientalische Frage, für welche so viel Blut floß, in den Hintergrund treten und der Bomarsundfrage untergeordnet seyn würde. — . . . Alsdann würde es sich nicht mehr um die Lösung der orientalischen Frage handeln, und der Zweck der Dezember-Allianz nicht nur überschritten, sondern wesentlich verändert seyn, — der erreicht ist, sobald die Wiederherstellung des Friedens auf soliden Grundsätzen gesichert seyn wird. . . . Es dürfte hier der Ort seyn, eines wenig bekannten diplomatischen Vorfalls Erwähnung zu machen, der am meisten zu der blutigen Entwickelung der orientalischen Verwirrungen beigetragen hat. Als der Selbstherrscher aller Reussen sein Manifest vom 26. Juni 1853 veröffentlichte, um anzukündigen, daß er die Donaufürsten-

thümer als Unterpfand militärisch müsse besetzen lassen, waren die Kabinete von Wien und Paris der Ansicht, daß man das Manifest des Czaren durch eine Kollektiv-Erklärung der anderen Großmächte erwidern müsse des Inhalts, daß die Ueberschreitung des Pruth durch russische Truppen unfehlbar als casus belli angesehen werden würde. . . . Die vereinten desfallsigen Bemühungen Oesterreichs und Frankreichs zur Erzielung dieses gemeinschaftlichen Schritts, der Rußland sicherlich am Anfange seines Beginns aufgehalten hätte, — scheiterten jedoch an dem Widerstande des britischen Ministerium, das sich nicht unvorsichtig in einen Krieg verwickeln wollte. Dieser Widerstand galt Rußland als Ermuthigung und brachte den Kampf später dennoch und mit verdoppelter Bitterkeit zum Ausbruche. . . . Der Gedanke aber, durch seine Schwäche 1853 die Ruhe Europa's gefährdet zu haben, muß England überzeugen, daß die Westmächte mehr als gerechten Anlaß haben, sich heute durch die künstliche Ueberreizung, welche die Londoner Blätter über dem Kanal hervorzurufen suchen, nicht auf die entgegengesetzte Seite hinziehen zu lassen.*)"

„Es werden trotz des zu schließenden Waffenstillstands die Rüstungen fortgesetzt und — was die englischen Journale, die fortwährend nach Garantien für die Zukunft schreien, vollkommen beruhigen wird — das russische Gebiet durch die verbündeten Armeen besetzt bleiben, bis der Petersburger Hof den im „Friedensinstrumente" enthaltenen Stipulationen getreulich nachgekommen seyn wird. Wahrscheinlich wird die Besetzung des russischen Gebiets nach der Ratifikation des definitiven Friedens-Traktats durch gemischte Garnisonen stattfinden, wie das in dem letzten Kriege des Jahres 1848 zwischen Oesterreich und Sardinien der Fall gewesen . . . Rußland aber wird um so weniger an diesem Arrangement Anstoß nehmen können, als Frankreich selbst, in Folge des Ereignisses von 1814 und 1815, während 3 voller Jahre fremde Besatzung zu ertragen hatte."

„Von der Nothwendigkeit, der Welt den Frieden wiederzugeben, durchdrungen, haben die drei Verbündeten vereinbart, daß, um die Sache zu beschleunigen und zu vereinfachen, außer Rußland keine andre Macht, als jene, welche die Wiener Konferenzen bildeten, bei Unterzeichnung der Präliminarien, noch bei Abschluß des Waffenstillstands mitzuwirken haben wird. . . Die Frage, ob und welche Mächte zu den künftigen Unterhandlungen bezüglich des definitiven Friedens zuzulassen sind, wird geprüft und entschieden werden, sobald der Ort des Friedens-Kongresses festgesetzt seyn wird. — Sardinien's Zulassung ist seit lange zwischen den Westmächten und mit Oesterreich geordnet und da der künftige Friede unter die allgemeine Garantie Europa's gestellt werden soll, so wird dies durch Preußen's Theilnahme an den Friedensverhandlungen eher erreicht werden können, als durch den Ausschluß des Berliner Kabinets . . . Die Dezember-Verbündeten sind ihrerseits hiezu um so geneigter, als dieses Kabinet geneigt scheint, den Westmächten Garantien zu bieten, welche sie über die Haltung des Bevollmächtigten Königs Friedrich Wilhelms in dieser Versammlung zu beruhigen im Stande seyn werden."

*) Wir haben neulich schon darauf hingewiesen, wie friedliebend die Sprache die Pariser Blätter ist; aber, wir wiederholen es, diese friedliche Sprache wird, wie es scheint, nur auf Befehl von Oben herab aus höflicher Rücksicht auf Oesterreich geführt. D. Red.

Aus Rußland.

Helsingfors 10. Jan. Die Direktion der finnischen Bank hat bekannt gemacht, daß zur Bestreitung der außerordentlichen Staats-Ausgaben für dieses Jahr für Rechnung des Staates ein Anleben von 600,000 R. Silber gegen zinstragende Obligationen aufgenommen werden soll.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 27. Januar. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 77; 4½pCt. Met. 68¾; Wiener Bankaktien 1056; 5pCt. Lomb. 87¾; Wiener Wechsel 111⅞; 3pCt. inl. span. 37; 1pCt. neue 22⅞; Darmstädter Bankaktien 305½.

Wien, 26. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 84 9/16; 5Cpt. Met. 82⅞; 4½pCt.——; Lotterie-Anlebensloose von 1839 134; dito von 1854 103½; Bankaktien 942; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2345; Wechselkurse: Augsburg uso 108⅞ P.; London 10.36.B. Geldkurs: Dukaten —.

Berlin, 19. Jan. Waizen machte sich in dieser Woche ganz außerordentlich flau, und selbst wesentlich erniedrigte Forderungen der Inhaber vermochten keine Kauflust hervorzulocken, so daß der Verkauf einer kleinen Partie 89½ Pfd. gelb Saal- a 116½ Rthlr., bekannt wurde. Die Notiz ist jetzt für gelb 85—89 Pfd. mecklenb., märk. und sächs. 112 a 118 Rthlr., für bunt. 85—89 Pfd. poln. 116 a 122 Rthlr., für hochb. und weiß poln 120 a 128 Rthlr., für geringere Qualitäten 90 a 112 Rthlr.

In Roggen nahm die weichende Preisbewegung von Tag zu Tag an Umfang und Schnelligkeit zu, in je bestimmterer Gestalt die Friedenshoffnungen auftraten; in den ersten Tagen der Woche nur 1 à 2 Rthlr. pr. Wspl., betrug sie von vorgestern auf gestern 3 a 4 Rthlr., im Ganzen seit vorigem Sonnabend bis gestern ca. 8 Rthlr. pr. Wspl. Es gelangten noch 250 Wspl. zur Kündigung, die indeß bis Mittwoch erledigt wurden; da überhaupt von Loko-Waare nichts dringend offerirt war, so wurde deren Werth nur durch den Rückgang der Termine mit herabgezogen, und der vorher bestandene Report glich sich gestern vollständig aus.

Nichtpolitische Zeitung.

Die zu Turin in Gegenwart der österreichischen Kommission mit dem Lokomotiv-Telegraphen des Cav. Bonelli angestellten Versuche haben ein vollständig befriedigendes Resultat erzielt, obgleich die augenblicklichen lokalen Verhältnisse in Folge des die Linie deckenden Schnees sehr ungünstig waren. Da dies Resultat mit dem vor Kurzem auf der Bahn von St. Cloud erlangten zusammentrifft, so erwartet man bald mehrseitige Annahme der Erfindung, welche dem italienischen Physiko-Mechaniker, einem Mailänder von Geburt, große Ehre macht. Derselbe hat schon früher die Elektricität auf Webstuhle angewandt, und eine Methode in Vorschlag gebracht, welche die bekannte Jacquard'sche an Einfachheit und Wohlfeilheit der Produktion weit hinter sich läßt. (A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 29.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 29. Januar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 28. Jan. Se. Maj. der König haben dem kgl. Oberbaurath Antonin v. Schlichtegroll das Ritterkreuz des k. Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen, aus den von der v. Scheuert'schen und v. Harsdorf'schen Patronats-Herrschaft für die protestantische Pfarrei Füchbach, Dekanats Altdorf, vorschlagsweise empfohlenen Bewerbern dem Pfarramtskandidaten Christian Bullemer aus Hersbruck die landesfürstliche Bestätigung ertheilt; den Hauptzollamtsverwalter Felix Welzl zu Waidhaus auf die erledigte Hauptzollamtsverwalterstelle in Waldmünchen versetzt; die Funktion eines Zollverwalters an dem Nebenzollamte I. zu Waidhaus dem Hauptzollamts-Kontrolleur Heinrich Lillbopp daselbst vorbehaltlich seines Ranges übertragen, und zum Nebenzollamts-Kontrolleur in Waidhaus den Hauptzollamts-Assistenten Joseph Fleischmann in Schweinfurt provisorisch ernannt. (N. M. Z.)

In dem Artikel über Strafrechtspflege im Königreich Bayern während der Jahre 1850/54, welchen wir der „Allg Z." entnommen haben, fand sich die Bemerkung, daß unter den Verurtheilten dreimal mehr Verheirathete als Ledige sich befanden. Nach einer Berichtigung der „N. M. Z." war das Verhältniß aber gerade das umgekehrte.

** München, 26. Januar. (Privat-Korrespondenz.) **27. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die königl. Staatsminister Graf Reigersberg und Dr. Ringelmann.

Der den Vorsitz führende 2. Präsident verliest ein Schreiben des Komite des Studentenballes, durch welches die HH. Abgg. zu diesem Balle eingeladen werden. Abg. Dr. Ramoser, der unwohl ist, erhält den nachgesuchten mehrwöchentlichen Urlaub.

Die Kammer zog dann den Antrag des Abg. Fürsten Wallerstein, „den §. 53 der Geschäftsordnung betreff.", in Berathung, welcher mit verschiedenen vom Ausschuß und vom Abg. Nar vorgeschlagenen Aenderungen in der Art angenommen wurde, daß künftig bei solchen Anträgen und Eingaben, die an den 5. Ausschuß gelangen, wo eine weitere Prüfung durch den betreffenden Ausschuß nicht stattfindet und die Kompetenz der Kammer festgestellt ist, eine Diskussion gestattet seyn soll, weil es Pflicht der Kammer sey, sich über den Gegenstand genau zu informiren, ehe sie durch einen Beschluß feststellt, daß sie den Gegenstand nicht berathen kann oder nicht berathen will.

Es gelangte dann zur Berathung der Antrag des Abg. Dr. Keyl wegen Aufhebung einiger Bestimmungen des Rothenburger Statutarrechts, die dem Verkehr und dem Kredit schädlich und nur der Chicane nützlich sind, indem nach uralten Verordnungen alle außergerichtlichen Verträge und Schuldurkunden, sofern ihr Gegenstand 50 fl. übersteigt und nicht beide Kontrahenten zu den wissenschaftlich gebildeten Leuten gehören, nichtig und kraftlos sind, und schriftliche Urkunden der Art keinen Werth haben, wenn sie nicht gerichtlich ausgefertigt sind. Der Ausschuß schlägt vor, Se. Maj. den König um Vorlage eines Gesetzes noch am gegenwärtigen Landtage zu bitten, wodurch jene Bestimmungen außer Wirksamkeit gesetzt werden.

Abg. Dr. Edel wiederholt seinen im Ausschuß abgelehnten Antrag, daß nur eine Revision der betreffenden Verordnungen vorgenommen werden soll — und nach einiger nur juristisches Interesse bietender Debatte wurde diesem Antrage beigestimmt — Auf Vortrag des 5. Ausschusses wurden dann mehrere als zulässig erkannte Anträge der Abgeordneten den betreffenden Ausschüssen zugewiesen, hierunter 1) ein Antrag des Abg. Sturm um Aufhebung des durch das Gesetz von 1852 geschaffenen Institutes der Brandinspektoren; 2) ein Antrag des Handelsgremium und des Handelsrathes der Hauptstadt München auf Vorlage des Gesetzentwurfes einer Wechsel- und Merkantil-Gerichtsordnung und jedenfalls, daß im Landtagsabschiede mit Gesetzeskraft ausgesprochen werde, daß die Zulässigkeit der Appellationen an dieselben Schranken wie im gewöhnlichen Verfahren gebunden werde und ebenso bei der Exekution der Gläubiger nicht durch die gepfändeten Effekten, sondern durch den Erlös derselben zu befriedigen sey; 3) Vorstellung verschiedener Gemeinden, die Erhebung der Distriktsstraßen von Rosenheim nach Aising, von Passau über Obernzell bis an die österr. Gränze und von Kissingen nach Brückenau zu Staatsstraßen; 4) ein Antrag des Abg. Tafel, die Aufhebung des Art. 20 im Pluviosegesetz und die Ausdehnung der Art. 76 und 86 des diesseitigen revidirten Gemeinde-Ediktes auf die Pfalz betreffend.

** München, 28. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe erhielt heute abermals ein neues Mitglied, den erblichen Reichsrath Adolph Fürsten v. Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, auf welchen nach Ableben seines Vaters die erbliche Reichsrathswürde überging und der heute in die hohe Kammer eingetreten ist und beeidigt wurde. — Ihre Maj. die Königin befindet sich seit einigen Tagen unwohl, zwar glücklicher Weise nicht bedeutend, doch konnte Ihre Majestät in den letzten Tagen die Gemächer nicht verlassen. — Die heute am frühesten Morgen vollzogene Enthauptung des Mörders Gschwendner, der seinen Dienstherrn auf die Veranlassung von dem Sohne desselben ermordet hatte, ging rasch von statten. Der mitschuldige Sohn G. Finkl wurde zur Kettenstrafe begnadigt, doch erst, als diese erfolgt war, machte Gschendner Geständnisse, die, wenn früher vorgebracht, die Begnadigung des Finkl sicher verhindert hätten. Letzterer hat von seinem ermordeten Vater ein nicht unbedeutendes Vermögen ererbt.

Ansbach, 26. Januar. Bei der soeben beendigten Wahl eines rechtskundigen Bürgermeisters für die hiesige Stadt erhielt die absolute Mehrheit der Stimmen der frühere Bürgermeister von Schwabach, nunmehr kgl. Advokat dahier und dermalen Landtags-Abgeordneter, Hr. Wilhelm Mandel. (A. Abdz.)

Preußen. Berlin, 25. Januar. Die Regierung hat dem Hause der Abgeordneten bekanntlich die Realisirung der zweiten Hälfte der Dreißig-Millionen-Anleihe angezeigt und die fortgesetzte Bewilligung zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben für die Militär-Verwaltung bis zum 1. Januar 1857 gefordert. In der begleitenden Denkschrift des Kriegs- und des Finanzministers wird dargethan, daß bis jetzt 14,781,182 Rthlr. verausgabt sind. Die Verausgabung der zweiten Hälfte der Anleihe ist somit nothwendig, da von der ersten nichts mehr vorhanden. Die zweite Hälfte ist übrigens durch die eingezahlte Prämienanleihe der Seehandlung vollständig vorhanden, die Kammer braucht daher nur den weiteren Kredit zu genehmigen, was keinen Anstand finden wird. (Z. f. Nordd.)

× Berlin, 27. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Es ist vielfach und vorzugsweise von der englischen Presse über das Thema verhandelt worden, daß Preußen durch den Krieg bedeutende Vortheile für seinen Handel über die Landgrenze nach Rußland hin gewonnen habe. Es sind vielfach Versuche gemacht worden, diese Ansichten zu widerlegen. Da aber auch von Neuem Angriffe in dem angegebenen Sinne erfolgen, so dürfte es wohl von Interesse seyn, eine Stelle aus der neuesten Nummer des Handels-Archivs, welche diesen Punkt behandelt, wiederzugeben. Es heißt dort: „Der Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und den Westmächten modifizirte die preußischen Handelsbeziehungen zu Rußland. Durch die Blockade der russischen Häfen wurde ein Theil der russischen Export-Ar-

tikel über unsere Landesgrenze zu gehen genöthigt. Dadurch ist der Speditionshandel unserer Ostseeprovinzen allerdings sehr belebt worden und mag erhebliche Gewinne gezogen haben. Andererseits hat aber der Eigenhandel durch die außerordentliche Steigerung der Betriebskosten — Frachten, Miethen, Fuhr- und Arbeitslohn — sich in seinem Gewinne sehr beschränkt gesehen. Auch erfuhr die Ausfuhr Preußens nach Rußland neue Hindernisse durch die Vorschrift, daß fremde Kaufleute nur unter Vermittlung russischer Gildenmitglieder ihre Waaren absetzen dürfen; so wurde der rechtmäßige Gewinn der Ersteren verringert. Daß das in den letzten Tagen des Jahres 1853 erlassene Verbot der Ausfuhr von Nahrungsstoffen aus Polen, das im März 1854 ergangene Verbot der Wiedereinfuhr russischen Papiergeldes bestehen blieb, dies machte den Bezug von Rimessen für Ausfuhren nach Rußland in dem Grade unsicher, daß viele diesseitige Fabrikanten ihre Verbindungen sofort abbrachen. Erst im November 1854 trat insoweit eine Aenderung ein, als preußischen auf dem Niemen nach Rußland kommenden Schiffern und Rhedern gestattet wurde, 500 Rubel Silber in russischen Goldmünzen für jeden Kahn auszuführen. Diese Maßregel war aber von zu untergeordneter Bedeutung, als daß sie hätte dazu beitragen können, die eingetretene Störung auszugleichen. Es kam hinzu, daß der russische Handelsstand in Veranlassung des durch den Krieg herbeigeführten Drucks seine Einkäufe nicht allein in Manufaktur-, sondern auch in Kolonial-Waaren erheblich beschränken mußte. Unter diesen Umständen waren die im Jahre 1854 eingetretenen Ermäßigungen des russischen Zolltarifs für den Landtransport von geringer Bedeutung für Preußen, sie würden aber auch unter günstigeren Verhältnissen kaum einen erheblichen Einfluß geäußert haben, da selbst die ermäßigten Zollsätze bei der Mehrzahl von Artikeln noch immer viel zu hoch sind.

Baden. Freiburg, 25. Jan. Erst jetzt ist gegen Advokat Friedrich Hecker von Mannheim (gegenwärtig in Nordamerika) vom hiesigen Hofgerichte und zwar unter dem 5. Januar ein Straferkenntniß erlassen, das wegen Hochverraths ihn schuldig erkennt und zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe und zur Tragung der Kosten des Strafverfahrens und der Urtheilsvollstreckung verfällt. Die Entschädigungsansprüche des Fiskus sind zum besonderen Austrage auf den bürgerlichen Rechtsweg verwiesen. (Mh. J.)

Freie Städte. Hamburg, 25. Jan. Wie wir vernehmen, ist Hr. Campe auf Vorladung wiederum auf dem Stadthause gewesen. Er wurde gefragt, ob er bereit sey, eidlich auszusagen, ob nicht der oder der (es wurden ihm die Namen einiger Mecklenburger genannt) der Urheber der ihm über den Herzog Wilhelm von Mecklenburg gemachten Mittheilung sey. Herr Campe leistete sofort den von ihm verlangten Eid. (Nat.-Z.)

Oesterreich. Wien, 24 Jan. Im Vernehmen mit dem k. bayerischen Staatsministerium des Handels wurde beschlossen, unter Vorbehalt des Widerrufes, die mit Erlaß vom 13. Januar 1854 bekannt gemachten Erleichterungen des Verkehrs mit Leinengarn und roher Leinwand, welche bisher auf die Gränzstrecke zwischen Böhmen und Bayern beschränkt waren, auf die Gränzstrecke zwischen Oberösterreich und Bayern von der Donau nordwärts bis Bischofsreuth auszudehnen. Diese Bestimmungen haben zufolge des Uebereinkommens des k. bayerischen Staatsministerium des Handels und des k. k. österreichischen Handelsministerium vom 1. Februar 1856 an in Wirksamkeit zu treten. (Oest. K.)

Wien, 25. Januar. Die französische Regierung erläßt bereits Einladungen zur Ausstellung landwirthschaftlicher Gegenstände, die im nächsten Frühjahr in Paris stattfinden soll; dieselbe wird sich bis 1857 hin erstrecken. Zur Erleichterung des Transports solcher Ausstellungsgegenstände wurden bereits auf den verschiedenen Bahnen der Monarchie Preisermäßigungen für dieselben zugestanden. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 25. Januar. Am 21. Januar wurde in der London Tavern eine Versammlung der jetzt fast sämmtlich gegen die Direktionen aufgeregten Eisenbahnaktionäre zu dem Zweck gehalten, um hinsichtlich der Mittel übereinzukommen, wodurch eine weitere Entwerthung ihres Eigenthums aufzuhalten sey. Der Vorsitzende bewies den Aktionären die wenig tröstliche Thatsache, daß Tausende von Meilen auf den Eisenbahnen mit Verlust befahren würden. Das auf den Bau verwendete Kapital habe auf der nordwestlichen Eisenbahn am 1. Januar 1846 851,442 Pfd. Sterl., die Einkünfte netto 1,197,839 Pfd. Sterl., die Zahl der Maschinen 220 betragen, am 1. Januar 1855 dagegen sey das verwendete Kapital auf 2,404,728 Pfd. St. gestiegen, das reine Einkommen aber nur 931,961 Pfd. St., die Zahl der Maschinen dagegen 653 gewesen; mit diesem Uebermaß an Lokomotiven stehe eine ebenso übertriebene Verwendung von Beamten u. s. w. im Verhältniß. Kurz, die Betriebskosten seyen viel zu hoch. Die Hauptursache zu dieser Verschleuderung bestehe in dem Umstand, daß die verschiedenen Verwaltungen sich dadurch ruinirten, daß keine hinter einer andern zurückbleiben wolle. Gebe es fünf Züge auf einer Bahn, so setze auch die nächste sogleich fünf Züge in Bewegung. Man müsse die einzelnen Kompagnien veranlassen, daß sie solche

---

Mozart.

III.

Nach einer langen Kunstfahrt über München, Augsburg, Stuttgart, Mainz, Frankfurt, Koblenz, Aachen und Brüssel traf L. Mozart mit seinen beiden Kindern im Herbst 1763 in Paris ein. Unter den zahlreichen Empfehlungsbriefen, welche unsere Reisenden mit nach Paris brachten, befand sich auch einer an Herrn Grimm, den Sekretär des Herzogs von Orleans, innigem Freund Rousseau's und Diderot's. Unter der Leitung dieses eifrigen und einflußreichen Freundes mußte der Aufenthalt unserer Reisenden in Paris mit Erfolg gekrönt werden. Sie gaben Konzerte, erhielten Einladungen in die ersten Gesellschaften, wurden dem Könige, der ganzen königlichen Familie und auch der Frau von Pompadour vorgestellt. Alle drei fanden ihre Rechnung dabei. L. Mozart schien mit den Louisd'ors, die er einnahm, zufrieden zu seyn; Nannerl erhielt hübsche Geschenke und Wolfgang durfte Leckerbissen von dem Teller der Königin naschen, und Ihrer Majestät auf deutsch Alles sagen, was ihm durch den Kopf ging. Sein Geplauder, welches die Königin Ludwig XV. übersetzte, unterhielt selbst diesen blasirten Monarchen. Sollte man es glauben, daß unser Held die Verwegenheit hatte, sich selbst über Frau von Pompadour zu äußern, weil sie ihn nicht hatte küssen wollen? „Wer ist denn die da", fragte er, „daß sie mich nicht küssen will? Hat mich doch die Kaiserin geküßt!" (Herr v. Nissen erzählt nämlich, daß die Kaiserin Maria Theresia ihn auf den Arm genommen und geküßt habe.) Von allen Seiten regnete es Gedichte auf „diese von den Göttern und den Königen geliebten Sterblichen", und ein ausgezeichneter Kupferstich stellte die ganze Familie in einer Gruppe dar, den Vater Violine spielend, den Sohn am Klavier und die Tochter zum Singen den Mund geöffnet. Durch so vielfache Huldigungen ermuntert, entschloß sich jetzt Leopold Mozart, die Versuche des jungen Komponisten herauszugeben. Die ersten Werke unseres Helden erschienen in Paris. Es sind dies vier Klavier-Sonaten mit Violinbegleitung ad libitum, wovon zwei Madame Victoire de France, der jüngeren Tochter des Königs, und die beiden anderen der Frau Gräfin von Tessé gewidmet waren. Nach einem Aufenthalte von fünf Monaten in Frankreich wandten sich die Reisenden dem Lande der Guineen und der alten Musik zu. Der Ruf war ihnen bereits vorangeeilt. Kaum waren sie in London angekommen, als sie auch gleich Zutritt bei Hof erlangten. Der Empfang, der ihnen hier zu Theil wurde, übertraf nach L. Mozart's Aussage alle die Beweise von Wohlwollen, die ihnen an anderen Höfen zu Theil geworden waren. Die Proben, welche der siebenjährige Wolfgang von seinem Kompositionstalente und seiner gründlichen Kenntniß der Musik ablegte, sind staunenswerth. Ein Mitglied der königlichen Gesellschaft in London, James Barrington, schrieb einen eigenen Bericht über dieses Wunder in musikalischer und psychologischer Beziehung. Der damalige Lieblingstonsetzer der Engländer, ein Sohn Sebastian Bach's, erzählt Barrington unter Andern, setzte den kleinen Künstler eines Tages auf die Knie und fing an die ersten Takte einer Sonate zu spielen, die auf dem Pulte lag. Mozart spielte die folgenden Takte und so wechselten sie bis ans Ende derselben mit einem Einverständniß und einer Genauigkeit ab, daß die entfernter sitzenden Personen kaum bemerkten, was eigentlich vorgehe. Man glaubte, Bach habe allein gespielt. Barrington zweifelte sogar an der Richtigkeit der Angabe über Mozart's Alter. Diese Hypothese des gelehrten Herrn sollte bald erschüttert werden. Es kam nämlich eines Tages, als er gerade anwesend war, eine Katze ins Zimmer; Wolfgang, der diese Thiere sehr liebte, lief ihr, ohne sich weiter um Musik, noch um Barrington zu kümmern, nach. Ein ander Mal fiel es ihm plötzlich ein, auf dem Stocke seines Vaters zu reiten. Beinahe alle Musiker Londons theilten jedoch die Zweifel unseres Gelehrten, der sich nicht eher beruhigte, bis es ihm gelungen war, durch den Grafen Haslang, den britischen Gesandten am bayerischen Hofe, sich einen Auszug aus dem Kirchenbuche des Ortes zu verschaffen, in dem Wolfgang Mozart geboren worden war.

schädliche Konkurrenz aufgeben, und nur solche Züge unterhalten, die den Aktionären einen Gewinn bringen. Um nun diese und andere Veränderungen durchsetzen zu können, beschloß die Versammlung auf den Vorschlag eines Hrn. Mitchell die Bildung einer Association von Eisenbahnaktionären (Railway Proprietors Association) mit einem bleibenden Ausschuß von 12 Mitgliedern — einer Gesellschaft, von der die „Times" meint, diese werde wohl die Direktionen zwingen können, die Heimlichkeit aufzugeben, womit dieselben die kühnsten Manöver ihrer Politik bisher verhüllt haben. Hauptsächlich müsse man jedoch jene selbstmörderische Rivalität beseitigen, womit die Aktionäre einer Eisenbahn die aller andern zu Grunde zu richten suchen. (Allg. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 25 Jan. Zu Mazas sind noch einige dreißig Studenten, und etwa ein Dutzend sind außerdem in der Stadt verhaftet, was auf eine Organisation der Unruhestifter (gegen Nisard und St. Beuve) schließen läßt. In dem Departement der Charente, Dordogne und einigen anderen sind ebenfalls zahlreiche Verhaftungen erfolgt, die Arretirten sollen zur Marianne gehören. (Allg. Ztg.)

* Paris, 27. Jan. Der „Moniteur" veröffentlicht heute in seinem halbamtlichen Theile den Wortlaut der vom englischen Gesandten Lord Cowley bei der Ordensverleihungs-Zeremonie (Verleihung der engl. Krim-Medaille an französische Soldaten) gehaltenen Anrede und der vom Grafen Walewski und dem englischen Gesandten ausgebrachten Toaste. Wenn der Toast des Letztern immerhin dem Frieden das Wort spricht, so lautet er dennoch keineswegs so entschieden friedlich, als die vom „Moniteur" früher mitgetheilten Bruchstücke dies annehmen ließen, und ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Aufnahme des Textes auf Reklamation Lord Cowley's erfolgte. — Der von Graf Walewski während des Bankets ausgebrachte Toast lautet: „Mylords, meine Herren! Ich bringe diesen Toast der engl. Armee und Marine. Erlauben Sie mir, bei dieser Gelegenheit einen Wunsch auszusprechen, dem Sie, m. H., ich bin dessen gewiß, bereitwilligst beitreten werden. Möchten die Soldaten und Seeleute Englands stets an der Seite der französischen Soldaten und Seeleute kämpfen, zum Triumphe einer eben so gerechten Sache und mit eben so glänzendem Erfolge. Möchten die Bande der Brüderlichkeit, so ruhmvoll auf dem Schlachtfelde befestigt, nie schwächer werden und die zwischen beiden Ländern so glücklich bestehende Verbindung sich fort und fort verpflanzen." Nach dem Toaste des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten fügte Lord Cowley bei: „Erlauben Sie, meine Herren, daß ich, bevor wir uns trennen noch diesen Toast ausbringe: „Der Wiederherstellung des Friedens! — Ich stehe nicht an, diesen Toast in Gegenwart so vieler Militärs auszusprechen; denn Jene, welche das Unglück kennen, welches der Krieg nach sich zieht, wissen besser als Jeder Andere das Glück des Friedens zu würdigen. Wolle Gott, daß die zu eröffnenden Verhandlungen uns einem ebenso ehrenvollen als dauerhaften Frieden entgegenzuführen." „Der französischen Armee und Marine und namentlich den Generälen, Offizieren und Soldaten, welche an dem gegenwärtigen Krieg Theil genommen haben und durch ihre Tapferkeit, Energie und Hingebung, überall wo sie dem Feinde begegneten, uns den Sieg sicherten!"

* In Lyon wurden 3 Individuen wegen heimlicher Einführung aufreizender Schriften (aus Genf in Fässern mit doppeltem Boden), worunter sich „la Marianne" und „Ein Brief Felix Pyat's an die Königin von England" befinden, zu 6, 3 und 2 Monat Gefängnißstrafe verurtheilt.

Spanien.

† Madrid, 21 Jan. Die ungewöhnlichen Regen, welche alle Provinzen der Monarchie seit einem Monate überschwemmen, machen die Lage des Landes sehr traurig. — In mehreren dieser Provinzen konnte noch nicht gesäet werden, und wo es geschehen ist, wird das anhaltende Wasser Alles zerstören. — Auf mehreren Punkten sind die Kommunikationen gänzlich unterbrochen; die letzten Posten aus Andalusien sind 10 Tage verspätet eingetroffen. Sevilla ist mitten in einem See; mehrere Tage fehlte es an Brod. Dabei nimmt der Regen immer zu, und nichts zeigt auf ein baldiges Aufhören dieser Geißel hin. . . .

Italien.

Genua, 22. Januar. In Carrara ist dieser Tage der Sohn des Syndiks von Ortonoro durch Dolchstiche ermordet worden. Zwei der Mörder meldeten sich hierauf beim englischen Kapitän Wilson, der sich als Werbeoffizier daselbst befindet, zur Aufnahme in die englisch-italienische Legion. Die Ortspolizei, davon in Kenntniß gesetzt, forderte durch den Telegraphen die Auslieferung der beiden Mörder. Kapitän Wilson verweigerte das Begehren unter dem Vorwande, die beiden Subjekte ständen bereits im britischen Dienst, und die sardinischen Behörden besäßen keine Jurisdiktion mehr über dieselben. Wirklich wurden die beiden Mörder nach Genua gebracht, um von hier aus eingeschifft zu werden. Jetzt schritten aber die genuesischen Behörden ein und verhafteten, auf alle Gefahr hin, die Missethäter, die sich also in den Händen der Gerechtigkeit befinden. So wenigstens wird dieser Vorfall von glaubwürdigen Personen erzählt. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Das Ausfuhrverbot von Zerealien aus Finnland, welches bisher nur Roggen, Hafer, sowie Mehl, Graupen und Malz dieser Getraidearten umfaßt hat, ist jetzt auch auf die Ausfuhr von Waizen, Waizenmehl und Kartoffeln ausgedehnt worden. (A. Z.)

Ein Ukas öffnet alle Gränzen des russ. Reiches allen Reisenden, welchen seit 1848 dieselben geschlossen gewesen.

Aegypten.

Alexandrien, 20. Januar. Den Beamten ist ein Abzug im Betrage eines Viertheils ihres Gehaltes für die Dauer von neun Monaten auferlegt worden. Halim Pascha, zum Generalgouverneur von Sudan ernannt, ist dahin mit großem Gefolge abgegangen. Er hat die Absicht, dort europäische Kolonien anzulegen. (T. D. d. Fr. Z.)

Asien.

Bombay, 2. Jan. Die Einverleibung von Audh in das Gebiet der ostindischen Kompagnie ist nahe bevorstehend. — Aus Shanghai wird das Falliment des Handelshauses Aspinwall Mackenzie u. Komp. mit mehr als 150,000 Pf. St. gemeldet.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 26. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Verhandlungen über die künftige Organisation der Donaufürstenthümer haben in Konstantinopel noch nicht begonnen; es handelt sich in diesem Augenblicke vielmehr um die Aufstellung eines Entwurfs, welcher dann den Berathungen zu Grunde gelegt werden soll. Lord Redcliffe hat nun zwar einen solchen vorgelegt, derselbe dürfte jedoch kaum allgemein angenommen werden, wenigstens ist es gewiß, daß man diesseits eine Modifikation desselben beantragt und sich hier über mit Frankreich bereits ins Einvernehmen gesetzt hat. Oesterreich will gleich den übrigen Mächten die Vereinigung der beiden Fürstenthümer in Einen Staat, und das Verhältniß desselben zur Pforte so wie die Regierung desselben nach dem Muster Serbiens festgestellt wissen. Gegen die Einführung einer Repräsentativ-Verfassung mit zwei Kammern hat es sich auf das entschiedenste ausgesprochen, und wird einen solchen Vorschlag gewiß niemals unterstützen. — Rücksichtlich der innern Verwaltung beantragt Oesterreich die Einführung von Maßregeln, welche die Steuerkraft des Landes zu heben geeignet sind, nämlich eine den Anforderungen der Humanität entsprechende Regelung des Unterthanenverhältnisses, die Ablösung der Robot und das Aufhören der Leibeigenschaft unter was immer für einer Form. Endlich, und dies ist einer der wichtigsten Punkte, die Aufhebung des Gesetzes, welches jedem Fremden verbietet, Grund und Boden in den Donaufürstenthümern zu besitzen.

Wien, 26. Januar. Die österreichischen diplomatischen Agenten haben dem Vernehmen nach die Weisung erhalten, Alles, was (in Pariser Korrespondenzen) von einer angeblichen Uebereinkunft für eine Rekonstituirung Polens unter einem österreichischen Erzherzoge (im Falle einer Fortsetzung des Krieges) gesagt worden, förmlich zu desavouiren. (Fr. Postz.)

London, 25. Jan. Die „Times" theilt in einer zweiten Ausgabe nach einem Schreiben aus Wien mit, England werde auf die Entwaffnung der Ostküsten des schwarzen Meeres dringen; Rußland habe sich übrigens zur Zulassung der Konsuln und zum Nichtwiederaufbaue Bomarsund's bereit erklärt.

London, 28. Jan. Nach der „Morning-Post" beginnen die Konferenzen in ungefähr drei Wochen in Paris, welchen Ort England und Rußland proponirten. Clarendon und Cowley sind als Repräsentanten Englands ernannt. (T.D.d.Fr.Bl.)

Aus dem Orient.

* Konstantinopel, 14. Jan. Die Differenz zwischen dem Kriegsminister und der französisch-englischen Anlehens-Kommission ist beigelegt. Mohamed Ruschdi-Pascha hat der Nothwendigkeit nachgegeben und die geforderten Nachweise geliefert, sowie auch angeordnet, daß für die Folge alle Rechnungen der Kommission werden sollen. — Halil Pascha, der

vom Gouvernement zu Omer Pascha nach Redul-Kale geschickt wurde, ist seit zwei Tagen von seiner Mission zurück. Er gab ziemlich befriedigende Aufschlüsse über den Zustand der Armee in Mingrelien. Er kündigte auch das demnächstige Eintreffen Omer Pascha's in Konstantinopel an, der in Urlaub dahin zu gehen beabsichtigt.

* Konstantinopel, 15. Januar. Ein Schreiben aus Kinburn vom 7. sagt, daß die Russen alle 8 Tage einen Angriff auf den Platz ankündigen, jedoch sich nicht blicken lassen. Die Kälte war dort erträglich (zwischen 5—10 Grad), viel Schnee, aber kein Wind. — Ein Theil des Gepäcks und des Gefolges Omer Pascha's ist am 14. Abends in Konstantinopel eingetroffen; er selbst wird demnächst erwartet. Es scheint nun gewiß, daß ihn die Regierung zur Rechenschaft über seine letzte Expedition ziehen wird. — Das diplomatische Diner, welches Herr Thouvenel, der französische Gesandte, am 14. gab, machte sich nur durch Einen Vorfall bemerklich, nämlich: — daß Lord Redcliffe nicht auf sich warten ließ und zur rechten Zeit kam. —

Aus Rußland.

Das neue Staatsanlehen von 600,000 Rubel Silber für Rechnung Finnlands, welches gegen zinstragende Obligationen im Lande aufgenommen werden soll, zur Bestreitung der außerordentlichen Kriegskosten für das gegenwärtige Jahr, ist seit Jahresfrist das zweite Anlehen, welches die Finanzen Finnlands belastet. — Diese Maßregel wird schwerlich dazu beitragen, das russ. Regiment in unserem Lande populärer zu machen. Die große Zahl von Beamten und Militärs, die zum neuen Jahre mit russischen Orden dekorirt worden sind, mögen vielleicht anderer Meinung seyn; aber im Volke selbst empfindet man es tief, wie allmählig nicht bloß der materielle Ruin des Landes sich nähert, sondern auch der Bewegung des Gedankens immer engere Schranken gesetzt werden.

Fürst Gortschakoff, bisheriger Oberbefehlshaber der russischen Heere in der Krim, ist am 24. Jan. in Petersburg eingetroffen. (Fr. J.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 28. Januar. Für die meisten österr. Fondsgattungen, Kredit-Aktien und Staatsbahnaktien, so wie für Anlehensloose und Darmstädter Bankaktien wurden bei sehr belebtem Umsatz bedeutend höhere Kurse bewilligt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 88¼ P. 88 G.
" 5pCt. Metall. alte 79¾ P. 79½ G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. — P. 85½ G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81 P. 80¾ G.
" 4½pCt. " 70¾ P 70½ G.
" 4pCt. " 63½ P. 63 G.
" 3pCt. " 49 P. 48½ G.
" 1pCt. " 16 P. 15¾ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1095 P. 1090 G.
Oesterreichische Credit-Actien 128 P. 127¾ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 225 G.
" 250 " " von 1839 — P. 128 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 97¼ P 97 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 257½ P. 255½ G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
" 4½pCt. " 101 P. 100½ G.
" 4pCt. " 94¾ P. 94¼ G.
" 3½pCt. " 86½ P. 86 G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 95 P 94½ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 154½ P. 154 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142 P. 141½ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 89 P. 88½ G.
Würtlemberg 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 3½pCt. " 89¼ P. 88¾ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89¼ P. 88¾ G.
Badische 50 fl. Loose 80 P. 79½ G.
" 35 " " 47½ P. 47¼ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 4pCt. " 99¾ P 99¼ G.
" 3½pCt. " 93¾ P. 93¼ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 111 P. 110½ G.
" " 25 " " 35¾ P. 35½ G
Darmstädter Bankaktien 319 P. 317 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39¼ P. 39 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 57¾ P. 57¼ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 91½ P. 91 G.
Nassauische 25 fl. Loose 29¼ P. 29 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
" 3½pCt. " alte 93 P 92½ G.
" 3½pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 119½ P. 118⅝ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 322 P. 320 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 78½ P. 78 G.
Polen 500 fl. Partial — P. 85 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 37½ P. 37¼ G.
" 1pCt. neue 23⅛ P. 23 G.
Holland Integrale 65 P. 64½ G.
" Certificats 4pCt. — P. 93¾ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 42½ P. 42 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118⅞ P. 118⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k S 100⅞ P 100⅝ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% 100⅝ P 100⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 93⅝ P. 93⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 96¼ P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝ P. 93⅜ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅝ P 88⅜ G.	Wien fl. 100 C. k S. 111⅞ P. 111⅝ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 111⅜ P. 111⅛ G.

Disconto — P. 3½ pCt. G.

London, 19. Jan. Die Friedensnachrichten und stärkere Frage für den Kontinent haben dem Zuckermarkt größere Festigkeit gegeben und Preise sind in entschiedener Steigerung begriffen. Der Vorrath ist hier auf 45,032 Tons, gegen 73,324 Tons zur selben Zeit in 1855 gestiegen. Schwimmende Ladungen werden ebenfalls höher gehalten. Die Aernte in Louisiana wird auf höchstens 275,000 Oxhoft geschätzt, in Portorico erwartet man, daß Preise mit d. 4½ a 5, vielleicht ¼ a ½ d. höher, eröffnen. Der Export von Fernambuco hat im vorigen Jahre 11,216 Tons, gegen 4621 in 1854, betragen. Heute sind 22,000 Sack Manilla Moskovados zu 37 sh., 1660 Sack Mauritius zu 33 sh. a 37 sh. 6 d. verkauft.

Cacao sind gestern ca. 3000 Sack Guyaquil zu 49 sh. 6 d. a 50 sh. begeben.

Ordinaire Kaffee's sind flau, gute preishaltend, ord. bis gut naliv 50 a 52 sh., Domingo 48 a 51 sh., Brasil ord. bis reell ord. 39 a 44 sh.

Reis ist 6 d. a 1 sh. 6 d. gewichen. Vorrath 13,613 Tons gegen 5842 Mitte Januar 1855.

Cassia Lignea sind 150 Kisten zu 128 a 134 sh. verkauft.

Piment hat sich nicht ganz behauptet, mittel bis fein 4¾ a 4⅞ d. Schwarzer Pfeffer gefragt, Singapore 5¼ d., weißer 7 a 7¼ d.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 27. Januar. Die Mozartfeier, gestern Abend gleichzeitig von der Hofbühne und der Hofkapelle begangen, versammelte im kal. Odeon und im kgl. Hoftheater ein überaus zahlreiches, kunstsinniges Publikum. Die Hofkapelle, unter Mitwirkung der ersten Gesangskräfte unserer Oper und eines zahlreichen Chors dilettirender Sänger und Sängerinnen, hatte in höchst sinniger Weise ein seltenes Bouquet der duftigsten Blüthen aus dem Zaubergarten des unsterblichen Meisters vorangeschickt, welchem sein letztes und größtes Werk — das Requiem — folgte. Im königl. Hoftheater wurde an diesem Abend zum Erstenmale das Künstlerlebensbild: „Mozart" v. Wohlmuth gegeben; das Haus war in allen Räumen gefüllt, und König Max bis zum Schlusse anwesend. (Augsb. Abdz.)

° Paris, 27. Jan. Gestern gegen 10 Uhr Morgens fand sich ein Schiffsmann bei dem Polizei-Kommissär von „Ile de Roi", einer Dependanz des Schlosses Neuilly, ein und brachte, unter dem sichtbaren Eindrucke der größten Aufregung, Folgendes vor: Vor ungefähr 2 Stunden befand ich mich am Ufer der Seine, als ein Wagen anfuhr, aus welchem 6 sehr gut gekleidete Herren, deren 3 das Band der Ehrenlegion trugen, ausstiegen. Sie schienen sehr vergnügt. Mein Freund, sagte einer von ihnen zu mir, indem er auf mein am Ufer befestigtes Boot wies, willst Du uns auf die Insel überfahren? Mir war dies natürlich ganz recht, und 10 Minuten darauf stiegen die Herren auf der Insel an's Land. — Nun wurden sie mit einem Male ernster. — Ich wollte mich entfernen, aber sie befahlen mir zu bleiben, und während mich zwei von ihnen bewachten, blieben die Uebrigen hinter einer dichten Baum-Gruppe. — Es handelte sich um ein Duell: ich sah ihre Degen, ich hörte ihr Klirren während des Kampfes, der nur kurz war, und kurz darauf trug man einen der Kämpfenden in mein Boot. — Er war von einem Degenstich in die Brust getroffen und mit aus seiner Wunde strömendem Blut bedeckt. — Nach einigen vernommenen Worten — fügte der Bootsmann bei — ist dieses Duell Folge eines auf dem letzten Opern-Balle entstandenen Streits. Die Herren schienen mir Militärs zu seyn. Ich brachte sie über die Seine zurück; sie legten die Leiche in den Wagen und fuhren nach Paris zurück. — Die vom Polizei-Kommissär sofort eingeleiteten Untersuchungen haben bis jetzt kein Resultat ergeben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 30.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 30. Januar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 28. Jan. Wie man heute in den Kreisen der Kammermitglieder vernimmt, ist nunmehr die Zurückziehung des Gesetzentwurfs in Betreff der Gerichtsorganisation höhern Orts definitiv genehmigt, und sieht man einer neuen Regierungsvorlage bezüglich dieser hochwichtigen Angelegenheit entgegen, von deren glücklicher Lösung ein ferneres günstiges Resultat des dermaligen Landtags abhängt.*) — Die Berathungen des neuen Eisenbahn-Gütertarifs sind beendet, und sollen zu einem allgemein befriedigenden Resultat geführt haben. Man glaubt der Publikation des neuen Tarifs binnen Monatsfrist entgegensehen zu dürfen. (A. Z.)

Se. Maj der König Ludwig hat dem Markte Waldkirchen, k. Landgerichts Wolfstein, 500 fl. für Gründung eines Krankenhauses überwiesen. (B. Bl.)

Preußen. Berlin, 27. Januar. Interesse erregt folgendes Eisenbahnprojekt. Es wird nämlich die kleine Stadt Kattowitz in Oberschlesien als diejenige Station bezeichnet, von der aus eine neue Schienenstraße nach der russischen Gränze angelegt werden soll, also in einer Richtung, die österreichisches Gebiet nicht berühren würde. Jene Bahn hätte eine Länge von nur vier Meilen und erforderte eine Summe von einer Million Silberrubel. Rußland soll diesen Plan fein nennen. (Fr. Pst.)

Baden. Karlsruhe, 27. Jan. Am nächsten Dinstag wird die 2 Kammer über das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten berathen und bei dieser Gelegenheit die deutsche Frage einer Erörterung unterziehen. Die in dem Kommissionsbericht darüber enthaltene Stelle lautet folgendermaßen: „Wir können diese Position (Bundeskosten) nicht verlassen, ohne in Uebereinstimmung mit den Volksvertretungen unserer Nachbarstaaten einen in jede deutsche Brust unauslöschlich eingegrabenen Wunsch auszusprechen, den Wunsch nämlich: durch eine Reorganisation der Bundesgewalt die Einheit und damit die Macht unseres großen Vaterlandes zu stärken, welcher in seiner Geschichte und der Bildungsstufe des Volkes die Berechtigung findet und durch die materiellen Interessen des Handels und der Industrie dringend gefordert wird. Wir verkennen keineswegs die Schwierigkeiten, welche der Realisirung dieses Wunsches entgegenstehen; wir geben uns aber gern der Erwartung hin, Gr. Regierung werde, in richtiger Würdigung der unausgesetzten Gefahren, welche bei jeder kriegerischen Katastrophe die staatlichen Zustände Deutschlands in Frage stellen, zur Erreichung jenes Zieles, so viel in ihrer Macht steht, beizutragen sich verpflichtet fühlen." (Schw. M.)

*) Nach dieser sollen, wie dem „Nürnb. Korr." gemeldet wird, Notariatsbeamte kreirt werden.

Schweiz.

Bern, 25. Januar. Die Universität Basel hat auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Nationalökonomie und Statistik an dortiger Hochschule den Dr. Erwin Hasse, Privatdozent in Bonn, ernannt. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 26. Jan. General della Marmora empfing vorgestern aus den Händen der Königin das Großkreuz des Bathordens.

London, 26. Januar. Wie der „Advertiser" aus guter Quelle wissen will, beabsichtigt die Regierung gleich zu Anfang der Session eine Bill einzubringen, die den Zweck hat, den Ertrag der Einkommensteuer um 1,500,000 bis 2,000,000 L. jährlich zu vermehren. Die höchst unbeliebte Steuer ist durch den Krieg ohnehin jetzt schon auf das Doppelte hinaufgeschraubt, und zugleich auf das ärmliche Einkommen von 100 L. jährlich ausgedehnt worden. Möglich, daß die Maßregel ein Schreckschuß seyn soll, um den Eifer der Kriegspartei zu dämpfen.

Mozart.

IV.

Im Jahre 1768 kam die Familie Mozart abermals nach Wien. Am Hofe Josephs II. wurde ihnen die schmeichelhafteste und ausgezeichnetste Aufnahme zu Theil. Die einflußreichsten Personen, wie der Graf Kaunitz, der Herzog von Braganza, Fräulein v. Guttemberg, die Günstlingin der Kaiserin Mutter, und auch Metastasio schienen sich lebhaft für sie zu interessiren. Und dennoch wurde der diesmalige Aufenthalt in Wien für die Familie eine fortgesetzte Kette von Unannehmlichkeiten, Plackereien und Täuschungen. Wolfgang hatte nahezu das Kindesalter hinter sich, ein Alter, das so ganz geeignet ist, wohlwollende Gesinnungen zu erwecken, und welches selbst den Neid entwaffnet. Der junge Mozart kam als ein Musiker von zwölf Jahren in eine Stadt, die bis zu den Dachstuben mit Klavierspielern und Komponisten angefüllt war. Dieser junge Mensch von drei ein halb Fuß Höhe stellte sich bereits den ersten Künstlern an die Seite und zeigte sich als der stärkste Improvisator seiner Zeit Nur zu sichere Anzeichen waren vorhanden, daß er mit der Zeit noch mehr als dieses werden würde. Daraus erklärte sich hinreichend die Unruhe im Lager der gewerbsmäßigen Musiker, die gegen den gemeinschaftlichen Feind den gegenseitigen Haß und die heimischen Eifersüchteleien bei Seite setzten. Alle vereinigten sich gegen einen Feind, der ihnen ihr bereits schon sehr knappes Brod vollends zu rauben drohte. Weil nun die würdigen Herren die Thatsachen nicht in Abrede zu ziehen vermochten, so gaben sie sich gegenseitig das Wort, alles Zusammentreffen mit den Mozarts zu vermeiden; die Folgen davon ergaben sich dann von selbst, denn wenn man einen derselben aufforderte, seine Meinung über den jungen Menschen auszusprechen, so bedauerte er zuerst leichthin, ihn noch nicht gehört zu haben, lächelte sodann fein und machte sich über die Modewelt lustig. Dann vertraute man unter dem Siegel der Verschwiegenheit, daß der Vater ein sehr gewandter Charlatan und der Sohn ein trefflich abgerichtetes kleines Geschöpf sey, um damit Geld zu verdienen und Andern einen blauen Dunst vorzumachen. L. Mozart kam aber dieser Taktik auf die Spur, und es gelang ihm, durch einen Meisterstreich sie zu Schanden zu machen. Er erfuhr, daß einer der Angesehendsten unter den Verschworenen in einem sehr zahlreichen Kreise von Musikliebhabern ein Konzert von seiner Komposition, das noch Manuskript, und als das non plus ultra von Schwierigkeiten zum Voraus angekündigt und ausposaunt worden war, zu spielen beabsichtige. Was that nun unser schlauer Salzburger? Er ging in das Haus des Musikfreundes, in welchem die Produktion stattfinden sollte, und bot ihm die Dienste seines Sohnes für den festgesetzten Abend, jedoch mit der ausdrücklichen Bedingung an, daß er Niemandem ein Wort davon sagen dürfe. Der Andere, welcher in diesem Anerbieten nur ein vermehrtes Vergnügen für seine Gäste erblickte, nahm dasselbe mit Freuden an. Am festgesetzten Abende erscheint der vermeintliche Held des Festes in dem selbstzufriedenen Bewußtseyn des sicher zu erwartenden Bei-

Frankreich.

Paris, 25. Jan. Die Studentenkravalle in der Sorbonne haben die Regierung veranlaßt, das Reglement vom Jahre 1825 über die Disziplin und die Polizei der Fakultäten aus der Rumpelkammer der Archive hervorzuholen. Dieses Reglement war damals, und ist ohne Zweifel auch heute den Professoren lästiger als den Studenten, denn jene wußten und wissen es immer so einzurichten, daß ihre Vorlesungen nicht bloß von Studenten, sondern auch von „benevolenten" Zuhörern, d. h. von ihren Freunden und Anhängern besucht und beklatscht werden. Um 2—3 bei den Studenten mißliebige Professoren gegen Manifestationen zu schützen, hat man allen Professoren die Hälfte, manchen bis vier Fünftel ihres Auditorium geraubt. Die ein wenig beliebten Professoren haben hier gewöhnlich ein drei- bis viermal so starkes Auditorium, als ihre Studentenzahl beträgt, und sie legen auf dieses Auditorium, eben weil es ein freiwilliges ist und von ihrer Beliebtheit zeugt, und weil es aus den verschiedensten Ständen besteht und ihren Ruf über das Quartier Latin hinausträgt, oft mehr Gewicht, als auf das obligate Studenten-Auditorium. Jene freiwilligen Zuhörer sind aber seit 2—3 Tagen ganz verschwunden, theils aus Oppositionsgeist gegen die Regierungsmaßregel, theils weil nur wenige derselben sich der lästigen Förmlichkeit der Einschreibung und der Kartenlösung unterwerfen wollen. (Schw. M.)

Paris, 26. Januar. Der Maler Aloph hat von Louis Napoleon den Auftrag erhalten, die Sitzung des Kriegsraths zu malen, dem der Kaiser präsidirt hat. Dieselbe soll gravirt und dann verkauft werden. Sehr merkwürdig ist es, daß der nämliche Maler zu gleicher Zeit den Befehl erhielt, ein Gemälde anzufertigen, dessen Gegenstand der Friedenskongreß ist, der in Paris stattfinden wird. (Ist das schon gewiß?) — Im Artillerie-Museum sieht man seit Kurzem das an der Alma erbeutete Portefeuille Mentschikoffs und eine der in der Ostsee durch unsere Seeleute emporgehobenen Höllenmaschinen von Jakobi. — Professor Nisard hielt heute Vorlesung; nur wenige Zuhörer waren da. Die meisten Studenten haben es vorgezogen, sich die vom Unterrichtsminister vorgeschriebenen Karten nicht zu holen. Als der Professor nach Hause ging, folgten ihm etwa 300 Studenten, ohne jedoch irgend einen Exzeß zu begehen. Die Stadtsergeanten folgten ebenfalls und versperrten bald der Studentengruppe den Weg. (Köln. Z.)

Paris, 26. Jan. In den Hofkreisen unterhält man sich seit mehreren Tagen von nichts, als von einem tragischen Ereigniß, das einem der schönsten Offiziere der kaiserlichen Leibgarde (cent-gardes) das Leben gekostet hat. Auf einem Balle, wozu viele Militärs eingeladen waren, hatte derselbe von einem Marinelieutenant eine etwas unsanfte Berührung erfahren und sich lebhaft darüber umgekehrt; allein da es ganz zufällig geschehen war, so hat dieser sofort aufs Höflichste um Entschuldigung. Der Hundertgarde glaubte die wohlgemeinten Erklärungen seines Waffengefährten von der Flotte nicht annehmen zu müssen. Dieser kam selbst des andern Morgens zu ihm, um ihm das Gesagte nochmals zu wiederholen und ihm auseinander zu setzen, wie wenig der Vorfall ernsterer Folgen werth sey, und man konnte die Sache abgethan glauben; allein kurze Zeit darauf mußte der Marineoffizier hören, daß sein Gegner seinen Schritt als Muthlosigkeit ausgelegt und ihn in die übelste Nachrede gebracht hatte. Sofort begab er sich wieder zu ihm, nahm alle seine Entschuldigungen zurück und führte so ein Duell herbei, in welchem er den Hundertgarden mit dem Degen, der durch und durch ging, niederstach. (Dies ist wohl das Duell, dessen wir gestern erwähnten. D. Red.) Dies geschah vor drei Tagen. Die Leiche wurde vorgestern vom Val de Grace aus, wohin sie zur Leichenschau gebracht worden war, beerdigt. Da die Hundertgarden von jeher im Rufe der Duellsucht stehen, so erwartet man scharfe Weisungen von oben. (Schw. M.)

Spanien.

Madrid, 26. Jan. Ein Tumult, der in Valencia ausbrach, wurde alsbald unterdrückt. (Fr. Journ.)

Aegypten.

⊙ Von der ägyptischen Regierung war bekanntlich ein Verbot der Getraide-Ausfuhr ausgegangen. Nach einem kürzlich erlassenen Zirkular derselben jedoch ist mit Rücksicht auf die vom Vizekönig in Ober-Aegypten gemachten Wahrnehmungen, daß die Besorgnisse wegen eines ungenügenden Ausfalls der nächsten Ernte nicht begründet sind, und kein Anlaß vorliegt, die Ausfuhr von Waizen und Mais zu beschränken, jenes Ausfuhrverbot wieder aufgehoben worden.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

╳ Berlin, 28. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Man findet in der letzten Zeit in der Presse die widersprechendsten Angaben über die Situation, wie sie sich seit der Annahme der Friedenspropositionen durch Rußland herausgestellt hat. Von der einen Seite kann man von der Besorgniß nicht lassen, daß die seitdem gesteigerten Forderungen Englands die Veranlassung zur Fortsetzung der Feindseligkeiten werden können, da Rußland schwerlich geneigt sey, solche Forderungen zu erfüllen. Auf der andern Seite mißt man den Gerüchten (ob mit Recht oder Unrecht) Glauben bei, nach welchen von den kriegführenden Staaten aus Befehle an die Feldherren erlassen worden seyen, die Feindseligkeiten auf 3 Monate einzustellen. Immerhin glaubt man noch zu der Annahme berechtigt zu seyn, daß die Acceptirung der Friedenspropositionen durch Rußland zu einer friedlichen Verständigung führen wird. Dagegen ist es wohl zu weit gegriffen, wenn man schon an das Eintreten eines Waffenstillstandes denken will. Zunächst würde es hierzu doch der Unterzeichnung des Präliminar-Vertrags bedürfen. Diese ist aber noch nicht erfolgt und steht erst zu erwarten. Die Situation seit den letzten acht Tagen ungefähr hat sich bis jetzt in keiner Weise geändert.

Berlin, 27. Jan. So friedenslustig auch unsere Börse hantiert und so hoch die Kurse hinaufgehen, so bilden die Bedenken der Weiterblickenden doch fortgesetzt denselben dunkeln Hintergrund. Wie es scheint, ist in Petersburg selbst keines-

---

falles. Bereits liegt das Manuskript auf dem Pulte; schon haben sich die Liebhaber um das Klavier gruppirt und warten mit gespannter Aufmerksamkeit auf den bevorstehenden Genuß. Der Professor setzt sich, räuspert und schnäuzt sich. In diesem Augenblicke wird die Thür geöffnet. — Ohne Zweifel ein Gast, der sich verspätet hatte. Welche Ueberraschung, welche Hinterlist! Es ist der gefürchtete Salzburger, er selbst, der Geist Banquo's bei Macbeth's Mahle. Jetzt gab es keine Möglichkeit ihm zu entgehen. Der Herr des Hauses, der nichts ahnte, drückt sein Vergnügen aus, das ihm zu Theil werde, zwei so ausgezeichneten Virtuosen Gelegenheit zu verschaffen, sich gegenseitig kennen zu lernen. Man sagt sich die schmeichelhaftesten Dinge, wie man es stets bei solchen Gelegenheiten zu halten pflegt. Während aber der Wiener Professor und L. Mozart sich in Artigkeit erschöpfen, geht Wolfgang, der in seinem Leben nie lernte, Komplimente zu drechseln, auf die Hauptsache, das heißt, auf das Klavier zu, und spielt das Konzert vom Blatte weg, und zwar wie eine Kompositien, die man zuvor mit allem Fleiße für den öffentlichen Vortrag einstudirt und auswendig gelernt hat! Um aber dem Komponisten des Konzerts Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, müssen wir berichten, daß sein Gewissen, durch die Bewunderung erweckt, sein Uebelwollen nicht länger mehr die Oberhand behalten ließ. Er konnte nicht umhin, öffentlich zu bekennen: „daß er als ehrlicher Mann eingestehen müsse, daß dieses Kind der größte Meister sey, der jetzt auf der Welt lebe. Er habe es zuvor nicht glauben können."

Auf dem Wege nach Paris hatte Mozart, den bei dieser Reise die Mutter unter ihre Fittige genommen, sich mehrere Monate in Mannheim aufgehalten. Er hatte nämlich in Mannheim die Bekanntschaft eines Beamten, Hrn. Webers, gemacht, der eine Tochter von fünfzehn Jahren hatte, welche einen tiefen Eindruck auf sein Herz machte. Aloisia Weber, die später unter dem Namen einer Madame Lange sehr berühmt wurde, war dazu bestimmt, eine der größten Sängerinnen ihrer Zeit zu werden. Auch er war der jungen Dame nicht gleichgültig. Ihr Vater sah die wachsende Neigung der jungen Leute nicht ungern, indem er die daraus entstehenden glücklichen Folgen berechnete. Zu welchen Erwartungen berechtigte die Aussicht, wenn Mozart seine goldene Feder Aloisia weihte, während die herrliche Stimme derselben Mozart eine seiner Schöpfungen stets würdige Ausführung versprach; auf welche Triumphe durfte Eines durch das Andre hoffen! Allein die Herzensangelegenheiten ordnen sich nicht immer so rasch als man wünscht. Mademoiselle Weber ärntete damals die Dukaten noch nicht in der Menge, wie zehn Jahre später; Mozart hatte ebenfalls fast ganz leere Taschen, eine Gewohnheit, die ihm, obgleich ganz gegen seinen Willen, sein ganzes Leben nachging; überdies mußte er nach Paris, in der Hoffnung, daß er dort diese fatale Gewohnheit ablegen sollte. Die Befehle von Salzburg aus waren, was diesen Punkt anbelangte, unwiderruflich, und so trennte man sich unter den bei solchen Veranlassungen üblichen Gemüthsbewegungen und Versprechungen. Wenn wir der Sage Glauben

wegs eine allzugroße Nachgiebigkeitsneigung vorhanden, dagegen um so mehr die längst genährte Hoffnung, daß es gelingen werde, das westmächtliche Bündniß zu lockern und zu sprengen, England zu isoliren, Frankreichs und Oesterreichs Friedensfreundlichkeit aufs Beste zu benützen. Wie die Petersburger Hofpresse schon längst die Franzosen nicht allein schont, sondern ihnen sogar schmeichelt, so fährt sie jetzt damit im höheren Style fort, indem sie die Engländer zugleich um so mehr verhöhnt und lächerlich macht. Ihre deutschen Kameraden helfen dabei nach und das Benehmen der französischen abhängigen Zeitungen ist wohl geeignet, die Erwartungen der russischen Partei zu nähren. Es wird aufs Bestimmteste versichert, daß Louis Napoleon den Frieden will, und daß die letzte räthselhafte Veröffentlichung des „Moniteur" über die Pflichten des Senats darauf hinaus gebe, zur rechten Zeit dies napoleonische, zu aller Zeit willfährige Institut zu Friedensrathschlägen im Namen der Nation zu benutzen. Man sucht sich jetzt auch in dieser Weise die außerordentliche Neigung des französischen Kaisers zu Oesterreichs jungem Herrscher zu erklären, so auch den Schirm, welchen die österreichische Politik zu jeder Zeit in Paris fand*); und wie ich schon andeutete, findet die Aussicht auf eine neue kontinentale Allianz so viele warme Anhänglichkeit, wie dies den Zuständen, in denen wir uns befinden, und den Plänen der herrschenden Partei gemäß ist. (Z. f. Nd.)

Aus Wien, 24. Jan., wird den „Hamb. Nachr." geschrieben: „Es ist schon bemerkt worden, daß Rußland im Allgemeinen unterrichtet sey, was man auf Basis des fünften Punktes als „besondere Bedingungen" von ihm verlangen werde. Die drei Mächte haben sich in der That über die unter diesem Titel aufzustellenden Forderungen geeinigt und der Graf Esterhazy hat vor der Annahme der österreichischen Vorschläge dem Grafen Nesselrode darüber eine genaue Mittheilung gemacht. Es folgt daraus, daß die Ansicht der englischen Blätter, daß unter diesem Titel an Rußland noch weitere Forderungen gestellt werden könnten, unbegründet ist, und daß der fünfte Punkt nicht mehr Anlaß zu Schwierigkeiten als die übrigen geben könne. Der in demselben begriffenen Forderungen sind vier, darunter zwei zum Vortheile Schwedens, außerdem die Forderung, daß Sardinien in den Frieden eingeschlossen werde, und eine letzte von gleichfalls untergeordneter Bedeutung. Die Schwierigkeiten, welche das Friedensgeschäft noch finden kann, werden vielmehr ihren hauptsächlichen Anhalt an dem weiten Spielraum finden, den die ungenaue Bezeichnung des von Rußland abzutretenden Gebiets und die mit der Türkei abzuschließenden Verträge über die Zahl der beiderseits am schwarzen Meer zu haltenden Kriegsschiffe lassen."

Aus Berlin wird demselben Blatt geschrieben: „In dem Schreiben Nesselrodes vom 16. an den Grafen Esterhazy hieß es, Rußland nehme die Bedingungen an als einen Entwurf der Präliminarien und um unmittelbare Unterhandlungen zu veranlassen. England seinerseits hatte die Entwickelung des Punkts 5 in einer nach Wien gegangenen Note mitgetheilt mit der Einladung, die Forderung in Petersburg wissen zu lassen. Jetzt beklagt sich England über die unbestimmte Fassung der dahin zielenden Stelle in der Depesche des Grafen Buol vom 16. Dezember. Die Beschwerde wird aber die Unterzeichnung der Präliminarien schwerlich verhindern."

Rußland hat — wie wir aus guter Quelle vernehmen — zum Zeichen einer besonderen Aufmerksamkeit für den Kaiser Napoleon, für Paris als Ort des Friedenskongresses gestimmt. (Köln. Z.)

*) Die Geschichte von Napoleons absonderlicher Friedensliebe und von Englands absonderlicher Kriegslust wurde schon voriges Jahr von den Russenfreunden verbreitet, und hat sich damals als falsch erwiesen. Heuer wird sie in Rußlands Interesse von ihnen auf's Neue aufgewärmt und richtig wird sie wieder von Blättern aller Farben gläubig nachgebetet. Meinungsverschiedenheiten können natürlich zwischen zwei auch noch so befreundeten Regierungen nicht ausbleiben; ob solche auch über die Kriegs- und Friedensfrage zwischen England und Frankreich bestehen, wollen wir dahingestellt seyn lassen; keinesfalls aber werden sie, wie die Russenfreunde glauben machen wollen, so wesentlich seyn, daß dadurch ihr Bündniß in Gefahr käme, sich zu lösen. Wir für unsern Theil glauben übrigens, daß die Friedensliebe, welche in den amtlichen und halbamtlichen Kundgebungen der französischen Regierung zu Tage tritt, ein wohlberechnetes Manöver ist, das sie den Russen im vorigen Jahre abgelernt hat.

Aus Rußland.

Alexander Nikolajewitsch Lüders, der neuernannte Oberbefehlshaber der Südarmee, ist im Jahr 1790 aus einer deutschen, aber vollständig russifizirten Familie geboren, deren Mitglieder sich seit mehreren Generationen dem Kriegsdienst ihres adoptirten Vaterlandes gewidmet haben. Er trat schon 1807 in die Armee, machte den Krieg in Finnland und die Feldzüge von 1812 bis 1814 mit, und stieg, durch Konnexionen begünstigt, ziemlich rasch von Stufe zu Stufe, fand aber erst im polnischen Feldzug von 1831 Gelegenheit, sich besonders auszuzeichnen, indem er als Generalmajor und Befehlshaber einer Infanteriebrigade beim Sturm von Warschau musterhafte Umsicht und Tapferkeit bewies, und durch Wegnahme mehrerer polnischer Redouten zur Entscheidung beitrug. Dafür zum Generallieutenant befördert, fungirte er einige Jahre hindurch als Stabschef des zweiten Armeekorps, bis er 1838 an die Stelle des Generals Murawieff (des Eroberers von Kars) das Kommando über das fünfte Infanteriekorps erhielt. Als im Jahre 1843 eine Division desselben nach dem Kaukasus beordert wurde, führte Lüders, der um diese Zeit zum General der Infanterie avancirte, sie persönlich dahin, und nahm an allen Kämpfen der beiden folgenden Jahre, namentlich der Erstürmung von Dargo, Theil. Von einer längern, zur Herstellung seiner durch Kriegsstrapazen geschwächten Gesundheit unternommenen Reise nach Italien zurückgekehrt, trat er wieder an die Spitze seines jetzt in Bessarabien aufgestellten Korps, mit welchem er im Juli 1848 über den Pruth ging und in Verbindung mit Omer Pascha die Insurrektion der Rumänen in den Donaufürstenthümern erdrückte. Allgemeiner bekannt wurde Lüders durch seinen Feldzug in Siebenbürgen im Jahre 1849, wo er nach Forcirung des Rothenthurmpasses und zwei dem General Bem bei Schäßburg und Stolzenberg beigebrachten Niederlagen das

---

schenken dürfen, so wurden sogar auch einige Thränen vergossen. Der Abschied hielt sich aber in den Schranken des Pathetischen, denn man war von der gegenseitigen Treue überzeugt! Wie schade, daß ein, ganz nach allen Regeln angelegter Roman mit einer Mystifikation für den Leser endigte. Aloisia, welche von Tag zu Tage mehr Beifall an der Oper zu Mannheim einärntete, deren erste Zierde sie zu werden auf dem Wege war, schwelgte im Vorgenusse eines großen Rufes, und fand deßhalb nicht so viel Zeit, an Mozart zu denken, als sie gern gethan hätte. Bald darauf führten sie die politischen Ereignisse nach München, wohin sie Karl Theodor nachfolgte, der ungefähr um dieselbe Zeit den Kurhut von Bayern geerbt hatte, als Mozart aus Frankreich zurückkam. Weil er seine Schöne nicht mehr in Mannheim fand, so suchte er sie in München auf. Eine Abwesenheit von acht Monaten bringt zuweilen bei einer Primadonna bedeutende Gesinnungsänderungen gegen einen Freier hervor. Gleich beim ersten Besuche war das Schicksal des unglücklichen Liebhabers entschieden. Man erinnerte sich seiner kaum noch, die Bekanntschaft mußte förmlich erneuert werden. Es scheint, daß die kleine Gestalt unseres Heros, seine Magerkeit, seine lange Nase und vielleicht auch sein rothes Kleid mit schwarzen Knöpfen, das er nach der damals in Paris üblichen Mode wegen der Trauer um seine Mutter trug, einen durchaus ungünstigen Eindruck auf die junge Person machten, die ebensowohl vergeßlich, als auch unterdessen eine bessere Beobachterin geworden seyn konnte. Blick und Gruß zeigten Mozart deutlich an, daß er förmlich verabschiedet sey. Er faßte sich aber schnell, machte Aloisia weder Vorwürfe, noch erinnerte er sie an ihre Schwüre, sondern eilte, ohne ein Wort zu sprechen, an das Klavier, und sang mit klarer, vernehmlicher Stimme der treulosen Sängerin in's Ohr: „Ich laß das Mädel gern, das mich nicht will." (Aloisia heirathete später den Schauspieler Lange. Die Ehe wurde sehr unglücklich. Ihre Hauptglanzperiode fiel aber erst in die Zeit nach Mozart's Tode, dessen Kompositionen sie ihre schönsten Triumphe verdankte. Sie gestand auch später ein, daß sie seinen Genius nicht geahnt und früher nur den kleinen, unbedeutenden Mann in ihm gesehen habe.) Aloisia hatte eine Schwester, deren Name schon ein Unterpfand war, daß sie wenig moralische Aehnlichkeit mit der Sängerin hatte. Constanze sang gar nicht oder nicht viel, aber sie spielte Klavier. Mozart hatte ihr einige Lektionen gegeben; die Schülerin hatte Mitleiden mit dem Lehrer, und es ist eine bekannte Sache, daß vom Mitleiden zur Liebe nur ein Schritt ist. In Mozart's Wunsche lag es, sich mit der Familie Weber zu verbinden, und da es fünf Töchter in derselben gab, so war seiner Wahl immer noch ein großer Spielraum gelassen. Wenn ihm auch Aloisia entging, so konnte sie durch Constanze ersetzt werden; und so war es auch, denn einige Jahre nachher wurde Constanze Mozart's Frau.

---

ganze Land okkupirte, und in Dewu und Szibo 20,000 Ungarn mit mehr als hundert Geschützen zur Kapitulation zwang. Obgleich ihm in diesem Feldzuge meistens nur zwar tapfere, aber des Kriegshandwerks unkundige, schlecht organisirte und noch schlechter bewaffnete Landstürmler gegenüberstanden, und seinen Truppen daher der Sieg gar nicht schwer werden konnte, wurden seine Dienste doch sowohl von dem Kaiser von Oesterreich, als von seinem eigenen Monarchen durch außerordentliche Gnadenbezeugungen anerkannt; jener gab ihm das Komthurkreuz des Maria-Theresia-Ordens, dieser das Großkreuz des St. Georgen-Ordens zweiter Klasse mit dem Titel eines kaiserlichen Generaladjutanten. Bei Beginn der orientalischen Verwicklung wurde er mit seinem Korps unter den Oberbefehl des Fürsten Gortschakoff gestellt. Er ging am 24. März 1854 über die Donau, besetzte fast ohne Widerstand Matschin, Hirsova und den Trajanswall, und langte nach einem schwierigen Marsch und nachdem seine Vorposten bei Tschernawoda ein Scharmützel bestanden hatten, das die Fama in eine Generalschlacht verwandelte, glücklich vor Silistria an. Während der Belagerung dieser Stadt befehligte Lüders das Observations-Korps, welches bestimmt war, einen etwaigen Angriff von Seiten der Türken oder Alliirten zurückzuweisen; doch mußte er Krankheit halber bald darauf die Armee verlassen, was zu dem Gerücht von seinem Tod oder gefährlicher Verwundung Anlaß gab, welches damals durch alle Blätter ging. Seitdem kommandirte Lüders die Süd-Armee, und hatte in der letzten Zeit sein Hauptquartier in Nikolajew, wo er bei den Maßregeln thätig war, die zur Sicherung dieses Arsenals gegen einen feindlichen Handstreich getroffen wurden. General Lüders hat den Ruf eines kenntnißreichen und erfahrenen Militärs; indessen befindet er sich gegenwärtig in seinem 66. Jahr, und bei seiner Kränklichkeit und einer Augenschwäche, die ihn mit völliger Erblindung bedrohen soll, dürfte es zweifelhaft seyn, ob der tapfere Greis den Beschwerden eines Winterfeldzugs in der Krim gewachsen ist.

Das Gerücht von einem Aufstand in Petersburg ist auf den Börsen zu Paris und London gleichzeitig verbreitet gewesen. An der Spitze des Aufstands sollte der Großfürst Konstantin stehen, und es sollte die Bewegung veranlaßt seyn durch die allgemeine Unzufriedenheit über das schließlich doch erfolgte Eingehen des Kaisers Alexander auf das österreichisch-westmächtliche Ultimatum. Gleichzeitige Korrespondenzen aus Paris und London erklären das betreffende Gerücht aber auch schon für eine Börsenente. Dies gilt in Bezug auf das angebliche Faktum eines Aufstands; dagegen soll dem Vernehmen nach in einzelnen höheren Kreisen Petersburgs allerdings ein großes Mißbehagen über den vom Kaiser Alexander gethanen Schritt sich kundgeben. Dahin gehören besonders die kriegerischen Kreise, als deren Spitze bekanntlich der Großfürst Konstantin zu betrachten ist. Man wird sich, wenn man sich an die Stellung erinnert, welche diese Partei im ganzen Verlaufe der orientalischen Krisis den Ereignissen und ihrer Entwickelung gegenüber eingenommen hat, eben nicht darüber wundern können. Ob das Mißbehagen oder vielmehr der Widerwille, welchen man in diesen Kreisen gegen eine Verständigung mit den Westmächten auf Grund des vom Kaiser Alexander acceptirten Friedensprogramms hat, sich nach und nach bis zu einer mehr oder minder offenen Empörung steigern werde, das ist nun zwar zu bezweifeln, aber die Kriegspartei wird jedenfalls ihren ganzen Einfluß aufbieten, um das Friedenswerk scheitern zu machen.
(D. Allg. Z.)

Aus St. Petersburg ist die Nachricht eingetroffen, daß der General Lüders den Befehl erhalten habe, sich in das Hauptquartier der Halbinselarmee zu begeben. (Fr. Pstz.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 29. Januar. Für österr. Fonds, besonders für Bankaktien und span., dauerte die Kauflust fort. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 90 P. 69 3/4 G.
" 5pCt. Metall. alte 80 1/2 P. 80 1/4 G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. — P. 86 1/4 G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81 7/8 P. 81 5/8 G.
" 4 1/2pCt. " 71 1/2 P 71 1/4 G.
" 4pCt. " 65 1/4 P. 64 3/4 G.
" 3pCt. " 50 1/2 P 50 G.
" 1pCt. " 16 1/4 P. 16 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1130 P. 1125 G.
Oesterreichische Credit-Actien 129 1/4 P. 129 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 225 G.
" 250 " " von 1839 — P. 128 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 97 3/4 P. 97 1/2 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 259 1/2 P. 257 1/2 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101 3/4 P. 101 1/4 G.
" 4 1/2pCt. " 100 3/4 P. 100 1/4 G.
" 4pCt. " 94 3/4 P. 94 1/4 G.
" 3 1/2pCt. " 86 1/2 P. 86 G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 95 P 94 1/2 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 154 1/2 P. 154 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 141 1/4 P. 140 3/4 G.
Preussen 3 1/2pCt. Staats-Schuld-Scheine 89 P. 88 1/2 G.
Württemberg 4 1/2pCt. Obligationen 102 1/4 P. 101 3/4 G.
" 3 1/2pCt. " 90 P. 89 1/2 G.
Baden 3 1/2pCt. Obligationen von 1842 89 1/4 P. 88 3/4 G.
Badische 50 fl. Loose 80 1/4 P. 79 3/4 G.
" 35 " " 47 1/2 P. 47 1/4 G.
Grossh. Hessen 4 1/2pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
" 4pCt. " 100 P. 99 1/2 G.
" 3 1/2pCt. " 93 3/4 P. 93 1/4 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 111 P. 110 1/2 G.
" " 25 " " 36 1/4 P. 36 G.
Darmstädter Bankaktien 316 1/2 P. 314 1/2 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39 3/8 P. 39 1/8 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex Coup. 58 1/2 P. 58 G.
Nassau 3 1/2pCt. Obligationen 90 1/2 P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 P. 29 1/2 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 3/4 P. 85 1/4 G.
" 3 1/2pCt. " alte 93 P 92 1/2 G.
" 3 1/2pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 119 1/2 P. 119 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 322 P. 320 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 78 1/2 P. 78 G.
Polen 500 fl. Partial — P 85 1/2 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38 P. 37 3/4 G.
" 1pCt. neue 23 9/16 P. 23 7/16 G.
Holland Integrale 65 P. 64 1/2 G.
" Certificats 4pCt. — P. 93 3/4 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 42 1/2 P. 42 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118 3/4 P. 118 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120 P. 119 3/4 G.	Mail. i.S. Lr 250 k.S. 100 3/4 P. 100 5/8 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% 100 5/8 P. 100 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	Paris Frs. 200 k.S. 93 5/8 P. 93 3/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96 1/4 P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k.S. 93 5/8 P. 93 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88 5/8 P. 88 3/8 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 112 P. 111 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 111 1/2 P. 111 1/4 G.

Disconto — P. 3 1/2 pCt. G.

Wien, 28. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 85 7/8; 5Cpt. Met. 83 3/4; 4 1/2pCt. 73 1/4; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; dito von 1854 103 7/8; Bankaktien 970; Bank-Interimsaktien —; 5pCt lomb.-venetian Anlehen —; Nordbahnaktien 2365; Wechselkurse: Augsburg uso 108 1/4 P.; London 10.32 B. Geldkurs: Dukaten —.

Magdeburg, 25. Jan. Wir hatten diese ganze Woche mildes Frühlingswetter, fast täglich mit mehr oder weniger Regen, die Haltbarkeit des Eises hat auch schon bedeutend nachgegeben und noch eine solche vom Frost ununterbrochene Woche dürfte Eisgang und die Herstellung der Schifffahrt erwarten lassen. Das Getraidegeschäft geht schlecht, fast gar nicht, bei hohen Preisen halten Inhaber zurück, um möglichst nur den niedrigsten Preis anzulegen. Dieses fortdauernde Zurückhalten ist besonders dieses Jahr so auffallend, daß schon lange Zeit alle Getraideberichte stereotyp „ohne Umgang" lauten, was den Beweis liefert, daß keine Seite Neigung hat, sich zum Verkauf oder Einkauf zu drängen, auch nirgends woher Beziehungen rentiren, erst nach wieder hergestellter Schifffahrt ist Bewegung und Entschiedenheit zu erwarten. Hier an den Markt ist anfangs der Woche, wo die Wege noch fester waren, manches hereingekommen, was einmal da billiger erlassen werden mußte, zu Ende aber haben schlechte Wege und die rückgehenden Preise Zufuhren zurückgehalten.

Nichtpolitische Zeitung.

Hamburg, 21. Januar. Am vorigen Freitage soll der Eigenthümer des hiesigen Stadttheaters, Herr Sloman, einen Kontrakt mit dem zeitweiligen Direktor desselben, Herrn Sachse, abgeschlossen haben, wonach dieser auf 10 Jahre die Direktion auf eigene Rechnung übernimmt.

Wien. Auf Veranlassung des Gemeinderaths der Stadt Wien wird zur Säkularfeier der Geburt des Tondichters Mozart eine Festmedaille geprägt. Der Preis einer Medaille in Silber sammt Etui ist 10 fl., in Bronze sammt Kapsel 2 fl. — Das Reinerträgniß wird der Errichtung eines Denkmales für Mozart gewidmet. (Oest. P.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 31. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 31. Januar 1856

Deutscher Bund.

Frankfurt, 28 Jan. Die Bundesversammlung hat dem kurfürstlich hessischen Hauptmann Breithaupt für die von ihm erfundenen Shrapnellzünder wegen ihrer Vortheile und Vorzüge in Anwendung auf die Feldartillerie ihre volle Anerkennung ausgesprochen.

Bayern. München, 29. Januar. Der 1. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat auf die Anträge des Abg. Simmerl, „die Abänderung der Wechsel- und Merkantilgerichtsordnung vom 24 Novbr. 1785 und Einführung einer solchen für das Königreich betr.", beschlossen: „Es sey die Bitte an Se. Maj. den König zu bringen, im nächsten Landtagsabschiede folgende Abänderungen in der bayerischen Wechsel- und Merkantilgerichtsordnung vom 24. Novbr. 1785 mit Gesetzeskraft zu treffen und deren Anwendbarkeit auf alle da, wo die gedachte Gerichtsordnung in Kraft sey, nach Verkündung des Landtagsabschiedes neu anfallenden Wechsel- und Merkantilsachen auszusprechen: 1) die Berufung in Wechsel- und Handelssachen, in welchen der Gegenstand der Beschwerde in der Hauptsache 50 fl. nicht erreicht, ist nicht zuläßig. Gegenstände, deren Werth nicht angegeben oder anerkannt ist, welche aber eine Schätzung zulassen, werden nach den gesetzlichen Vorschriften über Schätzungen gerichtlich eingewerthet. 2) Selbständige Berufung findet in Wechselsachen nur gegen das Endurtheil, in Handelssachen gegen dieses und gegen diejenigen Zwischenbescheide statt, welche im §. 52 der Novelle vom 17. November 1837, einige Verbesserungen der Gerichtsordnung betr., unter Nr. 1 und 2, dann 4 bis 8 aufgeführt sind. 3) Die Berufung gegen alle nicht selbständigen appellablen Zwischenbescheide, sowie gegen einfache Erlasse ist mit der Berufung gegen das nächste in der Sache ergehende selbständig appellable Urtheil ohne vorgängige Verwahrung zu verbinden. 4) Gegen Beschlüsse, welche nur auf den Antrag des einen Theils ergangen sind, findet Remonstration bei demselben Gerichte statt. 5) Die Berufung in Wechselsachen hat eine aufschiebende Wirkung nur insoweit, daß bis zur höheren Entscheidung nur die Einantwortung oder Versteigerung der Exekutionsobjekte nicht stattfindet. 6) Will der Wechsel- oder Merkantilgläubiger die in Kap. X. §. 3 der Wechsel- und Merkantilgerichtsordnung vorgesehene Einantwortung der zu seiner Befriedigung eingeschätzten Gegenstände nicht, so hat er das, jedoch bei Vermeidung des Ausschlusses bereits mit dem Antrage auf Sperre auszuübende Recht, den gerichtlichen Verkauf dieser Gegenstände und seine Befriedigung aus dem Erlöse zu verlangen, wobei nach den Bestimmungen der §§. 78 bis 86 der Novelle vom 17. November 1837, einige Verbesserungen der Gerichtsordnung betreffend, zu verfahren ist. Wenn in diesem Falle der Erlös zur vollen Befriedigung des Gläubigers nicht hinreicht, so sind für den ungedeckt bleibenden Betrag weitere Habseligkeiten des Schuldners in Schätzung zu nehmen, ein allenfallsiger Mehrerlös aber gehört dem Schuldner."

** München, 30. Januar. (Privat-Korrespondenz.) **28. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die königl. Staatsminister der Justiz, des Aeußern und des Handels. Präsidium theilt mit, daß im 3. Ausschuß der Abg. Fürst Wallerstein zum Referenten über den Antrag des Abg. Tafel u. Cons. bez. des Gemeinde-Edikts in der Pfalz ernannt worden ist.

Zur Berathung gelangt der früher schon erwähnte Gesetzentwurf, „die Personalsteuer betr." Der Ausschuß beantragt die Annahme mit mehreren Abänderungen, auf die wir bei der speziellen Debatte zurückkommen. Die allgemeine Debatte eröffnet Referent Abg. Münch, indem er, wie in seinem Bericht, nochmals in Kürze die Gründe der Ausschußanträge erörtert.

Abg. Dr. Stauber a. Schweinfurt erklärt sich für den Ges.-Entw., der den Zweck habe, alles nicht schon besteuerte Einkommen zur Steuer beizuziehen. Redner führt aus, daß der Gesetzentwurf historisch und systematisch in die bisherige Steuergesetzgebung einpasse und schon deßhalb sich dessen Annahme nach den Anträgen des Ausschusses empfehle. Das bisherige Einkommensteuergesetz habe auch das schon durch eine andere Steuer belegte Einkommen nochmals besteuert. Richtig durchgeführt, werde das neue Gesetz keinen geringern Ertrag liefern; es werde durch den Gesetzentwurf eine gerechte Besteuerung erzielt werden.

Abg. Fürst Wallerstein erklärt, daß, wenn er während der Debatte nicht eines bessern belehrt werde, er gegen den Ges.-Entwurf stimmen werde. Es erscheint ihm bedenklich, Angesichts eines so großen Budget eine Steueränderung herbeizuführen, die einen bedeutenden Ausfall ergeben würde. Es würde, meint er, genügen, das bestehende Einkommmensteuergesetz durch einige Aenderungen zu verbessern, um begründeten Klagen zu begegnen. Durch den vorliegenden Ges.-Entwurf würden die niedern Schichten der Bevölkerung, selbst die nicht ansäßigen Taglöhner, mehr, die höheren Schichten geringer besteuert, was ihm nicht zusagen könne. Wolle aber die Kammer doch auf das Gesetz eingehen, so wären bedeutende Aenderungen nothwendig.

2. Sekretär Nar erklärt sich für den Gesetzentwurf. Das bisherige Gesetz habe zu vielfachen und gerechten Klagen Anlaß gegeben, der vorliegende neue Entwurf stelle eine viel gerechtere Steuer auf; er theile in dieser Beziehung ganz die Ansichten des Abg Stauber. Daß der neue Entwurf von der progressiven Besteuerung abgegangen sey, betrachte er als gerecht. Er stimme dem Gesetzentwurf mit einigen Aenderungen bei.

Abg. Trenkle ist für den Gesetzentwurf mit einigen Modifikationen. In seiner Gegend (Weißenburg in Mittelfranken) würde man gerne sich eine mäßige Erhöhung der Grundsteuer gefallen lassen, wenn nur die lästige Einkommensteuer wegfiele. Das bisherige Gesetz habe im Lande eine moralische Niederlage erlitten, das Aergste, das einem Gesetz passiren könne, und schon deßhalb müsse man es aufheben.

Abg. Rebenak ist der Ansicht, daß sich für Durchführung einer allgemeinen Einkommensteuer die nöthigen zweckentsprechenden Anhaltspunkte wohl finden ließen, empfiehlt aber dann die Einführung einer Repartitionssteuer, in der Art, daß das an den nothwendigen direkten Steuern fehlende „Soll" auf die einzelnen Kreise vertheilt und von diesen auf die Distrikte, von diesen wieder auf die Gemeinden ausgeschlagen würde. Redner will in dieser Beziehung noch keinen Antrag stellen, sondern abwarten, welchen Anklang sein Antrag finden werde.

Abg. Pfarrer Völk aus Türkheim (Schwaben) ist im Allgemeinen für den Entwurf. Es bleibe nach seiner Ansicht nach Lage der Sache nichts übrig, als entweder alle Spezialsteuergesetze aufzuheben, und allen Staatsbedarf durch eine allgemeine Einkommensteuer zu decken, oder den noch fehlenden Bedarf durch die Besteuerung des noch nicht durch eine Steuer betroffenen Einkommens zu decken. (Bei Postschluß war die allgemeine Debatte noch nicht zum Schlusse gelangt.)

** München, 30 Januar. (Privat-Korrespondenz.) Der 1. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat neuerlich folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Auf Vortrag des Frhrn. v. Bassus über den Antrag der HH. Abgg. Senestrey und Simmerl, „die Zulassung zum Armenrechte betr.“:

„I. Es sey der Antrag an Se. Maj. den König mit der ehrfurchtsvollsten Bitte zu bringen, zum zweckmäßigen Vollzuge der über das Armenrecht bestehenden Gesetze Allerhöchst verordnen zu wollen, daß 1. den Lokalpolizeibehörden eingeschärft werde, bei Ausstellung von Zeugnissen zur Erlangung des Armenrechtes mit der sorgfältigsten Gewissenhaftigkeit zu verfahren, 2) den Distriktspolizeibehörden sey der Auftrag zu ertheilen, bei Contrasignirung der lokalpolizeilichen Zeugnisse die Verhältnisse des Gesuchstellers auf Grund der Hypothekenbücher und anderer amtsnotorischen Daten genauest zu würdigen und deßhalb, wenn sie nicht zugleich Hypothekenämter sind, bei auf Grund oder Hausbesitz ansäßigen Parteien die Beibringung eines hypothekenamtlichen Zeugnisses oder eines Hypothekenbuchextraktes durch letzteres selbst zu fordern; 3) den kgl. Rentämtern sey die Weisung zu geben, den lokalpolizeilichen, von der Distriktspolizeibehörde kontrasignirten Zeugnissen ihr amtliches Wissen über die Vermögensverhältnisse beizusetzen; 4) die Gerichtsbehörden seyen anzuweisen, a. nur Zeugnisse anzunehmen, die von den gedachten drei Behörden in legaler Form ausgefertigt sind, und b. fernerhin die Bestimmungen im Cod. jud. cap. III. §. 8 wegen Bestrafung muthwilliger armer Parteien zu handhaben. II. Es sey die Bitte an die Krone zu bringen, den Kammern des Landtages ein Gesetz vorlegen zu lassen, wonach im Falle der Zulassung des Klägers zum Armenrechte die Stempel und gerichtlichen Taxen und beziehungsweise Einregistrirungsgebühren des Beklagten bis zum Ausgange des Prozesses vorzumerken und, im Falle der Kläger in die Kosten verurtheilt würde, dieselben nachzulassen seyen.“

2) Auf Vortrag des Frhrn. v. Freiberg über den Antrag des Abg. Dr. Völk: „die Revision der Normen über die Bestrafung der Aufschlagsdefraudationen und über das hierbei einzuhaltende gerichtliche Verfahren betr.“

„Es sey der hohen Kammer der Antrag an die Krone in Vorschlag zu bringen, es wolle eine Revision der Normen über die Bestrafung der Aufschlagsdefraudationen und über das hierbei einzuhaltende gerichtliche Verfahren vorgenommen und ein diese bezweckender Gesetzentwurf den Kammern wo möglich noch im Laufe des gegenwärtigen Landtags vorgelegt werden.“

Der 2. Ausschuß derselben Kammer hat auf Vortrag des Abg. Neuffer über den Antrag des Abg. Borst: „die Weinausgleichungsabgabe in Preußen und den Thüringen'schen Staaten betr.“, beschlossen:

„Es sey auf verfassungsmäßigem Wege bei Sr. Maj. dem König die allerunterthänigste trengehorsamste Bitte zu stellen, Allerhöchstdieselben wollen geneigte Fürsorge treffen lassen, daß bei der nächsten Zollkonferenz die von Preußen und andern Zollvereinsstaaten zur Erhebung kommende Ausgleichungsabgabe auf Wein einer Revision unterzogen und wo möglich beseitigt werde.“

Endlich hat der 3. Ausschuß derselben Kammer auf Vortrag des Abg. Förg über mehrere Anträge und Vorstellungen: „das revidirte Gemeinde-Edikt vom Jahre 1834 und damit zusammenhängende Materien betr.“, beschlossen:

I. „An Se. Maj. den König sey auf verfassungsmäßigem Wege die allerehrfurchtsvollste Bitte zu bringen: Allerhöchstdieselben möchten geruhen, durch den Landtags-Abschied mit Gesetzeskraft den Schlußsatz in § 105 des revidirten Gemeinde-Edikts in nachstehender Weise abändern zu lassen: Von den einschlägigen Landgerichten ist alljährlich eine summarische Uebersicht der bei denselben zur Revision eingekommenen und bereits revidirten Gemeinde- und Stiftungsrechnungen der Kreisregierung mit Bericht vorzulegen.“

II. „Der Antrag des Hrn. Abg. Fürsten v. Oettingen-Wallerstein: „Abänderung des §. 30 im revidirten Gemeinde-Edikte betr., sey im Hinblicke auf die inzwischen erschienene Ministerialverfügung vom 19. Dezbr. 1855, „die Einberufung der Gemeindevorsteher und Gemeinde-Ausschußmitglieder zu Amt betr.“, als erledigt zu erachten.“

III. „Bei der in Mitte liegenden Erklärung des k. Staatsministerium des Innern vom 14. Novbr. 1855, dahin lautend, daß eine Revision des Gemeinde-Ediktes, des Gemeinde-Umlagengesetzes und der hiemit verwandten Materien von der k. Staatsregierung beabsichtet werde, seyen verschiedene Anträge des Abg. Rabl, der von den Abgeordneten Kirchgeßner und Wolz angeeignete Antrag der Gemeinde Kreuzwertheim, Abänderung des Gemeinde-Umlagengesetzes vom 22. Juli 1819 betr., des Stadtmagistrats Nürnberg, des Fabrikbesitzers Hohenegger u. C. als erledigt zu erachten.“

IV. „Auf den Antrag des Fabrikbesitzers Kaspar Hohenegger, soweit er eine Abänderung des Distriktsraths Gesetzes betrifft, sey nicht einzugehen.“

Das k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten hat die Einführung von Gewerbe-, Fabrik- und Handelsräthen in der Pfalz genehmigt. (Pf. Z.)

° **Sachsen.** Wir haben nach einer Korrespondenz der „Köln. Zeitung“ neulich einen Vorfall berichtet, der sich im Colleg des Professors Minckwitz zu Leipzig zugetragen haben soll. Von anderer Seite wird nun behauptet, in jener Korrespondenz sey der Hergang böslich entstellt. So wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben: „Dr. Minckwitz wies die von gehäßiger Parteileidenschaft angestifteten Störer seines Vortrags hinaus; er wich, seines guten Rechts sich bewußt, nicht von der Stelle, und hielt in seinem eigentlichen Zuhörerkreise, welcher die Tumultuanten zu beschwichtigen bemüht war, dann ungestört seinen Vortrag. Im nächsten Collegium empfingen ihn seine Zuhörer mit einem Hoch.“ Dieselben haben in der „D. Allg. Ztg.“ eine Erklärung hierüber veröffentlicht.

Oesterreich. Gegen den k. k. Schulrath für Steyermark, Hrn. Jarisch, ist wegen mehrerer in dem von ihm herausgegebenen „Katholischen Volks-Kalender“ vorkommender Ausfälle gegen nichtkatholische Konfessionen von Seiten der Staats-Anwaltschaft die Klage wegen Religionsstörung anhängig gemacht worden. (K. Z.)

Großbritannien.

In der London Tavern fand ein Meeting Statt, in welchem eine Adresse an die Königin beschlossen wurde, um Ihre Majestät zu bitten, eine Untersuchung über Lord Stratford de Redcliffe's Benehmen gegen den tapfern Vertheidiger von Kars, General Williams, zu eröffnen.

London, 30. Januar. Die „Morning Post“ erklärt, Preußen werde von den Alliirten nicht zu den Konferenzen, wohl aber zur eventuellen Unterzeichnung des Friedenstraktats eingeladen werden. Dasselbe Blatt enthält einen kriegdrohenden Leit-Artikel gegen Amerika. (T. D. d. N. K.)

Griechenland.

Das Gesetz über die Führung einer Eisenbahn von Athen nach dem Piräeus ist nach Annahme der Kammern nun erschienen, und trotz aller Intriguen des Eigennutzes dagegen wird sich wohl bald eine Gesellschaft finden, welche die Herstellung derselben übernimmt und rasch fördert. (A. Z.)

Amerika.

Cuba. Briefe aus Havanna bringen neuerdings die Kunde von einer Verschwörung, deren Fäden diesmal bis in den Palast des Generalkapitäns reichten. Der Mayordomo (Hausverweser) des Generals Concha ist nämlich einer der am meisten Kompromittirten. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen, und die Gravirtesten mit dem letzten nach Cadix abgegangenen Regierungsdampfer zur weiteren Untersuchung nach Spanien geschickt worden. Unter diesen befinden sich Dr. Ruß, ein angesehener Arzt, und Delgado Palomien, welche ebenfalls den gebildeten Ständen angehören. Man hatte Anfangs befürchtet, daß die blutige Sühnungsszene vom vorjährigem März sich wiederholen, und mehrere der Verschwörer (wie damals der unglückliche Pinto und Konsorten) ihre politischen Emanzipations-Versuche durch die Garotte (Halzschraube) büßen würden. Allein entweder ist die Stimmung des Generalkapitäns eine mildere geworden, oder er wollte vielleicht die Verantwortung zahlreicher Hinrichtungen vor dem gegenwärtigen Kabinet zu Madrid nicht übernehmen — kurz, zur Ueberraschung und Freude aller Humangesinnten entschied sich General Concha diesmal für das sanftere Auskunftsmittel, die Verschwörer der spanischen Regierung auf den Hals zu schicken, und dieser die Urtheilsfällung zu überlassen. Wenn nun auch die meisten dieser Verschwörungen am besten zeigen, wie planlos und thörlicht dieselben angelegt sind, und wie wenig die Regierung dermalen noch von allen diesen Komplotten zu befürchten hat, so geben doch die häufigen Wiederholungen derselben in so kurzen Zwischenräumen den deutlichen Beweis von dem mächtigen politischen Gährungsstoff, der durch alle Schichten der Gesellschaft u. über die ganze große Insel verbreitet ist. Die geringste Aussicht auf Erfolg genügt zu Explosionsversuchen, und würden dieselben einmal von Außen — wir meinen von den Flibustiers Nordamerika's — mit gehörigem Nachdruck unterstützt, so wäre eine Losreißung der Insel von der spanischen Gewaltherrschaft die sichere, unvermeidliche Folge. Bis jetzt freilich hat die Regierung von Washington alles gethan, um das Gelingen eines solchen Freibeuterunternehmens unmöglich zu machen. Aber ob es immer so bleibt? Wenn das demokratische Regime von Madrid von Dauer seyn sollte, und die Finanznoth immer mehr zunimmt, ist es allerdings auch möglich, daß sich die spanische Regierung noch in der elften Stunde zum Verkauf

der Insel Cuba an die Vereinigten Staaten für 200 Millionen Dollars entschließt. Wenn diese ungeheure Summe zu innern Verbesserungen im Mutterland Verwendung fände, so würde Spanien durch den Verkauf Cuba's jedenfalls mehr gewinnen, als durch dessen Besitz. Denn die gegenwärtigen Jahreseinnahmen von 7 bis 8 Millionen gehen größtentheils zur Herstellung von Festungswerken und zur Unterhaltung einer großen und kostspieligen Heeresmacht auf, um die trennungslüsterne Insel der Krone von Castilien zu erhalten. (Allg. Z.)

Afrika.

* Die nomadisirenden Mauren hören mit Feindseligkeiten gegen die afrikanischen Besitzungen Spaniens nicht auf; ihre zahlreichen Pläne werden jedoch immer vereitelt. — Kürzlich bemerkten die Wachen, welche der Gouverneur von Melilla, Herr Buceta, gegen die Mauren ausstellen ließ, zwei Männer, die sich in die Festung schlichen. Einer war mit einer Bombe, der andere mit einer Lunte versehen, wahrscheinlich um eine Explosion zu veranlassen. — Die beiden Männer wurden, wie gesagt, erwischt und einer durch einen Bajonett-Stich auf dem Platz getödtet, der Andere verwundet. — Den nächsten Morgen holten die Mauren den Leichnam des Getödteten. Der Gouverneur verlangte die Auslieferung von 10 Kühen. — Man nahm dem Verwundeten 22 Hühner ab, die er mitgebracht hatte, um ihm als Vorwand zu dienen.

* Man schreibt aus Marseille: Der aus Genua kommende „Oronte" hat die Mitglieder der internationalen Kommission aus Aegypten zurückgebracht, wo sie sich seit zwei Monaten mit der Frage einer Durchstechung der Erdenge von Suez beschäftigte. — Die Untersuchungen bezogen sich hauptsächlich auf drei Punkte: die Rhede von Suez, den Uebergang über die Erdenge von Süden nach Norden und die Rhede von Pelusia. — Es wurde festgestellt, daß die zum schiffbaren Kanal erforderliche Tiefe von 8 Metres sich auf der Rhede von Suez, 1000 Metres vom Ufer findet. Diese Rhede ist eine der sichersten der Welt. — Was den nur 30 Lieues*) breiten Isthmus betrifft, so ist der Lauf des Kanals fast für die ganze Strecke abgesteckt. — Nach den vorgenommenen Sondirungen besteht der Boden fast durchaus aus einem thonichten Sand. Auf der Rhede von Pelusia endlich findet sich die für den Kanal erforderliche Tiefe, 2300 Metres vom Meeresufer. Schon 750 Schritte vom Strande erreicht sie 5 Metres; dabei ist die Rhede, ohne so sicher wie jene von Suez zu seyn, keineswegs, wie man sagte, ein schlammiger Sumpf, sondern hat hinlänglich klares Wasser. Die Kommission sprach sich förmlich gegen das Projekt aus, den Kanal von Suez nach Kairo und vermittelst eines Aquäducts über den Nil nach Alexandrien zu führen. Hr. Ferdinand v. Lesseps ist beim Pascha in Aegypten geblieben.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

* Der neulich erwähnte Artikel im „Journal de St. Petersbourg", welcher dazu bestimmt ist, die Annahme der Friedenspräliminarien durch Kaiser Alexander vor dem russ. Publikum zu rechtfertigen, liegt uns jetzt nach seinem Wortlaut vor. Der Artikel weist darauf hin, daß Rußland, nachdem es durch seine energische Kriegführung das Maß der Opfer bezeichnet habe, die es zur Vertheidigung seiner Ehre und Würde zu bringen bereit sey, nun durch diesen Akt der Mäßigung, die Annahme der Friedenspräliminarien nämlich, einen Beweis seines aufrichtigen Verlangens gebe, dem Blutvergießen Einhalt zu thun. Bemerkenswerth in dem Aufsatz ist eigentlich nur die Stelle, worin gesagt ist, daß thatsächlich eine Uebereinstimmung erst über mehrere der Friedensgrundlagen erzielt sey, die russische Regierung jedoch durch nebensächliche Diskussionen das Versöhnungswerk nicht verschieben zu dürfen geglaubt habe. Daraus geht auf's Neue hervor, daß das Zustandekommen des Friedens noch in weitem Felde steht.

Berlin, 28. Jan. Die Frage, ob Preußen an den bevorstehenden Friedenskonferenzen Theil nehmen werde, scheint noch immer nicht so gewiß gelöst zu seyn, wie von manchen Seiten behauptet wurde, die Verhandlungen darüber vielmehr noch zwischen den Kabinetten im vollen Gange zu seyn. Man will in Berlin, wie man es nennt, seine Freiheit zum Handeln bewahren, keine Verpflichtungen übernehmen, deren Tragweite nicht abzusehen ist, mit einem Worte sich die Thür offen halten. Diese Anschauung hat die preußische Politik zeither immer festgehalten, in allen öffentlichen Dokumenten ist sie maßgebend gewesen und der bestimmteste Grundsatz der obersten Leitung geblieben. Dagegen verlangen die West-Mächte sowohl wie Oesterreich auf's Bestimmteste als Preis der Theilnahme Preußens nicht allein den Beitritt zu den österreichischen Friedensvorschlägen, sondern auch Garantien, daß für den Fall der Frieden nicht zu Stande kommt, weitere mit Oesterreich gemeinsame Schritte geschehen. Die Lage ist somit schwierig genug, und wenn gesagt wird, daß Preußens rückhaltslose Vereinigung mit Oesterreich die russische Politik zwingen würde, von allen Winkelzügen abzustehen, so sträuben sich dagegen in Berlin so viele Interessen und Einflüsse, daß nur die überzeugendste Nothwendigkeit diese besiegen kann. (Ztg. f. Nordd.)

*) Eine französische geographische Meile hat 6300 Fuß, eine bayerische etwa 25,000.

Magdeburg, 29. Jan. Der „Magdeb. Korrespondent" berichtet aus Brüssel, Rußland habe proponirt, in Wien das Protokoll über seine Annahme der Friedenspräliminarien zu vollziehen; ferner binnen drei Wochen in Paris die Friedenspräliminarien selbst zu unterzeichnen und dann sofort die Friedensunterhandlungen zu beginnen. (Fr. J.)

Wien, 30. Jan. Die „Ostd. Post" sagt: Oesterreich werde im deutschen Interesse demnächst an die Bundesversammlung den Antrag stellen: die Präliminarpunkte sich fest anzueignen, um die Theilnahme Deutschlands am Friedenskongreß zu ermöglichen. (T. D. d. A. Z.)

Aus dem Orient.

Silistria, 14 Jan. Nach den uns vorliegenden Lieferungsausbietungen der englischen und französischen Intendanzen ist auf das beabsichtigte Einrücken eines größeren Truppenkorps nach den Gegenden von hier, Hirsova, Matschin Isaktscha und Tultscha für die nächste Zeit zu schließen. Größere und kleinere Abtheilungen türkischer Truppen treffen von der Krim fast wöchentlich ein. (Fr. Pstz.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 30. Januar. Für österr. Kredit-Aktien, Staatsbahnaktien, Bankaktien und die meisten österr. Fondsgattungen so wie für span. und Darmstädter Bankaktien wurden höhere Kurse bewilligt, schlossen jedoch matter.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 89¾ P. 89½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 81½ P. 81¼ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 87½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83½ P. 83¼ G.
„ 4½pCt. „ 72 P 71¾ G.
„ 4pCt. „ 65½ P. 65 G.
„ 3pCt. „ 50 P 49½ G.
„ 1pCt. „ 16¼ P. [illegible]6 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1161 P. 1156 G.
Oesterreichische Credit-Actien 1[illegible]5 P. 131¾ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 225 G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 128 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 99 P 98¾ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 277 P. 275 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101½ P. 101 G.
„ 4½pCt. „ 100⅛ P. 99⅞ G.
„ 4pCt. „ 94¾ P. 94¼ G.
„ 3½pCt. „ 86½ P. 86 G.
„ 3pCt. Ablös.-Rente 95 P 94½ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 154½ P. 154 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142½ P. 142 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 89 P. 88½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 3½pCt. „ 90 P 89½ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89½ P. 89 G.
Badische 50 fl. Loose 80¼ P. 79¾ G.
„ 35 „ „ 47⅜ P. 47⅛ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 100 P 99½ G.
„ 3½pCt. „ 9[illegible]¾ P. 93¼ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113½ P. 113 G.
„ 25 „ „ 36¾ P. 36½ G.
Darmstädter Bankaktien 322 P. 3[illegible]0 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39½ P. 39¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 59¼ P. 58¾ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 P. 29½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 93 P 92½ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 119¼ P. 118¾ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 324 P. 322 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 78½ P. 78 G.

Polen 500 fl. Partial — P 85½ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38¾ P. 38½ G.
„ 1pCt. neue 23⅞ P. 23¾ G.
Holland Integrale 65 P. 64½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 42½ P. 42 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118 7/8 P. 118 5/8 G
Augsb. fl. 100 k.S. 120 P. 119 3/4 G.	Mail. i.S Lr. 250 k.S 100 7/8 P 100 5/8 G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% 100 5/8 P 100 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P 105 G.	Paris Frs. 200 k.S 93 5/8 P. 93 3/8 G
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 96 1/4 P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k.S. 93 5/8 P. 93 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S 88 5/8 P 88 3/8 G.	Wien fl. 100 C. k S. 112 3/8 P. 111 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 111 7/8 P. 111 5/8 G.
Disconto — P. 3 1/2 pCt. G.	

Wien, 29. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 87 5/8; 5Cpt. Met 85 1/16; 4 1/2pCt. 75 3/4; Lotterie-Anlehensloose von 1839 139 1/4; dito von 1854 104 3/4; Bankaktien 995; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2375; Wechselkurse: Augsburg uso 107 3/4 P.; London 10.28.B. Geldkurs: Dukaten —.

London, 23. Jan. Am heutigen Getraidemarkt war die Stimmung fester, weil man überzeugt ist, daß selbst beim Friedensschlusse von Waizen keine großen Zufuhren vor Sommer eintreffen können. Preise sind unverändert geblieben.

In Zucker ging wenig um, die Stimmung ist aber fest. Kaffee trotz starker Auktionen gut preishaltend. Reis 6 d. niedriger. Gewürze unverändert. Baumwolle animirt. Rum flau. Hopfen sehr fest. Talg wieder niedriger, Petersburger 59 sh. verkauft.

London, 25. Jan. Kaffe. Plant.-Ceylon- mehr begehrt und aus der Hand 1 s. höher bezahlt. Native- fest und gefragt zu 52 s. a 53 s. 6 d. für gut ord. bis fein ord.

Reis. In Auktion sind 1000 S. Bengal- (Bruchwaare) zu 13 s. a 13 s. 6 d. begeben. Ein kleiner Posten Madras- zu 13 s. eingerufen.

Amsterdam, 25. Jan. Wir halten in dieser Woche bei westlichen Winden gelinde Witterung und häufigen Regen. Die Schifffahrt ist wieder im vollen Gange und die überwinterten Ladungen gelangen vor die Stadt, unter denen sich jedoch auffallend wenige Getraideladungen befinden. Nur vom Rheine her haben wir ziemlich bedeutende Waizenzufuhren zu erwarten.

Getraide. Die günstige Gestalt der Politik übte einen deprimirenden Einfluß auf alle Getraidemärkte; während die Bedarfsfrage aufhörte, waren die Zufuhren der Landleute sowohl, als auch die Offerten von den Speichern reichlicher und überall ist bei unbedeutendem Geschäfte ein starker Preisfall eingetreten. Derselbe dürfte übrigens schnell einen Haltpunkt erreicht haben, denn trotz der günstigen Aussichten der Politik bleiben immerhin noch Zweifel bestehen und mehr und mehr wird die Meinung Feld gewinnen, daß selbst noch beim Eintritt des Friedens die Ausfuhren aus Rußland zu niedrigen Preisen in den ersten 6 Monaten nicht eine solche Ausdehnung gewinnen werden, um bei den reduzirten Vorräthen im ganzen westlichen Europa, und der Mangelhaftigkeit der letzten Aernte einen wesentlich niedrigern Werth der Lebensmittel herbeiführen zu können. Hier ging in Waizen nichts um, da alle Kauflust hierfür fehlte. 25 a 30 fl niedriger würde wohl zu kaufen seyn, doch diese Erniedrigung lockt noch keine Käufer hervor, da der Konsum sich in der letzten lebhaften Periode reichlich versorgt zu haben scheint. Für Roggen sahen wir hier Anfangs der Woche einen weiteren Zurückgang von 15 a 20 fl., der in den letzten Tagen durch eine bessere Stimmung in etwas wieder beigeholt ist; doch fehlt auch hierfür das rechte Leben und die Anerbietungen übersteigen die einzelne Kauflust. Gerste und Buchwaizen wurden ebenfalls 25 a 30 fl. niedriger abgegeben und blieben matt; der Markt verkehrt im Allgemeinen in der größten Unsicherheit und zeigt weder auf der einen Seite Neigung zu einem weiteren Rückgange, noch auf der anderen Anschein einer baldigen Besserung, wenn die Politik in der günstigen Lage bleibt, als sie sich jetzt ansehen läßt. Letzte Umsätze und Notirungen aus dieser Woche: Roggen 120 Pfd. preuß. 360 fl., 119 Pfd. gothenb. 360 fl. Buchwaizen 123 Pfd. holst. 265 fl.

Nichtpolitische Zeitung.

Der englische Ingenieur Robert Stephenson hat kürzlich eine Rede über die **englischen Eisenbahnen** gehalten, welche folgende interessante Details über deren Entwickelung und Organisation umfaßt. Das Netz der Schienenwege in Großbritannien erstreckt sich auf einer Ausdehnung von 8054 Meilen, was die gesammte Länge der zehn größten Ströme Europa's überschreitet, und die sämmtlichen Schienen würden, an einander gelegt, einen Eisengürtel um den Erdball bilden. Alle diese Linien haben zusammen 286 Mill. Pfd. St. gekostet (1 Pfd. = 12 fl.), d. h. so viel, wie ein Drittel der Nationalschuld. Die Züge durchlaufen jährlich 80 Mill. engl. Meilen (1 engl. Meile ist nicht ganz eine halbe Stunde). 5000 Maschinen und 150,000 Wagen bilden das Material. Die Maschinen verzehren jährlich 2 Mill. Tonnen Wasser. Im Jahre 1854 sind 111 Mill. Reisende befördert worden, von denen jeder im Durchschnitte 12 Meilen fuhr. Die früheren Malleposten transportirten 10 Passagiere und würden daher zum täglichen Transporte von 300 000 Passagieren 10 000 Wagen und 120,000 Pferde bedurft haben. Die Einnahmen der Eisenbahnen beliefen sich 1854 auf 20,215 000 Pfd. St. Der Verschleiß ist groß; jährlich müssen 20,000 Tonnen Eisen und 26 Millionen Schwellen erneuert werden, wozu 300 000 Bäume gefällt werden müssen. Die durch die Eisenbahnen herbeigeführten Erleichterungen des Postverkehrs sind gar groß. Ohne dieselben hätte man das Briefporto niemals auf den Preis von einem Penny ermäßigen können; so würden z. B. allein für den Transport der wöchentlichen Zeitschriften Samstags 15 Diligencen erforderlich, und sicherlich würde es unmöglich seyn, die Kosten mit 5 Centimes per Journal zu bestreiten. Der elektrische Telegraph beschäftigt 3000 Personen; er hat 36,000 Meilen Drähte erfordert und befördert jährlich eine Million Depeschen. Die Unfälle auf den Eisenbahnen sind minder zahlreich, als man glaubt. Während des ersten Halbjahres 1854 kam auf 7,195,341 beförderte Reisende nur Ein Unfall vor. Das Resultat der Eisenbahnen ist ein gewaltiges. Etwa 100 000 Personen sind direkt und 40 000 sind indirekt dabei beschäftigt; 130,000 Männer mit ihren Frauen repräsentiren eine Bevölkerung von 500,000 Seelen, wober man sagen kann, daß ein Fünftel der Bevölkerung von den Eisenbahnen abhängt. Wenn man die Bahnen unterdrückte, würde derselbe Verkehr mindestens 60 Mill. Pfd. Sterl. jährlich kosten. Ueberdies ist Zeit für das Publikum Geld, und auf jede Reise von 12 Meilen, welche 111 Mill. Passagiere machen, wird eine Stunde gewonnen, was 38,000 Jahre in dem Leben eines Mannes macht, der acht Stunden täglich arbeitet, und, wenn man seinen Tag zu 3 Shill schätzt, eine Gesammt-Ersparniß von 2 Mill. Pfd. Sterling.

* **Die Illustrirte Welt: Blätter aus Natur und Leben, Wissenschaft und Kunst zur Unterhaltung und Belehrung für die Familie.** — Mit dem vorigen Monat wurde der 2. Jahrgang dieser Zeitschrift, von welcher wöchentlich eine Nummer in Eduard Hallberger's Verlag in Stuttgart erscheint, geschlossen. Wenn wir so herumblättern in den 12 Monatsheften derselben und deren mannigfaltigen Inhalt durchmustern, so finden wir, daß sie hinter dem, was in dem Titel versprochen ist, nicht zurückgeblieben sind, vielmehr noch ein weit reicheres Material enthalten. Neben Schilderungen aus der Länder- und Völkerkunde, wie aus der Naturgeschichte finden wir Erzählungen und Novellen, dann wieder historische Skizzen, Mittheilungen aus dem Gebiete des Gewerbfleißes u. s. w., Alles bunt gemischt, so daß es zugleich belehrt und unterhält. Das Auge wird erfreut durch den schönen, saubern Druck und gute Holzschnitte. Der Stoff ist so ausgewählt, daß diese Zeitschrift ohne Anstoß auch jungen Leuten in die Hand gegeben werden kann. Endlich empfiehlt sie sich noch durch den billigen Preis, vierteljährlich 54 Kreuzer.

Neueste Nachrichten.

Aus Preußen, 25. Januar. Die Scheidung des **konfessionellen Elements** dürfte sich demnächst auch auf unsere Gefängnisse erstrecken. Das Episkopat in der Rheinprovinz, in Kenntniß davon gesetzt, daß in neuester Zeit öfters Zöglinge aus dem „**rauhen Hause**“ in **Hamburg** zu Aufsehern in den dortigen Gefängnissen bestellt werden, sieht in dieser Maßnahme eine Beeinträchtigung des katholischen Elements, da jene Zöglinge dem spezifischen Protestantismus angehören. Es verlangt daher für die katholischen Gefangenen die Herbeiziehung der „barmherzigen Brüder“, und bei der Geneigtheit in unseren maßgebenden Kreisen, das spezifisch-konfessionelle Element aller Orten zur Geltung zu bringen, darf man nicht im Geringsten zweifeln, daß jener Wunsch demnächst gewährt werden wird. (H. N.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 32.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 1. Februar 1856.

Deutscher Bund.

Bremen, 27. Jan. Wie wir hören, sind die Verhandlungen mit den Bevollmächtigten des Zollvereins nunmehr beendigt. Ein Vertrag (siehe den gestrigen „Anzeiger") ist zu Stande gekommen und dürfte demnächst der Bürgerschaft zur Ratifikation vorgelegt werden. (Br. Z.)

** **Bayern.** München, 30. Jan. (Privat-Korresp.) **28. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Abg. Frhr. v. Rotenhan sucht darzulegen, daß das bisherige Gesetz über die Einkommensteuer unhaltbar sey, daß es in seinem Grundprinzipe verunglückt und in seinen Folgen demoralisirend sey, daß durch bloße Modifikationen dem Uebelstande nicht abgeholfen werden könne, daß dagegen der vorliegende Gesetzentwurf weit mehr der Gerechtigkeit entspreche und mit einigen Abänderungen anzunehmen sey.

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld dagegen sucht darzulegen, daß mit verschiedenen Modifikationen das bisherige Gesetz allerdings seinem Zweck entsprechen würde, der ganze Uebelstand liege nur in der Fassion, und daß es sich nur darum handeln könne, ob man die Einkommensteuer wolle, und in diesem Falle müsse man sich auch allen ihren Konsequenzen fügen. Redner schließt sich übrigens den Ansichten und dem Vorschlage Rebenack's (Repartitionssteuer) an.

Der Regierungskommissär Pfretzschner sucht dann darzulegen, daß nach dem bisherigen Ergebniß der Einkommensteuer und nach dem Stande der Sache die Regierung nicht zur Beibehaltung derselben rathen könne und sie nur den vorliegenden Gesetzentwurf zur Annahme empfehle.

Noch erklärte sich dann Abg. Krämer gegen den Gesetzentwurf, denn so wenig auch das bestehende Gesetz ihm entspreche, ziehe er es doch dem Gesetzentwurfe vor, durch den die höheren Einkommen erleichtert, die niedern aber mehr besteuert würden, — worauf wegen vorgerückter Zeit die Debatte auf morgen vertagt wurde.

Hierauf gab der k. Staatsminister der Justiz folgende wichtige Erklärung ab:

Meine Herren! Die Staatsministerien des Innern und der Justiz haben von Sr. Maj. dem König die Ermächtigung erhalten, den in der ersten Sitzung des Landtags vorgelegten Gesetzentwurf: „Die Gerichtsorganisation in den Landestheilen diesseits des Rheines betr." zurückzuziehen. Indem ich dieses zur Kenntniß der hohen Kammer zu bringen mich beehre, verbinde ich zugleich die Eröffnung, daß in Gemäßheit weiteren Allerhöchsten Befehles in möglichster Bälde andere legislative Vorlagen bezüglich der Organisationsfrage und zwar sowohl über die streitige und freiwillige Zivil-Jurisdiktion, als über die Untersuchungsführung in Strafsachen erfolgen werde." Hiermit schloß dann die Sitzung.

Preußen. Königsberg, 26. Jan. In den Kreisen Karthaus und Berent, deren Bevölkerung, namentlich in den dienenden Klassen, großentheils aus Kassuben (slavischen Stamms) besteht, hat sich in Folge des Nothstandes eine derartige Mißstimmung gegen die deutschen Besitzer erzeugt, daß, um den äußersten Befürchtungen entgegenzutreten, von Danzig aus zwei Kompagnien Infanterie in die Kreise eingerückt sind. (Köln. Z.)

× Berlin, 30. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Journale verwenden gegenwärtig einen großen Theil ihres Raumes, um sinnloses Geschwätz aufzunehmen, während sie, um die wenigen neuen Momente, welche wirklich hervortreten, zu melden, nur weniger Zeilen bedürften. Die widersprechendsten Angaben finden sich vor. Während von der einen Seite berichtet wird, England habe sich mit der Annahme der Esterhazy'schen Propositionen zufrieden erklärt, wird von der anderen mitgetheilt, daß Rußland sich nachträglich zur Zustimmung für die weiteren Forderungen Englands bequemt habe. In dem einen Tagsblatte wird die Kriegsfackel geschwungen, in dem andern kommt die Friedenspalme zur Blüthe, da bereits den Feldherren der Auftrag zum Waffenstillstand ertheilt worden sey. Es ist unter diesen Umständen gewiß Pflicht, die Verhältnisse, soweit dies bis jetzt möglich ist, aufzuklären. — Die russische Antwort auf die Esterhazy'schen Propositionen ist jetzt in schriftlicher Form in London und Paris eingetroffen. Der weitere Verlauf bis zu den Friedensverhandlungen würde darin bestehen, daß zunächst ein Protokoll von sämmtlichen betheiligten Mächten unterzeichnet wird, in welchem zu konstatiren ist, daß sie sich mit den Esterhazy'schen Propositionen einverstanden erklären. Hiernach soll eine Formulirung der Friedenspräliminarien folgen. Hat diese die Zustimmung der im orientalischen Konflikte engagirten Staaten gefunden, alsdann soll zur Unterzeichnung eines Präliminarvertrags geschritten werden. Nach diesem Akte ist auf eine Einstellung der Feindseligkeiten durch Abschluß eines Waffenstillstandes und auf Eröffnung von Friedenskonferenzen zu rechnen, welche dem Vernehmen nach in Paris abgehalten werden sollen. Da bis jetzt das Protokoll wegen Annahme der Esterhazy'schen Propositionen noch nicht unterzeichnet ist, so erzeigen sich alle darüber hinausgehenden Angaben in der Presse, wie Befehle zur Waffenruhe ꝛc. als Erdichtungen. Zur Zeit bestehen noch zwischen Wien und London die bekannten Differenzen über das Maaß der Forderungen, welche an Rußland gestellt werden sollen, noch fort, und der englische Gesandte in Wien hat von seiner Regierung noch nicht den Auftrag erhalten, zur Unterzeichnung des gedachten Protokolls zu schreiten. Allen besseren und zuverläßigeren Berichten aus London zufolge ist übrigens Aussicht vorhanden, daß das englische Kabinet eine feindlichere Stimmung annehmen wird.

Crefeld in Rheinpreußen, 28. Januar. Der Rabbiner Dr. Philippsohn zu Magdeburg hat alle israelitischen Gemeinden aufgefordert, gegen den Abgeordneten Wagener auf Streichung des §. 12 der Verfassungsurkunde zu petitioniren. (Dieser Artikel spricht aus, daß in Preußen der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unabhängig vom Religionsbekenntniß sey.) Wie wir vernehmen, ist bereits von Seiten des israelitischen Konsistorium zu Crefeld eine kräftige Vorstellung in diesem Sinne nach Berlin abgegangen. (K. Z.)

Paderborn, 29. Januar. Zum Bischof von Paderborn wurde heute erwählt der Professor Dr. Martin aus Bonn; der Oberpräsident der Provinz ertheilte im allerhöchsten Auftrage den landesherrlichen Consens zu dieser Wahl. (N. Pr. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 30. Jan. Durch kgl. Verordnung vom heutigen Datum wird der ordentliche Landtag zum 20. Februar einberufen. (A. Z.)

Baden. Karlsruhe, 30. Januar. Anläßlich der Berathung des Budget für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten kam gestern, wie schon kurz erwähnt, in der zweiten Kammer die deutsche Frage in Anregung. Der Kommissionsantrag hatte nämlich zu dem Titel „Bundeskosten" Veranlassung genommen, einen Wunsch wegen Reorganisation der Bundesgewalt auszusprechen. Der Abg. Kirsner führte dies (der „Karlsr. Zeitung" zufolge) in nachstehender Weise aus:

„Die Budgetkommission hat zwar zunächst nur die Aufgabe, die Rechnungen des Staatshaushaltes zu prüfen und Ihnen das Prüfungsergebniß vorzulegen. Sie hat es sich aber diesmal nicht versagen können, bei dem Titel III. „Bundeskosten" einen Wunsch zur Sprache zu bringen, der, so oft er auch schon durch beklagenswerthe Verhältnisse, Ereignisse und Verirrungen vereitelt wurde, doch immer wieder auf's neue in jeder deutschen Brust sich entflammt und nimmer erlöschen wird, bis er einstens seine Realisirung gefunden. Es ist dies der Wunsch nach der längst erwarteten und längst verheißenen Ausbildung der deutschen Bun-

desverfassung, wodurch dieselbe, heraustretend aus ihrem überallhin gehemmten Organismus, und gestützt auf das Vertrauen des Volkes, die materiellen Interessen des Handels und der Industrie mit starker Hand pflegen und fördern, die öffentlich-rechtlichen Zustände der Einzelstaaten garantiren, und unserem großen deutschen Vaterlande in der europäischen Völkerfamilie wieder jene Machtstellung verschaffen würde, wozu es durch seine Lage, seine Bevölkerung, seine Geschichte und seine Bildungsstufe im hohen Grade berechtigt erscheint."

„Ich weiß, es wird mir vielleicht entgegnet werden: „Was soll ein solcher Wunsch? Was wird er für ein praktisches Resultat haben?" Es ist wahr, wenn dieses tiefe Verlangen jedes deutschen Gemüthes nur in unserm engern Vaterlande seinen öffentlichen Ausdruck fände, ich würde diesem Einwande „was soll ein solcher Wunsch?" seine volle Geltung zuerkennen. Allein dieses unbefriedigte Nationalgefühl, dieses Streben nach festerer Einigung — es klingt nicht nur aus diesem Hause, es hat in den konservativsten Organen der Presse, es hat in vielen Volksvertretungen der deutschen Bundesstaaten seinen lauten Ruf ertönen lassen."

Der Redner berief sich sodann darauf, daß die Mangelhaftigkeit der Organisation des Bundes und der Wirksamkeit der Bundesversammlung allgemein gefühlt werde; daß die Presse und die Kundgebungen deutscher Ständekammern dieses hinreichend bewiesen. Er hob besonders hervor, daß Oesterreich als Bundespräsidium bei dem Wiederzusammentritt der Bundesversammlung ausdrücklich eine Verbesserung der Bundeseinrichtung in Aussicht gestellt habe, und somit gleichsam eine Verpflichtung der deutschen Nation gegenüber eingegangen sey. Die neuesten Ereignisse hätten das Unbefriedigende der Einigung und der Machtstellung Deutschlands nur um so schmerzlicher empfinden lassen. Auf eine nähere Andeutung über die zu wünschenden und vorzunehmenden Abänderungen der Bundesverfassung verzichtete der Redner.

„Ich stelle, schloß Kirsner, deßhalb den Antrag, den Wunsch der Kammer in folgender Fassung zu Protokoll zu erklären:

„Die großh. Regierung möge mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln dahin wirken, daß durch eine weitere Ausbildung der Bundesverfassung die Einheit und damit die Machtstellung unseres großen Vaterlandes gestärkt und ihm wieder jener Einfluß erworben werde, welcher in seiner Bevölkerung, seiner Geschichte und in der Bildungsstufe des Volkes die Berechtigung findet und durch die materiellen Interessen des Handels und der Industrie dringend gefordert wird."

Der Abg. Achenbach unterstützt diesen Antrag mit Hinweisung auf die von Oesterreich bei Wiederzusammenberufung der Bundesversammlung gegebenen Zusicherungen und mit der Modifikation, daß dieser Wunsch in Form einer Adresse zur Kenntniß der Regierung gebracht werde. Die Abgg. Schaaff und Kirsner schließen sich derselben an.

Staatsminister Frhr. v. Rüdt bemerkt im Wesentlichen: „Reorganisation der Bundesgewalt oder Bundesreform sind Begriffe, bei denen sich wohl jeder dessen bewußt ist, was er wünscht, daß erreicht werde; auch Ihre Kommission hat dies angedeutet, und wir Alle werden dem von ihr ausgesprochenen Wunsche aus voller Seele beistimmen. Dagegen sind die Wenigsten darüber im Klaren, wie diese neue Organisation sich in ihren Einzelheiten gestalten, wie sie praktisch in's Leben treten, und noch weniger darüber, auf welchem Wege sie herbeigeführt werden soll. Manche freilich, die alles das gar nicht wollen, benützen die Worte „Reorganisation" oder „Reform" des Bundes nur als zündende Schlagworte zur Verfolgung ganz anderer Zwecke. Die Grundverfassung des Bundes ist, wie es nicht anders seyn kann, den in Deutschland bestehenden Verhältnissen angepaßt; ihre Grundlage ist eine gesunde, und diese Verfassung ist eine gute. Eine förmliche Umgestaltung der Bundesverfassung ist nicht möglich ohne eine gänzliche Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse, der Beziehungen der einzelnen Staaten unter sich. Man hat schon einmal den Versuch gemacht; das Resultat war ein höchst unglückliches. Aber jede Verfassung, auch die beste, ist unter Festhaltung ihrer Prinzipien einer weiteren Ausbildung fähig; die Wirkung jeder Verfassung hängt wesentlich auch von der Thätigkeit der verfassungsmäßigen Organe ab. So ist es auch bei der Bundesverfassung; auch sie ist auf der gegebenen Grundlage, wie der Abg. Kirsner richtig bemerkt, einer weiteren Ausbildung fähig, und zu wünschen ist es, daß dem Gesammt-Organ des Bundes die Möglichkeit gegeben werde, eine größere Thätigkeit zu entwickeln und zur Herbeiführung größerer Uebereinstimmung der in Deutschland bestehenden so verschiedenartigen Einrichtungen und Gesetzgebungen, insoweit diese sich nicht bloß auf spezielle Verhältnisse der einzelnen Staaten beziehen, sondern ihre Wirkung auch auf das Zusammenleben mit den andern Bundesgenossen äußern; eine größere Thätigkeit zur Herbeiführung gemeinnütziger Anordnungen und, wie Ihre Kommission sehr richtig bemerkt, zur Förderung der materiellen Interessen des deutschen Handels, der Industrie und was damit zusammenhängt. Daß dies wünschenswerth sey, damit stimmen alle Bundesregierungen überein. Ihre Kommission hat indessen selbst die Schwierigkeiten nicht verkannt, welche der Realisirung ihres Wunsches entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten liegen theils in den besondern Verhältnissen einzelner Bundesstaaten, sie liegen aber auch zum Theil in den bestehenden Verfassungen der einzelnen Staaten, die beachtet werden müssen. Bei dem vorliegenden allgemein anerkannten Bedürfniß dürfen wir übrigens erwarten, daß es gelingen werde, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Es sind diese Fragen schon vielfach geprüft; sie sind in der neusten Zeit wiederholt angeregt worden, und wenn, so Gott will, jetzt der Friede in Europa hergestellt wird, dann wird der rechte Zeitpunkt gekommen seyn, diese wichtigen Fragen ernst ins Auge zu fassen und, so weit möglich, einer glücklichen Lösung entgegen zu führen, dadurch die Gesammtinteressen Deutschlands zunächst nach innen zu fördern, das Band, das die deutschen Staaten verbindet, noch enger zu knüpfen, und so in erhöhter Einheit die jetzt schon vorhandene und anerkannte Machtstellung Deutschlands auch nach außen zu vergrößern. In der angedeuteten Richtung wird die großherzogliche Regierung wie bisher so auch fernerhin nach Kräften mitwirken."

Der Abg. Artaria glaubt, daß in der zu beschließenden Adresse alle einzelnen Wünsche bezüglich der Bundesverfassung aufgenommen werden sollten und beantragt, unterstützt von dem Abg. Bissing, die Niedersetzung einer Kommission zum Entwurf einer Adresse. Nachdem der Staatsminister Frhr. v. Rüdt sich gegen die Verweisung an eine Kommission und für den Antrag der Abg. Kirsner und Achenbach ausgesprochen hatte, wird letzterer einstimmig angenommen.

§ **Oesterreich.** Wien, 29. Jan. (Priv.-Korresp.) Eine abermalige Reduzirung*) der Armee ist bereits beschlossen, und dürfte dieselbe kundgemacht werden, sobald das Friedenspräliminarien-Protokoll unterzeichnet seyn wird, was sehr wahrscheinlich morgen schon geschehen dürfte. — Zugleich ist an sämmtliche Armeekorps-Kommandos die Weisung abgegangen, alle Posten zu bezeichnen, bei denen eine Verminderung der jährlichen Dotationen als zulässig erscheint. In Betreff der militärischen Bauten ist die Anordnung erflossen, daß alle diejenigen bis auf Weiteres zu sistiren seyen, welche nicht unumgänglich nothwendig sind.

Der „N. Preuß. Zeitung" schreibt man aus Wien vom 27. Januar: „Die schon erwähnte Vorlage des kaiserl. österr. Kabinets beim Bundestage in Betreff der Zustimmung des letztern zu den fünf Friedenspunkten wird muthmaßlich schon in kurzer Zeit erfolgen. Wenigstens steht fest, daß dieselbe bereits zur Kenntnißnahme und vertraulichen Aeußerung darüber den Kabineten der größern Bundesstaaten zugesandt worden ist."

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Jan. Im Landsthing brachte der Abg. Wessely in diesen Tagen einen Gesetzvorschlag folgenden Inhalts ein: „Die in Gemäßheit des kgl. offenen Briefes vom 1. Dezember 1838, §. 2 gestiftete Obligationsschuld ist keine besondere Schuld des Königreichs" Herr Wessely will dieselbe auf den Gesammtstaat übertragen wissen. Der Vorschlag wurde vom Landsthing einstimmig zur Berathung zugelassen. (Sehr gescheidt; dann sollen also auch die Herzogthümer Schleswig und Holstein, die bei der Aufnahme der Schuld nicht gefragt wurden, daran mitzahlen.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 22. Jan. „Aftonbladet" erwähnt eines Gerüchts, daß ein französischer Prinz mit einer außerordentlichen Sendung vom Kaiser Napoleon hier zu erwarten sey. (Allg. Ztg.)

Großbritannien.

Aus Paris, 28. Jan., wird dem „Schwäb. Merkur" geschrieben: „Durch besondere Verbindungen ist es mir gelungen, Näheres über den allgemeinen Geist der Rede zu erfahren, welche die Königin Viktoria nächsten Donnerstag bei Eröffnung des Parlaments halten wird. Der Geist derselben wird, wie es Lord Cowleys Rede schon vermuthen ließ, friedlich gehalten seyn, das heißt, ein Paragraph wird von der gegründeten Hoffnung sprechen, daß die bevorstehenden Unterhandlungen einen wünschenswerthen Frieden herbeiführen werden. Allein der ganze Ton der Rede ist doch in so behutsamen Ausdrücken abgefaßt, daß er sich auf der strengsten Scheidelinie zwischen

*) Das wird eben nicht sonderlich geeignet seyn, Rußland bei den Friedensverhandlungen nachgiebiger zu machen. Die Red.

den Ton der Kriegsposaune und dem Wehen der Friedenspalme bewegt."

Frankreich.

Paris, 29. Jan. Man glaubt, daß Marschall Pelissier auf einige Zeit aus der Krim hierher kommen werde, wenn ein Waffenstillstand unterzeichnet wird.

Spanien.

† Man schreibt aus Madrid, 23. Januar: „Man hat hier gestern die Erwiderung des heil. Stuhls auf das spanische Memorandum in Folge des Abbruchs der Relationen zwischen dem päpstlichen und dem Madrider Hofe erhalten. Die Antwort des heil. Stuhls ist sehr ausführlich; sie enthält nicht weniger als 111 Druckseiten, größten Formats. Der Zweck dieses mit Mäßigung und Würde abgefaßten Dokuments ist darzulegen, daß der heil. Stuhl für den Abbruch der Relationen zwischen Rom und Spanien nicht verantwortlich gemacht werden könne; daß er in allen seinen Reklamationen seit Juli 1854 nur im Interesse der Religion handelte, ohne durch ökonomische oder irdische Rücksichten angetrieben worden zu seyn, und daß die Abreise des Nuntius erst dann stattfand, als die katholische Gemeinschaft in den religiösen Basen der Konstitution verändert wurde und die Regierung eine Menge von Anordnungen traf, die nicht zu ihren Vorrechten gehören. Man glaubt nicht, daß dieses Dokument den Stand der Beziehungen zwischen Spanien und dem heil. Stuhle verschlimmere; man sagt im Gegentheil, daß man sowohl in Rom als in Madrid den aufrichtigen Wunsch, sich zu versöhnen, hege."

† Madrid, 28. Januar. Alle Tage belagern Volkshaufen die Thüren der Munizipalität und der Zivilbehörde. Gestern waren es Arbeiter, die Arbeit forderten; heute sind es Frauen, die nach billigeren Brodpreisen schreien. Unterdessen dauert die schlechte Witterung unerbittlich fort und macht die Fortsetzung der Arbeiten, die Zufuhr von Cerealien gleich unmöglich, so daß Elend und Theuerung täglich zunehmen. Das Unbehagen ist in allen Provinzen allgemein. Noch jüngst waren die Arbeiter von Valencia auf dem Punkt, sich zu insurgiren und wichen nur den von der Behörde sofort ergriffenen energischen Maßregeln. Die autorisirten Gesellschaften werden erst in einem Monat definitiv organisirt werden.

Amerika.

Philadelphia, 3. Jan. Herr Palmer, der Regierungsagent für die Indianer im Washington- und Oregon-Territorium, meldet an die Behörde, daß Herr Boland und 55 Goldgräber im Oktober von den Indianern erschlagen wurden und daß die Wilden eine Streitmacht von 600 Kriegern hätten, mit denen sie die Weißen zu vertreiben beabsichtigen. Am 19. Okt. stieß Major Renney mit seiner Abtheilung Ver. Staaten-Truppen auf eine Bande Yakamas Indianer, wovon sie mehrere grausam tödteten. Erst nach dem Mord erklärte es sich, daß diese Indianer zu den befreundeten Stämmen gehören, die bisher stets den Anordnungen der Ver. Staatenregierung Folge geleistet haben. Wie abscheulich die Europäer (jetzige Natives und angeblich Eingeborene) gegen die Ureinwohner bereits gehandelt haben, ist kaum auszudrücken, und dennoch fahren sie fort, in der einen Hand die Bibel, in der andern das Schwert oder die Branntweinflasche, die armen Ureinwohner zu vertilgen. Kein Zweifel, die Indianer von Oregon und Washington werden besiegt und vertilgt werden, aber das Blatt der amerikanischen Geschichte, auf dem der Triumph über die armen Wilden verzeichnet steht, ist mit Blut und Gräueln beschrieben. — Am 2. Jan. fuhr ein Herr Sperry mit seinem Schlitten von seiner Wohnung in Woodbridge, aber kaum war er in den nahen Wald vor dem Städtchen angelangt, als er von einem Jünger der Prophetin Wakemann, Namens Karl Sanford, angehalten und mit einer Holzaxt im Schlitten zusammengeschlagen und hierauf sein Kopf vom Rumpf getrennt wurde. Sanford scheuchte dann das Pferd ohne die Leiche fort. Nicht zufrieden mit der Schauderthat setzte der Mörder seinen Weg nach der einzeln liegenden Wohnung eines Herrn Umberfield fort, den er bei seiner Familie ruhig am Kamin sitzend fand. Umberfield, der Sanfort seit geraumer Zeit kannte, lud ihn ein, neben sich Platz zu nehmen, allein der Rasende hatte kaum die Einladung vernommen, als auch schon die Axt, die Sperry tödtete, dem alten Umberfield den Kopf gänzlich spaltete, so daß er augenblicklich eine Leiche war. Als die Familie vor Entsetzen laut aufschrie, drohte der Mörder, Jeden zu tödten, der nur den geringsten Lärm mache, und begab sich dann ganz ruhig vor die Thüre, um seine Axt im Schnee von dem Blut zu reinigen. Mittlerweile war das erste Opfer von den Bewohnern von Woodbridge gefunden, und man folgte sogleich der im Schnee gezeichneten Spur des Mörders und fand ihn, als er im Begriffe war, die Hausthüre zu sprengen, die von Umberfields geängsteten Familie nach seinem Ausgang geschlossen wurde. Nur mit großer Mühe konnte der wahnsinnige Räuber festgenommen werden, der auch sogleich seine Handlungsweise so treulich erzählte, als habe er bloß eine ihm auferlegte Pflicht erfüllt. (Schw. Merk.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 29. Januar. (Privat-Korrespondenz.) In den hiesigen diplomatischen Kreisen betrachtet man die Theilnahme Preußens an den bevorstehenden Konferenzen für eine bereits entschiedene Sache, und vernimmt man, daß die darauf bezüglichen offiziellen Eröffnungen vor Kurzem zwischen den betreffenden Regierungen ausgetauscht worden sind. — Von hier aus wird im Laufe der nächsten Tage ein Memorandum abgesendet werden, welches für die Regierungen von Rußland, Frankreich, England und Preußen bestimmt ist, und sich auf die gegenwärtige Sachlage mit besonderer Berücksichtigung der demnächst zu beginnenden Konferenzen bezieht. Als der Verfasser dieses mehrere Bogen enthaltenen Aktenstückes wird der Fürst Richard Metternich genannt, der bei der Ausarbeitung desselben zweifelsohne die Rathschläge seines greisen Vaters eingeholt und benützt haben wird.

Siehe auch die Rubriken Preußen und Oesterreich.

Aus dem Orient.

* Die Berichte aus der Krim sind vom 15. Januar. Die russischen Batterien Bilboquet und Gringalet fahren fort den Franzosen auf der Südseite Kugeln zuzuschicken. — Nachrichten aus Asien besagen, daß die Verproviantirung Erzerum's durch den schlechten Zustand der Straßen und die ungeheuren Massen Schnee's schwierig ist.

* Die Meerbusen von Odessa und Kinburn sind gefroren, — in der Krim ist die Witterung jedoch milder.

Konstantinopel, 21. Jan. Rußlands Annahme der Friedensvorschläge wurde hier am 17. bekannt und machte tiefen Eindruck. Die Alliirten suspendirten sofort ihren Proviantankauf. Hr. v. Thouvenel erhielt den Medschidie-Orden erster Klasse. Der sardinische Gesandte hat gegen seinen Ausschluß von den Konferenzen, welche in Konstantinopel zwischen türkischen, englischen, französischen und österreichischen Kommissären über die Regelung der Verhältnisse der Donaufürstenthümer sowie der Christen in der Türkei stattfinden, protestirt, die Gesandten der Westmächte haben darüber Instruktionen eingeholt. Die Kriegsrüstungen dauern fort. Iskender Beg steht mit 12 000 Mann in Schiopi, 3 Stunden von Kutais, Omer Pascha mit 30,000 in Redut-Kale. Gerüchtsweise wird Mehemed Ali nächstens Seriasker. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Aus Rußland.

* Eine Korrespondenz des „Constitutionnel" aus St. Petersburg vom 20. Januar schildert den Eindruck, welchen der Entschluß des Czaren in den Provinzen, namentlich in Moskau, hervorgebracht hat. . . . Die ganze Macht der altrussischen Partei — sagt der Berichterstatter — ist in der zweiten Hauptstadt des Reichs konzentrirt. Dort residirt der alte General Yermaloff, der wirkliche Chef dieser Partei. . . . Als die telegr. Nachricht in Moskau eintraf, wollte der alte General nicht daran glauben und als kein Zweifel mehr vorhanden war, rief er aus, daß nun das moskowitische Reich verloren sey. — Im Laufe des Tags begaben sich die Hauptglieder des Moskauer Adels sowie der Metropolitan zu ihm, um in diesem Heiligthume die brennende Frage zu verhandeln und der Beschluß war, daß der Adel eine Adresse — eine ehrerbietige, aber energische Adresse — an den Czaren richten werde, „um ihn zu sich selbst zu bringen." Wenn in Petersburg das Friedenssystem daselbst eifrige Feinde hatte, so fand es mindestens auch Freunde und Anhänger. Aber in Moskau, wo Alles lebt, was der alten Aristokratie, der russischen Race angehört, ist dem nicht so. — Diese Edlen wissen nicht, was vorgeht; sie sind um 100, um 200 Jahre hinter den Fortschritten der Zivilisation zurück und glauben sich noch zur Zeit Peters des Großen. Die Aristokratie der Hauptstadt Alt-Rußlands hat wohl von langen Kämpfen in der Krim, von einer Reihe Schlappen, die mit dem Falle Sebastopols endeten, reden hören; — aber sie glaubt, daß alles dies sehr leicht wieder gut zu machen sey.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 31. Januar. Für österr. Kredit-Aktien werden vom 1. Februar an per Stück incl. 30pCt. in Gulden à Fünf per Sechs notirt. Die auf den Einzahlungen haftenden Zinsen werden ebenso berechnet.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 89¾ P. 89½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 81½ P. 81¼ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 88G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83½ P. 83¼G.
„ 4½pCt. „ 73 P. 72¾ G.
„ 4pCt. „ 65 P. 64½ G.
„ 3pCt. „ 49½ P. 49 G.
„ 1pCt. „ 16½ P. 16¼ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1190 P. 1185 G.
Oesterreichische Credit-Actien 144½ P. 144 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. 228 G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 129 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 101¼ P. 101 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 286 P. 284 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101½ P. 101 G.
„ 4½pCt. „ 100⅛ P. 99⅞ G.
„ 4pCt. „ 94¾ P. 94¼ G.
„ 3½pCt. „ 86½ P. 86 G.
„ 4pCt Ablös.-Rente 95 P. 94½ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 155 P. 154½ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 142¾ P. 142¼ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 89 P. 88½ G.
Würltemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 3½pCt. „ 90 P. 89½ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89½ P. 89 G.
Badische 50 fl. Loose 80¼ P. 79¾ G.
„ 35 „ „ 47⅜ P. 47⅛ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 100 P. 99½ G.
„ 3½pCt. „ 93¾ P. 93¼ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113½ P. 113 G.
„ „ 25 „ „ 36⅞ P. 36⅝ G.
Darmstädter Bankaktien 324½ P. 322½ G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39½ P. 39¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 59 P. 58½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 P. 29½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 93 P. 92½ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 119¾ P. 119¼ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 324 P. 322 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 78½ P. 78 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38⅞ P. 38⅝ G.
„ 1pCt. neue 24⅛ P. 24 G.
Holland Integrale 65 P. 64½ G.
„ Certificate 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 42½ P. 42 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118⅞ P. 118⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 100⅞ P. 100⅝ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% 100⅝ P. 100⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93⅝ P. 93⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¼ P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝ P. 93⅜ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅝ P. 88⅜ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 113 P. 112¾ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 112⅝ P. 112⅜ G.
Disconto — P. 3½ pCt. G.	

Wien, 30. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 88⅛; 5Cpt. Met 86⅛; 4½pCt. 76⅜; Lotterie-Anlebensloose von 1839 ——; dito von 1854 105¼; Bankaktien 1035; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2390; Wechselkurse: Augsburg uso 107 P.; London 10. 25. P. Geldkurs: Dukaten —.

* **Amsterdam**, 28. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Ankündigung von den Frühjahrs-Auktionen durch die niederl. Handel-Maatschappy.

In Amsterdam den 13. März, über 32,372 Körbe Java Zucker, in Amsterdam lagernd; 20,744 Körbe do., in Rotterdam lagernd; 3,153 Körbe do., in Dordrecht lagernd.

In Amsterdam den 27. März, über 175,488 Bündel Stuhlrohr.

In Rotterdam den 31. März über 135,160 Ballen Java Kaffe, 6,460 Ballen Padang, in Rotterdam lagernd; 25,742 Ballen Java Kaffe, in Dordrecht lagernd

In Amsterdam den 3. April, über 214,970 Ballen Java Kaffe, 10 715 Ballen Padang, in Amsterdam lagernd.

Die Proben des Kaffe werden am 28. Februar ausgegeben. Die Maatschappy gibt die Versicherung, ferner keine Partien Kaffe dieser Gattungen bis zum Spätjahr an den Markt bringen zu wollen, indem sie besonders erwähnt, daß von dieser Verfügung die Ladung Ceylon-Kaffe, pr. Java's Welvaren und Nederwaard erwartet, ausgeschlossen ist.

Eine allgemein prompte Ueberfahrt der Schiffe, wodurch die N. H. M heute bereits in den Besitz gestellt wird von 61,000 Körben Zucker und 470,000 Ballen Kaffe, begünstigt der Anfang des diesjährigen Geschäfts an unserem Markte, das seither trotz freier Schifffahrt noch wenig lebhaft war, hauptsächlich wegen geringer Vorräthen und mangelnder Auswahl in den meisten Haupt-Artikeln.

Kaffe hatte in den letzten Tagen ein matteres Ansehen, trotz seltenen Angebots, indem aber Käufer ebenfalls zurückhielten; ein Abschluß in Rotterdam von 5 Loosen 20 N. à 32½ cs. und 5 S. à 32¼ cs setzt den Werth von gut ord. Java ½ cs. zurück; schön gut, ord blank und grün würde indeß noch 33 cs. gelten müssen. Per 31. dieses sind in Auktion angekündigt: 1369 Ballen Padang, wovon 805 Ballen egal gelblich gute Bohne, tarirt 34½ à 35 cs., 448 Ballen blank gelblich, egal, tarirt 33½ à 34 cs., 116 Ballen gelblich, etwas bunt mit graugrüner Bohne, tarirt 33 cs.

Weitere Anfuhren dieser Sorte für Partikuliers sind nicht bekannt; von Privat-Java schwimmen 5000 Ballen.

In Rio ging nichts um: Preise sind unverändert und nominell.

Die jüngste Anfuhr von Surinam per Preciosa ist, mit kleiner Ausnahme, am 22. d. in Auktion verkauft, 721 Bll. und 30 Fässer w. f.: fein ord. bis klein mittel à 7¼, ½ st. klein bis gut mitt à 7½, ¾ st., gut bis schön mitt. à 7¾, 8 st. und eine Kleinigkeit fein mittel à 8¼ stbr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 33.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 2. Februar 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 31. Jan. (Privat-Korresp.) **29. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Der kgl. Ministerpräsident Freiherr v. d. Pfordten.

Es wird die gestern vertagte allgemeine Debatte über den Gesetzentwurf, „die Personalsteuer betr., fortgesetzt.

Abg. Rabl erklärt sich gegen den Entwurf, und für möglichste Ausdehnung der allgemeinen Einkommensteuer.

Abg. Dr. Schlör bemerkt zuerst bezüglich des Vorschlages des Abg. Rebenack, eine Repartitionssteuer betr., daß eine deßfallsige Zurückweisung an die Ausschüsse erfolglos wäre, weil diese nur bestimmt formulirte Anträge begutachten können, und erörtert dann die verschiedenen Steuerarten. Zu dem vorliegenden Gesetzentwurf übergehend, erklärt Redner, daß es hier nicht möglich sey, sich auf den Standpunkt der Regierung zu stellen und daß er glaube, es könnte das bisherige Gesetz nach einzelnen Abänderungen dem Zweck mehr entsprechend gestaltet werden.

Der k. Ministerialkommissär Pfretzschner wiederholt dagegen die gestrige Erklärung, daß die Regierung alle Mittel erschöpft habe, das alte Gesetz zu einem günstigeren Resultat zu führen, aber umsonst.

Ab. Dr. Barth betrachtet die Einkommensteuer als ein Institut, das von einem freien Bürgerthum getragen werden müsse. Wenn es sich heute darum handelte, die Einkommensteuer erst einzuführen, so wäre er über sein Urtheil nicht im Zweifel; anders sey es aber, wenn es sich, wie jetzt, darum handle, die schon bestehende Einkommensteuer wieder aufzuheben. Er betrachte diese Steuer als eine Institution der Zukunft, und wenn man sie jetzt aufheben würde, müßte man sie in sechs Jahren vielleicht wieder einführen. Der häufige Wechsel solcher Institutionen erscheine aber bedenklich. Er könne daher dem Gesetzentwurf nicht beistimmen; wenn aber die Kammer denselben doch annehme, so müßte er jedenfalls an der Autonomie des Steuer-Ausschusses festhalten. Er unterschätze das Beamtenthum nicht, wolle aber, daß auch das Bürgerthum seinen Wirkungskreis habe — welch' letztere Ansicht vom Redner in trefflicher Weise ausgeführt wird.

Abg. Dr. Ruland erklärte hierauf, daß er die alte Einkommensteuer nicht mehr wolle. Er habe dieselbe schon im Jahr 1848 nicht mit seinem Rechtsgefühle vereinbaren können und vorausgesehen, daß sich diese Steuer nicht werde halten können. Die Steuer sey eine Appellation an den Patriotismus des Volkes gewesen, dieses habe aber dem in es gesetzten Vertrauen nicht entsprochen. Das Gesetz habe auch den Zweck nicht erreicht, man habe sich bei Erlaß desselben allgemein getäuscht. Redner ist der Ansicht, daß durch die Einkommensteuer alles schon besteuerte Einkommen nochmals, also doppelt besteuert werde, daß bei Feststellung der Fassionen von Vielen die reservatio mentalis angewendet werde und daß durch die doppelte Besteuerung der Redliche auch bei den Umlagen, für welche die direkten Steuern den Maßstab bilden, benachtheiligt werde. Das Gesetz habe deßhalb höchst unmoralisch gewirkt. Man könne der Regierung deßhalb keinen Vorwurf machen, wenn sie nun einen andern Weg einschlage. Er bestreitet, daß die Aermeren nach dem Entwurfe mehr betroffen würden; wenn man aber gesagt habe, daß durch den Wegfall der Progressivsteuer die Reicheren begünstigt würden, so hätte man deutlicher sagen sollen, daß man damit die Standesherren und die Appanagen meine. Abgesehen aber vom alten Rechte, liebe er erzwungene Steuern nicht. In Aussicht auf das höhere Budget dürfte man die Aufhebung der Einkommensteuer nicht verschieben, denn was man als Unrecht erkannt, müsse man zu jeder Zeit fallen lassen.

Abg. Prof. Weis hielt dann eine wahrhaft staatsmännische Rede, in welcher er sich entschieden gegen den Gesetzentwurf aussprach. (Ich unterlasse es, Ihnen aus dieser trefflichen Rede einen Auszug zu geben, da Sie wohl vorziehen, dieselbe, die alle Einwendungen gegen die Einkommensteuer trefflich widerlegte, nach dem in wenigen Tagen erscheinenden stenographischen Berichte zu geben.)

Der Hr. Regierungskommissär Pfretzschner knüpft an diese Rede einige Bemerkungen, mit welchen er wiederholt erklärt, daß die Staatsregierung alle erdenklichen Mittel erschöpft habe, um dem Gesetz einen besseren Erfolg zu sichern. Ein großer Theil der Fatenten habe die unrichtigen Fassionen nicht aus Lüge, sondern aus Mißverständniß des Gesetzes abgegeben und er glaube dies zur Ehre der Nation bemerken zu sollen.

Abg Neuffer erklärt, daß er sich ganz den Ansichten Rulands anschließe.

Abg. Dr. Völk ist der Ansicht, daß das bisherige Gesetz in Zukunft einen bessern Ertrag liefern werde. Durch Mittheilung der Aeußerungen des Regierungs-Kommissärs am Landtage 1852, sucht Redner zu beweisen, daß die Regierung damals ganz derselben Ansicht war, daß sie glaubte, durch eine längere Uebung ein günstigeres Resultat zu erlangen; daß die Regierung ferner die Einkommen-Steuer als eine Ausgleichungssteuer betrachtet habe, und daß sie damals auch die Progressivsteuer als eine gerechtfertigte vertheidigt habe. Die Kammer habe damals auch nur eine Abänderung, nicht eine Aufhebung des Einkommen-Steuer-Gesetzes verlangt, sie wollte nur eine Revision desselben haben. Die Regierung sey aber darüber hinausgegangen. Redner erklärt sich schließlich dagegen, daß die Autonomie des Steuer-Ausschusses beseitigt werden sollte.

Abg. Dekan Lang ist mit der bisherigen Einkommensteuer nicht einverstanden, hält vielmehr die vorgeschlagene Personalsteuer für viel gerechter.

Abg. Prof Lasaulx spricht die Befürchtung aus, daß nach der einschlägigen Verfassungs-Bestimmung, welche die Prinzen und die Standesherren von Personalsteuern befreien, das vorliegende Gesetz, wenn es dies auch vielleicht nicht beabsichtige, so doch in seinem Verfolg Jene von dieser Steuer befreien würde. Wenn dem aber so sey, so würden alle gesunden Fibern in ihm gegen das Gesetz revoltiren. Niemand in der Kammer werde die Standesherrn von der Steuer befreien wollen. Das vorliegende Gesetz besteuere den Taglöhner, während es die Reichern mehr als bisher befreie. Redner verweist auf England, wo selbst die Königin ihre Zivilliste besteuere und dadurch nicht weniger, sondern nur noch mehr liebenswürdig würde. In England würde kein Aristokrat ein solches oder dieses Privilegium beanspruchen. Dort wisse man, daß, wer die ersten Rechte im Staate genieße, auch die ersten Pflichten zu tragen habe. Jenes Privilegium sey aber unter den jetzigen Verhältnissen nicht im monarchischen oder aristokratischen, sondern nur im demokratischen Interesse, ja zu ihrer Ehre sey es gesagt, nicht ein Mal im Interesse der wahren Demokratie. Redner ist schließlich der Ansicht, daß es noch Mittel gebe, dem bisherigen Gesetze einen bessern Erfolg zu sichern, und daß ein bischen Gewalt, im allgemeinen Interesse geübt, gut und patriotisch sey.

Noch erklärte sich dann Abg. v. Closen für den Gesetz-Entwurf mit den Modifikationen des Ausschusses — womit die allgemeine Debatte zum Schlusse gelangt war. Da es bereits 2 Uhr war, so endete hiermit die Sitzung, die nächste findet morgen statt.

München, 31. Jan. Hr. Schilling hat sich von hier wieder nach Nürnberg begeben; derselbe wird die ihm angebotene Stellung als Verkehrsinspektor bei den kgl. Eisenbahnen nicht übernehmen. So meldet die „Bayer. Landbötin".

München, 1. Febr. Se. Maj. der König haben dem rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Regensburg, Georg Satzinger, die nachgesuchte Versetzung in den definitiven Ruhestand bewilligt. (N. M. Z.)

Baden. Die „Karlsr. Ztg." theilt das die höchste Sanktion der Beschlüsse der letzten Generalsynode, so weit sie die innern Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche betreffen, enthaltende Aktenstück mit. Wir theilen das-

selbe (unter Auslassung des Eingangs) mit: „In Beziehung auf die Lehre genehmigen Wir zunächst rücksichtlich des Bekenntnißstandes 1) den darauf bezüglichen Antrag der Generalsynode, welcher dahin lautet: Zur Beseitigung der über den Sinn des §. 2 der Unionsurkunde entstandenen Zweifel und der daraus entsprungenen Mißdeutungen desselben beschließt die Generalsynode: Die vereinigte evangelisch-protestantische Kirche im Großherzogthum Baden gründet sich auf die heilige Schrift alten und neuen Testaments als die alleinige Quelle und oberste Richtschnur ihres Glaubens, ihrer Lehre und ihres Lebens und hält unter voller Anerkennung ihrer Geltung fest an den Bekenntnissen, welche sie ihrer Vereinigung zu Grunde gelegt hat. Diese in Geltung stehenden Bekenntnisse sind die noch vor der wirklichen Trennung in der evangelischen Kirche erschienenen und unter diesen namentlich und ausdrücklich die Augsburgische Konfession als das gemeinsame Grundbekenntniß der evangelischen Kirche Deutschlands, sowie die besonderen Bekenntnißschriften der beiden früher getrennten evangelischen Konfessionen des Großherzogthums, der Katechismus Luthers und der Heidelberger Katechismus, in ihrer übereinstimmenden Bezeugung der Grundlehren heiliger Schrift und des in den allgemeinen Bekenntnissen der ganzen Christenheit ausgesprochenen Glaubens. Indem bei dieser Bestimmung des Bekenntnißstandes der evangelischen Landeskirche die heil. Schrift als alleinige Quelle und oberste Richtschnur des Glaubens, der Lehre und des Lebens vorangestellt ist, wird eben dadurch zugleich, im Einklang mit der ganzen evangelischen Kirche, das Recht des freien Gebrauchs der heiligen Schrift, sowie der im heiligen Geist gewissenhaft zu übenden Erforschung desselben anerkannt und für alle Glieder der Kirche, insbesondere aber für ihre mit dem Lehramte betrauten Diener die Pflicht ausgesprochen, sich solcher Schrifterforschung unausgesetzt zu befleißigen. 2) Zugleich ermächtigen Wir, dem Wunsche der Generalsynode entsprechend, Unseren evangelischen Oberkirchenrath, auf Grund dieser neuen Bestimmung über den Bekenntnißstand, sowie nach Maßgabe der Abschnitte IV. und V. seiner Vorlage, eine neue Lehrordnung auszuarbeiten und zugleich die Verpflichtungsformel, welche bei der erstmaligen Einführung der Geistlichen in ihr Amt angewendet wird, einer Revision zu unterwerfen. (Folgt sodann ein Abschnitt über die kirchlichen Lehrbücher.) In Betreff des Kultus geben Wir Unsere Sanktion zu folgenden Anträgen: 1) Wir genehmigen den Antrag auf Einführung der von der Generalsynode als allgemein gültig festgesetzten Ordnung für Sonn- und Festtage, für die Abendmahlsfeier und Nebengottesdienste, und ebenso den weiteren Antrag, den Gemeinden zu gestatten, diese Gottesdienstordnung durch Hinzufügung eines oder mehrerer Bestandtheile der von der Generalsynode gleichfalls festgesetzten ausführlicheren Ordnung zu erweitern. Auch ermächtigen Wir Unseren evangelischen Oberkirchenrath, die Gottesdienstordnung auf Grund der von uns genehmigten Beschlüsse der Generalsynode auszuarbeiten und bei dem Vollzuge die Anordnung zu treffen, daß das Fortschreiten von der einfacheren zu der ausführlicheren Ordnung von seiner Zustimmung abhängig gemacht werde. 2) Im Einklang mit den Wünschen der Generalsynode rücksichtlich des Gesangbuches beauftragten Wir Unseren evangelischen Oberkirchenrath, auf Grund des Eisenacher Gesangbuchsentwurfs ein neues Landesgesangbuch, welches, nach Form und Inhalt allen gerechten Forderungen entsprechend, die Bedürfnisse der Kirche und des Hauses vollständig zu befriedigen geeignet wäre, zur Vorlage an die nächste Generalsynode vorzubereiten. 3) Rücksichtlich des Beschlusses der Generalsynode, die Taufe betreffend, geben Wir Unserem evangelischen Oberkirchenrath den Auftrag, in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß bei der Taufe jedes evangelischen Kindes wenigstens ein evangelischer Taufpathe zugezogen werde. 4) Der von der Generalsynode entworfenen Konfirmationsordnung ertheilen wir unsere Bestätigung. Endlich ertheilen wir rücksichtlich der Verfassung Unserem evangelischen Oberkirchenrath den Befehl, eine die Kirchenzucht und ihre Ausübung regelnde Verordnung auszuarbeiten, um solche der nächsten Generalsynode vorlegen zu können."

Oesterreich. Wien, 29. Jan. Es wird die Herausgabe einer neuen, großen, die katholischen Interessen vertretende Zeitung hier beabsichtigt, und es werden bereits an den bischöflichen Sitzen, in den Klöstern und überhaupt bei der höhern Geistlichkeit Beiträge zur Unterstützung des Unternehmens gesammelt. — Die Redaktion der „Oesterr. Ztg" hat, statt des Hrn. Hugo, Hr. J. Lob, ein noch junger, aber befähigter Literat, übernommen. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Jan. Wessely's Antrag, daß die Schuld vom Jahre 1838 an die Nationalbank auch von den Herzogthümern getragen werden sollte, wurde heute mit großer Stimmenmehrheit von dem Landsthing verworfen.

(T. D. d. Z. f. Nd.)

Großbritannien.

London, 26. Jan. Obgleich die Regierung das Mißtrauen nicht fühlt, welches sich in der ministeriellen Presse, namentlich in der „M. Post" gegen die Aufrichtigkeit Rußlands ausspricht, so ist sie darum doch keineswegs frei von Besorgnissen der ernstesten Art. Sie fürchtet, die Agitation zu Gunsten der Fortsetzung des Kriegs, die hier begonnen hat, werde dem Werk der Diplomatie schwer zu beseitigende Hindernisse in den Weg legen, und Verwicklungen herbeiführen, welche die Allianz mit Frankreich gefährden könnten. In Kurzem werden in allen Theilen des Landes Arbeiter-Meetings stattfinden, die das Parlament mit kriegerischen Petitionen bestürmen werden. Auch die Verwaltungsreformgesellschaft ist wieder auf die politische Bühne getreten, und sucht das Mißvergnügen der Massen auszubeuten. Vereinigt mit der „nationalen und konstitutionellen Assoziation" hatte sie auf den 26. Jan. eine Volksversammlung in London Tavern berufen, um die österreichischen Propositionen und den „Verrath" von Kars zu discutiren. Eine Petition, in der die Königin gebeten wird, eine Untersuchung gegen Lord Stratford wegen des Falles von Kars einzuleiten, wurde einstimmig angenommen. (A. Z.)

London, 31. Jan. In der Thronrede, mit welcher heute J. M. die Königin Victoria das Parlament eröffnet hat, heißt es: „Die verbündeten Heere haben die Ihnen bekannten großen Siege davongetragen, und Sebastopol, das starke Bollwerk am schwarzen Meere, hat sich der unerschütterlichen Ausdauer und Tapferkeit der alliirten Streitkräfte ergeben. Die militärischen Vorkehrungen für das nächste Jahr haben nothwendigerweise unsere ernste Aufmerksamkeit in Anspruch genommen, um den Kriegsoperationen Kraft verleihen zu können. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, Eröffnungen, welche der Hoffnung auf einen sichern und ehrenhaften Frieden Raum geben konnten, nicht zurückzuweisen, als vor Kurzem der Kaiser von Oesterreich mir und meinem erlauchten Verbündeten, dem Kaiser der Franzosen, zu einer Vermittelung bei dem Kaiser von Rußland seine guten Dienste zu dem Zwecke anbot, eine friedliche Ausgleichung zwischen den kriegführenden Mächten zu bewerkstelligen. Mit meinen Verbündeten habe ich mich einverstanden erklärt, das gemachte Erbieten anzunehmen. Ich habe die Befriedigung, Ihnen mitzutheilen, daß bestimmte Bedingungen von den verschiedenen Parteien angenommen worden sind, auf welche sich, wie ich hoffe, ein allgemeiner Friedens-Traktat wird gründen lassen. Bei den in Aussicht stehenden Unterhandlungen über diesen Vertrag werde ich Sorge tragen, daß man das Ziel nicht aus den Augen verliere, um deßwillen der Krieg unternommen worden ist, und ich werde nicht einen Augenblick die kriegerischen Rüstungen einstellen, bis ein befriedigender Friedenstraktat zu Stande gekommen seyn wird. Die Verhandlungen über einen solchen Friedensvertrag sollen demnächst in Paris eröffnet werden. Mit dem Könige von Schweden habe ich einen Vertrag geschlossen, welcher die Verpflichtung enthält, seine Ländergebiete zu schützen und das Gleichgewicht in jenem Theile Europa's zu erhalten. (T. D. d. Fr. Bl.)

* Die Thronrede bewegt sich also, wie wir bereits gestern andeuteten, genau auf der Scheidelinie zwischen Krieg und Frieden. Dies ist ganz natürlich und etwas anderes konnte man sich bei ruhiger Ueberlegung der Sachlage gar nicht erwarten. Die Thronrede kann nicht einen sichern Frieden in Aussicht stellen, da noch nicht einmal die Unterhandlungen begonnen haben, eben so wenig mit Sicherheit die Fortsetzung des Krieges verkünden — Angesichts der bevorstehenden Unterhandlungen. Daß sie endlich bei dieser Ungewißheit Fortsetzung der Kriegsrüstungen ankündigt, ist am allerwenigsten zu verwundern, und es liegt darin an sich nichts Beunruhigendes. Wenn nun die Börsen, aus ihrem voreiligen Friedenstaumel durch diese Rede ernüchtert, plötzlich in eine gedrückte Stimmung gerathen sind, so ist die Ursache hievon wahrlich nicht darin zu suchen, daß die Thronrede der Sachlage eine neue und unerwartete Gestalt etwa gegeben hätte, sondern es ist das lediglich ein Rückschlag, der nach den vorausgegangenen überschwenglichen Friedenshoffnungen bei ruhiger Ueberlegung ohnehin über kurz oder lang auch ohne solchen äußern Anlaß hätte eintreten müssen.

London, 31. Januar. Bei der heute in beiden Häusern stattgehabten Debatte über die Antwortsadresse auf die Thronrede erklärte Graf Clarendon im Hause der Lords, Napoleon sey wie England friedlich gesinnt, wolle aber doch die

Fortsetzung der Kriegsrüstungen. Graf Derby kritisirte die Unterhandlungen. Im Unterhause begrüßte Disraeli den Frieden und versprach der Regierung für den Fall, daß die Konferenzen scheitern sollten, die Unterstützung der Opposition. Palmerston bat, man möge während der Konferenzen Rücksichten eintreten lassen, d. h. nicht zu viel fragen. Dagegen opponirten Roebuck und Sir de Lacy Evans. Beide Häuser nahmen zuletzt die vorgeschlagenen Adressen ohne Amendement an und vertagten sich auf morgen. Konsols eröffneten zu $91\frac{1}{8}$ und schlossen sehr matt zu $90\frac{3}{4}$. (T.D.d.N.Korr.)

Amerika.

Die Nachrichten von Hayti reichen bis zum 20. Dezbr.; wir ersehen daraus, daß fast die ganze männliche Bevölkerung nach dem Lager des Negerkaisers Soulouque abmarschirt ist; seine Armee war beinahe 30,000 Mann stark und soll gegen das unruhige St. Jago vorgerückt seyn. Das Edikt des Kaisers, das Fällen von Mahagonibäumen untersagend, wird streng in Kraft gesetzt. — In Canada scheint man den Werth der Deutschen anzuerkennen. Nicht allein, daß der Einwanderer nur drei Jahre zu warten hat, ehe er Bürger werden kann, man scheint auch die deutsche Sprache zu heben, statt, wie in den Vereinigten Staaten, sie zu unterdrücken. In all' den Distrikten, wo eine starke deutsche Bevölkerung ist, werden Lehrer angestellt, welche der deutschen Sprache mächtig sind. Wie beschämt das monarchische Canada durch seine Freisinnigkeit die bornirten fremdenfressenden, republikanischen Amerikaner!

London, 30. Jan. Den letzten Nachrichten aus Amerika zufolge waren die Zwistigkeiten mit England noch nicht beigelegt. Die Vereinigten Staaten schienen entschlossen, auf Genugthuung wegen der englischen Werbungen zu bestehen und nöthigenfalls die Abberufung Crampton's zu verlangen.

(T.D.d.K.Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Nach den österreichischen Propositionen soll die Neutralisirung des schwarzen Meeres dadurch herbeigeführt werden, daß 1) unter Ausschluß aller übrigen Kriegsschiffe Rußland und der Türkei im schwarzen Meere nur die Haltung einer noch zu vereinbarenden Zahl von leichten Fahrzeugen von einer gewissen Stärke gestattet und 2) Rußland und der Türkei eben so wohl die Anlegung neuer, als die Erhaltung der bisherigen Kriegs-Seearsenale am schwarzen Meere untersagt wird. Von vornherein muß es jedoch gerechte Bedenken gegen die Wirksamkeit der so beabsichtigten Bestimmungen erregen, daß in ihnen das Vorhandenseyn eines asow'schen Meeres völlig ignorirt ist. Was besagt es, daß Rußland im schwarzen Meere nicht mehr, als eine bestimmte Zahl leichter Kriegsschiffe halten soll, wenn ihm im asow'schen Meere eine gleiche Beschränkung nicht auferlegt ist? Zwar verbietet dieses letztere Meer durch seinen geringen Tiefgang von selbst die Haltung großer Kriegsschiffe; wenn man aber erwägt, wie im gegenwärtigen Kriege gerade große Schiffskolosse sich am wenigsten bewährt und dafür um so mehr die Nutzbarkeit der kleineren Fahrzeuge für den Küstenangriff sich herausgestellt hat, so wird man nicht zweifeln können, daß die Rußland im asow'schen Meere gelassene Freiheit die für das schwarze Meer stipulirten Beschränkungen mindestens zu einem großen Theile paralysirt. Dazu kommt ein weiteres Bedenken. Wer wird Rußland verwehren können, für seinen Handel und seinen Postdienst im schwarzen Meere die Schiffe so zu bauen, daß sie in jedem Augenblicke sich in Kriegsfregatten oder Linienschiffe umwandeln lassen? Freilich müssen dieselben, um Kriegszwecken zu dienen, erst armirt werden, und der die Neutralisirung des schwarzen Meeres betreffende Punkt bestimmt, daß an demselben keine Kriegs-Seearsenale bestehen sollen. Aber wenn Rußland solche Arsenale nicht am Meere haben darf, so wird es sie doch landeinwärts an den Flüssen seines Reiches oder an Schienenwegen haben dürfen, auf welchen die nöthigen Kriegsvorräthe aus ihnen auf das leichteste an das Meer befördert werden können. Ja, zur Zeit befindet sich Rußland noch im faktisch unbestrittenen Besitz seines größten Arsenals für das schwarze Meer, Nikolajeff's, und die Frage ist, ob die Fassung der obigen Neutralisirungsbestimmung ihm diesen Besitz auch nur theoretisch zu bestreiten vermag. Das Resultat der beabsichtigten Neutralisirung liegt also ziemlich klar vor Augen. Rußland würde durch dieselbe faktisch nicht gehindert, für einen erfolgvollen Angriff gegen die Türkei im schwarzen Meer alle Rüstungen und Vorbereitungen zu treffen, und sich einer dazu hinreichenden Flotte ebensowohl von großen als von kleinen Kriegsschiffen zu versichern, nur daß bis es zum Angriff kommt, die kleineren Schiffe das asow'sche Meer nicht verlassen und die großen die ihnen umgehängte friedliche Post- oder Handelsmaske nicht abwerfen dürfen. Vielleicht die einzige Schwierigkeit, die aus der proponirten Neutralisirung für Rußland hervorgeht, ist, daß ihm durch dieselbe die Ausbildung der erforderlichen Marinemannschaften erschwert wird; immerhin aber bieten ihm seine Kriegsflotten in der Ostsee, im asow'schen und kaspischen Meer, verbunden mit den vertragsmäßigen Kriegsschiffen und den nach Belieben in Fahrt zu setzenden Handels- und Postschiffen im schwarzen Meer, doch wohl die ausreichende Möglichkeit, auch dieser Schwierigkeit Herr zu werden.

× Berlin, 31. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Nachdem die ersten Schritte in der Friedensfrage geschehen sind, stellt sich für Oesterreich das Bedürfniß heraus, sich auf Preußen und Deutschland lehnen zu können, damit es die Kraft und das Ansehen hat, einen entschiedenen und entscheidenden Einfluß auf den bevorstehenden Friedens-Konferenzen auszuüben. Es will daher, wie man vernimmt, auf dem Bundestage mit dem Antrage hervortreten, daß Deutschland den österreichischen Friedens-Propositionen gegenüber bestimmte Verpflichtungen übernehme, und hat bereits die betreffende Vorlage formulirt Preußen zur Kenntniß mitgetheilt. Wenn Preußen und Deutschland sich die österreichischen Propositionen aneignen sollen, so ist jedenfalls dabei in Betracht zu ziehen, daß dies nicht ohne sehr ernste Erwägungen geschehen kann. Zur Zeit ist noch nicht einmal das Protokoll unterzeichnet, welches der Annahme des Präliminar-Vertrages vorausgehen soll. Es ist also noch kein sicherer Anhalt vorhanden, auf welche Weise die Lösung der jetzigen Krisis erfolgen wird. Verpflichtet sich Preußen und Deutschland auf Grund der österreichischen Vorschläge, so kann dadurch eine unangenehme Zwitterstellung hervorgerufen werden, wenn die Westmächte die österreichischen Propositionen nicht acceptiren. Preußen und Deutschland können dadurch möglicher Weise in eine feindliche Stellung zu den Westmächten kommen, eine Situation, die Oesterreich gewiß nicht herbeiführen will. Bevor also eine Entscheidung von dem Bundestage getroffen wird, ist es nothwendig, die jetzige Krisis in eine bestimmte Gestalt übergehen zu lassen. Diese Ansicht scheint die maßgebende bei den deutschen Regierungen werden zu wollen, wie wohl mit einiger Zuversicht aus dem Besuch des Herrn v. Beust in Berlin zu folgern ist. Sollte man in Sachsen nicht der Ueberzeugung seyn, die Entwickelung der Verhältnisse noch abzuwarten, und die österreichische Forderung auf Aneignung der 5 Garantiepunkte noch zu beanstanden, so läge für Herrn v. Beust keine Veranlassung vor, einen Ausflug nach Berlin zu machen. Da aber Hr. v. Beust in der orientalischen Frage jüngst immer sehr thätig gewesen ist, und hierbei die Ansichten der Mittelstaaten vertreten hat, so ist wohl anzunehmen, daß er bei der jetzigen Besprechung, welche ihn nach Berlin führt, im Sinne dieser handeln wird. Man glaubt hier in Berlin annehmen zu können, daß die deutschen Staaten auch dieses Mal, wie schon früher, eine mit Preußen übereinstimmende Haltung dem österreichischen Antrage gegenüber annehmen werden.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 14. Jan. Auch hier werden gegenwärtig Konferenzen gehalten, Besprechungen, provozirt von dem Bedürfniß, einige Einigung zwischen den Westmächten und der Pforte über die Basis und die Tragweite künftiger Unterhandlungen zu erzielen, und genährt von der Erkenntniß, daß viel, sehr viel zu thun ist, um die bei den Wiener Konferenzen gelassenen Lücken einer eingehenden Erörterung über die Zukunft des osmanischen Reiches so auszufüllen, daß die Bedeutung des dritten oder vierten Garantiepunktes nicht mehr verschiedenen Interpretationen unterliege. Die Theilnehmer an diesen Berathungen sind türkischerseits: Der Großvezier Ali Pascha und der Minister des Auswärtigen, Fuad Pascha; europäischerseits: der großbritannische Botschafter, der französische Botschafter, der österreichische Internuntius. Diese vereinigten sich zu einer ersten Sitzung am 9. d. M. bei dem Großvezier. Außer mehreren vorbereitenden Fragen kam auch die zur Sprache, ob Piemont auch zur Theilnahme an denselben heranzuziehen sey. Piemont, als Mitunterzeichner des Vertrags, der die Allianz zwischen dem Westen und der Türkei begründet hat, glaubt in gleichem, wenn nicht gar in größerem Rechte zu seyn als Oesterreich, eine Zuziehung zu diesen Konferenzen zu verlangen. Doch ist bis jetzt die Frage verneinend entschieden worden, worauf der sardinische Gesandte bei der hohen Pforte, so viel ich höre, einen Protest gegen alle etwa zu fassenden Beschlüsse dieser Konferenzen eingelegt hat. Dagegen ist es, wie es scheint, auf Andringen Oesterreichs, räthlich befunden worden, eine Kapazität mit in die Berathungen zu ziehen, die mit den Verhältnissen der Christen in der Türkei, welche nothwendig zur Sprache kommen werden, vertrauter sey, als die Türken und die frem-

den Botschafter es füglich seyn können. Die Wahl des Sultans ist daher auf den bekanntlich für den Botschafterposten in Wien designirten bisherigen Fürsten von Samos, Kallimachi, gefallen, und hat derselbe der gestern abgehaltenen zweiten Sitzung bereits beigewohnt. Die Instruktionen der türkischen Minister scheinen den Gesichtspunkt sehr weit gehender Konzessionen an die Westmächte in Betreff innerer Reformen, namentlich der Stellung der Christen, sowie der Organisation der Donaufürstenthümer, festzuhalten und wird als eine Einzelheit in diesem Sinne angeführt, daß man die Einrichtung gemischter, aus Muselmännern, und Christen zusammengesetzter Gerichtshöfe für das ganze Reich, sowie die Zulassung der Christen zu Staatsämtern, mit Ausnahme der höchsten Stellen im Zivil- und Militärdienst, beabsichtigt. (Oest. Z.)

Aus Rußland.

Petersburg, 24. Jan. Nach vorliegenden amtlichen Berichten hat Fürst Gortschakoff dem General Lüders die Armee in der Krim in folgender Zusammensetzung auf den Positionen übergeben: die 4., 5., 10., 11., 16. und 17. Infanterie-Division (24,000 Mann), die 15. Reserve-Infanterie-Division (4000 Mann) mit den dazu gehörigen Scharfschützen-Bataillonen Artillerie und Reiterei, die Druschinen des 38. und 54. (7000 Mann) Reichswehr von Kaluga, zwei Regimenter der 2. Brigade der 6. Infanterie-Division (2000 Mann), eine Brigade der 2. Dragoner-Division (zwei Regimenter, 1600 M.). Auf den Positionen Saradus und Troch Ablam die 2. und 3. Grenadier-Division (8000 Mann Elitetruppen) sammt Artillerie, die halbe 12. Infanterie-Division (2000 Mann) nebst Artillerie, die 39., 40., 41. und 42. Druschine von Kursk (4000 Mann). An Artillerie 280 Feldgeschütze. Die Observations-Korps bei Kertsch, Feodosia und Eupatoria sind in dieser Berechnung nicht enthalten (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 1. Februar. Die Kurse der österr. Fondsgattungen, Bankaktien, Kredit-Aktien und Staatebahnaktien so wie span. und Darmstädter Bankaktien erfuhren einen namhaften Rückgang.

Oesterreich 5pCt. Lomb. $88\frac{3}{4}$ P. $88\frac{1}{2}$ G.
„ 5pCt. Metall. alte $80\frac{1}{2}$ P. $80\frac{1}{4}$ G.
„ 5pCt. „ io Silber bei Roths. — P. 88G
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $81\frac{5}{8}$P. $81\frac{3}{8}$G.
„ $4\frac{1}{2}$pCt. „ $70\frac{1}{4}$ P 70 G.
„ 4pCt. „ $62\frac{1}{2}$ P. 62 G.
„ 3pCt. „ 49 P $48\frac{1}{2}$ G.
„ 1pCt. „ 16 P. $15\frac{3}{4}$ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1149 P. 1144 G.
Oesterreichische Credit-Actien 130 P. 128 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 128 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 $98\frac{1}{4}$ P. 98 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 275 P. 270 G.
Bayero 5pCt. Obligationen $101\frac{1}{2}$ P. 101 G.
„ $4\frac{1}{2}$pCt. „ $100\frac{1}{8}$ P $99\frac{5}{8}$ G.
„ 4pCt. „ 95 P. $94\frac{1}{2}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ $86\frac{1}{2}$ P. 86 G.
„ 4pCt Ablös.-Rente 95 P $94\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien $154\frac{3}{4}$ P. $154\frac{1}{4}$ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien $142\frac{1}{4}$ P. $141\frac{3}{4}$ G.
Preussen $3\frac{1}{2}$pCt. Staats-Schuld-Scheine $88\frac{1}{2}$ P. 88 G
Württemberg $4\frac{1}{2}$pCt. Obligationen $102\frac{1}{4}$ P. $101\frac{3}{4}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ $89\frac{3}{4}$ P. $89\frac{1}{4}$ G.
Baden $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen voo 1842 $89\frac{1}{2}$ P. 89 G.
Badische 50 fl. Loose — P. — G.
„ 35 „ „ $47\frac{3}{8}$ P. $47\frac{1}{8}$ G
Grossh. Hessen $4\frac{1}{2}$pCt. Obligationen $102\frac{1}{2}$ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 100 P $99\frac{1}{2}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ $93\frac{1}{2}$ P. 93 G
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113 P. $112\frac{1}{2}$ G.
„ „ 25 „ „ $36\frac{3}{4}$ P. $36\frac{1}{2}$ G
Darmstädter Bankaktieo 301 P. 299 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose $39\frac{3}{8}$ P. $39\frac{1}{8}$ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. $58\frac{1}{2}$ P. 58 G.
Nassau $3\frac{1}{2}$pCt. Obligatiooen $90\frac{3}{4}$ P. $90\frac{1}{4}$ G.
Nassauische 25 fl. Loose $30\frac{1}{4}$ P. $29\frac{3}{4}$ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen $85\frac{3}{4}$ P. $85\frac{1}{4}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ alte 93 P $92\frac{1}{2}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien $119\frac{1}{2}$ P. 119 G.
Taunus-Aktieo à 250 fl. 324 P. 322 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn $78\frac{1}{2}$ P. 78 G.

Polen 500 fl. Partial — P. $85\frac{1}{2}$ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38 P. $37\frac{3}{4}$ G.
„ 1pCt. neoe $23\frac{9}{16}$ P. $23\frac{7}{16}$ G.
Holland Integrale 65 P. $64\frac{1}{2}$ G.
„ Certificata 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bej Bethmann $42\frac{1}{2}$ P. 42 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. $100\frac{1}{2}$P. $100\frac{1}{4}$G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119P. $118\frac{3}{4}$G
Augsb. fl. 100 k. S. 120P. $119\frac{3}{4}$G	Mail. i. S Lr. 250 k. S $100\frac{7}{8}$P $100\frac{5}{8}$G.
Berlin Thlr. 60 k. S. $105\frac{1}{4}$P. 105G.	do. 3 Monat mit 5% $100\frac{5}{8}$P $100\frac{3}{8}$G.
Cöln Thlr. 60 k. S. $105\frac{1}{4}$P 105G.	Paris Frs. 200 k. S $93\frac{5}{8}$P. $93\frac{3}{8}$G
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S $96\frac{1}{4}$P. 96G.	Lyon Frs. 200 k. S. $93\frac{5}{8}$P. $93\frac{3}{8}$G.
Hamb. MB. 100 k. S $88\frac{5}{8}$P $88\frac{3}{8}$G.	Wien fl. 100 C. k S. $111\frac{1}{2}$P. $111\frac{1}{4}$G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. $105\frac{1}{8}$P. $104\frac{7}{8}$G.	Wien 3 M. mit 4% 111 P. $110\frac{3}{4}$G.
Disconto — P. $3\frac{1}{2}$pCt. G	

Wien, 31. Januar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. $86\frac{7}{8}$; 5Cpt. Met. $85\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. $76\frac{1}{2}$; Lotterie-Anlehenslooie von 1839 138; dito von 1854 105; Bankaktien 1038; Bank-Interimsaktien —; 5pCt lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2400; Wechselkurse: Augsburg uso $107\frac{1}{8}$ P.; London 10.26. B. Geldkurs: Dukaten —.

* Amsterdam, 28. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Zucker roher. Verschiedene segelnd gekaufte Partieen Java-Zucker, welche nach dem Eintreffen wieder an dem Markt erschienen, brachten längere Zeit eine flaue Stimmung zu Wege; doch nachdem diese mit einer Reduktion von f. 7 auf November-Preise geräumt waren, hat der Markt unter dem Einfluß der Friedensberichte und allseitig hervortretenden Bedarfsfrage eine rasch fortschreitende Besserung erfahren, wornach heute ohne Mühe Käufer sich finden lassen zu f. 5 weniger als November-Kourse. In diesem Verhältnisse sind in v. W. segelnd ca. 2000 Körbe Java genommen und loco wurde für $9\frac{1}{2}$ Nro. Standart-Probe f. $37\frac{1}{2}$, für Nro. 16—17 f. 43 bewilligt. Raffinirt. Die Abschlüsse während der letzten drei Wochen betragen $1\frac{1}{2}$ bis 2 Millionen Kilogr., mehrentheils lieferbare Waare, wovon der größte Theil schon verschifft ist und wofür die letztbezahlten Preise f. $2\frac{1}{2}$ Erhöhung andeuten.

Neueste Nachrichten.

** München. 1. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **30. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Ministerpräsident Freiherr v. d. Pfordten.

Nach eröffneter Sitzung übergibt der k. Ministerpräsident der Kammer einen Gesetz-Entwurf, welcher den Bau der weiteren projektirten Eisenbahnen betrifft. Die Staatsregierung sey nämlich zu der Ansicht gelangt, daß es unter den gegebenen Verhältnissen besser sey, die weiteren Bahnen — 1) Nürnberg-Amberg Regensburg; 2) Nürnberg Pilsen; 3) München-Landshut und an die Donau und 4) Regensburg-Linz — nicht durch die Staatskasse, sondern durch Privatgesellschaften bauen zu lassen. Die desfalls eingeleiteten Verhandlungen seyen zwar noch nicht zum Abschlusse gelangt, allein dieser stehe in sicherer Aussicht und beruhe nur noch auf zwei Voraussetzungen, daß nämlich die Verhandlungen mit Oesterreich bezüglich des Anschlusses der Bahnen zu dem erwünschten Ziele führen (und das sey schon in der nächsten Zeit zu erwarten) und daß ferner die Regierung eine entsprechende Zinsengarantie übernehme. Durch den vorgelegten Gesetzentwurf solle nun die Regierung ermächtigt werden, Privatgesellschaften eine gewisse Zinsengarantie zu gewähren. Den etwaigen Bedarf hiezu, wenn er überhaupt nöthig seyn sollte, würde das jedesmalige Budget bestimmen, im vorliegenden sey das aber noch nicht nöthig, denn die Zinsengewähr könne erst nach Vollendung der Bahnen eintreten.

Die Kammer ging dann wieder an die Berathung des Gesetz-Entwurfes, „die Personalsteuer betr." Der Referent Abg. Münch warf in Kürze einen Rückblick auf die gestern zum Schlusse gelangte allgemeine Debatte, worauf der kgl. Ministerpräsident sich in umfassender Weise für den Gesetzentwurf aussprach und auch seinerseits nachzuweisen suchte, daß die bisherige Einkommen-Steuer unhaltbar sey. Die Kammer ging dann zur speziellen Debatte über und zwar, mit vorläufiger Aussetzung der Beschlußfassung über den Eingang, zu Art. 1. Bericht hierüber folgt; bei Postschluß war die Debatte noch nicht beendet.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhmann

(Nebst einer Beilage.)

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Zweite Beilage zur Neuen Würzburger Zeitung Nr. 33.

Das Notariat und das Institut der exekutorischen Urkunden.

In keinem Zweige des ausgedehnten Wirkungskreises der bayerischen Landgerichte diesseits des Rheins wird die Nothwendigkeit einer baldigen durchgreifenden Verbesserung des bisherigen Zustandes, so dringend und allgemein gefühlt, als in den Geschäften der nichtstreitigen Rechtspflege, deren höchst mangelhafte Besorgung die Quelle zahlreicher Prozesse geworden ist. So einig man aber darüber ist, daß eine Verbesserung der landgerichtlichen Notariats-Geschäfte Postulat absoluter Nothwendigkeit geworden sey, so verschieden sind die Ansichten über die Mittel, wodurch diese Verbesserung realisirt werden soll! Es steht hier der Ansicht, daß nur in der Einführung des dem französischen Systeme nachgebildeten Notariates die erforderliche Abhülfe zu finden sey, die Ansicht aller Jener entgegen, welche glauben, daß der Zweck einer Verbesserung der freiwilligen Rechtspflege besser durch die Uebertragung dieses wichtigen Geschäftszweiges an besoldete Beamte erreicht werden würde.

Wir glauben uns entschieden für die letztere Ansicht aussprechen zu sollen!

Wer nicht unbedingt Alles für Gold hält, was jenseits des Rheines gesetzliche Gültigkeit hat, sondern die dort geltenden Institutionen einer unbefangenen Prüfung unterzieht, der wird ebensowenig die Vorzüge, als die Schattenseiten der dortigen Rechts-Institute verkennen. Zu den Schattenseiten zählt aber gerade die dort eingeführte Besorgung der freiwilligen Rechtspflege durch lediglich auf Gebühren angewiesene Notare, wie eine nähere Erwägung der für diese Einrichtung geltend gemachten Gründe, so wie auch die darüber vorliegenden Erfahrungen zeigen dürften. Dem Notariate, wie solches jenseits des Rheines besteht, liegt zunächst die Idee zu Grunde, daß hiedurch den Staatsangehörigen die Möglichkeit gewährt werde, sich in ihren Rechtsgeschäften unter den aufgestellten Notaren den Mann ihres Vertrauens auszuwählen und bei demselben Rath und Belehrung erholen, so wie über das eingegangene Rechtsgeschäft öffentliche Urkunden erhalten zu können. Ein solcher Vertrauensmann werde, wie man glaubt, die Betheiligten, von welchen er bezahlt wird, schneller und besser bedienen, als der besoldete Beamte!

Diese Argumente sind aber nichts weniger als richtig! Schon die Grund-Idee, daß durch die Aufstellung unbesoldeter Notare den Betheiligten die Möglichkeit gewährt werde, sich zu ihren Rechtsgeschäften den Mann ihres Vertrauens auszuwählen, hat wesentliche Bedenken: Soll nämlich dieser Idee genügend Rechnung getragen werden, so müßte die Zahl der Notare in einem weit größeren Maße vermehrt werden, als es das wahre Bedürfniß erheischt! Hiedurch würde nothwendig die Subsistenz vieler Notare in demselben Grade gefährdet werden, als eine zu große Beschränkung ihrer Zahl in den meisten Orten die Möglichkeit einer Auswahl ausschließen und sohin den eigentlichen Zweck des Institutes unerreicht lassen würde! —

Treffend und wahr bemerkt in dieser Beziehung der berühmte Rechtsgelehrte Ritter von Feuerbach in seinen Betrachtungen über die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerechtigkeits-Pflege, Gießen, 1825, Band II, Seite 154: „Indessen zeigen sich in Frankreich, wenn auch vielleicht in geringerem Grade, so ziemlich dieselben Gebrechen, an welchen auch anderwärts die Verwaltung freiwilliger Gerichtsbarkeit durch Notarien immer gelitten hat, und welchen gründlich zu begegnen der Staatsweisheit schwerlich jemals gelingen wird. Wo zu Wenige solches Geschäft betreiben, haben diese als Monopolisten das Publikum in ihrer Gewalt; sind deren zu Viele, so bleiben immer Mehrere übrig, welche, um zu leben, ihr Gewerbe zu allerhand Dingen gebrauchen müssen, zu welchen es ihnen eben nicht überlassen wurde. Ein allen Orten und Zeitverhältnissen anpassender Maßstab für das Verhältniß der Zahl solcher Beamten zu den Bedürfnissen des Publikums ist nicht möglich.“

Schon diese auf bewährte Erfahrung gegründeten, ja aus der Natur der Sache selbst sich ergebenden Gebrechen lassen das Institut des französischen Notariates keineswegs in dem rosenfarbenen Lichte erscheinen, in welchem es Viele erblicken! Will der Staat nicht ein Uebermaß von Notaren anstellen und dadurch diese Einrichtung zu einer höchst drückenden pekuniären Last der Staatsangehörigen und zu einer Quelle von vielfachen Gefährdungen der Interessen der freiwilligen Rechtspflege, sohin zu einer wahren Landesplage machen, so muß er nothwendig zu der anderen Alternative, zu der die Möglichkeit einer Vertrauenswahl wo nicht ausschließenden, doch sehr erschwerenden Beschränkung ihrer Zahl schreiten. Insbesondere wird an den Sitzen der meisten Landgerichte nur e i n Notar angestellt werden können, dessen sich die Parteien bedienen müßten, wenn sie nicht mit vermehrten Opfern an Geld und Zeit die Rechtshülfe eines entfernt wohnenden Notars suchen wollten! — Hier frägt es sich dann mit Recht, zu welchem Notariats-Beamten die Parteien vernünftiger Weise das größere Vertrauen haben können, ob zu dem bezahlten Notare, in dessen Interesse es liegt, die Geschäfte möglichst zu vervielfachen und zu vertheuern, da er ohne Aussicht auf eine Verbesserung seiner politischen Stellung lediglich auf möglichst großen Vermögens-Erwerb hingewiesen ist, oder zu dem besoldeten Beamten, der nicht seinen Vortheil, sondern nur das Interesse der Sache im Auge haben und daher auch die Acte der freiwilligen Rechtspflege um so mehr mit aller Unparteilichkeit und Pflichttreue besorgen wird, als er im Falle treuer und eifriger Pflichterfüllung auf weitere Beförderung hoffen kann? Die Entscheidung dieser Frage kann wohl nicht zweifelhaft seyn, insbesondere dann nicht, wenn die praktische Erfahrung, die beste Lehrmeisterin für alle politischen Einrichtungen, unbefangen zu Rathe gezogen wird. Diese Erfahrung zeigt, daß zwar bei den Landgerichten, wo das Notariat in der Regel den Händen rechtsunkundiger Oberschreiber überlassen ist, in diesem Geschäftskreise vielfache Mißstände bestehen, daß sich aber das kreis- und stadtgerichtliche Notariat, welches von rechtskundigen Gerichtsmitgliedern besorgt wird, fast überall im vollkommen befriedigenden Zustande befindet und noch nie solche Beschwerden hervorgerufen hat, wie sie auf dem Notariatswesen jenseits des Rheines lasten, das von sachverständigen Stimmen des fabrikmäßigen Betriebes der Geschäfte, der nicht seltenen Uebervortheilung der Parteien durch Abforderung übertriebener Gebühren, sowie des Mißbrauches der Unwissenheit und Leichtgläubigkeit des gemeinen Mannes durch Verleitung zur Eingebung gefährlicher Rechts-Geschäfte und zur Errichtung unnöthiger oder gefährdender Notariats-Urkunden u. s. w. beschuldigt wird! —

freiwilligen Gerichtsbarkeit. Was für die Möglichkeit einer Geltendmachung streitiger Rechtssachen die Zivilprozeß-Ordnung ist, das ist für die Möglichkeit der Realisirung urkundlich feststehender sohin liquider Rechte das Institut der exekutorischen Urkunden. Beide erscheinen offenbar als gleich nothwendige Mittel zur Gewährung des vollständigen Rechtsschutzes!

Wird die Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit an besoldete Gerichtsbeamte übertragen, so bedarf es zu dieser im Organisations-Wege durchführbaren Maßregel keines Notariats-Gesetzes, wohl aber eines selbständigen Gesetzes über exekutorische Urkunden, wenn mit der Verbesserung der freiwilligen Rechtspflege alle die oben geschilderten segensreichen Wirkungen hervorgerufen und noch zwei andere große Vortheile im finanziellen Interesse des Staates erreicht werden sollen. Wenn dermal viele Klagen über die Höhe der Taxen der freiwilligen Gerichtsbarkeit laut werden, so erscheinen diese Klagen in dem Hinblicke auf die geringen Vortheile, welche die Akte der freiwilligen Rechtspflege den Betheiligten gewähren, öfter nicht ganz unbegründet. Die Parteien erlangen durch die ihnen ausgefertigten öffentl Urkunden zur Zeit nichts, als bloße Beweismittel, welche ihnen durchaus keine Garantie einer rechtzeitigen Erlangung ihrer liquiden Rechte verschaffen, sondern sie allen prozessualischen Chikanen preisgeben! Ganz anderen Werth haben unstreitig die exekutorischen Urkunden, durch welche der Staat den Parteien das nöthige Schutzmittel gegen den Mißbrauch der Prozeßgesetze in die Hände gibt! — Solche Urkunden rechtfertigen nicht bloß das Bestehen hoher Taxen, sondern führen sicher auch dazu, daß die Parteien die Inanspruchnahme der freiwilligen Rechtspflege nicht mehr in der Regel bloß auf jene Rechtsgeschäfte, zu deren Gültigkeit gerichtliche Verbriefung nothwendig ist, beschränken, sondern sich auch in allen anderen rechtlichen Geschäften öffentliche Urkunden erholen werden, in welchen es ihr Interesse erheischt, ihre vertragsmäßigen Rechte gegen willkührliche Anfechtung sicher zu stellen. Auf diese Weise werden in kurzer Zeit die Staatseinnahmen an Taxen und Stempeln sich in einem Maße erhöhen, wodurch der gesammte Mehraufwand für die begutachtete Verbesserung der freiwilligen Rechtspflege, wo nicht ganz, doch sicher gröſstentheils gedeckt werden würde. —

Möge daher das in jeder Beziehung wahrhaft wohlthätige Institut der exekutorischen Urkunden recht bald auch bei uns als Gesetz erscheinen! Es wird mit demselben eine wahre materielle Verbesserung unserer Rechtszustände erzielt, eine Verbesserung, welche im Interesse der Rechtssicherheit, sowie der dringend nöthigen Verminderung der Geschäftslast aller Gerichte gewiß viel heilsamer wirken würde, als die bloß formellen Kompetenz-Aenderungen. —

Würzburg, im Januar 1856.

Verantwortlicher Redakteur Dr. K. Pöhlmann. Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 34. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 3. Februar 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Den Protokollen über die beim kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 21. bis 27. Januar stattgefundenen Verhandlungen Behufs der Revision des Gütertransportarifes auf den Staats-Eisenbahnen ist zu entnehmen, daß denselben unter dem Vorsitze des Hrn. Ministerpräsidenten Frhrn. v. d. Pfordten beiwohnten: die HH. Ministerialräthe v. Brück und von Pfeuser, dann die Oberpostväthe Nobiling und Escherich, und als Abgeordnete der Kreis-, Gewerbs- und Handelskammern die Hrn. Kester von Giesing, Egtauer von Passau, Lang von Regensburg, Keim von Bayreuth, Merk von Nürnberg, Fischer von Schweinfurt, v. Pfister von Lindau; dann als Abgeordnete des Handelsrathes in Augsburg Herr Kaufmann Hertel von da, und auf spezielle Einladung des Staats-Ministerium Herr Kaufmann Schilling von Nürnberg.

Beim Zusammentritte empfing und begrüßte der Herr Ministerpräsident die Hrn. Abgeordneten und bemerkte in der an dieselben gerichteten Ansprache insbesondere auch, wie der Zweck des gegenwärtigen Zusammentrittes darin bestehe, den im vorigen Jahre ins Leben getretenen Gütertransport-Tarif, gegen welchen von mehreren Seiten Einwendungen gemacht worden wären, einer genauen und gründlichen Revision zu unterziehen. Die kgl. Staatsregierung habe sich zwar schon veranlaßt gesehen, mit dem Beginne dieses Jahres einige Modifikationen des bestehenden Tarifes eintreten zu lassen, die vollständige Revision desselben glaube sie aber im allseitigen Interesse nur mit Zuziehung von Sachverständigen aus den zunächst betheiligten Kreisen des Königreiches vornehmen zu sollen. Der Herr Minister macht hierauf auf die hohe Bedeutung dieses in alle Verkehrs- und Handelsverhältnisse tief eingreifenden Gegenstandes aufmerksam und bemerkt, wie neben diesen Verhältnissen auch die finanzielle Seite in der nothwendigen Rücksicht auf die Staatskasse und die Steuerpflichtigen ein besonderes Gewicht behaupte.

Bezüglich des Gegenstandes und des Ganges der Verhandlung komme zu bemerken, daß die in Geltung bestehenden und seit dem 1. d. M. in einigen Punkten bereits modifizirten Tarifsbestimmungen, dann die besonderen Bemerkungen der Generaldirektion der kgl. Verkehrsanstalten zu diesem Tarife und dem hierüber bereits eingekommenen Gutachten mehrerer Handelsräthe, endlich die neuerlichen Vorschläge des Handelsrathes und Handelsstandes in Augsburg*) zu berathen wären; sollten außerdem von Seite der Herren Abgeordneten im Auftrage ihrer Kommittenten noch besondere Anträge gestellt werden wollen, so werde ersucht, dieselben schriftlich in bestimmter Formulirung zu übergeben. Als Hauptgesichtspunkte dürften sich darstellen: 1) Die Verkehrsanstalten haben zunächst und hauptsächlich dem Verkehre zu dienen; 2) durch entsprechende Anknüpfungen und Verbindungen nach Außen werden die Verkehrs-Interessen wesentlich gefördert; beide Momente wurzeln in den Anforderungen des Verkehrs, in den Bedürfnissen des Handels. 3) Die Anstalten haben die Aufgabe zu erfüllen, sich aus sich selbst zu erhalten, aus ihrer Rente ohne Staatszuschuß ihr Anlage-Kapital zu verzinsen und die nöthigen Mittel zur allmählichen Zurückzahlung zu gewinnen. Der möglichsten Vereinigung dieser Hauptgesichtspunkte wäre das sorgfältigste Augenmerk zuzuwenden. Der Hauptgrund der bis jetzt noch nicht erzielten günstigen Rentabilität der Staatseisenbahnen müsse in dem Umstande gesucht werden, daß die bisher in Betrieb gesetzten Linien noch als Bruchstücke bestehen und insbesondere, daß der naturgemäße Transit von Osten nach Westen noch ganz fehle.

Der Redner stellte sodann die Anfrage, ob der eine oder der andere der HH. Abgeordneten sich zu allgemeinen Bemerkungen veranlaßt halte, worauf Hr. Großhändler Merk vor Allem der k. Staatsregierung für das durch die Berufung den Gewerbs- und Handelskammern bewiesene Vertrauen dankt und im Wesentlichen weiter bemerkt, wie keineswegs verkannt werde, daß die noch geringe Rentabilität der im Betrieb befindlichen Bahnen hauptsächlich in der Unvollständigkeit des Bahnnetzes ihren Grund habe, wie sich aber hoffen lasse, daß der Verkehr und damit die Rentabilität der Bahnen sich in entsprechender Weise steigern werde, wenn eine Verbindung mit dem Osten und namentlich mit den Seehäfen hergestellt wäre; die Staatsregierung würde sich insolange, bis dies geschehen, der Opfer nicht entschlagen können, dem Handelsstande möchte jedoch durch erhöhte Tarifsätze eine neue Last nicht auferlegt werden. Der Herr Ministerpräsident eröffnete die erste berathende Sitzung am 22. Januar, an welcher auf besondere Einladung auch die Herren Frhr. v. Lerchenfeld und Großhändler Neuffer theilnahmen.

München, 28. Jan. Wie neulich mitgetheilt, hat das k. Kriegsministerium bezüglich der vom Finanzausschusse der Kammer der Abgeordneten beanstandeten Mehrausgaben auf Pensionen eine erneute Erklärung und Erläuterung abgegeben. In Folge dieser und der weitern Verhandlungen im Ausschusse hat nun dieser auf Antrag seines Referenten, des Abg. Languth, beschlossen: 1) es seyen die vorgelegten und der Prüfung unterstellten Nachweisungen über die Militärrechnungen pro 1852/53 für genügend zu erachten und anzuerkennen, jedoch mit Ausnahme der bei den Pensionen stattgehabten Mehrausgaben, welchen die Anerkennung zu versagen ist; 2) es seyen an Se. k. Majestät die ehrfurchtvollsten Bitten zu richten, Allerhöchstdieselben wollen anordnen; a) daß künftig alljährlich die Werthanschläge des Mobiliar- und Immobiliar-Vermögens der Armee abgeschlossen und mit den Nachweisen jeder Jahresrechnung dem Landtag vorgelegt werden; b) daß für die Zukunft der Pensionsetat genau inuegehalten und jede nicht absolut gebotene Pensionirung vermieden, für Reaktivirung noch diensttauglicher Pensionisten aber möglichste Sorge getragen werde; c) daß das Pensionsregulativ selbst einer zweckentsprechenden, Minderung des Bedarfs erzielenden Revision unterstellt werde. Auf die Motivirung dieser Anträge und die desfallsigen Verhandlungen im Ausschusse werden wir zurückkommen.

---

*) Der Handelsrath und das Handelsgremium von Augsburg hatten nämlich ein umfassendes Elaborat veröffentlicht und allen Handelskammern zukommen lassen, welches einen vollständigen neuen Gütertarif, abgeänderte Bestimmungen für den Güterverkehr auf den Eisenbahnen, dann das Schema einer Frachtberechnungstabelle und eines Waarenverzeichnisses mit Klassifikation enthält.

Großbritannien.

London, 31. Januar. Der vollständige Text der Thronrede lautet: „Mylords und meine Herren! Seit dem Schlusse der vorigen Session des Parlaments haben die Waffen der Verbündeten einen großen und wichtigen Erfolg errungen; Sebastopol, das große Bollwerk Rußlands im schwarzen Meere, ist erlegen vor der ausdauernden Beharrlichkeit und der unerschrockenen Tapferkeit der verbündeten Streitkräfte. Die maritimen und militärischen Vorbereitungen für dieses Jahr haben nothwendigerweise meine ernstliche Aufmerksamkeit beschäftigt. Aber, wenn auch entschlossen, keine Anstrengung zu verabsäumen, welche geeignet wäre, den Kriegsoperationen Nachdruck zu geben, erachte ich es doch für meine Pflicht, keine Erörterung zurückzuweisen, welche vernünftiger Weise eine Chance für einen sicheren und ehrenhaften Frieden darbieten könnte. Demnach, als der Kaiser von Oesterreich jüngsthin mir, so wie meinem erlauchten Verbündeten, dem Kaiser der Franzosen, das Anerbieten machte, seine guten Dienste bei dem Kaiser von Rußland eintreten zu lassen, um zu versuchen, ein gütliches Arrangement

der streitigen Punkte zwischen den kriegführenden Theilen herbeizuführen, so willigte ich in Uebereinstimmung mit meinen Verbündeten ein, dieses Anerbieten anzunehmen, und ich habe die Genugthuung, Ihnen mitzutheilen, daß man über die Aufstellung gewisser Bedingungen übereingekommen ist, welche, so hoffe ich, einem allgemeinen Friedensvertrag werden zur Grundlage dienen können. Auf diesen Vertrag bezügliche Unterhandlungen werden bald in Paris eröffnet werden. Bei der Führung dieser Unterhandlungen werde ich Sorge tragen, die Zwecke, für welche der Krieg unternommen wurde, nicht aus den Augen zu verlieren, und ich werde in Nichts meine maritimen und militärischen Vorbereitungen verringern, bis ein zufriedenstellender Friedensvertrag abgeschlossen seyn wird. Obwohl der Krieg, in welchem ich mich verwickelt befinde, durch die im Süden Europas eingetretenen Ereignisse herbeigeführt wurde, so war doch meine Aufmerksamkeit deßhalb nicht von der Lage der Dinge im Norden abgelenkt; und im Vereine mit dem Kaiser der Franzosen habe ich mit dem Könige von Schweden und Norwegen einen Vertrag abgeschlossen, der definitive Verpflichtungen enthält, welcher die Wahrung seiner Souveränetät und die Aufrechterhaltung des Machtgleichgewichtes in diesem Theile Europas zum Zwecke haben. Ferner habe ich einen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrag mit der Republik Chili abgeschlossen. Ich habe verordnet, daß Ihnen diese Verträge vorgelegt werden. — Meine Herren vom Hause der Gemeinen, das Budget des nächsten Jahres wird Ihnen mitgetheilt werden. Sie werden es derart ausgearbeitet finden, um für die Erfordernisse des Krieges vorzusorgen, wenn bedauerlicher Weise der Frieden nicht abgeschlossen werden sollte. — Mylords und meine Herren! Es gereicht mir zur Freude, wahrzunehmen, daß trotz der Uebel des Krieges, trotz der Lasten und Opfer, welche er meinem Volke unvermeidlich auferlegt hat, doch die Hülfsquellen meines Reiches unversehrt bleiben. Ich rechne mit Zuversicht auf den männlichen Muth und den erleuchteten Patriotismus meiner Unterthanen zur Fortsetzung des Beistandes, den sie mir in so edler Weise gewährt haben, und sie können versichert seyn, daß ich von ihnen keine Opfer verlangen werde über Das hinaus, was von einer gerechten Achtung für die großen Interessen, die Ehre und die Würde des Reichs gefordert werden kann." Hierauf werden verschiedene Gesetzentwürfe angekündigt, welche die inneren Verhältnisse des Landes berühren, für das Ausland aber von geringerer Bedeutung sind. Die Rede schließt sodann mit folgenden Worten: „Es ist mein indrünstiges Gebet, daß die göttliche Vorsehung ihren Segen Ihren Berathungen spende und dieselben leite zur Erreichung des großen Gegenstandes meiner unablässigen Fürsorge, des Wohles und des Glückes meines Volkes."

Spanien

Madrid, 22. Jan. Die Gesetzentwürfe über Errichtung von allen drei Kreditbanken, deren Gründung beabsichtigt war, sind in den Kortes angenommen worden, nämlich 1) für die der HH. Pereire; 2) die der HH. Probst, Guillhot und Mallet, und 3) die der HH. Weisweiler, Sevillano und anderer spanischen Kapitalisten. Herr Pereire hatte sich große Mühe gegeben, demokratische und progressistische Deputirte zu gewinnen; dies hat ihm aber nichts geholfen, denn jene haben sich doch gescheut, ihre Parteilichkeit an den Tag zu legen, als der Finanzminister die betreffenden Gesetzentwürfe in die Cortes einbrachte.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Belgrad berichtet man vom 22. Jan. die Einführung eines obersten Gerichts- und Kassationshofes; wichtig ist dieser Umstand als Regierungsmaßregel, weil er noch andere Veränderungen im Justizwesen nach sich ziehen wird (z. B. das mündliche Verfahren), jedenfalls den Geschäftsgang vereinfacht und die Prozesse schneller beendigt — und das Fortschreiten westlicher Kultur gen Osten beurkundet

Asien.

Am 14. Oktbr. 1854 ist zwischen Japan und England ein Vertrag zu Stande gekommen, welchem später das englische Ministerium die Bestätigung ertheilte und der vor Kurzem veröffentlicht worden ist. Die Bedingnisse sind durchgängig dieselben, wie im amerikanischen Vertrag des Kommodore Perry. Neben Simoda und Hakodadi ist den Briten noch Nangasaki eröffnet. In Simoda sollen sie erst nach einem Jahr (Sept. 1855) Zutritt erhalten; zu Hakodadi bereits am 10. Dez. 1854. Jeder Verkehr mit den Eingeborenen muß unter Aufsicht und Leitung der japanischen Behörden geschehen. Ein ausgedehnter ersprießlicher Handel kann natürlich unter solchem Zwang nicht stattfinden. Um allen Uebergriffen von Seiten der Fremden, um allen einseitigen Auslegungen vorzubeugen, ward dem Vertrag die Bestimmung hinzugefügt, welche im amerikanischen nicht enthalten ist: der Bruch irgend eines Artikels von Seiten der Befehlshaber und höheren englischen Behörden soll mit der Schließung aller geöffneten Häfen bestraft werden. Untergeordnete Beamte, welche sich solch' eines Vergehens zu Schulden kommen lassen, werden den Befehlshabern zur Züchtigung übergeben. Das willkürliche Gebahren der Amerikaner mochte diese Vorsicht angerathen haben.

Nichtpolitische Zeitung.

Der englische Giftmischer William Palmer (dessen in diesen Blättern bereits vor einiger Zeit Erwähnung geschehen) ist 35 Jahre alt, studirte bei einem Chemiker in Liverpool Chemie, dann Medizin und wurde prakt. Arzt in Rugeley, einem wohlhabenden Flecken in Staffordshire. Als Mann von angenehmem Aeußeren machte er viel Glück bei dem schönen Geschlechte in dortiger Gegend. Seine illegitimen Kinder starben alle bald nach der Geburt, und auch vier seiner ehelichen Kinder hatten dasselbe Schicksal; nur eines lebt noch und ist Erbe seines mütterlichen Vermögens. Palmer hatte die natürliche Tochter des Obersten Brooks geheirathet, der ermordet wurde, ohne daß es gelang, den Thäter jemals zu entdecken. Des Obersten Geliebte erbte dessen Vermögen, während die Tochter nur den Nießbrauch davon hatte. Palmer beschäftigte sich jedoch mehr mit seiner Chemie, als mit seiner Frau. Seinem Lieblings-Pferde gab er sogar den Namen Strychnin. Pferde und Pferderennen waren seine noble Passion, Schulden deren Folge. Palmer versicherte „seine theure Anna" zu 13,000 Pfund Sterl. Am 21. Januar 1854 kam Frau Palmer mit einem Kinde nieder, das nur zwei Tage lebte. Einige Monate später drang ein Herr Bladen, der ihm 400 Pfd. Sterl. auf dem Turf geliehen, auf Zahlung. Palmer lud ihn ein, bei ihm zu übernachten. Nachts wurde Bladen krank, der Doktor Bainford wurde gerufen. Eine Stunde später war Bladen todt. Im September 1854 hatte sich Frau Palmer eine Erkältung zugezogen; sie mußte etwas einnehmen, sollte die Cholerine haben und starb am 29. September. Jetzt versicherte Palmer seinen Bruder Walter, der dem Gin ergeben war. William Palmer ließ ihm so viele Spirituosen geben, als der Säufer nur verschlingen konnte. Am 14. August 1855 hatte Walter sich bei dem Pferderennen in Wolverhampton stark benebelt; in der Nacht wurde ihm schlecht, der Bruder wurde gerufen und gab ihm etwas ein. Bald darauf war er todt. Dr. Bainford stellte einen Schein aus, derselbe sey eines natürlichen Todes gestorben; doch die 350,000 Franken wurden beanstandet. Jetzt wollte Palmer einen Herr Bate, seinen Freund, versichern, doch der Agent der Gesellschaft wies den Antrag zurück. Ein anderer Freund, Cook, mit dem Palmer ein Wettrennen besuchte, gewann 700 Pfd. St.; Abends wurde er krank, bald darauf war er todt. Es kam zu einer Untersuchung, Palmer wurde verhaftet. Die Leichen seiner Frau und seines Bruders wurden ausgegraben. Die Untersuchung hat ergeben, daß Cook mit Strychnin, Frau Palmer mit Antimonium und Walter Palmer mit Blausäure umgebracht worden sind. Dies die Hauptpunkte der Anklage. Die Gerichtsverhandlungen werden das Weitere ergeben.

Handels- und Börsen-Berichte.

* Würzburg, 3. Febr. Unser Frankfurter Kursbericht ist uns heute ausgeblieben. Wir sind deßhalb genöthigt, den Frankfurter Blättern folgende Notizen zu entnehmen. Die minder günstige Stimmung von vorgestern machte gestern auf der Frankfurter Börse einer entschieden günstigen Platz. Für sämmtliche Effekten war rege Kauflust vorherrschend, die Umsätze, besonders in Wiener Kredit-Bankaktien, beträchtlich, die Kurse stiegen zum Theil sehr wesentlich. Bayer. 5pCt. 101⅞ G., Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. von 1854 82¼ bez. u. G., Württemb. 4½ pCt. 101⅞ P., Holländ. 4 pCt. Certifikate 93¼ G., Oesterr. Bankaktien 1190—72, 75 b., 74 G., Darmstädter Bankaktien 300 b. u. G., Oesterr. Kreditbankaktien 135, 145, 141 b. u. G.

Wien, 1. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 86⅝; 5Cpt. Met 84⅞; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 —; dito von 1854 104⅞; Bankaktien 1028; Bank-Interimsaktien —; 5pCt lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2385; Wechselkurse: Augsburg uso 107⅞ P.; London 10.27.P. Geldkurs: Dukaten —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Böhtmann

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 35.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 4. Februar 1856.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 1. Febr. (Privat-Korresp.) **30. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Aus der schon erwähnten Rede des kgl. Ministerpräsidenten am Schluß der allgemeinen Debatte über den Gesetzentwurf, „die Personalsteuer betr.", theilen wir mit, daß derselbe bez. der gestern angeregten verfassungsmäßigen Steuerfreiheit der Standesherren bemerkte, daß, wenn die Verfassung, wie auch die Bundesakte, gewisse Personen von der Steuer befreie, wohl Niemand in der Kammer hieran rütteln werde. Es sey aber keineswegs die Absicht, an der bisherigen Uebung durch das vorliegende Gesetz etwas zu ändern, denn die bisherige Einkommensteuer (welche die Standesherren zahlten) sey ebenso eine Personalsteuer, als die, welche der vorliegende Gesetzentwurf einführen wolle; es sey in der angeregten Beziehung also ganz gleich, ob man für die Beibehaltung der einen, oder Einführung der andern stimmen werde. Am Schluß seines Vortrags bemerkte der Redner dann, wenn man vielleicht glaube, es schade nichts, wenn man den Gesetzentwurf verweise, weil es sich doch nur um ein Finanzgesetz handle, so müsse er dies der Erwägung der Kammer anheim geben — allein er müsse den Wunsch aussprechen, daß die Kammer den Gesetzentwurf nicht verwerse, denn jedes verworfene Gesetz sey ein Schritt weniger zur Verständigung oder zur Lösung schwebender Fragen.

Es wird hierauf zur speziellen Debatte geschritten und zwar, da der Eingang ausgesetzt bleibt bis nach Erledigung des ganzen Gesetzes — über Art. I.

Der Ausschuß beantragt statt „Personalsteuer" zu setzen: „Einkommensteuer". Referent Abg. Münch empfiehlt diese Bezeichnung, da sie als die richtigere erscheine.

Abg. Wolfsteiner ist für den Artikel, hält aber die Bezeichnung „Erwerbssteuer" für geeigneter.

Abg. Crämer glaubt, daß der Ausschuß diese Bezeichnung nur zur Beruhigung derer vorschlug, welche die Steuerbefreiung gewisser Personen fürchten. Redner sieht in den Schlußworten des Herrn Ministerpräsidenten eine Drohung gegen die Kammer, wenn sie das Gesetz verwerfe. Dem widerspricht der 2 Präsident, und dann der k. Ministerpräsident selbst, denn keine Drohung, nur der Wunsch nach Verständigung sey ausgesprochen worden.

Abg. Prof. Weis erklärt, wenn die Personalsteuer das wäre, was der Herr Ministerpräsident behaupte, würde er sich mit derselben verständigen können, allein was vorliege, sey nicht das, was der Herr Ministerpräsident vertheidige, denn die Familiensteuer von 1848 sey etwas ganz anderes gewesen, als die vorgeschlagene Personalsteuer.

Der kgl. Kommissär Herr Pfretzschner wiederholt dagegen, daß die Familiensteuer auf denselben Prinzipien beruhe, wie die Personalsteuer.

Abg. Fürst Wallerstein erklärte sich dann gegen, Abg. Förg für den Art. I.

Abg. Dr. Edel sprach für die Modifikation des Ausschusses, der Name sey hier nicht ganz gleichgültig. In Bezug auf die angeregte Steuerfreiheit ist Redner der Ansicht, daß, wenn sich hier ein Anstand ergebe, man ihn zu vermitteln suchen müsse als eine rein innere Frage, damit man nicht in die Lage komme, daß der Bundestag unsere Verfassung in die Hand nehme. (Bravo von allen Seiten.) Der Gesetz-Entwurf habe keine politische Seite; sey er angenommen, so wäre es Sache der Verwaltung, dann zu entscheiden, wer von ihm betroffen werde; dann aber sey ja auch noch die Justiz vorhanden. Niemand solle angehalten werden, etwas zu zahlen, was er nicht schuldig sey; was gewinne man auch damit, wenn Einige das zahlten? Wegen einiger 1000 fl. mehr oder weniger würde Bayern nicht zu Grunde gehen (Bravo). An der weiteren Debatte, die aber nach der umfassenden Debatte nichts Neues in der Sache mehr bot, betheiligten sich noch für den Art. I. di Abgg. v. Pfetten, Dr. Ruland, v. Closen und von Rotenhan; für Beibehaltung der bisherigen Einkommensteuer aber die Abgg. von Lerchenfeld, Fürst Wallerstein, Urban, Buhl und Tafel.

Am Schluß der Debatte erwähnte dann noch der königl. Ministerpräsident, daß er nach der Geschäftsordnung nochmals in umfassender Weise den Gegenstand zu erörtern das Recht hätte, daß er dies aber nicht thue, denn er wolle Niemand in der Kammer überreden; er wolle nur noch einzelnes bemerken, damit man sein Stillschweigen nicht mißdeute. Was die angeregte Steuerfreiheit betreffe, so eigne sie sich heute nicht zur Erörterung; auch der von einem Redner angeführte Gesammtbeschluß des Ministerium (in Folge dessen die Standesherren die Einkommensteuer zahlten) gehöre heute nicht hieher. Wenn er darüber schweige, so dürfe daraus nicht gefolgert werden, ob er für oder gegen die Befreiung sey. Durch die Beibehaltung der alten Steuer oder Einführung der neuen werde an der Sache jedenfalls nichts geändert, da die eine so gut als die andere als eine Personalsteuer erscheine. Der geehrte Redner erklärt dann nochmals, daß es nicht möglich sey, dem bisherigen Gesetz einen Vollzug zu geben, der ein günstiges Resultat erzielen würde.

Die Abstimmung ergab dann, daß der Art. I. mit der Modifikation des Ausschusses mit 69 gegen 60 Stimmen angenommen wurde. Die Fortsetzung der Debatte wurde dann, da es bereits 2 Uhr war, bis zur nächsten Sitzung am Mittwoch vertagt.

Art. I. lautet demnach in der von der Kammer angenommenen Fassung:

„Wer ein Einkommen bezieht, das nicht bereits mit Grund-, Haus-, Gewerbs- oder Kapitalrentensteuer angelegt ist, unterliegt hiefür der Einkommensteuer (im Regierungsentwurfe stand Personalsteuer), gleichviel ob dieses Einkommen ständig oder unständig ist, ob es in Geld, Geldeswerth oder in geldwerthem Nutzgenuß besteht."

* Bekanntlich hat der 2. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten, welcher in seiner Sitzung vom 15. Dezbr. v. J. die Mehrausgaben auf Militärpensionen und Medaillenzulagen in den Jahren 1851/53 beanstandet hatte, sich vom Kriegsministerium hierüber Erläuterungen erbeten, welche dann auch ertheilt wurden, und wobei das Kriegsministerium die Ueberzeugung aussprach, daß auf Grund derselben die erhobenen Anstände als erledigt betrachtet werden dürften.

Diese Erläuterungen enthalten zunächst folgende Motive, aus welchen die fraglichen Mehrausgaben sich rechtfertigen sollen:

1) Bei Aufstellung des Militärbudget für 1851/55 habe das k. Kriegsministerium im Hinblicke darauf, daß schon pro 1849/51 der Etatssatz von 600,000 fl. für die Militärpensionen und Medaillenzulagen nahezu um 200,000 fl. jährlich überschritten worden, die Summe von 800,000 fl. postulirt; dieses Postulat sey jedoch ohne Rücksicht auf solchen Mehrbetrag auf die Summe von 600,000 fl. zurückgeführt worden, theils zur Uebereinstimmung mit dem Generalbudget und dann auch in der Voraussetzung, daß die Pensionsabgänge gegen die Pensionszugänge sich so bedeutend ergeben würden, um nur diese geringere Summe nöthig zu machen, eine Voraussetzung, welche sich nicht nur nicht erfüllt, sondern nach den Regeln der Wahrscheinlichkeitsberechnung gegenüber der notorischen Thatsache, daß die Pensionen schon seit einer Reihe von Jahren stets im Wachsen begriffen und im Jahre 1850/51 bereits bis auf 844,300 fl. gestiegen waren, auch nicht wohl angenommen werden konnten.

2) Schon im Momente der Erlassung des Finanzgesetzes pro 1851/55 sey daher das k. Kriegsministerium thatsächlich in die Unmöglichkeit versetzt gewesen, den effektiven Aufwand für die Militärpensionen innerhalb des Etatssatzes von jährlich 600,000 fl zu halten, daher ihm billiger Weise dessen Ueber-

schreitung um so weniger zur Last gelegt werden könne, als ihm keine Mittel zu Gebote standen, die bereits bestehende Pensionslast in so bedeutendem Maße, als zur Erreichung dieses Zweckes erforderlich gewesen wäre, zu vermindern, als es ebenso wenig in seiner Macht stand, neue gesetzlich begründete Pensionsgesuche zurückzuweisen, und als endlich die für die aktive Armee gesetzlich gegebene Dotation von 8,500,000 fl. ohnehin nur zur Deckung des ganz unabweisbaren Bedarfs für das aktive Heer hinreichte, wonach von selbst die Möglichkeit hinwegfiel, hieran eine so bedeutende Ersparung zu bewirken, um fragliche Pensionsmehrausgaben dadurch zu decken.

Außerdem verbreiten sich diese Erläuterungen auch über die Ursachen, welche das so beträchtliche Anwachsen der Militärpensionen überhaupt und im Besondern veranlaßten. —

Der Berichterstatter des 2. Ausschusses, Hr. Abg. Langguth, äußert sich hierüber folgendermaßen:

„Wenn nun Berichterstatter sich auch nicht in der Lage befindet, demjenigen, was in der letzteren Beziehung in den Erläuterungen vorgetragen ist, weiter entgegen treten zu wollen, als daß eben die zu hohe Formation und der bedeutende Präsenzbestand der Armee als die Haupt- und Grundursache zu betrachten ist, daß in den letzten Jahren 1852/53 die Dotation der Armee von 8,500,000 fl. nie vollständig zur Deckung des Bedarfs derselben ausreichte, geschweige denn, daß etwas übrig geblieben wäre, die Deckung des Mehrbedarfs bei den Pensionen davon zu bethätigen, während die Zahl der zu Pensionsansprüchen berechtigten Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten in Folge dieses hohen Formations- und Präsenzstandes sich vermehren mußte, und wenn ein solches Entgegentreten überhaupt schon durch den Umstand seine Begränzung findet, daß dem Referenten keine Mittel zu Gebote stehen, in eine materielle Prüfung der stattgehabten einzelnen Pensionirungsfälle einzugehen, so kann er doch nicht umhin, bezüglich der oben unter 1 und 2 aufgeführten Gründe Folgendes zu konstatiren und zu bemerken.

1) Bei der Aufstellung des Budget für die ersten 2 Jahre der VI. Finanzperiode 1849/51 postulirte das k. Kriegsministerium für Pensionen und Medaillenzulagen den jährlichen Betrag von 600,000 fl., eine Summe, welche vom Unterzeichneten als damaligem Referenten und von dem 2. Ausschuß begutachtet, auch von der Kammer der Abgeordneten genehmigt wurde, obgleich eine angestellte Durchschnittsberechnung die wirklichen Ausgaben auf Pensionen in den vorausgegangenen Jahren um 100,000 fl. unter obigem Postulat stehen ließ.

Eben deßhalb wurde aber schon damals der Wunsch ausgedrückt, es möge mit Ernst dahin gestrebt werden, daß nicht durch zu häufige, in manchen Fällen vielleicht nicht gebotene Pensionirungen die Staatskasse übermäßig beschwert werde, um so mehr, als die Pensionsgrößen ziemlich hoch normirt erscheinen, so daß eine entsprechende Regelung und resp. Minderung insbesondere bei den Beträgen über 1800 fl. dringend geboten seyn dürfte.

2) Bei Anfertigung des Budget pro 1851/55 schien zwar dem k. Kriegsministerium ein Postulat von 800,000 fl. für die Pensionen nöthig, indem die angestellten Berechnungen einen Durchschnittsbetrag von 697,970 fl. als Bedarf entzifferten. Allein die Staatsregierung selbst, nicht die Kammern, setzte an diesen 800,000 fl. die Summe von 200,000 fl. sofort ab, unter dem Bemerken, daß solches zur Uebereinstimmung mit dem Generalbudget und mit dem Bemerken geschehe, daß die Pensionsabgänge gegen die Zugänge sich so ergeben werden, daß nur diese geringere Summe nöthig ist, und insofern als der unerläßliche Mehrbetrag in anderer Art seine Deckung finden werde.

Ob und in welcher Weise Anordnungen und Maßregeln von Seite der Armeeverwaltung getroffen worden sind, um in dieser Richtung Minderausgaben zu erzielen, darüber liegen Aufklärungen nicht vor; das Resultat der Jahresrechnungen zeigt nur das Gegentheil von dem, was die Staatsregierung selbst bei Vorlage des Budget als wahrscheinlich und erreichbar darstellte.

3) In §. 35 des Landtagsabschiedes vom 25. Juli 1850, dann im §. 20 des Landtagsabschiedes vom 28. Mai 1852 sind zwar Vorbehalte wegen allenfallsigen Mehrbedarfs für die aktive Armee und wegen des Bedarfs für die Deckung der Ausgaben auf die militärischen Rüstungen in den Jahren 1850 und 51 niedergelegt; dieselben haben aber in keiner Weise mit den Pensionen etwas zu schaffen, wegen welcher vielmehr Uebereinstimmung der Staatsregierung und der Kammern über die postulirte Etatssumme von 600,000 fl. bestand. Das Finanzgesetz vom 25. Juli 1850 sowohl als jenes vom 28. Mai 1852 bestimmen übrigens in §. 5 und beziehungsweise §. 4, daß die Etats in der Regel unüberschreitbar sind, und daß für unvermeidliche Mehrausgaben die nachträgliche Genehmigung zu erholen sey. Daß eine Regierungsvorlage im Sinne dieser letzteren Bestimmungen bisher nicht erfolgt ist, und daß die vorliegenden Erläuterungen wenigstens die Form nicht enthalten, daß sie als eine solche Vorlage gelten könnten, darf wohl als unzweifelhaft betrachtet werden. Hiernach dürfte es denn auch keinem Anstande unterliegen, den vom Ausschusse bezüglich der Militärpensionsrechnungen resp. Mehrausgaben vorgeschlagenen Beschluß aufrecht zu erhalten, wenn nicht hinlängliche und überwiegende Gründe dafür sprächen, nunmehr auf den Grund der Erläuterungen selbst einen andern Beschluß in Vorschlag zu bringen.

4) Das Postulat der Militärpensionen ist nämlich nur ein Theil des Militäretat und war vor dem Jahre 1843/44 sogar in der Etatssumme für die aktive Armee unausgeschieden inbegriffen, eine entgegengesetzte Bestimmung ist niemals getroffen worden. Ersparungen, welche an dem letzteren sich ergeben, können und dürfen also nicht nur, sondern müssen zur Deckung allenfallsigen Mehrbedarfes bei den Pensionen verwendet werden, was selbst in den Erläuterungen des kgl. Kriegsministerium ausgeführt und anerkannt ist.

Ausweislich des §. 4 des Vortrags des Unterzeichneten über die Prüfung der Militärrechnungen pro 1852/53 sind nun aber am Schlusse dieses Jahres 456,704 fl. 6 kr. 6 hl. an Kassenbestand verblieben, wovon 367,533 fl. 48 kr. der aktiven Armee gehören.

Warum man nun diesen letztern Betrag nicht zur Deckung der Mehrausgaben bei den Pensionen, soweit er nöthig, verwendet hat, und aus welchem Grunde die Deckung dieser Mehrausgabe aus dem Reichsreservefonds bewirkt wurde, vermag Berichterstatter nicht einzusehen, es dürfte dies auch dem Geiste und Sinn der bestehenden allerhöchsten Anordnungen nicht entsprechen, nach welchen keine Ueberweisung von Ausgaben auf den Reservefonds vor vollständiger Erschöpfung des betreffenden Etat in seiner Totalität stattfinden darf. — Wenn das k. Kriegsministerium in seinen Erörterungen auch auf die Vorjahre der VI. Finanzperiode, insbesondere auf das Jahr 1851/52 und auf den desfalls von der Kammer der Abgeordneten am 8. März 1855 gefaßten Beschluß Bezug genommen hat, so glaubt Berichterstatter hierauf nicht weiter eingehen zu sollen, da der gegenwärtigen Kammer die Nachweisungen für 1849/52 nicht vorliegen und deßfalls eine Beschlußfassung hierüber in keiner Weise zulässig und motivirt seyn würde.“

Den Ausschußbeschluß haben wir gestern mitgetheilt.

München, 2. Febr. Se. Maj. der König haben durch allerhöchste Entschließung zu befördern geruht: zu Generalmajoren die Obersten Max Feder (Ministerresident in Athen), Fr. Frhrn. v. Laroche (Hofmarschall des Königs Ludwig), und Karl v. Liel (Bevollmächtigter Bayerns bei der Bundesmilitärkommission); zu Obersten die Oberstlieutenants Cl. Schedel im Generalquartiermeisterstab, C. Horn vom 1. Jäger-Bataillon im 8. Inf.-Reg., und O. v. Beust vom 2. und 4. Chev.-Reg.; zu Oberstlieutenants: den charakterisirten Oberstlieutenant A. Ell bei der Kommandantschaft München, die Majore A. v. Walter von Herbstenburg bei der Kommandantschaft des Invalidenhauses, Fr. Henkel vom 6. im 8. Inf.-Reg., Karl Graf v. Spreti im 6. Jäger-Bataillon und G. Frhrn. v. Rummel im 1. Kür.-Reg.; zu Majoren: die Hauptleute J. Oertel im 6. Inf.-Reg., M. v. Brückner vom 8. im 15. Inf.-Reg., W. v. Schleich vom 5. im Inf.-Leibregim., L. Hößlinger vom 3. im 7. Inf.-Reg., Cl. Peinecker vom 2. Inf.-Reg., J. Rottmann vom 3. im 5. Inf.-Reg., Rep. Hiemer im 1. Artill.-Reg., J. Diell von der Artillerie-Berathungskommission als Referent im Kriegsministerium, dann der funktionirende Major B. Herter im Genie-Regiment. Charakterisirt werden als Generalmajor: der Oberst und Vorstand der Administrations-Kommission der Militär-Fohlenhöfe Fr. Passavant; als Oberstlieutenant der Major C. Gemming von der Kommandantschaft Nürnberg; als Major: die Hauptleute C. Lindhamer (Oberzeugwart in Ingolstadt), Anton Stengel (erster Konservator im topographischen Bureau), C. Schubert (von der Gensdarmerie-Kompagnie der Residenzstadt), Ferdinand Graf v. Spreti (von der Garnisons-Kompagnie Nymphenburg), und August v. Sturz (von der Gensdarmerie-Kompagnie der Pfalz). — Gleichzeitig erfolgten mehrere Beförderungen von Militärbeamten, dann verschiedene Versetzungen von Stabs- und Oberoffizieren und Beamten. Pensionirt wird: der Oberkriegskommissär 1. Klasse und Hauptkriegskassier Ludwig Schwalb. (Allg. Z.)

Der „Allg. Z.“ zufolge wäre der, nach dem Antrag des Abg. Dr. Arnheim, von beiden Kammern an die Krone gebrachte Wunsch um Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Rechtsverhältnisse der Aktiengesellschaften von Se. Maj. dem König bereits genehmigt, und stehe die Vorlage desselben in kürzester Zeit zu erwarten.

Preußen. Berlin, 31. Jan. Wie sehr es die hinterpommerschen Ritter nöthig haben, ihre polizeilichen Befugnisse erweitert und sich mit dem Rechte des Prügels ausgestattet zu sehen, davon giebt folgender Vorfall einen Beweis: Ein Herr v. Kappbengst, Gutsbesitzer im Kreise Kammin (Pommern), hatte für sein Gesinde angeordnet, daß jeder Einzelne, wenn er mit ihm, dem Gutsbesitzer, spreche, seine Kopfbedeckung abzunehmen habe. Im vorigen Sommer, als er sich zur Kontrole der Feldarbeiter nach dem Felde begab und sich hierbei mit einer Frage an einen der dort beschäftigten Knechte wandte, nahm dieser seine Mütze nicht vom Kopf. Als Hr. v. K. dies verlangte, erwiderte der Knecht ganz trocken: seine Mütze nehme er nur im Zimmer ab, auf dem Felde aber nicht. Hr. v. K. wandte sich darauf zunächst an den Landrath, dann an den Staatsanwalt und zuletzt an den Justiz-Minister mit dem Antrage, gegen den renitenten Knecht nach dem Gesetze vom 24. April 1854 eine Gefängnißstrafe von drei Tagen festzusetzen. Dies Gesetz verordnet nämlich im §. 1: „Gesinde, welches hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft sich zu Schulden kommen läßt, hat, unbeschadet deren Rechts zu seiner Entlassung oder Beibehaltung, Geldstrafe bis zu 5 Thalern oder Gefängniß bis zu 3 Tagen verwirkt." Der Antrag war jedoch in allen drei Instanzen zurückgewiesen worden. Der Bittsteller hatte nun keinen Weg mehr als den an den Landtag, wo er hoffen darf, mitfühlende Seelen zu finden. Er hat denn auch an denselben die Petition gerichtet, da er nirgend Recht gegen seinen Dienstboten habe finden können, ihm auf parlamentarischem Wege dazu zu verhelfen. (Z. f. Nd.)

Hannover. Göttingen, 30. Jan. Prof Zachariä dahier soll einen Ruf nach Heidelberg erhalten haben.

Oesterreich. Wien, 30. Januar. Auf keines unsrer vielen Industriepapiere hat die Friedensnachricht so bedeutend und nachhaltig gewirkt wie auf die Aktien der österreichischen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe. Da auf jede Aktie von 200 fl. erst 60 fl. eingezahlt sind, so können Sie sich leicht *vorstellen*, *welche* ungeheure Summen mit diesem Werthpapier *in den letzten* 14 Tagen gewonnen wurden, während welcher Zeit dieselben um nicht weniger als 40 fl. gestiegen sind. (Der gestrige Kurs war 257.) Um durch eine weitere Einzahlung nicht ein Sinken dieses Papieres zu veranlassen, welches sich vielfach nicht in festen Händen befindet, soll man entschlossen seyn, zur Vermehrung des Stammkapitals die zweite Serie von 40 Millionen auszugeben, wodurch sich die Fonds der Anstalt auf 100 Mill. Gulden erheben würden. Zugleich soll der Verwaltungsrath die Absicht haben, mit der Regierung wegen der Pachtung der Steuern, Zölle, des Tabaks und des Salzmonopols in Unterhandlung zu treten; so daß die verschiedenen Steuern auf dem Lande wie in den Städten nicht mehr durch Staatsorgane, sondern von den Agenten der Anstalt eingehoben und alle Quartale an die Staatskasse abgeführt werden würden, wofür die Regierung der Anstalt eine gewisse Provision (ich glaube, man verlangt 1 Prozent) zu zahlen hätte. Ein ähnliches Verfahren besteht bereits im lombardisch-venetianischen Königreiche, wo die Steuer gleichfalls Private erheben. (Wohlfeiler und schneller käme der Staat allerdings auf diese Weise zu seiner Steuer; aber ob auch die Unterthanen gut dabei fahren, das ist eine andere Frage. Man denke nur an die Wirthschaft der römischen Zöllner und der französischen Generalpächter vor der Revolution von 1789. Die Red.) (A.Z.)

Wien, 30. Januar. Die in Dresden erschienene und bereits in unserer Zeitung erwähnte „Monster-Denunziation" hat von hier aus zu mehrfachen Beschwerden und Klagen seitens einzelner dort als „politisch äußerst gefährliche Subjekte" bezeichneten Personen Anlaß gegeben. Auffallend ist nur an dem ganzen Machwerk, welches seine Weisheit offenbar hauptsächlich aus alten zusammengetragenen Flugblättern schöpft, daß es nicht im Buchhandel zu bekommen ist, sondern bloß an Polizeibehörden versendet wird. Viele Bestellungen auf das Buch sind von hiesigen Buchhändlern gemacht worden, aber alle sind unausgeführt geblieben. (Der Verfasser hält sein Werk für zu kostbar, als daß er es dem Buchhandel anvertrauen möchte!)

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Febr. Ein kgl. Reskript an den kgl. Kommissär in Itzehoe, den Reventlow'schen Antrag*) betreffend, ist erschienen, des Inhalts: Aehnliche ordnungswidrige Verhandlungen seyen als null anzusehen, keinerlei darauf gestützte Anträge entgegenzunehmen, und nichts von diesen Verhandlungen in die „Stände-Zeitung" einzurücken. (T.D.d Allg Ztg.)

Itzehoe, 2. Februar. Die schleswigsche Ständeversammlung hat die Beschwerdeführung gegen den Minister Scheel mit 40 gegen 7, und die Anklage desselben wegen Verfassungsverletzung mit 31 gegen 6 Stimmen angenommen. (T.D.d.Allg Ztg.) (Der durch Baron Blome angeregte Antrag des ständischen Ausschusses, welchen die Versammlung angenommen hat, lautet vollständig wie folgt: „Die Ständeversammlung wolle beschließen, gemäß §. 14 der Verordnung, betr. die Verfassung für das Herzogthum Holstein, ihren Präsidenten zu beauftragen, gegen den interimistischen Minister für Holstein, Geh. Konferenzrath L. N. v. Scheel, wegen gesetz- und verfassungswidrigen Verfahrens bei dem Oberappellationsgerichte für Holstein und Lauenburg Klage anzustellen." Der Ausschußbericht weist in einer ganzen Reihe von Maßregeln des Ministers den Charakter der Willkür, der Gesetz- und Verfassungs-Widrigkeit nach und kommt dabei zu dem Schlusse, daß der ganze Beamtenstand unter einer solchen Regierung demoralisirt werden müsse.) (Voss. Z.)

*) Dieser Antrag, ebenfalls von der holstein. Ständeversammlung angenommen, ging dahin, die Bitte an den König-Herzog zu richten, daß die Stellung des Herzogthums Holstein in der neuen oktroyirten Gesammtstaatsverfassung geändert werden möge, um die billigen Rechte des Landes zu wahren.

Großbritannien.

London, 31. Jan. Bei der (schon kurz erwähnten) Adresse-Debatte im Oberhause erklärte Lord Clarendon, daß er den Krieg um des Krieges selber willen verwerfe, und daß er sich bei den Friedens-Verhandlungen in Paris nach Kräften bestreben werde, den Frieden herbeizuführen. Das ganze englische Kabinet theile diese Gesinnungen, und das Gleiche sey in Bezug auf den Kaiser Napoleon der Fall. Trotzdem werde man die Rüstungen nicht einstellen. Der Waffenstillstand müsse kurz und der Friede nicht schimpflich für Rußland seyn, wenn man sich Dauer von demselben versprechen wolle. Lord Palmerston erklärte im Unterhaus, er glaube an den Frieden. Alles berechtige zu der Hoffnung, daß er zu Stande kommen werde. Doch habe man die nöthigen Maßregeln ergriffen, um allen Eventualitäten für den Fall begegnen zu können, daß der Krieg noch ein ganzes Jahr dauere, obgleich Grund zu der Annahme vorhanden sey, daß der Friede in 3 Monaten erzielt seyn werde.

London, 31. Jan. Eine gestern abgehaltene Versammlung in St. Martin's Hall hatte einen mehr als oppositionellen Charakter. Unter den Sprechern befanden sich Mitglieder aller denkbaren politischen Parteien, aber, so viel wir wissen, Niemand, der den sogenannten herrschenden Klassen angehört, kein Bankier, kein Pair, kein jüngerer Lordssohn. Den Refrain aller Anklagen gegen die Regierung bildete das Motto des Journalisten Richards: „Ein Scheinkrieg, eine Scheinblokade, ein Scheinfrieden." Major Rolland nährte die feindselige Stimmung der Versammelten durch eine Blumenlese aus den Blaubüchern, indem er zugleich den Nachweis führte, daß die Regierung sich an den Volkswillen so viel wie an den Mann im Monde kehre, und daß die Resolutionen eines Meetings über die auswärtigen Angelegenheiten ganz ohnmächtiges Gebell seyen. Als darauf Mr. Hart auseinandersetzte, wie die österreichischen Vorschläge darauf hinausliefen, Rußland den Kaukasus zu sichern, die Türkei aber durch allmälige Abreißung der Fürstenthümer und Aufwiegelung der Rajahs zu einem kranken Mann zu machen, erhielt das Urquhart'sche Element die Oberhand. Die ursprüngliche Resolution, auf Erstattung der Kriegskosten 2c., mußte einem Amendement von Finlay weichen, welches den Wunsch aussprach, die englische Regierung wegen Betrug und Verrath in Anklagestand zu setzen. (Rasender Beifall.) (N. Z)

* London, 2. Febr. In dem Unterhause erwiderte Lord Palmerston auf eine Interpellation Duncombe's, daß die Regierung nicht beabsichtige, eine neue Fremden-Bill (wodurch die Regierung das Recht bekäme, den Aufenthalt von Fremden in England zu beschränken, namentlich aus politischen Gründen) einzureichen. — Er theilte sodann mit, daß Oesterreich eingewilligt habe, daß Oberst Türr wieder in englische Dienste trete.

Italien.

Turin, 28. Jan. Gestern Abends fand ein Attentat gegen den Redakteur der „Armonia" (klerikales Blatt) statt; von einem schweren Knittel getroffen, stürzte derselbe besinnungslos nieder. Glücklicher Weise prallte der Stoß am Hute ab. Der Thäter entfloh. (T. D. d. Oststd. P.)

Rußland und Polen.

Von der polnischen Gränze, 30. Jan. Die heutigen Briefe aus St. Petersburg bestätigen die schon früher gemeldete Nachricht, daß das Ministerium selbst in diesem Augenblick eifrigst mit den Vorbereitungen zur allmälichen Abschaffung

der Leibeigenschaft, sowie mit mehreren anderen politischen und sozialen Reformen beschäftigt sey. Von hoher Wichtigkeit ist ferner, daß auf Befehl des Monarchen, der die periodische Presse nicht so sehr gebunden wissen will, im Ministerium der Aufklärung ein Reglement ausgearbeitet wird, wodurch die Präventivzensur der periodischen Blätter gänzlich beseitigt, und die Redaktionen lediglich vor dem Gesetze verantwortlich gemacht werden sollen. (Allg Ztg.)

Amerika.

Aus Port-au-Prince wird den englischen Blättern unter dem 10. Jan. geschrieben. Kaiser Faustin habe die Gränze von S. Domingo am 20 Dezbr. mit drei Armeekorps überschritten; das eine war aus dem Norden vom Cap, das zweite aus dem Süden und das dritte unter des Kaisers Kommando aus der Hauptstadt selbst gegen die Grenze gezogen. Seine Armeen sollen jedoch allenthalben geschlagen, er selbst zu einer hastigen Flucht genöthigt worden seyn. Der Kaiser floh nach dem Cap, wo eine Revolution seiner Herrschaft ein Ende zu machen droht. Gleichzeitig hatte er mehrere seiner Generale, ihres Rückzuges wegen, vom Kriegsgericht zum Tode verurtheilen lassen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, 1. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Wenn man einem Gerüchte trauen darf, das seit gestern hier zirkulirt, dessen Bestätigung jedoch abzuwarten ist, so hat das englische Kabinet dem Verständigungswerke dadurch die Hand geboten, daß es seine Forderung, die Festung Bomarsund solle nicht mehr aufgebaut werden, hat fallen lassen. Es wird hinzugefügt, daß Schwedens Stimme hierbei von Gewicht gewesen, indem es — wohl eine Machtentwicklung Englands im baltischen Meere fürchtend — keine Gefahr darin erblicken will, daß Rußland Befestigungen auf den Alandsinseln anlegt.

Wien, 1. Februar. Die „Oesterr. Korr." schreibt: „In Folge der allseitigen Annahme des bereits zur Oeffentlichkeit gelangten österreich. Entwurfs von Friedenspräliminarien sind heute, Mittags 12 Uhr, die Repräsentanten Englands, Frankreichs, der h. Pforte und Rußlands in dem k. k. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zusammengetreten, um in Gemeinschaft mit dem Grafen v. Buol-Schauenstein, als dem Repräsentanten Oesterreichs, ein Protokoll zu unterzeichnen, durch das die erwähnten Friedenspräliminarien bindende Kraft erlangen. In dem heute unterzeichneten Aktenstück ist zugleich der zu bewerkstelligende Abschluß eines Waffenstillstandes grundsätzlich festgestellt und dabei bestimmt worden, daß die spätestens innerhalb drei Wochen von heute zu Paris zusammentretenden außerordentlichen Bevollmächtigten der fünf Höfe, nach förmlicher Unterzeichnung der heute paraphirten Friedenspräliminarien den definitiven Friedenstraktat abzuschließen ermächtigt seyn sollen. Der deutschen Bundesversammlung werden die abgeschlossenen Friedenspräliminarien in der nächsten Donnerstag-Sitzung vom k. k. Präsidial-Gesandten mitgetheilt werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die hohe Versammlung sich im Namen des deutschen Bundes mit warmem Interesse dem glücklich erzielten Ergebniß anschließen wird." (d. h. so wünscht das Wiener Kabinet. — Der franz. „Moniteur" enthält eine Mittheilung gleichen Inhalts über die Unterzeichnung der Präliminarien.)

Paris, 1. Febr. Der halbamtliche „Constitutionnel" widerspricht heute den über angebliche Uneinigkeit zwischen Frankreich und England verbreiteten Gerüchten und erklärt, das Bündniß der beiden Staaten werde auch nach der Erreichung des unmittelbaren Zweckes, der es hervorgerufen habe, fortdauern. In Petersburg, London und Paris sehne man sich in gleicher Weise nach dem Frieden (immer unter dem Vorbehalt, daß er mit Ehren möglich sey).

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 3. Februar. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 80¼; 4½pCt. Met. 71¼; Wiener Bankaktien 1180; 5pCt. Lomb. 88⅞; Wiener Wechsel 112½; 3pCt. inl. span. 38⅝; 1pCt. neue 23$\frac{1}{16}$; Darmstädter Bankaktien 303.

Frankfurt, 2. Febr. Zu besserem Verständniß der Notirung der Wiener Kreditaktien an hiesiger Börse machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß dieselben seit dem 1 d. nicht mehr in Bankovaluta, sondern in klingender Silbermünze gehandelt werden. Da bis jetzt erst 30 pCt. eingezahlt sind, so berechnet sich das Stück de fl. 200 auf 60 und beträgt mithin nach der gestrigen Notirung von 128 das Agio fl. 68 C. M. für jede Aktie.

Nichtpolitische Zeitung.

* Demoiselle Rachel hat nunmehr, wie man aus der Havannah vom 8. Dezbr. schreibt, auf ihre amerikan. Campagne ganz verzichtet und wird mit ihremganzen Personale auf dem Dampfer „Southampton" direkt nach Europa zurückkehren. Nur Dlle. Sarah Felix ihre Schwester wird nach New York zurückkehren und dort mit einem französischen Theater ihr Glück versuchen

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 36.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 5. Februar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Se. Maj. der König haben den Junker Wilhelm Schunk vom 13. Inf.-Regiment auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; dem Oberlieutenant Ludw. Frhr. v. Gise vom Inf.-Leib-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere unter Verleihung des Charakters als Oberlieutenant à la suite ertheilt; den temporär pensionirten Hauptmann Maximilian Aschenbrier auf ein weiteres Jahr im Ruhestand belassen; den Unterzeugwart Karl Pfadisch von der Zeughausverwaltung Germersheim zur Zeughausverwaltung Ingolstadt versetzt; den temporär pensionirten Hauptmann Reinhard Freiherrn v. Gumppenberg bleibend in Ruhestand belassen.

Se. Maj. der König haben den bisherigen Landgerichtsarzt Dr. Jakob Joseph Haselwander zu Stadtamhof zum Regierungs- und Kreismedizinalrathe bei der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg ernannt; den weltlichen Consistorialrath zu Bayreuth, Friedrich Ludwig Meyer, in gleicher Diensteigenschaft zu dem k. protestantischen Consistorium Ansbach versetzt; die Stelle eines weltlichen Rathes bei dem Consistorium Bayreuth dem bisherigen ersten Staatsanwalt bei dem kgl. Kreis- und Stadtgericht Schweinfurt, Julius Schumann, verliehen; den auf das Landgerichtsphysikat zu Neuburg a. D. berufenen Landgerichtsarzt in Monheim Dr. Joseph Gleitsmann von dem Antritt der Dienstesstelle in Neuburg enthoben und auf seiner bisherigen Stelle zu Monheim belassen; auf das hiernach wieder erledigte Landgerichtsphysikat in Neuburg a/D. den Kantonsarzt in Lauterecken, Dr. August Högér, berufen. (R. M. Z.)

Das „Militär-Verordnungsblatt" Nr. 2 bringt die gestern bereits gemeldeten Beförderungen ꝛc. im Heer; ferner nachfolgende Versetzungen.

Versetzt werden: die Majore Gustav Ritter v. Welsch v. 5. Inf.-Reg. zum 1. Jägerbataillon, Philipp Frhr. v. Diez vom 4. Chevaurl.-Reg. zum 2. Chevaurl.-Reg Taxis, Joseph Schmölz von der Artillerie-Berathungs-Commission zur Zeughaus-Hauptdirektion, und Ludwig Bomhard vom 1. Artillerie-Reg. zur Artillerie-Berathungs-Commission; die Unterlieutenants Georg Steinhauer vom 9. Infanterie Regiment zum 5. Inf.-Reg., Zacharias Hoppe vom 11. Inf.-Reg. zum 14. Inf.-Reg., Franz Strömsdörfer v. 14. Inf. Reg. zum 13. Inf.-Reg., Gustav Krauß vom 6. Inf.-Reg. zum 1. Inf.-Reg., Max Ott vom Genie-Regiment zum Ingenieur-Corps, und Ludwig Beer vom Ingenieur-Korps zum Genie-Reg.; der Oberkriegskommissär 2. Klasse und Referent Wolfgang Krauß vom Kriegs-Ministerium als Kontroleur zur Hauptkriegskasse; die Kriegs-Kommissäre Ferd. Lingg von der Militär-Rechnungs-Kammer zum 4. Divisions-Kommando, und K. Popp v. 4. Armee-Divisions-Kommando zur Militär-Rechnungs-Kammer; der Regimentsquartiermeister 1. Klasse Stanislaus Loy von der Mil.-Rechn.-Kammer zur 6 Sektion des Kriegs-Ministerium, der Regimentsquartiermeister 2. Klasse Jakob Gölz vom 2. Art.-Reg. zur Militär-Rechn.-Kammer; der Bataillonsquartiermeister Sam. Seiler von der Gewehrfabrik-Direktion zum 2. Art.-Reg; der Unterquartiermeister 1. Klasse Ferd. Beckh von der Gensdarmerie-Kompagnie der Pfalz zum 1. Kür.-Reg., die Unterquartiermeister 2. Klasse Heinr. Petzl von der 1. Sanitäts-Komp. zur Gewehrfabrik-Direktion, Joh. Lehner vom 3. reit. Art.-Reg. zur 1. Sanitäts-Komp., Joh. Buchmann von der Kommandantschaft Landau zur Gendarmerie-Kompagnie der Pfalz, und Jos. Altmann vom Art.-Korps-Kommando zum 3. reit. Art.-Reg.; die Regiments-Aktuare Georg Kraft von der Kommandantschaft Würzburg zum 4. Armee-Divisions-Kommando, und Andr. Mayer vom 4. Armee-Divisions-Kommando zur Kommandantschaft Würzburg.

Preußen. Berlin, 1. Febr. Die erste Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung den Antrag an, nach welchem Verfassungsänderungen in zweimaligen nur 10 Tage — statt wie bisher 21 Tage — auseinander liegenden Berathungen beschlossen werden können. Die Versammlung nahm ferner die Abänderung der Städteordnung an, nach welcher die Bürgermeister auf Lebenszeit gewählt werden können. (Z. f. Nd.)

× Berlin, 3. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Da zur Zeit eine kurze Ruhe in der Friedensfrage eingetreten ist, so darf es gewiß angemessen seyn, die freie Zwischenzeit zu einer Excursion von dem Gebiet der politischen auf das Gebiet der socialen Frage zu benutzen und eine Angelegenheit zu besprechen, welche bei den Theurungs-Verhältnissen des heurigen Winters eine allgemeine Wichtigkeit gewonnen hat. Es ist die Frage, ob es für Berlin zweckmäßig erscheint, Aktien-Brod-Bäckereien zu errichten, wie dies von einigen achtbaren Männern Berlins durch öffentlichen Aufruf in Absicht gestellt worden ist. Wir können die Idee nur als eine solche begrüßen, welche segensreich wirken wird; denn jedenfalls, kommt sie zur Ausführung oder nicht, wird sie den hergebrachten Schlendrian, in welchem der uralte Betrieb des Bäckergeschäfts gefangen liegt, ein wenig aufrütteln, und die neuen Entdeckungen, Erfindungen und Vervollkommnungen, welche die Bäckerei an den verschiedensten Orten erfahren hat, ebenso wie die Vorschläge, welche das Backgeschäft verbessern sollen, und bisher noch nicht zur Ausführung gekommen sind, zu prüfen, und, wenn sie als gut befunden worden, hierorts anzuwenden. Man hat verschiedene Nahrungsstoffe gefunden, aus denen entweder allein Brod gebacken, oder welche als Zusatz zum Brode mit großem Vortheil verwendet werden können. Bis jetzt haben die hiesigen Bäcker sich noch nicht der Mühe unterzogen, Versuche zu machen, inwieweit eine Ergänzung des Mehls durch andere Vegetabilien möglich ist. Die Quecken sollen sich nach dem Urtheile glaubwürdiger Personen und auf Grund mannigfaltiger und glücklicher Versuche als besonders gut zum Brodbacken verwenden lassen. Das Mehl, welches aus getrockneten Quecken gewonnen wird, soll an Güte und Nahrhaftigkeit dem Roggenmehl nicht nachstehen, und ist doch, da die Quecken als ein für die Aecker lästiges Unkraut ausgerodet und meist unverwandt beseitigt werden, ein billiges Surrogat. Wie unsere Bäcker gewiß, durch die drohende Konkurenz einer Aktien-Brod-Bäckerei aufgeschreckt, in Zukunft sich mit den neuesten Fortschritten auf dem Gebiete ihres Gewerbes vertrauter machen werden, als bisher, so werden sie auch jetzt nicht unterlassen, Alles anzuwenden, um der so gefährlichen Nebenbuhlerschaft zu entgehen. Bereits haben sie durch lange Artikel in den hiesigen Zeitungen das Publikum über die Brodfrage, so weit sie das Bäckereigeschäft betrifft, zu belehren und von der Aktien-Zeichnung zu den projektirten allgemeinen Bäckereien abzuschrecken gesucht. Auch haben sie das Ministerium mit der Forderung in Anspruch genommen, die Konzession zur Gründung von Aktienbäckereien nicht zu ertheilen. Schließlich wollen sie noch den Versuch machen, auf Grund der Bestimmungen des Gewerbegesetzes vom 9. Februar 1849 gegen die Errichtung der bezeichneten Institute einzuschreiten, und hierbei vorzugsweise darauf hindeuten, daß das Bäckereigeschäft ein prüfungspflichtiges ist.

Sachsen-Weimar. Weimar, 2. Febr. Die heutige Nummer des Regierungsblattes veröffentlicht eine Uebereinkunft der hiesigen Regierung und der Regierungen von Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha und Schwarzburg-Rudolstadt wegen gegenseitiger Zulassung des Papiergeldes dieser Staaten. Das Papiergeld dieser Staaten soll während der Dauer der Uebereinkunft nicht vermehrt werden. Man ersieht aus dieser Uebereinkunft, daß Weimar für 600,000 Thaler, Meiningen für 600,000 Thaler, Altenburg für 500,000 Thaler, Koburg für 200,000 Thaler, Gotha für 400,000 Thaler und Rudolstadt für 200,000 Thaler Papiergeld creirt hat. An diese Bekanntmachung schließt sich eine Verordnung der Staatsregierung in Betreff der Zahlungsleistung mittelst fremden Papiergeldes an, nach der fremdes Staats- und anderes Papiergeld, insoweit der Werthbetrag des einzelnen Stücks 10 Thlr.

im 14-Thalerfuß oder diesen Werth in einem andern Münzfuße nicht erreicht, zu Zahlungen im Inlande bei 25 Thaler Strafe nicht gebraucht werden darf. Diese Vorschrift leidet jedoch auf den Geldwechselverkehr keine Anwendung. Ausgeschlossen von dem Verbot ist das Staatspapiergeld der eingangsgenannten Staaten und außerdem das königlich preußische, das königlich sächsische und das fürstlich schwarzburg-sondershausische Staatspapiergeld. (Fr. Pstz.)

Oesterreich. Wien, 31. Jan. Der Verkauf der Militärpferde dauert hier fort. (Allg. Ztg.)

Dänemark.

In Kopenhagen spricht man eben nicht in den wohlwollendsten Ausdrücken von der holsteinischen Ritterschaft, die man für die ganze Haltung der diesmaligen Ständeversammlung von Holstein verantwortlich macht. Hr. v. Scheel, der Minister für Holstein, der für das Dänenthum blind eingenommen ist, der sich öffentlich gerühmt hat, schon von den Freiheitskriegen her ein Widersacher aller Bestrebungen für die Wiedergeburt Deutschlands gewesen zu seyn, hätte allerdings vielleicht sein Spiel für den Augenblick gewonnen, wäre nicht die holsteinische Ritterschaft gewesen. Die geistlichen, die bürgerlichen und bäuerlichen Abgeordneten würden wohl kaum von selbst den Muth gefaßt haben, mit dem Mann so ernst in's Gericht zu gehen, welcher gesagt hat, daß er nichts scheut, was seinen Zwecken diene, wenn nicht die Repräsentanten der Ritterschaft, wenn nicht Männer, wie der Baron Blome und der Hofjägermeister Graf Reventlow-Jersbeck die Versammlung dazu aufgefordert hätten. In Kopenhagen sagt man, daß lediglich aristokratischer Haß gegen die „liberalen" Reformen des Hrn. v. Scheel Blome, Reventlow und Genossen zu ihrem Auftreten gegen den Minister veranlaßt habe. Nun ja, Aristokraten sind sie, diese Blome, Reventlow, Scheel-Plessen und Genossen, und reich, wie sie sind, repräsentiren sie auch eine Ritterschaft, die wohl bei weitem die begütertste in ganz Deutschland ist. Aber allen Respekt vor Aristokraten wie Blome und Reventlow! Man muß sie sehen, hören und ihr Leben in's Auge fassen, und man wird sich sagen: Ritter sind es, aber wahrlich keine Junker, und wollte Gott, Deutschland hätte noch viele Ritter von diesem Schlage! Sie halten allerdings etwas auf die besondern Gerechtsame ihres Standes, aber stets sind sie auch mit Muth und Ernst für die allgemeinen Rechte des Landes in die Schranken getreten, denn sie sind, wenigstens die Blome und Reventlow, von inniger Liebe und von tiefem Pflichtgefühl gegen das Land erfüllt. Sie haben politische Bildung genug, um zu wissen, daß es in Wahrheit keine Rechte gibt ohne Pflichten, und daß, wer als Ritter für sich besondere Gerechtsame verlangt, auch von seinem besondern Pflichtgefühl Beweise geben müsse; sie haben Bildung genug, um dies einzusehen, und was noch anerkennenswerther ist, sie haben auch das Ehrgefühl, diese Einsicht durch die That zu bewähren. Herr v. Scheel hat auf das „divide et impera" spekulirt und geglaubt, daß seine „liberalen" Reformen ihm die Stimmen des Bürger- und Bauernstandes gewinnen würden. Deßwegen hat er sich so beeilt, der diesmaligen Ständeversammlung seine Gesetzentwürfe wegen Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, der ritterschaftlichen Stempelfreiheit &c. vorzulegen. Glücklicherweise hat sich Herr v. Scheel hier verrechnet: auch den bürgerlichen und bäuerlichen Vertretern stehen die allgemeinen Landesinteressen höher als die besonderen Standesinteressen, und mit Ausnahme eines einzigen Mannes, den die dänischen Blätter selbst als einen Renegaten bezeichnen, haben die Repräsentanten der Bürger, der Bauern und der Geistlichkeit einmüthig sich den ritterschaftlichen Abgeordneten angeschlossen. Das ganze Land fühlt sich ermuthigt und gehoben durch diese Haltung seiner Vertreter, durch diese imponirende Einmüthigkeit aller Stände und wir wollen doch sehen, wie Hr. v. Scheel mit einer Ständeversammlung fertig zu werden denkt, in der als Ankläger gegen ihn der Baron Blome von Heiligenstedten auftritt, und in welcher nur Eine Stimme sich zu seiner Vertheidigung, und zwar gegen die schwersten Anschuldigungen, die je einem Minister gemacht wurden, erhebt, nämlich die des Advokaten Bargum, des einstigen Präsidenten der schleswig-holsteinischen Landesversammlung. (D. A. Z.)

Die von der holsteinischen Ständeversammlung beschlossene Anklage gegen den Minister v. Scheel gründet sich auf verschiedene Willkührmaßregeln desselben. Wir heben aus dem Ausschußbericht folgende Beschwerdepunkte hervor: Der Minister habe dem König gerathen, die kollegialisch verwaltete Justiz der Stadt Kiel unter die Oberaufsicht einer mit dem Ober-Direktorat für diese Stadt betrauten Militärperson zu stellen, und die Maßregel sofort ausgeführt; der Minister habe dem König gerathen, auch die Absetzung der Justiz-Beamten als eine Prärogative der Krone in Anspruch zu nehmen und in Ausübung dieses Grundsatzes den Präsidenten und zwei Räthe des höchsten Gerichts und den Amtmann der Aemter Kiel, Bordesholm und Kronshagen ohne Urtheil und Recht ihrer Aemter zu entsetzen; der Minister habe den Rath ertheilt, einen Offizier zum administrativen Oberbeamten, sowie zum Justizbeamten und Kurator der Kieler Universität zu ernennen; ferner habe der Minister für Genehmigung der Stände und ohne dringende Noth dem König gerathen, in verschiedenen Aemtern die Justiz von der Administration zu trennen und die Maßregel auch ausgeführt.

Kopenhagen, 29. Jan. Es dürfte von Interesse seyn, den weitern genauen Verlauf der Angelegenheit des Erbprinzen Ferdinand zu erfahren, der bekanntlich in Ungnade gefallen war, weil er sich geweigert, die Verfassung zu unterschreiben. Die Anwesenheit des französischen Generals Canrobert gab die erste Veranlassung zu versöhnenden Schritten gegen den Prinzen von Seite des Königs. In diese Zeit fiel außerdem das Geburtsfest des Prinzen, wozu ihm der König mit dem Bemerken Glück wünschte, daß ihm der Zutritt zu Sr. Majestät nun wieder gestattet sey. Der Prinz hat um Audienz, welche sehr bald den Anfangs gezwungenen Anstrich verlor. Die beiden fürstlichen Herren wurden sehr bald einig, daß die Unterschrift des Prinzen bis zum Eintritt von Modifikationen der Verfassung durch den Reichsrath auf sich beruhen sollte. Der König bot dem Prinzen die Charge eines Generalfeldmarschalls an, versprach auch, den Minister, der ihn gekränkt, zur Abbitte zu veranlassen. Der Prinz zog jedoch seine frühere Stelle als kommandirender General vor, worauf eine bestimmte Zustimmung jedoch nicht ertheilt wurde. Der Prinz war alsdann bei der Tafel anwesend; der Minister aber, der Abbitte thun sollte, vergrößerte das Mißverständniß noch, und erst der Vermittlung anderer Rathgeber des Königs gelang es, den Prinzen zu dem Zugeständniß zu vermögen, daß er nach den vorgeschlagenen Modifikationen der Verfassung eine schriftliche Versicherung für ihre Anerkennung ausstellen wolle. Darauf erschien der Prinz wieder im Staatsrathe; eine Wiederanstellung erfolgte zwar noch nicht, aber der Kriegsminister beantragte, dem Prinzen die ihm entzogene Besoldung wieder zu ergänzen. In einem königlichen Schreiben wurde demselben mitgetheilt, daß obiger Antrag gestellt sey, daß aber, ehe der König denselben bewillige, der Erbprinz mit seiner Gemahlin in der neuen königlichen Hoftheaterloge erscheinen möge, um ein öffentliches Zeichen von der Aufhebung des gespannten Verhältnisses zu geben. Hierauf glaubte der Prinz der „obwaltenden Umstände" wegen nicht eingehen zu können, und so ist denn das Mißverständniß leider noch nicht gelöst. So erzählt die „N. Preuß. Z." den Hergang.

Kopenhagen, 30 Jan. Eine ministerielle Bekanntmachung für das Herzogthum Schleswig untersagt, das im Verlage von F. A. Brockhaus in Leipzig erscheinende Wochenblatt: „Unterhaltungen am häuslichen Herd. Herausgegeben von Karl Gutzkow", im Herzogthum Schleswig zu halten und zu verbreiten.

Großbritannien.

* Aus den Erklärungen, welche der Minister Lord Clarendon am 31. Jan. bei Gelegenheit der Adreß-Berathung im Oberhaus abgab, ersehen wir u. A. noch, daß die englische Regierung dem Kabinet von Washington vorgeschlagen hat, ihren Streit über Auslegung des Clayton-Bulwer-Vertrags (wonach keiner von beiden Staaten über einen Theil von Zentralamerika eine Schutzherrschaft ausüben darf) durch eine dritte Macht als Schiedsrichter entscheiden zu lassen. Der Vorschlag sey von dem Kabinet von Washington noch nicht angenommen; er hoffe aber, es werde darauf eingehen. — Außerdem versprach Lord Clarendon, es sollten alle Papiere über den Fall von Kars dem Parlament vorgelegt werden.

Frankreich.

Paris, 31. Januar. Wie es im Innern Frankreichs jetzt aussieht, das ist sehr schwer zu bestimmen. Ein sehr bedeutender Theil im Volk, will man wissen, ist durch demagogische Komplotte tief angesteckt und vergiftet; ganze Departemente (man nennt die Drôme unter andern) werden durch die sogenannte „Marianne" unterwühlt. Eigentliche Häupter, das ist Männer von Bedeutung, gibt es keine unter den Rädelsführern dieser Verschwörung; man kann eigentlich keines ächten Hauptes habhaftig werden. Uebrigens kann man gewissermaßen den Gang dieser Komplotte nach den drei Regierungen, der Restauration, Ludwig Philipps und Kaiser Napoleons, in drei Epochen abtheilen. Zur Zeit der Restauration war der Frevel in der Jugend; Studenten, junge Offiziere und Unteroffiziere, Ladendiener und Commis Voyageurs bildeten den Kern; die Freunde des Hrn. v. Lafayette bildeten das Komplott; die

Regung fand nicht statt in den Massen, das Militär und die Jugend der Schulen wurden besonders bearbeitet. Während der zweiten Epoche, unter Ludwig Philipp, ging alles von den Sozialisten aus, und die Beimischung der Kommunisten war nicht stark. Heute ist dem ganz anders. Der Kern der Bewegung ist rein kommunistisch und in den Massen selber. Während aller drei Epochen aber setzt eines in Erstaunen, die absolute Zuversicht aller Verschwörer; nichts brach ihr Unternehmen, und man konnte in jeder dieser drei Stationen von ihnen behaupten, sie hätten einen Pakt mit der Fortuna geschlossen, sie seyen der Fortuna gewiß. Wenn man alles dieses reiflich überlegt, so kommt man zur Ueberzeugung, daß die eigentliche Polizei wenig hilft gegen den Hochmuth eines solchen verbrecherischen Geistes. Das Geheimniß besteht nicht sowohl in der Kraft der Regierung, als in der Kraft der Gesellschaft; diese zu stärken und zu erheben, darauf kommt alles an. (A. Z.)

Die Handelsbewegung aus Deutschland nach Frankreich hat durch die Zollermäßigungen des verflossenen Jahres einen nicht unbedeutenden Aufschwung genommen. In der That sind jene auch von so umfänglicher Natur, daß man schon jetzt zu der Annahme berechtigt ist, die Regierung habe mit dem schroffen Schutzzollsystem gebrochen. So wurden ermäßigt die Zölle von Oelsaamen, Oel und Fett, Wolle, Soda und Pottasche u. a., noch mehr die Zölle von Eisen und Eisenwaaren, während eine Menge minder wichtiger, für die Fabrikation bestimmter Rohstoffe entweder im Zoll ermäßigt oder auch ganz davon befreit wurden.

Italien.

Rom, 23. Januar. Wie der heilige Vater das Kardinal-Collegium durch die permanente Berufung mehrerer fremden Eminenzen nach Rom aus einem Institut des Kirchenstaates zu einem allgemein katholischen umbilden will, so ist es andererseits seine Absicht, die noch im vorigen Jahrhundert üblichen Protektorate der einzelnen Länder zu erneuern. Die Wahl des Kardinal-Protektors war sonst Sache des jedesmaligen Souverains, welcher ihn außer seinem weltlichen Gesandten nach erfolgter päpstlicher Bestätigung im Vatikan accreditirte. Sehr oft ist durch die Interzession eines solchen päpstlichen Protektors ein drohender Bruch zwischen dem Vatikan und einem Kabinet beigelegt worden, was durch einen weltlichen Gesandten allein weit schwerer oder gar nicht der Fall gewesen seyn würde. Und war der Bruch wirklich erfolgt, so wurde der in Rom residirende Kardinal-Protektor früher oder später fast immer der Hersteller des Friedens. (K. Z.)

Rom, 31. Jan. Eine Gesellschaft für die Führung einer Eisenbahn von Rom nach Bologna und Ankona hat sich gebildet. (T. D. d. Fr. Bl.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

X Berlin, 3. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Herr v. Beust befindet sich zur Zeit noch in Berlin. Er war gestern zur Tafel bei dem Ministerpräsidenten Freiherrn von Manteuffel.

Wien, 2. Febr. Wir erfahren (meldet heute die „Donau“), daß Graf Buol, Minister der auswärtigen Angelegenheiten und erster Bevollmächtigter Oesterreichs beim Kongresse in Paris, binnen wenigen Tagen nach Paris abreisen werde. Als zweiter österreich. Bevollmächtigter bei den Konferenzen wurde der österreich. außerordentliche Gesandte in Paris, Baron v. Hübner, designirt.

London, 2. Febr. Die „Morn. Post“ glaubt, daß binnen Kurzem ein Waffenstillstand auf beschränkte Zeit abgeschlossen werde. Genaue Bedingungen desselben seyen noch nicht festgestellt, werden sich aber wahrscheinlich auf Landoperationen beschränken, da Zusammenstöße zur See unmöglich, und die Fortdauer der Blokade, falls der Friede bis nach Freiwerden der Ostsee vom Eis noch nicht geschlossen wäre, für unsere Stellung als unterhandelnder Staat nothwendig seyn und mit dem Gebrauch übereinstimmen würde. (T. D. d. A. Z.)

Paris, 1. Febr. In der ersten Sitzung der Konferenzen, welche am 20. Februar beginnen, werden die Friedenspräliminarien ohne Diskussion unterzeichnet werden, worauf sogleich der Waffenstillstand geschlossen wird. Der Graf v. Walewski wird bei den Konferenzen den Vorsitz führen. Erst gestern wurde bestimmt, daß jede Nation von zwei Bevollmächtigten repräsentirt werden solle. Für Rußland werden der Graf Orloff und der Baron v. Brunnow erscheinen. (Fr. Pstz.)

Vom nördlichen Kriegsschauplatz.

Stockholm. Rußland, schreibt das Stockholmer „Aftonbladet“, ist in aller Stille eifrig beschäftigt, im weißen Meer eine neue Flotte zu schaffen. Wir haben in diesen Tagen selbst durch Privatnachrichten, die wir für völlig verläßig zu halten allen Grund haben, erfahren, daß Rußland gegenwärtig bei Archangel eine Menge größerer und kleinerer Kriegsschiffe mit der größten Eile bauen lasse. Von diesen sollen 6 Fregatten und 10 Kanonenboote, welche mit Dampfschrauben versehen sind, schon zu dem ersten Frühlingstage völlig gerüstet seyn.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 4. Februar. Für Frankfurter Bankaktien und span. wurden höhere Kurse bezahlt, während im Uebrigen keine wesentliche Veränderung stattfand. Die Umsätze waren sehr bedeutend.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 89¾ P. 89½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 80¼ P. 80 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 87½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82½ P. 82¼ G.
„ 4½pCt. „ 71¾ P 71½ G.
„ 4pCt. „ 63½ P. 63 G.
„ 3pCt. „ 49 P. 48½ G.
„ 1pCt. „ 16¼ P. 16 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1183 P. 1178 G.
Oesterreichische Credit-Actien 143½ P. 141½ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 126 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 101⅛ P. 100⅞ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 280 P. 275 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101½ P. 101 G.
„ 4½pCt. „ 100½ P. 100 G.
„ 4pCt. „ 95¼ P. 94¾ G.
„ 3½pCt. „ 86½ P. 86 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95¼ P. 94¾ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 155½ P. 155 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 143 P. 142½ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88½ P. 88 G.
Würltemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 3½pCt. „ 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88⅞ P. 88⅝ G.
Badische 50 fl. Loose — P. 78 G.
„ 35 „ „ 47⅝ P. 47⅜ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 100 P 99½ G.
„ 3½pCt. „ 93¾ P. 93¼ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 114 P. 113½ G.
„ „ 25 „ „ 36⅞ P. 36⅝ G
Darmstädter Bankaktien 307 P. 305 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39½ P. 39¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 60 P. 59½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90¾ P. 90¼ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 P. 29½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¼ P. 85¾ G.
„ 3½pCt. „ alte 93¾ P 92¼ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 120⅛ P. 119⅝ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 326 P. 324 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 78½ P. 78 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 85½ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38¾ P. 38½ G.
„ 1pCt. neue 24⅛ P. 24 G.
Holland Integrale 65 P. 64½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 P. 42½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅝ P. 100⅜ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119⅛ P. 118⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 100⅞ P. 100⅝ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% 100⅝ P. 100⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¼ P. 96 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅝ P. 88⅜ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112⅝ P. 112⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 112¼ P. 112 G.

Disconto — P. 3½ pCt. G.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 2. Febr. Es ist aus den öffentlichen Blättern bekannt, daß der hiesigen königlichen Akademie der Wissenschaften von Leipzig aus eine Palimpsest-Handschrift angeboten ward, welche ein bis dahin ganz unbekanntes Werk eines Alexandrinischen Schriftstellers Uranios über die ältere ägyptische Geschichte enthielt, und für deren Aufklärung von Wichtigkeit schien. Die wissenschaftliche Bedeutung der Sache bestimmte die königl. Akademie, den Antrag nicht von der Hand zu weisen, und es wurden Schritte gethan, welche nun dadurch zum Abschluß gelangt sind, daß die von einigen Mitgliedern der Akademie angestellte sorgfältige Untersuchung der Handschrift die Unächtheit des Uranios nach allen Seiten hin vollständig erwiesen hat. Es konnte mithin von einem Ankauf der Handschrift nicht weiter die Rede seyn, und der Gegen-

stand dieser mit so viel Geschicklichkeit als Unverschämtheit eingeleiteten Täuschung ist bereits wieder nach Leipzig zurückgekehrt. (Wie aus Leipzig gemeldet wird, ist hierauf dort sofort der Anbieter, der Grieche Konstantin Simonides, auf Antrag des Polizeidirektors Dr. Stieber aus Berlin, der in Begleitung des Professors Lepsius gekommen war, verhaftet worden. Simonides hatte für den von ihm täuschend angefertigten Palimpsest eine von Professor Lepsius vorgeschossene Summe von 2000 Thlrn. durch Professor Dindorf empfangen, die sich bei ihm vollständig (und noch mehr als diese) vorfand, so daß bei diesem Betruge Niemand einen Verlust erlitten hat.)

Berlin, 2. Febr. Die fünfte Deputation des Kriminalgerichts verhandelte in den Sitzungen vom 31. v. M. und 1. d. M. eine Diebstahlssache. Außer dem Schriftsteller Dr. phil. Lubarsch standen vor den Schranken: 1) der Tischlermeister Lemm, 2) der Schneidermeister Pflötchenhauer, 3) dessen Ehefrau, und zwar Ersterer unter der Anklage des schweren Diebstahls, die beiden Letzteren der Hehlerei und Dr. Lubarsch der Begünstigung der That durch Hülfeleistung bei der Sicherung des Gewinnes angeklagt. Der Thatbestand des zur Anklage gestellten Verbrechens ist folgender: „Am 12. Februar 1854 wurde dem Silberdiener Rhode in seiner Wohnung ein Nachschlüssel-Diebstahl verübt. Es wurden bei dieser Gelegenheit außer andern kostbaren Sachen eine Menge werthvoller Papiere im Gesammtbetrage von 9500 Thaler entwendet. Erst fünfzehn Monate später gelang die Ermittelung der Thäter. Im Mai vorigen Jahres erschien nämlich in dem Geschäft des hiesigen Bankiers Müller ein junger Mann, welcher einige der gestohlenen Aktien umwechseln wollte; nachdem er sich Anfangs einen falschen Namen beigelegt hatte, wurde er als der Schneidermeister Pflötchenhauer erkannt. Bei seiner Visitation fand man noch mehrere geldwerthe Papiere, die sämmtlich von dem betreffenden Diebstahle herrührten. Pflötchenhauer behauptete, dieselben von dem Tischlermeister Lemm Behufs Umwechselung erhalten zu haben. Lemm legte nach einigem Leugnen nicht nur einem Mitgefangenen, sondern auch den Kriminal-Kommissarien Pieck und Rockenstein ein offenes Geständniß ab. Im Laufe der Recherchen ermittelte sich ferner, daß Dr. Lubarsch von dem Tischlermeister Lemm 500 Thaler Köln-Mindener Aktien und von dem Schneidermeister Pflötchenhauer für circa 800 Thaler polnische Certifikate gegen Darlehne erworben hatte. Dr. Lubarsch hatte die Bekanntschaft beider Personen durch Annoncen im Intelligenzblatt, Inhalts deren Jemand Geld gegen eine gute Sicherheit suchte, in der Weise gemacht, daß er Adressen abgegeben und so die gedachten Papiere von den genannten Personen gegen die verlangten Darleben erhalten hatte. Lemm hatte sich ihm als ein Stellmachermeister Hänke vorgestellt; die Ehefrau Pflötchenhauer dagegen ihm die qu. Certifikate überbracht. Dem Dr. Lubarsch war gleich darauf die Sache verdächtig vorgekommen und er hatte dem Polizeidirektor Stieber selbst Anzeige von dem Erwerbe der gedachten Papiere gemacht. Im Audienztermine widerrief Lemm sein Geständniß und blieb bei seiner ursprünglichen Behauptung, die Papiere am Königsgraben gefunden zu haben. Die Pflötchenhauer'schen Eheleute wollten die Papiere von Lemm, den sie als einen ordentlichen Mann gekannt, bekommen haben. Dr. Lubarsch wiederholte seine früheren Angaben. Die Beweisaufnahme erfolgte durch Vernehmung von 30 und einigen Zeugen und ergab die vollständige Richtigkeit der von Dr. Lubarsch gemachten Aussagen. Dagegen gewann der Gerichtshof die Ueberzeugung von der Schuld der drei übrigen Angeklagten und verurtheilte den Lemm zu sechs Jahren Zuchthaus, den Pflötchenhauer zu drei Jahren und dessen Ehefrau zu 1¼ Jahr Gefängnißstrafe. Dr. Lubarsch wurde von der gegen ihn erhobenen Anklage **freigesprochen**. (Nat.-Z.)

Ein Hamburger Schuster, Namens Süßmann, hat einen **Stehtisch** für Schuhmacher erfunden, vermittels dessen es den Arbeitern möglich gemacht werden soll, ihre Arbeit in einer gesünderen Körperhaltung als die bisher übliche zu verrichten. Die Maschine besteht aus einem Paar bis zur Höhe der Brust reichenden, den Schenkeln ähnlichen Stützen, welche je nach Bedürfniß und Gewohnheit gehoben und gesenkt, geöffnet und geschlossen werden können, wodurch der Schuhmacher an der Maschine stehend ganz in gewohnter Weise und mit denselben Handgriffen wie bisher sitzend zu arbeiten im Stande ist. Die Körperhaltung des Arbeitenden bleibt dabei eine durchaus aufrechte, und da Hr. Süßmann zugleich einen Stuhl von entsprechender Höhe anzubringen wußte, so ist der Schuhmacher keineswegs genöthigt, fortwährend zu stehen, sondern vielmehr im Stande, sowohl sitzend wie stehend in aufrechter Haltung zu arbeiten. Die Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Gewerbe in Hamburg hat Herrn Süßmann eine goldene Medaille für seine Erfindung zuerkannt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 37.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 6. Februar 1856.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Die Verhandlungen behufs der Revision des Gütertarifs auf den Staatseisenbahnen, welche jüngst vom Handelsministerium mit Abgeordneten der Handelskammern gepflogen wurden, erstreckten sich auf folgende Punkte: a) der fixe Zuschlag per Zentner zu 3 kr.; b) die Aufhebung des Prozentnachlasse für ganze Wagenladungen; c) die Tarifirungsfrage, insbesondere die Eintheilung der Güter nach ihrer Gattung in 3 Klassen und die Bestimmung der Minimaltaxe; d) die Lieferungszeiten der Güter; e) die Regulirung der Haftungs-Verbindlichkeiten; f) die Klassifikation der Güter.

Bezüglich des 1. Punktes ergab sich, daß zwar die Herren Abgeordneten die Aufhebung dieses Zuschlages für wünschenswerth und höchst nothwendig erachten, jedoch anerkennen, daß solche Beseitigung ohne Auffindung eines Aequivalents nicht verlangt werden könne, und daß daher zunächst abzuwarten wäre, ob sich ein entsprechender Ersatz für den Entgang von ungefähr 400,000 fl. werde noch finden lassen.

Was den 2. Punkt anlangt, so tritt die Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten einer Begünstigung für Sendungen in ganzen Wagenladungen nicht entgegen, ist aber aus finanziellen Gründen dagegen, daß solche in einem Prozentnachlasse bestehe; ihre Ansicht geht dahin, bei Sendungen in ganzen Wagenladungen den Zuschlag von 3 kr. wegfallen zu lassen, wenn dieselben nur aus Gütern der 2. Tarifsklasse bestehen. Allseitig sprach sich die Ansicht gegen die Wiederherstellung des früher bestandenen Verhältnisses, nach welchem auch für gemischte Wagenladungen der Prozentnachlaß eingeräumt war, aus und erklärten sich die Herren Abgeordneten mit dem Vorschlage der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten einverstanden, damit den Wunsch verbindend, daß sich die Begünstigung auch auf die Güter der 1. Tarifsklasse erstrecken möge.

Bezüglich des 3. Punktes sprach sich die allgemeine Ansicht dahin aus, daß der Minimalsatz bei gewöhnlicher Fracht auf 6 Kreuzer, bei Eilgütern auf 12 Kreuzer gestellt werde, wogegen die Generaldirektion nichts zu erinnern hat. Das Ergebniß der Verhandlung stellte sich dahin, daß gegen die jetzt bestehende Fracht für Eilgüter namentlich gegen ihre Höhe von keiner Seite eine Einwendung besteht, und daß auch eine weitere Erhöhung nicht bedenklich erachtet werden würde. — Bezüglich der Lieferzeiten ergab die Verhandlung, daß die dermalige Bestimmung der Lieferzeiten mit den Strafbestimmungen fortbestehen, daß jedoch bezüglich der Frage, ob der Tag der Ablieferung besonders zu zählen wäre, eine Bestimmung noch vorbehalten bleiben soll.

Was die Haftungs-Verbindlichkeit der Eisenbahn-Verwaltung betrifft, so schlossen sich sämmtliche Abgeordnete den Anträgen des Augsburger Handelsstandes an. Die Generaldirektion bemerkte übrigens, daß die Bestimmungen des Transport-Reglements die des ganzen Eisenbahn-Vereines seyen. Eine Aenderung derselben könne nur mit Zustimmung der Vereins-Verwaltung vorgenommen werden; bei einseitiger Abänderung bliebe der bayerischen Verwaltung nichts übrig, als aus dem Vereine zu scheiden. Bei nächster Generalversammlung werde eine Revision der Statuten und sonstigen Bestimmungen statt finden können; ob aber für das Publikum günstigere Entschädigungsnormen zu Stande kämen, müsse dahingestellt bleiben, doch scheine hiezu jetzt größere Geneigtheit zu bestehen, als früher.

Bei der Berathung über die Klassifikation der Güter wurde eine Reihe von Tarifänderungen beantragt, zum Theil von der Generaldirektion selbst vorgeschlagen, auf welche wir hier aus Mangel an Platz nicht näher eingehen können. In der Schluß-Sitzung fand sich der Herr Handelsminister veranlaßt, den Abgeordneten für ihre Bemühungen in dieser so wichtigen und tief eingreifenden Angelegenheit den besondern Dank der kgl. Staatsregierung auszudrücken und dabei zu bemerken, daß die Ergebnisse der Verhandlungen nun in weitere Erwägung genommen und die neuen Bestimmungen sodann festgestellt werden würden. Der neue Tarif werde einige Wochen vor dem Beginne seiner Wirksamkeit bekannt gemacht werden, und zwar, wenn möglich, schon bis zum 1. März d. J. Die Abgeordneten würden bei dieser Verhandlung die Ueberzeugung gewonnen haben, daß von Seite der kgl. Staatsregierung die finanziellen Rücksichten nicht als vorherrschend betrachtet, sondern daß in gleicher Weise auch auf die Bedürfnisse des Verkehrs und die billigen Wünsche des Publikums Bedacht genommen werde. Die Abgeordneten möchten die Ueberzeugung mit hinnehmen, daß diese Verhandlung nicht fruchtlos bleiben werde, wobei sich nur wünschen lasse, daß der neue Tarif weniger ungünstig aufgenommen und weniger angefochten werden möge als die früheren. Damit endigten am 25. Jan. die Verhandlungen.

* Der dem Landtag vorgelegte Gesetzentwurf, „die Uebernahme einer Zinsengewährschaft für die Eisenbahnen von Nürnberg über Amberg nach Regensburg, von München über Landshut an die Donau, von der Amberg-Regensburger Eisenbahn an die Landesgränze gegen Pilsen und von Regensburg an die Landesgränze bei Passau betr.", ermächtigt die Staatsregierung, bei Ueberlassung des Baues und Betriebes der angeführten Eisenbahnen an Privatübernehmer die Gewährleistung eines jährlichen Zinsertrags von höchstens vier ein halb vom Hundert aus dem Bau- und Einrichtungskapital dieser Eisenbahnen von Seite des k. Staatsärars auf längstens 35 Jahre zuzugestehen. Dieses Verlangen ist dadurch begründet, daß durch den Bau der genannten Linien das bayer. Eisenbahnnetz erst recht ergänzt und mit den östlichen auswärtigen Bahnen zweckmäßig verbunden werde. Auf der 1., 2. und 3. der genannten Linien seyen auch bereits die Projektirungs-Arbeiten auf Staatskosten vorgenommen worden und nahezu vollendet. Nachdem es aber in finanzieller Beziehung wünschenswerth ist, die Eisenbahnschuld des Staats zur Zeit nicht zu vermehren, so habe die Regierung beschlossen, den Bau und den Betrieb dieser Eisenbahnen an Privatunternehmer zu überlassen. Die desfallsigen Unterhandlungen seyen im Gange und ließen einen entsprechenden Erfolg in der Voraussetzung erwarten, daß für das Unternehmen ein jährlicher Zinsertrag von vier ein halb vom Hundert aus dem Bau- und Einrichtungskapitale dieser Eisenbahnen gewährleistet wird. Die Zinsgarantie von 4½pCt. ist übrigens in dem Gesetzentwurfe auf eine Dauer von höchstens 35 Jahren beschränkt, weil die Regierung glaubt, daß, wenn auch äußersten Falls ihre Bemühung eine geringere Anzahl von Jahren zu vereinbaren erfolglos bliebe, doch dieser Zeitraum längstens ausreichen dürfte, das Unternehmen zu Stande zu bringen.

München, 5. Febr. Se. Maj. der König haben den Revierförster Friedr. Engelhardt zu Burggriesbach in gleicher Diensteseigenschaft auf das im Forstamte Laurenzi erledigte Forstrevier Schwand versetzt, und an dessen Stelle den Forstamtsaktuar und Funktionär im Ministerial-Forsteinrichtungsbureau, Dan. Leykam, ernannt; auf die in Passau erledigte Salzbeamtenstelle den Salinen-Inspektor Matthias Meinhold in Orb, auf Ansuchen unter Belassung seines Titels, Ranges und Funktionszeichens, versetzt; ferner den Salzbeamten Friedr. Hendrich zu Zweibrücken in Folge administrativer Erwägung für immer aus dem Staatsdienste entlassen; die kathol. Pfarrei Ernstkirchen, Ldg. Alzenau, dem Priester Jos. Hopf, Pfarrverweser in Schweinfurt, Ldg. gleichen Namens, übertragen; die bei dem Wechsel- und Merkantilgerichte zweiter Instanz von Ober- und Niederbayern, dann der Oberpfalz und von Regensburg in Erledigung gekommene Rathsstelle dem Appellationsgerichtsrathe Ad. Dobmayr in Freysing übertragen. (N. M. Z.)

München, 4. Febr. Von dem Hrn. Reichsrath Grafen v. Waldkirch ist in einem Antrag an die Kammer der Reichsräthe ein sehr wichtiger Punkt unseres Gemeinde-Edikts angeregt worden. Der Antrag geht dahin: es sey die allerun-

terthänigste Bitte an Se. Maj den König zu richten, „noch vor Revision des ganzen Gemeinde-Edikts auf verfassungsmäßigem Wege zu bestimmen, daß das jetzt bestehende Mißverhältniß der verschiedenen Klassen der Besitzenden in den Gemeinden durch Eintheilung der Stimmberechtigten in drei Klassen nach ihrer Steuerleistung gehoben werde." Zur Motivierung dieses Antrags wird unter Anderm angeführt: es sey gleich nach dem Erscheinen des Gemeinde Edikts (von 1818) und nach der Revision vom Jahre 1834 das Mißverhältniß der verschiedenen Klassen der Besitzenden bei der Stimmberechtigung in den Gemeinde-Versammlungen eine Hauptklage geworden. Nach §. 11 und 12 des revidirten Gemeinde-Edikts seyen wirkliche Mitglieder einer Gemeinde in der Regel nur diejenigen, welche in dem Bezirk derselben ihren ständigen Wohnsitz aufschlagen, oder daselbst ein häusliches Anwesen haben, und darin entweder besteuerte Gründe besitzen oder besteuerte Gewerbe ausüben. Darunter seyen sonach auch die bloßen Hausbesitzer und die Gewerbsleute ohne Grundvermögen begriffen, wenn sie von ihren Häusern und Gewerben die Steuern entrichten. Diese wirklichen Mitglieder der Gemeinde, worunter die Höchst- sowie die Niedrigstbesteuerten begriffen sind, hätten ganz gleichmäßig, ohne Unterschied ihrer Besteuerung, ganz dieselbe Stimmberechtigung nach absoluter Mehrheit der Anwesenden. Der Hr. Antragsteller führt dann an, daß die Gemeindeversammlung in Ruralgemeinden ausschließlich die wichtigsten Angelegenheiten mit ganz gleichen Stimmen aller Berechtigten zu entscheiden habe, daß aber die Zahl der weniger Bemittelten in allen (?) Gemeinden die größere sey und gerade diese durch ihre Majorität die entscheidende Stimme und das Dispositions-Recht über die Mittel der größeren Besitzer habe. Diese Ungleichheit sey seit dem Ablösungs-Gesetz vom Jahre 1848 noch bedeutend vermehrt worden durch die viel freiere Bewegung in dem Grundbesitz; durch das Wegfallen des Konsenses sey das unbewegliche Eigenthum weit beweglicher geworden, und die Zahl der Minderbesteuerten habe sich seitdem bedeutend gehoben, ihr Einfluß auf die Gemeindeangelegenheiten in demselben Verhältniß vergrößert. Dabei dürfe nicht unerwähnt bleiben, daß vor Aufhebung der Gerichtsbarkeit der Gerichtsherr den übergroßen Einfluß der Nichtbesitzenden durch die Bestätigung der Wahl der Gemeindevorsteher, durch seinen Einfluß in Polizeiangelegenheiten, im Schul-, Stiftungs- und Kirchenwesen, nach dem Interesse der höher Besteuerten in den Gemeinden paralysiren, und dieses Interesse vertreten konnte. Diese Vertretung habe nun vollkommen aufgehört, und die Leitung der wichtigsten Angelegenheiten ruhe in der größeren Zahl der wenig Bemittelten. Bei diesem unverhältnißmäßigen Einfluß scheue sich jeder Besitzer eines großen Anwesens die Stelle eines Vorstehers oder Bevollmächtigten zu übernehmen, denn schon seine Wahl und seine Geschäftsthätigkeit und sein Ansehen müsse er mit großen Opfern von der niedrigsten Klasse erkaufen. Ohne zu berechnen, welch' große Opfer er der ausgedehnten Bevormundung der k. Landgerichte bringen müsse, da er für jede Gemeinde-Angelegenheit, für jede Publikation einer administrativen oder polizeilichen Verordnung, für jede Empfangnahme einer gewöhnlichen Mittheilung Tage lang sein eigenes Hauswesen vernachlässigen müsse, könne er nicht einmal sein eigenes Interesse als größerer Besitzer vertreten, und hänge in allem von der Majorität der fast nichts Besitzenden ab. Diesem großen Uebelstand, der sich von Jahr zu Jahr auffallend vergrößere, könne in vielem gänzlich abgeholfen werden durch eine schleunige Abänderung der Stimmberechtigung der Gemeindeglieder in der Gemeindeversammlung. Um diesem Mißverhältniß abzuhelfen, gebe es, meint der Hr. Antragsteller, folgende Wege: 1) Ausschließung des großen Grundbesitzes aus dem Gemeindeverband und Vereinigung mehrerer solcher Grundbesitzer in einen Bezirksgemeindeverband; 2) Aufhebung aller Gemeindeversammlungen und nur Einberufung einer gleichen Anzahl der Höchstbesteuerten zu der Zahl der die Gemeindeverwaltung bildenden Gemeindeglieder; 3) Eintheilung aller Gemeindeglieder in eine Stimmberechtigung nach ihrer Steuerleistung. Die drei ersten Wege erscheinen dem Herrn Antragsteller nicht durchführbar — die Eintheilung aller Stimmberechtigten in drei Klassen aber als der einzig mögliche und leicht ausführbare; denn das Gemeinde-Edikt würde ohne alle Abänderung in seinem ganzen Wesen diese Einschaltung aufnehmen können. Der Hr. Antragsteller hofft von diesem Antrag den günstigsten Erfolg. Der fünfte Ausschuß der hohen Kammer hat auf Vorschlag des Hrn. Reichsraths Prof. v. Bayer als Referenten den Antrag des Grafen Waldkirch bereits als zulässig erklärt, und beschlossen, denselben der hohen Kammer zur weitern Verhandlung vorzulegen. (Allg. Z.)

** München, 4. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Se. kgl. Hoh. der Prinz Adalbert veranstaltete diesen Nachmittag eine glänzende Schlittenfahrt. Die hohen Herrschaften fuhren in einer großen Reihe prachtvoll bespannter Schlitten mit Musikbegleitung von der kgl. Villa von dem Siegesthore aus durch mehrere Hauptstraßen der Stadt nach Nymphenburg, wo Souper und Ball stattfindet. Ein sehr zahlreiches Publikum hatte sich in den Straßen eingefunden, um die Schlittage zu sehen. Diesen Mittag hielt unsere Metzgerzunft den üblichen Umzug worauf — bei 6—7 Grad Kälte — der herkömmliche Metzgersprung zum großen Ergötzen der Kleinen und der großen Jugend stattfand.

München. Dr. August Rothmund, Sohn des Professors Rothmund, ist als Privatdozent für Chirurgie und Augenheilkunde an der hiesigen Universität zugelassen worden.

Ludwigshafen, 4 Febr. Wie wir vernehmen, machte der k. k. österr. Konsul in Mannheim, Hr. Eißenhardt, in diesem Jahre wieder beträchtliche Tabaks-Ankäufe, besonders auch in der bayerischen Pfalz. Er hat zur einstweiligen Aufspeicherung der angekauften Tabake hier große, passende Räumlichkeiten gemiethet, in die täglich bedeutende Massen von Tabaksblättern eingeliefert werden. Auch die großen Tabakshändler Mannheims bringen für die berühmte und beliebte pfälzer Waare viel Geld über den Rhein. (Pf. Ztg.)

× **Preußen.** Berlin, 4. Februar. (Privat-Korresp.) Der Minister-Präsident feierte gestern seinen Geburtstag. Nicht nur viele Adressen gingen von den Anhängern seiner Politik zu seiner Beglückwünschung ein, sondern auch zahlreiche Deputationen aus Berlin und andern Theilen des preußischen Vaterlandes. Er beging den Tag in stiller Feier, indem er Vormittags die Kirche besuchte, und den Abend im Kreise seiner Familie zubrachte. Die Zwischenzeit benützte er, um seinen Berufsgeschäften obzuliegen und Sr. Maj. dem Könige einen Vortrag zu halten.

Württemberg. Heilbronn, 1. Febr. An die vielen wohlthätigen Unternehmungen unserer Stadt reiht sich ein neues Unternehmen an, das einem längst gefühlten Bedürfniß entgegenkommt und alle Unterstützung verdient. Es ist dies die Gründung von Arbeiterwohnungen. Zu diesem Zwecke hat sich eine Anzahl hiesiger Männer vereinigt und vorläufig die Summe von 16,000 fl. ausgesetzt. Die Wohnungen, welche auf einem von der Staatsfinanzverwaltung oder von der Stadt anzukaufenden, gesund gelegenen Areal erbaut werden sollen, werden vermiethet werden. Die Unternehmer verzichten auf einen Gewinn für sich, sie begnügen sich mit einer Verzinsung zu vier Prozent und wollen etwaige Ueberschüsse im Interesse derjenigen Klasse, deren Bedürfnisse dieses Vorhaben veranlaßt haben, auf diese selbst verwenden. (Schw. M.)

Oesterreich. Wien, 1. Febr. Die bischöflichen Konferenzen Behufs der Durchführung des Konkordates werden im März eröffnet werden. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 1. Febr. „Mit Bedauern vernehmen wir" — schreibt der „Morning Advertiser" —, „daß bei einer Zusammenkunft, welche am vorigen Dinstag zwischen Herrn Buchanan, dem Gesandten der Vereinigten Staaten, und Lord Clarendon stattfand, sehr heftige Worte in Betreff der zentral amerikanischen Frage gewechselt wurden. Wenn das, was uns darüber zu Ohren gekommen ist, sich wirklich in allen einzelnen Punkten so verhält, so hätte Lord Clarendon sich bei dieser Gelegenheit nicht ganz so benommen, wie es seine Stellung in der Gesellschaft und der hohe Posten, welchen er im Staatsdienste bekleidet, erheischen."

London, 2. Febr. Macaulay erhielt von seinen Wählern in Edinburg eine Adresse, worin sie ihm ihren Schmerz und tiefes Bedauern über die Niederlegung seines Ehren-Postens als ihr Parlamentsvertreter aussprechen. (Allg. Ztg.)

* In der Unterhaussitzung vom 1. Februar erklärte Lord Palmerston auf Duncombe's Anfrage, daß in Folge der Unterhandlungen zwischen der englischen und österreichischen Regierung letztere sich bereit erklärt hat, den Obersten Türr der englischen Militärbehörde zu übergeben, und es ihm dann vollkommen frei stehen würde, jeden Posten zu versehen, den man ihm etwa anweisen wird. Die Frage war keineswegs so einfach, verschiedene einander widerstreitende Umstände machten sie vielmehr verwickelt. „Während", sagte Lord Palmerston, „die österreichische Regierung einerseits auf der Geltendmachung gewisser Rechte bestand, zeigte sie andererseits die größte Bereitwilligkeit, den Wünschen Ihrer Majestät entgegen zu kommen, so weit dies mit den erwähnten Rechten verträglich war. Oberst Türr ward unter der Anklage, aus dem österreich. Heere desertirt zu seyn, vor ein Kriegsgericht gestellt und des ihm zur Last gelegten Vergehens überführt. Das Faktum der Desertion war eine bekannte Sache, die er auch keinen Augenblick in Abrede stellte. Nachdem er gerichtlich

überwiesen worden war, verfügte die österreich. Regierung aus Rücksicht auf die Wünsche der englischen die sofortige Freilassung des Obersten Türr.

Frankreich.

Paris, 2. Febr. Was die Friedensbedingungen betrifft, die man Rußland stellt, so scheint man höchsten Ortes selbst zu fühlen, daß sie weder dem Zwecke, für den man gekämpft, noch den Opfern, die man gebracht, entsprechen Ein halboffizieller Artikel im „Constitutionnel", worin die Vortheile, die Frankreich aus dem Kriege ziehen wird, aufgezählt werden, beweist dieses zur Genüge. Ich theile Ihnen hier den Hauptinhalt dieses, vom Redaktions-Sekretär unterschriebenen Artikels mit: „Frankreich," heißt es am Anfange, „hat die unvermeidlichen Opfer, die der Krieg mit Rußland kostete, nicht zu bedauern. Die Größe, wir möchten sagen: die Ober-Herrschaft, die es seit zwei Jahren in den Räthen Europas erlangt, und der kriegerische Ruhm, mit dem es seine Fahnen bedeckt, würden für die Kriegskosten hinlänglich entschädigen. Aber dieses ist nicht Alles. Man muß auch die materiellen Vortheile berechnen, die uns die Zukunft, Dank der Thätigkeit, die wir unseren kommerziellen und maritimen Beziehungen im Orient gegeben haben, vorbehält. Man kann schon jetzt die glänzenden, unserem Lande eröffneten Aussichten erkennen." Frankreich habe seine Dampfflotte während des Krieges bedeutend vermehrt. Die für den Krieg bestimmten Dampfer würden dem Frieden verbleiben, und zahlreiche Verbindungen seyen seit den letzten zwei Jahren auf allen Punkten des mittelländischen und des schwarzen Meeres angeknüpft worden. „Diese Verbindungen" — fährt er dann fort — „werden die Ereignisse überleben, die sie ins Leben gerufen, und unsere Handelsschiffe werden die neuen Straßen nicht vergessen, die sie mit unseren Flotten durchfahren haben. Endlich haben sie — und dieses ist vielleicht das Wichtigste — nach diesen Ufern mehrere Tausende Franzosen gebracht, die, durch den Unternehmungsgeist angestachelt, unserm Handel Wege anbahnen, unsere Sitten, Gesetze und unsere Sprache kennen lassen und nach und nach unsere Gewohnheiten verbreiten werden. Mehrere französische Kolonien haben sich seit dem Kriege in den Haupthäfen des schwarzen Meeres gebildet, und sie werden dort bleiben." So weit das halboffizielle Blatt, das dieses Mal den Auftrag hat, den Enthusiasmus, der unsere Börsenmänner erfüllt, dem ganzen Land mitzutheilen. — Es wird übrigens in der nächsten Zeit Alles aufgeboten werden, um Frankreich im Friedenstaumel zu erhalten und ihm den Vortheil einzupauken, den der Friede bringen muß. Auch wird man nicht aufhören, von der englischen Allianz zu sprechen, und dieser Tage wird unter dem Titel: „Le Congrès de Paris", eine Broschüre von La Gueronniere erscheinen, die von den Wohlthaten des Friedens und von der großen Einheit Frankreichs und Englands sprechen soll. (K. Z.)

Spanien.

† In Vittoria wurde eine Militärverschwörung entdeckt. Die Sache scheint gewiß, trotz des Läugnens der Presse, der Regierung und der demokratischen Journale. Die beabsichtigte und noch zeitlich unterdrückte Erhebung war, wie man sagt, im Regimente von Malaga durch Unteroffiziere organisirt worden, die sich im Revolutionsjahre in den Sitzungen des demokratischen Clubs zu Madrid bemerklich machten und soll mit einer republikanischen Erhebung in Rioja und Arragon zusammenhängen. — Auch in Valladolid waren am 20. revolutionäre Aufrufe an den Straßen angeschlagen. — Am 23. standen die Straßen Sevilla's noch unter Wasser. Die Ueberschwemmung ist derart, daß der Gouverneur die Straßen in einem Boote durchfährt, um den Einwohnern Hülfe zu spenden. Im „Triana-Viertel" hatte das Wasser die Balkone der Häuser erreicht.

† In Spanien sind bis jetzt 5822 Staats-Domainen verkauft worden. Veranschlagt waren dieselben auf 77,119,919 Realen; erlöst wurden 149,091,990 Realen. — 6266 Grundzinsen, im Betrage von 23,755,311 Realen wurden rückgekauft. — Die Januar-Gehalte werden von dem Klerus gleichzeitig mit den anderen Klassen, welche ihr Einkommen aus der Staatskasse beziehen, erhoben werden.

Madrid, 2. Februar. Der römische Geschäftsträger ist hier eingetroffen. — Die Mörder des Fabrikbesitzers Padriz in Barcellona sind zum Tode verurtheilt worden. (Fr. Pstz.)

Portugal.

° Auch aus Portugal wird berichtet, daß die Unglücke und Leiden, welche das schlechte Wetter veranlaßt, unberechenbar sind. Aus einem Friedhofe hat der Tajo die Leichen weggeschwemmt. In der Stadt Soule, Provinz Algarve, fand am 18. v. M. ein Erdbeben statt. Man verspürte fünf Stöße mit großem unterirdischen Getöse. Die Erde verschlang Bäume und Saat und alle Gebäude waren dem Einsturz nahe. Die Einwohner flüchteten aus ihren Häusern unter in der Eile errichtete Hütten und Zelten. Der Sturm und der seit 50 Stunden ununterbrochen herabströmende Regen dauert fort. . . .

Türkei und Donaufürstenthümer.

* In der Türkei hat die periodische Presse — vor einigen Jahren kaum noch gekannt — bedeutenden Aufschwung genommen. In Konstantinopel erscheinen gegenwärtig 12 Journale und 4 Revüen und zwar 5 in türkischer Sprache, 2 französische, 1 griechisches, 2 armenische, 1 bulgarisches und 1 spanisch-jüdisches in hebräischer Sprache. — Ein arabisches Journal wird demnächst erscheinen. Von den 4 Revüen sind 3 mit armenischen, 1 mit hebräischen Buchstaben gedruckt. —

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

✕ Berlin, 3. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Die Anwesenheit des Hrn. v. Beust verlängert sich noch, und hat man wohl aus dem längern Verweilen desselben in Berlin den Schluß zu ziehen, daß die Unterhandlungen noch nicht zum Schlusse gelangt sind, und daß es den deutschen Mittelstaaten darauf ankommen muß, mit Preußen in der Friedensfrage eine gemeinsame Politik verfolgen zu können. — Eine Frage von großer Bedeutung, mit welcher sich die Tagespresse ganz Europa's beschäftigt, ist die, wird Preußen auf den Friedens-Konferenzen vertreten seyn? Man behauptet, daß Oesterreich, Frankreich und Rußland den Wunsch hegen, daß Preußen die Konferenzen beschicke. Das darf jedenfalls als wahr angenommen werden. Dagegen ist es wohl eine Uebertreibung, wenn gesagt wird, es wären von diesen Staaten bereits Einladungen an Preußen zur Theilnahme an der Konferenz erlassen worden. Interessant ist ein Argument, welches Frankreich bestimmen soll, auf Preußens Zutritt zu den Konferenzen zu bestehen. Man sagt, Louis Napoleon wolle die Konferenzen nicht allein zum Abschluß eines Friedens zwischen dem Osten und Westen und zur Regulirung der europäischen Verhältnisse benützen, sondern er habe auch die ihn persönlich betreffende Absicht, sich eine offizielle Anerkennung seiner Thronbesteigung von Seiten der europäischen Großmächte zu verschaffen. Hierauf wolle er zugleich darauf hinwirken, daß diese Anerkennung auch seinem Erben, der vielleicht vor dem Schluß der Konferenzen das Licht der Welt erblicken wird, zu Theil werde. Ob dieses Argument mehr als Konjektur ist, lasse ich dahin gestellt seyn, ich gebe es nur, wie es in Umlauf gesetzt ist. — Eine österr. Zeitung stellt die kühne Behauptung auf, daß zwischen Rußland und Preußen eine Spannung in Folge der Bemühungen Preußens, Rußland zu friedlicheren Gesinnungen zu bewegen, eingetreten sey. Man weiß hier nichts davon, und es kann nur behauptet werden, daß die freundschaftlichen Beziehungen, welche zwischen Preußen und den übrigen Großstaaten bestanden haben, weder in Bezug auf Rußland, noch auf irgend einen andern Staat eine Trübung erhalten haben.

Aus Dresden vom 2. Febr. wird der „Independance belge" telegraphirt: „Sachsen wird beim Frankfurter Bundestage die unbedingte Annahme der österreichischen Vorschläge nicht unterstützen. Die zunehmende Wahrscheinlichkeit der Friedensaussichten wird jedoch vermuthlich das Zaudern der neutralen Mächte modifiziren."

° Paris, 3. Febr. Bei den Konferenzen wird die Türkei durch Ali Pascha und Mehemed-Djemil-Bey vertreten seyn, Frankreich durch Walewski und Bourqueney, England durch Clarendon und Cowley, Oesterreich durch Buol und Hübner, Piemont durch Azeglio, Rußland durch Orloff und Brunnow. So meldet der „Moniteur", ohne dabei Preußen zu erwähnen.

Aus dem Orient.

* Marseille, 4. Februar. Das Packetboot „Indus", welches Konstantinopel am 24. Januar verlassen hat, ist eingetroffen. Die russischerseits erfolgte Annahme der österreichischen Propositionen verursachte in der Türkei allgemeines Erstaunen. Die Deputation der circassischen Häuptlinge hat Konstantinopel verlassen und ist nach Trebizonde abgegangen. — Nachrichten aus Bulgarien beizogen, daß die Baschi-Bozuks in Schumla Unordnungen begangen haben. Befehle zur Unterdrückung dieser Vorfälle und Bestrafung der Widerspenstigen sind dahin abgegangen.

Die „Presse d'Orient" meldet aus Sebastopol vom 19. Jan., daß der General Leborus von Kinburn ins Hauptquartier zurückgekehrt sey. An diesem Tage waren die Friedensnachrichten den verbündeten Generälen noch nicht bekannt, da der unterseeische Telegraph zerrissen ist.

Aus Persien erfährt man, daß der französische Gesandte Herr Bourrée mit dem Schah auf dem besten Fuße steht und sich bemüht die zwischen dem persischen Gouvernement und dem englischen Gesandten entstandenen Differenzen auszugleichen.

Aus Rußland.

Die Rüstungen dauern in ihrem ganzen Umfang fort und in den Festungen wird mit der Einerexzirung der Reichswehrtruppen fleißig fortgefahren, und es geht aus allem hervor, daß allen friedlichen Aussichten zum Trotz Rußland auf die größten Verwicklungen beim Friedensabschluß gefaßt ist. (A.Z.)

Sämmtliche Marineoffiziere, welche sich bei der Vertheidigung von Sebastopols betheiligt haben, haben eine Jahres-Gage als Gratifikation erhalten. Neu ist aber, daß mit der gestifteten „Sebastopol-Denkmünze“ auch Frauen dekorirt werden sollen, die Muth und Ausdauer bei der den Verwundeten und Kranken daselbst ertheilten Sorgfalt und Pflege bewährt haben.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 5. Februar. Oesterr. Fondsgattungen, Bankaktien und Kreditaktien wurden niedriger abgegeben. Für Verbacher-Aktien wurden höhere Kurse bewilligt, man will wissen die Einnahme übersteigt die des Januars 1855 um 18,000 fl. ungefähr.

Oesterreich 5pCt. Lomb. $89\frac{1}{2}$ P. 89 G.
" 5pCt. Metall. alte $79\frac{1}{4}$ P. 79 G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. — P. 87 G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $81\frac{3}{4}$ P. $81\frac{1}{2}$ G.
" $4\frac{1}{2}$pCt. " $71\frac{1}{2}$ P. 71 G.
" 4pCt. " $63\frac{1}{2}$ P. 61 G.
" 3pCt. " $48\frac{1}{2}$ P. 48 G.
" 1pCt. " $16\frac{1}{8}$ P. $15\frac{7}{8}$ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1170 P. 1165 G.
Oesterreichische Credit-Actien $137\frac{1}{2}$ P. $135\frac{1}{2}$ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
" 250 " " von 1839 — P. 126 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 100 P. $99\frac{1}{2}$ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 275 P. 273 G.
Bayern 5pCt. Obligationen $101\frac{1}{2}$ P. 101 G.
" $4\frac{1}{2}$pCt. " $100\frac{3}{8}$ P. $99\frac{7}{8}$ G.
" 4pCt. " $95\frac{1}{4}$ P. $94\frac{3}{4}$ G.
" $3\frac{1}{2}$pCt. " $86\frac{1}{2}$ P. 86 G.
" 4pCt. Ablös.-Rente $95\frac{1}{4}$ P. $94\frac{3}{4}$ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien $156\frac{3}{4}$ P. $156\frac{1}{4}$ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien $113\frac{1}{4}$ P. $112\frac{3}{4}$ G.
Preussen $3\frac{1}{2}$pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. $87\frac{1}{2}$ G.
Württemberg $4\frac{1}{2}$pCt. Obligationen $102\frac{1}{4}$ P. $101\frac{3}{4}$ G.
" $3\frac{1}{2}$pCt. " $89\frac{3}{4}$ P. $89\frac{1}{4}$ G.
Baden $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen von 1842 $88\frac{3}{8}$ P. $88\frac{1}{8}$ G.
Badische 50 fl. Loose — P. $77\frac{1}{2}$ G.
" 35 " " $47\frac{1}{2}$ P. $47\frac{1}{4}$ G.
Grossh. Hessen $4\frac{1}{2}$pCt. Obligationen $102\frac{3}{4}$ P. $102\frac{1}{4}$ G.
" 4pCt. " $99\frac{3}{4}$ P. $99\frac{1}{4}$ G.
" $3\frac{1}{2}$pCt. " $93\frac{3}{4}$ P. $93\frac{1}{4}$ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose $113\frac{1}{2}$ P. 113 G.
" " 25 " " $36\frac{3}{4}$ P. $36\frac{1}{2}$ G.
Darmstädter Bankaktien 308 P. 306 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose $39\frac{3}{8}$ P. $39\frac{1}{8}$ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. $61\frac{1}{4}$ P. $60\frac{3}{4}$ G.
Nassau $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen $90\frac{3}{4}$ P. $90\frac{1}{4}$ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 P. $29\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen $85\frac{3}{4}$ P. $85\frac{1}{4}$ G.
" $3\frac{1}{2}$pCt. " alte 93 P. $92\frac{1}{2}$ G.
" $3\frac{1}{2}$pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 121 P. $120\frac{1}{2}$ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 326 P. 324 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn $78\frac{1}{2}$ P. 78 G.

Polen 500 fl. Partial — P. $85\frac{1}{2}$ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld $38\frac{3}{4}$ P. $38\frac{1}{2}$ G.
" 1pCt. neue $24\frac{1}{16}$ P. $23\frac{15}{16}$ G.
Holland Integrale $64\frac{1}{2}$ P. 64 G.
" Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 P. $42\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. $100\frac{3}{8}$ P. $100\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. $119\frac{3}{4}$ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. $105\frac{1}{4}$ P. 105 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $105\frac{1}{4}$ P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. $96\frac{1}{4}$ P. 96 G.
Hamb. MB. 100 k.S. $88\frac{5}{8}$ P. $88\frac{3}{8}$ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. $105\frac{1}{8}$ P. $104\frac{7}{8}$ G.
Lond. Lst. 10 k.S. $119\frac{1}{4}$ P. 119 G.
Mail. i.S Lr. 250 k.S. $100\frac{7}{8}$ P. $100\frac{5}{8}$ G.
do. 3 Monat mit 5% $100\frac{5}{8}$ P. $100\frac{3}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k.S. $93\frac{7}{8}$ P. $93\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k.S. $93\frac{3}{4}$ P. $93\frac{1}{2}$ G.
Wien fl. 100 C. k.S. $112\frac{1}{2}$ P. $112\frac{1}{4}$ G.
Wien 3 M. mit 4% $112\frac{1}{8}$ P. $111\frac{7}{8}$ G.
Disconto — P. $3\frac{1}{2}$pCt. G.

Wien, 4. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. $86\frac{7}{8}$; 5Cpt. Met. $84\frac{15}{16}$; $4\frac{1}{2}$pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 $137\frac{1}{4}$; dito von 1854 $105\frac{3}{8}$; Bankaktien 1040; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien $2427\frac{1}{2}$; Wechselkurse: Augsburg uso $106\frac{3}{4}$ P.; London 10.24. P. Geldkurs: Dukaten —.

---

* Amsterdam, 1. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Obgleich die Witterung in den letzten Tagen wieder kälter war, so hatten wir doch keinen Frost und der Schifffahrtsverkehr ist nach allen Seiten hin in vollkommener Thätigkeit. In Getraide jedoch blieb im Allgemeinen große Lethargie vorherrschend und wenn mitunter eine festere Haltung geltend zu machen schien, wie z. B. d. T. für Roggen, so war es damit bald wieder vorüber, der Markt kann sich von der durch die unerwarteten Friedensnachrichten herbeigeführten Bestürzung nicht wieder erholen. Waizen insonderheit wurde zu einer ansehnlichen Erniedrigung: 20 L. 127 Pfd. w. fries. a f. 412 verkauft, vermuthlich für Belgien genommen; 130 Pfd. n. r gelderscher dürfte a f. 435.430 käuflich seyn. Roggen in schöner Qualität stets selten, ausländ. überhaupt wenig dringend angeboten, 120 Pfd. preuß. noch f. 360 bezahlt, 120 Pfd. holst. vielleicht f. 330 erhältlich, wurde gestern bei Kleinigk. in inländ. Waare sehr billig losgeschlagen: 118 Pfd. f. 300; dann 126 Pfd. f. 305, aber blieb mehrseitig vergebl. so gesucht. Gerste zuletzt f. 250 für 114 Pfd. dän. bezahlt, wäre jetzt vielleicht a f. 240 loszubringen. Hafer 92 Pfd. dicker f. 155. Buchwaizen blieb flau: 116 Pfd. inl. Been f. 240.

Nichtpolitische Zeitung.

Am 29. Januar fand in Dresden eine Generalversammlung der Aktionäre zur Erbauung eines zweiten Theaters statt. Ein provisorischer Bauplatz ist bereits auf der Prager Straße in Vorschlag, und würde dem Voranschlage nach das nach einem vorliegenden Proberiß zu erbauende Gebäude ohne Gaseinrichtung 17,000 Thlr. kosten. (D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Röhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 38.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 7. Februar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 6. Februar. Se. Maj. der König haben den Oberappellationsgerichtsrath Nikolaus Endres zum dritten statusmäßigen Ministerialrath im Staatsministerium der Justiz befördert; die katholische Stadtpfarrei Schweinfurt, Ldgs. gleichen Namens, dem Priester Michael Büttner, Lokalkaplan für das Militärspital in Würzburg und die Festung Marienberg, die katholische Pfarrei Ernsgaden, Ldgs. Ingolstadt, dem Priester Johann Michael Schalttner, Cooperator expositus in Hohenwarth, Ldgs. Kötzting, übertragen. (N. M. Z.)

** München, 5. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Se. Maj. der König und JJ kk. HH. die Prinzen Luitpold und Adalbert haben mit dem großen Cortege diesen Nachmittag in der kgl. Michaelshofkirche dem Schlusse des 40stündigen Gebets beigewohnt; an der Kirche war als Ehrenwache eine Compagnie vom Infanterie Leib-Regiment mit Fahne und Musik aufgestellt. — Laut Verkündigung werden von der Artillerie und Kavallerie der hiesigen Garnison nächsten Samstag eine große Anzahl von Pferden verkauft. Ebenso werden die auswärtigen Regimenter sofort zum Verkauf einer großen Anzahl von Pferden schreiten, da nach dem gegenwärtigen Stand der politischen Verhältnisse eine längere Beibehaltung der Kriegsbereitschaft nicht nothwendig erscheint.

* Wie es heißt, beabsichtigt die Staatsregierung dem Landtage demnächst einen neuen Jagdgesetzentwurf vorzulegen.

** München, 6. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **31. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die königl. Staats-Minister Dr. Ringelmann und Freiherr v. d. Pfordten.

Abg. Dr. Lasaulx zeigt an, daß der 4. Ausschuß die Beschwerde der Gemeindebevollmächtigten der Stadt Kitzingen, Verletzung der Gemeindewahl-Freiheit betr., sorgfältig geprüft und auf seinen Antrag beschlossen habe, daß dieselbe formell zulässig und materiell begründet sey, ersteres einstimmig, letzteres mit 7 gegen 2 Stimmen.

Die Kammer schritt hierauf zur Berathung des Art. 2 des Gesetzentwurfs „die Personal- oder Einkommen-Steuer betreffend."

Dieser Artikel lautet:

„Dieser Steuer ist unterworfen:

I. Abtheilung. Das Einkommen aus Lohnarbeit, und zwar: a) der nach einfacher Tagarbeit bemessene Verdienst der gewöhnlichen Taglöhner, Dienstboten, Lohndiener, Handwerksgesellen und Gewerbsgehülfen; b) der Verdienst von unbesoldeten Schreibern und sonstigen ohne festen Dienstvertrag in Geschäften verwendeten Individuen."

„II. Abtheilung. a) Das Einkommen aus freien Erwerbsarten, sofern solche nicht gewerbsmäßig ausgeübt werden und sohin nicht schon mit Gewerbsteuer angelegt sind; b) das Einkommen aus wissenschaftlicher oder künstlerischer Beschäftigung, insbesondere der Geschäftserwerb aus dem Betriebe der Advokatie, des Notariats, der ärztlichen Praxis, ferner der Verdienst durch literarische Arbeiten oder durch Ertheilung von Unterricht, endlich das Einkommen aus dem Betriebe der Musik und der bildende Künste, sowie aller sonstigen Berufsarbeiten, welche wissenschaftliche oder künstlerische Vorbildung zu erfordern pflegen, sofern solche nicht wegen gewerbsmäßiger Ausübung sich zur Einreihung unter die Gewerbsteuer eignen."

„III. Abtheilung. a) Besoldungen und Dienstemolumente, dann Pensionen, Ruhegehalte und Alimentationen der Hof-, Staats-, Militär-, Kirchen-, Gemeinde- und Stiftungsdiener, sowie die Pensionen und Alimentationen ihrer Hinterlassenen, dann die auf einem laufenden Dienstvertrage beruhenden Bezüge von Privatbediensteten, sowie die Pensions- und Alimentationsbezüge solcher Bediensteten und ihrer Hinterlassenen; b) Witthume, Präbenden, Austräge, Leibrenten und andere derartige Bezüge, mit welchen keine Verpflichtung zur Dienstleistung verbunden ist."

Der Ausschuß beantragt, es sey vor dem Wort Witthume noch das Wort „Appanagen" einzusetzen. Dieser Vorschlag, daß auch die Appanagen der Personalsteuer unterliegen sollen, veranlaßte einige Debatte, da Abg. Prof. Weis der Ansicht war, daß nach §. 33 der 4. Verfassungs-Beilage die Standesherren von der Steuer, welche der gegenwärtige Gesetzentwurf vorschlage, befreit seyen, daher das Einschieben des Worts „Appanagen" sich nicht rechtfertige. Dieser Ansicht treten bei die Abgg. Gillitzer u. Rabl und der Regierungskommissär Pfretzschner, während sich die Abgg. Wallerstein, Pfetten, Keyl und Referent Münch, die Frage noch keineswegs als entschieden betrachtend, für den Ausschußantrag erklärten. Die Abstimmung ergab, daß der Antrag des Ausschusses mit 66 gegen 50 Stimmen abgelehnt, der Art. 2 dann unverändert nach dem Gesetzentwurf der Regierung angenommen wurde, Art. 3 u. 4, welche weniger wichtig sind, wurden ohne Debatte unverändert angenommen.

Art. 5 lautet:

„Die jährliche Steuer wird angelegt:

I. In der ersten Abtheilung nach drei Abstufungen mit 20 Kreuzern, 40 Kreuzern und 1 Gulden.

„II. In der zweiten Abtheilung nach folgenden bestimmten Klassensätzen:

Klasse.	Einkommen.			Steuerbetrag.
1.		bis zu	200 fl.	— fl. 30 kr.
2.	von 201	bis	300 fl.	1 fl. — kr.
3.	„ 301	„	400 fl.	1 fl. 30 kr.
4.	„ 401	„	500 fl.	2 fl. — kr.
5.	„ 501	„	600 fl.	2 fl. 30 kr.
6.	„ 601	„	700 fl.	3 fl. — kr.
7.	„ 701	„	800 fl.	3 fl. 30 kr.
8	„ 801	„	1000 fl.	5 fl. — kr.
9.	„ 1001	„	1200 fl.	7 fl. — kr.
10.	„ 1201	„	1400 fl.	9 fl. — kr.
11.	„ 1401	„	1600 fl	11 fl. — kr.
12.	„ 1601	„	1800 fl.	13 fl. — kr.
13.	„ 1801	„	2000 fl.	15 fl. — kr.
14	„ 2001	„	2500 fl.	20 fl. — kr.
15.	„ 2501	„	3000 fl.	25 fl. — kr.
16.	„ 3001	„	3500 fl.	30 fl. — kr.
17.	„ 3501	„	4000 fl.	35 fl. — kr.
18.	„ 4001	„	5000 fl.	45 fl. — kr.
19.	„ 5001	„	6000 fl.	55 fl. — kr.

und so fort in der Weise, daß jedes weitere Tausend eine weitere Klasse mit einer Steuervermehrung von je zehn Gulden bildet."

„III. In der dritten Abtheilung nach einem festen Prozentmaße in der Art, daß jeweilig die ersten 600 fl. des betreffenden Einkommens mit $\frac{1}{3}$ Prozent (oder 20 kr. vom Hundert), die nächsten 300 fl mit $\frac{2}{3}$ Prozent oder 40 kr. vom Hundert) und jeder weitere Betrag mit 1 Prozent (oder 1 fl. vom Hundert) besteuert wird."

Der Ausschuß beantragt, der Eingang solle lauten: „Die einfache jährliche Einkommensteuer wird angelegt"; ferner sey der Satz nach I. in der ersten Abtheilung zu fassen, wie folgt: „Nach vier Abstufungen mit 20, 30 und 45 kr. und 1 fl."

Abg. Fürst Wallerstein stellt die Modifikation, daß als Art. 5 der Art. 11 des bisherigen Einkommen-Steuergesetzes (d. h. die progressive Steuer) eingesetzt werden soll.

Diese Modifikation wird von der Kammer verworfen, ebenso die erste Modifikation des Ausschusses; die zweite Modifikation des Ausschusses und mit ihr der Artikel werden dann angenommen.

Art. 6 lautet:

„Den Maßstab der Anlage in der ersten Abtheilung bildet der orts- und geschäftsübliche Arbeitsverdienst eines Tages in der Weise, daß der Pflichtige unter

diejenige Abstufung eingereiht wird, welche seinem gewöhnlichen eintägigen Verdienste dem Betrage nach am nächsten entspricht.

Der Ausschuß beantragt folgenden Zusatz: „Beläuft sich der Tagesverdienst eines Pflichtigen im Durchschnitte höher als auf 1 fl, so wird derselbe in der zweiten Abtheilung zur Steuer gezogen." Mit diesem Zusatz wird der Art. 6 ohne Debatte angenommen.

Art. 7 lautet:

„Die Grundlage der Einsteuerung in der zweiten und dritten Abtheilung bildet der Jahresbetrag des betreffenden Einkommens, und zwar: a) bei ständigem Einkommen nach dem Stande des Jahresbetrages zur Zeit der Einsteuerung; b) bei unständigem Einkommen nach dem durchschnittlichen Betrage der der Einsteuerung jüngst vorhergegangenen drei Jahre, oder wenn dasselbe noch nicht seit drei Jahren fließt, nach dem Durchschnitte des bezüglichen kürzeren Zeitraumes."

Dieser Artikel wird ohne Debatte angenommen.

Die Berathung über Artikel 8. war bei Postschluß noch nicht beendigt.

× **Preußen.** Berlin, 5. Februar. (Privat-Korresp.) Die jüngst von einigen Seiten kundgegebene Absicht, in Berlin große Brodbäckereien zu errichten, um billigeres Brod als bisher zu beschaffen, scheint nicht ganz ohne Folgen für den hiesigen Bäckereibetrieb vorübergehen zu wollen. Während sich unsere Bäcker bisher sträubten, die neueren Erfahrungen und Erfindungen im Gebiete ihres Gewerbebetriebes zu prüfen und sich anzueignen, beginnen sie jetzt Versuche mit der Knetmaschine zu machen, um das Brod besser und die Arbeit billiger herzustellen. Sollten die Bäcker in der That dahin gelangen, alle die Vortheile, welche in ihrem Geschäftsbetrieb erzielt werden können, auszubeuten, so würden sie dadurch die Sicherheit erlangen, daß die Konkurrenz ausbleibt, weil sie nicht mit Vortheil gegen sie auftreten könnte.

Hannover. Die heutige Nummer der Gesetzsammlung enthält eine Verordnung, die Umgestaltung des Staatsraths betr., wie sie nach den Eingangsworten die Ausführung des §. 3 der Verordnung vom 1. Aug. v. J. (wodurch die neue Verfassung oktroyirt wurde) sowie die Ausführung der Bundesbeschlüsse vom 12 und 19. April v. J. nothwendig macht. Die wichtigste Bestimmung der Verordnung ist die, nach welcher dem Staatsrath die Entscheidung von Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden zugetheilt ist. (Z. f. Nd.)

Oesterreich. Wien, 3. Februar. Da der Fürst von Warschau bekanntlich auch die Würde eines österreichischen Feldmarschalls bekleidete, und zugleich Inhaber eines österreichischen Infanterie-Regiments war, so wird, um bei seiner Begräbnißfeier die österreichische Armee repräsentirt zu sehen, der k. k. ad latus Kommandant der 4. Armee, Feldmarschalllieutenant v. Parrot, sich nach Warschau begeben, um dem verstorbenen Feldherrn die letzte Ehre zu erweisen. (A. Z.)

Dänemark.

Schleswig, 30. Januar. Die Verurtheilung des deutschgesinnten Pastors Hansen aus Viöl in eine dreijährige Festungsstrafe ist jetzt vom Appellationsgericht bestätigt.

§ Wien, 4. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Die dänische Regierung hat nun auch hier vor Kurzem mittheilen lassen, daß sie die Sundzollkonferenzen zur gelegenen Zeit wieder aufnehmen wolle. (Die 1. und bis jetzt auch letzte Konferenzsitzung war nur von Preußen, Rußland und einigen kleinen Staaten beschickt und brachte eigentlich gar nichts zu Stande, als ein Protokoll darüber, daß die Herren zusammengekommen waren.)

Niederlande.

Haag, 1. Febr. Eine in dergleichen Sachen gewöhnlich gut unterrichtete Zeitung der Hauptstadt behauptet, daß in der Stille aber nicht ohne Aussicht auf Erfolg, bei angesehenen Häusern, sowohl hier als in Deutschland, Unterhandlungen eingeleitet wurden, um eine neue Anleihe für den spanischen Kronprätendenten zu Stande zu bringen, wobei einflußreiche Personen im Spiel seyn sollen. Wie es scheint, rechnet man dabei vorzüglich auf die Mitwirkung der Inhaber der dette différée von 1831, und von andern dergleichen Forderungen, die von der jetzigen Regierung nicht anerkannt werden, in der fraglichen Anleihe hingegen zum vollen Werth angenommen werden sollen. (K. Z.)

Amsterdam, 31. Jan. Seit den regnigen Tagen in voriger Woche ist es mit einem großen Theil der Landstücke im Haarlemermeerkoog wieder jämmerlich bestellt. Ueber 3000 Morgen des neugewonnenen Landes, wovon eine beträchtliche Strecke besäet ist, rollen aufs Neue die Wasserwogen und machen die Erwartungen und Hoffnungen des Landmannes auf eine Aernte zu nichte. Die großen Kosten und Mühen, die ihm das Bearbeiten und Besäen der Grundstücke verursacht haben, sind also vergeblich gewesen und als verloren zu betrachten. (Allg. Ztg.)

Großbritannien.

London, 4. Febr. Die „Times" veröffentlicht einen Leitartikel, worin es heißt, daß man von einem Tage zum anderen die Abberufung des Herrn Buchanan, des Gesandten der Vereinigten Staaten in England, und die Nachricht erwarte, daß Herr Crampton, der britische Gesandte in Nordamerika, Washington verlassen habe. Der Artikel ist sehr kriegerisch; doch beklagen die „Times" nichts desto weniger die mögliche Eventualität eines Krieges mit den Vereinigten Staaten. — Lord Clarendon wird am 15. oder 17. d. M. nach Paris abreisen. (Fr. J.)

Frankreich.

Paris, 3. Febr. Die Regierung hat die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers notirt, deren Wiedererwählung sie nicht wünschte. Es sind deren ungefähr zwanzig, an deren Spitze Montalembert, Flavigny Levavasseur stehen.

Paris, 3. Febr. Die von den Ausstellern zum Besten der Verwundeten, Wittwen und Waisen der Orientarmee geschenkten Industriegegenstände sollen nun auf Anlaß des Prinzen Napoleon ausgespielt und das Erträgniß dieser Lotterie dem genannten Zwecke zugewendet werden. — Die Restitutionen an die Staatskasse kommen seit einigen Jahren auffallend oft vor. Fast täglich lesen wir, daß dem Finanzminister von einem Unbekannten direkt oder durch Vermittlung eines Geistlichen (wahrscheinlich in der Beichte übergebene) größere oder kleinere Beträge zukommen. (Schw. M.)

Italien.

Rom, 29. Jan. Eine zahlreiche Gaunerbande, deren Gros aus äußerlich wohlanständigen Industrierittern zu bestehen scheint, ist hier die Plage der Kram- und Kaufläden. Eine exemplarische Strafe ward heute über fünf solcher ergriffenen Spießgesellen verhängt, welche Geldwerth von 34 Bajocchi (½ Gulden) bis 3 Scudi stahlen. Alle fünf wurden zu zehnjähriger Strafe verurtheilt, unter ihnen Rosato Potenziani, ein sechzigjähriges Alter, und sofort zu ihrer Bestimmung abgeführt. Die Polizei ließ auch die Sentenz zu allgemeiner Kunde an die Thüren der ehemaligen Wohnungen der Verurtheilten anschlagen. (A. Z.)

Griechenland.

Aus Athen wird vom 31. v. M. die Hinrichtung der 8 gefangenen Räuber berichtet. — Der griechische Konsul in Smyrna wurde abgesetzt.

Rußland und Polen.

Die „Independance Belge" enthält eine Korrespondenz aus Rom, in welcher ein eigenhändiges Schreiben des Czaren an den Papst in Betreff der Wiederbesetzung der vier katholischen Bisthümer im Königreich Polen, sowie der Errichtung sechs anderer an anderweitigen Punkten des russischen Reiches mitgetheilt wird. (T. D. d. Nd. Korr.)

Wien, 4. Febr. Nachdem der Gränzverkehr zwischen den diesseitigen und den Unterthanen im Königreich Polen längere Zeit hindurch mehrfachen Beschränkungen unterlag, ist derselbe im Laufe des Monates Dezember im gemeinsamen Einvernehmen beider kaiserlichen Regierungen davon befreit und ist der Gebrauch der Legitimationskarten wieder auf den früheren Fuß hergestellt worden. Die kgl. polnischen Zollämter haben bereits die Weisung erhalten, sich genau hiernach zu benehmen und alle in einem Rayon von drei Meilen von der Gränze domizilirenden österreichischen Unterthanen ohne Unterschied des Standes und des Gewerbes gegen bloße Vorzeigung der Legitimationskarten, auch wenn dieselben mit keinem russischen Visa versehen sind, frei und ungehindert passiren zu lassen. (Ostd. Post.)

Amerika.

New-York. Der General-Anwalt Cushing hat jüngst ein Schreiben an ihm untergebene Beamte erlassen, welches eine beabsichtigte Flibustier-Expedition nach Irland betrifft. Hr. Cushing fordert einen Beamten auf, gewisse Personen zu überwachen, welche die Organisirung einer militärischen Invasion von Irland bezwecken, so wie jede Verletzung der freundschaftlichen Verhältnisse zu Großbritannien zu verhindern oder zu bestrafen. Hr. Cushing verweist besonders auf eine kürzlich in New-York zu dem Zwecke gehaltene Versammlung, und fordert zur Einleitung eines Kriminalverfahrens gegen jene Flibustier auf. Ein solches ist denn auch in Cincinnati begonnen worden. Aus den bisherigen Untersuchungen erhellt auch wirklich, daß eine Art Orden mit besonderen Erkennungszeichen der Mitglie-

der zum Zweck einer irisch-amerikanischen Invasion der Insel Irland vorhanden ist. (Sollte man es glauben, daß es so verrückte Menschen gibt?)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 4. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Der französische Gesandte dahier, Freiherr v. Bourqueney, ist nach Paris berufen worden, und wird sich im Laufe der nächsten Tage schon dahin begeben. Bekanntlich ist der Baron einer der Vertreter Frankreichs bei den Konferenzen. Der Depeschenwechsel zwischen dem österreichischen und dem preußischen Kabinet ist fortwährend ein sehr lebhafter, und es hat erst gestern wieder der preußische Gesandte, Graf Arnim, eine Note seiner Regierung hierorts übergeben. Was die von österreichischer Seite am Bundestage einzubringenden Anträge betrifft, so vernimmt man wiederholt, daß Preußen denselben beigestimmt hat (s. dagegen den folgenden Artikel); die Verhandlungen, welche eben jetzt zwischen Preußen einerseits und Sachsen und Bayern andererseits stattfinden, betreffen daher weniger die Frage über die Opportunität der österreichischen Anträge, als vielmehr die Verpflichtungen, welche die deutschen Staaten durch die Annahme derselben auf sich nehmen würden. — Man giebt sich übrigens hier der Hoffnung hin, daß sich die deutschen Staaten die Ueberzeugung verschaffen werden, daß eine unbedingte Zustimmung zu den österreichischen Anträgen durch die gegenwärtige, politische Situation dringend geboten und vorzugsweise in ihrem eigenen besten Interesse gelegen sey.

Von der Elbe, 2. Febr. wird dem „Schwäb. Merkur" geschrieben: „Die Reise des Hrn. v. Beust steht allerdings mit der Vorlage im Zusammenhang, welche Oesterreich dem Bundestag in dessen nächster Sitzung zu unterbreiten beabsichtigt, allein es ist unrichtig, wenn von einigen Blättern behauptet wird, daß Bayern und Sachsen sich die österreichischen Propositionen aneignen, beziehungsweise in der nächsten Bundestagssitzung eine dahin gehende Erklärung abgeben würden. Wir glauben vielmehr gut unterrichtet zu seyn, wenn wir im Gegentheil behaupten, daß gerade die genannten Staaten mit Preußen sich zu einer bindenden Erklärung erst dann herbeilassen werden, wenn die Dezemberverbündeten die Punkte klar präzisirt haben, über die sie eben in Unterhandlung zu treten im Begriffe stehen."

× Berlin, 5. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Unzweifelhaft scheint es nach den sich mehrenden Anzeichen, daß auch Preußen zur Konferenz eingeladen werden wird. Sind auch direkte Aufforderungen bisher nach Berlin nicht gekommen, so können sie doch in kurzer Zeit erwartet werden, da sich Rußland, Oesterreich und Frankreich in der That sehr für die Theilnahme Preußens an den Konferenzen interessiren. Sollten, wie man voraussetzt, mit der Einladung zugleich Bedingungen verbunden seyn, welche Preußen einzugehen habe, wenn es Sitz und Stimme in der Konferenz annehmen wolle, so werden diese hier einer Prüfung unterworfen werden, und sind sie der Art, daß Preußen aus seiner bisherigen Politik nicht herausgerissen wird, dann werden sie Zustimmung finden, und Preußen wird keinen Anstand nehmen, ebenfalls Bevollmächtigte nach Paris zu schicken. Man glaubt, daß die Konferenzen vor der Mitte dieses Monats nicht eröffnet werden, da erst die Verhandlungen über die österreichischen Vorschläge auf dem Bundestage abgewartet werden sollen, um ermessen zu können, ob auf den Zutritt Preußens und Deutschlands zu den Konferenzen zu rechnen ist.

Aus Berlin, 4. Februar, wird der „Ztg. f. Nordd." geschrieben: „Die Behauptung, daß England der Stein des Anstoßes sey, der Preußen hindern werde, an den Konferenzen sofort Theil zu nehmen, hat in den letzten Tagen bedeutende Risse bekommen, die einen Hintergrund durchschimmern lassen, der auf ganz andere Gegenden deutet. Die englische Presse fängt an, Parallelen zwischen Oesterreich und Preußen zu ziehen und fragt, was denn Oesterreich so Großes gethan habe, um mit so vielem Zucker gefüttert zu werden, während Preußen nur Essig und Wermuth erhält? Es ist ersichtlich, daß jenseits des Kanals eine bange Ahnung von dem aufsteigt, was zuletzt aus der innigen Brüderlichkeit in Wien und Paris entstehen könne, und daß der Blick sich auf das vielgeschmähte Preußen richtet, den alten Bundesgenossen in manchem europäischen Sturme. Die „Oesterr. Zeitung", welche plötzlich mit so liebenswürdiger Freigebigkeit erklärt, Preußen soll an der Bürgschaft Oesterreichs in zweiter Stelle als zweite deutsche Macht theilnehmen, deutet aufrichtig genug die Stelle an, wo der Knoten des Widerstandes liegt. Oesterreichische Stimmen in der „Allg. Z." haben schon längst befohlen, Preußen müsse jetzt Oesterreich folgen; allein in Berlin hat man dazu offenbar noch immer die allergeringste Lust.*) Die „Kreuzzeitung", welche wohl dabei als Barometer dienen kann, zeigt sich in äußerst gereizter Stimmung, wo von Oesterreich die Rede, und ihre ganze einflußreiche Partei hat dieselben Wallungen. Man wird bald mehr über den österreichischen Plan erfahren, in Frankfurt mit Hülfe des Bundes Preußen und jenen gemeinsam in das richtige Verhältniß zu den Konferenzen zu bringen; hier jedoch soll Hr. v. Beust bis jetzt keine glänzenden Geschäfte gemacht haben (?) und die Ansicht noch immer vorherrschen, daß es ohne direkte Einladung besser sey, abzuwarten und keinerlei Bürgschaften zu acceptiren."

Die „Gränzboten" bringen folgende Enthüllung über einen Versuch Rußlands, das englisch-französische Bündniß zu lösen: „Schon früher wurden rein private Freundlichkeiten zwischen Mitgliedern der kaiserlich russischen Familie und der Prinzessin Mathilde, früheren Fürstin Demidoff, ausgetauscht; im September begann man, eine politische Verbindung anzuknüpfen, und es war einer der deutschen Mittelstaaten, der es übernahm, einen Separatfrieden zwischen Rußland und Frankreich zu Stande zu bringen. Es wurden von Rußland in Betreff der orientalischen Frage die Konzessionen gemacht, welche später in dem Zirkular vom 22. Dezbr. niedergelegt sind, außerdem aber Frankreich noch spezielle Vortheile in Aussicht gestellt. Frankreich widerstand indeß diesen Versuchen. Ging der Kaiser Napoleon auf den Plan eines Separatfriedens mit Rußland ein, so war damit freilich dem französischen Ehrgeize das weiteste Feld geöffnet: ein solcher Friede führte unmittelbar zu einer Allianz der beiden kriegerischsten und offensivsten Großmächte, weite Länderstrecken wurden der Preis und die Beute dieses Bündnisses; aber auf der anderen Seite enthielt dieser Separatfriede einen Bruch der feierlich gegen England übernommenen Verpflichtungen und warf den Neffen auf die verhängnißvolle Bahn des Oheims. Der Kaiser Napoleon lehnte die ihm gemachten Eröffnungen ab und theilte den russischen Versuch nach Wien und London mit. Rußland hatte sich selbst eine Grube gegraben. Denn als man in Wien die Nachricht von der Gefahr erhielt, in der man geschwebt hatte, der Gefahr, einem zweiten Erfurt, einem zweiten 1809 entgegen zu gehen, entschloß man sich rasch und entwarf jene Vorschläge, die in ihrer in Paris und London verschärften Gestalt jetzt von Rußland angenommen worden sind. Statt Frankreich zu gewinnen, hatte Rußland nur Oesterreich fester an Frankreich geknüpft. Rußland merkte, was vorging, und suchte sich Oesterreich zu nähern. Mit den Worten: „„Nun, mein lieber Graf, ich bringe Ihnen den Frieden"", trat Fürst Gortschakoff in das Zimmer des Grafen Buol. Er brachte die Vorschläge, welche schon in Paris gewesen waren und welche später das Gewand des Zirkulars vom 22. Dezbr erhielten. Er mußte aber als Antwort hören, daß jede russische Proposition zu spät komme, weil Oesterreich schon selbst Propositionen aufgesetzt und sie Frankreich und England vorgelegt habe. Das Weitere ist bekannt."

* Paris, 5. Febr. Man versichert, daß Graf Orloff und Baron Brunnow von St. Petersburg nach Paris abgereist sind. — Bereits werden Anstalten getroffen, um das russische Gesandtschafts-Hotel, Rue du Faubourg St. Honoré, für die Aufnahme der beiden Bevollmächtigten in Stand zu setzen.

* Wie man in Paris gegenwärtig die Stellung von Oesterreich und Preußen auffaßt, zeigt ein Artikel im halbamtlichen „Constitutionnel." „Jedermann weiß, daß die dem Petersburger Hofe durch das österreichische Kabinet zur Annahme vorgelegten Propositionen, weit entfernt Gutachten oder Rathschläge zu seyn, in einer so gemessenen Weise formulirt waren, daß es dem Grafen Esterhazy untersagt war, die geringste Diskussion zuzulassen und von Rußland verlangt wurde, sich über deren Würdigung durch Ja oder Nein auszusprechen."

„Oesterreich erklärte auch, den Grafen Esterhazy und das ganze Gesandtschaftspersonal unverzüglich von Petersburg abzuberufen, wenn Rußland die gemachten Vorschläge nicht unbedingt annehmen werde, wodurch es sich Rußland gegenüber offen als Verbündeter Frankreichs und Englands hinstellte."

„Man wird die Berliner Blätter in Erinnerung bringen hören, daß auch König Friedrich Wilhelm in Paris und London seine guten Dienste und seine Vermittelung wiederholt angeboten hat. — Aber der Wahrheit zur Steuer muß anerkannt werden, daß, wenn Oesterreich das von den Westmächten gemein-

*) Auf die Lust wird es am Ende nicht ankommen! Anm. der Red. der „Zeitung f. Norddeutschland."

schaftlich verfolgte Werk nur durch seine guten Dienste zur Herbeiführung eines freundschaftlichen Arrangements unterstützt hätte, es nicht mehr nicht weniger als das gethan haben würde, was das Berliner Kabinet seit Anfang des Kriegs fortwährend als seine eigene, historische Mission proklamirte."

„Obwohl — schließt der Artikel — auch der allgemeine Waffenstillstand erst in Paris abgeschlossen werden soll, haben die Westmächte doch darein gewilligt, dem Beispiele Rußlands zu folgen, welches vor mehr als Einer Woche dem Kommandanten en chef seiner Orient-Truppen Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten zugeben ließ. — Die verbündeten Armeen werden sich bis auf Weiteres der Offensiv-Ergreifung gegen die Russen enthalten. Faktisch besteht also bereits Waffenruhe zwischen den Kämpfenden, damit das Kriegsgeräusch die Ruhe und Mäßigung nicht störe, welche bei den Pariser-Konferenzen herrschen muß, wenn, wie Alles hoffen läßt (?), ein dauernder fester Friede erzielt werden soll."

Aus dem Orient.

* Konstantinopel, 24. Januar. Die Briefe aus der Krim kontrastiren auffallend mit den Nachrichten aus St. Petersburg. Am 12. glaubte man einen Augenblick an eine wirkliche Schlacht. Der Marschall erfuhr, daß die vorgerückte Stellung der Division Autemarre den Russen einen Angriffs-Plan eingeflößt, der darin bestehen sollte, den linken Flügel der Division zu überfallen, ihn von der übrigen Armee abzuschneiden und ihn in die Ebene von Baidar zurückzuwerfen. — So wurde wenigstens im Lager erzählt, und gewiß ist, daß am 11. spät Abends höhere Befehle die ganze Armee auf die Beine brachten. 8 Divisionen Franzosen und 2 Divisionen Garden hatten Befehl erhalten, sich bereit zu halten, auszurücken. Man wartete die ganze Nacht, der Feind erschien nicht. — Die seitdem in der Krim eingetroffenen Friedensnachrichten werden diese Sachlage wohl geändert haben. . . .

* Marseille, 5. Februar. Das eben einlaufende Paketboot „Euphrate" bringt Nachrichten aus Konstantinopel vom 25. Januar. General Vivian, Commandant des englisch-türkischen Corps, hat in Bukarest 2000 Pferde ankaufen lassen. Die Berichte aus Sebastopol sind vom 22. Die Nachricht, daß Rußland die österreichischen Propositionen angenommen, fand in der Armee zuerst wenig Glauben. Als man aber Gewißheit hatte, machte der Zweifel dem höchsten Staunen Platz. In Kamiesch stockt der Handel völlig. Die ungeheuren Vorräthe veranlaßten ein allgemeines Sinken der Waaren, die zu den niedrigsten Preisen abgegeben werden, was täglich Bankerotte nach sich zieht.

Konstantinopel, 28. Jan. Der Sultan hat das aus 19 Punkten bestehende Reformprojekt genehmigt, wodurch der Staatsorganismus gründlich geändert wird, und welches die Christen zu allen Staatsämtern berechtigt. Eine desfallsige Denkschrift wird ausgearbeitet. (T. D. d. N. K.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 6. Februar. Oesterr. Bankaktien, Staatsbahnaktien und Metalliques wurden niedriger abgegeben, während für Ludwigshafen-Bexbacher und Neustadt-Weißenburger höhere Kurse bewilligt wurden.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 88 1/4 P. 88 G.
„ 5pCt. Metall. alte 79 1/4 P. 79 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P 87 G
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81 1/4 P. 81 G.
„ 4 1/2 pCt. „ 70 1/2 P 70 1/4 G.
„ 4pCt. „ 63 P. 62 1/2 G.
„ 3pCt. „ 48 1/2 P. 48 G.
„ 1pCt. „ 16 P. 15 3/4 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1159 P. 1154 G.
Oesterreichische Credit-Actien 136 1/2 P. 134 1/2 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 125 1/2 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 99 1/2 P. 99 G
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 272 P. 270 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101 1/2 P. 101 G.
„ 4 1/2 pCt. „ 100 1/8 P. 99 5/8 G.
„ 4pCt. „ 95 P. 94 1/2 G.
„ 3 1/2 pCt. „ 86 3/4 P. 86 1/4 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95 1/4 P. 94 3/4 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 159 1/4 P. 159 3/4 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 145 1/4 P. 144 3/4 G.
Preussen 3 1/2 pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 1/4 P. 87 3/4 G.
Württemberg 4 1/2 pCt. Obligationen 102 1/4 P. 101 3/4 G.
„ 3 1/2 pCt. „ 89 P. 88 1/2 G.
Baden 3 1/2 pCt. Obligationen von 1842 88 3/8 P. 88 3/8 G.
Badische 50 fl. Loose — P. 77 1/2 G.
„ 35 „ „ 47 5/8 P. 47 3/8 G.
Grossh. Hessen 4 1/2 pCt. Obligationen 102 3/4 P. 102 1/4 G.
„ 4pCt. „ 99 3/4 P 99 1/4 G.
„ 3 1/2 pCt. „ 93 P. 93 1/2 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113 1/2 P. 113 G.
„ „ 25 „ „ 36 3/4 P. 36 1/2 G.
Darmstädter Bankaktien 308 1/2 P. 306 1/2 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39 3/8 P. 39 1/8 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 61 1/2 P. 61 G.
Nassau 3 1/2 pCt. Obligationen 90 3/4 P. 90 1/4 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 P. 29 1/2 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 3/4 P. 85 1/4 G.
„ 3 1/2 pCt. „ alte 93 P 92 1/2 G.
„ 3 1/2 pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 122 P. 121 1/2 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 324 P. 322 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 78 1/2 P. 78 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 39 P. 38 3/4 G.
„ 1pCt. neue 24 1/4 P. 24 1/8 G.
Holland Integrale 64 P. 63 1/2 G.
„ Certificate 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 P. 42 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 5/8 P. 100 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119 3/4 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. 105 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S. 96 1/2 P. 96 1/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 5/8 P 88 3/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.
Lond. Lst. 10 k. S. 119 3/8 P. 119 1/8 G.
Mail i. S. Lr. 250 k. S. 100 7/8 P 100 5/8 G.
do. 3 Monat mit 5 % 100 5/8 P 100 3/8 G.
Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93 3/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Wien fl. 100 C. k. S. 112 7/8 P. 112 5/8 G.
Wien 3 M. mit 4 % 112 3/8 P. 112 1/8 G.
Disconto — P. 3 1/2 pCt. G.

Wien, 5. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 86 7/16; 5Cpt. Met. 84 3/8; 4 1/2 pCt. 74 1/2; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; dito von 1854 105; Bankaktien 1033; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2435; Wechselkurse: Augsburg uso 106 1/2 P.; London 10.24 P. Geldkurs: Dukaten —.

* Amsterdam, 1. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Heute war Getraide abermals durchaus vernachlässigt und fehlen Käufer sehr. Eine Notirung für Waizen von f. 594 für 134 Pfd. a. r. gelderschen bezieht sich auf eine Last; dahingegen wurden ein Paar Lasten 130.131 Pfd. n. do. a f. 430 begeben und bleibt selbst ein Paar Gulden billiger erlassen. Roggen, fremder ohne Beachtung; n. inländ. zu vorgestriger Notirung nicht erhältlich. Gerste flau; 113.114 Pfd. dänische nominell f. 220.230 anzunehmen. Hafer und Buchwaizen matt.

Rappsaat flauer; 9 Faß pr. April Lvl 102, also Lvl. 1/2 und Herbst Lvl. 1 niedriger a Lvl. 74 1/2 pr. Septbr. und Oktbr. geschlossen. Von Leinsaat kamen 102 L. 104.109 Pfd. besch. Memeler in Auktion, a f. 10 1/2 bis 11 1/2 pr. Hekt. zum Verkauf. Rüböl wieder f. 1 a 1 1/2 niedriger, Anfangs sehr geworfen, dann wieder bessernd: cont. f. 50; per 1. Mai f. 49 1/2.48 1/2.49; per Herbst f. 41 1/4.40 3/4.41 1/2; Leinöl, ganz ebenso, pr. cont. f. 36 1/2.1/2; pr. 1. März, April und Mai f. 36 1/2.35 1/2.36 1/2; Herbst f. 34.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 3. Febr. Auf unserm kgl. Hoftheater kam gestern Abend die Oper „Der Nordstern" von Meyerbeer zur ersten Aufführung und zwar mit großartiger Ausstattung. Die Oper wurde mit vielem Beifall aufgenommen, war jedoch schlecht besucht. JJ. MM. der König und die Königin wohnten der Vorstellung bei. (Fr. Pfz.)

* Aus Granada wird vom 24. Januar geschrieben: „In verflossener Nacht wurde ein Theil der Einwohner durch ein donnerähnliches Geräusch aus dem Schlafe geweckt. Man glaubte erst, es sey ein Erdbeben und Tausende von Menschen stürzten auf die Straßen. Bald erfuhr man, daß eine der größten Mauern der Alhambra (die vom Thurme Los Picos an das Thor de Hierro geht) plötzlich eingestürzt sey. Heute ließ die Behörde die Ueberreste des antiken Palastes der maurischen Könige untersuchen, wobei es sich herausstellte, daß einer der Thürme und die Befestigungen dieses Gebäudes, nahe dem Hippodrom del Dargo, den Einsturz drohen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 39. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreyspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 8. Februar 1856

Deutscher Bund.

" Bayern. München, 7. Februar. (Privat-Korresp.) **32. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Es wird die Debatte über den Gesetzentwurf, „die Personal-(Einkommen-) Steuer betr.", fortgesetzt.

Art. 9, der Diejenigen bestimmt, welche von der Steuer ausgenommen werden sollen, lautet:

„Ausgenommen von der Personal-Steuer sind: 1) konskribirte Arme, sowie alle jene Personen, welche (notorisch oder erweislicher Maßen) ihren Unterhalt ganz oder zum größten Theile durch Almosen aus öffentlichen Kassen oder durch Privatwohlthätigkeit empfangen. 2) Ehefrauen und Familienangehörige, welche kein ausgeschiedenes steuerbares Einkommen beziehen, sondern lediglich dem Familienhaupte zu dessen Berufsarbeiten beihelfen. 3) Gebrödete Dienstboten, Handwerksgesellen und Gewerbsgehilfen, d. h. jene, welche von ihren Dienstherren oder Meistern Kost und Wohnung genießen, sowie alle unter Artikel 2 Abtheilung I bezeichneten Personen, wenn solche weder Wohnsitz noch ständigen Aufenthalt, noch auch ständigen Verdienst an einem Orte haben. 4) Die Löhnungen der Unteroffiziere und Soldaten des stehenden Heeres, einschlüssig der k. Gendarmerie, in Friedens- wie in Kriegszeiten, — sodann die Gagen und Löhnungen der zum aktiven Felddienste berufenen Linien-Militärs aller Grade während der Dauer eines Ausmarsches 5) Pensionen oder Alimentationen von Wittwen und Hinterlassenen der im Artikel 2 Abtheilung III lit a bezeichneten Personen, wenn dieselben den Jahresbetrag von 200 fl. nicht übersteigen, und die Empfangsberechtigten außer diesem Bezuge nicht noch ein anderweitiges Einkommen von wenigstens jährlichen 200 fl. beziehen. Bei dieser Berechnung sind die Pensions- und Alimentationsbezüge der Wittwen und der in ihrem Unterhalte lebenden Kinder als eine Gesammtgröße in Betracht zu ziehen. 6) Das Einkommen der Gemeinden, Stiftungen und Anstalten für Kultus, Wohlthätigkeit und Unterricht, dann der Hilfs- und Sparkassen. 7) Stipendien für Unterricht und Bildung, Erziehungsbeiträge, Unterstützungen für wissenschaftliche, künstlerische oder industrielle Zwecke, wenn solche nicht lebenslänglich, sondern nur auf bestimmte Jahre bewilligt sind."

Der Ausschuß beantragt, die Nr. 3 folgender Weise zu fassen:

„Die unter Abtheilung I. lit. a des Art. 2 fallenden Personen, wenn dieselben im gebrödeten Dienste stehen, d. i. wenn sie von ihren Dienstherren oder Meistern Kost und Wohnung genießen, sowie in dem Falle, wenn dieselben weder Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt, noch auch ständigen Verdienst an einem Orte haben."

Hiezu beantragt der Abg. Dr. Stauber die Modifikation, daß die im Art. 2 Abth. 1 bezeichneten Personen (Taglöhner, Gesellen 2c.), wenn sie nicht ansäßig sind, von der Steuer ebenfalls befreit seyn sollen. Die Ausnahme, welche Art. 9 gestatte, daß nämlich die gebrödeten Diener steuerfrei seyn sollen, erscheine zu beschränkt und bedürfe der beantragten Ausdehnung. Der Einwand, daß der Gesetzentwurf zu sehr die niederen Schichten der Bevölkerung treffe, würde sonst allerdings begründet seyn.

Abg. Fürst Wallerstein beantragt eine ähnliche Modifikation, daß nämlich jedes Einkommen, das nicht 200 fl. jährlich überschreitet, unbedingt steuerfrei seyn soll, wenn der Betreffende nicht ansässig ist, odrr falls er ansässig, nicht mit mehr als 20 kr. zu besteuern wäre.

Der kgl. Regierungs-Kommissär schließt sich der Modifikation Staubers vollständig an und für passender hält, dieselbe in das Gesetz einzustellen, als die Modifikation Wallersteins.

Abg. Crämer ist gegen die Modifikation. Er fürchtet, daß, wenn die Kammer in der bisherigen Weise fortfahre, bei jedem Artikel andere Klassen von der Steuer zu befreien, am Ende Nichts übrig bleiben würde, was von der Steuer betroffen würde. Wolle man die niedern Volksklassen begünstigen, so dürfe man dem Gesetze überhaupt nicht beistimmen.

Bei der Abstimmung wird Art. 9 mit der Modifikation des Hrn. Stauber angenommen.

Art. 10 lautet:

„Dem bayerischen Staatsverbande nicht angehörige Individuen unterliegen der Personal Steuer nur dann, wenn sie in Bayern einen Wohnsitz haben oder dortselbst begütert sind, und zwar nur bezüglich desjenigen unter das gegenwärtige Gesetz fallenden Einkommens, welches dieselben aus Bayern beziehen."

„Bayerische Staatsangehörige, welche Einkommen von dem Auslande beziehen, werden hierfür zu der gegenwärtigen Steuer nur dann angezogen, wenn dasselbe nicht bereits nachweislicher Maßen im Auslande besteuert ist. Ist solches zwar im Auslande besteuert, jedoch mit einer geringeren Steuer, als dem sich berechnenden Betrage der inländischen Personal-Steuer, so hat der Pflichtige den Mehrbetrag diesrr letzteren gegen die im Auslande bezahlte Steuer zu entrichten."

Nach Antrag des Ausschusses soll der zweite Absatz folgende Fassung erhalten:

„Bayerische Staatsangehörige, welche ein unter das gegenwärtige Gesetz fallendes Einkommen aus dem Auslande beziehen, wrrden hiefür zu dieser Steuer nur dann angezogen, wenn dasselbe nicht bereits nachweislicher Maßen im Auslande besteuert ist. Ist solches zwar im Auslande besteuert, jedoch mit einer geringeren Steuer als dem sich berechnenden Betrage der inländischen Einkommrnsteuer, so hat der Pflichtige den Mehrbetrag dieser letzteren gegen die im Auslande bezahlte Steuer zu entrichten."

Ohne Debatte nach dem Antrag des Ausschusses angenommen.

Art. 11, welcher den Ort, wo Jeder steuerpflichtig ist, bestimmt, wird ohne Debatte angenommen.

Die Kammer gelangt nun zu den Bestimmungen über das Verfahren bei Anlage der Steuer, und auf den Vorschlag des vorsitzenden 2. Hrn. Präsidentrn werden die betreffenden Art. 12—30 zusammen berathen. Der Herr Präsident bemerkte, daß drei Systeme des Verfahrens vorliegen. Nach dem Regierungsentwurf soll die Hauptthätigkeit bei Anlage 2c. der Steuer den Rentämtern zufallen, die Steurr-Ausschüsse nur ein Gutachten abzugeben haben, und auf erhobene Reklamationen die Kreisregierung als 2. Instanz entscheiden. Nach den Vorschlägen des Ausschusses dagegen solle den Ausschüssen wie bisher die Hauptthätigkeit zustrhen, die Rentämter nur als Vermittlungsbehörde eingreifen — der Kreisregierung abrr als 2. Instanz die Entscheidung der Reklamationen zustehen.

Nach einer Modifikation des Abg. Dr. Barth aber soll den Steuer-Ausschüssen zwar ihre bishrrige Kompetenz belassen bleiben, jedoch zur Entscheidung von Reklamationen eine Verstärkung jener Ausschüße durch zwei Ersatzmänner erfolgen. (Bei Postschluß war die Debatte hierüber noch nicht beendigt. Nach einer telegr. Depesche des „Nürnb. Korresp." ist der Gesetzentwurf, noch wesentlich modifizirt, namentlich durch Beibehaltung der Autonomie der Steuer-Ausschüsse, schließlich mit 65 gegen 60 Stimmen angenommen worden.)

* Für heute theilen wir zur Orientirung über das Verfahren bei Aufstellung drr Steuerlisten noch die Art. 12, 15, 16, 17 des Regierungs-Entwurfes mit, wrlche folgende Bestimmungen enthalten:

„Jeder Steurrpflichtige oder dessen gesetzlicher Stellvrrtreter hat nach ergangener Aufforderung entwrder mündlich zu Protokoll oder schriftlich seine Erklärung abzugrben: a) ob und aus wrlcher Erwerbsquellr derselbe ein nach gegenwärtigem Gesetze steurrbarrs Einkommen brzieht, und unter wrlche der

in Art. 2 bezeichneten 3 Abtheilungen sich dasselbe zur Einreihung eignet. Zugleich hat derselbe b) bei dem Einkommen der ersten Abtheilung den Betrag seines gewöhnlichen eintägigen Arbeitsverdienstes (Artikel 6), — c) bei dem Einkommen der zweiten Abtheilung den durchschnittlichen Jahresbetrag des betreffenden Einkommens oder diejenige im Art. 5 Ziffer II bezeichnete Klasse, unter welche das betreffende Einkommen seinem Betrage nach fällt, endlich d) bei dem Einkommen der dritten Abtheilung den Jahresbetrag des hierunter gehörigen Einkommens in bestimmter Größe — anzugeben. Außerdem ist e) dem Steuerpflichtigen gestattet, seine etwaigen Steuerbefreiungsgründe, sowie sonstige zur Erläuterung seiner Erklärung nöthige Bemerkungen anzufügen. Wenn mehrere Steuerpflichtige im Familienverbande zusammenleben, so ist das Familienhaupt für die Abgabe der Erklärung der übrigen Familienglieder haftbar."

„Wer seine Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, wird durch Mahnboten auf seine Kosten unter Vorsteckung einer bemessenen Frist und unter dem Präjudize der im Art. 24 gegenwärtigen Gesetzes bestimmten Strafe gegen Ladungsnachweis erinnert."

„Erfolgt demungeachtet keine Erklärung, so gibt die Gemeindebehörde hiervon dem Rentamte Kenntniß, welches sodann die Steuerpflicht von Amtswegen untersucht und feststellt."

„Sobald die Steuerliste angelegt ist, nimmt das Rentamt die Prüfung derselben sowohl in Bezug auf ihre Vollständigkeit, als in Bezug auf Inhalt der abgegebenen Erklärungen vor."

„Diese Prüfung findet in größeren Städten nach den bereits vorhandenen oder deßfalls zu bildenden Distrikten, außerdem nach Gemeinden statt."

„Zu dem Geschäfte der Prüfung der abgegebenen Erklärungen wird jedem Rentamte ein besonderer Ausschuß beigegeben."

„Dieser Ausschuß ist aus fünf Mitgliedern zusammengesetzt, wovon vier als ständige Mitglieder für den ganzen Rentamtsbezirk in der nachfolgend vorgezeichneten Art gewählt werden, und als fünftes Ausschußmitglied jedesmal der Gemeindevorsteher (Ortsvorstand) oder in dessen Verhinderung ein Bevollmächtigter jener Gemeinde, deren Erklärungen geprüft werden sollen, beziehungsweise in Städten der Distriktsvorsteher des treffenden Stadtbezirks oder ein von dem Stadtmagistrate (Bürgermeisteramte) zu bestimmender Stellvertreter desselben beigezogen wird."

München, 6. Februar. Wie es heißt, soll die in Folge des bekannten Kammerbeschlusses in der Pfalz bezüglich der dortigen Landtagswahlen eingeleitete Untersuchung dem Abschluß nahe oder schon abgeschlossen seyn, so daß deren Resultat bald bekannt werden dürfte. Herr Dr. E. Feust zu Bamberg, der frühere Redakteur des „Nürnb. Kur.", hat dem Vernehmen nach die Beschwerde wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte, die von der letzten 2. Kammer als begründet erkannt wurde, welchem Beschlusse aber bekanntlich die 1. Kammer nicht beitrat, neuerdings der Kammer der Abgeordneten eingereicht. (A. Abdz.)

Der Gesetzentwurf bezüglich der Eisenbahnen, welcher der Kammer der Abgeordneten vorgelegt wurde, dürfte, soweit man bis jetzt vernimmt, in seinen Hauptbestimmungen die Zustimmung der Kammer erhalten, da die meisten Abgeordneten längst der Ansicht sind, daß der Staat selbst keine weiteren Eisenbahnen mehr bauen will. Auch die Höhe des zu garantirenden Zinsenertrags, und zwar auf 35 Jahre, dürfte keinen Widerstand finden. Dagegen verlangt man die Größe des Baukapitals, für welches die Zinsengarantie zu übernehmen ist, zu kennen und resp. in das Gesetz einzustellen, und ferner hält man eine gesetzliche Bestimmung für nothwendig hinsichtlich des auf den Privatbahnen einzuführenden Personen- und Gütertarifs, daß dieser nämlich die für die Staatsbahnen in jedem Finanzgesetze bestimmten Maximalsätze nicht überschreite. Auch wird verlangt werden, daß der Staatsvertrag mit Oesterreich wegen der Fortsetzung der projektirten Linien in Oesterreich endgültig und ohne jeden Rückhalt abgeschlossen ist. Das Referat über den Gesetzentwurf ist im 2. Ausschusse dem Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld übertragen worden.

Preußen. Berlin, 4 Febr. In unseren Ostseehäfen sieht man dem Abschluß des Waffenstillstandes nicht eben mit besonderem Vergnügen entgegen. Wird die Blokade aufgehoben, so ist es mit dem goldenen Zeitalter vorbei, und schon jetzt sollen in Riga und Petersburg ungeheure Ausfuhrgeschäfte und englische Spekulationen vorbereitet werden. — Die Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses, namentlich die Rede des Grafen Schwerin gegen das Junkerthum hat ungewöhnlichen Anklang gefunden. Trotz aller Abspannung ist doch einige Empfindung für die Reformationsbestrebungen der Landtagsmajoritäten übrig geblieben, und ganz besonders regt sich jene gegen den Wagner'schen Antrag, die Artikel 4 und 12 (Gleichheit vor dem Gesetz und religiöse Freiheit) abzuschlachten. Von Seiten jüdischer Gemeinden sind eine Anzahl Petitionen an das Haus gerichtet worden. Einen eigenthümlichen Eindruck machen die Betheuerungen der Reformatoren Wagener, Gerlach, Itzenplitz u. s. w., daß sie durchaus nicht etwa der Verfassung ein Leid zufügen, vielmehr diese ausbauen, veredeln und von ihren Sünden reinigen wollen. Wie sehr dies als Hohn klingt und so auch von den Gegnern betrachtet wird, so liegt doch vom Standpunkt der Feudal-Partei Wahrheit darin, und wenn Hr. Wagener sagt, „wir wollen den ständischen Staat statt des konstitutionellen, den Sie wollen; darum wollen wir vernichten, was jenem hinderlich ist": so ist dies jedenfalls muthiger und männlicher, als wenn die Opposition sich unausgesetzt scheu vor jeder Theilnahme an den Ereignissen des Jahres 1848 verwahrt. (J. f. Nd.)

Kurhessen. Kassel, 6. Febr. Die „Köln. Ztg." meldet amtlich, daß der geheime Kabinetsrath v. Meyer zum Minister des kurfürstlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden ist.

Oesterreich. Nach einer der „B. Z." aus „bester Quelle" zugegangenen Nachricht haben die österreichischen Gesandten den Regierungen Mitteldeutschlands die Mittheilung gemacht: es bestehe nach dem gegenwärtigen Standpunkt der k. k. österreichischen Gesetzgebung nunmehr keine wesentliche Verschiedenheit anderen Universitäten Deutschlands gegenüber, durch welche Angehörige der deutschen Bundesstaaten abgehalten werden könnten, ihre rechts- und staatswissenschaftlichen Studien auf k. k. österreichischen Universitäten ganz oder theilweise zu absolviren.

Wien, 4. Febr. Gestern veranstaltete unser Minister des Aeußern zu Ehren der hier anwesenden Repräsentanten der Konferenzmächte ein glänzendes Diner — gleichsam ein Vereinigungsbankett — zu welchem nebst dem Baron Bourqueney, Sir Hamilton Seymour, dem Fürsten Gortschakoff und dem provisorischen Vertreter der Pforte unsere sämmtlichen Minister geladen waren. — Der Erzbischof von Wien hat durch die k. k. Internuntiatur in Konstantinopel die Konzession zum Bau eines österreichischen Pilgerhauses in Jerusalem erwirkt. Der Kardinal Fürst-Erzbischof von Wien, Ritter v. Rauscher, hat beschlossen dies Haus aus den Mitteln jenes Fondes zu bauen, dessen Protektor er ist. — Demnächst werden k. k. Kriegsschiffe eine Ueberfahrt nach Brasilien antreten. An dieser Fahrt werden zwei Segelfregatten und vier Dampfer theilnehmen.

Dänemark.

Kopenhagen, 3. Febr. Das bereits telegraphisch erwähnte Reskript an den Kommissarius bei der holsteinischen Provinzialständeversammlung, Kammerherr v. Levetzau, ist vom 30. Jan. datirt und lautet wörtlich wie folgt: „Hochedler, Liebwerther, Getreuer! Wir haben von Unserm Minister für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg Uns Allerunterthänigst vortragen lassen, wie Du über das in der zwölften Sitzung der gegenwärtigen Session der holsteinischen Provinzialstände beobachtete Verfahren in Beziehung auf einen von dem Deputirten Grafen Reventlow-Jersbeck gestellten Antrag pflichtmäßig Bericht erstattet hast. Wir erklären dieses Verfahren für ordnungswidrig, da der Antrag, welcher Anlaß dazu gegeben, die Verfassung der Gesammtmonarchie, folglich einen zur Competenz der Versammlung nicht gehörigen Gegenstand berührte, und so wie Wir das von Dir, nach der Weigerung des Präsidenten, Deiner Aufforderung Folge zu leisten, eingeschlagene Verfahren als vollkommen passend anerkennen, so machen Wir Dir hiermit zur Vorschrift, auch ferner dergleichen ordnungswidrige Verhandlungen in den Versammlungen der Provinzialstände als eine Nullität zu betrachten, und demnach keinen irgendwie darauf gestützten Antrag entgegen zu nehmen, wie auch nichts von diesen Verhandlungen in die Ständezeitung aufzunehmen. Dieses Unser Allerhöchstes Reskript hast Du durch Verlesung zur Kunde der Versammlung zu bringen. Wir befehlen Dich in Gottes Obhut, und verbleiben Dir mit Gnade gewogen. Gegeben rc. Frederik R. v. Scheel"

Altona, 5. Februar. Der Minister v. Scheel fährt auf der einmal betretenen Bahn fort, seinen Willen trotz aller Opposition durchzuführen und hat dieses durch eine neue Maßregel dokumentirt. Gestern Nachmittag wurde, in Folge eines Ministerial-Reskripts, die Buchdruckerei des „Itzehoer Wochenblattes" durch das Polizeiamt zu Itzehoe geschlossen und die Herausgabe des genannten Blattes untersagt. (Fr. J.)

Großbritannien.

London, 4. Febr. Im Rathhause zu Worcester fand letzten Freitag unter dem Vorsitze des Mayors ein Meeting in Bezug auf den Fall von Kars statt. Die Anregung

ging von dem hiesigen Verwaltungs-Reformverein aus, der eine aus 2 Mitgliedern, Mr. Bennoch und Mr. Moore, bestehende Deputation zu dem Zwecke nach Worcester gesandt hatte. Die Halle des Rathhauses, die etwa 1000 Personen faßt, war zum Erdrücken voll, und eine Bittschrift an die Königin um strenge Untersuchung der Umstände, unter denen Kars gefallen ist, wurde durch einstimmigen Zuruf angenommen. Großen Eindruck machten Mr. Moore's Worte: „Die Vorlegung der Aktenstücke, die Lord Clarendon dem Grafen Derby zugesagt hat, thuts nicht; es ist schwer, diesen Aktenstücken zu glauben, und unmöglich, zu wissen, wie viele davon zurückbehalten werden. Außerdem ist es Brauch, darin Lücken zu lassen, die durch Pausen und Sternchen angedeutet und mit Staatsrücksichten entschuldigt werden. Keine Ausflüchte der Art dürfen hier gelten (Hört, hört!) — wir müssen die Aussagen der lebenden Zeugen selbst hören. General Williams muß vernommen werden. Dr. Sandwith (ein Arzt, der die ganze Belagerung mit durchgemacht und kürzlich eine Schrift darüber veröffentlicht hat) muß gehört werden. Lord Stratford muß vor dem Ausschuß Rede stehen. Lord Clarendon selbst muß verhört werden, wenn sich in den Einzelnheiten des Berichts über den Sachverhalt eine Lücke zeigt, deren Ausfüllung von Rechtswegen seine Sache ist." (Beifall.) (E. C.)

London, 4. Febr. Miß Harriet Martineau, von den dreißiger Jahren her genug bekannt durch ihre Erzählungen, welche Grundsätze der politischen Oekonomie erläutern sollten (Illustrations of political Economy), und die zu ihrer Zeit in der Rolle eines Agitators hinsichtlich sozialer Zustände gar nicht ungeschickt und sehr rührig war, hat jetzt eine Schrift herausgegeben, worin sie den HH. Dickens und Horner einen strengen Verweis über das Schriftstellerthum ertheilt, welches sich die Verhältnisse von Fabrikherren und Arbeitern zum Stoff wählt und das Publikum gegen erstere einnimmt (The Factory Controversy, a warning against meddling legislation.) Die jetzt gealterte Dame ist mit scharfen Ausdrücken gegen den bekannten Novellisten, der sich auf ihr eigenes Gebiet gewagt hat, gar nicht sparsam; sie nennt ihn einen Humanitätskrämer, (*Humanity monger*) einen Pseudophilanthropen, welcher die an Intelligenz, Gemeinsinn und Wohlthätigkeit unübertroffene Klasse der Fabrikanten als Ungeheuer schildere, aber von dem Leben in Lancashire nicht das geringste verstehe u. s. w. Das Athenäum weist die gelehrte Miß mit der Bemerkung zurecht, das Feuer habe kein Recht mit dem Funken zu zanken, der Agitator keines der Agitation Vorwürfe zu machen; wer sich in die Angelegenheiten anderer früher einmischte, habe kein Recht einem zweiten auf die Finger zu schlagen, der sich in seinen Bereich wage. (A. Z.)

Italien.

Rom, 26. Jan. Der frühere Attache bei der preußischen Gesandtschaft, Hr. Wolfgang v. Göthe, ein Enkel des großen Dichters, ist jetzt definitiv zum Legations-Sekretär, an Stelle des nicht zurückkehrenden Barons v. Arnim, befördert. (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Dem „Nürnb. Korresp." wird gemeldet: In Bezug auf die Zulassung Sardiniens zu den Friedenskonferenzen ist, wie von gutunterrichteter Seite mitgetheilt wird, eine besondere Verständigung dahin getroffen worden, daß der sardinische Bevollmächtigte, Herr d'Azeglio, bloß der Eröffnungs- und der Schlußsitzung des Kongresses beiwohnen, nicht aber an den Berathungen desselben Theil nehmen wird. Dem definitiven Friedensvertrage wie dem Schlußprotokoll wird die Unterschrift Sardiniens beigesetzt werden.

Berlin, 5. Febr. Das Resultat der Mission des Hrn. v. Beust wird als unbestimmt und zweifelhaft bezeichnet. Wie man erfährt, begünstigen die Westmächte eine spezielle Vertretung des deutschen Bundes als solchen auf den Pariser Konferenzen in keiner Weise. (H.N.)

Aus dem Orient.

Aus Paris, 4. Febr. wird dem „Schw. M." geschrieben: „Die innere zukünftige Organisation der Donaufürstenthümer ist bekanntlich durch die gemeinschaftlichen Berathungen der Vertreter von Oesterreich, Frankreich, England und Türkei letzthin in Konstantinopel, wenn auch noch nicht endgültig, geregelt worden. Man ist jedoch nicht ohne Besorgniß, daß die Fürstenthümer noch zum Anlaß des Streites zwischen Oesterreich und den Westmächten werden können. Letztere verlangen nämlich den Rückzug der österreichischen Truppen, sobald der Friede geschlossen und somit die von Rußland her drohende Gefahr beseitigt seyn werde. Oesterreich hingegen ist gewillt, seine Truppen nicht eher aus den Fürstenthümern zu ziehen, bis die Westmächte das türkische Gebiet vollständig geräumt haben werden. Dazu scheinen diese aber vorläufig nicht sehr geneigt, und die englische Presse hat es längst angezeigt, daß die westmächtlichen Truppen in der Türkei bleiben, bis die neuen den Christen günstigen Reformen vollständig durchgeführt seyn werden. Dieses „vollständig durchgeführt" ist so vag und elastisch, daß sich mit dessen Hülfe die Räumung der Türkei ins Endlose hinausschieben läßt."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 7. Februar. Die meisten österr. Fondsgattungen und Aktien, sowie Eisenbahnaktien wurden abermals niedriger abgegeben, während spanische höher bezahlt wurden.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 88 P. 87¾ G.
„ 5pCt. Metall. alte 78¼ P. 78 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 87G
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 80⅝ P. 80⅜ G.
„ 4½pCt. „ 69¾ P. 69½ G.
„ 4pCt. „ 62½ P. 62 G.
„ 3pCt. „ 48 P. 47½ G.
„ 1pCt. „ 16 P. 15¾ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1145 P. 1140 G.
Oesterreichische Credit-Actien 132½ P. 130⅛ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 126 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 97¾ P. 97½ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 272 P. 270 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101½ P. 101 G.
„ 4½pCt. „ 100¼ P. 99¾ G.
„ 4pCt. „ 95 P. 94½ G.
„ 3½pCt. „ 86¾ P. 86¼ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95 P. 94½ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 157¾ P. 157¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 145¼ P. 144¾ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 3½pCt. „ 89⅜ P. 89⅛ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88⅜ P. 88¼ G.
Badische 50 fl. Loose — P. 77½ G.
„ 35 „ „ 47⅝ P. 47⅜ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 102¼ G.
„ 4pCt. „ 99¾ P. 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93 P. 93⅛ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ 36⅜ P. 36⅛ G.
Darmstädter Bankaktien 308½ P. 306⅛ G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39¼ P. 39 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 61½ P. 61 G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90¾ P. 90¼ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 P. 29½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 93 P. 92½ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 122 P. 121⅛ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 326 P. 324 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 76½ P. 76 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 39⅛ P. 38⅞ G.
„ 1pCt. neue 24 9/16 P. 24 7/16 G.
Holland Integrale 64 P. 63½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 P. 42½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsld. fl. 100 k. S. 100⅝ P. 100⅜ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119⅜ P. 119⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 100⅞ P 100⅝ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% 100⅝ P. 100⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96½ P. 96¼ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅝ P. 88⅜ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112½ P. 112¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 112⅛ P. 111⅞ G.

Disconto — P. 3½pCt. G.

Wien, 6. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 86 3/16; 5Cpt. Met. 84¼; 4½pCt. 74¼; Lotterie-Anlehenslooſe von 1839 137¼; dito von 1854 105; Bankaktien 1031; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2475; Wechselkurse: Augsburg uso 107⅛ P.; London 10.26. P. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Stephan von Oesterreich hat an den Verein zum Schutz der Thiere in München

eine sehr freundliche und aufmunternde Zuschrift — unter Beischluß eines namhaften Geldbeitrages — erlassen. Unter Anderm kommt darin Folgendes vor: „Meine Herren! Empfangen Sie meinen herzlichsten Dank für Ihre Zuschrift aus Wien und die damit verbundene reichhaltige Sendung Ihres Vereins. Die Daten, die Sie über mein Wirken gesammelt haben, sind insoferne wahr, als ich wenigstens nach Kräften bemüht bin, der Jugend eine frohe Jugendzeit zu bereiten und sie durch Belehrung und Ermahnung zu dem heranzubilden, was sie einst leisten soll, will sich jeder Einzelne unter ihnen als nützlicher Staatsbürger bewähren. Die Notizen, die Sie mir zukommen ließen, die literarischen Sendungen selbst, die Mittheilung, daß auch Sie, meine Herren, eigene Prämien-Medaillen gestiftet haben; beweisen mir nur, daß ich Ihren Bestrebungen weit nachstehe, und daß Ihr Verein der schönen Aufgabe, die er sich gestellt, vollkommen gewachsen ist u. s. w. Schaumburg, den 27. November 1855. Erzherzog Stephan." — In Wien nimmt der Pferdefleischgenuß wie fast überall fortwährend zu; im Jahre 1855 sind acht neue Schlächtereien in Wien entstanden. (A. Abdz.)

Die HH. Prof. Dr. Cäsar in Marburg, Prof. Dr. L. Lange in Prag, Collaborator Dr. J. Laltmann, Subkonrektor H. D. Müller, Collaborator Dr. G. Schmidt in Göttingen, Gymnasiallehrer Dr. C. J. Weismann in Fulda haben an die Schüler und Verehrer K. Fr. Hermanns einen Aufruf zur Errichtung einer Marmorbüste im Universitätslokale zu Göttingen erlassen.

Neueste Nachrichten.

* In der 31. Sitzung der II. Kammer kam, wie gestern erwähnt, noch Art. 8 des Personal-(Einkommen-)Steuer-Gesetz-Entwurfs zur Berathung *) Derselbe lautet nach dem Regierungs-Entwurf:

„Bei Berechnung des steuerbaren Einkommens der zweiten und dritten Abtheilung können die eigentlichen Betriebskosten, das heißt, die auf dessen Erwerb nothwendigen Auslagen in Abzug gebracht werden. Anderweitige Ausgaben dürfen ebensowenig als zu entrichtende Schuldzinsen der öffentlichen Lasten abgerechnet werden."

„Bei Besoldungen sind als steuerbares Objekt nur die eigentlichen Gehaltstheile, dann der Anschlag von Dienstwohnungen und Dienstgründen, sowie der Reinertrag von Oekonomien oder Renten, die des Amtes wegen verliehen sind, endlich alle Funktionsnebenbezüge an Geld und Naturalien, welche nicht zur Bestreitung von dienstlichem Aufwande bestimmt sind, in Ansatz zu bringen."

„Dagegen haben bloß vorübergehend bewilligte Remunerationen, ferner Tantiemen und sonstige zur Bestreitung des Dienstaufwandes bestimmte Bezüge, Holz-, Pferdgeld- oder Fouragebezüge, Repräsentationsgelder, Diäten und Reisekosten-Entschädigungen u. dgl. außer Berechnung zu bleiben."

„Den Pfarrern ist gestattet, den von ihnen zu bestreitenden Aufwand für Hilfsgeistliche von dem Pfarr-Einkommen in Abzug zu bringen, wogegen der Hilfsgeistliche bezüglich seines Einkommens selbständig zur Steuer gezogen wird. Eine Rücksicht auf die Kongrua der Geistlichkeit findet bei dieser Steuer nicht statt."

Hiezu brachte Dr. Edel die Modifikation ein, daß Pfründenbesitzer, welche schon die Grund- oder überhaupt eine direkte Steuer zahlen, von der Personal-Steuer frei seyen, wie dies z. B. bei Oekonomie-Pfarreien der Fall wäre. Sonst würden solche Nutznießer auf ungerechte Weise doppelt besteuert.

Fürst Wallerstein und Frhr. v. Lerchenfeld widersetzen sich dieser Modifikation; wenn das nächste Budget ein Defizit ergibt, so müsse der Grundbesitzer und Gewerbsmann tüchtig mehr zahlen. Warum wolle man für eine einzelne Klasse eine Ausnahme feststellen?

Pfarrer Baader erklärt sich mit Edel einverstanden.

Dr. Ruland: er sey kein Pfarrer und nicht betheiligt, aber was Dr. Edel eingebracht, sey so einfach, so naturgemäß, so gerecht, daß der Billig- und Rechtlichdenkende kein Wort dagegen vorzubringen vermag. Es sey kanonischer Grundsatz, daß der Grund und Boden zur Erhaltung des Pfarrers da ist. Wenn nun für diesen Grund und Boden schon die gesetzliche Grundsteuer bezahlt ist, soll dem Pfarrer noch eine Last aufgebürdet werden? Das wäre eine Ungerechtigkeit, die keinen andern Steuerpflichtigen im ganzen Lande sonst treffe.

Ministerial-Kommissär Pfretzschner erklärte sich mit der Edel'schen Modifikation ganz einverstanden. Die Regierung habe auch beim Vollzug des Gesetzes nichts Anderes beabsichtigt, als daß der Rein-Ertrag von Oekonomien oder Renten, die des Amtes wegen verliehen sind, und schon mit einer direkten Steuer belastet sind, von dieser in Frage stehenden Einkommensteuer frei seyn sollen.

Pfarrer Wolfsteiner: er wolle nicht betteln, die Pfründebesitzer von der doppelten Besteuerung frei zu lassen. Findet man die doppelte Besteuerung gerecht, so verwerfe man die Edel'sche Modifikation.

Sekretär Rar findet die Entwürfe des Fürsten Wallerstein schon mit dem Grundsatze des ganzen Gesetzes unvereinbar; denn nach Art. 1 solle ausdrücklich von dieser Steuer nur jenes Einkommen betroffen werden, welches nicht schon mit einer andern direkten Steuer belastet ist.

Pfarrer Rechenmacher und Konsistorialdirektor Prinz sprechen gleichfalls für den Antrag Edel's.

Fürst Wallerstein beharrt bei seinen Gegengründen; er könne darin, wenn der Nutznießer, der schon eine andere direkte Steuer zahlt, noch zur Einkommensteuer gezogen wird, keine doppelte Besteuerung erkennen, weil die Lasten, welche auf den betreffenden Dienstgründen ruhen, von dem Rein-Einkommen abgezogen sind.

Dr. Vogel: Es liege im Prinzip der Billigkeit, Rechtlichkeit und Konsequenz, daß der Edel'sche Antrag angenommen werde. — Nachdem auch der Referent sich damit ganz einverstanden erklärt hatte, wurde Art. 8 ungefähr in folgender Fassung angenommen: „Bei Berechnung des steuerbaren Einkommens der zweiten und dritten Abtheilung können die eigentlichen Betriebskosten, das heißt die auf dessen Erwerb nothwendigen Auslagen in Abzug gebracht werden. Anderweitige Ausgaben, so wie diejenigen Schuldzinsen, die nicht zu den auf den Erwerb nothwendigen Auslagen gehören, dürfen eben so wenig als öffentliche Lasten abgerechnet werden. Bei Besoldungen sind als steuerbares Objekt nur die eigentlichen Gehaltstheile, dann der Anschlag von Dienstwohnungen und Dienstgründen, sowie der Reinertrag von Oekonomien oder Renten, die des Amtes wegen verliehen sind, soferne für dieselben nicht schon eine direkte Steuer bezahlt wird rc., in Anschlag zu bringen. Bloß vorübergehend bewilligte Remunerationen, Diäten und Reisekostenentschädigungen, Holz-, Pferdegeld- und Fouragebezüge, Repräsentationsgelder und dergleichen, haben außer Ansatz zu bleiben. Den Pfarrern ist gestattet, den von ihnen zu bestreitenden Aufwand für Hülfsgeistliche von dem Pfarreinkommen in Abzug zu bringen, wogegen der Hülfsgeistliche bezüglich seines Einkommens selbständig zur Steuer gezogen wird. Eine Rücksicht auf die Kongrua der Geistlichkeit findet bei dieser Steuer nicht statt."

*) Der Schluß-Bericht unseres Korrespondenten über diese Sitzung ist uns bis heute nicht zugekommen, weßhalb wir das Fehlende aus den Münchener Blättern zu ergänzen genöthigt sind. D. R.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

(Nebst einer Beilage.)

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Zweite Beilage zur Neuen Würzburger Zeitung Nr. 39.

Freitag, den 8. Februar 1856.

Rede
des
Abgeordneten Professor Dr. Weis
über
die Personal-(Einkommen-)Steuer,
gehalten in der 29. Sitzung der II. Kammer am 31. Januar dieses Jahres.

Meine Herren!

Gestatten Sie mir, das Votum, das ich in dieser Sache abzugeben gedenke, in Kurzem zu motiviren. Ein tieferes Eingehen auf alle die Fragen, die sich hier darbieten, erscheint nach den vielen Reden, die Sie bereits gehört haben, wohl nicht nothwendig. Ich werde mich deßhalb auf einzelne Hauptpunkte beschränken.

Es handelt sich, meine Herren, um den Stand der Sache scharf zu fixiren, heute darum, ein Steuersystem, das vor sieben Jahren eingeführt wurde, aufzugeben, und ein ganz neues System an die Stelle des ältern zu setzen. Dies ist die eigentliche Frage, um die es sich heute dreht. Es handelt sich nicht darum, das System der allgemeinen Einkommensteuer heute einzuführen, sondern es handelt sich um die Aenderung des Steuersystems, nachdem eine solche Aenderung vor sieben Jahren schon einmal eingetreten ist.

Ich bin nun, meine Herren, schon im Allgemeinen ein geschworner Feind aller Experimente in der Gesetzgebung. Namentlich aber halte ich den ewigen Wechsel in den Gesetzen, die unsere Verfassung und die Steuern betreffen, für im höchsten Grade gefährlich und bedenklich. Ich werde deßhalb einer Aenderung, die man in unseren Verfassungs- und Steuergesetzen vorschlägt, nie zustimmen, wenn ich auch von dem Mangelhaften des Bestehenden überzeugt bin, wenn ich nicht zugleich überzeugt bin, daß dasjenige, was wir an die Stelle setzen sollen, wesentliche Verbesserungen enthält. Wenn ich das Neue, das man an die Stelle des mangelhaften Alten setzen will, wieder für mangelhaft halte und überzeugt bin, daß wir das Neue nach wenigen Jahren wieder ändern zu müssen in der Lage sind, dann will ich lieber das alte Mangelhafte behalten. Es ist dies insbesondere nothwendig bei Steuergesetzen. — Es lehrt die Erfahrung, und Staats- und Finanzmänner haben es schon vor Jahrhunderten ausgesprochen, daß eine jede neue Steuer mit Schwierigkeiten verbunden ist. Die Gründe sind klar. Sie liegen darin, daß Niemand gerne Steuern zahlt. Wenn man sich aber an eine Steuer mehr gewöhnt hat, so findet man dieselbe weit weniger lästig, als im ersten Augenblicke, wo sie neu aufgelegt wird. Ja, dies geht so weit, meine Herren, daß, wenn Sie in demselben Augenblicke, wo Sie eine neue Steuer einführen, eine alte, die einen größeren Beitrag von Einzelnen gefordert hat, aufheben, diese Aufhebung der alten Steuer nicht als eine Begünstigung betrachtet, sondern die Aufhebung der alten Steuer ganz natürlich gefunden wird. Dafür sagt Ihnen kein Mensch besonderen Dank, sondern man betrachtet es als eine Schuldigkeit der Gesetzgebung, die alte Steuer aufzuheben, über die neue Steuer aber, welche in demselben Augenblicke eingeführt wird, wird geschimpft, man findet sie außerordentlich lästig, ja unerträglich. Jede neue Steuer hat dieses Schicksal und ich habe namentlich in der Gegend, wo ich wohne, in der jüngsten Zeit die Erfahrung gemacht, daß nicht bloß über die Einkommensteuer, sondern über jede neue Steuer geklagt wird. Es ist nämlich in jener Gegend, wo ich wohne, in jüngster Zeit eine neue Steuer eingeführt worden, nämlich die Taxen, die bekanntlich in dem ehemaligen Großherzogthume Würzburg nicht bestanden haben und erst durch das Gesetz von 1852 eingeführt worden sind. Seitdem wirft sich der Unmuth auf das Taxinstitut. Es wird seitdem über die Ungerechtigkeit und Belastung durch die Taxen dort weit mehr geklagt, als über die Einkommensteuer. Die Einkommensteuer ist seitdem ziemlich in den Hintergrund getreten. Führen Sie heute die Personalsteuer ein, so werden Sie dieselben Klagen darüber hören.

Deßhalb, meine Herren, schon aus diesem Grunde ist eine jede Aenderung in den Steuergesetzen höchst bedenklich, und nur mit der größten Vorsicht, wenn man eine solche Aenderung für absolut nothwendig, und dasjenige, was man an die Stelle der jetzigen Steuer setzt, für eine wesentliche Verbesserung hält, nur dann darf man sich zu einer Aenderung entschließen. Allein es ist dies auch noch aus einem andern Grunde nöthig, den ich erwähnen will, und auf den ich bei einer andern Frage noch zurückkommen muß. Er liegt in der eigenthümlichen Wirkung der einzelnen Steuern, in der Art und Weise, wie Steuern auf Andere hinübergewälzt werden können und werden. Es kommt bei fast allen Steuern vor, daß nicht derjenige, den Sie als eigentlichen Steuerpflichtigen betrachten, im Endresultate die Steuer bezahlt; sehr häufig gelingt es den Steuerpflichtigen, wenigstens wenn die Steuer einige Zeit besteht, diese Steuer auf Andere hinüberzuwälzen und sich so ganz oder doch theilweise von derselben zu befreien.

Dadurch entstehen, wenn die Steuer längere Zeit besteht, ganz besondere Verhältnisse, in welche man durch jede Aenderung des Steuersystems tief eingreift. Die Nationalökonomen der neueren Zeit behaupten z. B., daß der Besitzer eines Grundstückes gar keine Grundsteuer bezahle, er bezahle damit nur den Zins derjenigen Summe, welche er bei der Acquisition dieses Grundstückes von dem Kaufpreise abgezogen habe. Es ist dieses eine Ansicht, welche bekanntlich von den größten Nationalökonomen vertreten wird, die wir auch in diesem Saale von einem hervorragenden früheren Mitgliede dieses hohen Hauses vertheidigen hörten; man sagt nämlich einfach, Jeder, der ein Grundstück kauft, sieht sich um, welche Lasten darauf ruhen, er wird um so viel weniger geben, als diesen Lasten entspricht, er zahlt also diese Lasten nicht aus eigenen Mitteln, sondern hat die entsprechende Kapitalsumme dem früheren Eigenthümer abgezogen. Er zahlt nur die Zinsen dessen, was er auf dem Kaufpreise des Grundstückes abgezogen hat. Deßhalb, sagt man, trifft die Grundsteuer und jede Erhöhung derselben immer nur Denjenigen, der im Augenblicke der Einführung oder Erhöhung der Grundsteuer Eigenthümer ist. Sie wirkt also nur lästig im Augenblicke ihrer Anlage, beziehungsweise Erhöhung, sie wirkt aber nicht mehr lästig, sie besteht eigentlich nicht mehr nach Verlauf einer gewissen Zeit, wo die Grundstücke in andere Hände gekommen sind. Meine Herren! Wenn Sie diesen Satz, den ich nicht unbedingt als richtig annehmen, allein auch nicht als unrichtig bekämpfen kann, da allerdings die Größe der auf einem Grundstücke ruhenden Lasten auf dessen Preis Einfluß übt, berücksichtigen, so werden Sie sehen, wie bedenklich es ist, eine Erhöhung der Grundsteuer eintreten zu lassen; denn ist dieser Satz richtig, so vermindern Sie durch eine solche Erhöhung den Kapitalwerth aller Grundstücke um jene Summe, die als Kapital der Erhöhung der Grundsteuer aus jährlichem Zinse entspricht, sie vermindern damit in einer bedenklichen Weise den Nationalreichthum. Sie sehen daraus wieder, wie sehr man Bedenken tragen muß, an dem direkten Steuersysteme Aenderungen vorzunehmen, weil wir selten in der Lage sind, die Tragweite solcher Aenderungen genau überschauen zu können. Ich werde, wie gesagt, auf diesen Punkt später noch einmal zurückkommen, weil ich bei der Frage der sogenannten doppelten Besteuerungen zeigen werde, daß Alles, was man bisher über doppelte Besteuerung gesagt hat, in der Wirklichkeit sich nicht so verhält.

Wenn wir nun die Frage aufwerfen: ist das jetzt bestehende Einkommensteuergesetz, das System dieses Gesetzes absolut verwerflich, muß diese Steuer unter allen Umständen beseitigt werden, so muß ich diese Frage verneinen, und ich habe für die Verneinung die Autorität fast aller Redner, welche über die Sache gesprochen haben. Ich habe namentlich die Autorität der k. Staatsregierung selbst; denn der k. Regierungskommissär hat gestern in seiner höchst glanzvollen Rede das Prinzip der Einkommensteuer, wie er dieses schon früher einmal gethan hat, vollkommen vertreten. Der Grund, warum die Einkommensteuer beseitigt werden soll, liegt nach ihm nur darin, 1) sie sey gehäßig, und 2) es sey unmöglich, dieses Gesetz in seinem Geiste zu vollziehen. Was die Gehässigkeit betrifft, so habe ich mich darüber schon vorhin ausgesprochen; ich glaube, diese Eigenschaft theilt diese Steuer mit allen andern, und je länger sie besteht, desto weniger wird sie gehässig erscheinen, denn je länger sie besteht, desto mehr wird man sich daran gewöhnen, und es wird sich ausgleichen, wie es sich bei allen andern Steuern ausgeglichen hat. Man sagt aber, dieses Steuergesetz sey seinem Geiste entsprechend gar nicht durchzuführen. Meine Herren! Ich glaube, daß diesen Satz so unbedingt aufzustellen,

doch etwas gewagt ist. Ich glaube, daß sich allerdings Mittel finden lassen, diesem Gesetze eine Durchführung zu sichern, welche seinem Geiste entspricht, wenigstens glaube ich, daß diese Frage heute noch nicht verneint werden kann. Das wesentlichste Mittel, dem Gesetze eine seinem Geiste entsprechende Durchführung zu verschaffen, ist vor allen Dingen die Zeit. Die Durchführung eines jeden neuen Steuergesetzes wird auf Schwierigkeiten stoßen, erst wenn die Steuer älter wird, wenn man sich mit dem Geiste des betreffenden Gesetzes mehr vertraut gemacht, wenn man sich an die Steuer mehr gewöhnt hat, werden sich die Schwierigkeiten mindern, durch die Erfahrungen, die man sammelt, wird man mehr in die Lage kommen, dort, wo es fehlt, nachhelfen zu können, und so wird eine Durchführung im Sinne und Geiste des Gesetzes oft möglich werden, wo man anfänglich verzweifeln zu müssen glaubte. Welche Erfahrungen haben wir denn? Ich sage: für ein solches Gesetz, das auf einem so großen Gedanken gebaut ist, gar keine. Wir haben nach diesem Steuergesetze jetzt dreimal fatiren lassen. Einmal in einer Zeit, daß diese Fassion kaum in Rechnung zu bringen ist, im Jahre 1848 nach einem Gesetze, welches, wie die Nothwendigkeit der Revision im Jahre 1850 bewiesen, ohnedies an vielen Mängeln gelitten hat, die durch das Gesetz vom Jahre 1850 beseitigt wurden. Nach dem Gesetze von 1850 haben wir zwei Fatirungen. Zwei Fatirungen, meine Herren, können keine Erfahrungen geben, die erste Fatirung war unmittelbar nach Emanirung des Gesetzes vom Jahre 1850, die andere kurz darauf. Wir müssen in dieser Beziehung längere Erfahrungen machen, dann wird sich's zeigen, ob in der Sache nicht zu helfen sey. Allein, meine Herren, hat denn diese kurze Zeit des Bestehens des Gesetzes nicht schon bewiesen, daß im Verlaufe der Zeit sich die Sache besser macht? Sehen Sie einmal auf unsere Staatsrechnung. Im Jahre 1848/49 hat diese Steuer nur etwas über 400,000 fl., und in der letzten Periode hat sie ohne Einrechnung des Beischlags, den man, wenn man einen Vergleich zieht, allerdings nicht einrechnen darf, ungefähr 750,000 fl. eingetragen. Sie ist also beinahe auf das Doppelte des ersten Ertrages gestiegen. Daß der Grund hievon lediglich in dem Steigen unseres Nationalreichthumes und Einkommens liege, das, meine Herren, wird wohl Niemand behaupten; denn wir alle wissen, daß in dieser Zeit unser Reichthum und Wohlstand jedenfalls nicht gewachsen ist. Also wenn diese kurzen Erfahrungen schon dieses Resultat geliefert haben, warum will man denn jetzt schon an der Möglichkeit einer besseren Durchführung verzweifeln? Es lassen sich auch, meine Herren, im Gesetze ganz leicht noch manche Verbesserungen vornehmen, welche ein günstigeres Resultat zu liefern im Stande sind. Ich erinnere in dieser Beziehung, da es mir nicht ansteht, einen bestimmt formulirten Vorschlag zu machen, indem ich hiezu den Beruf nicht habe, zudem eine Revision des Gesetzes vom Jahre 1850 uns heute zur Berathung nicht vorliegt, ich erinnere z. B. daran, daß man selbst bei Leuten, von denen man annehmen kann, daß sie mit dem Gesetze vollständig bekannt seyen, bei Leuten, welche bei dem Zustandekommen dieses Gesetzes selbst thätig waren, noch die verschiedensten Anschauungen über den Begriff des reinen Einkommens findet. Es sind diese Verschiedenheiten der Ansichten jetzt klar hervorgetreten. Warum sollte man nicht im Gesetze durch eine genaue Definition, durch erläuternde Zusätze und Bestimmungen den Begriff des reinen Einkommens feststellen können?

Es wurde bemerkt, der Begriff des reinen Einkommens sey ein höchst elastischer, es könne Jeder Mentalreservationen machen. Wenn man dies aber, wie man offenbar kann, durch eine genaue gesetzliche Bestimmung unmöglich macht, so werden auch die daraus entspringenden Mißstände aufhören. Nicht nur die Fatenten waren bisher über den Begriff des reinen Einkommens in Zweifel, sondern auch die Steuerausschüsse, ja, wie ich mich im Leben selbst überzeugt habe, auch die Finanz-Beamten; selbst diese hatten keinen klaren Begriff über das, was als reines Einkommen zu betrachten ist. So lange diese Beamten sich nicht klar gemacht haben, was reines Einkommen ist, kann man natürlich von dem Resultate der von ihnen geleiteten Operation keinen Schluß auf die Ehrlichkeit der Leute ziehen.

Ein zweiter Punkt, wo nachgeholfen werden kann, ist die Art und Weise, wie die Fassionen revidirt werden. Es hat selbst die kgl. Staatsregierung in dieser Beziehung einen Vorschlag gemacht, es hat der Ausschuß einen andern Vorschlag gebracht, es sind vielleicht Verbesserungen dieser beiden Vorschläge möglich. Die kgl. Staatsregierung ist ja selbst der Meinung, daß durch Annahme dieser Vorschläge in Bezug auf die Revision der Fassionen und die Bestrafung derjenigen, welche unredlich fatiren, im Gesetze dort nachgeholfen werde, wo die Fassion auch nach dem neuen Gesetze stehen bleiben soll.

Nun komme ich auf einen Punkt, meine Herren! der nach meiner Ansicht in der Sache einer der entscheidendsten ist. Wir hören von denjenigen, welche das neue vorgeschlagene Steuer-System vertreten, wir hören von Seite der Vertreter der Staatsregierung, das Hauptunglück der ganzen Geschichte liege in der Selbstfassion.

Wenn man dieses, meine Herren! in solcher Allgemeinheit und mit solcher Bestimmtheit aufstellen hört, so muß man glauben, das neue Steuersystem habe einen ganz anderen Weg eingeschlagen; sieht man aber in die Entwürfe hinein, so findet man zu seinem großen Erstaunen, daß das neue Gesetz wieder auf dem Prinzipe der Selbstfassion beruht. Dieses verderbliche, demoralisirende System der Selbstfassion, das absolut beseitigt werden muß, ist, indem man es zu einer Thüre hinausjagte, zur andern wieder hereingekommen, denn in diesem neuen Gesetze ist das Prinzip der Selbstfassion gerade so wieder angenommen, wie im alten.

Man wird sagen, der Kreis der Fassionspflichtigen werde bei dem neuen Gesetze geringer, es hätten nicht mehr so viele Personen zu fatiren, wie früher. Allein wenn es sich darum handelt, aus der Gesetzgebung eine demoralisirende Bestimmung zu beseitigen, so kann ich darauf keinen besonderen Werth legen. Wenn ich einmal anerkenne, eine gesetzliche Bestimmung demoralisire einen Theil der Staatsbürger, so darf ich diese gesetzliche Bestimmung überhaupt nicht bestehen lassen, wenn auch jetzt nur mehr 50 Prozent der früher Demoralisirten demoralisirt werden können. Die Gesetzgebung darf nie eine Bestimmung enthalten, welche geeignet ist, Jemanden zu demoralisiren; sobald eine Maßregel als demoralisirend anerkannt ist, muß diese Maßregel ganz fallen. Aber, meine Herren! wir haben ja im neuen Entwurfe auch die Kapitalrentensteuer. Hier tritt gar keine Aenderung in Beziehung auf die Zahl derjenigen ein, welche fatiren müssen.

Waren vielleicht die Fassionen bei den Kapitalrenten besser, als jene bei der Einkommensteuer? — So weit meine Erfahrungen reichen, nicht. Wenn dies wahr ist, und wenn dennoch das Gesetz über die Kapitalrentensteuer wieder ganz auf die Selbstfassion gebaut ist, so müssen wir aus den Gründen, welche die Staatsregierung entwickelt hat, annehmen, daß auch dieses neue Kind in drei oder sechs Jahren wieder begraben werden muß. Wenn aber dies der Fall ist, so wollen wir das alte noch einige Zeit leben lassen, damit wir nicht zweimal einen Leichenzug zu halten haben. Auch selbst die Zahl der Fatenten wird übrigens durch das neue Gesetz nicht verkleinert; denn es ist mir — ich kann mich nicht anders ausdrücken — unbegreiflich, daß man, indem man die Fassionen so verurtheilt, auf der andern Seite die Fassionen hier für Fälle vorschlägt, wo sie absolut unnöthig sind, und zwar im Personalsteuergesetze sowohl, wie im Kapitalrentensteuergesetze. Nach dem Personalsteuergesetze sollen jetzt sogar die Taglöhner Fassionen abgeben, und es sollen diese Fassionen der Taglöhner, Handwerksburschen u. dgl. gerade so revidirt werden, wie die Fassionen jener, welche mit einer proportionellen Personalsteuer belegt sind, während doch die Steuer nur dem Lohne eines Tages entsprechen soll. Wozu die Fassion hier nothwendig ist, kann ich nicht einsehen. Der Betrag des Taglohnes dieser Leute ist so notorisch, daß ich hier den Luxus — ich kann es nicht anders nennen — der Fassion nicht einsehen kann. Es spricht dieses gleichsam dafür, daß man die Fassionen liebt, indem man sie selbst da vorschlägt, wo sie durchaus nicht nöthig sind.

Meine Herren! Im Kapitalrentensteuergesetz kommen noch andere Punkte vor, wo nach meiner Ansicht die Selbstfassion auch leicht wegfallen könnte. Unser altes Kapitalrentensteuer-Gesetz enthält die Bestimmung, daß alle Aktiengesellschaften steuerfrei sind, dagegen sollen die Aktionäre ihr Einkommen aus dem Kapitale, das sie in diesem industriellen Unternehmen angelegt haben, bei Gelegenheit ihrer Fassion mitfatiren. Diese Bestimmung ist wieder in das neue Gesetz übergegangen. Auch hier ist ein Grund, sich auf die Selbstfassion zu verlassen, nicht gegeben, wir brauchen hier keine Fassionen, ich kann in dieser Bestimmung wirklich nichts anderes, als eine Art kindlicher Naivität finden. Man läßt diese Aktiengesellschaften ihre Dividende unter die Aktionäre vertheilen, belegt diese mit keiner Steuer, und überläßt es dem einzelnen, bei seiner Fassion dasjenige aufzunehmen, was er von dieser Dividende bezogen hat. Ist die Sache nicht einfacher, wenn man diese Aktiengesellschaften direkt mit der Steuer belegt, und dann umgekehrt sagt, der Aktionär habe das, was er aus diesen Aktiengesellschaften bezogen hat, nicht mehr in seine Fassion aufzunehmen? Dieser Punkt ist nicht unbedeutend. Wir haben sehr große Aktiengesellschaften in Bayern, denken Sie nur an die Hypotheken- und

Wechselbank, an die bedeutenden Dividenden der Eisenbahnen in der Pfalz, der Nürnberg-Fürther Eisenbahn, an die großartigen Etablissements, welche in Augsburg und andern Städten bestehen. Hier haben wir überall sichere Rechnungen. Die Rechnungen dieser Gesellschaften werden jedes Jahr und zwar zum Theil sogar unter Mitwirkung eines kgl. Kommissärs, abgelegt und veröffentlicht. Erheben wir hier die Steuer von der Dividende, die zur Vertheilung kommt, also von der wirklichen Rente, so ist die Sache wesentlich vereinfacht, und die Einnahme des Staats wesentlich vermehrt; denn ich glaube, daß, wenn wir die Dividenden, welche in den letzten Jahren bei den bedeutendsten Aktiengesellschaften zur Vertheilung gekommen sind, als Kapitalrente annehmen und besteuern, daraus eine Summe herauskömmt, welche, wenn wir sie mit den fatirten Kapital-Renten vergleichen, beinahe glauben machen möchte, daß sonstiges Kapital nicht besteht. Ich glaube, daß die Kapitalrente, von diesen Dividenden berechnet,— ich habe keinen sichern Anhaltspunkt, um eine bestimmte Meinung auszusprechen, aber ich glaube es — höher seyn würde, als die ganze Kapitalrenten-Steuer dem Staate einträgt.

Sie sehen also, meine Herren, daß es allerdings möglich ist, die Selbstfassionen auch bei dem bisherigen Gesetze zu beschränken, überhaupt dem Gesetze einen sicheren Vollzug zu verschaffen, was man versuchen sollte, daß aber die Staatsregierung mit sich selbst in den direktesten Widerspruch gekommen ist, indem sie auf der einen Seite die Selbstfassionen als ein absolutes Hinderniß des geeigneten Vollzugs erklärt und auf der andern Seite in dem neuen Gesetze uns diese Selbstfassion wieder hineinbringt.

Meine Herren! Ich habe nun die so häufig gemachte Aeußerung in Betreff der doppelten Besteuerung in's Auge zu fassen. Man spricht so viel von der doppelten Besteuerung. Man findet sie darin, daß z. B. der Grundbesitzer neben seiner Grundsteuer auch für jenes Einkommen, welches er aus dem Grundbesitze bezieht, noch Einkommensteuer bezahlt. Ja, meine Herren, das halte ich für ganz gerecht und billig. Ich halte es für eine Forderung der Gerechtigkeit und der politischen Klugheit. Die Behauptung, daß derjenige, welcher Einkommen aus Grundbesitz bezieht, dieses Einkommen lediglich aus seinem Acker bezieht, ist falsch. Er bezieht dieses Einkommen nicht bloß aus dem Acker, sondern zum Theile auch aus seiner persönlichen körperlichen oder geistigen Thätigkeit. Unsere Grundsteuer, wie Herr Kollega Schlör ganz richtig uns dargethan hat, ist lediglich eine Steuer des Objekts, des Ackers, der nach seiner möglichen Ertragsfähigkeit, nicht nach seinem wirklichen Ertrage besteuert ist. Ein Acker liefert aber keinen Ertrag, wenn sie ihn nicht bebauen. Er liefert nichts, als höchstens Dornen und Disteln, die keinen Werth haben. Sie müssen die Arbeit hinzutreten lassen, und der Eigenthümer wird ein um so größeres Einkommen aus seinem Grundstücke beziehen, je mehr er in der Lage ist, Arbeitskraft auf dieses Grundstück verwenden zu können, und zwar sowohl körperliche als geistige, körperliche, indem er selbst bei Bebauung des Grundstücks mitwirkt, geistige, indem bekanntlich und namentlich in unserer Zeit der rationelle Oekonom, der seine geistige Kraft auf das Grundstück verwendet, weit mehr Einkommen aus dem Grundstücke hat, als der andere, der dies nicht thut, oder nicht in der Lage ist, so großes geistiges Kapital auf den Grundbesitz verwenden zu können. Der Grundbesitzer hat also aus dem Grundbesitze nicht bloß Einkommen aus dem Acker, sondern zu gleicher Zeit auch aus seiner Thätigkeit. Allein, meine Herren, ich komme hier auf einen tiefer liegenden, auf einen nach meiner Ansicht politisch außerordentlich wichtigen Punkt. Ich trete hier allerdings, wie ich weiß, einer Schule entgegen, die in neuerer Zeit ziemlich Boden gewonnen hat; allein trotzdem habe ich den Muth, entgegen zu treten, wie ich es sogar für meine Pflicht halte, ihr bei jeder Gelegenheit entgegen zu treten, die sich mir darbietet. Es ist dies die gefährliche Theorie, die man in neuerer Zeit aufstellt, indem man das einzelne Individuum im Staate nur bezüglich seines Besitzes als mit dem Staate zusammenhängend betrachtet, den Grundbesitzer lediglich qua Besitzer berücksichtigt, und damit bewirkt, daß auch er, wenn einmal solcher Grundsatz einige Zeit Geltung gehabt hat, sich nur in dieser Eigenschaft als Staatsangehöriger betrachtet.

Meine Herren! Es ist diese Theorie der Ausfluß des Materialismus, der sich überall breit macht; allein gerade, weil er sich überall so breit macht, halte ich für meine Pflicht, ihm überall, wo ich ihn finde, entgegenzutreten. Man kann ihm rein theoretisch nicht mit Erfolg entgegentreten, man muß ihm dort entgegentreten, wo man seine Konsequenzen findet und eine solche begegnet uns hier. Der Staat bietet seinen Angehörigen nicht bloß Schutz ihres Eigenthums. Das ist wohl allerdings auch eine Aufgabe des Staates, allein nicht seine größte, und noch viel weniger seine einzige. Der Staat kümmert sich um die Personen, er schützt die Personen und hat außerdem die große und schöne Aufgabe, das geistige Wohl, das geistige Interesse, die geistige Veredlung und sittliche Vervollkommnung seiner Angehörigen zu fördern. Das ist die eigentliche, die schönste und größte Aufgabe des Staates. Vergessen wir diese, so werfen wir uns dem Materialismus in die Arme, und werden später über die Folge vergeblich staunen. Deßwegen, meine Herren, gehört aber der Grundbesitzer dem Staate nicht bloß als Besitzer des Ackers, sondern als Person, als Individuum an. Er hat von dem Staate nicht bloß Schutz seines Ackers anzusprechen, er hat Theil zu nehmen an all dem, was der Staat aufwendet, um seine so eben berührte hohe Aufgabe zu erfüllen. Er partizipirt nicht bloß an allen Anstalten im Staate, die den Zweck haben, die Person zu schützen, sondern auch an jenen, welche den Zweck haben, die Staatsangehörigen geistig und sittlich zu vervollkommnen und zu veredeln, oder dies doch wenigstens anzustreben. Deßhalb, meine Herren, hat der Grundbesitzer nach Verhältniß seines Vermögens auch zu den Ausgaben beizutragen, welche für die Erreichung dieses größern, höhern Staatszweckes nöthig sind; deßhalb, meine Herren, kann der Grundbesitzer nicht sagen, er sey quitt mit dem Staate, weil er von seinem Acker Grundsteuer bezahlt habe. Wenn ein Ausländer bei uns ein Gut besitzt, so muß er auch Grundsteuer bezahlen; allein er gehört unserem Staate in Wirklichkeit nicht weiter an. Von ihm noch eine weitere persönliche Steuer zu verlangen, ist nach meiner Ansicht ungerecht; denn er partizipirt nicht an den Vortheilen, die der Staatsverband seinen einzelnen Gliedern überhaupt bietet. Sie stellen aber, meine Herren, durch Annahme des Prinzips, wie es in dem Gesetzentwurfe aufgestellt ist, den inländischen Grundbesitzer, der bayerischer Staatsangehöriger ist, dem Forensen, wie ich diesen als steuerpflichtig betrachte, vollständig gleich. Man will auch den inländischen Grundbesitzer nur als grundsteuerpflichtig betrachten und findet keinen weiteren Nexus mehr zwischen ihm und dem Staate. Meine Herren! Es war dies in alten Zeiten nicht so. Gehen Sie zurück auf unsere ältere Gesetzgebung. Ueberall wurde, wenn auch in kleinen Beträgen, zur Anerkennung des Verhältnisses, in welchem das Individuum als solches zu dem Staatsverbande steht, eine persönliche Steuer erhoben. Auch bei uns in Bayern haben die Grundbesitzer früher Grundsteuer und Familiensteuer bezahlt. Es ist dies ganz richtig und das Aufgeben desselben erregt bei mir ernstliches Bedenken.

Eine weitere politische Rücksicht drängt sich mir, wenn ich diesen Gesetzentwurf ansehe, auch noch in anderer Rücksicht auf. Dieser Punkt wurde gestern schon berührt, es ist die Vermehrung der Urwähler. Ich spreche mich offen und unumwunden aus. Ich war wirklich erstaunt, als ich den Entwurf gelesen und erwogen habe, daß er von derselben Staatsregierung ausgeht, die, wenn Sie den Zeitpunkt der ersten Vorlage desselben berücksichtigen, nur wenige Monate vorher in so beredter Weise dargethan hat, wie das Wahlgesetz vom 4. Juni 1848 auf verderblicher, mit den Grundsätzen unserer Staatsform unvereinbarlicher Grundlage beruhe, wie es absolut nothwendig sey, die nichtbesitzende Klasse von der Ausübung politischer Rechte auszuschließen.

Es wurde damals versucht, das Wahlgesetz in dieser Richtung zu ändern. Der Versuch ist nicht gelungen. Das Wahlgesetz von 1848 besteht noch, es besteht als Verfassungsgesetz, und mit unseren Verfassungsgesetzen müssen wir auch unsere neuen Gesetze in Einklang bringen. Ich würde es im höchsten Grade beklagen, wenn die Zahl der nichts besitzenden Urwähler noch einmal in einer Weise erweitert würde, wie man es in dem vorliegenden Personalsteuergesetz will. Man hat gestern gesagt, die Taglöhner auf dem Lande seyen fast alle ansässig, man hat beigesetzt „fast“; also zugegeben, daß es nicht bei Allen der Fall ist, daß also der Entwurf den Wählerkreis erweitert. Schon dies rechtfertigt mein Bedenken. Gehen Sie in die größern Städte, wo finden Sie dort noch gebrodete Diener? In den größern Städten sind sie fast ganz verschwunden, und vergleichen Sie den jetzigen Zustand mit dem früheren, so werden Sie sich überzeugen, daß das Streben der Handwerksmeister immer mehr und mehr dahin gerichtet ist, ihre Gewerbsgehülfen, ihre Gesellen aus dem Hause zu entfernen und in eigenen Wohnungen wohnen, selbst die Kost nehmen zu lassen. Es sind nach dem Entwurfe aber nur diejenigen Gewerbsgehülfen von der Steuerentrichtung frei, welche bei einem Meister Kost und Wohnung haben, also wenn einer dieser Punkte fehlt, so werden sie steuerpflichtig und vermehren den Kreis der Wähler.

Meine Herren! Ich mag dies nicht und spreche es ohne Hehl aus. — Ich glaube auch aussprechen zu können, daß dies eigentlich in diesem Hause Niemand will. Ich habe schon bei Gelegenheit der Berathung des neuen Wahlgesetzes, das uns früher vorgelegt worden, in welchem ich als Referent aufgestellt war, in dieser Beziehung ausgesprochen, was meine Meinung ist und ich habe seitdem keine Veranlassung gefunden, die damals ausgesprochene Meinung zu ändern, im Gegentheile die letzte Wahl hat mich in meiner Meinung noch mehr bestärkt. Es können selbst diejenigen, welche für ein unbedingt freies Wahlrecht sind, eine solche Vermehrung des Wählerkreises nicht wünschen. Sie können es schon aus Klugheitsrücksichten nicht wollen, denn dann würde sich die Unhaltbarkeit dieses Verfassungsgesetzes um so frakter zeigen und eine Abänderung um so nothwendiger seyn. Ein Steuergesetz aber, wie wir heute ein solches berathen, etwa in der Voraussicht zu machen, daß ein bestehendes Verfassungsgesetz später geändert werde, das wäre ein gefährliches Experiment. Ich habe von Seite des Herrn Sekretärs Nar zwar die Bemerkung vernommen, daß durch eine Modifikation sich in dieser Beziehung helfen lasse. Man sagt, man könne im gegenwärtigen Gesetze aussprechen, diese Leute seyen steuerfrei. Allein das führt mich auf einen andern Punkt. Was bleibt dann von dieser Steuer übrig? Diese Steuer ist von der Regierung angeschlagen auf 300,000 fl. Nehmen Sie nun auch diese Handarbeiter, diese Leute, von welchen ich so eben gesprochen habe, hinweg, so wird der Ertrag der Steuer sich wieder mindern. Nehmen Sie einen Ausfall nur von 20,000 fl. an, so haben wir nur 280,000 fl. als Ertrag, und dann frage ich, ob der Ertrag einer solchen Steuer, die einen so großen Apparat nothwendig machte mit den Fassionen, Revisionen, Super-Revisionen, quartalweisen Aenderungen u. s. w., wirklich so groß ist, daß es der Mühe werth ist? Ich glaube nicht. Diese Summe, meine Herren, läßt sich viel einfacher aufbringen. Wenn man nicht mehr haben will, wie gesagt, dann ist ein so komplizirtes Steuersystem nicht nothwendig.

Nun, meine Herren, komme ich noch auf einen Punkt. Dieses Steuersystem oder diese Steueränderung wird uns vorgeschlagen in einem Augenblicke, wo in unserm Budget bedeutend höhere Ausgaben sich voraussehen lassen, wo also eine Vermehrung der Staatseinnahmen absolut nothwendig erscheint. Es ist diese Systemsänderung vorgeschlagen in einer Weise, daß uns hiedurch ein Ausfall, wie man die Sache betrachtet, von 450,000 fl. oder von noch mehr in Aussicht steht. Der Ausfall, meine Herren, ist in der Wirklichkeit viel größer, als 450,000 fl.; dies ist die Differenz zwischen der jetzigen Einkommensteuer und demjenigen, was nach der Ansicht des Ministerium die neue Steuer in Zukunft tragen soll. Allein die Differenz wird auf diese Summe nur dadurch herabgedrückt, daß man eben nach unten den Kreis der Steuerpflichtigen vermehrt. Wird durch eine Modifikation diesem Vorschlage entgegen getreten, dann wird der Ausfall, die Differenz um so viel größer, so daß, wenn man hiefür 20,000 fl. annimmt, schon dadurch 470,000 fl. Ausfall entstehen. Allein auch abgesehen davon, ist es nur dadurch möglich geworden, die Differenz nicht größer erscheinen zu lassen, daß man, wie ein Blick in den Gesetzentwurf zeigt, eben die untern Klassen mehr besteuert, als es bisher der Fall war; daß dies geschehen ist, darüber kann ein Zweifel nicht obwalten. Nehmen Sie z. B. ein Einkommen eines öffentlichen Dieners im Betrage von 300 fl. Es ist dies eine Summe, die im Leben sehr häufig vorkommt. Dieser bezahlte bisher 30 kr., denn die ersten 200 fl. waren steuerfrei, von den folgenden 100 fl. zahlte er ½ pCt., also 30 kr. Nun soll er aber, weil nichts mehr steuerfrei ist, von seinem ganzen Einkommen zu 300 fl. nach dem Entwurfe ⅓ pCt., also 1 fl. bezahlen. Es ist dies das Doppelte von dem, was er bisher bezahlt hat, und wenn später das durchgehen sollte, was der Ausschuß in Aussicht stellt, dann wird die Anlage nicht als eine fixe Steuer betrachtet, sondern als Steuersimplum, bei welchem im Finanzgesetze bestimmt wird, wie viele Simpla als Steuer zu erheben sind. Ein solcher Mann, der nur 300 fl. Einkommen hat, wird dann in seiner Steuer nicht nur verdoppelt, sondern vielleicht auf das drei oder vierfache der Steuer gebracht, je nachdem im Finanzgesetz eine größere oder geringere Anzahl von Simpla zu erheben beschlossen wird. Nun frage ich, meine Herren, ob es in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo durch die lang anhaltende Theuerung die Verhältnisse dieser Leute von so geringem Einkommen dermalen so traurig sind, wo man überall durch Unterstützungen, Theurungszulagen, Remunerationen außerordentlicher Art nachzuhelfen hat, ob in diesem Augenblicke es an der Zeit ist, diese Leute doppelt und dreifach zu belasten. Wenn solche Leute uns dann fragen, woher die Nothwendigkeit gekommen sey, sie jetzt so zu belasten, so müssen wir ihnen zur Antwort geben, weil die Leute von höherem Einkommen in Zukunft weniger zahlen. Eine andere Antwort könnte man den Leuten, die uns fragen, nicht geben, denn daß die Steuer durch das Hinwegfallen der progressiven Skala bei den höheren Klassen viel geringer würde, das ist klar. Die Steuer soll heute bei einem Prozente bleiben, während sie nach dem Gesetze von 1850 auf 1½ und 2 pCt. gestiegen ist. Außerdem ist zu erwägen, daß das Einkommen aus dem Grundbesitze, das jetzt auch von der progressiv steigenden Scala ergriffen wird, jetzt wegfallen soll. Es ist dies ein Punkt, welchen ich wohl zu erwägen bitte.

Ich gebe zu, daß die Frage, ob und in wieweit auf solche Verhältnisse Rücksicht zu nehmen ist, nicht nach bestimmten theoretischen prinzipiellen Sätzen entschieden werden kann, daß das mehr Gefühlssache ist. Allein mich ergreift bei dieser Frage das Gefühl, ich möchte einem solchen armen Manne, denn anders kann ich den nicht nennen, welcher bei den jetzigen Zeit-Verhältnissen eine Einnahme von nur 300 fl. hat, gegenüber auf seine Frage die angedeutete Antwort nicht geben. Deßwegen, meine Herren, bin ich entschlossen, diesem Personalsteuer-Gesetz nicht zuzustimmen. Ich bin weit entfernt, das Einkommensteuergesetz vom Jahre 1850 vertheidigen zu wollen, im Gegentheile ich halte eine Revision, und das Streben, dasselbe möglichst zu verbessern, nach den Erfahrungen, die man inzwischen gemacht, für nothwendig, nicht bloß für wünschenswerth, sondern für nothwendig. Das war auch die Ansicht der frühern Kammer, die im Jahre 1852 allerdings eine Revision jenes Gesetzes erwartete, allein eine Totaländerung des Systems ist wenigstens der überwiegenden Majorität, welche in jener Sitzung gestern vor 4 Jahren über den Hein e'schen Antrag abgestimmt hat, nicht eingefallen. Ich halte eine solche Revision für nothwendig; hat aber die kgl. Staatsregierung Vorarbeiten bis jetzt noch nicht gemacht, dann, meine Herren, halte ich eine Vorlage auf diesem Landtage allerdings für eine Unmöglichkeit, denn ich will eine reife Arbeit, die nach allen Seiten gehörig erwogen ist. Allein, wenn das Gesetz bis zum nächsten Zusammentritte des Landtages noch unverändert besteht, wenn die Regierung noch einmal die Erfahrung einer neuen Fatirung sammelt, so ist das kein Nachtheil. Wir haben Einrichtungen in unserm Staate, die mit weit größern Mißständen verbunden sind, sie bleiben auch noch drei Jahre und vielleicht noch länger bestehen. Also lassen wir diese Einkommensteuer auch noch 3 Jahre bestehen, und erwarten wir, daß die Regierung die Erfahrungen, die sie bei der nächsten Fassion gewinnt, gleichfalls benütze, und uns dann eine betreffende Vorlage mache, welche geeignet ist, die Mißstände jenes Gesetzes zu beseitigen.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 7. Februar. Se. Maj. der König haben dem k. Futtermeister Franz Kolb die Ehrenmünze des kgl. Ludwigsordens verliehen. (N. M. Z.)

Lindau, 5. Februar. Das Projekt einer Eisenbahnverbindung Lindau's — durch Vorarlberg — mit der schweizerischen Südostbahn wird im hiesigen Tagblatt mit Erwägung aller Vortheile und Nachtheile, welche für Lindau daraus erwachsen, besprochen. (A. Z.)

Sachsen. Dresden, 5 Febr. Se. Exc. der Staatsminister Frhr. v. Beust ist gestern Abend von Berlin zurückgekehrt.

Baden. Karlsruhe, 1. Februar. Dem Vernehmen nach ist der schon vor längerer Zeit projektirte Vertrag zwischen unserer Regierung und der schweizerischen Rheinfallbahngesellschaft über die Einmündung der badischen Eisenbahn in die schweizerische in Schaffhausen abgeschlossen, und wird in wenigen Tagen den Kammern zur Zustimmung vorgelegt. Hiernach würde die schweizerische Gesellschaft ihre Bahn über den Rheinfall fortsetzen, eine Strecke auf diesseitigem Ufer fortführen und dann eine weitere kurze Strecke gemeinschaftlich mit Baden erbauen. Auf diese Weise findet die badische Bahn, deren Vollendung bis Schaffhausen wohl zu Anfang des Jahres 1857 erwartet wird, mit den jenseits von Schaffhausen befindlichen Eisenbahnen die so lange gewünschte Fortsetzung bis in das Herz der Schweiz. (B. L.-Bl.)

Verantwortlicher Redakteur Dr. K. Pöhlmann. Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 40. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 9. Februar 1856

Deutscher Bund.

✠ Vom Main, 7. Februar. (Priv.-Korrespondenz.) Die jetzige Papiergeld-Krise zwingt Jeden, sich wieder einmal recht lebhaft das Bewußtseyn zu vergegenwärtigen, daß wir — Deutsche sind, das heißt ein einziges als solches unvertretenes Volk mit einer Menge souveräner Regierungen. Welche Masse von Verlusten, Verlegenheiten, Unannehmlichkeiten, endlich sogar Strafen hat das Publikum in den letzten Monaten schon zu tragen gehabt, weil der von Preußen gestellte Termin herangekommen war, ohne daß die Regierungen, von welchen das verfehmte Papiergeld ausgegangen, wirksame vorbeugende Schritte gethan hätten, ehe die Entwerthung schon eingetreten gewesen wäre. Daß diese Schritte keine vereinzelten seyn durften, sondern mehr oder weniger gemeinschaftliche seyn mußten, liegt begründet in der Vielheit und noch mehr in der Schmalheit und Verwicklung der deutschen Länder. Statt dessen aber sehen wir erst in der elften und zwölften Stunde Maßregeln ergreifen und fast überall andere Einzel-Maßregeln, so daß jetzt ein besonderes Studium erforderlich wird, wenn man genau wissen will, ob und welches Papiergeld und bis zu welchem *Einzelwerthe man* in jedem einzelnen Staate jetzt ausgeben oder *auch nur anbieten* (!!) dürfe, um sich vor Schaden zu hüten, denn die darauf gesetzten Strafen sind zum Theil sehr bedeutend. Merkwürdiger Weise ist gerade die hannoverische Re*gierung*, welche gar kein Papiergeld ausgegeben hat, in dieser Krise die toleranteste geblieben, während Preußen bei seiner bedeutenden Papiergeld-Emission, wenn dieselbe auf die Personenzahl des Staats repartirt wird, darin eigentlich überhaupt keinen sonderlichen Grund zur Ueberhebung gegen die anderen Staaten, z. B. Kurhessen, zu finden haben sollte. Was trotzdem noch möglich sey, zeigt der Beschluß von Sachsen-Altenburg, seine 360,000 Thlr. Ein- und Fünfthalerscheine sämmtlich einzuziehen und statt dessen nun gar 500,000 Thlr. Zehnthalerscheine emittiren zu wollen, was statt der Verminderung noch einer Vermehrung um etwa 40pCt. entspricht! Denn so viel ist jedenfalls gewiß, daß Deutschland jetzt zu viel Papiergeld hat, so daß alle heilenden Maßregeln, welche die Regierungen ergreifen können, jedenfalls nur auf Verminderung abzielen dürfen, daneben aber auf gegenseitige Kontrole und darauf basirte allgemeine, vor Spezial-Verboten gesicherte Zulassung. Vielleicht schläft die ganze Angelegenheit trotz allen gemachten Lärms für jetzt noch einmal wieder ruhig ein. — aber welchen Dank der Nation könnte sich der Bundestag einmal erwerben, wenn er sie vor der Wiederkehr solcher gemeinschädlicher Krisen sicherte. Aber wird Oesterreich mit seinen Papier-Nöthen sich dazu am Bundestage bereit zeigen?

** **Bayern.** München, 7. Febr. (Privat-Korresp.) **32. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Zu den drei, bereits mitgetheilten, Vorschlägen zu den Art. 12—30, d. h. zu dem Verfahren bei Anlage der Steuer, kam im Laufe der Debatte noch ein vierter Vorschlag und zwar von Seite der Staatsregierung, durch welchen dem vom Abg. Dr. Barth beantragten theilweise entsprochen werden sollte. Die Staatsregierung schlug nämlich vor: daß, insoweit sich Reklamationen gegen die Ziffergrößen, d. h. in dieser Beziehung gegen die von den Steuerausschüssen festgestellten Fassionen ergeben, die durch vier Mitglieder zu verstärkenden Steuerausschüsse in 2. Instanz zur Entscheidung kompetent seyn sollen, daß dagegen Reklamationen in allen anderen Fragen 2. Instanz von der Kreisregierung zu entscheiden wären. Es entstand hierüber eine längere Debatte, die damit endete, daß sich die Kammer für die Vorschläge Barth's, demnach für die volle Autonomie der Steuerausschüsse erklärte, denn die deßfallsige Modifikation wurde mit 64 gegen 60 Stimmen angenommen. Außerdem wurden die Artikel 12—30 mit den Modifikationen des Ausschusses und mit einer Modifikation des Abg. Boye angenommen, nach welcher als Größe der Strafe für unrichtige Einkommenserklärung der dreifache

---

Brasilianische Zustände.*)

I.

Rio de Janeiro, 12. Dezember 1855.

Seit einem halben Jahre richtet die Cholera bei uns arge Verheerungen an; hier in der Stadt sind beinahe viertausend Menschen der Seuche erlegen, die jetzt schwächer wird, während sie die Provinzen stärker heimsucht. Bis vor etwa sechs Jahren kannten wir keine epidemischen Krankheiten, selbst das gelbe Fieber hat vor 1849 den Amazonenstrom nicht überschritten, dann aber die Küste entlang arg gewüthet und die Cholera zur Genossin erhalten. Diese Krankheiten sind für ein menschenleeres Land, das auf einer zehnmal so großen Oberfläche als Deutschland allerhöchstens 7 Millionen Einwohner hat, im höchsten Grade empfindlich, weil sie Arbeitskräfte hinwegraffen, an denen Brasilien so großen Mangel hat. Während der letzten Jahre ist keine frische Zufuhr von Negern aus Afrika eingetroffen, der Sklavenhandel mit Guinea ist zu Ende, und die Frage nach Zucker, Kaffee und Tabak steigert sich von Europa her immer mehr. In den zehn Jahren von 1840 bis 1850 sind nach einem gewiß nicht zu hohen Ueberschlage an 400,000 arbeitsfähige Sklaven eingeführt worden, dann stockte dieser Handel völlig, und die Verlegenheit war groß. Seitdem sind die Neger im Preise gestiegen; aber es handelt sich nun vor allen Fallen darum, Arbeitskräfte zu gewinnen, und zu diesem Behuf läßt man es, wie Sie wissen, an Bemühungen von Seiten der Regierung wie der großen Fazendeiros nicht fehlen. Brasilien ist ein schönes Land und wäre unter veränderten Umständen einer guten Zukunft sicher; für jetzt aber und gewiß auf lange hinaus sind so viele auffallende und augenfällige Mängel und Gebrechen vorhanden, daß ein Europäer, der sich längere Zeit alle diese Dinge mit ansieht, darüber in Verwunderung geräth. Hier ist alles Indolenz, Gehenlassen und sehr oft Intrigue; viel Projektenmacherei und wenig Ordnung. Manches ist geradezu unvernünftig. In einem Lande, das sich so eminent auf den Ackerbau angewiesen sieht und durch verständigen Betrieb desselben so wohlhabend werden könnte, wie kaum ein anderes, will man durch künstliche Mittel eine schwunghafte Gewerbsindustrie ins Leben rufen, zu welcher es doch an jeder Grundbedingung, an jeder Vorbereitung fehlt. Noch nicht drei Prozent des großen Kaiserreiches sind in Anbau, die Zahl der Weißen ist so gering, daß sie unter den Schwarzen, Gelben, Rothbraunen und Waizenfarbigen fast verschwindet, und man träumt von großen industriellen Unternehmungen! Die Zollsätze für europäische Waaren, insbesondere Fabrikate, sind ganz widersinnig hoch, und man trifft immer noch keine Anstalten, den Tarif zu erniedrigen. Zwar ist seit Jahren davon die Rede, und von Zeit zu Zeit wird im Ministerrathe und im Staatsrathe darüber verhandelt; aber es ist mit der Sache selbst gar nicht ernst gemeint, und man sucht und findet immer Vorwände zu längerem Aufschub, weil man eben keine Aenderung will. Das gegenwärtige System ist nämlich den einflußreichen Leuten äußerst bequem. Die Staatseinnahmen rühren bei Weitem zum größten Theil aus den Einfuhrzöllen her; die großen Grund- und Gutsbesitzer dagegen zahlen von ihrem Besitz keine Steuern; man will keine direkten Abgaben, keine

*) Privatschreiben eines Deutschen, die der „Köln. Ztg." vom Empfänger mitgetheilt worden sind.

Jahresbetrag der Steuer, statt drei- bis fünffache Betrag, bestimmt wurde. — Die nun folgenden Art. 31—37, welche von der Behandlung der Zu- und Abgänge; die Art. 38 und 39, welche von den Kosten der Steueranlage handeln, Art 40, Erhebung der Steuer betreffend, und die Schlußbestimmungen Art. 41—44 wurden ohne Debatte und unverändert angenommen. Zum letzten Artikel aber machte Abg. Fürst Wallerstein noch einmal den Versuch, die bisherige allgemeine Einkommensteuer vorerst noch zu erhalten, denn er beantragte, daß die Beschlußfassung über die Aufhebung des Einkommensteuer-Gesetzes vom 11. Juli 1850, welche nach dem vorliegenden Gesetzentwurf mit der Inkrafttretung desselben bei Beginn des Finanzjahres 1855/56 erfolgen soll — ausgesetzt bleiben soll bis zur Budgetberathung, damit hiedurch der Kammer die Möglichkeit bleibe, wenn sie zur Deckung des Defizits für nothwendig erachte, auch noch die allgemeine Einkommensteuer neben dem neuen Gesetze beizubehalten. Der k. Ministerpräsident aber erklärte sich sehr entschieden gegen diese Modifikation und verlangte, daß man sich entweder für oder gegen die neuen Gesetze erkläre; neben denselben auch noch das bisherige beizubehalten, erscheine nicht möglich. Dem stimmten die Abgg. Ruland und Nar bei, während sich die Abgg. v. Lerchenfeld, Reichenbacher, Crämer, Dr. Völk für die Modifikation Wallersteins erklärten — die aber dann mit 69 gegen 56 Stimmen verworfen wurde. Es wurde dann noch dem Eingang zu dem Gesetze nach Vorschlag des Ausschusses beigestimmt — und dann zur Schlußabstimmung geschritten, welche die Annahme des vielfach modifizirten Entwurfs mit 65 gegen 60 Stimmen ergab. Hiemit schloß die Sitzung um halb 4 Uhr Nachmittags.

München, 8. Februar. Se. Maj. der König haben die katholische Pfarrei Wollbach, Ldg. Neustadt a. d. S., dem Priester Karl Endres, Benefiziat in Trockau, Ldg. Pottenstein, übertragen. (N. M. Z.)

*○ München, 6. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Im neuesten Einlauf der 2. Kammer befindet sich u. a. Beschwerde des Dr. Emanuel Feust zu Bamberg, früheren Redakteurs und Eigenthümers des „Nürnberger Kurier", „Verletzung verfassungsmäßiger Rechte" betr. Antrag der Abgeordneten Edel und Weis: „den besondern budgetmäßigen Staatszuschuß an die kgl. Universität Würzburg für die VII. Finanzperiode" betr.

* Unsere gestrige Mittheilung, daß die Staatsregierung das Jagdgesetz zu revidiren beabsichtige, wird bestätigt durch eine Erklärung, welche der Hr. Finanzminister im 3. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe abgegeben hat, dahin lautend, daß bereits die Vorarbeiten zur Revision des Jagdgesetzes von der kgl. Staatsregierung in Angriff genommen sind, und daß die Grundprinzipien der Revision des Gesetzes von Sr. Maj. bereits genehmigt seyen und darauf ein Gesetz vorbereitet werde. Der Ausschuß beschloß hierauf, daß nunmehr der vom Grafen Pappenheim eingebrachte Antrag auf Revision des Jagdgesetzes auf sich zu beruhen habe.

Württemberg. Stuttgart, 6. Februar. Von dem mit der hiesigen Lebensversicherungs- und Ersparnißbank verbundenen Kapitalistenverein fand am 2. lauf. Mts. in dem Lokale der Lebensversicherungsbank eine Generalversammlung der Theilnehmer statt. Aus den Mittheilungen, mit welchen der Präsident des Verwaltungsraths, Staatsminister v. Herdegen, die Versammlung eröffnete, geht hervor, daß sich dieses gemeinnützige Institut schon in der kurzen Zeit seines Bestehens eine ziemlich große Zahl von Theilnehmern erworben hat. Die baaren Einzahlungen in die Vereinskasse betrugen im Monat Oktober 26,500 fl., November 51,800 fl., Dezember 68,800 fl., Januar 58,000 fl. Gesammtbetrag bis zum letzten Januar 205,100 fl. Außerdem sind beträchtliche Einlagen für die nächste Zeit vorgemerkt. Dieser gute Anfang berechtigt zu der Hoffnung, daß der Verein, welcher im gleichmäßigen Interesse der Kapitalienbesitzer, wie der Darlehensbedürftigen ist, Hand in Hand mit seiner Mutteranstalt, der ebenfalls in steter Zunahme begriffenen Lebensversicherungs- und Ersparnißbank, bald zu einem der wichtigsten Kredit-Institute des Landes heranwachsen und wesentlich zu Hebung des gesunkenen Realkredits beizutragen im Stande seyn wird. Uebrigens werden die Vereinsgelder nicht bloß auf Grundrenten gegen hypothekarische Sicherheit, sondern auch auf kürzere und längere Zeit gegen Hinterlegung von Werthpapieren ausgeliehen, wodurch zugleich dem Interesse der Industrie und des Handels gedient wird. (Schw. M.)

Hannover. Hannover, 5. Febr. Aus der jüngst erschienenen königlichen Verordnung, welche auf Grund der bestehenden (d. h. durch die Verordnung vom 1 Aug. v J. wieder erweckten) Einrichtung das Verfahren bei Entscheidung von Kompetenz-Konflikten regelt und zugleich neue Vorschriften über die Befugnisse, Thätigkeit und Zusammensetzung des Staatsrathes enthält, mag als bezeichnend hervorgehoben werden, daß unter anderen die Präsidenten der beiden Stände-Kammern aus der Liste der ordentlichen Mitglieder gestrichen sind, dagegen der Polizei-Direktor neu aufgenommen ist. Präsident des Staatsrathes war bisher der jeweilige Präsident des Staatsministerium; nach der heutigen Verordnung wird der König den Präsidenten und dessen Stellvertreter ernennen, unter Umständen aber selber den Vorsitz führen. Entscheidend ist die Wirksamkeit des Staatsrathes nur bei Kompetenz-Konflikten; begutachtend bei Entwürfen neuer Gesetze und Verordnungen, bei Entscheidung von Moratorien, bei Beschwerden über Expropriationen zu Staats- und öffentlichen Zwecken und über Mißbrauch der Kirchengewalt bei Differenzen über Aenderung milder Stiftungen, bei Amts-Suspension auf länger als einen Monat, theilweiser Entziehung des Dienstgehalts und Dienst-Entlassung königlicher, nicht lediglich zur Klasse der Richter gehörenden Diener, endlich bei wichtigen Regierungs-Handlungen überhaupt. Die außerordentlichen Mitglieder wer-

---

Landtaxe, und darin liegt für dieses Land ein großes Mißgeschick. Viele Leute begreifen das auch sehr wohl, sie haben aber ein persönliches Interesse daran, jede Belastung von sich fern zu halten. Im Senat wie in der Deputirten-Kammer haben und behalten die großen Grundbesitzer das Uebergewicht; sie finden in dem jetzt geltenden Systeme ein großes Privilegium und mögen natürlich nicht selbst Hand anlegen, dasselbe zu beseitigen. Wollte die Gesetzgebung ernstlich eine Reform in dieser Beziehung, so würde die Regierung nicht nur nichts dagegen haben können, sondern müßte sogleich Hand anlegen, um sie durchzuführen. Aber die großen Grundbesitzer in den Kammern wollen eben nicht, und so dreht man sich in dem gebannten Kreise umher, während man sich doch den Anschein gibt, ihn durchbrechen zu wollen.

In Deutschland möge man sich wohl hüten, alles das zu glauben, was von diesem Lande aus über die hiesigen Verhältnisse im günstigsten Lichte geschrieben und gedruckt wird, denn es läuft dabei viel Täuschung mit unter. Ich lasse dahin gestellt seyn, ob sie allemal geflissentlich ist oder nicht. Wie gesagt, an Planmachereien und Anläufen zu allerlei Dingen fehlt es nicht, eben so wenig an einzelnen industriellen Anlagen; aber die ersten sind oft unpraktisch, und was die zweiten anbelangt, so wären die meisten besser gar nicht da, weil sie für dieses Land nicht passen. Jetzt spricht man wieder von landwirthschaftlichen Musteranstalten, man sitzt hoch zu Pferde wegen der Eisenbahnbauten, und hat doch keine freien intelligenten Landarbeiter und im ganzen Lande nicht zehn deutsche Meilen rechtschaffener Landstraßen. Man möchte sich die neueren Kommunikationsmittel aneignen, wäre es auch nur, um sagen zu können: auch wir besitzen Schienenwege; aber man hat nicht die Grundbedingungen dafür. Alle Verhältnisse sind hier noch ungeordnet, in den Anfängen und doch schon so labyrinthisch verwickelt, daß sich gar nicht absehen läßt, wie die Dinge einmal auf eine richtige Basis kommen sollen.

Neuerdings ist wieder viel von Landvermessungen die Rede, die freilich in hohem Grade nothwendig wären; denn die wenigsten Leute wissen, wo ihr Grundeigenthum aufhört und das ihrer Nachbarn anfängt. Lagerbücher, Kataster und dergleichen kennt man nicht; auch in diesen Dingen herrscht die brasilianische Unordnung. Wer soll vermessen? Das Ingenieurwesen liegt völlig im Argen; man hat sogenannte Zivil-Ingenieure, die seit einiger Zeit sogar eine Art von Prüfung bestehen müssen; aber ein deutscher oder französischer Ingenieur würde alle Kollegialität mit diesen Leuten ablehnen. Mit dem Unterrichtswesen ist es auch in Bezug auf die Heranbildung von Ingenieuren dürftig bestellt; sie lernen auf der Militär-Akademie allerlei, was sie im praktischen Leben nicht verwenden können, sind im Situationszeichnen und selbst im Feldmessen unglaublich zurück, und liefern Karten in der Art unserer alten Nürnberger, wie sie die Gebrüder Homann im vorigen Jahrhundert herausgaben. Für jene Akademie wäre eine durchgreifende Reform dringend nöthig, und vor Allem im Lehrer-Personal eine strenge Richtung zu treffen. Von Disziplin unter den Zöglingen ist keine Rede, und man würde unsern deutschen oder den französischen Militärschulen Unrecht thun, wenn man die hiesige Anstalt mit ihnen vergleichen wollte. Werden Sie mir es glauben, daß es auch heute in Rio unmöglich ist, ein gutes mathematisches und physikalisches Instrument zu kaufen, ja, sich nur eine ordentliche Bussole zu verschaffen? Es ist Niemand da, an welchen man sich auch nur wegen einer Reparatur

den vom Könige widerruflich (mit Ausnahme jedoch der für die Kompetenz-Konflikt-Abtheilung bestimmten) ernannt; die letzteren müssen zur Hälfte den höheren Gerichten, zur anderen der Verwaltung angehören und aus den Abtheilungen für die Justiz und des Inneren dauernd ernannt werden. Der Staatsrath zerfällt in das Plenum und in die sechs Abtheilungen: für die Justiz, für das Innere, für die geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten, für die Finanzen und den Handel, für Militärsachen und für Kompetenz-Konflikte. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 5. Februar. Admiral Sir Edmund Lyons begibt sich in wenig Tagen als Oberkommandant der britischen Flotte im schwarzen und Mittelmeer auf seinen Posten zurück. (Allg. Z.)

London, 8. Februar. Lord Palmerston verweigert im Unterhaus Hrn. Baillie's Forderung der Korrespondenzvorlage über das Verhalten des englischen Konsuls in Köln, nachdem alles freundschaftlich geschlichtet. Hrn. Scobells Antrag auf Aenderung der Admiralitätsverwaltung wurde mit großer ministerieller Majorität verworfen. (T. D. d. A. Z.)

Frankreich.

° Paris, 7. Febr. Während an der Börse das Gerücht von der gestern zu erwartenden Entbindung der Kaiserin verbreitet war, hatte dieselbe in einer Equipage à la Daumont die Tuilerien um 3 Uhr in Begleitung des Kaisers verlassen und eine 2stündige Spazierfahrt um den See des Boulogner Wäldchens gemacht. Die Entbindung der Kaiserin, der man in der ersten Hälfte des Monats entgegensah, scheint erst etwas später einzutreten. Das Aussehen der Kaiserin, ist, wie es die Umstände mit sich bringen, leidend.

Spanien.

† Madrid, 6. Febr. Da die Ruhe wieder hergestellt ist, hat die Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes der Provinzen Burgos und Arragon beschlossen. Man glaubt, daß sich diese Maßnahme auch auf Catalonien ausdehnen werde.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, 6. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Warum wartet nicht Oesterreich mit seiner Vorlage an den Bundestag, bis die Präliminarien definitiv festgestellt sind, da alsdann Preußen und Deutschland zu sehen im Stande sind, wohin eigentlich die Alliirten wollen? Ist es nicht möglich, daß die Friedens-Konferenzen unverrichteter Dinge auseinandergehen? Der Grund dieser Eile Oesterreichs ist darin zu suchen, daß es die Unterstützung Preußens und der Zustimmung Deutschlands bedarf, um seinen besondern Forderungen das nöthige Gewicht zu geben. War Oesterreich bisher der schwächste und theilnahmloseste der Alliirten, hat es das Wenigste Rußland gegenüber gethan, so würde es — wenn es seine Absichten auf dem Bundestage erreicht — mit Deutschland zur Seite der stärkste werden, und auch auf den größten Preis Ansprüche erheben können, den sich die Alliirten auf irgend eine Weise ausbedingen werden.

× Berlin, 7. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Heute ist der Tag, an welchem Oesterreich seine Vorlage in der Sitzung des Bundestages machen wird. Nach der Mittheilung, welche hieher über diese Vorlage gelangt ist, soll der deutsche Bund für die Ausführung der Friedens-Propositionen eintreten, also auch für den letzten Fall die Waffen ergreifen. Hr. v. Beust scheint bei seiner Anwesenheit in Berlin, nicht sowohl das preußische Kabinet haben bestimmen zu wollen, dem österreichischen Vorschlage beizutreten, als vielmehr Preußen für die Politik der Mittelstaaten Deutschlands gewinnen zu wollen. Diese bezweckt den vorhandenen Andeutungen zufolge allerdings eine Annahme der österreichischen Propositionen, aber keineswegs hat man die Absicht, sich so weit dabei zu verpflichten, daß schließlich daraus eine Theilnahme an einer etwaigen Fortsetzung des Krieges hergeleitet werden kann. Der Standpunkt, welchen die deutschen Mittelstaaten einnehmen, ist also mit dem Unterschiede, daß die preuß. Regierung Verpflichtungen auf Grund der Friedens-Propositionen nicht übernehmen will, weil sie bis jetzt noch keinen einigermaßen sicheren Anhalt für die Zukunft gewähren, sondern daß sie erst weitere Stadien in der Friedensfrage abzuwarten gedenkt. Als Preis für die Aneignung der fünf Friedens-Propositionen wollen die deutschen Mittelstaaten eine Vertretung auf den Pariser Konferenzen verlangen. So lebhaft Oesterreich auch wünscht, sich die Sympathie Deutschlands zu erwerben, um dadurch mit imposanterer Macht auf den Konferenzen auftreten zu können, so hat es doch keineswegs die Absicht, den Wünschen der mitteldeutschen Staaten beizutreten. Es würde einem Diplomaten, der als Bevollmächtigter der mitteldeutschen Staaten auf den Pariser Konferenzen erscheint, seine Freundlichkeit nicht zuwenden. Es will wohl die Unterstützung Deutschlands, aber nur durch seine Vermittlung. Es scheint auch, daß Preußen mit der Politik der deutschen Staaten nicht einverstanden ist, wenigstens nicht so weit, daß es zu Gunsten ihrer Vertretung in Paris dem österreichischen Vorschlage beitreten wird.*) Das Verlangen, auf den Pariser Konferenzen vertreten zu seyn, scheint ein allgemeines zu werden. Wie man hört, hat sich auch Schweden gemeldet, um einen Bevollmächtigten dorthin zu senden. Die Westmächte und Oesterreich werden ihr Möglichstes zu thun haben, um alle Conkurrenten abzuweisen.

*) Nach den „Hamb. N." wollen die deutschen Mittelstaaten in Frankfurt den fünften Punkt der österreichischen Friedensbedingungen nur eventuell unter Vorbehalten annehmen und dieses Verlangen begegne beim Berliner Kabinet keinem Widerspruch.

---

wenden könnte; Höhen-Barometer, Theodoliten und dergleichen sind gar nicht zu haben. Schon daraus kann man abnehmen, wie es mit topographischen Arbeiten steht, und welche Beschaffenheit es mit den sogenannten Landvermessungs-Arbeiten im Innern hat.

Ich kann nur wiederholen: hier ist ein Chaos, und bei der wenig verständigen Art und Weise, in welcher die Behörden zu Werke gehen, muß die Verwirrung unberechenbar werden. Allerdings haben hin und wieder Privatleute einzelne Besitzungen auf ihre eigenen Kosten vermessen lassen, und einige tüchtige Ingenieure sind vorhanden, natürlich Ausländer; aber Vermessungen in europäischem Sinne und in größerer Ausdehnung fehlen, man hat nur Aufnahmen in Bausch und Bogen, ungenaue, willkürliche Planentwürfe, die meist zu unabsehbaren Prozessen führen müssen, wenn einmal der Verkehr wachsen und der Grund und Boden einigen Werth bekommen sollte. Durch eine Menge von Spekulanten und Projektenmachern, an denen nichts weniger als Mangel ist, werden die Dinge noch ärger gemacht. Man möchte es dem Pariser Credit mobilier nachthun, errichtet Aktien-Gesellschaften, läßt die gutmüthigen Leute Einzahlungen machen, verspricht wunderbare Erfolge für das Kaiserreich, und bald darauf verschwindet Alles in Nichts, von Resultaten ist keine Rede.

Bis vor wenigen Jahren zogen unsere Geldleute einen beträchtlichen Gewinn von den Kapitalien, welche sie im afrikanischen Sklavenhandel angelegt hatten. Damit hat es, wie ich schon bemerkte, ein Ende. Wie sollen sie nun diese Gelder nutzbringend machen? An Arbeitskräften, welche die Grundlage jedes gesunden Unternehmens bilden müssen, herrscht Mangel; freie Arbeit ist in diesem Lande der Sklavenarbeit so gut wie nicht vorhanden. Nun will man doch Credit-Mobilier-Unternehmungen machen, stellt bei denselben von vorn herein 20 bis 30pCt. Dividende in Aussicht, nimmt Einzahlungen an, es kommt aber nie etwas zu Stande, und so wird es noch lange Zeit bleiben.

Der wundeste Punkt des Landes liegt nämlich darin, daß die Einwanderung und die Kolonisation in irgend der Rede werther Ausdehnung gar nicht gedeihen können, so lange die bisherige Gesetzgebung über diese beiden wichtigen Punkte nicht eine radikale Umwandlung erfahren hat. Gegenwärtig ist gar keine gesunde Basis vorhanden. Denn noch liegen die früher unter Dom Joao dem Sechsten gegebenen Verordnungen zu Grunde. Doch das sind äußere Dinge, die sich beseitigen ließen. Viel schlimmer ist der Umstand, daß sich der Brasilianer nicht daran gewöhnen kann, die Arbeit und den Arbeiter zu achten; er blickt darauf herab von der Höhe eines Sklaven-Besitzers. Er liebt die Einwanderung freier Menschen nicht, er möchte, wenn es möglich wäre, gern um eine solche hinwegkommen, und Leute, welche sich in dieser Beziehung zu einer vorurtheilsfreien Ansicht erheben können, sind hier ungemein selten. Die paar Dutzend vereinzelter Ansiedlungen und Kolonien, welche im Lande vegetiren, werden von ächten Brasilianern obendrein mit scheelem Auge angesehen; eben als Brasilianer hat er eine Abneigung gegen alle Fremden, die ihm an Einsicht, Thatkraft und Arbeitsfähigkeit überlegen sind, wozu dann freilich nicht sehr viel gehört.

Frankfurt, 7. Februar. In der heutigen Sitzung des Bundestages kam die österreichische Vorlage in der orientalischen Angelegenheit zum Vortrage und wurde ohne spezielle Diskussion an die Ausschüsse zur Berichterstattung, die man nächste Woche erwartet, verwiesen. (T.D.d.Nürnb.Korr.)

§ Wien, 6. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Nach Frankfurt sind in den letzten Tagen zu wiederholten Malen Depeschen abgegangen, welche die österreichischen Vorlagen am Bundestage betreffen, und fanden aus demselben Anlasse auch mehrere Konferenzen zwischen dem Grafen Buol und mehreren Gesandten der deutschen Staaten statt. In diplomatischen Kreisen erhält sich die Meinung, daß die österreichischer Seits beschlossenen Vorlagen zu einer Verständigung Oesterreichs, Preußens und des deutschen Bundes rücksichtlich der von dem Bunde der gegenwärtigen Situation gegenüber einzunehmenden Haltung führen werden. Es ist dies um so wahrscheinlicher, als man in Hinblick auf die bis jetzt beobachtete Politik Oesterreichs wohl zu der Voraussetzung berechtigt ist, daß Oesterreich sich kaum zu neuen Vorlagen an den Bundestag entschlossen hätte, wenn es sich nicht im Voraus die Ueberzeugung verschafft haben würde, daß dieselben eine günstige Aufnahme zu gewärtigen haben. Was insbesondere die Haltung Preußens betrifft, so wird wiederholt versichert, daß es die österreichischen Vorlagen nicht bekämpfen werde, denn es ist im Gegentheile gewiß, daß eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Großmächten zu Stande gekommen ist, und zwar in einer den diesseitigen Intentionen entsprechenden Weise. — Weniger günstig lauten dagegen heute die Nachrichten über die die Theilnahme Preußens an den Pariser Konferenzen betreffende Frage.

Wien, 7. Febr. Hr. v. Bourqueney reist heute, Graf Buol nächste Woche zu den Pariser Friedenskonferenzen ab. (T.D.d.N.K.)

Aus Rußland.

* Wir entnehmen einer Korrespondenz des „Constitutionnel" aus St. Petersburg, 27. Jan., nachstehende Schilderung der dort herrschenden Gesinnungen und Ansichten (wobei man jedoch nicht vergessen darf, daß sie aus einer französischen Feder fließt):

„Der Großfürst Constantin selbst, bekanntlich der kriegerischst Gesinnte der ganzen kaiserlichen Familie, hat sich, wie man versichert, zu offenbar versöhnlichen Ansichten bekehrt. — In einer Unterhaltung mit einem fremden Offiziere, Militär-Repräsentanten einer Nord-Macht, soll der junge Fürst, die aus seinem Munde bemerkenswerthen Worte gesprochen haben: „Nach Allem hat mein Bruder Alexander weise gehandelt, den österreichischen Vorschlägen beizutreten. Der Friede hat auch sein Verdienst und die Leiden enden, welche Europa seit 2 Jahren erduldet, ist ein Ruhm, der dem andern gleichkömmt. — Rußland würde sich bis aufs Aeußerste mit Heldenmuth vertheidigt haben und ich bin überzeugt, daß trotz der furchtbaren Rüstungen der kriegführenden Mächte, die nächste Campagne im baltischen Meere unsern Gegnern nichts gefruchtet hätte; aber die innere Lage der Dinge, wie sie sich gestaltete und mir jetzt bekannt ist, hat meine Ansichten geändert und ich finde, daß der Entschluß des Kaisers, wohlgethan ist."" Wenn aber die Ansichten des offensiblen Parteichefs sich so geändert haben, so läßt sich leicht ermessen, welche Revolution es in den Ideen der Höflinge hervorgebracht hat, die ihre Meinung immer nach der des Czaren richten, oder in der Ansicht jener Menge von Leuten, die der alt-russischen Partei angehören, weil man irgend einer Partei angehören muß. — Fürst Alexander Mentschikoff ist in Petersburg die einzige höhere Persönlichkeit, die sich etwas laute Bemerkungen erlaubt. Er fragt, warum die Aristokratie nicht gegen die Nachgiebigkeit protestirt, die er ungeeignet nennt."

„Aber die Aristokratie, die seit 2 Jahren die ganze Last des Kriegs trug und die Folgen noch lange verspüren wird, ist des Kampfs müde. . . . In einer Audienz beim Czaren suchte Fürst Mentschikoff darum nach, Rußland bei den demnächstigen Konferenzen vertreten zu dürfen. Der Kaiser aber schlug die Bitte geradezu ab, indem er dem Admiral-Gouverneur nicht undeutlich zu verstehen gab, daß es besser gewesen wäre, der Fürst hätte an der Alma ein seiner kriegerischen Sprache mehr entsprechendes Benehmen gezeigt, als sich jetzt, wo die Zeit, Heldenmuth zu beweisen, vorüber ist, so kriegerisch zu geberden. Heute wollte der Admiral einen letzten Versuch beim Großfürsten machen, aber er wurde nicht vorgelassen und ihm durch einen Adjutanten der Befehl ertheilt, sich zur Ausführung wichtiger, ihm vom Kaiser anvertrauter Aufträge nach Kronstadt zu begeben. Dagegen wird in Altrußland viel gegen den Entschluß des Czaren geschrien. Das Volk selbst, obwohl durch die Verdienstlosigkeit zu Grunde gerichtet und buchstäblich fast ohne Brod, folgt der Einwirkung der Geistlichkeit."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 8. Februar. Oesterr. Fondsgattungen und Kredit-Aktien wurden niedriger abgegeben, während Staatsbahnaktien besser bezahlt wurden. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 87½ P. 87¼ G.
„ 5pCt. Metall. alte 78½ P. 78 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79¾ P. 79½ G.
„ 4½pCt. „ 67½ P. 67¼ G.
„ 4pCt. „ 62 P. 61½ G.
„ 3pCt. „ 47 P. 46½ G.
„ 1pCt. „ 15⅞ P. 15⅝ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1131 P. 1126 G.
Oesterreichische Credit-Actien 129 P. 127 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 126 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 96¼ P. 96 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 274½ P. 272½ G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100½ P. 100 G.
„ 4pCt. „ 95 P. 94½ G.
„ 3½pCt. „ 86¾ P. 86¼ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95 P. 94½ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 158¼ P. 157¾ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 114 P. 113½ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102⅛ P. 101⅝ G.
„ 3½pCt. „ 89½ P. 89 G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¾ P. 88½ G.
Badische 50 fl. Loose 78 P. 77½ G.
„ 35 „ „ 47½ P. 47¼ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 102¼ G.
„ 4pCt. „ 99¾ P. 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93 P. 92½ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ 36 P. — G.
Darmstädter Bankaktien 307 P. 305 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39 P. 38¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 61½ P. 61 G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90¾ P. 90¼ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 P. 29½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 93⅜ P. 92⅞ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 121 P. 120½ G.
Taunus-Aktien a 250 fl. 326 P. 324 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 77½ P. 77 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38⅞ P. 38⅝ G.
„ 1pCt. neue 21 13/16 P. 21 5/16 G.
Holland Integrale 64 P. 63½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 P. 42½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¾ P. 100½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 119⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96½ P. 96¼ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅝ P. 88⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Lond. Lst. 10 k.S. 119¾ P. 119⅜ G.
Mail. i.S. Lo. 250 k.S. 101⅛ P. 100⅞ G.
do. 3 Monat mit 5% 100¾ P. 100½ G.
Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Wien fl. 100 C. k. S. 111½ P. 111¼ G.
Wien 3 M. mit 4% 111⅛ P. 110⅞ G.
Disconto — P. 3½ pCt. G.

Wien, 7. Februar. Oesterr. 5pCt Nat. Anl 85⅞; 5Cpt. Met. 83⅛; 4½pCt. 74; Lotterie-Anlehensloose von 1839 — —; dito von 1854 104⅛; Bankaktien 1020; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2455; Wechselkurse: Augsburg uso 107⅛ P.; London 10.28 P. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Nürnberg, 9. Febr. Das Germanische Nationalmuseum hat soeben den ersten Band seiner „Denkschriften" in würdigster Ausstattung erscheinen lassen und erfreut sich fortwährend der wachsenden Theilnahme des deutschen Volkes in allen Standesklassen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 41. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 10. Februar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. (Die Beschwerde der Gemeindebevollmächtigten der Stadt Kitzingen, „die verfassungswidrige Beschränkung der dortigen Gemeindewahlen" betreffend.)

Die Gemeindebevollmächtigten der Stadt Kitzingen haben unter dem 30. Sept. 1855 der Kammer der Abgeordneten eine Beschwerde übergeben wegen verfassungswidriger Beschränkung der dortigen Gemeindewahlen. Der historische Thatbestand dieser Beschwerde ist nach dem vom Abg. Prof. Lasaulx an den 5. Ausschuß der 2. Kammer erstatteten Bericht folgender:

Kitzingen, dessen Bevölkerung konfessionell gemischt ist, zählt gegenwärtig im Ganzen 893 stimmfähige Bürger, von welchen 529 der protestantischen, 364 der katholischen Konfession angehören. Letztere aber, obwohl an Zahl und an Wohlhabenheit die minderen, sind seit zweihundert Jahren im Besitze des größeren Theiles der lokalen Stiftungen, obgleich diese, wie von der andern Seite behauptet wird, theilweise aus einer Zeit herstammen sollen, in welcher die Stadt fast ganz protestantisch war. Die Stadt Kitzingen nämlich hat im Laufe der letzten vier Jahrhunderte vielfache politische und konfessionelle Wechselfälle erfahren; sie war 1442 von dem Bischofe von Würzburg für die Summe von 39,100 Gulden an den Markgrafen von Brandenburg verpfändet worden, war 1525 dem evangelischen Bunde beigetreten, und wurde erst 1628 nach fast zweihundertjähriger Verpfändung von dem Hochstifte Würzburg wieder eingelöst und, nicht ohne arge Gewaltmaßregeln, theilweise zum katholischen Bekenntniß zurückgebracht. Durch diese und andere Umstände ist, wie es scheint, unter der dortigen Bevölkerung die bürgerliche Eintracht der konfessionell Getrennten tief gestört, und eine nachhaltige konfessionelle Verbitterung hervorgerufen worden.

Als es daher nach Erlassung der Verfassungsurkunde und des damit zusammenhängenden Gemeinde-Edikts im Jahre 1818 zum ersten Mal in Kitzingen zu einer neuen Gemeindewahl kommen sollte, und die katholische Minorität voraussah, daß die protestantische Majorität von ihrem numerischen Uebergewichte Gebrauch machen, und den Art. 3 der Gemeindewahlordnung, nach welchem es „in Ansehung des Wahlstimmrechtes in den Gemeinden auf die Religionseigenschaft der Mitglieder, wenn sie nur einer gesetzlich aufgenommenen und anerkannten Religionsgesellschaft angehören, niemals ankömmt," in ihrem konfessionellen Interesse ausführen würden; da wendeten sich die katholischen Gemeindemitglieder zu Kitzingen am 22. Juli 1818 an den König mit der Bitte: es möge in der konfessionell gemischten Stadt Kitzingen zwischen den Katholiken und Protestanten bei den Gemeindewahlen die Parität eingeführt werden, so daß aus beiden Konfessionen eine gleiche Zahl von Wahlmännern, von Gemeindebevollmächtigten, und von Magistratsmitgliedern gewählt werden müsse. Diesem Gesuche aber wurde nicht willfahret.

Die bald hierauf vorgenommenen und von der kgl. Regierung in Würzburg bestätigten Gemeindewahlen in Kitzingen ergaben das Resultat: daß der Bürgermeister, der rechtskundige Magistratsrath, und zwei bürgerliche Magistratsräthe der katholischen, die sechs übrigen bürgerlichen Magistratsräthe nebst dem Stadtkämmerer und dem Stadtschreiber der protestantischen Konfession angehörten; und daß gleicherweise in das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten fünf Katholiken und neunzehn Protestanten gewählt wurden. Seit dieser Zeit hörten die Beschwerden wegen des Uebergewichts der einen Konfession über die andere nicht auf. Die kgl. Kreisregierung zu Würzburg sprach unterm 24. August 1821 den Grundsatz aus, „wenn gleich die Wahlfreiheit im Allgemeinen nicht beschränkt werden dürfe, so müsse doch Rücksicht darauf genommen werden, daß immer wenigstens 4 katholische Magistratsmitglieder, welche zur Verwaltung der katholischen Stiftungen erforderlich seyen, in dem Rathe sich befinden." Sie hat an diesem Grundsatz stets, mit Ausnahme eines einzigen Zwischenfalls, bis zum 6. Nov. 1854 festgehalten.

Der Berichterstatter Professor Lasaulx ist der Ansicht, daß sie mit dieser vielbesprochenen Forderung von vier katholischen Magistratsräthen faktisch nicht mehr begehrt habe, als was die Kitzinger Gemeindebevollmächtigten gleich anfangs bei der ersten Wahl im Jahre 1818 freiwillig gewährt hatten; so daß der innere Unterschied zwischen dem, was die Regierung ursprünglich gefordert hat, und dem, was die Gemeindebevollmächtigten fortwährend bestritten haben, objektiv nur darin bestehe, daß die Regierung das zuerst freiwillig Gewährte zwangsweise für immer festhalten wollte, während die Gemeindebevollmächtigten sich nicht als eine Pflicht wollten auferlegen lassen, was sie nur freiwillig zu thun berechtigt seyen.

Das kgl. Staatsministerium des Innern dagegen ist in seinen bisherigen Entscheidungen nicht konsequent, sondern schwankend gewesen, es hat durch seine Entschließungen in den Jahren 1840 und 1848 sich auch mit drei kathol. Magistratsmitgliedern in dem Kitzinger Magistrate begnügt, und die gegentheiligen Entschließungen der kgl. Regierung in Würzburg geradezu aufgehoben.

„Die Kitzinger Gemeindebevollmächtigten ihrerseits, fährt Prof. Lasaulx fort, haben thatsächlich in den Jahren 1818 und 1821 je vier katholische Magistratsmitglieder, in den folgenden Jahren bis zum Jahre 1851 je drei katholische Magistratsräthe [illegible] auch diese zuletzt bestätigt worden, bei der Ersatzwahl im Jahre 1854 [illegible] katholischer Konfession gewählt. Sie behaupten dabei, daß diese Ergebnisse immer nur „zufällig" so gewesen seyen, daß übrigens diese zwei Katholiken zur Verwaltung der katholischen Stiftungen in Kitzingen genügten; ja sie stellen sogar die Behauptung auf, daß ihre Gemeindewahlen bestätigt werden müßten, „„wenn selbst nicht ein einziger Katholik in den Magistrat gewählt worden wäre!"" Daß diese Behauptung nur das Gegenstück ist zu dem mit Recht abhorrirten „unbeschränkten Bestätigungs- und Nichtbestätigungsrechte," welches das Staatsministerium des Innern für sich in Anspruch nimmt, scheinen sie nicht zu fühlen. Wie sich denn überhaupt in diesem ganzen widerwärtigen Streite die schneidende Ironie herausstellt: daß, wenn die kgl. Staatsregierung in dieser Sache den verfassungsmäßigen Bestimmungen, welche auf die politische Freiheit und den sittlichen guten Willen der Staatsbürger gebaut sind, nicht selten einen bureaukratischen Zwang angethan hat, auch die protestantische Majorität der Kitzinger Gemeindebürger ihrerseits die in der Verfassungsurkunde proklamirte bürgerliche und politische Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen in nicht liberaler Weise im Interesse der Nichtgleichberechtigung benützt, und, was unglaublich scheint, aber leider wahr ist, in das Kollegium der 24 Gemeindebevollmächtigten keinen einzigen Katholiken gewählt hat; so daß also die theoretischen Prinzipien praktisch in ihren Folgen, in das gerade Gegentheil umgeschlagen sind, und die alte Wahrheit bestätigen: summum jus summa saepe injuria est, daß auf die Spitze getriebene juristische Recht wird oft zur offenbaren moralischen Ungerechtigkeit."

Auch ist es eine aus den Akten dieses Streites hervorgehende bemerkenswerthe Thatsache: daß im Jahre 1818 die Stadt Kitzingen 895 aktive Gemeindebürger, darunter 474 protestantische und 421 katholische; im Jahre 1846: 926 aktive Gemeindebürger, darunter 523 protestantische und 403 katholische; im Jahre 1855: 893 aktive Gemeindebürger, darunter 529 protestantische und 364 katholische zählte, so daß also im Laufe eines Menschenalters der protestantische Theil von 474 auf 529 gewachsen, der katholische Theil von 421 auf 364 geschmolzen ist." (Schluß folgt.)

Oesterreich. Wie die „Gazz. uff. di Verona" meldet, hat Se. Maj. der Kaiser dem politischen Flüchtling del Pero

Francesco aus Mailand die straffreie Rückkehr in die k. k. Staaten und die Wiederaufnahme in den österreichischen Unterthanenverband zu gestatten geruht.

Dänemark.

Aus Holstein, 5. Febr. Die große Mißstimmung, die hier im Lande in fast allen Kreisen über die rigorösen Maßregeln des holsteinischen Ministerium sich schon lange kund gab, hat gegenwärtig in der holsteinischen Ständeversammlung ihren Ausdruck erhalten. Der Baron v. Blome hat bekanntlich den Antrag auf eine Anklage des Ministers v. Scheel gestellt. Die holsteinische Ständeversammlung hat mit 41 gegen 9 Stimmen die Anklage beschlossen, die den Bestimmungen der Verfassung gemäß bei dem holsteinischen Oberappellationsgericht durch den Präsidenten der Ständeversammlung geschehen muß. Die Aufregung hier im Lande ist natürlich sehr groß, und man ist allgemein äußerst gespannt auf den Ausgang der Sache, da es im §. 14 der Verfassung für Holstein heißt: „Das Oberappellationsgericht hat diese Entscheidung nach vorgängiger mündlicher und öffentlicher Verhandlung der Sache abzugeben. Fällt die Entscheidung zum Nachtheil des Ministers aus, so soll dieser sein Amt verbrochen haben.“ Nun ist es aber allgemein bekannt, daß die Maßregeln, wegen welcher der Minister von Holstein angeklagt wird, Maßregeln sind, deren Ergreifung von den Dänen gefördert worden, und worüber die dänische Presse, da sie von dem früheren Minister für Holstein bisher nicht ergriffen waren, seit Jahren dolirt hat. Die Absetzung mehrerer in Kopenhagen mißliebiger Oberappellationsgerichtsräthe, strenge Maßregeln in Betreff der Einführung der Reichsmünze, verschärfte Polizeistrafen, als willkürliche Gefängnißstrafe bei Wasser und Brod u. s. w., hat man in Kopenhagen schon seit lange von dem Minister für Holstein verlangt. Der frühere holsteinische Minister, Graf v. Criminil, so nachgiebig derselbe auch den dänischen Forderungen gegenüber war, konnte sich doch niemals zur Ergreifung derartiger Maßregeln entschließen, weßhalb er den ganzen Haß der Dänen auf sich lud und seine Stellung in Kopenhagen unhaltbar machte. Hr. v. Scheel wurde bei Uebernahme seines Portefeuilles von den Dänen mit sehr mißtrauischen Augen betrachtet, und erst gegenwärtig scheint [illegible] ben zu haben. Es sind dies die Folgen des durch das Londoner Protokoll zusammengewürfelten dänischen Gesammtstaats, der auf Rußlands Andringen gebildet wurde, und wobei man keine Rücksicht nahm auf die verschiedenen Verhältnisse und Rechte, die einander feindlich gegenüberstehenden Nationalitäten, die von einander abweichende Gesetzgebung und den eigenthümlichen Charakter des Volks in den einzelnen Theilen dieses Gesammtstaats; berücksichtigt wurde nur ein einseitiges politisches Interesse, ohne die Folgen zu bedenken, die dieses haben mußte. Durch das Londoner Protokoll und den neugebildeten Gesammtstaat meinte man den gestörten Frieden zwischen Dänemark und den deutschen Herzogthümern wieder herzustellen und den Norden Deutschlands von einer wiederholten Aufregung über die Zustände auf der cimbrischen Halbinsel für die Zukunft befreien zu können. Die Thatsachen reden deutlicher als alle Theorien. In Kopenhagen sitzen die Mitglieder des Ministerium Oersted auf der Anklagebank, weil sie zu Gunsten der Gesammtstaatsverfassung die Verfassung von Dänemark gekränkt haben sollen, in Kiel wird der Minister für Holstein unter Anklage gestellt wegen der Maßregeln, die er zufolge dänischer Forderungen in Holstein ergreifen mußte. Die Proposition des Grafen v. Reventlow-Jersbeck in der holsteinischen Ständeversammlung, in der darauf angetragen wird: dem Herzogthum Holstein eine veränderte Stellung in dem dänischen Gesammtstaat zu geben, bestätigt das oben Gesagte. Es wird in dieser Beziehung wenig Erfolg haben, daß der königl. Commissarius in der Ständeversammlung erklärte, den Saal verlassen zu wollen, wenn die Ständeversammlung jene Proposition zur Verhandlung zuließe, und diese Drohung zur Ausführung brachte, als die Versammlung dessenungeachtet fast einstimmig beschloß, die Proposition zu berathen. Es wird eben so wenig Erfolg haben, daß von Kopenhagen aus nunmehr ein königl. Reskript erfolgt ist, in welchem dem königl. Commissarius verboten ist, einen derartigen, von den holsteinischen Ständen beschlossenen Antrag entgegenzunehmen, und die darüber stattgefundenen Verhandlungen in die Ständezeitung aufzunehmen. Wasser und Feuer vertragen sich nicht zusammen. Der in der holsteinischen Ständeversammlung begonnene Kampf des deutschen Elements gegen das Dänenthum wird wahrscheinlich in dem Reichsrath fortgesetzt werden und der Erfolg wird unfehlbar bald zeigen, daß diejenigen, die diesem Gesammtstaat von Anbeginn an kein günstiges Prognostikon stellten, Recht behalten. (Fr. Ptz.)

– Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß dort am 29. Januar wieder eine Sitzung der Bevollmächtigten der Sundzoll-Konferenz stattgefunden, auf welcher die dänische Regierung eine neue Vorlage über die Vertheilung des Kapitals zur Ablösung des Sundzolles dargelegt habe. Danach sollen die betreffenden Staaten 36 Mill. Thlr. entrichten.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 9. Februar. Für österr. Fondsgattungen und Kredit-Aktien wurden höhere Kurse bewilligt, während Eisenbahnaktien und span. niedriger abgegeben wurden.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 87 P. 86¾ G.
» 5pCt. Metall. alte 77¼ P. 77 G.
» 5pCt. » in Silber bei Roths. – P. 85¼ G.
» 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78½ P. 78G.
» 4½pCt. » 69 P. 68¾ G.
» 4pCt. » 62½ P. 62 G.
» 3pCt. » 47½ P. 47 G.
» 1pCt. » 15⅞ P. 15⅝ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1139 P. 1134 G.
Oesterreichische Credit-Actien 133 P. 131 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose – P. – G.
» 250 » » von 1839 – P. 126 G.
» 4pCt. 250 » » von 1854 97¾ P. 97¼ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 272½ P. 270½ G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
» 4½pCt. » 100½ P. 100 G.
» 4pCt. » 95 P. 94½ G.
» 3½pCt. » 86½ P. 86 G.
» 4pCt. Ablös.-Rente 95 P. 94½ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 156¾ P. 156¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 143¾ P. 143¼ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheins 88 P. 87⅛ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102⅛ P. 101⅝ G.
» 3½pCt. » 89½ P. 89 G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¾ P. 88½ G.
Badische 50 fl. Loose 78 P. 77½ G.
» 25 » » 47¾ P. 47½ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 102¼ G.
» 4pCt. » 99¾ P. 99¼ G.
» 3½pCt. » 93 P. 92½ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
» » 25 » » 36¼ P. 36 G.
Darmstädter Bankaktien 304 P. 302 G
Kurhessische 40 Thaler Loose 39 P. 38¾ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 61 P. 60½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90¾ P. 90¼ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30¼ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
» 3½pCt. » alte 93½ P. 93 G.
» 3½pCt. » neue – P. – G.
Frankfurter Bankaktien 120¾ P. 120¼ G.
Taunus-Aktien a 250 fl. 326 P. 324 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 78½ P. 78 G.

Polen 500 fl. Partial – P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38½ P. 38¼ G.
» 1pCt. neue 24⅛ P. 24 G.
Holland Integrale 64 P. 63½ G.
» Certificats 4pCt. – P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 P. 42½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¾ P. 100½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96½ P. 96¼ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅝ P. 88⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Lond. Lst. 10 k.S. 119⅜ P. 119⅛ G.
Mail. i. S. Lr. 250 k.S. 101⅛ P. 100⅞ G.
do. 3 Monat mit 5% 100¾ P. 100½ G.
Paris Frs. 200 k. S. 94⅛ P. 93⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Wien fl. 100 C. k S. 112¼ P. 112 G.
Wien 3 M. mit 4% 111¾ P. 111½ G.
Disconto – P. 3½ pCt. G.

Wien, 8. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. $84\frac{5}{16}$; 5Cpt. Met. 82⅞; 4½pCt. 73¼; Lotterie-Anlehensloose von 1839 — —; dito von 1854 103¼; Bankaktien 1002; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 274; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 661; österr. Staatsbahn-Aktien 326. Wechselkurse: Augsburg uso 107¼ P.; London 10. 27. P. Geldkurs: Dukaten —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 42. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 11. Februar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. (Die Beschwerde der Gemeindebevollmächtigten der Stadt Kitzingen, „die verfassungswidrige Beschränkung der dortigen Gemeindewahlen" betreffend. Schluß.)

Was nun die der 2. Kammer gegenwärtig vorliegende Beschwerde betrifft, so ist der Anlaß derselben folgender: Als das Ergebniß der Ersatzwahl im September 1854 darin bestand, daß forlan, für die laufende Wahlperiode, nur noch zwei katholische Magistrathsräthe in dem Kitzinger Magistrate sich befinden sollten, indem der bisherige dritte katholische Magistratsrath nicht wieder gewählt worden, sondern statt dessen ein Protestant gewählt wurde, da trat die königl. Regierung in Würzburg unter dem 6. Novbr. 1854 dem wie früher entgegen, versagte den gewählten Protestanten die Bestätigung, ordnete eine neue Ersatzwahl an, und bestimmte, daß ihre, der kgl. Regierung in Würzburg, Anordnung vom 24. Aug. 1821 „auch ferner aufrecht zu erhalten sey, indem das Bedürfniß, daß unter den bürgerlichen Räthen des Stadtmagistrates zu Kitzingen sich mindestens vier katholische Gemeindeglieder befinden, unzweifelhaft zur Zeit noch vollständig begründet sey." Und gleicherweise entschied auf erhobene Beschwerde der Gemeindebevollmächtigten das kgl. Staatsministerium des Innern unter dem 13. Jan. 1855. Auf Grund dieses Thatbestandes stellen die Beschwerdeführer die Bitte: „Die Kammer der Abgeordneten wolle diese ihre Beschwerde wegen gesetzwidriger Beschränkung ihrer konstitutionellen Freiheit in formeller, wie in materieller Beziehung für wohlbegründet erachten, und auf verfassungsmäßigem Wege bei Se. Maj. dem Könige beantragen, daß die, ihre gesetzliche Wahlfreiheit ungesetzlich beschränkenden Regierungs- und Ministerialentschließungen, insbesondere die zuletzt erwähnten Entschließungen der kgl. Regierung in Würzburg vom 6 Novbr. 1854, und des kgl. Staatsministerium des Innern vom 13. Jan. 1855 außer Wirksamkeit gesetzt werden; eventuell: daß dieser ganze Konflikt auf legislativem Wege für alle Zukunft geregelt werde."

Der Schwerpunkt der Kontroverse liegt offenbar in einer verschieden aufgefaßten Bestimmung einer Entschließung der für die Vollziehung der Verfassungsurkunde angeordneten Ministerial-Konferenz vom 29. Aug. 1818, welche besagt: „es sollen die Gemeindebevollmächtigten auf diese Verhältnisse bei der Wahl der Magistratsmitglieder zu dem Ende aufmerksam gemacht werden, damit hiernach diejenige Zahl von bürgerlichen Magistrathsräthen, welche zur Verwaltung des Vermögens der katholischen und der protestantischen Ortsstiftungen erforderlich ist, von beiden Konfessionen gewählt werde."

Die Beschwerdeführer nämlich behaupten, jener Erlaß der für die Vollziehung der Verfassungsurkunde angeordneten Ministerialkonferenz sey ohne legislativen Werth, nur ein wohlgemeinter guter Rath, den man befolgen könne oder auch nicht; während die k. Regierung in Würzburg und das k. Staatsministerium des Innern denselben als eine Norm auffassen, die befolgt werden müsse. „Ich gestehe", sagt Prof. Lasaulx, „daß nach reiflicher Ueberlegung mir die letztere Auffassung staatsrechtlich die richtige und die allein praktische zu seyn scheint. Unsere ganze Verfassung ist eine oktroyirte, konnte auch nur auf dem Wege der Oktroyirung in's Leben eingeführt werden, und um die Einheit und Gleichheit dieser thatsächlichen Einführung zu leiten und zu sichern, setzte der König, der Geber der Verfassung, am 1. Juni 1818 die bekannte „Ministerialkonferenz für die Vollziehung der Verfassungsurkunde" nieder. Die Vollziehung der Verfassungsurkunde aber hing wesentlich von der Vollziehung des Gemeindeedikts ab, diese von der Gemeindewahlordnung, und erst, nachdem diese überall im Lande vollzogen war, ordnete der König am 30. Novbr. 1818 die Wahlen der Abgeordneten an, berief nach deren Vollendung die erste Ständeversammlung auf den 23. Januar 1819, und eröffnete dieselbe am 4. Februar 1819. Erst von diesem Tage an war die Verfassung in volle Wirksamkeit getreten und thatsächlich vollzogen. Hiernach scheint es mir unbestreitbar, daß die Entscheidung dieser Ministerialkonferenz (unterschrieben sind Graf v. Rechberg und Frhr. v. Lerchenfeld) allerdings als normativ betrachtet werden müsse."

Steht es aber fest, daß die Entscheidung dieser Ministerialkonferenz vom 29. Aug. 1818 als Norm gelten müsse, so entsteht nun die weitere Frage, welches denn die zur Verwaltung des katholischen Stiftungsvermögens in Kitzingen erforderliche Zahl von Magistratsmitgliedern sey? und wer diese Zahl zu bestimmen habe?

In Beantwortung dieser Frage schließt Prof. Lasaulx seinen Bericht damit, daß er die Beschwerde als formell und materiell zulässig erklärt, wobei er folgender Erwägung Raum gibt:

1) daß die protestantische Gemeinde in Kitzingen in früheren Jahrhunderten vielfache Unbill von ihrer katholischen Obrigkeit erfahren hat, so daß die gegenwärtige umgekehrte Unbill, wenn auch nicht zu billigen, vielmehr tief zu beklagen, doch nach dem auch auf diesem Gebiete herrschenden Naturgesetz der Wiedervergeltung natürlich zu begreifen ist; in Erwägung

2) daß das Gift konfessioneller Spaltungen niemals durch Zwang, sondern nur durch die Heilkraft der politischen Freiheit und der christlichen Liebe ausgeheilt werden kann; in Erwägung

3) daß die oftererwähnte normative Entschließung der Ministerialkonferenz vom 29. Aug. 1818, ihrem Geiste und ihrem Wortlaute nach, kaum einen anderen Sinn haben kann, als den: daß die Gemeindebevollmächtigten selbst, nach bestem Wissen und Gewissen, unter Berücksichtigung der rechtlichen und der thatsächlichen Verhältnisse, die für die Verwaltungen der katholischen Stiftungen erforderliche Zahl von Magistratsmitgliedern frei wählen sollten; nicht aber, daß die kgl. Regierungen nach ihrem Ermessen ihnen die erforderliche Zahl zum voraus zwangsweise festsetzen und vorschreiben, und wenn sie dieser Vorschrift nicht genügen, die rite gewählten katholischen und protestantischen Magistrathsräthe unbeschränkt theilweise nicht bestätigen dürfen; in Erwägung

4) daß die mehrerwähnte Normativentschließung, gleichviel ob man sie als ein gesetzliches Gebot oder nur als eine wohlgemeinte Direktive betrachten will, unter keiner Voraussetzung ein präventives Vorschreiten rechtfertigt; daß vielmehr, wie aus der ganzen Geschichte dieser Beschwerde hervorgeht und wie die Beschwerdeführer selbst behaupten, gerade diese Präventivmaßregeln der kgl. Regierung es waren, die, statt den Widerstand der Kitzinger Gemeinde zu beseitigen, ihn gewissermaßen herausgefordert haben; in Erwägung endlich

5) daß die Gemeindebevollmächtigten der Stadt Kitzingen in ihrer Beschwerdevorstellung vom 30. Sept. 1855, S. 84 der Ständeversammlung, als der gesetzlichen Repräsentation des Landes, die feierliche Versicherung geben: „Wir werden mit Freuden den Tag begrüßen, wo wir unseren katholischen Mitbürgern aus innerer Ueberzeugung und aus freiem Antriebe diejenige Berücksichtigung bei der Wahl der gemeindlichen Vertreter zuwenden können, welche sie selbst für wünschenswerth halten, weil mit diesem Tage hoffentlich eine neue glückliche Aera für unsere Stadt beginnen wird;" daß dadurch und durch die offene Besprechung dieser Sache in der Kammer der Abgeordneten den Uebeln, die nun schon seit 38 Jahren die hadernden Bürger in Kitzingen entzweien, abgeholfen und die bürgerliche Eintracht der konfessionell Getrennten wieder hergestellt und dauernd befestigt werden könne.

München, 9 Febr. Zum Stationsvorstand und Telegraphisten der Station Fürth wurde der bisherige Telegraphist bei der Station Bamberg, L. Burrhardt, ernannt. Zu Telegraphisten dritter Klasse wurden ernannt, die Telegraphisten-Praktikanten: C Horn bei der Station Hof, A. Stark bei der Station Haßfurt, G. Müller bei der Station Nürnberg,

J. Bauernschmidt bei der Station Bamberg und N. Dorner bei jener in Passau. (Augsb. Abendz.)

* **Preußen.** In den Sitzungen vom 7. und 8. Febr. befaßte sich das preußische Abgeordneten-Haus mit dem Antrag des Grafen Schwerin: „Das Haus wolle beschließen: die Erwartung auszusprechen, daß 1) das Staatsministerium eine Untersuchung darüber eintreten lasse, in wie weit durch Organe der Regierungsgewalt eine die Freiheit der letzten Abgeordnetenwahlen beeinträchtigende Einwirkung geübt worden ist; 2) von dem Resultate dieser Untersuchung demnächst dem Hause der Abgeordneten Mittheilung gemacht werde." — Die mit Vorprüfung des Antrages betraute Kommission beantragt einstimmig über den Antrag zur einfachen Tagesordnung überzugehen, d. h. mit andern Worten denselben als grundlos zu erklären, zugleich dem Ministerium hiemit ein Zeichen des Vertrauens und der Billigung zu geben.

In früheren Zeiten, wenn in den Kammern bei Wahlprüfungen eine Wahl bestritten wurde, weil bei derselben Einwirkungen von Außen stattgefunden haben sollten, pflegte auf beiden Seiten des Hauses einmüthig sich das Bewußtseyn auszusprechen, daß wir Deutsche wären, daß in Deutschland die Wahl-Korruption niemals Platz greifen dürfe. Das war freilich zu einer Zeit, wo die Kammern mittelst Ballot gewählt waren. Jetzt erinnert man sich, daß Kundschaftsentziehung, Versagung des Kredits, Antastung der Existenz, Konzessionsversagung und Entziehung eine Rolle spielen, man wundert sich, daß selbst die Regierung auf ihre Beamten wirkt; aber Niemanden von allen Rednern ist es eingefallen zuzugestehen, daß die offene Abstimmung, weil die menschliche Natur überall gleich ist, nicht andere Früchte tragen kann, und daß wir seitdem schon recht vorwärts gekommen sind in den Künsten, mit denen in England die herrschende Gentry das Haus einzurichten weiß.

Graf Schwerin hoffte gewiß von seinem Antrage kein Resultat in der Kammer. Er wollte nur gewissermaßen einen Protest an das Land ausbringen. Und einen Protest wogegen? Offenbar nur gegen die Annahme, daß man in Preußen unter einer wahrhaft konstitutionellen Regierungsform lebe. Aber damit würde er zu spät kommen, wenn es richtig wäre, was der Abg. Reichensperger, der die Debatte eröffnete, sagte: das Land habe bei den Wahlen gemeint, das Wählen hälfe doch nichts, weil das Ministerium thue, was es wolle. „Man hat, sagte Reichensperger, kurz vor den Wahlen die Zeitungen konsequent konfiszirt, die Gerichte haben die Zeitungen aber eben so konsequent freigesprochen, also von Rechtswegen. Am Rhein hat man einem großen Blatte gar mit Konzessions-Entziehung gedroht, ein Verfahren, welches von der Landesvertretung fortwährend als ein verwerfliches bezeichnet worden ist. Was die Abgränzung der Wahlbezirke anbelangt, so liegen Beispiele genug vor, daß man eine Minorität künstlich zur Majorität machen kann. Ich erinnere Sie aus der französischen Geschichte an das Beispiel des Ministers Calonne, der aus 490 oppositionellen und 210 ministeriellen Abgeordneten sich eine Majorität dadurch zu schaffen wußte, daß er die 700 Mitglieder in 7 Abtheilungen berathen ließ, die Abtheilungen aber so zusammensetzte, daß vier derselben eine ministerielle Mehrheit hatten. Der Minister hatte also eine Majorität; was führte er mit derselben herbei? Den Untergang der Monarchie." Herr Reichensperger suchte dem Antrag besonders dadurch Eingang bei der Rechten zu verschaffen, daß er dieselbe zu der Einsicht zu bringen sich bemühte, es handle sich besonders um ihre Ehre, ihre Rechtfertigung, ein Argument, das aber nicht das Mindeste verfing.

Sein Nachfolger von der Rechten, ein Frhr. v. Zedlitz, fand den Antrag durchaus auf Anrichtung von Verwicklung im Lande berechnet. Mit anerkennenswerther Offenheit bekannte der Redner ziemlich humoristisch, daß er kein Freund der Verfassung sey, was man ihm nach dem Zeichen allgemeiner Zustimmung zu urtheilen, zu glauben schien.

Nach ihm brachte Hr. v. Bardeleben (Rechte), ein schätzenswerthes Material bei über die künstliche Art und Weise, wie durch das Aendern der Wahlbezirke die Majoritäten geändert worden seyen — ein Manöver, dessen Zweckmäßigkeit und endliche Folgen Herr Reichensperger schon hart gegeißelt hatte; worauf denn Hr. v. Blankenburg sehr viel von Pommern und etwas von der übrigen Welt vortrug. Nach seiner Meinung hatte allerdings ein ungerechtfertigter Einfluß auf die Wahlen stattgefunden, aber — zu Gunsten der Linken, und es war offenbar sehr freisinnig von ihm, daß er der Versammlung eine von der Staatsregierung verbotene Broschüre verlas, um darzuthun, wie ungebührlich die arme Rechte verleumdet werde. Daß nach seiner Behauptung seine Partei immer nach dem Nordpol blicke, fand heitere Zustimmung, so wie überhaupt die Rede den gemüthlichen Ausgang hatte, daß sich zuletzt Hr. v. Blankenburg speziell an seinen Landsmann, Grafen Schwerin, wandte, der die Abkanzlung mit christlicher Freudigkeit ertrug.

Nachdem Hr. Mathis mit vieler Seelenruhe, innerem Behagen und gutem Fleiß die vorgebrachten, zum Theil in's Weite gehenden Thatsachen über die Einwirkung auf die Wahlen durch Beamte beigebracht hatte, erhob sich der Kommissär der Regierung, Herr Hahn, und begann damit, daß die Regierung ganz mit sittlicher Unbefangenheit verfahren sey. Seine Argumentation ging dahin: die Regierung habe sich bloß wehren wollen gegen die Verwirrung, welche dem Lande gedroht habe. Es gebe nur eine durch das Land gehende Meinung: die der Liebe und Dankbarkeit, besonders für die letzte Friedenspolitik, gegen Se. Majestät, und es sey darauf angekommen, diese Meinung zu wahren. Denn es gebe eigentlich keine öffentliche Ueberzeugung, sondern nur eine Meinung, welche die Regierung zur Ueberzeugung zu erheben habe. Sodann wäre es darauf angekommen, in der damaligen politischen Lage jede zu frühzeitige Agitation abzuwehren; alle Maßnahmen seyen daher darauf berechnet gewesen, eine zu frühzeitige Agitation zu hemmen. Darum die Beschlagnahme der Blätter, an der nur zu tadeln sey, daß sie nicht oft genug erfolgt wäre. Daß die Beamten kein freies Wahlrecht hätten, verstehe sich von selbst, und die Linke werde dies begreifen, wenn er sie, die so oft an Friedrich den Großen erinnere, frage: was dieser wohl mit einem Beamten angefangen haben würde, der ihm habe entgegenseyn wollen?

Unwillkürlich mußte sich jeder unbefangene Zuhörer an den Kopf fassen, wenn er erfuhr, daß König und das eben am Ruder sitzende Ministerium nicht getrennt werden könnten, daß die Minister nichts seyen, als ausführende Beamte der Krone, daß sie nur als getreue Diener deren Willen ausführten.

Am 8. Febr. eröffnete Hr. v. Prittwitz die Debatte, um in seiner Eigenschaft als Beamter sich über die Stellung der Staatsdiener zu dem Gegenstande der Debatte auszusprechen. Der Redner war mit dieser Stellung ganz zufrieden, fand es sehr natürlich, daß der Beamte gehorchen müsse, daß er auch im Sinne der Regierung zu wählen habe, stellte aber den nach unserer Ansicht widersprechenden Satz auf, daß der Deputirte an der Schwelle des Hauses den Beamten zurücklasse, um ganz nach seiner Ueberzeugung zu handeln. Also bei den Wahlen Gehorsam, im Hause Ueberzeugung.

Ein Pole, Hr. v. Morawski, klagte über Verkürzung der Polen in Posen bei Bildung der Wahlkreise. Thatsache nach Thatsache vorbringend, wußte er geschickt das Interesse durch einen Klimax vom Geringen zum Größern so zu steigern, daß sich die Deputirten immer mehr um die Tribune sammelten. Da rollte er plötzlich eine von ihm selbst entworfene und kolorirte Karte seiner heimathlichen Provinz auf und bat Hrn. v. Gerlach, das eine Ende derselben zu halten, während er den andern Zipfel hielt. Unwillkürlich, als so die Karte vom deutschen und polnischen Edelmann gehalten wurde, denn Hr. v. Gerlach verrichtete freundlich den Dienst, ließ diese dramatische Situation den Gedanken an Deutschland und an die Gefahr aufkommen, daß seine Söhne dereinst ebenso in einem Zipfel ihres Heimathslandes die Nationalität zu verfechten haben könnten. In raschen Zügen entwickelte nun der Redner, wie die Wahlmänner durch die Zerstückelung und Verlegung der Wahlkreise gezwungen gewesen wären, bis 14 Meilen zu reisen; wie sie sich auf Wegen gekreuzt, wie einzelne Städte und Flecken sogar herausgerissen und nach andern entfernten Kreisen so gelegt wären, daß die Wahlmänner sogar über fremde Kreise hinweg hätten reisen müssen.

Und nun, meine Herren — rief der Redner der Rechten zu — Sie sprechen immer von Aufrechthaltung des natürlichen Ansehens des Gutsbesitzers. Sehen wir zu, wie wir behandelt sind. Er zeigte, daß Grafen und Herren unter dem Vorsitze von Müllern, Schullehrern und Pächtern hätten wählen müssen — weßhalb? Weil sie Polen, nicht weil sie oppositionell seyen; denn die Polen hätten nie prinzipiell gegen die Regierung gestimmt.

Damit verließ der Redner das Gebiet der eben vorliegenden Frage. Er stellte sich als Konservativen, als Feind des allgemeinen Wahlrechts dar. Er bestritt, daß die Polen revolutionär seyen.

Herr Wagener, von der Rechten, der hierauf das Wort nahm, ging sodann auf die vom Regierungskommissär aufgestellte Theorie ein, daß Ministerium und Krone nicht getrennt werden könnten, und daß also vom konstitutionellen Leben nicht die Rede seyn dürfe. Der gesunde pommer'sche Sinn sey dankbar für die Friedenspolitik des Ministerium und darin sey die Erklärung der Majorität für die Rechte zu suchen. Herr Wagener ist ein vorzugsweise bürgerlicher Redner, der immer wie

in Vereinen spricht; er ging daher auch bald auf solche Art und Weise ein, wie sie dort Glück macht, er erinnerte an einen Ausspruch eines Linken: „Behalten wir Frieden, dann kommen wir in die Minorität"; er warf der Linken vor, sie habe nicht Krieg nicht Frieden gewollt, weil sie nicht wisse, was sie wolle; er stieß nun in die alte Preußendcommete, bis er das Lied recitirte: „Und kommt der große Friedrich nur ꝛc, dann läuft die ganze Reichsarmee, Panduren und Franzosen," bis er schließlich den Riesen, nämlich das Volk, an das Herr Reichensperger erinnert hatte, den Goliath nannte, an dem der Mund das Hauptstück sey.

Nachdem sich noch der Herr Minister des Innern erhoben, die Abgrenzung der Wahlkreise zugegeben und versichert hatte, daß die Regierung ganz in ihrem Rechte sey, daß er ꝛc. die Untersuchung der gerügten Uebelstände veranlassen werde, versuchte noch Hr. v. Hennig, von der Linken, darzuthun, daß es gar nicht auf die Ermittelung der untergeordneten schuldigen Beamten ankomme, sondern daß der Minister des Innern der intellektuelle Urheber aller dieser Unbilden sey. Um das darzuthun, stützte er sich auf die ministeriellen Zirkulare.

Es wurde nun der Schluß beliebt, und nachdem noch einige persönliche Bemerkungen erledigt waren, nahm Graf Schwerin das Wort. Derselbe hat sich im Laufe seines Vortrages mit Abgespanntheit entschuldigt, und damit ist Alles gesagt. Nur ist so viel zu bemerken, daß er im Gefühl dieser momentanen Schwäche das Wort hätte abtreten können. Er bemerkte, der größte Theil der Thatsachen sey vom Ministertische zugestanden. Er habe sich durch die öffentliche Debatte nur die Appellation an das Land vorbehalten wollen. Diese Tendenz ist freilich von Beabsichtigung einer Aufregung weit entfernt. Wäre ihm sein Antrag geglückt, dann sollte, wie er sich aussprach, die Sache an's Staatsministerium kommen, so daß es schien, als ob Herr Graf Schwerin andeuten wollte, es sey eine Inkongruenz der Ansichten im Ministerium vorhanden, die besonders in Beziehung auf den Minister des Innern zur Ausgleichung kommen sollte.

Hiemit schloß die Debatte; die Abstimmung ergab, wie freilich vorauszusehen war, daß der Kommissions-Antrag (s. oben) mit 203 gegen 92 Stimmen angenommen wurde.

Frankreich.

Paris, 5. Febr. Von dem ehemaligen Karneval in Paris ist nur zweierlei übrig geblieben: die Gewohnheit des Publikums, sich im dichten Gedränge auf den Boulevards hin und her zu schieben und der Umzug der „fetten Ochsen". Masken sind — wir sprechen von dem Karneval in den Straßen und nicht von den Faschingsbällen — verhältnißmäßig nur wenige zu sehen und die man sieht, glänzen weder durch Sauberkeit noch durch Geschmack. Die Ankündigungssucht wird von Tag zu Tag erfinderischer, und ein Buch könnte man mit der Beschreibung von den Ränken und Schwänken anfüllen, wozu die Industriellen Zuflucht nehmen, um in dem ungestümmen Wettlauf der Konkurrenz ihre Rivalen zu überholen. Das einzige Volksthümliche an dem gegenwärtigen Karneval ist der „fette Ochse", der seit Jahrhunderten an den drei Faschingstagen mit Sang und Klang und begleitet von einer zahlreichen Bande kostümirter Fleischer zu Fuß, zu Pferd und zu Wagen und unter dem buntesten Jubel durch die Straßen und vor die Wohnungen der höchsten Notabilitäten des Tages geführt wird. Selbst in den Tuilerien stattet er einen Besuch ab, wo er, je nach den Umständen, Vive l'Empereur oder Vive le Roi ruft. Es ist nicht die Absicht des fetten Ochsen den hohen Herren seine Huldigung darzubringen, sondern von ihnen beschenkt zu werden; auch hält der Zug mit besonderer Vorliebe bei den reichen Bankiers an und selbst bei einigen Gesandten, welche die Güte haben, sich diesem Tribut zu unterwerfen. Abends vertrinken und verjubeln die Ritter, die Druiden und die Götter, welche am Tage den fetten Freund begleiteten, ihre Einnahme in gewissen traditionellen Kneipen. Diesmal waren der fetten Ochsen nicht weniger als sechs, der dickste hieß Sebastopol, und sie spazirten nicht zu Fuße, sondern sie wurden auf einigen Wagen gefahren. Aus dem diplomatischen Korps wurden die Gesandten von England, Oesterreich und der Türkei mit der Visite des „boeuf geas" beehrt, nicht aber die beiden andern Bundesgenossen, Schweden und Piemont, und die bösen Zungen erzählen scherzweise, daß der sardinische Gesandte gegen diese Vernachlässigung protestirt habe. (Schw. M.)

Paris, 7. Febr. General Lamarmora ist von Paris nach Turin abgereist. Er wird sich demnächst nach dem Orient zurückbegeben, um den Oberbefehl über das sardinische Heer in der Krim wieder zu übernehmen.

Paris, 10. Februar. Der Senat und der gesetzgebende Körper sind auf den 3. März einberufen. Der General Bosquet ist in Betracht seiner im Orient geleisteten großen Dienste zum Senator ernannt worden. (T. D. d. A. Z.)

Spanien.

Madrid, 9. Febr. Es ist der Befehl zum Verkauf der Nationalgüter in den baskischen Provinzen gegeben. (Bisher war es zwischen der Regierung und den Abgeordneten dieser Provinzen streitig, in welche Kasse der Erlös aus diesen Gütern, wenigstens der größte Theil desselben, fließen sollte, ob in die Staatskasse oder in die Provinzialkasse. Nunmehr scheint die Regierung ihren Willen durchgesetzt zu haben.) (T. D. d. Allg. Z.)

Italien.

Briefe aus Turin versichern, daß in einigen Tagen die Verlobung des Königs Viktor Emanuel von Sardinien mit der Prinzessin Charlotte von Belgien offiziell werde verkündet werden.

Turin, 9. Febr. Die „Gazetta Piemontese" veröffentlicht die offizielle Ernennung der HH. Cavour und Marchese Villamarina zu Bevollmächtigten Sardiniens bei den Pariser Konferenzen (also nicht d'Azeglio; die Angabe des „Moniteur" war unrichtig). General Lamarmora geht gegen den 15. d. M. nach der Krim zurück. (T. D. d. A. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 8. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Im Laufe der letzten Tage ist von hieraus eine Note an die an den Höfen von Petersburg, London und Paris beglaubigten k. k. österr. Gesandten abgegangen, deren Inhalt sich auf die von Seite Oesterreichs am Bundestage zu machenden Vorlagen bezieht und zur Mittheilung an die betreffenden Regierungen bestimmt seyn soll. — Das vor Kurzem zirkulirende Gerücht von einem bevorstehenden Personenwechsel bei der hiesigen russischen Gesandtschaft war nicht ganz unbegründet, denn es ist gewiß, daß Fürst Gortschakoff in St. Petersburg um eine andere Verwendung nachgesucht hat. Bis jetzt ist jedoch dieser Bitte nicht willfahrt worden, dagegen wurde dem Fürsten ein vierwöchentlicher Urlaub bewilliget, den er wohl schon in nächster Zeit antreten dürfte. — Die Abreise des Grafen Buol nach Paris wird in den ersten Tagen der nächsten Woche geschehen, seine Vollmachten sind bereits ausgefertigt, und haben die für ihn bestimmten Instruktionen gestern die Allerhöchste Sanktion erhalten. — Die Ernennung des Groß-Veziers Ali Pascha zum Bevollmächtigten der Pforte bei den Pariser Konferenzen wird hier als eine Konzession, welche man Oesterreich macht, betrachtet; wenigstens ist es gewiß, daß man diesseits diese Ernennung angelegentlichst wünschte, und Freiherr v. Prokesch auch in diesem Sinne in Konstantinopel seinen Entschluß geltend machte. Es ist dies übrigens leicht erklärlich, da es bekannt ist, daß der gegenwärtige Groß-Vezier die österreich. Politik in ihren Beziehungen zur orientalischen Frage vollkommen billiget, und namentlich in der Donaufürstenthümer Frage die Ansichten des diesseitigen Kabinets theilt.

Paris, 8. Febr. Die Angabe mehrerer Blätter, daß die sardinischen Bevollmächtigten (siehe die Rubrik Italien), nur bei der ersten und letzten Sitzung der Konferenzen anwesend seyn wird, beruht auf einem Irrthum. Es wird bei den erwähnten Konferenzen kein Unterschied zwischen den Großmächten und den andern Mächten gemacht werden, da sonst auch die Türkei unter die Zahl der Staaten zweiten Ranges zu stehen käme und gleich Sardinien zu behandeln wäre. Denn im Gegentheil haben die Bevollmächtigten der Pforte regelmäßig allen Sitzungen der Wiener Konferenzen beigewohnt, wie ein Gleiches die Bevollmächtigten von Sardinien bei den Pariser Konferenzen thun werden. (A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 10. Februar. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 78¼; 4½pCt. Met. 69¾; Wiener Bankakten 1158; 5pCt. Lomb. 87; Wiener Wechsel 112¼; 3pCt. inl. span. 37⅞; 1pCt. neue 23⅞; Darmstädter Bankaktien 305.

Wien, 9. Februar. Oesterr. 5pCt Nat.-Anl. 84¼; 5pCt. Met 82¾; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 134; dito von 1854 — —; Bankaktien 1060; Bank-Interimsaktien —; 5pCt lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien — —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 279½; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 662; österr. Staatsbahn-Aktien 325¼. Wechselkurse:

Augsburg uso 107¼ P.; London 10. 26. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München. 9. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **33. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Der k. Staatsminister der Finanzen. Die Kammer schritt zur Berathung des Gesetzentwurfes über „die Kapitalrentensteuer", dessen Vorlage deßhalb nothwendig wurde, weil diese Steuer mit der bisherigen Einkommensteuer in Einem Gesetz vereint war, letztere nun aber aufgehoben werden soll. In dem neuen Entwurfe blieben die bisherigen Grundprinzipien der Besteuerung des beweglichen Vermögens unberührt, und werden nur einige wenige Abänderungen, die durch die Erfahrung sich als wünschenswerth machten, vorgeschlagen; es sind dies die folgenden:

a) Bei der Besteuerung der Kapitalrente sollen allenfalls vorhandene Passivkapitalszinsen und Lasten nicht in Abzug gebracht werden (nach dem bisherigen Gesetze war dies gestattet); b) die Besteuerung geschieht nicht mehr in einem Kreuzer vom Gulden Rente als Steuersimplum, sondern nach Klassensätzen und soll bei den Rentenbeträgen unter 900 im regressiven Maßstabe, ähnlich wie bei dem entsprechenden Personalsteuergesetze, eine entsprechende Ermäßigung des Steuerprozents zur Erleichterung der Minderbemittelten eintreten; c) die zur Fundation der geistlichen Pfründen bestimmten Kapitalien sollen von der Steuer frei seyn; d) das Verfahren der Anlage soll mit dem bei der Einkommensteuer in möglichsten Einklang gebracht werden. — Die Ausfälle, welche durch die geringere Besteuerung der Jahresrenten unter 900 fl. und durch die in diesem Gesetze von der Steuer befreiten Kategorien erwachsen, sollen durch die Beiziehung der Renten aus Bodenzinskapitalien, sowie durch die Aufhebung des seither gestatteten Abzugs der Passivkapitalzinsen (der Schulden) von der steuerbaren Aktivkapitalrente, endlich durch die beabsichtigten Aenderungen im Einsteuerungsverfahren, nach Ansicht der Regierung vollständig aufgewogen werden. — Der Ausschuß hat einzelne Bestimmungen wesentlich modifizirt, ist jedoch dem Prinzip der Nichtberücksichtigung des Schuldenstandes beigetreten, von der Ansicht ausgehend, daß Niemand leichter als gerade der Kapitalist, wenn es nicht in seinem Interesse ist, zugleich Gläubiger und Schuldner zu seyn, seinen Schuldenstand beseitigen kann. Bei Nichtberücksichtigung des letztern werde mancher Unterschleif unmöglich gemacht und der Gesammtertrag der Steuer erhöht.

Abg. Fürst Wallerstein findet die Befreiung der zur Fundation von geistlichen Pfründen bestimmten Kapitalien um so weniger gerechtfertigt, nach dem bezüglichen Beschluß der Steuern bei der Personalsteuer; er findet ferner, daß bei der Besteuerung der Kapitalrenten allenfallsige Passivkapitalzinsen und Lasten nicht in Abzug gebracht werden sollen, nicht gerechtfertigt, will aber nicht selbst Modifikationen einbringen, sondern dies jenen überlassen, die für des Gesetz stimmen werden. Hiemit wurde die allgemeine Debatte geschlossen.

Art. 1 lautet: „Alles rentirende bewegliche Vermögen, welches unter dem Namen von verzinslichen Darleihen, Schuldbriefen, Staats- oder andern Obligationen, Aktien u. dgl. begriffen zu werden pflegt, oder welches als Ewiggeld-, Hypothek-, Kaufschillings-, Bodenzins-Kapital oder in sonstiger Weise verzinslich angelegt ist, wird nach seinem Ertrage der Kapitalrentensteuer unterzogen, gleichviel ob dasselbe inner oder außer Landes angelegt ist."

Abg. Dr. Ruland glaubt, daß sich die Belegung der Bodenzinse mit der Kapitalrentensteuer — was bisher noch nicht der Fall war — nicht rechtfertigen lasse, weil sie als bewegliches Kapital nicht zu betrachten wären; er beantragt deßhalb, das Wort „Bodenzins" zu streichen.

Abg. v. Lerchenfeld widerspricht dem und führt aus, daß die Bodenzinsen nichts Anderes seyen, als das Ewiggeld in München.

Dasselbe erörtert denn der Reg.-Kommissär Pfretzschner, und auch Abg Rabl theilt diese Ansicht. Ruland bestreitet die Analogie der Bodenzinse mit dem Münchener Ewiggeld. — Der Artikel wird dann, nach Verwerfung der Modifikation Rulands, unverändert angenommen.

(Ueber Artikel 2, welcher die Klassen bestimmt, wonach die Steuer anzulegen ist, morgen das Nähere.)

Art. 3 lautet: „Die Grundlage der Einreibung in die vorstehenden Klassen bildet der Jahresbetrag der sämmtlichen Kapitalrenten der Steuerpflichtigen nach dem Stande derselben zur Zeit der Besteuerung. Von der steuerbaren Kapitalrente dürfen die von dem Pflichtigen zu zahlenden Passiv-Kapitalzinsen ebenso wenig als sonstige Ausgaben oder Lasten in Abzug gebracht werden."

Abg. Prof. Weis beantragt den zweiten Satz so zu fassen: „daß die Passiv-Kapitalzinsen in Abzug gebracht werden dürfen, (was nach dem bisherigen Gesetz gestattet war). Er findet es nicht gerechtfertigt, auch die Passiv-Kapitalzinsen zu besteuern.

Der kgl. Regierungs-Kommissär tritt ihm entgegen, weil bei keiner andern direkten Steuer der Schuldenstand berücksichtigt und durch Gestattung des Abzugs die Prüfung der Kapitalrenten-Fassion erschwert werde.

Abg. v. Lerchenfeld erklärt sich gegen die Modifikation, wolle man dieselbe annehmen, so müßte man dann auch bei allen andern direkten Steuern dasselbe bestimmen.

Abg. Buhl schließt sich der Ansicht von Weis an, desgleichen die Abgg. Senestrey und Münch.

Die einfache Abstimmung hierüber war zweifelhaft; es wurde zum Namensaufruf geschritten, welcher die Annahme des Art. 3 mit der Modifikation des Hrn. Weis ergab — und zwar mit 61 gegen 59 Stimmen. Damit schloß die Sitzung. Fortsetzung der Debatte am Montag.

Nichtpolitische Zeitung.

Der bekannte unstet herumreisende Friese Harro Harring ist, wie das Londoner „Deutsche Journal" meldet, im Laufe des Januar von Rio Janeiro in London eingetroffen, wo er sich längere Zeit aufzuhalten und seine Memoiren zu schreiben beabsichtigt. (D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 43.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 12. Februar 1856

Deutscher Bund.

Hameln, 6. Februar. Nach der „D. u. W. Ztg." soll die Aufhebung der Weser-Zölle jetzt eine festbeschlossene Sache seyn.

* Die Verhandlungen der Münzkonferenz, welche zur Zeit in Wien tagt, sind zum Abschluß noch lange nicht gelangt, und die wichtigeren Angelegenheiten dürften ihrer Entscheidung erst entgegensehen, besonders da Sachsen auf seinen Wunsch erst in den letzten Tagen Theilnahme an den Konferenzen durch die Absendung eines Bevollmächtigten erhalten hat.

Bayern. Herr Reichsrath Graf v. Waldkirch, als Referent des 3. Ausschusses über den Antrag der Kammer der Abgeordneten, „die Immobiliar-Feuer-Versicherungs-Anstalt betr.", beantragt die Beistimmung der ersten Kammer zu dem ganzen Antrage.

München, 11. Febr. Se. Maj. der König haben dem Brigadier Andreas Bihrle der Gensdarmerie-Kompagnie von Schwaben und Neuburg das silberne Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; auf die erste Rechnungskommissärsstelle bei der Staatsschuldentilgungskommission den zweiten Rechnungskommissär, Joh. Löw, und auf dessen Stelle den dritten Rechnungskommissär, Ludwig Fabrer, vorrücken lassen; auf die dritte Rechnungskommissärsstelle bei der Staatsschuldentilgungskommission den Buchhalter bei der Spezialkasse München, Karl Ballenberger, befördert; auf die Buchhalterstelle bei der Spezialkasse München den Buchhalter bei der Spezialkasse Augsburg, Karl Schellkopf, versetzt; zum Buchhalter 3. Klasse bei der Spezialkasse Augsburg den Offizianten der Spezialkasse Würzburg, Gg. Fr. John, befördert; die Offiziantenstelle 3. Klasse bei der Spezialkasse Würzburg dem Funktionäre dieser Klasse, Karl Peetz, provisorisch verliehen; ferner derselben Klasse einen Offizianten beigegeben und diese neue Offiziantenstelle 3. Klasse dem Funktionär der Spezialkasse München, Fr. v. Vollmar, provisorisch verliehen; die kath. Pfarrei Wolfertschwenden, Landg. Ottobeuern, dem Priester Joh. Miller, Frühmeß- und Schulbenefiziat in Sulzberg, Ldg. Kempten, die kathol. Pfarrei Kleinkötz, Ldg. Günzburg, dem Priester Matthäus Schuster, Benefiziat in Bühl, des genannten Landgerichts, übertragen. (N. M. Z.)

** **München**, 11. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **34. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die kgln. Staatsminister Dr. Aschenbrenner und Dr. Ringelmann.

Es wird die Debatte über den Gesetz-Entwurf „die Kapitalrentensteuer betr." fortgesetzt.

Art. 4 lautet: „Ausgenommen von der Kapitalrentensteuer sind: 1) der Staat; 2) alle Stiftungen und Anstalten für Wohlthätigkeit oder Unterricht, Hülfs- und Sparkassen; 3) die Kapitalien der Kirchenstiftungen, wenn sie durch Entrichtung der Steuer außer Stand gesetzt würden, ihre Zwecke vollkommen zu erfüllen, worüber im Zweifel die einschlägige Kreisregierung, Kammer des Innern, ohne Berufung zu entscheiden hat; 4) die zur Fundation von geistlichen Pfründen bestimmten Kapitalien; 5) Anstalten oder Gesellschaften, welche fremdes Kapital in Erwerbsgeschäften verwalten, insoweit die hieraus fließende Rente an die Theilnehmer verabfolgt und daher von diesen versteuert wird; 6) die Kapitalien jener Personen, deren ganze jährliche Kapitalrente den Betrag von 25 fl. nicht erreicht; 7) Wittwen und Waisen, deren Kapitalrente den Betrag von jährlichen 200 fl. nicht übersteigt, haben, wenn sie außer dieser Kapitalrente nicht noch ein anderweitiges Einkommen von wenigstens 200 fl. beziehen, lediglich die Hälfte der in Art. 2 für die betreffenden fünf ersten Klassen bestimmten Steuersätze zu bezahlen. Bei dieser Berechnung sind jedoch die Bezüge der Wittwen und der in ihrem Unterhalte lebenden Kinder als eine Gesammtgröße in Betracht zu ziehen."

Der Ausschuß beantragt, die Ziffer 4 also zu fassen: die zur Fundation von geistlichen Pfründen bestimmten Kapitalien, wenn das Gesammteinkommen der Pfründen den Betrag von 1000 fl. nicht erreicht.

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld beantragt, die Ziff. 4 ganz zu streichen; denn er findet insbesondere, nachdem bei dem Personal-Einkommen-Steuer-Gesetze durch Annahme der Edel'schen Modifikation der bezügliche Ausschußantrag gefallen sey, keinen Grund, warum die Pfründen auch von dieser Steuer befreit werden sollen. So lange die Dominikalsteuer bestund, habe Niemand über die Besteuerung der Pfründen geklagt, die Kapitalrentensteuer sey aber bei den Pfründen ganz an die Stelle der ersteren getreten.

Der k. Regierungskommissär Pfretzschner erklärt, daß die Regierung in Folge früherer Kammerverhandlungen aus Billigkeitsgründen geglaubt habe, die Renten der Pfründen befreien zu sollen — daß sie aber die Entscheidung über diese Billigkeitsgründe der Kammer anheim gebe.

Abg. Dr. Zarbl, Domprobst in Regensburg, erörtert vom kirchenrechtlichen Standpunkte aus die Ansicht, daß die Kapitalien der Pfründen, als zur Fundation derselben gehörend, nicht besteuert werden dürften, deßhalb auch der Kapitalrentensteuer nicht unterliegen könnten. Es liege hier eine Rechtsfrage vor; Gnade wollten sie, die Geistlichen, nicht. Stehe ihnen das Recht zu, so werde, er hoffe es, ihnen die Kammer es nicht nehmen; zwinge man sie aber zu der Steuer, so würden sie dieselbe wohl zahlen, aber eben nur erzwungen.

Abg. Dekan Lang (aus Hof): Er habe heute eigentlich gar nicht sprechen wollen; denn da er die Stimmung der Kammer kenne, so halte er jedes Wort für überflüssig. Indessen verlangten doch die Geistlichen eine Vertretung ihrer Interessen in der Kammer, und deßhalb ergreife er das Wort. Redner sucht nun darzulegen, daß die Geistlichen viel durch das Ablösungsgesetz verloren hätten, und ist im Uebrigen ganz der Ansicht des Dr. Zarbl, auch geistl. Rath Baader, Pfarrer Kisinger, Pfarrer Mühlthaler, Pfarrer Völk beistimmen.

Abg. Fürst Wallerstein erklärt sich hingegen vollständig mit dem Antrag und der Ansicht Lerchenfeld's einverstanden.

Bei Postschluß nimmt Lerchenfeld zur Widerlegung der geistlichen Herren das Wort.

* Der Art. 2 des Gesetzentwurfs über die Kapitalrentensteuer setzt für die Anlage der Steuer Klassen fest, deren jede eine bestimmte Summe zu entrichten hat, während bisher durchweg zwei Kreuzer vom Gulden Kapitalzinsen erhoben wurden. Die kleineren Kapitalisten werden dadurch minder hoch besteuert als seither. Nach dem neuen Entwurf zahlt die erste Klasse, mit einer Jahresrente von 25 bis 50 fl. 30 kr. Steuer, während sie nach dem bisherigen Gesetz 50 kr. bis 1 fl. 40 kr. bezahlen mußte. Die zweite Klasse mit einer Jahresrente von 51 bis 75 fl., welche jetzt 1 fl. 42 kr. bis 2 fl. 30 kr. Steuer zahlt, würde künftighin nur 1 fl. zahlen; die dritte Klasse, mit einer Jahresrente von 76 bis 1000 fl. zahlt jetzt 2 fl. 32 kr. bis 3 fl. 20 kr., und hätte künftig 1 fl. 30 kr. zu zahlen. Die vierte Klasse mit einer Jahresrente von 101 bis 150 fl. würde nach dem neuen Entwurf 2 fl.; die fünfte mit einer Rente von 151 bis 200 fl. 3 fl.; die sechste von 201 bis 250 fl. 4 fl.; die siebente von 251 bis 300 fl. 5 fl. 30 kr.; die achte von 301 bis 350 fl. Rente 7 fl.; die neunte von 351 bis 400 fl. 9 fl. 30 kr.; die zehnte von 401 bis 450 fl. 11 fl.; die elfte von 451 bis 500 fl. 12 fl. 30 kr; die zwölfte von 501 bis 600 fl. 16 fl.; die dreizehnte von 601 bis 700 fl. 19 fl.; die vierzehnte von 701 bis 800 fl. 23 fl.; die fünfzehnte von 801 bis 900 fl. 26 fl. 30 kr.; die sechzehnte mit einer Kapitalrente von 901 bis 1000 fl. 30 fl. Steuer zahlen. Mit der Rente von 900 fl. schließt die Ermäßigung, welche der neue Entwurf gegenüber dem bisherigen Gesetz für kleinere Kapitalisten an-

nimmt. Was die zur Besteuerung der Rentenbeträge über 900 fl. bestimmten Klassen (die sechzehnte bis zwei und vierzigste Klasse) betrifft, so hat man bei diesen die neue Steuer mit der alten in möglichsten Einklang zu bringen gesucht. In dem Entwurf sind diese Klassen folgendermaßen angelegt:

Klasse.		Jahresrente.			Jährl. Steuer.
16.	von	901	bis	1000 fl.	30 fl. — kr.
17.	„	1001	„	1200 fl.	36 fl. — kr.
18.	„	1201	„	1400 fl.	42 fl. — kr.
19.	„	1401	„	1600 fl.	48 fl. — kr.
20.	„	1601	„	1800 fl.	54 fl. — kr
21.	„	1801	„	2000 fl.	60 fl. — kr.
22.	„	2001	„	2500 fl.	75 fl. — kr.
23.	„	2501	„	3000 fl.	90 fl. — kr.
24.	„	3001	„	3500 fl.	105 fl. — kr.
25.	„	3501	„	4000 fl.	120 fl. — kr.
26.	„	4001	„	4500 fl.	135 fl. — kr.
27.	„	4501	„	5000 fl.	150 fl. — kr.
28.	„	5001	„	6000 fl.	180 fl. — kr.
29.	„	6001	„	7000 fl.	210 fl — kr.
30.	„	7001	„	8000 fl.	240 fl. — kr.
31.	„	8001	„	9000 fl.	270 fl. — kr.
32.	„	9001	„	10,000 fl.	300 fl. — kr.
33.	„	10,001	„	15,000 fl.	450 fl. — kr.
34.	„	15,001	„	20,000 fl.	600 fl. — kr.
35.	„	20,001	„	25,000 fl.	750 fl. — kr.
36.	„	25,001	„	30,000 fl.	900 fl. — kr.
37.	„	30,001	„	40,000 fl.	1200 fl. — kr.
38.	„	40,001	„	50,000 fl.	1500 fl. — kr.

Hierzu beantragte der Ausschuß, mit Klasse 38 zu schließen (der Entwurf hatte noch 4 weitere Klassen) und folgenden Nachsatz anzufügen: „und so fort in der Weise, daß je weitere 10,000 fl. Rente eine weitere Klasse mit einer Steuervermehrung von je 300 fl. bilden." Mit dieser Ausschuß Modifikation wurde Art. 2 von der 2. Kammer angenommen.

Erlangen, 7. Febr. Der Stadtgerichts-Accessist Georg Konrad Thaler von hier, der seit einem Jahre als rechtskundiger Funktionär beim Magistrate verwendet wurde und schon in dieser Eigenschaft eine sehr empfehlende Wirksamkeit bethätigte, wurde zum rechtskundigen Magistratsrath gewählt. (N. M. Z.)

Preußen. Magdeburg, 8. Febr. Gestern bestätigte das königl. Appellationsgericht hierselbst das vor etwa einem Vierteljahre vom königl Kreis- und Stadtgerichte in Sachen der hiesigen freien Gemeinde gefällte Urtheil: die freie Gemeinde sey zu schließen, und ihre Vorsteher seyen zu bestrafen, weil in den Versammlungen der Gemeinde politische Gegenstände unter dem Deckmantel der Religion zur Erörterung gekommen wären. Als besonders erschwerender, die völlige Schließung durchaus rechtfertigender Umstand wird im Urtheile angeführt, die Religion sey von den Mitgliedern der Gemeinde zum Vorwande mißbraucht worden, hinter dem sie ein politisch gefährliches Treiben versteckten. (K. Z.)

Magdeburg, 9. Febr. Heute standen vier Mitglieder der ehemaligen freien Gemeinde vor dem Kriminalgerichte, angeklagt, durch eine Versammlung in einem öffentlichen Lokale auf dem Werder sich bei einem geschlossenen politischen Vereine als Mitglieder betheiligt zu haben. Das Gericht sprach sie frei, weil in einer bloßen geselligen Zusammenkunft die Kennzeichen des angeschuldigten Vergehens nicht gefunden werden konnten. (M. Z.)

Thüringen. Schon hatten die Vorarbeiten zu dem Tunnel der Werrabahn in dem Waldgebirge bei Eisenach durch Abhauen der Bäume begonnen, als vorgestern plötzlich der Befehl kam, diese Arbeiten einzustellen. Man glaubt um so mehr, dieser Befehl sey durch die von Bayern bis jetzt beanstandete Erklärung über die Fortführung der Werrabahn von Koburg bis Lichtenfels veranlaßt worden, als die weimarische Lokalpresse dieser Tage selbst die Besorgniß aussprach, daß Bayern aus den bekannten Gründen am Ende jenen Weiterbau definitiv verweigern möchte. (Kass. Z.)

Sachsen-Weimar. Weimar, 8. Februar. Eine in Leipzig stattgehabte Zusammenkunft des diesseitigen Staatsministers Dr. v. Watzdorf mit dem sächsischen Justizminister Dr. Zschinsky erklärt die „Weimar. Ztg." mit „gewissen von der k. sächsischen und den thüringischen Regierungen gemeinsam betriebenen Maßregeln in Bezug auf die Civilgesetzgebung."

Waldeck. Die Ständekammer für die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont wurde heute aufgelöst. Auf Grund des §. 54 der Verfassung glaubte die Kammer in ihrem Rechte zu seyn, wollte sich jedoch auf einen Vergleich dahin einlassen, daß ihr in der Verfassung die Befugniß zu zweimaliger Vertagung auf je vier Wochen in einer Diät eingeräumt werde. Dies wurde von der Regierung verweigert, ständischerseits aber beschlossen, bei dem früheren Vertagungsbeschlusse zu beharren, worauf dann die Auflösung erfolgte.

Freie Städte. Hamburg, 7. Febr. Der Druck der „Stände-Zeitung" für die holsteinische Stände-Versammlung und der Ausschußberichte ist der Pfingsten'schen Druckerei in Itzehoe wieder gestattet worden, und zwar auf eine per Telegraph nach Kopenhagen von Seiten des kgl. Kommissärs ergangene Vorstellung über die durch Verhinderung des Druckes der „Stände-Zeitung" entstehende Verzögerung der ständischen Thätigkeit. (K. Z.)

Oesterreich. Wien, 6. Febr. Das Programm nebst Statutenentwurf einer hier zu bildenden „allgemeinen Tauschgesellschaft" wurde heute ausgegeben. Nach der Geschäftsordnung hat die Gesellschaft den Zweck, einbringliche Forderungen einzutreiben, die Partei aber mit Wechseln der Gesellschaft und Anweisungen auszuzahlen, alle Gattungen Waaren, Produkte und Effekten u. s. w. anzukaufen, Wechsel zu jährlichen 4 pCt. ohne Provisionsberechnung zu eskomptiren, Miethzinsen, Spesen, Frachten und Regieen zur Zahlung zu übernehmen gegen von den Parteien der Gesellschaft zu liefernde Waaren, Vorschüsse auf Waaren zu leisten, Hypothekarschulden gegen Ueberlassung von Waaren abzutragen, Gelder in laufende Rechnung zu nehmen u. s. w. Der Erklärung der Theilnehmer wird binnen 14 Tagen entgegengesehen. (A. Z.)

Wien, 7. Febr. Der Kultusminister, Graf Thun, hat alle Bischöfe des Reiches eingeladen, sich bis den 6. April in Wien zu versammeln, an welchem Tage die bischöflichen Konferenzen bezüglich der Durchführung des Konkordates den Anfang nehmen werden. (Fr. J.)

In verschiedenen Bezirken Ungarns haben diesen Winter zahlreiche Mord- und Raubanfälle stattgefunden. Die so häufig gefährdete öffentliche Sicherheit macht gegenwärtig Ungarn zu der unheimlichsten Provinz in der österreichischen Monarchie. (Fr. Postz.)

Schweiz.

Bern, 6 Februar. Heute ist nun auch der Ständerath dem Beschluß des Nationalraths im Westbahnkonflikt beigetreten, so daß nun dem Kanton Freiburg definitiv ein peremptorischer Termin bis zum 1. Juli eingeräumt ist, um sich über genügende Mittel zur Erbauung einer Eisenbahn über die Kantons-Hauptstadt auszuweisen. Nationalrath Lusser, der Vorkämpfer der ultramontanen Fraktion im Nationalrath, hatte den Antrag gestellt, der Landesverrathsprozeß gegen Siegwart und Komp. (aus der Sonderbundszeit) solle durch eine von der Bundesversammlung zu ertheilende Amnestie erledigt werden. Der Antrag Lusser's wurde aber vom Nationalrath mit großer Mehrheit auf den Sommer verschoben. Der Verschiebung der Amnestiefrage ist der Ständerath durch einfache Notiznahme von dem bezüglichen Beschluß des Nationalrathes im Protokoll ohne Diskussion beigetreten (A. Z.)

Aus der Schweiz, 9. Febr Gestern haben die eidgenössischen Räthe ihre dermalige Session geschlossen. (Fr. Pstz.)

Dänemark.

Durch neuere Berichte ist jetzt bekannt, daß die von der holsteinischen Ständeversammlung beschlossene Anklage gegen den Minister v. Scheel nicht, wie die „Independance belge" sich im Anfange dieser Woche, angeblich aus Kopenhagen, offenbar den Blome'schen Antrag mit dem noch im Schooße der Kommission ruhenden Reventlow-Jersbeck'schen verwechselnd, hatte telegraphiren lassen, vom Könige zurückgewiesen, sondern vielmehr, wie es auch nicht anders seyn durfte, für stattbaft erachtet worden ist. Dennoch bleibt es eine Anomalie, daß ein unter Anklage stehender Minister nach wie vor seine üble Laune an Allen ausläßt, die nicht das Glück haben, seiner Willkür unerreichbar zu seyn. (S. Hamburg.) (Nat.-Z.)

Frankreich.

Paris, 7. Febr. Die Umtriebe der jetzt vereinigten Legitimisten und Orleanisten oder, kurzer gesagt, der französischen Royalisten haben bereits die Aufmerksamkeit der Regierung Louis Napoleon's auf sich gezogen. Man legt denselben jetzt, wo beide Parteien vereint handeln werden, eine größere Wichtigkeit bei, und dieses um so mehr, als der Graf v. Chambord, zum wenigsten in seinem Programme, mit der alten Monarchie ganz gebrochen hat und Frankreich ein eben so liberales Regime verspricht, als unter der Herrschaft „seines Vetters, des seligen Königs Louis Philippe" Mode war. Unter diesen Umständen ist es natürlich, das die Regierung vor der Hand ihr besonderes Augenmerk auf die royalistische Presse richtet, und die „Assemblee Nationale", bisher offizielles Journal der Fusion, eine erste offizielle Warnung erhielt, und zwar wegen eines sehr langen, der Wochenschrift „Le Correspondent"

entnommenen Artikels, worin die neuen Prinzipien des Grafen v. Chambord vertheidigt werden. Der Unterzeichner des Artikels ist Albert de Broglie, Sohn des Herzogs dieses Namens. Broglie war früher Orleanist und gehört seit langer Zeit zur Fusion. (K. Z.)

Man schreibt aus Paris, 7. Febr.: „Den Journalen ist untersagt, die neuen Louvre-Bauten zu kritisiren, da ihnen nicht füglich Lob gespendet werden kann." (K. Z.)

Paris, 8. Febr. Der öffentliche Ankläger hat mehrere junge Leute, welche der Theilnahme an den bekannten Nisard'schen Unordnungen beschuldigt sind, an das Zuchtpolizeigericht überwiesen. (Fr. Pstz.)

Paris, 9. Februar. Die belgische Polizei nimmt gegenwärtig eine Zählung aller politischen Flüchtlinge vor, welche aufgefordert wurden, sich zu diesem Zweck auf der Polizeidirektion in Brüssel einzustellen. Wer nicht erscheint, wird aufgesucht. Die heimliche Abreise eines Flüchtlings Namens Jourdan und dessen Verhaftung in Frankreich ist die Veranlassung zu dieser Maßregel. (Fr. P.)

* Paris, 10. Febr. Ein Dekret vom 7. Febr. eröffnet dem Finanzministerium pro 1856 einen außerordentlichen Kredit von 522,019 Fr. 83 Cent. zur Zahlung der am 1. März 1856 fälligen Zinsen und Amortisation des von Frankreich garantirten Theils des griechischen Anlehens, — da ein Schreiben des Hauses Rothschild mittheilt, daß ihnen die an oben genanntem Verfalltage erforderlichen Summen nicht zugekommen sind.

* Gestern gegen 3 Uhr Nachmittags gingen 4 Zouaven- und Jäger-Offiziere am See des Bois de Boulogne spazieren, als der Kaiser in Begleitung des Generals Canrobert vorbeigeritten kam. Kaum war er einige Schritte entfernt, als er den General zurückschickte, um diese Tapfern in seinem Namen zu bewillkommen und sich nach ihren Namen zu erkundigen. Da die Unterhaltung des Generals mit den 4 Offizieren sich etwas verlängerte, ritt der Kaiser selbst zurück, um die, von dieser Ehre ganz betroffenen, braven Offiziere zu begrüßen, und sie für Morgen zur Tafel zu laden.

* Der „Moniteur" veröffentlicht den Rechenschaftsbericht über die Operationen der Bank von Frankreich im Jahre 1855. Wir entnehmen demselben, daß die Geschäfte der Bank seit 3 Jahren einen ungewöhnlichen Aufschwung genommen haben. Im Jahre 1853 belief sich der Total-Umsatz auf 3,964,000,000 Fr.; im Jahre 1854 auf 3,888,000,000 Fr. und im Jahre 1855 auf 4,863,000,000 Fr.; Vergrößerung seit 1854 975,000,000 Fr., d. i. nahezu eine Milliarde. Der Escompte betrug im Jahre 1855 3,762,000,000 Fr., d. i. 818,000,000 mehr als 1854. Die im Oktober 1855 von der Bank getroffene Erhöhung des Bankzinses von 4 auf 5 und dann auf 6 pCt., und die Reduzirung der Verfallzeit von 90 auf 75 Tage hat keine Verminderung der Escompte-Nachfrage veranlaßt, sohin eigentlich dem beabsichtigten Zwecke nicht entsprochen.

* Gestern fand die Gerichts-Verhandlung wegen der am 5. und 12. Febr. in der Sorbonne vorgekommenen Ruhestörungen (gegen Nisard) statt. Unter den 15 Angeschuldigten befand sich ein ehemaliger Professor (Rogeard). Mit Ausnahme von 2 oder 3 machten sich, wie die Verhöre ergeben, diese jungen Leute nicht durch besonderen Fleiß bei den Vorlesungen noch durch die Art, wie sie ihr Examen bestanden hatten, bemerkbar; einige hatten sogar ganz vergessen, sich einschreiben zu lassen. — In seiner Aussage bemerkt der Rektor der Akademie Cair, daß es gewiß sey, wie die Anregung zu den stattgehabten Unordnungen von außen gekommen seyn müsse, denn der allgemeine Geist der Schule sey gut und einem solchen Systeme der Ruhestörung durchaus fremd. . . . Nach langer Berathung verurtheilt das Gericht 3 der Schuldigen (darunter Rogeard) zu 6monatlicher Gefängnißstrafe; 3 zu 3monatlicher, 4 zu 1monatlicher gleicher Strafe, 4 zu 100 Fr. Geldbuße. Einer (Marc Pourat) wurde freigesprochen.

Spanien.

† Dem „Constitutionnel" wird aus Madrid geschrieben: „Die nach Paris (am 4.) gebrachte Nachricht von einer in Vittoria und an andern Orten Spaniens entdeckten Militair-Verschwörung ist völlig erdichtet. Weder das Regiment Malaga in Vittoria, noch irgend ein anderes Regiment der Armee hat sich gegen die durch die strengste Disziplin vorgezeichneten Pflichten vergangen; ebenso wenig ist wahr, daß das Regiment von Malaga aus Madrid wegen der am 25. August 1854 stattgehabten Vorfälle verlegt wurde. — Vollkommenste Ruhe herrscht in ganz Spanien.

Madrid, 8. Februar. Die „Madrider Ztg." meldet die Entlassung des Herrn Bruil (der mit seinen Finanzplänen nicht durchdringen konnte) und dessen Ersetzung als Finanzminister durch Hrn. Santa Cruz. Der neue Finanzminister verzichtet auf die Wiedereinführung der Oktroigebühren. Er will die schwebende Schuld in eine freiwillige consolidirte Schuld umwandeln. (Fr. J.)

Italien.

Turin, 8. Febr. Der Senat hat das Anlehen von 30 Millionen mit einer Majorität von 50 gegen 7 Stimmen genehmigt. (Fr. J.)

Kirchenstaat. Vor einigen Monaten fand in Benevent wegen der erhöhten Verbrauchssteuer ein Volksauflauf statt. Die deßhalb von der päpstlichen Regierung verfügte Kriminaluntersuchung ist nun beendet und der Thatbestand nach Rom zur Aburtheilung hinbefördert worden. Leider sind bei dem Unfug eine Menge Menschen betheiligt. Einige zwanzig, und unter diesen fünf Priester, nämlich ein Kanonikus des Metropolitankapitels, zwei Kanoniker einer Kollegiatstiftskirche, ein Pfarrer und ein einfacher Priester sind gefänglich eingezogen worden, und bei siebenzig Personen, obgleich in der Untersuchung mit einbegriffen, und auch mehr oder weniger kompromittirt, befinden sich auf freien Füßen. Allgemein hat es auffallen müssen, wie Geistliche, besonders aber wie ein Kapitular, eines in so großem Ansehen stehenden Metropolitankapitels, dessen Mitglieder alle infulirte Prälaten sind, sich bei einem Straßenkrawall haben betheiligen und sozusagen gemeinschaftliche Sache mit dem untersten Pöbelhaufen machen können. Leider soll Letzterer aber ein ziemlich unwissender Mensch seyn, der gewiß nur durch Familieneinfluß zu seiner so achtbaren Stellung im Metropolitankapitel kann gelangt seyn. Und Familieneinfluß hat in der alten Longobardenstadt noch ein sehr bedeutendes Gewicht. Ein Augenzeuge versichert, der Mann soll so unwissend seyn, daß der Untersuchungsrichter oft Mühe gehabt habe, ihn zu verstehen. Er soll nämlich in seinen Antworten sich nur des kauderwälschen Volksdialekts, den die unterste Volksschichte spricht, und der in der That in Benevent ziemlich unverständlich ist, zu bedienen im Stande gewesen seyn. (A. Z.)

Griechenland.

Am 26. Januar fand die Hinrichtung von acht Raubmördern und anderen Verbrechern in der nächsten Nähe von Athen statt. Zwei von den Verurtheilten waren Greise mit langen weißen Haaren und wallendem Barte.

Amerika.

Frankreich und England, heißt es, haben Kommissäre nach den Plata-Staaten geschickt, um gemeinschaftlich mit Brasilien (in connection with Brasil) die Fortsetzung von Begebenheiten zu verhindern, die jenes Land zur Beute revolutionärer Zügellosigkeit machen. (A. Z.)

Aegypten.

Alexandria, 5. Februar. Im Dorfe Damanbour, zwischen hier und Kairo, haben Beduinen, Einheimische und unlängst rekrutirte Milizen einen Aufstand erregt. Heute werden Truppen und Kanonen auf der Eisenbahn dahin geschickt. (T. D. d. Allg. Z.)

Asien.

Ueber die Rebellion im Norden und Süden von China schreibt die „Neue Preuß. Ztg.": „Seit fast anderthalb Jahren fehlen nun schon genauere Nachrichten über den Zustand der nördlichen Provinzen; von Dem, was in Nanking und darüber hinaus vorgeht, hat man seitdem nichts Nennenswerthes erfahren. Auch die neueste Ueberlandpost vom 15. Dezbr. v. J. bringt keine andere Nachricht, als daß die fortdauernde Rebellion einen drückenden Einfluß auf den Handel auszuüben fortfahre. In den südlichen Provinzen macht indessen die Empörung wider das Mandschuregiment, die übrigens durchaus nicht, wie die im Norden des Reichs, einen religiösen Charakter hat, Fortschritte. Am 7. Novbr. ward die Bezirksstadt Wingon in der Provinz Kwangtung von einem starken Heere von Rebellen, welche rothe Turbane trugen und unter welchen sich 3000 Weiber befanden, mit Erfolg angegriffen. Bei dieser Gelegenheit ward der Mandarin Tschun-Aku gefangen genommen, und da er im vorigen Jahre sehr grausam wider die Empörer verfahren war, wurde er jetzt selbst auf das grausamste hingerichtet. Man zerbrach ihm bei lebendigem Leibe alle Glieder und brachte ihn dann auf den Scheiterhaufen."

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, 10. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Immer werden noch Bedenken gegen den Abschluß des Friedens laut. Von der einen Seite bezweifelt man Rußlands Ehrlichkeit, von der andern hebt man hervor, daß bis jetzt von Zahlung der Kriegskosten nicht gesprochen worden ist, und daß jedenfalls die Westmächte darauf Anspruch machen

würden. Aber so viel steht auf jeden Fall fest, daß die Alliirten sich das Friedenswerk durch Forderungen nicht erschweren werden, die nur Besiegte zu bewilligen gezwungen sind, während Rußland doch mit aller Bestimmtheit die Zumuthung von sich abweist, daß es gezwungen durch die Siege der Alliirten sich zu Friedensunterhandlungen bequemt habe. Nichtsdestoweniger scheinen die Alliirten ihr Augenmerk darauf zu richten, sich auf Grund und in Folge des Krieges wesentliche Vortheile und Erwerbungen zu sichern. Von großem Belang ist zuvörderst die Suprematie, welche sie sich über die Türkei verschafft haben. Sie haben sich die Pforte zu einem beinahe willenlosen Vasallen gemacht. Aber auch weiter hin noch wendet sich der Blick derselben. So bringt die „Revue contemporaine", welche als ein offiziöses Organ angesehen wird, einen Artikel, der das Gepräge einer erhaltenen Instruktion zu verläugnen nicht im Stande ist, und in welchem darauf hingedeutet wird, daß Frankreich und England jetzt in den genauesten Beziehungen zu einander ständen, und der Augenblick für Frankreich gekommen sey, um in andern Welttheilen Länder in Besitz zu nehmen. Auf nichts Geringeres weist der Artikel hin, als auf eine Besitznahme der Insel Madagascar, deren Wichtigkeit so sehr auf der Hand liegt, daß es Wunder nehmen muß, weßhalb dieselbe einer europäischen Macht bis jetzt noch nicht zum Opfer gefallen ist*). Sie hat die glückliche Lage zwischen Asien und Afrika, und ist im Stande, das Meer und die Küste von Ostafrika zu beherrschen. Ihr Flächeninhalt ist doppelt so groß wie der des preußischen Staates. Ihre Fruchtbarkeit soll nach den bisher gemachten Untersuchungen sehr groß seyn, und das Gebirge, welches die Insel in der ganzen Länge durchzieht, liefert Gold, Silber, Eisen, Edelsteine u. s. w. und verspricht bei einem geordneten Bergwerksbetriebe noch größere Reichthümer. Die Zahl der Einwohner beläuft sich auf 3 Millionen; dieselben treiben bereits Ackerbau, Viehzucht, Fischerei, Jagd und verschiedene Gewerbe. Die „Revue contemporaine" deutet darauf hin, daß England wohl seinem Verbündeten nicht in den Weg treten und ihm diese Besitznahme gewähren wird.

Wie die „Debats" berichten, ist die letzte Depesche Nesselrode's eben so friedlich, wie die vom 5. Januar. Der Graf macht aber darauf aufmerksam, daß Rußland nicht weiter gehen könne, und daß man den Artikel V. nicht benutzen dürfe, um von Rußland noch andere Gebietsabtretungen zu erlangen, als die Gränzberichtigung in Bessarabien erheische. Man dürfe auch von Rußland keine Entschädigung für die Kriegskosten fordern. Ueber Bomarsund wollte Fürst Gortschakoff, der dem Grafen Buol diese Note mittheilte, sich nicht aussprechen.

Aus dem Orient.

Der Gesundheitszustand der verbündeten Truppen hat sich in der Krim wieder verschlimmert; besonders richtet der Skorbut unter den Mannschaften große Verheerungen an. (Fr Pstz.)

Konstantinopel, 28. Jan. Aus gut unterrichteten Quellen erfahre ich, daß Fürst Stirbey in den nächsten Tagen aus Bucharest erwartet wird, um durch sein persönliches Erscheinen die Machinationen Lord Stratforts zu paralysiren, die, wenn Sie sich erinnern, gegen sein ferneres Verbleiben als regierender Fürst gerichtet waren und nicht ohne Erfolg geblieben seyn sollen. (Allg. Ztg.)

*) Versucht haben es die Franzosen wohl schon mehrmals, aber die Versuche scheiterten immer an der wilden Tapferkeit der Einwohner, so daß sie es nie weiter brachten, als zu einigen befestigten Niederlassungen an der Küste.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 11. Februar. Für mehrere österr. Fondsgattungen so wie für Staatsbahnaktien wurden höbere Kurse bezahlt. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung.

Oesterreich 5pCt. Lomb. $87\frac{3}{4}$ P. $87\frac{1}{2}$ G
„ 5pCt. Metall. alte $79\frac{1}{4}$ P. 79 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths —P. $85\frac{1}{2}$G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $81\frac{1}{2}$P. $81\frac{1}{4}$G.
„ $4\frac{1}{2}$pCt. „ $70\frac{5}{8}$ P $70\frac{3}{8}$ G.
„ 4pCt. „ $62\frac{1}{2}$ P. 62 G
„ 3pCt. „ 48 P $47\frac{1}{2}$ G.
„ 1pCt. „ $15\frac{7}{8}$ P. $15\frac{5}{8}$ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . n. D. 1171 P 1166 G.
Oesterreichische Credit-Actien $140\frac{1}{2}$ P. $138\frac{1}{2}$ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 126 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 $99\frac{1}{2}$ P. $99\frac{1}{4}$ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. $279\frac{1}{2}$ P. $277\frac{1}{2}$ G.
Bayern 5pCt. Obligationen $101\frac{3}{4}$ P. $101\frac{1}{4}$ G.
„ $4\frac{1}{2}$pCt. „ $100\frac{1}{2}$ P. 100 G.
„ 4pCt. „ 95 P. $94\frac{1}{2}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ $86\frac{3}{4}$ P. $86\frac{1}{4}$ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95 P. $94\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien $157\frac{1}{4}$ P. $156\frac{3}{4}$ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 144 P. $143\frac{1}{2}$ G.
Preussen $3\frac{1}{2}$pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. $87\frac{1}{2}$ G.
Württemberg $4\frac{1}{2}$pCt. Obligationen $102\frac{1}{8}$ P. $101\frac{5}{8}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ $89\frac{1}{2}$ P. 89 G
Baden $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen von 1842 $88\frac{3}{4}$ P. $88\frac{1}{2}$ G.
Badische 50 fl. Loose 78 P. $77\frac{1}{2}$ G.
„ 35 „ „ $47\frac{3}{4}$ P. $47\frac{1}{2}$ G
Grossh. Hessen $4\frac{1}{2}$pCt. Obligationen $102\frac{3}{4}$ P. $102\frac{1}{4}$ G.
„ 4pCt. „ $99\frac{5}{8}$ P $99\frac{1}{8}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ 93 P. $92\frac{1}{2}$ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose $113\frac{1}{2}$ P. 113 G.
„ „ 25 „ „ $36\frac{1}{4}$ P. 36 G
Darmstädter Bankaktien 310 P. 308 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose $39\frac{1}{4}$ P. 39 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. $61\frac{1}{4}$ P. $60\frac{3}{4}$ G.
Nassau $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen $90\frac{1}{4}$ P. $89\frac{3}{4}$ G.
Nassauische 25 fl. Loose $30\frac{3}{4}$ P. $30\frac{1}{4}$ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen $85\frac{3}{4}$ P. $85\frac{1}{4}$ G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ alte $93\frac{1}{2}$ P 93 G.
„ $3\frac{1}{2}$pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien $120\frac{3}{4}$ P. $120\frac{1}{4}$ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 326 P. 324 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn $79\frac{1}{4}$ P. $78\frac{3}{4}$ G.

Polen 500 fl. Partial — P 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld $38\frac{1}{4}$ P. 38 G.
„ 1pCt. neue $24\frac{3}{16}$ P. $24\frac{1}{16}$ G.
Holland Integrale 64 P. $63\frac{1}{2}$ G.
„ Certificate 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 P. $42\frac{1}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl.100 k.S. $100\frac{3}{4}$P. $100\frac{1}{2}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. $119\frac{3}{8}$P. $119\frac{1}{8}$G.
Augsb. fl.100 k. S. $120\frac{1}{8}$P. $119\frac{7}{8}$G.	Mail. i.S.Lr.250k.S. $101\frac{1}{8}$P $100\frac{7}{8}$G.
Berlin Thlr.60 k.S. $105\frac{3}{8}$P. $105\frac{1}{8}$G.	do. 3 Monat mit 5% $100\frac{3}{4}$P $100\frac{1}{2}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $105\frac{1}{4}$P. 105G.	Paris Frs. 200 k. S $94\frac{1}{8}$P. $93\frac{7}{8}$G.
Brem. 50Thlr.Ld.k.S. $96\frac{1}{2}$P. $96\frac{1}{4}$G.	Lyon Frs. 200 k. S 94P. $93\frac{3}{4}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. $88\frac{3}{4}$P $88\frac{1}{2}$G.	Wien fl. 100C. k S. 113P. $112\frac{3}{4}$G.
Leipz. Thlr.60k.S. $105\frac{1}{8}$P. $104\frac{7}{8}$G.	Wien 3 M. mit 4% $112\frac{1}{2}$P. $112\frac{1}{4}$G.

Disconto — P. $3\frac{1}{2}$pCt. G.

Rotterdam, 4. Febr. Heute sind 2000 B. Java Kaffe per Robert Dixon zu 33 cs. verkauft.

Antwerpen, 5. Febr. Getraide sehr still und flau. Weißer seeländ. Waizen 18 fl. per 80 Kil. Inländ. Roggen $11\frac{1}{2}$ fl. per 70 Kil.

In andern Artikeln kein Umsatz.

Nichtpolitische Zeitung.

* Die im Jahre 1854 in England in Betrieb befindlichen Eisenbahnen (4425 Kilometres; 1 Kilom. = 3426 Fuß) kosteten 530,000 Frs. durchschnittlich pr. Kilom. — In Frankreich kosteten die 4000 Kilom 390,000 Fr. pr. Kilom. — In Belgien 270,000 Fr. — In Deutschland (8275 Kilom.) nur 201,000 Fr. pr. Kilom. — In Amerika (28,513 Kilom.) nur 96,500 Fr. pr. Kilom. Nimmt man also die englische Eisenbahnen als Vergleichungspunkt, so ergeben die französischen ein Ersparniß von 25%, die belgischen 50%, die deutschen 62%, die amerikanischen 80%.

* Paris, 10 Febr. Die Begräbnißfeier der kürzlich verstorbenen barmherzigen Schwester Rosalie fand mit ungewöhnlicher Pracht statt; seit 52 Jahren war die heilige Frau barmherzige Schwester in einem Stadtviertel, wo es der Unglücklichen Viele gibt und alle diese Unglücklichen begleiteten die Leiche der Verstorbenen zur Kirche, zum Friedhofe. Ein Ehren-Piquet war beim Cortege. Die Schwester Rosalie war vom Kaiser dekorirt. Der Kaiser und die Kaiserin besuchten sie, die liebreiche und verschwiegene Almosenspenderin, häufig. Schwester Rosalie gehörte einer höbern Familie an.

* Die Telegraphen-Gesellschaft des Mittelmeers, welche mit Legung der Drähte zwischen der Insel Sardinien und Afrika sich beschäftigt, beabsichtigt auch eine elektrische Verbindung zwischen Europa und Melbourne in Süd-Australien herzustellen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 44.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 13. Februar 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 11. Febr. (Privat-Korresp.) **31. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld, der hierauf das Wort nahm, widerlegte die für die Befreiung der Kapitalien und Pfründen von der Kapitalrentensteuer von den HH. Abgg. des geistlichen Standes vorgebrachten Gründe. Derselbe äußerte am Eingang seiner Rede, daß das Ablösungsgesetz allerdings für den geistlichen Stand einige Härten habe, allein das sey eben die Folge davon, daß man die Ablösung bis zu einer Zeit verschoben habe, wo man nicht mehr Rücksicht nehmen konnte, als wirklich geschehen sey. Er habe schon 1846 und 47 die Betheiligten beschworen, die Ablösung zu bewilligen, man habe sie aber damals zurückgewiesen. Im Jahr 1848 habe man dann in Bayern gethan, was auch andere Staaten thun mußten und gerade in dem Staate, den man als den Grundpfeiler des Konservatismus betrachte, sey die Ablösung unter Normen erfolgt, die viel härter als die in Bayern gewesen. Es freue ihn und er sey stolz darauf, daß in Bayern, wie in keinem andern Staate, die Ablösung unter den möglichst günstigen Bedingungen für die Berechtigten erfolgt sey. Jetzt sey es freilich *leicht zu sagen*, was man 1848 hätte thun sollen, aber er möchte *den sehen*, der es damals gesagt hätte. Der Redner widerlegte dann die vom Abg. Dr. Zarbl aufgestellten Ansichten und legte dar, daß kein rechtlicher Grund bestehe, die in Rede stehenden Kapitalien von der Steuer zu befreien. Schließlich freut sich der Redner, daß alle geistliche Herren erklärten, daß, wenn die Kammer sich für die Besteuerung erkläre, der bayerische Klerus sich dem fügen werde.

Abg. Prof. Edel. So sehr er der Ansicht sey, daß die Pfründebesitzer der Eink.-Steuer nicht unterliegen sollen, insoweit sie von dem Einkommen eine andere direkte Steuer zahlen, in welcher Beziehung die Kammer ihm beigestimmt habe, so sehr sey er der Ansicht, daß sich eine Befreiung derselben von der Kapital-Rentensteuer nicht rechtfertigen lasse; denn obwohl sie nur Nutznießer der Fundationskapitalien seyen, so sey es vollkommen gerechtfertigt, die Rente, welche sie hieraus beziehen, zu besteuern. Der Redner widerlegt dann ebenfalls die hiegegen vorgebrachten Gründe und fügt dann bei, daß außer dem Rechtsgrund auch noch ein politischer Grund ihn abhalte, hier für die Befreiung von der Steuer sich zu erklären. Die Zeit dieser Privilegien sey vorüber und für den Neid und die Ungunst, welchen sich die Privilegirten hiedurch aussetzen würden, seyen die Privilegien zu theuer erkauft. Wenn die Betheiligten sich dieser Steuer unterwürfen, so würden sie ihren Gemeinden gegenüber eine viel freiere Stellung haben. Er schließe sich deßhalb dem Antrage Lerchenfelds an und freue sich gleichfalls, daß die Betheiligten auf jede Gnade verzichteten.

Abg. Pfarrer Dietmeyer erklärt sich für die Befreiung und meint, daß hiedurch nur ein geringer Ausfall im Budget entstehen wird.

Abg. Urban erklärt, daß er ganz von den Ansichten Lerchenfelds und Edels durchdrungen sey. Die geistlichen Herren hätten bei der Frage der Eink.-Steuer einen Sieg errungen und er fürchte, daß noch so ein Sieg eine — moralische Niederlage für sie seyn würde (Gelächter).

Abg. Dr. Ruland erörterte dann noch die Ansicht, daß sich die Besteuerung der fraglichen Kapitalien in keiner Weise rechtfertigen lasse — womit die Debatte zum Schluß gelangt war.

Abg. Referent Münch erklärte dann, daß, da die Betheiligten selbst auf Billigkeitsrücksichten verzichteten, ihm das Material zur Vertheidigung des Ausschußantrages fehle; er glaube hierzu auch nicht verpflichtet zu seyn, da nicht einer seiner Kollegen im 4. Auschuß für diese Befreiung gesprochen habe. (Heiterkeit.)

Die Abstimmung ergab dann, daß sich die Kammer für die Besteuerung der Kapitalien und Pfründen erklärte, denn die betr. Ziffer 4 des Artikels 4 mit wurde großer Majorität verworfen, im Uebrigen der Artikel angenommen. Wegen vorgerückter Zeit wurde dann die Debatte auf morgen vertagt.

** München, 12. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **35. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die kgln. Staatsminister Dr. Aschenbrenner und Dr. Ringelmann.

Es wird die Debatte über den Gesetz-Entwurf „die Kapitalrentensteuer betr.“ fortgesetzt. — Die Art. 5—8 werden ohne Debatte und unverändert angenommen. Die nun folgenden Art. 9—26, welche von dem Verfahren bei Anlage der Steuer handeln, werden zusammenberathen.

Abg. Dr. Barth bringt hiezu mehrere Modifikationen, welche im Wesentlichen mit seiner Modifikation zu dem Personalsteuergesetze übereinstimmen und denen bekanntlich die Kammer beigestimmt hat, so daß Dr. Barth seine heutige Modifikation nur als eine Konsequenz der früheren betrachtet, da für beide Steuern ein gleiches Verfahren eintreten soll.

Abg. Boje stellt Modifikationen zu Art. 20 und 21 bez. der Strafbestimmungen, ähnlich seiner Modifikation zu dem Personalsteuergesetze.

Abg. Dr. Keybl stellt eine Modifikation zu Art. 21, nach welcher die Strafe für wesentliche Verheimlichung von Kapitalien statt, wie der Entwurf aufstellt, den 3- bis 5fachen Betrag der Steuer, „den 10fachen Betrag“ betragen soll.

Der kgl. Regierungs-Kommissär wiederholt Namens der Regierung die von ihr bei Berathung des Personal-Steuergesetzes eingebrachte Modifikation mit einigen Aenderungen, wonach nur jene Reklamationen in 2. Instanz von den verstärkten Steuer-Ausschüssen beschieden werden sollen, welche sich auf Thatfragen, auf die Größe der Fassionen beziehen, daß dagegen Reklamationen in allen anderen Fragen von der Kreis-Regierung in 2. Instanz entschieden werden sollen. Der Herr Reg.-Komm. glaubt, daß durch Annahme dieser Modifikation die Kammer keine Inkonsequenz begehen würde, da es sich hier um ein ganz anderes Steuerobjekt handle, als bei der Personalsteuer, auch die zu entscheidenden Fragen komplizirter seyen, als bei jener.

Die Abgg. Dr. Barth, v. Lerchenfeld und Fürst Wallerstein widersprechen der Ausführung des Hrn. Regierungskommissärs. Die Kammer könne, nachdem sie sich einmal für die Autonomie der Steuerausschüsse ausgesprochen habe, heute kein anderes Verfahren beschließen; für beide Steuern müsse das Verfahren ein gleiches seyn. Derselben Ansicht sind auch die Abgeordneten Dr. Völk und v. Closen.

Abg. Prof. Weis erklärt sich gegen den siebenten Absatz des Art. 18, wie ihn der Ausschuß vorschlägt, weil ihm die Bestimmung dieses Absatzes nicht mit dem Grundsatze, daß kein inquisitatorisches Verfahren stattfinden soll, übereinzustimmen scheine.

Abg. Dr. Ruland theilt diese Ansicht.

Abg. Mühlthaler schließt sich der Modifikation Keybl's an, weil durch sie der Vollzug des Gesetzes besser gesichert werde.

Abg. Prof. Weis widerspricht dieser Ansicht, denn er glaubt, daß mildere Strafen weit besser den Vollzug eines Gesetzes sichern, weil solche Strafen auch vollzogen würden, während dies bei hohen Strafen nicht immer der Fall sey. Damit war die Debatte zum Schlusse gelangt.

Der k. Regierungskommissär Herr Pfretzschner vertheidigt dann nochmals in Kürze den Vorschlag der Regierung. Die Abstimmung ergab dann, daß die Art. 9—26 mit den Modifikationen des Abg. Barth und im Uebrigen nach den Ausschußvorschlägen angenommen wurden mit Ausnahme des vom Abg. Weis beanstandeten Abs. 7 des Art. 18 des Ausschußantrages, und ist sohin im Wesentlichen ganz dasselbe Verfahren beschlossen, wie bez. der Personal-, resp. Einkommensteuer. Die Modifika-

tionen Boje's zu Art. 20 und 21 wurden ebenfalls angenommen, die Modifikationen des Abg. Keyhl aber verworfen.

Die nun folgenden Art. 27—32, welche die Zu- und Abgänge der Steuer behandeln; Art. 33 und 34, welche von den Kosten der Steueranlage und Art. 35—38, welche von der Erhebung der Steuer handeln, veranlaßten keine Debatte und wurden nach dem Vorschlag des Ausschusses angenommen. Die Schlußabstimmung über den ganzen modifizirten Entwurf ergab dessen Annahme mit 114 gegen 6 Stimmen.

Oesterreich. Aus der Lombardei. Nach einer Mittheilung des „Nord" aus Paris hat der Kaiser Napoleon seine gegenwärtigen Verbindlichkeiten mit Oesterreich benützt, um von diesem Staate die Aufhebung der Beschlagnahme der Güter des Grafen Arese zu erlangen. Dieser ist lombardischer Flüchtling, piemontesischer Senator und ein sehr vertrauter Freund des Kaisers Napoleon. Wenn er nach Paris kommt, wohnt derselbe in den besondern Zimmern Ludwig Napoleons. Der Herzog und der Graf Litta, der Marquis Borromeo, sowie die Fürstin Belgiojoso sind gleichfalls von dem Kaiser von Oesterreich begnadigt worden. (Schw. M.)

Wien, 9. Febr. Zu der hier zusammentretenden Eisenbahnkonferenz zur Regelung und baldigen Ausführung des italienischen Eisenbahnnetzes langen die hiezu delegirten Bevollmächtigten bereits nach und nach an, und sollen die betreffenden Berathungen am 15. d. eröffnet werden. Wie ich Ihnen bereits seinerzeit gemeldet habe, erscheint die österreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe bei dieser wichtigen Unternehmung als einer der Hauptkonkurrenten. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 9. Februar. Die Voranschläge für die Flotte für das Jahr 1856 bis 1857, die sich auf 19,876,673 Pfd. St. belaufen, betragen nur 291,135 Pfd. mehr als im verflossenen Jahre.

London, 11. Febr. Sir Charles Wood (der Marineminister) beantragt im Unterhaus das Flottenbudget ganz so, als ob der Krieg fortdauere, verlangt jedoch vorläufig nur ungefähr zwei Drittel der Summe, unter anderm 6000 Matrosen mehr, deßgleichen eine Vermehrung der Marine-Artillerie. Das Haus votirt Millionen ohne Abstimmung, fast ohne Diskussion. (T. D. d. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 9. Februar. Der Handelsverkehr mit Deutschland hat in letzter Zeit sehr zugenommen. Hier sowohl, wie zu Lyon können die Fabriken und großen Magazine kaum den Bestellungen genügen, die ihnen, besonders aus dem nördlichen Deutschland, zugehen. Mehrere Vertreter von Hamburger Häusern verweilen gegenwärtig hier und machen in den verschiedensten Artikeln bedeutende Einkäufe. So hat einer der größten Möbel-Fabrikanten in der Vorstadt St. Antoine seinen ganzen Vorrath nach Hamburg verkauft. Sehr gute Geschäfte machen unsere großen Modemagazine für Damen und Herren, die ihre Muster und Neuigkeiten besonders an Berliner Kaufleute absetzen. Auch in den Tuchfabriken von Sedan und Elbeuf sind von Berlin aus ansehnliche Bestellungen gemacht worden. — Vor den Assisen des Departements Yonne sollte neulich eine ziemlich anstößige Prozeßsache zur Verhandlung kommen. Fast alle Damen der Stadt fanden sich im Saale ein. Als der Präsident diese Masse von eleganten Toiletten sah, sagte er: „Die hier anwesenden Personen kennen wahrscheinlich die Beschaffenheit des Prozesses nicht, der jetzt beginnen wird; ich fordere alle anständigen Frauenzimmer auf, sich zu entfernen." Auch nicht eine einzige Dame verließ den Saal. „Huissiers," nahm der Präsident wieder das Wort, „da jetzt alle anständigen Frauenzimmer fortgegangen sind, so entfernen Sie die übrigen aus dem Saale." Unter dem Gelächter des männlichen Publikum wurde diese Weisung vollzogen.

Spanien.

† Madrid, 9. Febr. Vorgestern hatte eine Versammlung von Abgeordneten der Partei der Demokraten und Progressisten statt. Man beschloß in dieser Zusammenkunft, sich zur Bekämpfung des gegenwärtigen Ministerium zu vereinigen. Der Führer dieses Kongresses soll ein catalonischer Abgeordneter seyn, der vor nicht langer Zeit in dem vom Herzog de la Vittoria präsidirten Kabinete war. (Madoz, ehemaliger Finanz-Minister.) — General Bosquet wurde von der Königin Isabella (wie der „Memorial des Pyrenees" berichtet) zum Granden von Spanien 1. Klasse ernannt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Konstantinopel, 31. Januar. Der Große-Rath hat alle von den Ministern in der Reformfrage gemachten Zugeständnisse gutgeheißen und der Sultan hat, wie man hofft, die Sanktion bereits zugesagt. Diese Konzessionen umfassen 21 Artikel. Ein einziger hat sehr ernste Gegenbemerkungen der otomanischen Minister und des Raths hervorgerufen und ist noch nicht angenommen worden. — Für die Christen ist er vielleicht gerade der Unwesentlichste, da er nur die Türken angeht, die nach diesem Artikel „gesetzlich" ermächtigt seyn sollen, ihrer Religion zu entsagen und zum Christenthum überzutreten; aber der englische Gesandte beharret darauf und hat dies in einer Weise ausgesprochen, daß wenig Hoffnung ist, ihn zu andern Gesinnungen zu bewegen. Die Frage auf dieses Terrain übertragen, kann ernste Folgen nach sich ziehen und es ist nicht abzusehen, wie sie gelöst werden soll. Thatsache ist, daß die Konferenz sich trennte, ohne etwas beschlossen zu haben. Man kann allerdings auf den guten Willen der Türken zählen, aber gerade deßhalb sollte man ihn nicht durch überspannte Forderungen mißbrauchen, die der Sultan nicht gewähren kann, ohne die öffentliche Ruhe aufs Spiel zu setzen... Heute Abend wird der Sultan einem großen Maskenball beiwohnen, den der englische Gesandte Lord Redcliffe geben wird. Es ist dies das Erstemal, daß ein Sultan ein fremdes Fest besucht. Lord Redcliffe hat den Sultan persönlich eingeladen.

* Bekanntlich ist in dem gebirgigen Küstenlande am nördlichen Theile des arabischen Meerbusens, über das der türkische Sultan, als Nachfolger Mohammed's, nur eine wenig beachtete Oberherrlichkeit und gewisse Rechte, z. B. Besatzung in einigen Städten, hat, ein Aufstand gegen die Türken ausgebrochen. Der Pariser „Moniteur" vom 8. Februar theilt jetzt Folgendes aus Dschidda mit: „Nach den neuesten Nachrichten über den Aufstand im Hedjaz war von den Truppen des Sultans die Babaralinie ohne Schwertstreich überschritten worden. Scherif Muthaleb hatte sich auf Mekka zurückgezogen, jedoch auch dort nicht einmal den Versuch gemacht, sich zu halten. Die heilige Stadt befand sich von neuem in der Gewalt der Türken."

* Ein englischer Emissär Namens v. Hamilton, der, wie man sagt, in den letzten Unruhen von Tripoli eine bedeutende

---

Aus dem Lager der Verbündeten in der Krim.

Balaklawa, 18. Januar.

Das Lagerleben unter den englischen Truppen fängt nachgerade an, sich sehr monoton und einförmig zu gestalten; einige wenige Exerzir-Stunden, die noch dazu bei schlechtem Wetter sistirt werden, ausgenommen, sind die Mannschaften hinsichtlich des Zeitvertreibs auf sich selbst angewiesen; die zur Kürzung der Langeweile erfundenen kameradschaftlichen Spiele haben ihrer öftern Wiederholung wegen ihren Reiz verloren, und durch die kärgliche Erleuchtung seines Hüttenraums (per Tag für 12 Mann 2 Unzen Talg- und ¾ Unzen Walrathskerzen) wird der Soldat verhindert, sich mit Lesen oder Schreiben zu beschäftigen. An Gelegenheit zur Zerstreuung und Vergnügung ist zwar nirgends Mangel, die etwa 1½ englische Meilen von hier entfernt belegene Büffelstadt — ein von ausgewiesenen Händlern, Marketendern ꝛc. aller Nationalitäten improvisirter Marktflecken — bietet deren sogar leider mehr als überflüssig dar, aber sie alle sind mehrentheils viel zu kostspielig, als daß der nur auf seinen Sold angewiesene Soldat sie gründlich durchkosten könnte; er muß sich, und dies zu seinem moralischen Besten, nur mit dem hin und wieder Davonnaschen begnügen. Dem Beispiel der Franzosen nachahmend, hat man jetzt auch im englischen Lager ein Liebhabertheater eingerichtet, in welchem jedoch Auditorium und Akteurs durchgängig aus der Aristokratie entnommen sind. Bemühungen, eine zweite Bühne mit Darstellern aus dem niedern Soldatenstande in's Leben treten zu lassen, fanden nur bei den irischen Truppen etwas, bei den Schotten und Britten aber gar keinen Anklang und schlummerten daher wieder ein. Alles, was man erlangen konnte, war das Zusammenbringen eines kleinen Häufleins zur hin und wieder statthabenden Aufführung kleiner Pantomimen. Um den bösen Dämon Langeweile zu bannen, greift der Soldat neuerdings wieder sehr nach dem verbotenen Sorgenbrecher, der Flasche, und giebt sich dem Bachus hin. Etwas regeres Leben in die stagnirende Masse ist seit dem 15. Jan. durch einen Generalbefehl gekommen, welcher sämmtliche Offiziere zur sofortigen Normal-Instandsetzung ihrer persönlichen Feldequipagen verpflichtet. Durch diese Ordre sowie ferner durch den Umstand, daß unser Landtransportcorps als solches aufgelöst, in Regimenter getheilt und den Armee-Divisionen (jeder Division ein Regiment) detachirt worden ist, hat das Gerücht

Rolle gespielt haben soll, wurde verhaftet. Man fand Papiere bei ihm vor, die beweisen, daß er in fortwährender Korrespondenz mit einigen englischen Agenten und in Relation mit den Rebellen war.

Rußland und Polen.

Petersburg, 4. Febr. Am 1. Febr., dem Todestage des Fürsten Paskewitsch, unmittelbar nachdem die Kunde von dessen Ableben hier eingegangen war, erließ der Kaiser einen Tagesbefehl, demzufolge Fürst Michael Gortschakoff ehemals Kriegsgouverneur in Polen, später Befehlshaber der Okkupationsarmee und zuletzt Oberbefehlshaber der Südarmee und der Truppen in der Krim, zum Statthalter in Polen und Oberbefehlshaber der West- und Zentral-Armee ernannt wird (erstere steht unter dem General Sumarokow, letztere unter dem General Paniutin).

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 9. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Vor einigen Tagen ist hier ein Kurier mit Depeschen aus Berlin von dem dortigen kaiserlichen Gesandten, Grafen Esterhazy, angelangt, welche den ausführlichen Bericht über den Stand der Verhandlungen enthalten, die seitens des österreichischen Repräsentanten mit dem preußischen Kabinette über die orientalische Frage letzterer Zeit geführt worden sind. Der Inhalt derselben hat hier nur wenig befriediget, denn es soll dieselbe die in der letzten Zeit ausgesprochenen Hoffnungen auf einen engen Anschluß Preußens an Oesterreich und an eine Aneignung der bekannten fünf Punkte als zu sanguinisch herausstellen. Preußen soll sich keineswegs dem Geiste der österreichischen Vorschläge vollständig angeschlossen und die Friedenspräliminarien bisher noch nicht als die seinigen angenommen haben. Die Entscheidung Preußens hätte übrigens auf die Frage, ob es an den Berathungen des bevorstehenden Pariser Kongresses werde theilnehmen oder nicht, keinen Einfluß nehmen können, da es bereits längst entschieden ist, daß es in Paris nicht vertreten seyn werde. — Die allgemeinen Friedensbedingungen werden jetzt auf dem Bundestage berathen werden, und von dem Gange und dem Resultate dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob den deutschen Mächten — Preußen mitbegriffen — auf die endgültige Festsetzung des Friedens ein Einfluß werde eingeräumt werden oder nicht.

X Von Berlin aus wird uns dagegen geschrieben, die Westmächte hätten den Wunsch zu erkennen gegeben, daß auch Preußen die Pariser Konferenzen beschicken möge. Auf den ersten Blick möchte es scheinen, als läge hierin ein Widerspruch mit dem, was unser Wiener Korrespondent meldet; in Wirklichkeit aber besteht kein solcher Widerspruch. Denn allerdings haben die Westmächte Preußen aufgefordert, an den Pariser Konferenzen Theil zu nehmen, haben jedoch zugleich bestimmte Bürgschaften dafür verlangt, daß Preußen, falls das Friedenswerk mißlingen sollte, für die Erreichung der Präliminarpunkte dann auch thatkräftig mitwirke. Preußen hat prinzipiell gegen eine Beschickung der Konferenzen nichts. Da es aber die Konsequenzen seiner Politik nicht verlassen will, so wird es erst von dem Augenblicke an in Paris durch einen Vertreter erscheinen, wo die Friedenspräliminarien endgültig festgestellt seyn werden; diese ist es gesonnen zu unterzeichnen und sich anzueignen. Als ein Zeichen, daß Preußen dem Wunsche der Alliirten wegen Beschickung der Konferenz nachkommen will, kann man eine jüngst erlassene Zirkular-Depesche des preußischen Kabinets an die deutschen Regierungen ansehen, in welcher diesen empfohlen wird, den Friedenspropositionen ihre Zustimmung zu geben, indem dieselben als eine geeignete Friedensgrundlage anzusehen seyen. Seinerseits sey es geneigt, die Friedenspräliminarien, die in Paris festgestellt werden, mit zu unterzeichnen, und Bürgschaft für die Resultate der in Paris erfolgenden Berathungen mit zu übernehmen. Daß es nun dem deutschen Bunde die Zustimmung zu den Propositionen anräth, darin darf höchstens der Wunsch Preußens erblickt werden, soweit es seinerseits möglich ist, Europa den Frieden wiederzugeben. Ob diese Bereitwilligkeit den Westmächten genügt, ist sehr zu bezweifeln. Sie wollen Thaten, nicht Worte.

London, 10. Febr. Der „Observer" meint, Preußen habe in Folge der Isolirung, in der es sich hartnäckig gehalten, sich nicht darüber zu beschweren, daß es nicht zu den Pariser Konferenzen eingeladen werde; es werde bloß als Militärmacht, deren Gränzen an die Rußlands stoßen, eingeladen werden, dem Vertrage, welcher abgeschlossen würde, beizutreten; die Verbündeten würden auf den Konferenzen verlangen, daß Rußland jede bewaffnete Drohung im Norden und Süden gegen seine schwächern Nachbarn einstelle; wenn es sich weigere, sey es unnöthig, Zeit mit Unterhandeln zu verlieren. (S. D. d. Fr. J.)

Aus dem Orient.

Ein Korrespondent des „Osservatore triestino" meldet aus Erzerum vom 17. Januar, daß es bei Sugdidi zu einem Kampfe zwischen einem Bataillon türkischer und zehn in den Wäldern versteckt gewesenen Bataillonen russischer Infanterie gekommen sey; die Türken hätten sich ohne sonderliche Verluste an Mannschaft zurückgezogen, aber 15 Kanonen und das Gepäck in den Händen der Uebermacht zurückgelassen, worauf Sugdidi und die umliegenden Dörfer in Brand gesteckt worden seyn sollen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 12. Februar. Für österr. Staatsbahnaktien und mehreren anderen Fondsgattungen, sowie für Eisenbahnaktien wurden höhere Kurse bewilligt, während im Uebrigen keine wesentliche Veränderung stattfand.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 88½ P. 88¼ G.
„ 5pCt. Metall. alte 79½ P. 79¼ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86 G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81⅝ P. 81⅜ G.
„ 4½pCt. „ 70¾ P 70½ G.
„ 4pCt. „ 62½ P. 62 G.
„ 3pCt. „ 48½ P 48 G.
„ 1pCt. „ 15⅞ P. 15⅝ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1174 P. 1169 G.
Oesterreichische Credit-Actien 141½ P. 139½ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 127 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 99½ P. 99¼ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 284½ P. 281½ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 157½ P. 157 G.

---

von einer dem englischen Heere oder doch dem Gros desselben nahe bevorstehenden Dislocirung überreiche Nahrung erhalten, und erschöpft man sich jetzt in Muthmaßungen darüber, welches Land und welcher Ort wohl zum künftigen Aufenthalt für uns bestimmt seyn möchte; die allgemeine Ansicht geht dahin, daß uns wahrscheinlich nur eine Verlegung nach Eupatoria bevorstände, von welchem Platze aus wir sodann mit Eintritt des Frühlings zur Eröffnung der diesjährigen Krimcampagne zu schreiten hätten. — In der vorerwähnten Büffelstadt, welche auch abwechselnd Hüttenstadt und Blockstadt genannt wird, und die für das Gesammtlager der alliirten Armeen ziemlich dasselbe ist, was der sogenannte Berg zu Hamburg für die dort anlangenden Matrosen ꝛc., fielen in vergangener Woche zwei ziemlich blutige Schlägereien zwischen englischen Mannschaften vor; die eine Affaire hätte einem italienischen Schenkwirth, welcher vermittelnd auftreten wollte, neben der Nase, die er einbüßte, fast auch das Leben gekostet, während bei der andern drei Irländer, drei Schotten und zwei Engländer nicht ganz unbedeutende Verletzungen erhielten. — Mit großer Freude nahmen Offiziere und Mannschaften eine uns durch Londoner Blätter zugegangene Bekanntmachung des neuen Generalpostmeisters für England, Herzogs v. Argyll, entgegen, welche die Errichtung von Money-Order-Offices (Postanstalten, welche gegen ein geringes Porto kleine Geldsummen dergestalt zur Spedition in Empfang nehmen, daß der Absender das betreffende Geld nicht zu verpacken, sondern nur einfach an die Anstalt zu zahlen nöthig hat) in Balaklava anbefiehlt. — Kamiesch, das wir Anfangs dieser Woche zu besuchen Gelegenheit hatten, bietet den Augen des Beschauers das freundliche Bild einer kleinen und netten europäischen Hafenstadt. Die Häuser sind, mit Ausnahme der kleinen, sehr zierlichen katholischen Kirche, des Theatergebäudes und der Depots, sämmtlich einstöckig, theilweise ganz aus Holz, größerntheils aber aus mit Steinen ausgefülltem Fachwerk und etwa 60 von ihnen gänzlich massiv erbaut; ihre Gesammtzahl mag sich auf 6—700 belaufen, von denen jedoch viele nicht bewohnt sind, sondern nur als Waarenniederlagen und Stallungen benutzt werden. Die Fortifikationen des Platzes werden durch ächt kolossale, mit Futtermauern versehene und untereinander mittels Courtinen verbundene Redouten gebildet, welche von einem tiefen und circa 20 Fuß breiten Graben umzogen werden.

Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100⅝ P. 100⅛ G.
„ 4pCt. „ 95 P. 94½ G.
„ 3½pCt. „ 87 P. 86½ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95 P. 94½ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 144 P. 143½ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102⅛ P. 101⅝ G.
„ 3½pCt. „ 89½ P. 89 G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¾ P. 88½ G.
Badische 50 fl. Loose 77 P. 76½ G.
„ 35 „ „ 47¾ P. 47½ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 4pCt. „ 99¾ P 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93 P. 92½ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113½ P. 113 G.
„ „ 25 „ „ 36¼ P. 36 G.
Darmstädter Bankaktien 310 P. 308 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39¼ P. 39 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 61 P. 60½
Nassau 3½pCt. Obligationen 90¼ P. 89¾ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30¼ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 93½ P 93 G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 121 P. 120½ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 326 P. 324 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 79½ P. 79 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38¼ P. 38 G.
„ 1pCt. neue 24 5/16 P. 21 3/16 G.
Holland integrale 64 P. 63½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 P. 42½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¾ P. 100½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96½ P. 96¼ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88¾ P. 88½ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Lond. Lst. 10 k.S. 119⅜ P. 119⅛ G.
Mail. i.S.Lr. 250 k.S. 101⅛ P. 100⅞ G.
do. 3 Monat mit 5% 100¾ P. 100½ G.
Paris Frs. 200 k. S. 94⅛ P. 93⅞ G
Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Wien fl. 100 C. k.S. 113½ P. 113¼ G.
Wien 3 M. mit 4% 113 P. 112¾ G.
Disconto — P. 3½pCt. G.

Wien, 11. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 85⅞; 5Cpt. Met. 83 1/16; 4½pCt. 74¼; Lotterie-Anlehensloose von 1839 136; dito von 1854 104⅛; Bankaktien 1025; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien ——; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 285⅞; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 677; österr. Staatsbahn-Aktien 327. Wechselkurse: Augsburg uso 106¼ P.; London 10. 21. P. Geldkurs: Dukaten —.

Berlin, 9. Febr. Unsere Getraide-Bestände am 1. Febr. 1856 betrugen:

	Waizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
Zu Boden	694	587	86	1359	32
Am Wassermarkt	40	—	—	1194	—
Bis Neustadt	223	1016	80	1257	—
Summa Wspl.	957	1603	166	3810	32

Wir haben diesen Zahlen keinen weiteren Kommentar hinzuzufügen — nur noch zu bemerken, daß in Connoissementen auf hier dirigirter Partien — Hafer vielleicht ausgenommen — wohl nicht der zehnte Theil gegen sonstige Jahre momentan da ist. — Wir glauben Aehnliches, wenn auch nicht immer in Bezug auf die Bestände, so doch in Bezug auf die Zufuhren, von allen größeren und kleineren, uns interessirenden Getraide-Märkten behaupten zu dürfen. Wenn nun trotzdem die durch die Friedensaussichten aufgekommene flaue Meinung fürs Geschäft noch fortdauernd die Oberhand behielt, und sich dadurch also ein überwiegendes Zutrauen zur späteren genügenden Versorgung des Bedarfes dokumentirte, so wird es wohl diesem allein vorbehalten bleiben müssen, jenes Zutrauen entweder zu rechtfertigen, oder zu strafen. Wohl überall fanden neuerdings in dieser Woche hier geringere, dort erheblichere Preisabschläge aller Getraidearten statt, und wenn einmal irgendwo festere Stimmung einzutreten schien, war dieselbe entweder nur vorübergehend, oder noch bedeutungslos. — Am meisten litten wieder die Provinzialmärkte, die ferner stark von ängstlichen Produzenten befahren wurden. — England und Holland schienen indeß nach den neuesten Nachrichten eine etwas günstigere Haltung zu gewinnen, jenes für Waizen, dieses für Roggen.

Hier blieb es mit Waizen unter Druck, doch hatte dies weniger seinen Grund in dringlichen Offerten Seitens der Inhaber, als in der fortdauernden Zurückhaltung der Konsumenten — die wohl zuletzt einige Kauflust für bessere Qualitäten bezeigten, aber sich nicht recht zu den betreffenden Forderungen verstehen wollten. Umsätze waren daher fast null, die Notiz behauptete sich indeß für gelb 85—89 Pfd. sächs. und märk. auf 96 a 102 Rthlr., für bunt. 85—89 Pfd. poln. auf 98 a 106 Rthlr. und für hochb. und weiß poln. auf 102 a 112 Rthlr., für untergeordnete Waare auf 80 a 90 Rthlr.

Roggen, noch am Montage ca. 1 Rthlr. gestiegen, erlitt seitdem wieder einen durchschnittlichen Abschlag von 4 Rthlr. per Wspl., und kam auf diese Weise gestern ca. 1 Rthlr. unter seinem vierwöchentlichen niedrigsten Standpunkt zu stehen. Das Geschäft auf Termine war im Ganzen nicht so belebt, wie in jüngster Zeit, immerhin aber noch groß genug. — Für Lokowaare bestand gute Konsumfrage, doch waren nur tadellose Qualitäten zu verhältnißmäßig hohen Preisen beachtet, während die unreine ungarische Waare, von welcher angekündigte 200 Wspl. als unkontraktlich refüsirt wurden, wenig Reflektanten fand. — Bezahlt wurde am Montage für loko 84—85 Pfd. 78½ Rthlr., 86—87 Pfd. 79½ Rthlr., gestern für 86 Pfd. 77 Rthlr. per 2050 Pfd. Am Dinstage kamen Kleinigkeiten ungar. 84—85½ Pfd. a 76 und 75½ Rthlr. unter. Gestern zur Kündigung gebrachte 100 Wspl. — hübsche Waare — hatten prompte Abnahme; der Markt schloß fest; Februar und Februar—März 72½ a 72¾ Rthlr. bez., März—April 73 a 73½ Rthlr. bez., Frühjahr 72½ a 73¾ a 73½ Rthlr, Mai bis Juni 73 a 73½ Rthlr. bez. und Geld.

Nichtpolitische Zeitung.

Handbuch zum praktischen Vollzuge des Taxregulativs für die nichtstreitige Rechtspflege, dann die innere Finanz- und Vollzeiverwaltung vom 28. Mai 1852 von F. R. Pröbst (Verlag der C. H. Beck'schen Buchhandlung in Nördlingen). Wer schon einmal mit der Anwendung des Taxregulativs von 1852 beschäftigt war und aus Erfahrung die großen Schwierigkeiten kennt, die es beim praktischen Vollzug findet, die Anzahl von Zweifeln und Controversen, zu denen es Anlaß bietet, der wird einen Leitfaden in diesem Labyrinth freudig begrüßen. Das oben genannte Werk ist einfach und für das Bedürfniß des Praktikers entsprechend angelegt. Artikel für Artikel werden die Vorschriften des Taxregulativs durchgegangen, aus dem Wortlaut des ursprünglichen Entwurfs, aus den von der Regierung veröffentlichten Motiven, aus den Kammerverhandlungen rc. erläutert, durch die seitdem ergangenen Instruktionen und Entschließungen ergänzt, mit andern einschlägigen Gesetzen und Verordnungen verglichen; ebenso ist Alles, was die Literatur bisher im Bereich des neuen Taxregulativs geleistet hat, berücksichtigt, namentlich eine Reihe von Aufsätzen in Brater's Aufsätzen über administrative Praxis. Beigegeben sind dem Schriftchen ein alphabetisches Verzeichniß der am häufigsten vorkommenden Rechts- und Verwaltungsgeschäfte, die nach Art. 2 des Tax-Reg. taxirt zu behandeln sind, sowie der Geldstrafen, welche nach Art. 6 nicht in die Staatskasse fließen, sondern besondern Zwecken zugewiesen sind; ferner eine lithographirte Tabelle zur Berechnung von Inventuren und Schätzungen, Rechnungs-Stellung und Prüfung, Verträgen, Quittungen, Erbschaften und Gutsübernahmen in Verlassenschaften, dann von Hypothekenzessionen und Löschungen; endlich die Bestimmungen über Behandlung der Jagd- und Paßkartentaxen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 45.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 14. Februar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 13. Februar. Se. Maj. der König haben dem Fabrikbesitzer und Generalsekretär der Pariser Industrieausstellungs-Kommission, Arlés Dufour, das Ritterkreuz des kgl. Verdienstordens der bayerischen Krone; dann dem Haupt-Adjunkten des Generalsekretariats der Pariser Industrie-Ausstellungs-Kommission, August Rogués, dem Professor am Konservatorium der Künste und Gewerbe zu Paris, Eugen Peligot, dem Professor am genannten Konservatorium Ludwig Wolowsky, das Ritterkreuz 1. Klasse des kgl. Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; den Gränzoberkontroleur Ed. Eheberg in Freiung auf die erledigte Oberkontrole in Passau und an dessen Stelle nach Freiung den Oberkontroleur Alex. Hermann versetzt; den Rath des Appellationsgerichts von Oberfranken, Joh. Christoph Wiesner, wegen nachgewiesener geistiger und körperlicher Leiden und dadurch herbeigeführter Funktionsunfähigkeit für die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt. (N. M. Z.)

München, 12. Februar. Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten wählte heute den Prof. Weis zum Referenten über den Entwurf eines revidirten Strafgesetzbuches, Prof. Edel zum Referenten über den Entwurf des Polizeistrafgesetzbuches. Der in Letzterem proponirten Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung scheint sich der Ausschuß nicht unbedingt anschließen zu wollen; es verlautet wenigstens, daß er sich von dem Staatsministerium Aufschlüsse über diesen Punkt erbeten habe.

Preußen. Berlin, 11. Febr. Der fortgesetzte Streit der auswärtigen Presse über die Zulassung oder Zurückweisung Preußens bei den Konferenzen macht hier einen äußerst geringen Eindruck. Unsere eigene Presse darf über die inneren Landeszustände so wenig ein selbständiges Urtheil abgeben, wie über auswärtige Politik; sie kann daher nicht einmal die Frage ventiliren, was gerathener oder gebotener sey? In der öffentlichen Meinung aber herrscht die größte Gleichgültigkeit über Dinge, an denen, wie man sagt, doch Niemand etwas ändern kann. Ob der Frieden mit oder ohne Preußen zu Stande kommt, erscheint daher in Berlin gleichgültiger als in London, wo das politische Bewußtseyn reifer ist und durch eine freie Presse zur allgemeinen Vorlage gemacht wird. Auf daß es Frieden werde, darnach sehnen sich freilich sehr Viele, und selbst ein Theil politisch regsamerer Männer hängt der Meinung an, daß der Frieden den Sieg der Reaktion nicht so sehr begünstigen werde, wie dies vielfach gefürchtet wird. Der Kampf der Zeit ist allerdings darauf gerichtet, ob es möglich sey, ein modernes Mittelalter nochmals herzustellen, den Adel zur regierenden Partei in der ständischen Monarchie zu machen und mit Hülfe einer von ihm ausgehenden Gesetzgebung die Feudalzeiten und Feudalrechte neu uniformirt wieder zum geistigen Leben mit neuem Fleisch aufzuwecken, wie der Abg. Wagener sagt. Zu diesem Zweck muß der dritte Stand heruntergebracht, Macht und Einfluß des Kapitals gebrochen werden. Wie soll dies aber geschehen, wenn der Frieden alle materiellen Interessen immer höher anspannt, Industrie und Handel belebt und weiter treibt, Intelligenz und Zivilisation unaufhaltsam fortentwickelt. Man meint daher, daß der Frieden das beste Mittel seyn werde, das Junkerthum weiter in sich selbst zu zermürben und seine Ohnmacht gegen den Geist der Zeit und der Zukunft aufzudecken. Bei alledem jedoch ist wenigstens eben so gewiß, daß für die nächsten Jahre von diesem endlichen Siege sehr wenig gespürt werden dürfte und die feudale Partei jedenfalls alle ihre Macht anwenden wird, um sich in ihren Eroberungen zu befestigen. Der Ausgang der zweitägigen Debatten über den Antrag des Grafen Schwerin, die Wahluntersuchungen betr., hat sehr niederschlagend gewirkt. Die große Majorität der rechten Seite drückte so entmuthigend auf die Opposition zurück, daß der Antragsteller, Graf Schwerin, selbst davon überwältigt wurde und eine äußerst zahme Schlußrede hielt, um die Aufregung nicht zu vergrößern. Man fürchtet, daß es jetzt erst recht ans Ausjäten des konstitutionellen Unkrauts gehen werde. (Ztg. f. Nd.)

Berlin, 11. Febr. Einem Namensvetter des Mitgliedes des Abgeordnetenhauses, welches den bekannten Antrag gegen die Juden eingebracht hat (Wagener), ist soeben ein anonymer Brief zugegangen, in welchem die Drohung enthalten ist, ihn, wenn er den Antrag nicht zurücknehme, über den Haufen stechen zu wollen. Der Brief soll so Manchem einige Beklemmungen verursacht haben und zur Beseitigung derselben endlich der Polizei übergeben worden seyn." (D. A. Z.)

Berlin. Früher, namentlich zur Zeit des geheimen Anklage-Prozesses, beobachtete man, wenn in der Stadt ein bedeutendes Verbrechen vorgekommen war, das Verfahren, sich in das möglichst größte Geheimniß zu hüllen; höchstens erst nach Verlauf von Monaten, wenn alle stattgehabten amtlichen Recherchen vergeblich gewesen waren, verstand man sich dazu, eine öffentliche Bekanntmachung unter Aussetzung einer Belohnung zu erlassen. In den letzten Jahren hat man von Seiten der Kriminalpolizei ein entgegengesetztes Verfahren beobachtet, und dasselbe hat, wie bei früheren Fällen, so auch bei dem letzten hier vorgekommenen Kapitalverbrechen, dem von dem Klempner Müller gegen die Frau Nauendorf versuchten Raubmorde, zu den schnellsten Ergebnissen geführt. Die Ermittlung des Räubers ist hier fast gleichzeitig von drei verschiedenen Seiten her erfolgt.

Sachsen. Dresden, 8. Februar. Der Prospekt einer [illegible] schaft", welcher vor wenigen Tagen ausgegeben [illegible] regt die öffentliche Aufmerksamkeit hier aus mehr als einem Grunde an. Die vorausgelaufenen Ankündigungen des Aktienunternehmens bemessen das Anlagekapital auf eine Million, und renommirte Namen haben im provisorischen Comite der Gesellschaft eine empfehlende Pathenschaft übernommen. Auch der Dividenden-Calcul lautet sehr vortheilhaft. Es handelt sich bei dem Unternehmen in der Hauptsache um eine Conkurrenz gegen das Frachtgeschäft einmal des norddeutschen Eisenbahnnetzes, sodann der Segelschifffahrt, zu welcher sich außerdem die Fahrwasserkonjunkturen gesellen. (Allg. Ztg.)

Dresden, 10. Februar. Der Nothstand in unseren Gebirgsgegenden ist auch diesen Winter ein sehr drückender gewesen, und ist es in einigen Gegenden noch, namentlich durch Festsetzung verheerender Krankheiten, wie Typhus, Blattern 2c.; indessen war der Jammer doch bei weitem nicht so groß als voriges Jahr, was hauptsächlich dem glücklichen Umstand zu danken ist, daß gegenwärtig den Fabrikgegenden der Verdienst nicht fehlt, denn fast alle Fabrikgeschäfte sind reichlich mit Arbeit versehen. Auch hat es die Regierung nicht an antheilender Fürsorge fehlen lassen, und aus den wohlhabenden Landestheilen, ganz besonders aus Leipzig, sind ebenfalls reiche Gaben der Liebe in die von Krankheiten und der Theuerung am schwersten heimgesuchten Gebirgsgegenden abgesandt werden. (A. Z.)

Dänemark.

Aus dem Herzogthum Schleswig, 6. Febr. Das Appellationsgericht in Flensburg hat dem Pastor Hansen die Ausführung seiner Appellation wider Erwarten nicht gestattet. Für die Restitution sprach zwar eine entschuldbare Ursache seiner Versäumniß: die Kürze der Frist zur Einlieferung des Rezesses; aber dieses äußere Hinderniß, sonst ein genügender Restitutionsgrund, soll ihm nicht zu Statten kommen, weil man, in sein Inneres blickend, ihm Widerspenstigkeit dabei unterlegt. Somit hat das höhere Gericht sich der unbehaglichen Aufgabe entzogen, diese den Eiderdänen widrige Sache zu prüfen und den Fiskal abweisen zu müssen. Gesetzlich darf kein Gericht eine fiskalische Anklage verhandeln lassen ohne bestimmten Auftrag des Ministerium. Der Auftrag desselben für den

Fiskal ging nur auf die in der inkriminirten Schrift: „Die Danisirung des Herzogthums Schleswig" enthaltenen gehässigen Angriffe und Beschuldigungen gegen Minister und Beamte. Der Fiskal zog aber in die Anklage ein Verbrechen hinein, welches das Ministerium Moltke in der Schrift nicht gefunden, „Agitation gegen die Gesammtstaatsverfassung", und beantragte ohne Unterscheidung der einzelnen Vergehen ein Gesammtstrafmaß von drei Jahren Festungsarrest. Das Gericht erster Instanz erkannte diese Strafe in contumaciam, ohne den Angeklagten mündlich gehört zu haben. Die Nichtigkeit solchen Verfahrens ist offenbar. Im Appellationsgericht sind von 7 Räthen 4 Dänen, und nur auf der Kopenhagener Universität gewesen. So wird der Pastor Hansen die ohne Untersuchung und Vertheidigung erkannte dreijährige Freiheitsberaubung erleiden müssen; auf welcher Festung ist noch nicht bestimmt. (Schw. M.)

Großbritannien.

London, 9. Februar. Gestern Vormittags wurde dem Dr. Sandwith, dem Einzigen von der tapferen Besatzung der Festung Kars, dem es bisher vergönnt war, nach England zurückzukehren, in Hull ein großes Dejeuner gegeben. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine längere Rede, aus der wir Folgendes entnehmen: „Als wir bei Erzerum zur türkischen Armee stießen, war dieselbe ein bloßes Gesindel. General Williams bekleidete keine andere Stellung bei derselben als die eines königl. Kommissärs; er hatte durchaus nicht die Autorität eines Generals, er kommandirte kein einziges Regiment, und seine Aufgabe bestand lediglich darin, über den Gang der Ereignisse an seine Regierung zu berichten. Er fand die Armee in der Auflösung, den Feind an den Thoren der Provinz und Geiz und Habsucht unter den Offizieren jeglichen Grades. Er sagte ihnen rund heraus, daß sie sich auf Kosten der Truppen bereicherten. Sie krochen vor ihm, und von dem Augenblicke an war er der faktische Oberbefehlshaber. Während des Winters von 1854 auf 55 war er unausgesetzt thätig; er schuf eine neue Armee für eine neue Kampagne; aber unglücklicher Weise ließ man ihn in Konstantinopel im Stich. Die Paschas füllten lieber ihre Koffer, als daß sie den Forderungen General Williams genügten, und es bleibt erfreulich, daß derselbe nichts desto weniger eine Armee schuf, die späterhin einer Belagerung von Kars gewachsen war. Oberst Lake, Major Teesdale und Kapitän Tompson waren um diese Zeit, seit einem Monat bereits, in Kars und hatten aus den unbedeutenden Fortifikationen des- [illegible] genommen war, als durch den Hunger."

London, 9. Febr. Während der Graf v. Shaftsbury mit unermüdlichem Eifer Petitionen gegen jede Verminderung der strengsten Sonntagsfeier in das Oberhaus trägt, und der neue Abgeordnete für Medhurst, Samuel Warren, sich gegen Oeffnung der Museen und des Palastes von Sydenham an Sonntagen ausspricht, bringt Walmsley beharrlich eine Bill in's Unterhaus, die dem Volk, statt des Schmutzes seiner armen Wohnungen und des Verderbnisses der Branntweinhäuser, den Besuch jener öffentlichen Sammlungen und Erheiterungsörter gestatten soll. Bei dieser Gelegenheit wird uns ein interessanter Zwischenpunkt versprochen. Der Abgeordnete Vincent Scully kündigt, für den Fall, daß Walmsley abgewiesen würde, eine Motion an, dahin gehend, daß die Klubs des Westendes am Sonntag geschlossen bleiben sollen! Wie die Ehrenwerthen vom Carlton, Reformklub und Brooks durch ihre Stimmkugel ihre süße Herberge vertheidigen werden, wissen wir im Voraus; die Impertinenz der von dem Irländer versuchten Assimilation zwischen dem Kasino des Gentleman und der Kneipe des Mob wird der Züchtigung nicht entgehen. Aber wir sind gleichwohl begierig, was sie sagen können. — Vor einigen Tagen stand ein Mann vor dem Lordmayor als Polizeirichter, der Falschmünzerei angeklagt. Die Thatsachen waren klar erwiesen, die Zeugen zugegen. Die Polizeibeamten hatten ihre Pflicht gethan und bestätigten die Beschuldigung. Aber der Lordmayor mußte den Delinquenten entlassen, da der öffentliche Ankläger fehlte, und die Münzverwaltung wollte sich mit der Verfolgung nicht befassen. Auf diesen ersten Fall folgte ein zweiter in denselben Umständen und mit demselben Ausgang aus dem gleichen Grunde. Der Lordmayor bestätigte den Skandal eines solchen Zustandes, und den bedeutenden Verlust, den die Kaufleute der City jeden Tag durch die Straflosigkeit ähnlicher Vergehen erleiden. Er rieth den betheiligten Personen als letztes Hülfsmittel, Meetings zu berufen und Petitionen an die Krone abzufassen, damit diese im Namen des öffentlichen Interesses einschreite. (Allg. Z.)

London, 11. Febr. Der Herzog von Wellington hat seine Demission als Master des Regiments der Horseguards gegeben, da seine Abstimmung im Hause der Lords bezüglich der Uebertragung einer lebenslänglichen Pairie dem Ministerium feindlich gewesen. Der Lordkanzler, dessen Meinung in dieser Angelegenheit mit der mehrerer seiner Kollegen im Widerspruche war, hat auf seine Stelle verzichtet. (Fr. Pstz.)

Frankreich.

Paris, 11. Febr. Der heutige „Moniteur" enthält einen Bericht des Ministers Billault, demzufolge die ausgesprochenen Wünsche der General-Konseils (Versammlungen der Vertreter jedes einzelnen Departements, gleich den Landräthen in Bayern) bei ihren jährlichen Zusammenkünften gesammelt und gedruckt werden sollen, um der Aufmerksamkeit des Senates dringend empfohlen zu werden. (T. D. d. K. Z.)

* Eine kleine, aber inhaltsreiche Brochüre unter dem Titel: „Ein Wort über den Charakter und die Folgen des künftigen Friedens" von Baron Gustav de Romand, ist so eben in Paris erschienen und erregt nicht gewöhnliche Aufmerksamkeit. In dieser Brochüre definirt der Verfasser den Frieden, der wahrscheinlich geschlossen werden wird und schildert dessen Folgen. Der Hauptcharakter dieses Friedens ist nach der Ansicht des Herrn v. Romand, die letzten Spuren der heiligen Allianz zu verwischen. — Was Frankreich, ohne es selbst zu wissen, seit 40 Jahren verfolgte und erstrebte, war eine Revanche für 1815... es findet sie in einem Kriege, der Frankreichs Militärmacht oben anstellte und in einem Frieden, der diese heilige Allianz zerstört.

* Der „Moniteur" veröffentlicht ein Dekret über die Vertheilung der 1856 in den Militärdienst einzuberufenden 140,000 Mann aus der Altersklasse von 1855, auf die verschiedenen Departements. Die dem Dekrete angefügte Uebersicht der in den 86 Departements Militärpflichtigen ergibt die Zahl von 318,461, wonach die Aushebung von 140,000 Mann 44 pCt. beträgt.

* General Martimprey ist auf seinen Posten nach der Krim abgereist.

Italien.

Neapel, 4. Februar. Der französische Credit mobilier beabsichtigt hier eine Filiale zu errichten. (Ostd. P.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Jassy, 4 Febr Die Zensur wurde in der Moldau abgeschafft Die Verantwortlichkeit der Journalisten und Verleger soll durch ein besonderes Gesetz geordnet werden.

Aegypten.

Die internationale Kommission für den Durchstich der [illegible] Suez, bestehend aus den Herren Paleocapa, Conrad, Negrelli, Mac-Clean, Rendel, Harri, Hewel, Renaud, Lentze und Lieusson, wird binnen vier Wochen in London zusammentreten, um das Programm der vorzunehmenden Arbeiten zu erörtern und festzustellen. (Ostd. P.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 11. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Der k. preuß. Oberst, Freiherr v. Manteuffel, hatte in der letzteren Zeit auch mehrere Konferenzen mit dem Fürsten Gortschakoff, und versichert man, daß in der Frage, welche die Betheiligung Preußens an den Pariser Konferenzen betrifft, eine Verständigung zwischen Rußland und Preußen zu Stande gekommen ist. — Die Angelegenheit, die Belassung fremder Truppen betreffend, wird erst nach dem definitiven Friedensschlusse erledigt werden; einstweilen ist nur so viel gewiß, daß die Westmächte und Oesterreich darüber einig sind, daß die Zustände in den türkischen Provinzen eine längere militärische Besetzung derselben nothwendig machen, da im entgegengesetzten Falle an eine Durchführung der angestrebten Reformen kaum zu denken sey. Demzufolge würde Oesterreich eine Besatzung in den Donaufürstenthümern belassen, die Verbündeten Konstantinopel, Gallipoli, Adrianopel und Varna, und ferner Trapezunt und Erzerum noch besetzt halten. Rußland soll an der Besetzung des türkischen Gebietes nicht partizipiren. — Der Graf Buol hatte heute Vormittags die Ehre, von Sr. Maj. dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen zu werden. Seine Abreise nach Paris wird Mittwoch oder Donnerstag erfolgen. — Die neuesten Berichte aus Petersburg lauten fortwährend so befriedigend, daß sich in den hiesigen russenfreundlichen Kreisen die Ueberzeugung ausspricht, daß, wenn die Konferenzen diesmal wieder scheitern sollten, Rußland keine Schuld daran tragen könnte (?).

× Berlin, 12. Febr. Der Glaube, daß auf den Pariser Konferenzen der Friede zu Stande kommen werde, befestigt sich mehr und mehr; die Zukunft wird lehren, ob derselbe begründet ist, und ob die Zweifel, die noch immer dagegen be-

stehen, von Gewicht sind. Zu den Umständen, welche die Friedenshoffnungen trüben, ist neuerlich noch ein anderer hinzugekommen, der Zwist Englands mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Rußland soll es seyn, welches die Flamme der Zwietracht zwischen den beiden größten Handelsstaaten der Erde nach Möglichkeit zu nähren sucht, um England anderseitig zu beschäftigen und es von den europäischen Verhältnissen mehr abzuziehen. Rußland habe sich nur zum Schein mit den vorgelegten österreichischen Friedens-Propositionen einverstanden erklärt, es wolle nur Zeit abwarten, um der nordamerikanischen Unterstützung um desto sicherer theilhaftig zu werden. Die Schlußfolgerung wird gewiß Zustimmung finden müssen, wenn die Thatsache, auf welche sie sich gründet, richtig wäre. Aber es ist zu zweifeln, ob wohl Rußland einen solchen Einfluß auf die Regierung von Nord-Amerika wird ausüben können, um dasselbe zu einer ihm günstigen Politik hinüberzuführen. Nordamerika befindet sich aber durchaus nicht in der Lage, mit England in einen Krieg eintreten zu können, denn während England dem Prinzip, das Meer zu beherrschen, treu geblieben ist, haben die Staaten von Nordamerika ihre Kriegsflotte auf eine beinahe unverzeihliche Weise vernachlässigt. Während die Meereshäfen und die Flüsse Nordamerika's von ausgezeichneten und unzähligen Dampfern, welche für den Verkehr dienen, belebt sind, hat die Kriegsmarine nur sehr wenige Dampfschiffe aufzuweisen *) Auch ist die Zahl seiner Segelschiffe eben nicht so groß, und steht in beiden Beziehungen weit hinter England zurück, welches eine so starke Dampfkriegsflotte hat, daß es allein mit dieser im Stande wäre, Nordamerika zur See zu besiegen. In Bezug auf den Krieg ist die Dampfkraft aber von ungemeiner Wirkung, und vermag eine Segelflotte gegen eine Dampfflotte, wenn sie nicht viel überwiegend ist, nichts auszurichten. Die Existenz und die Wohlfahrt Amerika's hängt von dem freien Verkehr mit den übrigen Erdtheilen und den verschiedenen Häfen Nordamerika's ab. Bei einem Kriege mit England hat es jedoch jedenfalls zu befürchten, daß ihm seine Schätze, welche auf dem Meere schwimmen, von den Engländern genommen werden, und daß ihm sogar Handel und Industrie durch Hemmung der Verkehrsstraßen nach außen hin zertrümmert werden. Das hat man alles sehr wohl in Nordamerika erwogen, und auch dem russischen Kabinet kann es nicht unbekannt geblieben seyn, daß die Staaten von Nordamerika in einen Krieg mit England nicht treten wollen und können.

London, 11. Februar. Die „Morning Post“ meldet: Die Konferenzen dürften am 18. Februar beginnen. Es sey möglich, daß bei der allseitig guten Disposition die Unterhandlungen ohne Präliminarien auf bestimmter allgemeiner Friedensunterlage beginnen. (D. A. Z.)

Aus Paris wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben: Daß die Türkei auf Kriegsentschädigung Anspruch macht, ist Thatsache, und, wie es scheint, wird sie in Bezug auf eine mäßige Forderung auch von Frankreich aus unterstützt. Das Zustandekommen des Friedens wird übrigens durch diese Frage, welche die hiesige Diplomatie als einen Nebenpunkt betrachtet, nicht erschwert.

Aus dem Orient

Konstantinopel, 4. Febr. Der Sultan hat am 31. Jan. dem Ball im englischen Gesandtschaftspalast beigewohnt. Heute besucht er gerüchtsweise den Ball der französischen Gesandtschaft. Ali Pascha bereitet sich zur Abreise nach Paris; während seiner Abwesenheit wird Mehemet Kiprisli Pascha sein Stellvertreter. Die Türkei verspricht 5000 Mann für das britische Kontingent. Die britisch-deutsche Legion ist nach Asien bestimmt und zum Theil bereits nach Sinope abgegangen. 30 Feldkanonen und ägyptische Truppen sind nach Erzerum abgeschickt. (T. D. d. A. Z.)

*) Uebrigens können die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Kriegsflotte sehr leicht vermehren, da der Regierung das Recht zusteht, in Kriegszeiten die Handelsfahrzeuge zu Kriegszwecken in Anspruch zu nehmen, und nach den bestehenden Gesetzen beim Bau derselben von vorne herein auf diese Möglichkeit Rücksicht genommen wird.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 13. Februar. Für österr. Fondsgattungen, Bankaktien, Staatsbahnaktien und Kredit-Aktien wurden höhere Kurse bewilligt. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 89 P. 88½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 79⅝ P. 79⅜ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86 G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81⅞ P. 81⅝ G.
„ 4½pCt. „ 71 P 70¾ G.
„ 4pCt. „ 63½ P. 63 G.
„ 3pCt. „ 49 P. 48½ G.
„ 1pCt. „ 16 P. 15¾ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D 1180 P. 1175 G.
Oesterreichische Credit-Actien 144 P. 142 G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 127 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 99¾ P. 99½ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 290 P. 288 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100¾ P 100¼ G.
„ 4pCt. „ 95 P. 94½ G.
„ 3½pCt. „ 86¾ P. 86¼ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95 P. 94½ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 157¾ P. 157¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 144¼ P. 143¾ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102⅛ P. 101⅝ G.
„ 3½pCt. „ 89½ P. 89 G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¾ P. 88½ G.
Badische 50 fl. Loose 77 P. 76½ G.
„ 35 „ „ 47¾ P. 47½ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 4pCt. „ 99¾ P 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93 P. 92½ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ 36¼ P. 36 G.
Darmstädter Bankaktien 314 P. 312 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39⅜ P. 39⅛ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62½ P. 62 G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90¼ P. 89¾ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
„ 3½pCt. „ alte 93⅛ P 93 G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 121⅝ P. 121⅛ G.
Taunus Aktien à 250 fl. 326 P. 324 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 79½ P. 79 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 96 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38¼ P. 38 G.
„ 1pCt. neue 24¼ P. 24⅛ G.
Holland Integrale 64 P. 63½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 P. 42½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅞ P. 100⅝ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119⅝ P. 119⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G	Mail. i.S.L. 250 k.S. 101⅛ P 100⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 100¾ P 100½ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94⅛ P. 93⅞ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96½ P. 96¼ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Hamb. MB. 100 k.S 88⅞ P 88⅝ G.	Wien 100 C. k S. 113⅞ P. 113⅝ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 101⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 113⅜ P. 113⅛ G.
Disconto — P. 3pCt. G.	

Wien, 12. Februar. Oesterr. 5pCt Nat.-Anl. 85⅛; 5Cpt. Met. 83⅜; 4½pCt. 74⅜; Lotterie-Anlehensloose von 1839 136½; dito von 1854 103¾; Bankaktien 1024; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian Anlehen —; Nordbahnaktien 2457½; österr Kredit-Mobilier-Aktien 285½; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 682; österr. Staatsbahn-Aktien 333. Wechselkurse: Augsburg uso 106 P.; London 10. 21. B. Geldkurs: Dukaten —.

* Frankfurt, 13. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Nachdem während der vorigen Woche sämmtliche österreichische Papiere mit Ausnahme der Staatsbahnaktien um mehr als 5pCt. an unserer Börse gesunken waren, trat seit dieser Woche eine Besserung derselben in so weit ein, daß der Rückgang zum Theil wieder ausgeglichen ist, Staatsbahnaktien stehen sogar noch 2pCt. höher als vor 8 Tagen. Ebenso sind spanische Papiere, nachdem sie in den letzten Tagen etwas schwankten, wieder besser. Dasselbe gilt von den meisten deutschen Eisenbahn, sowie Frankfurter und Weimar'sche Bankaktien; Darmstädter Bankaktien, die vor Kurzem von 296 auf 330 getrieben waren und dann auf 302 fielen, haben sich dagegen nur wenig wieder gebessert. In allen übrigen Papieren ist keine erhebliche Veränderung vorgekommen. Die Geldverhältnisse unseres Platzes sind im Ganzen sehr günstig. Diskonto für Wechsel 3—3½pCt., für Depots 4—4½pCt. Was die große Sympathie unserer Börse für österreichische Papiere überhaupt betrifft, so erscheint dieselbe Vielen räthselhaft. Das auffallende Steigen der Aktien des Wiener Credit mobilier aber, eines Instituts, welches erst

im Entstehen begriffen und von dem Niemand auch nur mit einiger Sicherheit zu behaupten vermag, daß dasselbe den gehegten Erwartungen entsprechen werde, halten Viele geradezu für Schwindel. Dieselben wurden nämlich kürzlich bis 40pCt. über pari getrieben.

* Amsterdam, 8. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Seit meinem letzten Bericht vom 1. d. war die Witterung sehr unbeständig: bei rauher Luft wechselten Nebel und Regen. Die Schifffahrt blieb ungehindert, aber trotzdem verkehrte unser Getraidemarkt noch immer in großer Ruhe. Von Waizen kamen außer einer Partie 124 Pfd. n. fries. a f. 375, nur einz. Lasten an Konsum zum Abschluß, zuletzt 129 Pfd. b. poln. f. 625.627; 129 Pfd. n. Geldern f. 450; man erließ 132 Pfd. sehr schönen braunschw. a f. 480.475 vergebens; in Auktion am 4 Ct. eingerufen: 122 Pfd. w. Nassau-Diez a f. 425. Roggen wurde in 120 Pfd. Donau bei 16 Lt. wieder f. 17 niedriger a f. 325 begeben; außerdem auf Lieferung 20 Lt. 117 Pfd. n. inländ. a f. 300 f. d. Rhein gekauft und 118 Pfd. inl. loko a f. 313 geschl. Gerste sehr flau, blieb ohne Umsatz, 114 Pfd. dän. a f. 225 erlassen. Buchwaizen matt: 144/2 Pfd. Amersf. a f. 260 und 144/2 Pfd. Stichter a f. 260 gemacht. Hafer d. W. ohne Umsatz.

Rappsaat war wieder ganz besonders flau bei sehr beschränktem Geschäft. Loko wurden nur 2 Lt. ostfries. a Lol. 80 für inländ. Versand genommen. April-Termin, in Folge der großen Flaue in Rüböl von Oelschlägern und Platzspekulanten abgegeben, erfuhr den bedeutenden Rückgang bis Lol. 10½! auf Lol. 91½ am Dinstag, zeigte seither aber wieder etwas festere Tendenz; gestern Lol. 93 gemacht und so geboten. Herbst ging Lol. 2½ zurück auf Lol. 72, wozu sich aber auch keine Verkäufer mehr zeigen. Leinsaat, weil gänzlich vernachlässigt, ohne Umsatz. Rüböl per Mai vorg. bis auf f. 44¼, also seit v. W. f. 4 a 4½ gewichen, war gestern wieder zu f. 46¼ vergebens gesucht; per Herbst zuletzt f. 40 a 40¼, d. W. nur ca. f. 1 a 1¼ niedriger. Leinöl f. 1 a 1¼ gewichen, zuletzt Cont. f. 35¾, Frühjahr f. 35 a 35¼. Rappkuchen f. 102 a 106; Leinkuchen f. 13 a 15.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin. Die Untersuchung gegen den griech. Gelehrten Konstantin Simonides wegen des gegen die hiesige Akademie der Wissenschaften versuchten bedeutenden Betrugs wird wahrscheinlich hier geführt werden. Wenigstens haben die hiesigen Behörden bei der Leipziger Gerichtsbehörde den Antrag gestellt, den Simonides hierher auszuliefern. Simonides ist noch ein junger Mann von nicht viel über 30 Jahren, er spricht fast nur griechisch, sowohl neugriechisch als altgriechisch, und sehr wenig französisch und beinahe gar nicht deutsch. Es ist also sehr schwer mit ihm zu verhandeln. Es ist ein Mann von tiefem philologischen Wissen, namentlich sehr bewandert in dem griechischen und ägyptischen Alterthum, auch ein geschickter Zeichner und Lithograph. Er hat sich lange Zeit in Griechenland und Aegypten aufgehalten und ist in den Klöstern auf dem Berge Athos in Griechenland aufgewachsen, in denen sich noch die meisten alten Handschriften vorfinden. Deßhalb hat er auch eine so genaue Kenntniß vom Wesen dieser Handschriften, wie solche bisher noch nicht dagewesen ist. Anfangs die ersten Männer der Wissenschaft zu täuschen. Die von ihm zu seinen Fälschungen benutzten mittelalterlichen Handschriften hat er wahrscheinlich aus den bezeichneten Klöstern entwendet. Uebrigens steht der jetzt vorliegende Betrug des Simonides jedenfalls nicht vereinzelt da. Er hat schon früher an das britische Museum in London und an eine reiche englische Privatgelehrte alte Handschriften verkauft, unter denen sich höchst wahrscheinlich auch falsche befinden. Eben so fängt man schon an, die Aechtheit der von ihm an die Leipziger Universität verkauften Schriftstücke zu bezweifeln. In Konstantinopel soll Simonides schon einen gelehrten Pascha mit einem gefälschten Kodex betrogen haben. Daß Simonides nicht nur sehr schlau und gelehrt, sondern auch sehr eitel ist, geht daraus hervor, daß er in Leipzig sein Bild hat lithographiren lassen, und daß er sich dabei auf seine Brust nicht nur einen großen Ordensstern hat malen lassen, sondern daß er noch an die untersten drei Ecken dieses Sterns drei kleine Ordenskreuze angehängt hat, während er hat einräumen müssen, daß er gar keinen Orden besitzt. Er ist nicht einmal berechtigt, den Doktortitel zu führen. (R.-Z.)

* Paris. Die italienische dramatische Gesellschaft, mit der berühmten M. Ristori an der Spitze, wird ihre Vorstellungen am 5. März beginnen und bis 31. Mai fortsetzen.

Ueber Signora Adelaide Ristori bringt die Wiener „Presse" biographische Nachrichten, aus denen wir — da die berühmte Schauspielerin in diesen Tagen wieder in Wien auftritt — folgende Notizen ausheben: „Ihr Vater Antonio Ristori und ihre Mutter Magdalena Pomatelli waren mit einer Schauspieler-Gesellschaft zweiten Ranges in Cividale, einer kleinen Stadt bei Udine, als unsere Adelaide geboren wurde. Im Alter von zwei Monaten erschien sie mit ihrer Mutter auf dem Theater in dem Neujahrsgeschenk", natürlich in einer stummen Rolle; doch schon mit 5 Jahren gab sie ihre Rollen, und mit 12 Jahren kam sie zu der Gesellschaft von Moncalvo, der selbst ein bedeutender Schauspieler war. Bald gab sie schon die Francesca da Rimini und trat dann in die Gesellschaft des königlichen Theaters zu Turin. Von 1843 bis 46 spielte sie in Mailand, Venedig und Rom, dort machte sie die Bekanntschaft des Markgrafen Capranica del Grilla. Der Vater desselben wollte von einer Verbindung des Sohnes mit ihr nichts wissen, obwohl sich gegen sie, die stets von ihrem Vater begleitet war, nichts sagen ließ, als daß sie nicht einer gleich vornehmen und alten Familie angehörte. Der alte Markgraf war härter als die bekannten Bühnenväter im Schauspiele: der Sohn wurde in ein altes Schloß in der Campagna verwiesen und ihm ein Paß außerhalb des Kirchenstaates verweigert, doch entkam er, als Fuhrmann verkleidet, und traf mit seiner Geliebten in Maremma zusammen, dort gingen sie in eine Dorfkirche und erklärten dort dem Pfarrer in Gegenwart von zwei Zeugen und im Beiseyn des Vaters der Braut, daß sie sich heirathen wollten. Auf diese Weise wurde das Sakrament der Ehe nach dem Tridentinischen Konzilium vollzogen, und der alte Markgraf konnte dagegen nichts thun. Zuerst söhnte sich die Schwiegermutter mit der jungen Frau aus, endlich auch der Schwiegervater, wobei sie aber auf das Theater Verzicht leisten mußte. Doch noch im Jahre 1847 bewog ihr gutes Herz sie, um einen armen Schauspieler aus dem Schuldgefängniß zu retten, eine Vorstellung zu geben, welche eine so allgemeine Begeisterung hervorrief, daß der alte Markgraf ein solches Talent nicht länger der Kunst vorenthalten wollte, zugleich freilich auch die Summen berechnete, welche seine Enkel dadurch erwerben würden. Auf diese Weise wurde die schöne Markgräfin wieder Schauspielerin, was ihrem Ansehen in der Gesellschaft in Italien nicht schadet." (R. Z.)

* Neapel, 7. Februar. Einer der bekanntesten und mit Recht geachtetsten Männer Neapels, der Fürst von Torella, wurde dieser Tage, von einer Abendgesellschaft zurückkehrend, todt in seinem Wagen gefunden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 46.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 15. Februar 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 12. Febr. (Privat-Korresp.) Heute Morgen starb dahier der Herr Landtags-Abgeordnete Rast, Dekan und Pfarrer von Amberg, ein sehr geachtetes Mitglied der Kammer, am Nervenfieber. — Der Entwurf des Gewerbsteuergesetzes wird nächster Tage im Ausschuß und dann sofort in der 2. Kammer selbst zur Berathung kommen.

** München, 13 Februar. (Privat-Korrespondenz.) **8. öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe.** Am Ministertische: die kgl. Staatsminister Graf Reigersberg und Dr. Aschenbrenner.

Es gelangte der früher schon von der 2. Kammer berathene Antrag des Abgeordneten Dr. Arnheim, „die Immobiliar-Feuerversicherungs-Anstalt betr.", zur Berathung und wurde nach kurzer Debatte dem Beschluß der 2. Kammer beigestimmt.

Es sollte dann der Antrag des Reichsraths Graf Pappenheim, „Revision des Jagdgesetzes betr.", berathen werden, auf die Erklärung des Finanzministers, daß die Staatsregierung die Revision bereits angeordnet habe und der neue Gesetzentwurf demnächst wird vorgelegt werden, wurde dem Antragsteller gestattet, seinen Antrag zurückzuziehen, nachdem sich noch der Reichsrath Graf A. Seinsheim und Fürst Hohenlohe sehr entschieden gegen das „ungerechte" Jagdgesetz, wie überhaupt gegen die Gesetzgebung von [illegible] beseitigen müsse, ausgesprochen hatten.

Der Antrag des Reichsraths Graf Waldkirch, „das Gemeindeedikt betr.", welcher Antrag die Einführung des Dreiklassensystems in die Gemeindeordnung bezweckt, wurde als zuläßig erklärt und dem dritten Ausschuß zugewiesen.

Schließlich gelangte der Rechenschaftsbericht des Kommissärs der Kammer bei der Staats-Schuldentilgungs-Anstalt, Reichsraths Graf Reigersberg, zur Berathung. Derselbe hatte — ebenso wie der Schuldentilgungs-Kommissär der 2. Kammer — gegen die nach Ministerialreskript im Februar v. J. erfolgte Vorschußleistung von 600,000 fl. aus den Fonds der Staats-Schuldentilgungs-Anstalt zum Ankauf von Militärpferden Verwahrung eingelegt.

Der Ausschuß beantragt nun:

1) „Es sey die auf Grund des §. 13 Tit VII. der Verf.-Urkunde von dem Herrn Schuldentilgungs-Kommissär der Kammer der Reichsräthe eingelegte Verwahrung anzuerkennen."

2) „Es wolle die Kammer der Reichsräthe dem hochverdienten Berichterstatter Herrn Reichsrath Grafen v. Reigersberg auf's Neue den verdientermaßen gebührenden Dank für die mit der höchst patriotischen Aufopferung und strengsten Gewissenhaftigkeit verbundene, im höchsten Grade ersprießliche Wirksamkeit als ständischer Kommissär bei der Staatsschulden-Tilgungsanstalt zu erkennen geben."

Diese beiden Anträge wurden ohne Debatte angenommen, womit die Sitzung schloß.

** München, 14. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **36. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Der kgl. Staatsminister Dr. Ringelmann.

Zur Berathung kam zuerst der Antrag des Abg. Dr. Simmerl, „die Abänderung der Wechsel- und Merkantilgerichtsordnung vom 14 Novbr. 1785 und Einführung einer solchen für das ganze Königreich betr." Der Antrag bezweckt ein verläßiges und beschleunigtes Verfahren in Wechsel- und Merkantilgerichtssachen; der Ausschuß beantragt, demselben in folgender Fassung beizutreten:

„Es sey die allerunterthänigste Bitte an Se. Majestät den König zu bringen, im nächsten Landtagsabschiede folgende Abänderungen in der bayerischen Wechsel- und Merkantilgerichtsordnung vom 24. November 1785 mit Gesetzeskraft zu treffen und deren Anwendbarkeit auf alle da, wo die gedachte Gerichtsordnung in Kraft ist, nach Verkündung des Landtagsabschiedes neu anfallenden Wechsel- und Merkantilsachen auszusprechen: 1) die Berufung in Wechsel- und Handelssachen, in welchen der Gegenstand der Beschwerde in der Hauptsache 50 fl. nicht erreicht, ist nicht zuläßig. Gegenstände, deren Werth nicht angegeben oder anerkannt ist, welche aber eine Schätzung zulassen, werden nach den gesetzlichen Vorschriften über Schätzungen gerichtlich eingewerthet. 2) Selbständige Berufung findet in Wechselsachen nur gegen das Endurtheil, in Handelssachen gegen dieses und gegen diejenigen Zwischenbescheide statt, welche im § 52 der Novelle vom 17. November 1837, einige Verbesserungen der Gerichtsordnung betr., unter Nro. 1 und 2, dann 4 bis 8 aufgeführt sind. 3) Die Berufung gegen alle nicht selbständig appellablen Zwischenbescheide, sowie gegen einfache Erlasse ist mit der Berufung gegen das nächste in der Sache ergebende selbständig appellable Urtheil ohne vorgängige Verwahrung zu verbinden. 4) Gegen Beschlüsse, welche nur auf den Antrag des einen Theiles ergangen sind, findet Remonstration bei demselben Gerichte statt. 5) Die Berufung in Wechselsachen hat eine aufschiebende Wirkung nur insoweit, daß bis zur höheren Entscheidung die Einantwortung oder Versteigerung der Exekutionsobjekte nicht stattfindet. 6) Will der Wechsel- oder Merkantilgläubiger die in Kap. X §. 3 der Wechsel- und Merkantilgerichtsordnung vorgesehene Einantwortung der zu seiner Befriedigung eingeschätzdes Ausschlusses [illegible] jedoch bei Vermeidung übende Recht, den gerichtlichen Verkauf dieser Gegenstände und seine Befriedigung aus dem Erlöse zu verlangen, wobei nach den Bestimmungen der §§. 78 bis 86 der Novelle vom 17. Novbr. 1837, einige Verbesserungen der Gerichtsordnung betr., zu verfahren ist. Wenn in diesem Falle der Erlös zur vollen Befriedigung des Gläubigers nicht hinreicht, so sind für den ungedeckt bleibenden Betrag weitere Habseligkeiten des Schuldners in Schätzung zu nehmen, ein allenfallsiger Mehrerlös aber gehört dem Schuldner."

Abg. Dr. Simmerl beantragt zu Ziff. 2 folgenden Zusatz: „Unzuläßige Berufungen hat das Gericht mit motivirter Entscheidung abzuweisen."

Der Referent Abg. Dr. Barth empfiehlt die Annahme dieser Anträge. Eine neue allgemeine Handels- und Merkantilgerichts-Ordnung, wie Dr. Simmerl beantragt hat, lasse sich jetzt, wo ein neues Gerichtsverfahren für das ganze Königreich in Aussicht stehe, das auf ganz andere Prinzipien gebaut seyn werde, als das bisherige, nicht verlangen; einzelne Abänderungen seyen aber dringend nöthig, und zwar bezüglich der Berufungen und bezüglich des Exekutionsverfahrens. In dieser Beziehung würde der Antrag des Ausschusses (den auch die Gerichtsbehörden begutachtet haben) das Nothwendige erzielen. Der Ausschuß beantragte noch, in Ziff. 5 nach dem Worte „Exekutionsobjekt" einzuschalten: „sowie den Vollzug des Personal-Arrest's als Exekutionsmittel."

Abg. Dr. Simmerl, der Antragsteller, erklärt, daß er sich mit den Anträgen des Ausschusses vollkommen einverstanden erkläre, zumal dieselben im Grunde genommen noch weiter gingen, als sein Antrag; denn er habe nur Anwendung der Bestimmungen der Novelle von 1837 auch auf die Handels- und Wechsel-Sachen beantragt, weil er glaubte, daß die Staats-Regierung hierauf eher eingehen werde. Er erkenne es daher dankend an, daß auf Grund der durch die Regierung von den Gerichtshöfen erholten Gutachten der Ausschuß weiter gehen konnte. Der Redner schildert in umfassendem Vortrag die großen Gebrechen der Wechsel- und Merkantil-Gerichtsordnung von 1785 und die Nachtheile, welche sie dem öffentlichen Kredit bringe, so wie, daß die vom Ausschuß vorgeschlagenen Anträge Abhülfe schaffen würden.

Abg. Dr Völk schließt sich diesen Anträgen an, ist aber der Ansicht, daß dauernd nur durch ein ganz neues Prozeß-

verfahren geholfen werden könne, und daß man dessen Vorlage mit Sehnsucht erwarten müsse.

Auch der k. Staatsminister der Justiz erklärte sich für die Ausschuß-Anträge, desgleichen Abg. Kruffer, worauf dieselben mit den heute vorgeschlagenen Zusätzen angenommen wurden. (Postschluß.)

Die in nahe Aussicht gestellten neuen Regierungsvorlagen bezüglich der Gerichtsorganisationsfrage sollen soweit gediehen seyn, daß deren Berathung im Staatsrathe nunmehr höhern Orts angeordnet werden kann. (B. Bl.)

München, 14. Febr. Der St. Johannis-Verein wurde von Ihrer Maj. der Königin mit einem Geschenke von 1000 fl. zur Mehrung seines Gründungs-Vermögens bedacht. (N. M. Z.)

Augsburg, 13. Februar. Der Magistrat und die Gemeindebevollmächtigten der Stadt Augsburg hatten sich in einer Vorstellung an Se. Majestät um Uebernahme des Protektorates des dahier errichteten Museums und Gestattung, daß dasselbe allerhöchst Ihren Namen führe, gewendet, worauf folgendes Handschreiben Sr. Majestät erfolgte: „Meine Herren! Mit lebhaftem Interesse habe ich von der Vorstellung des Magistrates und der Gemeindebevollmächtigten Meiner getreuen Stadt Augsburg „das dortige Museum betreffend“ Kenntniß genommen. Es gereicht Mir zur Befriedigung, daß der gemeinnützige Kunstsinn der wackeren Bewohner Augsburgs für die in der Eingabe bezeichneten schönen Zwecke eine würdige Stätte gefunden und bereitet hat. Mit Vergnügen übernehme Ich, dem Wunsche der Stadt entsprechend, das Protektorat der Anstalt und genehmige, daß dieselbe meinen Namen führe. Hinsichtlich einer Besichtigung des Museum von Meiner Seite behalte Ich Mir Entschließung vor. Der Ich mit wohlwollender Gesinnung bin Ihr wohlgewogener König Max. München, den 12. Februar 1856.“

Lindau, 12. Februar. Zwei hiesige Magistratsräthe und zwei andere Bürger begaben sich gestern nach München, um höhern Orts über die getrübten Verkehrsverhältnisse, besonders über die mehrerwähnten Maßnahmen der Schaffhauser Gesellschaft, sowie über andere Uebelstände Vorstellungen zu machen. Hoffen wir, daß es dieser Deputation gelingen werde, Beseitigung der Mißstände zu erreichen. — Die den Weststürmen besonders ausgesetzte Seite des Eisenbahndammes wird durch kolossale Nagelfluhblöcke [illegible] derartige Arbeiten sehr beschleunigen heißen. (A. Z.)

Preußen. Breslau, 9. Febr. In diesen Tagen wurde hier viel von einer Adresse gesprochen, welche bereits eine Menge von Unterschriften meist hochgestellter Männer zählen soll. Man beabsichtigt damit dem Kaiser von Rußland einen Dank dafür zu votiren, daß er der Welt den Frieden gegeben habe. Das Faktum ist, wie wir versichern können, richtig. (Schw. M.)

× Berlin, 13. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Der Krieg und die Aufmerksamkeit, welche von allen Seiten auf denselben gerichtet wurde, hat einige Jahre hindurch den Blick von der sozialen Frage gänzlich abgezogen. Jetzt, wo alle Aussicht vorhanden ist, daß das Waffengetümmel verstummen wird, scheint diese um so bestimmter in den Vordergrund treten zu wollen, als sie unter den Theuerungsverhältnissen zugleich eine Angelegenheit geworden ist, an welcher die Lösung der Aufgabe geknüpft wird, ob es nicht möglich ist, den Druck der Theuerung zu ermäßigen, oder doch die Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, daß die Einnahmen den gesteigerten Anforderungen der Familie entsprechen. In dem Handwerkerstande zeigt sich eine größere Lebendigkeit zur Wahrung seiner Interessen. Man hat sich, wie es scheint, aber nicht recht klar gemacht, wohin man seine Wünsche richten soll. Während hier in Berlin von einigen Innungen darauf hingewirkt werden soll, daß das Gewerbegesetz vom 9. Februar 1849 aufgehoben, oder doch in einer freieren Richtung revidirt werden soll, und während man unverhohlen die Absicht ausspricht, das Institut der Gewerberäthe, welches doch recht eigentlich zur Vertretung der Interessen des Handwerkerstandes geschaffen ist, zu beseitigen, werden an anderen Orten Wünsche im entgegengesetzten Sinne laut. In Herford, Minden und Bielefeld beschäftigt man sich damit, Unterschriften zu einer Petition an den Landtag zu sammeln, in welcher darauf angetragen werden wird, daß dem Handwerker ein größerer Schutz, als dies durch das Gesetz vom 9. Februar 1849 geschehen ist, zu Theil werde. Oben an steht die Behauptung, daß die Gewerbefreiheit dem Handwerkerstande gefährlich und schädlich sey. Damit nicht der Betrieb des selbständigen Handwerks zu sehr überhäuft werde, soll vor dem achtundzwanzigsten Lebensjahre Niemand in die Meisterschaft eintreten können, und damit der Beginn und Betrieb eines selbständigen Handwerks eine sichere Basis habe, soll jeder Meister ein bestimmtes Kapital bei seiner Niederlassung aufzuweisen haben. In jedem landräthlichen Kreise soll ein Gewerberath gebildet werden, welcher alle gewerblichen Angelegenheiten überwacht und zur Kenntniß der Regierung bringt. Der Begriff „Fabrik“ und „Handwerk“ soll präzisirt und erstere auf diejenigen Geschäfte beschränkt werden, welche nur fabrikmäßig betrieben werden können. Dem Kaufmannsstande soll die Einwirkung auf das Handwerk dadurch genommen werden, daß Niemand anders Magazine von Handwerkerwaaren anlegen dürfe, als derjenige, welcher selbst Handwerker ist. — An andern Orten treten Bestrebungen hervor, die Arbeiten der Handwerker zu einem höheren Preise zu bringen, wie in Mühlheim an der Ruhr, wo die Mitglieder des Schuhmacher-Handwerks sich darüber geeinigt haben, ihre Preise höher als bisher zu setzen. Aehnliche Absichten haben sich auch hier in ihren Anfängen gezeigt.

Berlin, 13. Febr. Vom Grafen v. Itzenplitz und 25 Mitgliedern des Herrenhauses ist nachstehender Antrag eingebracht: „Die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage der Monarchie, spätestens in der nächsten Sitzung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher 1) die durch das Jagdgesetz vom 31. Oktbr. 1848 geschehene Rechtsverletzung sühnt, und die dadurch aufgehobenen, unzweifelhaften und wohlerworbenen Rechte irgendwie zur Anerkennung bringt; 2) abgesehen von der ersten vorstehend beregten Aufgabe eine für alle Betheiligten gleichmäßige gute und genügende Jagdpolizei sicher stellt.“

Großh. Hessen. Mainz 12. Febr. Der in früheren Jahren sehr oft genannte Dr. Müller-Melchiors hat nun definitiv die Jurisprudenz aufgegeben, in welcher er zu keiner Bestallung als Advokat gelangen konnte, und kündigt heute die Gründung eines Export- und Importgeschäfts mit Amerika und mehrere bei ihm errichteten Niederlagen amerikanischer Fabrikate unter der Firma: „John B Muller Melchiors“ an. Bekanntlich war er einige Zeit amerikanischer Konsul für Süddeutschland, konnte jedoch weder das Exequatur der Regierung, noch die Zustimmung des Kongresses zu seiner Ernennung erlangen. (Mrh. Ztg.)

Brasilianische Zustände.

II.

Rio de Janeiro, 13. Dezember 1865.

Die Frage über den Zustand der Eingewanderten und der Kolonisations-Projekte läßt sich ohne Schwierigkeit beantworten. Einzelne Handwerker, Kaufleute, Mechaniker und überhaupt Leute von derartigem Beruf finden in unseren größeren Städten wohl Unterkommen, und Kaufleute, die gleich fest engagirt worden sind, also ohne Weiteres ihre Stelle antreten, haben sich in der Regel nicht zu beklagen. Aber bei jedem Verhältnisse, in welches ein Ausländer mit einem Brasilianer tritt, ist die größte Vorsicht nöthig; denn es wäre thöricht zu glauben, daß hier dieselbe Ansicht von Moralität und Worthalten gäng und gebe sey, wie in Deutschland; wie denn auch die Gerichte, bei welchen etwa Jemand Abhülfe suchen will, von ganz anderer Beschaffenheit sind.

Die Ansiedlungen der Ausländer, bei welchen freie Arbeit die Regel ist, bilden eine Ausnahme in diesem Lande der Sklaven-Arbeit. Sie werden mit unendlichen Mühen, Anstrengungen und Opfern gegründet, erreichen dann, so lange die aus Europa mitgebrachte Energie noch vorhält, eine Stufe, auf welcher sie scheinbar gedeihen und in guten Wohlstand gerathen; dann aber schreitet Alles wieder rückwärts. Gehen Sie nur einmal die Geschichte aller dieser Niederlassungen durch, und Sie werden finden, daß die deutschen Kolonieen in diesem Lande einen Beleg für die hier ausgesprochene Ansicht bilden. Es ist auch nicht anders zu erwarten, als daß sie nach und nach verkümmern, sobald sie nicht ununterbrochen starken Zuwachs von Europa her bekommen und sich dadurch zu einer respektabeln Stärke emporarbeiten. Aber die Brasilianer wollen das gerade nicht; sie sind im höchsten Grade mißtrauisch und sehen in den Kolonisten nicht Freunde des Landes, sondern immer noch „Estrangeiros“, Fremde, welche der Ueberwachung bedürftig seyen. Sie trachten deßhalb dahin, in die Gemeinden der Eingewanderten möglichst viele Brasilianer einzuschieben, die dann allemal die brasilianischen Eigenschaften, insbesondere die landesübliche Trägheit, und dann auch Sklaven mitbringen. Wo das aber geschieht, ist allemal der Aufschwung gehemmt und das frische Gedeihen untergraben. Keineswegs will ich behaupten, daß nicht einzelne Brasilianer die Dinge richtig begriffen; aber diese bilden jedenfalls eine winzige Minderzahl, und auf

* **Freie Städte.** Frankfurt, 14. Febr. (Pr.-Kor.) Der kaiserl. österr. Minister Graf Buol ist auf der Reise von Wien zu den Friedenskonferenzen nach Paris heute Vormittag hier eingetroffen und im Bundespalais abgestiegen. Graf Buol wird erst morgen Vormittag die Reise nach Paris weiter fortsetzen und heute einem ihm zu Ehren gegebenen Diner beim österr. Bundestagsgesandten Grafen Rechberg beiwohnen.

Großbritannien.

London, 11. Febr. Mit Bezug auf den jüngst an das Tageslicht der Oeffentlichkeit gelangten amtlichen Bericht der von der Regierung nach der Krim gesandten Untersuchungs-Kommissäre schreibt die „Times": „Der Bericht Sir John M'Neill's und des Obersten Tulloch hat auf immer alle Zweifel hinsichtlich der Verantwortlichkeit für jene furchtbare Tragödie zerstreut, deren fünfter Akt gerade vor einem Jahre an den Ufern der Krim begann. Die Volksentrüstung wandte sich zuerst gegen das Ministerium Aberdeen, und dieses ward widerstandslos von dem Sturme über den Haufen geworfen. Der Herzog von Newcastle ward zum Sündenbock für alle Fehler und Mißgriffe gemacht. Dann kam die Untersuchung durch den Sebastopol-Ausschuß. Zu gleicher Zeit ward jedoch eine andere Untersuchung angestellt, die indessen mit weit größerem Geschick geleitet ward und unter weit günstigeren Verhältnissen stattfand, nämlich die Untersuchung auf der Krim selbst (über die Leiden der englischen Truppen im Winter 1854/55.) Aus dem Berichte der königlichen Kommission geht hervor, daß die Hauptschuld auf die Häupter der an Ort und Stelle befindlichen Militärbehörden fällt, daß der Tadel für das Verderben, welches erfolgte, nicht dem englischen Ministerium, und eben so wenig jener so bequemen Personifizirung, dem „Mißgeschick", zur Last gelegt werden darf, sondern einzig und allein auf die erstaunliche und unbegreifliche Dummheit und Nachlässigkeit derer, deren schwachen und unwürdigen Händen eine so ungeheure Verantwortlichkeit in einer Unglücksstunde anvertraut worden war." Als Hauptschuldige bezeichnet die „Times" den General Sir Richard Airey und den Obersten Alexander Gordon, beide dem General-Quartiermeister-Departement angehörig.

Frankreich.

Paris, 11. Febr. Die durch einige deutsche Blätter gehende Nachricht, es sey bereits ein Briefwechsel angeknüpft zwischen Napoleon und Alexander, ist durchaus unbegründet, und eben so wenig ist es wahr, daß der Czar nach Paris kommen wolle. (Schw. M.)

Paris, 11 Febr. Herr Jaubert, der älteste Richter am Kassationshofe, einer der seltenen Ehrenmänner, die, ohne nach ihrer Bereicherung zu streben, ihr schwieriges Amt stets mit der größten Gewissenhaftigkeit verrichten, wurde in Pensionsstand versetzt. Ohne Vermögen sah er sich nach 50jähriger Arbeit auf seine Pension von 6000 Fr. beschränkt. Als der Kaiser hiervon Kenntniß erhielt, ließ er ihn sogleich auf seine Privatkasse mit einem weiteren Ruhegehalte von 6000 Fr. einschreiben. Auch die Kaiserin hat neulich ein ähnliches edles Werk gethan. Ein talentvoller Pariser Literat, der früher wegen seiner sozialistischen Ideen bekannt war, befand sich in einem so schrecklichen Elend, daß er schon im Begriff stand, durch einen Selbstmord seinem traurigen Daseyn ein Ende zu machen. Die Kaiserin erfuhr dies und wollte ihm eine Unterstützung zusenden. Als man derselben dies widerrieth, da jener ohne Zweifel das Geschenk wieder zurückweisen werde, erwiderte sie: „Lassen Sie mich nur machen, ich werde es schon so einrichten, daß er meine Gabe annimmt." Wirklich fand auch die Kaiserin ein Mittel, wodurch sie dem armen Literaten das Leben rettete, indem sie ihm unter dem Titel eines Vermächtnisses von Seite einer fernen Verwandtin eine Summe zustellen ließ, die ihn auf lange Zeit vor Noth schützen wird. (Fr. Pstz.)

* Paris, 12. Febr. „Eine Beobachtung — sagt Hr. Granier de Cassagnac in einem „Von der allgemeinen Vertheuerung" überschriebenen Artikel —, eine Beobachtung, die Jeder machen konnte, ist über die allgemeine Vertheuerung, welche seit Wiederherstellung der Ordnung und der Wiederaufnahme der großen Arbeiten in Frankreich stetig steigend statthatte — gleichzeitig aufklärend und beruhigend: nämlich, daß die Theuerung der Lebensmittel immer nur den reichern Ländern eigen ist. In London, New-Orleans, in der Havannah, in Rio de Janeiro, den reichen Hauptstädten reicher Länder lebt man theuer; in Florenz, Neapel und Rom, den armen Hauptstädten noch ärmerer Länder lebt man billig. Die allgemeine graduelle Steigung des Preises der Lebensbedürfnisse ist also ein eher beruhigendes als beunruhigendes Symptom, weil es ein gewisses Anzeichen einer Vermehrung des Privat- und allgemeinen Reichthums und ein Zeichen der Tendenz des Volks ist, dem häuslichen Wohlseyn einen größern Antheil einzuräumen...." Man ist Hrn. v. Cassagnac für diese, übrigens keineswegs neue Aufklärung zu Dank verpflichtet, denn es ist ja immer gut zu wissen, woran man ist. Dennoch aber bleibt ein so abnormer Zustand, ein zu dem Einkommen eines großen Theils der Bevölkerung so wenig im Einklange stehende Theuerung, daß Kalbfleisch z. B. dem Arbeiter, dem gering besoldeten Beamten u. s. w. eine unerreichbarer Luxusgegenstand geworden ist, und das Fleisch überhaupt nur mit Vorsicht genossen werden darf, ein drückender, trotz der Beruhigung beunruhigender Zustand, der wenig dazu beitragen wird, das „Streben des Volks nach äußerem Wohlbehagen" zu fördern, wenn auch — wie Hr. v. Cassagnac versichert — „in einem Dorfe, wo vor 20 Jahren nur 3 Regenschirme existirten — der des Pfarrers, des Maire und des Arztes —, jetzt jeder arme Arbeiter einen solchen besitzt, die meisten silberne Uhren haben und Stiefeln kein unbekannter Luxus mehr seyen."

Paris, 12. Febr. In den südlichen und westlichen Departements werden die strengsten Maßregeln getroffen, und man fährt mit den Verhaftungen fort. Man sieht, daß die politischen Parteien ihr Selbstvertrauen noch nicht verloren haben, jede hält sich für den wahren Ausdruck des Volkswillens, und es gibt kein Volk, daß so überzeugt ist, daß es jede Form nach seinem Willen allezeit schaffen und zerbrechen kann, als das der Franzosen. (A. Z.)

Paris, 13. Februar. Der heutige „Constitutionnel" meldet als Neuestes aus London, daß die englisch-amerikanische Differenz sich auf dem Wege der Ausgleichung befinde. — Das heutige „Journal des Debats" sagt, daß der Abschluß des Friedens vermuthlich schon in der Rede des Kaisers bei Gelegenheit der Kammereröffnung angezeigt werden würde. (?) — Gestern Abend ist Baron v. Brunnow hier eingetroffen. Graf Orloff wird nächsten Sonnabend erwartet. (T. D. d. Nat.-Ztg.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Wien, 11. Febr. Mit dem einbrechenden Frühjahr werden sich beiläufig 40 österreichische Offiziere des Generalstabes

---

keinen Fall üben sie einen irgend merkbaren Einfluß. Was aus den Kolonieen Blumenau und aus den Hamburger Ansiedlungen wird, muß die Zeit lehren. Im Allgemeinen steht meine Ueberzeugung fest, daß in Brasilien viele durchgreifende Reformen und Aenderungen geschehen müssen, bevor man sagen kann, es sey ein für deutsche Einwanderer geeignetes Land. Und der brasilianische Volkscharakter wird sich schwerlich umändern, wie denn auch die ganze Bevölkerung äußerst buntscheckig ist und unter den freien Leuten Farbige die große Mehrzahl ausmachen; in vielen Provinzen bilden die Weißen eine kleine Fraktion.

Eben jetzt ist wieder ein Kolonisationsplan auf dem Tapet. Ein alter französischer Legitimist, Graf v. Montravel, hat von der Regierung einen Landkomplex von etwa zwanzig Quadratstunden Flächen-Inhalt erhalten. Derselbe liegt in der Provinz Rio Grande, und der Graf soll später aus dem Gelde, welches er von den Kolonisten lösen wird, dafür etwa 45,000 Thaler bezahlen. Vorher hat aber erst die Regierung noch das Land vermessen zu lassen, und zwar auf ihre Kosten. Ob das geschieht, muß abgewartet werden, ebenso, was aus dem Projekt des Grafen wird. Derselbe hat sich mit einer Gesellschaft eingelassen, welche das Land am Amazonenstrome (!) besiedeln will; er wird in Deutschland und in der Schweiz werben lassen, denn aus diesen beiden Ländern sollen die Ansiedler geholt werden, die er dann nach ihren Konfessionen ausscheidet. Die Katholiken sollen in Rio Grande ein Unterkommen finden; die Protestanten, welche er der Amazonas-Kompagnie gegen ein Stück Geld (wie viel für den Kopf, weiß ich nicht) überweist, sollen unter den Aequator gebracht werden. Ob die Theilung nach dem Bekenntnisse schon in Europa stattfindet, oder hier in Rio, oder erst in Rio grande do Sul, darüber verlautet nichts. Daß namentlich die, welche für den Amazonenstrom bestimmt sind, elend zu Grunde gehen werden, darüber herrscht hier nicht der mindeste Zweifel. Ich will hoffen, daß Graf Montravel die 2800 Kolonisten, welche anzuwerben er sich verpflichtet hat, nicht zusammenbringe. Ich höre übrigens, daß ihm bereits eine Summe Geldes vorgeschossen worden sey, um Ueberfahrtsgelder zu bezahlen, an denen natürlich den Angeworbenen nichts geschenkt wird. Wenn sie die Ueberfahrt nominell auch nur zur Hälfte bezahlen, so wird man sich anderweitig an ihnen schadlos zu halten wissen.

(Fortsetzung folgt.)

nach den Donaufürstenthümern begeben, um die bereits im vorigen Jahre mit Einwilligung der Hospodare angefangenen Vermessungen des Landes wieder aufzunehmen. (A. Z.)

Amerika.

Nachrichten aus Veracruz vom 22. Januar zufolge hat Haro-Tamirez einen Versuch gemacht, die republikanische Regierung Merikos zu stürzen und eine monarchische an deren Stelle zu setzen. Er belagert mit einer bedeutenden Armee die Stadt Puebla de los angelos. (Fr. Postz.)

Asien.

In Betreff des Königreichs Audh (in Ostindien) hat alle Ungewißheit ein Ende. Finanzen und Polizei kommen unter britische Verwaltung, und die gänzliche Mediatisirung ist dann bloß noch eine Frage der Zeit und eine Sache der Form. — Die Fortschritte, welche die Perser in Herat gemacht, wo sie unter dem Vorwande einer Restauration der legitimen Herrschaft ihre eigene Obergewalt zur Geltung gebracht, flößen dem Herrscher von Kabul, Emir Dost Mohammed, große Besorgnisse ein, und er hat seinen Bruder und Neffen, die das südliche Afghanistan beherrschen, aufgefordert, sich mit ihm zu verbünden, um dem Vordringen der Perser Schranken zu setzen. Darauf läßt sich die Nachricht zurückführen, daß der Emir beschlossen habe, Kandahar in Besitz zu nehmen, und mit seinem Heer bereits südwärts aufgebrochen sey. (A. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 12. Februar. (Privat - Korrespondenz.) Daß die Westmächte keine direkte Kriegsentschädigung von Rußland verlangen, ist Ihnen bekannt; dagegen soll es sich bestätigen, daß man von Rußland die Verzichtleistung auf seine aus früherer Zeit stammenden Entschädigungs-Ansprüche an Persien fordern wird, sowie daß es der Pforte unbenommen bleibt, Entschädigungs-Ansprüche zu erheben. In dieser letzteren Beziehung vernimmt man nun, daß bereits Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Pforte gepflogen worden sind, um in dieser Frage ein Einverständniß zu erzielen, und sollen Frankreich und England den Vorschlag aufgestellt haben, daß Rußland statt der an die Türkei zu entrichtenden Kriegskosten-Entschädigung das von ihm in Asien besetzte Gebiet der Pforte räume und an letztere zurückstelle*). Es ist nicht bekannt, ob die Türkei in diesen Vorschlag eingewilligt hat, es dürfte ihr jedoch kaum ein anderer Ausweg übrig bleiben, da Rußland, wie dies in der Note des Grafen Nesselrode zu wiederholtenmalen ausgesprochen ist, unter keiner Bedingung sich zu einer Entschädigung an Baarem herbeilassen wird. — In Betreff des von den Westmächten projektirten mit Rußland nach definitiver Herstellung des Friedens abzuschließenden Handels-Traktates vernimmt man, daß die Resultate der diesfalls zwischen England und Frankreich gepflogenen Vorverhandlungen auch nach Wien mitgetheilt worden sind, und zugleich das diesseitige Kabinet eingeladen wurde, die bezüglichen Propositionen durch seinen Einfluß zu unterstützen.

Aus Paris, 12. Febr., wird der „Allg. Ztg." geschrieben: Die Vermuthung der „Morning Post", derzufolge die Friedens-Konferenzen schon am nächsten Montag (18. d.) eröffnet werden dürften, entbehrt jedes Grundes. Der türkische Groß-Vezir Ali Pascha kann nicht vor dem 20. l. M. in Paris eintreffen. Man glaubt, die Konferenzen am 21. oder 23. Febr. zu eröffnen.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 4. Februar. Die Preise sämmtlicher Kriegsbedürfnisse haben einen bedeutenden Abschlag erlitten und ist für alle Lieferungsgeschäfte eine Stockung eingetreten. (Nat.-Z.)

*) Eine eigene Art von Entschädigung!

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 14. Februar. Die Börse war heute minder belebt und mehrere österr. Fondsgattungen wurden etwas billiger abgegeben. Für französisch-österr. Prioritäten dauerte der Begehr fort und wurden höher bezahlt, auch Livorno-Florenz besserten sich.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 88¾ P. 88¼ G.
„ 5pCt. Metall. alte 79⅝ P. 79⅜ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86¼ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81⅞ P. 81⅝ G.
„ 4½pCt. „ 70⅞ P. 70⅝ G.
„ 4pCt. „ 63 P. 62½ G.
„ 3pCt. „ 49 P. 48½ G.
„ 1pCt. „ 16 P. 15¾ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1177 P. 1172 G.
Oesterreichische Credit-Actien 142½ P. 140½ G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 127 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 100 P. 99¾ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 290½ P. 288¼ G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101½ P. 101 G.
„ 4½pCt. „ 100¾ P. 100¼ G.
„ 4pCt. „ 95¼ P. 94¾ G.
„ 3½pCt. „ 86¾ P. 86¼ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95¼ P. 94¾ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 157½ P. 157 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 143⅝ P. 143⅛ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 3½pCt. „ 89½ P. 89 G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88¾ P. 88½ G.
Badische 50 fl. Loose 77½ P. 77 G.
„ 35 „ „ 47⅞ P. 47⅝ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 4pCt. „ 99¾ P. 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93¼ P. 92¾ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ 36¼ P. 36 G
Darmstädter Bankaktien 323 P. 321 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39¼ P. 39 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62¼ P. 61¾ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30½ P. 30¼ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
„ 3½pCt. „ alte 93½ P. 93 G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 121½ P. 121 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 326 P. 324 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 80 P. 79½ G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38¼ P. 38 G.
„ 1pCt. neue 24 3/16 P. 24 1/16 G.
Holland Integrale 64 P. 63½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 P. 42½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅞ P. 100⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 97¼ P. 97 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅞ P. 88⅝ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Lond. Lst. 10 k.S. 119⅝ P. 119⅜ G.
Mail. i.S. Lr. 250 k. S. 101⅛ P. 100⅞ G.
do. 3 Monat mit 5% 100¾ P. 100½ G.
Paris Frs. 200 k. S. 94⅛ P. 93⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Wien fl. 100 fl. k. S. 114⅜ P. 114⅛ G.
Wien 3 M. mit 4% 113⅝ P. 113⅜ G.
Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 13. Februar. Oesterr. 5pCt Nat.-Anl. 85 5/16; 5Cpt. Met. 83¾; 4½pCt. 73¾; Lotterie-Anlehensloose von 1839 136; dito von 1854 104; Bankaktien 1033; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian Anlehen 94; Nordbahnaktien 2470; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 288¾; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 689; österr. Staatsbahn-Aktien 342. Wechselkurse: Augsburg uso 105 P.; London 10. 18. B. Geldkurs: Dukaten —.

Rotterdam, 9. Febr. Kaffe still, man hält gut ord. Java in Partien auf 33 cs., würde aber bei ernstlichem Gebote wohl darunter zurechtkommen; Domingo in Kleinigkeiten mit 30½ a 31 cs. bezahlt.

Maryland Tabak gefragter, Preise sehr fest.

Rohzucker flau, schwimmend unter letztern Preisen zu kaufen. Candis bleibt für den Norden gesucht.

Reis billiger angeboten ohne viel Kauflust, geschält Tafel 17 a 16½ fl.; Java 11 a 12 fl., Arrakan 9½ fl.

Verona, 11. Febr. In Seide herrscht in Folge ermunternder Berichte aus den französischen Fabriken viel Regsamkeit. Getreide ist wegen der Friedenshoffnungen und wegen des vielverheißenden Saatenstandes an allen Märkten vernachlässigt. (O. K.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 47.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 16. Februar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 15. Februar. Se. Maj. der König haben dem Landgerichtsdiener Johann Linkel zu Naila den erbetenen Ruhestand für immer bewilligt, und zum Landgerichtsdiener von Naila den Gerichtsdienersgehilfen Friedrich Renlaw von Kulmbach zu Kronach provis. ernannt; auf die bei dem Appellationsgerichte von Oberbayern erledigte Rathsstelle den Appellationsgerichtsrath Konrad Gietl von Passau versetzt, zu der hiedurch in Erledigung gekommenen Rathsstelle den Kreis- und Stadtgerichtsrath Karl Franz Ferdinand v. Krafft in München befördert; auf die Rathsstelle am Kreis- und Stadtgericht München links der Isar den Rath am Kreis- und Stadtgericht München rechts der Isar, Franz Tretter, versetzt, und die Rathsstelle am Kreis- und Stadtgericht München rechts der Isar dem Advokaten Michael Mesmeringer in Rothenburg an der Tauber verliehen. (N. M. Z.)

** München, 14. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Gutem Vernehmen nach soll die Regierungsvorlage bezüglich der Gerichtsorganisation in den nächsten Tagen der Kammer vorgelegt werden; man ist auf dieselbe sehr gespannt. Die Kitzinger Beschwerde wird nicht schon diesen Samstag, jedenfalls aber kommende Woche in der Kammer zur Berathung kommen.

** München, 14. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **36. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Noch kamen dann zur Berathung die Anträge der Abgg. Seneftrey und Simmerl, die „Zulassung zum Armen-Recht betr." Der Ausschuß proponirt dieselben in folgender Fassung anzunehmen:

„I. Es sey der Antrag an Se. Maj. den König mit der ehrfurchtsvollsten Bitte zu bringen, zum zweckmäßigsten Vollzuge der über das Armenrecht bestehenden Gesetze allerhöchst verordnen zu wollen, daß 1) den Lokalpolizeibehörden eingeschärft werde, bei Ausstellung von Zeugnissen zur Erlangung des Armenrechtes mit der sorgfältigsten Gewissenhaftigkeit zu verfahren, 2) den Distriktspolizeibehörden sey der Auftrag zu ertheilen, bei Kontrasignirung der lokalpolizeilichen Zeugnisse die Verhältnisse des Gesuchstellers auf Grund der Hypothekenbücher und anderer amtsnotorischer Daten genauest zu würdigen und deßhalb, wenn sie nicht zugleich Hypothekenämter sind, bei auf Grund- oder Hausbesitz ansäßigen Parteien die Beibringung eines hypothekenamtlichen Zeugnisses oder eines Hypothekenbuchextrakts durch letzteres selbst zu fordern; 3) den k. Rentämtern sey die Weisung zu geben, den lokalpolizeilichen, von der Distriktspolizeibehörde kontrasignirten Zeugnissen ihr amtliches Wissen über die Vermögensverhältnisse beizusetzen; 4) die Gerichtsbehörden seyen anzuweisen a) nur Zeugnisse anzunehmen, die von den gedachten drei Behörden in legaler Form ausgefertigt sind, und b) fernerhin die Bestimmungen im Cod. jud. cap. III. § 8 wegen Bestrafung muthwilliger armer Parteien zu handhaben. II. Es sey die Bitte an die Krone zu bringen, den Kammern des Landtages ein Gesetz vorlegen zu lassen, wonach im Falle der Zulassung des Klägers zum Armenrechte die Stempel und gerichtlichen Taxen und beziehungsweise Einregistrirungsgebühren des Beklagten bis zum Ausgange des Prozesses vorzumerken und im Falle der Kläger in die Kosten verurtheilt würde, dieselben nachzulassen seyen."

In einer längeren Debatte hierüber sucht besonders Dr. Simmerl die großen Mißbräuche darzulegen, welche durch die laxe Behandlung der Zulassung zum Armenrechte erstehen, und Abhülfe in der beantragten Weise als dringend nothwendig darzustellen. Dagegen waren andere Redner, insbesondere Frhr. v. Gumppenberg, Nickels, Wallerstein, Lerchenfeld ꝛc. theils der Ansicht, daß diese Anträge viel zu weit führen und den Zweck doch nicht erreichen würden, da nur entsprechende Abänderungen der Gerichtsverfassung und der Prozeßordnung die Mißbräuche bez des Armenrechts beseitigen könnten, theils hielt man das Verfahren, welches die Anträge vorschlagen, für viel zu weitläufig und kostspielig.

Der kgl. Reg.-Kommissär, Hr. Neumeyer, erklärte, daß bevor nicht Recherchen gepflogen, er nicht zugeben könnte, daß, die Mißbräuche so groß wären, wie sie geschildert würden. Bestünden solche, so würde die Regierung ihnen abhelfen. Dem ersten Antrag könne er beistimmen, nicht aber den anderen, der zweite Antrag würde zu einer bedeutenden Schmälerung der Taxen führen. Bei Abstimmung wurde auch nur der erste Antrag I ad 1 angenommen, alle übrigen aber verworfen. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

* **Preußen.** Das Abgeordneten-Haus begann am 12. Febr. die Berathung des von der Staatsregierung eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die ländlichen Ortsobrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen der preußischen Monarchie. Das Prinzip der Vorlage besteht hauptsächlich darin: daß in den sechs östlichen Provinzen die obrigkeitlichen Rechte „der Gutsherren von jeher ein Zubehör des großen Grundeigenthums gewesen sind und nicht ipso jure aufgehört haben mit Publikation der Verfassungs-Urkunde und der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850, vielmehr noch gerade wie vor 1848 bestehen, wenngleich geschmälert durch das Justiz-Organisationsgesetz vom 2. und 3. Jan. 1849, das die Patrimonial- und Polizei-Gerichtsbarkeit in Zivil- und Strafsachen aufhob."

So sagt die Regierung. Die gutsherrliche Polizei, d. h. die obrigkeitliche Gewalt des Besitzers eines Ritterguts über die bäuerlichen Besitzer und andern Insassen, war vom Edikt vom 9. Oktbr. 1807 ab zu den aktuellen Zuständen immer unpassender geworden. Sie war ein Rest der Erbunterthänigkeit, und mit deren Wegfall würde diese dem freien Staatsbürgerthum nicht zusagende, zwischen mittelbaren und unmittelbaren Unterthanen unterscheidende Einrichtung weggefallen seyn, wenn es damals, als der Staat so viel zu organisiren hatte, schon möglich gewesen wäre, anderweite Organe zu schaffen. Nach dem Kriege fand die reaktionäre Strömung so schnell Platz, daß man die Sache, welcher der gesetzliche Boden durch die Aufhebung der Erbunterthänigkeit entzogen war, fortbestehen ließ, bis sie 1848 zusammenbrach, und die von beiden Kammern angenommene Verfassung vom 5. Dezbr. 1848 in §. 40 ihre definitive Aufhebung aussprach.

Der §. 42 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Jan. 1850 vernichtete ebenfalls die gutsherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, indessen hatte man den §. 114 hineingeschoben, der bis zur Emanirung der neuen Gemeinde-Ordnung es bei der bisherigen Polizei-Verwaltung interimistisch beließ.

Die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 ordnete auch demgemäß die Polizei-Verwaltung durch dazu bestimmte Beamte; es ist aber bekannt, daß durch königl. Erlaß diese Gemeinde-Ordnung im Jahre 1853 suspendirt und endlich durch das Gesetz vom 24. Mai 1853 die Gemeinde-, sowie die Kreis- und Bezirks-Ordnung wieder aufgehoben wurde.

Immer aber bestand noch der §. 42 und 114 der Verfassung, um die man nicht anders herumkonnte, als daß man deren Aufhebung vor einigen Wochen in dem Abgeordneten-Hause beschließen ließ; und nun tritt die Staatsregierung mit einem Gesetzesantrag hervor, Inhalts dessen die Polizei- und obrigkeitliche Gewalt der Gutsherren wieder hergestellt werden soll. Die Regierung meint, es werde nichts Neues geschaffen, sondern nur das Alte erhalten; indessen ist nicht abzusehen, wie sie darum herkommen will, daß durch die angenommene Verfassung vom 5. Dezbr. 1848 definitiv die Dominial-Polizei abgeschafft war, wie also einmal frei gewordene Leute wieder hörig werden können.

Also ist der Kern der Sache: ob freies gleiches Staatsbürgerthum, oder ob Trennung in Hörige und Nichthörige in den sechs östlichen Provinzen; ob Wiederherstellung oder, wie

die Regierung sagt, Konservirung der aus der Erbunterthänigkeit und dem alten Hörigkeitsverhältniß originirenden gutsherrlichen obrigkeitlichen Gewalt, ob eine herrschende Scholle und die mildere Form des glebae adscripti oder gleiche freie Unmittelbarkeit unter der Staatsgewalt.

Im letztern Sinne hat Hr. v. Patow einen Gegen-Gesetzentwurf vorgelegt.

Dies vorausgeschickt, wird die Debatte verständlich seyn, zu der wir kommen. Zuvörderst nahm Hr. Lette das Wort zur Geschäfts-Ordnung und führte aus:

Der Antrag laufe gegen §. 42 der Verfassung, der die gutsherrliche Polizei abgeschafft habe. Allerdings habe das Haus für die Aufhebung des §. 42 votirt, allein er sey noch nicht durch alle Stadien der Gesetzgebung hindurch abgeschafft und stehe dessen Aufhebung noch nicht in der Gesetzsammlung. So lange dies noch nicht der Fall, sey jede Diskussion über den Antrag, der ja die erfolgte Aufhebung des Verfassungs-Paragraphen 42 voraussetze, ungesetzlich; man möge daher die Debatte aussetzen. Er wandte sich an die Rechte mit der Bitte, doch formell das Recht zu schonen; allein der Herr Minister des Innern versicherte, die Sache habe Eile, und so beschloß man, den Regierungsantrag gewissermaßen auf den Vorrath zu bearbeiten. Demnächst kam man zur allgemeinen Debatte. Man wird sie nur richtig auffassen, wenn man sich gegenwärtig hält, daß jede Seite des Hauses ihre Schiboleth hat, hinter denen sie ficht, z. B. die Linke die besondere Verfassungstreue, die Rechte die wahre Liebe zum Volke und die wahre Königstreue. Kein Theil spricht sich offen aus, und darin, in diesem Mangel an Muth der Ueberzeugung liegt das Unheimliche, was über diesem Hause schwebt. In der chambre introuvable unter Ludwig dem Achtzehnten bestand die Opposition nur aus einem halben Dutzend Kämpfern, aber sie war offen und die Rechte war es auch; die Debatte machte daher nicht den Eindruck und hatte nicht den verderblichen Einfluß auf das Land, wie die unsrige. Nennt man frischweg den Bauer le peuple taillable, so schadet dies sittlich nicht so, als wenn Herr v. Gerlach ihn aus Liebe Steuern zahlen läßt, weil dies des Bauern Recht sey, und wenn er ihn andererseits zum Hörigen macht, weil dies des Rittergutsbesitzers Pflicht ist. Die Linke macht es nicht viel besser.

Hr. v. Patow, der zunächst das Wort zur Hauptsache nahm, rechtfertigte sich vorweg gegen jeden Vorwurf der prinzipiellen Opposition und suchte nachzuweisen, daß seine Freunde oft mit der Regierung gestimmt hätten. Nun suchte er zu zeigen, daß die Polizei der Gutsbesitzer von Alters her schlecht verwaltet sey, daß sich diese Verwaltung aber vertieft habe, daß sie durch das erhöhte Ehrgefühl der Bauern, insbesondere der gewesenen Soldaten schwieriger geworden sey, daß sie auch besondere Rechtskenntnisse verlange. Er wies dabei auf Fremden-, Niederlassungs-, Armen-, Paßpolizei hin und machte besonders bemerklich, daß man ja den Bauern nicht befreien, sondern nur tüchtige Polizei üben wolle. Sodann griff er wieder historisch zurück, um den Regierungs-Entwurf als dem preußischen Wesen feindlich darzustellen, aber dachte nicht daran, irgend einer wirklichen Freiheit, dem Self-government und der Freiheit der Munizipalitäten die Ehre zu geben. Mehr Bureaukratie — weiter ließ sich nichts heraushören, und den Rechtspunkt ließ er ganz bei Seite, wodurch er Hrn. Wagener, worauf wir später kommen werden, leichte Angriffsseiten bot.

Herr Wagener, der ihm folgte, blieb heute zu sehr hinter sich selbst zurück. Die Blößen, die ihm v. Patow gegeben, hätte er viel besser benutzen können, als es geschah. Er deutete zwar an, daß sein System auf Bureaukratie hinausliefe; aber er hätte die Geisel, welche Schreiber und Subalternen über das Land zu bringen vermögen, noch plastischer darstellen können, als durch die Erinnerung an das französische Präfektenwesen u. s. w. Freilich hätte er dann auch dem Selfgovernment Rechte einräumen müssen, er hätte unser Paß-, Heimaths-, Ausweisungs-, Armenwesen zu beleuchten gehabt; aber es ist ihm mit wahrer Freiheit nicht Ernst, denn nach seiner Rede will er dieselbe Sache, nur in Händen anderer Personen. Das zuzugestehen war gefährlich, und so nahm er sich denn die ihm erlaubte Freiheit nach Oben hin, der Krone das Recht abzusprechen, das zu verleihen sie nicht habe, und viel von eigenem Rechte der Gutsbesitzer zu reden, das gegen jede Willkühr geschützt werden müsse. Und doch wollte er schließlich noch für die neuen Polizeiritterguts besitzer strengste Beaufsichtigung, womit dann bei dem Wust von Reskripten und Gesetzen die Sache schließlich eben dahin kommen muß, wohin sie mit den Schreibern kommen würde. Seine ganze Rede bestand aus aphoristischen Sätzen, und da auch noch sein Abgang, zu dem er sonst gern den alten Fritz oder Goliath nimmt, und zu dem er diesmal Sachsen und die ihm 1849 gewährte Hülfe wählte, mißglückte, ließ er dem Abgeordneten Strohn ein gutes Feld zurück, das dieser auch redlich benutzte. Er zuerst faßte gewissermaßen den Stier bei den Hörnern. Er wies nach, daß keine Gutspolizei mehr rechtlich existire, daß nur faktisch die frühere Verwaltungsart interimistisch belassen sey, während das Institut rechtlich vollkommen untergegangen wäre. Der Adel, da er nicht mehr in seiner alten Verfassung bestehe, da er selbst Maschinenbauer, Zuckerraffineur, Branntweinbrenner geworden, gar keinen besondern Stand mehr bilde, daß der Bauernstand frei sey auf seinem eigenen Erbe, daß die eine freie Scholle die andere freie Scholle nicht beherrschen könne, daß der Antrag gegen Recht, Freiheit und die Natur der Dinge sey, daß also ein trockenes Reis geimpft werden solle, das der nächste Wind von dannen wehen werde. Hier blieb er stehen, aber obgleich Jurist und Inhaber der Rednerbühne, behielt er die letzte Konsequenz bei sich — die Untersuchung, ob eine Legislatur freie Leute zu unfreien machen könne.

Darauf betrat Herr v. Gerlach die Rednerbühne. Wenn man diesen Mann sieht und hört, muß man zu seinem Ankläger werden, aber in ganz anderer Weise, wie er selbst vielleicht vermuthen kann. In der ganzen Erscheinung ist nichts von Fanatismus, das Aeußere durchaus edelmännisch, ja leicht gewandt, mit dem Ausdruck der weltmännischen Milde, die Leute von guter Geburt häufig auszeichnet. Seine Sprache ist deutlich und hat den Ton guter Gesellschaft. Er ist Präsident eines hohen Gerichtshofes und hierbei machen wir Halt. Was antwortete Lamoignon dem Könige, als er ihn bitten ließ, die Strenge seiner juristischen Grundsätze aus Gefälligkeit zu mildern? „Sire," ließ er ihm sagen, „der Präsident des Parlaments übt Gerechtigkeit, aber keine Gefälligkeiten und Dienste." Wie würden unsere Kammern, Coccoji und Fürst über solches Spiel mit juristischen Begriffen urtheilen, wie es sich Herr von Gerlach im Rundschauer, ja auf der Tribüne erlaubt? Und was ist dies Spiel anders als derselbe Wind, der von Westen weht, der Wind, der Herrn v. Gerlach und uns gleich verhaßt ist? Man kann einen Staatsstreich begehen, dann aber sey er gerade unverhüllte Gewalt, nicht das schwächliche Gebehren, das den Muth nicht hat, offen die Enden des zerrissenen Rechtsbandes zu zeigen, sondern das durch Flickwerk die Rechtskontinuität decken will. Wir klagen ihn härter an, wie einst Mirabeau den Abbé Sieyes, nicht weil er schwieg, nicht weil er redete, was uns entgegen war, sondern weil er schlecht redete, in einer Weise seinen Geist spielen ließ, der statt zu zünden und aufzuhellen nur eskamotirte und blendete. Herr v. Gerlach lächelt überall; er lachte über sich selbst auf der Tribüne; er lachte sogar, als der Abgeordnete Maicard mit gutem Gedächtniß die Sätze des Rundschauers vortrug, ganz herzlich über seinen Schüler. Zur Buße ist er nicht mehr fähig; er wird wie Reinecke neben Grimbart immer wieder unter die Hühner schießen, und so bedauern wir aufrichtig, daß uns ein tüchtiger Feind verloren gegangen und eine Figur geblieben ist, die einmal als ein Pendant zu Bendemanns Gemälde, eine Art von lachenden Propheten auf den Trümmern von Jerusalem darstellen könnte.

Das war in seiner heutigen Rede noch das Beste, was er verschwieg, nämlich, daß er den Rechtspunkt nicht berührte. Er berief sich kurz auf den Vorredner, und begann nun seine alten Tiraden von Recht und Pflicht, ja, er ließ sich sogar zu dem Hohn des Herrn Wagener herbei, welcher neulich der Linken zurief, sie habe von der Rechten seit vier Jahren gelernt, denn sie habe immer nachgegeben und werde in vier Jahren noch weiter seyn. Er meinte, er habe der Linken die aristokratischen Grundsätze aufgedrungen, welche sie jetzt zuweilen darlege, und wolle dies Geschäft fortsetzen. Im Verlauf der Rede schlug der fromme Pilger, welcher jetzt schon dreister seyn zu dürfen glaubt, das Pilgerkleid zu weit zurück, und wie Herr Wentzel sich ausdrückte, der Fuchsschwanz wurde sichtbar. Ganz richtig sagte er, die Polizei sey bei dem Antrage eine Nebensache; es komme auf erneuerte Festsetzung der Rechte und Pflichten der Ritterschaft an; das Kind werde wachsen und sich ausbilden; man habe nun Verfassung und Gemeindeordnung glücklich hinter sich und die Frage sey nicht von administrativer, sondern von sehr politischer Bedeutung, von der Bedeutung, daß die Ritterschaft als ständische Obrigkeit hingestellt werden solle. Das hänge zusammen mit der Landwehr, das hänge zusammen mit der Armee, zu der die Ritterschaft von Alters her in Wechselbeziehung stehe. Die gemeinschaftliche Reaktion der Armee und der Ritterschaft habe den Staat gerettet und ohne Ritterschaft und Landräthe hätten wir nicht diese Kammer. In das allgemeine Gelächter bei diesen Worten stimmte Herr v. Gerlach herzlich ein und fuhr dann fort: ohne diese hätten wir den Sauerteig der Revolution nicht auskehren können, den Sie (die Linke) hereingetragen haben. Er griff nun das allgemeine Landrecht an, welches von jedem Begriff der Kirche

und des selbständigen Rechts entkleidet sey. Der König als oberste Autorität sey Monarch, der König als einzige Autorität sey Despot, und ohne die Reaktion der Ritterschaft und der Armee würden wir keine Kammern, sondern die reine Despotie bekommen haben. Der Vorwurf, die Gutsobrigkeit habe keinen Boden, sey falsch. Die Monarchie habe sich seit 60 Jahren noch viel mehr verändert, und doch dauere sie noch; die deutsche Sprache nenne Könige so schön: „große Herren", deßhalb müßten doch begreiflich kleine Herren unter ihnen existiren. Das sey die Signatur deutscher Freiheit. Von jetzt ab überließ sich Hr. v. Gerlach seinem dialektischen Furor, sprach über den Segen von Mißbräuchen, besonders in England, das darum so frei sey, und fuhr in diesem Nonsens fort, bis er wie gewöhnlich mit einigem Spotte auf die gegenüber sitzenden Kammermitglieder endete, nachdem er noch ganz zuletzt so unvorsichtig gewesen war, die Rittergutsbesitzer über die „Opfer", die sie möglicher Weise bringen müßten, mit dem steigenden Werthe der Rittergüter zu trösten. Man sieht, daß bei seiner Nutzbarmachung der rechtlichen Begriffe von dominium directum und utile Herr v. Gerlach besonderer Freund des utile ist.

Herr **Wentzel**, der hierauf das Wort ergriff, ging davon aus, daß dieser Antrag und die Aufhebung des § 42 es darauf abgesehen habe, unsere ganze Verfassung zu untergraben. Mit großer Geschicklichkeit und feiner Ironie deckte der Redner alle Schwächen seiner Redner auf, und vernichtet ihre Logik, insbesondere die kühnen Dikta des Mitgliedes für Neustettin, so schonungslos, daß nichts davon übrig blieb. Satz für Satz ging er den Kommissionsbericht durch und verarbeitete den darin niedergelegten Gedankengang dergestalt, daß helles Gelächter des ganzen Hauses nicht ausbleiben konnte. Sätze wie: Unwiderrufliche Verleihung sey keine Veräußerung — Niemand konne etwas machen, was nicht schon da sey und dergleichen ließ er die Rechte wieder hinunterschlucken, und das Alles ganz langsam und ruhig. Schließlich wies Herr Wentzel nach, daß die Gesetzes-Vorlage nur ein Anfang sey, der darauf hinausgehe, die Bauern nicht in alter Weise, sondern mit neuen Mitteln zu *Hörigen* zu machen, die sich sozial von den alten *Hörigen in Nichts* unterschieden. Nicht auf die Polizeigewalt, sondern die obrigkeitliche Gewalt sey es abgesehen, wie dieser Ausdruck auch promiscue im Gesetz gebraucht werde, und wie dies Herr v. Gerlach einräume.

Die Rede des Referenten und die nun folgende Spezialdebatte boten nichts Erhebliches. Interessant war uns nur noch die Aeußerung eines alten Gutsbesitzers, der neben uns saß. Die Rechte wird siegen, sagte Jemand. „Ja, erwiderte er, ich glaube das auch; es geht von Sieg zu Sieg, wie wir in Rußland 1812, immer vorwärts ins Endlose hinein, aber ich mag nicht mit, ich habe noch ein Grauen vor der Beresina."

Die Spezialdebatte wurde am 13. Febr. noch nicht beendigt; das Ergebniß ist übrigens bei diesem Abgeordnetenhaus nicht zweifelhaft: die Regierungs-Vorlage wird angenommen werden.

× **Berlin**, 14. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Von Neuem erwacht die Lust, dem Bankwesen eine größere und zeitgemäßere Ausdehnung zu geben. In Leipzig unterhandelt man bereits wegen Gründung eines Credit mobilier und an vielen anderen Orten in Preußen geht man mit der Gründung von Banken um, oder wünscht wenigstens Kommanditen der Hauptbank zu haben. Einiges Verwundern erregt es auf jeden Fall, daß in Berlin, der Hauptstadt eines der fünf Großstaaten und eines Landes, in welchem der Verkehr und die Industrie zu hoher Blüthe gelangt sind, in Berlin, einer Stadt, welcher man eine große Bedeutung in Bezug auf Handel und Verkehr beimißt, die in der letzten Zeit lebendig gewordenen Bestrebungen nach Erweiterung oder Umänderung des Bankwesens noch keinen Widerhall gefunden hatten. Jetzt endlich erwacht auch in unseren Mauern das Verlangen, einen Credit mobilier zu besitzen. Achtzehn Personen, durch hohe Stellung und Reichthum ausgezeichnet, haben sich zu einer Gesellschaft konstituirt, um das bezeichnete Bankinstitut mit einem Fond von 30 Mill. Thaler zu gründen. Es nehmen Theil daran die Grafen v. Redern und v. Arnim, der Baron v. Hertefeld, die Bankiers v. Magnus, Mendelssohn und Oppenheim aus Köln, der Geheime Kommerzienrath und Fabrikbesitzer Carl u. s. w. Das Statut der neu zu gründenden Bank ist ausgearbeitet und soll, nachdem es in Druck gegeben ist, zur Vertheilung kommen. Die Genehmigung der Regierung zur Etablirung des Geschäfts soll alsbald nachgesucht werden. Es findet dasselbe ungemeinen Anklang unter den Männern des Geldes. Als erster Fundamental-Fond sind von den 18 Gründern sofort innerhalb einer Stunde 8 Millionen Thaler gezeichnet worden. Man hegt die Erwartung, daß die Regierung die Bildung des bezeichneten Credit mobilier genehmigen wird. Sie wird dem Andringen nicht widerstehen können, zumal da, wie aus vielfachen Wahrnehmungen zu schließen ist, große Kapitalien auf ihre Verwendung warten, und die Wege, auf welchen diese Verwendung gemacht werden kann, von der Regierung gewiß nicht versperrt werden sollen. Daß bedeutende Massen von Kapital vorhanden sind, zeigt sich in den enormen Unternehmungen, welche durch große Geldmittel geschaffen werden sollen. Es ist dabei nur hinzudeuten auf die Bäckereien, welche durch die Mittel eines Aktien-Kapitals errichtet werden sollen, auf den Kassenverein, welcher seinen Geschäften eine größere Ausdehnung gegeben hat, auf den sehr gedrückten Zinsfuß u. s. w.

§ **Oesterreich. Wien**, 13. Febr. (Priv.-Korrespond.) Graf **Buol** ist mit dem gestrigen Abendzuge der Nordbahn von hier abgereist, um sich nach Paris zu den Konferenzen zu begeben. Wie man vernimmt, ist der Graf unter Andern auch mit der Uebergabe eines eigenhändigen Schreibens unsers Kaisers an den Kaiser Napoleon betraut, dessen Inhalt namentlich für den Ueberbringer sehr schmeichelhaft lauten soll. Während der Abwesenheit des Grafen wird der Unterstaatssekretär Frhr. v. Werner die Geschäfte des Ministerium des Aeußern versehen. — Das schon einmal dagewesene Gerücht von der beabsichtigten Verleihung eines österreichischen Regiments an den Kaiser der Franzosen taucht gegenwärtig mit größerer Bestimmtheit wieder auf, und bezeichnet man das Kürassier-Regiment Nro. 3 (früher König August von Sachsen) als dasjenige, welches künftighin den Namen des Kaisers Napoleon führen soll. — Der Kommandant der 4. Armee, Graf Schlick, begibt sich Uebermorgen in sein Hauptquartier nach Lemberg. Wie es heißt, wird die neuerdings angeordnete Reduzirung der österreichischen Heeresmacht abermals wieder zuerst bei dieser Armee in Vollzug gesetzt werden.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 15. Februar. Für österr. Kredit-Aktien, Staatsbahnaktien, Darmstädter Bankaktien und besonders für Florenz Livorno wurden höhere Kurse bezahlt, auch die meisten österr. Fondsgattungen waren beliebt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 88¾ P. 68¼ G.
„ 5pCt. Metall. alte 79¾ P. 79½ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86¼ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82 P. 81¾ G.
„ 4½pCt. „ 71⅛ P 70⅞ G.
„ 4pCt. „ 63 P. 62½ G.
„ 3pCt. „ 48½ P. 48 G.
„ 1pCt. „ 16 P. 15¾ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1182 P. 1177 G.
Oesterreichische Credit-Actien 144½ P. 142½ G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 128 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 100⅞ P. 100⅝ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 296 P. 294 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101½ P. 101 G.
„ 4½pCt. „ 100⅞ P. 100⅜ G.
„ 4pCt. „ 95¼ P. 94¾ G.
„ 3½pCt. „ 86¾ P. 86¼ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95¼ P. 94¾ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 158¼ P. 157¾ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 144 P. 143½ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 3½pCt. „ 89½ P. 89 G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 88⅞ P. 88⅝ G.
Badische 50 fl. Loose 77½ P. 77 G.
„ 35 „ „ 48 P. 47¾ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 4pCt. „ 99¾ P. 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93¼ P. 92¾ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ — P. — G.
Darmstädter Baukaktien 330 P. 328 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39½ P. 39¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62¼ P. 61¾ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 93½ P. 93 G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 121¼ P. 120¾ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 327 P. 325 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 81 P. 80½ G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38¾ P. 38½ G.
„ 1pCt. neue 24¼ P. 24⅛ G.
Holland Integrale 64 P. 63½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 P. 42½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 7/8 P. 100 5/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119 3/4 P. 119 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G	Mail. i.S.Lr. 250 k.S. 101 1/8 P 100 7/8 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	do. 3 Monat mit 5% 100 3/4 P 100 1/2 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 1/8 P. 93 7/8 G
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 97 1/4 P. 97 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 1/8 P. 93 7/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S 89 P 88 3/4 G.	Wien fl. 100 C. k S. 115 1/8 P. 114 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 114 3/4 P. 114 1/4 G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 14. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 85 1/8; 5Cpt. Met. 83 5/8; 4 1/2pCt. 74; Lotterie-Anlehensloose von 1839 134 3/8; dito von 1854 104 3/4; Bankaktien 1032; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien ——; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 288 1/2; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 686; österr. Staatsbahn-Aktien —. Wechselkurse: Augsburg uso 105 3/4 P.; London 10. 19. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 15. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **37. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die kgl. Staatsminister Dr. Ringelmann, Dr. Aschenbrenner und Graf Reigersberg.

Es gelangt der Antrag des Abg. Dr. Völk zur Berathung, der dahin geht: „es sey an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten, es wolle eine Revision der Normen über die Bestrafung der Aufschlagsdefraudationen und über das hierbei einzuhaltende gerichtliche Verfahren vorgenommen und ein diese bezweckender Gesetzentwurf der Kammer wo möglich noch im Laufe des gegenwärtigen Landtags vorgelegt werden."

Der Ausschuß beantragte die Annahme des Antrages.

Die kgl. Staatsminister der Justiz und der Finanzen geben die Nothwendigkeit der Revision zu und erklären, daß dieselbe bereits angeordnet sey, und der Kammer in nächster Zeit eine Vorlage hierüber zugehen werde.

Abg. Fürst Wallerstein konstatirt, um etwaige Mißverständnisse zu beseitigen, daß der Antragsteller durch die verlangte Revision die bestehende Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens nicht beseitigt, sondern aufrecht erhalten wissen wolle. Der Antragsteller bestätigt dies — worauf der Antrag von der Kammer angenommen wurde.

Hierauf gelangten zur Berathung die Anträge mehrerer Abgeordneten: „das revidirte Gemeinde-Edikt von 1834 und damit zusammenhängende Materien betr." Der Ausschuß beantragt:

„I. An Se. Maj. den König sey auf verfassungsmäßigem Wege die allerehrfurchtsvollste Bitte zu bringen: Allerhöchstdieselben möchten geruhen, durch den Landtags-Abschied mit Gesetzeskraft den Schlußsatz in § 105 des revidirten Gemeinde-Edikts in nachstehender Weise abändern zu lassen: Von den einschlägigen Landgerichten ist alljährlich eine summarische Uebersicht der bei denselben zur Revision eingekommenen und bereits revidirten Gemeinde- und Stiftungsrechnungen der Kreisregierung mit Bericht vorzulegen."

„II. Der Antrag des Hrn. Abg. Fürsten von Oettingen-Wallerstein, Abänderung des §. 30 im revidirten Gemeinde-Edikte betreff., sey im Hinblicke auf die inzwischen erschienene Ministerialverfügung vom 19. Dez. 1855, die Einberufung der Gemeindevorsteher und Gemeinde-Ausschußmitglieder zu Amt betr., als erledigt zu erachten."

„III. Bei der in Mitte liegenden Erklärung des k. Staatsministerium des Innern vom 14. Novbr. 1855, dahin lautend, daß eine Revision des Gemeinde-Ediktes, des Gemeinde-Umlagengesetzes und der hiemit verwandten Materien von der königl. Staatsregierung beabsichtigt werde, sey der von den Abgeordneten Kirchgeßner und Walz angeeignete Antrag der Gemeinde Kreuzwertheim, Abänderung des Gemeinde-Umlagengesetzes vom 22. Juli 1819 betr., sowie verschiedene andere Anträge dieses Betreffs als erledigt zu erachten."

Abg. Dr. Kirchgeßner stellt den Antrag, statt der Ziffer III des Ausschußantrags zu beschließen: „Se. Maj. den König zu bitten, eine Revision des Gemeinde-Edikts und der damit verwandten Materien vornehmen zu lassen unter Rücksichtnahme der Ziffer III des Ausschußantrags." Für den durch ein kleines Unwohlseyn am Erscheinen in der Kammer verhinderten Dr. Kirchgeßner wird dieser Antrag durch Dr. Barth in Kürze begründet und zwar dadurch, daß, so lange nicht ein neuer Gesetzentwurf vorliege, die Kammer sich nicht dürfe abhalten lassen, hierauf bezügliche Anträge in die Krone zu bringen; durch die Erklärung des Ministerium, daß eine Revision erfolgen werde, könnten die Anträge nicht als erledigt zu betrachten seyn.

Ministerialrath Schubert. Da die Regierung eine Revision des Gemeinde-Edikts rc. vornehme, so könne es ihr nur erwünscht seyn, die Ansichten der Kammer zu vernehmen.

Abg. Fürst Wallerstein schloß sich dem Antrage Kirchgeßners nicht an. Eine völlige Umänderung des Gemeindediktes halte er nicht für nöthig. Bringe die Regierung die Revision in die Kammer, so werde diese sie prüfen; bitten wolle er nicht um die Revision, weil er fürchte, daß dieselbe nicht in seinem Sinne ausfallen werde.

Abg. Vorst erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag Kirchgeßners, weil er den vier Ausschuß-Anträgen, so wie sie vorliegen, nicht beitreten könne.

Abg. Barth vertheidigt den Antrag Kirchgeßners. Eine fragmentarische Gesetzgebung in Gemeindesachen könne er nicht für gut erachten, das möge bezüglich des Verwaltungsdienstes richtig seyn; er aber rechne die Gemeinden nicht zur Verwaltung, sondern betrachte sie als die erste Grundlage des Staats. Seiner Ansicht nach müsse bei Revision des Gesetz-Entwurfs der Grundsatz der vollen Autonomie der Gemeinden die erste Bedingung seyn.

Abg. Rabl sprach sich hierauf seinem Antrag gemäß für die Nothwendigkeit aus, die Konkurrenzpflicht zu Gemeindediensten oder Frohnen und den Maßstab für diese Leistungen im Verhältniß der Grund-, Haus-, Kapital- und Einkommen-Steuer zu regeln.

Abg. Stadler wünscht Abänderung der Bestimmungen bezüglich der Gemeinden, die sich an den Gränzen befinden, hinsichtlich der oft hohen Beiträge an auswärtige Gemeinden für ihre in deren Bezirken liegende Gründe.

Abg. Rotenhan beantragt, in dem Antrage Kirchgeßners die Worte „unter Rücksichtnahme" zu streichen, so daß die betreffenden Ausschuß-Anträge also einfach an die Staatsregierung zu gelangen hätten.

Abg. Briegleb vertheidigt die Vorstellung des Magistrats Nürnberg, die Erhöhung der Ausnahmsgebühren bei Bürgern und Insassen betreffend.

Abg. Rar spricht sich dahin aus, dem Antrage aus Nürnberg nicht beizustimmen.

Abg. Keyl vertritt die Vorstellung der Gemeinde Kreuzwertheim: Minderung der Lasten für die Gründe, welche über der Gränze auf badischem Boden liegen; die Besitzer solcher Gründe müßten alle Lasten der betr. badischen Gemeinden mittragen, während die Badenser für ihre Gründe auf bayrischem Boden gar keine Lasten zu tragen hätten.

Abg. Frhr. v. Welden tritt der Ansicht Wallersteins entgegen, als ob die Curatel über die Gemeinden Seitens der Kreisregierungen im zu hohen Grad geübt werde. In der Pfalz möge das der Fall seyn, nicht aber bei uns. (Postschluß.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 48. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 17. Februar 1856.

Deutscher Bund.

* **Sachsen.** Ueber das sogenannte „Schwarze Buch", woraus wir vor einiger Zeit einen Auszug brachten, und dessen Verfasser noch immer unbekannt ist, gibt jetzt das „Dresdner Journal", das bei seiner Verbindung mit der sächsischen Regierung wohl aus guter Quelle schöpft, einigen Aufschluß. Es sagt uns, daß jenes Buch nicht im Auftrage und nicht unter Vertretung der Regierung oder einer Behörde erschienen, sondern lediglich aus eigenem Antriebe von einem Polizeibeamten ausgearbeitet worden ist, und folglich, wenn auch nur für Beamte zum Gebrauch in ihrer Berufsthätigkeit bestimmt, als ein Privatunternehmen erscheint. Es ist nicht für den Buchhandel, überhaupt nicht zur Verbreitung im Publikum bestimmt. Es wurde als Manuskript für Polizeibehörden gedruckt und wird nur Polizeibeamten mitgetheilt. Es gehöre also, meint das „Dresdner Journal", nicht vor die Tagespresse (!?), und sein Inhalt könne nur durch Verletzung pflichtmäßiger Verschwiegenheit oder durch unbefugtes Eindringen in fremde Geheimnisse bekannt geworden seyn. (Also wären die Polizeibeamten verpflichtet, es geheim zu halten! Durch wen oder was?) Da übrigens dem Verfasser mehrfache Unrichtigkeiten nachgewiesen worden sind, so wird er, wie das „Dresdner J." zu unserm Trost bemerkt, zu Vermeidung jeder Unrichtigkeit in nächster Zeit einen ganz neuen, sorgfältig revidirten Abdruck seines Werks erscheinen lassen. Aber man erwarte nicht zu viel: gar Manches, was man für falsch hielt, wird auch in der neuen Ausgabe stehen bleiben. Das „Dresd. Journal" belehrt uns hierüber, wie folgt: „Das Buch ist nicht und soll nicht seyn: ein Steckbrief, welcher die Behörden verpflichten würde, auf jeden darin Genannten zu fahnden; es ist nicht und soll nicht seyn: eine Denunziation, auf deren Grund behufs späterer Bestrafung der Denunzirten neue Recherchen einzuleiten wären. Dagegen ist es und soll es seyn: ein Hülfsmittel für jeden Polizeibeamten, damit nicht vergessen werde, von welchen Personen und welchen Kreisen einerseits die Beförderung, von welchen andererseits die Leitung und Ausführung der letzten Bewegung ausging, wie sich die politische Treue und der Charakter verschiedener, zur Revolutionszeit aufgetauchter oder in Aufnahme gekommener Personen bewährt habe, von welchen Elementen Gefahr zu fürchten, und welchen gegenüber mindestens Vorsicht am Platze sey. Es gilt nicht, eine politische Rache zu üben oder verhaßte Personen mit polizeilichen Nadelstichen zu quälen. Aber es gibt Dinge, die nicht vergessen werden dürfen. Die Regierungen dürfen nicht vergessen, wer vor dem Jahre 1848 die gesetzliche Fortbildung zum Aushängeschild oppositioneller Umtriebe machte und die Entstehung der politischen Parteien vorbereitete; sie dürfen nicht vergessen, daß die Revolution nicht aus den untersten Volksklassen hervorging, die unter dem Segen eines langjährigen Friedens sich damals wohler befunden als jetzt, sondern aus den höhern und gebildetern Klassen, welche dem Volke so lange von „gesetzlichem Fortschritt" vorpredigten, bis es „reif" geworden war, auch ohne Gesetze vorzuschreiten. Die Regierungen dürfen nicht vergessen, wie die Revolution von 1848 sich entwickelte, wer sie leitete und wer sie benützte, wer auf der Bühne und wer hinter den Coulissen stand. Die Regierungen dürfen endlich nicht vergessen, in welchem Zustande gutmüthiger Harmlosigkeit sich damals die Polizei befand, und daß lediglich ihr Vertrauen auf die Loyalität der „edelsten Männer" des Volks daran schuld war, wenn die Regierungen 1848 von dem Ausbruche der Revolution vollständig überrascht wurden. Darum verlangen sie jetzt, daß die Polizei wache; daß sie von neuen Bewegungen unterrichtet und zur Gegenwehr gerüstet sey. Man will nicht nachtragen und zurechnen, was früher geschehen ist; man will nicht hudeln und scheeren oder rächen und verfolgen; aber man will gewappnet seyn, wenn es wieder auf's Aeußerste getrieben werden sollte." So das „Dresdner Journal", und wie das zu verstehen sey, zeigt es uns an einem Beispiel. Es sagt: „Niemandem wird es einfallen, zu glauben, daß General Cavaignac wirklich unter deutsche Polizeiaufsicht gestellt werden solle. So gut man aber weiß, daß Cavaignac der Bezwinger des Juniaufstandes war, so gut weiß man auch, daß er von jeher entschieden republikanischen Grundsätzen gehuldigt hat. Folglich wird man auch Diejenigen, welche etwa mit ihm und seinen Gesinnungsgenossen lebhaften Verkehr unterhalten, nicht als Anhänger der monarchischen Regierungsform betrachten können. Die Aufzählung solcher im Auslande lebenden Personen in dem Polizeihandbuche hat also ihren guten Sinn und wird sich namentlich in kritischen Zeiten als sehr nützlich bewähren. Dies zeigt aber auch, welche Zwecke überhaupt der Schrift zu Grunde liegen und zu welchem Gebrauche sie bestimmt ist."

Leipzig, 14. Febr. Professor Kahnis hat den an ihn ergangenen Ruf nach Erlangen abgelehnt, dem Vernehmen nach mit auf den ihm kundgegebenen dringenden Wunsch Sr. Durchlaucht des Fürsten von Reuß Greiz. (Fr. Pstz.)

Oesterreich. Wien, 12 Febr. Das Benehmen der italienischen Bischöfe hat Anlaß zu Unterhandlungen in Rom gegeben. (Nat.-Z.)

Großbritannien.

* London, 15. Febr. Die Konsols eröffneten an unserer heutigen Börse sehr flau mit 92 und fielen augenblicklich auf 91⅞, in Folge vermutheter Finanzmaßregeln des Gouvernements, nach welchem viele Stocks zum Verkauf kommen dürften. (T. D. d. Fr. J.)

London, 15. Febr. Die rückgängige Bewegung der Konsols machte an der Börse noch weitere Fortschritte. Man spricht von einem Anlehen, dessen Details am nächsten Montage bekannt werden würden. Konsols 90⅞, ¾. Espagnols 23½, ¾. (T. D. d. Fr. J.)

Portugal.

* Dem „Moniteur" wird aus Lissabon vom 6. Februar geschrieben: „Der junge König befestigt mit jedem Tage mehr die Hoffnung, welche alle Freunde der portugiesischen Monarchie bei seiner Thronbesteigung faßten. Sich ganz seinem hohen Berufe hingebend, erfüllt er ihn mit ebenso viel Umsicht als Willenskraft. Er prüft und besichtigt Alles selbst, liest alle Akten und entscheidet stets erst, nachdem er sich von der Sache vollständig unterrichtet hat. Die zu London erfolgte definitive Regelung der zwischen der Regierung und den englischen Inhabern von portugiesischen Staatspapieren bestandenen Schwierigkeiten, ist ein bedeutender Schritt zur Lösung der finanziellen Krise. Denn der Beitritt der englischen Gläubiger gibt den von der Regierung im Jahre 1853 getroffenen Maßnahmen den bis jetzt fehlenden Charakter der Ordnungsmäßigkeit wieder. Man kann nun füglich erwarten, daß die portugiesische Regierung, durch diese Conversion, welche ihre Last um jährlich ungefähr 2 Mill. Franken erleichtert, und durch den gefestigten Cours der Fonds im Stande seyn wird, allen Schwierigkeiten zu begegnen und — wie sie es aufrichtig wünscht — dem Satze nachzukommen, daß die treuliche Erfüllung der Verbindlichkeiten die unerläßliche Grundlage des Staatskredits ist."

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Konstantinopel, 4. Februar. Wie bereits bekannt, war es dem englischen Gesandten gelungen, den Sultan zu bewegen, einen im Gesandtschaftshotel gegebenen Maskenball zu besuchen. Um 9 Uhr Abends verkündigte der Donner einer englischen Batterie, welche die Engländer in ihrer Kaserne von Galata - Serai, aufgestellt hatten, die Ankunft des Sultans. Der Sultan war, wie immer, für Jedermann voll Herablassung, obwohl man versäumt hatte, einige Details zu beachten, die ihn unangenehm berühren mußten. So sah man ihn deutlich die Stirne runzeln beim Anblick einer als Derwisch ge-

kleideten Maske. Auch ein anderes Costume, jenes des Sultans Selim, als welcher sich der Korrespondent der „Times“ vermummt hatte, schien seine Mißbilligung erregt zu haben. Mehrere Damen wurden dem Sultan vorgestellt. Er unterhielt sich nur mit den Gesandten Englands, Frankreichs und Oesterreichs. Er trug zum ersten Male die Insignien der Ehrenlegion und verließ den Ball nach einer Stunde wieder. Der französische Gesandte konnte nicht zurückbleiben und bereits Donnerstag Abend benachrichtigte er seine Kollegen und die türkischen hohen Beamten, daß der Sultan ihn am künftigen Montag beehren werde.

Amerika.

Montevideo, 5. Januar. Anarchie und Zwietracht hat hier einen sehr hohen Grad erreicht, und die Geschäfte liegen darnieder. Senor Berges, Bevollmächtigter von Paraguay, ist auf seinem Wege nach Rio de Janeiro in unserer Stadt angekommen. Aus Buenos-Ayres haben wir Nachrichten vom 2. Januar. Flores hat vor Kurzem wieder einen Einfall in den Staat gleichen Namens gemacht, indem er am 25. Dezbr. über den Arroyo del Medio, welcher die Gränze zwischen Santa Fe und Buenos Ayres bildet, gegangen ist. An der Südgränze haben die Obersten Gonzalez und Ocampo die Offensive gegen die Indianer ergriffen. Von den Bewegungen des Generals Hornos hört und weiß man nichts.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Der „Oesterr. Ztg.“ wird aus Paris, 8. Febr., geschrieben: „Ich bin förmlich ermächtigt worden, auf's Bestimmteste in Abrede zu stellen, daß Freiherr v. Seebach mit Vorwissen, geschweige auf Anregung des Kaisers der Franzosen die vielbesprochene Reise nach Petersburg gemacht hatte.“

Aus dem Orient.

Trapezunt, 28. Jan. Die Russen haben einen Theil von Armenien geräumt und sich nach Erivan gezogen. Die transkaukasische Expedition unter Omer Pascha befindet sich in gänzlicher Stagnation; der Kern dieser Armee wird in Erzerum konzentrirt und Omer Pascha nächstens hier erwartet.

Aus Rußland.

Der „Nord“ gibt folgende Notizen über den Grafen Orloff, einen der russischen Bevollmächtigten bei den bevorstehenden Pariser Konferenzen: Graf Orloff gehört einer der berühmtesten Familien des russischen Reiches an. Er ist ungefähr 70 Jahre alt, aber noch munter und rüstig. Er hat an allen den Kriegen am Anfange unseres Jahrhunderts Theil genommen. Bei Austerlitz, so wie bei Borodino wurde er verwundet, und wurde nach letzterer Schlacht Adjutant des Kaisers Alexander. 1825 war er General und befehligte als solcher das Regiment der kaiserl. Garde, welches zuerst zur Dämpfung des Aufstandes am 26. Dezbr. herbeieilte. Er bewährte hier seinen Muth und seine Hingebung und ward von dieser Zeit an Vertrauter des Kaisers, einer seiner ersten Rathgeber und sein persönlicher Freund. 1828 befehligte er in der Türkei die Division der berittenen Jäger. 1829 unterzeichnete er mit dem Marschall Diebitsch und dem Grafen Pahlen als russischer Bevollmächtigter den Vertrag von Adrianopel. Nach dem Frieden blieb er einige Zeit in Konstantinopel als Gesandter. Von da zurückberufen begleitete er den Kaiser auf allen seinen Reisen. Hierauf hatte er eine Sendung nach Holland und London zur Regelung der belgischen Angelegenheiten. Das Jahr 1833 sah ihn an der Spitze der Expedition, welche Konstantinopel vor den siegreichen Waffen Ibrahim Paschas rettete, und er unterzeichnete den Vertrag von Hunkiar-Skelessi. Im Jahr 1845 folgte er dem Grafen Benkendorff als Chef der dritten Abtheilung der Geh. Kanzlei des Kaisers und der Gendarmerie, deren Oberste, welche im ganzen Reich vertheilt sind, weniger mit der eigentlichen Polizei, als mit der allgemeinen Inspektion über die Verwaltung des Landes betraut sind. Die Stelle an der Spitze dieses Korps gab dem Grafen Orloff den freien Zutritt zu dem Kaiser zu jeder Tageszeit und das Recht, mit demselben über Alle und über Alles zu sprechen. Dieselben Verrichtungen hat Graf Orloff auch bei Kaiser Alexander inne.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 16. Februar. Die Börse verkehrte in günstiger Stimmung, die niedrigere Londoner und Pariser Notirung wurden wenig beachtet und die meisten Fondsgattungen behaupteten sich fast wie gestern. Für Florenz Livorno dauerte der Begehr fort.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 88¾ P. 88¼ G.
„ 5pCt. Metall. alte 79⅝ P. 79⅜ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81¾ P. 81½ G.
„ 4½pCt. „ 70⅞ P. 70⅝ G.
„ 4pCt. „ 63 P. 62½ G.
„ 3pCt. „ 48½ P. 48 G.
„ 1pCt. „ 16 P. 15¾ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1175 P. 1170 G.
Oesterreichische Credit-Actien 144½ P. 142½ G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 128 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 101 P. 100¾ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 292 P. 290 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101½ P. 101 G.
„ 4½pCt. „ 100⅞ P. 100⅜ G.
„ 4pCt „ 95¼ P. 94¾ G.
„ 3½pCt. „ 86¾ P. 86¼ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95¼ P. 94¾ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 158¼ P. 157¾ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 113¾ P 113¼ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheme 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 103 P. 102½ G.
„ 3½pCt. „ 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89¼ P. 88¾ G.
Badische 50 fl. Loose 77½ P. 77 G.
„ 35 „ „ 48 P. 47¾ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102¼ P. 101¾ G.
„ 4pCt. „ 99¾ P. 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93¼ P. 92¾ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113½ P. 113 G.
„ „ 25 „ „ — P. — G.
Darmstädter Bankaktien 329 P. 327 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39½ P. 39¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62¼ P. 61½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90¾ P. 90¼ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 P. 29½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85¾ P. 85¼ G.
„ 3½pCt. „ alte 93½ P 93 G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 121⅞ P. 121⅜ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 327 P. 325 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 81½ P. 81 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38½ P. 38¼ G.
„ 1pCt. neue $24\frac{3}{16}$ P. $24\frac{1}{16}$ G.
Holland Integrale 64 P. 63½ G.
„ Certificate 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅞ P. 100⅝ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119¾ P. 119½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101⅛ P 100⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 100¾ P 100½ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94¼ P. 94 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97¼ P. 97 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅛ P. 93⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P 88¾ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 115 P. 114¾ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 114⅜ P. 114⅛ G.
Disconto — P. 3pCt. G.	

Wien, 15. Februar. Oesterr. 5pCt Nat.-Anl. 85⅛; 5Cpt. Met. 83¾; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 135⅛; ditto von 1854 104; Bankaktien 1036; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian Anlehen —; Nordbahnaktien 2470; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 290¾; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 690; österr. Staatsbahn-Aktien 345. Wechselkurse: Augsburg uso 105¼ P.; London 10. 17. B. Geldkurs: Dukaten —.

London, 9 Febr. Die Vorräthe von Rohzucker auf den sechs Hauptmärkten Europa's bestanden am 1. Februar aus total 2,247,000 Ztr., gegen 2,520,000 Ztr. zur selben Zeit 1855. Importirt sind im Januar 1,037,000 Ztr., zum Konsum abgeliefert nur 462,000 Ztr. Im vorigen Jahre betrug der Konsum im Januar beinahe doppelt so viel, während die Einfuhr um die Hälfte geringer war. Die Stimmung ist deßhalb flau, doch wird nicht dringend angeboten. In Bristol ist seit drei Monaten kein nennenswerthes Geschäft zu Stande gekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☛ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 49. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | **53. Jahrgang.** | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | **Montag, 18. Februar 1856**

Deutscher Bund.

⊙ Berlin, 15. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Wie unsere Verkehrsverhältnisse in Deutschland im Wachsthume sind, läßt sich aus der Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Nordamerika wohl am deutlichsten sehen. Während die Einfuhr in den Vereinigten Staaten Nordamerikas aus den deutschen Hansestädten im Jahre 1846 nur 3 Millionen Dollars betrug, war sie im Jahre 1848 bereits auf 6 Mill. und im Jahre 1851 auf 10 Millionen Dollars gestiegen. In dem Jahre vom 1. Juli 1853 bis 1. Juli 1854 belief sich die Einfuhr bereits auf 17 Mill. Dollars, ging aber im Jahre 1854 wegen der eingetretenen Ueberfüllung der nordamerikanischen Märkte auf 13 Mill. Dollars herab.

Bayern. München, 16. Februar. Dem heutigen für Hrn. Dekan Rast abgehaltenen Trauergottesdienst in der Metropolitanpfarrkirche zu U. L. Frau wohnten die Mitglieder beider Kammern mit ihren Präsidenten, mehrere Herren Minister und eine große Anzahl Theilnehmender aus allen Ständen gleich dem gestrigen Leichenbegängnisse bei. (A. Abdz.)

München, 16. Februar. Die Annahme des Gesetzentwurfs bezüglich der Vereinigung der beiden Gesellschaften der pfälzischen Maximilians- und Ludwigsbahn in der Abgeordnetenkammer scheint zweifelhaft geworden, da die mit dem Entwurfe beabsichtigte Erweiterung der Heimfallsfrist mehrfach als den finanziellen Interessen des Staates zuwiderlaufend bezeichnet wird. (N. Corr.)

Nach einer Bekanntmachung im Kreisamtsblatt für die Pfalz hat das k. Bezirksgericht zu Landau am 10. Januar d. Js. in der Untersuchung gegen den Redakteur des „Volksboten" Herrn Zander in München und Konsorten, des Preßvergehens beschuldigt, das Verfahren gegen Zander wegen Inkompetenz eingestellt, aber zugleich auf Vernichtung der Nummern 261 und 282 des „Volksboten", welche eine Schmähung, Beleidigung und Verleumdung des k. Regierungspräsidenten der Pfalz bezüglich dessen Amtes enthalten, erkannt. (N. Kor.)

Augsburg, 15 Febr. Wie wir vernehmen, haben Se. Maj. der König dem k. Direktor bei der Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer der Finanzen, Hrn. Pachmayr das Ritterkreuz des Verdienst-Ordens der bayerischen Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Aus Oberbayern hat man Nachrichten, daß die Geistlichkeit sich dekanatweise versammelt, um dem jüngsten Kammerbeschluß gegenüber, wonach die Kapitalien der Pfründen zur Kapitalrentensteuer beigezogen werden sollen, das Recht der kirchlichen Stiftungen zu wahren. Ohne Zweifel werden überall Eingaben an die Kammer der Reichsräthe beschlossen werden.

** München, 15. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **37. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts über die Debatte bezüglich der das Gemeinde-Edikt betr. Anträge.)

Nach Frhr. v. Welden, sprach Abg. Dr. Arnheim; der Beschwerde bezüglich der Forensen könne auf dem Verordnungsweg nicht abgeholfen werden, denn hier komme das Edikt über das Indigenat in Frage wünschenswerth aber sey, daß auf dem Wege der Gesetzgebung geholfen werde. Redner stimmt dem Antrage auf Revision des Gemeinde-Umlagengesetzes bei, ist aber gegen jede Aenderung des Kreisumlagengesetzes.

Abg. Fürst Wallerstein vertheidigt den Antrag des Ausschusses und verwahrt sich entschieden dagegen, als ob der Ausschuß eine Revision des Gemeinde-Edikt wünsche. Man solle unter den jetzigen Verhältnissen doch ja keine Revision provociren und sich mit einzelnen fragmentarischen Gesetzen begnügen. Das Ministerium möchte er ums Himmelswillen bitten, die Revision doch ja nicht zu beschleunigen. Redner schlägt dann noch bezüglich der Vorstellung aus Kreuzwertheim, die Forensen betr., eine andere Fassung des Ausschußantrages vor, hält es für sehr wünschenswerth, wenn gesetzlich bestimmt würde, daß die Forensen zu allen Lasten beizutragen hätten.

Referent Abg. Förg erklärt sich dann gegen die vorliegende Modifikation und empfiehlt die Annahme der Ausschuß-Anträge.

Der kgl. Staatsminister des Innern: Es sey bereits bei Beginn der Debatte vom Ministertische aus erklärt worden, daß die kgl. Regierung sich mit der Revision des Gemeinde-Edikts beschäftige, und ihr die Ansicht der Kammer hierüber erwünscht sey. Er könne sich dem Antrag des Ausschusses anschließen, doch sey es im Effekt gleich, in welcher Form die Kammer die Anträge bescheide, da die Regierung jedenfalls von derselben Kenntniß habe. Die Furcht, welche Fürst Wallerstein vor der Revision habe, sey ohne Grund, denn es stände in seiner Macht, wenn die betreffende Regierungsvorlage nicht nach seiner Ansicht sey, sie zu bekämpfen und zu verwerfen. Die Regierung halte die Vornahme der Revision für ihre Pflicht und sie müßte dieselbe deßhalb vornehmen, auch wenn nicht hierum gebeten wurde. — Die Forensen könnten nach dem Edikt über das Indignat nur als solche betrachtet und behandelt werden. Retorsionsmaßregeln ließen sich nicht anwenden, das Retorsionsrecht wäre nur dann zulässig, wenn Bayern in andern Staaten anders als die Unterthanen derselben behandelt würden, was bei Baden nicht der Fall sey.

Die Abstimmung ergab dann, daß alle heute eingebrachten Anträge verworfen und nur der Antrag des Ausschusses angenommen wurde.

× **Preußen.** Berlin, 15. Februar. (Privat-Korresp.) Der Credit mobilier, welcher in Berlin gegründet werden soll, wird ganz nach dem Muster des Riesen-Kreditinstituts in Paris eingerichtet werden. Den gestern von mir aufgeführten Namen der Gründer kann ich heute noch einige von nicht minderer, wenn nicht größerer Bedeutung hinzufügen, als die Namen des Herzogs von Ratibor, des Prinzen von Hohenlohe-Ingelfingen, des Grafen Renard, des Baron v. Eckardstein, des Geheimen Kommerzienraths Conrad u. s. w. Der außerordentliche russische Bevollmächtigte für Paris, Graf v. Orloff, ist hier eingetroffen und in dem Palais der russischen Gesandtschaft abgestiegen. Das Diner, welches der russische Gesandte am gestrigen Tage gab, war sehr glänzend, und waren zu demselben auch die Bürgermeister hiesiger Stadt eingeladen.

Hannover. Hannover, 14. Februar. Bekanntlich ist gegen den O.-G.-Ass. Herrn Planck wegen seines Berichts an die Wähler eine Disziplinar-Untersuchung eingeleitet, die in erster Instanz mit dessen Freisprechung endete. Auf die dagegen von der kgl. Staatsanwaltschaft an das Oberappellationsgericht erhobene Berufung hat dies höchste Gericht die Entscheidung des früheren Gerichtshofes bestätigt und Herrn Planck ebenfalls freigesprochen. Uebrigens ist bekanntlich wegen dieses selben Berichtes eine Kriminaluntersuchung eingeleitet, in der auch der O.-G.-A. Bauermeister und der Drucker Gelpke als Gehülfen verwickelt sind, über die in nächster Zeit die Strafkammer zu Aurich zu entscheiden haben wird. (Z. f. Nordd.)

Thüringen. Dem Verwaltungsrath der Werrabahn wurde in seiner letzten Sitzung eine befriedigende Erklärung der k. bayer. Regierung über die Fortsetzung der Werrabahn von Koburg nach Lichtenfels, sowie eine Mittheilung, daß die Abholzung und Ueberweisung des dem großh. sächsischen Staatsfiskus gehörigen Areals vor und hinter dem Tunnel bei Eisenach bereits erfolgt, bezüglich vorbereitet sey, nachdem ein durch Zweifel über die definitive Festlegung der Eisenbahnlinie hervorgerufener Anstand seine völlige Erledigung gefunden hatte, mitgetheilt.

§ **Oesterreich.** Wien, 14 Febr. (Priv.-Korrespond.) Die alten Klagen über Kreditrestriktionen bei der Nationalbank, die im vorigen Jahre so lange forttönten, tauchen hier jetzt wieder und zwar mit verstärkter Kraft auf. Die ersten Wechselhäuser am Platze sind nicht im Stande, ihre Briefe bei der Bank

anzubringen, und dieser Tage ist es einer der renommirtesten Firmen, die sich nur ausschließlich mit dem Acceptationsgeschäfte befaßt, hier geschehen, daß von den eingereichten Wechseln mehr als drei Viertel zurückgewiesen wurden. Die jetzige Beschränkung soll vom Finanzministerium ausdrücklich angeordnet worden seyn, doch soll sich dieselbe, wie ich höre, über die Geschäftsthätigkeit der Filialen in den Kronländern, denen der Kredit ohnehin sehr knapp zugemessen war, nicht erstrecken.

Wien, 14. Febr. Die „Presse" schreibt über die kaiserl. Verordnung über Darlehen in klingender Münze: Diese Verordnung liefert einen erfreulichen Beweis von dem zuversichtlichen Vertrauen, welches die österreichische Regierung in die baldige Wiederherstellung geregelter Geld-Verhältnisse und mittelbar auf das Zustandekommen des Friedens setzt. Ohne diese Voraussetzung würde die hohe Finanzverwaltung wahrscheinlich Anstand genommen haben, jetzt schon eine theilweise Aufhebung der Bestimmungen des Patents vom 2. Juni 1848 (welches den Zwangskurs der Banknoten einführte, der jetzt durch diese Verordnung theilweise wenigstens aufgehoben ist) anzurathen. Die Börse hat die erwähnte Maßregel auch in diesem Sinne gedeutet, und der letzte Kurszettel notirt das Agio und die Wechselkurse niedriger, als wir sie seit der Waffenstreckung bei Vilagos im Jahre 1849 sahen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 8. Febr. Der Kronprinz ist gestern, wie schon gemeldet, zum Vizekönig von Norwegen ernannt worden. Man hofft durch diese Ernennung die Norweger fester mit der Dynastie Bernadotte zu verbinden. Der Kronprinz wird, wie es heißt, Anfangs April nach Christiana übersiedeln und dort das auf der Höhe bei der Stadt in wunderschöner Lage neu erbaute Schloß beziehen. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 14. Febr. Der Effektivstand der englischen Seemacht betrug am 1. Jan. d. J. im Ganzen 325 Schiffe mit 6231 Kanonen und 63,335 Seeleuten und Offizieren. Davon kommen auf die Mittelmeerstationen und das schwarze Meer 69 Schiffe mit 1123 Kanonen und 12,774 Seeleuten; Die Ostseeflotte, mit den in Ausrüstung und Reparatur befindlichen Fahrzeugen, zählt 100 Schiffe mit 2193 Kanonen und 24,242 Seeleuten. Im Hafen von Portsmouth liegen gegenwärtig 65 Kriegsschiffe.

Dem auf Antrag Disraeli's veröffentlichten Berichte zufolge hat die otomanische Regierung von der sich auf 5,000.000 L. belaufenden, im vorigen Jahre kontrahirten Anleihesumme bis zum 6. Februar erst 1,891,919 L. 6 S. erhalten.

London, 15. Febr. In der heutigen Unterhaus-Sitzung kündigte der Schatzkanzler den bevorstehenden Abschluß einer neuen Anleihe an. Der Betrag derselben ist noch nicht festgesetzt; doch vermuthet man, er werde sich auf 15 Mill. L. belaufen. Die Angebote werden am Montag entgegengenommen werden; ein Theil der in Zirkulation befindlichen Schatzscheine wird in konsolidirte Schuld verwandelt werden. Roebuck beantragte die Vorlegung der Korrespondenz mit der Regierung der Vereinigten Staaten. Lord Palmerston versprach, die Korrespondenz dem Parlament binnen Kurzem vorzulegen.

London, 15. Febr. Der „Morning Advertiser" schreibt: „Man hegt in der City starke Zweifel hinsichtlich der Vortheile eines Waffenstillstandes mit Rußland. Dem russischen Heere, meint man, fehle es an Allem, obgleich es sich im eigenen Lande befinde, während es den Verbündeten an nichts fehle. Ein Waffenstillstand werde Rußland vielleicht in Stand setzen, neue Kräfte zu sammeln, während die Verbündeten die ihrigen erschöpfen würden."

Kontre-Admiral Stirling, Befehlshaber der ostindischen Flottenstation, ist von seinem Befehle abberufen worden, und zwar, wie es heißt, auf sein eigenes Ansuchen.

In mehreren Theilen Londons werden seit einiger Zeit Arbeiter-Meetings über die Sabbathfrage gehalten; die zwei letzten waren von einem Verein angeregt, der gegen Sir Joshua Walmsley's Antrag auf Eröffnung des britischen Museums an Sonntagen agitirt, erklärten sich aber mit ziemlicher Majorität zu Gunsten der sogenannten „Sabbathschändung". Bei der einen Versammlung sollte der Earl of Shaftesbury den Vorsitz führen, aber die eigensinnige Frömmigkeit des berühmten Philanthropen veranlaßte nicht wenig Tumult und Skandal. Er bestand darauf die Verhandlungen mit einem Gebet zu eröffnen, und als die Arbeiter diese Zeremonie nicht nothwendig und nicht ortsgemäß fanden, erklärte er, eine solche Beleidigung sey ihm in seinem ganzen Leben nicht widerfahren, setzte den Hut auf und verschwand. Bei dem andern Meeting, welchem mehrere Pastoren beiwohnten, ist es zwischen den Gegnern und Freunden der strengen Sabbathfeier zu Faustschlägen gekommen, die puritanisch gesinnten Boxer zogen den Kürzeren. (Nat.-Z.)

Frankreich.

Aus Paris, 14. Febr., wird der „Nat.-Z." geschrieben: „Man ist im Kriegsministerium sehr in Verlegenheit, weil einige Dokumente über Asien, die der Kaiser zu sehen verlangte, verschwunden sind. Dieselben waren das Resultat der Mission eines speziellen Gesandten auf den Kriegsschauplatz und es wird eine sehr strenge Untersuchung angestellt."

Paris, 15. Febr. Der heutige „Moniteur" enthält einen Bericht über die Lage der Bank von Frankreich am 14. Februar, verglichen mit jener am 11. Januar. Im Aktiv ergibt der Metallvorrath eine Vermehrung von 14 Millionen, das Portefeuille eine Verminderung von 16 Mill.; in den Vorschüssen auf öffentliche Fonds, Aktien 2c. eine Vermehrung von 19 Mill.; im Passiv ergeben die umlaufenden Billets eine Ver-

---

Brasilianische Zustände.

(Fortsetzung.)

Im höchsten Grade beklagenswerth sind vor Allen diejenigen unserer Landsleute, welche sich den Fazendeiros als sogenannte Parceria-Arbeiter verdungen haben. Ich las und hörte darüber schon vor drei Jahren in Deutschland mancherlei und weiß nun längst aus eigener Anschauung, wie gewissenlos in dieser Beziehung manche Zeitungen zu Werke gegangen sind. Ich schrieb Ihnen weiter oben, daß für dieses Land Alles darauf ankommt, Arbeitskräfte zu gewinnen, weil die Zufuhr von Negern aufgehört hat und die Sklaven theuer und zudem nicht in gewünschter Menge vorhanden sind. Nun sucht man zu bekommen, was möglich ist, gleichviel ob Deutsche oder Chinesen. Das Werben und das ganze Treiben, überhaupt Alles, was auf die gedungenen Arbeiter Bezug hat, ist geradezu himmelschreiend. Man verwendet die Einwanderer zum Theil als sogenannte Kolonos ambulantes gegen Tagelohn, namentlich beim Straßenbau. Wenn es wahr ist, daß ein nicht geringer Theil dieser Menschen aus keineswegs preiswürdigen Subjekten besteht, so ist es nicht minder wahr, daß sie schlecht behandelt werden, so schlecht, daß vor einiger Zeit eine Anzahl bethörter Arbeiter aus Deutschland offen rebellirte. Den Chinesen ergeht es noch schlimmer, und sie fühlen sich so unglücklich, daß sie, man kann sagen, schaarenweise sich selber das Leben nehmen. So erhängte sich vor Kurzem ein halbes Dutzend dieser Söhne des himmlischen Reiches in Einer Nacht.

Vergessen Sie nicht, daß Arbeit hier nicht geehrt wird. Wer arbeitet, wer insbesondere auf den Plantagen beschäftigt ist, steht — dem brasilianischen Vorurtheil zufolge — moralisch mit dem Sklaven auf ein und derselben Linie. Ich habe die Botschaft des Präsidenten der Provinz Sao Paulo gelesen, in welcher derselbe wörtlich sagt: „In Brasilien arbeitet kein freier Mann für einen Anderen." Diese wenigen Worte können Ihnen das ganze Sachverhältniß klar machen, denn sie sind das Kredo der weit überwiegenden Menge unserer Brasilianer.

Und nun werden Sie auch nicht länger im Zweifel seyn über das Schicksal und die Stellung derjenigen unserer Landsleute, welche mit Gutsbesitzern (Fazendeiros) sogenannte Parceria-Verträge abgeschlossen haben. Es ist mir unbegreiflich, wie man so gewissenlos hat seyn können, um dieser Abart von Sklaverei in Deutschland das Wort zu reden. Kaffee ist ein Stapel-Artikel für dieses Land geworden, und der Anbau desselben lohnt reichlich, sobald nur, wie man hier sagt, brazos (Arme), d. h. Arbeiter, genug vorhanden sind; Grund und Boden hat an sich keinen Werth. Man wirbt nur Leute an, denen man die Hälfte des Ertrages verspricht, den sie einärnten. Alle Arbeit lastet auf ihnen, sie leben auf den Plantagen und sind von allem Verkehr abgeschnitten, dem guten Willen des Fazendeiro Preis gegeben, von ihm in aller und jeder Beziehung abhängig, verstehen die Landessprache nicht, und neben ihnen hausen Negersklaven, mit denen man sie so ziemlich auf Eine Linie stellt. Für viele Lebensbedürfnisse ist der „Kolonist" auf den Grundbesitzer angewiesen, der sich überhaupt als den Herrn hinstellt und faktisch auch unumschränkter Gebieter aller solchen weißen Arbeiter auf seiner Plantage ist.

Wer die Verhandlungen der Kammern über die Parceria-Verträge und die Behandlung der Arbeiter von Seiten der Fazendeiros gelesen hat, wird nicht länger im Zweifel seyn, welche Beschaffenheit es mit dergleichen Verträgen hat. Insbesondere machte man auch dem Senator Vergueiro, einem schlauen Spe-

mehrung von 19 Mill.; die laufende Rechnung des Schatzes eine Vermehrung von 9 Mill.; die laufenden Rechnungen der Privaten eine Vermehrung von 1 Mill.

Paris, 15. Febr. Als wahrscheinlicher Pathe des kaiserlichen Kindes, wenn es ein Knabe ist, wird der Papst bezeichnet, der in diesem Falle bei der Taufhandlung durch einen Legaten vertreten werden könnte. Die Unterhandlungen über diese Angelegenheit sollen schon im Gange seyn. Für das kaiserliche Kind sind zwei Zimmer eingerichtet; in dem einen wird es sich bei Tage in der Nähe des Kaisers, in dem anderen bei Nacht in der Nähe der Kaiserin befinden. — Die Bischöfe von Lucon und von Pamiers, welche die Regierung bekanntlich auf ihren Sitzen nicht belassen will, sind vom Papste eiligst nach Rom beschieden worden und gleich nach dem Empfang der desfallsigen Weisung dahin abgereist.

Der „Moniteur Algerien" theilt mit, daß es den energischen Maßregeln des Gouverneurs und des Generals v. Ligny gelungen war, die in der Ebene von Sebaou ausgebrochenen ernsten Unruhen zu unterdrücken und die Insurrektion in die Berge von Beni-Raten, wovon sie ausging, nach einem hitzigen Gefechte am 30. Jan., worin die Franzosen 4 Todte, die Kabylen deren 50 hatten, zurück zu werfen. Ruhe herrscht um Tizi-Ougeu, und fast alle Stämme des rechten Ufers des Sebaou haben sich von den Feinden getrennt und erkennen die französische Herrschaft von Neuem an. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, 9. Febr. Die Cortes haben in der Sitzung vom 8. Febr. den Wählerzensus zu 120 R. (15 fl. rhein.) jährlicher direkter Steuern festgesetzt.

Italien.

Aus Turin vom 14. Februar wird der Agentur Havas telegraphirt: „Graf Cavour ist gestern Abends nach Paris abgereist; der türkische Gesandte reist heute ab. Die Senatoren und Deputirten gaben heute dem General della Marmora ein Bankett. Nach der Tafel wurde der General von der Bevölkerung mit den lebhaftesten Beifallsbezeugungen begrüßt."

Rußland und Polen.

Petersburg, 9. Febr. Einem kaiserlichen Befehle zufolge sollen alle in dem gegenwärtigen Kriege verwundeten Stabs- und Ober-Offiziere, welche nicht mehr in der Fronte dienen können, in die Militär-Schulen kommandirt werden, weil sie sich dabei am besten schonen können und zugleich den Zöglingen ein lebendiges Beispiel der Selbstverläugnung und Pflichterfüllung gegeben wird. Auch sollen sie bei Vakanzen von polizeilichen und städtischen Aemtern möglichst berücksichtigt werden. (H. N.)

Warschau, 13. Febr. Fürst Michael Gortschakoff, nunmehriger Statthalter des Königreichs Polen, ist aus Petersburg hier angekommen. (Pr. K.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 15. Februar. (Privat-Korrespondenz.) In Betreff des Vertrages, welcher nach dem Friedensschlusse zwischen dem Sultan einerseits und Oesterreich, Frankreich und England andererseits wegen Belassung einer Truppenmacht in der Türkei geschlossen werden soll, wird von gutunterrichteter Seite gemeldet, daß der Groß-Vezier Ali Pascha den Entwurf desselben nach Paris mitgenommen hat, wo er bei der Konferenz zur Sprache gebracht und definitiv abgeschlossen werden soll. — Zu gleicher Zeit soll auch ein Separat-Vertrag zwischen der Pforte und Frankreich zum Abschlusse gebracht werden, durch welchen sich die letztere Macht verpflichtet, die Pforte bei der durch die in Aussicht stehenden Staatsreformen nothwendig gewordenen Reorganisirung der Armee werkthätig zu unterstützen, und eine bestimmte Anzahl Instrukteure nach Konstantinopel zu senden. Man beabsichtigt nämlich, die otomanische Armee ganz nach dem Muster der französischen zu organisiren, und namentlich auch das bei der letzteren übliche Verpflegungswesen zu adoptiren. Zugleich soll auch für die Ausbildung der subalternen Offiziere entsprechende Sorge getragen werden, und sind bereits mehrere Offiziere nach Frankreich abgesendet worden, um die dortigen Militär-Erziehungs-Anstalten zu besuchen, ihre Einrichtungen zu studiren und hierüber ausführlich nach Konstantinopel zu berichten, da man dort die Absicht hat, ähnliche militärische Institute in's Leben zu rufen.

§ Wien, 14. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Aus Berlin ist gestern eine neue Zirkular-Depesche des dortigen Kabinets hier angekommen. Wie ich vernehme, datirt sie vom 9. d., und soll ihr Inhalt die Hoffnungen auf das Zustandekommen eines nach allen Seiten hin befriedigenden Arrangement in der die Theilnahme Preußens an den Pariser Konferenzen betreffenden Frage vollkommen rechtfertigen.

* Noch sind die Mitglieder der Friedenskonferenz nicht alle in Paris versammelt, und schon beginnt das Heer von Gerüchten über sie, ihr Thun und Treiben, worauf wie uns im Voraus gefaßt machen durfen, seinen Vortrab auszusenden. So gab der Umstand, daß Baron Brunnow bei seiner Ankunft zu Paris im Straßburger Bahnhof von einigen angesehenen Personen begrüßt wurde, die ihm ihre Freude über seine Ankunft bezeugten, sofort Anlaß, dies als einen Beweis der heißen Sehnsucht der Franzosen nach Frieden und der lockeren Bande zwischen England und Frankreich zu deuten. Noch mehr, man sagt auch, der englische Gesandte, Lord Cowley, habe am Tage der Ankunft des Barons von Brunnow Paris aus Mißbehagen verlassen. Dies ist eine Ente. Lord Cowley reiste vor dessen Ankunft dem Lord Clarendon ent-

---

kulanten, den die von ihm besoldeten Werber und Agenten in Deutschland als einen Philantropen vom reinsten Wasser schildern, schwere Vorwürfe über die Art und Weise, wie er die Arbeiter unbarmherzig ausbeute. Der Senator mit der eisernen Stirn antwortete: „Meine Parceiros fühlen sich glücklich ohne alle Selbständigkeit. Rede mit ihnen nur Niemand von Politik! Mit solchen Menschen muß Brasilien neubevölkert (repovoado) werden. An freie Einwanderer ist kein nutzbares Land mehr zu vergeben; die Leute, welche zu uns kommen, müssen eben auf dem Grund und Boden derer sich niederlassen, welche Grundeigenthum besitzen. Sie werden sich mit der Zeit wohl herausarbeiten!" Dagegen erwiderte Senator Chaves: „Vergueiro habe ein wahres Zuchthaus-System auf seinen Pflanzungen eingeführt." Mit Einem Worte, von Ehrlichkeit ist bei solchen Parceria-Verträgen keine Rede.

Sehr bezeichnend für unsere Zustände sind die Kammer-Verhandlungen. Der Reichsminister äußerte unter Anderem: es sey nicht zu läugnen, daß viele Schwierigkeiten auftauchen; man dürfe die Hände nicht in den Schoß legen und nicht auf Gerathewohl abwarten, was die Zukunft bringen werde; man müsse Arbeiter haben, und deßhalb sey von ihm Ordre nach London abgegangen, nach und nach vorerst 6000 Chinesen herbeizuschaffen, die sich zu unserem Klima als Arbeiter besser eigneten, als die Europäer; auch seyen sie viel geduldiger und anstelliger. Und nun folgten Bemerkungen des Ministers, welche sehr offenherzige Geständnisse enthalten, und die man doch in Deutschland ja nicht übersehen sollte.

Der Minister sprach: „Einer der Herren Deputirten aus Sao Paulo behauptet, wir seyen so unglücklich, in Europa Niemanden zu haben, der in Bezug auf Kolonisations-Unternehmungen uns vertheidige; ja, vor einigen Monaten sey ein deutscher Beamter gekommen, um die Kolonie in Rio Grande zu untersuchen. Ich muß dem Herrn Deputirten sagen, daß er nicht gehörige Kunde von dem eigentlichen Sachverhalte hat. Nicht weniger als zwölf wohlakkreditirte Blätter in Deutschland vertheidigen Brasilien gegen die Angriffe, welche auf uns gemacht werden, gegen die Verleumdungen, die man über uns ausstreut. Ich behalte mir die Anführung dieser Journale vor und will jetzt nur die „Hamburger Nachrichten" anführen, ein Blatt, das über 12,000 Subskribenten zählt, dann die „Hansa", welche außer sehr günstigen Artikeln für die Auswanderung zu uns sehr gediegene Betrachtungen über unser Landesgesetz veröffentlichte. Auch kann ich dem Herrn Deputirten versichern, daß jenes Gesetz und diese Betrachtungen durch ganz Europa verbreitet worden sind. Der von dem Herrn Deputirten erwähnte deutsche Beamte, Herr Levenhagen, ist nicht durch uns veranlaßt worden, nach Brasilien zu kommen. Ueber die Kolonieen in Sao Paulo, das kann ich zur Beruhigung des Herrn Deputirten versichern, zirkuliren bereits sehr günstige Berichte in ganz Deutschland. Eine der dortigen Regierungen, die von Rudolstadt, hat sogar offiziell bekannt machen lassen, daß ihre Unterthanen getrost die Kontrakte eingehen dürften, welche ihnen von Seiten des Präsidenten der Provinz Sao Paulo durch Vermittlung des Hauses Vergueiro rc. vorgeschlagen würden. Und bei Gelegenheit einer jüngst vom Senate der Stadt Hamburg bewilligten Summe für den Verein, der die Auswanderer anweist, nach welchen Ländern sie gehen sollten, hat eine günstige Kommission sehr günstige Auskunft über Brasilien gegeben. Es steht deßhalb in Betreff der öffentlichen Meinung in Deutschland nicht so übel, als der Herr Deputirte zu besorgen scheint."

(Schluß folgt.)

gegen und wird in dessen Gesellschaft in einigen Tagen zurückkehren.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 4. Febr. Nicht mindere Wichtigkeit als die vielgenannten vier und fünf Punkte haben für den ganzen Orient die 21 Artikel, in denen die Reformen zusammengefaßt sind, welche im otomanischen Reiche unter abendländischen Auspizien ins Leben treten sollen. Dieselben enthalten theils allgemeine Bestimmungen, wie die Aufrechthaltung des Hattischerifs von Gulhane und der Tansimatgesetze, so wie die Gewährleistung der der griechischen und armenischen Kirche von Alters her verliehenen Privilegien durch eine neue Akte des Sultans, theils eine Reihe von Grundregeln, die sich auf die innere Verwaltung und die Stellung der christlichen Unterthanen des Sultans beziehen, deren völlige Gleichberechtigung nunmehr grundsätzlich ausgesprochen ist. Von großer Wichtigkeit ist ferner die den Franken in Aussicht gestellte Erlaubniß, Grundbesitz zu erwerben und die projektirte Errichtung von Kreditinstituten für den Handel, dem andererseits auch durch die Reform des Münzwesens, die Verbesserung der Kommunikationswege u. s. w. mächtiger Vorschub geleistet werden soll. (N.-Z.)

* Unter den 21 Reformpunkten ist einer der wichtigsten die Einführung weltlicher Gerichtsbarkeit für die Rajahs (die christlichen Unterthanen des Sultan), während bisher ihre geistlichen Oberen auch zugleich ihre Gerichtsbehörden waren. Die Nachricht von der Trennung der weltlichen von der geistlichen Gewalt durch den Sultan in der griechischen Kirche hat in St. Petersburg einen gewaltigen Eindruck gemacht. Die Garantie der Privilegien und Immunitäten, d. h. der bisherigen Verfassung dieser Kirche war ja der Hauptgegenstand, um den es sich bei der Mentschikoffschen Sendung nach Konstantinopel handelte. Den Staat im Staate zu erhalten, war die spezielle Absicht der russischen Politik, weil dies die bequemste Handhabe zur Ausübung der Schutzherrschaft und fortwährender Einmischung bot. (K. Z.)

Paris, 14 Februar. In einem Privatbriefe aus Konstantinopel lese ich die glänzendste Beschreibung von der Eleganz und der Pracht des Balles, welchen der französische Gesandte, Herr v. Thouvenel, kürzlich gab, und den der Sultan mit seiner Gegenwart beehrte. Abdul Medschid war äußerst herablassend und unterhielt sich lange und angelegentlich mit unserem Botschafter. Als er in dem großen Empfangszimmer das wohlgetroffene Portrait des Kaisers in Lebensgröße bemerkte, blieb er lange vor demselben stehen und rief im Weggehen aus: „Es freut mich unendlich, meinen hohen Alliirten gesehen und so zu sagen einen Abend mit ihm auf französischem Grund und Boden zugebracht zu haben."

In **Eupatoria** hat man jetzt auch ein Theater. Die Schauspielergesellschaft zählt etwa 20 Köpfe. Der Eintrittspreis ist für die Offiziere $1\frac{1}{2}$, für die Soldaten $\frac{1}{2}$ Franken.

Aus Rußland.

Aus **Berlin**, 14. Febr., wird der Agentur Havas telegraphirt: „Nachrichten aus Petersburg bereiten auf wichtige Veränderungen in dem hohen Verwaltungs-Personale vor. Es ist die Rede von der Entlassung des Ministers des Innern und des Polizei-Chefs."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 17. Februar. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met 80; $4\frac{1}{2}$pCt. Met. 71; Wiener Bankakten 1179; 5pCt. Lomb. $79\frac{1}{2}$; Wiener Wechsel $114\frac{1}{4}$; 3pCt. inl. span. $38\frac{3}{8}$; 1 pCt. neue 24; Darmstädter Bankaktien 336.

Wien, 16. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 85; 5Cpt. Met $83\frac{3}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. $73\frac{7}{8}$; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; ditto von 1854 $104\frac{3}{4}$; Bankaktien 1036; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2470; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $290\frac{1}{4}$; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 691; österr. Staatsbahn-Aktien —. Wechselkurse: Augsburg uso $105\frac{1}{4}$ P.; London 10. 17. B. Geldkurs: Dukaten —.

Amsterdam, 9. Febr. Kaffe sehr still, gut ord. Java nominell 33 cs. Nach farbigem und blankem Brasil war einige Frage, ohne indeß Umlage herbeizuführen.

Rohzucker flau, letzte Preise nicht mehr zu machen.

Reis still, geschätzt Arrakan Reis $9\frac{1}{4}$ a $9\frac{1}{2}$ fl. notirt.

London, 9. Febr. Die Vorräthe von Kaffe auf den 6 Hauptmärkten Europa's bestanden am 1. Febr. aus total 1,367,000 Ztr., gegen 1,026,000 Ztr. zur selben Zeit 1855. Importirt sind im Januar total 355,000 Ztr., gegen 147,000 Ztr. zur selben Zeit 1855, abgeliefert wurden 215,000 Ztr., gegen 200,000 im Jan. 1855. Preise aller Sorten sind ziemlich fest, aber nicht bedeutend.

Reis bleibt flau; von Akyab 9. Dezbr. wird gemeldet, daß Preise daselbst von 50 R. auf 56 R. für Rekransie gestiegen waren, eine fernere Steigerung war wahrscheinlich, da viel Schiffe im Hafen Ladung suchten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 50. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 19. Februar 1856

Telegraphische Depesche.*)

München, 18. Februar. Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen Sitzung den Gesetz-Entwurf bezüglich der Vereinigung der pfälzischen Maximilians- und Ludwigsbahn mit 66 gegen 43 Stimmen verworfen. — Der Gesetz-Entwurf zur Uebernahme der Zinsengarantie der Zweigbahn von Homburg nach Zweibrücken wurde angenommen.

*) Wir haben diese Depesche gestern Abend bereits einem Theil unserer Leser in einer Extra-Beilage mitgetheilt.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 17. Februar. Das im vorigen Sommer erlassene Verbot der Pferdeausfuhr über die Zollvereinsgränze wird, wie man vernimmt, in allernächster Zeit wieder aufgehoben werden. Obwohl nun dies zur Zeit noch nicht der Fall ist, und hierdurch die Ausländer abgehalten sind, auf unseren Märkten zu erscheinen, werden dennoch bei den eben stattfindenden Versteigerungen von Militärpferden verhältnißmäßig sehr hohe Preise erzielt. — Welch' großes Vertrauen die Mobiliar-Feuerversicherungs-Anstalt der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank genießt, dürften folgende Ziffern ergeben: das Versicherungskapital betrug am Schlusse 1855 die Summe von 204,312,430 fl. und hatte sich im Laufe des Jahres um 4,204,730 fl. vermehrt. An 245 Beschädigte wurden im genannten Jahr 128,430 fl. und seit dem Bestehen der Anstalt 2,773,384 fl. bezahlt. Die Deckungsmittel der Anstalt betragen 3,976,579 fl. (Allg. Ztg.)

München, 17. Febr. Der I. Präsident der 2. Kammer, Hr. Graf v. Hegnenberg, war durch wiederholtes Unwohlseyn in den jüngsten Tagen abermals verhindert, den Kammersitzungen beizuwohnen. Derselbe wird sich, dem Vernehmen nach, jetzt auf einige Tage auf sein Schloß begeben. Der Abg. Frhr. v. Closen ist erkrankt, doch soll keine Gefahr vorhanden seyn; Frhr v. Closen steht bekanntlich schon in hohen Jahren, er ist das älteste Mitglied der Kammer. — Das Staatsministerium des Innern hat jüngsthin von dem polytechnischen Vereine ein Gutachten über die bisherigen Erfahrungen bezüglich der Bierfabrikation mit Malzsurrogaten abverlangt; mithin über einen im Hinblick auf die geminderten Erträgnisse des Malzaufschlages sehr wichtigen Punkt. (Augsb. Abdz.)

München, 17. Febr. Der Magistratsrath und Eisenhändler Schweykart dahier, der bekanntlich ein Buch über Mittheilungen des Erzengels Raphael „durch den Mund der Kreszenz Wolf" herausgegeben und mit dieser erst vor Kurzem aus Rom zurückgekehrt ist, erklärt durch den „Katholischen Volksfreund", daß er vom heiligen Vater auf's Wohlwollendste empfangen worden, und daß Se. Heiligkeit in Betreff der bekannten Angelegenheit geäußert habe, Gott der Herr bediene sich allerdings oft außerordentlicher Mittel und Wege, um die Menschen zur Buße und Besserung zu bringen, jedoch müßten die Mittel sich auch als solche erproben, und die Zukunft werde es lehren, ob die Mittheilungen der „Kreszentia Wolf" und Maria Kahlhammer als solche zu gelten hätten. Es sey ihm (Herrn Schweykert) nicht verwehrt worden, bei seiner bisherigen Ueberzeugung zu verharren, jedoch auch eine Entscheidung von Seite des heil. Stuhles nicht in Aussicht gestellt. Die im Druck erschienenen Bücher, welche die bekannten Mittheilungen enthalten, seyen von ihm dem Papste übergeben worden, und sollte von Rom aus einst wirklich ein Verdammungsurtheil erfolgen, so wäre er augenblicklich bereit, seine bisherige Ueberzeugung aufzugeben. — Soeben vernehme ich, daß Hr. Scheykart um seine Entlassung aus dem magistratischen Kollegium nachgesucht hat. (Augsb. Abdz.)

München, 18. Februar. Dieser Tage beehrten Se. Maj. der König Max den unter allerhöchstseinem Protektorate stehenden Verein zur Ausbildung der Gewerke und äußerten sich sowohl über die ausgestellten Verloosungsgegenstände als auch über die Arbeiten der Vereinsschule mit größtem Wohlgefallen. Se. Maj. ließen sich über die Unterrichtsmethode ausführlich berichten. Großes Interesse fand der König an der Benützung der Naturgegenstände zu Ornamenten. Die Worte des Monarchen in letzterer Beziehung lauteten ungefähr: „Bei dieser Benützung der Natur wird Vorhandenes nicht sklavisch nachgebildet, sondern Neues geschaffen, weil die Natur immer neu ist, wodurch der Künstler selbständig wird. Wenn der Gewerbsbeflissene auf diese Weise sich bildet, dann wird er zum Künstler umgestaltet, wie es im griechischen Alterthume geschah, das Geringfügigste mit Geschmack und ausgezeichneter Schönheit. Der Verein wird bei fortgesetzter Thätigkeit seine Aufgabe, die Kunst in das Gewerk einzuführen, lösen, und so Meine in frühester Jugend aufgefaßte Idee realisiren." (N. B.)

Der „N. B." schreibt: „Der Herr Prälat von Metten, Pater Scheer, der zum Nachfolger des nunmehrigen Kardinals Grafen Reisach bestimmt ist, wollte in den letzten Tagen persönlich nach Rom reisen, um den heiligen Vater zu bitten, ihm das Erzbisthum von München-Freising nicht zu übertragen. Von dieser Absicht des Herrn Prälaten bekam man aber hier Kunde, und es wurde sofort nach Rom telegraphirt, worauf schnell eine Depesche antwortete, daß der Herr Prälat aus Gehorsam sich nicht weiter mehr gegen die Annahme sträuben möge. Der Herr Prälat wird nun in Bälde sein hohes Amt antreten."

Einem (noch unverbürgten) Gerüchte zufolge soll das Gymnasium zu Straubing aufgelöst werden, da diese Anstalt durch die im Kloster Metten eingerichtete Studienanstalt überflüssig geworden sey.

× **Preußen** Berlin, 17. Februar. (Privat-Korresp.) Die Fälle, in welchen die Geistlichkeit die Einsegnung einer neuen Ehe geschiedener Personen beanstandete, haben in so großem Maße zugenommen, daß sich die kirchlichen Behörden veranlaßt sahen, die Angelegenheit einer näheren Erörterung zu unterwerfen. Der evangelische Oberkirchenrath erließ am 29. Novbr. vor. Js. eine Verfügung an die Consistorien, in welcher er sich über die Frage, ob geschiedene Personen wieder zur Ehe zugelassen werden können, mit der Weisung aussprach, davon Mittheilung an die Geistlichen gelangen zu lassen. Die Folge hievon war, daß die Weigerung der Geistlichen, geschiedenen Personen wieder den ehelichen Segen zu ertheilen, bedeutend abnahm. Jetzt ist nun abermals im Schoße des Oberkirchenraths die Frage einer Erwägung unterworfen worden und wird, da die Verfügung vom 29. Novbr. vor. Js. nur als eine vorläufige angesehen werden kann, eine zweite erlassen worden, in welcher der Oberkirchenrath seine Ansichten über die vorliegende Frage gründlicher und bestimmter ausdrücken wird. Man scheint im Schoße des Oberkirchenraths zu der Ueberzeugung gekommen zu seyn, daß es genügen wird, von allen Befehlen abzusehen, da die Geistlichen durch die ausgesprochenen Ansichten jedenfalls eine leitende Richtschnur finden würden.

Berlin, 16. Februar. Das Haus der Abgeordneten hat den Gesetzentwurf, betreffend die Ausübung der Polizeigewalt durch die Rittergutsbesitzer, in allen seinen Paragraphen angenommen. Als §. 12 zur Berathung stand, ereignete sich ein erwähnenswerther Zwischenfall. Dieser Paragraph lautet nämlich: „Uebt der Inhaber der polizeiobrigkeitlichen Gewalt dieselbe in eigener Person aus, und begeht er dabei eine solche Handlung, welche bei einem Beamten die Natur eines Vergehens oder Verbrechens im Amt haben würde, so kommen die im Art. 28 des Strafgesetzbuchs über Verbre-

chen und Vergehen im Amt gegebenen Vorschriften gegen ihn zur Anwendung." Dagegen erhob sich ein Mitglied der Rechten, der Abg. Graf Pfeil, der das Unglück hatte, mehr zu sagen, als seiner Partei lieb seyn konnte. „Es scheint mir keine Veranlassung vorzuliegen," sagte er, „die Rittergutsbesitzer der sechs östlichen Provinzen mit entehrenden Strafen zu bedrohen, falls sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Ich selber müßte, wenn ich diesen Maßstab an meine eigene Polizeiverwaltung lege, den schwersten Strafen ausgesetzt seyn. Ich habe, um einen gefährlichen Aufstand zu unterdrücken, einen Menschen, von dessen juridischer Unschuld ich überzeugt war, schließen und fünf Tage lang einsperren lassen. Als ich ein andermal einer Masse von 10,000 Webern gegenüberstand und die in Peterswaldau (Schlesien) bedrohten Fabrikanten schützte, habe ich einen Menschen, der auf meinen Gütern wohnte und mich bedrohte und insultirte, Nachts verhaften lassen und zu 8 Tagen Arrest verurtheilt, wobei ich Richter in eigener Sache war. Ich habe ferner einen Menschen, der von einem todten Pferde sich ein Stück abgeschnitten, von einem Luder, das als Köder für die Füchse hingeworfen war, nicht bestraft, weil gerade Hungersnoth war; für alles das wäre ich gewiß mit mehrjähriger Zuchthausstrafe bestraft worden. Einem jungen Menschen, der mehrere Einbrüche begangen, ließ ich 30 Hiebe aufzählen; darauf steht auch Zuchthausstrafe. Ein anderer Richter hat freilich anders gerichtet; der junge Mensch ist ein ordentlicher Mann geworden und hat mich zum Abgeordneten gewählt. Der § 12 würde unsere Thätigkeit lahm legen; sie soll nicht, wie die der Beamten, an Gesetze geknüpft, sondern eine diskretionäre seyn. Wir Rittergutsbesitzer handeln nach Pflicht, Ehre und Gewissen. Die englischen Friedensrichter können auch nicht zur Rechenschaft gezogen werden, sondern sind bloß verpflichtet, Entschädigung zu leisten." Die Bewegung, der Unwille auf allen Seiten des Hauses, der diese Rede begleitete, läßt sich kaum schildern. Abg. Wentzel, Präsident eines Gerichtshofs, erwartet, daß Graf Pfeil auch außerhalb des Hauses wiederholen wird, was er hier unter dem Schutz der Redefreiheit gesagt hat, und daß die Staatsanwaltschaft ihre Schuldigkeit thun wird. Das Haus habe es gehört, daß man die Polizeigewalt mißbrauchen wolle. „Wir werden ein zweites Mal nicht im Stande seyn, den Adel zu schützen, wie im Jahr 1848; legen Sie uns dann nicht die Schuld bei; dann ist es Ihr Werk, und Sie werden den Fluch der Nachwelt ärnten!" Abg. v. Gerlach entschuldigt den Grafen Pfeil; Abg. Wagener aber desavouirt ihn vollständig im Namen seiner Partei. Auch der Minister des Innern weist die Aeußerungen des Grafen mit entschiedener Mißbilligung zurück. (Allg. Z.)

Berlin, 17. Februar. Am vorigen Montag hatten sich auf Einladung des Innungs-Vorstandes nahe an tausend Schuhmachermeister in der Musenhalle versammelt, um über die Maßregeln zu berathen, durch welche die Preise des Schuhwerks mit den gesteigerten Lederpreisen in Uebereinstimmung gebracht werden können. Es wurde hervorgehoben, das Schuhmacher-Gewerk leide vorzüglich unter der ungehemmten Konkurrenz und dem Mißbrauch des langen Kreditgebens, und ganz besonders den außer Verhältniß gestiegenen Preisen des Leders und der Lebensmittel. Es bleibe nur übrig, diese Uebelstände durch Erhöhung der Preise sämmtlicher Schuhmacher-Arbeiten zu heben. Demgemäß wurde der Schlußantrag gestellt: „Die Versammelten beschließen: in Betracht der hohen Lederpreise ist eine Erhöhung der Schuhmacherarbeiten um mindestens $2^1/_2$ Sgr. auf den Thaler gerechtfertigt und nothwendig." Der Antrag gelangte hierauf einstimmig zur Annahme. Der Vorsitzende schloß die Verhandlung mit der dringenden Bitte, daß jeder der Versammelten bestrebt seyn müsse, den Beschluß auch möglichst allgemein zur Ausführung zu bringen. (Nat.-Z.)

Hannover. Hannover, 15. Febr. Die „N. Preuß. Ztg." läßt sich schreiben, daß die Minister v. Borhmer und v. d. Decken ihre Entlassung eingegeben haben.

Oesterreich. Wien, 15 Febr. Der russ. Gesandte, Fürst Gortschakoff, hat einen längern Urlaub erhalten, und wird ihn zu einer Reise nach Stuttgart und Italien benützen. Hr. v. Fonton wird zur Uebernahme der Gesandtschaftsgeschäfte erwartet.

Wien, 16. Febr. Von Graf Ficquelmont, der gegenwärtig in Venedig lebt, ist heute hier in Wien eine neue Schrift ausgegeben worden, welche den Titel führt: „Zum künftigen Frieden; eine Gewissensfrage." Diese Schrift ist vor dem Ereignisse des 16. Januar abgeschlossen worden und hat daher keinen Zusammenhang mit den neuesten Thatsachen. Nichtsdestoweniger enthält sie in der gewöhnlichen Weise des Verfassers, unter manchen prätentiös vorgetragenen Alltagsgedanken, recht schätzbare Aperçus, welche unser Interesse in Anspruch nehmen. Der etwas verbitterte alte Herr kehrt auch diesmal die Spitze seiner Schrift gegen England. (Ostd. P.)

Großbritannien.

Die Einrichtung eines eigenen Unterrichts-Ministerium ist beschlossen.

Frankreich.

Paris, 16. Febr. Der „Constitutionnel" bekrittelt die Handhabung der gegen Unmündige wegen Vergehen geringer Art eingehaltenen Maximen. Die Zahl der in die Besserungsanstalten eingestellten jungen Züchtlinge hat sich fast alle fünf Jahre verdoppelt, und der „Constitutionnel" glaubt, daß die bisherige Bestrafungsweise zu hart für das Vergehen und zu wenig nützlich für den zu Bessernden selbst sey. Die Zahl der Besserungsanstalten beträgt jetzt 48 in Frankreich, darunter eine in Paris, worein junge Mädchen auf Verlangen ihrer Aeltern gesteckt werden. Die Zahl sämmtlicher Bewohner beläuft sich heute auf 9364, wovon das Seine-Departement allein 1219 geliefert hat.

Paris, 17. Febr. In offiziöser Weise hat man der Nachricht widersprochen, als habe die Kaiserin auswärtige Aerzte zu Rathe gezogen; kein auswärtiger Arzt wird der Niederkunft beiwohnen. (K. Z.)

Nach den „Debats" ist der Graf Cavour in Paris angekommen und im Hotel du Rhin, am Vendômeplatz, abgestiegen. (Allg. Ztg.)

Spanien.

Zu Lerida hat die Militärkommission den Pfarrer von Torreserona, der bei dem letzten Aufstand unter Borges diente, zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurtheilt.

Italien.

Turin, 12. Februar. Die Deputirtenkammer hat heute mit 28 gegen 25 Stimmen das Einnahme-Budget für 1856 und sodann einstimmig die Summe von 62,000,000 Franken zur Bestreitung der außerordentlichen Kriegskosten bewilligt.

Zu Faenza ist ein 22jähriger Jüngling meuchelmörderisch getödtet worden, er hatte 18 Wunden an seinem Körper, die theils von Stichen, theils von Säbelhieben herrührten. Elf Personen, die gravirt erschienen, wurden zur Haft gebracht.

Brasilianische Zustände.

(Schluß.)

„Wie es möglich ist, daß die Regierung in Rudolstadt, eine Kommission in Hamburg und zwölf wohl akkredidirte Blätter in Deutschland der Auswanderung nach Brasilien das Wort reden, es ist mir unbegreiflich. Aus welchen Motiven dergleichen geschieht, weiß ich nicht. Wie die Dinge liegen, ersehen Sie auch aus einem leitenden Artikel im „Journal do Commercio." In dieser Zeitung, die gleichfalls die Einwanderung wünscht, macht sich manchmal der gesunde Menschenverstand geltend. Sie stellt vor Allem die Thatsache fest, daß überhaupt noch kein vernünftiges Kolonisationssystem in Brasilien vorhanden, daß man überhaupt noch nicht im Klaren über das sey, was man wolle und was man könne. „Alle bisherigen Versuche entsprechen in keiner Hinsicht den Bedürfnissen des Landes oder der Eingewanderten, oder überhaupt den Erwartungen, welchen man sich hingegeben hat. Die Resultate waren so durchaus ungenügend, daß sie nicht die mindeste Anziehung für Kolonisten bilden können."

Das „Journal do Commercio" hebt dann drei Punkte als unumgänglich nothwendig hervor. Es verlangt nämlich eine bessere Auswahl der Leute, welche nach Brasilien kommen, dringt zweitens darauf, daß man ihnen billigere und zweckmäßigere Kontrakte gewähre, und fordert drittens ein angemessenes System der Arbeit. Diese Punkte werden erläutert. Zwischen Arbeit und Arbeits-Bedingungen in Brasilien und in Europa sey große Verschiedenheit. „In Bezug auf die Billigkeit der Kontrakte gibt es hier keine Garantie zu Gunsten der Kolonisten. Die meisten Einwanderer erwarten ein Dorado, besonders die Armen, aber auch diese sehen sich beim Anblicke der Wirklichkeit enttäuscht. Es wäre von Wichtigkeit, den Einwanderer über diesen Punkt aufzuklären, über die Bedingungen der Ansiedlungs-Verträge und die Vortheile (?), welche er in diesem Lande zu erwarten hat, ihn nicht in Unkunde zu lassen. Alles sollte wortgetreu bekannt gemacht und in europäische Blätter aufgenommen werden. Dadurch machte man aller Uebertreibung ein Ende, die leider noch existirt. Man müßte billig drüben wissen

Andere der That Verdächtige hatten sich nach Toskana und nach San Marino geflüchtet. Man vermuthet, politische Parteiung, welche die Bewohner dieser Stadt scheidet, sey dem Mord nicht fremd. (A. Z.)

Griechenland.

Athen, 8. Febr. Ein Vortrag in der Deputirtenkammer faßte die Ergebnisse der Untersuchung zusammen, welche seit zwanzig Monaten gegen den General und Senator Spiro Mylios geführt wurde. Die Entscheidung dieses Prozesses durch die Kammer kann jede Minute erfolgen. Bekanntlich ist derselbe angeklagt, seine amtliche Stellung unter dem vorigen Ministerium dazu mißbraucht zu haben, den Aufstand in den türkischen Gränzprovinzen Thessalien und Epirus zu schüren und zu unterstützen. — Eine Eskadron französischer Dragoner ist vor drei Tagen in Piräeus aus Frankreich angekommen, und bestimmt, den Ordonnanz- und Patrouillendienst in Piräeus zu machen, der für die geringe Anzahl griechischer reitender Gendarmerie zu beschwerlich geworden ist. — In mehreren Gegenden Nord-Griechenlands kam es wieder zum Kampfe mit den Räubern; zunächst aber wurde die Bande, welche vor vier Monaten den französischen Hauptmann entführte, von den Linientruppen angegriffen und zerstreut. Vier Räuber blieben todt, sechs sind schwer verwundet, unter diesen der Anführer, die irgendwo in einer Höhle verborgen liegen. (A. Z.)

Asien.

Was die militärischen Maßregeln in den Gegenden betrifft, in welchen kürzlich der Santalaufstand stattfand, so sollen die Truppen in Berhampur und Bogulpur verstärkt, Rāniegendsch, der Ausgangspunkt der Eisenbahn, zu einer Militärstation erhoben, und eine Militärpolizei von 1200 Mann in den unruhigen Distrikten gebildet werden. (A. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

X Berlin, 17. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Man kann die Behauptung aufstellen, die Stimmung für den Frieden sey eine so umfassende und allgemeine, daß für den Fall, wenn ein Frieden nicht zu Stande kommt, ein deprimirendes Odium auf dasjenige Kabinet fallen würde, welches davon die Schuld trägt. Die Frage, ob Preußen auf der Pariser Konferenz erscheinen werde, ist zur Entscheidung noch nicht gekommen, doch glaubt man hier annehmen zu dürfen, daß es jedenfalls eingeladen werden wird. (?)

Aus Frankfurt a. M, 16 Febr, wird der „Allg. Z." geschrieben: „Die österreichische Vorlage ist in der Bundestagssitzung vom 14 noch nicht zur Berathung und Abstimmung gekommen, weil der preußische Gesandte damals noch der Instruktion entbehrte. Diese ist unterdessen eingelangt und soll zustimmend zu dem österreichischen Antrage lauten. Allem Vermuthen nach wird in den nächsten Tagen eine außerordentliche Sitzung der Bundesversammlung den Gegenstand erledigen."

* Paris, 17. Febr. Graf Buol Schauenstein ist gestern Nacht hier angekommen, ebenso Graf Clarendon.

Aus dem Orient.

Paris, 14. Febr. Wenn auch Krim und Krimarmee seit 3–4 Wochen nahezu verschollen sind, so wird doch Baron Bazancourt's offizielles Geschichtswerk über die Krimexpedition in den gebildeten Kreisen mit viel Interesse gelesen. Baron Bazancourt war im Januar 1855 vom Ministerium des Unterrichts eigens nach der Krim geschickt worden, um an Ort und Stelle tagtäglich die Materialien zu einer Geschichte der Krimexpedition zu sammeln; und da er mit den besten offiziellen Empfehlungsschreiben empfohlen war und in Folge dessen von den Kommandanten in Alles eingeweiht, ihm außerdem hier die Korrespondenz zwischen dem Kriegsministerium und den Krimkommandanten zur Benützung freigestellt wurde, so befand er sich allerdings in der Lage, alles Bedeutende sehen, hören und beurtheilen zu können. Am meisten überrascht hat in dem vorliegenden ersten Band die mit authentischen Dokumenten bis zur Unbezweifelbarkeit gestützte Enthüllung, daß die erste Anregung zur Krimexpedition und das Drängen zu ihrer raschen Ausführung nicht von St. Arnaud in Varna und auch nicht vom Kaiser in Biarritz, sondern von dem englischen Kabinet ausgegangen, das sich den Klagen der Presse und der Parlamentsopposition gegenüber zum Handeln gedrängt fühlte. In Folge der Schwierigkeiten, welchen die Vorbereitungen zur Ausführung begegneten, und die noch durch die Cholera gesteigert wurden, schwand jedoch den englischen Land- und Seekommandanten der Muth, und sie widerriethen hinterher die Ausführung des Kriegrathsbeschlusses vom 18. Juli 1854. Da erst war es St. Arnaud, welcher durch seine Entschiedenheit und seinen Eifer die Bedenklichkeit mit sich fortriß, und die rasche Landung in der Krim entschied. Anfangs hatte St. Arnaud die Expedition für gefährlich oder doch erst nach monatelangen Vorbereitungen für ausführbar gehalten; nachdem aber die Mehrheit des Kriegsrathes und beide Kabinete sich für dieselbe entschieden hatten, erfaßte sie St. Arnaud mit der ganzen ihm eigenen Aufregung und Energie, und ihm war es zu danken, daß das große Werk nicht in der Ausführung stockte oder vertagt wurde. Bazancourts Buch, wiewohl offiziellen Ursprungs, hat nichts weniger als amtliche Trockenheit; es ist vielmehr mit Frische und Lebendigkeit geschrieben und liest sich recht angenehm. (Schw. M.)

* Von der Tschernaja wird unter dem 3. Februar berichtet, daß der sardinische General Durando gesalzenes Fleisch esse, um den (wie es scheint, unzufriedenen) Truppen mit gutem Beispiel voranzugehen. Auch in Eupatoria ist, nach Berichten vom 30. Januar, frisches Fleisch selten.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 18. Februar. Oesterr. Staatsbahnaktien, Kredit-Aktien und Neustadt-Weißenburger wurden etwas niedriger abgegeben, während Berbacher höher bezahlt wurden. Die ungünstigen Berichte aus München, welche die Fusion der Ludwig-Berbacher und Pfälzer-Marbahn in der heutigen Kammerverhandlung als verworfen meldeten, veranlaßten für Berbacher Käufer bis 162 a ½. Marbahn dagegen stark offerirt 134. Sonst war bis 6½ Uhr kein Handel.

Oesterreich	5pCt.	Lomb. 90 P. 89½ G.
„	5pCt.	Metall. alte 80⅛ P. 79⅞ G.
„	5pCt.	„ in Silber bei Roths. — P. 86½ G.
„	5pCt.	Nationalanleihe von 1854 82⅜ P. 81⅞ G.
„	4½pCt.	„ 71½ P 71 G.
„	4pCt.	„ 62½ P. 62 G.
„	3pCt.	„ 49 P. 48½ G.
„	1pCt.	„ 16 P. 15¾ G.

worauf man hier zu rechnen hat. Wo nicht, so bleibt das Kapitel der bittern Enttäuschung ein permanenter Same der Auflösung."

„Billigkeit sollte nicht nur beim Engagement der Kolonisten vorwalten und ihr Gedeihen berücksichtigen, sondern auch die Passage im Auge haben, die bisher geradezu scheußlich war. Pros pudor! Man hat bisher an Bord keinen Unterschied zwischen Weißen und Afrikanern gemacht, und bei einem solchen Transport-System kann man keine moralische Einwanderung erwarten."

„Die Lage der Individuen muß verbessert werden. Aber daran hat bis jetzt Niemand gedacht. Welches sind denn die Vortheile, welche den Kolonisten geboten werden? Das Ueberfahrtsgeld muß von ihnen abverdient werden. Nicht unwahrscheinlich fallen sie den ärgsten Wucherern anheim. Ueber Abzug der Kosten für die ihnen gelieferten Arbeits-Werkzeuge, Vorschuß für Lebensmittel im ersten Jahre ist eine billige Norm gesetzlich nicht festgestellt worden; nur so viel ist gewiß, daß dabei die Grundbesitzer ihren Vortheil zu wahren verstehen. Ist es etwa billig, daß man den Kolonisten die Hälfte des Reinertrages ihrer Arbeit abnimmt, Transportkosten, Vorschüsse &c. obendrein abzieht? Vom moralischen Standpunkte betrachtet, ist das eine Ungerechtigkeit, vom Standpunkte der Vernunft betrachtet, ein Unsinn. Oho! Ihr merkwürdigen Herrn Kolonisatoren! Wir wissen sehr wohl, daß Grund und Boden ohne Arbeitskräfte (Brazos) gar nichts werth ist; all' sein Werth liegt nur in diesen Kräften. Und wir wissen, daß alles, was ihr den Leuten an wirklichem Werthe gebt, nichts ist. Ihr schießt Ueberfahrtsgeld vor, gebt Ackergeräthe und im ersten Jahre Lebensmittel, Alles aber laßt Ihr Euch wieder bezahlen, nutzt die Arbeitskräfte aus und nehmt die Hälfte des Reinertrages! O, Schaam über Schaam! Wenn darin keine Gottlosigkeit liegt, so liegt auch keine in der Sklaverei. So lange die Unglücklichen sich nicht frei machen von dem Vorschusse, der sie fesselt, so lange arbeiten sie gleich Sklaven für ihren Herrn. Ihr solltet bedenken, daß bei einer solchen Theilung ihr das Gut eures Nächsten, des Kolonisten, nehmt. Eure Kontrakte sind eine pure Ungerechtigkeit!"

So spricht ein Blatt, dessen Herausgeber mit allen unsern Zuständen genau bekannt ist.

Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1187 P. 1182 G.
Oesterreichische Credit-Actien 149½ P. 147½ G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 128 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 101¾ P. 101¼ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 299 P. 297 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101½ P. 101 G.
„ 4½pCt. „ 100¾ P. 100¼ G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3½pCt. „ 87½ P. 87 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95½ P. 95 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 161¼ P. 160¾ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 140½ P. 140 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 103 P. 102½ G.
„ 3½pCt. „ 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89½ P. 89 G.
Badische 50 fl. Loose 77½ P. 77 G.
„ 35 „ „ 48 P. 47¾ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99¾ P. 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ — P. — G.
Darmstädter Bankaktien 341 P. 339 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39½ P. 39¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62 P. 61½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90¾ P. 90¼ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30½ P. 30¼ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 86 P. 85½ G.
„ 3½pCt. „ alte 93½ P. 93 G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 121⅝ P. 121⅛ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 326 P. 324 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 84¼ P. 83¾ G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38⅜ P. 38⅛ G.
„ 1pCt. neue $24^{3}/_{16}$ P. $24^{1}/_{16}$ G.
Holland Integrale 64 P. 63½ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¾ P. 100½ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120 P. 119¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101⅛ P. 100⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 100¾ P. 100½ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94¼ P. 94 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97¼ P. 97 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94¼ P. 94 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88¾ G.	Wien fl. 100 C. k. S. $114^{5}/_{9}$ P. 114⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 114⅛ P. 113⅞ G.
Disconto — P. 3pCt. G.	

Köln, 13. Februar. Kaffe unverändert, ord. Java 6$\frac{11}{12}$, blank und gut ord. 7, gelb 7⅙, hochgelb 7½, braun 8⅓, Ceylon 6$\frac{5}{12}$ Sgr. per Pfd.

Zucker billiger, prima Melis 18¼ a ⅜, secunda 18¼ a ⅜, ord. secunda 18 Thlr.; Stampfmelis 18¼ Thlr.; halbweiß Candis 21½ a 22, weiß 23, hellgelb 20¼, gelb 19¾, hellbraun 18¾ a 19, braun 18½, defekt Thlr.; halbweiß Farin 18, hellgelb 15, gelb 14¼, hellbraun 13½ Thlr. Syrup 10¼ Thlr. per 101 Pfd.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 18. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **38. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die kgln. Staatsminister Dr. Ringelmann, Dr. Aichenbrenner und Frhr. v. d. Pfordten.

Zur Berathung gelangt der Ihnen schon früher des Näheren mitgetheilte Antrag des Abg. Borst, „die Ausgleichungssteuer auf Wein in Preußen ꝛc. betr." Der Ausschuß schlägt die Annahme in folgender Fassung vor:

„Es sey auf verfassungsmäßigem Wege be Sr. Majestät dem König die allerunterthänigste treugehorsamste Bitte zu stellen, Allerhöchstdieselben wollen geneigte Fürsorge treffen lassen, daß bei der nächsten Zollkonferenz die von Preußen und andern Zollvereinsstaaten zur Erhebung kommende Ausgleichungs-Abgabe auf Wein einer Revision unterzogen, und wo möglich beseitigt werden."

Abg. Reuffer als Referent empfiehlt die Annahme des Antrages, da bei der Wichtigkeit des Gegenstandes nichts übrig bleibe, als die Regierung zu bitten, ihn nicht aus den Augen zu lassen.

Abg. Borst begründet hierauf seinen Antrag unter Mittheilung von statistischen Notizen. (Wir haben dieselben auch schon früher mitgetheilt. D. Red.) Bei den großen Nachtheiten, welche jene Ausgleichungssteuer dem Weinbau bringe, dürfe sein Antrag als gerechtfertigt erscheinen. (Es bildet dieser Gegenstand bekanntlich seit 1843 einen fast stehenden Gegenstand jedes Landtags; derselbe wurde mehrmals umfassend behandelt und immer auf denselben von der Kammer eingegangen.)

Mit Wärme sprachen hierauf noch für die Wichtigkeit des Antrags und für die Nothwendigkeit der Abhülfe die Abgg. Nickels, Dr. Kirchgeßner und Buhl. Der kgl. Ministerpräsident sagte die möglichste Berücksichtigung des Antrags zu. (Ich komme auf diese Berathung später noch zurück.) Der Antrag wurde hierauf nach Vorschlag des Ausschusses angenommen.

Es gelangte dann der Gesetz-Entwurf, „die Uebernahme einer Zinsengarantie von 4% durch den Staat für die in der Pfalz von Homburg nach Zweibrücken führende Eisenbahn betr.", zur Berathung. Der Ausschuß beantragt Annahme mit unwesentlichen Modifikationen. Die Pfälzer Abgeordneten Lorch, Mahla und Attmann sprechen für den Gesetz-Entwurf, den auch der k. Ministerpräsident empfiehlt. Der Entwurf wird hierauf mit der Modifikation des Ausschusses mit 109 gegen 2 Stimmen (Ruland und Mühlthaler) angenommen.

Weiter gelangte dann zur Berathung der Gesetzentwurf, „die Vereinigung der beiden Eisenbahn-Gesellschaften der pfälzischen Maximilians- und Ludwigsbahn betr."; die Debatte ist beim Postschluß noch nicht beendet; es haben erst die Abgg. Wallerstein und Rebenack gegen, Mahla und Boye für den Gesetzentwurf gesprochen. (Das Ergebniß der Abstimmung ist aus der telegr. Depesche an der Spitze unsers Blattes zu ersehen. D. Red.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 51.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 20. Februar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 19. Febr. Se. Maj. der König haben die kathol. Pfarrei Apfeltrach, Ldg. Mindelheim, dem Priester Jos. Haltenberger, Kurat in der Strafanstalt zu Kaisheim, Ldg. Donauwörth, die katholische Pfarrei Meilenhofen, Ldg. Eichstädt, dem Priester Peter Ulrich, Pfarrer in Rohrbach, Ldg. Monheim, übertragen; den ersten Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgerichte Wasserburg, Fr. Geißmann, auf die erledigte Stelle des ersten Staatsanwalts am Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt berufen; zum ersten Staatsanwalte am Kreis- und Stadtgerichte Wasserburg den zweiten Staatsanwalt dieses Gerichtes, Ad. Oberst, befördert; als zweiten Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgerichte Wasserburg den funktionirenden Staatsanwaltssubstituten Wilh. Franz Frhrn. v. Bibra in Regensburg ernannt, und als funktionirenden Staatsanwaltssubstituten am Kreis- und Stadtgerichte Regensburg den Appellationsaccessisten K. Fr. Christ. Meinel in Eichstädt aufgestellt; auf die in Würzburg erledigte Advokatenstelle den Advokaten Kaspar Ströhlein in Aschaffenburg und auf dessen Stelle nach Aschaffenburg den Advokaten Ketterle in Rothenfels — beide auf ihr allerunterthänigstes Ansuchen — versetzt, dann die Advokatenstelle in Rothenfels dem funktionirenden Staatsanwaltssubstituten Ed. Rottmann in Schweinfurt verliehen. (N. M. Z.)

München. Bekanntlich hatten einige Studenten der hiesigen Universität aus Anlaß des Federkriegs des Prof. Bluntschli gegen den Rektor Ringseis Ersterem einen Fackelzug bringen wollen und in Anschlägen in der Vorhalle des Universitätsgebäudes ihre Komilitonen zur Theilnahme eingeladen. Die Anschläge wurden entfernt und die Bewilligung zum Fackelzug vom Rektor verweigert. Wie nun dem „Kur. f. N.“ geschrieben wird, wendeten sich die bezeichneten Studenten an die Korps, welche auch die Sache in die Hand nahmen. Sie beschlossen, Sr. Maj. dem Könige einen Fackelzug zu bringen, und damit die Ueberreichung einer Adresse zu verbinden, worin für die Berufungen der fremden Professoren der Dank ausgesprochen werden sollte. Eine Deputation begab sich in die Residenz, um von Sr. Majestät die Erlaubniß zu dieser Demonstration zu erwirken. Se. Maj. der König ließ jedoch der Deputation danken, und verbat sich zugleich jede Demonstration, sowohl den Festzug als die Adresse.

In Betreff jener Entschließung, zu welcher das erzbischöfliche Generalvikariat in Bamberg hinsichts des jüngern Klerus und der Presse durch das Ansinnen des Kultusministerium sich hat bewegen lassen, kann der „Münchner Volksbote“ mittheilen, daß ein ganz ähnliches Ansinnen schon vor einiger Zeit auch ein bischöfliches Ordinariat durch die betreffende Kreisregierung kundgegeben, aber von der einschlägigen oberhirtlichen Stelle abgelehnt worden ist.

Lindau, 17. Februar. In Folge der Beschwerde, welche der hiesige Handelstand gegenüber den Maßnahmen der schweizerischen Dampfbootgesellschaft zu Schaffhausen zur Wahrung seiner Interessen bei der Generaldirektion der k. bayerischen Verkehrsanstalten eingereicht hat, kam in den letzten Tagen die allseitig freudig begrüßte Verfügung, daß fortan der schweizerischen Gesellschaft nicht gestattet werden könne, den hiesigen Bahnhof „im Bahnhof restante“ faktisch zum Vermittlungsort der Güter- und Waarenbeförderung zu machen, sondern fragliche Gesellschaft sich in den bisherigen Bestimmungen und Anordnungen in Speditionsangelegenheiten zu bequemen habe. (N. M. Z.)

** München, 18 Februar. (Privat-Korrespondenz.)
38. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten. (Schluß des Berichts.)

Der Gesetzentwurf, „die Vereinigung der beiden Eisenbahngesellschaften der pfälz. Max- und Ludwigs-Bahn betr.“, der hierauf zur Berathung kam, lautet mit den vom Ausschuß vorgeschlagenen, von der Fassung der Regierung wenig abweichenden Aenderungen, wie folgt: „Für den Fall der Vereinigung der beiden pfälzischen Eisenbahngesellschaften ist eine einzige Eisenbahngesellschaft für die pfälzische Maximilians- und Ludwigsbahn, dann der Herabsetzung der auf Grund des Gesetzes vom 7. Mai 1852, Art. 1 für die pfälzische Maximiliansbahn bewilligten Gewährleistung eines jährlichen Zinsertrages von 4½pCt. auf die Gewährleistung eines jährlichen Zinsertrages von 4pCt. ist die kgl. Staatsregierung ermächtigt: 1) die nach dem Gesetze vom 25. Aug. 1843 für die pfälzische Ludwigsbahn bewilligte Gewährleistung eines Zinsertrages von 4pCt. dahin zu erweitern, daß diese Gewährleistung erst mit Ablauf des fünfundzwanzigsten Jahres vom 1. Oktbr. 1855 an gerechnet aufzuhören habe, 2) den nach demselben Gesetze vorgeschriebenen unentgeltlichen Heimfall der pfälzischen Ludwigsbahn an den Staat in der Art hinauszusetzen, daß dieser Heimfall erst nach neunundneunzig Jahren, vom 1. Oktbr. 1855 an gerechnet, eintreten soll.“

Referent Lerchenfeld räth zur Annahme des Gesetzentwurfs, welcher den Zweck hat, die Garantie- und Heimfallszeit für die pfälzische Ludwigsbahn bis zur Garantie- und Heimfallszeit der Maximiliansbahn zu erweitern; diese Frist hat nämlich für die Ludwigsbahn mit dem Jahre 1849 begonnen; es erlischt also die Zinsgarantie mit dem Jahre 1874 und tritt die Heimfallsfrist im Jahre 1948 ein, während die Zinsgarantie für die Maxbahn erst mit dem Jahre 1855 beginnt und somit um 6 Jahre später erlischt und desgleichen die Heimfallsfrist eintritt; hingegen wurde Letzterer eine Zinsgarantie des Staates von 4½pCt. bewilligt, auf welche höhere Garantie die Gesellschaft zu verzichten sich bereit erklärt, falls die Verlängerung der oben erwähnten Fristen bei der Vereinigung beider Bahnen auf beide gleichmäßig ausgedehnt werde.

Abg. Fürst Wallerstein ist gegen den Gesetz-Entwurf, er glaubt, daß die Vereinigung der beiden Gesellschaften lediglich in deren Interesse wäre, daß dies aber kein Grund wäre, dem Gesetz-Entwurf beizustimmen. Die beiden Bahnen seyen bereits gebaut, sie hätten auch eine gleichheitliche Verwaltung, und da kein Interesse des allgemeinen Wohles in Frage stünde, stimme er gegen den Gesetz-Entwurf.

Abg. Rebenack ist der Ansicht, daß die Ludwigsbahn, die jetzt schon 10% trage, künftig 15 tragen würde, und er berechnet, daß dem Staate, wenn das Einlösungsrecht auf 6 Jahre hinausgeschoben würde, ein Nutzen von mindestens 7,200,000 fl. entzogen würde, und daß selbst für den Fall, daß die Rente auch künftighin nur 10% tragen würde, dem Staate mindestens noch 3½ Mill. entgehen würden. Das wäre ein zu großes Opfer. Weder der Staat noch die Provinz hätten ein Interesse an der Vereinigung, sie wäre nur im Interesse der Gesellschaften.

Abg. Mahla (aus der Pfalz) spricht sich für den Gesetz-Entwurf aus: Es handle sich dabei nicht darum, finanzielle Mittel des Staates für jene Bahnen zu verwenden, sondern nur darum, den möglichen Vortheil auf 6 Jahre hinauszuschieben. Redner widerspricht, daß die Ludwigsbahn 15% tragen würde, und spricht sich dann in umfassender Weise über die Vereinigung und den Gesetz-Entwurf aus. Er glaubt, daß die Vereinigung von großem Interesse für die Pfalz wäre, und richtet schließlich die Frage an die Kammer, ob sie Angesichts des Umstandes, daß die diesrheinischen Staatsbahnen bereits 86 Millionen gekostet, für welche die Pfalz mit beitragen müsse, dann Angesichts des neu eingebrachten Eisenbahnnetzentwurfes, der mindestens eine Zinsengarantie für 60 Millionen beanspruche, dann Angesichts dessen, daß der Staat für die Pfälzer Bahnen noch keinen Kreuzer verwendet habe — es billig und recht finden werde, daß der Staat so schnell als möglich jede einzelne Strecke der Pfälzerbahn einlöse, um zu dem Ertrage derselben zu kommen. Wenn das recht und billig sey, möge es die Kammer vor ganz Bayern und vor ganz Deutschland aussprechen.

Der kgl. Ministerialrath Pfeuffer erörtert hierauf die Gründe, welche für die Vereinigung sprechen, er erwähnt, daß das Einlösungsrecht von der Regierung bei der Konzessions-ertheilung erlangt worden sey, daß es auf keiner gesetzlichen Bestimmung beruhe und es deßhalb auch die Regierung, wenn sie es im Interesse des Staates erachten sollte, wieder ganz oder theilweise aufgeben könne. Die Regierung glaube nicht, daß die Kammer wegen eines möglichen Vortheiles, der sich erst nach 19 Jahren ergeben würde, der Vereinigung entgegen treten werde. Es handle sich nicht um finanzielle Kosten der Gegenwart, sondern um den möglichen Entgang in der Zukunft.

Dieser Ansicht schließt sich der folgende Redner Abg. Boye (aus der Pfalz) an und er glaubt, daß die Vereinigung das Wohl der Pfalz befördern würde. Zu dem Ankaufsrechte nach 19 Jahren glaubt der Redner sey die Mitwirkung der Kammer nicht nothwendig, denn die Regierung könne durch eine anderweilige Konzession eine Verlängerung der Frist eintreten lassen.

Abg. Prof. Edel tritt mit Entschiedenheit der Ansicht entgegen, daß die Regierung das Recht besitze, auf das Einlösungsrecht zu verzichten, er müsse dies bestreiten; denn in allen Fällen, in welchen dem Staat durch Vermittlung der Staatsregierung Eigenthumsrechte erworben wurden, sey die Regierung nicht befugt, ohne Zustimmung der Kammer zu verzichten. Der fragliche Vertrag sey lediglich im Wege der Vollmachtsertheilung von der Staatsregierung abgeschlossen worden, und könne deßhalb ohne Zustimmung der Kammer nicht abgeändert werden. Sollte die Staatsregierung der Ansicht seyn, daß Alles, was nicht ausdrücklich im Vertrag erwähnt sey, von der Kammer ihrer einseitigen Entscheidung überlassen wurde, so würde sie hiemit eine ängstliche Skrupulosität der Kammer bei Abschließung künftiger derartiger Verträge oder deren entschiedenen Widerspruch veranlassen.

Es sprachen hierauf noch im Sinne der bisherigen Redner gegen den Gesetzentwurf wiederholt Fürst Wallerstein, Krämer, Dr. Völk, Rebenack und Schlör, dann für denselben Ottmann, Tafel und Chelius (letztere 3 aus der Pfalz), womit die Debatte schloß.

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld, als Referent, nahm hierauf das Wort; er habe bei vorliegender Frage kein persönliches Motiv, und es sey ihm mithin gleichgültig, ob die Fusion zu Stande komme oder nicht, oder ob das Einlösungsrecht geübt werde; es frage sich lediglich, ob man auf die Verlängerung der Frist eingehen wolle oder nach der Vereinigung für die Maxbahn keine Zinsenzuschüsse mehr nothwendig wären. Wenn nicht besondere Ereignisse eintreten, würde letzteres wohl nicht nöthig seyn, denn auch die Maxbahn würde nach einer Reihe von Jahren eine ansehnliche Rente ertragen, aber einige Jahre lang könnten dennoch Zuschüsse nothwendig seyn. Die Vereinigung sey allerdings zunächst von Vortheil für die Gesellschaften. Das Verlangen, das Einstandsrecht geltend zu machen, gehe weit über den jetzigen Gesichtspunkt hinaus, es sey deßhalb ganz gleichgültig für unsere jetzigen finanziellen Zustände. Der Zweck des Gesetz-Entwurfs sey zum Vortheil beider Gesellschaften, und er finde das ganz natürlich; was aber die Folgen seyn würden, wenn der Gesetzentwurf verworfen würde, das wisse er nicht. Ob die Regierung, wie behauptet wurde, das Einlösungsrecht geltend machen könne ohne Zustimmung der Kammer? Er habe sich immer gescheut, diese höchst peinliche und unangenehme Controverse anzuregen, die man aber jedenfalls heute nicht hier zu entscheiden habe. Er müsse aber ebenfalls Verwahrung einlegen, daß man erworbene Rechte ohne besondern Grund wieder aufgebe. Er müsse gestehen, daß das betr. Gesetz sehr unklar sey, und wenig Anhaltspunkte für die Entscheidung der Controverse biete. Wenn die Gesellschaften nach längeren Jahren den Lohn ihres Geschäftes schöpfen, so wäre es nicht billig, daß dann der Staat es ihnen abnehme, und er würde nie dazu Ja sagen, daß, wenn die Gesellschaft dem Staate nichts schulde, und wenn der Staat nichts für dieselbe gethan habe, dieser ihr nach 25 Jahren das Eigenthum nehmen solle. Das könnte nur durch förmliche Expropriation geschehen. Weit geeigneter erscheine es dagegen, daß der Staat durch Besteuerung der Bahnen Antheil an ihrem Ertrag nehme, wie das auch neuerdings in Preußen geschehe. Redner verweist in dieser Beziehung noch auf England, und ist dann der Ansicht, daß durch Concurrenzbahnen auch der Ertrag der Pfälzerbahnen sehr gemindert werden könne, und daß deßhalb Niemand berechnen könne, ob und welche Erträgnisse sie in 20 Jahren liefern. Der Herr Referent empfahl schließlich die Annahme des Gesetz-Entwurfs.

Der k. Ministerpräsident: „Es sey der vorliegende Gegenstand bereits nach allen Seiten umfassend erörtert worden; er wolle indessen doch das Wort ergreifen, damit, wenn der Gesetzentwurf fallen sollte, man nicht sagen könnte, die Regierung habe ihn nicht vertheidigt. Ueber die Zweckmäßigkeit der Fusion sey man einstimmig, und es bestünden nur verschiedene Ansichten darüber, für wen dieselbe vortheilhaft wäre; wenn sie dies wäre, so könnte es aber gleichgültig seyn, für wen sie es wäre, denn die beiden Bahnen seyen wichtige Staatsanstalten,

---

Die Bevollmächtigten auf dem Pariser Kongreß.

I. Rußland. 1) Der General-Adjutant und Ober-Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers, General der Kavallerie und Mitglied des Reichsrathes, Graf Alexis Feodorowitsch Orloff (wir haben über ihn vor einiger Zeit bereits das Nöthige mitgetheilt).

2) Der wirkliche Geheimerath Baron Philipp v. Brunnow ist, aus einer edeln kurländischen Familie stammend, 1797 zu Dresden geboren; zu Leipzig gebildet, trat er im Jahre 1819 in Dienst und war bei der Verwaltung in Südrußland angestellt, wo er u. A. mit dem Geheimenrath Stourdza ein Zivil-Gesetzbuch für Bessarabien redigirte. 1822 kam er zur Legation nach London als Sekretär, als solcher nahm er an der Verhandlung des Kongresses zu Verona Theil. Zu dem Grafen Woronzoff nach Odessa gesandt, folgte er 1828 und 1829 der Armee und arbeitete bei dem Frieden von Adrianopel zum ersten Male gemeinschaftlich mit dem Grafen Orloff. In demselben Jahre wurde er Staatsrath und begleitete den Grafen Orloff als Gesandtschaftsrath nach Konstantinopel, dann nach Holland und England. 1833 war Baron v. Brunnow wieder in Konstantinopel. Seit 1830 war Brunnow dem Reichskanzler Grafen Nesselrode als „Hauptredakteur" im Kabinet der auswärtigen Angelegenheiten attachirt, und er begleitete den Reichskanzler auch zu mehreren Konferenzen. Ein Jahr lang war Baron v. Brunnow russischer Gesandter zu Stuttgart (zugleich in Darmstadt beglaubigt), dann erhielt er in Mitte des Jahres 1839 den Auftrag, sich nach London zu begeben, um die englische Politik mehr in Einklang mit der russischen zu bringen. Das gelang ihm so vollkommen, daß man ihn als den eigentlichen Urheber des Julivertrages von 1840 zwischen Preußen, Rußland, Oesterreich und England betrachten muß. Nach Abschluß dieses Vertrages wurde er wirklicher Gesandter zu London und blieb auf diesem hohen Posten bis zum Ausbruch des letzten Krieges. Seit dem Herbst des vergangenen Jahres ist Baron v. Brunnow Gesandter Rußlands beim deutschen Bunde.

II. Großbritannien. 1) Georg William Frederick Villiers, vierter Graf v. Clarendon und Baron Hyde, Peer von Großbritannien, Mitglied des Geheimen Rathes, Ritter vom blauen Bande und Großkreuz vom Bath-Orden, ist zu London im Jahre 1800 geboren. Er ist ein Villiers von dem Stamme der Grafen von Jersey, an welche Namen und Titel der alten Hyde durch die Großtochter Henry Hyde's, letzten Grafen von Clarendon und Rochester, kamen. Lord Clarendon war 1820—23 der brit Gesandtschaft in Petersburg attachirt, dann bei der Verwaltung im Innern, besonders in Irland, thätig, bis er 1831 zum Abschluß eines Handelsvertrags nach Frankreich geschickt wurde. Vom September 1833 bis zum Oktober 1839 war er außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Englands zu Madrid, 1838 succedirte er seinem Oheim, dem dritten Grafen von Clarendon, in der Peerschaft und den Titeln, war Lord-Siegelbewahrer vom Januar 1840 bis zum September 1841, interimistisch auch Kanzler von Lancaster und Präsident des Handels-Amtes (Handels-Minister) vom Juli 1846 bis zum Juli 1847, Lord-Statthalter von Irland vom Mai 1847 bis zum Februar 1852. Seit Februar 1853 Minister-Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten. Lord Clarendon ist auch Kanzler der irländischen Königin-Universität.

2) Henry Richard Charles Wellesley, zweiter Baron Cowley, Pair von Großbritannien, Mitglied des Geheimen Rathes und Großkreuz vom Bath-Orden, geboren 1804 in Hertfordstreet, wurde der englischen Gesandtschaft zu Wien attachirt im Jahre 1824, kam im April 1829 nach dem Haag, wurde Legations-Sekretär in Stuttgart im Januar 1832, kam als solcher nach Konstantinopel im Oktober 1838. Im Jahre 1848 wurde er bevollmächtigter Minister bei der schweizerischen Eidgenossenschaft und ging im Juli des genannten Jahres in einer besonderen Mission nach Frankfurt a. M.; im Juni 1851 wurde er bei dem deutschen Bunde beglaubigt, und ging 1852 als Ambassadeur nach Paris. In der Pairschaft und den Titeln succedirte er 1847 seinem Vater, dem als Diplomaten berühmten ersten Lord Cowley, dem Bruder des Herzogs von Wellington.

(Schluß folgt.)

und das wäre Grund genug hiefür. Für die Aktionäre der Ludwigsbahn wäre kein überwiegender Vortheil bei der Vereinigung, man könnte eher sagen für die Aktionäre der Maxbahn, die sich einstimmig für die Vereinigung aussprachen, während bei den Ersteren sich Opposition zeigte. Man müsse die Sache aber nicht bloß vom finanziellen, sondern von einem höheren Standpunkte aus betrachten. Die Regierung sey der Ueberzeugung, daß die Vereinigung im Interesse und zum Wohle der Pfalz wäre. Wenn die Vereinigung nicht ermöglicht würde, so würde dies in mannigfacher Beziehung von Nachtheil seyn. Es gäbe schon sehr viele Zankäpfel in der Pfalz, und er möchte keinen neueren dahin werfen, welcher die Parteien noch weiter entzweie. Redner begegnet dann dem Vorwurfe, daß die Regierung das Interesse des Staates nicht genügend gewahrt habe, er schließt bezüglich der Geltendmachung des Einlösungsrechtes sich der Ansicht des Referenten an und glaubt, daß aus der Vereinigung dem Staate kein Nachtheil, sondern eher ein Vortheil zugehen würde, denn, wenn die Fusion falle, würde es fraglich seyn, ob sich die Maxbahn rentire. Für dieselbe bestünde aber eine höhere Zinsengarantie, welche Zuschüsse von Seite des Staates veranlassen würde. Die aufgeworfene Rechtsfrage bezüglich des Einlösungsrechtes sey so weitgreifender Natur, daß sie heute nicht entschieden werden könne; er wolle nur die Prinzipien derselben kurz andeuten; 1) wer berechtigt sey, Verträge zu schließen, sey auch berechtigt, sie zu modifiziren und aufzuheben, wenn demnach die Regierung berechtigt war, den Vertrag zu schließen, so habe sie auch das weitere Recht der Modifizirung oder Aufhebung. 2) Wir Verträge schließt nur in Folge ertheilter Ermächtigung, müsse sich bei Abänderungen auch an diese Ermächtigung halten und 3) wenn aus solchen Verträgen etwas erlangt wurde, das in das Staatsgut übergehe, dann würden die betreffenden Verfassungs-Bestimmungen eingreifen. Darnach müßten sich ergebende einzelne Falle entschieden werden. Er könne heute nicht sagen, was die Regierung thun oder nicht thun werde, wenn der Gesetz-Entwurf falle; die Einlösung der Bahnen sey jedenfalls *nur* ein Recht, nicht eine Pflicht der Regierung und sie *würde es*, wenn Staatsgelder hiezu nöthig wären, nur mit *Zustimmung* der Kammer üben können. Redner widerspricht dann, daß die Ludwigsbahn künftig ein Erträgniß von 15% *liefern* würde, denn bisher habe sie nur einmal, im vorigen Jahre, 9pCt. ertragen, und dies nur in Folge des Zusammenflusses besonders günstiger Verhältnisse."

„Durch die projektirten Konkurrenzbahnen könnten große Nachtheile für die pfälzischen Bahnen entstehen. Ohne die Vereinigung würde eine gemeinschaftliche Verwaltung für die Dauer kaum möglich seyn; es liege aber im Interesse der Regierung, daß eine Trennung nicht eintrete; ohne den Gesetzentwurf würde aber die Vereinigung nicht möglich seyn. Wolle man nun den möglichen Vortheil, der in 19 Jahren sich ergeben könnte, so hoch anschlagen, daß man alle Nachtheile unbeachtet lasse? Wolle man das finanzielle Interesse über alle aus der Vereinigung entstehenden Vortheite stellen? Er könnte dies nicht für rathsam erachten. Die Sache habe nicht lediglich ein finanzielles Interesse, sie müßte auch von einem höheren Standpunkte aus betrachtet werden."

„Man könnte auch nicht verlangen, daß die Kapitalisten ihr Interesse dem bayerischen Staate zum Opfer brächten. Wenn man solche Prinzipien aufstelle, so würde man hiedurch bei den Kapitalisten kein Vertrauen erwecken. Man habe bezweifelt, ob es der Regierung Ernst sey, den Bau der weiteren Bahnen im diesseitigen Bayern den Privatgesellschaften zu überlassen; nun habe aber doch die Regierung bereits einen deßfallsigen Gesetzentwurf der Kammer vorgelegt, sie habe zudem das Consortium, welches sich gebildet habe, auf den 25. d. Mts. eingeladen, um die definitiven Verhandlungen mit demselben zu beginnen. Eben so seyen mit einem besonders hieher gesendeten österreichischen Kommissär Verhandlungen wegen des Anschlusses der bayerisch-österreich. Bahnen im Gange. Man werde hieraus beurtheilen können, ob es der Regierung nicht Ernst sey. Schließlich hält Redner es ebenfalls für gerechter, wenn man am Ende lieber sich die gewerbliche Besteuerung der Bahnen vorbehalte. Dieses Recht des Staates geltend zu machen, würde ihr Niemand zum Vorwurf machen und die Aktionäre würden sich dasselbe auch gefallen lassen; von dieser Idee gehe die Regierung auch bei Ertheilung von neuen Konzessionen aus. Die Besteuerung sey besser gerechtfertigt, als wenn man die Bahnen den Gesellschaften nehmen würde. Man möge es nicht so machen, wie der Mann, welcher die Henne, welche ein goldenes Ei gelegt hatte, um dieselbe desto sicherer in seinem Besitz zu behalten, getödtet habe, so daß sie dann kein weiteres als das eine goldene Ei habe legen können."

Es erfolgte dann die schon mitgetheilte Verwerfung des Gesetz-Entwurfs mit 66 gegen 45 Stimmen.

§ **Oesterreich.** Wien, 17. Febr. (Priv.-Korrespond.) Das unter dem Namen „Das Dresdener schwarze Buch" bekannte saubere Machwerk, welches in dem Organe der sächsischen Regierung einen so warmen Vertheidiger gefunden, hat sich hier in Oesterreich keines besonderen Erfolges zu erfreuen gehabt, denn es wurde sowohl von der obersten Polizeibehörde als auch der Hofbibliothek, der es ebenfalls zum Ankaufe angetragen worden war, zurückgewiesen. In der That hätte es auch keinen Zweck, ein Werk zu acquiriren, das als Muster der Perfidie gelten kann, und die Verleumdung und Denunziation zum Geschäfte macht. Das „Dresdener Journal" aber möge überzeugt seyn, daß sich die Art und Weise, wie sich hiesige hochgestellte Männer über dieses Machwerk äußern, durchaus nicht mit seiner Beurtheilung desselben übereinstimmt.

Frankreich.

Die Wiege, welche die Stadt Paris dem Kinde der Kaiserin der Franzosen zum Geschenk machen wird, dürfte an Pracht und Geschmack die berühmte Wiege des Königs von Rom übertreffen. Sie wird, der „Independance belge" zufolge, die Form eines Schiffes haben. Am Vordertheil entfaltet ein silberner Adler seine Schwingen; am Hintertheil erhebt sich die allegorische Figur der Stadt Paris, welche in ihrer ausgestreckten Hand eine silberne Kaiserkrone hält, von der die Vorhänge der Wiege herabfallen. Dieser Figur stehen zu beiden Seiten Kinder, von denen das eine, mit einem Helm auf dem Kopfe, den Krieg, das andere, mit Oelzweigen geschmückt, den Frieden vorstellt. Die drei Statuen sind von Silber und haben halbe natürliche Größe. Die Enden der Füße, worauf die Wiege ruht, sowie die Balustraden, die sie mit einander verbinden, sind von Silber, während das Schiff von Rosenholz ist und am oberen Ende einen Aufsatz von silbernem Laubwerk und sonstigen Zierrathen hat. Dieser Aufsatz hat an jeder Seite in der Mitte ein mit Silber eingefaßtes Schild, das auf einem Grunde von Email die Namenszüge ihrer Majestäten führt. Von den Schildern fallen bis auf die Mitte des Schiffes zwei Blumenguirlanden von Silber, welche bis unter mit emblamatischen Figuren geschmückte Medaillons herabreichen und dann, die eine nach dem Hintertheil, die andere nach dem Vordertheile, wieder emporsteigen. Am Hintertheile ist auch das Wappen der Stadt Paris mit dem Wahlspruche derselben angebracht. Die Vorhänge sind von Spitzen (point d'Alençon) und von blauer goldgestickter Seide. Die geschicktesten Künstler sind bei der Verfertigung dieser kaiserlichen Wiege beschäftigt.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 17. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Der k. russische Gesandte, Fürst Gortschakoff, hat gestern eine Note des Grafen Nesselrode übergeben, deren Inhalt diesseits mit Befriedigung aufgenommen wurde. Wie man vernimmt, läßt sich diese Note ziemlich weitläufig über die Instruktionen aus, welche Herr v. Brunnow und Graf Orloff mit nach Paris genommen haben, und sollen dieselben friedlich lauten. — Die Verständigung bezüglich aller jener Punkte, welche die Präliminarien der definitiven Friedensurkunde bilden sollen, nimmt einen raschen Fortgang, und es wird hier wiederholt der Geist der Mäßigung rühmend hervorgehoben, welcher die westlichen Kabinete bei diesen Verhandlungen leitet, und sie alle Klippen vermeiden läßt, an denen die Friedenshoffnungen abermals scheitern könnten.

× Berlin, 18. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Obschon anzunehmen ist, daß die Westmächte in den orientalischen Kampf ohne die Absichten eines bestimmten positiven Vortheils für sich eingetreten sind, und obschon sie für's Erste weiter nichts ins Auge gefaßt hatten, als Rußland zu nöthigen, von seinen Angriffen auf die Türkei abzulassen, so ist doch im Laufe des Krieges gewiß bei ihnen die Frage in vielfältige Erörterung gekommen, auf welche Weise am leichtesten eine Schadloshaltung für die großen durch den Krieg gebrachten Opfer zu erlangen seyn würde. Zuerst lenkte sich der Blick auf Rußland und die Türkei, auf das erste, weil es der Gegner war, und dieser, wenn er in Nachtheil tritt, nach hergebrachtem Brauch die Kriegskosten zu zahlen hat; auf die zweite, weil die Alliirten angeblich den Kampf für sie aufgenommen hatten, und weil in der Regel der Unterstützte die Unkosten, welche der helfende

Staat hat, ersetzt, wie ja dies auch Oesterreich Rußland gegenüber gethan hat, als dieses den ungarischen Aufstand unterdrücken half. Man fand aber bald, daß Rußland sich zur Zahlung von Kriegskosten nicht verstehen würde, und daß die Pforte nicht zahlen könne. Frankreich und England mußten daher andere Auskunftsmittel suchen, und sie scheinen gefunden zu seyn. Schon neulich deutete ich auf die Mittheilungen hin, welche die „Revue contemporaine" in Bezug auf eine Besitzergreifung Madagaskars durch Frankreich gemacht hat. Offenbar müßte aber England, für welches eine Erweiterung und Vermehrung seiner Kolonieen Bedürfniß und Prinzip geworden ist, auch eine Entschädigung haben. Jetzt dürfen sich auch die Wünsche Englands bald herausfühlen lassen, da es nächstens eine Botschaft nach Brasilien senden wird, deren Aufgabe es seyn soll, die Regierung dieses Staates zu bestimmen, sich von allen Eingriffen in die Verhältnisse und in den Besitz der La Plata-Staaten fern zu halten. Es ist vielleicht die Hindeutung nicht zu kühn, daß in diesem Schritte die ersten Kundgebungen zu suchen sind, in welcher Weise England eine Kriegsentschädigung zu erlangen wünscht. Es wird Frankreich und England jetzt jedenfalls leichter werden, in außereuropäischen Ländern ihre Länderbesitzungen zu vermehren, da kein Staat vorhanden ist, der dagegen Einspruch erheben könnte, wenn sie selbst unter sich in ihren Maßnahmen einig sind.

Aus Rußland.

* Eine Korrespondenz des „Constitutionnel" aus St. Petersburg, 6. Februar, verbreitet sich über die Mißstimmung unter dem altrussischen Adel über den Entschluß des Czaren, sich zu Friedensunterhandlungen herbeizulassen. Es heißt darin u. A.: „Eine Adresse des Moskauer Adels, an dessen Spitze der alte General Yermaloff, ehemaliger Kommandant im Kaukasus, steht, ist in St. Petersburg eingelaufen. Wie man sich denken kann, wünscht sie dem Kaiser zu seinem Beschlusse kein Glück, im Gegentheil, sie ertheilt ihm Rathschläge, und so ehrerbietig die Form dieser Schrift immerhin seyn mag, ihr Grundinhalt ist ein förmlicher Tadel." Noch mehr wäre fast in St Petersburg geschehen; der Berichterstatter will nämlich wissen, es sey dort von der altrussischen Partei eine Militär-Verschwörung angezettelt gewesen, welche die Regierung im Keime erstickte, indem sie die Verhaftung der am meisten Kompromittirten anordnete. Die Verschwornen beabsichtigten, die Truppen zu gewinnen; einer von ihnen haranguirte sogar ein Reserve-Regiment in der Kaserne; allerdings handelte es sich der Form nach nur darum, den Czaren zu warnen und ihm die politischen Akte des kaiserlichen Kanzlers als anti russisch zu bezeichnen; aber die Polizei bekam Wind und um nicht strafen zu müssen, kam Kaiser Alexander dem Ausbruche zuvor, indem er einige Verhaftungen in den verschiedenen Klassen vornehmen und eine gewisse Zahl Offiziere konsigniren ließ.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 19. Februar. Für österr. Kredit-Aktien, Staatsbahnaktien und Ludwigshafen-Berbacher wurden bei lebhaftem Umsatz höhere Kurse bezahlt, während Neustadt-Weißenburger bedeutend niedriger abgegeben wurden.

Junge Darmstädter Bankaktien wurden zu 300 bis 302, und Homburger Landesbank von 267 bis 271 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 90 P. 89½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 80¼ P. 80 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82¼ P. 82 G.
„ 4½pCt. „ 71½ P 71¼ G.
„ 4pCt. „ 63 P. 62½ G.
„ 3pCt. „ 49 P 48½ G.
„ 1pCt. „ 16⅛ P. 15⅞ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D 1193 P. 1188 G.
Oesterreichische Credit-Actien 152 P. 150 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 129 G.
„ 4pCt 250 „ „ von 1854 102¼ P. 101¾ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act incl. 150 Fr. Einz. 302 P. 300 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101½ P. 101 G.
„ 4½pCt. „ 100½ P. 100¼ G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3½pCt. „ — P. 87½ G.
„ 4pCt Ablös.-Rente 95¼ P. 94¾ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 169½ P. 169 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 130⅛ P. 130 G.

Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 103 P. 102½ G.
„ 3½pCt. „ 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89½ P. 89 G.
Badische 50 fl. Loose 77¾ P. 77¼ G.
„ 35 „ „ 48¼ P. 48 G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99¾ P 99¼ G.
„ 3½pCt. „ — P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ 33¼ P. 33 G.
Darmstädter Bankaktien 341 P. 339 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39½ P. 39¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62¼ P. 61¾ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90¾ P. 90¼ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¼ P. 30¼ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 86 P. 85½ G.
„ 3½pCt. „ alte 93¼ P 92¾ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 121⅝ P. 121⅛ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 333 P. 330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 83 P. 82½ G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38⅜ P. 38⅛ G.
„ 1pCt. neue 24⅛ P. 24 G.
Holland Integrale 64 P. 63½ G.
„ Certificate 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¾ P. 100½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105½ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S. 97¼ P. 97 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P 88¾ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 103⅞ G.
Disconto — P. 3pCt. G.
Lond. Lst. 10 k. S. 120 P. 119¾ G.
Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101⅛ P 100⅞ G.
do. 3 Monat mit 5% 100¾ P 100½ G.
Paris Frs. 200 k. S. 94¼ P. 94 G.
Lyon Frs. 200 k. S. 94¼ P. 94 G.
Wien fl. 100 C. k S. 115 P. 114¾ G.
Wien 3 M. mit 4% 114¾ P. 114¼ G.

Wien, 18. Februar. Oesterr. 5pCt Nat.-Anl. 85¼; 5Cpt. Met 83⅞; 4½pCt. 73¼; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; ditto von 1854 105¼; Bankaktien 1034; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2505; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 295½; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 690; österr. Staatsbahn-Aktien 348. Wechselkurse: Augsburg uso 104½ P.; London 10. 14. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Man schreibt aus Paris: Eine wahre cause célèbre ist ein Erbschaftsprozeß, der in diesem Augenblicke vor unserem Zivilgerichte verhandelt wird. Der Gegenstand des Prozesses ist die enorme Hinterlassenschaft (im Ganzen 46 Mill. Franks) der Gebrüder Michel, von denen der zuletzt verstorbene, Michel le jeune, seinen natürlichen Sohn zum alleinigen Erben eingesetzt hatte. Die beiden Michel waren in den Neunziger-Jahren angeklagt gewesen, einen reichen Bankier und seine Familie in Vichy ermordet zu haben, wurden aber freigesprochen. Später bereicherten sie sich als Lieferanten der kaiserlichen Armee. Michel le jeune lebte, obgleich verheirathet, im Konkubinat mit seiner Köchin, die im Jahre 1832 einen Sohn gebar, welcher den Namen Lejeune und nach dem Tode seines Vaters dessen ganzen Vermögen erhielt. Vor einiger Zeit zeigten die Schwestern des Michel ein von diesem wenige Tage vor seinem Tode geschriebenes Kodizill vor, in welchem das erste Testament dahin modifizirt ist, daß Lejeune nur etwa die Hälfte des Vermögens erhalten, die andere Hälfte unter die Schwestern des Erblassers vertheilt werden soll. Außerdem bestimmt Michel den Armen und der Gemeinde von Vichy bedeutende Summen. Ist dieses Kodizill ächt oder fabrizirt? Das ist die Frage! Im ersteren Falle wäre es, beiläufig gesagt, auffallend, daß Michel gerade den Ort (Vichy) bedachte, wo er eines Tages ein Verbrechen verübt haben sollte. Dufaure plaidirt für Lejeune, Berryer und Cremieux für die Verwandten des Michel.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 52. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 21. Februar 1856

Die bayerische Grundrentenablösungskasse.

Zum besseren Verständniß der demnächst bevorstehenden Berathung der 2. Kammer über die Rechnungsnachweise der Grundrentenablösungskasse für das Jahr 1852/53 mögen nachstehende, dem Bericht des Abg. Schlör entnommene Notizen, dienen.

Um das Gesetz vom 4. Juni 1848: „die Fixirung und Ablösung der Grundlasten" betreffend, zur Durchführung zu bringen, wurde auf Grund des Art 36 dieses Gesetzes durch allerh. Entschließung vom 25. Oktbr. 1848 bei der Staatsschuldentilgungsanstalt die „Grundrentenablösungskassa" ins Leben gerufen. Diese Kassa besteht fortan als eine selbständige Staatsanstalt bis zur gänzlichen Erfüllung und Erschöpfung ihrer Aufgabe, welche dahin geht, alle Grundrenten, welche ihr von Privaten oder Stiftungen überwiesen werden, gegen 4prozentige Schuldbriefe an sich zu kaufen, diese Schuldbriefe zu verzinsen und zur Tilgung resp. Heimzahlung zu bringen. In gleicher Weise hat diese Kassa die Handlohnsäquivalente an sich zu kaufen, die dafür gegebenen Schuldbriefe zu verzinsen und zu tilgen. Eine weitere Aufgabe derselben ist es, jenen Stiftungen für Kultus, Unterricht und Wohlthätigkeit, welche ihre Grundrenten dem Staate, beziehungsweise der Ablösungskassa nicht überweisen wollen, jene Differenz zu ersetzen, welche dadurch ihnen zugehen würde, gegenüber den überweisenden Stiftungen, daß letztere ihre fixe Grundrente vom Staate nach dem zwanzigfachen Betrage derselben in Schuldbriefen ersetzt erhalten, während die Pflichtigen nur den achtzehnfachen Betrag als Bodenzinskapital entweder zu bezahlen oder nach 4pCt. zu verzinsen haben. Auch diese Differenz wird in 4prozentigen Schuldbriefen von der Kassa bezahlt, und mit den übrigen Schuldbriefen zur Tilgung gebracht. Zuletzt noch hat die Ablösungskassa die Aufgabe, allen mit fixen Grundrenten Belasteten die Tilgung ihrer Lasten durch Annuitätenzahlungen möglich zu machen, indem sie diese Annuitätenzahlungen entgegennimmt, und dafür die Tilgung der Grundlast resp. des Bodenzinskapitales zu bewirken hat (Art. 37 des Ablös.-Ges.), gleichviel ob die Grundrenten ihr überwiesen sind, oder nicht. — Die sämmtlichen Operationen der Ablösungskassa lassen sich nun nach den so eben gegebenen Erörterungen ihrer Aufgabe unter zwei Gesichtspunkte zusammenfassen: a) Erwerb von Grund-Renten und Handlohnsäquivalenten gegen Hinausgabe von Schuldbriefen, und Tilgung derselben durch die effektuirten Ablösungen oder Annuitätenzahlungen; b) Verzinsung der an Zahlungsstatt gegebenen Schuldbriefe durch die angekauften Geld-Renten.

Die sub a bezeichneten Operationen darzustellen, ist die Aufgabe der Tilgungskassa, die sub b der Zinskassa.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 20. Februar. Se. Maj. der König haben dem Landrichter Joh. Georg Belzer von Mallersdorf den nachgesuchten Ruhestand für immer bewilligt,' als Landrichter von Mallersdorf den für Dingolfing ernannten Landrichter Anton Wagenbauer, und als Landrichter von Dingolfing den Landrichter von Wegscheid Andreas Lonich berufen; zum Landrichter von Wegscheid den Landrichter Bruno Anton Eberlein von Schillingsfürst ernannt; zum Landrichter von Schillingsfürst den I. Assessor des Ldgs. Sulzbach, Karl v. Burchtorff, ernannt. (N. M. Z.)

München, 19. Februar. Dem Vernehmen nach hat der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten bei Berathung des Gesetzentwurfs über die Eisenbahnbau-Dotation für die siebente Finanzperiode beschlossen, daß der Bau, beziehungsweise Ausbau, der München-Rosenheimer- (Salzburger) Eisenbahn nicht auf Staatskosten geschehen soll, sondern ebenfalls einer Privatgesellschaft überlassen werde. Demzufolge beantragt auch der Ausschuß nur die außerdem für die Staatsbahnen noch benöthigten Mittel zu bewilligen und zwar, wie ich höre, 5,900,000 fl., statt 10,400,000 fl. (A. Z.)

München, 19. Februar. Wie es heißt, beabsichtigt man für Se. k. Hoh. den Prinzen Adalbert ein eigenes Palais in unserer Stadt anzukaufen und sollen deßfallsige Unterhandlungen bereits eingeleitet seyn. — Der in Aussicht gestellte neue Entwurf eines Jagdgesetzes soll hauptsächlich eine Vergrößerung der Jagdbezirke bezwecken, keineswegs aber Bestimmungen wieder ins Leben rufen wollen, wie man sie wohl an der Spree wünschen mag, wie sie aber bei uns doch nicht mehr möglich sind. Unsere Landwirthe können also wohl der Vorlage des neuen Jagdgesetzes beruhigt entgegen sehen. — Der neue Eisenbahn-Gütertarif hat, wie es heißt, die allerhöchste Genehmigung bereits erlangt. — Nach amtlicher Bekanntgabe sind die auf Hamburg-Lübeck'schem Gebiete liegenden freistädtischen Postanstalten Bergedorf und Genfthacht dem deutsch-österreichischen Postvereein angeschlossen worden. (A. Abdz.)

× **Preußen.** Berlin, 19. Februar. (Privat-Korresp.) Wie traurig auch die Auspicien für diesen Winter bei seinem Beginne waren, so haben sich doch seine Verhältnisse in einer selten günstigen Art gestaltet. Die Besorgnisse, die man hegte, der Arbeiterstand würde die Theuerung und die Kalamität des Winters nicht ohne Hülfe zu überwinden vermögen, sind zur allgemeinen Freude nicht in Erfüllung gegangen. Wir hatten und haben eine theure Zeit, aber dafür gibt es auch Arbeit und Verdienst vollauf, es hält sogar schwer, für die geringeren Arbeiten die erforderlichen Kräfte in unserer Stadt aufzutreiben, und es kommen häufig für dieselben von den umliegenden Dörfer Arbeiter zu uns. Diese günstigen Winterverhältnisse sind eine erst seit einigen Jahren bemerkbare Erscheinung, da sonst der Winter in seinem Gefolge eine Verminderung der Arbeit mit sich bringt, und deßhalb um so drückender wird. Sucht man noch eine Erklärung hierfür, so ist diese zunächst in der fortlaufend enormen Erweiterung und Neugründung industrieller Etablissemente an unserm Orte zu finden. Die Erweiterung der Industrie in Berlin übersteigt um vieles die Vermehrung der Bevölkerung. Waren ehemals Arbeitskräfte überflüssig vorhanden, so mußten sie natürlich unter den jetzt obwaltenden Umständen geringer werden, da für einen Zuzug an Arbeitern von Außen die Thore Berlins so gut wie geschlossen sind; denn mit eiserner Strenge werden die Bedingungen aufrecht erhalten, welche für die Niederlassung in der Stadt ein nicht unbedeutendes Einzugsgeld erfordern. Mit großer Aufmerksamkeit wird auf die Umwege gelauert, auf welchen erfahrungsmäßig sich Leute von außerhalb in unsere Stadt einzudrängen wußten. Besonders ist es der Magistrat, welcher sich dem Zuzug von fremden Arbeitern entgegenstellt, und die Polizei und Behörden bei Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen in Anspruch nimmt, weil er eine Vergrößerung des Proletariats und einen steigenden Etat für die Armenverwaltung fürchtet. Es wird ihm jedoch nichts übrig bleiben, als in kurzer Zeit Ausnahmen zu gestatten, wenn dieß Verhältniß zwischen der rapiden Ausdehnung der Industrie und der schneckenartigen Vermehrung der Arbeitskräfte bleibt. — Die Thätigkeit der von wohlthätigen Männern unserer Stadt errichteten Küchen zur Versorgung der arbeitenden und ärmeren Klasse durch warme Speisen ist jedenfalls eine sehr segensreiche gewesen, und verdient gewiß die Nachahmung, aber das Resultat, welches sie erzielt haben, und auf welches unter den geschilderten Umständen geschlossen werden kann, ist nur als mäßiges zu betrachten. Die Küchen liefern bedeutende Quantitäten Speise, aber es stellte sich sogar die Erscheinung heraus, daß die Zahl der Portionen nur kurze Zeit im Steigen blieb, und alsdann wieder fiel, und zwar, wie man voraussetzen darf, in Folge der günstigen Arbeitsverhältnisse unserer Stadt. Auch hat man die Erfahrung gemacht, daß die Zahl der abgeholten

Portionen des Sonntags bei weitem geringer ist, als an Wochentagen, und liegt hierin der Beweis, daß die Hausfrauen weniger eine Ersparniß an Geld, als an Zeit in der Benützung der allgemeinen Küchen finden.

Köln, 17. Febr. Unsere Tagesliteratur wird aller Wahrscheinlichkeit nach im nächsten Monate schon um eine größere neue Zeitung vermehrt.

Württemberg. Stuttgart, 18 Febr. Der König hat den Fürsten Ernst v. Hohenlohe-Langenburg zum Präsidenten der Kammer der Standesherren ernannt. (St.-A. f. W.)

* **Freie Städte.** Frankfurt, 18. Febr. (Pr.-Kor.) Unsere diesjährige Ostermesse beginnt am 12 März und endigt Dinstag den 1. April; für Leder beginnt dieselbe Mittwoch den 19. März, an welchem Tage die städtischen Magazine zum Einlegen des Leders geöffnet werden. Da sich die Aussichten auf einen nahe bevorstehenden Frieden mit jedem Tage mehr vergewissern, so sieht unsere Handelswelt der nahe bevorstehenden Messe mit großen Erwartungen entgegen und verspricht sich von ihr ein sehr günstiges Resultat. — Unsere Gewerbekammer hat in ihrer vorgestrigen Sitzung einen Beschluß gefaßt, der ihr nur zum Ruhme gereicht. In Folge dieses nämlich wird dieselbe fortan ihre Sitzungen öffentlich halten und somit einem Wunsche begegnen, der in diesem Betreff schon längst gehegt wurde. — Wie schon früher von uns nachgewiesen, bleiben die Pauperitätsverhältnisse unseres Ortes in einem raschen, sehr beklagenswerthen Fortschritt begriffen, trotz des grassen Privilegien- und Schutzwesens, welches man den Ortskindern angedeihen läßt, und der gewaltigen Barriere, welche man hier gegen das Eindringen von Fremden in die örtlichen Erwerbsverhältnisse errichtet hat. Es tritt immer deutlicher hervor, daß das Letztere nicht allein seinen Zweck gänzlich verfehlt, sondern dem Gegentheile geradezu in die Hände arbeitet. Es ist vornehmlich die sogenannte Mittel, die Haupterwerbsklasse unseres Ortes, in deren Reihen die Verarmung rasch progressirt und zu deren Unterstützung unsere reich dotirten milden Stiftungen und Armenanstalten kaum mehr ausreichen.

Oesterreich. Wien, 18. Februar. Der Architekt Endlicher, der sich bekanntlich in Jerusalem befindet, um den Bau des österr. Pilgerhauses daselbst zu leiten, wird den Grundstein zur Votivkirche,*) welcher am 24. April gelegt wird, aus Jerusalem hieher senden und selben jenem Felsen entnehmen, auf dem Petrus kniete, als unser Heiland zu ihm sprach: „Auf diesen Fels will ich meine Kirche bauen." (Ostd. Post.)

Wien, 18. Febr. Der Herzog von Galiera, Marquis de Farari und Herzog v. Melzi de Erli sind aus Paris hier eingetroffen, um mit der Regierung bezüglich der Uebernahme der lomb.-venet. Eisenbahn in Unterhandlung zu treten. Die gestellten Offerte sollen sehr vortheilhaft seyn. (Ostd. P.)

*) Diese wird in Wien erbaut als Zeichen des Dankes für die Rettung des Kaisers bei dem Mordanfall Libenyi's.

Nachrichten aus Krakau schildern den außerordentlichen Aufschwung des dortigen Handels. Die Regierung hat angeordnet, daß an diesem Platze jährlich zwei Messen zu 14 Tagen abgehalten werden sollen. Auch hat sich dort eine Gesellschaft gebildet, die mehrere industrielle Etablissements, als Zuckerraffinerien, Papierfabriken, Bierbrauereien zu schaffen beabsichtigt. Der Gesellschaftsfonds ist vorläufig auf 5 Millionen Gulden festgesetzt. (N.-Z.)

Großbritannien.

London, 18. Febr. Der Schatzkanzler, Lord Palmerston und Hr. Wilson empfingen diesen Nachmittag die Kapitalisten und Banquiers der City und theilten ihnen die Grundlagen des neuen Anlehens mit, welches kontrahirt werden soll. Dasselbe wird sich auf 5 Millionen Pfd. Sterl. 3 pCt. Consols und außerdem auf 3 Millionen Pfd. Sterl. für Consolidirung von Schatzbons belaufen. Der Zuschlag dieses Anlehens wird am nächsten Freitag stattfinden. Die Consols sind auf diese Mittheilung hin gestiegen. (Fr. Jour.)

Spanien.

† Madrid, 13. Februar. Ein unangenehmer Vorfall fand gestern in einem der Vorsäle des Kongresses statt. Vilabriega, Hauptmann der dienstthuenden Nationalgarde, hatte bei General O'Donnel für seinen Sohn, Offizier in der Armee, eine Beförderung nachgesucht, welche der General nicht verwilligen zu sollen glaubte. Dieser Hauptmann sprach den General nun im Augenblicke, wo er in den Sitzungssaal treten wollte, an, und insultirte ihn in gröbster Weise. Die Zeugen dieser skandalösen Scene beeilten sich, selbe zur Kenntniß des Präsidenten zu bringen, der den Kapitän verhaften ließ. Da dieser jedoch um Vergebung bat und überdies nicht bei vollem Verstande zu seyn schien, so wurde er, auf Wunsch des Generals, bald wieder freigelassen. — Der von dem neuen Finanzminister vorgeschlagene Plan zur Deckung des Defizits ist jenem seines Vorgängers ziemlich gleich. Nach demselben sollen die Acciesen, Consumos genannt, abgeschafft, aber die Oktroi-Gebühren in den Provinz-Hauptstädten und in wenigen Meerhäfen beibehalten bleiben. Hr. Santa Cruz schätzt das Erträgniß dieser Gebühren auf 60 Millionen Realen und beabsichtigt das noch verbleibende Defizit durch Einführung einer Steuer in den dem Oktroi nicht unterworfenen Städten, im Verhältniß zu deren Reichthum und Wichtigkeit, zu decken. Dieser Gesetzentwurf brachte nur einen sehr mittelmäßig günstigen Eindruck hervor; aber in Ermangelung von etwas Besserem wird ihn die Kammer, wenn die Regierung es verlangt, dennoch annehmen.

Madrid, 13. Febr. Vorgestern ereignete sich im Palast der Cortes ein skandalöser Vorfall. Sr. Villate, Kavallerie-Oberst, wartete mit einer Peitsche in der Hand auf den progreßistischen Deputirten Calvo Asensio, Redakteur der Zeitung „Iberia", weil dieser von ihm in beleidigender Weise geredet

---

Die Bevollmächtigten auf dem Pariser Kongreß.

(Schluß.)

III. Frankreich. 1) Alexander Napoleon Colonna Graf Walewski, Großoffizier der Ehrenlegion, Senator des Kaiserreiches und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ist im Jahre 1808 zu Warschau geboren. Er betheiligte sich lebhaft an dem großen Polen-Aufstande des Jahres 1830 und that Adjutantendienste bei dem Diktator General Chlopicki; dann ging er als Geschäftsträger der Revolution nach London, um das britische Kabinet für die polnische Revolution zu gewinnen, was ihm bekanntlich nicht gelang. Darauf lebte er mehrere Jahre als polnischer Emigrant im Auslande, bis er, durch gewisse Familienbande mit dem Hause Bonoparte verbunden, unter der Präsidentschaft des jetzigen Kaisers der Franzosen in französische Dienste trat und Gesandter in Florenz wurde. Graf Walewski war der Nachfolger von Drouin de l'Huys auf dem Botschafter-Posten in London, als dieser im Jahre 1851 zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten berufen wurde, und wiederum ersetzte er diesen Staatsmann, als dieser in Folge der Wiener Konferenzen seinen Abschied nahm, am 7. Mai 1855 als Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

2) Edmund Baron Bourqueney, Großoffizier der Ehrenlegion, war im Jahre 1851 der französischen Gesandtschaft in Konstantinopel attachirt, wurde 1852 erster Sekretär derselben und ist seit dem 20. März 1853 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Frankreichs am kaiserlichen Hofe zu Wien.

IV. Oesterreich. 1) Karl Ferdinand Reichsgraf von Buol-Schauenstein zu Riedberg, Straßberg und Ehrenfels, k. k. Kämmerer, Wirklicher Geheimer Rath, Ritter des St.-Stephans-Ordens und seit dem 11. April 1852 Minister des kaiserlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, ist 1797 geboren und mit der Prinzessin Karoline von Isenburg-Birstein vermählt. Sein Vater war der bekannte Staatsmann Graf Buol, der als Bundestagsgesandter und Staatsminister sich große Verdienste erwarb. Graf Buol-Schauenstein hat Oesterreich an verschiedenen Höfen, u. A. zu Stuttgart und Petersburg, vertreten. Im Jahre 1850 begleitete er den Fürsten Schwarzenberg zu den bekannten Dresdener Konferenzen. Die jüngste Schwester des Grafen Buol ist die Gemahlin des kais. russischen Obristhofmeisters Frhrn. v. Meyendorff, der Rußland so lange an den Höfen zu Berlin 2c. vertrat.

2) Joseph Alexander Frhr. v. Hübner, k. k. wirklicher Geheimer Rath, geb. 1804, begann seine diplomatische Carriere als Attache der kaiserlichen Gesandtschaft zu Paris, war dann als Sekretär bei verschiedenen Legationen, bis er österreichischer Generalkonsul in Leipzig wurde. Diese Stellung war damals eine vorwiegend politische, und Herr v. Hübner namentlich mit einer Art von Oberaufsicht über die Presse beauftragt. Nach der Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph im Dezbr. 1848 wurde Herr v. Hübner durch den Fürsten Schwarzenberg an den Hof berufen und wirkte mit bei der Abfassung der Charte von Olmütz. 1849 wurde er als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister zu Paris bei dem Präsidenten der Republik und 1853 bei dem neuen Kaiser beglaubigt.

(N. Pr. Ztg.)

hatte. Calvo Asensio erfuhr jedoch die Absicht des Ersteren, ihn zu mißhandeln, ging nicht in die Cortes, sondern ins Kriegs-Ministerium, und beklagte sich bei O'Donnell über den Obersten. O'Donnell ließ denselben durch seinen Adjutanten verhaften, und hat ihn dann zu seinem Regiment nach Sevilla geschickt. Der Oberst nun ist heute abmarschirt, hat jedoch noch vorher an den progressistischen Deputirten ein Billet gesandt, worin er denselben mit persönlicher Mißhandlung bedroht, wenn er bis zu seiner Rückkehr nicht einen Widerruf seiner Beschuldigungen veröffentlicht habe. (Allg. Ztg.)

† Seit der Juli-Revolution von 1854 hat Spanien 22 Minister gehabt, nämlich: Conseil-Präsident: Espartero 1. Krieg: O'Donnel 1. Marine: Allende Salazar, Santa-Cruz 2. Oeffentliche Arbeiten: Lujan, Alonso Martinet, Lujan 3. Auswärtige Angelegenheiten: Pacheco, Luzuriaga, Zavala 3. Inneres: Santa-Cruz, Huelves, Escosura 3. Justiz: Alenza, Aguirre, Fuente Andres, Arias Uria 4. Finanzen: Collado, Sevillano, Madoz, Bruil, St. Cruz 5.

Amerika.

Der frühere Pfarrer Wisticenus aus Halle, der jetzt mit seiner Familie in West-Hoboken bei New York lebt, kann sich mit den Zuständen in den Vereinigten Staaten durchaus nicht aussöhnen. Er drückt sich in einem Briefe also aus: „Ich bin an der Küste haften geblieben, habe auch nicht Lust, weiter in das Land zu gehen, sondern halte das Meer, das Europa bespült, möglichst fest, denn drüben bleibt doch unsere Heimath und hier die Fremde. Ich bin ohne Illusion herübergekommen, und habe es dennoch schlechter gefunden, als ich dachte. Zu einer humanen Menschengesellschaft sind hier ja kaum die Anfänge. Ich finde nichts als republikanisches Rußland — Barbarei in jedem Betracht — wirkliche Menschen nur als ein Häuflein Auserwählter, mit dem Kreuze auf dem Nacken. Dabei habe ich noch keine Hoffnung fassen können, daß die Humanität doch allmählig durchdringen werde."

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Aus Frankfurt, 18. Febr., wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Wenn die Beschlußfassung der Bundesversammlung über die Vorlage Oesterreichs in der letzten Bundestags-Sitzung noch nicht erfolgt ist, so ändert dies nichts an dem bereits früher bezeichneten günstigen Stand der Frage am Bund. Die Einigkeit am Bund ist vollendete Thatsache, die Beschlußfassung der Bundesversammlung nur noch eine Formalität."

Aus dem Orient

§ Wien, 18. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Die Donaufürstenthümer haben in den letzten drei Dezennien unglaubliche Fortschritte gemacht. Seit dem Frieden von Adrianopel hat sich der Werth und die Produktion des Bodens fast verhundertfacht, und mit dieser unerschöpflichen Quelle des Nationalreichthums stieg auch die Schifffahrt und der Verkehr mit Westeuropa, das für materielle Kost befruchtende geistige Ideen und die herrlichen Schätze seiner Industrie den Fürstenthümern zukommen ließ. Eben deßhalb aber, weil sie in der letzteren Zeit einen so großen Aufschwung genommen, stehen sie jetzt am Scheidewege einer großen Zukunft oder eines furchtbaren Rückschrittes. Daß sie nicht wieder versinken sollen in das, was sie vor einem Vierteljahrhundert gewesen, daß sie weiter geführt werden sollen auf dem Wege der staatlichen Entwicklung: das haben die Dezember-Alliirten allerdings schon zu Wien beschlossen. Aber diese Beschlüsse bilden auch heute noch keinen integrirenden Bestandtheil des öffentlichen Rechtes von Europa; die große Krise ist vom Abschlusse noch weit entfernt — als Folge davon befinden sich die Donauländer immer noch in einer Art von Interregnum, das wie ein drückender Alp auf ihren Zuständen lastet. Alles ist prekär, und das ist ihr Unglück. Aus der Hand in den Mund leben kann zur Noth ein einzelner Mensch, auch ein dekrepider Staat muß sich am Ende mit dem nackten Faktum seiner Existenz begnügen, ohne an das „Morgen" zu denken; doch so weit ist es mit den Donauprovinzen noch nicht gekommen. Frisches, junges Blut durchrieselt ihre Adern; sie haben eine bedeutende Zukunft, und werden sich dieselbe erringen, wenn die Großmächte ihnen nur insoweit helfen wollen, daß sie ihren Entwicklungsprozeß stetig, friedlich, organisch durchmachen können.

* Die Lage der türkischen Armee unter Omer Pascha, welche bei Batum und Redout Kale lagert, ist gut. Diese Truppen waren wohl verproviantirt und haben den Winter vortrefflich durchgemacht.

Aus Rußland.

Finnland. Die Einquartierungs-Kommission der Stadt Abo bereitet die Hausbesitzer und die Bürgerschaft der Stadt darauf vor, daß vom 27. April bis zum 13. November d. J., nach einer auf offiziellem Wege eingegangenen Benachrichtigung, eine dreimal größere Militärmacht nach der Stadt verlegt werden soll, als seit dem Beginn des gegenwärtigen Krieges auf einmal zusammengezogen worden. (N.-Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 20. Februar. Die meisten österr. Fondsgattungen, Staatsbahnaktien so wie Eisenbahnaktien wurden niedriger abgegeben, während Livorno-Florenz höher bezahlt wurden.

Junge Darmstädter Bankaktien wurden zu 300, und Homburger Landesbank von 268 bis 270 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 90 P. 89¾ G.
" 5pCt. Metall. alte 80¼ P. 80 G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. — P. 86½ G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82 P. 81¾ G.
" 4½pCt. " 71½ P. 71¼ G.
" 4pCt. " 63½ P. 63 G.
" 3pCt. " 49 P. 48½ G.
" 1pCt. " 16⅛ P. 15⅞ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1181 P. 1176 G.
Oesterreichische Credit-Actien 151½ P. 149½ G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
" 250 " " von 1839 — P. 128 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 102⅛ P. 101⅞ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 298 P. 296 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101½ P. 101 G.
" 4½pCt. " 100¾ P. 100¼ G.
" 4pCt. " — P. 95 G.
" 3½pCt. " 87¼ P. — G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 95¼ P. 94¾ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 165 P. 164½ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 133½ P. 133 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 3½pCt. " 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89 P. 88½ G.
Badische 50 fl. Loose 77¾ P. 77¼ G.
" 35 " " 48¼ P. 48 G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 4pCt. " 99¾ P. 99¼ G.
" 3½pCt. " — P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
" " 25 " " 33¼ P. 33 G.
Darmstädter Bankaktien 340 P. 338 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39½ P. 39¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62 P. 61½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30½ P. 30¼ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
" 3½pCt. " alte 93¼ P. 92¾ G.
" 3½pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 121½ P. 121 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 330 P. 328 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 82 P. 81½ G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38¼ P. 38 G.
" 1pCt. neue 24 P. 23⅞ G.
Holland Integrale 63¾ P. 63¼ G.
" Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¾ P. 100½ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120 P. 119¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i.S.Lr. 250 k.S. 101⅛ P. 100⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 100⅞ P. 100⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94¼ P. 94 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 97¼ P. 97 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94¼ P. 94 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 P. 88¾ G.	Wien fl. 100 C. k.S. 115¾ P. 115½ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 115 P. 114¾ G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 19. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 84½; 5Cpt. Met 83⅝; 4½pCt. 73⅛; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; ditto von 1854 105½; Bankaktien 1034; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2585; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 298; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 688; österr. Staatsbahn-Aktien 350. Wechselkurse: Augsburg uso 104 P.; London 10. 10. P. Geldkurs: Dukaten —.

Berlin, 12. Febr. Rüböl loko 16—1/12 bez., 16¼ B., 16 G.; Februar 16—⅙ bez. und G., 16⅙ B; Februar-März 16—⅙ bez., 16⅙ B., 16⅙ G.; März April 16⅙ B., 16 1/12 G.; April-Mai 16⅙—1/12—⅙ bez. u. B., 16⅙ G; Septbr.-Oktober 14¼—15 bez., B. und G.

Spiritus loko ohne Faß 29—½ bez., mit Faß 28½ bez.; Februar 29½ bez., 29½ B., 29. G.; Februar-März do., März-April 30 bez. u. G., 30¼ B.; April-Mai 30¾ bez., 31 B., 30½ G.; Mai-Juni 31½—¼ bez. u. B., 31¼ G.; Juni-Juli 31¾—32 bez. u. B., 31¾ G.

Waizen gefragter, Umsatz durch höhere Forderungen beschränkt. — Roggen loko zu besseren Preisen lebhaft gekauft; für 87 Pfd. 79, 86/87 Pfd. 79½ und 80½ Thlr. pro 2050 Pfd. bez. Termine bei animirter Stimmung und lebhaftem Handel neuerdings wesentlich gestiegen und fest schließend. — Gerste und Hafer zu besseren Preisen beachtet — Rüböl besonders auf spätere Termine wesentlich höher bezahlt. — Spiritus fester und langsam im Werthe anziehend.

Nichtpolitische Zeitung.

* Wir haben unsere Leser schon früher auf die seit Neujahr in Heidelberg erscheinende Wochenschrift Germania aufmerksam gemacht, welche sich die Besprechung und Förderung der volkswirthschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen Deutschlands als Ziel gesteckt hat, und an welcher viele höchst geachtete Männer mitarbeiten. Von dieser Zeitschrift liegen uns jetzt die 5 ersten Nummern (Monat Januar) vor, welche verschiedene, sehr lehrreiche und gediegene Aufsätze enthalten; so u. a. einen von K. H. Rau über das deutsche Papiergeldwesen zu Anfang des Jahres 1856. Sehr anziehend ist ferner ein Aufsatz von Max Wirth über die Frauen-Arbeit, der gerade jetzt an der Zeit ist, wo allenthalben ein Streben sich kundgibt, den Frauen eine größere Betheiligung an der industriellen Arbeit zuzuwenden, wie z. B. der neue österreichische Gewerbsgesetzentwurf es ja dem weiblichen Geschlecht freistellt, diesen oder jenen bürgerlichen Erwerb zu betreiben.

Neueste Nachrichten.

** München, 20. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **39. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: der kgl. Kriegsminister v. Manz und der Finanzminister Dr. Aschenbrenner.

Zur Berathung gelangen die Nachweisungen über die Militärrechnungen pro 1852/53 Der Ausschuß beantragt:

„1) Dem Zuschusse von 299,913 fl 10 kr. 6 hl. aus dem Reichsreservefonds zur Deckung der bei den Militärpensionen pro 1852/53 stattgehabten Mehrausgaben die Anerkennung zu versagen, und den Rückersatz dieses Betrages aus dem am Schlusse des Jahres 1852/53 bei dem Etat der aktiven Armee verbliebenen Kassabestand von 367,633 fl. 18 kr. zu beantragen; 2) im Uebrigen den vorgelegten Nachweisungen über die Militärrechnungen pro 1852/53 die Anerkennung zu ertheilen, sodann zu beantragen: 3) daß für die Zukunft der Pensions-Etat genau eingehalten und jede nicht absolut gebotene Pensionirung vermieden, für Reaktivirung noch dienstfähiger Pensionisten aber möglichste Sorge getragen werde; 4) daß das Pensionsregulativ selbst einer eine zweckentsprechende Minderung des Bedarfs erzielenden Revision unterstellt werden möge."

Der Referent Abg. Langguth, welcher die Ausschuß-Anträge empfiehlt, bemerkt, daß bekanntlich in Folge der Beschlüsse des Ausschusses vom 15. Dez. v. J. das Kriegsministerium Erläuterungen gegeben habe (wir haben dieselben vor einiger Zeit bereits mitgetheilt. Die Red.), die eine neue Berathung und Beschlußfassung zur Folge hatten, die aber den Ausschuß nicht überzeugen konnten, daß die Mehrausgabe für die Pensionen materiell begründet sey, so daß er auf deren Beanstandung beharren müsse.

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld verbreitete sich dann in einem interessanten und sehr umfassenden Vortrag über die Organisation der Armee, die im Verhältniß zu den Kräften des Landes viel zu groß sey. Er will eine Nachahmung des französischen und österreichischen Systems, möglichst wenig Soldaten im Frieden, aber genügende Rahmen, die sich für den Krieg schnell ausfüllen lassen. Der Redner ging dann in umfassender Weise auf das vor etlichen Monaten erschienene Referat des Reichsraths Fürsten Taxis über die Militärrechnungen ein, in welchem Referate die im vorigen Jahr von Frhrn. v. Lerchenfeld in seiner bekannten großen Kammerrede aufgestellten Ansichten bekämpft wurden. In diesem Referat aber sey, wie Frhr. v. Lerchenfeld heute behauptet, eine Reihe von Irrthümern enthalten, und Behauptungen angeführt, die er gar nicht gemacht habe, so daß er sich genöthigt sehe, diese Kritik zu widerlegen. Der verehrte Redner that dies dann in umfassender Weise und unter großer Aufmerksamkeit der Kammer. —

Der kgl. Generalverwaltungs-Direktor der Armee, Herr Wolf, gab dann der Kammer einige Erläuterungen. Den 2. Antrag des Ausschusses hält er nicht für nöthig, er würde, meint er, zu großer Arbeitsmehrung führen. Die Verhältnisse der Fohlenhöfe seyen nicht so ungünstig, als behauptet werde.

Abg. Graf Butler hält die Mehrausgaben auf Pension für materiell begründet; er hätte aber gewünscht, daß formell eine förmliche nachträgliche Genehmigung der Kammer nachgesucht worden wäre.

Abg. v. Rotenhan eröffnet, daß, wenn er dem Antrage des Ausschusses bezüglich der Pensionen beistimme, er dies nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen thue, weil für die Mehrausgabe nicht die nachträgliche Genehmigung gefordert worden sey.

Abg. Fürst Wallerstein schließt sich dagegen dem Ausschußantrag an — womit die Debatte schloß. — Der Referent eröffnete noch, daß, wenn der Ausschußantrag angenommen würde, die Regierung dann ja immerhin noch die nachträgliche Genehmigung beantragen könne. Hierauf sucht noch der k. Kriegsminister Generalmajor v. Manz, den Mehrbedarf für Pensionen zu begründen. Bei der Abstimmung wurden jedoch die Anträge des Ausschusses angenommen.

** München, 19. Februar. (Privat-Korrespondenz.) In der Sitzung des 3 Ausschusses der Kammer der Abgeordneten vom 13. d. erstattete der Abgeordnete Lang Vortrag über den Antrag des Abgeordneten Herrn Fürsten von Oettingen-Wallerstein, dann über die von den Abgeordneten Herren Trenkle und Weinmann sich angeeigneten Eingaben der Gemeinden der Landgerichte Heidenheim und Erlangen: „die Dauer der Werk- und Sonntags-Schulpflicht" betr.; er beantragte:

„Es sey an Se. Maj den König auf verfassungsmäßigem Wege die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten: Seine königliche Majestät möchten geruhen, in Abänderung der bestehenden Bestimmungen über die Unterrichtsdauer und bis zum Erscheinen eines neuen Schulgesetzes auf dem Verordnungswege zu bestimmen, daß 1) die Werktagschulpflichtigkeit sich allgemein auf das zurückgelegte 13. Lebensjahr erstrecke; 2) die Sonn- und Feiertagschulpflicht auf das zurückgelegte 16 Lebensjahr beschränkt werde; 3) die aus der Sonn- und Feiertagsschule entlassene männliche und weibliche Jugend zum Besuche des sonn- und feiertägigen Religions-Unterrichtes (Christenlehre) bis zu dem in der treffenden Konfession üblichen Zeitpunkte verpflichtet bleibt, und 4) das Verbot des Wirthshaus- und Tanzmusikbesuchs bis zum erreichten 18 Lebensjahre aufrecht erhalten bleibe."

Der Ausschuß stimmte über jeden Antrag einzeln ab, wobei sich ergab, daß der Vorschlag des Referenten sub. Ziffer 1 mit allen gegen 1 Stimme; Ziffer 2 mit allen Stimmen; Ziffer 3 mit allen gegen 1 Stimme angenommen; Ziffer 4 dagegen mit allen gegen 1 Stimme abgelehnt wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 53. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 22. Februar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 20 Febr. Bei Berathung des Gesetzentwurfs über die Eisenbahnbaudotation in der 7. Finanzperiode hat der Ausschuß beschlossen, daß der beantragten nachträglichen Genehmigung der Kosten für den Glaspalast beizustimmen sey, daß aber der Rückersatz an die Eisenbahnbaukasse, aus welcher die fraglichen Fonds entnommen wurden, nicht durch Anlehensaufnahme bewerkstelligt, sondern aus den Aktivbeständen der 4. und 5. Finanzperiode gedeckt werden solle. (Nürnb. K.)

München, 20. Febr. Se. Maj. der König haben nachstehende Veränderungen im Justizpersonale des Heeres genehmigt:

Befördert wird zum Bataillons-Auditor: Der Unterauditor Christian Frhr. Hirschberg bei der Kommandantschaft Ingolstadt.

Ernannt wird zum Unterauditor: Der Soldat und Auditoriats Praktikant Adolph Leithner vom 4. Jäger-Bat. beim 4. Armee-Divisions-Kommando.

Versetzt werden: Der Bataillons-Auditor Gg. Ibrl vom 6. Jäger-Bat. zum Inf. Leib-Reg.; die Unterauditore Leopold Gutmayr von der Kommandantschaft Rosenberg zum 6. Jäger-Bat. und Jos. Deisch-Rosenberg vom 4. Armee-Divisions-Kommando zur Kommandantschaft Rosenberg, dieser unter Fortdauer seiner bisherigen Verwendung in der Garnison Germersheim.

Seine Majestät haben ferner ihrem Flügel-Adjutanten, Oberstlieutenant Ludwig Frhr. v. Zoller die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des Kommandeurkreuzes vom königlich schwedischen Schwert-Orden ertheilt; dem pensionirten Unter-Lieutenant Karl Dutertre die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; dem Unterlieutenant Heinrich Krauseneck vom 10. Infanterie-Regiment die Entlassung aus dem Heere bewilligt, desgleichen dem pensionirten Oberlieutenant Karl Zacherl die Entlassung aus dem Herrverbande mit Pensionsfortbezug; den Junker Karl Frhrn. v. Fechenbach-Laudenbach im 3. Chev.-Reg. zum Unterlieutenant, und zwar bis zur Erledigung einer formationsmäßigen Stelle extra statum befördert; dem pensionirten Hauptmann Karl v. Oelhafen, und dem pensionirten Unterzeugwart Ant. Schmitt, dann dem pensionirten Unterzeugwart Thom. Weigel die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsbezug bewilligt; desgl. dem Hauptmann Max. v. Deroy vom 4. Jäg.-Bat., und dem Unterlieutenant Otto Frhrn. von Guttenberg vom 13. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere; dem pensionirten Hauptmann Hippolyt Graf v. Bothmer, und dem pensionirten Rittmeister Franz Fürst die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande, diesem mit Pensionsfortbezug bewilligt; dem Major Philipp Freiherrn von Podewils, Direktor der Gewehrfabrik, die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des königlich preußischen rothen Adlerordens 3. Klasse ertheilt; dem beim Civil prakticirenden Unterlieutenant Franz Engel die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Belassung seines bisherigen Bezugs als Pension bewilligt; den temporär pensionirten Generallieutenant Karl v. Heideck, genannt Heldegger, bis auf weitere allerhöchste Bestimmung — und den temporär pensionirten Rittmeister Eduard Frhrn. v. Maillot de la Treille bleibend im Ruhestand belassen. Der Unterlieutenant Maximilian Ott vom Ingenieurkorps wurde bei der ersten Genie-Direktion eingetheilt. (Verordn.-Bl.)

München, 20. Februar. Im Einlauf der 1. Kammer befindet sich bereits eine Eingabe und Verwahrung der Besitzer geistlicher Pfründen im Landkapitel Stiefenhofen gegen den Beschluß der Kammer der Abgeordneten, „den Art 4 Ziff. 4 des Kapitalrentensteuergesetzes betr.", d. d. Immenstadt, den 11. Febr. 1856. (A. Abdz.)

Preußen. Berlin, 19. Februar. Die „N. Pr. Z." berichtet noch von einer zweiten Gesellschaft, die sich zur Begründung eines Kreditinstituts verbunden habe. Sie scheine es als ihre Hauptaufgabe zu betrachten, die Interessen des Grundbesitzes zu fördern, habe gleich der ersten um die landesherrliche Genehmigung ihrer Statuten nachgesucht und bestehe aus den Herren: Fürst zu Bentheim, Graf Königsmark, Graf Taczanowsky, Bankier Bleichröder für sich und in procura des Hauses v. Rothschild, Emil v. Haber rc. Das Grundkapital dieser Gesellschaft soll aus 100,000 Aktien zu 200 Thlr. bestehen.

Berlin, 18. Febr. Der Austritt am Freitag im Hause der Abgeordneten ist den „kleinen Herren" sehr unangenehm. Die „Kreuzzeitung" hat gestern den Grafen Pfeil nochmals auf's entschiedenste zurechtgewiesen. Damit aber wird nichts geändert. Die Bekenntnisse des edlen Grafen werfen ein zu helles Licht auf die Absichten der Junker, ihre angeborne und unverantwortliche obrigkeitliche Gewalt herzustellen. Das Gesetz ist nun allerdings mit den Paragraphen angenommen worden, die den Polizeiherrn bei Uebertretungen oder Vergehen gleich den Beamten zur Strafe ziehen; aber sowohl die Opposition wie Herr v. Gerlach stimmten darin überein, daß diese Bestimmungen doch nur da seyen, um den Schein zu retten, als ob die bürgerliche Freiheit geschützt werden solle. Gegen jede Anklage kann die Regierung nach §. 20 Kompetenzkonflikt einlegen und damit ist dem Mißhandelten der Rechtsweg abgeschnitten; der Disziplinarweg aber ist nicht anwendbar. Somit liegt es völlig in der Hand der Regierung, was sie zulassen oder nicht zulassen will. Das Gesetz ist übrigens allerdings ein Messer mit zwei Schneiden. So lange die Regierung mit dem Junkerthum Hand in Hand geht, wird es ihm sehr gut bekommen; sollte jedoch einmal unser staatliches Leben auch nur in die altpreußische Bahn zurücklaufen, so kann dies Gesetz den ritterlichen Polizeiherren sehr schwere Stunden bereiten. Vor der Hand freilich sieht es sehr schön aus, und Herr von Westphalen wird seine politischen Freunde gewiß mit höchster Nachsicht behandeln. Den politisch anrüchigen Gutsherren wird die Polizeigewalt wahrscheinlich gar nicht übertragen werden, da dies im Belieben der Regierung steht; auch hat dieselbe das Recht, jeden Polizeiherrn zu suspendiren oder ihn vom Amte zu entfernen, wenn er sich durch sein Benehmen des erforderlichen Ansehens oder „Vertrauens" verlustig macht. An dieser Leimruthe wird bald jeder kleben bleiben, der nicht im Sinne der Regierung Vertrauen verdient.

Bei den Mittheilungen des Grafen Pfeil über seine Ausübung patriarchalischer Autoritäts-Polizei wird es leicht erklärlich, warum in den östlichen Provinzen, welche sich jener Polizeigewalt stets erfreuten, Unmoralität und Verbrechen in bei Weitem höherer Blüthe stehen, als in den westlichen Provinzen, wo seit der französischen Okkupation die staatliche, die gesetzliche Polizei in Wirksamkeit geblieben. Die Gewöhnung an die Unterwerfung unter eine willkürliche oder, wie die Herren von der Rechten sich ausdrücken, unter eine discretionäre Strafgewalt, macht die Handlungen der Willkür, die Mißachtung des Gesetzes und der Gebote der Sittlichkeit, also Verbrechen und Immoralität geläufig. Diese Wahrheit wird denn auch durch die Thatsachen der Statistik bestätigt. Es kommen auf 100 eheliche Geburten in Schlesien 11 uneheliche, in Preußen 10, in Brandenburg und Sachsen 9, in Pommern 8, in Posen 5, in Rheinland 4 und in Westphalen 3; also 3 gegen 11 bilden hier die Vergleichungspunkte. Aehnlich ist es mit den Verbrechen. Es kommt 1 Verbrechen auf 1433 Einwohner in der Provinz Preußen, auf 1545 in der Provinz Schlesien, auf 1867 in Posen, auf 1972 in Brandenburg, auf 2358 in Pommern, auf 2413 in Sachsen, auf 2570 in Westphalen und auf 3466 in den Rheinlanden. Solche Thatsachen wären wohl geeignet, einen jeden denkenden Menschen zur Besinnung zu bringen; aber der Hochmuth und die Selbstsucht machen blind.

Die gutsherrliche discretionäre Polizeigewalt ist in der That unvollständig ohne Wiedereinführung der **Prügelstrafe**. Die Petitions-Kommission der 1. Kammer hat denn auch empfohlen, eine Anzahl von Petitionen, welche die Wiedereinführung der Prügelstrafe verlangen, dem Ministerium „zur Erwägung“ zu überweisen. Und hier zeigte es sich, daß der konservative Eifer die Regierung schon überholt hat. Denn der in der Kommission anwesende Regierungskommissarius hatte den Uebergang zur Tagesordnung anempfohlen, indem er erklärte:

„Die Staatsregierung könne sich mit Wiedereinführung der Strafe der körperlichen Züchtigung nicht einverstanden erklären. Schon seit 40 Jahren habe sie das Ziel der Beseitigung dieser Strafart im Auge gehabt. Durch das Gesetz vom 6 März 1848 sey endlich die Strafe als gesetzliches Strafmittel im Erkenntniß gegen Militär- und Zivilpersonen gänzlich beseitigt worden. In der Rheinprovinz sey diese Strafe schon seit 50 Jahren abgeschafft. Es sey ein Bedürfniß der Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung nicht als begründet anzuerkennen.“

Ueber der Rede des Grafen Pfeil, der die Konsequenzen des neuen Gesetzes für die ländliche Polizei schon vorweg praktisch gemacht, hatte man übrigens augenblicklich eine Aeußerung des Herrn v. Gerlach übersehen, die nicht minder charakteristisch für seine Partei ist, wie die Auslassungen des Grafen Pfeil. Herr v. Gerlach hatte nämlich den Geist des preußischen Heeres als ein Produkt des Adels bezeichnet; als ihm bemerkt ward, daß auch sehr viele bürgerliche Offiziere im preuß. Heere ständen, entblödete er sich nicht, die Behauptung auszusprechen, daß die bürgerlichen Offiziere von den adeligen zu der ihnen eigenen Ehrenhaftigkeit erst herangebildet würden. Daß der bürgerliche Offizier keine eigene Ehre, sondern nur eine ihm von den adeligen Kameraden übermachte haben solle, wird besonders in den Offizierkorps der Ingenieure und der Artillerie, welche fast durchgehends aus Bürgerlichen bestehen, mit tiefem Unwillen aufgenommen werden. Wenn die bürgerlichen Offiziere nicht mehr Respekt vor der gesetzlichen Redefreiheit der Abgeordneten haben, wie die adeligen Offiziere des Garderegiments bewiesen, die den Hrn. v. Patow wegen einer Aeußerung in der Kammer zum Zweikampf nöthigten, so würde Hr. v. Gerlach einen harten Stand haben. (Z. f. Nordd.)

Graf Pfeil hat der „N. Preuß. Z.“ eine Erklärung eingesandt, in welcher er mit Beziehung auf das englische Friedensrichteramt, das er mit seiner Verfahrungsweise zu identifiziren versucht, sein von ihm selbst mit so rücksichtsloser Ueberhebung verkündetes Verfahren zu entschuldigen bemüht ist. Selbst die „N. Preuß. Z.“ aber findet die Deduktionen des Herrn Grafen völlig ungenügend und verfehlt.

Berlin, 19. Febr. Die Potsdamer Depeschenangelegenheit ist in ein neues Stadium getreten. Der Hauptfaiseur bei der ganzen Geschichte, Decher, ist abermals zur Haft gebracht worden, und theils in Folge seiner Geständnisse, theils aus seiner nunmehr den Behörden in die Hände gefallenen Korrespondenz mit einem hiesigen herrschaftlichen Portier haben sich Thatsachen herausgestellt, die eine neue Untersuchung, und zwar diesmal auf Landesverrath, möglich erscheinen lassen. Darnach ist nun als gewiß anzunehmen, daß die skandalöse Affaire nicht mehr vertuscht werden kann. Ein höherer Beamter in Potsdam, der als Depositar und Mitwisser schon längst bezeichnet und als solcher auch gerichtlich vernommen ist, sieht sich durch die üble Nachrede, die ihm seine angebliche Betheiligung zugezogen hat, veranlaßt, mit einer genauen Darstellung des Sachverhalts seine Rechtfertigung zu führen; wie es heißt, ist dieselbe demnächst zu erwarten. (H. N.)

× **Berlin**, 20. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Da es nothwendig erschienen ist, das Herbergsleben in unserer Stadt, welches immer noch mit den uralten Mißbräuchen in Verbindung geblieben ist, einer Revision zu unterwerfen, und ihm eine zeitgemäße Richtung zu geben, so hat der Magistrat die erforderlichen Schritte in dieser Beziehung gethan, und ist gesonnen, mit aller Strenge darauf zu halten, daß alle veralteten Gebräuche aus dem Zusammenseyn der Gesellen entfernt werden. Es sind dahin besonders die Trinkgelage zu rechnen, welche auf Kosten einzelner Gesellen, die durch einen Herbergsspruch verurtheilt sind, bestritten werden.

Sachsen. Leipzig, 17. Febr. Dem Vernehmen nach hat die **Kreditgesellschaft**, welche sich hier für ganz Deutschland bilden wollte, vor der Hand die Genehmigung der Staatsregierung nicht erhalten. — Der **Güterverkehr** auf den hiesigen **Eisenbahnen** wächst fortgesetzt in einer solchen Ausdehnung, daß die Bahnhofsräume nicht mehr ausreichen, und daß man sich in Folge dessen genöthigt sieht, anstoßende oder umfangreiche Areale zu erwerben. Insbesondere gilt dies von der sächsisch-bayerischen und von der Leipzig-Dresdener Eisenbahn. — Die **Bestellungen auf erzgebirgische gewebte Stoffe** aus der Türkei gehen jetzt in so bedeutendem Umfange ein, daß man kaum Hände genug hat, um die großartigen Bestellungen auszuführen. Auch verspürt man jetzt die Folge des **Handelsbündnisses** mit **Oesterreich**, insbesondere durch die belangreichen Waarenbestellungen aus Böhmen. Hauptsächlich wirkt dazu der gegenwärtige gute Stand der österreichischen **Banknoten**. (Schw. M.)

Hannover. Hannover, 18. Febr. Die „Hannoversche Zeitung“ bezeichnet die Nachrichten über Differenzen im Schooße des **Ministerium** und über Entlassungsgesuche einzelner Minister als unbegründet.

Württemberg. Stuttgart, 20 Febr. Die **Eröffnung der Landstände** durch den Minister des Innern, v. **Linden**, fand heute Vormittag im Auftrag Sr. Maj. des Königs um 11 Uhr statt. Die Eröffnungsrede verspricht die Vorlage von Gesetzentwürfen über die Ablösung, Gemeindeverfassung, Kirchendiener-Entschädigung, Ueberführung und staatsrechtliche Stellung der Israeliten, Agrikultur, Preßvergehen, Volksschulwesen, Gewerbe-Verhältnisse, Eisenbahnbau nach Pforzheim und Nördlingen. Die wichtigsten Stellen derselben lauten, wie folgt: „Die aufrichtigen Bemühungen der Regierung, die in der **Ablösungsgesetzgebung** und in der **Gemeindeverfassung** durch Rücksichten der Gerechtigkeit, der Billigkeit und des Gemeindewohls geforderten Reformen zu bewirken und damit zugleich die bei der deutschen Bundesversammlung anhängig gemachten Beschwerden gegen die Gesetzgebung der Jahre 1848 und 1849 zu beseitigen, haben auf dem letzten Landtage zu keinem Resultate geführt. Nachdem inzwischen nach dem Bundesbeschluß vom 25. Oktbr. v. J. der Regierung die Aufforderung geworden ist, den erneuerten Versuch zu machen, die von der deutschen Bundesversammlung im Allgemeinen als begründet erkannte Beschwerdesache der Standesherren im Wege der Vereinbarung mit den Betheiligten zu erledigen und zum landesverfassungsmäßigen Abschlusse zu bringen, war die Richtung bezeichnet, in welcher die schwebende Angelegenheit ihrer Lösung entgegengeführt werden sollte. Die hienach mit den Bevollmächtigten der Betheiligten angebahnten Verhandlungen sind im Gange. Sollte eine befriedigende Vereinbarung zu Stande kommen, so zweifle ich nicht, daß die hieran sich knüpfenden Verhandlungen der Stände des Landes im Einklang mit den Bemühungen der Regierung von einem — die Versöhnung der obwaltenden Gegensätze anstrebenden — Geiste getragen seyn werden. Im Zusammenhang mit diesem Gegenstande stehen die — durch die Art seiner Erledigung mannichfach bedingten Entwürfe von Gesetzen über die Kompetenzlasten, über die Einwirkung der Ablösungsgesetze auf das Einkommen der Kirchen- und Schuldiener und über die **Abänderung der Gemeindeordnung**. Durch das letztere Gesetz sollen die in der bisherigen Erfahrung, zumal in Folge der gesetzgeberischen Umwandlungen der neueren Zeit, hervorgetretenen Mängel in der Gemeindeverfassung und Verwaltung, im Interesse des Ganzen, sowie der hiedurch vorzugsweise benachtheiligten Klassen der Gesellschaft, beseitigt werden. In enger Verbindung hiemit wären die alsdann ebenfalls einzubringenden Gesetzesentwürfe über das Uebersiedlungsrecht und über die Verhältnisse der Israeliten.“ . . . „Auch ist die Regierung bedacht auf die Vorlage eines Gesetzesentwurfs, betreffend die Vollziehung der Vorschriften des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854, über die Untersuchung und Bestrafung von Preßvergehen und die Unterdrückung von Druckschriften gesetzwidrigen Inhalts.“ . . . „Die günstigen Ergebnisse des Eisenbahnbetriebes gestatten der Regierung, auf eine Erweiterung des bestehenden Eisenbahnnetzes zunächst in den für den Verkehr besonders wichtigen Richtungen nach Pforzheim und Nördlingen hinzustreben. Von dem Gange der diesfalls mit den Nachbarstaaten Baden und Bayern eingeleiteten Verhandlungen wird es abhängen, wann behufs der erforderlichen Kredite die geeigneten Anträge an die Stände gebracht werden können.“

✗ **Kurhessen.** Kassel, 21. Februar. (Priv.-Korr.) Die Hauptunterzeichner der Petition an die kurfürstliche Regierung um Versetzung des Metropoliten **Hoffmann** und Pfarrers **Ruckert** von der hiesigen reformirten Gemeinde, wurden heute vor das Polizeigericht geladen. (In dieser Petition war den genannten Predigern der Vorwurf gemacht, daß sie sich in ihren Predigten und sonstigem Wirken von den Lehren der reformirten Kirche entfernten und der lutherischen Lehre sich zuneigten.)

Anhalt. Bernburg, 14. Febr. Am 28 Januar wurde der Landtag unsers Herzogthums von dem Staatsminister v. Schätzell mit einer Rede eröffnet, aus welcher zu bemerken, daß die größere Ruhe und Zurückgezogenheit von den Regierungssorgen für das Befinden des **Herzogs** bereits von den geseg-

ntisten Folgen begleitet sind und dies zu den freudigsten Hoffnungen für den weitern Erfolg berechtigt.

Oesterreich. Wien, 18. Februar. Wie ich höre, hat die Regierung ernstlich den Willen, auch die von ihr begonnenen Bahnen in Ungarn an Private zu überlassen. (Allg. Ztg.)

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Febr. Der Minister für das Herzogthum Schleswig, Konferenzrath Raaslöff, hat seine Demission eingereicht. Der Kultusminister Hall wird sein Portefeuille interimistisch übernehmen. (H. C.)

Pastor Hansen von Viöl in Schleswig, wurde am 16 d. abgeführt, um in Rendsburg eine dreijährige Festungsstrafe abzubüßen. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 15. Februar. Außer den Anleihe-Bedingungen wurden den gestern Nachmittags auf dem Schatzamte versammelten Kapitalisten von dem Schatzkanzler auch die Bedingungen der beabsichtigten Schatzschein-Consolidirung mitgetheilt. Auf mehrseitig an ihn ergangene Anfragen erwiderte der Schatzkanzler, der Gesammtbetrag der gegenwärtig vorhandenen schwebenden Schuld (Schatzscheine) belaufe sich auf ungefähr 23 Millionen L.

London, 18. Februar. Der Herzog v. Wellington, welcher kürzlich seine Entlassung als Oberstallmeister eingereicht, weil er im Oberhause bei der Abstimmung über den Antrag Lord Lyndhursts in Betreff der Pairiefrage gegen die Regierung gestimmt hatte, wird auf seinem Posten verbleiben, da die Königin seine Entlassung nicht angenommen hat.

Auf der Haide von Hampstead, in der Nähe von London, ward 18. d. früh die Leiche des Parlaments-Mitgliedes J. Sadleir, gefunden. Eine große Flasche mit der Etiquette „Bittermandel-Essenz" und eine silberne Milchkanne, beide eine geringe Quantität des erwähnten Giftes enthaltend, lagen in der Nähe. Daß der Verstorbene seinem Leben ein Ende gemacht hat, scheint nicht zweifelhaft zu seyn. 1848 war er Präsident der London and County Joint-Stock Banking Company und leitete die Gesellschaft mehrere Jahre hindurch mit großem Geschick. Vor einigen Monaten legte er diese Stelle nieder, und wiewohl seine Verbindung mit der Gesellschaft fortdauerte, nahm er doch keinen thätigen Antheil mehr an ihren Geschäften. Dem Vernehmen nach hatte er viele der durch den Encumbered Estates Court in Irland versteigerten Ländereien angekauft und sich in mehre großartige kommerzielle Unternehmungen eingelassen.

Admiral R. Saunders Dundas ist auch für dieses Jahr zum Befehlshaber der Ostsee-Flotte ausersehen.

Bei der letzten Sitzung der königlichen geographischen Gesellschaft in London wurde mitgetheilt, daß ein Mitglied, Hr. Uzielli, sich erboten hat, 10,000 Pfd. Sterl. für eine Erforschungs-Expedition nach Australien zur Verfügung zu stellen, falls die Regierung sich nicht entschließen sollte, eine auf öffentliche Kosten auszusenden.

Frankreich.

Paris, 18. Febr. Schon ist hier eine Anzahl diplomatischer russischer Damen eingetroffen. An der Spitze dieser russischen Damen steht die Fürstin Lieven. Den zweiten Rang nimmt die Tochter des russischen Staatskanzlers Grafen Nesselrode ein, welche ihre Korrespondenzen an Frau Zographos, Gattin des griechischen Ministers in Petersburg, richtet. Ferner gehören dazu Madame Kalergi, Nichte des Grafen Nesselrode, die Fürstin Zutzo, die Damen Obreskow, wovon die eine an einen französischen Grafen und die andere an den Fürsten Zutzo, Attache bei der griechischen Gesandtschaft in Petersburg, verheirathet ist; Madame Marazli, von Geburt eine Griechin und Besitzerin eines großen Gutes in der Nähe von Odessa; die Gräfin Ypsilanti, eine unter russischer Protektion lebende Griechin, und Frau v. Meyendorff, Gemahlin des ehmaligen russischen Gesandten in Berlin; mit Ausnahme der Damen Obreskow und Marazli, und der Tochter Nesselrode's, die sich schon seit längerer Zeit in Frankreich aufhalten, sind die übrigen Damen erst seit den Friedens-Nachrichten nach Paris gekommen. (K. Z.)

Paris, 18. Febr. Man arbeitet gegenwärtig an einer großen Reform in der Justiz-Verwaltung. Die Zahl der Assisenhöfe nämlich, die jetzt jener der Departements gleichkommt, soll auf 27 vermindert werden, und dieselben sollen fortan nur über Verbrechen aburtheilen, welche Todesstrafe, Deportation oder Zwangsarbeit von längerer oder kürzerer Dauer nach sich ziehen können. Alle sonstigen Verbrechen sollen zuchtpolizei-gerichtlich abgeurtheilt werden. Das System, das eingeführt werden soll, wird demnach dem Geschwornengerichte einen großen Theil seines Wirkungskreises entziehen; dasselbe ist übrigens bloß eine Erweiterung des unter der jetzigen Regierung vorherrschenden Systems, welches der Jury bereits die Preßvergehen und die politischen Vergehen entzogen hat. (K. Z.)

Paris, 19. Februar. Die Flüchtlinge von Brüssel, Guernsey und London werden sehr überwacht; man schreibt diese Zunahme von Vorsichtsmaßregeln verschiedenen Korrespondenzen zu, welche von bevorstehenden Versuchen reden. So soll in einem Briefe gesagt werden, Lamoricière verkündige die baldige Rückkehr von Henri V., der sich auf die Fusion berufe und sich nur auf sehr fähige Männer stützen wolle. (K. Z.)

Italien.

Rom, 12. Febr. Vor einigen Wochen wurde in dem Hause eines gewissen Civettola ein großer Vorrath von Stichwaffen aufgefunden. Er selbst aber entzog sich den Nachforschungen bis jetzt und wurde erst dieser Tage, als er eben nach Bologna abreisen wollte, gefangen. Macht er Enthüllungen, so wird hier Mancher eingezogen werden; denn er wird für ein Hauptorgan unter denen angesehen, welche in der Bewegungszeit ein bekannter Agitator ferri de bottega zu nennen beliebte.

Dem ambrosianischen Ritus zufolge schließt der Karneval in Mailand, statt am Karnevals-Dinstag, erst am folgenden Samstag um Mitternacht. In diesem Jahre nun wollte der Erzbischof von Mailand, sich auf das Konkordat stützend, das Wort Mitternacht streng genommen wissen und verlangte, daß die Theater und Bälle pünktlich um 12 Uhr geschlossen würden. Die österreichischen Behörden widersetzten sich dem aber auf die entschiedenste Weise, und es ward auch wirklich bis Sonntag Morgens getanzt. (K. Z.)

Neapel, 14. Febr. Die Via Appia, die im benachbarten Kirchenstaat durch die pontinischen Sümpfe führt, stand, was die Strecke zwischen Velletri und Terracina anbelangt, von jeher in sehr üblem Ruf. Oft haben Räuberbanden, die im angränzenden Volskergebirge hausten, dort ihr Unwesen getrieben, und noch jetzt beherbergt die Strafanstalt von Spoleto in der Residenz der ehemaligen dortigen longobardischen Herrscher die Ueberreste der Bande Gasparoni's, die vor beiläufig dreißig Jahren bei der Abtei Fossanuova sich durch eine Art von Kapitulation ergab. Gegenwärtig aber sind es nicht etwa formirte Banden, die stationär von den Gebirgen aus die Straße belagern, sondern die Bewohner der anliegenden Ortschaften des Kirchenstaats, die sich bei Nacht und Nebel zusammenrotten, und oft zu zehn bis zwölf an der Zahl vermummt und bewaffnet aus dem Gestrüpp hervorspringen, um den Reisenden höflichst einzuladen, ihnen das Seinige zurückzulassen. Nach vollbrachter That zerstreuen sie sich wieder. So ward in diesen Tagen bei der Station Torre tre Ponti eine Schauspielergesellschaft, die von Rom hierher reiste, angefallen, und aller ihrer Habseligkeiten beraubt. Und doch kann nicht in Abrede gestellt werden, die päpstliche Regierung läßt ihre Straßen durch ihre Gendarmerie, die sich von jeher als sehr tüchtig bewährt hat, sehr streng überwachen. Man muß aber wirklich die außerordentliche Frechheit dieser Wegelagerer anstaunen. Ich kenne einen Fall, daß Einer, der mit Postpferden reiste, zur Nachtzeit angehalten und beraubt wurde, und doch waren kaum zehn Minuten vergangen, daß zwei Gendarmeriepatrouillen die eine der andern folgten. In dem kurzen Zwischenraum der Aufeinanderfolge war der Raub vor sich gegangen. (A. Z.)

Griechenland.

Nachrichten aus Athen vom 12. Februar zufolge war König Otto erkrankt. (T. D. d. Köln. Z.)

Amerika.

New-York, 6. Febr. 39 Kongreß-Mitglieder haben gegen die Wahl des Hrn. Banks zum Sprecher des Repräsentantenhauses als eine gesetzwidrige protestirt. In der gestrigen Sitzung beschäftigte der Senat sich mit der zentralamerikanischen Frage. Es wurden bei dieser Gelegenheit heftige Reden gegen England gehalten.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

⊙ Berlin, 20. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Der russische Bevollmächtigte Graf Orloff ist heute früh nach Paris von hier abgereist. Derselbe hatte gestern die Ehre, zur königlichen Tafel geladen zu werden. — Der außerordentliche preußische Bevollmächtigte Oberst v. Manteuffel, dessen Abreise von Wien schon verschiedentlich gemeldet worden ist, bleibt

dem Vernehmen nach noch so lange daselbst, bis die Entscheidung darüber getroffen seyn wird, ob Preußen die Konferenz in Paris beschicken wird oder nicht.

* **Frankfurt**, 21. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Wie wir aus guter Quelle hören, ist in der heutigen Sitzung der Bundesversammlung die **österreichische Vorlage** mit den bekannten Modifikationen einstimmig von der hohen Versammlung angenommen worden.

Stockholm, 12. Febr. Die „Post och Inrikes Tidningar", unsere offizielle Zeitung, erklärt das durch die „Oesterr. Ztg." verbreitete Gerücht: **die schwedische Regierung habe die Bedingung, Bomarsund nicht wieder zu befestigen, für unnöthig angesehen**, — indem sie dies als unbedeutend und Rußland nur zwecklos demüthigend betrachtet habe, für eine aller Wahrheit entrathende Erdichtung, mit der Versicherung, sich hierüber zur größeren Gewißheit gehörigen Ortes die zuverlässigsten Aufschlüsse verschafft zu haben. „Post och Inrikes Tidningar" fordert außerdem auch alle Zeitungen auf, so viel als möglich zur Verallgemeinerung dieser Berichtigung in einer für den Norden so äußerst wichtigen Angelegenheit beizutragen. (K. Z.)

* **Paris**, 19. Febr. Von Bedeutung unter den gegenwärtigen Umständen ist ein Artikel von Granier de Cassagnac im halbamtlichen „Constitutionnel" über die **heilige Allianz** von 1815. Die hl. Allianz erklärt er für einen großen politischen Akt, der aber auch an einem großen Fehler gelitten habe, nämlich am unbegrenzten Haß gegen den Geist der französischen Republik. Der jetzigen Lage Frankreichs und Europas aber entspräche sie nicht mehr. „Der Friede der Völker — sagt Hr. Cassagnac — erheischt die Bildung einer neuen heiligen Allianz, welche nicht auf Mißtrauen gegen Frankreich fußt, denn keine europäische Organisation gegen oder ohne Frankreich kann auf Bestand zählen. — Diese neue Vereinigung der großen europäischen Staaten, wird demnächst in Paris befestigt werden. In dem Umstande, daß Paris zum Sitze des Kongresses auserschen wurde, liegt ein erster Beweis der aufrichtigen Rückkehr zu Frankreich. Diese Frankreich zu Theil gewordene erste und gerechte Genugthuung — heißt es weiter — bedingt eine zweite, die Jeder erwartet und die den ersten Gedanken, wenn nicht die erste Handlung des zusammentretenden Kongresses bilden wird; wir sprechen von der Modifikation der Schlußakte des Wiener Kongresses, durch welche sich alle kontrahirenden Theile verpflichten, nie mit der napoleonischen Dynastie zu verhandeln." Es ist nicht unmöglich, daß gewisse wichtige Dinge, welche seit 1830 den vom Wiener Kongresse sanktionirten Stand Europas verändert haben, auf dem Pariser Kongresse zur Beachtung und Bearbeitung kommen werden, aber was an dem Traktate von 1815 sicher verändert werden wird, das ist — sein Geist!"

Paris, 20. Febr. Heute las man mit einiger Verwunderung im „Moniteur" einen Artikel aus dem „Siecle", worin dieses Blatt dem „Journal des Debats" auf seine Betrachtungen über den dritten und fünften Punkt des österreichischen Ultimatum antwortet, und aus dem zu entnehmen wäre, daß Frankreich Rußland gegenüber sehr starke Forderungen stellen werde. (Zerstörung der Kriegswerfte von Nikolajeff.) Soviel ich heute hörte, waltet hier ein Irrthum vor, indem der „Moniteur" einen andern Artikel aus dem „Siecle" hätte aufnehmen sollen, welcher als eine Antwort auf den letzten heftigen Timesartikel zu betrachten ist. Dies ist also nichts als ein Fehlgriff des Redakteurs des offiziellen Organs, den die ängstliche Börse schon für ein diplomatisches Ereigniß genommen hatte. — **Am nächsten Montag, den 25. Febr., werden die Konferenzen eröffnet werden.** Am nämlichen Tage wird, wie ich Ihnen bereits mittheilte, im Ministerium des Aeußern ein Diner von 30 Konverts stattfinden, und nach demselben eine große Soiree, wozu 600 Personen eingeladen werden. (Fr. P.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 21. Februar. Für österr. Kredit-Aktien und Staatsbahnaktien bewilligte man etwas höhere Kurse, während Metalliques und Bankaktien niedriger abgegeben wurden; auch Eisenbahnaktien und Darmstädter Bankaktien wurden billiger verkauft.

Junge Darmstädter Bankaktien wurden zu 297, und Homburger Landesbank von 269 bis 272 umgesetzt.

Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 128 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 102 P. 101 3/4 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 296 P. 294 G.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 89 3/4 P. 89 1/2 G.
„ 5pCt. Metall. alte 79 3/4 P. 79 1/4 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86 1/2 G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81 9/16 P. 81 5/16 G.
„ 4 1/2pCt. „ 71 P. 70 3/4 G.
„ 4pCt. „ 63 1/4 P. 63 G.
„ 3pCt. „ 49 P. 48 1/2 G.
„ 1pCt. „ 16 1/8 P. 15 7/8 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1181 P. 1176 G.
Oesterreichische Credit-Actien 151 P. 149 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101 3/4 P. 101 1/4 G.
„ 4 1/2pCt. „ 100 7/8 P. 100 5/8 G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3 1/2pCt. „ 86 3/4 P. — G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95 3/8 P. 94 7/8 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 163 1/2 P. 163 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 130 3/4 P. 130 1/4 G.
Preussen 3 1/2pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87 1/2 G.
Würtlemberg 4 1/2pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
„ 3 1/2pCt. „ 89 3/4 P. 89 1/4 G.
Baden 3 1/2pCt. Obligationen von 1842 89 P. 88 1/2 G.
Badische 50 fl. Loose 77 1/2 P. 77 G.
„ 35 „ „ 48 1/4 P. 48 G.
Grossh. Hessen 4 1/2pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99 3/4 P. 99 1/4 G.
„ 3 1/2pCt. „ — P. 93 1/4 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113 1/2 P. 113 G.
„ „ 25 „ „ 33 1/2 P. 33 1/4 G.
Darmstädter Bankaktien 332 P. 330 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39 1/4 P. 39 1/4 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 61 1/8 P. 61 G.
Nassau 3 1/2pCt. Obligationen 90 1/2 P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 1/2 P. 30 1/4 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 1/2 P. 85 G.
„ 3 1/2pCt. „ alte 93 1/4 P. 92 3/4 G.
„ 3 1/2pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 121 1/2 P. 121 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 330 P. 328 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 82 P. 81 1/2 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38 1/8 P. 38 7/8 G.
„ 1pCt. neue 23 7/8 P. 23 3/4 G.
Holland Integrale 63 3/4 P. 63 1/4 G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 1/2 P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/4 P. 100 1/2 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G.	Mail. i.S.L. 250k S 101 1/8 P 100 7/8 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	do. 3 Monat mit 5% 101 P 100 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94 1/4 P. 94 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 97 3/8 P. 97 1/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 1/4 P 94 G.
Hamb. MB. 100 k S 89 P 88 3/4 G.	Wien fl. 100 C. k S. 115 1/4 P. 115 G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 114 5/8 P. 114 3/8 G.
Disconto — P. 3pCt. G.	

Wien, 20 Februar. Oesterr. 5pCt Nat. Anl. 84 5/8; 5Cpt. Met 83 3/8; 4 1/2pCt. 73 1/8; Lotterie-Anlehensloose von 1839 135 1/2; ditto von 1854 105 1/2; Bankaktien 1030; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian Anleben —; Nordbahnaktien 2680; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 297; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 685; österr. Staatsbahn-Aktien 351. Wechselkurse: Augsburg uso 104 1/4 P.; London 10. 13. P. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

London, 16 Febr. Eine herrliche nützliche Erfindung, die auch in der Weltausstellung figurirte, ist das für Kranke bestimmte **hydrostatische Bett** des Doktors Niel Arnott. Dieses Bett, das weichste, das je erdacht wurde und gegenwärtig in den englischen Spitälern eingeführt wird, ist folgendermaßen beschaffen: In eine gewöhnliche hölzerne Bettstelle legt man eine Matraze, die von wasserdichtem Zeug gefertigt ist und mit Wasser statt Roßhaar und Wolle gefüllt wird. Auf diese erste Matraze legt man eine zweite dünne, mit wenig Wolle gefüllte. Die Decke ist dieselbe, wie bei allen andern Betten. Die wasserdichte Matraze ist aber nicht ganz voll mit Wasser gefüllt, so daß das Wasser, wenn man einen Druck auf einen Punkt ausübt, in die denselben umgebenden Theile zurückfließt. Das Bett nimmt daher die Form des Körpers an, welches auch seine Lage seyn mag, und der Druck, der sich gleichmäßig und auf größere Flächen vertheilt, ist nirgends fühlbar. Ein weiterer Vortheil des Bettes ist, daß man es nicht frisch zu machen braucht, was bei langwierigen Krankheiten von großem Nutzen ist. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 54.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 23. Februar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Die „N. Münchn. Z." meldet nun amtlich, daß dem k. Direktor der Regierungs-Finanzkammer von Schwaben und Neuburg, Karl v. Pachmayer, das Ritterkreuz des k. Verdienstordens der bayer. Krone verliehen wurde; dem Oekonomen Felix Villeroy zu Rittershof wurde von Sr. Maj. dem Kaiser der Franzosen das Offizierkreuz des Ordens der Ehrenlegion ertheilt.

Aus München, 20. Febr. wird der „Augsb. Abendz." geschrieben: „Nach verlässigen Mittheilungen über den Stand der Gerichtsorganisationsfrage soll dieselbe allerhöchsten Orts in den jüngsten Tagen dahin gediehen seyn, daß bezüglich derselben vom Staatsministerium statt der seitherigen Einen Gesetzesvorlage deren zwei proponirt werden sind, deren erste die Einführung eigener, von der Regierung anzustellender Notariats-Beamter bezweckte, die andere aber die Errichtung der in dem Gesetze vom Jahre 1848 und 1851 stipulirten Bezirksgerichte, mit dem Wirkungskreise der Kriminal-Untersuchung und der streitigen Rechtspflege für Objekte von höherem Belange als 150 fl. beabsichtigte. Der erste derselben, die Einführung von Notariatsbeamten betreffende, soll an entscheidender Stelle abermals auf nicht zu überwindenden Widerstand gestoßen seyn, der zweite aber Billigung erfahren haben. Dabei würden die jetzigen Landgerichte in ihrem ganzen Wirkungskreise, soweit derselbe durch die Bezirksgerichte nicht alterirt wird, erhalten u. ihnen, wie seither die Gegenstände des mündlichen Verhöres, das Hypothekenwesen, Polizei u. s. w., jedoch ohne kollegiale Zusammensetzung, belassen bleiben. Ob das Ministerium den zweiten Gesetzentwurf ohne den ersten sich aneignen, wem in solchem Falle die dadurch erledigte freiwillige Gerichtsbarkeit übertragen, und welcher Ansicht alsdann die Kammern seyn werden, das vermag noch nicht mit Wahrscheinlichkeit vorausgesagt werden. — Die Beschwerde aus Kitzingen, die Verletzung verfassungsmäßiger Wahlfreiheit betreffend, vom Ausschuß als materiell und formell begründet erachtet, scheint in der Kammer selbst andere Beurtheilungen zu erfahren. Gewichtige Stimmen, man nennt besonders den Abg. Prof. Weis, wollen in dieser Angelegenheit alle konfessionelle Einmischung ausschließen, und sie lediglich und ganz allein von staatsrechtlichem Standpunkte betrachtet wissen, wobei sie dann zu einem dem Antrag des Ausschusses ganz widerstrebenden Resultat gelangen. Die Verhandlung wird wahrscheinlich auf die Tagesordnung für übermorgen gesetzt werden."

** München, 22. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Der 2 Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat gestern den Gesetzentwurf bezüglich der Zinsengarantie für die durch Privatgesellschaften zu erbauenden Eisenbahnen berathen und beantragt dessen Annahme mit drei Zusätzen, nämlich 1) daß der Bau der verschiedenen Linien in 7 Jahren vollendet seyn müsse; 2) daß, wenn die Bahnen mehr als 4½ pCt. ertragen, die Hälfte des Mehrertrags zur Zurückzahlung an den Staat für etwa geleistete Zinszuschüsse zu verwenden sey und 3) daß der Tarif der Privatbahnen die Maximalsätze der für die Staatsbahnen erlassenen Tarife nicht überschreiten dürfe. Die Staatsregierung hat gegen diese Zusätze keine Einwendung zu machen und es steht so die Annahme des Gesetzentwurfs in sicherer Aussicht.

Bei der Kammer der Reichsräthe ist schon noch eine zweite Eingabe gegen die Besteuerung der Fundationskapitalien der geistlichen Pfründen eingelaufen. Diese Vorstellung ist von dem Landkapitel Baisweil (Schwaben und Neuburg) und schließt mit folgenden Worten: „Wenn nun die gehorsamst Unterzeichneten es wagen, in aller Ehrerbietung sich an eine hohe Kammer der Reichsräthe zu wenden, bittend, dem Beschlusse der Abgeordnetenkammer ihre Zustimmung zu versagen, so glauben dieselben mit diesem Schritte keineswegs dem Gerechtigkeitssinne hochderselben vorgreifen oder ihn in Zweifel ziehen zu wollen rc., nein, sie bitten nur um das, was die Verfassungs-Urkunde jedem Mitgliede des Staats garantirt: um Gleichheit vor dem Recht.' Unterzeichnet ist die Eingabe von 20 Pfarrern und 1 Benefiziaten. — Von dem Landkapitel Oberföhringen bei München ist eine Eingabe gleichen Inhalts an die I. Kammer gerichtet worden. (B. Lbt.)

München, 22. Febr. Dem Vernehmen nach begibt sich General v. Liel, der Bevollmächtigte Bayerns bei der Militär-Kommission am Bunde, welcher vor einigen Tagen hier angekommen ist, heute oder morgen nach Frankfurt und von da nach Paris in besonderer Sendung. (Bayr. Lobötin) (Auch aus Wien wird geschrieben, daß, obgleich der deutsche Bund bei den Friedenskonferenzen nicht besonders theilnimmt, doch eine Anzahl deutscher Diplomaten zur Zeit der Konferenzen in Paris sich aufhalten solle. — Ob etwas Wahres an dieser Nachricht ist, mag dahingestellt bleiben; daß aber Hrn. v. Liel's Reise diesen Zweck hat, ist zu bezweifeln.)

Aus Rheinbayern, 18. Februar. Der neulich erwähnte Regierungserlaß „die Handhabung der Polizeistunde in den Städten der Pfalz betr.", lautet wörtlich: „Speyer, 19. Januar 1856. Es sind mehrere Fälle zur Kenntniß der unterfertigten Stelle gelangt, in welchen von Seite der Polizeiorgane in anständigen städtischen Gasthöfen die Polizeistunde angesagt und förmlich abgeschafft wurde, ohne Rücksicht darauf, daß sich unter den Gästen Fremde befanden, welche so eben erst angekommen und im Begriffe waren, Erfrischungen einzunehmen. Ein solches Verfahren ist nur dazu geeignet, anständige Reisende zu belästigen und unnöthiges Aergerniß zu verursachen. Die unterfertigte Stelle sieht sich daher veranlaßt, daß in den anständigen Gasthöfen der Städte des Regierungsbezirkes von einer regelmäßigen Abschaffung Umgang zu nehmen, und daß durch die Polizeiorgane in solchen Gasthöfen nur dann abzuschaffen und einzuschreiten sey, wenn in denselben nächtliche Ruhestörungen oder andere Exzesse und Gesetzesübertretungen wahrgenommen werden. Hiernach haben die k. Landkommissariate die Polizeikommissäre und die städtischen Polizeibehörden geeignet anzuweisen. Königl. bayerische Regierung der Pfalz, Kammer des Innern. gez. Hohe. Ernestini." (Mainz. J.)

Württemberg. Ludwigsburg, 20. Februar. Die HH. Imanuel Paulus, David Hardegg und Genossen, die an der Spitze unserer Ludwigsburger Palästinenser stehen, gedenken einstweilen hier zu Lande eine Kolonie europamüder Gesinnungsgenossen zu gründen, und haben zu diesem Behufe um die Summe von 63,000 fl. beinahe sämmtliche Parzellen des Hardthofes bei Wolfsölden, Oberamts Marbach, an sich gebracht; nur mit einem der Hofgutsbesitzer sind sie noch nicht handelseinig geworden. Uebrigens wird demnächst eine Kommission aus dieser Gesellschaft wirklich den Wanderstab ergreifen und ins heilige Land ziehen, um die einleitenden Schritte zur einstigen Kolonisation zu thun; 18,000 fl. sollen zu diesem Zweck bereits gesammelt seyn. — Einer unserer bedeutendsten und thätigsten Industriellen, Blechwaarenfabrikant Vetter, wird mit Hülfe französischer Kapitalisten eine großartige Blechwaarenfabrik im Elsaß errichten — auch eine Frucht der Pariser Ausstellung, wo insbesondere seine Käfige den größten Beifall fanden. (Heilbr. Tagbl.)

Hannover. Das Bürgervorsteherkollegium in Osnabrück ist mit seiner Eingabe um Zulassung Stüves zur Ständeversammlung vom Ministerium als „nicht legitimirt" abgewiesen worden.

Oesterreich. Die österreichische Regierung hat wirklich, wie schon früher gerüchtweise verlautete, eine erweiterte Amnestie für die lombardisch-venetianischen Flüchtlinge erlassen. Da das betreffende Dekret nicht in den gewöhnlichen Formen veröffentlicht wird, so theile ich das Hauptsächliche daraus aus sicherer Quelle mit. Die Amnestie ist allgemein, aber legt allen denjenigen, die dieselbe benutzen wollen, die Verpflichtung auf, binnen Jahresfrist um dieselbe einzukommen, gleichviel ob sie in einem andern Staate Bürgerrecht erlangt haben oder nicht, oder ob sie regelmäßig oder unregel-

mäßig aus dem österreichischen Unterthanenverbande ausgetreten sind oder nicht. Diejenigen, welche wieder in den österreichischen Staat eintreten wollen, haben um die Erlaubniß dazu anzuhalten, und sind sie eingetreten, so hört sofort die Kraft des Sequesters auf. Diejenigen, welche im Ausland verbleiben wollen, haben dazu die Ermächtigung der österreichischen Regierung einzuholen, und werden die Gründe für triftig befunden, so erhalten sie zugleich mit der Bewilligung auch die Aufhebung des Sequesters, mit Ausnahme einiger Fälle, für welche die Obliegenheit Platz greift, in einer gegebenen Zeit ihre Güter zu veräußern. Diejenigen, welche keinerlei Gesuche einreichen, werden als bürgerlich todt angesehen, und ihr Vermögen wird den betreffenden Erben eingehändigt werden. (Schw. M.)

§ **Wien**, 20. Februar. (Privat-Korrespondenz.) In den hiesigen diplomatischen Kreisen hält man die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen **Oesterreich** und **Sardinien** für nahe bevorstehend.

Wien, 18. Febr. Einem Gerüchte zufolge gedenken II. MM. der Kaiser und die Kaiserin ehestens einen Ausflug nach Italien zu unternehmen. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 19. Febr. Der König hat die Demission des Ministers für das Herzogthum Schleswig, Herrn Raasloff, angenommen. Statt seiner fungirt interimistisch der Kultusminister, Herr Hall. — Der Reichstag wird am Donnerstage, 21. d. M., geschlossen werden. (Z. f. Ndd.)

Frankreich.

Paris, 18. Febr. Eine amtliche Veröffentlichung über das französische **Postwesen** zeugt von dem sehr raschen Aufschwung, welchen der Briefverkehr in Frankreich seit und in Folge der liberalen 1848er Reform genommen, durch welche für das ganze Land die gleichförmige Taxe von nur 20 C. eingeführt wurde. Die Anzahl der Briefe ist voriges Jahr auf 233¼ Millionen gegen nur 122 Millionen des Jahrs 1848, und das Portoeinkommen, Anfangs durch die Herabsetzung geschmälert, ist wieder auf 46 Millionen, d. h. um 2 Millionen höher als im letzten Jahr der alten Taxen, gestiegen; hiegegen ist, Dank unsern unerfreulichen Preßzuständen, die Zahl der mittelst Post beförderten Zeitungsblätter gegen 1848 von 129¼ auf 123½ Mill. gefallen. Das Gesammteinkommen der Post erhob sich auf nahe 54 Mill., die Ausgaben nur auf 22¾ Mill., so daß an 21½ Mill. Fr. Reingewinn blieb, noch abgesehen von etwa 30 Mill. Briefen, welche die Post dem Staat gratis beförderte und für welche dieser nach der Taxe über 40(?) Mill. zu zahlen gehabt hätte. (Schw. M.)

Paris, 19. Febr. Mehrere Gesuche aus den Departementen fordern für den erwarteten kaiserlichen Erben den Titel eines „Königs von Algier." (A. Z.)

Paris, 20. Febr. Aus direkter Quelle erfahre ich, daß Graf Walewsky und Minister des Innern sich dahin verständigt haben: während der Dauer der Friedens-Konferenzen der hiesigen Tagespresse einzuschärfen, jeder Polemik über Gegenstände, welche zur Kompetenz der Friedens-Konferenz gehören, sich sorgfältig zu enthalten, und überhaupt durch keine voreiligen Enthüllungen den Gang der Berathungen zu stören. Der Kaiser soll gesagt haben: die Bevollmächtigten der betheiligten Mächte sollen in Paris auf rein neutralem Terrain ihre Aufgabe verfolgen; die Neutralität bringt es aber mit sich, daß die Presse durch leidenschaftliche Debatten auf die Beschlüsse der Konferenz keinen Einfluß auszuüben habe. Mehrere Haupt-Redakteure der Pariser Blätter, darunter jene des „Journal des Debats" und des „Siecle", welche über die Auslegung der österreichischen Propositionen einen heftigen Streit mit einander begonnen haben, sind bereits gestern zum Hrn. Collet Meygret, welcher die obere Aufsicht der Presse führt, beschieden worden, um den Beschluß der Regierung zu vernehmen. Es steht also zu erwarten, daß während der Dauer der Konferenzen gerade die Pariser Blätter am wenigsten davon sprechen werden; dafür treffen die englischen Blätter alle möglichen Vorkehrungen um Tag für Tag über den Gang der Berathungen unterrichtet zu seyn. Ich weiß aus guter Quelle, daß Lord Palmerston Jemanden nach Paris geschickt hat, welcher unter der persönlichen Inspiration des Lord Clarendon die Berichte über die Konferenzen für die „Morn. Post", sein Organ, zu verfassen hat. (Allg. Ztg.)

* **Paris**, 21. Febr. An der Börse war das Gerücht von dem **Rücktritte** des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Graf **Walewski**, verbreitet.

* **Paris**, 21. Februar. Gestern fand beim Grafen Walewsky großes diplomatisches Diner zu Ehren der in Paris eingetroffenen auswärtigen Bevollmächtigten statt. Das große Konzert, das derselbe am Abend der Konferenz-Eröffnung zu geben beabsichtigt, bleibt bis Montag verschoben. Der Saal, in welchem die Sitzungen stattfinden werden, liegt zu ebener Erde auf dem Quai zu. Ein großer, mit einer grün-tuchenen Decke versehener runder Tisch, von 14 Fauteuils umgeben, steht in der Mitte des Salons, der mit den Bildnissen des Kaisers und der Kaiserin in Lebensgröße und mit einer prachtvollen Marmorbüste Napoleons I. geschmückt ist. Zwei Sekretäre, welche das Protokoll führen, werden den Konferenzen beiwohnen, was die 14 Stühle erklärt. Graf Orloff ist heute eingetroffen.

Nachtrag zu den Schicksalen der Mitglieder der deutschen Nationalversammlung.

(Siehe Nr. 23 unserer Zeitung.*)

Ahrens aus Salzgitter, Professor in Grätz. v. Bothmer, früherer hannoverischer Bevollmächtigter, lebt auf seinen Gütern in Pommern. Detmold lebt auf Wartgeld in Hannover. Erbe in Amerika. Fröbel, aus Kalifornien nach New-York zurückgekehrt, hält dort Vorlesungen. Joseph lebt nicht in Amerika, sondern auf seinem Gute in Sachsen. Kollatschek in New-York. Senets, Dr. W. aus Aachen, zeigte seinen Austritt aus der Nationalversammlung wegen Krankheit am 24. Juli 1848 an, brauchte das Bad Soden bei Frankfurt und starb noch in demselben Jahre in seiner Heimath an der Auszehrung. Simon, Ludwig, aus Trier, in Paris, hat in letzter Zeit ein Buch: „Aus dem Exil" veröffentlicht. Venedey in Heidelberg beschäftig sich lebhaft mit literarischen Arbeiten, wie denn erst kürzlich die zwölfte Lieferung seiner Geschichte des deutschen Volkes, welche in vier Bänden bei Franz Dunker in Berlin erscheint, versendet worden ist. Wolf aus Berlin hielt sich zunächst in Zürich auf, ging dann nach London; seit drei Jahren aber ist nichts Weiteres von ihm bekannt geworden. Würth von Sigmaringen lebt als Rechtsanwalt in Chur, Kanton Graubünden, mit seiner ganzen Familie. Kudlich, Hans, als Arzt in New-York.

Heinrich Heine.

Heinrich Heine, der am 17. d. M. in Paris nach achtjährigem Rückenmarksleiden gestorben ist, war in der Neujahrsnacht 1800 zu Düsseldorf geboren, welcher Umstand ihm Veranlassung zu dem Einfalle gab, sich den ersten Mann des Jahrhunderts zu nennen. Er war der Neffe des reichen Bankiers Salomon Heine in Hamburg und seine von ihm sehr geliebte Mutter war Christin und adelig. Ursprünglich zum Handel bestimmt und demgemäß erzogen, gehörte Heine auch einige Zeit diesem Berufe zu Hamburg an. Es litt ihn begreiflicher Weise nicht dabei, und er begab sich nach Bonn, um die Rechtsstudien zu beginnen. Dort hörte er die Vorlesungen A. W. Schlegels, über den er sich später so sehr lustig machte, den er aber damals noch so sehr verehrte. Von Bonn begab er sich nach Berlin, wo er mit Varnhagen und Rachel bekannt wurde, mit Grabbe und Uechtritz poetische Versuche machte, die Hegel'schen Vorlesungen besuchte, ja zuweilen selbst persönlich mit dem großen Philosophen verkehrte. Schon auf der Universität gab er sein erstes Buch, die „Gedichte" (1822) heraus — übrigens schreibt sich sein Ruhm von dem Erscheinen des ersten Bandes der „Reisebilder" (1826) her. Im Jahre 1825 wurde er Christ, nachdem er zu Göttingen Doktor der Rechte geworden. Im Jahre 1830 nahm er seinen bleibenden Aufenthalt in Paris, wo er sich vor wenigen Jahren vermählte, während er bereits an dem Siechthum litt, dem er am letzten Sonntag Nachts erlegen. Wir halten es für überflüssig, ein Verzeichniß seiner Werke anzuführen, da sie ja im Gedächtniß des Publikum leben; sein am wenigsten in Deutschland bekanntes Buch dürfte seyn: „Shakespeare's Mädchen und Frauen mit Erläuterungen." (Paris und Leipzig 1839.) Es ist mit besonderer Liebe und glänzend geschrieben, und enthält nebst vielen leicht und leichtsinnig hingeworfenen Bemerkungen tiefe Blicke in den Geist des großen Dramatikers, und hie und da etwas starke Ausfälle auf seine Kommentatoren. In der ebenfalls weniger bekannten Vorrede, welche er zu „Don Quixote" schrieb, sagt er, es gebe eigentlich nur drei moderne Dichter: einen Lyriker, einen Dramatiker und einen Epiker: Göthe, Shakespeare und Cervantes.

---

*) In der dortigen Zusammenstellung ist statt Förster aus Fürfeld aus Hünfeld (Kurhessen), statt v. Rapvold v. Rappard, und statt Schmitt, Adolf, und Schmitt aus Löwenberg beide Mal Schmidt zu lesen.

Paris, 22. Febr. Der „Moniteur" sagt heute in einem Artikel: „Der „Constitutionnel" täuscht sich, wenn er verkündet, der „Moniteur" habe den Artikel des „Siecle" nur aus Irrthum aufgenommen, da der „Moniteur", als einziges offizielles Journal, seine Irrthümer selbst berichtigt." (Was wäre aber mit der Aufnahme dieses Artikels, der die Zerstörung der Werfte von Nikolajeff verlangte, in dem „Moniteur" bezweckt gewesen? Etwa nur das, daß die ausschweifende Friedenszuversicht des Publikum etwas gedämpft würde?)

Italien.

Für die Insel Sardinien scheint es endlich auch tagen zu wollen. Eine Gesellschaft hiesiger Kapitalisten und Bankiers hat von der sardinischen Regierung 80,000 Hektaren auf der Insel gelegenes Domänegut käuflich an sich gebracht und beabsichtigt, diese bedeutende Strecke Landes durch Kolonisten bewohn- und urbar zu machen. Der Gesellschaft steht ein Kapital von 20 Millionen Franken zur Seite, und wenn mit der gehörigen Thätigkeit, Umsicht und Rücksicht von der Administration verfahren wird, so öffnet sich hier in der Nähe dem Auswanderer ein Feld, welches an Fruchtbarkeit den herrlichsten Gegenden Nordamerikas gleich steht und an freien Institutionen nicht viel nachgiebt.

Griechenland.

Athen, 15. Febr. Spiro Mylios ist von der Kammer mit Stimmeneinhelligkeit freigesprochen worden. Neuerdings sind von der Regierung energische Maßregeln gegen den Räuberunfug angeordnet worden. (T.D.d Ostd.P.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Berlin, 20. Februar. Der verlängerte Aufenthalt des Grafen Orloff in Berlin, welcher erst heute seine Reise nach Paris fortsetzte, soll dazu gedient haben, den König für die Bedingungen zu gewinnen, unter denen die Westmächte Preußen zu den Konferenzen einladen wollen. Bekanntlich ist dazu nichts weiter nöthig, als sich auf den österreichischen Standpunkt zu stellen, und da in neuester Zeit Oesterreich sich selbst in Betreff des fünften Punktes wesentlich reservirt hat, ist die Annahme derselben Bedingungen für Preußen außerordentlich erleichtert worden. Nur die äußerste, hier vorherrschende Scheu, Verpflichtungen zu übernehmen und in eine bestimmte Stellung zu treten, welche möglicher Weise Verpflichtungen nach sich ziehen dürfte, konnte dem Grafen Orloff Schwierigkeiten bereiten, diese sind wahrscheinlich auch jetzt noch nicht genug gehoben, obwohl man glaubt, daß Preußen zuletzt zur Theilnahme gelangen werde. Als Großmacht muß es dahin streben, sich nicht ausgeschlossen zu sehen. Es wird viel darüber gestritten, ob Rußland die Theilnahme Preußens wirklich wünsche, oder ob es nicht vielmehr Gründe habe, Preußen lieber von derselben entfernt zu halten. Allein Alles und so auch die Wahl des Grafen Orloff, glaubt man hier, beweist, daß das Petersburger Kabinet zum Frieden entschlossen ist. Es kommt somit in Paris nur darauf an, die möglichst besten Bedingungen zu erhalten, und für diesen Zweck wird Preußen mit Vergnügen zum Beistand bereit seyn. Der russischen Politik scheint somit allerdings daran gelegen, daß Preußen an den Konferenzen Theil nimmt; und Graf Orloff hat nichts gespart, um seine Absichten zu unterstützen. Das ganze kriegslustige Salbadern der Tories ist übrigens ebensowohl leeres Geklingel, wie Lord Palmerston's Rodomontaden. Alle Kabinette sind gleichmäßig friedenssüchtig und was nicht so aussieht, geschieht bloß, um den schreienden Völkern Sand in die Augen zu streuen. (Und trotz dieser allgemeinen Friedenssucht bleibt es doch noch sehr zweifelhaft, ob der Friede zu Stande kommt; denn wer soll nachgeben?)

(Z. f. Nordd.)

× Berlin, 21. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Die Frage, ob Preußen die Konferenzen beschicken wird, ist noch nicht entschieden, und die Behauptungen, daß Englands Ansicht, nach welcher Preußens Theilnahme an den Konferenzen nicht nothwendig erscheine, auch bei den andern Konferenzmächten schon maßgebend geworden ist, können als unrichtig bezeichnet werden. Es ist bis jetzt keineswegs ein Beschluß gefaßt, nach welchem Preußen eingeladen, oder durch welchen es von den Konferenzen ausgeschlossen wird.

Einer Berliner Korrespondenz in den „Hamb. Nachrichten", zufolge lautet der von dem Bundestag am 21. d. gefaßte Beschluß wie folgt: „Der deutsche Bund — im Anschlusse an seine Beschlüsse vom 24. Juli und 9. Dezember 1854, dann 8. Februar und 26. Juli 1855 erkennt in den vom kais. österr. Hofe dem kais. russischen Kabinet empfohlenen, von sämmtlichen kriegführenden Mächten angenommenen Präliminarien mit Dank und Befriedigung die Grundlagen, auf welchen die Herstellung des allgemeinen Friedens fest und dauerhaft herbeizuführen ist. Daß dieses bald geschehe, erkennt der Bund als ein europäisches Bedürfniß an. Demgemäß wird er sich die Aufrechthaltung jener Grundlagen auch zu seiner eigenen Aufgabe stellen, unter Vorbehalt seines freien Urtheils rücksichtlich der von den kriegführenden Mächten vorzubringenden Spezial-Bedingungen. In Würdigung der in dieser Richtung bereits von Oesterreich und Preußen vorgenommenen Schritte spricht der deutsche Bund die vertrauensvolle Zuversicht aus, daß beide hohe Regierungen auch fernerhin den Interessen des Gesammt-Vaterlandes ihre dankenswerthe Fürsorge und Aufmerksamkeit widmen werden."

§ Wien, 20. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Die neuesten Nachrichten aus Konstantinopel lauten nicht sehr beruhigend, und es scheint die sich hier kundgebende Besorgniß sehr gerechtfertigt zu seyn, daß die Instruktionen, welche die türkischen Bevollmächtigten mit nach Paris genommen haben, denselben eine Haltung vorschreiben, welche das Friedenswerk wesentlich erschweren werde. Es zirkuliren in dieser letzteren Beziehung verschiedene Angaben, die jedoch sämmtlich in dem einen Punkte übereinstimmen, daß sie die von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Hoffnungen auf eine ganz besondere Gefügigkeit der Pforte den westmächtlichen Aufstellungen gegenüber ganz und gar in Abrede stellen. Ali Pascha soll angewiesen seyn, in Paris zu erklären, daß die Pforte um so dringender auf ihren Forderungen, die baare Entschädigung der gehabten Kriegs-Auslagen und die vollständige Entwaffnung der russischen Küsten am schwarzen Meere, sowie die Rückgabe der Festung Kars betreffend, bestehen müsse, als sie durch die Bewilligung der von den Westmächten aufgestellten Reform-Vorschläge den untrüglichen Beweis geliefert habe, daß es ihr mit der Durchführung der fünf Punkte wirklich Ernst sey.

Siehe auch die Rubriken Bayern und Frankreich.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 22. Februar. Mehrere österr. Fondsgattungen so wie span., Ludwigshafen-Berbacher und Neustadt-Weißenburger wurden niedriger abgegeben.

Junge Darmstädler Bankaktien wurden zu 295 und 99, umgesetzt, und Homburger Landesbank von 264, 66, 68, 70, 68, 70 bezahlt und Geld.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 89¾ P. 89½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 79¼ P. 79 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $82\frac{1}{16}$ P. $81\frac{13}{16}$ G.
„ 4½pCt. „ 70¾ P. 70½ G.
„ 4pCt. „ 63¼ P. 63 G.
„ 3pCt. „ 49 P. 48½ G.
„ 1pCt. „ 16⅛ P. 15⅞ G.
Oesterreichische Bankaktien . . o. D. 1176 P. 1171 G.
Oesterreichische Credit-Actien 151½ P. 149½ G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 128 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 102 P. 101¾ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 294 P. 292 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100⅞ P. 100⅜ G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3½pCt. „ — P. 87 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95½ P. 95 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 161½ P. 161 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 129½ P. 129 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 3½pCt. „ 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89 P. 88½ G.
Badische 50 fl. Loose 77½ P. 77 G.
„ 35 „ „ 48¼ P. 48 G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99¾ P. 99¼ G.
„ 3½pCt. „ — P. 93½ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ 33¼ P. 33 G.
Darmstädter Bankaktien 331 P. 329 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39¼ P. 39 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62¼ P. 61¾ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30½ P. 30¼ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
„ 3½pCt. „ alte 93¼ P. 92¾ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 120¾ P. 120¼ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 330 P. 328 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 82½ P. 82 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38 P. 37¾ G.
„ 1pCt. neue 23⅜ P. 23⅛ G.

Holland Integrale $63\frac{3}{4}$ P. $63\frac{1}{4}$ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann $43\frac{1}{8}$ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. $100\frac{3}{4}$P. $100\frac{1}{2}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120P. $119\frac{3}{4}$G.
Augsb. fl. 100 k.S. $120\frac{1}{4}$P. 120G.	Mail. i.S.Lr.250k.S. $101\frac{1}{8}$P. $100\frac{7}{8}$G.
Berlin Thlr. 60 k.S. $105\frac{3}{8}$P. $105\frac{1}{8}$G.	do. 3 Monat mit 5% 101P. $100\frac{3}{4}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $105\frac{1}{4}$P. 105G.	Paris Frs. 200 k.S. $94\frac{3}{8}$P. $94\frac{1}{8}$G.
Brem. 50Thlr. Lsd. k.S. $97\frac{3}{8}$P. $97\frac{1}{8}$G.	Lyon Frs. 200 k.S. $94\frac{1}{4}$P. 94G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P. $88\frac{3}{4}$G.	Wien fl. 100C. k.S. $115\frac{1}{4}$P. 115G.
Leipz. Thlr. 60k.S. $105\frac{1}{8}$P. $104\frac{7}{8}$G.	Wien 3 M. mit 4% $114\frac{5}{8}$P. $114\frac{3}{8}$G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 21. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 84; 5Cpt. Met $82\frac{3}{4}$; $4\frac{1}{2}$pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; ditto von 1854 $105\frac{1}{4}$; Bankaktien 1021; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen $92\frac{1}{2}$; Nordbahnaktien 2665; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $296\frac{3}{4}$; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 678; österr. Staatsbahn-Aktien $352\frac{1}{2}$. Wechselkurse: Augsburg uso $104\frac{1}{2}$ P.; London 10. 15. P. Geldkurs: Dukaten —.

Hamburg, 15. Febr. Kaffe. Es macht sich, namentlich in den reell ord Sorten Brasil-, seit vorgestern eine kleine Besserung des Werthes bemerkbar, in Folge der jetzt hinlänglich bekannten letzten Rio-Berichte vom 14. Januar. Die fast allgemein verbreitete günstige Meinung über die Lage dieses Artikels, die seit langer Zeit schon durch das ruhige Verhalten unserer Haupt-Inhaber so bestimmt ausgesprochen ist, findet eben durch diese Nachricht einen ferneren Stützpunkt, und wenn dann binnen Kurzem der so lange zurückgehaltene Bedarf endlich mehrseitig hervortreten wird, erwartet man auch eine animirtere Kauflust sich wieder entwickeln zu sehen, die leichthin bei den vorliegenden Verhältnissen eine kleine Besserung der Preise mit sich führen könnte. Der oben erwähnten Ursachen wegen größere Umsätze noch immer außerordentlich erschwert oder ganz verhindert, dieselben werden heute verzeichnet mit: 8500 S. Brasil- von 4 a $5\frac{1}{2}$ Sch. und 1500 S. Domingo- von $5\frac{1}{16}$ a $5\frac{3}{8}$ Sch. Wir notiren heute: reell ord. Brasil- $4\frac{3}{4}$ a $4\frac{13}{16}$ Sch., ord. bis reell ord, Domingo- $5\frac{1}{16}$ a $5\frac{1}{4}$.

Zucker. Roher. Seit letztem Feiertag blieb der Markt sehr ruhig und beschränkten sich die Umsätze, trotz der ermäßigten Forderungen der Inhaber, nur auf wenige ca. 200 K. braunen Havanna- und 100 K braunen und weißen Bahia-, die zu eher etwas billigen Preisen Nehmer fanden.

Berlin, 16. Febr. Die Anzeichen, welche schon Ende voriger Woche für ein im Allgemeinen zu den gesunkenen Preisen wiederkehrendes Vertrauen vorlagen, bestätigten sich mit Beginn dieser durch allseitig eingegangene festere Berichte; dieselben wurden von manchen Plätzen aus, wie z. B. Stettin, Hamburg, Amsterdam, Köln rc., durch nicht unwesentlich wieder gesteigerte Notirungen begleitet, und verfehlten in den ersten Tagen ihre Wirkung auf unsern Platz nicht. Wenn nun auch seitdem hier eine wieder ruhigere Stimmung und in Folge dessen ein Rückschlag von den höchst bezahlten Preisen eingetreten, so trug doch dieser unverkennbar nicht mehr die Zeichen der exaltirten Nutzlosigkeit an sich, welche die in jüngster Zeit stattgefundenen Preisabschläge an manchen Tagen charakterisirt hatte.

Für Waizen war hier die Nachfrage Seitens unserer Konsumenten eine durchgehend bessere, begegnete aber erhöhten Forderungen der Eigner, was größere Umsätze behinderte. Vorzüglich beachtet waren die besseren Qualitäten, indeß nur wenig offerirt. Die Notiz stellt sich für 85—89 Pfd. sächs. und märk. auf 96 a 103 Rthlr., für bunt 85—89 Pfd. poln. auf 102 a 110 Rthlr. und für hochb. und weiß poln. auf 106 a 115 Rthlr., für untergeordnete Waare auf 80 a 95 Rthlr.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 22. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **40. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die königl. Staatsminister Graf Reigersberg, Dr. Ringelmann und Dr. Aschenbrenner.

Dem Abg. Dekan **Vogel** wird wegen Kränklichkeit der gewünschte Urlaub für die Dauer des Landtages ertheilt.

Der 1. Präsident, Graf **Hegnenberg**, gibt dann, da demnächst die Dauer des Landtages 6 Monate beträgt, eine Uebersicht der **bisherigen Thätigkeit** der Kammer, um dadurch dem möglichen Tadel bezüglich des vermeintlichen langsamen Ganges der Kammergeschäftsthätigkeit zu begegnen. Der Vortrag des Referenten erregte große Aufmerksamkeit, so daß ich mir vorbehalte, ausführlich auf denselben zurückzukommen.

Zur Berathung gelangten dann die Nachweisungen über die Grundrenten-Ablösungs-Kassa pro 1852/53. Der Ausschuß beantragt, ihnen die Anerkennung zu ertheilen, was auch geschah.

Es gelangte sodann zur Berathung die **Beschwerde** der **Gemeindebevollmächtigten zu Kitzingen**, die verfassungswidrige Beschränkung der dortigen Gemeinde-Wahlen betreffend.

Der Referent, Abg. **Lasaulx**, empfiehlt die Annahme des Antrags des Ausschusses, die Beschwerde als formell zuläßig und als materiell begründet zu erachten, und er fügt die Bitte bei, daß sich die Debatte lediglich auf den Rechtspunkt beschränke und alles Konfessionelle hiebei aus dem Spiel bleiben möge.

Der kgl. Ministerialrath **Schubert** erörterte dann den Standpunkt der Regierung. Da das Gemeinde-Edikt und die Gemeinde-Wahlordnung keine Verfassungsgesetze seyen, so könne es sich hier nicht um die Verletzung eines verfassungsmäßigen Rechtes handeln; die Beschwerde sey deßhalb formell nicht zuläßig. Die Regierung ergreife aber gleichwohl den Anlaß, um ihre bisherigen Entschließungen zu vertheidigen. Der Redner sucht dann ausführlich nachzuweisen, daß mindestens 4 kathol. Magistratsräthe zur Verwaltung des katholischen Stiftungsvermögens in Kitzingen nothwendig seyen, und daß die dießfalls mehrmals erfolgte Nichtbestätigung der Kitzinger Wahlen auf den Grund der allerh. Entschließung vom 29. August 1848 beruhe und sich vollständig rechtfertige. (Wir haben das Nöthige über den Standpunkt der Regierung schon in Nr. 41 und 42 unseres Blattes mitgetheilt. D. Red.)

Abg. Frhr. v. **Welden** stellt den präjudiziellen Antrag, Se. Majestät den König um Vorlage eines Gesetzentwurfs zu bitten, durch den bestimmt werden soll, wie groß in konfessionell gemischten Städten die Verhältnißzahl der Magistratsräthe und der Gemeindebevollmächtigten von den verschiedenen Konfessionen seyn solle, bis dahin aber die Berathung der vorliegenden Beschwerde zu **vertagen**. — **Für** diesen Antrag sprachen die Abgg. Fürst **Wallerstein**, **Keyl**, Frhr. v. **Rotenhan** und Dr. **Kirchgeßner**. **Gegen** denselben Abg. Dr. **Ruland**, Dr. **Völk** und **Crämer**.

Abg **Edel** bringt einen Antrag, nach welchem zur Beseitigung der Mißstände um eine Revision des §. 59 des Gemeinde-Edikts in dem Sinne gebeten werden soll, daß jeder Konfession die Verwaltung ihres Stiftungsvermögens ganz **unabhängig** von dem Magistrate überlassen werden möge.

Am Schluß der Debatte erklärt sich Abg. **Lasaulx** gegen den Antrag und für sofortige Berathung der Beschwerde.

Der kgl. **Staatsminister des Innern** erklärte, daß nach Lage der Sache nur auf dem Wege der Gesetzgebung den Mißständen abgeholfen werden könne; wenn daher die Kammer den präjudiziellen Antrag annehme, werde die Staatsregierung einen Gesetzentwurf vorbereiten. —

Auf Vorschlag Edel's beschloß dann die Kammer, die Anträge **Welden's** und **Edel's** an einen Ausschuß zur Bearbeitung zu verweisen und die Berathung der Beschwerde vorerst zu **vertagen**. Schluß der Sitzung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „**Würzburger Anzeiger.**"
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 55.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreyspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 24. Februar 1856

Deutscher Bund.

* **Preußen.** Dem Abgeordneten-Haus sind von der Regierung zwei Gesetz-Entwürfe vorgelegt worden zum Bau einer Eisenbahn von Kreutz über Landsberg a. d. W. nach Küstrin und Frankfurt a. d. O. zum Anschluß an die niederschlesisch-märkische Bahn, und ferner einer Eisenbahn einerseits von Saarbrücken nach Trier, andererseits von Saarbrücken auf Luxemburg zum Anschluß an die Luxemburgische Bahn. Die Baukosten sind im Ganzen auf 14 Millionen Thlr. veranschlagt und sollen durch eine Staatsanleihe aufgebracht werden, und zwar für das Jahr 1856 mit 3¼ Mill., für 1857 mit 5 Mill., für 1858 5¾ Mill.

Berlin, 20. Febr. Der Kommissionsbericht des Hrn. v. Gerlach über den Antrag des Hrn. Wagener auf Streichung des Art. 12 der Verfassung findet die allgemeine Anerkennung, daß in geschickterer Weise die Thatsachen nicht gruppirt, Unzuträgliches verschwiegen, Passendes herbeigezogen und beleuchtet, überhaupt sophistischer nicht geschrieben werden konnte. Man muß den Bericht mit Kritik und Vergegenwärtigung aller unmittelbaren Konsequenzen lesen, und man erstarrt vor diesem schlau berechnenden Manne. Wir müssen uns darauf beschränken, hier nur den Bericht in folgendem Auszuge zu geben:

„Es sind gegen die Streichung des Satzes (Art. 12 der Verfassungsurkunde) die in der Anlage verzeichneten (264) jüdischen Petitionen eingegangen. Die Glieder der Kommission waren darin einverstanden, daß die Juden, — abgesehen von den Reformjuden — unter eine andere Beurtheilung, als die übrigen Nichtchristen fallen. Einerseits unterscheiden sich die Juden von den übrigen Nichtchristen dadurch, daß sie eine Nation (nicht bloß eine Religion) für sich sind, die — als Gast der Christenheit — seit länger als einem Jahrtausend exceptionelle Rechte gehabt und unter exceptionellen Beschränkungen gestanden hat, unter Beschränkungen, welche nicht verhindert haben, daß viele Juden sehr wohlhabend, einige sogar unermeßlich reich an Geld und Einfluß geworden sind. Anderseits geben die Juden dem christlichen Staate durch ihre Religion — deren Fundamente mit denen des Christenthums identisch sind, und deren praktische Wirkungen seit Jahrtausenden erfahrungsmäßig vorliegen — durch diese ihre lange Geschichte und durch manche ihnen vorzugsweise eigenthümliche bürgerliche Tugenden Garantien, welche die neuaufgekommenen oder noch aufkommenden nichtchristlichen Sekten und Parteien nicht geben und nicht geben können. Die Juden haben größere und bessere Ansprüche als die Freien, die Deutschkatholiken u. s. w., wie sie jetzt sind, und es wäre eine schwere Ungerechtigkeit, die Juden hinsichtlich ihrer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unter der Kategorie: „Nichtchristen" gleich den Atheisten, Pantheisten, Mormonen u. s. w. zu behandeln. Die erwähnten jüdischen Petitionen enthalten zwar zum großen Theil die bekannten, auf seichten indifferentistischen Humanismus gegründeten Behauptungen, welche zur Zeit der Entstehung des angegriffenen Satzes gang und gäbe waren und welche zur Verläugnung des christlichen Staats und zur öffentlichen Religionslosigkeit führen. Ein anderer bedeutender Theil der Petitionen macht mit vielem Nachdruck und mit gutem Grunde geltend, daß die Juden durch das göttliche Gesetz und die Propheten, welche sie zusammen mit den Christen anerkennen, und durch die Geschichte ihrer Existenz in so vielen Christenstaaten einen gerechten Anspruch auf einen bedeutenden Grad von Vertrauen bei Abmessung ihrer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte sich erworben haben. Von Seiten derer, die den Satz streichen wollen, wurde bemerkt, daß gerade diese Erwägung starke Gründe fur dessen Streichung enthielte und selbst die Juden für die Streichung interessiren sollte, da er die Juden mit allen andern Nichtchristen gleich und mit diesen unter keinen solideren Schutz, als den der unausführbaren Religionslosigkeit des Staats stelle. Alle diese Petitionen sprächen also eigentlich für die Streichung des Satzes. Der echte Jude müsse diesen Schutz verschmähen und ein besseres Fundament seiner rechtlichen Stellung, als das, welches der Satz nur scheinbar gewähre, auf Grund der Religion und Geschichte eines Volkes in Anspruch nehmen (welches?). Die Kommission war einstimmig der Meinung, daß den Juden die völlige politische Freiheit mit den Christen, insbesondere die Fähigkeit zu obrigkeitlichen Aemtern, welche der angegriffene Satz in seiner unbestimmten Allgemeinheit in Aussicht gestellt, aber faktisch nicht verschafft hat, in einem christlichen Staate nicht zu gewähren sey. Sie hielt es aber nicht für ihre Aufgabe, das Maß der ihnen zu gewährenden Rechte näher zu erörtern. Das sehr sorgfältig berathene und ausführliche Gesetz vom 24. Juli 1847 schließt sie aus von allen Aemtern und Stellungen, mit denen richterliche, exekutive und polizeiliche Gewalt oder Beaufsichtigung von christlichen Kultus- und Unterrichts-Angelegenheiten verbunden ist, — von den Professuren an den Universitäten nur zum Theil, nach Unterschied der Fächer — von den Lehrämtern an andern als Kunst-, Gewerbe-, Handels- und Navigations- und jüdischen Unterrichtsanstalten — von den ständischen Rechten und von der Ausübung der Polizei und des christlichen Patronats. Außerdem unterwirft es die nicht naturalisirten Juden des Großherzogthums Posen — die große Masse, wie es scheint, der dortigen jüdischen Bevölkerung — den tiefgreifendsten Beschränkungen, ähnlich denen der Napoleonischen Gesetzgebung, worauf hier nicht speziell einzugehen ist. Nachdem der den Berathungen beiwohnende Antragsteller, mit Zustimmung des Theils der Kommission, der in der Berathung für den Antrag sich ausgesprochen, noch erklärt hatte, daß seine Absicht wesentlich dahin gehe, in dieser und allen verwandten Fragen der Spezialleqislation die Hand frei zu machen, namentlich auch für die schwierige Regulirung der jetzigen noch so unreifen, sowie der künftigen Sekten und Religionsparteien, und nachdem man sich vergegenwärtigt hatte, daß die erörterten Bedenken gegen den angegriffenen Satz hauptsächlich das Gebiet der staatsbürgerlichen, nicht das der bürgerlichen Rechte, soweit diese Gebiete zu unterscheiden seyen, betreffen, so modifizirte der Antragsteller seinen Antrag dahin, das Haus wolle ein Gesetz folgenden Inhalts beschließen: „§ 1. Der Artikel 12 der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 wird aufgehoben. §. 2. An die Stelle desselben treten folgende Bestimmungen: Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften (Art. 31 und 32) und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübungen wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. Die Regulirung der staatsbürgerlichen Rechte der nicht christlichen Staatsangehörigen bleibt bei der Spezialgesetzgebung vorbehalten." (Dieser Paragraph unterscheidet sich von dem Art. 12, dessen Inhalt er sonst wiedergibt, nur darin, daß er hinter dem Worte: „bürgerlichen" die Worte: „und staatsbürgerlichen" wegläßt, und daher nur in Beziehung auf diese den angegriffenen Satz streicht, und daß er am Ende den Satz: „Die Regulirung ꝛc." hinzusetzt und somit die Regulirung der staatsbürgerlichen Rechte der Nichtchristen der Spezialgesetzgebung vorbehält, so daß diese durch den Verfassungsartikel 12 nicht mehr beschränkt werden würde.)

Der Regierungskommissär sprach sich auch gegen diesen Antrag aus, erklärte aber, daß die Regierung demselben eher als dem ursprünglich gestellten sich würde anschließen können. Der Antrag wurde hierauf in der neueren Fassung mit 6 gegen 4 Stimmen angenommen und empfiehlt daher die Kommission denselben so gefaßt dem Hause zur Annahme. Zugleich trägt sie darauf an, durch diesen Beschluß die oben erwähnten Petitionen für erledigt zu erachten.

Holstein. Itzehoe, 17. Febr. Die Proposition

des Grafen Reventlow-Jersbeck, bezüglich der verfassungsmäßigen Stellung des Herzogthums Holstein, ist in der gestrigen Abendsitzung der Ständeversammlung und zwar durch fast einstimmige Annahme der Ausschußanträge erledigt worden. Gestatten Sie mir zur Förderung eines bessern Verständnisses noch einmal den ganzen Gang dieser Sache, die offenbar noch zu weitern Schritten Veranlassung geben und schließlich wohl kaum einen andern Ausweg als den der Beschwerde an die Bundesversammlung übrig lassen wird, kurz zu rekapituliren. In der Sitzung vom 22. Januar reichte der Abgeordnete Graf Reventlow-Jersbeck folgende Proposition ein: „Die Ständeversammlung wolle beschließen, ein Gesuch an Se. Majestät den König zu richten um Veranlassung derjenigen Veränderungen in der verfassungsmäßigen Stellung des Herzogthums Holstein, welche nothwendig sind, um diesem Herzogthum die zur Wahrung seiner heiligsten Interessen erforderliche Vertretung beim Throne zu sichern." Am 25. Januar erhielt der Antragsteller gemäß der Tagesordnung das Wort zur Motivirung seiner Proposition; er that dies in einer längeren, eindrucksvollen Rede. Daß dann der kgl. Kommissär mit der Erklärung den Saal verlassen zu wollen, wenn die Proposition noch ferner in Erwägung gezogen werden sollte, die begonnene Verhandlung zu unterbrechen suchte, ist bekannt genug. Nicht minder bekannt ist wohl, wie fest und ehrenhaft damals der Präsident der Ständeversammlung, Frhr. v. Scheel-Plessen, mit Hintansetzung jeder Rücksicht auf seine sonstige Stellung als eines dem Minister für Holstein untergeordneten Beamten, dem kgl. Kommissär entgegentrat, und wie dann weiter die Versammlung, fast einstimmig die betreffende Proposition ohne weiteres Eingehen auf den unberechtigten Protest des Kommissärs einem Ausschuß überwies. Das bekannte Reskript vom 30. Januar, welches in Veranlassung der Reventlow'schen Proposition alle Verhandlungen über Angelegenheiten, welche die gesammtstaatlichen Verhältnisse berühren, für eine Nullität erklärte, zwang inmittels den Ausschuß, von jedem weitern Berathen und Berichten über diese Proposition Abstand zu nehmen; es wurde indessen auf Antrag des Grafen Reventlow-Jersbeck dem Ausschuß aufgegeben, in Betracht zu nehmen, in welche Lage die Versammlung durch das Reskript vom 30. Januar gebracht werde, und darüber zu berichten. Der Ausschuß hat darauf der Versammlung empfohlen, Schritte zu thun, um den König zur Zurücknahme der der Wirksamkeit der Stände gewordenen Beschränkung zu vermögen. Der Bericht des Ausschusses geht von der Erklärung aus, daß kein Gesetz existire, daß wenigstens dem Ausschusse kein verfassungsmäßig erlassenes Gesetz bekannt sey, welches das Recht der Bitte den Ständen entzogen habe in Fällen, wo es sich um die verfassungsmäßige Stellung des Herzogthums handle; weiter weist der Ausschuß nach, daß aus den allerdings nicht zur Erfüllung gekommenen Zusagen der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 sich klar ergebe, daß eine Veränderung in der Stellung des Herzogthums Holstein überhaupt nicht anders als auf verfassungsmäßigem Wege zulässig sey. Der Ausschuß geht dann in eine nähere Darstellung der Lage ein, in welche die holsteinischen Stände versetzt seyn würden, wenn der in dem Reskript vom 30. v. M. ausgesprochene Grundsatz thatsächlich aufrecht erhalten werden sollte. Die Stände würden sich dann nämlich in ihren Pflichten als Vertreter eines selbständigen Theils der Monarchie gehemmt sehen, und es würde auf die Dauer eine Scheidewand zwischen dem Landesherrn und den Ständen gezogen seyn, welche die Stimme des Landes, die Wünsche und Befürchtungen desselben nicht zum Ohre des Monarchen gelangen ließe. Zur Hinwegräumung dieser Scheidewand müsse die Versammlung die ihr gesetzlich zustehenden Schritte thun, damit es nicht den Anschein gewinne, als wolle sie schweigend zu einer solchen Behandlung ihre Einwilligung geben. Demgemäß beantragt der Ausschuß: „Die Versammlung wolle beschließen, die allerunterthänigste Bitte an Se. Maj. den König zu richten, daß es Sr. Maj. in seiner Gnade und Weisheit gefallen möge, die der Wirksamkeit der getreuen holsteinischen Stände nach dem Inhalt des allerhöchsten Reskripts vom 30. Jan. gewordene Beschränkung zurückzunehmen und für alle Zeit gnädig auszusprechen, daß es den Ständen des Herzogthums Holstein unbeschränkt gestattet sey, in allen das Wohl ihres Landes betreffenden Angelegenheiten dem Throne ihres allergnädigsten Landesherrn mit geziemender allerunterthänigster Bitte zu nahen, eventuell aber, sofern der sofortigen allerhöchsten Gewährung dieser Bitte Formschwierigkeiten aus der Fassung des Verfassungsgesetzes vom 11. Juni 1854 als im Wege stehend betrachtet werden sollten: daß Se. Maj. der König allergnädigst geruhen möge, einer baldmöglichst zu berufenden Versammlung der holsteinischen Stände eine veränderte Fassung der Paragraphen des Verfassungsgesetzes vorlegen zu lassen, wodurch denselben ein unbeschränktes Petitionsrecht gesichert würde." Nachdem gestern in der Morgensitzung die Vorberathung über diese Anträge stattgefunden hatte, schritt die Versammlung noch in der Abendsitzung zur Schlußverhandlung, und zwar ging man ohne weitere Debatte sofort zur Abstimmung über. Das Resultat derselben war, daß der Antrag ad 1 mit 42 Stimmen gegen 2, und der ad 3 mit 43 Stimmen gegen 1 angenommen wurde. Ob nun der kgl. Kommissär diese beiden Beschlüsse entgegennehmen werde, hat derselbe bis jetzt noch durchaus unentschieden gelassen; er wird, wie er angekündigt hat, erst das in Folge der gefaßten Beschlüsse zu erstattende Bedenken abwarten. (D. A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 23. Februar. Oesterr. Kredit-Aktien, Staatsbahnaktien und die meisten österr. Fondsgattungen, sowie span. wurden höher bezahlt. Darmstädter-Bankaktien werden vom 1. März an ohne Anrecht gehandelt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 89½ P. 89¼ G.
„ 5pCt. Metall. alte 80 P. 79¾ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81⅝ P. 81⅜ G.
„ 4½pCt. „ 71½ P. 71 G.
„ 4pCt. „ 63¾ P. 63¼ G.
„ 3pCt. „ 49 P. 48½ G.
„ 1pCt. „ 16⅛ P. 15⅞ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1182 P. 1177 G.
Oesterreichische Credit-Actien 160½ P. 158⅛ G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 128 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 102¾ P. 101⅞ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 299 P. 297 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100⅞ P. 100⅝ G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3½pCt. „ — P. 87 G.
„ 4pCt Ablös.-Rente 95¾ P. 95¼ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 163 P. 162½ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 130½ P. 130 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 3½pCt. „ 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89¼ P. 88¾ G.
Badische 50 fl. Loose 77½ P. 77 G.
„ 35 „ „ 48¼ P. 48 G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99¾ P. 99¼ G.
„ 3½pCt. „ — P. 93½ G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ 32¾ P. 32½ G.
Darmstädter Bankaktien 338 P. 336 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39¼ P. 39 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 61¾ P. 61⅛ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30½ P. 30¼ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
„ 3½pCt. „ alte 93¼ P. 92¾ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 120¾ P. 120¼ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 331 P. 329 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 82 P. — G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inlandische Schuld 38⅝ P. 38⅛ G.
„ 1pCt. neue 23 15/16 P. 23 13/16 G.
Holland Integrale 63¾ P. 63¼ G.
„ Certificate 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¾ P. 100½ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120 P. 119⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101⅛ P. 100⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101 P. 100¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94⅜ P. 94⅛ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 97⅜ P. 97⅛ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94¼ P. 94 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88¾ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 115⅛ P. 114⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 114⅜ P. 114⅛ G.
Disconto — P. 3pCt. G.	

Wien, 22. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 84 1/16; 5Cpt. Met. 82⅜; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; ditto von 1854 105⅛; Bankaktien 1022; Bank-Interimsaktien 296; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen 93; Nordbahnaktien ——; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 298; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 670; österr. Staatsbahn-Aktien ——. Wechselkurse: Augsburg uso 104¾ P.; London 10. 15½. B.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 56. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 25. Februar 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 23. Febr. (Privat-Korresp.) **9. öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe.** Am Ministertische: der kgl. Staatsminister Dr. Ringelmann. Es sind mit den k. Prinzen Luitpold und Adalbert 33 Reichsräthe anwesend. Es erfolgt Vortrag und Berathung über den Antrag des Abg. Dr. Völk, „die Abkürzung der Fristen zur rechtswirksamen Geltendmachung der Einrede des nicht bezahlten Geldes" betreffend.

Nach dem deßfallsigen Beschluß der zweiten Kammer sollte zur Aufhebung oder doch zur Beschränkung der gesetzlichen Bestimmung, daß der Aussteller von Schuldscheinen und Quittungen binnen zwei Jahren, resp. 30 Tagen, durch die sogenannte exceptio oder querela non numeratae pecuniae die Beweiskraft der Urkunden zerstören könne, und ferner zur Entscheidung der bezüglich des Gegenbeweises gegen Schuldurkunden bestehenden Controversen ein Gesetzentwurf wo möglich noch an die gegenwärtig versammelten Kammern des Landtags vorgelegt werden. Reichsrath Professor v. Bayer als Referent des ersten Ausschusses hat diesen Antrag einer umfassenden und — wie es sich erwarten ließ — sehr gründlichen Prüfung unterzogen, er ist der Ansicht, daß es vorerst nicht rathsam erscheine, dem primären Antrag auf gänzliche Aufhebung der bisherigen gesetzlichen Wirkung der Einwendung des nicht bezahlten Geldes beizutreten, glaubt aber, daß wenigstens dem eventuellen Antrag auf Abkürzung der bestehenden gesetzlichen Fristen beizustimmen sey, daß sich aber der Gegenstand zur Behandlung im Wege der fragmentarischen Gesetzgebung nicht eigne. Referent beantragt demzufolge, dem Beschluß der zweiten Kammer nur in allgemeiner Fassung beizutreten, und zwar dahin: es sey an Se. Majestät den König die alleruntertbänigste Bitte zu richten, den Mißständen, welche aus der gegenwärtig in den meisten Gebietstheilen des Königreichs bestehenden Gesetzgebung über die Einwendung des nichtempfangenen Geldes in ihren verschiedenartigen Anwendungen entspringen, vermittelst einer durchgreifenden Revision der auf dieses Rechtsmittel und dessen Wirkungen Bezug habenden Vorschriften bei dem allerhöchst anbefohlenen Entwurf eines allgemeinen Zivil- und Prozeßgesetzbuches allergnädigst abhelfen zu lassen; der Ausschuß trat der Ansicht des Referenten bei, beschloß jedoch auf Vorschlag des Reichsraths Fürsten Hohenlohe, daß die Worte „bei dem allerhöchst anbefohlenen Entwurf eines allgemeinen Zivil- und Prozeßgesetzbuchs" hinwegbleiben sollen, um hiedurch auch die Zeit der Vorlage dem Ermessen der königlichen Staatsregierung zu überlassen.

Nachdem der Hr. Referent heute diesen Antrag kurz motivirt hatte, schloß sich der 2. Präsident Graf Seinsheim demselben an, und der kgl. Staatsminister der Justiz erklärte dann, daß die Staatsregierung die Nothwendigkeit erkenne, im Interesse des Kredits hier eine gesetzliche Aenderung eintreten zu lassen und daß sie deßhalb den Antrag in möglichste Erwägung ziehen werde. Der Antrag des Ausschusses wurde hierauf angenommen, womit die kurze Sitzung schloß.

Augsburg, 24. Febr. Es haben sich unsere angesehensten Firmen und Kapitalisten zur Bildung einer Kreditgesellschaft vereinigt und das Konzessionsgesuch an allerhöchster Stelle eingereicht. Das Unternehmen beruht auf einem Kapital von 20 Millionen Gulden, wovon aber zunächst nur 6 Millionen in Aktien à 500 fl. ausgegeben werden sollen. Von diesen 6 Millionen werden der öffentlichen Bewerbung 2 Millionen vorbehalten werden. (A. Z.)

Preußen. Bonn, 18. Febr. Der Professor der Geschichte an der hiesigen Universität, Dr. Cornelius (ein Verwandter des Künstlers Peter von Cornelius), wird, wie die „Elberf. Ztg." meldet, dem von der Hochschule zu München an ihn ergangenen Ruf Folge leisten. Derselbe dürfte aber, bevor er seine dortigen Vorlesungen beginnt, unter Genehmigung des Königs Max eine längere Reise nach Belgien und Holland behufs geschichtlichen Quellenstudiums machen.

Berlin. Das Obertribunal hat, wie bereits gemeldet, auf die Nichtigkeitsbeschwerde des Bankiers Louis Meyer (in der Untersuchung wegen Verraths telegraphischer Börsen-Depeschen) erkannt, daß das Urtheil des hiesigen Stadt-Schwurgerichts vom 12. November v. J. und das demselben vorangegangene Verfahren, so weit es nicht die verneinenden Aussprüche der Geschwornen betrifft, zu vernichten und die Sache zur abermaligen Verhandlung vor eine Deputation der Untersuchungs-Abtheilung des hiesigen Stadtgerichts zu verweisen. Der Oberstaatsanwalt war gegen die Zulassung der Nichtigkeitsbeschwerde gewesen. Die Beschwerde des Angeklagten gründet sich vornehmlich darauf, daß wesentliche Vorschriften und Grundsätze des Verfahrens, sowie Grundsätze des materiellen Rechts verletzt worden seyen.

Berlin, 20. Febr. Im Haus der Abgeordneten stand heute auf der Tagesordnung der Bericht der Kommission für das Gemeindewesen über den Gesetzentwurf, betreffd. die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen. Die Kommission suchte sich zuerst die historische Entwicklung dieses Gesetzes zu vergegenwärtigen. Die zu Anfang dieses Jahrhunderts eingetretenen Weltereignisse hatten das Bedürfniß einer durchgreifenden Reform mehrerer auf dem platten Lande bestehender Verhältnisse, namentlich in Bezug auf das Verhältniß zwischen Gutsherrn und Unterthanen, sowie in Bezug auf die Besitz- und Nahrungsverhältnisse der ländlichen Grundstücke hervortreten lassen, und es erfolgte die bekannte Agrar-Gesetzgebung, wodurch, „nicht immer mit Schonung wohlerworbener Rechte", eine große Veränderung in der Stellung der Gutsherren zu der ländlichen Bevölkerung und in den Eigenthums- und Besitzverhältnissen dieser Letzteren herbeigeführt wurde, ohne daß jedoch die Gemeindeverfassungen selbst von dieser Gesetzgebung direkt berührt worden wären. Eine „pflegliche Behandlung der althergebrachten ländlichen Gemeindeverfassungen", die an der Zeit gewesen, unterblieb anfangs wegen der kriegerischen Ereignisse, später wegen des Zwiespalts der Prinzipien, welcher sich in der Verwaltung sowohl wie in der Gesetzgebung auf diesem Gebiete geltend machte. Im Jahre 1848 erlangte endlich das eine jener Prinzipien die Oberhand, welches, die althergebrachten Gemeindeverfassungen für die gegenwärtigen Verhältnisse durchaus unzulänglich und unangemessen haltend, eine völlige Umgestaltung aller Gemeindeverhältnisse als nöthig ansah. Aus dieser Anschauung erfolgte die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850, „welche das gesammte Kommunalwesen aller Gemeinden der Monarchie, selbst unter Aufhebung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land, von Grund aus neu und willkürlich aufbaute, um die liberalen Theorien auch in den untersten Schichten des Staatslebens zu verkörpern." Dieser vollständige Sieg des liberalen Prinzips rief nun aber die (der Ansicht der Kommission zufolge „allgemeine") Ueberzeugung hervor, daß man nothwendig auf das entgegengesetzte, das konservative Prinzip zurückgehen müsse. Das sogenannte Sechsparagraphengesetz vom 24 Mai 1853 ging aus diesem Umschwunge der Prinzipien hervor, beseitigte die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850, erkannte die alten ländlichen Gemeinde-Verfassungen als zu Recht bestehend an und überwies die Fortbildung derselben besonderen Gesetzen. In der vorigen Legislaturperiode legte nun die Staatsregierung mehrere Entwürfe vor, und zwar für jede der sechs östlichen Provinzen einen besonderen Entwurf. Die Kommission der 2. Kammer fand dieselben nicht zweckentsprechend, hauptsächlich weil man der Ansicht war, daß die individuellen Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden sich unmöglich in ein Gesetz zusammenfassen lassen, selbst wenn dies Gesetz auch nur eine Provinz umfasse; man hielt es vielmehr für nöthig, zu der Form der reinen Novelle überzugehen und in dieser Form nur einzelne subsidiäre

Bestimmungen zu erlassen, wobei die Auseinanderhaltung des Gegenstandes nach den einzelnen Provinzen nicht mehr erforderlich war. Die Staatsregierung zog damals ihre Gesetzentwürfe zurück und hat nun den gegenwärtigen Entwurf vorgelegt, der sich in den eben bezeichneten Gränzen bewegt.

So viel muß man anerkennen, daß alle diese rückläufigen Bestrebungen ganz aus Einem Gusse sind, und mit einer Schnelligkeit und Sicherheit ausgeführt werden, als ob alles abweichende Denken, Wünschen und Hoffen für ewige Zeiten begraben sey. So ist denn dieser nur aus 13 Paragraphen bestehende Gesetzentwurf nichts als die Aufstellung einiger allgemeinen Grundsätze über Veränderung von Gemeinde- und Gutsbezirken, mit besonderer Rücksicht auf das, was geschehen soll, wenn ein Guts- oder Waldbezirk in einen Gemeindeverband zu treten wünscht, ferner von Vorschriften über das Stimmrecht, Vertheilung der Gemeindeabgaben 2c, zu denen die Kommission noch folgenden Zusatz gemacht hat: „Durch Gemeindebeschluß kann die Erhebung eines Einzugsgeldes angeordnet und von dessen Entrichtung die Niederlassung in der Gemeinde abhängig gemacht werden. — Außerdem kann von Allen, sowohl von den Neuanziehenden als von denen, welche der Gemeinde bereits angehörig sind, bei der Begründung eines selbständigen Hausstandes ein Hausstandsgeld gefordert und von dessen Entrichtung die Theilnahme an dem Stimmrecht abhängig gemacht werden. — Die Theilnahme an den Gemeindenutzungen kann außerdem von der Entrichtung einer jährlichen Abgabe oder anstatt und neben derselben von Entrichtung eines Einkaufsgeldes abhängig gemacht werden."

Also der Vollbürger geht, ehe er es wird, durch eine dreimalige Schatzung, so daß die Kommission, nicht zufrieden, mit der Trennung in Stadt und Land, die kleine Gemeinde wieder in drei verschiedene Arten von Mitgliedern zerreißt.

Der Abg. v. Auerswald hat dem Regierungsentwurf eine förmliche Landgemeinde-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen gegenübergestellt. Graf Schwerin bemerkte in der Debatte, es stehe dies Gesetz in enger Verbindung mit dem „über die Polizeiverwaltung", es sey eine Folge desselben, aufgestellt zu Gunsten der kleinen Herren, eine Behauptung, die ihm später Herr v. Gerlach ganz offen mit den Worten einräumt: allerdings sey die Herrschaftlichkeit die Hauptsache, das Gemeindeleben Nebensache gewesen. Graf Schwerin stellte sich ferner ganz entschieden auf den Boden der Gemeinde-Ordnung vom Jahre 1810, hielt diese für eine nothwendige Konsequenz der Verfassung, und meint, daß eine Verkümmerung der Ersteren ein Umsturz der Letzteren sey.

Herr Wagener (Neustettin) war eben so aufrichtig wie Herr v. Gerlach. Er erinnerte daran, daß zu Zeiten des Herrn Waldeck die Führer der Linken sehr wohl eingesehen hatten, daß es zunächst darauf ankomme, in den unteren Schichten die Gesellschaft in ihrem Sinne zu ordnen, bevor die oberen Schichten hätten gezwungen werden können, sich ihren Grundsätzen zu fügen. Darum hätten jene Führer auch immer gesagt: die Verfassung habe Zeit, es komme zunächst auf die Gemeinde-Ordnung und die übrigen organischen Gesetze an. Danach habe nun die Rechte die Richtschnur ihres Verhaltens genommen; sie habe es sich zunächst Mühe kosten lassen, die Gemeinde-Ordnung wieder auf ihre alte Basis zu stellen. Diese Hinweisung, daß die Rechte über die organischen Gesetze hinweg später an die Verfassung kommen wolle, machte Herr Wagener noch deutlicher durch die Ankündigung, daß der reaktionäre Wind von der Rechten sich leicht in einen reaktionären Sturm verwandeln könne. Wir sind also noch beim Zephyr. (Nat.-Z.)

Württemberg. Stuttgart, 22. Februar. Gestern konstituirte sich die vor einigen Monaten gebildete Handwerkerbank. Das Prinzip derselben ist, die Gewerbetreibenden zu wöchentlichen oder monatlichen Einlagen zu veranlassen, auf welche sie, aber erst nach Ablauf von dreien Monaten, Vorschüsse bis zum Betrage der eingelegten Summe, oder auch gegen tüchtige Bürgschaft bedeutende Summen erhalten können; doch dürfen diese nicht unter 5 fl. und nicht über 500 fl. betragen.

* **Oesterreich.** Die „Wiener Kirchenzeitung" veröffentlicht die Separat-Artikel zum österreichischen Konkordat, welche wie sie sich ausdrückt, die in Letzterem aufgestellten Grundsätze im Einzelnen vervollständigen. Es sind 20 Artikel, wovon wir heute die 9 ersten mittheilen. Sie lauten: „1. Die angelegentlichste Sorge Sr. Maj. geht dahin, daß bei den Universitätsstudien Glaube und Frömmigkeit blühen. Die so hoch gesteigerte Wissenschaftlichkeit unserer Tage ist aber von Irrthümern wie von Wolken überzogen, welche das Licht der Wahrheit brechen. Zur Obsorge für die rechte Ordnung und Leitung in den Studien werden daher die Bischöfe die Stellen von Erzkanzlern an den Universitäten vertreten. 2. Zur Prüfung der Kandidaten für den theologischen Doktorgrad werden ausschließlich Katholiken zugelassen. 3. Einigen Bischöfen wird im Einvernehmen mit der kaiserl. Regierung das Recht zuerkannt, die theologischen Grade zu ertheilen. 4 Es steht den Bischöfen frei, im Einvernehmen mit dem Staate eine katholische, völlig unter ihre Dependenz gestellte Universität zu gründen. 5. Kein Rechtsgelehrter wird zur Professur des kanonischen Rechts zugelassen ohne Einvernehmen des Diözesanbischofs über seinen Glauben und über seine Lehre. 6. An der Universität zu Pesth, welche stiftungsgemäß eine katholische ist, werden in Zukunft bloß Katholiken als Professoren angestellt, gegenüber der bisherigen Praxis, ausnahmsweise auch akatholische zuzulassen. 7. Kandidaten der Theologie, wenn sie bereits in das Seminar aufgenommen werden, oder das geistliche Kleid tragen, und Klosternovizen sind von Militärdiensten befreit. 8. Für Religionslehrerstellen an Gymnasien und mittleren Schulen schreiben die Bischöfe den Concurs aus, übermitteln die Concursakten der Regierung und bezeichnen den, welchen sie als den würdigsten halten. 9. Die Unterdrückung religions- und sittengefährlicher Bücher ist eine gemeinsame Angelegenheit der Kirche und des Staats und der erhabene Kaiser wird kein Mittel unversucht lassen, sie von seinem Reiche fern zu halten. Er wird daher Gesetze geben, welche die Schreibfreiheit beschränken und für die kräftigste Ausführung derselben Sorge tragen und die Wünsche der Bischöfe in diesem Betreff einläßlichst berücksichtigen. Bei Handhabung der Beseitigung dieser Preßübel wird die Berücksichtigung des verschiedenen geistigen Zustands der Provinzen des Reichs die rechten Mittel an die Hand geben. Bis zum Jahre 1848 bestand in Oesterreich eine sehr strenge Präventivcensur. Dieselbe bewies sich aber für viele Provinzen des Reichs als eine den Zweck nicht vollständig erreichende; in dem venetianischen und lombardischen Gebiete ist es daher viel leichter, schlechte Bücher auszuschließen, als in den deutschen und ungarischen Provinzen, welche eine große Anzahl von Akatholiken zu Bewohnern haben. In Italien ist auch größere Strenge geboten, weil Vieles noch neu ist und einen Verführungsreiz ausübt, was in Deutschland nur mehr einen Eckel erzeugt." (Darauf also fußen die Erlasse der lombardischen Bischöfe.)

Die „Oester. Korrespondenz" sagt, daß gegenwärtig über die Freigebung des Zinsfußes Berathungen gepflogen werden.

Großbritannien.

London, 53. Febr. Der Schatzkanzler hat im Unterhaus die Erklärung abgegeben, die Einnahmen seyen um anderthalb Millionen geringer, die Ausgaben um 2 Millionen höher als veranschlagt worden; er verlangt 5 Millionen, um damit die Ausgaben bis April zu decken. Diese nebst andern die Armee betreffenden Forderungen wurden sofort bewilligt. — Der Betrag der Kriegskosten beläuft sich nach der Angabe des Schatzkanzlers bis jetzt auf 74½ Mill. L; doch hätten sich die Hülfsquellen des Landes nicht vermindert. (T. D. d. A. Z.)

Frankreich.

Paris. Heine besaß bis zum letzten Augenblick volle Geistesklarheit und hat noch wenige Stunden vor seinem Tode an seinen Memoiren diktirt. (Schw. M.)

* Paris, 23. Februar. Der türkische Bevollmächtigte, Großvezir Ali Pascha, traf gestern hier ein.

* Der Kaiser hat im Quartier du Temple eine Badeanstalt errichten lassen, wo warme Bäder zu 5 und kalte Bäder zu 2 Sous (7 und 3 kr.) abgegeben werden. Ein Beweis für die wohlthätige Wirkung dieser Anstalt ist, daß an einem Tage schon bis zu 800 Bäder genommen wurden.

Paris, 22. Febr. Das Lustspiel „Die Irrungen" von Shakespeare ist nicht amusanter, als das Noten-Vexirspiel des Constitutionnel und des Moniteur. Graf Walewski, Minister des Aeußern, hatte dem Redakteur des Constitutionnel von dem Irrthume gesprochen und ihm gestattet, davon Gebrauch zu machen. Der Staatsminister Fould, welcher vom Kaiser direkten Befehl erhalten hatte, fand es sonderbar, daß ein anderes Blatt dem Moniteur einen Verweis geben wolle, und der Kaiser stimmte ihm bei. Man hatte sogar einen Augenblick das Wort Entlassung ausgesprochen; aber der Kaiser brachte die Dinge wieder ins alte Geleise. Der vom Grafen Walewski inspirirte Herr Cesena hat die Chef-Redaktion des Constitutionnel niederlegen müssen. Die Angelegenheit des Siècle jedoch ist dadurch noch nicht aufgeklärt. Der Artikel des republikanischen Blattes im Moniteur ist jedenfalls von einer ungeheuren Tragweite. (Köln. Z.)

Man theilt der „K. Z" aus Paris einige Berichtigungen und Nachträge zu den Notizen über die russischen Damen in Paris mit. Mad. Lieven, so wie Mad. Obreskow, und auch Mad. Kalergis, endlich auch Mad. Seebach sind nicht jetzt erst

wiedergekommen, sie hatten Paris auch nicht während des Krieges verlassen. Von Mad. Lieven, die während des Anfanges des Krieges sich in Brüssel aufhielt, habe ich selbst gemeldet, wie sie unter dem Vorwande, nach Nizza zu gehen, die Durchreise durch Paris verlangte und dann hier blieb. Mad. Seebach, die Tochter des Grafen Nesselrode, hatte vor acht Monaten den Befehl von der Polizei erhalten, Paris zu verlassen, wohin sie vor vier Monaten wieder zurückkehrte, nachdem sie durch die Prinzessin Mathilde ihre Verzeihung sich erbeten. Diese Dame hatte einen Brief von Madame Zographos gezeigt, in welchem eine Conversation zweier Hofpersonen in Petersburg mitgetheilt wird, worin gesagt wurde, daß der Schatten des großen Napoleon seinen Neffen ersticken müßte, weil er sich mit den Engländern alliirte. Von russischen Salons in Paris wären noch zu erwähnen jener des Herrn Pozzo di Borgo und jener des Herzogs v. Galiera, Eidams des Marquis v. Brignole, ehemaligen Gesandten Sardiniens in Paris. Diese beiden machen mit jenem der Fürstin Lieven die vorzüglichsten Sammelpunkte der Russisch-Gesinnten in Paris aus. Der Salon von Lord Holland ist der Sammelplatz der Engländer von Auszeichnung, sowie der Elite von Paris. Hier sieht man neben den Personen vom Hofe die HH. Guizot, Thiers, Duchatel u. s. w. Auf der letzten Soiree befand sich auch Lord Clarendon, und es wurde bemerkt, daß er sich sehr lange mit dem Grafen Cavour unterhielt."

Spanien.

† Madrid, 17. Febr. Die „Gazetta" meldet, daß die von Pariser Blättern gebrachte Nachricht der Ernennung des Generals Bosquet zum Granden von Spanien, eine Gunst, welche mit der dem Marschall Pelissier erwiesenen außer Verhältniß seyn würde, — unbegründet ist.

Amerika.

Es ist bekannt, daß vor einiger Zeit zu Havannah zwei Männer, Ramon Pinto aus Katalonien und der Creole Estrampes aus Cuba, hingerichtet wurden, weil sie eine Verschwörung angezettelt hatten, um Cuba von Spanien loszureißen. Unsere Leser werden sich auch noch erinnern, daß die Berichte, welche damals aus Nordamerika über diesen Vorgang einliefen, denselben als eine schreckliche Gräuelthat des Generalgouverneurs Concha darstellten. Wer aber bedenkt, daß die Nordamerikaner längst lüstern sind, die Insel Cuba ihrem Staatenbund einzuverleiben und es deßhalb mit der Wahrheit gar nicht genau nehmen, wenn es darauf ankommt, die spanische Herrschaft zu verläumden: dem mußten gerechte Bedenken über die Wahrhaftigkeit jener Berichte aufsteigen. Ein Deutscher veröffentlicht nun im „Schw. M." hierüber Folgendes: „Ich wohnte selbst den öffentlichen Gerichtsschlußsitzungen bei, wozu auch, weil Estrampes sich in Nordamerika hatte naturalisiren lassen, der nordamerikanische Konsul von Havannah geladen wurde, und ich war auch, so schaudererregend der Anblick war, wie einst bei der Hinrichtung des berüchtigten Generals Lopez, so auch bei der Exekution dieser zwei Hochverräther zugegen. Sie geschah durch die Garrote, ein eisernes Halsband, das zusammengedreht so schnell und sicherer als die Guillotine tödtet. Ramon Pinto war früher schon in seinem Mutterlande zum Tode verurtheilt, hat sich aber dadurch gerettet, daß er vom Soldatenstande weg sich zum Dominikaner-Mönch machen ließ. Es behagte ihm übrigens letztere Karriere auch nicht, und so kam er nach Havannah, wo er durch sein beispielloses Talent und durch Schmeicheleien bei Hof der Günstling des Gouverneurs Concha wurde; auch war er der Vorstand des Lyceo (Museum nebst Unterricht in schönen Künsten), wo er als guter Sänger auch in Liebhaberkonzerten auftrat. Concha gewann ihn lieb und schenkte ihm große Ländereien, machte ihn zum reichen Manne, so daß er ungefähr 300,000 Gulden bei seinem Tode seinen unehelichen Mulattenkindern hinterließ. Zum Danke dafür wurde er der Chef der Insurrektion und gestand im Verhör, daß er sich angeboten, seinen Gönner Concha eigenhändig zu ermorden! Im Theater Tacon in Havannah (nebenbei bemerkt, dem schönsten und größten der Welt nach der Scala in Mailand) sollten während der Vorstellung der Hugenotten (!), wo etwa 4000 Personen zugegen waren, alle Lichter ausgelöscht und die spanischen Staatsbeamten, Offiziere 2c. ermordet werden. Vierundzwanzig Stunden vor Vollführung wurde die Konspiration entdeckt und Concha als grausamer Tiger in Nordamerika verschrieen, da er Ramon Pinto, der Alles eingestehen mußte, hinrichten ließ, während er alle anderen Verschworenen begnadigte, mit Ausnahme von Estrampes, der ganze Schiffsladungen von Waffen von Nordamerika nach Cuba brachte, und beim Verhör nicht nur sagte, er bringe die Waffen, um Cuba zu empören, sondern zufügte, wenn man ihm die Freiheit schenke, werde er von Neuem anfangen. Sie gingen beide nach dem Schaffot, wie zu einem Theater. Bei dem 24jährigen Estrampes als Creolen ist dieser Gleichmuth eher zu bewundern als zu tadeln, denn er hatte nur im Auge, sein Vaterland glücklich zu machen, aber R. Pinto flößt selbst dem Philosophen mit dem Grundsatze: „de mortuis nil nisi bene" Verachtung ein, denn die niederträchtigste Undankbarkeit und nicht Vaterlandsliebe (da er kein Creole war), sondern eigenes Interesse waren die Hebel seiner Frevelthaten; er sprach bereits davon, die ihm von Concha geschenkten Ländereien mit Wucher an Nordamerika zu verkaufen. Am Tage, an dem Concha einen Hofball geben wollte, hörte er alle Details der Konspiration von einem Verräther Pintos, gab aber den Ball dennoch und lud R. Pinto dazu ein. Concha machte beim Souper eine Bemerkung über eine Verschwörung, was aber Niemand verstand, als wahrscheinlich Pinto und Concha. Beim Abschied drückte Pinto Conchas Hand mit den Worten: „Diesmal sollten E. höchste Excellenz mit mehr Strenge und Energie gegen die Insurgenten verfahren als bisher." Concha versprach es ihm und sechs Stunden nachher war Pinto von seinem Bette aus nach der Festung gebracht. Concha wußte damals schon den Namen des Vizechefs der Verschwörung, Pinelly, ließ ihn aber absichtlich noch nicht nach dem Gefängniß abführen, sondern traf Veranstaltungen, daß Pinto von seinem Kerker aus durch seinen Verräther selbst Wochen hindurch Briefe an Pinelly und umgekehrt, immer zuerst an Concha selbst, der sie behielt, und durch einen Privatsekretär, der Handschriften genau nachzuahmen verstand, abkopiren ließ. Es zirkulirten also hin und her nur die buchstäblich treuen Kopieen der Briefe. Die Originale behielt Concha und legte sie später, nachdem auch Pinelly im Gefängniß war, als Belege im Verhör Beiden vor, die, wie vom Donner gerührt, ihre Handschriften anerkennen mußten!"

Asien.

Petersburg, 16. Febr. Der „Invalide" berichtet nach dem „Kawkas", aus Teheran wäre die Nachricht eingetroffen, „der Emir Dost-Mahomed-Khan von Kabul, der nach dem Tode Koendil-Kahn's Kandahar in Besitz genommen hat, hege feindliche Absichten gegen Heral; die persische Regierung beabsichtige deßhalb einen Heereszug nach Herat und habe bereits Anstalten zur Ausbebung von Regimentern, unter anderen auch in Aderbeidschan, getroffen, um so mehr, da in Folge von Unzufriedenheit, die zwischen der Regierung des Schah und der englischen Gesandtschaft entstanden ist, welch' letztere Teheran am 8. Dezbr. verlassen hat, die Truppen-Zusammenziehung zur Vertheidigung gegen die Engländer unumgänglich geworden sey. (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, 22. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Obwohl die Frage, ob Preußen zu den Pariser Friedenskonferenzen zuzulassen sey, zu einem entscheidenden Austrag noch nicht gekommen ist, unterliegt es wohl keinem Zweifel mehr, daß Preußen eine Einladung erhalten wird, einen Bevollmächtigten nach Paris zu senden. Louis Napoleon ist es, welcher das Zusammenwirken sämmtlicher Großstaaten für seine Pläne braucht. Er verfolgt neben der Feststellung des Friedens gleichzeitig auch noch andere für ihn und Frankreich wichtige Angelegenheiten. Oben an steht, daß die völkerrechtlichen Bestimmungen Europa's insofern abgeändert werden, als sie mit seiner Thronbesteigung in Widerspruch sich befunden. Hiezu hat er um so mehr Veranlassung, da es Thatsache ist, daß die beiden bourbon'schen Linien sich vereinigt haben, und ihre Ansprüche auf den Thron Frankreichs gemeinschaftlich machen werden. Jedenfalls liegt es Louis Napoleon sehr daran, daß die Nebenzwecke, welche er im Auge hat, auf der Konferenz recht vollständig erreicht werden. Das kann aber nur geschehen, wenn sämmtliche fünf Großmächte ihnen die Sanktion durch eine freie Zustimmung auf der Konferenz ertheilen. Er muß daher den Beitritt Preußens zu der Konferenz auf das Entschiedenste befürworten.

§ Wien, 22. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Nach dem Inhalt der letzten hier eingetroffenen, vom 13. d. M. datirten preußischen Depesche kann man fortwährend mit Sicherheit daran glauben, daß es der ernstliche Wunsch Preußens ist, in die Friedenskonferenz in seiner Eigenschaft als europäische Großmacht einzutreten. — Was nun die Bemühungen betrifft, denen sich das diesseitige Kabinet zur Realisirung dieses Wunsches in Paris und London unterzogen hat, so vernimmt man — und Sie können dies als sicher annehmen

—, daß dieselben in Paris bereits einen entsprechenden Erfolg gehabt haben, wofür am besten der Umstand spricht, daß der französische Gesandte in Berlin Herr de la Moustier angewiesen worden ist, dem Berliner Kabinete anzuzeigen, daß Frankreich sich den auf den Eintritt Preußens in die Friedenskonferenz sich beziehenden Wünschen Oesterreichs vollkommen angeschlossen hat. — Weniger günstig lauten dagegen die Nachrichten aus London. In diplomatischen Kreisen hofft man übrigens, daß Viscount Palmerston seinen Widerstand bald aufgeben wird, wenn er sich von dem diesfalls zwischen Frankreich und Oesterreich bestehenden Einverständnisse überzeugt haben wird.

Paris, 21. Febr. Lord Clarendon soll seinen eigenen sehr geschickten Stenographen mitgebracht haben, da es Lord Palmerston sehr daran liegt, ein getreues Gemälde der Konferenz-Verhandlungen, Einreden und Bemerkungen zu erhalten, um das zu erkennen, was er in seiner eigenen Sprache „the drift of everybody's mind" in Reden oder Aeußerungen nennen mag. (K. Z.)

Aus Rußland.

* Wir entnehmen einer Korrespondenz des „Constitutionnel" aus St. Petersburg, 9. Februar, Folgendes: „Während der Adel es versucht, seine Unzufriedenheit mit dem Entschlusse des Czaren den Truppen und Landleuten des Petersburger Gouvernement mitzutheilen, segnet der Handelsstand die Entschließung des Kaisers, die ihm wieder einiges Leben bringt. Jetzt handelt es sich nicht nur darum, die Eisenbahn zur preußischen Gränze auszubauen, große Linien von Petersburg und Moskau an die äußersten Punkte des Reichs zu unternehmen, sondern auch darum, in möglichst kurzer Zeit ein Eisenbahnnetz zu schaffen, welches von den wichtigsten Häfen aus nach den volkreichsten und ackerbautreibenden Punkten geht. Aber es ist zweifelhaft, ob das Land selbst die zu solchen Unternehmungen erforderlichen Kapitalien und Arbeiter zu beschaffen vermag, weßhalb man sich an auswärtige Arbeiter, Ingenieure und Kapitalisten wird wenden müssen; und dies wird — wenn Paris uns den Frieden bringt — auch geschehen. Man versichert, daß der Czar damit umgehe, das ganze russische Zollwesen umzugestalten und dem bisherigen Prohibitiv-System ein sehr liberales System zu substituiren. — Leute, welche sich gut unterrichtet glauben, behaupten, der auswärtige Handel werde künftighin alle russischen Gränzen offen finden und nichts werde seiner Ausbreitung im Innern mehr im Wege stehen. Man geht noch weiter: man sagt, daß ein Handelsvertrag zwischen Rußland, Frankreich und England zur sofortigen Unterzeichnung nach geschlossenem Frieden und der erfolgten Anerkennung Alexanders II seitens dieser beiden Mächte bereit liege. Was auch an diesen Gerüchten Wahres seyn mag, so theile ich Ihnen als gewiß mit Vergnügen mit, daß die außerordentlichen Aushebungen „auf Befehl" im ganzen Reiche eingestellt sind." (Charakteristisch ist jedenfalls diese absonderliche Freundlichkeit des Pariser halbamtlichen Blattes gegen Rußland.)

* „Nikolajeff — sagt der „Pariser Moniteur de la Flotte", in einem die „Wahrheit über Nikolajeff" überschriebenen Artikel — ist für Rußland, wie man es zu allgemein in Europa glaubt, nicht nur ein Bau- sondern auch ein Armirungshafen. Nikolajeff liegt am Zusammenflusse zweier Flüsse, deren einer, der Ingur, in den Bug, und der andere, der Bug, in den Golf von Cherson oder von Dniepr sich ergießt. Um es den Kriegsschiffen möglich zu machen, den Fluß sicher zu befahren, ließ die russische Admiralität ein Fahrwasser herstellen, welches gegenwärtig 8 Monate des Jahres durchschnittlich 20 Fuß Tiefe hat. Schiffe können in Nikolajeff gebaut und armirt werden und den größten Theil des Jahres, unter Beobachtung einiger Vorsichtsmaßregeln, kampfgerüstet von dort aus ins schwarze Meer einlaufen. Nur die Schiffe ersten Rangs von 120 Kanonen nahmen ihre Zwischendeck-Batterien in Sebastopol ein und vollendeten dort die großentheils in Nikolajeff ausgeführte Armirung. In Sebastopol und unter dem Schutze seiner Werke stationirten und versammelten sich die in Nikolajeff gebauten und armirten russischen Geschwader, um auf Expeditionen und zum Kampfe auszulaufen. — Diese beiden Häfen hängen einer vom andern ab und wenn Sebastopol nicht mehr besteht, so ist für Nikolajeff kein Grund der Erhaltung mehr vorhanden und es ist augenscheinlich, daß man in St. Petersburg die loyale Ansicht hegt, ehrenvoll darauf zu verzichten."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 24. Februar. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. $79\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Met. $70\frac{7}{8}$; Wiener Bankaktien 1175; 5pCt. Lomb. $89\frac{1}{4}$; Wiener Wechsel $114\frac{7}{8}$; 3pCt. inl. span. $38\frac{7}{8}$; 1 pCt. neue $23\frac{7}{8}$; Darmstädter Bankaktien $335\frac{1}{2}$.

Wien, 23 Februar. Oesterr. 5pCt Nat.-Anl. $84\frac{1}{16}$; 5Cpt. Met $82\frac{5}{16}$; $4\frac{1}{2}$pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; ditto von 1854 $105\frac{7}{8}$; Bankaktien 1029; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2700; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 312; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 672; österr. Staatsbahn-Aktien ——. Wechselkurse: Augsburg uso $104\frac{3}{4}$ P.; London 10. $16\frac{1}{2}$. B.

Nichtpolitische Zeitung.

* Ein schreckliches Verbrechen hat einen Theil London's mit Schauder erfüllt. Die Frau eines angesehenen Graveur's in Linton-street, Islington, M. Somner, 36 Jahre alt, Tochter sehr geachteter Leute, hatte vor ihrer Verheirathung ein uneheliches Kind, welches sie, unter Einwilligung ihres Mannes, zu einer respektablen Wittwe, Frau Harrington in Hackney Road, in Pension gethan hatte. Der Mann bezahlte die Pension des Kindes, eines 14jährigen Mädchens. Letzten Montag holte M. Somner ihr Kind Abends 10 Uhr ab, führte es in ihr Haus, von da in den Keller und schnitt ihm da, mit der größten Kaltblütigkeit, den Hals ab; sodann ging sie ruhig schlafen. Die Magd hatte das Schreien des Opfers und das dem Morde vorangehende Gespräch mit angehört. — Am folgenden Tage zeigte sie das Vorgefallene der Behörde an. Die Polizei fiel in das Haus ein und verhaftete den Mann und die Frau; auf die Aussagen der Magd wurde Ersterer jedoch wieder in Freiheit gesetzt. — Die Frau ihrerseits läugnete Alles, aber da die Erklärungen des Hrn. Somner und der Polizei möglich machten, die Identität des Opfers zu konstatiren, so gestand die Angeschuldigte endlich ihr Verbrechen. Nur behauptete sie, daß das Kind nicht von ihr sey, sondern ihrem Bruder gehöre und daß sie es umgebracht habe, um den Streitigkeiten, welche sie deßhalb mit ihrem Manne habe, ein Ende zu machen. — Die Somner'schen Eheleute lebten im Wohlstand und bewohnten ein sehr elegant möblirtes Haus.

Paris, 22. Febr. Die „Gazette des Tribunaux" theilt in Bezug auf die schon gemeldete Ermordung der Herzogin von Chaumont Laforce mit, daß ein Deutscher aus Württemberg, Namens Baumann, dieselbe verübte. Er war erst vor vierzehn Tagen bei derselben als Stallknecht in Dienst getreten und hatte sich, wie alle seine Vorgänger, öfter von der Herzogin, die außer ihm gar keine Dienstboten hatte, Vorwürfe zugezogen, die er ruhig hinzunehmen schien. Als nun am Tage des Verbrechens die Herzogin ihm wieder im Hofe Vorwürfe machte, schlug er sie nieder und schleppte die Leiche in den Stall, wo er sie mit Stroh und Holzscheiten bedeckte. Hierauf begab sich Baumann in ihr Zimmer und nahm hier zwei Zwanzigfrankenstücke, einen Fünffrankenthaler und ein paar Täfelchen Chokolade. Als er eben das Hotel verlassen wollte, klopfte ein Amerikaner ans Thor, der in der Nachbarschaft wohnte und die Herzogin hatte in den Hof treten sehen, und auch ihren Hülferuf gehört hatte. Baumann öffnete die Thür und auf die Frage, wo die Frau Herzogin sey und weßhalb dieselbe geschrieen habe, antwortete er kaltblütig, sie sey im Stalle und habe geschrieen, weil er sie erschlagen habe. Mit Hülfe eines Polizeidieners wurde Baumann zur Haft gebracht, der auch sein Verbrechen bis zu den kleinsten Umständen eingestand. Als man die 45 Franken bei ihm fand, erklärte er dieselben genommen zu haben, weil die Herzogin ihm noch so viel schulde; er habe sich eine neue Hose kaufen wollen. Als Ursache seiner That bezeichnet er das fortwährende Zanken der Ermordeten; die Wuth habe ihn übermannt, und er habe ihr ein paar Schläge mit der Faust auf den Kopf gegeben, nicht in der Absicht, sie zu ermorden; diese Schläge müßten aber etwas heftig gewesen seyn, so daß sie bewußtlos niedergesunken, worauf er sie in den Stall geschleppt habe. Baumann, 31 Jahre alt, scheint die Schwere seines Verbrechens nicht zu kennen. Heute Morgen fand der Trauergottesdienst für die Ermordete Statt. Die Leiche ist unmittelbar nach den Exequien nach Belgien abgegangen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 57. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 26. Februar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 25. Februar. Se. Maj. der König haben dem Schullehrer Johann Zahn in Offenhausen, dem k. Revierförster Joh. Baptist Taucher in Vilseck, dem Priester Joh. Nepomuk Höft, Pfarrer in Breitenbrunn, die Ehrenmünze des k. bayerischen Ludwigsordens verliehen; die katholische Pfarrei Ommersheim, Landkommissariats Zweibrücken, dem Priester Jos. Veith, Pfarrer in Großkarlbach, Ldkftts. Frankenthal, übertragen. (N. M. Z.)

München, 19. Februar. Dieser Tage war das Gerücht verbreitet, der Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung", Dr. Gustav Kolb, sey in ein Irrenhaus gebracht worden. Das ist zum Glück nicht wahr; doch befindet sich derselbe in einem Zustande des Trübsinns und der Schwermuth, welche jede geistige Thätigkeit für alle Zukunft ihm unmöglich machen kann. Er verweilt im Kreis seiner Familie zu Stuttgart, seiner Heimath.

Der „Augs. Abendz." wird aus München, 23. Februar, geschrieben: „Wie man vernimmt, haben heute nach Beendigung der öffentlichen Sitzung der Kammer der Reichsräthe die königl. Prinzen (und Reichsräthe) Luitpold und Adalbert, kk. HH., einer Konferenz der Mitglieder des Direktorium und des 1. Ausschusses dieser hohen Kammer beigewohnt, und man glaubt, daß diese Konferenz mit dem dermaligen, leider nicht sehr erfreulichen Stand der Gerichtsorganisationsfrage zusammenhänge. Man glaubt, daß diese so lange schwebende Frage jetzt in einem kritischen Stadium angelangt ist; jedenfalls aber kann die Entscheidung nicht lange mehr ausbleiben.

Gegen die Belastung der Fundationskapitalien der geistlichen Pfründen mit der Kapitalsteuer sind bereits 9 Beschwerden und Vorstellungen bei der Kammer der Reichsräthe eingelaufen. (B. Lbbötin.)

München, 24. Febr. Wir erfahren, daß der Herr Abt von Metten und nunmehr ernannter Erzbischof von München-Freising nicht unbedeutend erkrankt ist. (A. Postz.)

München. In einer Versammlung von hiesigen Kaufleuten und Geschäftsmännern wurde beschlossen, daß die neue Börse, die auf Georgi ihren Anfang nimmt, täglich von 12 bis 2 Uhr stattfinden soll. Die Zutrittgebühr wird auf 4 fl. jährlich angesetzt. (M. B.)

Zweibrücken, 21. Febr. So viel wir hören, soll die gerichtliche Untersuchung, welche auf Verlangen einiger Beamten wegen Verläumdung gegen den Rentner Fröhlich dahier aus Anlaß seiner Wahlbeschwerdeschrift geführt wurde, eingestellt worden seyn. (M. Z.)

** München, 22. Februar. (Privat-Korrespondenz.) (**Nachtrag zu dem Bericht über die 40. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.**) Da es alsbald sechs Monate sind, daß die Kammer versammelt ist, so nahm hieraus der I. Präsident, Graf Hegnenberg, Veranlassung, eine Uebersicht der Thätigkeit der Kammer zu geben, um hiedurch dem etwaigen Tadel über die Langsamkeit des Geschäftsganges zu begegnen. Er erwähnt zuerst den vom I. Ausschuß erledigten Gesetz-Entwurf, bemerkend, daß ihm noch nicht bekannt sey, wenn und wie der Staatsminister der Justiz die verheißene Vorlage über die Gerichtsorganisation machen werde, und fuhr dann fort: „Von den eingebrachten Anträgen sind in der Kammer der Abgeordneten erledigt neun. Der Antrag des Hrn. Abg. Völk „die Verordnung vom 25. März 1816, den Diebstahl betr.", ist erledigt durch die eingebrachten Gesetz-Entwürfe der Staatsregierung, der von beiden Kammern erledigt ist. Im II. Ausschusse wurden von 18 eingebrachten Regierungsvorlagen bisher erledigt, durch Gesammtbeschluß: 1) die Vorlage der Regierung, betr. die Mittheilung über die Zoll- und Handelsverhältnisse; 2) der Gesetz-Entwurf, den §. 33 des Haussteuergesetzes vom 13. Aug. 1828 betr.; 3) beide Gesetze über die provisorische Steuer-Erhebung. In der Kammer erledigt sind: 4) der Gesetz-Entwurf, die Personalsteuer betr.; 5) der Gesetz-Entwurf, die Kapitalsteuer betr.; 6) der Gesetz-Entwurf bezüglich der Gewährung einer Zinsengarantie zur Erbauung einer Eisenbahn von Homburg nach Zweibrücken; 7) der Gesetz-Entwurf über die Vereinigung der Gesellschaft der Max- und der Ludwigsbahn. Von den Nachweisungen pro 1852/53 ist erledigt das Hauptreferat über die Staatseinnahmen und die Spezialreferate der Postanstalt, der Eisenbahnen, der Telegraphen-Anstalt, der Donaudampfschifffahrt, des Ludwigkanals, der Zollgefälle und der Salinen, ferner das Hauptreferat über die Staatsausgaben pro 1852/53 und die Spezialreferate über die Militärrechnungen und die besonderen Staatsfonds, die Verwendung der Staatseinnahmen für die Staatsschuld, der Bericht über die Staatsschuldentilgungskassa, welcher ihnen heute vorliegt, endlich der Bericht des ständischen Schuldentilgungskommissärs für das Etatsjahr 1852/53. Der Gesetzentwurf: „die Eisenbahnbaudotations-Kommission für die VII. Finanzperiode betr.", ist am 13. Febr. erledigt worden und kömmt demnächst auf die Tagesordnung. Der Gesetz-Entwurf, „die Uebernahme einer Zinsengarantie für die oberpfälzischen und niederbayerischen Eisenbahnen betr.", ist der Ausschußberathung unterlegen. Von den Nachweisungen pro 1852/53 ist nur das Referat über das Bergwesen im Ausstande. Die erst unterm 18. Jan. l. J. vorgelegten Nachweisungen pro 1853/54 sind in Angriff genommen. Unerledigt sind der Entwurf „die Revision der Gewerbsteuer betr.", eingebracht am 15. Septbr. v. J., der Entwurf, die Abgaben der Bergwerke diesseits des Rheines betr., am 21. Sept., der Vorbehalt der Staatsregierung, die Zollverhältnisse für die Zukunft betr., eingebracht am 2. Nov. v. J., endlich das Budget und das Finanzgesetz für die VII. Finanzperiode. Die an den II. Ausschuß gebrachten Anträge, 53 an der Zahl, sind mit Ausnahme des Antrages des Hrn. Abg. Borst, welcher am 18. Febr. erledigt wurde, beinahe nur solche, welche mit dem Budget bearbeitet und dort erledigt werden. Dem III. Ausschusse liegt nur ein Gesetz-Entwurf vor, es ist jener der öffentlichen Wege. Derselbe wurde am 27. Septbr. von der Staatsregierung eingebracht, am 6. Novbr. erledigt und am 16. Novbr. durch Kammerbeschluß an den Ausschuß zurückgewiesen. Neuerdings erbetene, aber noch nicht eingetroffene Aufschlüsse haben die zweitmalige Bearbeitung verhindert. Von 28 eingebrachten Anträgen sind durch Gesammtbeschluß erledigt: 3, in der Kammer berathen: 8, im Ausschuß erledigt: 5, zur Zeit in Bearbeitung: 12. Dem IV. Ausschusse lagen 10 Beschwerden vor, wovon jene der Gemeindebevollmächtigten der Stadt Kitzingen am 9. Oktbr. einkam, am 29. Oktbr. im Ausschuß erledigt wurde, und heute Ihrer Berathung unterbreitet wird. Meines Wissens sind von einzelnen Referenten noch mehrere Referate gefertigt und gewärtigen ihre Erledigung im Ausschuß. Der V. Ausschuß hat von 141 Anträgen 133 erledigt, es sind sonach 8 im Ausstande. Der Gesetzgebungs-Ausschuß hat in 5 Sitzungen die Grundlage der Bearbeitung festgestellt, und die Referenten haben ihre Arbeiten begonnen. 46 Erledigungen fanden statt in 39 Sitzungen der Kammer."

„Aus dieser Zusammenstellung, m. H., werden Sie ersehen, daß, wenn auch die Ausschüsse den ersten Monat bedurften, um ihre Vorarbeiten für die Kammer zu erledigen, so doch die Kammer anstrengend beschäftigt war in den letzten Monaten, die ihr vorgelegten Arbeiten definitiv zu erledigen. Es hängt das zusammen mit der Erscheinung, daß vom 1. Sept. bis zum 1. Januar nur 18 öffentliche Sitzungen möglich waren, während vom 1. Januar bis heute, also während 7 Wochen, 21 öffentliche Sitzungen stattfanden. Da solche Pausen möglicherweise auch später noch vorkommen können, so erlauben Sie mir darüber eine Bemerkung. Ich begreife sehr gut, daß es für diejenigen Mitglieder des Hauses, welche nicht in den Ausschüssen beschäftiget sind, peinlich seyn muß, so zu sagen in ruhender Aktivität Wochen lang zu seyn. Allein ich erachte diese Zeit nicht für verloren, wenn jene Mitglieder, die nicht

in den Ausschüssen beschäftiget sind, die Zeit dazu benützen, die vorgelegten Entwürfe zu prüfen, wozu die Vorlage des Budget an sich schon genügendes Material bietet. Es wird auf diesem Wege möglich werden, von jenen Bestimmungen der Geschäftsordnung rechtlicheren Gebrauch zu machen, wornach im Art. 47 den Mitgliedern des Hauses das Recht zugestanden ist, Abänderungsvorschläge schon im Stadium der Ausschußberathung zu bringen. Es wird dadurch ein großer Nutzen geschaffen, wenn Sie bedenken, daß dadurch das Material der Ausschüsse vermehrt ist, die Diskussion in der Kammer, insbesondere der Uebelstand improvisirter Modifikation beseitigt wird, der nur nachtheilig auf das Zustandekommen von Gesetzen wirken kann, nachdem der Antragsteller selbst kaum im Augenblicke der Einbringung im Stande ist, die Tragweite derselben zu beurtheilen, noch viel weniger aber die Kammer, die im raschen Flug darüber Beschluß fassen soll. Wenn aber auch die Ausschüsse längere Zeit als in früheren Landtagen in den ersten Monaten gebraucht haben, so glaube ich hinweisen zu müssen, daß man billige Rücksicht darauf nehmen muß, daß die Kammer eine neugewählte sey, daß die Ausschußmitglieder, namentlich des Finanzausschusses, welche der Kammer zum ersten Male beiwohnen, die schwierige und zeitraubende Aufgabe zu lösen hatten, in das weitschichtige Gebiet des Staats-Rechnungswesen sich einzuschließen. Auch glaube ich darauf hinweisen zu müssen, daß die materiell bedeutendsten Vorlagen, die längst von den Referenten bearbeitet waren, in Folge eingetretenen Zwischenfalles und auf ministeriellen Wunsch zurückgelegt werden mußten, wobei ich nur auf das Gesetz über die Gerichtsorganisation, auf das Dotationsgesetz, auf die Nachweise und endlich auf die Militärrechnungen hinzuweisen brauche. Zu dem kommt noch ein weiterer Grund, der vielleicht diese Langsamkeit etwas entschuldigen dürfte. Eine Kammer kann sich dem Geiste, der durch das öffentliche Leben des Staates weht, dem sie angehört, nun und nimmermehr entziehen, sie kann sich seinem Einflusse nicht entgegenstellen; wo das Herz matt schlägt, werden die Glieder kalt, und wenn sich Jemand in einer Gesellschaft befindet, wo Alles schläft oder zu schlafen scheint, darf man es ihm nicht verübeln, wenn ihn die Lust ankömmt, manchmal zu gähnen. So viel über die Vergangenheit. Was die Zukunft betrifft, so kann ich Ihnen leider in dieser Beziehung keine sehr frohe Aussicht eröffnen. Nicht nur, daß die materiell bedeutendsten Gesetze unbearbeitet liegen, so stehen diese Gesetze im direkten Zusammenhang mit dem Budget und sind ihm präjudiziell. Ich verweise auf das Gesetz, die Gewerbssteuer betr., verweise auf den Einfluß, den möglicher Weise das Gesetz über die öffentlichen Wege auf das Budget üben kann, verweise vor Allem auf das Gesetz, die Gerichtsorganisation betreffend. Sie können einem Referenten, der das Ausgabenbudget zu bearbeiten hat, nicht zumuthen, die Feder in die Hand zu nehmen, wenn zur Zeit die wichtigsten Positionen seiner Arbeit in Frage, die Positionen für den Etat des Ministerium der Justiz, des Ministerium des Innern, für den gemeinschaftlichen Etat, für den Etat der Landgerichte, der Sicherheit, die Postulate für das Staatsbauten-Wesen gar nicht vorläufig festgestellt werden können. Es ist dem Ausschußreferenten nicht möglich, etwas zu arbeiten. Ich kann, meine Herren, an diese Bemerkung eben nur den Wunsch anknüpfen, daß, was an uns liegt, möglichst dahin getrachtet werde, daß wir wenigstens unsere Schuldigkeit erfüllen. Wie übrigens der Vorwurf eines schleppenden Ganges unserer Geschäfte nicht ganz zu vermeiden ist, so kann wenigstens demjenigen, dem eine Frage in dieser Beziehung gestellt wird, die wirklich tröstende Antwort in den Mund gelegt werden, daß alle diese Umstände zusammengenommen einen großen Theil der Schuld wenigstens von der Kammer abwenden. Ich knüpfe an diese Bemerkung noch eine Erwägung. Durch das heute bewilligte Urlaubsgesuch ist ein sehr wichtiges Referat, welches in den Händen des Hrn. Dr. Vogel geruht hat, gewissermaßen als erledigt zu betrachten. Ich glaube dem Ausschuß nicht vorzugreifen, wenn ich den Vorschlag an Sie bringe, ob es nicht zweckmäßig sey, den II. Ausschuß um 1 oder 2 Mitglieder zu verstärken (welchem Vorschlage die Kammer am Schlusse der Sitzung beistimmte)."

Preußen. Berlin, 22. Febr. Die Börse ist in den letzten Tagen schlechter gewesen, zum größten Theil wohl als nothwendiger Rückschlag der gewaltigen Spekulationen, welche die Friedensunterhandlungen heraufbeschworen. Bisher haben alle Spekulanten nur Geld verdient, und wenn der Frieden wirklich abgeschlossen wird, kann die Fortsetzung dieser goldenen Zeit zunächst nicht ausbleiben. Wo aber bei den besten Erfolgen doch zuletzt das Geld für alle industrielle Unternehmungen herkommen soll und zu welchen Krisen der Spekulationsschwindel endlich führen wird, das erweckt schon jetzt mancherlei Gedanken bei vorsichtigen Geschäftsleuten. Die Furcht vor dem Ende sitzt eigentlich in jedem Börsenkrösus, daher bringt ein anzweifelndes Gerücht auch bald alle Börsen ins Wanken wie eine gute Nachricht die ganze Legion mit hochgeschwungenen Geldbeuteln vorwärts treibt. Jetzt sind es die Zweifel über ausbrechende Uneinigkeiten zwischen England und Frankreich, welche die Börsen in ihrer Friedensseligkeit stutzig machen; dazu aber kommt speziell für Berlin und Preußen die Aeußerung des Ministerpräsidenten bei Gelegenheit der Anleiheverwendung für fortgesetzte Kriegsbereitschaft. Der Minister verlangte freie Hand für die Regierung, weil man in Kriegsbereitschaft nicht nachlassen und nicht wissen könne, ob ein Krieg nicht dicht an unsern Gränzen entbrenne, was die Verstärkung der Kriegsbereitschaft erfordere. Aus diesen Aeußerungen hat man schließen wollen, daß im höchsten Regierungskreise selbst kein Zutrauen zu den Friedenserfolgen herrsche. Abgesehen von dieser Möglichkeit ist aber nicht zu vergessen, daß, wenn man das Geldausgeben nicht beschränken lassen will, man doch auch Gründe dafür angeben muß. (Z. f. N.)

* Berlin. Gegen den Literaten Vehse, der sich gegenwärtig behufs Verbüßung einer wegen Beleidigung des Herzogs von Mecklenburg gegen ihn erkannten 6monatlichen Gefängnißstrafe in der Stadtvogtei befindet, wird nächstens beim Kriminalgericht eine Anklage und zwar wegen Beleidigung eines hochgestellten mecklenburger Beamten verhandelt werden.

Berlin, 22. Febr. Der Anfang der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gewährte das eigenthümliche Schauspiel, den Grafen Pfeil und Hrn. v. Gerlach in Absolvirung eines Bußaktes zu zeigen gegenüber einer Macht, für welche sie ihre Verachtung stets mit Ostentation an den Tag gelegt haben. Umsonst würden Beide leugnen, daß es die zwingende Gewalt der öffentlichen Meinung war, welche sie auf die Tribune nöthigte.

Graf Pfeil ertheilte dem Hause eine derbe Lektion, daß es sich durch solche Lapalien, wie die von ihm über sein Regiment aufgeführten habe affiziren lassen. Nur beiläufig ließ er einfließen, daß er dann und wann wohl möge in den Mitteln gefehlt haben. Er verbarg seinen Parteigenossen nicht, daß er ihnen im Grunde wenig zutraue, wenn sie schon bei solchen kleinen Vorspielen eine Gänsehaut überläuft.

Hr. v. Gerlach bedauerte, sich nicht deutlicher ausgedrückt zu haben, zumal er einen Fleck berührt, „der in Folge einer tiefliegenden Krankheit unseres Staatswesens sehr verwundbar und empfindlich ist, nämlich das Verhältniß des Adels zu den nichtadeligen Offizieren und Rittergutsbesitzern“. — Sein Satz war: „Es ist der Triumph des Adels, daß er in der Armee den bürgerlichen Offizieren adelig-militärische Sitte mittheilt; sein Beruf ist, im ganzen Lande Aehnliches zu leisten“. Diesen angeblich mißverstandenen Satz erläutert er in folgender Weise: „Bis vor etwa 50 Jahren waren die Offizierstellen und die Rittergüter, wenige Ausnahmen abgerechnet, ausschließlich in den Händen des Adels. Seitdem sind sie auch in bürgerlichen Händen. Ich wollte nur hervorheben, wie nothwendig einerseits und wie möglich andererseits es sey, daß Beruf und Amt, und das aus dem gemeinschaftlichen Berufe und Amte hervorgehende Gemeinschaftsbewußtseyn diesen Unterschied zurücktreten lasse und ihm das Störende nehme. Dies ist — das war mein Gedanke — in der Armee, wo die Prinzipien der gemeinsamen Zucht, der gemeinsamen Ehre und der gemeinsamen Sitte vorzüglich stark wirken, geschehen oder doch in sehr bedeutendem Maße geschehen. Die bürgerlichen Offiziere, zum Theil Männer in sehr hohen Chargen und zum Theil noch niedrigeren Standes, stehen in ihrer gesammten ehrenhaften Lebenshaltung den adeligen Offizieren wesentlich gleich und genießen in dieser Beziehung auch wesentlich derselben Anerkennung. Darin finde ich einen erfreulichen Sieg des christlichen Begriffes „Stand“ über den heidnischen Begriff „Kaste“. In der Ritterschaft ist die Gemeinsamkeit der Zucht, Ehre und Sitte, und die heilsame Wirksamkeit dieser Gemeinsamkeit der Natur der Sache nach viel schwächer, als innerhalb der militärischen Kameradschaft. Aber auch in der Sphäre der Ritterschaft ist es der Beruf und die Pflicht des Adels, Wesen und Realitäten in den Vordergrund, bloße Titel dagegen zurücktreten zu lassen." (N. Z.)

Berlin, 23. Febr. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde in zweiter Abstimmung mit 207 gegen 96 Stimmen das Gesetz über die Landgemeinde-Ordnungen der sechs östlichen Provinzen angenommen. Es folgte hierauf nochmalige Berathung des Gesetzentwurfs über Abänderung des Artikels 42 und Aufhebung des Art. 114 (dadurch soll die gutsherrliche Polizei wieder hergestellt werden). Der Entwurf gelangte mit 199 gegen 105 ebenfalls zur Annahme (die dritte und letzte Abstimmung ist in 3 Wochen). (Fr. J.)

Württemberg. Stuttgart, 23. Febr. Von Seiten der Buchhändler, Zeitungsherausgeber &c. unserer Stadt ist

der Kammer der Abgeordneten eine Eingabe übergeben worden, worin die Bitte vorgetragen wird, „hohe Kammer möge die verfassungsmäßigen Mittel ergreifen, damit die k. Verordnung vom 7. Januar 1856 über die Verhinderung des Mißbrauchs der Presse zurückgenommen werde." Sie ist von 99 hiesigen Angehörigen der Eingangs genannten Kategorien unterzeichnet. — Die Knetmaschinen sind, nach den anfänglich günstigen Resultaten, welche die hiesige Brodfabrik erzielt, ein Modeartikel geworden und die Kuhn'sche Maschinenfabrik bietet sie, wie Galoschen, „in jeder Größe bereits fertig" aus. Die Nachfrage scheint lebhaft und das Geschäft darum gut zu seyn. (D. Volksbl.)

Hannover. Hannover, 22. Febr. Durch königl. Proklamation vom heutigen Tag wird die auf Grund der Proklamation vom 1. Novbr. v. J. neu gebildete allgemeine Ständeversammlung auf den 2. April einberufen.

Thüringen. Die „Weser-Zeitung" bringt die Notiz, daß die obersten Polizeistellen der thüringischen Staaten für nothwendig erachtet haben, in den amtlichen Zeitungen ihre untergebenen Behörden auf den Parteistandpunkt des Verfassers des „Schwarzen Buches" aufmerksam zu machen und sie vor dem Glauben an seine Autorität geradezu zu warnen.

Freie Städte. Hamburg, 21. Febr. Als Julius Campe gestern ein Bücherpaket zur Besorgung nach Mecklenburg auf das mecklenburgische Oberpostamt hierselbst sandte, erhielt er den Bescheid, dasselbe werde nicht angenommen, da ihm (Campe) der Postverkehr nach Mecklenburg fortan verwehrt sey.

Oesterreich. Wien, 22. Febr. Die jährliche Dotation für die Erfordernisse unserer Marine wird für die nächste Zeit beträchtlich erhöht, da der Bau von drei neuen Linienschiffen, deren Kiele noch heuer gelegt werden sollen, große Summen in Anspruch nehmen wird. — Im Armee-Ober-Kommando wird gegenwärtig an einem neuen Rekrutirungs-Gesetze gearbeitet, das für alle Provinzen des Kaiserstaates gelten soll. Dasselbe wird schon in nächster Zeit vollendet seyn und soll bereits bei der nächsten allgemeinen Rekrutirung seine Anwendung finden. Wie wir vernehmen, beruht dasselbe auf durchaus liberalen Grundsätzen, und dürfte daher auch allgemein mit Befriedigung aufgenommen werden. (K. Z.)

Großbritannien.

* London, 23. Febr. Der Antrag von Walmsley, das Unterhaus möge die Ansicht aussprechen: „Es würde den sittlichen und geistigen Fortschritt der arbeitenden Klassen unserer Hauptstadt fördern, wenn die Sammlungen von Natur- und Kunst-Gegenständen im britischen Museum und in der National-Gallerie dem Publikum Sonntags nach dem Morgen-Gottesdienste zur Besichtigung offen ständen," wurde vom Unterhaus mit 336 gegen 48 Stimmen verworfen. Walmsley begründete seinen Antrag damit, daß dem gemeinen Mann auf diese Weise nicht nur eine anständige Unterrichtung an Sonntags Nachmittagen geboten wäre, sondern zugleich auch ein Mittel, seinen Geschmack zu verfeinern und seine geistigen Fähigkeiten zu entwickeln. So lange Sonntags die Clubs und Parks offen seyen und selbst Soireen stattfinden, die Museen und Galerien hingegen geschlossen seyen, gebe es ein anderes Gesetz für den Reichen, als für den Armen. Die Mehrheit war gegen den Antrag, weil sie die Heilighaltung des Sonntags dadurch gefährdet glaubte.

Frankreich.

Paris, 23. Febr. Der Kaiser hat nach der „Independance" seine Aufmerksamkeit den Arbeiten und Planen zur Verschönerung von Paris neuerdings zugewendet. Es handelt sich um den Umbau ganzer Quartiere, wobei sich der Kostenanschlag auf 800 Millionen Franken beläuft. Eine Anleihe soll zur Herstellung des Riesenwerkes keineswegs abgeschlossen werden, sondern drei großen Finanzgesellschaften, worunter der Credit mobilier und das Syndikat der Zweiunddreißig unter H. v. Rothschilds Direktion, genannt wird, übergeben werden.

Paris, 24. Febr. Die Vorstellung Ali Pascha's beim Kaiser findet heute Statt. Der Groß-Vezir überbringt als Geschenke des Sultans Diademe für die Kaiserin Eugenie und für die Königin Victoria, sowie einen Säbel für den Kaiser. (T. D. d. K. Z.)

* Ein ehemaliger Marketender, dem eine russische Kugel in der Krim ein Bein wegriß, hob die Kugel auf und brachte sie mit nach Frankreich. Der Invalide hat sich nun in Lyon niedergelassen und man sieht über der Thüre seines Ladens das mörderische Geschoß aufgehängt und darunter die Worte: „Zur Kugel von Sebastopol." — Flamand, Krämer.

Spanien.

† Madrid, 19. Februar. Ein gestern im Sitzungssaale zwischen 2 Deputirten stattgehabter unangenehmer Vorfall bildete gestern Abend das allgemeine Stadtgespräch. Es scheint, daß in einer Diskussion über die amerikanischen Angelegenheiten zwischen diesen beiden Herren sehr lebhafte Worte gewechselt wurden, die ernste Folgen haben können.

Italien.

Turin, 20. Febr. Die Gesetzsammlung enthält eine Ermächtigung des Finanzministerium zur Aufnahme eines Anlehens von 30 Millionen*) Franks zur Bestreitung des Kriegsaufwands, mittelst Ausgabe von Renten der Staatsschuld. Das Anlehen ist dem Vernehmen nach bereits von englischen Kapitalisten übernommen worden. (D. E.)

Rußland und Polen.

Ein kaiserl. russischer Ukas gestattet bis zum 1. Jan. 1857 die Einfuhr von Salz über die österreichischen und moldauischen Gränzen, über Odessa und die Donauhäfen, gegen 19 Kopeken Zoll vom Pud. (T. D. d. A. Z.)

Amerika.

Zu Ende des vorigen Jahres kehrte Lieutenant Parke mit seinem beigegebenen Personale nach mehr als einjähriger Abwesenheit von einer zum Zwecke der großen Eisenbahn-Anlage zwischen der West- und Ostküste von Nordamerika gemachten Untersuchung zurück. Das Resultat ist ein sehr günstiges. Nahezu parallel dem 31. Grade ist eine Linie aufgefunden, die keine Tunnels erfordern und durch den Wasser- und Gras-Reichthum der nächsten Umgebung auch zur Herstellung einer großen Landstraße geeigneter seyn würde, als die früher in Vorschlag gebrachten. (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, 24. Februar. (Privat-Korrespondenz.) „Die Zeit" hat in ihrer heutigen Nummer den Commentar zu dem Bundesbeschluß vom 21. d. M. gegeben, und es kann derselbe als ein zuverläßiger angesehen werden. Der Beschluß der Bundesversammlung stimmt genau mit der Stellung überein, welche Preußen zu den bevorstehenden Friedens-Konferenzen einnimmt. Ich will nur einige Hauptmomente hervorheben. Es ist besonders Gewicht darauf zu legen, daß der Bund sich sein freies Urtheil rücksichtlich der von den kriegführenden Mächten vorzubringenden Spezial-Bedingungen vorbehalten hat. Dieser Vorbehalt bezieht sich nicht allein auf den fünften, sondern auf sämmtliche Präliminarpunkte. Wenn von einigen Seiten das Verlangen gestellt wird, Preußen sollte sich für die Aufrechthaltung der Präliminarien in verpflichtender Weise aussprechen, so dünkt das unserer Regierung eine Forderung, welche sie in eine von den zu Paris zu fassenden Beschlüssen abhängige Stellung bringen und möglicherweise aus ihrer bisherigen Neutralität herausführen könnte. Der Beschluß des Bundestages vom 21. d. M. über die Stellung, welche Deutschland zu den Friedensverhandlungen einnehmen will, ist mit Einstimmigkeit angenommen worden. Die Motivirung jedoch, welche eine Umschreibung der österreichischen Vorlage enthielt, hat nur die Majorität erreicht.

Aus Paris wird der „Times" unter dem 21. Febr. geschrieben, daß Lord Clarendon Ursache habe, mit der Aufnahme, die ihm von Seiten des Kaisers zu Theil geworden, überaus zufrieden zu seyn. Der Kaiser soll ihm nämlich die Versicherung gegeben haben, daß er sich nicht geändert habe, daß die Gerüchte falsch seyen, die ihm eine Hinneigung zu einer andern Macht andichten, und daß er an der Allianz mit England stets unverbrüchlich fest halten werde. Dies werde sich bei den Konferenzen zeigen, indem er der gemeinschaftlich entworfenen Politik nicht einen Augenblick untreu werden werde.

Aus dem Orient.

* Nach Berichten aus der Krim vom 10. d. war dort von der Rückkehr Marschalls Pelissier nach Frankreich die Rede.

Aus Konstantinopel sind Nachrichten vom 14. Febr. in Marseille eingetroffen. Man behauptet, Omer Pascha habe seine Entlassung als Oberbefehlshaber der türkischen Armee eingereicht. — Das „Journal de Constantinople" schildert die Befürchtungen hinsichtlich einer Finanz- und Handels-

---

*) Die neuliche Angabe von 60 Mill. Frs. war irrig.

Krisis als übertrieben. Daß für den Waarenverkauf en gros ein gewaltiges Fallen der Preise stattgefunden habe und die Geschäfte stockten, sey freilich nicht zu läugnen. Die Fleisch- und Mehlpreise z. B. seyen auf die Hälfte herabgesunken. Beim Detail-Verkauf jedoch hätten sich die Preise auf der alten Höhe erhalten. Die Presse, der Handelsstand und die Bevölkerung von Konstantinopel verlangen die Gründung einer Bank, um die Abweichung des Kurses der türkischen und fremden Münzsorten, welche sich bereits auf 15 bis 20 pCt. beläuft, zu vermindern. Die Unterhandlungen zwischen dem Divan und dem Hause Rothschild sind noch nicht zum Abschlusse gediehen. Im ganzen otomanischen Reiche herrscht eine Viehseuche, welche große Verheerungen anrichtet.

Konstantinopel, 11. Febr. Die Reihe der praktischen Reformen in der Türkei ist soeben durch ein großherrliches Irade eröffnet worden, welches den Grund und Boden von seinen bisherigen Fesseln befreit, und den Franken die Erwerbung liegender Güter gestattet. Wir rechnen diese Maßregel zu den wichtigsten und bedeutsamsten, denn was die Mehrzahl der übrigen Reformpunkte betrifft, so wird ihre Ausführung durch den üblen Willen und die Verschmitztheit der Türken, sowie durch die Unmöglichkeit, die Amtshandlungen der damit beauftragten Behörden zu überwachen, außerordentlich erschwert werden. Die Erfahrung liefert in dieser Beziehung leider nur allzu handgreifliche Beispiele; so ist ja der Sklavenhandel, die Kopfsteuer der Rajah's u. s. w. schon seit Jahresfrist durch großherrliche Firmane abgeschafft worden, während der eine wie der andere noch fortbestehen. (Allg. Z.)

Aus Rußland.

St. Petersburg. Bei der neuen Organisation der Flotte hat bisher der Großadmiral Konstantin stets alle Theile der Seemacht Rußlands in's Auge gefaßt, um sie gleichmäßig in allen Meeren zu entwickeln. Auch jetzt, in Bezug auf die neue Institution der Marinegerichtsstellen in den Häfen und Seeplätzen der kaiserlichen Marine in der Ostsee, dem weißen und dem kaspischen Meere und im östlichen Ozean hat dasselbe stattgefunden. Der Kaiser hat das bezügliche Budget bestätigt, welches besondere Aufmerksamkeit verdient, da in demselben weder vom schwarzen noch vom asow'schen Meere die Rede ist, was ein Beweis scheint, daß man diese Meere dabei zu berücksichtigen nicht mehr für nöthig gehalten hat. (B.H.)

* Man schreibt dem „Constitutionnel" aus St. Petersburg, 13. Febr.: Man weiß nichts Sicheres über die dem Grafen Orloff vom Kaiser ertheilten Instruktionen. Indessen ist man allgemein der Ansicht, daß der Bevollmächtigte, obwohl er zur alt-russischen Partei gehört, den Auftrag erhalten habe, alle mit der Ehre des Landes verträglichen Konzessionen zu machen und die Konferenzen nicht durch Detail-Schwierigkeiten zu erschweren. „Bequemen Sie," soll der Czar bei diesem Anlasse (wenn auch nicht wörtlich, doch dem Sinne nach) gesagt haben, „die Unbeugsamkeit einer zweijahrhundert alten Politik den gegenwärtigen Erfordernissen an, und zögern Sie nicht, ein nothwendiges Opfer zu bringen, so lange man keine mit der Ehre der russischen Fahne unvereinbarlichen Garantien verlangt. Ich weiß übrigens, daß ich die Vertheidigung der Interessen meines Reichs einem der größten Feldherrn anvertraut habe, und daß sie wohl vertheidigt seyn werden; ich weiß, daß sie nicht weiter gehen werden, als es zulässig ist. Mein Wunsch, Europa den Frieden zu geben, ist aufrichtig. Unterstützen Sie ihn, dann säen wir für die Zukunft." (Man bemerke, wie freundlich das halbamtl. Pariser Blatt der russ. Diplomatie entgegenkommt. Solche Artikel werden nicht ohne Absicht aufgenommen. D. Red.) Der Friede ist hier überdies so populär, daß bei einer der letzten Vorstellungen auf dem Nationaltheater einer der Schauspieler vortrat und das Publikum einlud, sich des demnächstigen Friedensschlusses zu erfreuen. Das ganze Parterre erhob sich und beantwortete diese Aufforderung durch nicht endendes Beifallklatschen. Hierauf begann der Künstler eine russische Friedenshymne, in welche alle Anwesenden einstimmten. — Im Uebrigen macht, trotz der kleinen Eintags-Verschwörungen in gewissen Kreisen und des Schmollens einiger Personen, das Friedens-System ungeheure Fortschritte, nicht nur in St. Petersburg, sondern im ganzen Reiche.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 25. Februar. Bei sehr belebtem Geschäft wurden für Kredit-Aktien und die meisten österr. Fondsgattungen höhere Kurse bezahlt, besonders zeigte sich Kauflust für Livorno-Florenz, welche bedeutend höher bezahlt wurden.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 300 bis 301 und Homburger Landesbank wurden zu 273 bis 274 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 88 1/8 P. 88 G.
„ 5pCt. Metall. alte 80 P. 79 3/4 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86 1/2 G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81 7/8 P. 81 5/8 G.
„ 4 1/2 pCt. „ 71 3/8 P. 71 1/8 G.
„ 4pCt. „ 64 P. 63 1/2 G.
„ 3pCt. „ 49 P. 48 1/2 G.
„ 1pCt. „ 16 1/8 P. 15 7/8 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1185 P. 1180 G.
Oesterreichische Credit-Actien 165 P. 163 G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 129 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 102 3/8 P. 101 7/8 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 299 1/2 P. 297 1/2 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101 3/4 P. 101 1/4 G.
„ 4 1/2 pCt. „ 100 3/4 P. 100 1/4 G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3 1/2 pCt. „ — P. 87 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95 3/4 P. 95 1/4 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 163 1/2 P. 163 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 130 1/2 P. 130 G.
Preussen 3 1/2 pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87 1/2 G.
Württemberg 4 1/2 pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
„ 3 1/2 pCt. „ 89 3/4 P. 89 1/4 G.
Baden 3 1/2 pCt. Obligationen von 1842 89 1/4 P. 88 3/4 G.
Badische 50 fl. Loose 77 3/4 P. 77 1/4 G.
„ 35 „ „ 48 1/2 P. 48 1/4 G.
Grossh. Hessen 4 1/2 pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99 3/4 P. 99 1/4 G.
„ 3 1/2 pCt. „ 93 1/2 P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113 1/4 P. 112 3/4 G.
„ „ 25 „ „ 32 3/4 P. 32 1/2 G.
Darmstädter Bankaktien 340 P. 338 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39 1/2 P. 39 1/4 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62 1/2 P. 62 G.
Nassau 3 1/2 pCt. Obligationen 90 1/2 P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 1/2 P. 30 1/4 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 1/2 P. 85 G.
„ 3 1/2 pCt. „ alte 93 P. 92 1/2 G.
„ 3 1/2 pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 120 3/4 P. 120 1/4 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 331 P. 329 G.
Frankfurt Hanauer Eisenbahn 82 P. 81 1/2 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38 3/4 P. 38 1/2 G.
„ 1pCt. neue 24 1/16 P. 23 15/16 G.
Holland Integrale 63 3/4 P. 63 1/4 G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 1/2 P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 3/4 P. 100 1/2 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101 1/4 P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	do. 3 Monat mit 5% 101 1/4 P. 100 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 1/2 P. 94 1/4 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97 3/8 P. 97 1/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 3/8 P. 94 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 1/4 P. 89 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 114 3/8 P. 114 1/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 114 1/8 P. 113 7/8 G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Berlin, 16 Febr. Von Roggen war die Lokozufuhr zu Lande und per Eisenbahn eine durchschnittlich gute, und da der Bedarf an manchen Tagen bald minder bald mehr coulant zugriff, so traten in dem Werthe der Waare Schwankungen ein, die nicht immer mit denen der Termine gleichen Schritt hielten. Schwere Sorten, die selten genügend waren, erzielten stets angemessene Preise, während leichte Waare oft ganz vernachlässigt blieb. — Folgende Umsätze: 84½ Pfd. 78 Rthlr., 87 Pfd. 79 und 80½ Rthlr., 83 bis 84 Pfd. 78½ Rthlr., 83, 85 Pfd. 79½ Rthlr. (fr. Mühle) 83 Pfd. 76½ Rthlr. — Alles per 2050 Pfd. kamen successive zur Notiz.

Nichtpolitische Zeitung.

An der Küste von Süd-Wales ist das auf der Fahrt von New-Orleans nach Liverpool begriffene schöne amerikanische Schiff Great Duke während eines furchtbaren Sturmes an den Uferfelsen zerschellt und vollständig zu Grunde gegangen. Von den 32 Menschen, die es an Bord hatte, wurden nur 3 gerettet; die übrigen 29, darunter der Kapitän, kamen ums Leben. Der „Great Duke" war ein Fahrzeug von 2000 Tonnen Register, ward auf 30,000 L. geschätzt und hatte 4500 Ballen Baumwolle geladen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 58.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 27. Februar 1856

Deutscher Bund.

× **Berlin**, 25. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Im Schooße der Bundesversammlung ist in der letzten Zeit auch die Frage, inwiefern die Eisenbahnen eine militärische Wichtigkeit haben, und wie weit der Bund als solcher über die Anlage neuer Eisenbahn-Linien zu hören seyn dürfte, zur Erörterung gekommen. Die Bundes-Militär-Kommission hat sich über diese Frage dahin ausgesprochen, daß die Eisenbahnen allerdings ein sehr wichtiges Erforderniß für die Kriegführung in neuester Zeit geworden sind, daß ihnen aber für die Beförderung von Truppen noch wesentliche Erfordernisse abgehen. Für den Transport von Kavallerie und Artillerie müßten die Wagen nothwendiger Weise so eingerichtet seyn, daß die Truppengattungen an jedem beliebigen Ort ohne Weiteres aufgenommen und abgesetzt werden konnten. Die Wagen müßten auch eine Einrichtung erhalten, durch welche jeder Reiter seinen Platz neben seinem Rosse finden kann. So weit sonst Rußland gegen die westlich gelegenen Länder mit Eisenbahnbau zurück ist, so hat doch der Krieg, in welchen es in den letzten Jahren verwickelt war, dahin gewirkt, daß die russischen Eisenbahnen bereits die bezeichneten Einrichtungen besitzen.

•• **Bayern.** München, 25. Febr. (Privat-Korresp.) Die Kammer der Abgeordneten hat heute die Ergänzungswahl ihres 2. Ausschusses vorgenommen. Im ersten Skrutinium, absolute Majorität 54, wurden gewählt die Abgg. [illegible] mit 85 und Roth mit 62 Stimmen. Das zweite und dritte Skrutinium blieb ohne Erfolg und im vierten, bei absoluter Majorität von 52, wurde gewählt der Abg. Horst mit 50 Stimmen. — Mit Bedauern vernimmt man, daß Ihre kgl. Hoheit die Frau Prinzessin Luitpold seit mehreren Wochen an einem Geldfieber erkrankt ist, doch hat dasselbe keine Gefahr und befindet sich die hohe Patientin seit mehreren Tagen wieder besser.

München, 26. Febr. Se. Maj der König haben genehmigt, daß die kathol. Stadtpfarrei Beilngries, Ldg. gl. N., von dem Bischofe von Eichstädt dem Priester Maximilian Gerhäuser, Domvikar und Domprediger in Eichstädt, verliehen werde. (N. M. Z.)

Der ärarialische Getraidespeicher auf dem Schloßberge in Burghausen und das alte Schloß Tittmoning sollen, da alle Zucht- und Arbeitshäuser überfüllt, schnell zu Arbeitshäusern umgewandelt werden. (B. Ldb.)

° **Preußen.** Berlin, 24. Febr. Im Abgeordnetenhaus wurde gestern (wie schon kurz berichtet) zum zweiten Mal über die Aufhebung, beziehungsweise Abänderung der Art. 42 und 114 der Verfassung abgestimmt, wodurch die gutsherrliche Polizei wieder, wie vor 1848, hergestellt werden soll. Das Haus ließ nach seiner frühern Praxis eine nochmalige Besprechung des Gegenstandes zu.

Herr Wentzel machte nun den Versuch, das Haus zu bewegen, sein früheres Votum aufzugeben, und schien besonders darauf zu rechnen, das rechte Zentrum zu sich herüberzuziehen. In beredten Worten schilderte er die Gefahren der Schritte, die man, von Aufhebung dieser Artikel ausgehend, verfolge, insbesondere die Gefahren, welche die Aufrichtung der gutsherrlichen Obrigkeit mit sich führe. Er brachte dann aus einer Sammlung Proklamationen, Adressen, Druckschriften 2c. verschiedene Piecen bei, die allerdings, besonders die vom Grafen Pfeil ausgegangenen, in Erstaunen setzten. „Das erste Dokument, sagte er, ist eine Nummer der „Königsberger Hartung'schen Zeitung", in welcher eine Anzahl sehr ehrenwerther Herren aus Bartenstein durch öffentliche Erklärung für die Errungenschaften des 18. und 19. März Dank und zuletzt den Wunsch ausspricht: „Nur keine Reaktion". (Heiterkeit.) Unterzeichnet ist diese Erklärung von Hrn. v. Berg, Hrn. v. Le Chevallerie — (die gedachten Herren gehören gegenwärtig zur Rechten des Hauses) —, doch ich will nicht weiter lesen. (Heiterkeit). Ich habe da ferner eine Beilage zur „Breslauer Zeitung", in welcher die Aufhebung der gutsherrlichen Polizei und anderer ähnlicher konservativer Institutionen als nothwendig bezeichnet wird; unterzeichnet ist der Aufsatz von einem Ihrer politischen Freunde, dem Grafen Renard. Ich habe noch andere Sachen. (Große Heiterkeit.) Ein Aufruf in der „Berliner Zeitungshalle", welcher mit den Worten beginnt: „Auf, preußisches Volk, Du hast in diesen Tagen die Freiheit errungen!" ist unterzeichnet: L., Graf von Pfeil. (Sehr gut, Heiterkeit.) In einer Beilage zur „Volksstimme" sagt derselbe Herr, dessen Ansichten über das Verhältniß der Gutsbesitzer zu seinen Unterthanen Sie ja kennen: „Die moralische Schwäche unseres Ritterstandes macht es ganz unmöglich, von ihm etwas zu erwarten...." (hört, hört! Heiterkeit.)" Herr Wentzel las diese Enthüllungen aus der neuesten Geschichte mit unerschütterlicher Ruhe und Gelassenheit ab, was den Kontrast gegen den zum Theil sehr revolutionären Inhalt derselben noch mehr erhöhte, und beantragte die Aufnahme der Pfeil'schen Schriften, damit ihm nicht Unrecht geschehe und ihr Zusammenhang überblickt werden könne, in die stenographischen Berichte. Dies Alles geschah in ganz vertraulichem Ton und der Redner knüpfte hieran eine Widerlegung der stets sich von der Rechten, seiner Ansicht nach, wiederholenden Vorwürfe über den Zusammenhang der Linken mit der Revolution und suchte zu beweisen, daß die Männer der Letzteren in der Zeit der Gefahr es mit dem Könige und der Autorität gehalten, daß sie zum Theil sich zunächst brachte, hätte er noch sehr viel [illegible] der Redner beies war schon so viel, und dies Alles so gelassen vorgetragen, daß die Frage an die Rechte: wo sie denn damals gewesen und wie ihr damaliges Verhalten mit ihren jetzigen Anforderungen in Einklang zu bringen sey, nur abgewartet wurde, um Herrn Wagener auf die Tribüne zu führen.

Vorher aber ergriff der Herr Ministerpräsident noch das Wort. Ohne sich darauf einzulassen, die schwarze Wäsche des Jahres 1848 nochmals durchzuwaschen, will er nicht Herrn Wentzel nachahmen und einen Ruhm darin finden, seinen Antheil an dem, was Gutes und Tüchtiges geschehen, hervorzuheben; wenn aber von treuem Festhalten an der Verfassung die Rede sey, so müsse er behaupten, daß das Ministerium durchaus treu daran halte, vorausgesetzt, daß man diese Verfassung nicht als eine starre verknöcherte Masse, sondern als einen lebens- und darum bildungsfähigen Organismus betrachte.

Nunmehr ergriff Hr. Wagener das Wort. Er hob hervor, daß die Vorwürfe des Hrn. Wentzel gegen die Rechte ungerecht seyen. Daß die Männer seiner Partei 1848 sich dicht um den Thron geschaart, beweise nichts; denn es sey oft vorgekommen, daß diejenigen, welche die Revolutionen gemacht hätten, gleich nachher sich um den Thron schaarten. Man habe die Männer seiner Partei im Jahre 1848 nicht haben wollen, sie hätten also wohl fern stehen müssen, aber wo sie gestanden, hätten sie gewirkt für die Krone, so viel in ihren Kräften gewesen. Offen gestand der Redner, daß er und seine Freunde das Unglück von damals mitverschuldet, weil sie nicht bei Zeiten energisch verfahren; wäre das geschehen, so wäre die Revolution nicht sobald gekommen, und nicht so langsam wieder verschwunden. Aber dennoch wären sie keineswegs geneigt, dies Revolutionsjahr aus der Geschichte wegzulöschen, weil sie davon heilsame Erfahrung gesammelt hätten. Er glaube, daß die Rechte ihrem Votum treu bleiben und, wie neulich ein Abgeordneter des rechten Zentrum gesagt, umgekehrt nicht obgleich, sondern weil Hr. Wentzel gesprochen habe, für die Aufhebung des §. 42 stimmen werde.

Hr. Reichensperger (Köln) suchte durch Hinweis auf statistische Angaben darzuthun, daß, je getheilter das Eigenthum, je weniger Verbrechen, und erinnert daran, daß nach einem Berichte des Generals Canrobert die Anzahl der Sozialisten in

Frankreich mit der Anzahl kleiner Grundbesitzer in den Departements im umgekehrten Verhältnisse stehe, — alles Gründe, die ihn veranlaßten, das Haus zu bitten, gegen die Aufhebung des §. 42 zu stimmen, also vom früheren Votum abzugehen. Das geschah aber in namentlicher Abstimmung nicht.

Mit demselben Eifer, mit dem die Rechte, obgleich ihr im Verhältniß ihrer numerischen Stärke geringere parlamentarische Kräfte zu Gebote stehen, sich beeilt, diese zusammenzuhalten und mit den Massen schnell und entscheidend zu ihrem Ziele zu gelangen, mit derselben Zähigkeit vertheidigt die Linke ihr Terrain. Die Linke, die kaum über ein Dutzend Redner disponirt, eine Anzahl, welche die Rechte allerdings nicht aufzuweisen hat, beobachtet eine geschickte Oekonomie der Kräfte, vertheilt die Rollen gut, benutzt jeden Vorsprung und Winkel als Reduit und unterliegt so mit Ehren.

× Berlin, 25. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Von den Jahresberichten der Handelskammern, welche bei dem Handelsministerium eingegangen sind, sagt der aus Crefeld in seinem allgemeinen Theil, die politischen und sonstigen ungünstigen Verhältnisse hätten nicht verhindert, daß die Fabriken im verflossenen Jahre im Allgemeinen eine recht erfreuliche Thätigkeit entwickeln konnten und wenn diese auch für einzelne Artikel Unterbrechungen erlitt, so fanden die Arbeiter doch immer wieder Beschäftigung. Im ganzen Jahre, namentlich in der letzten Hälfte desselben, hat es an Aufträgen nicht gefehlt, und wenn auch ein Seidenaufschlag von 20 bis 25 pCt., welcher im Sommer erfolgte und sich mit einigen Fluktuationen behauptet hat, in und gleich nach diesem Aufschlage den Absatz erschwerte, so hat doch das Fortbestehen der erhöhten Seidenpreise den Fabrikanten die Erzielung eines mäßigen Nutzens nach und nach möglich gemacht. Dem Arbeiterstande konnte bei dieser Lage der Dinge ein regelmäßiger Verdienst gewährt werden, wenn gleich dieser der herrschenden Theuerung gegenüber kein entsprechender war.

Braunschweig. Braunschweig, 16. Febr. Die k. sächsische Regierung hat sich an unsere Regierung gewandt, um den Namen jenes indiskreten Beamten herauszubekommen, welcher der „Reichszeitung" das famose Schwarze Buch eingeschickt hat. (Wie man hier wissen will, soll der frühere Redakteur des Eberhard'schen „Polizeianzeigers", Herr Müller, der jetzt im Ministerium des Innern in Dresden den Polizeiangelegenheiten vorsteht, Verfasser oder vielmehr Zusammensteller des Buches seyn. So [illegible] ist, da ihr Organ, das „Dresdener Journal", sich so viel Mühe gibt, das Buch zu rechtfertigen, und die sächs. Regierung selbst sich der Sache so annimmt.) (Voss. Z.)

Baden, Pforzheim, 21. Febr. Kürzlich haben die Bürgermeister unseres Amtsbezirks eine Art von Geschwornenverein gebildet. Sie sind nämlich dahin übereingekommen, die Kosten, die dem einen oder dem andern von ihnen durch die Versehung des Amtes eines Geschwornen erwachsen sollten, gemeinschaftlich zu bestreiten.

Es ist nun gewiß, daß Hofrath Dr. Hasse Heidelberg verlassen und dem ihm an die Hochschule in Göttingen gewordenen Rufe folgen wird. (Schw. M.)

§ **Oesterreich.** Wien, 24. Febr. (Priv.-Korrespond.) Offiziellen Nachrichten aus Rom zufolge bestätigt es sich, daß zwischen Frankreich und der römischen Kurie Verhandlungen im Gange sind, welche auf den Abschluß eines Konkordats hinzielen. Die gallikanische Kirche soll ihre Sonderstellung aufgeben, und ihr Ritus soll durch den lateinischen ersetzt werden. — Man glaubt, daß der Bonapartismus durch ein Kompromiß mit der Kirche sich vor den Legitimisten schützen zu können vermeint, welche gerade dadurch, daß sie sich mit dem Klerus verbunden, noch immer einen bedeutenden Halt im Volke besitzen.

Wien. Im allgemeinen Krankenhaus bereiten sich große Reformen vor. Unter andern soll die Krankenpflege ausschließlich den Händen der barmherzigen Schwestern anvertraut werden. (Allg. Ztg.)

Großbritannien.

London, 22. Febr. Der Betrag der Summen, welche das Publikum innerhalb der letzten Tage dem Hause Rothschild als Subskriptionen der neuen Anleihe anbot, beläuft sich auf mehr als 30 Mill. — sechsmal den Betrag, welchen die Regierung braucht. Die Summe, für die jetzt kontrahirt ist, wird alle Verbindlichkeiten des Staates für den Krieg bis zum 31. März decken. Im Laufe dieses Jahres hat Großbritannien 20 Mill. in Anlehen und 15 Mill. in außerordentlicher Besteuerung erhoben. Diese Last wird aber so wenig drückend empfunden, daß England in diesem Augenblick in Dreiprozents zu 90 aufnehmen kann, und daß der sechsfache Betrag des erforderlichen Kapitals der Regierung zur Verfügung gestellt wird. Ein stärkerer Beweis von der Kraft und den Hülfsquellen des englischen Volkes, den Krieg zu führen, ist unmöglich; wie ich schon oft bemerkte, pflegt dies Land erst im dritten Jahr eines Krieges alle seine Kraft zu äußern. Gegenwärtig hat England 220,000 Mann im regelmäßigen Heer, eine regelmäßig organisirte Miliz, wovon der größere Theil ein Jahr im aktiven Dienst entweder in England oder in Kolonialgarnison stand; ferner 250,000 Mann in Indien (meist eingeborene Truppen). In der Organisation dieser Streitmacht sind seit dem Beginn des Krieges schnelle Fortschritte gemacht worden. Gegenwärtig auch stimmen alle Berichte aus der Krim dahin überein, daß die britische Armee, obgleich etwas weniger zahlreich als die französische, in Kleidung, Obdach und Nahrungsmitteln besser daran ist, wie die Letztere. — Nichtsdestoweniger ist die öffentliche Aufmerksamkeit noch immer eifrig auf die Ursachen gerichtet, welche das Unglück in der Krim während des Winter 1854 und 1855 verursachten. Diese Ursachen werden aber immer mehr den Militärbehörden zur Last gelegt. Es ist durch eine Kommission zur Untersuchung dieser Angelegenheiten an Ort und Stelle erwiesen, daß große Vorräthe aller nothwendigen Artikel von der Regierung hergesandt, und in Balaklawa zur selben Zeit aufgespeichert waren, als die Armee den größten Mangel an Pflanzennahrung und warmen Kleidern litt; die Apathie Lord Raglans und die Nachlässigkeit seiner Untergebenen ließ sich aber dadurch nicht stören und jene Vorräthe wurden nicht ausgetheilt. Ungeachtet grober Pflichtverletzung sind dieselben Offiziere, deren schlechtes Verhalten den Tod von Tausenden tapferer Soldaten veranlaßt hat, vom Oberbefehlshaber zu Beförderungen und von der Königin zu Ehrenbezeigungen ausgewählt worden. (Dem Ministerium fällt diese Inkonsequenz auch mit zur Last, da die betr. Vorschläge doch nicht lediglich vom Oberbefehlshaber ausgegangen seyn können.) (A. Z.)

Frankreich.

Aus Paris, 22. Febr., wird dem „Schwäb. Merk." geschrieben: Der Graf Buol hat der Kaiserin im Namen der Protekterin des österreichischen Sternkreuzstiftes den Sternkreuzorden überreicht. Daß der Papst der Pathe des eventuellen Thronerben seyn wird, ist entschiedene Sache, und zwar schon seit drei Wochen. Man hat es sehr geheim gehalten. Aber der Papst wird sich durch einen Kardinal vertreten lassen. Die Pathin wird die Königin von Schweden seyn, die bekanntlich katholisch ist. Wer sie vertreten soll, wissen wir nicht.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 24. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Die von dem „Berliner Korr.-Bureau" gemachte Angabe, daß Preußen nunmehr die Einladung zur Theilnahme an den Konferenzen erhalten habe, wird hier als unrichtig bezeichnet. Eine förmliche Einladung ist noch nicht erfolgt, denn die Erklärung des französischen Gesandten, Herrn de Moustier, daß Frankreich die Theilnahme Preußens an den Konferenzen gerne sehen würde, kann als solche nicht bezeichnet werden; dessenungeachtet wird hier der Eintritt Preußens in die Friedenskonferenz für eine bereits sicher stehende Thatsache gehalten; gewiß ist es, daß der russische Bevollmächtigte Graf Orloff den Antrag stellen wird, Preußen zu den Konferenzen einzuladen. Daß Oesterreich mit diesem Antrage einverstanden ist, wird als sicher behauptet, und sollen die Verhandlungen, welche im Laufe der letzten Tage zwischen dem Fürsten Gortschakoff einerseits, und dem Unterstaatssekretär Frhrn. v. Werner und dem k. preußischen Obersten Frhrn. v. Manteuffel gepflogen wurden, auf diesen Gegenstand vorzugsweise sich bezogen haben. Der von dem Grafen Orloff eingebrachte Antrag wird von dem kaiserl. österr. Bevollmächtigten warm unterstützt und ihm von französischer Seite nicht widersprochen werden.

London, 25. Februar. Die heutige „Morning Post" berichtet: „Den Vorsitz bei den Konferenzen wird Graf Walewski führen und die Reihenfolge der Bevollmächtigten im Uebrigen sich nach der alphabetischen Ordnung richten. Die Leitung des Protokolles wird Hrn. Benedetti (einem der zwei französischen Sekretäre) anvertraut werden. Im ersten Protokoll wird das feierliche Versprechen der Geheimhaltung niedergelegt. Die Ordnung der Punkte wird geändert und der fünfte zuerst vorgenommen werden. (T. D. d. K. Z.)

Paris, 26. Febr. Der „Moniteur" berichtet: „In der gestrigen ersten Sitzung des Kongresses wurde ausge-

macht, daß ein Waffenstillstand abgeschlossen werden soll mit der Dauer bis zum 31. März, wo derselbe mit allen seinen Konsequenzen erlischt. Auf eine anzulegende oder bereits angelegte Blokade hat dieser Waffenstillstand keinen Einfluß." (T. D. d. N. K.)

Der „Allg. Ztg." wird aus Paris, 23. Febr. geschrieben: Nachdem sämmtliche Bevollmächtigte der alliirten Mächte in Paris versammelt sind, wurde gestern im hiesigen Ministerium des Aeußern die erste vorbereitende Sitzung zu dem Endzweck abgehalten, die Fassung der schriftlichen Note, welche in der ersten Sitzung der Konferenz, übermorgen, den Bevollmächtigten Rußlands zur Annahme vorgelegt werden soll, zu berathen und festzusetzen. Die russischen Bevollmächtigten blieben, wie sich leicht denken läßt, von der Vorsitzung ausgeschlossen. Ueber den Inhalt besagter Note läßt sich um so weniger vorderhand etwas Bestimmtes angeben, als in der Vorsitzung der Grundsatz aufgestellt wurde: während der Dauer der Konferenzen das amtliche Geheimniß über alles, was im Schooße der Konferenz vorgeben wird, in der nämlichen Art, wie dies während der Wiener Konferenzen der Fall war, strengstens zu bewahren. Die Bevollmächtigten werden übermorgen bei den Konferenzen eingeladen werden, mit ihrem Ehrenwort für die Bewahrung des Geheimnisses einzustehen. Den Engländern wird dies um so unangenehmer seyn, als Lord Palmerston einen der ausgezeichnetsten Stenographen des Foreign Office nach Paris gesandt hatte, um den Konferenzen beizuwohnen und ihm (den Lord Palmerston) am Schlusse jeder Sitzung einen stenographischen Bericht nach London zu übermachen. Die Bevollmächtigten von Frankreich und Oesterreich haben sich gegen die Zulassung dieses stenographischen Berichterstatters, obgleich er britischer Staatsdiener ist, förmlich ausgesprochen, und Lord Clarendon selbst konnte nicht umhin, ihre Ansicht zu theilen. Es wird somit außer den beiden Sekretären der Konferenz den Berathungen der zwölf Bevollmächtigten Niemand beiwohnen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 26. Februar. Für österr. Kredit-Aktien, Staatsbahnaktien so wie für die meisten Fondsgattungen wurden bedeutend höhere Kurse als gestern bezahlt

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 303 bis 302 und Homburger Landesbank wurden zu 276 bis 283 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 88 1/8 P. 88 G.
„ 5pCt. Metall. alte 80 1/8 P. 79 7/8 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86 1/, G
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82 1/4 P. 82 G.
„ 4 1/2 pCt. „ 71 3/4 P. 71 1/2 G.
„ 4pCt. „ 64 1/4 P. 63 3/4 G.
„ 3pCt. „ 49 P. 48 1/2 G.
„ 1pCt. „ 16 1/8 P. 15 7/8 G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1193 P. 1188 G.
Oesterreichische Credit-Actien 177 P. 175 G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 129 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 102 1/4 P. 102 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 306 P. 304 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101 3/4 P. 101 1/4 G.
„ 4 1/2 pCt. „ 100 3/4 P. 100 1/4 G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3 1/2 pCt. „ — P. 87 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95 3/4 P. 95 1/4 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 163 1/2 P. 163 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 130 P. 129 1/2 G.
Preussen 3 1/2 pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87 1/2 G.
Württemberg 4 1/2 pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
„ 3 1/2 pCt. „ 89 3/4 P. 89 1/4 G.
Baden 3 1/2 pCt. Obligationen von 1842 89 1/8 P. 88 5/8 G.
Badische 50 fl. Loose 78 P. 77 1/2 G.
„ 35 „ „ 48 7/8 P. 48 5/8 G
Grossh. Hessen 4 1/2 pCt. Obligationen 102 1/2 P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99 3/4 P 99 1/4 G.
„ 3 1/2 pCt. „ 93 1/2 P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113 1/4 P. 112 3/4 G.
„ „ 25 „ „ 32 3/4 P. 32 1/2 G
Darmstädter Bankaktien 342 P. 340 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39 1/4 P. 39 G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62 1/2 P. 62 G.
Nassau 3 1/2 pCt. Obligationen 90 1/2 P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30 3/4 P. 30 1/2 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 1/2 P. 85 G.
„ 3 1/2 pCt. „ alte 93 P 92 1/, G.
„ 3 1/2 pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 120 1/2 P. 120 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 331 P. 329 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 82 P. 81 1/2 G

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38 3/8 P. 38 1/2 G.
„ 1pCt. neue 24 1/4 P. 24 G.
Holland Integrale 63 3/4 P. 63 1/4 G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 1/2 P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 3/4 P. 100 1/2 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101 1/2 P 101 1/4 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	do. 3 Monat mit 5% 101 1/8 P 100 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/1 P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 1/2 P. 94 1/4 G.
Brem 50 Thlr. Ld. k S 97 3/8 P. 97 1/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 3/8 P. 94 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S 89 1/4 P 89 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 115 1/8 P. 114 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 114 3/8 P. 114 1/8 G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 25. Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 84 1/4; 5Cpt. Met. 82 11/16; 4 1/2 pCt. 72 7/8; Lotterie-Anlehensloose von 1839 134 1/2; ditto von 1854 105 5/8; Bankaktien 1023; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2700; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 309 1/4; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 672; österr. Staatsbahn-Aktien 353. Wechselkurse: Augsburg uso 104 7/8 P.; London 10. 16. P. Geldkurs: Dukaten —.

Köln, 20. Febr. Kaffe unverändert, ord. Java 6 1/12, blank und gut ord. 7, gelb 7 1/8, hochgelb 7 1/2, braun 8 1/3, Ceylon 6 5/12 Sgr. per Pfund.

Zucker matt, prima Melis 18 1/4 a 3/8, sec. 18 a 1/4, ord. sec. 17 3/4 Thlr.; Stampfmelis 18 1/4 Thlr.; halbweiß Candis 21 1/2 a 22, weiß 23, hellgelb 20 1/4, gelb 19 1/4, hellbraun 18 3/4 a 19, braun 18 1/2, defect Thlr.; halbweiß Farin 18, hellgelb 15, gelb 14 1/2, hellbraun 13 1/2 Thlr. Syrup 10 Thlr. per 101 Pfd.

Amsterdam, 18. Febr. Getraide geschäftslos, Preise fest. Rappsaat fest, per April 96 L, Oktober 73 1/2 L. Rüböl fest, per Mai 47 1/2 fl., Oktober 41 fl. Leinöl compt. 36 1/2 fl., per April-Mai 36 fl.

Rotterdam, 18. Februar. Waizen und Roggen 10 a 15 fl. höher.

Antwerpen, 18. Febr. Getraide still. Für amerikan. Roggen 12 3/4 fl. geboten, dazu aber keine Abgeber. Seeländ. Waizen 18 1/4 a 18 1/2 fl. per 80 Kil.

Baumwolle fest, Umsätze auf Lieferung ziemlich bedeutend.

Piment 100 B. Jamaica, Harz 200 Faß braun amerik. begeben.

London, 18. Febr. Consols sind in Folge des geringen Betrags der Anleihe auf 91 1/2 gestiegen. Am Getraidemarkt war die Stimmung fest und Waizen 1 bis 2 sh., Mehl 1 sh. höher als vorigen Montag, Gerste und Hafer ebenfalls höher.

Kolonialwaaren still. Morgen kommen starke Posten Zucker in Auktion.

Das Haus Cuylitz Simonds u. Komp. hat seine Zahlungen eingestellt.

Nichtpolitische Zeitung.

* Aus dem untern Rheingau, 24. Febr. (Priv.-Kor.) Trotzdem, daß die Friedensaussichten so günstig vor der Thüre stehen, wollen doch immer noch keine Nachfragen nach unsern Weinen geschehen. Zu erwarten steht aber sicher, daß die im Frühjahr eintretenden Wein-Versteigerungen viele Konkurrenz verursachen werden, besonders, weil der 1855r Wein sich herrlich gestaltet.

Die assyrischen Alterthümer, welche bei ihrem Transporte auf dem Euphrat in der Nähe von Basrah untergegangen und im Schlamme des Flusses versunken waren, sind wieder daraus zu Tage gefördert und in das zur Ueberfahrt nach Frankreich bestimmte Schiff glücklich verladen worden. Auf der Feldmark von Saida, dem alten Sidon, wo man im verflossenen Jahre einen für die Kenntniß der phönicischen Geschichte so wichtigen Fund machte, hat man die Ausgrabungen mit Eifer fortgesetzt und von Neuem zwei werthvolle Sarkophage ausgegraben.

Neueste Nachrichten.

** München, 26. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **41. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die königl. Staatsminister von Zwehl, Dr. Ringelmann, Graf Reigersberg und Dr. Aschenbrenner.

Auf das Gesuch des Abg. Stadtpfarrers Dr. Rammoser, ihm wegen fortdauernder Krankheit den Austritt aus der Kammer zu gestatten, eventuell einen Urlaub auf unbestimmte Zeit zu ertheilen, wird der Austritt verweigert, der Urlaub genehmigt. Auch dem Abg. Dr. Müller aus Damm wird wegen Kränklichkeit ein Urlaub auf zwei Monate ertheilt.

Abg. Fürst Wallerstein verlas hierauf folgende Interpellation. An das kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten, „die verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Freiheit der Presse und des Buchhandels betr."

„Das Verfassungsgesetz vom 4. Juni 1848 besagt in seinen §§. 5, 6 und 7 wörtlich: „„„Andere Beschränkungen, als in den Gesetzen enthalten sind, finden bei Ausübung der Freiheit der Presse und des Buchhandels nicht statt und können im Verwaltunswege nicht eingeführt werden. Keine Schrift darf verfolgt, Niemand darf einer Schrift wegen zur Verantwortung gezogen werden, außer in den Fällen, welche als Polizei-Uebertretungen, Vergehen oder Verbrechen gesetzlich bedroht sind. ... Ueber Anklagen wegen Verbrechen oder Vergehen, begangen durch die Presse, haben .... Schwurgerichte zu erkennen. Bei Polizei-Uebertretungen, welche durch die Presse begangen werden, sowie bei Uebertretungen gesetzlicher Vorschriften über Presse und Buchhandel steht die Strafgerichtsbarkeit nicht den Polizeibehörden, sondern den Gerichten zu."'" Nun macht in neuester Zeit ein Ausschreiben des erzbischöflichen Generalvikariats Bamberg die Runde durch alle Blätter, welches am 28. Jänner dieses Jahres an die Redaktion des „Bamberger Volksblattes," sowie durch Vermittlung des erzbischöflichen Kommissariats an den jüngern Klerus der Stadt Bamberg ergangen seyn, und wie folgt, lauten soll."

Fürst Wallerstein verlas hierauf den von Ihnen schon mitgetheilten Erlaß, und fuhr dann fort: „Ich untersuche hier nicht, welche politische und kirchliche Richtung das „Bamberger Volksblatt" verfolgen mag. Ich forsche auch nicht darnach, ob dieses Blatt Artikel veröffentlicht hat oder nicht, deren Inhalt sich gemäß des erwähnten Verfassungsgesetzes vom 17. März 1850 zur Einschreitung eignet. Aber so viel steht fest: War eine Einschreitung indizirt, d. h. konstituirten Artikel des Bamberger-Volksblattes, Fälle, welche als Polizei-Uebertretungen, Verbrechen oder Vergehen gesetzlich mit Strafe bedroht sind, so konnten, ja mußten dieselben durch das Organ der Staatsanwaltschaft der Würdigung des kompetenten Gerichtes überantwortet werden. In dem Versuche, hinwieder im Verwaltungswege eine Beschränkung einzuführen, welche im Gesetze nicht enthalten ist, in der Aufforderung an eine der verfassungsmäßigen Preßjudikatur durchaus fremde Behörde zur besonderen Ueberwachung des Gebrauches, welchen Redaktionen und ganze Kategorien von Staatsangehörigen von ihrem verfassungsmäßigen Rechte freier Gedanken-Mittheilung machen, läge der direkteste Widerspruch mit der beschworenen Verfassung. Ich bin weit entfernt, an die Existenz einer solchen ministeriellen Aufforderung zu glauben. Daß irgend einem der Minister Se. Maj. beifallen konnte, dem bayerischen Episkopate oder einem Theile desselben, entgegen unserem Staatsrechte, das Sich-Einmischen in feierlich gewährleistete politische Institutionen gleichsam aufzudringen und die Kirchengewalt aus dem ihr zugeschiedenen religiösen Bereiche herabzuziehen, um sie zur Auxiliäre des weltlichen Armes in weltlichen Dingen zu stempeln, dies däucht mir, insbesondere Angesichts dessen, was eben jetzt außerhalb Bayern Aller Augen auf sich zieht, nicht nur aus dem Standpunkte der Legalität, sondern auch aus jenem der Staatsklugheit rein unmöglich. Und wäre wirklich durch ein Mißverstehen irgend welcher ministeriellen Mittheilung die oberhirtliche Stelle in Bamberg veranlaßt worden, unter Berufung auf ein ministerielles Ansinnen die Behauptung aufzustellen, für öffentliche Blätter, besonders für solche, welche von einem bedeutenden Einflusse auf das gemeine Volk sind, zieme sich sogar das Besprechen wirklicher Fehler oder Mißgriffe einer untergeordneten Stelle nicht, und Redaktionen oder jüngere Geistliche, welche sich einen solchen Tadel erlauben, sollten nicht nach den Bestimmungen des Preßgesetzes, sondern nach den viel tiefer gehenden Normen des kanonischen Rechtes zur Strafe gezogen werden: dann hätte sicher das Ministerium unter Darlegung des wahren Sinnes seines Schrittes auf Berichtigung der Bezugnahme sowohl, als der dieser entflossenen Folgemaßnahme gedrungen."

„Ich glaube daher fest, die Staatsregierung werde einen in jeder Hinsicht vollberuhigenden Aufschluß zu ertheilen haben. Um nun diesen zu erwirken, jedenfalls um den nachtheiligen Konsequenzen, welche parlamentäres Schweigen Angesichts einer so unerwarteten und bedenklichen Erscheinung nothwendig im Gefolge haben müßte, erlaube ich mir an das k. Staatsministerium des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten die Frage:

„1) Existirt das Schreiben des erzbischöfl. Generalvikariats Bamberg wirklich, und zwar in dem von mir verlesenen Wortlaute?"

„2) Wenn ja: Hat die Staatsregierung die darin erwähnte Aufforderung, den jüngern Klerus in Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes einer durch die Verfassung nicht vorgeschriebenen besonderen Ueberwachung zu unterziehen, wirklich erlassen, und zwar bloß an das Ordinariat Bamberg oder auch an andere Ordinariate und an welche?"

„3) Ist die Staatsregierung geneigt, ihre Aufforderung im Wege der Veröffentlichung, oder durch Niederlegung auf den Tisch des Hauses zur Kenntniß der Kammer zu bringen?"

Die Interpellation ward genügend unterstützt und sofort von dem kgl. Staatsminister v. Zwehl dadurch beantwortet, daß er das von ihm am 23. Dezbr. v. J. in dieser Sache an die kgl. Regierung von Oberfranken erlassene Reskript der Kammer vorlas und dann auf den Tisch des Hauses niederlegte — sohin hiedurch der zweiten und dritten Frage des Interpellanten entsprach. —

Zur Berathung gelangt hierauf der Antrag des Abg Fürsten Wallerstein „die Dauer der Werk- und dann der Sonn- und Feiertagsschulpflicht betr." Der Ausschuß beantragt die Beistimmung in folgender Fassung: „Es sey an Se. Maj. den König die Bitte zu richten: Se. kgl. Maj. möchten geruhen, in Abänderung der bestehenden Bestimmungen über die Unterrichtsdauer und bis zum Erscheinen eines neuen Schulgesetzes auf dem Verordnungswege zu bestimmen, daß 1) Die Werktags-Schulpflichtigkeit sich allgemein auf das zurückgelegte 13. Lebensjahr erstrecke; 2) die Sonn- und Feiertags-Schulpflicht auf das zurückgelegte 16. Lebensjahr beschränkt werde; 3) die aus der Sonn- und Feiertagsschule entlassene männliche und weibliche Jugend zum Besuche des sonn- und feiertägigen Religions-Unterrichtes (Christenlehre) bis zu dem in der betreffenden Konfession üblichen Zeitpunkte verpflichtet bleibe."

An der Debatte betheiligten sich der Hr. Antragsteller, sodann die Abgg. und geistlichen Herrn Baader, Wolfsteiner, Mühlthaler, Ziegler, Dietmaier, Rechenmacher, dann die Abgg. Nickels und Ebelius, sowie nochmals der Hr. Antragsteller und der Referent Abg. Lang. Bis auf die HH. Baader, Wolfsteiner und Ebelius haben sich die Redner gegen Verlängerung der Werktagsschulpflicht erklärt, der Antragsteller und Referent aber deren Nothwendigkeit vertheidigt.

Der k. Regierungskommissär v. Lerchenfeld erklärt, daß die Regierung im Allgemeinen der Verlängerung der Schulpflicht nicht entgegen sey, daß sie aber die Schwierigkeiten der Durchführung nicht verkenne; doch würden sich diese wohl nach und nach beseitigen lassen.

Die Anträge des Ausschusses wurden hierauf angenommen, ebenso der vom Abg. Nickels reproducirte vom Ausschuß verworfene Antrag des Referenten, das Verbot des Tanzmusik und Wirthshausbesuches bis zum 18. Lebensjahre aufrecht zu erhalten. Schluß der Sitzung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 59.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 28. Februar 1856

Der Antrag der Abgeordneten Boye, Brunk, Buhl, Lorch, Müller, Rebenack, Scharpff, Tafel, Dr. Weis, Wolf bezügl. der Gemeinde-Räthe in der Pfalz.

Nach der vom König Max Joseph I. für die 7 diesrheinischen Kreise gegebenen, im Jahre 1834 revidirten Gemeinde-Verfassung besitzt jede diesrheinische Stadt, dann jeder auf städtische Rechte nicht verzichtende diesrheinische Markt seinen Magistrat und sein Gremium der Gemeindebevollmächtigten, jede Landgemeinde ihre Vorsteher, Pfleger und Gemeindeausschußmitglieder. Es werden die wesentlich verwaltenden Bürgermeister und Magistrate der Städte durch das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten, die Gemeindebevollmächtigten der magistratischen Orte, sowie die Pfleger und Ausschußmitglieder der Landgemeinden durch sämmtliche stimmbefähigte Gemeindebürger gewählt. In wichtigen Fällen sind die verwaltenden Magistrate an vorgängiges Benehmen mit dem Gremium der Gemeindebevollmächtigten, die Vorsteher und Ausschüsse der Landgemeinden an die Zustimmung der Gesammtgemeinde gebunden. Einer Bestätigung unterliegen nur die mit Polizeifunktionen betrauten gemeindlichen Organe, dann die Pfleger der Landgemeinden als Führer eines umfassenden, von Selbsthaftung bekleideten Kassawesens. Alle übrigen treten kraft der Wahl in das ihnen zugewiesene Amt. Auch die Fälle und die Normen, nach welchen ein Gewählter seiner Funktion wieder enthoben werden kann, so wie die Gränzen zwischen gemeindlicher Selbstbestimmung (Autonomie) und regiminaler Einwirkung (Kuratel) sind gesetzlich bestimmt.

In der Pfalz hingegen blieb die Napoleonische Gemeindeverfassung unverändert, wonach jede Gemeinde einen Bürgermeister als ausschließenden Verwalter nebst stellvertretendem Adjunkten und rein kontrolirenden Gemeinderäthen besitzt, die Bürgermeister und Adjunkten, mit Rücksicht auf die ihnen zukommenden polizeilichen und Zivilstandsgeschäfte, von der Staatsregierung aus dem Schooße des Gemeinderaths beliebig ernannt und wieder abgesetzt werden, unthätige oder gerichtlicher Verurtheilung verfallene Gemeinderäthe theils individuell, theils prinzipiell als Demissionäre erklärt werden können rc.

Die Pfalz selbst war es, die in früheren Zeiten an diesen Einrichtungen nicht rütteln wollte. Erst neuerlich, in Folge schrofferer Anwendung des französischen Absetzbarkeitsprinzipes traten Anregungen pfälzischer Abgeordneten vor die Kammer. Einen solchen Antrag brachten nun auch heuer die obengenannten Abgeordneten in der 2. Kammer ein, welcher zum Zweck hat, die Pfalz bezügl. der Gemeinde-Verfassung theilweise wenigstens dem diesseitigen Bayern gleichzustellen, und welcher vom 3. Ausschuß der Kammer in folgender Fassung zur Annahme vorgeschlagen ist: „Es sey an Seine Majestät auf verfassungsmäßigem Wege die ehrerbietigste Bitte zu richten: Allerhöchstdieselben wollen geruhen, insbesondere in Berücksichtigung der Distrikts- und Landrathsgesetze vom 28. Mai 1852, jene Gleichstellung der Gemeinderäthe des Pfalzkreises mit den Gemeindebevollmächtigten und mit den Mitgliedern der Landgemeindeausschüsse diesseits des Rheins, welche in Absicht auf das Richtererforderniß einer Bestätigung bereits kraft des Gesetzes vom 17. Novbr. 1837 feststeht, durch den Landtagsabschied mit Gesetzeskraft auch hinsichtlich der Bedingungen ihrer Entfernbarkeit von der Funktion auszusprechen, und sonach unter Aufhebung des Art. 20 im Pluviosegesetze Jahr VIII. die Art. 78, dann 86 Abs. 2, 3 und 4 des diesrheinischen revidirten Gemeindediktes auf den Pfalzkreis in nachstehender Weise auszudehnen: Ausgeschlossen sind von der Befähigung zum Mitgliede des Gemeinderathes: a) Personen weiblichen Geschlechts, wenn sie auch Gemeinderecht besitzen; b) Minderjährige, wie auch diejenigen, welche interdicirt sind, oder denen wegen Geistesschwäche oder Verschwendung ein gerichtlicher Beistand beigegeben ist; c) Personen, die wegen eines Verbrechens oder wegen eines solchen Vergehens rechtskräftig verurtheilt sind, bei welchen die Gerichte nach den in der Pfalz geltenden Strafgesetzen befugt sind, dem Straffälligen die Ausübung der öffentlichen Funktionen gewisser politischer oder Zivilrechte zu untersagen; d) Personen, welche in Fallimentszustand gerathen und nicht in gesetzlicher Form rehabilitirt worden sind."

„Das Gemeinderathsmitglied, welches bei einer angesagten Versammlung ohne eine gültige Entschuldigungs Ursache, worüber die anwesenden Versammelten zu erkennen haben, nicht erscheint, unterliegt in dem ersten Falle einer Strafe von einem Gulden, und diese Strafe wird in jedem weiteren Falle insolange zwischen einem Minimum von zwei und einem Maximum von zwölf Gulden erneuert, als nicht die Gemeinde sich veranlaßt sieht, ein solches Gemeindeglied wegen beharrlicher Vernachlässigung seiner Bürgerpflicht durch Beschluß des Gemeinderathes von dem Amte förmlich auszuschließen. Uebrigens steht dem Bestraften der Rekurs an das Landkommissariat für den Fall offen, wenn er absolute Hindernisse des Erscheinens und rechtzeitige Entschuldigung nachweisen zu können glaubt. Gegen den erkannten Ausschluß ist die Verfolgung der Berufung zur Kreisregierung gestattet."

Deutscher Bund.

Bayern. München, 23. Febr. Der Finanzausschuß der zweiten Kammer hat, wie bereits kurz gemeldet, in Bezug auf die Frage des Ausbaues der Eisenbahn von München über Rosenheim nach Salzburg und Kufstein beschlossen, bei der Kammer zu beantragen, die Staatsregierung sey zu ermächtigen, die bereits hergestellten Eisenbahnbauten und Arbeiten an eine sich zur Vollendung dieser Linie bildende Privatunternehmung entweder gegen Baarzahlung oder gegen Uebernahme eines entsprechenden Aktienbetrages zu überlassen. Vor der Abstimmung erklärte der Ministerpräsident, daß die Staatsregierung von dieser Ermächtigung ohne Feststellung einer genügenden Zinsgarantie keinen Gebrauch machen könne und auch nicht werde, da sie von der Zweckmäßigkeit des Baues der Eisenbahn nach Rosenheim u. s. w. auf Staatskosten so sehr überzeugt sey, daß sie nur im äußersten Falle sich zur Ueberlassung desselben an eine Privatgesellschaft entschließen werden, welcher Ansicht sich mehrere Ausschußmitglieder anschlossen, so daß der obige Beschluß nur mit 5 Stimmen gegen 4 bejaht wurde. Die Regierung hat nun zwar einen schon im Jahr 1852 bewilligten Kredit von 10 Mill. Gulden für den Bau dieser Bahn, und wäre in so weit von den Beschlüssen der Kammer unabhängig, allein sie hat diese Summe nahezu, und zwar großentheils zur Deckung von Mehrausgaben für die Nord- und Westbahn verbraucht, und nur, nachdem diese Mehrausgabe bereits gedeckt ist, wird hiefür erst ein Kredit verlangt, um die vom Salzburger Baukapital entlehnte Summe diesem zurückzuerstatten. Stimmt indeß die Kammer mit ihrem Ausschuß, so ist der Regierung ein Strich durch die Rechnung gemacht, die Kammer wird in diesem Falle einen weiteren Kredit verweigern, da, wie der Berichterstatter des Ausschusses Frhr. v. Lerchenfeld, sagt, der in Folge des Gesetzes vom 7. Mai 1852 gegebene Kredit realisirt und es nicht Schuld der Kammern ist,

daß er seiner Bestimmung entzogen wurde. Indeß läßt die geringe Majorität im Ausschuß noch immer daran zweifeln, ob die Ansicht des Frhrn. v. Lerchenfeld auch in der Kammer durchdringt. (Schw. M.)

Se. Maj. der König haben den bisherigen kgl. bayerischen Konsul zu Straßburg Friedrich Strobl auf dessen Ansuchen dieser Stelle enthoben und demselben das Ritterkreuz 1. Klasse des kgl. Verdienstordens vom heiligen Michael verliehen; dem Francois v. Wolffers zu Paris das Ritterkreuz des kgl. Verdienstordens der bayer. Krone verliehen. (N. M. Z.)

Wie in Bayern die Staatsregierung fortwährend in wohlwollender Weise auf Hebung der Industrie und Gewerbe ihr Augenmerk richtet, geht auch aus der nachweislichen Thatsache hervor, daß die Staatsforst-Verwaltung, um den Anforderungen der inländischen Gerbereien hinsichtlich ihres Bedarfs an Eichenlohrinde, wo es nur immer möglich und zulässig ist, entgegenzukommen, in neuerer Zeit in den Regierungsbezirken der Pfalz, Ober-, Mittel- und Unterfranken nahezu 25,186 Tagwerk Staatswaldareal dem Eichenschälholzbetriebe zugewendet hat. Durch Aufmunterung und geeignete Anleitung hiezu sind selbst in den Gemeinde-, Stiftungs- und Privatwaldungen der genannten Regierungsbezirke bei 99,774 Tagwerk Waldgründe zur Behandlung als Eichenschälhölzer ausgeschieden worden, die sich überall in ihren Gegenden gut rentiren. Namentlich aus Unterfranken wird gegenwärtig viel Eichenlohrinde ins Ausland exportirt, so daß der inländische Bedarf an Gerbermaterial alldort mehr als genügend gedeckt und befriedigt zu seyn scheint. Selbst Fichtenlohrinde wird aus den ober- und niederbayerischen Waldungen ins Ausland verbracht. (B. Bl.)

München, 26. Februar. Der k. Generalmajor v. Liel, der Bevollmächtigte Bayerns bei der Bundesmilitärkommission, ist gestern von hier wieder nach Frankfurt abgereist. (A. Z.)

** München, 28 Februar. (Privat-Korrespondenz.) (Nachtrag zur 41. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Der k. Staatsminister v. Zwehl beantwortete die bereits mitgetheilte Interpellation des Fürsten Wallerstein wie folgt: „Auf die soeben verlesene Interpellation habe ich nur zu bemerken, daß ich unterm 23. Dez. v. Js. an die Regierung von Oberbayern eine Entschließung erlassen habe, welche lautet wie folgt: „Es erscheint in solchen Fällen, wie der im Bericht vom 23. vor. Mts. angedeutete, vorzugsweise ein autoritatives Einschreiten von Seite der oberhirtlichen Stelle geboten, und es wird daher die Regierung, Kammer des Innern, beauftragt, an das erzbischöfliche Ordinariat Bamberg das Ansinnen zu richten, daß es den untergeordneten namentlich den der nöthigen Erfahrung und Kenntnisse entbehrenden jüngern Seelsorge-Klerus über seine Pflicht und Stellung in geeigneter Weise belehre und ihn insbesondere darauf aufmerksam mache, wie es durchaus unzulässig sey, in der öffentlichen Presse der Staatsregierung Maßregeln, welche sie niemals beabsichtigt, unterzuschieben und in den Sinn zu legen, oder die von derselben getroffenen, wenn nicht aus Böswilligkeit, doch aus Unkenntniß der Sache einer irrthümlichen oder fälschlichen Beurtheilung zu unterziehen, wodurch bei dem Lesepublikum nur eine verkehrte und irrige Meinung über den wahren Sachverhalt hervorgerufen und zur unrichtigen Auffassung des Wechselverhältnisses zwischen Staat und Kirche Veranlassung geboten werde." Diese Entschließung legte hierauf der k. Staatsminister auf den Tisch des Hauses nieder.

Preußen. Berlin, 25. Febr. Die Friedensseligen sind in Folge des dem „Siecle" entnommenen „Moniteur"-Artikels unsanft angerührt worden; indeß trösten sie sich damit, daß der weise Beherrscher der Franzosen dergleichen Spuck treiben müsse, um seine ernsthaften Freunde jenseits des Kanals damit zu unterhalten. (Z. f. Nordd.)

* Bekanntlich hatte die Regierung am nämlichen Tag, wo der jetzige Landtag zusammentrat, eine Verordnung erlassen, wodurch die bisher gesetzlich bestandene Steuerrückvergütung für ausgeführten, im Inland erzeugten Branntwein aufgehoben würde. Die Regierung wollte, indem sie diese Begünstigung der Branntweinfabrikanten aufhob, den Verbrauch von Getraide und Kartoffeln zur Branntweinerzeugung beschränken. Das Herrenhaus des Landtags hat nun aber in seiner Sitzung vom 20. d. Mts. der Regierung die Erwartung ausgedrückt, „sie werde die Steuervergütung für exportirten Spiritus wieder eintreten lassen, sobald der Nothstand, der die Aufhebung derselben hervorgerufen, gewichen seyn wird, als auch künftig die Aufhebung dieser Steuervergütung, falls sie nöthig werden sollte, nur im Wege der Gesetzgebung verfügen." Der letztere Punkt ist namentlich deßhalb von Bedeutung, weil von vielen Seiten der Regierung das Recht bestritten wurde, die durch ein Gesetz (von 1854) eingeführte Steuerrückvergütung für Branntwein ohne Zuziehung des Landtags bloß im Verordnungsweg aufzuheben.

Berlin, 25. Febr. Die Niederlage der Regierung im Herrenhause bei Gelegenheit der Frage über die suspendirte Branntweinsteuervergütigung gibt unserer Presse Veranlassung, die Ursachen zu beleuchten, weßhalb Männer, wie der Graf Itzenplitz, die immer ihr Möglichstes gethan haben, die Verfassung zu durchlöchern, plötzlich mit aller Energie der Regierung das Recht bestreiten, die Steuer-Bonifikation ohne Genehmigung der Kammern zu suspendiren. Es ist allerdings wahr, daß dies nur geschah, weil die Majorität der Herren aus Branntweinbrennern besteht, die wahrscheinlich ganz anders urtheilen würden, wenn dies nicht der Fall wäre; eben so wahr ist es jedoch, daß selbst nach der bestehenden Verfassung die Regierung die Genehmigung der Kammern einholen mußte, da es sich um eine Geldeinnahme handelt. Der Finanzminister hat dem Hause jedoch einfach erklärt, bis November würde die Bonifikation suspendirt bleiben, und die Herren haben sich dabei zufrieden gegeben, nachdem sie der Regierung erklärt, künftig dürfe dergleichen nicht wieder vorkommen. Aehnliches ist in der 2. Kammer nächstens zu erwarten. Aber zum ersten Male tritt der Regierung damit das Bedenken entgegen, was es auf sich hat, wenn die Landesvertretung vorwaltend aus Einem Stande hervorgegangen ist. Die tagenden Majoritäten der Branntweinfabrikanten sind ganz natürlich nicht geneigt, etwas durchgehen zu lassen, was gegen ihre Interessen ist; und entweder muß die Regierung durchweg diese Interessen vertreten, oder sie wird bald in wachsende Konflikte gerathen. In der zweiten Kammer hat Herr von Gerlach schon angekündigt, daß er und seine Freunde das Budget beschneiden und strenge Sparsamkeit im Interesse des Landes üben würden. Die Gelüste der Rechten gehen ohne Zweifel nicht etwa darauf hinaus im Armeebudget und andern Zweigen, welche ihnen zusagen, Ersparnisse zu machen, sondern in den Ausgaben, welche ihre Interessen nicht berühren oder ihnen zuwider sind. Das Nähere wird sich bald zeigen. Wahrscheinlich ist es zunächst nur ein Fingerschwenken gegen die Regierung; aber diese kann die Ruthe daran erkennen, welche sie sich gebunden hat und die gewiß nicht schüchtern ansteht, ihr Streiche zu ertheilen, im Fall sie einsieht, daß die Regierung wirklich einmal nicht weiter mit will. (Z. f. Ndd.)

Berlin, 26. Febr. Durch einen von der Staatsregierung dem Hause der Abgeordneten vorgelegten Gesetzentwurf wird bis auf Weiteres die bisher bewilligte Tara-Vergütung für den in Ballen oder Säcken vom Auslande eingehenden rohen Kaffee von drei Pfund vom Ztr. Bruttogewicht auf zwei Pfd. herabgesetzt. Der Zeitpunkt, von welchem ab diese Ermäßigung in Anwendung gebracht werden soll, wird einer besonderen kgl. Verordnung vorbehalten, da eine Vereinbarung darüber unter den Zollvereins-Staaten noch nicht stattgefunden hat. (Nat.-Ztg.)

Der gestern vom Herrenhause über das allgemeine Wechselrecht angenommene Antrag des Grafen v. Hoverden gibt unter Anerkennung des Werthes, welchen die deutsche Wechselordnung als allgemeines Gesetz für alle deutschen Bundesstaaten hat, der Regierung anheim, ob nicht bei der vorbehaltenen Revision der deutschen Wechselordnung auf eine Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit in Berücksichtigung der hervorgetretenen Mißbräuche und Uebelstände hinzuwirken sey.

* **Sachsen.** Mit Bezug auf die vor einiger Zeit aufgetauchte Nachricht einer allgemeinen Anordnung in Betreff des Kirchenbesuchs Beamteter und Angestellter erklärt das amtliche „Dresd. Journ.", es sey an eine solche Anordnung nicht im entferntesten gedacht worden. „Wohl aber hat sich", so fährt es fort, „das Kultusministerium in Erwägung, daß in manchen Orten des Landes, namentlich in solchen, wo früher keine königlichen Beamten waren, sich ein fühlbarer Mangel an bestimmten Plätzen für königliche Beamte herausgestellt hat, erboten, durch die ihm untergebenen Organe soviel als immer möglich dahin zu wirken, daß den königl. Behörden da, wo es noch nicht geschehen, geeignete Plätze in den Kirchen angewiesen werden möchten. Freilich wird diese Absicht nur dann erreicht werden, wenn alle Betheiligten bereitwillig dazu die Hand bieten; die Maßregel wird nur dann nützen, wenn die Beamten von den ihnen angewiesenen Plätzen gehörig Gebrauch machen, aber es ist auch auf beides zu hoffen, da sich ja überall der Sinn für kirchliches Wesen regt."

Württemberg. Stuttgart, 26. Febr. Die Wahl dreier Kandidaten zur Vizepräsidentenstelle, unter denen die Krone einen auswählt und ernennt, kam erst nach fünf vergeblichen Wahlgängen zu Stande. Es sind die drei Kandidaten Wiest v. Ebingen, Rumelin und Duvernoy, wodurch sich wieder das Uebergewicht der liberalen Seite bekundet. (A. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 25. Febr. (Priv.-Korrespond.) Der Herzog von Galiera, welcher im Namen des französi-

schen Credit mobilier nach Wien gesendet wurde, um wegen Unternahme der italienischen Staatsbahnen zu unterhandeln, ist jetzt mit der österreichischen Kreditanstalt in Beziehungen getreten, und es dürfte sich vielleicht in dieser Angelegenheit eine Verbindung der beiden großen rivalisirenden Geldmächte möglich machen. — Auch an der Verbindungsbahn schreitet der Bau nur langsam fort, und ist noch immer der Ort unbestimmt, welcher der Knotenpunkt für die Wiener-Eisenbahnlinien werden soll.

Wien, 25. Februar. Der Kaiser hat dem wegen Theilnahme am Hochverrathe zu sechsjährigem Festungsarreste verurtheilten Gabriel v. Török den Rest seiner Strafe nachzusehen geruht. (Ostd. Post.)

Spanien.

Madrid, 20. Febr. Der Bischof von Osma hat die Erlaubniß erhalten, von den kanarischen Inseln, wohin er verbannt gewesen, wieder zurückzukehren. Bei seiner Ankunft in Cadix wurde er mit Artilleriesalven und dem Geläute der Glocken begrüßt. Die Rückkehr des Bischofs von Osma trifft mit einem versöhnlichen Zirkularschreiben zusammen, welches der neue Justizminister Arias Urias an die Erzbischöfe und Bischöfe Spaniens richtete.

Italien.

Aus Bologna wird der „Gazz. Tic" unter dem 16. Febr. geschrieben, daß in Lugo in einer der letzten Nächte von einem zahlreichen Haufen ein Freiheitsbaum aufgerichtet worden. Die geringe bewaffnete Macht, die sich daselbst befand, vermochte nicht die Anrottung zu zerstreuen. Den darauf folgenden Tag wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. In Faenze kamen auf mehreren Bällen Unordnungen mit aufrührerischen Rufen vor. In Folge dessen wurden sämmtliche Faschingsbelustigungen untersagt. Man forschte eifrig nach den Urhebern dieser Unordnungen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 20. Februar. Der Finanzminister hat die Regierung von einem am 25. Jan. an ihn erlassenen kaiserlichen Befehl in Kenntniß gesetzt, demzufolge er die nothwendigen Vorkehrungen getroffen habe zur Ausgabe von sieben Serien Reichsschatzscheine von Nr. 37 bis 45 incl., im Betrag von 21 Mill. Silberrubel.

Amerika.

New-York, 11. Februar. Die im Senat zu Washington gehaltenen Reden waren neuerlich friedfertiger und erregten wenig Interesse im Publikum. Niemand glaubte an einen Krieg mit England. (T. D.)

* General Caß erlitt am 8. Februar zu Washington einen ernsten Unfall. Beim Herabsteigen von der Treppe des Patent-Büreau stürzte er vier Stufen herab und verwundete sich stark am Kopfe. Man brachte ihn in's National-Hotel, wo er erst nach einiger Zeit wieder zur Besinnung gelangte. Nach den letzten in New-York eingelaufenen Depeschen hatte sich der Zustand des berühmten Staatsmannes etwas gebessert, doch war er noch nicht außer Gefahr. — Obwohl die Einwanderung schon im Jahre 1855 bedeutend abgenommen hat, so scheint sie sich in diesem Jahre noch mehr vermindern zu wollen. So waren z. B. vom 1. Januar bis 6. d. Mts. nur 2350 Einwanderer in New-York eingetroffen, während im gleichen Zeitraum des letzten Jahres 8385 angekommen waren. Also 6035 weniger!

Afrika.

* Die Insurrektion in Tripoli scheint durch Osman Pascha, welcher die Insurgenten im Gebirge schlug, unterdrückt zu seyn. Das ganze Land, mit Ausnahme zweier Dörfer, wohin sich der Insurgentenchef Gbuma mit 1200 Mann geworfen hatte, stand auf Seiten der türkischen Waffen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 25. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Der Vertrag, welcher nach geschlossenem Frieden zwischen der Pforte und den Dezember-Alliirten abgeschlossen werden soll, und wodurch den Letzteren für eine bestimmte Anzahl Jahre das Okkupationsrecht in den europäischen Provinzen der Türkei zugesichert wird, ist in den letzten Tagen hier der Gegenstand ausführlicher Verhandlungen gewesen, welchen auch Sir Hamilton Seymour und Vicomte de Serre beigezogen wurden. Man versichert, daß in dieser Angelegenheit eine vollständige Verständigung zwischen den Dezember-Verbündeten zu Stande gekommen, so daß der formelle Abschluß dieses Vertrages durchaus keinen Schwierigkeiten mehr unterliegt, und derselbe jedenfalls in Paris zu Stande kommen wird.

X Berlin, 26. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Von großer Bedeutung ist der Leitartikel der heutigen Nummer der „Zeit". Er bezeichnet genau die Stellung, welche Preußen zu den Pariser Konferenzen und zur Friedensfrage gefaßt hat. Man darf annehmen, daß er die leitenden Gedanken, welche für die Politik Preußens maßgebend sind, enthält. Sollte also Preußen eine Einladung zu den bereits gestern eröffneten Konferenzen nicht erhalten, so wird es auch die Sanktion einem Vertrage, welcher ohne seine Theilnahme an den Berathungen abgeschlossen ist, durch eine nachträgliche Aneignung und Unterzeichnung nicht ertheilen.

London, 25. Febr. Die „Morning-Post" (Palmerstons Organ) fügt ihren (bereits mitgetheilten) Angaben über die Pariser Konferenzen hinzu: „Die sofortige Diskussion des 5. Punktes wird zum Probirsteine für die Aufrichtigkeit Rußlands dienen. Die verbündeten Mächte verlangen nur, was nothwendig ist; sie werden weniger nicht annehmen. England zählt mit Vertrauen auf die Festigkeit des Kaisers Napoleon. Wenn Graf Orloff mit der Hoffnung kam, die Allianz zwischen Frankreich und England zu erschüttern, so wird seine Mission scheitern."

* Die „N. Münch. Ztg." bringt eine telegr. Depesche aus Paris, 26. Februar, wonach die Mitglieder der Konferenz am selben Tag die Friedenspräliminarien unterzeichnet hätten. Wir müssen jedoch an der Richtigkeit dieser Depesche sehr zweifeln, da nach andern Berichten am 26. gar keine Sitzung der Konferenz war.

* Paris, 26. Febr. Wenn die Konferenzen den Friedens-Schluß bezielen, so wird es der Bevölkerung von Paris durch die Kanonen des Invaliden-Hotel verkündet werden.

Es ist in der Presse von einer russischen Depesche die Rede, in welcher Graf Nesselrode die größeren auswärtigen Staaten von den Instruktionen, mit welchen die russischen Bevollmächtigten zur Friedenskonferenz versehen worden, in Kenntniß gesetzt habe. Diese Instruktionen bilden nach dem, was wir über deren Inhalt erfahren, allerdings einen neuen Beweis für die Friedensliebe Rußlands; allein vor einem blinden Ueberschätzen dieser Friedensliebe in dem Sinne, daß Rußland etwa bereit wäre, auf Alles, was auf Grund des fünften Punktes und der etwa noch sonstigen näher festzusetzenden Interpretationen gefordert werden könnte, blindlings einzugehen, muß doch gewarnt werden. Die russischen Instruktionen sind nur in eventuellem Sinne gefaßt, und sie können auch nicht anders gefaßt seyn, da das, was noch zu erledigen bleibt, sich eben auf Dinge bezieht, über welche die näheren Eröffnungen der Westmächte noch abgewartet werden müssen. Es ist demnach in den Instruktionen hauptsächlich von den Alandsinseln und Nikolajeff die Rede. Was die Alandsinseln betrifft, so glaubt Rußland nicht einsehen zu können, daß die Nichtwiederaufbauung der Festungswerke von Bomarsund im allgemeinen europ. Interesse liege; indessen wird weiter zu verstehen gegeben, daß Rußland auch dieses Opfer im Interesse des Friedens zu bringen bereit seyn dürfte, wenn es absolut und als conditio sine qua non begehrt würde. Was Nikolajeff betrifft, so ist Rußland der Meinung, daß diese Stadt nicht zu den Festungen des schwarzen Meeres gerechnet werden könne; gleichwohl will Rußland bereit seyn, sich im Interesse des Friedens zu verpflichten, daß aus Nikolajeff kein Kriegshafen mit einem Flottenarsenal geschaffen werden dürfe. Demnach solle Nikolajeff bleiben, wie es jetzt eben ist. Ob England bereit seyn wird, auf diese, wie uns scheint, etwas subtile Unterscheidung zwischen Kriegshafen und Landfestung hinzugeben, bleibt abzuwarten; wenigstens liegt es auf der Hand, daß der gegenwärtige Hafen von Nikolajeff für alle maritimen Zwecke, welche von dieser Stadt aus verfolgt werden können, vollkommen genügen dürfte. Jedes Ansinnen auf eine Landesabtretung in Asien weist Rußland zurück, und auch der Gedanke, für die Räumung des eroberten Paschalik von Kars in territorialer Beziehung einen Ersatz zu erlangen oder diese Räumung zur Kompensirung einer von Rußland geforderten anderweiten Landesabtretung dienen zu lassen, ist, wie wir vernehmen, russischerseits noch keineswegs aufgegeben. (D. A. Z.)

Aus dem Orient.

* Konstantinopel, 14. Febr. Omer Pascha wird demnächst hier erwartet. Diesmal ist es sicher, denn er selbst schrieb es einem seiner Freunde und zeigte den Tag seiner Abreise von Redut-Kale an. — Man spricht viel von einem Schreiben, welches der Generalissimus vor Kurzem an den Sultan gerichtet haben soll, worin er verlangt, zum Kriegsminister und

Oberkommandanten aller Truppen des Reichs ernannt zu werden. Es sey nicht Ehrgeiz — sagt er — welcher ihn treibt, diese ausnahmsweise Stellung anzustreben, sondern ein Gefühl des reinsten Patriotismus und seine Ueberzeugung, die Türken dem Verfalle entreißen zu können, in welchen sie die Männer, die an der Spitze der Geschäfte stehen, unfehlbar stürzen werden. — Wenn sein Ansuchen verworfen wird, so würde er sich in die unangenehme harte Nothwendigkeit versetzt sehen, den Sultan unterthänigst zu bitten, seine Abdankung annehmen und ihm gestatten zu wollen, sich nach Europa zurückziehen zu können. — Die Freunde Omer Pascha's stellen die Existenz dieses Schreibens in Abrede, aber so viele Andere glauben, daß man wenigstens zweifeln darf. Jene aber, welche den Charakter Omer Pascha's und die hohe Meinung kennen, welche er vom eigenen Verdienste hegt, zweifeln nicht, sondern sind überzeugt. — Nach Berichten aus Trebizonde, frühern Datums, hatten die Russen in Kars und dessen Umgebung nur 5 Bataillone zurückgelassen. Das Gros der Murawieff'schen Armee war bei Gumri konzentrirt, von wo aus seit Kurzem bedeutende Verstärkungen nach Kutais abgeschickt wurden. — Erzerum war gut verproviantirt und gegen den Angriff der Russen vor Frühjahr völlig sicher.

Aus Sebastopol wird unter dem 12. Febr. geschrieben, daß Tags zuvor das Fort Alexander vermittelst dreier Minen gesprengt worden sey. Die Operation ist vollständig gelungen, das Fort ist gegenwärtig nichts als ein Trümmerhaufe.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 27. Februar. Die Kurse der meisten Fondsgattungen erfuhren keine wesentliche Veränderung.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 301 bis 300 und Homburger Landesbank wurden zu 282 84 86 84 82 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 90¼ P 89¾ G.
„ 5pCt. Metall. alte 79⅞ P. 79⅝ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. —P. 86½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82⅛ P. 81⅞ G.
„ 4½pCt. „ 71¾ P 71½ G.
„ 4pCt. „ 64¼ P. 63¾ G.
„ 3pCt. „ 49 P. 48½ G.
„ 1pCt. „ 16⅛ P. 15⅞ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1190 P. 1185 G.
Oesterreichische Credit-Actien 174 P. 172 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 130 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 102⅛ P. 101⅞ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 301 P. 299 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100⅝ P. 100⅜ G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3½pCt. „ — P. 87 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95⅞ P. 95⅜ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 163 P. 162½ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 129½ P. 129 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Wurttemberg 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 3½pCt. „ 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89 P. 88½ G.
Badische 50 fl. Loose 78 P. 77½ G.
„ 35 „ „ 48¾ P. 48½ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99¾ P 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ 32¾ P. 32½ G
Darmstädter Bankaktien 313 P. 341 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39½ P. 39¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62 P. 61½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30½ G.

Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P 85 G.
„ 3½pCt. „ alte 93 P 92½ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 120½ P. 120 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 331 P. 329 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 82 P. 81½ G.

Polen 500 fl. Partial — P 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38½ P. 38¼ G.
„ 1pCt. neue 24 P. 23⅞ G.
Holland Integrale 63¾ P. 63¼ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¾ P. 100½ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 120 G.	Mail. i. S. Li. 250 k. S 101½ P 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅛ P 100⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94½ P. 94¼ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 97⅜ P. 97⅛ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅜ P. 94⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S 89¼ P 89 G.	Wien ft. 100 C. k S. 115⅝ P. 115⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 114¾ P. 114½ G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 26 Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 84 9/16; 5Cpt. Met. 83⅞; 4½pCt. 73½; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; ditto von 1854 106 1/16; Bankaktien 1028; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2735; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 316¼; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 672; österr. Staatsbahn-Aktien 356. Wechselkurse: Augsburg uso 104¼ P.; London 10. 14. P. Geldkurs: Dukaten —.

Berlin, 18. Februar. Raffinirter Zucker in Folge von pressirten Angeboten von außerhalb, namentlich von Magdeburg, sehr flau; die meisten Gattungen sind nominell und dürften ernstliche Gebote ziemlich weit unter letzten Notirungen in manchen Fällen wohl Berücksichtigung finden. Eben so matt ist es mit Rohzucker, dessen Inhaber ebenfalls niedrigere Gebote acceptiren würden.

Halle, 17. Febr. Raffinirte Zucker gänzlich ohne Abzug und wesentlich billiger käuflich; Notirungen ganz nominell, da es zu keinen Abschlussen kommt. Dasselbe gilt von Rohzucker, dessen Inhaber große Verkauflust verrathen, ohne jedoch für ihre Partien Liebhaber zu finden.

Köln, 16. Febr. Der Absatz von fabrizirten Zuckern ist sehr mühsam und Preise weichend; wir notiren: ord. 2da Melis 17¾ Rthlr., 2da 17½ Rthlr., gut 18 Rthlr, schön 18⅛ Rthlr., fein 18¼ Rthlr., 1ma 18⅜ Rthlr., schön 18½ Rthlr., fein 18¾ Rthlr. mit Faß pr. 102 Pfd., hellbraun Candis 18¾ Rthlr., gut 18⅞ Rthlr., fein 19 Rthlr., gelb 19½ a 20 Rthlr., hell 20¼ a 20¾ Rthlr., halbweiß 21 a 22 Rthlr., weiß 22½ a 24 Rthlr., hellbraun Farin 13 a 13½ Rthlr., gelb 14 à 15½ Rthlr., halbweiß 17 a 18 Rthlr, Syrup 10¼ Rthlr. per 101 Pfd.

Leipzig, 16. Febr. Der Zuckerhandel stockt aus Mangel an Abzug gänzlich und lassen sich gar keine Preise angeben.

London, 19 Febr. Zucker. Die Ablieferungen voriger Woche betrugen 1650 T. gegen 41,10 T., Vorrath 57,000 T. gegen 61,700 T. zu gleicher Zeit in 1855 Die niedrigen Preise haben allgemeinere Kauflust erweckt, und in den heutigen ansehnlichen Auktionen holten Mauritius. 6 d a 1 s. 6 d. Avanz auf die Preise der vorigen Woche; Engl.-Westind. Sorten sind auch 1 s. höher.

Kaffe still, und Native-Ceylon- nominell 51 s.

Reis schleppend, aber nicht niedriger.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 60.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 29. Februar 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Eine kürzlich im Amtsblatte veröffentlichte Rathskammerordonnanz des Bezirksgerichts Landau in der Untersuchung gegen F. A. Blank, Redakteur des Bergzaberer Wochenblattes, und dessen Mitbeschuldigte wegen Preßvergehens, hat darüber Bedenken erregt, wie derselbe Rathskammerbeschluß die Vernichtung der beschlagnahmten Schriften verfügen und zugleich eine Inkompetenz Erklärung enthalten könne. Der „Pfälz. Z." gebt nun hierüber folgende Aufklärung zu: „Die fragliche Untersuchung ist gegen den im Gerichtsbezirke Landau wohnenden Redakteur F. A Blank eingeleitet worden, weil demselben, außer der kürzlich abgeurtheilten Beschuldigung der mündlichen Verläumdung und Amtsehrenbeleidigung eines hochgestellten k. Beamten — zur Last gelegt wurde, daß er dem „Münchener Volksboten" verleumderische und die Amtsehre des kgl Regierungspräsidenten der Pfalz verletzende Artikel zur Einrückung zugesandt und so durch die Presse verbreitet habe. Das Verfahren gegen Blank wegen dieser Anschuldigung wurde nun zwar unzureichenden Beweises halber eingestellt; das Gericht machte aber von seiner gesetzlichen Befugniß Gebrauch und verfügte die Vernichtung der beschlagnahmten Exemplare der inkriminirten Schrift. Als Mitbeschuldigter Blank's war auch der Redakteur des „Münch. Volksb." indizirt. Gegen diesen zu erkennen, sind Pfälzer Gerichte nicht zuständig. Es mußte daher in dieselbe Ordonnanz, welche die bereits erwähnten Verfügungen enthielt, auch die Inkompetenzerklärung bezüglich des Letzteren aufgenommen werden."

München, 28. Februar. Seine Majestät der König haben den königl. Kammerjunker und Regierungs-Assessor Fedor Frhrn. v. Crailsheim zu Allerhöchst Ihren Kämmerer befördert; den Revisor am Lotto-Oberamt München, Franz Joseph Puck, in Betracht seiner durch physische Gebrechen herbeigeführten Dienstesunfähigkeit auf die Dauer eines Jahres in temporären Ruhestand treten lassen; den Landgerichts-Assessor Alois Wiedemann von Oberndorf zum Kreis- u. Stadtgerichtsrath in Memmingen befördert; die im Kreis-Medizinal-Ausschusse von Oberfranken erledigte unentgeldliche Funktion eines veterinärärztlichen Mitgliedes dem Veterinär Albert Rottach zu Bayreuth übertragen; das erledigte Kantonsphysikat Lauterecken provisorisch dem praktischen Arzte Dr. Karl Joseph Huber zu Haßloch verliehen.

(N. M. Z.)

München, 27. Febr. Nachdem Ihre Majestät die Königin seit einigen Tagen von einem leichten Unwohlseyn befallen waren, wurde heute folgendes Bulletin ausgelegt: „Ihre Majestät die Königin leidet seit einigen Tagen an einem von leichten Fieberanfällen begleiteten Unwohlseyn, welches sich in der Nacht von 25 d. zu einem kontinuirlichen Fieber steigerte, in dessen Folge Ihre Majestät die Nacht größtentheils schlaflos, den Tag, 26. d. M., in Fieber und die Nacht in ununterbrochenem Schlafe hinbrachte. Die Fiebererscheinungen von heute, 27. d. Monats, Morgens 8 Uhr, sind mäßig. Gietl."

(N. M. Z.)

Zur neulichen Andeutung des „Volksboten", daß vom Kultusministerium die Ueberwachung der Preßthätigkeit des katholischen Klerus noch einem andern als dem Bamberger Ordinariat anempfohlen worden, bringt die Münchener Korrespondenz der „Landshuter Zeitung" einen nähern Aufschluß. Ihr zufolge soll auch an die Diözese Eichstätt dasselbe Ansinnen Seitens des Ministerium gestellt, aber nicht darauf eingegangen worden seyn.

Aus **München**, 27. Februar, wird der „Augsb. Abdztg." geschrieben: „Wie ich vernehme, dürfte der Gesetzentwurf bezüglich der Zinsengarantie für die östlichen Bahnen (in der Oberpfalz und in Niederbayern) in der Kammer nicht früher zur Berathung gelangen, als bis die eben stattfindenden Verhandlungen mit dem darum sich bewerbenden Consortium zu einem provisorischen Resultat gebracht, und damit die Staatsministerien der Finanzen und des Handels in den Stand gesetzt sind, auf die vom 2. Ausschusse weiters gewünschten Bedingnisse näher einzugehen. Darunter möchte die Frist von sieben Jahren, inner welcher die Bahnen vollendet seyn sollen, indessen den erheblichsten Anstoß finden, da dieselbe — obwohl es im Interesse der Gesellschaft selbst liegt, das Unternehmen baldmöglichst zur Vollendung zu bringen — dennoch von Sachverständigen für zu kurz gegriffen erachtet wird."

Dem nämlichen Blatt wird von einem anderen Münchener Korrespondenten ebenfalls unterm 27. Febr. gemeldet: „Nachdem gestern Abends Frhr v. Rothschild aus Frankfurt hier eingetroffen ist, haben heute die Verhandlungen des Staatsministerium des Handels &c mit dem Eisenbahn-Konsortium begonnen. Es wird dem Vernehmen nach ein vollständiger Gegenseitigkeits-Vertrag verhandelt und festgesetzt werden und daraufhin die Konzessionirung erfolgen. Ist diese erfolgt, so dürfte das Konsortium alsbald zur Aktienzeichnung schreiten. Die Erdarbeiten an verschiedenen Stellen der projektirten Bahnen, da, wo die von der Staatsregierung vorgenommenen technischen Vorarbeiten schon vollendet sind, dürften dann mit Beginn des Sommers ihren Anfang nehmen."

Bekanntlich hat die 2. Kammer jüngst auf Antrag des Abg Fürsten Wallerstein beschlossen, es sey Se. Majestät der König zu bitten, daß die Sonn- und Feiertagsschulpflicht auf das zurückgelegte 16. Lebensjahr beschränkt werde. Ueber die Gründe, welche die Kammer zu diesem Beschluß veranlaßten, mögen einige Worte wohl von Interesse seyn. Die Sonntagsschule ist bekanntlich ein aus England nach Deutschland verpflanztes Institut, aber es hat auch hier in mehreren Staaten von wohlgeordnetem Schulwesen bis jetzt noch keinen Eingang gefunden. In England, wo Tausende von verlassenen Kindern vom frühen Morgen bis zum späten Abend in Fabriken arbeiten und ohne Unterricht aufwachsen, war es ein Akt der Humanität und christlichen Samariterliebe, daß man sich ihrer annahm und für ihren Unterricht sorgte. Die Sonntagsschule vertrat dort die Stelle der Werktagsschule und hatte ihre volle Berechtigung. Bei uns ist das anders. Unser Schulwesen ist gesetzlich geordnet und hat jedes Kind verpflichtet, vom erreichten 6. Lebensjahre an die Schule zu besuchen; der Besuch derselben wird sorgfältig überwacht und gegen Säumige strafend eingeschritten, und es ist nicht wohl möglich, daß nur Ein Kind dem Unterrichte sich ganz entziehe. Ein Ersatz für die Werktagsschule kann also bei uns die Sonntagsschule nicht seyn, sie hat vielmehr den Zweck, das in jener Erlernte zu bewahren und zu befestigen, und die Jugend in der entscheidendsten Periode ihrer Entwickelung unter ihre schützende und bewahrende Obhut zu nehmen. Und darin beruht ihre Berechtigung und ihr Segen. Aber wie Alles seine Gränzen hat und diese nicht überschreiten darf, soll es seinem Zwecke entsprechen, so gilt das auch von diesem Institute. Jedes Allzuviel schadet, und ein Allzuviel ist es, wenn man die Jugend verpflichtet, bis zum zurückgelegten 18. Lebensjahre die Sonntagsschule zu besuchen Es ist diese Maßregel nicht einmal überall durchführbar und wirkt nachtheilig auf die Aeltern, auf die Kirche und auf den Lehrer. Daß die Sonntagsschule den Zweck nicht haben kann, den Kreis des Wissens des Schülers zu erweitern, sondern nur das Erlernte zu befestigen, ist schon angedeutet worden. Dazu aber reicht die Zeit vom erreichten 13. bis zum vollendeten 16. Jahre vollkommen aus. Was in dieser Periode nicht erreicht wird, das wird nicht mehr gewonnen, wenn man auch die Schulpflicht noch um mehrere Jahre

verlängern wollte. Die Empfänglichkeit für den auf ein gewisses Maß beschränkten Unterricht hört in diesem Alter auf; mit Widerwillen besuchen die Schüler die Schule und mit Unaufmerksamkeit wohnen sie dem Unterricht bei. In dem Laufe der Woche haben sie anstrengend gearbeitet, sie verlangen deßhalb nach Ruhe und ihrem Geiste fehlt zum Lernen die nöthige Frische und Elastizität. Deßhalb bleibt auch der Unterricht für sie fruchtlos und die Erfahrung lehrt, daß die den beiden letzten Kursen angehörigen Schüler in der Regel die unwissendsten sind. Aber nicht bloß fruchtlos ist für sie der lange Schulzwang, er wirkt sogar nachtheilig auf sie ein. Der Widerwille, welchen er in der im höheren Lebensalter stehenden Jugend hervorruft, veranlaßt diese zur methodischen Umgehung des Gesetzes und zum Ungehorsame, schwächt auf diese Weise in ihr die Achtung vor dem Gesetze und nährt den Geist der Lüge. Durch den vertrauten Umgang der ältern Schüler mit den jüngeren entstehen für diese aber auch moralische Gefahren und hier findet seine volle Wahrheit, was die Gegner der Verlängerung der Werktagsschulpflicht von den Gefahren für die Sittlichkeit sagen, welche der oft lange Weg zur Schule und von dieser zurück in seinem Gefolge hat An betrübenden Beispielen fehlt es nicht, daß 17jährige Mädchen aus der Schule entlassen werden müssen, weil sie die Frucht eines zu vertrauten Umganges mit dem andern Geschlechte unter ihrem Herzen tragen. Auf die nicht seltenen und in ihrer Wirkung auf die Jugend höchst beklagenswerthen Fälle, die Zeugniß von dem verbotenen Umgange ablegen, in welchem junge Lehrer und Schulgehülfen mit ihren erwachsenen Schülerinnen getreten sind, soll hier nur im Vorübergehen hingewiesen, aber hervorgehoben muß werden, daß die Berufsfreudigkeit gar vieler, mit ihrem Berufe es treu meinender Lehrer, getrübt wird, wenn sie wahrnehmen, daß sie es mit Schülern zu thun haben, die für ihre Lehren kein Ohr und für ihre Ermahnungen kein Herz mehr haben, vielmehr für ihre jüngeren Mitschüler nur ein störendes Element sind und den Schulzweck auch an diesen zu vereiteln helfen; und es ist nichts Seltenes, daß man von ihnen den Wunsch aussprechen hört, doch einmal von diesem Theile ihrer Schüler erlöst zu werden!

Die „Bayer. Landbötin" schreibt: „Die Frage wegen der Gerichtsorganisation ist in eine neue Phase getreten. Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, steht es sehr dahin, ob auf diesem Landtag überhaupt noch eine Vorlage erfolgen werde. Wir wünschen von Herzen, daß sich diese Vermuthung nicht bestätigen wolle und würden uns herzlich freuen, das Gegentheil von dem oben Gesagten recht bald berichten zu können, denn in dem gegenwärtigen Zustand kann das Gerichtswesen unmöglich mehr lange fortbestehen. Das haben selbst die Minister in der Kammer wiederholt zugegeben. Also hoffen wir vorerst noch."

Die „N. Münch. Ztg." berichtet: „Dem Vernehmen nach ist die interimistische Leitung der Geschäfte des k. Staatsministerium des Innern und der öffentlichen Arbeiten an der Stelle des Hrn. Staatsministers Frhrn. v. d. Pfordten, dessen angegriffene Gesundheit der Schonung dringend bedarf, von dem k. Staatsminister Hrn. v. Zwehl auf kurze Zeit übernommen worden." (Wegen der schwebenden Eisenbahnfrage ist das Ministerium der öffentlichen Arbeiten jetzt besonders wichtig.)

Preußen. Berlin, 26. Febr. Daß es der ersten Kammer gerade bei der Branntweinsfrage einfallen mußte, die parlamentarischen Rechte gegenüber der Krone ausdrücklich in Anspruch zu nehmen, ist ein für das hohe Haus bedauerlicher Umstand. Die öffentliche Meinung wird nur schwer davon abzubringen seyn, daß es sich, wie die „N. Pr. Z." sich ausdrückt, „nicht um Prinzipien, sondern lediglich um Interessen, nicht um Gewissensskrupel, sondern um Viergroschenstücke, um Recht nicht, sondern um Schnaps gehandelt habe." — Wenn die Majorität der ersten Kammer nur ein einziges Mal für die allgemeinen Rechte des Volkes in die Schranken getreten und nicht vielmehr stets bemüht gewesen wäre, die Verfassung zu zersetzen, die Rechte des Volkes niederzutreten, dann würde es der „N. Preuß. Z." leicht geworden seyn, nachzuweisen, daß man die erste Kammer verläumde, wenn man das Votum über die Branntweinsteuer-Bonifikation aus eigennützigen Motiven ableite. So aber —! (Z. f. Ndd.)

Magdeburg, 26 Febr. In der benachbarten Stadt Schönebeck wurde gegen Ende des vorigen Jahres der Bürgermeister Schneider von den Gemeindevertretern fast einstimmig wieder gewählt, um mit dem 1. Juni d. J. von Neuem sein bisheriges Amt auf eine bestimmte Zeitdauer zu übernehmen und fortzuführen. Die vorgesetzten Behörden haben indeß die Bestätigung des Hrn. Schneider als Bürgermeister versagt, wohl mit Rücksicht auf dessen Antezedentien, da er 1848 zur Linken der Nationalversammlung gehörte, auch im Jahre 1849 in der aufgelösten 2. Kammer saß. (K. Z.)

Hannover. Hannover, 24. Febr. Während man einige Tausende an der Justiz und Verwaltung durch Einziehung von Amtsgerichten, Obergerichten und Aemtern erspart, werden Hunderttausende für den Militäretat mehr gefordert. Während man bisher nur von der Einziehung einiger kleinen Obergerichte sprach, Goslar, Dannenberg, Lehe, dann auch die größeren Obergerichte Verden und Osterode nannte, soll jetzt auch in Berathung genommen seyn, das zweit größte Obergericht der Einwohnerzahl nach, das zu Nienburg, aufzuheben und die Grafschaften Hoya und Diepholz unter die Obergerichte zu Hannover, Osnabrück, Verden zu theilen. (A. Z.)

Sachsen-Koburg-Gotha. Gotha, 25. Febr. Als vor längerer Zeit durch die Erklärungsschrift, welche die hiesige Staatsregierung als Antwort auf die bekannte Beschwerde der „Gothaischen Ritterschaft" bei der Bundesversammlung überreichen ließ, der feste Wille des Regenten und seiner Räthe, den verfassungsmäßigen Rechtszustand des Landes gegen alle Angriffe zu schützen, in allen Kreisen der Bevölkerung bekannt wurde, erhielt der regierende Herzog von vielen Seiten Beweise der treuesten Anhänglichkeit des Volkes an das bestehende Staatsgrundgesetz und an seine eigene Person. Unter Andern überreichten neuerdings Vertreter der Städte Waltershausen und Ohrdruff, sowie sämmtliche Landgemeinden der Amtsbezirke Ichtershausen und Friedrichswerth im Namen der gesammten Bevölkerung derselben zahlreich unterzeichnete Adressen, in welchen die Gefühle der Verehrung und Dankbarkeit gegen Se. Hoh. in ungeheuchelten Worten ihren Ausdruck fanden. In Erwiderung dieser ächt loyalen Kundgebungen von Seiten eines beachtenswerthen Theiles der Bevölkerung hat der Herzog die Vorstände des Stadtraths und der Stadtverordneten der genannten Städte, sowie zwei Schultheißen aus jedem der beiden oben erwähnten Amtsbezirke, sowie den Präsidenten des eben versammelten Landtags, durch das Oberhofmarschallamt auf heute Nachmittag in sein Palais zu einer Privat-Audienz und zu der darauf folgenden Tafel einladen lassen. Die Anrede, welche Se. Hoh. an die Versammelten richtete, lautete wörtlich also: „Meine Herren! Ich habe mich aufrichtig gefreut, bei Gelegenheit einer Adresse, welche Sie mir eingereicht haben, zu erfahren, wie viel Interesse das Land an dem Gang der Verfassungs-Angelegenheit nimmt. Es ist dies ein um so erfreulicheres Zeichen, als sich gerade in der jetzigen Zeit fast überall entweder eine arge Theilnahmlosigkeit gegen alles Verfassungsleben ausspricht, oder ein blindes Eifern von einer Seite gegen alle Betheiligung des Volkes an der Wahrung seiner Interessen im Staat. Die freundlichen Worte Ihrer Adresse haben mir wahrhaft wohlgethan, indem ich darin eine aufrichtige Anerkennung meiner Handlungsweise gefunden habe. Ich kann nur den Wunsch aussprechen, daß das ganze Land sich gleichmäßig bemühen möge, sowohl durch fernere Theilnahme, als durch die Wahl passender Abgeordneten, im Verein mit mir zu zeigen, wie segenbringend das konstitutionelle System seyn kann, wenn auf Seiten des Landes der gute Wille ist, die Regierung in allem nützlichen Streben zu unterstützen, und auf Seite des Landesherrn der feste Grundsatz, die Rechte des Landes wie die seinigen vor Verkümmerung zu bewahren." Der Präsident des Landtags sprach hierauf den anerkennenden Dank der Eingeladenen gegen Se. Hoh. den Herzog aus. (A. Z.)

Reuß. Am 20. Februar wurde in Gera der Landtag für das Fürstenthum Reuß j. L., bestehend aus 19 Mitgliedern, eröffnet. Der Minister Dr. v. Geldern verlas die Eröffnungsrede, in welcher zuerst einige Gesetzvorlagen, deren Berathung vor allem nothwendig sey, z. B. über Expropriationen behufs der Anlegung der Eisenbahn von Weißenfels nach Hof ꝛc., gedacht, sodann aber erklärt wurde, daß der seit Juli 1854 regierende Fürst, Heinrich LXVII, das von seinem Regierungsvorgänger Heinrich LXII. im Jahre 1852 mit dem damaligen Landtage vereinbarte promulgirte und publizirte Staatsgrundgesetz, vom 14. April 1852, nicht in allen Theilen als ihn bindend anerkennen könne, sondern Abänderungsvorschläge zur Beschlußfassung des Landtags zu bringen sich bewogen sehe. Nach denselben sollen der Abschnitt II. (Grundrechte, soweit sie nach der Revision vom Jahre 1852 übrig geblieben), ebenso Abschnitt III. der Verfassung ganz wegfallen, ebenso das Wahlgesetz abgeändert werden. (N. Z.)

Oesterreich. Wien, 26. Febr. Die zwischen Oesterreich und Bayern durch Bevollmächtigte in München geführten Verhandlungen bezüglich des Anschlusses der bayerischen an die österreichischen Eisenbahnen sind beendet und haben ein beiderseitig befriedigendes Resultat gehabt. So meldet die „Oestr. Post".

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Febr. Nach siebzehnstündiger Berathung des Reichsgerichts sind alle angeklagten Minister freigesprochen worden, und die Kosten der Staatskasse zuerkannt. Alle Mitglieder des höchsten Gerichts sprachen nichtschuldig, alle Landsthing-Mitglieder schuldig.' (T.D.d.Allg.Ztg) (Das Reichsgericht besteht nämlich theils aus Mitgliedern des höchsten Gerichts, theils aus Mitgliedern des Reichstags.)

Kopenhagen, 23. Februar. Die Beschwerde der holstein'schen Ständeversammlung gegen den Minister für Holstein und Lauenburg, Hrn. v. Scheel, welche in Itzehoe am 6. d. M. abgefaßt und an den König hierher gesandt wurde, ist nach Erlassung eines k. Reskripts vom 6 d. M., das Herr v. Scheel selbst kontrasignirte, als ganz unbegründet und als unstatthaft zurückgewiesen worden. Die Ständeversammlung wird nun an den deutschen Bund sich wenden, um die ihr entzogenen alten Rechte und Gerechtsamen sich wieder zurück zu schaffen. (K. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 27. Febr. „Aftonbladet" theilt mit: „Ein Komite ist unter Vorsitz des Kronprinzen niedergesetzt, um Vorschläge zur Befestigung Stockholms und des Mälarthales auszuarbeiten." (T.D.d.Allg.Ztg.)

Großbritannien.

London. Der König der Belgier wird in vierzehn Tagen sechs Tage nach London kommen. (T. D. d. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 25. Febr. Man behauptet, daß unsere Regierung ernstlich daran denke, von England die Rückgabe der zahlreichen Archive, geschichtlichen Aktenstücke und alten Handschriften zu begehren, die Wellington im Jahre 1815 aus Paris nach London fortbringen ließ.

* Paris, 27. Febr. Dem „Memorial des Pyrenées" zufolge werden die Gräfin von Montijo und die Herzogin von Alba in Kurzem in Paris ankommen, um während der Niederkunft der Kaiserin dort anwesend zu seyn. — Heute Morgen hat man eine große deutsch-französische Bekanntmachung des Inhalts angeschlagen, daß das Werbebureau für die englisch-deutsche Legion noch immer Faubourg St. Martin Nr. 145 sey. — Das Handgeld besteht in 150 Fr., nämlich 75 Fr. in Bekleidungs-Gegenständen und 75 Fr. Geld. Nach dem Abschiede erhält der Mann eine einjährige Gage und freie Rückkehr in die Heimath; auch steht es ihm frei, auf Kosten der englischen Regierung nach Amerika auszuwandern.

Man schreibt der „Köln. Ztg." aus Paris: „In einem Hause des Place St. Germain des Prés im Faubourg St. Germain lebte ein junges Mädchen mit ihrer Tante und verkündete die Zukunft in der Art und Weise, wie die Pythia von Delphi. Eine große Anzahl Neugieriger wohnte den Sitzungen dieser Dame bei. Vor einigen Tagen prophezeite sie Frankreich und der ganzen Welt eine so blutige Zukunft, daß einer der Anwesenden in den größten Schrecken gerieth, davon eilte und die Polizei benachrichtigte. Diese fand sich ein und verhaftete das junge Mädchen, die Tante und mehrere andere Personen. Vor zwei Jahren wurde aus Paris und Frankreich ein gewisser Mickel ausgewiesen, der ähnliche Dinge vorausgesagt hatte. Die Polizei wollte dessen Anwesenheit in Frankreich nicht dulden, weil sie den schlechten Eindruck der Prophezeiungen desselben auf die öffentliche Meinung befürchtete. Derselbe lebt jetzt in London und genießt dort eines großen Ansehens. Es scheint, daß man in der englischen Hauptstadt eben so leichtgläubig ist, als in Paris."

Portugal.

* Die wichtigste Nachricht ist die Emanzipation der Sklaven in den Kolonien, welche dem Staate angehören. Im Kongresse wurde dieses Projekt, welches das Privateigenthum durchaus nicht berührt, diskutirt. Es soll demnächst Gesetzeskraft erhalten.

Italien.

Aus Rom, 16. Febr. wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Der heilige Vater hat dem mit der Untersuchung und Aburtheilung der A. Günther'schen Angelegenheit beauftragten Ausschusse des Sant' Uffizio bei verschiedenen Gelegenheiten zwar Eile, doch nicht Uebereilung anempfehlen lassen. Es ward diese Ostern erwartet, dürfte aber wegen verschiedener Zwischenfälle sobald nicht erfolgen. Indessen steht soviel schon jetzt fest, daß Günther's Anhänger selbst im schlimmsten Falle nicht das Schicksal der Hermesianer theilen werden. Kardinal d'Andrea, Präfekt des Sant' Uffizio, ist ein philosophisch gebildeter Mann, der gern von Günther sprechen hört. Auch der heilige Vater hat sich noch neulich dahin geäußert, ein ausgezeichneter Geist könne sich philosophisch irren, ohne darum aufzuhören, mit seinem Glauben und als gläubiger Christ ganz innerhalb der katholischen Kirche zu stehen."

Rom, 19. Febr. Die vom Meister Civettola erwarteten Enthüllungen sind bis jetzt nicht erfolgt, daher auch nicht die deßhalb befürchteten zahlreichen Verhaftungen. Doch wurden verschiedene Personen, mit denen er auf vertrautem Fuße lebte, theils Verdachts, theils der Zeugenschaft halber eingezogen, darunter mehrere Weiber. Hingegen scheint der Prozeß wider Manzini und Luccuti manchen unvorsichtigen jungen Mann mit in's Verderben ziehen zu wollen. (Allg. Z.)

Turin, 26. Februar. General della Marmora ist heute nach der Krim abgegangen. (Fr. Pstz.)

Amerika.

* Berichte aus Port au-Prince vom 6. Januar — sagt der „Courr. des E. U." — melden das Wiedererscheinen des Kaisers Faustin I. Um seine Niederlage zu rächen, ließ er die Generale Toussaint und Canistre und einen dritten, dessen Name nicht mitgetheilt wurde, erschießen. Auch mehrere Offiziere niederern Ranges wurden hingerichtet. Alle waren des Verraths und des Einverständnisses mit dem Feinde angeklagt. Aufrührerische Bewegungen kamen im Reiche nicht vor, dennoch aber denkt man, daß Soulouque auf einen weitern Feldzug gegen die Dominikaner verzichten und sich vor Allem mit Wiederherstellung seiner durch die letzten Ereignisse gewaltig erschütterten Autorität beschäftigen werde.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Der Waffenstillstand ist nur bis zum 31. März d. J. geschlossen. Das scheint uns zweierlei zu beweisen: erstens, daß man auf einen schnellen Frieden rechnet, dann aber, daß man nicht geneigt ist, aus purer Friedensliebe den Zwecken der Kriegführung irgend etwas zu vergeben. Allerdings kann der Waffenstillstand verlängert werden; wird er es nicht, so ist durch die Waffenruhe bis zum 31. k. M. am Frühjahrsfeldzuge nichts versäumt. Größeren Operationen auf den Kriegsschauplätzen stünden innerhalb der nächsten vier Wochen ohnehin physische Hindernisse entgegen, die schwer zu bewältigen wären. Der Waffenstillstand ist nur zu Land geschlossen. Aber auch zur See ist dem eigentlichen Waffenwerke, dem Angriff und der Zerstörung, vorläufig Einhalt gethan; nur die Blokade wird wieder hergestellt und aufrecht erhalten werden. Damit ist vorgesorgt, daß weder die thatsächliche Grundlage der Präliminarien sich zum Nachtheile Rußlands ändern, noch der auf Rußland lastende Druck der Absperrung seiner Küsten und Lähmung seines Handelsverkehrs zum Nachtheile der Alliirten vermindert werde. Es ist den russischen Diplomaten eine Prämie gesetzt für den raschen Abschluß des Friedens. (Ostd. P.)

Aus Paris wird der „Köln Ztg." unter dem 26. Febr. geschrieben: „Gestern fand großes Diner auf dem Ministerium des Aeußern statt, dem außer den Bevollmächtigten beim Kongresse noch die französischen Minister, die Präsidenten des Senats und des gesetzgebenden Körpers beiwohnten. Graf Walewski brachte beim Dessert einen Toast aus auf „den glücklichen Ausgang der neu eröffneten Konferenzen." Nach dem Diner fand das angekündigte Konzert statt, zu dem ungefähr 700 Personen geladen waren. Der Salon der Gesandten, wo die Konferenzen stattfanden, war dem Publikum geöffnet, und alle Welt drängte sich nach demselben. Die Sitze der verschiedenen Bevollmächtigten waren mit Zetteln bezeichnet, worauf die Namen der verschiedenen Mächte mit Bleistift geschrieben waren. Im Mittelpunkt befanden sich die Franzosen, ihnen zur Rechten die Engländer, ihnen zur Linken die Oesterreicher. Neben den letztern befanden sich die Türken und neben den Engländern die Russen. Zwischen den Russen und den Türken saßen die Sardinier. Die französischen Bevollmächtigten hatten ihren Platz zur Seite der Fenster, welche die Aussicht auf den Garten haben. Quer diesem Platze gegenüber befinden sich die Bildnisse des Kaisers und der Kaiserin in Lebensgröße und ihnen zur Rechten die Büste Napoleons I. Den russischen Bevollmächtigten gerade gegenüber befindet sich das Bildniß des Kaisers L. Napoleon."

* Paris, 27. Febr. In Ermangelung von Nachrichten über die Berathungen der Diplomaten im Friedenskongresse erzählen die Pariser Journale mit lächerlicher Genauigkeit Alles, was sie von der Disposition des Zimmers, der Tische und der Schreibmaterialien erfahren können. „Auf dem grünen Teppich des Tisches, sagt das „Pays" gestern, liegen alle zum Schreiben erforderlichen Gegenstände, Papier verschiedenen Formats, Converts, Federn, Bleistifte und Siegellack. Aber es stehen nicht 12 Tin-

tenfässer auf dem Tisch, sondern nur 6: Eines für jede Macht." Das ist etwas stark. — Dafür wird aber das „Pays" heute vom „Siecle" gehörig gegeißelt . . . „Diese Aufschlüsse, sagt es, nachdem es die wichtigen Nachrichten des „Pays" mitgetheilt, sind voll des höchsten Interesses; aber wir bemerken Eine Sache, die ernster Beachtung werth wäre. „Es sind nur 6 Schreibzeuge, Eines per Macht." — Ist diese Zahl von Puffendorf, Vatel oder einem andern diplomatischen Casuisten festgestellt worden?" Wenn, wie man behauptet, die Minister und Veziere an der einen Seite des Tisches und ihre Coadjutoren auf der andern Seite sitzen, wie werden sie es anfangen, um sich desselben Dintenfasses zu bedienen? Nach welcher Reihenfolge werden sie ihre Federn eintauchen. Was wird die Folge seyn, wenn durch ein unglückliches Mißverständniß Sardinien das österreichische Dintenfaß in Contribution setzen würde? Das „Pays" nimmt es etwas leicht, solche Fragen anzuregen, ohne gleichzeitig die Lösung zu bringen. Es ist wahrscheinlich, daß der Wiener Korrespondent des „Constitutionnel" nach Paris auswandern wird, um uns über dieses casus belli-Problem aufzuklären.

Paris, 27. Febr. Man macht gegenwärtig viel Aufhebens von einem Zerwürfniß, das wegen des Vorrangs zwischen Lord Clarendon und Lord Cowley entstanden ist. Lord Cowley, der als englischer Gesandter in Paris die Person seiner Monarchin direkt repräsentirt, wollte bei den öffentlichen Zeremonien seinem Kollegen Lord Clarendon nicht den Vorrang lassen. Jeder von ihnen beharrte auf seinem Vorrechte, und so entzweiten sich diese beiden Repräsentanten wegen einer geringfügigen Formalität. Aus diesem Grunde erschien Lord Cowley auch nicht am letzten Montag bei dem Diner, das der Graf Walewski gab, wo übrigens jedes Kouvert mit Namen bezeichnet war. Mehemed-Djemil-Bei, der sich in demselben Falle befindet, wie Lord Cowley, folgte dessen Beispiel. Solche Vorkommnisse sind unter den gegenwärtigen ernsten Fragen der Zeit in der That ärgerlich, wenn sie auch keine weitern Folgen haben. So viel ich heute hörte, wird Lord Cowley am nächsten Samstag nach London reisen, um diesen Streit von der Königin selbst entscheiden zu lassen. (Fr. Postz.)

Nach einer Pariser Depesche der „Oesterr. K." wäre in der ersten Sitzung der Friedenskonferenz das Protokoll vom 1. Februar „in der Eigenschaft förmlicher Präliminarien des Friedens" anerkannt und angenommen worden. (Woher hat nun die „Oest. Korr." diese Nachricht, da doch die Konferenzmitglieder strenges Schweigen gelobt haben?)

Vom nördlichen Kriegsschauplatz.

Kopenhagen, 24. Februar. Der große Belt ist vom Eise frei.

London, 27. Febr. Die Vorhut der Flotte ist nach Kiel abgesegelt.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 21. Febr. Das großherrliche Dekret bezüglich der Reformen in der Lage der christlichen Raja ward in einer Versammlung der geistlichen, der Zivil- und militärischen Würdenträger verlesen. Die Stimmung ist ruhig. (T.D.d.A.Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 28. Februar. Oesterr. Kredit-Aktien und Metalliques-Obligationen wurden höher bezahlt, während Eisenbahnaktien niedriger bezahlt wurden.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 306 305 304 und Homburger Landesbank wurden zu 282 bis 284 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 90 P. 89½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 81 P. 80¾ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82¼ P. 82 G.
„ 4½pCt. „ 71¾ P 71½ G.
„ 4pCt. „ 64½ P. 64 G.
„ 3pCt. „ 49¼ P. 48¾ G.
„ 1pCt. „ 16⅜ P. 16⅛ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D 1193 P. 1188 G.
Oesterreichische Credit-Actien 174 P. 172 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 130 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 102½ P. 102¼ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act incl. 150 Fr. Einz. 301 P. 299 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101⅜ P. 101⅛ G.
„ 4½pCt. „ 100⅝ P. 100⅜ G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3½pCt. „ — P. 87 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95⅞ P. 95⅜ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 162¼ P. 161¾ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 127½ P. 127 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 102¼ G.
„ 3½pCt. „ 89¼ P. 89⅛ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89 P. 88½ G.
Badische 50 fl. Loose 78¼ P. 77¾ G.
„ 35 „ „ 48¾ P. 48½ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 99¾ P 99¼ G.
„ 3½pCt. „ 93½ P. 93 G
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ 32¾ P. 32½ G
Darmstädter Bankaktien 355 P. 353 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39⅜ P. 39⅛ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62 P. 61½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
„ 3½pCt. „ alte 93 P 92½ G.
„ 3½pCt. „ neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 120½ P. 120 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 331 P. 329 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 82 P. 81½ G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38½ P. 38¼ G.
„ 1pCt. neue 24 P. 23⅞ G
Holland Integrale 63¾ P. 63¼ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¼ P. 100½ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120⅛ P. 119⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i.S Lr. 250 k.S 101½ P 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅛ P 100⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94½ P. 94¼ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 97⅜ P. 97⅛ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅜ P. 94⅛ G.
Hamb. MB. 100 k.S 89¼ P 89 G.	Wien fl. 100 C. k S 116½ P. 116¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 115½ P. 115¼ G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 27. Februar. Oesterr. 5pCt Nat.-Anl. 84⅝; 5Cpt. Met. 84; 4½pCt. 73⅝; Lotterie-Anlehensloose von 1839 135; ditto von 1854 106⅞; Bankaktien 1025; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2747½; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 322½; Donau-Dampfschiffahrts-Aktien 671; österr. Staatsbahn-Aktien 358. Wechselkurse: Augsburg uso 103¾ P.; London 10. 9. B. Geldkurs: Dukaten —.

Magdeburg, 22. Febr. Im Getraidegeschäft hatten wir diese Woche etwas mehr Leben und Bewegung, als seit langer Zeit vorher. Waizen, hauptsächlich schwere Sorten, waren sehr begehrt für Stettin und wir konnten bei nur knapper Zufuhr der Nachfrage nur zu kleinen Theilen begegnen, für reell 88pfd. Waare waren 100 Thlr. für 2136 Pfd. und 102 Thlr. für 2160 Pfd., frei im Kahn, zu erlangen. Am Landmarkte zahlte man nach Qualität 90 a 98 Thlr., die leichten Sorten über das Gewichtsverhältniß hinaus um 2 a 3 Thlr. billiger. Die Schiffsfrachten bedang man nach Stettin zu 3¼ a 3½ Thlr., nach Berlin zu 1¾ Thlr. pr. Wspl. Roggen fand im Anfange der Woche guten Abzug nach Braunschweig, Westphalen und auch nach Leipzig zu 76 a 77 Thlr. pr. 2016 Pfd. frei Eisenbahn, so daß die in verkaufswilliger Hand befindlichen Partien gänzlich geräumt wurden. Die nachherigen höheren Forderungen von 78 a 80 Thlr. setzten dem Umsatz Schranken, da man diese Preise nicht anlegen wollte. Am Landmarkt galt Roggen bei kleiner Zufuhr 74 a 77 Thlr. nach Beschaffenheit. Gerste, die genügend angebracht wird, bezahlten Konsumenten mit 46 a 52 Thlr. nach Beschaffenheit, aus zw. Hand wird für 70pfd. 50 Thlr. für 72pfd. 52 Thlr. frei Eisenbahn verlangt, es fehlt aber an Kaufaufträgen. Gute schwere 75—76pfd Gerste würde leicht absetzbar seyn und zwar zu noch besseren Preisen, als schon das Gewichtsverhältniß bedingt, dergleichen Waare kommt aber wenig vor.

Hamburg, 22. Febr. Kaffe. Die Umsätze waren nicht unbedeutend, man veranschlagt dieselben auf 9000 S. Rio- und Santos- zu 4 a 5½ ß. und 6000 S. Domingo zu 5 a 5⅝ ß.; durch einzelne Angebote aus erster Hand wurden diese Verkäufe zunächst herbeigeführt, es fanden sich aber auch zu dem größern Theile des eben erwähnten Quantums bereitwillig Abnehmer.

Wir notiren heute: reell ord. Brasil- 4⅜ a 4¾ ß., ord. bis reell ord. Domingo- 5₁⁄₈ a 5¼ ß., welche Preise jedoch eher nominell sind.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 61. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Insraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 1. März 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Von verschiedenen Bräuer-Innungen und Abgeordneten sind bei der zweiten Kammer mehrfache Vorstellungen und Anträge eingereicht worden, welche sämmtlich die Vermittlung des Landtages nachsuchen, um bezüglich der in der gegenwärtigen Gesetzgebung über Fabrikation und Absatz des Bieres und in ihrer Vollziehungsweise gelegenen Härten und Gebrechen endliche Abhülfe zu erlangen. Der 3. Ausschuß hat über alle diese Anträge, die Regulirung des Biersatzes und die Verhältnisse der Bräuer zu den Wirthen und dem Publikum betreffend, Berathung gepflogen, und empfiehlt der Kammer folgende Vorschläge zur Annahme:

I. An Se. Maj. den König sey auf verfassungsmäßigem Wege die ehrfurchtsvollste Bitte zu bringen, Allerhöchstdieselben mögen geruhen, die dem Landtagsabschiede vom 25. Juli 1850 Abschn. III Ziff. III. gemäß angeordneten Erhebungen und Ermittlungen *bezüglich* der Zweckmäßigkeit der Aufhebung oder *Beibehaltung* der Biertaxe, dann bezüglich einer allenfallsigen Revision des Biertarifes und bezüglich der Frage über Ausscheidung zwischen Klein- und Großbräuern, zur Vollendung *bringen*, und je nach ihren Ergebnissen eine Gesetzesvorlage auf Revision oder Aufhebung des Biertarifes in thunlichster Bälde ausarbeiten zu lassen; inzwischen aber nachfolgenden provisorischen, d. i. bis zur Erlangung und Einführung eines neuen Gesetzes geltenden Bestimmungen sofort mit Gesetzeskraft die allerhöchst kgl. Sanktion allergnädigst zu ertheilen: 1) Die in Folge des § 1 Abs. 3 des Gesetzes vom 23 Mai 1846 bewerkstelligte Eintheilung in Biertaxdistrikte ist nun gemäß der zur Zeit bestehenden Verschiedenheit der Gerstendurchschnittspreise nach Anleitung des Art. 17 Tit. I. der Verordnung vom 25 April 1811 in der Art zu erneuern, daß der Unterschied der Gerstendurchschnittspreise von den zum Distrikte gezogenen Polizeibezirken den Betrag von einem Gulden per Schäffel nicht überschreite; und diese Erneuerung künftig jedesmal dann vorzunehmen, wenn von den Betheiligten unter Nachweis eines das obige Maas überschreitenden Unterschiedes der Gerstendurchschnittspreise darum nachgesucht worden ist. 2) Den Bräuhausbesitzern wird behufs einiger Vergütung der durch die Zeitumstände ihnen auferlegten, im Tarife von 1811 aber nicht vorgesehenen Mehrkosten und Mehrleistungen unter Aufhebung der Entschließung vom 18. Dezember 1847 gestattet, im Sinne des allerhöchsten Landtagsabschiedes vom 29. Dezember 1831 Abschnitt III §. 40 ihr Bier beim Detailverkaufe, gleich den Wirthen, auch über die Gasse wieder um den vollen Schenkpreis verleit zu geben. 3) Wenn sich bei der vorgeschriebenen Berechnung des Bierpreises, oder durch den Beischlag des in einzelnen Orten etwa bestehenden Lokalmalzaufschlages ungerade Pfennige ergeben, so hat auf Antrag der betreffenden Bräuer die einschlägige Distrikts-, beziehungsweise Lokalpolizeibehörde die Ausgleichung nach Vorschrift des Gesetzes vom 23. Mai 1846 §. 7 Abs. 1 sogleich selbst vorzunehmen, und hiernach die Ausschreibung des Satzes unverzüglich vorzunehmen. Abs. 2 des bemerkten Gesetzesparagraphen, sowie Ziffer 2 unter lit. C §. 39 Nr. I. des Landtagsabschiedes vom 25. Juli 1850 wird hiemit aufgehoben. 4) Wenn von der gemäß Tit. II. Art. 4 der Verordnung vom 25. April 1811 den Bräuern eingeräumten Befugniß der Verleitgabe ihres vorschriftsmäßig und gut eingesottenen Bieres unter der Taxe Gebrauch gemacht werden will, so hat auf diesfallsiges Gesuch unverweilt die Untersuchung der Qualität des fraglichen Bieres durch die Lokalpolizeibehörde einzutreten, die Bescheidung des Gesuches aber von der einschlägigen Kreisregierung innerhalb höchstens 14 Tagen zu erfolgen. Mit der Genehmigung der Preisminderung erlangt der Bräuer nicht bloß für sich, sondern auch für alle seine Wirthe die Befugniß der gleichmäßigen Herabsetzung des Bierpreises, ohne daß die Letzteren besonders darum nachzusuchen hätten. 5) Polizeiliche Untersuchungen wegen Verleitgabe geringhaltigen oder alterirten, oder verdorbenen, oder gesundheitsnachtheiligen Bieres sind nur von wirklichen k. Beamten, — in Städten und Märkten mit magistratischer Verfassung von wirklichen Magistratsgliedern oder förmlich angestellten Polizeiaktuaren unter Zuziehung vollkommen sachkundiger und gutbeleumundeter Bierbeschauer zu führen; ein Schuld- und Strafausspruch aber kann nicht ohne vorher erhaltenes und mit dem auf die Gaumerprobe gestützten Kommissionsbefunde übereinstimmendes technisches Gutachten des königl Gerichtsarztes und Apothekers über den wahren Gehalt des befraglichen Bieres im Vergleiche mit dem Gehalte des Musterbieres erlassen werden, insoferne der betheiligte Bräuer oder Wirth schon in diesem Stadium der Untersuchung ein solches Gutachten ausdrücklich verlangt. In der 2. Instanz dagegen ist jedenfalls nur unter Zugrundlegung eines solchen Gutachtens der polytechnischen Schule, oder wenn keine solche im Kreise sich befindet, der Kreislandwirthschafts- und Gewerbschule das Erkenntniß zu fällen. Diese Bieruntersuchungen müssen möglichst beschleunigt und in beiden Instanzen längstens in 6 Wochen beendigt werden. 6) Ein als ursprünglich gut und gehaltvoll eingesotten erkanntes, d. i. mit Beigabe der vorgeschriebenen Quantität von Malz und Hopfen bereitetes, aber durch Einwirkung äußerer Umstände ohne Verschulden des Bräuers oder Wirthes verdorbenes oder abgestandenes, oder auch im Sude mißlungenes Bier begründet weder Bestrafung noch Konfiskation, wohl aber im Falle seiner Ungenießbarkeit oder Schädlichkeit das Verbot ferneren Verkaufes, und ist solches daher dem Bräuer lediglich zur Branntwein- oder Essigbereitung, oder sonst unschädlichen Verwendung unter obrigkeitlicher Aufsicht zu überlassen. Hiedurch sind die Bestimmungen in §. 8 Abs. 2, 3 und 4 des Gesetzes vom 23. Mai 1846, soweit sie sich auf verdorbenes Bier beziehen, außer Wirksamkeit gesetzt. 7) Hat im Falle der Bestrafung eines Wirthes oder minutirenden Bräuers die nach Art. 16 Tit. II. der Verordnung vom 25. April 1811 angeordnete Kellervisitation bei dem betreffenden Bräuer einzutreten, so ist dieselbe auf jene Kellerabtheilungen und Biervorräthe zu beschränken, von welchen die Abgabe des fällig befundenen Bieres bewirkt worden ist. Stellt sich hiebei nach gepflogenem Verfahren auch Straffälligkeit des Bräuers heraus, so kann nur das in der gedachten Abtheilung vorgefundene tarifwidrige Bier der Konfiskation unterworfen werden; die Biervorräthe in den übrigen Abtheilungen oder Kellern bleiben so lange unberührt, als sich nicht bei ihrer weiteren Verleitgabe neuerdings Strafbarkeit des minutirenden Bräuers oder Wirthes ergibt. 8) Der Termin zum Einsieden des Winterbieres wird vom 1. Okt. auf den 15. Sept. zurückverlegt. Gesuche um Bewilligung zum noch früheren Einsieden sind nach den bisherigen Vorschriften zu behandeln, und beim Vorhandenseyn gewichtiger Gründe ohne Säumniß zu gewähren. — II. Der Antrag des Abg. Frhrn. v. Closen, das Nachbier betr., sey dem k. Staatsministerium des Innern zur Würdigung und zu der Erwägung hinüberzugeben, ob den Bräuern an Orten, wo es bisher schon üblich war, nicht zu gestatten seyn möchte, ihren Wirthen aus Rücksicht für ihren landwirthschaftlichen Betrieb während der Dauer der jedesmaligen Erntezeit das für ihr Haus-, Dienst- und Arbeitspersonal nöthige, und nach der Anzahl dieses Personals zu bemessende Quantum Nachbier verabfolgen zu lassen.

Die Aussicht auf gänzliche Aufhebung des Biertarifs ist also wieder weiter hinausgerückt, da die Regierung es noch sehr in Zweifel zieht, „ob das an und für sich be-

denkliche Experiment der Aufhebung der Taxe im Allgemeinen unter den gegenwärtigen Zeit- und Subsistenzverhältnissen räthlich erscheine." Der Ausschuß schlug daher der Kammer vor, einstweilen und bis zum Zustandekommen eines Gesetzes über den Fortbestand eines revidirten Biertarifs oder über gänzliche Aufhebung der Taxe obige Anträge auf verbessernde Abänderung mehrerer Einzelnheiten in der Biergesetzgebung zu stellen.

Die „Bayer. Landbötin" wirft noch eine Frage auf, welche in den voranstehenden Anträgen ganz unberührt blieb, und doch vom Standpunkte der Gerechtigkeit nicht minder wichtig ist, als alle übrigen; diese ist folgende: Zur Zeit hat sich die Praxis gebildet, daß, wenn einmal der Bräuer die Bewilligung erhalten hat, das Bier unter der Taxe verleitzugeben, ihm in dem betreffenden Sudhalbjahre nicht mehr gestattet ist, die festgesetzte erhöhte Taxe einzuführen. Diese durch die Praxis gebildete Verfahrungsweise ist gewiß sehr bedenklich. Nehme man an: ein Bräuer hat sein Sommerbier ganz tarifmäßig eingesotten, durch Nachlassen des Kellers aber fängt nur eine Abtheilung an, etwas abfällig zu werden, während alle übrigen Abtheilungen ausgezeichnet gut sind. Sucht er nun nach, jene schadhaft gewordene Abtheilung unter der Taxe verleitgeben zu dürfen, so muß er auch alles andere Bier, selbst wenn es besser ist, als das Musterbier, um den geringeren Satz verkaufen. Ja noch mehr: dieses ausgezeichnete Bier findet eben wegen seiner Güte und des minderen Preises so raschen Absatz, daß es in kurzer Zeit ausgetrunken ist und der Bräuer für seinen Bedarf, wie für den seiner Wirthe das Bier von anderen Bräuern kaufen muß. Nun muß er dieses von anderen Bräuern um die erhöhte Taxe angekaufte Bier auch um die ihm bewilligte niedere Taxe ausschenken und auch so seinen Wirthen überlassen. Daß dies im höchsten Grade unbillig ist, wird wohl Niemand bezweifeln.

** München, 28. Februar. (Privat-Korrespondenz.) **42. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die königl. Staatsminister Graf Reigersberg und Dr. Ringelmann.

Es gelangt der Antrag des Abg. Tafel und noch 9 Abgeordneter aus der Pfalz, die „Gemeinderäthe in der Pfalz betr.," zur Berathung. Es ist dieser Antrag bekanntlich durch die vielen Absetzungen der Gemeinderäthe in der Pfalz durch die Kreisregierung veranlaßt und wurde schon am vorigen Landtage eingebracht, in Folge der Auflösung desselben aber gelangte der Ausschußbericht nicht mehr zur Berathung. Der damalige Ausschuß-Antrag wurde nun vom Abg. Tafel und Kons. reproduzirt und der jetzige 3. Ausschuß ist mit seinem Vorgänger vollständig einverstanden. (Wir haben in unserer vorgestrigen Nummer sowohl die thatsächliche Begründung wie den Wortlaut des Ausschußantrags mitgetheilt. Die Red.)

Abg. Fürst Wallerstein als Referent empfiehlt die Annahme des Antrags, der dann vom Abg. Tafel unter Darlegung des ganzen Verhältnisses in umfassendster Weise motivirt wurde; sein Vortrag verfehlte nicht, einen tiefen Eindruck auf die Kammer zu machen.

Abg. Ottmann ist gegen den Antrag, denn er ist der Ansicht, daß der anstößige §. 20 allein nicht aufgehoben werden könne, es müßte vorerst eine vollständige Revision des Gemeinde-Edikts und anderer Gesetze der Pfalz eintreten, durch ein fragmentarisches Gesetz könnte dies nicht geschehen.

Abg. Chelius, der sich Ottmann's Ansicht anschließt (beide aus der Pfalz), stellt einen Antrag dahin, daß nur die Bestimmungen der Art. 78, dann 86, Abs. 2, 3 u. 4 des diesrheinischen Gemeinde-Edikts in der Pfalz eingeführt würde, der Art. 20 des Pluviosegesetzes aber noch fortbestände.

Abg. Prof. Weis sprach hierauf in trefflicher Weise für den Antrag, indem er die Unhaltbarkeit und Nachtheiligkeit der Bestimmungen des Art. 20 darlegte.

Abg. Molique beantragt für den Fall der Annahme des Antrags einen Zusatz, nach welchem Personen, welche ein fortgesetztes herabwürdigendes Betragen zeigen, ebenfalls von der Gemeinde-Vertretung ausgeschlossen seyn sollten. Hiemit schloß die Debatte.

Abg. Fürst Wallerstein als Referent suchte dann das gegen den Antrag erhobene Bedenken des Abg. Chelius und Ottmanns zu widerlegen und empfahl die unveränderte Annahme der Anträge des Ausschusses.

Der kgl. Staatsminister des Innern nahm Bezug auf dasjenige, was er bezügl. des Art. 20 schon früher im Ausschuß gesagt hatte, und gab zu, daß sich im Gemeindegesetz der Pfalz eine Lücke befinde, die aber nicht durch ein fragmentarisches Gesetz, sondern erst durch eine allgemeine Revision des ganzen Gemeindegesetzes sich würde beseitigen lassen.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge der Hrn. Chelius und Molique verworfen, der Ausschuß-Antrag aber fast mit Einstimmigkeit angenommen.

München, 29. Februar. Se. Maj. der König haben genehmigt, daß die katholische Pfarrei Pleiskirchen, Ldgs. Altötting, von dem Bischofe von Passau dem Priester Joseph Weber, Pfarrer in Gainet, Ldgs. Wolfstein, die katholische Pfarrei Steinberg, Ldgs. Kronach, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester Andreas Unrein, Kurat der Bergveste Rosenberg bei Kronach, verliehen werde; dem Appellationsger. der Oberpfalz und von Regensburg einen Assessor extra statum beigegeben, und zu dieser Stelle den Rath des Kreis- und Stadtgerichts Amberg, Johann Wolfgang Käs, befördert. (N. M. Z.)

** München, 29. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Großes Bedauern erregt das seit einigen Tagen eingetretene Unwohlseyn Ihrer Maj. der Königin; doch gibt dasselbe wenigstens bis jetzt zu keiner Besorgniß Anlaß, wie denn auch das heutige Bulletin sehr beruhigend und zwar, wie folgt lautet: „Ihre Majestät haben die Nacht in unterbrochenem Schlafe hingebracht, jedoch sind sämmtliche Krankheits-Erscheinungen in steter Abnahme begriffen. Gietl." — Sicherm Vernehmen nach wurde der kgl. Advokat Hofrath Dr. Schauß dahier in den erblichen Adelstand erhoben und zwar mit dem Namen „Schauß Kempfenhausen". Demselben wurde dieser Tage auch der k. württembergische Friedrichs-Orden verliehen. — Eine Anzahl hiesiger Kapitalisten und Bankiers beabsichtigen die Errichtung einer Kredit-Anstalt in München.

München, 29. Februar. Die Anspielungen, welche der I. Präsident Graf v. Hegnenberg-Dux gelegentlich seines Rechenschaftsberichts über die Thätigkeit der Kammer nach anderer Seite hin fallen ließ, haben, wie dem „A. f. R." von hier geschrieben wird, Anlaß zu einer lebhaften Besprechung im Gesammtministerium gegeben. Ein Artikel in der „N. M. Z." werde wahrscheinlich die Folge seyn.

× **Preußen.** Berlin, 28. Februar. (Privat-Korresp.) Bekanntlich hatten vor einiger Zeit preußische Buchhändler eine Beschwerde gegen den Borromäus-Verein eingereicht, weil derselbe große Massen von Büchern verbreite, und dazu die Portofreiheit besitze. Wie man hört, hat die Beschwerde keinen Erfolg gehabt, und beabsichtigt der Verein seine Thätigkeit noch um Vieles auszudehnen, und auch dahin zu streben, daß unter der katholisch-polnischen Bevölkerung in der Provinz Posen Bücher in der polnischen Sprache zur Verbreitung kommen.

In der Sitzung des Abgeordneten-Hauses vom 27. Febr., nahm u. A. Graf Pfeil das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Der Abg. Wentzel habe in der letzten Sitzung gegen ihn die Beschuldigung erhoben, er habe die Märzregierung, welche bei anderen Konservativen Unterstützung gefunden, bekämpft. Er (Pfeil) habe sich damals im Kriege gegen die Revolution befunden, und in diesem Kriege diejenigen Mittel angewendet, welche er zum Schutz des Thrones für die geeignetsten gehalten. Er wisse, daß sein Verfahren sich vom sittlichen Standpunkte angreifen lasse, wolle auch eine Rechtfertigung von dieser Seite nicht versuchen. Doch könne sein Verhalten durch die Umstände entschuldigt werden; seine Angriffe gegen die Regierung hätten mit den gefährlichen Erlassen derselben begonnen und mit dem Eintritt des Ministerium Brandenburg-Manteuffel aufgehört. — Der Redner war nun Willens, eine längere Ausführung seiner politischen Wirksamkeit im Jahre 1848 und eine Auseinandersetzung seiner politischen Grundsätze zu geben, und fragte den Präsidenten, ob dies mit den Gränzen einer persönlichen Bemerkung, zu der er das Wort erhalten, vereinbar sey. Der Präsident gab ihm aber anheim, seine Absicht in einer andern Weise und bei einer andern Gelegenheit auszuführen. Reichensperger (Geldern) spricht den Wunsch aus, man möge zu der früheren Praxis des Hauses zurückkehren und bei den Debatten die Nennung von Namen vermeiden; es wäre dem materiellen Interesse der Berathungen entsprechender, wenn man die Aufführung der Namen durch andere Bezeichnungen ersetze. (N. Z.)

Berlin, 27. Febr. Der Abg. Graf Pfeil ist nach der „N. Pr. Ztg." aus der Fraktion v. Gerlach ausgeschieden.

Berlin. Das Auslegen der neuesten Nummern der „Leipziger Illustrirten Zeitung" in öffentlichen Lokalen ist verboten worden.

* **Württemberg.** Stuttgart, 28. Februar. Sehr stürmisch ging es heute in der 2. Kammer her. Die Abgeordnetenwahlen in Backnang, Heidenheim und Neresheim waren nämlich beanstandet und verschiedene Eingaben darüber der Kammer eingereicht worden: es seyen von Beamten Wahlumtriebe gemacht, die Leute für die Wahl der Regierungs-Kandidaten bearbeitet worden, ja es seyen sogar Bestechungen vorgekommen. Die mit dem Bericht hierüber betraute Kommission der Kammer beantragte: 1) Die Legitimation der drei

Abgeordneten Griesinger, Völker und Camerer als berichtigt zu erkennen; 2) die aus den Bezirken Backnang, Heidenheim und Neresheim eingereichten Eingaben der k. Regierung zur Kenntnißnahme mitzutheilen und die etwaige Einleitung weiterer Untersuchung ihr anheimzustellen; 3) die k. Regierung zu bitten, sie möchte, im Fall über die bei der Wahl des Bezirks Heidenheim angeblich vorgekommenen Bestechungsfälle eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden sollte, der Kammer der Abgeordneten von dem Ergebniß dieser Untersuchung Mittheilung machen. (Heute drehte sich die Debatte vorerst nur um die Wahl Camerers zu Neresheim.) Der Antrag ad 1 ist namentlich dadurch begründet, daß die Stimmen jener Wahlmänner, welche als unfrei beanstandet wurden, doch nicht so zahlreich waren, daß sie hätten den Ausschlag geben können. Mohl und Wiest erkannten dies zwar an, wollten aber, die Kammer solle die Regierung geradenwegs bitten, eine kommissarische Untersuchung über die Einflüsse der Behörden auf die Willensbestimmung der Wähler einzuleiten und über das Resultat der Kammer Mittheilung zu machen. Bei der Abstimmung wird der Antrag der Abg. Mohl und Wiest mit 50 gegen 37 Stimmen wegen Einleitung einer Untersuchung abgelehnt, und die Wahl Camerers für legitimirt erklärt.

Großbritannien.

London. Unterhaus-Sitzung vom 25. Febr. Roebuck zeigt an, er werde am nächsten Freitage folgende Resolution beantragen: „Dadurch, daß man eine aus Generalen bestehende Kommission ernennt, welche über den Bericht Sir John M'Neill's und des Obersten Tulloch (wegen des Zustandes des englischen Heeres in der Krim im Winter 1854/55) Bericht erstatten soll, setzt man an die Stelle eines sehr wirksamen Mittels der Untersuchung ein unwirksames und verstärkt die bereits verbreitete Ansicht, daß der wahre Zweck des Verfahrens der sey, die Ungeschicklichkeit und die Mißgriffe derer zu bemänteln und zu entschuldigen; durch welche der Befehl über verschiedene Zweige unseres Heerwesens Männern von erwiesener Unfähigkeit anvertraut wurde." (E. C.)

Unterhaus-Sitzung vom 26. Febr. Major Reed fragt, ob die Aufmerksamkeit des Kriegsministerium auf die angeblichen Exzesse einer Anzahl der in Shorncliffe stehenden Soldaten der britisch-deutschen Legion gelenkt worden sey; ob es wahr sey, daß ein Zusammenstoß zwischen der von den Bewohnern jenes Orts unterstützten Polizei und den Legionären stattgefunden habe, daß die Trunksucht in furchtbarem Grade im Lager herrsche, und daß in einzelnen Fällen die Mannschaften ihren Offizieren den Gehorsam verweigert. F. Peel entgegnet, es habe ein Streit zwischen einigen Legionären und der Polizei zu Folkestone stattgefunden. Da einer der Soldaten ergriffen und ins Gefängniß geschleppt worden sey, so hätten einige seiner Kameraden am folgenden Tage den Versuch gemacht, ihn zu befreien; doch seyen sie durch ein Detachement aus dem Lager zu Shorncliffe daran verhindert worden. Weiter sey nichts vorgekommen, und eine Wiederholung der Ruhestörungen stehe nicht zu befürchten. Was die angeblich unter den Legionären herrschende Trunksucht betreffe, so sey diese Beschuldigung seines Wissens eine völlig grundlose. (K. Z.)

London, 28. Febr. Im Unterhaus spricht Hr. Muntz gegen die bestehende Goldwährung und Peel'sche Bankakte, wodurch die Bank in der Ausgabe von Noten auf eine bestimmte im Verhältniß zu ihrem Metallvorrath festgesetzte Summe beschränkt ist, und beantragt einen Sonder-Ausschuß zur Erörterung der Frage. Die Regierung bekämpft den Antrag, und siegt mit 115 gegen 68 Stimmen. (T. D. d. A. Z.)

London, 26. Febr. Die Direktionen großer Eisenbahnkompagnien haben sich den früher von uns mitgetheilten Rath des Hrn. Stephenson zu Herzen genommen, nämlich ihre wahnsinnige Konkurrenz aufzugeben, wodurch eine der andern durch Wohlfeilheit der Preise den Verkehr zu entziehen suchte, wodurch aber alle auf den besten Weg gerathen waren, sich sämmtlich zu Grunde zu richten. Eine Friedenskonferenz ist von den Direktionen der nördlichen, nordwestlichen, mittleren Eisenbahnen, derer von Manchester, Sheffield und Lincoln am 23. in London gehalten, und das Uebereinkommen getroffen worden, die Entscheidung über ihre Differenzen Hrn. Gladstone, als Schiedsrichter, anheimzugeben. Natürlich wird die Ausgleichung zuerst den Aktionären zu gute kommen; die „Times" meint indeß, sie sey auch zum Vortheil des Publikums, denn diesem müsse daran gelegen seyn, daß die großen Korporationen nicht Bankerott machen. (Allg. Ztg.)

Der „Globe" ist zur Erklärung ermächtigt, daß die vielbesprochene Militär-Untersuchungs-Kommission bei offenen Thüren sitzen wird; daß die Annahme, als sollte Sir J. M'Neil's und Oberst Tulloch's Wahrheitsliebe angefochten werden, aller Begründung entbehrt; und daß zwischen dem Kriegsminister und dem Generalissimus nicht die geringste Uneinigkeit herrscht.

Frankreich.

Paris, 26. Febr. Lord Clarendon wird beschuldigt, sehr schwierig in Sachen der Etiquette zu seyn. So erzählt man sich — wir können es aber nicht glauben —, daß er Anfangs Anstand genommen hatte, die Einladung zum gestrigen Diner beim Grafen Walewski anzunehmen, weil er erfahren hatte, daß dem Grafen Orloff der Ehrenplatz zugedacht war. Er habe erst eingewilligt, als man ihn an das hohe Alter des russischen Diplomaten erinnert habe. (Schw. M.)

Man schreibt der „Köln. Z." aus Paris vom 26. Febr.: „Graf Orloff ist der Hauptgegenstand der Aufmerksamkeit in den diplomatischen Salons, und man erwartet, daß er nach dem Abschlusse des Friedens als Botschafter in Paris bleiben werde. Es erscheint allerdings kindisch, ist aber wahr, daß man sich sehr angelegentlich mit der Equipage à la Russe beschäftigt, die der Graf sich anfertigen läßt. Gestern wurden die Pferde des Bevollmächtigten mit ihren silberplattirten Geschirren, ihren Schellen und ihren Federbüschen auf den Köpfen nach dem russischen Botschafts-Hotel gebracht, und man harrt nun mit Ungeduld des Augenblicks, wo der Graf im „Drouski" erscheinen wird. Die russischen Damen strömen in Menge nach Paris; Frau v. Kisseleff wurde bereits auf den Boulevards gesehen."

Italien.

Turin, 25. Febr. Der Finanzminister Lanza erwiderte auf eine Interpellation im Senate, die Finanzverhältnisse gestatteten noch nicht, der Erfüllung des Wunsches wegen Abschaffung des Lottospieles nachzukommen. (Ostd. Pst.)

Griechenland.

Eine königliche Verordnung stellt den Bau einer Eisenbahn von Pyräus nach Athen, und eine andere Verordnung den Bau einer makadamisirten Straße von Athen nach Korinth in Aussicht. — Drei junge Griechen sind auf Staatskosten nach England geschickt worden, um sich dort zu Maschinenbauern heranzubilden. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Nach Berichten aus Warschau haben unter Vorsitz des Fürsten Gortschakoff Berathungen über die militärische Reorganisation von Polen stattgefunden. General Lubomirski ward zu denselben hinzugezogen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 27. Februar. (Privat-Korrespondenz.) In Betreff der Donaufürstenthümerfrage erfährt man nachträglich, daß das während der Anwesenheit des Großveziers Ali Pascha in Wien ausgearbeitete Memorandum in Konstantinopel neuerdings berathen wurde und in mehreren Punkten wesentliche Abänderungen erfahren hat. In dieser seiner neuen Gestalt ist es nach Paris gesendet worden, um bei den dortigen Konferenzen benützt zu werden. Was von einer von dem Frhrn. v. Prokesch ausgearbeiteten Denkschrift erzählt wird, entbehrt jeder Begründung, eine solche wäre mit Rücksicht auf den Umstand, daß der kgl. Internuntius seine Ansichten in Betreff der Donaufürstenthümerfrage bereits in dem eben gedachten Memorandum niedergelegt hatte, auch gar nicht nothwendig. Wahr ist es hingegen, daß in dieser Angelegenheit auch von andern Seiten Denkschriften in Paris überreicht worden sind, so von einer Anzahl moldau-wallachischer Bojaren, die gegenwärtig in Konstantinopel leben, und an deren Spitze der Fürst von Samos steht, dann von mehreren Bojaren in Bucharest, die zu den Gegnern des Fürsten Stirbey gehören, und endlich von den beiden Hospodaren selbst. Letztere haben übrigens auch ihre besonderen Agenten in Paris, welche beauftragt sind, in ihrem Interesse zu wirken, und sie von dem Gange der Verhandlungen, insofern sie sich auf die Fürstenthümer beziehen, in Kenntniß zu halten.

Paris, 27. Februar. Das ministerielle „Pays" warnt, man möge den Gerüchten, welche jetzt ausgesprengt werden, nicht zu leichtfertig Glauben schenken. So sey es nicht wahr, daß Herr v. Brunnow telegraphisch die Nachricht erhalten habe, Rußland sey bereit, Nikolajeff zu schleifen. Es fügt hinzu: „Wir wiederholen, daß das russische Kabinet, welches in loyaler Weise den dritten Garantie-Punkt ausführen will, nicht gesonnen ist, die Militär-Etablissements und See-Arsenale von Nikolajeff zu behaupten. Aber es ist

eine Erfindung, wenn man von der Schleifung eines Hafenplatzes spricht, der, wäre er auch nur kommerziell, so wichtig für Rußland ist und auch eine strategische Bedeutung hat."

* Paris, 28. Februar. Auch gestern hatte keine Sitzung der Konferenz statt, da die Expedition der Sitzungsprotokolle vom Montag noch nicht beendet war. Die zweite Berathung wird morgen seyn.

Ueber die neuprojektirte Stellung der Donaufürstenthümer erfährt man, daß die Pforte einen lebenslänglichen aus den Bojaren gewählten Hospodaren, sowie eine nicht unbedeutende Erhöhung des Tributs vorgeschlagen hat. Dieser Antrag wird in Paris ebenfalls zur Berathung kommen und dürfte die meisten Chancen der Annahme für sich haben. (K. Z.)

Aus dem Orient.

Aus Sebastopol wird der „Daily News" unter dem 12. Febr. geschrieben: Im Lager will man durch Spione erfahren haben, daß ein starkes russisches Korps von den nördlichen Forts nach Simpheropol abmarschirt sey, wahrscheinlich um von dort nach Perekop dirigirt zu werden. Im Ganzen sollen 25,000 Mann aus den genannten Forts und dem Lager auf den Mackenziehöhen weggezogen seyn. (Fr. Pstz.)

Aus Rußland.

* Aus einer Korrespondenz des „Constitutionnel", d. d. St. Petersburg, 18. Februar, geht hervor, daß, obwohl man dort allgemein an den Frieden glaubt, man dennoch nichts versäumt, sich auf alle Fälle zu rüsten. „Während, heißt es darin, auf Befehl des Czaren die Bewaffnung der zur Vertheidigung des Innern bestimmten Miliz-Druschinen eifrigst betrieben wird, bereitet sich auch Finnland auf einen energischen Widerstand vor, für den Fall die Friedenskonferenzen nicht zu einem definitiven Frieden führen sollten. Der vom General Berg wiederholt dargelegten Ansicht entsprechend wird der Truppenstand dieser wichtigen Provinz auf eine bedeutende Höhe gebracht werden. Diese Vermehrung der Streitkräfte nach dieser Seite hin ist durch die hier wohlbekannten Gesinnungen Finnlands gerechtfertigt, welche die Regierung dazu zwingen, mehr um die Einwohner zu überwachen, als um den Krieg zu führen. Auch Großfürst Constantin bleibt nicht unthätig; tagtäglich studirt er mit dem Fürsten Mentschikoff, dem Admiral Schanz und einigen andern ausgezeichneten Marineoffizieren den Vertheidigungsplan Kronstadt's. Dem obersten Flotten-Chef haben die Bombarden und schwimmenden Batterien, welche kommendes Frühjahr die Küsten bedrohen werden, gleich Anfangs Besorgniß eingeflößt. Denn gleichviel, ob Kronstadt widerstehen wird oder nicht, so ist nichts desto weniger sicher, daß die den Alliirten zur Verfügung stehenden Zerstörungswerkzeuge unverbesserbaren Schaden auf der Insel und vielleicht in der Hauptstadt selbst anrichten werden, wenn es nichttief gehenden Fahrzeugen gelingen sollte, die engen Fahrwasser zu passiren, was am Ende nicht unmöglich ist. Angesichts dieser traurigen Eventualitäten und auch um unsere im Golf vor Anker liegende Fotte zu schützen, hat der Großadmiral die Aufführung einer großen Barre vor Kronstadt angeordnet. Das Unternehmen ist nichts weniger als leicht und der Eisbruch könnte die Grundpfähle des Dammes leicht wegreißen; aber man hat beschlossen, dies Werk zu versuchen und 30 bis 40,000 Arbeiter dazu verwendet, um es rechtzeitig zu vollenden. — Wenn dieses äußerst kühne Werk gelingt, so werden die alliirten Flotten arg zu thun haben, weiter vorzugehen, wenn dies unerwartete Hinderniß es, für dieses Jahr wenigstens, nicht ganz unmöglich machen wird."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 29. Februar. Für österr. Kredit-Aktien, Darmstädter-Bankaktien und Eisenbahnaktien, besonders für Livorno-Florenz wurden bedeutend höhere Kurse bewilligt.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 306 bis 308 und Homburger Landesbank wurden zu 282 bis 283 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 90 P. 89½ G.
" 5pCt. Metall. alte 81 P. 80½ G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. — P. 86½ G
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82⅜ P. 82⅛ G.
" 4½pCt. " 72¼ P 71¾ G.
" 4pCt. " 65½ P. 65 G.
" 3pCt. " 49½ P 49 G.
" 1pCt. " 16⅜ P. 16⅛ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1193 P. 1188 G
Oesterreichische Credit-Actien 190½ P. 188½ G.
Oesterreechische 500 fl. Loose — P. — G.
" 250 " " von 1839 — P. 130 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 105¼ P. 104¾ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 303 P. 301 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
" 4½pCt. " 100⅝ P. 100⅜ G.
" 4pCt. " — P. 95 G.
" 3½pCt. " — P. 87 G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 95⅞ P. 95⅜ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 162½ P. 162 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 127½ P. 127 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 102¼ G
" 3½pCt. " 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89 P. 88½ G.
Badische 50 fl. Loose 78⅛ P. 77⅝ G.
" 35 " " 48¾ P. 48½ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 4pCt. " 100 P 99½ G.
" 3½pCt. " 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
" " 25 " " 32¾ P. 32½ G
Darmstädter Bankaktien 361 P. 362 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 39⅜ P. 39⅓ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62 P. 61½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
" 3½pCt. " alte 93 P 92½ G.
" 3½pCt. " neue — P. — G.
Frankfurter Bankaktien 120½ P. 120 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 331 P. 329 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 82 P. 81½ G.

Polen 500 fl. Partial — P 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38½ P. 38¼ G.
" 1pCt. neue 24 P. 23⅞ G.
Holland Integrale 63¾ P. 63¼ G.
" Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¾ P. 100½ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lo. 250 k. S 101½ P 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅛ P 100⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94⅝ P. 94⅜ G
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97 P. 96¾ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94½ P. 94¼ G.
Hamb. MB. 100 k. S 89¼ P. 89 G.	Wien fl. 100 fl. k S. 116¼ P. 116 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 115⅜ P. 115⅛ G.

Disconto — P. 3pCt. G

Wien, 28 Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 84⅛; 5Cpt. Met. 83 1/16; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 — —; ditto von 1854 106 3/16; Bankaktien 1024; Bank-Interimsaktien — —; 5pCt. lomb.-venetian Anlehen —; Nordbahnaktien — —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 325¼; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 676; österr. Staatsbahn-Aktien —. Wechselkurse: Augsburg uso 103⅛ P.; London 10. 11. P. Geldkurs: Dukaten —.

Hamburg, 26. Febr. Zucker. Roher. In den letzten achten Tagen zeigte sich zu den neuerdings ermäßigten Preisen mehr Kauflust und fanden auf Lieferung begebene ca. 2800 S. br. Pernambuco, 2400 S. brauner und gelben Mauritius-, sowie loko ca. 500 Kil. brauner und gelber Havana rasch Nehmer.

Nichtpolitische Zeitung.

Frankfurt, 20. Febr. Der Bürger und Handelsmann J. J. M. Siebert ist bei hohem Senate um ein Patent zur Ausführung eines neuen Zündsystems für Schußwaffen aller Art eingekommen. Die Einrichtung soll sehr praktisch und die Herstellung wohlfeil seyn. (Fr. Postz.)

* Paris, 28. Febr. In einem Vortrage über Gutta-Percha im Conservatorium der Künste und Gewerbe hat Herr Payen ein sehr einfaches Verfahren angegeben, alle Arten von Gewebe ohne Gutta-Percha oder Kautschuk vollständig undurchdringlich zu machen. Man nimmt z. B. 1 Kilogramm Alaun, welches man in 32 Litres Wasser auflöst; gleichzeitig löst man 1 Kilogramm essigsaures Bleioxyd in einer gleichen Menge Wasser auf. Hierauf mischt man die beiden Flüssigkeiten, wodurch man einen pulverartigen Niederschlag erhält, der schwefelsaures Bleioxyd ist. Man hebt die Flüssigkeit ab, welche die aufgelöste essigsaure Thonerde enthält, und taucht den Stoff, welchen man undurchdringlich machen will, hinein. Sodann knetet man ihn einige Augenblicke und läßt ihn an freier Luft trocknen. 20,000 so präparirte Waffenröcke sind, sagt man, für die französischen Truppen bestellt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 62.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 2. März 1856

Deutscher Bund.

Dem Vernehmen nach hat die kgl. belgische Regierung sämmtlichen deutschen Regierungen eine auf Gegenseitigkeit beruhende Uebereinkunft dahin offerirt, daß den im anderen Staate erkrankten hülfsbedürftigen Unterthanen der kontrahirenden Staaten Hülfe und Pflege zu Theil werden solle, ohne daß die aufgewandten Kosten von dem Staate, welchem, oder der Gemeinde, welcher der Unterstützte angehört, sollen zurückgefordert werden können. Bekanntlich ward im Jahre 1853 zu Eisenach zwischen den meisten deutschen Staaten eine gleiche Uebereinkunft abgeschlossen. Das Prinzip ist nicht neu, vielmehr hat wohl in allen christlichen Staaten längst die Praxis bestanden, daß jeder unvermögende Fremde, ohne Unterschied der Nation und der Religion, in Krankheitsfällen auf Kosten der bestehenden öffentlichen Wohlthätigkeits-Anstalten verpflegt und geheilt wird, wenn nicht wegen Wiedererstattung der Kosten besondere Verträge bestehen. Gleichwohl ist es nicht ohne Interesse, daß diese Praxis durch förmliche Verträge als eine völkerrechtliche Norm sanktionirt werde. (W. Z.)

---

* **Preußen.** Bekanntlich hat das preußische Herrenhaus der Staatsregierung die Erwägung empfohlen, ob nicht die Prügelstrafe wieder einzuführen sey. Der Graf von Stammheim-Fürstenberg, welcher in der öffentlichen Sitzung keine Gelegenheit fand, seine Ansicht von der Sache kundzugeben, weil der Schluß der Debatte sehr rasch beliebt wurde, hat nun in einem ausführlichen, den stenogr. Berichten beigegebenen Artikel die Gründe dargelegt, aus denen er gegenüber den Petitionen um Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung als kriminelles Strafmittel für die einfache Tagesordnung, und nicht nach dem Kommissionsantrage für Ueberreichung der Petition an die Staatsregierung zur Erwägung gestimmt habe. Die Regierung wird dem Antrag des Herrenhauses voraussichtlich keine Folge geben. Das ministerielle Blatt, die „Zeit“, sagt, der Gegenstand sey schon bei frühern Veranlassungen im Schooße der Regierung hinreichend erwogen; die Gründe aber, die für die Prügelstrafe als gesetzliches Strafmittel vorgebracht waren, hätten den politischen, sozialen und rechtlichen Gründen, welche dagegen sprechen, nicht das Gewicht halten können. „Politisch, sagt sie, ist die Rückkehr zur Prügelstrafe ein Kulturrückschritt. Der Staat, der den Menschen erzieht und bildet, wenn auch nicht im spartanischen Sinne, drückt durch seine Gesetze aus, wie hoch oder wie niedrig er den Werth des Menschen anschlägt. Sehen wir ganz ab von der Streitfrage, ob Schläge als Kriminalstrafe angewendet, den Menschen, der ehrenwidrige Handlungen begeht, an seiner Ehre verletzen, ob sie ihn moralisch besser oder schlechter machen, so bleibt immer die Frage bestehen, ob eine solche Strafart den Staat ehrt, der sie vollstrecken läßt? Wir antworten ohne Bedenken mit Nein! Preußen beansprucht mit Recht einen hohen Rang unter den Ländern, deren Verfassung und Legislatur sich auf Zivilisation und Intelligenz gründen. Mit Beidem aber steht die Prügelstrafe in Widerspruch. Sie ist weder ein vernünftiges Straf-, noch viel weniger aber ein Besserungsmittel; sie ist nichts als eine peinliche Schmerzzufügung, die nicht den Körper sondern den Geist trifft, den sie erniedrigt. Betrachten wir die Züchtigungsstrafe vom sozialen Gesichtspunkte, so erscheint sie nicht weniger ungerechtfertigt. Man will die Einwohnerschaft des Staats klassifiziren. Man will Klassen schaffen, welche gezüchtigt werden, und wieder andere Klassen, welche, obgleich sie dieselbe strafbare Handlung begingen, von der Züchtigung befreit bleiben sollen. Das widerstrebt der in Preußen geltenden Gleichheit vor dem Gesetze, die, wie wir hoffen, uns immerdar erhalten bleiben wird. Vor dem Gesetze darf kein Ansehen der Person gelten. Das Gesetz straft eigentlich nur die Handlung und nur weil diese etwas unkörperliches ist, darum muß sie den zurechnungsfähigen Urheber der Handlung, also den Menschen treffen. Auf den Standesunterschied soll und darf es nicht ankommen. Endlich ist die Strafe der körperlichen Züchtigung auch rechtlich verwerflich. Nach der Vorgesetzgebung erkannte man sie gegen den Dieb, den Räuber und Unfugstifter, während der Betrüger und Fälscher, der Mordbrenner und der Mörder davon nicht betroffen wurde. Auch jetzt wollen die Anhänger der Prügelstrafe dieselben Unterscheidungen wieder eingeführt wissen. Das ist aber keine Gerechtigkeit. Der Betrug in all seinen verschiedenen Spielarten ist auch nicht um ein Haar moralischer als der Diebstahl. Will man die körperliche Züchtigung also wieder haben, so muß man sie überhaupt als Prinzip an die Spitze der Strafgesetzgebung stellen. Will man das nicht, so will man überhaupt keine Gerechtigkeit, sondern eine Ausnahmejustiz. Wir denken nicht, daß Preußen das Land ist, wo sich dergleichen experimentiren läßt. Preußens innere Gesetzgebung ist ganz entschieden auf Beseitigung der körperlichen Züchtigung, als gesetzliches Strafmittel gerichtet gewesen. Ist die Gesetzgebung anderer deutschen Staaten zu dieser Strafart wieder zurückgekehrt, so braucht das für uns kein Beispiel zur Nacheiferung zu seyn. Ueberlassen wir uns also der Ueberzeugung, daß in Preußen die Gesetzgebung mit der Prügelstrafe für immer gebrochen hat.“

° **Württemberg.** Stuttgart, 29. Febr. (7. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Kammer geht über zu dem Berichte der Legitimations-Kommission über die Wahl in Backnang. Die auf den Stadtschultheißen Griesinger gefallene Wahl zu Backnang wird in einer Eingabe aus dem Grunde angefochten, daß der Termin für die Wahl der Wahlmänner zweiter Klasse in Backnang nur den Nachmittag vorher, in der Gemeinde Sulzbach sogar nur eine Stunde voraus angekündigt worden sey; daß ferner in Backnang die Wahl der Wahlmänner nach Abtheilungen vorgenommen worden sey; daß endlich Griesinger zu einer Zeit, da er bereits zum Abgeordneten vorgeschlagen gewesen, als Stadtschultheiß in Murrhardt die Wahl der Wahlmänner geleitet habe. Die zur Anzeige gebrachten Anstände erscheinen dem Ausschuß als von keiner Bedeutung, daher der Antrag: die Legitimation Griesingers als berichtigt zu erkennen.

Fetzer: Er glaube, im vorliegendem Falle sollte die Kammer nicht, ohne eine Untersuchung zu fordern, die Wahl für gültig erklären. Die Beschwerde habe beigebracht, daß von dem Oberamtmann und einer Reihe von untergeordneten Beamten auf die Wahl eingewirkt worden sey, und zwar auf eine unberufene Weise. Die Verf.-Urkunde, welche den Oberamtmann zur Wahl berufe, setze bei diesem ganz entschiedene Unparteilichkeit voraus, und der Oberamtmann verletze die Verfassung, wenn er irgendwie Partei ergreife. Es müsse in der That mit der Polizeibevormundung weit gekommen seyn, wenn ein Buchdrucker Anstand nehme, Wahlzettel zu drucken von einem Kandidaten, von welchem er befürchte, daß er dem Oberamtmann nicht genehm sey.

Minister v. Linden geht auf die von Fetzer namhaft gemachten Klagen ein und sucht das Benehmen des Oberamtmannes in Backnang zur Zeit der Wahl in das gehörige Licht zu setzen. Die Freiheit der Wahl, fügt er weiter an, könne nur dadurch bestehen, daß von beiden Seiten auf die angemessene Weise gewirkt werde. Wenn Drohungen im angegebenen Sinne gebraucht worden wären, so würde es sicherlich gar nicht an Männern gefehlt haben, welche den Leuten gesagt hätten, sie sollen sich durch die Drohungen des Oberamtmanns nicht im Mindesten einschüchtern lassen. Es handle sich nur davon, daß die Einwirkung auf die Wahl von keiner Seite als eine unangemessene erscheine, und eine unangemessene Einwirkung habe man den Backnanger Beamten noch nicht bewiesen.

Fetzers Antrag wird mit 52 gegen 34 Stimmen abgelehnt, der Kommissionsantrag genehmigt.

Stuttgart, 27. Febr. In der heutigen 5. Sitzung der 2. Kammer beantragte v. Schlayer die Vervollständigung des Staatsgerichtshofes, der statt 13 gegenwärtig nur 6 Mitglieder zählt. Die Kammer heißt den Antrag gut.

Dänemark.

Der Minister Raaslöff soll seine Entlassung als Minister für Schleswig deßhalb gesucht und bekommen haben, weil er die Sprachgränze weiter nach Norden hat verlegt wissen wollen. Während seines mehrjährigen Aufenthalts in Flensburg als Mitglied des Appellationsgerichts hatte er Gelegenheit, sich über die wahren Zustände zu unterrichten. Allein die unter ihm fungirenden Vorstände des geistlichen und des Justizdepartements, Etatsrath Regenburg und Justizrath Krieger (vormals Professor in Kopenhagen), haben nicht einmal die von ihm verlangte Zurücklegung der Sprachgränze auf die im Berliner Waffenstillstand vom 10. Juli 1849 bestimmte Demarkationslinie zugestehen wollen. Während in der konstitutionellen Regierung der Untergeordnete weichen muß, zeigt die obige Anomalie den Einfluß der Eiderdänen in höchstem Grade. (Schw.M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 1. März. Für österr. Fondsgattungen, besonders für Loose und Kredit-Aktien, sowie für Darmstädter alte und junge Aktien wurden bedeutend höhere Kurse bewilligt.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 330 24 26 28 und Homburger Landesbankaktien zu 284 85 88 86 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 90½ P. 90 G.
„ 5pCt. Metall. alte 81¾ P. 81¼ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 86½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83½ P. 82⅞ G.
„ 4½pCt. „ 72½ P. 72¼ G.
„ 4pCt. „ 65½ P. 65 G.
„ 3pCt. „ 50 P. 49½ G.
„ 1pCt. „ 16½ P. 16¼ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1205 P. 1200 G
Oesterreichische Credit-Actien 200½ P. 198½ G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 132 G
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 108¾ P. 108½ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 308 P. 306 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100¾ P. 100¼ G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3½pCt. „ — P. 87 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95⅞ P. 95⅝ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 163 P. 162½ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 128½ P. 128 G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 102¼ G.
„ 3½pCt. „ 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89 P. 88¼ G.
Badische 50 fl. Loose 78¼ P. 77¾ G.
„ 35 „ „ — P. — G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 100 P 99½ G.
„ 3½pCt. „ 93½ P. 93 G
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ 32¾ P. 32¼ G
Darmstadter Bankaktien 354 P. 352 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 40 P. 39¾ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 62¼ P. 61¾ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30¼ G.

Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
„ 3½pCt. „ 93 P 92½ G.
Frankfurter Bankaktien 120¼ P. 119¾ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 331 P. 329 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 82 P. 81½ G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38½ P. 38¼ G.
„ 1pCt. neue 24¼ P. 24 G.
Holland Integrale 63¾ P. 63¼ G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¾ P. 100½ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120½ P. 119⅞ G
Augsb. fl. 100 k.S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i.S.Lr. 250 k.S 101½ P 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101½ P 100⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k.S 94⅝ P. 94⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96⅝ P. 96⅜ G.	Lyon Frs. 200 k.S. 94½ P. 94¼ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89¼ P. 89 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 116⅜ P. 116⅛ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 115½ P. 115¼ G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 29 Februar. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 84⅜; 5Cpt. Met. 83⅞; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 135; ditto von 1854 107⅞; Bankaktien 1026; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien — —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 339½; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 675; österr. Staatsbahn-Aktien —. Wechselkurse: Augsburg uso 103 P.; London 10. 11. B. Geldkurs: Dukaten —.

Rotterdam, 23. Febr. Mit Kaffe bleibt es sehr still, Preise behaupten sich inzwischen ziemlich gut auf 32½ cs. für gut ord. Java und sind zu 32 cs. nur unrein schmeckende Nummern zu finden.

Tabak bei geringem Umsatz gut preishaltend.

Rohzucker fand nur zu bedeutend erniedrigten Preisen Käufer, ebenso raffinirter

Reis behauptet, geschält Tafel- fl. 15 a 15¾, Aracan fl. 9¼ a ½.

Gewürze still. Pfeffer 30 cs., Chines. Caneel 70 cs., Nelken 38 a 40 cs., Blüthe C. u. D. 146 à 145, Muskatnüsse Nr. 1 157 cs.

Halle, 23. Febr. Die Preise der verschiedenen Produkte stellten sich heute wie folgt: F. Stärke 11 Rthlr. Pflaumen 6 Rthlr. Wau 5 Rthlr. Fadennudeln 9¼ Rthlr. Hanfsaat 5¼ Rthlr. Scharte 3 Rthlr. Kümmel 10¾ Rthlr. Mohnsaat 9¼ Rthlr. Fenchel 10¼ Rthlr. Anis 15 Rthlr. Kanariensaat 8 Rthlr.

Bei guter Zufuhr von Getraide und weichenden Preisen auf auswärtigen Märkten ist das Geschäft im Laufe der Woche hier wieder flauer gewesen und möchte der Rückgang der Preise ferner bestehen, da der Abzug fehlt und die Zufuhr den Bedarf oft übersteigt. Waizen heute 86 a 97 Rthlr., Roggen 70 a 74 Rthlr. Gerste 44 a 48 Rthlr. Hafer 26 a 28 Rthlr. bez.

Rüböl fester, 17 Rthlr. bezahlt.

Kleesaaten. Roth Klee gesucht, wenig angeboten 19 Rthlr. Weißklee desgl., wenig angeboten 25 Rthlr. Gelbklee desgl., wenig angeboten 9 Rthlr. Esparsette 50 a 54 Rthlr. Luzerne, deutsch 20 a 25 Rthlr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 63.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. [illegible] kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 3. März 1856

Die Wuchergesetze.

(Nach der National-Zeitung.)

Das preußische Staatsministerium hat den Kammern eine Novelle zum Strafrecht vorgelegt, durch welche einige Mängel des neuen preußischen Strafgesetzbuchs, welche die Erfahrung zum Vorschein gebracht hat, beseitigt werden sollen. Zu unserm Bedauern vermissen wir in dieser Novelle die schon so vielfach besprochene Aufhebung der Wuchergesetze. Diese aus dem grauesten Mittelalter datirenden Gesetze haben allerdings noch in der Gesetzgebung des Endes des vorigen Jahrhunderts Raum gefunden und haben ihre Wurzel sowohl im Zivilrecht als im Kriminalrecht. Vergleichen wir den damaligen Zustand unseres Geldmarktes mit dem heutigen, so muß man in der That erstaunen, daß ein Gesetz, welches damals den höchsten Preis der Waare normirte, noch heute maßgebend seyn kann. Papiergeld war damals eine Seltenheit und existirte nur in wenigen Staaten, die Wechselfähigkeit war auf einzelne enge Kasten von Gewerbtreibenden beschränkt, die Banken befanden sich in ihrem ersten Entstehen, von Eisenbahnen und Telegraphen hatte man keinen Begriff und selbst Chausseen gehörten zu den Seltenheiten. Während heute eine enorme Geldsumme mittelst des Telegraphen bis zu den entferntesten Handelsplätzen hin in wenigen Stunden wiederholt umgesetzt wird, schleppte man damals das schwere Metallgeld in natura auf schlechtgebahnten Sandwegen Monate lang von einem Platz zum andern. Die Industrie und der Handelsverkehr haben in dem letzten halben Jahrhundert einen Sprung gethan, welchen die Weltgeschichte sonst kaum im Laufe eines halben Jahrtausends nachzuweisen vermöchte. Diesem ungeheuren Fortschritte, dieser enormen Steigerung des Angebots von disponiblem Kapitale gegenüber muß es als eine wunderbare Anomalie erscheinen, wenn man noch heute bei der Fixirung des Zinsfußes auf 5 resp. 6 pCt. stehen bleiben und die Beobachtung derselben durch die den Zeiten des grauen Alterthums entsprungenen Wuchergesetze erzwingen will. Der Gesetzgeber erreicht durch diese unnatürlichen Maßnahmen gerade das Gegentheil von dem, was er erreichen will, der Preis des Kredits wird in der That vertheuert und nicht verringert, und namentlich der arme Mann, welcher durch die Wuchergesetze gegen Bedrückungen von Seiten der Kapitalisten geschützt werden soll, wird durch die Wuchergesetze in eine verzweifelte Lage gebracht.

Denn durch dieselben wird der reelle Kapitalist abgehalten, dem minder Kreditwürdigen Anlehen anzubieten, weil er für dieselben nicht einen dem Werthe seiner Leistung entsprechenden Preis nehmen darf, und nur solche Kapital-Inhaber, welche vor einem Kampfe mit dem Strafgesetze nicht zurückbeben, geben sich noch mit Darlehnsgeschäften an wirklich hülfsbedürftige Personen ab. Daß diese Menschenklasse nicht die solideste und ehrenhafteste seyn kann, liegt auf der Hand. Die Gefahr, welche der „Wucherer" dabei läuft, muß der arme Schuldner durch einen enormen Zinsfuß aufwiegen. Man kann jetzt sein Kapital schon durch den Ankauf sicherer Hypotheken und guter Eisenbahn-Aktien zu 5 pCt. verzinsen; auf Darlehnsgeschäfte mit Personen von zweifelhaftem Kredit wird sich also Niemand einlassen, wenn er bei diesen Geschäften auch nur einen Zinsfuß von höchstens 5 pCt. erlaubter Weise erwerben kann. Geschäfte dieser Art bleiben daher nur noch dem professionirten Wucherer vorbehalten, der Hunderte von Prozenten durch Schleichwege aller Art zu erpressen weiß. Wenn die Wuchergesetze gar nicht beständen und der Geldmarkt von jeder Frist befreit wäre, so würden sich gewiß auch reelle Kapitalisten mit Darlehnsgeschäften gegen eine rein persönliche Sicherheit abgeben, wenn sie bei solchen einen Zinsfuß von vielleicht 7 und 8 Prozent erwarten könnten, und im Wege der Konkurrenz würden sich bald Preisverhältnisse normiren, welche nur zum Segen des Schuldners selbst dienen könnten.

Wenn hiernach die Wuchergesetze schon an sich als ein veraltetes Institut erscheinen, so verlieren dieselben daher allen Sinn, seitdem durch die Einführung der allgemeinen Wechselfähigkeit ein so bequemes Mittel geboten ist, diese Gesetze jeden Augenblick zu umgehen. Niemandem, der mehr als den gesetzlichen Zinsfuß nimmt, wird es mehr einfallen, Darlehnsgeschäfte zu machen, vielmehr kauft er jedes Mal nur Wechsel seiner Schuldner und zwar oft zu so geringen Preisen, daß solche Hunderte von Prozenten repräsentiren. Demnach reichen die schweren entehrenden Strafen, welche auf den Wucher gesetzt sind hin, um den reellsten Kapitalisten vom Geldmarkte zu verscheuchen und eine eingebildete Gefahr zu konstruiren, welche der Schuldner, statt daß solche ihn schützen soll, doppelt theuer bezahlen muß.

Deutscher Bund.

Bayern. Winnweiler in der Rheinpfalz, 27. Febr. Eine interessante Verhandlung fand gestern vor den Schranken des hiesigen Landgerichts statt, von der ich das Wesentlichste Ihnen in Nachstehendem mittheilen will. In dem nahe gelegenen Orte Langmeil nämlich bestand schon seit längeren Jahren eine Religionssekte, deren Gründer ein Schäfer aus der dortigen Gemeinde seyn soll. Bisher war es den Bemühungen der Geistlichen und Ortsbehörde noch nicht gelungen, diese religiöse Schwärmerei mit Erfolg zu bekämpfen. Da jedoch seit neuester Zeit das Treiben dieser Sektirer in einem gefährlichen Grade zunahm, fand die Gerichtsbehörde Veranlassung, hiegegen einzuschreiten. Dieselbe hielten lärmende, nächtliche Versammlungen, tauften, trieben Teufel aus ꝛc. und dies alles in einer Weise, die den Stempel des Wahnsinns an sich trug. Bei der heutigen gerichtlichen Verhandlung nun waren etliche 20 dieser Sektirer als Beschuldigte anwesend, worunter 6 Apostel, größtentheils weiblichen Geschlechts, sich befanden, in welche bereits (wie sie sagen) der Geist gefahren ist. Drei der angeklagten Weiber waren evident wahnsinnig; sie geberdeten sich derart, daß unter der großen Zuhörerzahl auch gewiß nicht Einer war, der nicht Schauder empfand und diese Leute im höchsten Grade bedauerte; sie rauften sich die Haare, zerschlugen sich die Brust, stampften mit den Füßen, schlenkerten mit den Händen, verdrehten die Augen; kurz, sie zeigten in allen ihren Mienen die vollkommenste Raserei. Würde nun nicht mit aller Energie diesem Unwesen gesteuert und die vollkommen Geisteskranken ins Irrenhaus gebracht, so wäre der Ruin der Gemeinde unausbleiblich, da ohnedies ein großer Theil der weiblichen Einwohner, bereits von dieser Krankheit angesteckt, keine Arbeit mehr verrichtet, sondern durch das Lesen schwärmerischer Bücher die Zeit vergeudet. (Nach einer Bekanntmachung des k. Landkommissariats Kaiserslautern sind die Versammlungen dieser Sekte verboten.) (Pfälz. Z.)

** München, 1. März. (Privat-Korrespondenz.) **40. öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe.** Am Ministertische befinden sich die kgln. Staatsminister des Innern und der Justiz. Im Einlauf befinden sich zahlreiche Petitionen von Pfründebesitzern bezügl. der Kapitalrenten-Steuer.

Hr. Reichsrath Graf Reigersberg, als Referent des 1. Ausschusses, erstattete Vortrag über den Antrag der Kammer der Abgeordneten „die Aufhebung einiger Bestimmungen des in der vormaligen Reichsstadt Rothenburg a. d. T. bestandenen noch geltenden Statutarrechtes betr." — und beantragt die Zustimmung zu dem Beschlusse der 2. Kammer, worauf dem Antrage auch einstimmig beigetreten wurde.

Herr Reichsrath Graf Waldkirch als Referent des 3. Ausschusses erstattete hierauf Vortrag über den Antrag der Kammer, der Abg. „Abänderung des §. 105 des revidirten Gemeinde-Edikts betr." In der Ausschußberathung erwähnte der Referent die weitern in der Kammer der Abgeordneten ein-

gebrachten Anträge die partielle Revision des Gemeinde-Edikts betr., die zum Theil in dieser Kammer für sehr dringend erkannt, jedoch bis zur Gesammtrevision des Gemeinde-Edikts verwiesen worden seyen. Dies glaubte der Referent bedauern zu müssen, da er an einem baldigen Zustandekommen der Revision des revidirten Gemeinde-Edikts zweifelte. Was den speziellen Theil des Antrags betreffe, so begutachte der Referent, demselben zuzustimmen.

Nachdem der Staatsminister des Innern im Ausschuß erklärt hatte, daß die Staatsregierung gegen den Antrag Nichts zu erinnern fände, und in Betreff der Revision des Gemeinde-Edikts erklärt hatte, daß allerdings die Absicht bestehe, eine solche Revision vorzunehmen, es aber nicht möglich sey, ein revidirtes Gemeinde-Edikt noch dem gegenwärtigen Landtage vorzulegen", beschloß der Ausschuß, dem Antrage der Kammer der Abgeordneten beizustimmen.

In der kurzen Debatte hierüber in der Kammer, erklärten sich die Hrn. Reichsräthe Graf Seinsheim und Graf Giech mit dem Antrage einverstanden, worauf der kgl. Staatsminister des Innern erklärte, daß die Regierung gegen den vorliegenden Antrag nichts einzuwenden habe; daß allerdings eine Revision des ganzen Gemeinde-Edikts vorbereitet werde, daß die Vorlage desselben aber während des gegenwärtigen Landtages nicht mehr erfolgen könne, weil die Revision noch nicht so weit gediehen sey, und weil der Landtag ohnedieß schon 6 Monate dauere, und deßhalb nicht anzunehmen sey, daß die Vorlage noch einer gründlichen Prüfung unterzogen werden könne. Es wurde hierauf dem Beschlusse der 2. Kammer beigestimmt, womit die Sitzung schloß.

** München, 1. März. (Privat-Korrespondenz.) **43. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: der königl. Staatsminister Graf Reigersberg

Der heute den Vorsitz führende 2. Präsident, Dr Paur, theilt mit, daß für den beurlaubten Abg. Vogel der 3. Ausschuß den Abg Rebenack zu seinem Vorstand ernannt habe, und ihm auch das Referat über Staatseinnahmen im Budget übertrug. Zur Berathung gelangten hierauf die verschiedenen Anträge, „die Regulirung des Biersatzes und die Verhältnisse der Brauer zu den Wirthen und dem Publikum betr."

In sehr umfassendem Vortrage sprach der Abg. Graf Butler über das Mißverhältniß des Biertarifs von 1811 zu den gegenwärtigen Produktionskosten; er ist der Ansicht, daß nur durch Freigabe des Tarifs eine Ausgleichung zwischen dem Bedürfniß des Publikum und den gegründeten Beschwerden der Brauer erzielt werden könne. Die vorliegenden Anträge würden indessen eine theilweise Erleichterung der Bräuer erzielen

Abg. Frhr. v. Welden erklärte sich auch entschieden für Freigebung des Tarifs, und glaubt, daß hiedurch allein den bestehenden Klagen abgeholfen werden könne.

Abg. Förg, der Referent theilt zwar die Ansicht des Vorredners, glaubt aber, daß die Revision der bestehenden Normen noch nicht so weit vorgeschritten sey, daß schon jetzt ein Gesetz-Entwurf zur Freigebung der Taxe vorgelegt werden könne; einstweilen aber wäre es Pflicht, den Beschwerden der Bräuer durch die vorliegenden Anträge abzuhelfen; da es bereits 1 Uhr war und noch 10 Redner vorgemerkt waren, so wurde hiemit die Debatte bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Regensburg, 28. Febr. Am 10. d. M. ist in Wien zwischen dem Vorstande des Betriebsamtes der kgl. Donau-Dampfschifffahrt dahier, dem kgl. Oberpostmeister Hrn. Grafen v. Reigersberg, und zwischen der Administration der ersten k. k. priv. Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft eine folgenreiche Uebereinkunft abgeschlossen worden, nach welcher sich die beiderseitigen Unternehmungen verpflichten, die mittelst der regelmäßigen in Passau im Anschlusse stehenden Frachtenfahrten dahin gebrachten ganzen Schleppladungen, soweit es Stromverhältnisse und verfügbare Schleppmittel gestatten, gegenseitig in ursprünglicher Ladung der Art zu verschiffen, daß ganze Schiffsladungen in bayerischen Schleppbooten bis Wien und Pesth, und umgekehrt in österreichischen Schleppbooten bis Regensburg remorquirt und zu diesem Behufe sich gegenseitig in Passau übergeben werden sollen. (Regensb. Tagbl.)

Hannover. Hannover, 29. Febr. Die Hauptvorlage der Regierung bei den Ständen wird die Radizirung der Zivilliste des Königs betreffen; anstatt des baaren Geldes welches zur Bestreitung der kgl. Hofhaltung ausgesetzt ist, soll ein denselben Ertrag gewährendes Grundeigenthum aus den Domänen ausgeschieden und dem kgl. Hause zur ausschließlichen Benutzung wiederum wie vor dem Erlaß des Staatsgrundgesetzes überlassen werden. (N. Pr. Z.)

Oesterreich. Wien, 28. Febr. Se. Maj. der Kaiser hat den Erzherzog Albrecht, General-Gouverneur in Ungarn, zur Verhängung und Wiederaufhebung des Standrechts ermächtigt (wo es nämlich wegen der überhandnehmenden Räubereien nothwendig werden sollte.) (Allg. Z.)

Großbritannien.

* Bei dem Abschiedsbankett, das kürzlich der Lordmajor von London dem amerikanischen Gesandten Buchanan, der durch eine andere Persönlichkeit auf diesem Posten ersetzt wird, gab, sprach ersterer die Ueberzeugung aus, daß ganz England ein tiefgefühltes Interesse an der Erhaltung der allerfreundschaftlichsten Beziehungen mit Amerika habe.

Frankreich.

* Paris, 1. März. Die Gräfin von Montijo ist aus Madrid gestern hier eingetroffen.

* Herr Hugelmann, der in Folge der Juni-Ereignisse, im Jahre 1848 nach Afrika transportirt wurde und sich nach Spanien flüchtete, hat vom Kaiser die Erlaubniß zur Rückkehr nach Frankreich erhalten.

Spanien

Madrid, 26. Febr. Unter den beim Bau der neuen Münze beschäftigten Arbeitern sind gestern Unruhen ausgebrochen. — Der Zivil-Gouverneur von Madrid, Oberst Cardeco, begab sich mit der bewaffneten Macht dahin, ließ die Rädelsführer verhaften und in's Gefängniß abführen und stellte die Ordnung wieder her. Die „Gaceta" sagt, daß ein Arbeiter

---

Roebuck.

Das „Londoner Deutsche Journal" macht, wie ja auch manche Pädagogen die Weltgeschichte in Biographien gelehrt sehen wollen, den Versuch: „England seit 1840" in Brustbildern zu charakterisiren. Jedenfalls hat das genannte Blatt seine Aufgabe in pikanter Manier zu lösen begonnen, indem es unter dem Titel „der Störenfried" das berühmte Parlamentsmitglied für Sheffield in folgender Weise schildert:

Das ist der Allerweltsstörenfried, sagte ein Freund zu mir, während er auf einen kleinen, dünnbeinigen Herrn zeigte, der, auf einen gewöhnlichen Spazierstock gelehnt, in dem Rauchzimmer des Parlaments herumstolperte.

Ich sah mir die Erscheinung genauer an. Die Natur schien hier ein besonderes Kabinetstückchen geliefert zu haben; auf alle Fälle war die Proportion wunderlich gehandhabt. Wie gesagt, das Männchen war sehr klein, dünn, sorgfältig gekleidet; auf einem kurzen, dürren Hals bewegte sich ein gewaltiger Kopf, dessen dreifach gebogene Nase gar keck in die Welt hinausschaute. Auf die lang herunterhängenden Haare war ein eleganter Hut nachlässig und rückwärts zu aufgestülpt. Mund und Hände machten eine überraschende Ausnahme, sie würden einer Dame zur Zierde gereichen.

— Das ist ja das eingefleischte Alpdrücken unserer Minister, flüsterte ein Freund, kennen Sie ihn nicht, es ist Herr Roebuck.

— Ach, erwiderte ich verdutzt, John Arthur Roebuck. Sie scheinen den Herrn genau zu kennen. Bitte, theilen Sie mir mit, was Sie von ihm wissen.

An einer der hintersten Säulen des Rauchsalons und zwar in ein bequemes Sopha gedrückt, hörte ich meinem Freunde zu, der sich mit dem Rücken an die Säule lehnte und eine Cigarre rauchend in lispelndem Tone anhub:

John Arthur Roebuck ward im Jahre 1801 in Madras geboren. Sein Großvater war der berühmte Doktor Roebuck zu Birmingham, der Compagnon des berühmten James Watt in jenen wissenschaftlichen Spekulationen, die von Grund aus die Gesellschaft aufwühlten und neuen Phasen zuführten. Seine Mutter stammte von Tickell ab, dem Freunde Addisons; und eines Tages hatte Roebuck den Muth, dem Hohne des Parlaments zu trotzen, indem er den Gemeinen stolz sagte, daß er sich des nobelsten Ursprungs rühmen dürfte, denn seine Vorfahren wären Freigrafen in dem Gebiete der Literatur und Wissenschaften gewesen. Noch sehr jung folgte er dem allgemeinen Zuge nach Canada, aber unbefriedigt von den dortigen Verhältnissen, kehrte er bald wieder (1824) nach England zurück und widmete sich den juristischen Studien. Nach überstandenem Examen praktizirte der junge Advokat im innern Tempel für eine kurze Zeit.

Als ernste Streitigkeiten zwischen dem Parlamente und dem Gouverneur von Niedercanada ausgebrochen und täglich gefährlicher zu werden drohten, beschlossen die dortigen Gemeinen,

„Tod Espartero und O'Donnel" gerufen habe und sogleich ergriffen worden sey.

Italien.

Genua, 26. Febr. Dem „Corriere Mercantile" zufolge, besteht Oesterreich bei der päpstlichen Regierung fest darauf, daß sie in der Amnestiefrage die Initiative ergreife, und nicht warte, bis sie von den Mächten zu Zugeständnissen gezwungen werde.

° Die italienisch-englische Legion, die seither in Novara im Königreich Sardinien stand, ist von den Mazzinisten in der letzten Zeit fleißig bearbeitet worden. Es wurde ein Komplott zum Desertiren unter den Gemeinen entdeckt, eine Anzahl Soldaten in Folge davon verhaftet und dann das erste Regiment der Legion nach Chivasso, das zweite nach Susa verlegt.

* Man schreibt dem „Constitutionnel" aus Turin vom 26. Febr.: „Die Zahl der verhafteten englisch-italienischen Legionäre beträgt nicht mehr als 30. Sie sind in Händen der Landesgerichte und werden von denselben abgeurtheilt werden. Man fand, daß sich mehrere dieser Soldaten unter falschem Namen anwerben ließen. Als man sie durchsuchte, fand man bei mehreren derselben vollständig geordnet, von der österreichischen Polizei ausgestellte Papiere. Einer der thätigsten Mazzinistischen Agenten ist seit 14 Tagen in Piemont. — Man spricht viel von einem neuen „Memorandum", welches der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an alle europäischen Höfe betreffs der jüngsten österreich. Amnestie gerichtet hat. Das Ministerium glaubte in der Abfassung dieser Amnestie das Uebergehen einiger wichtigen Punkte des internationalen Rechts zu sehen, und ebenso eine Verletzung der Würde Sardiniens bezüglich der in Piemont naturalisirten lombardisch-venetianischen Emigranten."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 18. Febr. Ethem Pascha wird aus Aegypten erwartet, um die Genehmigung hinsichtlich des Suez-Kanals und des von der Kommission abgegebenen Gutachtens einzuholen. England scheint Einsprache dagegen zu erheben; in Folge dessen verbreitete sich ein panischer Schrecken an der Börse. (Köln. Z.)

Griechenland.

Die Maßregeln gegen die Räuber hatten bis jetzt einen nur theilweisen Erfolg. Die den einzelnen Eparchien zur Verfügung gestellten und auf die ihnen bezeichneten Stationen vertheilten Streitkräfte hatten zwar an vielen Punkten mit ihnen angebunden, aber an keinem zur Vernichtung einer Bande geführt. Diese, wenn der Kampf ungleich ist, zerstreuen sich entweder, oder ziehen sich mit dem Verlust einiger Todten oder Gefangenen in eine feste Position oder über die Gränze zurück, um an einem andern Platz von da zu gelegener Zeit ihre Exkursionen zu erneuern. (A. Z.)

Asien.

Die neueste Ueberlandpost bringt nähere Nachrichten über den Aufstand in Mekka und Dschedda, aus denen im Hinblick auf die im osmanischen Reich dekretirten Reformen manche warnende Lehre zu ziehen seyn dürfte. Die „Allg. Z." schreibt darüber folgendes: „Zwischen der arabischen und der afrikanischen Küste des rothen Meeres, ist nämlich seit uralter Zeit ein namhafter Sklavenhandel betrieben worden, dessen Hauptstapelplatz Massua war. Von dort werden die Sklaven meistens Gallas, und zum Theil auch christliche Abyssinier, nach Dschedda gebracht, von wo der weitere Vertrieb stattfindet. Dieser Handel ist sehr gewinnreich, und die Regierung hatte denselben nicht nur sanktionirt, sondern bezog davon auch eine Steuer. Nun wurden vor kurzem in Dschedda und Mekka Fermane des Sultans publizirt, welche ihn mit einem Verbot belegten, und dies war der Anlaß zu einem Aufstand, wobei der Kadi von Mekka sich nur mit Mühe in das Heiligthum rettete. Dort sowohl als in Dschedda nahm die Bewegung einen immer gefährlicheren Charakter an, und da der aufrührische Haufe als die eigentlichen Urheber des verhaßten und mit dem Koran in Widerspruch stehenden Verbots die mit dem Sultan allürten Ungläubigen betrachtet, so wurden auch die Vertreter der letztern, nämlich der französische und der englische Konsul in Dschedda vertrieben. Die Macht des Sultans in Arabien erhält dadurch einen neuen Stoß, und da unter den dortigen ismaelitischen Stämmen die Sklaverei eine tief eingewurzelte nationale, häusliche und religiöse Einrichtung ist, so wird es wohl ein ziemlich fruchtloses Beginnen seyn, dagegen aufzutreten. Unterdessen ist ein Dampfer nach dem rothen Meer abgegangen."

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 29. Februar. (Privat-Korresp.) In Betreff der Reformen der bäuerlichen Verhältnisse in den Donaufürstenthümern erfährt man, daß eine gänzliche Aufhebung oder auch nur Ablösung des bäuerlichen Hörigkeitsverhältnisses nicht beabsichtigt wird, da dieselbe sämmtliche Schichten der Gesellschaft aufs tiefste erschüttern und, wie behauptet wird, der von Natur träge und arbeitsscheue Bauer dort in ein reines Schlaraffenleben versinken würde, wenn man ihm auf einmal jeden äußern Zwang zur Thätigkeit abnähme. Zumal die Waizenproduktion, deren er zu seinem eigenen Lebensunterhalt nicht bedarf, würde dann bald ganz und gar eingehen: eine Nahrungsquelle für Europa und eine Goldquelle für die Moldauwallachei würden somit gleichzeitig versiegen. Die Reformen der bäuerlichen Verhältnisse werden sich demnach auf erleichternde Modifikationen einiger Hörigkeitspflichten reduziren, die nicht gerade aktive Robotte sind, ferner auf die Einführung der Freizügigkeit, um den Grundherrn moralisch zu zwingen, seine Bauern gut zu behandeln, damit sie nicht zu einem milderen Nachbarn auswandern — insbesondere aber auf strenge Kontrole der strikten Handhabung der Gesetze. Ferner sollen die Dorfpfarren mit gebildeten Geistlichen besetzt werden, damit der Pfarrer dem Volke wie anderwärts als eine gute Vorsehung erscheine und das Wort „Popensohn" (fitschorul popi) aufhöre, wie bisher ein Schimpfwort im Munde der wallachischen Bauern zu seyn. Endlich soll der vierte Stand auch in der zukünftigen National-

---

Herrn Roebuck als ihren bezahlten Agenten in London anzustellen, um ihre Angelegenheiten direkt mit dem Mutterlande zu verhandeln. Zur selben Zeit war in England die berühmte Reformbill durchgekämpft worden, das ganze Land befand sich in einer nervösen Aufregung, und da der Radikalismus überall seine Fahne kühn und siegreich vorantrug, glückte es dem einflußreichen jungen Agenten, als Abgeordneter von Bath in das englische Parlament einzutreten (1832). Roebuck zögerte auch nicht eine Stunde, den Kampfplatz zu betreten. Bei der Eröffnung der Session von 1833, bei jener denkwürdigen Gelegenheit, als O'Connell die konstitutionellen Prinzipien Lord John Russel's angriff und die königliche Thronrede „brutal und blutdürstig" nannte, stürzte sich Arthur Roebuck kopfüber in das Schlachtgewühl und alle andern gemeinen Antagonisten verachtend, griff er mit toller Energie sein nobles Wild an, den Sekretär von Irland. Mr. Stanley, gewappnet bis an die Zähne, den stürmischen Angriffen inmitten des Parlaments zu stehen, empfing des jungen Fechters ersten Waffengang mit lächelnder Geringschätzung. Ich verstehe dies Lächeln, schrie Roebuck, es ist die einzige Stärke ohnmächtiger Aristokratie, die immer bereit ist, zu höhnen und zu spotten, wenn wahre und ehrliche Gefühle des Vaterlandes Sache vertreten und schützen wollen. Diese kühne „Jungfernrede" verschaffte Roebuck sofort Ansehen und Bedeutung.

Nicht lange nach seinem Eintritt in das Parlament, in dem er hauptsächlich gegen den Zeitungsstempel auftrat, gründete Herr Roebuck ein Journal: „pamphlets for the people." Jede Nummer besprach einen der wichtigsten Tagesgegenstände. Während dieser Epoche sprach er eines Tages im Parlament so beleidigend über die übrigen Herausgeber der täglichen Zeitungen, daß er die gesammte Tagespresse gegen sich aufbrachte. Nun aber griff er die Herausgeber persönlich an, und drei unter denselben, die diesen neuen Hektor durchaus nicht zu sehr verwöhnen wollten, schickten ihm Herausforderungen. Zwei ließen sich indessen durch Erklärungen besänftigen; der dritte aber, Herr Black vom „Morning Chronicle", verwarf alle gütliche Ausgleichung: ein Duell ward gefochten, sie wechselten 2 Schüsse, kein Blut floß, aber desto mehr Champagner beim Versöhnungsmahle. Roebucks cynische Manier und zänkische Absichten waren Ursache, daß er 1837 mit der Auflösung des Parlaments seinen Sitz verlor. Erst nach vier Jahren, im Jahre 1841, kehrte er in das Unterhaus zurück. Im Anfang ließen seine ungewohnte Ruhe und Bescheidenheit glauben, Herr Roebuck habe sich zum vollendeten Staatsmann herangebildet, doch bald brach der alte Schein wieder durch, mit all der Bitterkeit erduldeten Exils. Schon im April 1844 provozirte Roebuck eine Herausforderung an Smyth, Mitglied für Canterbury, dem es gerade gelegen war, der alten Aristokratie zu zeigen, daß auch ein homo novus Pulver und Blei zu handiren verstünde. Aber Roebuck ward über Nacht auf ein Mal zahm; er fehlte auf dem Kampfplatze und sandte die Herausforderung an das Unterhaus.

(Schluß folgt.)

versammlung, „otschteaska adunare“, nicht ohne alle Vertretung gelassen werden.

London, 1. März. Der neueste „Morning Advertiser“ behauptet, die russischen Bevollmächtigten in Paris erhöben Einsprache dagegen, daß der fünfte Punkt durch die Pariser Konferenzen erledigt würde, und verlangten, daß diese Angelegenheit durch einen Kongreß aller gekrönten Häupter entschieden würde. — Dasselbe Blatt erwähnt ein Gerücht, daß Lord Cowley in London angekommen sey, um Instruktionen einzuholen. Dagegen behauptet die „Preß“, nichts könne das Zustandekommen eines den europäischen Bedürfnissen entsprechenden Friedens verhindern. (T. D. d. K. Z.)

* Paris, 29. Febr. Die erste Konferenz am 25. begann um Ein Uhr und endete gegen Fünf. — Nach Auswechselung der Vollmachten nahm Graf Orloff das Wort, und legte die ersten Grundzüge dar, welche die Haltung Rußlands in den Verhandlungen leiten werden. Dieses Exposé bildete den Hauptgegenstand der Sitzung und ist in einer Weise gehalten, die Friedenshoffnungen vollständig zu befestigen.

Paris, 1. März. Nach dem „Constitutionnel“ würde keinerlei Verlängerung des Waffenstillstands zugestanden werden. (T. D. d. K. Z.)

Aus dem Orient.

Nach einer telegr. Nachricht aus Konstantinopel, 18. Februar soll Omer Pascha Generalissimus bleiben.

Für die Konstantinopolitaner beginnen sich die Folgen der Friedensaussichten in sehr erfreulicher Weise kund zu geben. Seit einigen Wochen gelangen die während der Kriegszeit immer mehr in Mißkredit gekommenen Kaimes (türkisches Papiergeld) wieder zu Ehren, wogegen die Kurse des Goldes und Silbers täglich mehr auf ihren wahren Werth fallen. Bei der unnatürlichen Konkurrenz in allen Handelsartikeln, und der ziemlich aussichtslosen Zukunft für ihre spekulativen Besitzer, ist auf einmal Alles wider Erwarten billig geworden, so daß die Population einigermaßen von dem seit Jahren drückenden Alp der furchtbaren Theuerung befreit ist. Wo gewonnen wird, wird auch verloren. So gehen natürlich durch diese Krisis eine Masse von Spekulanten aller Länder, die hier ihr Golkonda zu finden hofften, einem schnellen Ruin entgegen. (Allg. Z.)

* Aus der Krim wird berichtet, daß die verbündeten Armeen sich sogleich nach Zerstörung des Fort Alexander, dessen Trümmer den Hafen von Sebastopol bedecken, beeilten die Minen-Arbeiten zur Sprengung des Quarantaine-Forts und des Fort St. Paul fortzusetzen, so daß bis Mitte Februar Alles beendet seyn wird. — Die Russen fahren fort, die Fahrzeuge der Verbündeten, welche häufig des Nachts in die Rhede am Fort Konstantin und den Nord-Forts einfahren, zu beschießen.

* Berichte aus der Ebene von Baidar sprechen abermals von einem zwischen der ersten französischen Division und den Russen stattgehabtem Scharmützel.

Einer Privatmittheilung aus Marseille zufolge ist dort der Befehl eingegangen, die nöthigen Fahrzeuge zum Transport von 10,000 Mann Infanterie nach der Krim herzurichten, um dort die nach Frankreich zurückgekehrten Truppen zu ersetzen.

Aus Rußland.

Ein Wiener Korrespondent der „Köln. Zeitung“ schreibt: In einem mir zur Einsicht mitgetheilten Briefe eines hochgestellten russischen Ministers wird erwähnt, daß bei den Verhandlungen über die Annahme der bekannten fünf Punkte die Ansicht des Fürsten Gortschakoff, daß die Organisation der russischen Armee sich durchaus nicht bewähre und letztere nicht im Stande sey, in einem dritten Feldzuge das zu gewinnen, was sie in den beiden vorhergegangenen verloren, den Ausschlag gegeben habe. Es sollen auch bereits alle Einleitungen getroffen seyn, um nach geschlossenem Frieden die Armee auf Grundlage der in den letzten Jahren gemachten traurigen Erfahrungen vollständig zu reorganisiren.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 2. März. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 81½; 4½pCt. Met. 72; Wiener Bankaktien 1200; 5pCt. Lomb. 90¼; Wiener Wechsel 116; 3pCt. inl. span. 38¼; 1 pCt. neue 24; Darmstädter Bankaktien 348.

Wien, 1. März. Oesterr. 5pCt Nat.-Anl. 84 5/8; 5pCt. Met. 83¼; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 135½; ditto von 1854 108¾; Bankaktien 1022; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien ——; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 352; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 677; österr. Staatsbahn-Aktien —. Wechselkurse: Augsburg uso 103¼ P.; London 10. 12. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

* Fast anderthalb Jahre sind verflossen, seit der „Fechter von Ravenna“ zum ersten Mal auf der Wiener Hofbühne aufgeführt ward. Der Verfasser dieses mit verdienter Anerkennung aufgenommenen Trauerspiels hat sich jedoch noch immer nicht genannt. Nun aber gibt ein Aufsatz von O. v. Schorn in der Beilage zu Nr. 61 der „Allg. Z.“ zu verstehen, daß ein Schullehrer in Pfaffenhofen bei München, Franz Bacherl, der ursprüngliche Quell und geistige Eigenthümer dieses Drama sey; derselbe habe nämlich vor mehr als drei Jahren ein Trauerspiel: „die Cherusker in Rom“, an den k. k. Hoftheater-Direktor H. Laube zu Wien eingesandt, aber als nicht für die Bühne geeignet, zurückbekommen, welches eine solche Gleichheit der Fabel, Situationen und Charaktere mit dem „Fechter von Ravenna“ habe, ja selbst in einzelnen Stellen fast so wörtlich mit demselben übereinstimme, daß man allen Grund habe, zu vermuthen, die Arbeit Bacherl's sey von einem Andern benützt, überarbeitet und dann als eignes Werk in die Welt geschickt worden. Schließlich fordert O. v. Schorn Hrn. Laube auf, offen zu erklären: „ob er von der Entstehung eines dramatischen Werkes Kenntniß gehabt habe, das von Wien aus seine ruhmgekrönte Rundreise über die deutschen Bühnen begonnen hat, und dessen Urbild ihm vor der ersten Aufführung auf dem k. k. Hofburgtheater eine Reihe von Monaten zu gefälliger Einsicht und Befürwortung anvertraut war.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 64. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 4. März 1856

Deutscher Bund.

Bayern München, 1. März. Se. M. der König hat dem Kommunal-Revierförster Karl Horst zu Reischbach und dem Priester Andreas Moser, Pfarrer in Königstein, in Rücksicht auf ihre während eines Zeitraumes von fünfzig Jahren mit Treue und musterhaftem Eifer geleisteten ersprießlichen Dienste die Ehrenmünze des Ludwigsordens verliehen; ferner die bei dem Wechsel- und Merkantilgericht erster Instanz in München erledigte Stelle eines rechtskundigen Assessors dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts München l/J., Friedr. Künßberg, übertragen. (N. M. Z.)

München, 3. März. Se. Maj. der König haben den temporär pensionirten Unterveterinärarzt Christoph Mußgnug auf ein weiteres Jahr, den temporär pensionirten Regiments-Veterinärarzt Christoph Schmidt bis auf weitere Verfügung, die temporär pensionirten Hauptleute Ludwig Mändl und Franz Gambs auf ein weiteres Jahr, ferner den temporär pensionirten Regiments-Veterinärarzt Anton Diem auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; die Kriegskommissäre Ferdinand Lingg vom 4. Armee-Divisions-Kommando zur Militär-Rechnungs-Kammer und Karl Popp von der Militär-Rechnungs-Kammer zum 4. Divisions-Kommando versetzt; den temporär pensionirten Hauptmann Joseph v. Sparapani von Jochbienfeld auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; dem Unterlieutenant à la suite Konstantin Frhr. v. Schäzler die nachgesuchte Enthebung von seinem Militär-Charakter bewilligt; den temporär pensionirten Hauptmann Ludwig Frhrn. v. Egloffstein auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; dem pensionirten Unterzeugwart Philipp Vanino die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt.

Se. Majestät der König haben ferner dem Gefreiten der Garnisons-Compagnie Nymphenburg, Mathias Wolfsleben, die Ehrenmünze des königl. bayerischen Ludwigsordens verliehen, zum Professor der Exegese, der biblischen Hermeneutik, der Einleitung in das alte und neue Testament, sowie der oriental. Sprachen am Lyzeum zu Regensburg, den Priester Dr. J. Grimm von Freyung, zur Zeit Cooperator bei U.-L.-F. in München prov. ernannt, das erledigte Salzamt Zweibrücken dem Rechnungskommissär der General-Bergwerks- und Salinen-Administration, Jak. Petermann, übertragen, und an dessen Stelle den funktionirenden Kassier des Berg- und Hüttenamts Fichtelberg, Dr. K. Schenkelberg, ernannt; den Kantonsarzt Dr. G. Rörig zu Otterberg in seiner provis. Diensteseigenschaft auf das Kantons-Physikat Winnweiler versetzt; auf das Landgerichts-Physikat Würzburg r M. den Landgerichtsarzt Dr. Hermann Sinner am Landg. Würzburg l M., und auf das hiedurch sich eröffnende Landgerichts-Physikat Würzburg l M. den kgl. Landgerichtsarzt Friedr. August Vogt zu Gemünden — beide ihrem Ansuchen willfahrend — versetzt. (N. M. Z.)

** München, 2. März. (Privat-Korrespondenz. Die Debatte über die den Biertarif betreffenden Anträge wird in der 2. Kammer am Dienstag fortgesetzt werden; am Mittwoch soll dann die Eisenbahnzinsengarantie berathen werden.

Aus München, 2. März, wird der „Augsb. Abendztg" geschrieben: „Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer wird an diese den gutachtlichen Antrag stellen, die bayerische Hypotheken- und Wechselbank zur Ausgabe von weiteren 6 Mill. Gulden in Banknoten zu ermächtigen, wenn diese als Gegenleistung sich verpflichtet, ihre auf Hypotheken- und Annuitätenanleben zu verwendenden Fonds ebenfalls um 12 Mill. zu erhöhen. Bekanntlich war schon mehrmalen von einem ähnlichen Plane die Rede, doch dürfte derselbe in obiger Fassung nunmehr zur wirklichen Entscheidung gelangen. Nachdem die königl Staatsregierung in eben diesem Ausschusse auf's Entschiedenste sich dagegen ausgesprochen hat, die München-Rosenheimer Eisenbahn mit ihren Fortsetzungen nach Salzburg und Kufstein ebenfalls an Private zu überlassen, und da dennoch der Ausschuß sich nicht entschließen kann, auf die bei uns übliche direkte Weise die Eisenbahnschuld zu vermehren, so ist bei Mitgliedern derselben der Plan aufgetaucht, durch ein Lotterie-Anlehen, konform mit dem der bekannten badischen 35 fl.-Loose, die nöthigen Fonds zu beschaffen. Ein hierauf bezüglicher Antrag soll in der nächsten Zeit von dem Abg. Borst eingebracht werden, und derselbe dürfte, wie man vernimmt, nicht geringe Chancen zu seiner Genehmigung auch von Seite des Staatsministerium für sich haben."

* **Preußen.** Das preußische Herrenhaus hat den Gesetzentwurf über Aufhebung des Art. 42 und 114 der Verfassung (wodurch also die gutsherrliche Polizeigewalt wieder hergestellt und den Gutsherrn zugleich die Verwendung der von ihnen verhängten Polizeigeldstrafen zugewiesen wird) in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Hr. Harkort hat jüngst in der zweiten Kammer einen Fall mitgetheilt, in welchem der Gutsherr eine Strafe von 2 Thlrn., die er verhängt, in die Armenkasse des Orts, eine von ihm ebenfalls verhängte Strafe von 20 Thlrn. aber in seine Tasche fließen ließ

× Berlin, 29. Februar. (Privat-Korresp.) Der bereits besprochene Erlaß des evangelischen Oberkirchenraths über die eheliche Einsegnung geschiedener Personen ist den Provinzial-Konsistorien erst zur Begutachtung vorgelegt worden. Er wendet sich gegen die Strenge der Auffassung, welche von vielen Geistlichen bei Ausführung der bezeichneten Trauungen gezeigt wird. Wenn das Gutachten Seitens der Konsistorien eingegangen ist, alsdann wird er einer abermaligen Berathung im evangelischen Oberkirchenrathe unterliegen, und soll erst dann seine Publikation für die Geistlichen erfolgen.

Württemberg. Stuttgart, 2. März. In der gestrigen Sitzung beschäftigte die Kammer der Abgeordneten abermals der Bericht der Legitimationskommission, und zwar über die von 32 Wählern angefochtene Abgeordneten-Wahl in Heidenheim, welche auf den Papierfabrikantten Völter gefallen ist, nach der Tagesordnung. Die Legitimationskommission findet keinen Grund für Beanstandung dieser Wahl. Nur scheint ihr hinsichtlich zweier angeblichen Bestechungsfälle die Bitte an die kgl. Regierung um Mittheilung des Ergebnisses einer etwa einzuleitenden Untersuchung über die angezeigten Fälle als begründet. Probst beantragte im Laufe der Debatte; 1) die Regierung um Untersuchung hinsichtlich der in der Heidenheimer Beschwerdeschrift angezeigten Ordnungswidrigkeiten zu bitten; 2) die Legitimation Völters im Anstand zu lassen, bis die Kammer von dem Ergebniß der Untersuchung in Kenntniß gesetzt sey. Die Kammer genehmigte den ersten Theil dieses Antrags, erklärte aber den Abgeordneten von Heidenheim als legitimirt. Es fehlte fast durchweg an handhaften Beweisen und an greifbarer Erhärtung der erhobenen Einwürfe, und es ist wesentlich hierin der Grund zu suchen, warum ein Theil der Liberalen für die Giltigkeit der drei bisher beanstandeten Wahlen und für Ueberweisung der Wahlbeschwerden an die Regierung zur bloß arbiträren Beachtung, nicht zur direkten Untersuchung gestimmt hat. Weiter beschäftigte sich die Kammer mit dem Bericht der Legitimationskommission über die gleichfalls angefochtene Abgeordnetenwahl in Urach, die auf den Regierungskandidaten Müllerschön gefallen ist. Von dem Gegenkandidaten Gutspächter Raht und einigen Wählern ist auf den Grund dagegen Beschwerde erhoben worden, weil der Oberamtmann vor der Wahl erklärt habe, Raht sey nicht wählbar, weil er früher eine entehrende Strafe erstanden und dadurch die aktive und passive Wahlfähigkeit verloren habe Raht sey jedoch durch die Amnestie von 1841 wieder in seine staatsbürgerlichen Ehrenrechte eingesetzt worden. Der Ausschuß nahm jedoch auf diese Beschwerde keine Rücksicht, weil jedem der Amnestirten ausdrücklich eröffnet worden sey, daß ihnen damit das aktive und passive Wahlrecht nicht wieder zugestanden werde. Auch die Legitimationskommission ist derselben Ansicht und trägt daher auf Legitimirung der Wahl an. Rödinger behauptet jedoch, daß Raht

wählbar sey, indem er sich erstens auf die Amnestie, sodann auf den Ausspruch des Oberkriegsgerichts beruft, welches auf eine Anfrage wegen eines andern, früher mit Nabl in demselben Falle gewesenen Offiziers erklart habe, daß dieser Offizier gar keine entehrende Strafe erstanden habe; es sey dies also auch bei Nabl so. Er trägt daher auf eine Untersuchung und in so lange Suspendirung der Legitimation an. Die Kammer beschließt, diese Frage nochmals an die Kommission wegen Untersuchung über neue Thatsachen zur weiteren Berichterstattung zurück zu ziehen.

Nassau. Wiesbaden, 29. Febr. Hr. Hansemann, der noch immer hier weilt, ist mit seinem Gesuche um Conzession zu einer Zettelbank vorläufig ablehnend beschieden worden. Doch scheint das Projekt noch nicht aufgegeben. (K. Z.)

Oesterreich. Aus den zur Ergänzung des Konkordats abgeschlossenen Separatartikeln entnehmen wir noch folgende: 10) Wenn ein Geistlicher von einem weltlichen Richter wegen eines auf die Religion bezüglichen Verbrechens oder Vergehens, das die Strafgesetze des Reiches ahnden, vor Gericht gefordert wird, so erhebt Se. Majestät keine Schwierigkeit dagegen, daß von dem weltlichen Gerichte erster Instanz, bevor es zur Fällung des Urtheils schreitet, dem Bischofe die Akten ausgehändigt werden, damit er den Beklagten vernehme und Alles thue, was zur kanonischen Aburtheilung der Sache gehört. Nachdem der Bischof in seinem Forum das Urtheil gefällt, wird er es dem weltlichen Richter mittheilen, welcher dann über die Verletzung des bürgerlichen Gesetzes nach Maßgabe des Zivilrechts urtheilen wird. 13) Se. Maj. der Kaiser wünscht, daß die kirchliche Disziplin in ihrer Kraft erhalten werde, und hat sich daher immer bereit gezeigt und wird sich auch ferner bereit zeigen, zum Vollzuge der von den Bischöfen wider die ihnen untergebenen Kleriker gefällten Urtheile die Hülfe des weltlichen Armes zu leihen. Er erwartet aber, daß die Bischöfe, indem sie den weltlichen Arm anrufen, geeignete Erläuterungen, falls man sie von ihnen begehrt, vorlegen; in welchem Falle der Kaiser sich des Rathes einer Kommission bedienen wird, die aus Bischöfen oder anderen Geistlichen unter dem Vorsitze eines Bischofs zusammengesetzt ist. 19) Se. Majestät will in keiner Weise ein Hinderniß legen, daß Brüderschaften oder Vereine, welche die Kirche gutheißt und empfiehlt, errichtet werden und den Werken der Frömmigkeit mit vereinten Kräften obliegen. Doch ist die Gefahr zu verhüten, daß nicht unter dem Namen frommer Verbindungen Umtriebe verdeckt werden, welche zum Schaden des Staates und der Kirche gereichen. Es müssen daher einige Gewährsmittel angewendet werden; indessen wird das Urtheil des Diözesanbischofs über die Errichtung einer Sodalität hochgeachtet werden. 20) Die Erzbischöfe und Bischöfe werden nicht im mindesten gehindert werden, bei den frommen Anstalten Alles, was die Religion und die Lauterkeit des christlichen Lebens anbelangt, kraft ihres Hirtenamtes zu bestellen. Wie sehr aber Se. Majestät wünscht, daß bei den sämmtlichen frommen Anstalten jeder Art Alles recht und der Frömmigkeit gemäß bestellt sey, geht daraus klar hervor, daß in neuester Zeit selbst die Strafgefangenen großentheils der Obsorge religiöser Genossenschaften anvertraut worden sind.

Wien, 29. Febr. Mehrere hiesige Wechselhäuser zahlen bereits seit gestern für das ihnen zur Auswechselung überbrachte Silbergeld kein Agio mehr. Auf der heutigen Börse wurde Silber noch mit 3 pCt. notirt. (K. Z.)

Wien, 29. Febr. Wegen weiterer Reduzirung unserer Armee werden nach der Rückkehr Sr. Maj. des Kaisers von Prag die Vorträge erstattet werden. Wie es heißt, ist die Auflösung eines Bataillons bei jedem Regiment im Antrage, falls in Paris der Friede unterzeichnet wird; vorläufig sollen über Sommer zahlreiche Beurlaubungen aus der Infanterie erfolgen, wodurch abermals Ersparungen im Militärstaat eintreten würden. So wie im verflossenen Jahr wird auch heuer eine Escadre vereinigt, welche zur praktischen Ausbildung des Offizierkorps und der Mannschaft der k. k. Marine längere Fahrten im mittelländischen Meere unternehmen wird. Diese Escadre soll aus 4 Fregatten, 4 Korvetten, 2 kleineren Dampfern und 2 Briggs im Ganzen aus 12 Kriegsschiffen bestehen. Muthmaßlich wird Erzherzog Ferdinand Max das Kommando übernehmen. (A. Z.)

Wien, 1. März. Es verlautete (meldet mit gesperrter Schrift die „Oesterr. Ztg."), daß heute Nachts bezüglich der italienischen Bahnen mit der Staatsverwaltung ein Abschluß erzielt worden sey.

Prag, 29 Februar. Die mit der am 26. Abends erfolgten Ankunft Sr. Maj. des Kaisers Franz Joseph begonnenen Feste zu Ehren der Jubelfeier des hier residirenden Kaiserpaares erhielten ihren Abschluß durch die heutige glänzende Vorstellung des „Tannhäuser" im städtischen Theater. Der wahrhaft herzliche Wetteifer aller Stände in Darbringung von Liebeszeichen an das erhabene Jubelpaar war gleich. Letzterem war aber wohl die liebste Huldigung jene große Zahl wohlthätiger reicher Spenden, welche Adel, Geistlichkeit und Bürgerschaft an Arme und Wohlthätigkeitsanstalten aller Art verabreichten. Die Kaiserin-Mutter hat heute Morgens und der König v. Sachsen eben jetzt Nachmittags Prag verlassen. (A. Z.)

Die „Agramer Ztg." schreibt: Wie wir erfahren, hat Se. Maj. der Kaiser den Herrn Erzbischof von Agram zum Kronkardinal ernannt und ihm das Großkreuz des Leopold-Ordens verliehen. (Süd. Post.)

Dänemark.

Kopenhagen, 1. März. Die Reichstagseröffnung war außerordentlich glänzend, der Erbprinz und der ganze Hofstaat begleiteten den König. Die Thronrede spricht die Hoffnung aus, daß die Versammlung auf feste Zusammenknüpfung aller Theile der Monarchie hinwirken werde, als welche gegen Gefahren von außen schütze, und die innere Entwicklung des Landes sichere. Für die Erhaltung des Friedens dankend, hofft

Roebuck.

(Schluß.)

Herr Roebuck entsagte seitdem der gefährlichen Schießwaffe und beschränkte sich auf Wort und Schrift; da ihm indessen ein Gegner fehlte und er ohne einen solchen nicht leben konnte, wählte er sich Herrn D'Israeli, damals Parlamentsmitglied für Shrewsbury, den er während der großen Freihandelsdebatte wegen seiner Opposition gegen Sir Robert Peel's Pläne rücksichtslos angriff. D'Israeli warf ihn jedoch mit noch rücksichtsloseren Antworten zurück, ja, machte ihn für lange zur Zielscheibe des Unterhauses, weßhalb auch Herr Roebuck 1847 seinen Sitz für Bath verlor. Zwei Jahre mußte er den Verhandlungen fremd bleiben, bis 1849 eine Vakanz für Sheffield seinen Wiedereintritt erlaubte. Von nun an bemühte er sich, eine wichtige Person um jeden Preis zu werden. Eine Gelegenheit bot sich. Lord Palmerston war mit einem Vertrauensvotum für seine ausländische Politik hauptsächlich in der griechischen Frage bedroht, und, obgleich ein Feind der Whigs, warf sich Herr Roebuck zur Rettung Palmerston's auf, stellte den Antrag, des auswärtigen Ministers Politik gut zu heißen und erzielte auch in der Folge seiner harten Anstrengungen für denselben eine glänzende Majorität. Roebuck's Stern leuchtete nun heller und heller. Bei der letzten Generalwahl wieder ins Parlament berufen, mußte er, leider durch Krankheit gezwungen, die Sitzungen meiden, aber als plötzlich die traurigen Kriegsberichte aus der Krim einliefen, raffte er sich vom Krankenlager auf und erschien wie ein Geist der in der Krim Gefallenen inmitten des Unterhauses und verlangte Rechenschaft über die Kriegführung des Aberdeen-Ministeriums. Sein Antrag bewirkte die berühmte Sebastopol-Untersuchungs-Komite, die vielleicht die englische Armee von gänzlichem Untergange rettete und wahrscheinlich eine neue Aera derselben begründete.

Als das Aberdeen-Ministerium gefallen und aus den Ruinen desselben das Palmerston-Kabinet gebildet worden, stand Roebuck wieder auf und klagte Gladstone, Herbert und Sir J. Graham russischer Tendenzen an; die drei Friedensminister mußten abtreten und Lord Palmerston ward gezwungen, gegenüber dem Lande den Krieg mit der äußersten Energie zu führen. Für diese mannigfachen Bemühungen ward Herr Roebuck von der Stadt Sheffield mit einem Geschenk von 1500 L. beehrt, weil seine finanziellen Verhältnisse nicht sehr glänzend aussahen. Lord Palmerston zeichnete ebenfalls 10 L. zu dieser parlamentarischen Unterstützung.

Im Ganzen genommen, flüsterte mein Freund, als einige Herren hinter uns ebenfalls über denselben Gegenstand sprachen und Herr Roebuck Mangel an Takt und Delikatesse vorwarfen — im Ganzen genommen ist Herr Roebuck ein ungenirtes Element. Er hat mehr als zuviel Ambition, die er aber geschickt genug hinter einer Art Patriotismus versteckt. Unverheirathet, ohne Familie, scheint er eine gewisse Unabhängigkeit zu lieben, die oft seinem excentrischen Wesen zu Gute kommt. Er ist nun ein weltberühmter Mann, das Ziel seines langen Strebens und im Besitze dieses langersehnten Schatzes ist er klug genug, sich nicht über Gränzen zu wagen, außerhalb welcher er eher verlieren als gewinnen würde. Herr Roebuck hat ein sehr nützliches Buch über die Kolonien Englands geschrieben, außerdem die Geschichte der Whig-Partei von 1830.

der König auch künftige Fernhaltung drohender Verhältnisse. Diesmal keine großen Gesetzesvorlagen, da nächstens eine außerordentliche Sitzung stattfinden soll. (T. D. d. A. Z.)

Großbritannien.

London, 29. Febr. Im Unterhaus erzählte man sich, mehrere irische Mitglieder seyen durch die Spekulationswuth des verstorbenen Sadleir beinahe an den Bettelstab gebracht, und würden sich gezwungen sehen, ihr Mandat niederzulegen. (Allg. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 29. Febr. Bemerkenswerth ist der Umstand, daß Hr. **Auber**, der Direktor der kaiserlichen Kapelle, vorgestern den Befehl erhalten hat, ein eigenes Te Deum zur Feier des Friedens (wenn er zu Stande kommt!) in der Kirche von Notre-Dame zu komponiren. (K. Z.)

Paris, 2. März. Der heutige „Moniteur" berichtet, daß fünf der unlängst verurtheilten Studenten in Folge der Verwendung des Professors **Nisard** begnadigt worden sind. (T. D. d. K. Z.)

Asien.

Die britischen Dampfer „Ajdaha" und „Viktoria" sind zur Wahrung englischer Interessen aus Ostindien nach dem persischen Golf entsendet worden.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Paris, 1. März. Die Nachricht des heutigen „Constitutionnel", derzufolge die Verbündeten des 2. Dezember keine Verlängerung des Waffenstillstandes bewilligen wollen, erregte höchsten Orts großen Unwillen. Der politische Direktor des genannten Blattes wurde deßhalb zu Herrn Collet-Maygret beschieden, der ihm wegen dieser Veröffentlichung einen derben Verweis gab. Diese Nachricht scheint übrigens doch begründet zu seyn, da sie dem „Constitutionnel" durch eine Indiskretion des Hrn. v. Bourqueney zu Ohren kam. So schreibt man der „Köln. Ztg."

Brüssel, 2. März. Die „Independance" meldet offiziell aus Paris: Gestern fand die **dritte Sitzung** der Konferenz statt. Die **Friedenspräliminarien für alle casus belli wurden definitiv unterzeichnet**. Die **Russen** haben **alle Forderungen der Westmächte beinahe ohne Widerspruch zugestanden**. Man glaubt, die morgige Kaiserrede werde den Frieden als endgültig geschlossen anzeigen.

* Vorstehende Depesche läuft mit viel Lärm durch alle Blätter; betrachtet man sie genau, so ist am Ende nicht viel daran. Vor Allem: wie kann die „Independance" etwas **offiziell** über die Konferenzen melden? Man weiß, daß sie keine offiziellen Mittheilungen darüber erhält. Sodann: was bedeutet die definitive Unterzeichnung der Friedens-Präliminarien? Nichts, als daß jetzt die Punkte förmlich feststehen, worüber unterhandelt werden soll; der Ausgang der Unterhandlungen aber ist noch immer so ungewiß, als je. Auch die „Morning-Post" (Organ Palmerston's), welche ebenfalls meldet, daß in der dritten Konferenz-Sitzung am 1. März die Friedens-Präliminarien unterzeichnet wurden, bestätigt unsere Behauptung durch den Zusatz, daß die Bedingungen derselben übereinstimmen mit den österreichischen Vorschlägen, d. h. den bekannten fünf Punkten, die **vorläufig** bereits von allen Theilen angenommen waren, und nun am 1. März erst **in aller Form** zur Grundlage der Unterhandlungen erhoben wurden. Nach der aus Brüssel datirten Depesche könnte man glauben, daß die Konferenzbevollmächtigten in der Sitzung vom 1. d. bereits über die den verschiedenen Präliminarpunkten zu gebende Entwickelung und Deutung einig geworden seyen. Dem ist aber, wie aus der Nachricht der „Morning-Post" erhellt, und wie wir eben darlegten, nicht so. Die Feststellung der weitern Einzelheiten steht noch bevor.

Uebrigens wollen wir diese Ungenauigkeit nicht der „Independance" in die Schuhe schieben; wahrscheinlich liegt die Schuld wieder an dem telegraph. Correspondenz-Bureau von Wolff in Berlin, von wo aus diese Depesche an viele deutsche Blätter versandt worden ist; genau nimmt es dieses Bureau mit den Auszügen aus andern Blättern, die es weiter besorgt, eben nicht. Das sieht man aus der neulichen, von demselben Bureau verbreiteten Nachricht über die 2. Konferenz-Sitzung. Die Nachricht war auch aus der „Independance" entnommen, aber wie? Was dort nur andeutungsweise unbestimmt und mit allem Vorbehalt über Kars, Bomarsund, die Alands-Inseln ꝛc. gesagt war, das gab diese Depesche als sichere Thatsache. Wir schenkten ihr gleich anfangs keinen Glauben, und begleiteten sie deßhalb mit einem Fragezeichen. Es zeigt sich nun, daß wir sehr Recht hatten. Nebenbei sehen wir auch, daß die „Oesterreich. Corresp." und die „N. Münchn. Ztg.", welche neulich meldeten, die Friedens-Präliminarien seyen schon in der 1. Sitzung unterzeichnet worden, falsch berichtet waren. Das wäre nun so ein Pröbchen von der Unzahl Gerüchte, die jetzt über die Pariser Konferenzen ausgestreut und — geglaubt werden. Mit dem Uebrigen wollen wir jedoch unsere Leser verschonen.

Vom nördlichen Kriegsschauplatz.

Helsingör, 29. Febr. Die ersten englischen Kriegsschiffe „Samson", „Falcon" und „Pylades", sind von England hier angelangt, und die Schrauben-Fregatte „Imperieuse", von 51 Kanonen, mit der Flagge des die ganze Vorhut befehligenden Kommodore R. B. Watson, ist heute durch den Belt gesegelt.

Aus dem Orient.

Rom, 23. Febr. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Papst eine außerordentliche **Mission** zur Regelung der Lage der Christenheit in Konstantinopel einsetzen wird. Geschäfts- und Hofleute sprechen davon wie von einem bestimmten Projekt.

* Nach dem Texte des am 21. Februar in Konstantinopel veröffentlichten Hatischeriss ist den **Europäern das Recht des Grundbesitzes** in der Türkei zugestanden; vollständige zivilrechtliche Gleichstellung der Türken mit den Christen, wogegen Letztere steuer- und militärpflichtig sind; das Stellvertretungsrecht bleibt ihnen vorbehalten; alle unehrenden Benennungen sind sowohl in öffentlichen Dokumenten als Privat-Konventionen verboten; die Ernennung der Patriarchen ist lebenslänglich, die Geistlichkeit bekommt eine feste Besoldung und die Kirchengüter werden durch ein aus Glaubensgenossen bestehendes Komite verwaltet; es werden gemischte Tribunale errichtet; der Unterricht, unter der Aufsicht gemischter Kommissionen, ist frei. Das Dekret des Sultans wurde in einer Million Exemplaren vertheilt. — Außerdem werden auch andere Reformen erfolgen. So z. B. wird den Provinzial- und Gemeinderäthen die Initiative zur Vornahme und Unterstützung öffentlicher Arbeiten anheimgegeben, sowie Errichtung von Banken zur Regulirung des Münzsystems.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 3. März. Die Börse war überaus günstig gestimmt und wurden für österr. Fonds, Kredit-Aktien, Staatsbahnaktien höhere Kurse bewilligt, konnten sich jedoch auf der anfänglichen Höhe nicht behaupten.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 335 bis 332 und Homburger-Landesbankaktien wurden zu 288 90 92 94 96 92 90 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 91½ P. 91 G.
" 5pCt. Metall. alte 84½ P. 84¼ G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. — P. 87½ G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 84½ P. 84 G.
" 4½pCt. " 77¾ P. 77½ G.
" 4pCt. " 69 P. 68½ G.
" 3pCt. " 53½ P. 53 G.
" 1pCt. " 17 P. 16¾ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1280 P. 1275 G.
Oesterreichische Credit-Actien 255 P. 250 G.
Oesterrechische 500 fl. Loose — P. — G.
" 250 " " von 1839 — P. 136 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 112½ P. 112 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 322 P. 320 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101½ G.
" 4½pCt. " 100¾ P. 100½ G.
" 4pCt. " — P. 95 G.
" 3½pCt. " — P. 87 G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 95⅞ P. 95⅜ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 162½ P. 162 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 127 P. 126½ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88½ P. 88 G.
Würtemberg 4½pCt. Obligationen 103 P. 102½ G.
" 3½pCt. " 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89 P. 88½ G.
Badische 50 fl. Loose 78¼ P. 77¾ G.
" 35 " " — P. — G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 4pCt. " 100 P. 99½ G.
" 3½pCt. " 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
" " 25 " " 32¾ P. 32½ G.
Darmstädter Bankaktien 365 P. 360 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 42⅜ P. 42⅛ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 63 P. 62½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30½ G.

Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
„ 3½pCt. „ 93 P 92½ G.
Frankfurter Bankaktien 122½ P. 122 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 331 P. 329 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 82 P. 81½ G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 39½ P. 39¼ G.
„ 1pCt. neue 24⅞ P. 21⅝ G.
Holland Integrale 64½ P. 64 G.
„ Certificate 4pCt. — P. 94 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¾ P. 100½ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120¼ P. 120 G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i.S.Lr. 250 k.S 101½ P 101¼ G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅛ P 100⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94⅝ P. 94⅜ G
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S 96⅝ P. 96⅜ G.	Lyon Frs. 200 k S 94½ P. 94¼ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89¼ P 89 G.	Wiend. 100 C. k S. 116¾ P. 116½ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 115¾ P. 115½ G.

Disconto — P. 3pCt. G.

* **Amsterdam**, 29. Febr. (Privat-Korrespondenz.) Wir hatten seit v. W. wieder mildes Wetter, nur selten Regen. Mit Getraide war es äußerst stille und flau, seit langer Zeit war der Umsatz nicht so sehr unbedeutend; es fehlte durchaus an Frage, sowohl für Konsum als zum Export und ungeachtet sowohl Waizen- als Roggen-Preise eine ziemlich fühlbare Reduktion erfuhren, Erstere von etwa f. 40, Letztere von etwa f. 20 per Last, würden sich dennoch einigermaßen entsprechende Verkäufe heute noch nicht effektuiren lassen. Zuletzt wurde 128.129 Pfd. n. r. Geldersicher Waizen a 420.430; 122.123 Pfd. ger. r. Norder a f. 345; 119.123 Pfd. ger. w. Friesischer a f. 350 bis 368; von Roggen 118 Pfd. n. inländ. a f. 295 begeben. Anerbietungen sind indessen mit Rücksicht auf die sehr flaue Haltung auffallend gering. Auch Gerste ist ca. f. 10 niedriger anzunehmen: 97.99 Pfd. n. Fries. Winter f. 192.200. Hafer 97 Pfd. dicker f. 138. Buchwaizen 122 Pfd. Holstein f. 264; 116 bis 120 Pfd. inl. Veen f. 241.253.

Auch heute flaue Stimmung für Getraide, besonders für Waizen, und Käufer so zu sagen fehlend. Inländ. Roggen b. Partie zu vorigem Preise erlassen, einz. Lasten an Konsum allenfalls noch abzusetzen. Gerste sehr gedrückt, vielleicht ließe sich 112 Pfd. dänische a f. 225 als f. 15 niedriger losbringen, man bietet f. 25 Erniedrigung.

PS. 4½ Uhr. Waizen: 129 Pfd. weißb. poln f. 625; 130 Pfd. bunt do. f. 620, einz. Lasten an Konsum. Roggen desgleichen, 124 Pfd. Anclam f. 365; 218 Pfd. n. inländ. f. 295; 117 Pfd. do. auf Lieferung f. 285 also f. 5 niedriger b. Kleinigkeit. Schließlich noch 30 L. 123 Pfd. Donau a f. 335 begeben, ebenfalls niedriger. Buchwaizen unverändert, 117.119 Pf. ostfries. f. 244.250.

Nichtpolitische Zeitung.

Weimar, 29. Februar. Wie bereits mitgetheilt, wurde vorgestern und gestern vor dem hiesigen Kreisgericht ein Kriminalprozeß wegen Fälschung Schiller'scher Handschriften in großer Masse und deren betrüglichem Verkauf verhandelt. Der dieses Verbrechens Angeklagte war der hiesige Architekt und Geometer v. Gerstenbergk, eine in mehrfacher Hinsicht übelberufene und schon in ihrer äußern Erscheinung die Spuren eines ebenso trotzigen, frechen wie verschmitzten Wesens zeigende Persönlichkeit. Bei dem Vertriebe der falschen Handschriften am meisten betheiligt, jedoch, soweit es der Gang der Verhandlungen herausstellt, als selbst Betrogene daher auch als Kläger wegen Betrugs gegen Gerstenbergk aufgetreten, erscheinen der hiesige Bibliotheksdiener Große und die seit dem Beginn der Untersuchung verstorbene verwittwete Geh. Hofräthin Riemer. Von Letzterer ist namentlich eine sehr bedeutende Partie solcher Handschriften an die kgl. Bibliothek zu Berlin (179 Seiten für den Preis von 60 Friedrichsdor), von Große u.A. für über 1400 Thlr. (!) an die Tochter Schillers, Frau v. Gleichen-Rußwurm, verkauft worden, außerdem noch viele einzelne an verschiedene Privaten. Der Angeklagte leugnete hartnäckig die Fälschung und gab verschiedene Bezugsquellen an, aus denen er die Handschriften erworben haben wollte Aber alle Zeugen, auch die von ihm selbst aufgerufen, straften seine Behauptungen mehr oder weniger entschieden Lügen. Die Nachahmung der Schiller'schen Handschrift ist übrigens nicht ohne Geschick vollzogen, was schon daraus hervorgeht, daß die eigene Tochter Schillers, A. v. Humboldt und mehrere hiesige Personen, welche Schiller gekannt und mit ihm verkehrt haben, sich täuschen ließen. Der zu zwei Jahren Arbeitshausstrafe Verurtheilte hat übrigens gegen das Urtel Appellation eingelegt. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

London. Unterhaussitzung vom 29. Febr. Die Resolution **Roebuck's**, welche einem Tadelsvotum in Bezug auf die neue Krimkommission gleich kommt, und deren Wortlaut wir bereits mitgetheilt haben, wird zur Sprache gebracht. Roebuck erinnert zuvörderst an die vor einem Jahre umlaufenden Gerüchte über die Leiden des englischen Krim-Heeres. Das Kabinet habe eine Kommission ernannt, um sich an Ort und Stelle über die Lage des Krim-Heeres zu unterrichten. Als Kommissäre seyen die Herren Sir J. M'Neill und Oberst Tulloch auserkoren worden. Ihr erster Bericht sey vom Juni datirt und stimme durchaus mit den Resultaten der vom Parlamente geführten Untersuchung überein. Das Benehmen Lord Lucan's, des Earl v. Cardigan und anderer Offiziere werde in diesem Berichte getadelt. Nun aber habe die Regierung das Benehmen ihrer eigenen Kommissäre einer Untersuchung unterzogen und dieselben förmlich in Anklagestand versetzt. Die Regierung habe zuerst ein Paar Männer gewählt, zu welchen sie Zutrauen gehabt habe; hinterher habe sie einen Theil ihres Berichtes unterdrückt, und jetzt versetze sie dieselben in Anklagestand. Die neue Kommission (zur Prüfung des Berichts) bestehe aus einigen alten Herren, auf welche man recht wohl die vor Kurzem im Parlamente in Bezug auf die altersschwachen irischen Richter gemachten Bemerkungen anwenden könne. Lord **Palmerston** bemerkt, es sey behauptet worden, in der Ernennung der Militär-Kommission liege ein Vorwurf gegen die beiden Kommissäre. Dem sey jedoch nicht so. Die Regierung sey mit dem Verhalten derselben äußerst zufrieden und habe nicht im Geringsten die Absicht gehabt, irgend etwas ihre Ehre Verletzendes zu thun. Auf der anderen Seite hatten die in dem Kommissionsbericht getadelten Offiziere gerechten Anspruch darauf, sich zu vertheidigen und ein besserer Weg, ihnen die Gelegenheit dazu zu bieten, als die Ernennung einer aus Generalen bestehenden Kommission sey nicht wohl denkbar. (Schließlich zog, wie schon gemeldet, Roebuck seinen Antrag zurück, da er sah, daß die Mehrheit des Hauses gegen ihn war.) (K. Z.)

Petersburg, 23. Febr. An alle Behörden des Landes ist folgendes Reskript erlassen worden: „Nachdem zur allerhöchsten Kenntniß die Nachricht von Umständen gebracht worden ist, die Bezug haben auf das an verschiedenen Orten entstandene Agio von klingender Münze und auf den sich fühlbar machenden Mangel derselben in der Zirkulation, besonders aber der Scheidemünze, hat der Kaiser nach genommener Einsicht darüber, daß der Mangel unter Anderem aus unzulässigen Handlungen gewisser Kassirer, Einnehmer und Pächter entsteht, welche Zahlungen in klingender Münze empfangen, aber die von ihnen abzuführenden Summen an die Kasse in groben Kredit-Billetten abliefern, zu befehlen geruht: Es sollen die Handlungen der Kassirer und aller anderen Einnehmer der strengsten Ueberwachung unterzogen und diese Personen verpflichtet werden, die von ihnen einzuzahlenden Summen durchaus in derselben Münze in die Staatskasse abzuführen, in der sie dieselben eingenommen haben. Wenn entdeckt wird, daß irgend Jemand der besagten Personen sich untersteht, auf Agiotage Spekulationen sich einzulassen, und hierzu die bei ihm eingehenden Gelder benutzt, so soll er den durch die Wuchergesetze bestimmten Strafen unterzogen werden 2c. 2c."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 65. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | **53. Jahrgang.** | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 5. März 1856

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Die der 2. Kammer zur Berathung vorliegenden 10 Anträge von Bräuerinnungen verschiedener Städte, sowie von Abgeordneten über Regulirung des Biersatzes rc., bezwecken in der Hauptsache 1) Revision des Tarifs von 1811 oder dessen gänzliche Aufhebung, 2) Neubildung der Biertaxdistrikte, 3) Gestattung des Schenkpreises bei Verleitabgabe des Bieres aus den Bräuereien über die Gasse, 4) Ausgleichung der bei der Taxberechnung sich ergebenden ungeraden Pfennige, 5) Vereinfachung des Verfahrens bei Gesuchen um Verleitabgabe der Bieres unter der Taxe, 6) Sicherung der Bräuer gegen unverschuldete Strafen und Konfiskationen durch ein schützendes Verfahren bei eintretenden Bieruntersuchungen, 7) Vorrücken des Termines zum Einsieden von Winterbier und 8) Aufhebung oder Milderung des Verbotes der Nachbierabgabe an die Wirthe. Die Anträge des Ausschusses über diese Punkte haben wir in Nr. 61 unseres Blattes schon mitgetheilt. Nr. 5 jener Anträge wurde vom Ausschuß in der 43. Sitzung der 2. Kammer dahin abgeändert, daß bei polizeilichen Untersuchungen wegen geringhaltigen oder verdorbenen Bieres das Gutachten auch von einem im öffentlichen Dienste stehenden Chemiker (nicht bloß vom Apotheker und Gerichtsarzt) erholt werden kann. Ferner geht eine Modifikation des Abg. Nar zu Ziff. 5 dahin, den Bräuern die Freiheit zu überlassen, welchem Gerichtsarzt und Apotheker sie die Untersuchung des Biers überlassen wollen — damit den Bräuern eine größere Freiheit in der Wahl der Sachverständigen zustehe; sowie das Wort „übereinstimmendes" vor den Worten „Gutachten des k. Gerichtsarztes und Apothekers" (über den Gehalt des Bieres) wegzulassen. Sodann beantragt Abg. Wagner in Ziff. 3 (wenn der Bierpreis auf ungerade Pfennige ausgeht) die Worte „auf Antrag der betr. Bräuer" hinwegzulassen, um den bezüglichen Antrag (auf Ausgleichung durch Einführung von 2 Tax-Perioden) auch dem Publikum anheim zu geben. Zu Ziff. 1 (Eintheilung der Taxdistrikte) beantragt Graf Buttler, daß der Antrag auf neue Eintheilung derselben von der Mehrzahl der betheiligten auszugehen habe. Der Abg. Simmerl endlich will, daß es nur heiße: „von Betheiligten", statt „von den Betheiligten".

Im neuesten Einlauf der Kammer der Abgeordneten befindet sich ein Antrag des Abg. Dr. Weis, „die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen Abkürzung der Verjährungszeit der Forderungen der Gewerbsleute und Kleinhändler an ihre Kunden betr." — Antrag des Frhrn v. Closen: „die Militärpensionen betr." — Antrag des Abg. Frhrn v. Closen: „die seinerzeitige höhere Besteuerung des Verbrauches von Tabak betr."

τ Der Vortrag, welchen der Abgeordnete Scherf in der 43. Sitzung der 2. Kammer zur Unterstützung des mehrerwähnten Antrags des Distriktsrathes von Klingenberg gehalten hat, lautet wie folgt:

„Meine Herren! Wie Ihnen so eben von dem geehrten Herrn Referenten vorgetragen worden ist, hat der Ausschuß den Antrag des Distriktsrathes von Klingenberg, die Konkurrenzpflicht der Standesherren zu den Distriktsumlagen betr., zur Kompetenz der Kammer gehörig erachtet, und ich erlaube mir, diesen Gegenstand mit einigen Worten zu motiviren. Wie Sie aus dem Vortrage des Herrn Referenten bereits vernommen haben, bezweckt die Vorstellung des Distriktsrathes von Klingenberg eine authentische Interpretation des Art. III. Ziff. 1 des Umlagegesetzes vom Jahre 1819 und des Art. XXXI. des Distriktsrathsgesetzes vom 28. Mai 1852, in dem Sinne, daß die in erstgenannter Gesetzesstelle den Standesherren eingeräumte Befreiung von Umlagen auf die Distriktsumlagen sich nicht erstrecke, sondern bloß auf die Gemeindeumlagen im wahren technischen Sinne des Wortes sich beschränke. Es ist dieses Bedürfniß hervorgerufen worden durch eine Anzahl in der neueren Zeit ergangener Entschließungen des Ministerium des Innern, des Inhaltes, daß die Standesherren hinsichtlich ihrer Konkurrenzpflicht zu den Distriktsumlagen wie schon früher auch jetzt noch nach dem Erscheinen des Distriktsrathsgesetzes in gleicher Weise wie bei den Gemeindeumlagen privilegirt, nämlich nur in so ferne konkurrenzpflichtig seyen, als sie privatrechtliche Vortheile aus dem Distrikts- oder Gemeindeverbande zögen. Als solche privatrechtliche Vortheile lassen dieselben Entscheidungen nur die äußerst selten vorkommenden unmittelbaren Nutzungen aus Privatvermögenstheilen der Gemeinde oder des Distriktes, nicht aber auch die ungleich wichtigere Theilnahme an der Benützung der öffentlichen Anstalten des Distriktes, z. B. der Distriktsstraßen, Krankenhäuser u. s. w. gelten, und so kommt es, daß die Standesherrschaften in den meisten Fällen nach dem angeführten Prinzipe von der Beitragsleistung zu Distriktsumlagen gänzlich befreit bleiben. Dieses ist eine große Belastung für alle diejenigen Steuerpflichtigen, die sich mit einer Standesherrschaft in einem Distrikte befinden, indem die Steuerpflichtigen die Anstalten des Distriktes ohne Mitwirkung der Standesherrschaft, die oft gerade die kostspieligsten derselben, nämlich die Distriktsstraßen, z. B. zur Holzfuhr, am stärksten benützt und verdirbt, herstellen und unterhalten müssen. Das ist der Fall bei dem Distrikte Klingenberg. Im Orte Eschau, welches zu diesem Distrikte gehört, besitzt die Standesherrschaft einen bedeutenden Wald, aus welchem Walde jährlich 4—5000 Klafter Holz geschlagen werden. Dieses Holz wird nun alles auf der von Eschau nach dem Maine führenden Distriktsstraße geführt, hieraus erwächst natürlich eine große Belastung für diesen Distrikt dadurch, daß die Straße durch diese 4—5000 Holzfuhren ruinirt wird. Die Steuerpflichtigen allein sind aber hiedurch belästigt, denn sie allein müssen diese Straße unterhalten. Es ist daher Abhülfe auf legislativem Wege dringend nothwendig, und dieser Zweck wird erreicht, wenn die in dem Antrage angeregten Gesetzesstellen authentisch interpretirt werden. Ich erlaube mir, der hohen Kammer diesen Gegenstand aufs wärmste zu empfehlen, da er die Interessen so vieler Steuerpflichtigen berührt." (Der Antrag wurde bekanntlich von der Kammer zu weiterer Berathung zugelassen.)

München, 4. März. Se. Maj. der König haben den Rechtspraktikanten Kaspar Jung von Hirschaid, dermalen zu Pleinfeld, zum 2. Assessor des Landgerichts Babenhausen ernannt. (N. M. Z.)

Ueber die Ministerkrisis wird dem „K. f. R." von München geschrieben: „Schon seit mehreren Tagen sind hier anhaltende Gerüchte über eine Ministerkrisis im Umlaufe, die zu verschiedenen Auslegungen Veranlassung geben. Gewiß ist, daß Frhr. v. d. Pfordten sowohl wegen der Eisenbahnfrage als auch wegen der äußern Politik an entscheidender Stelle auf Hindernisse gestoßen seyn soll und, wenn er auch vorläufig das Ministerium des Aeußern noch inne hat, doch bald eine Reise nach Frankreich zur Erholung antreten wird. Andererseits ist der Justizminister nicht in der Lage, die in Aussicht gestellten Vorlagen über Gerichtsorganisation jetzt schon zu machen, während die Kammer dann nothwendig wieder in Unthätigkeit verfallen muß, und die Erledigung des Budget noch weiter hinausgeschoben wird."

Die Angelegenheit wegen des Ausschreibens des erzbischöflichen Generalvikariats Bamberg in Bezug auf die Thätigkeit des jungen Clerus in der Presse ist noch nicht beendigt. Der derzeitige Redakteur des „Bamberger Volksblattes", Domkaplan Hiltner, hat nämlich den mehrerwähnten Erlaß des Generalvikariats wörtlich in seinem Blatte abdrucken lassen, und in der beigesetzten Erklärung der Redaktion findet die Regierung von Oberfranken eine Verletzung der dem erzbischöflichen Generalvikariat schuldigen Hochachtung. Die genannte Kreis-Regierung hat deßhalb beim Generalvikariat Bamberg den Antrag gestellt, daß gegen Kaplan Hiltner Untersuchung eingeleitet und Strafe verfügt werde. — Demgegenüber ist auch die Thatsache von Interesse, daß nicht nur fast alle Mitglieder des Domkapitels ihre Anerkennung über die gute Haltung

des „Bamb. Volksbl." geäußert haben, sondern daß sogar Hr. Generalvikar Deinlein sich bisher um das Blatt sehr angenommen und selbst den Ausfall an den Kosten gedeckt hat.

München, 4. März. Der Einlauf der Kammer der Reichsräthe enthält 34 Eingaben der Geistlichkeit betreffs der Kapitalrentensteuer. (M. B.)

Preußen. Berlin 1. März. Dem „Alt. Merk." wird aus Berlin geschrieben: „Die Potsdamer Depeschen-Affaire wird fortwährend mit großer Heimlichkeit umgeben, und das führt leider zu den unliebsamsten Versionen über das Thema. So viel steht fest, daß nicht nur Privatbriefe verrathen und an die bekannte (?) Gesandtschaft in Hannover im Inhalt verkauft, sondern daß von Anfang an alle hier eingegangenen russischen Depeschen, namentlich militärischen Inhalts, den Gegnern bekannt geworden sind. Man ist im Publikum sehr gespannt darauf, welche Stellung ein gewisser hoher Beamter der Oberrechnungskammer dabei eingenommen hat. Deßgleichen soll sich ein bekanntes Mitglied der Rechten kürzlich in dem Salon eines Gesandten eine Darstellung der Angelegenheit erlaubt haben, welche die äußerste Mißbilligung findet, und, wie wir hören, zu weitern unangenehmen Folgen führen soll."

* **Württemberg.** Stuttgart, 3. März. Heute wurden in gemeinschaftlicher Sitzung beider Kammern zwei neue Mitglieder in den Staatsgerichtshof gewählt (für den verstorbenen Direktor v. Baur und den ausgetretenen Staatsrath Pfizer), nämlich Prof. v. Kuhn aus Tübingen und Frhr. G. v Berlichingen.

§ **Oesterreich.** Wien, 29. Februar. (Privat-Korresp.) Der Handelsstand aus Groß-Kikinda, welcher einen bedeutenden Verkehr mit Bosnien unterhält, hat dem Handelsministerium die Anzeige gemacht, daß die türkischen Behörden in Bosnien dem Handelsverkehre neuerdings wieder mehrfache Schwierigkeiten in den Weg legen und dem Wortlaute des mit der Pforte abgeschlossenen Handelsvertrages zuwider die Ausfuhr der von österreichischen Kaufleuten in Bosnien gekauften Produkte mit Abgaben belegen, die sich in dem zwischen Oesterreich und der Türkei vereinbarten Mauthtarife nirgends vorfinden. Namentlich wird darauf hingewiesen, daß der österreichische Kaufmann, welcher die angekauften Produkte auf türkische Schiffe verladet, um sie nach Semlin zu bringen, nicht nur den 4proz. türkischen Ausfuhrzoll, sondern auch noch den 4proz. Zoll an die serbischen Behörden entrichten muß, sobald er an den Gränzen des Fürstenthums vorüberschifft. Der Handelsstand hat nun an das Ministerium die Bitte gerichtet, die entsprechenden Schritte in Konstantinopel einzuleiten, damit diesem Unfuge, der den Handelsverkehr wesentlich belästigt, gesteuert werde. Das türkische Ministerium dürfte aber um so eher geneigt seyn, diese wohlbegründeten Vorstellungen zu berücksichtigen, als österreichischerseits die Verbindlichkeiten streng beobachtet werden, welche in dem österreichisch-türkischen Handelsvertrage stipulirt sind, und der türkische Unterthan auf dem österreichischen Gebiete ohne Beschränkung mit allen Landesprodukten Handel treiben kann.

Wien, 1. März. Anläßlich einer vorgekommenen Anfrage und Beanstandung der Zulassung eines Israeliten zur Advokatenprüfung in Pesth hat das Justizministerium entschieden, daß diese Zulassung durchaus keinem Anstand unterliegen könne, wenn die im Allgemeinen vorgeschriebenen Erfordernisse nachgewiesen werden. (Allg. Z.)

Dänemark.

× Berlin, 2. März. (Privat-Korrespondenz.) Die Verhandlungen der Sundzoll-Konferenz zu Kopenhagen sind bis jetzt nur als Bruchstücke zu betrachten. Es ist über die Thätigkeit der Konferenz noch weiter nichts bekannt, als daß die dänische Regierung ihre Vorschläge gemacht hat, und über die Tragweite derselben hüllt sich auch noch einiges Dunkel. Die Vorschläge der dänischen Regierung gehen bekanntlich darauf hinaus, den Sundzoll zur Ablösung gegen Zahlung bestimmter Summen zu bringen. Wie man erfährt, sind die Einnahmen aus dem Sundzoll auf durchschnittlich 2,250,000 dänische Thaler (1,720,000 preußische Thlr.) veranschlagt, das Ablösungs-Kapital auf den 25fachen Betrag der Sundzoll-Einnahmen, auf ungefähr 56,250,000 dänische Thlr., festgesetzt. Bei der Vertheilung dieser Ablösung auf die verschiedenen Staaten hat Dänemark für sich die Summe von 21,000,000 Thlr. berechnet, so daß noch ein Rest von 35,000,000 dänische Thlr. oder 26,750,000 preußische Thlr. auf die übrigen betheiligten Staaten zur Vertheilung kommen würde. Bis jetzt sind Erwiderungen auf die Vorschläge der dänischen Regierung noch nicht eingegangen, da die Bevollmächtigten von ihren Regierungen nicht alle so weit instruirt waren, daß sie im Stande gewesen wären, die Ansichten derselben über die dänischen Propositionen mitzutheilen. Man nimmt an, daß Nordamerika den Vorschlägen Dänemarks in keiner Weise geneigt ist, daß es vielmehr die freie Sundschifffahrt nur gegen eine mäßige Abgabe von Leuchtthurm- und sonstigen Gebühren erhalten will. Dänemark scheint nun die Verhandlungen mit den übrigen Staaten wenigstens zu dem Punkte gelangen lassen zu wollen, daß sie sich einverstanden mit der Billigkeit der gestellten Forderung erklären, wodurch gewissermaßen eine rechtliche Fundirung des Sundzolls und der Ablösung desselben gegeben seyn würde. Es darf jedoch sehr zweifelhaft seyn, daß die europäischen Staaten sich zu dieser Forderung verstehen werden; nur einige derselben, wie Hamburg, Mecklenburg, Rußland u. s. w. suchen die Forderung Dänemarks auf alle Weise zu unterstützen.

Der vollständige Reichsrath (nicht der Reichstag, wie es in der gestern mitgetheilten tel. Depesche der „Allg. Z." hieß) für die dänische Monarchie ist am 1. März zum ersten Male in Kopenhagen zusammengetreten. Der Reichsrath ist durch die Gesammtstaatsverordnung vom 28. Januar 1852 ins Leben gerufen worden. Er bestand ursprünglich nur aus 20 vom König ernannten Mitgliedern, die bereits zweimal (1854 und 1855) versammelt waren. Jetzt tritt er zum ersten Male vollständig zusammen und zählt 80 Mitglieder (worunter die 20 vom König ernannten, so wie theils von den Repräsentationen der einzelnen Landestheile — Reichstag, Provinzialständeversammlungen von Schleswig und Holstein, Lauenburgische Stände — gewählte, theils aus allgemeinen Zensuswahlen hervorgegangene). (N. Z.)

Großbritannien.

London, 1. März. Der Gemeinderath der City beschloß vorgestern einstimmig, dem Admiral Sir E. Lyons das Bürgerrecht („in einer goldenen Kapsel von 100 Guineen im Werth") zu verehren.

Frankreich.

Paris, 3. März. Die Rede, mit welcher der Kaiser heute Nachmittag um 1 Uhr die Sitzung des gesetzgebenden Körpers und des Senats dieses Jahres eröffnet hat, lautet nach den heutigen Abendblättern folgendermaßen:

„Meine Herren Senatoren und Abgeordnete: Als ich Sie das letzte Mal zusammenberief, beherrschten nur ernste Besorgnisse. Die verbündeten Armeen erschöpften ihre Kräfte bei einer Belagerung, wo die Hartnäckigkeit der Vertheidigung am Erfolge zweifeln ließ. Das ungewisse Europa schien das Ende des Kampfs abwarten zu wollen, um sich auszusprechen. Zur Fortführung des Kriegs verlangte ich eine Anleihe, welche Sie einstimmig bewilligten, obwohl dieselbe übermäßig scheinen konnte. Die Steigerung der Lebensmittelpreise bedrohte die arbeitende Klasse mit allgemeinem Ungemache, und eine Störung im Münzsysteme ließ eine Verminderung der Geschäfte und der Arbeit befürchten. Aber Dank Ihrer Mitwirkung und der in Frankreich und England entwickelten Energie, Dank vor Allem der Hülfe der Vorsehung, diese Gefahren sind, wenn auch noch nicht völlig verschwunden, nunmehr doch größtentheils beseitigt."

„Eine große Waffenthat hat einen erbitterten Kampf, wie die Geschichte keinen zweiten aufzuweisen hat, zu Gunsten der Verbündeten entschieden. Von diesem Augenblick an sprach auch Europa sich offener aus. Unsere Allianzen haben sich nach allen Seiten hin ausgedehnt und befestigt. Die dritte Anleihe ist ohne Schwierigkeit gedeckt worden. Das Land hat mir sein Vertrauen von neuem bezeugt, indem es für eine fünffach höhere Summe unterzeichnete, als ich verlangt hatte. Es ertrug mit bewunderungswürdiger Ergebung die von der Theuerung der Lebensmittel unzertrennlichen Leiden, die jedoch durch die Privatwohlthätigkeit, durch den Eifer der Munizipalbehörden und durch die in den Departements vertheilten 10 Millionen einigermaßen erleichtert wurden. Gegenwärtig bewirkt das Eintreffen ausländischen Getraides ein merkliches Sinken der Preise. Die Befürchtungen wegen des Verschwindens des Goldes aus dem Verkehr haben sich vermindert und die Geschäfte sind niemals lebhafter, die Einnahmen nie beträchtlicher gewesen. Die Wechselfälle des Kriegs haben den kriegerischen Geist der Nation wieder erweckt. Nie haben so viele freiwillige Anwerbungen stattgefunden, nie hat sich ein so großer Eifer unter den durch das Loos Conscribirten gezeigt als gegenwärtig."

„Zu dieser kurzen Darstellung der Sachlage gesellen sich Thatsachen von hoher politischer Bedeutung."

„Die Königin von Großbritannien, welche unserm Lande einen Beweis ihres Vertrauens und ihrer Achtung geben und unsere Beziehungen noch inniger machen wollte, kam nach Frankreich. Der enthusiastische Empfang, welcher ihr zu Theil wurde, mußte ihr sagen, wie tief der durch ihre Gegenwart hervorgerufene Eindruck war und wieviel derselbe dazu beitrug, die Verbindung beider Völker zu befestigen."

„Der König von Piemont, der, ohne rückwärts zu blicken, sich unserer Sache mit jener Begeisterung angeschlossen hatte, die er schon auf dem Schlachtfelde bethätigt, kam ebenfalls nach Frankreich, um eine Vereinigung zu sanktioniren, welche durch die Tapferkeit seiner Soldaten bereits befestigt war.“

„Diese Souveräne konnten ein jüngst so bewegtes, in dem Rathe Europas seines Rangs entsetztes Land nun gedeihlich, friedlich und geachtet sehen, welches Krieg führte, nicht mit der augenblicklichen Wuth der Leidenschaft, sondern mit der Ruhe, welche das Recht, mit der Kraft, welche die Pflicht gibt. Sie sahen Frankreich, welches 200,000 Mann über das Meer schickte, gleichzeitig in Paris alle Künste des Friedens versammeln, als ob es Europa hätte zurufen wollen: „Der gegenwärtige Krieg ist für mich nur eine Episode; meine Gedanken und meine Kräfte sind theilweise stets auf die Künste des Friedens gerichtet. Lasset uns deßhalb nichts versäumen, um uns zu verständigen, und zwingt mich nicht, alle Hülfsmittel und alle Kraft einer großen Nation auf das Schlachtfeld zu werfen.“

„Dieser Ruf scheint Gehör gefunden zu haben, und der Winter, die Feindseligkeiten unterbrechend, begünstigte die Vermittelung der Diplomatie. Oesterreich entschloß sich zu einem entscheidenden Schritte, wodurch den Berathungen der ganze Einfluß des Beherrschers eines großen Reichs gewonnen wurde. Schweden schloß sich England und Frankreich durch einen Vertrag enger an, welcher ihm die Integrität seines Gebietes sicherte. Von allen Kabineten endlich trafen in St. Petersburg Rathschläge und Bitten ein. Der Kaiser von Rußland, Erbe einer Situation, die er nicht geschaffen hatte, schien von einem aufrichtigen Wunsche beseelt, den Ursachen des blutigen Streits ein Ende zu machen. Er nahm mit Entschiedenheit die von Oesterreich übermittelten Vorschläge an. Da der Waffenehre einmal genügt war, so konnte es gleichfalls nur ehrenvoll seyn, dem klar ausgesprochenen Wunsche Europas nachzugeben.“

„Heute sind die Bevollmächtigten der kriegführenden und verbündeten Mächte in Paris versammelt, um über die Friedensbedingungen zu entscheiden. Der Geist der Mäßigung und der Billigkeit, welcher sie Alle belebt, muß uns ein günstiges Resultat *hoffen lassen*; nichtsdestoweniger wollen wir das Ende der Konferenzen mit Würde abwarten und uns gleicherweise bereit halten, wenn es seyn muß, entweder den Degen von Neuem zu ziehen, *oder* denen, welche wir auf ehrliche Weise bekämpft haben, die Hand zu reichen.“

„Was auch kommen mag, lassen Sie uns Alles aufbieten, um die Macht und den Reichthum Frankreichs zu vermehren. Lassen Sie uns die durch Gemeinsamkeit des Ruhms und der Opfer gebildete Allianz, deren gegenseitige Vortheile der Friede noch deutlicher hervortreten lassen wird, noch enger schließen, wenn es möglich ist. Lassen Sie uns endlich in diesem für das Geschick der Welt so feierlichen Augenblick unser Vertrauen auf Gott setzen, damit er unsere Bemühungen leite, wie es für die Interessen der Menschheit und der Zivilisation am besten seyn wird.“

Rußland und Polen.

× **Berlin**, 3. März. (Privat-Korrespondenz.) Obschon die Gränzen des russischen Reichs von der Seeseite im Jahre 1854 durch die Blokade der Häfen abgesperrt waren, so hat Rußland doch einen den Umständen nach recht erheblichen Seeverkehr gehabt. Es kamen in den Häfen des baltischen Meeres 473, des weißen Meeres 685, des schwarzen und asow'schen Meeres 1183, des kaspischen Meeres 181, zusammen 2522 Handelsschiffe an. Es segelten aus den Häfen des baltischen Meeres 463, aus den Häfen des weißen Meeres 747, des schwarzen und asow'schen Meeres 1409 und des kaspischen Meeres 211, zusammen 2830 Handelsschiffe ab. Unter den angekommenen Schiffen war die Mehrzahl mit Ballast und nur 704 mit Waaren beladen. Von den abgegangenen Schiffen hatten jedoch 2701 Ladung. Die Gesammttragfähigkeit der angekommenen Schiffe betrug 226,774 und der abgesegelten Schiffe 268,477 Lasten. Die Zolleinnahmen des russischen Reichs haben 19,539,000 Rubel betragen, im Königreich Polen 1,325,000 Rubel. — Die Verhältnisse haben auf Rußland bereits eingewirkt, daß es für bestimmte Gegenstände seine Eingangszölle ermäßigte. Man hegt die Erwartung, daß bei dem Friedensschluß besondere Rücksicht darauf genommen wird, die Gränzen des russischen Reichs dem allgemeinen Verkehr durch Herabsetzung der Eingangszölle mehr zu öffnen, als dies bisher der Fall war. Im Interesse Preußens liegt es ebenfalls, daß Rußland seine Gränzen mehr und mehr aufschließt. Wie es heißt, soll Preußen bereits mit dahin zielenden Unterhandlungen den Bestrebungen der Westmächte zuvorgekommen seyn.

Amerika.

Philadelphia, 11. Febr. Herr Buchanan von Pensylvanien, seither Gesandter in London, scheint der Auserwählte zu seyn, den das Volk der Vereinigten Staaten auf den nächsten Präsidentenstuhl setzen will. Man ist schon jetzt mit der Präsidentenmacherei sehr beschäftigt und die Demokraten haben den Freibodenleuten die Hand geboten, im Fall Letztere für Buchanan stimmen, und schlagen vor, mit vereinter Kraft gegen die Nichtswisser zu ziehen; wird aber so leicht nicht gehen, wenn nicht vorher ein Kompromiß wegen der Brod und Fische, die von Buchanans Aemtertisch fallen, zu Stande gebracht wird. Wenn Herr Buchanan sein Ziel, wonach er schon so lange strebt, erreicht haben wird, wird sich mancher Handwerkspolitiker in ihm täuschen, denn Buchanan ist nicht der Mann, wie Pierce, der sich von jedem Amtsjäger leiten läßt. (Schw. M.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

• Die „Morning Post“ fügt ihrer Nachricht, daß zu Paris am 1. März die Friedenspräliminarien unterzeichnet worden seyen, die Angabe bei: „Dessenungeachtet sind noch Fragen unerledigt geblieben, welche sofortiger weiterer Erörterung unterzogen werden, damit zum Abschluß des definitiven Vertrags geschritten werden kann.“

Aus dem Orient.

° **Konstantinopel**, 21. Febr. Die Verlesung des kaiserlichen Hatischerif fand mit großer Feierlichkeit und unter einem unbeschreiblichen Andrange statt. Man hatte es wegen der den Rajas eingeräumten Konzessionen versucht, die untern Volksklassen und die fanatischen Muselmänner aufzureizen, indem man die abgeschmacktesten Gerüchte verbreitete, so z. B., daß die jetzigen Minister von den Westmächten erkauft seyen, daß die gemachten Konzessionen nur die Einleitung zu dem seyen, was nachfolgen werde, daß die heilige Sophien-Moschee christliche Kirche werden solle u. s. w. Diese Versuche brachten unter dem Volke eine gewisse Agitation hervor, aber die zeitig unterrichteten Behörden hatten Maßregeln getroffen, jede Ruhestörung im Keime zu ersticken. Es kam jedoch gar nicht so weit und die Hauptstadt ist so ruhig, wie sonst. Wird dies auch in den Provinzen der Fall seyn? Die Regierung selbst erwartet Hindernisse, ist aber fest entschlossen sie zu beseitigen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 4. März. Die meisten österr. Fondsgattungen, span. und Eisenbahnaktien wurden niedriger abgegeben.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 334 bis 330 und Homburger-Landesbankaktien wurden zu 284 bis 286 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 91½ P. 91 G.
„ 5pCt. Metall. alte 83½ P. 83¼ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 87½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 84⅜ P. 84⅛ G.
„ 4½pCt. „ 75½ P. 75 G.
„ 4pCt. „ 68 P. 67½ G.
„ 3pCt. „ 51 P. 50½ G.
„ 1pCt. „ 17 P. 16¾ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1241 P. 1236 G.
Oesterreichische Credit-Actien 231 P. 227 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 134 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 110½ P. 110 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 310 P. 308 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100¾ P. 100½ G.
„ 4pCt. „ — P. 98 G.
„ 3½pCt. „ — P. 87 G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95⅞ P. 95⅜ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 163 P. 162½ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 128¼ P. 127¾ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88½ P. 88 G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 101¾ G.
„ 3½pCt. „ 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89¼ P. 88¾ G.
Badische 50 fl. Loose 78¼ P. 77¾ G.
„ 35 „ „ 47⅞ P. 47⅝ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 100 P. 99½ G.
„ 3½pCt. „ 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 113¼ P. 112¾ G.
„ „ 25 „ „ 32¾ P. 32¼ G.
Darmstädter-Bankaktien 352 P. 350 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 42¼ P. 41¾ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 63 P. 62⅛ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.

Nassauische 25 fl. Loose 30 3/4 P. 30 1/2 G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85 1/2 P. 85 G.
„ 3 1/2pCt. „ 93 P 92 1/2 G.
Frankfurter Bankaktien 123 1/2 P. 123 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 331 P. 329 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 82 P. 81 1/2 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 39 3/4 P. 39 1/2 G.
„ 1pCt. neue 24 1/2 P. 21 1/4 G.
Holland Integrale 64 1/2 P. 64 G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94 1/2 G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43 1/2 P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 5/8 P. 100 3/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120 1/4 P. 120 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G.	Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 101 1/2 P 101 1/4 G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	do. 3 Monat mit 5% 101 1/4 P 100 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 3/4 P. 94 1/2 G
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96 5/8 P. 96 3/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 5/8 P. 94 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 1/4 P 89 G.	Wien fl. 100 C. k S. 117 3/4 P. 117 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 1/2 P. 116 1/4 G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 3 März. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 85 1/2; 5Cpt. Met. 84 5/16; 4 1/2 pCt. 73 5/8; Lotterie-Anlehensloose von 1839 136 3/4; ditto von 1854 112 1/8; Bankaktien 1032; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt. lomb.-venetian. Anleben —; Nordbahnaktien 2880; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 360; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 683; österr. Staatsbahn-Aktien —. Wechselkurse: Augsburg uso 102 P.; London 10. 5. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

In **Liverpool** ist auf der Börse eine Bekanntmachung angeschlagen worden, die an dem Schicksal des seit mehreren Wochen in New-York erwarteten Liverpoler Dampfers „Pacific" kaum mehr zweifeln läßt. Sie lautet: „Glasgow, den 27. Febr. Der „Edinburgh" (Dampfschiff), hier am 14. von New-York eingelaufen, passirte am 7. eine Menge gebrochener Eismassen, worin zertrümmerte Kajütenmöbel und schöne Thüren mit weißen oder gläsernen Handhaben gesehen wurden, wie dieselben auf Dampfern oder Schiffen ersten Ranges gebräuchlich sind." (Nach den mit dem neuesten Dampfer eingetroffenen Nachrichten aus New-York vom 21. Febr. wird das Schiff noch immer vermißt.)

Neueste Nachrichten.

** **München**, 4. März. (Privat-Korrespondenz.) **44. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die königl. Staatsminister Graf Reigersberg und Dr. Ringelmann.

Es wird die in letzter Sitzung vertagte Debatte über die Anträge bezüglich der **Regulirung des Biersatzes** ɛc. fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. **Bassus** bringt eine Modifikation zu Ziff. 5 der Ausschuß-Anträge, daß im ersten Absatz nach dem Wort „Apothekers" eingeschaltet werde „oder eines andern Chemikers"; dann beizusetzen, daß der Bräuer auch berechtigt sey, den Chemiker in Vorschlag zu bringen.*)

Abg. **Reichenberger** ist der Ansicht, daß der Stand der Bräuer, welcher früher sehr wohlhabend und einflußreich gewesen, dies jetzt nicht mehr sey. Das Taxregulativ von 1811 sey den jetzigen Verhältnissen nicht mehr angemessen. Umfassende Revision desselben sey nothwendig; sollte eine solche nicht erfolgen, so würde er sich für Freigebung der Taxe entscheiden.

Abg. Dr. **Simmerl** führte in umfassender Weise aus, daß das Biertaxregulativ den jetzigen Verhältnissen nicht entspreche, daß auch schon mehrmals die Kammer sowie die Regierung die Revision desselben für nothwendig erachtet habe, die vorliegenden Anträge also berechtigt seyen; Redner erklärt sich gegen die Freigebung der Taxe.

Abg. Fürst **Wallerstein** erklärt sich ebenfalls gegen Freigebung der Taxe, diese Frage hänge mit jener der Gewerbefreiheit zusammen, und könne nur mit dieser entschieden werden. Redner schließt sich dem Antrag des Ausschusses an.

Abg. **Gebhart** erklärt sich gegen die Modifikationen zu dem Antrag Nr. 5, denn dieser genüge so, wie ihn der Ausschuß vorschlage.

Abg. 2. Sekretär **Nar** theilt die Ansicht Wallersteins bez. der Freigebung der Taxe und vertheidigt dann die Modifikationen zu Antrag 5, welche den Zweck hätten, daß technische Gutachten über den Gehalt des Bieres nicht nur vom k. Gerichtsarzt und Apotheker, sondern auch von andern Chemikern erholt werden könnten.

Der Referent Abg. **Förg** ist mit diesen Modifikationen einverstanden.

Abg. **Wagner** gegen Freigebung der Taxe, die nur höhere Preise bringen würde. Man würde zuletzt doch wieder zur Tarifirung zurückkehren, die Freigebung des Tarifs könne nicht ohne Freigebung der Gewerbe erfolgen.

Abg. Frhr. v. **Bassus** ist der Ansicht, daß die Freigebung weder im Interesse der Bräuer und des Publikums, noch in jenem der Regierung sey.

Abg. **Crämer** ist der Ansicht, daß alle vorliegenden Anträge nicht zum Ziele führen würden, und daß man zuletzt doch zur Freigebung der Taxe werde schreiten müssen.

Abg. Frhr. v. **Closen** ist ebenfalls gegen die Freigebung der Taxe und für die Ausschußanträge. Der Redner stellt einen Antrag, wonach den Bräuern die Verleitgabe von **Nachbier** an die **Bierwirthe** gestattet werden soll. (Dies ist jetzt verboten.) (Postschluß.)

*) Die Vorschläge des Ausschusses haben wir in Nr. 61 unseres Blattes mitgetheilt; die dazu eingebrachten Modifikationen siehe oben unter der Rubrik Bayern.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. **Pöhlmann**.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. **Stahel**.

☞ **Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."**
Im Verlage der **Stahel**'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 66.	Vorausbezahlung: halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 6. März 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 5. März. Se. Maj. der König hat dem Revierförster Roman Stapf zu Oberkamlach, im Forstamtsbezirke Mindelheim, die goldene Ehrenmünze des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen; den quiesz. Landrichter Dolhopf bei fortdauernder Dienstesunfähigkeit nunmehr für immer in dem Ruhestande belassen; den Revierförster zu Krottensee, Jos. v. Sonnenburg, auf das im Forstamte Bruck erledigte Forstrevier Bodenwöhr I. in gleicher Dienteseigenschaft versetzt, und an dessen Stelle den Aktuar des Forstamtes Amberg, Max Jägerhuber, ernannt; die kathol. Pfarrei Gottsdorf, Ldg. Wegscheid, dem Priester Mich. Mader, Pfarrvikar in Mettenhausen, Ldg. Landau, übertragen und genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Triftern, Ldg. Pfarrkirchen, von dem Bischofe von Passau dem Priester Fr. X. Osterkorn, Pfarrvikar zu Wollabera, Ldg. Wegscheid, verliehen werde; zum Zwecke der Verwirklichung des von den beiden Priestern Franz Ebner, Pfarrer in Münchham, Ldg. Simbach a/J., und Jos. Fußeder, Benefiziat in Heiligenstadt, Ldg. Altötting, eingeleiteten Pfründetausches, dem Priester Jos. Fußeder die Pfarrei Münchham übertragen, und zugleich genehmigt, daß der Priester Fr. Ebner von dem erblichen Reichsrathe Grafen v. Törring-Guttenzell auf das Benefizium in Heiligenstadt präsentirt werde; der von der fürstlich Oettingen-Wallerstein'schen Patronatsherrschaft ausgestellten Präsentation für den Pfarramtskandidaten Gustav Chr. Wilh. Seiler aus Wallerstein auf die erledigte protestantische Pfarrstelle zu Balgheim, Dek. Nördlingen, die landesherrliche Bestätigung ertheilt. (N. M. Z.)

** München, 4. März. (Privat-Korrespondenz.) **44. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Es sprachen hierauf nur noch die Abgg. Rabl und Sedlmayr für die Anträge des Ausschusses, deren Annahme schließlich der Referent Abg. Förg empfahl, die Annahme der Modifikationen dem Ermessen der Kammer überlassend.

Der kgl. Staatsminister des Innern hält dann die Anträge des Ausschusses ebenfalls für das Geeignetste, da zur Zeit die Alternative der Aufhebung oder nur Revision des Tarifs noch schwebe. Die Staatsregierung würde zur Zeit jedenfalls auf die Aufhebung der Taxe nicht eingehen — die Anträge des Ausschusses aber der sorgfältigsten und wohlwollensten Berücksichtigung unterziehen.

Bei der Abstimmung wurden dann die Anträge des Ausschusses mit den Modifikationen des Abg. Simmerl zu Ziff. 1*) und der Abgg. Nar und Bassus zu Ziff. 5**) angenommen, alle übrigen Modifikationen aber verworfen.

** München, 4. März. (Privat-Korrespondenz. Wie man sich heute in der Kreisen der Abgeordneten mittheilte, soll die Vorlage bezüglich der Gerichtsorganisation nunmehr morgen im Staatsrathe zur Berathung kommen. Der Gesetzentwurf bez. der Zinsengarantie der Eisenbahnen soll übermorgen in der Kammer berathen werden.

Der Abg. Doppelhammer findet in der Bestimmung des Art. 99 des Gesetzes vom 10. Novbr. 1848, die Abänderung des 2. Theils des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr., für die zum Geschwornendienst berufenen Männer in Oberbayern bei den hier schnell wiederkehrenden Schwurgerichtssitzungen eine äußerst fühlbare und drückende Last, weil jene Bestimmung denjenigen Geschworenen, die auf erhaltene Ladung erschienen und ihren Verrichtungen als Geschworne nachgekommen sind, eine Befreiung von diesen Verrichtungen nur für dasselbe und nächstfolgende Jahr zusichert. Doppelhammer nahm deßhalb Veranlassung, zu beantragen, daß die Befreiung vom Geschwornendienste für auswärts wohnende Geschworne, sofern dieselben nicht ausdrücklich auf eine solche Befreiung verzichten, auf volle vier Jahre ausgedehnt werde. Der 1. Ausschuß hat den Antrag in Berathung gezogen und schlägt vor, daß demselben eine Folge nicht zu geben sey, weil durch eine vierjährige Befreiung die Urlisten der Geschwornen zu sehr erschöpft würden und durch das jüngste Gesetz über Abänderung des Diebstahlsgesetzes die Aburtheilung der meisten Diebstähle den Schwurgerichten entzogen worden sey, so daß die Zeit nahe gerückt sey, daß auch in Oberbayern die Schwurgerichtssitzungen auf die Normalzahl von vier Quartalssitzungen zurückgeführt werden. (B. Landb.)

Die „N. Münch. Ztg." schreibt: Seit einiger Zeit sind in der inländischen und ausländischen Presse wiederholt Gerüchte laut geworden von bevorstehenden Veränderungen im Ministerium, und man bezeichnete sogar einen oder den anderen der HH. Staatsminister, welcher seine Entlassung einzureichen gedenke oder schon genommen habe. Wir sind in der Lage, alle diese Gerüchte entschieden als aus der Luft gegriffen und völlig unbegründet bezeichnen zu können.

Der „Münchner Bote" schreibt: „Obwohl der Hr. Ministerpräsident Frhr. v. d. Pfordten das Portefeuille des Handels und der öffentlichen Arbeiten zur Schonung seiner Gesundheit an Hrn. v. Zwehl abgegeben hat, wohnt derselbe dennoch den fast allabendlich stattfindenden Konferenzen mit den Bevollmächtigten des Eisenbahnconsortium bei. Dieselben dürften baldigst zu dem erwünschten Ende führen."

× **Preußen.** Berlin, 4. März. (Privat-Koresp.) Die morgige Sitzung des Abgeordneten-Hauses wird sich mit dem Wagener'schen Antrag, die Aufhebung der Artikel 4 und 12 der Verfassung (Gleichberechtigung aller Konfessionen) betreffend, beschäftigen. Der Zudrang zu den Zuschauerräumen verspricht ein sehr großer zu werden, da schon heute früh die Billets zu denselben vergeben waren.

Breslau, 29. Febr. Nees von Esenbeck feierte am 14. d. M. seinen 80. Geburtstag. Zu der von seinen Freunden veranstalteten Feier fand sich auch ein Polizeibeamter ein, um sie polizeilich zu überwachen. Alexander von Humboldt erhielt neulich an seinem Geburtstage das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin. In Breslau konnte Nees von Esenbeck seinen Geburtstag nicht ohne polizeiliche Ueberwachung feiern und mußte um 11 Uhr Abends seine Gäste von der Polizei auseinander getrieben sehen. (Z. f. Nordd.)

° **Württemberg.** Stuttgart, 4. März. Heute erkannte die 2. Kammer die Wahl des Abg. Sammet in Calw als gültig an, die aus bloß formellen Gründen angefochten war. Sammet ist dort Oberzollverwalter und Acciser, und wegen dieser doppelten amtlichen Stellung, wurde behauptet, sey er nach §. 146 der Verfassungsurkunde dort nicht wählbar. Es ließ sich dafür und dawider sprechen; schließlich kam es auf die Ansicht an, ob man der verfassungsmäßigen Wählbarkeitsschranke eine ausdehnende oder beschränkende Deutung geben wollte. Die Kammer ließ ihn zu. Von mehr Interesse war es, zu sehen, wie der vormärzliche Minister und jetzige Abgeordnete v. Schlayer und der jetzige Minister v. Linden aneinander geriethen. Schlayer war gegen die Zulassung Sammet's, welcher zur ministeriellen Partei gehört. Er sagte, es handle sich um einen Präzedenzfall für Zulassung einer großen, auf die Wahlen einflußreichen, von den Ministerien abhängigen Klasse von öffentlichen Dienern. Es werde auf solchen Vorgang hin dahin kommen, daß Männer von unerschrockenem Sinn und selbständiger Stellung aus dem Saale verschwinden und nur noch entlaßbare, vom Minister ab-

---

*) Danach soll es genügen, daß der Antrag auf neue Eintheilung der Taxdistrikte „von Betheiligten" (nicht „von den Betheiligten") ausgehe.

**) Danach soll der Gehalt des Biers nicht bloß durch den Gerichtsarzt und Apotheker, sondern auch durch einen anderen im öffentlichen Dienste stehenden Chemiker untersucht werden dürfen, und der Bräuer berechtigt seyn, den Chemiker, Apotheker oder Gerichtsarzt vorzuschlagen.

hängige Diener hier sitzen würden. Allerdings würden dann von einer solchen Kammer Gesetzesentwürfe, die sonst nicht durchzubringen gewesen wären, aber auch nur zum Schaden des Volkes angenommen werden. Es sey ein altes Gesetz, was keine Widerstandskraft habe, gebe auch keine Stütze. Die Tage der Gefahr würden wiederkommen in Deutschland, sie würden kommen, weil man von einer Seite Alles für ihre Wiederkehr thue, weil die Reaktion bewirke, daß ihr die Aktion folge. (Sehr gut.) Dann werde sich zeigen, daß eine Kammer, die keine Widerstandskraft zu entwickeln vermöge, auch die Kraft des Konservatismus nicht habe. (Wiederholtes Bravo.) v. Linden: Er habe keine Veranlassung zu der Behauptung gegeben, daß er eine Kammer aus lauter unterthänigen Dienern wolle. Es möge die Zeit dazu einmal gewesen seyn, sie möge eine bequeme gewesen seyn. Schayer weist diese Anspielung als sein vormärzliches Ministerium nicht treffend zurück.

Hannover. Aurich, 28. Febr. Gegen Hrn. Planck ist auf Befehl des Ministerium eine neue Disziplinar-Untersuchung wegen der neuerdings von ihm verfaßten Broschüre über die rechtliche Gültigkeit der Verfassungsoktroirung erhoben worden. Zur Aburtheilung ist der große Senat des Lüneburger Obergerichts bestimmt, und zwar in besonderem Auftrage, ohne Erhebung einer Voruntersuchung. (H. N.)

Kurhessen. Aus Kurhessen, 2. März. Die längst erwartete Ernennung des Staatsraths Scheffer zum Minister des Innern ist nun amtlich angekündigt. So viel man hört, ist es nur mit Mühe gelungen, diesen Mann, welcher die Freuden und Leiden eines kurhessischen Ministers aus Erfahrung kennt, und in seiner äußern Stellung ganz unabhängig ist, zur Wiederannahme des Postens zu bewegen, aus dem ihn das Jahr 1848 vertrieben hatte. Manche hegen den Glauben, daß der neue Minister in der Verfassungsangelegenheit versöhnlichen Schritten das Wort reden werde. Indessen möchten wir rathen, erst die Erfahrung abzuwarten, ehe man sich übertriebenen Hoffnungen hingiebt. In seiner vormärzlichen Ministerlaufbahn zeichnete sich Hr. Scheffer gerade durch die rücksichtslose Energie aus, mit der er namentlich auch den Ständen entgegentrat. Uebrigens würde man sich sehr täuschen, wenn man glaubte, daß die letzte Entscheidung in solchen Fällen hier zu Lande in die Hand eines Ministers gelegt sey. (Schw. M.)

Oesterreich. Wien, 2. März. Gestern Abends wurde endlich das hochwichtige Geschäft des Finanzministerium über die Konzessionirung der italienischen Bahnen abgeschlossen. Die Begünstigten sind das Haus Rothschild und der Herzog von Galliera. Der Aktienfond wird auf 90 Millionen Franken limitirt. Diese beiden Finanziers wirken nicht im Namen der betreffenden Kreditinstitute. Ich meine nämlich, daß weder Rothschild als Kommittent des hiesigen, noch der Herzog von Galliera als jener des Pariser Kredit mobilier zu betrachten sind. Diese beiden Firmen sind der Staatsverwaltung gegenüber mit ihrem beweglichen und unbeweglichen Vermögen verantwortlich. Die Rothschild'sche Geld- und Kreditkraft ist ziemlich bekannt. Der Herzog gebietet über ein Baarvermögen von 103 Millionen Franken, und außerdem hat er noch Güter und Liegenschaften im Werth von 55 Millionen Franken. Wie ich höre, übernahm der Herzog die Bürgschaft mit 40 Millionen Franken. Man kann sich jedoch denken, daß die beiden Kreditinstitute bei einem so gewaltigen Geschäft nicht die Hände müßig in den Schooß legen werden. Es ist auch bekannt, daß dieselben an den Börsen von Paris und Wien und an den übrigen Plätzen agirten, und mit dem besten Erfolg. Der Pariser Kredit mobilier operirt mit Millionen an dem hiesigen Platz, und unterstützt jenes große Institut, das als die erste Papiermacht des Kontinents gilt. (A. Z.)

Wien, 3. März. Der Erzbischof von Agram ist, wie schon bekannt, von dem Kaiser zum Kronkardinal ernannt worden. „Kronkardinäle" sind jene, deren einige zu ernennen den katholischen Regenten zusteht, und die von dem Papste sodann bestätigt werden. Uebrigens sind die Kronkardinäle jenen vom Papst ernannten in jeder Beziehung gleichgestellt und sie repräsentiren überdies bei der Wahl des Papstes ihren Monarchen. (Ostd. Post.)

Dänemark.

Kopenhagen, 3. März. Die Regierung legte heute ein Normalbudget von 28 Mill. für die ganze Monarchie und zwei Zulagebewilligungen von 5 Mill. Thlr. Reichsmünze, sowie einen Zusatz zu §. 6 der Verfassung vor, demzufolge der Thronfolger unmittelbar ohne Eidesleistung auf die Verfassung die Regierung antritt. (Diese Eidesleistung ist dem Erbprinzen so anstößig, daß er sich darüber sogar mit dem König entzweit hat. Nun soll also der mißliebige Paragraph ausgemerzt werden, um Friede mit ihm zu bekommen.) Lehmann trug auf Oeffentlichkeit der Verhandlungen an. (H. N.)

Schweiz.

Bern, 25. Febr. Wie Liebig in München, hat sich nun auch der berühmte Geologe Bernhard Studer im Berner Großrathssaale über die Tagesfrage „Glauben und Wissen" vernehmen lassen. Er behandelte das Thema mit großer Gewandtheit, und zwar so, daß beide Parteien befriedigt den Saal verließen. Den „Nichtglaubern" sagte es zu, daß er durch astronomische und geologische Nachweisungen die Schöpfungstheorie umstieß; den „Nichtswissern" sagte es wieder zu, daß er die mosaische Schöpfungsurkunde den erhabensten Ausdruck der alten Weltanschauung, welche die Erde und den Menschen zum Mittelpunkte des ganzen Kosmos machte, nannte. Studer sprach sich scharf gegen Moleschott und Vogt aus und meinte, daß gerade Moleschott's Behauptung, der Mensch sey nach 30 Tagen infolge des Stoffwechsels ein ganz anderer, am schlagendsten die Existenz eines Höhern und Bleibenden im Menschen beweise, das den Stoffwechsel beherrsche. (D. A. Z.)

Großbritannien.

London, 3. März. Die unmittelbare Veranlassung des in nächster Zeit erwarteten Besuchs des Königs Leopold von Belgien ist die bevorstehende Confirmation der königlichen Prinzessin (Princess Royal), Pathin des Königs. Die Prinzessin Viktoria, älteste Tochter der Königin von England, ist am 21. Novbr. 1840 geboren.

In Portsmouth werden 140 zur Armirung der Mörserboote bestimmten Mörser, sowie 30,000 dreizehnzöllige, 30,000 zehnzöllige und 40,000 achtzöllige Bomben erwartet.

Frankreich.

* Paris, 3. März. Der Kaiser genehmigte gestern einen Gesetz-Entwurf bezüglich eines Darlehens von 100 Millionen Frcs. an den Ackerbau, zur Verwendung für Entwässerungs-Arbeiten (Drainage). Das Projekt wurde sofort dem Staatsrathe vorgelegt, um sodann vor die Kammer gebracht zu werden.

* Alle freiwilligen Anwerbungen für die Flotte sind bis auf Weiteres ausgesetzt.

Eine Geisterbeschwörung.

Ludwigsburg in Württemberg, 3. März. Das Schwurgericht, welches heute eröffnet ward, beginnt mit einer Geisterbeschwörungsgeschichte. Schauplatz derselben ist im ersten Akte der klassische Boden des Oberamts Weinsberg und im zweiten und dritten Akte das Oberamt Brackenheim. Der Angeklagte, der herabgekommene Tuchmacher C. Chr. Zetter von Hofen, Oberamt Besigheim, erzählt, er habe von einem Handwerksburschen das sechste und siebente Buch Mosis, Stuttgart 1849, Verlag von J. Scheible, gekauft, sey so in den Besitz der kräftigsten Geisterbeschwörungsformeln gekommen und darum von Leuten, welche mit Geistern und Schätzen zu thun gehabt, konsultirt worden. Zuerst habe sich eine Gesellschaft Eichenauer, welche einen Schatz auf dem Goldberge bei Windeschenbach vermuthet, an ihn gewandt. Dieselben haben einen festen Verein geschlossen, den Geist, welcher den Schatz bewache, zu erlösen und den Schatz zu heben. Der Verein habe Geld hergegeben, damit er es in das Kloster St. Leonhard schicke, und im August 1853 habe er die Erlösung des Geistes versucht. Er sey um Mitternacht mit vier Mitgliedern in die Kelter auf dem Goldberge gegangen, habe die vier Zuschauer in einem Viereck aufgestellt, vier in Neckaronlm geweihte Lichter angezündet und die Beschwörungsformel verlesen. Hierauf sey eine schneeweiße menschliche Figur in einem langen faltenreichen Gewande unter der Thüre erschienen. Er habe die Gestalt gefragt, ob der Geist erlöst und das Geld jetzt zu erheben sey. Die Gestalt habe geantwortet: Nein, er, der Geist, sey noch nicht erlöst, man müsse noch 50 fl. in das Kloster schicken und für seine Erlösung beten lassen. Als der Geist dies gesprochen, sey er zur Kelter hinaus und verschwunden. Der Verein zahlte dem Angeklagten die 50 fl., sowie später noch weitere 35 fl, 28 fl. und 21 fl. Der Geist ließ sich jedoch nicht erlösen und der Schatz sich nicht heben. Ebenso wenig gelang dies, als man den Schatz auf dem Goldberge aufgab und es mit einem andern bei Eichelberg versuchte. Der Verein wurde endlich des Geldhergebens müde, und der Angeklagte suchte sich eine andere Gelegenheit für seine Thätigkeit. Eine solche bot sich im April bei dem Bauer Friedr. Bröckel in Lönnigheim. Dieser glaubte, in seinem Hause einen Schatz zu haben und bat den Angeklagten um seinen Beistand, weil er gehört habe, daß derselbe etwas vom Schatzgraben verstehe. Der Angeklagte visitirte den Keller Bröckels, begutachtete,

Spanien.

† Madrid, 29. Februar. Die Polizei — berichtet ein Madrider Journal — begab sich vorgestern zu Herrn Gonzales Bravo. — Es scheint, daß man ihn, da er nicht zu Hause war, schriftlich benachrichtigte, daß er Madrid binnen 24 Stunden zu verlassen habe, da er dadurch die Regierung der Nothwendigkeit enthebe, Maßregeln zu ergreifen, die sie durch die mehr oder weniger gerechtfertigten Nachrichten über seine politische Mission in Spanien nothwendig erachtet.

Griechenland.

Aus Athen, 27. Februar, wird telegraphirt: „Es hat hier eine Kabinets-Modifikation stattgefunden; Riza Rangabé ist zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. Im Justizministerium tritt Herr Skalisteres an die Stelle des Herrn Potles; die neu ernannten Minister sind den Westmächten günstig. Das Räuberwesen kann als besiegt betrachtet werden, indem die Banden sich auflösen oder gegenseitig vernichten." (??)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, 4. März. (Privat-Korrespondenz.) Große öffentliche Aeußerungen in einem der Großstaaten bleiben niemals ohne Einwirkung auf die Stimmung in Europa. Die Thronreden sind daher immer als wichtige Akte zu betrachten, welche die Börsen und den Verkehr überhaupt beherrschen. Nach ihrer Kenntnißnahme ist daher immer ein großes Verlangen. Unter den jetzigen Verhältnissen, aus denen ein neuer Abschnitt in den europäischen Zuständen hervorzugehen verspricht, mußte es von großem Interesse seyn, zu erfahren, wie sich Louis Napoleon der Legislative gegenüber bei ihrer Eröffnung aussprechen würde. Es darf daher nicht als eine besondere Anstrengung betrachtet werden, daß bereits nach wenigen Stunden die Rede auf telegraphischem Wege hierher gelangt war. Der Eindruck, den sie hervorgerufen hat, kann als ein durchaus günstiger bezeichnet werden, obschon man nach den letzten übertriebenen Nachrichten, welche man auf telegraphischem Wege aus der „Independance" empfangen hatte, sich zu der Meinung berechtigt glaubte, daß der Kaiser der Franzosen noch eine bestimmtere Aussicht auf das Zustandekommen des Friedenswerkes aussprechen könnte. Nichtsdestoweniger hat die Stelle der Rede: „Der Geist der Mäßigung und der Billigkeit, welcher die Bevollmächtigten belebt, muß uns ein günstiges Resultat hoffen lassen", die Friedenshoffnung unter unserer Börsenwelt im hohen Grade gehoben und gestärkt. Man hat sich hier an einigen Stellen mit der Rede um deßhalb nicht zufrieden gestellt erklären wollen, weil Preußens darin namentlich nicht gedacht worden ist. Von anderer Seite wird dagegen hervorgehoben, daß eine besondere Nennung Preußens und eine besondere Bezugnahme auf Preußen nicht geschehen konnte, und daß man um deßhalb keine Veranlassung zu einer solchen Ausstellung an der Rede habe. Preußen hat es vorgezogen, seine Neutralität, welche es während des Krieges behauptet hat, auch noch dadurch weiter fortzusetzen, daß es seine Theilnahme an den Konferenzen von Bedingungen, welche es mit seinem bisherigen Auftreten unvereinbar glaubt, nicht abhängig machen wollte.

Paris, 4. März. Das „Pays" und die „Patrie" enthalten heute eine Note, wodurch die Nachricht der „Independance Belge" Betreffs der Präliminarien vollständig widerlegt wird. Diese Note lautet: „Die „Independance" veröffentlicht in ihrer Nummer vom 2. eine telegraphische Depesche (Paris, 2. März), welche ankündigt, daß die Bevollmächtigten definitiv die Friedens-Präliminarien, welche die casus belli, d. h. in Wirklichkeit den Frieden selbst, enthalten, unterzeichnet haben. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß die von der „Independ. Belge" gegebene Nachricht rein erfunden ist. Unter den gegenwärtigen Umständen können wir das Publikum nicht genug vor den Gerüchten warnen, welche über die Berathungen des Kongresses zirkuliren. Man darf nicht vergessen, daß die Bevollmächtigten sich ein unverletzliches Geheimniß auferlegt haben. Dieses Geheimniß, eine der Bedingungen des Werkes selbst, an dem sie arbeiten, wird von Allen bis zur letzten Stunde bewahrt werden." (K. Z.)

London, 3. März. Im Unterhause bestätigt Lord Palmerston die Angabe der „Morn. Post" über Unterzeichnung der Friedenspräliminarien. (T.D.d.Allg.Ztg.)

London, 4. März. In der gestrigen Unterhaussitzung erklärte Lord Palmerston als Antwort auf eine Frage Disraeli's, in der ersten Sitzung der Pariser Konferenzen sey beschlossen worden, daß das Wiener Protokoll (vom Januar d. J.) und die in demselben von Seite Rußlands angenommenen Artikel die Gültigkeit eines Präliminar-Friedensvertrages haben und daß die Bevollmächtigten sofort zur Erörterung der andern Fragen schreiten werden. Die „Morning-Post" (Palmerston's Blatt) meldet, die Fragen wegen Nikolajeffs, der Alands-Inseln und der griechischen Kirche (in der Türkei) seyen noch nicht erledigt; über Nikolajeff werde bei Besprechung des dritten Punktes verhandelt werden. (Das sind eben die im 5. Präliminarpunkt vorbehaltenen besonderen Bedingungen; man ist noch nicht einmal darüber mit Rußland einig, ob es auch diese als Präliminarien annehmen will.) (T. D. d. K. Z.)

* London, 4. März. Die „Morning-Post" sagt, daß sich in den Pariser Konferenzen bezüglich der Alands-Inseln und der andern russischen Besitzungen im baltischen Meere kaum Schwierigkeiten erheben werden. Die Gränzberichtigungsfrage in Kleinasien werde wahrscheinlich durch eine Spezial-Kommission geordnet werden. Kars falle natürlich an die Türkei zurück. Die „Morning-Post" glaubt, daß Rußland hinsichtlich des 4. Punkts, die griechische Kirche betreffend, opponiren und die Alliirten schwerlich nachgeben werden.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 25. Febr. Das Turiner Kabinet hat Hrn. Tecco's Verfahren gutgeheißen.*) Die Sulina-Mündung soll demnächst auf Oesterreichs Auftrag gereinigt werden. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Aus Konstantinopel wird vom 26. Febr. gemeldet, daß die (christlichen) Griechen gegen den die Christen betreffenden Hattischerif protestiren (wahrscheinlich wegen der Militärpflicht, der sie nun auch unterworfen seyn sollen), und auch die Türken mit demselben unzufrieden sind. (T.D.d.K.Z.)

Nach Privat-Berichten aus Marseille werden wahrscheinlich 20,000 Mann dort eingeschifft werden. (T.D.d.K.Z.)

*) Er hatte sich mit den türkischen Ministern wegen seiner Zulassung zu den Berathungen über die Lage der Christen in der Türkei entzweit.

---

rechts liege hier viel Geld, links aber noch mehr, und erklärte endlich, es gebe dienstbare und Freiheitsgeister, die Ersteren vertreibe man am Dinstag, die Letzteren am Freitag; demgemäß werde er nächsten Dinstag erscheinen und den Geist vertreiben. Dinstag Nachts versammelten sich dann in Bröckels Stube Bröckel, der Angeklagte und ein dritter Namens Adam Weber von Bönnigheim. Der Angeklagte besprengte seine Genossen mit Weihwasser, sprach den Segen über sie und ging mit ihnen auf einen Kreuzweg bei Bönnigheim; hier stellte er sie auf, lief in Kreisen um sie herum und sprach die Beschwörungsformel. So beschworen, zeigte sich auf der Straße von Bönnigheim her eine furchtbare Gestalt. Der Angeklagte rief ihr zu, sie solle nicht so nahe herkommen und stellte die Frage an sie, wie groß der Schatz sey. Der Geist antwortete: drei Millionen, und eröffnete den Beschwörern, er würde sie bös heimschicken, wenn sie nicht das sechste und siebente Buch Mosis hätten, weil sie aber dieses haben, können sie den Schatz heben. Hierauf drehte sich die Gestalt um, es war, als wenn sie aus Zorn Feuer spie, und verschwand. Wo sie gestanden war, fand sich Blut; Bröckel hob blutige Erde auf. Der Schatz ließ sich jedoch noch nicht heben, der Angeklagte forderte von Bröckel 99 fl., um die Seele des Geistes, eines Grafen, zu erlösen; Bröckel weigerte das Geld und die Sache zerschlug sich. Der dritte Fall gelang besser; ein junger Bauer, Michael Schmoll in Hausen a. d. Zaber, bat im Jahre 1854 den Angekl., er möge ihm doch seinen verstorbenen Schwiegervater, welcher in seinem Hause als Geist laufe, erlösen, er wolle ihm gern dafür 200 fl. geben. Der Angekl. erschien Nachts 10½ Uhr im Hause, ließ sich Licht und Bibel geben und schickte den Schmoll und dessen Frau zu Bett, da ihn kein menschliches Auge sehen dürfe. Im Bette hörten die Schmoll'schen Eheleute Gebete sprechen, Jammern und Gewimmer, wie von dem seligen Vater, dann wurde es still; der Angeklagte verließ das Haus und trug den Geist fort. Von da an hörte der Spuk auf, Schmoll war hoch erfreut, verkaufte auf dem Heilbronner Markte ein Paar Stiere und gab dem Angekl. sogleich die 200 fl. Der Angekl. selbst sagt, der Geist sey eine Katze gewesen, welche er gefangen und weggetragen. Bald darauf kam der Angekl. zu Fall. Ein Landjäger ließ fingiren, er wisse einen Schatz, der Angekl. ging in die Falle, verrieth sich und wurde eingezogen. Jetzt geht die Anklage auf gewerbsmäßigen Betrug im Werthe von 500 fl.

(Schluß folgt.)

* Konstantinopel, 25. Febr. Die Krim-Berichte vom 20. bringen nichts besonders Wichtiges. Das Fort Paul, welches die feindlichen Kanonen verschont hatten, ist gesprengt, und man beschäftigt sich mit den Vorbereitungen zur Zerstörung des Quarantaine-Forts. Wenn auch dieses Festungswerk gesprengt seyn wird, was man von einem Augenblicke zum andern erwartet, dann bleibt von jenen furchtbaren Vertheidigungswerken, welche die ganzen Süd-Ufer bedeckten, Nichts mehr übrig. Fort Alexander, Fort Nikolaus und Fort Paul bestehen nur noch in der Erinnerung. Dasselbe kann man von Sebastopol sagen, denn die letzten, durch die Sprengungen verursachten Erschütterungen, warfen auch die wenigen Mauertrümmer um, welche noch von der Existenz einer großen Stadt zeugten. Nur die Zerstörung der Wasserleitungen ist noch zu vollbringen, was längst geschehen wäre, wenn der Regen nicht die Sappen-Arbeiten behindert hätte.

Dabei schießen die Russen aus den Nordforts immer fort, ohne daß die Alliirten darauf antworten. Letztere werden noch fortwährend von endemischen Krankheiten heimgesucht, doch hat sich der Gesundheitszustand im Allgemeinen gebessert. Im englischen Lager beschäftigt man sich eifrigst mit Vorbereitungen zum kommenden Frühlingsfeldzuge, wenn die Friedensversuche fehlschlagen sollten. . . . Alle von vorgefallenen Scharmützeln u. dergl. verbreitet gewesenen Gerüchte sind unbegründet und nichts läßt überhaupt einen solchen Fall vorerst erwarten.

Im englischen Lager sollte ein Soldat, der seinen Kameraden ermordet hatte, hingerichtet werden. Dem Gesetze zufolge sollte der Mörder durch den Strang sterben. Es ist dies die erste derartige Exekution, die in der Krim vorkam. Da man keinen Henker hatte, so bot man dem Soldaten, welcher das Werk des Nachrichters übernehmen wolle, 25 Pfd. Sterl., Verschweigung seines Namens und den Abschied. Nur 5 Bewerber stellten sich. Der Henker wird während der Hinrichtung verlarvt seyn.

Aus Rußland.

Petersburg, 26. Febr. Die Rüstungen zu Lande und zu Wasser gehen, möchte man sagen, vorwärts mit den nahenden Friedens-Verhandlungen in Paris. Die Sorgfalt für Land- und Seemacht, von welcher die Regierung täglich Beweise liefert, schläft keinen Augenblick. — Zum bevorstehenden Feldzug in der Ostsee sind bereits die einleitenden Maßregeln verordnet. Zum ersten Male werden auch außer der Ruderflottille diesmal, als Küstenwehr, Kanonenjollen mit Dampfmaschinen in See erscheinen. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 5. März. Für österr. Metalliques-Obligationen wurden höhere Kurse bewilligt, während im Uebrigen keine wesentliche Veränderung stattfand.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 330 und Homburger-Landesbankaktien wurden zu 284 bis 286 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 90 P. 89½ G
" 5pCt. Metall. alte 81 P. 83¾ G.
" 5pCt. " in Silber bei Roths. — P. 87½ G.
" 5pCt. Nationalanleihe von 1854 85¼ P. 85 G.
" 4½pCt. " 75¾ P. 75¼ G.
" 4pCt. " 68¼ P. 67¾ G.
" 3pCt. " 51¼ P. 50¾ G.
" 1pCt. " 17 P. 16¾ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1254 P. 1249 G.
Oesterreichische Credit-Actien 232 P. 230 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
" 250 " " von 1839 — P. 134 G.
" 4pCt. 250 " " von 1854 111½ P. 111 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 310 P. 308 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
" 4½pCt. " 100¾ P. 100¼ G.
" 4pCt. " — P. 95 G.
" 3½pCt. " — P. 87⅛ G.
" 4pCt. Ablös.-Rente 95⅞ P. 95⅜ G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 163¾ P. 163¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 129 P. 128½ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88½ P. 88 G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 102¼ G.
" 3½pCt. " 89¾ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89¼ P. 88¾ G.
Badische 50 fl. Loose 78 P. 77½ G.
" 35 " " 47⅞ P. 47⅝ G.

Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
" 4pCt. " 100 P. 99½ G.
" 3½pCt. " 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 111 P. 113½ G.
" " 25 " " 33 P. 32¾ G.
Darmstädter Bankaktien 354 P. 352 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 41⅞ P. 41⅝ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 63 P. 62½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90¾ P. 90¼ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
" 3½pCt. " 93 P. 92½ G.
Frankfurter Bankaktien 123⅛ P. 122⅝ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 332 P. 330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 81½ P. 81 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 86 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38¾ P. 38½ G.
" 1pCt. neue 21½ P. 21¼ G.
Holland Integrale 64½ P. 64 G.
" Certificate 4pCt. — P. 94½ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43¾ P. 42¾ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅝ P. 100⅜ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120¼ P. 120 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 120 G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101½ P. 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101¼ P. 100⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94¾ P. 94½ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96⅝ P. 96⅜ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89¼ P. 89 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 118⅛ P. 117⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛ P. 116⅞ G.
Disconto — P. 3pCt. G.	

Wien, 4 März. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 86¾; 5Cpt. Met. 84⅞; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 136¼; ditto von 1854 111⅞; Bankaktien 1032; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien ——; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 360; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 683; österr. Staatsbahn-Aktien —. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅞ P.; London 10. 7. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

⚹ Aus dem Rheingau, 3. März. (Privat-Korresp.) Die Weinversteigerungen gegen Ende des Monats März werden, da ausgezeichnete Proben von 1855r zum Verkauf kommen, uns viele Fremde bringen. Seit etwa 14 Tagen beginnt schon eine rührige Nachfrage nach Weinen und sind kürzlich 30 Stück in Rüdesheim an einem Tage verkauft worden — gewiß in Folge des bevorstehenden Friedens. Unsere Weinhändler suchen immer mehr eigenes Gewächs in ihren Handel zu bringen. So hat seit kurzer Zeit Herr Bade von Geisenheim im Rüdesheimer Berge mehrere ausgezeichnete Weinberge im Werthe von circa 10,000 fl. acquirirt. — In Johannisberg wird mit allem Ernste an dem Baue einer Kaltwasserheilanstalt gearbeitet. Die Aktien dazu sind emittirt, und sichert deren Abnahme dem schönen Werke einen guten Erfolg.

* Vor einem Jahr erschien bei J. J. Weber in Leipzig unter dem Titel „Vier Monate der Belagerung von Sebastopol" ein Schriftchen, welches die Ereignisse dieser Belagerung seit der Landung der Verbündeten bei Eupatoria bis zu den ersten Tagen des Jahrs 1855 in 10 Kapiteln beschrieb. Jüngst ist nun in demselben Verlag ein neues Werkchen herausgekommen, betitelt: „Die Belagerung von Sebastopol von der Einschiffung der Verbündeten in Varna bis zur Einnahme von Süd-Sebastopol." Dasselbe hat, wie es einen Theil der von dem erstgenannten Werke behandelten Ereignisse umfaßt, auch den Inhalt desselben fast ganz in sich aufgenommen, welchem sich nun als Ergänzung 6 weitere Kapitel über die Ereignisse vom Januar 1855 bis zum September v. J. anschließen. Das Ganze ist eine geordnete Zusammenstellung der in der „Leipziger Illustrirten Zeitung" gegebenen Berichte vom Taurischen Kriegsschauplatz, die ihrer Zeit mit vielem Interesse gelesen wurden. Beigegeben sind in Holzschnitten die Bildnisse von Pelissier, Bosquet, Canrobert, Lord Raglan und Gortschakoff, ferner zwei Ansichten von Sebastopol und der Krim aus der Vogelschau, ein Plan der Rhede von Sebastopol und ein Plan von Sebastopol und dessen Umgebung zur Zeit des Sturms auf den Malakoff.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 67. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 7. März 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 6. März. Se. Maj. der König hat dem zweiten Untergerichtsschreiber am Appellationsgerichte der Pfalz, Eduard Sartorius, die erledigte Landgerichtsschreiberstelle in Waldmohr verliehen. (N. M. Z.)

Der Gesetzentwurf über die Zinsengarantie für die östlichen Eisenbahnen lautet, wie folgt: Art. 1. Es sollen Eisenbahnen erbaut werden: 1) von Nürnberg über Amberg nach Regensburg, 2) von München über Landshut an die Donau, 3) von der Amberg-Regensburger Eisenbahn an die Landesgränze gegen Pilsen zum Anschlusse an eine über Pilsen nach Prag führende Eisenbahn, 4) von Regensburg an die Landesgränze bei Passau zum Anschlusse an eine über Linz nach Wien führende Eisenbahn. Art. 2. Die Staatsregierung ist ermächtigt, bei Ueberlassung des Baues und Betriebes der im Art. 1 aufgeführten Eisenbahnen an Privatübernehmer die Gewährleistung eines jährlichen Zinsertrags von höchstens vier ein halb vom Hundert aus dem Bau- und Einrichtungskapital dieser Eisenbahnen von Seite des k. Staatsärars auf längstens 35 Jahre zuzugestehen. Art. 3. Die Mittel zum Vollzuge dieser Gewährleistung sind im Falle und nach Maßgabe des Bedarfs in dem jeweiligen Budget auszuwerfen.

Der Finanzausschuß der 2. Kammer beantragt nun einstimmig: 1) Der Ueberschrift des Gesetzes sollen die Worte: „den Bau von Eisenbahnen durch Privatunternehmer" betr. beigesetzt werden. 2) Der Art. 1, welcher die vier Bahnen bezeichnet, soll unverändert bleiben. 3) Im Art. 2, welcher die Zinsgarantie von höchstens 4½ pCt. auf längstens 35 Jahre zugesteht, soll als weiterer terminus eingeschaltet werden: „vom Tage der Eröffnung sämmtlicher Bahnstrecken" nebst folgendem Zusatz: „Diese 35 Jahre dürfen sich indessen mit Einrechnung der für Vollendung sämmtlicher Bahnen zu setzenden Frist von höchstens 7 Jahren in keinem Falle weiter als auf 42 Jahre von Ertheilung der Konzession an erstrecken." 4) Es sollen dem Gesetzentwurf noch zwei weitere Artikel in folgender Fassung angefügt werden: als Art. 3: „Uebersteigt die reine Bahnrente 4½ pCt. des aufgewendeten Kapitals, so ist die Hälfte des Mehrertrags zur Erstattung des allenfalls in Folge der Zinsengewährschaft von Seite des Staates geleisteten Zuschüsse und deren Verzinsung bis zu ihrer vollständigen Tilgung zu verwenden." Als Art. 4: „Die für die Staatsbahnen festgesetzten Tarif-Maximalsätze sind auch für die im Art. 1 genannten Bahnen verbindlich." 5) Der Art. 3 des Entwurfes, wonach die Mittel der Zinsgarantie im Falle und nach Maßgabe des Bedarfs in dem jeweiligen Budget auszuwerfen sind, soll unverändert als Art. 5 angefügt werden.

Der Ausschuß theilt die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Nützlichkeit der genannten Bahnen und hält deren Bau und Betrieb durch Privatunternehmer Angesichts der Schuldenlast des Staates und der Verwaltungsergebnisse der Staatsbahnen für absolut geboten. Der Ausschußbericht spricht auch die Ueberzeugung aus, daß die fraglichen Bahnstrecken eine lohnende Rente abwerfen werden, und betrachtet die Zinsengewährschaft, die der Staat übernehmen soll, nur als ein Mittel, um den Privaten, welche Aktien übernehmen möchten, dadurch handgreiflich und anschaulich zu machen, daß sie nichts riskiren, sondern Aussicht auf Gewinn haben.

** München, 4 März. (Privat-Korrespondenz.) Se. Maj. der König führte heute Mittag in einer Sitzung des Staatsrathes den Vorsitz. Sicherem Vernehmen nach ist in dieser Sitzung der neue Gesetzentwurf bezügl. der Gerichtsorganisation berathen worden, so daß nunmehr dessen Vorlage an die Kammer in den nächsten Tagen erfolgen dürfte. Näheres über den Inhalt dieser Vorlage verlautet noch nichts.

** München, 6. März. (Privat-Korrespondenz.) **15. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die kgln. Staatsminister v. d. Pfordten und Dr. Aschenbrenner.

Es wird zur Berathung des Gesetzentwurfes, „die Uebernahme einer Zinsengewährschaft für die Eisenbahnen von Nürnberg über Amberg ꝛc. betr.", geschritten. (In welcher Weise der Ausschuß die Annahme vorschlägt, ist oben mitgetheilt.) — Nachdem Referent Abg. v. Pfetten die Wichtigkeit der zu erbauenden Bahnen hervorgehoben, empfahl er die Ausschußanträge.

Abg. Stöhr sprach sich ebenfalls für die Wichtigkeit und Nothwendigkeit der Bahnen aus, so wie dafür, daß dieselben unter Zinsengewährschaft des Staates durch Private zu bauen seyen.

Abg. Fürst Wallerstein spricht sich in derselben Weise aus, desgleichen Abg. v. Closen. Letzterer will aber noch, daß eine Bestimmung, wonach die Bahnen nach 99 Jahren dem Staat unentgeltlich heimfallen sollen, in das Gesetz aufgenommen werde; er will deßhalb einen Antrag stellen. Dann wünscht er auch, daß, wie es bei den andern Linien bereits geschehen, auch auf der Linie von Landshut bis zur Einmündung in die Passau-Linzer Bahn auf Staatskosten die Projektirungsarbeiten erfolgen sollen.

Abg. Dr. Ruland erklärt sich gegen den Bau der Bahnen durch Private; denn er hält es bedenklich, Bahnen, von welchen man dazu behaupte, daß sie wichtig seyen, ja ein europäisches Interesse hätten, und sich auch rentiren würden, in Privathande zu geben. Redner fürchtet auch einen zu großen Einfluß der Geldmacht auf die Verhältnisse des Landes.

Abg. Graf Larosée und eine große Anzahl anderer Abgeordneten beantragten sodann, es wolle dem Gesetzentwurf der Wunsch beigefügt werden, daß Se. Maj. der König alle in Selbstbetrieb des Staates befindlichen Bahnen verpachten lassen möchte. (Schluß des Berichts folgt.) Bei der Abstimmung wurden angenommen Art. 1, dann Art. 2 nach Vorschlag des Ausschusses, ebenso die neuen Art. 3 und 4, welche der Ausschuß vorschlug. Desgleichen der Schlußartikel (jetzt Art. 5) des Gesetzentwurfs. Die Endabstimmung über den ganzen Gesetzentwurf ergab dessen **Annahme** mit 130 gegen 2 Stimmen. Dagegen stimmten Lasaulx und Ruland. Endlich wurde auch der Antrag von Larosée ꝛc. angenommen.

In Betreff der Presse sind nicht nur an das Bamberger Ordinariat, sondern auch noch an andere bischöfliche Ordinariate vom Kultusministerium Ansinnen gestellt worden. Der „Volksbote" veröffentlicht eine unterm 4. Juli v. Js. von der niederbayerischen Regierung an das bischöfliche Ordinariat Passau erlassene Entschließung, die in derselben Richtung gehalten ist, wie die bekannte Entschließung der oberfränkischen Regierung. (A. Pstz.)

Preußen. Berlin, 2. März. Der Wagener'sche Antrag, den Art. 12 der Verfassung (Gleichberechtigung aller Religionsbekenntnisse) aufzuheben, wird nächster Tage verhandelt werden; hätte die Kreuzzeitungspartei gewußt, welche Aufregung sie damit hervorrufen würde, so wäre dieser Antrag gewiß nicht gestellt worden. Allein sie hielt die Theilnahmslosigkeit für hinlänglich groß genug, und ihr Uebergewicht für so gesichert, daß dies einer der ersten Schläge sein sollte, welche gleich Anfangs von der „Kreuzzeitung" angekündigt wurden. Inzwischen hat die durch Wühlen hervorgebrachte Reizbarkeit der dickgegerbten Masse doch das bewirkt, daß die Regierung durch manche Forderungen ihrer Freunde in ein bedenkliches Kopfschütteln gekommen ist. Herr v. Westphalen hat verschiedentlich schon gerathen, doch nichts zu übereilen und es der Verwaltung zu überlassen, mit den Abnormitäten der Verfassung fertig zu werden; allein auch bei dieser Angelegenheit ist der Eifer seiner Partei größer als deren Klugheit. Der Wagener'sche Antrag wird fallen, nachdem die Regierung sich dagegen erklärt hat. Geändert wird dadurch gewiß nichts. Denn Herr v. Gerlach hat jedenfalls

Recht, der Artikel mag enthalten, was er Lust hat, eine Wahrheit kann und wird er nicht seyn. (Z. f. Nordd.)

Berlin, 5. März. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde über den Antrag des Abgeordneten Wagener berathen, im Art. 4 der Verfassungsurkunde die Worte: „Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich. Standesvorrechte finden nicht statt", zu streichen. Auf die Erklärung des Ministers des Innern, daß die Staatsregierung mit der Erwägung über eine angemessene Zusatzbestimmung zum Art. 4 beschäftigt sey, zog Wagener seinen Antrag zurück. Der Abg. Mathis nahm denselben wieder auf, damit ausdrücklich über ihn abgestimmt werde. Die Versammlung ging darauf auf Vorschlag des Ministers des Innern über denselben zur Tages-Ordnung über. (Nächstens kommt nun auch Wagener's Antrag auf Streichung des Art. 12 an die Reihe.)

Sachsen. Leipzig, 4. März. Aus Dresden ist heute die Nachricht hierher gelangt, daß das Projekt einer hiesigen Kreditanstalt trotz der erhobenen Schwierigkeiten doch noch die allerhöchste Sanktion erhalten hat. Die Entscheidung ist gestern Abend in einem unter Vorsitz des Königs abgehaltenen Ministerrath erfolgt. (A. Z.)

Württemberg Stuttgart, 5. März. (10. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) v. Schlayer entwickelt seine Motion betreffs der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes. Er verweist hauptsächlich auf die günstigen Rechnungsverhältnisse, die sich bisher ergeben. Die Möglichkeit weiterer Ausdehnung könne deßhalb um so weniger übersehen werden, als das Bedürfniß darnach täglich mehr empfunden werde. Er geht sofort über zur Entwickelung des nothwendig werdenden Netzes und meint als erstes das von Heilbronn nach Würzburg, und dann die Bahn von Amstetten nach Nördlingen, ferner für den Schwarzwaldkreis die obere Neckarthalbahn. Die Motion wird an die volkswirthschaftliche Kommission gewiesen. (Heilbr. T.)

Baden. Karlsruhe, 3. März. Zwei Gesetzesentwürfe bezüglich der Abänderung des Strafgesetzbuches waren von Seiten der Regierung der ersten Kammer zuerst vorgelegt worden und sind heute zur Berathung der zweiten Kammer gelangt. Sie betrafen 1) die Oeffentlichkeit bei Vollstreckung der Todesstrafe und die Landstreicherei, und 2) den rücksichtlich der Presse ergangenen Bundesbeschluß vom 6. Juli 1854. Nach dem ersten Gesetzesentwurf soll die Oeffentlichkeit bei Hinrichtungen in der Weise beschränkt werden, wie es in Preußen und andern Staaten geschieht; sodann soll der Rückfall des Vergehens der Landstreicherei mit geschärftem Kreisgefängniß bis zu 6 Monaten und Stellung unter polizeiliche Aufsicht bestraft werden. Dieser erste Gesetzesentwurf wurde im Wesentlichen unverändert von der ersten Kammer angenommen; der Antrag der Kommission der zweiten Kammer lautet ebenfalls zustimmend, doch mit dem Vorschlage, einen Wunsch zu Protokoll niederzulegen, daß das Fallbeil bei den Enthauptungen eingeführt werde. Dieser Wunsch wurde auch zum Beschluß der Kammer gemacht und im Uebrigen keine Einwendungen gegen das Gesetz erhoben. Wichtiger war der Gesetzesentwurf über die Presse. Hier hatte die Kommission verschiedene mildernde Vorschläge gemacht, insbesondere über die Bestrafung der Preßvergehen gegen die Bundesstaaten. Nicht allein diese Anträge wurden nach einigen Debatten von der Kammer angenommen, sondern auch ein Antrag von Knittel, der das kategorische „Muß" der Entziehung einer Konzession in ein „Kann" verwandelt wissen will. Sämmtliche Redner sprachen sich in dem Sinne aus, daß das badische Gesetz nicht weiter gehen solle, als die Bundesbestimmungen, und daß, wenn eine größere Milde eingeführt werden könne, solcher der Vorzug gegeben werden möge. Es war erfreulich, von der Regierungsbank die gleichen Gesinnungen aussprechen zu hören. Das Gesetz wurde sodann zur Abstimmung gebracht und mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. (Schw. M.)

Dänemark.

× Berlin, 5. März. (Privat-Korrespondenz.) Bekanntlich haben fast alle Staaten, deren Schiffe den Sund zu passiren haben, einen Vertrag mit der dänischen Regierung abgeschlossen, nach welchem sie eine Behandlung bei der Erhebung des Sundzolles gleich den am meisten begünstigten Staaten zu beanspruchen haben. Setzt es aber Nordamerika mit Gewalt durch, daß seine Schiffe nur die Leuchtthurm- oder sonstigen gewöhnlichen Schifffahrtsabgaben zu leisten haben, so erhalten die übrigen Staaten denselben Vortheil. Es dürfte daher an der Zeit seyn, von Neuem die Frage wegen eines Kanalbaues von der Nordsee nach der Ostsee in den Vordergrund zu stellen. Sträubte sich bisher die dänische Regierung, den Bau eines solchen Kanals vorzunehmen, so könnte vielleicht jetzt der Zeitpunkt eintreten, wo sie diesem Projekte ihre ganze Unterstützung zuwendet. Sie kann dadurch in den günstigen Fall kommen, das, was sie durch die Abschaffung des Sundzolles verliert, durch Anlegung eines Kanals wieder zu gewinnen. Die Kosten, welche für die Schifffahrt bei Benutzung eines solchen Kanals erwüchsen, würden allerdings bedeutend größer seyn, aber dafür würde für die Fahrt von der Ostsee nach der Nordsee und umgekehrt eine bedeutende Zeitersparniß eintreten, die sowohl dem Schiffer, als auch dem befrachtenden Kaufmanne von großer Bedeutung seyn muß. Es ist möglich, daß die Einnahmen von dem Kanal zuerst nicht die des Sundzolles erreichen, aber jedenfalls würden sie späterhin um Vieles größer werden. Während jetzt das Recht für die Erhebung des Sundzolles nicht ohne Grund vielfältig bestritten wird, würden die Abgaben, welche bei der Beschiffung eines solchen Kanals gefordert werden, niemals angefochten werden können, da dieses nicht eine Natur-, sondern eine Kunststraße ist, und für die Benutzung derselben ein Zoll mit Fug und Recht erhoben werden kann. Die Anlage des Kanals würde sich am besten in der Richtung von Eckernförde nach Tönning, oder nach Husum, oder von Flensburg nach einem der zunächst gelegenen Küstenpunkte machen lassen. Die gerade Linie zwischen diesen Punkten betrüge kein Mal mehr als 10 Meilen, und die Anlage eines Kanals auf solche Strecke dürfte nicht zu kostspielig werden.

Frankreich.

Paris, 4. März. In dem heute dem gesetzgebenden Körper vorgelegten Budget-Entwurfe für 1857 sind die ordentlichen Einnahmen auf 1,709,345,226, die ordentlichen Ausgaben auf 1,641,493,164 und die außerordentlichen Ausgaben für Bauten auf 52,434,714 Franken veranschlagt. Es würde somit noch ein Ueberschuß von 15,417,348 Fr. sich ergeben. (Köln. Ztg.)

Spanien.

In Malaga proklamirte kürzlich ein Bataillon der Nationalgarde die Republik. Die von den Militärbehörden schleunigst getroffenen Maßregeln und die Verhaftung von 40 Milizianos unterdrückten jedoch alsbald die Bewegung. Leider sind zwei Agenten der Behörden in der Meuterei umgekommen. (In der Cortessitzung vom 26. dagegen gab der Minister des Innern

---

Eine Geisterbeschwörung.

(Schluß.)

Ludwigsburg, 5. März. Das Zeugenverhör in der Zetter'schen Anklagesache vor dem Schwurgerichte wirft weitere Streiflichter auf die fragliche Geisterwelt. Die Eschenauer führen, als der Schatz nicht zum Vorschein kommen will, den Angeklagten zu einem Bauernmädchen in Windischenbach, welchem allnächtlich der Geist eines Burgfräuleins erscheint, ob vielleicht das Burgfräulein Auskunft über den Schatz geben könne. Der Geist des Stiefvaters in Schmolls Hause macht sich außer Schlürfen und Poltern auch dadurch bemerklich, daß er dem Knecht, welcher auf der Bühne schläft, Ohrfeigen gibt. Derselbe Schmoll trägt nebst seinem Sohne einen in die Kleider eingenähten Zettel, welchen er von einem Schäfer erstanden hat, und welcher vor aller Gefahr, auch vor dem Soldatwerden, schützt. Konsequenterweise sagt Schmoll, er wisse heute noch nicht, was in seinem Hause gewesen sey, ob es eine Katze gewesen sey oder ein Geist. Das Eine scheint ihm so natürlich als das Andere. Die Geschwornen sind jedoch darüber einig, daß in Schmolls Hause so wenig als auf dem Goldberge und auf dem Kreuzwege ein Geist gewesen sey, und der Angeklagte wird zu einer Arbeitshausstrafe von 3 Jahren 9 Monaten verurtheilt. (Schw. M.)

Ein gewerbsmäßiger Betrüger.

Ellwangen, in Württemberg. Die am 28. und 29. Februar vor dem Schwurgerichtshofe stattgehabte Verhandlung gegen Balthasar Huber von Steinheim, O. A. Heidenheim, wegen gewerbsmäßigen Betrugs gab ein wenig schmeichelhaftes Beispiel von dem Bildungsstand der niederen Volksklassen in manchen Gegenden. Der Angeklagte wußte sich, indem er ungeheure Summen für einzelne kleine Opfer zusagte, durch Verblendung der Leute ohne Zweifel seit 20—25 Jahren die Mittel zu angenehmem Leben zu verschaffen, und obwohl mehrmals eingeleitete Untersuchungen seinem Treiben ein Ende zu machen drohten, die Betrogenen immer auf's Neue wieder in ihrer Bethörung zu bestärken. Der jetzt 55jährige unverheirathete, ver-

Mittheilungen über die Unruhen in Malaga am 23. Februar, nach welchen dieselben nicht politischer Art gewesen wären.) (A.Z.)

Amerika.

„Northern Light" mit der Post aus Kalifornien bis zum 21. Januar bringt eine Nachricht, die als ein Versuch der Vereinigten Staaten, sich in Australien festzusetzen, betrachtet werden kann. Die Einwohner der Fidschi-Inseln (in der Nähe der Freundschafts- und Schiffer-Inseln und der neuen Hebriden) waren, wegen Grausamkeiten, die sie gegen nordamerikanische Matrosen geübt hatten, von der Korvette „John Adams" gezüchtigt worden. Fünf Gefechte waren geliefert und fünf größere Ortschaften von den Amerikanern zerstört worden; alsdann ward ein Traktat mit dem Fürsten und dem Commandeur Bouter im Namen der Verein. Staaten abgeschlossen. — In Nicaragua herrschte, seit Walker sich festgesetzt hat, die tiefste Ruhe. Der britische Konsul (Manning) machte gute Miene zum bösen Spiel. Er hatte an den Minister des Auswärtigen der Scheinregierung, den Präsident Rivas, ein Schreiben erlassen, worin er seine Sympathie für die provisorische Regierung von Nicaragua wegen ihrer Bemühungen ausspricht, die Ruhe in einer durch zwecklose Revolutionen desorganisirten Bevölkerung zu erhalten; Walkers Einsetzung als General (d. h. als wirklicher Lenker der Republik) ist darin anerkannt. Hinzugefügt wird freilich: er könne die Versicherung über die gute Stimmung der britischen Regierung geben, so lange die Angelegenheiten der Republik dem Völkerrecht gemäß geleitet würden.

* Der Name „Kossuth" und die daran sich knüpfenden Erinnerungen — sagt der „Cour. des Et. Un." — sind in der Repräsentantenkammer zu Washington auf unerwartete Weise wieder in Anregung gebracht worden. Aus Anlaß der den Armen des Distrikts Columbia zu gewährenden Unterstützung, welche bei den „Ersparungs-Männern" auf Opposition stieß, führte eine Kongreßmitglied, Hr. Campbell, die an einen Wirth in Washington, Hrn. Brown, gezahlte Rechnung für die Kosten des 13tägigen Aufenthalts Kossuths und seines Gefolges in der Hauptstadt der Union an, wie folgt: Unterhalt des Gouverneur Kossuth und seines Gefolges, welche 10 Salons und 22 Schlafzimmer inne hatten, 13½ Tage für 23 Personen 3888 Doll.; Verschiedenes: Champagner, Xeres, Madeira, Zigarren, Limonade, Wäsche, Medizin, Postmarken, Bagage-Transport, Kommissionäre, Fiakres, telegraphische Depeschen, Zucker, Branntwein und Whiskey auf dem Zimmer, Porter und Ale, Converts, Friseur u. s. w. 658 Dollar 82 C.; Wagenmiethe für den Gouverneur und sein Gefolge 319 Doll. 50 C.; Total: 4566 Doll. 32 C. Also 14 Doll. pro Tag und Mann. — Bei solchen Rechnungen hätte der Diktator Ungarn eher aufgezehrt als befreit!

Afrika.

Das auf der Insel Mauritius erscheinende franz. Journal „Le Cerneen" berichtet aus Madagascar vom 24. Dez.: „Herr d'Arvoy, früher französischer Konsul auf Mauritius, der seit einem Jahre an der Bucht Bavatoubé wohnte, wo er für Rechnung einer französischen Gesellschaft eine Kohlengrube betrieb, ward in der Nacht auf den 19. Oktober von 1500 bis 2000 Hovas (Benennung der regelmäßigen Truppen der Königin von Madagascar) überfallen, getödtet und verstümmelt; dasselbe wiederfuhr mehreren anderen Franzosen und vielen Sakalaven. Andere wurden gefangen fortgeschleppt. Die Niederlassung wurde gänzlich zerstört. Der angerichtete Schaden beträgt 450- bis 500,000 Frs. Die Königin Ranavale ließ, sobald sie den Vorgang erfuhr, das Volk ihrer Hauptstadt versammeln und ihm den Bericht des Generals der Hovas vorlesen, worauf zur Feier des Sieges sieben Kanonenschüsse abgefeuert wurden. Das Gebiet, wo der Ueberfall stattfand, ist kraft der Abtretung desselben an Frankreich durch den ehemaligen König von Rossibé französisches Gebiet, und die französische Flagge wehte auf dem Fort, das zerstört worden ist. Die Niederlassung war auf Anrathen der französischen Regierung errichtet und ihr Schutz derselben versprochen worden."

Alexandrien, 22. Febr. Said Pascha, der Vizekönig, ist hierher zurückgekehrt und beschäftigt sich so emsig, wie je zuvor, mit der Reorganisation und dem Einexerziren seiner Truppen. Die armen aufständischen Beduinen haben von seiner Seite große Grausamkeiten zu erdulden gehabt; alle, welche Sr. Hoheit in die Hände fallen, werden paarweise an einander gekettet und in die scheußlichsten und ekelhaftesten Gefängnisse geworfen. Während mehrerer Tage der vorigen Woche wurden ungefähr 3000 dieser Unglücklichen nach Alexandrien gebracht. Unterwegs starben viele von ihnen in Folge der furchtbaren Grausamkeiten, die an ihnen verübt wurden. Die Lebenden wurden nicht von den Todten getrennt, da der sie begleitende Aufseher über die volle Zahl Rechnung abzulegen hatte. Nachher wurden die Gefangenen auf die Galeeren gebracht. Aegypten wird unter Said Pascha eben so despotisch regiert, wie zu der Zeit der Pharaonen, und wenn man von der Regierung Aegyptens spricht, so spricht man von dem Charakter Said Pascha's, der sein eigener Premier-Minister, sein eigenes Kabinet, sein eigener Feldherr, ja selbst sein eigener Ingenieur ist.

Der neue Kaiser Theodor I. von Abyssinien Kasa, der seinen Schwager nach langem blutigen Bürgerkrieg vom Thron stieß und nun den Titel Kaiser Theodor I. von Abyssinien annahm, hat der ägyptischen Regierung seine Thronbesteigung notifizirt und den Wunsch ausgesprochen, mit Aegypten in Beziehungen guter Nachbarschaft zu treten, um so die Lage des ihm unterworfenen Landes zu verbessern. Kasa gilt für grausam, aber aufgeklärt und zu Reformen geneigt.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 4. März. (Privat-Korrespondenz.) Bekanntlich wünschen die Westmächte in Betreff der Donaufürstenthümerfrage, daß die Moldau und Walachei mit einander vereinigt ein ziemlich unabhängiges Fürstenthum bilden und unter einem erblichen souzeränen Oberhaupt mehr nominell als faktisch dem Sultan unterworfen bleiben sollen. In Konstantinopel will man dagegen die bisherige Verfassung und das bisherige Unabhängigkeitsverhältniß beider Länder gewahrt wissen, und nur das Hospodariat in der Moldau, sowie in der Walachei in eine erbliche Würde verwandeln, abgesehen von den inneren Reformen, die im Einvernehmen mit der einzuberufenden Nationalversammlung festgestellt werden sollen. Wie ich nun vernehme, ist Graf Buol angewiesen worden, die Anschauung der Pforte zu unterstützen, und wird zu diesem Ende in Paris eine Denkschrift überreichen, in welcher alle Gründe zur Unterstützung dieser Ansicht enthalten sind. Unter denselben führt das kaiserliche Kabinet namentlich an, daß für die künftige Ruhe Europas und die Sicherstellung der Balkanhalbinsel ein unabhängiges Romanenreich niemals jene Garantie bietet, welche die Pruth- und Donaubefestigungen in den Händen eines Staates wie die Türkei gewähren. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß die Freiheit

---

mögenslose Angeklagte ist schlecht beleumundet und seit 20 Jahren in einer langen Reihe von Untersuchungen wegen Vagirens, Ueberschreitung der Begränzung, Müßiggangs, Setzen in verbotene Lotterieen, verbotenen Aufenthaltes in Augsburg und München, Fälschung und Betrugs durch Schätzeheben u. s. w. gestanden, aus denen sich ergibt, daß er seit etwa 25 Jahren sich meistens in Bayern herumtrieb, daß er, so oft er auch ausgewiesen, in seine Heimath geschafft und dort konstnirt, so oft er wegen seines Treibens verhaftet und bestraft wurde, doch immer wieder nach Bayern zurückkehrte und dort, obwohl er keinen ordentlichen Erwerbszweig hatte, immer wieder sein gutes Auskommen fand, indem er häufig in Besitz beträchtlicher Geldsummen gefunden wurde; daß übrigens von allen Seiten der Verdacht betrügerischen Handelns auf ihn fiel, ohne daß es jedoch während einer langen Zeit gelungen wäre, seinem verbrecherischen Treiben näher auf die Spur zu kommen. Endlich 1853 waren Einzelnen der Betrogenen die Augen so weit aufgegangen, daß sie bei ihrer Befragung vor Gericht Alles, was sie über Huber wußten, angaben, wovon in früheren Untersuchungen theils die abergläubische Scheu vor dessen geheimen Kenntnissen, theils die Furcht, die letzte Hoffnung auf zugesagtem Gewinn zu verlieren, abgehalten haben mag. Durch die nun von dem kgl. bayerischen Landgerichte Wertingen geführte Untersuchung wurde zur Gewißheit erhoben, daß Huber von 1841 bis 1853, also im Laufe von etwa 12 Jahren, hauptsächlich von Betrügereien gelebt hat. Dies gelang ihm, indem er den Aberglauben der Leute durch Aussicht auf großen Gewinn rege zu machen, ihn geschickt zu benützen und alle Zweifel mit großer Schlauheit immer wieder zu beschwichtigen verstand und so eine Menge Bethörter, namentlich solche, die ihre geringen Ersparnisse und ihren sauren Verdienst opfern mußten, nach und nach um bedeutende Summen brachte. Die Hintergangenen sind hauptsächlich aus Roggden und anderen Orten des Ldgr. Wertingen, aus Obersinningen, Ldgr. Höchstädt, aus Augsburg, München und Umgebung. In Bayern indessen konnte man des Betrügers nicht habhaft werden, es gelang dieses erst im April v. J. in Bopfingen, worauf er von dem Oberamtsgerichte Heidenheim in Untersuchung gezogen wurde.

(Schluß folgt.)

der Donauschifffahrt und des Donauhandels eher durch ein Wechselverhältniß zwischen Oesterreich und der Pforte gewährleistet werde, als durch einen selbständigen Miniaturstaat an den Mündungen des Stromes, der doch nur eben so wie Griechenland durch künstliche Einflüsse von Außen gestützt werden müßte, und keine Garantie für eine selbständige Stellung enthielte.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 28. Febr. Einhundert Millionen Papiergeld emittirt; darüber Zerwürfniß im Divan. Waffenstillstandsordre nach der Krim abgegangen. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Aus **Konstantinopel**, 25. Febr., wird berichtet: Eine übergroße **Sterblichkeit** herrscht in den Militärspitälern. Die griechische Geistlichkeit veröffentlichte nicht den Hattischerif, betreffend die inneren Reformen. — Berichten aus der **Krim** vom 18. Febr. zufolge nimmt dort der Skorbut überhand. (T. D. d. Köln. Z.)

* **Marseille**, 4. März. Gestern lief der Dampfer, „François Arago", aus Konstantinopel kommend, in den neuen Hafen de la Joliette ein. An Bord befanden sich 3—400 Artilleristen; sie bilden die Cadres der **Krim-Belagerungs-Artillerie**, welche Befehl zur **Rückkehr** nach Frankreich erhalten hat.

Petersburg, 2. März. General Lüders meldet aus der Krim: „Am 29. Febr. hatte an der steinernen Brücke eine Zusammenkunft der Bevollmächtigten beider kriegführenden Parteien stattgefunden. **Dem Beschlusse der Pariser Konferenzen gemäß sind die Feindseligkeiten eingestellt worden.**"

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 6. März. Heute wurden die Aktien der Mitteldeutschen Kredit-Bank für Handel und Industrie in Meiningen zum erstenmal gehandelt der Umsatz war überaus lebhaft und eröffnete zu 114½ und schlossen 116 begehrt. — Oesterr. Kredit-Aktien wurden niedriger abgegeben, während Staatsbahn-Aktien höher bezahlt wurden.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 328 bis 27 und Homburger-Landesbankaktien wurden zu 284 85 86 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 90 P. 89½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 83¼ P. 83 G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 87½ G.
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 85 P. 84¾ G.
„ 4½pCt. „ 75¾ P. 75¼ G.
„ 4pCt. „ 68¼ P. 67¾ G.
„ 3pCt. „ 51½ P. 51 G.
„ 1pCt. „ 17 P. 16¾ G.
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1260 P. 1255 G.
Oesterreichische Credit-Actien 225½ P. 223½ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 131 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 111 P. 110¾ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 314 P. 312 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100¾ P. 100¼ G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3½pCt. „ — P. 87½ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95⅞ P. 95⅜ G.
Bayerische Bankaktien o. D. 6. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 163¾ P. 163¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 128 P. 127½ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88½ P. 88 G.
Würtlemberg 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 102¼ G.
„ 3½pCt. „ 89¼ P. 89¼ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89¼ P. 88¾ G.
Badische 50 fl. Loose 78 P. 77½ G.
„ 35 „ „ 47¾ P. 47½ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 100 P. 99½ G.
„ 3½pCt. „ 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 114 P. 113½ G.
„ „ 25 „ „ 33½ P. 33 G.
Darmstädter Bankaktien 354 P. 352 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 41¾ P. 41½ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 63 P. 62½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90¾ P. 90¼ G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
„ 3½pCt. „ 93 P. 92½ G.
Frankfurter Bankaktien 123¼ P. 122¾ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 332 P. 330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 81½ P. 81 G.

Polen 500 fl. Partial — P. 85½ G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38½ P. 38¼ G.
„ 1pCt. neue 21¼ P. 21⅛ G.
Holland Integrale 61½ P. 61 G.
„ Certificate 4pCt. — P. 94½ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅝ P. 100⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96⅝ P. 96⅜ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89¼ P. 89 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 101⅞ G.
Lond. Lst. 10 k.S. 120¼ P. 120 G.
Mail. k.S. Le. 250 k.S. 101½ P. 101¼ G.
do. 3 Monat mit 5% 101¼ P. 100⅞ G.
Paris Frs. 200 k.S. 94¾ P. 94½ G.
Lyon Frs. 200 k.S. 91⅝ P. 91⅜ G.
Wien fl. 100 C. k.S. 1¹⁸⁄₉₉ P. 118¾ G.
Wien 3 M. mit 4% 117⅞ P. 117⅝ G.
Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 5. März. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 86; 5Cpt. Met. 84⅚; 4½pCt. 73½; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; ditto von 1854 111¾; Bankaktien 1048; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2870; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 359¼; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 681; österr. Staatsbahn-Aktien —. Wechselkurse: Augsburg uso 101¾ P.; London 10. 6½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

London, 5. März. Heute früh um 5 Uhr brach während des von Hrn. Anderson gegebenen Maskenballes im **Konventgarten-Theater** eine Feuersbrunst aus. In diesem Augenblick steht das ganze Gebäude in Flammen, und es unterliegt kaum einem Zweifel, daß es vollständig niederbrennen wird.

Wien, 4. März. Wie die „Ostdeutsche Post" aus bester Quelle erfährt, ist die von O. v. Schorn in der „Allg. Ztg." geforderte gewünschte „offene" Erklärung des Hrn. Dr. Laube über die Autorschaft des Fechters von Ravenna bereits an die Redaktion der „Allg. Ztg." abgegangen. (Der Schullehrer Bacherl ist inzwischen eine berühmte Person und von München aus schon förmlich bewallfahrtet worden; zwei Künstler von da haben schleunigst sein Porträt aufgenommen; es soll ein kurzer, unansehnlicher Mann von etwa 40 Jahren seyn, der sich nicht anders hat photographiren lassen, als mit einer Papierrolle in der Hand.)

Neueste Nachrichten.

○○ **München**, 5. März. (Privat-Korrespondenz) Der 2. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe ist gestern über den von der Regierung vorgelegten, von der 2. Kammer schon berathenen Gesetzentwurf, die **Personalsteuer** betr., in Berathung getreten. Der von der 2. Kammer vorgeschlagene Titel „Einkommensteuer" wurde vom Ausschuß ebenfalls angenommen. Art. 1—7 wurden hierauf in der Fassung der 2. Kammer angenommen.

Bei Art. 8 sah sich Referent Hr. v. Niethammer zu der Bemerkung veranlaßt, daß durch die von der Kammer der Abgeordneten angenommene Fassung in keiner Weise der seinerzeitigen Abstimmung über die Anlage der Kapitalrentensteuer präjudizirt werde; eine Ansicht, welcher sämmtliche Ausschußmitglieder beitraten. Demzufolge wurde der Art. 8 einstimmig angenommen. Ebenso Art. 9, 10, 11.

Bezüglich des II. Abschnittes empfahl der Referent die Annahme seines Gutachtens, (dahin gehend, den deßfallsigen Beschlüssen der 2. Kammer nicht beizustimmen, sondern das Verfahren anzunehmen, welches der 2. Ausschuß der 2. Kammer vorgeschlagen hat). Der Ausschuß schloß sich demselben einstimmig an, nur bei Art. 23 wurde geltend gemacht, daß der vierte Absatz, wie er von dem Hrn. Referenten vorgeschlagen wurde, nicht folgerichtig zu seinen übrigen Vorschlägen passe; daher die Fassung des Entwurfs wieder angenommen wurde. Die übrigen Artikel des Abschnittes II. fanden keine Beanstandung.

Ebenso wurde der 3. Abschnitt in Uebereinstimmung mit der 2. Kammer einstimmig angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 68.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 8. März 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 6 März. (Privat-Korresp.) **45. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Von dem Abg. Grafen La Rosee und Consorten wird beantragt, wie schon mitgetheilt, dem Gesetz-Entwurf den Wunsch beizufügen, es möchten alle auf Regie des Staates betriebenen Eisenbahnen verpachtet werden.

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld, der sich, die Ansichten Rulands widerlegend, entschieden für den Bau der Bahnen durch Private ausspricht, motivirt diesen Antrag durch das bisherige geringe Ergebniß der Staatsbahnen.

Im Jahre 1852/53 habe auf Verzinsung der Bahnschulden eine Summe von 8 Millionen 632,000 fl. verausgabt werden müssen, während die Eisenbahnrente nur 6 Millionen 200,000 fl. betrug; es kämen aber noch 30 Millionen in Betracht, die der Staat aus seinem eigenen Vermögen für Eisenbahnen verwendet und die keinen Heller Zinsen tragen. Dem Staate eine neue Schuldenlast von 50 bis 60 Millionen aufzubürden, erscheine ihm bedenklicher als alles Andere. Der Einwurf Ruland's, daß der Staat den rentirenden Theil der Bahnen Andern überlasse, werde durch den Antrag auf Verpachtung völlig beseitigt. Die Thatsache, daß die Staatsbahnen sich nie gut rentiren werden, sey unwiderlegbar, deßhalb solle man diese Bahnen auch Privaten übergeben, denn dieser „hoffnungsvolle Student" habe schon gar sehr viel „verstudirt", und verwende man noch so viel Geld darauf, es werde nie etwas Ordentliches daraus werden. Eine Anstalt, die rein merkantil, industriell ist, werde am besten durch die Kaufleute geleitet, und das Beamtenthum sey in dieser Frage gar keine Nothwendigkeit. Die Summe, welche in Bayern auf die Pensionäre (insgesammt) verwendet werden muß, sey jetzt schon eine so horrende, daß er (Red.) zur Vergrößerung derselben nie seine Stimme geben könne. Sie müßte aber mit der Zeit erhöht werden, wenn man immerfort auf Staatskosten bauen würde. Bei einer Staatsverwaltung gebe es eine Menge Arbeiten, die nicht zur Erreichung des Zweckes, sondern nur zur Sicherstellung des Unterbeamten gegen seine Vorgesetzten geleistet werden. Das Alles sey bei Privaten, die Vertrauen gegen einander haben, nicht nothwendig. Diese setzen den rechten Mann an die rechte Stelle; paßt einer nicht, so wird er ohne weitere Ansprüche entfernt. Will aber der Staat einen Beamten entfernen, so muß er ihn gewöhnlich pensioniren.

Der kgl. Ministerialrath Frhr. v. Brück sucht dann die Verwaltung der Eisenbahnen zu rechtfertigen und stellte für die Zukunft eine höhere Rente in Aussicht, worauf der k. Ministerpräsident Frhr. v. d. Pfordten in einer trefflichen Rede die Gründe für den Bau der weiteren Bahnen durch Privatgesellschaften darlegte. Die Regierung meine nicht etwa, der Staat wäre nicht geeignet, Bahnen zu bauen; im Gegentheil sey sie überzeugt, daß sie nicht theurer, nicht langsamer und nicht schlechter baut, als jede Gesellschaft. Ferner habe die Regierung nicht den Gedanken gehabt, daß der Staat nicht fähig sey, die Bahnen rentirlich zu verwalten. Freilich die Aufgabe der Betriebsverwaltung sey sehr schwer, weil die Bahnen eine zu große Ausdehnung, 250 Stunden, haben. Wenn man ferner erwäge, daß die Bahnen erst in neuerer Zeit vollendet und selbst jetzt noch Bruchstücke sind, so sey leicht begreiflich, daß die Rente keine hohe seyn könne. Sey das Netz einmal ganz vollendet, so daß wir dann auch den Transitverkehr haben, so werde die Rente ganz gewiß steigen. Der Direktion und dem gesammten Betriebspersonal gab der Minister das beste Zeugniß. Endlich sey das Motiv der Einbringung des Gesetzentwurfs auch nicht gewesen, daß das Land etwa die Mittel nicht aufbringen könne. Die finanziellen Kräfte Bayerns könnten dieses Kapital schon aufbringen und wer etwa darauf spekuliren wollte, würde schlechte Geschäfte machen. . . . Welches sind nun die Gründe für den Gesetzentwurf? Erstens die naturgemäße Rücksichtsnahme auf die so oft von den Kammern ausgesprochene Ueberzeugung, daß es besser wäre, wenn Gesellschaften bauten. Diese Ueberzeugung zu berücksichtigen, sey Pflicht der Regierung. Eine zweite Erwägung war die Rücksicht auf unser Budget; die Regulirung des Finanzhaushaltes für die nächste Finanzperiode werde ohnehin mit Schwierigkeiten verbunden seyn und die Regierung wolle einmal die Eisenbahn Staatsschuld nicht mehr vergrößern. . . . Der dritte Grund liege in der großen Ausdehnung, welche das Eisenbahnnetz jetzt schon hat und noch erhalten würde, wenn der Staat auch diese fraglichen Bahnen übernehmen. Die Aufgabe der Verwaltung würde noch schwieriger und die Klagen und Vorwürfe gegen dieselbe in demselben Maße häufiger werden. Deßhalb glaubte die Regierung, es sey besser, die Verwaltung zu theilen. Beide Verwaltungen, die des Staats und die der Privatgesellschaft, werden neben einander bestehen und wetteifern. Der Gewinn dieses Wetteifers könne nur dem Staate und dem Publikum zu Gute kommen. Redner entgegnet dann den Einwürfen Rulands, und bemerkt in Betreff der Zinsengarantie, daß diese ein Aequivalent sey gegen die Rechte, welche sich der Staat der Gesellschaft gegenüber wahre. Die Zinsen müßten auch garantirt werden, weil die Aktionäre das meiste Kapital auf dem Geldmarkt holen müssen. Der Antrag auf Verpachtung sey zu wichtig, als daß er als einzelnes Mitglied der Verwaltung sich äußern könne, ohne vorher die Ansicht der Gesammtverwaltung erholt zu haben. Die Debatte über die einzelnen Artikel ging rasch von statten. Dem Art. 1 wurde ohne Debatte beigestimmt; Art. 2 mit der Modifikation des Ausschusses, nachdem ein Antrag des Frhrn. v. Closen, dem Staate das Recht des unentgeltlichen Heimfalls der Bahnen nach 99 Jahren zu vindiziren, verworfen war.

Abg. Lasaulx hatte sich entschieden für, Abgeord. Fürst Wallerstein und v. Lerchenfeld entschieden gegen den Antrag, der, wenn in das Gesetz aufgenommen, den Verhandlungen mit der Gesellschaft, die den Bau übernehmen will, gefährden könnte, erklärt. Ebenso wurden den beiden vom Ausschusse vorgeschlagenen neuen Art. 3 und 4 und dann dem Schlußartikel beigestimmt. Die Schlußabstimmung ergab, wie schon mitgetheilt, die Annahme des so modifizirten Gesetz-Entwurfs mit 130 gegen 2 Stimmen (Lasaulx und Dr. Ruland) und ebenso wurde der Antrag des Abg. Grafen La Rosee angenommen. Nächste Sitzung morgen.

Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf „die Eisenbahnbau-Dotation für die VII. Finanzperiode betr.", lautet wie folgt: „Art. 1. Die aus den Eisenbahnbau-Fonds geleisteten Vorschüsse von 1,000,000 fl. für die allgemeine Ausstellung deutscher Industrie- und Gewerbserzeugnisse zu München im Jahre 1854, deren Verwendung hiermit genehmiget wird, und 1,250,000 fl. für die Instandsetzung der Donau-Dampfschiffahrt, in Summa von zwei Millionen zweihundertfünfzig Tausend Gulden, sind der Eisenbahnbaukasse zu ersetzen, und die Mittel dazu aus den Erübrigungen des durch das Gesetz vom 22. Febr. 1855 bewilligten Militäranlehens von 6 Mill. 500,000 fl. zu entnehmen. Art. 2. Der Mehrbedarf für die in Betrieb stehenden und die in der Projektirung befindlichen Staatseisenbahnen über die gesetzlich gegebenen Bankredite wird auf den Gesammtbetrag von zehn Millionen vierhundert Tausend Gulden festgesetzt. Art. 3. Zur Deckung dieses Mehrbedarfes wird der kgl. Staatsminister der Finanzen ermächtiget, ein auf die Eisenbahnen und die Betriebsrente zu versicherndes verzinsliches und vom Jahre 1857/58 mit jährlich 2pCt. heimzuzahlendes Anlehen von zehn Millionen vierhundert Tausend Gulden aufzunehmen."

Der zweite Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat diesen Gesetzentwurf wiederholt berathen und der Kammer folgende Vorschläge gemacht: 1) Die aus den Eisenbahnbaufonds geleisteten Vorschüsse von einer Million Gulden für die deutsche

Industrie-Ausstellung im Jahr 1854 sollen nachträglich genehmigt und der Eisenbahnbaukasse aus den Beständen der vierten und fünften Finanzperiode ersetzt werden (nach dem Regierungsentwurf soll die Deckung aus den Erübrigungen des Militär-Anlehens von 1855 geschehen); 2) der Ausbau der München-Rosenheimer (Salzburger) Bahn auf Staatskosten soll gänzlich unterbleiben und so das Gesammtpostulat für den Mehrbedarf der im Betrieb stehenden und projektirten Staatseisenbahnen mit Einschluß der Projektirungsarbeiten auf der Nürnberger-Amberger-Regensburger und der Münchener-Regensburger Linie auf 5,800,000 fl. ermäßigt werden (im Regierungsentwurf belaufen sich die verlangten Baukredite auf 10,400,000 fl.); 3) zur Deckung des erwähnten Mehrbedarfes soll der Finanzminister ermächtigt werden, ein auf die Eisenbahnen und die Betriebsrente zu versicherndes verzinsliches und vom Jahre 1857/58 mit jährlich ½ pCt. heimzuzahlendes Anlehen von 5,800,000 fl. al part aufzunehmen (im Regierungsentwurf steht die Summe von 10,400,000 fl. ohne den Beisatz al pari); 4) der Rest des Militär-Anlehens, im Betrage von 1,550,000 fl., soll dem Finanzministerium zur Deckung des Passivrestes der sechsten Finanzperiode, und insoweit er hierzu nicht erforderlich ist, zur Vermehrung des Verlagskapitals überwiesen werden (erster Zusatzartikel zum Regierungsentwurf); 5) die Staatsregierung soll ermächtigt werden, die auf der Linie München über Rosenheim und Salzburg, beziehungsweise Kufstein, hergestellten Eisenbahnbauten und Arbeiten an eine sich zur Vollendung dieser Bahnen bildende Privatunternehmung entweder gegen Baarzahlung oder gegen Uebernahme eines entsprechenden Aktienbetrages zu überlassen. Der Erlös soll in ersterem Falle entweder an vorstehendem Anlehenskredite gekürzt, oder zur sofortigen Tilgung eines entsprechenden Betrages der 5pCt. Eisenbahnschuld verwendet werden.

** München, 7. März. (Privat-Korrespondenz.) In der Kammer der Abgeordneten kam heute der Gesetzentwurf, „die Eisenbahn-Dotation in der 8. Finanzperiode betreffend" (siehe oben), zur Berathung. In der sehr umfassenden allgemeinen Debatte wurde besonders der vom Ausschuß gemachte Vorschlag, die Bahn von München nach Salzburg nicht auf Staatskosten zu bauen, sondern an Privatunternehmer zu überlassen, vielfach und im verschiedenen Sinne debattirt. Beim Postschluß war die allgemeine Debatte noch nicht beendet; der nähere Bericht über die heutige Sitzung folgt — erledigt dürfte der Gesetzentwurf heute wohl schwerlich werden)

** München, 6. März. (Privat-Korrespondenz.) Auch die Kammer der Reichsräthe hielt heute eine Sitzung, in welcher der Gesetzentwurf wegen Uebernahme der Zinsengewährschaft für die zu erbauende Bahn von Homburg nach Zweibrücken nach dem Beschlusse der 2. Kammer und ohne Debatte angenommen wurde. Desgleichen wurde dem Beschlusse der 2. Kammer bez. einer Revision der Normen über die Bestrafung der Aufschlags-Defraudation ꝛc. beigestimmt. Dem Beschluß der 2. Kammer über den Antrag des Abg. Völk, eine Abänderung des Art. 317 Thl. I. des Strafgesetzbuches von 1813, „die Bestrafung wegen Widersetzung gegen die Obrigkeit betr.", wurde nicht beigestimmt, weil man die Hoffnung hegte, daß das vorgelegt werdende Strafgesetzbuch baldigst zu Stande komme. Auch dem Beschluß der 2. Kammer bez. des Antrags wegen Zulassung zum Armenrechte wurde nicht beigestimmt, und zwar weil man der Ansicht war, daß dieser dem Verordnungswege angehörende Antrag nicht zur Kompetenz der Kammer gehöre. Die nächste Sitzung zur Berathung des Gesetzentwurfs über Personalsteuer findet morgen statt.

** München, 7. März. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Gesetzentwurf, „die Personalsteuer betr.", berathen und denselben mit Ausnahme der Bestimmungen über das Reklamationsverfahren, nach den Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten angenommen; bezüglich des Reklamationsverfahrens dagegen wurden auf Vorschlag des Ausschusses diejenigen Bestimmungen angenommen, welche der Ausschuß der 2. Kammer vorgeschlagen hatte, und die früher schon des Näheren erwähnt wurden. Es muß daher der Gesetzentwurf jetzt nochmals zur Berathung an die 2. Kammer zurückgehen.

München, 7. März. Se. Maj. der König haben der von den protestantischen Mitgliedern des Magistrats im Einvernehmen mit den Gemeindebevollmächtigten und dem Kirchenvorstande der Stadt Windsheim für den Pfarramtskandidaten Friedr. Ludw. Höchstetter ausgestellten Präsentation auf die dritte protestantische Pfarrstelle zu Windsheim und die hiemit verbundene Pfarrei Kulsheim die landesfürstliche Bestätigung ertheilt; die kathol. Pfarrei Oberthingau, Ldg. Obergünzburg, dem Priester Franz Sales Völk, Pfarrer in Rettenbach, Ldg. Oberdorf, die kathol. Pfarrei Rohr, Landg. Abensberg, dem Priester Martin Loibl, Pfarrer in Kirchberg, Ldg. Regenstauf, übertragen.

Dem königl. Rath und herzogl. Hofrath, Advokaten Dr. v. Schauß, wurde von Sr. Maj. dem Könige von Württemberg das Ritterkreuz des Friedrichsordens verliehen. (N. M. Z.)

München, 6. März. Zwischen einer Gesellschaft, welche sich behufs der Errichtung einer Kreditanstalt hier gebildet hatte, und der zu gleichem Zwecke in Augsburg gebildeten Gesellschaft ist sicherem Vernehmen nach eine Fusion zu Stande gekommen; der Sitz der Anstalt würde darnach in Augsburg seyn. An der allerhöchsten Genehmigung zur Errichtung einer solchen Anstalt glaubt man nicht zweifeln zu dürfen. Indessen heißt es, daß noch eine dritte Gesellschaft um die Konzession petitionirte. (Augsb. Abdz.)

Das kgl. Regierungsblatt Nr. 7 vom 6. März enthält eine Bekanntmachung, die Gegenseitigkeit in Preßstrafsachen mit auswärtigen Regierungen betr., wonach im Hinblicke auf Art. 25 des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850 mit der Landesregierung des Fürstenthums Reuß-Plauen eine Verständigung dahin erfolgt ist, daß durch die Gesetzgebung des genannten Fürstenthums die Gegenseitigkeit bezüglich der Artikel 22 und 24 des erwähnten Gesetzes vollkommen gegeben ist.

Aus Regensburg meldet der „Volksbote", daß das dortige Ordinariat das bekannte von dem k. Kultusministerium in Betreff der katholischen Presse dorthin gerichtete Ansinnen ablehnend beantwortet habe.

< **Preußen.** Berlin, 6. März. (Privat-Korresp.) Der im Herbst bereits begonnene Bau einer festen Brücke über den Rhein bei Köln hat während des Winters nur geringe Unterbrechung erfahren. Jetzt ist er bereits wieder sehr eifrig in Angriff genommen worden, da der Wasserstand des Rheins sehr niedrig und deßhalb für Wasserbauten sehr günstig ist. Die Brücke wird ein großes Werk, aber doch nur die Hälfte der Länge betragen, welche die im Bau begriffene Weichselbrücke hat. Die Weichselbrücke zählt 2668 Fuß in der Länge, die Rheinbrücke dagegen nur 1320 Fuß. Während die Weichselbrücke 6 Bogen hat, welche durch 5 Mittelpfeiler getragen werden, soll

---

Ein gewerbsmäßiger Betrüger.

(Schluß.)

Ellwangen, in Württemberg. Seit langer Zeit beschäftigte sich Huber mit dem bayerischen Zahlenlotto, und behauptet, öfters namhafte Gewinnste gemacht zu haben.*) Er knüpfte mit den nachher von ihm Betrogenen in der Regel durch Besprechung über das Lotto, worin er bedeutende Erfahrungen über seine Kunst, glückliche Nummern aufzufinden, vorspiegelte, Verbindungen an. Dann gab er vor, mit Geistlichen in Verbindung zu stehen, die entweder in einem magischen Spiegel die gewinnenden Lottonummern sehen lassen oder Geister beschwören können, welche solche angeben. Er beschwatzte die Leute ferner, er wisse auf eine weit leichtere, viel größere Summen versprechende Art Gewinn zu machen, im Schlosse Markt bei Biberbach und im Kloster Elchingen, Landgerichts Neu-Ulm, ꝛc. seyen ungeheure Schätze verborgen, welche eine Gesellschaft von dreizehn Geistlichen, an deren Spitze der nun verstorbene geistliche Direktor Erhard in dem Wallfahrtsorte Hergottsruh bei Augsburg stehe, durch Erlösung armer Seelen, welche die Schätze bewacht haben, gewonnen haben. Daß hiebei die Zahlung von Beiträgen oder „Theilen" Seitens der Betrogenen die Hauptsache war, versteht sich. Die Furcht, durch Verweigerung weiterer Beiträge die bisher gegebenen zu verlieren, nöthigten die Bedrängten zu immer weiteren, immer schwerer fallenden Opfern. Einzelne gingen in der Angst vor dem Mißlingen des Unternehmens und in ihrem blinden Glauben an die Vorspiegelungen Hubers so weit, daß sie, um die nöthigen weiteren Theilnehmer zu gewinnen oder wankende im Glauben zu bestärken, für die Wahrheit der Angaben Hubers sich verbürgten, ihre Seele und Seligkeit verschworen, wenn es nicht wahr sey, was Huber sage, und darauf schworen, sie haben Alles selbst gesehen oder gehört, was Huber sage. Von den Betrogenen, deren Zahl sehr bedeutend seyn muß, von denen aber viele ihre Thorheit nicht bekennen

*) Wir können aus Mangel an Raum nicht näher auf die Einzelheiten der Vorspiegelungen, Geisterbeschwörungen ꝛc. des Huber eingehen, welche zumal im Zusammentreffen mit dem Zetter'schen Falle (vergl. gestr. Bl.) ein trauriges Bild von dem Stande der Bildung der unteren Volksklassen gibt.

die Rheinbrücke 3 Mittelpfeiler haben, welche durch 4 Bogen gebildet werden. Das Verfahren bei dem Bau der Bahn wird im Ganzen dem bei der Weichselbrücke entsprechen. Der Brückenübergang wird ebenfalls durch ein Gitterwerk gehalten werden. Die Pfeiler sollen auf einen Pfahlrost zu stehen kommen und mit schweren Werkstücken gegen den Andrang des Wassers geschützt werden. Die Spannung jedes einzelnen Bogens wird circa 300 Fuß betragen.

Berlin, 6. März. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam der Antrag des Abg. Wagener, aus dem Art. 12 der Verfassung die Worte zu streichen: „der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse," zur Berathung. Graf Schwerin beantragte den Uebergang zur einfachen Tagesordnung, (d. h. die Erklärung, daß das Haus sich gar nicht damit befassen wolle) die auch, nachdem Graf Schwerin für, Reichensperger (Geldern) gegen die Tagesordnung gesprochen und der Minister des Innern kurz die Stellung der Regierung zum Wagenerschen Antrage auseinandergesetzt hatte, mit großer Majorität angenommen wurde. Nur die äußerste Rechte stimmte dagegen. Der Sitzung, welche um 1 Uhr endete, wohnte ein sehr zahlreiches Publikum bei; unter den Zuhörern bemerkte man auch den Rabbiner der jüdischen Gemeinde zu Magdeburg, Dr. Ludw. Philippson, der bekanntlich bezüglich des Wagener'schen Antrages eine große Rührigkeit und Energie zu Gunsten seiner Glaubensgenossen an den Tag gelegt hatte. (Nat. Ztg.)

Großh. Hessen. Nach einer Allerhöchsten Kabinetsordre an die verschiedenen Zivilministerien haben alle diejenigen Behörden, deren dienstliche Benennung nicht die Person eines Einzelbeamten (z. B. Kreisarzt u. s. w.) bezeichnet, welche vielmehr eine das Amt objektiv bezeichnende Benennung führten (z. B. die Kreisämter, Stadt- und Land-Gerichte, Bürgermeistereien u. s. w.) in ihren Berichten und Ausschreiben, wenn sie von sich selbst reden, sich der Pluralform, der Bezeichnung wir statt ich, zu bedienen. (Schw. M.)

Baden. Der „Allg. Zeitung" wird aus Karlsruhe, 6. März, geschrieben: „Nach den seitdem in geheimer Sitzung erfolgten Vorlagen der Regierung über Vollendung des Bahnnetzes in unserm Land beabsichtigt man den Bau der beiden Linien fremden oder einheimischen Gesellschaften gegen eine Zinsengarantie von 4½ Proz. zu überlassen. Die zweite Kammer soll dagegen nur eine Garantie von 4 Proz. zulässig finden und weiter verlangen, daß eine Zweigbahn von Durlach nach Pforzheim mit in das Projekt aufgenommen werde. Man spricht auch schon davon, daß sich zwei Gesellschaften, eine deutsche und eine französische, um die Ausführung dieser Bahnen bewerben, was bei den nahen Aussichten auf Frieden, und dem jetzt herrschenden Spekulations-, resp. Schwindelgeist für alle industriellen Unternehmungen eigentlich nicht zu verwundern ist. Ob aber der Ertrag dieser neuen Bahnen den Erwartungen entsprechen wird, ist eine andere Frage, und ich muß wiederholt meine wohlbegründeten Zweifel darüber aussprechen. Für unser Land selbst aber sind diese Bahnen von unberechenbarem Nutzen; besonders die Odenwälder Bahn, welche bei Wiesloch ausmünden und über Mosbach und Adelsheim nach Würzburg geführt werden soll. Der Grundbesitz wird bald nach Eröffnung dieser Linie in den Gegenden, welche die Bahn zunächst berührt, um das Doppelte im Werthe steigen, dort neue Kräfte wecken, und Wohlstand dahin bringen, wo bis jetzt wegen Mangels an Transportmitteln vielfach Noth und Armuth herrschte. Ueber die Abstimmung der bayerischen zweiten Kammer, wodurch die Fusion der beiden überrheinischen Bahnen verhindert werden soll, konnte man sich bei uns nur freuen. Eine Trennung der Verwaltung dieser Bahnlinien wurde hier gerne gesehen, denn die überrheinische Parallelbahn ist uns nur in der Hand der Direktion der Bexbacher Bahn gefährlich."

△ Nassau. Wiesbaden, 6. März. (Priv.-Korr.) Durch das heute erschienene Verordnungsblatt wird die Ständeversammlung auf den 26. d. M. einberufen. — Bekanntlich ist Herr Hansemann auf sein Gesuch, die Gründung einer Zettelbank am hiesigen Orte betreffend, abschlägig beschieden worden, doch soll, wie mit Bestimmtheit verlautet, die hiesige Landesbank die von der Hansemann'schen Gesellschaft proponirte Erweiterung zu adoptiren beabsichtigen, resp. den Zeitverhältnissen und Bedürfnissen entsprechend eingerichtet werden. — Der Herzog hat in Berücksichtigung des dermaligen ungünstigen Standes der städtischen Finanzen der Stadtkasse zur Unterhaltung des Theaters für das laufende Jahr einen Zuschuß von 6000 fl. anweisen lassen. Die Spielpächter sollen im verflossenen Jahre circa 300,000 fl. reinen Gewinn nach Frankreich mitgenommen haben.

Oesterreich. Wien, 4. März. Dem Vernehmen nach ist die beantragt gewesene abermalige Armeereduzirung nunmehr definitiv beschlossen. Auch soll die Zahl der Rekruten, die in der bevorstehenden Rekrutirung auszuheben sind, bedeutend herabgesetzt worden seyn. (A. Z.)

Aus Wien, 4. März, schreibt man der „Weserzeitung": „Von Seiten des Statthalters wurde den Redaktionen der hiesigen Blätter aufgetragen, sich der Aufnahme von Artikeln, die das Concordat mißgünstig behandeln, zu enthalten, und ferner Angriffen auf das Institut der Triester Lloyd-Dampfschifffahrt nicht ihre Spalten zu öffnen. Insbesondere die letzterwähnte Anordnung hat bei der bekannten Verbindung, in welcher unser in allen kaufmännischen Dingen so freisinnige Finanzminister steht, in den betreffenden Kreisen einige Verwunderung erregt."

Großbritannien.

* In der Unterhaussitzung vom 4. März beantragte Sir de Lacy Evans die Ernennung eines Ausschusses, welcher prüfen soll, ob es nicht zweckmäßig wäre, das System des Stellenkaufs im Heere abzuschaffen. Manchem ausgezeichneten Offizier werde das Emporkommen unmöglich, weil es ihm an Geld fehle. Auch übe das Kaufsystem, da es auch durch hohe Autoritäten gewissermaßen eine Art von Sanktion erhalten habe, einen schädlichen Einfluß auf die sachmäßige Ausbildung der englischen Offiziere aus. In keinem anderen Lande der Welt bestehe ein solches System; auch auf der englischen Flotte bestehe es nicht. Die Anhänger des Kaufsystems räumten zwar dessen Mängel ein, behaupteten aber, es habe auch überwiegende Vorzüge. Die Tüchtigkeit des Heeres leide dadurch nicht. Durch Aufhebung des Stellenkaufes werde man keine bessere Klasse von Offizieren erhalten, und wenn man die militärische Bildung der Offiziere verbessern wolle, so stehe dem das jetzige System durchaus nicht im Wege.

Lord Palmerston erklärte, an und für sich sey er nur Gegner des Stellenkaufs, aber das System bestehe nun einmal so lange und sey mit allen Einrichtungen des engl. Heeres verwachsen. Schaffe man den Stellenkauf ab, so sehe man sich in die Nothwendigkeit versetzt, Offiziere, die durch Alter und Ge-

---

wollten, haben mehrere, einschließlich vieler Reisekosten und Unterstützung anderer Art, jeder über 1000 und 2600 fl., viele wenigstens Hunderte eingebüßt, sind die meisten durch Huber vermögenslos geworden und Wittwen in kümmerliche Lage versetzt worden. Aus der Verhandlung, in welcher nur eine kleine Zahl der Betrogenen erschien, erhellte, daß Huber wenigstens 4000 fl. von denselben eingenommen hat, nach dem aber, was dieselben über die weite Ausdehnung von Hubers Treiben sagen, muß der Gewinn desselben ungleich viel größer gewesen seyn. Wie tief die Verblendung der Betrogenen war, geht daraus hervor, daß die von dem Direktor Erhard auf viele mündliche und schriftliche Anfragen von 1843—53 gegebenen Versicherungen, daß alles Betrug sey, von Huber immer wieder wirkungslos gemacht wurden, indem er betheuerte, die Geistlichen wollen sich nicht verrathen. Eine Zeugin von Augsburg, die auch im Interesse Hubers thätig war und durch ihn in großen Verlust und auch als der Theilnahme verdächtig früher in Untersuchung kam, wurde wegen ihres frechen Widerspruchs, mit anderen erschienenen Beschädigten verkehrt und ihnen Briefe von ihrer Hand geschrieben zu haben, als des Meineids verdächtig gegen das Ende des Verhörs verhaftet. Da die Entschuldigungsbehauptungen des Angeklagten bloß darin bestanden, daß er von einem ausgewanderten Weidel und zwei jetzt verstorbenen Betrogenen zu dem von ihm im Wesentlichen zugestandenen Treiben verleitet und angewiesen worden sey, was aber ganz im Widerspruch mit den Wahrnehmungen der Zeugen stand, wonach er Alles leitete, und daß er denselben habe schwören müssen, sie nicht zu nennen und zu sagen, er sey immer selbst mit den Herren in Berührung gekommen, daß er aber von dem einkassirten Gelde gar nichts behalten, sondern den Genannten alles abgeliefert habe; so war die Begründung der Anklage durch den Staatsanwalt kurz, der Vertheidiger, R. C. Freisleben von Heidenheim, aber stellte Alles der Beurtheilung der Geschwornen anheim. Diese sprachen den Angeklagten nach kurzer Berathung des gewerbsmäßigen Betrugs schuldig und der Gerichtshof verurtheilte ihn, indem er die noch vom Staatsanwalt wegen der überlegten Bosheit beantragte körperliche Züchtigung wegließ, zu 12 Jahren Zuchthaus. (Schw. M.)

brechlichkeit dienstunfähig geworden, von ihrem Posten zu entfernen, und das koste Geld. Die Offiziere, welche ihr Patent durch Kauf erworben, hätten Anspruch auf Entschädigung; auch das würde sehr kostspielig seyn. Doch scheine das Haus allgemein eine Prüfung des Gegenstandes für wünschenswerth zu halten. Zu diesem Behufe scheine ihm der Vorschlag S. Herbert's, die Einsetzung einer aus Zivil- und Militärpersonen bestehenden gemischten Kommission, am geeignetsten. Wenn Sir de Lacy Evans seinen Antrag zurückziehen wolle, so mache er sich anheischig, für Ernennung einer solchen Kommission Sorge zu tragen. Sir de Lacy Evans zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Frankreich.

Paris, 7. März. Von der militärpflichtigen Klasse von 1855 sind 140,000 Mann zu den Fahnen gerufen; die Zeit des Eintritts wird von dem Kriegsminister besonders bestimmt werden. (T. D. d. A. Z.)

Italien.

Ein höchst unangenehmer Vorfall gibt in Neapel viel zu reden. Bei Gelegenheit eines Balles beim schweizerischen Consul glaubte sich ein Offizier des 13. Jägerregiments (auch ein Schweizer) beim Eintritt in den Saal von dem spanischen Gesandten beleidigt. Es kam zu einem heftigen Wortwechsel zwischen beiden Herren, und endlich so weit, daß der Offizier den Gesandten forderte. Letzterer soll sich aber dahin geäußert haben, daß er die Ausforderung wohl annehmen würde, wenn der Herausforderer ein neapolitanischer Offizier, oder wenn der Vorfall sich in der Schweiz zugetragen hätte und der Offizier im Dienste seines Vaterlandes wäre. Der Oberst des Jägerregiments verhängte über den Offizier einen achttägigen Arrest im Castell St. Elmo, mit der Weisung, dem Gesandten gebührende Abbitte zu leisten. Auf diese Weise sey der Streit beigelegt. (Fr. Postz.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Von den von Dr. Jasmund zusammengestellten Aktenstücken zur orientalischen Frage ist so eben die zweite Abtheilung des zweiten Bandes erschienen, welche bis in den Februar des laufenden Jahres reicht. Ein drittes Heft soll den zweiten Band dieser nützlichen Sammlung abschließen.

Aus dem Orient.

Die Geldkrisis, das Abschlagen des Goldes, hat den Markt zu Konstantinopel in Verwirrung gebracht. Die Münzverhältnisse sind der Art, daß man ohne ungeheure Opfer sie kaum wird regeln können. Die alten Piaster, die zum Betrag von 400 Millionen ausgegeben seyn sollen, in der That aber, in Folge von unreeller Verwaltung und Einfuhr von England, mehr den 1000 Millionen betragen, haben nur 50pCt. ihres Nennwerthes. Die Zahl der ausgegebenen Kaimes ist ebenso unbekannt, da die niederen Werthe keine Nummer tragen. Die Regierung besitzt die Mittel nicht, hierin ohne einen Bankerott eine dauernde Ordnung zu schaffen, und selbst ein Bankerott würde keine Regulirung herbeiführen, wenn nicht die Verwaltung den dazu ganz unfähigen Türken aus den Händen genommen wird. (Allg. Ztg.)

Aus Rußland.

Odessa, 22. Febr. Die hiesige Gouvernements-Zeitung enthält einen Aufruf zur Uebernahme des Transports mehrerer Millionen Pud Kupfer, Blei, Eisen, Zinn und anderer roher Produkte, die aus den sibirischen Bergwerken auf dem Don, der Wolga und dem Dniepr nach Nikolajeff zum Gebrauche der Intendanz der Schwarzen-Meeres-Flotte gebracht werden sollen. Die Rüstungen zum nächsten Jahre werden noch immer auf das großartigste betrieben. (Oest. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 7. März. Oesterr. Kredit-Aktien sowie Neustadt-Weißenburger wurden niedriger abgegeben, während österr. alte und junge Bankaktien höher bezahlt wurden. — Meininger Kredit-Aktien eröffneten zu 116½, stiegen rasch auf 117¼ und schlossen 117½ Geld.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 225 und Homburger-Landesbankaktien wurden zu 283 bis 85 umgesetzt.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 90 P. 89½ G.
„ 5pCt. Metall. alte 83¾ P. 83½ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P 83¼ G
„ 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81⅞ P. 81⅝ G.
„ 4½pCt. „ 76 P 75¾ G.
„ 4pCt. „ 68½ P 68 G
„ 3pCt. „ 52 P 51½ G.
„ 1pCt. „ 17¼ P. 17 G
Oesterreichische Bankaktien . . . o. D. 1283 P. 1278 G
Oesterreichische Credit-Actien 214 P. 212 G.
Oesterreichische 500 fl. Loose — P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 135 G
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 110½ P. 110¼ G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 311 P. 309 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100¾ P. 100¼ G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3½pCt. „ — P. 87½ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95½ P. 95 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 163½ P. 163 G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 126 P 125½ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Würtemberg 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 102¼ G.
„ 3½pCt. „ 89¾ P 89¼ G
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89¼ P. 88¾ G.
Badische 50 fl. Loose 78¼ P. 77¾ G.
„ 35 „ „ 47⅞ P. 47⅝ G
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 100 P 99½ G.
„ 3½pCt. „ 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 114 P. 113½ G.
„ „ 25 „ „ 33½ P. 33 G
Darmstädter Bankaktien 352 P. 350 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 41½ P. 41¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 65 P. 64½ G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P 85 G.
„ 3½pCt. „ 93 P 92½ G.
Frankfurter Bankaktien 123¼ P. 122¾ G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 331 P. 332 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 81½ P. — G

Polen 500 fl. Partial — P 83 G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38½ P. 38¼ G.
„ 1pCt. neue 24 1/16 P. 21 15/16 G.
Holland Integrale 64½ P. 64 G
„ Certificats 4pCt. — P. 94½ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S 100⅝ P. 100⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120½ P. 120 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P 105⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105½ P. 105 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 96⅝ P. 96⅜ G.
Hamb. MB. 100 k.S 89¼ P 89 G
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.
Diskonto — P. 3pCt. G.
Lond. Lst. 10 k.S. 120¼ P. 120 G.
Mail. i.S Li. 250 k.S 101½ P 101¼ G.
do. 3 Monat mit 5% 101½ P 100⅞ G.
Paris Frs. 200 k.S 94¾ P. 94½ G.
Lyon Frs. 200 k S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Wien d. 100 C. k S. 119½ P. 119¼ G.
Wien 3 M. mit 4% 118¾ P. 118 G.

Wien, 6 März. Oesterr. 5pCt Nat. Anl. 85¾; 5Cpt. Met. 85; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehensloose von 1839 135½; ditto von 1854 112; Bankaktien 1085; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt lomb.-venetian Anlehen —; Nordbahnaktien 2860; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 361; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 686; österr. Staatsbahn-Aktien 367. Wechselkurse: Augsburg uso 101½ P.; London 10. 4. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Die durch Bunsen's „Zeichen der Zeit!" hervorgerufene Literatur hat soeben wieder eine Vermehrung erhalten durch ein Schriftchen von Professor Dr. Adolf Müller in Berlin unter dem Titel: „Worte an Stahl und gegen Stahl" (Leipzig, L. A. Kittler). Als den Zweck der Schrift bezeichnet der Verfasser nachzuweisen, „daß aus Stahl's Schrift „„Wider Bunsen"" kein lebendiger Geist, kein wahrer christlicher Glaube, keine ächte Frömmigkeit spricht, sondern, daß Alles darin wie Pharisäismus, wie Rechthaberei, Lieblosigkeit klingt." Außerdem wird als demnächst erscheinend angekündigt: „Die beiden Dioskuren der protestantischen Kirche, Dr. Bunsen und Dr. Stahl. Von dem Prälat und Domdechant Dr. Ignaz Ritter." (Breslau, Max u. Komp.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 69.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 9. März 1856

Deutscher Bund.

*** Bayern.** Bekanntlich ist ein ähnliches Ansinnen, wie an das erzbischöfliche Ordinariat zu Bamberg auch an die bischöflichen Ordinariate Eichstädt, Regensburg, und Passau bez. der Wirksamkeit der katholischen Geistlichkeit in der Presse gerichtet worden. Der Erlaß der Regierung von Niederbayern an das Ordinariat Passau lautet nach dem „Volksboten" wie folgt: „Landshut, 4. Juli 1855. Die königl. bayer. Regierung von Niederbayern, Kammer des Innern, an das bischöfliche Ordinariat Passau. (Die Verbreitung von Zeitungsnachrichten betr.) Die dahier erscheinende „Landshuter Zeitung", sowie der in München herauskommende „Volksbote" enthalten häufig allgemeine oder besondere Nachrichten und Beschwerden über niederbayerische Zustände, namentlich in Bezug auf Sicherheit oder Sittlichkeit, welche theilweis unrichtige, übertriebene oder dem wahren Sachverhältnisse gegenüber entstellte Mittheilungen machen, theilweis zwar auf Wahrheit beruhen, aber da sie nur auf vereinzelte Thatsachen sich stützen, durch Darstellung des *Charakters* der Allgemeinheit, welche in der Wirklichkeit *nicht besteht*, die Bevölkerung unangenehm berühren und *erbittern müssen*. Weiters haben wir die Erfahrung gemacht, daß Ungeschicklichkeiten oder Ungesetzlichkeiten, welche sich Gemeindevorsteher, Magistrate, auch wohl Landgerichte zu Schulden kommen lassen, nicht selten auf eine sehr empfindliche Weise und überdies in der Art veröffentlicht werden, daß gleichzeitig direkt oder indirekt die vorgesetzte Behörde oder Stelle dem Vorwurf der ungenügenden Kontrolle oder Abhülfe von Seiten des Publikums nicht entgehen kann, wiewohl die Behörde oder Stelle, wenn sie von der Sachlage verständigt gewesen wäre, gewiß alsogleich abgeholfen hätte, und die nach der Hand angeordnete Recherche immer ergibt, daß sie von dem speziellen Vorfalle ohne Anzeige keine Kenntniß haben konnte. Es ist leicht zu ermessen, daß bei derartigen Eröffnungen durch Anwendung der Preßstrafgesetze nur äußerst selten geholfen werden kann, daß auch durch amtliche Berichtigungen mit Rücksicht auf das Sprichwort „semper aliquid haeret" nicht immer gedient ist, abgesehen davon, daß derlei Mittel, statt zu helfen, die Arbeit der ohnehin höchst überbürdeten Behörden weiters vermehren. Ein anderes besseres Mittel, bestehende Mißstände möglichst zu beseitigen, ohne dem Rufe einer ganzen Provinz und ihrer Behörden gegenüber den übrigen Regierungsbezirken, sowie dem Auslande, ob nun absichtlich, oder aus Unbedachtsamkeit, zu nahe zu treten, glauben wir darin zu finden, daß diejenigen, welchen solche Mißstände zur Kenntniß gelangen, erinnert und belehrt werden, hierüber der zuständigen oder vorgesetzten Stelle Anzeige zu machen, und da nach allgemeiner Erfahrung, sowie auch nach den Erhebungen in einzelnen Fällen anzunehmen ist, daß nicht selten auch Geistliche auf dem platten Lande — freilich meist mit den besten Absichten — Artikel der fraglichen Art für die Eingangs bemerkten Blätter liefern, erlauben wir uns das dienstfreundliche Ansuchen an die sehr verehrliche oberhirtliche Stelle, bei entsprechender Gelegenheit, oder durch einen allgemeinen Erlaß den äußeren Klerus darauf aufmerksam zu machen, wie häufig derartige Kundmachungen ihren Zwecken zu nützen verfehlen, und indem sie einzelne Schattenseiten der gesellschaftlichen Zustände einer ganzen Provinz zum Gegenstand allgemeiner Anschuldigung erheben, diese deßhalb ganz unverdient in ein falsches Licht bringen, weil anderwärts ganz gleiche Vorfälle verschwiegen werden; wie die — oft übertriebene — Anschuldigung von Behörden in öffentlichen Blättern wegen wirklich vorgekommener Unziemlichkeiten nicht der Weg ist, die beabsichtigte Abhülfe zu erwirken, theils, weil der vorgesetzten Stelle solche Artikel öfters erklärlicher Weise entgehen, theils auch weil sie auf diesem Wege von den Thatsachen zu spät Kenntniß erhält; daß es vielmehr entsprechender, ja nicht selten pflichtgemäß ist, der betreffenden Behörde oder Stelle von derartigen Mißständen sogleich eine direkte bestimmte Anzeige zu erstatten, welche gewiß jederzeit die erforderliche Abhülfe, so weit sie möglich ist, zur Folge haben wird. — Wir zweifeln nicht, daß eine in diesem Sinne vorgehende Ermahnung bei der vortrefflichen Disziplin, welche nach jeder Richtung über den Klerus geübt wird, sowie bei der Folgsamkeit desselben die beste Wirkung haben, und für die Zukunft einerseits den Regierungsbezirk vor über das richtige Maß hinausgehenden Anschuldigungen sichern, andererseits die Richtung vorzeigen werde, in deren Verfolg wir allein in den Stand gesetzt werden, bei einem ungeeigneten Verfahren der Unterbehörden gebührend einschreiten zu können. — Schließlich bitten wir noch, uns von der etwa getroffenen Verfügung gefälligst Kenntniß zu geben."

Das bischöfliche Ordinariat Passau hat hierauf in einem Ausschreiben der Diözesangeistlichkeit vorstehenden Erlaß zur Kenntniß gebracht und hieran noch folgende Bemerkung geknüpft: „Wir können hiezu oberhirtlicherseits nichts anders bemerken, als daß wir mit der so eben hier ausgesprochenen Ansicht der hohen Regierungsstelle uns vollkommen einverstanden erklären. Nur haben wir vom religiös-moralischen Standpunkt aus noch dieses beizusetzen, daß, abgesehen davon, daß durch derlei Veröffentlichungen zumeist nichts genützt wird, dadurch in nicht seltenen Fällen sogar auch gegen die Wahrheit, so wie gegen die den von Gott bestellten obrigkeitlichen Gewalten schuldige Achtung und Ehrfurcht sich vergangen wird." (Folgt sodann eine Ermahnung zur schonenden Rücksichtnahme, welche die christliche Liebe gegen Jedermann gebiete.)

*** Preußen** Am 5. März berieth das preuß. Abgeordnetenhaus über Wagener's Antrag, im Art. 4 der Verfassungs-Urkunde die Worte: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt," zu streichen. (Der übrige Theil des Art. 4 lautet: „Die öffentlichen Aemter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.") Ueber den Verlauf der Berathung haben wir vorgestern schon das Wesentliche mitgetheilt; doch wollen wir aus den verschiedenen Reden noch eine kleine Blumenlese zur Charakteristirung der Parteien nachtragen.

Herr Heise (von der Rechten) gab den Standpunkt seiner Parteigenossen in der Art an, „daß er zwar den Artikel vielleicht nicht in die Verfassung aufgenommen hätte, aber keine Nothwendigkeit sehe, ihn jetzt zu streichen. Es solle damit nur ausgedrückt werden, daß kein Stand, der Rechte genieße, solche als Vorrechte solle geltend machen können, und wenn der Artikel revolutionären Ursprungs sey, so sey das darum kein Grund, ihn auszuwischen, weil man sonst in die Lage kommen könne, die ganze Verfassung zu beseitigen. Daß die Gesetzgebung durch denselben nicht gehemmt werde, habe der Herr Minister des Innern in seinen Maßregeln bewiesen, und es sey schließlich nicht zu leugnen, daß mit dem Antrag auf Streichung eine durchaus nicht zuträgliche Aufregung ins Land geworfen sey."

Herr Wagener, der hierauf das Wort ergriff, glaubte die Erklärung der Erscheinung, daß die Rechte sich spalte, darauf zurückführen zu können, daß der Antrag von der Partei Gerlach ausgegangen sey. Er fühle nunmehr wohl, daß er mit dem Antrage nicht durchdringen werde; er achte die Ueberzeugungstreue der Abgefallenen, aber er nehme auch für sich diese Ueberzeugungstreue in Anspruch. — Nun verfiel Herr Wagener wieder in seinen gewöhnlichen Fehler oder, wenn man will, in seinen Vorzug der Offenheit und plauderte zwei Dinge aus, von denen Akt genommen werden wird: einmal, daß, wenn der Baum auf den ersten Hieb nicht falle, man wieder kommen werde und dann, daß seine Partei für die Regierung oft gehandelt habe und handle, um das Odium der Sache auf sich zu nehmen. Der Redner ging weiter auf den revolutionären Ursprung des Artikels über, und behauptete ohne Umstände, daß

derselbe eine Erfindung der Constituante sey, daß er die Menschen aller Persönlichkeit entkleide, zu Zahlennummern herabsetze und nach dem Maße sogenannter Tugend bemesse. Die französische Regierung habe diesen Artikel benutzt, um aus der ganzen Nation eine Gesellschaft zu machen, in welcher bloß die Talente und Tugenden etwas gegolten.

Herr Wentzel (Linke) erläuterte, daß die angefochtenen Sätze eigentlich nichts Anderes bedeuteten, als daß die Gesetze gegen Jedermann angewendet werden sollen, gleichviel ob derselbe vornehm oder gering, arm oder reich sey.

„Der Abg. Wagener, fährt er fort, hat gesagt, der Art. 4 sey eigentlich eine Unwahrheit; es könne auch ebenso gut heißen, alle Preußen seyen ungleich. Mich wundert nur, daß der Herr und seine Freunde nicht auch den Artikel der Verfassung, der sonst immer ihr Schooßkind ist, das sie sogar recht verziehen, den Artikel nämlich: das Eigenthum ist unverletzlich, zu streichen für nöthig finden. Wenn das Eigenthum unverletzlich seyn sollte in dem Sinne, wie die Herren die Rechtsgleichheit und die Aufhebung der Standesvorrechte in Art. 4 auslegen, so würden keine polizeilichen oder andere gesetzliche Beschränkungen in der Verwaltung des Eigenthums zulässig seyn. Und doch besteht der Art. 9 und Jeder versteht ihn in dem einfachen Sinn, wie er verstanden werden muß. Endlich kommen wir zu dem Stern und Kern der Sache. Der Art. 4 ist gefährlich, weil er den Herren bei ihrem Fortschreiten auf dem Wege zur ständischen Gliederung hinderlich ist. Das eine Hinderniß dazu, den Art. 42, haben Sie beseitigt; nun fühlen Sie, daß auch dieser Art. 4 weg muß. Mit Ihrer gezwungenen Interpretation, sehen Sie, kommen Sie nicht durch; es gibt noch zarte Gewissen, die sich daran stoßen; darum muß der Artikel ganz fort. Wir wollen das aber nicht; wir wollen nicht zurück in den ständischen Staat; dazu müßte erst die Verfassung Stück für Stück zertrümmert werden, und das wollen wir nicht, weil es die schlimmsten Gefahren für das ganze Land hat, weil es in seiner Konsequenz zu dem Zustande führt, den das Volk entschieden nicht will — zu der Herrschaft der kleinen Herren. Was das Volk über diese denkt, das haben Sie wohl aus der allgemeinen Entrüstung entnommen, die über Das, was der Abg. Graf Pfeil neulich hier gesprochen, im Lande sich erhoben hat, und mehr noch über Das, was der Abg. v. Gerlach entschuldigend dazu bemerkt hat, daß er mit dem Inhalte nicht so unzufrieden sey, aber die Form nicht billige. Als wenn, sobald der Inhalt wieder da wäre, nicht auch die alten Formen sich wiederfinden würden. Mit jenen Bekenntnissen sind nun endlich einmal die Leute im Lande an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen worden, und meine Freunde und ich sind Ihnen unendlich dankbar dafür, daß Sie sie aus ihrem Schlummer geweckt haben. Sehr richtig hat neulich ein Blatt in der Grafschaft Glatz bei der Besprechung dieser Angelegenheit gesagt, „der liebe Gott schickt von Zeit zu Zeit Leute, welche die dunkeln Bestrebungen ihrer Partei enthüllen." (Große Heiterkeit.) Mich hat jener Vorgang an ein Wort des Sokrates bei Plato erinnert, wo er einem Schüler, der als Ziele seines Lebens unverholen Herrschsucht und Genuß bezeichnet, die Antwort gibt: „Mein Sohn, du gehst mit der Sprache heraus und sagst, was die Andern verschweigen." (Großes Gelächter.)"

Der Herr Minister des Innern erklärt hierauf, die Regierung verkenne nicht, daß die Sätze der Verfassung in ihrer abstrakten Vieldeutigkeit zu sehr verschiedenen Auslegungen führten und zwischen zwei Extremen schwankten, nämlich einmal der sozialistischen Gleichmacherei, und dann dem sich von selbst verstehenden Sinne, daß allen Rechten der gleiche Schutz gewährt werden solle. Solche Schwankung sey ein Uebelstand. Die Regierung sey im Prinzip damit einverstanden, beide Sätze, wenn auch nicht zu streichen, so doch besser zu redigiren. Ein praktisches Bedürfniß dazu sey noch nicht hervorgetreten. Unter diesen Umständen behalte sich die Regierung vor, zu seiner Zeit selbst die Initiative im vorgedachten Sinne zu ergreifen, und könne nur rathen, jetzt die Sache durch Tagesordnung zu beseitigen.

Herr Wagener zog zuletzt seinen Antrag zurück, und als darauf Herr Mathis, von der Geschäftsordnung Gebrauch machend, denselben aufnahm, fand es Hr. v. Keller nicht möglich, diese sehr alte Praxis des Hauses mit seinem moralischen Gefühl in Einklang zu bringen, weil Hr. Mathis doch gegen den Antrag stimmen wolle.

Nachdem noch Graf Schwerin und Mathis den Versuch gemacht, den Antrag mit besonderer Schmach aus der Welt zu schaffen, wurde er durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Jassy, 20. Februar. Bekannt ist unter anderen wahrhaft humanen Maßregeln die Verordnung des Fürsten Ghika zur Abschaffung der Sklaverei, ebenso der Versuch einer Bojaren-Partei, bei der hohen Pforte in Form einer Bitte Protest einzulegen gegen alle Akte, welche der Divan ad hoc der Moldau vorgenommen. Die türkische Regierung hat jedoch diesen Versuch ernstlich gerügt und beigefügt, daß sie, wenn solche der Ruhe und Wohlfahrt des Landes schädliche Kundgebungen sich wiederholen sollten, dieselben mit aller Kraft unterdrücken würde.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 8. März. Oesterr. Kredit-Aktien wurden etwas niedriger abgegeben. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 317 bis 16 und Homburger-Landesbankaktien wurden zu 284 85 86 87 umgesetzt.

Meininger Kredit-Aktien wurden zu 115¾ ⅞ 16 ⅛ ¼ ⅜ ½ umgesetzt und schlossen 116¼ Geld.

Oesterreich 5pCt. Lomb. 90 P. 89½ G.
„ 5pCt. Nationalanlehe von 1854 84⅞ P. 84⅝ G.
„ 5pCt. Metall. alte 83¾ P. 83½ G.
„ 5pCt. „ in Silber bei Roths. — P. 83¼ G.
„ 4½pCt. „ 76½ P. 76 G.
„ 4pCt. „ 69 P. 68½ G.
„ 3pCt. „ 52 P. 51½ G.
„ 1pCt. „ 17¼ P. 17 G.
Oesterreichische Bankaktien o. D. 1270 P. 1265 G.
Oesterreichische Credit-Actien 211½ P. 209½ G.
Oesterreichische 500 fl. Loose P. — G.
„ 250 „ „ von 1839 — P. 135 G.
„ 4pCt. 250 „ „ von 1854 110¼ P. 110 G.
5pCt. Staats-Eisb.-Act. incl. 150 Fr. Einz. 311 P. 309 G.
Bayern 5pCt. Obligationen 101¾ P. 101¼ G.
„ 4½pCt. „ 100⅜ P. 100⅛ G.
„ 4pCt. „ — P. 95 G.
„ 3½pCt. „ — P. 87½ G.
„ 4pCt. Ablös.-Rente 95½ P. 95 G.
Bayerische Bankaktien o. D. B. 760 G.
Ludwigsh.-Bexbacher Eisenbahn-Aktien 159¾ P. 159¼ G.
Neustadt-Weissenburger Eisenbahn-Aktien 125½ P. 125¼ G.
Preussen 3½pCt. Staats-Schuld-Scheine 88 P. 87½ G.
Württemberg 4½pCt. Obligationen 102¾ P. 102¼ G.
„ 3½pCt. „ 90 P. 89½ G.
Baden 3½pCt. Obligationen von 1842 89¼ P. 88¾ G.
Badische 50 fl. Loose 78 P. 77½ G.
„ 35 „ „ 47⅞ P. 47⅝ G.
Grossh. Hessen 4½pCt. Obligationen 102½ P. 102 G.
„ 4pCt. „ 100 P. 99½ G.
„ 3½pCt. „ 93½ P. 93 G.
Grossherzoglich Hessische 50 fl. Loose 114 P. 113½ G.
„ „ 25 „ „ 33½ P. 33 G.
Darmstädter Bankaktien 350 P. 348 G.
Kurhessische 40 Thaler Loose 41½ P. 41¼ G.
Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien ex. Coup. 64½ P. 64 G.
Nassau 3½pCt. Obligationen 90½ P. 90 G.
Nassauische 25 fl. Loose 30¾ P. 30½ G.
Frankfurt 3pCt. Obligationen 85½ P. 85 G.
„ 3½pCt. „ 93 P. 92½ G.
Frankfurter Bankaktien 123½ P. 123 G.
Taunus-Aktien à 250 fl. 331 P. 332 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn 80½ P. — G.

Polen 500 fl. Partial 88 P. — G.
Spanien 3pCt. inländische Schuld 38½ P. 38¼ G.
„ 1pCt. neue 21½ P. 21 G.
Holland Integrale 64½ P. 64 G.
„ Certificats 4pCt. — P. 94½ G.
Sardinische Loose bei Bethmann 43½ P. 43 G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅝ P. 100⅜ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120⅜ P. 120⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. a. S. L. 250 k. S. 101½ P. 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅜ P. 101⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94¾ P. 94½ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96⅝ P. 96⅜ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89¼ P. 89 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 118⅞ P. 118⅝ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 118 P. 117¾ G.
Disconto — P. 3pCt. G.	

Wien, 7. März. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. 85⅝; 5Cpt. Met. 85; 4½pCt. 73⅞; Lotterie-Anlehensloose von 1839 136½; ditto von 1854 111½; Bankaktien 1075; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2825; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 358; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 683; österr. Staatsbahn-Aktien 370. Wechselkurse: Augsburg uso 101⅞ P.; London 10. 3. P. Geldkurs: Dukaten —

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 70.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 10. März 1856.

Deutscher Bund.

* Der Fürst v. Leiningen hat es unternommen, die Grundzüge einer Reorganisation des deutschen Adels im Allgemeinen, ohne Rücksicht auf einen besonderen Staat, in einer neuerlich erschienenen Schrift festzustellen. Der Adel, meint er, müsse hierzu selbst die Hauptsache thun, der erste Schritt hierzu sey die Bildung von Adelsgenossenschaften. Für diese Genossenschaften stellt Fürst Leiningen die folgenden Grundgedanken auf: 1. Die Adelsgenossenschaft besteht aus begüterten Mitgliedern des hohen und niedern deutschen Adels. Sie organisirt sich selbst. 2. Als wirklicher Genosse hat nur Zutritt und Stimmrecht, wer a) als Person adelige Eigenschaft hat und b) ein Stammgut besitzt. 3. Der persönliche Adel ohne Stammgut berechtigt nur zur Anwartschaft auf die Genossenschaft, nicht zur Mitgliedschaft an derselben. Kommt Stammgutsbesitz hinzu, so steht dem Eintritt und der Aufnahme in der Genossenschaft kein Hinderniß mehr entgegen. 4. Stammgutsbesitz ohne persönliche adelige Eigenschaft gibt auch keine Anwartschaft auf die Genossenschaft. 5. Um auf Anerkennung des persönlichen Adels von Seiten der Genossenschaft Anspruch zu haben, wird als nothwendig, aber auch als genügend vorausgesetzt: a) eheliche Abstammung von einem adeligen Vater, verbunden mit einer höheren Erziehung und Bildung, oder b) Ehe mit einem adeligen Manne, oder c) persönliche Adelsverleihung durch das Staatsoberhaupt. 6. Die Genossenschaft sorgt dafür, so weit ihr Einfluß reicht, daß in Zukunft den Titel von einem Stammgut nur der führe, welcher das Stammgut besitzt. 7. Die Genossenschaft verzichtet ausdrücklich auf jede Wiederherstellung besonderer Herrschaftsrechte vor andern Klassen der Bevölkerung. 8. Dagegen strebt sie offen eine ihrem Verhältniß zur Nation entsprechende Betheiligung an der Landesrepräsentation an. — Die bayer Staatsregierung hat den Gedanken an eine Reorganisation des Adels durch eigene Kraft aus sich selbst heraus im vorigen Jahr bekanntlich ebenfalls angeregt, und der Minister des Innern hat unterm 2. Juni v. J. ein Rundschreiben in diesem Betreff erlassen, worin ausgesprochen ist, daß der Adel, um sich eine einflußreiche Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft zu erringen, welcher dann auch mit Nothwendigkeit die entsprechenden politischen Rechte zufallen würden, sich wieder lebendig als besonderer Stand fühlen und als solcher auch äußerlich erscheinen müsse. Das Mittel dazu sey eine korporative Gestaltung des Adels; Se. Maj. der König seyen jedoch der Ansicht, daß das Institut der Adelskorporationen als eine aus der innern Lebenskraft des Adels und den gegenwärtigen Verhältnissen natürlich und organisch herauswachsende Einrichtung erscheint und darum von dem Adel selbst in's Leben gerufen werden möchte. Der Adel verschiedenen Kreise Bayerns hat, dieser Aufforderung entsprechend, seinerzeit sich zu Berathungen versammelt, und wie wir hören, sind auch bereits in mehreren Kreisen, so auch in Unterfranken, Statuten solcher Adelskorporationen ausgearbeitet.

** **Bayern.** München, 7. März. (Privat-Korresp.) **46. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die kgln. Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten und Dr. Aschenbrenner.

Zur Berathung kam der Gesetzentwurf: „Die Eisenbahnbaudotation in der VII. Finanzperiode betr."

Zunächst nahm der Referent Abg. v. Lerchenfeld das Wort und bemerkte, daß, wenn der Ausschuß den Gesetzentwurf (in der schon mitgetheilten Weise) umgestaltet habe, dies deßhalb geschehen sey, weil derselbe den Stand der Sache so nahm, wie er jetzt vorliege, nicht wie er seyn sollte. Es handle sich heute um 4 Fragen: 1) um eine Indemnitätsbill für die aus dem Kredite für die Salzburger Bahn zum Bau des Glaspalastes entnommene 1 Mill. Gulden; 2) um eine weitere, implizite verlangte Indemnitätsbill für die weitern aus dem genannten Kredite für die andern Bahnen verwendeten 4½ Mill.; 3) um weitere Ergänzungskredite für die bestehenden Bahnen, obwohl die Voranschläge schon um 10pCt. überschritten sind; 4) um den Ausbau der München-Salzburger Bahn, in welch' letzterer Beziehung der Ausschuß glaube, daß sie nicht auf Staatskosten, sondern durch Private zu bauen wäre.

Abg. Dr. Käfferlein (Advokat in Bayreuth) ist der Ansicht, daß sich die aus den gegebenen Krediten gemachte Ausgaben durch die Nothwendigkeit und Nützlichkeit rechtfertigen und daß, nachdem die Regierung bereits einen Theil des gegebenen Kredits für die Salzburger Bahn verwendet habe, es sich nicht rechtfertigen lasse, ihr jetzt das zur Hälfte von ihr vollzogene Mandat zu entziehen. Redner ist deßhalb, und weil jene Bahn von so großer Wichtigkeit ist und sich sicher auch gut rentiren würde, dann weil bei Ueberlassung der Bahn an Private, das verwendete Kapital (von 3,400,000 fl.) in Frage gestellt würde, dafür, daß diese Bahn auf Staatskosten gebaut würde.

Abg. Fürst Wallerstein. Es handle sich heute um drei Dinge: 1) nachträgliche Genehmigung von Ausgaben aus einem zu bestimmten andern Zwecken realisirten Kredit, namentlich der Ausgaben für den Glaspalast und die Donaudampfschifffahrt, 2) nachträgliche Genehmigung des Mehrbedarfs für die vorhandenen Eisenbahnen und 3) um den Bau der München-Salzburger Bahn. In erster Beziehung sey es heute nicht möglich, bezüglich der vorausgegangenen Bewilligung der Stände vorgenommenen Verwendung des Kredits ein bestimmtes Votum abzugeben; man könnte dies erst, wenn die Budgetdebatte bei den vorhandenen Defizits zu einem befriedigenden Resultate gelangt sey. Der zweite Punkt sey nicht nothwendig gesondert, sondern erst mit der Budgetberathung in Betracht zu ziehen. Den dritten Punkt anlangend, hält Redner die Münchener Salzburger Bahn wohl für die wichtigste unserer Bahnen, hält es aber nicht für nothwendig, daß der Staat selbst sie baue. Nach den gestrigen Kammerbeschlüssen, daß wir wichtige Bahnen Privaten überlassen und die Staatsbahnen verpachtet werden sollen, wäre es die direkteste Inkonsequenz, heute den Bau einer Bahn auf Staatskosten zu beschließen. Es sey ein Irrwahn, wenn man glaube, daß die Macht einer Regierung im Besitze von Bahnen beruhe, man möge sich in dieser Beziehung ein Beispiel an anderen Staaten nehmen.

Abg. Dr. Ruland erklärt sich gegen die Ausgaben für den Glaspalast; allein, da es sich auch um den Bau der Eisenbahn von München nach Salzburg handele und er sich nach seinem gestrigen Votum nicht für den Bau der Bahnen durch Private erklären könne, so müsse er — weil man das Schlechte nicht von dem Guten trennen könne — gegen den Ausschuß-Antrag, für den Gesetz-Entwurf stimmen.

Abg. Crämer erklärt sich im Interesse des schnelleren Ausbaues und im Hinblick auf die Unrentirlichkeit unserer Staatsbahnen für den Bau durch Private, zumal da, wenn nun auch die Regierung nochmals die Mittel zum Bau der Bahnen biete, man dann doch keineswegs versichert sey, daß sie hiezu verwendet würden.

Abg. Stauber aus Schweinfurt gibt zu, daß unsere bisbisherige Eisenbahn-Verwaltung Veranlassung zu mancherlei Bedenken gebe, er hält aber den Bau der Salzburger Bahn auf Staatskosten doch für nothwendig, um die übrigen Bahnen, deren wesentliches Ergänzungsglied sie bilde, erst rentirlich zu machen.

Abg. Dr. Lasaulx spricht gegen die von der Regierung einseitig unternommene Industrie-Ausstellung und die deßhalb verursachten Ausgaben, in Betreff des Ausbaues der Salzburger Bahn aber schließt sich Redner dem Votum Rulands an, will mithin den Bau durch den Staat.

In diesem Sinne sprechen auch die Abgg. Trenkle, Keyl, Graf v Buttler und Nickels, wogegen dann der 2. Hr. Präsident Dr. Paur sich entschieden gegen den Bau auf Staatskosten erklärt, indem er ausführte, daß die ohnedies

schon große Schuldenlast des Staates und die geringe Rentabilität der Staatsbahnen es nicht rathsam machen, neue Schulden für Eisenbahnen zu kontrahiren. Nach dem gestrigen Beschlusse wäre es eine Inkonsequenz, heute den Bau einer Bahn auf Staatskosten zu beschließen; dem gestrigen Beschlusse sey gerade die Anschauung zu Grunde gelegen, daß man die Bahnen in der Hand einer besseren Verwaltung sehen wolle.*)

Der k. Regierungskommissär Frhr. v. Brück verwies dann auf die immer mehr steigende Rente der Bahnen und bedauerte, daß man demungeachtet der Verwaltung immer Vorwürfe mache.

Zum Schlusse der Debatte nahm dann noch Referent Frhr. v. Lerchenfeld das Wort, widerlegte die gegen den Antrag des Ausschusses auf Bau durch eine Privatgesellschaft erhobenen Einwendungen, und zeigte dann, daß es bei der Höhe der Staatsschuld und dem Stande der Finanzen des Staates nicht rathsam und thunlich sey, weitere Bahnen auf Staatskosten zu bauen.

°° München, 8. März. (Privat-Korrespondenz.) **47. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die kgl. Staatminister v. d. Pfordten, Dr. Aschenbrenner, Dr. Ringelmann und v. Zwehl.

Es wird die gestern vertagte Debatte über den Gesetz-Entwurf: „Die Eisenbahnbau-Dotation für die VII. Finanzperiode betr.," fortgesetzt.

Es erhält zunächst der kgl. Ministerpräsident v. d. Pfordten das Wort. In einer sehr interessanten Rede legte derselbe zuerst den Zweck des Gesetz-Entwurfs dar und rechtfertigte darin die Veranstaltung und die Ausgaben der Industrie-Ausstellung. Der Redner verweist auf den Zeitpunkt, in welchem die Ausstellung beschlossen wurde, nämlich damals, wo die Verhandlungen zur Erneuerung des Zollvereins und des Zollanschlusses an Oesterreich zum Abschlusse gelangten. Diesen sollte durch die Ausstellung das Siegel aufgedrückt werden, es sollte der Vereinigung ein Feld der Vergleichung gestellt werden, auf welchem die Industriellen ihre gegenseitigen Kräfte kennen lernen und sich vorbereiten sollten auf die neue Phase, in die man eintrete. Wenn behauptet wurde, daß die Ausstellung mißglückt sey, so sey das finanziell allerdings richtig; ein günstiges finanzielles Ergebniß sey durch die höhere Fügung vereitelt worden. Der finanzielle Zweck sey aber nicht der einzige, alle anderen Zwecke seyen mehr erfüllt worden, als bei allen andern Ausstellungen, die wissenschaftliche, technische, industrielle und administrative Seite der Ausstellung sey als vollkommen gelungen zu betrachten.

Hierauf verbreitete sich der Redner über die Mehrausgabe für die bestehenden Bahnen und suchte darzulegen, daß es nicht möglich war, mit den gegebenen Krediten jene Bahnen zu bauen, daß die Ueberschreitungen auch im Hinblick auf die Kosten anderer Bahnen gerechtfertigt seyen. Früher als es jetzt geschehen, habe die Regierung die nachträgliche Genehmigung nicht beantragen können, weil es an dem nöthigen Abschluß der Rechnungen gefehlt habe. —

Der verehrte Redner ging dann zu den neuen Postulaten über, welche noch zur vollständigen Instandsetzung der bestehenden Bahnen nothwendig seyen und deren Nothwendigkeit auch der Ausschuß anerkannt habe. Was die Ausgaben für die Donaudampfschifffahrt betreffe, so beruhen diese auf einem Gesetz. Fasse er nun, fuhr der Redner fort, das Resultat seiner Erörterungen zusammen, so ergebe sich, daß mit dem Gutachten des Ausschusses keine materielle Differenz bestehe, mit Ausnahme des beantragten Abstrichs von 83,000 fl., womit die Regierung einverstanden, denn, daß die Million für den Glaspalast und die 1,200,000 fl. für die Donaudampfschifffahrt auf andere Weise ersetzt werden sollen, dagegen habe die Regierung nichts einzuwenden.

Für den eigentlichen Zweck des Gesetzentwurfes bestehe demnach vollständige Uebereinstimmung. Der wesentlichste gestern hervorgehobene Differenzpunkt sey die Salzburger Bahn. Die Frage der Salzburger Bahn an sich sey nicht Gegenstand des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes, und an und für sich werde für dieselbe nichts postulirt. Erst durch den Ausschuß der Kammer, dessen Ansicht von jener der Regierung abweiche, sey die Salzburger Bahn mit in Frage gestellt worden. Die Regierung war der Ansicht, daß der Bau der Salzburger Bahn durch den Staat in Folge des Gesetzes von 1852 feststehe und daß es sich nur darum handle, die hiefür bestimmt gewesenen Fonds zurückzuerstatten. Der Ausschuß aber wolle die Zurückerstattung nur so weit, als dies, abgesehen von der Salzburger Bahn, ihm nothwendig erschien, weil er diese Bahn nicht auf Staatskosten gebaut wissen wolle.

Hierauf suchte er die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Bahn nach Salzburg darzulegen: 1) weil bereits 4 Millionen verbaut seyen und die Regierung sich nicht von der Ansicht trennen könne, daß ein wesentlicher Verlust eintreten würde, wenn der Bau jetzt an eine Privatgesellschaft überlassen würde; eine solche würde wohl eine Vergütung, schwerlich vollen Ersatz leisten. 2) Er sey der Ansicht, daß im vorliegenden Falle die Regierung rascher und wohlfeiler baue. 3) Es frage sich, welche Gesellschaft bauen solle? 4) Die Linie von Salzburg sey eine der wichtigsten, und so lange die anderen Bahnen in Händen des Staates, würde es für die finanzielle Rentirlichkeit der Staatsbahnen von Einfluß seyn, auch die Bahn nach Salzburg zu besitzen. Sie sey die wichtigste Linie, sie vermittle den Transit von Osten nach Westen, so daß demnach auch handelspolitische Rücksichten der Regierung es wünschenswerth machten, diese Bahn in ihren Händen zu haben. Diese Linie sey speziell auch wichtig in den Beziehungen zu Oesterreich, sowie für das materielle Interesse Bayerns. Wenn das Verhältniß zwischen zwei Staaten auch noch so freundlich sey, wie das zwischen Oesterreich und Bayern jetzt nicht minder wie früher der Fall sey, so gebe es doch Interessen der Staaten, die zu wirklichen oder vermeintlichen Kollisionen führen. Die Regierung habe dann die Pflicht, zu vermitteln und auszusöhnen. Dabei müsse aber jede Regierung gewisse Hebel besitzen, durch welche sie die Entschließung der andern Regierung erzwecke. Ein solcher Hebel sey die in Rede stehende Bahn, die man deßhalb der Regierung nicht aus der Hand nehmen möge, man könnte dies auch später bereuen.

Hierbei führt er an, daß der Vertrag mit Oesterreich bezüglich des gegenseitigen Anschlusses dem Abschlusse nahe sey. Er bestritt dann verschiedene gestern in der Kammer aufgestellte Behauptungen, namentlich bezüglich der Rentirlichkeit der Bahnen, dann bezüglich der Behauptung der großen Schuldenlast. Durch die Behauptung, daß Bayern eine Schuld von 300 Mill. habe, durfe man das Publikum nicht erschrecken, denn 200 Mill. hievon seyen ganz speziell fundirt, und zwar sey für 100 Mill. Ablösungspapiere genügende Sicherheit gegeben und dann auch die Eisenbahnschuld in genügender Weise fundirt. In wenigen Jahren würde auch die Eisenbahnrente hinreichen, die Eisenbahnschuld zu verzinsen. Nach Abzug jener Summen verbleibe eine Schuld, die nicht erschrecken dürfe und die auf den Kredit des Landes nicht nachtheilig wirken könne.

Was die Verpachtung der Bahnen betreffe, so könnte dies, glaubt der Redner, wohl später finanziell vortheilhaft seyn, jetzt aber, so lange das Bahnnetz nicht vollendet, so lange deßhalb auch die Bahnen sich nicht gut rentiren, wäre dies nicht rathsam. Der k. Ministerpräsident sprach volle 2 Stunden. — Am Schluß seiner Rede richtete er noch Wünsche des Entgegenkommens an die Kammer.

Nach der Rede des k. Ministerpräsidenten schritt dann die Kammer zur Berathung der einzelnen Artikel. Der Artikel 1 betrifft (wie gestern schon mitgetheilt) die nachträgliche Genehmigung der auf die Industrie-Ausstellung verwendeten, den Eisenbahnfonds entnommenen 1 Mill Gulden.

Abg. Fürst Wallerstein will jetzt, bevor das Budget bereinigt sey, die Ausgaben für den Glaspalast nicht genehmigen.

Abg. Graf Hegnenberg, der 1. Präsident, der, um sich an der Debatte betheiligen zu können, heute den Vorsitz an den 2. Präsidenten übertrug, nahm dann das Wort und bemerkte, daß es sich in Art. 1 um die Genehmigung nicht gesetzlich festgestellt gewesener Ausgaben handle und daß er glaube, es sey in der allgemeinen Debatte die Tragweite dieser Frage unterschätzt worden und mehr als eine finanzielle, statt als eine politische behandelt worden. Von dem Redner wird dann der Gegenstand von der politischen, der staatsrechtlichen Seite erörtert, und zwar mit jener Schärfe, wie wir das von ihm gewohnt sind; er sprach sich mit aller Entschiedenheit gegen Ausgaben aus, welche nicht im Voraus von den Kammern genehmigt sind, er erwähnt, wie dies das größte Mißtrauen gegen die Regierung erzeuge bez. der Ausgaben für den Glaspalast, da die Regierung so lange gegenüber der Kammer geschwiegen habe, ja schlimmer

*) Die Nothwendigkeit der Salzburger und Kufsteiner Bahn und ihrer alsbaldigen Ausführung wird von allen Seiten anerkannt, und ganz allein um den Bau derselben auf Staatskosten oder seine Ueberlassung an Privatgesellschaften dreht sich der Streit. Während die Einen eine Inkonsequenz darin erblicken, jetzt wieder für den Bau einer Staatsbahn zu stimmen, während man erst vor Kurzem ebenfalls wichtige Bahnen an Aktionäre überlassen, ja sogar den Wunsch auf Verpachtung aller Staats-Bahnen an Private beschlossen habe, sehen die Andern in der Salzburger und Kufsteiner Bahn ein ganz anderes Element, ein nothwendiges Ergänzungsglied der fertigen Staatsbahnen, welches nothwendig mit diesen unter einer Verwaltung stehen müsse; sie halten sich überdies an das einmal erlassene und durchgeführte Gesetz, das, auch nach erschöpften Mitteln, eben mit neu zu schaffenden dennoch auszuführen geboten sey.

noch, zu der Mißdeutung berechtige, daß die Regierung glaube, sie brauche die Kammer hiezu nicht und es genüge, die nachträgliche Genehmigung zu erholen.

Die umfassende und treffliche Rede Hegnenbergs verfehlte nicht, einen tiefen Eindruck zu machen.

Der k. Ministerpräsident wiederholte, daß bez. der Ausgaben für den Glaspalast schon früher ein Gesetzentwurf ausgearbeitet war; vor Mißdeutungen könne man sich nicht schützen, was in der Welt wird nicht mißdeutet? Er könne die bestimmte Versicherung geben, daß solche Gedanken wie die angedeuteten ihm ferne liegen; er werde die Rechte des Volkes und die Bestimmung der Verfassung nicht muthwillig verletzen; nur von Begeisterung für die Sache und die Ehre des Vaterlandes getrieben, habe er die Industrie-Ausstellung unternommen, er sey vielleicht nur zu begeistert dafür gewesen, und es werde ihm dies eine Lehre für die Zukunft seyn.

Art. 1 wurde dann in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Art. 2 lautet: „Der Mehrbedarf für die in Betrieb stehenden und die in der Projektirung begriffenen Staatseisenbahnen über die gesetzlich gegebenen Baukredite wird auf den Gesammtbetrag von 10 Mill. vierhundert Tausend Gulden festgesetzt."

Der Ausschuß beantragt statt 10,400,000 fl nur 5,900,000 fl. (incl. 100,000 fl. für Projektirungsarbeiten) einzusetzen, weil er will, daß die Bahn nach Salzburg nicht auf Staatskosten gebaut werden soll.

Referent v. Lerchenfeld, darauf hinweisend, daß es sich bei diesem Artikel um die hauptsächlichste Frage der Entscheidung handle, erörtert dann nochmals die Frage des Bahnbaues, indem er die vorgebrachten Gründe für den Bau auf Staatskosten widerlegt und zeigt, daß bei der finanziellen Lage des Landes und den geringen Ertrag der Staatsbahnen auch der Bau der Salzburger Bahn nur durch Private räthlich und zweckmäßig sey.

Abg. Schlör beantragt dann, in den Art. 2 die Summe von 12,200,000 fl. einzusetzen, damit hiedurch auch die Mittel zum Bau der wichtigen Bahn bis nach Kufstein gegeben seyen. *Redner hebt hervor*, daß die Regierung für nicht bewilligte Ausgabe die nachträgliche Genehmigung auf gesetzlichem Wege beantragen und nicht mehr bloß durch Vorlage der Rechnungsnachweise, was immerhin als ein Fortschritt zu beerachten sey. Es mußte hiemit wegen vorgerückter Zeit, und da noch viele Redner vorgemerkt waren, die Debatte bis zur nächsten Sitzung am Montag vertagt werden.

Das Resultat der Debatte, das Schicksal des Gesetzentwurfs, ist noch immer ein zweifelhaftes.

Preußen. Berlin, 5. März. Je sicherer es scheint, daß der Friede aus den Konferenzen hervorgeht, um so gewisser können wir auf zweierlei rechnen: auf die allgemeine Spekulationslust nach Geld und Gut, die einen Börsenschwindel hervorrufen wird, wie er noch nicht dagewesen ist, aber auch eine Fülle von industriellen Unternehmungen, die wenigstens zum Theil alle Kräfte erwecken und antreiben müssen. Damit zugleich wird auch die Reaktion ihr Werk vollenden, den modernen Feudalstaat fix und fertig hinstellen wollen, obwohl derselbe diametral gegen die Industriebewegung der Gegenwart anläuft. Wer endlich Recht behalten wird, kann eigentlich keine Frage seyn. Denn daß eines schönen Morgens das Reich der kleinen Herren in Stücke zerbricht, mag es zusammengeleimt werden wie es will, ahnet selbst denen, die am eifrigsten daran arbeiten. Die Ahnung davon ist so eindringlich, daß selbst Herr v. Gerlach und die Herren in der ersten Kammer den Gedanken fassen, sie müssen die öffentliche Meinung gewinnen, und in ganz richtiger Weise als bestes Mittel dazu Ersparnisse im Staatshaushalt erkennen. Wie bei den Abgeordneten Herr v. Gerlach neulich schon ankündigte, daß seine Partei das Budget nachdrücklich beschneiden werde, so haben gestern im Herrenhause Graf Itzenplitz und andere ausgezeichnete Reformer der Regierung sehr aufrichtige Wahrheiten von ganz ähnlicher Art aufgetischt. Gelegenheit dazu bot der Antrag, den Art. 99 der Verfassung zu ändern, daß künftig das Budget in einen ordentlichen und außerordentlichen Theil der Einnahmen und Ausgaben zerfalle, der ordentliche Etat unabänderlich feststehe, der außerordentliche dagegen alljährlich von beiden Kammern bewilligt werde. Die Regierung erklärte sich dagegen und wollte nichts von einer solchen Trennung wissen, die Kommission hatte sich gefügt und Tagesordnung vorgeschlagen, da ohne Beistimmung der Regierung auf keinen Erfolg zu rechnen sey. Die Majorität jedoch beharrte bei dem Antrage, und mehrere Redner gaben der Regierung ungeschminkt zu hören, was diese von ihren selbstgeschaffenen Herren zu erwarten hat. Es sey keine Kunst, alljährlich einen Etat zu machen, der zum vierten Theil schon verausgabt sey, ehe die Landesvertretung ihn bewilligt habe. Endlich sey es an der Zeit, streng hauszuhalten und ernsthaft zu prüfen, was zu des Landes Wohl gereiche oder nicht! Fort und fort würden die Staatsausgaben gesteigert. Das könne nicht länger so weiter gehen. Von der 30 Millionen Anleihe sey die Hälfte schon verschwunden und der Rest würde folgen, ebenso alle anderen Anleihen. Immer höher und drückender würden die Steuern, und die Klagen darüber seyen allgemein. Die Landesvertretung dürfe das nicht länger geschehen lassen, sie habe die Pflicht, das Land vor Ueberbürdungen zu schützen u.s.w. — Solche Angriffe haben die Konstitutionellen nicht einmal gemacht; und wenn sie wirklich einen Antrag durchsetzten, erklärte Hr. v. Westphalen oder einer seiner Kollegen, die Kammer möge beschließen, was ihr beliebe, die Regierung würde nach ihrer besten Ueberzeugung verfahren. Dies Verhältniß hat sich nun anscheinend zwar nicht geändert, denn auch die gegenwärtige Majorität kann beschließen, was sie will, es fällt kein Blatt davon vom Baume, aber auf die Dauer wird es nicht so bleiben. Die mächtige Partei, welche von der Regierung großgezogen und zur Landesvertretung berufen wurde, will nicht unmündig und abhängiges Werkzeug seyn. Die Leitung der Gesetzgebung und der Finanzen sind zu wichtige Rechte, um nicht mit aller Kraft den Kampf darum zu führen und Sie werden sehen, daß diese Partei sich nicht dem Scheinkonstitutionalismus unterwirft. (Ztg. f. Nordd.)

Kurhessen. Kassel, 6. März Die hiesige Zeitung meldet heute in ihrem amtlichen Theil, daß der Kurfürst den Kammerherrn, Oberfinanzrath v. Hanstein-Knorr, zum Staatsrath und Vorstand des Finanzministerium ernannt hat. (Endlich also ist das Ministerium vollständig.) (A. Z.)

Dänemark.

* Das Reichsgericht hat die wegen unbefugter Ausgaben aus der Staatskasse angeklagten Mitglieder des vorigen Ministerium freigesprochen: 4 derselben (Oersted, F. A. Tillisch, Bluhme und A. A. Scheel), weil sie die betreffenden königl. Beschlüsse nicht mit unterzeichnet hatten; die übrigen (C. F. Hansen, Sponneck und R. Bille), weil kein Grund sey, anzunehmen, sie hätten bei Anordnung der Rüstungen (im Jahr 1854) wider ihre bessere Ueberzeugung von deren Nothwendigkeit gehandelt, und weil es als ausgemacht anzusehen sey, daß das Verhältniß zu den fremden Mächten es bedenklich gemacht haben dürfte, schon damals die Frage in Betreff der Rüstungen zur Verhandlung vor den Reichstag zu bringen.

Kopenhagen, 28. Febr. Die Freisprechung der angeklagten Minister erregt um so größere Bitterkeit, als die absolutistische Partei ihren Sieg mit auffälliger Ostentation durch Festlichkeiten jeder Art zu Ehren der Freigesprochenen feiert. Die Gegner heben hervor, daß die Freisprechung nicht von dem Gericht, sondern nur von der einen Hälfte desselben, den Mitgliedern des Höchstengerichts, erfolgt sey. Daß dies Richter-Kollegium durch sein Urtheil an dem Ansehen gewonnen habe, welches der Justiz nie fehlen sollte, läßt sich nicht behaupten. Die Gründe des Urtheils ermangeln nicht nur der juristischen Schärfe, sondern stützen sich, mit Umgehung klarer Gesetzesbestimmungen auf vage Behauptungen, deren Logik sich selbst der beschränkteste Kopf zu schämen hätte. Vor den Augen aller Welt lag die Sache juristisch so, daß keine Freisprechung erfolgen konnte; und deßhalb ist dieselbe ein politischer Akt, zu welchem ein Richter-Kollegium sich eben nicht hätte herbeilassen dürfen. Es werden denn nun auch vielleicht Stimmen laut, welche eine Umgestaltung des Höchstengerichts fordern. (Z. f. Ndd.)

Spanien.

Madrid, 3. März. Der Graf v. Villariezo, welcher bekanntlich von Räubern entführt wurde, um ein reiches Lösegeld zu erpressen, ist in den Schooß seiner Familie zurückgekehrt, da diese den Banditen 600 Unzen Goldes zugeben ließ, außer den 10,000 Piastern, deren Uebergabe an die Räuber der Kommandant der Zivilgarde (Gensdarmerie) verhindert hatte. Es scheint übrigens, daß diese Spitzbuben nicht ohne Lebensart sind; sie erklärten dem Grafen, daß er nichts für sein Leben zu befürchten habe, daß er nur darauf gefaßt seyn müsse, nach Portugal geführt zu werden; alles, was wir bezwecken, fügten diese Fra Diavolos hinzu, ist — ein Geschäft zu machen. Der Graf hatte übrigens des Nachts Decken, und wenn die Lebensmittel knapp waren, so versagten sie sich die Räuber, um ihren Gefangenen nicht darben zu lassen. Man fragte ihn, ob er die Vorstellungen des k. Theaters besucht, und Ronconi gehört habe. Auf seine verneinende Antwort soll der Banditenchef erwidert haben: „Eine solche Nachlässigkeit ist unverzeihlich." (A. Z.)

Italien.

Genua, 4. März. Man spricht hier von neuen Demonstrationen in Mentone zu Gunsten des Fürsten Florestan von Monaco (dessen kleines halbselbständiges Fürstenthum im Jahre

1848 von der sardinischen Regierung eingezogen wurde). Wie man vernimmt, haben etwa 200 Personen mit dem Rufe: „Es lebe Frankreich! Es lebe der Kaiser! Es lebe die Familie Grimaldi! Nieder mit der piemontesischen Regierung!“ die St. Michaelsstraße durchzogen. Karabiniers seyen herbeigeeilt und hätten, im Vereine mit dem Syndic und dem Friedensrichter, die Menge aufgefordert sich zurückziehen. Vergebens. Das Geschrei dauerte fort, und man nahm mehrere Verhaftungen vor; doch wurde später ein Theil der Verhafteten wieder in Freiheit gesetzt. (Allg. Ztg.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Der in Kars gefangene englische General Williams soll gegen den in Kinburn gefangenen russischen General Kokonowitsch ausgewechselt werden.

§ Wien, 6. März. (Privat-Korrespondenz.) Sicherem Vernehmen zufolge hat die Pforte den Antrag der beiden Hospodare, die Güter der Fremden-, gleich denen der nationalen Klöster in den Donaufürstenthümern unter staatliche Aufsicht zu stellen, angenommen. Es ist dies jedenfalls eine sehr wichtige Maßregel, insbesondere wenn man bedenkt, daß den griechischen Klöstern ziemlich ein Drittel des gesammten Bodens in der Moldau und Wallachei gehört, welche aber die enormen, nach Dutzenden von Millionen Piastern zu berechnenden Einkünfte ihrer zahllosen Güter nicht im Lande zu frommen Werken verwenden, sondern angeblich nach Santagora in Griechenland und nach dem heiligen Grabe in Palästina senden. In Wahrheit bezieht aber der jedesmalige, von Griechenland aus ernannte Prior oder Egumene die ungeheuren Revenuen seines Klosters selber, schickt einen kleinen Bruchtheil davon an die obengenannten Orte und steckt den bei weitem größeren Theil in die Tasche. So befinden sich in der Wallachei Egumenen mit einem Jahreseinkommen von 20 bis 30,000 Dukaten. Haben diese ausländischen Goldmacher ihr Terrain gehörig ausgebeutet und ihren Beutel gefüllt, so gehen sie nach Griechenland zurück, wo sie sich indeß der zusammengescharrten Summen in der Regel niemals lange zu erfreuen haben. Sie sterben immer in kurzer Frist, um, als Cölibataire ohne Leibeserben, ihr Vermögen den griechischen Mutterklöstern anheimfallen zu lassen. Man behauptet sogar, sie müßten daheim, ehe sie das Priorat erhielten, einen Eid darauf ablegen, daß sie mit ihren Spolien nach Griechenland zurückkehren und die lachenden Erben nicht allzulange hinhalten würden.

Amerika.

Aus St. Domingo sind Nachrichten von einer abermaligen Niederlage Soulouque's bei Juana Mendez eingegangen. Die Haytier erlitten abermals eine schmähliche Niederlage. Sie ließen 1500 (nach Andern 2000) Todte auf dem Schlachtfelde. Die Dominikaner machten 77 Gefangene, nahmen 2 Kanonen und 3 Regimentsfahnen. Soulouque zog sich nach seiner Niederlage auf Juana Mendez zurück.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 9. März. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. $83\frac{3}{4}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Met. $74\frac{5}{8}$; Wiener Bankaktien 1254; 5pCt. Lomb 90; Wiener Wechsel 117; 3pCt. inl. span. $38\frac{3}{8}$; 1 pCt. neue 24; Darmstädter Bankaktien $345\frac{1}{2}$.

Meininger Kredit-Aktien wurden zu 115 $14\frac{3}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{3}{4}$ $\frac{5}{8}$ umgesetzt.

Wien, 8 März. Oesterr. 5pCt Nat.-Anl. 85; 5Cpt. Met $84\frac{1}{2}\frac{3}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. $73\frac{3}{8}$; Lotterie-Anlehensloose von 1839 ——; ditto von 1854 $110\frac{1}{8}$; Bankaktien 1065; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen $92\frac{1}{4}$; Nordbahnaktien $2807\frac{1}{2}$; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 349; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 681; österr. Staatsbahn-Aktien 370. Wechselkurse: Augsburg uso 102 P.; London 10. 4. B. Geldkurs: Dukaten —.

Amsterdam, 1. März. In Kaffee haben wir keine Umsätze zu melden, Käufer wollen den Ablauf der Auktion abwarten.

Thee fest.

Tabak still, aber fest preishaltend. Am 3. April kommen 903 B. Java und 136 S. Havana in Auktion.

Rohzucker fortwährend vernachläßigt, raffinirter flau, Preise nominell.

Reis still, geschält Arakan fl. $9\frac{1}{4}$ a $\frac{1}{2}$, Java fl. $10\frac{1}{2}$, Tafel fl. 15 a 16.

Gewürze behauptet. Muskatnüsse Nr. 1 157 cs., Blüthe 145 cs., Nelken 39 a 41 cs., brauner Pfeffer $30\frac{1}{4}$ cs.

Berlin, 4. März. Waizen geschäftlos und flau. Roggen loko verhältnißmäßig hoch gehalten, und für Kleinigkeiten 83pfd. 75 Thlr. und 85pfd. 77 Thlr. pr. 2050 Pfd. bezahlt. Von Terminen ist gestern Nachmittag in Folge der Friedensnachrichten noch Frühjahr mit 72 Thlr. und Mai—Juni a 71 Thlr. verkauft worden, der heutige Markt eröffnete zu diesen Preisen mit vielen Verkäufern, schließt aber zu bessern Preisen fest.

Oelsaat nominell. — Rüböl loko und kurze Lieferung durch Kündigungen gedrückt, spätere Termine ebenfalls billiger verkauft, schließen etwas fester. — Spiritus auf gestrigen Schluß ziemlich fest behauptet. Gekündigt 70,000 Qrt.

Stettin, 3. März. Das Wetter ist heute warm und man erwartet jetzt endlich bald die Schifffahrt seewärts frei zu sehen.

Das Getraidegeschäft bleibt immer noch ohne Leben. Waizen ist noch andauernd unter dem Druck des englischen Marktes. 88—89 Pfd. gelber pr. Frühjahr 102 Rthlr. B., 100 Rthlr. G.

Roggen ist etwas fester, wie es scheint in Folge der letzten veröffentlichten Nachrichten über den Fortgang der Friedens-Konferenzen in Paris; vielleicht geben die heute darüber eingetroffenen Depeschen dem Gange des Geschäfts wieder eine andere Wendung. Man bietet für 82 Pfd. pr. Frühj. 73 Rthlr., pr. Mai—Juni 72 Rthlr. Br., pr. Juli—August 69 Rthlr. G.

Gerste unverändert. Hafer etwas gefragter, da die Lieferungen theilweise der Qualität nach nicht den Erwartungen entsprechend ausfallen.

Erbsen fast geräumt. Wicken fehlen.

Rüböl matter. Die letzten Berichte über den Stand der Rappspflanzen lauten befriedigend.

Spiritus gut im Werthe behauptet; loko ohne Faß 14pCt. pr. Frühjahr $13\frac{3}{4}$pCt. Br.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Röhtmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 71. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 11. März 1856

Telegraphische Depesche.*)

München, 10. März. Die 2. Kammer verwarf heute Abend den Vorschlag, daß der Bau der München-Salzburger Eisenbahn an Private überlassen werden solle, mit 81 gegen 44 Stimmen und beschloß den Ausbau derselben auf Staatskosten). Bei der Schlußabstimmung wurde der Gesetzentwurf über Eisenbahnbaudotation für die VII. Finanz-Periode mit 87 gegen 38 Stimmen angenommen. Der eventuelle Antrag, die Baukosten durch ein Lotterie-Anlehen zu decken, wurde verworfen.**

*) Gestern Abend schon einem Theil unserer Leser in einer Extra-Beilage zugekommen.

**) Es wird also nach dem Vorschlag der Regierung ein Anlehen von 10,400,000 fl aufgenommen.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 10. März. Der k. Advokat und herzogl. leuchtenbergische Kabinetsrath Joh. Nep. Keller in München, und der herzogl. leuchtenbergische Administrationsrath K. K. Berüff in München haben von Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland die Dekorationen des St. Stanislaus-Ordens 2. Klasse, dann der k. Advokat Hermann Kolb in Eichstädt die Dekoration des St. Stanislaus Ordens 3. Klasse erhalten; dem Oberrechnungs-Kommissär Joh. Jak. Wiener zu Regensburg wurde der erbetene Ruhestand bewilligt; an dessen Stelle in das Rechnungskommissariat der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg, Kammer des Innern, der Rechnungskommissär Aug. Häring von Ansbach berufen; zum Rechnungskommissär der Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, der Rechnungsgehülfe Joh. Chr. Hechtfischer von Bayreuth befördert; zum Rechnungsgehülfen der Regierung von Oberfranken, Kammer des Innern, der quieszirte Patrimonialrichter von Kleinziegenfeld, Karl Eugen Werner aus Bayreuth, dermal Revisor bei der Regierung von Schwaben und Neuburg ernannt; die erledigte protest. Pfarrstelle zu Burgfarnbach, Dek. Zirndorf, dem bisherigen Pfarrer zu Heidenheim, Dek. Dittenheim, Phil. Julius Karl Wucherer, verliehen.

Se. Maj. der König haben den Oberlieutenant Maximilian Link vom 2. Jägerbataillon zum 11. Infanterie-Regiment Ysenburg versetzt; den beim Zivil praktizirenden Unterlieutenant Sebastian v. Schiltberg in den Ruhestand versetzt; dem pensionirten Unterlieutnant Ludwig Rugendas die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den beim Zivil praktizirenden Unterlieutnant Franz v. Freyschlag in den Ruhestand versetzt.

Dem charakterisirten Oberst Friedr. Speck von der Zeughaus-Hauptdirektion wurde das Kommandeurkreuz vom königl. spanischen amerikanischen Orden Isabella der Katholischen ertheilt. (N. M. Z.)

Durch allerhöchste Entschließung vom 2. d. ist die unterm 11. Januar 1844 gegebene Bestimmung hinsichtlich der Gliederung einer Genie-Kompagnie in Mineure, Sapeure, Pontoniere und Pioniere aufgehoben worden; die 1., 2., 3. und 4. Kompagnie des Genie-Regiments sind von nun an zum Pontonierdienste, die 5., 6., 7. und 8. Kompagnie zum Mineur- und Sapeurdienste, sämmtliche 8 Kompagnien aber überdies gleichmäßig zum Pionierdienste bestimmt und auszubilden. Der gewöhnliche Präsentstand des Genie-Regiments wird auf 30, der Präsentstand desselben während der Genie-Uebungen auf 72 Gefreite und Gemeine für jede Kompagnie festgesetzt. Die Dauer der Rekruten Uebungen, während welcher die Rekruten über den gewöhnlichen Präsentstand gehalten werden, bleibt vier Wochen, die Dauer der Genie-Uebungen vier Monate. (Verordnungsblatt.)

Wie man hört, soll an den Inspektor der kgl. Erzgießerei in München, Hrn. v. Miller im Auftrage des Papstes die Anfrage gerichtet worden seyn, ob er den Guß eines kolossalen Marien-Standbildes (in der Größe der Bavaria), das man zu Ehren der unbefleckten Empfängniß in Rom zu errichten beabsichtigt, übernehmen wolle.

Frhr. v. Rothschild, der bezüglich der Verhandlungen mit dem Eisenbahn-Consortium vor 14 Tagen hier eintraf, ist, wie es heißt, auch bei der projektirten bayer. Kreditanstalt wesentlich betheiligt.

Von Augsburg ist der „N. M. Z." die nachstehende „Erklärung" zugekommen: „Ich erkläre hiermit öffentlich, bestimmt und entschieden, daß ich in meiner Mutterkirche, der römisch katholischen, stets gelebt und nach Kräften gewirkt habe, auch forthin leben und wie ich hoffe, in Gott selig sterben wolle. Augsburg, den 8. März 1856. Johann Evangelist König, Domvikar."

* **Preußen.** Am 6. März kam, wie schon kurz erwähnt, im preußischen Abgeordnetenhaus der gegen den Art. 12 der Verfassung gerichtete Antrag des Abg. Wagener zur Berathung. Ursprünglich ging dieser Antrag dahin, im Art. 12 die Worte zu streichen: „Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntniß." Die mit der Vorprüfung des Antrags beauftragte Kommission des Hauses hatte unter Zustimmung des Hrn. Wagener vorgeschlagen, bloß die Worte „und staatsbürgerlichen" zu streichen und dafür dem Artikel einen Zusatz beizufügen, welcher die Regelung der staatsbürgerlichen Rechte der nichtchristlichen Staatsangehörigen an die Spezialgesetzgebung überweist.

Herr Wagener hatte in der Kommission erklärt, „daß seine Absicht wesentlich dahin gehe, in dieser und in allen verwandten Fragen der Spezial-Legislation die Hand frei zu machen, namentlich auch für die schwierige Regulirung der jetzigen noch so unreifen, sowie der künftigen Sekten und Religionsparteien." — In diesem Streben wollte ihn die Kommission unterstützen, aber sie hat in ihrem Vorschlage erst recht die Hand gebunden, die sie frei machen wollte. Denn in dem Zusatze: „die Regulirung der staatsbürgerlichen Rechte der nichtchristlichen Staatsangehörigen bleibt der Spezialgesetzgebung vorbehalten", hat sie die Sekten und Religionsparteien gar nicht getroffen, die sie ohne Zweifel treffen wollten. Diese Sekten stehen zum größten Theil ganz auf dem Gebiete des Christenthums nicht nur, sondern sogar der protestantischen Bekenntnisse, und es gibt deren genug, die sich bloß dem Regiment der Landeskirche entziehen wollen. Nun sollen aber bloß die staatsbürgerlichen Rechte der nichtchristlichen Staatsangehörigen durch die Spezialgesetzgebung regulirt werden; mithin hat diese Spezialgesetzgebung mit den staatsbürgerlichen Rechten der freien Gemeinden nichts zu thun und es ist also mit dem Zusatze nichts erschöpft.

Bei diesem Reaktions-Werk ist bis gestern so ziemlich die ganze Rechte Herrn v. Gerlach und Herrn Wagener gefolgt, aber ein Theil derselben hat doch nunmehr Anstand genommen, an einem Beginnen, die Welt rückwärts zu stoßen, das Leben des geschichtlichen Geistes, die Arbeit von Generationen zu leugnen, sich weiter zu betheiligen; sie hat ihr sittliches Gefühl und die Meinung ihres Volkes befragt und sich ein Halt! zugerufen. Der Antrag des Herrn Wagener hat deßhalb heute ein sehr klägliches Ende genommen.

Nach Vorgang der gestrigen Debatte hielt es Graf Schwerin für angemessen, gleich von vornherein die Beseitigung des

Antrages durch den Uebergang zur einfachen Tagesordnung zu verlangen.

Es meldete sich nun gegen den Antrag zur Tagesordnung ein Mitglied der katholischen Opposition, Herr Reichensperger, der diese Form zum Eingehen in den materiellen Inhalt der Frage benutzte, und seiner Aufgabe in trefflicher Weise entsprach. Er rief das Haus zunächst auf, heute Zeugniß abzulegen von seiner christlichen Ueberzeugung und zu bedenken, daß es nicht bloß abwäge, sondern auch abgewogen werde. Er ging nun auf den Kommissionsbericht über und sprach aus, daß er erwartet habe, in demselben eine gründliche Erörterung der Verhältnisse zwischen Staat und Kirche zu finden, aber er sey bitter getäuscht worden. Statt dessen habe er die schmähliche Aeußerung gefunden, man könne die Unabhängigkeit des religiösen Bekenntnisses auf dem Wege der Spezialgesetzgebung illusorisch machen, und man habe sie illusorisch gemacht. Bei solchem Verhalten sey für keine Minorität im Staate noch entfernt Sicherheit möglich. Der Antrag sey ungerecht und unpolitisch, und wenn der Kommissionsbericht ganz offen bekenne, es sey bisher der Staatsregierung möglich gewesen, durch Interpretation um den Art. 12 herumzukommen, so müsse er die Regierung auffordern, feierlich solchen Vorwurf abzulehnen und weit von sich zu weisen, der die Anklage eines wissentlichen Spiels mit der Verfassung involvire. Der Redner ging nun auf den §. 12 selbst über und meinte, es komme nicht auf seinen Ursprung, sondern auf seinen Inhalt an. Er sey, wenn er revolutionären Ursprungs sey, gutgemacht durch die felix culpa, die zu einer Wiedergeburt Europa's aus dem Polizeistaat führe. Die christliche Religion sey ohne, ja gegen den Staat eingeführt worden und sie könne also nicht zur Bedingung und zum Maßstab der staatsbürgerlichen Rechte gemacht werden. Wolle man die Religion in das Gebiet des Staats ziehen, so müsse man zum heidnischen oder mittelalterlichen Staate zurückkehren. Freilich sey im Menschen das religiöse Bewußtseyn das Höchste, aber im Staate, der es nur mit Sicherheit der Person und des Eigenthums zu thun habe, nehme das Bekenntniß eine untergeordnete Stelle ein. Darum kenne der Rechtsstaat keine Strafe gegen Häresie, weil diese für ihn, der es nur mit Person und Eigenthum zu thun habe, von sekundärem Interesse sey. Wie wolle man außerdem mit dem Protestantismus zurechtkommen, der so viele verschiedene Bekenntnisse habe, und den unter Eine Formel zu bringen schon 1846 unmöglich gewesen sey? Solle etwa der Oberkirchenrath über die Rechtgläubigkeit entscheiden, und endlich solle ein exkommunizirter Katholik, der vielleicht Minister seyn könne, seine staatsbürgerlichen Rechte verlieren?

Nunmehr wandte sich der Redner speziell zur Judenfrage. Es sey nicht wahr, daß die Juden bloß Gäste der Christen seyen, da die Taufe wohl die Erbsünde abwaschen, nicht aber zu Preußen machen könne, wenn der Täufling nicht von Hause aus Preuße wäre. Die Juden hätten seit 1812 Rechte, die ihnen jetzt verkümmert würden, und wenn der Redner gleich zugeben wolle, daß die Juden-Emanzipation nicht populär sey, wenn gleich er der Ansicht sey, daß die Juden sittlich, wirthschaftlich und politisch zum Theil verderblich im Staate gewirkt hätten, so sey er doch der Ansicht, daß sie gleichberechtigt seyn müßten. Denn Holland, Belgien und Frankreich hätten gezeigt, daß die Emanzipation wohlthätig auf die Juden wirke. Es sey Thorheit, zu meinen, die Juden wären zur Knechtschaft verdammt; vielmehr hätten sie ein jus quaesitum auf das Staatsbürgerthum und es sey Unrecht, ihnen solches zu nehmen. Noch immer sey, den Heiden gegenüber, das jüdische Volk ein auserwähltes, und es sey nur zu überwinden durch das Kreuz, wozu man ihnen die Wege zu öffnen habe.

Hierauf ergriff noch der Minister des Innern das Wort, indem er von der Hand wies, daß die Regierung sich gegen das christliche Glaubensbekenntniß indifferent verhalten könne. Wenn aber die Regierung prinzipiellen Bestimmungen der Verfassung durch Zusammenhalten mit Spezialgesetzen ihre wahre Bedeutung gegeben, so habe sie sich nach allen Interpretationsregeln im Recht befunden, und werde nie zugeben, daß dem §. 12 eine zu weite Bedeutung gegeben werde. Wie aber die Sache liege, wolle die Regierung anerkennen, daß dieser §. 12 zu fühlbaren Schwierigkeiten darum noch nicht Anlaß gegeben habe, weil dieselbe in den Spezialgesetzen Mittel besitze, die Juden von gewissen Aemtern zurückzuhalten. Es werde aber die Regierung Gelegenheit nehmen, die Initiative zu ergreifen und eine fernere Mißverständnisse ausschließende Modifikaton des §. 12 zu beantragen.

Bei der Abstimmung über den Uebergang zur einfachen Tagesordnung stimmte nur ein wenig zahlreiches Häuflein gegen dieselbe, so daß bei dieser Gelegenheit die mächtige Partei allerdings auffallend klein erschien.

Oesterreich. Wien, 7. März. Gestern und auch heute herrschte im Café List, dem Wiener Tortoni, das Gerücht, der Finanzminister beanstande die Wahl der Direktoren der neuen Kreditanstalt, und verweigere deren Bestätigung von Seite der Regierung. Man wollte u. a. bestimmt wissen, der Minister finde den Gehalt des ersten Direktors (40,000 fl.) ungerechtfertigt, und erblicke in dieser enormen Ziffer weit eher eine Veranlassung zur Korruption als eine Garantie für die Unabhängigkeit der Stellung. (Allg. Z.)

Wien, 8. März. Die Börsenspekulationen sind seit einigen Wochen hier zu einer Art Wuth geworden. An allen Orten, zu jeder Tags- und Nachtstunde macht man jetzt Börsengeschäfte. Jedes Alter und Geschlecht und die verschiedensten Stände sind in den Legionen der Börsenspekulanten vertreten. Interessant ist zur Zeit der Börsenstunden ein Gang durch die Herrengasse. Was nicht zur Börse gelangen kann, macht das Geschäft in dem Nebengäßchen oder unter den Hausthoren ab. Man sieht da alte Frauen, Mädchen, ja Arbeiter, Personen, die dem kleineren Gewerbsstande angehören, Kommis mit dem grünen Schurze, Lakaien u. dgl. mit Börsenmännern im Verkehr. (Ostd. P.)

Großbritannien.

London, 8. März. Lord Palmerston versprach gestern im Unterhause, er werde dafür Sorge tragen, daß Rußland sich anheischig mache, nach Abschluß des Friedens die Gräber der englischen Soldaten auf der Krim zu respektiren. (K. Z.)

London, 8. März. Zu Great Malvern in Worcestershire starb vorgestern Thomas Attwood, ein Mann, der keine unbedeutende politische Rolle gespielt hat. Sein wichtigster Schritt war die in der zweiten Hälfte des Jahres 1829 stattgehabte Gründung des politischen Vereins von Birmingham, dem man einen bedeutenden Einfluß auf das Durchgehen der Reformbill zuschreibt. (K. Z.)

Frankreich.

☉ Ob die Andeutungen, welche die „Revue contemporaine" in Bezug auf eine Besitznahme der Insel Madagascar gegeben hat, ihre Quelle in ertheilten Instruktionen Seitens des französischen Gouvernements habe, wird sich voraussichtlich jetzt sehr bald zeigen. Hat Louis Napoleon in der That die Absicht, seine überseeischen Besitzungen durch eine Unterwerfung der Insel Madagascar zu vermehren, so ist ihm jetzt die beste Gelegenheit dazu und ein sehr gegründeter Vorwand zur Ausführung seines Planes durch den verrätherischen Ueberfall geboten, welchen die Hovas — das herrschende Volk von Madagascar — gegen den früheren französischen Konsul auf der Insel Mauritius d'Arvoy ausführten, und bei welchem nicht allein dieser, sondern auch viele andere Franzosen ihren Tod und Gefangenschaft gefunden haben. Frankreichs Ehre und Ansehen verlangt, daß die erlittene Niederlage und der Tod seiner Unterthanen gerächt, und daß dem räuberischen Volke von Madagascar gezeigt wird, wie Frankreich ungestraft Feindseligkeiten nicht hinnimmt. Das Maß der Genugthuung und der Rache, die Frankreich sich verschaffen wird, kann ein verschiedenes seyn. Hat es nicht die Absicht, die Insel zu unterwerfen, so wird ihm eine ernste Züchtigung und eine entsprechende Satisfaktion genügen. Hegt Louis Napoleon aber weitere Pläne, so wird das Einschreiten gegen Madagascar mit einer Zerstörung der dortigen Herrschaft, und einer Unterwerfung der Insel unter französische Botmäßigkeit enden. Wie unangenehm auch England eine Besitzergreifung dieser großen, reichen und vorzüglich gelegenen Insel Seitens Frankreichs seyn mag, so wird es doch — abgesehen von den jetzigen sehr freundschaftlichen Beziehungen Frankreichs und Englands zu einander — dem unbegränzten Vorgehen der französischen Macht auf Madagascar nicht entgegentreten können. England aber ist einzig und allein bei dieser Angelegenheit betheiligt, den andern europäischen Staaten könnte eine Eroberung Madagascars durch Frankreich nur sehr erwünscht seyn, da dieses mit einer solchen Besitzung im Osten von Afrika alles aufwenden muß, um sich einen kurzen und bequemen Weg durch den Bau eines Kanals über die Landenge von Suez zu schaffen. Englands Opposition gegen die Ausführung eines solchen Werkes wird der Größe der Interessen, die Frankreich an derselben zu nehmen hätte, weichen müssen. Der Suez-Kanal wäre aber geeignet, die Seeherrschaft Englands zu brechen, da sie zuletzt nur ein Gebiet auf dem atlantischen Ozean finden, und dieselbe auf den übrigen Meeren an andere Staaten übergehen würde, die für dieselben günstige Lage haben. Jedenfalls liegt darin aber ein Vortheil für die übrigen Staaten Europas, wenn sie wenigstens für einen Theil ihres Seeverkehrs und ihrer überseeischen Verbindungen von der lähmenden Suprematie Englands befreit würden.

Paris, 8. März. Heute kam die Angelegenheit der bei den Unruhen in der Sorbonne verurtheilten Studenten vor den

Pariser Appellhof. Der Appell war darauf begründet, daß die Professoren der Universität keine Staatsbeamten seyen. Der Gerichtshof ließ dieses Argument nicht zu, sondern erkannte den Lehrern der französischen Universität die Eigenschaft von Staats-Beamten zu. Der Gerichts-Hof ermäßigte aber doch die Strafen. (K. Z.)

* Der „Moniteur" veröffentlicht eine Zuschrift des Kaisers an den Kriegsminister, worin die geringe Aufmerksamkeit gerügt ist, welche in mehreren Departements auf die Untersuchung der Konskribirten verwendet wird, wodurch entweder die Spitäler mit Dienstuntauchlichen gefüllt oder unverhältnißmäßig viele Zurückstellungen und eine Schwächung des Jahres-Kontingents verursacht worden, überdies dem Staate im vorigen Jahre nahezu 1,500,000 Fr. unnützer Kosten entstanden sind. Der Brief ist zum Theil auch ein Verweis für manche Präfekten in den Provinzen, die mit großer Parteilichkeit bei der Ausbebung der Rekruten zu Werke gingen und viele starke und dienstfähige Leute unter verschiedenen Vorwänden vom Dienste befreiten.

Paris, 9. März. Der heutige „Moniteur" meldet, der Kaiser habe, da in Voraussicht des Friedens zahlreiche industrielle Unternehmungen entständen und täglich Gesuche von Gesellschaften in die Staatsverwaltung eingingen, entschieden, daß, welches auch der Ausgang der Unterhandlungen sey, kein Unternehmen, das die Ausgabe von Aktien erheische, vor Ablauf des Jahres 1856 gestattet werden würde. Denn es sey Pflicht der Regierung, solchen Ueberstürzungen entgegenzutreten, welche die bereits eingeleiteten Unternehmungen gefährden und dem Kredit schaden könnten. Deßhalb werde die Regierung bei ihrer sich auferlegten Vorsicht verharren.

Die kürzlich im Departement der Gironde vorgenommenen Verhaftungen haben betreffs der sozialistischen Gesellschaft „Marianne" zu wichtigen Entdeckungen geführt. Eine weitere Angersaffaire war dem Ausbruch nahe.

Türkei und Donaufürstenthümer.

§ Wien, 8. März. (Privat-Korrespondenz.) Es ist Ihnen bekannt, daß der Divan ad hoc in Bucharest bereits vor sechs Monaten die Steuerpflichtigkeit Aller im Prinzipe entschieden hat; wie man nun erfährt, hat vor Kurzem auch die Pforte diesem Beschlusse beigestimmt, und die Steuerfreiheit der Bojaren, diese Anomalie in der Organisation der beiden Fürstenthümer, dürfte somit für immer ihr Ende erreicht haben. Daß diese Verfügung von Seite der Betroffenen mit höchst ungünstigen Blicken betrachtet wird, bedarf wohl keiner weiteren Erwähnung, ist ja doch die Unsitte des dortigen Adels, sich als eine reine, auf Generalunkosten vegetirende Schmarotzerpflanze zu betrachten, so tief eingewurzelt, daß es früher Mode war, jedem Bojaren je nach seinem Range als Geschenk eine größere oder kleinere Anzahl von Steuerpflichtigen zuzuweisen, welche dann die fälligen Abgaben an ihn statt an die Regierung zu entrichten hatten. Andererseits werden aber die guten Folgen dieser Maßregel nicht lange auf sich warten lassen. Der Adel muß fürderhin seine Güter selbst bewirthschaften. Sie werden ihm dann nicht nur zwei und und drei Mal so viel eintragen, als seine griechischen Pächter ihm geben; auch die Bauern werden nicht mehr so ausgezogen werden, wie bei dem gegenwärtigen Systeme, wo der Pächter vor seinem Abzuge oft wie in Feindesland haust, um Menschen- und Bodenkräfte noch zu guter Letzt ordentlich zu exploitiren. Erst dann ist die Einführung eines rationellen Ackerbaues im Großen denkbar.

Die „Debats" enthalten in einem Artikel aus Konstantinopel vom 24. Febr. die Details der Emeute, welche im Fanar durch das Gerücht entstanden, die Juden hätten ein türkisches Kind zum Osterfeste geraubt und ermordet. Das Gerücht rührte von zwei türkischen Weibern her, wovon die eine ihr Kind auf der Straße verloren hatte, das sich später bei einer Verwandten wieder fand. Nur durch das energische Einschreiten des französischen Kommandanten des benachbarten Postens ward die Ruhe wieder hergestellt und wurden die bedrohten Israeliten gerettet. Die Haupträdelsführer, wie die Türkenweiber, sind zur Haft gebracht worden.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Aus Paris, 9. März, wird der „Frankf. Postztg." geschrieben, daß die Debatten des Kongresses bis zur Dinstagssitzung (den 4. März) so hitzig waren und so große Schwierigkeiten boten, daß die Bevollmächtigten bereits die Hoffnung auf eine Verständigung aufgaben. Lord Clarendon sagte am Dinstag Vormittag: „Wenn wir noch eine Sitzung haben, wie die am Samstag (1. März), so ist der Friede fast unmöglich." Gerade zur nämlichen Zeit, wo dies vorging, erzählte die „Indep. belge", der Friede sey geschlossen. Seit Dinstag (4. März) steht die Sache merklich besser. Die energische und zugleich versöhnliche Haltung der französischen Regierung hat gute Früchte getragen und man hat wieder Ursache, neue Friedenshoffnungen zu fassen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 10. März. Die Börse verkehrte in flauer Stimmung und die meisten Fondsgattungen wurden niedriger abgegeben.

Meininger Kredit-Aktien wurden zu 109 1/4 1/2 3/4 110 umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1228 P. 1153 G. Neue Bankaktien 362 P. 358 G. Credit-Actien à 5pCt. 184 P 182 G. Metall. alte à 5pCt. 82 3/4 P. 82 1/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 88 1/2 G.; à 4 1/2pCt. 74 1/2 P. 74 G.; à 4pCt. 68 P. 67 1/2 G.; à 3pCt. 51 P. 50 1/2 G.; à 1pCt. 16 3/4 P. 16 1/2 C. Loose à 500 fl. von 1834 — P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 135 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108 1/4 P. 108 G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 311 P. 309 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 114 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 C. Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 87 1/2 G.; 4pCt. — P. 95 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/2 P. 95 G.; 4 1/2pCt. 100 5/8 P. 100 1/4 G.; 5pCt. 101 3/4 P. 101 1/4 C. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 157 1/2 P. 157 G. Neustadt-Weissenb. 124 1/2 P. 124 G.

Württemberg. 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89 1/2 G.; 4 1/2pCt. 102 3/8 P. 102 1/8 G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 43 1/2 P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80 1/4 P. 79 3/4 G. Kurhessen. 40 Thalerloose b. R. 41 1/4 P. 40 3/4 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn n. Z. 63 1/2 P. 63 G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3 1/2pCt. 93 1/2 P. 93 G.; à 4pCt. 100 P. 99 1/2 G.; 3 1/2pC. 102 1/2 P. 102 G.; Loose à fl. 50 113 1/2 P. 113 G.; à fl. 25 43 1/2 P. 33 G.; Darmst. Bankaktien alte 350 P. 348 G.; junge 308 P. 310 G. Nassau. Obligationen à 3 1/2pCt. 89 1/2 P. 89 G., Loose à fl. 25 30 3/4 P. 30 1/2 G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85 1/2 P. 85 G.; à 3 1/2pCt. 93 P. 92 1/2 G.; Bankaktien 122 3/4 P. 122 1/4 G.; Taunus-Aktien 334 P. 332 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 80 1/2 P. —— G. Homburg. Bankaktien 284 P. 282 G. Polen. fl. 500 Partial 88 P. — G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 38 3/4 P. 38 1/2 G.; 1pCt. neue 24 1/8 P. 24 G. Holland. Integrale 64 1/2 P. 64 G.; Certificats 4pCt. — P. 94 1/2 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 5/8 P. 100 3/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120 3/8 P. 120 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G	Mail. i.S Lr. 250 k.S 101 1/2 P 101 1/4 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	do. 3 Monat mit 5% 101 3/8 P 101 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94 3/4 P. 94 1/2 G
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 96 5/8 P. 96 3/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 5/8 P. 94 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 1/4 P 89 G.	Wien fl. 100 C. k S. 117 P. 116 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 1/8 P. 115 7/8 G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Nichtpolitische Zeitung.

* Frankfurt, 10. März. (Privat-Korrespondenz.) In Folge der übermorgen beginnenden Ostermesse herrscht schon eine große Lebhaftigkeit in unserer Stadt, und die Gasthöfe zweiten und dritten Ranges sind fast alle mit Fremden vollständig besetzt. — Unser Börsengebäude hatte in letzter Zeit wahrhaft Stürme zu bestehen. Die Zahl der Besucher von hier und auswärts war an manchen Tagen so enorm, daß der Geschäftsgang, gelinde gesagt, mehr als erschwert war und mehrere auswärtige Spekulanten, die der Börsenordnung sich nicht fügten, ausgewiesen werden mußten. In Folge dessen hat die Handelskammer beschlossen, daß von heute an der Eintritt nur gegen Vorzeigung von Karten gestattet ist. Die Karten erhalten die ihren Börsenbeitrag geleistet habenden Geschäftsleute sofort eingehändigt. Auswärtige können gegen Erlegung von 5 fl. pro Vierteljahr ebenfalls das Eintrittsrecht erlangen. — In Folge eines Beschlusses des Verwaltungsrathes der Taunuseisenbahn haben in den letzten Tagen sämmtliche Beamte der genannten Bahn ein Zirkular unterzeichnen müssen, wodurch sie sich bei Strafe augenblicklicher Dienstentlassung verpflichteten, an keiner Spielbank weder direkt noch indirekt Antheil zu nehmen.

* Kaum hat Laube den Schulmeister Bacherl abgeschüttelt, so fällt Hr. Werther in der „Speyer'schen Ztg." über ihn her und wiederholt, was ein kürzlich in diesem Blatt erschienener Aufsatz behauptet hatte, Laube habe nämlich sein jüngst in Wien aufgeführtes Trauerspiel „Graf Essex" einem von ihm (Werther) verfaßten und im vorigen Jahr unter dem Titel „Liebe und Staatskunst" im Druck herausgegebenen Stück nachgebildet. Letzteres, das denselben Stoff wie Laube's „Graf Essex" be-

handle, sey schon im Jahr 1854 längere Zeit in Laube's Händen gewesen, von diesem aber als zur Aufführung nicht geeignet zurückgeschickt worden. Hr. Werther führt zum Beweis seiner Behauptung eine Reihe von Motiven auf, die nagelneu von ihm erfunden seyen, und wodurch er den Stoff in einer von allen bisherigen Bearbeitungen abweichenden Art ganz eigenthümlich konzipirt habe. Alle diese Konzessionen aber fänden sich in Laube's Essex; also müsse Laube offenbar dieselben von ihm entlehnt haben. Laube kann auf eine solche Anschuldigung nicht schweigen; begierig sind wir, wie er sich aus dieser literarischen Hundshatze herauszieht.

* Im Verlage von Flemming in Glogau erscheint seit kurzem eine neue Zeitschrift: „Der Arbeiter auf dem praktischen Erziehungsfeld der Gegenwart", herausgegeben von J. D. Georges und J. M. Pavette. — Die Herausgeber wollen, wie schon der Titel anzeigt, auf Verbesserung unseres Erziehungswesens hinwirken und zwar wesentlich auf Heranbildung charaktervoller, thatenkräftiger und arbeitstüchtiger Menschen. Die Erziehung soll ihrer Ansicht nach nicht bloß dem Menschen einen Bildungsstoff zuführen, sondern auch darauf Rücksicht nehmen, daß das Aufgenommene, sobald es im Innern genugsam verarbeitet ist, wieder hinausstrebt und äußerlich werden will. Die Erziehung, sagen sie, soll diesem Gesetz gehorchen und diesem unabweislichen Zug der menschlichen Natur entgegenkommen. Unsere Bildung solle nicht ein Einprägen, sondern auch ein Ausprägen, nicht bloß ein Eintrichtern, sondern auch ein Entfalten und Entwickeln seyn, mit andern Worten nicht bloß Lehre und Unterricht, sondern ebenso nothwendig auch Kunstübung und Kunstbildung. So erst werde eine harmonische Bildung erreicht. Dies Verlangen ist unzweifelhaft wohl begründet; es fragt sich nun aber auch, welches der rechte Weg sey. Die ersten Nummern dieser Zeitschrift enthalten mancherlei Winke hierüber, die eine aufmerksame Beachtung wohl verdienen, wenn sie auch nicht sammt und sonders ohne Beanstandung hinzunehmen sind und mit dem wirklichen Leben manchmal hart zusammenstoßen dürften. Das Unternehmen ist in seinem Zweck jedenfalls löblich und wir wünschen ihm von Herzen ein gutes Gedeihen. Von dieser Zeitschrift erscheint wöchentlich eine Nummer einen Bogen stark. Der Preis ist vierteljährlich 42 Kreuzer.

Neueste Nachrichten.

°° München, 10. März. (Privat-Korrespondenz.) **48. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die kgl. Staatsminister Graf Reigersberg, v. d. Pfordten, Dr. Aschenbrenner und Dr. Ringelmann.

Der Justizminister übergibt der Kammer zwei Gesetz-Entwürfe, deren erster die **Gerichtsorganisation**, der andere die **executorischen Urkunden** betrifft. Der erstgenannte unterscheidet sich von dem jüngst zurückgezogenen Gesetzentwurf dadurch, daß die Organisationsgesetze von 1848 und 1852 nicht aufgehoben*) werden, sondern fortbestehen sollen bis zur Berathung des Zivilprozeß- und Strafprozeßgesetzbuches, mit welchen sie ihre Erledigung, beziehungsweise Ausführung erhalten. Durch den neuen Gesetzentwurf soll die Kollegial-Verfassung der Landgerichte (wo solche besteht) aufgehoben; alle wichtigere Zivilsachen sollen an die zu errichtenden Bezirksgerichte verwiesen, die Stadtgerichte sollen in Bezirksgerichte verwandelt und vermehrt werden; bei den Landgerichten sollen selbständige Untersuchungsrichter — und selbständigen Beamten für die freiwillige Gerichtsbarkeit angestellt werden. Der Justizminister bemerkte dabei, er hoffe, daß manche Bedenken dadurch beseitigt seyen, und glaube zuversichtlich, daß jetzt Verständigung möglich ist. Es wurde hierauf die Berathung über den Gesetz-Entwurf bezüglich der Eisenbahnbau-Dotation für die VII. Finanzperiode fortgesetzt.

Abg. I. Sekretär Nar schloß sich zwar der Ausführung des I. Präsidenten in der letzten Sitzung, bezüglich der nicht im Voraus bewilligten Ausgaben, an und bemerkt, daß der I. Herr Präsident hiebei den Gedanken der Kammer aussprach; allein Redner hält die von der Regierung jetzt auf gesetzlichem Wege verlangte nachträgliche Genehmigung jener Ausgaben für genügend und da nach seiner Ansicht das Gesetz von 1852 in voller Kraft fortbestehe, dann bei der Wichtigkeit und voraussichtlicher Rentirlichkeit der Salzburger Bahn erklärt sich Redner für den Bau auf Staatskosten.

Abg. v. Closen erklärt, heute sey er ministeriel, d. h. so wie auf früheren Landtagen; wenn nämlich das Ministerium etwas vorlege, was seiner Ansicht nach für das Land gut sey, stimme er demselben bei. Redner ist für den Gesetzentwurf, weil er den Bau der Salzburger Bahn auf Staatskosten für finanziell vortheilhaft hält, und weil er es in staatsrechtlicher Beziehung für genügend erachtet, daß die Regierung die nachträgliche Genehmigung bez. der in Rede stehenden Ausgaben erholt. [Schluß des Berichts folgt; bei Postschluß ist die Debatte über Art. 2 des Gesetzentwurfs noch immer nicht beendet] (Ueber die Abstimmung gibt die telegr. Depesche an der Spitze unseres Blattes Aufschluß. Die Red.)

*) Die Aufhebung der Gesetze von 1848 und 1852 war eben einer der Hauptpunkte, wogegen sich der Ausschuß der Kammer mit aller Kraft gestemmt hatte.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. R. Pöhlmann
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 72.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreyspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko	Mittwoch, 12. März 1856

Telegraphische Depesche.

Paris, 11. März. Prinz Jerome (Oheim des Kaisers) hat die vorige Nacht weniger ruhig zugebracht. Seit 3 Uhr Nachmittags hatte der Husten abgenommen, und der Prinz schlief 2 Stunden; aber gegen halb 11 Uhr Nachts wurde die Lungenentzündung wieder heftiger, so daß auf's Neue Blutegel und Arzneimittel verordnet werden mußten.

Der Gesetzentwurf, die öffentlichen Wege betreffend.

In der Sitzung vom 16. November v. J. gab die Kammer der Abgeordneten den Gesetzentwurf, „die öffentlichen Wege" betr., dem dritten Ausschusse zu dem Zwecke zurück, um nach Erholung von Aufschlüssen und im Einvernehmen mit der k. Staatsregierung *weitere* Vorlage an die Kammer zu machen. Der Beschluß ward gefaßt in Folge eines von mehreren Kammermitgliedern nach dem Schlusse der allgemeinen Berathung eingebrachten Antrages, dessen Motive, soweit sie dem Antrag schrift*lich* beigegeben sind, dahin gehen, daß die Kammer nach dem Schlusse der allgemeinen Diskussion nicht in der Lage gewesen sey, aus dem vorgelegten Materiale die Ergebnisse der durch den Gesetzentwurf beabsichtigten Ausscheidung der Straßen sowohl, als insbesondere der daraus sich ergebenden Veränderungen in der Vertheilung der Lasten zu ermessen, indem 1. der Kammer zu wissen nöthig sey, welche Straßenrouten und mit wieviel Straßenstunden nach der Absicht der k. Staatsregierung im Laufe der VII. Finanzperiode aufhören sollen, aus Staatsmitteln gebaut und unterhalten zu werden; welche Straßenrouten und mit wieviel Straßenstunden in dieser Finanzperiode den bisher bau- und unterhaltungspflichtigen Distrikten abgenommen werden sollen; wie groß nach den Voranschlägen die Beträge seyen, welche auf solche Weise an dem Budget des Staates und an der Exigenz der Distrikte abgehen und aus andern Mitteln beschafft werden müßten; 2. weil ferner der vorliegende Gesetzentwurf die Breite und Bauart der verschiedenen Straßenkategorieen nicht feststelle, und es gerechten Bedenken unterliege, die Bestimmung hierüber der Verwaltung unbedingt zu überlassen; 3 weil endlich der Gesetzentwurf neben den für die Sicherung einer gerechten Vertheilung der Baulast ungenügenden Klassifikation zugleich Normen enthalte, welche, wie der Art. 1 und 2, *tief* in das Privatrecht eingreifen und ihre Nothwendigkeit in diesem Gesetze so wenig als ihre Tragweite klar zu Tage treten lassen.

Die Motive des Antrages wollten, daß der Ausschuß, nach Erholung obiger Aufschlüsse und unter Benützung des in der Debatte enthaltenen Materials Vorschläge einbringe, durch welche der vorliegende Gesetzentwurf geeigenschaftet würde, im engen Anschlusse an das Finanzgesetz dem dermal bestehenden Bedürfnisse namentlich durch Abhülfe gegründeter Beschwerden jetzt schon überbürdeter Distrikte zu genügen.

Die verlangten Aufschlüsse sind erholt und der Ausschuß hat nunmehr der Kammer die verlangte weitere Vorlage gemacht.

Der Ausschuß schlägt nun zahlreiche und nicht unwesentliche Aenderungen an dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf vor. Die wichtigsten davon wollen wir nachstehend mittheilen.

Art. 3 des Entwurfs lautet: „Die öffentlichen Wege sind entweder Staats-, Kreis-, Distrikts- oder Gemeinde-Verbindungs-Straßen oder Gemeindewege." — Hiefür schlägt der Ausschuß folgende Fassung vor: „Die öffentlichen Wege sind entweder Staats- oder Distriktsstraßen oder Gemeinde-Verbindungs-Wege, oder Gemeinde-Wege, insoferne die letzteren für den allgemeinen Gebrauch und nicht ausschließlich für Privatzwecke der Gemeinde, ihrer Stiftungen, ihrer Anstalten, oder einzelner Theile derselben bestimmt sind." (Die Rubrik „Kreisstraßen" fällt also ganz aus.)

Art. 7 lautet nach dem Entwurf: „In die Klasse der Distriktsstraßen eignen sich die Straßen, welche nothwendig sind: 1) zur Verbindung der Distrikts- oder Kantons-Hauptorte unter sich oder mit den wichtigeren Orten des Distriktes oder dieser letzteren unter sich; 2) zum Verkehr des Distriktes im Innern oder mit benachbarten Distrikten; 3) zur Abführung der Produkte des Distriktes oder eines benachbarten Distriktes an größere Verkehrsplätze, Häfen, Ströme, Kanäle oder Eisenbahnen." — Ziff. 1 und 2 sollen nach dem Vorschlag des Ausschusses folgendermaßen lauten . . . . „1) zur Verbindung der Distrikts- oder Kantons-Hauptorte mit den wichtigeren Orten des Distriktes; 2) zum Verkehre des Distriktes im Innern oder mit benachbarten Distrikten oder mit dem Auslande."

Dem Art. 11 (die Staatsstraßen werden aus Zentralfonds hergestellt und unterhalten) soll nach dem Ausschuß-Antrag der Satz beigefügt werden: Der Aufwand auf dieselben richtet sich nach den Bestimmungen des jedesmaligen Budgets und Finanzgesetzes.

Absatz 1 des Art. 13 lautet nach den Entwurf: „Innerhalb der Städte liegt die Unterhaltung der Staats- und Kreisstraßen den Stadtgemeinden ob, mit Ausnahme jener Brücken über schiff- und floßbare Flüsse, zu deren Unterhaltung die Gemeinden nicht bisher schon verpflichtet waren." Statt dessen beantragt der Ausschuß folgende Fassung: Innerhalb der Städte liegt die Unterhaltung der Staatsstraßen den Stadtgemeinden ob. Ausgenommen hiervon sind diejenigen Straßenstrecken, deren baulicher Unterhalt von der betreffenden Stadtgemeinde nicht bisher schon besorgt wurde Die Unterhaltung dieser Straßenstrecke geht, insoferne privatrechtliche Verhältnisse nichts Anderes mit sich bringen, auf denjenigen Fonds über, welchem der Bau und Unterhalt der Straße im Ganzen obliegt. — Abs. 2 und 3 lauten wie folgt: „Innerhalb der übrigen Ortschaften (der Ausschuß beantragt hier beizusetzen: sowie auf den im Abs. 2 bemerkten Straßenstrecken) ist die Abschlammung dieser Straßen und die Beseitigung des Kothes, dann die Schneeräumung und Unterhaltung der Geh-Wege eine Obliegenheit der Ortsgemeinde. Als innerhalb der Stadt oder Ortschaft liegend werden die Straßenstrecken betrachtet, welche auf beiden Seiten von Gebäuden oder ihren Zugehörungen an Hofräumen, Gärten und Vorplätzen begränzt sind."

Hiezu soll nach dem Ausschußvorschlag der Satz beigefügt werden: Brücken und Durchläße gelten als innerhalb der Stadt oder Ortschaft liegend, wenn sie die Verbindung zwischen zwei der in vorstehendem Absatz bezeichneten Straßenecken vermitteln. — Absatz 4 heißt nach dem Entwurf: Auf die dazwischen vorkommenden, einer solchen beiderseitigen Begränzung entbehrenden Lücken erstreckt sich die in Abs. 1 und 2 bezeichnete Unterhaltungs- und Reinigungspflicht der Stadt- und Ortsgemeinde nicht. Doch ist in solchen Fällen eine nach der Gesammtlänge dieser Lücken zu bemessende Ausgleichung in der Art zu treffen, daß die Straßenstrecken, bezüglich deren die genannte Pflicht den Gemeinden obliegt, jederzeit ein zusammenhängendes Ganze bilden. Den letzten Satz will der Ausschuß in folgender Weise gefaßt haben: „Sind solche Lücken vorhanden, so kann auf Verlangen der betreffenden Gemeinde die Gesammtlänge der Straßenstrecken, bezüglich deren die genannte Pflicht den Gemeinden obliegt, berechnet und der Gemeinde in einem zusammenhängenden Ganzen zugewiesen werden."

(Schl. folgt.)

Deutscher Bund.

Bayern. München, 11. März. Se. Maj. der König haben genehmigt, daß der Taxbeamte des kgl. Ldgts. Dingolfing, Jos. Kötzerl, seiner Stelle enthoben, und daß dieselbe

dem vormaligen Oberschreiber des k. Ldgts. Rotthalmünster, A. Rothfischer, jedoch ohne pragmatische Rechte, übertragen werde; den Gerichtsarzt Dr. Karl Friedr. Lotzbek von Mindelheim auf das Landgerichtsphysikat Babenhausen, sodann auf das Landgerichtsphysikat Mindelheim den dermaligen Landgerichtsarzt Dr. Franz Petzendorfer zu Babenhausen seiner Bitte willfahrend, versetzt; die kathol. Pfarrei St. Pölten in Weilheim, Ldg. gl. N, dem Priester A. Greck, Pfarrcurat in Niederschönenfeld, Ldg. Rain, übertragen; den seitherigen Cooperator in Deggendorf, Ldg gl. N., Priester Albert Gäch, von dem Antritte der ihm zugedachten Pfarrei Floß, Landg. Neustadt a/W N. enthoben, und diese Pfarrei dem Priester Michael Scheidler, Cooperator-Expositus in Salingberg, Ldg. Abensberg übertragen; den von den beiden Priestern Pfarrer Wend. Kleim in Wolfshausen, Landg Aub, und Beneficiat Amand Mantel in Ochsenfurt, Ldg. gl. Namens, eingeleiteten Pfründetausch bewilligt; die erste protestantische Pfarrstelle in Münchberg nebst der hiemit verbundenen Dekanats-Funktion dem bisherigen Pfarrer und Dekan in Windsbach, Bachmann, verliehen; der von dem freiherrlich v. Pöllnitz'schen Patronate für den Pfarramtskandidaten G. K. Höchl aus Selb ausgestellten Präsentation auf die kombinirte protestantische Pfarrei Aschbach und Hohn am Berg, Dek. Bamberg, die landesfürstliche Bestätigung ertheilt; den Advokaten Fr. W. Mandel von Ansbach als rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Ansbach in provisorischer Eigenschaft bestätigt. (N. M. Z.)

München, 10. März. Dem Vernehmen nach richtet der Referent des II. Ausschusses, Hr. Abg. Münch, über den von der Kammer der Reichsräthe mit abändernden Modifikationen zur nochmaligen Berathung wieder herabgelangten Gesetzentwurf, „die Personalsteuer betr.", sein Gutachten im Wesentlichen dahin, daß, wenn über den Betrag der Selbstfassion in Bezug auf Größe Zweifel bestünden, und über hieraus erwachsende Strafbestimmungen, also über alle Fragen der Thatsachen und des Rechts, der verstärkte Steuer-Ausschuß des Bezirks in zweiter und letzter Instanz zu entscheiden habe, in den übrigen Fällen, z. B. Verletzung des Gesetzes u. s. w., also in Fragen der Form, die Regierungs-Finanzkammer das letztentscheidende Forum bilde. Man glaubt zuversichtlich, daß in dieser Fassung die abweichenden Ansichten vereinigt, und Gesammtbeschluß über das Gesetz werde erzielt werden. (A. Abdz.)

** München, 10. März. (Privat-Korrespondenz.) **48. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Der 1. Präsident Graf Hegnenberg betheiligte sich auch heute an der Debatte; er erörtert die Frage, ob die Bahn nach Salzburg vom Staate, oder von Privaten gebaut werden soll, vom rein objektiven Standpunkt aus und erklärt sich entschieden für den Bau durch eine Privatgesellschaft. Er könne ohne ganz gegründete Ursache sich nicht dazu verstehen, daß die Zahl der Beamten vermehrt werde. Erkenne er auch das segensreiche Wirken des Beamtenstandes an, so müsse er doch den Staat beklagen, in welchem auf 5 Einwohner bald 1 Beamter kommt. In einem solchen Staat hört der Beamte auf, Zweck zu Mitteln des Staats zu seyn; es müssen die Geschäfte schlecht gehen.... Traurig sey es auch, daß der Drang zum Staatsdienst ein so großer ist Jeder Studirende betrachtet schon die Studienzeit als eine unangenehme Uebergangsperiode zum Staatsdienst, Niemand wolle sich mehr im Vertrauen auf eigene Kraft fortbringen. Unter solchen Verhältnissen könne man wahrlich nicht geneigt seyn, neue Versorgungsanstalten zu schaffen. Ein weiterer Grund, warum er (Redner) gegen den Staatsbau stimme, sey der, daß der Betrieb ein wirklich trauriges Resultat liefert. Diese Klage habe nicht er allein, sondern das ganze Publikum und er wünsche, daß das Publikum nur halb so befriedigt wäre, als Frhr. v. Brück neulich über die gute Organisirung der Verwaltung geäußert hat. In anderen Staaten fragte man auch die Unterbeamten, wie man die Verbesserungen anbringen soll? Dort dürften die Unterbeamten auch etwas sprechen und man handle auch nach ihrer Ansicht, wenn sie etwas Vernünftiges vorschlagen. Bei uns aber sey der Zustand der Verwaltung ein so verknöcherter, der Verbesserungen gar nicht zulasse.... Allerdings sage man, Bayern könne eine solche Schuld schon noch tragen, welche der Bau der Salzburger Bahn erfordert. Er (Redner) glaube dies, Bayern könne noch mehr leisten, denn es sey ein reiches Land. Allein müsse man denn den Bogen spannen, bis er bricht? habe man denn sonst keine Ausgaben? glaube man denn, daß wir keine anderen Schulden mehr bekommen? glaube man denn, der Kriegsminister wird mit dem Budgetansatz reichen? woher solle man dann das Geld nehmen? Man sage auch, daß man nicht immer auf des Budget hinweisen solle Hierauf müsse er antworten: den Kindern erzählt man auch, daß der Vogel Strauß den Kopf unter seine Flügel steckt und glaubt, er werde dann nicht gesehen. Die Kinder wissen aber auch, daß der Vogel Strauß nicht zu den klugen Vögeln gehört. . . Als neulich Frhr v. Brück so günstige Schilderungen von der Rentirlichkeit der Staatsbahnen machte, sey der Eindruck ein sehr verschiedener gewesen in diesem Hause; auf den Gesichtern der Abgeordneten bemerkte man ein freundliches Lächeln und Röthe, auf den Gesichtern der Ministerialräthe aber, welche das Geschäft der „Füreinanderbringung" zu besorgen haben, keine Röthe, sondern — — große Blässe!

v. Hegnenberg wies nun durch Ziffern nach, daß die Summen, welche die Betriebskasse zur Zinsentilgung abgeliefert hat, hiezu nicht ausreichen Für den Zinsentermin Januar bleibe noch mehr als eine Million zu decken. Durch diese geringe und nicht genügende Ablieferung der Einnahmsgelder komme die Schuldentilgungsanstalt in die Verlegenheit, andere verfügbare Summen zurückzubehalten; dadurch werde namentlich die Verloosung der alten Schuld verzögert. Wenn Hr. Ministerpräsident davon gesprochen hat, daß Oesterreich den Anschluß seiner Bahnen gleichsam von der Bedingung abhängig mache, daß die Salzburger Bahn durch den Staat gebaut werde, so schiene er zu weit gegangen zu seyn; man müßte glauben, Oesterreich wolle mit Privaten nichts zu thun haben, und das könne man denn doch nicht annehmen gegenüber der Thatsache, daß Oesterreich selbst alle seine Bahnen an Private überlassen hat. Redner schließt: Heute handle es sich um einen Zweckmäßigkeitspunkt. Der Bau durch den Staat ist für das Land nicht vortheilhaft. „Deßhalb stimme ich gegen die Regierung mit Rücksicht auf meinen Eid, des ganzen Landes Wohl zu berathen, so wahr mir Gott helfe".

Frhr. v. Brück sucht zu berichtigen, daß die Ablieferung der Einnahme erst geschehen könne, wenn die Bedürfnisse des Betriebs gedeckt sind. Die Salzburger Bahn werde ganz bestimmt eine gute Rente abwerfen, und damit werde sich dann auch die allgemeine Rentirlichkeit heben Er (Red.) werde sein Möglichstes beitragen, um das Mittel zu finden, daß die Steuerkraft beim nächsten Budget nicht zu stark in Anspruch genommen wird.

Abg. Fürst Wallerstein glaubt, daß die finanzielle Seite der Frage besser bei der Budgetberathung erwogen und dann zu einer Verständigung führen würde; jedenfalls könnte man erst dann für den Bau auf Staatskosten stimmen, wenn man die volle Summe kenne, welche zur Vollendung der Bahn nothwendig wird; wenn man wüßte, mit welchen Mitteln der Finanzminister die nöthige Anleihe decken könnte, und zu welchen Terminen die Anlehen zu realisiren wären. Um hierüber von der Regierung bestimmte Erklärungen zu erholen, beantragt Redner den Gesetzentwurf an den Ausschuß zurückzuweisen, doch sollte derselbe noch im Laufe dieser Woche hierüber Bericht erstatten.

Der k. Ministerpräsident erklärt sich gegen diesen Antrag; so schnell könnte die Regierung die Erklärungen nicht abgeben, hiezu bedürfte es erst Abschluß des Vertrags mit Oesterreich, dieser Abschluß aber könnte nicht stattfinden, so lange der Gesetzentwurf nicht entschieden sey. Die Regierung habe ihre Gründe offen dargelegt, und sie verlange deßhalb eine offene Antwort der Kammer.

Auch die Abgg. Edel und Ruland erklären sich gegen den Antrag, der dann vom Antragsteller zurückgezogen wurde; worauf der Schluß der langen Debatte verlangt und beschlossen wurde. Wegen vorgerückter Zeit wurde dann die Debatte bis Abends 4 Uhr vertagt.

Abends sprach zuerst der Referent v. Lerchenfeld nochmals für den Ausschußantrag und der kgl. Ministerpräsident für den Regierungsentwurf, worauf zur Abstimmung über Art. 2 geschritten wurde, und zwar auf dem Vorschlag Edels durch Namensaufruf: die Fassung, welche der Ausschuß vorschlug, wurde mit 81 gegen 44 Stimmen verworfen, jene des Regierungsentwurfs mit der Modifikation Stöhr's (womit sich die Regierung einverstanden erklärte), statt 10,400,000 fl. zu setzen 12,200,000 fl., um auch die Mittel zum Bau bis Kufstein zu gewähren — angenommen.

Art. 3 lautet: „Zur Deckung dieses Mehrbedarfes wird der kgl. Staatsminister der Finanzen ermächtiget, ein auf die Eisenbahnen und die Betriebsrente zu versicherndes verzinsliches und vom Jahre 1857/58 mit jährlich ½ pCt. heimzuzahlendes Anlehen von 10 Millionen vierhundert Tausend Gulden aufzunehmen." — Der Ausschuß beantragt nach „Gulden" einzusetzen „al pari"

Abg. Stöhr beantragt eine Modifikation dahin, daß die Regierung auch durch ein Lotterie-Anlehen jene Summe aufnehmen könnte. Nachdem sich aber Fürst Wallerstein und Crämer dagegen erklärt hatten, wurde die Modifikation Stöhrs mit 64 gegen 60 Stimmen verworfen, der Art. mit Einschaltung der Worte „al pari" angenommen.

Ohne Debatte wurde dann der vom Ausschuß beantragte Zusatzartikel*) angenommen, der weitere Zusatz bezügl. des Baues durch Privaten verworfen. Die Schlußabstimmung ergab Annahme des Gesetz-Entwurfs mit 87 gegen 38 Stimmen — womit Abends gegen 7 Uhr die lange Debatte zu Ende war. Am Mittwoch kommt der Gesetz-Entwurf bez. der öffentlichen Wege zur Berathung.

Nach dem der 2. Kammer in der letzten Sitzung vorgelegten Gesetzentwurf, einige Aenderungen der Gerichts-Verfassung in den Landestheilen diesseits des Rheins betr., bleibt der Vollzug des Gesetzes vom 25. Juli 1850 die Gerichtsverfassung betr., insoweit dasselbe durch das Gesetz vom 28. Mai 1852 nicht geändert ist, vor der Hand ausgesetzt. Die Landgerichte behalten ihren Wirkungskreis mit Ausnahme folgender Aenderungen. Die Kreis- und Stadtgerichte werden den Namen Bezirksgerichte erhalten. Die kollegiale Verfassung der Landgerichte wird aufgehoben. Die zum mündlichen Verhöre gehörenden Rechtsstreitigkeiten bleiben den Landgerichten, die übrigen sowie alle Konkurse, gehen an die Bezirksgerichte über. Die Kategorien der zum mündlichen Verhöre gehörenden Gegenstände bleiben fast unverändert dieselben wie früher; eine wesentliche Ausnahme begründet nur die Bestimmung, daß alle Klagen welche nicht über 200 fl. betreffen, dahin verwiesen sind. Durch Uebereinkunft der Betheiligten können auch wichtigere Prozesse von den Einzelrichtern entschieden werden. Das Verfahren bemißt sich nach der Novelle von 1837. Die Geschäfte der nichtstreitigen Rechtspflege und des Hypothekenwesens werden durch einen Gerichtsbeamten selbständig geführt. Die Voruntersuchungen über die in den Landgerichtsbezirken vorfallenden Verbrechen und Vergehen werden durch die Untersuchungsrichter der Bezirksgerichte, im Falle Bedürfens durch exponirte Kriminaladjunkten geführt. Untersuchung und Aburtheilung von Uebertretungen sind von Einzelrichtern zu erledigen. Die übrigen Vorschriften betreffen die Einrichtung u. s. w. der urtheilenden Senate.

Ueber den Entwurf des Gesetzes, die exekutorischen Urkunden betreffend, wird der „Augsb. Abdz." auszüglich Folgendes mitgetheilt: „Gerichtlich protokollirte Verträge und Schuldbekenntnisse können bei ihrer Verlautbarung oder auf späteren Antrag der Betheiligten mit der Vollziehbarkeitsklausel verstärkt werden. Diese Klausel soll in der Regel nur von dem Gericht beurkundet werden, welches den Hauptvertrag aufgenommen hat. Den Parteien ist die Wahl des Gerichts in der Regel freigestellt. Bei Verträgen über liegende Güter ist das Forum der gelegenen Sache zuständig. Die mit der Vollziehbarkeitsklausel des Gerichts versehenen Ausfertigungen und Auszüge haben gleiche Beweiskraft, wie die Urschriften. Die einer Urkunde beigefügte Vollziehbarkeitsklausel hat die Wirkung, daß das zuständige Gericht verpflichtet ist, auf Antrag des Berechtigten ohne vorgängiges Streitverfahren die Hülfsvollstreckung einzuleiten, wenn die den Eintritt der letztern bedingenden Thatsachen durch die vollstreckbare Urkunde nachgewiesen sind. Dem Betheiligten bleibe vorbehalten, die in der Hülfsvollstreckung unzulässigen oder nicht vorgebrachten Einreden in besonderem Verfahren geltend zu machen. Die Sperre des Vollzugs tritt ein, wenn eine solche Urkunde als falsch oder gefälscht angefochten wird. Die Auspfändung oder Immission in die Güter des Schuldners hat dieselben rechtlichen Wirkungen, wie die auf Grund eines rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses erlangten."**)

Berichtigung. In dem gestrigen Kammerbericht hieß es in einigen Exemplaren unseres Blattes in der Stelle über die Gerichtsorganisation: „bei den Landgerichten sollen selbständige Untersuchungsrichter von selbständigen Beamten für die freiwillige Gerichtsbarkeit angestellt werden." Es mußte heißen: „Bei den Landgerichten sollen selbständige Untersuchungsrichter und selbständige Beamten 2c."

× **Preußen.** Berlin, 10. März. (Privat-Korresp.) Ein trauriges Ereigniß hat sich heute hier zugetragen. Der General-Polizei-Direktor und Polizei-Präsident von Berlin, v. Hinkeldey, ist heute das Opfer eines Duells geworden, welches in der Nähe von Charlottenburg stattfand. Sein Gegner war der Premier-Lieutenant und Mitglied des Herrenhauses v. Rochow-Plessow. Man empfindet den Tod des Herrn v. Hinkeldey in der hiesigen Bürgerschaft um so tiefer, da er in seiner Eigenschaft als Polizei-Präsident durch nützliche Einrichtungen und Maßregeln sich große Verdienste um unsere Stadt erworben hat.

Berlin, 8. März. Das Ministerium des Innern hat die Regierungsbehörden durch Zirkular von den Erleichterungen für preußische Reisende, die sich nach Polen und Rußland begeben, in Kenntniß gesetzt. Jede unbescholtene Person erhält in Zukunft von dem russischen Gesandten in Berlin oder einem der in Preußen fungirenden russischen Konsuln das nöthige Visa, ohne daß deßhalb in St. Petersburg zuvor angefragt zu werden braucht; doch wird vorausgesetzt, daß sie im Besitz genügender Subsistenzmittel sind, „da für solche Individuen, welche in Rußland erst ein Unterkommen suchen, sehr wenig günstige Aussichten sich darbieten, die Erfahrung im Gegentheil lehrt, daß sie dort meist in die bitterste Noth gerathen." (Allg. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 6. März. Der Reichrath beschloß heute die Herausgabe einer stenographischen Zeitung und die Zulassung von Zuhörern. Die Reden werden in der Sprache, worin sie gehalten werden, in der Zeitung gedruckt. (H. C.)

Großbritannien.

London, 10. März. In der heutigen Nachtsitzung des Unterhauses beantragte Sir George Grey zweite Lesung der Grafschaften-Polizeibill. Nach langer Debatte erfolgte die Abstimmung. Für die Regierung 259, gegen sie 106 Stimmen.*) (T. D. d. A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Der „Constitutionnel" enthält folgende Korrespondenz aus Bucharest, 11. (23.) Februar: „Ein dreifacher Mord hat in der Vorstadt von Jovor, einem entlegenen Stadtviertel, Schrecken und Entsetzen verbreitet. Bereits vor 3 Monaten entging eines der Opfer, ein Wirth, welcher von zwei österr. Soldaten überfallen worden war, dem Tode mit genauer Noth, nachdem er mehrere Bajonnetstiche bekommen hatte. Er klagte bei der Lokalpolizei, die alsogleich zu einer Untersuchung schritt. Die beiden Uebelthäter wurden konfrontirt, vom Wirth erkannt und eingesteckt. Weiteres hat man darüber nicht erfahren.**)

„In der Nacht vom 17. auf den 18. d. Monats, während eines furchtbaren Nord-Ost-Sturmes, brachen abermals Diebe in das Haus dieses Wirths ein, bei welchem sie eine Summe von 20,000 Piaster wußten. Sie fanden den Wirth in Gesellschaft von zwei anderen Männern. Sogleich fielen die Räuber über sie her. Dem Einen verbrannten sie die Fußsohlen, dem Andern die Zunge, dem Dritten den Magen, um sie zum Geständniß zu zwingen, wo das Geld befindlich war, dessen sie sich sodann bemächtigten. — Folgenden Tags fand man diese drei Männer, in Blut gebadet, furchtbar verstümmelt, und erkannte, daß sie mittelst scharfer Waffen (wahrscheinlich mittelst Bajonnete) „kaltgemacht" worden waren. — Die Lokal-Polizei leitete eine neue Untersuchung ein und ersuchte den Prokurator des Kriminal-Gerichts, sich auf die Mordstelle zu verfügen. Dieser Beamte erklärte, daß er mit einer solchen Sache, die — wie er sagte — einmal geschehen sey, Nichts zu thun habe. — Man ist hier allgemein der Ansicht, daß es dabei sein Bewenden haben wird.

Während auf einem Punkt der Hauptstadt dieses furchtbare Verbrechen verübt wurde, brach in den hölzernen Ställen einer Eskadron österreichischer Uhlanen, durch die Nachlässigkeit einer der Stallwachen, ein heftiger Brand aus. Der ungeheure Stall, welcher in Mitte der Stadt (auf dem Platz des bischöflichen Palastes) gelegen war, enthielt 138 Pferde, deren 60 Stück buchstäblich verbrannten.

Die Feuersbrunst, durch einen heftigen Wind noch angefacht, bedrohte die benachbarten Gebäude, ja selbst die ganze Stadt, deren Häuser meist mit Holzschindeln gedeckt sind, das österr. Generalkonsulat gerieth in Brand. Glücklicherweise konnte sie durch die walach. Pompies bald gedämpft werden. Derselben österr. Eskadron verbrannten bereits 100 Pferde auf gleiche Weise in Galatz; nichtsdestoweniger sucht man seit diesem Vorfalle hier das Gerücht zu

---

*) Der Rest des Militäranlehens, im Betrage von 1,550,000fl., soll dem Finanzministerium zur Deckung des Passivrestes der sechsten Finanzperiode, und soweit er hierzu nicht erforderlich ist, zur Vermehrung des Verlagskapitals überwiesen werden.

**) Wir können wohl behaupten, daß der Anstoß zu dieser Gesetz-Vorlage durch den vor etlichen Wochen unserem Blatt beigegebenen ausführlichen Aufsatz über die executorischen Urkunden gegeben worden ist. Vorher war unseres Wissens die Sache von keiner Seite her im Landtag angeregt worden. D. Red. d. N. W. Z.

*) Die Bill über die Grafschaftspolizei ist auf heftigen Widerstand im Parlament wie in verschiedenen Klassen der Bevölkerung gestoßen, weil dadurch die selbständige Polizeiverwaltung der Grafschafts-Bezirke eingeschränkt, und der Staatsregierung ein zentralisirender Einfluß auf dieselbe eingeräumt werden soll.

**) Wir müssen bemerken, daß die Korrespondenzen des „Constitutionel" aus Bucharest mit besondere Vorsicht aufzunehmen sind; dieselben rühren von einem Manne her, welcher der Oesterreich feindlichen Partei angehört, und enthalten nicht selten arge Uebertreibungen zu dem Zweck, die öffentliche Meinung gegen die österreichischen Besetzungstruppen einzunehmen.

verbreiten, die Wallachen haben das Feuer gelegt; aber diese übelwollende Angabe, entbehrt jeder Begründung. Man glaubt übrigens, daß der Zweck diese Verläumdung darin besteht, an die feindselige Gesinnung der Bevölkerung glauben zu machen und sich gleichzeitig einen Anlaß offen zu halten, von der Lokalbehörde eine Entschädigung von etlichen 75,000 Zwanzigern fordern zu können."

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Paris, 9. März Aus „guter" Quelle geht der „Allg. Zeitung" die Nachricht zu, daß Frankreich in der Konferenz Territorialveränderungen in Italien zu Gunsten Sardiniens beantragt haben soll. (Scheint uns nicht glaublich.)

Paris, 9. März. Die Journale schweigen über die Konferenzen, und was in auswärtigen Blättern über dieselben hie und da gesprochen wird, beruht auf Vermuthungen oder auf Commentaren über flüchtig aufgefaßte Worte eines Diplomaten. Je weniger über das Verhalten der österreichischen Repräsentanten verlautet, je weniger dieselben ihre rastlosen Bemühungen zur Schau tragen, desto einflußreicher wirken sie, ja desto maßgebender ist ihr friedliches Streben. (A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 11. März. Die Stimmung war heute sehr günstig und die Kurse zumeist höher.

Meininger Kredit-Aktien wurden zu 109¾ 110 110⅛ ¼ ⅜ bezahlt und schlossen 110¼ G.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1250 P. 1245 G. Neue Bankaktien 365 P. 360 G. Credit-Actien à 5pCt 188 P 186 G. Metall. alte à 5pCt. 82¾ P. 82½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 88½ G.; à 4½pCt. 74¼ P. 74¾ G.; à 4pCt. 67 P. 66½ G.; à 3pCt. 50½ P. 50 G.; à 1pCt. 16¾ P. 16½ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 135 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108 P. 107½ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Fres. Einzahl. 310 P. 308 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. — P. 87½ G.; 4pCt — P. 95 G.; 4pCt. Grundrente 95½ P. 95 G.; 4½pCt. 100⅝ P. 100⅛ G.; 5pCt. 101¾ P. 101¼ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 159½ P. 159 G. Neustadt-Weissenb. 125 P. 124½ G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89½ G.; 4½pCt. 102⅜ P. 102⅛ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80 P. 79½ G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. 41¼ P. 40¾ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63½ P. 63 G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93½ P. 93 G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 113½ P. 113 G.; à fl. 25 33½ P. 33 G.; Darmst. Bankaktien alte 350 P. 348 G.; junge — P. 308 G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.. Loose à fl. 25 30¾ P. 30½ G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 123 P. 122½ G.; Taunus-Aktien 331 P. 332 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 80½ P. —— G. Homburg. Bankaktien 276 P. 282 G. Polen. fl. 500 Partial 68 P. — G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 39⅛ P. 38⅞ G.; 1pCt. neue 24 5/16 P. 21 3/16 G. Holland. Integrale 64½ P. 64 G.; Certificats 4pCt. — P. 94½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S 100⅜ P. 100⅛ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120⅜ P. 120⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G	Mail. i. S Lt. 250 k S 101½ P 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101½ P 101¼ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94⅞ P. 94⅝ G
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S 96⅝ P. 96⅜ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 91¾ P. 91½ G.
Hamb. MB. 100 k.S 89¼ P 89 G.	Wien fl. 100 C. k S. 117½ P. 117¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 116¼ P. 116 G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 10 März. Oesterr. 5pCt Nat.-Anl. 84⅛; 5Cpt. Met 84⅛; 4½pCt. 73¾; Lotterie-Anlehensloose von 1839 135½; ditto von 1854 109⅞; Bankaktien 1051; Bank-Interimsaktien ——; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2810; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 327; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 670; österr. Staatsbahn-Aktien —. Wechselkurse: Augsburg uso 102¾ P.; London 10. 7. B. Geldkurs: Dukaten —.

Berichtigung. In dem Frankfurter Börsenbericht waren gestern in einigen Exemplaren unseres Blattes die österr. alten Bankaktien durch ein Druckversehen zu 1228 B. 1153 G. angegeben; sie standen in Wirklichkeit 1258 B. 1253 G.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 9. März. Der in jüngster Zeit vielgenannte Hr. Franz Bacherl hat u. a. auch eine ganze bayerische Geschichte in — Versen verfaßt, die er vor einigen Jahren der Regierung vorlegte, der aber, wie es scheint, kein so glückliches Loos, wie seinen „Cheruskern in Rom" beschieden war. (A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 73.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 13. März 1856

Der Gesetzentwurf, die öffentlichen Wege betreffend.

(Schluß.)

Nach Art. 15 des Entwurfs liegt die Herstellung und Unterhaltung der Distriktsstraßen dem Distrikt (Landgerichtsbezirk) ob, und können nach Beschaffenheit der Verhältnisse hiezu aus Kreisfonds Beiträge geleistet werden. — Statt des letztern Satzes beantragt der Ausschuß Folgendes: „Die Kreise sind verpflichtet, zur Herstellung und Unterhaltung der Distriktsstraßen angemessene Beiträge aus Kreisfonds zu leisten. Die Größe des Beitrages bestimmt der Landrath. Nach Maßgabe der Verhältnisse und mit besonderer Rücksicht auf die jeweils von den Zentralfonds an die Distriktsfonds übergehenden Straßen, sind hiezu Zuschüsse aus Zentralfonds zu leisten und solche im jedesmaligen Budget festzustellen." — Absatz 1 des Art. 19 lautet im Regierungsentwurf: „Gemeinde-Verbindungs-Straßen („Wege" nach der Ausschußfassung) werden von den betreffenden Gemeinden innerhalb ihrer Gemarkungen und — soweit sie einer Gemeinde nicht zugetheilte Gemarkungen durchziehen, — von den Besitzern derselben hergestellt und unterhalten." — Der Ausschuß beantragt hiezu den Beisatz: „Bestehende Observanzen über die Pflicht und den Maßstab der Herstellung und Unterhaltung solcher Wege unter den Mitgliedern einer Gemeinde bleiben aufrecht, insoferne nicht durch Gemeindebeschluß Anderes bestimmt wird." — Absatz 2 des Art. 19 (Bei Ueberbürdung der Letzteren können die Gemeinden, zu deren Verbindung der Weg dient, zu Beiträgen und Leistungen angehalten werden, deren Verhältniß durch gütliches Uebereinkommen, außerdem von der Distrikts-Verwaltungsbehörde festzusetzen ist) wird vom Ausschuß nicht beanstandet.

Art. 26 des Entwurfs bestimmt: „Die Art und Weise der Anlegung, Unterhaltung und Beaufsichtigung der Staats-, Kreis-, Distrikts- und Gemeinde-Verbindungsstraßen („Wege" nach der Ausschußfassung) richtet sich nach den bestehenden oder im Verwaltungswege noch erfolgenden Vorschriften." — Hiezu schlägt der Ausschuß folgende Zusätze vor: „Die Anforderungen an die Distriktsstraßen sind nach dem strengen Bedürfnisse zu bemessen und es ist sowohl im Bereiche des Neubaues von Straßen dieser Kategorie bei Feststellung der Richtung, der Steigungsverhältnisse, der Breite des Straßenkörpers und der sonstigen konstruktiven Beziehungen, als im Bereiche des Unterhalts den Ortsverhältnissen, der Beschaffenheit des zur Verfügung stehenden Materials, dem Umfange und der Bedeutsamkeit des auf jeder einzelnen Straße sich bewegenden Verkehrs und den Kräften der Distriktsgemeinde ein entscheidendes Gewicht einzuräumen. Die Aufnahme eines Aufsichts- und Arbeiterpersonals kann nur mit Zustimmung der Distriktsräthe und nur in widerruflicher Weise geschehen."

Nach Art. 27 sind Flur- und Waldwege in der Regel von den Eigenthümern der in den betreffenden Flur- oder Walddistrikten gelegenen Grundstücke herzustellen und zu unterhalten; wozu der Ausschuß noch beisetzen will: „gleichviel, ob diese Eigenthümer in oder außer den betreffenden Gemeinden wohnen"; ferner will der Ausschuß noch den Beisatz: „Werden solche Wege von andern zu deren Unterhaltung an sich nicht verpflichteten Gemeinden, öffentlichen Verwaltungen, oder einzelnen Personen, z. B. Wald-, Stein- und Schieferbruchs-, dann Torfstichs- und Einzelnhofs-Besitzern u. dgl. dauernd oder vorübergehend in erheblicher Weise benützt, so treten die Bestimmungen des Art. 20 Abs. 1 und 2 in gleichmäßige Anwendung."

Nach Art. 30 gehören alle auf öffentliche Wege bezüglichen Angelegenheiten, soferne nicht Privatverhältnisse in Frage stehen, zum Wirkungskreise der Verwaltungsbehörden. Wenn Gefahr auf dem Verzuge haftet, so kann durch Beschluß der ersten Instanz die einstweilige Vollstreckung ungeachtet eingelegter Berufung verfügt werden. Hiezu soll nach dem Ausschuß-Vorschlag noch beigefügt werden: „Jedoch bleiben den Rekurrenten alle Rechts- und Ersatzansprüche ausdrücklich vorbehalten."

Deutscher Bund.

Bayern. München, 12. März. Se. Maj. der König haben dem vormaligen Kaufmann B. J. Schubarth in Regensburg in Berücksichtigung seiner Verdienste um die vaterländische Industrie, den Titel eines königl. Kommerzienrathes tax- und siegelfrei verliehen; als rechtskundigen Magistratsrath der Stadt Erlangen den geprüften Rechtspraktikanten Georg Konrad Thaler von da bestätigt. (N. M. Z.)

Der Gesetzentwurf: Einige Aenderungen der Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheines betreffend, lautet wie folgt:

„Art. 1. Der Vollzug des Gesetzes vom 25. Juli 1850, die Gerichtsverfassung betreffend, bleibt, insoweit dasselbe durch das Gesetz vom 28. Mai 1852, einige Bestimmungen über die Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheines betreffend, nicht geändert ist, und vorbehaltlich der in Art. 76 desselben der Staatsregierung ertheilten Ermächtigung, bis zu dessen, bei Erlassung einer neuen Zivil- und Strafprozeßordnung stattfindender Revision ausgesetzt. Bis dahin behalten die Gerichte in den Landestheilen diesseits des Rheines ihren bisherigen Wirkungskreis, insoweit nicht in dem gegenwärtigen Gesetze eine Aenderung verfügt ist."

„Art. 2. Die bisherigen Kreis- und Stadtgerichte werden die Benennung „Bezirksgerichte" erhalten. Die Anzahl derselben wird dem Bedürfnisse entsprechend vermehrt."

„Art. 3. Die kollegiale Verfassung ist bei allen Landgerichten aufgehoben. Von den bisher zu dem Wirkungskreise der Landgerichte gehörigen Rechtsstreitigkeiten bleiben denselben für die Zukunft diejenigen zugewiesen, welche in der ersten Instanz durch Einzelrichter zu erledigen sind. Alle übrigen Rechtsstreitigkeiten, insonderheit alle Konkurse ohne Rücksicht auf den Betrag der Masse, gehen von den Landgerichten an die betreffenden Bezirksgerichte über."

„Art. 4. Nachstehende Rechtsstreitigkeiten sind in erster Instanz bei den Bezirksgerichten und Landgerichten durch Einzelrichter zu erledigen: 1) Die Klagen wegen Ehrenverletzungen, 2) die Streitigkeiten zwischen Handwerksmeistern und Gesellen oder Lehrlingen, Dienstherren und Dienstboten oder Taglöhnern, Gewerbsunternehmern und ihren Arbeitern hinsichtlich des gegenseitigen dienstlichen oder gewerblichen Verhältnisses; 3) Streitigkeiten zwischen Vermiethern und Miethern von Wohnungs- und anderen Räumen in Betreff des Miethsverhältnisses, so lange dasselbe noch besteht, dann Streitigkeiten, welche sich nach Auflösung des Miethverhältnisses wegen Forderungen für das letzte Jahr oder wegen Räumung der Miethwohnung ergeben; 4) Streitigkeiten der Reisenden mit Wirthen, Fuhrleuten, Schiffern oder Flößern über Wirtszechen, Fuhrlohn, Verlust oder Beschädigung der Habe des Reisenden oder Verzögerung des Transportes, desgleichen Streitigkeiten der Reisenden mit Handwerkern über Forderungen, welche aus Anlaß der Reise entstanden sind; 5) Streitigkeiten über Gegenstände des Handelsverkehrs auf Messen und Märkten, soweit sie während der Dauer der Messe oder des Marktes bei Gericht angebracht werden und nicht den Handelsgerichten zugewiesen sind; 6) Wandlungs- und Minderungs-Klagen wegen verkaufter Thiere; 7) Klagen auf Entschädigung einer außerehelich Geschwächten, auf Anerkennung der Vaterschaft außerehelicher Kinder, und alle Klagen auf Reichung des Lebensunterhalts; 8) die den Hypothekgläubigern gemäß §. 45 des Hypothekengesetzes vom 1. Juni 1822 zustehenden Anträge auf Einhalt gegen die Verminderung des Werthes der Sache durch Vernachlässigung oder Verschlimmerung von Seite des Schuldners; 9) Die Beitreibung der aus den letzten zwei Jahren rückständigen Zinsen nach §. 52 desselben Gesetzes; 10) Streitigkeiten in Ewiggeld-

Sachen; 11) Klagen wegen Wildschadens und wegen anderer Beschädigung von Erzeugnissen des Bodens, insbesondere wegen Beschädigung durch Ueberackern, Ueberfahren, Viehweiden, Grasen, Mähen, Aerndten oder Einherbsten; 12) Streitigkeiten wegen Beschädigung von Einfriedungen, Wasserleitungen, Abflüssen, Wässerungsanlagen, Pfaden und Wegen oder wegen des rechtswidrigen Zustandes desselben und wegen Verrückung der Gränzzeichen; 13) Klagen auf Festsetzung und Bezeichnung der Gränzen anliegender Grundstücke oder auf Unterhaltung oder Erneuerung gemeinschaftlicher Mauern und anderer Einfriedungen; 14) Klagen, welche den jüngsten Besitz oder den Einspruch gegen die Errichtung eines neuen, oder die Aenderung eines bestehenden Werkes betreffen, desgleichen Klagen, welche auf Erwirkung einer vorsorglichen Verfügung wegen verübter oder drohender Selbsthülfe oder des Ausbruches von Thätlichkeiten oder wegen anderer dringender Gefahr gerichtet werden; 15) Exekutionsanträge auf dem Grunde vollziehbarer Urkunden; 16) alle Klagen, welche in der Hauptsache an Geld- oder Geldeswerth nicht über 200 Gulden ohne Einrechnung der Zinsen, Kosten und Nutzungen betreffen. — In allen diesen Fällen bleibt die Zuständigkeit der Polizeibehörden nach den bestehenden Verordnungen aufrecht erhalten."

„Art. 5. Insofern die in Art. 4 verzeichneten Rechtsstreitigkeiten zur Zuständigkeit eines Bezirksgerichts gehören, hat Letzteres die Benennung „Bezirksgericht als Einzelrichteramt.""

„Art. 6. Die Zuständigkeit des Einzelrichters kann durch Uebereinkunft der Parteien (§. 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Novbr. 1837, einige Verbesserungen der Gerichtsordnung betreffend) auf Rechtsstreitigkeiten erstreckt werden, die nicht zu den in Art. 4 angeführten gehören. Eine Ausnahme findet nur in Ansehung derjenigen Rechtsstreitigkeiten statt, welche mit Rücksicht auf ihren Gegenstand besonderen Gerichten zugewiesen sind."

„Art. 7. Bei Anstellung der Klagen, welche auf dem Grunde des Art. 4 Ziffer 16 bei einem Einzelrichter erhoben werden, ist der Geldeswerth des Streitgegenstandes anzugeben. Will der Beklagte behaupten, daß der Streitgegenstand mehr als zweihundert Gulden werth sey, so hat er dieses in der ersten auf die Klage abzugebenden Erklärung vorzubringen. In einem solchen Falle hat das Gericht vor der Fortsetzung der Verhandlung den Werth durch eine Schätzung festzustellen, deren Kosten der Beklagte zu tragen hat, wenn seine Behauptung sich als unbegründet erweist."

(Art. 8—14 werden wir morgen nachtragen; Art. 14 bestimmt, daß bei den Land-, wie bei den Bezirksgerichten die nichtstreitige Rechtspflege und das Hypothekenwesen durch Gerichtsbeamte zu besorgen sind.)

„Art. 15. Die Geschäfte der nichtstreitigen Rechtspflege werden von den mit denselben beauftragten Beamten selbständig erledigt. Die Ausfertigungen geschehen im Namen des Gerichts und in der bei demselben gewöhnlichen Form. Dieselben sind jedoch, wenn der betreffende Gegenstand nicht von dem Gerichtsvorstande nicht selbst erledigt wurde, von dem damit beauftragten Beamten mit zu unterzeichnen, welchem dann auch die bezüglich dieser Geschäfte gesetzlich und instruktionsmäßig bestehende Haftung und Dienstesverantwortlichkeit obliegt."

„Art. 16. Wenn über einen bei einem Gerichte gemäß Art. 14 und 15 vorgenommenen Akt der nichtstreitigen Rechtspflege ein Streit entsteht, so kann der Beamte, welcher den Akt aufgenommen oder bestätigt hat, bei Vermeidung der Nichtigkeit keine richteramtliche Thätigkeit bezüglich jenes Rechtsstreites ausüben."

„Art. 17. Die Voruntersuchungen über die im Bezirke eines Landgerichts vorfallenden Verbrechen und Vergehen und über jene Uebertretungen, welche vermöge besonderer Gesetze gleich den Vergehen behandelt werden, sind durch Untersuchungsrichter der einschlägigen Bezirksgerichte zu führen, sofern nicht für einen Theil des Bezirkes zu diesem Zwecke besondere Kriminal-Adjunkten ernannt werden. Diese gelten als ständige Untersuchungsrichter gemäß der Bestimmungen des Gesetzes vom 10. November 1848, die Abänderungen des zweiten Theils des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend, und haben außerdem die Eigenschaften der Landgerichts-Assessoren."

„Art. 18. Insofern bei einem Bezirksgericht oder für einen landgerichtlichen Kriminalbezirk die Aufstellung mehrerer Beamten als ständiger Untersuchungsrichter nothwendig wird, hat der Direktor des Bezirksgerichts, oder der Vorstand des Landgerichts, bei welchem der Kriminalbezirk gebildet wurde, die Geschäfte ständig nach Distrikten unter die einzelnen Untersuchungsrichter zu vertheilen. Im Falle der Verhinderung eines Untersuchungsrichters wird dessen Stelle durch den im Dienste ältesten Untersuchungsrichter ersetzt, und im Falle der Verhinderung sämmtlicher Untersuchungsrichter wird ein Stellvertreter von dem Gerichtsvorstande bestimmt."

„Art. 19. Die Untersuchung und Aburtheilung aller durch spezielle Gesetze den Gerichten zugewiesenen Uebertretungen, mit Ausnahme der in Art. 17 bezeichneten, gehört an den Bezirks- und Landgerichten zur Zuständigkeit der Einzelrichter."

„Art. 20. Die Landgerichte können vorbehaltlich der Bestimmung des Art. 6 in den nicht zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Civil- und Strafsachen nur dann gerichtliche Handlungen vornehmen, wenn deren Vornahme ihnen entweder von den Obergerichten oder von den dabei bestellten Staatsanwälten aufgetragen, oder von den Bezirksgerichten oder deren Staatsanwälten oder von den Untersuchungsrichtern angesonnen wird. Die Landgerichte sind verbunden, den desfalls an sie ergehenden Aufträgen und Ersuchschreiben zu entsprechen."

„Art. 21. Die kollegiale Berathung und Beschlußfassung der Bezirksgerichte geschieht in Senaten, die aus drei Gerichtsmitgliedern zusammengesetzt sind, vorbehaltlich der für besondere Fälle vorgeschriebenen zahlreicheren Besetzung."

„Art. 22. Wenn in einzelnen Fällen bei einem Bezirksgerichte die zur Beschlußfassung erforderliche Anzahl von Gerichtsmitgliedern nicht vorhanden ist, so können ausnahmsweise Mitglieder der nächstgelegenen Bezirks- oder Landgerichte zugezogen werden."

„Art. 23. Bei Verhinderung des Bezirksgerichts-Direktors oder des Landrichters hat das im Dienste älteste Gerichtsmitglied, wenn von der vorgesetzten Stelle keine andere Anordnung getroffen wird, die Stelle des Vorstandes zu vertreten."

„Art. 24. Gegegenwärtiges Gesetz tritt, insoferne nicht durch Regierungs-Verordnung die frühere Einführung erfolgt, am 1. Oktober 1857 in den Landestheilen diesseits des Rheins in Wirksamkeit. Die bis zu diesem Tage nach den Vorschriften des gewöhnlichen Verfahrens verhandelten Rechtsstreitigkeiten werden, wenn sie alsbald in Gemäßheit des Art. 4 zur Zuständigkeit der Einzelnrichter gehören, in der bisherigen Verhandlungsform bis zum Schluß des ersten Verfahrens, oder, wenn an diesem Tage eine Beweisantretung vorlag, bis zum Schlusse des Beweisverfahrens verhandelt."

„Art. 25. Die Bestimmungen in Art. 22 des Gesetzes vom 4. Juni 1848, die Grundlagen der Gesetzgebung u. s. w. betreffend, sind aufgehoben." (Nach welchem Richter bloß durch Richterspruch sollten abgesetzt und versetzt werden können.)

Gegen den Gesetzentwurf bezüglich der Eisenbahnbau-Dotation für die 7. Finanzperiode haben folgende 38 Abgg. gestimmt: Anger, Arnheim, v. Auer, Barth, Binder, Bühl, Crämer, Delesant, Hamminger, Heber, Graf Hegnenberg-Dux, Kaltenhauser, v. Lerchenfeld, v. Lottner, Gg. Mager, Ad. Müller, Fürst Wallerstein, Panzer, Frhr. v. Perfall, Frhr. v. Pfetten, Rabl, Rebenack, Reimbold, Schick, Schmaus, Schwarzmüller, Al. Stadler, Gg. Stedler, Stangenmaier, Seinheimer, Tafel, Urban, Dr. Völk, Walz, Weis, C. H. Wolf, Frh. v. Wolfskehl, Jaspel. Bei Art. 2 dieses Gesetzentwurfs (wo es sich darum handelte, ob die München-Salzburger Bahn auf Staatskosten zu bauen sey) stimmten für den Bau durch Private außer den vorgenannten noch die HH. Dr. Edel, Dr. Paur, Scharpff, Röthig und Sturm.

München, 12. März. (Privat-Korrespondenz.) **49. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die k. Staatsminister Graf Reigersberg, v. d. Pfordten, Dr. Aschenbrenner und Dr. Ringelmann.

Es gelangt der Gesetz-Entwurf, „die öffentlichen Wege betr.", zur Berathung (das Wesentlichste daraus in dem Artikel an der Spitze unseres gestrigen und heutigen Blattes). Der Ausschuß ist nach wiederholter Berathung in der Hauptsache seiner früheren Ansicht treu geblieben, schlägt deßhalb nur einige Abänderungen seiner früheren Anträge vor, hat jedoch insbesondere die „Kreisstraßen", welche in der Kammer vielfach beanstandet wurden, fallen lassen.

Referent Abg. Wiedenhofer empfiehlt Beistimmung zu den Ausschuß-Vorschlägen, allein in der allgemeinen Debatte wurden heute wieder dieselben Bedenken erhoben, wie am 16. November v. J.: 1) zu große Belastung der Distrikte, größere als bisher, während alle Klagen hauptsächlich eine Erleichterung der Lasten verlangen; 2) übermäßige Kompetenz-Erweiterung der Verwaltungsbehörden und Beschränkung der Gerichte durch Art. 2. — In diesem Sinne sprachen die Abgg. Dr. Arnheim, Alois Stadler, Regierungspräsident v. Welden, v. Lerchenfeld, Dr. Völk, v. Rotenhan; diese Redner erklärten, daß sie nur dann dem Gesetzentwurf beistimmen würden, wenn derselbe bei der speziellen Debatte wesentlich geändert würde.

Abg. Fürst Wallerstein vertheidigt das Ausschuß-Gutachten; er ist der Ansicht, daß unter den gegebenen Verhältnissen nichts Anderes zu erreichen sey.

Abg. Rahl erklärte sich gegen den Gesetzentwurf, besonders weil danach die Bestimmung der Staatsstraßen durch den König geschehen soll und dann die Kammer immer genöthigt wäre, bei Feststellung des Finanzgesetzes die erforderlichen Mittel zu gewähren.

Damit war die allgemeine Debatte zum Schlusse gelangt, und es nahm der Referent das Wort, um das Ausschuß-Gutachten nochmals in Kürze zu erörtern. (Postschluß. Die spezielle Debatte über die einzelnen Artikel wird erst morgen stattfinden.)

× **Preußen.** Berlin, 11. März. (Privat-Korresp.) Ueber den gestern stattgefundenen Zweikampf, in welchem der General-Polizei-Direktor v. Hinkeldey den Tod fand, erfährt man heute weitere Details, von denen hier diejenigen hervorgehoben werden sollen, welche glaubwürdig und der Mittheilung werth erscheinen. Der Zweikampf wurde abgehalten in der Jungfernhaide, nicht fern von Charlottenburg, in der Stunde zwischen 10 und 11 Uhr, und kam die erste Nachricht von demselben in der Stunde von 12 bis 1 Uhr hier an. Der Sekundant des Herrn v. Hinkeldey war der Geheime Regierungsrath v. Münchhausen. Die Kämpfenden hatten bereits 2 Kugeln gewechselt, und waren alsdann näher, auf 5 Schritte getreten, in welcher Entfernung der Herr v. Rochow seinem Gegner eine Kugel durch die Brust von der rechten Seite jagte. Es wird behauptet, daß Herr v. Hinkeldey seine Kugel absichtlich in die Luft geschossen habe. Der Getroffene wurde von dem Schusse sofort niedergeworfen, und verschied nach einigen Athemzügen. Der Leichnam wurde nach Charlottenburg in die Wohnung des dortigen Polizei-Inspektors gebracht, von wo er gestern Abend um 6 Uhr nach Berlin geschafft wurde. Herr v. Hinkeldey hinterläßt eine trauernde Wittwe und 7 Kinder, welche alle ein reiferes Alter nicht erreicht haben. Das jüngste der Kinder ist gegen drei Jahre alt. Man bedauert den Mann ganz allgemein hier, und beklagt, daß er auf eine so traurige Weise sein Leben verlieren mußte. Er hinterläßt, wie man vernimmt, seiner Familie nur ein geringes Erbe. Der Herr v. Rochow, sein Gegner, kehrte sofort nach dem Ende des Kampfes nach Berlin zurück und begab sich in seine Wohnung unter den Linden. Nachdem die Kunde von dem Zweikampf und von dem Tode des Herrn v. Hinkeldey hierher gelangt war, schritt man sofort dazu, sich der Person seines Gegners zu versichern. Er wurde den Nachmittag über in seiner Wohnung bewacht und am Abend in das Kriminalgefängniß abgeführt.

Oesterreich. Wien. Der Professor Stein (aus Kiel berufen) wird dem Vernehmen nach eine andere wichtige Stellung im Staatsdienste erhalten. (Ostd. Post.)

Frankreich.

Paris, 9. März. Während die politische Tagespresse seit 1852 nicht nur an Bedeutung, sondern auch an Abonnentenzahl bedeutend verloren, schießen namentlich seit drei bis vier Monaten die nichtpolitischen (industrielle, literarische u. s. w.) Blätter, besonders die populären Sonntagsblätter, wie Pilze auf und erfreuen sich eines ungemeinen Absatzes, wie z. B. das Journal pour tous nach kaum 8—5monatlichem Bestehen es bereits auf 160,000 Exemplare gebracht hat. Die Beförderung dieser Zeitungsmassen beginnt der ohnehin durch den steigenden Briefverkehr sehr in Anspruch genommenen Post lästig zu seyn, und sie wünscht, derselben zum Theil wenigstens enthoben zu werden. Es wird zu dem Zwecke im Laufe der nächsten Woche dem gesetzgebenden Körper ein Gesetzesvorschlag unterbreitet werden, nach welchem die Beförderung nichtpolitischer Zeitungen in Paketen von über Ein Kilo (2 Pfund) aufhört, ein Monopol zu seyn und der Privatindustrie freigegeben wird. Die Postverwaltung wollte selbst die Versendung der politischen Blätter freigegeben sehen, wozu aber die Regierung aus politischen Rücksichten sich nicht entschließen wollte. Die beantragte Maßregel, deren Annahme von Seiten des gesetzgebenden Körpers keinem Zweifel unterliegt, ist jedenfalls ein erfreulicher Anfang zur Aufhebung eines der bedeutendsten Monopole. (Schw. M.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 10. März. (Privat-Korrespondenz.) Es ist Ihnen bekannt, daß die Pforte mehrfache Bedenken gegen eine fernere Okkupation der europäischen Provinzen der Türkei durch die Truppen der Westmächte erhoben, und namentlich darauf hingewiesen hat, daß es die Souverainetät des Sultans beeinträchtigen müsse, wenn nicht wenigstens für den vagen Ausdruck „bis zur vollständigen Durchführung der nothwendigen Reformen" eine bestimmte Frist gesetzt wird. Diese Ansicht wird jedoch von den Westmächten nicht getheilt, und es kann bereits als sicher angenommen werden, daß an dem ursprünglichen Programme nichts geändert wird, ein Entschluß, der durch die von den verschiedenen Gesandten in Konstantinopel ihren Regierungen eingesendeten Berichte hinlänglich motivirt wird, denn es kann nach denselben nicht mehr gezweifelt werden, daß der Hattihumajun (großherrliche Erlaß), welcher die mehrfach besprochenen Reformen begleitete, durchaus nicht jene Aufnahme gefunden hat, welche als Garantie für eine rasche und dem Wortlaute entsprechende Durchführung der Reformen gelten kann. Man versichert im Gegentheile, daß sich namentlich in den geistlichen Kreisen, sowie auch in der Partei des Reschid Pascha eine Opposition gegen die Verwirklichung dieser Reformen organisirte, die dem Erfolge nur ein trauriges Prognostikon stellen lasse. Daß unter diesen Umständen die europäischen Mächte es vorziehen, ihrer Staatskunst und Militärgewalt mehr als dem guten Willen der Pforte zu vertrauen, wird wohl Niemand in Erstaunen setzen.

Berlin, 12. März. Die offizielle „Preuß. Corresp." theilt mit, daß der französische Gesandte heute dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel eine Depesche des Grafen Walewsky übergeben hat, worin dieser als Organ der Pariser Konferenz unter Mittheilung des betreffenden Protokollauszugs an Preußen die Einladung richtet, aus Gründen europäischen Interesses und als Mitunterzeichner des Vertrags von 1841 Bevollmächtigte zur Theilnahme an den Verhandlungen der Konferenz zu ernennen. Die „Preuß. Corresp." fügt hinzu, Preußen werde dieser Einladung folgen. (T. D. d. Fr. J.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 12. März. Bei belebtem Geschäft wurden fast alle Fondsgattungen und Aktien höher bezahlt.

Meininger Kredit-Aktien wurden sehr bedeutende Posten $111\frac{1}{2}$ 111 $110\frac{1}{2}$ 110 $110\frac{1}{2}$ $110\frac{1}{4}$ und 111 bezahlt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1261 P. 1256 G. Neue Bankaktien 371 P. 367 G. Credit-Actien à 5pCt 213 P. 211 G. Metall. alte à 5pCt. 83 P. $82\frac{3}{4}$ G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. $88\frac{1}{2}$ G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. 75 P. $74\frac{1}{2}$ G.; à 4pCt. $67\frac{1}{2}$ P. 66 G.; à 3pCt. $50\frac{1}{2}$ P. 50 G.; à 1pCt. $16\frac{3}{4}$ P. $16\frac{1}{2}$ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G.; à fl. 250 von 1839 — P. 135 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 109 P. $108\frac{3}{4}$ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Fres. Einzahl. 314 P. 3.2 G.

Preussen. $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 88 P. $87\frac{1}{2}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $113\frac{3}{4}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$ pCt. — P. $87\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. — P. 95 G.; 4pCt. Grundrente $95\frac{1}{2}$ P. 95 G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $100\frac{5}{8}$ P. $100\frac{1}{8}$ G.; 5pCt. $102\frac{1}{4}$ P. $101\frac{3}{4}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $162\frac{1}{4}$ P. $161\frac{3}{4}$ G. Neustadt-Weissenb. 126 P. $125\frac{1}{2}$ G.

Württemberg. $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. 90 P. $89\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{3}{8}$ P. $102\frac{1}{8}$ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann $43\frac{1}{2}$ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80 P. $79\frac{1}{2}$ G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. $41\frac{1}{4}$ P. $40\frac{3}{4}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. $63\frac{1}{8}$ P. $62\frac{7}{8}$ G. Grossh. Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $93\frac{1}{2}$ P. 93 G.; à 4pCt. 100 P. $99\frac{1}{2}$ G.; $3\frac{1}{2}$pC. $102\frac{1}{2}$ P. 102 G.; Loose à fl. 50 $113\frac{1}{2}$ P. 113 G.; à fl. 25 $33\frac{1}{2}$ P. $33\frac{1}{8}$ G.; Darmst. Bankaktien alte 364 P. 362 G.; junge — P. 320 G. Nassau. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $89\frac{1}{2}$ P. 89 G. Loose à fl. 25 $31\frac{3}{8}$ P. $31\frac{1}{8}$ G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. $85\frac{1}{2}$ P. 85 G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. 93 P. $92\frac{1}{2}$ G.; Bankaktien 123 P. $122\frac{1}{2}$ G.; Taunus-Aktien 334 P. 332 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien $80\frac{1}{2}$ P. — G. Homburg. Bankaktien 278 P. 280 G. Polen. fl. 500 Partial 88 P. — G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld $39\frac{1}{4}$ P. 39 G.; 1pCt. neue $21\frac{1}{2}$ P. $21\frac{3}{8}$ G. Holland. Integrale $64\frac{1}{2}$ P. 64 G.; Certificats 4pCt. — P. $94\frac{1}{8}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. $100\frac{5}{8}$ P. $100\frac{3}{8}$ G.	Lond. Lst. 10 k. S. $120\frac{1}{2}$ P. $120\frac{1}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{4}$ P. 120 G.	Mail. S Lr. 250 k. S. $101\frac{1}{2}$ P. $101\frac{1}{4}$ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. $105\frac{3}{8}$ P. $105\frac{1}{8}$ G.	do. 3 Monat mit 5% $101\frac{1}{2}$ P. $101\frac{1}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. $105\frac{1}{4}$ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. $94\frac{7}{8}$ P. $94\frac{5}{8}$ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. $96\frac{3}{4}$ P. $96\frac{1}{4}$ G.	Lyon Frs. 200 k. S. $94\frac{3}{4}$ P. $94\frac{1}{2}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S. $89\frac{1}{4}$ P. 89 G.	Wien fl. 100 C. k. S. $118\frac{1}{8}$ P. $117\frac{7}{8}$ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. $105\frac{1}{4}$ P. 105 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. $116\frac{3}{4}$ G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 11. März. Oesterr. 5pCt. Nat.-Anl. $84\frac{5}{8}$; 5Cpt. Met $84\frac{1}{16}$; $4\frac{1}{2}$pCt. $73\frac{3}{4}$; Lotterie-Anlehensloose von 1839 136; ditto von 1854 110; Bankaktien 1053; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venetian. Anlehen —; Nordbahnaktien 2865; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 339; Donau-Dampfschifffahrts-Aktien 668; österr. Staatsbahn-Aktien —. Wechselkurse:

Augsburg uso $101\frac{5}{8}$ P.; London 10. 6. B. Geldkurs: Dukaten —.

---

* Amsterdam, 7. März. (Privat-Korrespondenz.) Die Witterung war seit meinem letzten Berichte ganz der Jahreszeit angemessen, durchgehends frisch mit seltenem Regen. Das plötzliche Gerücht einer definitiven Uebereinkunft der Abgeordneten zum Kongreß in Paris und Unterzeichnung der Friedens-Präliminarien, erreichte uns am Montag; übte indeß, obgleich es sich erst später als voreilig erwies, auf unseren Getraidemarkt keinen nennenswerthen Einfluß aus; die Tendenz desselben war bereits flau und blieb es auch, aber dringender boten Eigner nicht aus, einerseits weil Vorräthe nur mittelmäßig und vertheilt sind, anderseits weil Inhaber vermuthlich die Ueberzeugung haben, daß sich dadurch doch keine angemessene Abschlüsse erzwingen lassen. Von Waizen beschränkte sich der Umsatz auf Kleinigkeiten an Konsum zu vorigen Preisen, 128.129 Pfd. weißb. poln. f. 618.625; 127.130 Pfd. bunt do. f. 580.620 n. Qual.; 1 L. 127 Pfd. schöner Rhein. f. 450; inländ. rothe Sorten etwas niedriger begeben, 128.132 Pfd. Geldersher f. 420.440; 123 Pfd. ger. w. Fries. f. 370. Roggen, etwas niedriger im Preise, gab zu etwas thätigerm Geschäfte Anlaß, Konsum nicht allein, auch inländische Händler kauften; unsere Provinzen bieten weder so vielseitig, noch theilweise wenigstens, so billig mehr aus wie früher und einzeln kaufte man ihre eigene Waare für dieselben zurück: 117 Pfd. inländ. wurde am Montag a f. 285 geschlossen, vorgestern für 37 L. 116 Pfd. do. f. 272 geboten a f. 280 erlassen; Kleinigkeiten 119.123 Pfd. Nordholl. f. 295.320; 120 Pfd. Preuß. f. 358; 123 Pfd. Donau f. 335; 121.124 Pfd. Pommer f. 325.345. Gerste sehr gedrückt: 112 Pfd. Dänische a f. 220 erl. f. 200 geb.; 100 Pfd. Fries. Sommer f. 160. Hafer ohne Umsatz. Buchwaizen unverändert: 117.119 Pfd. Ostfries. f. 244.250.

Diesen Morgen leiser Frost. Heute für Getraide wieder flaue Stimmung, Waizen zu vorigen Preisen nur einzelne Kleinigkeiten an Konsum; von Roggen wurde ein Speicher Preußischer zu f. 6 Erniedrigung an Konsum begeben. Gerste, inländische, unverändert: 100 Pfd. n. inländ. Sommer f. 165; 99 Pfd. do. Winter f. 192; Dänische weniger flau, für 112pfdige f. 210 geboten, f. 230 erl.

Rappsaat pr. April zu vorigem Preis angetragen, pr. Herbst so gesucht. Leinsaat matt, ohne Geschäft. Rüböl angenehm. pr. Cont. f. $\frac{1}{4}$ a 1 höher f. $51\frac{1}{2}$; pr. 1°. Mai f. $47\frac{3}{4}.\frac{7}{8}$; pr. Herbst ca. f. 1 höher f. 41 a $41\frac{1}{4}$. Leinöl ebenfalls fester: Cont. f. 36; 1°. April und Mai f. $35\frac{1}{2}$: Herbst f. $34.33\frac{1}{2}$.

PS. $4\frac{1}{2}$ Uhr. Waizen: 126 Pfd. n. b. Poln. f. 605; 130 Pfd. bunt f. 620; 124 Pfd. Fries. f. 370.380; 125 Pfd. do. f. 375; 128.130 Pfd. Geldersch en f. 410.445; 129 Pfd. ger. do. f. 394; 128.129 Pfd. schön Geld. Ris f. 420. Roggen: 120.121 Pfd. Preuß. f. 352/355.362; 119 Pfd. inländ. f. 295. Für 20 L. 117pfd. inl. loko f. 275 und für 50 L. 118pfd. do. pr. medio April f. 280 vergeblich bietend.

Rappsaat, April Lrl. $97\frac{1}{2}$ n. so Kurs; Septbr., Oktbr. und Novbr. Lrl. 74, so eher käuflich. Herbst-Rüböl f. $41\frac{1}{2}$ erlassen.

Neueste Nachrichten.

* Nach Allem, was man in den Berliner Blättern über den Anlaß zu dem Duell liest, in welchem der Polizeipräsident v. Hinkeldey erschossen wurde, scheint es zweifellos, daß dasselbe nur der letzte Ausläufer einer Reihe von Verfolgungen war, womit ihn die sogenannte Junkerpartei schon seit längerer Zeit heimgesucht hatte. Diesen Leuten war Hr. v. Hinkeldey ein Dorn im Auge, weil er in seinem Amt ohne Rücksicht auf Person und Stand Jedermann gleichmäßig behandelte. Aber das war eben den Junkern nicht recht; sie wollten, die Polizei sollte bei ihnen wohl ein Auge oder gar alle zwei zudrücken. So erinnert man sich z. B. wohl noch, daß vor längerer Zeit Nachts ein Spielerklub im „Hotel du Nord" unter den Linden durch die Polizei aufgehoben wurde. Die Mitglieder jenes aus Angehörigen des vornehmsten Adels zusammengesetzten Klubs glaubten sich durch das Einschreiten des Polizei-Lieutenant Damm verletzt und verlangten von dem General-Polizei-Direktor die Bestrafung desselben. Herr v. Hinkeldey fand aber nach sorgfältiger Untersuchung, daß das Verfahren des Beamten zu einer Rüge keinen Anlaß bot, und er glaubte deßhalb den Beruf zu haben, die amtliche Stellung und die amtliche Ehre des Beamten gegen die wider ihn erhobenen Angriffe vertreten zu müssen. Der Polizei-Lieutenant Damm wurde zwar versetzt, jedoch mit einer Erhöhung an Rang und Einkommen, indem er zum Polizei-Direktor in Paderborn ernannt wurde. Es scheint nicht, daß dies den Ansichten der Herren entsprach, welche den mehrgedachten adeligen Klub bildeten.

Den Klubleuten war das nicht genug; einer derselben, ein Hr. v. Rochow-Plessow, 30 Jahre alt, Lieutenant außer Dienst, Inhaber eines Sitzes im Herrenhaus, den er auf Vorschlag seiner Familie vom König erhalten hat, richtete sogar eine Immediat-Beschwerde an den König, worin höchst beleidigende Aeußerungen gegen Hrn. v. Hinkeldey vorgekommen seyn sollen. Dies und dazu eine Unzahl vorausgegangener Reibungen und Kränkungen bewog Hrn. v. Hinkeldey, den Hrn. v. Rochow zu fordern.

Wenn wir erwägen, daß Hr. v. Hinkeldey ein im reifen Lebensalter stehender Mann, daß er Vater von sieben Kindern war, und vermöge seiner hohen Stellung den ersten und dringendsten Beruf hatte, das Gesetz zu wahren und keine Verletzung desselben zu gestatten, so werden wir ganz von selbst zu der Annahme geführt, daß eine schwere Reizung vorhanden gewesen seyn muß, die diesen Mann, von dem man außerdem weiß, daß er ein sehr glückliches Familienleben führte, zu einer Herausforderung auf tödtliche Waffen bewegen konnte.

Vorstehendem fügt die „Nat. Ztg." bei: „In der Beschwerde die Herr v. Rochow an den König, wie der „Publizist" sagt, wegen der Auflösung des Jokeyklubbs richtete, sollen eben die Beleidigungen vorkommen, deren Rüge Herr v. Hinkeldey anderweit verlangen mußte. Es läßt sich daher die Hinschleppung der Sache erklären, die wahrscheinlich Herrn v. Hinkeldey in Beziehung auf seine gesellschaftliche Stellung und sein Ansehen am Hofe selbst und überhaupt dergestalt in eine schiefe Lage brachte, daß sogar bei der letzten Hofquadrille in der Reitbahn der gewöhnliche Zutritt der Schutz-Beamten von den Kavallieren verbeten wurde, und Herrn von Hinkeldey's Zutritt selbst in Frage kam, wenigstens zu Reklamationen seinerseits Veranlassung gab. Sonach ist das Ereigniß weniger, wie in der Stadt vielfach die Rede geht, ein Beweis der Desorganisation der Staatsverhältnisse, als vielmehr ein Beweis der neuesten Strömung, die den Adel aus dem Prinzipe der Gleichheit heraushebend, über der Staatsgesellschaft ablagert und ihn dort, wie seine politischen Zwecke verfolgen, so seine gesellschaftlichen in dem von ihm beanspruchten neuen Sinn ordnen läßt. Dafür sprechen recht deutlich die Worte, die der Präsident des Herrenhauses und ein anderes Mitglied desselben bei der Eröffnung der jüngsten Sitzung über diesen Gegenstand sprachen, Worte, die des Gefallenen gar nicht erwähnen, sondern sich theilnehmend nur mit der Zukunft des Lieutenants v. Rochow beschäftigen." — Herr v. Rochow ist übrigens aus der Untersuchungshaft bereits entlassen und dem Militär-Gericht übergeben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 74. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 14. März 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 13. März. Se. Maj. der König haben den Unterlieutenant im 2. Infanterie-Regimente (Kronprinz) Otto Hannibal v. Schlichtegroll in den erblichen Adelsstand des Königreichs erhoben. (N. M. Z.)

München, 12. März. Bezüglich der jüngsten Beschlüsse der Kammer der Reichsräthe in Betreff des Gesetzentwurfs „die Personalsteuer betr.", beantragt der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten, nur in einigen minder wichtigen Punkten der 1. Kammer beizustimmen, bezüglich der wichtigern aber, nämlich bez. der Artikel, die von den Steuerausschüssen, und dem Reklamationsverfahren handeln, auf dem frühern Beschluß zu beharren. Namentlich wird von dem Ausschuß der Kammer der Abgeordneten den abweichenden Beschlüssen der Reichsräthe bez. des Reklamationsverfahrens nicht beigetreten. (A. Abdz.)

** München, 13. März. (Privat-Korrespondenz.) Der 1. Ausschuß der 2. Kammer hat gestern Abend den neuen Gesetzentwurf bezüglich der Gerichtsorganisation berathen und man soll sich dabei zwar nicht allgemein befriedigt ausgesprochen haben, besonders was die freiwillige Gerichtsbarkeit betrifft, doch aber geglaubt haben, daß sich unter den gegebenen Verhältnissen eine Verständigung auf Grundlage der neuen Vorlage erzielen lassen werde. Zum Referenten wurde Abg Dr. Edel gewählt; — dann zum Referenten über den Gesetzentwurf, „die vollziehbaren Urkunden betreffend", der Abg. Dr. Barth: dieser Entwurf fand mehrfache Beistimmung im Ausschusse.

München, 12. März. Es dürfte von besonderem Interesse seyn, die Schluß-Abstimmung vom Montag Abend nach Berufsarten und nach den Provinzen der Abstimmenden zu vergleichen, da dieselbe in jeder Beziehung und nach allen Seiten von so großer Bedeutung war und auch für die fernere parlamentäre Wirksamkeit und das Parteileben der Kammer nicht ohne nachhaltige Wirkung seyn wird. Es stimmten über den Gesetzentwurf, die Eisenbahnbaudotation betr.,

	dafür	dagegen
adelige Gutsbesitzer	11	8
bäuerliche Gutsbesitzer	7	18
städtische Bürger	15	6
Advokaten und Aerzte	9	3
Geistliche	13	1
Staatsbeamte	23	2
Gemeindebeamte	9	—
	87	38

und nach Kreisen:

Oberbayern	17	4
Niederbayern	3	11
Pfalz	11	6
Oberpfalz und Regensburg	13	2
Oberfranken	11	3
Mittelfranken	13	2
Unterfranken	12	3
Schwaben und Neuburg	7	7
	87	38

Wir haben noch die Art. 8—14 des Gesetzentwurfs, einige Aenderungen der Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheins betreffend, nachzutragen. Dieselben lauten:

„Art. 8. Die Bestimmung des Art. 7 Abs. 2 kommt auch dann in Anwendung, wenn der Beklagte in einer bei einem Kollegialgerichte anhängig gemachten Klagsache die Zuständigkeit dieses Gerichtes auf dem Grunde des Art. 4 Ziffer 16 durch die Behauptung bestreiten will, daß der Streitgegenstand nicht nicht über zweihundert Gulden betrage. Das Kollegialgericht kann in einem solchen Falle die Schätzung auch von Amtswegen anordnen, wenn es über den Werth des Streitgegenstandes in Zweifel ist."

„Art. 9. In dem Falle einer nach den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung zulässigen Häufung mehrerer nach Art. 4 Ziff. 16 an einen Einzelrichter gehörigen Klagen wird die Zuständigkeit desselben nicht durch den Umstand ausgeschlossen, daß die mehreren Klagen zusammen einen höheren Geldbetrag oder Geldeswerth als zweihundert Gulden betreffen."

„Art. 10. Eine Widerklage, welche nicht schon an sich gemäß der Bestimmung in Art. 4 zur Zuständigkeit eines Einzelrichters gehört, ist bei diesem nur dann zu verhandeln und zu entscheiden, wenn die Parteien hierauf übereinkommen, oder wenn die Vor- und Widerklage aus ein und demselben Rechtsverhältnisse entspringen, oder wenn die mit der Widerklage verfolgten Gegenansprüche zugleich gegen die Vorklage als Einrede geltend gemacht werden."

„Art. 11. Die Landgerichte haben das Vermittlungsamt nicht nur in den zu ihrer Zuständigkeit (Art. 4) gehörenden Rechtsstreitigkeiten, sondern auch in denjenigen Fällen auszuüben, in welchen der Kläger vor Anstellung der Klage bei dem Bezirksgerichte den Beklagten unter allgemeiner Bezeichnung des Klagegegenstandes vor das Landgericht, bei welchem der Beklagte, oder wenn es mehrere sind, einer derselben seinen persönlichen Gerichtsstand hat, zum Versuche der Vermittlung vorladen läßt. Wenn an dem hiezu bestimmten Tage der Kläger oder der Beklagte nicht erscheint, so ist das Landgericht zu einem Vermittlungsversuche nicht verpflichtet."

„Art. 12. Bei den durch Einzelrichter zu erledigenden Rechtsstreitigkeiten kommen, vorbehaltlich der Bestimmung des Art. 13, die in den §§. 3—15 des Gesetzes vom 17. Nov. 1837, einige Verbesserungen der Gerichtsordnung betreffend, über das beschleunigte Verfahren im mündlichen Verhöre gegebenen Vorschriften in Anwendung. Die Bestimmung in §. 11 Absatz 2 des genannten Gesetzes vom 17. Novbr." 1837 ist aufgehoben.

„Art. 13. Bei den in Art. 4 Ziff. 9, 10 und 15 bezeichneten, sowie bei allen zum Exekutiv-, Mandat- und Arrest-Prozesse sich eignenden Sachen hat es bei dem für dieselben vorgeschriebenen Verfahren sein Verbleiben."

„Art. 14. Sowohl bei den Bezirks- als bei den Landgerichten werden die Geschäfte der nichtstreitigen Rechtspflege, einschlüssig des Hypothekenwesens, durch Gerichtsbeamte besorgt. Bei den Landgerichten sollen diese Geschäfte einem oder mehreren Nebenbeamten als ständige Geschäftsaufgabe übertragen werden. Dem Gerichtsvorstande bleibt unbenommen, einzelne Akte der nichtstreitigen Rechtspflege selbst vorzunehmen, oder deren Vornahme bei Verhinderung des im Allgemeinen hiefür bestimmten Beamten einem anderen Gerichtsmitgliede zuzuweisen."

Der Gesetzentwurf bezügl. der vollziehbaren Urkunden lautet folgendermaßen: „Art. 1. Gerichtlich protokollirte Verträge und Schuldbekenntnisse können durch die der gerichtlichen Ausfertigung beigefügte Vollziehbarkeitsklausel nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes für vollziehbar erklärt werden, vorausgesetzt daß derjenige, gegen den oder dessen Rechtsnachfolger der Vollzug stattfinden soll, bei der Protokollirung des Vertrags oder Schuldbekenntnisses nach vorgängiger Belehrung über die Wirkung der genannten Klausel deren Beifügung bewilligt hat, und daß von dieser Belehrung und Einwilligung in dem Verhandlungs-Protokolle ausdrücklich Erwähnung geschehen ist."

„Art. 2. Auch solche gerichtliche Verträge und Schuldbekenntnisse, bei deren Protokollirung von Beifügung der Vollziehbarkeits Klausel keine Erwähnung geschehen ist, können mit dieser Klausel ausgefertigt werden, wenn sie zu diesem Zwecke nachträglich bei Gericht vorgelegt und in dem hierüber aufzunehmenden Protokolle die Vorschriften des Art. 1 beobachtet werden. Das Gleiche gilt von außergerichtlich errichteten Urkunden über Verträge oder Schuldbekenntnisse, insoferne das Gericht sich überzeugt, daß der Inhalt der vorgelegten Urkunde nicht gegen bestehende Gesetze, gegen die öffentliche Ordnung oder gegen die

guten Sitten verstoße, dann, daß aus demselben die Person des Berechtigten und des Verpflichteten, sowie Gegenstand und Zeit der Leistung deutlich erhelle."

„Art. 3. Eine Urkunde mit der Vollziehbarkeits-Klausel ausfertigen ist nur dasjenige Gericht befugt, welches die hierauf bezüglichen Verhandlungen und Erklärungen (Art. 1 und 2) aufgenommen hat. Zu dieser Aufnahme ist jedes Zivilgericht erster Instanz zuständig. Die Wahl des Gerichts bleibt im einzelnen Falle dem freien Uebereinkommen der Betheiligten überlassen. Doch kömmt die im Abs. 2 bezeichnete Zuständigkeit, wenn es sich um einen Vertrag handelt, dessen Aufnahme durch besondere Gesetzesvorschrift einem bestimmten Gerichte zugewiesen ist, ausschließlich diesem Gerichte, und wenn es sich um einen Vertrag über eine unbewegliche Sache handelt, ausschließlich dem Gerichte der gelegenen Sache zu."

„Art. 4. Ist die Protokollirung der in den Art. 1 und 2 bezeichneten Verhandlungen und Erklärungen unter Beobachtung der hierüber aufgestellten Vorschriften geschehen, so kann jeder Betheiligte, der den Vollzug des betreffenden Vertrags oder Schuldbekenntnisses zu beantragen berechtigt ist, entweder sogleich bei der Protokollirung oder späterhin die Ertheilung einer mit der Vollziehbarkeits-Klausel versehenen Ausfertigung verlangen."

„Art. 5. Die Ausfertigung besteht — soweit nicht die Form derselben für einzelne Gattungen von Rechtsgeschäften besonders vorgeschrieben ist — in einer wortgetreuen Abschrift der den Vertrag oder das Schuldbekenntniß enthaltenden Urkunde."

„Art. 6. Die Vollziehbarkeits-Klausel ist am Schlusse der Ausführung beizufügen. Ihre Formel lautet: Vorstehende, dem N. N. (Name des Berechtigten) ertheilte Ausfertigung wird hiemit auf Grund der von dem N. N. (Name des Verpflichteten) laut gerichtlicher Verhandlung vom . . . . . . erklärten Einwilligung als vollziehbar beurkundet, — worauf das Datum und die Fertigung des Gerichts folgt."

„Art 7. Der Berechtigte (Art. 4) ist befugt, statt einer vollständigen vollziehbaren Ausfertigung sich einen vollziehbaren Auszug aus der betreffenden Urkunde ertheilen zu lassen. Der Auszug muß als solcher bezeichnet werden."

Art. 8. Die mit der Vollziehbarkeits-Klausel versehener Ausfertigungen und Auszüge haben gleiche Beweiskraft wie die Urschriften."

„Art. 9. Das Protokoll, welches die Einwilligungserklärung des Verpflichteten bezüglich der Beifügung der Vollziehbarkeits-Klausel enthält (Art. 1 und 2), ist bei dem Gerichte, welches diese Verhandlung aufgenommen hat, aufzubewahren. Das Gleiche gilt im Falle des Art. 2 von der dem Gerichte vorgelegten Urkunde. Auf dem Protokolle hat Vormerkung darüber zu geschehen, wann und an wen eine mit der Vollziehbarkeits-Klausel versehene Ausfertigung oder ein solcher Auszug ertheilt worden ist."

„Art. 10. Dem nämlichen Betheilgten darf eine zweite oder weitere mit der Vollziehbarkeits-Klausel versehene Ausfertigung nur dann ertheilt werden, wenn kein Grund zur Annahme eines zu befürchtenden Mißbrauchs vorliegt. Das Gericht kann hierüber nach Umständen denjenigen, gegen welchen die Klausel wirken soll, vorher vernehmen. Immer muß, wenn die Ausfertigung bewilligt wird, in der Formel der Vollziehbarkeits-Klausel ausdrücklich bemerkt werden, daß die Ausfertigung eine wiederholte und die wie vielste sie sey."

„Art. 11. Die Vorschriften des Art. 10 finden auch auf die Ertheilung der im Art. 7 bezeichneten Auszüge Anwendung."

„Art. 12. Die einer Urkunde beigefügte Vollziehbarkeits-Klausel hat die Wirkung, daß das zuständige Gericht verpflichtet ist, auf Antrag des Berechtigten ohne vorgängiges Streitverfahren die Hülfsvollstreckung einzuleiten, wenn die den Eintritt der letztern bedingenden Thatsachen durch die vollstreckbare Urkunde, und, insoweit es sich von dem Nachweise einer den Vollzug mitbedingenden Thatsache handelt, wenigstens durch eine andere öffentliche Urkunde nachgewiesen sind."

„Art. 13. Wird die Hülfsvollstreckung gemäß Art. 12 eingeleitet, so tritt das beim Vollzuge eines rechtskräftigen Urtheils zulässige Verfahren ein. Dem Betheiligten bleibt vorbehalten, die in der Hülfsvollstreckung unzulässigen oder nicht vorgebrachten Einreden in einem besonderen Verfahren bei Gericht geltend zu machen. Dieser Vorbehalt begründet jedoch keinen Anspruch auf Sicherheitsleistung."

„Art. 14. Ist wegen Fälschung einer mit der Vollziehbarkeits-Klausel versehenen Urkunde auf Anklage erkannt, so tritt mit dem desfallsigen Erkenntnisse Sperre des Vollzuges dieser Urkunde ein. In jedem andern Falle, in welchem eine solche Urkunde als falsch angefochten wird, können die Gerichte nach Erwägung der Umstände den Vollzug der Urkunde vorsorglich sperren."

„Art. 15. Die auf Grund einer vollziehbaren Urkunde erlangte Auspfändung oder Immission in die Güter des Schuldners hat dieselben rechtlichen Wirkungen, wie die auf Grund eines rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses erlangte."

München, 13. März. (Privat-Korrespondenz.) **30. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Der k. Staatsminister Graf Reigersberg.

Es wird zur speziellen Debatte über den Gesetz-Entwurf „die öffentliche Wege betr., geschritten.

Art. 1 lautet: „Oeffentliche Wege sind diejenigen, welche dem allgemeinen Gebrauche dienen und demselben nicht kraft Privatrechtes entzogen werden können." Der Artikel wird ohne Debatte, aber mit geringer Majorität angenommen.

Art. 2 lautet: „Ist die Frage streitig, ob ein Weg ein öffentlicher sey, so entscheidet hierüber nach Vernehmung der Betheiligten, die Verwaltungsbehörde. Den Betheiligten bleibt, insoferne auf Privatrechtstitel sich berufen wird, die Betretung des Rechtsweges vorbehalten; doch ist die Entscheidung der Verwaltungsbehörde so lange maßgebend, bis ein rechtskräftiges richterliches Endurtheil in der Hauptsache vorliegt. Die Betretung des Rechtsweges hat bei Vermeidung des Verlustes des Klagrechtes innerhalb Jahresfrist vom Tage der Verkündung der Entscheidung der Verwaltungsbehörde zu erfolgen." (Die hier mit gesperrter Schrift gedruckten Worte sind Modifikationen, welche der Ausschuß beantragt.)

Abg. Prof. Weis beantragt, den Artikel 2 so zu fassen: „Ist die Frage streitig, ob ein Weg ein öffentlicher sey, so entscheiden hierüber die Civilgerichte". Antragsteller hält die Entscheidung lediglich durch die Civilgerichte für nothwendig, weil es hier nur um privatrechtliche Verhältnisse sich handle; er theilt alle Bedenken, welche gestern in dieser Beziehung erhoben wurden

Abg. Molique führt an, daß in der Pfalz den Verwaltungsbehörden noch größere Befugniß eingeräumt sey, als Artikel 2 aufstelle, ohne daß hiedurch dort die Privatrechte in irgend einer Weise benachtheiligt würden.

Abg. Keyl beantragt eine Modifikation, wonach der Abs. 2 so zu fassen wäre, daß die Entscheidung der Verwaltungsbehörden so lange maßgebend seyn solle, bis ein entgegenstehendes richterliches Urtheil vorliegt.

Abg. v. Closen schließt sich der Modifikation von Weis an, würde die Regierung derselben entgegentreten, so sey es besser, den Art. 2 ganz zu verwerfen.

Abg. Dr. Völk findet es bedenklich, die wichtige in Rede stehende Materie überhaupt in dem vorliegenden Gesetze zu behandeln und erklärt, jedenfalls nur der Modifikation beitreten zu können.

Der kgl. Ministerialkommissär Schubarth vertheidigte dann den Art. 2, durch welchen das was das öffentliche Recht betrifft den Administrativ-Behörden, das, was privatrechtlich sey, den Gerichten zugewiesen werde; die Privatrechte seyen genügend gewahrt, die Gesetzgebungen anderer Länder hätten dieselben Bestimmungen. Den Modifikationen von Weis und Keyl könne die Regierung nicht beistimmen.

Referent Abg. Wiedenhofer vertheidigte dann den Art. 2 in derselben Weise.

Bei der Abstimmung werden die Modifikationen der Abgg. Weis und Keyl und des Ausschusses, wie überhaupt der ganze Artikel 2 verworfen.

Art. 3 lautet nach den Regierungs-Entwurf: „Die öffentlichen Wege sind entweder Staats-, Kreis-, Distrikts- oder Gemeinde-Verbindungs-Straßen oder Gemeindewege"; nach dem Ausschuß-Vorschlag: „Die öffentlichen Wege sind entweder Staats- oder Distrikts-Straßen oder Gemeinde-Verbindungs-Wege, oder Gemeinde-Wege, insoferne die letzteren für den allgemeinen Gebrauch und nicht ausschließlich für Privatzwecke der Gemeinde, ihrer Stiftungen, ihrer Anstalten, oder einzelner Theile derselben bestimmt sind."

Abg. Möser erklärt sich gegen diese vom Ausschuß vorgeschlagene Fassung, weil derselbe die Kreisstraßen habe fallen lassen; er stimme dem Regierungsentwurf deßhalb bei.

Abg. Förg und Fürst Wallerstein empfehlen die Annahme des Ausschuß-Antrages, worauf Art. 13 angenommen wird.

Art. 4 lautet: „Die Staatsstraßen werden von dem Könige, die Distriktsstraßen von den Kreisregierungen — Kammern des Innern — nach Vernehmung der Distriktsräthe; die Gemeinde-Verbindungswege von den Distrikts-Verwaltungsbehörden nach Vernehmung der Gemeinde-Verwaltungen bestimmt. Sind bei einer Distriktsstraße mehrere Regierungsbezirke betheiligt, so kommen die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Mai 1852, „die Distriktsräthe betreffend", in Anwendung."

Abg. Ad. Müller beantragt, daß die Distriktsstraßen durch den Landrath bestimmt werden sollen, und Abg. Buhl beantragt, daß die Gemeindewege durch den Distriktsrath festgestellt würden.

Abg. v. Closen erklärt sich gegen diese Modifikationen, die das ganze Gesetz gefährden würden, weil die Regierung nicht darauf eingehen könnte; die Kammer könnte auch den ganzen Art. 4 verwerfen, es würde dies auf die Oekonomie des Gesetzes nicht von Einfluß seyn.

Abg. Völk für beide Modifikationen; außerdem würde er gegen Art. 4 stimmen.

Abg. Römich und Fürst Wallerstein wie Closen gegen die Modifikationen.

Bei der Abstimmung wurden die Modifikationen der Abgg. Müller und Buhl und ebenso der Art. 4 selbst verworfen. (Postschluß: Es wird ohne Zweifel das ganze Gesetz verworfen.)

Augsburg, 11. März. Es hat sich das ungenaue Gerücht verbreitet, als habe eine Fusion des sog. Eisenbahn-Consortium und der Begründer unserer künftigen Kreditanstalt stattgefunden. Beide Unternehmungen bleiben nach wie vor getrennt, doch sind in den Verwaltungsausschuß der Kreditanstalt neuerdings die HH. M. C. v. Rothschild, Carl v. Eichthal, J. v. Hirsch, Kramer-Klett und dem Vernehmen nach auch der regierende Fürst von Thurn und Taxis getreten. Umgekehrt hat das Eisenbahnconsortium eventuell der Kreditanstalt eine namhafte Betheiligung an dem Bau der Westbahn gesichert. Dadurch aber hat man sich genöthigt gesehen, das Aktienkapital der Kreditanstalt von 20 auf 40 Millionen zu erweitern, von denen jedoch vorläufig nur die Hälfte ausgegeben werden soll. Das Eisenbahn-Consortium hat den Concipienten Dr. Hermann in München zu seinem Rechtsvertreter ernannt. (Allg. Z.)

Seine Majestät der König Max haben, von dem armen Zustande mehrerer katholischen Kirchen der Pfalz in Kenntniß gesetzt, Sich beeilt, denselben aus Ihrer Kabinetskasse gnädige Unterstützungen zuwenden zu lassen. So erhielt die katholische Kirchengemeinde zu Minfeld durch allerhöchste Munifizenz ein prachtvolles Pluviale und eine Statue des heil. Laurentius, angefertigt in der Mayer'schen Kunstanstalt zu München, zum Geschenke. Die Kirche zu Oberrotterbach erhielt ein werthvolles Pluviale und Velum, und auch andere Kirchen sind noch bedacht worden. (Pf. Z.)

× **Preußen.** Berlin, 12. März. (Privat-Korresp.) Noch ist der Eindruck, welchen der Tod des General-Polizei-Direktors, Hrn. v. Hinkeldey hervorgerufen hat, nicht erloschen, und schon wieder verbreitet sich eine ebenfalls traurige Kunde in unserer Stadt. Der geheime Regierungsrath v. Raumer*) hat seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende gemacht. Das Leichenbegängniß des verschiedenen Polizeidirektors von Hinkeldey wird, obschon er in seinen hinterlassenen Papieren den Wunsch ausgesprochen hat, seinen Leichnam ganz einfach zur Erde zu bestatten, und obschon derselbe möglichst erfüllt werden soll, doch sicher sehr großartig werden. Die Theilnahme, welche demselben allseitig folgt, ist eine so umfangreiche, daß die Leichenfeier schon durch die sehr große Zahl der folgenden Personen eine sehr imposante werden wird. Die städtischen Behörden und der Gewerberath werden sich durch Deputationen dem Leichenzug anschließen. Der Sarg wird von sechs Wachtmeistern der Schutzmannschaft auf den Wagen gehoben, und 4 Polizei-Direktoren werden die Quasten des Leichentuches tragen. — Hier eingegangene Nachrichten melden, daß mit dem Bau der Eisenbahn von Deutz nach Gießen in der vergangenen Woche begonnen worden ist.

Oesterreich. Ueber die Ausführung des Concordats veröffentlicht die „Wiener Zeitung" ein Schreiben des Ministers für Kultus und Unterricht, Grafen Leo Thun, vom 25. Januar d. J. an sämmtliche Erzbischöfe und Bischöfe der Monarchie, worin es heißt: Die Ausführung des Konkordats liege zunächst in den Händen der Bischöfe. Für Kirche und Staat aber sey es gleich wichtig, daß in allen Diözesen hiebei die gleichen Grundsätze beachtet würden; namentlich werde es der Regierung hiedurch leichter, ein Einvernehmen mit den Bischöfen herzustellen in jenen Punkten, wo ein solcher erforderlich sey. Deßhalb werden die Bischöfe auf den 2. Sonntag nach Ostern zu einer Konferenz in Wien eingeladen, zunächst um sich darüber zu verständigen, mit welchem Zeitpunkte die kirchlichen Ehegerichte in jenen Gebieten des Reiches in welchen sie dermalen nicht bestehen, in Wirksamkeit zu setzen seyn dürften. „Im Uebrigen, heißt es weiter in dem Schreiben, wird es die Aufgabe dieser Versammlung seyn, sich überhaupt mit allen jenen das Concordat und dessen Ausführung berührenden oder dadurch angeregten Fragen zu beschäftigen, welche ihrer allgemeinen Bedeutung wegen gemeinschaftlich erwogen zu werden verdienen. Eben deßhalb erwarteten Se. Maj., daß die hochwürdigsten Bischöfe des Reiches es für zweckmäßig erachten werden, den Berathungen jener Versammlung nicht durch vorschnelle Maßregeln in den einzelnen Diözesen vorzugreifen." Das Schreiben geht nun auf die Einzelheiten ein, aus welchen die Absicht der Regierung nicht zu verkennen ist, die Bischöfe bei der Ausübung der ihnen in dem Concordate so freigiebig ertheilten Rechte möglichst an die Zustimmung der Regierung, namentlich der Landeschefs, zu binden. Diese sollen z. B. auf Besetzung der theologischen Professuren ein unbedingtes Veto ausüben können, und überall von den Bischöfen angegangen werden, sobald diese gegen Geistliche den Beistand des weltlichen Armes in Anspruch nehmen.

*) Man bringt auch diesen Vorgang mit dem beklagenswerthen Duell in einen ursächlichen Zusammenhang. (B. B.-Z.)

Frankreich.

Paris, 11. März. Wie verlautet, beabsichtigt der Kaiser auch in Friedenszeiten eine stets kriegfertige Armee beizubehalten, die sich während des ganzen Sommers in Lagern üben und nur für die schlimme Jahreszeit in ihre Garnisonen zurückkehren würde. Eines dieser Lager soll angeblich unweit Reims gebildet werden. (K. Z.)

Rußland und Polen.

Berichte aus Petersburg, welche am 10. März Abends in Königsberg eintrafen, melden, daß die russische Regierung einen Organisationsplan für die neue Gränzarmee der Orenburger Baschkiren veröffentlicht habe. Diese Armee soll aus zwölf Reiterregimentern und einer Brigade reitender Artillerie von drei aktiven Batterieen bestehen.

Amerika.

Zeitungen aus Texas melden, daß sich im westlichen Theil von Texas eine große Anzahl deutscher Ansiedler zur Auswanderung nach dem amerikanischen Staate New-Leon vorbereitet, nachdem zwei Deutsche, die Herren Riotte und Frauenstein, unter dem 19. Dezbr. v. J. mit dem General Santiago Vidaurri, der zugleich Zivil-Gouverneur jenes Staates ist, einen Ansiedlungsvertrag abgeschlossen hatten, dessen wesentlichste Bestimmungen folgende sind: Die deutsche Kolonie erhält ein Geschenk von 29 Quadrat Leguas, wovon 5 Leguas als Stadt ausgelegt werden sollen. Religionsfreiheit ist ihnen garantirt, ferner Steuerfreiheit auf drei Jahre und eben so lange Freiheit von der Militärpflicht, ausgenommen im Falle eines feindlichen Einfalles. (Wie geht es ihnen aber jetzt in dem von Parteien zerrissenen Mexiko?) (Schw. M.)

Aus Porto Plata auf San Domingo, 1. Februar, wird der „Times" geschrieben: „Seit zwölf Jahren befinden sich das gegenwärtige Kaiserreich Hayti und die Republik San Domingo im Kriege mit einander. Hayti willigte, nachdem es sowohl zu Wasser wie zu Lande viele schwere Niederlagen und Unfälle erlitten hatte, endlich in eine vorläufige Waffenruhe. Nachdem die Feindseligkeiten sechs Jahre lang eingestellt gewesen waren, machte Soulouque dem Präsidenten Santana im Mai des vorigen Jahres den Vorschlag, Friedens-Unterhandlungen anzuknüpfen. Santana beantragte eine Vermittlung Frankreichs und Englands, und Soulouque schickte eine Gesandtschaft nach Europa. Ueber die Erlebnisse derselben ist nichts Näheres bekannt geworden. So viel aber ist gewiß, daß Soulouque, statt weitere Schritte zur Förderung der von ihm selbst angeregten Unterhandlungen zu thun, so geheim wie möglich gewaltige Rüstungen vornahm, um einen Einfall in das Gebiet der Republik San Domingo zu machen. Diese Rüstungen erregten endlich die Aufmerksamkeit des französischen und des englischen Konsuls zu Port-au-Prince, welche am 8. Dezember bei Sr. kaiserlichen Majestät förmlich Protest gegen die Invasion der Republik einlegten. Einige Stunden später erfolgte als Antwort darauf die Invasions-Proklamation Soulouque's; die Dominikaner waren schnell auf ihrer Hut. Soulouque eröffnete den Feldzug, indem er am 18. Dezember v. J. mit mehreren Kolonnen, die gleichzeitig auf Neyba und San Juan im Süden, und auf Santiago im Norden der Insel losmarschirten, über die Gränze ging. Verschiedene sehr hitzige Gefechte fanden am 20., 22. und 24. Dezbr. zu Riucon, Cambronal, Neyba, St. Thome und Las Matas statt. Ueberall wurden die Kaiserlichen mit bedeutendem Verluste geschlagen; sie ließen über 1500 Todte auf dem Felde und kehrten dann in ihr Gebiet zurück. Die Abtheilung, welche sich nach Santiago gewandt hatte, floh, ohne die Ankunft der Dominikaner abzuwarten. Nachdem der Kaiser Soulouque im Süden eine so vollständige Niederlage erlitten hatte, wandte er sich nach Norden und sammelte bei Juana

Mendez ein neues Heer von 12,000 Mann. Mittlerweile begannen die Dominikaner, in dem Wahne, daß der Krieg aus sey, nach Hause zurückzukehren, so daß, als Soulouque plötzlich die Gränze wieder überschritt, ihrer kaum 4000 bereit waren, diesem neuen und unerwarteten Angriffe Widerstand zu leisten. Jedoch rückten sie am 24. Jan. denen von Hayti entgegen und trieben sie in einer Schlacht, die beinahe den ganzen Tag dauerte, in ihr Gebiet zurück. Die Kaiserlichen ließen 2000 Mann auf dem Schlachtfelde und büßten ihre Artillerie, ihre Vorräthe u. s. w. ein. Dem Vernehmen nach befindet sich Soulouque in einer sehr bedenklichen Lage, da ihm seit einiger Zeit zahlreiche Prätendenten die Kaiserkrone streitig machen."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 13. März. Die Börse verkehrte in sehr günstiger Stimmung und wurden besonders die verschiedenen Gattungen von Kredit Aktien höher bezahlt.

Meininger Kredit-Aktien wurden bei sehr großem Umsatz von 110¾ bis 111½ umgesetzt und schlossen 111⅜ Geld.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1283 P. 1278 G. Neue Bankaktien 397 P. 39) G. Credit-Actien à 5pCt 228 P 225 G. Metall. alte à 5pCt. 81¼ P. 81 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 88½ G.; à 4½pCt. 75¾ P. 75¼ G.; à 4pCt. 68½ P. 68 G.; à 3pCt. 52 P. 51½ G.; à 1pCt. 16¾ P. 16½ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 135 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1851 111½P. 111¼G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Fres. Einzahl. 314 P. 312 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. — P. 87½ G.; 4pCt. — P. 95 G.; 4pCt. Grundrente 95½ P. 95 G.; 4½pCt. 100⅝P. 100¼G.; 5pCt. 102¼P. 101¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 162½ P. 162 G. Neustadt-Weissenb. 126 P. 125½ G.

Würtemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89½ G.; 4½pCt. 102⅜ P. 102⅛ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80 P. 79½ G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. 41¼ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62½ G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. — G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 113½ P. 114G.; à fl. 25 33½P. 33¼G.; Darmst. Bankaktien alte 363 P. 368 G.; junge – P. 326 G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. 89¼ P. — G., Loose à fl. 25 31⅜ P. 31⅛ G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 123 P. 122½ G.; Taunus-Aktien 331 P. 332 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 80½ P. —— G. Homburg. Bankaktien – P. 279 G. Polen. fl. 500 Partial 88 P. — G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39¾ G.; 1pCt. neue $24\frac{15}{16}$ P. $21\frac{13}{16}$ G. Holland. Integrale 64½ P. 64 G.; Certificats 4pCt. – P. 94½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120½P. 120¼G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼P. 120G.	Mail. i. S. Lr. 250k S. 101¾P. 101½G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜P. 105⅛G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅝P. 101⅜G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼P. 105G.	Paris Frs. 200 k. S 94⅞P. 94⅝G.
Brem. 50Thlr. Lsd. k.S 96¾P. 96½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94¾P. 94½G.
Hamb. MB. 100 k.S 89¼P. 89G.	Wien fl. 100C. k S. 118⅞P. 118⅝G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 105¼P. 105G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅝P. 117⅜G.
Disconto – P. 3pCt. G.	

Wien, 12 März. Oesterr 5pCt. National-Anleihe $84\frac{15}{16}$; 5pCt. Metall. 84; 4½pCt. 74; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 135; von 1854 110; Bankaktien 1061; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 356½; Donau Dampfschiffahrtsaktien 666; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2920. Wechselkurse: Augsburg uso 101¾; London 10. 5. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. März. In dem Leitartikel der heutigen „National-Zeitung" finden sich folgende Stellen:

„Es kann nicht geleugnet werden, daß die Anträge der Herren v. Gerlach und Wagener, welche die Gleichberechtigung auslöschen und die Standesvorrechte wieder herstellen wollen, welche darauf ausgehen, das Staatsbürgerthum von dem religiösen Bekenntnisse abhängig zu machen, die ganze Bevölkerung in Besorgniß versetzen, daß ferner die Beantragung des doppelten Budget im Herrenhause den Bürgern für ihren Erwerb Angst erregt und sie fürchten läßt, daß zahllose indirekte Steuern sie erdrücken werden, daß nicht minder auch der Bauer die Obrigkeit aus eigenem Rechte als eine Wiederauflegung eines abgeschüttelten Jochs fühlen, und der alte Beamtenstand sich verletzt finden muß, wenn die Rittergutsbesitzer das Selfgovernment so verstehen, daß sie nur selbst und allein als kleine Herren regieren und auch die Beschwerde-Instanz kollektiv üben wollen, wie im Herrenhause beantragt ist und wodurch der ganze Beamtenstand auf einem sehr wesentlichen Gebiete bei Seite geschoben werden würde. Wenn Herr v. Gerlach, der Repräsentant der kleinen Herren, stets gegen die Büreaukratie eifert und diese „Signatur der Zeit" des kleinen Herrenthums in den Rittergutsbesitzern offen als Devise aushängt, und wenn er dann endlich diese Rittergutsbesitzer mit den adeligen Elementen im Heere identifizirt: so ist gar nichts natürlicher, als daß diese sich in exklusiver Weise als Träger der neuen Staatsidee ansehen."

„Diese Ansicht ist schon seit Jahren vorbereitet und genährt, und wenn Graf Pfeil ungeschickt genug war, ganz offen eine gewisse Souverainetät für seine Stellung als Rittergutsbesitzer in dem Abgeordnetenhause in Anspruch zu nehmen, so kann man sich kaum darüber verwundern, daß sich junge Kavaliere des Jockey-Klubs auf's Höchste verletzt finden, wenn man sie im Hotel du Nord polizeilich behandelt wie andere Menschen."

„Schon vor der jetzigen Ordnung der Dinge war es vorgekommen, daß, da ein besonderer militärischer Gerichtsstand den Offizier vor den Civilbehörden schützt, kein Polizeioffiziant ihn verhaften kann und der Polizeipräsident von Berlin nach gewissen Beziehungen hin mit der Kommandantur sich benehmen muß, Konflikte mit dem Polizeipräsidium eintraten; indessen glich sich die Sache aus oder, wie es auch vorkam, Polizeipräsidenten resignirten. Aber jetzt, bei dem, wie wir eben nachwiesen, erhöhten Bewußtseyn der Offiziere und der Wechselwirkung mit einer großen politischen Partei hat deren Stellung einen gesellschaftlich und, was die Hauptsache, staatlich mehr als je befestigten Hintergrund erhalten, wodurch etwaige Konflikte für den Civilbeamten noch bedenklicher werden."

„Das ist die Entschuldigung für Hrn. v. Hinkeldey, das ist auch eine Entschuldigung für Hrn. v. Rochow, dem wir, da er vor seinen Richter treten soll, geneigt sind, eher ein günstiges Feld zu öffnen, als es ihm zu verkümmern."

„Die Verhältnisse oder besser die Konsequenzen sind unerbittlich; es hat dahin kommen müssen in unserer inneren Lage, wohin es gekommen ist."

„Uns hat Hr. v. Hinkeldey vielleicht, soweit was die Presse angeht, möglichst fern gestanden; das Volk sagt von ihm: es ließ sich mit dem Manne sprechen, und zeugt damit für seine Humanität; wenn ihm nachgesagt wurde, daß er zuweilen zufahrend, rasch und nicht nach den strengen Formen und Vorschriften fragend einschritt, so ist nicht zu vergessen, daß eben die Polizeigewalt leicht zu solchem Verfahren und dann zumeist dahin führt, wenn sie in schwierigen Zeiten vielfachen höheren Rücksichten genügen soll."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 75. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 15. März 1856

Deutscher Bund.

Die Frauen im berüchtigten „Schwarzen Buch" zählt die „Feuerspritze" in folgender Weise auf: „Frau v. Osten, Friederike Kohen, Frau Raggo, Mrs. Paget, Baronin v. Brüning, geborene Fürstin Lieven, Frau Schröder-Devrient, jetzt Frau v. Bock, Kathinka Zitz, Johanna Kinkel, die Frauen Wesselenyi und Rutkay und viele Andere. S. 296 findet sich eine Christine Caroline Illig, später verehelichte Kapphuhn, Näherin in Annaberg, wegen Landfriedensbruchs im März 1848 auf drei Jahre Zuchthaus verurtheilt, begnadigt zu zwei Jahren. In welch' einem Zeitalter leben wir, daß Nähterinnen in die Fußtapfen eines Götz v. Berlichingen treten! Gegen einige Damen ist der Verfasser sehr ungalant. So bezeichnet er Seite 266 die Damen Meyer und Mindermann als ledige Frauenspersonen, Verfasserinnen und Verbreiterinnen der im Juni 1852 erschienenen aufrührerischen Schrift: „Bremer Zustände von M." Ibid. v. Lagerström, eine ledige Frauensperson, 1852 wegen Proselytenmacherei zu Gunsten Ronge's aus Leipzig verwiesen. S. 332 findet sich eine Emilie Lehmann, Rittmeistersfrau, Emanzipirte, Demokratenfreundin und Gesinnungsgenossin einer Aston, Hatzfeld 2c."

Bayern. München, 14. März. Se. Maj. der König haben die bei dem k. Landgerichte Obergünzburg erledigte Taxbeamtenstelle dem vormaligen Oberschreiber des Ldgs. Kehlheim, Anton Dölzl, jedoch ohne pragmatische Rechte, übertragen; die bei dem Lotto-Oberamte München erledigte Stelle eines Revisors provis. dem bisherigen Oberrevisor bei der Steuerkataster-kommission, Joh. Bapt. Guggemos, verliehen; die protestantische Pfarrstelle zu Neuhäusel, Dekanats Homburg, dem Pfarramtskandidaten Friedr. Ludwig Maurer von Wallhalben verliehen; auf die erledigte Zollverwaltersstelle bei dem Nebenzollamte I. in Oberneuhaus, Hauptzollamts Hof, den Zollverwalter des Nebenzollamtes I Griesen im Hauptzollamtsbezirke Mittenwald den bisherigen Verweser dieser Stelle, Hauptzollamts-Assistenten Christoph Höhne provis. ernannt. (N. M. Z.)

München, 13. März. Der Ausschuß der Kammer der Reichsräthe begutachtet die beiden Gesetzentwürfe, die Zinsgarantie für mehrere Eisenbahnlinien, dann die Eisenbahndotation betr., zur Annahme, ist jedoch dem zu ersterem gestellten Wunsche der Kammer der Abgeordneten auf Verpachtung der Eisenbahnen nicht beigetreten. (N. C.)

Die 2. Kammer hatte nach der ersten Berathung über den Gesetzentwurf, die öffentlichen Wege betr., bekanntlich denselben dem Ausschuß zurückgegeben zur Erholung von Aufschlüssen Seitens des Ministerium über folgende Fragen: 1) welche Straßenrouten und mit wie viel Straßenstunden sollen nach Ansicht der k. Staatsregierung im Laufe der VII. Finanzperiode aufhören, aus Staatsmitteln gebaut und unterhalten zu werden? 2) welche Straßenrouten und wie viele Straßenstunden sollen in dieser Finanzperiode den bisher bau- und unterhaltungspflichtigen Distrikten abgenommen werden? 3) wie groß sind nach den Voranschlägen die Beträge, die auf solche Weise am Budget des Staats und an der Exigenz der Distrikte abgehen und aus andern Mitteln beschafft werden müssen? 4) in welcher Breite und Bauart sollen die verschiedenen Straßenkategorien des Gesetzentwurfes hergestellt und unterhalten werden? Die Antwort des Ministerium geht dahin: 1. da das künftige Staatsstraßennetz 1425 Stunden mit einem Unterhaltungsaufwand von 1 Mill. 181,396 fl. umfassen soll, wovon aber 49½ Stunden mit 44,438 fl. aus der Klasse der Distriktsstraßen heraufgenommen sind, so behalten von den bisherigen Staatsstraßen nur 1375½ Stunden mit 1 Mill. 136,958 fl. diesen Charakter und fallen folglich 499½ Stunden mit 275,242 fl. aus, welche in eine niedrigere Kategorie übergehen. Zu 2.: den Distrikten würden 583 Stunden mit einem Unterhaltungsaufwand von jährlich 300,168 fl. abgenommen werden. Zu 3.: an der Exigenz der Distrikte gehen im Ganzen ab 300,168 fl., daher zusammen 530,972 fl. aus andern Mitteln beschafft werden müssen. Zu 4 antwortet das Ministerium, daß es in Betreff des Straßenbaues bei den bisherigen Bestimmungen verbleiben soll.

München, 14. März. (Privat-Korrespondenz.) **51. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.**

Es wird die Debatte über die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs, „die öffentlichen Wege betreffend", fortgesetzt.

Gestern wurde außer den bereits mitgetheilten nach sehr kurzer Erörterung auch Art. 5 verworfen; Art. 6, der einige Bestimmungen bezüglich der nicht beliebten Kreisstraßen enthält, fiel von selbst hinweg und Art. 7, die Klassifizirung der Distriktsstraßen betreffend, wurde verworfen, in Folge dessen auch die Art. 8, 9 und 10 hinwegfielen — so daß die Kammer heute mit Art. 11 begann.

Nachdem dieser Artikel wohl angenommen, die folgenden Art. 12—15 aber wieder verworfen, und somit die wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfs weggefallen waren — so beschloß die Kammer mit Zustimmung der Vertreter der Staatsregierung, die weiteren Artikel nicht mehr zu berathen.

Es wurde hierauf bei der durch die Geschäftsordnung gebotenen Endabstimmung der Gesetz-Entwurf mit 105 Stimmen (einstimmig) verworfen, womit schon nach 10 Uhr die Sitzung schloß. Die nächste findet morgen Abend statt, um den Beschluß der I. Kammer über die beiden Eisenbahngesetze, welche dieselbe morgen berathen wird, entgegen zu nehmen

Zum besseren Verständniß der in vorstehendem Bericht besprochenen Kammerverhandlung folgt hier der Wortlaut der betreffenden Artikel.

Art. 5 lautete:

„In die Klasse der Staatsstraßen eignen sich die Straßen, welche nothwendig sind: 1) zur Verbindung der Residenzen und Schlösser unter sich oder mit ihren Umgebungen; 2) zur allgemeinen Landesvertheidigung und zu den Bewegungen der Kriegsheere; 3) zur Verbindung der Hauptstadt des Reiches mit den Kreishauptstädten oder der letztern unter sich; 4) zum Verkehre des Landes im Innern sowohl als mit dem Auslande in seinen wichtigeren Beziehungen."

Art. 6 lautete nach dem Regierungs-Entwurf:

„In die Klasse der Distriktsstraßen eignen sich die Straßen, welche nothwendig sind: 1) zur Verbindung der Distrikts- oder Kantonshauptorte unter sich oder mit den wichtigeren Orten des Distriktes oder dieser letzteren unter sich; 2) zum Verkehr des Distriktes im Innern oder mit benachbarten Distrikten; 3) zur Abführung der Produkte des Distriktes oder eines benachbarten Distriktes an größere Verkehrsplätze, Häfen, Ströme, Kanäle oder Eisenbahnen."

Für diesen Artikel schlug der Ausschuß folgende Fassung vor:

„In die Klasse der Distriktsstraßen eignen sich die Straßen, welche nothwendig sind: 1) zur Verbindung der Distrikts- oder Kantonshauptorte mit den wichtigeren Orten des Distriktes; 2) zum Verkehre des Distriktes im Innern odern mit benachbarten Distrikten oder mit dem Auslande; 3) zur Abführung der Produkte des Distriktes oder eines benachbarten Distriktes an größere Verkehrsplätze, Häfen, Ströme, Kanäle oder Eisenbahnen."

Art. 8 lautete nach dem Regierungs-Entwurf:

„In die Klasse der Gemeinde-Verbindungsstraßen eignen sich die Straßen, welche 1) die Verbindung der zu einer Gemeinde gehörigen Ortschaften unter sich vermitteln; 2) zur Verbindung einer Gemeinde mit den benachbarten Gemeinden oder mit den innerhalb der Gemeindemarkung gelegenen Staats-, Kreis- oder Distriktsstraßen, Eisenbahnen, Häfen, Landungsplätzen oder Fährstellen dienen."

Diesen Artikel wollte der Ausschuß folgendermaßen gefaßt haben:

„In die Klasse der Gemeindeverbindungswege eignen sich die Wege, welche nothwendig sind 1) zur Verbindung der zu einer Gemeinde gehörigen Ortschaften unter sich; 2) zur Verbindung einer Gemeinde mit den benachbarten Gemeinden oder mit den innerhalb der Gemeindemarkung gelegenen Staats-, Kreis- oder Distriktsstraßen, Eisenbahnen, Häfen, Landungsplätzen oder Fährstellen."

Art. 9 lautet:

„Alle übrigen öffentlichen Wege gehören zur Klasse der Gemeindewege — Art. 3."

Art. 10:

„Fallen in der Folge die Voraussetzungen, unter welchen eine Straße in die Klasse der Staats- oder Distriktsstraßen oder Gemeinde-Verbindungswege aufgenommen worden ist, so kann dieselbe in der nämlichen Weise, in welcher ihre Aufnahme erfolgte, aus der betreffenden Klasse wieder entfernt werden."

Art. 11:

„Die Staatsstraßen werden aus Zentralfonds hergestellt und unterhalten. Der Aufwand auf dieselben richtet sich nach den Bestimmungen des jedesmaligen Budgets und Finanzgesetzes."

Art. 13 handelt von den Strecken der Staatsstraßen, die innerhalb der Städte ꝛc. liegen, Art. 15 von der Unterhaltung und Herstellung der Distriktsstraßen. Ueber beide haben wir in Nr 72 und 73 d. Bl. schon das Nähere mitgetheilt. Art. 14 handelt von den Kreisstraßen, die nach dem Ausschußvorschlag ganz wegfallen sollten.

Winnweiler, 11. März. So eben wurde von dem hiesigen Landgericht in Sachen der Langmeiler Sektirergesellschaft das auf heute vertagte Urtheil verkündet. Die Angeklagten waren, wie zu vermuthen, wieder sämmtlich vor den Schranken des Gerichts erschienen, und harrten ihres Urtheils. Dasselbe wurde ihnen nach einer sehr eindringlichen Rede des Hrn. Landrichters Glaser, die jedoch spurlos an ihnen vorüberzugehen schien, eröffnet und lautete folgendermaßen: „Jeder der Betheiligten wird wegen nächtlicher Ruhestörung und öffentlichen Skandals zu 10 Tagen Arrest, 30 Fr. Geldstrafe und solidarisch in die Kosten des Prozesses verurtheilt." Diese ihnen zuerkannte Strafe scheint einen nicht unbedeutenden Eindruck auf sie gemacht und den früher in ihnen so lebhaft rege gewesenen Geist gänzlich gedämpft zu haben, da weder einem Apostel, noch einem sonstigen Mitglied der Gesellschaft auch nur eine Silbe entfuhr. Lautlos, wie sie gekommen, verließen sie das Gerichtslokal. Bezeichnend für die Schwärmerei dieser Leute möchte auch der Umstand seyn, daß nach dem Tage der ersten Gerichtsverhandlung sich einer der eifrigsten Anhänger der Sekte, ein begüterter Mann von Langmeil, im nahe gelegenen Wald erhängen wollte; zum Glück oder Unglück riß der Ast des Baumes, an dem er den Strang befestigt hatte; er fiel zur Erde. Durch den Fall beschädigte er sich jedoch dermaßen, daß er bis heute das Bett noch nicht verlassen konnte. (Pfälz. Z.)

× **Preußen.** Berlin, 13. März. (Privat-Korresp.) Das Leichenbegängniß des Herrn v. Hinkeldey zeichnete sich durch seine Großartigkeit aus. In seiner Wohnung und in den übrigen Räumen des Gebäudes hatten sich die Leidtragenden und eine zahllose Menge von Personen, welche seinen irdischen Ueberresten bis zur Begräbnißstätte folgen wollte, versammelt. Auch der König, sowie die hier anwesenden Prinzen waren erschienen. Die Minister, die höchsten Staatsbeamten, die Deputationen der städtischen Behörden, des Gewerberathes und verschiedener Korporationen hatten sich eingefunden. Der Trauergottesdienst wurde durch den Prediger Plank von der St.-Petri-Kirche abgehalten. Erst gegen 10 Uhr begann der Trauerzug sich in Bewegung zu setzen. Voraus ging eine Abtheilung bürgerlich gekleideter Personen; darauf folgten die Schützengilden von Berlin, Charlottenburg und Köpenick mit ihren Musikchören an der Spitze. Demnächst kam die Feuerwehr und die Fußschutzmannschaft mit Gewehren, auch dieser ging ihr Musikchor voraus. Die Schutzmannschaft zu Pferde konnte sich an dem Leichenzuge nicht betheiligen, weil sie den Dienst zur Aufrechthaltung der Ordnung übernommen hatte. Hinter den Schutzmannschaften kamen Marschälle mit Marschallstäben, auf welche der Träger mit den zahlreichen Orden des Verschiedenen folgte. Hieran reihte sich ein von 4 Pferden gezogener, ganz einfach ausgestalteter Leichenwagen mit dem Sarge des Verstorbenen. Die sonst gewöhnlichen Ausschmückungen des Wagens mit Epaulettes, Degen, Hut u. s. w. waren weggefallen und das wahrscheinlich aus dem Grunde, weil Herr v. Hinkeldey in seinem letzten Willen ein ganz einfaches Begräbniß gefordert hatte. Ueber diesen Theil des Zuges konnte die Familie allein bestimmen, da der übrige Zug als eine Huldigung anzusehen war, welche dem Verschiedenen auf seinem letzten Wege dargebracht ward. Hinter dem Leichenwagen wurde sein Pferd, ein Schimmel, geführt. Jetzt kam das eigentliche Leichengefolge in unabsehbarer Reihe, in welchem die schwarzen Anzüge des Bürgers mit glänzenden Uniformen vermischt zu finden waren. Das Ende des ganzen Zuges machte das Nachtwächter-Korps, welches bekanntlich ebenfalls uniformirt ist. Hieran schloß sich eine lange, fast den ganzen Weg bis zum Friedhofe einnehmende Wagenreihe; man schätzt die Zahl der Wagen auf 300. An der Spitze der Equipagen fuhren 5 königliche Wagen, abgeschickt von Ihren Majestäten dem Könige und der Königin, dem Prinzen von Preußen, dem Prinzen Albrecht und Prinzen Karl. Da der Hr. v. Hinkeldey seine Familie ohne Mittel verlassen hat, so ist in der Stille eine Subskription eröffnet worden, um ein Kapital zusammenzubringen, aus welchem die Unterhaltung der Familie möglich werden wird. Diese Subskription ist gewissermaßen als ein Zoll des Dankes und der Achtung anzusehen, der dem Verstorbenen gebracht wird. Einige Bankiers sollen sofort je tausend Thaler gezeichnet haben.

Den Berliner Blättern ist folgende offiziöse Notiz zugegangen: „Die dem „Publizisten" entlehnte Nachricht, daß Hr. v. Hinkeldey Sr. Maj. dem Könige von dem ihm bevorstehenden Duell und dessen Nothwendigkeit vorher Anzeige erstattet habe, ist dahin aufzufassen, daß diese Anzeige erst für den Fall seines Ablebens an Se. Maj. gerichtet war und eben deßhalb auch erst nach dem Duell an allerhöchster Stelle einging. Man hört jetzt von zuverlässiger Seite als Thatsache erzählen, daß von dem Duell vorher nirgends etwas bekannt gewesen ist. Herr v. Hinkeldey hat darüber das tiefste Stillschweigen beobachtet. Inzwischen schwebten bereits Unterhandlungen über die gütliche Beilegung der betreffenden Differenzen und inmitten dieser Verhandlungen fand Allen unerwartet das traurige Ereigniß statt."

Württemberg. Stuttgart, 12. März. Die ständische Ausschußwahl ist konservativ ausgefallen, indem in den engern und in den weitern Ausschuß kein einziges Mitglied der beiden Oppositionsparteien gelangt ist. (A. Z.)

Aus Württemberg, 7. März. Ein jüngsthin erlassenes Synodalausschreiben über das christliche Begräbniß verfügt einerseits: es soll den Hinterbliebenen nicht zustehen, sich bei der Beerdigung eines Verstorbenen die kirchlichen Gebräuche zu verbitten, und der Pfarrgemeinderath verpflichtet seyn, solchenfalls dem geistlichen Amt das Recht auf Verwaltung seines Dienstes zu wahren. Andererseits soll aber der, welcher die kirchlichen Gnadenmittel verachtet, dem im offenbaren Lasterleben Beharrenden gleichgeachtet, und nicht mit den christlichen Gebräuchen und Betheiligung des kirchlichen Amtes beerdigt werden. (H. N.)

Oesterreich. Wien, 11. März. Oberst v. Manteuffel ist, nach mehrmonatlichem Aufenthalt zum Zweck diplomatischer Verhandlungen, gestern Abend nach Berlin abgereist.

Wien, 11. März. Vor zwei Tagen soll die Ernennung des Justiz-Ministers Frhrn. v. Krauß zum Präsidenten des obersten Gerichts- und Kassationshofes erfolgt seyn. Wer zum Justiz-Minister bestimmt ist, kann nicht mit Gewißheit angegeben werden. (Fr. J.)

Wien, 12. März. Die Vorschläge zur Erleichterung der Schifffahrt an den Donaumündungen sind laut Mittheilung der „Tr. Z." genehmigt worden. Zur Stunde dürfte bereits im Auftrage der österreichischen Regierung in Konstantinopel ein Dampfschiff von geringem Tiefgang entweder gekauft oder gemiethet worden seyn, welches zur Reinigung der Sulina-Mündung unverzüglich verwendet werden soll, und zwar auf die alte türkische Art, nämlich in Verbindung mit großen Eggen mit langen eisernen Zähnen, welche über die Sandbank auf- und abgeschleppt werden, um den Sand beständig umzuwühlen und beweglich zu erhalten. Jede andere Methode wird von erfahrenen Seemännern, als nicht zum Ziele führend, Zeit und Kosten raubend, entschieden verworfen.

Dänemark.

Kopenhagen. Der Reichsrath hat in seiner Sitzung vom 7. März über den von der Regierung beantragten Zusatz zu §. 5 der Verfassung*) in erster Berathung verhandelt. Der Premierminister bemerkte: der Erbprinz habe erklärt, daß mit diesem Zusatz seine Bedenken in Betreff der Verfassung beseitigt seyen. Der Gesetzentwurf wurde in erster Berathung angenommen.

---

*) Der §. 5 lautet wörtlich: „Bevor der König die Regierung antritt, übergibt er dem geheimen Staatsrathe schriftlich die eidliche Versicherung, unverbrüchlich die Verfassungsgesetze zu halten, sowohl dasjenige, welches für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie gilt, als diejenigen, welche für die besonderen Angelegenheiten

Kopenhagen, 12. März. Das den holsteinischen Provinzialständen vorgelegte Patent, die Ministeranklage betreffend, ist nunmehr unverändert zum Gesetz erhoben. (H. N.)

Aus dem Holsteinischen, 9. März. In dem neuen Normal-Budget, das man dem Reichsrathe vorgelegt hat, steht unter den Einnahmen obenan: „Ueberschuß von den Domainen-Einkünften 3,298,000 Thlr. Das ist eine grobe Antwort auf die Vorstellung der holsteinischen Stände-Versammlung, welche fast einstimmig beschlossen hat, an Se. Maj. den König die Erklärung zu richten, daß die holsteinischen Domainen nicht ohne Zustimmung der Stände-Versammlung an ein Ministerium der Gesammt-Monarchie übergeben können, und daß die Stände-Versammlung zu einer solchen Uebertragung ihre Zustimmung nicht gebe. — Es ist gegenüber dieser nachdrücklichen Erklärung der Stände-Versammlung ein eben so rechts- wie verfassungswidriger Raub, Holstein seine Domänen zu nehmen, um damit das neue künstliche Geschöpf — „Gesammtstaat" — auszustatten. Wären die holsteinischen Stände annoch versammelt, so würden sie unzweifelhaft gegenüber diesem Akte reiner Willkür den letzten Schritt thun, d. h. den Versuch machen, ob wir von der Bundes-Versammlung für die in der Bekanntmachung vom 20. Jan. 1852 gegebenen Zusagen keinen Schutz mehr zu erwarten haben. Aber die Stände werden kaum nach zwei Jahren erst wieder zusammen kommen, und inzwischen wird Herr v. Scheel, der Minister, die holsteinischen Domänen in die Hände des Hern Bang geliefert haben. (Voss. Z.)

Großbritannien.

London, 11. März. Am 8. Morgens wurde eine Revue der **deutschen Legion** gehalten, bei welcher einem nach dem Orient in Kurzem abgehenden Regimente die Fahne überreicht wurde. Nun gibt bei dieser Gelegenheit eine Uebersicht über die Truppe, welche jetzt den festgesetzten Stand von 10,000 Mann beinahe erreicht hat. Sie soll aus 2 Regimentern Jäger, 6 Regimentern leichter Infanterie, 2 Regimentern leichter Dragoner, in 2 Brigaden getheilt, bestehen. Außerdem sollen zwei Depot-Regimenter, eines für jede Brigade, gebildet werden.

London, 13. März. In der Nachsitzung des Unterhauses spricht Lord Palmerston seine Ueberzeugung aus, daß den **Tartaren** der Krim nach dem Frieden Amnestie bewilligt werde,*) verweigert aber Auskunft darüber, ob **Preußen** zu den Konferenzen eingeladen sey,**) und ob die **italienische** Frage in Paris besprochen werde, weil strenge Geheimhaltung der Konferenzverhandlungen besprochen sey. Admiral **Napier** gibt dem Sir J. Graham den schlechten Erfolg seines Ostsee-Feldzuges schuld, und beantragt einen Untersuchungsausschuß. Der Antrag wird ohne Abstimmung verworfen, nachdem Graham die Anklagen auf Napier als den Schuldigen zurückgeworfen. (T. D. d. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 13. März. Die in dem Zustande des Prinzen **Jerome** eingetretene Besserung hat sich auch gestern Abends behauptet; der Husten stellt sich weniger häufig ein, der Auswurf ist schwierig; im Laufe des heutigen Tages war der Zustand derselbe. (T. D. d. K. Z.)

* Der „Moniteur" erzählt: Anfangs Winters behändigte Herr **Péreire** dem Polizei-Präfekten eine Summe von 30,000 Fr., zur Unterstützung der arbeitslosen Arbeiter und der hülfsbedürftigen Personen. Mit dieser Summe wurde die Noth mancher armen Familie erleichtert. Solche Wohlthätigkeitsakte müssen veröffentlicht werden

Italien.

Mailand, 10. März. Die **Reisausfuhr** aus der Lombardei ist freigegeben und das noch bestandene **Ausfuhrverbot für Getraide** von heute an aufgehoben. (Ostd. P.)

Die Nachrichten aus **Turin** reichen bis zum 6. d. Dem Marchese Giorgio Pallavicini Privlzio sind von Seite Oesterreichs seine Güter zurückgegeben worden. Dieser Gnadenakt ist aber ganz und gar unabhängig von der sogenannten letzten Amnestie. Man glaubt, er sey durch die besondere Verwendung des Kaisers Napoleon hervorgerufen worden, welcher sich jener Zeit erinnerte, wo er als Verbannter in der Schweiz in dem ehemaligen Gefangenen v. Spielberg eine Stütze und einen Freund fand.

der einzelnen Landestheile gelten. Diese Versicherungsakte wird dem Reichsrathe zur Aufbewahrung in dessen Archiv übergeben. — Kann der König wegen Abwesenheit oder aus anderen Gründen diesen Eid nicht unmittelbar bei dem Thronwechsel ablegen, so wird die Regierung von dem geheimen Staatsrathe geführt, bis jene Eidesleistung stattfindet, es sey denn, daß durch Gesetz ein Anderes bestimmt werde."

*) Es war nämlich vielfach die Befürchtung ausgesprochen worden, die tartarischen Einwohner der von den Verbündeten besetzten Theile der Krim, welche sich ihnen sehr freundlich erwiesen hatten, würden nach geschlossenem Frieden von den Russen dafür hart behandelt werden.

**) Diese Geheimthuerei ist jetzt überflüssig, nachdem die halbamtliche „Preuß. Korrespondenz" bereits mit vollen Backen und hoher Selbstbefriedigung die Einladung Preußens zu den Konferenzen ausposaunt hat.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 28. Febr. Aus Anatolien hat man Nachricht erhalten, denen zufolge die Stadt **Kharput** durch ein Erdbeben schwer heimgesucht worden ist. Die meisten Moscheen sollen gelitten haben und mehrere eingestürzt seyn.

Amerika.

* Der Pariser „Moniteur" enthält folgende Korrespondenz aus **Washington** vom 20. Februar. In einer Proklamation erklärt der Präsident, daß jeder Insurrektionsversuch in **Kansas** oder ein durch die Nachbarstaaten auf dieses Gebiet gerichteter Angriff nicht nur durch die lokale Miliz, sondern auch durch die Truppen unterdrückt werden wird, und ruft alle guten Bürger zur Mitwirkung auf, eine Verletzung der Gesetze und der Constitution zu verhindern. Durch diese Proklamation finden die seit einiger Zeit zu Washington umlaufenden Gerüchte von dem bevorstehenden Ausbruche eines Bürgerkriegs in Kansas (Kansas ist ein Territorium, das daran steht, demnächst in die Reihe der Staaten einzutreten; die Frage aber ist, ob mit Zulassung oder mit Ausschluß der Sklaverei. Hierüber streiten sich die Parteien mit äußerster Wuth) Bestätigung. Die Aktenstücke hinsichtlich der Angelegenheiten von Kansas wurden dem Senate vorgelegt; sie umfassen die Periode v. 25. Febr. 1855 bis 16. Febr. d. Jahres. Diese Sache führte zu einem sehr lebhaften Wortwechsel zwischen den Senatoren von Massachusets und von Missuri. Der Präsident hat, um bei den vielen Geschäften weitere Komplikationen in der **Sundzoll-Sache** zu vermeiden beschlossen, daß die seit 1826 vertragsmäßig zwischen den Vereinigten Staaten und Dänemark bestehenden Handels-Verhältnisse, auf zwei Monate verlängert werden sollen. — Bereits sind wegen der demnächstigen **Präsidentenwahl** Konvente zusammengetreten.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

* **Frankfurt**, 14. März. (Privat-Korrespondenz.) Das neueste Ereigniß von hervorragender Wichtigkeit, nämlich daß Preußen die Aufforderung erhalten hat, die Pariser Konferenzen zu beschicken, wurde in unserer Stadt in allen Kreisen mit der lebhaftesten Freude begrüßt, weil hierdurch die Hoffnung bestärkt wird, daß der Friede binnen Kurzem zu Stande kommen werde. Wie man glaubt, beweist die an Preußen ergangene Einladung zur Theilnahme an den Konferenzen, daß die Berathungen der Pariser Bevollmächtigten über sämmtliche **Präliminarpunkte** nunmehr endlich zur Zufriedenheit der betheiligten Mächte geschlossen sind, und dann hofft man von Preußen, daß es angelegentlichst bestrebt seyn werde, das Seinige zur Lösung der noch vorhandenen Detailschwierigkeiten beizutragen und damit das Friedenswerk zum erwünschten Abschluß fördern zu helfen.

Aus **Berlin**, 11. März, wird der Agentur Havas telegraphirt: „Fürst **Gortschakoff**, russ. Gesandter in Wien, begibt sich nach Petersburg, um an den Berathungen über die von Rußland nach dem Abschlusse des Friedens zu beobachtende diplomatische Haltung Theil zu nehmen. Herr v. **Titow**, der russische Gesandte in Stuttgart ist zu dem gleichen Zwecke nach Petersburg berufen worden."

* **London**, 13. März. Die „Morning Post", Palmerston's Organ, widerlegt die Gerüchte bezüglich großer Schwierigkeiten, welche in den **Pariser Konferenzen** aufgetaucht seyn sollen. — Sie versichert, daß die Friedens-Wahrscheinlichkeit, nie so groß gewesen sey als heute, obwohl die Details des Vertrags Zeit erfordern.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 6. März. **Halil Pascha**, des Sultans Schwager, ist gestorben. **Omer Pascha** wird hier erwartet. Der **Waffenstillstand** in der Krim ward am 1. März proklamirt. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 14. März. Die Börse war heute minder günstig gestimmt und die meisten Kurse niedriger.

Meininger Kredit-Aktien wurden zu 111 110⅞ 110½ 110⅞ umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1293 P. 1288 G. Neue Bankaktien 393 P. 388 G. Credit-Actien à 5pCt 221 P 219 G. Metall. alte à 5pCt. 84½ P. 84 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 88½ G.; à 4½pCt. 75¾ P. 75¼ G.; à 4pCt. 68 P. 67½ G.; à 3pCt. 51½ P. 51 G.; à 1pCt. 16¾ P. 16½ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 135 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1851 111½ P. 111¼ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Fres. Einzahl. 314 P. 312 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. — P. 87½ G.; 4pCt. — P. 95 G.; 4pCt. Grundrente 95½ P. 95 G.; 4½pCt. 100⅝ P. 100¼ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 161½ P. 161 G. Neustadt-Weissenb. 125¼ P. 124¾ G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89½ G.; 4½pCt. 102⅜ P. 102⅛ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82 P. 81½ G. **Kurhessen.** 40 Thalerloose b. R. 41⅜ P. 41⅛ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62½ G. **Grossh. Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. — G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 113½ P. 113 G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmst. Bankaktien alte 365 P. 363 G.; junge — P. 315 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89 P. 88½ G., Loose à fl. 25 31⅜ P. 31⅛ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 123½ P. 122¾ G.; Taunus-Aktien 335 P. 333 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 80 P. —— G. **Homburg.** Bankaktien — P. 279 G. **Polen.** fl. 500 Partial 88 P. — G. **Spanien.** 3pCt. int. Schuld 40¼ P. 40 G.; 1pCt. neue 25⅛ P. 24⅞ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 64 G.; Certificats 4pCt. — P. 94½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120⅝ P. 120⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 101¾ P. 101½ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅝ P. 101⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94⅞ P. 94⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96¾ P. 96½ G.	Lyon Frs. 200 k. S 94¾ P. 94½ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89¼ P. 89 G.	Wien fl. 100 C. k S. 118½ P. 118¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅜ P. 117⅛ G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Nichtpolitische Zeitung.

* **Laube** hat jetzt auch auf die Angriffe, die Herr **Werther** von Berlin aus wegen seines Essex gegen ihn richtete, geantwortet. Allerdings, sagt er, habe Herr Werther ihm vor einigen Jahren ein von diesem verfaßtes Stück behändigt, welches diesen Stoff behandelte. Es habe ihn um so mehr interessirt, da er selbst schon viele Jahre lang mit dem Gedanken umgegangen sey, den Essex neu zu bearbeiten; die Werther'sche Arbeit sey so trivial gewesen, daß er nach Durchlesung der ersten Akte sie weggelegt und dem Verfasser zurückgeschickt habe. Etliche Tage, aber nicht mehrere Monate sey das Manuskript in seinen Händen gewesen. Ungefähr ein Jahr später habe er nun sich selbst daran gemacht, seinen längst gehegten Gedanken auszuführen, und seinen Essex geschrieben. Nun trete Werther auf und halte sich zur Vermuthung einer Nachahmung seiner ideellen Konzeption berechtigt. Dazu sey aber nicht der geringste Anhaltspunkt gegeben, denn eben die ideelle Konzeption sey in beiden Stücken ganz verschieden, Seele und Gang seyen in jedem durchaus anders. Er, Laube, habe selbständig gearbeitet und einzelne Analogien seyen bei der Gleichheit des Stoffes leicht erklärlich.

In der hier erwähnten Erklärung Laube's war u. a. auch ein Hauptgewicht auf eine angebliche Aeußerung Gutzkow's gelegt, welche den Behauptungen Laube's besonders günstig schien. In Beziehung hierauf ist nun am 11. März Abends eine Depesche Gutzkow's an Hrn. Werther in Berlin eingegangen, folgenden Wortlauts: „Laube's Zitat ist nicht richtig. Mein Brief lautet anders. Warten Sie nähere Aufklärung ab. **Gutzkow.**"

Ein Belgier, Namens Peters hat vor nicht langer Zeit eine Broschüre geschrieben und in Tausenden von Exemplaren vertheilen lassen, in der er nachzuweisen suchte, daß die **Kartoffelkrankheit** durch Niederschläge aus den chemischen Fabriken hervorgerufen und verbreitet würde. Die ländliche Bevölkerung des Königreichs Belgien und namentlich der Provinz Namur, die ungewöhnlich viel solcher Fabriken besitzt, war schon lange über schädliche Einwirkung erregt, und wurde es durch das Erscheinen jener Broschüre noch mehr. Es brach ein Aufstand aus, der die Zerstörung der im Sambrethalle befindlichen Schwefelsäure- und Glaubersalz-Fabriken dieser Art zum Zwecke hatte. Der Aufstand wurde unterdrückt, von der Regierung aber versprochen, die Beschwerden gründlichst zu untersuchen.

Die belgische Regierung ließ Untersuchungen darüber anstellen, ob und in welchem Umfange die Fabriken chemischer Produkte nachtheilig auf die Vegetation ihrer Umgebung wirken. Nach dem Ausspruch der hiemit beauftragten, aus Chemikern und Botanikern bestehenden Kommission wäre die Schädlichkeit der diesen Fabriken entströmenden Dünste für die Vegetation des engeren Umkreises nicht zu bezweifeln; es gäbe aber auch Mittel, diese Wirkung durch geeignete Vorrichtungen auf ein Nichts oder doch auf ein Minimum zu beschränken. Die belgische Regierung war sofort entschlossen, auf die Einführung solcher Vorrichtung hinzuwirken, legte ihre Gründe in einem Bericht an Se. Maj. den König dar, und erwirkte eine königl. Verordnung, laut welcher von den Eigenthümern oder Direktoren aller Fabriken chemischer Produkte innerhalb zweier Monate von diesem Tage ab solche Maßregeln ergriffen werden müssen, daß der Betrieb der Fabriken, weder innerhalb noch außerhalb derselben, der Gesundheit schaden, noch auf die Kultur oder das allgemeine Interesse nachtheiligen Einfluß üben könne.

Neueste Nachrichten.

Telegraphische Depesche.

London, 14. März. Palmerston erklärt, Preußen sey bloß eingeladen, die Beschlüsse der Konferenz zu ratifiziren, nicht aber mit zu berathen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 76. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 16. März 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Die Motive zu dem Entwurfe eines Gesetzes, „einige Aenderungen der Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheins betreff.", besagen in ihrem allgemeinen Theil Folgendes:

„Als die Staatsregierung bei dem gegenwärtig versammelten Landtage unter dem 17. Sept. v. J. einen Gesetzentwurf über die Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheines einbrachte, worin die Abhülfe für einige der dringendsten Gebrechen der gegenwärtigen Organisation der Untergerichte, zugleich aber auch die Aufhebung des Gesetzes vom 25. Juli 1850, die Gerichtsverfassung betreffend, und folgeweise des sogenannten Grundlagengesetzes vom 4. Juni 1848 in Vorschlag gebracht wurde, beabsichtigte sie dabei nicht, die so oft für dringend erklärte Reform des Gerichtswesens für alle Zukunft als abgeschlossen zu erklären."

„Sie hielt es lediglich für unpassend, daß ein Gesetz für dessen Vollziehbarkeit in der nächsten Zukunft aus mancherlei Gründen, namentlich wegen des dazu nothwendigen höchst bedeutenden Kostenaufwandes, im Hinblicke auf die gegenwärtige Finanzlage des Staates kaum eine Aussicht gegeben war, noch länger als Gesetz fortbestehe, und sie wurde in dieser ihrer Meinung noch durch eine Reihe materieller, von einzelnen Bestimmungen jenes Gesetzes selbst hergenommenen Bedenken unterstützt, welche die Ausführung der projektirten Organisation, sowie sie beschlossen war, auch künftig zu widerrathen schienen."

„Die Konstituirung der sieben Appellationsgerichte als letzte Instanz für die große Mehrzahl aller Zivilprozesse, wodurch die Einheit der Rechtsprechung hätte gestört werden müssen, die in Folge der viergliederigen Unterordnung der Gerichte sich ergebenden Schwierigkeiten in Bezug auf Oberaufsicht und Disziplinirung, der Mangel einer als Vermittlung dienenden Staatsanwaltschaft im Zivilverfahren, die ausgesprochene Errichtung von Handels- und Wechselgerichten, während es an einer für diese Gerichte geltenden Handels- und Wechselgerichtsordnung fehlt — alle diese und noch andere Punkte mußten naturgemäß an den innigen Zusammenhang zwischen Gerichtsverfassung und Prozeßordnung erinnern, und die einstweilige Aufhebung der auf die künftige Gerichtsverfassung bezüglichen Gesetze um so räthlicher erscheinen lassen, als noch keineswegs mit apodiktischer Gewißheit sich vorhersagen ließ, ob nicht die unter Benützung der neuesten Ergebnisse der Wissenschaft und Legislation herzustellenden Prozeßgesetzbücher erhebliche Modifikation der in dem Grundlagengesetze angekündigten, in dem Gesetze vom Jahre 1850 bereits verwirklichten, Organisationsprinzipien nothwendig machen würden."

„Die Regierung wollte daher durch jene Aufhebung, weit entfernt, dem Streben nach wirklicher Verbesserung unserer Rechtszustände entgegenzutreten, lediglich die Schranken beseitigen, welche die legislativen Faktoren dereinst hätten beengen können, in den neuen Gesetzbüchern das unter den gegebenen Verhältnissen als das zweckmäßigste Erkannte zur Geltung zu bringen."

„Nachdem jedoch diese Auffassung mehrfache Mißdeutung erfahren hat, — obgleich im Ganzen die Unthunlichkeit der augenblicklichen Durchführung des verabschiedeten Gerichtsverfassungsgesetzes und der nothwendige Zusammenhang des letzteren mit der Prozeßgesetzgebung nicht verkannt werden wollte, — so hat die Staatsregierung kein Bedenken getragen, den am 17. Sept. v. J. eingebrachten Gesetzentwurf zurückzuziehen, und dem Landtage dafür einen anderen in Vorlage zu bringen, der — unter Offenhaltung der Frage über die allgemeinen Grundlagen der künftigen Gesetzgebung — die Suspension des Vollzuges des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 25. Juli 1850 bis zu dessen bei Erlassung einer neuen Zivil- und Strafprozeßordnung stattfindenden Revision an die Spitze stellt, und sodann diejenigen Maßregeln vorschlägt, welche geeignet erscheinen, für die bisher am Empfindlichsten hervorgetretenen Gebrechen Abhülfe zu gewähren."

„Die Regierung hat in dieser Beziehung im Allgemeinen an dem Standpunkte festgehalten, auf dem Felde der Gesetzgebung Experimente wo möglich zu vermeiden, und an dem Bestehenden nur solche Aenderungen vorzunehmen, welche Aussicht auf längeren Bestand haben, und sie ist hiebei ebensowohl durch die Rücksicht auf den Kostenpunkt, als durch die Erwägung geleitet worden, daß jede Aenderung in dem Wirkungskreise und dem Geschäftsgange der Gerichte von tiefeingreifendem Einfluß auf das Rechtsleben des Volkes ist, und eben, weil sie nur langsam Eingang findet, dann auch auf längere Dauer Anspruch haben muß."

„Die in dem gegenwärtigen Gesetzentwurfe vorgeschlagenen Aenderungen sind deßhalb von solcher Art, daß sie, während sie den überbürdeten Untergerichten eine wesentliche Erleichterung zu schaffen geeignet sind, der künftigen Gesetzgebung über die Gerichtsverfassung durchaus nicht präjudiziren."

„Dieselben beziehen sich auf drei Hauptpunkte nämlich: I Ueberweisung der wichtigeren Zivilprozesse an die mit kollegialer Verfassung versehenen Kreis- und Stadtgerichte (Bezirksgerichte) und Aufhebung der kollegialen Verfassung der Landgerichte; II. Ueberweisung der Führung der Voruntersuchungen in Strafsachen an die Kreis- und Stadtgerichte (Bezirksgerichte) oder an selbständige Untersuchungsrichter an den Landgerichten (Kriminaladjunkten); III. Ueberweisung der Geschäfte der nicht streitigen Rechtspflege an besondere Beamte aus der Zahl der landgerichtlichen Nebenbeamten zu deren selbständigen Behandlung."

„Zu I. Durch das Gesetz vom 17. Novbr. 1837 einige Verbesserungen der Gerichtsordnung betreffend, wurde in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, abgesehen von den nach Vorschrift der Gerichtsordnung zum Exekutiv-, Mandats- oder Arrestprozesse sich eignenden Rechtssachen, ein zweifaches Verfahren vorgezeichnet, nämlich das beschleunigte Verfahren im mündlichen Verhöre und das ordentliche Verfahren."

„Der Gesetzentwurf beabsichtigt nun, den Landgerichten künftig nur solche Kategorien von Zivilrechtsstreitigkeiten zu belassen, welche sich in Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse der streitenden Theile oder im Hinblick auf Art und Betrag des Streitgegenstandes zur Behandlung durch Einzelrichter und zwar im beschleunigten Verfahren im mündlichen Verhör oder in den übrigen summarischen Prozeßarten eignen, alle übrigen Zivilrechtsstreitigkeiten aber den Kreis- und Stadtgerichten unter Veränderung des Namens derselben in den Namen „Bezirksgerichte" zuzuweisen."

„Nothwendige Folge der eintretenden Kompetenzausscheidung ist die Aufhebung der Kollegialverfassung bei den Land-Gerichten, wo dieselbe gegenwärtig besteht. Durch diese Aufhebung wird aber auch einerseits die Geschäftslast der Landgerichte erleichtert, andererseits den Zivilstreitigkeiten mit wichtigerem oder werthvollerem Streitgegenstand die kollegiale Berathung und hiemit die Garantie der größeren Gründlichkeit bewahrt."

„Der Nachtheil der weiteren Entfernung mancher Parteien von dem Sitze des Bezirksgerichts und der dadurch veranlaßte größere Aufwand von Zeit und Kosten wird durch die erwähnten Vortheile im Allgemeinen aufgewogen. Derselbe verschwindet aber vollkommen, wenn bedacht wird, daß in den wichtigeren Prozessen die Parteien in der Regel ihre Vertretung an Rechtsanwälte übertragen, welche in genügender Anzahl am Sitze der Bezirksgerichte vorhanden sind, während gegenwärtig am Sitze der Landgerichte regelmäßig nur ein Rechtsanwalt aufgestellt ist, also in jedem Prozesse wenigstens ein auswärtiger Rechtsanwalt seiner Partei wegen seiner Entfernung vom Gerichtssitze bedeutende Kosten verursacht."

„Da außerdem bei weiter Entfernung vom Sitze des Bezirksgerichts einzelne Prozeßhandlungen, z. B. Augenschein, Zeugenvernehmungen u. s. w. in Folge von Ersuchschreiben an die

betreffenden Landgerichte von den letzteren vorgenommen werden, so ist in dieser Beziehung eine Befürchtung von größerem Zeitaufwande und Kostenmehrung nicht gegeben. Auch der Umstand, daß die Exekution in manchen Fällen aus den Händen des Prozeßgerichtes auf das requirirte Landgericht übergeht, kann nicht als nachtheilig erkannt werden, da gerade hiebei eine in der Exekutionsinstanz erwünschte Kontrole dadurch gegeben ist, daß das requirirende Bezirksgericht die schnelle und ordnungsmäßige Erledigung der Requisition überwachen wird."

„Endlich wird die eintretende Kompetenzausscheidung, insbesondere die Ueberweisung sämmtlicher Konkurse an die in den Städten befindlichen Bezirksgerichte, den wesentlichsten Einfluß auf den Kredit der Landbevölkerung üben, da hiedurch den Bewohnern der Städte, in welchen sich Kapital und Handel konzentrirt, die Gewißheit gegeben ist, den Zahlungs-Säumigen oder in Verfall gerathenen Schuldner an Ort und Stelle ohne Kostenaufwand gerichtlich belangen zu können."

„Zu II. Die entsprechende Führung der strafrechtlichen Voruntersuchungen erfordert auf Seite des Untersuchungsrichters nebst der nothwendigen Gesetzeskenntniß einen besonderen Takt und die Neigung, sich dieser Beschäftigung zu widmen. Dem Interesse der Strafrechtspflege entspricht es ferner, daß die Führung der Voruntersuchungen für einen Bezirk einem einzigen Beamten übertragen werde, indem sich dieser genaue Kenntnisse aller örtlichen und persönlichen Verhältnisse erwirbt, und dadurch leichter in den Stand gesetzt ist, die Schuldigen zu entdecken. Deßhalb hat bereits das Strafprozeßgesetz vom 10. Nov. 1848 die Führung der Voruntersuchungen durch ständige Untersuchungsrichter angeordnet und es hat sich dieses Institut bisher vollkommen bewährt. Der Ausdehnung desselben auf die Landgerichtsbezirke und der Aufstellung ständiger Untersuchungsrichter mit der Befugniß der selbständigen Führung der Voruntersuchungen stand bisher die Organisation der Landgerichte hindernd entgegen. Dieses Hinderniß soll durch den gegenwärtigen Gesetzentwurf beseitigt werden."

„Würden es die Steuerkräfte des Landes zur Zeit zulassen, daß die Zahl der Bezirksgerichte derartig vermehrt würde, daß sämmtliche Voruntersuchungen des Bezirkes vom Sitze des Bezirksgerichtes aus geführt werden könnten, so würde es zur Uebertragung der Führung sämmtlicher Voruntersuchungen an die ständigen Untersuchungsrichter bei den Bezirksgerichten einer gesetzlichen Bestimmung nicht bedürfen."

„Allein da auch bei einer stattfindenden Vermehrung der Zahl der Bezirksgerichte dennoch die einzelnen Bezirke eine solche Ausdehnung erhalten werden, daß die Führung der Voruntersuchungen vom Sitze des Bezirksgerichts aus einen außerordentlichen Zeit- und Kostenaufwand erfordern und wegen der deßhalb nothwendigen Verzögerungen nur nachtheilig auf die Strafrechtspflege wirken würde, ward für die vom Sitze der Bezirksgerichte entfernteren Landgerichte die Führung der Voruntersuchungen durch Kriminaladjunkten als ständige Untersuchungsrichter angeordnet."

„In Führung der Voruntersuchungen sind diese Kriminaladjunkten selbständig, also in keiner Beziehung dem Landgerichtsvorstande untergeordnet; dagegen haben dieselben die Eigenschaften der landgerichtlichen Nebenbeamten und stehen unter der allgemeinen Disziplin des Landrichters."

„Diese Ausscheidung kann nicht als ein Mißstand bezeichnet werden, da dieselbe schon seit Einführung des Einzelrichteramtes durch die Prozeßnovelle vom 17. November 1837 besteht. Jedenfalls aber verdient dieselbe den Vorzug vor der Uebertragung der Führung der Voruntersuchungen einzelner Landgerichtsbezirke an exponirte Mitglieder des Bezirksgerichts, indem ein solcher Untersuchungsrichter aller Disziplin entrückt, eine selbstständige Behörde innerhalb des Landgerichts geschaffen und dadurch eine Quelle zahlreicher Mißstände eröffnet worden wäre, was nicht ohne störenden Einfluß auf die Strafrechtspflege selbst geblieben seyn würde."

„Durch die Bildung größerer Kriminalbezirke wird schließlich eine erhebliche Veringerung der gegenwärtigen Zahl der Frohnvesten eintreten können, und auf diese Art leichter möglich werden, dem in dieser Hinsicht bestehenden dringenden Bedürfnisse abzuhelfen." (Schluß folgt.)

Orientalische Angelegenheiten.

Aus dem Orient.

Sir William Codrington hat im Lager von Sebastopol am 25. Febr. einen Tagesbefehl erlassen, der einiges Aufsehen macht. Der Oberfeldherr will gehört haben, daß eine englische Zeitung die Festungswerke von Kertsch auf das genaueste beschrieben hat. So veraltet und unrichtig die Skizze seyn möge, könne sie nur dem Feind nützen, wenn sich auch der Schreiber einbilde, „daß dergleichen für das Interesse oder die Unterhaltung des englischen Volkes nothwendig sey. Englands Volk hat zu viel gesunden Menschenverstand, um zu wünschen, daß die Interessen der Armee durch einen gedankenlosen Zeitungskorrespondenten oder sonst Jemanden, der sich gedruckt sehen will, verrathen werden. Der Oberfeldherr ermächtigt daher den General Vivian, das Individuum verhaften und ohne Weiteres fortschicken zu lassen, wofern der General nicht Grund zu glauben hat, daß die Thorheit nicht wieder vorfallen wird." Die „Times" macht sich über diesen Tagesbefehl des schreibseligen Feldherrn weidlich lustig. Nachdem sie versichert, sich keiner Beschreibung der Festungswerke von Kertsch erinnern zu können, die irgend ein Blatt gebracht hätte, fügt sie hinzu, daß die Sache á priori unwahrscheinlich sey. Nur ein Offizier, kein Zeitungskorrespondent, hat die Mittel, die Gelegenheit und die Fachkenntniß, eine solche Indiskretion zu begehen. Sir William Codrington (dessen Styl in der That seine komischen Reize hat) sey des Waffenstillstands müde und beginne den Frühjahrsfeldzug mit einer Operation gegen die Presse, im Grund scheine er als Konkurrent der Korrespondenten auftreten zu wollen. (Eine sarkastische Anspielung auf die Depesche, in der er die Sprengung des Fort Nikolaus so poetisch zu beschreiben suchte.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 15. März. Meininger Kredit-Aktien durch Verkäufe starker Subskriptionsbetheiligungen Anfangs sehr gedrückt, schließen Ende der Börse 108¾ sehr begehrt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1293 P. 1288 G. Neue Bankaktien 395 P. 392 G. Credit-Actien à 5pCt 213 P 211 G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89 G.; à 4½pCt. 75⅜ P. 75¼ G.; à 4pCt. 69 P. 68½ G.; à 3pCt. 52½ P. 52 G.; à 1pCt. 17½ P. 17¼ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 135 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 111¼ P. 111 G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 310 P. 308 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. — P. 87½ G.; 4pCt. — P. 95 G.; 4pCt. Grundrente 95½ P. 95 G.; 4½pCt. 100⅜ P. 100¼ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157½ P. 157 G. Neustadt-Weissenb. 124 P. 123½ G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89½ G.; 4½pCt. 102⅜ P. 102⅛ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82½ P. 82 G. Kurhessen. 40 Thalerloose b. R. 41⅜ P. 41⅛ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62½ P. 62 G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. — G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 113½ P. 113 G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmst. Bankaktien alte 371 P. 369 G.; junge — P. 315 G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. 89¼ P. — G., Loose à fl. 25 31⅜ P. 31⅛ G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 123¼ P. 122¾ G.; Taunus-Aktien 335 P. 333 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 80 P. —— G. Homburg. Bankaktien — P. 278 G. Polen. fl. 500 Partial 88 P. — G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 40¾ P. 40½ G.; 1pCt. neue 25½ P. 25¼ G. Holland. Integrale 64½ P. 64 G.; Certificats 4pCt. — P. 94½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120⅝ P. 120⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¾ P. 101½ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅝ P. 101⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 95 P. 94¾ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¾ P. 96½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅞ P. 94⅝ G.
Hamb. MB. 100 k. S 89¼ P 89 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 118⅜ P. 118⅛ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅜ P. 117⅛ G.

Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 14. März. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86$\frac{1}{2}$; 5pCt. Metall. 84$\frac{3}{8}$; 4½pCt. 75½; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 136; von 1854 111$\frac{3}{8}$; Bankaktien 1077; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 360½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 670; österr. Staatsbahnaktien 370; Nordbahnaktien 2922½. Wechselkurse: Augsburg uso 101¾; London 10. 7. B. Geldkurs: Dukaten —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 77. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 17. März 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 15. März. In Folge allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät des Königs wird das durch die ministerielle Bekanntmachung vom 25. Dezbr. 1854 erlassene Verbot der Ausfuhr von Pferden über die äußere Zollgränze (gegen das Zollvereins-Ausland) mit dem 20. d. wieder außer Wirksamkeit gesetzt. — Nach einem vom k. Oberstkämmererstab ausgegebenen Zirkulare werden Se. Maj. der König an allen Kirchenfeierlichkeiten der Charwoche und des Osterfestes mit dem Cortege theilnehmen. (A. Z.)

Betreffs der Hauptabstimmung in der Kammer der Abgeordneten über das Eisenbahndotations-Gesetz haben wir berichtigend nachzutragen, daß Frhr. v. Bassus bei der Schlußabstimmung für das Gesetz gestimmt hat.

(Aus den Motiven der k. Staatsregierung zu dem Gesetzentwurf, einige Aenderungen der Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheines betreffend. Schluß.)

„Zu III. Bekannt sind die Klagen über die Art und Weise, mit welcher die Geschäfte der nicht streitigen Rechtspflege — zumal bei den Landgerichten — behandelt wurden, und bei der Geschäftsüberbürdung der letzteren kann einem Theile jener Klagen die innere Berechtigung nicht abgesprochen werden. Für eine durchgreifende Abhülfe bieten sich zwei Wege, nämlich a) Uebertragung der Geschäfte der nicht streitigen Rechtspflege an besondere Beamte aus der Zahl der landgerichtlichen Nebenbeamten zu deren selbständiger Behandlung, oder b) Aufstellung von Notären und Ueberweisung eines Theiles der Geschäfte der nicht streitigen Rechtspflege an dieselben zu deren ausschließender Zuständigkeit."

„Das Gesetz vom 28. Mai 1852, einige Bestimmungen über die Gerichtsverfassungen in den Landestheilen diesseits des Rheines betreffend, hat bereits unter Beseitigung des im Gerichtsverfassungsgesetze vom 25. Juli 1850 rezipirten Notariats-Institutes den ersteren Weg eingeschlagen, und die Staatsregierung glaubt auf demselben um so mehr beharren zu sollen, da sich über die Frage, ob die Administrirung der freiwilligen Gerichtsbarkeit Notaren oder Gerichtsbeamten zu übertragen sey, noch bis zum gegenwärtigen Augenblicke keine überwiegende Meinung zu Gunsten der Ersteren gebildet hat, und es überdies zur Zeit unräthlich erscheinen würde, durch Aufnahme eines neuen Institutes der künftigen definitiven Gerichtsverfassung vorzugreifen. Auch finden die Klagen über die Behandlung der nicht streitigen Rechtspflege ihren Grund keineswegs darin, daß diese Geschäfte von den Gerichten besorgt werden; sie beruhen vielmehr lediglich darauf, daß die gegenwärtige Organisation der Landgerichte, und die mit deren Geschäftslast nicht im Einklange stehende Besetzung derselben eine schnelle und umsichtige Förderung der Geschäfte der nicht streitigen Rechtspflege bei mehreren dieser Gerichte vielfältig gehindert hat."

„Die bestehende Organisation der Landgerichte erscheint nämlich hauptsächlich deßhalb als die Quelle der Mißstände bezüglich der nicht streitigen Rechtspflege, weil sich in dem Landgerichtsvorstande die gesammte Haftungsverbindlichkeit vereinigt, und den Landgerichtsnebenbeamten jede Selbständigkeit in dieser Beziehung abgeht. Es wird daher nur der Beseitigung der Quelle dieser Mißstände bedürfen, um bei den Landgerichten einen befriedigenden Zustand der nicht streitigen Rechtspflege herzustellen. Durch Ueberweisung der Geschäfte der letzteren an einen Landgerichtsnebenbeamten, oder bei größeren Bezirken an mehrere derselben unter Abtheilung nach Hauptsparten (Hypothekenwesen, Notariat, Vormundschaften, Verlassenschaften) als ständiger Geschäftsaufgabe zur selbständigen Behandlung dürfte den Mißständen zuversichtlich gesteuert seyn. Es sind alsdann bei den Landgerichten diejenigen Grundlagen gegeben, welche geeignet erscheinen, ohne allzugroßen Kostenaufwand auch die Landgerichts-Untergebenen einer geordneten Besorgung der Geschäfte der nicht streitigen Rechtspflege theilhaftig werden zu lassen."

** München, 15. März. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute zuerst den Gesetzentwurf bezüglich der Gewährleistung der Zinsen für die durch eine Privatgesellschaft zu erbauenden Eisenbahnen in der Oberpfalz und Niederbayern berathen.

Im Ausschusse der hohen Kammer fand hierüber folgende Verhandlung statt. Bezüglich der Einlösbarkeit der fraglichen Bahnen von Seite des Staates erkannte der Ausschuß die Wichtigkeit dieses Punktes an, und hielt es für zweckdienlich, sich hierüber vor weiterer Debatte und Beschlußfassung Erklärung von dem anwesenden Herrn Ministerpräsidenten Frhrn. v. d. Pfordten zu erbitten. Derselbe erklärte, daß die Staatsregierung sich das Recht, nach Ablauf der Zinsengarantie-Zeit die projektirten Bahnen für den Staat einzulösen, bei den Verhandlungen und dem Vertragsabschlusse mit der deren Bau übernehmenden Gesellschaft wahren werde, die Modalitäten aber, unter welchen dies zu geschehen habe, seiner Zeit in die betreffenden Konzessions-Urkunden aufgenommen werden würden. Durch diese Erklärung beruhigt, fand der Ausschuß zu keiner weiteren Modifikation des Gesetzentwurfs in dieser Richtung Anlaß. — Was den von der Kammer der Abgeordneten beigefügten Wunsch betrifft, „es sey an Se. Majestät den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu stellen: alle bisher vom Staate auf Regie verwalteten Eisenbahnen zu verpachten," so glaubte die Mehrheit des Ausschusses bei aller Anerkennung des Prinzips und der in concreto dafür sprechenden Gründe doch, daß der gegenwärtige Augenblick zur Formulirung desselben nicht der geeignete sey.

Bei der Berathung in der Kammer sprachen sich der Referent v. Niethammer, der II. Präsident Graf Seinsheim und Graf Arco-Valley für den Gesetzentwurf mit der Modifikation der 2. Kammer aus, und der kgl. Ministerpräsident wiederholte nicht nur die im Ausschuß bezüglich des Einlösungsrechtes des Staats gegebene Erklärung, sondern gab überhaupt bezüglich der Wahrung der Rechte des Staats bei dem Abschlusse des Vertrags mit der Privatgesellschaft sehr befriedigende Erklärungen. Dem Gesetzentwurf wurde dann in Uebereinstimmung mit dem Ausschusse der 2. Kammer beigestimmt, der Wunsch der 2. Kammer, daß die Staatsbahnen verpachtet werden möchten, jedoch nach einiger Debatte abgelehnt.

Hierauf berieth die Kammer den Gesetzentwurf, bezüglich der Eisenbahnbau-Dotation in der VII. Finanzperiode. Hierüber fand im Ausschuß folgende Verhandlung statt. Es einigten sich vorweg sämmtliche Ausschußmitglieder zu der Ansicht, daß es Pflicht des Ausschusses sey, sich die vom Herrn Referenten über die Verwendung des zum Bau der München-Salzburger Eisenbahn bewilligten Kredits auf den Industrie-Palast ausgesprochene Mißbilligung anzueignen, und zu dem Beschluß, seine Verwahrung gegen alle daraus etwa abzuleitenden Konsequenzen für die Zukunft in das Protokoll niederzulegen. In Würdigung jedoch der dem Staatsministerium zur Seite stehenden Entschuldigungsgründe fand der Ausschuß keinen Anlaß dem Art. 1 des Gesetzentwurfes die Zustimmung zu versagen, und trat demselben in der Fassung der Kammer der Abgeordneten bei. Ebenso wurde aus den von dem Hrn. Referenten entwickelten Gründen der Beitritt des Ausschusses zu den übrigen Artikeln des Gesetzentwurfes nach der von der Kammer der Abgeordneten angenommenen Fassung, so wie zu dem von derselben neu vorgeschlagenen Artikel 4 beschlossen.

Nachdem der Referent Hr. v. Niethammer die Anträge des Ausschusses empfohlen hatte, wurde das Verfahren der Regierung bei dem Bau des Glaspalastes von dem 2. Präsidenten Grafen Seinsheim einer sehr scharfen Kritik unterzogen und erörtert, daß die Regierung hier gegen die Verfassung gehandelt habe, daß aber, weil nach Lage der Sache eine

Anklage der Minister oder ein Antrag auf Rückersatz nicht rathsam sey, der Kammer nichts übrig bleibe, als die nachträgliche Genehmigung zu ertheilen, dabei aber ihre Mißbilligung auszusprechen und Verwahrung für die Zukunft zu beschließen.

Der k. Ministerpräsident gab zu, daß die Regierung das Recht nicht habe, Ausgaben ohne Genehmigung des Landtags zu machen, daß sie aber eben deßhalb die nachträgliche Genehmigung nachsuche. Er vertheidigte dann das Verfahren der Regierung in derselben Weise wie in der 2. Kammer. Neu war, daß er sein Bedauern aussprach, daß unsere Verfassung nicht eine Bestimmung, wie andere, enthalte, welche der Regierung das Recht einräume, provisorische Gesetzentwürfe zu erlassen.

Hr. v. Niethammer erwiderte, daß er diesen Wunsch des Hrn. Ministerpräsidenten nicht theile und keine Nothwendigkeit dafür sehe.

Die Kammer stimmte dann auch dem Gesetzentwurf nach dem Beschlusse der 2. Kammer bei und insbesondere betreffs der Verwendung von 1 Million für den Glaspalast ohne vorausgegangene Genehmigung der Kammern wurde beschlossen, „eine Verwahrung gegen alle daraus etwa abzuleitenden Konsequenzen für die Zukunft in das Protokoll niederzulegen."

Die so erzielten Gesammtbeschlüsse über die beiden Gesetzentwürfe wurden noch diesen Abend in der 2. Kammer verlesen, um sofort dem Ministerium überschickt werden zu können. Die nächste Sitzung der 2. Kammer findet am Mittwoch nach Ostern statt.

× **Preußen.** Berlin, 12. März. (Privat-Korresp.) Von Halle aus führt eine Eisenbahn westlich über Erfurt, Eisenach nach Kassel, macht aber, um die Hauptstädte der sächsischen Fürstenthümer zu berühren, einen sehr bedeutenden Bogen nach Süden zu. Hierdurch entsteht ein Umweg, der für die Schnelligkeit des Verkehrs hindernd ist. Für Preußen tritt aber auch noch der Nachtheil ein, daß diese Linie fast gänzlich außerhalb Preußens liegt, während eine geradere Verbindung zwischen Halle und Kassel zum größten Theil durch Preußen geführt werden kann. Es ist daher vor einiger Zeit der Plan aufgetaucht, eine Eisenbahn zu bauen, welche von Halle auf Nordhausen und Kassel geht. Es haben sich zur Ausführung dieser Linie bereit erklärt: die Magdeburg-Halberstadter Eisenbahngesellschaft, die von Halberstadt nach Nordhausen, und von dort sowohl nach Halle als auch nach Kassel bauen wollte; ferner die Magdeburg-Haller Eisenbahngesellschaft. Jetzt ist auch noch die Berlin-Anhalter Gesellschaft hinzugetreten, und hat erklärt, den Bau dieser Linie zu übernehmen. Wie es scheint, wird die Offerte dieser letzteren Gesellschaft das meiste Gewicht erhalten.

× Berlin, 14. März. (Privat-Korrespondenz.) Das Schicksal der Familie des verstorbenen Polizei-Direktors von Hinkeldey kann als gesichert angesehen werden. Wie man hört, ist die Wittwe vom Könige mit einem reichen Wittwengehalte ausgestattet worden, und erhält auch für die Kinder Erziehungsgelder. Die Sammlung, welche zu Gunsten derselben in Kreise hiesiger wohlhabender Bürger veranstaltet worden ist, soll schon außerordentlich günstige Resultate gehabt haben. Besonders betheiligen sich die Börsenmänner an der Subskription und es wird die gestern etwas spät auf der Börse ausgelegte Liste heute abermals zur Einschreibung offen liegen. Das Komite, welches sich für die Sammlung gebildet hat, glaubt im Sinne der gesammten Bürgerschaft Berlins zu handeln, wenn es eine allgemeine Theilnahme an der Subskription zuließ, so daß auch der geringste Beitrag entgegengenommen werden kann. Schon bei Lebzeiten des Hrn. v. Hinkeldey gingen unsere großen Banquiers und Industriellen mit dem Gedanken um, ihm eine Anerkennung für die große Thätigkeit, welche er ihren Interessen zuwendete, durch ein sinniges und sehr werthvolles Geschenk darzubringen. Man hatte nämlich die Absicht, ihm durch eine Sammlung sein Familiengut, welches er zu veräußern gezwungen war, zurückzukaufen, und als Geschenk zu verehren. Man kann mithin die jetzt veranstaltete Sammlung zu Gunsten seiner Familie als eine nachträgliche Ausführung dieser Idee ansehen.

Hannover. Hannover, 12. März. Die „Hannov. Z." meldet die Ernennung des früheren Ministerpräsidenten Hrn. v. Lütken zum Landdrosten von Osnabrück.

Baden. Karlsruhe, 14. März. Wie ich erzählen höre, ist man hier großartig und seit langen Jahren betriebenen Eingangszoll-Defraudationen von Schweizer-Waaren auf die Spur gekommen. Diese sollen an einigen Gränzpunkten in den Zollverein eingeschmuggelt worden seyn, und außer einigen der Gränze nahe wohnenden Betheiligten sollen auch Häuser in andern Städten in diese Angelegenheit verwickelt seyn. Nach dem dermaligen Stand der Sache zu urtheilen, dürfte diese Angelegenheit für die Betheiligten kostspielig ausfallen. (S. M.)

Freie Städte. Hamburg, 14. März. Hr. J. Campe hierselbst hat abermals eine Vorladung vor die Polizeibehörde erhalten, nämlich wegen der Beschwerde eines in Bützow wohnenden Herrn Bölte, der sich durch eine Stelle des Vehse'schen Buches, betreffend die Geschichte des Prinzen Wilhelm, gekränkt glaubt. Herr Campe soll darauf erklärt haben, daß er allerdings dem Autor manches Material geliefert habe, jedoch für die Benutzung und Verarbeitung des mitgetheilten Stoffes zunächst der Verfasser des Buches selbst hafte. (K. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 13. März. (Privat-Korresp.) Fürst Gortschakoff, der russische Gesandte dahier, wird sich nächster Tage von hier nach Petersburg begeben. Es ist ihm vorläufig ein dreiwöchentlicher Urlaub bewilligt worden. Daß der Fürst die Absicht haben soll, sich in das Privatleben zurückzuziehen, wird hier auf das Bestimmteste widersprochen, weniger gewiß ist, ob er wieder nach Wien zurückkehren oder eine andere Bestimmung erhalten soll.

Dänemark.

Kopenhagen, 12. März. Vorgestern fand im Reichsrathe die zweite Berathung über den, die Eidesleistung des Thronfolgers betreffenden Regierungsentwurf statt. Nachdem Baron Scheel-Plessen die Kompetenz des Reichsrathes in dieser Angelegenheit in Zweifel gezogen hatte, wurde der Gesetzentwurf zur dritten Berathung verwiesen. Gestern wurde nach längerer Debatte der Antrag H. Hages und Aagaards auf Wegfall der Jahresgage (500 Rthlr.) für die Mitglieder des Reichsrathes in erster Berathung angenommen.

Großbritannien.

London, 13. März. Der Regierung sind von der gesetzgebenden Versammlung in Neu-Schottland 150 Guineen überschickt worden, um ihrem Landsmann, dem hochverdienten General Williams, einen Ehrendegen anzuschaffen. Derselbe soll ganz aus neuschottischem Material gearbeitet seyn.

Im Oberhaus erklärte Lord Panmure am 11. März auf eine von Graf Derby gestellte Anfrage hinsichtlich einiger Betrügereien, die in Lieferungen von Mörsern an die Artillerie nach Hrn. Monsell's Angabe stattgefunden hatten: die Sache sey leider wahr; die Fehler der schlechten Geschütze seyen mit solcher Gewandtheit versteckt gewesen, daß man sie erst bei der Probirung eines Mörsers entdeckte. Als derselbe sprang, habe man in dem Riß ein so geschickt eingeschraubtes Eisenstück entdeckt, daß sich der Betrug nur mit Schwierigkeit erkennen ließ; bei der dadurch veranlaßten Untersuchung von vier weitern Mörsern habe man entdeckt, daß Eisenstücke in ähnlicher Weise eingefügt, oder daß die Geschütze überhaupt aus schlechtem Eisen gegossen waren. Der Name der betrügerischen Firma sey Grissel, welche dann auch sogleich aus der Liste der Lieferanten gestrichen wurde; er wisse jedoch bis jetzt noch nicht, ob die Regierung die Macht besitze, gegen die Firma gesetzlich zu verfahren. Erstere habe jetzt die Absicht, eine Gießerei zur Verfertigung ihrer schweren Artillerie zu gründen.

Frankreich.

Paris, 12. März. Kommenden Sommer werden wir das Schauspiel einer birmanischen Gesandtschaft haben. Der Kaiser von Birma hat beschlossen, den General d'Orgoni an der Spitze einer Gesandtschaft mit prächtigen Geschenken für den Kaiser und die Kaiserin nach Paris zu schicken. Der General d'Orgoni ist Franzose und war Offizier in der Garde Karls X. Nach dem Sturze der Bourbonen bereiste er viele Jahre lang die englischen Besitzungen in Asien mit dem Vorsatze, den französischen Einfluß an den indischen Höfen, welche ihre Unabhängigkeit von der englischen Kompagnie bewahrt haben, dereinst vorherrschend zu machen. Im Jahre 1852 lud ihn der Kaiser von Birma ein, an seinen Hof zu kommen und in seine Dienste zu treten; er nahm diesen Vorschlag an. Er wurde zum Oberfeldherrn der Armee ernannt und führte einen glücklichen Guerillakrieg gegen die englische Kompagnie. Vor zwei Jahren war er in Paris, wo er mehrere Audienzen beim Kaiser hatte. Die englische Regierung ist, wie aus der Sprache der Londoner Blätter und der Blätter von Calcutta hervorgeht, nichts weniger als zufrieden über die Gegenwart und einflußreiche Stellung des unternehmenden Mannes am Hofe von Ava. (Sch. M.)

Paris, 14. März. Der „Constitutionnel" bringt einen Leitartikel über die Bilance der Bank vom 13. März. Das Konto des Staats hat sich von den 59¼ Millionen auf 86 Millionen gehoben, was jedenfalls auf reichgefüllte Regierungskassen hinweist, die Steuern pro Februar sollen aber auch um 6 Millionen Frcs. mehr eingebracht haben als der gleichnamige Monat 1855.

Paris, 15. März, Nachmittags 4½ Uhr. Seit heute Morgens 9 Uhr drängte sich die theilnehmende Menge vor das Gitter des

Carrusell-Platzes. Equipagen fahren unablässig hin und her. Der Senat, die Munizipalität ist versammelt. — In den Tuilerien sind die Prinzen, die Marschälle, Minister, die Präsidenten des Senats, des gesetzgebenden Körpers, des Staatsraths und viele hohe Würdenträger vereinigt. — Die Adjutanten, die Ordonnanz-Offiziere stehen bereit, um Befehle des Kaisers zu vollziehen. — Alles, mit Einem Wort zeigt an, daß die Kaiserin Eugenie ihrer Entbindung nahe ist. — Die Nachricht, daß sie die ersten Geburtswochen empfunden, verbreitete sich einem elektrischen Funken gleich durch ganz Paris, und Alles eil:, sich für die Stadt-Beleuchtung mit Lampen, Lichtern und anderen Apparaten zu versehen. — Im Invaliden-Hotel stehen die Artilleristen, die brennende Lunte bereit, bei ihren Geschützen, um beim ersten Zeichen der Hauptstadt die große Neuigkeit mitzutheilen, auf die Alles in ängstlicher Spannung wartet.

Paris, 16. März, Morgens 8 Uhr. Die Kaiserin und der junge Prinz befinden sich wohl. Heute Abend wird die Stadt illuminirt.

* Wir lesen im „Univers": „Wir erhalten Briefe aus Stockholm vom 4. März. Das halboffizielle Journal dieses Tages zeigt an, daß der Kaiser der Franzosen die Königin Josephine von Schweden, seine Verwandte, zur Pathin seines ersten Kindes gewählt hat, und daß Se. Heil. der Papst Pius IX., Pathe ist.

* Man schreibt dem „Univers" aus Rom, 8. März: „Es ist gebräuchlich, daß der Papst jährlich am ersten Sonntag in der Fasten ein „die goldene Rose" genanntes Bouquet weiht und daß diese Rose einer katholischen Souveränin zum Geschenke gemacht wird, und man glaubt allgemein, daß diesmal die am 2. März gesegnete Rose der Kaiserin Eugenia geschickt werden wird. Eine solche Zusendung erfolgt nicht jedes Jahr, sondern nur, wenn besondere Umstände eine katholische Fürstin zu dieser Ehre bezeichnen. Die diesjährige goldene Rose ist sehr schön und soll nicht weniger als 2000 Scudi gekostet haben.

Spanien.

Der „Epoca" zufolge ist bei Vera an den Gränzen von Navarra eine carlistische Niederlage von 80 Gewehren entdeckt und weggenommen worden. Die Regierung rechnet darauf, sowohl in Catalonien, als in Navarra noch mehrere Niederlagen ausfindig zu machen — Wie die catalonischen Blätter melden, haben viele Grundeigenthümer der Provinz kürzlich in einer Versammlung zu Cordova die Grundlagen eines Bündnisses zwischen den Bauern und den Gutsbesitzern vereinbart, das die Aufrechthaltung der Ruhe in der Provinz bezweckt, falls deren Störung neuerdings von den Carlisten oder von sonst irgend einer Seite her versucht werden sollte.

Türkei und Donaufürstenthümer.

In Belgrad soll ein preußisches Konsulat errichtet werden. (Allg. Z.)

Bucharest, 20. Febr. Die neueste Nummer des Amtsblatts gibt den Wortlaut des Gesetzes für die Emanzipation der Zigeuner des Fürstenthums Wallachei. Die Hauptbestimmungen sind folgende: „Die Sklaverei hört auf. Jeder Zigeuner, der heute noch sich in dieser Kategorie befindet, ist frei und wird sogleich in die Listen der dem Staate Steuer zahlenden Individuen eingetragen. Die Entschädigung, die den Eigenthümern derselben bewilligt wird, beträgt 10 Dukaten für den Kopf." Die Zahl der Zigeunerfamilien beträgt 18,621.

Rußland und Polen.

Der in Krakau erscheinende „Czas" meldet. In Polen wird gegen den 15. März eine von der Regierung angeordnete allgemeine Rekruten-Aushebung erfolgen.

Amerika.

Das Gerücht, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Abberufung des englischen Ministers Crampton von Washington verlangt habe, wird auf das Bestimmteste widerlegt. Die Entscheidung der britischen Regierung in dieser Angelegenheit bleibt noch abhängig von den Mittheilungen, die täglich erwartet werden, insofern Crampton, welcher in der Werber-Angelegenheit sich wirklich große Blößen gegeben zu haben scheint, nicht vorziehen sollte, freiwillig sich zurückzuziehen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 13. März. (Privat-Korrespondenz.) Der Hospodar der Wallachei, Fürst Stirbey, hat seinen Sohn, den Prinzen Georg Stirbey nach Paris gesendet, um dort in seinem Interesse zu wirken. Die Agenten des Fürsten entwickeln überhaupt gegenwärtig wieder sowohl in Wien als auch in Paris und Konstantinopel eine sehr große Thätigkeit, insbesondere seitdem es bekannt geworden, daß die europäischen Mächte sich für die Uebertragung der erblichen Fürstenwürde an einen Einheimischen ausgesprochen haben. — Die Nachricht von dem Eintritte Preußens in die Konferenz ist hier mit großer Befriedigung aufgenommen worden, denn man betrachtet denselben als ein Zeichen, daß der Friede in Aussicht steht, und man glaubt sich zu dieser Anschauung um so mehr berechtigt, als zu gleicher Zeit an kompetenter Stelle versichert wird, daß der fünfte Punkt, der bekanntlich zu den meisten Besorgnissen Veranlassung gegeben, seine volle und befriedigende Erledigung gefunden hat.

London, 15. März. Der „Morning Post" zufolge schreiten die Pariser Konferenzen rasch ihrem Ende entgegen, und die Unterzeichnung des definitiven Friedensvertrages steht binnen Kurzem bevor. Nach Unterzeichnung des Wiener Protokolls sagt die „Morn. Post.", sey man zur Besprechung der fünf Punkte geschritten, und die befriedigende Erledigung der streitigen Fragen liefere den Beweis, daß der Friede schließlich zu Stande kommen werde, indem Rußland sich jetzt bereit erkläre, sich bei einer Revision der Akte von 1841 zu betheiligen. Eine baldige Veröffentlichung der Friedensbedingungen stehe zu erwarten. (T.D.d.K.Z.)

Aus dem Orient.

(Wortlaut der Bestimmungen des zu Konstantinopel in Bezug auf die nicht muselmännischen Unterthanen der Pforte erlassenen Hat-Humayum.)*) Ich habe beschlossen und verordne die Ausführung dessen, was folgt: „Die allen Unterthanen meines Reiches durch mein Hat-Humayum von Gülhane und die Tansimatsgesetze ohne Unterschied des Standes und Glaubensbekenntnisses versprochenen Bürgschaften werden gegenwärtig bekräftigt und konsolidirt, und es werden wirksame Maßregeln ergriffen werden, auf daß sie vollständig zur Geltung gelangen. Alle von Alters her und später allen christlichen und anderen nicht muselmännischen Genossenschaften unter meinem schützenden Schild gewährten geistlichen Gerechtsame werden bestätigt und aufrecht erhalten. Jede christliche und andere nicht muselmännische Gemeinschaft ist gehalten, in einer bestimmten Frist und mit Zuziehung einer aus ihren Angehörigen zu diesem Zwecke gebildeten Kommission mit meiner hohen Genehmigung und unter Ueberwachung meiner hohen Pforte zur Prüfung ihrer Immunitäten und Privilegien zu schreiten und die von dem Fortschritte der Aufklärung und der Zeit gebotenen Reformen zu erörtern und meiner hohen Pforte zu unterbreiten. Die den Patriarchen und Bischöfen der christlichen Riten von dem Sultan Mohamed II. und seinen Nachfolgern eingeräumten Befugnisse werden in Einklang mit der neuen Stellung gebracht werden, welche meine edelmüthigen und wohlwollenden Absichten diesen Bekenntnissen sichern. Das Prinzip der lebenslänglichen Ernennung der Patriarchen nach Revision der gegenwärtig gültigen Wahlbestimmungen wird in Einklang mit ihren Investiturfirmans gewissenhaft zur Anwendung kommen. Die Patriarchen, Metropoliten, Erzbischöfe, Bischöfe und Rabbiner werden bei ihrem Amtsantritt vereidigt nach einer zwischen meiner hohen Pforte und den geistlichen Häuptern der verschiedenen Bekenntnisse vereinbarten Formel. Die kirchlichen Zinse jeder Art werden aufgehoben und durch feste Gehalte der Patriarchen und sonstigen Kirchenhäupter und Geistlichen, die im Verhältnisse zu der Wichtigkeit, dem Range und der Würde der verschiedenen Mitglieder des Klerus stehen, ersetzt.

Das bewegliche und unbewegliche Eigenthum des christl. Klerus bleibt unangetastet, die weltliche Verwaltung jedoch der christlichen und der übrigen nichtmuselmännischen Kulte wird unter die Obhut einer aus der Geistlichkeit und Laienschaft der betreffenden Genossenschaften gewählten Versammlung gestellt werden. In den Städten, Flecken und Dörfern, deren gesammte Bevölkerung (en totalité) demselben Ritus angehört, wird der Wiederherstellung der dem Gottesdienste gewidmeten Gebäude nach dem ursprünglichen Plane, der Schulen, der Krankenhäuser und der Begräbnißstätten kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Die von dem Patriarchen oder sonstigen Häuptern der kirchlichen Genossenschaften gut geheißenen Plane dieser Bauten werden, wo es sich um Neubauten handelt, bloß meiner hohen Pforte vorgelegt werden, die ihre Genehmigung ertheilen oder in einer bestimmten Frist ihre Bemerkungen machen wird. Kein Kultus wird in den Orten, wo es keine anderen religiösen Bekenntnisse gibt, in Bezug auf seine äußeren Kundgebungen irgend einer Beschränkung unterworfen. In Städten, Flecken und Dörfern von gemischten Bekenntnissen kann jedes Bekenntniß, welches ein bestimmtes Stadtviertel be-

*) Wegen Mangels an Raum bisher zurückgestellt.

wohnt, gleichfalls, wenn es sich den oben angeführten Vorschriften fügt, seine Kirchen, Hospitäler, Schulen und Begräbnißplätze ausbessern und wieder herstellen. Wenn es sich um die Errichtung neuer Gebäude handelt, so ist die Ermächtigung dazu durch das Organ der Patriarchen oder Gemeindehäupter von meiner hohen Pforte einzuholen, welche einen souveränen Beschluß fassen wird, indem sie diese Ermächtigung ertheilt, es müßten denn Administrativhindernisse obwalten. Das Einschreiten der Administrativbehörden ist bei allen derartigen Akten ein durchaus freiwilliges. Die Regierung wird Maßregeln treffen, um jedem Kultus ohne Rücksicht auf die Zahl seiner Anhänger die volle Freiheit seiner Ausübung zu gewähren. Jede Unterscheidung oder Benennung, die geeignet wäre, irgend einer Klasse der Unterthanen meines Reiches wegen ihres Glaubens, ihrer Sprache oder ihrer Race als untergeordnet erscheinen zu lassen, wird aus dem Administrativprotokoll gestrichen. Das Gesetz wird jede beleidigende oder verletzende Benennung, deren sich Privatpersonen oder die Behörden schuldig machen sollten, bestrafen. In Anbetracht, daß in den otomanischen Staaten einem Jeden die freie Ausübung seines Kultus gestattet ist und auch in Zukunft gestattet seyn soll, wird kein Unterthan meines Reiches in der Ausübung seiner Religion gestört oder wegen derselben in irgend einer Weise beunruhigt werden. Niemand kann zum Religionswechsel gezwungen werden. (Forts. folgt.)

* Bei Gelegenheit des Waffenstillstand-Abschlusses in der Krim, wurden den russischen Offizieren einige Exemplare des nachfolgenden Programms eines am 1. März im französischen Tschernaja-Theater statthabenden Balls mit der Aufforderung übergeben, daran Theil zu nehmen, wenn es seyn kann: „Samstag, 1. März 1856. Theater an der Tschernaja. Bal paré und Maskenball. Das aus 50 Musikern bestehende Orchester wird von Hrn. Pénas, Musikmeister im 7. Linienregiment, dirigirt werden. Um Mitternacht Ausführung der brillanten Quadrille le Sire de Franc-Boisy, mit Begleitung von Pistolen-Schüssen und bengalischem Feuer. Subskriptions-Preis 5 Francs. Die Zeichnungslisten werden in den Regimentszirkeln aufliegen. Die Thüren werden um 8 Uhr geöffnet. Der Zutritt ist nur in Uniform oder in Kostüme gestattet. Um 2 Uhr findet eine Tombola für die Damen statt. Am Büffet sind Soupers und Erfrischungen zu haben."

Vom nördlichen Kriegsschauplatz.

Kiel, 13. März. Die Korvette „Firefly" ist im Hafen mit einer Depesche der englischen Regierung eingelaufen, welche den Kommodore Watson anweist, keine Feindseligkeiten in der Ostsee zu unternehmen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 16. März. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 83¾; 4½pCt. Met. 76⅝; Wiener Bankaktien 1291; 5pCt. Lomb. 90; Wiener Wechsel l. S. 117⅛; 3pCt. inl. span. 40¾; 1 pCt. neue 25½; Darmstädter Bankaktien 377.

Meininger Kredit-Aktien durch starke Gewinnstrealisation der Subskribenten gedrückt, wurden zu 108½ 108¼ 108 107¼ 107 106½ 107 107½ umgesetzt und schlossen fest.

Junge Darmstädter-Bankaktien wurden zu 320 19 18 umgesetzt. Homburger-Landesbankaktien wurden zu 280 bis 83 umgesetzt.

London, 8. März. Rohzucker anfangs animirt, schließt flauer. Hiesiger Vorrath am 1. März 56,085 Tons, 6211 Tons mehr als zur selben Zeit im vorigen Jahre, während der Verbrauch in den ersten zwei Monaten um 19,613 Tons und der Export um 767 Tons geringer als im vorigen Jahre ist. Frankreich verbrauchte im Jahre 1855 total 176,000 Tons Zucker, darunter 59,000 Tons Rübenzucker. Für den Kontinent sind diese Woche zwei Ladungen braun Paraibo zu 23 sh. 6 d. genommen.

Kaffee und Cacao sehr still.

Rum flau, nur Jamaika wird fest auf vorigem Preise gehalten.

Tabak ganz unverändert.

Reis 1 sh. gewichen und sehr still.

Amsterdam, 8. März. Kaffe bei stillem Geschäft unverändert. gut ord. Java wird 32½ a 32 cs. notirt, Brasilsorten etwas fester gehalten. Thee still.

Tabak in erster Haltung vernachlässigt, in zweiter Hand unbedeutendes Geschäft. Vorrath 872 F. Maryland, 211 Sur. Havana, 1273 B. Java.

Rohzucker still, raffinirter zu unveränderten Preisen etwas fester.

Reis matt, gesch. Java zu 10 fl., Arakan zu 9 fl. käuflich.

Gewürze fest. 413 B. brauner Pfeffer sind zu 29½ cs. verkauft. Nelken werden 38 a 40 cs., beste Muskatnüsse 156 cs., Blüthe 145 cs. notirt.

Havana Honig ohne Vorrath, inländ. zu 21 fl. käuflich.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 13. März. Die Vorlesungen im Hörsaal des chemischen Laboratoriums zu Gunsten des „Schiller-Vereins" wurden dieser Tage mit einem glänzenden Vortrag Dingelstedt's „über das französische Theater während der Schreckenszeit" geschlossen. Am Schluß warf Dingelstedt einige Rückblicke sowohl auf die früheren Vorträge als auf den diesjährigen Kursus. Es wurden im Ganzen 15 Vorlesungen gehalten, an welchen sich Liebig, Bluntschli, Carrière, Löher, Kobell, M. Wagner, Jolly, Schack, Pettenkofer, Bodenstedt und Dingelstedt betheiligten. Riehls angekündigte Vorlesung über Haydn hat in Folge seiner Erkrankung nicht stattgefunden. Die Theilnahme des gebildeten Publikums war auch in diesem Winter warm und nachhaltig. Hätte der Raum erlaubt statt der 200 wirklichen Eintrittskarten die dreifache Zahl auszugeben, sie würden sicher auch abgesetzt worden seyn, da die Nachfrage ungemein groß war. (Allg. Z.)

Der „Münch. Bote" berichtet: Der jetzt vielbesprochene Schullehrer Bacherl von Pfaffenhofen, dessen Porträt in den Kunsthandlungen neben den Helden der Kunst und Geschichte prangt, befindet sich hier und ward dieser Tage zum Künstlerklubb geladen.

In Laube's Sache ist weiter folgende Erklärung ergangen: „Berliner Blätter bringen den Abdruck einer telegraphischen Depesche, die ich am 11. d. an Hrn. Werther richtete. Es ist mir nur aus dem Gefühl, seine Sache nicht gewinnen zu können, erklärlich, wie sich Hr. Werther diesen Mißbrauch mit einer ihm persönlich gemachten Mittheilung erlauben konnte. Es war einfach meine Absicht, daß das Citat eines Briefes von mir, den Dr. Laube in seiner Erklärung gegen Hrn. Werther erwähnt, nicht zur Veranlassung gemacht würde, Hrn. Werther und zwei oder drei anderen Personen in Berlin als unwahr zu erscheinen — denn das Citat war nicht ganz richtig — nicht aber, daß von diesem Zwischenfall etwas das Publikum erführe, dem dieser ganze Handel ohnehin schon zu lange währt. Dr. Laube hat meinen Brief, der allerdings Anderes sagte, als er anführt, ohne Zweifel nur aus dem Gedächtniß zitirt. Nur jenen drei oder vier Namen konnte daran gelegen seyn, daß er nach richtigerem Wortlaut ihnen bekannt würde und dies auch nur zu meiner Rechtfertigung, nicht zur Rechtfertigung Dr. Laube's, am Wenigsten zur Mehrung der Thatbestände eines literarischen Prozesses der, wenn er öffentlich plaidirt würde, nur wenig Zuhörer haben würde. Dresden, 12. März 1856. Karl Gutzkow."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 78.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 18. März 1856

Deutscher Bund.

Zwischen der freien Stadt Bremen und den Staaten des Zollvereins ist ein Handelsvertrag abgeschlossen worden, welcher verschiedene Erleichterungen des Verkehrs gewährt und vorläufig bis Ende des Jahres 1865 gilt. Wird derselbe von dem einen oder dem anderen der kontrahirenden Staaten nicht spätestens ein Jahr vor dem Ablauf gekündigt, so soll er als auf weitere zwölf Jahre verlängert angesehen werden, und so fort von zwölf zu zwölf Jahren. Die Ratifikation desselben hängt nun noch von der verfassungsmäßigen Zustimmung der Volksvertretungen in den einzelnen Staaten ab. Die gesetzgebende Versammlung der freien Stadt Frankfurt hat ihn bereits genehmigt.

Bayern. München, 17. März. Se. Maj. der König haben den Appellationsgerichtsassessor Jos. Schipp in Aschaffenburg zum Rathe an dem Appellationsgerichte daselbst ernannt. (N. M. Z.)

München, 16. März. Der Generaldirektor der Verkehrsanstalten, Frhr. v. Brück, hat sich heute nach Berlin begeben, um die Leitung der preußischen Staatseisenbahnen kennen zu lernen und die etwaigen dort bestehenden Verbesserungen auch in Bayern einzuführen. (Augsb. Pstz.)

München, 16. März. Oberappellationsgerichtsrath Joh. Bapt. Baumgärtner, Ritter des Verdienstordens vom heil. Michael, ist gestern im 66. Lebensjahre gestorben. — Der durch die jüngsten Kammerbeschlüsse zum Eisenbahnbau genehmigte Kredit von 12,200,000 fl. dürfte schon in allernächster Zeit realisirt werden, und zwar, wie man glaubt, durch öffentliche Subskription. Daß die Staatsregierung auf diesem Wege zu 4½pCt. verzinslich die benöthigten Mittel in kürzester Zeit erhält, möchte kaum zu bezweifeln seyn. — Dieser Tage wurde ein neues Staatshandbuch für das Königreich Bayern ausgegeben. (Allg. Ztg.)

°° München, 17. März. (Privat-Korrespondenz.) Das Ehrenkreuz des Ludwigsordens, welches Se. Maj. der König unserem Stadtkommandanten, Generallieutenant Frhrn. v. Harold, für fünfzigjährige treu geleisteten Dienste verliehen hat, wurde demselben diesen Vormittag in sehr feierlicher Weise an die Brust geheftet. Sämmtliche Abtheilungen der Linie und der Landwehr waren hiezu in Parade ausgerückt und in geschlossenen Bataillonskolonnen in ein Viereck aufgestellt. Nachdem dem Gefeierten der Orden in üblicher Weise durch den Divisionskommandanten Generallieutenant v. Flotow überreicht war, brachte die gesammte Mannschaft Sr. M. dem König ein dreimaliges Hoch, wobei das Musikkorps den Fahnenmarsch spielte. Es erfolgte dann der Vorbeimarsch vor der hohen Generalität und dem sehr zahlreich versammelten Offizierkorps.

Bei der Kammer der Reichsräthe sind abermals 33 Eingaben von verschiedenen geistlichen Kapiteln wegen der Kapitalrentensteuer eingelaufen. Darunter befindet sich auch eine Vorstellung des erzbischöflichen Ordinariates Bamberg, welche sich der I. Präs. Frhr. v. Stauffenberg angeeignet hat.

Der Abt Gregor von Metten ist nun von seiner Krankheit vollständig genesen. Derselbe hat bereits seine Abschiedsrede gehalten. (Bayer. Landbötin.)

Preußen. Berlin, 16. März. Die Zeitungen berichten noch fortwährend über die unselige Duellgeschichte, ohne daß bis jetzt über die eigentlichen Quellen und Motive des Ereignisses helleres Licht verbreitet wäre. Nach der Gerichtszeitung hatte, außer zum 10., Herr v. Hinkeldey auch noch zum 13. und 14. zwei weitere Herausforderungen ergehen lassen. Ja, die Geforderten haben (nach demselben Blatte) um die Ehre des ersten Duells geloost und Rochow ist ausgeloost worden. Der blutige Ernst der ganzen Affaire tritt dadurch noch deutlicher hervor. Einen Sühneversuch, der auf Rochows Verlangen gemacht seyn soll, hat Hinkeldey zurückgewiesen, und als ihm darauf geantwortet worden, er möge bedenken, „daß ein Rochow nur die strengsten Bedingungen für den Kampf vorschlagen dürfe und nicht zum Spaß auf dem Kampfplatz erscheine", so ist dies dem Verstorbenen „aus der Seele gesprochen" gewesen. — Der König hat, da nach dem Gesetze der Pensionsanspruch durch das gewaltsame Ende verwirkt ist, der Wittwe des Hrn. v. Hinkeldey ein Jahrgehalt von 2000 Thlrn. und daneben für jedes der sieben Kinder eine Subvention zur Erziehung ausgesetzt.

Berlin, 16. März. Hiesige Blätter bringen heute folgende, auf das Duell des Hrn. v. Hinkeldey bezügliche amtliche Erklärung:

„Am 28. Februar c. erschien, anscheinend in einer Privatangelegenheit, in der Wohnung des Unterzeichneten eine dem Herrn v. Rochow-Plessow befreundete Person. Diese führte höchst verletzende Reden gegen den Herrn von Hinkeldey, und legte dem Unterzeichneten Abschriften von Schriftstücken vor, welche angeblich von dem Hrn. v. Rochow-Plessow herrührten, und die schwersten Beleidigungen gegen den Hrn. v. Hinkeldey enthielten. Der Unterzeichnete erklärte sofort, daß er die Verbreitung derartiger Angriffe gegen einen so hochgestellten und ihm befreundeten Staatsbeamten nicht dulden könne, und daß er sich verpflichtet fühle, von solchen Anzeige zu machen. Es wurde hierauf erwiedert, daß nicht nur hiergegen nichts einzuwenden sey, sondern vielmehr dem Unterzeichneten jede beliebige Maßregel anheimgestellt bleibe, da eine Verheimlichung der betreffenden Schriftstücke keineswegs beabsichtigt werde. Als der Unterzeichnete demgemäß dem Herrn v Hinkeldey am 1. März von dem Sachverhältnisse Mittheilung machte, ergab es sich, daß dieser solches schon seit mehreren Tagen anderweitig erfahren hatte und machte Hr. v. Hinkeldey bei dieser Gelegenheit Aeußerungen, aus denen sich der Verdacht ergab, daß derselbe entschlossen sey, von den bei der Sache betheiligten Personen persönliche Genugthuung zu fordern. Obwohl der Unterzeichnete damals gar nicht an den Ernst eines solchen Entschlusses glauben konnte, so hielt derselbe sich doch verpflichtet, Se. Maj. den König auf die bestehende Gefahr persönlich aufmerksam zu machen. Des Königs Majestät erklärten Sich sofort entschieden gegen den beabsichtigten Zweikampf und befahlen dem Unterzeichneten, so schleunig als nur irgend möglich, alle Materialien zusammenzubringen, welche nöthig wären, die Sache gründlich zu untersuchen und in einer beide Theile befriedigenden Weise zu erledigen. Diesem Befehle Sr. Majestät des Königs ist der Unterzeichnete ohne den geringsten Zeitverlust und mit dem allergrößten Eifer nachgekommen. Auf besondern Befehl Sr. Maj des Königs mußte der Unterzeichnete sogar noch in der Nacht vom 6. zum 7. d. M. eine Reise nach Schlesien unternehmen, um eine bei der Sache betheiligte Person protokollarisch zu vernehmen. Obwohl der Unterzeichnete diese Reise und den Zweck derselben dem Hrn. v. Hinkeldey ausdrücklich angezeigt hat, so ließ derselbe das Duell dennoch mit einer so unglücklichen Eile und Heimlichkeit vor sich gehen, daß leider alle zur Verhütung desselben aufgewendeten Bemühungen nichtig gewesen sind. Auch seiner amtlichen Umgebung und seiner Familie hat Hr. v. Hinkeldey die von ihm gehegten Absichten zu verheimlichen gewußt. Nur ein einziger Polizeibeamter scheint von dem Duell und von der Stunde, zu welcher dasselbe stattfinden sollte, vorher unterrichtet gewesen zu seyn. Der Staatsanwalt beim k. Stadtgericht. Noerner."

Berlin, 15. März. Die Verwaltung der Stelle des Polizeipräsidenten der Haupt- und Residenzstadt Berlin ist nach einer amtlich publizirten Mittheilung dem Ober-Regierungsrath und Dirigenten der Abtheilung des Innern der Regierung zu Liegnitz, Frhrn. v. Zedlitz-Neukirch, übertragen worden. (N.-Z.)

Berlin, 16. März. Das bereits vor einiger Zeit in Umlauf gewesene Gerücht von einem Vermählungsprojekte zwischen einer Prinzessin von England und dem Prinzen Friedrich

Wilhelm, Sohn des Prinzen von Preußen tritt neuerdings in den Vordergrund. (Fr. J.)

Kurhessen. Kassel, 17. März. Augenblicklich werden hier unter spezieller Beaufsichtigung eines von der Provinzialregierung beauftragten Beamten Engagements von Maurern, Ziegelbrennern und Zimmerleuten zur Ausführung großer Bauten in Schleswig-Holstein abgeschlossen. Aus Kassel und der Umgegend haben etwa 400 die gebotenen, wie man sagt, sehr günstigen Bedingungen angenommen. (Fr. Pstz.)

Aus Kurhessen, 11. März wird in den „Hamb. Nachr." gemeldet: „Wie man vernimmt, wäre gegen einen der eifrigsten Genossen der Vilmar'schen Partei, gegen den Pfarrer Ruckert in Kassel, eine Disziplinaruntersuchung angeordnet, und zwar aus Anlaß einer Petition der ersten Gemeinde des Landes, der sogenannten Freiheiter in Kassel, in welcher diese um Versetzung jenes Geistlichen bittend, ihm nachsagt, daß er auf der Synode in Ziegenhain öffentlich behauptet, es sey eine Schmach von einer reformirten Kirche in Kurhessen zu reden. Hr. R. erklärte in der „Kass. Ztg." jene Nachrede für eine Unwahrheit, worauf Professor Heppe in Marburg öffentlich auf das Protokoll hinwies, welches jene Aeußerung enthält, und sich außerdem bereit erklärte, mit 4 Geistlichen Marburgs, welche gleichfalls der Synode beiwohnten, eidlich zu erhärten, daß Pfarrer R. in seiner Erklärung öffentlich die Unwahrheit gesagt. Man ist nun sehr auf die Untersuchung gespannt, da diese, wenn sie gegen R. ausfiele, der Vilmarschen Partei einen neuen empfindlichen Schlag versetzen, und noch andere Gemeinden veranlassen würde, dem Beispeile der Freiheiter zu folgen."

Baden. Karlsruhe, 16. März. In der jüngsten Sitzung der badischen 1. Kammer vom 13. d. kam bei der Berathung des Budgets des Ministerium des Innern über die Position „gelehrter Unterricht und Volksschulen" ein wichtiger Umstand zur Sprache, der wohl allseitigere Beachtung finden dürfte. Graf v. Kageneck nämlich wünschte wesentliche Modifikationen in den Einrichtungen der Gelehrtenschulen, namentlich eine größere Berücksichtigung der lebenden Sprachen gegenüber den todten. Die Kenntniß der französischen Sprache gehöre nun einmal wesentlich zur Bildung; sie werde bei dem zunehmenden Weltverkehr immer nothwendiger. Sie nicht zu kennen, setze manchen Verlegenheiten aus, während dieses bei dem Griechischen, das bis zum Ueberdruß gelehrt werde, gewiß nicht der Fall sey. (Sehr wahr!) — Staatsrath v. Rüdt theilte die Ansicht, daß die lebenden Sprachen in den Gelehrtenschulen mehr betrieben werden sollten, und ist für eine Verminderung des Unterrichts in der lateinischen und griechischen Sprache und eine Vermehrung der realen Fächer. Er glaubt, daß bei der Revision des Lehrplanes die geeigneten Anordnungen getroffen werden könnten. — Staatsrath Frhr. v. Wechmar: In Bezug auf die Gelehrtenschulen sey der Unterricht in den lebenden Sprachen allerdings zu begünstigen; aber man dürfe nicht vergessen, daß die klassische Bildung als Hauptgrundlage nicht zu vernachlässigen sey, und außerdem man nicht zu Vielerlei treiben könne. — Staatsrath v. Rüdt hält für das Hauptmittel, daß man bei dem Volksschullehrerstand ländliche Sitte pflegen und ihn vor dem Luxus der Zeit bewahren solle. (Fr. J.)

Freie Städte. Bremen, 6. März. Am 11. Oktbr. 1853 sprach das hiesige Obergericht das Urtheil über die Theilnehmer des sogenannten Todtenbundes; die Untersuchung erstreckte sich über 81 Personen. Von den 61 zu längerer Haft Verurtheilten hatten 8 an das Oberappellationsgericht in Lübeck appellirt. Die Anklage lautete auf Verbrechen wider den Staat und Uebertretungen der Verordnungen vom 19. Mai 1851 und 29. März 1852. Das Oberappellationsgericht hat das Urtheil gegen Einen (6 Monate) bestätigt, gegen die Uebrigen ansehnlich gemildert. (Br. Tagbl.)

§ **Oesterreich.** Wien, 15. März. (Privat-Korresp.) Sicherem Vernehmen zufolge hat die Regierung die Bewilligung zu den vorbereitenden Maßregeln zur Bildung einer Kronstadt-Wallachischen Eisenbahngesellschaft vertheilt, die wohl schon in nächster Zeit ihre Thätigkeit beginnen wird. Dem uns zur Einsicht mitgetheilten Programme zufolge soll die Bahn von Temeswar aus über Altarad, Hermannstadt bis Kronstadt gezogen werden. Von Kronstadt aus würde dann die Bahn, entweder durch den Bodzauer Paß austretend, bis nach dem 15 Meilen entfernten Buzeo und dann in der einen Richtung 12 Meilen weiter bis Ibraila, in der andern über Plojeschti nach Bukarest und Giurgewo eine fernere Strecke von 23 Meilen durchlaufen — oder, durch den Altschanzer Paß austretend, 15 Meilen bis Plojeschti und dann gleichfalls in doppelter Richtung, 19 Meilen lang über Buzeo nach Ibraila, und 16 Meilen lang über Bukarest nach Giurgewo, geführt werden. — Auf beiden Linien hätte der ganze Schienenweg zur Verbindung von Kronstadt, Braila und Bukarest — Giurgewo eine Länge von 50 Meilen; auf beiden würde er, von Buzeo und Plojeschti, also 15 Meilen hinter Kronstadt an gerechnet, eine Ebene ohne Terrainschwierigkeiten durchschneiden: nur würde die erste Linie Ibraila, die zweite Bukarest — Giurgewo um 7 Meilen näher an Kronstadt rücken. Die Bahn von Braila nach Galatz auszudehnen, wird für überflüssig angesehen, theils weil die Seeschiffe direkt bis Ibraila fahren können, theils weil die dazu nothwendige Ueberbrückung des Sereth bedeutende Kosten verursachen würde.

Wien, 13. März. Wie verlautet, soll in der letzten Sitzung der Bankdirektion von der Erhöhung des Disconto von 4 auf 5 Prozent und von einer zu machenden Anleihe in Silber die Rede gewesen seyn. (Fr. J.)

Der „Allg. Z." wird aus Wien, 13. März, geschrieben: „Der von Dr. Jarisch herausgegebene „Katholikenkalender" (dessen gehässige Tendenz gegen alle Andersgläubigen ich bereits vor mehreren Monaten rügte) ist so eben in allen hiesigen Buchhandlungen polizeilich mit Beschlag belegt worden. Der Verfasser, Weltpriester Dr. A. Jarisch, welcher als Schulrath in Graz lebt, wurde von seinem Amt suspendirt, und dürfte, trotz seiner wiederholten Bittgesuche beim Unterrichtsministerium, schwerlich mehr rehabilitirt werden. Die Hauptveranlassung zu diesen Maßregeln waren die Berichte des Fürsten Schwarzenberg, Militärkommandanten von Siebenbürgen, über die große Aufregung, welche gewisse gehässige Stellen dieses in Siebenbürgen ziemlich verbreiteten Kalenders unter den dortigen Protestanten hervorbrachten. Eine große Anzahl der dort lebenden Sachsen, welche den Kalender bloß als Vorläufer noch ärgerer Anfeindungen betrachteten, richteten eine Petition an den Kaiser."

Wien, 15. März. Heute ist der kaiserl. russische Gesandte Fürst Gortschakoff nach St. Petersburg abgereist. — Dieser Tage passirte mittelst Nordbahn ein Trupp schwäbischer Kolonisten, welche, wie man erfuhr, ihren Weg nach Slavonien nehmen (Ostd. P.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. März. Minister Scheele theilt dem Reichsrath mit: Amerika proponire zweimonatliche Verlängerung des am 14. April ablaufenden Sundzolltraktates, was Dänemark zugestanden habe. Die Zusatzbestimmungen in Betreff der Eidesleistung des Thronfolgers ist vom Reichsrath mit 54 gegen 12 Stimmen in dritter und letzter Berathung angenommen.*) (T.D.d.A.Z.)

Großbritannien.

* Nach einer Erklärung Lord Palmerston's im Unterhaus war das vor einiger Zeit verbreitete Gerücht von einem Komplott zur Desertion unter den Soldaten der englisch-italienischen Legion ganz grundlos. Allerdings wurden in Folge dieses Gerüchts 16 Soldaten verhaftet, und den sardinischen Behörden übergeben, die Untersuchung aber zeigte, daß gar nichts daran war.

London, 11. März. Beim Lord-Mayor war gestern großes Abschiedsdiner für den auf seinen Wunsch abberufenen amerikanischen Gesandten, Mr. Buchanan, der das letzte Mal, durch eine Einladung zur königl. Tafel verhindert war, im Mansion-House zu erscheinen. Es waren über 300 Gäste, darunter viele Damen und Parlamentsmitglieder anwesend. Der Lord-Mayor brachte im Namen der City einen herzlichen Toast aus, worauf Mr. Buchanan dankend die vielfachen Beweise von Freundschaft hervorhob, die ihm während seines Aufenthaltes in England zu Theil geworden waren. Niemand könne mehr als er die Größe des Unglücks bemessen, das aus einem Kriege der beiden stammverwandten Völker entstehen würde (Beifall). Es wäre der schwerste Schlag für Freiheit und Zivilisation; es wäre die freudigste Botschaft für alle Despoten der Erde, denen es so sehr erwünscht käme, wenn die beiden Nationen einander, und durch sich die Hoffnung jedes Fortschrittes vernichteten (hört).

---

*) §. 5 der Gesammtverfassung soll nach dieser Aenderung also lauten: „Bevor der König die Regierung antritt, übergibt er schriftlich dem Geheimen Staatsrathe die eidliche Versicherung, unverbrüchlich die Verfassungsgesetze, sowohl für die Gesammtangelegenheiten der Monarchie wie für die besondern Angelegenheiten der einzelnen Landestheile halten zu wollen. Die Verpflichtung, die obengedachte eidliche Versicherung zu geben, fällt hinweg und der Thronfolger tritt unmittelbar die Regierung an, sofern er bereits früher in dem Geheimen Staatsrathe die fragliche Versicherungsakte mitgetheilt hat. (Der letzte Satz ist es, welcher auf Verlangen des Erbprinzen angefügt wurde.)

Traurig sey es allerdings, und es lasse sich nicht läugnen, daß es seit der Unabhängigkeitserklärung Amerikas jederzeit Differenzpunkte mit England gegeben habe, aber er hoffe zu Gott, daß auch die jetzt alle Gemüther beschäftigenden in Freundschaft endigen werden, damit bloß die Geschichte ihrer Erwähnung thue, als eines Beweises, wie thöricht zwei Völker einander mit einem brudermörderischen Kriege drohen konnten (Beifall).

London, 14. März. Aus Sydney hat man über Panama und New-York Handelsberichte vom 15. Dez. v. J. erhalten — um 19 Tage schneller als auf der direkten Route. Der Kolonialhandel begann in sein natürliches Geleise zurückzufallen, und die Quantität des von Neusüdwales exportirten Goldes war in Folge der Münzthätigkeit im Abnehmen.

Frankreich.

Paris, 16. März. Die heute Morgen 3½ Uhr stattgehabte Entbindung der Kaiserin kostete eine ziemliche Anstrengung, ging aber glücklich vorüber. Nach dem Zeremoniell wurden hierauf die Prinzen und Prinzessinen der kaiserlichen Familie und die höchsten Staatsbeamten in das Gemach der Kaiserin eingeführt. Als man den in den anstoßenden Salons versammelten hohen Personen meldete, die Kaiserin sey von einem Prinzen entbunden worden, brachen sie, obgleich es gegen die Etikette war, in den Ruf: „Es lebe der Kaiser! Es lebe die Kaiserin!" aus. Troß der frühen Stunde standen zahlreiche Gruppen vor den Tuilerien, und schnell verbreitete sich die Nachricht von dem freudigen Ereigniß nach allen Seiten. Als Signal für die Geburt eines Prinzen waren zwei Lichter an einem der Schloßfenster bestimmt, und als Signal für die Geburt einer Prinzessin bloß ein Licht. Um sechs Uhr ertönte sodann der Kanonendonner vom Invalidenhotel her; nach dem zwanzigsten Schusse wurde die Bevölkerung von Paris durch eine Pause in ihrer Erwartung eines Prinzen einen Augenblick getäuscht. Die Salven wurden aus 5 Kanonen abgefeuert. Ein Invalide mit einem hölzernen Bein zündete jede Kanone der Reihe nach an. Als sich derselbe nach dem zwanzigsten Schusse von der letzten Kanone zur ersten begeben wollte, stieß er an jene an und fiel auf den Boden, dadurch entstand eine Pause von 1 Minute, und diejenigen, welche nicht recht gezählt hatten, glaubten schon, die Salven haben aufgehört und die Kaiserin habe eine Prinzessin geboren. Bald aber donnerten die Kanonen von neuem und verkündeten der Hauptstadt, daß der Kaiser einen Thronerben besitze. Der Kaiser ist ganz außer sich vor Freude. Er blieb heute Vormittag bis 11 Uhr bei der Kaiserin. Um 12 Uhr fand die Vortaufe (ondoiement) in der Tuilerienkapelle statt. Nach dieser Zeremonie brachte der Großkanzler der Ehrenlegion dem kaiserlichen Prinzen das Großband der Ehrenlegion und die Militärmedaille. Die Kaiserin befindet sich so gut als es in diesen Verhältnissen möglich ist. Aus guter Quelle habe ich heute erfahren, daß der Prinz die Namen Eugen, Pius, Ludwig Napoleon erhalten hat; Eugen wegen des Namens seiner Mutter und seiner Pathin, der Königin von Schweden, einer Tochter von Eugen Beauharnais; Pius, weil sein Pathe, der Papst, so heißt, und Ludwig Napoleon wegen seines Vaters. Das Volk machte gleich darauf aufmerksam, daß der Thronerbe am Palmsonntage geboren ist, und sagte: „Den Kaiser begünstigt das Glück. Wen in Frankreich das Glück begünstigt, der hat Jedermann für sich, und Napoleon III. scheint das Glück überall für sich zu haben. Heute Abend wird Paris glänzend illuminirt werden. Die Händler mit Laternen und Lampen machen ausgezeichnete Geschäfte und können nicht genug solcher Artikel auftreiben. — Der Prinz Jerome, welcher heute neun Tage krank gelegen ist, befindet sich merklich besser. (Fr. Pstz.)

* In Orleans werden zwei neue Garde-Voltigeurs-Regimenter gebildet.

Italien.

Dem „Constitutionnel" wird aus Turin geschrieben, daß die angebliche Emeute in Monaco bloß eine Erdichtung war.

Türkei und Donaufürstenthümer.

° Der Hospodar der Moldau, Fürst Ghika, hat dem Verwaltungsrath des Fürstenthums aufgetragen, einen Gesetzentwurf über die Presse auszuarbeiten, und demselben als leitende Norm hierfür zu bedenken empfohlen, daß die Preßfreiheit das einzige Mittel ist, zumal in einem Lande, das dem Fortschritte huldigt, um die öffentliche Meinung zu bilden und nicht selten auch sogar die Regierung von den Bedürfnissen des Volkes zu unterrichten, und daß, wenn die unbeschränkte Preßfreiheit oft die größten Gefahren durch Verirrung und Verderbung der öffentlichen Meinung bringt, so daß sie die wohlgegründetste Staatsgesellschaft bedroht und in Unordnung und Anarchie stürzt, die mit weisen Schranken umgebene Preßfreiheit dagegen dem ganzen Staate nützlich werden kann, indem sie ihn erhöht und zu der Höhe der zivilisirtesten Staaten erhebt.

Orientalische Angelegenheiten.

Aus dem Orient.

(Wortlaut der Bestimmungen des zu Konstantinopel in Bezug auf die nicht muselmännischen Unterthanen der Pforte erlassenen Hat-Humayum. Fortsetzung.)

Da die Ernennung und Wahl aller Beamten meines Reiches gänzlich von meinem souveränen Willen abhängt, so können alle Unterthanen meines Reiches, ohne Unterschied der Nationalität, je nach ihren Fähigkeiten und Verdiensten und in Gemäßheit der allgemeinen Vorschriften zu den Staatsämtern zugelassen werden. Alle Unterthanen meines Reichs werden ohne Unterschied in den jetzt bestehenden oder künftig noch zu errichtenden Zivil- und Militärschulen meines Reiches aufgenommen, wofern sie den in den organischen Schulordnungen vorgeschriebenen Alters- und Prüfungsbedingungen genügt haben. Auch ist es jeder Gemeinde gestattet, öffentliche Anstalten für Wissenschaften, Künste und Industrie zu errichten. Nur der Gang des Unterrichts und die Wahl der Lehrer in den Schulen dieser Abtheilung werden unter die Aufsicht eines gemischten Rathes für den öffentlichen Unterricht gestellt, dessen Mitglieder von mir ernannt werden sollen. Alle Handels-, Zuchtpolizei- und Kriminalfälle, in welche Mohamedaner und christliche Unterthanen oder solche anderer als nicht nichtmohamedanischer Riten verwickelt sind, oder Christen und andere von verschiedenen Glaubensbekenntnissen, sollen gemischten Gerichten übergeben werden. Die Verhandlungen dieser Gerichtshöfe sollen öffentlich seyn, die Parteien einander gegenüber gestellt werden und ihre Zeugen vorführen, deren Aussagen ohne Unterschied auf einen Eid, je nach dem Glaubensgesetze eines jeden Kultus, vernommen werden sollen. Zivilangelegenheiten werden nach wie vor öffentlich nach den bestehenden Gesetzen und Erlassen vor den gemischten Provinzialräthen in Gegenwart des Gouverneur und der Ortsrichter abgeurtheilt werden. Die besondern Zivilprozesse, wie die Erbschaftsprozesse und dergleichen, zwischen Unterthanen von demselben Ritus können auf deren Wunsch den Patriarchats- oder Gemeinderäthen überwiesen werden. Die jetzigen Gesetze in korrektionellen und und kommerziellen Sachen und das Verfahren bei den gemischten Gerichtshöfen sollen möglichst bald vervollständigt und kodifizirt werden. Es sollen von denselben unter der Obhut meiner hohen Pforte Uebersetzungen in alle in meinem Reiche üblichen Sprachen verfaßt werden. Es soll auch in möglichst kürzester Frist zur Reform des Strafsystems in seiner Anwendung in den Gefängnissen, Straf- und Besserungshäusern und in anderen Anstalten derselben. Art geschritten werden, um die Gesetze der Menschlichkeit mit denen der Gerechtigkeit zu versöhnen. Keine körperliche Züchtigung darf anders als gemäß den von meiner hohen Pforte erlassenen Disziplinarstrafen angewandt werden, und Alles, was der Tortur gleicht, soll vollständig abgeschafft seyn. Uebertretungen in dieser Beziehung sollen streng bestraft werden und unter Anderem nach Gemäßheit des Kriminalgesetzbuches die volle Bestrafung der Behörden nach sich ziehen, welche dieselben angeordnet, sowie der Unterbeamten, welche dieselbe vollzogen haben. Die Polizeiorganisation in der Hauptstadt, sowie in den Provinzialstädten und auf dem Lande soll so eingerichtet werden, daß alle friedfertigen Unterthanen meines Reiches die nöthigen Garantien der Sicherheit für Personen und Eigenthum erhalten. Da die Gleichheit der Lasten die Gleichheit der Würden mit sich bringt, wie die der Pflichten die der Rechte nach sich zieht, so sollen die christlichen Unterthanen, wie der anderen nicht muselmännischen Riten gleich den Mohamedanern den Obliegenheiten des Rekrutirungsgesetzes genügen. Der Grundsatz der Stellvertretung oder der Loskaufung soll zugelassen werden. Es soll in kürzester Frist ein vollständiges Gesetz über die Zulassungsart und den Dienst der christlichen Unterthanen und der anderen nicht muselmännischen in der Armee erlassen werden, um ihnen in derselben die entsprechendste Stellung zu sichern. (Schluß folgt.)

Aus Konstantinopel sind folgende Nachrichten vom 6. März in Marseille eingetroffen: „Auf die Vorstellungen des Handelsstandes hat der Divan den Plan, Papiergeld im Betrage von 100 Millionen zu emittiren, aufgegeben. Rustem Pascha, der ehemalige Gouverneur von Adrianopel, ist wegen mannigfacher Erpressungen zu einer Geldbuße von mehreren 100,000 Fr. und zu einjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Das Gerücht sagt, daß der Sultan die letztere Strafe in Verbannung umwandeln werde. Der kürzlich verstorbene Halil Pascha, der Schwager des Sultans, hinterläßt ein ungeheures Vermögen, welches dem Staatsschatz zufällt."

(Fr. Postztg.)

Aus Paris wird dem „Chronicle" unter dem 13. März telegraphirt: „Für französische Rechnung sind in der Türkei

ausgedehnte Viktualien- und Transportkontrakte abgeschlossen worden. Es scheint somit, daß ein großes Heer der Alliirten nach Abschluß des Friedens noch eine geraume Zeit in der Türkei bleibt." (Fr. Pstz.)

Aus Rußland.

× Berlin, 16. März. (Privat-Korrespondenz.) Seitdem Preußen zur Theilnahme an den Pariser Konferenzen eingeladen worden ist, schwinden die Zweifel, welche noch immer mit großer Bestimmtheit von mehreren Seiten her gegen das Zustandekommen des Friedens laut wurden, mehr und mehr, treten aber unter einem andern Charakter wieder auf; sie wenden sich gegen die Festigkeit und gegen die Dauer des zu erwartenden Friedens. Wie man Rußland vorwarf, daß es in die Friedens-Verhandlungen nur eingetreten sey, um sich während ihrer Dauer zu einem neuen Kampfe zu rüsten, so versieht man sich jetzt von Rußland der Absicht, den Frieden sehr bald brechen und von Neuem auf dem Kampfsplatze erscheinen zu wollen. Es werde nur eine neue Organisation seiner militärischen Verhältnisse treffen, und dahin wirken, daß es während eines Krieges die Bedürfnisse für denselben und für das ganze Land aus eigenen Kräften beschaffen könne. Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß der Krieg die Fehler und Gebrechen in der militärischen Verwaltung Rußlands, und die Nachtheile in welchen es sich bei einem Kriege gegen die andern Staaten befindet, aufgedeckt hat, und daß das Bestreben des russischen Gouvernements zur Beseitigung alles dessen, was es seinen Feinden nicht gewachsen seyn ließ, hindrängen wird. Offenbar zeigte es sich, daß England und Frankreich, denen der Krieg vielmehr kostete, und deren Führung des Krieges außerordentlich schwierig war, den Krieg so glorreich und umfangreich nur durch ihre eigene Kraft führen konnten. Diese innere Kraft ist es, welche Rußland nicht besitzt, und diese wird es sich, bevor es von Neuem zum Kampfe schreitet, zu erwerben suchen müssen. Von derselben hängt die Fähigkeit ab, auf dem Kampfplatze ebenbürtig zu erscheinen. Will also Rußland sich so stärken, daß es im Stande ist, so kräftige Feinde, wie ihm jetzt gegenüber stehen, mit Erfolg zu bekämpfen, so wird es zuvörderst seine innere Kraft heben müssen. Um hierbei mit den übrigen europäischen Großstaaten auf eine gleiche Linie zu gelangen, braucht es aber viele Decennien, denn es ist hierbei nicht allein die Stufe, auf der sich England und Frankreich jetzt befinden, zu erreichen, sondern auch diejenige, auf welche diese im Laufe der Zeit steigen werden. Die innere Kraft eines Volkes liegt allein in der Entwicklung seiner volkswirthschaftlichen Verhältnisse, in der eigenen freigegebenen und gehobenen Thätigkeit desselben. Die Staatsverwaltung kann sie nicht selbständig und plötzlich schaffen, sondern sie nur durch Ebenung der Pfade im Volke wecken und fördern. In Rußland befindet sich aber die Volksthätigkeit nicht nur unter einer hemmenden Vormundschaft, sondern sogar unter einem Drucke, der ihr hindernd in den Weg tritt. Das russische Gouvernement wird seine bisherigen Prinzipien bei der Regierung des Staates aufgeben müssen. Der Uebergang wird nur ein allmähliger seyn können, und ehe die volle innere Kraft des russ. Volkes sich seiner hemmenden Banden entwöhnt hat, und zur vollen Entwickelung gelangt ist, können mindestens 50 Jahre vergehen.*)

*) Ohne Zweifel wird Rußland den oben angedeuteten Weg zur Erreichung seiner Pläne nicht außer Acht lassen; aber ihm bleibt noch ein anderer, der nämlich sich mächtige Bundesgenossen zu suchen, durch deren Hülfe es die ihm abgehende Kraft ergänzen könnte. Dieser Weg wäre wohl der kürzere, und Rußland würde ihn nicht verschmähen, sobald sich nur Gelegenheit dazu findet.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 17. März. Meininger Kredit-Aktien eröffneten zu 106½, stiegen bei enormen Umsatz bis 109½ und schlossen 105¾ sehr begehrt.

Oesterreich. Bankaktien o. D alte 1303 P. 1298 G. Neue Bankaktien 405 P. 402 G. Credit-Actien à 5pCt 220 P 218 G. Metall. alte à 5pCt. 81¼ P. 85 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89 G.; à 4½pCt. 76¼ P. 76 G.; à 4pCt. 69 P. 68½ G.; à 3pCt. 51½ P. 51 G.; à 1pCt. 17⅜ P. 17⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 135 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1851 111 P. 110¾ G. 5pCt. Staats-Eisenb. Actien incl. 225 Fres. Einzahl. 315 P. 313 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 114½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 700 G. Obligationen à 3½ pCt. — P. 87½ G.; 4pCt. — P. 95 G.; 4pCt. Grundrente 95½ P. 95 G.; 4½pCt. 100⅝ P. 100⅛ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157½ P. 157 G. Neustadt-Weissenb. 123½ P. 123 G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89½ G.; 4½pCt. 102⅜ P. 102⅛ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¾ P. 83¼ G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. 41⅜ P. 41⅛ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62 P. 61½ G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. — G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 113½ P. 11 G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmst. Bankaktien alte 379 P. 377 G.; junge P. 319 G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. 85¾ P. — G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅛ G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 122⅞ P. 122¾ G.; Taunus-Aktien 335 P. 333 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 80 P. —— G. Homburg. Bankaktien P. 283 G. Polen. fl. 500 Partial 68 P. — G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 41 P. 40¾ G.; 1pCt. neue 25 9/16 P. 25 7/16 G. Holland. Integrale 64½ P. 64 G.; Certificats 4pCt. — P. 94½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S 100½ P. 100¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P 105 G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k S 96¾ P. 96½ G.
Hamb. MB. 100 k. S 89¼ P 89 G.
Leipz. Thb. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.
Disconto — P. 3pCt. G.

Lond. Lst. 10 k. S. 120¾ P. 120½ G.
Mail. i. S Lr. 250 k. S 101¾ P 101½ G.
do. 3 Monat mit 5% 101⅝ P 101⅜ G.
Paris Fcs. 200 k. S 95 P. 94¾ G.
Lyon Fcs. 200 k. S. 91⅞ P. 94⅝ G.
Wien fl. 100 C. k S. 119½ P. 118¾ G.
Wien 3 M. mit 4% 118⅛ P. 117⅞ G.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 15. März. Die Angelegenheit des Griechen Simonides wegen des Palimpsestes des Uranios hat plötzlich eine unerwartete Wendung genommen. Nachdem Simonides bekanntlich am 1. Februar c. in Leipzig verhaftet worden war, wurde er am 17. Febr. hierher transportirt und zur Stadtvoigtei abgeliefert. Das Kriminalgericht hat die Voruntersuchung geführt. Nachdem der Voruntersuchungs-Richter, Stadtrichter Wollweber, die Sache mit Eifer bearbeitet, wobei zu den Verhören mit Simonides, der nur der griechischen Sprache mächtig ist, stets Dolmetscher zugezogen werden mußten, müssen die Verhandlungen kein ausreichendes Material zur Erhebung einer Anklage gegen Simonides geliefert haben, da bereits vor einigen Tagen dessen Entlassung aus dem Kriminalarrest verfügt und er der Polizei zur Disposition gestellt worden ist. (Nat. Ztg.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Röhtmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 79.	Vorausbezahlung: halbjährlich hier 3 fl. 38 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 19. März 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 17 März. (Privat-Korresp.) Heute hat unter dem Vorsitze Se. kgl. Hoh. des Prinzen Luitpold eine fünfstündige Sitzung des Staatsrathes stattgefunden, in welcher wie es heißt die Konzessionirung des Eisenbahn-Konsortiums behufs des Baues der vier Eisenbahnlinien, und der mit dieser Privatgesellschaft abzuschließende Vertrag berathen wurde, so daß demnach die allerhöchste Entscheidung in kürzester Zeit zu erwarten seyn dürfte.

München, 18. März. Se. Maj. der König haben die kath. Pfarrei Pullenried, Ldgr. Oberviechtach, dem Priester Joh. Bapt. Schöppel, Kooperator expositus in Prun, Ldgr. Riedenburg, das Frühmeß-Benefizium in Nabburg, Ldgr. gl. N., dem Priester Franz Ant. Augustin, Pfarrer von Fichtelberg, Ldgr. Kemnath, übertragen; den seitherigen Wallfahrtspriester Andr. Waibl in Wies, Ldgr. Schongau, dessen alleruntertänigster Bitte entsprechend, von dem Antritte der ihm zugedachten Pfarrei Feldheim, Ldgr. Rain enthoben, und diese dem Priester Gg Uhl, Kaplan in Ebratshofen, Ldgr. Weiler übertragen. (N. M. Z.)

München, 18. März. Wie man vernimmt, beabsichtigt Se. Maj. der König Max nächste Woche einen Ausflug nach Lindau zu unternehmen.

Der 1. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten trat noch in den letzten Tagen vor der Abreise seiner Mitglieder in die Ferien zusammen zu einer Besprechung über den Gesetzentwurf: „die Gerichtsorganisation betr."; man hielt allgemein diese Vorlage geeignet, um über die nun schon seit sechs Jahren schwebende Frage zu einer Vereinbarung zu gelangen. Im Publikum äußert sich von Seiten aller Jener, die ein wahres Interesse an dieser hochwichtigen Angelegenheit nehmen, der Wunsch nach einer Verständigung. (M. Bote.)

× **Preußen.** Berlin, 17. März. (Privat-Korresp.) Die Konkurrenz, welche die Eisenbahnen der Flußschiffahrt auf der Elbe gemacht haben, ist so bedeutend, daß der Betrieb dieser sich immer mehr und mehr umgestaltet. Bisher gingen Schlepp-Dampfschiffe bereits zwischen Magdeburg und Hamburg, jetzt aber vor wenigen Wochen hat sich die „Norddeutsche Fluß-Dampfschiffahrts-Gesellschaft" konstituirt, welche den Schleppdienst von Hamburg bis über Magdeburg hinaus nach Dresden und Prag übernehmen will. Gleichzeitig sollen die Dampfschiffe der Gesellschaft, so weit dies thunlich ist, auf den Nebenflüssen der Elbe gehen. Wir können also sehr bald einem sehr lebhaften Verkehr von Dampfschiffen auf dem ganzen Lauf der Elbe und ihrer Nebenflüsse entgegensehen. — Die Tuchfabrikation befand sich zu Anfang des vorigen Jahres nicht eben in glänzender Lage, weil die Absatzwege nach Nordamerika, woselbst der Markt mit Tuchen überführt worden war, temporär verstopft waren. Zum Herbste aber zeigte sich schon wieder eine größere Kauflust in Tuchen und eine gute Aernte der Haupt-Produkte Amerika's eröffnete eine gute Aussicht auf einen lebendigeren Absatz und eine Ausgleichung mit den inzwischen nicht unbedeutend gestiegenen Wollpreisen. Die Fabrikation ist vom Herbst an lebhafter geworden, und befindet sich der Betrieb derselben noch jetzt in gleich erfreulichem Zustande. Nicht unwesentlich zur Hebung der Tuchfabrikation in Preußen wird die Ausstellung in Paris beitragen. Auf derselben ist die Ueberzeugung durchgedrungen, daß die preußische Tuchfabrikation einer andern durchaus nicht nachsteht. — Bekanntlich beabsichtigte man hier, eine Gesellschaft zu bilden, welche die Gründung von einer oder mehreren großen Brodbäckereien übernehmen würde. Wie man erfährt, ist das Unternehmen in's Stocken gerathen, da die Ermittelungen, die man angestellt hat, eben nicht sehr günstig für das Projekt ausgefallen sind.

Ueber die eigentliche Ursache, welche den geh. Oberfinanzrath v. Raumer zum Selbstmord veranlaßt hat, herrscht nach wie vor Zweifel und Dunkel. Uns vorderhand jedes Urtheils über die traurigen Ereignisse enthaltend, welche in den letzten Tagen die Gemüther in Berlin lebhaft bewegt haben, dürfen wir doch nicht unterlassen, zu erwähnen, daß man allgemein als Motiv jenes Selbstmordes bezeichnet, daß Hr. v. Raumer den Auftrag vom König gehabt habe, das Duell zwischen Hrn. v. Hinkeldey und v. Rochow dadurch zu verhüten, daß er letzteren sofort verhaften lasse. Und diesen Auftrag habe er auszuführen versäumt. Uebrigens würde die Verhaftung eine ähnliche Katastrophe kaum verhindert haben, da ein vollständiges Bündniß der Gegner Hrn. v. Hinkeldey's bestanden haben soll — man spricht von im Ganzen 17 Duellen (?), welche der Gefallene eventuell zu bestehen gehabt haben würde —, ihn zum Zweikampf zu zwingen.

Ein eben so tiefes Dunkel herrscht über das am 13. März eingetretene Ende des Grafen v. Canitz, Kammerherrn J. M. der Königin.

Wie die „N. Pr. Z." hört, sind in diesen Tagen drei Broschüren über den General-Polizei-Direktor v. Hinkeldey und seinen Tod mit Beschlag belegt worden.

Die traurigste Rolle bei der ganzen traurigen Hinkeldey-Affaire spielen ohne allen Zweifel die „Kreuzzeitung" und ihre frommen Alliirten. Das ganze Jahr fließt ihnen der Mund über von Heiligkeit und Bibelsprüchen, jetzt aber sind sie stumm wie die Fische und finden das Wort nicht, um die Narrheit des Duelles, namentlich vom christlichen Standpunkte aus zu verwerfen. Oder ist das Evangelium und das christliche Sittengesetz nur für die Plebejer, nicht für die Junker gegeben? Wenn je, so war hier ein christlicher Protest am rechten Orte, und zwar nicht allein in der Presse, sondern auch in der Kammer!

Das über Hrn. v. Rochow zu berufende Kriegsgericht wird, wie versichert wird, bereits in dieser Woche zur Urtheilsfällung zusammentreten, da die vom Ober-Auditeur Justizrath Wagner geführte Voruntersuchung bereits beendigt ist. Eine Erörterung der Motive zum Duell soll in derselben nicht vorgenommen worden seyn.

Sachsen. In Bezug auf das Dresdener „Schwarze Buch" bringt der dortige „Polizei-Anzeiger" die Erklärung, daß die Redaktion des „Allg. Polizei-Anzeigers" weder den Verlag des fraglichen Buches hat, noch bei der Zusammenstellung und Herausgabe desselben in irgend einer Weise mitwirkend gewesen ist und überhaupt in keinerlei Beziehung zu demselben steht. Deßhalb könne auch nur auf Grund eines Vernehmens noch beigefügt werden, daß die fernere Ausfolgung des beregten Buches vorläufig eingestellt und eine künftige revidirte Ausgabe desselben beabsichtigt seyn soll, über deren Erscheinen man einer spätern Anzeige wahrscheinlich entgegensehen kann.

* **Freie Städte.** Frankfurt, 18. März. (Pr.-Korr.) Der diesseitige Bevollmächtigte bei der Wiener Münzkonferenz Herr Senator Bernus, ist gestern Vormittag von Wien wieder hier eingetroffen. — In einer zwischen zwei Besuchern der hiesigen Börse bei dem Stadtgerichte anhängig gewesenen Klagsache, wonach der eine dem anderen bei den jüngsten stürmischen Verhandlungen daselbst eine Ohrfeige applizirt haben soll, ist dieser vorgestern zu 14 Tagen Gefängniß und zu 25 fl. Geldstrafe verurtheilt worden. Er hat gegen diesen Spruch appellirt. — Der Wasserstand des Maines ist gegenwärtig so niedrig, daß gestern zwei Schiffe auffuhren und erst nach langer Anstrengung wieder flott gemacht werden konnten.

Oesterreich. Aus Wien wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Prinz Felix von Hohenlohe-Oehringen ist mit der Ausführung eines großartigen Unternehmens beschäftigt, welches für die Agrikulturinteressen zunächst, in entfernterer Linie aber auch für die volkswirthschaftlichen Interessen von Mitteleuropa von nachhaltiger Wirkung seyn wird. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat der Prinz eine Idee, welche er schon als Präsident des Vereins zum Schutz deutscher Arbeit anregte, nunmehr als Präsident der Darmstädter Bank nicht vergessen,

und falls seine Bemühungen, wie zu hoffen, glücken, würde eine auf den europäischen Fruchthandel und die Brodfrage entschieden günstig einwirkende großartige Unternehmung ins Leben treten."

Wien, 14. März. Gestern Abend wurde endlich das Geschäft zwischen der Finanzverwaltung und der Gesellschaft Laing, Blunt, Talbot und Rothschild wegen Uebernahme der italienischen Eisenbahnen definitiv zum Abschluß gebracht. Das Kapital von 180 Mill. wird, soviel ich mit ziemlicher Sicherheit Ihnen melden kann, in 130 Mill. in Aktien, jede von 200 fl. C.M. oder 600 Lire aust., und in 50 Mill. in Obligationen bestehen, von denen jeder Betheiligte für seinen Betheiligungsbetrag Ein Viertheil nehmen muß. Betheiligt sind dabei die neue Wiener Kreditanstalt (vertreten durch Fürst Schwarzenberg und Rothschild), die Herzoge von Galliera und Melzi, die HH. Laing, Blunt und Talbot (ein englisches Haus), endlich mehrere italienische Häuser, vertreten durch die HH. Brot und Mondolfe aus Mailand.

Die „Militär-Zeitung" schreibt: Die Entwaffnung oder Reducirung der Armee ist bereits eingetreten und wird, soweit es die Verhältnisse nur immer gestatten, ausgedehnt, auch die Ausgaben für dieselbe in der Art festgestellt werden, daß außerordentliche Zuflüsse von selbst entfallen. An maßgebenden Orten scheint der Gedanke Raum zu gewinnen, Offiziere, deren es natürlich eine namhafte Zahl überzähliger gibt, wenn sie es wünschen, unter gewissen Bedingungen mit halbem Gehalt zu beurlauben.

Dänemark.

Helsingör, 13. März. Ein entsetzlicher Sturm hat in der Nord und Ostsee gestern und vorgestern gehaust. Den englischen Kriegsschiffen, die von ihrer Heimath hieher auf dem Wege sind, mag es arg ergangen seyn. Das englische Räderdampfschiff „Newcastle", ein großer und starker Kasten, welcher vom Sturme bei Skagern überrascht wurde, war nahe daran, mit Mann und Maus zu Grunde zu gehen. Der Fockmast war wie Spreu im Winde vom Decke durch die mächtigen Wellen weggefegt, die Räderkasten ihrer Umhüllung entkleidet u. s. w. Das Schiff schleppte sich mühsam nach Kopenhagen. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 14. März. Eine Erscheinung, wie sie nur auf englischem oder amerikanischem Boden möglich ist, war die Versammlung entlassener Sträflinge (Ticket-of-leave men), welche Mr. Henry Mayhew, der rühmlichst bekannte Verfasser von „London Labour and the London Poor," vorgestern in einem öffentlichen Lokal in Holborn veranstaltete. Man denke sich eine Versammlung von über 50 Verbrechern, meist der Diebes- und Einbrecherzunft angehörig, mit einem Tendenz-Schriftsteller auf dem Präsidentenstuhl und kein einziger Diener der öffentlichen Sicherheit im Saal, ja sogar vor der Hausthür kein Polizeiman zu sehen. Dies war keiner Nachlässigkeit des Polizeibeamten Sir Richard Mayne zuzuschreiben, es war vielmehr eine Zartheit, die sich Mayhew erbeten hatte. Die blauröckigen Livreebedienten des Publikums, als die geborenen Feinde der Freigegebenen, erhielten ausdrücklichen Befehl wegzubleiben, damit sich die unglücklichen Parias bei dieser Gelegenheit nicht genirt fühlen möchten. Es versteht sich, daß die Verhandlungen in bester parlamentarischer Form und Ordnung von Statten gingen, aber der Eindruck, den diese natürliche Beredtsamkeit mehrerer Zuchthauskinder auf das Publikum macht, ist kaum zu beschreiben. Es ist nichts Neues, zu hören, daß es Menschen gibt, die zum Diebshandwerk geboren scheinen, welche, seit sie denken und fühlen, zwischen dem Hungertod und dem Galgen hindurch steuerten. Mehr als einer der Anwesenden begann die Erzählung seiner Bildungsgeschichte mit beinahe denselben Umständen: 10 Jahre alt, erinnert er sich, als Orangenverkäufer das Straßenpflaster Londons studirt zu haben; entweder eine Waise, oder von seinen Aeltern durch eine Gefängnißmauer oder den Ozean getrennt, suchte er oft sein Nachtlager unter den Bogen einer Themsebrücke; seine ersten Wohlthäter und Freunde waren große oder kleine Taschendiebe; seine Elementarschule war das Zuchthaus, und schon mit 15 Jahren war er ein gemachter Mann und zu 7 Jahren Transportation verurtheilt. Allein am schrecklichsten ist das Elend der entlassenen Sträflinge, die sich nach dem Hafen eines ehrlichen Lebens sehnen, und welche die Hand der Gesellschaft unerbittlich vom Ufer zurückstößt und auf die schmutzige Sturmfluth der abenteuernden Verbrecherlaufbahn hinauswirft. Das Auge der Policemen folgt ihnen wie die Nemesis auf Schritt und Tritt; wo sie Arbeit finden, da ist der Blaurock bei der Hand, der ihrem Herrn ein Wort ins Ohr flüstert, und sie sind wieder brodlos. Einer, den besondere Umstände begünstigt haben, tritt auf die Plattform und hat den moralischen Muth, sich als Freigelassenen zu erkennen zu geben, obgleich er jedem Fremden „respektabel" erscheint; er kam eigens hierher, sagt er, um „Zeugniß zu Gunsten seiner Klasse" abzulegen u. s. w. Mayhew suchte durch dieses Meeting (welchem einige Zeitungsreporteurs beiwohnten) dem Publikum einen Blick in diese Schichte der Gesellschaft zu verschaffen, um wo möglich die Gründung eines Vereins anzuregen, dessen Aufgabe es wäre, gebesserten erwachsenen Verbrechern mit Rath und That beizustehen. (Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 15. März. Die Behörden von Thernes, Passy und Boulogne sind benachrichtigt worden, daß diese Ortschaften Paris einverleibt werden. Man wird sich also bald in Paris wirklich im 13. Arrondissent trauen lassen können. — Aus Marseille wird berichtet, daß man dort einem weiteren bedeutenden Sinken der Getraidepreise entgegensieht. (K. Z.)

Die Vereinigung der älteren und jüngeren Linie des Hauses Bourbon, an der schon so viele Jahre vergeblich gearbeitet worden, ist jetzt in aller Stille zu Stande gekommen. Dies Ereigniß das zu anderer Zeit alle Welt beschäftigt haben würde, wird jetzt kaum besprochen, wer wagt es, an eine Verwirklichung der Wünsche des Grafen v. Chambord oder des Grafen von Paris und seiner unglücklichen Mutter zu denken, wo der Napoleonide, der Frankreich seine Ruhe und seinen Ruhm wiedergegeben hat, eben daran ist, sich von allen Mächten groß und klein die glänzendste Anerkennung zu sichern in der Unterzeichnung einer europäischen Kongreßakte? Wer denkt an eine mögliche Veränderung des Herrscherhauses in Frankreich jetzt, wo die Geburt eines Thronerben dem Kaiser Napoleon eine neue Bürgschaft für die Herrschaft der napoleonischen Dynastie gibt? Man mag von Haus aus so legitimistisch gesinnt seyn als man will, einen Thronwechsel in Frankreich kann man nicht wünschen Wir sind Louis Napoleon alle zu Dank verpflichtet und wissen alle zu gut, was an seiner Person hängt, als daß wir nicht wünschen müßten, die Fusion möge zunächst so bedeutungslos bleiben, wie sie gegenwärtig erscheint. Und doch wer kann bei der Wandelbarkeit, welche die französischen Verhältnisse seit mehr denn 60 Jahren kennzeichnet sich des Gedankens erwehren, daß über kurz oder lang doch wieder ein Umschwung erfolgen werde? Dieselben Kanonen der Invaliden haben bei der Geburt des Königs von Rom, des Herzogs von Bordeaux und des Grafen von Paris gedonnert; derselbe offizielle Jubel hat die Wiege aller drei umrauscht, bei Keinem war die Huldigung der getreuen Stadt Paris minder lärmend, minder glanzvoll und minder prunkend als bei dem neuen „Kinde Frankreichs." Und wo sind heute jene Drei? Der eine ruht in einfachem Sarge in der Kruft der Kapuziner zu Wien, die beiden andern leben — in der Verbannung!

Paris, 16. März. Der „Moniteur" veröffentlicht ein Dekret bezüglich der Einziehung der alten Kupfermünzen. Hienach sollen die 1-Liard-, 2-Liards- und 1-Cent.-Stücke mit dem Bildniß der Freiheit vom 1. Juli d. Js., und die 1- und 2-Sous-Stücke und die 3- und 10-Cent.-Stücke mit dem Kopfe der Freiheit vom 1. Okt. außer Cours treten.

Paris, 17. März. Aus Anlaß der Geburt des kaiserlichen Kindes hat der Kaiser angeordnet, daß die Summe von 100,000 Fr. aus der Civilliste an die Wohlthätigkeitsanstalten der größeren Städte und Gemeinden, wo Krondomänen sind, vertheilt werden sollen Ferner hat den Kaiser die Summe von 60,000 Fr. (zu je 10,000 Fr.) der Unterstützungsgesellschaften der dramatischen Dichter und Compositeure, der Gelehrten, der dramatischen Künstler, der Musiker, der Maler und Bildhauer und der industriellen Künstler aus der Civilliste bewilligt.

Paris, 17. März. Der gestrige Abend war trotz des von 6 Uhr bis 12 Uhr Nachts andauernden starken Regens doch sehr festlich. Ganz Paris war beleuchtet; die Boulevards boten einen prachtvollen Anblick dar. Das russische Gesandtschaftshotel in der Vorstadt Saint Honoré war ebenfalls zaubervoll beleuchtet. Um das Palais-Royal zog sich eine Flammenguirlande herum, und man ließ die eben nicht gar stille Volksmenge vor diesem Palaste trotz der Krankheit des Prinzen Jerome, der sich übrigens besser befindet, ungehindert auf- und abwogen, damit diese sich an dem glänzenden Schauspiele satt sehen könne. — Das auf die wegen Preßvergehen Verurtheilten bezügliche Amnestiedekret ist heute dem Kaiser zur Unterzeichnung vorgelegt worden. Es erstreckt sich nicht bloß auf die bereits Verurtheilten, sondern auch auf die wegen Preßvergehen gegenwärtig in Untersuchung befindlichen Personen. Die kaiserl. Gnade wird auch die Flüchtlinge und politischen Verurtheilten nicht vergessen. Alle, welche wegen politischer Ursachen sich außerhalb Frankreichs befinden, können auf ein einfaches Ansuchen hin dahin zurückkehren. (Fr. Postz.)

Paris, 17. März. Da der Papst Taufpathe, die Königin von Schweden Taufpathin des neugebornen Prinzen ist, so erhält dieser neben den Namen Napoleon Eugen Ludwig auch noch die Namen Johann Joseph (nicht Pius)*). Einem Beschlusse des Kaisers gemäß wird Se. Maj. der Taufpathe, Ihre Maj. die Kaiserin die Taufpathin aller am gestrigen Tage gebornen ehelichen Kinder seyn.**) Der Gesundheitszustand der Kaiserin ist befriedigend, das Befinden des neugebornen Prinzen läßt nichts zu wünschen übrig. An die Wohlthätigkeitsbureaux und verschiedene Gesellschaften sind auf kaiserlichen Befehl reiche Spenden vertheilt worden. Frhr. v. Manteuffel ist hier angekommen. (T. D. d. A. Z.)

Paris, 17. März. Baron Dubois, der Geburtshelfer der Kaiserin, ist zum Kommandeur der Ehren-Legion ernannt worden. Nach dem Morgen-Bulletin des heuti[illegible] „Moniteur" ist das Befinden der Kaiserin befriedigend un[illegible]es kaiserlichen Prinzen ausgezeichnet. — Der Zust[illegible] Prinzen Jerome ist gleichfalls befriedigend, obgleich [illegible] wenig Schlaf genossen hat. (T. D. [illegible]. Z.)

* Die „Patrie" sagt: Der junge Prinz ist von einer so starken Konstitution, daß er beinahe schon so groß ist, als das zwei Monate alte Kind der Amme, und die Constitution des französischen Kindes soll alles Beste für Frankreich hoffen lassen. Der Kaiser war bei dem Anblick seines so viel versprechenden Erben aufs tiefste gerührt. Nachdem er den kaiserlichen Prinzen umarmt, ergriff er die Hand seines Vetters, des Prinzen Napoleon, und sagte ihm mit Thränen in den Augen und tiefbewegter Stimme: „Soyez toujours son protecteur." Der Prinz Napoleon soll, so erzählt man mir, ebenfalls tief bewegt gewesen seyn. Die Entbindung der Kaiserin war eine sehr schwierige und schmerzhafte.

* Der „Courrier de Havre" erzählt folgenden Vorfall, dessen Wahrheit er verbürgt. Bei einer der letzten Musterungen auf dem Carrussel-Platze trat ein junger Soldat der Garde-Jäger zu Fuß, bemerklich durch sein schönes Aussehen und durch die Medaille, welche auf seiner Brust glänzte, aus der Reihe und überreichte dem Kaiser eine Bittschrift. Der Kaiser warf einen Blick hinein und sagte sogleich: „bewilligt". Der junge Soldat erbat die Begnadigung seines Bruders, der nach den Juli-Tagen, wo er noch nicht 20 Jahren zählte, nach Afrika transportirt worden war und heute Redakteur des französischen „Madrider Journals" ist. Der Kaiser gewährte nicht nur die erbetene Begnadigung, sondern ordnete an, das solle sofort telegraphisch nach Madrid gemeldet werden. Gabriel Hugelmann, der Juli-Verbannte, ist heute in Paris. Die ersten Stunden seines Aufenthalts auf dem vaterländischen Boden widmete er der Dankbarkeit, indem er eine Dichtung an den Kaiser richtete, welche in der politischen und litterarischen Welt Sensation machte. Herr Hugelmann wurde vom Kaiser, sowie von dem Minister des Innern in Audienz empfangen und wird nun nach Spanien zurückkehren.

* Die 140,000 Mann, welche zufolge Dekrets vom 5. März, in Aktivität gerufen sind, haben sich nach der den Militär- und Zivil-Behörden zugegangenen Verfügung des Kriegsministers zwischen dem 31. März und 5. April bei ihren resp. Korps einzufinden.

Italien.

Turin, 13. März. Auf anhaltendes Drängen des französischen Gesandten, Baron Brenier, hat der König von Neapel endlich die Ausfuhr von Pasten (Suppenteigen), Zwieback und Bohnen bis zu Ende des Monats Mai freigegeben; ebenso hat die Regierung von Parma die Ausfuhr des Reises wieder erlaubt. (Allg. Z.)

Rußland und Polen.

Den sogenannten „schädlichen" Sekten des russisch-griechischen Bekenntnisses, deren es hauptsächlich fünf giebt: Malakany, Duchaborzi, Ikonoborzi, Indeistwujuschischie, Skopzi (Selbstschänder, Geistes-, Bilderstürmer, Jüdischlebende und Verschnittene), ist es von jeher bei Strafen untersagt gewesen, Stellvertreter zur Armee zu stellen, die sich zur griechisch-orthodoxen Kirche bekennen. Auf Vorschlag des Grafen Bludow, Chefs der II. Abtheilung der kaiserlichen Kanzlei, hat der Kaiser befohlen, die betreffende Gesetzesvorschrift auch auf alle anderen christlichen und nicht christlichen Bekenntnisse insofern auszudehnen, daß die genannten Religionsgenossen in Zukunft nur einzig und allein durch Stellvertreter ihrer eigenen Bekenntnisse sich vom Heeresdienste befreien dürfen. (N.-Z.)

---

*) Der „Moniteur" bestätigt, daß dem Prinzen diese Namen bei der Vortaufe gegeben wurden. Johann (Jean) ist einer der Vornamen des Papstes und die Königin von Schweden heißt Josephine

**) Ihre Zahl dürfte an 3000 betragen.

Amerika.

New-York, 1. März. Am 27. Februar legte der Staatssekretär Marcy dem Senate zu Washington die zwischen der großbritannischen und der amerikanischen Regierung in Bezug auf die englischen Werbungen gewechselte diplomatische Korrespondenz vor. Auf einem der Flußdampfer in der Nähe von Sakramento in Kalifornien ist eine Explosion vorgekommen, in Folge deren dem Vernehmen nach 30 Personen das Leben eingebüßt hatten.

Asien.

Bombay, 16. Febr. Die Einverleibung von Audh in Ostindien in die Besitzungen der englisch-ostindischen Kompagnie, ein Landstrich, groß wie Schottland und um ein Drittheil mehr bevölkert, ist am 4. Februar proklamirt worden. Die Santals befinden sich abermals im Aufstande. An der Pendschabgränze hat ein Attentat auf den Major Nicholson stattgefunden. (O. C.)

Alexandrien, 11. März. Eine starke Rekrutirung wurde angeordnet, da Said Pascha im Sommer 40,000 Mann am Mareotissee konzentriren will. — Für den Suezkanal wurden in wenigen Tagen 45 Mill. Piaster gezeichnet. — Der für Mekka bestimmte Scherif Mohamed Abu Naon befindet sich bereits in Kairo. — Der Aufstand in Massova bestätigt sich. (Oesterr. K.)

Afrika.

Aus Abyssinien gehen einige nicht uninteressante Nachrichten ein, die um so bedeutungsvoller sind, da der Bau des Suez-Kanals mit ziemlicher Gewißheit vorausgesehen werden kann. Es ist jetzt einem der vielen dortigen Fürsten, welche fast in ununterbrochenem Kriege mit einander lebten, gelungen, sich zum Herrn von ganz Abyssinien zu machen. Er hat seinen früheren Namen Kasa abgelegt, und den europäisch klingenden Namen Theodor I. dafür angenommen. Er zeigt auch den lebhaften Wunsch mit den europäischen Mächten in nähere Verbindung zu treten, nichts destoweniger hat er die katholischen Missionen aus dem Lande geschafft, weil er ihren Bekehrungen entgegen ist.

Orientalische Angelegenheiten.

Aus dem Orient.

(Wortlaut der Bestimmungen des zu Konstantinopel in Bezug auf die nicht muselmännischen Unterthanen der Pforte erlassenen Hat-Humayum. Schluß.)

Es soll zu einer Reform in der Zusammensetzung der Provinzial- und Gemeinderäthe geschritten werden, um die Aufrichtigkeit bei den Wahlen der Abgeordneten, der mohamedanischen, christlichen und anderen nicht muselmännischen Gemeinden, sowie die Freiheit der in den Räthen zu gebenden Stimmen zu schützen. Meine erhabene Pforte wird für Anwendung der wirksamsten Mittel Sorge tragen, um das Ergebniß der Berathungen und die gefaßten Beschlüsse genau kennen zu lernen und zu beaufsichtigen. Da die Gesetze, welche den Ankauf, Verkauf und die freie Verfügung der unbeweglichen Güter ordnen, auf alle meine Unterthanen gleiche Anwendung haben, so wird es den Fremden gestattet werden können, Grundbesitz in meinen Staaten zu erwerben, wenn sich dieselben den Gesetzen und Polizeiverordnungen unterwerfen und dieselben Lasten wie die Eingebornen übernehmen, nachdem mit den fremden Mächten Uebereinkunft hierüber erfolgt seyn wird. Die Steuern sind von allen Unterthanen meines Reiches ohne Unterschied der Klasse und des Kultus unter demselben Rechtstitel zahlbar. Für die wirksamsten und kräftigsten Mittel zur Abhülfe der Mißbräuche bei der Erhebung der Steuern und namentlich der Zehnten soll gesorgt werden. Das System der direkten Erhebung soll nach und nach und so bald als thunlich an die Stelle des Systems der Verpachtungen in allen Zweigen der Staatseinnahmen gesetzt werden. So lange jedoch dieses letztere System noch in Kraft ist, soll es bei den härtesten Strafen allen Beamten und Mitgliedern des Medglis verboten seyn, sich die Pachtungen zuzuschlagen, welche öffentlich zur Konkurrenz ausgeschrieben werden sollen, oder irgend einen Antheil an dem Gewinne bei der Ausbeutung der Pachtungen zu haben. Die Gemeindeauflagen sollen, so viel wie möglich, so berechnet werden, daß sie die Quelle der Produktion nicht erschöpfen oder die Bewegung des inneren Handels nicht hemmen. Die Arbeiten zum öffentlichen Nutzen sollen eine zweckmäßige Dotation erhalten, zu der die Provinzen, welche bei dem Baue der Verkehrsmitteln zu Lande und zu Wasser betheiligt sind, mit besonderen Leistungen herbeigezogen

werden sollen. Da bereits ein besonderes Gesetz erlassen ist, welches verfügt, daß das Budget der Einnahmen und Ausgaben des Staates in einer periodisch wiederkehrenden Zeit und so viel als möglich unter Vorsorge auf ein Jahr dem großen Justiz-konseil mitgetheilt werden soll, so wird dieses Gesetz auf die gewissenhafteste Weise befolgt werden. Das Budget wird jährlich veröffentlicht werden, und man wird zur Revision der jedem Amt zugewiesenen Besoldungen schreiten. Die Vorsteher und ein Abgeordneter jeder Gemeinde, durch meine hohe Pforte bezeichnet, werden berufen werden, in allen den Fällen, welche die Gesammtheit der Unterthanen meines Reiches interessiren dürften, an den Berathungen des obersten Justiz-Konseils Theil zu nehmen. Sie werden eigens zu diesem Zwecke durch den Großvezier berufen werden. Das Mandat der Abgeordneten wird einjährig seyn. Sie werden beim Antritt ihres Postens einen Eid leisten. Alle Mitglieder des Conseils werden in den ordentlichen und außerordentlichen Versammlungen ihr Gutachten und ihre Stimme frei abgeben, ohne daß man sie jemals aus diesem Grunde beunruhigen kann. Die Gesetze gegen die Bestechung, die Erpressung oder Unterschlagung werden, nach den gesetzlichen Formen auf alle Unterthanen meines Reiches Anwendung finden, welcher Klasse sie auch angehören, und welcher Art ihre Funktionen seyn mögen. Man wird sich baldmöglichst mit der Reform des Geldsystems meines Reiches, sowie mit der Errichtung von Banken und andern Anstalten des öffentlichen Kredits beschäftigen, welche die Hülfsquellen des Landes vermehren sollen, ebenso mit dem Bau von Straßen und Kanälen, welche den Verkehr erleichtern werden. Man wird Alles abschaffen, was den Handel und die Landwirthschaft hemmen kann. Man wird, um das vorstehend angedeutete Ziel zu erreichen, die Einsicht und die Erfahrung von Europa zulassen.

Turin, 13. März. Der kgl. sardinische Oberkommandant in der Krim ist ermächtigt, Unteroffizieren und Gemeinen einen 40tägigen Urlaub zu gewähren. (O. C.)

Trapezunt, 23. Febr. Omer Pascha ist mit seinem Generalstab hier angelangt; ihm folgen mehrere Detachements, die von Kolchis zunächst hierher verlegt werden. (O. C.)

Berichte aus Trapezunt vom 1. März, bestätigen, daß Omer Pascha Vorbereitungen treffe, nach Konstantinopel abzureisen. Er will aber seine in Asien befindlichen Truppen während seiner Abwesenheit nicht der Sorglosigkeit des bisherigen Verpflegssystems verfallen sehen und arbeitet daran, noch vor seinem Abgang von der Armee das Verpflegswesen so viel als möglich zu ordnen. (Fr. Postz.)

Der in Kars gefangene englische General Williams ist im englischen Lager vor Sebastopol angekommen. Er wurde, wie die „Aut. Korresp." meldet, gegen den in Kinburn gefangenen russischen General Kokonowitsch ausgewechselt.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 18. März. Die Börse war in matter Stimmung und die Kurse zumeist niedriger. — Die Interimsquittungen der Meininger Kredit-Bank sind erschienen. — Meininger Kredit-Aktien wurden zu 108½ 108 107¾ bezahlt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1300 P. 1295 G. Neue Bankaktien 40? P. 397 G. Credit-Actien à 5pCt 216 P 211 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 85⅞ P 85⅝ G. Metall. alte à 5pCt. 85¼ P. 85 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89½ G.; à 4½pCt. 76¼ P. 76 G.; à 4pCt. 69 P. 68½ G.; à 3pCt. 51½ P. 51 G.; à 1pCt. 17⅜ P. 17⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 135 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 110½ P. 110 G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 311 P. 308 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 114½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. — P. 87½ G.; 4pCt. — P. 95 G.; 4pCt. Grundrente 95⅜ P. 94⅞ G.; 4½pCt. 100⅝ P. 100¼ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 157½ P. 157 G. Neustadt-Weissenb. 123¼ P. 122¾ G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89½ G.; 4½pCt. 102⅛ P. 10?⅞ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¾ P. 83¼ G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. 41¼ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62 P. 61½ G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. — G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pCt. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 113½ P. 11? G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmst. Bankaktien alte 370 P. 365 G.; junge — P. 319 G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. 89½ P. — G., Loose à fl. 25 31⅜ P. 31⅛ G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 122¾ P. 122¼ G.; Taunus-Aktien 335 P. 333 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 80 P. —— G. Homburg. Bankaktien · P. 278 G. Polen. fl. 500 Partial 88 P. — G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 40¾ P. 40½ G.; 1pCt. neue 2? & P. 25 3/16 G. Holland. Integrale 64½ P. 64 G.; Certificat-Verein — P. 94½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120¾ P. 120½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 101¾ P. 101½ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅝ P. 101⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105G.	Paris Frs. 200 k. S 95 P. 94¾ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S. 96¾ P. 96½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅞ P. 94⅝ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89¼ P. 89G.	Wien fl. 100 C. k. S. 118¼ P. 118 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅞ P. 116⅞ G.

Disconto — P. 3pCt. G

Wien, 17. März. Oesterr 5pCt. National-Anleihe 87 5pCt. Metall. 86¾; 4½pCt. 76¾; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 136¾; von 1854 112½; Bankaktien 1087; Bank-Interimsaktien — 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 359; Donau Dampfschiffahrtsaktien 668; österr. Staatsbahnaktien 370; Nordbahnaktien 2920. Wechselkurse: Augsburg uso 101⅛; London 10. 5. B. Geldkurs: Dukaten —.

* Frankfurt, 18. März. (Priv.-Korresp.) Die günstigen Erwartungen, welche man von den Ergebnissen unserer Ostermesse gehegt hatte, scheinen noch übertroffen werden zu wollen. Wenigstens ist dieser Fall schon bei einigen Hauptartikeln eingetreten. Nach Seiden-, Wollen- und Baumwollen-Waaren, Druckkattunen und Shirtings, findet lebhafte Nachfrage statt, und eine Anzahl Lager haben ihre Vorräthe theilweise vollständig ausverkauft, vornämlich die geringeren Sorten sind stark begehrt, besonders in Baumwollen-Waaren. Die Preise haben durchschnittlich einen Aufschlag erfahren, der sich auf Seiden- und Wollen-Waaren sogar auf 8 — 10 pCt. beläuft. Im Detail-Geschäft ist der Meß-Verkehr nicht minder lebhaft und befriedigend; zahlreiche Käufer beleben die Stadttheile, in welchem der Handel seinen Sitz aufgeschlagen, und trockene, freundliche Witterung begünstigt die Geschäfte. Gleich erfreuliche Ergebnisse stehen für den morgen beginnenden Engroshandel in Leder und Wolle in Aussicht, der bekanntlich auf dem hiesigen Markte von großer Bedeutung ist. — An Meßsehenswürdigkeiten haben wir keinen Mangel und ist sich eher über das „Zu viel" als über das „Zu wenig" zu beklagen. Nur ein Zweig, die Straßen- und Wirthshausmusik, scheint weniger als in frühern Messen kultivirt zu seyn. Das Publikum wird sich über diesen Verlust gewiß trösten.

Nichtpolitische Zeitung.

Die unter der Firma: „Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei bei Eßlingen am Neckar" errichtete Fabrik, hat die landesherrl. Genehmigung erhalten. Das Gesellschaftskapital beträgt 1,200,000 fl. in 2400 Aktien à 500 fl., wovon bis jetzt 20pCt. eingezahlt sind. (Fr. J.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 80. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 2 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 20. März 1856

Telegraphische Depesche.*)

Paris, 19. März. Randon, Canrobert und Bosquet sind zu Marschällen von Frankreich ernannt worden. Fould und Admiral Hamelin haben das Großkreuz der Ehrenlegion erhalten. Der Kaiser hat gestern den preußischen Minister-Präsidenten Manteuffel empfangen. Walewski trug dem Kaiser die Glückwünsche der bei dem Friedens-Kongreß anwesenden Gesandten vor. Der Kaiser dankte und sagte: „Eine glückliche Vorsehung sendet mir einen Sohn in dem Augenblick, wo die Zeit einer allgemeinen Wiederversöhnung für Europa sich ankündigt. Ich werde ihn in der Gesinnung erziehen, daß die Völker nicht egoistisch seyn sollen, und daß von der Ruhe Europa's das Glück jedes Volkes abhängt."

*) Gestern Nachmittag bereits den meisten unserer Leser durch eine Extrabeilage mitgetheilt.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 14. März. In dem Rechenschaftsbericht der Verwaltung der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank am Schluß des Jahres 1855, wie solcher in der am 10. d. M. stattgehabten Versammlung des größern Ausschusses vorgetragen wurde, wird unter anderm erwähnt, daß ein Ueberblick des Geschäftsverkehrs im Allgemeinen auch für das Jahr 1855 eine progressive Bewegung und Ausdehnung zeige, mit Ausnahme der Hypothekenabtheilung. Als Ursache des letztern wird angeführt, daß sie nicht darauf beruhe, daß das Bedürfniß des Hypothekarkredits in der Gegenwart ein geringeres sey, als in der Vergangenheit; im Gegentheil sey dies Bedürfniß mehr als je vorhanden, und eine wohlorganisirte Hypothekenbank habe zuverläßig einen nie dagewesenen Aufschwung zu gewärtigen. Dem gesteigerten Bedürfniß der Landwirthschaft und des Immobiliarbesitzes gegenüber bilde der stagnirende und passive Zustand der Anstalt als Hypothekenbank eine ebenso unnatürliche als vom Standpunkt des Instituts aus nothwendige Erscheinung, welcher nur durch eine Abänderung gegenwärtigen Bankgesetzes abgeholfen werden könne. Seit beinahe zehn Jahren seyen über diesen Punkt Erörterungen gepflogen worden, ohne daß ein Resultat erzielt worden wäre. Der Bericht erwähnt dann, daß die Frage einer erweiterten Wirksamkeit der Hypothekenbank neuerdings durch mehrere Anträge an die Kammer der Abgeordneten in Anregung gebracht worden sey, und gibt sich der Hoffnung hin, daß die objektiven Gründe, die dieser Sache in seltner Anzahl und Dringlichkeit zur Seite stehen, die verdiente Anerkennung finden würde, und daß der Bank eine fernere und weitere Bewegung bevorstehe, deren sie bereits vielleicht allzu lange entbehrt habe. Es sey durch Erfahrung bewiesen, wie schwer es sey, Versäumtes nachzuholen, und wie viel darauf ankomme, daß das, was doch geschehen müsse, zu rechter Zeit geschehe. Niemals habe auf dem Gebiet des Kreditwesens eine solche Rührigkeit, ein solches Leben bestanden, als es gegenwärtig der Fall sey, und während allenthalben neue Kreditanstalten entstehen, und bestehende nach dem Zeitbedürfniß umgewandelt würden, während man anderwärts daran sey, dem diesfallsigen Eifer offenbare Ausschweifungen zu gestatten, und den verständigen Gebrauch in Mißbrauch ausarten zu lassen, dürfte man von der erleuchteten Regierung und den Gesetzgebungsgewalten unsers Vaterlandes wohl mit Grund erwarten, daß diese Vorgänge ihrer Aufmerksamkeit nicht entgehen, und Veranlassung darbieten würden, auch die reellen Kreditbedürfnisse Bayerns einer wohlverdienten und reiflichen Erwägung zu unterziehen. Dem weisen Ermessen unserer Staatsgewalt würde es dabei sicherlich nicht entgehen, daß eine engherzige Politik im Kredit- und Finanzwesen von nicht minder nachtheiligen Folgen begleitet seyn könne, als eine zu liberale Behandlung derselben, und daß das Kreditwesen überhaupt unter diejenigen Gegenstände der Nationalökonomie gehöre, bei denen die Maßregeln einer jeden Regierung mehr oder weniger von denen der Nachbarstaaten influirt werden. Der Rechenschaftsbericht führt dann ferner an, daß das Annuitätensystem der bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank seit dem Bestehen der Anstalt von Jahr zu Jahr mehr Eingang und Anerkennung gefunden habe, und daß man ihm kaum einen andern Fehler zum Vorwurf machen könne, als den, daß es seit geraumer Zeit quantitativ nicht mehr zureichend sey, den durch mancherlei Ursachen gesteigerten Anforderungen des Hypothekarkredits zu genügen, indem seitens der Bank nach Erreichung und resp. Ueberschreitung des obligatorischen Maßes der Annuitätenausleihungen das Hypothekengeschäft aus Opportunitätsgründen wesentlichen Einschränkungen unterzogen werden mußten. Es wird ferner angeführt, daß die Bank ohne gesetzliche und statutenmäßige Verpflichtung um 4 bis 5 Millionen mehr auf Annuitäten ausgeliehen habe, obwohl sie in Vergleichung des beschränkten Zinses der Annuitätenanlehen mit dem jetzt allgemein üblichen Zins bei jeder Million solcher fakultativ geschehenen Ausleihungen ihre jährliche Zinseinbuße auf 10,000 fl. veranschlagen dürfe.

Aus beigefügten tabellarischen Uebersichten ergibt sich, daß seit dem 20jährigen Bestehen der Bank 11,485 Annuitäten-Darlehen mit einer Kapitalsumme von 27,741,970 fl. 47 kr. ausgegeben wurden, und daß die Bank in den ersten zehn Jahren ihrer Ausleihungen sich mehr in größeren Summen beschäftigt, seit 1844 aber ihre Unterstützungen mehr den kleineren Gutsbesitzern zugewendet habe. Man werde diesem Verfahren der Bank volkswirthschaftlich eine gewisse Anerkennung deßhalb nicht versagen können, weil es für die Bank zweifelsohne kontravenabler gewesen wäre, größere Anlehen den kleinen vorzuziehen. Die Nominalsumme der beim Rechnungsabschluß bestehenden Anlehen beträgt 18,451,700 fl. 13 kr., die Summe der Kapitalreste hieraus 16,159,166 fl. 28 kr. in 8104 Posten. Die Bank besitzt eine große Anzahl von kleinen Darlehen, so namentlich 1844 Darlehen von 50 bis 500 fl., 2891 Darlehen von 501 bis 1000 fl., 1047 Darlehen von 1001 bis 1500 fl. u. s. w. Eine weitere Tabelle zeigt, daß mehr als ein $\frac{2}{5}$ aller Anlehen auf rein landwirthschaftliche (Bauern-) Güter gegeben wurden, dann etwas mehr als $\frac{1}{5}$ an adelige Gutsbesitzer, $\frac{1}{5}$ an Gewerbtreibende, theils mit, theils ohne Oekonomie, und das letzte Fünftel an Andere in der Art, daß beiläufig die Hälfte hievon an Gemeinden, Stiftungen, Pfarreien und Korporationen, die andere Hälfte auf Mieth- und Zinshäuser in größern Städten geliehen wurden. Der Bericht hofft, daß es durch eine entsprechende Abänderung des Bankgesetzes möglich werde, diesem Annuitätenleihsystem zum Nutzen und Frommen der bayerischen Landwirthschaft in Bälde eine möglich große Ausdehnung zu geben. Bis dieses geschehe, habe die Bankverwaltung beschlossen, daß den dringlichen Nachfragen des Hypothekarkredits für ganz kleine Posten das Annuitätensystem noch offen gelassen, für größere Posten von 1000 fl. aufwärts aber vorläufig nur mehr gegen 5prozentige Zinsung und halbjährige beiderseitige Aufkündigung geliehen werde. Obwohl mit dieser letzteren Art von Ausleihungen erst zu Mitte des abgelaufenen Verwaltungsjahres begonnen wurde, so habe die Summe dieser Ausleihungen dennoch in wenigen Monaten die Ziffer von etwa $\frac{1}{4}$ Million erreicht. Die Frage der Geschäftserweiterung der Bank kommt demnächst in der zweiten Kammer zur Berathung.

In Betreff der andern Geschäftsabtheilung der Bank wird bemerkt, daß die Verwaltung im Leih- und Diskontogeschäft während des ganzen Verlaufs des jüngsten Verwaltungsjahres nicht ermüßigt war, diesem Geschäft Einschränkungen irgendwelcher Art aufzuerlegen, obwohl dasselbe eine namhafte Inanspruchnahme aufzuweisen hatte. Die Rechnungsabschlüsse des Feuerversicherungsgeschäftes haben ein besonderes günstiges Resultat ergeben. Auch über die übrigen Geschäftszweige der Bank spricht sich der Bericht befriedigend aus. Bezüglich der Banknoten wird erwähnt, daß bei gesteigerter Nachfrage und unzureichendem Anbot dieselben fortwährend im gesetzlichen Maximalbetrag im Umlauf waren, und die unzweifelhafte Solidität dieses Papieres,, wie immmer, auch im Vorjahr ihre Anerkennung gefunden habe. Eine neue Auflage der 100 fl.-Noten sey der Vollendung nahe, und eine solche der 10 fl.-Noten sey begonnen worden. Der Bilanz der Bank Ende 1855 entnehme ich, daß die Aktiva 36,146,856 fl 14 kr. betrugen, worunter als Hauptposten figuriren: Hypothekenkapitalkonto mit 16,159,166 fl., Eskompte-Kapitalkonto 2,211,935 fl., Leihkapitalkonto (Bestand der belehnten Papieren) 9,068,122 fl., Kassakonto 2,340,391 fl. u. s. w.; dann bei der Filiale Augsburg bar und Notenvorrath 876,314 fl., Eskompte-Kapital-Konto 1,967,593 fl., und Leihkapitalkonto 558,229 fl. Unter den Passiva, von derselben Größe wie die Aktiva, werden aufgeführt: der Bankfonds zu 20 Millionen, der Betrag der umlaufenden Noten zu 8 Millionen, die verzinslichen Depositen mit 2,993,616 fl., der Reservefondskonto mit 1¼ Millionen, der Feuerversicherungsanstaltkonto mit 895,509 fl., jener der Lebensversicherungsanstalt mit 419,157 fl., der Leibrentenversicherungsanstalt mit 128,825 fl., der Rentenanstaltkonto mit 1,101,164 fl. u. s. w. Die von der Bank bezahlte Dividende pro 1855 betrug, wie schon früher mitgetheilt, im ersten Semester 15, und im zweiten Semester 19 fl. per Aktie. (A. Z.)

München, 19. März. Seine Majestät der König haben den Zollverwalter des Nebenzollamtes 1. zu Schweigen, Peter Schreiner, in gleicher Eigenschaft an das Nebenzollamt 1. Habkirchen versetzt, und die Zollverwaltersstelle am Nebenzollamt 1. zu Schweigen dem Grenzoberkontroleur, Johann Krebs zu Neulauterburg, verliehen; die erledigte protestantische Pfarrstelle zu Barbelroth, Dekanats Bergzabern, dem bisherigen Pfarrer in Elmstein, Dekanats Neustadt a H., Georg Augustin, verliehen; den Rathsaccessisten der General-Zoll-Administration Franz Emoan zum Gränzoberkontroleur in Partenkirchen provisorisch ernannt. (N. M. Z.)

München, 16. März. Der Ausschuß der zweiten Kammer für Gegenstände der Gesetzgebung hat bezüglich eines auf Verbesserung der Dienstbotenordnung gerichteten Antrags des Abgeordneten Rabl beschlossen, der Kammer vorzuschlagen, es sey die Bitte an die Krone zu bringen, die bestehenden Dienstbotenordnungen einer zeitgemäßen Revision unterwerfen lassen zu wollen. Der Antragsteller hebt als die wesentlichsten Mißstände der bestehenden Verordnungen hervor, daß erstens alle Dienstleute auf dem Lande wenigstens auf ein Jahr sich zu verdingen haben: zweitens, daß zur Heu- und Aerntezeit das Arbeiten im Taglohn nicht gestattet sey; drittens, daß das Steigen des Taglohns verhindert werde; viertens, daß die körperliche Züchtigung für zuläßig erklärt werde. Letzteres sey den Gesetzen vom Jahre 1848 zuwider, und es sey dringend gerathen, der Administration hierin Schranken zu setzen. Die ursprüngliche Verordnung, die Dienstleute mit Karbatsche zu bestrafen, sey zwar aufgehoben, allein es bestünde noch eine Verordnung der Art, welche nicht durch eine ausdrückliche Verordnung aufgehoben sey. Da man nun in letzterer Zeit so gern auf jene Bestimmungen zurückgreife, nach welchen das summarische Verfahren der Ruthenstreiche, wenn auch nur in ungenügender Weise, sich rechtfertigen läßt, so bestehe noch immer die Gefahr die Knute als das Instrument zu gebrauchen, welches Ruhe und Ordnung herstellen oder bewahren soll. Als zeitwidrig werden in dem Antrage noch bezeichnet die polizeilichen Bestimmungen über „ehrbare Tracht, welche vorzüglich aus Landes-Fabrikation anzuschaffen sey," als lächerlich die Forderung, daß an abgeschafften Feiertagen kein Bauer eine Wirthschaft oder Schenke besuchen, und einem solchen an diesen Tagen von dem Wirth kein Trunk gereicht werden solle. Aus den Aeußerungen der Vertreter der Regierung im Ausschusse geht hervor, daß der unrichtigen Auslegung solcher veralteten Bestimmungen und den dadurch veranlaßten Beschwerden im Wege der Vollzugsinstruktion abgeholfen werden soll, was auch bereits theilweise geschehen sey. (Schw. M.)

München. Dem Vernehmen nach wäre die beabsichtigte Augsburger Kreditanstalt, die auch hier Nachahmung finden sollte, vom Finanzministerium nicht genehmigt worden.

München, 18. März. Hr. Staatsrath v. Abel, der frühere Minister, wurde, wie man vernimmt, vor einigen Tagen von einem Schlaganfall betroffen, doch soll das Befinden desselben zu keinerlei Besorgniß Anlaß geben.

Dem revidirten Frachttarif für den Gütertransport auf den k. bayerischen Staatseisenbahnen, welcher mit dem 1. April in Wirksamkeit tritt, entnehmen wir folgendes Wesentliche:

Je nach der Deklaration des Absenders werden die Frachtgüter entweder als Güter in gewöhnlicher Fracht oder als Eilgüter befördert. Ihrer Gattung nach zerfallen die Frachtgüter in drei Klassen: 1. Klasse. Güter zur Normalfracht, wohin alle Güter gerechnet werden, welche nicht durch das Waarenverzeichniß in die 2. oder 3. Klasse gewiesen sind; 2. Klasse. Güter zu einer niederigern als der Normalfracht (Rohprodukte); 3. Kl. Güter zu einer höheren, als der Normalfracht (Sperrige Güter). Die Frachttaxe beträgt: Für die 1. Klasse ⅔ kr.; für die 2. Kl. ½ kr.; für Eilgüter 1⅓ kr. per Zoll-Zentner und Stunde mit einem fixen Zuschlage von 3 kr. per Zentner. Geldsendungen, sowie Gold- und Silber in Baarem werden nur als Eilgut zur Beförderung übernommen. Die niedrigste Taxe, die für eine Sendung erhoben wird, beträgt für gewöhnliches Frachtgut 6 kr., für Eilgut 12 kr. In den Tarifsätzen sind die Kosten für das Aufladen auf die Eisenbahnwagen und das Abladen von denselben, nicht aber auch jene für das Abholen der Güter in der Wohnung des Versenders oder die Bestellung in die Wohnung des Empfängers, inbegriffen. Als Ausnahme von diesem Tarif werden, unter Vorbehalt gelegenheitlicher Beförderung und ohne Uebernahme der Verpflichtung zur Einhaltung einer bestimmten Lieferzeit, nachstehende Gegenstände, wenn sie in ganzen Waarenladungen von einem Versender aufgegeben und an einen Empfänger adressirt sind, gegen eine Frachttaxe von 20 kr. für einen vierräderigen, 30 kr. für einen sechsräderigen Wagen per Bahnstunde befördert, und zwar: a) Brennmaterialien, als Brennholz, Holzkohlen, Torf, Lohkuchen, Braunkohlen, Steinkohlen und Coaks; b) Baumaterialien, als Lehm, Mergel, Sand und Kies, gewöhnlicher Töpferthon, Gyps, Kalk, Cement, Schiefer, Ziegel- und Backsteine, dann unbehauene und behauene Bausteine, sowie Bruch- und Pflastersteine; Bau- und Nutzholz, Sägewaaren der Schneidemühlen von inländischem Holze, als: Bohlen, Bretter, Latten 2c.; c) Blei-, Eisen- und Kupfererze; Roheisen in Masseln und Gänsen, altes Brucheisen, Eisenfeile und Hammerschlag. Eine stärkere Belastung als 40 Zentner per Achse ist unzulässig. Für ein zufälliges Mehrgewicht muß die Frachttaxe nach der 2. Tarifsklasse entrichtet werden. Das Auf- und Abladen auf die Eisenbahn-Transportwagen und von denselben muß von dem Versender, beziehungsweise dem Empfänger bewirkt werden, und wird nur auf ausdrückliches Verlangen durch das Personal der Verwaltung gegen Erhebung einer besonderen Gebühr von Einem Kreuzer per Zoll-Zentner besorgt. Fahrzeuge aller Art: Wagen, Chaisen, Feuerspritzen auf Rädern, sowie Gegenstände von ungewöhnlichem Umfange, welche als Frachtgüter versendet werden, unterliegen einer Taxe von 36 kr; für einen vierräderigen und 54 kr. für einen sechsräderigen Wagen, sofern bei Berechnung der Fracht nach der 1. Klasse des Tarifs unter Zulassung des wirklichen Gewichts sich kein höherer Betrag ergibt. Leichen werden unter der Voraussetzung, daß die bestehenden polizeilichen Vorschriften befolgt sind, nur in geschlossenen Transportwagen befördert, gegen eine Taxe von 36 kr. per Bahnstunde, welche von dem Aufgeber sogleich zu entrichten, oder dafür Bürgschaft zu leisten ist.

(Schluß folgt.)

Bamberg, 17. März. Dr. E. Feust, ehemaliger Redakteur des „Nürnberger Kouriers", wird vom 1. April an ein „Sonntagsblatt" erscheinen lassen.

Speyer, 17. März. Der „christliche Pilger" bringt folgende Anzeige: „Heute (am 14. März) wurde uns von dem hiesigen k. Polizeikommissariat eröffnet, daß Ankündigungen und Aufforderungen zu Beiträgen für öffentliche Zwecke in der Presse fortan eben so wie Kollekten von Haus zu Haus der Genehmigung der k. Regierung und für den Fall, daß sie sich über die Gränzen der Pfalz erstreckten, der Genehmigung des k. Staatsministerium bedürften. Wir erklären, daß wir gegen diese Maßnahme geeignete Vorstellungen höheren Ortes eingereicht haben, deren Erfolg wir seiner Zeit veröffentlichen werden."

× **Preußen.** Berlin, 18. März. (Privat-Korresp.) Der Frieden ist vor der Thür*); Preußen befindet sich in Paris vertreten; Handel und Gewerbe nehmen einen bisher noch nicht gekannten Aufschwung; überall werden besondere Vorkehrungen zur Hebung der Industrie und des Verkehrs durch Gründung von großartigen Kredit-Anstalten getroffen. Man gewinnt die Ueberzeugung, daß der Frieden ein dauernder seyn wird, denn es unterliegt beinahe keinem Zweifel mehr, daß Louis Napoleon

*) Aber immer noch erst vor der Thür.

innerhalb der Gränzen friedlicher Bestrebungen den Ruhm und den Wohlstand Frankreichs mehren will.*) Die Besorgnisse, welche man vor kurzer Zeit hegte, daß der Neffe in die Fußstapfen seines Oheims treten und über Europa den Krieg bringen werde, sind verschwunden. Der Thron Frankreichs ist in der Linie des jetzt regierenden Kaisers durch die Geburt eines Sohnes gesichert. — Trotz aller dieser großen und günstigen Umwandlungen müssen wir doch sehen, daß das Barometer, durch welches die politische Witterung gemessen wird, die Börsen vom gestrigen Tage, statt in ihrem Verkehr einen bedeutenden Aufschwung zu nehmen, gelähmt und müde da standen. Wenn die Zeichen am politischen Horizonte nicht so deutlich und klar vor Augen ständen, wenn sie nicht alle Zweifel entfernten, gewiß, man müßte zu der Ueberzeugung kommen, daß irgend welcher plötzliche Uebergang zu einem drohenden Gewitter vorhanden wäre. Die Börsen selbst sind nicht im Stande, sich Rechenschaft von dieser außerordentlichen Erscheinung zu geben. Sie sehen und begreifen die großen Ereignisse der letzten Zeit vollständig, und doch waren sie nicht fähig, sich in gleicher Höhe mit ihnen zu halten. Nach 2 Jahren unberechenbarer und oft bedrohlich aussehender Zustände befinden sich endlich die Börsenmänner auf einem gesicherten und ruhigen Boden, auf einem Boden, der so ergiebig an den reichsten Früchten der Zeit und der Begebenheit ist, daß nicht alles, was emporschießt, vollständig eingeärndtet und verwerthet werden kann. Die Börsen sind übersättigt, die Spekulationen haben gewissermaßen ein Ende erreicht, seitdem die Mittel dazu in so hohem Grade absorbirt worden waren. Die Gemüther sind abgestumpft gegen neue freudige und Hoffnung erregende Begebenheiten, so blieb denn auch die Nachricht von der Geburt eines französischen Thronfolgers ganz wirkungslos, ohne daß man die große Wichtigkeit dieser Nachricht irgend wie verkennt. Wenn also Jemand nach dem Stande der Börse, wie das gewöhnlich der Fall ist, Schlüsse auf die politische Constellation macht und Besorgnisse laut werden läßt, so würde man unter den jetzigen Verhältnissen durchaus das richtige Ziel nicht treffen.

Berlin, 17. März. Die Staatsregierung übergab heute dem Hause der Abgeordneten zwei auf die Reform der preußischen Bank bezügliche Gesetzentwürfe, mit dem denselben zu Grunde liegenden, zwischen der Staatsregierung und der preußischen Bank abgeschlossenen Vertrage. Danach verpflichtet sich die Bank, 15 Mill. Thlr. von den in Gemäßheit des Gesetzes vom 19. Mai 1851 im Betrage von 30,842,347 Thlr. ausgefertigten Kassenanweisungen einzulösen und an die Hauptverwaltung der Staatsschulden in monatlichen Beträgen von mindestens 750,000 Thlrn. zur Vernichtung abzuliefern. Der Staat wird den nach Einlösung von fünfzehn Millionen Thalern Kassenanweisungen verbleibenden Theil derselben von 15,843,317 Thlr. ausschließlich in Appoints von 1 bis 5 Thlr. ausfertigen. Die im §. 29 der Bank-Ordnung vom 5. Oktbr. 1846 ausgesprochene Beschränkung des Gesammtbetrages der von der preuß. Bank auszugebenden Noten auf 21 Mill. Thaler wird aufgehoben. Von dem im Umlauf befindlichen, diese Summe überschreitenden Betrage muß in den Bankkassen außer den nach §. 31 der Bank-Ordnung erforderlichen Beständen stets ein Drittheil in baarem Gelde oder Silberbarren und zwei Drittheile in diskontirten Wechseln vorhanden seyn. Die Bank soll berechtigt seyn, statt der bisherigen Noten in Appoints von 25 Thalern, Noten in Appoints von 20 Thlrn., ferner Noten in Appoints von 10 Thlrn. bis zum Betrage von 10 Millionen Thalern auszugeben. Das k. Finanzministerium zahlt der preuß. Bank 16,598,000 Thaler in Staatsschuldverschreibungen nach dem Nennwerth, welche mit 4½ Prozent jährlich verzinset werden. Die Bank zahlt zur Verzinsung und Tilgung der gedachten Staatsschuldverschreibungen vom 1. Januar 1856 an jährlich einen Beitrag von 621,910 Thlrn. Zur Tilgung der gedachten Staatsschuldverschreibungen im Betrage von 16,598,000 Thlr. werden vom 1. Januar 1856 ab dem Staate jährlich 100,000 Thlr. und die Zinsen der hierdurch getilgten Staatsschuldverschreibungen so lange verwendet, bis deren Betrag auf 10 Mill. Thaler vermindert ist. Von da ab werden wieder 100,000 Thlr und die Zinsen der dadurch getilgten Staatsschuldverschreibungen zur Tilgung so lange verwendet, bis die 10 Mill. Thaler abgetragen sind. Die Tilgung erfolgt durch Einlösung der Staatsschuldverschreibungen nach ihrem vollen Nennwerthe.

Im Verlag von Schneider in **Berlin** soll im nächsten Quartal eine französische Zeitung in der Weise von Galignani's Messenger, erscheinen. (A. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 18. März. Dieser Tage mußten in Folge der neuen k. Preßverordnung die Kautionen der hier erscheinenden Blätter mit je 8000 fl. hinterlegt werden.

*) Doch ist nicht zu vergessen, daß die Dauer des Friedens nicht von Napoleons Willen allein abhängt.

Baden. Karlsruhe, 18. März. Neuerdings ist wieder die Errichtung einer Bank mit dem Sitz hier oder in Mannheim zur Sprache gekommen, nachdem sich die Regierung für dieses Projekt jetzt geneigter zeigt, als es früher der Fall war. Dem Vernehmen nach sind es ebenfalls zwei Gesellschaften, welche sich darum bewerben, deren eine durch eine Gesellschaft reicher Kavaliere des Landes repräsentirt wird, während die andere Mannheimer und Heidelberger Bankiers an ihrer Spitze hat. (Allg. Z.)

Freie Städte. Frankfurt, 15. März. In solchen Kreisen, in denen man den vaterstädtischen Angelegenheiten eine besondere Theilnahme zuwendet, flüstert man sich seit Kurzem zu, die Ausführung der Verfassungsreformen, bezüglich der Gerichtsorganisation, werde von den andern freien Städten beanstandet, indem dieselben die Ansicht geltend machten, daß Frankfurt für sich allein nicht einseitig damit vorgehen dürfe. Eine bezügliche Aeßerung soll bereits durch das Organ des Senats einer der andern freien Städte hier eingetroffen seyn. (Allg. Ztg.)

Oesterreich. Aus Prag, 14. März, wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Unser Mitbürger Hr. Richter hat nun die Bestätigung als erster Direktor der Wiener Kreditanstalt erhalten; der vom Finanzminister erhobene Anstand beruhte nur darin, daß der Verwaltungsrath als Beherrscher der Börse, auch dem Ministerium gegenüber, eine Alleingewalt usurpiren zu können vermeinte, und daher die Besetzung jener wichtigen Stellen beeilte, ohne vorheriges geeignetes Einvernehmen mit der obersten Finanzbehörde. Das von dieser eingelegte und gegen die Wahl der beiden Unterdirektoren bisher aufrecht erhaltene Veto wird übrigens als Symptom zu betrachten seyn, daß die Aktien jener Anstalt auch außerhalb der Börse gesunken; die öffentliche Meinung fordert eben noch andere Garantien für die entsprechende Wirksamkeit dieses Instituts als die leicht erklärbaren Hallelujahs der Wiener Journalistik."

Wien, 17. März. Die Münzkonferenzen werden nach den Osterfeiertagen wieder fortgesetzt werden. — Demnächst wird eine neue Paßordnung promulgirt werden, die für ganz Deutschland giltig seyn wird. Dieser neuen Paßordnung zufolge sollen die Pässe der Polizeibehörden von Wien und Berlin in Zukunft in ganz Oesterreich und Deutschland keiner Vidirung mehr bedürfen. (Ostd. Post.)

Ueber den Zweck, welchen der Fürst Felix von Hohenlohe-Oehringen gegenwärtig in Wien verfolgt, wird der „Allg. Ztg. aus Frankfurt a. M. Folgendes gemeldet: „Es handelt sich um nichts Geringeres als die Kornkammer Ungarns dem Verkehre und der deutschen Konsumtion ausgiebig zu öffnen, die Ausfuhr der reichen Bodenerzeugnisse Ungarns zu erleichtern, und damit dem Interesse der ungarischen Produzenten und der deutschen Konsumenten zugleich zu dienen. Seit der Abschaffung der Zehentkammern in Ungarn, in denen sich immer bedeutende Massen von Getraide konzentriren, ist diese Ausfuhr sehr erschwert. Man will nun dem Mißstand der erschwerten Ausfuhr ein für allemal gründlich abzuhelfen suchen. Das Projekt geht dahin, große Lagerhäuser in Ungarn selbst zu errichten, nach welchen die ungarischen Produzenten ihr Getraide zum Verkauf bringen können, und eine Kette von Lagerhäusern von der untern Donau bis zum Rhein soll der Ausfuhr des ungarischen Getraides, welche mit allen Verkehrsmitteln zu Wasser und zu Land zu betreiben wäre, den nothwendigen Vorschub leisten. Das zwar zur Ausführung des Projekts nothwendige Kapital soll durch Aktien aufgebracht werden. Der hiesige Handelsmann Rigaud, Direktor der Rhein- und Mainschleppschifffahrtsgesellschaft, welcher mit dem Fürsten eine Audienz bei dem Kaiser hatte, ist eine der das Projekt betreibenden Spezialitäten. Er war bekanntlich der erste, welcher ein Frachtenschiff von Holland durch den Donau-Main-Kanal nach Oesterreich gehen ließ."

Frankreich.

* **Paris**, 18. März. Der „Moniteur" meldet zahlreiche Begnadigungen für nichtpolitische Vergehen.

Spanien.

* Die Nachrichten aus Spanien über die Lage und den Zustand des Landes sind beunruhigend. In Madrid, Malaga, Sevilla und zwanzig andern Städten kamen tumultarische Auftritte vor; die Waffen in der Hand, protestirt das Volk einmal gegen die Theurung der Lebensmittel, einmal gegen die Politik der Regierung, hier gegen die Munizipal-Taxen, dort gegen die Wiederherstellung der indirekten Steuern. Diese Aufruhrversuche wurden bisher durch die Energie der Militärbehörden unterdrückt. — Solche Auftritte waren in Spanien von jeher

häufig, aber neu ist das häufige Vorkommen von Mord und Raub und die Kühnheit der Mörder, welche ihre Verbrechen am hellen Tage, auf den belebtesten Straßen, oft in den Dörfern selbst verüben, welche sie überfallen und unter den Augen der bestürzten Bewohner brandschatzen.

Italien.

Von Civettola wird der „Allg. Zeitung" aus Rom, 10. März, geschrieben, daß er keine Enthüllungen machte, wodurch, wie man fürchtete, politische Verhaftungen in Masse veranlaßt werden möchten. Die Untersuchungsrichter haben es daher nur mit ihm zu thun, der nicht weniger als acht Attentate bezichtigt wird. Etwa 20 Personen, welche bei der gemeldeten Entdeckung von kurzen Stichwaffen und andern verdächtigen Gegenständen in Meister Civettola's Werkstatt verdachtshalber verhaftet waren, sind jetzt nach 75tägiger Gefangenschaft als unschuldig entlassen.

Turin, 10. März. Als im vorigen Jahr der Lärm durch die Blätter ging, als hätten französische Flüchtlinge von Nizza aus versucht, einen Einfall in das Var-Departement zu machen, wurden mehrere derselben in Untersuchung gezogen. Die Anklagekammer des Gerichtshofes zu Nizza hat nun vor Kurzem erklärt, daß nach Maßgabe der Akten kein Grund zu gerichtlichem Einschreiten vorhanden sey. Nichtsdestoweniger erging von Seite der piemontesischen Regierung der Befehl zur Ausweisung der Betreffenden nach Spanien, und zur Stunde werden dieselben schon an ihrem Bestimmungsort angekommen seyn. (Allg. Z.)

Rußland und Polen.

Die Desertionen militärpflichtiger Polen haben sich auch bei den neueren Rekrutirungen für die russische Heeresmacht als ansehnlich genug herausgestellt, so zwar, daß russische Behörden sich veranlaßt sahen, den Regierungsvorständen preußischer Gränzdistrikte abermals Listen landesflüchtig gewordener Polen zur polizeilichen Verfolgung auf preußischem Gebiete zuzustellen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

London, 19. März. Die heutige „Times" sagt: „Um eine Erneuerung des Waffenstillstandes zu vermeiden, wird der Friede wahrscheinlich noch vor dem 31. März abgeschlossen werden. Zur Abfassung des Traktates wurde ein Comite ernannt, das aus Lord Cowley, dem Baron Bourqueney, dem Grafen Buol und Cavour, Ali Pascha und Baron Brunnow besteht. Nach dem Abschluß des Friedens bleibt der Ausschuß zur Ordnung der Details beisammen. Frhr. v. Manteuffel wird der formellen Unterzeichnung des Friedens beiwohnen. Die Conferenzvorgänge dürften kaum veröffentlicht werden. (T.D.d.Fr.J.)

Aus Paris, 17. März wird der „K. Ztg." geschrieben: „Wie verlautet, wird Herr v. Morny binnen Kurzem, mit einer vertraulichen Mission beauftragt, nach Petersburg abreisen. Der Vorwand zu seiner Reise wird die Notifikation der Geburt des kaiserlichen Prinzen seyn. Gerüchte über ein russisch-franz. Bündniß zirkuliren wieder mehr, denn je. Zwischen Frankreich und Rußland wird, so glaubt man hier, aus dem gegenwärtigen Kriege sich früher oder später eine intime Allianz entwickeln, wozu die Politik Deutschlands die Brücke gebaut hat."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 19. März. Die Börse war in flauer Stimmung und die Kurse zumeist niedriger.

Oesterreich. Bankaktien o. D alte 1287 P. 1234 G. Neu Bankaktien 390 P. 385 G. Credit-Actien à 5pCt 199 P 197 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 85⅛ P. 84⅞ G. Metall. alte à 5pCt. 85 P. 81½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89½ G.; à 4½pCt. 75⅜ P. 75⅛ G.; à 4pCt. 68½ P. 68 G.; à 3pCt. 51½ P. 51 G.; à 1pCt. 17⅜ P. 17⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 135 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 109 P. 108½ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 303 P. 301 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 114 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. — P. 87½ G.; 4pCt. — P. 95 G.; 4pCt. Grundrente 95⅜ P. 94⅞ G.; 4½pCt. 100⅝ P. 100⅛ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 156½ P. 156 G. Neustadt-Weissenb. 122¾ P. 122¼ G.

Würltemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89½ G.; 4½pCt. 102⅛ P. 101⅞ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¼ P. 82¾ G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. 41 P. 40¾ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62 P. 61½ G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. — G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 113½ P. 113 G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmst. Bankaktien alte 353 P. 351 G.; junge — P. — G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. — P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅜ P. 31⅛ G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 122½ P. 122 G.; Taunus-Aktien 335 P. 333 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 80 P. —— G. Homburg. Bankaktien — P. 276 G. Polen. fl. 500 Partial 88 P. — G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 40½ P. 40¼ G.; 1pCt. neue 25 15/16 P. 25 13/16 G. Holland. Integrale 64½ P. 64 G.; Certificats 4pCt. — P. 94½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k.S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120¾ P. 120½ G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i.S.L. 250k.S 101¾ P 101½ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅝ P 101⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k.S 94¾ P. 94½ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96¾ P. 96½ G.	Lyon Frs. 200 k. S 94¾ P. 94½ G.
Hamb. MB. 100 k.S 89¼ P 89 G.	Wiend. 100 C. k S. 117⅞ P. 117⅝ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	Wien 3 M. mit 4% 116¾ P. 116½ G.
Disconto — P. 3pCt. G	

Wien, 18. März. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86⅞; 5pCt. Metall. 86¼; 4½pCt. 77 7/8; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 136¾; von 1854 111⅞; Bankaktien 1080; Bank-Interimsaktien — 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 350; Donau Dampfschifffahrtsaktien 667; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien ——. Wechselkurse: Augsburg uso 101⅞; London 10. 6. B. Geldkurs: Dukaten —.

London, 12. März. Am Getreidemarkt war heute die Zufuhr schwach und Preise für Weizen 1 a 2 sh., für Mehl 2 a 3 sh. höher als Montag. Uebrige Artikel unverändert, aber fest.

Nichtpolitische Zeitung.

In der Gegend von Neuenmarkt in Oberfranken werden dieses Frühjahr Nachgrabungen nach Kohlen angestellt. Man hofft auch auf Eisen zu stoßen und glaubt auf eine ergiebige Ausbeute an Vitriolkiesen rechnen zu dürfen.

Hannover, 17. März. Zu dem in Petersburg bevorstehenden Krönungsfeste sind Seitens des dortigen kaiserlichen Hofes namhafte Ankäufe von Staatspferden im hiesigen Lande gemacht worden; aus gleicher Veranlassung sind auch mehrere geübte Kutscher Hannovers unter sehr vortheilhaften Bedingungen nach Petersburg engagirt, welche demnächst ihre Reise dorthin antreten und zugleich die Transporte der betreffenden Pferde führen werden. (Z. f. Ndd.)

Im Laufe des nächsten Sommers, wahrscheinlich schon im Juni, werden die Eisenbahnstrecken von Münster nach Rheine und von Rheine nach Osnabrück dem allgemeinen Verkehr übergeben werden. Die erstere Strecke bildet einen Theil des großen Schienenweges von Münster nach Emden, durch welchen eine direkte Verbindung der Provinz Westphalen mit Ostfriesland und der Nordsee hergestellt werden soll.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 81. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zelle in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 21. März 1856

Deutscher Bund.

Bayern. (Der neue Tarif für Güterbeförderung auf den k. bayer. Eisenbahnen. Schluß.) Für die Beförderung von Eisenbahnfahrzeugen, welche auf eigenen Rädern laufen, werden erhoben, und zwar: a) für eine Lokomotive bis zu 500 Zentner schwer per Bahnstunde 1 fl. 40 kr.; b) für einen Tender, per Bahnstunde 40 kr.; [illegible] Güter- oder sonstigen Transportwagen per Achse und Bahnstunde 10 kr. Hinsichtlich der Beförderung von Lokomotiven über 500 Zollzentner schwer und der dafür zu zahlenden höheren Frachttaxe bleibt besondere Vereinbarung vorbehalten. Den Lokomotiven muß von dem Versender ein Begleiter beigegeben werden, welcher das Schmieren derselben für Rechnung des Versenders zu besorgen hat, und freie Fahrt auf der Lokomotive erhält. Ebenso kann den Eisenbahnwagen ein Begleiter beigegeben werden, welcher ebenfalls freie Fahrt auf dem Wagen erhält, dann aber auch das Schmieren der Wagen für Rechnung des Versenders zu besorgen hat. Wird kein Begleiter beigegeben, dann übernimmt die Verwaltung die Obsorge für das Schmieren der Wagen. Bezüglich der Lieferzeiten gelten folgende Bestimmungen: a) Güter in gewöhnlicher Fracht werden geliefert: auf eine Entfernung bis zu 50 Stunden in zweimal vierundzwanzig Stunden, von 50 bis 100 Stunden in viermal vierundzwanzig Stunden, von 100 bis 150 Stunden in sechsmal vierundzwanzig Stunden, über 150 Stunden in achtmal vierundzwanzig Stunden. Der Tag der Aufgabe, wenn diese nach Mittag 12 Uhr erfolgt, und der Tag der Ablieferung, beziehungsweise Anmeldung des Gutes wird bei der Berechnung der Lieferungstage nicht eingerechnet. b) Eilgüter werden geliefert: auf eine Entfernung bis zu 50 Stunden in einmal vierundzwanzig Stunden, von 50 bis 100 Stunden in zweimal vierundzwanzig Stunden, von 100 bis 150 Stunden in dreimal vierundzwanzig Stunden, über 150 Stunden in viermal vierundzwanzig Stunden. c) Die Lieferzeit vermehrt sich bei vorkommender zoll- und steueramtlicher Behandlung der Güter um die hiezu verwendete Zeit. d) An Sonn- und Feiertagen werden Waarensendungen mit Ausnahme von Eilgütern weder zur Beförderung angenommen noch zugenommen noch zugestellt. Daher können auch bei Gütern in gewöhnlicher Fracht die Sonn- und Feiertage nicht als Schlußtage der Lieferzeit angerechnet werden. e) Der den Frachtbriefen aufzudrückende Stations-Stempel ist bei der Berechnung der Lieferzeiten maßgebend. f) Verspätung der Lieferung hat den Verlust der halben oder ganzen Fracht zur Folge, begründet aber keinen Anspruch auf weitere Entschädigung. g) Die halbe Fracht verfällt, wenn Güter der 1. oder 3. Klasse oder Eilgüter nicht innerhalb des ersten, oder wenn Güter der 2. Klasse nicht innerhalb des zweiten Tages nach Ablauf der vorgeschriebenen und vorschriftsmäßig berechneten Lieferzeit geliefert werden. h) Die ganze Fracht verfällt bei Gütern der 1. oder 3. Klasse oder Eilgütern nach Ablauf des zweiten, bei Gütern der 2. Klasse nach Ablauf des vierten Tages nach der vorgeschriebenen und vorschriftsmäßig berechneten Lieferzeit. i) Wird nur ein Theil der Sendung verspätet abgeliefert, so verfällt auch nur der verhältnißmäßige Theil der halben oder ganzen Fracht. k) Der Frachtverlust tritt nicht ein, wenn die Verspätung der Lieferung durch Natur-Ereignisse oder nicht vorherzusehende Hindernisse verursacht worden ist. (Diesen Tarifsvorschriften folgt ein umfassendes „Waarenverzeichniß", das die Klassifizirung enthält.)

München, 21. März. Se. Majestät der König haben den seitherigen Cooperator in Hebertsfelden, Ldgs. Eggenfelden, Priester Joh. Bapt. Pömmerl, von dem Antritte der Pfarrei Miesbrunn, Ldgs. Vohenstrauß, enthoben, und diese dem Priester Michael Koller, Cooperator Expositus in Eitlbrunn, Ldgs. Regenstauf, übertragen. (N. M. Z.)

× **Preußen. Berlin**, 19. März. (Privat-Korresp.) Aus Stettin wird über mehrere neue großartige Unternehmungen, welche daselbst in's Leben gerufen werden, berichtet. Zuvörderst ist es eine Lebensversicherungs-Gesellschaft unter dem Namen „Germania" mit einem Grundkapital von 5,000,000 Thalern, wovon die vorläufig ausgegebenen 3 Millionen Thaler in einem Vormittag gezeichnet wurden, und die Promessen mit 1 ß Agio bezahlt werden. Alsdann ist die Anlage einer Wasserleitung für Stettin mit einem Anlagekapital von 210,000 Thalern, wovon schon über die Hälfte ge- Schiffsversicherungs-Vereins, eines [illegible] Vereins für 1856, die Bildung einer Stettiner Feuerversicherungs-Gesellschaft, sowie die Gründung einer Dampfmahlmühle in Swinemünde im Werke. — Unsere Nadelfabriken, welche am Rhein von ziemlich bedeutendem Umfange sind, haben im letzten Jahre nicht sehr glückliche Geschäfte gemacht. Die Ausfuhr nach Nordamerika und Frankreich war nicht bedeutend, da die Geldkrisis in den Vereinigten Staaten erst in der zweiten Hälfte des Jahres eine Ausfuhr dahin möglich machte, und weil die Zollverhältnisse mit Frankreich einen Absatz dorthin nicht recht zulassen. Jedoch soll nach Mittheilungen aus Paris in nächster Zeit eine Tarifsänderung der französischen Zölle vorgenommen werden.

Berlin, 18. März. Sobald die definitive Beilegung des kriegerischen Streites erfolgt ist, steht sichern Anzeichen nach in Preußen eine Reduktion des Heerbestandes zu erwarten. Wie bekannt, befinden sich bei uns die Kavallerie- und Artillerie-Regimenter noch immer auf Kriegsstärke. Kommt der Friede zu Stande, sollen in beiden Waffengattungen nicht blos die noch bei der Fahne behaltenen Reservisten entlassen werden, sondern auch die überzähligen Pferde zum Verkauf kommen. (A. Z.)

Berlin, 18. März. Die für die Wittwe des Herrn v. Hinkeldey von der hiesigen Kaufmannschaft gezeichneten Gelder belaufen sich heute bereits auf 18,000 Thaler. (N. K.)

Berlin, 18. März. In der vielbesprochenenen Depeschendiebstahls-Angelegenheit hat der Geheimrath Seyffart in Potsdam eine Rechtfertigungsschrift hier und in Potsdam vielfach verbreitet. Diese Schrift soll auch dem König von demselben übersandt worden seyn. Eine zu gleicher Zeit verbreitete anonyme Schrift enthält eine Erklärung über den Grund und Zweck seiner Verbindung mit dem als Urheber des Depeschendiebstahls ostgenannten vormaligen Agenten des Ministerium Rochow, Techen, welcher eine Zeitlang in Haft gehalten, dann entlassen, demnächst aber, wie es heißt, auf Betreiben des Generalpolizei-Direktors v. Hinkeldey wieder zur Haft gebracht worden ist.

Zunächst ist, nach den in dieser Schrift mitgetheilten Briefschaften ec., Herr Seyffart bemüht, seine Verbindung mit Techen und seine Mitwissenschaft um dessen Plünderung frem-

der Geheimnisse und deren Verwerthung zu erläutern. Es geschieht dies durch Berufung auf eine alte Verbindung aus der Zeit des Ministers v. Rochow, in der Hr. Seyffart das Unglück hatte, die geheime Polizei leiten zu müssen. In Beziehung auf die Mitwissenschaft behauptet Hr. Seyffart, den Ministerpräsidenten v. Manteuffel, den Kassenrath in dessen Ministerium, den Geheimen Kabinetsrath Illaire und seinen eigenen Chef, den verstorbenen Präsidenten der Oberrechnungskammer, vormaligen Ministerpräsidenten v. Ladenberg, in Kenntniß gesetzt zu haben. — Es scheint so, als wenn eine Politik und eine Polizei die andere Politik und die andere Polizei kontrolirt und sich von den Absichten und Handlungen durch Bemächtigung geheimer Papiere Kenntniß verschafft habe. Welchen Antheil der verstorbene Generalpolizeidirektor v. Hinkeldey daran hatte, ist nicht genau zu ersehen: ganz ohne Antheil scheint er nicht gewesen zu seyn, daß seiner Energie die Wiederverhaftung des Techen zugeschrieben wird, deutet vielleicht darauf hin, daß der Inhalt des Diebstahls kompromittirender erschienen seyn kann, als das Mittel. Auf den Gesandtschaften der Westmächte, die Anfangs vielleicht nicht ohne Absicht genannt wurden, bleibt nichts hängen. Ob die traurigen Katastrophen der jüngsten Zeit mit der Angelegenheit, von der wir reden, in irgend einem ursächlichen Zusammenhange stehen, bleibt gleichfalls aufzuklären. (Fr. Postz.)

Berlin, 19. März. Der Erklärung des Staatsanwalts Roerner sind zwei Mittheilungen über die Hinkeldey'sche Angelegenheit gefolgt, die von Mitgliedern der beiden Familien der Betheiligten ausgegangen sind. Wir beschränken uns darauf, im Folgenden die wesentlichen Thatsachen aus diesen drei Berichten zusammenzustellen.

Zunächst wird allseitig bestätigt, daß das polizeiliche Einschreiten gegen die Mitglieder des Jockeyklubs im Juni v. J. den ersten Anlaß zu jener Kette von Verwicklungen gab, deren Ringe nun wenigstens äußerlich so ziemlich offen liegen. Die Ursache dieses Einschreitens ist bekannt. Der Polizeilieutenant Damm konnte nicht dafür zur Verantwortung gezogen werden, daß er den ihm in dieser Beziehung ertheilten Auftrag ausgeführt, sondern nur wie er ihn ausgeführt. Auf die deßhalb von Mitgliedern des Jockeyklubs erhobene Beschwerde wurde von Hrn. v. Hinkeldey anerkannt, daß der genannte Beamte in einer nicht gerechtfertigten verletzenden Form vorgeschritten sey, und derselbe in eine Ordnungs-Strafe von 20 Thalern genommen; überdies versetzte der Herr Minister denselben später ohne Beförderung nach Paderborn. Mit dieser Genugthuung Rochow und ein anderes Mitglied des Klubs hatten im Verlaufe derselben eine Besprechung mit Herrn v. Hinkeldey, der ohne Zweifel eine gütliche Ausgleichung zu fördern hoffte, indem er in solcher Weise auf die Motive seines Verfahrens näher einging. Er hat später die Eröffnungen, die er bei dieser Gelegenheit gemacht, als hypothetische und konfidentielle bezeichnet; die beiden Herren, mit denen er konferirte, versichern jedoch, daß er nur für einen Theil der Unterredung ihre Diskretion in Anspruch genommen habe. Herr v. Rochow faßte sofort nach der Konferenz den Wortlaut einiger Aeußerungen des Hrn. v. Hinkeldey in eine Art von Protokoll, dessen Richtigkeit von seinem Begleiter bestätigt wurde. Diese Aeußerungen wurden hierauf einem Mitgliede des Klubs, das dem Offizierstande angehörte, mitgetheilt, welches sich durch dieselben gravirt fand, und Veranlassung nahm, zu seiner Ehrenrettung die Angelegenheit an den Ehrenrath zu bringen.

Es ist nicht unsere Sache, zu erörtern, in wie weit die Natur der Eröffnungen des Hrn. v. Hinkeldey ein solches Herüberziehen derselben auf das Gebiet amtlicher Ermittelungen gestattete; er selbst war entweder der Meinung, daß Rücksichten anderer Art dies nicht zuließen, oder daß er sich nicht in der behaupteten positiven Weise ausgesprochen; er bekannte sich auf eine Anfrage des Ehrenraths nicht zu dem Inhalt jener Mittheilung, und dieser erklärte damit in Bezug auf die Ehrensache des betreffenden Offiziers die Angelegenheit für erledigt. Hierbei beruhigte sich jedoch Hr. v. Rochow nicht, der sich vielmehr aufgefordert fand, die Wahrhaftigkeit seiner Aussage im vollsten Umfange auf amtlichem Wege zu konstatiren, und bei der dem Hrn. v. Hinkeldey vorgesetzten Behörde in Ausdrücken, die wir nicht näher zu qualifiziren haben, eine Untersuchung in dieser Beziehung beantragte. Nach der Erklärung des Bruders von Hrn. v. Hinkeldey hat derselbe über diese aus jenem ersten Anlaß vom Juni hervorgegangene neue Verwickelung am 8. Sept. an den König Bericht erstattet und um strengste Untersuchung gebeten. So viel bekannt, ist jedoch die Angelegenheit nicht weiter Gegenstand amtlicher Verhandlung gewesen.

Die Freunde des Hrn. v. Rochow ließen sich nach der Erklärung des Hrn. Staatsanwalts die Verbreitung der beleidigenden Schriftstücke angelegen seyn, welche Herr v. Rochow gegen seinen Gegner gerichtet hatte, und verhehlten ihre Absicht nicht, denselben die möglichste Oeffentlichkeit zu geben. Auf die Mittheilung, die der Staatsanwalt in dieser Beziehung Hrn. v. Hinkeldey machte, zeigte sich dieser bereits von Allem unterrichtet, und gab seine Absicht kund, persönliche Genugthuung zu nehmen. Der Herr Staatsanwalt bemühte sich darauf in besonderem Auftrage Sr. M. des Königs, alle Materialien zusammenzubringen, die nöthig waren, um den Thatbestand festzustellen und eine befriedigende Ausgleichung herbeizuführen, und trat zu diesem Zwecke noch am 6. März eine Reise nach Schlesien an. Der Zweikampf erfolgte indessen ohne eine weitere speziellere Benachrichtigung. In dieser Beziehung darf man wohl zur Entschuldigung des Verstorbenen anführen, daß er neben der Anklage, sich einer amtlichen Unwahrheit schuldig gemacht zu haben, auch die der Feigheit auf sich gezogen haben würde, wenn unmittelbar vor dem Zweikampfe Hindernisse dazwischen getreten wären, die man als von ihm herbeigezogen bezeichnet haben würde. Sein Bruder bezeugt, auf Grund vorliegender Schriftstücke, daß Herr v. Hinkeldey kein ehrenhaftes Mittel unversucht ließ, um die entstandene Differenz gütlich auszugleichen; die in Betreff der Form von der andern Seite ausgesprochenen Zumuthungen seyen jedoch unerfüllbar gewesen. Herr A. v. Rochow bezeugt, daß über den Inhalt einer von Hrn. v. Hinkeldey abzugebenden Erklärung in Betreff der streitigen Aeußerung bereits eine Einigung zu Stande gekommen war; nur über die Form, in welcher sie abzugeben sey, konnte man sich nicht verständigen. Dies ist wohl nur dann verständlich, wenn man annimmt, daß Herr v. Hinkeldey dieser Erklärung eine amtliche Form geben sollte.

Selbst aus der Mittheilung der Hrn. A. v. Rochow geht hervor, daß der persönliche und der amtliche Charakter des Herrn v. Hinkeldey bei dieser ganzen Angelegenheit nirgends getrennt wurden, mithin der Konflikt keineswegs einen bloßen Privatcharakter trägt, sondern in das Gebiet der Prinzipienfrage fällt, inwieweit für amtliche Handlungen eine persönliche Genugthuung genommen werden darf. Uebrigens versteht sich von selbst, daß in der obigen Darstellung nur das Aeußerliche des Herganges resumirt ist: was den tieferen Grund betrifft, auf den dieser Konflikt sich aufgebaut hat, was zahlreiche hier unerwähnte Nebenumstände angeht, die ihm vorangegangen sind und ihn begleitet haben, so ist die Zeit, dies erschöpfend aufzuhellen, noch nicht da. Doch sind nur sehr Wenige, welche die Grundauffassung, die in dieser Beziehung sofort und fast instink- [illegible] (N. Z.)

Sachsen-Weimar. Weimar, 17. März. Die von der Regierung geforderte Theurungszulage von 12,000 Thlrn. für solche Staatsdiener, deren Einkommen unter 400 Thlr. beträgt, ist vom Landtage bewilligt worden. (D. A. Z.)

Oesterreich. Wien, 16. März. Dem von Ihnen kürzlich mitgetheilten kaiserl. Reskript über die Gestattung des Loskaufs vom Militärdienst dürfte nicht unwichtig seyn, die Bemerkung beizufügen, daß die Loskaufstaxe, welche in früheren Jahren sechshundert Gulden Konventionsmünze betrug, für das laufende Jahr auf fünfzehnhundert Gulden Konventionsmünze festgesetzt worden ist. (Allg. Z.)

Wien, 17. März. Wieder sind drei auswärtige deutsche Gelehrte in österreichischen Lehranstalten jetzt angestellt worden, nämlich Dr. Franz Pauly zu Aachen als Lehrer am Preßburger, Dr. Eduard Göbel zu Bonn am Salzburger und Nik. Schell zu Hanau am Triester Gymnasium. (K. Z.)

Dänemark.

Aus dem Herzogthum Schleswig vom 14. März. Die Entlassung des Ministers für Schleswig, Raaslöff, findet ihre sicherste Erklärung in den neuesten Verfügungen seines interimistischen Nachfolgers, des dänischen Kultusministers Hall. Dieser hat, was Raaslöff nicht gethan hätte, befohlen, daß in Sonderburg, woselbst nach gesetzlicher Vorschrift abwechselnd dänisch und deutsch gepredigt wird, und wo die deutsche Sprache neben der dänischen ein Hauptgegenstand des Schulunterrichts bleiben soll, alle Kinder dänisch konfirmirt werden sollen, es mag der Wille der Aeltern seyn oder nicht. Das Gesetz sagt dagegen, daß in diesen sogenannten gemischten Sprachdistrikten die gottesdienstlichen Handlungen außer der Predigt, je nach dem Verlangen der Betheiligten, in deutscher oder dänischer Sprache vorzunehmen sind. Ferner hat der neue Minister einen dänischen Unterarzt vom Militär zu dem wichtigen Amt eines Physikus (Gerichtsarztes) für die Stadt Schleswig und das große Amt Gottorf ernannt, während mehrere ältere und sehr geschickte deutsche Aerzte sich dazu gemeldet hatten. Weil aber der Physikus zugleich Mitdirektor der für Schleswig und Holstein gemeinschaftlichen Ir-

renanstalt ist und der Minister für Holstein hier ein Wort mitzureden hat, konnte Raaslöff nicht durchsetzen, was dem dänischen Minister Hall dem Hrn. v. Scheele gegenüber jetzt gelungen ist. Im Appellationsgericht ist ebenfalls durch Hall ein dänischer Hardesvogt, der das in Schleswig gesetzliche Amtsexamen nicht gemacht hat, zum Rath ernannt. Alle diese Verletzungen der deutschen Nationalität geschehen fortwährend, obgleich die deutschen Großmächte Namens des Bundes den in einer kön. Urkunde verheißenen Schutz der deutschen Nationalität stipulirt haben. (Schw. M.)

Großbritannien.

Der König der Belgier ist in der verflossenen Nacht zu Dover eingetroffen und heute Vormittags nach Windsor weiter gereist. — Die Confirmation der Prinzessin Viktoria findet übermorgen Nachmittags in der St.-James-Kirche in London statt. Der Bischof von Oxford ist zu diesem Zwecke nach der Hauptstadt beschieden worden.

Der seitherige amerikanische Gesandte, Herr Buchanan, hat London heute Abends verlassen. Er begibt sich für's Erste nach Frankreich.

Frankreich.

Für die vom Gemeinderathe zu Paris aus Anlaß der Geburt des kaiserl. Prinzen bewilligten 100,000 Frs. werden bloß solche Pfänder ausgelöst, die für 3 bis 6 Frs. versetzt wurden, weil die Wohlthat nur den Dürftigsten zufließen soll.

Paris, 18. März. Der kaiserl. Prinz hat drei Gouvernanten und drei Ammen. Die erste war früher Amme bei den Kindern des Herrn Halphen und erhält monatlich die Summe von 1500 Franken. — Eine neue, die Rue St. Denis durchschneidende Straße hat den Namen „La Rue du Prince impérial" erhalten. (Köln. Z.)

Paris, 18. März. Heute um halb 2 Uhr begaben sich der Senat, der gesetzgebende Körper, der Staatsrath, die Magistratur, das Institut, die Geistlichkeit der verschiedenen Kulten, die Munizipalität, Deputationen der Nationalgarde und der Land- und See-Armeen in die Tuilerien, um ihre Glückwünsche zur Geburt des kaiserlichen Prinzen abzustatten. Die Korps und die Deputationen wurden in der oben angeführten Reihenfolge vorgelassen. Herr Troplong, Senatspräsident, und der Präsident des gesetzgebenden Körpers, Hr. v. Morny, richteten Reden an den Kaiser, die von ihm erwidert wurden. Dem Zeremoniell entsprechend, defilirten die Staatskörper und Deputationen vor der Wiege des kaiserlichen Prinzen. (A. Z.)

Die Ansprache des Kaisers an den Grafen Morny lautet folgendermaßen: „Die allerwärts erschallenden Jubelrufe verhindern mich nicht, der Geschicke der in den Tuilerien geborenen Prinzen zu gedenken. Ich hoffe, daß meinem Sohne ein glücklicheres Loos zugedacht ist, da die Fürsehung alles das, was sie gestürzt hatte, wieder aufgerichtet hat, gleichsam wie um durch eine Art von Martyrerthum einer aus dem Volke hervorgegangenen Dynastie Dauer zu verleihen, und da diese Dynastie nie die Gunst des Schicksals mißbrauchen, sondern ihrem Ursprunge getreu bleiben und sich nur mit den Interessen des Volkes beschäftigen wird. Dieses Kind, das durch den Frieden seine Weihe erhält, welches der Papst segnet und Jubelrufe begrüßen, wird seines Geschickes würdig seyn."

Auf die Anrede des Senats-Präsidenten antwortete der Kaiser Folgendes: „Herr Senats-Präsident, der Senat hat meine Freude getheilt, als er vernahm, daß der Himmel mir einen Sohn geschenkt hat und Sie begrüßten die Geburt eines „Kindes Frankreichs" als ein glückliches Ereigniß. Ich bediene mich absichtlich dieses Worts. Denn der Kaiser Napoleon mein Onkel, welcher in dem neuen, aus der Revolution hervorgegangenen Systeme, Alles mit aufnahm, was die alte Regierungsform Großes und Erhabenes besaß, hatte die frühere Benennung der „Kinder Frankreichs" wieder angenommen. In der That meine Herren, wenn ein Erbe geboren wird, der ein nationales System fortzupflanzen bestimmt ist, so ist dieses Kind nicht nur der Sprößling einer Familie, sondern er ist wirklich auch der Sohn des ganzen Landes und dieser Name zeigt ihm seine Pflichten an. War dies unter der alten Monarchie war, welche die bevorzugten Klassen ausschließlicher repräsentirte, um wie viel mehr, muß dies heute der Fall seyn, wo der Herrscher durch die Nation erwählt, der erste Bürger des Staats und der Repräsentant der Interessen Aller ist. Ich danke Ihnen für die Glückwünsche, welche Sie für dieses Kind Frankreichs und für die Kaiserin hegen."

Dem Präsidenten des Staatsraths erwiderte der Kaiser Folgendes: „Der Staatsrath, dieser vertraute Rathgeber des Herrschers und der Regierung, der in alle seine Gedanken eingeweiht, an allen seinen Thaten betheiligt ist, mußte, ich war dessen gewiß, sowohl an der Freude der Gegenwart, als an der Hoffnung der Zukunft, den lebhaftesten Antheil nehmen. Niemand mehr als Sie, meine Herren, arbeitet daran, diese Zukunft zu befestigen. Gestützt auf die großen Ueberlieferungen des Staatsraths des ersten Kaiserreichs, arbeiten Sie die Gesetze, welche gleichzeitig die großen Prinzipien der Revolution anerkennen und das Land beruhigen, die Regierungsgewalt befestigen, die Parteien bezähmen und das friedliche Herrschen einer weisen Freiheit vorbereiten. Ich rechne also auf Ihre Einsicht und auf den Patriotismus, von dem Sie mir schon so viele Beweise gaben —, um dem eben gebornen Kinde die Erfüllung seiner wichtigen Bestimmung leichter zu machen."

Paris, 19. März. In den Regierungsregionen spricht man von einem neuen Preßgesetz, welches namentlich Bestimmungen enthalten soll, wodurch dem schmählichen Mißbrauch, der sich in die sog. kleine Presse eingeschlichen hat, ein Ende gemacht würde. Dieser Mißbrauch (Chantage genannt) besteht darin, daß ein Journal einen Theaterkünstler, eine Sängerin u. s. f., die dessen Redakteure nicht bedeutende Summen bezahlen, durch miserable Artikel herabwürdigt und um ihren guten Ruf zu bringen sucht.

Portugal.

Lissabon, 9. März. Der Finanzminister hat den Cortes einen neuen Finanzplan, mit einer langen erläuternden Einleitung, vorgelegt. Die Regierung droht darin mit ihrem Gesammt-Rücktritte von der Verwaltung, wenn die Kammern diesen Plan, worin die Ermächtigung zur Kontrahirung eines neuen Anlehens von 16,000 Kontos Reis (88 Millionen Franken) für öffentliche Arbeiten, verlangt ist, nicht annehmen werden. Das neue Steuer-System ist nach französischem Muster eingerichtet. — Der Kontrakt mit dem Hause Shaw in London bezüglich der Nord- und Ost-Eisenbahnen ist abgeschlossen. — Man bewilligt dem Kredit-Mobilier, die zwei Linien mit einigen Garantien für den Zuschlag der Arbeiter zu studiren. — Die auswärtige Schuld ist geregelt, und man wird zur Ordnung der Administration, zur Verbesserung des Kredits und zur Steigerung der inländischen Industrie Maßregeln ergreifen. — Es ist anzunehmen: daß die Kammern alle diese Vorschläge mit geringen Modifikationen annehmen werden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

× Berlin, 19. März. (Privat-Korrespondenz.) Nach Nachrichten aus der Moldau sind Telegraphenlinien von Tekucz und von Badeni, letzteres nahe an Galacz an der moldauischen Telegraphenlinie gelegen, und zwar vom ersten Orte über Fokschani und von Badeni in der Richtung auf Ibraila zur wallachischen Gränze geführt und daselbst mit den wallachischen Telegraphenlinien in Verbindung gesetzt worden. In Fokschani ist eine moldauische Telegraphenstation errichtet worden. Die Beförderungsgebühren für eine einfache Depesche von dem deutsch-österreichischen Vereinsgränzpunkte bei Nemeritscheni nach Fokschani betragen 2 Thaler.

Rußland und Polen.

In Petersburg beginnt demnächst eine aus russischen Diplomaten und sonstigen höheren Beamten bestehende Konferenz. Der letzte Krieg hat hochstehende Männer zu der Ueberzeugung gebracht, daß alle physische Macht Nichts ist, wenn Intelligenz und der Geist des Fortschritts sie nicht belebt. Hierauf sollen sich die Hauptberathungen der Konferenz beziehen; es verdient hervorgehoben zu werden, daß von einem hochstehenden Staatsbeamten dem Kaiser Alexander kürzlich ein Promemoria übergeben worden seyn soll, welches der Aufhebung der Leibeigenschaft auf's Dringendste das Wort redet. (Fr. J.)

Amerika.

Es verdient wohl erwähnt zu werden, was die jüngsten Nachrichten aus Montevideo über die Lage jener verhängnißvollen Länder bestätigen. Während in der Stadt Montevideo selbst die Regierungsfrage fortwährend ein Zankapfel der verschiedenen Prätendenten und gewissenloser Ambition ist; während Buenos-Ayres stets von den wilden Stämmen und ihren „zivilisirten" Condottieri bedroht bleibt, und neue Auswanderungskolonien nach der Banda Oriental sendet, erfreut sich das flache Land um deren Hauptstadt eines wachsenden Wohlstandes, Dank dem Fleiß und der Kultur der deutschen und französischen Ansiedler, welche dort ihre Heimath aufgeschlagen haben. (N. Z.)

New-York, 5. März. Im Senate zu Washington ging vorgestern eine Bill durch, welche der Regierung die Ermächtigung zum Bau von 10 Kriegsschaluppen ertheilt. Vor der Abstimmung haben mehrere Senats-Mitglieder erklärt, daß diese Vermehrung der amerikanischen Flotte, sich durchaus nicht auf einen eventuellen Krieg mit England beziehe, sondern lediglich den Küsten Schutz zum Grunde habe.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Turin, 15. März. Die neuesten Privatbriefe aus Paris versichern uns, daß die italienische Angelegenheit, kaum berührt, wieder beseitigt worden sey, und dies zwar weniger, um Oesterreich zu gefallen, als um die friedliche Gesammtstimmung nicht zu stören. Was die Entschädigungsangelegenheit Piemonts anbelange, so werde den sardinischen Bevollmächtigten bemerkt, daß, da sowohl England als Frankreich in dieser Beziehung seltene Nachgiebigkeit zeigen, man sich auch verhoffe, daß der dritte Alliirte nicht durch unzeitige Hartnäckigkeit das angebahnte Friedenswerk stören werde. Ueberhaupt ziehe sich trotz aller hochtönenden Phrasen, trotz der furchtbaren gegenseitigen Rüstungen der allseitig und ernstlich ausgesprochene Wunsch nach Frieden, wie ein rother Faden durch alle Sitzungen, und es scheine der Gedanke immer mehr Raum zu gewinnen, daß eine jede der kriegführenden Mächte, das okkupirende Oesterreich mit inbegriffen, ein größeres oder geringeres Opfer der Resignation werde bringen müssen.*) (A. Z.)

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 10. März. Es herrscht hier eine übergroße **Theurung** der Lebensmittel. General **Bosquet** übernimmt das Platzkommando. 1700 russische Gefangene wurden ausgewechselt und nach Odessa befördert. Es sind hier Gerüchte über eine zwischen den Alliirten ausgebrochene Spaltung verbreitet. Aus der Krim laufen betrübende Nachrichten über die **Sterblichkeit** im französischen Lager und den Mangel an Aerzten ein. In **Nikolajeff** wird aufs eifrigste an den Befestigungen gearbeitet (T. D. d. K. Z.)

Konstantinopel, 10. März. **Omer Pascha** ist heute hier angelangt. **Ismail Pascha** reist morgen nach Anatolien ab zur Uebernahme des Kommando's an **Omers** Statt. **Oberst Schwarzenberg** geht als Brigadier eben dahin. (T. D. d. A. Z.)

Ueber den **Fall von Kars** liegt dem britischen Parlamente ein sogenanntes „Blaubuch“ (die gesammten Aktenstücke in einem blauen Einband) vor, bei dessen Anblick Einem die Haare zu Berge stehen und die Augen Wasser geben möchten. Nach den Mittheilungen englischer Blätter und besonders der „Times“ wäre der 1854 zum britischen Kommissär in Asien ernannte General Williams von dem ihm persönlich mißgünstigen englischen Gesandten zu Konstantinopel, Lord Stratford de Redcliffe, in aller Weise schmählich sitzen gelassen worden. Wenn Williams über den armseligen Zustand des durch Sterblichkeit und Desertion um 30,000 Mann verringerten und bis auf 14,000 zusammengeschmolzenen Heeres, das an Nahrung, Kleidung, Sold, Waffen und Munition Mangel litt, berichtete, so blieb er ohne alle Antwort und kein Mensch rührte sich, den Nothständen abzuhelfen. Wenn er dem Raubsystem der Paschas gegenüber treten wollte, die noch einmal so viele Rationen bezogen, als sie Soldaten hatten, so mußte er sich beschimpfen und bedrohen lassen, weil diese Blutegel wohl merkten, daß er von seinem Gesandten in Konstantinopel nicht unterstützt wurde. 45 Briefe und eben so viele Depeschen des Generals blieben von diesem ohne jede Erwiederung. Selbst als Williams sich endlich an den Minister Clarendon wandte und dieser energisch an Lord Stratford schrieb, zu einer Zeit, als Williams unbeantwortet gebliebene Depeschen schon auf 62 angewachsen waren, begnügte sich der Gesandte zu antworten, er habe Alles gethan, was von ihm verlangt worden sey, und weist auf Langsamkeit und Unbeweglichkeit der türkischen Behörden hin, ja er sucht selbst die Unpünktlichkeit der Post mit hereinzuziehen, was aber die englischen Blätter Alles für leere Ausflüchte erklären, indem sie allein der eifersüchtigen Reizbarkeit und Rachsucht der Gesandten die Schuld an der traurigen Katastrophe von Kars beimessen. Was wird wohl das Resultat der Untersuchungen und der Parlamentsdebatten darüber seyn? Uns ist, als sähen wir es schon durchblicken durch die Bemerkung der „Dailly News“, welches Blatt den Gesandten zwar für streng tadelnswerth erklärt, aber hinzufügt: „Bei all seinen Mängeln und Schwächen haben wir keinen zweiten Mann seines Geistes, um den Knäuel konstantinopolitanischer Politik zu entwirren. Es wird ein unersetzlicher Verlust für England und die Türkei seyn, wenn Lord Stratford de Redcliffe bei der jetzigen Wendung abberufen oder zum Abdanken gezwungen wird, und es liegt auf der Hand, daß Intriguanten und selbstsüchtige Spekulanten aller Art hier wie im Auslande sich gegen ihn verschworen haben.“ Auf solche Stimmen scheint der Mann zu zählen. An welchen Fäden aber zuweilen sogenannte Kriegsgeschicke hängen, dafür giebt das Blaubuch von Kars wieder Zeugniß ab.

*) Ganz gewiß! Aber welche soll die resignirteste seyn? das ist die heikle Frage.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 20. März. Die Börse hatte eine günstige Haltung und die Kurse etwas höher, nur Eisenbahnaktien wurden niedriger abgegeben.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1292 P. 1287 G. Neue Bankaktien 399 P. 394 G. Credit-Actien à 5pCt. 201 P. 199 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 85¼ P. 85 G. Metall. alte à 5pCt. 81¾ P. 81½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89½ G.; à 4½pCt. 76 P. 75¾ G.; à 4pCt. 69 P. 68½ G.; à 3pCt. 52½ P. 52 G.; à 1pCt. 17⅜ P. 17¼ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 109⅛ P. 108⅞ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 307 P. 305 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 114 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. — P. 87 G.; 4pCt. — P. 95 G.; 4pCt. Grundrente 95½ P. 95 G.; 4½pCt. 100⅝ P. 100⅛ G.; 5pCt. 101¾ P. 101¼ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156¼ P. 155¾ G. Neustadt-Weissenb. 120¼ P. 119¾ G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89½ P. 89 G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¼ P. 81¾ G. **Kurhessen.** 40 Thalerloose b. R. 41 P. 40¾ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62 P. 61½ G. **Grossh. Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. — G.; à 4pCt. 99¾ P. 99¼ G.; 3½pC. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 112½ P. 112 G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 368 P. 366 G.; junge P. 211 G. **Meiningen.** Mitteldeutsche Creditbank 106¼ P. 105¾ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¼ P. 46¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. — P. 85¼ G.; Loose à fl. 25 31⅜ P. 31⅛ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 122¾ P. 122¼ G.; Taunus-Aktien 335 P. 331 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 82 P. 81½ G. **Homburg.** Bankaktien P. 272 G. **Polen.** fl. 500 Partial 88 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40½ P. 40¼ G.; 1pCt. neue 25⅛ P. 25 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 64 G.; Certificats 4pCt. — P. 94½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅝ P. 100⅜ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120½ P. 120¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i.S Lr. 250 k.S 101¾ P. 101½ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅝ P. 101⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94¾ P. 94½ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96¾ P. 96½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94¾ P. 94½ G.
Hamb. MB. 100 k.S 89¼ P. 89 G.	Wien fl. 100 C. k S. 117⅞ P. 117⅝ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	Wien 3 M. mit 4% 116¾ P. 116½ G.
Disconto — P. 3pCt. G	

Wien, 19. März. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86⅜; 5pCt. Metall. 86; 4½pCt. 77¾; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 136¾; von 1854 110¾; Bankaktien 1082; Bank-Interimsaktien — 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 344; Donau Dampfschifffahrtsaktien 660; österr. Staatsbahnaktien 364½; Nordbahnaktien 2885. **Wechselkurse**: Augsburg uso 101¼; London 10. 5. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

* **Mainz**, 19. März. (Pr.-Korr.) Durch die so lange andauernde trockene Witterung erleidet die **Schifffahrt** große Störungen. Die Schiffe der Niederländischen Gesellschaft, die bekanntlich stets schwer mit Gütern beladen sind, so wie die tiefergehenden der Köln-Düsseldorfer können seit einigen Tagen nur noch bis Bingen kommen, und sind genöthigt, in flachergehende überzuladen. Die Dampfboote sind daher außer Stand, ihre angekündigten regelmäßigen Fahrten einzuhalten und steht es bei noch fortdauernden gleichen Witterungsverhältnissen zu befürchten, daß die oberhalb Bingen eben noch offene äußerst schmale Wasserpassage auch von den flachergehenden Schiffen nicht mehr überschritten werden kann.

Zu **Bergen** in Norwegen wächst die Zahl der Falliments immerfort an. (Allg. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 82.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 22. März 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Der Redakteur des in München erscheinenden „Volksboten“ war bekanntlich wegen eines Artikels über das Gustav-Adolphs-Vereinsfest zu Neustadt von den Gerichten der Pfalz zur Aburtheilung vor das dortige Schwurgericht verwiesen, in Folge erhobenen Kompetenzkonflikts aber hatte der oberste Gerichtshof zu Recht erkannt, daß, nachdem der „Volksbote“ hier erscheint und sein Redakteur hier seinen ständigen Wohnsitz hat, nicht die pfälzischen, sondern die hiesigen Gerichte kompetent seyen; die nun von diesen Gerichten geleitete Untersuchung hat zu dem Resultate geführt, daß das kgl. Appellationsgericht für Oberbayern auf Einstellung des Verfahrens erkannt hat, wobei nicht einmal die Vernichtung der in der Pfalz mit Beschlag belegten fraglichen Nr. 147 des „Volksboten“ vom vorigen Jahr ausgesprochen wurde. (A. Z.)

München, 21. März. Se. Maj. der König haben auf das erledigte Rentamt Weismain den Rechnungs-Kommissär der Regierungs-Finanz-Kammer der Oberpfalz und von Regensburg, Johann Götz, befördert; an dessen Stelle den Rath-Accessisten der Regierungs-Finanz-Kammer von Schwaben und Neuburg, Ludwig Haindl, ernannt. (N. M. Z.)

Se. Excellenz Herr Kultusminister v. Zwehl wird sich wegen angegriffener Gesundheit auf einige Zeit von den Geschäften zurückziehen und mittlerweile der Ministerial-Direktor, Geheimrath v. Rupprecht, die Kultusangelegenheiten selbständig leiten. (B. L.)

Aus der Pfalz, 11. März, wird dem „Fr. Journ.“ geschrieben: Das in weiten Kreisen bekannt gewordene „Streiflicht auf die rheinpfälzischen Landtagswahlen im Jahr 1855“ gab zu einer gerichtlichen Untersuchung wegen Schmähung des Regierungspräsidenten v. Hohe Veranlassung. Zu Ende Januar 1856 faßte die Rathskammer des Bezirksgerichtes zu Kaiserslautern, bei dem die Untersuchung geführt worden war, dahin Beschluß, daß das Verfahren gegen den vermeintlichen Verfasser (auf dem Titel der Schrift war er nicht genannt) einzustellen, der Verleger aber vor das Schwurgericht zu verweisen sey. Die Staatsbehörde legte gegen den Rathskammerbeschluß, insoweit derselbe das Verfahren eingestellt hatte, Opposition ein. Mit der Verweisung des Verlegers und dieser Opposition wurde die Prozedur zur Anklagekammer des Oberappellationsgerichtes zu Zweibrücken gezogen. Obgleich seit dem Beschlusse der Rathskammer über sechs Wochen verflossen sind, ist dennoch bis heute die Entscheidung der Anklagekammer nicht erfolgt. In sechs Monaten verjährt ein Preßvergehen.

Preußen. Berlin, 18. März. Interessant ist, daß, wie der „Publizist“ mittheilt, als Hr. v. Rochow heute vor acht Tagen aus dem polizeilichen Gefängniß entlassen wurde, das Volk ihn schon gleich auf dem Molkenmarkte erkannte und ihn von dort aus durch die Poststraße bis in die Königsstraße mit dem Rufe verfolgte: „Das ist der Mörder des Hrn. v. Hinkeldey! Schlagt ihn todt! Hängt ihn auf!“ Ueberhaupt hört man jetzt noch eine Menge von Details, deren Richtigkeit zwar nicht buchstäblich verbürgt werden kann, deren Gepräge aber viel zu schlagend und charakteristisch ist, als daß sie nicht ebenfalls, wie alles andere auf die Sache Bezügliche, mitgetheilt zu werden verdienten. So hören wir Folgendes über die Vorgänge aus Anlaß des Carousel. Es soll eine Liste über die einzuladenden Personen angefertigt worden seyn. Auf dieser Liste soll sich anfänglich auch der Name des Hrn. v. Hinkeldey befunden haben, später aber, von wem hören wir nicht, wieder ausgestrichen worden seyn. Hr. v. Hinkeldey, der dies erfahren, soll dieses Umstandes an hoher Stelle erwähnt haben. Von letzterer soll daher auf geeignetem Wege der Wunsch ausgesprochen worden seyn, daß Hr. v. Hinkeldey eingeladen werden möge. Infolge dieses Wunsches, dem zu entsprechen man natürlich nicht umhin konnte, soll sich ein bei dem Komite oder sonstwie bei dem Carousel betheiligter Herr mit zwei Eintrittskarten zu Hrn. v. Hinkeldey begeben und demselben etwa Folgendes gesagt haben: Die Einladungen seyen eigentlich nur bestimmt für Verwandte und Freunde der Betheiligten, Verwandte aber habe er (Hr. v. Hinkeldey) keine dabei und Freunde auch gar keine; weil indessen von hoher Stelle der Wunsch ausgesprochen worden sey, so erhalte er denn hiermit zwei Billets. Auf diese sonderbare Einladung nun soll Hr. v. Hinkeldey, was übrigens auch nicht zu verwundern, von den beiden Billets keinen Gebrauch gemacht haben. Dieser kleine Nebenvorgang steht mit den eigentlichen Ursachen des Duells zwar nur in einem sehr entfernten Zusammenhange, aber zur Beurtheilung des Geistes des Ganzen dürfte das Betreffende darum nicht minder von Werth seyn. (D. A. Z.)

Berlin, 18. März. Unsere Politik geht jetzt in Skandal auf. Wenn die jetzt hier verbreitete anonyme Schrift in ihrem Hauptbestandtheile, dem angeblichen Berichte des ersten Direktors der Oberrechnungskammer, Herrn Seyffart, an den Minister des Innern zur Rechtfertigung seiner Mitwissenschaft an dem Depeschendiebstahl, authentisch wäre: so hätten wir es freilich nicht mit unerhörten Thatsachen zu thun, aber doch mit so widerwärtigen und gehässigen Dingen, daß man sie den beschuldigten Personen nimmermehr zugetraut hätte. Deßhalb ist man auch sehr geneigt, die ganze Schrift als eine Verleumdung zu betrachten. Namentlich wird man sich nur schwer zu dem Glauben entschließen, daß Hr. v. Manteuffel sich mit einem Polizeispion von der Art des Hrn. Techen eingelassen haben sollte, um durch denselben Briefschaften zu erhalten, in deren Besitz Hr. Techen auf rechtliche Weise nicht gelangt seyn konnte. Denn wie hart auch das Urtheil ist, welches seine politischen Gegner über des Hrn. v. Manteuffel politische Zuverlässigkeit fällen: seine bürgerliche Rechtlichkeit hat man nie in Zweifel gezogen. Ebenso ist es schwer zu glauben, daß ein Mann von der Frömmigkeit des Generaladjutanten v. Gerlach einen Herrn Lindenberg mit der Ueberwachung des Thronfolgers beauftragen und von diesem Herrn Lindenberg einen Bericht entgegennehmen sollte, der von „gehässigen Verleumdungen“ gegen den Prinzen voll ist. Aber wenn sich nun auch alle diese Thatsachen, deren Mittheilung dem Herrn Seyffart zugeschrieben wird, sich als Unwahrheit und schmähliche Verleumdung, wie jeder Vaterlandsfreund wünschen muß, erweisen: so ist selbst deren Erdichtung schon ein beklagenswerthes Zeugniß von dem sittlichen Zustande, in welchen wir durch die Parteileidenschaft gerathen sind. Wenn übrigens die Depeschen nur jene sind, welche Herr Techen dem Herrn Seyffart vorgelegt, so muß man allerdings annehmen, daß dieselben ihrem Inhalte nach nur von geringem Interesse für ein auswärtiges Kabinet, wohl aber nicht ohne Wichtigkeit waren für ein Intriguenspiel am Hofe selbst. In dem angeblichen

Vertheidigungsbericht des Herrn Seyffart werden nämlich aufgeführt: 1) ein Brief des preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg, Grafen Münster, über seine seit dem Tode des Kaisers Nikolaus veränderte Stellung und ein Gesuch des Herrn Niebuhr um Adelsverleihung: 2) ein Brief des Generals von Gerlach an Herrn Niebuhr über eine persönliche Differenz des letzteren mit dem Finanzminister; 4) die Abschrift des Berichtes des Herrn Lindenberg an den General Gerlach über den Prinzen von Preußen. (Z. f. Nordd.)

Berlin, 19. März. Es ist kaum zu zweifeln, daß Herr v. Hinkeldey zu dem Duell an den Haaren gezwungen worden, und es scheint immer schlagender hervorzutreten, wie dieser Zwang als unvermeidlich auf die höchste Spitze getrieben worden. Als interessante Randglosse zu dem Ganzen möchte auch das Folgende noch erwähnt zu werden verdienen. Der Oberst a. D. v. Bülow, bekannt durch seine jesuitenfeindliche Inserate in der „Voß'schen Ztg.", hatte in der „Voß'schen Ztg." vom 15. März folgende Notiz inseriren lassen: „Da Se. Maj. der König allergnädigst geruht haben, mit sämmtlichen Prinzen des königlichen Hauses am Begräbnißtage des Herrn v. Hinkeldey, bei der Festlichkeit im Trauerhause, zum Troste der gebeugten Familie und zur lebhaftesten Genugthuung für das gesammte Publikum, zu erscheinen, und da die sämmtlichen höchsten Staatsbehörden diesem erhabenen Beispiele gefolgt sind, so würde es für jeden loyalen Unterthan Se. Maj. höchst wünschenswerth seyn, zu erfahren, aus welchen Gründen die Präsidien der beiden Häuser des Landtags nicht erschienen sind." Infolge dieses Inserats hat der Oberst v. Bülow nun am 17. März durch die Stadtpost folgende anonyme Zuschrift erhalten: „Am Freitag haben Sie sich unterstanden, wie schon früher öfters, eine Annonce in die „Voß'sche Ztg." einzurücken, die Personen angreift, Sie sind ein so alter vorwitziger Patron, daß Ihnen eigentlich Ohrfeigen zukämen, aber Ihr Alter schützt sie; büten Sie sich aber, die Sache nicht zu weit zu treiben, denn es könnte Ihnen doch noch einmal sehr schlecht bekommen, viele junge Leute sind über ihre ewige dummen Annoncen erbittert, und längst wären Sie schon zur Rechenschaft gezogen worden, wenn Sie nicht ganz unfähig zu Ihrer Vertheidigung wären." Die wunderliche Interpunktion des Originals haben wir beibehalten; dieselbe scheint geflissentlich gebraucht worden zu seyn. Der ausdrücklichen Bemerkung, daß die Präsidien der beiden Häuser mit dieser anonymen Zuschrift auch nicht im entferntesten Zusammenhange stehen, wird es um so weniger bedürfen, als aus dem Tone des Skriptums bis zur handgreiflichen Deutlichkeit hervorgeht, aus welchen Kreisen es stammt. (D. A. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 19. März. (Privat-Korresp.) Die Nachricht, daß die bayerische Kammer den zum schnellen Ausbau der Salzburg-Rosenheim-Münchener und Kufsteiner-Bahn nothwendigen Kredit bewilligt habe, ist hier mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Erstere soll den Anschluß an die Salzburg-Linzer Linie unserer Westbahn vermitteln. Für das nördliche Tyrol, das an Getraide arm, an Salz, Metallen, mineralischen Kohlen und Holz überreich, ist die baldige Vollendung der Rosenheimer Bahn, welche mit der Kufstein-Insprucker in Zusammenhang gebracht werden wird, eine Lebensfrage; die in jener Provinz alljährlich wiederkehrenden Hungerperioden, werden erst einem gesteigerten und durch die Schienenstraße geförderten Verkehre und Produktenaustausche weichen. Durch jene Bahn wird das sterile, an Arbeitskräften aber reiche Hochland des Inn mit den fruchtbaren, Getraide zeugenden Alluvialebenen am untern Ende des Flusses in Contact gebracht, ähnlich wie durch die österreichisch-bayerische Wien-Salzburg-Münchener Bahn das fruchtbare Alluvialland der Donau, das an Naturprodukten so gesegnete Ungarn, mit dem stärker bevölkerten Donauoberlande in Verbindung gesetzt wird.

Großbritannien.

Vor ein paar Tagen wurde bei Gelegenheit der Uebersiedlung des englischen Hofes von London nach Windsor alles gerade im Gebrauche befindliche Silbergeschirr der Königin von England auf dem Wege von Buckingham Palace nach dem Bahnhofe zu Paddington gestohlen. Nicht weniger als zehn Diener sind bei Hofe angestellt, um über diese Schätze zu wachen, scheinen aber diesen Beruf unter ihrer Würde zu halten. Zum wenigsten ward das Silbergeschirr, als es neulich nach der Eisenbahn gebracht werden sollte, der Obhut eines Kärrners anvertraut, der es durch fünf seiner Leute aus Buckingham Palace abholen ließ. Silbergeschirr ist bekanntlich schwer. Die fünf Mann machten unterwegs mit ihrem Karren vor der Schenke „zum Schwein und zur Pfeife" Halt und begaben sich sämmtlich in die Schenkstube, um sich durch einen guten Trunk zu erlaben. Während sie in diesem ernsten Geschäfte begriffen waren, rollte draußen ein leichter Wagen heran, in dem sich ein paar leichtfertige Gesellen befanden, welche die Kiste mit dem Silbergeschirr in ihr Gefährt auswandern ließen und dann lustig mit ihrer Beute davon fuhren. In der Nähe des Viktoria-Parks fand man später die Kiste wieder. Ihr Inhalt aber, oder doch wenigstens der werthvollste Theil desselben, war verschwunden. Nur verschiedene Gegenstände, die aus schnöderem Stoffe als Silber bestanden, waren von den Dieben verächtlich zurückgelassen worden und lagen in malerischer Verwirrung umher. „Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit," bemerkt die „Times", „daß königl. Reisende ihre Effekten ungefähr eben so verpacken, wie Brown, Jones Robinson und andere Leute gewöhnlichen Schlages. Der Becher des Prinzen von Wales stack in einem Weiberstrumpfe, die Messer und Gabeln des Prinzen Alfred waren in das Hemd einer Magd, die Löffel des Prinzen Arthur in ein Taschentuch, und die Thee- und Milchkanne der Prinzessin Viktoria in den flanellenen Unterrock ihrer Kammerjungfer eingewickelt."

Nachrichten aus Malta vom 12. März zufolge waren von dort in den letzten Tagen 1800 Mann, und in der letzten Woche des Monats Februar 3200 Mann nach dem Orient abgegangen. Die Truppen-Sendungen dorthin sollten noch fortgesetzt werden.

Frankreich.

° Paris, 19. März. Man bemerkt hier, daß alle die mehr oder minder witzigen Karrikaturen über den Kaiser von Rußland, die russischen Generäle und Soldaten von den Schaufenstern, wo sie mehr als zur Genüge zu sehen waren, weggenommen worden sind.

* Aus Anlaß der Geburt des kaiserl. Prinzen sind u. a. auch 5 Brigadegeneräle zu Divisionsgenerälen und 5 Obersten (darunter Edgar Ney) zu Brigadegenerälen befördert worden.

Wie ein Lyoner Blatt meldet, ist in den Konferenzen, die kürzlich zur Feststellung der Gränzen zwischen spanischen und französischen Kommissären stattfanden, die Frage wegen Erhaltung der an der Mündung der Bidassoa gelegenen und durch den Abschluß des Pyrenäenfriedens berühmt gewordenen Fasaneninsel ernstlich angeregt worden. Der Fluß nimmt dieser Insel jedes Jahr mehr Erdreich, so daß nur noch ein kleines Stück Land übrig ist. Man beabsichtigt nun, die Insel durch Dämme gegen weitere Wegspülung zu schützen und durch Erdanschüttungen zu vergrößern, sowie ein Denkmal, das die Wappen Frankreichs und Spaniens tragen soll, zum Andenken an das erwähnte geschichtliche Ereigniß, auf derselben zu errichten.

Paris, 20. März. Der heutige „Moniteur" meldet, der Kaiser habe bei Gelegenheit der Geburt des Prinzen ein Dekret erlassen, wonach Flüchtlinge sowohl als Deportirte ermächtigt werden, nach Frankreich zurückkehren, wenn sie vorab einen Unterwerfungsakt einsenden. — Nach den Ereignissen im Juni 1848, wurden unter der Republik 11,000 Personen zur Deportation nach Algier verurtheilt; durch die Gnade des (damaligen) Präsidenten sind deren nur noch 306 in Afrika. Im Dezember 1861 mußten 11,201 Individuen deportirt und ausgewiesen werden; die durch den Kaiser bewilligten Begnadigungen verminderten diese auf 1058. — Der „Moniteur" fügt bei: „Se. Maj. hat beschlossen, daß die Erlaubniß zur Rückkehr nach Frankreich allen Jenen gewährt werden solle, welche erklären, der Regierung, welche die Nation sich gab, sich loyal zu unterwerfen und sich auf Ehrenwort verpflichten, deren Gesetze zu achten. Schon bei Errichtung des Kaiserreichs, wurde dieser großmüthige Aufruf erlassen; der Kaiser hat angeordnet, daß dies wiederholt geschehe. Es werden fortan außerhalb des vaterländischen Bodens nur Jene noch seyn, welche darauf beharren den Willen der Nation und die durch ihn gegründete Monarchie nicht anzuerkennen." — Das Befinden der Kaiserin hat den neuesten Bulletins gemäß seinen regelmäßigen Verlauf. — Die Börse war zwar belebt, jedoch in ziemlich matter Stimmung.

* Paris, 20. März. Das „Illustrated London News" hat einen Künstler hieher geschickt, um sich à tout prix ein Portrait des kaiserlichen Prinzen, in der Wiege liegend, die Amme zur Seite, zu verschaffen. Der englische Künstler hat bereits die Zeichnung der Wiege und sogar des Gemachs erlangt, aber mit den Bildnissen des Prinzen und der Amme ist es etwas Anderes und es ist stark zu befürchten, daß das englische Journal der Phantasie des Künstlers wird vertrauen müssen. Die Amme des kaiserlichen Prinzen ist übrigens (zur Richtschnur für Alle, welche ähnliche Illustrationen zu liefern haben) nicht so jung, als man glauben sollte, denn sie hat schon vier Kinder, und Proben ihrer Ammenfähigkeit bereits abgelegt.

Spanien.

† Madrid, 19. März. Es besteht gegründete Hoffnung eines demnächstigen Vergleichs mit Rom. In Lorca brachen unbedeutende Unruhen aus. Unter den Demokraten dauern die Uneinigkeiten fort.

Amerika.

Dem „Herald" schreibt sein Korrespondent aus Washington vom 3. März: „Große Aufregung herrschte heute im Kabinet über einen Artikel der Londoner „M. Post" (Palmerstons Organ), der eine anglo-französische Allianz zur Unterdrückung der amerikanischen Freibeuterei, eine Verstärkung der westeuropäischen Flotten in den Gewässern von Zentralamerika, und die Geltendmachung des Durchsuchungsrechts gegen verdächtige amerikanische Schiffe, gerade wie gegen Sklavenhändler, vorschlägt. Das Kabinet hatte deßhalb eine langwierige Sitzung."

Aegypten.

* Dem „Constitutionnel" wird aus Alexandrien vom 4. März geschrieben: „Der Vizekönig, welcher bemüht ist, in jeder Weise die Zivilisation in seinem Staate einzuführen, hat den Beschluß gefaßt, das Justizwesen zu verbessern und es, wenn möglich, unabhängiger und erleuchteter zu machen. Das erste Hinderniß, auf welches er bei diesem löblichen Vorhaben stieß, war die Stellung der Cadi's — der Zivilrichter des Landes. Sie werden nämlich durch die Pforte ernannt und kaufen ihre Aemter in Konstantinopel. Mohamed Said hat die Preise dieser Stellen zurückerstattet und ließ sich die Ermächtigung ertheilen, diese Posten direkt halb mit Laien, halb mit Religiosen besetzen zu dürfen. Die Wahl dieser neuen Beamten soll durch Abstimmung mittelst Zettel geschehen und wer am meisten Stimmen erhält, soll künftiger Richter seiner eigenen Wähler werden. (Die französischen Berichte loben den Vizekönig über die Maßen, die englischen schildern ihn als einen Wütherich. Man sieht daraus, welcher Einfluß dort vorwiegt.) Ferner eröffnete der Vizekönig eine National-Subskription für den Suez-Kanal. Die der Stadt Alexandrien bewilligten 15 Millionen wurden nicht nur gezeichnet, sondern viele kamen mit ihren Unterzeichnungen zu spät. Da überdies der Vizekönig außer den 30 Mill. Frs., welche er für sich zeichnete, noch 1 Mill. Frs. für die Offiziere und 1 Mill. Frs. für die Unteroffiziere und Soldaten seiner Armee unterschrieb, so wird man die Summe um 2 Millionen erhöhen müssen. Auf der Unterzeichnungsliste, welche aus 250 Namen besteht, figuriren Europäer, Türken, Aegyptier. Türken und Aegyptier als Aktionäre eines industriellen Unternehmens! In Cairo war der Eifer ebenso und die der Stadt bewilligten 1,900,000 Frs. waren von 50 Personen im Nu gezeichnet."

Asien.

Der französische Gesandte am Hof von Teheran hat diese Hauptstadt nicht verlassen, und ebenso wenig seine diplomatischen Verbindungen mit der persischen Regierung, wie der englische Gesandte, eingestellt. Thatsache ist indeß, daß seine Bemühungen zur Schlichtung der englisch-persischen Zwistigkeiten kein Gehör fanden; allein er sah darin keinen Grund zur Abreise, sondern sucht vielmehr seinen Einfluß zu kräftigen. (A.Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Der Pariser Korrespondent der „Oesterr. Ztg." schreibt: „Nach meiner Ansicht hat Graf Orloff durch seine Persönlichkeit am meisten dazu beigetragen, den Kaiser der Franzosen zu bestimmen, die Anforderungen Englands an Rußland zu mildern. Die nächste Zukunft wird ihnen beweisen, daß Graf Orloff noch weit mehr, als man in Deutschland glaubt, am Hofe der Tuilerien reussirt hat. Ich kann nicht genug wiederholen, daß aus allem, was ich hier sehe und höre, sich mir die Ueberzeugung aufdringt, der Friede mit Rußland sey eben so bevorstehend, als eine intime Allianz zwischen Rußland und Frankreich entschieden angebahnt." (Bemerkenswerth ist unter diesen Umständen die Nachricht, daß neuerlich in den höheren Kreisen von St. Petersburg sich große Mißstimmung gegen Oesterreich zeige, weil es, während des ganzen orientalischen Streites der russischen Politik nicht den Beistand geliehen habe, auf den man in St. Petersburg sicher gerechnet hat. Ob nicht am Ende Oesterreich und Deutschland mit ihm zwischen Hammer und Ambos kommt?)

Aus Wien, 19. März, gebt der „Frkf. Postz." folgende Mittheilung zu, die wir mit allem nach Lage der Sache gebotenen Vorbehalt gegen deren Genauigkeit und Verlässigkeit hier wiedergeben: „Nach heute hier eingelaufenen Meldungen sind die Grundzüge des neuen Friedens folgende: In Betreff der Donaufürstenthümer ist besondere Rücksicht auf den Statusquo genommen und der Grundsatz festgehalten worden, die wechselseitigen Bande zwischen den Donauländern und der Pforte enger zu schließen, anstatt zu lockern. Die Gränzfrage zwischen Rußland und der Türkei wird durch eine besondere Kommission geregelt werden. Die Gränzregulirung in Kleinasien wird nach dem Prinzip des Status quo ante bellum bewerkstelligt. Auf den Schiffswerften von Nikolajeff dürfen mit Ausnahme der kleinern zur Bewachung der Küsten dienenden Schiffe keine Kriegsschiffe gebaut werden. Die Zahl dieser kleinern Kriegsschiffe wird durch eine zwischen der Pforte und Rußland abgeschlossene Konvention, die jedoch als integrirender Theil des Friedensvertrags betrachtet werden muß, auf zwölf (nach andern Versionen auf acht) festgesetzt. — Den fünften Punkt betreffend, darf Rußland weder die Festungswerke von Bomarsund herstellen, noch die Befestigung der Alandsinseln vollziehen. Allen europäischen Seemächten steht das Recht zu, in jedem Hafen des schwarzen Meeres Konsulate zu errichten. Rußland macht sich endlich anheischig, keinen Kriegshafen mehr im schwarzen Meere zu behalten, wobei es ihm jedoch unbenommen bleiben soll, den Eingang seiner Handelshäfen durch Batterien zu schützen, um sowohl das Besitzrecht des sogenannten Territorialmeeres auszuüben, als um die Seepolizei in üblicher Art zu handhaben. — Heute war hier das Gerücht allgemein verbreitet und stark geglaubt, daß der Friedensvertrag zu Paris bereits unterzeichnet worden sey. Bis Abends 5 Uhr war jedoch noch keine Depesche eingetroffen, welche dieses Gerücht bestätigte. Jedenfalls aber ist der Abschluß des Friedens in den nächsten Tagen gewiß (?) und Graf Buol wird schon zu Anfang des nächsten Monats hier zurückerwartet."

Vom nördlichen Kriegsschauplatz.

Lübeck, 19. März. So eben trifft hier per Telegraph die Meldung ein, daß der Hafen von Libau durch englische Kreuzer wieder unter Blokade gesetzt ist. (Sonstige Feindseligkeiten werden aber vorerst nicht unternommen.) (N.-Z.)

Aus dem Orient.

* Konstantinopel, 10. März. Nach Berichten aus der Krim hat General Lüders alle Generale und Stabsoffiziere, die auf Urlaub in Odessa waren, zurückberufen. In Nikolajeff, Perekop und Cherson standen im Ganzen nicht mehr als 41,000 Mann. Man arbeitete fortwährend eifrigst an den Befestigungen Nikolajeff's und an den längs des ganzen Flusses aufgeworfenen Erdwällen. Die Militärstationen in der Krim sind abermals für drei Monate verproviantirt worden.

Aus Konstantinopel sind folgende Nachrichten vom 10. März in Marseille eingetroffen: „Die Armenier und Griechen haben gegen den Hatt-i-Humaiun protestirt; die griechische Beschwerde ist namentlich gegen die auf die Geistlichkeit bezüglichen Verordnungen gerichtet. — Der Geldmarkt ist ruhiger geworden. Die Theuerung aller Lebensmittel steigt. Auch die Getraidepreise haben, seit die Ausfuhr aus thessalischen und kleinasiatischen Häfen gestattet wurde, ebenfalls angezogen. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Konstantinopel, 13. März. Ismail Pascha wird das türkische Heer in Anatolien nur während der Abwesenheit Omer Paschas befehligen. Das „Journal de Constantinople" macht die Bemerkung, der Urlaub sey dem Serdar aus Gesundheitsrücksichten gestattet worden. Der hiesige Gesundheitszustand der Franzosen bessert sich. Nachrichten aus der Krim zufolge sind auch die festen Gebäude der Karabelnaja in die Luft gesprengt worden. (Ostd. Post.)

* In Skutari sind 2 Meuten Jagdhunde angekommen, welche der englische Kriegsminister, Lord Panmure, den englischen Kavallerie-Offizieren schickte. Eine dritte Meute wurde den in Silistria garnisonirenden Offizieren gesendet. Diese Koppel sind zu den großen Jagden bestimmt, welche in den Umgebungen der Lager veranstaltet werden. Eine große Jagd auf Rothwild wird demnächst hinter Skutari statthaben.

Aus Rußland.

Warschau, 8. März. „Trotz der Friedenshoffnungen wird in unseren Haupt-Festungen ununterbrochen gearbeitet. In Iwangorod (Demblin) ist das neue Fort „Fürst Gortschakoff" der Vollendung nahe, zwei andere sind in der Festung Brzesc-Litewski in voller Arbeit. In Modlin (Nowogeorgewsk) und in der Warschauer Zitadelle wird mit größtem Eifer Pulver fabrizirt und Kugelgießerei betrieben."

Handels- und Börsen-Berichte.

Wien, 20 März. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86$\frac{3}{16}$; 5pCt. Metall. 85$\frac{3}{4}$; 4$\frac{1}{2}$pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 ——; von 1854 ——; Bankaktien 1085; Bank-Interimsaktien — 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 341; Donau Dampfschifffahrtsaktien 655; österr. Staatsbahnaktien ——; Nordbahnaktien ——. Wechselkurse: Augsburg uso 101$\frac{1}{2}$; London 10. 5. P. Geldkurs: Dukaten —.

London, 12. März. Von Kolonialwaaren ist, wie bereits gemeldet, Zucker gestern 6 d. gewichen; heute war die Stimmung etwas fester, Preise aber nicht besser.

Kaffee ist still, nativ Ceylon 50 a 51 sh.

Thee unverändert.

Die niedrigen Reispreise haben einige Spekulationsfrage hervorgerufen, 7000 Sack weiß Bengal sind zu 9 sh. 10½ d., 2000 S. Pinky Madras zu 9 sh. 6 d. verkauft.

Rum flau.

Schwarzer Singapore Pfeffer 5¼ a 5½ d., weißer Malabar 5¾ d.

Baumwolle matter. Cochenille fest.

Amsterdam, 12. März. Gestern sind 2000 B. Java Kaffe A. Nr. 11 und 14 zu 32 cs. verkauft.

Den 13. März. In der heutigen Zucker-Auktion der Handels-Matschappy stellten sich Preise 8 bis 8½ fl. unter November-Ablauf. Bezahlt wurde: Nr. 10 34 a 35 fl., Nr. 12 33¼ a 36¼ fl., Nr. 14 34¼ a 37 fl., Nr. 16 36¼ a 40¾ fl., Nr. 19 40½ a 43 fl., Alles verkauft.

Amsterdam, 14. März. Getraide. Nach langer Stille und Geschäftslosigkeit zeigte sich in den ersten Tagen der Woche für Getraide wieder ziemliche Kauflust, und obgleich der Umsatz nicht besonders ausgedehnt gewesen, so hatte derselbe doch einige Bedeutung, um so mehr, als man für Waizen sowohl als Roggen höhere Preise bewilligte. Wie an hiesigem Platze, so gewann auch an anderen Märkten das Geschäft wieder ein günstigeres Aussehen, England bei lebhaftem Umsatze für Waizen einige Schillinge höher, Frankreich überwiegend und entschieden besser, Belgien mit regem Geschäft erheblich höher, Norddeutschland schwankend aber fest, der Rhein entschieden animirt und steigend; überall zeigt sich, stärker oder schwächer, wie der Bedarf noch viel erfordert, in einzelnen Gegenden tritt er selbst schon hervor, wie die Schweiz und das östliche Frankreich vom Oberrhein Beziehungen von effektivem Getraide machen. In letzten Tagen herrscht neue Ruhe und Geschäftslosigkeit, denn wieder wehte ein Luftzug von Politik hierüber, und dies genügt, um die Gemüther flau zu stimmen. Ist endlich der ersehnte Friede erschienen, so wirkt er noch drückender auf die Preise ein, tiefer flauend aber, und anhaltend, dürfte er kaum mehr influiren können.

Nichtpolitische Zeitung.

* Der Streit gegen Laube über dramaturgisches Eigenthum gewinnt mehr und mehr Ausdehnung. Ueber seinen „Essex", dessen ideelle Konzeption Werther fortwährend in Anspruch nimmt, sind der „Allg. Z." eine Reihe von Artikeln zugegangen, welche ihn zu rechtfertigen suchen. Da Laube's „Essex" wahrscheinlich die Rundreise über alle deutschen Bühnen machen wird, Werthers Arbeit aber gedruckt vorliegt, so ist es jedenfalls dem Publikum leicht gemacht, sich selbst eine Ueberzeugung zu bilden.

Ferner hat Gutzkow wegen des „Fechters von Ravenna" einen offenen Brief an O. v. Schorn gerichtet, worin er den Stiel umkehrt und zu verstehen gibt, es sey nicht unmöglich, daß Bacherl seine „Cherusker in Rom" erst nach jenem Stück und mit Benutzung desselben fabrizirt habe.

Sodann hat O. v. Schorn neuerlich wieder zwei Erklärungen in der „Allg. Ztg." veröffentlicht, worin er zwei Zeugnisse (von Archivar Aurweck in München und von einem Oekonomen Rauchenberger in Frohnlohn) produzirt, daß ihnen Bacherl das Manuskript seiner „Cherusker in Rom" schon im Jahr 1853 vorgelesen habe. Laube habe das Bacherl'sche Manuskript von Anfang des Jahres 1854 bis zum September in Händen gehabt, also nicht erst zu Anfang September erhalten; Bacherl habe seine Manuskripte im Anfang des Jahres 1854 an die persönliche Adresse des Herrn Laube nach Wien gesandt, und Mitte Juli um Rücksendung gebeten, falls eine Verwendung nicht möglich sey. Einen Postschein über Absendung des Pakets habe Bacherl, unvorsichtigerweise, nicht in Händen, wohl aber sey der an Hrn. Laube gerichtete Brief am 17. Juli 1854 in dem Postbuch zu Starnberg eingetragen. (Gutzkow entschuldigt Laube, welcher sich der Bacherl'schen Stücke nicht erinnern will, damit, daß derselbe mit einer gewissen genialen Nachlässigkeit seine Theaterdirektion betreibe, also ein solches Vergessen oder Nichteintragen eingelaufener Briefe im Einlauf-Journal bei ihm leicht vorkommen könnte.)

Endlich bringt die „Allg. Ztg." eine Zuschrift aus Wien, 16. März, worin es heißt: „Das Einlaufsbuch des Hof-Burgtheaters für neue Manuskripte weist nach, daß das Manuskript des „Fechters von Ravenna" am 23. Januar 1854 bei der Direktion des Hof-Burgtheaters eingegangen ist. Das Manuskript trug keinen Autornamen, und die begleitende Zuschrift war ohne Datum und ohne Unterschrift. Sie gab die Adresse an: „F. Wilhelm. Dresden, post restante."

* Wiesbaden, 19. März. (Privat-Korresp.) Gestern früh wurde hier durch unsere Polizei eine großartige Milchvisitation vorgenommen, wobei nicht weniger als circa vier Ohm schlechte Milch von den unbarmherzigen Händen der gerechten Polizei konfiszirt wurden.

St. Gallen, 16. März. Heute, am Palmsonntag, frühe wurde von dem Baudirktor unserer Bahn, Oberbaurath v. Etzel, die erste Fahrt über die nunmehr vollendete Sitterbrücke unternommen, und die Brücke in allen Theilen als solid und kunstgerecht ausgeführt erprobt. Die Eisenbahnlinie von St. Gallen nach Winterthur setzt über die wildromantische Thalschlucht der Sitter, eines der Gewässer, welche dem Gebirgsstock des Säntis entströmen, in einer Höhe von 204 Schweizer Fuß unweit der Züricher Landstraße, an einer Stelle, wo deren Breite 550 Fuß beträgt. Die Ausführung dieses Baues von Stein hätte, da brauchbare Bausteine in mäßiger Entfernung von der Baustelle nicht zu finden sind, großen Aufwand erfordert. Da aber für die Bauten unserer Bahn durchaus nur solide Materialien zugelassen werden, so wurde für die Sitterbrücke als Hauptkonstruktionsmaterial Eisen gewählt. Die ganze Brücke bildet vier Joche, von denen die beiden äußern 132, die beiden mittlern 140 Fuß Spannweite besitzen, während die Höhe der genannten Pfeilersockel 40 Fuß bei 42 Fuß Länge und 32 Fuß Breite, die Höhe der gußeisernen Pfeilerschafte 156, deren Länge unter 34 und oben 15 Fuß, deren Breite unten 18 und oben 11 Fuß, die Höhe der Gitterwände der Fahrbahn aber 13 Fuß beträgt. Die Höhe des rechtseitigen Widerlagers der Brücke beträgt am Rande der Thalschlucht 60 Fuß. Dasselbe ist mit zwei Bogen von 32 Fuß Weite und 42 Fuß mittlerer Höhe durchbrochen. Das linkseitige Widerlager, dessen Dimensionen geringer sind, bildet eine undurchbrochene Masse. (A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann

Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."

Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Morgen, als am ersten hl. Osterfeiertage, erscheint keine „Zeitung."

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 83.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 24. März 1856

Brodfabrikation.*)

I.

In fast allen Zweigen des Gewerbfleißes hat sich der Gebrauch von Maschinen Bahn gebrochen, um die Produkte besser und wohlfeiler herzustellen, als es durch Handarbeit möglich wäre. Wir haben bereits die Maschinen in ihren mannigfachsten Verbindungen mit der Dampfkraft; wir haben die Chemie und Physik in ihrer Anwendung auf alle gewerblichen Thätigkeiten; wir haben die Nationalökonomie mit ihren sich fortschreitend läuternden Grundsätzen für den Verkehr und mit ihren sichern Berechnungen für die zweckmäßigste Verwendung der produzirenden Kräfte. Diese Hülfsmittel für die erleichterte Beschaffung von Bedürfnissen zurückweisen zu wollen, wäre nicht nur eine Thorheit, die sich früher oder später hart bestraft sehen würde, sondern wäre sogar ein Verbrechen gegen die mitlebenden und späteren Geschlechter, welche wir in der Befriedigung an ihrem Daseyn verkürzten.

Eigenthümlich ist es unter diesen Umständen, daß gerade auf die Bereitung des Brodes die Maschinen noch so wenig Anwendung gefunden haben. Und doch zählt gerade das Brod zu jenen Erzeugnissen des Gewerbfleißes, deren möglichst wohlfeile Herstellung am dringendsten geboten ist. Ueberall klagt man über die Theuerung und wie schwer es den ärmeren Klassen falle, sich jetzt ehrlich durchzubringen; muß man da nicht darauf denken, ihnen das unentbehrlichste Lebensmittel, das Brod, auf eine wohlfeilere Weise nach den Grundsätzen einer umsichtigeren Oekonomie und mit Anwendung von Maschinen und Dampfkraft zu verschaffen. Wir rufen so nicht einmal das Mitleid, nicht die Theilnahme für die Noth unserer Mitmenschen auf, sondern behaupten einfach, daß über kurz oder lang eine derartige Beschaffung wohlfeileren Brodes zu einer unabweisbaren Nothwendigkeit werden muß. Die Gemeinde und der Staat, welche dieselbe zurückweisen wollten, würden in einen unrettbaren ökonomischen Verfall gerathen. Und umgekehrt werden die Gemeinden und die Staaten, in denen jene Art der Brodbeschaffung am frühesten zur Ausführung kommt, sich dadurch einen ökonomischen Vorsprung vor anderen, eine Quelle gesteigerten Wohlstandes verschaffen, die nach vielen Seiten hin segensreich befruchtend einwirken muß.

Das Brod, diese wesentliche Grundlage unserer Nahrung, ist ein Produkt von Industrieen, welche einen offenbar zurückgebliebenen Zustand zeigen. — Die verschiedenen Regierungs-Systeme waren einer Fortbildung dieser Industrien nicht eben günstig. Man begreift leicht, daß die natürliche Sorge der Herrscher für den Unterhalt ihrer Völker, indem sie sich den Zerealien und ihren verschiedenen Bearbeitungen zuwendete, den Charakter einer unruhigen Bevormundung annehmen konnte. Es gibt keine Verwaltung, welche nicht, von dem Wunsche beseelt, die Beständigkeit, die Zuträglichkeit, die Billigkeit der Brodvorräthe zu sichern, dahin gekommen wäre, ihre Verpflichtungen zu übertreiben, indem sie eine Gesammtheit von Maßregeln einer strengen Ueberwachung ergriff und damit Restriktionen verband, deren Abschluß das Monopol war. Daher kommt es, daß bei allen Völkern dem Handel mit Getraide, dem Müllergewerbe und namentlich der Bäckerei verschiedene Fesseln angelegt wurden, und daß jede dieser Industrien, scharf von der andern getrennt, von dem allgemeinen Fortschritte nichts weiter gewinnen konnte, als eine verkehrte Häufung von Protektionsmaßregeln. Die von allen am meisten beschützte Industrie, weil sie das schließliche Produkt, das Brod, lieferte, die Bäckerei, um welche herum man alle Begünstigungen des Gesetzes vereinigen zu müssen glaubte, und die nicht nur gegen die fremde Konkurrenz, sondern auch gegen die Konkurrenz der nächsten Mitbürger selbst in Schutz genommen wurde und theilweise noch wird, ist so zu sagen stationär geblieben.

Man erwäge zuerst, was sich auf dem Lande zuträgt, wie die Einwohner die Getraideähren oft eine nach der andern auflesen oder sie als Lohn erhalten, sie mit dem Dreschflegel ausdreschen und wie nach weiteren Operationen endlich das mit vielem Abzuge, vielen Kosten des Hin- und Herschaffens in die Hütte des Landmanns zurückgelangte Mehl mühsam mit den Händen ausgeknetet wird, damit die Leute ein Stück Brod unter die Zähne bekommen, welches noch eben so grob ist, wie in den schon weit hinter uns liegenden Epochen.

In den größeren Städten wird man zwar meist ein gutes und schmackhaftes Brod erkaufen können, aber einerseits bleibt es doch sehr zweifelhaft, ob das Brod wohl auf die Tafel des Konsumenten frei von jedem Vorwurfe kommt, namentlich was die Reinlichkeit der Vorgänge bei der Zubereitung anlangt, andererseits ahnen wohl die Wenigsten, wie sehr das endliche Produkt durch den Gewinn von so und so viel Zwischenhändlern und durch unverhältnißmäßige Zubereitungskosten vertheuert worden ist.

Welche riesenmäßige Fortschritte haben die meisten Industrien in den letzten Jahrzehnten gemacht! Wer hätte uns vor einigen 20 Jahren gesagt, daß man dahin gelangen würde, die Kosten der Umwandlung eines ganzen Ballens roher Baumwolle in 150 Ellen Calicot auf 5 Thaler zu reduziren? Warum sucht man es nicht beziehendlich ebenso mit Getraide, Mehl und Brod zu machen?

Nach den Getraidekursen vom 30. Oktober 1855 kosteten damals in Paris 100 Kilogramm (200 Pfd.) Getraide 47 Frcs. = 21 fl 56 kr. Das sämmtliche Brod, welches aus diesem Getraide bereitet wurde, bezahlte man damals mit 59 Frcs. 13 Centimes oder 27 fl. 35½ kr. Also 12 Frcs. 13 Cts. oder 5 fl. 39½ kr. hat eine Umwandlung gekostet, welche nur die Arbeit von ein Paar Mühlsteinen während 1½ Stunde und die Arbeit eines Bäckerburschen während 2 Stunden erfordert hat! Dafür mehr als 25pCt. Ist das nicht übertrieben? Dagegen beliefen sich die Kosten für Bereitung von 100 Kil. Brod in der Zentralbäckerei der Pariser Wohlthätigkeitsanstalten nur auf 4 Frcs., also 1 fl 52 kr. und die großen Proviantanstalten zu Lyon und Lille, die wegen ihrer Fabrikation im Großen bereits ähnliche Ersparnisse machen, verkaufen ihr Brod um 4 Cts. das Kilogramm, also um 4 Frcs. auf 100 Kil. billiger als die Bäcker. Man sieht daraus, welche bedeutende Ersparniß durch den Betrieb im Großen und durch Konzentration erreichbar ist.

Ein weiteres wesentliches Mittel zur Verringerung der Brodpreise ist eine Vereinigung des Müllergewerbes mit der Bäckerei auf dem Wege der Association. Diese Association ist in den eben erwähnten großen Proviantanstalten zu Lyon und Lille bereits zur Thatsache geworden.

Die Pariser Industrieausstellung hat nicht nur diese Thatsachen zur Geltung und Anerkennung gebracht, sondern auch eine reiche Auswahl von Hülfsmitteln und Apparaten geboten, welche die Fortschritte in der Mehl- und Brodfabrikation beurkunden und die gewichtige Aufgabe lösen, die Zubereitungskosten, welche seit Jahrhunderten den Preis unseres täglichen Brodes so ärgerlich drücken, herabzusetzen.

Anlangend zunächst die Hülfsmittel für den Betrieb des Müllergewerbes, so sind verschiedene Körner-Reinigungs-Vorrichtungen auf diese Ausstellung gebracht worden, z. B. eine von Vachon in Lyon, dann eine von Monrot, von Jerome 2c. Einzelne Aussteller hatten Apparate ausgestellt, wo die Zentrifugalkraft zur Reinigung der Körner in Anwendung gebracht war. Daran reihten sich Maschinen, womit das Getraide zugleich gewaschen und getrocknet werden kann, ferner Maschinen zum Enthülsen der Körner und endlich verschiedene Maschinen, welche sich auf die Operationen des Siebens bezogen. Besondere Aufmerksamkeit erregte weiter der sog. aérateur des Ausstellers Hanon, d. i. ein Apparat, wodurch der Zutritt der Luft in die arbeitenden Mühlsteine vermittelt, einer Erwärmung der Steine geschickt vorgebeugt und ein viel weicheres, besseres und

*) Nach einem Aufsatz in der „Germania" bearbeitet.

weißeres Mehl erzeugt wird. Als Vorzüge eines Apparates nach diesem Systeme wurden angeführt: der billige Preis (er kostet nur 300 Frcs. und verursacht keine Unterhaltungskosten), die Schnelligkeit der Arbeit und eine Vermehrung der Mehlproduktion nach Qualität und Quantität. Sodann waren allerhand Modelle von Mühlen ausgestellt, die beim Vergleich mit unseren gewöhnlichen Wasser- und Windmühlen die Wichtigkeit der Ersparnisse zeigten, welche man bei einem Betriebe im Großen zu realisiren vermag, indem man besser und mehr produzirt. Die Mehrzahl dieser Vervollkommnungen sind bereits seit längerer und kürzerer Zeit in die Praxis übergegangen und stellten reelle und ökonomische Vortheile dar, welche bedeutend sind, da sich die Privat-Industrie ihrer bedient, die doch gewöhnlich keinen unnützen Aufwand macht.

Wenden wir uns nun von dem Mühlenbetriebe zur Bäckerei, so hat man sich hier von jeher mit der so schwierigen Operation des Einrührens und Knetens des Teiges mühsam abgequält und nur sehr spät seine Zuflucht zur Mechanik genommen, welche über diese Schwierigkeiten so gut zu triumphiren weiß. Im Jahre 1811 erfand ein französischer Bäcker, Namens Lambert, den ersten mechanischen Backtrog, der sich freilich als unpraktisch erwies. Nach ihm haben Andere mit mehr Glück sich an diese Aufgabe gemacht, und es haben mechanische Backtröge verschiedener Art in Spanien, Portugal, Sardinien, der Schweiz, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Brasilien rc. vielfache Anerkennung gefunden.

Viel kann auch durch zweckmäßigere Einrichtung der Backöfen erspart werden. Es ist Sache der deutschen Techniker und der technischen Journale, die zahlreichen neu erfundenen Maschinen und Verbesserungen für das Müller- und Bäckergewerbe zu prüfen, zu beschreiben, zu empfehlen, nachzuahmen und deren Einführung anzubahnen. Jedenfalls ist die Mechanik in Frankreich auf diesem Gebiete viel weiter vorgeschritten, als in Deutschland — und wir Deutsche dürften in dieser Beziehung nicht wenig zu lernen haben.

Fassen wir nun dies Alles zusammen, so berechtigen die Resultate der Pariser Ausstellung zu der festen Hoffnung, daß auch die Mehl- und Brodfabrikation einem unausbleiblichen Umschwung entgegengeht, und daß die Wohlthaten der mannigfachen Erfindungen des Menschengeistes auf diesem Gebiete den Verzehrern zu Gute kommen müssen. — Die Anfänge sind bereits gemacht. In Paris hat sich eine Gesellschaft mit einem Kapitale von 10 Millionen Frcs. gebildet, zum Zwecke des Ankaufs von Getraide in Frankreich, der Einfuhr von fremdem Getraide und der Brodfabrikation mittelst mechanischer Backtröge. Diese Gesellschaft heißt „Meunerie et boulangerie réunies." Ferner wurde in Paris eine große Zentralbäckerei eröffnet, welche im Stande ist, ohne zu irgend einer Mischung ihre Zuflucht zu nehmen, jedes vierpfündige Brod von reinem Waizen 12 Centimes, also 3 Kreuzer unter der Taxe für die zweite Qualität und 6 Centimes unter der Taxe für die erste Qualität zu liefern. Die Brodfabrik der Gebrüder Völker u. Komp. in Stuttgart, welche im November v. J. eröffnet wurde, ist zwar im Winter wieder eingegangen, nicht aber wegen Mangels an Abnehmern oder zu theuern Betriebs, sondern durch Uneinigkeit der Unternehmer. Uebrigens soll, wie man hört, im Sommer bei Stuttgart wieder eine Brodfabrik errichtet werden. In Berlin ist man auch schon mit dem Gedanken umgegangen, eine Aktiengesellschaft zur Errichtung einer Brodfabrik zu gründen; der Plan ist jedoch auf allerhand Schwierigkeiten gestoßen und wird wohl vorderhand nicht ausgeführt, weil nach dem kürzlich eingetretenen Rückgang der Getraidepreise die Noth nicht mehr so stark dazu drängt. Aber sie wird wieder und wieder drängen, und dann wird man den Plan wohl wieder aufnehmen müssen.

An die Betrachtung dieser Ereignisse und Fortschritte werden sich bei einem großen Theile unserer Leser die Fragen knüpfen: 1) Was soll bei einem Umsichgreifen der Brodfabrikation aus den zahlreichen Bäckern werden? 2) Steht die Errichtung solcher Brodfabriken nicht mit den Gewerbsgesetzen mancher Staaten im Widerspruche? Auf diese wichtigen Fragen werden wir in einem spätern Artikel Antwort zu geben suchen.

Deutscher Bund.

Die nächste deutsche Zollkonferenz wird wahrscheinlich schon im nächsten Mai in Weimar zusammentreten, und dann ihre Berathungen in Eisenach fortsetzen. (Allg. Z.)

Bayern. Ein Artikel der „Allg. Ztg." über den „Politischen Anzeiger" (sog. Schwarze Buch) erwähnte der in der Vorrede des Letzteren gemachten Angabe, daß ein bayerischer Polizeibeamter zu der fraglichen Schrift den ersten Impuls gegeben und Materialien geliefert habe. Der „Allg. Z." ist nun eine amtliche Berichtigung zugegangen des Inhalts, daß diese Angabe unrichtig sey, da weder eine bayerische Polizeibehörde, noch ein im bayerischen Staatsdienst stehender Beamter an der genannten Schrift irgendwie betheiligt sey. Auch sey die vorkommende Behauptung, daß die fragliche Schrift sämmtlichen Polizeistellen Deutschlands zugesendet worden sey, bezüglich der bayerischen Polizeibehörden unbegründet.

München, 20. März. Se. Maj. der König haben den Hauptmann Karl Freiherrn v. Neubeck vom 1. Art.-Regim. zur Artillerie-Berathungs-Kommission versetzt; dem pensionirten charakterisirten Generalmajor Karl Ritter v. Purkart für ehrenvoll zurückgelegte fünfzig Dienstjahre das Ehrenkreuz des Ludwigordens verliehen; den temporär pensionirten Unterquartiermeister Ernst Büttner auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; die Oberlieutenants Eduard Kisenfeger vom Gen.-Reg. zum Gen. Korps versetzt und durch Ministerial-Reskript vom 14. ds. vom Ingenieur-Korps bei der 4. Genie-Direktion eingetheilt, und Gust. Faber vom Ingen.-Korps zum Gen.-Reg. versetzt, zugleich den Letzteren von seiner Funktion als technischer Revisor in Bausachen bei der Militär-Rechnungs-Kammer enthoben, dagegen den Unterlieutenant Christian Schlicht vom Ing.-Korps als technischen Revisor in Bausachen der Militär-Rechnungs-Kammer zugetheilt; das Dienstentlassungsgesuch des Oberlieutenants Gustav Stademann vom 5. Inf.-Regiment und Lud. Günther vom 6. Inf.-Reg. genehmigt; den Professor am Kadetten-Korps Georg Thomas auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Unterlieutenant Gustav Rupprecht bleibend im Ruhestande belassen; dem Unterlieutenant Franz Stiglitz vom 6. Jäg.-Bat. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den temporär pensionirten Hauptmann Peter Lamotte bleibend im Ruhestande belassen. (N. M. Z.)

Die dritte protestantische Pfarrstelle in Kulmbach ist dem bisherigen 4. Pfarrer daselbst, K. Börger, verliehen worden.

°° München, 22. März. (Privat-Korrespondenz.) Abermals ist der Kammer der Abgeordneten ein Mitglied durch den Tod entrissen worden, Hr. Abg. Oekonom Wolf aus Pfaffenhofen in Schwaben, der gestern nach längerer Krankheit im 52. Lebensjahre starb. — Heute sind die Gesetzblätter Nr. 6, 7 und 8 erschienen, in welchen die jüngst von der Kammer berathenen Eisenbahngesetze (1) Eisenbahnbau-Dotation, 2) Zinsengewährschaft für die im diesseitigen Bayern zu erbauenden Eisenbahnen und 3) Zinsengewährschaft für die projektirte Homburg-Zweibrücker Bahn) publizirt werden. — Bezüglich der Realisirung des neuen Eisenbahn-Kredits hat heute im Finanzministerium eine Berathung der betr. Minister stattgefunden, zu welcher auch Frhr. v. Rothschild geladen war.

Herr Direktor v. Kaulbach erhielt dieser Tage von einem Münchener Verleger, welcher die neue Herausgabe von Göthe's Werken beabsichtigt, den Auftrag zu 30 Illustrationen, wovon jede mit tausend Gulden honorirt wird.

Die von der „Bayer. Landbötin" gebrachte Nachricht, daß Hr. Staatsminister v. Zwehl wegen angegriffener Gesundheit auf einige Zeit von den Geschäften sich zurückziehen werde, ist ganz falsch. „Wir sind, fügt genanntes Blatt bei, auf schmähliche Art hintergangen worden. Näheres mitzutheilen, müssen wir vorerst aus guten Gründen unterlassen."

Preußen. Berlin. Der Kammerherr der Königin, Graf Canitz, ist vor einigen Tagen im adeligen Casino erschienen; man hat also einigen Grund zu vermuthen, daß er nicht acht Tagen früher im Duell erschossen ist. Seine Brüder sind beide gar nicht in Berlin, sondern der eine als Gesandter in Neapel, der andere als Legationsrath im Haag. Somit darf man weiteren Aufklärungen über das angebliche Duell um so gespannter entgegensehen, als seither auch nicht einmal andeutungsweise der Gegner des angeblich Gefallenen bezeichnet wurde. (Allg. Z.)

Schwarzburg-Sondershausen. Die Anstellung der Juden im Staatsdienst des Fürstenthums Sondershausen, für welche sich das Appellationsgericht in einem ihm abgeforderten Gutachten auf den Grund der dortigen Gesetzgebung erklären zu müssen glaubte, ist von der Regierung in einem konkreten Fall verneinend entschieden worden. (Allg. Z.)

Nassau. Nach dem „Mainzer Journal" werden demnächst die in Folge der Kriegsbereitschaft angeschafften Artilleriepferde zur Versteigerung kommen.

Großbritannien.

Nachrichten aus Gibraltar vom 14. März zufolge war daselbst der Befehl eingetroffen, in ganz Spanien den Einkauf

von Pferden und Maulthieren für das britische Orient-Heer einzustellen.

Frankreich.

Paris, 20. März. Die Ereignisse, von denen nicht allein die leichtsinnigsten Börsenspekulanten, sondern auch die vorsichtigsten Kapitalisten eine mächtige Wirkung auf den Werth unserer Staatspapiere erwarteten, die Gewißheit des baldigen Friedens-Abschlusses und die glückliche Entbindung der Kaiserin, sind eingetroffen, haben aber anstatt eine Steigerung eine schwer zu besiegende Tendenz zum Sinken der Valuten erzeugt. Die einfache Ursache dieses ungeahnten Zustandes der Dinge liegt in dem unverkennbaren und täglich sich mehrenden Geldmangel, dem auch die günstigste Wendung der politischen Angelegenheiten vor der Hand nicht abzuhelfen vermag. Die fast plötzliche Vermehrung und die kolossalen Bedürfnisse so vieler neuen Kredit-Institute, die nicht nur im Lande selbst, sondern auch in den benachbarten Staaten ihren Einfluß ausüben, fangen an, die Kassen zu erschöpfen, und es ist wahrscheinlich, daß noch lange Zeit nach dem völlig gesicherten Friedensabschlusse die Folge dieses so vielen vereinten Ursachen zuzuschreibenden Geldmangels sich zeigen werden. (In Deutschland werden die vielen Kredit-Institute, die plötzlich überall wie Pilze aufschießen, bald eine schwere Geldkrisis zur Folge haben. Uebrigens ist das Kreditbankfieber glücklicherweise schon wieder im Abnehmen, und es wird den Nachzüglern, die das große Wasser nicht zu benutzen verstanden, schwer werden, die Kohlen wieder anzublasen. Es haben sich dabei zu Viele die Finger verbrannt. Die Meininger Affaire hat das Eis zum Brechen gebracht, und Kassel und Bückeburg, die zunächst auf der Liste standen, werden unter solchen Umständen schwerlich das Licht der Welt erblicken. Die Uebertreibungen trugen den Keim des Fehlschlagens in sich selbst. Für die berechtigten Kredit-Anstalten kann es nur erwünscht seyn, wenn diese Schmarotzer-Pflanzen der Agiotage zu Grunde gehen. Man kann von ihnen nicht einmal sagen, daß der Zweck die Mittel heilige.) (K. Z.)

Paris, 21. März. Der heutige „Moniteur" enthält ein kaiserliches Dekret, wodurch dem Grafen Tascher de la Pagerie das Großkreuz des Ordens der Ehren-Legion verliehen wird. (T. D. d. K. Z.)

* Paris, 22. März. Man sprach heute auf der Börse hauptsächlich von der Versammlung der Mäkler in industriellen Papieren, in welchen der Polizeipräfekt denselben befohlen hat, unverzüglich alle Geschäfte in ausländischen Fonds, die nicht an der Börse notirt sind, sowie in Aktien neuer Gesellschaften, einzustellen, welche Maßregel hauptsächlich auf die Aktien des österr. Credit mobilier und Londoner Omnibus-Aktien einwirken wird.

Italien.

* Man schreibt dem „Journal des Debats" aus Rom, 15. März: „Es ist beschlossen worden, daß gegen Monat Juni ein Spezial-Bevollmächtigter nach Paris geschickt werde, um im Namen des Papstes das kaiserliche Kind zu taufen."

Rußland und Polen.

Petersburg, 15. März. Es ist ein erfreuliches Zeichen der zum Guten veränderten Regierungsmaxime, daß man allerhöchsten Orts keinen Anstand nimmt, die Mängel, Fehler und Nachlässigkeiten in der Verwaltung, wo sie immer angetroffen werden, öffentlich zu rügen und der Verantwortung resp. Bestrafung zu unterziehen. Man weiß sich nicht zu erinnern, daß der „Invalide" früher jemals im ganzen Jahre so viele Verweise und Rügen zu veröffentlichen Gelegenheit hatte, als jetzt in einem Monate ausgesprochen werden. So heißt es neuerdings in einem Tagesbefehle vom 12. d. M. wörtlich wie folgt: „Auf erhaltenen Bericht ertheilt der Kaiser einen Verweis dem Stabschef aller Infanterie-Reserve- und Ersatztruppen der Armee, dem Generalmajor v. Brünn, von der Suite des Kaisers, für die unachtsame und oberflächliche Inspizirung der gedachten Bataillone vor ihrem Ausmarsch aus Moskau. Den bei den Ersatztruppen stehenden Generalmajor Wolkow II., der die Marschbataillone begleitet hat und dafür strafbar ist, daß er dem Oberkommando der Reserve nicht von der unzureichenden Ausrüstung der Marschbataillone Anzeige gemacht und auf dem Marsche eine unregelmäßige Verpflegung der untern Chargen zugelassen hat, — befiehlt Se. Majestät dem Kriegsgericht zu übergeben 2c. 2c."

Amerika.

Der „Tyne" bringt aus Südamerika die Nachricht von ernsten Ruhestörungen in Britisch-Guyana. Veranlaßt wurden sie, wie die dortige „Gazette" erzählt, durch den zu Ende des vorigen Jahres in die Kolonie zurückgekehrten John Orr, der in England und Amerika unter dem Spitznamen „Engel Gabriel" bekannt ist. Dieser unglückliche Fanatiker fachte die Zwistigkeiten, die zwischen der Negerbevölkerung und den portugiesischen Ansiedlern seit längerer Zeit bestanden, zur Flamme an, indem er mit seinen wüthenden Predigten gegen den katholischen Glauben die Gemüther der farbigen Bevölkerung aufstachelte. Der Erfolg war ein sehr trauriger. Die Portugiesen, die zumeist als Arbeiter nach der Kolonie gekommen waren, und sich durch Fleiß, Sparsamkeit und Klugheit mit der Zeit eine unabhängige Existenz gegründet hatten, wurden an verschiedenen Orten angegriffen, sie selbst mißhandelt, ihre Wohnungen und Ansiedlungen geplündert. Der Schaden, der auf diese Weise angerichtet wurde, soll ungeheuer seyn. Der Urheber dieser Schandscenen ist verhaftet. Die Polizei, unterstützt von den Bürgern, hat endlich die Ruhe wieder hergestellt, aber die Neger sind nun einmal aufgestachelt, und ihr Wuthgeschrei gegen die katholischen Portugiesen dürfte sich leicht gegen die Weißen im Allgemeinen wenden, wenn diese nicht sorgfältig auf ihrer Hut sind. Ein französischer Kriegsdampfer, der gerade zur rechten Zeit in den Hafen einlief, bot den Behörden seinen Beistand zur Unterdrückung etwaiger Ausbrüche an.

Asien.

Bombay, 16. Februar. Die hiesigen Journale erklären die Einverleibung des Königsreichs Audh mit den indo-britischen Besitzungen als bereits bestehend. General Outram, englischer Resident am Hofe von Audh, leitete die Unterhandlungen. Am 29. Januar wurden zwei Brigaden nach Lucknow, der Hauptstadt von Audh, beordert, mit dem Auftrage, die Malkontenten niederzuhalten und die etwaigen Unruhen zu unterdrücken. Aber schon bei ihrem Herannahen wurden die Kanonen zurückgezogen und der König befahl der Garnison, die Waffen niederzulegen. Die erste Unterredung zwischen dem König und dem General Outram fand am 4. Februar statt. General Outram verlangte, der König solle abdanken, dessen weigerte sich dieser und wollte an England appelliren. Als er durchaus nicht nachgeben wollte, wurde er endlich am 7. Febr durch eine Proklamation abgesetzt und sein Staat den englischen Besitzungen einverleibt. Dem Exkönig ist ein Jahresgehalt von 150,000 L. ausgesetzt. Die englische Proklamation gibt die Gründe für diese Maßregel ziemlich genau (Ausführung der liederlichen Wirthschaft der Regierung). Somit bleibt in Indien nur noch ein einziger ursprünglicher Staat von Bedeutung übrig, das Reich Hyderabad. Aber auch dieses seufzt so unter Schulden und Militärübergriffen, daß der neue Generalgouverneur von Indien ihm wahrscheinlich sehr bald seine Aufmerksamkeit zuwenden wird. Man würde etwa dem Nizam 4 Mill. Pfd. leihen und auf seine Kosten eine Armee von 30,000 Mann in seinem Lande halten; das Uebrige würde sich finden.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Aus den Herzogthümern Parma und Modena sind Gesuche an den sardinischen Bevollmächtigten bei den Konferenzen zu Paris, Grafen Cavour, eingegangen, worin derselbe gebeten wird, beim Kongreß die Einverleibung der Herzogthümer mit Piemont zu verlangen. Dieselben Petitionäre haben sich nun an den Kaiser selbst gewandt, und ihre Bittschrift durch den ersten Leibarzt, Dr. Conneau, einen alten Freund Louis Napoleons, der in Italien erzogen worden ist, befürworten lassen.

Paris, 19. März. Obwohl in den diplomatischen Kreisen allgemein die Ansicht verbreitet ist, daß der Friede bis zum 31. März eine vollendete Thatsache seyn werde, so ist wiederum zu bemerken, daß bis jetzt zwar die einzelnen Punkte besprochen, in ihrer Fassung aber noch nicht fest bestimmt sind. Unterzeichnet ist bis jetzt nichts, als die Sitzungs-Protokolle. In den Kommissions-Sitzungen wird die Redaktion des Friedens-Instrumentes berathen. (K. Z.)

Paris, 22. März. Das „Siecle" enthält eine Depesche aus Jassy, wornach ein Kourier, der ein von den Bewohnern der Donaufürstenthümer an den Grafen Walewski gerichtetes förmliches Gesuch um eine Vereinigung der Moldau und Walachei überbringen sollte, in Czernowitz von den Oesterreichern angehalten worden ist. — Die Depesche ist veröffentlicht durch Herrn Rosetti, Agenten des Fürsten Ghika, welcher beifetzt: Die Darlegung unserer Wünsche wurde untersagt.

* Paris, 21. März. Man scheint es durchaus vermeiden zu wollen, den Waffenstillstand verlängern zu müssen und die mit der Redaktion des Friedens-Vertrags beauftragte Kommission arbeitete gestern den ganzen Tag im Ministerium des Aeußern. Auch andere Anzeichen des demnächstigen offiziellen Bekanntwerdens des Friedensschlusses sind hie und da bemerklich geworden So hat z. B. diesen Morgen der Architekt des Palastes der Ehren-Legion den Auftrag erhalten, auf der Plattform

des Gebäudes den großen Mast aufstellen zu lassen, an dessen Spitze die Pariser gewohnt sind, den Stern der Ehren-Legion im Brillantenfeuer glänzen zu sehen, wenn etwas Großes geschah. Die Kuppel des Pantheon wird — zur bengalischen Beleuchtung — mit farbigen Gläsern gedeckt, alle Ministerien, alle Gesandtschaften, alle öffentlichen Gebäude endlich machen Vorbereitungen zc. zc. Alles das betrachtet man als Anzeichen des nahen Friedens.

Aus Rußland.

× Berlin, 21. März. (Privat-Korrespondenz.) Die Verluste, welche Preußen in seinem Handel mit Rußland durch die Blockade der Ostseehäfen erlitten hat, sind einigermaßen durch den Verkehr auf der Landgränze ersetzt werden. Als eine interessante Erscheinung hierbei ist zu erwähnen, daß auch die Blockade der Häfen des schwarzen Meeres einen Theil der Güter, welche sonst über dasselbe verführt wurden, auf den Dniper, und von diesem in den Pripez und in die Pina durch den Königskanal, welche nach dem Muchawicz, dem Bug und der Weichsel geht, nach Preußen hineinführt. Der Weg ist kein neuer, aber noch niemals wurden Frachten von so südlich gelegenen russischen Gegenden nach der Ostsee transportirt. Die Anzahl der preußischen Fahrzeuge auf dem russischen Antheile der Weichsel und auf dem Bug beträgt ungefähr 3 bis 400. Bis nach dem Dniepr gehen ungefähr 200. Die preußischen Schiffer bleiben gewöhnlich mehrere Jahre hinter einander in Rußland. Sie fahren überall unter preußischer Flagge, und werden im Allgemeinen mit den russischen Schiffern auf gleichem Fuße behandelt. Die Waaren, welche von Preußen nach dem Innern Rußlands geführt werden, sind hauptsächlich Häringe, Wein und Kolonialwaaren aller Art; in neuerer Zeit sind auch Soda, Baumwolle u. s. w. hinzugetreten. Ausgeführt werden aus Rußland auf dem bezeichneten Wasserwege: Talg, Waizen, Roggen, Hafer, Leinsamen, Holz.

Wir entnehmen einer Korrespondenz des „Constitutionnel" aus St. Petersburg, 11. März, Folgendes: Gestern am Geburtstage des Großfürsten Czarewitsch, war großer Empfang bei Hof. Der Kaiser mischte sich in die Unterhaltung der Anwesenden und erklärte laut, daß der Friede ihm mehr und mehr gesichert scheine. „Der Krieg, sagte er zu einer aus Diplomaten bestehenden Gruppe, war nur ein Zufall, oder richtiger gesagt, ein Mißverständniß. Er wird den persönlichen, freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Russen und den Franzosen durchaus nicht geschadet haben, da diese in mancher Beziehung merkliche Aehnlichkeit haben. Man hat sich zu lange geschlagen, aber man schlug sich stets mit Ritterlichkeit und Menschlichkeit. Die gefangenen Russen wurden von den Franzosen nicht wie Feinde sondern wie Brüder behandelt, und ich habe mich bemüht, den Gefangenen, welche das Schlachten Glück in unsere Hände lieferte, eine passende Behandlung zu gewähren. Wenn der Friede unterzeichnet seyn wird, und Alles deutet darauf hin, daß es geschieht, so werden Frankreich und Rußland sich die Hände reichen und sich wie früher achten und lieben können, denn, wenn der Kampf hartnäckig war, so war er ohne Haß und ohne Treulosigkeit." Kaiser Alexander sprach auch viel und in sehr wohlwollenden Ausdrücken von Napoleon III., er ließ seiner Regierungs-Weise, seinen ausgezeichneten Anordnungen und seiner Friedensliebe, welche — wie er beifügte — der Seinen gleicht, volle Gerechtigkeit widerfahren. Er sprach auch den Wunsch aus, daß die Kaiserin der Franzosen bald und glücklich niederkommen möge." (Diese Sprache in einem halbamtlichen Pariser Blatt ist nicht ohne Bedeutung.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 22. März. Oesterr. Kredit-Aktien wurden in Folge des Verbots, daß mit solchen in Paris gehandelt werden dürfe, niedriger abgegeben, auch österr. Bankaktien und Neustadt-Weißenburger wurden billiger abgegeben.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1282 P. 1277 G. Neue Bankaktien 38[illegible] P. 38[illegible] G. Credit-Action à 5pCt. 191 P. 192 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 8[illegible] P. 81¾ G. Metall. alte à 5pCt. 8[illegible] P. 8[illegible] G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 8[illegible] G.; à 4½pCt. 75⅝ P. 75¾ G.; à 4pCt. 68½ P. 68 G.; à 3pCt. 52 P. 51½ G.; à 1pCt. 17½ P. 17½ G.; Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G.; à fl. 250 von 1839 — P. 1[illegible] G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108¾ P. 108½ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 301 P. 3[illegible] G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 700 G. Obligationen à 3½ pCt. 87 P. — G.; 4pCt. — P. 95 G.; 4pCt. Grundrente 95½ P. 95 G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 101¾ P. 101¼ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156¼ P. 155¾ G. Neustadt-Weissenb. 119 P. 117½ G.

Würtlemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89½ P. 89 G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 8[illegible] P. 82⅝ G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. 41[illegible] P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62 P. 61½ G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. — G.; à 4pCt. 99[illegible] P. 99[illegible] G.; 3½pCt. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 112½ P. 112 G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 351 P. 352 G.; junge — P. 3[illegible]9 G. Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 101½ P. 101 G. Baden. fl. 35 Loose von 1845 47½ P. 47¼ G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. — P. 8[illegible] G., Loose à fl. 25 31⅜ P. 31⅛ G. Frankfurt. Obligationen à 4pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 122¾ P. 122¼ G.; Taunus-Aktien 335 P. 333 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 81½ P. 81 G. Homburg. Bankaktien P. — G. Polen. fl. 500 Partial 88 P. — G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 40½ P. 40¼ G.; 1pCt. neue 25⅛ P. 25 G. Holland. Integrale 64 P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 94 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¾ P. 100½ G. — Lond. Lst. 10 k. S. 120⅜ P. 120⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G. — Mail. [illegible] S. L. 250 k. S. 101¾ P. 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G. — do. 3 Monat [illegible] 101[illegible] P. 101[illegible] G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105½ P. 104⅞ G. — Paris Frs. 200 k. S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96¾ P. 96⅜ G. — Lyon Frs. 200 k. S. 94½ P. 94¼ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89¼ P. 89 G. — Wien fl. 100 C. k. S. 1[illegible] P. 117[illegible] G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G. — Wien 3 M. mit [illegible] 116¼ P. 116 G.
Disconto — P. 3pCt. G.

Wien, 22. März. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86⅜; 5pCt. Metall. 85[illegible]; 4½pCt. 76⅝; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 136¼; von 1854 109¼; Bankaktien 1086; Bank-Interimsaktien — 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 337; Donau Dampfschifffahrtsaktien 652; österr. Staatsbahnaktien ——; Nordbahnaktien 1855. Wechselkurse: Augsburg uso 101⅛; London 10. 5. B. Geldkurs: Dukaten —.

Frankfurt, 22. März. Der Verwaltungsrath der Frankfurter Bank hat heute die Erhöhung des Wechseldiskonto von 3 auf 4 pCt. beschlossen. (Fr. Pstz.)

Antwerpen, 13. März. Brasil Kaffe sehr fest.

Getraide behauptet. Weiß seeländ. Waizen 18¼ fl., preuß. 17½ a 17¾ fl. per 80 Kil. Inländ. Roggen 11½ a 11⅝ fl., amerik. 12 fl. per 70 Kil. Amerik. Mehl, superfein 45 frs. per Faß. Oelsaaten fest. Donau Leinsaat 15 fl. a 15¼ fl.

Amsterdam, 15. März. Java Kaffee in Erwartung der Auktion still, die Stimmung bleibt flau. Preise indeß nicht niedriger; gut ord. Brasil Kaffee in Kleinigkeiten mit 25 a 26 cs. bezahlt. Die höheren Rio-Berichte bleiben hier ohne besonderen Einfluß.

Tabak fortwährend still.

Nichtpolitische Zeitung.

Wien, 9. März. Die bekannte Reisende Frau Ida Pfeifer ist in Triest eingetroffen, um sich daselbst zu einer neuen Weltreise (nach Madagascar) einzuschiffen. (Fr. Pstz.)

In Paris ward am 19. März der aus Konstantinopel gebürtige Gelehrte Alexander Tinconi in seiner Wohnung in der Rue des Vieux Augustus 7 todt gefunden. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß der gelehrte Mann verhungert war, nicht aus Mangel, sondern weil er den Körper über den Geist vergessen hatte. Seine Leiche ward auf einem Haufen Bücher und Manuskripten liegend gefunden, sein Zimmer war ein Chaos von Büchern aller Völker und Sprachen. Alexander Tinconi sprach mit Leichtigkeit zwölf Sprachen und las noch weit mehr. Noch ärger, als mit seiner Wohnung, stand es mit seinen Kleidern, da er seit zwei Jahren Wäsche und Kleider nicht mehr gewechselt hatte. Sein Körper war völlig vertrocknet. Man fand bei ihm eine Menge von Seltenheiten und Kostbarkeiten, orientalische Waffen, ächte Damascener-Klingen, Malaienfriese, Antiquitäten, Autographen u. s. w. In seinem Testamente vermacht er sechs seltene Manuskripte der Mazarinischen Bibliothek; sein Vermögen vermacht er der Kirche der Minoriten. So berichtet das „Droit."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 84. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 25. März 1856

Brodfabrikation.

II.

Die Brodfabriken haben in Deutschland bereits einen thatsächlichen Widerspruch erfahren, indem man ihre Errichtung als eine Verletzung der bestehenden Gewerbsgesetze und eine Unterdrückung des Bäckergewerbes bezeichnet hat. Es ist bekannt, daß bei Errichtung der Stuttgarter Brodfabrik eine große Anzahl von Bäckern darin geradezu den Ruin des Bäckerstandes erblicken wollte und von der Regierung die Schließung der Anstalt verlangte. Eben so bekannt ist es aber, daß die württembergische Regierung jeder derartigen Unterdrückung des freien Betriebes entgegengetreten ist und die Thätigkeit der Fabrik nur begünstigt. Diese Entschließung ist nur ein Ausfluß jenes Geistes, der dort die Verwaltung bezüglich der gewerblichen Fragen beseelt, der eine immer freiere Bewegung der Gewerbe in diesem Lande angebahnt und dadurch den gewerblichen Fortschritt wesentlich befördert hat.

In Preußen wird die Errichtung von Brodfabriken ebenfalls durch die Gesetze wohl schwerlich gehindert werden. In den meisten übrigen deutschen Staaten ist es aber zum mindesten sehr zweifelhaft, wenn nicht durch Ausnahmen, Konzessionsertheilungen rc. nachgeholfen wird. — Es ist in einem der aufgeklärtesten und gewerbreichsten deutschen Länder erst vor zwei Jahren ein trauriges Beispiel mit einer Dampfmühle vorgekommen, welche ihr aus Dampfmehl in großen Massen bereitetes Brod nach der Stadt auf einem Wagen sendete, um den sich die Armen drängten, um dies bessere und billigere Brod zu erkaufen. Die zünftigen Bäcker erblickten darin einen schmählichen Eingriff des Mühlenbesitzers in ihr Recht, und die Dampfmühle wurde in drei Instanzen zur Unterlassung des Brodverkaufs verurtheilt. Und dies geschah in dem Theuerungsjahr 1854 in einer Stadt von 9—10,000 Einwohnern, die trotz der Vermehrung der Bevölkerung doch immer noch die seit langen Jahren stehende Zahl von etwa 15 Bäckern hat.

Aber es gibt noch ein anderes, fast überall dem Aufschwunge des Bäckergewerbes oder wenigstens der Erniedrigung der Brodpreise entgegenstehendes Hinderniß. Es gibt eine Barriere, welche, anstatt die Konsumtion zu beschützen, wie es die freie Konkurrenz thun würde, die Bäckerei unter den traurigen Einfluß der Routine treibt; und diese Barriere nennt sich „Taxe". Wir wollen hier nicht die Klagen aller der Unterbeamten begründen, welche die lästige Fixirung der Brodpreise zu besorgen haben und, sobald sie es mit ihrer Pflicht ernstlich nehmen, fast täglich den Reklamationen und Beschwerden der Bäcker ausgesetzt sind. Wir wollen hauptsächlich darauf aufmerksam machen, daß die Taxen bei dem gegenwärtigen Zustande des Gewerbebetriebes völlig willkürlich und ungerecht seyn müssen. — Sie sind willkürlich, weil sie kein Gewicht auf die Betriebsmethode der Einzelnen zu nehmen vermögen, und sie sind ungerecht, weil sie eine Klasse von Bürgern auf Kosten aller übrigen Bürger begünstigen. Nehmen wir einen aufgeklärten Bäcker an, welcher mit den Erfindungen und Erfahrungen der Gegenwart fortschreitet und, ohne gleich eine großartige Brodfabrik zu etabliren, sich nur einen mechanischen Backtrog im Werthe von etwa 300 Thalern oder einen vervollkommneten Backofen anschafft. Offenbar wird er mit seinen Apparaten billiger arbeiten, als sein zurückgebliebener Nachbar. Aber sollte er deßhalb seine Waaren auch um einen so viel niedrigeren Preis anbieten? Wahrscheinlich nicht. Er wird vielmehr in den offiziell festgesetzten Preisen seine Rechnung finden. Und selbst wenn er in guten Absichten der öffentlichen Wohlfahrt halber billiger arbeiten wollte, würde er einen Erfolg davon haben? Nein. Sein Angebot würde (da wir noch kein großes Etablissement hier voraussetzen) doch nur einen unbedeutenden Einfluß auf die Preise nach ihrer Vertheilung ausüben. Bei dieser Alternative behält er den Mehrwerth, den er seiner Initiative verdankt, für sich; in der That kann man ihm dies nicht verdenken. — — Aber in diesem Falle würde doch wenigstens noch ein Gewinn von einem oder mehreren Bäckern gemacht, wenn auch das große Publikum kein billigeres Brod erhielt. Der viel schlimmere Nachtheil der Taxen liegt aber darin, daß sie die Anwendung der vollkommeneren Apparate überhaupt hintertreiben. — Wie wir Menschen einmal sind und wie namentlich zünftige Meister sind, so werden sie sich nicht leicht zu großartigen Anstrengungen entschließen, wenn sie nicht dazu gedrängt und gestoßen werden. „Ist — es — einmal — so — lange — gegangen, so wird es auch noch weiter gehen!" — Ehe sich selbst ein zu Wohlstand gelangter schlichter Bäckermeister, der 20 Jahre seinen Teig mit Mühe geknetet hat, entschließt, sich ein Exemplar der so verrufenen mechanischen Backtröge anzuschaffen, dazu bedarf es anderer Gründe, als der bloßen Zweckmäßigkeit, welche die Presse zu predigen sich abmüht. Es muß dem Manne etwas weniger leicht gemacht werden und eine gewisse Gefahr im Verzuge seyn. Auf dieser Erde soll nun einmal wirklich Großes nicht ohne Mühe und Beschwerde geleistet werden. Mit der Ruhe und Sorglosigkeit ist es ohnehin aus in unserer gleich dem Dampfer und den Telegraphen mit unerbittlichem Wetteifer fortjagenden Gegenwart. Laßt dem Bäcker die freie Konkurrenz auf dem Nacken sitzen, so wird er sich, wie der größte Theil der Handwerker, ebenfalls rühren und eiligst den stationären Zustand der Bäckerei verlassen müssen! — Aber wenn auf diese Weise die Verbesserungen allmählig Eingang finden und die Bäckerei endlich mit den Maschinen fortschreitet, so wird die Taxe geradezu widersinnig. — Angenommen, es sind 20 Bäcker in einer Stadt und 10 Bäcker besitzen vervollkommnete Apparate. Wie soll die Obrigkeit den Preis bestimmen? Nimmt sie auf die Veränderungen und Erleichterungen im Gewerbsbetriebe keine Rücksicht, so benachtheiligt sie offenbar das große Publikum und läßt die reicheren Bäcker noch höhere Gewinne ziehen. Nimmt sie darauf Rücksicht, so ruinirt sie die 10 übrigen an sich schon armen Bäcker völlig und stellt Preise offiziell fest, bei denen ein Theil der Meister verhungern muß. Wie ganz anders, wenn man die freie Konkurrenz gestattet! Dann wird sich kein Meister beklagen können, der sich auf dem gefährlichen Kampfplatze, wo man sich streitet, möglichst billiges und gutes Brod herzustellen, als ein ebenbürtiger Kämpe einzufinden wagte! Er wird von vornherein seine Mittel und Kräfte abwägen und mit Ueberlegung und Berechnung anfangen oder ein anderes Geschäft wählen.

Der Einwand, daß die Obrigkeit die Bäckerei überwachen müsse, ist gerechtfertigt; aber es genügt dazu eine polizeiliche Prüfung der verkäuflichen Waaren, welche bei allen Gewerben, die sich mit der Ernährung des Volkes beschäftigen, strenger und sorgfältiger seyn muß; im Uebrigen kann man es dem Publikum getrost überlassen, sich im eigenen Interesse mit seinen Bedürf-

nissen da zu versorgen, wo es nach seinen Erfahrungen am besten und billigsten bedient wird. Das eigene Interesse führt doch immer die wirksamste Kontrole, und es kann am allerwenigsten in gegenwärtiger Zeit sich ein Gewerbsmann bei mangelhaftem Betriebe seines Geschäftes auf die Dauer halten.

Der in dem Vorstehenden angedeutete mehr allmählige Entwicklungsgang, den die Bäckerei durch Anwendung von Maschinen zu betreten hat, muß nun aber durch die Errichtung großer Brodfabriken wesentlich beschleunigt werden. Stellen wir uns eine mächtige Assoziation vor, welche sich's zur Aufgabe macht, die Konsumenten theilweise mit an den 15 Prozent, welche dem Müllergewerbe, und den 15 Prozent, welche dem Bäckergewerbe durchschnittlich zufallen, theilnehmen zu lassen, so könnte diese Gesellschaft immer noch 10 Prozent und alle durch weitere Vervollkommnungen gemachte Ersparnisse für sich nehmen und trotzdem das Brod der arbeitenden Klasse um etwa 20 Prozent billiger als bisher liefern. — Und übersehen wir es nicht, diese Wohlthat und diese mögliche Oekonomie wird eine dauernde seyn und auch bei dem Sinken der Getreidepreise die eigentlichen Brodpreise um so viel niedriger stellen.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 24. März. Se. Maj. der König haben unmittelbar auf die erhaltene Kunde von den unheilvollen Feuersbrünsten in Selb und Nordhalben mit gewohnter landesväterlicher Huld und Theilnahme aus allerhöchst Ihrer Kabinetskasse die Summe von fünftausend Gulden zur Unterstützung der Abgebrannten anzuweisen geruht und ist dieser Betrag schon am 22. d. von hier an das Präsidium der k. Regierung von Oberfranken abgegangen. (N. M. Z.)

München, 23. März. Der Vorstand der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten, Frhr. v. Brück, hat sich vor mehreren Tagen nach Dresden und Berlin begeben, und zwar, wie die „Allg. Z." vernimmt, um gemeinsame Verabredungen bezüglich des Anschlusses unserer an die norddeutschen Eisenbahnzüge zu treffen. Nach dem Ergebniß dieser Reise wird auch der Sommerfahrplan auf den k. Eisenbahnen erst endgültig festgestellt werden. Daß Hr. v. Brück die Betriebsweise auf den norddeutschen Eisenbahnen kennen lernen wolle, wie neulich die „Augsb. Postz." sagte, dürfte höchstens ein Nebenzweck, nicht aber der Hauptzweck dieser Reise seyn.

München, 23. März. Der Direktor der pfälz. Eisenbahnen, Hr. Denis, ist, durch den Telegraphen berufen, abermals hier eingetroffen; es wird denselben, wie man hier bestimmt vernimmt, die gesammte Oberleitung der von einer Privatgesellschaft zu erbauenden vier neuen Eisenbahnlinien übertragen werden. Die Gesellschaft hat die Absicht, nach erlangter Konzession Aktien à 100 fl., welche während der Bauzeit mit 4½ pCt verzinst werden sollen, auszugeben. (A. Abdz.)

Nach Rückkehr von den Osterferien wird im Ausschuß und dann alsbald in der Kammer der Gesetzentwurf in Betreff der Gewerbsteuer zur Berathung kommen, da Abg. Münch sein Referat vollendet hat. Weiter ist zur Berathung im Ausschusse gereift das Referat des Frhrn v. Pfetten über die Anträge bezüglich Erweiterung der bayer. Hypotheken- und Wechselbank.

Bayreuth, 22. März. Heute Nachts verlor die bayerische Armee einen würdigen Veteranen. Herr Christian Freiherr v. Großschädel, Generalmajor, Ritter des Verdienstordens der bayer. Krone, des Ludwigordens und des H. sächsisch-Ernestinischen Hausordens verschied heute Nachts plötzlich in Folge eines Schleimschlages. (Bamb. Z.)

Preußen. Vom Niederrhein, 20. März, wird der „Karlsr. Ztg." geschrieben: „Den Redaktionen der politischen Blätter ist eine Verwarnung zu Theil geworden, sich in Betreff der Hinkeldey-Rochow'schen Duellangelegenheit aller Raisonnements zu enthalten, namentlich auch eine zu starke Parteinahme für den Gebliebenen zu vermeiden, widrigenfalls Konfiskation der Blätter erfolgen werde. Diese Parteinahme hatte bisher in unbeschränkter Weise in fast allen öffentlichen Organen statt."

Berlin, 22. März. Wie wir hören, hat der Hr. Minister des Innern, v. Westphalen, vor etlichen Tagen in sehr dringender Weise seinen Abschied begehrt, und man bringt dies, vielleicht nicht ohne Grund, in Verbindung mit dem Hinkeldey-schen Vorfall. (A. Z.)

Berlin, 22. März. Die verwittwete Fürstin Paskiewitsch-Eriwanska ist von Warschau hier eingetroffen. Sie unternimmt eine längere Reise ins Ausland.

Es ist in diesen Tagen hier heimlich vermittelst der Stadtpost in zahlreichen Exemplaren ein von uns schon besprochenes Flugblatt ohne Druckfirma verbreitet worden, welches eine Auseinandersetzung in Betreff des vielerwähnten Potsdamer Depeschendiebstahls enthält. Die „N. Pr. Z." bemerkt hierzu, daß die Bestohlenen (General v. Gerlach und Kabinetsrath Niebuhr) alle Schritte gethan haben, um die ganze betreffende Angelegenheit durch eine gerichtliche Untersuchung aufzuklären.

In den nächsten Tagen wird hier die zweite Auflage der kürzlich ausgegebenen Schrift: „Stahl's Toleranz, beleuchtet von Samuel Holdheim," erscheinen. (K. Z.)

Berlin, 22. März. Der Minister für Handel rc. von der Heydt hat an die Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft unter dem 19. März c. eine Verfügung, betreffend das Verbot der Unterhandlung rc. von Geschäften seitens der Mäkler in Papieren, welche über die Betheiligung bei ausländischen Aktien rc. vor Berichtigung des vollen, auf die Aktien rc. einzuzahlenden Betrages ausgegeben worden sind oder künftig ausgegeben werden, erlassen. (K. Z.)

Berlin, 22. März. Dem Privatdozenten Dr. Kuno Fischer aus Heidelberg, der sich hier habilitirt hatte und in die philosophische Fakultät aufgenommen worden war, ist durch ein Reskript des Kultusministers nach seiner ersten Vorlesung das Lesen verboten worden. Die Fakultät soll in sehr würdiger Weise gegen diesen Schritt remonstrirt haben, doch verlautet noch Nichts von einem Erfolge dieser Remonstration. (In Heidelberg waren bekanntlich Fischer's Vorlesungen wegen ihrer antikirchlichen Richtung auf höhern Befehl ebenfalls eingestellt worden.)

Berlin, 22. März. Die Regierungsvorlagen an den Landtag über die Veränderung der Bankordnung und die Verminderung der Kassenanweisungen sind jetzt im Druck erschienen. Sie bestehen aus zwei Gesetzentwürfen, von denen der erste „die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen der Bankordnung vom 5. Oktbr. 1846" betrifft, während der zweite als „die Verminderung der Kassenanweisungen um 15 Millionen Thlr., sowie die Ausgabe verzinslicher Staatsschuldverschreibungen über 16,598,000 Thlr." betreffend, bezeichnet wird. Beide Entwürfe bilden die Ausführung des von uns bereits mitgetheilten, zwischen Staatsregierung und Bank abgeschlossenen Vertrages; wir können uns daher die Wiedergabe des Wortlauts derselben füglich ersparen. Die Motive stützen die ganze Maßregel auf zwei Hauptgesichtspunkte. Es sey einmal darauf angekommen, den gesteigerten Anforderungen des Verkehrs gegenüber die Betriebsmittel der Bank angemessen zu erhöhen, und ferner dem gestiegenen Papiergeldbedürfnisse in einer Weise abzuhelfen, welche gleichzeitig für größere Appoints das Staatspapiergeld durch die zweckmäßigeren Banknoten ersetze, und die eine Regelung der Emission nach dem jedesmaligen Bedürfnisse ermögliche. (N.-Z.)

Baden. Aus Baden, 19. März. Von mehreren Musikanten aus verschiedenen Amtsbezirken wurden bei der zweiten Kammer Petitionen, die weltliche Feier der Kirchweihe betreff., eingereicht. Im Jahr 1850 erließ nämlich die badische Regierung eine Verordnung über die strengere Einhaltung der Sonntagsfeier und Beschränkung der Tanzbelustigungen in der Art, daß zur Faschingszeit und an der Kirchweihe statt an mehreren Tagen nur an einem einzigen Tag im ganzen Lande Tanzmusik gehalten werden durfte. Hierüber beschwerten sich die Musikanten natürlich als Cicerones pro domo. Zugleich aber reichten auch Gemeinderäthe von 39 Gemeinden, die zu den besten und intelligentesten gehören, Petitionen ein, in welchen sich im gleichen Sinn ausgesprochen war. Die erwähnte Verordnung wurde von einigen Beamten mit puritanischer Strenge gehandhabt, und sogar auf Badeorte ausgedehnt. Und sie hatte zur Folge, daß ein großer Theil der Bevölkerung in die nahe gelegenen Ortschaften der Nachbarstaaten Bayern, Frankreich, Schweiz, Hessen und Würtiemberg zog, wo alle 14 Tage oder 3 Wochen Tanzbelustigungen stattfinden, und wo sich oft die Leute an manch' schlimmere Dinge gewöhnten, als es vielleicht in der Heimathgemeinde der Fall gewesen wäre. Dieses wurde bei der Diskussion in der Kammer hervorgehoben. Einer der Redner sagte: bei uns herrsche zu gewissen Zeiten eine puritanische Stille, und über der Gränze höre man die Schalmei und die Fiedel; es gehen die Mädchen und Bursche über die Gränze, machen sich lustig und lassen ihr Geld dort, die Prügel aber, die sie im Ausland erhalten, bringen sie heim. Ein anderer Redner erklärte: wenn ein Bauer das ganze Jahr hindurch tüchtig gearbeitet habe, was man unsern Bauern doch nachsagen müsse, so werde er sich auch ein paarmal ein Vergnügen machen dürfen; es sey ein Recht des Menschen, daß man ihm die Gelegenheit zur Freude nicht entziehe, und während man den Städtern das Vergnügen fast im Uebermaß zu Theil werden lasse, solle man auch die Landleute hierin nicht zu sehr beeinträchtigen. Gegen diese Argumente kamen die prosaischen Bedenken nicht zur Geltung, daß die häufigen Tanzbelustigungen

zu unnöthigen Ausgaben, oft zu Verschwendungen führen, welche im Familienleben Störungen nach sich ziehen, daß sie die Unsittlichkeit befördern, und nicht selten Veranlassung zu Schlägereien und andern Verbrechen geben. Von der Kammer wurde mit großer Majorität an die Regierung der Antrag auf theilweise Aufhebung der Verordnung von 1850 gestellt. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 22. März. Die von auswärtigen Journalen veröffentlichten Korrespondenzen berichten von fabelhaften Summen, welcher Dr. Paul Dubois für die der Kaiserin gewidmete Sorgfalt empfangen habe. Die „Union medicale" sagt in diesem Betreffe: „Außer den Auszeichnungen, welche den HH. Dubois und Conneau aus Anlaß der Entbindung der Kaiserin zu Theil geworden sind, soll das Honorar, wie folgt, geregelt worden seyn. Dr. Dubois 30,000 Fr., Dr. Conneau 8000 Fr., jedem der bei der Entbindung anwesend gewesenen Aerzte 6000 Fr."

Italien.

Rom, 14. März Cardinal Constantin Patrici, Vicar Sr. Heiligkeit für die Leitung des hiesigen Kirchensprengels und Bischof v. Albano, ist definitiv dazu bestimmt, den heiligen Vater in Paris bei den feierlichen Taufzeremonien des Nachkömmlings von Napoleon III. zu vertreten. Da es sich um einen rein religiösen Akt handelt, so wurde mit einsichtiger Behutsamkeit ein Cardinal ausgewählt, welcher den Angelegenheiten der weltlichen Regierung ganz fremd ist, und der gar keine politischen Antezedentien hat. (A. Z.)

Es wird versichert, daß über die Wiederbesetzung der vakanten polnischen Bisthümer keine Schwierigkeiten mehr zu beseitigen seyen. Der Papst wolle demzufolge im Mai ein Konsistorium halten, worin er außer einer größeren Zahl von Prälaten für die verweisten Kirchen anderer Länder auch acht polnische Bischöfe präkonisiren werde. Bis zu jener Zeit hoffe man auch über die weitern zwischen Rom und St. Petersburg seit Jahren schwebenden Streitfragen im Reinen zu seyn. (So wird der „Allg. Ztg." aus Rom geschrieben.)

Parma, 19. März. Der Kriegsauditor Gaetani Bordi wurde meuchlings ermordet. Die Stadt Parma wurde deßhalb, sowie wegen des früheren Mordes (am Generalpolizeidirektor, dessen Mörder noch immer unentdeckt ist,) in Belagerungszustand erklärt. (Oesterr. Cor.)

Asien.

Die „Presse d'Orient" berichtet aus Persien, daß Dost-Mohamed, der Khan-Serdar von Kabul, sich der Provinz Kandahar bemächtigt hatte und Persien Truppen gegen ihn aussenden wird.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Man liest im Journal des Debats: Der Friedens-Congreß hat sich gestern (22.) um 1¼ Uhr im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten versammelt. — Ein englisches Journal theilte mit, daß der Waffenstillstand, welcher bekanntlich am 31. d. Mts. endet, bis zum 30. April verlängert werden wird. — Nach den uns gewordenen, wie wir annehmen dürfen, genauen Mittheilungen, scheint nichts im Gange der Verhandlungen diese Annahme zu rechtfertigen. Alles im Gegentheil zeigt auf die demnächst erfolgende Lösung hin, welche das Publikum mit so großer Ungeduld erwartet. Diese Lösung wird, wie wir kaum zu erwähnen brauchen, den Hoffnungen und Wünschen der Friedensfreunde entsprechen. Man glaubt allgemein, daß der Friedens-Vertrag, mit dessen Abfassung die Congreß-Special-Commission in diesem Augenblick beschäftigt ist, vor dem 31. März unterzeichnet und veröffentlicht werden wird, wonach also eine Verlängerung des Waffenstillstandes unnöthig seyn wird.

Aus dem Orient.

* Marseille, 22. März. Man versichert aus der Krim vom 11., daß an diesem Tage der Waffenstillstand von den verbündeten Generälen noch nicht unterzeichnet war. Die Einstellung der Feindseligkeiten war jedoch vereinbart und den Russen die Tschernaja und uns der Ableitungs-Kanal als nicht zu überschreitende Gränze angewiesen worden. Berichte aus Kertsch vom 7. März besagen, daß General Vivian vollkommen hergestellt ist.

Aus Rußland.

Die Befestigungsarbeiten in Nikolajeff wurden troß der Winterkälte mit der größten Thätigkeit betrieben und sämmtliche russische Militärstationen auf drei Monate verproviantirt. (N.-Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 24. März. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 83; 4½pCt. Met. 75¼; Wiener Bankaktien 1260; 5pCt. Lomb. 90; Wiener Wechsel l. S. 116¼; 3pCt. inl. span. 39⅞; 1 pCt. neue 24¾; Darmstädter Bankaktien 344.

Leipzig, 19. März. Heute hat die diesjährige Generalversammlung der Aktionäre der Leipzig-Dresdener Eisenbahn-Kompagnie stattgefunden. Der Reservefonds ist auf 500,000 Thaler festgestellt worden. Der Ueberschuß kommt diesmal nicht zur Vertheilung, wird vielmehr dem Kapitalkonto zugeschlagen. Da vorjetzt der Reservefonds auf dieser Höhe stehen bleiben soll, wird sich die Dividende künftig nicht unbedeutend erhöhen lassen. Die Dividende für das Betriebsjahr 1855 wurde zu 9 Thaler pro Aktie (à 100 Thaler) festgestellt, so daß diese (mit 4pCt. Zinsen) 13 Thlr. jährlichen Ertrag gibt. Zur Unterstützungskasse wurden 5000 Thlr. verwilligt. (Dr. J.)

Nichtpolitische Zeitung.

Ein Stück, welches gegenwärtig im Karl-Theater in Wien unter dem Titel: „Die Cherusker in Rom" zur Aufführung vorbereitet wird, ist nicht des Schulmeisters Bacherl Tragödie, sondern eine Posse, in der die sämmtlichen Komiker dieser Bühne beschäftigt sind.

* Paris, 22. März. Unglaublich aber wahr! Es scheint, daß es dem Eifern der Pariser Fastenprediger gegen die allzuumfangreichen Unterröcke, die, wie einer der Prediger im gerechten Zorne rief, „von unseren Sünden aufgeblasen sind", gelungen ist, die Damen zur Erkenntniß und die Unterröcke auf das rechte Maß zurückzuführen. Seit einigen Tagen sind alle zu prononcirten Cotillons, alle Crinoline-Röcke, alle Unterröcke von gummirter Musseline wie durch Zauber verschwunden, und wenn man heute noch einen solchen vereinzelt durch die Straßen wandeln sieht, so wird das Sprichwort: „Sage mir, mit welchem Unterrock du gehst und ich will dir sagen, wer du bist", nun und nimmermehr täuschen. Es möchte im Interesse der deutschen Mädchen, Jungfrauen und Frauen seyn, rechtzeitig von der Gefahr in Kenntniß gesetzt zu werden — sich einen Crinoline-Unterrock anzuschaffen.

Neueste Nachrichten.

München, 24. März. Das Dienstbotenwesen gehört zu den wichtigsten der sozialen Fragen. Da demnächst sich auch unsere Abgeordnetenkammer wieder damit befassen wird, so theilen wir aus dem Referate des Frhrn. v. Closen folgenden Auszug mit.

Er sagt: „Die Ursachen der Gebrechen der Dienstboten liegen theils in ihnen selbst, insbesondere in ihrer ersten Erziehung; theils auch in dem Benehmen der Dienstherrschaften: Mangel an Ordnung, Strenge zur Unzeit, bald zu große Nachsicht, bald Mangel an guter Behandlung, bald zu große Familiarität, bald übertriebener Stolz und Dünkel, bald übles Beispiel —, bald Ausstellung wahrheitswidriger Zeugnisse; theils in den veränderten national-wirthschaftlichen Verhältnissen, indem durch Militär-Konskription, Fabriken, Eisenbahnbauten, Auswanderungen die Konkurrenz brauchbarer Dienstboten vermindert wird; theils in mangelhaften staatlichen Einrichtungen, wozu nicht nur mangelhafte Gesetzgebung, sondern auch schlechte Unterstützung der Herrschaften durch die Behörden, Mangel an Versorgungsanstalten für gebrechliche Dienstboten gerechnet werden."

„Mittel zur Beseitigung dieser Uebel sind Sparkassen, gehörige ärztliche Pflege kranker Dienstboten, Erleichterung der Ansässigmachung braver Dienstboten, Gründung von Versorgungsanstalten verunglückter Dienstboten, Vereine zur Unterbringung und Besserung der aus Strafanstalten Entlassenen, vor Allem aber bessere Ueberwachung in den Volksschulen und Fortsetzung derselben nach geendeter Schulpflichtigkeit; Feiertags-, Abend- und Fortbildungsschulen, Jünglingsvereine unter gehöriger Aufsicht mit steter Befestigung des religiösen Gefühles, welches stets die solideste Grundlage für alle sozialen Verhältnisse seyn wird."

„Es ist übrigens zwischen Dienstboten im engeren Sinne und Lohnarbeitern in der Beziehung wesentlich zu unterscheiden,

daß Erstere gewissermaßen zur Familie gerechnet werden, wobei der Familienvater Aufsicht und eine Art von Verantwortlichkeit auch über das sittliche Betragen dieses zeitigen Gliedes seiner Familie zu übernehmen hat, während bei dem gewöhnlichen Arbeiter er sich nur um die richtig gelieferte Arbeit bekümmert. So sehr übrigens über Dienstboten geklagt wird, so ist doch nicht zu mißkennen, daß in den Jahren 1848/49 an den Bewegungen der untern Schichten der Gesellschaft gegen die höher stehenden nur wenige Dienstboten Antheil genommen haben."

„Doch nicht die vorerwähnten großen sozialen Fragen, nur die von den Staatsregierungen erlassenen Dienstbotenordnungen und die Anträge auf deßfallsige Verbesserungen sind der Gegenstand des gegenwärtigen Vortrags. Wie alt die Klagen über Dienstboten seyen und wie häufig man solchen durch Dienstbotenordnungen abzuhelfen suchte, zeigen schon die Verhandlungen in Bayern vor dem Eintritte der Verfassung."

Frhr. v. Closen gibt nun, indem er bis auf das Jahr 1516 zurückgeht, eine geschichtliche Uebersicht der Entwickelung der Dienstbotenordnungsfrage bis auf den heutigen Tag und stellt dann folgende 3 bei den Dienstbotenordnungen zu berücksichtigende Gesichtspunkte auf: „die zivilrechtlichen, die polizei- und nationalwirthschaftlichen, und die strafrechtlichen."

„Was die zivilrechtlichen betrifft, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, wie solche von hoher Wichtigkeit in der Beziehung sind, daß sie die wechselseitigen Rechte für den Fall genau bestimmen, wo über einzelne Punkte besondere Verträge nicht abgeschlossen wurden. Solche besondere Verträge werden in den neueren Schriften besonders empfohlen, kommen auch hie und da bei größeren Gutsbesitzern in Anwendung. Vielleicht über keinen Gegenstand der Civilgesetzgebung wäre es unbedenklicher, ohne Rücksicht auf die in den verschiedenen Theilen in Bayern bestehenden Civilgesetzgebungen allgemeine Bestimmungen festzusetzen, welche stets den besonderen Verträgen und Observanzen zu weichen hätten."

„Was die polizeilichen und nationalwirthschaftlichen Gesichtspunkte betrifft, so ist vorerst wesentlich zwischen beiden zu unterscheiden. Die Polizei beabsichtigt, Rechtsverletzungen, Gemeinschädlichem vorzubeugen, und in diese Kategorie gehören wohl die Bestimmungen, wornach außer der Zeit entlaufene Dienstboten an ihre Herren zurückgewiesen, unbeschäftigtes Herumschweifen Dienstloser untersagt, den Dienstboten das Feiern an abgeschafften Feiertagen verboten wird. An diese polizeilichen Bestimmungen, welche sich zunächst auf Rechtsverletzungen beziehen, reihen sich aber nationalwirthschaftliche, die zunächst durch Rücksichten auf Beförderung von landwirthschaftlicher oder Gewerbsindustrie berechnet sind. Während die Polizeigewalt keine Veranlassung hätte, in Thätigkeit zu treten, wenn ein vertragsmäßiges Verhältniß zwischen Dienst-Herrn und Dienstboten mit beiderseitiger Einwilligung gelöst wird, treten die Behörden gegen solche Lösung aus nationalwirthschaftlichen Rücksichten auf."

„Hier ist nun das Gebiet, wo eine Reform der älteren Dienstbotenordnungen sicher am allernothwendigsten durch ganz veränderte Zeitverhältnisse geboten wird. In früheren Zeiten glaubten die Regierungen, gleich einem Hausvater, auch in Betrieb von Ackerbau und Gewerben Alles regeln zu sollen; es wurde viel geboten; der erleuchtete Geist der neueren Zeit läßt aber keinen Staatsmann mehr im Zweifel, daß in diesen Gebieten individuelle Thätigkeit und somit volle Freiheit des Einzelnen die sichersten Quellen des nationalen Reichthums sind, daß die Regierung sich darauf beschränken müsse, Hindernisse wegzuräumen, etwa Unternehmungen zu unterstützen und zu befördern, daß hier viel zu erlauben und wenig zu verbieten sey. Auf eine recht handgreifliche Weise zeigte sich dieser Unterschied in dem Verbote von Seite eines Landgerichts an einen Gutsbesitzer, ledige Bursche zu seinen Drainirarbeiten zu verwenden, weil diese sich auf ein Jahr als Dienstboten verdingen sollten, und in der hierauf von dem k. Staatsministerium des Innern auf eine vom Generalkomite des landwirthschaftlichen Vereines bei dem Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten erhobene Beschwerde erlassenen Entschließung. Sollte nun in diesen beiden Gebieten der Staatsregierung das unbedingte Recht zustehen, Anordnungen nach ihrem Gutbefinden zu erlassen? Dies wäre gegen den buchstäblichen Inhalt des Tit. VII. §. 2 der Verfassungsurkunde, wornach ohne Zustimmung der Kammern kein allgemeines neues Gesetz, welches die Freiheit der Personen betrifft, erlassen, noch ein bestehendes abgeändert, authentisch erläutert oder aufgehoben werden darf. Ob bestehende Anordnungen der Art Gesetze oder Verordnungen genannt werden, ob solche Anordnungen sich auf das dermalige ganze Königreich erstrecken oder auf einzelne Gebiete, ist wohl gleichgültig, sobald sie die Freiheit der Person oder das Eigenthum betreffen. Nun kann es wohl keine größere Beschränkung der Freiheit der Person geben, als das Verbot, die Thätigkeit seiner Person anders als auf ein Jahr vermiethen zu dürfen, und keinen größern Eingriff in das Eigenthumsrecht, als das Gebot, ein Individuum auf ein Jahr in Dienst nehmen zu müssen, das man etwa nur 6 oder 8 Monate zu beschäftigen vermag, — für manchen Familienvater eine größere Last als eine Jahressteuer."

„Was die strafrechtlichen Beziehungen betrifft, so wurde im Jahre 1852 von dem damaligen Referenten auch aus dem Grunde Ablehnung des Gesuches um Revision beantragt, weil in dem neuen Polizeistrafgesetzbuche Fürsorge zu erwarten sey. Allein der jetzt vorgelegte Entwurf desselben enthält keine andere Bestimmung als Art. 75: „Uebertretung der in den polizeilich festgesetzten Dienstboten- oder Gesellenordnungen enthaltenen Strafvorschriften wird auf Seite der Dienstherrschaften und Meister an Geld bis zu fünfzig Gulden; auf Seite der Dienstboten, Gesellen und Gewerbsgehilfen mit Arrest bis zu 8 Tagen oder an Geld bis zu fünfundzwanzig Gulden bestraft." Kann nun ohne nähere Bezeichnung der strafbaren Fälle lediglich dem administrativen Beamten überlassen werden, welches Strafmaaß er anwenden will? Nur, wenn der Beamte, der die Uebertretung entdeckt, u. der Richter, welcher bestraft, verschiedene Personen wären, ließe sich ein solcher Spielraum rechtfertigen. Allein, so lange beide Eigenschaften in Einer Person vereinigt sind, wäre es ganz unverantwortlich, den Polizeibeamten solchen Spielraum einzuräumen. Wenn es als keine der Legislation unwürdige Aufgabe erschien, bei Forstfrevein in ein großes Detail der verschiedenen strafbaren Handlungen einzugehen, so dürften genauere Bestimmungen über Bestrafungen wegen Uebertretung der Dienstbotenordnung doch nicht weniger Berücksichtigung verdienen und Menschen nicht geringer zu achten seyn, als Bäume.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Pohlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ **Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."**

Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 85.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 18 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 26. März 1856

Brodfabrikation.

III.

Gegenüber diesen Vortheilen wollen wir nun auch die Nachtheile beleuchten, welche uns die Anhänger der patriarchalischen Zunftverhältnisse vorgehalten haben. „Diese Brodfabrikation — so sagen sie — ist ein neues Zeichen des Ueberhandnehmen der Geldwirthschaft; die Gliederung der Bürger nach Ständen und Kasten erhält wieder einen neuen Stoß; der Mittelstand wird immer mehr ruinirt. Anstatt daß sich früher in einer Stadt 20—30 Bäcker wohl und redlich nährten, versorgen nunmehr 2 oder 3 große Etablissements alle Einwohner!“ Wir antworten darauf Folgendes: Wenn es eine Wohlthat ist, daß sich in Folge der Fortschritte im Leinengewerbe und der Anwendung von Maschinen nunmehr auch der Aermste mit einem Hemd bekleiden kann, was ihm früher nicht möglich war; wenn es trotz des Verschwindens einzelner Leinweber und Tuchmacher eine Wohlthat ist, daß wir uns überhaupt mit allerhand Stoffen besser und billiger kleiden können, daß wir menschenwürdiger wohnen und leben und daß edlere Bedürfnisse auch in der niedrigsten Hütte Befriedigung finden, so wird es gewiß auch eine Wohlthat seyn, daß der größere Theil des Volkes künftig ein weit billigeres Brod wird beziehen können, wenn auch ein oder zwei Bäcker auf je tausend Personen dabei nicht so wie früher ihre Rechnung finden sollten. Der wirthschaftliche Vortheil für die Gesammtheit wird noch größer und weitreichender dadurch, daß die Ersparniß an den Lebensmittelpreisen nicht nur dem Arbeiter die Befriedigung anderer Bedürfnisse erleichtert, sondern auch mehr Kapitalien für die Produktion erübrigt und den Produzenten in den Stand setzt, billigere Preise zu stellen und dadurch seinen Absatz zu erweitern.

Auch für den Bauernstand wird die Brodfabrikation und ein Umschwung im Bäckergewerbe von größter Bedeutung seyn. — Durchwandern wir heute unsere Dörfer vom alten Schlage, so werden unsere Blicke noch an den meisten Häusern den unschönen Formen der unsymmetrisch daran angebauten Backöfen begegnen, welche der früheren Wirthschaftsstufe einer noch völlig unausgebildeten Arbeitstheilung entsprachen, wo jede Hauswirthschaft ihr eigenes Zeug weben, alle Nahrungsmittel selbst anbauen und auch ihr eigenes grobes Brod selbst backen mußte, ohne aus einer engherzigen Abgeschlossenheit herauszugehen, ohne in dem geisttödtenden Einerlei die Befriedigung edlerer Bedürfnisse zu suchen, ohne sich der Segnungen zu erfreuen, die aus einem gesellschaftlichen Leben und gemeinschaftlichen Wirken und Ineinandergreifen der verschiedenen menschlichen Kräfte und Thätigkeiten ersprießen. Heutzutage ist es trotz der Lobredner des Mittelalters allerdings anders geworden. Man will auch in der Hütte des Bauern nicht mehr bloß vegetiren, man will menschenwürdig leben und anständige Bedürfnisse befriedigen, und so dringt denn auch in jene Stätten Bildung und Gesittung immer mehr ein. Allein die ganze Einrichtung des wirthschaftlichen Lebens bedarf doch noch gar sehr der Befolgung ökonomischer Grundsätze. Wir wollen an dieser Stelle nicht die Unkenntniß und Mißachtung landwirthschaftlicher Maschinen hervorheben, wir wollen nur bei der Brodbereitung stehen bleiben. Wie viel Holz, Zeit, Geld und selbst Getraide wird noch tagtäglich dadurch unnütz verschwendet, daß selbst kleinere Bauern ihr Brod immer selbst backen! Schon das wäre ein großer Fortschritt, wenn sich alle oder doch mehrere Bewohner eines Dorfs zum gemeinschaftlichen Backen associirten. Aber das Natürlichste bleibt es, das sogenannte Hausbacken in den Städten und auf den Dörfern überhaupt zu unterlassen und nach den gesunden Grundsätzen der Arbeitstheilung die Herstellung des Brods derjenigen Klasse unserer Mitbürger zu überlassen, welche daraus ein besonderes Gewerbe macht.

Diese Stufe des wirthschaftlichen Fortschrittes werden wir am schnellsten durch eine Vereinigung des Müller- und Bäckergewerbes oder durch die Errichtung großer Brodfabriken erreichen, denen der Bauer nur sein Getraide zu überliefern oder zur Abholung bereit zu legen braucht, um dafür sofort oder nach und nach Brod in Tausch zu erhalten.

Das Brod stellt genau sein Getraidegewicht her. Bei geschickter Leitung eines derartigen größern Etablissement kann daher ein höchst einfacher Umtausch, eine leichte Berechnung erfolgen, sobald der Landmann je nach dem Gewichte seines Getraides sein bestimmtes Gewicht in Broden oder andern in der Mühle oder bei dem Bäcker gangbaren Waaren zurückerhält. — Das dann zu einer laufenden Waare gewordene Brod wird auch in weitere Entfernung geschafft werden können und die Erniedrigung der Brodpreise eine allgemeine werden. — Berechnen wir bei einem solchen umfangreichen Betriebe die Ersparniß an jedem Sack Getraide nur auf $\frac{1}{10}$ im Vergleich zu dem jetzigen Betriebe, wie viel Millionen Säcke Mehl können dann nicht im Laufe eines Jahres bei jedem Volke erspart werden!

Bei dem gegenwärtigen zurückgebliebenen Zustande der Bäckerei ist es kaum zu verwundern, wenn die Landleute meistens vor den hohen Kosten zurückschrecken, welche ihnen die Umwandlung des Getraides in Brod in der Stadt verursachte. Es wird damit nicht behauptet, daß die städtischen Bäcker alle jene Prozente und Umwandlungskosten als Reingewinn in die Tasche stecken. Die meisten Kosten fallen auf die Unvollkommenheit und Schwerfälligkeit des Mühlen- und des Bäckereibetriebes. — Die Bäcker selbst sind oft auf eine sehr beschränkte Kundschaft und Produktion angewiesen und mit soviel allgemeinen Kosten beschwert, daß sie trotz der Anwendung beträchtlicher Zeit und Mühe ihren Gewinn doch beschränkt sehen und bei ihrem kleinen Betrieb keine Verbesserungen realisiren können. Die Bäcker hängen sehr oft nur von dem Kredite des Müllers ab. Die Müller sind fast durchgängig noch weiter zurückgeblieben. Entweder arbeiten sie so zu sagen für's Macherlohn und suchen in diesem Falle ihren Gewinn meist auf Kosten der Qualität und Quantität des Mehles, welches sie zurückgeben müssen, oder sie spekuliren in Korn und Mehl und haben dabei kein Streben nach wahrem Fortschritt, indem sie die Prozesse der Fabrikation nur für eine Nebensache des Handwerks betrachten. —

Alle diese Uebelstände werden zum großen Theile verschwinden, wenn Talent und Kapital auch in das Müller- und Bäckergewerbe eindringen und es vorwärts treiben. — Die obigen Erörterungen berechtigen uns aber zu der erfreulichen Hoffnung, daß in Folge der Brodfabrikation noch durchaus kein Untergang des Bäckergewerbes zu befürchten ist. Die Maschinen werden mehr und mehr die Handarbeit und gewiß auch das sogenannte Hausbacken verdrängen. Das Hinzukommen einer großen städtischen und fast der ganzen ländlichen Kundschaft muß aber den

Wirkungskreis der Bäcker erweitern. Auch sie werden in ihrer Mehrzahl nur gewinnen. Die rein mechanische und mühevollste Arbeit wird ihnen durch die Maschinen abgenommen, sie können sich nun der Vervollkommnung und Verfeinerung ihres Gewerbes zuwenden, sie können neue geschmackvolle Waaren und Formen erfinden und zur Erhöhung menschlicher Genußmittel beitragen.

Auf der andern Seite wird auch der ganze Uebergang vom handwerksmäßigen zum Maschinenbetrieb in der Bäckerei nur ganz allmählich erfolgen, so daß sich in der Zwischenzeit die nöthige Anzahl der Bäcker je nach dem Bedürfnisse regeln wird und diejenigen Kräfte, welche etwa entbehrlich werden sollten, in andere Geschäftszweige übergehen können.

Allein gerade deßhalb muß diese neue Betriebsmethode auch ein anderes Gesetz bestätigen und zur Geltung bringen: es ist die Nothwendigkeit einer Beseitigung all der künstlichen Schranken, welche noch heute unsere Gewerbe drücken. — Die freie Konkurrenz ist allerdings sehr vielen Meistern recht unbequem, sie ist doch aber wenigstens nicht grausam wie die Zunftgesetze, welche z. B. dem armen Bäckergesellen, der bei Ueberfüllung seines Gewerbes zu einem andern Nahrungszweig, etwa zur Konditorei oder zu einem nicht verwandten Geschäft übergehen will, überall Schlagbäume entgegenstellen, welche ihn hindern, sich auf eine honette Weise, so wie er es könnte, sein Brod zu verdienen. — Es ist in der That kein Zeichen eines erfreulichen menschlichen Fortschreitens, wenn allemal erst Noth und Elend die wirthschaftlichen Gesetze endlich zu Ehren und Geltung bringen müssen. — Angesichts der brennenden Frage der Versorgung und Ernährung von Millionen Armen wird man kaum wagen, in den verschiedenen Theilen Deutschlands der Errichtung von Brodfabriken Hindernisse in den Weg zu legen. Es hieße dies nichts Anderes, als die theueren Preise der unentbehrlichsten Lebensmittel privilegiren, um dem Volke die Ersparniß von Millionen absichtlich unmöglich zu machen. Und doch, vernichtet man damit nicht eigentlich die Privilegien und Rechte einer zahlreichen zünftigen Klasse? Sind die Unternehmer wohl Bäcker, oder ist es nicht das Kapital, welches auch hier wieder seinen Einfluß geltend macht? Man wird in vielen Ländern durch Konzessionsertheilungen die bestehenden Gesetze verletzen oder, milder ausgedrückt, umgehen müssen. Aber gerade durch derartige Maßregeln durchlöchert man den Rechtsboden im Volke immer mehr und mehr, und man muß in der Mitte der Handwerker gelebt haben, um ihr Urtheil darüber zu vernehmen. Ist es wohl den unter der Achtung vor Obrigkeit und Gesetz auferzogenen Bürgern zu verargen, wenn sie bitter darüber klagen, daß man zu Gunsten des Reichthums und großen Kapitales immer Ausnahmen mache und ihren redlichen Betrieb beeinträchtige, daß man sie, die Armen, zwinge, eine lange Lehrlings- und Gesellenzeit durchzumachen, ein kostspieliges Meisterstück herzustellen und die Ansässigmachung mit schweren Kosten zu erringen, während der erste beste, vielleicht sogar ausländische, Kapitalist bloß auf Grund seines Geldbeutels plötzlich eine förmliche Revolution in ihrem durch die Gesetze garantirten Zustande herbeiführt? — Fürwahr, diese redlichen Meister haben so Unrecht nicht. — Unsere Gewerbsgesetze werden mit jedem Fortschreiten des Menschengeistes und mit der Entwicklung der Völker immer unlogischer und ungerechter! — Nur Schade, daß die Geplagten sich über die Mittel zur Abhülfe unklar sind, daß sie gegen den mächtigsten aller Ströme, den Kulturfortschritt, schwimmen wollen, und, in Irrthümern befangen, meist neue Schranken anstatt Freiheit verlangen. — Es dürfte wohl nicht die letzte Pflicht aufgeklärter Verwaltungen seyn, solchen Irrthümern entgegenzutreten und sie durch die That und das Gesetz zu berichtigen! Unsere Betrachtung selbst läuft im Wesentlichen auf Folgendes hinaus: Die Brodfabrikation wird nur dann wirthschaftlich segensreich für das Volk und auch für den Stand der Bäcker werden, ihre begründeten Klagen und oft unvermeidlichen Verletzungen ihres Rechtsgefühles werden nur dann aufhören, wenn man den Betrieb frei gibt, wenn man von Seiten des Staates darauf verzichtet, die tausendfachen Fäden des Erwerbs selbst regeln zu wollen und wenn man die Staatsbürger zu der Stufe emporhebt, nicht künstlichem Schutze, sondern der eignen Kraft zu vertrauen und sich selbst zu helfen! —

Deutscher Bund.

Aus Thüringen, 23. März. Durch eine eben erschienene Verordnung der Regierung des Fürstenthums Reuß j. L. kommt ein — unseres Wissens bisher verschwiegener — Bundesbeschluß über die Friedens- (Kriegs-?) Bereitschaft des Militärs zur Publicität. Es soll nämlich hiernach „dieselbe die Mittel gewähren, mit dem Hauptkontingent gleichzeitig auch die Reserve marsch- und schlagfertig zu halten," und die gedachte Regierung gründet hierauf die — demnächst wohl auch in andern Bundesstaaten erfolgende — Anordnung, daß künftig auch den zur Reserve übergegangenen Militärpflichtigen die Erlaubniß zur Auswanderung — besondere Fälle ausgenommen, wo die Höhe der Loosnummer und der überzählige Stand der Altersklasse ein solches Zugeständniß rechtfertigt — zu versagen. (Allg. Ztg.)

Bayern. München, 25. März. Se. Maj. der König haben dem k. Oberkonsistorial-Sekretär Christoph Karl Immanuel Lieberich den Titel und Rang eines königl. Rathes tax- und stempelfrei verliehen; die katholische Pfarrei Pürgen, Ldgs. Landsberg, dem Priester Lorenz Rehm, Pfarrkurat in Lengenwang, Ldgs. Füßen, übertragen; die katholische Pfarrei Neukirchen bei Schwandorf, Ldgs. Burglengenfeld, dem Priester Michael Weckl, Pfarrkurat in Frauenfeld, Ldgs. Hemau, übertragen und genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Oberscheinfeld, Ldgs. Scheinfeld, von dem Erzbischofe von Bamberg, dem Priester Michael Hochrein, Pfarrer in Friesen, Ldgs. Kronach, verliehen werde. (N. M. Z.)

München, 24. März. Herr Abg. Prof. Dr. Edel, der Referent des 1. Ausschusses über den neuen Gesetzentwurf bez. der Gerichtsorganisation, wird dem Vernehmen nach sein Referat über diesen wichtigen Gegenstand so beschleunigen, daß dasselbe schon zu Anfang des nächsten Monats im Ausschusse und dann alsbald in der Kammer selbst zur Berathung kommen kann. So weit es sich jetzt beurtheilen läßt, steht eine Verständigung zwischen Regierung und Kammer in dieser Angelegenheit zu erwarten, da man nur in einigen Punkten Modifikationen vorschlagen wird, von denen man hofft, daß sich die Staatsregierung ihnen anschließen werde. In der 1. Kammer wird bald nach Wiederbeginn der Sitzungen der Gesetzentwurf in Betreff der Einkommensteuer zur Verhandlung kommen, da der Referent, Herr Reichsrath v. Niethammer, sein Referat, das sich durch die zahlreichen von geistlichen Pfründebesitzern eingereichten Vorstellungen etwas verzögerte, jetzt vollendet hat. (Augsb. Abdztg.)

München, 24. März. Heute haben die Mitglieder des Eisenbahn-Konsortium und einige der Unternehmer der in Augsburg projektirten Kreditanstalt eine längere Konferenz gehabt. Durch das letztgenannte Projekt ist einige Verzögerung in der Konzessionirung der Eisenbahngesellschaft eingetreten, so daß dieser Gegenstand vor der Abreise des Monarchen seine Erledigung nicht mehr gefunden haben dürfte. Die von so verschiedenen Seiten nachgesuchten Konzessionen zur Errichtung von Kreditanstalten sollen nicht die geringste Aussicht auf Genehmigung haben, ja man zweifelt jetzt, ob das Augsburger Projekt günstigere Aussichten habe. (A. Abdz.)

Preußen. Königsberg, 21. März. Während der Vormittagsstunden des gestrigen Tages fand die Aktienzeichnung für die hiesige Privatbank statt; die gezeichneten Summen übersteigen den Betrag von 4 Millionen Thaler, während das Bankkapital nur auf eine Million Thaler normirt ist. (K. Z.)

Oesterreich. Wien, 21. März. Der gegenwärtige niedere Kurs des Silberagio hat nicht verfehlt, auch auf die Buchhandlungen seinen wohlthätigen Einfluß zu üben; seit verflossenem Montag wird der preußische Thaler nicht mehr wie seit einigen Jahren zu 2 fl. C.-M., sondern nur mehr zu 1 fl. 36 kr. berechnet, wodurch ausländische Bücher bedeutend billiger zu stehen kommen. In Leipzig verlegte Werke, die noch vor zwei Monaten sechs Gulden kosteten, werden jetzt um 4 fl. 48 kr. verkauft. (A. Z.)

Wien, 21. März. Es sind wegen der Verunglimpfungen, welche der katholische Volks-Kalender des Dr. Jarisch gegen die nichtkatholische Konfession enthält, nicht nur von Siebenbürgen aus, sondern auch durch die Vorstände der hiesigen evangelischen Glaubensgenossen und durch die israelitische Kultusgemeinde unserer Hauptstadt Schritte eingeleitet worden, die, wie Sie wissen, zu einem Preß-Prozeß gegen den Verfasser des Kalenders und zur polizeilichen Beschlagnahme der von diesem Kalender veranstalteten dritten Auflage geführt haben. (A. Z.)

Aus Wien, 21. März, wird dem „Schw. M." geschrieben: „Mit großer Spannung sieht man hier der Antwort aus Rom auf die letzte von hier abgegangene Note entgegen, welche aus Anlaß der von dem Papste an alle österreichischen Bischöfe erlassenen Einladung, sich am 7. April in Wien zu versammeln, dahin abgesendet wurde, da, wie bekannt, die päpstliche Einladung im direkten Widerspruche mit der kaiserlichen Verfügung steht; denn während in der Letzteren der Erzbischof von Wien zum Vorsitzenden ernannt ist, erwählt der Papst den Nuntius Viale Prela zu diesem Amte.

Man behauptet sogar, daß die kaiserl. Ernennung in Rom bereits bekannt war, als man sich dort entschloß, den Nuntius Monseigneur Viale Prela zum Vorsitzenden bei den bischöflichen Konferenzen zu bestellen. Der Kultusminister, Graf Thun, hatte aus diesem Anlasse zu wiederholten Malen Konferenzen mit dem päpstlichen Nuntius, die jedoch zu keinem befriedigenden Resultate führen konnten, da Mons. Viale Prela die Erklärung abgab, mit den entsprechenden Instruktionen nicht versehen zu seyn.

Der Preis auf Rozsa Sandor's, des bekannten ungarischen Räuberhauptmanns, Kopf ist noch immer ausgeschrieben. Jetzt berichtet der „P. N." aus Majsa (Klein-Kumanien): „In den letzten Wochen verursachten die Räuber bei uns wieder viel Schrecken. Der csongrader Komitats-Vorstand, Herr v. Bonyhady, hat auch bei uns mittels Plakate kund gemacht, daß, wer Rozsa Sandor's habhaft wird, 10,000 fl. K.-M. als Belohnung erhält."

Großbritannien.

London, 21. März. Die Confirmation der Prinzeß Royal ging gestern in der Privatkapelle des königl. Schlosses von Windsor mit großem Pompe vor sich. Anwesend waren der Erzbischof von Canterbury, der Bischof von Oxford, der Bischof von Chester, der Dechant und der Vikar von Windsor, die ganze königl. Familie mit dem gesammten Hofstaat und der König der Belgier als Pathe (Pathin war die Mutter der Königin, die Herzogin von Kent), ferner die Minister, die höchsten Staatsbeamten und ein großer Theil der Aristokratie. Der König der Belgier, Prinz Albert, der Herzog v. Cambridge und andere Ordensritter vom Hosenband- und Bathorden erschienen im vollen Ornate.

Briefe aus London versichern, man habe die Gewißheit, daß der neue Gesandte der nordamerikanischen Union in England, Herr Dallas, die friedlichsten Instruktionen mitgebracht habe.

Frankreich.

Paris, 22. März. Louis Napoleon überrascht gern alle Welt, sowohl seine Feinde, als seine Freunde. Man erzählt in dieser Beziehung Folgendes: Am 17. März, dem Tage nach der Niederkunft der Kaiserin, waren mehrere Personen, worunter auch Canrobert, Bosquet, Magnan und Vaillant sich befanden, zur kaiserlichen Tafel gezogen worden. Beim Dessert erhob sich plötzlich der Kaiser und sagte: „Ich sehe, daß Ihre Gläser leer sind, lassen Sie dieselben füllen. Ich will Ihnen eine Gesundheit vorschlagen." Jedermann glaubte nun, daß der Kaiser auf die Gesundheit seiner Gemahlin und seines Sohnes trinken würde; aber der Kaiser fügte hinzu: „Auf das Wohl der Marschälle Canrobert und Bosquet!" Beide wußten noch nichts von ihrer Erhebung zu dieser hohen Würde und waren aufs höchste betroffen. Bosquet konnte sich kaum fassen und wäre beinahe auf seinen Stuhl zurückgefallen. (K. Z.)

Paris, 23. März. Die zwei von der Regierung zur Niederlegung ihrer Stellen aufgeforderten Bischöfe von Pamiers und von Troyes verweigern dieselbe noch immer; der Sprengel des Ersteren wird vorläufig durch den Generalvikar verwaltet.

* Paris, 24. März. Die Kurse waren bei Eröffnung der heutigen Börse fast steigend, indessen machte das Steigen keine Fortschritte, da die Spekulation zaudert, in Erwartung der offiziellen Ankündigung des Friedens im „Moniteur" morgen oder übermorgen, welcher eine Verminderung des stehenden Heeres folgen soll.

Paris, 24. März. Alle Truppen-Transporte nach dem Oriente sind bereits seit einiger Zeit abbestellt. Es wird die baldige Rückkehr des größten Theiles der französischen Orient-Armee erwartet, d. h. derjenigen Truppen, deren Anwesenheit im Oriente nicht erforderlich seyn wird, um der türkischen Regierung bei dem Vollzuge der von dem Sultan dekretirten Reformen nöthigenfalls Beistand zu leisten. (So sicher hält man sich des Friedens.)

Das literarische Witzblatt „Le Figaro" steht bekanntlich auf dem Punkte zu verschwinden. Mehrere Verurtheilungen, die starke Geldstrafen im Gefolge hatten, haben dessen Fortbestehen fast unmöglich gemacht. In seiner Herzensnoth richtet nun heute der „Figaro" eine Bitte an den „Prince impérial", worin er in äußerst geistreicher Weise die Intervention des Kindes von Frankreich anruft, um nicht eines so jämmerlichen Todes zu sterben.

Spanien.

Madrid, 22. März. Die Finanzfrage ist von den Cortes nach dem Wunsche der Regierung erledigt worden. (Fr. Postz.)

Italien.

Rom, 17. März. Die von der Sagra Consulta seit vier Wochen bekannt gemachten zahlreichen Straffentenzen gegen Kandidaten des Zuchthauses sind eben so viele Zeugnisse, wie kläglich es hier um die öffentliche Sicherheit, und besonders um die Achtung des fremden Eigenthums bestellt ist. Schon wieder stehen Haufen an den Ecken, und lesen ein Urtel, das einen G. Passeri aus Ancona zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurtheilt, weil er 20 Bajocchi (25 Kreuzer) gestohlen. Möchte man schon aus Rücksichten der Menschlichkeit anstatt so gestrenger Strafen eine mildere Buße in ähnlichen Fällen wünschen, da, wie die Erfahrung lehrt, unsere Gefängnisse nicht Korrektions-, sondern meist Korruptionsanstalten werden bei längerer Haft, zumal für's jugendliche Alter, so hat doch die Justiz auch Recht, es mit der äußersten Strenge zu versuchen. Doch ich glaube an keinen guten Erfolg solcher Mittel; nur eine bessere Jugenderziehung kann helfen. (Allg. Z.)

Ueber den neuen Mord in Parma geben der „Allg. Z." folgende einzelne Angaben zu: „Als am Abend des 17. gegen 6 Uhr der Kriegsauditor Gaetano Borde in Gesellschaft eines andern Offiziers durch die Straße Bassa de Magnani ging, wurde er von unbekannter Hand von hinten durch einen Dolchstich schwer verwundet. Der Mörder flüchtete eiligst und war im Augenblick verschwunden. Das Opfer konnte sich noch von zwei Soldaten unterstützt bis zur nahen Platzkommandantur schleppen, wo ihm die erste Hülfe der ärztlichen Kunst und die Tröstungen der Religion gespendet wurden. Drei Stunden später wurde er in seine Wohnung gebracht. Die Wunde wird für tödtlich gehalten. Tags darauf erschien ein herzogliches Dekret, nach welchem die Stadt Parma und sämmtliche sie unmittelbar umgebende Gemeinden in Belagerungszustand erklärt werden. Der Fanatismus der Mazzinisten scheint seinen Höhepunkt erreicht zu haben."

Aus Wien wird der „Köln. Ztg." über diesen Vorfall geschrieben: „Seit der Ermordung des vorigen Herzogs von Parma ist dies nun der dritte Meuchelmord in Parma, wie anzunehmen aus politischen Ursachen verübt, ohne daß die Verbrecher zur Haft gebracht werden konnten. Es sind dies Thatsachen, die auf die Polizeiverwaltung des Herzogthums kein sehr günstiges Licht zu werfen im Stande sind. Unter diesem Gesichtspunkte dürfte einem hier in engeren Kreisen zirkulirenden Gerüchte, daß von einer benachbarten Großmacht eine aktive Intervention beabsichtigt sey, um einem solchen Unwesen ein Ende zu machen, einige Bedeutung beizulegen seyn."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Schon am 5. März sind in Cattaro drei türkische Kommissäre eingetroffen, um einen Ausgleich der mit Montenegro bestehenden Differenzen und eine dauernd friedliche Vereinbarung zu verhandeln. Am 6. März fanden sich dort von Seite Montenegro's vier Delegirte ein. Wie der „Oesterr. Korresp." mitgetheilt wird, sind die Verhandlungen gescheitert und die türkischen Bevollmächtigten unverrichteter Dinge am 9. d. in ihre Heimath zurückgekehrt.

Amerika.

Aus Washington wird dem „Newyork-Herald" vom 4. März Folgendes telegraphirt: „Ich erfahre eben aus glaubwürdiger Quelle, daß Mr. Crampton, der englische Gesandte, auf seinen eigenen Wunsch einen andern Posten erhalten wird, und daß die Differenzen mit England einer friedlichen Lösung entgegengehen." (Siehe die Rubrik Großbritannien.)

Philadelphia, Anfangs März. Die Konvention der Nichtswisser-Partei, die hier vor einigen Tagen in der Sitzung war und von Delegaten aus allen Staaten der Union repräsentirt wurde, hat in ihrer ersten Sitzung den bisherigen Namen der Partei Nichtswisser in den „National Amerikaner" verwandelt. Zum Kandidaten für die Präsidentschaft wurde Herr Filmore, für die Vizepräsidentschaft Herr Donelson ernannt. (Schw. M.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

* Die in Paris wohnenden Wallachen und Moldauer haben an den Präsidenten des Kongresses, Grafen Walewski, eine Adresse gerichtet, worin sie die Nothwendigkeit der Vereinigung der Wallachei und der Moldau darstellen.

Turin, 21. März. Die ministeriellen Blätter wissen bereits, daß nach dem Schluß der Friedens-Konferenzen noch weitere diplomatische Verhandlungen stattfinden werden, in welchen außer der Frage der Fürstenthümer auch die sogenannte italienische Frage behandelt werden soll; ja, sie gehen so weit

zu versichern, daß man in Paris schon mit der Gränzziehung und mit den Demarkationslinien, die bei der Territorialvergrößerung Piemonts nothwendig werden, beschäftigt sey, indem England und Frankreich darauf bestünden: Oesterreich müsse donauabwärts gedrängt werden, und dies, wie die indiskreten Plauderer naiv beifügen, lediglich, um Piemont eine Entschädigung geben zu können! Den Einwurf, daß es im Geiste der Allianz gewesen sey und noch sey, auf jede Territorialvergrößerung und sonstigen Vortheil zu verzichten, suchen sie dadurch zu widerlegen, daß diese reservatio mentalis auf Piemont nicht anwendbar sey, indem die Westmächte beim Eingehen der Allianz mit Piemont, weit entfernt von diesem eine ähnliche Erklärung zu verlangen, im Gegentheil mit Versprechungen und wohlwollenden Aufmunterungen mehr als freigebig gewesen seyen, und daß, wenn England und Frankreich auf jeden Ersatz verzichten, es weder den Grundsätzen des Privat- noch des öffentlichen Rechts zuwider gehandelt sey, wenn die dritte verbündete Macht auf ihren aus dem Traktat unwiderleglich entspringenden Rechten, nämlich auf Vergütung, beharre. Die eroberungssüchtigen Blätter scheinen hier zu vergessen, daß es nie diplomatischer Usus war, in einer Versammlung von Diplomaten mit Kodex und Pandekten in der Hand aufzutreten, und daß der Regulator der diplomatischen Uhr nicht der geschriebene Rechtsbegriff, sondern der stets anders und speziell formulirte Wille der Mehrheit ist, wie er den Umständen gemäß sich stets neu bildet. (A. Z.)

Die „Indep. Belge“ bestätigt, daß man in Paris an eine Regelung der Verhältnisse in Italien denkt. Der Graf Cavour, sardinischer Bevollmächtigter bei den Pariser Konferenzen, habe darauf angetragen. Vor allem handle es sich um die französisch-österreichische Okkupation des Kirchenstaats. Das Aufhören werde besonders von Seite der betheiligten Mächte lebhaft gewünscht, allein die „Ind. Belge“ glaubt, daß allem Anschein nach dem Abzuge der fremden Truppen die Revolution auf dem Fuße folgen würde. Das belgische Blatt folgert daraus, daß, wenn die weltliche Regierung des Papstes sich nicht allein, sondern nur durch fremde Bajonnette halten könne, man sie ändern müsse. Besonders Sardinien bestebe darauf, daß der Kirchenstaat sich selbst und seiner eigenen Entwicklung überlassen werde. Die „Indep. Belge“ ist der Ansicht, daß der Kongreß das Aufhören der Okkupation beschließen werde. (?) (Woher hat die „Indep. Belge“ das, da doch das Geheimniß von den Konferenzmitgliedern so streng bewahrt wird?)

Aus dem Orient.

* Die Berichte aus der Krim reichen bis zum 8. März. Am 6. wurden die großen Kasernen der Karabelnaja gesprengt. Die Arbeiten waren den englischen Mineuren anvertraut gewesen und gelangen vollständig; unglücklicherweise hat man den Verlust des englischen Majors Rankin zu beklagen, der während der Explosion tödtlich getroffen wurde. Die Franzosen sind jetzt mit Zerstörung der Ueberreste der kreneliten Umschließungsmauern Sebastopols beschäftigt. — Weiteren Nachrichten zufolge war die Kälte in der Krim außerordentlich geworden und ein tiefer Schnee bedeckte die Lager. — Die französischen Zuaven und Jäger sollen in Kurzem eingeschifft werden, um nach Algier zurückzukehren.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 25. März. Für österr. Kredit-Aktien, Bankaktien und Staatsbahnaktien, sowie für Meininger Kredit-Aktien wurden höhere Kurse bezahlt, während Neustadt-Weißenburger niedriger abgegeben wurden.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 12?3 P. 127? G. Neue Bankaktien 382 P. 380 G. Credit-Actien à 5pCt 1?8 P. 18? G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 8?½ P. 81½ G. Metall. alte à 5pCt. 8?½P. 8?¾G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89¼ G.; à 4½pCt. 75⅝ P. 75⅜ G.; à 4pCt. 68½ P. 68 G.; à 3pCt. 52 P. 51½ G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 131 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1851 108¾P. 108½G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 308 P. 30? G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. 87 P. — G.; 4pCt — P. 91⅞ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 91¾G.; 4½pCt. 100⅜ P. 9?¾G.; 5pCt. 101¾P. 101¼ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 156¾P. 156¼G. Neustadt-Weissenb. 113½ P. 1?3 G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 88¾ P. 88¼ G.; 4½pCt. 102¼ P. 101¾ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 4?½ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82½ G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. 41⅛P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62 P. 61½ G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. — G.; à 4pCt. 99¾ P. 99¼ G.; 3½pC. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 112½ P. 112G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 351½ P. 351 G.; junge — P. 391 G. Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 103½ P. 103 G. Baden. fl. 35 Loose von 1845 47½ P. 47 G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. — P. 89½ G. Loose à fl. 25 31⅜ P. 31⅛ G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 122¾ P. 122¼ G.; Taunus-Aktien 331 P. 332 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 81½ P. 81 G. Homburg. Bankaktien P. — G. Polen. fl. 500 Partial 87P. 8?½G. Spanien. 3pCt. inl.Schuld 40½ P. 40¼ G.; 1pCt. neue 25⅛ P. 25 G. Holland. Integrale 64 P. 6?½ G.; Certificats 4pCt. — P. 94 G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120¼P. 120 ?.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i.S. L. 250 k.S. 101¾P. 101½?.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅛P. 104⅞G.	do. 3 Monat mit 5% 101⅝P. 101⅜?.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105⅛P. 104⅞G.	Paris Frs. 200 k.S. 94⅝P. 94⅜ ?.
Brem. 50Thlr. Lsd. k.S. 96⅝P. 96⅜G.	Lyon Frs. 200 k.S. 94½P. 94¼G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛P. 88⅞G.	Wien fl. 100 C. k.S. 117½P. 117¼?.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛P. 104⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 116¾P. 116¼G.
Disconto — P. 4pCt. G.	

Nichtpolitische Zeitung.

* In der neuesten Nummer der „Allg. Ztg.“ tritt O. v. Schorn mit einem „letzten Wort“ in der Frage des „Fechters von Ravenna“ gegen Laube auf. Er hebt aus dem Bacherl'schen Stück „Die Cherusker in Rom“ noch einige Stellen aus, und hält sie mit Parallel-Stellen des „Fechters“ zusammen, woraus, wie er sagt, schlagend hervorgehe, daß der noch immer unbekannte Dichter des „Fechters“ durchgängig bei seiner Arbeit die Cherusker zu Grunde gelegt und selbst in vielfachen Einzelheiten vollständig benutzt haben müsse. In der That finden sich in den angezogenen Stellen überraschende Aehnlichkeiten. „In diesen Bruchstücken, sagt Schorn, sind hauptsächlich solche Stellen aus beiden Manuskripten gewählt worden, in denen die hervorragendsten Figuren charakterisirt werden. Jetzt aber frage ich noch: ist das auch „in den römischen Autoren skizzirt,“ daß der Fechtmeister das Schwert des Thumelicus zu klein gefunden und gegen ein größeres ausgetauscht, daß Letzterer vor dem Kampfe noch geschlummert, daß dann Thusnelda in Jammer ausgebrochen, und ihn und sich erstochen hat? Hr. Laube hätte nicht so voreilig die kühne Behauptung aufstellen sollen, der Stoff liege in der Geschichte dem Gang nach so klar vor, daß man ihn fast auf keine andere Weise behandeln könne. Nach vorstehenden Mittheilungen glaube ich mit vollem Recht behaupten zu dürfen, daß, wenn der Dichter des „Fechters von Ravenna“ in Zukunft auf Ehre vor der Welt noch irgend Anspruch erheben will, er seinen Namen jetzt offen bekennen muß.“

Der kgl. Hofopernsänger Hr. Auerbach ist von Wien wieder in München eingetroffen. Nachdem er daselbst viermal mit großem Beifall aufgetreten, wurde er mit einem Jahresgehalte von 10,000 fl. und 3 Monaten Urlaub auf 5 Jahre engagirt. (Münch. B.)

Das „Journal du Havre“ vom 20. März enthält einen Bericht über die Ueberfahrt des Dampfers „Arago“, der in New-York am 1. März eintraf und Material zu Schlüssen über das Schicksal des „Pacific“ gibt. Am 22. Febr., 6 Uhr Morgens, kam der „Arago“ unter 47 Gr. Breite und 46 Gr. Länge an den Eisbergen vorüber, dann folgte das Treibeis in solcher Menge, daß der Dampfer bis zum 26. Nachmittags fortwährend mit Treibeis zu kämpfen hatte und deßhalb zwei Nächte fast ganz still zu liegen sich genöthigt sah. Am 26. Nachmittags stieß der „Arago“ auf einen Halbkreis von kleinen Eisbergen, so weit das Auge reichte. Der „Arago“ fuhr nördlich, überzeugte sich jedoch nach einem Laufe von 30 Meilen, daß auch dort noch die Eismassen unabsehbar seyen, kehrte um, drang in eine Eislücke 30 Meilen weit vor und mußte von Neuem umkehren. Der „Arago“ fuhr hierauf 200 Meilen nach Süden, bis er endlich freies Wasser zur Durchfahrt fand. Nur dieser Vorsicht des Kapitän Linnes haben die 111 Passagiere es zu danken, daß sie glücklich die amerikanische Küste erreichten.

Die „Mnemosyne“ wird morgen ausgegeben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 86.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die einspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 27. März 1856

Das Rechts-Institut der vollziehbaren Urkunden.

Nicht leicht hat eine Gesetzes-Vorlage der Staatsregierung bei allen Urtheilsfähigen einen günstigeren und ungetheilteren Eindruck hervorgerufen, als die neuerlich in der Abgeordneten-Kammer durch den kgl. Staatsminister der Justiz erfolgte Vorlage des Entwurfs eines Gesetzes „die vollziehbaren Urkunden" betr. Wer mit uns der Ansicht ist, daß es nichts Gefährlicheres gibt, als auf dem Gebiete der Legislation zu experimentiren und Gesetze zu Tage zu fördern, denen der natürliche Zusammenhang mit dem wirklichen Leben und seinen Bedürfnissen gebricht; wer vielmehr unsere Ueberzeugung theilt, daß nur dann ein gedeihlicher und das allgemeine Wohl fördernder Einfluß von einem neuen Gesetze zu erwarten steht, wenn dasselbe einem objektiven Bedürfnisse entgegenkommend demselben Abhülfe und Befriedigung gewährt und auf diese Weise gewissermaßen als das naturnothwendige Produkt bestimmter gegebener Verhältnisse sich darstellt, — der wird uns gewiß beipflichten, wenn wir den erwähnten Gesetzes-Entwurf als einen ächten legislativen Vorschritt in unserem bayerischen Vaterlande mit Freude begrüßen. Denn wenn je auf einem bestimmten Gebiete unseres öffentlichen Lebens ein allgemeines und dringendes Bedürfniß nach Verbesserung bestand, so ist es sicherlich auf dem Gebiete der Rechtspflege. Es ist gewiß eine niederschlagende, aber leider schon seit Langem zum Unheile der Gesammtheit groß gewachsene Thatsache, daß nach unserer dermaligen Gesetzgebung Rechte, welche in der klarsten Weise in öffentlichen Urkunden verbrieft sind, dem muthwilligen und chikanösen Schuldner gegenüber nicht sofort realisirbar sind, sondern erst auf dem Wege einer förmlichen Prozeßführung durchgefochten werden müssen, unter deren langsam sich dahin ziehenden Stadien der materielle Werth des verfolgten Rechts in zahllosen Fällen ganz oder theilweise vernichtet wird. Ja! Wir dürfen es geradezu heraussagen, so trostlos sind unsere dermaligen Zustände der Rechtspflege, daß die obsiegliche Verfolgung vieler materiell liquider Rechtsansprüche einem muthwilligen und ränkesüchtigen Schuldner gegenüber, fast in das Bereich der Unmöglichkeit gehört, oder daß wenigstens häufig das endlich erwirkte obsiegliche Urtheil für den Rechtsuchenden von untergeordnetem Werthe ist. Denn was nützt es z. B. einem 60jährigen Landmanne, der sein landwirthschaftliches Gut an seinen Schwiegersohn gegen jährliche bestimmte Alimente abgetreten, wenn er gezwungen ist, die zu seiner Lebensnothdurft absolut nothwendigen, aber vom Schwiegersohn verweigerten Alimente in einem fünfjährigen Prozesse, an dessen Ausgang ihn der Tod ereilt, endlich liquid gestellt und zur Exekution gebracht zu haben? Oder kann es ein geordneter Rechtszustand genannt werden, wenn eine Wittwe mit ihren Kindern, deren ganzer mäßiger Vermögensbesitz in Darlehenskapitalien besteht, von deren jährlichen Renten die Familie kümmerlich lebt, sich außer Stande sieht, die zu ihrer und ihrer Kinder Lebensnothdurft unentbehrlichen Kapitalzinsen rechtzeitig flüssig zu machen? Oder ist da noch Rechtssicherheit im vollen Sinne des Wortes gegeben, wo ein Gutsbesitzer, dessen ausschließliche Einnahme in der Rente aus seinem verpachteten Landgute besteht, es geduldig mit ansehen muß, nicht allein wie der Pächter Jahre lang die Entrichtung des Pachtschillings verweigert, sondern auch die Substanz des Gutes muthwillig abschwendet, Jahre lang über die Dauer der vertragsmäßigen Pachtzeit hinaus sich widerrechtlich im Besitze des Pachtgutes zu behaupten vermag, und aus den Erträgnissen des Gutes ein sorgenfreies und genußreiches Leben führt, während der Pachtherr und Gutseigenthümer mit seiner Familie am Hungertuche nagt? Wir wollen und brauchen die beispielsweise Anführung solcher aus dem Leben gegriffenen Fälle nicht weiter auszudehnen; es wird genügen, einige der frappantesten Fälle hervorgehoben zu haben; wir überlassen es dem Leser, an diesen Exempeln sein Gedächtniß aufzufrischen und es wird kaum Einer sich finden, der nicht innerhalb seiner eigenen Lebenssphäre von ähnlichen Erscheinungen schon mehr oder minder nahe berührt worden wäre.

Der Grund dieser trübseligen Erscheinungen liegt aber nicht bloß in der Frivolität und Gewissenlosigkeit widerstrebender Schuldner, er liegt — und das ist der Punkt, worüber wir besonders unsere Klage führen — wesentlich in den bestehenden Zivilprozeßgesetzen, welche dem geschilderten muthwilligen und ränkesüchtigen Treiben zweifellos pflichtiger Schuldner den willkommenen Schutz gewähren. Gegen solche tiefeingreifende Mißstände bietet das Institut der vollziehbaren Urkunden, wie solches in der Vorlage der Staatsregierung projektirt ist, ein sicheres und ausreichendes Heilmittel. Denn dieses Institut gewährt die Möglichkeit, künftighin solche Urkunden zu errichten, auf Grund deren das zuständige Gericht verpflichtet ist, ohne vorgängiges Streitverfahren gegen den saumseligen Schuldner die Hülfsvollstreckung einzuleiten und auf diese Weise sofort den Rechts-Anspruch des Gläubigers zu realisiren — eine Möglichkeit, welche leider von unserem dermaligen Rechtssystem ausgeschlossen ist, wodurch demselben aber auch das gewichtigste Mittel entgeht, gegen den Mißbrauch seiner eigenen Vorschriften nachhaltigen Schutz zu bieten. Von welchem unermeßlichen Werthe ein solches Institut ist, bedarf wohl kaum einer ausführlichen Auseinandersetzung, es sey uns in dieser Hinsicht nur gestattet, auf zwei Momente kurz aufmerksam zu machen. Die Verwirklichung der höheren Gerechtigkeitsidee innerhalb der verschiedenen positiven Rechtsgestaltungen des jeweiligen Staates gehört unbestritten zu den hervorragenden Aufgaben und Zwecken des Staates, und je mehr ein Staat in seiner Rechtspflege diesem absoluten Ideale sich nähert, desto mehr erfüllt auch der Staat zum Wohle der Gesammtheit seinen Zweck. Wir können es getrost der Beurtheilung des Lesers anheimgeben, ob die bisherigen Einrichtungen auf dem fraglichen Gebiete, durch welche der Verfolgung der rechtswidrigsten Pläne der Schutz des Gesetzes geboten und der Verwirklichung der klarsten Rechtsansprüche der hindernde Damm der Gesetze entgegengestellt ist, mit der höheren Gerechtigkeits-Idee in einem näheren Zusammenhange steht als das proponirte Institut der exekutorischen Urkunden, welches sich die erhabene Aufgabe voriezt, auf einem großen Theile des weitverzweigten Rechtsgebietes sicheren und schleunigen Rechtsschutz zu gewähren?

Den zweiten Punkt, den wir im Auge haben, bilden die außerordentlichen volkswirthschaftlichen Vortheile, welche das Institut der exekutorischen Urkunden im Gefolge haben wird. Während unter dem Schneckengange der dermaligen Rechtspflege sich fast alles Kapital der kleineren Industrie und der Landwirthschaft entzogen und den Papier- und Aktien-Geschäften zugewendet hat, wird die Einführung des Instituts der exekutorischen Urkunden in kurzer Zeit sowohl der Landwirthschaft wie der Industrie wieder jene Kapitalien zuführen, deren diese beiden Erwerbszweige so nothwendig bedürfen. Denn daß der Realkredit in Bayern so tief gesunken, wie es leider wirklich der Fall ist, liegt nicht bloß in dem zum Modegötzen gewordenen Papierschwindel, sondern wesentlich auch in den mangelhaften Einrichtungen unserer Rechtspflege, welche weder eine rasche Beitreibung der Kapitalrente, noch eine schnelle Refundirung des Kapitals ermöglichen; und daß von der kleinern Industrie sich fast alle Geldmittel abgewendet haben, liegt nicht bloß in dem theilweise natürlichen Untergang des Kleingewerbes, sondern ganz besonders auch in dem Umstande, daß der Mangel eines angemessenen Rechtsinstituts die Rückerstattung der auf Gewerbe hingegebenen Kapitalien außerordentlich erschwert.

Wird aber durch das Institut der exekutorischen Urkunden eine größere Rechtsgarantie erzeugt, dann wird auch das Kapital, das jetzt fast ausschließend im Papierschwindel eine segenlose Wirksamkeit entfaltet, sich hülfebringend und frommend immer mehr auf die soliden Erwerbszweige des bäuerlichen und bürgerlichen Lebens hinwenden und auf diese Weise nicht allein

überhaupt gemeinnütziger sich verwerthen, sondern auch dem Kapitalisten selbst zu einem sichereren, ergiebigeren und namentlich ruhigeren Rentengenuß verhelfen, als solches der in seinem Gleichgewichte stets gestörte Papier- und Aktienhandel zu bieten vermag.

Dieser allgemeinen Sachlage gegenüber ist es uns wahrlich unbegreiflich, wie dem Vernehmen nach sich gegen die Einführung des Instituts der exekutorischen Urkunden neuerlich Bedenken erheben und geltend machen konnten. Wir können es mit Rücksicht auf die Wichtigkeit, welche der Gegenstand für das gesammte Landesinteresse behauptet, uns nicht versagen, einige dieser Bedenken etwas näher in Betracht zu ziehen.

Es gibt heutzutage noch eine kleine Anzahl von Juristen, welche, der sogenannten alten Schule angehörend, es unjuristisch und unlogisch finden, wie man es wagen könne, einem saumseligen Schuldner sofort mit der Exekution in's Haus zu fallen, die sich eine Rechts-erfolgung nicht anders denken können, als in dem normalen, schwerfälligen Verlauf aller einzelnen Prozeßstadien, von der Verhandlung beginnend, durch das Beweis- und Erkenntniß-Verfahren hindurchgehend und so erst allmählich zum Exekutionsstadium gelangend, die es mit ihrem Rechtsgefühle nicht vereinbaren können, wenn ohne vorgängiges rechtliches Gehör und Erkenntnißfällung Exekution verfügt und vollzogen wird.

Wir wollen mit dieser alten Schule uns in kein juristisches Handgemenge einlassen, wir wollen derselben auch auf dem Felde der Rechtsgeschichte und der Mikroskopie vergangener Rechtszustände keine Niederlage bereiten; ebenso wenig wollen wir ihr gegenüber uns darauf berufen, daß ja die unter den Kontrahenten vereinbarte exekutorische Klausel lediglich einen nach zivilrechtlichen Grundsätzen statthaften Rechtsverzicht involvirt; nur an den gesunden Menschenverstand des Laien wollen wir appelliren und die Frage stellen, ob nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit, die emporblühende Industrie, der stets wachsende Handel und Verkehr, die bessere Ausbeutung des Grundbesitzes, ob nicht der ganze Handel und Wandel unserer beweglichen Gegenwart Rechtsinstitute erheischen, die weniger nach den Schablonen schön ausgedachter juristischer Systeme, als vielmehr nach den kategorischen Anforderungen des praktischen Lebens und der Zweckmäßigkeit eingerichtet sind?

Von anderer Seite kömmt uns das ängstliche Bedenken zu Ohren, das projektirte Institut führe leicht zu Uebervortheilungen insbesondere der minder bemittelten und minder umsichtigen Bevölkerung. Wir sind keine Optimisten und sehen deßhalb auch in dem Institute der exekutorischen Urkunden keineswegs ein Universalmittel, das alle Gebrechen und Mißstände der Rechtspflege von vornherein unmöglich machte. Allein abgesehen davon, daß nach dem vorliegenden Gesetzentwurfe schon die in demselben angeordnete richteramtliche Cognition bei Aufnahme exekutorischer Urkunden einen Schutz gegen Uebervortheilungen gewährt und daß nach diesem Entwurfe der wirklich Uebervortheilte im Wege der Nachklage sich sein verletztes Recht wieder restituiren lassen kann, so erkennen wir in dem Umstande, daß aus dem neuen Rechts-Institute hie und da auch einmal eine nachtheilige Wirkung entspringen kann, nicht die mindeste Rechtfertigung, dem Lande eine Rechtsinstitution vorzuenthalten, deren weitgreifender Segen, wie oben erörtert, alle Klassen der Bevölkerung wohlthuend berühren wird und deren mögliche Schattenseiten vor dem hellstrahlenden Lichte des allgemeinen Wohls verbleichend verschwinden müssen. Noch nicht lange ist die Zeit verstrichen, wo man bei Einführung der allgemeinen Wechselfähigkeit ähnliche Befürchtungen ertönen hörte und mit der Uebervortheilung der Landbevölkerung drohte. Allein die Erfahrung hat gezeigt, daß es in der Hauptsache nur leere Befürchtungen waren und das Institut der vollziehbaren Urkunden wird wiederholt und in Bälde diese drohende Partei der Gespensterfurcht um so mehr überführen, als in dieser Hinsicht die exekutorische Urkunde vor dem privative errichteten Wechsel den Vorzug der richteramtlichen Prüfung sowie der unverwehrten Nachklage voraus hat.

Der Umstand, daß der Gesetzes-Entwurf dem Schuldner nur die Einrede der Fälschung und die in der Exekutions-Instanz zulässigen Einwendungen gestattet, alle übrigen Einreden aber ausschließt, resp. auf den ordentlichen Rechtsweg verweist, ist für Manche ein Anlaß zum Aergerniß geworden, welche wünschen, daß wenigstens konform mit der französischen Gerichtspraxis die exceptio doli (Einrede des Betrugs) und die exceptio simulationis (die Einrede des Scheingeschäfts) auch gegen die Vollziehbarkeit der exekutorischen Urkunden zugelassen würden.

Wir müssen uns gegen diese modifikatorische Ansicht im Interesse der Sache und der gedeihlichen Wirksamkeit des einzuführenden Instituts auf das Entschiedenste verwahren.

Denn die Zulassung dieser Einreden würde dem ganzen Rechts-Institute den Nerv seiner gedeihlichen Wirksamkeit entziehen und dessen auf die Förderung des Rechtsschutzes abzielenden Zweck geradezu illusorisch machen. Werden die erwähnten Einreden zugelassen, dann wird eben durch deren Zulassung die **sofortige Vollziehbarkeit** der fraglichen Urkunden gehindert, dann wird jeder saumselige Schuldner versucht seyn, durch Opponirung jener Einreden die schuldige Leistung so lange als möglich zu verzögern, dann werden aber auch alle jene Kalamitäten unserer dermaligen Rechtspflege, wie wir sie oben angedeutet, in der Zukunft und trotz des Instituts der exekutorischen Urkunden unbehindert fortwuchern. Wenn in der französischen Gerichtspraxis sich diese Einreden Eingang verschafft haben, so mag diese Rechts-Uebung in einem Lande, wo einerseits die Pflege der freiwilligen Judikatur durch Notare eher dem Mißbrauche und der Uebervortheilung ausgesetzt ist und andererseits die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Zivilrechtspflege den nachhaltigsten Schutz gegen die Frivolität der Schuldner bietet, einen vernünftigen Sinn haben; in unserem Lande aber, wo die freiwillige Judikatur eigends aufgestellten Richteramtspersonen übertragen werden soll, deren dienstliche Stellung dieselben zu einem völlig unparteiischen Verhalten gegenüber den kontrahirenden Parteien beruft, und wo die Heimlichkeit und Schriftlichkeit des Prozeßverfahrens jedes muthwillige Eingelenke des Schuldners möglich, ja sogar für denselben räthlich macht, wäre die Zulassung der erwähnten Einreden nicht nur im höchsten Grade unzweckmäßig und unpraktisch, sondern sogar absolut verderblich.

Ein letztes Bedenken bringt das projektirte Rechts-Institut in einen präjudiziellen Konnex mit der neuerlichen Vorlage der Staatsregierung über die Gerichts-Verfassung, und will, da Letztere nicht die Einführung der Notare, sondern die Aufstellung von Notariatsbeamten bezweckt, dieserhalb der Einführung des Instituts der exekutorischen Urkunden sich entgegenstellen.

Dieser Auffassung haben wir mit Grund den Vorwurf des Parteistrebens zu machen, dem es weniger um die Sache und die Förderung hochwichtiger Landes-Interessen als um die Erreichung anderer Zwecke zu thun ist.

Das Institut der exekutorischen Urkunden hat mit der jeweiligen Gerichts-Verfassung eines Landes keinen irgendwie präjudizirlichen Zusammenhang, dieses Institut läßt sich bei allen nur denkbaren Gerichts-Organisationen einführen und wird überall seine auf einem tiefliegenden und weitverbreiteten Bedürfnisse beruhenden wohlthätigen Wirkungen ins Leben rufen; denn dasselbe bildet das wesentlichste Schutzmittel gegen den Mißbrauch der Prozeßgesetzgebung, gewissermaßen den Schlußstein der Letzteren, der bei einem geordneten Rechtsleben absolut nöthig und unentbehrlich ist. Ob in specie die exekutorische Urkunde von einem Notar oder von einer Richteramts-Person errichtet und ausgefertigt wird, ist im **Prinzipe** gleichgültig, in der **Praxis** müssen wir aber sogar dem letzteren Verfahren den Vorzug geben, weil die unabhängigere und über die Parteien erhabene Stellung einer Richteramts-Person, welche nicht des schnöden Gelderwerbs halber, sondern aus Berufspflicht diese wichtigen Rechtsakte vornimmt, mehr Garantie bietet, weil nur die mit diesen Geschäften betrauten Richteramtspersonen gegen mögliche Uebervortheilungen bei Abschluß von exekutorischen Urkunden durch amtliche Cognition verhütend eingreifen können und weil die Pflege der freiwilligen Judikatur durch Beamte überhaupt dem Volke wohlfeiler zu stehen kommt, als die Besorgung derselben durch Notare, wo jeder einzelne Rechtsakt zur Quelle unverhältnißmäßigen Gelderwerbs ausgebeutet werden kann. —

Uebrigens alle diese Bedenken können uns nicht in unserm Vertrauen auf unsere Landes-Vertretung beirren, welche bereits bei der Vorlage des Notariats-Gesetzentwurfs vom Jahre 1851 nach reiflicher Berathung zu einer, mit der gegenwärtigen Gesetzesvorlage übereinstimmenden Vereinbarung ihrer beiden Faktoren über das Institut der exekutorischen Urkunden gelangt ist, und welche, nachdem bereits der Art. 7 des Prinzipiengesetzes über Gerichtsverfassung vom 4. Juni 1848, sowie das Gesetz gleichen Betreffs vom 28. Mai 1852 die Uebertragung der nichtstreitigen Rechtspflege an besondere Beamte angeordnet haben, sich nicht durch den Umstand, daß die neuerliche Vorlage über Gerichts-Verfassung keine Notare, sondern Notariatsbeamte postulirt, von der Einführung des so ersehnten Rechtsinstituts abhalten lassen wird. Mit erhöhter Spannung blickt das ganze Land auf die demnächst über diesen Gegenstand bevorstehenden Kammer-Verhandlungen, mit wahrer Sehnsucht harrt dasselbe der baldigen Befriedigung eines seiner tiefgefühltesten Bedürfnisse. Möge die Vorsehung das Gelingen der hochwichtigen Aufgabe begünstigen, möge diesmal eine gleichmäßige Hingabe an das Landes-Interesse Volks-Vertretung und Staats-Regierung zu einem gemeinsamen Beschlusse vereinigen! —

Deutscher Bund.

Bayern. München, 26. März. Se. Maj. der König haben dem Dragoman bei der königl. preußischen Gesandtschaft in Konstantinopel, Baron Theophil v. Testa, das Ritterkreuz II. Klasse des königl. Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; die katholische Pfarrei Pietenfeld, Ldg. Eichstädt, dem Priester Wilh. Schmitz, Cooperator an der Dompfarrei in Eichstädt, die katholische Pfarrei Rödersheim, Landkomm. Neustadt, dem Priester Franz Jos. Albert, Pfarrer in Weitersweiler, Landkomm. Kirchheimbolanden, die katholische Pfarrei Kirchdorf, Ldg. Osterhofen, dem Priester Ant. Hofstetter, Schulbenefiziat in Vilshofen, Ldg. gleichen Namens, übertragen und genehmigt, daß die katholische Pfarrei Höchstädt a. d. Aisch, Ldg. gleichen Namens, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester Pankraz Partheymüller, Pfarrer in Weismain, Ldg. gleichen Namens, verliehen werde.

Der „Münch. Bote" schreibt: Der Vertrag mit dem Eisenbahnkonsortium ist, wie man hört, bereits abgeschlossen und unterliegt nur noch der allerhöchsten Ratifikation. Wie man vernimmt, soll vorerst nur ein Zehntel des Aktienkapitals aufgebracht werden. — Ueber die Augsburger Kreditanstalt soll, wie von anderer Seite mitgetheilt wird, eine bestimmte Entscheidung noch nicht erfolgt seyn.

Gegen den Rentner Frölich von Zweibrücken wurde bekanntlich wegen mehrerer Angaben und Behauptungen, die in seiner an die Kammer gerichteten Wahlreklamation enthalten waren, von Seite eines darin angegriffenen Beamten eine Klage veranlaßt. Nach einer längeren Untersuchung, in welcher eine Menge von Zeugen vernommen wurde, hat das Bezirksgericht in Zweibrücken beschlossen, die Sache bis zum Ausgange der Administrativuntersuchung zu reponiren. Auf erhobene Berufung der Staatsbehörde hat dagegen die Rathskammer des Appellationsgerichts der Pfalz die Klage gegen Frölich vor das Bezirksgericht Landau verwiesen, wo sie am 10. April zur Verhandlung kommen wird. (Pf. Z.)

Zweibrücken, 24. März. Von hier aus wird der „Pf. Ztg." mitgetheilt, daß der Buchhändler Gros in Heidelberg als Verleger des mehrerwähnten „Streiflichtes" vor die Assisen verwiesen worden ist. (Hiermit berichtigt sich die neuliche Mittheilung des „Fr. Journ.")

Preußen. Berlin, 25. März. Die „Kreuzzeitung" bespricht ausführlich den Potsdamer Depeschendiebstahl, und bezeichnet die in der anonymen Schmähschrift gegen den Ministerpräsidenten von Manteuffel und den General von Gerlach ausgesprochenen Beschuldigungen als vollständig unwahr. Die Bestohlenen (General v. Gerlach und Kabinetsrath Niebuhr) haben alle Schritte gethan für eine gerichtliche Untersuchung der Sache.

Württemberg. Aus Stuttgart, 22. März, wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Sicherm Vernehmen nach sind die schon länger obschwebenden Verhandlungen mit den zum Art. 14 der deutschen Bundesakte berechtigten (ehemals reichsunmittelbaren) Familien zu Ende gebracht worden. Wie viel höher die Ansprüche dieser Familien ihrer völkerrechtlichen Basis nach stehen als die des übrigen deutschen Adels, so sollen ihre Forderungen doch der Zeit volle Rechnung getragen haben, und weit hinter denen zurückgeblieben seyn, die im Norden Deutschlands in neuester Zeit gesetzliche Geltung erlangt. Man hofft, nach dem Resultat dieser Verhandlungen, den Anforderungen des Bundestags gerecht werden zu können, und dessen weitere Intercession damit beseitigt zu halten."

Anhalt. Dessau, 24. März. Die Zeichnungen zu Aktien der hier ihren Sitz nehmenden Kreditanstalt für Industrie und Handel sind nunmehr geschlossen und haben hier allein die Summe von 8[illegible] Mill. Thlrn. herausgestellt; sicher ein sehr bedeutendes Ergebniß, da nur dritthalb Tage und lediglich von Anhaltinern bis zur Höhe von je 10,000 Thlrn. gezeichnet werden konnte. In Berlin sind nach zuverlässigen Berichten an 53 Mill. Thlr. gezeichnet worden; es läßt sich daher für die dortigen Subskribenten eine beträchtliche Reduktion bei der Aktienvertheilung voraussetzen, umsomehr, als den Inhabern der Landesbankaktien bekanntlich ein Fünftel, also 8000 Stück, reservirt worden sind. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 24. März. Geht aus den Konferenzen wirklich — wie Alles hofft — der Friede hervor, so wird es die erste Sorge des Kaysers seyn, einen der französischen Flagge angethanen Schimpf zu rächen. Man wird nicht vergessen haben, daß die Kolonisten einer französischen Niederlassung auf Madagascar von den Ovas niedergemetzelt oder in die Sklaverei geführt wurden und daß die Königin des Landes beim Empfang dieser Blutnachricht ein Freudenmahl anordnete. Der „Moniteur" schwieg über diesen Vorfall zum allgemeinen Erstaunen. Doch dieses Schweigen des amtlichen Organs ist, wenn das mehr und mehr umlaufende Gerücht sich bestätigen wird, die Stille, welche dem Sturm vorangeht und die Königin der Ovas wird erfahren, daß man die französische Flagge nicht ungestraft beschimpft. Eine große Expedition, sagt man, wird nach dem Friedensschluß dorthin abgehen und Madagascar zu einer französischen Kolonie machen. Man versichert, England werde sich dieser Expedition nicht widersetzen und die freundschaftlichen Beziehungen, welche jetzt zwischen Frankreich und England bestehen, lassen diese Annahme auch glaubhaft erscheinen. Als aber im Jahre 1849 ein französisches Geschwader eine Festung dieser Insel angriff, waren es englische Artilleristen, welche die Geschütze des Forts bedienten. Madagascar ist die größte Insel und Frankreich an Umfang gleich, es hat 4,000,000 Einwohner, ist von großer Fruchtbarkeit und wäre für Frankreichs Handel und Industrie eine neue Quelle des Absatzes und des Reichthums.

Italien.

Ueber die neueste Mordthat in Parma wird der „Opinione" noch Folgendes geschrieben: „Der verstorbene Auditor Gaetano Bordi hatte, wie der in den Anfangstagen dieses Monats ermordete Graf Magawly, eine Warnung erhalten, wurde aber dennoch, wie der Erstere, mit ungeheurer Frechheit getödtet. Bordi hatte an dem Abend, an welchem er ermordet wurde, einen Ordonanzsoldaten hinter sich, der das Geschehene aber erst bemerkte, als Bordi zusammenstürzte und der Mörder entfloh. Umlaufende dunkle Gerüchte wollen wissen, daß der Dolch für alle bestimmt sey, welche die Todesurtheile gegen die Theilnehmer des Aufstandes vom 22. Juli 1854 fällten — Todesurtheile, die vollzogen und gegen welche jedes Gnadengesuch zurückgewiesen wurde. Der Kommandant Lanati, der eine tödtliche Wunde erhielt, war Vorsitzer jenes Gerichts. Gobbi, der ebenfalls eine sehr schwere Stichwunde erhalten, war Untersuchungsrichter, und der jetzt ermordete Bordi war Auditor bei diesem Gerichtshof. Letzterer hinterläßt eine Wittwe und sieben Söhne, wovon der älteste kaum der Schule entwachsen ist. Wenn man den Schreckensgerüchten Glauben schenken will, so soll auch noch der Minister Lombardini zum Opfer auserkoren seyn, denn auch er hat die schreckliche Warnung erhalten. Diese Missethaten füllen das Land mit Entsetzen, um so mehr, als es bisher allen Nachforschungen noch nicht gelungen ist, den Schleier dieses Blutgeheimnisses zu lüften." Parma ist nun seit 1849 dreimal in den Belagerungszustand versetzt worden. Wollte Gott, es wäre das letztemal.

Aus Turin, 20. März, wird der „Indep. Belge" geschrieben, daß die Aufregung in Parma sehr groß sey und man fürchte, die Regierung werde nicht stark genug seyn, die Ruhe aufrecht zu erhalten. Die sardinische Regierung hatte deßhalb Truppen an die parmesanische Gränze geschickt und anderweitige Sicherheitsmaßregeln getroffen.

Asien.

* In China wüthet eine Seuche, welcher man den Namen Pest beilegt, welche aber eher eine Art Bräune zu seyn scheint, unter den Insurgenten Truppen in ihrem Lager zu Ching-Kiang-Fu. Die Krankheit beginnt an der Kehle, die Zähne werden locker und fallen aus und der Tod folgt sofort nach. Man schätzt die Zahl der bereits Erlegenen auf 100,000 Menschen. Es ist möglich, daß diese Zahl übertrieben ist, aber andererseits nehmen in diesem Lande der Uebervölkerung, die Seuchen leicht schreckliche Verhältnisse an.

Die „Oesterr. Zeitung" berichtet folgende Schandthat aus China: „Vor Kurzem haben die Kaiserlichen eine von den Anhängern des Taiping Wang besetzte Stadt eingenommen und Alles todtgeschlagen bis auf 400 Knaben, welche dem Befehlshaber der Truppen vorgeführt wurden. Dieser wandte sich zu einem prächtigen Jungen und sprach: „Kleiner Schuft, wer ist dein Vater?" — „Er ist ein Kinschin" (d. i. ein Doktor zweiten Grades). — „Zu wem betest du?" — „Wir wurden gelehrt, Schangti (die Bezeichnung für Gott bei den evangelischen Christen und den Anhängern des „jüngern Bruders Christi") anzubeten." — „Ich will dich Teufelskind lehren, Schangti anzubeten, du bist des Todes!" Da stürzte der Knabe mit vielen anderen dem Mandarin zu Füßen und flehte um Gnade. Vergebens. Die Kinder, so befahl der Unmensch, sollen lebendig begraben werden. Zu dem Ende wurden sie unter die zwei Divisions-Kommandanten vertheilt. Jeder erhielt 200. Einer hat den Befehl buchstäblich ausgeführt. Die Knaben wurden, mit den Händen über den Rücken zusammengebunden, in eine tiefe Grube geschleudert, wo manche im Sturze Arme, Beine und Hals brachen, und die Grube dann schnell mit Erde gefüllt. Unter schallendem Gelächter und Geschrei stampften die Kaiserlichen auf

diesem lebendigen Grabe die Erde zusammen und spotteten des Schangti, welcher seine Verehrer so wenig zu schützen vermöge. Die 200 Knaben der zweiten Abtheilung sind mit dem Schrecken davon gekommen. Man hat sie gegen hohes Lösegeld ihren Verwandten ausgeliefert."

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Aus Paris, 24. März wird der „Allg. Z." geschrieben: „Lord Clarendon trifft bereits Anstalten, unsere Hauptstadt zu verlassen, um mit dem Ablaufen der parlamentarischen Osterferien (31. d. M.) seinen Sitz im Oberhaus wieder einzunehmen. Auch Graf Buol schickt sich an, in Bälde wieder nach Wien die Rückreise anzutreten, nachdem es außer jedem Zweifel steht, daß die Konferenz im Laufe der gegenwärtigen Woche ihre Aufgabe — die Herstellung des Weltfriedens — glücklich gelöst haben wird."

Berlin, 25. März. Nach neuesten Privatmittheilungen aus Paris unterstützt Frankreich die Weigerung Rußlands, in die Schleifung der transkaukasischen Festungen zu willigen, was einen Theil der englischen Forderungen ausmacht, mit der Erklärung, daß dieses Begehren nicht gerechtfertigt erscheine. In Folge dessen soll England eine mehr isolirte Stellung bei den neuesten Berathungen eingenommen haben. (Fr. Pstz.)

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 17. März. Der Lieferant der Franzosen hat telegraphische Ordre erhalten seine Einkäufe einzustellen. (T. D. d. A. Z.)

Paris, 25. März. Der heutige „Moniteur" widerlegt eine Korrespondenz der „Times" über den Zustand des französischen Krimheeres. Daß viele Krankheiten daselbst vorkommen, räumt er allerdings ein, behauptet jedoch, daß es sonst dem Heere an nichts fehle. Das amtliche Blatt meldet ferner, daß die baldige Rückkehr des Orient-Heeres in Aussicht stehe. (T. D. d. K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 26. März. Oesterr. Kredit-Aktien, sowie span. Fonds wurden etwas niedriger abgegeben, während Bexbacher und Neustadt-Weißenburger höher bezahlt wurden. Die Börse hatte im Ganzen eine feste Haltung.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1247 P. 1242 G. Neue Bankaktien 385 P. 382 G. Credit-Actien à 5pCt 187 P 185 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 85 P $81\frac{3}{4}$ G. Metall. alte à 5pCt. $81\frac{1}{2}$P. $81\frac{1}{4}$G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89 G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $75\frac{5}{8}$ P. $75\frac{3}{8}$ G.; à 4pCt. 68 P. $67\frac{1}{2}$ G.; à 3pCt. $51\frac{3}{4}$ P. $51\frac{1}{4}$ G.; à 1pCt. $17\frac{1}{4}$ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G.; à fl. 250 von 1839 — P. 132 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 109 P. $108\frac{3}{4}$ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 307 P. 305 G.

Preussen. $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine $87\frac{1}{2}$ P. 87 G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $113\frac{1}{2}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$ pCt. $86\frac{1}{2}$P. 86G.; 4pCt. — P. $94\frac{7}{8}$ G.; 4pCt. Grundrente $95\frac{1}{4}$ P. $94\frac{3}{4}$G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $100\frac{1}{8}$ P. $99\frac{7}{8}$G.; 5pCt. $101\frac{3}{4}$P. $101\frac{1}{4}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 157 P. $156\frac{1}{2}$ G. Neustadt-Weissenb. $115\frac{1}{2}$ P. 115 G.

Württemberg. $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $88\frac{3}{4}$ P. $88\frac{1}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{1}{4}$ P. $101\frac{3}{4}$ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann $43\frac{1}{2}$ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $82\frac{1}{2}$ P. 82 G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. $40\frac{3}{4}$P. $40\frac{1}{2}$G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62 P. $61\frac{1}{2}$ G. Grossh. Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 92 P. $91\frac{1}{2}$ G.; à 4pCt. $99\frac{3}{4}$ P. $99\frac{1}{4}$ G.; $3\frac{1}{2}$pC. 102 P. $101\frac{1}{4}$ G.; Loose à fl. 50 $112\frac{3}{8}$P. $111\frac{7}{8}$G.; à fl. 25 $33\frac{3}{8}$ P. $33\frac{1}{8}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 356 P. 351 G.; junge P. — G. Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank $103\frac{1}{4}$ P. $102\frac{3}{4}$ G. Baden. fl. 35 Loose von 1845 47 P. $46\frac{3}{4}$ G. Nassau. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. $89\frac{1}{4}$ G., Loose à fl. 25 $31\frac{3}{8}$ P. $31\frac{1}{8}$ G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. $85\frac{1}{2}$ P. 85 G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. 93 P. $92\frac{1}{2}$ G.; Bankaktien $121\frac{1}{2}$ P. 121 G.; Taunus-Aktien 331 P. 332 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien $82\frac{1}{2}$ P. 82 G. Homburg. Bankaktien P. — G. Polen. fl. 500 Partial 87P. $86\frac{1}{2}$G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld $40\frac{1}{4}$ P. 40 G.; 1pCt. neue $21\frac{7}{8}$ P. $21\frac{3}{4}$ G. Holland. Integrale $63\frac{1}{2}$ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 94 G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k.S. $100\frac{1}{8}$P. $99\frac{7}{8}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. $120\frac{1}{4}$P. $120\frac{?}{?}$.
Augsb. fl. 100 k.S. $120\frac{1}{8}$P. $119\frac{7}{8}$G.	Mail. 5 L. 250 k.S. $101\frac{3}{4}$P. $101\frac{1}{2}$G.
Berlin Thlr. 60 k.S. $105\frac{1}{8}$P. $104\frac{7}{8}$G.	do. 3 Monat mit $5^0/_0$ $101\frac{5}{8}$P. $101\frac{3}{8}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $105\frac{1}{8}$P. $104\frac{7}{8}$G.	Paris Frs. 200 k.S. $94\frac{5}{8}$P. $94\frac{3}{8}$G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. $96\frac{5}{8}$P. $96\frac{3}{8}$G.	Lyon Frs. 200 k.S. $94\frac{1}{2}$P. $94\frac{1}{4}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P. $88\frac{3}{4}$G.	Wien fl. 100 C. k.S. $117\frac{1}{2}$P. $117\frac{1}{4}$G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. $105\frac{1}{4}$P. $104\frac{7}{8}$G.	Wien 3 M. mit $4^0/_0$ $116\frac{3}{4}$P. $116\frac{1}{2}$G.

Disconto — P. 4pCt. G.

Antwerpen, 15. März. Waizen ist seit voriger Woche in besseren Sorten um 1 fl. per Hect. gestiegen, abweichende Qualitäten, obschon höher gehalten, haben diese Steigerung nicht getheilt. Das Geschäft bewegte sich hauptsächlich in rohem inländischem, weiß Seeländ. rothem Rhein. und Friesischem und bezahlte man 73/75 Kil. (124/27 pfd. Holl.) Rhein. fl. 17¾ a 18 per 80 Kil. gleich fl. 415 a 427 per holl. Last. 76 kil. Amerikan. brachte fl. 18½ a ¾, 73 kil. Saidi fl. 13 per 80 Kil.

Roggen wurden v. W. einige Ladungen 71 kil. Amerik. schw. zu fl. 10¼ per 70 Kil. gleich fl. 274 per Holl. Last verkauft, heute gilt 71/73 kil. Amerik. fl. 11¾ a 12 per 70 Kil. (fl. 312 a 318), 69/71 Kil. Dänischer fl. 10¼ (fl. 270 per Holl. Last), 69/70 Kil. Archang. (fl. 12 fl. 315).

Afrikan. 57/58 Kil. Gerste ist zu fl. 7 a 7¼, alte dicke Dänische 65 Kil. zu fl. 8¾ per 62 Kil. am Markt.

Amsterdam, 15. März. Die Rohzuckerauktion ist nicht so gut abgelaufen, als man erwartet hatte. Preise blieben durchschnittlich 1 fl. unter Taxe und fl. 8 a 8¼ unter November-Ablauf. In Stampfmehls ist zu ermäßigten Preisen auf Lieferung Mehreres gemacht. B. u. H. Nr. 1 fl. 36¾ a 37. Nr. 2 fl. 36.

Reis still, geschält Arakan in Partien fl. 8½, in Kleinigkeiten fl. 8¾ a 9, Tafel- fl. 14½ a 15.

Gewürze unverändert. Pfeffer 30 cs., Nelken 39 à 41 cs., Blüthe 140 cs., Muskatennüsse Nr. 1 157 cs. per ½ Kil.

Neueste Nachrichten.

* München, 25. März. Fürst Wallerstein hat einen Antrag an die Kammer gestellt, welcher nach Verwerfung des Gesetzes über die öffentlichen Wege, wenigstens die Haupttendenz desselben: die Erleichterung der Distrikte in Bezug auf Neubau und Unterhalt der Straßen unter Hinblick auf die jetzt aus Zentralfonds, d. h. von der Kammer selbst zu leistenden Zuschüsse und die sofortige Niedersetzung eines besonderen Ausschusses von 18 Mitgliedern zu Vorberathung und Begutachtung derselben bezweckt. Er beantragt ferner, daß zu diesem Zweck die Kammer das Ministerium um schleunige Erhebung und Mittheilung von Aufschlüssen ersuche 1) über Zahl und Länge der jedem einzelnen Polizeidistrikte obliegenden Distriktsstraßen; 2) über den durchschnittlichen Unterhaltskosten-Belauf per Straßenstunde in jedem Distrikte; 3) über den Aufwand, welchen jeder einzelne Distrikt in den sechs Jahren der abgelaufenen Finanzperiode a) auf Neubau, b) auf Unterhalt seiner Distriktsstraßen bestritten hat.

Fürst Wallerstein spricht in der Begründung seines Antrags das Bedauern über die Verwerfung des Gesetzentwurfs aus; er ist der Ansicht, daß die gegen verschiedene Artikel erhobenen Bedenken sich leicht hätten beseitigen lassen. Dahin zielende Vorschläge seyen vorbereitet gewesen. „Namentlich, sagt Fürst Wallerstein, hatte Herr Abgeordneter Stauber eine Modifikation förmlich ausgearbeitet, wonach die Distriktsstraßen in zwei Klassen zerfallen, die Straßen 2. Klasse streng auf die Gränzlinien des Art. 28 im Distriktsrathsgesetze zurückgeführt werden und zu dem Baue sowohl als dem Unterhalte der Distriktsstraßen 1. Klasse die Zentralfonds zu ⅓, der Kreis zu ⅔ beitragen sollten. Diesem vortrefflichen Vorschlage, sobald er bekannt wurde, kam der Ausschuß freudig entgegen, wie auch die Zulässigkeit der oben erwähnten Aenderungen in der allgemeinen Debatte von ihm unbedenklich zugegeben worden war.

Fürst Wallerstein ist überzeugt, daß, hätte die Kammer sich entschlossen, die spezielle Berathung bis nach Ostern zu vertagen, und sämmtliche Modifikationssteller zur Ausantwortung ihrer Modifikationen an den Ausschuß aufzufordern, damit dieser darüber nachträglichen Bericht erstatte, ein recht gutes Gesetz zu beinahe einstimmiger Annahme gereift wäre. Da nun das aber nicht geschah, und jetzt die Kammer nach einer Andeutung des Herrn Ministerpräsidenten in dessen Schlußrede ohne ein Hereinziehen der acht Landräthe gelegentlich des Budget bestimmen soll, welche Hülfe und in welchen Proportionen sie diese den Distrikten zuwenden will, so bezweckt Fürst Wallerstein durch seinen Antrag, der Kammer die für diese schwierige Aufgabe nöthigen Behelfe rechtzeitig zu sichern.

* Die Verhandlungen unserer Staatsregierung mit Oesterreich bezüglich des gegenseitigen Eisenbahn-Anschlusses sollen nun zum Abschlusse gelangt seyn und der betreffende Vertrag jetzt der Ratifikation unterliegen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhmann

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 87. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 28. März 1856

Pränumerations-Einladung.

Bestellungen auf die täglich erscheinende, mit dem Unterhaltungsblatte „Mnemosyne“ und dem Beiblatte „Würzburger Anzeiger“ verbundene

Neue

Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal nehmen alle Postämter an. Der Abonnementspreis beträgt hier wie in ganz Bayern vierteljährlich 2 fl. Bei auswärtigen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.

Das Beiblatt „Würzburger Anzeiger“ kann auch allein bezogen werden um vierteljährig **24 kr.**

Die Expedition der „Neuen Würzb. Ztg.“
Stahel'sche Buch- & Kunsthandlung.

Deutscher Bund.

× Berlin, 25. März. (Privat-Korrespondenz.) Der zwischen dem Zollverein und Bremen abgeschlossene Vertrag wird für den überseeischen Verkehr des Zollvereins sehr große Vortheile bringen, da Bremen, wenn auch nicht in der Form, so doch in der Sache ein Freihafen für den Zollverein wird, indem eine freie Niederlage von Zollvereinsgütern daselbst errichtet werden soll, welche den Vortheil darbietet, daß aus derselben in das Gebiet des Zollvereins zurückgehende Waaren zollfreien Eingang erhalten. Zur schnelleren Abfertigung der eingesandten Güter soll in Bremen ein zollvereinsländisches Hauptzollamt mit Bestimmungen bestehen, durch welche der Verkehr die möglichste Erleichterung findet.

× Wie man vermuthet, wird auf der nächsten Zollkonferenz in Eisenach durch Preußen eine Modifikation der Spiritusbesteuerung angeregt werden.

** **Bayern.** München, 27. März. (Privat-Korresp.) Die auf heute anberaumt gewesene Sitzung der Kammer der Abgeordneten konnte nicht stattfinden, weil noch nicht so viele Abgeordneten hier sind, um die Kammer beschlußfähig zu machen. Nachdem der Hr. Präsident hierüber sein Bedauern ausgesprochen hatte, wurden zwei Gesetz-Entwürfe vorgelegt. Der eine bezweckt die Ermäßigung der Tara bei dem Eingange des Kaffee von 3 auf 2 Pfund per Zentner, weil in letzter Zeit die Verpackung in so leichter Weise erfolgte, daß den Eigenthümern großer Nutzen zuging; deßhalb sind die Zollvereins-Regierungen übereingekommen, die Tara zu ermäßigen, wozu ein besonderer Gesetz-Entwurf deßhalb nothwendig ist, weil die dermalige Kammer die Ermächtigung, in Zollsachen Verträge zu schließen, der Regierung noch nicht ertheilt haben. Der andere Gesetz-Entwurf bezweckt die Ausdehnung der prov. Steuererhebung (die bis Ende März läuft) bis zur Verabschiedung des Budget. Der Hr. Präsident theilte der Kammer noch mit, daß Prof. Dr. Hoffmann eine Broschüre, gerichtlich anthropologische Bemerkungen zum neuen Strafgesetzbuchsentwurfe enthaltend, verfaßt habe. Die nächste Sitzung wird besonders anberaumt werden.

Aus München, 26. März, wird der „Augsb. Postz.“ geschrieben: „Der Vertrag mit dem Eisenbahnkonsortium ist noch nicht endgiltig abgeschlossen worden, ja ich habe heute von Finanzmännern, die den Mitgliedern der Eisenbahngesellschaft ziemlich nahe stehen, behaupten hören, derselbe sey auf neue Hindernisse gestoßen.“

München, 26. März. Frhr. v. Brück, der Vorstand der General-Direktion der k. Verkehrsanstalten, wird im Laufe der nächsten Tage von der Reise nach Norddeutschland hieher zurückkehren, und dann wird sofort der Sommerfahrplan der Eisenbahnen definitiv festgestellt werden; derselbe soll dann am 15. April in Wirksamkeit treten. An diesem Tage wird auch der neue Bahnhof in Starnberg der Benützung übergeben und in denselben zugleich die Postexpedition verlegt werden. (A. Az.)

München, 26. März. Unser Kriegsministerium hat einen weitern Verkauf von Militärpferden angeordnet, und es sollen nun, wie es heißt, auch die Cavallerieregimenter auf den gewöhnlichen Friedensstand gebracht werden. (N. Z.)

München, 27. März. Se. Maj. der König haben dem Historienmaler Karl Piloty dahier den Rang und die Rechte eines Professors der Akademie der bildenden Künste in München verliehen; ferner die erledigte protestantische Pfarrstelle zu St. Lambrecht, Dekanats Neustadt a/H., dem Pfarramtskandidaten Heinrich Guth aus Tirmstein, und die erledigte protestantische Pfarrstelle zu Lachen, Dekanats Neustadt a/H., dem bisherigen Pfarrer, Dekan und Distriktsschulinspektor zu Germersheim, Dekanats gleichen Namens, Johann Philipp Weismann, übertragen. (N. M. Z.)

Die bayerische Hypotheken- und Wechselbank hat das von der Regierung verlangte Gutachten bezüglich der Kredit-Projekte bereits abgegeben; in hiesigen Geschäftskreisen betrachtet man dieselben und besonders das Augsburger Projekt bereits als gescheitert, da nicht die geringste Aussicht vorhanden seyn soll, daß die k. Staatsregierung jetzt die Bewilligung zu einer derartigen Anstalt ertheilen werde. (N. K.)

In dem Jahre 1853 ist in Augsburg eine Straf- und Besserungsanstalt in das Leben getreten, deren Wirksamkeit für viele auswärtige Magistrate von hohem Interesse seyn wird. Polizeilich strafbare Individuen, als Diebe, Landstreicher, Dirnen, mit einem Wort Gesindel, welche eine Strafe von mindestens 8 Tagen und von höchstens 4 Wochen zu erstehen haben, werden in diese Straf- und Besserungsanstalt gebracht. Zur Aufnahme der Sträflinge wurde ein großes Haus in gesunder Lage von der Stadtkasse um die Summe von 12,799 fl. gekauft. Die Verpflegung müssen sich die Sträflinge nach Maßgabe ihrer Geistes- und Körperkräfte selbst verdienen. Sie stehen unter einem Verwalter, einem Werkmeister und einem Aufseher. Die Arbeitszeit ist im Winter 11 und im Sommer 13 Stunden. Die Sträflinge werden verschiedenartig beschäftigt, mit Strohflechten, Schachtelmachen, Stricken, Holzmachen rc., auch werden die männlichen Individuen zum Reinigen der Straßen und zum Holzmachen bei Privaten und städtischen Anstalten verwendet. Was der Sträfling über den festgesetzten Lohn verdient, erhält er bei seinem Austritt aus der Anstalt baar auf die Hand gezahlt. Die Kost besteht in Suppe, Morgens um zwei Kreuzer, Mittags um vier und Abends wieder um zwei Kreuzer, und täglich um zwei bis drei Kreuzer Brod, je nach Maßgabe seiner anstrengenden Arbeit. Faulheit oder Widersetzlichkeit oder sonstige Vergehen gegen die Hausordnung werden nach dem Grundsatze: „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, mit Entziehung oder Schmälerung der Kost bestraft. Hilft dies nichts, tritt die Strafe des Dunkelarrestes ein. Die Kostschmälerung hat sich bis jetzt als zureichend gezeigt. Im Jahre 1853/54 wurden 450 Individuen in die Anstalt geschafft, darunter 299 männliche und 151 weibliche, 347 Augsburger und 103 fremde. Für 7552 Arbeitstage war die Einnahme 1788 fl. und die Ausgabe 1364 fl. Ueberverdienst war 424 fl. Das Jahr 1854/55 wich vom genannten unbedeutend ab; denn in diesem J. wurden 393 Individuen eingeschafft, welche 8975 Arbeitstage abzubüßen hatten. Rechnet man den Hauszins, die Regie und Besoldungskosten, so kostet ein Individuum der Kommune täglich 7 Kreuzer, während ein Individuum, welches auf der Polizei festgehalten wird und nicht arbeitet, mindestens auf 18 Kreuzer täglich zu stehen kommt. Auch bezüglich der Besserung der Sträflinge hat man vortheil-

hafte Wahrnehmungen gemacht; denn arbeitsscheue Individuen haben Arbeit und Ordnung lieben gelernt und sind nach einmaliger Bestrafung nicht wieder in die alten Fehler verfallen.

× **Preußen.** Berlin, 26. März. (Privat-Korresp.) Mit der Vollendung des Baues der Brücke über den Rhein bei Köln soll abermals eine Beschleunigung der Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und der Hauptstadt Frankreichs bezielt werden. Schon jetzt ist durch die Verlegung des Köln-Aachener Eisenbahnhofes bei Köln an das Rheinufer hin für die Beförderung des Eisenbahnverkehrs eine wesentliche Erleichterung bewirkt worden. Es werden jetzt in der kürzesten Zeit Personen und Güter von dem Deutzer nach dem Kölner Bahnhofe per Dampfschiff hinübergeschafft, während bisher vom Rheinufer bis zum Kölner Bahnhofe hin ziemlich eine halbe Stunde Weges zurückzulegen war. — In Köln geht man ebenfalls mit dem Projekt um, einen Kredit-Mobilier zu errichten. Es sind für denselben bereits mehrere Einzahlungen erfolgt, und hegt man die Hoffnung, daß die Thätigkeit desselben schon im Monat Mai beginnen wird.

Berlin, 25. März. Der Minister des Innern, Herr v. Westphalen, bleibt im Amt; der König hat sein Demissionsgesuch nicht angenommen. (Allg. Z.)

Berlin, 27. März. Der heutige „Staatsanzeiger" enthält folgende Mittheilung: „Der König hat nach Anhörung des Berichts des Staatsministerium bestimmt, daß den angeregten Projekten in Betreff der Gründung größerer Kreditinstitute in Preußen zur Zeit keine Folge gegeben werden solle." (T. D. d. Fr. Bl.)

Württemberg. Ulm, 25. März. Dieser Tage wurde hier ein angeblicher Baron v. Wilhelm aus München verhaftet. Seit etwa 8 Tagen hatte sich der angebliche Baron, ein junger Mann von ungefähr 20 Jahren, von unbedeutendem, fast einfältigem Aussehen, hier umhergetrieben und durch seinen Aufwand und ein auffallendes Benehmen, er trank z. B. Champagner mit Kutschern und Lohnbedienten, die er frei hielt, die Aufmerksamkeit der Polizei erregt. Er wurde auf einer seiner Vergnügungsfahrten angehalten und veranlaßt, auf das Polizeibureau zu kommen. Da zeigte es sich, daß der vorgebliche Baron, der überdies Associe eines Fabrikhauses in München seyn wollte und auf einen Schwager Leon Kraus, Privatier in München, sich berief, nicht orthographisch schreiben konnte, und überhaupt ohne bessere Bildung sey; daß er in wenigen Tagen hier durch Ankäufe neuer Kleider und zahlreicher Pretiosen, sowie durch sonstigen Luxus einige hundert Gulden verschleudert hatte, aber doch noch mehr als 300 fl. baar besaß und einen hübschen Vorrath goldener Ringe; er gab vor, nach Zürich und von dort nach Italien reisen zu wollen; er habe einen gefüllten Koffer nach Zürich in das Hotel Bauer geschickt, in welchem sich 1300 fl. in Banknoten und seine Legitimationspapiere befänden. Er ließ, um diese Angabe zu bekräftigen, sogleich nach Zürich telegraphiren, erhielt aber aus dem Hotel Bauer die Nachricht, daß unter seiner Adresse ein leerer Koffer angekommen sey; eben so unbefriedigend lautete eine telegraphische Antwort aus München. Der Schwager Kraus, auf den er sich berufen, war allerdings vor einigen Tagen selbst hier gewesen und hatte ihm 5—600 fl. Geld gebracht, sich aber alsbald wieder entfernt. Es wurde nun der Polizeiwachtmeister Falschebner nach München abgeschickt, um an Ort und Stelle die näheren Erkundigungen einzuziehen, Hr. v. W. aber in seinem Zimmer von zwei Polizeisoldaten gehörig bewacht. Falschebner gab alsbald die telegraphische Nachricht, Wilhelm heiße Theodor Müller, sey ein entlaufener Soldat und eines Verbrechens verdächtig, ebenso sey sein Schwager Kraus bereits verfolgt; eine spätere Nachricht meldete, daß dieser nun auch verhaftet und eines in dem bayerischen Rentamte Friedberg bei Augsburg in Gemeinschaft mit Müller begangenen Einbruchs und der Entwendung von 4000 fl. geständig sey. Müller wird ohne Zweifel dieser Tage nach Bayern ausgeliefert werden, da er in Bayern in der Nähe von Augsburg zu Hause seyn soll. (Schw. M.)

Nassau. Wiesbaden, 26. März. So eben Vormittags 11 Uhr wurde der Landtag durch den Staatsminister Prinzen zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg eröffnet. Die Eröffnungsrede verbreitet sich hauptsächlich über den volkswirthschaftlichen und finanziellen Zustand des Landes, der als ein erfreulicher geschildert wird; das Defizit pro 1854 sey gedeckt und noch ein Ueberschuß aus 1855 in 1856 mit herüber genommen worden; eine Erhöhung der Steueranlage sey, trotz des Aufwands für Bundeszwecke und Verwendungen für Verkehrsförderung, nicht nöthig.

Sachsen-Altenburg. Altenburg, 21. März. Hier ist eine Verordnung erlassen worden, welche die Absicht verfolgt, den gewerbmäßigen Getraidehandel gleich andern Zweigen des Gewerbebetriebs einer fortdauernden Controle zu unterwerfen. Hiernach bedürfen Inländer wie Ausländer, die im hiesigen Lande einen selbstständigen Getraidehandel oder das Geschäft eines Zwischenhändlers betreiben wollen, für alle Fälle eines besondern Erlaubnißscheins, der für Inländer von der Behörde des Wohnorts, für Ausländer von der Behörde des Marktorts auszustellen ist, wo er vorzugsweise sein Geschäft betreibt. Die Scheine sollen nur „rechtlichen und zuverlässigen Personen" und immer nur auf ein Kalenderjahr ertheilt werden, nach dessen Ablauf sie gegen eine Einschreibgebühr von 5 Ngr. zu erneuern sind. (Anderswo bemüht man sich, die lästigen und doch unnützen Beschränkungen aufzuheben.)

* **Freie Städte.** Frankfurt, 26. März. (Pr.-Korr.) Der diesseitige Bevollmächtigte zu den Wiener Münzkonferenzen, Herr Senator Bernus, ist heute Nachmittag mit dem Schnellzuge wieder nach Wien abgereist. — Die Taunus-Eisenbahn hat im vergangenen Jahre die höchste Einnahme während ihres Bestehens erzielt, nämlich 602,495 fl. 21 kr., mithin 32,413 fl. 10 kr. mehr als im Jahre 1854. Um jedoch der Administration ein flüssiges Betriebskapital zu sichern und dieselbe in den Stand zu setzen, mit den nöthigen Verbesserungen auf der Bahn, wenn erforderlich, fortfahren zu können, ohne durch möglicherweise wiederkehrende mißliche Zeitverhältnisse von dem Stand des öffentlichen Kredits abhängig zu seyn und schließlich den Aktionären den rechtmäßigen Nutzen aus den Ergebnissen des Betriebs jederzeit zu sichern, wird der Verwaltungsrath an die morgen in Wiesbaden stattfindende Generalversammlung den Antrag stellen: demselben die Zustimmung zur Aufnahme eines zweiten Prioritäts-Anlehens im Betrage von 200,000 fl. zu ertheilen, das mit der nöthigen Amortisation zu dem Zeitpunkt, welcher der Verwaltung am geeignetsten erscheinen dürfte, durch öffentliche Submission zu vergeben seyn wird. — Die Angestellten der Taunus-Eisenbahn sind in den letzten Tagen wiederholt beim Verwaltungsrathe um eine Theuerungszulage eingekommen; alle früheren Eingaben sind unberücksichtigt geblieben.

Oesterreich. Wien, 27. März. Die „Wien. Ztg." meldet: In der bevorstehenden Konferenz der Bischöfe des österreichischen Kaiserstaates werden bei dem Vortrag päpstlicher Eröffnungen der päpstliche Nuntius, bei Verhandlungen mit der Regierung aber die Erzbischöfe von Wien, Gran und Prag den Vorsitz führen.*) (T. D. d. N. C.)

Frankreich.

Herr Buchanan, der vormalige Gesandte der Vereinigten Staaten in London, ist in Paris eingetroffen und wird daselbst einige Zeit verweilen, bevor er sich nach Amerika einschifft.

Paris, 26. März. Sobald der Austausch der Ratifikationen des Friedens in Paris vollführt seyn wird, wird Graf Orloff als außerordentlicher Botschafter dem Kaiser der Franzosen die Thronbesteigung des Czaren Alexanders II. notifiziren, und nachdem der Akt die amtlichen Beziehungen zwischen dem Hofe der Tuilerien und jenem von St. Petersburg hergestellt sich finden werden, wird Graf Morny nach St. Petersburg in außerordentlicher Sendung sich begeben, um dem neuen Autokraten aller Reußen zu seiner Thronbesteigung die Glückwünsche Louis Napoleons zu überbringen. Die Mission des Grafen Morny wird nur vorübergehend seyn, da er selbst in seinen gegenwärtigen Funktionen eines Präsidenten des gesetzgebenden Körpers belassen zu werden wünscht. (A. Z.)

Die Fabrikthätigkeit ist in Paris trotz aller Friedensaussichten noch ungewöhnlich mäßig und der Detailhandel auch wenig belebt. Käufer aus den Provinzen fehlen. Der Geldmangel im Handel wird immer fühlbarer, und das hohe Sconto der französischen Bank hemmt auch die Geschäfte.

* Laut einer an den Friedhöfen von Paris angeschlagenen Verordnung des Polizei-Präfekten ist es untersagt, die darin befindlichen Monumente, Mausoleen u. s. w., welche Eigenthum der resp. Familien sind, abzuzeichnen oder photographisch aufzunehmen. Der schönste der Pariser Friedhöfe ist bekanntlich der „père la chaise." Diese ungeheure Todtenstadt hat einen Flächenraum von 155 Morgen mit mehr als 80,000 Gräbern, wovon tausende Kunstwerke sind. Den Muselmanen wurde ein eigener Theil des zur Vergrößerung dieses Friedhofs abermals hinzugefügten Landstücks zum Beerdigungsplatz angewiesen, in dessen Mitte sich eine kleine Moschee erhebt.

Spanien.

Madrid, 24. März. Die offizielle „Gaceta" veröffentlicht die von der Regierung genehmigten Statuten des Kredit

*) So wäre also die Mißhelligkeit zwischen Rom und der kaiserlichen Regierung über den Vorsitz ausgeglichen.

mobilier. Die Dauer der Gesellschaft ist auf 99 Jahre und ihr Sitz in Madrid festgestellt.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Berlin, 25. März. Je weniger man am nahen Abschluß des **Friedens** zweifelt, um so mehr treten die damit verknüpften Besorgnisse hervor, daß es auf jeden Fall nur ein fauler Friede werden kann, durch welchen die bisherige Stellung der Kabinette zu einander — denn von dieser allein kann nur die Rede seyn — wesentlich verändert wird. Ein Theil der englischen Presse spricht dies schon jetzt ganz bestimmt aus und in nicht langer Zeit wird sehr wahrscheinlich der allgemeine Mißmuth diesen Frieden weit mehr beweheklagen, wie der Krieg beweheklagt worden ist. Es gibt nicht wenige Politiker auch bei uns, welche den aufkeimenden Bruch zwischen den bisherigen Verbündeten schon jetzt in dem Verlauf der Verhandlungen der Konferenzen erkennen und den Zeitpunkt gar nicht so weitab setzen, wo der Sturm, welcher bis jetzt aus Osten über Europa bläst, sich westwärts wenden wird. (Z. f. N.)

* **London**, 26. März. Die „Times" behauptet, der Sultan habe telegraphisch gegen die **Vereinigung der Donaufürstenthümer** protestirt. Daher die Nothwendigkeit, die Türkei vielleicht mehrere Jahre zu okkupiren. Das Journal des Herrn Cobden sagt, die Franzosen würden Konstantinopel, Smyrna, Schumla, die Engländer Scutari, Varna, Trebizonde, Candia besetzt halten, bis der letzte Firman zur Ausführung gelangt sey. — Man sagt auch, Ali Pascha habe Instruktion, sich der projektirten Combination der Fürstenthümer zu widersetzen, da der Sultan diese für seine hoheitlichen Rechte in den Fürstenthümern präjudizirlich erachte.

London, 26. März. Der heutigen „Times" zufolge will die türkische Regierung nicht zugeben, daß das die Stellung der **nicht-mohamedanischen** Unterthanen der Pforte betreffende **Reform-Dekret** dem Friedens-Vertrage **einverleibt** werde. (T. D. d. K. Z.)

* **Paris**, 26. März. Gestern fand abermals **Kongreß-Sitzung** statt. Aus den häufigen Sitzungen, welche die Bevollmächtigten jetzt halten, geht hinlänglich das Streben derselben hervor, ihre Arbeiten vor Ende des Monats zu vollenden, um nicht zu einer Verlängerung des Waffenstillstandes genöthigt zu seyn. Auch heute wird wieder Sitzung seyn, während, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, die Kommissionsglieder einen Theil der Nächte mit Arbeiten verbringen. Zuerst war es, wie behauptet wird, die Frage wegen des Güter-Sequesters der nach Piemont ausgewanderten Oesterreicher, dann jene der Donaufürstenthümer, was die Verhandlungen so verzögerte. Jetzt, da diese Fragen bereinigt sind, hat man sich nur noch über einige von Herrn Baron v. Manteuffel beantragte Details-Modifikationen zu verständigen und man darf mit Bestimmtheit annehmen, daß Alles bis längstens Samstag beendet seyn wird. Nichtsdestoweniger ist, um jeder Eventualität zu begegnen, in der letzten Sitzung des Kongresses beschlossen worden, jetzt schon den Krim-Generälen den Befehl zugehen zu lassen, die Feindseligkeiten am 31. nicht wieder aufzunehmen und eine weitere Waffenruhe von 14 Tagen abzuschließen.

Aus **Paris** wird dem „Morn. Chronicle" unter dem 24. März telegraphirt: „Man glaubt noch immer, daß die Unterzeichnung des **Friedens** ganz nahe bevorsteht. Aber die Zahl der Angelegenheiten, die zu weiterer Prüfung zurückgelegt werden, wächst immer mehr an. Seit ein paar Tagen hat die Ansicht Boden gewonnen, daß die Konferenz zuletzt die Gestalt eines **europäischen Kongresses** annehmen werde. Dieser Kongreß soll jedoch erst in einer spätern Periode dieses Jahres zusammentreten und dann würde die Organisation der Donaufürstenthümer definitiv geregelt werden. Auch die Fragen, die sich auf Italien, den Sundzoll und die dänische Erbfolge beziehen, sollen dann gelöst werden."

Aus dem Orient.

Nachrichten aus **Konstantinopel** vom 18. März zufolge waren zehn französische Linienschiffe in der Besika-Bai angekommen. Die englische Flotte ward in Malta erwartet. Wie aus der **Krim** unterm 13. März gemeldet wird, hatte sich der Gesundheits-Zustand im französischen Lager gebessert. 10,000 Engländer waren zu Balaklawa angekommen. (T. D. d. K. Z.)

* Das „United. service magazine" gibt interessante Details über die in **Pera**, dem berühmten Stadtviertel Konstantinopels, durch die Anwesenheit der Verbündeten vorgegangenen Veränderungen. Bekanntlich ist dieses Stadtviertel von Griechen, Armeniern, Franken und Peroten, Abkömmlingen von Franzosen, Italienern und andern Europäern bewohnt. — Die elegante Welt dieses Viertels bleibt zwar den Gebräuchen des Landes, welches sie bewohnt, treu, richtet aber dabei neugierige Blicke nach dem Westen. Die Damen nehmen die Pariser Moden an, aber sie übertreiben sie. Es ist wirklich spaßhaft, des Sonntags so eine Dame von Pera ausgehen zu sehen mit einem von Federn überladenen Hute ausgeputzt und von Seide, Sammet und Spitzen schon am frühen Morgen strotzend. Was sie über Alles lieben, sind die grellen Farben, roth, grün, blau, gelb, ohne Rücksicht auf Farben-Harmonie. Der schöne levantin'sche Kopfputz, der in einem Turban von Gaze bestand, mußte den Hüten der Pariser Putzmacherinnen Platz machen. Sonst befolgte man die schöne Sitte, den Besuchen Früchte, Konfekt und Kaffee vorzusetzen; auch dieser Gebrauch verliert sich täglich mehr. Man spürt, daß die europäische Zivilisation mehr und mehr Terrain gewinnt.

Auch in den Wohnungen der reichen griech. Kaufleute sind die Aenderungen sehr merklich. Nicht weniger in der Oper. Welcher Unterschied zwischen der Saison von 1854/55 mit jener von 1853/54! Dabei sprechen wir nicht vom Auditorium, sondern auch vom Sängerpersonal. Das Opernhaus in Pera ist ein geräumiges Gebäude in der Art des Hay-Market-Theaters in London. Es gehört einem armenischen Impresario, der sich prächtig auf sein Geschäft versteht. Alle Jahre wanderte dieser orientalische Theaterdirektor nach Italien, wo er eine Künstlertruppe für die Konstantinopolitaner Wintersaison engagirt. Die Namen der Sänger und Sängerinnen sind im Voraus in Pera bekannt und bilden den Stoff der allgemeinen Conversation. Man erkundigt sich, mit welchem Fahrzeuge die Künstler und Künstlerinnen ankommen werden, und wenn dann das französische Paketboot in den Hafen einläuft, so drängt sich Alles auf die Molo's, um die Prima Donna zu sehen und zu begrüßen, die 6 Monate lang der Genuß des Theaterpublikum seyn wird. — Heutzutage hat sich der innere Anblick des Saales gänzlich verändert.

Früher war ein Fremder im Peraer Theater ein Ereigniß, wenn er sich blicken ließ, waren alle Lorgnetten und Perspektive auf ihn gerichtet, heute sind alle Logen von Offizieren, Parterre und Gallerie mit Soldaten und Matrosen gefüllt, und die für die Gesandtschafts-Attache's bestimmte Loge mußte vergrößert werden. Die Türken besuchen die Opern selten. Eine Abendvorstellung ist gegen ihre Gewohnheiten und die Neugierde ist nicht stark genug, um sie den Reizen des Divans und des Tschibuks zu entreißen. Ueberdies behagt auch die europäische Musik ihrem Geschmacke nicht; der klagende gurgelnde Gesang der türkischen Sänger gefällt ihnen besser, als die Melodien Rossini's, Verdi's und Bellini's. — Hie und da bemerkt man einen **Pascha**, mehr liegend als sitzend in seiner Loge, einen Haufen seiner Vertrauten um sich. Besonders der „Barbier von Sevilla" zieht gewöhnlich einen oder zwei dieser seltenen Größe herbei, die nicht umhin können, bei den Späßen Figaro's zu lachen. In den Zwischenakten entfernen sie sich, um einige Tassen Kaffee zu schlürfen und einige Tabakwolken auszublasen und verschwinden lange vor Ende der Vorstellung. Mitunter sieht man die spitzige Mütze eines Derwisch hinter einer Reihe türkischer Fez's hervorragen. Der Sultan besucht das Theater nur einmal jährlich, wo er dann mit seiner üblichen Freigebigkeit das ganze Haus für sich und sein Gefolge miethet; auch er wartet das Ende der Oper nicht ab, und zieht sich in seinen schönen Palast von Tschiragan am Bosporus zurück. Auch die Gasthöfe haben eine nicht weniger bemerkbare Umgestaltung erfahren und mit der wachsenden Menge der Fremden an Zahl und Größe zugenommen.

Aus Rußland.

Der Krakauer „Czas" hatte kürzlich die Nachricht gebracht, daß am 17. März eine neue Rekrutirung im Königreich Polen beginnen solle. In der Nummer vom 22. März meldet dasselbe Blatt, der Aushebungstermin sey vorläufig auf den 27. d. M. verschoben worden, doch glaube man, daß die in Rede stehende Maßregel von neuem vertagt werde oder gar vorläufig ganz unterbleiben solle. Der „Czas" will hierin den Einfluß der Pariser Konferenzen erblicken.

Aus **Petersburg**, 18. März, wird der „Nat.-Z." geschrieben: „Die Reise des Kaisers nach der Krim hat auf die friedlichen Tendenzen wesentlich eingewirkt, welche sich seitdem die russ. Politik angeeignet hat. Die Inspektionen der **Truppen im Süden**, und die durch Augenschein gewonnene Ueberzeugung in Nikolajeff gaben wesentliche Motive für diese Wendung. Die Erschöpfung des Heeres durch die anstrengenden Märsche soll einen unerhörten Prozentsatz an Abgang und Verlusten im Gefolge gehabt haben. Die in Eilmärschen nach der Krim dirigirten Reichswehren von Kursk und Kaluga, die beiden Grenadierdivisionen,

die Ersatztruppen aus Moskau sollen buchstäblich dezimirt auf dem Kiegsschauplatz erschienen seyn und nach der Schlacht bei Traktir hätte der Oberbefehlshaber erklärt, er sey kaum im Stande, die Defensive in seinen befestigten Stellungen in der Krim zu behaupten. Wenn also diesseits keine erheblichen Bedenken und Schwierigkeiten bei den Stipulationen in Paris erhoben werden, so ist das durch den Zustand der Wehrkraft Angesichts einer möglichen Koalition vollkommen gerechtfertigt. Erklärlich erscheint denn aber auch ein so eben veröffentlichter Ukas, welcher lautet: „Alle, die sich bei der Rekrutirung der ersten Auslosungsnummern verborgen oder der Aushebung nach der Reihefolge entzogen haben, selbst wenn deren Zahl die der eingetretenen Ausgeloosten oder der Reihefolge nach Eingetretenen übertreffen sollte, mit Ausnahme solcher Deserteure, die zum Dienst unfähig und den Gerichten zu überliefern sind, sollen als Rekruten auf Rechnung künftiger Aushebungen assentirt werden." — Es gibt in Rußland, außer den Statthaltern des Kaisers in Polen und am Kaukasus, als höchste militärische Aufsichts- und Verwaltungsposten drei sogenannte Generalkriegsgouverneure, in Petersburg (Ignatiew), Moskau (Zakrewski) und Kronstadt (Menschikow). Dem Range der Machtvollkommenheit nach folgen diesen die Generalgouverneure, deren es bisher 10 gegeben hat, und welche der Verwaltung nur solcher Gebietstheile vorgesetzt sind, die dem Reiche durch Erwerbung von Ländern mit nicht großrussischer und nichtrussischer Bevölkerung einverleibt wurden. Sobald die Assimilation und die Russifizirung eines Gebietstheiles so weit gediehen ist, daß man denselben auch hinsichtlich der Verwaltung im allgemeinen System aufgehen lassen kann, werden die Posten der Generalgouverneure eingezogen und es bleiben nur die Zivilgouverneure, welche direkt mit dem Ministerium des Innern in Beziehung stehen. Dies ist durch einen soeben erschienenen Ukas geschehen in Bezug auf folgende drei Generalgouverneurstellen: 1) für die Gouvernements Witebsk, Mohilew und Smolensk. 2) für die Gouvernements Tschernigow, Pultawa und Charkow. 3) für Minsk."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 27. März. Oesterr. Kredit-Aktien, sowie die meisten österr. Fondsgattungen wurden niedriger abgegeben. Neustadt-Weißenburger wurden höher bezahlt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1276 P. 1271 G. Neue Bankaktien 385 P. 380 G. Credit-Actien à 5pCt. 177 P 175 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 81½ P 81¼ G Metall. alte à 5pCt. 83¾P. 83½G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89 G.; à 4½pCt. 75½ P. 75¼ G.; à 4pCt. 68 P. 67½ G.; à 3pCt. 51½ P. 51 G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 132 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106¾ P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 302 P. 300 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87½ P. 87 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. 86½P. 86G.; 4pCt. — P. 94⅞ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾G.; 4½pCt. 100¼ P. 99¾G.; 5pCt. 101¼P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 156 P. 155½ G. Neustadt-Weissenb. 116½ P. 116 G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 88¾ P. 88¼ G.; 4½pCt. 102¼ P. 101¾ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¼ P. 81¾ G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. 40⅜P. 40⅛ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62 P. 61½ G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92 P. 91½ G.; à 4pCt. 99¾ P. 99¼ G.; 3½pC. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 112⅝P. 111⅞G.; à fl. 25 33⅜ P. 33⅛ G.; Darmstädter Bankaktien alte 352 P. 350 G.; junge P. 300 G. Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 102½ P. 102 G. Baden. fl. 35 Loose von 1845 47 P. 46¾ G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. — P. 89¼ G., Loose à fl. 25 31¼ P. 31 G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; Bankaktien 120½ P. 120 G.; Taunus-Aktien 334 P. 332 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 81½ P. 81 G. Homburg. Bankaktien — P. 263 G. Polen. fl. 500 Partial 87P. 86½G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 40¼ P. 40 G.; 1pCt. neue 24¾ P. 24⅝ G. Holland. Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 94 G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl.100 k.S. 100P.99¾G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120¼P.120G.
Augsb. fl.100 k.S. 120¼P.119⅞G	Mail. i.S Lr.250k.S 101¾P101½G.
Berlin Thlr.60k.S. 105⅛P.104⅞G.	do. 3 Monat mit5% ——P ——G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105⅛P 104⅞G.	Paris Frs. 200k.S 94⅝P.94⅜G.
Brem. 50Thlr.Lsd.kS 96⅜P.96⅛G.	Lyon Frs. 200 k S 94½P 94¼G.
Hamb. MB. 100 k.S 89P 88¾G	Wien fl. 100C. h S.117P.115¾G.
Leipz. Thlr.60k.S. 105⅛P.104⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅛P.115⅞G.
Disconto — P. 4pCt. G.	

Wien, 26. März. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86 1/16; 5pCt. Metall. 85⅝; 4½pCt. 76⅜; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 ——; von 1854 109⅛; Bankaktien 1081; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 332; Donau Dampfschiffahrtsaktien 651; österr. Staatsbahnaktien ——; Nordbahnaktien 2877½. Wechselkurse: Augsburg uso 102; London 10. 6. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Wiesbaden, 27. März. Die Generalversammlung der Tauuseisenbahngesellschaft hat heute die Dividende ihrer Aktien auf fl. 17 bestimmt und dem Antrag des Verwaltungsrathes, ein zweites Prioritätsanleben von 200,000 fl. zu machen, ihre Genehmigung ertheilt. (T. D. d. Fr. Bl.)

Am Oster-Montag wurde in Brüssel das wieder hergestellte Theater de la Monnaie im Beiseyn der königlichen Familie mit der Oper „Jaguarita" eröffnet. Die Pracht und der Luxus in der innern Ausstattung des neuen Saales sollen mehr als blendend seyn, selbst die glänzendsten Theater von Paris überbieten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 88.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die vierspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 29. März 1856

Deutscher Bund.

Ulm, 26. März. Ein wesentlicher Theil der zur Vollendung der Bundesfestung nöthigen Bauten ist bisher noch im Anstand geblieben, nämlich die Erbauung von Friedenskasernen, Spitälern ꝛc. Die kgl. bayerische Regierung hat nun ihrerseits damit begonnen, die Grunderwerbung für eine Friedenskaserne für ihre Besatzung auf dem rechten Ufer der Donau zu machen, wodurch nicht nur einer Vertragsverbindlichkeit gegen den Bund, sondern auch dem dringenden Bedürfniß zur Unterbringung der Friedensbesatzung entsprochen wird. (A. Z.)

Bayern. München, 27. März. Wie es heißt, werden unsere kgl. Majestäten einen großen Theil des kommenden Sommers in den fränkischen Provinzen verweilen. — Außer dem vom kommenden Samstag an stattfindenden Verkauf von Kavallerie- und Artilleriepferden spricht man noch von verschiedenen andern Maßnahmen, die zur Erzielung von wesentlichen Ersparnissen im Militär-Haushalte für die nächste Zeit beabsichtigt seyn sollen. — Hr. Abg. Fürst Wallerstein hat mehrere Modifikationen zu dem neuen Gesetz-Entwurfe bezügl. der Gerichtsorganisation der Kammer eingereicht. (Augsb. Abdz.)

München, 28. März. Dem k. Professor und Conservator Justus Frhrn. v. Liebig wurde von Sr. Maj. dem König von Württemberg das Commenthurkreuz 2. Klasse des Friedrichsordens verliehen; der nachgesuchten Entlassung des bürgerlichen Magistratsrathes Johann Schweykart zu München wurde statt gegeben.*)

Se. Maj. der König haben dem Landgerichtsdiener Johann Adam Thurn zu Lauf den erbetenen Ruhestand bewilligt; zum Gerichtsdiener von Lauf den Gerichtsdiener von Seßlach, Konrad Lang, und zum Gerichtsdiener von Seßlach den Gendarmeriebrigadier Joh. Freund aus Orb zu Kitzingen provisorisch ernannt. (N. M. Z.)

München, 27. März. Mit wie entschiedenem Eifer der seither sistirte Fortbau der München-Rosenheimer Bahnlinie wieder aufgegriffen werden soll, dafür zeugt der Umstand, daß seit dem gestrigen Tage an der Ueberbrückung des Isarthales bei Hesselohe wieder 300 Arbeiter in Thätigkeit sind. Bis dahin waren die Arbeiten gänzlich eingestellt. Bekanntlich ist dieser Brückenbau das schwierigste und am meisten Zeit erfordernde Objekt der ganzen Linie. (A. Abdz.)

Ein Münchner Korrespondent der „Augsb. Postz." meldet, daß der Direktor der öffentlichen Verkehrsanstalten, Freiherr v. Brück, auf seiner Reise nach Dresden und Berlin von dem Obermaschinisten Exter begleitet worden sey, und glaubt dadurch seine frühere Angabe zu rechtfertigen, daß nicht bloß die Frage wegen Anschlusses der bayerischen Fahrten in Hof an die sächsischen für die Sommermonate die Veranlassung zu der erwähnten Reise war, sondern daß man wirklich noch einmal die Art und Weise des Betriebs der norddeutschen Staaten zu studiren versucht hat.

Aus der Pfalz, 27. März, wird der „Frankf. Postztg." über die Sekte, welche sich vor einiger Zeit in Langmeil unter den Auspizien eines Schäfers aufgethan, Folgendes mitgetheilt: „Ihr Treiben streifte gänzlich an Wahnsinn. Die Jünger, darunter besonders viele Frauen, wurden unter den sonderbarsten Gesten und Geberden geweiht, worauf nach einigen Tagen der Geist in sie fuhr und diesen in einen Apostel, jenen in einen Gott verwandelte. So war ein Petrus, ein Johannes und ein Simon vorhanden, die zugleich für den ersten, zweiten und dritten Gott galten. Auch Judas fehlte nicht. Noch toller erscheint die Erklärung eines weiblichen Säuglings zum Christus, der in anderthalb Jahren Wunder thun, in vier Jahren predigen sollte, leider aber kurz nach seiner Geburt schon von der Polizei verfolgt wurde. Es wurden diese wunderlichen Heiligen wegen ihrer nächtlichen lärmenden Versammlungen vom königl. Landgericht Winnweiler bestraft, vor dessen Schranken sie wie Trunkene und Wahnsinnige sich geberdeten. Damit wird hoffentlich die Sache zu Ende seyn."

* **Preußen.** In Köln erscheint mit dem 1. April eine neue Zeitung, „Kölner Journal", deren Richtung spezifisch katholisch seyn, und welche, wie es in dem Programme heißt, die Mißgriffe vermeiden soll, welche in den verschiedenen Phasen, die die „Deutsche Volkshalle" durchmachte, zu Tage traten.

Berlin, 24. März. Seit einigen Tagen ist es zur Gewißheit geworden, daß sich Prinz Friedrich Wilhelm, der einzige Sohn des Prinzen von Preußen, nach den Frühjahrsmanövern, also etwa Ende Mai, nach England begeben, und dort ein freudiges Ereigniß gefeiert werden wird, das in Preußen die allgemeinste Theilnahme erregt: nämlich die feierliche Verlobung des Prinzen mit der Prinzessin Viktoria, welche vor Kurzem konfirmirt worden ist. Auch die Vermählung des Prinz-Regenten von Baden mit der Schwester des Prinzen Friedrich Wilhelm steht bald nach jener Zeit bevor. (A. Z.)

Nach dem „K.-B." soll vor einigen Tagen ein hiesiger Zeitungskorrespondent verhaftet worden seyn, dem die „gehässige" Besprechung des „Depeschendiebstahls" in fremden Blättern zur Last gelegt wird.

Die „Weser-Zeitung" vom 18. März enthält über den Depeschendiebstahl unter Anderm folgende Korrespondenz: „Schon seit acht Wochen zirkulirte, besonders in diplomatischen Kreisen, eine Rechtfertigung des Geh. Regierungsrathes, zeitigen ersten Direktors der Oberrechenkammer in Potsdam, Hrn. Seiffart, über seine Betheiligung bei dem gegen den General v. Gerlach und den Kabinetsrath Niebuhr begangenen Depeschendiebstahl. Seitdem waren vielfache Gerüchte im Umlauf über die Bedienten dieser Herren, über angebliche Agenten des Ministerpräsidenten und verschiedene andere Personen, die schon anfingen das Interesse zu verlieren, als plötzlich im Laufe des gestrigen Tages eine ohne Angabe des Druckers erschienene Flugschrift man kann sagen der halben Stadt durch die Stadtpost zuging. Diese Schrift, die, als mit Umgehung der Gesetze erschienen, nicht mitgetheilt werden kann, enthält die vorgedachte Rechtfertigung Seiffart's mit einer Einleitung und einem Nachwort, deren offenbarer Zweck ist, den Ministerpräsidenten ebenso bloßzustellen, wie seinen Gegner, den General v. Gerlach. Jener hat danach diesen schon lange durch seine Agenten überwachen und ihm Briefschaften entwenden lassen, während umgekehrt dieser dem Prinzen von Preußen Berichterstatter nachgeschickt hat, die förmlich Relationen der ungünstigsten Art über den Thronfolger einge-

---

*) Der ritterliche Kämpe der Marie Kahlhammer.

schickt haben. Die allgemeine Meinung orientirt sich hier dahin, daß es den Verbreitern darauf angekommen ist, unsere Zustände als durchaus faul darzustellen, den Ministerpräsidenten, sowie die Camarilla, gleichzeitig unhaltbar und auf diese Weise einer neuen Ordnung der Dinge Platz zu machen."

Wegen der auf den Potsdamer Depeschendiebstahl bezüglichen anonymen Schrift sollen, wie man den „Hamburger Nachrichten" aus Berlin meldet, polizeiliche Nachforschungen in Braunschweig, Leipzig und Hamburg stattgefunden haben.

Aus Ostpreußen, Ende März. Die kürzlich in Elbing erfolgte polizeiliche Beschlagnahme des gedruckten und von „den Aeltesten der Elbinger Kaufmannschaft" unterzeichneten Handels Jahresbericht für Elbing pro 1855 hat hier nicht geringes Aufsehen gemacht. Wie man hört, bilden die schließlich in dem betreffenden Bericht gegen das hohe Ministerium prägnant ausgesprochenen Wünsche „nach Eröffnung der russischen Gränze und nach Aufhebung des Sundzolls" den Grund dieser Beschlagnahme. (H. N.)

Kurhessen. Kassel, 27. März. Von dem hiesigen Pfarrer Ruckert sind vor einigen Tagen Beiträge zur Geschichte der am 20. Oktober 1852 zu Ziegenhain gehaltenen Diözesansynode als „ein Wort der Abwehr" veröffentlicht. Er weist darin, gestützt auf das Zeugniß der Pfarrer Sprank, Reismann und Lyding, wovon der Erstere sogar Protokollführer auf jener Synode gewesen, die Beschuldigung zurück, daß er dort gesagt habe: „es sey eine Schmach, von einer reformirten Kirche in Hessen zu reden." Die von dem Diözesanvorstand Dr. Scheffer u. A. veröffentlichte „amtliche Berichtigung", welche dasselbe behauptet, wird als auf einem „Irrthum" beruhend dargestellt. Das Schriftchen wird, wegen der dabei in's Spiel gebrachten Persönlichkeiten, eifrig gelesen. (Fr. Pstz.)

Oesterreich. Triest, 26. März. Aus Pola wird gemeldet, daß gestern von dem Erzherzog Ferdinand Max, der eigends von hier dorthin zu diesem Behufe abgereist war, die feierliche Kiellegung des ersten österreichischen Linienschiffs, „Kaiser" genannt, vollzogen worden ist. Das Schiff führt 90 Kanonen und hat 800 Pferdekraft. In Muggia wurden ebenfalls gestern zwei Schraubenfregatten, jede zu 300 Pferdekraft, mit dem Namen „Adria" und „Donau" feierlich belegt. Se. k. k. Hoheit der Marineoberkommandant wird sich dem Vernehmen nach demnächst nach Fiume begeben, um dort den Grundstein zur Marineakademie, und hierauf nach Lussin, um den zu einer neuen Schiffswerfte zu legen. (Oest. K.)

Schweden und Norwegen.

Aus Helsingborg wird unterm 20. März gemeldet: „Oeresundsposten's" verantwortlicher Herausgeber ist von der Jury in dem gegen ihn anhängig gemachten Preßprozesse in Veranlassung der bekannten „Regimentsordre" freigesprochen worden. (Der in Helsingborg erscheinende „Oeresundsposten" hatte nämlich im vorigen Jahre unter der Aufschrift „Regimentsordre" ein, auch in viele ausländische Zeitungen übergegangenes kurioses Schriftstück gebracht, das, angeblich von einem schwedischen Regimentschef herrührend, eine Art Proklamation gegen die Westmächte mit Empfehlung des russischen Militärwesens enthielt; später stellte sich heraus, daß diese „Regimentsordre" fingirt war.)" (Nat. Z.)

Frankreich.

* Unsere früheren Andeutungen über die Absicht der französischen Regierung, sich jenseits des Oceans ein annehmbares Besitzthum durch die Eroberung von Madagascar zu verschaffen, werden jetzt bestätigt, mit dem Beisatze, daß England gegen die Besitzergreifung dieses Landes nichts einwenden werde. Man darf aus dieser Mittheilung den Schluß ziehen, daß zwischen den Höfen von Paris und London bereits Unterhandlungen über die Eroberung Madagascars durch Frankreich gepflogen worden seyen, welche zu dem Resultate geführt haben, daß England sich mit der Erweiterung der französischen Macht im indischen Ocean einverstanden erklärt habe, wogegen dieses gewiß eine gleiche Nachsicht Frankreichs bei seinen überseeischen Eroberungen zu erwarten hat. Es dürfte also an der Zeit seyn, über die Insel Madagascar weitere Mittheilungen zu machen, woraus die Bedeutung einer Besitznahme dieses Landes auf das Klarste hervorgehen dürfte. Die Insel ist von der Ostküste Südafrika's durch den ungefähr 90 Meilen breiten Kanal Mozambique getrennt. Sie hat eine Länge von 210 Meilen und eine Breite, die auf durchschnittlich 50 Meilen angenommen werden kann. Es befinden sich auf derselben bedeutende Gebirge, deren höchste Höhe auf 10,000 Fuß zu schätzen ist. Der Reichthum der Gebirge ist allerdings nur sehr wenig ermittelt, jedoch hat man schon umfängliche Kohlen-Lager entdeckt, welche für die Dampf-Schifffahrt in jener Gegend von großer Bedeutung seyn würden. Auch findet sich auf ausgedehnten Strecken Eisen-Erz und nebenbei Gold, Silber, Kupfer, Zinn und Blei. Viele Flüsse, welche 50 und mehr Meilen lang sind und oftmals bei ihrem Ausfluß in's Meer vorzügliche Ankerplätze darbieten, durchziehen die Insel. Die Pflanzenwelt zeigt eine ungemeine Mannigfaltigkeit. Sie liefert nicht allein Schiffbauholz, sondern auch die kostbarsten Hölzer zu Meubles und Luxusartikeln; ferner Arzneigewächse, Kokos, Indigo, Gummi, ebenso Baumwolle, Tabak u. s. w. Die eingeführten Pflanzenarten gedeihen gut, und ist der Kaffeebaum daselbst schon als eingebürgert zu betrachten. In der Thierwelt fehlen die Raubthiere fast gänzlich, dagegen findet sich ausgezeichnetes Rindvieh, Schaafe mit Fettschwänzen, wilde Schweine in großer Menge, sowie Vögel der verschiedensten Arten. Unter den Amphibien kommen große Schlangen und Krokodile vor. Der Seidenschmetterling und die Biene sind daselbst einheimisch. In den Flüssen und dem angrenzenden Meere zeigt sich ein großer Fischreichthum, auch Wallfische kommen bis an die Küste, und ist der Kanal von Mozambique ein Meer, wohin Wallfischfahrer gern ihren Weg nehmen und in der Regel mit reichem Fang zurückkehren.

Paris, 25. März. Durch den Kassationshof ist das Urtheil des kaiserlichen Gerichtshofs von Aix kassirt worden; daraus folgt, daß in Zukunft es nicht bloß administrativ verboten werden kann, sondern gesetzlich untersagt ist, bei Wahlakten (zum gesetzgebenden Körper 2c.) Wahlbulletins ohne Erlaubniß der Präfekten zu verbreiten. Obendrein sind Versammlungen und mündliche Besprechungen nur mit Erlaubniß des Präfekten möglich. (Allg. Ztg.)

Paris, 26. März. Aus guter Quelle wurde der „Allg. Ztg." mitgetheilt, daß die unter dem Kommando des Generals Allonveau de Montreal stehenden Okkupationstruppen in Rom, die in letzter Zeit nur zwei Infanterie-Regimenter, jedes zu drei Bataillone, zwei Batterien und zwei Sappeur-Kompagnien zählten, durch eine neue Brigade verstärkt werden sollen, wozu die nöthigen Dispositionen bereits getroffen wurden.

* Paris, 27. März. Der Kaiser besichtigte den artesischen Brunnen in der Ebene von Passy, der bereits 350 Fuß tief gebohrt ist. Der abgebrochene Bohrer wurde stückenweise herausgezogen. Spätestens bis 28. Juli soll dieser Brunnen vollendet seyn. Man erwartet nun täglich auf Wasser zu stoßen. — Der kaiserliche Prinz wird, wenn das gute Wetter anhält, dieser Tage, in Begleitung seiner Gouvernante und seiner Amme, seine erste Spazierfahrt durch die „gute Stadt Paris" machen. Bereits ist ein Piquet Jäger zu Pferde zur Eskorte des kleinen Prinzen kommandirt. — Auch die Kaiserin, die — wie gestern mitgetheilt — bereits das Bett verlassen hat, erholt sich sehr rasch und wird demnächst auch ihre Gemächer verlassen. Ihre erste Ausfahrt wird nach der Kirche St. Germain l'Auxerrois gerichtet seyn, wo zu ihrem Empfange bereits Vorkehrungen getroffen werden.

* Paris, 27. März. (Ein wiedergefundener Verwandter.) Vor einigen Tagen erhielt der österreichische Bevollmächtigte Herr v. Buol einen Brief von einem seiner Neffen, den er seit 15 Jahren aus den Augen verloren hatte. Dieser einst reiche Neffe hatte sein Vermögen an den verschiedenen Spielbanken Deutschlands sitzen lassen und hat nun bei einer Eisenbahn in der Nähe von Paris die bescheidene Stelle eines . . . „Bahnwärters und Drehscheibstellers" mit 800 Frs. jährlichen Gehalt inne. In seinem Briefe legte er seinem Bevollmächtigten-Onkel seine traurige Lage und seine mißliche Stellung dar und bat um Erlaubniß ihn besuchen zu dürfen, wenn nicht etwa besagter Onkel aus Wien vorziehen sollte, sich selbst zu seinem Neffen zu verfügen. Hr. v. Buol entschloß sich zu Letzterem. Er fuhr per Eisenbahn nach X . . . . und wurde von seinem Neffen mit solcher Dankbarkeit, ergebener Freude, Rührung u. s. w. u. s. w. empfangen, daß Hr. v. Buol sich bewegen ließ, dem Neffen in die bescheidene Bahnwärters-Hütte zu folgen, wo ein frugales Frühstück sans prétention hergerichtet war. Der Neffe rief alle seine Kameraden und stellte ihnen feierlich seinen Onkel, den Bevollmächtigten, vor, und ich unterlasse es, die Ueberraschung, die Bewunderung, das Staunen dieser guten Leute zu schildern, sich in solcher Gesellschaft zu befinden. Herr v. Buol seinerseits war äußerst liebenswürdig, aber jeder Zoll ein Diplomat und die Eisenbahnbeamten verließen ihn, ohne das geringste Geheimniß des Pariser Congresses erfahren zu haben, und ohne jetzt besser über die Conferenz-Vorgänge unterrichtet zu seyn, als die darüber berichtenden Pariser und andere Korrespondenten.

Italien.

Rom, 15. März. Die zwischen dem heil. Stuhle und dem Hofe von Neapel obschwebenden Differenzen sehen einem befriedigenden Arrangement entgegen. Die aus verschiedenen An-

lichen von der neapolitanischen Regierung gegen die Klosterorden, besonders gegen die Jesuiten, getroffenen Maßregeln, z. B. das Verbot der „Civilta cattolica", waren nur Nebendinge. Der wesentlichste Punkt war das „Tribunale di Monarchia", eine Kollegial-Behörde, welche im Namen des Königs über die Geistlichen eine Gewalt ausübte, die von den Anwälten der Krone auf angebliche alte Privilegien gestützt, vom Papst aber entschieden bestritten wurde. Der König hat nun in neuester Zeit dem heiligen Stuhle die Annahme einer gewissen Anzahl von Artikeln vorgeschlagen, die der Kirche sehr günstig lauten. Der Papst hat sich beeilt, diese Erleichterungen einer für den Staat nicht minder wie für die Kirche gefährlichen Knechtschaft durch ein Breve zu sanktioniren. (Deutschland.)

Turin, 23. März. Von Modena soll abermals eine Abordnung eingetroffen seyn, um den König zu bitten, bei der Pariser Konferenz durch Graf Cavour auf die Einverleibung der Herzogthümer in das Königreich Sardinien hinwirken zu lassen. (Allg. Z.)

Rußland und Polen.

Nachrichten aus Petersburg zufolge hat der Kaiser von Rußland eine Reise nach Finnland angetreten. Man hört die Vermuthung äußern, daß diese Reise den Zweck habe, dem Kaiser eine persönliche Anschauung von den militärischen Verhältnissen zu geben, über welche bei den diese Landestheile betreffenden Berathungen in Petersburg ein Einverständniß nicht zu erzielen war. (B. B. Z.)

Amerika.

London, 27. März. Aus Nordamerika ist die Nachricht eingegangen, daß der Senat der Vereinigten Staaten mit 22 gegen 12 Stimmen die dritte Lesung des Gesetzentwurfs, welcher 3 Mill. Doll. für Vermehrung der Rüstungen anweist, genehmigt hat. Einer der Redner, General Cass, sagte, England habe durch den gegen Rußland unternommenen Krieg in seinem Ansehen so sehr gelitten, daß es wohl versuchen könnte, durch einen Krieg mit Nordamerika seinen Ruf wieder zu erobern. Hr. Brown erklärte sich gegen den Vorschlag wegen eines Schiedsgerichts in dem Zwist mit England wegen des Clayton-Bulwer-Vertrags, weil die Regierung nicht hoffen könnte, Recht zu erhalten, wenn gekrönte Häupter Schiedsrichter seyen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Auf Ersuchen von Seiten der Verwaltung der Donaufürstenthümer sind den türkischen Bevollmächtigten bei der Pariser Konferenz Vollmachten zugegangen, wonach sie fordern sollen: 1) daß Rußland auf Eintreibung der 16 Mill. Frs. verzichte, die es von den Donaufürstenthümern für die Besetzung im Jahre 1848 fordert, da dieselbe überflüssig war, weil vor derselben bereits die türkischen Truppen die Ruhe hergestellt hatten; da die Türkei, welche damals dieselbe Truppenzahl in den Donaufürstenthümern hatte, auf jede Forderung verzichtete, so ist es nicht mehr als billig, daß auch Rußland nichts erhält; 2) daß Rußland den Betrag für die Verproviantirungen bezahle, die es von den Gutsbesitzern und Bauern 1853 und 1854 in den Donaufürstenthümern genommen und welche sich auf 6 bis 8 Millionen Frs. belaufen.

Paris, 27. März. Heute wurden alle bei dem Ministerium des Auswärtigen, die eine schöne Hand schreiben, in einen Saal zusammengesetzt, und es wurde Ihnen auf's strengste eingeschärft, von dem, was sie abzuschreiben hätten, ihren Collegen nichts mitzutheilen. Zugleich wurden Maßregeln getroffen, daß sie nichts ausplaudern können. Man glaubt, daß dieselben Copien von dem Friedensvertrage zu machen haben. (Fr. Pstz.)

* Der „Fr. Pstz." wird von einem sonst gut unterrichteten Pariser Korrespondenten mitgetheilt, Kaiser Napoleon habe den Wunsch geäußert, daß auch Sachsen zu dem Kongreß beigezogen werde, weil es, obwohl eine Macht zweiten Rangs, doch nicht wenig dazu beigetragen habe, Rußland zur Annahme der Friedensbedingungen zu bewegen; der Kaiser Napoleon soll demselben für die unter diesen Umständen an den Tag gelegten Sympathien gegen Frankreich besonders erkenntlich seyn. Wenn Sachsen noch zu dem Kongreß eingeladen würde, so würde die Unterzeichnung des Friedens höchst wahrscheinlich um einige Tage hinausgeschoben werden. Die „Frankf. Pstz." bezweifelt selbst diese Nachricht, und fügt eine Bemerkung bei, die wir auch uns aneignen, nämlich: „Wir müssen sogar wünschen, daß sich diese Zweifel als gerechte erweisen, weil wir uns andernfalls, und wohl jeder Deutschdenkende mit uns, zu mancherlei trüben Betrachtungen aufgefordert fühlen würden. Hat doch obige Nachricht schon als bloßes Gerücht etwas Beschämendes, ja Niederschlagendes."

= Paris, 27. März. Jeden Tag finden Kongreß-Sitzungen statt. Nichtsdestoweniger scheint es, daß die Friedensunterzeichnung nicht vor Samstag erfolgen werde. Die Meinung über die Natur und den Ursprung der entstandenen Schwierigkeiten und der dadurch herbeigeführten Verzögerung ist sehr verschieden und die Fürstenthümer, England, Preußen und die Türkei, müssen abwechselnd die Schuld tragen. Unterdessen wird jeden Morgen der „Moniteur" mit Begierde geöffnet, denn jeden Tag erwartet man, die so lang ersehnte offizielle Bestätigung des allgemeinen Wunsches darin zu finden. Einstweilen spricht man von einer großen Heerschau, welche die Friedensunterzeichnung feiern soll. Allen in Paris und der Umgegend liegenden Truppen ist bereits Befehl zugegangen, sich zu diesem militärischen Feste bereit zu halten. Die von weiter her kommenden Truppen sollen in den Dörfern, bis in's Seine-Oise-Departement untergebracht werden. Man spricht von 150,000 Mann und von einer viertägigen Dauer der Musterung.

* Paris, 27. März. Längstens Sonntag wird der Friede unterzeichnet seyn. 600 Kanonenschüsse, deren 100 vom Invaliden-Hotel und 100 von jedem der Forts: zu Vincennes, Bicetre, Issy, Valerien und Romainville abgefeuert werden, sollen dies glückliche Ereigniß gleichzeitig dem ganzen Seine-Departement mittheilen. — Die große Revue wird Sonntag darauf (wahrscheinlich auf dem Marsfelde) statthaben. — Der Seine-Präfekt wird Samstag wegen der Vorbereitungen, welche im Hotel-de-ville zu einem großartigen Friedensfeste getroffen werden, nicht empfangen.

Aus dem Orient.

Der „Morning Advertiser" erhält aus der Krim folgende Mittheilung: „Die französische Militärverschwörung, deren Ausbruch kein Geheimniß mehr ist, ist durch das Erschießen von 60 Zuaven nicht erstickt. Es scheint, daß mehrere derselben auf den Marschall Pelissier gefeuert haben und daß eine Kugel das Käppi desselben gestreift hat. Eine telegraphische Depesche hat diesen Vorfall den Tuilerien mitgetheilt." (Die „N. Pr. Ztg." gibt diese Mittheilung des radikalen Blattes mit der Bemerkung, daß sie aus einer wenig zuverlässigen Quelle stammt. Eine anderweitige Bestätigung ist jedenfalls abzuwarten.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 28. März. Bei günstiger Stimmung wurden für österr. Kredit-Aktien, Bankaktien, Metalliques, National, span. Effekten, sowie Ludwigshafen-Bexbacher, pfälz. Maxbahn, und mitteldeutsche Kredit-Aktien höhere Kurse bezahlt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1281 P. 1276 G. Neue Bankaktien 391 P. 386 G. Credit-Actien à 5pCt. 186 P. 184 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $84\frac{5}{8}$ P. $84\frac{3}{8}$ G. Metall. alte à 5pCt. $83\frac{3}{4}$ P. $83\frac{1}{2}$ G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89 G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $75\frac{1}{2}$ P. $75\frac{1}{4}$ G.; à 4pCt. $67\frac{1}{2}$ P. 67 G.; à 3pCt. $51\frac{1}{2}$ P. 51 G.; à 1pCt. $17\frac{1}{4}$ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 132 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 P. $106\frac{3}{4}$ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 302 P. 300 G.

Preussen. $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 87 P. $86\frac{1}{2}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. 113 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$ pCt. $86\frac{1}{2}$ P. 86 G.; 4pCt. — P. $94\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. Grundrente $95\frac{1}{4}$ P. $94\frac{3}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $100\frac{1}{4}$ P. $99\frac{3}{4}$ G.; 5pCt. $101\frac{1}{2}$ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157 P. $156\frac{1}{2}$ G. Neustadt-Weissenb. $118\frac{1}{2}$ P. 118 G.

Württemberg. $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $88\frac{3}{4}$ P. $88\frac{1}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{1}{4}$ P. $101\frac{3}{4}$ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann $43\frac{1}{2}$ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $82\frac{3}{8}$ P. $81\frac{7}{8}$ G. Kurhessen. 40 Thalerloose b. R. $40\frac{5}{8}$ P. $40\frac{3}{8}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. $62\frac{1}{2}$ G. Grossh. Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{1}{4}$ P. $91\frac{3}{4}$ G.; à 4pCt. 100 P. $99\frac{1}{2}$ G.; $3\frac{1}{2}$pC. 102 P. $101\frac{1}{2}$ G.; Loose à fl. 50 $112\frac{3}{8}$ P. $111\frac{7}{8}$ G.; à fl. 25 $33\frac{3}{8}$ P. $33\frac{1}{8}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 351 P. 349 G.; junge — P. 298 G. Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank $103\frac{1}{4}$ P. $102\frac{3}{4}$ G. Baden. fl. 35 Loose von 1845 47 P. $46\frac{3}{4}$ G. Nassau. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. $89\frac{3}{4}$ G., Loose à fl. 25 $31\frac{1}{4}$ P. 31 G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. $85\frac{1}{2}$ P. 85 G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{3}{4}$ P. $92\frac{1}{4}$ G.; Bankaktien $120\frac{1}{4}$ P. $119\frac{3}{4}$ G.; Taunus-Aktien 332 P. 330 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien $81\frac{1}{2}$ P. 81 G. Homburg. Bankaktien — P. — G. Polen. fl. 500 Partial 87 P. $86\frac{1}{2}$ G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld $40\frac{1}{4}$ P. 40 G.; 1pCt. neue $24\frac{15}{16}$ P. $24\frac{13}{16}$ G. Holland. Integrale $63\frac{1}{2}$ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 94 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. $99\frac{3}{4}$ G.	Lond. Lst. 10 k. S. $120\frac{1}{4}$ P. 120 G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{8}$ P. $119\frac{7}{8}$ G.	Mail. 250 Lr. 250 k. S. $101\frac{3}{4}$ P. $101\frac{1}{2}$ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. $105\frac{1}{4}$ P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% —— P. —— G.
Cöln Thlr. 60 k. S. $105\frac{1}{8}$ P. $104\frac{7}{8}$ G.	Paris Frs. 200 k. S. $94\frac{1}{2}$ P. 94 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. $96\frac{5}{8}$ P. $96\frac{3}{8}$ G.	Lyon Frs. 200 k. S. $94\frac{1}{2}$ P. $94\frac{1}{4}$ G.

Hamb. MB. 100 k.S 80P $88^3/_4$G. Wienfl. 100C. k.S.117P.$116^3/_4$G.
Leipz. Thlr.60k.S. $105^1/_3$P.$101^7/_8$G. Wien 3 M. mit 4% $116^1/_4$P.116G.
Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 27. März. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{1}{16}$; 5pCt. Metall. $85\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 $136\frac{1}{2}$; von 1854 $108\frac{3}{4}$; Bankaktien 1077; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 327; Donau Dampfschifffahrtsaktien 652; österr. Staatsbahnaktien ——; Nordbahnaktien 2885. Wechselkurse: Augsburg uso 102; London 10. $6\frac{1}{2}$. P. Geldkurs: Dukaten —.

Rotterdam, 22. März. Mit Kaffee blieb es fortwährend still, gut ord. Java ist dessen ungeachtet unter 32 cs. per $\frac{1}{2}$ Kil. nicht zu haben und muß für hellblank und großbohnig $32\frac{1}{2}$ a 33 cs. angelegt werden, gelblich blanker fehlt ganz.

Mit Rohzucker ist es angenehmer. Im Laufe der Woche sind ca. 6000 Kranjangs Java $\frac{1}{2}$ a 1 fl. über Auktions ablauf bezahlt.

Reis fortwährend still, gesch. Arakan fl. $8\frac{1}{2}$ a 9, Java fl. 10 a 11, Tafel fl. 14 a 15 per 50 Kil.

Gewürze ohne Umsatz. Pfeffer 29 a $29\frac{1}{2}$ cs., Piment 30 a $30\frac{1}{2}$ cs., Chines. Caneel 68 a 70 cs., Nelken 36 a 40 cs. per $\frac{1}{2}$ Kil.

° Paris, 27. März. Die Börse hat den Protest der Pforte nicht als ein Hemmniß für die Unterzeichnung des Friedens angesehen, aber die Spekulation ist außerordentlich vorsichtig und als die Rente um 25pCt. gestiegen war, begannen die Gebote, was seit einiger Zeit ganz an der Tagesordnung ist.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 26. März. Von den 15 für die Semmering-Bahn nach Wien bestellten schweren Lokomotiven ist heute die vorletzte aus der Maffei'schen Anstalt in der Hirschau, ohne Räder und ohne die übrigen abnehmbaren Bestandtheile, auf einen eigens konstruirten Wagen geladen und von zwanzig Pferden gezogen auf den Bahnhof geschafft worden, um dort zusammengesetzt und an ihren Bestimmungsort abgeliefert zu werden. In etwa 8 Tagen wird dies auch mit der fünfzehnten geschehen, und damit die großartige Lieferung, welche jener vaterländischen Fabrik in Folge ihres Sieges bei der Preisbewerbung um die beste Steig-Lokomotive für jene Bahn zu Theil geworden, vollendet seyn. Bereits liegt daselbst aber schon wieder Auftrag zu Lieferung von 18 Stück Lokomotiven für die Schweizer Bahnen vor, welche ebenfalls nach besonderer Konstruktion, unter anderem mit 8 Rädern zu bauen sind. (Augsb.Abd.)

Hamburg, 24. März. Ueber Heinrich Heine's Testament, welches vom Jahre 1851 datirt, können wir Ihnen, namentlich was die literarische Seite desselben anbelangt, einige nähere Mittheilungen machen. Sämmtliche hinterlassene Papiere, Schriften, Briefe u. s. w. sollen auf das Sorgfältigste versiegelt und zur Disposition eines hier wohnenden Neffen des Verstorbenen gestellt werden. Ein eigenhändiges, bis jetzt nicht eingetroffenes Schreiben Heine's soll seinem Neffen Aufschluß geben über die Art der Verwendung dieser Papiere. Dr. Christiani in Lüneburg, früheres Mitglied der hannov. Ständeversammlung und Vetter des Verstorbenen, soll über die Veröffentlichung der Gesammtausgabe seiner Werke wachen und namentlich Sorge tragen, daß auch nicht der kleinste Satz, von fremder Hand geschrieben, hinzugefügt werde, hingegen sind Weglassungen, die der Verleger Herr Campe für nothwendig erachten sollte, nach vorgängiger Zustimmung des Hrn. Christiani gestattet. Heinrich Heine verbot in seinem letzten Willen das Seciren seiner Leiche, schrieb hingegen das Oeffnen einer Hauptader am Begräbnißtage vor. Dieses Begräbniß hat auf dem Kirchhofe Montmartre stattgefunden, weil der Dichter so lange in dem gleichnamigen Stadtviertel wohnte. Der Möglichkeit, daß seine Leiche eines Tages ausgegraben und nach Deutschland transportirt werde, so zu einer politischen Demonstration Anlaß geben könne*), hat der Verstorbene durch die ausdrückliche Bestimmung vorbeugen zu müssen geglaubt, daß er für ewige Zeit in der französischen Erde ruhen wolle. Der zum General-Testaments-Vollstrecker Heine's ernannte Herr Joubert, einer der Räthe des Kassationshofes, war sein langjähriger Freund. (Z. f. N.)

Wien, 23. März. Vor längerer Zeit habe ich Ihnen geschrieben, daß die Triester Lloyd-Gesellschaft die Absicht hat, von Triest aus eine direkte Dampfschifffahrts-Verbindung mit New-York ins Leben zu rufen und so den direkten Verkehr Oesterreichs mit den transatlantischen Ländern zu vermitteln. Gelegenheitlich der letzten Generalversammlung der Aktionäre wurde dieser Antrag zwar gutgeheißen, seine Ausführung jedoch vertagt, da dem Ausspruche der Versammlung zufolge die Aufgabe der Lloyd-Gesellschaft zunächst darin besteht, den deutschen Handel mit der Levante vollständig zu entwickeln, die bestehenden Linien auszudehnen und zu vermehren und für eine rasche und den Bedürfnissen des Handels entsprechende Beförderung zu sorgen. Wie man nun vernimmt, ist jetzt der Augenblick erschienen, in welchem der obenerwähnte Antrag seiner Verwirklichung entgegengeführt werden soll. Es sind nämlich zu diesem Ende mit der österreichischen Kreditanstalt Verhandlungen angeknüpft worden, welche allem Anscheine nach zu einem nach beiden Seiten hin befriedigenden Arrangement führen werden, dessen unmittelbare Folge die Eröffnung der direkten Dampfschifffahrt zwischen Triest und den transatlantischen Häfen seyn wird. (Hamb. Nachr.)

*) Man sieht aus dieser Bestimmung, daß Heine's Eitelkeit nahe an Narrheit streift. D. Red.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stabel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 89. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 30. März 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 28. März. Frhr. v. Weveld auf Sinning hat bei der Kammer der Abgeordneten eine Schrift, den Schutz der bayerischen Bierbrauerei betr., eingereicht.

In der Kammer der Reichsräthe wurde zum Referenten über den Gesetzentwurf, „die Gerichtsverfassung betr.“, Graf v. Reigersberg, zum Referenten über den Gesetzentwurf, „die vollziehbaren Urkunden betr.“, Reichsrath v. Maurer gewählt. (B. Ldbt.)

München, 27. März. Der Stadtmagistrat zu Schwarzenbach a/Saale hat an die Kammer der Abgeordneten eine Vorstellung gerichtet, in der folgende Wünsche ausgesprochen sind: 1) daß das Wiederherstellungsrecht der Gemeinden gegen Ansäßigmachungs- und Verehelichungsgesuche aufgehoben oder doch auf ein geringeres Maß zurückgeführt werde, und an dessen Stelle das Recht der Freizügigkeit und der ungehinderten Verehelichung trete, 2) daß, wenn dieses Mittel der Aushülfe für arme und übervölkerte Gemeinden und Gegenden nicht als ausreichend wollte befunden werden, der Staat für eine dem Bedürfnisse entsprechende Organisation der Auswanderung in wenig *bevölkerte* Ländergebiete auf Staatskosten Sorge trage; 3) daß, so lange diese beiden Maßregeln noch nicht in's Leben *getreten* sind, oder die von ihnen zu erwartenden Früchte, die *der Natur* der Sache nach nur allmählich reifen können, noch nicht in ausgiebigem Maße getragen haben, der Staat für die Begründung von Armenbeschäftigungsanstalten in ärmeren und übervölkerten Gegenden auf Staatskosten einstehe; 4) daß eine größere Zahl von Strafarbeitshäusern in's Leben gerufen werde, um dem nothwendigen Einschreiten gegen arbeitsscheue und liederliche Personen, die gleichwohl auf ihre Armenrechte pochen, besseren Vollzug und Erfolg zu sichern, als es bisher der Fall war. Der Petitionsausschuß der Kammer hat diese Anträge geprüft und hierauf einstimmig beschlossen, dieselben nicht bloß als zulässig, sondern auch materiell als zur näheren Würdigung geeignet zu erklären. (Schw. M.)

Preußen. Berlin, 26. März. Die schon mehrfach von uns erwähnte Erweiterung des Rheinischen Eisenbahnunternehmens hat am 5. März die königl. Sanktion erhalten. Durch die neueste Nummer des „Staatsanzeigers“ gelangt die königl. Konzessions- und Bestätigungs-Urkunde zur Publikation, wonach die Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft ermächtigt wird, ihr Unternehmen auf den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Krefeld nach Nymwegen, einer Verbindungsbahn um und durch die Stadt Köln, einer Eisenbahn von Rolandseck nach Bingen, sowie der früher bereits konzessionirten, aber nicht zur Ausführung gelangten Eisenbahn von Düren nach Scheiben auszudehnen, auch die unterm 6. Juli 1840 konzessionirte Bonn-Kölner und die unterm 30. Juli 1853 konzessionirte Köln-Krefelder Eisenbahn mit dem Rheinischen Eisenbahn-Unternehmen zu vereinigen, und zu diesem Behuf ihr Grundkapital um 24 Mill. Thaler zu erhöhen. (Nat.-Z.)

Berlin, 26. März. Ueber den Tiergardt'schen Antrag auf höhere Besteuerung des Tabaks, zu dem der Abg. Carl das Amendement gestellt hat, daß der Erhöhung des Einkommens aus der Tabaksteuer gegenüber eine Ermäßigung der Klassen-, Einkommen-, Schlacht- und Mahlsteuer eintreten möge, hat die Kommission des Abgeordnetenhauses Bericht erstattet. Die Bedenken, ob es überhaupt angemessen sey, daß das Abgeordnetenhaus der Staatsregierung eine Steuererhöhung vorschlage, wurden in der Kommission rasch beseitigt; und da die Regierung auch keine Veranlassung hat, der Besteuerungslust der Volksvertreter erhebliche Schwierigkeiten entgegenzusetzen, so mögen sich Tabaksfabrikanten und Tabakskonsumenten auf das Schlimmste gefaßt machen. Der Regierungskommissär machte gegen diese Besteuerungslust denn doch bemerklich, daß hohe Steuern einen wirthschaftlich und moralisch höchst nachtheiligen Einfluß auf die Bevölkerung zu üben pflegen, daß drakonische Gesetze gegen Contraventionen Erbitterung und demoralisirenden Schmuggel, der bekanntlich die reichhaltigste Quelle des Diebstahls bildet, erzeugen. Die Kommission lehnte schließlich die beantragten motivirten Tagesordnungen ab und adoptirte mit 16 gegen 8 Stimmen den Diergardt'schen Antrag in folgender Gestalt: „Die Kommission, in Erwägung, daß der Tabak ein zur Besteuerung vorzügliches Objekt ist, daß aber die davon in Preußen eingehenden Steuern, im Verhältniß zu dem Ergebniß der Tabaksbesteuerung anderer Großstaaten, zu gering sind, spricht ihre Ueberzeugung dahin aus, daß es dringend wünschenswerth sey, bei den Verhandlungen mit den Zollvereinsstaaten*) eine höhere Besteuerung des inländischen und ausländischen Tabaks in fernere Erwägung zu ziehen.“ (Nat. Ztg.)

Großbritannien.

London, 26. März. Die Annexation von Audh veranlaßt Disraelis „Preß“ zu den Worten: Für diesen Akt kolossalen Raubes (spoliation) gibt es keinen direkten Vorwand. Der König hat unserer Autorität nicht Trotz geboten, noch war seine Herrschaft unsern anstoßenden Besitzungen im Geringsten schädlich oder gefahrdrohend. Die amtliche Proklamation gibt zu, daß die eingeborne Dynastie bei allen sonstigen Fehlern England immer treu und ergeben gewesen sey. Aber der König habe schlecht regiert, heißt es, und deßhalb wird nicht nur er selbst abgesetzt, sondern auch seine Söhne werden des Throns verlustig erklärt. Dazu gibt es wahrlich kein Seitenstück. Wenn ein solcher Vorwurf die Konfiskation eines Reiches sichert, welcher Staat ist dann vor seinen mächtigern Nachbarn sicher? Es ist aber äußerst zweifelhaft, ob Audh sich nicht wenigstens eben so großer Wohlfahrt erfreut hat, als irgend ein Theil von Britisch Indien. Aber die Annexation war einmal beschlossen.

London, 26. März. In St. Martin's Hall fand gestern unter Vorsitz eines Herrn Smedley, High Bailiffs von Westminster, ein Meeting von Freunden der administrativen Reform statt. Die Versammlung, der auch das Parlaments-Mitglied Sir J. V. Shelley beiwohnte, war hauptsächlich zu dem Zwecke einberufen worden, dem Nepotismus und dem Protektionsunwesen bei der Vergebung von Stellen entgegen zu wirken. Doch kam auch, freilich im Zusammenhange mit diesem Hauptgegenstande, die parlamentarische Reform zur Sprache, und recht radikale Vorschläge in Bezug auf Einführung eines neuen Wahl-Systems tauchten auf. Es machte sich übrigens eine große Meinungsverschiedenheit geltend, und man ging auseinander, ohne daß eine einzige Resolution angenommen worden wäre.

Frankreich.

° Paris, 27. März. Letzten Freitag, als die Gläubigen sich in der Kirche Saint-Eustache drängten, um das Kreuz anzubeten, sagte eine elegant gekleidete junge Frau, die ein eingewickeltes Kindchen auf dem Arme trug, zu ihrer Nachbarin: „Sie würden sehr gefällig seyn, wenn Sie mir, während ich das Kreuz küssen gehe, mein Kind einige Augenblicke halten wollten.“ Die Nachbarin, eine gute ehrliche Frau aus dem Gros Caillou, Gemüse- und Fruchthändlerin ihres Standes, beeilte sich das Kind zu nehmen, dessen Schönheit sie nicht genug loben konnte und war ganz stolz, daß man ihr dieses kleine Wesen anvertraut hatte. Indessen verfloß die Stunde, fast alle in der Kirche Anwesenden hatten ihre Kreuz-Anbetung verrichtet — und die junge Mutter erschien noch immer nicht wieder. Die gute Frau fing an, über die ihr zugedachte Ehre etwas kälter zu werden und entschloß sich endlich, als kein Zweifel mehr mög-

---

*) Die süddeutschen Staaten erklärten sich schon früher bereit zur Tabakbesteuerung.

lich war, daß das Kind verlassen wurde, dasselbe zum Polizeikommissär des Viertels zu bringen. Dieser Beamte ließ das Kind, das ein Knäblein war, etwa 14 Tage alt und kräftig ist, untersuchen, wobei man zwischen der feinen leinenen mit neuen und werthvollen Spitzen besetzten Wäsche folgende von weiblicher Hand geschriebene Worte fand: „Unvermeidliche Umstände zwingen mich, mein theures Kind zu verlassen, das ich, so mir Gott hilft, eines Tages sicher zurückfordern werde." Der Kommissär ließ das Kind unter dem Namen Benoit-Joseph-Eustache einschreiben und in's Findelhaus bringen.

Paris, 26. März. Wie aus guter Quelle verlautet, ist die Bildung einer großartigen „Allgemeinen algerischen Kreditgesellschaft" im Werke, die nicht bloß, gleich den Gesellschaften Kredit mobilier, als finanzielles Institut, sondern auch als industrielle Gesellschaft thätig seyn und insbesondere mit bedeutenden forstwirthschaftlichen Unternehmungen beginnen würde. Die angesehendsten Finanzmänner werden als Gründer der Gesellschaft bezeichnet. (Fr. Pstz.)

Paris, 27. März. Das Verbot gegen den Verkauf ausländischer industrieller Papiere an der hiesigen Börse hat zu einer großen Anzahl Reklamationen beim Finanzminister Veranlassung gegeben. Man glaubt hier allgemein, daß das Verbot nicht lange wird aufrecht erhalten werden. (K.Z.)

Spanien.

† Die Gründer der spanischen Credit-mobilier-Gesellschaft haben dem Minister des Innern 100,000 Realen zur Verfügung stellen lassen, welche unter die Armen von Madrid, Valladolid und Burgos vertheilt werden sollen.

Italien.

Genua, 20. März. Die „Industrie" bringt die Mittheilung, daß es einem Herrn Chochaux gelungen sey, einen geeigneten Eisenbahnweg über die Alpen mittels des Berges Thabor aufzufinden; derselbe sey vor Schneeverwehungen gesichert und die Bahn mit relativ mäßigem Kostenaufwande zu errichten.

Rußland und Polen.

Petersburg, 20. März. Der Domänenminister hat ein Gesetz vorgeschlagen, demzufolge auf Gütern, die aus dem Besitze der Privaten in den Besitz der Krone übergeben, alle diejenigen Leibeigenen, welche Grundeigenthum erworben haben, so lange sie noch Leibherren angehörten, selbst wenn der Besitz nicht durch vorschriftsmäßige Kaufbriefe, aber durch Aussagen von Gemeinde-Genossen erwiesen ist, den erworbenen Grund und Boden als Eigenthum behalten dürfen. Eine andere Verfügung beschränkt das Recht der Leibherren, diejenigen Leibeigenen, welche ihre Freilassung betreiben, während die Frage schwebt, weder überzusiedeln, noch als Rekruten einzustellen, bis die höchste Gerichtsinstanz entschieden hat, daß ihnen die Freiheit nicht zu ertheilen sey, und Staatsanwalt wie Rechtsanwalt dagegen keinen Einspruch gethan haben. Aus beiden Ukasen scheint die Absicht hervorzugehen, die Interessen der Leibeigenen zu schützen. — Die Haute-volée der Moskauer Damen hat den durchziehenden Mariniers der ehemaligen Pontus-Flotte ein splendides Gastmahl gegeben, bei dem verschiedene, den unsterblichen Ruhm dieser Krieger verkündende Reden gehalten wurden. Unter Anderen hat sich auch die „Kriegs-Dichterin" Gräfin Eudoxia Petrowna Rostoptschin vernehmen lassen und schließlich die Helden mit einem Gelegenheits-Gedichte überrascht. „Was ist Danzig, Saragossa, Troja" — heißt es in dem Liede, das der heutige „Russische Invalide" enthält, „im Vergleich mit Sebastopol! Kein Kampf war heißer, keine Schlacht war fürchterlicher . . . . Aber Gott gefiel's, Rußland zu prüfen. Nicht von der Feinde Macht besiegt, nicht von ihrer Hand zerstört haben wir es übergeben!" (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Wien, 26. März. Der „Siecle" enthielt jüngst eine Depesche aus Jassy mit der Meldung, daß ein Kurier mit einer an den Grafen Walewski adressirten Depesche, in welcher die Union der Donaufürstenthümer gefordert wird, in Czernowitz angehalten worden sey. Nach der „Oesterr. Ztg." scheint es mit der Gefangennahme jenes „Kuriers" folgende Bewandtniß zu haben: „Ein authentischer Brief aus Bucharest meldet, daß mehrere Versammlungen in Jassy stattgefunden hätten, und ein vom Redakteur des „Donausternes" entworfener Protest gegen die Konstantinopler Beschlüsse mit Hunderten von Unterschriften bedeckt wurde. Man wollte (gegen den Willen des Fürsten Ghika) eine Deputation von Bojaren nach Paris senden, um bei der Konferenz Einsprache zu erheben. Die Bojaren scheinen nur Einen aus ihrer Mitte mit der Mission nach Paris betraut und mit von ihnen ausgehenden Schriftstücken versehen zu haben, welche abzufassen oder gar an auswärtige Mächte auf eigene Faust und gegen den ausdrücklichen Willen der Regierung abzusenden, sie nicht das geringste Recht haben. Da ein solcher, glimpflich gesagt illegaler, Vorgang in einem halbwegs geordneten Staate nicht geduldet werden darf, mag der Erwähnte auf Requisition der moldauischen Regierung in Czernowitz angehalten worden seyn, zumal er in seiner sich eigenmächtig beigelegten Eigenschaft eines „Kuriers" keinerlei Legitimation aufzuweisen im Stande gewesen seyn wird." (?)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 29. März. In Folge höherer auswärtiger Notirung und der Nachricht vom bevorstehenden Friedensschluß waren die meisten Effekten zu höheren Kursen beliebt. Für Livorno und mitteldeutsche Kredit-Aktien zeigte sich lebhafte Nachfrage.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1297 P. 1292 G. Neue Bankaktien 404 P. 400 G. Credit-Actien à 5pCt. 200 P. 198 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 85 5/8 P. 85 3/8 G. Metall. alte à 5pCt. 81 1/4 P. 81 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89 G.; à 4 1/2pCt. 76 1/4 P. 76 G.; à 4pCt. 68 P. 67 1/2 G.; à 3pCt. 51 1/2 P. 51 G.; à 1pCt. 17 1/4 P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G.; à fl. 250 von 1839 — P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108 3/4 P. 108 1/2 G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 30? P. 306 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 113 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3 1/2 pCt. 86 1/2 P. 86 G.; 4pCt. — P. 94 3/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4 1/2pCt. 100 1/4 P. 99 3/4 G.; 5pCt. 101 1/2 P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156 P. 155 1/2 G. Neustadt-Weissenb. 119 3/4 P. 1?9 1/4 G.

Württemberg. 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 88 3/4 P. 88 1/4 G.; 4 1/2pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 45 1/2 P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82 7/8 P. 82 3/8 G. Kurhessen. 40 Thalerloose b. R. 41 P. 40 3/4 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62 1/2 G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3 1/2pCt. 92 1/4 P. 91 3/4 G.; à 4pCt. 104 P. 99 1/2 G.; 3 1/2pC. 102 P. 101 1/2 G.; Loose à fl. 50 112 1/2 P. 112 G.; à fl. 25 33 1/4 P. 33 G.; Darmstädter Bankaktien alte 356 P. 354 G.; junge — P. 302 G. Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 104 1/4 P. 103 3/4 G. Baden. fl. 35 Loose von 1845 47 P. 46 3/4 G. Nassau. Obligationen à 3 1/2pCt. — P. 89 1/4 G., Loose à fl. 25 31 1/4 P. 31 G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85 1/2 P. 85 G.; à 3 1/2pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; Bankaktien 121 P. 120 1/2 G.; Taunus-Aktien 334 P. 332 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktion 82 1/2 P. 82 G. Homburg. Bankaktien — P. — G. Polen. fl. 500 Partial 87 P. 85 1/2 G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 40 1/4 P. 40 G.; 1pCt. neue 25 P. 24 7/8 G. Holland. Integrale 63 1/2 P. 64 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. 99 3/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120 1/4 P. 120 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/2 P. 119 7/8 G.	Mail. i. S. Lt. 250 k. S. 101 3/4 P. 101 1/4 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% — P. — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 5/8 P. 94 3/8 G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96 1/8 P. 96 3/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 1/2 P. 94 1/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88 3/4 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117 3/8 P. 116 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 1/2 P. 116 1/4 G.

Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 28. März. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86; 5pCt. Metall. 85 3/8; 4 1/2pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 136 1/2; von 1854 109 3/4; Bankaktien 1084; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 335; Donau Dampfschifffahrtsaktien 650; österr. Staatsbahnaktien 357 1/2; Nordbahnaktien 2940. Wechselkurse: Augsburg uso 102; London 10. 6. B. Geldkurs: Dukaten —.

Unseren geehrten Abonnenten

zur Nachricht, daß wir die im Laufe des heutigen Nachmittags von Paris zu erwartende Depesche über den „Friedensschluß" in einer Extra-Beilage geben werden.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger"
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Würzburger Anzeiger.

Beiblatt zur Neuen Würzburger Zeitung.

№ 89.	Das Abonnement auf den Anzeiger beträgt monatlich 9 kr., vierteljährlich 24 kr. hier und bei allen k. bayer. Postämtern.	Sonntag, 30. März	Einrückungsgebühr: Die dreispaltige Zeile oder deren Raum wird mit 3 kr., die zweispaltige mit 6 kr. und die durchlaufende Zeile mit 9 kr. berechnet.	1856.

Tagskalender: Quirin. Sonnenaufgang: 5 Uhr 45 Minuten. — Sonnenuntergang: 6 Uhr 26 Minuten. — Mondsuntergang: 10 Uhr 30 Minut. Thermometer nach Reaumur 7 Uhr Früh: 3 Grad Kälte, Mittag 12 Uhr 6 Grad Wärme. — Bauernregel: Das Pfropfen und Kopuliren, darf Dich mit 14 Tagen nicht mehr genieren.

Lokales und aus dem Kreise.

* Würzburg, 30. März. Die Zufuhren zur heutigen Schranne waren so stark, daß man bei Beginn des Marktes mit Recht ein Fallen der Getraidepreise hätte erwarten dürfen, und zwar um so mehr, da für Export nur ganz unbedeutend gekauft wurde. Wie wir schon seit langer Zeit Gelegenheit hatten zu beobachten, und wie die Schrannenregister nachweisen müssen, werden von den Exportkäufern stets die niedrigsten Preise bezahlt, welche gegen jene, die von Bäckern und Müllern angelegt werden, oft bis zu 3 fl. per Schäffel abweichen. Dennoch hört man häufig von unserem von Vorurtheilen behafteten Publikum ein Steigen der Preise dem Exportgeschäfte zuschreiben, und es bleibt zu wundern, daß die Ursachen der schon so oft und auch auf heutiger Schranne vorgekommenen Erscheinung nicht allerorts eine richtige Würdigung finden und man einsehen lernt, daß nur der Händler ein Interesse hat, billig einzukaufen, während hohe Brodpreise lediglich von hohen Marktpreisen abhängig bleiben.

Auf das Benefizium B. M. V. zu Ebern hat der Patron den dortigen Kaplan, Priester Heinr. Schmitt, präsentirt. (W. D.-B.)

(Eingesandt.) Wir können nicht umhin, auf das Wiederemporblühen der hiesigen Aumühle, eines früher so beliebten Platzes, aufmerksam zu machen. Es findet sich nun wieder sehr anständige Gesellschaft dort, und erfreute man sich z. B. am vergangenen Festtag im Garten recht heiterer Nachmittagsstunden, wozu die Artilleriemusik neben den guten Speisen und Getränken nicht wenig beitrug. Es scheint eben doch die Konkurrenz von Göbelslehn und Smolensk auch auf unsere anderen Wirthschaften vor der Stadt günstig zu wirken.

Vermischtes.

Mainz, 22. März. Heute wurde hier ein höchst interessanter und wichtiger Fund gemacht. In dem als das erste Druckhaus Gutenbergs bekannten „Hof zum Jungen", am Franziskanerplätzchen, wurde beim Graben eines Brunnens in der Tiefe von 24 Fuß ein drei Fuß langes Holz, wie solches bei den alten Buchdruckerpressen zum Zudrehen der Presse benutzt wurde, mit der Jahreszahl 1441 und den Buchstaben J. G. gefunden. Dasselbe ist von Eichenholz und scheint der Farbe und dem Gewichte nach lange im Wasser gelegen zu haben, so daß es die Schwere wie Ebenholz hat. In diesem Hause druckten nach der Geschichte von Mainz Gutenberg und Fust von 1443—1450 und im Jahre 1455 Fust und Schöffer; das Gebäude führt auch den Namen „Brömserhof", da es nach der Eroberung von Mainz durch Adolf von Nassau von demselben dem Ritter Brömser von Rüdesheim zum Geschenke gemacht wurde.

* Bei einer am 3. April in Paris stattfindenden Bücher-Versteigerung, werden unter Anderm auch nachfolgende deutsche *seltene* Werke zur Versteigerung kommen:

Der Schatzgräber. Nürnberg. A. Koberger. 1493. Fol. mit 95 Holzschnitten von Wohlgemuth, dem Meister Albrecht Dürers.

Legende des heil. Franziskus. Nürnberg. Kaspar Rosenthaler 1512. 4° mit 56 ausgezeichneten Holzschnitten.

Wappen des heil. römischen Reichs. Frankfurt. 1579. Fol. mit 144 vorzüglichen Holzschnitten.

Die Legende und Leben des heil. Kaiser Heinrich. 1511. Bamberg. 4° auf Pergament. u. s. w.

Handels- und Börsenberichte.

* Frankfurt, 27. März. (B.-K.) Die bereits in meinem letzten Berichte angedeuteten Schwankungen an unserer Börse haben sich während der vorigen Woche zu einer förmlich rückgängigen Bewegung umgestaltet. Alle Hauptspielpapiere sind mehr oder weniger gedrückt, österreichische Staatsfonds sind sogar empfindlich gewichen; und nur diejenigen, welche unter die Kathegorie der soliden gehören (preußische, süddeutsche) sind von dem Rückgange nicht betroffen worden. Spanische gewinnen seit einiger Zeit mehr Vertrauen und man rechnet sie nicht mehr zu unsoliden; 1% gestiegen vorige Woche von $24\frac{1}{2}$ auf $25\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$, doch fürchtet man, daß sie sich nicht werden behaupten können. Es hat überhaupt ganz den Anschein, als stünde uns hier eine ernstliche Börsenkrise bevor. Unsere Bank hat bekannt gemacht, daß sie von vorgestern an den Wechseldiscont von 3 auf 4% erhöhen werde. Dies hätte aber schon früher geschehen müssen, und daß es unterblieben, zeugt von keiner besonderen Umsicht ihrer Leiter. Der Umstand, daß sie bei einem andauernden Wechseldiskont von 3% auf alle Papiere, in denen unsere Börse verkehrt, willig darlieh, hat unfehlbar sehr mit dazu beigetragen, die überstürzende Bewegung jener zu nähren. Unsere Bank scheint überhaupt nur dazu bestimmt zu seyn, dem Verkehr und Schwindel in Börsenpapieren zu dienen, denn reeller Handel und Industrie haben bis jetzt wenig Nutzen von ihr gezogen. Wichtige Notirungen unserer Börse lassen sich für den Augenblick schwer angeben, da Alles zu sehr zum Verkauf drängt. Von Eisenbahnaktien sind Pfälz. Marb am flauesten; diese sind von ihrem höchsten Stande, 141, bereits auf 116 heruntergegangen; die übrigen ebenfalls flau. Der Wechselcours auf Wien ist von $119\frac{1}{4}$ auf $116\frac{3}{4}$ gewichen und wird noch mehr zurückgehen. Andere Wechselvaluten sind in Folge der Diskontoerhöhung ebenfalls flauer. Die diesjährige Generalversammlung der Aktionäre der Frankfurter Bank wird am 16. April hier stattfinden. — Im Getraidehandel ist ein abermaliges Sinken der Preise zu melden.

Neueste Nachrichten.

Wien, 28. März. Die gestrige „Oesterr. Zeitung" enthält eine Erklärung Halms (des Frhrn. v. Münch-Bellinghausen), worin sich dieser als Verfasser des „Fechters von Ravenna" bekennt, und aufs entschiedenste behauptet, daß er die „Cherusker in Rom" von Bacherl bei Abfassung des Stücks nicht benützt habe. Jede gegentheilige Behauptung erheische gerichtlichen Beweis. Als Quelle für seinen „Fechter" führt er eine Abhandlung des Philologen Göttling an.*) (T. D. d. A. Z.)

London, 28. März. Der „Times" zufolge ist der Anspruch Preußens, den Friedensvertrag in derselben Weise, wie die übrigen auf den Konferenzen vertretenen Mächte zu unterzeichnen, in Folge der von Lord Clarendon dagegen erhobenen Einsprache verworfen und die durch diese Angelegenheit hervorgerufene diplomatische Schwierigkeit beseitigt worden. (T. D. d. K. Z.)

Aus Japan wird gemeldet, daß die Stadt Jeddo am 12. November v. J. durch ein Erdbeben zerstört worden ist; 100,000 Häuser liegen in Trümmern und 30,000 Menschen sind umgekommen. (Fr. J.)

*) Göttling vermuthete, wie Prof. Urlichs in der „Allg. Ztg." nachweist, im Jahr 1848, eine in der Loggia de' Lanzi zu Florenz befindliche Statue stelle Thusnelda, ein Kopf im britischen Museum ihren Sohn Thumelikus dar. Dieser, meinte Göttling, sey Gladiator geworden, und habe sich, um der Schande des öffentlichen Auftretens zu entgehen, umgebracht. Aber die Umbildung, Thumelikus sey seines Gladiatorthums froh geworden, gehöre ganz dem Dichter an.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Karl Pöhlmann. — Für die Anzeigen verantwortlich: V. J. Stahel.

Ankündigungen.

Von meiner Geschäftsreise nach Paris zurückgekehrt, bringe meinen geehrten Abnehmern zur Nachricht, daß die dort von mir persönlich angekauften

Shawls, Sommertücher, Schleier, Fichus, Mantillen, Seidenzeuge, Barrège, Jacconas, Mousselinettes, Kleider 2c. 2c.

in reicher Auswahl eingetroffen sind, und um geneigten Besuch bitte.

[2a] **Carl Bolzano.**

Pâte Pectorale

von

Silberne Medaille 1843 — **Georgé, Apotheker** in Epinal. — Goldene Medaille 1845

Dieser in ganz Frankreich und Deutschland rühmlichst bekannte brustheilende Teig wird von den größten Aerzten empfohlen als das beste Mittel wider Hals- und Brustbeschwerden, Schnupfen, Heiserkeit, Katarrhe, Keuchhusten, Seitenstechen 2c. und ist in Schachteln à 28 kr. zu haben in

Würzburg bei Hrn. Apotheker **Roth** zum „Einhorn", Neubaugasse,
Münnerstadt „ „ **Hundtrisser.** [7]

Aecht amerikanische Gummischuhe für Herren, Damen und Kinder empfiehlt in **grosser Auswahl** und zu den billigsten Preisen

[2] **Carl Bolzano.**

Nachricht
für
Auswanderer.

Postschiffe neuer Linie
zwischen
Havre, Newyork u. New-Orleans.
General-Agentur von Carl Sieber in Würzburg.

Durch die Postschiffe neuer Linie der Herren J. Barbe & Morisse in Havre werden Auswanderer das ganze Jahr hindurch am 9., 19. und 29. eines jeden Monats nach New-York, und in den Winter-, Herbst- und Frühlingsmonaten am 8., 18. und 28. nach New-Orleans befördert.

Die Passagiere werden von erfahrenen Kondukteuren nach Havre begleitet.

Verträge werden abgeschlossen durch die General-Agentur und deren Agenten, die Herren:

J. A. Deckelmann in Aschaffenburg.
August Hally in Amorbach.
J. A. Schöppner in Bischofsheim an der Rhön.
Philipp Hannawacker in Gemünden.
F. A. Wagner in Klingenberg.
Heinrich Joseph Maier in Lohr.
Julius Hartmann in Marktbreit.
Joseph Flasch in Marktheidenfeld.
Joseph Knapp in Miltenberg.
Wilhelm Simon in Schweinfurt.
C. Thaler in Wiesentheid.
J. M. Bernard in Wörth a/M.

[35]

Eine Dame aus Dresden sucht eine Stelle als Lehrerin in einem Institute, um daselbst die deutsche, französische, englische und italienische Sprache grammatikalisch sowohl, als durch Konversation zu lehren; sie hat in genannten Sprachen Prüfungen bei Professoren bestanden und hat darüber schriftliche Zeugnisse aufzuweisen. Das Nähere durch portofreie Briefe unter der Adresse Fräulein **Wießner** Dresden, hinter der Frauenkirche Nr. 9. [3b]

Stadt-Theater.

Sonntag den 30. März: Zum ersten Male wiederholt: **Lohengrin.** Romantische Oper in drei Akten von Richard Wagner.

Montag den 31. März. Zum ersten Male: **Auf dem Lande.** Lustspiel in 4 Akten von Roderich Benedix.

Milde Beiträge

für die unglücklichen Abgebrannten in Nordhalben und Selb sind ferner in der Unterzeichneten eingegangen:

G. 2 fl. K. G. für Nordhalben 3 fl., für Selb 2 fl. K. G. für ein Krankes nach Nordhalben 7 fl., für ein Krankes nach Selb 5 fl., W. 2 fl. 24 kr. Gott segne es 5 fl., N. 3 fl. Der Herr segne das Wenige 10 fl., J. St 10 fl. Von den Unteroffizieren und der Mannschaft des Zeughauses 3 fl., A. 1 fl, F. T. 1 fl.

Transport 555 fl. 48 kr. Summa der bis heute eingegangenen Beiträge 610 fl. 12 kr.

Von diesen Beiträgen wurden bereits an das k. Regierungspräsidium von Oberfranken in Bayreuth als die Unterstützungs-Centralbehörde unterm Gestrigen zur Uebermittlung an die betreffenden Lokalkomités übersandt: 300 fl. für Nordhalben, 265 fl. für Selb, sowie bereits vorgestern durch die Bahn an beide Orte die eingegangenen Gaben an Kleidungsstücken, Wäsche und Viktualien expedirt wurden.

Weitere Beiträge werden angenommen in der **Exped. der N. Würzb. Zeitung.**
(Stahel'sche Buch- u. Kunsthlg.)

Kurs der Geldsorten.

Vom 29. März.

Pistolen 9 fl. 41½—42½ kr.
„ preußische 9 fl. 55—56 kr.
Holländ. 10-fl.-Stücke 9 fl. 48½—49½ kr.
Rand-Dukaten 5 fl. 34—35 kr.
20 Frankenstücke 9 fl. 24—25 kr.
Engl. Sovereigns 11 fl. 52—54 kr.
Gold al Marco 379—381 fl.
Preußische Thaler 1 fl. 45—45¼ kr.
„ Kassenanw. 1 fl. 45⅛—45⅜ kr.

Fremden-Anzeige.

Vom 29. März.

Adler. Maier, Fabrikant aus Mannheim. Grohn, Opernsänger a. Koblenz. Kaufl.: Johannes a. Meiningen, Burkardt a. München, Stern a. Berlin, Meißner a Dusseldorf, Kausel a. Hanau.

Kirschbaum. Trautner, Ingenieur a. Basel. Grenze, Geometer a. Berlin. Streng, Fabr a. Nürnberg. Engelhard, Forstpraft a. Aschaffenb. Moser, Stud. med. a. München. Kflte.: Agner a. Wien, Willing a. Berlin.

Kronprinz. Baron v. Thüngen m. Diener a. Thüngen. Ettinger, kgl. Landgerichtsassessor aus Rothenfels Kflte: Herforth a. Nürnberg, Seefelder a Berlin, Stockmar a. Bremen, Kusel a. Hamburg.

Schwan. Hofmeister, Stud. med. a. Erlangen. Rothmund, Lithograph a München Gaab, Verwalter a. Mauern. Sailer, Part. a Nürnberg. Habermann, Dr. Philologie a. Weimar. Leininger, Privatier a Lixberg Dietl, Mechaniker a. Kloster Heilsbronn. Frau Kauff u. Frl. Scheffer a Marienburghausen. Kfl.: Bielfeld a. Magdeburg, Krumm a. Remscheid. Pollak a. Gotha, Kuig a. Lorrach, Weiß a. Ulm.

Wittelsbacher Hof. Kurth u. Weßlau, Architekten a. Jüterbogk. Kflte.: Konrad a. Friedberg, Geßner a. Innsbruck, Heilmann a. Dessau.

Württemberger Hof. Schrepfer, Studienlehrer a. Bamberg. Lehnhoff, Gutsbesitzer a. Heiligenthal. Schwab, Stud. med. a. Straßburg. Scherer, Rechtsprakt. a. Lohr. Kflte.: v. Hagen a. Barmen, Wolfsthal a. Aschaffenburg.

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg. — Druck von J. M. Richter in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 90.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 31. März 1856

Telegraphische Depesche.*)

Paris, 30. März, Nachmittags 3 Uhr. Die Kanonen der Invaliden verkünden soeben mit 101 Schüssen

die Unterzeichnung des Friedens,

die man den ganzen Vormittag über erwartet hatte. In Folge dessen wird eine großartige Illumination in Paris für heute Abend veranstaltet.

*) Gestern Abend bereits einem Theil unserer Leser durch eine Extrabeilage mitgetheilt.

Der Friede.

Der Friede ist da! so jubelte gestern Paris. Der Friede ist da! ruft heute wonnetrunken eine Börse der anderen zu, und im Chorus tönt's von allen Seiten wieder: der Friede ist da! Ist dieser Friede aber so viel Lärmens werth? Ist es ein dauerhafter Friede? — Nein! — Es ist ein Friede, der den Unfrieden erzeugen wird, ja nothwendig erzeugen muß.

Was war der eigentliche Anlaß zum Krieg? Nichts anderes, als daß der Kaiser von Rußland sich einen übermächtigen Einfluß in der Türkei zu verschaffen suchte. Die Westmächte wollten das nicht dulden; so kam es zum Krieg.

Ist nun durch den Frieden der Zankapfel beseitigt? — Nein! — Ist einer der streitenden Theile genöthigt worden, seinen Gelüsten zu entsagen? — Nein! — Sind die Großstaaten weniger lüstern geworden? — Auch nicht. Im Gegentheil, eifersüchtiger als je beobachten sie sich gegenseitig, jeder bereit, die erste beste Gelegenheit zu benutzen, um einen Bissen für sich zu erhaschen; bereit zugleich, den Nachbar auf die Hand zu schlagen, wenn er sich etwa beikommen ließe, gleichen Gelüsten Raum zu geben.

Und das Zuschlagen macht sich jetzt viel rascher, als vorher, denn sie sind sich näher gerückt. Frankreich und England brauchen nicht mehr ihre Truppen aus der Heimath beizuholen, sie lassen sie gleich in gehöriger Stärke in dem Gebiete der Türkei selbst stehen; Oesterreich ist auch einen guten Schritt weiter gegen Osten vorgegangen, und hat in den Donaufürstenthümern eine ganz ansehnliche Macht beisammen. Die Vorposten der Nebenbuhler sind sehr weit vorgeschoben, und wo man sich so nahe steht, da fehlt's auch an Reibungen nicht. Um uns eines sprüchwörtlich gewordenen Bildes zu bedienen: die Nebenbuhler beobachteten früher von Ferne das Bett des kranken Mannes und ihre gegenseitigen Bewegungen; jetzt aber stehen sie alle ganz nahe dabei, lauernden Blicks die Hand am Schwert. Kann da der Streit ausbleiben?

Das ist nun der Friede, welcher in Paris mit einer Hast abgeschlossen wurde, die mit der früheren Hartnäckigkeit der streitenden Mächte in grellem Widerspruch steht; mit einer Hast, die wahrlich unvernünftig erscheinen müßte, hätten die seitherigen Gegner nicht schon ein anderes Mittel zur Erreichung ihrer Pläne in petto, das ihnen wirksamer dünkt, als der kostspielige Krieg, durch den sie sich doch im Grund nur blutwenig abgerungen haben. Hievon ein anderes Mal.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 28. März. (Privat-Korresp.) Diesen Mittag feierte die kgl. Akademie der Wissenschaften ihren 96. Stiftungstag durch eine öffentliche Sitzung, welcher u. A. der kaiserl. russische Gesandte Hr. v. Severin, der Kultusminister Hr. v. Zwehl und der Kriegsminister Generalmajor v. Manz beiwohnte. Die Sitzung eröffnete der Vorstand Geh. Rath v. Thiersch mit einem Vortrage über Gelehrsamkeit, und diesem folgte zum Andenken an Schmeller ein trefflicher Vortrag über dessen Verdienste um den Handschriftenschatz der kgl. Hof- und Staatsbibliothek, gehalten vom Akademiker Föhringer, dann eine anziehende Gedächtnißrede auf Joh. Nep. Fuchs, gehalten vom Akademiker Dr. v. Kobell. Die Büsten der beiden Gefeierten – Schmeller's und Fuchs' — befanden sich neben dem Bildnisse des Monarchen von reichem Blumenschmucke umgeben.

München, 28. März. Se. Maj. der König haben dem Regimentsarzt Dr. Erhart Rubenbauer von der Leibgarde der Hartschiere das Ehrenkreuz des Ludwigordens, dem Obersten à la suite Maximilian Frhrn. v. Freyberg-Eisenberg, Hofmarschall Sr. kgl Hoheit des Herzogs Maximilian in Bayern, den Charakter als Generalmajor à la suite verliehen; den Fürsten Karl Friedrich v. Wrede zum Hauptmann à la suite ernannt. (Verordnungs-Bl.)

München, 28. März. Der hiesige Magistrat hat heute beschlossen, die Grabstätten zweier berühmter, leider zu früh der Welt entrissenen Männer, Sennefelder († 1834) und Gabelsberger († 1849), für ewige Zeiten als unveräußerlich einzutragen, da sich an die genannten berühmten Namen so erfreuliche Erinnerungen knüpfen; denn Sennefelder hat bekanntlich die Lithographie, Gabelsberger die Stenographie erfunden. Der Antrag ging von dem bürgerlichen Magistratsrath Kaufmann Riederer aus und wurde einstimmig angenommen. — Das Programm für das diesjährige Zentral-Landwirthschaftsfest (Oktoberfest) ist ausgearbeitet und wird nun Sr. Maj. dem König zur Genehmigung vorgelegt. Das seit 1847 eingeführte, am Donnerstag der Oktoberfestwoche gewöhnlich abgehaltene Trabrennen ist für heuer ganz weggeblieben, weil die Theilnahme an demselben sich von Jahr zu Jahr mindert und die Kosten für Preisfahnen und Geldpreise doch bedeutend sind, nämlich 400 fl. Diese Summe soll nun zu anderen Volksbelustigungen verwendet werden, über welch' letztere jedoch zur Zeit noch kein bestimmter Antrag gestellt werden kann. Wahrscheinlich wird, wenn es die Witterungsverhältnisse gestatten, ein großartiges Feuerwerk veranstaltet werden, damit das Fest für das Publikum nicht an Interesse verliert. (Augsb. Pstz.)

München, 28. März. Der Generaldirektor Freiherr v. Brück ist gestern von seiner Reise nach Berlin zurückgekehrt. Diese Reise hatte im Interesse der bayerischen Eisenbahnbetriebs-Einrichtungen im Allgemeinen und aus spezieller Veranlassung der jüngsten Kammerverhandlungen statt. Die heurige späte Eröffnung der Sommerfahrten ist lediglich von Seite der württembergischen und badischen Bahnen verzögert worden. (Augsb. Abdz.)

Die Wahrnehmungen, welche über den Vollzug der in der Entschließung vom 9. Mai 1854 zur Beseitigung einiger Mißstände in der Advokatenpraxis ertheilten Normen gemacht wurden, gaben den Staatsministerien der Justiz und des Innern zu weiteren Anordnungen Anlaß: Unter „Staatsdienstaspiranten" sind auch solche Kandidaten zu verstehen, welche ausschließlich zur Advokatie adspiriren. Es haben daher dieselben auch, bevor sie nach dem Konkurse in die Advokatenpraxis treten, um die Bewilligung hiezu nachzusuchen. In gleicher Weise ist auch von denjenigen, welche aus der Praxis eines Anwaltes in die Praxis eines andern Anwaltes übertreten wollen, wenn es auch innerhalb des für die anwaltschaftliche Praxis genehmigten Zeitraumes geschehen soll, vorher die Genehmigung hiezu einzuholen. Von nun an sind auch die Gesuche um Zulassung zur anwaltschaftlichen Praxis in der Eigenschaft eines zweiten Konzipienten bei den einschlägigen kgl. Appellationsgerichten einzureichen und von denselben im Benehmen mit den betreffenden k. Kreisregierungen, K. d. J., zu bescheiden. Der Eintritt in die Advokatenpraxis kann in Zukunft auch denjenigen Kandidaten, welche zu-

gleich oder ausschließlich zum Staatsdienst adspiriren, schon unmittelbar nach dem Konkurse bewilligt werden; auch erscheint es nicht mehr nothwendig, die Bewilligung zur Advokatenpraxis nach ihrer Dauer in jedem einzelnen Falle zu fixiren; dagegen sollen 1) auch diejenigen Kandidaten, welche ausschließlich zur Advokatie adspiriren, vom Konkurse des Jahres 1852 angefangen, im Laufe ihrer Vorbereitungspraxis nach dem Konkurse bis zur Anstellung mindestens und ununterbrochen ein Jahr Gerichtspraxis zu nehmen gehalten seyn, damit ihre volle Befähigung für den erwählten Beruf auch auf Grund einer amtlichen Qualifikation geprüft werden könne; 2) diejenigen Kandidaten aber, welche zugleich oder ausschließlich zum Staatsdienst adspiriren, haben von ihrer Vorbereitungspraxis nach dem Konkurse bis zur Anstellung mindestens drei Jahre, und hievon zwei Jahre ununterbrochen vor dem Eintritte in den Staatsdienst im Accesse oder in der Gerichtspraxis zuzubringen. Vorkommende Kontraventionen Seitens des Staatsdienstadspiranten oder der Anwälte sind von den Appellationsgerichten im Benehmen mit den kgl. Kreisregierungen, K. d. J., geeignet zu beahnden. Einigen sich diese über die Art und Weise der Einschreitung nicht, so ist an die Staatsministerien zu berichten, wobei sich übrigens diese vorbehalten, vorkommenden Falls, wo sie eine Schärfung der von den Kreisstellen verhängten Strafen veranlaßt finden, die Streichung eines Contravenienten aus den Anstellungslisten zu verfügen, oder die Praxis bei dem einen oder anderen Anwalte ein für allemal zu verbieten. (M. Bote.)

* Der Reichsrath Graf von Waldkirch hat unter dem 24. Januar 1856 bei der 1. Kammer einen Antrag auf Abänderung des revidirten Gemeinde-Edikts vom Jahre 1834 hinsichtlich einer einzigen Bestimmung desselben eingebracht. Der Antrag lautete: „Die hohe Kammer wolle beschließen, es sey die allerunterthänigste Bitte an Se. Maj. den König zu richten: „Noch vor der Revision des ganzen Gemeinde-Edikts auf verfassungsmäßigem Wege zu bestimmen, daß das jetzt bestehende Mißverhältniß der verschiedenen Klassen der Besitzenden in den Gemeinden durch Eintheilung der Stimmberechtigten in 3 Klassen nach der Steuerleistung gehoben werde." Wie das ungefähr zu bestimmen sey, ward in den Motiven des Antrages vorschlagsweise näher bezeichnet. Es wäre hienach zwischen §. 37 und 38 des revidirten Gemeinde-Ediktes ungefähr Folgendes einzuschalten: „Die stimmberechtigten Gemeindeglieder werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern in drei Abtheilungen getheilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ⅓ der Gesammtsumme der Steuerbeträge aller Gemeindeglieder fällt. Die 1. Abtheilung besteht aus denjenigen Gemeindemitgliedern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Dritttheils der Gesammtsteuer fallen. Die 2. Abtheilung, auf welche die nächst niedrigen Steuerbeträge bis zur Gränze des zweiten Dritttheils fallen. Die 3. Abtheilung besteht aus denen, welche die niedrigsten Steuerbeträge leisten, und denen, welche allenfalls, wie Ehrenbürger, ohne alle Steuer sind. Jedes Gemeindeglied wird hienach in eine dieser drei Klassen eingewiesen. Jede einzelne Klasse stimmt nach einfacher, die drei Klassen zusammen nach absoluter Majorität." (Der letzte Satz scheint nicht zwischen §§. 37 und 38 eingeschaltet werden zu können, sondern an die Stelle des ersten Satzes von §. 38 treten zu müssen, wo es heißt: „Der Beschluß wird durch die absolute Mehrheit der Anwesenden bestimmt." Doch das ist bloß eine Frage der Form.)

Nach wiederholter Berathung im 3. Ausschuß und nachdem der Antragsteller dort die Erklärung abgegeben hatte, er habe bei seinem Antrage das System im Auge gehabt, nach welchem nach der Gesammtsteuerleistung der Stimmberechtigten in der Gemeinde gerechnet werde (das sog. Dreiklassensystem), erkannten sämmtliche Ausschußmitglieder dieses Prinzip als das dem Antrage zu Grund zu legende an. Bei der Berechnung der drei Klassen (Absatz 2 des nachstehend formulirten Antrags) hielt man es für zweckmäßig, bei der zweiten Abtheilung (siehe oben) wegen der Ueberschüsse, welche der Letzte in der ersten Klasse haben könnte, und durch welche für die folgende Abtheilung die Eigenschaft eines Dritttheils aufgehoben würde, — nicht das zweite Dritttheil der Gesammtsteuersumme als den Maßstab zur Einreihung in diese Klasse anzunehmen, sondern diejenigen Gemeindeglieder zur zweiten Klasse zu zählen, welche die Hälfte des verbleibenden Steuerbetrags entrichten. So gestaltete sich denn der Antrag in folgender Weise: „Die hohe Kammer wolle beschließen, es sey auf verfassungsmäßigem Wege die allerunterthänigste Bitte an Se. Maj. den König zu richten: Allerhöchstdieselben möchten geruhen, noch vor Revision des Gemeindeedikts durch den Landtagsabschied mit Gesetzeskraft zu bestimmen, daß das jetzt bestehende Mißverhältniß der verschiedenen Klassen der Besitzenden in den Gemeinden durch Abänderung des §. 38 des revidirten Gemeindeedikts in folgender Fassung gehoben werde: Bei der Abstimmung für die durch §. 104 bezeichneten Zwecke werden Behufs der Stimmenzählung die wirklichen Gemeindeglieder in drei Steuer Klassen, nach der von ihnen in der Gemeinde zu entrichtenden Haus-, Grund- und Gewerbesteuer, eingetheilt. In die erste Klasse kommen diejenigen, welche wenigstens ein Drittel jener Steuer entrichten; in die zweite Klasse diejenigen, welche die Hälfte des verbleibenden Steuerbetrags entrichten, und in die dritte Klasse die übrigen Gemeindeglieder. Niemand kann in zwei Klassen zugleich stimmberechtigt seyn. In der Klasse entscheidet die einfache Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit die Stimme des Höchstbesteuerten der Klasse. Als Gemeindebeschluß gilt, wofür sich mindestens zwei Klassen entschieden haben." Diese Fassung des Antrags wurde vom Ausschuß einstimmig angenommen und beschlossen, denselben der hohen Kammer in Vorlage zu bringen.

Thierstein, 27. März. Se. Maj. der König Ludwig hat die 2000 fl., welche er für die Abgebrannten in Selb dem Landrichter Kellein überschickte, mit folgendem eigenhändigen Schreiben begleitet: „Herr Landrichter Kellein! Mit großem Bedauern habe Ich von dem großen Brandunglücke gelesen, das die Stadt Selb und zum wiederholten Male die armen Bewohner des Marktes Nordhalben getroffen. Obwohl Brandversicherungsanstalten für Gebäude und Mobilien bestehen, übersende Ich Ihnen, Herr Landrichter, anbei dennoch, aber nur für die Aermsten und Hülfsbedürftigsten der Abgebrannten der Stadt Selb, die Summa von 2000 fl., welchen gleichen Betrag Ich auch für die Aermsten und Hülfsbedürftigsten der Abgebrannten des Marktes Nordhalben gespendet, dabei zugleich mein Bedauern ausdrückend, daß Ich mit zu vielen und großen Ausgaben belastet und von einer Masse Hülfsbedürftiger aller Art in Anspruch genommen, leider nicht mehr zu thun vermag, der Ich mit den Gesinnungen der Werthschätzung bin Ihr Ihnen wohlgewogener Ludwig. München, den 23. März 1856."
(Nürnb. Korresp.)

× **Preußen.** Berlin, 28. März. (Privat-Korresp.) Von den angedeuteten Projekten zur Gründung von Kreditinstituten scheint das zu Meiningen einzurichtende die wenigsten Sympathien zu haben, da man richtig und sehr wohl erkennt, daß Meiningen und Umgegend nicht so reichen Verkehr und Industrie haben, um ein derartiges Institut für nothwendig zu halten.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Danzig haben an das Handelsministerium das Gesuch gerichtet, dahin zu wirken, daß die britische Staatsregierung, welche mit dem Plane umgehen soll, die Härings-Braake wegen ihrer Kostspieligkeit aufzuheben, hiervon Abstand nehme. Bis jetzt ist die Angelegenheit dem Parlamente noch nicht vorgelegt worden, es haben sich aber bereits in England viele Stimmen, insbesondere von Seiten der Fischer, gegen die Aufhebung der Braake erhoben. Danzig nimmt ein hohes Interesse an dieser Frage, da der Handel mit Häringen daselbst sehr umfangreich ist. Wie man hört, hat das diesseitige Handelsministerium sich mit dem britischen Handelsamt wegen dieser Frage in Korrespondenz gesetzt, und die Gründe für die Beibehaltung der Härings-Braake entwickelt. Ueber den Verkehr mit Häringen im Danziger Hafen erfährt man einige Nachrichten, nach welchen im Jahre 1855 über 100,000 Tonnen schottischer und norwegischer Häringe eingeführt worden sind. Ueber die Einfuhr von andern Häringen sind keine Zahlen angegeben.

Berlin, 28. März. In den hiesigen Gesellen- und Arbeiterkreisen wird für ein Grabdenkmal zu Ehren des Generalpolizeidirektors v. Hinkeldey gesammelt. Wie man erfährt, ist die Anregung dazu aus der Mitte des Maurergewerks hervorgegangen. (D. A. Z.)

Berlin, 28. März. Dem Journalisten, bei dem eine Haussuchung stattgefunden hat und dessen Verhaftung in den Blättern fälschlich gemeldet war, ist seitens der Polizei erklärt worden, daß er als völlig schuldlos betrachtet werde. Man versichert, daß gegen Hrn. Seiffart, Direktor der Oberrechnungs-Kammer in Potsdam, eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden ist. (D. A. Z.)

Berlin, 28. März. Man erwartete schon gestern im Hause der Abgeordneten eine Erklärung von Seiten des Hrn. Molinari wegen der Haussuchung, welche die Polizei bei ihm vorgenommen; sie hat heute stattgefunden und beweist durch ihre Fassung, daß von allen Seiten Alles vermieden wird, was den Eklat der Depeschenangelegenheit vergrößern könnte. Hr. Molinari begnügte sich heute zu sagen, daß „er es dahingestellt seyn lasse, ob die Polizei nach der Verfassung befugt war, eine Haussuchung in der Wohnung eines Abgeordneten ohne Genehmigung des hohen Hauses vorzunehmen; ob sie, wenn sie anders eine solche Befugniß hatte, sich ihm gegenüber in der gesetzlichen Form bewegt habe. Er wolle nur erklären, daß er deßhalb keine Beschwerde führen, keinen Antrag stellen werde, auch nicht wünsche,

daß ein anderes Mitglied deßhalb einen Antrag stelle, weil er im Gefühle seines Rechtes gerade wünsche, daß eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet werde, damit der Grund oder Ungrund dessen, weßhalb man die Haussuchung über ihn verhängt hat, in das volle Licht gestellt werde." Darüber, ob diese Haussuchung irgend ein Resultat gehabt und den Ursprung der allgemein vertheilten Flugschrift aufgedeckt habe, sind die Stimmen noch immer getheilt. — Die Konstabler und Nachtwächter Berlins haben eine ergänzende Instruktion für etwaiges Einschreiten gegen Militärpersonen erhalten; sie sollen solche Personen, wenn es erforderlich scheint, zwar anhalten, das weitere Einschreiten aber dem zunächst wohnenden Offizier, an welchen sie sich zu wenden, zu überlassen haben; die amtliche Anzeige an die oberste Polizeibehörde sey dadurch nicht ausgeschlossen. (A. Z.)

Freie Städte. Hamburg, 27. März. In dem heutigen überaus zahlreich besuchten Rath- und Bürgerkonvent wurde der vom Senat vorgelegte Verfassungsentwurf von drei Kirchspielen gegen zwei verworfen. Auch die Majorität der Virilstimmen erklärte sich gegen denselben.

Oesterreich. Wien, 24. März. Zur Erleichterung des Verkehrs mit Waaren, die als Muster zur Vorzeigung benutzt werden, hat das k. k. Finanzministerium mit Erlaß vom 11. d. M. einige Verfügungen getroffen, durch welche dem Handel die Möglichkeit verschafft wird, solche Musterstücke sowohl vor dem Austritte über die Zollinie als auch nach dem Wiedereintritte über dieselbe im Zollgebiete frei benützen zu können. Die bewilligten Ausnahmen von dem ordnungsmäßigen Verfahren bestehen hauptsächlich darin, daß die Musterwaaren von den betreffenden Aemtern nach erfolgter genauer Beschreibung ledig entlassen werden. Bezüglich der Losungsfrist behufs der Stellung der Waare wird die Angabe der Partei maßgebend seyn. Dasselbe Verfahren ist bei der Rückkehr der Musterwaare zu beachten. Die einzelnen Stücke werden ledig entlassen.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. März. Wie heute die Blätter melden wird in wenigen Tagen der Prinz Christian von Dänemark in Begleitung zweier Adjutanten nach Paris abgehen, um den Kaiser der Franzosen wegen der Geburt des Prinzen im Auftrage des Königs zu beglückwünschen. — Se. Maj. der König weilt noch immer im Christiansborger Schlosse, woselbst die Gräfin Danner krank darnieder liegt, jedoch den Weg der Besserung bereits beschritten hat. (K. Z.)

Großbritannien.

Dem „Morning Herald" zufolge ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß der englisch-persische Zwist in Folge der Nachgiebigkeit des Schah bald geschlichtet seyn, und daß Herr Murray auf seinen Posten nach Teheran zurückkehren wird.

Frankreich.

Paris, 27. März. Der europäische Friede ist hergestellt, wie allgemein angenommen wird; aber im Innern Frankreichs wird ein Streit unsichtbar geführt, der zwar keine ernstlichen Folgen befürchten läßt, der aber, zu den Zeichen der Zeit gehörig, einiger Berücksichtigung werth ist. Ich spreche von dem Streit zwischen einigen Bischöfen und der Regierung, der ein Streit zwischen der Klerisei und der Regierung zu werden droht. Den Anfang machte bekanntlich der Bischof von Lucon; er hat es gewagt, sich zu legitimistischen Grundsätzen offen zu bekennen, und er soll sich auch einiger Einwirkungen zu Gunsten seiner politischen Ueberzeugung schuldig gemacht haben; und als die Polizei in seine Wohnung gedrungen ist und seine Schriften mit Beschlag belegte, fand sie die Zuschriften des Prälaten an den Grafen v. Chambord mit der einfachen Aufschrift: Au roi! Die Regierung wandte sich nach Rom, und der Bischof ward veranlaßt, seine Entlassung zu geben, wozu er sich gutwillig herbeiließ. Die Bischöfe von Parmiers und Troyes mißfallen ebenfalls durch die ganze Richtung ihres Geistes in den Tuilerien; jener hat schon als Anhänger der Universität mißfallen. Die Regierung wandte sich an den heil. Vater, der auch diesmal bereitwillig sich zeigte, dem Kaiser zu Gefallen zu seyn. Aber die beiden Bischöfe weigern sich, ihre Entlassung zu geben; sie *wollen* abgesetzt seyn, aber keineswegs auf die ihnen zugegangene Anordnung hin abtreten. Noch ist die Sache unerledigt. Aber die französischen Bischöfe sind aufgeregt durch dieses Vorgehen. Der Erzbischof von Paris steht im Begriff, eine Protestation, unterzeichnet von 21 Bischöfen, nach Rom zu schicken, um ein solches Verfahren gegen die Väter der französischen Kirche ehrfurchtsvoll abzulehnen. Wird dieser Schritt etwas fruchten? Niemand glaubt es. (D. A. Z.)

Paris, 28. März. Da die Kaiserin den Wunsch geäußert hat, die Feder zu besitzen, mit welcher der Friede unterzeichnet worden, so hat der Kron-Juwelier zu diesem Zwecke eine eigene Adlerfeder angefertigt. (T. D. d. K. Z.)

Paris, 28. März. Am nächsten Dinstag wird eine große Revue auf dem Marsfelde stattfinden. Der Friede soll durch dies glänzende Schauspiel einer Revue über 150,000 Mann eingeweiht worden. (Fr. Pstz.)

Paris, 28. März. Nach Marseille ist die Ordre ertheilt worden, eine Division Infanterie (6—7000 Mann) nach Algerien einzuschiffen, um die von dort nach Frankreich zurückkehrenden Truppen zu ersetzen. (T. D. d. Fr. Pstz.)

* Die „Sentinelle de Toulon" gibt im Nachfolgenden einige Aufschlüsse über die afrikanische Expedition, auf welche die im „Moniteur" angezeigte Truppen-Einschiffung nach Algier hinweist: „Ungeachtet der Aussichten auf den demnächstigen Frieden, dessen definitive Unterzeichnung man täglich erwartet, nimmt die in unserm Hafen herrschende Thätigkeit nicht ab. Bereits ist ein Theil unsers Geschwaders nach der Krim abgegangen, um Kranke abzuholen; der andere Theil hat gleichfalls Befehl erhalten, sich segelfertig zu machen, um Truppen einzunehmen. 30,000 Mann der Orientarmee sollen nach Algier gebracht werden, wo man eine große Expedition gegen die Kabylen vorbereitet. Nur 30,000 M. der französischen Armee werden in Constantinopel bleiben. Man beschäftigt sich mit der Cantonirung der aus dem Orient rückkehrenden oder nach Afrika einzuschiffenden Truppen. Vizeadmiral Trèhouart ist noch immer im Toulouer Hafen, wird aber demnächst an Bord des Linienschiffs „Bretagne" abgehen."

Rußland und Polen.

Aus Polen wird gemeldet, daß in der Nacht vom 26. bis 27. März eine Aushebung von 30,000 Mann stattfindet, und zwar nicht wie bisher im Alter von 30 Jahren, sondern von 19 bis 35 Jahren. (T. D. d. K. Z.)

* Nach einer Korrespondenz des „Constitutionnel" aus St. Petersburg, 18. März, ist dort ernstlich von einem neuen Anlehen die Rede und zwar von nicht weniger als 100 Millionen Silberrubel. Es ist dies die vierte Anleihe seit Beginn der Feindseligkeiten. Zweifelsohne wird dieses neue Anlehen nach geschlossenem Frieden leichter zu machen seyn, als die vorhergehenden, es wird aber nichtsdestoweniger die ohnedem nicht glänzende Finanzlage Rußlands noch verschlimmern und dennoch abermals ungenügend seyn. Vor Ausbruch des Kriegs betrug die Staatsschuld Rußlands 788,573,112 Silberrubel (mehr als 3 Milliarden Francs), welche wie folgt zusammengesetzt war: Von der alten auswärtigen Schuld 57,149,000 Rubel, schwebende Schuld 110,867,055 Rubel, Rente 258,181,476 Rubel, verzinsliche Kreditscheine 51,000,000 Rubel, Papiergeld 311,375,581 Rubel. Seitdem hat sich die Staatsschuld, durch drei aufeinander folgende Anlehen und mehrere Emissionen verzinslicher Schatzbons enorm vermehrt. Die Ausgaben übersteigen dabei alle Voranschläge, alle Berechnungen der Finanzmänner und das für die Einlösung und die Zinsen der schwebenden Schuld (dettes à terme) und der Renten bestimmte Kapital genügt zur Amortisirung nicht mehr. — Wenn Rußland sich sohin aus dieser Lage ziehen will, so muß es — was sehr schwer seyn wird — in die Landes-Produktion verdoppelte Thätigkeit zu bringen wissen, und zu diesem Behufe vor Allem die Transportmittel vereinfachen, denn die heutzutage vorhandenen sind so unzureichend, daß durch sie der Preis der Lebensmittel in manchen entlegenen Provinzen auf das dreifache des ursprünglichen Werthes erhöht wird.

Griechenland.

Athen, 21. März. Die Gerichte in Athen und Syra lassen es nicht an Thätigkeit fehlen, und beinahe könnte die große Anzahl der Verurtheilungen die Meinung wachrufen, daß des Guten zu viel geschehe. Das Appellationsgericht in Athen hat in der verflossenen Woche 13 Seeräuber zum Tode verurtheilt, die vor 8 Monaten in den griechischen Gewässern einen osmanischen Schiffskapitän und fünf seiner Leute ermordeten und das Schiff verbrannten; andere 13 Räuber wurden von den Geschworenen zu entsprechenden Strafen verurtheilt. Ganz mit den Gerichten gleichen Schritt geht die Thätigkeit des Militärs gegen die Räuber zu Land. Aus einer Zusammenstellung im Kriegsministerium ergibt sich in Zahlen, daß im Monat Januar dieses Jahres 26 Räuber und 11 Helfershelfer gefangen genommen worden sind; ein Räuber hat sich selbst gestellt, sieben Räuber aber wurden getödtet. Im Monat Februar wurden 16 Räuber von den Truppen getödtet, 21 gefangen genommen und einer stellte sich freiwillig. Um den letzten Rest der Räuber zu vertilgen, hat die Regierung auf 3 berüchtigte Führer Preise ausgesetzt. — Die griechische Deputirten-Kammer hat in der Person des Hrn. Mindler aus München, der in früherer Zeit viele Jahre lang in Griechenland war, und der griechischen Sprache vollkommen mächtig ist, einen Stenographen

angestellt, und wird von nun an die Sitzungsprotokolle und die Debatten drucken lassen. (A. Z.)

Amerika.

Laut Schriftstücken, die dem Senat zu Washington am 10. März vorgelegt wurden, war Commodore M'Caulay, Befehlshaber des einheimischen Geschwaders der Vereinigten Staaten, in den ihm im vorigen April, nachdem die spanische Fregatte „Fereolano" auf den amerikanischen Dampfer „Eldorado" gefeuert hatte, ertheilten Instruktionen angewiesen worden, im Falle der Wiederholung einer ähnlichen Beleidigung sofort einzuschreiten und der Gewalt entgegenzusetzen. Die amerikanische Exekutive ging dabei von der Ansicht aus, daß die kubanischen Behörden, wenn sie amerikanische Schiffe anrufen und durchsuchen lassen, sich nicht auf eine Territorial-Gerichtsbarkeit über die offene See in der Nähe von Cuba stützen können, da in den obwaltenden Verhältnissen kein Anlaß zur Beanspruchung von Rechten liege, wie sie sonst nur kriegführenden Mächten zustehen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 28. März. (Privat-Korrespondenz.) Die letzten von Seite des Grafen Buol eingesandten Berichte sollen hier nicht besonders befriedigt haben, da daraus hervorgeht, daß in der Donaufürstenthümerfrage ein befriedigendes Resultat kaum so bald zu erwarten steht, indem zur Stunde noch sehr bedeutende Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Konferenzmitgliedern bestehen sollen. Namentlich hebt aber Graf Buol hervor, daß die russischen Bevollmächtigten insbesondere in dieser speziellen Frage sich durchaus gegen die von österreichischer Seite vorgebrachten Vorschläge erklärt haben. Vorgestern sind von hier aus neue Instruktionen für den Grafen Buol nach Paris abgegangen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 30. März. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 83¾; 4½pCt. Met. 75¾; Wiener Bankaktien 1290; 5pCt. Lomb 90⅞; Wiener Wechsel l. S. 116¼; 3pCt. inl. span. 39⅞; 1 pCt. neue 24 15/16; Darmstädter Bankaktien 364.

Wien, 29 März. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86¼; 5pCt. Metall. 85¾; 4½pCt. 76; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 ——; von 1854 110¼; Bankaktien 1091; Bank-Interimsaktien—; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 345; Donau Dampfschiffahrtsaktien 655; österr. Staatsbahnaktien ==—; Nordbahnaktien 2960. Wechselkurse: Augsburg uso 101¾; London 10. 5. B. Geldkurs: Dukaten —.

London, 22. März. Die Umsätze von Rohzucker waren in dieser Woche sehr bedeutend und sind die Preise gut 6 d. bis 1 sh. gestiegen, während die Importeure sich zum Verkauf nicht besonders geneigt zeigen. Abgeliefert sind hier verflossene Woche 3872 Tons, die Konsumtion hat in diesem Jahre 21,356 Tons weniger als zur selben Zeit 1855 genommen. Der Vorrath bestand hier am 15 ds. aus 51,125 Tons.

Nichtpolitische Zeitung.

Man schreibt der „Köln. Ztg." aus Paris vom 25. März: „Seit drei Tagen herrscht in dem sonst so stillen und von friedlichen Rentiers bewohnten Pariser Stadtviertel der Ile St. Louis die größte Aufregung wegen eines eigenthümlichen Vorfalls, der bis jetzt in ein tiefes Dunkel gehüllt ist. Ein altes, am Quai gelegenes Hotel war seit einer langen Reihe von Jahren unbewohnt. Man wußte nur, daß dasselbe einem ehemaligen Epicier der Rue des Lombards gehörte, der es von einer alten gräflichen Familie angekauft und an einen gewissen Bernardi vermiethet hatte, welcher es jedoch nur kurze Zeit bewohnt und es dann einem seiner Diener zur Obhut übergeben hatte. Dieser Diener, der ein sehr ruhiges und stilles Leben führte und mit Niemand verkehrte, war schon nahe an 70 Jahre alt und unter dem Namen „le vieux Antonio" bekannt. Dieser alte Mann hatte die Gewohnheit, seine Einkäufe selbst zu machen. So lange derselbe das alte Hotel bewohnte, war nur seine Wäscherin zu ihm gekommen. Er ließ dieselbe jedoch auch nicht in das Innere des Hotels, sondern empfing sie nur in seiner am Eingang gelegenen Loge. In den letzten acht Tagen sah man indeß den Alten, der seine Einkäufe gewöhnlich des Morgens machte, nicht mehr ausgehen. Dieses fiel am 5. März endlich auf, und da mehrere Bewohner des Quartiers auf Verlangen keinen Eingang fanden und im ganzen Hause Todesstille zu herrschen schien, so benachrichtigte man den Polizeikommissär, der das Hausthor mit Gewalt öffnen ließ. Das Geheimniß des Verschwindens des Alten war schnell gelöst. Man fand denselben in seiner Stube auf der Erde liegen. Ein Schlaganfall schien seinem Leben ein Ende gemacht zu haben. Man stellte eine genaue Nachsuchung in dem Hause an. Dieselbe blieb lange ohne Erfolg. Man fand nur schlecht möblirte Zimmer und Alles in einem vermoderten Zustande. Endlich stieß man jedoch am Ende eines langen dunkeln Ganges auf eine fest verschlossene eiserne Thür. Man sprengte dieselbe und gelangte in ein dunkles, kellerartiges Gemach, das durch eine kleine, vergitterte Oeffnung Luft erhielt. Der Polizeikommissär, von seinen Leuten und einigen Bewohnern des Quartiers, die Fackeln trugen, gefolgt, trat in das Gemach, und groß war der Schrecken Aller, als sie in einer Ecke einen Leichnam erblickten. Bei der näheren Untersuchung stellte sich heraus, daß diese Leiche die einer ungefähr 35 Jahre alten Frau war. Sie mußte noch nicht lange todt seyn, da die Verwesung noch nicht eingetreten war. Die Kleider, welche sie am Leibe trug, waren halb verfault, und das Gesicht, so wie der ganze Körper auf's äußerste abgemagert. Der Polizeikommissär nahm hierauf eine Untersuchung des Gemaches vor und fand dabei in einer Tischschublade eine kleine Brieftasche und darin einen alten, schmutzigen Brief. Beim Durchlesen erblich der Polizeikommissär, sandte sofort einen Boten nach der Polizeipräfektur und gab Befehl, nicht allein das Gemach, sondern das ganze Hotel von den Neugierigen räumen zu lassen. Es dauerte nicht lange, so erschienen hohe Beamte der Polizei, das Hotel wurde geschlossen und von Agenten besetzt und Alles mit einem undurchdringlichen Geheimniß umgeben. Nun sahen die Bewohner des Quartiers in der Nacht einen Leichenkarren ins Hotel fahren und ihn später die Richtung nach dem Père la Chaise nehmen."

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. März. Das Generalkommando des 3. Armeekorps hatte das Herrenhaus ersucht um die Genehmigung, die kriegsrechtliche Untersuchung gegen die Herren von Rochow-Plessow und v. d. Marwitz, (Mitglieder der Herrenhauses) während der gegenwärtigen Session des Landtages einleiten zu dürfen. Der betreffende Ausschuß beantragte: das Haus wolle auf das an das Präsidium des Herrenhauses gerichtete Schreiben des General-Kommandos des 3. Armee-Korps folgenden Beschluß fassen: 1) Da das Mitglied des Hauses, Herr v. Rochow, sich unmittelbar nach dem Duell mit dem Herrn v. Hinkeldey der Militär-Behörde zur Untersuchung gestellt hat, so bedarf es der Genehmigung des Hauses zur Einleitung des weiteren Verfahrens nicht; 2) zur Einleitung der Untersuchung wider das Mitglied des Herrenhauses Hrn. v. d. Marwitz ertheilt das Haus die beantragte Genehmigung. Ohne Diskussion wurden heute diese Anträge angenommen.

Telegraphische Depesche.

Paris, 30. März, Abends. Der „Moniteur" meldet: „Der Friedensvertrag regelt die orientalische Frage so, daß die Ruhe Europas auf festen dauerhaften Grundlagen hergestellt ist. Die Ratifikationen werden zu Paris in vier Wochen, wo möglich noch früher ausgetauscht. Eine vorherige Veröffentlichung der Vertragsbestimmungen ist untersagt."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 91.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 1. April 1856.

Noch ein Wort
über die Vorsorge für künftige Nothstände
und
die bayerische Hypotheken- und Wechselbank

von

M. Grafen zu Bentheim-Tecklenburg.*)

Nach mehrfachen Gerüchten sollen die in der Kammer der Abgeordneten eingebrachten Anträge auf Vermehrung der Banknoten der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank große Wahrscheinlichkeit ihrer baldigen Realisirung gewonnen haben. Durch diese Vermehrung soll der genannten Kreditanstalt die Möglichkeit gewährt werden, ihr zu Anleihen auf Grund und Boden zu verwendendes Kapital angemessen zu erhöhen und damit den Landbau und die Gewerbe durch Hypotheken-Darlehen zu unterstützen.

So sehr ich die Nützlichkeit einer solchen Unterstützung anerkenne und so gerne ich den bisherigen Leistungen der genannten Kreditanstalt die verdiente Anerkennung zolle, ebenso lebhaft müßte ich es im Interesse ungleich wichtigerer Staatszwecke bedauern, wenn sich die erwähnten Gerüchte bewahrheiten würden.

Ich habe mich bereits in einem Artikel in Nr. 352 der „N. Würzb. Ztg." vom 20. Dezember 1853 über die Nothwendigkeit einer angemessenen Vorsorge für künftige Nothstände ausgesprochen und in diesem Artikel unter Bezugnahme auf die in der Beilage zu Nr. 280 der „Allgemeinen Zeitung" vom 7. Oktbr. 1853 enthaltenen Vorschläge des kgl. Regierungsdirektors Frhrn. v. Podewils, in welchen die Gründung eines großartigen Landes-Hülfs-Institutes mittelst Emittirung von acht Millionen Staats-Papiergeldes und die Verwendung dieser Summe zu einem Getraide- und Geld-Unterstützungs-, sowie zu einem Kapital-Vermehrungs- und Tilgungs-Fonds beantragt wurde, — nachzuweisen gesucht, daß der königl. Staatsregierung durch die Vermehrung des Banknotenkapitals das beste Mittel entzogen werden würde, früher oder später eine großartige Vorsorge für außerordentliche Nothstände ohne Belastung der Steuerpflichtigen in das Leben zu rufen!

Mit Recht wurde für die Nothwendigkeit einer solchen Staatsvorsorge die Behauptung geltend gemacht, daß dieselbe durch die Selbsterhaltungspflicht des Staates geboten sey! Will man nicht den Satz aufstellen, daß der Staat seine Angehörigen den schrecklichen Folgen einer Hungersnoth preisgeben dürfe, so wird man unstreitig zugeben müssen, daß die Hülfe der großen Staatsgemeinde dann einzutreten habe, wenn die Kräfte der zur Unterstützung der Nothleidenden zunächst verpflichteten Gemeinden, Distrikte und Kreise zur Bewältigung eines weitergreifenden Nothstandes nicht mehr zureichen. Zu allen Zeiten ist die bayerische Staatsregierung dieser Verpflichtung auch mit wahrer Humanität nachgekommen: sie hat in dem schweren Nothjahre 1816 selbst in Rußland bedeutende Getraide-Einkäufe machen lassen; sie hat durch die großartigen Unterstützungen, welche an Geld und ärarialischem Getraide in den Nothjahren 1846 und 1847 in die durch weitverbreitete Hagelschläge schwer heimgesuchte Oberpfalz, sowie im Jahre 1852 in unsere Spessart- und Rhönbezirke geflossen sind, segensreiche Hülfe gespendet. Die Kalamitäten, welche ohne jene Staatshülfen entstanden wären, sind unberechenbar; ebenso unberechenbar sind die verderblichen Folgen, die bei einer in jedem Jahre möglichen Wiederkehr solcher Nothstände entstehen müßten, wenn die Staatsregierung nach dem durch das Ablösungsgesetz herbeigeführten Aufhören der ärarialischen Getraidevorräthe auch keine pekuniären Mittel zur Steuerung der Hungersnoth besitzen würde! — Man mag daher über die Art und Weise, wie dem Bedürfnisse einer allgemeinen Hülfsanstalt für außerordentliche Nothstände abgeholfen werden soll, verschiedener Ansicht seyn, man mag insbesondere es für zweckmäßiger erachten, die Errichtung von Getraidemagazinen den Gemeinden, Distrikten und Kreisen zu überlassen, — so viel steht unläugbar fest, daß der Staat sich jedenfalls rechtzeitig die pekuniären Mittel sichern muß, um bei einem einbrechenden allgemeinen Nothstande die zur Abwendung größerer Gefahren absolut nöthige Staatshülfe leisten zu können. Von jenem Gesichtspunkt aus stellt sich demnach die Gründung eines allgemeinen Unterstützungsfondes als dringendes Gebot der Nothwendigkeit dar! —

Kein Moment dürfte zur Realisirung dieses wohlthätigen Zweckes günstiger seyn, als der gegenwärtige, wo die Staatsregierung mit der segensreichen Gründung eines großartigen Zentral-Unterstützungsfondes noch einen andern hochwichtigen Staatszweck ohne irgend welche Belästigung der Steuerpflichtigen erreichen könnte!

Durch das jüngst allerhöchst sanktionirte Gesetz über die Eisenbahnbaudotation für die VII. Finanzperiode ist der Ausbau der wichtigen Bahn von München nach Rosenheim und Kufstein gesichert. Gleich schlagende Gründe wie für diese Bahnstrecken sprechen aber unzweifelhaft auch für den weitern Ausbau der Bahnstrecke von Rosenheim nach Salzburg auf Staatskosten, da nur hiedurch die nothwendige Verbindung mit der bereits genehmigten österreichischen Bahn über Salzburg bewirkt werden kann.

Diese Bahn wird vielleicht bis zu ihrer vollständigen Herstellung einen weitern Kostenaufwand von beiläufig 8 Millionen in Anspruch nehmen und die Vollendung dieser Bahnstrecke ist es, welche sich mit der gleichzeitigen Gründung eines Zentral-Unterstützungsfonds durch eine ebenso einfache als sichere Finanzmaßregel, nämlich durch die Emittirung von acht Millionen unverzinslicher Kassascheine in nachstehender Weise realisiren lassen würde:

I. Durch ein noch dem gegenwärtigen Landtage vorzulegendes Gesetz wäre die k. Staatsregierung zu ermächtigen, acht Millionen unverzinslicher Kassascheine zu dem Doppelzwecke zu emittiren, um damit den Ausbau der Eisenbahnstrecke von Rosenheim nach Salzburg zu bewerkstelligen, zugleich aber auch einen Zentral-Unterstützungsfonds für das Königreich Bayern zu gründen.

II. Die Emission der acht Millionen Kassascheine hätte successive nach dem Bedürfnisse des fraglichen Bahnbaues zu geschehen und in soweit diese Summe vielleicht den Bedarf für die Bahnstrecke von Rosenheim nach Salzburg übersteigen sollte, wäre der Rest noch zur Herstellung der Bahn von München bis Rosenheim zu verwenden.

III. Nach jeder theilweisen Emission von Kassascheinen hätte der Staat den entsprechenden gleichen Betrag in vierprozentigen Eisenbahn-Schuldbriefen zu dem Zwecke auszustellen, um mit diesen Obligationen das Fundationskapital für den Zentral-Unterstützungs-Fonds zu gründen.

IV. Erst dann, wenn die auf solche Weise erbaute Bahnstrecke vollendet und dem Betriebe übergeben seyn würde, hätte

*) Es ist in der That ein großartiger Plan, dessen Grundzüge der geehrte Hr. Verfasser hier entwickelt hat; er wird freilich, wie dies natürlich bei jedem neuen Heilmittel vorkommt, mancherlei Bedenken erregen; wir selbst sind nicht in allen Stücken mit den darin niedergelegten Ansichten einverstanden. Aber die Frage, die hier angeregt wird, ist so wichtig, ihre Lösung so nothwendig und doch so schwierig, daß eine möglichst vielseitige und gründliche Beleuchtung derselben jedem wahren Vaterlandsfreund willkommen seyn muß. Wer nicht starr an einer vorgefaßten Meinung festhält, wird gerne auch andere Ansichten hören und würdigen. Aus diesem Grund sind wir auch bereit, gegentheiligen Aufsätzen, welche sachgemäß und gründlich die Frage behandeln, und die räumlichen Schranken eines Zeitungsartikels nicht überschreiten, die Spalten unseres Blattes zu öffnen.

Die Red. der N. Würzb. Ztg.

die vierprozentige *Verzinsung* der 8 Millionen Eisenbahn-Obligationen zu beginnen und sohin der gegründete Zentral-Unterstützungs-Fonds in das Leben zu treten.

V. Dieser *Zentral-Unterstützungs-Fonds* hätte sich ähnlich den oben erwähnten Vorschlägen des kgl. Regierungsdirektors Freiherrn v. Podewils abzutheilen: 1) in den eigentlichen Unterstützungsfonds, 2) in einen Kapital-Vermehrungs-Fonds und 3) in einen Tilgungs-Fonds nach folgenden Grundbestimmungen:

ad 1) Zu den *eigentlichen Unterstützungs-Fond* hätten die Zinsen von 4 Millionen des obigen Fundations-Kapitals zu fließen. Mit zwei Dritttheilen dieser bis zu dem Eintritte eines Bedürfnißfalles zu admassirenden Zinsen wäre die in größeren Nothständen nöthige Staatshülfe zu leisten. Ein Drittheil dieser Zinsen könnte aber jährlich zur Unterstützung von in unverschuldeten Vermögensverfall gerathenen ärmeren Grundbesitzern und Gewerbtreibenden mit gering verzinslichen und nach Umständen unverzinslichen Annuitäten-Darlehen verwendet werden.

ad 2) Der *Kapital-Vermehrungs-Fonds* hätte die jährlichen Zinsen von zwei Millionen zu beziehen und seine Bestimmung wäre es, mit diesem Zinsenbetrage fortwährend das Kapital und dadurch die Renten des ad 1 begutachteten eigentlichen Unterstützungs-Fonds zu vermehren.

ad 3) Zu dem *Tilgungsfonds* endlich wären die Zinsen der übrigen zwei Millionen zu verwenden und damit die successive Einlösung und Tilgung der emittirten Kassascheine zu bewirken.

Die großen Vortheile einer Ausführung der in vorstehenden Grundzügen angedeuteten Maßregeln sind wohl von selbst klar. Der Staat würde durch die angedeutete einfache Finanz-Operation nicht nur den durch die wichtigsten Interessen des Verkehrs gebotenen Ausbau einer Eisenbahn realisiren, sondern gleichzeitig auch die Gründung einer großartigen Hülfs-Anstalt bewirken. Dieser segensreiche Doppelzweck würde ohne alle pekuniären Opfer des Staates erreicht; denn erst dann, wenn die mit den emittirten Kassascheinen zu erbauende Bahnstrecke vollendet und dem Betriebe übergeben, sohin rentirend geworden seyn würde, hätte die nur vierprozentige Verzinsung der zur Fundation der Unterstützungs-Anstalt auszustellenden Eisenbahn-Schuldbriefe zu beginnen. Aus diesen Zinsen würde dann nicht nur der eigentliche Unterstützungs-Fonds dotirt, sondern auch ein Kapital-Vermehrungs-Fonds, sowie ein Tilgungs-Fonds geschaffen, damit durch das progressive Anwachsen des Unterstützungs-Fonds die Zwecke der wohlthätigen Hülfs-Anstalt wo möglich in allen Wechselfällen der Zeit erfüllt, zugleich aber auch die zur Fundation emittirten Kassascheine wieder successive getilgt werden können!

Bis dann der in dem Leben eines Staates nicht allzulange Zeitraum von 10 Dezennien verflossen wäre, würde Bayern einen sich noch weiter vermehrenden allgemeinen Unterstützungs-Fonds von 16 *Millionen* besitzen, zugleich aber auch die unverzinsliche Papiergeld-Schuld von 8 Millionen, durch welche die fragliche Bahnstrecke gebaut und die Hülfs-Anstalt gegründet worden wäre, wieder vollständig getilgt haben!

Welche zahllosen Wohlthaten würde dieser Zentral-Unterstützungs-Fonds bis dahin schon gespendet haben, und welche weitere Segnungen könnte er dann über alle Gaue des Vaterlandes verbreiten. Gegenüber diesen unschätzbaren Vortheilen, welche sich der Staat durch die besprochenen Maßregeln sichern würde, reduzirt sich der Gewinn, der sich aus der projektirten Vermehrung der Banknoten ergeben würde, auf ein sehr geringes Maß! Jene Landwirthe und Gewerbsmänner, welche von der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank Darlehen auf Annuitäten erlangen können, sind noch keineswegs in jener traurigen Lage, die es ihnen unmöglich macht, anderweitig den nöthigen Realkredit zu finden; denn wer doppelte Hypothek, sowie eine Nachhypothek von 10 % für Kosten und Schäden geben und die übrigen Bedingungen der Bankstatuten über Verzinsung und Rückzahlung der Darlehen, welche die Bank nach ihren Verhältnissen allerdings stellen muß, erfüllen kann, wird allerwärts Kapitalien, und vielleicht auch bei andern Kredit-Anstalten Annuitäten-Darlehen finden. Dagegen gibt es zahlreichere ärmere Grundbesitzer und Gewerbtreibende, welche durch kleine Annuitäten-Darlehen unter erleichterten Bedingungen und geringerer Verzinsung bei häuslichen Würden und Ehren erhalten werden könnten! — Für solche oft in unverschuldeten Vermögensverfall gekommene wahrhaft hülfsbedürftige Familien-Väter muß Vorsorge getroffen werden, wenn die verderblichen Folgen eines immer mehr anwachsenden Proletariats vermieden werden sollen. Eine solche Vorsorge kann von einer Kredit-Anstalt nicht verlangt werden, wohl aber würde der Staat durch die Ausführung obiger Vorschläge, neben der Gründung eines allgemeinen Hülfs-Fonds für größere Nothstände, auch diesen heilsamen Zweck erreichen können.

Wird hiebei noch in Erwägung gezogen, daß die Hypotheken- und Wechselbank, welcher ich übrigens wiederholt *jedes mit höhern Staatsrücksichten vereinbare Gedeihen* wünsche, aus ihren verschiedenen Geschäfts-Zweigen, wie der hohe Kurs ihrer Aktien beweist, hinreichende pekuniäre Vortheile bezieht, daß ein sehr großer, vielleicht der größte Theil der Bank-Aktien sich im Auslande befindet, so kann sohin nach unserer gegenwärtigen keineswegs erfreulichen Finanzlage dem Staate nicht zugemuthet werden, daß er mit Hintansetzung *ungleich wichtigerer staatlichen Interessen* auf jede Emittirung von Kassascheinen verzichtet und den großen Gewinn hievon durch Vermehrung der Banknoten zu einer weiteren Bereicherung der Bank-Aktionäre verwenden soll.

Nach diesen Bemerkungen kann es sich offenbar nur noch fragen, ob die bekannte Scheu, welche in Bayern noch bei Vielen selbst gegen die Kreirung der mäßigsten Summe von Staats-Papiergeld besteht, gegenüber den geschilderten unschätzbaren Vortheilen gerechtfertigt erscheint. Diese Frage muß entschieden verneint werden.

Niemand kann mehr, als ich selbst, gegen jede maßlose Benützung und Vermehrung des Staatspapiergeldes eingenommen seyn. Wer an die Nachtheile denkt, welche aus einer solchen maßlosen Benützung nicht allein für den Staatskredit, sondern auch für die wichtigsten nationalökonomischen Interessen eines Landes erwachsen können, wird mit mir wünschen, daß der leider in mehreren deutschen Staaten immer weiter schreitenden unverhältnißmäßigen Papiergeld-Vermehrung recht bald die nöthigen Schranken gesetzt, und daß die zum Zwecke einer Regelung der Papiergeld-Emission nöthigen Maßregeln wenigstens für das Zollvereinsgebiet von dem Zollvereine selbst in die Hand genommen werden möchten! —

Aus der bedauerlichen Thatsache einer in mehreren deutschen Staaten allerdings vorkommenden übermäßigen Benützung des Staatspapiergeldes kann aber nimmermehr der Schluß gerechtfertigt werden, daß man deßhalb in Bayern dem entgegengesetzten Extreme huldigen müsse und selbst da keinen mäßigen Gebrauch von dem Staatspapiergelde machen dürfe, wo es nicht nur ohne die geringste Gefahr, sondern selbst zum größten Nutzen des Staates geschehen kann. Eine solche Scheu vor einer durch richtigen Gebrauch an sich sehr nützlichen Finanz-Maßregel ließe sich nur dann rechtfertigen, wenn Bayern von allem Verkehre mit jenen Staaten abgeschlossen wäre, welche sich des Staatspapiergeldes längst schon bedienen. Macht man aber von Hof aus die Reise um ganz Bayern, so findet man das Papiergeld in allen angränzenden Staaten. Nicht nur aus diesen Ländern, sondern auch aus allen entfernteren deutschen Zollvereins-Staaten strömt dieses Verkehrsmittel nach Bayern, und für jeden Gulden- und Thalerschein geht ein Gulden bayerisches Geld oder Waare in das Ausland, so daß Bayern die fremden Staatsschulden mitzuzahlen und alle Nachtheile einer übermäßigen Benützung dieser Finanz-Maßregel mitzutragen hat, die daraus zu ziehenden großen Vortheile aber entbehren muß! — Den schlagenden Beweis, daß man auch einen sehr nützlichen Gebrauch von dem Staatspapiergelde machen kann, hat unstreitig Preußen geliefert, welches seit mehreren Dezennien schon ca. 33 Millionen Thaler Kassascheine ausgegeben hat und sich dabei eines blühenden Zustandes seiner Finanzen und seines Staatskredits erfreut. Wenn Preußen ohne die mindeste Gefahr seines Kredites 33 Mill. Thaler Kassascheine emittiren konnte, so würde Bayern mit gleicher Sicherheit wenigstens 15 Millionen Gulden solcher Kassascheine ausgeben können, und jedenfalls einen solchen Betrag auch bei einer allenfallsigen künftigen Regelung der Papier-Geld-Emission im Zollvereine emittiren dürfen. Unter jeder Voraussetzung kann daher schon jetzt der für die finanziellen Verhältnisse von Bayern sehr geringe Betrag von acht Millionen Gulden ohne die allermindeste Gefahr emittirt werden, und würde diese Summe in einem dem Thaler- und Guldenfuße gleichzeitig entsprechenden Maße ausgegeben, so würde dadurch neben der Erreichung der oben besprochenen segensreichen Zwecke ein im In- und Auslande gleichmäßig gesuchtes Verkehrsmittel geschaffen, durch welches einem von Handelskammern und Geschäftsmännern vielfach anerkannten Bedürfnisse abgeholfen und das in nationalökonomischem Interesse dringend nöthige Gegengewicht gegen das immer häufiger werdende Eindringen fremden Papiergeldes gewonnen würde. —

Die bisherigen Bemerkungen sind nicht der Ausdruck meiner Ueberzeugung allein, sie sind das Resultat reiflicher Besprechungen und Berathungen mit vielen bewährten Finanz- und Geschäftsmännern, deren übereinstimmende Ansichten mich ermuthiget haben, hier wiederholt auf jene Vorschläge zurückzukommen, für welche ich mich bereits in meinem oben allegirten Artikel vom Dezember 1853 lebhaft interessirt habe. Ebenso wie die von mir befragten Sachverständigen, stimmen auch die

Ansichten der berühmtesten Volkswirthschaftslehrer, wie Adam Smith, Ricardo, Nebenius, Hael, Rau, Pölitz u.s.w., mit dem eben entwickelten Satze überein, daß nur eine mißbräuchliche Benützung des Staatspapiergeldes gefährlich sey, daß aber der Gebrauch dieses Verkehrsmittels in einem mäßigen, genügend gedeckten Betrage als eine sehr zweckmäßige Maßregel erscheine, welche insbesondere nach Ricardo's Ansicht in einem verfassungsmäßigen Staate am zweckmäßigsten von der Staatsregierung selbst in Ausführung zu bringen sey.

Wo für die besprochenen Vorschläge neben der Praxis fast aller deutschen und europäischen Länder auch so gewichtige Autoritäten der Schule sprechen, da kann, wenn die Scheu vor der begutachteten Maßregel nicht in ein ungerechtes Vorurtheil übergehen soll, es sich offenbar nur noch um die Wahl fragen, ob der bedeutende Gewinn, welchen sich der Staat durch eine mäßige, mit dem gesetzlichen Privilegium der Hypotheken- und Wechsel-Bank in keiner Weise kollidirende Emission von Kassascheinen sichern kann, zur Gründung der einen höchst wohlthätigen Doppelzweck realisirenden großartigen Hülfsanstalt und zur gleichzeitigen Erleichterung der schweren Lasten der Steuerpflichtigen verwendet werden soll, oder ob diese Millionen zur Vermehrung der Banknoten bloß deßhalb größtentheils in die Taschen der reichen Bank-Aktionäre zu leiten seyen, damit die Klasse der vermöglicheren und weit weniger hülfsbedürftigen Grundbesitzer und Gewerbsmänner Annuitäten-Darlehen unter Bedingungen erhalten könne, unter welchen sie allerwärts Kredit finden wird!

Diese Wahl kann nimmermehr zweifelhaft seyn, wenn hiebei in Betracht gezogen wird, daß die Vorsorge für die Subsistenz der nothleidenden Volksklassen bis zu den ältesten Zeiten hinauf eine Hauptaufgabe der Regierung war und daß die sozialen Verhältnisse der Gegenwart diese Aufgabe zu einer wahren Lebensfrage gemacht haben, welcher in Frankreich in neuerer Zeit Hunderte von Millionen zum Opfer gebracht wurden und noch fortwährend gebracht werden!

Unsere Zustände erheischen Gottlob ähnliche Opfer noch nicht. Wir erfreuen uns einer geregelten Armenpflege des Staates, welche, unterstützt von einer aus christlichem Wohlthätigkeitssinn hervorgegangenen freiwilligen Armenpflege, insbesondere von dem mit wahrhaft königlicher Munificenz gegründeten St. Johannis-Vereine und seinen Zweig-Vereinen, wohl im Stande ist, in gewöhnlichen Zeiten ihren Aufgaben zu genügen. Was wir aber in unserer dermaligen Finanzlage nicht mehr besitzen, das sind die nöthigen Vorräthe an Geld und Getraide, um in Zeiten allgemeiner Noth und Drangsale die erforderliche Staatshilfe leisten zu können, die hier um so weniger entbehrt werden kann, als in solchen Zeiten, in welchen sich der Kreis der Nothleidenden unendlich erweitert, alle obigen Unterstützungs-Quellen bei weitem nicht mehr ausreichen!

Für solche Nothstände rechtzeitige Vorsorge zu treffen, erscheint als heilige Pflicht des Staates, die erfüllt werden muß, damit das Vaterland von den furchtbaren Folgen einer weitverbreiteten Hungersnoth nicht unvorbereitet überrascht werden kann.

Jetzt ist der Moment, wo ohne irgend welche Belastung der Steuerpflichtigen mit einer sehr mäßigen Emission von unverzinslichen Kassascheinen ein rentirendes Kapital geschaffen werden kann, mit welchem sich nicht nur der fragliche Bahnbau ausführen, sondern auch ein zur unabweislichen Nothwendigkeit gewordenes Wohlthätigkeits-Institut in das Leben rufen läßt, das für Mit- und Nachwelt die segensreichsten Früchte tragen und Seiner Majestät dem Könige, sowie allen künftigen Herrschern des angestammten Königshauses in steigender Progression die Mittel sichern würde, in Zeiten allgemeiner Noth und Drangsale die landesväterliche Hülfe spenden zu können.

Im weiten deutschen Eisenbahn-Netze würde keine Bahnstrecke herrlichere Früchte tragen, als die Bahn von Rosenheim nach Salzburg, durch deren ohne Opfer des Staates gewonnene Renten ein so heilbringendes Wohlthätigkeits-Institut geschaffen würde! Keinen schöneren Namen könnte daher diese Bahnstrecke führen, als den Namen

„Maximilians-Hülfsbahn",

sowie der großartige allgemeine Hülfsfonds unter der Bezeichnung

„Maximilians-Central-Hülfs-Fonds"

seinem Königlichen Gründer noch den Dank der spätesten Jahrhunderte sichern würde!

Mit Recht müßte darum jeder die Nothwendigkeit einer staatlichen Fürsorge für schwere Nothstände klar erkennende Patriot es tief beklagen, wenn sich der Staat durch die Gestattung einer verhältnißmäßig nur sehr geringe Vortheile tragenden Banknoten-Vermehrung des in dermaliger Finanzlage besten Mittels begeben würde, die besprochenen großartigen Wohlthätigkeitszwecke zu realisiren. Auch ohne Propheten-Gabe läßt sich vorhersagen, daß dieses später bei hereinbrechenden Landes-Kalamitäten schwer und bitter bereut werden müßte! —

Möge deßhalb der gegenwärtige so günstige Moment nicht unbenützt bleiben, damit das verhängnißvolle Zuspät nicht hier seine höchst traurige Rolle spiele, wo es sich um das künftige Wohl und Weh von zahllosen Nothleidenden handelt! —

Würzburg im März 1856.

Der Friede.

Es kommt manchmal vor, daß wir das Herannahen eines Ereignisses gewissermaßen instinktartig vorausfühlen; es liegt so zu sagen etwas in der Luft, was dieses Vorgefühl mit einer Art von Nothwendigkeit erzeugt. So ist's mit dem bevorstehenden französisch russischen Bündniß. Frankreich und Rußland sind sich zwei Jahre lang als Feinde gegenüber gestanden, und haben sich als Gegner erprobt und schätzen gelernt; sie werden es nun auch als Bundesgenossen mit einander versuchen. Daß es so kommen wird, daß das Bündniß im Herzen schon geschlossen ist, Jedermann fühlt es; und lange wird es nicht dauern, so wird es aus der Stille der geheimen Wünsche fertig heraustreten an das Licht des Tages. Als Feinde konnten sie das Schicksal der Türkei nicht in's Reine bringen; nun versuchen sie's einmal als Freunde. Wird England der Dritte im Bunde seyn? Diese Frage wollen wir heute nicht untersuchen, sondern mit einer andern uns befassen, die uns näher liegt. Daß bei einem solchen Bündniß Deutschland nicht theilnahmlos zusehen kann, ist klar. Mehr noch, das Bündniß ist so recht auch gegen Deutschland gerichtet. Freie Hand wollen sich die Verbündeten im Osten schaffen, und sie werden Jedem die Zähne weisen, der sich da hinein mischen möchte. Wird aber Oesterreich, wird Deutschland ruhig zusehen können zu dem, was dort vorgeht?

Man weiß, welche Stimmung in den höchsten Kreisen von St. Petersburg gegen Oesterreich herrscht. Sie spiegelt sich wider in dem Verhalten des russischen Bevollmächtigten zu Paris gegen den österreichischen Premierminister. Der „D. A. Z." werden hierüber folgende interessante Anekdoten aus Paris, 26. März, berichtet: „Die kleinen Reibungen zwischen dem Grafen Orloff und dem Grafen Buol dauern fort und bieten Unterhaltungsstoff für die Salons, und selbst in den Tuilerien soll man die fein zugespitzten Witze, welche die beiden Staatsmänner austauschen, zur Unterhaltung der Hörer nacherzählen. So erzählt man, in dem Salon des Staatsministers Fould habe die Hausfrau den Grafen Buol nach seinem Vaterlande gefragt, worauf der Befragte zur Antwort gab, daß es reich sey an allen Segnungen. „Es ist nicht schwer, reich zu seyn, wenn man seine Schulden nicht bezahlt," versetzte lächelnd Graf Orloff, welcher in der Nähe stand und die Frage sowohl als die Antwort gehört hatte. „O, wir zahlen unsere Schulden," fiel der österreichische Minister ein, „nur fangen wir mit den ältern an." Bei einer andern Gelegenheit soll Graf Orloff die Aeußerung gethan haben, daß Oesterreich in dem orientalischen Streit den Advokaten gemacht und für sich allein den Prozeß zu gewinnen hoffte. Und als eine Dame dem österreichischen Minister diese Worte mittheilte, meinte dieser, er begreife den Aerger zu Petersburg darüber sehr wohl, daß Oesterreich sein Jus so gut weg hat. Die Salons finden ihre Unterhaltung darin, diese Worte nachzuerzählen und den Geist der beiden Staatsmänner an denselben zu messen; aber in der politischen Welt sieht man in diesem geringfügigen Wortwechsel die Zeichen einer Erbitterung zwischen den beiden Regierungen, die früher oder später zum Ausbruch kommen müsse; und es ist nun in Aller Munde, was früher nur von den tiefsten Politikern behauptet wurde, daß Oesterreichs unentschiedene Politik, wie glänzend auch die Stellung seyn mochte, die sie ihm für den Augenblick gewann, insofern ein Fehler, eine Verrechnung sey, als sie dasselbe von der nordischen Großmacht gänzlich losriß, ohne es mit den Westmächten eng genug verbunden zu haben."

Rußland ist Oesterreichs Freund nicht. Eben so wenig ist ihm Frankreich zu Dank verbunden für sein zurückhaltendes Benehmen in der orientalischen Frage. Wir haben schon einmal es gesagt: hier galt es, sich zu entscheiden, ob man Hammer oder Ambos seyn wolle. Der Hammer ist Oesterreich, ist Deutschland nicht gewesen; wir fürchten sehr, es wird der Ambos werden. Der erste Akt des orientalischen Drama ist zu Ende; der zweite spielt vielleicht an den Ufern des Rhein und der Donau, statt an den Küsten des schwarzen Meeres.

Deutscher Bund.

Bayern. Die „Augsb. Abendz.“ schreibt aus München, 30. März: Es verlautet aus verlässiger Quelle, daß der Sommerfahrplan unserer Eisenbahnen nicht am 15. April, sondern erst am 1. Mai in Wirksamkeit treten wird. Mit wie großem Bedauern diese Verzögerung allseitig wird aufgenommen werden, so muß doch hinzugesetzt werden, daß an der Verwaltung der bayerischen Verkehrsanstalten die Schuld derselben nicht gelegen ist, daß dieselbe vielmehr eifrig bestrebt war, den Sommerfahrplan, der die Kommunikationsmittel um vieles erhöhen wird, baldmöglichst ins Leben zu rufen, daß aber unüberwindliche Hindernisse bis zu jenem Termine ihn hinausschieben werden.

°° München, 31. März. (Privat-Korrespondenz.) Gutem Vernehmen nach werden die Verhandlungen der Staatsregierung mit dem Eisenbahn-Consortium morgen zum förmlichen Abschluß gelangen und dann sofort die allerhöchste Genehmigung Sr. Maj. des Königs erholt werden. Das Resultat der Verhandlungen wird als ein ganz befriedigendes bezeichnet und man hofft, daß die Genehmigung des Königs in wenigen Tagen erfolgen werde. — Im Finanzausschuß der 2. Kammer sollen morgen Abend die Anträge bez. der Geschäftserweiterung der bayer. Hypotheken- und Wechselbank zur Berathung kommen.

× **Preußen.** Berlin, 30. März. (Privat-Korresp.) Auf dem kirchlichen Gebiete befinden sich einige Fragen, deren Erledigung sehr wünschenswerth erscheint. Unter dieselben gehört die Angelegenheit wegen neuer Einsegnung geschiedener Personen. Die Wichtigkeit der Fragen ist so groß, daß dem Vernehmen nach außerordentliche Maßregeln zu ihrer Lösung getroffen werden sollen. Man deutet darauf hin, daß die Berufung einer Kirchen-Konferenz hiezu in Aussicht stehe.

Die zu Paris in diesem Sommer abzuhaltende allgemeine Ausstellung für Vieh, Ackerwerkzeuge und Ackerprodukte findet unter den Landwirthen Preußens, wie es bis jetzt den Anschein hat, nur eine geringe Theilnahme, weil ein Nutzen daraus für dieselben nur in sehr seltenen Fällen erzielt werden kann, und weil der Vortheil der Ausstellung der Thiere und ländlichen Produkte vorzugsweise den Besuchern der Ausstellung zu Gute kommt. Dagegen zeigt sich unter den Verfertigern von landwirthschaftlichen Maschinen und von Ackerwerkzeugen eine größere Regsamkeit bei der Beschickung der Ausstellung. Diese haben allerdings die vorjährige Industrieausstellung zu Paris ebenfalls beschickt; sie hoffen aber, daß das Publikum, welches die diesjährige Ausstellung besuchen wird, vorzugsweise aus ackerbautreibenden Personen bestehen wird, und ihnen deßhalb vermehrte Aufträge zur Anfertigung ihrer Fabrikate aus Frankreich zugehen werden. — Die Sammlung zur Beschaffung eines Kapitals für die Hinterbliebenen des im Duell gefallenen General-Polizei-Direktors v. Hinkeldey ist bis jetzt aus den Kreisen der größeren Banquiers und Inhaber umfangreicher Etablissements nicht herausgetreten. Wie man vernimmt, sollen auch die übrigen begüterten Einwohner unserer Stadt aufgefordert werden, sich ebenfalls bei der Sammlung zu betheiligen.

Berlin, 18. März. Am letzten Dinstag ist Prinz Wilhelm von Baden im Beiseyn des Prinzen Friedrich Wilhelm als Mitglied der Freimaurerloge Royal-York aufgenommen worden. — Der geh. Rath, Leibarzt des verstorbenen Kaisers Nikolaus, Dr. Mandt, ist gestern Abend von hier nach Petersburg abgereist, um einer Aufforderung der Kaiserin-Wittwe zu genügen. (Sp. Z.)

Baden. Aus Baden, 28. März. Die in der ersten Hälfte des März stattgehabte Zusammenkunft bedeutender Bankiers in Karlsruhe (Hansemann aus Berlin, Goldschmidt aus Frankfurt, Hohenemser und Ladenburger aus Mannheim, Zimmern aus Heidelberg) brachte man wohl nicht mit Unrecht in Zusammenhang mit einem in unserem Lande zu errichtenden Kreditinstitute. In wie weit diese Annahme gegründet ist, davon verlautete im Publikum nichts Näheres, wohl aber wird von gut unterrichteter Seite jetzt behauptet, daß die Errichtung eines solchen Institutes in Baden einem Vereine hochstehender Personen zugestanden worden, und daß ferner dieser Verein auch die vielbesprochene Eisenbahn durch den Odenwald, sowie durch das Kinzigthal und die nach Pforzheim übernehmen werde. In der nächsten Woche, wo unsere Kammern wieder zusammentreten, wird die zweite Kammer vor Allem mit dieser wichtigen Angelegenheit sich beschäftigen. (Schw. M.)

Oldenburg. Oldenburg, 25. März. Da zur Zeit keine Aussicht mehr vorhanden ist, daß der Insel Wangerooge eine Badeanstalt, und damit eine wesentliche Nahrungsquelle erhalten bleibe, wohl aber fortwährend die Besorgniß obwalten muß, daß über kurz oder lang auch der Osten der Insel vor den andrängenden Meeresfluthen zu verlassen seyn würde, so haben die Insulaner es jetzt für die richtigste Maßregel anerkannt, auf dem Festland des Herzogthums Oldenburg eine neue Zukunft zu begründen. Wie wir hören, wird dies noch im Laufe des bevorstehenden Sommers zur Ausführung kommen.

Oesterreich. Wien, 25. März. Seit einigen Tagen weilen hier die Bevollmächtigten einer rheinländischen Gesellschaft, die sich mit einem Kapital von 20 Millionen Thaler zu dem Zweck konstituirt hat, um in Oesterreich und Serbien Bergwerke anzukaufen. Die Bevollmächtigten stehen bereits mit der serbischen Regierung wegen eines derartigen Ankaufs in Unterhandlung. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 28. März. Der „Morning Star“ meldet bestimmt die bevorstehende Absendung der deutschen Legion in die Capkolonie. Die Regierung beabsichtige damit einen doppelten Zweck: die Garnisonirung und möglicherweise die Kolonisirung jener Landestheile. (Bekanntlich sind im Westen der Vereinigten Staaten viele der bedeutendsten Städte in Cincinnati, Louisville u. s. w. durch Anlegung von Forts gegründet worden.)

Frankreich.

Paris, 29. März. Es scheint nicht, daß eine allgemeine Amnestie für Preßvergehen erfolgen werde, doch will der Kaiser, daß allen individuellen Gnadengesuchen willfahrt werden soll. (Allg. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 31. März. Die Börse, Anfangs durch Ultimo-Realisirung gedrückt, nahm später eine günstigere Haltung an.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1302 P. 1298 G. Neue Bankaktien 426 P. 422 G. Credit-Action à 5pCt 201 P. 199 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81½ P. 85¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81¼ P. 81 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89½ G.; à 4½pCt. 76 P. 75¾ G.; à 4pCt. 68 P. 67½ G.; à 3pCt. 51½ P. 51 G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G.; à fl. 250 von 1839 — P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108½ P. 108¼ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Fres. Einzahl. 307 P. 305 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. 86½ P. 86 G.; 4pCt — P. 94¾ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 100¼ P. 99¾ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155¾ P. 155¼ G. Neustadt-Weissenb. 118¾ P. 118¼ G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89 P. 88½ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¾ P. 82¼ G. Kurhessen. 40 Thalerloose b. R. 41 P. 40¾ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62¾ P. 62½ G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. 91¼ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pC. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 112½ P. 112 G.; à fl. 25 33¼ P. 33 G.; Darmstädter Bankaktien alte 360 P. 358 G.; junge — P. 304 G. Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 103½ P. 103 G. Baden. fl. 35 Loose von 1845 47 P. 46¾ G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. — P. 89¼ G., Loose à fl. 25 31¼ P. 31 G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; Bankaktien 121 P. 120½ G.; Taunus-Aktien 336 P. 334 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 83½ P. 83 G. Homburg. Bankaktien — P. — G. Polen. fl. 500 Partial 87 P. 86½ G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 40⅜ P. 40⅛ G.; 1pCt. neue 25 1/16 P. 24 15/16 G. Holland. Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. 99¾ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120¼ P. 120 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¾ P. 101½ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	do. 3 Monat mit 5% — P. — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97 P. 96¾ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94½ P. 94¼ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88¾ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117½ P. 117¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 116¾ P. 116½ G.

Disconto — P. 4pCt. G.

(Nebst einer zweiten Beilage.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 92. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 30 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Die Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 2. April 1856.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Unserm neulichen Auszug aus der Ministerial-Entschließung vom 12. d. M. bezüglich der Advokaten-Praxis haben wir ergänzend beizusetzen, daß die Bestimmungen derselben sogleich in Wirksamkeit treten. Es bleibt hiebei den in der Advokatenpraxis dermal befindlichen Kandidaten anheimgegeben, den Zeitpunkt des Uebertrittes in die Gerichtspraxis Behufs der Erfüllung der ertheilten Vorschriften nach Maßgabe ihrer Anciennetät und der bereits in der Gerichtspraxis zugebrachten Zeit zu bemessen. Ihre Bewerbung um Anstellung kann aber nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie den erwähnten Vorschriften vollkommen genügt haben, jedoch soll das Erforderniß der Kontinuität der zwei letzten Jahre der Gerichtspraxis erst vom 1. Mai 1858 an geltend gemacht werden.

München, 1. April. Se. Maj. der König haben den Albert v. Lilier in die Zahl allerhöchstihrer Kammerjunker aufgenommen; den praktischen Arzt zu Windsheim, Dr. Fr. August Hagen, zum Gerichtsarzte des Landgerichts Windsheim ernannt; auf das erledigte Kantonsphysikat Obermoschel den dermaligen Kantonsarzt zu Wolfstein, Dr. Daniel George, versetzt; zum Kantonsarzt in Wolfstein den vormaligen Herrschaftsgerichtsarzt und nunmehrigen prakt. Arzt Dr. Valentin Rabler zu Weissenhorn, zum Landgerichtsarzte in Laufen den prakt. Arzt Dr. Jul. Neudegger zu Pöttmes, k. Ldg. Rain, ernannt; den Kreis- und Stadtgerichts-Assessor Jul. Grosch in Aichach zum Rathe am Kreis- und Stadtgerichte Amberg, und zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Aichach den dortigen Protokollisten Andr. Riedl befördert, sofort den Kreis- und Stadtgerichts-Accessisten Theodor Ruppenthal in München zum Kreis- und Stadtgerichts-Protokollisten in Aichach ernannt. (N. M. Z.)

** München, 31. März. (Privat-Korrespondenz.) Wie es heißt, würde sich der k. Ministerpräsident Frhr. v. d. Pfordten in den nächsten Tagen nach Lindau zu Sr. Maj. dem König begeben, und zwar, wie man glaubt, um Sr. Majestät Bericht zu erstatten über die Verhandlungen mit dem Eisenbahn-Konsortium. Hr. Denis, der Direktor der pfälzischen Bahnen, tritt in die Dienste des Konsortium und wird die gesammte Leitung des Baues rc. der Bahnen erhalten.

* Bekanntlich reichte der Abgeordnete Völk im vorigen Herbst einen Initiativ-Antrag auf Erlassung eines Gesetzes bezüglich der Abkürzung der Fristen zur Geltendmachung des nicht bezahlten Geldes gegen Schuldurkunden und Quittungen ein. Auf Antrag des 1. Ausschusses, und nachdem der Antragsteller selbst das von ihm vorgeschlagene Initiativ-Gesetz fallen gelassen und dem Ausschuß-Gutachten sich angeschlossen hatte, beschloß die 2. Kammer, die Bitte an Se. Maj. den König zu stellen, zur Aufhebung oder doch zur Beschränkung der gesetzlichen Bestimmung, daß der Aussteller von Schuldscheinen und Quittungen binnen zwei Jahren resp. dreißig Tagen durch die sog. exceptio oder querela non numeratae pecuniae die Beweiskraft der Urkunden zerstören könne, und ferner zur Entscheidung der bezüglich des Gegenbeweises gegen Schuldurkunden bestehenden Kontroversen einen Gesetzentwurf, wo möglich, noch an die gegenwärtig versammelten Kammern des Landtages allergnädigst gelangen zu lassen. Dieser Beschluß wurde sodann verfassungsgemäß zur 1. Kammer hinübergegeben. Der von dieser mit der Berichterstattung beauftragte Professor v. Bayer unterzog ihn einer umfassenden Prüfung und war der Ansicht, daß es vorerst nicht rathsam erscheine, dem primären Antrag auf gänzliche Aufhebung der bisherigen gesetzlichen Wirkung der Einwendung des nicht bezahlten Geldes beizutreten, glaubte aber, daß wenigstens dem eventuellen Antrag auf Abkürzung der bestehenden gesetzlichen Fristen beizustimmen sey, daß sich aber der Gegenstand zur Behandlung im Wege der fragmentarischen Gesetzgebung nicht eigne. Er beantragte demzufolge, dem Beschluß der zweiten Kammer nur in allgemeiner Fassung beizutreten, und zwar dahin: es sey an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte zu richten, den Mißständen, welche aus der gegenwärtig in den meisten Gebietstheilen des Königreichs bestehenden Gesetzgebung über die Einwendung des nichtempfangenen Geldes in ihren verschiedenartigen Anwendungen entspringen, vermittelst einer durchgreifenden Revision der auf dieses Rechtsmittel und dessen Wirkungen Bezug habenden Vorschriften bei dem allerhöchst anbefohlenen Entwurf eines allgemeinen Zivil- und Prozeßgesetzbuches allergnädigst abhelfen zu lassen. Die Kammer trat der Ansicht des Referenten bei, beschloß jedoch auf Vorschlag des Reichsrathes Fürsten Hohenlohe, daß die Worte „bei dem allerhöchst anbefohlenen Entwurf eines allgemeinen Zivil- und Prozeßgesetzbuchs" hinwegbleiben sollen, um hierdurch auch die Zeit der Vorlage dem Ermessen der kgl. Staatsregierung zu überlassen. Da also die beiden Kammern in ihren Beschlüssen abweichen, so ging die Sache wieder an die 2. Kammer zu nochmaliger Berathung zurück. Hierüber siehe den folgenden Bericht.

München. Der in der ersten Sitzung nach den Osterferien in der Abgeordnetenkammer zur Verhandlung kommende Antrag des Abgeordneten Rabl, „gesetzliche Bestimmungen über Dienstboten-Ordnung betreffend", berührt hauptsächlich einige belästigende und beengende Bestimmungen der in Ober- und Niederbayern noch mit Gesetzeskraft bestehenden Dienstboten-Ordnung von 1781, namentlich den §. 1 derselben, wonach alle Dienstleute auf dem Lande, und welche immer zu landwirthschaftlichen Diensten gebraucht werden, wenigstens auf 1 Jahr sich zu verdingen haben, und bezweckt eine Revision jener Dienstboten-Ordnung namentlich in Bezug auf Taglöhner und sonstige landwirthschaftliche Dienstleute. Der Ausschuß beantragt hierüber, daß, nachdem die k. Staatsregierung von dem Aufgreifen veralteter Bestimmungen und von unrichtiger Auslegung der Dienstboten-Ordnung Kenntniß erlangt habe, und mit Zuversicht anzunehmen sey, die hiedurch veranlaßten Beschwerden würden im Wege der Vollzugs-Instruktion abgestellt werden, lediglich der Antrag vorzuschlagen sey: „Die Bitte an die Krone zu bringen, die bestehenden Dienstboten-Ordnungen einer zeitgemäßen Revision unterwerfen lassen zu wollen."

** München, 1. April. (Privat-Korrespondenz.) **53. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die kgl. Staatsminister Graf Reigersberg, Dr. Aschenbrenner, Dr. Ringelmann und v. Zwehl.

Es erfolgt Vortrag und sofort Berathung über den Gesetzentwurf „die weitere prov. Steuererhebung pro 18⁵⁵/₅₆", und dann über „die Ermäßigung des Tarasatzes für rohen Kaffee in Ballen und Säcken von 3 auf 2 Pfd. betr." Beide Gesetzentwürfe wurden ohne Debatte und einstimmig angenommen und zwar mit 100 und resp. mit 101 Stimmen.

Der kgl. Staatsminister des Innern übergab dann einen Gesetzentwurf, „die Revision des Jagdgesetzes vom 30. März 1850 betr." und bemerkt hierzu, daß sich derselbe nicht auf das Jagdrecht beziehe, sondern nur auf die Jagdausübung erstrecke.

Die Kammer stimmte dann nach einigen Bemerkungen der Abgg. Dr. Kirchgeßner und Dr. Völk dem Beschluß der 1. Kammer bezüglich des Antrags, „die exceptio non numeratae pecuniae etc (s. oben) betr.", bei, so daß hierüber Gesammtbeschluß erzielt ist.

Noch gelangte dann der Antrag des Abg. Rabl bezüglich der Dienstbotenordnung zur Berathung (s. oben).

Abg. v. Closen als Referent empfiehlt die Annahme des Ausschußantrags, dem aber Fürst Wallerstein, weil er nur ganz allgemein gehalten ist, nicht beistimmen will.

Abg. Rabl verbreitete sich über die Nothwendigkeit einer Revision der Dienstbotenordnung und schloß sich dann dem Antrage des Ausschusses an, der nach der Versicherung vom Ministertische, daß die Regierung die gewünschte Revision vornehmen werde, auch angenommen wurde, womit die Sitzung schloß.

** München, 31. März. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Antrag des Reichsraths Grafen Waldkirch in Betreff der Einführung des Dreiklassen-Systems bei den Abstimmungen in den Gemeinden berathen. Der Ausschuß hat diesen allgemein gehaltenen Antrag bestimmt präzisirt. (Wir haben denselben vorgestern mitgetheilt.)

Nachdem Hr. v. Harleß als Referent die Annahme des so formulirten Antrags empfohlen hatte, wurde derselbe vom Antragsteller kurz motivirt und zwar dadurch, daß durch die jetzige Gleichberechtigung aller Gemeindeglieder, der Niedrigst- wie der Höchst-Besteuerten, große Mißständen bestünden, denen durch das Dreiklassensystem, wenn nicht vollständig, doch in vielen Fällen abgeholfen würde.

Graf K. Seinsheim und Fürst Hohenlohe schlossen sich der Ansicht des Antragstellers an und der k. Staatsminister des Innern erklärte schließlich, daß er gegen den Antrag nichts einzuwenden habe, da er die Grundlage desselben als recht und billig erachte. Wenn der Antrag von den drei Faktoren der Gesetzgebung zur Annahme gelange, so könnte eine freiere weniger bevormundete Bewegung der Gemeinden gestattet werden, weil dann nicht mehr die Kopfzahl, sondern der Besitz und die Intelligenz entscheiden würden. Der Antrag des Ausschusses wurde einstimmig angenommen.

Der Kammer wurde heute ein Gesetzentwurf vorgelegt, durch welche die bisher nur auf Nürnberg selbst beschränkte Jurisdiktion der dortigen Handelsgerichte auch auf deren Vorstädte ausgedehnt werden solle. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

× **Preußen.** Berlin, 31. März. (Privat-Korresp.) Große Sensation hat die Verfügung des Handelsministers vom 19. d. hervorgerufen, nach welcher den bestallten Mäklern die Bestimmung des § 4 der Verordnung vom 24. Mai 1844 in Erinnerung gebracht wird, daß den Mäklern bei Vermeidung der Amtsentsetzung untersagt ist, in Papieren, welche über die Betheiligung bei ausländischen Aktien-Unternehmungen oder Anleihen vor Berichtigung des vollen auf die Aktien oder Obligationen einzuzahlenden Betrages ausgegeben worden sind oder ausgegeben werden, irgend ein Geschäft zu unterhandeln, abzuschließen oder zu vermitteln, ohne Unterschied, ob dasselbe sofort von beiden Theilen erfüllt wird oder nicht. Der Eindruck auf die Börse, für welche die Verordnung vom 24. Mai 1844 vergessen war und eigentlich nicht mehr bestand, weil nicht danach gehandelt wurde, ist ein großer gewesen, hat aber bis jetzt keineswegs entschieden nachtheilige Folgen gehabt. Die Gründe für die neue Publikation der Verordnung vom 24. Mai 1844 sind zunächst darin zu finden, daß wir uns augenblicklich in demselben Börsenschwindel befinden, wie in jener Zeit. Damals waren es die Eisenbahn-Aktien, mit welchen ein bedenkliches Geschäft getrieben wurde, jetzt rufen die Geschäfte in Bank-Aktien eine nicht geringere Besorgniß hervor. Man hatte damals nachträglich die Maßnahme unseres Gouvernements, welche anfänglich auf das härteste angegriffen wurde, als richtig und wohlthätig wirkend anerkannt. Sie hatte den Erfolg, daß die Geschäfte mit noch nicht voll eingezahlten Papieren aufhörten und die Börsen von ihrer gefährlichen Schwindelsucht zurückkehrten. Von so wohlthätigem Einfluß war jene Verordnung, daß nicht nur auf großen Börsen eine solidere Haltung eintrat, sondern auf allen anderen, die nun mit einem Male die Gefährlichkeit der Geschäfte zu erkennen begannen. Es hätte nicht ausbleiben können, daß unendliche Verluste die Folgen dieser Art Geschäfte werden mußten, denn schon waren größere Nachtheile für Einzelne eingetreten, aber sie waren nicht so umfangreich, daß dadurch eine erschütternde Krisis hervorgerufen wurde, die jedenfalls nicht ausgeblieben wäre, wenn der Börsenschwindel ungezügelt sich in den Abgrund hätte stürzen können, welchem er unaufhaltsam zueilte.

Wenn damals jene Verordnung für nothwendig erkannt wurde und ihre Erfolge heilsam waren, so ist die Wiederverkündigung derselben unter den jetzigen beinahe gleichen Verhältnissen nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar unabweislich gewesen. Die Folgen werden nicht minder günstig ausfallen, wie im Jahre 1844. Es würde sogar ein Widerspruch in den Maßnahmen des Gouvernements eingetreten seyn, wenn man nicht gleichzeitig mit der Ablehnung der Anerbietungen zur Gründung von inländischen Kredit-Instituten zu hindern suchte, daß auf den preuß. Markt nicht bis zum Nennwerth eingezahlte Aktien von solchen ausländischen Banken gebracht werden, die noch nicht einmal in ihrer Gründung fertig sind, und welche man mit sehr geringen Anstrengungen im Ausland vorzugsweise durch preußisches Geld konsolidiren möchte. Die Bankinstitute des Auslandes scheinen nicht so sicher fundirt werden zu sollen, daß sie eine volle Garantie für die Sicherheit der Theilnehmer darbieten. Ihr Gedeihen liegt mehr in der Tüchtigkeit und Klugheit der Direktoren, welche die Verwaltung übernehmen, und dem glücklichen Griff, mit welchem die Geschäfte gemacht werden, als in der Zweckmäßigkeit der Einrichtungen derselben. Sie basiren fast ausschließlich darauf, daß die Einzahlungen der Aktien nur zu einem gewissen Theile erfolgen sollen, und daß erst späterhin Nachzahlungen eintreten, wenn eine weitere Vermehrung des Kapitals nothwendig wird. Sie sollen allerdings fast sämmtlich unter die Kontrole der betreffenden Staatsregierung gestellt werden. Dadurch ist aber für Preußen noch keine ausreichende Garantie für die Sicherheit der Institute gegeben. Unsere Regierung geht von der Ansicht aus, daß das Geld dem Lande möglichst erhalten werden muß und daß, je mehr baares Geld über die Gränzen des Staates hinausgeht, desto weniger das Kapital in unserem Lande verwendet werden könne, während es doch so sehr erforderlich sey, daß die Industrie und der Verkehr in ihrem immensen Aufschwung nicht durch die Betheiligung des preußischen Geldes an ausländischen Unternehmungen gehemmt werde.

Eine große Geldkrisis, welche von den nachtheiligsten Folgen begleitet seyn würde, könnte in Preußen nicht ausbleiben, wenn dem Bank-Aktien-Schwindel nicht Einhalt geboten worden wäre. Beugt die Verfügung vom 19. d. für Preußen der Geldkrisis vor, und schützt gegen Verluste, indem sie warnt, so bewahrt sie auch unser Vaterland vor dem Unglück, welches für die Industrie, für den Geschäftsmann und für den Arbeiter aus einer Geldkrisis hervorgehen würde. Umschiffen wir mit Hülfe dieser Verfügung diese gefährliche Klippe, so werden wir dadurch einem größeren Uebel entgehen, als der orientalische Konflikt über die Industrie und den Verkehr gebracht hat. Andrerseits würde nicht nur wegen Mangel an Kapital der Geschäfts-Verkehr und die Arbeit in's Stocken gerathen, sondern auch mancher sonst gut situirte Industrielle zum Nachtheile seiner Arbeiter sein Geschäft aufgeben müssen, weil er nicht mehr im Stand ist, dasselbe unter den erschütterten Geldverhältnissen zu erhalten.

Hat man es für gerechtfertigt erachtet, daß das ausländische Papiergeld aus Preußen entfernt würde, weil vielleicht für Preußens Staatsbürger durch dasselbe Verluste herbeigeführt werden könnten, so ist es gewiß noch viel gerechtfertigter, wenn auch der andere Weg, auf welchem von dem preußischen Kapital in's Ausland ziehen würde, verstopft wird. Bei dem ausländischen Papiergeld handelte es sich um wenige Millionen, und um Summen für den Einzelnen, welche schwerlich im Stande waren, seinen Untergang herbeizuführen. Die ausländischen Bank-Aktien umfassen aber viel größere Summen, und es würden Einzelne mit so bedeutenden Beträgen betheiligt seyn, daß sie zu Falliissements führen könnten.

Um so gerechtfertigter erscheint die Verfügung der preuß. Regierung, da man in Frankreich nicht geringere Besorgnisse zu hegen scheint, und schon früher dort eine ähnliche Verfügung ergangen ist.

Dem Vernehmen nach wird nächstens eine königliche Kabinetsordre erscheinen, nach welcher künftig auch junge Philologen, wenn sie vor ihrem fünfundzwanzigsten Lebensjahre die Prüfung zu einem höhern Schulamt bestanden, gänzlich vom Militärdienst befreit seyn sollen. (D. A. Z.)

Sachsen. Aus Reichenbach vom 28. März schreibt das „Reichenbacher Wochenblatt“: „Am 25. und 26. d. trafen hier mehrere theologische Notabilitäten aus Süd- und Norddeutschland ein welche am 26. und 27. zu einer Konferenz zusammentraten. Ueber den Gegenstand dieser vertraulichen Verhandlungen läßt sich natürlich nichts Genaues berichten; doch wird als derselbe die Besprechung wichtiger kirchlicher Fragen bezeichnet.“ Erschienen waren die Herren: Dr. Kliefoth, Oberkirchenrath aus Schwerin; Dr. Kahnis, Professor zu Leipzig; Dr. Schmid, Professor aus Erlangen; die Professoren Dr. Thomasius, Dr. Delitzsch, Dr. Harnack und Dr. v. Hofmann ebendaher; Dr. Krabbe, Oberkonsistorialrath aus Rostock; A. von Harleß, Reichsrath und Präsident des bayerischen Oberkonsistoriums; Dr. Besserer, Condirektor der lutherischen Mission zu Leipzig; Dr. Philippi, Professor aus Rostock; Nagel, Superintendent aus Breslau, und Dr. Huschke, geheimer Justizrath, ebendaher.

Kurhessen. Kassel, 28. März. Die Wahlfrage in Betreff eines reformirten Superintendenten für den hiesigen Sprengel, an welcher das Ministerium Hassenpflug gescheitert, hat nunmehr ihre Lösung dahin gefunden, daß zur landesherrlichen Bestätigung, resp. Auswahl, diejenigen 3 Personen präsentirt werden, auf welche die meisten Stimmen gefallen. Es haben erhalten der Metropolitan der Residenz, Konsistorialrath Dr. Hoffmann, 50 Stimmen; der Professor der Theologie, Inspektor Dr. Scheffer in Marburg, 32 Stimmen, Hofprediger

Konsistorialrath Martin 25 Stimmen; Metropolitan Dr. Grimmel in Wolfhagen 10 Stimmen. Der Kurfürst kann von den Präsentirten den bestätigen, welchen er für den Geeignetsten hält, die Stimmenzahl entscheidet nicht. (Aus den in der jüngsten Zeit geführten kirchlichen Streitigkeiten ist Hr. Hoffmann als zur sogenannten Vilmar'schen streng lutherischen Partei und Hr. Scheffer als zu deren Gegner zählend bekannt geworden. Aus der Wahlhandlung ist also ein Schluß auf die Stärke der Vertretung beider Richtungen unter der Kassel'schen Diözesangeistlichkeit zu machen.) Daß der Erstgenannte, obgleich er, wegen der erhaltenen Stimmenmehrzahl, als primo loco gewählt zu betrachten, die landesherrliche Bestätigung nicht erhalten wird, glaubt man aus Rücksicht auf dessen bekannte Anhänglichkeit an die Vilmar'sche Richtung mit Gewißheit annehmen zu dürfen. Ueber die beiden andern ist man zweifelhaft. Neben diesen Konjekturen dreht sich die öffentliche Besprechung noch immer um die bei der vorgestrigen Wahl vorgekommenen Feierlichkeiten. Das Wiedereinführen eines so kräftigen Stücks der alten Kirchenordnung von 1566 machte einen Eindruck, in den man sich nicht leicht zu finden schien; recht sichtlich war namentlich die Verwunderung des Publikum über den in einer hessischen reformirten Kirche seit vielen Generationen nicht mehr vorgekommenen Anblick einer bei Gesang und Gebet knieenden Versammlung. Dieser Verwunderung ist es wohl auch zuzuschreiben, daß die Gemeinde in Betrachtung der 120 knieenden Pfarrer vergessen hatte, wie auch sie selbst nach der Vorschrift der nämlichen Kirchenordnung ihre Mitwirkung knieend an den Tag zu legen habe. (Deutschland.)

Oesterreich. Wien, 28. März. Der Fürst Stirbey beabsichtigt in der wallachischen Armee das österreichische Exerzirreglement einzuführen, und hat sich hieher mit der Bitte gewendet, mehrere Unteroffiziere als Instrukteure nach Bukarest zu senden. Unsere Regierung hat diese Bitte gewährt und auch unter Einem sich bereit erklärt, 600 Stücke der neuen Dornflinten zur Bewaffnung der drei wallachischen Scharfschützenbataillone nach Bukarest zu senden. (Schw. M.)

Wien, 29. März. Das Ministerium des Innern hat einverständlich mit dem Justizministerium angeordnet, daß im Teschener politischen Amtsbezirk Schlesiens wegen der daselbst um sich greifenden und unter besonders gefährlichen Umständen verübten Brandlegungen das standrechtliche Verfahren eingeleitet werde. (D. A. Z.)

Niederlande.

Amsterdam, 27. März. Die Emanzipationsfrage hatte unter den holländischen Sklaven in Surinam hie und da große Aufregung verursacht. Auf den Plantagen Hamburg und Broederschap in Saramaca haben die Neger in Masse erklärt, keine Sklavenarbeit mehr thun zu wollen, da, wie sie unterrichtet zu seyn glauben, die hohe Regierung in Holland ihre Freilassung befohlen habe, diese aber von der Plantage-Administration ihnen vorenthalten werde. Die Bürgermacht in dem Bezirk hat Mühe gehabt, die Sklavenmassen zur Besinnung zu bringen, und nicht ohne daß eine große Anzahl Neger von der Plantage Hamburg furchtbar gepeitscht worden sind, ist die Ordnung hergestellt worden. Von der Plantage Broederschap haben sechs der besten Neger ihre Freiheit in den Wäldern aufgesucht. Auf der Plantage Anna Katharina in Mattapica hat ebenfalls ein Sklavenaufstand stattgehabt. Der Generalprokurator hatte sich dorthin begeben, und auch dort hat körperliche Züchtigung vorgenommen werden müssen. Auf der Kaffeeplantage de Nieuw Grond am Fluß Commewijne hat eine Weigerung der Sklaven, sich nach der Zuckerplantage Sardam versetzen zu lassen, zu ernsten Folgen Anlaß gegeben. 20 bis 21 Neger sind in die Wälder geflüchtet. Man schauert bei solchen Vorfällen, denn was ist noch zu einem allgemeinen Ausbruch nöthig, wenn man bedenkt, daß die Neger der Plantage Hamburg bewaffnet waren, als sie ihre vermeinte Freiheit forderten? Wird man nun noch mit der Emanzipirung zögern, in der Hoffnung, daß die Sklavenhalter dazu mitwirken werden? Diese sind meistens Administratoren, und ihre jährlichen Vortheile (einige beziehen 20,000 bis 25,000 fl. das Jahr, andere mehr) und ihre willkürliche Macht sind zu groß, als daß bei ihnen Recht und Menschlichkeit den Sieg darüber werden davon tragen können. Doch warte die Regierung nicht zu lange, denn der Zustand der Kolonie mit Bezug auf die Sklaverei ist höchst gefährlich. (Allg. Z.)

Frankreich.

Paris, 30. März. Nach dem „Journal de Havre" denkt man daran, den Bau dreier Forts zu beginnen, um den Hafen gegen jeden Angriff von der Meeresseite zu schützen. — Nach einem neuen Projekt wird das ganze Bouloguer Hölzchen mit in die Stadt herein gezogen, zunächst wohl nur, um die Einnahmen der Stadt zu erhöhen. Früher oder später werden wohl überhaupt die Oktroimauern bis an die Enceinte herangeschoben werden.

Paris, 31. März. Nach der gestrigen Sonntagssitzung wurden sämmtliche Bevollmächtigte vom Kaiser in den Tuilerien empfangen. — Die Illumination war gestern Abends sehr glänzend. — Nach dem heutigen „Constitutionnel" ist an den Grafen Orloff die Einladung ergangen, sich bei der morgenden Revue dem Gefolge des Kaisers anzuschließen. Eine gleiche Einladung ist an die in besonderer Mission hier eingetroffenen österreich. Offiziere ergangen. Lord Clarendon wird unverweilt abreisen und noch diesen Abend der Sitzung des Oberhauses beiwohnen. (T. D. d. Köln. Z.)

* Paris, 31. März. Die Kanonen der Forts feuerten gestern bis Abends 8 Uhr. Man zählte von 1 bis 8 Uhr über 1000 Schüsse. Zur Unterzeichnung des Vertrags, welche ihren Arbeiten ein Ziel setzt, haben sich die Bevollmächtigten eines silbernen vergoldeten, eigens für diesen Anlaß angefertigten Schreibzeugs bedient. Dieses Tintenfaß, dessen Ausstattung dem Style des ersten Kaiserreichs entspricht, kostete nicht weniger als 11,000 Franken.

Spanien.

Am 16. März ist die von Sabadell nach Tarasa (Catalonien) führende Bahn zum Gebrauch eröffnet worden; an der Verlängerung derselben nach Manresa wird eifrig gearbeitet; 2000 Arbeiter sind dabei beschäftigt. (Allg. Ztg.)

Amerika.

New-York, 15. März. Aus Nicaragua wird gemeldet: General Walker (der Anführer einer nordamerikanischen Abenteurer-Schaar, der gegenwärtig in Nicaragua thatsächlich die Herrschaft übt) habe die Boote der Transit-Gesellschaft von Nicaragua — es ist dies bekanntlich die Gesellschaft, welche die von Greytown (San Juan) nach dem stillen Meere führende Straße in Händen hat — mit Beschlag belegt, ihren Freibrief vernichtet und einer anderen Gesellschaft einen neuen Freibrief ausgestellt. Walker sucht seinen Schritt durch die Behauptung zu rechtfertigen, daß die Transit-Gesellschaft ihren Verbindlichkeiten nicht nachgekommen sey Er hat aber sich der Gefahr ausgesetzt, daß sowohl Amerika wie Großbritannien gegen ihn auftreten, da beide Länder durch den Clayton-Bulwer-Vertrag verpflichtet sind, die Gesellschaft in ihrer rechtmäßigen Thätigkeit zu schützen. Dem „New-Yorker Kourier und Enquirer" zufolge treffen die Regierungen von Guatemala, San Salvador und Costa Rica Anstalten, Walker und seine amerikanischen Anhänger mit Gewalt aus Nicaragua zu vertreiben. Guatemala hat zu diesem Zwecke bereits 3000 Mann auf die Beine gebracht, während Salvador 2000 und Costa Rica 1500 stellen will. Unter den Eingeborenen von Nicaragua soll große Erbitterung gegen Walker herrschen, und für den Fall, daß die Unterstützung von Seiten der Nachbarstaaten nicht ausbleibt, wird eine allgemeine Volkserhebung als unausbleiblich geschildert. (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

* Paris, 31. März. Lord Clarendon ist gestern abgereist, um der Wiedereröffnung der Parlaments-Sitzungen in London anzuwohnen. Man glaubt, daß er demnächst nach Paris zurückkehren wird, um an neuen diplomatischen Verhandlungen Theil zu nehmen. — Die Unterzeichnung des Friedensvertrags währte außerordentlich lange, da jeder Bevollmächtigte außer seiner Unterschrift unter jedes Protokoll noch eine Menge Paraphen zu zeichnen hatte, deren Zahl auf 384 angegeben wird; man wartete jedoch nicht ab, bis alle Unterschriften beendet waren, um der Bevölkerung die glückliche Nachricht mitzutheilen. Es waren 7 auf Pergament geschriebene Exemplare des Traktats hergerichtet und in der Weise auf den Konferenztisch gelegt worden, daß jedes Exemplar sich vor den Bevollmächtigten jenes Gouvernement befand, zu dessen Ratifikation es bestimmt war. Die Bevollmächtigten jeder Macht unterzeichneten zuerst das ihrer Regierung reservirte Exemplar, dem sodann die anderen Bevollmächtigten ihre Unterschriften in alphabetischer Ordnung anfügten. Da in dieser Weise jede kontrahirende Macht auf dem von ihr zu ratifizirenden Exemplare zuerst figurirte, so war dadurch jeder Etiquetten- oder Rang-Streit beseitigt. Jeder Unterschrift wurde sogleich das Privatsiegel des betreffenden Bevollmächtigten angefügt. Diese doppelte Formalität beschäftigte den Kongreß nicht weniger als $1\frac{1}{2}$ Stunden. Für die Zeit, welche während der Auswechselung der Ratifikationen ver-

streichen wird, unterzeichneten die Bevollmächtigten die **Verlängerung des Waffenstillstandes** bis zum 28. April.

Nun auch ein Wort über die berühmte Feder, die nach dem „Constitutionnel" mit so vielen Edelsteinen verziert worden seyn soll. Diese Feder, die ich soeben gesehen habe, ist eine Adlersfeder ohne allen Zierrath. Man legte sie in einen ganz einfachen vergoldeten Rahmen unter Glas, und ein Sekretär schrieb darunter: „Diese Feder zogen wir dem Kaiseradler im Jardin des Plantes aus. Sie diente am 30. März 1856 zur Unterzeichnung des Pariser Friedensvertrags. Zu dessen Beglaubigung wir dieses Zertifikat unterschrieben." Die in Siegellack abgedrückten Wappen der sieben Mächte und die Unterschriften der Bevollmächtigten umgeben diese historische Feder. Dieses diplomatische Denkzeichen wurde heute Nachmittag der Kaiserin übersandt.

Aus dem Orient.

Aus **Konstantinopel**, 20. März, wird dem „Constitutionnel" geschrieben: „Es scheint, daß **Omer Pascha** der Pforte befriedigende Aufschlüsse über seinen letzten Feldzug gegeben hat, weil es so ziemlich beschlossen ist, daß er das Kommando über die anatolische Armee erhalten wird. Bereits ist der desfallsige Antrag an den Sultan gestellt, dessen Einwilligung nicht zu bezweifeln ist, da er sich Omer Pascha stets geneigt zeigte. Uebrigens beklagt sich der Generalissimus laut über **Lord Redcliffe**, der ihm zuerst ein Verbrechen aus seiner fehlgeschlagenen Mingrelier Expedition machte, während Jedermann doch sehr wohl weiß, daß dieser Feldzug hauptsächlich deßhalb unternommen wurde, um dem fortwährenden Andrängen des edlen Lord zu genügen. Sicher ist, daß Omer Pascha, seit er vor 8 Tagen in Konstantinopel eintraf, das englische Gesandtschaftshotel, wo er sonst so viel aus- und einging, nicht betreten hat. Er war auch noch nicht auf der französischen Gesandtschaft, was aber weniger auffallend ist, da seine Beziehungen mit Hr. v. Thouvenel nie innig waren. Das Ministerium scheint sich auf die jüngsten Versuche, es zu stürzen, abermals befestigt zu haben. Man sagt, Lord Redcliffe sey diesen Machinationen nicht fremd gewesen, und Thatsache ist, daß er die stattgehabten Intriguen kennen mußte, da sie von seinen ergebensten Freunden gespielt wurden. Im Ministerrath beschäftigt man sich fortwährend mit der Finanzlage und den zu treffenden Maßregeln zur Vermeidung einer nahebevorstehenden Krise."

Aus Rußland.

Der 17. März war der zur **Aushebung in Polen** angesetzte Tag, aber — wohl in Folge der Pariser Konferenzen — traf plötzlich die Ordre ein, daß dieselbe bis zum 27. März ausgesetzt werden solle. Vorgestern sollte nun die Aushebung wirklich vor sich gehen, aber durch einen neuen Befehl ist dieselbe abermals bis auf Weiteres vertagt worden.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 1. April. Die österr. Kredit- und Bankaktien wurden billiger abgegeben, dagegen waren kurhessische Loose und 1¼pCt. span. zu höheren Kursen beliebt.

Oesterreich Bankaktien o. D. alte 1299 P. 1295 G. Neue Bankaktien 416 P. 412 G. Credit-Actien à 5pCt. 191 P. 192 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 85¾ P. 85½ G. Metall. alte à 5pCt. 81½P. 81½G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89⅛ G.; à 4½pCt. 76½ P. 76½ G.; à 4pCt. 68 P. 67½ G.; à 3pCt. 51½ P. 51 G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108½P. 108½G. 5pCt. Staats-Eisenb. Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 307 P. 305 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 89 P. 88½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. 86½P. 86G.; 4pCt. — P. 94¾ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾G.; 4½pCt. 100¼ P. 99¾G.; 5pCt. 101½P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 156¾P. 156¼G. Neustadt-Weissenb. 118¾ P. 118¼ G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89 P. 88½ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 43½ P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82½ P. 82 G. **Kurhessen.** 40Thalerloose b. R. 41½ P. 41¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62¾ P. 62½ G. **Grossh. Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91¾P. 91¼G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pC. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 112½P. 112 G.; à fl. 25 33½ P. 33 G.; Darmstädter Bankaktien alte 357 P. 351 G.; junge 303 P. 302 G. **Meiningen.** Mitteldeutsche Creditbank 103½ P. 103½ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1815 47 P. 46¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅛P. 88⅞ G., Loose à fl. 25 31¼ P. 31 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; Bankaktien 121½ P. 121 G.; Taunus-Aktien 334 P. 332 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 83½ P. 83¼ G. **Homburg.** Bankaktien P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87P. 86½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅝ P. 40⅜G.; 1pCt. neue 25 7/16 P. 25 5/16G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120⅜P. 120⅛G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. u. V. Lr. 250k. S 101¾P 101½G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜P. 105⅛G.	do. 3 Monat mit 5% — P —— G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼P. 105G.	Paris Frs. 200 k. S 94⅝P. 94⅜G.
Brem. 50Thlr. Ld. k.S 97P. 96¾G.	Lyon Frs. 200 k. S 94½P. 94¼G.
Hamb. MB. 100 k.S 89P 88[illegible]G.	Wien fl. 100C. k S. 117½P. 117¼G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 105½P. 104⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛P. 116⅞G.
Disconto — P. 4pCt. G.	

Wien, 31. März. Oesterr 5pCt. National-Anleihe 86 9/16; 5pCt. Metall. 86⅞; 4½pCt. 76⅞; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 137; von 1854 110; Bankaktien 1092; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 341; Donau Dampfschiffahrtsaktien 650; österr. Staatsbahnaktien ——; Nordbahnaktien 3000. **Wechselkurse:** Augsburg uso 101¾; London 10. 4. B. **Geldkurs:** Dukaten —.

Paris, 31. März. An der Börse ist angeschlagen, daß die Bank von Frankreich ihren Diskont von **sechs auf fünf Prozent vermindert** hat. Die Haltung der Börse war Anfangs matt, später jedoch fester. (K. Ztg.)

Stettin, 22. März. Raffinirte Zucker höher gehalten und Brodmelis mit 16¾ à 17¼ Thlr. bez. Rohzucker ohne Handel.

Köln, 22. März. Im Geschäft von raffinirten indischen Zuckern hat sich nichts geändert, der Abzug beschränkt sich auf den Bedarf, da das Vertrauen zu dem Stand der Preise noch immer fehlt. Die Notirungen sind wie jüngst gemeldet.

Halle, 23. März. Bei abnehmenden Vorräthen und etwas lebhafterem Begehr wurden raffinirte Zucker diese Woche reichlich ½ Thlr. höher bez.; wir notiren: Melis 16 a 17 Thlr., gemahlene 16 a 16½ Thlr., Raffinade 17½ a 18 Thlr., gemahlene 16¾ a 17 Thlr. Syrup 4 a 6 Thlr. Melasse 1¼ a 1½ Thlr. Rohzucker sehr fest aber ohne bedeutende Lebhaftigkeit, da Käufer die erhöheten Forderungen nicht bewilligen wollen.

London, 22. März. Nach den letzten Berichten wird die Zuckerärnte in Havanna die vorjährige nicht übersteigen. Von Brasilien und Java vernimmt man, daß der Stand des Zuckerrohrs nicht besonders ist. Aus Louisiana wird geschrieben, daß Nachtfröste dem Rohr geschadet haben und die Ernte höchstens den vorigjährigen Ertrag liefern werde. Von New-Orleans sind nach letzten Berichten in diesem Jahre erst 25,631 Orhoft gegen 98,029 zur selben Zeit 1855 verschifft. Der Verbrauch in Amerika bleibt gut und nichts deutet an, daß solcher sich in Europa jetzt noch verringern werde.

Mit Kaffee bleibt es still, gut ord. natio wird mit 51 a 53 sh. bezahlt. Von Ceylon waren bis 15 Febr. total 160,000 Ctr. exportirt, den Gesammtertrag der Ernte 1855/56 schätzt man auf 400,000 Ctr.

Thee still, ord. Congo 8¼ à 9 d., grüner Thee behauptet.

Reis flau. Nach Berichten aus Akyab vom 28. Januar waren Preise daselbst sehr hoch, und werden Importeure sicher starken Verlust erleiden, wenn der Frieden jetzt definitiv abgeschlossen wird. — Vorrath 20,553 Tons gegen 4759 Tons im März 1855.

Nichtpolitische Zeitung.

Leipzig, 31. März. **Simonides**, aus der Berliner Haft entlassen, erschien vorgestern in Begleitung einiger Landsleute im hiesigen Café français. Er trat mit nichts Geringerm auf als mit der Prahlerei seiner völligen Unschuld, infolge deren ihm auch die Berliner Professoren das ehrende Geleite bis zum Bahnhofe gegeben hätten (??). Er kündigte seine Absicht an, nunmehr sich gerichtliche Genugthuung zu verschaffen für die ihm in Leipzig widerfahrene „grundlose Verdächtigung und Verfolgung". Allein dieses neue Debüt der Kunst des Hrn. Simonides war diesmal von kurzem Erfolge, denn schon gestern früh fand ihn die hiesige Polizei in der Wohnung eines walachischen Studenten Namens Bakaloglis auf, worauf er Nachmittags um 3 Uhr polizeilich eskortirt nach Wien abreiste, wo er angeblich mit seinem Bruder zusammentreffen will. (D. A. Z.)

Die „Mnemosyne" wird morgen ausgegeben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 93. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 3. April 1856.

Deutscher Bund.

Mannheim, 31. März. Vor einigen Wochen waren Abgesandte der meisten Drahtstiftfabrikanten Deutschlands hier versammelt, um sich über die Preise ihrer Fabrikate zu verständigen. Eine für die Konsumenten nicht sehr angenehme Folge dieser Versammlung war, daß die Preise der Stifte, welche bisher 24 kr. das Pfund kosteten, nunmehr mit 36 kr. bezahlt werden und so die andern Sorten im Verhältniß. (Schw. M.)

Bayern. Das Kapitel des königl. Maximilians-Ordens für Wissenschaft und Kunst bringt Nachstehendes zur öffentlichen Kunde: Seine Majestät der König haben den allerhöchsten Willen auszusprechen geruht, vorläufig in den nächsten fünf Jahren Medaillen in Gold mit Allerhöchst Ihrem Brustbilde, in Verbindung mit Belohnungen in Geld von je 200 bis 400 Dukaten, als Anerkennung und Auszeichnung der erfolgreichsten Leistungen im Gebiete der deutschen Wissenschaft und Literatur zu verleihen. Die Medaille erhält die Benennung: Maximilians-Medaille. In Folge dessen haben Se. Königl. Majestät unterm 16. l. M. die unten stehenden nähern Bestimmungen zu genehmigen geruht:

I. Alljährlich ist Sr. Maj. dem Könige ein Bericht zu erstatten über die hervorragendsten Leistungen der deutschen Wissenschaft und Literatur. Finden sich darunter solche, welche einen anerkannt entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Wissenschaft äußern, so werden Allerhöchstdieselben Werken dieser Art Maximilians-Medaillen mit Geldbelohnungen von 200 bis 400 Dukaten allergnädigst zu bewilligen geruhen. Die Zahl dieser Medaillen soll in einem Jahre nicht über vier steigen. Die Gebiete, auf welche diese Auszeichnungen sich beziehen, sind: a) Staatswissenschaft, b) Geschichte, c) Philologie, d) Naturwissenschaften. Einfachheit, Klarheit und Gediegenheit des Styls und der Darstellung überhaupt wird bei der Beurtheilung in Betracht gezogen werden. Die erste Verleihung ist auf den 28. November l. J. (als den Geburtstag Sr. Maj. des Königs) festgesetzt.

II. Außer diesen wiederkehrenden Verleihungen haben Se. Maj. der König in dem heurigen Jahre nachbenannte Preise für Leistungen im Bereiche der Wissenschaft und Poesie allergnädigst auszusetzen befohlen. 1) Einen Preis von 600 Dukaten nebst der Maximilians-Medaille, bestimmt für ein bis zum 1. Januar 1860 vollendet im Druck erschienenes bedeutendes deutsches wissenschaftliches Werk, welches die Geschichte des Stammhauses Wittelsbach, die bayerische Geschichte im Allgemeinen, die Geschichte einzelner bayerischer Landestheile oder die bayerische Staats- und Rechtsgeschichte zum Gegenstand hat. 2) Desgleichen sollen zur Förderung der dramatischen Poesie in Deutschland zwei Preise von 200 und 100 Dukaten nebst der Maximilians-Medaille für eine Tragödie und ein Lustspiel verliehen werden.

III. Die unter Ziffer I und II/1 bemerkten Auszeichnungen werden zuerkannt, ohne daß eine Bewerbung nothwendig ist. Se. Maj. der König haben das Kapitel Allerhöchst-Ihres Maximilians-Ordens zu beauftragen geruht, unter Beiziehung von Gelehrten der einzelnen Fächer die Beurtheilung der in Betracht fallenden wissenschaftlichen Werke, Untersuchungen und Arbeiten vorzunehmen und deren Resultate zur Allerhöchsten Beschlußfassung vorzulegen.

In einem Anhang wird als Termin für die Einlieferung der Tragödie (welche in Versen geschrieben seyn muß) und des Lustspiels der 1. August 1857 festgesetzt. Stoff und Sphäre bleiben sowohl für die Tragödie wie für das Lustspiel der freien Wahl des Dichters überlassen. Dagegen sind Uebersetzungen oder bloße Bearbeitung fremder Stücke von der Konkurrenz ausgeschlossen; auch dürfen die eingehenden Dramen bis dahin noch in keiner Weise veröffentlicht seyn. Die Entscheidung wird von einer Fünfzahl ästhetisch durchgebildeter und bühnenkundiger Männer aus verschiedenen Theilen Deutschlands ausgehen, deren Namen vor Ablauf des Termines veröffentlicht werden sollen.

Der „Allg. Z." wird aus **München**, 31. März, geschrieben: „In Bezug auf das in der vorgestrigen „Allg. Zeitung" erwähnte und aus München gemeldete Gerücht, „daß der Papst für das Erzbisthum München-Freising seinen geheimen Kammerherrn Gustav Adolph Prinzen v. Hohenlohe bestimmt oder vorgeschlagen", kann ich Sie aus der zuverlässigsten Quelle versichern, daß es durchaus ungegründet ist. Die Wahl des künftigen Erzbischofs von München-Freising ist nach Art. 9 des Konkordats vom Monarchen getroffen worden, und die königl. Regierung befindet sich bezüglich dieser Ernennung in vollkommener Uebereinstimmung mit der päpstlichen Kurie."

München, 1. April. Dem Vernehmen nach wird die kgl. Staatsregierung einen die Erweiterung des Wirkungskreises der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank bezielenden Gesetzentwurf in nächster Zeit den Kammern vorlegen. Die diesen Gegenstand betreffenden, an die Kammer der Abgeordneten gelangten Anträge der Abgg. Dr. Völk und Dr. Sittmerk werden in der Kammer am kommenden Montag zur Berathung kommen. (A. Z.)

Ein Antrag des Frhrn. v. Closen über Reform des Gefängnißwesens wurde dem Gesetzgebungsausschusse, welcher gegenwärtig das neue Gesetzbuch berathet, als einschlägige Materie übergeben. (Münch. Bote.)

München, 2. April. Se. Maj. der König haben die katholische Pfarrei Grammelkam, Ldgs. Landshut, dem Priester Mathias Hofer, Cooperator-Expositus in Degerndorf, Ldgs. Wolfratshausen, die katholische Pfarrei Staufen, Ldgs. Lauingen, dem Priester Joseph Renftle, Kaplaneibenefiziat in Lauingen, übertragen; das für den Zweck der Strafanstalten in Stand gesetzte, vormalige Zuchthausgebäude zu Wasserburg zur Besserungsanstalt für die jugendlichen männlichen Sträflinge katholischer Religion bestimmt; die oberste Leitung dieser Anstalt dem Vorstande der Strafanstalt München, Regierungsrathe Obermaier, übertragen, und den funktionirenden Aktuar an der Strafanstalt München, Joseph Schreneis aus Schwandorf, zum Rechnungsführer an der Besserungsanstalt in provisorischer Eigenschaft ernannt. (N. M. Z.)

Der „Volksbote" theilt mit, daß der Abt von Metten, Hr. Scherr, schon im nächsten Consistorium von Sr. Heiligkeit dem Papst als Erzbischof von München-Freising verkündigt werden wird.

Wie es heißt, sollen sich die Aussichten für die Errichtung einer „Kredit-Anstalt" in Augsburg in den jüngsten Tagen etwas günstiger gestaltet haben, als dies bisher der Fall war; jedoch glaubt man, daß wenn die Staatsregierung auf Errichtung einer solcher Anstalt eingehen sollte, dies nur dann geschehen würde, wenn das vorliegende Projekt in sehr wesentlicher Weise modifizirt wird. Man soll insbesondere Bestimmungen für nothwendig erachten, welche eine Agiotage vermeiden werden. Das Hinderniß, welches bisher einer Erweiterung der hiesigen Hypotheken- und Wechselbank, insbesondere einer vermehrten Banknoten-Ausgabe derselben, im Wege stand, wird jetzt als beseitigt erachtet und soll die k. Staatsregierung jetzt geneigt seyn, auf eine entsprechende Abänderung des Bank-Gesetzes von 1834 einzugehen. In Aussicht hierauf sind denn auch die Aktien der Bank in letzter Zeit etwas in die Höhe gegangen und jetzt mehr begehrt, als es bisher der Fall war. (A. Abdz.)

Preußen. **Berlin**, 31. März. Im kgl. Schloß zu Charlottenburg hat heute in der Schloßkapelle in Anwesenheit II. MM. unter Absingung des Ambrosianischen Lobgesangs eine Dankfeier für den Abschluß des Friedens stattgefunden.

In der 44. Sitzung des Hauses der Abgeordneten begründete der Abg. Harkort seine Abstimmung gegen Bewilligung des

geheimen Fonds von 80,000 Thlr. mit den Worten: „Dieser Dispositionsfonds wird benützt zur Verfälschung der öffentlichen Meinung; den Zeitungen, wie der Elberfelder und der Düsseldorfer, drängt man besoldete Zeitungsschreiber als Redakteure auf." Die 80,000 Thlr. wurden bewilligt.

Württemberg Wie man vernimmt, hat ein Theil der Freunde Jerusalems in der unmittelbaren Nähe von Waiblingen, gegen Marbach hin, einige Bauernhöfe angekauft, um daselbst eine Niederlassung zu begründen. Es sollen sich zu diesem Zweck bereits ungefähr 30 Familien angemeldet haben. So scheint der weitangelegte Plan einer Auswanderung nach dem gelobten Land in die Bildung einer abgesonderten Gemeinde nach Art Kornthal's sich zu verlaufen, was für die Betheiligten immer besser seyn mag, als der von ihnen erwünschte Einzug in Palästina. (W. St.-Anz.)

* **Oesterreich.** Eine amtliche Uebersicht der gesammten Staats-Einnahmen und Ausgaben des österreichischen Kaiserreichs im Jahre 1855 zeigt folgende Ergebnisse. Die ordentlichen Einnahmen lieferten 258,508.915 fl. (darunter ca. 88 Millionen an direkten Steuern, 139 Millionen an indirekten Abgaben; die außerordentlichen Einnahmen 5,277,970 fl.; gegen das Jahr 1854 zeigte die Gesammteinnahme ein Mehr von 18,453,161 fl. Die ordentlichen Ausgaben betrugen im Jahr 1855 die Summe von 300,875,669 fl. Dazu kam an außerordentlichen Ausgaben die Summe von 101,810,513 fl. (um 10 Mill. 293,548 fl. mehr als 1854); hierunter außerordentlicher Militäraufwand mit 101,721,117 fl. Die Gesammtsumme der Staatsausgaben beträgt demnach 402,686,182 fl., gegen das Vorjahr 1854 um 16,639,536 fl. mehr. Es ergibt sich daher gegen die sämmtlichen Staatseinnahmen pr. 263,786,885 fl. ein Abgang von 138,899,297 fl. K. M., um 1,813,625 fl. weniger als im Vorjahre 1854.

* Ein Ausschreiben des Papstes, d. d. 5. Novbr. 1855, an die österr. Bischöfe über das Konkordat ist jetzt in die Oeffentlichkeit gelangt. Er gibt ihnen darin Vorschriften, wie sie die größere Freiheit, welche ihnen das Konkordat gewährt, zum Nutzen und Frommen der Kirche gebrauchen sollen. Beachtenswerth ist, daß der Papst bezüglich einiger Artikel des Konkordats den Bischöfen ganz besondere Weisungen ertheilt, welche er „von ihnen befolgt zu sehen wünscht, damit die Eintracht zwischen der kaiserlichen Regierung, der Kirche und dem apostolischen Stuhl bewahrt werde." „Vor Allem, sagt er, ermahnen wir euch, daß ihr, wenn ihr eure Hirtenbriefe oder sonstige Anordnungen erlaßt, gleichzeitig eine Abschrift davon der kaiserl. Regierung, nur zur Kenntnißnahme, schickt, und derselben auch anzeigt, wenn ihr Synoden halten wollt, und daß ihr aus gleichem Grund eine Abschrift der Synodal-Verhandlungen, da dieselben öffentliches Recht bilden, der Regierung zugleich mit deren Veröffentlichung zustellt." Ferner werden die Bischöfe ermahnt, auf die Wünsche der kaiserlichen Regierung geeignete Rücksicht zu nehmen, wenn diese solche bezüglich der Form und Methode äußert, in welcher die zum Religionsunterricht in den Schulen bestimmten Bücher verfaßt sind, „unbeschadet jedoch eures Urtheils und Rechts bezüglich der darin vorgetragenen Lehre."

Großbritannien.

London, 31. März. Die Einzahlung für die letzte Anleihe (2,150,000 L.) ist vorgestern ohne Schwierigkeit geleistet worden, und ist der Geldmarkt seitdem bedeutend flotter.

Im Arsenal zu Woolwich ist Befehl eingetroffen, 3000 Fässer Pulver nach Helifax zu verschiffen, nach Quebec 2000 Fässer. (Man rüstet sich auf alle Fälle gegen Amerika.)

Frankreich.

* Paris, 31. März. Der „Constitutionnel" paraphrasirt heute in einem „der Pariser Friede" überschriebenen Artikel, den gestern abgeschlossenen Vertrag. — „Europa — heißt es in diesem von Hrn. A. Granier de Cassagnac unterzeichneten Artikel, hat für die Sicherheit des Orients drei wichtige Garantien, deren Eine schon den eben endenden Krieg ehren würde. – Die erste Garantie ist eine materielle: die Neutralisirung des schwarzen Meeres. Die zweite ist moralisch-politisch: das Aufgeben jeder Einmischung Rußlands in die innern Angelegenheiten der Türkei und deren Aufnahme in die große europäische Staaten-Familie; und die dritte die im Namen des Czaren gemachte feste und förmliche Zusicherung, gänzlich und aufrichtig auf die traditionelle Politik Peter des Großen und Katharina II. hinsichtlich der Erweiterung des russischen Reichs im Orient verzichtet zu haben." (Sehr schön! aber die Aufrichtigkeit?! Worte, nichts als Worte!)

Paris, 1. April. Die große Heerschau über 60,000 M. wurde heute zwischen 1 und 4 Uhr auf dem Marsfelde bei dem herrlichsten Wetter abgehalten. Der Marschall Magnan führte das Oberkommando über alle Truppen. Der Kaiser stieg in den Tuilerien um 1 Uhr zu Pferde und ritt über die Jenabrücke nach dem Marsfelde. Der Prinz Napoleon ritt ihm zur Seite; dann folgten der General Orloff, eine Menge fremder Oberoffiziere und der glänzende Generalstab. Der Kaiser hatte ausdrücklich befohlen, daß die Truppen auf dem ganzen Wege, den er passire, keine Spaliere bilden sollen, da er wollte, daß das Volk ihn in der Nähe sehen könne. Er wurde mit lautem Jubel von der Menge empfangen. Das Vivatrufen und das Tücherschwenken nahm kein Ende. Der Kaiser ritt mit seinem Gefolge alle Fronten hinab und placirte sich sodann vor dem Uhrenpavillon der Militärschule, worauf die Truppen zu defiliren begannen. Heute Abend wird Paris wieder illuminirt werden. Die ganze Stadt ist auf den Beinen. (Fr. Pstz.)

* Paris, 1. April. Lord Clarendon hat seine Reise nach London aufgeschoben, um dem diplomatischen Diner, das Graf Walewsky gestern Abend gab und der heute zur Feier des Friedensschlusses stattfindenden Revue beiwohnen zu können.

* Bei dem Empfange der Bevollmächtigten in den Tuilerien, welcher unmittelbar auf die Unterzeichnung des Friedens-Vertrags folgte, wendete sich der Kaiser vorzugsweise an die russischen Bevollmächtigten und drückte ihnen in herzlicher Weise seine Befriedigung aus, beide Staaten von nun an völlig ausgesöhnt zu sehen. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags, wurde Marschall Pelissier sogleich telegraphisch davon benachrichtigt.

Paris, 1. April. Der heutige „Moniteur" theilt die Ernennung des Grafen v. Walewsky zum Ritter des Großkreuzes der Ehrenlegion mit. Bourqueney, der zweite Vertreter Frankreichs beim Kongreß, wurde zum Senator ernannt. Die Militärpersonen aus der Altersklasse vom Jahre 1848, die wegen des Krieges in ihrem Dienst verblieben, werden unmittelbar entlassen. Der Staatsminister Fould hat den beiden Kammern den Abschluß des Friedens angezeigt und ihnen für ihren Patriotismus den Dank ausgesprochen. (T.D.d.N.Z.)

Im französischen Kriegsministerium beschäftigt man sich mit großen Kolonisations- und Verbesserungs-Projekten für die französischen nordafrikanischen Kolonien. Im Kolonisiren waren die Franzosen nie besonders stark; und wenn das Kriegsministerium die Sache in der Hand behält, wie seither, so geht's schwerlich besser.

Spanien.

Aus Madrid vom 31. März wird gemeldet: „Die Concession für die Eisenbahn von Xeres nach Sevilla ward heute der Gesellschaft Prost ertheilt." (T.D.d.N.Z.)

Italien.

Genua, 25. März. Eine amerikanische Flotte liegt schon seit längerer Zeit im hiesigen Hafen, sollte durch den 45 Kanonen führenden Dampfer „Paranac" verstärkt werden und hierauf nach Konstantinopel und Syrien abgehen. Anläßlich der noch nicht ganz erledigten Differenz zwischen England und Amerika hat der Kommandant des Geschwaders, Commodore Stringham, von Washington Befehl erhalten, das Mittelmeer zu verlassen und sich längs der spanischen Küsten zu bewegen. (Fr. J.)

Rußland und Polen.

In letzter Zeit sind erstaunlich viele und wichtige Ukase erschienen, die bald die innere Landesorganisation, bald veraltete und ihrem Zwecke nicht mehr entsprechende Einrichtungen betreffen. In Polen namentlich, wo unter dem alten Statthalter Paskiewitsch ein arger Schlendrian und viele Mißbräuche eingerissen waren, gehen große Reformen in allen Administrationszweigen vor sich, die zunächst keinen geringern Zweck haben, als das herrschende Korruptionswesen mit Stumpf und Stiel auszurotten. Kaiser Alexander will nun einmal diesen furchtbaren Krebsschaden ausheilen, und er geht dabei mit einer Energie zu Werke, die ihm Keiner zugetraut hätte. Eine Anzahl von Bestrafungen und Dienstentlassungen haben die höhern Beamten bereits so stutzig gemacht, daß keiner von ihnen mehr wagt, die offene Hand hinzuhalten; selbst die niedern Beamten und Gränzwächter nehmen nur noch ungesehen und verstohlen eine dargereichte Gabe hin. Der Kaiser hat gewiß Recht, wenn er die Ausrottung der Alles demoralisirenden Korruption für das erste Erforderniß zur Herstellung besserer staatlicher Zustände hält. Der gegenwärtige Krieg hat ihm die Augen über alle Gebrechen der Verwaltung geöffnet und ihm die Nothwendigkeit gründlicher Reformen gezeigt, falls sein Land mit dem übrigen Europa auf gleichem Niveau stehen soll. Dabei konnte er für seine Plane kein besseres Ausführungsorgan wählen, als den gegenwärtigen Statthalter von Polen, Fürsten Gortschakoff, einen Mann von unermüdlicher Thätigkeit, von der kältesten Gerechtigkeit und unnachsichtigster Strenge gegen Schuldige. Es hat demzufolge der Verkehr mit den Behörden schon eine viel mil-

dere Form angenommen und die tausend und aber tausend Plackereien, die immer nur auf den Geldbeutel spekulirten, haben aufgehört; man bewegt sich ungleich freier im Lande und darf sogar ungehindert über Politik sprechen. Der Monarch will, daß es in seinem Lande seyn soll, wie in andern wohlgeordneten Staaten. In Polen geht man sogar so weit, die demnächstige Aufhebung des unseligen Cancrin'schen Prohibitivsystems als eine ausgemachte Sache anzusehen, und die Schmuggler haben bereits Feiertage. Die Regierung ist zu der Erkenntniß gekommen, daß das Prohibitivsystem keineswegs die erwarteten Früchte getragen und daß die mit großen Summen subventionirte und begünstigte inländische Industrie dem Lande nicht den geringsten Vortheil gebracht hat. (D. A. Z.)

Petersburg, 25. März. Der Kaiser hatte im vorigen Monat einmal den Fecht-Uebungen der Lehr- und Cadre-Kommando's beigewohnt, sich mit den Erfolgen befriedigt erklärt und die Gemeinen mit einem Rubel pr. Mann beschenkt. In Folge dessen hat der Kommandeur der Garde- und Grenadier-Korps, General Graf Rüdiger, einen Tagesbefehl erlassen, indem er der Mannschaft wie ihren Offizieren und Fechtlehrern seinen Dank abstattet und die folgenden, unter den gegenwärtigen Umständen etwas auffallenden kriegerischen Hoffnungen äußert: „Nach diesen Erfolgen habe ich ein Recht zu erwarten, daß im Frühlinge die ganze Infanterie nicht nur wird vortrefflich schießen, sondern auch eben so sich mit dem Bajonnet schlagen können und dadurch dem Feinde noch furchtbarer werden wird. Kugel und Bajonnet sind die Waffen der Infanterie, daher muß die Ausbildung im Schießen und Schlagen das Hauptstudium der Infanterie seyn." (H. N.)

Warschau, 27. März. Ungeachtet der Freigebigkeit unserer Großen und der wirklich lebhaften Theilnahme aller Stände für die Noth der unteren Klassen unserer Stadt ist es bis jetzt noch nicht gelungen, das Elend der Armen wirksam zu lindern. Der Kaiser hat nicht nur den wohlthätigen Anstalten bedeutende Summen zur Erweiterung ihrer Thätigkeit überwiesen, sondern auch den Statthalter von Polen, Fürsten Gortschakoff, ermächtigt, eine Art von Aufruf an die Privat-Wohlthätigkeit zu erlassen, um der drückenden Noth, die jetzt im Frühjahr noch größer zu werden droht, abzuhelfen. (N. Pr. Ztg.)

Die Krönung des Kaisers Alexander soll in Moskau gegen Ende des Mai stattfinden.

Amerika.

Nachrichten aus Vera-Cruz vom 15. Februar melden den zu Puebla erfolgten Tod des Haro y Tamariz. Zehn Personen, die sich bei dem Aufstand im Castell betheiligt hatten, waren zum Tode verurtheilt worden.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Der „Allg. Z." wird aus Paris, 31. März, geschrieben: „Der Kongreß wird übermorgen seine Arbeiten wieder aufnehmen, um jene Fragen, welche auf die Ausführung des Friedensvertrages Bezug haben, wie z. B. Auslieferung der wechselseitigen Gefangenen, gemeinschaftliche Besetzung gewisser strategischer Punkte durch aus Russen und den Truppen der Alliirten zusammengesetzte Garnisonen, Aufhebung der Seeblokade u. s. w., zu regeln und zu lösen. Einer der Bevollmächtigten machte gestern Abends in einem vertrauten Kreis kein Hehl daraus, daß der Kongreß sicherlich noch sechs Wochen zu thun haben werde, um seine Aufgabe vollends zu beenden."

* Paris, 1. April. Der „Patrie" zufolge werden sich die Bevollmächtigten morgen abermals im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vereinigen, da, wie sie sagt, zur Regulirung einiger „sehr untergeordneter, im Prinzip bereits gelöster Fragen", noch „einige" Sitzungen erforderlich sind.

Aus London, 31. März, Abends 11 Uhr, wird telegraphirt: „In der heutigen Unterhaus-Sitzung verkündigte Lord Palmerston die Unterzeichnung des Friedens-Vertrages. Er erklärte, dieser Vertrag sey durchaus befriedigend, der Zweck des Friedens sey vollkommen erreicht, und die Türkei werde wirksam beschützt werden. Das englisch-französische Bündniß werde nicht nur fortdauern, sondern auch noch an Ausdehnung gewinnen."

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 20. März. Die Anzeichen vom Herannahen eines bedeutenden politischen Sturmes in unserer Hauptstadt, welche Anfangs wenig Beachtung fanden, da man im Allgemeinen zu sehr die Ansicht hat, daß der Wille der Türkei bei den vorliegenden Lösungen der orientalischen Frage ganz und gar Nebensache sey und sie nicht wagen dürfe, eine eigene Meinung zu haben, häufen sich so sehr, daß man Alles befürchten kann. Die Unzufriedenheit mit dem Hatti-Humayum des vorigen Monats wächst zusehends. Als Beweis dafür darf man nur das strenge Verbot, irgend einen Tadel darüber auszusprechen, ansehen. Jeder Beamte, der sich dieses zu Schulden kommen läßt, ist mit Verlust seiner Stelle und Gefängnißstrafe bedroht und trotz dieses strengen Verbotes erhält der Scheik-ül-Islam täglich eine Anzahl von schriftlichen und mündlichen Erklärungen von höheren und niederen Beamten gegen diesen Hatti-Humayum. Man darf sich daher auch nicht wundern, wenn mehr oder weniger gegründete Gerüchte über die Lage der Dinge hier zirkuliren. Nach einem solchen Gerüchte wäre der Hatti-Humayum entweder schon suspendirt, oder man sähe dieser Suspension stündlich entgegen; nach einem anderen Gerüchte stehen wir an dem Vorabend einer Ministerkrisis, und es wird schon auf Reschid Pascha als den einzigen Mann hingewiesen, der Kraft und Geschick genug habe, das schwierige Staatsschiff durch die Klippen zu lenken, die es von allen Seiten bedrohen. Helfend daneben, scheint es, stehen die einen oder anderen der fremden Gesandtschaften. Feuersbrünste, als obligate Begleiter der Erklärungen von Unzufriedenheit, häufen sich auf eine erschreckende Weise. Vorigen Sonntag brannte es sogar auf der hohen Pforte selbst; Tags darauf beim Arsenal in Kassim-Pascha u. s. w. (K. Z.)

Aus Rußland.

Petersburg, 1. April. Ein kaiserl. Friedensmanifest ist heute erlassen worden, in welchem der Kriegszweck durch die gewährte Sicherung des Looses der Christen in der Türkei als erreicht bezeichnet, und zur Vermeidung von Kollisionen eine neue Gränzzeichnung in Bessarabien zugestanden wird. (T. D. d. N. K.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 2. April. Bei nicht sehr belebtem Umsatz waren namentlich National und Metalliques beliebt. Wiener Kredit-Aktien wurden niedriger umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1299 P. 1295 G. Neue Bankaktien 420 P. 418 G. Credit-Actien à 5pCt. 188 P. 186 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83 7/8 P. 85 5/8 G. Metall. alte à 5pCt. 85 P. 84 3/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89 1/2 G.; à 4 1/2pCt. 77 P. 76 3/4 G.; à 4pCt. 68 1/2 P. 68 G.; à 3pCt. 52 P. 51 1/2 G.; à 1pCt. 17 1/4 P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108 1/4 P. 107 7/8 G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 308 P. 306 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 113 1/2 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3 1/2 pCt. 86 1/4 P. 86 G.; 4pCt. — P. 94 3/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4 1/2pCt. 100 1/4 P. 99 3/4 G.; 5pCt. 101 1/2 P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156 3/4 P. 156 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 115 3/4 P. 118 1/4 G.

Württemberg. 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 89 1/4 P. 88 7/8 G.; 4 1/2pCt. 102 1/2 P. 102 G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 43 1/2 P. 43 G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82 1/2 P. 82 G. Kurhessen. 40 Thalerloose b. R. 41 1/2 P. 41 1/4 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62 3/4 P. 62 1/2 G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3 1/2pCt. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; à 4pCt. 104 P. 99 1/2 G.; 3 1/2pC. 102 P. 101 1/2 G.; Loose à fl. 50 112 3/4 P. 112 1/4 G.; à fl. 25 33 1/4 P. 33 G.; Darmstädter Bankaktien alte 355 P. 353 G.; junge 303 P. 302 G. Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 103 P. 102 3/4 G. Baden. fl. 35 Loose von 1845 47 P. 46 3/4 G. Nassau. Obligationen à 3 1/2pCt. 89 1/2 P. 88 1/4 G., Loose à fl. 25 31 1/4 P. 31 G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85 1/2 P. 85 G.; à 3 1/2pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; Bankaktien 121 3/4 P. 121 1/4 G.; Taunus-Aktien 335 P. 333 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 83 1/2 P. 83 G. Homburg. Bankaktien — P. — G. Polen. fl. 500 Partial 87 P. 86 1/2 G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 40 3/4 P. 40 1/2 G.; 1pCt. neue 25 7/16 P. 25 5/16 G. Holland. Integrale 63 1/2 P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/4 P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120 3/8 P. 120 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. u. S Lr. 250 k. S 101 3/4 P. 101 1/2 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	do. 3 Monat mit 5% — P. — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	Paris Frs. 200 k. S 94 5/8 P. 94 3/8 [illegible]
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97 P. 96 3/4 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 1/2 P. 94 1/4 G.
Hmb. MB. 100 k. S. 89 P. 88 3/4 G.	Wienil. 100 C. k. S. 117 3/4 P. 117 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 1/8 P. 116 7/8 G.

Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 1. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86 5/8; 5pCt. Metall. 86 1/2; 4 1/2pCt. 77; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 —; von 1854 110; Bankaktien 1096; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien

338; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 645; österr. Staatsbahnaktien 310; Nordbahnaktien 3015. Wechselkurse: Augsburg uso $101\frac{3}{4}$; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

* Man glaubt, daß die Bank von Frankreich sich zur Herabsetzung ihres Diskonto von 6 auf 5 pCt. durch die seit der letzten Bilanz stattgehabte bedeutende Vermehrung des Baarvorraths — man spricht von 40 Millionen — veranlaßt fand. Auch Seitens der englischen Bank erwartet man im Laufe der Woche eine ähnliche Maßregel.

Berlin, 24. März. Raffinirter Zucker fest und Brodzucker wurde selbst $\frac{1}{4}$ a $\frac{1}{2}$ Thlr. höher bezahlt, indem Verkäufer sich ziemlich zurückhaltend zeigen; feine gelbe Farine zu $13\frac{3}{4}$ a 14 Thlr. beliebt, weiße, die mit $15\frac{1}{2}$ a $15\frac{3}{4}$ Thlr. zu notiren sind, dagegen vernachläßigt; gemahlene Raffinade $16\frac{3}{4}$ a 17 Thlr. Rüben-Melasse $1\frac{1}{2}$ Thlr. In Rohzucker wurden im Laufe der Woche ca. 5000 Ztr. in den Preisen von $11\frac{3}{4}$ a $12\frac{3}{4}$ Thlr. umgesetzt.

Amsterdam, 25. März. Getraide. Auch heute fehlte dem Markte die Lebhaftigkeit und bei der flauen Stimmung waren in Waizen und Roggen keine belangreichen Umsätze zu bewerkstelligen. Der Handel beschränkte sich fast ausschließlich auf Kleinigkeiten zu folgenden, meist unveränderten Preisen: 127—129pfd. weißbunter poln. Waizen 610 a 625 fl., 127pfd alter Anklamer 485 fl., 132pfd. neuer oberländ. Ris. 465 a 470 fl., 127pfd. neuer Norder 405 fl., 129 bis 130pfd. Gelderischer 440 a 460 fl., 121pfd. Friesischer 375 fl. — 120—121pfd Preuß. Roggen 360 a 364 fl., 123pfd. Amerikan. 365 fl., 117pfd. jähriger Münsterischer 305 fl., 123pfd. inländischer 324 fl., 145/2, 147/2pfd. do. 315 a 325 fl. — In inländischer Gerste zu erniedrigten Notirungen einiges Geschäft. Fremde ohne Umsatz: 96, 98, 100pfd. Friesische Winter- 182, 186, 190 fl. an die Müller, 96—97pfd. do. 180 a 182 fl. hier. — Buchwaizen bei unveränderter Stimmung ohne Abschlüsse.

Amsterdam, 26. März. Kaffee. In Java sehr unbedeutendes Geschäfts; Brasil eher etwas mehr beachtet; ca. 1400 B. wurden aus erster Hand begeben.

Zucker. Roher. Anfangs voriger Woche war die Stimmung flau und 3140 Kb. Java, durchschnittlich ca. Nr. 14 segelnd, wurden am 17. d. 1 fl. unter den Durchschnitts-Erlösen der letzten Auktion verkauft. In den folgenden Tagen stellte sich plötzlich große Kauflust ein und zu langsam steigenden Preisen sind bis Ende der Woche mehrere, theils nach hier, theils nach Rotterdam segelnde Partien abgeschlossen. Seit Sonnabend bietet man für andere segelnde Partien vergebens $\frac{1}{2}$ fl. über letzten Auktionsdurchschnitt, so daß also die Preissteigerung reichlich $1\frac{1}{4}$ fl. beträgt.

Raffinirter. Nachdem zu Anfang voriger Woche, bei schwacher Kauflust, Raffinateurs sich wiederum niedrigere Preise hatten gefallen lassen müssen und unter Andern starke Quantitäten Crushed P. und H. Nr. 1 und 2 zu 36 fl. und $35\frac{1}{2}$ fl. erlassen worden waren, erschienen Käufer plötzlich dringender an dem Markte und die Umsätze der Woche umfaßten ca. $1\frac{1}{4}$ Millionen Kil. zu stets steigenden Preisen. Schon Sonnabend bezahlte man $1\frac{1}{2}$ fl. mehr als am Dinstag und gestern ist sogar für einzelne kleine Partien eine neue Erhöhung von $\frac{1}{4}$ fl. bewilligt. Kandis ohne Preisveränderung mit kleinem Handel.

Reis bleibt in hülfloser Lage und größere Abschlüsse fehlen gänzlich; geschälter Arrakan nach Qualität $8\frac{1}{4}$ a $11\frac{1}{2}$ fl., geschälter Java $9\frac{1}{2}$ a $13\frac{1}{2}$ fl. zu notieren. In Auktion sind 8213 Ballen beschädigter roher Arakan zu 3 a $6\frac{3}{4}$ fl. verkauft.

London, 25. März. Zucker. Roher in allen Sorten stetig gefragt und letzte Preis-Erhöhung gut behauptet. Verschiedene Partieen Mauritius wurden zu 39 a 41 s. auf Lieferung begeben. Pernambuko a float holte 34 s. 3 d.

Kaffee etwas träger bei behaupteten letztwöchentlichen Preisen.

Reis gedrückt und um zu realisiren, mußten niedrigere Preise angenommen werden.

Kakao unthätig und Preise in weichender Richtung; fein rother Trinidad 45 a 47 s.

Indigo. Ostindische Sorten in Frage und höher gehalten.

Wolle. Kolonial und fremde Sorten geben zu sehr vollen Preisen stetig ab.

Talg gedrückt; Petersburger gelber Licht in loko 47 s. 6 d. notiet.

Zink loko 23 L. 7 s. 6 d. a 23 L. 10 s.

Nichtpolitische Zeitung.

* Nach der Berliner „National Ztg." ist Simonides in Berlin nicht deßhalb frei durchgekommen, weil etwa seine Unschuld sich herausgestellt hätte, sondern, weil das Berliner Gericht sich nicht für kompetent erachtete. Anfangs hatte man geglaubt, Simonides selbst habe den falschen Codex durch Vermittlung des Leipziger Professors Dindorf der Berliner Akademie zum Kauf angeboten. Im Lauf der Untersuchung ergab sich aber, daß Simonides bereits in Leipzig den Codex an den Professor Dindorf für 2000 Thlr. veräußert und daß Dindorf aus eigenem Antriebe den von ihm erkauften Codex in Berlin der Akademie für 5000 Thlr. angeboten hatte. Also war Dindorf selbst der Betrogene und der Betrug war in Leipzig geschehen. Es konnte somit (nach §. 4 der Einleitung zum preußischen Strafgesetzbuch) das preußische Gericht nicht einschreiten. Simonides hätte nun eigentlich nach Leipzig zurückgeliefert und dort zur Untersuchung gezogen werden müssen. Nach sächsischem Recht ist das Verbrechen des Betrugs aber nur strafbar, wenn der Betrogene einen ausdrücklichen Strafantrag stellt. Der Professor Dindorf hat, nachdem Simonides an denselben die 2000 Thaler zurückgezahlt hat, keinen Strafantrag gestellt, und es hat die Gerichts-Behörde zu Leipzig deßhalb von dem Antrage auf Zurück-Lieferung des Simonides Abstand genommen. Simonides kehrte nach Leipzig zurück, ist aber vom Leipziger Polizeiamt wegen mangelnder Unbescholtenheit aus dem Königreich Sachsen unter Verbot der Rückkehr ausgewiesen und zur Abreise in der Richtung seiner Heimath angehalten worden. Seinen Paß erhielt er auf Verlangen nach Wien visirt. Auch nach den preußischen Staaten ist ihm die Rückkehr aus polizeilichen Gründen verboten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 94.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 4. April 1856

Amerikanisches Bankwesen.

Aus der „Preußischen Handelszeitung."

Nordamerika, das in seinem unermeßlichen Gebietsumfange die Rohprodukte fast aller Himmelsstriche erzeugt, großen Reichthum an Mineralien und Waldungen, an Steinkohlen und Wassergefäll zum Betriebe von Fabriken besitzt und im Innern nach allen Richtungen hin mit schiffbaren Flüssen und Landseen, an den Küsten mit zahllosen trefflichen Häfen versehen ist, vereinigt für den Handel, wie für die Industrie die günstigsten Elemente. Dazu kommt noch, daß eine aus allen Theilen der alten Welt zusammengeströmte thätige und kenntnißreiche Bevölkerung den Gelderwerb zum Hauptziele ihrer Thätigkeit macht, und der Industrie durch keine zahlreiche Armee und Kriegsflotte Abbruch geschieht. Diesen Verhältnissen ist der rasch zunehmende Reichthum des Landes zuzuschreiben, nicht aber den Banken und dem Papiergelde, wie Einige behaupten. Banknoten können das Vermögen eines Volkes nur insofern vermehren, als sie einen Theil des Geldes repräsentiren, das wirklich vorhanden ist. Das Papiergeld hat keinen eigenen inneren Werth, sondern ist nur Stellvertreter von Werthen und wird nur durch die fortgesetzte kostspielige Arbeit der Banquiers im Preise erhalten. In Nordamerika gibt zwar das künstliche Geld der Banken der Industrie einen gewaltigen Stimulus, indem dadurch eine Menge Leute, die nichts als Unternehmungsgeist besitzen, die Mittel erhalten, ihre Projekte auszuführen; aber die Geschäfte sind dafür auch nirgends gewagter und unsicherer, die Geschäftshäuser nirgends mehr auf den Sand der Spekulation gebaut. Da das ganze Volk spekulirt, so sind den Banken die Güter der meisten Landwirthe, Kaufleute und Handwerker, die Aktien von Eisenbahnen, Kanälen u. s. w. verpfändet und kommen faktisch als Geld in Zirkulation. Fangen durch Zuviel-Ausgabe die Banknoten an zu sinken, so verlangen die Besitzer derselben von den Banken baares Geld für dieselben. Die Banken nöthigen dann ihre Schuldner zur Bezahlung ihrer Wechsel. Die Kaufleute müssen in Folge davon ihre Waaren um jeden Preis losschlagen, die Besitzer von Immobilien ihre Güter für die Hälfte ihres früheren Werthes verkaufen, und ein Bankerott zieht den andern nach sich, ohne daß dadurch der Einstellung der Zahlungen von Seiten der Banken vorgebeugt wird. Solche gewaltige Krisen kommen in Amerika fast in jedem Jahrzehnt vor. Sie dienen nur dazu, die Banken zu bereichern, denn während der Suspension der Zahlung kaufen sie die gefallenen Noten zu geringen Preisen ein und bringen damit die um jeden Preis angebotenen Güter an sich. So wird das amerikanische Volk durch seine Banken ausgezogen, statt bereichert. Wenn es dennoch reicher wird, so geschieht das trotz der Banken, nicht durch die Banken.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 3. April. Se. Maj. der König haben dem Taxbeamten Karl Ferdinand Klotz zu Naila den Rücktritt von seiner Stelle gestattet; den Taxbeamten Ludwig Helmschrott zu Nordhalben auf die Taxbeamtenstelle des Ldgs. Naila versetzt, und die Taxbeamtenstelle des Ldgs. Nordhalben, jedoch ohne Rechtsanspruch auf Pension und sonstige pragmatische Rechte, dem Cameral- und Taxamts-Praktikanten Georg Zwick in Bayreuth übertragen; den Bergmeister Jos. Lindtner in Fichtelberg zum Salinen-Inspektor in Orb ernannt und demselben zugleich die Verwesung des dortigen Bergamts übertragen; der von der Pfarrgemeinde Gochsheim für den Pfarrer Christian Friedrich Sucro zu Marktsteft ausgestellten Präsentation auf die protestantische Pfarrei Gochsheim, Dekanats Schweinfurt, die landesfürstliche Bestätigung ertheilt.

Dem Direktor der k. Akademie der bildenden Künste, Wilhelm v. Kaulbach, wurde von Sr. Maj. dem Kaiser der Franzosen das Ritterkreuz der französischen Ehrenlegion verliehen. (N. M. Z.)

München, 2. April. Se. Maj der König wird bis kurz vor dem am 24. d. hier stattfindenden St. Georgi Ritterfest in Lindau verweilen, und sich nach dem Fest auf einige Zeit nach Schloß Berg am Starnberger See begeben. — Der Verein zur Herbeischaffung billiger Lebensmittel, welcher sich jüngsthin hier bildete, hat ein schnelles Ende erreicht, denn er hat sich, noch bevor er recht in's Leben trat, wieder aufgelöst, nachdem man sich überzeugt, daß der Zweck des Vereins nicht so leicht zu erzielen ist. Die bisher erlaufenen Kosten zu tragen haben die Ausschußmitglieder übernommen. (A. Z.)

↔ München, 3. April. (Privat-Korrespondenz.) Unsere Diplomatie feiert die Wiederherstellung des Friedens durch allerhand Festlichkeiten; so war gestern Abends große Soirée bei dem englischen Gesandten, Sir John Ralph Milbonkt, und heute ist bei dem Gesandten Rußlands, Herrn v. Severin, große Abendgesellschaft. — Der k. Ministerpräsident, Frhr. v. d. Pfordten, wird sich morgen nach Leipzig begeben, um der dortselbst stattfindenden Beerdigung seiner gestern dahier verstorbenen Schwiegermutter beizuwohnen, welche nach ihrem Wunsche neben ihrem Gemahl begraben wird. Die Verstorbene erreichte ein Alter von nur 59 Jahren. — Die Kammer der Reichsräthe hat heute ebenfalls die beiden Gesetzentwürfe in Betreff der provisorischen Steuererhebung und in Betreff der Tara für Kaffee angenommen, so daß hierüber jetzt Gesammtbeschluß besteht.

Preußen. Berlin, 1. April. Unsere Gouvernementalen und vor Allem die Kreuzzeitungspartei ist voll der süßesten Genugthuung über die Weisheit, nur 30 Millionen oder doch nahe daran ausgegeben, den Krieg vermieden und schließlich doch in Paris Großmacht gespielt zu haben. Allerdings ist das eine Seite, die man an der preußischen Politik in der orientalischen Frage hervorheben kann. Aber eine andere Seite ist die, daß Kaiser Napoleon III. jetzt ungefähr die Stellung, wie früher Kaiser Nikolaus, in Europa einnimmt, und daß es vorzugsweise Preußen ist, welches durch seine Neutralität ihm zu dieser Stellung verholfen; eine dritte Seite ist die, daß Preußen die ganze Thätigkeit Deutschlands paralysirt und dadurch herabgedrückt hat; eine vierte Seite endlich die, daß Preußen die erheblichsten Vortheile, namentlich für Gewerbe und Verkehr der russischen Prohibition hätte abgewinnen können und nicht abgewonnen hat. Für einen Politiker, der diese Punkte zu würdigen weiß, dürfte denn doch die gerühmte Weisheit der preußischen Politik einige dunkle Flecke haben; und wir fürchten, daß diese bald genug um sich greifen und selbst Manchen anders urtheilen lehren dürften, dessen Mund jetzt überströmt von dem Lobe der Neutralität. In der „N. Pr. Z" spielt indessen der Nachhall des Ambrosianischen Lobgesanges, den Se. Maj. zur Feier des Friedens am Abende des Sonntags in der Charlottenburger Schloßkapelle aufführen lies. Aber das fromme Blatt verdreht dabei die Augen so seltsamlich, daß auf es doch wenig von der Weihe jener erhabenen Tondichtung übergegangen zu seyn scheint. Denn es weiß noch nicht recht, ob es sich über den Frieden freuen oder ihn beklagen soll und hält nun eine Predigt darüber, daß nicht jeder Frieden gut sey, sondern nur ein Gott wohlgefälliger. Ob der eben abgeschlossene aber ein Gott wohlgefälliger sey oder nicht, darüber scheint ihm die Kunde aus Petersburg noch nicht zugegangen zu seyn. (Z. f. Ndd.)

Berlin, 1. April. Beim Kriminal-Senat des Kammergerichts kam heute der Preßprozeß gegen die Redakteure des „Preußischen Wochenblattes" v. Jasmund, und der „Volkszeitung" Diercke in der Appellations-Instanz zur Verhandlung. Dem Prozeß liegen zwei Artikel, welche den Bundestag und seine Handlungen in den letzten Jahren einer scharfen Kritik unterwerfen, zum Grunde. Durch Urtheil der vierten Deputation des Kriminalgerichts vom 1. Dezember v. J. wurden beide An-

geklagte für nicht schuldig erklärt, durch öffentliche Schmähungen und Verhöhnungen Einrichtungen des Staats dem Hasse und der Verachtung ausgesetzt zu haben. Der Gerichtshof war nämlich der Ansicht, daß, wenn auch der deutsche Bund und der Bundestag durch den preußischen Staat in Gemeinschaft mit andern Regierungen gegründet sey, dennoch auf dessen Einrichtungen, welche Gegenstand der Kritik in den inkriminirten Artikeln bildeten, nicht der §. 101 des Strafgesetzbuchs bezogen werden könne. Der Staatsanwalt appellirte gegen diese Entscheidung und führte aus, daß die Einrichtungen des Bundestags als Einrichtungen des preußischen Staats zu betrachten seyen und deßhalb auch der §. 101 l. c. hier zutreffen müsse. Das Kammergericht trat der Ansicht des Kriminalgerichts bei und bestätigte das erste Urtheil. (N. Z.)

Berlin, 1. April. Von allen Seiten wird schon lange darüber geklagt, daß die Gutsbesitzer namentlich in den östlichen Provinzen nur sehr schwer unter den lästigsten Bedingungen Geld erhalten können. Besonders vermögen dieselben die Provinzialbankanstalten nur in sehr geringem Umfang zu benutzen, weil sie hinsichtlich des Wechsel- wie des Lombardverkehrs sich in sehr beschränkter Stellung befinden. In gleicher Weise wird die Durchführung der von den Kreisen und anderen öffentlichen Korporationen unternommenen gemeinnützigen Anlagen, wie Chaussee- und Deichbauten, Landesmeliorationen u. s. w., immer noch dadurch erschwert, daß die von ihnen ausgefertigten Obligationen an dem Geldmarkt keine der Sicherheit dieser Papiere entsprechende Annahme finden. Um die hieraus sich ergebenden Uebelstände für die Zukunft einigermaßen abzuwenden, hat auf Veranlassung des Ministerium das k. Hauptbankdirektorium an die Provinzialbankanstalten unter dem 27. März eine soeben im Staatsanzeiger der Oeffentlichkeit übergebene Verfügung erlassen, durch welche dem Grundbesitz wie den Korporationen eine nicht unwesentliche Erleichterung in der Benutzung des Bankkredits gewährt wird. (Allg. Z.)

Oesterreich. Der „A. Z." wird aus Wien, 30. März, geschrieben: „In den allernächsten Tagen wird eine Verordnung erscheinen, nach welcher eine Reihe von sehr wesentlichen Zollherabsetzungen demnächst ins Leben treten soll. Wir führen die wesentlichsten derselben an, um das wichtige Gebiet zu bezeichnen, auf welchem sie eingreifen, und setzen dabei zugleich den Tarif des Zollvereins daneben, um zu zeigen, wie man in Oesterreich den Ideen, welche einst den Zollvereinstarif entwarfen, vorausgegangen ist.

Zentner.	Alter Tarif.		Neuer.		Zollvereins-Tarif.	
	fl.	kr.	fl.	kr	fl.	kr.
Kaffee	10	—	7	30	7	8½
gebrannter	12	—	10	—	15	44
Gewürze.						
Feine	25 / 30	— / —	15	—	9	13¾
gemeine	10	—	7	30	9	17¾
Zucker.						
Raffinirter	14	—	12	30	14	7½
Rohzucker	11	—	9	—	11	25⅓
Rohzucker für Fabriken	7	—	6	—	7	8½
Syrup	5	—	3	—	2	51½
Wein in Flaschen	15	—	12	30	11	26
in Fässern	12	30	10	—	8	34
Eisen, gefrischtes, nicht façonnirt	2	20	2	—	2	8⅓
Stahldrath und Saiten	7	30	5	—	5	43
Gußeisen, rohes	1	30	1	—	1	25¾
Baumwollengarn, roh	6	—	5	—	4	17
Leingarn, gebleicht, gefärbt, ungezwirnt	10	—	7	30	2	51½
gezwirnt	15	—	12	30	5	43
Wollengarn roh, nicht gefärbt und gezwirnt	6	—	5	—	—	43

Dieser Tarif zerfällt in zwei Gruppen. Der Zoll auf die Artikel der Konsumtion, namentlich der transatlantischen Konsumtionswaaren, ist nicht nur bedeutend herabgesetzt, sondern zum Theil sogar sehr wesentlich unter den Zollvereinszoll gestellt. Oesterreich, das vor wenig Jahren noch in dieser Beziehung sich abschloß, öffnet damit dem deutschen Importhandel seine Thore, und rechnet andererseits darauf, daß die Konsumtionskraft seines eigenen Landes hoch genug gestiegen sey, um den Ausfall, den jene Herabsetzung bringt, wieder zu decken. Beide Beziehungen haben ihre große Bedeutung; das rein finanzielle Prinzip hat sich hier dem höhern volkswirthschaftlichen untergeordnet, in der Gewißheit, daß es zuletzt gerade von dem Aufschwunge des letztern seine eigene beste Erfüllung erwarten darf. Zugleich wendet sich diese Herabsetzung dem Handel mit dem Orient zu. Sie wird in dem durch sie gesteigerten Konsum die Grundlage für jene Unternehmungen finden, die in Asien die Produkte zu suchen beginnen, welche bisher Amerika fast allein geliefert hat. Die Herabsetzung des Zolls auf die industriellen Produkte dagegen zeugt von einer Kräftigung unserer einheimischen Industrie, die trotz der harten Kriegsjahre dennoch einen, nur durch den unerschöpften Reichthum unseres Landes erklärbaren Aufschwung genommen hat. Die definitive Ordnung der Geld-Verhältnisse, die nicht lange auf sich warten lassen wird, ist allein schon hinreichend, um unsere Industrie — eine Industrie, die noch vor zehn Jahren für die übrige Welt kaum existirte — zu einer Weltindustrie zu erheben. Die neue Tarifirung ist endlich ein entscheidender Schritt der Vereinigung mit dem Zollverein entgegen; aber sie ist mehr als das. Der Zollvereinstarif ist von jeher einseitig gewesen; er hat vor allem nur das Schutzzollinteresse der Industrie im Auge gehabt, und den Handel mit den transatlantischen Waaren, namentlich mit Zucker und Kaffee, durch schwere Steuerzölle gedrückt. Er hat daher einen Kampf zwischen dem Handels und Industrie-Interesse hervorgerufen. Oesterreich ist nun vorausgegangen. Was es gethan, ist in gewisser Beziehung ein erster Schritt.

Wien, 31. März. Sicherem Vernehmen nach wird allen durch die Sequester-Maßregel betroffenen italienischen Eigenthümern im Wege der Gesandtschaften offen stehen, sich um die Rückkehr und Aufhebung des Sequesters zu bewerben. (K.Z.)

Sachsen-Weimar. Weimar, 28. März. Die großh. Regierung hat neuerer Zeit in Gemeinschaft mit den Regierungen von Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg, Anhalt-Dessau und Köthen, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und Reuß jüngere Linie einen wichtigen Vorschritt auf dem Gebiet des Civilrechts und des Civilprozesses gethan. Schon vor mehreren Jahren wurde die Frage eines Anschlusses an die von der k. sächs. Regierung zu einer Codifikation des Civilrechts getroffenen Maßregeln angeregt. Die Angelegenheit blieb aber aus verschiedenen Gründen auf sich beruhen. Nachdem Anfangs dieses Jahres in Dresden unter dem Vorsitz des Oberappellationsgerichtspräsidenten Dr. v. Langenn eine Kommission von Sachverständigen zusammengetreten ist, die auf Grund des bereits bearbeiteten Entwurfs eines Civilgesetzbuchs den Entwurf eines solchen und später den Entwurf einer Civilprozeßordnung feststellen, bezüglich ausarbeiten soll, ist an die zum Oberappellationsgericht Jena vereinigten Regierungen von Seiten der k. sächs. Regierung die Einladung ergangen, zu dieser Kommission auch ihrerseits Kommissarien abzusenden, damit diese an der endlichen Feststellung beider Entwürfe sich betheiligen, und die Einführung der entworfenen Gesetzbücher in den betreffenden Staaten vorbereiten könnten. Die im Eingang genannten Regierungen sind der Einladung gefolgt und haben ihre Kommissarien ernannt. (Weim. Z.)

Großbritannien.

London, 1. April. Die Nummer des „Sun", welche die Friedensbotschaft bringt, ist mit einem Trauerrand umgeben. Das erwähnte Blatt schreibt: „Jacta est alea!" Der verhängnißvolle Schritt ist gethan. Wiederum hat England durch die Feder verloren, was er durch das Schwert gewonnen hatte. Die Ehre, das Wohl und die zukünftige Sicherheit des Landes ist durch die Unterzeichnung des Vertrages wissentlich und mit Vorbedacht verscherzt worden, und wir müssen jetzt eben, in so weit wir können, gute Miene zum bösen Spiele machen.

London, 1. April. Der Lord-Mayor erschien gestern früh einige Minuten vor 10 Uhr in Begleitung zweier Sheriffs, so wie des Schwertträgers, des Keulenträgers und des Marschalls der City, auf dem steinernen Balkon des Mansion-House, wo eine mit karmoisin-rothem Tuche ausgeschlagene Estrade errichtet worden war, und verlas die ihm durch den Minister des Innern zugegangene amtliche Nachricht von dem Abschlusse des Friedens. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich versammelt, um diese Botschaft anzuhören, und machte, als die Verkündigung erfolgt war, ihrer Freude durch Hurrah-Rufe und Hut- und Taschentuch-Schwenken Luft. Mit dem Schlage 12 Uhr verließen die City-Beamten, den Lord-Mayor an der Spitze, das Mansion-House und begaben sich zu Fuß nach der Börse, wo gleichfalls die Verlesung der Friedens-Nachricht stattfand. Auf den Dächern und in den Fenstern der benachbarten Häuser wimmelte es von Menschen, und die meisten öffentlichen Gebäude, sowie die Masten der im Flusse liegenden Schiffe prangten im Schmucke von Wimpeln und Fahnen. Sobald die öffentliche Verkündigung des Friedens an der Börse und in

Guildhall Statt gefunden hatte, wurden die Geschütze in Tower gelöst. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 1. April. Die afrikanische Expedition soll größer werden als je eine in Algerien unternommen wurde, und nicht bloß bestimmt seyn, die Bergbewohner zu unterwerfen, sondern auch Pfänder ihres dauernden Gehorsams von ihnen zu erhalten. Der Kaiser soll die Absicht haben, selbst Algerien zu besuchen, und es wäre nicht unmöglich, daß er selbst an der Expedition während einiger Zeit Theil nähme. Das Projekt, den Prinzen Napoleon als Vizekönig nach Algerien zu schicken, soll aufgegeben seyn. (A. Z.)

Paris, 2. April. Gestern Abend veranstaltete die Pariser Bevölkerung ganz unvermuthet eine neue Illumination, die alles, was man Derartiges bisher sah, weit hinter sich ließ. Die Boulevards boten einen zaubervollen Anblick dar; die Vorstädte, die kommerziellen Stadtviertel, die Banlieues selbst leuchteten von Millionen Flammen. Die Pariser begnügten sich nicht damit, daß sie chinesische Laternen und Lampen an ihre Fenster stellten, sondern sie zogen noch Laternen-Guirlanden über die Straßen. Namentlich war die Straße de la Paix wundervoll beleuchtet. Ein Gemäldehändler, Namens Taziaro, auf dem Boulevard des Italiens, der eine ähnliche Handlung in St. Petersburg hat, umhing die Brustbilder Alexanders II. und Napoleons III. mit farbigen Lichtern, was einen bewunderungswürdigen Effekt machte. Bis in die späte Nacht wogte eine unzählige Menge durch alle Straßen der Stadt und kehrte nicht eher heim, als bis sich die Beleuchtung nach und nach verlor. (Fr. Pstz.)

Spanien

† Madrid, 28. März. Alle Journale sprechen von den bedauerlichen Ereignissen, welche in Badajoz statthatten. Es scheint, daß zwischen den Sergeanten und einigen Soldaten des Kavallerie-Regiments de la Albuera und mehreren Individuen der Nationalmiliz von Badajoz eine dumpfe Feindschaft herrschte, die bereits mehrere Male schon zu Unglücksfällen Anlaß gab. Gründonnerstag und Charfreitag jedoch hatte die Sache einen so ernsten Charakter angenommen, daß es die Behörden für nöthig erachteten, die Linie und die Miliz ausrücken zu lassen. Letztere besetzte die Hauptpunkte der Stadt und es wurde, Dank dieser Maßregel, die Ordnung nicht weiter gestört.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 24. März. Des verstorbenen Halil Pascha Vermögen wird auf 150 Millionen Piaster geschätzt, die Güter werden für die Regierung lizitirt. Es droht eine Handelskrisis wegen angehäufter Waarenmenge. Die Erdbeben in Brussa haben sich erneuert. Die Feuersbrünste dauern fort. (T. D. d. Allg. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 26. März. Die früher verboten gewesene Broschüre „Napoleon III." ist nach den jüngsten Umständen neu bearbeitet im Druck erschienen. (K. Z.)

Der Kaiser hat das Verbot, welches den vornehmen Russen untersagte, Frankreich zu besuchen, aufgehoben.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 31. März. (Privat-Korrespondenz.) Wie man aus Paris vernimmt, soll die Frage wegen der weiteren Occupation Rom's durch französische Truppen zwischen dem Grafen Walewski, dem Grafen Buol und dem päpstlichen Nuntius zur Sprache gekommen und dahin erledigt worden seyn, daß die politischen Zustände des Kirchenstaates eine Verminderung der Occupationstruppen nicht als rathsam erscheinen ließen. Die Franzosen dürften demnach Rom nicht so bald verlassen, sie sollen im Gegentheile durch eine neue Brigade verstärkt werden. — Ueber die in Paris zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Sardinien gepflogenen Verhandlungen liegen noch immer keine sicheren Daten vor, im Allgemeinen scheinen dieselben jedoch bis jetzt ein befriedigendes Resultat nicht ergeben zu haben. — Wie man nachträglich aus Paris vernimmt, ist es den Bemühungen des türkischen Bevollmächtigten gelungen, seine gegen die Aufnahme des Hattihumajum in die Friedensurkunde gerichtete Protestation von den Konferenzmitgliedern berücksichtigt zu sehen; dagegen konnte aber Ali Pascha mit seinem Vorschlage, die militärische Occupation der Türkei für einen bestimmten Zeitraum betreffend, nicht durchdringen, und es ist im Gegentheile bei dem ursprünglichen Plane verblieben, nach welchem die Streitkräfte der verbündeten Mächte die wichtigsten Punkte der Türkei so lange besetzt halten sollen, bis die durch den letzten Ferman und Hatti Scherif verkündigten Reformen in allen Punkten ins Leben getreten seyn werden.

Paris, 2. April. Der heutige „Moniteur" berichtet, bei dem vorgestrigen diplomatischen Bankette habe Graf Walewski einen Toast ausgebracht: der Friede möge eben so dauerhaft seyn, wie er ehrenvoll für Alle wäre. (T. D. d. K. Z.)

Marseille, 1. April. Gestern hat der General Marens, welcher von dem Kaiser mit einer Mission an den Sultan betraut ist, unsere Stadt verlassen. (Fr. Pstz.)

Aus Rußland.

Rußlands Thätigkeit in Paris. Unter dieser Ueberschrift bringt die „Ostdeutsche Post" folgende Korrespondenz aus der französischen Hauptstadt: Die russischen Diplomaten — wenn man dieses zahlreiche Gefolge von Adjutanten und Agenten, welche soi disant als Begleitung der Kongreßgesandten in Paris sich befinden, Diplomaten nennen darf — entwickeln eine nach allen Seiten hin gerichtete Thätigkeit. Ihre Hauptsorge außerhalb der Kongreßgeschäfte ist auf Gewinnung von Kapitalisten für einige Eisenbahnprojekte gerichtet, welche unmittelbar nach dem Friedensabschlusse in Angriff kommen sollen. Die Anerbietungen sind vortheilhaft, vielverheißend, und die Herren Pereire dürften bald, wenn auch in anderer Form, eben so gut im Besitze russischer Eisenbahnen seyn, wie sie im Besitze österreichischer sind. Es liegt ein Eifer und eine Schnellkraft in Allem, was die Russen hier thun, sprechen und vorbereiten, daß deutlich daraus zu ersehen ist, das Kriegsunglück habe, statt sie zu erdrücken, neue Schwingen der Regierung verliehen. Sie eilt und drängt zum Friedensschlusse, läßt sich von kleinen unerwarteten Forderungen nicht abschrecken, fügt sich und gibt nach, um nur zu dem Abschnitte zu gelangen, der ihr die Möglichkeit eröffnet, in einigen Jahren ihre Kräfte zu sammeln, zu ergänzen und neue zu schaffen, um dann die Fesseln zu sprengen, die Demüthigung zu rächen, welche die gegenwärtige Epoche ihrem nationalen Ehrgeiz bereitet hat. Es ist eine elastische nervenstarke Nation, die mit Kühnheit ihre Pläne konzipirt und mit Energie ausführt. Die nächsten fünf, sechs Jahre werden uns in dieser Beziehung überraschende Wahrnehmungen bieten. Die öffentliche Meinung in Europa wird bezüglich Rußlands neue Richtungen erhalten. Der Friedensfeldzug, den Rußland sich anschickt zu führen, wird viele seiner Spitzen gegen Oesterreich richten. Zuerst soll Rußland in der Allianz mit Frankreich den Platz einnehmen, den England und Oesterreich besitzt. Man wirft sich dem Kaiser Napoleon ordentlich an den Hals. Alle hiesigen Russen tragen eine Bewunderung für Alles, was der französische Monarch thut und spricht, zur Schau, die an Begeisterung gränzt. Bei streitigen Kongreßfragen appellirt Graf Orloff an den Ausspruch Louis Napoleons mit der Erklärung, seinem Entscheid sich fügen zu wollen. „Le Nord" (in Brüssel) hat Weisungen bekommen, und ich kann Ihnen aus richtiger Quelle sagen, daß dies bisher gegen Napoleon so gehässige Blatt jetzt eine Uebergangs-Epoche durchmachen muß; in einem Monate werden Sie es als ein eifriges bonapartistisches Blatt finden — dem der Debit in Frankreich bereits für jene Zeit gesichert ist. Auf diesem Gebiete, der Presse, entwickeln die Russen einen Einfluß, der wohl zu beachten ist. Nicht nur, daß dem „Nord" neue und ergiebigere materielle und geistige Unterstützung zugesichert ist, wird unter den hiesigen deutschen wie französischen Schriftstellern für weitausgreifende Pläne rekrutirt. Es werden, bevor ein Jahr verläuft, mehr als zehn Journale aufgestellt seyn, die gleich dem „Nord" ihre Parole von den russischen Gesandten erhalten. So weit ich von der Sache unterrichtet bin, ist es zumeist auf Deutschland abgesehen; es sollen am Rhein (als Paroli für die „Köln. Z."), in Frankfurt a. M., in Leipzig und Stuttgart, in Wien, Prag und Pesth neue Zeitungen gegründet oder bereits bestehende erworben werden. Dieser Plan ist eine Thatsache, er soll, um mich eines in Oesterreich gangbaren Amtsausdrucks zu bedienen, möglichst „unaufsichtig" zur Ausführung gebracht werden.

Das Resumé des russischen Programms für die nächste Zukunft läßt sich somit in den drei Momenten zusammenfassen: Allianz mit Frankreich um jeden Preis, rasche Erbauung der großen militärischen Eisenbahnlinien im Innern des Reiches, Bearbeitung und Leitung der öffentlichen Meinung in Mittel-Europa.

Aus St. Petersburg wird berichtet, der Kaiser Alexander sey auf der Reise nach Finnland am 22. März in Frederikshamm eingetroffen, habe dort die Truppen, das Kadettenkorps, sowie die Batterie inspizirt und sey dann nach Helsingfors abgereist, wo er am 23. März die Truppen, die Festungswerke und das Militär-Lazareth inspizirte und die griechische, die lutherische Kirche, sowie die Universität besuchte. (T. D. d. K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 3. April. Für österr. Bankaktien, National und Metalliques herrschte fortwährend rege Kauflust. Sonstige Effekten wenig verändert.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1309 P. 1304 G. Neue Bankaktien 435 P. 433 G. Credit-Actien à 5pCt. 191 P 189 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 86¼ P 86 G. Metall. alte à 5pCt. 85¼ P. 85 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89⅛ G.; à 4½pCt. 77⅛ P. 76⅞ G.; à 4pCt. 68½ P. 68 G.; à 3pCt. 52 P. 51½ G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108⅝ P. 108⅜ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 307 P. 305 G.

Preussen. 3½pCt. Stadtsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. 86¼ P. 86 G.; 4pCt. — P. 94¾ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157¼ P. 156¾ G. Neustadt-Weissenb. 117¾ P. 117¼ G.

Würltemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89¼ P. 88⅞ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 43¾ P. 43¼ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82½ P. 82 G. **Kurhessen.** 40 Thalerloose b. R. 41⅝ P. 41⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63¼ P. 62¾ G. **Grossh. Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. 91¼ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pC. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112¼ G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 352 P. 350 G.; junge 303 P. 302 G. **Meiningen.** Mitteldeutsche Creditbank 103½ P. 103 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47⅛ P. 46⅞ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89¼ G., Loose à fl. 25 31½ P. 31 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; Bankaktien 121⅞ P. 121⅜ G.; Taunus-Aktien 336 P. 334 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 83½ P. 83 G. **Homburg.** Bankaktien P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87 P. 86½ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅝ P. 40⅜ G.; 1pCt. neue 25⅜ P. 25¼ G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amsid. fl. 100 k. S. 100⅜ P. 100⅛ G. — Lond. Lst. 10 k. S. 120⅜ P. 120⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅕ P. 119⅞ G. — Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101½ P. 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105½ P. 105¼ G. — do. 3 Monat mit 5% — P. — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G. — Paris Frs. 200 k. S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97⅛ P. 96⅞ G. — Lyon Frs. 200 k. S. 94½ P. 94¼ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88¾ G. — Wien fl. 100 C. k. S. 118 P. 117¾ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G. — Wien 3 M. mit 4% 117⅝ P. 117⅜ G.
Disconto — P. 4pCt. G

Wien, 2. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86 7/16; 5pCt. Metall. 86¼; 4½pCt. 76¾; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 136½; von 1854 110; Bankaktien 1100; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen 92; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 333½; Donau Dampfschifffahrtsaktien 635; österr. Staatsbahnaktien 358; Nordbahnaktien 3005. **Wechselkurse:** Augsburg uso 101⅝; London 10. 3. P. Geldkurs: Dukaten —.

Magdeburg, 28. März. Es war im Laufe dieser Woche hier recht still im Getraidegeschäft, gleichwohl haben die Preise wenig nachgegeben, weil das Angebot weder von Belang noch dringend war, andererseits freilich fehlte es auch an Kauflust, weil wenig Abzug vorhanden ist. Seit vorigen Dinstag haben wir hier wieder scharfen Ostwind und strenge Nachtfröste; den Getraidesaaten soll dieses Wetter, wie man von erfahrnen Landwirthen hört, nicht schaden, für die Oelsaaten aber befürchtet man Nachtheile, ob mit oder ohne Grund dürfte sich wohl erst später beurtheilen lassen. Waizen gilt nach Qualität für 24 Schfl. a 88—90pfd. 92 a 94 Thlr., aus zweiter Hand würde unter 96 Thlr. für 2136pfd. nicht zu kaufen seyn: der Abzug nach Stettin erhält sich. Roggen ist zu 72 a 73 Thlr. für 2016pfd. käuflich, aber wenig Umgang darin. Gerste 70—74pfd. ist zu 46 a 50 Thlr. zu haben. Hafer kostet 29 a 31 Thlr. nach Beschaffenheit, aus zweiter Hand ist zu 30 Thlr. für 1248pfd. frei Kahn offerirt.

Nichtpolitische Zeitung.

In dem zu Frankfurt a/M. erscheinenden „Zentralanzeiger für den deutschen Verkehr“, welcher mit besonderer Rücksicht auf den größeren Grundbesitz redigirt und mit welchem auch eine Weinzeitung verbunden ist, findet sich eine Korrespondenz aus dem Rheingau über eine am 26. März in Eltville (im Herzogthum Nassau) abgehaltene Versammlung des dortigen landwirthschaftlichen Vereins. Es heißt darin: „Auf der Tagesordnung stand, „Berathung über die s. g. Gall'sche Weinbereitung, respektive Verbesserung mit Wasser und Zucker.“ Dieser uns Rheingauern höchst wichtige Gegenstand hatte eine sehr zahlreiche Versammlung zusammengebracht, Männer von Fach aus der Nähe und Ferne, zum Theil im Weinbau und Weinhandel ergraute und erfahrene Kenner. Wie dieses Urtheil ausgefallen, ist Ihnen wohl nicht zweifelhaft, sowie Keinem, der es mit uns Rheingauer Weinproduzenten gut meint: Einstimmig wurde erklärt, dem Herrn Dr. Gall und seinen Anhängern sey mit seiner Lehre auf gut Deutsch die Thüre zu weisen, und Alles zu vermeiden, was uns nur im Entferntesten mit ihnen in Berührung bringen könnte. Aus dem Referate des verehrlichen Herrn Präsidenten unseres Vereins erfuhren die Anwesenden, wie eigentlich die heutige Versammlung durch eine beim herzoglichen Amte Rüdesheim wegen „Weinverfälschung“ geführte Untersuchung veranlaßt sey. Ein Rüdesheimer Einwohner hatte aus Trestern, welche er mit Wasser ausziehen ließ und nach seiner Angabe mit circa 80 Pfd. Kartoffelzucker pro Stück versetzte, ein Getränklein bereitet, welches denn auch wahrscheinlich unter dem schon zu oft mißbrauchten Namen „Wein“ in die Welt gehen sollte und zwar nur in dem kleinen Probeversuche von 10 Stück! Das Resultat der Untersuchung war ein vorläufig den Angeklagten von der erhobenen Beschuldigung freisprechendes Erkenntniß, weil er die Waare noch nicht zu Markt gebracht hatte, und dürfte in diesem Falle, wenn das Fabrikat anders als unter dem Namen „Leier“ verkauft würde, die Wiederaufnahme wohl jedenfalls zum Nachtheile des Angeklagten zu erwarten seyn. Nach dem lichtvollen Vortrag des Herrn Präsidenten Magdeburg wurde die Versammlung aufgefordert, ihre Ansicht auszusprechen. — Ohne in das Detail einzugehen, kann ich Ihnen sagen, daß Dr. Gall heute bei uns sein Feld ganz und gar verloren hat. Auch dem noch Zweifelnden wurde jeder Zweifel genommen. Hr. Matthias Müller aus Eltville und Herr Weinhändler Theodor Dilthey aus Rüdesheim beleuchteten die Frage vom Standpunkte der Praxis und der Erfahrung, wobei sie besonders hervorhoben, wie unser Rheingauer Wein gerade als reines „Naturprodukt“ im Auslande gesucht sey und daß man nur wegen dieser Eigenschaft fabelhafte Preise dafür bezahle, welche, sobald er „Kunstprodukt“ würde, natürlich hinabsinken und den Ruin des Weinbaues herbeiführen würde, da ein Fallen der hohen Güterpreise dann unausbleiblich sey. Ein anwesender Chemiker, Herr Apotheker Fuckel aus Oestrich, sprach dann seine Ueberzeugung aus, daß sich der Natur einmal nicht vorgreifen lasse, und daß durch die Gall'sche Säureverdünnung auch die übrigen zur Bildung des Weines durchaus nöthigen Stoffe der Art verdünnt, d. h. auf 0 reduzirt würden, daß daraus entstehende Getränke mehr in das Reich der „Brauerei“ gehörten, und einem aus Punsch, Wasser und saurem Wein zusammengesetzten Tranke glichen. Interessant war es für uns, einen gerade anwesenden verehrlichen Gast, den Herrn Franz Buhl aus Deidesheim, über seine Erfahrungen aus der bayerischen Pfalz zu hören. Auch dort hat man sich überzeugt, daß nur Mutter Natur im Stande ist, jenes herrliche Erzeugniß hervorzubringen, das unsere Berge im Ausland berühmt gemacht hat, daß die Herren Weinhändler mit Scheu an demjenigen Keller vorübergehen, wo gallisirt wird, und daß Versteigerungen eines derartigen Schülers des Trierer Herrn Doktors ohne Resultat blieben, während derselbe früher, als er noch reinen Wein eingeschenkt habe, gewohnt gewesen sey, immer schöne Preise zu lösen. Eine Aufforderung an die Anhänger Gall's, ihre Meinung auszusprechen, blieb ohne Erfolg, obwohl deren anwesend gewesen seyn sollen. Nur bei Feststellung der Fragen, welche zur Abstimmung kommen sollten, entspann sich eine kleine Diskussion, veranlaßt durch den im Vortrag des Herrn Präsidenten erwähnten Tresternwein-Fabrikanten aus Rüdesheim, indem derselbe meinte, jedoch eines Anderen belehrt wurde, seine Manipulation gehöre der Gall'schen Methode nicht an. Von diesem Herrn wurde der Vorschlag gemacht, statt bei herzoglichem Staatsministerium ein Verbot der Fabrikation zu beantragen, dahin zu wirken, daß derselbe nur unter einer anderen Farbe als der des Weines, also etwa „braun,“ „roth,“ „grün,“ oder gar „schwarz,“ in den Handel gebracht würde. Nach dem Beschluß der heutigen Versammlung soll von Seiten des landwirthschaftlichen Vereins eine Petition an die Staatsregierung abgehen, um Schutz der „Weinbauer“ gegen die „Weinbrauer“ zu beantragen, und zwar wie nachstehend formulirt: 1) Soll herzogliches Staatsministerium ersucht werden, ein Verbot gegen das „Gallisiren“ und zwar für unser ganzes Herzogthum zu erlassen. Die Bestimmung der hierauf zu setzenden Geldstrafen bliebe herzoglichem Staatsministerium überlassen, womit aber jedesmal die Konfiskation und das Auslaufenlassen der gefundenen Getränke zu verbinden seyn möchte. 2) Soll beantragt werden, den Verkauf jeglichen nach Gall oder einer andern Methode verfälschten Getränkes im Herzogthum zu verbieten.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wohlmann

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 95. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten ... die ... Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 5. April 1856

‖ **Vom Untermain**, 3. April. Eine **Erweiterung des Wirkungskreises der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank** ist es also, mit welcher sich in den nächsten Tagen die bayer. Kammer der Abgeordneten beschäftigen wird.

Und worin besteht sie, diese Erweiterung? Antwort: in **sechs Millionen**, die man der Bank gestatten will, in Noten zu ihrem seitherigen Notenkapital von acht Millionen auszugeben.

Das wäre nun allerdings ein hübsches Maß von Geschäfts-Erweiterung, wie man die Maßregel euphemistisch zu betiteln beliebt; unseres Bedünkens hätte man das Rubrum schon etwas präziser fassen können.

Wir wollen uns aber nicht um Worte streiten, — in verbis simus faciles — es ist uns nur um die Sache zu thun!

Mit lebhaftem Interesse lasen wir in diesen Blättern vor wenigen Tagen eine Abhandlung des Herrn Grafen v. Bentheim-Tecklenburg, die bei Ihren Lesern am Untermain Sensation gemacht hat. Wir, die wir nicht beabsichtigen, über den von den edelsten Absichten Zeugniß gebenden Plan des Herrn Grafen uns hier einläßlich zu äußern, wir wollen uns nur darauf beschränken, von dem Eindrucke kundzugeben, den die beabsichtigte „Erweiterung des Wirkungskreises der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank" bei unsrer Geschäftswelt gemacht hat.

Sind denn, so fragt man sich vor Allem, — sind denn über eine Maßregel von solcher Bedeutung für den Verkehr die Handelsräthe und Handelskammern mit ihren Gutachten gehört worden?

Hat man ferner erwogen, ob eine Vermehrung des Noten-Kapitals der bayerischen Bank um sechs Millionen im jetzigen Augenblicke räthlich ist, in welchem eine allgemeine Regelung des Papiergeld- und Noten-Umlaufes für das gesammte Zollvereinsgebiet anerkannt zu einer Nothwendigkeit angewachsen ist, die über kurz oder lang ihre Erfüllung erhalten wird und muß?

Will also — so fragt man ferner — die Staatsregierung der Möglichkeit sich begeben, durch Creirung eines beschränkten Maßes von Kassen-Scheinen einen Theil jenes Gewinnes sich selbst zu verschaffen, der jetzt bloß in die Taschen der Bank-Aktionäre fließt? Oder ist die Bank, deren Aktien gegenwärtig fast um Dreifünftheile über ihren Nennwerth in den Kursblättern notirt sind, der Vergünstigung einer Vermehrung ihres Notenkapitals um 6 Millionen etwa besonders bedürftig? Oder ist endlich der Vortheil, welcher durch die gleichzeitige Vermehrung des Bank-Darlehen-Fonds der Landwirthschaft und den Gewerben in Aussicht gestellt wird, in der That so groß und einflußreich, daß er die betreffenden 6 Millionen vollständig aufwiegt?

Wird man namentlich die Bank den kleineren Landwirthen und Gewerbsleuten, die keine doppelte Realsicherheit und 10 Prozent Kaution für Zinsen und Kosten bestellen können, ebenfalls mit dem gerühmten Darlehensfonds unterstützen wollen und unterstützen können? Oder wird die Wohlthat bloß den größern Guts- und Fabrikbesitzern zugedacht seyn, welchen unter gleichen Bedingungen in Bezug auf Verzinsung und Sicherheitsleistung zahlreiche Kredit-Anstalten, — u. z. solche, — die keine Noten emittiren — zu Gebote stehen? Diese und ähnliche Fragen stellt man sich bei uns aus Anlaß des von zwei Anwälten — wenn wir nicht irren — an die Kammer der Abgeordneten gebrachten bezüglichen Antrages. Wenn die hohe Kammer mit der Erwägung dieser Fragen halbwegs ernstlich sich befaßt, wird „die Erweiterung des Wirkungskreises der königlichen Hypotheken- und Wechselbank" vorläufig wohl noch ein frommer Wunsch der HH. Antragsteller bleiben.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 1. April. Der Finanzausschuß der zweiten **Kammer** berieth dieser Tage über den Antrag bezüglich der **Bankfrage**, wonach die Hypotheken- und Wechselbank zur Emission von weiteren 6 Millionen **Banknoten** ermächtigt werden soll. Es erhoben sich gegen diesen Antrag gewichtige Stimmen und fand zunächst die Ansicht lebhaften Anklang, daß man lieber der Nürnberger Bank eine solche Befugniß einräumen soll, welche nach Maßgabe ihrer Mittel einen überaus ergiebigen Einfluß auf den industriellen Verkehr übe und **dem Staate** alljährlich von ihrer Rente eine erkleckliche Summe abgebe. (M. Bote.)

In einer bei der Abgeordnetenkammer eingereichten Vorstellung des Direktorium des **Hagelversicherungsvereins** wird gebeten, „die Kammer wolle bei Sr. k. Majestät den Antrag stellen, entweder dem bayerischen Hagelversicherungsvereine die Summe von 150,000 fl. als Reservefonds in der Art zuzuweisen, daß die Zinsen dieses Fonds und erforderlichen Falles das Kapital selbst, soweit die anderweitigen Vereinsmittel nicht ausreichen würden, zur vollständigen Entschädigungsleistung verwendet werden dürften, daß dagegen aus diesen Zinsen etwaige Kapitalsangriffe ersetzt und in dem Falle der Auflösung des Vereins dieser Fonds dem allerhöchsten Staatsärare zurückfallen müßte; aber doch diesem Vereine einen jährlichen Zuschuß von 39,600 fl. aus Staatsmitteln gnädigst zu gewähren." Der 5. Ausschuß hält die Kompetenz der Kammer in dieser Frage bei dem Einfluß auf das Budget für begründet, lehnt jedoch die Empfehlung des Antrages ab, da der Erfolg derartiger Zuschüsse bei dem Eintritt unglücklicher Elementarereignisse, welche die Leistungsfähigkeit des bis jetzt nicht allgemein verbreiteten Vereins überschreiten würden, doch nur problematisch wäre. (B. Landbötin.)

Se. k. Hoheit Herzog **Max** hat als Mitglied der 1. Kammer einen sechswöchentlichen Urlaub zum Zweck einer Reise erhalten. (B. Ldbötin.)

Der Kreisgewerbeverein von **Landshut** übergab der Kammer der Abgeordneten eine Vorstellung: „die Errichtung von **Versorgungshäusern** für alte und gebrechliche Handwerksgesellen und Dienstboten beiderlei Geschlechts" betr. (M. Bote.)

Regensburg, 3. April. Heute hat das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten den bisherigen Rechtsrath Friedrich **Schubarth** zum rechtskundigen Bürgermeister hiesiger Stadt gewählt. (N. Korr.)

Die „Augsb. Abdz." vernimmt aus **Dillingen**, daß sich die Gesundheitsverhältnisse des Abg. Dekan **Vogel** in der letzten Zeit so bedeutend gebessert haben, daß man die volle Genesung dieses allgemein verehrten Mannes, den die zweite Kammer schwer vermißt, zuversichtlich hoffen darf.

Lindau, 3. April. Se. Maj. der **König** begab sich heute Vormittags etwas nach 10 Uhr, begleitet von den HH. v. La Roche, Frhrn. v. Leonrod, Graf v. Buttler und Dr. v. Gietl, mit dem Dampfboote „Stadt Lindau" nach Romanshorn, um von da im strengsten Inkognito, mit Benützung der Eisenbahn von Romanshorn nach Oerlikon, sich nach Zürich zu begeben. Se. Majestät werden daselbst im Hotel Baur, unmittelbar am See gelegen, Ihr Absteigequartier nehmen. Die Rückkehr dürfte morgen Abend zu erwarten seyn. Die Witterung ist günstig. (N. M. Z.)

∘∘ **München**, 4. April. (Privat - Korrespondenz.) **51. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Der königl. Staatsminister Dr. Ringelmann.

Es wird der Ersatzmann für den verstorbenen Abg. Wolf, der neue Abg. Leiß, beeidigt. Angezeigt wird die Vollendung der Referate über den Antrag des Abg. Dr. **Barth** auf authentische Interpretation des §. 19 Abs. 2 der Prioritäts-Ordnung vom 1. Juni 1822, und über die die bayerische **Hypotheken- und Wechselbank** betreffenden Anträge.

Zur Berathung gelangte dann der Antrag des Abg. **Doppelhammer**, über die Abänderung des Art. 99 des Gesetzes vom 10. Nov. 1848, die Abänderung des II. Th. des Straf-

gesetzbuches von 1813 betr. Der Antragsteller will eine Abänderung dahin, daß für die auswärts wohnenden Geschwornen nach bereits geleistetem Dienste eine volle vierjährige — statt der einjährigen — Befreiung eintreten soll, soferne sie nicht ausdrücklich auf diese Befreiung verzichten.

Der Ausschuß hält eine solche Aenderung um so weniger für nothwendig, als durch das jüngst erlassene Gesetz bez. der Diebstahlsnovelle ohnedies eine wesentliche Abkürzung der Dauer der Geschworenensitzungen eintreten werde. Der Ausschuß beantragt deßhalb, „es sey dem Antrage eine Folge nicht zu geben."

Nach einigen Bemerkungen des Referenten, Abg. Hiltner, und des Antragstellers, beantragt Abg. Krafft die Modifikation, daß statt vier-, zweijährige Befreiung gesetzt werden solle.

Abg. Dr. Simmerl unterstützte den Antrag, da die Klagen der Geschworenen über zu häufige Einberufung und zu langer Dauer der Sitzungen begründet seyen.

Abg. Arnheim und Fürst Wallerstein sind gegen den Antrag; desgl. der kgl. Ministerialkommissär Vogt, weil die Regierung die Stabilität der Geschworenenliste für nothwendig erachte, diese aber würde durch den Antrag, wenn nicht aufgehoben, doch jedenfalls beschränkt werden. —

Der kgl. Staatsminister der Justiz sprach einige Worte gegen den Antrag, der dann fast einstimmig verworfen wurde.

Von dem Ausschuß wurde hierauf Vortrag erstattet über verschiedene, weiter von ihm geprüfte Anträge von Abgeordneten.

Bezüglich sämmtlicher Anträge stimmte die Kammer ihrem Ausschusse bei — womit die Sitzung schloß.

Unter diesen Anträgen befindet sich eine vom Abg Borst angeeignete Bitte einer großen Anzahl von Gastwirthen aus dem Regierungsbezirke Unterfranken und Aschaffenburg, die Kammer möge bei der kgl. Staatsregierung dahin wirken: „1) Daß die Verfügung der k. Kreisregierung vom 29. August 1853 und jene des kgl Staatsministerium des Innern vom 17. August und resp. 2. Novbr. 1853 außer Wirksamkeit gesetzt und resp. der Ministerialerlaß vom 17. August 1853 nur als Einschärfung der Verordnung vom 3. Septbr. 1843 §. 6 betrachtet im Uebrigen aber diese letztere Verordnung in ihrer bisherigen Auslegung und Anwendung aufrecht erhalten werde, soweit dies ohne nachtheilige Beschränkung der Landwirthe in ihren Gewerbsbefugnissen als räthlich und statthaft erscheint; 2) daß die weltliche Kirchweihfeier, wie früher, gleichzeitig mit der kirchlichen Feier unbeschränkt abgehalten werden dürfe; 3) daß jeder Wirth in Bezug auf Abhaltung von Tanzmusiken völlig unbeschränkt gelassen werde und daß dazu nicht eine Erlaubniß der Distriktspolizeibehörde, sondern nur eine Anzeige bei dem Gemeindevorsteher nöthig gemacht werde, oder daß wenigstens die früheren Freiheiten bezüglich der Abhaltung von Tanzmusiken auf Märkten wieder gestattet werden; 4) daß jedenfalls aber völlige Gleichstellung des platten Landes mit den Städten 3. Kl., sowohl bez. der Polizeistunde als der Abhaltung von Tanzmusiken eintrete." Der Ausschuß wie die Kammer waren der Ansicht, daß nach Tit. VII. §. 2—19 der Verfassungsurkunde dieser Gegenstand zum verfassungsmäßigen Wirkungskreise der Kammer sich nicht eignet. Deßhalb wurde beschlossen, den Antrag ad acta zu legen.

Ferner hatte sich der Abg. Crämer eine Vorstellung des Schiffers Bernhard Krauß zu Kitzingen angeeignet, welcher unter Darlegung der Hindernisse, welche dem Vollzuge des Art. 20 des Gesetzes vom 28. Mai 1852 über die Benützung des Wassers auf der Strecke von Wertheim bis Würzburg entgegengesetzt werden, beantragt: „Hohe Kammer geruhe die in deren Kompetenz liegenden Schritte zu thun, um die an den bezeichneten Stellen des Mains bestehenden Hindernisse der Schifffahrt, namentlich in Absicht auf den Leinpfad und die Emschreitungen der Adjacenten gegen die Schiffer wegzuräumen; eventuell wolle Hochdieselbe beschließen, daß gegenwärtige Vorstellung dringend dem einschlägigen k. Staatsministerium zur Abhülfe der geschilderten traurigen Verhältnisse zu empfehlen sey." Es wurde von der Kammer beschlossen: „es sey diese Vorstellung dem kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten empfehlend hinüberzugeben."

Preußen. Im preußischen Abgeordnetenhause wird eine Interpellation an die Regierung wegen der Direktor Seiffart'schen Angelegenheit verabredet. Bereits gegen 20 Abgeordnete haben ihre Zustimmung zu derselben ertheilt. Wie wir vernehmen, zirkulirt in Osthavelland, dem Wahlbezirk des Hrn. Seiffart, eine Adresse, in welcher dieser Abgeordnete ersucht wird, sein Mandat niederzulegen. (Montagsz.)

× Berlin, 3. April. (Privat-Korrespondenz.) Außer den beiden Bank-Instituten, welche in Berlin gegründet werden sollten, und welche nicht die Konzession der Staatsverwaltung erhielten, liegt noch eine nicht geringe Anzahl Bankprojekte vor, welche in den Provinzen zur Ausführung kommen sollen. Insofern dieselben eine unbegränzte Thätigkeit entfalten wollen und darauf hinaus gehen, überhaupt eine große Geldmacht zu gründen, haben sie nicht größere Aussicht zur Genehmigung, wie die Berliner Projekte. Die Regierung hat offen ausgesprochen, daß sie der Gründung von Aktiengesellschaften nicht entgegenstehe, wenn sie statutarisch einen bestimmten kommerziellen oder industriellen Zweck im Auge haben.

Berlin, 3. April. Im Abgeordnetenhaus bringt Hr. Mathis den Antrag ein: das Haus wolle die Erwartung aussprechen, die Staatsregierung werde polizeiliche Befugnisse in Betreff der Presse in die Schranken gesetzlicher Vorschrift zurückführen und verhindern, daß die Ausübung dieser Befugnisse die verfassungsmäßig begründete Preßfreiheit verkümmere. Mathis führt 13 Punkte auf, die zur Wahrung der Preßfreiheit der Regierung empfohlen werden sollen. Die heutige „Kreuzzeitung" meint: ihre politischen Freunde werden diesem Antrag nicht entgegen seyn. Ferner wird ein Antrag eingebracht von den Abgg. Berg, Gerlach und Genossen: das Haus wolle die Erwartung aussprechen, die Regierung werde dem Haus die Mittheilung machen von den Maßregeln, welche sie in Betreff der gegen ein Mitglied des Hauses, den Vizepräsidenten Seiffart, gerichteten Aufsehen erregenden Beschuldigungen der Theilnahme am Potsdamer Depeschendiebstahl ergriffen habe. (T. D. d. A. Z.)

Hannover. Hannover, 2. April. Die Eröffnung der Stände ist heute mit großer Feierlichkeit vor sich gegangen. Die Kammern wählten sodann jede drei Kandidaten zur Präsidentenstelle (aus welchen der König den Präsidenten ernennt) und zwar die erste Kammer primo loco den Regierungsrath außer Dienst Grafen v. Knyphausen aus Osnabrück, und die zweite Kammer den vormaligen Ministerpräsidenten Grafen v. Bennigsen aus Hannover. Mittags hatte Se. Maj. der König die höchsten Staatsbeamten und sämmtliche Mitglieder beider Kammern zu einem glänzenden Diner im Rittersaale des Residenzschlosses versammelt. Se. Majestät brachte in einer längeren Rede den ersten Toast auf das Wohl des Landes und der Stände aus. Erst Abends entließ Seine Maj. der König die Anwesenden. (Fr. Pstz.)

Der Eröffnungsrede entnehmen wir Folgendes: „Es ist Ihnen bekannt, daß sich des Königs Majestät genöthigt gesehen haben, zur Erfüllung der Beschlüsse des deutschen Bundes vom 23. August 1851 und vom 12. und 19. April 1855 eine Reihe von Abänderungen im Verfassungsgesetze von 1848 durch die Verordnung vom 1. August v. Js. vorzunehmen, nachdem auch der dritte Versuch, eine Aenderung jenes Verfassungsgesetzes auf dem Wege der Verhandlung mit der allgemeinen Ständeversammlung zu erreichen, fruchtlos geblieben war. Jetzt werden noch die Aenderungen nachzutragen seyn, die in der Verordnung vom 1. August v. Js. vorbehalten sind. Es sollen Ihnen Vorschläge wegen Modifikation der Kammerkomposition und des Wahlgesetzes, ferner über Modifikation des zweiten Absatzes im §. 171 des Landesverfassungsgesetzes von 1840 und wegen Abänderung des Finanzkapitels vorgelegt werden. Den Entwurf wegen Aenderung des Finanzkapitels empfehlen des Königs Majestät Ihrer besondern Beachtung. Die Art und Weise, wie das Verfassungsgesetz von 1848 die Kassenvereinigung hergestellt hat, enthält eine so bedenkliche und bundeswidrige Schmälerung der königl. Rechte, daß des Königs Majestät fest entschlossen sind, eine wesentliche und durchgreifende Aenderung dieses Theiles der Verfassung zu bewirken. Allerhöchstdieselben hegen die Zuversicht, daß die allgemeinen Stände des Königreichs mit altbewährter Treue den allerhöchsten Ansichten auf eine gerechte und heilsame Regelung der betreffenden Verfassungsbestimmungen entsprechen werden." — Nach einem Hinweis auf den „blühenden und immer vorwärts schreitenden Zustand" der materiellen Interessen des Königreichs, verheißt die Rede die Vorlegung mehrerer Gesetzentwürfe zur Förderung des Ackerbaues &c. Die Rede geht hierauf zu den als unzureichend gefundenen Gehältern im Militär und Besoldungen im Zivildienst über, welch' Letztere seit 1848 erheblich herabgesetzt worden und sagt hieran anschließend: „Die Gehalte bei einem großen Theile des Militärs und der Zivildiener müssen dauernd erhöht werden. Hinsichtlich des Heeres sind die dieserhalb nöthigen Anträge der Vorlage über Erhöhung des Militär-Etats eingefügt worden. Es sollen Ihnen auch Vorschläge vorgelegt werden, die für mehrere Klassen von Zivildienern die Besoldungen definitiv erhöhen, für andere wenigstens temporär die unvermeidliche Hülfe gewähren."

Baden. Karlsruhe, 3. April. Die zweite Kammer hat gestern in geheimer Sitzung die Berathung über die Eisenbahnfrage beendet. Dem Vernehmen nach ist der Beschluß ge-

faßt worden, die großherzogl. Regierung zu ermächtigen, den Bau der Odenwalder und Kinzigthaler Eisenbahn unter Zinsengarantie des Staates einer Privatgesellschaft zu überlassen.

Sachsen-Koburg-Gotha. Koburg, 31. März. Der vormalige Accessist Theodor Streit, welcher als Redakteur zweier hiesigen, eine durchaus radikale Richtung verfolgenden Lokalblätter und als Verfasser verschiedener in derselben Richtung geschriebenen Artikel nochmals zu längerer Gefängnißstrafe (die letzte in Folge der Verbreitung eines politischen Pamphlets erkannte betrug 18 Monate) verurtheilt und seiner Anwartschaft auf den Staatsdienst verlustig geworden war, hat in neuester Zeit an den Herzog ein Gesuch um Gestattung der advokatorischen Praxis gerichtet. Die Entscheidung auf dieses Gesuch ist in diesen Tagen erfolgt und der Bittsteller wurde durch die in derselben ausgesprochene huldreiche Gewährung seiner Bitte auf's Freudigste überrascht. Es ist dies ein schöner Akt fürstlicher Großherzigkeit. (Fr. Pstz.)

Oesterreich. Gutem Vernehmen nach haben wegen Wiederaufnahme der Baarzahlungen von Seite der Nationalbank in letzterer Zeit wiederholt Berathungen stattgefunden. Daß die Baarzahlungen demnächst beginnen, steht im Prinzipe fest und es handelt sich nur noch um Ermittelung geeigneter Mittel, die zur Durchführung dienen sollen und mit den Verhandlungen der Münzkonferenz theilweise in Zusammenhange stehen. (Ostd Post.)

Dänemark.

Kopenhagen, 31. März. Nach einer telegraphischen Mittheilung der „Hamb. Bl." hat der Reichsrath einstimmig beschlossen, in die Verhandlung über den Antrag von elf holsteinischen Mitgliedern, die Gesammtverfassung nachträglich den Provinzialständen zur Begutachtung vorzulegen, einzutreten. Der Konseilspräsident selbst befürwortete diesen Beschluß. (Die Gesammtstaatsverfassung war vor ihrer Einführung zwar dem dänischen Reichstag, nicht aber auch den Provinzialständen der übrigen Lande vorgelegt worden)

Hamburg, 1. April. Mit dem gestrigen Tage ist Herr Martin Mai (aus Schlesien), wie aus einem im „Kieler Korrespondenzblatte" enthaltenen Abschiede von seinen Lesern und Mitarbeitern hervorgeht, „auf höhere Verfügung" von der Redaktion dieses Blattes zurückgetreten. Schon vor ein paar Monaten berichteten dänische Blätter, daß der Minister v. Scheel dem Eigenthümer des „Kieler Korrespondenz-Blattes", im Falle er Hrn. Mai nicht entlasse, die Konzession entziehen werde.

Großbritannien.

London, 3. April. In der heutigen Nachtsitzung des Unterhauses erklärt Viscount Palmerston: der Waffenstillstand sey zuletzt auch auf die See ausgedehnt worden, somit höre die Blokade auf. Trotzdem sey es noch unbestimmt, ob den englischen Schiffen der Zutritt in russische Häfen freistehe (nämlich während des Waffenstillstands; denn der Friedensvertrag ist noch nicht ratifizirt, daher noch nicht wirksam). (T. D. d. A. Z.)

Die „Times" meldet: „Es hat sich ein großer und einflußreicher, zum Theil aus Offizieren des Heeres und der Flotte, zum Theil aus Geistlichen und Zivilisten bestehender Ausschuß gebildet, in der Absicht, die Geldmittel zur Errichtung einer Kirche in Konstantinopel als des passendsten Denkmals zur Erinnerung an die in dem letzten Kriege Gefallenen und als Zeichen der Dankbarkeit gegen Gott für die Wiederherstellung des Friedens aufzubringen. Es wird nächstens unter Vorsitz Sr. kgl. Hoh. des Herzogs von Cambridge ein öffentliches Meeting zu diesem Behufe gehalten werden."

Frankreich.

* Der große Feldzug, der gegen die Kabylen in Algier unternommen werden soll, so wie die beabsichtigte Unternehmung gegen Madagascar haben vorzüglich den Zweck, das Heer und zugleich die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu beschäftigen; Napoleon braucht, wie Louis Philipp, einen Abzugs-Kanal für alle unruhigen Geister.

* Aus Paris hört man, daß dort in allen Klassen der Gesellschaft eine lebhafte Freude über den Abschluß des Friedens herrscht. Kaiser Napoleon ist deßhalb gegenwärtig sehr beliebt. Am 30. März Abends bei der großen Beleuchtung war in den Faubourgs und vor den Barrieren ein Leben und Treiben, das beinahe die Gränzen des Erlaubten überschritt. Zu Wagen zu passiren war gefährlich, wenn nicht unmöglich. Feuerschwärmer, Raketen, Kanonenschläge und dergleichen Zeug flogen rechts und links mitten in die Menge, so daß oft die tragi komischsten Szenen vorfielen. Die Polizei, welche dergleichen Unfug sonst nicht duldet, hatte dieses Mal den Befehl nur einzuschreiten, um Unglück zu verhüten. Aber auch die Freude geht vorbei, und wenn nach 4 Wochen der Friedens-Vertrag bekannt wird, bleibt das Kritisiren nicht aus.

Paris, 3. April. Der heutige „Moniteur" meldet, daß der Kaiser den Grafen Buol, Lord Cowley und Hrn. v. Manderström empfangen und die Antwort der Souveräne Oesterreichs, Englands und Schwedens auf die Anzeige von der Geburt des kaiserlichen Prinzen entgegen genommen hat. Graf Buol überreichte bei dieser Gelegenheit ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers von Oesterreich. (T. D. d. K. Z.)

Paris, 2. April. Ein eigenes Banket zur Feier des gestrigen Tages fand an einer der Barrieren statt. Dort bewirtheten auf Staatsunkosten die Bedienten des Grafen Walewski die Diener der russischen Gesandtschaft. Der Kammerdiener des Ministers des Aeußern präsidirte dem Banket und brachte ein Hoch aus auf den Kaiser Alexander, worauf der Concierge der russischen Gesandtschaft mit einem Toaste auf den Kaiser Napoleon antwortete. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, 2. April. Die Königin hat dem französischen kaiserl. Prinzen den Orden des goldenen Vließes verliehen. Ein hoher Staatsbeamter wird die Ordensinsignien nach Paris überbringen. (Fr. Pstz.)

Rußland und Polen.

Warschau, 29. März. Vor einigen Monaten richtete der russische Minister des Innern Lanskoi an die Adelsstände ein Zirkular, in welchem er die allerhöchste Zusicherung anzeigte, daß des Adels bisherige Privilegien erhalten bleiben sollen. Dadurch ermuthigt, und gestützt auf Präzedentien, wie die Wiedereinführung der polnischen Sprache in den Gymnasien, Gründung einer medizinischen Schule, eines Museums der Alterthümer in Wilna, glaubten einige Adelsstandschaften der ehemals litthauisch-polnischen Provinzen, an den Kaiser eine Bitte um Wiederherstellung der polnischen Universität in Wilna und der polnischen Sprache in den resp. Provinzen richten zu dürfen. Dieselbe ist jedoch nicht nur ohne Erfolg geblieben, sondern die jüngste Maßregel der kaiserlich russischen Regierung, die General-Gouverneurposten in sieben ehemals litthauisch-polnischen Provinzen aufzuheben, und Letztere nach den allgemeinen Zentralisations-Prinzipien im Reichsverwaltungssysteme aufgehen zu lassen, beweist, daß es im Plane der Regierung nicht liege, Konzessionen zu Gunsten der Nationalität zu gewähren; ja, nicht einmal die Reklamation gleichen Wahlrechtes für gewisse Stellen, das in den altrussischen Provinzen den Adelsversammlungen zusteht, ist denen der bezeichneten Provinzen zugestanden worden. Aehnlich verhält es sich mit verschiedenen Gerüchten über Reformabsichten der russischen Regierung bezüglich der Justizpflege ꝛc., welche vor einiger Zeit in deutschen Blättern aufgetaucht waren, die aber lediglich auf überschwengliche Hoffnungen beruhten, welche patriotische Polen auf den neuen Kaiser setzen zu können glaubten.

Amerika.

* Der „Constitutionnel" resumirt die diplomatische Korrespondenz, zu welcher die Zwistigkeit zwischen den Vereinigten Staaten und England Anlaß gaben und schließt mit der Bemerkung: „Diese Korrespondenz würde sehr beunruhigend seyn, und müßte fast unfehlbar zu einem Kampfe führen, wenn die Interessen beider Länder nicht da wären, um die zwei Regierungen vom Wege der gewaltsamen Maßregeln abzuhalten. Während sich die Kabinete von London und Washington Depesche auf Depesche zuschicken und Bände redigiren, um ihre gegenseitigen Beschwerden abzuwägen, ist, merkwürdigerweise, kein Geschäftsmann, kein Kaufmann in New-York oder Liverpool, der an den Krieg glaubt. Nicht etwa, daß beide Völker Sympathie für einander fühlen, — weit entfernt; es besteht — wie die „Times" treffend bemerkt — zwischen England und den Vereinigten Staaten eine laufende Rechnung großer und kleiner Streitigkeiten und noch lange wird diese Rechnung offen stehen. Aber es ist auch ein Handel von mehr als einer Milliarde Francs da — und das macht in unserer Zeit einen Krieg unmöglich und gestattet, dem Ausgange dieser bedauerlichen Debatten mit weniger Unruhe entgegenzusehen."

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

* Paris, 2. April. Die Kongreß-Bevollmächtigten werden Paris nicht verlassen, bevor der unterzeichnete Vertrag ratifizirt und verkündet seyn wird, was nicht vor Ende April der Fall seyn dürfte. Lord Clarendon sogar wird nicht nach England zurückkehren. Uebrigens ist diese Ratifikation

lediglich Formsache, da jeder Bevollmächtigte mit zu ausgedehnter Vollmacht versehen war, um von seiner Regierung desavouirt werden zu können.

Paris, 3. April. Nach dem heutigen „Journal des Debats“ besteht der Friedensvertrag aus einer Einleitung und 34 Artikeln. In der Einleitung ist eine Erklärung aufgenommen worden, welche eine Huldigung Frankreichs, seiner Uneigennützigkeit, Loyalität und seines versöhnlichen Geistes ist. Man versichert, daß Lord Clarendon es war, der diese Erwähnung beantragte und auf deren Annahme in den Vertrag bestand. Alle Dispositionen des Vertrags haben einen ausschließlich friedlichen Charakter; vergebens würde man darin Worte des Triumphs und die Bitterkeit der Besiegten suchen.

Aus Paris, 3. April, wird der „Fr. Postz.“ geschrieben: „Man arbeitet gegenwärtig auf unserem Ministerium des Aeußern ein Zirkularschreiben an alle unsere Gesandten im Ausland aus, um ihnen die Aufhebung der Blokade der russischen Küsten und die freie Ausführung russ. Waaren anzukündigen. — Es ist entschieden, daß die Türkei von den alliirten Truppen ganz geräumt werden wird; allein diese Räumung wird nur nach und nach vor sich gehen und dürfte etwa ein halbes Jahr dauern, während welcher Zeit der Sultan mit Sicherheit die geeigneten Anstalten zur Einführung der von ihm verheißenen Reformen treffen kann, um die Wünsche des Occidents und den drängenden Bedürfnissen der Situation zu entsprechen“. (Mit andern Worten, die Türkei wird nicht eher geräumt, als bis die Reformen eingeführt und gesichert sind, und das dauert länger als ein halbes Jahr.)

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Paris geschrieben, die Gebietsabtretung in Bessarabien sey für Rußland nicht so lästig geworden, als Oesterreich und die Türkei gefordert hatten. Das konnte man sich denken! Graf Orloff habe sich, als er sah, daß England Oesterreichs und der Türkei Forderungen auf eben so energische, als der Form nach für Rußland unangenehme Weise unterstütze, zum Kaiser begeben. „Sire,“ sagte er diesem, „Sie sind ein großer Mann, und ich werde mein Betragen danach einrichten. Hier sind meine Instruktionen; Sie ersehen daraus, daß ich Auftrag erhalten habe, zunächst für ein gewisses Zugeständniß zu kämpfen, wenn dieses nicht erreichbar ist, wenigstens ein geringeres zu fordern, und wenn auch dieses nicht geht, um jeden Preis Frieden zu machen. Sie wissen jetzt, Sire, woran Sie mit uns sind, und ich komme zu fragen, ob Sie zugeben werden, daß man uns erwürge.“ Der Kaiser versprach, in dieser Frage, wie in allen, bei denen es das allgemeine Interesse erlaube, vermittelnd für Rußland aufzutreten, was denn auch geschehen ist. (Mag der Korrespondent der „Köln. Z.“ die Anekdote haben, woher er will, sie zeigt doch jedenfalls, wie man in Paris von dem Verhältniß Frankreichs zu Rußland denkt.)

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 27. März. Omer Pascha ist zum Generalissimus der anatolischen Armee ernannt. (T.D.d.A.Z.)

Balaklawa, 18. März. Das Thermometer steht 17 Grad unter Null. Skorbut und Typhus raffen viele Opfer im französischen Lager weg. Der Handel ist sehr niedergedrückt und manche Fallimente werden erwartet. Ein Gastmahl russischer und verbündeter Offiziere nächst der Traktirbrücke wird vorbereitet. In Eupatoria fand vorgestern eine Zusammenkunft russischer und verbündeter Offiziere statt. (Ostd. Post.)

Aus Rußland.

⨯ Ueber den Handel St. Petersburg's im verflossenen Jahre und in den ersten Monaten dieses Jahres erfährt man, daß der Verkehr das ganze Jahr über auf die Landkommunikation beschränkt war. Nur kurz vorher, ehe sich die Newa mit Eis belegte, was am 13. November geschah, gelang es einer nicht unbedeutenden Anzahl von Schiffen, mit Proviant für Finnland beladen, auszulaufen und glücklich an dem Orte ihrer Bestimmung einzutreffen. Die westmächtlichen Flotten hatten wegen des herannahenden Winters die Ostsee verlassen. — Die Friedensaussichten haben in diesem Jahre die russischen Produkte erheblich im Preise und drückten den hohen Preisstand der Importartikel merklich herab. Dieser Uebergang der Preise betrug durchschnittlich 20 Prozent.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 4. April. Oesterr. alte und neue Bankaktien nahmen einen bedeutenden Aufschwung, auch National, Metalliques und Staatsbahn wurden höher bezahlt. Der Umsatz war belebt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1353 P. 1318 G. Neue Bankaktien 469 P. 467 G. Credit-Actien à 5pCt. 191 P. 189 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 87 P. 86¾ G. Metall. alte à 5pCt. 85 P. 85¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 89¾ G.; à 4½pCt. 77¾ P. 77½ G.; à 4pCt. 69 P. 68½ G.; à 3pCt. 52½ P. 52 G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G.; à fl. 250 von 1839 — — P. 131 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 110¼ P. 109¾ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 311 P. 309 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88¼ P. 87¾ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. 87¼ P. 86¾ G.; 4pCt. — P. 94¾ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 100½ P. 101 G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 159¾ P. 159¼ G. Neustadt-Weissenb. 118¼ P. 117¾ G.

Würltemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89½ P. 89 G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 44¼ P. 43¾ G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¾ P. 82¼ G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. 41¾ P. 41½ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63¾ P. 63¼ G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 91¾ P. 91¼ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pCt. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 113 P. 112¾ G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 354 P. 352 G.; junge 305 P. 303 G. Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 103⅞ P. 103⅝ G. Baden. fl. 35 Loose von 1845 47¼ P. 47 G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89¾ G., Loose à fl. 25 31½ P. 31¼ G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; Bankaktien 121¼ P. 120¾ G.; Taunus-Aktien 337 P. 335 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 83½ P. 83 G. Hamburg. Bankaktien — P. — G. Polen. fl. 500 Partial 87 P. 86½ G. Spanien. 3pCt. Inl. Schuld 40⅝ P. 40⅜ G.; 1pCt. neue 25¾ P. 25¼ G. Holland. Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅜ P. 100⅛ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120⅝ P. 120¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i. S. Lst. 250 k. S. 101½ P. 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105½ P. 105¼ G.	do. 3 Monat mit 5% — P. — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 97⅛ P. 96⅞ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94½ P. 94¼ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89⅛ P. 88⅞ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 118¼ P. 118 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105½ P. 105¼ G.	Wien 3 M. mit 4% 117¾ P. 117½ G.

Disconto. — P. 4pCt. G.

Wien, 3 April. Oesterr. 5pCt. National-Anlehe 87; 5pCt. Metall. 86⅝; 4½pCt. 77⅜; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 136½; von 1854 110; Bankaktien 1100; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 334; Donau Dampfschiffahrtsaktien 634; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3010. Wechselkurse: Augsburg uso 101⅞; London 10. 3. P. Geldkurs: Dukaten —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ **Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“**
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 96. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 6. April 1856

(Die **Abhülfe zukünftiger Nothstände unsres Vaterlandes** betreffend; zu den Mittheilungen des Herrn M. Grafen zu Bentheim-Tecklenburg in Nr. 91 dieses Blattes.) [Eingesandt.]

Bekanntlich ist das Recht, aus edlen Metallen Münzen zu prägen, ein hoheitsrechtliches Regal des Staates, um so mehr sollte daher das Recht der Münze aus bloßem Papier, d. h. die Ausgabe von Papiergeld, welches die äußeren Zeichen des Vertreters von Metallgeld trägt, einzig und allein nur vom Staate ausgehen, da die aus dieser Emission hervorgehende Zinsersparniß und resp. Zinsgewinn nur dem Staate selbst gebühren; denn in der That befinden sich alle zirkulirenden Banknoten in den Kassen der bayerischen Staatsangehörigen und der bayerischen Staatskassen, mit ganz geringen Ausnahmen des Gränzverkehrs, wo zur Zeit der Messen bayer. Banknoten nach Leipzig und Frankfurt zur Zahlung benutzt werden und gegen Abzug der Provisionsgebühren der Bankiers dann eilig wieder nach Bayern zurückströmen.

Da nun der Staat selbst die Banknoten der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank jederzeit wie baares gemünztes Geld an Zahlungsstatt in Kassen annimmt, so könnte ebenso gut derselbe sich seine eigenen Kassascheine kreiren und dadurch nach dem Beispiele andrer Staaten bei 8 bis 12 Millionen Staatspapier-Umlauf so viel Zinsersparnisse der Staatsschuld zum Wohle des Staates erübrigen und zu nothwendigen Staatszwecken und ganz besonders zur Abhülfe der Nothstände des Landes verwenden.

Der bayerische Staat kann einen solchen Schritt jetzt nach hergestelltem europäischem Frieden um so eher thun, da keine Gefahr mehr droht zu plötzlichen politischen und handelsgefährlichen Krisen; aber auch die Möglichkeit zukünftiger außerordentlicher Ereignisse zugegeben, wird bei vernünftiger Handhabung der Ausgabe des Staatspapiergeldes solches stets seinen Kredit behalten, da bei einem jährlichen Staatsaufwand von circa 40 Millionen schon eine 3monatliche Steuer und Abgabe das gesammte Staatspapiergeld von 10 Millionen zu absorbiren fähig ist, also keine Störung des Kredits veranlassen kann.

Bei der Emission von 10 Millionen bayerischer Staatskassascheine wird sich im Verkehr nichts ändern, als daß künftig in bayer. Staatskassen statt Hypotheken- und Wechselbanknoten bayer. Staatskassenscheine einströmen, die wegen ihrer Leichtigkeit den Verkehr gegen schwerfälliges Metall noch bevorzugen.

Ohne Anstand wird die königl. Staatsregierung innerhalb weniger Jahre successive 10 Millionen Gulden Staatskassenscheine in Zirkulation setzen können und zwar Stücke bis zum Betrage

zu 1000 fl.	au porteur	4000	Stück	=	4,000,000 fl.
zu 500 fl.	„	5000	„	=	2,500,000 fl.
zu 250 fl.	„	10,000	„	=	2,500,000 fl.
zu 50 fl.	„	20,000	„	=	1,000,000 fl.

welche Summe für Bayern niemals gefahrbringend, sondern zur Erleichterung des Verkehrs sogar fördernd werden muß. Mit den Zinsersparnissen sind dem Staate hinreichend Mittel geboten zur Beseitigung zahlreicher Nothstände, Hebung der Gewerbe, Belebung des Verkehrs und der Industrie. Die Ausgabe einer mäßigen Summe bayer. Staatspapiergeldes ist sogar wünschenswerth zur Wahrung des hoheitsrechtlichen Münzregals; in staatswirthschaftlicher Beziehung muß ein solcher Schritt offenbar den *Kredit* des Staates heben, weil die Finanzen des Staates eine nambafte Zinsersparniß erübrigen und durch umsichtige Benützung eines so bedeutenden Kapitals Verkehr, Handel, Gewerbe und die Steuerkraft der Bevölkerung gekräftigt und gehoben wird.

Gleichwie der bayer. Staat die Hypotheken- und Wechselbanknoten an allen königl. Kassen an Zahlung annehmen läßt, kann derselbe auch als Gegenseitigkeit verlangen, daß alle bayer. Staatskassascheine von der Hypotheken- und Wechselbank bei Vorkommen an Zahlung genommen und gegen einander ausgeglichen werden.

Sollten durch zukünftige gute Aernten die Staatserträgnisse und die volkswirthschaftlichen Zustände sich wieder heben, so könnten diese 10 Millionen ständiges Staatspapiergeld und dessen Erträgnisse zur Tilgung der älteren 3½proz. bayerischen Staatsschuld durch Ankauf dieser Obligationen unter dem Kurs verwendet und so auf spätere Zeiten ein namhafter Fonds zur Tilgung der gesammten Staatsschulden gebildet werden.

Deutscher Bund.

Bayern. Der vom Abg. Dr. Weis gestellte Antrag, „es sey an die Krone die Bitte zu richten um Vorlage eines Gesetzentwurfes, welcher die Abkürzung der Verjährungszeit bei Forderungssachen der Gewerbsleute und Kleinhändler an ihre Kunden bezweckt", wurde von der 2. Kammer als zuläßig und zur näheren Würdigung geeignet erachtet.

Baden. Aus Baden, 2. April. Von Seiten unseres evangelischen Oberkirchenraths ist auf erfolgte Anregung der Beschluß gefaßt worden, über die Verhältnisse des Gesangunterrichts an höhern und niedern Schulen des Landes, so wie über das Gesangleben im Volke überhaupt das Gutachten einer Kommission einzuholen, welche demnächst zusammentreten und aus einem Mitgliede des evangelischen Oberkirchenraths, einem Dekan, zwei Lyzealprofessoren und zwei Musikdirektoren bestehen soll. (Schw. M.)

Karlsruhe, 3. April. Nach allerhöchster Verfügung werden in Berücksichtigung der fortbestehenden Kriegsbereitschaft diejenigen Leute, welche am 1. April d. J. ihre Kapitulation beendigten, für jetzt noch nicht entlassen, sondern vorerst noch bis zum 1. Juli d. J. beibehalten, insofern nicht früher eintretende günstige Ereignisse deren sofortige Verabschiedung erlauben. Indessen wird denjenigen Leuten, welche einzustehen wünschen oder die Absicht hegen, in den deutschen Bundesstaaten zu reisen oder zu wandern oder sich zu verheirathen, die Erlaubniß hierzu ertheilt, wenn keine anderweitigen gesetzlichen Anstände entgegenstehen. (Fr. J.)

Oesterreich. Wien, 31. März. Die Wiener erste Immobiliengesellschaft, die sich vor mehreren Jahren hier konstituirt hatte, um die Bodenkultur im weiteren Sinne zu unterstützen, die aber durch das Inslebentreten der Kreditanstalt einen harten Stoß erlitt und in den Hintergrund zurückgedrängt wurde, beabsichtigt sich unter dem Titel: „Aktiengesellschaft für landwirthschaftliche Unternehmungen" zu rekonstituiren. Die Gesellschaft will 250,000 neue Aktien zu 200 fl. emittiren, und da ohne die Creditanstalt selbstverständlich kein operativer Schritt zu machen wäre, so suchte der Verwaltungsrath der Immobiliengesellschaft eine Vereinigung mit der Kreditanstalt zu erzielen. (Augsb. Pstz.)

Dänemark.

Kopenhagen, 29. März. Die ersten beiden Sitzungen, die der Reichsrath seit der Wiederaufnahme seiner Arbeiten nach den Ferien am 26. u. 27. v. M. gehalten hat, boten nichts für das Ausland Interessantes dar. Gestern dagegen kam es wieder zu einer lebhaften Diskussion. Es war nämlich der Vorschlag von Hother Hage und von Aagaard, die Reichsrathsgage abzuschaffen, zur zweiten und letzten Berathung auf der Tagesordnung. Für jedes Reichsrathsmitglied ist nach §. 36 der Gesammtverfassung vom 2. Oktbr. 1855 eine jährliche Gage von 500 Thlr., für alle 80 Mitglieder zusammen also 40,000 Thlr. jährlich bestimmt. Nach längerer Debatte, in welcher der Conseilspräsident im Namen der Regierung erklärte: die Regierung sehe es für unrathsam an, in der jetzigen Session mit Anträgen über Veränderungen in der Verfassung, mindestens wenn diese nicht dringend nothwendig wären, was hier nicht der Fall sey, hervorzukommen, wurde der Vorschlag mit 53 St. gegen 17 verworfen. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 26. März. Nach der „Epoca“ hat sich der Finanzminister dem Verlangen der reinen Progressisten hinsichtlich des Finanzplanes gefügt, und den Entwurf derselben (d. h. die Deckung des Ausfalls nicht durch Wiedereinführung des Oktroi, sondern durch Erhöhung der Grundsteuer und der Abgaben auf Industrie, sowie durch Abzüge von Gehalten der Beamten) mit einigen Modifikationen angenommen; hinsichtlich der letzteren ist es jedoch, nach der Meinung der „Epoca“, zu bezweifeln, ob das progressistische Centrum dieselben zulassen wird. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Die russische Garde hat den Befehl erhalten, Polen zu verlassen und ihre gewöhnlichen Quartiere zu beziehen. Die Untersuchung wegen der Aufführung der russischen Offiziere wird mit Strenge fortgesetzt. Das amtliche militärische Blatt bringt eine Masse von Verurtheilungen, die wegen Vergehen der Offiziere in den entlegensten Theilen des Reiches statthatten.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 5. April. Die Börse behauptete sich auch heute in sehr günstiger Stimmung, besonders für junge österr. Aktien, National und Bexbacher Aktien.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1357 P. 1352 G. Neue Bankaktien 478 P. 476 G. Credit-Actien à 5pCt. 187 P 185 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 87$^1/_8$ P. 86$^7/_8$ G. Metall. alte à 5pCt. 86 P. 85$^3/_4$ G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 90 G.; à 4$^1/_2$pCt. 77$^7/_8$ P. 77$^5/_8$ G.; à 4pCt. 69 P. 68$^1/_8$ G.; à 3pCt. 52$^1/_2$ P. 52 G.; à 1pCt. 17$^1/_4$ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 109$^7/_8$P. 109$^5/_8$G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Fres. Einzahl. 308 P. 306 G.

Preussen. 3$^1/_2$pCt. Staatsschuldscheine 88$^1/_4$ P. 87$^3/_4$ G. 3$^1/_2$ pCt. neue Prämienscheine — P. 113$^1/_2$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3$^1/_2$ pCt. 87$^1/_4$P. 86$^3/_4$G.; 4pCt. — P. 94$^3/_4$ G.; 4pCt. Grundrente 95$^1/_4$ P. 94$^3/_4$G.; 4$^1/_2$pCt. 100$^1/_2$ P. 100G.; 5pCt. 101$^1/_2$P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 161$^1/_8$P. 160$^5/_8$G. Neustadt-Weisseub. 118 P. 117$^1/_2$ G.

Württemberg. 3$^1/_2$pCt. Obligationen b. R. 89$^1/_4$ P. 88$^3/_4$ G.; 4$^1/_2$pCt. 102$^3/_4$ P. 102$^1/_4$ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 44$^1/_4$ P. 43$^3/_4$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82$^3/_4$P. 82$^1/_4$G. **Kurhessen.** 40Thalerloose b. R. 41$^7/_8$ P. 41$^5/_8$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64 P. 63$^1/_2$ G. **Grossh. Hessen.** Obligationen à 3$^1/_2$pCt. 91$^3/_4$P. 91$^1/_4$G.; à 4pCt. 100 P. 99$^1/_2$ G.; 3$^1/_2$pC. 102 P. 101$^1/_2$ G.; Loose à fl. 50 113P. 112$^3/_4$ G.; à fl. 25 33$^5/_8$ P. 33$^3/_8$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 352 P. 350 G.; junge 306 P. 304 G. **Meiningen.** Mitteldeutsche Creditbank 104$^1/_8$ P. 103$^5/_8$ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47$^1/_4$ P. 47 G. **Nassau.** Obligationen à 3$^1/_2$pCt. 90 P. 89$^3/_4$ G., Loose à fl. 25 31$^1/_2$ P. 31$^1/_4$ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85$^1/_2$ P. 85 G.; à 3$^1/_2$pCt. 92$^3/_4$ P. 92$^1/_4$ G.; Bankaktien 120$^3/_4$ P. 120$^1/_4$ G.; Taunus-Aktien 337 P. 335 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 83$^1/_2$ P. 83 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87P. 86$^1/_2$G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40$^5/_8$ P. 40$^3/_8$G.; 1pCt. neue 25$^3/_8$ P. 25$^1/_4$G. **Holland.** Integrale 63$^1/_2$ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93$^1/_2$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl.100 k.S. 100$^1/_2$P. 100$^1/_4$G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120$^3/_8$P. 120$^1/_4$G.
Augsb. fl.100 k. S. 120$^1/_8$P. 119$^7/_8$G.	Mail. u.S Lr.250k.S. 101$^1/_2$P 101$^1/_4$G
Berlin Thlr.60 k.S. 105$^1/_2$P. 105$^1/_4$G.	do. 3 Monat mit 5% —P. — G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105$^3/_8$P. 105$^1/_8$G.	Paris Frs. 200 k. S. 94$^3/_4$P. 94$^1/_2$G.
Brem. 50Thlr. Lsd.k.S. 97$^1/_8$P. 96$^7/_8$G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94$^5/_8$P. 94$^3/_8$G.
Hamb. MB. 100 k.S 89$^1/_8$P 88$^7/_8$G.	Wien d. 100C. k.S. 118$^1/_8$P. 117$^7/_8$G.
Leipz. Thlr.60k.S. 105$^1/_2$P. 105$^1/_4$G.	Wien 3 M. mit 4% 117$^5/_8$P. 117$^3/_8$G.

Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 4. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $87\frac{5}{16}$; 5pCt. Metall. $86\frac{13}{16}$; $4\frac{1}{2}$pCt. $77\frac{3}{4}$; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 136; von 1854 110; Bankaktien 1119; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $328\frac{1}{2}$; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 634; österr. Staatsbahnaktien 357; Nordbahnaktien ——. Wechselkurse: Augsburg uso $101\frac{1}{4}$; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 1. April. In der gestrigen Monatsversammlung des polytechnischen Vereines, welche den Schluß der Versammlungen für die Wintermonate bildete, kamen zwei Gegenstände von allgemeinem Interesse zum Vortrage. Herr Oberbergrath Schmitz las eine gediegene Abhandlung über die technische Anwendung des Specksteins. Die Bearbeitung dieses Minerals, die erst in neuerer Zeit in Bayern zuerst wieder in Aufnahme gekommen, hat jetzt schon, wie sich aus den vorgelegten sehr gelungenen Proben ergeben, sehr schöne und technisch-richtige Resultate geliefert. Namentlich dürften die aus dem gebrannten Speckstein dargestellten Gasbrenner wegen ihrer ausgezeichneten Brauchbarkeit eine verbreitete Anwendung finden. Hr. Prof. Dr. Vogel jun. legte, an seinen in der vorigen Monatsversammlung gehaltenen Vortrag über neue chemische Apparate anschließend, einen einseitig rotirenden Bogendrehstuhl, von ihm gemeinschaftlich mit Hrn. Dr. Reischauer konstruirt, der Versammlung vor. Die neue Construktion löst in einfacher Weise das Problem, die abwechselnde geradliniege, durch die Natur des Bogens bedingte Bewegung in eine einseitig rotirende zu verwandeln, wodurch nicht nur eine Erleichterung, sondern auch eine große Zeitersparniß für die Arbeiten erzielt wird. Das Instrument wurde am Schluß des Vortrags in Thätigkeit gesetzt, die damit hervorgebrachte überraschende Wirkung erregte im hohen Grade die Theilnahme und Anerkennung der zahlreich versammelten Sachverständigen. (N. M. Z.)

Naumburg, 31. März. Um dem immer mehr überhandnehmenden Kinderbettel einen Damm entgegenzusetzen, ist hier schon im vorigen Jahr ein Verein zusammengetreten, der jetzt sein Leben beginnt und ungemein wohlthätig zu werden verspricht. Es ist nämlich eine Kinderarbeits- und Erwerbsanstalt gegründet worden, in welcher eine Anzahl armer Mädchen vorerst im Stricken und Häkeln, täglich 2$^1/_2$ Stunden unter Aufsicht beschäftigt werden. Für die gefertigten Arbeiten wird ihnen der volle Lohn in ihr besonderes Arbeitsbuch zugeschrieben, auch erhalten die Kinder, die durch Ordnung und Fleiß sich auszeichnen, wöchentlich eine besondere Prämie. Der Gesammtverdienst, mit Einschluß der Prämien, wird bei der Sparkasse bis zur Verwendung erwerbend angelegt. Der Verdienst der Einzelnen wird später zum Besten der Kinder für ihre Kleidung 2c. unter Zuziehung der Eltern oder Vormünder verwendet werden. Daneben sollen aber auch die Knaben nicht vergessen werden. Eine Anzahl soll jetzt im Freien unter Aufsicht Beschäftigung erhalten. Das Reinigen der Wege in den Promenaden und Anlagen, das Entfernen des Unkrauts in denselben und die Bearbeitung gewisser zu diesem Zwecke von den Stadtbehörden verwilligten Ländereien und andere passende Beschäftigungen sollen vorgenommen und den Kindern gelehrt werden. (Nat.-Z.)

Vor etwa einem halben Jahre erregte ein in dem Inseratentheil der Leipziger „D. A. Z.“ geführter Streit zwischen Professor Bock und den Homöopathen allgemeine Aufmerksamkeit. Ein von Dr. Lutze in Köthen gegen Professor Bock gerichteter Angriff blieb ohne Erwiderung. Der Letztere hat statt dessen, wie die „D. A. Z.“ mittheilt, nicht gegen Dr. Lutze, sondern gegen die Redaktion des genannten Blattes eine Injurienklage erhoben. Das Leipziger Spruchkollegium hat in erstinstanzlicher Entscheidung den verantwortlichen Redakteur der „D. A. Z.“ wegen Aufnahme der in dem Artikel Dr. Lutze's enthaltenen Beleidigungen gegen Professor Bock in „eine Gefängnißstrafe von drei Wochen oder eine entsprechende Geldstrafe, ingleichen in alleinige Abstattung sämmtlicher Unkosten“ verurtheilt, und das Appellationsgericht dieses Urtheil bestätigt.

Philadelphia, 11. März. Die so lange besprochene Dampfschifffahrtsverbindung zwischen New-York und Triest tritt nun endlich in's Leben, jedoch nicht unter den Auspizien der österreichischen Regierung, sondern als Privatunternehmen eines New-Yorker Rheders. Der Dampfer „Union“ wird als Pionier dieser Linie am 15. März die erste Reise über Gibraltar und Malta nach Triest antreten, und es steht zu wünschen, daß das Unternehmen gute Rechnung gebe, damit bald, wie es beabsichtigt wird, eine regelmäßige monatliche Verbindung zwischen beiden Häfen etablirt werde. — Ueber das Schicksal des Dampfschiffes „Pacific“ sind wir noch immer im Dunkeln. Neunundvierzig Tage sind vergangen, seit es Liverpool verlassen, nur einmal, noch in der Nähe von Irland, wurde es von einem schon vor mehreren Tagen in Philadelphia eingetroffenen Segelschiffe gesehen, sonst keine Spur von ihm oder seinen unglücklichen Passagieren. Er hatte 186 Personen an Bord, darunter 4 Deutsche. — Es fehlen in unsern atlantischen Häfen sechzig Schiffe, die vor 40 bis 50 Tagen die europäischen Küsten verlassen haben. Es laufen jetzt regelmäßig von New-York, Boston und Philadelphia 42 Dampfschiffe nach Europa, welche den Verkehr bedeutend erleichtern und den Passagepreis sehr herab bringen werden. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 97.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 7. April 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Zum 4. rechtskundigen Magistratsrath in Regensburg wurde der dortige Magistratsfunktionär M. Beck gewählt.

Dem Vernehmen nach wird das k. Staatsministerium der Finanzen von dem ihm zum Bau der Bahn nach Salzburg gegebenen Kredit von 12,200,000 fl. vorerst nur 6 Millionen realisiren, und zwar zum größern Theil durch öffentliche Subskription à 4½ pCt., sowie durch Weitergestattung der Arrefirung der 3½ prozentigen Staatsschuld-Obligationen auf 4prozentige. Den neuen Obligationen sollen, statt der bisher eingeführten ganzjährigen, nun halbjährige Coupons beigegeben werden, wie dies längst von vielen Seiten, namentlich auch von den Kammern gewünscht wurde, und ohne Zweifel auch zweckmäßig erscheint. (A. Z.)

Augsburg, 6. April. Ein in der gestrigen Magistratssitzung verlesenes Regierungs-Reskript bestimmt, daß wegen Verwaltung der Stiftungen im magistratischen Kollegium jedesmal 6 katholische und 6 protestantische Räthe seyn müssen.

Ludwigshafen, 5. April. Nach Allem, was man hört, ist die Ausführung der Zweigbahn von Homburg nach Zweibrücken als gesichert zu betrachten. Auch der Plan einer Eisenbahn von Frankenthal nach Grünstadt ist nicht ohne Aussicht auf Verwirklichung. Weniger scheint dies mit den projektirten Linien von Alzey über Kirchheimbolanden und von Kreuznach nach Kaiserslautern, sowie vom Rhein über Dürkheim nach Neustadt der Fall zu seyn. Sie wären ohne Ausnahme Konkurrenzlinien unserer Hauptbahn, und weder die Gesellschaft der Letzteren, noch die Staatsregierung kann aus diesem Grunde ein Interesse haben, den Bau zu begünstigen. (Pf. Z.)

Der 3. Ausschuß der Abgeordnetenkammer schlägt vor, dem Beschluß der Kammer der Reichsräthe, daß an die Staatsregierung die Bitte zu richten sey, ein Gesetz über Staatsschuldentilgung zu erlassen, nicht beizutreten.

* Der Abg. Dr. Barth hat den Antrag gestellt, die 2. Kammer wolle beschließen: „Es sey Seine Majestät der König allerehrfurchtsvollst zu bitten, im Landtagsabschiede mit Gesetzeskraft den §. 19 Abs. 2 der Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822*) zu erläutern, wie folgt:

„Sind eine oder mehrere Forderungen auf mehrere Immobilien mit ungetheilter Summe eingetragen, und können durch Anweisung dieser sogenannten solidarischen Hypothekforderungen auf den Erlös eines oder des andern der hypothecirten Güter nicht alle auf diese verschiedenen Güter eingetragenen Forderungen überhaupt befriedigt werden, so ist in folgender Weise zu verfahren: 1) Aus dem Erlöse eines jeden betreffenden Gutes, soweit er reicht, sind die auf dasselbe eingetragenen, den sämmtlichen darauf solidarisch versicherten vorangehenden, sowie von den übrigen darauf eingetragenen nicht solidarisch versicherten Forderungen diejenigen, welche aus dem Erlöse dieses Gutes, wenn auch die darauf ihnen vorgängig eingetragenen solidarischen Forderungen ganz auf diesen Erlös angewiesen wären, noch befriedigt würden, vor allem zu berichtigen. 2) Die dann noch verbleibenden Kaufschillinge und Kaufschillingstheile aus den betreffenden Grundstücken sind zusammenzuwerfen und auf den Gesammtbetrag derselben, so weit er reicht, sind alle auf einem oder dem andern der fraglichen Grundstücke oder auf sämmtlichen zugleich hypothecirten und noch unberichtigten Forderungen und Forderungstheile und zwar nach der Priorität der Zeit ohne Unterschied, auf welche Grundstücke sie eingetragen sind, zu lociren. 3) Befinden sich jedoch unter den nach Nr. 2 zu locirenden Forderungen mehrere solidarisch versicherte, und folgen diese nicht auf allen Folien in gleicher Rangordnung unmittelbar auf einander, so muß auf jede von ihnen, bis zu ihrem Belange, derjenige Betrag aus der zusammengeworfenen Masse abgeführt werden, welcher für sie übrigt, wenn man von dem Erlöse eines jeden ihr verpfändeten Immobile den Betrag der ihr auf demselben vorgehenden Hypotheken und zwar die darunter befindlichen solidarischen überall für voll abzieht, und erst der hiernach bleibende Massarest wird unter sämmtliche, dann noch unberichtigte Forderungen und Forderungstheile, sie mögen solidarisch versichert seyn oder nicht, nach der Priorität der Zeit, ohne Unterschied der Grundstücke, auf welche sie eingetragen sind, vertheilt, wobei für die solidarischen, welche nicht auf sämmtlichen Folien zu gleicher Zeit eingetragen wurden, der erste Eintrag entscheidet. 4) Eine Forderung, welche aus dem Erlöse der für sie verhypothecirten Objekte nicht oder nur theilweise zum Zuge gekommen wäre, selbst wenn keine der solidarisch versicherten Forderungen ihr vorgängig darauf eingetragen gewesen wäre, kann auf Berücksichtigung keinen, beziehungsweise nur so weit Anspruch machen, als sie unter obiger Voraussetzung noch zum Zuge gekommen seyn würde."

Der mit Vorprüfung dieses Antrags beauftragte I. Ausschuß glaubte jedoch, in Uebereinstimmung mit dem Berichterstatter Dr. Völk, daß von jeder Interpretation des §. 19 der Prioritäts-Ordnung auf dem Wege der Gesetzgebung abzusehen sey.

Dr. Völk erkennt in seinem Bericht an, daß, wenn, wie hier die Controverse auf den Kredit eines ganzen Institutes lähmend einwirkt, wenn mit dieser Controverse noch am Schlusse einer vielleicht sehr langwierigen Gant neue Weiterungen entstehen, und der Distributionsbescheid noch zum Gegenstand jahrelanger Kämpfe wird, daß das Verlangen nach Abhülfe auf dem Wege der Gesetzgebung, und zwar nach baldmöglichster Abhülfe, allerdings ein vollberechtigtes sey. „Aber, fährt er fort, wenn hiebei erwogen wird, daß der Zeitpunkt, wann durch ein Gesetzbuch im Ganzen Abhülfe komme, auch nicht annähernd bestimmt werden kann, wenn ferner in Rücksicht gezogen wird, daß Hypothekengesetz und Prioritätsordnung dem Codex gegenüber selbst Produkte fragmentarischer Gesetzgebung sind, so dürfte mit Recht angenommen werden, daß ein fragmentarisches Gesetz, welches sich auf dem Boden des Hypothekengesetzes und der Prioritätsordnung zu halten hat, nicht deßhalb unstatthaft sey, weil es ein fragmentarisches Gesetz ist. Man mag den unglücklichen §. 19 der Prioritätsordnung wenden und drehen, wie man will, man mag ihm alle seine Glieder verrenken oder selbst abschlagen, es ist dennoch aus ihm heraus theoretisch und praktisch Abhülfe in der vorwürfigen Materie nicht zu interpretiren. Wenn man sich die Sache offen gestehen will, so bedarf der §. 19 Abs. 2 an sich einer aufklärenden Interpretation gar nicht, denn er ist an sich in seinem Wortlaut nicht unklar; alle Versuche und alle Bemühungen, ihn auszulegen, haben ihre Quelle nur in dem Umstande, daß der klare Wortlaut des Art. 19 eine noch viel klarere Ungerechtigkeit enthält, und daß das natürliche Rechtsgefühl sich sträubt, diese Ungerechtigkeit anzuwenden.

Da also die fragliche Materie einer Ordnung auf dem Wege der Gesetzgebung nicht nur an sich bedarf, sondern nachdem diese Ordnung im Interesse des Kredits der Hypo-

---

*) Der §. 19 lautet: „Wenn nach dem Verkaufspreis der hypothecirten Immobilien eine oder mehrere der darauf eingetragenen Hypotheken durch eine ihnen vorgehende, jedoch mit ungetheilter Summe auf mehrere Immobilien eingetragene Forderung in Verlustgefahr gesetzt würden, so soll diese vorgehenden Forderung, in so weit *es ohne allen* Nachtheil für sie geschehen kann, aus dem Erlöse eines oder des andern der zugleich hypothecirten und in der Masse vorhandenen Güter befriedigt werden. Können aber durch die Anweisung der ganzen Forderung auf den Erlös eines oder des anderen der hypothecirten Güter nicht alle auf den verschiedenen Gütern eingetragenen Forderungen befriedigt werden, so müssen die Kaufschillinge aller dieser verhypothecirten Güter zusammengeworfen und aus dem Gesammterlöse die auf alle verhypothecirten Güter eingetragenen Forderungen nach der Priorität der Zeit ohne Unterschied, auf welche Grundstücke sie ursprünglich eingetragen waren, locirt werden."

theken ein dringendes Bedürfniß ist, nachdem aber bei der Schwierigkeit der Materie es nicht räthlich erscheint, auf dem Wege der Interpretation oder der sofortigen Formulirung eines Antrages welcher die fertigen Gesetzesparagraphen enthielte, die Sache zu erledigen, so glaubt der Ausschuß, daß an die k. Staatsregierung der Antrag gebracht werden soll, daß dieselbe dem fraglichen Gegenstande ihre besondere Aufmerksamkeit widme und im Hinblick auf die neueren Ergebnisse der Wissenschaft sowohl als der Rechtsanwendung einen Gesetzentwurf ausarbeiten lasse und baldthunlichst an die Kammern bringe, in welchem der Gegenstand entsprechend und durchgreifend geordnet werde.

Es wird deßhalb vom Ausschuß der Antrag gestellt: „Die hohe Kammer der Abgeordneten wolle beschließen, es sey an Se. Maj. den König der allerehrfurchtsvollste Antrag zu richten, Allerhöchstdieselben geruhen den §. 19 der Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822 und die damit zusammenhängenden Materien des Hypothekengesetzes und der Prioritätsordnung einer Revision unterstellen zu lassen und einen dieselbe bezweckenden Gesetzentwurf den Kammern baldthunlichst vorlegen zu lassen.“

Preußen. Berlin, 5. April. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht einen Ministerialerlaß des Handelsministers in Betreff der beschränkenden Bestimmungen des Effektenverkehrs hiesiger Börse: 1) Vereidete Mäkler dürfen ausländische volleingezahlte Effekten nur Zug um Zug vermitteln; 2) nicht volleingezahlte inländische Aktien, Interimsscheine, Quittungsbogen ꝛc. ebenfalls nur Zug um Zug; 3) die Vermittlung ausländischer nicht volleingezahlter Aktien, Anlehen ꝛc. ist verboten, ohne Unterschied, ob Zug um Zug gehandelt wird. Ferner erwartet der Ministerialerlaß vom Börsenältesten zur Entfernung der Pfuschmakler von der Börse Anwendung der Börsenordnung vom Mai 1825, wonach Nichtkorporirte ohne Grundangabe durch den Börsenältesten von der Börse entfernt werden können. Schließlich empfiehlt der Ministerialerlaß zu erwägen: in welcher Weise der Verbreitung sogenannter nichtamtlicher Kursberichte durch Verwaltungsmaßregeln oder Gesetzgebung zu begegnen sey. (T. D. d. A. Z.)

Wie die „Preuß. Corresp.“ mittheilt, hat der König die Berufung einer allgemeinen Landessynode in's Auge gefaßt. Zuvor sollen erfahrene und einsichtsvolle Männer ihr schriftliches Gutachten über die Grundsätze abgeben, nach denen eine solche Synode zu bilden wäre, und die Gegenstände zur Beschlußfassung durch eine zweifache Berathung gehen könnten. Ende des nächsten Sommers wird eine zu berufende Konferenz die eingegangenen Gutachten berathen, und die Ergebnisse dieser werden mit dem Gutachten des Oberkirchenraths Sr. Majestät zur endlichen Entschließung vorgelegt werden.

Württemberg. Stuttgart, 3. April. Der mit den Standesherren verabredete Ablösungs-Maßstab ist der neunzehnfache. Obwohl die Regierung sich alle Mühe gegeben hat, so ist es ihr doch nicht gelungen, nur denjenigen (achtzehnfachen) Maßstab zur standesherrlichen Annahme zu bringen, den sie ihrem letzten Gesetzentwurfe unterlegt hatte. (Köln. Z.)

Hannover. Als Präsidenten der 1. Kammer hat der König den Appellationsgerichtsrath Grafen zu Knyphausen, als Präsident der 2. Kammer Hrn. v. Bennigsen bestätigt.

Die königl. Verordnung, die Anlage von Eisenbahnen durch Privatunternehmer betr., ist ein erfreuliches Zeichen, daß der Satz: „die Regierung wird nie andere als Staatseisenbahnen im Lande dulden“ — ein Satz, den man vor wenigen Jahren noch wie ein Axiom aussprach, seine Geltung verloren hat. Aber die Bedingungen, welche den Privatunternehmern auferlegt werden, sind sehr lästig. Bau und Betrieb der konzessionirten Bahn bleiben unter der strengsten Aufsicht der Regierung. Nach 25jährigem Betriebe sind die Unternehmer verpflichtet, die Bahn mit allem Zubehör an den Staat abzutreten, wenn dieser ein Jahr zuvor sein deßfallsiges Verlangen kund gegeben. Der Staat zahlt dann den Unternehmern den 25fachen Betrag des durchschnittlichen Reinertrags der letzten 5 Jahre vor dem Tage der Kündigung. Derselbe übernimmt aber die aus einem haushälterischen konzessionsmäßigen Betriebe entstandenen Schulden. (N. Z.)

Hannover, 3. April. Bei dem Diner, welches der König heute den Ständen gab, sprach derselbe folgenden Trinkspruch: „Meine Herren! Ich begrüße Sie Alle von ganzem Herzen, Sie, die wahren landständischen Vertreter meines Königreichs. Auf Sie, weiß ich, kann ich mich zuversichtlich verlassen, daß Sie mit Gottes Beistand den Verfassungsbau meines Landes nach allen Seiten hin im ächt monarchischen und konservativen Geist vollenden werden, ohne welchen Geist und ohne welche Grundsätze, wie die inhaltschweren Erfahrungen der letzten acht Jahre von neuem genügend erwiesen haben, sich keine Verfassung dauernd schaffen läßt, welche dem Thron und dem Volk Heil zu verbürgen vermöchte. Auf Sie, meine Herren, weiß ich, wie ich in eben dem Maß ferner vertrauen kann, daß Sie, was ebenfalls mein landesväterliches Herz lebhaft wünscht, mit gleicher Kraft mich unterstützen werden, um die landwirthschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse in meinen von mir heißgeliebten Landen zu heben und zu fördern; ferner mit gleicher Wärme und Thätigkeit mich unterstützen werden in der so nothwendigen Vervollkommnung und Ergänzung meines Heerwesens, eingedenk des glorreichen Waffenruhms meiner Armee und eingedenk der Stellung und Verpflichtung Hannovers als europäischen Staats und Bundesstaats. Ich bin überzeugt, meine Herren, daß Sie auch eifrig mitwirken werden, die Dienstfreudigkeit in meinem Heere wie in meinem Zivilstande zu heben durch Verbesserung ihrer finanziellen Verhältnisse. Die Schmälerung, welche die Gehalte des Beamtenstandes in der neuesten Zeit erfahren haben, muß gehoben werden, damit der hannoverische Beamtenstand durch Integrität, wie bisher, dem von ganz Deutschland als Beispiel vorleuchte. Alles dies, meine Herren, lege ich Ihnen dringend an's Herz, wohl wissend, daß ich mich nicht fruchtlos an Sie wende. Indem ich Sie mithin aus voller Seele willkommen heiße, trinke ich Ihnen zu: Heil dem Vaterlande, dessen Wohlfahrt und Ruhm der Herr fördern möge, von Tag zu Tag das hannoverische Volk immer mehr heranbildend in Gottesfurcht und Zucht, den göttlichen Geboten und den königlichen Gesetzen gehorsam; es leitend, den Frieden liebend und den Fleiß; und das heilige Band immer fester schließend, welches nun bald tausend Jahre zwischen dem Königshause und dem Volke besteht, damit in ruhigen sowie in bewegten Zeiten Alle für Einen, Einer für Alle um den Welfischen Thron sich schaaren zu seiner Stärkung und zu seinem Schutz. Wie ich dies in Inbrunst auf mein Volk herabflehe, so gelobe ich, daß, so lange der Herr das Daseyn mir erhält, ich jeden Augenblick meines Lebens der Wohlfahrt meines Volkes und dem Heile des Vaterlandes widmen werde. Und, um das zu fördern, vertraue ich, daß die Landstände mich nicht bloß in dieser Diät, sondern auch in aller Zukunft willig unterstützen werden. Darum meine Herren: Ihnen Willkommen, und Heil dem Vaterlande!“

Kurhessen. Aus Kurhessen, 3. April. Man ist sehr begierig, wie unter dem jetzigen Ministerium die bedeutsamste Differenz zwischen Regierung und Kammern, nämlich die über den Staatshaushalt, geschlichtet werden wird. Es geht dieses bekanntlich auf die wundesten Flecken in der hessischen Geschichte, auf die Zeit zurück, wo das hessische Kapitalvermögen meistens durch die bekannten englischen Subsidiengelder für den Verkauf der Landeskinder eine solche Höhe erreichte, daß es an 650,000 Thaler Zinsen abwarf. Diese 50 Jahre zog sich nun der Streit darüber hin, ob diese Zinsen zur Kriegskasse oder zur Kabinetskasse zu ziehen seyen, bis endlich im Jahre 1831 zwischen der Regierung und der Ständeversammlung eine Vereinbarung zu Stande kam, wonach jenes Vermögen zwischen dem kurfürstlichen Hausschatz und dem Staatsschatze gleichmäßig vertheilt und eine deßfallsige Bestimmung in die Verfassung jenes Jahres aufgenommen ward. Diese Bestimmung ward aber in der Verfassung von 1852 so gefaßt, daß dadurch jener für die Landesinteressen so wichtige Vertrag nicht alterirt werden kann, weßhalb auch beide Kammern von der letzten Ständeversammlung auf eine andere Fassung drangen und die Verfassungsausschüsse der gegenwärtigen diesem Beispiele folgten. (Hamb. Nachr.)

§ **Oesterreich.** Wien, 3. April. (Privat-Korresp.) Von Seite des Armee-Oberkommando ist allen Korpskommandanten unter Berufung auf ein vor Kurzem von Sr. Maj. dem Kaiser erlassenes Handbillet die Weisung zugegangen, alle auf die neuerdings anbefohlene Reduzirung der Armee sich beziehenden Arbeiten möglichst zu beschleunigen, damit dieselben bei allen Truppenkörpern in kürzester Frist vollständig durchgeführt werde. Zugleich ist auch an alle Verpflegs-Depots, so wie an die Kommandanten der gallizischen Festungen die Weisung ergangen, die durch die Reduzirung der Armee überflüssig gewordenen Vorräthe an Waizen, Korn und Reisstroh theils im Lizitationswege zu veräußern, theils gegen Hafer einzutauschen.

Wien, 3. April. Ein Erlaß des Finanzministerium vom 26. März verfügt die Einziehung sämmtlicher seit dem Jahre 1848 vom Staate ausgegebener Geldzeichen, mit Ausnahme der ungarischen Münzscheine zu 10 Kreuzer, so zwar, daß dieselben nur noch bis 31. August 1856 und nach Ablauf dieser Zeit nur auf eine besondere, bei dem Finanzministerium zu erwirkende Bewilligung bei allen Staatskassen als Zahlung angenommen und bei allen Bankkassen gegen Banknoten verwechselt werden. Nach Ablauf des Oktober 1856

kann auch von Seite des Finanzministerium eine Annahme an Zahlungsstatt oder Verwechslung der erwähnten Papiergeldgattungen nicht mehr bewilligt werden. (N. K.)

Advokat Geßteffy, während der Revolutionsepoche Beisitzer des Blutgerichts, ist seiner siebenjährigen Haft in Theresienstadt entlassen worden und bereits in den Schooß der Seinigen zurückgekehrt. Man erwartet nun auch die baldige Begnadigung der anderen vier Theilnehmer jenes traurigen Tribunals. (A.Z.)

* Die neulich erwähnten umfangreichen Aenderungen des Zolltarifs sind unterm 19. März vom Kaiser genehmigt und bereits verkündigt worden. Es ist bezeichnend, daß Oesterreich gleichzeitig mit dem Frieden diese Tarifherabsetzungen vornimmt, und damit der Entwickelung der günstigen Position, welche es in der Zolleinigungsfrage einnimmt, wieder seine Aufmerksamkeit zuwendet. Tarifherabsetzungen, um welche Preußen mit den Zollvereinsstaaten Jahre lang vergebens markten mußte, nimmt Oesterreich rasch und mit dem rücksichtslosesten Muthe vor. Es bringt seine Tarifsätze auf ein fast gleiches, vielerwärts sogar niedrigeres Niveau herab, als die Tarifsätze des Zollvereins einnehmen, und sucht damit die österreichisch-deutsche Zolleinigung nicht nur leicht durchführbar, sondern sogar unvermeidlich zu machen. Es tritt der vor einigen Jahren undenkbare Ausgang ein, daß Oesterreich in der deutschen Zollverfassung das anregende Element wird. Der Zollverein mag sich vorsehen! Stillstand ist jetzt mehr als je der entschiedenste Rückschritt.

Großbritannien.

London, 4 April. Oberhaussitzung vom 3. April. Der Earl von Albemarle stellt den Antrag, die Krone in einer Adresse um die Vorlegung gewisser Dokumente zu ersuchen, welche sich auf die Eintreibung der Steuern im Bezirke Chingleput in der Präsidentschaft Madras beziehen, und aus welchen, wie der Antragsteller behauptet, hervorgeht, daß auf Befehl des dortigen Steuereinnehmers die Tortur bei mehreren Eingebornen angewandt worden ist. Die Steuer, um welche es sich hierbei hauptsächlich handle, sey die Moturpha oder die auf Arbeitswerkzeuge aller Art gelegte Abgabe. Diese Steuer sey eben so widersinnig, wie ungerecht, und führe zu den größten Grausamkeiten. Der Herzog von Argyll entgegnet, die Regierung habe nichts gegen die Vorlegung der erwähnten Papiere.

Unterhaussitzung vom 3. April. Ewart richtet an den Premier die Frage, ob Schritte gethan worden seyen, um die griechische Regierung zur Aufhebung jener Ausfuhrzölle und Zehnten zu veranlassen, durch welche der Handelsverkehr Englands mit Griechenland nach Aussage der englischen Konsuln eine schwere Einbuße erleide. Lord Palmerston: Mit Bezug auf den von meinem ehrenwerthen Freunde berührten Gegenstand haben seit geraumer Zeit Unterhandlungen zwischen der griechischen und der britischen Regierung stattgefunden, jedoch bisher ohne befriedigenden Erfolg. Auch fürchte ich, daß ich für die Zukunft keinen besseren Erfolg in Aussicht stellen kann; denn die administrative Fähigkeit der Männer, welche Griechenland gegenwärtig beherrschen, ist so beschaffen, daß es mit Ausnahme des kurzen Weges von Athen nach dem Piräeus, den Tag und Nacht französische Kavallerie-Patrouillen durchziehen, keinen Theil des griechischen Gebietes gibt, in welchem Person und Eigenthum zu irgend einer Tageszeit sicher wären. (Acht englische Grobheit!)

Frankreich.

Paris, 3. April. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers hat dieser den Antrag genehmigt, dem gemäß die Stadtbehörde autorisirt wird, die Wagen und Pferde zu besteuern. Nach der vorläufigen Berechnung wird diese Steuer 600,000 Fr. abwerfen, und vor der Hand ist sie wichtig nur wegen des Vorgangs, der dadurch begründet ist.

Paris, 3. April. Heute hat die solenne Aufnahme des Hrn. Broglie in die Akademie stattgefunden. Seit der Aufnahme des Hrn. Berryer haben wir keiner interessanteren Sitzung beigewohnt, aber es fehlt uns an Platz, uns über die Reden des Aufzunehmenden und des Hrn. Nisard, der ihm zu antworten hatte, zu verbreiten. Hr. v. Broglie nahm Gelegenheit, die liberale Regierung L. Philipp's sehr zu rühmen, und er wurde sehr beklatscht, als er bemerkte, daß sich damals die Wissenschaft, die Literatur und die Politik mit der größten Freiheit haben bewegen dürfen. Die Stellung des Hrn. Nisard war eine schwierige; er hatte Anfangs die Absicht gehabt, den Staatsstreich zu loben, aber der akademische Ausschuß, dem die Reden zu vorläufiger Durchsicht vorgelegt werden müssen, hatte sich das verbeten. Dagegen hatte Hr. v. Broglie eine sehr scharfe Andeutung auf die Behandlung der ausgezeichnetsten Männer des Landes am 2. Dezbr. gemacht. (Schw. M.)

Paris, 4. April. Vor zwei Tagen wurde ein Guiden-Offizier im Duell erstochen. Der Bischof von Versailles hat nun dem Getödteten das kirchliche Leichenbegängniß verweigert. Der Konflikt, der daraus entstand, ist noch nicht beigelegt worden. (Köln. Z.)

Paris, 5. April. Laut eines kaiserlichen Dekrets sollen die für Thiere, Ackerbau-Instrumente und Maschinen und Bodenerzeugnisse aller Art, welche für die in Paris stattfindende allgemeine Ausstellung pro 1856/57 bestimmt sind, zu erlegenden Eingangs-Zölle rückerstattet werden, wenn die Wiederausfuhr dieser Gegenstände binnen 4 Monaten (nach Schluß der Ausstellung?) erfolgt. Gegenstände, für diese Ausstellung bestimmt, welche sonst von der Einfuhr ganz ausgeschlossen sind, sollen zu 20 pCt. des Werths zur innern Konsumtion zugelassen werden.

Italien.

Rom, 25. März. Etwa vierhundert unbescholtene arme Mädchen werden alljährlich von der reichen Erzbruderschaft della Santissima Annunziata, die zu den Mitgliedern auch die meisten Kardinäle zählt, am Feste Mariä Verkündigung ausgesteuert. Dieser Wohlthätigkeitsakt wurde heute in der Kirche Santa Maria sopra Minerva im Beiseyn des heiligen Vaters nach der feierlichen Messe vollzogen. Die vertheilten Heirathssteuern beliefen sich heute auf 15,000 Scudi. Ein langer Reigen weißgekleideter Jungfrauen, die im Gürtel den auf die Aussteuer lautenden Wechsel trugen, schloß das Fest mit einer Prozession. (K. Ztg.)

Turin, 31. März. Man beschäftigt sich hier in finanziellen Kreisen stark mit zahlreichen Projekten für die Zukunft; darunter gehören die Erbauung von Docks in Genua, Verlängerung der Eisenbahn von Voltri bis Savona, Gründung einer Immobiliengesellschaft, Anschluß des sardinischen Eisenbahnsystems an die Bahnen der Lombardei, Betheiligung am Baue des Suezkanals, Mitwirkung des Kredit-Mobilier bei verschiedenen agricolen und industriellen Unternehmungen in der Levante und dergleichen mehr. (Fr. J.)

In Mondovi starb am 26. März ein Bruder des piemontesischen Kriegsministers Durando. Dieser Todesfall macht um so mehr von sich sprechen, als dem Sterbenden, der Prokurator der aus den eingezogenen Kloster- und Kirchengütern dotirten Kirchenkasse war, die Spendung der Sakramente von der Geistlichkeit verweigert wurde. (Fr. J.)

Rußland und Polen.

Unter der Ueberschrift: „Es ist Zeit" hält der bekannte Garjainow in der Zeitung „Biene" den Russen eine lange Strafpredigt wegen ihrer Vernachlässigung des inländischen Industrie- und Fabrikwesens und Bevorzugung alles Ausländischen. In den stärksten Ausdrücken geißelt er die Trägheit und Lauheit, mit der die Gewerbe und Fabriken betrieben werden, den schädlichen Schlendrian, nach welchem die russ. Rohprodukte nach England und Frankreich geschickt werden, um verarbeitet zu zehn Mal höhern Preisen, als sie hier zu stehen kämen, in Rußland wieder verkauft zu werden. Aber nicht nur die materiellen Interessen Rußlands werden vernachlässigt — meint der Verfasser — auch die geistigen. In allen Familien wird mehr französisch und englisch, als russisch gesprochen. Man nennt die Kinder nicht mehr Iwan, Elisawet, Sophie, sondern John, Jeacques, Betsey etc. Der russischen Tracht schämt man sich, aber man scheut sich nicht, Bart- und Kopfhaar lang zu tragen, „wie unsere Kutscher", um nur den englischen „Löwen" zu gleichen. Vaterländische Künstler und Talente werden übersehen, aber ausländische Charlatane und Abenteurer werden mit Auszeichnungen überhäuft etc. In diesem Tone ist der ganze Artikel gehalten, der wieder einen tiefen Haß gegen alles Ausländische, namentlich Englische, zur Schau trägt.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ Wien, 3. April. (Privat-Korrespondenz.) Vor Kurzem habe ich Ihnen mitgetheilt, daß die Hoffnungen auf eine baldige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Sardinien sehr schwach sind, da man sich über die Bedingungen nicht einigen kann, unter welchen dieselbe stattzufinden hätte. Vor einigen Tagen ist nun auf offiziellem Wege die Nachricht aus Paris eingetroffen, daß die Verhandlungen, welche zur Ausgleichung aller Differenzpunkte zwischen dem Grafen Buol und dem Grafen Cavour gepflogen wurden, ein befriedigendes Resultat nicht ergeben haben, und bereits wieder abgebrochen worden sind. — Dem Grafen Buol, welcher der ursprünglichen Beschlußfassung zufolge am 6. April wieder in Wien eintreffen sollte, ist von hier aus die allerhöchste Weisung

zugegangen, in Paris zu verbleiben, um den Berathungen über alle Details der Ausführung des Friedensvertrages beizuwohnen.

* **Paris**, 5. April. Von den Kongreßbevollmächtigten wird Hr. Baron v. **Manteuffel** der einzige seyn, der Paris jetzt schon verläßt. Da jedoch alle Details, welche jetzt noch zur Verhandlung kommen, Preußen nicht berühren, so genügt Hr. v. Hatzfeld vollkommen, um Preußen zu repräsentiren.

* Wann wird das **türkische Gebiet** von den fremden Truppen **geräumt** werden? Diese Frage wird jetzt lebhaft in der Presse erörtert, und die verschiedensten Angaben sind darüber im Umlauf, die jedoch alle auf Verlässigkeit gleich wenig Anspruch machen können, da amtlich hierüber noch keine Sylbe verlautet hat. So meldet z. B. die „Times“, daß sogleich nach Austausch der Friedensvertrags-Ratifikationen die alliirten Truppen die Türkei räumen würden. Die englische Fremden-Legion und die österreichischen Truppen würden auch das Gebiet des Sultans verlassen. Die Piemontesen hätten den Befehl, abzuziehen, bereits erhalten.

Dagegen wird von **Wien** aus geschrieben, „der auf die Dauer des Kriegs zwischen der Pforte und den Westmächten einerseits und der Pforte und Oesterreich andererseits abgeschlossene Vertrag solle noch volle drei Jahre in Wirksamkeit verbleiben. Kraft desselben würden gewisse strategische See- und Landobjekte durch je 40,000 Mann französische, englische und österreichische Truppentheile besetzt bleiben, Frankreich und England in Trapezunt, Sinope, Varna, Burgas, Konstantinopel, und Gallipoli Garnisonen halten; die Krim und die in Griechenland besetzten Punkte müssen aber geräumt werden. Oesterreich würde die Donaufürstenthümer so lange besetzt halten, als sich ein englisch-französischer Soldat auf türkischem Boden befinden wird. Was die Räumung von Kars durch die Russen betrifft, so muß diese gleichzeitig mit der Räumung der Krim durch die Alliirten erfolgen. Auf Piemont haben diese Verträge weder eine Beziehung, noch eine mitwirkende Kraft.“ Wir sind geneigt zu glauben, daß die Wiener Angaben der Wahrheit näher kommen, als die der „Times“.

Aus dem Orient.

Am 16. März ist Oberst **Türr** in Korfu angekommen. Er war von einem österreichischen Offizier begleitet, der ihn den Händen der englischen Militär-Behörden übergab. Gleich nach seiner Ankunft reiste der Oberst nach Konstantinopel ab.

Aus Rußland.

Petersburg, 29. März. Alles schwärmt in der Erwartung des ersehnten **Friedens**. Man kümmert sich wenig um den **Preis** desselben, wenn er einmal beschlossen ist; denn Rußland wird, reich durch politische und ökonomische Erfahrungen, einsehen, was ihm für die Zukunft noth thut, und das ist zunächst der Fortschritt auf dem Gebiete der Technik und der vollendeten Organisation der Wehrkraft. In beiden Beziehungen nachdrücklich zu wirken, hat der Kaiser wiederholt der Regierung vorgeschrieben. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 6. April. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 85¾; 4½pCt. Met. 77⅜; Wiener Bankaktien 1350; 5pCt. Lomb. 91½; Wiener Wechsel l. S. 117⅞; 3pCt. inl. span. 40⅛; 1 pCt. neue 25¼; Darmstädter Bankaktien 346.

Wien, 5 April. Oesterr 5pCt. National-Anleihe 87 9/16; 5pCt. Metall. 87; 4½pCt. 78¼; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 —; von 1854 110; Bankaktien 1135; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 319; Donau Dampfschiffahrtsaktien 632; österr. Staatsbahnaktien 357; Nordbahnaktien 2955. **Wechselkurse**: Augsburg uso 101¼; London 10. 2½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 4. April. Frhr. v. Rothschild begibt sich morgen von hier über Frankfurt nach der Pfalz, um den Anfangs kommender Woche stattfindenden Generalversammlungen der Bexbacher- und der Maxbahn-Eisenbahngesellschaft beizuwohnen. Er war eines der thätigsten Mitglieder des Eisenbahn-Konsortium bei den nun beendeten Verhandlungen. — Das Fach der Geschichte an unserer Hochschule wird, wie wir hören, demnächst zwei neue Dozenten zählen. Mit Professor Kornelius (Katholik) aus Bonn sind die Unterhandlungen schon seit längerer Zeit zum erwünschten Abschluß gediehen, nun sollen auch die mit Professor v. Sybel angeknüpften dessen Hieherkunft in sichere Aussicht stellen. (Augsb. Abdz.)

Wien, 2. April. Man spricht in nicht schlecht unterrichteten Kreisen von einer **Vereinigung der österreichischen Privatbahnen** zu einer einzigen Gesammtsozietät. Die häufigen Berathungen, welche hier unter den verschiedenen Bahngesellschaften stattfinden, scheinen darauf hinzudeuten oder wenigstens sind wichtige Unterhandlungen im Zug. (Allg. Z.)

Paris, 3. April. Wie man versichert, hat der Kaiser die ehemalige, zwischen St. Cloud und dem Fort Mont-Valerien gelegene Staatsdomaine Fouilleuse käuflich an sich gebracht. Es soll dort eine **Mustermeierei** mit den vollkommensten Ackerbaugeräthen und den besten Racen Vieh angelegt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

☛ **Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“**
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 98.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 8. April 1856

Der Gesetz-Entwurf über Revision des Jagdgesetzes vom 30. Mai 1850.

I.

Dieser Gesetzentwurf, welchen vor Kurzem die Staatsregierung dem Landtag vorgelegt hat, bezweckt die Abänderung der Artikel 3, 5, 7, 9, 10, 11, 12, 15, 18, 19, 20 und 24 des Gesetzes vom 30. März 1850 über Ausübung der Jagd. Begründet wird derselbe von der kgl. Staatsregierung im Allgemeinen durch die Mißstände, welche daraus erwachsen seyen, daß das Gesetz von 1850 die Vergebung der Jagd dem völlig freien Ermessen der Gemeinden überlieferte. „Es wurde, heißt es in diesen Motiven, von dieser freien Bewegung vielfach in einer Weise Gebrauch gemacht, welche ganz geeignet ist, nicht nur die Jagd aus der Reihe des Bestehenden zu tilgen, sondern auch die an deren Erhaltung und Benützung sich knüpfenden höheren Interessen unter dem Einflusse der ungehörigsten Sonderrücksichten in den Hintergrund zu drängen. Die Jagdbezirke wurden nicht selten auf das geringste Flächenverhältniß herabgesetzt, die Dauer der Jagdpachtungen auf ein oder doch nur wenige Jahre beschränkt und Pachtbedingungen errichtet, welche die Konkurrenz für befähigte Pächter erschwerten, während hierdurch die Theilnahme solchen Personen erleichtert ward, denen die Jagdausübung nicht ohne Nachtheil für die öffentliche Sicherheit, sittliche Ordnung oder ihren eigenen Hausstand anvertraut werden konnte. Die enge Begränzung der Jagdbezirke und die kurze Dauer der Jagdpachtungen mußte nothwendig zu maßloser Ausbeutung der Jagd reizen, unter den Angränzern Zwiespalt und Haß erzeugen und den Jagdfrevel begünstigen. Daß gegenüber diesen in der Unzulänglichkeit der gesetzlichen Bestimmungen selbst liegenden fortdauernden Anlässen die Organe des öffentlichen Dienstes außer Stand sind, solchen Mißständen ausreichend zuvorzukommen, bedarf keiner weiteren Erörterung und ist um so einleuchtender, als einerseits das Institut der Jagdkarten der Leidenschaft und dem ungezügelten Hange zum Jagen, der unter der Herrschaft des früheren Gesetzes bei gering vermittelten Familienvätern nicht selten das Streben nach ordentlichem Verdienste und die Arbeitslust verdrängt hatte, nach der bisherigen Erfahrung keinen wirksamen Damm entgegensetzte und andererseits durch Beseitigung amtlicher Einwirkung auf die Pachtbedingungen und das Verpachtungsergebniß der Gemeinden der unentbehrliche Stützpunkt verloren ging, um den Andrang bedrohlicher Elemente zu Jagdpachtungen mit Erfolg ferne zu halten."

Aus diesen Gründen hält die Staatsregierung eine Revision des Gesetzes von 1850 für nöthig. „Der vorgelegte Entwurf, sagt sie, läßt die Grundprinzipien des Gesetzes vom 30. März 1850, daß die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden im Grundeigenthume liege, und außer dem Falle eines geschlossenen größeren Grundbesitzes die politische Gemeinde Namens der Grundeigenthümer innerhalb ihres Bezirkes das Jagdrecht durch Verpachtung auszuüben habe, unberührt. Die vorgeschlagenen Modifikationen beschränken sich vielmehr auf jene Bestimmungen des Gesetzes vom 30. März 1850, welche die Regelung der Art und Weise der Vergebung, Benützung und Beaufsichtigung der Jagd befassen, in ihrer bisherigen Anwendung aber als unzweckmäßig oder als nicht ausreichend sich erwiesen haben, und insbesondere jene Garantien vermissen lassen, auf welche die Rücksicht für Erhaltung der Jagd und das bei Ausübung derselben vorwiegend betheiligte öffentliche Interesse nicht verzichten können." Morgen das Nähere über die einzelnen Aenderungen.

Deutscher Bund.

× Berlin, 4. April. (Privat-Korrespondenz.) Von dem hier sich befindenden Zentral-Bureau des Zollvereins sind soeben provisorische Abrechnungen der Zollvereins-Zollgefälle, der Rübenzuckersteuer, der Branntweinsteuer, der Uebergangsabgaben von Branntwein, Wein und Tabak ausgegeben worden. Nach denselben betrug die Brutto-Einnahme der Zollgefälle für das abgelaufene Jahr 26,087,970 Thlr. und nach Abrechnung der Verwaltungskosten blieb ein Netto-Ertrag von 23,411,728 Thlr., von welchen an Antheil kommen auf Preußen 11,849,519 Thlr., Luxemburg 129,409 Thlr., Bayern 3,066,941 Thaler, Sachsen 1,372,598 Thlr., Hannover 2,386,421 Thlr., Württemberg 1,164,407 Thlr., Baden 910,126 Thlr., Kurfürstenthum Hessen 488,616 Thlr., Großh. Hessen 581,430 Thlr., Thüringen 707,792 Thlr., Braunschweig 169,234 Thlr., Oldenburg 296,993 Thlr., Nassau 288,242 Thlr. und Frankfurt 194,674 Thlr. Von ihren Einnahmen herauszuzahlen haben: Preußen, Sachsen, Braunschweig und Frankfurt und zwar 3,898,147, 694,722, 89,533 und 606,948 Thaler. — Die Branntweinsteuer und Uebergangs-Abgaben von Branntwein lieferten nach Abzug der Spiritus-Bonifikation einen Netto-Ertrag von 6,409,788 Thlr., von welchem Preußen und die mit ihm im engeren Vereine stehenden Staaten 5,573,801 Thlr., Sachsen 512,011 Thlr., und der thüringische Verein 323,956 Thlr. erhielten. — Die Uebergangsabgabe von Wein und Most trug 186,270 Thlr. und die von Tabak und Tabaksfabrikaten 64,952 Thlr. ein. Der Netto-Ertrag beider Uebergangssteuern belief sich auf 950,504 Thlr., wovon Preußen 170,470 Thlr., Hannover 34,041 Thlr. &c. erhielten. — Die Uebergangs-Abgabe von Bier betrug in dem Netto-Ertrag 48,367 Thlr. Hiervon erhielten Preußen 40,310 Thlr., Sachsen 4,648 Thlr. &c. — Ueber die Einnahme an Rübenzucker-Steuer ist eine Berechnung, vom 1. September bis ult. Dezember laufend, ausgegeben werden. Nach derselben belief sich die Netto Einnahme auf 2,452,372 Thlr. Von derselben erhält Preußen 1,234,296 Thlr., Luxemburg 13,754 Thlr., Bayern 325,969 Thlr., Sachsen 141,920 Thlr., Hannover 231,411 Thlr., Württemberg 123,759 Thlr., Baden 96,732 Thlr., Kurfürstenthum Hessen 51,932 Thlr., Großherzogthum Hessen 61,797 Thlr., Thüringen 73,182 Thlr., Braunschweig 17,669 Thlr., Oldenburg 28,800 Thlr., Nassau 30,636 Thlr. und Frankfurt a/M. 20,521 Thlr. Herauszuzahlen von ihren Einnahmen haben Preußen 901,346 Thlr. und Braunschweig 71,929 Thlr.

Bayern. München, 7. April. Se. Maj. der König haben auf die eröffnete Landgerichts-Assessorsstelle zu Mühldorf den zeitlich quieszirten Landgerichts-Assessor von Gögginger, Alexander Prugger, berufen; in die eröffnete 1. Assessorstelle am Landgerichte Oberndorf den Landgerichts-Assessor Ludwig Wilhelm Fischer von Weiler vorrücken lassen; zum Assessor des Ldgs. Weiler den Rechtspraktikanten Karl Joseph Reischle aus Unterliezheim ernannt; zum 1. Assessor des Ldgs. Sulzbach den dortigen 2. Assessor Joseph Mayer vorrücken lassen; an das Landgericht Sulzbach den Landgerichts-Assessor Wilhelm Fischer zu Kemnath versetzt, und zum Assesser des Landgerichts Kemnath den Accessisten des Kreis- und Stadtgerichts Amberg Rudolph Dost ernannt. (N.M.Z.)

München, 6. April. Gemäß allerhöchster Anordnung werden die Appartements im k. Schlosse zu Berg am Starnbergersee in Stand gesetzt, da Se. Majestät dasselbe gegen Ende dieses Monats zu beziehen beabsichtigt. Se. Majestät werden hier und in Berg bis zum Schlusse des Landtags verweilen. — Die vier Eisenbahnen, welche durch die Privatgesellschaft gebaut werden, erhalten im Allgemeinen die Bezeichnung „bayerische Ostbahnen". (Augsb. Abdz.)

München 6. April. Hr. Jos. v. Stichaner, der älteste der Staatsräthe im außerordentlichen Dienste, Großoffizier der französischen Ehrenlegion, Großkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone, Ehrenkreuz des Ludwigsorden, dann Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Vorstand des histori-

schen Vereins ꝛc. ist heute an Altersschwäche im 78. Lebensjahre verstorben. Geboren im Jahre 1769 zu Tirschenreuth, betrat er 1787 — 1790 den Pfad der Staats-Wissenschaft und der Rechts-Gelehrsamkeit an der Hochschule Ingolstadt, an der Georgia Augusta Göttingens, und am Reichskammergericht in Wetzlar. 1791 wurde er Accessist und bereits 1793 Rath bei der Oberlandes-Regierung in München. Wenige Wochen nach dem Regierungsantritte Max Josephs 1799 ward v. Stichaner geheimer Justizreferendar und stieg dann nach dem Erforderniß jener eisernen Zeit von Stufe zu Stufe. 1806 bei den wichtigsten organischen Einrichtungen des neuen Ministerium des Innern (Montgelas) geheimer Referendar und als Hauptarbeiter verwendet kam v. Stichaner 1808 als General-Kommissär und Regierungspräsident des Unter-Donaukreises nach Passau, 1810 in gleicher Stelle nach Straubing, 1811 nach Augsburg, 1812 nach Kempten, 1813 nach Speyer, 1832 nach Ansbach. 1816 ward Hr. v. Stichaner Staatsrath im außerordentlichen Dienste, bis er 1838 zum Staatsrath im ordentlichen Dienst erhoben ward. (B. Bl.)

⁂ München, 7. April. (Privat-Korrespondenz.) **55. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Der königl. Staatsminister v. Zwehl und Dr. Ringelmann.

Abg. Lerchenfeld verliest eine Interpellation, welche mit den Fragen schließt: 1) „Beziehen die Bau-Beamten des Staats Tantiemen für die von ihnen zu führenden Stiftungsbauten? 2) Beabsichtigt das Ministerium dieses Verhältniß zu ändern und Bauschaffer einzuführen, wie das in der Pfalz der Fall ist?" — Staatsminister v. Zwehl erklärt, diese Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten zu wollen.

Zur Berathung gelangt nun die Rückäußerung der ersten Kammer bez. des Gesetzentwurfs, „die Personalsteuer" betreffend. Die 1. Kammer war in einigen Punkten den Beschlüssen der 2. Kammer nicht beigetreten; bis auf einen Punkt sind es nur eigentlich Redaktionsänderungen, und diesen beantragt der Ausschuß beizustimmen; der eine wichtige Punkt aber betrifft das Reklamationsverfahren. Während sich nämlich die 2. Kammer für die volle Autonomie der Steuerausschüsse aussprach und beschloß, daß die Reklamationen von den durch zwei Mitglieder zu verstärkenden Steuerausschüssen beschieden werden sollen, will die 1. Kammer die Bescheidung in 2. Instanz durch die Regierungs-Finanzkammer. Der Ausschuß der 2. Kammer beantragt, hier der 1. Kammer nicht beizutreten, sondern auf dem früheren Beschluß zu beharren.

Der Referent Abg. Münch beantragt nun heute eine Modifikation der bezüglichen Artikel des Gesetzentwurfs, die im Wesentlichen mit dem bei der früheren Debatte in der 2. Kammer von der Regierung gemachten Vermitlungsvorschlag übereinstimmt; er will, daß da, wo es sich bei Reklamationen um Thatfragen handelt, der verstärkte Steuer-Ausschuß, da aber, wo es sich um Rechtsfragen handelt, die Regierungs-Finanzkammer in 2. Instanz entscheiden soll.

Bei der Debatte hierüber erklärten sich sehr entschieden für das Beharren auf dem früheren Beschluß die Abgg. Dr. Barth, Fürst Wallerstein, v. Lerchenfeld, v. Closen und Dr. Völk; für die Modifikation Münch's sprechen außer ihm die Abgg. Nar und Ruland und schließlich der kgl. Regierungs-Kommissär Hr. Pfretzschner.

Bei der Abstimmung wurde der Beschluß der 1. Kammer und die Modifikation Münch's abgelehnt und beschlossen, auf dem frühern Beschluß zu beharren; und zwar in der Art, daß die Ausschüsse bei Entscheidungen von Reklamationen statt mit 2 mit 4 Mitgliedern verstärkt werden sollen.

Die Kammer berieth hierauf einen Antrag des Abg. Dr. Völk, „die Anwendung der Artikel 11 und 12 des Gesetzes vom 25. März 1816 über den Diebstahl auf Verbrechen und Vergehen des Betrugs betr." Antragsteller hat einen deßfallsigen Initiativantrag vorgeschlagen, der Ausschuß aber beantragt die Annahme in folgender Fassung:

„Es sey an Se. Majestät den König die Bitte zu richten, im Landtagsabschiede mit Gesetzeskraft allergnädigst aussprechen zu wollen: daß die Art. 11 und 12 der allerhöchsten Verordnung vom 25. März 1816, den Diebstahl betr., auf das Verbrechen und das Vergehen des Betrugs gegen fremdes Eigenthum analoge Anwendung zu finden haben und daß diese Bestimmung für alle die Straffälle in Wirksamkeit trete, welche bei Publikation des Landtagsabschiedes noch nicht rechtskräftig abgeurtheilt seyen."

Nach einiger Debatte stimmte die Kammer diesem Antrage auch bei.

Neuburg a/D., 4. April. Dem königl. Landrichter und Stadtkommissär Heiß sind mit nachstehendem allerhöchst eigenhändigen Schreiben Sr. Maj. des Königs Ludwig vom 2. d. 2000 fl. zur Linderung der Noth und des Elends für die Aermsten und Hülfsbedürftigsten der Abgebrannten des Pfarrdorfes Weichering zugesendet worden: „Herr Landrichter Heiß! Habe Ihren Bericht über das am 13. des vorigen Monats stattgefundene Brandunglück zu Weichering mit Bedauern und großer Theilnahme gelesen. Zur Linderung der Noth und des Elends der Aermsten der Abgebrannten lasse Ich Ihnen anmit durch Meine Kabinetskassa einen Beitrag von zweitausend Gulden zustellen, Der Ich von einer Masse Hülfsbedürftiger aller Art sehr in Anspruch genommen, um so mehr bedauere, nicht mehr geben zu können, als sich die Bewohner Weicherings im Jahre 1848 recht brav und wacker gehalten Mit den Gesinnungen der Werthschätzung Ihr Ihnen wohlgewogener Ludwig. München, den 2. April 1856." (N. M. Z.)

Preußen. Berlin, 4. April. Bekanntlich wurde von der altpreußischen Fraktion mit Unterstützung der gesammten Opposition ein Antrag eingebracht, das Haus wolle die Erwartung aussprechen, die Staatsregierung werde die polizeilichen Befugnisse der Behörden in Betreff der Presse in die Schranken der gesetzlichen Vorschriften zurückführen und verhindern, daß man die verfassungs- und gesetzmäßig begründete Freiheit der Presse vernichte oder verkümmere. Es sind dreizehn verschiedene Arten der Uebergriffe der Polizei und dieser gesetzlich begründeten Freiheit angeführt, man hätte diese ominöse Zahl aber leicht ansehnlich vermehren können; bei alledem glauben die Antragsteller gewiß am wenigsten etwas ändern zu können, denn wenn dies möglich wäre, müßte das ganze System fallen und Herr von Westphalen zunächst vom Schauplatz seiner jetzigen Wirksamkeit scheiden. Man weiß aber sehr gut, daß die Wolken, welche in letzter Zeit aufstiegen, längst wieder verschwunden sind und weiß eben so gut, daß Hr. v. Hinkeldey in der letzten Zeit seines Lebens die strengsten Befehle des Hrn. v. Westphalen empfing, die Presse besser in Zaum zu halten, der er gegen die Partei der kleinen Herren damals die Zügel lockerer ließ, aber die Ministerialreskripte ruhig ad acta legte. — Alle diese Bestrebungen der Opposition haben daher eben die Bedeutung, von der Tribüne aus dem Lande die vorhandenen Uebel darlegen zu können, und diesen Vortheil hat auch unsere Presse dadurch, welche wenigstens noch nicht so zivilisirt ist, wie die französische, und schweigen kann, wo man es wünscht. Was der glorreiche Frieden uns noch mitbringt, ist freilich zu erwarten. Bemerkenswerth bleibt es aber, daß der Antragsteller für Preßfreiheits-Sicherung Herr Mathis ist, der ehemalige Chef der geheimen Polizei in vormärzlicher Zeit. (Z. f. Nordd.)

Berlin, 6. April. In dem 3. Bande der „Geschichte der kleinen deutschen Höfe" von Dr. Vehse befinden sich verschiedene Mittheilungen über den Kriminal-Direktor Bolte in Bützow, welche demselben zu dem Antrage der Bestrafung des Verfassers dieses Werkes Veranlassung gegeben haben. An mehreren Stellen dieser Schrift wird nämlich der Direktor Bolte als der Fouché Mecklenburgs bezeichnet. Die Staatsanwaltschaft fand hierin eine Beleidigung dieses Beamten, da Fouché historisch identisch sey mit Verachtung und Niederträchtigkeit. An einer andern Stelle ist eines Bauernaufstandes gedacht und erzählt, daß der Direktor Bolte gegen denselben mit 50 Dragonern eingeschritten sey, die ihm auf seine Requisition Seitens der Militärbehörde zur Disposition gestellt worden seyen. Der Verfasser macht dem Direktor Bolte bei dieser Gelegenheit den Vorwurf, daß er feige ausgerissen sey und den Dragonern den Befehl zum Rückzuge gegeben habe. Die Staatsanwaltschaft fand hierin den Thatbestand einer Verläumdung. Es sind nämlich die diesen Vorfall betreffenden Untersuchungsakten herbeigeschafft worden, aus denen, so wie aus den Erkenntnißgründen hervorgeht, daß der Direktor Bolte in Gemeinschaft mit einem zweiten Richter sieben Stunden lang sich alle erdenkliche Mühe gegeben hat, die aufständischen Bauern zu besänftigen und daß nicht er, sondern der die Abtheilung Dragoner kommandirende Offizier in Rücksicht darauf, daß den 50 Soldaten weit über 1000 Aufrührer gegenüber gestanden, den Befehl zum Rückzuge ertheilt habe. Endlich wird dem Direktor Bolte noch vorgeworfen, er wüthe gegen die Demokraten und habe dafür Sorge getragen, daß eine Menge Einwohner in das Gefängniß gekommen seyen. Auch hierin findet die Anklage den Thatbestand der Verläumdung, da Dir. Bolte stets nur seiner amtlichen Pflicht gemäß gehandelt habe. Der Dr. Vehse erschien gestern zur Beantwortung auf diese Anklage vor seinen Richtern. Er gab zu, daß er bei Abfassung seines Werkes höchst unvorsichtig verfahren sey, behauptete aber, daß daran hauptsächlich sein Verleger Campe die Schuld trage, da dieser ihm die Materialien zu dem Werke zugesendet habe. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu vier Wochen Gefängniß und erkannte auf Vernichtung der betreffenden Stellen des Buchs. (Nat.-Z.)

Oesterreich. Der Ankauf der Büchersammlung des in Göttingen verstorbenen Philologen, Prof. Hermann, für die Universitäts-Bibliothek zu Prag ist, wie der „Neuen Pr. Ztg." geschrieben wird, von Sr. Majestät dem Kaiser genehmigt. Die Sammlung besteht aus etwa 11,000 Büchern, worunter 4000 Broschüren. Der Kaufpreis ist auf 4000 Thlr. festgesetzt.

Wien, 5. April. Die hier versammelten Erzbischöfe und Bischöfe werden morgen früh, um dem feierlichen Hochamte beizuwohnen, unter Vortritt des fürsterzbischöflichen Alumnates, der Geistlichkeit und des Domkapitels in feierlicher Prozession aus dem erzbischöflichen Palais in die St. Stephanskirche ziehen. Nach beendigtem Gottesdienste wird sich dann die gesammte hohe Geistlichkeit in gleicher Ordnung in den entsprechend dekorirten Konferenzsaal im erzbischöflichen Palais begeben. Nachmittags sind bei dem apostolischen Nuntius Kardinal Viale Prela und dem Hrn. Kardinal Erzbischof Othmar Ritter v. Rauscher Diners, zu welchen die anwesenden Erzbischöfe und Bischöfe geladen werden. Die bischöflichen Konferenzen selbst werden Montag den 7. April eröffnet werden. Die Bischöfe und Erzbischöfe versammeln sich in dem erzbischöflichen Palais. Die Sitzungen werden ohne Unterbrechungen täglich stattfinden und den größten Theil des Tages in Anspruch nehmen. (Ostd. P.)

Dänemark.

Kopenhagen, 4. April. Trotz verschiedenen Widerspruches des Conseilspräsidenten nahm der Reichsrath in zweiter Berathung den Zusatzparagraphen zur Geschäftsordnung an, wonach der Reichsrath das Interpellationsrecht erhält. (T. D. d. Z. f. Ndd.)

Großbritannien.

London, 4. April. Die langerwartete Eröffnung der Kommissionsuntersuchung über den Krimbericht von Sir J. Mac Neill und Oberst Tulloch hat endlich gestern Morgen in Chelsea stattgefunden, doch wurden nur einige Formalitäten abgemacht und dann die Sitzung auf Montag vertagt. Graf Lucan wird zuerst gehört werden. Es handelt sich darum, vor dieser Kommission jenen Oberoffizieren, die in dem gedachten Bericht hart getadelt sind, Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben.

London, 4. April. Im Buckingham Palace hatte heute der neue amerikanische Gesandte, Hr. Dallas, seine erste Audienz und überreichte seine Beglaubigungsschreiben.

Der offizielle Name „Ostsee-Flotte" besteht nicht mehr, indem er gestern, an welchem Tage die Admirale Dundas und Baynes ihre Benennung als erster und zweiter Befehlshaber der Ostseeflotte aufgaben, in die Bezeichnung „einheimische Flotte" aufging. Dem Vernehmen nach sollen gleich nach der am 10. d. Mts. stattfindenden Revue 10,000 Matrosen entlassen werden.

Es ist heute eine neue Schrauben-Dampfer-Linie zwischen Liverpool und dem Ostgestade des Mittelmeeres eröffnet worden. Die Gesellschaft führt den Titel London Auxiliary Screw Ship Company und ist mit einem Kapital von 200,000 L. gegründet worden.

Zu Templemore im Süden Irlands kam es vorgestern zu ernstlichen Händeln zwischen Soldaten und Bauern. Zwei Soldaten sollen gestern in Folge der erhaltenen Verletzungen gestorben seyn. Eine Menge Verhaftungen wurden vorgenommen.

Frankreich.

Das „Bulletin des Lois" veröffentlicht ein Dekret vom 1. März, welches den Finanzminister ermächtigt, die pro 1856 für den Staatsschatz zu emittirenden Bons auf die Summe von 350 Millionen zu erhöhen. (S. unten.)

Paris, 6. April. Die für die Hinterbliebenen der im Orient gestorbenen Soldaten bestimmten freiwilligen Gaben belaufen sich auf 1,400,000 Fr. — An der heutigen Boulevard-Börse wurde die 3prozentige Rente mit 73 Fr. 10 C. notirt. — Wie man versichert, hat die Bank von Frankreich einen Vertrag mit der Regierung abgeschlossen, demzufolge sich Erstere verpflichtet, der Letztern einen großen Theil ihrer Tresorscheine abzunehmen. Die Regierung wird der Bank 5pCt. Zinsen bezahlen. Man war zur Ergreifung dieser Maßregel genöthigt, weil die Einzahlungen der letzten Anleihe nur sehr langsam von Statten gehen. Die Nachricht von der Ausgabe dieser Schatzscheine setzte unsere Börse in einige Aufregung. Die Renten fielen. Die Eisenbahnen waren ebenfalls gedrückt; nur die Bankaktien stiegen bedeutend, und zwar um 100 Frs. Die Bank, die sich durch ihre letzte Gefälligkeit höchsten Orts sehr angenehm gemacht hat, soll nämlich durch Dekret ermächtigt werden, ihr Kapital zu verdoppeln. Das betreffende Dekret soll, so versichert man, schon dieser Tage erscheinen. (K. Z.)

Aus Paris wird der „Times" geschrieben: „Der Kaiser beweist den russischen Gesandten noch immer eine auffallende Aufmerksamkeit, und diese wiederum werden immer enthusiastischere Bewunderer Sr. Majestät. Ehe Graf Orloff Petersburg verließ, war ihm sein Verhalten vorgezeichnet worden, und er war angewiesen, so zu handeln, daß er sich die Sympathie des Herrschers, bei dem er accreditirt war, erwerbe. Ich habe schon früher des Eindrucks erwähnt, den der Kaiser gleich bei der ersten Zusammenkunft auf den Grafen machte. Der finstere und dabei gewandte Diplomat schrieb an seinen Hof, welche hohe Meinung er von dem Talente des Kaisers hege, und sprach sich hier verschiedenen Personen gegenüber in ähnlicher Weise aus. Ja, er war von dem Wesen des Kaisers so bezaubert, daß er erklärte, wenn der verstorbene Czaar das Glück gehabt hätte, mit Sr. Maj. bekannt zu seyn, er sich zweimal bedacht haben würde, ehe er sich in einen Kampf mit einem solchen Manne eingelassen hätte. Ich zweifle nicht daran, daß Graf Orloff und Baron Brunnow in Ausdrücken des höchsten Lobes über den Kaiser Napoleon geschrieben und gesprochen haben, so wie sie auch durch ihr Auftreten seit ihrer Ankunft gezeigt haben, von wie großer Bewunderung für ihn sie durchdrungen seyen. Graf Orloff soll die ganze Nacht angekleidet aufgeblieben seyn, um beim Eintreffen der Nachricht von der Entbindung der Kaiserin sofort nach den Tuilerieen eilen zu können. Auch war er wirklich der Erste, der am Sonntag Morgens daselbst erschien, um dem Kaiser und dessen Erstgeborenem seine Aufwartung zu machen, und die Komplimente, welche er bei jener Gelegenheit vorbrachte, hätten den Neid und die Bewunderung des vollendetsten Höflings erregen können."

Spanien.

Madrid, 1. April. Die „Epoca" meldet, daß fast alle Ayuntamientos (Gemeinderäthe) in Biscayen ihre Entlassung eingereicht haben, um sich nicht mit dem Verkaufe der Nationalgüter befassen zu müssen. Die Regierung hat diese Abdankungen nicht angenommen und den Ayuntamientos die im Gesetze vorgesehene Geldbuße auferlegt. — Die übrigen baskischen Provinzen (Guipuzcoa und Alava) haben bis jetzt das Beispiel Biscaya's nicht nachgeahmt.

Italien.

Nach Briefen aus Parma herrscht trotz der Strenge des Belagerungszustandes noch immer große Aufregung daselbst, und mehrere Mitglieder vornehmer Familien hatten Briefe erhalten, in welchen sie mit Ermordung bedroht wurden. Verschiedene Familien stehen, wie es heißt, im Begriff, nach Mailand auszuwandern.

Rußland und Polen.

Von sonst wohlunterrichteten Personen wird mit Bestimmtheit versichert, daß man von einer nahe bevorstehenden Reise des Kaisers Alexander nach Frankreich oder überhaupt nach Mittel- und Westeuropa durchaus keine Kenntniß erlangt habe, wie denn in Wirklichkeit ein solches Projekt auch wohl lediglich dem Gebiet der Erfindung angehört. (A. Z.)

St. Petersburg. Der Kriegsminister bringt zur öffentlichen Kunde, daß der Kaiser den Junkern und Unterfähnrichen aller Truppengattungen die Erlaubniß ertheilt hat, in Equipagen zu fahren und das Theater zu besuchen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Paris, 5. April. Der Friedensvertrag zerfällt in vier Theile, in das Friedensinstrument, zwei Anhänge und einen Zusatzartikel. Diese vier Aktenstücke wurden von allen Bevollmächtigten ohne Ausnahme, die preußischen mit einbegriffen, unterzeichnet; allein zwischen den kriegführenden und bloß kontrahirenden Parteien wurde folgender Unterschied gemacht: Wenn von den kriegführenden Parteien die Rede ist, so lautet das Protokoll: „Frankreich, Großbritannien, Rußland, Sardinien und die Türkei beschlossen, den Frieden unter der und der Bedingung zu schließen." Handelt es sich aber nur um die kontrahirenden Mächte, so lautet es: „Oesterreich und Preußen verpflichteten sich zu Folgendem." Der Vertrag enthält 34 Artikel. (Fr. Pstz.)

Paris, 6. April. Der heutige „Moniteur" meldet, daß die kriegführenden Mächte dahin übereingekommen sind, schon vor Austausch der Ratifikationen auch zur See einen Waffenstillstand eintreten zu lassen. Die etwa seit dem 6. März gemachten Prisen werden wieder freigegeben werden. (T. D. d. K. Z.)

Aus dem Orient.

Konstantinopel. Omer Pascha's Rückkehr nach der Hauptstadt wird nunmehr u. a. auch durch einen skandalösen Prozeß motivirt, in den er verwickelt sey. Die Fürstin Dadian, welche in Georgien unter russischer Oberhoheit ein Gebiet beherrschte, dessen Hauptstadt Sugdidi, besaß an letzterm Ort einem sehr reich ausgestatteten Palast mit kostbaren Geräthen, einen prächtigen Garten u. s. w. Als die türkische Armee anrückte, unterwarf sie sich dem Sultan; Omer Pascha aber ließ, unter dem Vorwand, daß der Bruder der Fürstin sich nicht unterwerfe, den Palast plündern und anzünden, den Garten zerstören u. dgl., wodurch die Fürstin einen angeblichen Schaden von 25 bis 30 Mill. Piaster erlitt. Die werthvollsten Gegenstände sollen aber nach Konstantinopel transportirt worden, und jetzt im Hause des Serdars zu sehen seyn, gegen den nun die Fürstin Dadian, auf französischen und englischen Schutz gestützt, Klage erhoben hat, zu deren Durchführung sie in der Person eines englischen Konsuls einen Bevollmächtigten bestellte. Omer Pascha's ohnehin gefährdete Stellung wird dadurch eben nicht befestigt. (So wird der „Allg. Z." geschrieben.)

* In **Konstantinopel** unterhält man sich von der **Ungnade Omer Pascha's**. Bekanntlich wurde er durch kaiserliches Dekret zum General-en-chef der asiatischen Truppen ernannt. — Man weiß noch nicht, ob er zu dieser Absetzung vom außerordentlichen Grade eines Generalissimus gute Miene zum bösen Spiel machen wird. — Er soll übrigens demnächst, alsbald nach seiner Verheirathung mit einem jungen Mädchen der Hauptstadt, auf seinen Bestimmungsort abgehen. — Die **Truppen** treffen aus der Krim in großen Massen ein; die Engländer allein sind in der Hauptstadt und den Umgebungen — ohne ihre Lager in Smyrna, Malta und dem schwarzen Meere — 25,000 Mann stark.

Turin, 5. April. Das letzte Regiment der **englisch-italienischen Legion** ist nach der Levante abgegangen. (Oesterr. C.)

* Die englische Regierung hat 5 Aerzte und mehrere Eleven unter der Leitung des durch seine Schriften über den Typhus bekannten Hr. Ured-Heat nach dem Orient geschickt, um den Charakter der Krankheit zu studiren, welche in Konstantinopel und der Krim die Armee so schrecklich heimsucht.

Aus Rußland.

Man will wissen, daß der Czar die Absicht habe, die Befestigung von **Abo** vorzunehmen (was, wenn dies geschieht, gerade dasselbe ist, als wenn Bomarsund stehen geblieben wäre), ferner, daß seine Absicht dahin gehe, oben an dem Ausgange des finnischen Meerbusens bei Tornea und am Flusse Muonio großartige Festungsbauten aufführen zu lassen. Große Militärstraßen sollen durch die Sümpfe angelegt werden, um zu jeder Zeit des Jahres aus dem Innern Finnlands und selbst Rußlands nach diesen entfernten Befestigungen zu gelangen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 7. April. Die Börse eröffnete günstig, aber bei der Notirung stellten sich die österr. Effekten etwas niedriger. Bexbacher Aktien fortwährend beliebt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1355 P. 1350 G. Neue Bankaktien 473 P. 471 G. Credit-Actien à 5pCt. 176 P. 174 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 85 15/16 P. 86 11/16 G. Metall. alte à 5pCt. 85 3/4 P. 85 1/2 G.; à 5pCt. in Silber b. R. —P. 91 1/4 G.; à 4 1/2pCt. 77 5/8 P. 77 3/8 G.; à 4pCt. 69 1/2 P. 69 G.; à 3pCt. 53 P. 52 1/2 G.; à 1pCt. 17 1/4 P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 109 1/4 P. 108 7/8 G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 306 P. 304 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 113 1/2 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3 1/2 pCt. 87 1/4 P. 86 3/4 G.; 4pCt. — P. 94 3/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4 1/2pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 5pCt. 101 1/2 P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 162 1/2 P. 162 G. Neustadt-Weissenb. 116 1/2 P. 116 G.

Württemberg. 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 89 P. 88 1/2 G.; 4 1/2pCt. 102 3/4 P. 102 1/4 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 44 1/4 P. 43 3/4 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82 1/2 G. **Kurhessen.** 40Thalerloose b. R. 41 5/8 P. 41 3/8 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64 P. 63 1/2 G. **Grossh. Hessen.** Obligationen à 3 1/2pCt. 92 P. 91 1/2 G.; à 4pCt. 100 P. 99 1/2 G.; 3 1/2pC. 102 P. 101 1/2 G.; Loose à fl. 50 113 P. 112 3/4 G.; à fl. 25 33 1/2 P. 33 1/4 G.; Darmstädter Bankaktien alte 350 P. 348 G.; junge 302 P. 298 G. **Meiningen.** Mitteldeutsche Creditbank 103 1/8 P. 103 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47 1/4 P. 47 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 90 P. 89 3/4 G., Loose à fl. 25 31 1/4 P. 31 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 1/2 P. 85 G.; à 3 1/2pCt. 92 7/8 P. 92 3/8 G.; Bankaktien 121 1/4 P. 120 3/4 G.; Taunus-Aktien 337 P. 335 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 83 1/2 P. 83 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87 P. 86 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 5/8 P. 40 3/8 G.; 1pCt. neue 25 3/8 P. 25 1/4 G. **Holland.** Integrale 63 1/2 P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 5/8 P. 100 3/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120 3/8 P. 120 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. 5 Lr. 250 k.S 101 1/2 P. 101 1/4 G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 1/2 P. 105 1/4 G.	do. 3 Monat mit 5% — P — G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 3/8 P. 105 1/8 G.	Paris Frs. 200 k.S 94 3/4 P. 94 1/2 G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S 97 1/8 P. 96 7/8 G.	Lyon Frs. 200 k.S. 94 5/8 P. 94 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 1/8 P. 88 7/8 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 118 3/8 P. 118 1/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 1/2 P. 105 1/4 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 7/8 P. 117 5/8 G.

Disconto — P. 4pCt. G.

† **Amsterdam**, 3. April. (Privat-Korrespondenz.) Ablauf der 225,694 Ballen O. J. Kaffee, von der Maatschappy heute Abend hier in Auktion verkauft, Alles hier gelagert.

Nr 1. 2800 Ballen Java braun 40 cs. Nr. 2. 1266 B. Java schön gelb 39½ cs. Nr. 3. 943 B. Menado gelblich 41 cs. Nr. 4. 4897 B. Menado blank 39½ a 40 cs. Nr. 5. 14,024 B. Java blank, etwas gelblich, mit BS. 35½ a 36 cs. Nr. 6. 3253 B. Padang blank gelblich 34½ cs. Nr. 7. 7250 B. Padang bleich grünl. 32½ cs. Nr. 8. 931 B. Java blau Ceylon-Art 38½ cs. Nr. 9. 2902 B. gut grün, W.-J.-Art, einzeln weiß und ros 33½ cs. Nr. 10. 17,710 B. grün, etwas W.-J.-Art, einzeln weiß 32 a 32½ cs. Nr. 11. 51,154 B. grün, etwas ros und bunt 31½ a 32 cs. Nr. 12. 39,253 B. grünlich, etwas ros 31½ cs. Nr. 13. 4279 B. ros grün 31 a 31½ cs. Nr. 14 4395 B. grün, Karok 32½ cs. Nr. 15. 14,185 B. ord. blank 33½ a 34½ cs. Nr. 16. 3114 B. bleich, ros, Hav.-Art 32 a 32½ cs. Nr. 17. 28,836 B. ord. bleich, kleinbohnig 31 a 31½ cs. Nr. 18. 936 B. blank, edel, Preanger 34½ a 35 cs. Nr. 19. 2876 B. ord. grau, dunkelfarbig 32½ a 33 cs. Nr. 20. 16,196 B. ord. bunt, beschlagen 27½ a 28 cs. Nr. 21. 2121 B. Triage, blank, mit Schwarz 26½ a 27 cs., von Nr. 8 Alles Java. 2353 Ballen diverse Sortirungen.

In der Kaffee-Auktion von heute Abend trat die Kauflust noch entschiedener auf, als am Montag in Rotterdam. Nur durch sehr große Rüezungen war es möglich Nr. 11 auf 31½ cs. zu halten, während dennoch vieles a 32 cs. übergeboten wurde; man nahm BS. 1 und zum Theil B. 2 der Nummer zu gesundem Preis; das gleiche fand bei Nr. 12 und Nr. 17 statt.

Die Rotterdamer Kaffee's sind außerordentlich vertheilt, und so viel sich im Augenblick beurtheilen läßt, scheint das auch mit den hiesigen der Fall zu seyn. Die Position der Java Kaffee's ist als gesichert zu betrachten, und man darf annehmen, daß April und Mai großen Abzug von unsern Märkten haben werden. Am schnellsten dürften blanke Java's räumen. — Unser Inland und Belgien, die ganz leer waren, haben ansehnlich gekauft; auch für Frankreich und Amerika wurde mehreres genommen.

Nichtpolitische Zeitung.

** **Vom Unter-Main**, 7. April. (Privat-Korresp.) Nebstdem, daß unsere Saaten so ausgezeichnet stehen, versprechen wir uns jetzt schon auch eine gesegnete Obstärnte. Die Bäume knospen sehr schön und haben die letzten kalten Nächte keinen bemerkbaren Schaden genommen. Das trockene Frühjahrwetter ist bei diesen Nächten uns sehr zu statten gekommen, denn im umgekehrten Falle hätten die Saatfelder sicher großen Nachtheil erlitten.

△ **Wiesbaden**, 6. April. (Priv.-Korr.) Der Vorstand des hiesigen Armenvereins veröffentlicht in hiesigen Blättern, daß er beabsichtige, Parzellen Landes an unbemittelte Familien zum Anbau von Kartoffeln und Mais gratis abzugeben. Diejenigen Armen, welche Arbeitskräfte und Dünger haben, werden aufgefordert, sich baldigst zu melden, indem auch der Armenverein die nöthigen Saatfrüchte zu geben sich bereit erklärt.

Am 4. d. hatte in Marseille das Leichenbegängniß des englischen Admirals Symonds (nicht Seymour) statt, welcher auf der Ueberfahrt von Malta an Bord des Packetboots „Nil" gestorben ist.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 99.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 9. April 1856

Der Gesetz-Entwurf über Revision des Jagdgesetzes vom 30. Mai 1850.

II.

Art. 1 und 2 des Entwurfs handeln von den Jagdbezirken. Art. 1, durch welchen Art. 3 des Gesetzes vom 30. März 1850 geändert wird, lautet: „Sind von einem zur selbständigen Jagdausübung berechtigenden Grundbesitze ein oder mehrere Grundstücke, welche nicht unter die Bestimmung des Art. 2 des Gesetzes vom 30. März 1850*) fallen, auch nicht nach Art. 2 des gegenwärtigen Gesetzes zur Bildung eines Gemeindejagdbezirkes sich eignen, ganz oder größtentheils umschlossen, so steht dem Eigenthümer des Ersteren auch die Jagdbefugniß auf diesen Grundstücken (Inklaven) gegen Entschädigung der Eigenthümer der Letzteren zu. Die Größe der Entschädigung wird in Ermanglung eines Uebereinkommens der Betheiligten nach den jeweiligen Jagdpachtpreisen in der Gemeindemarkung, in welcher diese Grundstücke liegen, und wenn und so lange solche nicht bestehen, nach jenen in der nächstgelegenen Gemeindemarkung nach Verhältniß des Flächeninhalts berechnet und festgestellt." (Das Gesetz von 1850 fordert vollständige Umschließung der Inklave.)

Zur Rechtfertigung der vorgeschlagenen Aenderung bringt die Staatsregierung Folgendes vor: „Nichts gefährdet die Erhaltung der Jagd mehr, nichts greift störender in die öffentliche Ordnung und Sicherheit und erweckt häufiger Feindschaft und Haß bei den Jagdangränzern, als wenn schmale Streifen des einen Jagdbezirkes in die Fläche des Andern hineinreichen und hierdurch der Tummelplatz einer maßlosen Ausbeutung und nicht selten die Anlässe zu Gränzüberschreitungen und Jagdfreveln werden. Namentlich ist ein solcher Mißstand bei dem größern Aerarialwaldbesitze von hohem Belange, wo öfter Wiesen- und andere Feldgründe der Privaten tief in den Forstkomplex einmünden, lange schmale Zungen bilden, und von den Pächtern der Gemeindejagden zur Erlegung des aus den Holzbeständen wechselnden Wildes mit verheerendem Erfolge benützt, mitunter auch als Gelegenheit zur Verübung von Forstfreveln mißbraucht werden."

Art. 2 des Entwurfs, durch welchen Art. 5 des Gesetzes von 1850 geändert wird, lautet: „Jede mindestens 2000 Tagwerke umfassende Gesammtflur einer politischen Gemeinde bildet in der Regel einen selbständigen untheilbaren Jagdbezirk. — Den Gemeinden bleibt unbenommen, sich mit anderen politischen Gemeinden zu einem größeren Jagdbezirke zu vereinen. — Kleinere Gemeinden werden in Ermanglung eines Uebereinkommens angränzenden Jagdbezirken zugetheilt oder mehrere derselben zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirke von wenigstens 2000 Tagwerken verbunden. — Ausnahmsweise kann auch aus einer kleineren Flurmarkung ein selbständiger Jagdbezirk gebildet, eine größere Gemeindemarkung in zwei Jagdbezirke abgetheilt oder ein Bestandtheil einer solchen Markung zu einem angränzenden Jagdbezirke gezogen werden, wenn dieses die örtlichen Verhältnisse nothwendig machen. — Eine solche Anordnung erfordert jedoch die Genehmigung der Kreisregierung, Kammer des Innern. In keinem Falle dürfen hiebei die Gränzen eines Distriktspolizeibezirkes überschritten werden."

Die Staatsregierung begründet diesen Artikel durch folgende Erwägung. Die Bildung der Jagdbezirke sey für Behandlung der Jagd von dem entschiedensten Einflusse. Letztere setze, um nachhaltig zu seyn, stets eine größere Grundfläche voraus. Kleine Bezirke führten zum Untergange der Jagd und entzögen dem Jagdrechte selbst seinen Werth. Solche Bezirke seyen zugleich eine unversiechbare Quelle von Störungen jeglicher Art. Sehr ausgedehnte Bezirke dagegen begünstigten die Wildhege und ermöglichten einen Wildstand, der den Bodenerzeugnissen nachtheilig werden könne. Es sey daher die Aufgabe der Gesetzgebung, angemessene — beide Extreme vermeidende — Jagdbezirke zu ermitteln. Diesem Postulate habe der Art. 5 des Gesetzes vom 30. März 1850 nicht genügt. Schon die an der Spitze stehende Bestimmung, daß die Gesammtflur einer politischen Gemeinde ohne Rücksicht auf ihre Größe, einen selbständigen Jagdbezirk bildet, führe in ihrer Anwendung auf kleine Gemeindemarkungen zu wirklichem Nachtheile, die Zulassung der Zerlegung einer Gemeindeflur in 6 Jagdbezirke von je 240 Tagwerken aber sey ganz geeignet, die Jagd auf selben für die Folge vollständig zu zerstören. Da nach Art. 10 jenes Gesetzes für jeden Jagdbezirk 3 Pächter zugelassen werden können, so sey der Fall nicht ausgeschlossen, daß auf einer Gemeindemarkung von 1440 Tagwerken 18 Pächter die Jagd ausüben. Die bisherigen Erfahrungen hätten auch die durch Art. 5 hervorgerufenen Besorgnisse nicht zu entfernen vermocht, denn nicht selten sey von Bildung mehrerer Jagdbezirke innerhalb der Gemeindemarkungen, nirgends aber von Vereinigung mehrerer Gemeindefluren zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirke Gebrauch gemacht worden. Eine Abänderung des Art. 5 erscheine daher nothwendig.

*) Nach Art. 2 des Gesetzes von 1850 ist die Ausübung des Jagdrechtes durch den Grundeigenthümer selbst nur zulässig: 1) auf allen unmittelbar an die Behausung stoßenden Hofräumen und Hausgärten, sobald sie durch eine Umfriedung begränzt oder sonst vollständig abgeschlossen sind; 2) auf allen und jeden Grundstücken, welche mit einer Mauer, einer zusammenhängenden Hecke oder mit einer dichten Einzäunung und mit verschließbaren Thüren versehen sind, worunter die gewöhnlichen, zunächst nur die Abwehr oder den Einfluß des Weidetriebes bezweckenden Feldzäune nicht begriffen; 3) auf einem zusammenhängenden Grundbesitze von mindestens 240 bayerischen Tagwerken im Flachlande und 400 Tagwerken im Hochgebirge; 4) auf See'n und Fischteichen von mindestens 50 Tagwerken. Straßen und Wege, sowie Flüsse und Bäche unterbrechen nicht die Continuität des Jagdbezirkes.

Deutscher Bund.

Preußen. *Berlin, 7. April. In neuester Zeit werden wieder auf dem rechten Ufer des Rheins mehrere Eisenbahnen projektirt, die dazu benutzt werden sollen, um die Produkte der sich immer mehr aufschließenden Bergwerke nach dem Rheine hinzuführen. Sie werden mit den großen Verkehrsstraßen allerdings in Verbindung gesetzt werden, ohne doch selbst für den weiteren Verkehr von Wichtigkeit zu seyn.

Berlin, 6. April. Vor dem königl. Kammergerichte hatte dieser Tage in zweiter Instanz eine Verhandlung Statt, welche einen weiteren Beleg dafür bildet, daß die Ablehnung jener diskretionären Gewalt, wie Graf Pfeil dieselbe für die Ortsobrigkeiten begehrte, gute Gründe hat. Der bei dem Rittergutsbesitzer Grafen Ferdinand v. Bredow auf Kleessow als Tagelöhner beschäftigte Arbeitsmann Wels gerieth am 23. August 1855 mit dem Sohne seines Dienstherrn, dem Grafen Alfred v. Bredow, in Wortwechsel; dieser veranlaßte den jungen Grafen Alfred v. Bredow, den Wels sofort aus der Arbeit zu schicken mit der Deutung, daß ihm nie wieder Arbeit werde gegeben werden. Eine halbe Stunde nach diesem Auftritte ließ der Graf Ferdinand v. Bredow den Wels rufen. Der Graf Ferdinand von Bredow empfing ihn mit den Worten; „Sag' mal, was hast du mit meinem Sohne vorgehabt?" Wels begann, den Hergang der Sache zu erzählen, indem er sich auf das Zeugniß der dabei zugegen gewesenen Frauen berief, ward aber von dem jungen Grafen v. Bredow, welcher nun gleichfalls aus dem Wohnzimmer in das Vorgemach trat, mit den Worten unterbrochen: „Vater, er lügt! er lügt!" Zugleich faßte ihn der junge Graf vor die Brust, und der Graf Ferdinand v. Bredow, der Vater, schlug ihn mit geballter Faust ins Gesicht, daß ihm das Blut aus Mund und Nase kam und er zu Boden sank.

Während er am Boden lag, wiederholten beide Grafen die Faustschläge ins Gesicht, so daß er deren über 20 erhielt, und stießen denselben, ohne daß er sich im Mindesten zur Wehre gesetzt hätte, zur Thür hinaus. Durch diese Mißhandlung war dem Wels die Umgebung des linken Auges mit Blut unterlaufen und auch die Oberlippe stark geschwollen; er konnte auf dem linken Auge nicht mehr sehen, hatte heftige Schmerzen im Kopfe, und das Blut lief ihm aus Mund und Nase. Nach der Bescheinigung des Arztes mußte Wels, um seinen Zustand nicht zu verschlimmern, die Arbeit 4—5 Tage ganz einstellen und konnte auch nachher einige Zeit wenigstens nicht angestrengt arbeiten. Die beiden Grafen v. Bredow wurden wegen dieser Mißhandlung unter Anklage gestellt. Die Gerichtsdeputation sprach über beide Angeklagte das Schuldig aus und verurtheilte einen jeden von ihnen wegen vorsätzlicher Mißhandlung und Körperverletzung zu vier Wochen Gefängniß. Das königliche Kammergericht nun bestätigte unter Ausschluß mildernder Umstände das erste Erkenntniß. (K. Z.)

Der König hat, wie man der „Breslauer Ztg" schreibt, bestimmt, daß die bisherige Fürbitte um Erhaltung des Friedens am Schlusse des allgemeinen Kirchengebets mit möglichster Beibehaltung ihrer Ausdrücke in ein Dankgebet umgewandelt und mit diesem Dankgebete bis dahin, daß nach erfolgter Ratifikation des Friedens weitere Bestimmung getroffen seyn wird, fortgefahren werde.

Kreuznach, 4. April. Wie verlautet, ist vorläufig die Bahn von Bingen nach Kreuznach (ganz auf preußischer Seite) genehmigt und wird vom Staate selbst gebaut. Die Arbeiten sollen sogleich beginnen. Ueber die Fortführung derselben nach Saarbrücken ist noch nicht entschieden. (Darauf reduzirt sich also ein Artikel des „Frankf. Journ.", der die ganze Bahn als gesichert bezeichnet.) (Pf. Z.)

Königsberg, 5. April. Der akademische Senat hat den Prof. Simson (bekannt aus der Zeit des deutschen Parlaments) für das folgende Jahr abermals zum Prorektor der Universität gewählt. (Deutschland.)

Hannover. Hannover, 4. April. Die Regierung hat bereits eine Menge Vorlagen gemacht, unter denen das Budget wohl die erste Stelle einnimmt. Ich bin im Stande Ihnen daraus folgende Mittheilungen zu machen. Es soll eine Erhöhung der Gehalte aller Staatsdiener eintreten. Besondere Rücksicht ist auf das Militär genommen. Uebrigens beginnen die Erhöhungen zunächst bei dem königlichen Hause, indem die frühere Position von 513,888 Thalern 21 gGroschen 4 Pfennigen auf 600,000 Thaler erhöht wird. Das Ministerium nimmt an, daß dieselbe als unerläßlich kaum in Zweifel zu ziehen sey, „wenn die Würde und der Glanz der Krone, gegenüber dem gesunkenen Geldwerth, den gestiegenen Preisen der Bedürfnisse und den nach allen Seiten hin gesteigerten Ansprüchen an die Mittel der Krone, in der Art aufrechterhalten werden soll, wie es das Interesse der Monarchie und des Landes erfordern." Es wird dann darauf hingewiesen, daß neuerdings auch die Stände des Königreichs Sachsen ohne Zaudern auf eine Erhöhung der königl. Bedarfssumme eingegangen seyen. (D. A. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 7. April. Sicherem Vernehmen nach ist die bisher noch in Schwebe gewesene Bankfrage nunmehr definitiv entschieden. Württemberg wird also seine Landesbank haben und zwar soll die Sache nun rasch ihrer Verwirklichung zueilen. Bekanntlich hatten sich mehrere Gesellschaften, die eine repräsentirt durch den belgischen Konsul v. Seybold, die andere repräsentirt durch die hiesigen Bankhäuser Dörtenbach und Comp. und Gebr. Benedikt, um die Konzession zur Errichtung einer Landesbank beworben, wozu aber in letzter Zeit noch ein Baron v. Magnus aus Berlin kam, welcher sich aber mit dem Seybold'schen Projekt vereinigte. So viel ich vernehme, ist Baron v. Magnus in Verbindung mit Seybold konzessionirt worden und zwar in der Weise, daß auch die übrigen Bewerber, zu denen auch Frankfurter Bankiers (Rothschild u. s. w.) gehören, sich betheiligen können. (Heilb. Tagbl.)

Baden. Karlsruhe, 5. April. Dem Prinz-Regenten wurde aus Anlaß seiner Verlobung mit der Prinzessin Louise von Preußen von der Aachener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft die Summe von 10,000 fl. behufs der Verwendung zu wohlthätigen Zwecken zur Verfügung gestellt. Der Regent hat sich nun bewogen gefunden, diese Summe zu Gründung einer Aussteuerstiftung unter dem Namen „Louisen-Stiftung" zu bestimmen, aus deren Zinsenerträgniß jährlich vier Aussteuerabgaben an 4 würdige und dürftige Brautpaare des Großherzogthums verliehen werden sollen.

Thüringen. Aus Thüringen, 6. April. Nach einer dieser Tage in Meiningen erfolgten Ministerialbekanntmachung ist die Gesellschaft für die „Mitteldeutsche Kreditbank zur Förderung von Industrie und Handel" als begründet zu erachten, indem der von der Regierung geforderte Nachweis, daß 40,000 Aktien, à 100 Thlr., sicher untergebracht und 20 pCt. hierauf eingezahlt worden, genügend geführt ist. Die Regierung hat sich jedoch in der Konzessionsurkunde die Zurücknahme derselben und resp. die Auflösung der Gesellschaft für den Fall einer (durch das Oberappellationsgericht in Jena anzuerkennenden) erheblichen und nachhaltigen Verletzung oder Nichtvollziehung des Statuts vorbehalten. (A. Z.)

Oesterreich. Wien, 5. April. Die Kaiserin erfreut sich des allerbesten Wohlseyns; ihre Entbindung glaubt man Anfangs Junius erwarten zu dürfen. — Der Kaiser hat abermals 62 von den früheren Kriegsgerichten in Ungarn zum Festungsarrest verurtheilten Sträflingen den Rest der Strafe aus Gnade nachgesehen. (Allg. Ztg.)

Wien, 4. April. Für die Fortsetzung und Vollendung der in Galizien in Angriff genommenen Festungsbauten ist auch für dieses Jahr eine sehr bedeutende Summe — man spricht von 800,000 fl. — angewiesen und auch bereits flüßig gemacht worden, da es der Wille des Kaisers ist, daß namentlich die im kolossalen Maßstabe projektirten Festungswerke, die Krakau zu einem zweiten Komorn machen sollen, im Laufe der nächsten drei Jahre vollendet werden. (H. N.)

Wien, 5. April. Ein Kurier, welcher vorgestern von hier nach Paris abging, überbringt dem Minister Grafen Buol-Schauenstein das Großkreuz des St. Stephansordens mit einem äußerst huldreichen Handschreiben seines Monarchen. Es ist dies die höchste Auszeichnung, welche in Oesterreich, abgesehen vom goldenen Vließ, durch Ordensverleihung ertheilt werden kann. Sie ist die kaiserliche Anerkennung der Dienste, welche Graf Buol auf dem Kongreß wie während des ganzen Verlaufs der orientalischen Wirren geleistet hat. (A. Z.)

Wien, 5. April. Die Konzession für die Herstellung der vereinigten Bahnen in Ungarn ist gestern erfolgt. Die Linien gehen von Ofen über Kanischa nach Pöltscha-Triest. Von Wien über Oedenburg nach Fünfkirchen. Von Neu-Szöny über Stuhlweißenburg nach Mohacs und Fünfkirchen. Von Fünfkirchen über Mohacs nach Essegg. Von Essegg nach Semlin. Die Regierung gibt eine Zinsengarantie von 5 pCt. Auch ärarialische Kohlenwerke werden derselben überlassen. Das Anlagekapital ist auf 100 Millionen Gulden veranschlagt, wovon 60 Millionen durch Aktien, a 200 fl. C.-M., und 40 Millionen durch Anleihe zu beschaffen sind. Pariser Kapitalisten (Kredit Mobilier) übernehmen 16 Millionen, die österreichische Staatseisenbahngesellschaft 10 Millionen, Wiener Kapitalisten 6 Millionen fl. C.-M. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 7. April. In der Unterhaussitzung zeigt Herr Frederick Peel an: Die Miliz und die Fremdenlegion werden baldigst desarmirt, das türkische Kontingent kehrt alsbald in des Sultans Sold zurück. Hr. Wilson kündigt einen Geheimerathsbefehl zum Widerruf des Ausfuhrverbots an. (T. D. d. A. Z.)

Unterhaussitzung vom 4. April. Im Unterhause erklärte Sir G. Grey auf Befragen, es stelle sich nach einer Depesche des britischen Konsuls in Hamburg heraus, daß der empörende Mädchenhandel zwischen Hull, London und Hamburg, auf welchen ein neulicher Polizeifall die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt, leider eine unbestreitbare Thatsache sey. Er (Grey) habe sich mit dem Mayor von Hull, dem Lord-Mayor von London und den Polizeibehörden der Hauptstadt in Verbindung gesetzt, um wirksame Maßregeln gegen das unsaubere Geschäft ergreifen zu können.

Das englische Ministerium hat in einem um die Mitte März gehaltenen Conseil beschlossen, den dänischen Vorschlag der Kapitalisirung des Sundzolls nicht zu genehmigen. England würde eventuell vorziehen, die fraglichen 35 Millionen Thaler auf 14 Jahre zu vertheilen, so daß auf jedes Jahr 2½ Million kämen. Diese sollen von den Ostseestaaten aufgebracht werden.

Aus Hamburg vom 4. April wird mitgetheilt, daß die hydraulische Maschine, welche die englische Regierung auf Helgoland bauen ließ, um Seewasser trinkbar zu machen, sich vortrefflich bewähre. Die Maschine hat 10—12,000 Pfd. Sterl. gekostet. Auch haben die Engländer Sondirungen vornehmen, Plane für Befestigungsarbeiten entwerfen und die Rhede untersuchen lassen, so daß die Gerüchte, England wolle aus Helgoland eine feste Position machen, mehr und mehr Grund erhalten.

Frankreich.

Paris, 5. April. Die Russen fahren fort, dem Kaiser

auf die auffälligste Weise den Hof zu machen. Folgendes wird als Beispiel von der Haltung des Grafen Orloff erzählt. Graf Pozzo di Borgo ging zum ersten Bevollmächtigten Rußlands, um diesen persönlich zu seinem Balle einzuladen, der am vorigen Sonntage stattfand. Graf Orloff, sagte der Neffe des berühmten Diplomaten traurigen Andenkens, möge um so weniger diese Einladung ausschlagen, als er an diesem Abende Gelegenheit haben könnte, la véritable société de Paris zu sehen. „Die habe ich doch gewiß bei Hofe gesehen?" fragte Graf Orloff. „Nein, Herr General, denn diese Gesellschaft geht niemals nach den Tuilerien." „Wenn dem so ist, dann darf ich sie auch nicht kennen lernen." Graf Orloff glänzte in der That auf jenem Feste durch seine Abwesenheit, und es läßt sich denken, wie angenehm dem Kaiser solche Huldigung hat seyn müssen. (K. Z.)

Paris, 6. April. Durch eine Verordnung vom heutigen Tage hat der Minister des Innern dem von Russen in Brüssel gegründeten Jour. „le Nord" die Zulassung in Frankreich gestattet.

Spanien.

† Madrid, 2. April. Man liest in der „Epoca": General Echague geht demnächst nach den baskischen Provinzen ab. Die Regierung hofft, daß es seinem Einfluß und seinem Ansehen gelingen wird, die in Biscaya durch die Desamortisirung hervorgerufene Aufregung zu beschwichtigen.

Portugal.

* Aus Portugal berichtet die „Epoca", daß sich die Cortes dort mit der Finanzfrage beschäftigen. Es scheint, daß der König D. Ferdinand, Vater des gegenwärtigen Königs von Portugal, eine Reise nach Belgien machen wird und wurden zu diesem Behufe Befehle zur Vorrichtung des Dampfers „Mindello" gegeben. Sollte diese Reise nicht mit dem etwa bestehenden Vorhaben einer Verheirathung D Pedro's V. mit einer belgischen Prinzessin zusammenhängen? Man glaubt in Lissabon, daß die Königin von England dem Könige von Portugal im nächsten Frühjahr einen Besuch abstatten wird.

Italien.

Rom, 3. April. Kardinal Patrizzi, der Se. Heiligkeit den Papst als Pathen in Paris vertreten soll, bereitet sich zur Abreise und wird auch die für die Kaiserin Eugenie bestimmte Rose überreichen. (Oesterr. C.)

Neapel, 31. März Die von dem Dirigenten des Ministerium des Innern, Commendatore Bianchini, provozirte Erlaubniß der Getraidausfuhr gegen Erlegung eines nur sehr mäßigen Zolls für die Dauer des ganzen Monats April hat zu namhaften Korneinschiffungen, besonders in Apulien geführt, wo bedeutende Vorräthe angehäuft liegen. Da alle Ladungen nach Frankreich bestimmt sind, und die Ankäufe hier zu billigen Preisen gemacht wurden, dürfte dort ein ferneres Sinken der Brodpreise mit Gewißheit in Aussicht stehen.

Turin, 3. April. Bereits sind, wie ich vernehme, Befehle nach Genua und in die Krim abgefertigt, und überhaupt alle erforderlichen Maßregeln getroffen worden, um die Truppen so rasch als möglich wieder in ihre vaterländischen Garnisonsplätze überzuführen. (A. Z.)

Amerika.

Die „Times" bemerkt im City-Artikel, nach Berichten aus Mexiko vom 3. d. M., hinsichtlich der unerwarteten Kraftäußerung der mexikanischen Regierung: die Aussicht derselben in Bezug auf den Kampf mit den Aufständischen habe sich verbessert, doch könne man kaum eine zeitweilige Rückkehr zur Ordnung hoffen. Alles Geschäft sey im ganzen Land um so mehr gelähmt, als jetzt auch die Regierung Hand an das Privateigenthum lege. Niemand könne sich mit Wagen, Pferden oder Hornvieh auf die Heerstraße begeben, ohne sich einer Beschlagnahme derselben zum Dienst der Armee auszusetzen, wofür man alsdann ein werthloses Papier erhalte. Der auffallendste Unterschleif werde von den Beamten betrieben, jede Forderung an den Staatsschatz mit der Bemerkung zurückgewiesen: den Bedürfnissen einer heiligen Sache, der Revolution, müsse zuerst genügt werden. Dazu komme Gewaltthätigkeit gegen Fremde, welche von einigen Gouverneurs geübt werde, und zuletzt wohl eine Einschreitung anderer Regierungen zur Folge haben könnte. In Tepic sey der englische Konsul, in San Blas der amerikanische willkürlich unter dem Vorwand ausgetrieben worden, daß sie sich in die Lokalpolitik eingemischt hätten. In Tampico habe der Versuch, Geld von den fremden Importeurs zu erpressen, einen entschiedenen Protest des französischen und anderer Konsuln veranlaßt. (A. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

X Berlin, 7. April. (Privat-Korrespondenz.) Man ist in Paris noch mit neueren Berathungen beschäftigt, in denen es sich um die Ausführungs-Artikel des abgeschlossenen Vertrages handelt. Wann diese beendigt seyn werden, steht bis jetzt noch nicht fest, und sind daher die Angaben in den Blättern, welche für die Rückkehr des Ministerpräsidenten Manteuffel einen bestimmten Termin angeben, als zuverlässig nicht zu betrachten. Auch wird der Ministerpräsident nicht vor Abschluß sämmtlicher Verhandlungen wieder hier eintreffen.

§ Wien, 6. April. (Privat-Korrespondenz.) In den neuesten auf offiziellem Wege aus Paris hier eingelangten Berichten wird wiederholt darauf hingewiesen, daß in der Donaufürstenthümerfrage noch keine Verständigung erzielt worden sey. Während Rußland bis jetzt beinahe in allen zur Sprache gekommenen Gegenständen gegen England auftrat, soll es in der Donaufürstenthümerfrage die Vorschläge des Lord Clarendon sehr lebhaft unterstützen, und namentlich die Einführung einer Repräsentativverfassung, sowie die Vereinigung beider Fürstenthümer unter einem von der Nation zu erwählenden Hospodar warm befürworten. Wenn man weiß, daß sowohl Oesterreich, als auch die Türkei weder die Vereinigung der beiden Fürstenthümer noch die Einführung einer Repräsentativverfassung zugeben wollen, so ist es klar, welche Motive Rußland zu der bei den Konferenzen beobachteten Haltung bewegen. Mittlerweile hat Fürst Stirbey ein neues Projekt ausarbeiten und hier übergeben lassen. In demselben wird die Beibehaltung der gegenwärtigen Verfassung empfohlen, zugleich werden aber auch diejenigen Punkte ausführlich erörtert, welche eine den Zeitbedürfnissen entsprechende Verbesserung erfahren sollten. Das Projekt ist auch dem Sir H. Seymour mitgetheilt worden, der jedoch demselben keine besonders günstigen Aussichten gestellt haben soll, sowie es denn überhaupt den Anschein hat, daß sämmtliche Vorschläge, welche von Bucharest oder Jassy nach Paris gesendet worden sind, ad acta gelegt werden.

* Seit einigen Tagen bemerkt man, daß der neapolitanische Gesandte in Paris, Marquis Antonini, häufige Besuche bei Graf Walewski macht und lange Unterredungen mit demselben hat und Courriere mit Depeschen nach Neapel absendete. Dieses Heraustreten der neapolitanischen Gesandtschaft aus ihrer gewöhnlichen Ruhe und ihrem far niente, und dazu die kürzlichen Aeußerungen der „Morning-Post", wonach die Westmächte beabsichtigen, in die innern Angelegenheiten des Königreichs beider Sicilien zu interveniren, läßt allgemein vermuthen, daß der Kongreß sich — bei der italienischen Frage — mit der Lage Neapels beschäftigte oder beschäftigen wird. Man kann demnach erwarten, daß König Ferdinand den Rathschlägen Rußlands und Oesterreichs ein williges Ohr leihen und durch Milderung seiner innern Politik den Folgen der von den Höfen von London und Paris zu ergreifenden Maßregeln zuvorkommen werde. Einen weitern Theil des Programms der fortgesetzten Konferenz-Berathungen wird die gänzliche Vernichtung des griechischen Räuberunwesens bilden. Die Flotten und Soldaten der Westmächte werden Griechenland nicht verlassen, bevor sie dieses Werk vollendet haben werden.

Graf Orloff ist durch einen Courrier von Petersburg benachrichtigt worden, daß der Czar seine Anwesenheit bei den großen diplomatischen Berathungen, die dort Ende des Monats stattfinden werden, für nöthig erachtet und wird deßhalb Paris, wo ihn Herr v. Titoff ersetzen wird, bälder verlassen, als man glaubte. Was den Grafen Orloff betrifft, so strömt sein Mund stets vom Lobe des Kaisers Napoleon III. über. Seiner Mäßigung, seiner Loyalität allein schreibt er die von Rußland so schnell gewährten Concessionen zu, das außerdem zweifelsohne noch am Konferenztische kämpfen würde.

Die in Turin erscheinende „Opinione" bringt folgende, wie sie behauptet, „aus glaubwürdiger Quelle" stammende Mittheilung über den Friedensvertrag vom 30. März. Derselbe setze fest: „1) Neutralisation des schwarzen Meeres. Rußland darf nicht mehr als 10 bewaffnete Kriegsschiffe zur Vertheidigung der Küsten unterhalten. 2) Nikolajeff wird in einen Handelshafen umgewandelt werden und Rußland verpflichtet sich, dort nicht mehr als die bestimmte Zahl Kriegsschiffe zu erbauen. 3) Rußland wird in den Häfen des schwarzen Meeres und der Ostsee Konsuln aller Mächte annehmen. 4) Rußland wird Bomarsund nicht wieder aufbauen. 5) Rußland tritt einen Theil von Bessarabien, die Festung Ismail einbegriffen, ab. 6) Rußland verzichtet auf das ausschließliche Protektorat der Donau-Fürstenthümer. 7) Ebenso verzichtet Rußland auf das Protektorat der griechischen Christen des otomanischen Reiches. 8) Die freie Donauschiffahrt wird allen Staaten ohne Ausnahme garantirt. 9) Es wird sich eine Kommission nach den Fürstenthümern begeben, um daselbst Nachforschungen über die öffentliche Meinung, die Bedürfnisse des Landes, und die bessarabische Gränze anzustellen Diese Kommission wird später Bericht erstatten, den der Kongreß in Berathung nehmen wird. Die

Hauptgrundlagen sind jedoch schon festgestellt.“ Wir geben die Mittheilung des italienischen Blattes wieder, ohne dafür eine Verantwortlichkeit zu übernehmen.

Aus dem Orient.

Der kaiserlich österreichische Kriegsdampfer „Curtatone“, welcher die Expedition der für die Räumungsarbeiten an der Donaumündung bestimmten Schiffe leitet, ist mit seinem Gefolge in Sulina angelangt und sind alle Vorkehrungen zum Beginn der Arbeit bereits getroffen.

Feindselige Kundgebungen gegen die Reformen haben in mehreren Städten im Innern Kleinasiens stattgefunden. In Aidin kamen Verfolgungen gegen Christen vor. Man versichert, daß in Jomid die englische Reiterei einen muselmännischen Aufstand unterdrücken mußte. Ein furchtbares Erdbeben hat auf der Insel Meteline einundzwanzig Ortschaften fast gänzlich zerstört. Man versichert (zum wie vielsten Mal?), daß Lord Stratford abberufen und durch Admiral Lyons ersetzt werden soll.

Aus Wien, 5. April, wird dem „Nord„ telegraphirt: „Die österreichische Armee, welche die Donau-Fürstenthümer besetzt hat, wird diese Provinzen verlassen. Der Rückzug dieser Truppen hat bereits begonnen.“ Es liegt auf platter Hand, daß diese Angabe ganz falsch ist. Oesterreich räumt die Fürstenthümer sicher nicht eher, als die Franzosen und Engländer das türkische Gebiet verlassen haben, am allerwenigsten aber noch vor Ratifikation des Friedens.

Siehe auch die Rubriken Großbritannien und Italien.

Aus Rußland

St. Petersburg, 5. April. Eine Bekanntmachung des Finanzministerium sagt: „In Folge der Friedensunterzeichnung sind die Handelsverhältnisse unter den bisher kriegführenden Mächten wiederhergestellt. Westmächtliche Handelsschiffe werden in den russischen Häfen zugelassen. Den russischen ist ungehinderte Schifffahrt eröffnet.“

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 8. April. Oesterr. Bankaktien, National, Metalliques wurden niedriger, dagegen Kredit-Aktien höher umgesetzt. Von Eisenbahnaktien besonders Livorno-Florenz und Bexbach gesucht.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1353 P. 1318 G. Neue Bankaktien 472 P. 470 G. Credit-Actien à 5pCt 185 P 183 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 86¾ P. 86½ G. Metall. alte à 5pCt. 85¾ P. 85½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 91¼ P. 91G.; à 4½pCt. 77½ P. 77¼ G.; à 4pCt. 69½ P. 69 G.; à 3pCt. 53 P. 52½ G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G.; à fl. 250 von 1839 —— P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 109 P. 108¾ G. 5pCt. Staats-Eisenb.-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 308 P. 306 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½ pCt. 87¼ P. 86¾ G.; 4pCt. — P. 94¾ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex.D. 162⅞ P. 162⅝ G. Neustadt-Weissenb. 115¾ P. 115¼ G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89½ P. 89 G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. Sardinien. Loose bei G. Bethmann 41⅞ P. 43⅝ G. Toscana. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83⅞ P. 83¾ G. Kurhessen. 40Thalerloose b. R. 41⅝ P. 41⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 61 P. 63½ G. Grossh. Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92 P. 91½ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 3½pC. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112½ G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 350 P. 348 G.; junge 301 P. 297 G. Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 102¾ P. 102¼ G. Baden. fl. 35 Loose von 1845 47¼ P. 47 G. Nassau. Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89¾ G., Loose à fl. 25 31¼ P. 31 G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92⅞ P. 92⅜ G.; Bankaktien 121½ P. 121 G.; Taunus-Aktien 338 P. 336 G.; Hanauer Eisenbahn-Aktien 84 P. 83½ G. Homburg. Bankaktien — P. — G. Polen. fl. 500 Partial 87 P. 86½ G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 40½ P. 40¼ G.; 1pCt. neue 25⅜ P. 25¼ G. Holland. Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅝ P. 100⅜ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120⅜ P. 120¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G	Mail. i. S. Lr 250 k. S 101½ P 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105½ P 105¼ G.	do. 3 Monat mit 5% — P — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105⅜ P 105⅛ G.	Paris Frs. 200 k. S 94¾ P. 94½ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 97⅛ P. 96⅞ G.	Lyon Frs. 200 k S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Hamb. MB. 100 k. S 89⅛ P 88⅞ G.	Wien fl. 100 C. k S. 118⅝ P. 118⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105½ P. 105¼ G.	Wien 3 M. mit 4% 118⅛ P. 117⅞ G.

Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 7 April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 87 7/12; 5pCt. Metall. 86 11/16; 4½pCt. 78; Lotterie-Anlebens-Loose von 1839 —; von 1854 110; Bankaktien 1152; Bank-Interimsaktien—; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 319½; Donau Dampfschifffahrtsaktien 634; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2975. Wechselkurse: Augsburg uso 100⅝; London 10. 2. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 7. April. Zum Besten des unter Leitung Ihrer k. Hoh. der Prinzessin Alexandra stehenden Maximilians-Waisenstiftes wird eine Sammlung poetischer Produkte hiesiger Dichter veranstaltet. Hohe Personen haben bereits dichterische Spenden zugesagt und von J. Geibel, P. Heyse, Fr. Bonn, F. Dahn und vielen Andern liegen, soviel wie wir hören, treffliche Erzeugnisse vor. Die Redaktion ist in den Händen des Dichters von „Gevatter Tod.“ (A. Abdz.)

* Die Nachforschungen nach der Herkunft des räthselhaften Mädchens, welche vor längerer Zeit eine Zuflucht bei dem Lehrer Eck in Offenbach gefunden hat, werden von den großherzoglich hessischen, bayerischen und österreichischen Behörden eifrigst fortgesetzt. Es soll ermittelt seyn, daß sie aus Ungarn stammt und zuletzt aus dem Spessart nach Aschaffenburg und von da nach Offenbach kam. Das „Fr. Journ.“ sagt, die bis jetzt aufgefundenen Spuren ihrer Herkunft deuteten nicht sowohl nach einem Urwald, als nach dem Park eines Schlosses.

Am 5. April fand in Paris für 1856 die erste Jahresversammlung der geographischen Gesellschaft statt. Jomard las den Bericht über den jährlich zu ertheilenden Preis für die wichtigste Entdeckung. Dieser wurde dem Deutschen Dr. Heinr. Barth für dessen Reise nach Timbuktu zuerkannt, während G. Squier in den Vereinigten Staaten für seine central-amerikanischen Untersuchungen die große Medaille erhielt. Unter den Mittheilungen, welche der Versammlung gemacht wurden, erregte ein von Hrn. A. Demersey von Montevideo eingegangener Brief Bonpland's Aufsehen. Der Nestor französischer Reisenden schreibt von den Arbeiten, deren Leitung ihm anvertraut worden und nach deren Beendigung er seine alte Wohnung in Paris wieder zu beziehen gedenke, doch nur, um seine botanischen und mineralogischen Sammlungen und Manuskripte dem Museum zu übergeben und dann auf seine Plantage in Uruguay zurück zu kehren. Bonpland ist jetzt 83 Jahre alt, und schon der Plan, noch eine Reise nach Europa zu unternehmen, zeugt in solchem Alter gewiß von großem Muthe. (K. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Röhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 100. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 10. April 1856

Der Gesetz-Entwurf über Revision des Jagdgesetzes vom 30. Mai 1850.

III.

Die Art. 3—7 des Entwurfes beziehen sich auf die Vergebung der Jagd.

Während das Gesetz von 1850 (Art. 7) keine Bestimmung über die Zeitdauer des Jagdpachtes enthält, und die Verpachtung nur von der Genehmigung der Gemeinde (in Städten von der des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten) abhängig macht, setzt Art. 3 des Entwurfs Folgendes fest: „Die Verpachtung geschieht auf mindestens sechs Jahre im Wege öffentlicher Versteigerung durch die Gemeindeverwaltung. Sind zwei oder mehrere Gemeindemarkungen zu einem Jagdbezirke vereinigt, so bestimmt die Distriktspolizeibehörde diejenige Gemeindeverwaltung, welche die Verpachtung vorzubereiten und zu vollziehen hat. Jede der mitbetheiligten Gemeindeverwaltungen kann sich bei dem Verpachtungsakte durch einen Abgeordneten aus ihrer Mitte vertreten lassen. Die Pachtbedingungen, sowie das Ergebniß der Verpachtung unterliegen der Genehmigung der Distriktspolizeibehörde, welche dieselbe innerhalb acht Tagen ertheilt, oder, wenn die Pachtbedingungen oder das Verpachtungsergebniß den gesetzlichen Bestimmungen widerstreiten, versagt. Ausnahmsweise Verpachtung ohne öffentliche Versteigerung bedarf der Genehmigung der Kreisregierung, Kammer des Innern. Von der Zulassung zu Jagdpachtungen sind diejenigen ausgeschlossen, denen nach Art. 10 und 11 des gegenwärtigen Gesetzes die Ausstellung der Jagdkarten verweigert wird. Auch dürfen die Bestätigung als Pächter nur solche Personen erhalten, welche sich im Genusse eines ihre und ihrer Familie Subsistenz sichernden Einkommens befinden." Die Regierung glaubt, daß bei der Verpachtung das öffentliche Interesse gewahrt werden müsse und daß dasselbe bei dem kollidirenden Standpunkte der Betheiligten nur durch die Organe der Staatsgewalt gewahrt werden könne. Indem die Pachtdauer auf mindestens 6 Jahre gesetzt, und die Pachtfähigkeit neben dem Besitze einer Jagdkarte an das Vorhandenseyn eines nachhaltig begründeten Nahrungsstandes des Pächters geknüpft werde, sey ferner dem übermäßigen Hang zur Jagd eine Schranke gesetzt, durch welchen hingerissen schon manches Familienhaupt das auf ausdauernde Arbeit gegründete Auskommen der Familie zerstört habe.

Art. 4 des Entwurfs enthält einige durch die eben besprochenen Aenderungen nothwendig gewordenen Ergänzungen zu Art 9 des Gesetzes von 1850.

Art. 5 ergänzt die im Gesetz von 1850 fehlenden Bestimmungen über den Jagdschutz; er sagt nämlich: „Die zur Jagdausübung berechtigten Grundeigenthümer sowohl, als die Jagdpächter, sind verbunden, in ihren Jagdbezirken für ausreichenden Jagdschutz zu sorgen. Der für den Jagdschutz Bestellte ist der Distriktspolizeibehörde zur Anzeige zu bringen und von dieser für seinen Dienst eidlich zu verpflichten; er muß jedoch einen guten Leumund besitzen und darf keinen der Gründe gegen sich haben, aus welchen nach Art. 10 und 11 des gegenwärtigen Gesetzes die Ausstellung einer Jagdkarte verweigert wird. Die Uebernahme des Jagdschutzes durch den Grundeigenthümer oder Jagdpächter selbst ist nur ausnahmsweise zulässig und erfordert die besondere Genehmigung der Distriktspolizeibehörde. In diesem Falle unterbleibt die Verpflichtung." Im Uebrigen läßt er den Art. 10 des Gesetzes von 1850 fortbestehen, wonach für einen Jagdbezirk nicht mehr als 3 Pächter zugelassen werden, und Personen, welche eine Jagdkarte besitzen, mit auf die Jagd genommen werden dürfen.

Während Art. 11 des Gesetzes von 1850 der Gemeinde ausnahmsweise erlaubt, die Jagd in Selbstverwaltung auszuüben, untersagt dies Art. 6 des Entwurfs absolut, und fügt bei: „Wenn die Verpachtung der Jagd kein Ergebniß geliefert oder das Ergebniß die distriktspolizeiliche Genehmigung nicht erlangt hat, und auch ein wiederholter Verpachtungsversuch ohne Erfolg geblieben ist, so hat die Distriktspolizeibehörde nach Einvernehmung der betreffenden Gemeinde eine den Verhältnissen zusagende anderweitige Anordnung zu treffen und durch die Gemeindeverwaltung in Vollzug setzen zu lassen." In den Motiven heißt es hierüber: „Die im Art. 11 des Gesetzes vom 30. März 1850 den Gemeinden in gewissen Fällen eingeräumte Selbstverwaltung der Jagd durch Gemeindemitglieder hat sich bisher als zweckmäßig nicht erwiesen; diese Art der Jagdausübung pflegt zu Mißbräuchen jeglicher Art und zu Hintertreibung der ordentlichen Verpachtung zu führen, macht den Hang zum Jagen, namentlich bei dem unbemittelten Theile der Gemeindeangehörigen, permanent und hat schon vielfach den Hausstand solcher Familien untergraben."

Art. 12 des Gesetzes von 1850 macht die Uebertragung des Jagdrechts von der Einwilligung der Gemeinde und der Zustimmung der etwaigen Mitpächter, Art. 7 des Entwurfs auch noch von der distriktspolizeilichen Genehmigung abhängig.

Deutscher Bund.

Ein Theilnehmer an einer in Mannheim Ende März gehaltenen Zusammenkunft von Drahtstiftfabrikanten theilt dem „Schw. M." unter Beziehung auf eine aus Mannheim berichtete Notiz mit, daß die Preise der Stifte durchschnittlich um nicht mehr als 10pCt. erhöht wurden, wenn auch der Aufschlag bei zwei oder drei Sorten mehr beträgt; daß aber Hauptzweck der Versammlung der gewesen, daß sich die Fabrikanten, welche bisher entweder nach niederländer, französischem, englischem, oder nach badischem, württembergischem und bayerischem Maß arbeiten, auf Ein gemeinsames Maß und Gewicht sich zu einigen suchten. Dies Letztere sey auch gelungen und beschlossen worden, das französische Maß und das Zollgewicht anzunehmen.

Bayern. München, 7. April. Se. Maj. der König haben dem Landgerichts-Assessor Franz Feurer zu Seßlach die erbetene Entlassung aus dem Staatsdienst bewilligt, und zum Assessor des Ldgs. Seßlach den Accessisten der Regierung von Oberfranken, K. d. J., Karl Ludwig Maltz zu Bayreuth, ernannt. (N. M. Z.)

Bezüglich des Sommerfahrplanes unserer Staatseisenbahnen ist nun mit den bezüglichen Nachbarstaaten Uebereinkunft getroffen, so daß dessen definitive Feststellung jetzt erfolgen kann.

Se. Maj. König Max beabsichtigt, wie man aus Lindau schreibt, an einem schönen Punkte des Bodensees eine Villa zu bauen.

* Am 15. November vor. Js. gelangte zur 2. Kammer eine Eingabe des Stadtmagistrates Nürnberg, in der die Bitte ausgesprochen ist, „eine hohe Kammer wolle beschließen: es sey an Se. Maj. den König auf verfassungsmäßigem Wege die ehrfurchtsvollste Bitte dahin zu stellen: daß baldmöglichst ein allgemeines Mühlgesetz erlassen, jedenfalls diesem Landtage noch ein Gesetz vorgelegt werde, durch welches unter Aufhebung aller früheren Verordnungen und Statuten provisorisch bis zur Erlassung eines allgemeinen Mühlgesetzes der Mahllohn des Müllers in Geld festgesetzt werde." Dieser Antrag wird im Wesentlichen dadurch begründet, daß die Bestimmungen der dort geltenden Mühlordnung vom Jahre 1701 längst veraltet seyen und manche davon gemäß der veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse nicht mehr in Anwendung kommen könnten, wogegen andere sehr lästig und bei hohen Getraidepreisen für die Consumenten sehr drückend seyen. Dies gelte besonders vom Mahllohn der Müller in der Weise, wie er erhoben wird, und in der Größe, wie er gegeben werden muß.

Auf Antrag des Referenten Abgeordneten Sedlmayr hat der 3. Ausschuß einstimmig beschlossen, folgende Anträge in diesem Betreff der 2. Kammer zu unterbreiten: „Es sey an Se. Maj. den König auf verfassungsmäßigem Wege die ehrfurchtsvollste Bitte zu stellen: eine Regelung der bestehenden Mühlordnungen in den Kreisen diesseits des Rheines in der Art vornehmen zu lassen, daß 1) unbeschadet der freien Uebereinkunft zwischen Mahlgästen und Müllern der Mahllohn der Letzteren mit Zugrundlegung 50jähriger Durchschnittspreise des Getraides nach der bisher an jedem Orte üblichen Mahlmitze und mit Einrechnung aller in welcher Form immer gegebenen Reichnisse örtlich in Geld festgestellt werde, und daß dieser Mahllohn nach Wahl der Mahlgäste entweder in Geld sogleich baar oder in Geldeswerth in Körnern nach einer wandelbaren Skala an die Müller zu entrichten sey, wobei Allerhöchst angeordnet werden wolle, daß in jeder Mühle eine Waage aufgestellt seyn müsse, 2) daß sämmtlichen Lohnmüllern zugleich gestattet werde, auf eigene Rechnung Mehl bereiten, und dieses jedoch nicht unter einem Zentner verkaufen zu dürfen, wobei ihnen jedoch die Verpflichtung auferlegt bleiben soll, allen Mahlkunden, welche Getraide zur Mühle bringen und in der Reihe, wie sie es bringen, um den festgesetzten Lohn vermahlen zu müssen."

Preußen. Königsberg, 3. April. Dr. Rupp kündigt das Erscheinen eines von ihm redigirten Sonntagsblattes an.

Berlin, 7. April. Der nächste Vortheil, den der Friedensabschluß uns bringt, erstreckt sich auf die Kornpreise, welche auf die erste Nachricht, daß Rußland die Getraideausfuhr freigegeben, beträchtlich gewichen sind und fortgesetzt weichen werden, wovon freilich das Brod noch nichts merkt. Leider wird aus der großen Aktienbäckerei, welche hier errichtet werden sollte, nichts werden. Lebte Hr. v. Hinckeldey noch, so würde er dies wohlthätige Unternehmen trotz des Widerstandes unserer Bäcker und der Hülfe, die ihnen von der Kreuzzeitungspartei kam, doch wohl durchgeführt haben. Die Bäcker hatten äußerst geschickt opponirt, indem sie zu ihrem Beistande selbst politische Gründe und ihre Loyalität von 1848 in die Wagschale warfen. Dieser 400 patriotischen Bäcker wegen wird Berlin sein verrufenes schlechtes und kleines Brod behalten, und tragikomisch genug ist es, daß, nachdem von offizieller Seite der Ekel gegen die Brodbereitung der Bäcker, namentlich gegen das Kneten des Teiges durch die Füße der Bäckergesellen, in allen Zeitungen angeregt war, es jetzt beim Alten bleibt und weiter getreten wird. — Das Haus der Herren hat am Sonnabend plötzlich die Löwenhaut angelegt und der Regierung gezeigt, daß ihre Lieblinge und Auserwählten keinen Spaß verstehen bei Fragen, wo alle Gemüthlichkeit aufhört. Die Kreuzzeitungsherren haben es sich einmal in den Kopf gesetzt, daß, wenn man die alte Zeit herstellt, man jedenfalls auch die alte Sparsamkeit und geordnete Finanz-Verwaltung wieder herstellen müsse, und sie sind naiv genug, das fortgesetzte Wachsen des Budget und das unaufhaltsame Anschwellen der Staatsschuld geradezu auf Rechnung des Konstitutionalismus zu setzen, dessen eigenster Grundsatz es doch ist, daß die Volksvertreter die Hand auf die Tasche des großen Volksäckels halten sollen. Daß es mit dem Scheinkonstitutionalismus ein ander Ding ist und ihre Partei gerade bisher zu allen Ausgaben und Anleihen blindlings ja gesagt hat, daran denken die Herren nicht; jetzt aber stehen sie in beiden Kammern auf mit dem Rufe, der jetzigen schlechten Finanzwirthschaft müsse ein Ende gemacht werden. Anlaß dazu gab diesmal die Forterhebung der Zuschläge auf Einkommensteuer, Klassen-, Mahl- und Schlachtsteuer, deren Bewilligung der Finanzminister bis zum 1. April forderte; dies verweigerte die Majorität und bewilligte die Erhebung nur bis Ende des Jahres 1856, indem sie zugleich in entschiedener Weise das Aufhören der Zuschläge und Ersparnisse forderte. Die Regierung hörte dabei Dinge von den Getreuesten ihrer Getreuen, wie die schärfste Opposition sie nicht besser hätte sagen können. Sogar Graf Itzenplitz erklärte, daß er nicht da sey, um zu Allem ja zu sagen, und einer der hinterpommer'schen Granden, ein Herr v. Waldow-Steinhöfel, verlangte das endliche Aufhören des Defizit, des ewigen Forderns von Millionen und die Beobachtung des Grundsatzes, auf welchem Preußens Machtstellung ruhe, daß sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten, wie es zur Zeit Friedrich Wilhelms des Dritten gewesen sey. Diese Erinnerung klang herbe genug, und was ich Ihnen, schon ehe diese Kammern erschienen, sagte, daß die Opposition auf dem Finanzgebiete immer bedeutender werden würde, bewahrheitet sich fortgesetzt mehr. (Z. f. N.)

× Berlin, 8. April. (Privat-Korrespondenz.) Ueber den Schluß des Landtages stehen zur Zeit noch keine Bestimmungen fest; doch glaubt man, daß er noch vor Ende dieses Monats erfolgen wird. Wie es heißt, werden verschiedene Vorlagen, auch solche, die von der Regierung gemacht worden sind, bis zur nächsten Sitzung verschoben werden, und soll das Gouvernement hierzu bereits seine Zustimmung gegeben haben. — Nachrichten, welche hier an betreffenden Stellen eingegangen sind, melden, daß die Königin von Griechenland in diesem Sommer eine Reise nach ihrer Heimat, nach Oldenburg, antreten werde, und soll bei dieser Gelegenheit die hohe Frau die Absicht haben, auch am hiesigen Hofe einen Besuch abzustatten. In Wien soll dieselbe bereits bestimmt ihren Besuch zugesagt haben.

Magdeburg, 7. April. In seiner Eigenschaft als Generalsuperintendent der Provinz Sachsen hat Dr. Möller hierselbst ein oberhirtliches Schreiben an die Glieder des geistlichen und an die Beamten des evangelischen Lehrstandes in der Provinz Sachsen gerichtet, worin er sie von der Betheiligung am Freimaurerorden abmahnt. (Fr. Jour.)

Württemberg. Stuttgart, 8. April. Es ist kein Geheimniß mehr, daß die Verhandlungen zwischen Württemberg und Bayern wegen der Lonsee-Nördlinger Bahn an der Weigerung des letzteren Staates gescheitert seyn sollen. (H. T.)

Stuttgart, 8. April. In Betreff unseres Eisenbahnwesens vernimmt man, daß unsere Regierung gesonnen seyn soll, denjenigen Theil der Bahn von Amstetten gegen Nördlingen für sich allein zu bauen, welcher die Verbindung Wasseralfingens mit der Eisenbahn sichert. Ob aber bis zur bayerischen Gränze gegen Nördlingen hin gebaut wird, scheint zweifelhaft. Jedenfalls höre ich, daß vorher noch und zwar demnächst umfassende Terrainstudien über den projektirten Bau von Amstetten oder Lonsee (Stationen der württembergischen Alpbahn) nach Wasseralfingen gemacht werden sollen, ehe hierüber ein endgiltiger Beschluß gefaßt wird. (Siehe oben.) Dagegen ist es jetzt außer allem Zweifel, daß der Bau der weiter projektirten Eisenbahnen (außer der kleinen Strecke von Mühlacker nach Pforzheim) nicht mehr vom Staate geschehen, sondern der Privatindustrie überlassen werden soll. Dahin gehören die Linien von Heilbronn nach Mergentheim in der Richtung gegen Würzburg und die Schwarzwaldbahn oder, wie sie auch genannt wird, die obere Neckarthalbahn, welche sich bei Plochingen mit der großen Staatsbahn in Verbindung setzt. Für diese beiden Bahnen sind auch bereits Bewerber aufgetreten, und zwar einestheils eine Frankfurter Gesellschaft, welche hier ihren Vertreter hat, anderntheils eine englische Gesellschaft, als deren Vertreter seit einigen Tagen ein englischer Kapitalist hier verweilt. (N. M. Z.)

Stuttgart, 8. April. Der „Staats-Anzeiger" meldet amtlich, daß Se. M. der König den Justizminister v. Plessen, dessen Bitte entsprechend, in den Ruhestand versetzt, und das dadurch erledigte Justizministerium dem Cultusminister Frhrn. v. Wächter-Spittler, unter Entbindung von den Geschäften seines bisherigen Departements, übertragen hat. (A. Z.)

Stuttgart, 8. April. Der Grund der Entlassung des Justizministers v. Plessen dürfte in einer mit der neueren Konstellation der Ablösungsentschädigungsfrage nicht harmonirenden Anschauung liegen. Wenigstens vermuthet dies das Publikum. (Nürnb. K.)

Hannover. Eine Erklärung, welche Hr. v. Honstedt in der Sitzung der 2. Kammer vom 5. April zu Protokoll gab, lautet wörtlich: Bevor die, nach der königl. Verordnung vom 1. August v. Js. hier berufene, nunmehr vollständig konstituirte zweite Kammer der allgemeinen Ständeversammlung zur Erledigung ständischer Obliegenheiten schreitet, halte ich mich verpflichtet, zu Protokoll zu erklären: „daß ich die durch die kgl. Verordnung vom 1. August 1855 publizirten Aenderungen der Landesverfassung als auf verfassungsmäßigem Wege erlassen und als solche rechtsverbindlich nicht halte, und daß ich mich als Deputirter denselben nur unter Wahrung aller Rechte des Landes unterwerfe, dem Machtgebote der Ereignisse nachgebend." (Ztg. f. Nordd.)

Hannover, 6. April. Die von der Regierung vorgelegten Aenderungsvorschläge zur Verfassung sehen ganz darnach aus, als ob man lieber Alles beim Bestehenden gelassen und diese Vorschläge nur gemacht hätte, weil sie in der Verordnung vom 1. August einmal versprochen waren. Jede wesentliche Umgestaltung der jetzigen Grundlagen der allgemeinen Ständeversammlung hält die Regierung für unzeitgemäß und mit der Gefahr neuer Verwicklungen verbunden. (H. N.)

Hannover, 6. April. In 2. Kammer hat bis jetzt bei allen Wahlen die vereinigte Opposition den Sieg wieder die Rechte davongetragen. Ein Antrag auf „Inkompetenzerklärung der gegenwärtigen Kammern" wird in 2. Kammer nicht eingebracht werden. Die Linke ist in überwiegender Anzahl der Ansicht, daß man durch Theilnahme an den Verhandlungen den Rechten des Landes nichts vergebe. Nur der Abgeordnete

v. Hohnstedt hat eine Verwahrung gegen die Rechtsbeständigkeit der Verordnung vom 1. August 1855 zu Protokoll gegeben. Derselbe wird indessen aus der Kammer nicht austreten (N.-Z.)

Baden. Karlsruhe, 4. April. Ein Entwurf der Statuten der badischen Bank ist von einem Mitgliede des Großherzogl. Finanzministerium (Prestinari) bearbeitet worden und soll als Grundlage den Gesuchen um Ertheilung der Staatsgenehmigung dienen. (Schw. M.)

Freie Städte. Hamburg, 7. April. Die heute vom Senate der Bürgerschaft von Neuem vorgelegte, sogenannte Neunerverfassung ist von vier Kirchspielen gegen eins verworfen worden. (T. D. d. Z. f. N.)

Oesterreich. Wien, 7. April. Ueber die gestern stattgefundene Eröffnung der bischöflichen Konferenzen erfahren wir verläßlich folgendes. Der Pronuntius Kardinal Viale Prela eröffnete als Kommissär Sr. Heiligkeit des Papstes die Versammlung mit einer Rede, in welcher er auf die hohe Bedeutung dieser Konferenzen hinwies. Am Schlusse beschwor er die Versammlung, über die Verhandlungen während der ganzen Dauer der Konferenzen das unverbrüchlichste Stillschweigen zu bewahren. Die Sprache, in welcher auf den Konferenzen verhandelt wird, ist die lateinische. Heute begann die erste eigentliche Konferenzsitzung. Als kaiserlicher Kommissär fungirt der Kardinal-Erzbischof von Wien. — Den neuesten Nachrichten zufolge hat die hohe Pforte die Ausfuhr des Getraides aus der Herzegowina und Bosnien nach dem österreichischen Gebiete wieder freigegeben. (Fr.Pstz.)

Großbritannien.

Der neuliche Zusammenstoß zwischen Militär und Volk in Temple-More war durch die Verhaftung einer Taschendiebin veranlaßt, welche der Pöbel zu befreien suchte. Zwei Soldaten wurden getödtet. Die dortigen Gefängnisse waren von Verhafteten angefüllt. (Allg. Ztg.)

Die Zahl der gegenwärtig im englischen Solde befindlichen fremden Truppen (das türkische Kontingent einbegriffen) beläuft sich auf 24,000 Mann. (K. Z.)

Frankreich.

* Paris, 8. April. Man spricht hier von einer russischen Aktiengesellschaft zur Gründung einer Dampfschiffahrt (von 30 Dampfern) auf der Donau!!

General Regnault de St. Jean d'Angely ist zum Oberbefehlshaber der kaiserlichen Garde ernannt worden.

Spanien.

Madrid, 8. April. In Valencia brachen vorgestern unter dem Vorwande der Konskription Unruhen aus. Die Ruhe wurde in kurzer Zeit wieder hergestellt. Die Regierung hat Befehl ertheilt, jene Provinz in Belagerungszustand zu erklären.

† Madrid, 3. April. Der „Espana" wird aus Saragossa geschrieben, daß man dort für die Ruhe fürchtete und sich sogar eine Kommission zum General-Kommandanten begeben habe, um ihm zu erklären, daß, wenn die Steuern wieder eingeführt werden, man für nichts gutstehen könne.

„El Diario Espanol" erzählt, daß in Lorca, in Folge einer von dem Ayuntamiento auferlegten willkürlichen Steuer zur Deckung des Defizits im Munizipal-Budget, ernste Unruhen ausgebrochen seyen. Der Ruf der Aufrührer war: „Es lebe Espartero! Tod den Gemäßigten!"

Italien.

Nach Briefen aus Neapel findet ein Ball des französischen Gesandten am 14. April statt. Der König wird dieses Fest mit seiner Gegenwart beehren, nachdem er sich vorher geweigert hat, dem Balle des englischen Gesandten beizuwohnen. Herr Brenier ist, wie obige Briefe melden, sehr stolz auf das, was er seinen diplomatischen Sieg nennt. — Ein Schreiben des „Constitutionnel" aus Genua vom 4. April meldet: „Piemont, welches Ansprüche auf das Herzogthum Parma hat, für den Fall, daß der regierende Herzog ohne Leibeserben stirbt, sieht nicht ohne einige Unzufriedenheit, daß die Oesterreicher seit dem Belagerungszustande das Oberkommando führen. Der General Crenneville hat sich im Namen des Kaisers von Oesterreich installirt. Er läßt Verhaftungen in großartigem Maßstabe vornehmen und diejenigen, welche er aburtheilen lassen will, nach den Gefängnissen von Mantua bringen, um sie vor ein Kriegsgericht zu stellen." (Die Sprache der französischen Blätter läßt, wenn auch noch sehr verhüllt, das Erkalten der Freundschaft zwischen Frankreich und Oesterreich merken. So nehmen sie, wie die französische Regierung für die Ansprüche Sardiniens Partei; so führen sie allerlei Seitenhiebe gegen das Benehmen der österr. Bevollmächtigten auf dem Pariser Kongreß, nennen es zweideutig ꝛc.)

Rußland und Polen.

Aus Petersburg wird berichtet, daß man endlich das Isolirungssystem aufgeben wolle; es soll in Zukunft dem russischen Adel erlaubt seyn, seine Söhne an auswärtige Universitäten zu schicken, desgleichen können russische Unterthanen, ob Künstler, Private oder Handwerker, gegen eine Taxe von 20—30 Rubeln (?) sich Pässe zur Reise durch ganz Europa lösen.. Bekanntlich waren in früherer Zeit solche Reisen der enormen Taxen wegen nur sehr reichen Leuten möglich. (A. Pstz.)

Ein in diesen Tagen von der „Sen. Z." veröffentlichter Ukas enthält wichtige Bestimmungen über die muhamedanische Geistlichkeit beim sibirischen Kosakenkorps. Dieser Ukas ordnet nämlich an, daß in dem sibirischen Linien Kosaken-Heere und im Tobolzker Kosakenregiment zu Pferde, die in ihrem Complex Mahomedaner vom Kosakenstande zählen, hinsichtlich der Zahl der Moscheen entsprechend der Bevölkerung, und hinsichtlich der Zahl der Geistlichen bei den Moscheen nach den allgemeinen Regeln verfahren werde, so daß den Heeresbehörden zur Pflicht gemacht wird, darauf zu wachen, daß die Zahl der Geistlichkeit bei den Moscheen die gesetzliche nicht übersteige; daß überflüssige Moscheen, wo solche vorhanden, geschlossen werden, wiewohl nicht auf einmal, sondern wenn sie baufällig geworden, und daß wenig bevölkerte mohamedanische Flecken und die mohamedanischen Sprengel überhaupt in Einen Sprengel zusammengezogen werden, wenn nicht die zu große Entfernung Schwierigkeiten macht. (H. N.)

Amerika.

Im Repräsentanten-Hause zu Washington ist die Debatte über die Wahlen zu Kansas, welche zehn Tage in Anspruch genommen hatte, zum Schlusse gediehen. Ein aus drei Personen bestehender Ausschuß soll sich in jenen Staat begeben und untersuchen, wie es bei den Wahlen hergegangen ist.

Dem Vernehmen nach beabsichtigen die Mormonen am Salzsee, nächstens vom Kongresse die Aufnahme ihres Gebietes als selbständigen Staates in die Union zu verlangen.

Asien.

Nach Berichten aus Tiflis vom 7. März haben sich die Perser der Insel Karat im persischen Meerbusen bemächtigt.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

London, 8. April. Die heutige „Times" enthält eine Analyse der die Angelegenheiten Italiens betreffenden Denkschrift des Grafen Cavour. Sardinien, heißt es darin, habe sich auf Seiten der Freiheit gestellt, und es gezieme den Westmächten, die Bestrebungen für die italienische Unabhängigkeit zu begünstigen. Die Denkschrift verlangt, daß dem Papste seine weltliche Macht entzogen werde und daß sich seine Thätigkeit in Zukunft nur auf die kirchlichen Angelegenheiten beschränken solle. Ein Einschreiten der Verbündeten in Neapel zur Herstellung von Bürgschaften für eine gerechte Verwaltung wird als nöthig geschildert; auch der in der Lombardei herrschenden Mißstimmung wird Erwähnung gethan. Die von den Oesterreichern gewährte Amnestie erklärt die Denkschrift für unbefriedigend und dringt auf die Gründung eines italienischen Zollvereins. (T.D.d.K.Z.)

London, 8. April. Die heutige „Morning Post" erklärt die Angabe des Turiner Blattes „L'Opinione", daß Rußland sowie die Türkei dem Friedens-Vertrage zufolge hinfort im schwarzen Meere nicht über 10 Kriegsschiffe halten dürfe, für richtig. Der Türkei, fügt sie hinzu, werde es frei stehen, eine große Flotte im Marmora-Meere, bei Konstantinopel und im Mittelmeere zu unterhalten. Die Anwesenheit englischer Konsuln in den russischen Häfen sey garantirt. Lord Clarendon werde vor Ablauf von zehn Tagen nach England zurückkehren. Jede auf dem Kongresse vertretene Macht werde, nachdem die Haupt-Bevollmächtigten Paris verlassen, in der französischen Hauptstadt durch ihren zweiten Bevollmächtigten vertreten werden. (T. D. d. K. Z.)

Welche Fragen diese Kommission in ihre Berathung ziehen wird, sagt ein Pariser Korrespondent der „Frankf. Postz.", darüber konnte ich noch nichts Positives erfahren; doch läßt sich annehmen, daß sie sich mit verschiedenen internationalen Fragen von allgemeinem Interesse und mit der Lage einiger Länder, in welchen man eine beständige Unzufriedenheit und Gährung gewahrt, befassen und auf diese Weise den Weg zur Wiedereröffnung des großen Kongresses in Paris anbahnen wird.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 31. März. Von Paris ist der Befehl hier eingetroffen, das russische Gesandtschaftshotel,

welches in ein französisches Hospital umgewandelt worden war, unverzüglich zu räumen. (Fr. Pstz.)

Aus Rußland.

Petersburg, 7. April. Nach der Auswechselung der Ratifikationen des Friedensvertrages werden sämmtliche in Beschlag genommene Schiffe freigegeben. (T.D.d.Fr.J.)

Dem General **Totleben** wurde für die durch Wort und That bei der Vertheidigung Sebastopols erweiterte Ingenieur Wissenschaft eine eigens dafür geprägte goldene Denkmünze verliehen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 9. April. Oesterr. Kreditaktien wurden bei lebhaftem Umsatz bedeutend höher bezahlt, alte und neue österr. Bankaktien waren dagegen durch Verkäufe gedrückt. Von Eisenbahnaktien Florenz-Livorno gestiegen.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1336 P. 1331 G. Neue Bankaktien 456 P. 454 G. Credit-Actien à 5pCt. 199 P. 197 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 86¾ P. 86½ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 92¼ P. 91¾ G. Metall. alte à 5pCt. 85⅝ P. 85⅛ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 91¼ P. 91 G.; à 4½pCt. 77⅝ P. 77⅛ G.; à 4pCt. 69½ P. 69 G.; à 3pCt. 53 P. 52½ G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 — — P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108¾ P. 108½ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 306½ P. 301½ G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87¼ P. 86¾ G.; 4pCt. — P. 94¾ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 162½ P. 162 G. Neustadt-Weissenb. 115¾ P. 115¼ G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89⅛ P. 88⅝ G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 44¼ P. 43¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81¾ P. 81¼ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41⅝ P. 41⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64 P. 63½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92 P. 91½ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112¼ G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 350 P. 348 G.; junge 304 P. 300 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 103¼ P. 102¾ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47½ P. 47 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89¾ G., Loose à fl. 25 31¼ P. 31 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92⅞ P. 92⅜ G.; Bankaktien 121⅛ P. 120⅞ G.; Taunus-Aktien 340 P. 338 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83½ P. 83 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87 P. 86½ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅝ P. 40⅛ G.; 1pCt. neue 25 5/16 P. 25 3/16 G. **Holland.** Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅝ P. 100⅛ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120⅜ P. 120⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120½ P. 119⅞ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101⅜ P. 101⅛ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105½ P. 105¼ G.	do. 3 Monat mit 3% — P. — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¾ P. 105¼ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94¾ P. 94½ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 97⅛ P. 96⅞ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅝ P. 94¾ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89⅛ P. 88⅞ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 118½ P. 118¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105½ P. 105¼ G.	Wien 3 M. mit 4% 118 P. 117¾ G.

Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 8. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 87⅓; 5pCt. Metall. 86⅔; 4½pCt. 77¾; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 135¾; von 1854 110; Bankaktien 1136; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen 92; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 329½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 640; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2975. Wechselkurse: Augsburg uso 101; London 10. 2½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Wien, 6. April. In der leidigen **Bacherl-Fechter** Geschichte sind hier ein paar neue Skandale zur Kenntniß des Publikums gekommen. Man weiß jetzt nämlich, daß das Manuskript des Fechters von Wien aus bereits im Juli 1854, mehr als vier Wochen früher, bevor Bacherl seine Dichtungen nach Wien sendete, nach München an die Intendanz des dortigen Theaters geschickt und angekommen war, — noch mehr: die Intendanz des Münchener Theaters wußte damals bereits aus authentischer Quelle, daß der Verfasser des „Fechters" Halm sey. (Augsb. Postz.)

Der Bruder des am 17. Februar in Paris gestorbenen **Heinrich Heine**, Gustav Heine in Wien, theilt in der „Oesterr. Z." Folgendes aus dem Testament desselben wörtlich mit: „§. 5. Ich verbiete, meinen Körper nach meinem Tode einer Autopsie zu unterwerfen, und da meine Krankheit oft einem starrsüchtigen Zustande ähnlich ist, so soll man mir eine Ader vor der Beerdigung öffnen. §. 6. Wenn ich in Paris sterbe und nicht zu weit von Montmartre wohne, wünsche ich dort begraben zu werden, da ich eine Vorliebe zu dem Stadtviertel habe, wo ich lange Jahre wohnte. §. 7. Ich wünsche, daß mein Leichenzug so einfach wie möglich sey und daß die Kosten meiner Beerdigung nicht die eines einfachen Bürgers übersteigen; obwohl ich zur lutherischen Religion gehöre, wünsche ich nicht, daß der Geistliche dieser Religion meiner Leiche folgt, auch verzichte ich auf jede andere heilige Handlung, um mein Leichenbegängniß zu feiern. Dieser Wunsch ist nicht der schwache Wille eines Freigeistes; seit vier Jahren habe ich allen philosophischen Stolz abgelegt und bin ich wieder zur religiösen Idee übergegangen. Ich sterbe, glaubend an Einen und ewigen Gott, Erschaffer der Welt, dessen Barmherzigkeit ich anrufe für meine unsterbliche Seele. Ich bedauere, in meinen Werken von heiligen Dingen oft respektlos gesprochen zu haben; aber ich wurde hierbei weit mehr von dem Zeitgeiste fortgerissen als durch den eigenen Trieb. Wenn ich ohne mein Wissen die guten Sitten und die Moral beleidigt habe, welche die wahre Kraft alles Glaubens sind, mein Gott, so bitte ich dich und die Menschen um Verzeihung! Ich verbitte, daß eine Rede, sey es deutsch oder französisch, an meinem Grabe gehalten werde. Gleichzeitig erkläre ich, daß ich nicht wünsche, daß meine Asche nach Deutschland gebracht werde. Die große Aufgabe meines Lebens war der Versuch, ein herzliches Verhältniß zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen." (D. A. Z.)

Philadelphia, 18. März. Zu Boston ist am 1. März unter großer Feierlichkeit die in München gegossene Bildsäule Ludwig von **Beethovens** enthüllt worden. Dieser fremdem Genius gezollte Tribut ist um so mehr anerkennungswerth, als Boston die Metropole des Puritanismus und Nativismus ist. — P. T. **Barnum**, vor wenigen Monaten noch der beneidete Millionär, der durch die Jenny Lind allein über eine Viertelsmillion Dollars gewonnen, hat dieser Tage den Manifestationseid abgelegt. Sein ganzes Vermögen besteht, wie er angibt, in 31,000 Krystallpalastaktien. Wie viel er, nach hiesigem Gebrauch, auf die Seite geschafft oder überschrieben hat, wird er wohl nicht angegeben haben. (Schw. M.)

Es ist wohl Jedermann sattsam bekannt, wie unsere Handelsblätter sich beeilen, so oft ein Schiff aus **Australien** in Europa eintrifft, uns die Quantität Gold, die es mitgebracht hat, anzugeben. Insgemein aber sagen sie uns nicht, zu welchen fabelhaften Preisen die verschiedenen Bedürfnisse des menschlichen Lebens dort verkauft werden. Ueber diesen Punkt gibt nun eine Sammlung von Briefen, welche der Engländer Howitt unter dem Titel: „Two years in Victoria", herausgegeben hat, interessante Aufschlüsse. Ein Pächter, der mit den Produkten seines Pachtgutes reich werden will, kann sich schon mit dem bloßen Gemüshandel ein enormes Vermögen erwerben. Als Beispiel hierfür führt Howitt einen Pächter an, der die Goldgräber mit Karren voll Kohl aufsucht und an dem Vorderrande desselben einen Stock mit einem **Kohlhaupte** aufgepflanzt hat, um so die Gattung der Waare, die er zum Verkaufe bringt, anzugeben. An Ort und Stelle angelangt, verkauft er sein Gemüse nicht unter 3½ Shill. (etwa 2 fl.) das Stück. Dieser Pächter verschafft sich bloß mit seinem Kohle ein jährliches Einkommen von 1200 L. St. oder beinahe 13,800 Gulden. Auf den Straßen in der Nähe der Stadt findet man sehr große Blöcke Werkholz oder auch Bäume, die wahrscheinlich ausgerodet oder auch, weil sie alt und hohl geworden, vom Winde umgeworfen wurden. Gewöhnlich verbrennt man sie, um den Weg zu säubern. Will man sie aber in die Stadt bringen lassen, so fordern die Fuhrleute zwei bis drei Pfd. Sterl. per Fuhre. Die Gewerbsleute in Australien bestimmen die Preise ganz nach ihrer Willkühr und man fleht sich, wenn man anders etwas haben will, gezwungen, das Geforderte zu geben. Es gibt Orte, wo der Landbesitzer mittelst seines Fuhrwerks ohne andere Arbeit als den Transport des auf den Fahrwegen liegenden Holzes 18 Pfd. Sterl. per Woche oder nahe an 1000 Pfd. Sterl. per Jahr verdienen kann. (Deutschl.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 101.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 11. April 1856

Der Gesetz-Entwurf über Revision des Jagdgesetzes vom 30. März 1850.

IV.

Bei Ausübung der Jagd fordert der Entwurf (Art. 8) die Einhaltung der polizeilichen Anordnungen über den Anfang und Schluß der Jagdzeit, sodann der Verbote gewisser unwaidmännischer Arten der Jagdausübung (Schlingenstellen, Eierausnehmen, Gebrauch sog. Bracken zum Fangen oder Jagen des Wildes 2c.), des Feilbietens oder Verkaufs von Wildpret während der Setz- und Hegezeit, sowie anderer zur Handhabung der Aufsicht auf die Jagd erlassener polizeilicher Vorschriften. Der Anfang der Jagd wird in jedem Regierungsbezirke alljährlich durch Anordnung der Kreisregierung, Kammer des Innern, durch Bekanntmachung im Amtsblatte besonders bestimmt. Ergibt sich, abgesehen von dem Fall einer übermäßigen Wildhege, etwa durch den unerwarteten Eintritt von Natur- und Elementarereignissen, also ohne Zuthun des Jagdinhabers, in einem Jagdbezirke eine schädliche Ansammlung von Wild, so ist die Distriktspolizeibehörde *befugt*, den zur Jagdausübung berechtigten Grundeigenthümer oder Jagdpächter, unbeschadet der gegen ihn begründeten Ansprüche auf Schadenersatz, auf Antrag der *Betheiligten* oder auch von Amtswegen zur Verminderung oder *Vertreibung* des Wildes unverzüglich anzuhalten.

Art. 9 bestimmt, daß $\frac{2}{3}$ der Jagdkartengelder in die Kasse jener Distrikts-Armenpflege (nicht mehr der Gemeinde-Armenpflege) fließen sollen, in deren Bezirk der die Jagdkarte Lösende wohnt. Die Regierung führt als Grund hiefür an, daß die Ueberweisung der zwei Drittheile der Gebühren für die Jagdkarte an die Lokal-Armenkasse bisher für die Gemeinden vielfach der Bestimmungsgrund gewesen sey, die Jagdbezirke durch Unterabtheilungen und die Zahl der Jagdpächter zu vervielfältigen und Letztere aus ihrer Mitte zu suchen, und bei diesem Verfahren nicht nur die Jagd und die öffentliche Ordnung *gelitten*, sondern auch einheimische, nicht immer wohlgeeignete Jagdpächter vor auswärts wohnenden, vollkommen befähigten Personen den Vorzug gewonnen hätten.

Art. 10 fügt denjenigen Personen, die nach dem Gesetz von 1850 keine Jagdkarten erhalten dürfen, noch jene bei, die wegen ausgezeichneten Rückfalls oder Gewohnheitsfrevels nach Art. 100—104 des Forstgesetzes vom 28. März 1852 verurtheilt worden sind; Art. 11 jenen Personen, welchen Jagdkarten verweigert werden können, diejenigen, welche unter die Wirksamkeit des Art. 56 der Verordnung vom 17. Nov. 1816, das Armenwesen betreffend, fallen.*) Nach Art. 12 ist die Distriktspolizeibehörde berechtigt und beziehungsweise verpflichtet, die ausgestellte Jagdkarte einzuziehen, wenn nach der Ausstellung in der Person des Inhabers einer der in den Art. 10 und 11 des Entwurfs angeführten Gründe eintritt, oder erst bekannt wird.

Nach Art. 13 endlich lösen sich Jagdpachtverträge, welche den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes widerstreiten, sowie die etwa bestehenden Selbstverwaltungen der Jagd Namens der Gemeinde durch Gemeindemitglieder mit dem 30. Sept. des l. Js. ohne gegenseitige Entschädigung der Jagdpächter und Jagdbesitzer auf. Außerdem bleibt den Gemeinden, sowie den Jagdpächtern unbenommen, die bestehenden Jagdpachtverträge für den nämlichen Zeitpunkt zu kündigen. In diesem Falle muß jedoch mindestens zwei Monate vorher die Aufkündigung angemeldet werden.

*) Art. 56 cit. lautet: Ganz besonders sollen sich die Armenpflegen, zumal auf dem Lande, angelegen seyn lassen, Familienväter, die durch unverschuldete Umstände in Gefahr häuslichen Umsturzes kommen, durch Rath und That beizustehen, und zur Rettung Wege zu öffnen. Nicht minder sollen die Armenpflegen auf Hausväter, die durch auffallend und offenkundig ausschweifendes Benehmen ihre und der Ihrigen Armuth herbei zu führen drohen, aufmerksam seyn und dem Verfall durch geeignete Erinnerungen unter Beihülfe der nächsten Anverwandten so viel wie möglich entgegen wirken.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 9 April. (Privat-Korresp.) Nach nunmehr erlangter Genehmigung zur Realisirung eines Theiles des Anlehens zum Bau der München-Salzburger Bahn wird nun in den nächsten Tagen die betr. Bekanntmachung erscheinen. Dem Vernehmen nach wird bei Zeichnungen unter 10,000 fl. zum $4\frac{1}{2}$ verzinslichen Anlehen eine Zinsvergütung von 45 kr. und über jene Summe von 1 fl. per Hundert als Provision gestattet. Die Arrosirung soll der Art wieder gestattet werden, daß man für 100 fl. baar eine 4pCt. Obligation und eine $3\frac{1}{2}$ pCt. auf 4 pCt. arrosirt erhält.

Ein im vorigen Herbst der 2. Kammer von dem Abg. Dr. Simmerl eingereichter Gesetzvorschlag betrifft im Interesse des landwirthschaftlichen Kredits und des Verkehrs „die Abänderung der Art. 6 und 8 des Gesetzes vom 1. Juli 1834, die Errichtung der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank betr.“, und lautet: Art. 1. Die Bank hat wenigstens 24 Mill. zu Anlehen in baarem Geld auf Grund und Boden im Königreiche zu verwenden. Das Maximum der Zinsen bei diesen Anlehen ist vier vom Hundert. Die Bank ist verbunden, auf Verlangen Annuitäten im Verhältniß dieses Zinses zu bewilligen. Der Bank liegt ferner ob, nach Erschöpfung der obigen Summe von 24 Mill. den Hypothekarkredit noch weiter vermittelst des Pfandbriefsystems zu unterstützen und eine weitere Summe von wenigstens 16 Mill. in von der Bank garantirten Pfandbriefen auf Grund und Boden im Königreiche auszuleihen, wobei es dem Einvernehmen der kgl. Staatsregierung mit der Bank vorbehalten bleibt, die näheren Bestimmungen über Zinsfuß, Tilgungsfonds, Regiekosten 2c. des Pfandbriefsystems im Wege eines besonderen Reglements zu erlassen. Die Nachahmung oder Veränderung der Pfandbriefe der Bank wird wie die der Banknoten bestraft. Art. 2. Die Bank ist ermächtiget, mit ihren für das Hypothekargeschäft nicht in Anspruch genommenen Mitteln andere Bank- und Wechselgeschäfte zu machen und hat hierbei vorzüglich die gewerbtreibende Klasse zu unterstützen. Dagegen sind ihr Geschäfte ins ausländischen Staatspapieren, sowohl per Kassa als auf Lieferung wie auf Depot untersagt. Auch bleiben ihr alle Kommissionsgeschäfte untersagt mit Ausnahme der Eröffnung mit Conto corrents für Gutsbesitzer und Gewerbtreibende, worüber jedoch feste Vorschriften in ihre Statuten aufzunehmen sind. Die Bank kann Leibrenten-Verträge schließen und eine Lebensversicherungsanstalt errichten. Art. 3. In Folge der der Bank eingeräumten Befugnisse und Verbindlichkeiten wird derselben die Emittirung von unverzinslichen Banknoten bewilliget. Die Summe dieser Banknoten darf jedoch nie den Betrag von vier Fünftel des Bankfonds, im höchsten Falle nie die Summe von 16 Millionen überschreiten und muß jedenfalls für Dreiviertel der Emission mit dem doppelten der von ihr auf Grund und Boden anliegenden Hypotheken, für das weitere Viertel aber wenigstens mit einem gleichen, stets in Baar vorhandenen Geldvorrathe der Bankkasse gedeckt seyn. Die Bank ist verpflichtet, Banknoten zum Betrage von 3 Mill. in dem Thalersystem angepaßten Appoints, jedoch nicht unter 10 Thlrn., und den weitern Betrag der Noten nicht unter 10 fl. zu emittiren und ihre Noten sogleich bei ihren Kassen einzulösen. Art. 4 Durch gegenwärtiges Gesetz werden die Art. 6 und 8 des Gesetzes vom 1. Juli 1834, die Errichtung einer bayerischen Hypotheken- und Wechselbank betreffend, und Art. 1 des Gesetzes vom 1. April 1840, die Abänderung der §§. 7, 8 und 10 des Gesetzes vom 1. Juli 1834 betr., aufgehoben.

In Betreff dieses Antrags, wie der in der Hauptsache dasselbe Ziel anstrebenden Anträge: 1) des Abg. Dr. Völk auf

Erwirkung eines Gesetzes, wodurch der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank gegen Ausgabe eines weiteren Betrages von Banknoten die Verpflichtung zur Ausgleichung weiterer Darlehen auf Annuitäten zu 4pCt. auferlegt würde; 2) des Abg. Frhrn. v. Closen, die Errichtung einer Kreditanstalt für Landeigenthümer betr., hat der 2. Ausschuß der 2. Kammer beschlossen, es sey an Se. Maj. den König die Bitte zu richten: „Allerhöchstdieselben wollen geruhen, den Kammern, wo möglich noch im Laufe des gegenwärtigen Landtages, einen Gesetzesvorschlag vorlegen zu lassen, wodurch unter Abänderung der einschlägigen Bestimmungen des Bankgesetzes vom 1. Juli 1834 der bayer. Hypotheken- und Wechselbank die Ermächtigung ertheilt werde, Banknoten im bestimmten weiteren Betrage über die bereits zugestandenen 8 Millionen und bei hinreichend festzustellender Deckung auszugeben, wogegen die Bank die Verpflichtung zu übernehmen hätte, einen weiteren bestimmten Betrag unter den bisherigen Verzinsungs- und Rückzahlungsmodalitäten auf Hypotheken im Inlande auszuleihen und diesen Bestand im vollen Betrage zu erhalten; sodann nach Erschöpfung dieser Summe den Realkredit noch weiters vermittels Ausgabe von Pfandbriefen zu unterstützen."

München, 10. April. Se. Maj. der König haben die an der polytechnischen Schule zu Nürnberg erledigte Professur für Baukunde und architektonisches Zeichnen dem bisherigen Verweser dieser Lehrstelle, Zivilarchitekten Joh. Chr. Röhrer zu Nürnberg, provis. verliehen; den Registrator am Wechsel- und Merkantilgerichte München, Fr. X. Angerer, unter gleichzeitiger Enthebung desselben von der ihm übertragenen Verwaltung der Kriminalregistratur des Kreis- und Stadtgerichts München l/J., auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt, zum Registrator des Wechsel- und Merkantilgerichts München den Kanzlisten des Appellationsgerichts der Oberpfalz und von Regensburg, J. A. Backof, und auf dessen Stelle den Schreiber des Kreis und Stadtgerichts München r/J, Max Mähler, befördert, endlich des Letztern Stelle provisorisch dem Kreis- und Stadtgerichts-Offizianten Adam Berstl in Regensburg verliehen. (N. M. Z.)

** München, 9 April. (Privat - Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hielt heute eine kurze Sitzung, in welcher der Gesetzentwurf bez. der „Personalsteuer" seine Erledigung fand. Der Ausschuß beantragte: „nachdem nunmehr in allen übrigen Punkten Gesammtbeschluß bestünde, dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten über die Reklamationen um so mehr zuzustimmen, als in dem jenseitigen Beschlusse, den Steuerausschuß für die Reklamationsinstanz mit 4 statt mit 2 Mitgliedern zu verstärken, eine einigermassen vermehrte Garantie für die Steuerpflichtigen erblickt werden könnte." Nach einigen Bemerkungen des Hrn. Grafen K Seinsheim und des k. Finanzministers wurde diesem Antrage des Ausschusses beigestimmt, so daß nunmehr über den ganzen Gesetzentwurf Gesammtbeschluß erzielt ist.

München, 9. April. Wie es heißt, würden Ihre Maj. die Kaiserin Mutter von Oesterreich im kommenden Monat hier eintreffen und sich dann im Juni mit dem königl. Bruder, Se. Maj. König Ludwig, nach der königlichen Villa bei Edenkoben begeben. (A. Abdz.)

München. Der Kaiser Louis Napoleon hat vor wenigen Tagen dem durch mehrfache Compositionen bekannten Obermusikmeister Streck die große goldene Medaille mit dem Brustbilde des Kaisers nebst einem sehr schmeichelhaften Schreiben durch die hiesige französische Gesandtschaft zustellen lassen. Streck hat nämlich sein neuestes Werk für Militärmusik: Großer Marsch der von I. M. der Königin Hortense komponirten Nationalhymne „Partant pour la Syrie", dem Kaiser der Franzosen gewidmet, wofür ihm L. Napoleon als Zeichen allerhöchstseiner Anerkennung obige Auszeichnung zukommen ließ. Bei der großen Revue, welche am 1. April zur Feier des Friedensschlusses bei Paris stattfand, mußte das Werk unseres bayerischen Musikmeisters auf ausdrücklichen Befehl L. Napoleons gespielt werden. (A. Pstz.)

München, 10. April. Gestern hat eine Sitzung des Staatsrathes stattgefunden, in welcher dem Vernehmen nach der Entwurf einer neuen Mühlordnung berathen wurde. Damit wäre dann der Antrag des Stadtmagistrats Nürnberg auf Erlaß eines allgemeinen Mühlgesetzes und Umwandlung der Naturalmitze des Müllers in Geld erledigt, bevor derselbe in der Abgeordnetenkammer zur Berathung kommt.

** München, 10. April. (Privat - Korrespondenz.) **56. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die königl. Staatsminister Dr. Ringelmann, Frhr. v. d. Pforten und Dr. Aschenbrenner.

Die Kammer schritt heute zur Berathung des Antrags des Abg. Dr. Barth auf authentische Interpretation des § 19, Abs. 2 der Prioritäts-Ordnung (Wir haben den Antrag des Dr. Barth, sowie den des Ausschusses vor einigen Tagen mitgetheilt).

Nach einigen Bemerkungen des Referenten Abg. Dr. Völk und des Antragstellers über die Nothwendigkeit, diesen Gegenstand, über welchen die verschiedensten Ansichten an den Gerichten herrschen, auf legislativem Wege zu ordnen, erklärt sich der k. Staatsminister der Justiz mit dem Ausschuß-Antrag einverstanden, worauf derselbe auch sofort angenommen wurde, d. h. es soll Se. Majestät gebeten werden, den §. 19 der Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822 und die damit zusammenhängenden Materien des Hypothekengesetzes und der Prioritätsordnung einer Revision unterstellen und einen dieselbe bezweckenden Gesetzentwurf den Kammern baldthunlichst vorlegen zu lassen.

Weiter kam dann zur Berathung die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über die Nachweisungen bezüglich der Schuldentilgungs-Verwaltung pro 1852/53. Diese Kammer hatte der Anerkennung der Nachweisungen folgende Anträge bez. der Staatsschuld beigefügt; „Die k. Staatsregierung sey zu ersuchen: es möge ein neues Gesetz über die Staatsschuldentilgung erlassen werden, worin 1) für die ältere Staatsschuld unter Berücksichtigung der wohlerworbenen Rechte der Staatsgläubiger (insbesondere auf Heimzahlung) eine bleibende und gesicherte Dotation festgesetzt werde; 2) eine bestimmte Summe als Minimum der jährlichen Verloosung; 3) die bisherige Füreinanderbringung des Aktivum der Staatsschuldentilgungs-Anstalt und des Passivum der Pensions-Amortisationskasse gegenseitig aufzuhören hätte; worin endlich 4) der Malzaufschlag mit Bezugnahme auf den ad 1 gestellten Antrag der Staatsschuld in bestimmter Größe versichert werde."

Der Ausschuß ist im Allgemeinen diesen Anträgen nicht entgegen, allein er glaubt, daß deren materielle Würdigung besser bei der Budgetberathung stattfinden könne, und beantragt deßhalb, auf diese Anträge jetzt nicht einzugehen. Nachdem der Referent v. Pfetten bemerkt hatte, daß in seinem betreffenden Budget-Referat diese Anträge bereits gewürdigt seyen, und die Regierung erklärt habe, auf dieselben eingehen zu wollen, wird dem Antrage des Ausschusses beigestimmt.

Es kommen dann die Anträge bezüglich der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank zur Berathung. (Diese Anträge, sowie den Ausschußantrag s. oben.) Nachdem Referent Abg. v. Pfetten den Antrag des Ausschusses in Kürze erörtert und denselben zur Annahme empfohlen hatte, erklärte sich Abg. v Closen mit dem Antrage des Ausschusses einverstanden, da durch denselben sein Antrag im Wesentlichen angenommen worden sey; denn der Ausschuß beantrage, daß des weiteren der Realkredit vermittelst Ausgabe von Pfandbriefen unterstützt werden solle. Redner erörterte dann den Nutzen eines Pfandbrief-Instituts.

In umfassender Rede sprach hierauf Abg. Dr. Stauber gegen den Antrag; ausführlicher Bericht über dessen Rede und die nachfolgende Debatte folgt. — Bei Postschluß war die Debatte noch nicht beendet. Gegen den Antrag haben außer Stauber noch gesprochen Wallerstein und Arnheim, für denselben Dr. Völk.

Hannover. Aurich, 8. April. In der Planckenschen Untersuchungssache wegen Amtsehrenbeleidigung sind in erster Instanz die Beschuldigten Planck zu 2 Monaten, Bauermeister, Köhl und Grimpe zu drei Wochen Staatsgefängniß verurtheilt und Gariß freigesprochen worden. (H. N.)

Baden Freiburg, 7. April. Heute wurde vom großherzogl. Hofgericht dahier der Prozeß zwischen dem hiesigen Kanzleidirektor Binkert und dem erzbischöflichen Ordinariat entschieden, und zwar zu Gunsten des Erstern. Die Sache ist kurz folgende: Kanzleidirektor Binkert, der von dem erzbischöflichen Ordinariat ohne alles Urtheil mit dem Bemerken entlassen worden war, daß diese Entlassungsbefugniß lediglich dem Ordinariat zustehe und die weltlichen Gerichte nicht berühre, klagte zur Aufrechthaltung seiner Rechte bei dem großh. Stadtamte hier, das sein Urtheil dahin gab: die von dem beklagten erzbischöfl. Ordinariat vorgeschützte Einrede der Inkompetenz der Gerichte sey als unbegründet zu verwerfen, und der Beklagte habe sich unter Verfällung in die Kosten einzulassen. Dieses Urtheil adoptirte nun das großh. Hofgericht des Oberrheinkreises in der heutigen Sitzung. (A. Z.)

Lippe. Unsere Regierung hat durch einen Erlaß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Heilighaltung der Sonn- und Festtage auf's Neue einschärfen lassen. Diese Bestimmungen verbieten alle körperlichen Berufsarbeiten und Handthierungen zur Zeit des Gottesdienstes, diejenigen aber auch vor und nach demselben, die öffentlich außer den Wohnungen, oder mit Klopfen und Hämmern oder sonst mit Geräusch

in den Werkstätten und Häusern geschehen, bei 5 Goldgulden Strafe 2c. (Fr. J.)

Dänemark.

X Berlin, 9. April. (Privat - Korrespondenz) Die Hoffnungen, daß sich die streitigen Angelegenheiten wegen Beseitigung des Sundzolls in gütlicher Weise werden beilegen lassen, haben in der letzten Zeit eben nicht zugenommen, und wird die Befürchtung immer lauter, daß die Verhandlungen in Kopenhagen keinen Erfolg haben werden.

Kopenhagen, 9. April. Das englische Kabinet hat die von Dänemark vorgeschlagene Kapitalisirung des Sundzolls abgelehnt, aber sich zur Erwägung neuer Vorschläge bereit erklärt. Die Aufstellung derselben ist noch nicht erfolgt. (T. D. d. A. Z.)

Großbritannien.

⊙ Berlin, 9. April. (Privat - Korrespondenz.) Nachrichten aus London zufolge hat die englische Regierung eine Verfügung erlassen, nach welcher das Verbot der Ausfuhr verschiedener Eisenarten wiederum aufgehoben worden ist und der Handel mit englischem Eisen ohne alle Beschränkung nach dem Auslande hin offen stehen soll.

London, 8. April. Die zur Aufsuchung des „Pacific" entsandten Schiffe „Tartar" und „Desperate" sind zurückgekehrt, ohne etwas von dem vermißten Dampfer gehört oder gesehen zu haben. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 8. April. Manche Blätter lassen sich abermals von der bevorstehenden Abreise des Prinzen Napoleon nach Algier berichten, wo er ein Vizekönigthum bekleiden würde und wohin er namentlich einen starken Zug deutscher Einwanderer zu lenken beabsichtige. Ich glaube aus guter Quelle versichern zu dürfen, daß die Nachricht vorläufig noch aller Begründung ermangelt, und daß der Gegenstand überhaupt hier in den ausschlaggebenden höheren Kreisen noch nie ernstlich verhandelt wurde. Ehe Prinz Napoleon sich entschlösse, die oberste Verwaltung Algiers zu übernehmen, müßte vorerst die ganze politische und administrative Stellung der Kolonie geändert seyn, d. h. sie müßte aufgehört haben, in Allem und Jedem dem Kriegsminister unterzustehen und ein selbstständiges, bürgerlich verwaltetes Gebiet bilden, dessen Oberhaupt mit dem Kaiser direkt verkehrte. Dahin ist es aber vorläufig noch nicht gekommen. Selbst die in einzelnen Theilen Algiers bereits organisirte Zivilverwaltung ist mehr Schein als Wirklichkeit, und die Zivilbehörden stehen unter der Botmäßigkeit des Gouverneur, der wieder nur vom Kriegsminister seine Befehle erhält. So lange diese Zustände dauern, dürfte aber, von klimatischen und andern Mißständen abgesehen, Algier auch auf die deutsche Einwanderung sehr wenig Anziehungskraft üben. (A. Z.)

Paris, 8. April. Die Aktien der Bank von Frankreich sind heute wieder bedeutend gestiegen, um 150 Fr., was seit letzten Sonntag ein Steigen von 450 Fr. ausmacht. Dieses starke Steigen ist, wie ich Ihnen bereits mitgetheilt, durch das Projekt, das Kapital der Bank von Frankreich zu verdoppeln, hervorgerufen worden. Wie in dieser Beziehung weiter verlautet, werden die neuen Aktien an die jetzigen Aktienbesitzer ausgetheilt werden. Das Kapital der Bank wird nach Ausgabe der neuen Aktien 180 Millionen betragen; die Summe der neuen Bankscheine, welche die Bank in Umlauf setzen wird, beträgt 300 Millionen. (K. Z.)

Aus Paris, 8. April, wird der „Frankf. Postz." gemeldet: „Eine gut unterrichtete Person theilte mir einiges Nähere über den letzthin zwischen dem Grafen von Paris und dem Grafen v. Chambord stattgehabten Briefwechsel mit. Der Graf von Paris schrieb an seinen „Vetter" einen Brief, worin er im Namen der jüngern Linie die Rechte des älteren Zweiges, die durch außerordentliche Ereignisse zwar für den Augenblick suspendirt, deßhalb nichtsdestoweniger immer gültig seyen, anerkennt. So lauten genau die Worte des Briefes." (In geradem Widerspruch hiemit wird von anderer Seite behauptet, die Verschmelzung der beiden Linien stoße bei der Herzogin v. Orleans und ihrem Sohne noch immer auf hartnäckigen Widerstand. Wer hat nun Recht?)

* Es soll im Plan seyn, die Türkei mit einer neuen Gabe europäischer Zivilisation zu beglücken. Eine Gesellschaft à la „Homburg-Baden-Nauheim" hat – sagt man — die Absicht, in Konstantinopel eine „(Spiel-) Bank" zu gründen. Ein Mineral- oder Seewasser-Bad wird sich — als Vorwand — schon finden lassen.

Bezüglich der gegen die Kabylen zu unternehmenden Expedition sagt die „Assemblee nationale": „Mehrmals schon wurde diese Gebirgsgruppe von den französischen Waffen angegriffen; einer dieser Angriffe wurde von Marschall Bugeaud, die anderen durch die Generale St. Arnaud und Randon geleitet; aber sie erreichten das eigentliche Ziel, welches man sich stecken sollte, nicht, nämlich: die Unterwerfung von ganz Kabylien. Es ist hier nicht von einer Besetzung dieses Gebiets die Rede, sondern von der Annahme der französischen Herrschaft durch diese Völker. Ohne die Unterwerfung Kabyliens hielt der berühmte Marschall Bugeaud unsere afrikanischen Besitzungen nicht für sicher."

Im Gegensatze zu den neulichen Gerüchten, daß unsere Armee auf dem Kriegsfuße bleiben solle, verlautet jetzt mit Bestimmtheit, daß eine Verminderung des Heeres um fast 200,000 Mann beabsichtigt werde. — In Toulon sind Befehle zur Vorbereitung der Expedition nach Madagascar eingetroffen, die jedoch nicht vor der Rückkehr unserer Orientarmee unternommen werden wird, da ein Theil derselben dabei mitwirken soll. Wie verlautet, wird die Expedition den Weg über Aegypten nehmen; auf der Insel de la Reunion (Bourbon) oder in den Häfen von Abyssinien sollen Magazine angelegt und Dampferstationen für die Verbindungen mit dem rothen Meere errichtet werden. (Fr. Pstz.)

Italien.

Rom, 1. April. Das päpstliche Fremdenbataillon, welches hier einen Theil der Garnison bildet, machte in der Osterwoche durch fünf Tage in der Kirche St. Prassede geistliche Exercitien. Die 1300 Mann sind zu zwei Dritteln Deutsche aus der Schweiz, mit manchen aus Baden, Württemberg, Bayern, Tyrol; die übrigen sind der Sprache nach Franzosen und Italiener. Deßhalb wurden auch die Predigten in diesen drei Sprachen gehalten. (A. Z.)

Rußland und Polen.

⊙ Berlin, 9. April. (Privat - Korrespondenz.) Daß in Rußland eine Reorganisation der Handelsprinzipien vorgenommen werden wird, unterliegt keinem Zweifel, und sind darüber bereits zuverlässige Angaben vorhanden. Aber jedenfalls ist es Uebertreibung, wenn in der Presse die Behauptung laut wird, Rußland habe die Absicht, die Gränzen dem Verkehre vollständig zu öffnen. Wie man hört, ist das russische Gouvernement gar nicht gewillt, sprungweise vorzugehen, sondern will mit allmähligen Uebergängen zu einer freieren Handelsrichtung schreiten. Es müssen daher alle diejenigen Aussichten und Verheißungen, welche auf eine außerordentliche Belebung des Handels mit Rußland gemacht worden sind, auf ein gewisses Maaß zurückgeführt werden, welches den kundgegebenen überaus großen Erwartungen nicht ganz entsprechen dürfte.

Nachrichten aus Petersburg zufolge hat Kaiser Alexander mittelst Gnadenbriefes dem Adel von Liefland, Kurland und Esthland dessen Rechte, Gebräuche, Stiftungen, Vorzüge, Privilegien u. s. w. für die Dauer seiner Regierung mit seinem kaiserlichen Wort gewährleistet. (T.D.d.Fr.Pstz.)

Orientalische Angelegenheiten.

Aus dem Orient.

In der Krim nichts neues von Belang, als daß durch Unvorsichtigkeit in den englischen Baracken der für diese Armee engagirten Arbeiter zwischen Kamara und Kadikoi ein Feuer entstand, das 12 dieser Baracken in Asche legte. Der Brand entstand während der Nacht, und überraschte die meisten der Barackenbewohner so, daß sie nur das nackte Leben retten konnten. Einige zwanzig derselben waren nicht so glücklich; ihre Leichname wurden am andern Tage unter den Brandruinen hervorgezogen. (A. Z.)

Paris, 9. April. Der „Moniteur" veröffentlicht eine Depesche des Marschalls Pelissier vom 25. März, welcher zufolge das französische Krimheer die Nachricht von der Geburt des kaiserlichen Prinzen mit großer Begeisterung aufgenommen hatte. Glänzende Pferderennen hatten stattgefunden. Die Verbündeten tauschten bei dieser Gelegenheit herzliche Glückwünsche aus, an welchen sich auch die Russen betheiligten. Der Gesundheits-Zustand im französischen Heere hatte sich bedeutend gebessert, und die Zahl der in die Hospitäler gebrachten Kranken hatte sich um die Hälfte vermindert. (K. Z.)

Aus Rußland.

Das bereits erwähnte Manifest des Kaisers von Rußland lautet: „Der blutige und hartnäckige Kampf, welcher Europa fast drei Jahre lang beunruhigt hat, ist zu Ende. Er war von Rußland nicht hervorgerufen (sic!), und noch vor dem Beginne desselben erklärte Unser in Gott ruhender Vater feier-

lich allen Seinen treuen Unterthanen, sowie allen fremden Mächten, daß der einzige Zweck Seiner Bestrebungen und Wünsche der sey, die Rechte Unserer Glaubensgenossen im Orient sicherzustellen und sie vor aller Unterdrückung zu bewahren. Allen eigennützigen Absichten fremd (?), konnte Er nicht erwarten, daß Seine gerechten Forderungen die Leiden des Krieges zur Folge haben würden." (Folgt ein Passus über die Erfolglosigkeit der Wiener Konferenzen, über die Opferfreudigkeit des russischen Volkes und der Tapferkeit des russischen Heeres in dem beendigten Kriege).

„Inzwischen hat die Vorsehung in ihren unergründlichen, aber stets heilsamen Rathschlüssen das Ereigniß herbeigeführt, welches sowohl Unser geliebtester Vater als auch Wir und mit Uns ganz Rußland so eifrig und einmüthig ersehnt haben, das Ereigniß, dessen Verwirklichung der ursprüngliche und hauptsächliche Zweck des Krieges gewesen war. Das künftige Loos und die Rechte aller Christen im Orient sind von nun an sicher gestellt. Der Sultan erkennt sie feierlich an, und in Folge dieses Aktes der Gerechtigkeit tritt das otomanische Reich in den allgemeinen Verband der europäischen Staaten ein."

„Russen! Eure Anstrengungen und Eure Opfer waren nicht vergeblich. Das große Werk ist vollendet, wenn auch auf anderen nicht vorhergesehenen Wegen, und Wir können jetzt mit ruhigem Gewissen diesen Opfern und Anstrengungen ein Ende machen, indem Wir Unserem geliebten Vaterlande die unschätzbaren Wohlthaten des Friedens zurückgeben. Um den Abschluß des Friedensvertrages zu beschleunigen und um auch für die Zukunft schon den bloßen Gedanken an irgend welche von Unserer Seite gehegte Absichten des Ehrgeizes und Pläne der Eroberung fern zu halten, haben Wir eingewilligt in die Feststellung einiger besonderen Vorkehrungen gegen den Zusammenstoß Unserer Kriegsschiffe mit den türkischen auf dem schwarzen Meere, sowie in die Ziehung einer neuen Demarkationslinie in dem südlichen der Donau zunächst liegenden Theile Bessarabiens. Diese Zugeständnisse sind nicht erheblich im Vergleich mit den Lasten eines verlängerten Krieges und mit den Vortheilen, welche die Herstellung der Ruhe Unserem von Gott uns anvertrauten Reiche verheißt."

„So mögen denn diese Vortheile durch Unsere und aller Unserer getreuen Unterthanen vereinte Bemühungen in vollem Maße errungen werden. Mit Hülfe der himmlischen Vorsehung, welche Rußland stets gesegnet hat, möge sein inneres Gedeihen sich befestigen und vervollkommnen; Gerechtigkeit und Milde möge in seinen Gerichten walten und überall und mit neuer Kraft möge sich das Streben nach Aufklärung und nach jeder nützlichen Thätigkeit entfalten, und jeder möge unter dem Schirme der Gesetze, die für Alle gleich und gerecht sind und Allen gleichen Schutz gewähren, in Frieden der Frucht seiner harmlosen Arbeit sich erfreuen. Endlich, und dies ist unser erster und theuerster Wunsch, möge das Licht des erlösenden Glaubens, indem es die Geister erleuchtet und die Herzen stärkt, mehr und mehr die gesellschaftliche Sittlichkeit, dieses sicherste Pfand der Ordnung und des Glückes bewahren und erhöhen."

„Gegeben in St. Petersburg, den 19. März (31. März n. St.) im Jahre der Geburt Christi tausend achthundert sechs und fünfzig, Unserer Regierung im zweiten. Alexander."

(Nat.-Ztg.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 10. April. Oesterr. Bankaktien waren heute beliebter, während Kreditaktien unter den gestrigen Kurs zurückgingen. Auch span. wurden matter. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung. — Leipziger Kreditaktien wurden zu 114½ bis 115 und Elisabethaktien zu 110¼ bis ½ in bedeutenden Posten umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1343P. 1338G. Neue Bankaktien 465 P. 463 G. Credit-Actien à 5pCt. 194 P. 192 G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 86 11/16P. 86 7/16G. 5pCt. Lombard-Ven. 92¼ P. 91¾ G. Metall. alte à 5pCt. 85½ P. 85¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 92¼P. 91¾G.; à 4½pCt. 77⅛ P. 76⅞ G.; à 4pCt. 69 P. 68½ G.; à 3pCt. 53 P. 52½ G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 — —P. — —G. à fl. 250 von 1839 — —P. 131 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108⅝ P. 108⅜ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 312 P. 310 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87¼P. 86¾G.; 4pCt. — P. 91¾ G.; 4pCt. Grundrente 91¼ P. 91¾G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 162½ P. 162 G. Neustadt-Weissenb. 115½ P. 115 G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89⅛ P. 88⅝G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 41¾ P. 43¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 85 P. 81½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41½ P. 41¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63½ P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92 P. 91½ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 112¾P. 112¼G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 350 P. 348 G.; junge 304 P. 302 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 103¼P. 102¾G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¼ P. 47 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89¾ G., Loose à fl. 25 31¼ P. 31 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾P. 92¾G.; Bankaktien 121½P. 121 G.; Taunus-Aktien 338 P. 336 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83½ P. 83 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87P. 85½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅛P. 40⅛G.; 1pCt. neue 25⅛ P. 25 G. **Holland.** Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S	100⅝P. 100⅜G.	Lond. Lst. 10 k. S.	120⅜P. 120¼G.
Augsb. fl. 100 k. S.	120⅛P 119⅞G	Mail. i. S Lr. 250 k. S	101⅜P 101⅛G
Berlin Thlr. 60 k. S.	105½P 105¼G.	do. 3 Monat mit 5%	— P — — G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅜P 105⅛G.	Paris Frs. 200 k. S	94¾P. 94½ „
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S	97⅛P 96⅞G.	Lyon Frs. 200 k. S.	94⅝P. 94⅜G.
Hamb. MB. 100 k. S	89⅛P 88⅞G.	Wien fl. 100 C. k. S.	118¼P. 118G.
Leipz. Thlr. 60 k. S.	105½P. 105¼G.	Wien 3 M. mit 4%	117¾P. 117½G.

Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 9 April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 87 1/16; 5pCt. Metall. 86¼; 4½pCt. 77⅞; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 135½; von 1854 110; Bankaktien 1129; Bank-Interimsaktien —; 5pCt lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 337½: Donau Dampfschifffahrtsaktien 644; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3000. Wechselkurse: Augsburg uso 101½; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Crefeld, 5. April. Dieser Tage fallirte ein hiesiges Haus, Fabrikgeschäft, mit einem Passiv-Status von circa 50,000 Thlrn. Dasselbe soll sehr stark in Modesachen gearbeitet und dabei bedeutende Verluste erlitten haben.

Aus Prag wird dem „Dr. J." berichtet: Nach dem Programme der hier bevorstehenden 18. Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe wird dieselbe sechs Fragen in allgemeinen Sitzungen erörtern. Von besonderer Wichtigkeit ist in national-ökonomischer Beziehung darunter folgender Punkt: Welche Ursache liegt der Theuerung landwirthschaftlicher Produkte zu Grunde? Gibt es einen Kornwucher? Erscheinen gesetzliche Vorkehrungen, als Ausfuhrverbote, Einstellung der technischen Verarbeitung landwirthschaftlicher Produkte, Magazinirung (Nothspeicher) 2c. für Zeiten der Theuerung wünschenswerth und von entsprechender Wirkung?

Seit einem halben Jahrhundert hat man nicht das Schauspiel gehabt, welches man gegenwärtig an der niederländischen Seeküste genießen kann. In Folge der anhaltenden Ost- und Nordwinde ist der Zuydersee fast ganz trocken gelegt. Zwischen Genemuiden, Blockzyl, Lemmer, Kampen und Harderwyk kann man unbenetzten Fußes über den Grund des Meeres hinschreiten. Allenthalben sieht man Dampfboote und andere Fahrzeuge auf dem Sande des Golfs liegen.

† Aus Cadix hört man, daß ein spanisches Dampfboot auf der Fahrt von Malaga nach Cadix in die Meerenge von Gibraltar durch eine englische Fregatte angesegelt wurde und sogleich sank. Nur 21 von den 100 an Bord gewesenen Passagieren konnten gerettet werden.

Das Schiff „John Rudledge", welches am 16. Januar mit 119 Passagieren an Bord die Fahrt von Liverpool nach New-York antrat, gerieth am 18. Februar unterm 45. Breitengrade ins Eis und ward durch einen Eisberg so beschädigt, daß es zu sinken begann. Die auf demselben befindlichen Menschen suchten sich in fünf Booten zu retten; einige jedoch blieben auf dem Wrack zurück und gingen mit ihm zu Grunde. Eines der Boote verlor inmitten des Schneegestöbers die Richtung, und als es am 28. Februar von dem Schiffe „Germania" entdeckt wurde, waren die dreizehn Personen, welche es an Bord gehabt hatte, eine Beute der Kälte und des Hungers geworden. (K. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 102. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die vierspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 12. April 1856

Telegraphische Depesche.*)

München, 11. April. Die Abgeordneten-Kammer hat den Antrag auf Erweiterung der bayer. Hypotheken- und Wechselbank, sowie auf Vermehrung der Banknoten derselben nach zweitägiger Debatte mit 59 gegen 58 Stimmen verworfen.

*) Gestern Nachmittag bereits einem Theil unserer Leser durch eine Extrabeilage mitgetheilt.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 9. April. In der Bundestagssitzung vom 3. d. wurde von den betreffenden Ausschüssen Bericht über zwei der von Bayern in der 8. diesjährigen Sitzung eingebrachten Vorschläge wegen verschiedener gemeinnütziger Anordnungen erstattet.

Was zunächst die Organisation der Auswanderung anlangt, so wurde, in Anerkennung der Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit dieses Vorschlages, hervorgehoben, daß hiedurch in gleichem Maße das Interesse des Mutterlandes, als das der Auswanderer gewahrt und gefördert werden solle; Ersteres durch Erhaltung der Nationalität und ihrer Verbindung mit Deutschland, – Letzteres, indem die Auswanderung in günstige Gegenden geleitet und auch dort den Auswanderern noch Fürsorge zugewendet werde; — zunächst aber beantragt und von der Bundesversammlung beschlossen: Die Regierungen um Mittheilung der in den einzelnen Bundesstaaten geltenden Gesetze und Verordnungen über Auswanderung zu ersuchen, und diese Mittheilungen dem Ausschuß mit dem Auftrag zu überweisen, eine Zusammenstellung ihres Inhalts unter gutachtlicher Aeußerung über die etwa zu ergreifenden gemeinschaftlichen Maßregeln vorzulegen.

Was sodann den weiteren Vorschlag auf Ausgleichung der in den Gesetzgebungen der einzelnen Bundesstaaten in Beziehung auf Ansässigmachung und Heimatsverhältnisse bestehenden Verschiedenheiten betrifft, so wurden beide Gegenstände, ungeachtet ihres innern Zusammenhanges, in der Verhandlung getrennt gehalten, da zur Feststellung allgemeiner Bestimmungen über die Heimatsangehörigkeit bereits früher Verhandlungen in der Bundesversammlung stattgefunden und diese zuletzt dahin gerichtet waren, den am 16. Juli 1851 zu Gotha wegen Uebernahme Auszuweisender abgeschlossenen Vertrag auf Grund des Art. 64 der Wiener Schlußakte zu einer Vereinbarung unter sämmtlichen Bundesgliedern zu erheben; diesem Vertrage war auch, in Folge der ergangenen Einladung, nach und nach der größte Theil der zuerst außerhalb desselben gestandenen Bundesregierungen beigetreten, und nur wenige halten sich noch Entschließung vorbehalten. Nach Antrag wurde demnach beschlossen: die betreffenden Regierungen zu ersuchen, sich darüber zu äußern, ob sie, nachdem inzwischen der Vertrag vom 15. Juli 1851, die Uebernahme Auszuweisender oder Heimatloser betreffend, im Juli 1854 einer Revision unterworfen worden ist, und sämmtliche übrige Bundesstaaten beigetreten sind, sich auch ihrerseits demselben anzuschließen geneigt seyen.

Um dagegen zu ermessen, in wie weit über Ansässigmachung bereits gemeinsame Grundsätze bestehen, wurde beschlossen: das Ersuchen an die Regierungen zu richten, über die in ihren Ländern geltenden gesetzlichen und verordnungsmäßigen Bestimmungen über Ansässigmachung, beziehungsweise ständige Niederlassung in einer Gemeinde, deren Vorbedingungen und Wirkungen möglichst übersichtlich geordnete Mittheilung zu machen. (Fr. Bl.)

Man schreibt der „Weser-Zeitung" aus Magdeburg vom 7. April: „Die am 30. März zu Reichenbach im Voigtlande stattgehabte Konferenz von protestantischen Geistlichen veranlaßt mich, auf einen geheimen Bund aufmerksam zu machen, der, obwohl schon seit fast drei Jahren bestehend und eine sehr erfolgreiche Thätigkeit entfaltend, auffallenderweise, soviel ich weiß, noch in keinem Blatte eine Erwähnung gefunden hat, den Bund der Bonifazius-Eiche, einen Verein für innere Mission in der Schule. Als an der Spitze des Bundes stehend wird ein in Halle a. d. S. lebender Kollegienrath v. Th. genannt, früher in Dorpat angestellt. Sonstige Vorstandsmitglieder sind bekannte Persönlichkeiten, besonders in Halle und an andern Orten. Unter den Mitgliedern unterscheidet man wirkliche Bundesbrüder (vorzugsweise bestehend aus Gymnasialdirektoren, Predigern, Lehrern, auch Universitätsprofessoren) und Bundesfreunde, die mindestens jährlich 1 Thlr. in die Bonifaciuskasse zu zahlen haben. Das Wort Eiche ist das Erkennungszeichen für die dem Bunde Angehörenden. Von Zeit zu Zeit werden größere Versammlungen gehalten, wie im vorigen Sommer in Leipzig; in der Regel aber sollen nach den Statuten nicht mehr als vier bis fünf Mitglieder sich versammeln. Die Mitglieder stehen in Korrespondenz mit dem Vorstande, der das Wichtigere daraus drucken läßt und den Mitgliedern unter der Bedingung mittheilt, es stets unter zwei Siegeln verschlossen zu halten. Das exquisite Altlutherthum soll zum herrschenden Element in dem gelehrten und Volks-Schulwesen erhoben werden, und da dies nur dadurch geschehen kann, daß die von diesem Geiste durchdrungenen Persönlichkeiten die Leitung erhalten, so ist es in der geheimen Correspondenz ausdrücklich ausgesprochen, daß die Brüder sich gegenseitig verpflichten, ihre Bundesglieder in höhere Wirkungskreise zu befördern. Der Bund hat seine Verzweigungen durch Preußen, Sachsen, Hannover, Mecklenburg und andere deutsche Staaten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Bundesmitgliedschaft auf einmal eine wunderbare Befähigung zu höhern und bessern Stellen verleiht, und zwar oft ganz außerhalb des ordnungsmäßigen Ganges der Behörden, ja oft gegen deren nachdrücklichste Gegenvorstellungen." So die Korrespondenz der „Weser-Zeitung", welcher wir denn auch die Verantwortlichkeit für die zum Theil sehr abenteuerlich und seltsam klingende Nachricht überlassen.

Bayern. Landau, 10. April. In Sachen des Rentners Fröblich von Zweibrücken wurden heute die Anträge seines Vertheidigers Herrn Böking: Inkompetenz des Gerichts, Unzulässigkeit der Anklage, subsidiell Vertagung der Verhandlungen, vom Gericht verworfen und der Beginn der Verhandlungen auf Nachmittags festgesetzt. (Pfälzer Z.)

Dem Vernehmen nach wird ein von mehreren Abgeordneten (v. Lerchenfeld, Dr. Paur, Rar, Schlör &c. &c.) ausgehender Antrag in Betreff der Verhältnisse der Israeliten und besonders deren sog. Matrikel dieser Tage an die Kammer der Abgeordneten gelangen. (N. K.)

Baron v. Pfetten als Berichterstatter des zweiten Ausschusses der zweiten Kammer über die auf die Hypotheken- und Wechselbank bezüglichen Anträge äußert sich in seinem uns gedruckt vorliegenden umfassenden Vortrage u. A.: „Das Wirken der Bank in Bezug auf Unterstützung des Realkredits war bisher unläugbar ein sehr wohlthätiges und es darf dabei namentlich nicht aus dem Auge gelassen werden, daß die von ihr nach dem gesetzlich festgestellten Zinsfuße von 4pCt. gegebenen Darlehen bei der Größe des darauf verwendeten Fonds auch den wesentlichsten Einfluß auf den Zinsfuß bei anderen Anlehenskontrakten haben und haben müssen, daß dieser Einfluß mit jeder Vermehrung dieser Darlehen steigt und die heilsame Wirkung der Erhaltung einer gewissen Stetigkeit und Mäßigung des Zinsfußes hat, wenn die Zeitverhältnisse ein Steigen desselben veranlassen. Bayern ist eines der wenigen Länder, welche

bis jetzt kein Staatspapiergeld ausgegeben haben, somit ist außer dem baaren Gelde zur Zeit kein anderes inländisches unverzinsliches Werthpapier als Zahlungsmittel in Umlauf, als die 8 Millionen Banknoten, welche der bayer. Hypotheken- und Wechselbank durch das Gesetz vom J. 1834 auszugeben gestattet wurden. Diese Banknoten sind jedoch wohl zu unterscheiden von Papiergeld, welches ein Staat selbst ausgibt und welches an Zahlungsstatt angenommen werden muß. Es werden zwar die Banknoten zufolge allerhöchster Anordnungen und des in den Bankstatuten deßfalls gemachten Zugeständnisses bei den Staatskassen als Zahlungsmittel angenommen, allein kein Privatmann ist gezwungen, sich eine Zahlung durch solche Noten gefallen zu lassen und die Bank und ihre Filialen sind verpflichtet, jeden Augenblick dieselben gegen Baargeld umzuwechseln." Referent führt an, daß diejenigen Theile Bayerns, welche an den Gränzen der Papiergeld führenden Nachbarstaaten liegen, von diesem Letzteren in einer Art überschwemmt seyen, daß nach dem jetzt eingetretenen Verbote eines Theils dieser Papiere ein empfindlicher Mangel an derlei Zirkulationsmitteln zu befürchten seyn möchte, da Letztere überdies nicht nur in jenen Landestheilen, sondern im Handel überhaupt sehr zahlreich in Umlauf gewesen seyn sollen. Abgesehen hievon, scheint eine Summe von 8 Millionen Papierwerthzeichen für ein Land von der Größe und Bevölkerung Bayerns selbst zur bloßen Ausgleichung der Bequemlichkeit des Verkehrs bei dem steten Wachsen des Letztern kaum hinreichend und jedenfalls eine namhafte Vermehrung nicht gefährlich, wenn man die Zirkulation solcher Werthzeichen in andern Ländern damit vergleicht. — Referent zieht nun in Erwägung, daß der aus der Emission solcher unverzinslichen Werthzeichen fließende Zinsgewinn nicht einer Privatgesellschaft, sondern der Staatskasse dadurch zugewendet werden solle, daß der Staat selbst dieselben direkt in Umlauf setze. Nun schließt zwar die Ertheilung des Privilegium der Banknotenemission oder dessen Erweiterung die Ausgabe von Staatspapiergeld rechtlich nicht aus, allein den Grundsätzen der Billigkeit würde es doch wenig entsprechen, wenn man dem Bankinstitute eine solche Konzession unter lästigen Bedingungen mit dem Hintergedanken erweitern wollte, nach ihrer Realisirung ihren Nutzen durch Ausgabe von Staatspapiergeld wenigstens theilweise illusorisch zu machen. Der Ausschuß ist daher der Ansicht, daß derjenige, welcher glaubt, es solle dem Bedürfnisse nach Papierzirkulationsmitteln durch direkte Ausgabe von Staatspapiergeld Abhülfe gewährt werden, einer Erweiterung des Notenprivilegium der Bank seine Zustimmung nicht geben könne. Die Majorität des Ausschusses hegt aber die gegentheilige Ueberzeugung. Sie verkennt zwar nicht das Lockende, was namentlich in unsern jetzigen etwas knappen Finanzzuständen in dem Gedanken liegt, auf eine so wohlfeile und wenig lästige Art die Kassen zu füllen und weiß sehr wohl, daß man als beruhigende Kautelen vor etwaigem Mißbrauche und Uebertreiben dieses finanziellen Auskunftsmittels die Nothwendigkeit der Mitwirkung der Kammern, das warnende Beispiel anderer Länder und die Weisheit der Regierung, welche das rechte Maaß einzuhalten wissen wird, anführen kann. Allein sie hegt die, möglicherweise übertriebene Besorgniß, daß alle diese Kautelen nicht hinreichen möchten, den Staatswagen nach den ersten Schritten auf der Bahn der Kreirung von Papiergeld rechtzeitig zum Stehen zu bringen, gerade weil sie das Verführerische lebhaft fühlt, was zum Betreten derselben, namentlich in Zeiten, wo dies am gefährlichsten ist, und zum Fortwandeln darauf einladet. „Wenn bei Emission von Noten einer soliden Privatbank, welche keinen Zwangskurs genießen, auch das rechte, dem Bedürfnisse genau entsprechende Maaß, welches unter allen Umständen schwer mit Sicherheit zu ermitteln seyn möchte, überschritten wird, so liege das Korrektiv schon in der Unverbindlichkeit der Annahme und dem daraus nothwendig folgenden Zurückströmen an die Bank. Nicht so sey es bei Staatspapiergeld, welches einer Einlösung gegen Baar nicht wohl unterworfen werden kann, wenn nicht der beabsichtigte Gewinn sofort wieder aufgegeben werden will. Hier werde jedes etwaige Uebermaaß eine Entwerthung des Papiergeldes selbst oder in der daraus entspringenden Agiotage Fluktuation des Werthes und jene unseligen Einflüsse auf den Geldbeutel der Staatsbürger zur Folge haben, welche so manches Land bitter zu beklagen hatte." (M. B.)

°° München, 10. April. (Privat-Korrespondenz.) **56. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Abg. Dr. Stauber erklärte sich gegen den Antrag zur Erweiterung der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, und zwar weil der Bedarf von Darlehen durch die Bank kein so allgemeiner sey, als man angebe, und weil, wenn dies auch der Fall wäre, durch die Erweiterung des Bankgeschäfts nicht allgemein geholfen werden könne, und weil hiedurch der Staat sich des Rechts begeben würde, Papiergeld zu emittiren, und dies ein zu großes Opfer sey; diese Ansicht wurde von dem verehrten Redner in umfassender Weise des Näheren dargelegt.

Abg. Fürst Wallerstein erklärte sich dann ebenfalls gegen den Antrag, und zwar weil er glaubt, daß hiedurch der Budgetberathung vorgegriffen würde, da man, bevor das Budget nicht festgestellt sey, nicht wissen könne, ob man in Zukunft ohne Papiergeld durchkommen könne.

Abg. Dr. Völk vertheidigt hierauf den Antrag, indem er die Nothwendigkeit darlegte, daß für den Realkredit etwas geschehen müsse, und die Vortheile schilderte, welche aus dem Annuitätensysteme der Bank sich ergeben. Der Redner widerlegt alle erhobenen Bedenken, insbesondere daß eine Vermehrung der Banknoten für das Publikum vom Nachtheile sey, und als ob die Bank eine zu große Geldmacht werden könnte; es habe sich dieselbe als solides Institut bewährt, das keinen Schwindel getrieben. Das Recht des Staates, Papiergeld zu emittiren, würde nicht beschränkt werden, auch dürfte der Staat von diesem Rechte nur in Zeiten der Calamität und der Noth Gebrauch machen.

Abg. Dr. Arnheim erklärte sich hierauf sehr entschieden gegen den Antrag. Eine Vermehrung der Banknoten von 8 auf 16 Millionen übersteige die Kräfte des Landes; es bedürfe dann nicht mehr, das Recht des Staates zu erörtern; denn wenn die Bank schon 16 Millionen Noten ausgegeben, würde dem Staate die Lust vergehen, Papiergeld auszugeben. Eine solche Ausgabe erscheint dem Redner unter den jetzigen Verhältnissen, wo eine Krisis drohe, überhaupt bedenklich. Redner verbreitet sich dann über die andern bezüglich des Papiergeldes von Preußen getroffenen Maßregeln und glaubt, daß dieselben nur erfolgt seyen, um eine Krisis heraufzubeschwören und die Nachbarstaaten in Verlegenheit und in ein Abhängigkeitsverhältniß zu bringen; er verbreitet sich dann über die Verhältnisse der österreichischen Bank und ist der Ansicht, daß dieselbe zu einer solchen Geldmacht gediehen, daß die Regierung in ihrer Finanzpolitik von der Bank abhängig sey, und fürchtet, daß es auch in Bayern dahin kommen könne, ja, daß dies theilweise schon jetzt der Fall sey, da ein Protest der Bank genügt habe, die beantragte Zulassung der Gothaer Mobiliar-Feuerversicherungsgesellschaft zu verweigern. Der Antrag scheine auch bedenklich, weil er die Ausbreitung der kgl. Bank in Nürnberg verhindere, und weil er keine Bestimmungen über die genügende Sicherheit für die Vermehrung der Banknoten enthalte. Redner verbreitet sich dann über die vielen in neuerer Zeit entstandenen Banken, die alle große Thätigkeit üben und theilweise auch Papiergeld ausgeben wollen. Er deduzirt dann aus den Bestimmungen des Bankgesetzes, daß die Bank die moralische Verpflichtung gehabt habe, mehr als 12 Millionen auf Hypotheken auszuleihen, und daß, wenn sie mehr ausgeliehen, es ihre Schuldigkeit gewesen, und sie dies sicher nicht gethan haben würde, wenn sie zu der betreffenden Zeit ihre Gelder gewinnbringender hätte verwenden können. Noch führt der Redner aus, daß die Bank bezüglich des Realkredits doch nur den Einzelnen, nicht dem Ganzen helfen könne, daß sie bisher in Franken gar keine Thätigkeit entwickelt, und daß bei einem Grundbesitz, der 9½ Millionen Grundsteuer zahle, bei einer Vermehrung des Hypothekenkapitals von 8 Millionen vom Aufhelfen keine Rede seyn könne. Wenn man nicht den Muth habe, nach 10 Jahren auf eine weitere Vermehrung der Banknoten einzugehen, und nicht in die Fußtapfen Oesterreichs treten wolle, könne man für den Antrag nicht stimmen.

Der königl. Ministerpräsident nahm dann von den Aeußerungen des Vorredners bezüglich der preußischen Finanzpolitik und bezüglich der Gothaer Versicherungsgesellschaft Veranlassung zu bemerken, daß diese auf Verhältnissen beruhten, die dem Redner nicht genau bekannt seyn könnten; bezüglich des vorliegenden Antrags bemerkte dann der kgl. Ministerpräsident, daß, bevor die Debatte nicht zum Schlusse gelangt, er keine bestimmte Ansicht äußern, jedoch andeuten wolle, daß die Regierung jedenfalls auf eine Vermehrung der Banknoten nur dann eingehen würde, wenn von dem Nutzen, der hiedurch der Bank zugehe, der Staat einen Antheil erhalte. Schließlich wünscht der Redner, daß bei der weitern Debatte von Angriffen gegen die Bank in der bisherigen Weise abgesehen werden möchte, da dies dem Institute sonst zum Nachtheile gereichen könnte. Es schloß hiemit, da noch 8 Redner vorgemerkt und die Zeit weit vorgeschritten war, die Sitzung; Fortsetzung der Debatte erfolgt morgen.

•• München, 11. April. (Privat-Korrespondenz.) **57. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.**

Es wird die Debatte über die Anträge auf Erweiterung der bayer. Hypotheken- und Wechselbank fortgesetzt

Zuerst erhielt Referent v. Pfetten das Wort, der die gestern vorgebrachten Gründe gegen den Ausschußantrag, besonders die Ansichten Arnheim's, zu widerlegen suchte.

Abg. Dr. Kerl sprach dann — im Wesentlichen im Sinne Stauber's — gegen den Antrag.

Abg. Dr. Simmerl ist für den Antrag. Er behauptet, daß von den zwei Motiven, welche das Bankgesetz von 1834 veranlaßten, das erste (Mangel an Gelegenheit, die Kapitalien anzulegen) längst weggefallen sey, dagegen das zweite (die Nothwendigkeit, den Realkredit zu unterstützen), im erhöhten Maße fortbestehe.

Abg. Roth warnt vor Operationen mit Papiergeld und will bloß wegen der schlimmen Aussicht auf Staatspapiergeld nicht gegen den Antrag stimmen.

Abg. Borst, aus Unterfranken, spricht im Sinne der bisherigen Redner gegen den Antrag.

Abg. Crämer ist ebenfalls dagegen; denn man müsse es der Regierung überlassen, wenn sie das Bedürfniß so fühle, wie die Antragsteller, einen Gesetzentwurf vorzulegen; man dürfe sich aber nicht schon im Voraus die Hand binden; durch bessere Rechtspflege würde man dem Kredit weit mehr aufhelfen, als durch die 8 Millionen Banknoten. Wenn eine Aussicht auf Sicherheit der Zustände zurückkehre, werde auch der Realkredit sich heben.

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld verbreitet sich über das Bank- und Geldwesen, und dann auf die Sache selbst eingehend, hält er einen besonderen Kreditverein zu Gunsten des Realkredits für nicht räthlich; lieber solle man anknüpfen an ein schon bestehendes Institut. Redner vertheidigt deßhalb in umfassender Weise den Ausschußantrag — wobei er sich über die von Beamten geleitete Bank in Nürnberg nicht eben schmeichelhaft ausdrückt.

Hierauf wird mit geringer Majorität der Schluß der Debatte beschlossen — und erhält nun der Referent das Wort. Weiterer Bericht folgt. Bei der Endabstimmung wurde der Antrag auf Erweiterung des Privilegium der Hypotheken- und Wechselbank und Ermächtigung derselben zur Vermehrung der Banknotenemission mit 59 gegen 58 Stimmen verworfen.

Württemberg. Stuttgart, 10. April. Der Vizepräsident der 2. Kammer, der Abgeordnete von Ludwigsburg, Oberstudienrath Rümelin, im Jahr 1848 und 1849 Mitglied des Reichsparlaments in Frankfurt, ist an die Stelle des zum Justizminister ernannten Frhrn. v. Wächter-Spittler, unter Beförderung zum Staatsrath, zum Chef des Departements für das Kirchen- und Schulwesen ernannt worden. (A. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 9. April. (Privat-Korresp.) Die Beurlaubungen sind mit dem gestrigen Tage bei sämmtlichen Truppenkörpern geschlossen worden, und dürfen während der ganzen Dauer der Exerzierzeit, vom 1. Mai bis ult. Oktober, *keine* Beurlaubungen, besonders rücksichtswürdige Fälle ausgenommen, stattfinden. — In höheren militärischen Kreisen wird *mit* Bestimmtheit versichert, daß schon in nächster Zeit ein allerhöchstes Handbillet veröffentlicht werden wird, welches die Wiedererrichtung der ungarischen und italienischen Leibgarden dekretirt. Die darauf bezüglichen Vorarbeiten sollen bereits geschlossen, und das Resultat derselben Sr. Maj. dem Kaiser zur allerhöchsten Genehmigung vorgelegt worden seyn. — Das Gerücht, nach welchem die Wiederaufnahme der Baarzahlungen von Seite der Nationalbank nahe bevorstehen soll, erweist sich vorläufig noch als ganz unbegründet, und ist in dieser Hinsicht bis jetzt noch gar nichts bestimmt.

Wien, 9. April. Der Zustand des schwer erkrankten Herrn Baron Sina hat sich heute etwas gebessert. (Ostd.P.)

Dänemark.

Kopenhagen, 10. April. Der Erbprinz hat heute im geheimen Staatsrath die Gesammtverfassung der Monarchie beschworen*). (T.D.d.Allg.Ztg.)

Großbritannien.

London, 7. April. Gestern und heute liest man zahlreiche Straßenplakate mit auffallend großen Ueberschriften, welche die Aufforderung enthalten, das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Zu diesem Ende ward darauf angetragen, Massenmeetings abzuhalten und London müsse mit gutem Beispiele vorangehen. Das Plakat geht vom Administrativklub aus und ist eins der Fühlhörner, welche die Londoner liberale Bourgeoisie ausstreckt. Es bestätigt sich, daß der Friedensschluß unserm John Bull in hohem Grade unwillkommen ist. Die beispiellose Theilnahmlosigkeit, mit welcher London und das ganze Land die Verkündigung des Friedens aufgenommen haben, ist der Regierung nicht wenig unangenehm, zumal sie erwarten muß, daß die Opposition bei den bevorstehenden kritischen Debatten über das Resultat der Pariser Konferenzen aus dieser demonstrativen Theilnahmlosigkeit des Volkes Stoff zu Angriffen schöpfen wird.

Ein bis jetzt durch nichts verbürgtes Gerücht, daß die Regierung als Aussteuer der Prinzeß Royal bei ihrer Vermählung mit dem Prinzen Friedrich von Preußen für dieselbe 70,000 L jährlich vom Parlamente verlangen werde, veranlaßt heute schon den Liverpooler Reformverein, gegen die Bewilligung einer so großen Summe zu remonstriren.

London, 10. April. Die „Londoner Gazette" veröffentlicht die Erlasse, durch welche die den Ausfuhr-Handel nach Rußland betreffenden Verbote aufgehoben werden. (K.Z.)

Frankreich.

Paris, 8. April. Die Rente will noch nicht stark in die Höhe gehen, wiewohl die politischen Konstellationen die allergünstigsten sind und uns für lange Jahre einen ungestörten inneren und äußeren Frieden in Aussicht stellen. Der Grund der mit so ungewohnter Hartnäckigkeit anhaltenden Börsenkrisis liegt aber auch wirklich nicht in politischen Verhältnissen. Er liegt fürs Erste darin, daß seit zwei Jahren zu viel neue Rente (für nahe 2 Milliarden) und zu viel neue Industrieaktien auf den Geldmarkt geworfen wurden; zweitens in den noch immer nöthigen Baargeldsendungen für die Armee nach dem Orient und für Getraidekäufe nach Amerika. Diese beiden Geldsendungsweisen werden wohl in einigen Monaten, wenn die neue Aernte sich günstig anstellt und unsere Truppen allmählig zurückkommen, von selbst aufhören. Schwerer ist das Ende des ersten Grundes der Börsenklemme abzusehen; dieses Ende wird wohl erst dann eintreten, wenn eben in Folge der Klemme manche der weniger soliden Unternehmungen ganz unterliegen und durch ihren Rückzug den Papiermarkt etwas freier machen. Das Mittel wird manchen Börsenmann schwer treffen, aber wir glauben kaum, daß ein anderes ausreichen wird, das tiefgewurzelte Uebel zu heilen. (Schw. M.)

Paris, 8. April. Es verlautet, daß die Garde um mehrere Regimenter, ich höre um vier Infanterie- und ebensoviel Kavallerie-Regimenter, verstärkt, und im ganzen auf 50,000 Mann gebracht werden soll. (A. Z.)

Paris, 9. April. Die Meuterei in der Zentralschule*) ist streng bestraft worden. Nicht weniger als 21 Zöglinge des ersten Jahres sind ausgestoßen worden; jene des zweiten Jahres müssen, statt im August, schon zu Ende der nächsten Woche ihre Prüfung bestehen; jene des dritten Jahres müssen sich sofort prüfen lassen, und wenn sie nicht so gut bestehen, daß sie ihr Patent als Zivil-Ingenieur empfangen können, so haben sie ihre bisherigen Studien umsonst gemacht. Wie man sieht, wird die Zahl der indirekten Ausschließungen noch größer seyn, als die der direkten Ausstoßungen. Ein kaiserlicher Beschluß wird obendrein die Stellung der Schule gänzlich umgestalten. Bisher frei, wird sie fortan von der Regierung abhängig seyn, da diese die Schule an sich bringen wird. Ferner werden künftig alle Zöglinge im Schulgebäude wohnen müssen, während bisher ein Theil derselben auswärts wohnte und bloß die Vorlesungen besuchte. (K. Z.)

Paris, 9. April. Die „Patrie" begleitet die Friedens-Proklamation des Kaisers von Rußland mit sehr seltsamen Betrachtungen. Sie sagt: „Wir würden unrecht thun, uns wegen dieses Dokuments auf eine Diskussion einzulassen. Es ist nicht für Europa gemacht, sondern für Rußland allein. Das französische Volk hat zu viel Sinn für das nationale Gefühl, um es nicht bei anderen Nationen zu begreifen. Wir wissen, warum der Krieg begonnen, wie er geführt und beendet wurde; wir haben allen Grund, mit dem Frieden, der abgeschlossen worden ist, zufrieden zu seyn. Dies genügt uns und Europa." (Köln. Z.)

Paris, 10. April. Der „Moniteur" veröffentlicht ein Dekret, durch welches die in Bezug auf die Ausfuhr von Kriegs-Contrebande erlassenen Verbote aufgehoben werden. — An der Börse fanden heute viel Renten-Umsätze per comptant statt; für Industrie- und Eisenbahnaktien ist die Stimmung matt. (Köln. Ztg.)

Spanien.

Madrid, 5. April. Die „Madrider Ztg." theilt mit,

---

*) Er hatte sich bekanntlich geweigert, dies zu thun, wenn nicht §. 5 der Gesammtstaatsverfassung über den Schwur auf die Verfassung beim Regierungsantritt auf eine seinen Ansichten entsprechende Weise abgeändert würde. Dies ist nun vor Kurzem im Benehmen mit dem Reichsrath geschehen.

*) Die Schüler wollten aus Anlaß der Entbindung der Kaiserin sich von ihren Lehrern einige Ferientage erzwingen.

daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. Zabala, „zwei von den Regierungen Portugals und Preußens ihm verliehene Großkreuze nicht angenommen habe."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Nach Briefen aus Konstantinopel droht dort in Folge angehäufter Waarenmassen eine Handelskrisis.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ **Wien**, 9. April. (Privat-Korrespondenz.) Graf Buol wird zwischen dem 23. und 25. d. aus Paris zurückerwartet. Das von dem Grafen Mülinen überbrachte Friedens-Exemplar ist bereits Seitens unserer Regierung ratifizirt worden, und nach Petersburg, Berlin, Konstantinopel und Turin abgegangen. Sobald nun die von den letzteren Regierungen ratifizirten Urkunden hier eingetroffen sind, wird das diesseitige Kabinet seine Ratifikationen nach Paris senden, und dieselben dort mit denen der Westmächte umtauschen.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 31. März. Kanonendonner verkündet heute den Friedensschluß, die Kriegsschiffe im Hafen flaggen. Ein eigenes Gesetz über europäisches Eigenthumsrecht ist erlassen. (T. D. d. A. Z.)

Aus Rußland.

Petersburg, 2. April. Vorgestern Abends wurden mit den abgehenden Posten die für die Provinzen bestimmten Exemplare des kaiserlichen Manifestes versandt. Gestern wurden dieselben hier vertheilt. Ueberall im Reiche wird dasselbe von den Kanzeln verlesen und mit dem entsprechenden Dankgottesdienst begleitet. Was hinter den Worten des Manifestes verborgen: „Wir haben unsere Zustimmung zur Herstellung einiger besonderen Vorsichtsmaßregeln gegen den Zusammenstoß unserer bewaffneten Fahrzeuge mit den türkischen im schwarzen Meere gegeben", verhehlt sich hier Niemand. Die Gränzregulirung in Bessarabien nennt man hier „den österreichischen Dank für die ungarische Kampagne". (K. Z.)

Odessa, 6. April. Heute sind die ersten zwei fremden Handelsschiffe unter Volksjubel eingelaufen. (T. D. d. A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 11. April. Für österr. Bank- und Kreditaktien wurden höhere Kurse bezahlt, während National und 4½ pCt. Metalliques mehr ausgeboten blieben. Staatsbahn fest zum gestrigen Kurse, Bexbach flauer, Frankfurter Bank gesucht.— Leipziger Kreditaktien wurden zu 115—¼, Elisabethaktien zu 110¼ und Lombardischebahn zu 134 umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1348P. 1343G. Neue Bankaktien 469 P. 467 G. Credit-Actien à 5pCt 200 P. 198 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 86½ P. 86¼ G. 5pCt Lombard-Ven. 92¼ P. 91¾ G. Metall. alte à 5pCt. 85⅜ P. 85⅛ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 92¼P. 91¾G.; à 4½pCt. 77 P. 76¾ G.; à 4pCt. 68¾ P. 68¼ G.; à 3pCt. 53 P. 52½ G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 —P. ——G. à fl. 250 von 1839 ——P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108½ P. 108¼ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 311 P. 309 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87 P. 86½ G.; 4pCt — P. 91¼ G.; 4pCt. Grundrente 91¾ P. 91¼ G.; 4½pCt. 100¼ P. 99¾ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 160½ P. 160 G. Neustadt-Weissenb. 115½ P. 115 G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89¼ P. 88¾G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 41¼ P. 43¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 84¾ P. 84¼ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41½ P. 41¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63½ P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92 P. 91½ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102 P. 101½ G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112¼ G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 352 P. 350 G.; junge 304 P. 302 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 103½P. 103 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 17⅜ P. 47⅛ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89¾ G., Loose à fl. 25 31¼ P. 31 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92⅞ P. 92⅜ G.; Bankaktien 122⅜ P. 121⅞ G.; Taunus-Aktien 338 P. 336 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83½ P. 83 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87P. 86½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40¼P. 40⅛G.; 1pCt. neue 25½ P. 25 G. **Holland.** Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120⅝ P. 120¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101⅜ P. 101⅛ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105½ P. 105¼ G.	do. 3 Monat mit 5% — P. — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94¾ P. 94½ .
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97⅛ P. 96⅞ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅜ P. 94⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89⅛ P. 88⅞ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 118⅛ P. 117⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105½ P. 105¼ G.	Wien 3 M. mit 4% 117¾ P. 117½ G.

Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 10. April. Oesterr 5pCt. National-Anleihe 87; 5pCt. Metall. 86$\frac{5}{16}$; 4½pCt. 77½; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 135½; von 1854 109⅞; Bankaktien 1133; Bank-Interimsaktien—; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 338; Donau Dampfschiffahrtsaktien 643; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3070. **Wechselkurse:** Augsburg uso 102; London 10. 3. B. **Geldkurs:** Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

* Bacherl hat nun endlich auch einmal gesprochen. Er erklärt in der neuesten Nummer der „Allg. Ztg.", daß „schon in früher Jugend es eine seiner vorzüglichsten literarischen Beschäftigungen gewesen sey, die Gegensätze des Römerthums zum Germanismus in einem dramatischen Bühnenstück dem deutschen Volk vorzuführen." Er habe im Jahre 1849 diese Idee schriftlich in dem Stücke „Hermanns und Teutonia's Fürstin" realisirt; im Jahre 1851 dasselbe Thema in dem Stücke „Thusnelda" bearbeitet; und im Jahre 1852 ebenfalls wieder dieselbe Idee in den „Cheruskern in Rom" dargestellt.

Diese Stücke, wie insbesondere die bisher von O. v. Schorn in der „Allg. Z." mitgetheilten Einzelnheiten der dialogischen Ausarbeitungen seyen **seine** Erfindung. Den „Fechter von Ravenna" habe er nie gesehen, noch jemals aus dem Theater-Manuskript etwas davon gelesen. (Von Wien aus war nämlich die Vermuthung laut geworden, Bacherl möge sein Stück erst nach dem „Fechter" bearbeitet haben.)

Mit dem Bühnenstücke „Hermanns und Teutonia's Fürstin" habe er bei der Ausschreibung für Preisspiele zu Wien im Jahre 1850 sich beworben und dasselbe dahin gesendet. Die damalige Prüfungkommission war, wie O. v. Schorn angibt, gebildet aus den Hrn. F. Halm, J. Kuranda, Max Korn und Akademiesekretär Wolf. Also neuer Skandal! Denn die Insinuation ist damit stillschweigend gemacht, daß Halm dies Stück bei seinem „Fechter" benützt haben könne.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann

(Eingesandt.) Sonnabend, am 5. April Nachmittags 2¼ Uhr starb in Würzburg **Adolphine Freifrau v. Thüngen**, geb. Freiin v. Zobel, Gemahlin des kgl. bayer. Kammerherrn, Freiherrn Philipp v. Thüngen auf Zeitlofs und Weißenbach und wurde Dienstag am 8. April Nachmittags 2½ Uhr auf dem Gottesacker zu Zeitlofs unter tiefster Theilnahme der ganzen Umgegend feierlich beigesetzt. Es kann hier nicht der Ort und will nicht die Absicht seyn, die hohe, ausgezeichnete Frau zu rühmen und Ihre reichen Verdienste an's Licht zu stellen, Sie, die mit Allem ausgestattet und gesegnet von Gott war, was äußere und innere Bildung des Geistes und Herzens heißt, die nicht adelig bloß war an Stand und Geburt, sondern adelig im vollen wahren Sinne des Wortes, adelig an Geist und Herzen; aber Undank wäre es, wenn man von hier aus nicht als ein Opfer auf das Grab der Entschlafenen das Bekenntniß niederlegen würde, daß die Armen, Kranken und Nothleidenden in den hiesigen Gemeinden an Ihr eine Mutter verloren haben; es war der hohen Frau keine Hütte zu arm und zu gering, dahin Sie nicht in der Stille als barmherzige Trösterin Hülfe gebracht. Der Schlag, der mit Ihrem Tod die hohe Familie getroffen, ist unaussprechlich hart; denn sie hat an Ihr ihr geliebtestes Kleinod verloren, aber gewiß nicht in Ihrer tiefgebeugten Familie bloß werden Ihr Thränen der innigsten, lautersten Liebe und des heißesten Dankes nachgeweint, es fließen Ihrem Gedächtniß viel, viel verborgene Thränen an vielen, vielen Orten. Der Herr Christus, der im Leben Ihr fester Glaube, Ihr starker Halt war, sey jetzt im Tod Ihr Lohn und der Ihren Trost!

Zeitlofs und Weißenbach, am 8. April.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 104.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 14. April 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Se. Maj. der König haben die katholische Pfarrei Kirchheimbolanden, Landkommissariats gleichen Namens, dem Priester Cl. Kunkel, Pfarrverweser in Kriegsfeld, Landkommissariats Kirchheimbolanden, übertragen, und genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Waldkirchen, Ldg. Wolfstein, von dem Bischofe von Passau dem Priester Peter Paul Blum, Kooperator-Expositus in Dorfbach, Ldg. Passau II., verliehen werde. (N. M. Z.)

München. Kürzlich verweilte hier ein Agent der englischen Regierung, welcher mit unserem rühmlichst bekannten Mechanikus Mannhart wegen der im Auftrage seiner Regierung bei diesem bestellten und bereits in Arbeit befindlichen 30,000 Gewehrläufe verhandelte. (M. B.)

München, 12. April. Während das diesen Nachmittag erschienene Regierungsblatt die Bekanntmachung in Betreff der Realisirung des neuen Eisenbahnanlehens bringt, erscheint der für jetzt benöthigte Theil desselben bereits durch die heute Morgen begonnene Subskription gedeckt, so daß denn auch von einem hiesigen Geschäftshause, das 800,000 fl. anmeldete, nur die Hälfte angenommen wurde. Ohne Zweifel würde, wenn die ganze benöthigte Summe der öffentlichen Subskription überlassen worden wäre, auch diese gezeichnet worden seyn.*) — Se. Maj. der König hat zu genehmigen geruht, daß Behufs der Rückzahlung des dritten Subskriptionsanlehens zu 5pCt. von 1850 mit der hierfür gesetzlich gebotenen Verloosung begonnen werde, demzufolge die erste deßfallsige Verloosung am 17. d. stattfindet; es wird hierdurch ein Kapitalbetrag von 630,000 fl. zur Rückzahlung gelangen. (Allg. Ztg.)

München, 12. April. Die auf heute erwartete Konzessionirung des Eisenbahn-Konsortium zum Bau der östlichen Eisenbahnen ist auch wirklich erfolgt; Se. Majestät haben die Urkunde heute Vormittag unterzeichnet und auch den Statuten der Gesellschaft die Genehmigung ertheilt. (Augsb. Abdz.)

München, 12. April. Während der gestrigen Kammersitzung sind hier großartige Geschäfte in Bankaktien gemacht worden. Da sich die Sache so zu gestalten schien, daß die Kammer doch auf den Antrag auf Erweiterung der Bankbefugnisse eingehen werde, wurden viele Bankaktien gekauft. Der anders lautende Kammerbeschluß hat daher die Spekulanten sehr überrascht. (A. Pfz.)

** München, 11. April. (Privat-Korrespondenz.) **57. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Nachdem Abg. v. Lerchenfeld geendet hatte, wurde der Schluß der langen Debatte verlangt und beschlossen; Referent verzichtete dann auf das Wort, da er schon bei Beginn der Sitzung die Einwände gegen den Antrag des Ausschusses zu widerlegen gesucht hatte.

Der k. Staatsminister der Finanzen erklärte dann, daß, wenn die Kammer den Antrag annehme, die Regierung ihn in reifliche Erwägung ziehen würde. Ohne sich weiter über den Gegenstand auszusprechen, beschränkte sich der Redner, auf einige im Laufe der Debatte gemachte Aeußerungen über Papiergeld und bezüglich der Nürnberger Bank zu antworten. Was die Bemerkung betreffe, ob nicht vielleicht beim Budget die Frage des Papiergeldmachens auftauchen werde, so erwidere er nur, daß die Regierung das Budget vorgelegt und darin auch die Mittel zur Deckung bezeichnet habe; das Papiergeld sey nicht darunter und er könne versichern, daß dieses Deckungsmittel das allerletzte wäre. Bayern habe noch den Vorzug, daß es kein Papiergeld hat, rüttle man nicht an diesem Vorzug, unser Staatskredit könnte sicher nicht gewinnen. Staatspapier sey wie ein Gift; weise gebraucht, heile es; häufig genommen, zerstöre es den Organismus. Wollte man aber Papiergeld machen, so müsse der Staat auch das Geld zur Einlösung stets bereit haben, sonst habe das Papiergeld keinen Werth. Eine Erweiterung der Nürnberger Bank zur Notenemission könnte das Ministerium selbst nicht billigen. Auch wäre jene Bank hiezu gar nicht fundirt. Verluste seyen keine zu befürchten. Alle sollten zusammen helfen, daß beide Banken ganz friedlich nebeneinander zum Segen des Landes ihre Geschäfte machen; feindselig sollen beide einander nicht gegenüber stehen. . . In Betreff eines Aktiengesetzes gab Hr. Minister die beruhigende Versicherung, daß die Vorbereitungen dazu schon längst begonnen haben. Die dann erfolgte Abstimmung ergab das bereits durch den Telegraphen mitgetheilte Resultat, Verwerfung des Antrags mit 59 gegen 58 Stimmen, womit die Sitzung schloß. —

Aus München, 12. April, wird der „Augsb. Abdz.“ geschrieben: In der nun beginnenden Woche dürften in den Sitzungen der Abgeordnetenkammer wahrscheinlich schon der Gesetzentwurf über die vollziehbaren Urkunden, unmittelbar darauf der „einige Aenderungen der Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheins“ betreffende zur Berathung kommen; und da der zweite Ausschuß bei der unendlichen Thätigkeit, welche seine Mitglieder in der letzten Zeit entwickeln und bei den fast täglichen Sitzungen, welche er hält, mit der Berathung des bei weitem wichtigern Theils des Budget, dem der Ausgaben, schon zu Ende gediehen und der Theil der Einnahmen bereits gänzlich vorbereitet ist, so glaubt man, daß die Verhandlungen über das Budget in der Kammer selbst zwischen dem 20. und 25. d. Mts. beginnen, und hoffentlich bis Ende Mai erledigt seyn können. Dieser lange Landtag dürfte dann bis Mitte Juni längstens sein Ende erreichen. Aus der Mitte der Abgeordneten selbst erheben sich sehr dringende Wünsche in diesem Sinne, und der Finanz-Ausschuß wird nur allseitigem Verlangen gerecht, wenn er aus allen Kräften hierauf hinarbeitet.

** München, 13. April. (Privat-Korrespondenz.) Abermals hat die Kammer der Abgeordneten ein Mitglied verloren, Hrn. Joh. Reichenberger, Bräuer zu Freiung bei Passau, der gestern in seiner Heimat das Zeitliche segnete. — Nach der nun erfolgten Konzessionirung des Eisenbahn-Konsortium werden sich die Mitglieder desselben am 16. d. wieder hier versammeln, um zur Ausführung des Werkes zu schreiten. Zunächst müssen die Einleitungen zur Aktienzeichnung getroffen werden; inzwischen werden diese Aktien mit 5—6pCt. Agio bezahlt.

Landau. In der gegen den Rentner Karl Frölich von Zweibrücken wegen Verleumdung und Amtsehrenbeleidigung*) am k. Zuchtpolizeigerichte dahier anhängigen Strafsache wurden am 19. April d. Js. die Anträge seines Vertheidigers, des kgl. Advokaten Böcking, auf Inkompetenz des Gerichts, Unzulässigkeit der Anklage**), subsidiarisch Vertagung der Sache vom Gericht, als unbegründet, beziehungsweise als unzuläßig verworfen und der Beginn der Verhandlungen auf Nachmittags festgesetzt. Unmittelbar nach dem Ausspruche des Urtheils legte Frölich auf der Gerichtskanzlei hiegegen das Rechtsmittel der Appellation ein. Am Nachmittage stellte sofort der kgl. Advokat Böcking bei dem

---

*) Und da brauchte man noch die Zinsvergütung von 45 kr. und 1 fl. per Hundert? Das hätte der Staat wohl ersparen können.

*) Dieselbe sollte begangen seyn gegen mehrere kgl. Beamte durch die bekannte bei der Kammer der Abgeordneten eingereichte Beschwerdeschrift über die Pfälzer Wahlen, in Folge deren dieselben zum großen Theil von der Kammer für nichtig erklärt wurden.

**) Die Einrede der Unzuläßigkeit wurde dadurch begründet, daß durch die von dem Beschuldigten eingereichte Reklamationsschrift keineswegs das Delikt der Verläumdung, sondern höchstens das Delikt der verläumderischen Denunziation begangen worden sey, eine Vorgerichtstellung wegen dieses Delikts aber nach den gesetzlichen Bestimmungen erst dann zuläßig sey, wenn die auf die kalumniöse Schrift hin eingeleitete Untersuchung die Unwahrheit der darin behaupteten Thatsachen erwiesen hätte.

Gerichte den Antrag, die Verhandlung der Sache bis zur Entscheidung über die Berufung zu vertagen, welchem Ansinnen sich die k. Staatsbehörde jedoch widersetzte. Das kgl. Zuchtpolizeigericht indeß, die Sache in Erwägung ziehend, vertagte die weitere Verhandlung bis nach erfolgter Entscheidung über die vom Beschuldigten eingelegte Berufung gegen erwähntes Urtheil, ohne daß es zur Abhör der vorgeladenen Zeugen kam. (Eilbote.)

* **Preußen.** Im Herrenhause kam am 9. April Brüggemann's Antrag zur Berathung, bei der Staatsregierung die baldmöglichste Vorlage eines Gesetzentwurfs über Wiederherstellung der geistlichen Gerichtsbarkeit in Ehesachen für Katholiken zur Berathung. Die Justizkommission des Hauses aber hatte dem Antrag nicht beigestimmt, sondern schlug folgenden Beschluß vor: „In Erwägung, daß das Herrenhaus sich nicht veranlaßt finden kann, in einer Sache, welche die Gründung innerer kirchlicher Einrichtungen voraussetzt und deßhalb besondere Schwierigkeiten und Rücksichten für die Staatsregierung bietet, mit selbständigen Anträgen vorzugehen; in Erwägung ferner, daß eine Reform der allgemeinen bürgerlichen Legislation über Ehescheidungen bevorsteht und es deßhalb nicht an der Zeit ist, besondere Festsetzungen für eine Konfession zu treffen, geht das Haus über den Antrag des Hrn. Brüggemann zur Tagesordnung über." (Referent Dr. Stahl.)

Dr. Brüggemann, der zuerst als Antragsteller das Wort erhält, leitet seinen Vortrag mit der Bemerkung ein, daß er geglaubt, es werde das in vergangener Sitzung berathene Ehescheidungsgesetz wieder vorgelegt werden. Da dies nicht geschehen, haber er seinen Antrag eingebracht. Er behauptet, daß der Katholik ausschließlich verpflichtet sey, für alle Ehesachen die geistliche Gerichtsbarkeit zu verlangen. Die katholische Kirche betrachte die Ehe als eine kirchliche, nicht als eine weltliche Angelegenheit, und es sey deßhalb nothwendig, daß die Bestimmungen darüber der Kirche überlassen werden müssen. Die gegenwärtige Gesetzgebung widerstrebe den innersten Prinzipien der katholischen Kirche, sie säkularisire die Ehe und dies sey eine Profanation, welche der Antrag fern halten solle.

Der Antrag solle die Staatsregierung nicht drängen, und wenn er ihn in jeder folgenden Session wiederhole, so möge man darin nur eine Manifestation erblicken, daß auf diesem wichtigen Gebiete eine Abhülfe zu schaffen sey und daran erinnert werden solle.

Dr. Stahl (als Berichterstatter): Dem Antrage, seinem Inhalte und Ziel nach, habe sich die Kommission nicht widersetzt. Aber sie hatte noch andere Rücksichten zu beachten: das Recht des preußischen Staates und der evangelischen Kirche. Das Haus könne nicht zugeben, daß das Tridentinum künftig als bindende Form für die Gerichtsverfassung geltend gemacht werde. Die Kirche erhalte in Preußen die ausgedehnteste staatliche Anerkennung; die Anerkennung des Tridentinum dürfte für den Staat sehr gefährlich seyn. Alle Kompetenz-Ansprüche, welche in neuerer Zeit erhoben wurden, beruhen in dem Tridentinum und dem kanonischen Recht. Dem könne nicht so seyn, das Tridentinum sey Norm für die katholische Kirche, aber nicht Norm für den preußischen Staat. Der Staat werde der Kirche zu Hülfe kommen, aber als gebunden könne er sich nicht betrachten. Freiheit habe der Katholik hier vollständig und er könne nicht begreifen, weßhalb der Katholik wenn der Bischof seine Ehe für nichtig erkläre, die Entscheidung der Gerichte nicht solle anrufen können.

Der Justizminister nimmt hierauf Veranlassung, zu erklären, daß die Regierung sich mit dem Gegenstand des Antrages fortwährend beschäftige und fortfahren werde, demselben ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Regierung ist entschlossen, die im vorigen Jahre begonnene Reform der Ehegesetzgebung in der nächsten Sitzungsperiode wieder aufzunehmen, und dabei werde sich hinreichende Gelegenheit finden, diesen Gegenstand, dessen Lösung so äußerst schwierig sey, in's Auge zu fassen. Nach einigen thatsächlichen Berichtigungen wird abgestimmt und der Kommissionsantrag angenommen.

× Berlin, den 10. April. (Privat-Korrespondenz.) Die Angelegenheit wegen des Potsdamer Depeschenverraths betrachtete man vor einiger Zeit als eine solche, über die bereits Gras gewachsen sey. Neuerdings ist aber dieselbe wieder angeregt und sogar im Landtag zur Sprache gebracht worden. Mögen die betheiligten Personen alles Mögliche aufbieten, um ihre Handlungsweise in ein günstigeres Licht dadurch zu stellen, und mögen sie dazu auch den besonderen Weg benutzen, die Vertheidigung in sehr zahlreichen Exemplaren angesehenen Personen zu übersenden; aber daß die Landesvertretung hieraus Veranlassung nehmen kann, diese Angelegenheit vor ihr Forum zu ziehen, schien bisher durchaus nicht angemessen und thunlich. Nichtsdestoweniger ist dies durch einen Antrag des Hrn. v. Gerlach und Genossen geschehen. In welcher Weise sich das Plenum des Abgeordnetenhauses diesem Antrage gegenüber verhalten wird, ist beinahe vorauszusehen. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß es den Antrag von der Hand weist. Wie wenig das Haus auf die Antragsteller und den Antrag Rücksicht zu nehmen gedenkt, ist schon daraus zu ersehen, daß in der vorberathenden Kommission Erstere gar nicht vertreten sind, obschon in der Regel — mit nur sehr geringen Ausnahmen — die Antragsteller eine geeignete Vertretung in der Kommission erhalten. Der Antrag verlangt, daß die Landesvertretung sich mit der Angelegenheit des Depeschendiebstahls beschäftige, ohne daran zu denken, daß es ein vielleicht ausgesprochenes Prinzip ist, die Ansicht der Landesvertretung in allen Fällen zurückzuhalten, bevor der Instanzenzug durch die Behörden nicht befolgt worden ist. In der vorliegenden Angelegenheit ist aber noch nicht einmal die Voruntersuchung beendet. Alles dies müssen sich die Antragsteller gewiß klar gemacht haben. Wenn sie nichtsdestoweniger doch mit einem Antrage vorgingen, dessen Schicksal sie vorauszuberechnen im Stande waren, so müssen sie jedenfalls andere Absichten haben, als Erhaltung der Ehre des Hauses, wie sie behaupten; zumal nicht zu ersehen ist, wie die Ehre des Hauses in irgend einer Weise von der Depeschenangelegenheit tangirt werden kann. Man glaubt ganz allgemein, daß im Hintergrunde des Antrags ein Angriff auf den Ministerpräsident liegt, um diesen Mann, dem man von gewisser Seite seit Jahren beizukommen sich bemüht, nach allen fehlgeschlagenen Versuchen in einer Angelegenheit anzutasten, die einen bedeutenden Eclat hervorrufen könnte. Nach der allgemeinen Ansicht, welche hier herrscht, werden sich die Verdächtigungen, welche in dem betreffenden Zirkularbriefe gegen den Ministerpräsident ausgesprochen sind, als unwahr und grundlos erweisen.

Oesterreich. Der „Morning Advertiser" berichtet, ein amerikanischer Bürger Namens Spear sey in Theresienstadt zu zehnjähriger Zwangsarbeit verurtheilt worden, ohne daß man ihm auch nur gestattet habe, sich an seinen Gesandten zu wenden. Oberst Jackson, Gesandter der Vereinigten Staaten in Wien, hätte hierauf verlangt, daß man ihm die Prozeßakten vorlege, und soll, da er keine Antwort erhielt, erklärt haben, wenn binnen Monatsfrist keine befriedigende Antwort eintreffe, so werde er seine Pässe fordern. (Ob das englische Blatt auch gut unterrichtet ist?)

Großbritannien.

Die Erklärung, welche die englische Regierung in Betreff der Fremdenlegion im Unterhause abgegeben, liegt jetzt nach ihrem Wortlaut vor, spricht aber über deren Zukunft nichts Positives aus. (N. Z.)

London, 7. April. Es ist aufgefallen, daß L. Napoleon bei der letzten Revue nur den Hosenbandorden trug. Die Erklärung ist, es ist ihm der theuerste. Nachdem Britannia ihm mit der rechten Hand das Ehrengeschenk überreicht, zog sie mit der linken ein kleines Zettelchen aus der Tasche: Nota für unsern erhabenen Allirten. Empfangen an: ein Hosenband 479 L. 13 s. 4 d. Sie halten das wohl für Scherz? Sehen Sie das Budget ein und Sie werden unter den vermischten Einnahmen besagtes Hosenband mit dem angegebenen Ertrage gebührend ausgeworfen finden. (N. Z.)

London, 10. April. Lord Palmerston hat in der heutigen Unterhaussitzung erklärt, er werde Alles, was er nur vermöge, thun, um Rußland zu bewegen, die für den Handel mit England lästigen Hemmungen und Beschränkungen, welche vor dem Kriege bestanden, zu beseitigen. (Das hätte man sich im Friedens-Vertrage ausbedingen sollen.)

London, 10. April. Eine Beilage der „Gazette" enthält den Geheimerathsbefehl über Aufhebung der Ausfuhrverbote von Handelsartikeln, welche für den Krieg benutzbar sind.

* London, 12. April. In der gestrigen Unterhaussitzung ward der Antrag Henley's, die Comite-Berathung über die das Unterrichtswesen betreffenden Resolutionen Lord J. Russel's abzubrechen, mit 240 gegen 158 Stimmen angenommen. Russel wollte im Allgemeinen eine Revision der über das Unterrichtswesen in Großbritannien bestehenden Normen, weil dasselbe höchst mangelhaft sey, namentlich wollte er, daß das sog. System des freiwilligen Schulbesuchs aufgegeben, derselbe zu einer allgemeinen Pflicht gemacht, und andererseits für ausreichende Schulen von der Regierung Vorsorge getroffen werde. Die Gegner seines Antrags nannten denselben gefährlich für das konstitutionelle Prinzip wegen des damit verbundenen Stellen-Vergebungs-Rechts der Regierung, und weil derselbe den Unterricht zu einem bloß weltlichen machen würde.

Frankreich.

Paris, 11. April. Die Regierung pflückt heute die erste Frucht des Friedens, die verbesserte Lage der Bank. Der Baarfonds dieses Instituts, der seit drei Monaten zu den zirkulirenden Banktabellen hart am Rande des legalen Verhältnisses von 1:3 stand, hat jetzt wieder das von 1:2,4 erreicht. Der Baarvorrath der Bank, der nun 268 Millionen beträgt, hat sich im Laufe des Monats um 54 Millionen gesteigert, während ihre Notenzirkulation von 619 auf 616 Millionen sank. Die vorzüglichste Mitwirkung hiebei gebührt dem Staate, der einen enormen Contocorrent bei der Bank hat Er beträgt 100 Millionen und darf als Produkt der fortgesetzten Einzahlungen auf das letzte Anlehen angesehen werden, deren Benützung für einige Zeit ausgesetzt ist, da die Rüstungen und Sendungen nach der Levante aufhörten, und die Ausgaben für die Rückkehr der Truppen noch nicht begonnen haben. Der Staat wird diese Fonds erst nach der Ratifikation des Vertrages vom 30. März in Anspruch nehmen. Die zweite thätige Ursache war die Baisse der Staatsfonds, welche die Kapitalisten abschreckte, ihr Geld darin zu verwerthen, ja ihnen Mißtrauen gegen die Spekulanten selbst einflößte, daher der theure Report, da die Geldbesitzer es vorziehen, ihr Geld unbenützt in den Bankkoffern liegen zu lassen, als die ziemlich hohen Wartegelder zu beziehen. Der Hauptgrund dieses Mißtrauens liegt seinerseits in der Furcht, daß die Papiere auf eine unnatürliche Höhe geschraubt sind, und daß eine neue Anleihe nicht unmöglich wäre. Folge hiervon ist ein Steigen der Privatcontocorrente um 37 und bis zu einer Summe von 162 Mill. Ein dritter Faktor dieser Zunahme liegt in der Verminderung der Vorschüsse auf Eisenbahnpapiere in einer Summe von 7 Millionen. Es betragen diese jetzt nur noch 48 Millionen. (A. Z.)

* Paris, 11. April. Die beiden russischen Bevollmächtigten waren gestern nicht auf dem Feste im türkischen Gesandtschaftshotel. Diese Abwesenheit, welche man auf den ersten Blick einem politischen Grund oder einer Animosität zuschreiben konnte, beruht im Gegentheil — wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren — in einem Gefühle der Delikatesse. Eine Person im russischen Gesandtschaftshotel wurde von den Blattern befallen und wegen der etwa zu befürchtenden Ansteckung hielt sich Graf Orloff sowohl als Baron Brunow von dem Feste entfernt, welches der Kaiser mit seiner Gegenwart beehrte.

Paris, 11. April. Der heutige „Moniteur" veröffentlicht den Rechnungsabschluß der Bank von Frankreich. Was die Aktiva angeht, so hat sich der Metallvorrath, welcher sich gegenwärtig auf 269 Millionen Fr. beläuft, seit dem Ausweis vom 14. März um 54 Mill. Fr. vermehrt. In Bezug auf das Portefeuille, welches auf 431 Mill steht, hat sich nichts verändert. Die Vorschüsse auf öffentliche Fonds betragen 80 Mill. Fr., was einer Abnahme um 4 Mill. Fr. gleichkommt. Die Darleben auf Eisenbahn-Aktien und Obligationen betragen 45 Mill. Fr. und haben sich um 2 Mill. Fr. vermindert.

Die Passiva anlangend, erreicht der Noten-Umlauf die Summe von 636 Mill. Fr, woraus sich eine Zunahme um 17 Mill. Fr. ergibt. Die laufende Rechnung des Schatzes beträgt 100 Mill. Fr. und ist um 14 Mill. Fr gestiegen, während die laufenden Rechnungen von Privat-Personen 163 Mill. Fr. betragen, d. h. um 37 Mill. Fr. zugenommen haben.

(T. D. d. Köln. Ztg.)

Paris, 11 April. Man entwaffnet hier in einem sehr großen Maße. Dies trägt nicht wenig zur vortrefflichen Haltung unserer Börse bei. — Die französische Akademie schritt in ihrer gestrigen Sitzung zur Wahl von zwei Mitgliedern, an Stelle der HH. v. Lacretelle und Graf Molé. Für v. Lacretelle wurde Hr. Biot mit 20 auf 34 Stimmen erwählt. Emile Augier hatte 10, Theophile Gautier 1, Mazères 2, Jules Sandeau 1 Stimme. An Stelle des Grafen Molé wurde (bei der dritten Abstimmung) Hr. v. Falloux mit 19 auf 34 Stimmen erwählt. Emile Augier hatte 15 Stimmen. Die Wahl der Akademie beschäftigt gegenwärtig alle politischen und namentlich die Regierungs-Kreise. Die Regiernng ist sehr aufgebracht; denn es läßt sich nicht läugnen, daß die bedeutendsten Männer für ihre Gegner gestimmt haben.

Spanien.

Aus Madrid, 5. April, wird der „Allg. Z." geschrieben: „Madrid ist seit einigen Tagen durch wiederholte Verbrechen und Selbstmorde erschreckt. Vorgestern wurde eine junge Dame in einem Kaffehaus, wo sie mit ihren Aeltern war, durch ihren dort eintretenden Liebhaber niedergestoßen; eine zweite hat sich durch einen Sprung aus dem vierten Stockwerk eines Hauses auf die Straße zerschmettert; ein anderer Selbstmord ist derjenige der Gemahlin des demokratischen Dichters Avgnolo de Izco, die sich durch einen Messerstich tödtete. Ein Vater hat ferner seinen ungehorsamen Sohn mit Messerstichen verletzt; zwei demokratische Journalisten, Sisto Camara und Rosa, haben sich auf Pistolen duellirt, und der Erstere den Letzteren gefährlich verwundet; am hellen Tage dringen Räuber in Milizenuniform in die Häuser und stehlen Geld und Kleinode — das gibt seit einigen Tagen ein trauriges Bild von der Hauptstadt." (Ob der Korrespondent der „A. Z." nicht etwas übertreibt?)

Italien.

In Venedig soll eine Kreditbank gegründet werden, deren ausschließlicher Zweck die Unterstützung des Grundbesitzes wäre.

Turin, 9. April. Nach dem ministeriellen Blatte „il Risorgimento" wäre eine Reduzirung der Armee nahe bevorstehend; auch sey die Weisung zur Verabschiedung der Altersklassen 1832 und 1833 bereits im Zuge. (Ostd. P.)

Rußland und Polen.

Ehe noch der Friede ratifizirt ist, ist bereits in London der Prospektus einer neuen russischen Eisenbahn ausgegeben. Sie soll hauptsächlich mit englischen Kapitalien und durch englische Ingenieure gebaut werden, und kündigt sich als „Handelsbahn von Rußland, Riga und Dünaburg" an. Das erforderliche Kapital beläuft sich auf 1,600,000 Pfd. Sterl., die in 20,000 Aktien zu 100 Pfd. aufgebracht und zu 80 ausgegeben werden sollen. Die russische Regierung garantirt als Minimal-Interessen 4pCt. Die Bewilligung zur Anlegung dieser Bahn wurde der Rigaer Börse ertheilt, und die Kompagnie hat die unbehinderte Kontrolle über den Bau sowohl wie über die Verwaltung. Die Länge der Bahn beträgt ungefähr 140 engl. Meilen von Riga bis Dünaburg, und schließt sich auf halbem Wege an die im Bau begriffene Petersburg-Warschauer an. Sie ist vornehmlich darauf berechnet, den Transport während des Winters zu besorgen, und dürfte dem Prospektus zufolge die bedeutendste Verbindungsbahn des russischen Nordens mit dem Westen werden.

Durch Ukas des Kaisers ist die Anlegung des Halb-Kaftans (als Nationaltracht) nach vorgeschriebener Form dem gesammten Zivilverwaltungs-Personal befohlen worden.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Es ist bald versichert worden, daß zu Paris die italienische Frage in der umfassendsten Weise zur Sprache gebracht sey, bald daß der Kongreß sich gar nicht mit derselben beschäftigt habe. Beides scheint richtig. Graf Cavour hat eine Denkschrift über die Lage Italiens eingereicht, aber bis zum Abschlusse des Friedensvertrages wenigstens hat der Kongreß es nicht geeignet gefunden, auf dies Aktenstück näher einzugehen.

Der „D. A. Z." schreibt man aus Berlin: „In politischen Kreisen ist man der Meinung, daß man preußischerseits die gegenwärtige Gelegenheit in Paris benutzen dürfte, um die Frage in Betreff des Kantons Neuenburg zur Sprache zu bringen." (Auch das noch?)

Aus dem Orient.

Die Pariser „Presse" bringt den Hauptinhalt der mehrerwähnten Denkschrift des früheren Großvezirs Reschid Pascha über die Reformen. Reschid Pascha beschuldigt das jetzige türkische Ministerium, es habe, ohne dem Lande genügend die Nothwendigkeit eines Bruches mit der Vergangenheit zu zeigen, die auswärtigen Mächte zu Konferenzen eingeladen, in welchen die innere Organisation, die innere Verwaltung diskutirt worden sey; ferner habe das Kabinet die verheißenen Reformen unausführbar gemacht, indem es den muselmännischen Bevölkerungen versprochen habe oder durch seine Beamten habe versprechen lassen, die Reformen würden nicht zur Ausführung kommen. Die Denkschrift schließt mit dem Satze, daß die Europa gegenüber eingegangenen Reform-Verpflichtungen mit Nachdruck und Ehrlichkeit durchgeführt werden müßten, wenn das Reich nicht bald wieder zu den ernstesten Verwicklungen kommen solle.

Paris, 12. April. Der „Moniteur" veröffentlicht eine Depesche des Marschalls Pelissier vom 7. April, welcher zufolge der Gesundheitszustand des französischen Krimheeres sich fortwährend in sehr merklicher Weise besserte. Der Typhus war sichtlich im Abnehmen begriffen. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 13. April. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. $84\frac{1}{2}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Met. 76; Wiener Bankaktien 1336; 5pCt. Lomb.

91; Wiener Wechsel l. S. 116$\frac{7}{8}$; 3pCt. inl. span. 40; 1 pCt. neue 24$\frac{3}{4}$; Darmstädter Bankaktien 350.

Wien, 12. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86$\frac{5}{8}$; 5pCt. Metall. 85$\frac{7}{8}$; 4$\frac{1}{2}$pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 —; von 1854 109$\frac{1}{4}$; Bankaktien 1144; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 339$\frac{1}{4}$; Donau Dampfschiffahrtsaktien 650; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3067$\frac{1}{2}$. Wechselkurse: Augsburg uso 102$\frac{1}{4}$; London 10. 4. B. Geldkurs: Dukaten —.

Bremen, 5. April. Nach einer heute Morgen eingegangenen telegraphischen Nachricht von St. Petersburg hat nun auch Rußland die Ausfuhr von Getraide aus allen Häfen wieder freigegeben. Wenn nun auch für die nächste Zeit Rußland wohl wenig Getraide liefern kann, so müssen wir doch später namentlich von St. Petersburg und Archangel erhebliche Zufuhren gewärtigen und diese Aussicht kann immerhin einen deprimirenden Einfluß ausüben. — Man wird im Allgemeinen daher erst eine abwartende Stellung einnehmen, denn Spekulationen dürften fehlen und der Gang des Handels hauptsächlich nur durch die wirkliche Bedürfnißfrage regulirt werden. In letzterer Zeit ist für Konsumo nur schwach gekauft, und haben sich namentlich die Roggen-Vorräthe hier stärker angesammelt, während die Geldverhältnisse wohl hie und da dringende und billigere Anerbietungen veranlassen. Unsere heutigen Preise sind nominell. 125—126, 128—129pfd. Oberl. Waizen 200 a 210 Thlr. loko. Roggen 117, 118—120pfd. Amerik. und Galatz 137 a 145 Thaler loko, 141 a 150 Thlr. frei ab 115, 116—117pfd. Galatz-Roggen 135 Thlr. frei ab. Gerste und Hafer flau und weichend, 103—104pfd. Oberl. Gerste bedang 110 Thlr. und bleibt dazu erlassen. Niederl. Gerste nominell 85 a 90 Thlr. 66—72pfd. Niederl. Futter-Hafer 54 a 60 Thlr. Mittel-Bohnen 105 a 108 Thlr., kleine 116, 120 a 124 Thlr.

An der Börse ging Nichts um, da man heute mehrere Ordres auf Roggen nicht ausführen mochte, vielmehr erst weitere Instruktionen erwartet.

London, 4. April. Zucker der englischen Kolonien belebt und fast durchgehends 1 s. höher als voriger Woche. In fremden Sorten gingen um: ca. 1200 K. Havanna zu 27 s. 3 d. a 32 s. 6 d. für braunen Nr. 9 bis feinen florete Nr. 16—17, ca. 1000 K. Java zu 26 s. 9 d. a 30 s. für braunen bis weichen ord. weißen, ca. 800 F. französische Muscovaden und Portoriko zu 26 a 29 s. für feinen braunen bis guten gelben und ca. 2000 S. Pernambuko zu diversen Preisen. Schwimmend machte man eine Ladung braunen Pernambuko frei von Havarie part. zu 25 s. 4$\frac{1}{2}$ d., lieferbar Antwerpen, und eine große Ladung von 26,000 S. gedeckten Manila- zu 27 s. 3 d., lieferbar Bristol gelandet.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 12. April. Se. Maj. König Ludwig ertheilte den Bildhauern Hrn. Prof. Widnmann und dessen Schwager Brugger neuerdings interessante Aufträge und zwar Ersterem für die Außenseite der Glyptothek das Standbild des berühmten Bildhauers Rauch in Berlin, welches in Marmor ausgeführt wird, Brugger hat ein 11 Schuh hohes Modell zu dem Standbilde des berühmten Chefs der Fugger'schen Familie zu fertigen, nämlich des 1575 verstorbenen Johann Jakob Fugger, Raths Kaiser Karls V., Ferdinands und Maximilians II. Es ist dies das Modell eines Erzstandbildes, welches in seiner alt ehrwürdigen Vaterstadt Augsburg durch die Munificenz König Ludwig's errichtet werden soll. (N. B.)

Der Zustand unseres in der musikalischen Welt so berühmten Cellovirtuosen Menter hat sich in diesem Augenblick so verschlimmert, daß man die Auflösung des Künstlers für bevorstehend hält. (M. B.)

Triest, 11. April. In Folge der Wiedereröffnung des Verkehrs in den russischen Hafenorten und die Freigebung der Maisausfuhr von Seite des Kirchenstaates sind alle Getraidepreise namhaft gewichen. (Ostd. P.)

Aus London wird geschrieben: Interessant ist für Botaniker die Ausstellung eines Bruchstückes vom sog. Mammoth-Baume, der häufig in Kalifornien gefunden wird und noch in keine Klasse untergebracht werden konnte. Diese Riesenbäume stehen in den Abhängen der Sierra Nevada (Kalifornien) auf den Abhängen eines etwa 5000 Fuß über der Meeresfläche gelegenen Thales in Gruppen von zweien und dreien beisammen, erreichen eine Höhe von 250 — 300, einen Durchmesser von 15 bis 30 Fuß und lassen durch eine sorgfältige Zählung ihrer Jahresringe auf ein Alter von 3000 Jahren schließen. Von einem dieser Bäume nun hat ein Amerikaner ein großes Stück der Stammrinde abgeschält, das sich vollkommen zusammenfügen läßt und den Umfang des Stammes zeigt. Das Holz, von dem er Proben mitgebracht hat, ist schwammig wie die Holzsubstanz der Korkeiche; der eines Theiles seiner Rinde entkleidete Baum steht aber heute noch in der Sierra Nevada und ist ein beliebtes Stelldichein für die Goldgräber der Umgegend. (N. Z.)

Paris, 8. April. Bekanntlich ward die Leiche Heinrich Heines bei seiner Beerdigung am 20 Febr. zunächst in einer provisorischen Gruft beigesetzt. Es hat nunmehr heute Vormittag die definitive Beisetzung des Sarges in der Grabstätte stattgefunden, welche Heines Wittwe hat erbauen lassen und wo sie selbst einst zu ruhen wünscht. Hinter der durch eine Steinplatte geschlossenen Gruft erhebt sich ein einfacher Denkstein, welcher auf einer Mormortafel die Inschrift trägt: Henri Heine. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

Hannover, 11. April. Heute kam die zweite Kammer an die erste Berathung der Vorschläge, womit die Regierung die oktroyirte Verfassung zu ergänzen und abzuschließen gedenkt. Münchhausen, der Günstling Ernst Augusts, der erste Ministerpräsident nach Stüve, sprach dagegen in Worten voll Gediegenheit, Mäßigung und Kraft. Unmittelbar nach so gewaltsamer Aenderung des Verfassungszustandes sey es gerathen, die Gährung sich beschwichtigen zu lassen, nicht aber an einen Abschluß zu denken. Dazu gehöre Vertrauen auf allen Seiten; Vertrauen aber habe die Regierung nicht zu dem Lande, wie sie durch die Ausschließung genialer Vertrauensmänner des Landes von dieser Kammer bewiesen, und sie selber sey zu neu zum Anspruch auf Landesvertrauen zu ihr. In den Finanz-Vorschlägen erkannte er ein Vorhaben von furchtbarer Wichtigkeit, betäubend durch den Geist der Vernichtung alles ständischen Bewilligungsrechtes, der darin webe, ein Vorhaben, wobei die Interessen des Landes, wie des Landesherren und des monarchischen Prinzips in Gefahr seyen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der Kammer Maßhalten auch bei den schwersten Prüfungen geboten sey, will er sich einer Ausschußprüfung dieser Anträge nicht widersetzen; aber wüßte er nicht, daß die Regierung selber diese Vorschläge nicht als Ultimatum ansehe, so würde er auch nicht einmal auf die Prüfung eingehen. Gleich ihm erklärten sich alle übrigen Redner, Windthorst, Oppermann, Braun, selbst Rasch (nicht Rath, wie mehrfach gedruckt ist) gegen die Anträge, v. d. Horst mit der Befürchtung, daß die Herren drüben das Land in die verzweifelte Lage gebracht hätten, für immer des Rechtsbodens verlustig zu seyn, — Worte, auf die der Minister um Schutz gegen Persönlichkeiten bat, die der Präsident Graf Bennigsen in der Aeußerung nicht erkennen mochte. Nur Staatsrath Lang hielt eine Verhandlung über die Finanzvorschläge auf der gegebenen Grundlage nicht für ganz unmöglich. Sonst nahm sich Niemand des Kabinets an. Herr v. Borries mußte seine Vertheidigung ganz allein führen und that dies unter wiederholter Berufung auf den Willen des Bundes und unter Verwahrung der Regierung, als wolle sie gewaltsam den Finanzvertrag von 1848 lösen. Die spannende, vor gefüllten Tribunen geführte Verhandlung schloß mit Ueberweisung aller Vorlagen, auch der des Schatzkollegs, an einen Verfassungsausschuß von 14 Mitgliedern beider Kammern. Die erste Kammer beschloß die Ueberweisung der Verfassungsvorlagen an einen gemeinschaftlichen Ausschuß von 5 Mitgliedern jeder Kammer. (K. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 105. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 15. April 1856.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 13. April In der Bundestagssitzung vom 10. l. Mts. wurde dem Hauptmann der vormaligen schleswig-holsteinischen Armee von Fischer-Treuenfeld bis auf Weiteres ein jährlicher Bezug von 560 fl. gewährt. — Auf Antrag der Militärcommission wurde beschlossen: in der Bundesfestung Luxemburg ein bombensicheres Lazareth zu erbauen und die für diesen Zweck zunächst erforderlichen Geldmittel anzuweisen.

Bayern. München, 14. April. Se. Maj. der König haben das in Erledigung gekommene k. Konsulat in Ancona dem dortigen Kaufmann Raniero Baluffi übertragen; dem Oberappellationsgerichtssekretär Ludwig Wollschläger den Titel und Rang eines wirklichen Raths tax- und stempelfrei verliehen; dem Gränzoberkontroleur Stephan Fröhlich zu Plössberg im Hauptzollamtsbezirke von Waldsassen wegen körperlicher Gebrechlichkeit die nachgesuchte Quiescenz für die Dauer eines Jahres bewilligt, und zum Gränzoberkontroleur in Plössberg den berittenen Gränzaufseher Adam Ebrat provis. ernannt. (N.M.Z.)

Das neueste „Militär-Verordnungsblatt" Nr. 8 enthält Eingangs eine k. Entschließung, den im Oktober d. Js. stattzufindenden Garnisonswechsel bei der Infanterie und Kavallerie betr. Von München kommt lediglich das 3. Bataillon vom Infanterie-Leib-Regiment nach Germersheim; und dafür das 2. Bataillon desselben Regiments von dorten hieher zurück.

München, 13. April. Die Aktien der bayer. Hypotheken- und Wechselbank, welche vorige Woche auf der Augsburger Börse bis auf 795 gestiegen waren, sind seit der Verwerfung des bezüglichen Antrags in der zweiten Kammer bis auf 770 bis 75 zurückgegangen.

Preußen. Berlin, 10. April. Ueber das Hinkeldey'sche Duell existirt eine Denkschrift, die Herrn v. Rochow oder eine ihm nahestehende Person zum Verfasser hat. (N. K.)

Berlin, 6. April. Die bereits in die Oeffentlichkeit getretene Absicht des Landesherrn, eine allgemeine Landessynode berufen zu lassen, konnte nicht verfehlen, den Eindruck der Ueberraschung hervorzubringen, da dieser Schritt, wiewohl schon vor Jahr und Tag erwogen, doch erst kürzlich und plötzlich beschlossen worden ist, übrigens aber von Niemand geahnt wurde. Die wichtigste der zu ihrer Vorbereitung abgefaßten fünf Denkschriften ist diejenige, welche sich auf die Berufung der Synode selbst bezieht. Sie hat, wie die übrigen, den Zweck, den Konsistorien der acht Provinzen und außerdem einsichtsvollen und erfahrenen Männern Gutachten über die darin erörterten Gegenstände abzufordern. Die gegenwärtigen Bewegungen auf kirchlichem Gebiet brachten Keime zur Reife, welche schon früher im Schooße des Oberkirchenraths sich entwickelt hatten, und als deren Boden nicht minder die Person des Königs zu betrachten ist. Wie die betreffende Denkschrift ausspricht, heißt es in derjenigen Denkschrift des Erstern, welche nunmehr einen direkten und maßgebenden Ausspruch Sr. Majestät veranlaßt hat: „Als ein unabweisbares Bedürfniß erkennt der evangelische Oberkirchenrath die Begründung einer synodalischen Vertretung der Kirche an. Er achtet es nicht für möglich, daß der evangelischen Kirche fortan in dem Organismus der kirchenregimentlichen Aemter allein eine hinreichend starke Vertretung und Stütze gegeben werden könne, und erklärt sich daher mit Entschiedenheit für die Nothwendigkeit einer, die Kirche in allen ihren Gliederungen umfassenden, synodalischen Vertretung." Bereits im Jahr 1850 sprach der König in einer Ordre vom 30. Dezember an den Minister der geistlichen Angelegenheit seine Ansicht über die Bildung der Synoden weiter aus: „Auch Ich wünsche die Bildung einer Synodalverfassung und werde dieselbe aus allen Kräften befördern, aber die Synoden dürfen nicht als Vertreter der Kirche gegenüber den kirchlichen Behörden, nach Analogie konstitutioneller Kammern, sondern sie müssen selbst als Behörden, als Vertretung der Kirche nach Außen gedacht werden. Dann aber muß Ich jeder Bildung der Synoden durch Wahl in der Art, wie die Analogie der Kammern sie ergeben würde, entgegentreten; zum Eintritt in eine Synode muß ein Kirchenamt oder der Auftrag der aus der neuen Konstituirung der Kirche hervorgegangenen Kirchenbehörde die Vollmacht geben." In neuester Zeit traten nun noch Fragen wegen der Ungleichheit der liturgischen Uebung und namentlich, welche Stücke beim Gottesdienste wesentlich nothwendig und darum schlechterdings für den Geistlichen obligatorisch seyen, und in welchen Theilen das provinzielle oder auch das örtliche Element, ja selbst die Individualität des Geistlichen sich frei entfalten dürfe, hervor, und der König hielt die Autorität des Kirchenregiments zur Erledigung derselben nicht für ausreichend, vielmehr müsse die Autorität der Generalsynode hinzutreten. Es kamen die Punkte wegen Wiederherstellung des Diakonates, die Ehescheidungsfrage in spezieller Richtung auf die Verweigerung der Einsegnung geschiedener Personen hinzu, und es war allerhöchste Ueberzeugung, daß die Synode aus Geistlichen und Laien bestehen und die Zahl ihrer Mitglieder nicht zu groß seyn soll. Einem ausdrücklichen Befehle des Königs gemäß soll nunmehr eine schriftliche Begutachtung der in den fünf Denkschriften erörterten Fragen stattfinden, und dieselben sind schon in der Mitte des verflossenen Februars zu diesem Zwecke an die betreffenden Stellen verschickt worden. Zuerst soll die Frage: „Wie die intendirte Synode zu kombiniren seyn würde, damit sie materiell als die Trägerin kirchlicher Einsicht und Erfahrung, und formell als die Darstellung der Landeskirche angesehen werden könnte," beantwortet werden; daran hat sich die Beantwortung der Frage: „Welche rechtliche Stellung der Synode anzuweisen seyn würde, und welche Bedingungen hinzutreten müßten, um ihre Aussprüche in das Leben überzuführen," anzuschließen. Indessen darf der Passus der vorliegenden Denkschrift nicht übersehen werden, welcher lautet: „daß die Synode nicht als Vertretung der Kirche bei dem Regiment aufgefaßt werden dürfe, ist unter Bezugnahme auf einen Ausspruch Sr. Majestät des Königs bereits angedeutet worden." (Schw. M.)

Bei dem Berliner Posamentier-Gewerk ist eine große Bestellung aus St. Petersburg eingegangen, und zwar auf 9000 Ellen Goldtressen, so daß augenblicklich großer Mangel an Gehülfen sich fühlbar macht. Die Tressen, von denen eben so viel in Paris gefertigt werden sollen, sind für die kaiserliche Dienerschaft und die bevorstehende Krönung in Warschau bestimmt. (N. Z.)

Berlin, 13. April. Eine aus drei Obersten und einem Zivilisten bestehende englische Kommission, welche einige Zeit hier zubrachte, um das preußische Militärwesen, namentlich das des Generalstabs der Artillerie und der Ingenieure, kennen zu lernen, hat sich nach Wien begeben, will aber auf ihrer Rückreise noch einige Zeit bei uns weilen. (Fr. Pst.)

× Berlin, 13. April. (Privat-Korrespondenz.) Die Beförderung durch die Post in Preußen im vergangenen Jahre hat gegen die Vorjahre sehr bedeutend zugenommen. Die Zahl der Briefpostgegenstände vermehrte sich um 7,962,708 St., der Packete ohne deklarirten Werth um 1,085,916 St., der Briefe und Packete mit declarirtem Werthe um 215,800 St., der Briefe und Packetsendungen mit Postvorschuß um 162,851 St., der Briefe, auf welche baare Einzahlungen geleistet worden sind, um 2[illegible]1,660 St., das Gewicht der Packete ohne deklarirten Werth hat zugenommen um 11,983,247 Pfd., das Gewicht der Geld- und Werthsendungen um 374,230 Pfd., der deklarirte Werth der Geld- und Werthsendungen um 44,223,547 Thlr. Der Verbrauch der Freimarken stieg um 1,375,503 St., und der der Freicouverts um 562,906 St. Die Zahl der mit der Post gereisten Personen um 292,207.

Nassau. Wiesbaden, 11. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer stellte der Abg. König im Namen der Unterzeichneten in Betreff des Jagdgesetzes folgende Interpellation: „Das ohne landständische Zustimmung erlassene

Gesetz vom 20. Septbr. v. J. stellt die durch das Gesetz vom 15. Juni 1848 aufgehobenen Jagdberechtigungen wieder her. Wenn auch herzogl. Landesregierung die Nothwendigkeit landständischer Zustimmung zur Rechtsbeständigkeit dieses Gesetzes zu keiner Zeit bestritt, vielmehr durch wiederholte Vorlage des Gesetzentwurfs bei dem Landtage und durch die bei Publizirung des Gesetzes gegebene Zusicherung weiterer Vorlage ausdrücklich anerkannt hat, so folgt doch aus der Natur provisorischer Gesetze, deren rechtliche Möglichkeit gleichzeitig durch die momentane Verhinderung, die landständische Zustimmung einzuholen, bedingt ist, daß die Regierung verpflichtet war, obiges Gesetz dem Landtage sofort bei dessen Zusammentritt zur Prüfung und Zustimmung vorzulegen. Der Erwartung, daß die Regierung dieser ihrer Verpflichtung nachkommen werde, mußte man sich um so mehr hingeben, da äußere nöthigende Gründe, welche die Regierung veranlassen konnten, provisorische Gesetzbestimmungen über das Jagdrecht zu geben, nicht bekannt sind, und das Vorgehen der Regierung bei diesem in das Eigenthum und dessen Benutzung tief eingreifenden Gegenstande das öffentliche Vertrauen und Rechtsbewußtseyn in seinen Grundfesten erschüttert hat. Die Unterzeichneten erlauben sich daher an die herzogl. Regierung die Anfrage zu richten, aus welchen Gründen die Vorlage des provisorischen Gesetzes vom 20. September v. J. zur Prüfung und Zustimmung an die Stände bis jetzt nicht erfolgt ist? König, Knapp, Lang, Eigner, Schrodt, Münch, Schmidt, Ulrich, Schwickert, Schäffer, Mohr, Hemmelmann, Sebastian, Giebeler." Diese Interpellation wurde vom Abg. Rau unterstützt, und weiter an die herzogl. Regierung die Anfrage gestellt, ob sie geneigt sey, im Laufe dieser Session die weiter provisorisch erlassenen Edikte der Kammer vorzulegen. Antwort ward zugesagt. (Mrh. Z.)

Wiesbaden, 12. April. So eben erscheint in dem schon mehrfach besprochenen Wucherprozesse, der seit beinahe zwei Jahren die hiesigen Gerichte beschäftigt, das endgiltige Urtheil des herzogl. Oberappellationsgerichts. Sämmtliche Angeklagten haben mit Erfolg appellirt — die von dem herzoglichen Hofgericht ausgesprochenen Urtheile, lautend auf Korrektionshaus und Geldbußen, sind aufgehoben und die Angeklagten außer gerichtliche Verfolgung gesetzt worden.

Wiesbaden, 12. April. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurde von dem Abg. v. Eck folgender Antrag gestellt: „Die erste Kammer wolle beschließen, daß sie ihre Zustimmung zu dem provisorischen Jagdgesetze vom 20. September 1855 versage; 2) der Regierung gegenüber die Erwartung aussprechen, daß das mit diesem Beschlusse aus gesetzlicher Wirksamkeit getretene Jagdgesetz vom 20. Sept. 1855 von derselben auch ausdrücklich außer Wirksamkeit gesetzt werde; 3) derselben weiter die Erklärung abgeben, daß ein die Erlassung dieses provisorischen Gesetzes rechtfertigender Grund nicht vorgelegen habe, und 4) gegen dieselbe die Erwartung aussprechen: a. daß in Zukunft provisorische Gesetze nur in Nothfällen erlassen und b. daß solche alsbald nach dem Zusammentritt des Landtags den beiden Kammern zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt werden."

Die Regierungskommission erklärt in eben derselben Sitzung, bezüglich der im vorigen Jahr von beiden Kammern gefaßten Beschlüsse, nämlich 1) die frühere Einberufung der Stände; 2) Ertheilung eines Landtagsabschieds, und 3) sogleich nach dem Zusammentritt des Landtags das Staats-Budget und die legislativen Vorlagen zur Prüfung und Berathung vorzulegen, daß die Regierung auf die Beschlüsse nicht eingehen könne und mithin nicht geneigt sey, ihnen Folge zu geben. (Mrh. Z.)

Großbritannien.

London, 10. April. Auch das Unterhaus hat viel von einer Spieluhr. Wenn man gewisse Themata auf der Tagesordnung sieht, so kann man ruhig die Augen zumachen und doch wissen, welche Mitglieder auf beiden Seiten des Hauses gesprochen und was sie gesagt haben. Die Zulassung der Juden, die gestern verhandelt wurde, ist ein solches Thema. Ein ausdrückliches Verbot besteht nicht, aber ein zufälliges Hinderniß in den Worten: „Auf den rechten Glauben eines Christen", mit denen der Abschwörungseid gegen die Stuarts schließt. Nachdem verschiedene andere Versuche, Herrn Rothschild in das Parlament zu bringen, gescheitert, hat Milner es über sich genommen, den ganzen Eid abzuschaffen; und gestern wurde von allen Seiten wiederholt, was alle die Jahre her gesagt worden ist. Sir Frederic Thesiger hat Angst vor dem Lieutenant Stuart, der in der österreichischen Armee dienen soll und den ich im Gothaer Kalender nicht finden kann; zitirt auch einige Erlasse des Erzbischofs Cullen, in denen die Königin als Ketzerin bezeichnet wird. Andere Tories sind gegen die Bill, weil sie eine nothwendige Konsequenz der Religionsfreiheit sey. Disraeli ist für die Bill, weil sie nicht eine Konsequenz der Religionsfreiheit, sondern des christlichen Staates sey. Leute, die im Parlament genau Bescheid wissen, behaupten übrigens, daß viele Ministerielle privatim auch ganz anders sprechen, als sie öffentlich stimmen. Sie würden nicht für die Zulassung der Juden stimmen, wenn sie wüßten, daß ihr Votum zur Entscheidung beitrüge, sondern verließen sich darauf, daß die Bill, wie bisher immer, im Oberhause fallen werde. Der Rabbi Manasseh, der die Paulskirche von Cromwell für 500,000 L. kaufen wollte, um eine Synagoge daraus zu machen, fehlte natürlich nicht; dagegen vermisse ich ein Argument, das wohl nahe gelegen hätte: daß die vereinigten Großmächte in der Türkei die Juden emanzipirt haben. Es steht noch nicht auf der Walze der Spieluhr. (N. Z.)

London, 12. April. Wir berichteten vor einiger Zeit über ein Meeting entlassener Sträflinge, welches Mayhew, der Verfasser mehrerer bekannten Werke über Londoner gesellschaftliche Zustände, einberufen hatte. Unter den Auspizien desselben Schriftstellers fand am vorigen Montag eine noch seltsamere Versammlung, nämlich eine Zusammenkunft der Londoner Diebe Statt. Es sollte denselben die Gelegenheit geboten werden, ihre Beschwerden gegen die Gesellschaft vorzubringen und über die Mittel zu berathen, durch welche es ihnen ermöglicht werden könnte, wieder ehrliche Mitglieder des Gemeinwesens zu werden. Es hatten sich auf dem Meeting ungefähr 100 Mitglieder der Gauner-Aristokratie, sogenannte „swell mobsmen", eingefunden, Leute, welche auf das niedere Pack der Beutelschneider, die „square men", ungefähr mit derselben Verachtung blicken, wie Franz Moor auf die „gemeinen Sünder". Die Herren Diebe gewährten einen recht stattlichen Anblick; sie waren, wie der Sitzungsbericht meldet, wohlgenährt, gut gekleidet und schienen sich durchaus nicht unbehaglich in ihrer Haut zu fühlen. Die meisten kannten einander, und das Verdienst, in diesem Falle der Verdienst, wurde billig anerkannt und bewundert. Beim Eintreten einiger fashionabel gekleideten jungen Männer mit schweren goldenen Ketten und Diamantnadeln durchlief ehrfurchtsvolles Murmeln die Reihen. „Kommen in feinste Gesellschaft. Machen ungeheures Geschäft. Verdienen zwanzig Guineen" zischelte man sich und den Berichterstattern zu. Auch ein oder zwei cracksmen, Einbrecher, die sich in die Versammlung verirrt, machten Sensation. Als aber endlich auch ein paar fences eintraten, war der Effekt wie in Belgravia, wenn ein Herzog oder Mr. Hudson oder Miß Coutts oder Mr. Sadleir angemeldet wird. „Sind ihr eigenes Gewicht in Gold werth", flüsterte in Ehrfurcht die Gesellschaft. Fence ist ein Hehler, auf deutsch Schärfenspieler. Einige Unbekannte wurden mit dem Ruf: nur Kenobes! empfangen und ersucht, sich zu entfernen, da das Meeting ein privates sey. Kenobes bedeutet in der englischen Gaunersprache die Spitzbuben erster Klasse. Mayhew setzte ihnen auseinander, daß es im Werke sey, ein Asyl und eine Auswanderungsgesellschaft für sie zu gründen, und wünschte ihre Ansichten zu hören. Der Inhalt ihrer Reden jedoch war, einige wenige vereinzelte Fälle ausgenommen, für die Moral kein besonders tröstlicher. Es ging daraus hervor, daß keineswegs das Bewußtseyn der Schuld, sondern die Verlegenheiten und Nöthe, welche das Spitzbubenleben mit sich bringt, und die Furcht vor der Strafe in dem reformlustigen Diebesparlamente den Wunsch erregte, ein ehrliches Leben zu führen. Man konnte es den meisten der Herren wohl anmerken, daß sie recht gern bei ihrem jetzigen Handwerke bleiben werden, so lange es nur leidlich einträglich ist und nicht durch die störenden Eingriffe der Polizei zu unsicher und beschwerlich gemacht wird.

In Irland bildet die Ermordung der Mrs. Sarah Kelly das Tagesgespräch. Von denjenigen, welche vermuthen, daß die Blutthat in agrarischen Verhältnissen ihren Grund gehabt habe, wird angeführt, daß die Verstorbene, welche in bösen Zeiten den Pachtzins herabgesetzt hatte, neuerdings die Absicht kund gegeben habe, ihn wieder auf seine frühere Höhe zu bringen. Sonst wird sie als eine sehr milde Gutsherrin geschildert. Mrs. Kelly war eine sehr vermögende Dame. Ihre Güter brachten ihr jährlich 7—8000 Pfd. ein, und außerdem gelangte sie bei Beendigung des berühmten Prozesses „Kelly gegen Thewles" in den Besitz eines Vermögens von 250,000 Pfd. Einer ihrer Verwandten, Verwalter des Gutes Ballinderry, wo die That verübt wurde, ist als des Mordes oder der Mordanstiftung verdächtig verhaftet worden. Ein Neffe der Verstorbenen und eine Anzahl Kinder waren Zeugen des Verbrechens. Die beiden Mörder trugen weibliche Kleidung und hatten schwarze Tuchmasken vor dem Gesichte. Als sie sich Mrs. Kelly näherten, ergriff diese die Flucht und fiel gleich darauf, entweder, weil sie vor Schrecken ohnmächtig wurde, oder aus irgend einem andern Grunde, zu Boden.

Einer ihrer Verfolger beugte sich über die Liegende, zielte bedächtig und jagte ihr eine Pistolenkugel durch die Schläfe; dann trat er bei Seite, und sein Gefährte vollendete das blutige Geschäft durch einen zweiten Schuß. Nun gingen Beide auf den etwa 30 Fuß entfernten Neffen los, der Lärm gemacht hatte. Dieser floh sogleich und rastete nicht eher, als bis er das sichere Haus erreicht hatte. Die Ermordete hatte ein merkwürdiges Leben hinter sich, das sich wie ein bunter Roman liest. Die Tochter eines Schenkwirthes in einem Städtchen der Grafschaft Kent, ward sie in noch sehr jugendlichem Alter von einem reichen und vornehmen Manne verführt und entführt, dann in Dublin mittellos von ihm sitzen gelassen. Zwanzig Jahre lebte sie in Dublin kümmerlich, ward dann erst Maitresse, hierauf Frau des reichen Advokaten Kelly, wurde nach seinem Tode vor etwa 12 Jahren in einen langen Prozeß mit dessen Verwandten, welche die Rechtsansprüche der Wittwe auf den Nachlaß bestritten, verwickelt, und gewann denselben endlich in allen Instanzen.

Der als Theilnehmer an der Ermordung der Miß Hinds angeklagte James Murphy ist vorgestern von den Geschworenen zu Dublin des ihm zur Last gelegten Verbrechens für schuldig erklärt worden.

Frankreich.

Paris, 12. April. Die große Expedition nach Kabilien wird von dem Marschall Randon befehligt werden. Es wird auf diesen Feldzug, der unsere Herrschaft in Algerien gegen Marocco hin ausdehnen und vollenden soll, großes Gewicht gelegt. (Natürlich; man muß dem Heer doch etwas zu thun, den Parisern etwas zu reden geben.) In den Seehäfen von Havre, Marseille und Bordeaux beschäftigt man sich auch viel mit der Expedition nach Madagascar. England, das zur Zeit Louis Philipps wegen der unbedeutenden Tahitiinseln Frankreich beinahe den Krieg erklärt hätte, wird uns diesmal ungehindert die schöne fruchtbare Insel besetzen lassen. (Fr. Pstz.)

Paris, 12. April. Die Verminderung des Heeres zwar nicht um 200,000 Mann, wie es hieß, aber doch um 80—100,000, ist eine aus ernsten ökonomischen Gründen fest beschlossene Maßregel, und bereits sind mehrere darauf bezügliche Anordnungen erlassen worden. Namentlich soll die Kavallerie bedeutend reducirt werden; die Stämme sämmtlicher Regimenter bleiben jedoch unverändert. (K. Z.)

Die Schuldenlast der kaiserlichen Zivilliste soll in Folge der sehr beträchtlichen Ausgaben der letzten Zeit bereits auf 50 Mill. Frs. angewachsen seyn; in diesem Umstande sieht man einen Hauptgrund des, wie früher gemeldet, dem Senate abverlangten Beschlusses, wodurch der Verwaltung der Zivilliste erweiterte Befugnisse bezüglich der Kron-Domainen ertheilt werden sollen. (K. Z.)

Paris, 13. April. Der heutige „Moniteur" enthält einen Bericht über das Banket, das gestern in den Tuilerien stattfand. Die Kongreß-Bevollmächtigten, das diplomatische Korps, die hohen Würdenträger und die Minister wohnten demselben bei. An der Seite des Kaisers saßen Lord Clarendon und Graf Buol, an der des Prinzen Napoleon Graf Orlow und Ali Pascha. Der Kaiser brachte einen Toast aus auf die so glücklich erzielte Eintracht zwischen den Souverainen und wünschte derselben lange Dauer. Die Eintracht, fügte er hinzu, werde eine dauernde seyn, wenn sie sich stets auf Recht und Gerechtigkeit und auf die wahren und legitimen Interessen der Völker stütze. (T. D. d. K. Z.)

Italien.

Der „Allg. Z." wird aus Turin, 9. April, geschrieben: „Mehrere unserer Blätter berichten über Handlungen religiöser Unduldsamkeit und Sakramentenverweigerung, die in verschiedenen Theilen des Königreichs vorgekommen, und die hauptsächlich solche Personen betreffen, welche mehr oder minder Antheil an dem Klosteraufhebungsgesetz genommen. Ein Theil der hiesigen Blätter will in diesen Vorgängen die Ursache der Uebertritte zur reformirten Kirche erblicken, die nicht nur in sehr großer Anzahl hier, sondern auch in La Spezzia, Vercelli, Novara und verschiedenen andern Provinzen des Königreichs vorkommen."

Von Venedig die Nachricht, daß die dortige Handelskammer von Hrn. v. Lesseps schriftlich Anzeige erhalten hat, es sey ihm vom österreichischen Finanzministerium die Versicherung geworden, daß Venedig, als erster Seestadt des lombardisch-venetianischen Königreichs, die gewünschte Theilnahme an dem für Oesterreich bestimmten Antheil des Aktienkapitals für den Suez-Kanal im Betrag von 25 Millionen nicht vorenthalten werden solle. Sie fordert dann ihre Wähler auf, zu erklären, in welchem Maße sie sich betheiligen wollen, mit der Verpflichtung, nach Bildung der Gesellschaft ihre Einzahlungen zu machen. Auch von Genua wird gemeldet, daß die dortige Handelskammer die Absicht kundgegeben, sich mit 10 Millionen bei besagtem Unternehmen zu betheiligen. (Allg. Z.)

Aus Parma, 4. April, wird der Turiner „Opinione" geschrieben: „Die politischen Verurtheilten, welche Anfangs von Parma nach Mantua gebracht wurden, sind von Mantua nach Gratz, außerhalb Italiens, weiter gebracht worden. Die Verhaftungen dauern hier noch immer fort, und von Zeit zu Zeit erfolgen dann einige Freilassungen."

Von der italienischen Gränze, 10. April. Aus Mantua wird berichtet, daß ein gewisser Orsini, der wegen Mazzinistischer Umtriebe schwer gravirt war, aus der Festung entwichen sey. (A. Z.)

Nach einem Genueser Blatt soll der Erzbischof von Genua, Monsignor Charvaz, den seit Jahren verwaisten erzbischöflichen Stuhl zu Turin einzunehmen bestimmt, dem in der Verbannung verweilenden früheren Erzbischof von Turin, Monsignor Fransoni dagegen der Kardinalshut zugedacht seyn, zu gleicher Zeit mit seiner Berufung nach Rom. Nach Genua soll der Erzbischof von Novara kommen. Einstweilen hat sich Msgr. Charvaz nach Albisbrunn, einer bekannten Kaltwasserheilanstalt im Kanton Zürich, begeben. — Im Hospital Pommatone zu Genua liegen mehrere aus der Krim zurückgekehrte Individuen am Lagertyphus darnieder. Der Krankheitsstoff hat sich bereits zweier Wärter, eines Kapuziners, einer Schwester und des ersten Arztes Dr. Cosso bemächtigt, welche alle gefährlich darnieder liegen. Die Bevölkerung ist über dieses Auftreten einer Seuche sehr besorgt; doch hat man alle Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Genua, 10. April. Die rückkehrenden Krimtruppen werden außer Spezia auch in Cagliari ein Lager beziehen. (O. C.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, den 13. April. (Privat-Korrespondenz.) Ueber die Zurückziehung der Truppen vom Kriegsschauplatz und von dem türkischen Gebiete erfährt man, daß sofort nach Auswechselung der Ratifikationen die Heere Englands, Frankreichs, Sardiniens und der Türkei die russischen Gebiete räumen und ihren Weg nach der Heimat zurücknehmen werden. Wahrscheinlich wird aber ein großer Theil der Truppen zunächst auf türkisches Territorium übergeführt werden. Dieses hinwiederum soll nach der getroffenen Uebereinkunft im Verlauf von 6 Monaten nach Auswechselung der Ratifikationen geräumt seyn. In Bezug auf die Räumung der Donaufürstenthümer von fremden Truppen ist festgesetzt worden, daß Oesterreich seine Armee sobald als möglich über die Gränze zurückzuführen habe. — Man beschäftigt sich auf dem Kongreß zu Paris noch mit der Reorganisation der Donaufürstenthümer. Ueber den Inhalt der Verhandlungen ist zur Zeit noch Nichts bekannt; jedoch scheint es allen Anzeichen nach keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Türkei ihre Hoheitsrechte auf die Donaufürstenthümer im vollsten Umfange aufrecht zu erhalten sucht, und daß die übrigen Mächte den Ansprüchen der hohen Pforte Rechnung zu tragen geneigt seyen.

London, 12. April. Die „Times" enthalten in ihrer zweiten Ausgabe eine Pariser Korrespondenz, in welcher es heißt: „Die italienische Frage beschäftige den Kongreß noch immer; man hoffe jedoch, daß dessen Arbeiten bald beendigt seyn würden; der erste sardinische Konferenzbevollmächtigte, Graf Cavour, erhebe sich gegen längere Fortdauer der Okkupation gewisser Theile Italiens durch die fremden Truppen und werde dabei durch den Vertreter Rußlands unterstützt." (Fr. Jour.)

Aus Paris läßt sich die „Köln. Ztg." schreiben, der Antrag an Oesterreich, die Lombardei gegen die Donaufürstenthümer auszutauschen, sey nicht im Kongreß, sondern außerhalb desselben direkt vom Kaiser Napoleon an den Grafen Buol gestellt worden, da ein solcher Vorschlag an den Kongreß nur dann gebracht würde, wenn dessen Annahme gewiß wäre.

Paris, 13. April. Dem „Siecle" zufolge verlangten Graf Walewski und Lord Clarendon in der letzten Sitzung des Kongresses die Räumung der Legationen (Kirchenstaat) durch die Oesterreicher. Graf Buol antwortete, er sey ohne Instruktionen in Bezug auf die Verhältnisse Italiens; doch glaube er, daß noch eine lange Fortdauer der Okkupation nöthig sey. (T. D. d. K. Z.)

Vom nördlichen Kriegsschauplatz.

Das Vorhutgeschwader der britischen Ostseeflotte ist durch den Belt gefahren, um nach England zurückzukehren. Es befindet sich kein einziges britisches Kriegsschiff mehr im baltischen Meere. (Fr. Jour.)

Aus dem Orient.

Das 91. englische Regiment wurde am 5. d. von Piräeus nach der Insel Kreta eingeschifft, wo die Türken blutige Scenen veranlaßt haben sollen. (Da wären also die Engländer auf Kreta, auf welches sie schon zu Anfang des Kriegs so lüsterne Blicke geworfen hatten.)

Das „Journal de Constantinople" vom 31. März meldet, daß die mit der Prüfung der Lage der Donaufürstenthümer beauftragte internationale Kommission die Weisung erhalten hat, sich zur Erfüllung ihrer Mission nach diesen Ländern zu begeben. (Fr. Pstz.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 14. April. Oesterr. Fonds und Bankaktien, Anfangs niedriger, befestigten sich im Laufe des Geschäfts. Oesterr. Kreditaktien schlossen matter, Leipziger bedeutend höher 117¾—119¾, Elisabethaktien 110 und Lombardische-Staatsbahn 132 umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1340P. 1331G. Neue Bankaktien 458 P. 456 G. Credit-Actien à 5pCt 197 P 195 G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 $85\frac{9}{16}$P. $85\frac{5}{16}$G. 5pCt. Lombard.-Ven. 91¼ P. 90¾ G. Metall. alte à 5pCt. 85 P. 84¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 91 P. 90½ G.; à 4½pCt. 76 P. 75¾ G.; à 4pCt. 68 P. 67½ G.; à 3pCt. 52½ P. 52 G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 ——P. 132 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 108 P. 107¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 309 P. 307 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 83 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87 P. 86½ G.; 4pCt. — P. 91¼ G.; 4pCt. Grundrente 94⅝ P. 91⅛ G.; 4½pCt. 100⅛ P. 99⅝ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 158¼P. 157¾ G. Neustadt-Weissenb. 115¾ P. 115¼ G.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89¼ P. 88¾G.; 4½pCt. 103 P. 102⅛ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 41½ P. 44 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¾ P. 83⅝ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41⅜ P. 41⅛ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62⅛ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92⅛ P. 92 G.; à 4pCt. 100 P. 99⅛ G.; 4½pC. 102¼P. 101¾G.; Loose à fl. 50 112¾P. 112½G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 352 P. 350 G.; junge 303 P. 301 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 103⅛P. 102⅝G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¼ P. 47 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¾ P. 89¼ G., Loose à fl. 25 31¼ P. 31 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92⅞P. 92⅝G.; Bankaktien 123¼P. 122¾G.; Taunus-Aktien 337 P. 335 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. 82⅛ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87P. 86½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅜P. 40⅛G.; 1pCt. neue $25\frac{15}{16}$P. $24\frac{13}{16}$G. **Holland.** Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93⅛ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120½P. 120¼G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101⅜P. 101⅛G
Berlin Thlr. 60 k. S. 105½P. 105¼G.	Paris Frs. 200 k. S. 94⅝P. 94⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105⅜P. 105⅛G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅝P. 94⅜G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k S 97⅛P. 96⅞G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117⅞P. 117⅝G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89⅛P. 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅝P. 117⅜G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105½P. 105¼G.	

Disconto — P. 4pCt. G.

Köln, 9. April. Seit unserem jüngsten Wochenberichte hatten wir durchgängig warme Luft bei häufigem Regen, also ein der jetzigen Jahreszeit vollkommen angemessenes und dem Fortschritte der Vegetation vollkommen günstiges Wetter.

Getraide. Unser Markt unterlag auch in der verflossenen Woche der auswärts allgemeinen flauen Tendenz und zeigte sich nur wenig Leben im Geschäft bei meist weichenden Preisen. Wir können jedoch nicht umhin, unsere Meinung dahin zu äußern, daß alle die Ursachen, die man für einen Abschlag des Getraides anführen kann, wie positiver Friede, Aufhebung des russischen Ausfuhrverbots, günstige Witterung ꝛc., durch den schon geraume Zeit anhaltenden Druck antezipirt sind und wir deßhalb in nächster Zeit einen Wendepunkt zu erwarten haben, indem es sich nicht läugnen läßt, daß die eben erwähnten Ereignisse, die man lange vorhergesehen hat, sowie unsere nicht unbedeutenden Lager alle Konsumenten veranlaßt haben, sich derartig einzuschränken, daß ein desto lebhafterer Begehr für den Konsum nicht mehr lange auf sich warten lassen kann, weßhalb wir, besonders für effektives Getraide, weil eher einer Steigerung als einem Sinken der Preise entgegensehen. — Seit unserem letzten Berichte war hier eff. Waizen zwar nicht sonderlich begehrt, aber auch nicht dringend offerirt, da Inhaber sich nicht recht in die niedrigeren Notirungen schicken konnten, weßhalb der Abschlag binnen acht Tagen auch nur höchst unbedeutend ist. Lieferungswaare ist reichlich um ½ Thlr. gesunken, ohne daß nennenswerthe Umsätze darin stattgefunden hätten. Für eff. Roggen hat der Begehr etwas gestockt und müssen wir denselben deßhalb heute ½ Thlr. billiger, als vor acht Tagen notiren; noch bedeutender, nämlich ⅔ Thlr., ist der Abschlag auf Lieferung pr. Mai, wozu sich nur höchst selten und zu verhältnißmäßig niedrigen Notirungen, eine schwache Kauflust zeigte.

Nichtpolitische Zeitung.

η Die „Deutsche Tonhalle" zu Mannheim hat einen Preis von 250 Gulden rhein. ausgesetzt für nicht zu sehr gedehnte Originalmusik, für vollständiges Orchester, zu Schillers romantischer Tragödie: die Jungfrau von Orleans, und zwar aus wenigstens folgenden Stücken bestehend: Eröffnung (Ouvertüre) zum Prolog und Einleitungen zu je den folgenden 5 Aufzügen; Musik während des Monologs der Johanna (4. Aufz. 1. Auftr.); Krönungsmarsch (4. Aufz. 4. und 6. Auftritt) und Musik zum Schluß des 5. Aufzugs (Tod der Johanna). Mit diesem Preise wird diejenige der in Partitur einkommenden Bewerbungen um denselben gekrönt, welche die zu erwählenden Preisrichter als die vorzüglichste unter den preiswürdigen erkennen. Der Vorstand der deutschen Tonhalle ladet im Namen des Vereins deutsche Tondichter zur Betheiligung hiebei mit dem Ersuchen ein, unter Beachtung der weiteren diesfälligen Bestimmung in den Vereinssatzungen (bei dem Verein zu beziehen) die Werke im Laufe des Monats Oktober d. J. frei der „Deutschen Tonhalle" nach Mannheim einzusenden, jedes mit einem deutschen Spruch versehen und von einem versiegelten Zettel begleitet, der den Namen und Wohnort des Verfassers enthält und auf welchem derselbe einen Tondichter als Preisrichter bezeichnet.

Die österreichische Regierung hat der deutschen morgenländischen Gesellschaft in Leipzig, infolge einer Eingabe des Vorstandes derselben, Professor Dr. Hermann Brockhaus, und durch Vermittelung des Frhr. v. Prokesch-Osten, einen jährlichen Beitrag von 500 fl. C.-M. bewilligt.

Vom Leman, 7. April. Während das Tischrücken im übrigen Europa wohl so ziemlich in Vergessenheit gerathen ist, scheint dieses wunderlichste Erzeugniß unsers aufgeklärten Jahrhunders in Genf noch einen neuen Aufschwung nehmen zu wollen. Die „Gesellschaft der Tischrücker" macht Propaganda, nicht nur in Genf, sondern auch in Lausanne u. s. w. Sie veröffentlicht jetzt ein neues, aus zwei Bänden bestehendes Werk: „Rome, Genève et l'Eglise de Christ. Ouvrage dicté par les Fils de Dieu, le Sauveur du monde, seul Médiateur entre Dieu et les hommes." Es heißt in der vom Comite ausgehenden Ankündigung, die in vielen tausend Exemplaren verbreitet wird: „Gott bedient sich noch einmal eines Tisches als Mittel der Offenbarung. Es geschieht durch denselben Tisch, durch den wir die Révélations Divines et Mystérieuses erhielten, die wir letztes Jahr veröffentlichten." Eines der Mitglieder jener Gesellschaft, ein sehr wohlhabender, ja reicher Mann, soll, wie von glaubwürdiger Seite versichert wird, über sein beträchtliches Vermögen in einer Weise disponiren, die seinen unerschütterlichen Glauben an den vom Zaubertisch als nahe bevorstehend prophezeiten Weltuntergang unzweifelhaft an den Tag legt. (A. Z.)

Bei der Wichtigkeit, welche Afrika durch die Forschungen unserer Landsleute Barth und Vogel, durch den beabsichtigten Kanal von Suez und durch die in Aussicht gestellte Eroberung der Insel Madagaskar von Seiten Frankreichs in kulturgeschichtlicher und kommerzieller Hinsicht in der nächsten Zukunft zu gewinnen scheint, glauben wir uns einer Pflicht zu entledigen, wenn wir in der Kürze auf ein ebenso belehrendes als unterhaltendes Reisewerk hinweisen, welches als Resultat eines fünfjährigen Aufenthalts in jenem Erdtheile die Erfahrungen, Beschreibungen, Beobachtungen und Forschungen über das Leben der dortigen Menschen und die Natur, besonders der Thierwelt, in drei Bänden darbietet. Das Werk führt den Titel „Reiseskizzen aus Nord-Ost-Afrika" und ist von Dr. Alfred Edmund Brehm, einem Sohn des berühmten Ornithologen Sachsens.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 106.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 16. April 1856

Deutscher Bund.

Der Unfug in Bezug auf die Ueberschwemmungen mit Papiergeld und die damit zusammenhängenden unsoliden Bankspekulationen in einigen deutschen Staaten hat bewirkt, daß bereits mehrfach Maßnahmen ergriffen worden sind, um solchem zu steuern. Zu unserer Freude vernehmen wir nun, daß die badische Regierung darauf bedacht ist, mit jenen Regierungen, die gleichfalls die beliebten Schwindeleien mit unfundirtem Papiergeld von ihren Ländern abhalten wollen, eine Vereinbarung zu treffen, wonach nur solche Noten als gangbar erklärt werden, die auf einer reellen Basis beruhen. Eine solche Vereinbarung ist als eine Fortsetzung der Münzkonvention, die sonst fast keinen praktischen Werth hätte, anzusehen; ja sie ist vielleicht nothwendiger, als diese. Die in dieser Beziehung ergriffenen einleitenden Schritte haben bei allen größern (selbst bei Oesterreich) und mittleren deutschen Staaten ungetheilten Beifall gefunden, und es steht zu erwarten, daß, mit wenigen Ausnahmen, von den deutschen Regierungen eine segenbringende Vereinbarung geschlossen werden wird. (B. C.Bl.)

Bayern. München, 12. April. Außer den gestern mitgetheilten Garnisonsveränderungen finden im kommenden Oktober noch folgende statt: das 2. Bataillon des 3. Inf.-Reg. kommt von Landau nach Germersheim, das 1. Bat. des 11. Inf.-Reg. von Landau nach Regensburg, das 3. Bat. des 11. Inf.-Reg. von Regensburg nach Ingolstadt, das 2. Bataillon des 12. Inf.-Reg. von Straubing nach Kempten, das 3. Bat. des 12. Inf.-Reg. von Augsburg nach Lindau, das 1. Bat. des 15. Inf.-Reg. von Neuburg a/D. nach Landau, das 1. Jäger-Bat. von Zweibrücken, Speyer und Ludwigshafen nach Augsburg, das 4. Jäger-Bat. von Lindau nach Zweibrücken, Speyer und Ludwigshafen, die 2. Division des 1. Chev.-Reg. von Dillingen nach Neustadt a/A., die 1. Division des 2. Chev.-Reg. von Speyer, Landau und Germersheim nach Zweibrücken, die 1. Division des 3. Chev.-Reg. von Zweibrücken nach Dillingen, die 1. Division des 6. Chev.-Reg. von Bamberg nach Speyer, Landau und Germersheim, endlich die 3. Division desselben Regiments von Neustadt a. A. nach Bamberg.

Se. Maj. der König haben den temporär pensionirten Major Curt Schweinichen und den temporär pensionirten Oberlieutenant Heinrich Schleichert v. Wiesenthal bleibend im Ruhestand belassen; dem Hartschier Jos. Bruckeier von der Leibgarde der Hartschiere für ehrenvoll zurückgelegte fünfzigjährige Dienstzeit die Ehrenmünze des Ludwigordens verliehen; dem Oberlieutenant Ludwig Graf von Holnstein aus Bayern vom 4. Inf.-Reg. und dem Unterlieutenant Benedikt v. Rad vom 2. Kür.-Reg., dann dem Oberlieutenant Otto Graf Berghe v. Trips vom 11. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere unter Verleihung ihres bisherigen Charakters à la suite ertheilt; endlich wurde der Oberlieutenant Ulrich Freiherr v. Hutten vom 3. zum 2. Art.-Reg. versetzt; dem pensionirten Oberlieutenant Anton Steiert die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensions-Fortbezug bewilligt. (Verord.-Bl.)

München, 15. April. Se. Maj. der König haben den Landgerichtsdiener Fr. J. Mayrmayr zu Ellingen der Landgerichtsdienerstelle von Ellingen enthoben; die erledigte Stelle eines Subregens in dem Georgianischen Klerikal-Seminar zu München dem Priester Ant. Scheidl, Präfekt in dem Studienseminar zu Neuburg a. D., prov. verliehen; den Rath des Appellationsgerichts von Mittelfranken, Jos. Schiber, zum Oberappellationsgerichtsrathe, und zum Rathe an dem Appellationsgerichte von Mittelfranken den Rath des Kreis- und Stadtgerichts Nürnberg, J. F. K. v. Grundherr, befördert; auf die hiedurch in Erledigung gekommene Rathsstelle den Kreis- und Stadtgerichtsrath, Chr. F. W. Cramer von Schweinfurt, auf Ansuchen versetzt; zum Rathe am Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt den Kreis- und Stadtgerichts-Assessor, Gg. Wilh. Neubig in Bayreuth, befördert und zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Bayreuth den im Staatsministerium der Justiz beschäftigten Kreis- und Stadtgerichts-Accessisten zu München, Alex. Frhrn. v. Harsdorf, ernannt; ferner in Straubing wieder einen Wechselsensal aufgestellt, und hiezu den Magistrats-Offizianten und Kommissionär, Franz Paul Hummel daselbst, ernannt. (N. M. Z.)

△ München, 14. April. (Pr.-Korr.) Se. Maj. König Max wird, soviel jetzt schon verlautet, im nächsten Sommer eine Zeitlang in Bamberg und dann in Würzburg verweilen. — Se. Maj. König Ludwig wird Mitte Juni in Begleitung Ihrer Maj. der Kaiserin Mutter von Oesterreich, welche in nächstem Monat hier erwartet wird, nach Edenkoben sich begeben, und, wie es heißt, bis Mitte September dort verweilen. Während des Aufenthaltes dieser allerhöchsten Herrschaften in der Rheinpfalz werden JJ. MM. die regierende Königin und Königin Wittwe von Sachsen dort eintreffen und eine Zeitlang allda verweilen. — Die Subskriptionen auf das neue Eisen-

---

Der Schiffbruch des „John Rutledge".

Aus der „Köln. Zeitung."

Die amerikanischen Blätter enthalten ausführliche Berichte über den vor einigen Tagen von uns gemeldeten Untergang des New-Yorker Schiffes „John Rutledge". Der „John Rutledge" hatte Liverpool am 16. Januar mit 120 Passagieren und einer 16 Personen starken Schiffsmannschaft verlassen. Am 18. Februar gerieth er nicht weit von Newfoundland in's Eis und ward am folgenden Tage durch den Zusammenstoß mit einem Eisberge zum Wrack gemacht. Die an Bord befindlichen Menschen suchten sich auf fünf Booten zu retten. Das letzte derselben hatte erst 13 Menschen aufgenommen, als es durch eine gewaltige Welle von dem Schiffe, auf welchem noch ungefähr 35 Personen zurückgeblieben waren, getrennt wurde und nun ohne Kompaß zwischen den Eisschollen dahin trieb. Die Zurückgebliebenen versanken wahrscheinlich sehr bald nachher mit dem Schiffe. Was die Dreizehn im Boote betrifft, so ward nur ein Einziger unter ihnen, ein 19 Jahre alter Matrose Namens Nye, der seine seemännische Laufbahn erst vor Kurzem angetreten hatte, 9 Tage später von dem Schiffe „Germania" lebend aufgefischt. Alle seine Gefährten und Gefährtinnen — die Zahl der Letzteren betrug 5 — waren der Kälte, dem Hunger und Durste erlegen. Das Boot hatte kaum das Wrack verlassen, als die Nacht hereinbrach, und welche trostlose Nacht! Die Lebensmittel, über welche die Unglücklichen zu verfügen hatten, beschränkten sich auf eine Gallone Wasser und 6—8 Pfd. Brod. Das Bewußtsein der furchtbaren Gefahr trat sofort in widerwärtigen Aeußerungen der Selbstsucht hervor. Die Frau des Bootsmannes, ein großes und starkes Weib, ergriff Besitz von dem das Wasser enthaltenden Trinkgefäße und theilte den Inhalt desselben fast ausschließlich mit einem einzigen ihrer Genossen. Nye konnte bloß zwei bis drei Schluck erobern. Die Matrosen waren warm gekleidet, die Passagiere jedoch nur leicht, und sie litten deßhalb sehr von der Kälte. Die erste Nacht verging in düsterem Schweigen; dann tagte ein Morgen nach dem anderen und weckte einen trügerischen Hoffnungsschimmer, der mit einbrechender Finsterniß einer dumpfen Verzweiflung Platz machte. Am dritten Tage erlag einer der Dulder, dessen dünne Bekleidung ihm keinen hinreichenden Schutz gegen die rauhe Witterung gewährte, den vereinigten Wirkungen der Kälte und des Hungers. Seine Leiche ward von den Ueberlebenden den Fluthen übergeben. Ihm folgte bald darauf eine Frau, die in den Armen ihres Gemahls und ihres Töchterchens starb. Der vierte Tag kam heran und mit ihm dieselbe wilde

bahn-Anlehen nehmen einen riesenhaften Fortgang, einestheils ein Beweis, daß viel baar Geld vorhanden, anderntheils ein trauriger Beleg, daß der Realkredit von Tag zu Tag spärlicher wird. Leider sinkt in unserer Stadt der fragliche Kredit immer mehr und jedem Hausbesitzer bangt es von Ziel zu Ziel, wenn ihm eine Hypothek gekündet wird; Wohlunterrichtete und Sachverständige befürchten bei dieser Sachlage einen Häuser-Bankerott.

München. Dem Vernehmen nach, wird Se. Majestät König Otto von Griechenland bis Mitte Juni dahier erwartet und sich nach kurzem Aufenthalt nach Karlsbad begeben, um auf ärztliches Anrathen die dortigen Bäder zu gebrauchen. (Landbötin.)

München, 15. April. Im Glaspalast haben gestern Nachmittags die Exerzitien der Landwehr begonnen.

⁂ München, 14. April. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Gesetzentwurf „die Kapitalsteuer betr." berathen. Mit Ausnahme der von der 2 Kammer beschlossenen Nichtbefreiung der zur Fundation von geistlichen Pfründen bestimmten Kapitalien von der Steuer — beantragt der Ausschuß die Annahme nach den Beschlüssen der 2. Kammer. Der Referent Reichsrath v. Niethhammer, und ihm beistimmend der Ausschuß, sind nämlich der Ansicht, daß sich, wenn für diese Befreiung auch keine Rechtsgründe, so doch bedeutende Billigkeitsgründe geltend machen ließen und zwar die folgenden: nämlich 1) daß diese Kapital-Renten nicht als bloßer Genuß eines Vermögens, sondern als eine Belohnung für die dem Pfründebesitzer obliegenden geistlichen Funktionen erschienen; 2) daß diese Renten dadurch mehr die Natur einer Besoldung, wie die Eigenschaft eines Kapital-Zinses annähmen, daher der Pfründebesitzer nicht höher besteuert werden sollte, als der für seine Dienstleistungen besoldete Beamte; 3) daß die Pfründebesitzer nicht steuerfrei werden sollten, daß sie aber von ihren Bezügen aus Kapitalrenten nicht die höhere Kapitalrentensteuer, sondern die niedriger gegriffene Einkommensteuer künftig zahlen sollten; 4) daß eine große Anzahl katholischer wie protestantischer Pfründebesitzer bei geringer Dotation ihrer Pfründen eine solche Steuererleichterung dringend bedürften; endlich 5) daß, wenn auf der Entrichtung der Kapitalrentensteuer von den geistlichen Pfründen bestanden würde, die größte Ungleichheit unter den Pfründebesitzern herbeigeführt würde, indem z. B. ein Pfarrer mit 600 fl. Gehalt vom Rentamt oder aus einer Kirchenkasse 2 fl. 30 kr. Einkommensteuer, dagegen ein Pfarrer mit einem Bezuge von 600 fl. an Renten der Ablöskapitalien 16 fl. Kapitalrentensteuer bezahlen müsse.

Die Debatte in der Kammer konzentrirte sich auch nur auf den Punkt der Befreiung und für diese, der Ansicht des Ausschusses beistimmend, erklärten sich der 2. Präsident Graf Seinsheim, Prof. v. Bayer, v. Aretin, Bischof v. Oettl, Präsident v. Harleß und Graf Yrsch, dann der kgl. Staatsminister der Finanzen, der anführte, daß die Staatsregierung nur aus Billigkeitsrücksichten die Befreiung vorgeschlagen habe und er deßhalb nur wünschen könne, daß dem Antrag des Ausschusses entsprochen und die betreffende Stelle in Art. 4 wieder eingestellt werde. Die Kammer stimmte dem sofort auch bei. Alle übrigen Artikel veranlaßten keine Debatte und wurde ihnen mit der Modifikation der 2. Kammer beigestimmt, dann schließlich der ganze Gesetzentwurf einstimmig angenommen. Noch kam zur Berathung der über den Antrag des Abg. Fürsten Wallerstein, „die Dauer der Werk-, dann der Sonn- und Feiertagsschulpflichtigkeit betr., von der 2. Kammer gefaßte Beschluß, welchem nach kurzer Debatte beigestimmt wurde, so daß hierüber Gesammtbeschluß erzielt ist, womit die Sitzung schloß.

Im jüngsten Einlauf der Kammer der Abgeordneten befindet sich eine Bitte der Schullehrer des k. Landgerichts Kastl in der Oberpfalz: „um Bewilligung einer Theuerungszulage", (Angeeignet von dem Abg. Bierling,) und der schon erwähnte Antrag des Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld u. Cons.: „die Verhältnisse der Juden" betr.

Ludwigshafen, 14. April. Der Regierungspräsident v. Hohe hat aus dem Polizeistraffonds der Pfalz die Summe von je 6000 Gulden zum Bau der katholischen und der protestantischen Kirche dahier bestimmt und davon 10,000 fl. bereits angewiesen. (Pf Z.)

× **Preußen.** Berlin, 14. April. (Privat-Korresp.) Wie man hört, werden JJ. MM. der König und die Königin diesen Sommer ihre neuesten Besitzungen, die Hohenzollerschen Fürstenthümer, mit einem Besuche erfreuen. Andere Mittheilungen fügen noch hinzu, daß auch Ihre Maj. die verwittwete Kaiserin von Rußland gleichzeitig dorthin und weiter nach Wildbad sich begeben wird, wo auch Ihre Maj die Königin einen längern Aufenthalt zu nehmen gedenkt. Sowohl in Berlin, als auch in Potsdam und Charlottenburg werden bereits Gemächer zur Aufnahme Ihrer Majestät der verwittweten Kaiserin von Rußland in Stand gesetzt, da nach den getroffenen Bestimmungen während des Besuches der Kaiserin der Hof sich abwechselnd in dem Schloß zu Berlin, in Sanssouci oder in Charlottenburg aufhalten wird; damit die Kaiserin, welche an diesen Orten ihre Jugendzeit verbracht hat, vollständig im Stande ist, ihren Erinnerungen nachzuleben. — Die telegraph. Meldung der „Hamburger Nachrichten", daß die Verlobung unsers künftigen Thronfolgers, des Prinzen Friedrich Wilhelm, mit der ältesten Tochter der Königin Viktoria nunmehr ganz gesichert und zwischen dem hiesigen und englischen Hofe vollständig geregelt ist, bestätigt sich nach den Erkundigungen, die ich an zuverläßiger Quelle eingezogen habe, vollkommen. Es wird mir weiter versichert, daß der Prinz in kurzer Zeit eine Reise nach London antreten wird, um dem dortigen Hof einen Besuch abzustatten und um die liebenswürdige Prinzessin Viktoria Adelheid persönlich zu werben. Man glaubt, daß die Vermählung des hohen Paares im nächsten Jahre erfolgen wird. — Die Vermählungs-Feierlichkeit der Prinzessin Louise, Tochter des Prinzen von Preußen, mit dem Prinz-Regenten von Baden scheint nun definitiv auf den 30. September, den Geburtstag der Prinzessin von Preußen, festgesetzt zu seyn. Auch sind in diesen Tagen bereits Bestellungen bei hiesigen Geschäftsleuten auf Gegenstände des reichen Trousseau der Prinzessin erfolgt, dasselbe wird ein sehr reichhaltiges und kostbares seyn, wiewohl es nur solche Gegenstände umfassen wird, die zum ausschließlichen Gebrauch der Prinzessin selbst gehören. Die Herstellung des übrigen Hausstandes fällt, wie sonst jedesmal, dem Bräutigam anheim. Die Gegenstände, welche einem großen Gebrauche unterworfen sind, werden in der Zahl von je zwölf Dutzend angeschafft. Nachdem das Trousseau vollständig hergestellt ist, wird es im hiesigen königl. Schlosse mehrere Tage zur Ansicht der Einwohnerschaft ausgestellt seyn.

Berlin. Auf Grund k. Erlasses vom 11. April ist durch eine Bekanntmachung des Finanzministerium vom 12. d. Mts.

See, derselbe bleifarbene Himmel; kein Hoffnungsstrahl ringsum zu erspähen! Die Kälte war grimmig, kein Tropfen Wassers war vorhanden, und von Brod blieb nur noch ein geringer Rest übrig. Die menschliche Natur schien der Wuth der Elemente und dem Mangel kaum länger Trotz bieten zu können. Da leuchtete plötzlich mitten in der Nacht der Verzweiflung das weiße Segel einer Brigg herein. Sie war nicht sehr weit entfernt; mit allen Kräften ruderte man auf sie los und suchte sich, so gut es ging, durch Signale bemerklich zu machen. Einige Zeit lang glaubte man auch wirklich, daß es gelingen werde, sie zu erreichen; allein sie bemerkte das Boot nicht, und da sich plötzlich ein frischer Wind erhob, so entschwand das rettende Segel bald den Blicken der Leidenden.

Nun war alle Hoffnung dahin! Ein brennender Durst befiel Alle, und die Warnungen des jungen Nye nicht beachtend, begannen sie, Seewasser zu trinken. Dies erhöhte nur ihren Durst, und gierig schlürften sie ein Mal über das andere Mal die tödliche Flüssigkeit. Die gewöhnlichen Folgen traten ein: Raserei und Tod. Bald hat der vom Delirium Befallene seine Leidensgenossen, ihn zu tödten; dann wieder schien es, als träume ihm, er sitze an reichbesetzter Tafel; er sprach von den köstlichsten Speisen, nach denen er doch vergebens langte, von den herrlichsten Getränken, mit denen er doch seinen ausgedörrten Gaumen nicht laben konnte. Zuletzt brach der Körper unter der Wucht der physischen und geistigen Leiden zusammen; der Irrsinn äußerte sich in stillerer Weise: immer unbeweglicher und starrer wurden die eingefallenen Züge, der verstörte Blick ward gläsern, die welke Gestalt schrumpfte mehr und mehr zusammen, verlor mehr und mehr jeden Halt, und plötzlich, wenn das Boot sich durch eine starke Welle hob, sah man eine Leiche zu Boden sinken. Das war das traurige Schauspiel, welches sich dem jungen Nye Tag für Tag darbot. So lange es seine Kräfte erlaubten, warf er die Todten ins Wasser; zuletzt konnte er es nicht mehr. Die Qualen des Durstes, welche er erlitt, waren seiner Aussage nach furchtbar; doch rieth er seinen Gefährten nicht nur ab, Salzwasser zu trinken, sondern zeigte ihnen auch, wie sich der Durst einigermaßen durch bloßes Ausspülen des Mundes mit Seewasser stillen lasse. Außerdem erlabte er sich ein paarmal an den kleinen Stückchen Eis, die sich am Rande des Bootes ansetzten. Den Bootsmann überkam nach dem Genusse des Seewassers eine wahre Tobsucht; er versuchte, das Ruder über Bord zu werfen und warf die zum Ausschöpfen des Wassers bestimmte Mulde wirklich ins Meer. Nye bemühte sich nach Kräften, ihn zu beruhigen und ihn vom Trinken abzuhalten;

das im März 1854 angeordnete **Verbot** der Durchfuhr, resp. Ausfuhr von Waffen und Kriegsmunition wieder aufgehoben. Mit dem Eintritt der besseren Jahreszeit und den dadurch herbeigeführten günstigen Arbeitsverhältnissen sind von dem betreffenden Komite die Ende v. J. zur Linderung der Noth in den niederen Einwohnerklassen gestifteten **Speise-Anstalten** wieder geschlossen worden. Die Wirksamkeit des Vereins begann am 27. Dezember in zwei Küchen. Bald wuchs deren Zahl auf sechzehn. Bereits mit dem Beginn des April konnten bei der verminderten Nachfrage mehrere Küchen ihre Thätigkeit einstellen. Im Ganzen wurden in den Vereinsküchen bis zum 12. d. M. 566,673 Portionen zu 1 1/4 Sgr. ausgereicht und jeder Portion 1/4 Pfd. Roggenbrod beigegeben. (Allg. Z.)

Hannover. Aurich, 10. April. In Untersuchungssachen wider Obergerichtsassessor **Planck** aus Dannenberg und Genossen wegen Beleidigung der Amtsehre des Ministerium v. Lütcken*) hatten sämmtliche Verurtheilte gegen das am 8. April von hiesiger Strafkammer ihnen publizirte Straferkenntniß das Rechtsmittel der Berufung an den großen Senat des hiesigen Obergerichts zur Hand genommen und ist der Verhandlungstermin bereits auf morgen den 11. d. M. anberaumt worden. (W.-Z.)

Aurich, 12. April, Mrgs. Soeben wird in der Planckschen Untersuchungssache das sämmtliche Beschuldigte **kostenlos freisprechende Erkenntniß** zweiter Instanz verkündigt (Hamb. Nachr.)

Oesterreich. Nach Meldung der „Gazz. di Venezia" hat der Generalgouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs, FM. Graf Radetzky, vier ehemaligen Marineoffizieren (politische Flüchtlinge), die straflose Rückkehr in die k. k. österr. Staaten bewilligt. (Allg. Ztg.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 13. April. Vor Kurzem hielten sämmtliche Mormonen in Schonen eine außerordentliche Zusammenkunft in dem sogenannten Bethlehem in Malmö, und eine große Menge der „Heiligen der letzten Tage" war von nah und fern zu derselben herbeigeströmt. Selbst der neue Präsident für den Norden, der Amerikaner Hyde, welcher, wie es heißt, kürzlich aus der heiligen Stadt der Mormonen am Salzsee nach Kopenhagen gekommen ist, hatte sich in Malmö eingefunden und dort die Huldigungen der Priester und Aeltesten entgegengenommen. Bei der gedachten Zusammenkunft forderte einer der Aeltesten unter den Mormonen die Mitglieder zu einer freiwilligen Beisteuer für den Propheten Brigham Young und zur Unterhaltung seines zahlreichen Harems auf. Die Polizei hatte indessen Wind von der sogenannten Conferenz bekommen und zweimal wurde die aus etwa 200 Personen bestehende Versammlung auseinander gesprengt, aber schon am folgenden Tage wurde wieder in dem gewöhnlichen Lokal gepredigt. Einer der angesehensten Mormonen war schon einige Tage vorher wegen Herumtreibens verhaftet, nach einigen Tagen aber wieder freigelassen worden. (Fl. Z.)

*) Obergerichts-Assessor Planck war Mitglied der im vorigen Juli aufgelösten Ständeversammlung und hatte nach deren plötzlicher Auflösung eine Ansprache an seine Wähler durch den Druck veröffentlicht, worin die Ursachen der Auflösung dargelegt und besprochen waren. Wegen dieser Schrift nun wurde Hr. Planck, sowie die Personen, welche ihm den Druck und die Vertheilung derselben besorgt hatten, in Anklagestand gesetzt.

Großbritannien.

London, 14. April. Prinz **Albert** reist wahrscheinlich zur Taufe des kaiserl. Prinzen nach Paris. Graf **Clarendon** wird am Sonnabend nach London zurückkehren. (T. D. d. A. Z.)

General **Williams** wird, bei der Ausführung des Friedensvertrages, mit der Mission beehrt werden, an der Regelung der türkisch-russischen Gränzen in Asien Theil zu nehmen.

Frankreich.

Paris, 14. April. Der „Moniteur" berichtet, daß der Herzog von Alba die Ehre hatte, gestern vom Kaiser empfangen zu werden und demselben das Halsband des goldenen Vließes zu überreichen, das von der Königin Isabella II. für den kaiserlichen Prinzen bestimmt ist. (T. D. d. K. Z.)

Italien.

London, 14. April. Die „Times" meldet als ganz zuverlässig: Oesterreich wolle sofort die **Gränze Parma's gegen Piemont militärisch besetzen.** (T. D. d. A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 7. April. Der Kaiser begibt sich nach Moskau zu einem Militärfeste, welches am 11. April dort stattfindet. (K. Z.)

Aegypten.

Aus **Alexandrien** vom 5. ds. wird gemeldet, daß der Generalissimus **Soliman Pascha** (ehemaliger französischer Oberst Selves) seine Demission gegeben hat, weil sein Schwiegersohn Sheriff-Bey in Ungnade gefallen war. Der mit einer Mission bei der innern Verwaltung in Aegypten betraute **Abgesandte des Sultans** war eingetroffen.

Amerika.

Die Regierung von **Costa Rica** hat den amerikanischen Freibeutern in Nicaragua den Krieg erklärt. General Walker hat sich mit 500 Mann über den See von Nicaragua nach Virgin Bay begeben. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 15. April. Mit Ausnahme von Leipziger und mitteldeutschen Kreditaktien, von welchen namentlich Letztere zu steigenden Kursen umgesetzt wurden, blieb die Stimmung flau. — Elisabethaktien 109 3/4.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1338 P. 1333 G. Neue Bankaktien 1?1 P. 1?2 G. Credit-Actien à 5pCt. 195 P. 193 G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 85 1/8 P. 84 7/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 91 1/4 P. 90 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 81 P. 83 3/4 G.; à 5pCt. in Silberh. fl. 91 P. 90 1/2 G.; à 4 1/2 pCt. 75 3/8 P. 7? 1/2 G.; à 4pCt. 68 P. 67 1/2 G.; à 3pCt. 52 1/2 P. 52 G.; à 1pCt. 17 1/4 P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 132 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 P. 106 3/4 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 30? 1/2 P. 303 1/2 G.

Preußen. 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 113 1/2 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3 1/2 pCt. 87 P. 86 1/2 G.; 4pCt. — P. 91 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 91 3/4 P. 91 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 100 1/8 P. 99 5/8 G.; 5pCt. 101 1/2 P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157 3/4 P. 157 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 115 3/4 P. 115 1/4 G.

---

doch vergebens. Er erhielt von dem Wüthenden einen heftigen Schlag aufs Kinn, der ihm eine nicht unerhebliche Wunde beibrachte. Als die vier letzten Leichen im Boote lagen, ward er von einer furchtbaren Müdigkeit ergriffen, behielt jedoch noch Besinnung und Selbstüberwindung genug, um ein wollenes Hemd und ein rothes Taschentuch an einem aufgerichteten Ruder als Signal zu befestigen; dann kauerte er ruhig in einer Ecke des Bootes nieder und ließ so die Stunden, eine nach der andern, in halb bewußtlosem Zustande an sich vorübergleiten. Von Zeit zu Zeit rüttelte er sich mit Gewalt auf, schöpfte das Wasser aus dem Boote und legte sich dann wieder hin. Er schlief nicht eigentlich, sondern befand sich in einer Art von wachender Verzückung. Manchmal kam es ihm vor, als befinde er sich zu Hause in New-Bedford bei den Seinigen. Da er fürchtete, daß auch ihn zuletzt der Wahnsinn bewältigen werde, so kämpfte er mit allen Kräften gegen die auf ihn eindringenden düsteren Gedanken an. Anfangs versetzte ihn der Anblick seiner schaurigen Gefährten — der neben ihm liegenden Leichen — in eine niedergeschlagene Stimmung. Doch suchte er sich der trüben Gefühle zu erwehren und hielt bis zuletzt an der Hoffnung fest, da er entschlossen war, wenn der Tod ihm beschieden seyn sollte, mit vollem Bewußtseyn und nicht im Zustande der Raserei in das Jenseits hinüberzugehen. Auch hielt er tapfer bis zu Ende aus. Am 28. Februar ward ein Schiff des Bootes ansichtig, in welchem sich der arme Junge befand. Es war das auf der Fahrt von Havre nach New-York begriffene Paketschiff „Germania." Nye war gerettet; allein seine Rettung verdankte er nur der äußerst liebevollen und zärtlichen Pflege, die ihm an Bord der „Germania" von Seiten des Kapitäns Wood und dessen Gattin zu Theil wurde. Sonst hätte ihn wohl doch noch der Tod ereilt, so furchtbar hatten ihn Kälte, Hunger und Durst zugerichtet. Auch die geistige Aufregung hatte ihm stark zugesetzt, und noch lange nachher war er manchmal wie halb wirr, wenn die Erinnerung an jene Schrecknisse recht lebhaft in seiner Seele auftauchte.

Was aus den übrigen vier Booten des John „Rutledge" geworden ist, weiß man nicht. Wahrscheinlich sind sie aber nicht besser gefahren, als das, welches den jungen Nye trug, der vielleicht allein unter allen an Bord des verunglückten Schiffes befindlichen Menschen mit dem Leben davon gekommen ist.

Der „John Rutledge" war ein Schiff von 1000 Tonnen Tragfähigkeit und für 64,000 Dollars versichert. Der Werth seiner zum großen Theil in New-York versicherten Ladung wird auf 75,000 bis 100,000 Dollars geschätzt.

Württemberg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89¼ P. 88¾ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45 P. 44½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83⅝ P. 83⅛ G. **Kurhessen.** **40** Thaler-Loose b. R. 41⅜ P. 41⅛ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pCt. 102¼P. 101¾G.; Loose à fl. **50** 112¾P. 112½G.; à fl. **25** 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 355 P. 353 G.; junge 303 P. 301 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 101½ P. 101 G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 47¼ P. 47 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¾ P. 89¼ G., Loose à fl. **25** 31¼ P. 31 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½P. 85 G.; à 3½pCt. 92⅞P. 92⅜G.; Bankaktien 122⅝P. 122⅛G.; Taunus-Aktien 337 P. 335 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. 82½ G. **Homburg.** Bankaktien P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87P. 86½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅜P. 40⅛G.; 1pCt. neue $24\frac{15}{16}$P. $24\frac{13}{16}$G. **Holland.** Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120½P. 120¼G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120⅛P. 11[illegible]⅞G	Mail. i.S. Lt. 250 k.S. 101⅜P. 101⅛G.
Berlin Thl. 60 k.S. 105½P. 105¼G.	Paris Frs. 200 k.S. 94⅝P. 94⅜ .
Cöln Thlr. 60 k.S. 105⅜P. 105⅛G.	Lyon Frs. 200 k.S. 91⅝P. 91⅜G
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 97⅛P. 96⅞G.	Wien fl. 100 C. k.S. 117⅞P. 117⅝G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛P. 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅝P. 117⅜G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105½P. 105¼G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 14. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86½; 5pCt. Metall. 85¾; 4½pCt. 77½; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 —; von 1854 ——; Bankaktien 1147; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 339½; Donau Dampfschifffahrtsaktien 654; österr. Staatsbahnaktien 350; Nordbahnaktien 3090. Wechselkurse: Augsburg uso 102¼; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Köln, 9. April. In Rüböl war das Geschäft durchaus still. Eff. Waare ist unverändert stehen geblieben, während Rüböl pr. Mai, trotzdem in Holland Frühjahrsiaat höher ging, um ⅜ Thlr. und pr. Oktober, in Folge der für die Rappspflanze jetzt sehr günstigen Witterung, um 1⅓ Thlr. im Preise gesunken ist.

An heutiger Börse war die Stimmung für Getraide fester, Mai-Korn ist mit $7\frac{5}{12}$ bezahlt worden. Waizen und Oel unverändert.

Neueste Nachrichten.

** München, 15. April. (Privat-Korrespondenz.) **58. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.**

Es wird die Vollendung folgender Referate angezeigt: Ueber „die Zoll- und Handelsverhältnisse für die Zukunft" Ueber „die Einnahmen und Ausgaben der k. Postanstalt, des Donau-Mainkanals, der Donaudampfschifffahrt, der Telegraphen-Anstalt", dann über „die Voranschläge der Erträgnisse der Zollgefälle für die VII. Finanzperiode", über den „Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben bei der kgl. General Bergwerks- und Salinen Administration für das Salinenwesen", über „den Etat der Staatsschuld für die VII. Finanzperiode", endlich über die von dem Abg. Frhrn. v. Gumppenberg angeeignete Vorstellung mehrerer Papier-Fabrikanten: „die Ermäßigung ihrer Anlage zur Immobiliar-Feuerversicherung" betr.

Präsidium theilt mit, daß, nachdem ein Theil der Referate des 2. Ausschusses über das Budget beendet ist, die Budgetberathung bald beginnen könne, wenn nicht neue Hindernisse eintreten, jedoch bezüglich des Ausgabenbudget nicht eher als bis die Vorlage bezüglich der Gerichtsorganisation erledigt sey. In Betreff des Militärbudget, worüber das Budgetreferat ebenfalls vollendet sey, ergebe sich eine neue Verzögerung dadurch, daß in Folge Anzeige des k. Kriegsministeriums wegen des Bundesbeschlusses vom 15. Nov. 1855 eine Erhöhung des Militäretat nothwendig erscheine, worüber der Kammer in den nächsten Tagen eine neue Vorlage zugeben werde.

Der k. Staatsminister v. Zwehl beantwortete hierauf die jüngst von Abg. v. Lerchenfeld gestellte Interpellation im Wesentlichen dahin, daß für das Stiftungsbauwesen dieselben Normen gelten, wie für das Gemeindebauwesen, daß übrigens diese Normen bereits einer Revision unterliegen, wobei die Interpellation möglichst berücksichtigt werden soll.

Zur Berathung gelangten dann die Rechnungen der königl. Bergwerke für das Jahr 1852/53. Der Referent, Abg. Graf Butler, welcher in seinem Referate das Bergwerkswesen im diesseitigen Bayern einer sehr scharfen und herben Kritik unterwirft und sich hierauf bezügliche Anträge für die Budgetberathung vorbehält (mit dem Bergwerkswesen in der Pfalz ist Referent sehr zufrieden) beantragt:

I. Bezüglich der Bergwerke diesseits des Rheines: „1) die vorgelegten Uebersichten der Geldeinnahmen und Ausgaben bei der kgl Generalbergwerks- und Salinen-Administration für das Bergwesen im Etatsjahre 1852/53 seyen nicht zu beanstanden; 2) es sey damit der Antrag zu verbinden: Es habe unter definitiver Abschreibung des Verkaufsschillings-Kapitales von 56,901 fl. 12 kr. für die Zukunft, soweit es bis jetzt noch nicht geschehen, die Zahlung von 2276 fl. 2 kr. 3 dl. Zinsen aus obigem Kapitale an die Generalbergwerks-Administration aufzuhören." II. Bezüglich der Bergwerke jenseits des Rheines: „den Rechnungsnachweisungen über die Verwaltung der Aerarialbergwerke in der Pfalz für das Jahr 1852/53 sey die Anerkennung und Zustimmung zu ertheilen."

Der Ausschuß ist diesen Anträgen, da die Rechnungen als solche nicht zu beanstanden sind, beigetreten.

Abg. v. Lerchenfeld erklärt sich gegen den Staatsbetrieb der Bergwerke; er will Verkauf aller Bergwerke, oder doch wenigstens eines Theiles derselben, damit dann der Erlös zum bessern Betrieb der andern verwendet werden könne; denn ohne genügendes Betriebsmaterial werde es der Verwaltung nicht möglich seyn, günstigere Resultate zu erzielen. — Die Anträge des Ausschusses wurden hierauf angenommen.

Es erfolgte dann die Hauptabstimmung über die Gesammtnachweisungen der Staatseinnahmen und Ausgaben pro 1852/53, denen mit 111 gegen 2 Stimmen die Anerkennung ertheilt wurde. —

Weiterer Berathungsgegenstand war die vom Abg. Briegleb angeeignete Vorstellung des Magistrats Nürnberg, „Erlaß eines allgemeinen Mühlgesetzes" betr. Die Anträge des III. Ausschusses, die wir kürzlich mitgetheilt haben, gehen im Wesentlichen dahin: es möchten die im diesseitigen Bayern bestehenden Mühlordnungen in der Art revidirt werden, daß, unbeschadet der freien Uebereinkunft zwischen Müllern und Mahlgästen, der Mahllohn künftig in Geld festgestellt werde, wobei es den Mahlgästen freistünde, ihn baar oder nach einer wandelbaren Skala in Körnern zu entrichten, und daß zugleich den Lohnmüllern freistehe, auf eigene Rechnung Mehl zu bereiten und es, jedoch nicht unter 1 Zentner, zu verkaufen.

Abg. v. Closen hegt Bedenken gegen diese Anträge, weil sie zu speziell gestellt seyen.

Abg Dr. Arnheim beantragt eine andere Fassung der Anträge in der Art, daß der Gegenstand nur auf dem Gesetzgebungswege geregelt werde, und daß die Müller, (ebenso wie die Kunstmüller) statt nicht unter 1 Ctr, nicht unter ¼ Ctr. Mehl verkaufen sollen dürfen.

Abg. v Lerchenfeld erklärt sich gegen alle Anträge und bittet die Kammer, in dieser Sache gar nichts zu thun; es handle sich lediglich um Privatrechtsverhältnisse, und es müsse dem Publikum allein überlassen bleiben, sich mit den Müllern zu verständigen; greife die Gesetzgebung hier ein, so würde sie zu den Verhältnissen des 14. u. 15. Jahrhunderts zurückkehren, wo die Preise aller Gewerbserzeugnisse von den Behörden geregelt wurden.

Abg. Fürst Wallerstein erörtert, daß der Ausschuß geglaubt habe, es sey in vielen Gegenden eine Aenderung nothwendig, und zwar möglichst bald.

Abg. Dr. Völk will wie Lerchenfeld die Sache der freien Konkurrenz überlassen. — Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Briegleb, Crämer, Lengenfelder, Wallerstein, Lerchenfeld, Closen, Butler und Förg, reproduzirt Abg. v. Closen den Beschluß der Kammer von 1847, dahin lautend, daß eine bloße Revision der Mühlordnung stattfinden möge; es wird dieser Antrag aber nicht genügend unterstützt.

Abg. Schlör beantragt dann, die Bitte an den König zu richten, Se. Majestät möchten im Landtags-Abschied mit Gesetzeskraft erklären, daß alle Mühlordnungen aufgehoben sind, und der Mahllohn der freien Uebereinkunft des Publikum und der Müller überlassen werde.

Der k. Regierungs-Kommissär erklärte, daß die Regierung den Anträgen des Ausschusses nicht entgegentrete, vielmehr bereits mit einer Revision bestehender Verordnung beschäftigt sey. Bei der Abstimmung wurden alle Anträge verworfen.

Noch erfolgte Anzeige des 5. Ausschusses über einige als nicht begründet befundene Beschwerden, womit die Sitzung schloß.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 107.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 17. April 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Der Vortrag des Abg. Grafen Butler Namens des 2. Ausschusses über die Rechnungen der k. Bergwerke pro 1852/53 läßt das diesrheinische Bergwesen in keinem günstigen Licht erscheinen. Referent faßt das Resultat in folgende Hauptmomente zusammen: 1) Die Berg- und Hüttenwerke haben bei einem Vermögensstande, der am Ende des Jahres 1852/53 3,120,869 fl. 47 kr. betrug, in diesem Jahre nicht nur nichts getragen, sondern vielmehr bei Einrechnung der Verminderung der Vorräthe eine Einbuße gehabt von 21,943 fl. 25 kr. 2) Diese Einbuße aber erhöht sich im Durchschnitte der 7 Jahre 1847/48 bis 1853/54 bei gleicher Einrechnung der Verminderung der Vorräthe auf den jährlichen Durchschnittsbetrag von 58,157 fl. 9½ kr. 3) Diese ungünstigen Ergebnisse sind aber seit den Jahren 1849/50 bis 1853/54 incl. durch Verkäufe aus den Vorräthen der Werke in der Art verdeckt worden, daß durch diese Manipulation die Geldrechnungen dieser 5 Jahre einen Aktivrest von 15,510 fl. 4 kr. 2 dl. nachwiesen, während die wirkliche Zubuße nach reingestellter Betriebsrechnung 275,353 fl. 13 kr. 3 dl. betrug. 4) Hiedurch wurden den Vorräthen der verschiedenen Werke, die deren Betriebskapital bilden, im Ganzen 275,353 fl. 13 kr. 3 dl. entzogen, und der Fortbetrieb für die Zukunft auf das Aeußerste erschwert. 5) Diese Verkäufe geschahen in ungünstiger Zeit, bei sehr gedrückten Preisen, und wirkten sehr verderblich auf alle Privatwerke in dem Betriebsbereiche der königl. Werke. 6) In den 4 Jahren 1849/50 bis 1852–53 wurden dem Budgetansatze zwar entsprechend, wirthschaftlich aber kaum zu rechtfertigend, von der Generaladministration 63,481 fl. 49 kr. 3 dl. als Ertragsüberschüsse an das kgl. Finanzministerium abgeliefert. 7) Eine Zahl von Werken blieb seit Jahren konsequent, einige davon selbst in steigender Skala passiv, ohne daß geeignete Mittel ergriffen wurden, diesem Krebsschaden entgegenzuwirken, der auch alle Erträgnisse der bessere Ausbeute gewährenden Werke verschlang 8) Aus allen diesen Verhältnissen hervorgehend, befindet sich gegenwärtig die Generaladministration in einer so schwierigen pekuniären Lage, daß durchgreifende Hülfe, und zwar moralische wie pekuniäre Noth thut, wenn dieser nicht unwichtige Theil des Nationalvermögens nicht gänzlich zu Grunde gehen soll. Die Beantwortung der Frage, was unter den bewandten Umständen zu thun, was für Entschlüsse nunmehr zu fassen seyen, hat Referent für sein Referat über die Voranschläge der Generalbergwerks-Verwaltung für das Budget der 7. Finanzperiode sich vorbehalten.

München, 15. April. Die hiesigen Geschäftshäuser haben von auswärts bereits sehr bedeutende Aufträge zur Zeichnung auf die Aktien des Eisenbahnkonsortium erhalten, so daß ohne Zweifel die eine Million, welche hier ausgegeben werden soll, um sehr viel wird überschritten und dann eine bedeutende Reduktion der Zeichnungen wird stattfinden müssen. (A.Abdz.)

München, 15. April. Die Theaterzettel annoncirten heute Vormittag den „Fechter v. Ravenna, von Friedr. Halm", Nachmittags aber bloß den „Fechter von Ravenna", der Name Friedr. Halm's war in der ganzen Stadt an keiner Straßenecke mehr zu lesen, ausgestrichen, abgerissen, ein paar Mal sogar durch „von Bacherl" ersetzt. Das war allerdings ein bedrohliches Zeichen für den Abend selbst, zumal einer dem andern erzählte, der Schullehrer von Oberpfaffenhofen sey hier, und werde der angekündigten Vorstellung beiwohnen. So kam es, daß das Theater zum Brechen gefüllt war, ob aus Interesse für das Stück, das in den beiden letzten Monaten so viel von sich reden gemacht, ob aus Neugierde nach einer zu vermuthenden Demonstration, ist wohl nicht zu entscheiden. Die Aufführung ging aber ohne Störung mit den üblichen Applausen und Hervorrufungen für die Darsteller der Hauptrollen vor sich. Es war jedoch kaum der Vorhang hinter dem oft genannten: „Also morgen" des letzten Aktes gefallen, als ein Lärm sich erhob, wie er wohl kaum noch in unserm Schauspielhause erhört war. Unter Pochen, Trommeln, Klatschen und dem Rufe „Bacherl raus!" erdröhnte das Gebäude und Niemand, weder in den Logen, noch im Parterre, noch auf der Gallerie dachte daran, seinen Platz zu verlassen, sondern jeder wartete, aktiv oder zuschauend, was diesem Chaos entsteigen werde. Endlich hob sich der Vorhang, die drei Darsteller der Hauptrollen traten hervor und verbeugten sich; man nahm wenig Notiz von ihnen, man schrie nach „Bacherl"; zum zweiten Male hob sich der Vorhang, abermals die drei Schauspieler, abermals erhöhter Ruf nach „Bacherl"; der Vorhang fiel wieder, der Lärm dauerte fort, das Theater wollte sich nicht leeren, Alles blieb auf seinen Plätzen. Ich habe genau beobachtet, und kann versichern, daß dieser Zustand des Erwartens, des Schreiens, Polterns, Lärmens gerade 16 Minuten währte; er drohte, noch länger anzudauern, als plötzlich die Lichter erloschen und tiefe Finsterniß Alle, die Rufenden und die Zusehenden, bedeckte. Einen Augenblick verstummte der Lärm, frappirt von einer Maßregel, gegen die er nicht ankämpfen konnte, — da rief eine Stentorstimme von der Gallerie: „Der Bacherl soll leben, vivat hoch!" und tausendstimmig rief es „hoch! und abermal hoch!" dreimal mit erschütterndem Geschrei. Damit war jedoch der Sturm beschworen; in dem finstern Hause konnte man nicht bleiben, und so zog man denn meist lachend von dannen; Herr Bacherl selbst aber, der auf einem Sperrsitze gesessen, soll schon im fünften Akte verschwunden seyn. Daß hier in München die Vorstellung des strittigen Trauerspiels zu einem solchen Spektakel führen werde, hat von Vielen als natürliche Folge vorausgesehen werden wollen; weniger begreiflich findet man es, daß die Intendanz des Hoftheaters vor Austrag des literarischen Streits zu einer solchen Aufführung schreiten und damit den Spektakel provoziren wollte; dagegen ist es wohl ganz in der Ordnung, daß unser Vorstadttheater für morgen ankündigt: „Die Cherusker," Schauspiel in 5 Akten von ***. (Augsb. Abdz.)

△ **München,** 15. April. (Pr.-Korr.) Se. königl. Hoh. Prinz Karl v. Bayern werden Anfangs Mai wie alljährlich in Tegernsee und Kreuth Ihren Wohnsitz nehmen. — Von der Antrittsrede des derzeitigen Universitäts-Rektors Hrn. Obermedizinalrath v. Ringseis, welche in der gelehrten Welt so viel Aufsehen erregt, ist bereits die 4. Auflage erschienen. — Die Consortium-Mitglieder der neuen Eisenbahnstrecken werden morgen als den 16. d. dahier wieder zusammentreten, um über die Aktien-Ausgaben die jetzt nöthigen Vorkehrungen zu treffen, diese Papiere in spe werden heute um 3pCt. Agio verkauft. Die Scheine des neuen Eisenbahn-Anlehens stehen zu 105 im Kurse. Wir erfahren, daß bei diesem Anlehen viele österreichische Kavaliere sich betheiligt haben. In München wächst in vielen Kaffeehäusern die Anzahl der Börsen-Spekulanten von Tag zu Tag, und dem ruhigen Beobachter muß die Wuth nach Werthpapieren als eine Manie erscheinen. — Was die projektirte neue Kredit-Anstalt betrifft, so stehen, so viel wir aus guter Quelle erfahren, an der Spitze Herr v. Maffei, Hr. Leo Hänle, Markus Pflaum u. a., diese Herren sollen von vorneherein das Versprechen gegeben haben, in der neuen Maximiliansstraße ein großartiges Gebäude hiezu aufführen zu lassen. Doch Gutunterrichtete bezweifeln die Sanktion zur Schöpfung dieser Anstalt. — Seine Hoheit der Erbprinz von Dessau sind geneigt in der Gegend von Rosenheim ein großartiges Landgut zu requiriren; dessen durchlauchtigste Frau Gemahlin will aus Pietät für ihren verstorbenen Vater den Prinzen Eduard von Sachsen-Altenburg in der Nähe von München ihren Sommer-Aufenthalt nehmen. — Heute wird auf unserm kgl. Hof- und National-Theater „Der Fechter von Ravenna" gegeben. Dadurch, daß den Anschlagzetteln eine Verletzung zugekommen ist, wollte man sich, wie es scheint im Interesse des Bacherl an dem bisherigen anonymen Verfasser, der auf einmal, so zu sagen, wie aus den Wolken gefallen kam, rächen. Weil wir gerade bei der Bacherl-Frage

sind, müssen wir eine Anekdote, Halm (Baron von Münch-Bellinghausen) betr., aus den Jahren 1842/43 hier anführen. Damals schon hieß es, daß Halm Griseldis und Sohn der Wildniß nicht verfaßt habe. Bekanntlich war der Abt im Kloster Melk, mit Namens Enk, der als dramatischer und lyrischer Dichter galt, Lehrer des Halm, und von dem soll nun Letzterer die Manuskripte erhalten haben; Enk, heißt in der österreichischen Provinzialsprache soviel als „Euch", nun lassen die witzigen Wiener eines Tags einen Bauern die Frage an Halm stellen: „Nicht wahr Griseldis und Sohn der Wildniß sind von Enk?"

München. Ein hier umgehendes Gerücht hatte den Rechtskonzipienten Dr. Hermann als zukünftigen Advokaten des Eisenbahnkonsortium (Fiskal) bezeichnet. Der „Cour. f. Niederb." will wissen, diese Stelle erhalte der Fiskal bei den Verkehrsanstalten, Hr. v. d. Pfordten, Bruder des Hrn. Ministerpräsidenten. (M. Bote.)

Aus der Rheinpfalz. Dem Buchdrucker Blank von Bergzabern, der bekanntlich wegen gewisser Aeußerungen über den Regierungspräsidenten v. Hohe zu mehreren Monaten Gefängniß in Landau verurtheilt ist, wurde in den jüngsten Tagen, während er seine Gefängnißstrafe erleidet, seine Buchdruckerei-Konzession von der Kreisregierung entzogen. (Ldbtn.)

Preußen. Berlin, 14. April. Die Vorsichtsmaßnahmen unserer Regierung gegen das Eindringen auswärtiger Spekulationspapiere von nicht genugsam verbürgter Sicherheit erhalten abermals eine weitere Ausdehnung. Von dem Handels- und dem Finanzminister ist unter dem 9. April an sämmtliche Bezirksregierungen eine so eben der Oeffentlichkeit übergebene Verfügung erlassen worden, durch welche diese Behörden aufgefordert werden, den Verhältnissen des Geldumlaufs ihre fortgesetzte Aufmerksamkeit zuzuwenden, und in Bezug auf eine etwa nöthig scheinende weitere Beschränkung der Zahlungsleistung mittelst fremden Papiergeldes die betreffenden Anträge unter Beifügung von Gutachten der Handelskammern, sowie der Vorstände der kaufmännischen Körperschaften, binnen 3 Monaten einzusenden. Wie in der Verfügung hervorgehoben wird, ist schon bei der Vorbereitung des Gesetzes vom 14. Mai 1855, betreffend die Ausschließung der fremden Kassenscheine zu 1 und 5 Thaler, die Frage in Erwägung gezogen worden, ob die Ausschließung der fremden Geldzeichen in Beträgen von 10 Rthlr. genügen, oder ob das Verbot auch noch auf größere Abschnitte auszudehnen seyn möchte. Es wurde indessen damals für rathsam erachtet, vorerst nur die kleineren Appoints bis zu 10 Rthlr. dem Verbot zu unterwerfen, weil es nicht unzweifelhaft war, ob der größere Handelsverkehr bei der Beschränktheit der inländischen Geldsurrogate der besonders von auswärtigen Banken ausgegebenen Noten zu 10 bis 50 Rthlr. möchte entbehren können. Dieses letztere Bedenken hebt sich jetzt durch die angeordnete Erweiterung des inländischen Bankverkehres. Dazu kommt, daß in neuerer Zeit nicht bloß mehrere Nachbarregierungen ihr kleineres Papiergeld in 10 Rthlr.-Scheine umgewandelt haben, sondern auch benachbarte Banken ihre Appoints zu 10 Rthlr. anscheinend vorzugsweise in den Verkehr Preußens zu bringen beabsichtigen. Letztere Vermuthung liegt nach Angabe der Verfügung um so näher, als selbst einige Banken, an deren Sitz der 14 Thlr.-Fuß nicht der landesübliche ist, ihre Zettel in Abschnitten, die dem Werth von 10 Rthlr. gerade gleich kommen, auszugeben sich vorbereiten. Sollte die Besorgniß begründet erscheinen, heißt es in der Verfügung wörtlich, daß sich an die erwähnten Unternehmungen neue Nachtheile und Gefahren für den inländischen Geldumlauf knüpfen möchten, so würde es die Aufgabe der Staatsregierung seyn, den Letztern bei Zeiten entgegenzutreten, und es würde eventuell in Erwägung zu nehmen seyn, ob dem in dem Gesetz vom 14. Mai v. Js. enthaltenen Verbot noch eine weitere Ausdehnung als auf die unter 10 Thlr. lautenden auswärtigen Geldzeichen zu geben seyn möchte. (A. Z.)

Königsberg, 12. April. Die erste Nummer der von Dr. Rupp redigirten Wochenschrift: „Königsberger Sonntagspost für Religion, öffentliches Leben, Wissenschaft und Kunst" ist erschienen, obschon verspätet, da die Polizei vor der Ausgabe verschiedene Ausstellungen gemacht hatte; so wurde der Drucker protokollarisch darauf hingewiesen, daß, nach dem von Dr. Rupp erlassenen Programm zu schließen, die Zeitschrift voraussichtlich häufig mit Beschlag belegt werden würde, daß er deßhalb vor dem Drucke sorgsam auf den Inhalt achten möge, wenn er es nicht überhaupt vorziehen wolle, ganz und gar den Druck des Blattes von sich zu weisen; ebenso wurde Dr. Rupp, welcher das Blatt als Selbstverleger herausgibt, verwarnt, dasselbe zu debitiren. (K. Z.)

Hannover. Für den heutigen Geburtstag der Königin waren sämmtliche Abgeordnete zu Hof geladen, allein mit der Vorschrift, in der altfranzösischen Hoftracht zu erscheinen, wenn der Geladene zum Uniformtragen nicht berechtigt ist, was zunächst wohl die Ursache seyn mag, daß mehrere der Abgeordneten der zweiten Kammer die Ansage ablehnten. (Schw. M.)

Der große Senat des Obergerichts zu Aurich, welcher in 2. Instanz über die Anklage gegen Herrn Planck u. Genossen entschieden hat, besteht aus dem Obergerichtsdirektor Stelzner als Präsidenten, den Obergerichtsräthen v. Hinüber, Schnedermann, Müß, Gerichtsassessor Brüsmann als beisitzenden Richtern. Diese Herren hatten schon als Zuhörer den Verhandlungen in erster Instanz beigewohnt und waren daher schon völlig mit der ganzen Sachlage des Prozesses vertraut, als dieser noch einmal vor ihnen verhandelt wurde. Indessen handelte es sich schließlich auch nur um die Entscheidung einer rein juridischen Frage, nämlich die, ob jede Beleidigung eines Beamten, auch wenn sie nicht die Achtung verletzt, welche dem Amte als solchem zukommt, als Amtsehrenbeleidigung zu betrachten sey oder nicht. Der Gerichtshof verneinte diese Frage und fand in der inkriminirten Schrift keine Beleidigung des Amtes. Ob etwa eine einfache Injurie gegen Hrn. v. Lütcken in der Schrift enthalten sey, darüber zu entscheiden, fand sich das Gericht nicht veranlaßt, da kein bezüglicher Klageantrag von Seiten des etwa Beleidigten vorlag. (Z. f. Nordd.)

Württemberg. Der „Staatsanzeiger" macht bezüglich der neuen Telegraphenverbindung Friedrichshafen-Romanshorn-Bregenz bekannt, daß dieselbe am 20. d. Mts. dem allgemeinen Verkehr übergeben werde. Nach Bregenz und Oesterreich kommen die Tarifsätze des deutsch-österreichischen Telegraphenvereins, nach der Schweiz dagegen die in Württemberg für den internen Verkehr bestehenden ermäßigten Tarifsätze in Anwendung. Eine telegraphische Botschaft auch nach der entferntesten schweizerischen Station kann darnach bloß 2 fl. 24 kr. kosten, während dieselbe nach dem Vereinstarif gegenwärtig bis zu 7 fl. 12 kr. beträgt.

Großbritannien.

London, 15. April. In der heutigen Nachtsitzung des Unterhauses erklärte Hr. Frederick Peel: die Fremdenlegionen werden aufgelöst, sobald es die Umstände gestatten. Pensionen seyen nie zugesagt worden, aber mehrmonatlicher Sold als Entschädigung. Die Mannschaft werde nach dem Kap, nach Kanada eingeschifft, oder nach Haus entlassen, je nach ihrer Wahl. — Von je 1000 Franzosen aus der Krimarmee erhalten die 10 würdigsten die englische Medaille. — Herrn Spooners Motion (auch ein Thema, das alljährlich wiederkehrt und wobei man nicht vom Fleck kommt; Spooner will, daß dem Seminar der Zuschuß aus der Staatskasse entzogen werde) gegen das katholische Priesterseminar in Maynooth wird von Lord Palmerston bekämpft, siegt aber mit 159 gegen 133 Stimmen. (T. D. d. Allg. Z.)

Frankreich.

Paris, 14. April. Ein Gutsbesitzer von der Insel Bourbon hat mehrere Tonnen Töpfererz (Galène) von dort hierher gebracht und chemisch untersuchen lassen. Dieses Erz ist sehr goldhaltig befunden worden, und Thiers und Mignet versprachen dem Besitzer die nöthigen Kapitalien zu verschaffen, wenn er sich eine Konzession zur Ausbeutung eines gewissen Terrains von der Regierung zu verschaffen weiß. Die Konzession wurde ertheilt, und als Herr Magnan dem Glücklichen seine Konzession überhändigte, sagte er ihm: „Der Kaiser weiß, daß Herr Thiers an ihrem Unternehmen betheiligt ist, und dies war ein Grund mehr zur Gewährung ihrer Bitte; denn der Kaiser ergreift gern eine Gelegenheit, um Herrn Thiers angenehm zu seyn." Man sagt, Herr Emil Pereire will die Konzession um 3½ Millionen an sich kaufen. — Die Blätter sind ersucht worden, einen Hirtenbrief des neuen Erzbischofs v. Luçon nicht mitzutheilen. (K. Z.)

Paris, 14. April. In unseren literarischen und politischen Salons spricht man gegenwärtig viel von der Vorstellung des Herzogs von Broglie in den Tuilerien. In einem Theile seiner Antrittsrede streute der neue Akademiker dem 18 Brumaire Weihrauch, und im zweiten Theile sprach er sich über das zweite Kaiserreich in verblümter Weise tadelnd aus. Den Statuten der Akademie gemäß wurde das neue Mitglied von dem Direktor und den Sekretären derselben vor einigen Tagen dem Kaiser vorgestellt. Jedermann war begierig, wie Napoleon den Herzog und ehemaligen Pair nach den spitzen Bemerkungen in seiner Rede empfangen werde. Der Empfang war huldvoll und pikant. Der Kaiser sagte zu dem Herzog von Broglie, der sich ehrfurchtsvoll verbeugte: „Mein Herr, ich habe Ihre Rede mit Interesse gelesen und danke Ihnen für das Gute, das Sie von dem Kaiser, meinem Oheim, darin gesagt haben. Ich hoffe,

daß Ihr Enkel von dem 2. Dezember sprechen wird, wie Sie von dem 18. Brumaire gesprochen haben." (Fr. Pstz.)

Griechenland.

Athen, 11. April. Kalergis unternimmt eine Urlaubsreise nach England. (T. D. d. A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 8. April. Der im offiziellen Theile des Journals des Unterrichtsministerium veröffentlichte Erlaß des Unterrichtsministers Norow ist beachtenswerth: „Der Kaiser hat auf allerunterthänigste Vorlage des Herrn Ministers der Aufklärung und in allergnädigster Berücksichtigung des allgemeinen Strebens unserer Jugend nach höherer Bildung allerhöchst zu befehlen geruht: Es soll bei allen Universitäts-Fakultäten eine unbeschränkte Zahl Studirender zugelassen werden." Der Minister fügt hinzu: „Diese allerhöchste Entscheidung diene unzweifelhaft zum erfreulichen Beweise des Vertrauens Sr. Maj. zu der Richtung des Unterrichts auf den Universitäten und dem Geiste, der ihre Organisation beschütze." Da der Geist, welcher bisher die wohlgeordnete Einrichtung der Universitäten schützt, als Motiv des kaiserlichen Vertrauens vom Minister bezeichnet wird, so ist offenbar, daß dieser Geist und mithin das Unterrichtssystem, welches ihm entfließt, keinem Wandel unterworfen wird, wiewohl die Aufhebung der lästigen Beschränkung eine nicht zu verkennende Wohlthat ist, namentlich bei dem erschwerten Reisen ins Ausland. Vor dem vollbrachten fünfundzwanzigsten Lebensjahre darf kein junger Mann ohne Aeltern, Vormunder oder Erzieher sich im Auslande aufhalten. (K. Z.)

Warschau, 4. April. Fürst Gortschakoff hat die Vorsteher der Börse wissen lassen daß große Unternehmungen in Polen selbst und in Rußland bevorstehen, und die Geldmänner werden in ihrem eigenen Interesse handeln, zugleich aber auch sich als Patrioten bewähren und den Dank des Kaisers verdienen, wenn sie darauf Bedacht nehmen, daß es zu rechter Zeit nicht an Geld fehle. Es wurde dabei angedeutet, daß der Kaiser entschlossen sey, die Industrie und die Finanzen nicht länger von Fremden ausbeuten zu lassen, er wolle die Hülfsquellen, die das Land reichlich genug besitze, fließen machen. *Man glaubt*, es werde sich zunächst um Eisenbahnbauten und großartige Kanalbauten handeln.

Warschau, 12. April. Der Fürst-Statthalter hat zur *Erleichterung* für die Einwohner befohlen, von den Vorräthen der Militärmagazine im ganzen Königreiche zu ermäßigten Preisen zu verkaufen. Der Wohlthätigkeits-Anstalt hat der Fürst 1500 Silberrubel übermachen lassen, um für die Armen eine billige Bäckerei zum Brodbacken herzustellen. Der Typhus hat sich hier festgesetzt. Sein bösartiger Charakter verschont fast keinen, der davon befallen wird. (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 7. April. Wegen der Verlesung des Hat Humayum wurden in Karamanien die Christen, besonders im Dorfe Vor, mißhandelt, geplündert und Frauen geschändet; alle Nichttürken haben sich in Klöster geflüchtet. In der Stadt Amassia (Paschalik Siwas in Asien) gleichfalls Ruhestörungen. (Nach Berichten der „Triester Z.", deren Korrespondenten als sehr türkenfeindlich bekannt sind. Daß die in dem Hat-Humayum versprochenen Reformen im Land auf vielen Widerstand stoßen, ist übrigens schon mehrfach zu Tage getreten.) Heute Heerschau der britischen Truppen vor dem Sultan, morgen Pferderennen. Sämmtliche Redifs (Landwehrmänner) sind entlassen. Omer Pascha heirathet die Tochter des Hafiz Pascha aus Trapezunt. (T. D. d. A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 16. April. In den meisten Fonds und Aktien war bei beschränktem Umsatz die Kursveränderung unerheblich. Mitteldeutsche Kreditaktien wurden höher bezahlt. Elisabethbahnaktien 109¾. Lombardische Staatsbahnen 130½.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1335P. 133'G. Neue Bankaktien 453 P. 451 G. Credit-Actien à 5pCt. 194 P. 192 G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 85¼ P. 85 G. 5pCt. Lombard-Ven. 91¼ P. 90¾ G. Metall. alte à 5pCt. 84 P. 83¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 91 P. 90½ G.; à 4½pCt. 75⅜ P. 75⅛ G.; à 4pCt. 68 P. 67½ G.; à 3pCt. 51¾P. 51¼G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von **1834** — —P. — —G. à fl. 250 von **1839** — —P. 132 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 106¾ P. 106½ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 305 P. 303 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87¼ P. 86¾ G.; 4pCt. — P. 91¼ G.; 4pCt. Grundrente 94⅝ P. 94⅛ G.; 4½pCt. 100⅛ P. 99⅝ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157⅜ P. 157¼ G. Neustadt-Weissenb. 116½ P. 116 G.

Württembrg. 3½pCt. Obligationen b. R. 89½ P. 89 G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 41⅞ P. 41⅜ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¾ P. 83⅛ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102¼P. 101¾G.; Loose à fl. **50** 112¾P. 112½G.; à fl. **25** 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 352 P. 350 G.; junge 302½ P. 300½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 105¾P. 105¼G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 47⅜ P. 47⅛ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¾ P. 89¼ G., Loose à fl. **25** 31⅜ P. 31⅛ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92⅞P. 92⅜G.; Bankaktien 121½ P. 121 G.; Taunus-Aktien 337 P. 335 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87 P. 86½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅜P. 40⅛G.; 1pCt. neue 24¾ P. 24¾ G. **Holland.** Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅜ P. 100⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105½ P. 105¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S 97⅛ P. 96⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 P. 88¾ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105½ P. 105¼ G.
Lond. Lst 10 k. S. 120¾ P. 120⅛ G.
Mail. i. S Lr. 250 k. S 101¼ P. 101 G.
Paris Frs. 200 k. S 94⅝ P. 94⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Wien fl. 100 C. k S. 118⅜ P. 118⅛ G.
Wien 3 M. mit 4% 118⅛ P. 117⅞ G.
Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 15 April. Oesterr 5pCt. National-Anleihe 85⅞; 5pCt. Metall. 85; 4½pCt. 77¼; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 —; von 1854 108⅞; Bankaktien 1137; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 334½; Donau Dampfschifffahrtsaktien 653; österr. Staatsbahnaktien 351; Nordbahnaktien 3076¼. Wechselkurse: Augsburg uso 102; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Amsterdam, 7. April. Getraide. Die Nachricht von der Aufhebung des Getraide-Ausfuhr-Verbots in Rußland, eine günstige Veränderung in den Preisverhältnissen und flaue ausländische Berichte verminderten die Kauflust und wirkten nachtheilig auf den Markt. Der Umsatz von Waizen und Roggen war unbedeutend bei Kleinigkeiten. Ersterer bedang vorige Kurse, 128pfd. alter bunter Poln. 608 fl., 127pfd. do. weißbunter 610 fl., 128pfd. alter und neuer do. 580 fl., 130pfd. Braunschweiger 472 fl., während Letzterer in inländischen Sorten 7 a 10 fl. niedriger abgegeben wurde, 125pfd. amer. 350 fl., 114-, 115-, 118pfd. inländ. 265, 280, 290 fl., 117pfd. do. 290, 287, 285 fl. — Gerste lustlos und ohne Geschäft. — Buchwaizen höher, mit ziemlichem Handel; 123pfd. Nykerker 285 fl., 122pfd. Rosenthaler 280 fl., 121pfd. Gorbyker 273 fl an der Zaan.

Saamen. Rappsaamen ohne Kauflust und in loko nichts gemacht. pr. April zur Deckung von Lieferungs-Verkäufen 103 Lvl., pr. Spätjahr 1 Lvl. niedriger, pr. Septbr.—Oktbr. 72½ Lvl. In Leinsaamen ging nichts um.

† Amsterdam, 11. April. (Privat-Korrespondenz.) Fruchtbares Frühlingswetter dauerte seit meinem letzten Berichte vom 4. d. fort. Tags nach Abfertigung desselben wurde die Aufhebung des Ausfuhrverbotes von Getraide aus den russischen Häfen hier bekannt und, obgleich nicht unerwartet, übte solches einen flauern Einfluß auf den Markt aus, als s. z. die definitive Friedens-Nachricht es gethan. Die Umsätze am hiesigen Markt wurden dadurch nur noch unbeträchtlicher und hatten zur Folge, daß manche Eigner sich entschlossen einen Verkauf in heute abzuhaltender Auktion zu versuchen, welche, falls es darin wirklich zu Geschäften kommen sollte, eine neue Norm für den jetzigen Werth sowohl von Waizen als Roggen bilden dürfte; den Ablauf verzeichne ich nachstehend. Bei einz. Lasten brachte vorgestern: 127pfd. a. wb. Poln. Waizen f. 610; 127.128.131pfd. bunt do. f. 585.608.615; 127pfd. rothb. f. 545; 130pfd. n. Meuse f. 435; 128pfd. n. Braunschw. f. 450; 124pfd. Fries. f. 385. Von Roggen: 110pfd. a. Anclam f. 350; 125pfd. amerik. f. 345; 117pfd. n. inl. f. 280, Letzterer seit m. vor. Ber. f. 15 niedriger. Gerste flau; 112pfd. dänische nom. f. 215 od. f. 10 a 15 niedriger. Hafer ohne Umsatz. Buchwaizen fest: 121pfd. holstein. f. 273; 123pfd. amerik. f. 285. Von keinem Artikel sind Vorräthe übrigens irgend erheblich; alle Motive für Flaue dürften nun zur vollen Geltung gekommen seyn und bis zur neuen Aernte liegt noch eine beträchtliche Konsumtions-Periode vor; an Preisveränderungen dürfte es auch fernerhin nicht fehlen und wenn einerseits die sehr rasche und ansehnliche Entwerthung durch schwere Verluste, weniger hier am Platze als auswärts, den Unternehmungssinn lähmt, so war man seit nun ca. 3 Monaten so sehr von neuen Einleitungen abgeschreckt, daß sich dieses unzweifel-

bar in den während der nächsten Zeit zu erhaltenden Zufuhren fühlbar machen wird.

Heute kamen in Auktion vor: 16½ L. 120pfd. nicht frisch a. Preuß. Roggen a f. 299 einger. 10 L. 120pfd. nicht frisch a. Preuß. Roggen a f. 292 verk.; 16 L. 124pfr. schön a. Preuß. Roggen a f. 308 verk.; 35 L. 117.118pfd. hübscher Gelbenb. Roggen à f. 300 einger.; 10 L. 118pfd. hübscher Gelbenb. Roggen a f. 305 einger.; 10 L. 121pfd. nicht hübscher Pommer Roggen a f. 300 einger.; 24 L. 121pfr. hübscher Stockh. Roggen a f. 323 einger.; 77 L. 123.125. 125 126pfr. Rhein Waizen f. 361.369.375.380 einger. Stimmung flauer als man erwartet hatte.

Nichtpolitische Zeitung.

* Die Büste des Philosophen Franz v. Baader wird auf Anordnung Sr. Maj. des Königs Ludwig demnächst in der bayerischen Ruhmeshalle aufgestellt werden.

Stuttgart, 15. April. Der diesjährige Pferdemarkt, den Se. Maj. der König gestern besuchte, indem er alle Reihen durchritt und die Pferde mit Aufmerksamkeit und Kennerblick musterte, ist sehr lebhaft und ungewöhnlich stark besucht, indem gestern Vormittag um 11 Uhr schon 1123 Pferde als durch die Thore einpassirt angemeldet waren und ihre Zahl heute mit den schon früher in den hiesigen Stallungen aufgestellten auf 14 bis 1500 angewachsen ist. Die Preise sind verhältnißmäßig hoch. (Heilbr. Tagbl.)

* Paris, 15. April. (Privat-Korr.) Prozeß gegen Baumann, Mörder der Gräfin Caumont-Laforce. Das im Monat Februar im elegantesten Stadtviertel von Paris, den Champs Elysees, am hellen lichten Tage an einer der höchsten Aristokratie angehörigen Dame verübte Verbrechen kam heute vor dem Assisenhof der Seine zur öffentlichen Verhandlung. Der Angeklagte, Anton Baumann, Stallknecht, zu Marten-Zell (Württemberg) geboren, ist ein Mann von 32 Jahren, von untersetzter Statur, schwarzem Haar und Bart, dessen kalte Physiognomie mehr Fühllosigkeit, als Grausamkeit und Bosheit ausdrückt. Der Anklageakt besagt, daß Edmée Antoinette Ghistaine de Vischer de Celles, Gräfin von Caumont Laforce, seit einigen Jahren in der großen Avenüe des Champs Elysées ein im Hintergrunde eines Gartens belegenes Hotel bewohnte, wo sie in der traurigsten Einsamkeit, ohne Dienstboten bei Tag und ohne Wächter bei Nacht lebte, und nur selten zur Unterhaltung des Gartens und der Ställe Arbeiter hereinrief, die das Hotel nie betraten und des Abends sich wieder zurückzogen. Im verflossenen Februar engagirte sie jedoch den Anton Baumann, gewesenen Stallknecht vom Hippodrom, dem ein Kutscher von seinen Bekannten die Stelle zugewiesen hatte und über den sie sonst keine Erkundigungen einzog. Sie hielt ihn bloß Halbtagweise, wofür er 1 Fr. 50 C. erhielt, die sie ihm jeden Abend ausbezahlte.

Am 20. Februar um 10 Uhr Morgens hörte der Kammerdiener des das benachbarte Hotel bewohnenden Hrn. Vanderbruck, Ferdinand Lesilleul, aus der nach dem Hotel der Gräfin führenden Allee Angstgeschrei und ersticktes Stöhnen, worin er die Stimme der Frau v. Caumont-Laforce zu erkennen glaubte, und theilte seine Wahrnehmung seinem Kameraden Innocent mit. Während jener blieb, um seine Beobachtungen fortzusetzen, eilte dieser in die Champs Elysees und machte dem Polizeisergeanten Petit, der dort auf Posten war, von dem Vorgefallenen Mittheilung. Dieser schickte sich eben an, an der Gartenthüre anzuklopfen, als dieselbe sich öffnete und Baumann mit blutigen Händen und Gesicht auf der Schwelle erschien. Auf Befragen des Agenten erklärte er: „Er wolle einen Schnaps holen;" allein auf Eindringen gestand er fast allsogleich den begangenen Mord. „Ich habe meine Herrin todtgeschlagen!" äußerte er ohne sichtliche Gemüthsbewegung und dann den Stall öffnend, zeigte er den Leichnam, halb unter Stroh versteckt und mit Scheiten Holz überdeckt.

Die sofort herbeigerufenen obrigkeitlichen Personen erhielten vom Angeklagten folgende Aufschlüsse über den Hergang des Verbrechens. Baumann war bei seiner Ankunft um 8 Uhr des Morgens von der Gräfin beauftragt worden, ihr Wecke und Milch zu kaufen. Bei diesem Gang war er in ein Wirthshaus getreten und hatte dort Branntwein getrunken. Kaum zurückgekehrt, mußte er auf Geheiß der Gräfin ein wahrscheinlich im Gartensand verloren gegangenes Gartenmesser suchen, wobei dieselbe nach seiner Behauptung ihm unaufhörlich folgte und mit unverdienten Vorwürfen überhäufte, die er eine Zeit lang schweigend ertrug, die ihn aber zuletzt außer sich brachten. Von plötzlicher Wuth ergriffen, faßte er seine unglückliche Herrin mit der Rechten bei der Kehle, warf sie auf einen Haufen Mist und gab ihr dann mit der Linken (B. ist linkhändig) wiederholte Schläge auf Gesicht und Kopf. Die Oertlichkeit brachte es mit sich, daß kein Zeuge die That sehen konnte, allein Baumanns zerkratzte Hände bewiesen, daß die Gräfin Widerstand geleistet haben muß. Baumann läugnet die Vorsätzlichkeit und will vielmehr nur eine Züchtigung seiner Herrin bezweckt haben; als er dieselbe jedoch regungslos und kaum noch athmend zu seinen Füßen liegen sah, will er, um der Strafe zu entgehen, die ihm drohte, wenn sie leben blieb, sein Verbrechen erst vollendet haben. Nach seiner Aussage reichten hiezu einige kräftige Faustschläge auf den schon verletzten Schädel und eine starke Zusammenpressung des Halses hin, ohne daß er sich eines Instruments bedient hätte. Letzteres wird durch das ärztliche Gutachten bestätigt, wonach der Tod der Gräfin durch keine der zahlreichen Kopfwunden, sondern bloß durch das energische Umschließen des Halses mit der Hand herbeigeführt worden ist. Nachdem Baumann den Leichnam versteckt und sich die Hände gewaschen, ohne jedoch alle Blutspuren, die ihn bald darauf verrathen sollten, vertilgt zu haben, begab er sich wieder an seine Arbeit, als ob nichts vorgefallen wäre, und antwortete auf Lesilleul's Zuruf: „Heda ihr, ihr habt euch ja gewürgt!" „Nein, ganz und gar Nichts!" Lesilleul beobachtete ihn nichtsdestoweniger ungesehen und sah ihn bald nach dem Hause gehen, dessen Schwelle er zum ersten Mal überschritt, da die Gräfin die Schlüssel Niemand anvertraute und sie auch im Moment des Verbrechens gerade in der Hand hielt. Nach 21 Minuten kam Baumann wieder heraus, ging noch einmal nach dem Stall, dann abermals 5 Minuten lang in's Haus und suchte nun durch das Gartenthor zu entkommen, das er selbst öffnete. Im Augenblick seiner Verhaftung fand man bei ihm 45 Franken, eine leere Börse, ein kleines Arbeits-Necessaire, ein Stück von einem kupfernen Armband und ein paar Tafeln Chokolade. Baumann behauptet, diese Gegenstände erst in Folge seines Verbrechens genommen zu haben, um sich gegen die tiefe Noth, in der er sich befand, zu schützen. — Mit dem Leichnam konfrontirt, ist Baumann kalt und gleichgültig geblieben.

Die Anklage gibt zu, daß Baumann ohne Vorsatz gehandelt hat, und lautet daher nur auf 1) freiwillige Tödtung, 2) Diebstahl. Baumann hat stets behauptet, daß er die Gräfin nicht habe tödten, sondern ihr bloß eine „Lektion" geben wollen, damit sie ihn künftig in Frieden ließe. Auch beim heutigen Verhör beharrte er bei dieser Aussage. Er erklärte, sich auf sein Opfer geworfen zu haben, als dasselbe zum zweiten oder dritten Male sagte: „Kommen Sie mit mir, um das Eisen zu suchen!" Die Entlastungszeugen bestätigten die Seltsamkeiten im Charakter der Gräfin, ihre Reizbarkeit und ihre öfteren Diskussionen mit den Leuten, die sie beschäftigte. (Im Augenblick, wo wir schließen müssen, ist uns das Urtheil noch nicht bekannt.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ **Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."**
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 108.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 18. April 1856

† Von der Rhön.*) Die Aktien der Hypotheken- und Wechselbank sind gefallen, — sie sind gefallen seit jenem Momente, wo die privativen Sonder-Interessen reicher Bankaktionäre durch den am 12. d. M. gefaßten Beschluß der Abgeordnetenkammer vor den gebieterischen Rücksichten auf das allgemeine Landeswohl nach Gebühr in den Hintergrund zu treten gezwungen wurden. Mit erhöhter Spannung verfolgte man namentlich von Franken aus die wichtigen Kammerverhandlungen vom 11. und 12. d. M., manche Befürchtung wollte hie und da der Brust des ächten Vaterlandsfreundes sich bemeistern, doch ein unerschütterliches Vertrauen auf die uneigennützige Hingabe unserer Landesvertretung an die Interessen des Gesammtwohls hielt diese Befürchtungen schon in ihren ersten Keimen zurück. Jetzt aber haben sich alle Wolken verzogen, und nur die Gefühle des allgemeinen Dankes sind zurückgeblieben, welchen wir hiemit den schwachen Ausdruck unserer Worte mit dem Beifügen zu leihen bestrebt sind, daß namentlich die fränkischen Provinzen ihren Abgeordneten den wohlverdienten Dank für ihre uneigennützigen Bestrebungen im vollen Maße entgegenbringen.

Für uns, die wir durch kein Neben-Interesse an der Erkenntniß des Richtigen gehindert sind, war die verhandelte Angelegenheit von vorneherein kein Gegenstand des Zweifels. Wir verkennen nicht die Vortheile, welche die Hypotheken- und Wechselbank mehr oder minder den einzelnen Gebietstheilen des Landes zuwendet. Allein, wenn es sich darum handelt, der Wirksamkeit des Bankinstituts eine Erweiterung zukommen zu lassen, welche geradezu eine Gefährdung des öffentlichen Wohls und eine Bereicherung Einzelner auf Kosten der Gesammtheit bewirkt, dann finden wir uns zur Sprache der Wahrheit durch das allgemeine Landeswohl dringend aufgefordert, und selbst die Erwägung, dem Bankinstitut in der öffentlichen Meinung einen Schaden zuzufügen, ist nicht im Stande, uns hievon abzuhalten, da jedes Sonderstreben, wenn es die Interessen Einzelner über die Interessen der Gesammtheit zu stellen versucht, ob dieses sozial verwerflichen Gebahrens mit Grund die gebührende Zurechtweisung durch die öffentliche Meinung sich zuzieht.

Wir leugnen nicht, daß der Realkredit in Bayern gesunken ist und der Aufhülfe bedarf. Allein wir leugnen, daß das Bankinstitut diesem gesunkenen Realkredit die erforderliche Aufhülfe bisher gewährt habe oder auch bei erweitertem Wirkungskreise gewähren würde. Wer nur oberflächliche Kenntniß von den Bankstatuten und namentlich ihren Vorschriften über die Sicherheitsleistung für erhaltene Darlehen hat, muß einsehen, daß die Bank ihr Kapital nicht dem eigentlich kapital-bedürftigen, sondern dem kreditfähigen Grundbesitz zuwendet, d. h. dahin gewährt, wo eine eigentliche Unterstützungsbedürftigkeit nicht vorhanden ist, wo vielmehr Verhältnisse bestehen, die recht leicht und unter gleich günstigen Modalitäten das erforderte Kapital anderwärts aufzubringen gestatten. Wer doppelte Sicherheit und außerdem noch entsprechende Zinsen- und Kosten-Kaution zu leisten vermag — und hierauf besteht die Bank in allen Fällen — dessen Realkredit steht gut, der bedarf keiner Hülfe durch besondere mit Privilegien ausgestattete Institute, der kann allenthalben sich mit dem erforderlichen Kapital versehen. Abgesehen hievon so dient das Kapital der Bank weniger den Interessen vieler einzelner Grundbesitzer und noch weniger dem kapitalbedürftigen Kleingewerbe, als vielmehr vorherrschend den Interessen einzelner weniger größerer Gutsbesitzer, was ein Einblick in den letzten Rechnungsabschluß der Bank entnehmen läßt, wo unter Anderem eine Position von nahezu 3½ Mill. Gulden sich nur auf **20** Gutsbesitzer vertheilt, wobei sonach im Durchschnitte auf jeden einzelnen ein Darlehenskapital von beiläufig 180,000 fl. sich berechnet, welches mit Hinblick auf die von der Bank beanspruchte Realsicherheit je einen Grundbesitz im Werthe von 400,000 bis 500,000 fl. voraussetzt.

Daß aber solche Grundbesitzer keiner von der Subvention des Staates bedingten Unterstützung bedürfen, daß die Steuerkräfte des Landes nicht den Zweck haben, einzelnen Reichbegüterten die bequemere Möglichkeit der Schuldentilgung und der angemessenen Gutsbewirthschaftung zu verschaffen, daß solchen Bankgeschäften gegenüber die vom Staate vertragsweise gestattete Emission von 8 Millionen Banknoten einem Löwen-Vertrage sich nähert, der höchst nachtheilig auf die Steuerkraft des Landes zurückwirkt, bedarf wohl kaum einer näheren Auseinandersetzung. Darum begnüge sich die Bank mit den Vortheilen, welche sie bereits besitzt, und ihrem bereits erworbenen Gewinn, welcher durch die einfache Thatsache sich beurkundet, daß die Bankaktien im Nominalwerthe von 500 fl. bereits seit geraumer Zeit den durchschnittlichen Kurs von 760 fl. erreicht haben.

Der Gewinn aber, welchen eine weitere Emission von Papiergeld in Aussicht stellt, gebührt — und hiermit sprechen wir einen aus der sozialen Noth entspringenden kategorischen Imperativ aus — dem Staate, welcher durch eigene Emission von Kassascheinen die hieraus resultirenden Mittel dahin zu wenden verpflichtet ist, wo das wirkliche Bedürfniß gegeben, wo eine bankmäßige Sicherheitsleistung nicht mehr ermöglicht ist, wo vielmehr der Hülferuf des Mangels und der Noth immer vernehmlicher ertönt.

Dorthin hat noch niemals die Bank einen rettenden Arm gestreckt und — wir geben es gerne zu, daß die Bank als eine auf den Vortheil ihrer Theilnehmer abzielende Aktiengesellschaft nach ihrer ganzen Anlage und Zweckbestimmung zu solcher Aufhülfe auch nicht ihre Mittel bieten kann.

Allein dieserhalb hätten es auch die Verfechter der Bankinteressen unterlassen sollen, die neuerlich projektirte Subvention der Bank mit der Noth des armen Landmanns und des bedürftigen Gewerbs-Genossen zu begründen, von denen noch keiner je die nothwendige Hülfe durch die Bank erlangt hat oder erlangen wird.

Wahre Entrüstung mußte es aber erregen, wahrzunehmen, wie in demselben Momente, wo mit der Noth des Land- und Gewerbsmannes die wiederholte Banknoten-Emission gerechtfertigt werden wollte, der Telegraph thätig war, um gestützt auf die günstige Konjunktur manchem Geldmanne durch die Agiotage die Taschen zu füllen. Ja! wir fühlen uns verpflichtet, es herauszusagen, gar Mancher (wir werden später Gelegenheit zu spezifizirter Angabe finden) hätte im Falle des Gelingens des Projekts mit Hunderttausenden seinen Ueberfluß vermehrt, ohne auch nur einen Kreuzer an die wirkliche Noth abzugeben!

Jetzt aber — nachdem durch den Beschluß der Abg.-Kammer der Boden gerettet ist, auf welchem sich mit weiterer positiver Thätigkeit vorfahren läßt — jetzt gilt es, namentlich jene Vorschläge zu beherzigen und zu erwägen, mit welchen jüngst der edle Graf Bentheim-Tecklenburg hervorgetreten ist, und welche, ohne die Steuerkräfte des Landes nur im Mindesten in Anspruch zu nehmen, nicht allein den Ausbau dieser oder jener Eisenbahn-Strecke des Landes ermöglichen, sondern zugleich auch sichere Hülfe für den klein begüterten Landmann und den geringvermögenden Gewerbsmann in Aussicht stellen, sowie die Hoffnung bieten, mittelst eines großartigen Zentral-Unterstützungsfonds bei ausbrechenden Nothständen nachhaltige Unterstützung in stets wachsender Progression zu gewähren.

Die Frage der sozialen Noth wird immer ernstlicher und bedenklicher, die Perioden der Wiederkehr partieller Nothstände werden — wir glauben uns in der Auffassung der Situation nicht zu irren — immer kürzer, die Erfahrungen aus den Noth-Jahren 1816/17, 1846/47 und 1852, welche traurige Bilder in uns auffrischen und Gestalten in unserer Seele vorüberziehen lassen, die keine doppelte Realsicherheit mehr zu Gebote haben, um sich gestützt hierauf die Hülfe der Bank zu erflehen, mahnen

---

*) Wir geben diesen Artikel mit dem in Nr. 91 unseres Blattes bezüglich dieser Materie ausgesprochenen Vorbehalt, insbesondere was die im 2. Theil desselben berührten Vorschläge betrifft. Die Red.

immer dringender an das Gewissen des theilnehmenden Vaterlandsfreundes; sorgen wir deßhalb vor, daß uns die Noth nicht im Zustande absoluter Impotenz überrasche. Die Getreidspeicher des Staates sind kraft Gesetzes auf immer entleert, die bestehenden Hülfsinstitute quadriren nicht auf die Intensivität und Ausdehnung des sozialen Elends, drum suche man nach großartigeren Mitteln gegen das wachsende Uebel! Täuschen wir uns nicht, so hat der obengenannte edle Menschenfreund in der Hauptsache bereits den rechten Weg angedeutet, auf welchem die Heilung unserer volkswirthschaftlichen Gebrechen und die Paralysirung vorübergehender partieller Nothstände ermöglichet wäre. Möge deßhalb die Staatsregierung diesem Plane ihre eingehende Erwägung nicht versagen!

Dem Fortschritte der sozialen Noth wirksam entgegen zu treten, gehört unbestritten in unserer Zeit zu den hervorragendsten Aufgaben aller Staatsregierungen, in der glücklichen Lösung der sozialen Frage liegt nicht bloß das volkswirthschaftliche Heil der Völker, sondern auch der gesicherte Fortbestand aller unserer politischen Ordnungen. Wer redlich und offen dem ächten Konservativismus ergeben ist, muß deßhalb sich verpflichtet fühlen, nicht allein jeden Schritt zu vermeiden, der die gähnende Kluft der sozialen Bedrängnisse weiter spaltet, sondern mit allen positiven Mitteln dahin streben, den noch immer drohenden Schlund der sozialen Anarchie bleibend zu schließen.

Angesichts dieser Welt- und Zeitlage sind wir fest überzeugt, daß selbst diejenigen, welche den Interessen der Bank am nächsten stehen, sich beruhigen und von weiteren mit dem Wohle der Gesammtheit unverträglichen Projekten um so mehr Abstand nehmen werden, als diese Projekte den erhabenen Intentionen Seiner Majestät unseres allergnädigsten Königs zuwiderstreben, Allerhöchst dessen landesväterliche Liebe ganz besonders der Noth und dem Elende Ihre Fürsorge widmet und Allerhöchst dessen glorreicher Regierung die erhabene Mission vorbehalten war, der sozialen Noth gegenüber den schützenden Damm großartiger Hülfs- und Wohlthätigkeitsanstalten zum Segen und Frommen einer dankbaren Mit- und Nachwelt zu errichten!

Deutscher Bund.

* In Berlin sieht man scheel zu den Zoll-Ermäßigungen, welche Oesterreich kürzlich wieder hat eintreten lassen. Oesterreich verliert die Zolleinigung mit Deutschland nicht aus den Augen, und arbeitet vielmehr mit allen Kräften darauf los; das wird zugestanden, zugleich aber die Befürchtung ausgesprochen, daß die Zolleinigung den nur vertagten, nicht aufgegebenen Plan Schwarzenberg's anbahnen solle, welcher den politischen Eintritt von Gesammt-Oesterreich in Deutschland anstrebte.

Bayern. München, 17. April. Se. Maj. der König haben dem Kreis- und Stadtgerichts-Arzte zu Ansbach, k. Rath Dr. Adam Ullsamer, das Ritterkreuz des Verdienstordens 1. Klasse vom heil. Michael verliehen; in die erledigte erste Revisionsbeamtenstelle bei dem Hauptzollamte Bamberg den zweiten Revisionsbeamten daselbst, Christian Röder, vorrücken lassen; dem geprüften Rechtskandidaten, Heinrich Eckhardt aus Waldfischbach, die erledigte zweite Untergerichtsschreiberstelle am Appellationsgerichte der Pfalz provisorisch verliehen. (N. M. Z.)

Kaiserslautern, 14. April. Gestern fand dahier eine Versammlung von Pfälzer Forstbeamten statt, um einen Pensions- und Unterstützungsverein für Witwen und Kinder bayerischer Förster zu gründen, und denselben nach vorher eingeholter Genehmigung der aufgestellten Statuten auch sogleich förmlich zu konstituiren. Letzteres geschah denn auch wirklich. Es wurde sofort zur Wahl des Ausschusses geschritten, und die weitere Bestimmung getroffen, daß die Wirksamkeit des Vereins vom 1. Januar d. Js. an zu beginnen habe. (Pf. Z.)

× **Preußen.** Berlin, 16. April. (Privat-Korresp.) Bis zur Zeit sind dem Vernehmen nach definitive Beschlüsse über die Entlassung der Mannschaften und den Verkauf der Pferde, welche zur Kriegsbereitschaft erforderlich waren, nicht erfolgt. Die umfangreiche Reduktion würde bei der Artillerie vorzunehmen seyn. Da diese im August ihre Schießübungen abzuhalten hat, und alsdann doch Einberufungen stattfinden müssen, so ist der Vorschlag gemacht worden, der Artillerie bis dahin die erforderlichen Pferde gleich zu erhalten, weil durch den jetzigen Verkauf derselben und den Einkauf neuer jedenfalls ein Nachtheil eintreten würde. Man meint, es werde die Veräußerung der überflüssigen Pferde trotz des entgegenstehenden Vorschlags betrieben werden, und man glaubt, daß die betreffende Ordre erlassen werden wird, sobald die Ratifikationen des Friedens-Vertrages ausgewechselt seyn werden. — Nachrichten aus den Ostseehäfen sprechen von den großen Zurüstungen, welche daselbst seit der Aufhebung der Blokade in der Ostsee gemacht werden, um den bisherigen Handelsverkehr in den russischen Häfen wieder zu beginnen. Es werden Schiffe befrachtet, welche nach Rußland gehen sollen, und sind andererseits dazu bestimmt, Produkte aus den russischen Häfen nach Preußen zu führen. Man verspricht sich von der Wiederaufnahme des Verkehrs mit Rußland augenblicklich einen großen Gewinn, da die Vorräthe an Landesprodukten daselbst sehr groß seyn müssen, die Getraidepreise aber voraussichtlich noch bedeutend sinken, wenn erst aus Rußland Ladungen mit Getraide in unseren Häfen eingetroffen sind. Unsere Fabrikate und Waaren, die in den beiden letzten Jahren nur in sehr geringer Menge ihren Weg nach Rußland finden konnten, hofft man, werden jetzt um so gesuchter seyn. Die Lebendigkeit, welche in den großen Häfen bei der Wiedereröffnung der Seeverbindung mit Rußland herrscht, ist nach zuverlässiger Nachricht nicht geringer in Rußland, wo man in der sichern Erwartung des Friedens schon früher mit den erforderlichen Vorbereitungen begann. Auch in andern Staaten, welche bisher in Handelsbeziehungen mit Rußland gestanden haben, zeigt sich eine große Regsamkeit, und es heißt, daß namentlich englische, mecklenburgische, dänische, schwedische, lübeckische und hamburger Schiffe auf ihrer Fahrt nach russischen Häfen bereits bemerkt worden sind.

Hannover. Hannover, 15. April. Des Königs Majestät haben genehmigt, daß von den emittirten Hannover'schen Stadt-Kassenscheinen die Summe von Einhunderttausend Thalern in Appoints von 10 Rthlr. convertirt werde, wobei es der Stadt überlassen ist, darüber zu beschließen, zu welchen Quoten ein Umsatz der jetzigen 1- und 5-Thalerscheine in 10-Thalerscheine stattfinden soll.

Württemberg. Stuttgart, 10. April. So viel man vernimmt, ist der königl. Gesandte am kaiserl. österreichischen Hof, Frhr. v. Ow, der sich gegenwärtig hier befindet, zu einer außerordentlichen Sendung an den heiligen Stuhl ausersehen. (D. Volksbl.)

Oesterreich. Wien, 13. April. Wie in Paris, bildet auch hier die Börse und das Börsenspiel den Mittelpunkt aller Bestrebungen, und selbst die untern Volksschichten Wiens, die sonst mit frohem Muthe des Sonntags beim „Heurigen" durchschlugen, was sie seit den sechs Arbeitstagen erspart, haben sich bereits mit den Kursnotirungen vertraut gemacht, und widmen den Börsenberichten unserer Journale eine Aufmerksamkeit, der man es deutlich abmerkt, daß sie nicht aus bloßer Neugierde die lange Liste der auf dem hiesigen Geldmarkte verhandelten Effekten studiren. Seitdem mehrere Wäscherinnen, Greisler, Hausmeister und Köchinnen bedeutende Gewinnste in Kreditaktien realisirt haben, fließen alle Ersparnisse der „kleinen Leute" den Wechslern zu, die zumeist nicht genug Gehülfen haben, um alle ihre Kunden zu befriedigen. Es ist keine Uebertreibung, wenn ich erzähle, daß meine Wäscherin mir kürzlich vordemonstrirte, es sey an der Zeit, Kreditaktien mit 354 zu verkaufen, weil man sich dieselben bald billiger werde zurückkaufen können. Sie hat diese Börsenoperation auch wirklich durchgeführt, und ist auf ihre Divinationsgabe ebenso stolz, als Hr. Königswarter, der wohl gegenwärtig an der hiesigen Börse der scharfsinnigste „Haisseur" seyn dürfte. Gott verhüte nur, daß die kleinen Leute sich nicht die Finger verbrennen an den heißen Teufelspapierchen, das Erwachen aus dem langen Gewinnstrausche würde fürchterlich seyn! Aber nicht bloß die untern Volksschichten haben von der verbotenen Frucht genascht, auch der achtbare Mittelstand findet die rasch realisirten großen Kursdifferenzen sehr lockend, und so mancher junge Kaufmann und Hausbesitzer vernachlässigt seine frühere Beschäftigung, um in „Kredit" und „Franzosen" — wie hier die Aktien der französischen Staatseisenbahngesellschaft genannt werden — zu machen. Wie in Paris, sehen wir auch hier schon viele Parvenus, die in Folge äußerst glücklicher Konjunkturen enorme Summen gewonnen, und sich auch redliche Mühe geben, sie wieder flüssig zu machen. (A. Z.)

§ Wien, 14. April.*) (Privat-Korresp.) Der Generaldirektor der Kreditanstalt, Herr Franz Richter, welcher seine Thätigkeit bereits begonnen hat, wurde gestern von dem Finanzminister, Frhrn. v. Bruck, empfangen, und hatte mit demselben eine lange Besprechung. In den amtlichen wie in den industriellen Kreisen betrachtet man die Ernennung des Herrn Franz Richter zum Chef der Kreditanstalt als einen wahren Gewinn und knüpft große Hoffnungen an seine Thätigkeit. — Die in Wien und überhaupt in Oesterreich domizilirende Fürstenbergische Linie hat vor einigen Tagen einen Notariatsakt auf-

*) Verspätet zugekommen.

nehmen lassen, kraft dessen sie dem im Großherzogthume Baden residirenden Fürsten von Fürstenberg das Recht einräumt, sich mit dem im Großherzogthum placirten Vermögen des gesammten Hauses an der in Karlsruhe zu errichtenden Kreditanstalt zu betheiligen. — Der bekannte Grieche Simonides weilt noch immer in Wien und bestätigt es sich nicht, daß derselbe von der Polizei angewiesen worden ist, die Residenz zu verlassen. Er hat im Gegentheil vorgestern einen Theil seiner Manuskripte der Hofbibliothek vorgelegt, und verkehrt viel mit mehreren hiesigen Gelehrten. — Die Gräfin Naddasdy ist im Begriffe, ihre im Comorer-Comitate gelegenen ausgedehnten Eisenwerke an eine belgische Gesellschaft zu verkaufen. — Der englische Gesandte, Sir H. Seymour, veranstaltete gestern in seinem Hotel ein glänzendes diplomatisches Diner.

Wien, 15. Mai. Die Oberhofmeisterin der Königin von Griechenland, Baronin de Gluskow, welche sich seit einigen Tagen hier befindet, hat im Auftrage der Königin bei mehreren hochgestellten Damen Besuche abzustatten, da die Königin selbst heuer die beabsichtigte Reise nach Deutschland nicht antritt. (Ostd. Post.)

Wien, 15. April. Die Wiener Zeitung gibt den lateinischen Text nebst deutscher Uebersetzung der Adresse der bischöflichen Conferenz an den Kaiser, sowie die Antwort, die Se. Majestät darauf ertheilte. Die wichtigsten Stellen der Ersteren lauten:

„Unser Herr und Erlöser hat die Kirche eingesetzt, damit sie das Menschengeschlecht durch den von Gott stammenden Glauben und die von oben kommende Gnade in das Reich, welches kein Ende kennt, hinüberleite. Alles daher, was die Kirche in Erfüllung ihres hohen Berufes fördert, ist eine Wohlthat, welche nicht nur den Einzelnen, sondern dem Menschengeschlecht erzeigt wird. Allein durch die Vereinbarung, welche Euere Majestät am 18. Aug. v. J. mit dem hl. Stuhle geschlossen haben, wird die Kirche in ausgezeichneter Weise gefördert, gehoben u. verherrlicht. Der Zusammenhang zwischen dem heil. Stuhle und der Kirche des Kaiserthumes ist vollkommen hergestellt. Ohne Hinderniß lenken die Bischöfe die ihnen anvertrauten Gemeinden durch ihre Anordnungen und erbauen sie durch Lehre und Ermahnung. Sie leiten den Unterricht der katholischen Jugend in Allem, was den Glauben und die Reinheit des christlichen Wandels betrifft. Frei bilden sie die Kandidaten des geistlichen Standes zu würdigen Dienern Gottes und der Kirche heran. Ueber die kirchlichen Rechtsfragen entscheidet der kirchliche Richter. Die Ehe ist im ganzen Umfange des Kaiserthums der Kirche untergeordnet, von deren göttlichem Stifter sie zum Sakramente des neuen Bundes erhoben wurde. Die geistlichen Orden erfreuen sich vollkommener Freiheit, Alles, was zur Vollkommenheit des Ordenlebens gehört, nach Vorschrift ihrer Regel in Ausführung zu bringen. Es ist ausgesprochen, daß das Kirchengut unverletzlich und nach dem Kirchengesetze zu verwalten sey. Wo dasselbe unzulänglich ist, kommt die Großmuth Ew. Majestät ihm zu Hülfe. Indem aber Ew. Majestät, verjährte Vorurtheile unter Sich erblickend, der Kirche zusprachen, was der Kirche gebührt, haben Allerhöchstdieselben von der Höhe des Thrones herab eine Wahrheit verkündet, welche die Weisheit dieser Welt der Welt zum Verderben verleugnet hat. Der Bund zwischen Staat und Kirche ist die mächtigste Schutzwehr für alle wahren Güter der Menschheit; nur in dem christlichen Staate kann das vielbewegte Europa die Hoffnungen der Ewigkeit und die Wohlthaten des irdischen Friedens vereinigt finden. Gestatten also Ew. Maj., daß wir in unserem Namen und im Namen Aller, auf welche das Konkordat seine Segnungen verbreitet, den Ausdruck unseres innigen und ehrfurchtsvollen Dankes an Allerhöchstihrem Throne niederlegen ... Zugleich mit der katholischen Glaubenskraft erstarkt das höhere Pflichtgefühl, welches das sicherste und mächtigste Band des Staates ist. Immer und überall ist der Bischof gesendet, um die ihm anvertraute Gemeinde den Gehorsam zu lehren, welchen der Christ dem weltlichen Herrscher nicht aus Furcht, sondern um des Gewissens willen zu zollen hat. Den Bischöfen des Kaiserthums Oesterreich ist es überdies als heilige Pflicht auferlegt, Geistlichkeit und Volk zu jener Dankbarkeit anzuleiten, welche Eurer Majestät, als dem Wiederhersteller des kirchlichen Lebens, gebührt, und ein Vorbild zu seyn jenes kraftvollen Zusammenwirkens, durch welches die geistige Erneuerung, deren Vorkämpfer Allerhöchstdieselben sind, zu heilbringender Vollendung gelangen wird."

Die kaiserliche Antwort lautet: „Durch die Vereinbarung, welche Ich mit dem heiligen Stuhle schloß, habe Ich eine Pflicht des Herrschers wie die des Christen erfüllt. Ich rechne es Mir zur Ehre an, Meinen Glauben und Meine Hoffnung auf Den, durch welchen die Könige herrschen, durch die That zu bekennen, und weiß sehr wohl, wie wirksam das Band der bürgerlichen Gesellschaft durch die Innigkeit der religiösen Ueberzeugung befestigt wird. Was Ich versprochen habe, werde Ich mit jener Treue erfüllen, die dem Manne und dem Kaiser ziemt. Aber solch' ein Werk kann nur mit vereinten Kräften zu allseitiger Vollendung gebracht werden. Es wird an Ihnen seyn, hochwürdigste Bischöfe, mit Mir und unter einander zusammen zu wirken, daß Glaube und sittliche Kraft in unserer Mitte blühe und reiche Früchte des Heiles und Friedens bringe. Vertrauen Sie Mir, wie Ich Ihnen vertraue. Gott wird mit uns seyn!"

Nach den H. N. befinden sich unter den von der Regierung bei der bischöfl. Conferenz eingebrachten Vorlagen das neue Ehegesetz mit dem modifizirten Abschnitte des bezüglichen Gesetzbuches, ein Gesetzentwurf bezüglich der Entschädigung der Klöster für die Aufhebung der Dienstbarkeit der Landbevölkerung; ferner Entwürfe über die Bedingungen der weltlichen Gerichtsbarkeit zur Geistlichkeit, über die Patronate und die Verwaltung des Religionsfonds durch geistliche Organe.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 15. April. Eine Giftmischerin in Cormonde, Kantons Freiburg, war bei ihrem zehnten Vergiftungsversuch, als die Sache entdeckt wurde.

Belgien.

Brüssel, 14. April. Man sagt, daß der König die Absicht habe abzudanken, und jenem Thron zu entsagen, den er ein Vierteljahrhundert hindurch mit so viel Glanz und Ehre, als das wahre Muster eines konstitutionellen Fürsten, eingenommen hat. Wie man sogar wissen will, würde dies bald nach der Feier des 25. Jahrestags der Thronbesteigung des Königs geschehen. Inwiefern und ob das Gerücht seine Begründung hat, vermag ich nicht zu bestimmen. (A. Z.)

Frankreich.

Seit einiger Zeit hat sich in Frankreich eine neue politisch-religiöse Partei gebildet. Dieselbe bekennt sich zum Druidismus. An ihrer Spitze stehen Männer von einiger Bedeutung, wie der bekannte Historiker Heinrich Martin, der ehemalige Unterrichtsminister Carnot, der Philosoph Johann Renaud und Dumesnil, Schwiegersohn des bekannten Michelet. Letzterer ist dem Druidismus noch nicht beigetreten, obgleich die neue Partei ihn als einen Druiden betrachtet. Was die neue Partei betrifft, so stützt sich dieselbe auf den Druidismus, die nationale Lehre der alten Gallier, und auf die Revolution von 1792, welche das gallische Volk von dem Joche seiner Unterdrücker, der Franken (Adel und Geistlichkeit), befreit habe. Diese Revolution habe nach ihnen dem Einfall der Franken und ihrer Herrschaft ein Ende gemacht, und das gallische Volk muß wieder mit seiner Vergangenheit anknüpfen und in die Tradition der Veleda zurückgreifen. Die Häupter dieser neuen Sekte treten übrigens sehr eifrig auf. In der Umgegend von Karnal, in der Nähe von Vannes gelegen, wo die große Schlacht zwischen Römern und Galliern geschlagen wurde, haben dieselben Nachgrabungen anstellen lassen, um die heiligen Beile und die goldene Sichel wieder aufzufinden. Die Druiden haben bis jetzt, wie ich erfahre, von der Regierung noch keine Ermächtigung zur Ausübung ihrer religiösen Feierlichkeiten erhalten. Man behauptet jedoch, daß sie sich im Walde von Senart versammeln, wo Martin ein altes Haus besitzt. Als Hohepriesterin nennt man eine bekannte Schriftstellerin. (K. Z.)

Italien.

Rom, 9. April. In den letzten Tagen sind unter Vorsitz Sr. Heiligkeit zwei Cardinal-Congregationen versammelt gewesen, und im Ministerrathe wird bereits über die nähere Art und Weise der Ausführung eines Gnaden-Aktes verhandelt. Diejenigen politischen Gefangenen, welche auch gemeine Verbrechen begingen, würden ganz unberücksichtigt bleiben. Hingegen wird sich, wie es scheint, die Hand der Gnade besonders über alle erstrecken, die bei der mobilisirten Bürgergarde, welche bekanntlich vor der Flucht des Papstes nach Gaeta eingerichtet ward, auch unter Garibaldi verblieben und gegen Franzosen und Oesterreicher zogen und deßhalb durch die Censur ihre Aemter verloren oder exilirt wurden. Ihre Zahl ist sehr bedeutend. (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Paris, 16. April. Der Friedens-Congreß, der heute seine letzte Sitzung hält, beschloß, daß die auf die Donau-Schiffahrt, die Regierungs- und Verwaltungsform der Donau-Fürstenthümer und die Lage der Christen in der Türkei bezüglichen Detailfragen drei abgesonderten Commissionen, welche sich an Ort und Stelle begeben werden, übertragen werden sollen.

Die erste dieser Commissionen wird aus französischen, englischen russischen, österreichischen, preußischen und sardinischen Commissären, die zweite aus Commissären der Großmächte und Delegirten der Fürstenthümer und die dritte ebenfalls aus Commissären der Großmächte und Repräsentanten der Türkei, welche der Divan ernennt, zusammengesetzt werden. Durch dieses Mittel hofft man die türkische Bevölkerung, welche für die Reformen nicht günstig gestimmt ist, zu beruhigen. (Fr. Pstz.)

Paris, 17. April. Man liest im heutigen „Moniteur": „Der Kongreß hat seine Arbeiten vollendet und ist gestern geschlossen worden. Nach der Unterzeichnung des Friedens haben die Bevollmächtigten sich mit denjenigen Fragen beschäftigt, welche das Friedenswerk befestigen und vervollständigen. Ende dieses Monats werden die Ratifikationen vollzogen seyn. Unmittelbar hierauf wird die Veröffentlichung des Vertrags, sowie der Protokolle erfolgen." (Fr. Journ.)

Aus dem Orient.

Von allen Einrichtungen, welche der Krieg im Orient improvisirt hat, ist vielleicht die Eisenbahn von Balaklawa, was den Oberbau anbelangt, am besten zu verwerthen. Man spricht davon, daß sie abgebrochen und eine Bahn von Ghemleck nach Brussa damit gebaut werden soll. (K. Z.)

Aus Konstantinopel wird gemeldet: „Zu Belgrad-Schik in Bulgarien an der serbischen Grenze ist ein Aufstand ausgebrochen. Ein Bulgare, ehemals russischer Offizier, will im Namen Rußlands die Türken verjagen."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 17. April. Die Börse war besonders günstig gestimmt für österr. Kreditaktien, welche bedeutend höher bezahlt wurden, wogegen alte und junge Wiener Bankaktien matter blieben. Mitteldeutsche Kreditaktien bei anhaltender Kauflust fest. Elisabethbahnaktien 109¼. Lombardische Staatsbahnen 130.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1333P. 1328G. Neue Bankaktien 452 P. 450 G. Credit-Actien à 5pCt. 201½P 199½G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 85⅛ P. 84⅞ G. 5pCt Lombard.-Ven. 91¼ P. 90¾ G. Metall. alte à 5pCt. 84 P. 83¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90¾P. 90¼G.; à 4½pCt. 75¼ P. 75 G.; à 4pCt. 68 P. 67½ G.; à 3pCt. 51¾P. 51¼G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 ——P. 132 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 P. 106¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 307 P. 305 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 88 P. 87½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87¼P. 86¾G.; 4pCt. — P. 93¾ G.; 4pCt. Grundrente 94¼P. 93¾G.; 4½pCt. 100⅛ P. 99⅝ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157¾P. 157¼ G. Neustadt-Weissenb. 116⅜ P. 115⅞ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119½ P. 119 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89½ P. 89G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45 P. 44½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83⅝ P. 83⅛ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102¼P. 101¾G.; Loose à fl. 50 112¾P. 112¼G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 353 P. 351 G.; junge 303 P. 301 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 105⅝P. 105⅛G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¼ P. 47 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¾ P. 89¼ G., Loose à fl. 25 31⅜P. 31¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92⅞P. 92⅜G.; Bankaktien 121 P. 120½ G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87P. 85½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅜P. 40⅛G.; 1pCt. neue 24¾ P. 24⅝ G. **Holland.** Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅜P. 100⅛G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120⅜P. 120⅛G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i. S. L. 250k. S 101½P 101¼G
Berlin Thlr. 60 k. S. 105½P. 105¼G.	Paris Frs. 200 k. S 94⅝P. 94⅜G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105⅜P 105⅛G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅝P. 94⅜G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 97⅛P. 96⅞G.	Wienll. 100C. k. S. 118⅜P. 118⅛G.
Hamb. MB. 100 k. S 89⅛P 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 118⅛P. 117⅞G.
Leipz. Thlr. 50k. S. 105⅜P. 105⅛G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 16. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86; 5pCt. Metall. 85½; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 133; von 1854 108⅞; Bankaktien 1134; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 338½; Donau Dampfschifffahrtsaktien 656; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3077½. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅛; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Köln, 9. April. Unsere heutigen Notirungen sind: Waizen eff. 10¼ a 10½ Thlr., 88pfd. per Mai 234 Pfd. 10½ Thlr., gut lieferbar 10 Thlr. Roggen eff. en detail 8 a 8½ Thlr. nach Qualität, pr. Mai 7 5/12 Thlr. Gerste eff hiesige 5 Thlr. pr. 180pfd., Oberländ. 6½ Thlr. pr. 200 Pfd. Hafer eff. 3 Thlr., pr. Mai 3 Thlr. W. Rappssaamen eff. neuer 13 a 14 Thlr. Rüböl eff. faßw. 42 Thlr., pr. Mai 41½ Thlr., pr. Oktbr. 34½ Thlr. Spiritus eff. faßw. 29½ Thlr.

Nichtpolitische Zeitung.

△ München, 16. April. (Pr.-Korr.) Schon vor vier Monaten hat der Magistrat der Hauptstadt zur Ausführung von verschiedenen Bauten und Unternehmungen ein Anlehen von 1 Mill. Gulden effektuiren wollen, doch die kgl. Regierung hat nur ½ Mill. genehmigt. Mit dieser Summe ist wohl nichts zu beginnen und das Ganze wird als Projekt in sich selbst zerfallen. — Seit einigen Tagen verbreitet sich die Nachricht, daß Hr. Hofschauspieler Straßmann die Hofschauspielerin Frl. Damböck ehelichen wird. — Hr. Binder, Schauspieler bei dem Vorstadttheater in der Au, soll bereits die Permission erhalten haben, ein drittes Theater in der Max-Vorstadt etabliren zu dürfen. — Unser Bockkeller wird prächtig restaurirt, und in diesem Jahr dürfen, was seit 1848 nicht mehr der Fall war, musikalische Produktionen stattfinden. — Vor einigen Tagen wurde der Eilwagen auf der Route nach Rosenheim durch Aufschneiden der Decke beraubt, und soviel man erzählt, der mitfahrenden Postmeisterin von R..., die in München die Ausstattung ihrer Tochter einkaufte, der sämmtliche Brautschatz gestohlen.

München, 17. April. Franz Bacherl erklärt in den N. N., daß die im Auer Volkstheater zur Aufführung kommenden „Cherusker" zu keinem der von ihm verfaßten Stücke in irgend einer Beziehung stehen. — Von Dr. Friedrich Mayr ist eine Brochüre über die „Bacherlfrage" erschienen, welche in allen Buchhandlungen zu haben ist.

Paris, 16. April. Baumann, der Mörder der Gräfin Caumont Laforce, vom Geschwornengerichte der Tödtung mit nachfolgendem Diebstahle schuldig befunden, jedoch mit mildernden Umständen, ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt worden. Zu diesem Ergebniß hat zweifelsohne die Aussage des mit der Leichenschau beauftragt gewesenen Dr. Tardieu Vieles beigetragen. Derselbe erklärte: „Der Kopf der Gräfin Caumont-Laforce war gänzlich entstellt und trug zahlreiche Spuren von Schlägen mit einem stumpfen Werkzeuge, wie z. B. die Faust, an sich. Hals und Kehle zeigten die Spur bedeutender Gewaltthätigkeiten. Es hatte Erwürgung durch einen mit der Hand verübten Druck stattgefunden. Die Hand der Frau v. Caumont trug ebenfalls Spuren von Verletzungen, die einen stattgehabten Kampf bezeugten."

Auf Befragen des Präsidenten erwiderte Baumann, er erinnere sich nicht, ob ein Kampf stattgefunden. Allein Dr. Tardieu versicherte nochmals, daß gewiß nicht zwei, sondern sehr zahlreiche Schläge auf das Opfer geführt worden seyen, das auch noch an die Schläfe die ganz deutliche Spur eines Trittes mit dem Absatz eines Schuhes trage.

Unter den Entlastungszeugen schilderte der Lichtschirmfabrikant Ferrandier, bei dem Baumann gearbeitet, dessen Charakter folgendermaßen: „Er war sehr sanft und dienstfertig, und betrug sich sehr gut. Um den folgenden Tag kümmerte er sich wenig und wenn er seinen Tagelohn empfangen hatte, war er ganz zufrieden. Mitunter trank er etwas. Nie habe ich Heftigkeit bei ihm bemerkt. Armen Landsleuten kam er zu Hülfe. Er war sehr rechtschaffen, aber von beschränktem Verstand."

Ueber die Gräfin Caumont Laforce stimmten alle Aussagen so ziemlich darin überein, daß sie von reizbarem Charakter war und sich mit den Leuten, die für sie arbeiteten, nicht lange vertrug. Ihr Schwager, Graf de l'Aigle, der ebenfalls unter den Zeugen war, erklärte: „Sie hatte einen schwierigen Charakter; sie war eigenwillig und ließ sich nicht gern Bemerkungen gefallen; allein sie war unfähig, ihre Dienstboten zu mißhandeln; mehrere derselben hat sie sehr lange behalten. Sie war im Grunde gut."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 109.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 19. April 1856

Das Institut der exekutorischen Urkunden.

□ Wir haben uns in der zweiten Beilage zur „Neuen Würzburger Zeitung" Nr. 33 im Februar l. J. über die Nothwendigkeit einer baldigen Einführung des Institutes der exekutorischen Urkunden ausgesprochen und gehören deßhalb auch zu der großen Zahl aller derjenigen, welche mit dem Verfasser des in diesem Blatte Nr. 86 am 27. März d. J. erschienenen Artikels über das Rechts-Institut der vollziehbaren Urkunden die Vorlage des die Einführung des bemerkten Rechts-Instituts bezielenden Gesetz-Entwurfes als einen ächten legislativen Vorschritt mit freudigem Danke begrüßt haben.

Wenn ungeachtet der schlagenden Rechtsgründe, welche für dieses in der Pflicht eines vollständigen Rechtsschutzes, sowie in dem klaren Vertrags-Rechte der Betheiligten gleich stark begründete Schutzmittel gegen den frivolen Mißbrauch der Prozeß-Gesetze sprechen, dennoch gegen das Institut der exekutorischen Urkunden einzelne Bedenken laut geworden sind, so liefert dieses lediglich einen neuen Beweis, daß es in dem Bereiche der menschlichen Unvollkommenheit keine Wahrheit gibt, an welcher nicht eine scharfe Kritik einzelne Ausstellungen zu finden vermag. Wer aber den vorgelegten Gesetzes-Entwurf unbefangen prüft, der wird nothwendig zu der Ueberzeugung gelangen müssen, daß auch die gesuchtesten Bedenken, gegenüber dem hier vorliegenden klaren Rechte, in Nichts zerfallen müssen, und daß *die unschätzbaren* Vortheile, welche für die Rechtssicherheit durch *die* Einführung vollziehbarer Urkunden gewonnen werden können, dem Vaterlande nicht mehr länger vorenthalten werden dürfen, wenn der durch eine schnelle und sichere Rechtspflege weit mehr als durch andere Palliativ-Mittel wieder zu belebende Real-Kredit nicht weiterem Verfalle zugeführt werden soll!

In dieser Ueberzeugung wollen wir zur Zeit auf die in dem oben allegirten Artikel vom 27. März l. J. ohnehin treffend widerlegten Gegenstände nicht näher eingehen, sondern hier nur noch jene sehr überzeugenden Gründe bekannt geben, welche ein norddeutscher Rechtsgelehrter bereits vor 42 Jahren für das Institut der exekutorischen Urkunden geltend gemacht hat; denn diese Gründe enthalten die beste Rechtfertigung des auch von dem der Kammer der Abgeordneten vorgelegten Gesetz-Entwurfe adoptirten Grundsatzes, daß das Recht zur Errichtung von exekutorischen Urkunden auf dem Vertragsrechte der Betheiligten beruhe, der Mangel eines solchen Rechts-Institutes sohin eine offenbare Rechtsverletzung sey.

Der Justizrath und Stadtrichter zu Rathenow, Karl Friedrich Wiese, sagt hierüber in seinem zu Berlin 1814 erschienenen Versuche einer Darstellung des westphälischen Zivil-Gerichts-Verfahrens von Seite 136 bis 141 was folgt:

„Vortrefflich nenne ich die in der westphälischen Prozeß-Ordnung enthaltene Vorschrift, daß aus Notariats-Urkunden mit einer bestimmt vorgeschriebenen exekutorischen Klausel ohne vorausgegangene Klage Exekution verhängt werden müsse. Zwar ist in unsern Gerichtshöfen der Grundsatz aufgestellt, daß mit der Exekution nicht der Anfang gemacht werden dürfe; allein dieser Grundsatz, so herrlich er auch als Regel erscheint, ist doch von der Beschaffenheit, daß er nothwendig einer näheren Bestimmung bedarf."

„Durch alle Rechtssysteme kultivirter Nationen steht der Hauptgrundsatz fest, daß öffentliche Urkunden ein unbezweifeltes Recht konstituiren und daß derjenige, welcher aus dergleichen Urkunden ein Zwangsrecht erlangt, auch mit demselben die Befugniß überkommt, den Verpflichteten zur Erfüllung seiner Verpflichtung durch Zwang zu bestimmen."

„Diese Befugniß muß also zuvörderst nach allgemein als gültig angegebenen Regeln in jedem konkreten Fall auf eine unzweideutige Weise feststehen, alsdann aber auch sofort der Eintritt ihrer Wirkungen, folglich bei der Nichterfüllung des Vertrages Zwang erfolgen, wenn der Berechtigte nicht an seinem realen Recht offenbar gekränkt werden soll. Eine offenbare Kränkung des Berechtigten an seinem Rechte ist es, wenn er erst durch ein Prozeßverfahren zum Gebrauch seines auf eine unbezweifelte Art und Weise feststehenden Zwanges ermächtiget werden soll; denn, indem der Verpflichtete sich durch den Abschluß des vorhandenen Vertrages auf den Nichterfüllungsfall dem Zwange unterwarf, erhielt der Berechtigte schon ein Recht auf den Zwang; er hat also schon, was ihm durch das angeordnete Prozeßverfahren erst verliehen werden soll, und insofern er über diese Verleihung aufgehalten wird, verliert er an seinem Rechte durch Zeit, Aufenthalt und Kosten. Es läßt sich hiergegen einwenden, daß auf diese Weise Jeder, welcher zu klagen genöthigt sey, gekränkt werde und der hieran schuldige Theil dafür die Folgen zu tragen habe; desto besser aber, wenn man Formen findet, in welchen der Staat ohne weitere als die in der Natur der Sache liegende Belästigung beider Theile Rechtsverletzungen vorbeugen kann, und was die Folgen der Zögerung der Verpflichteten anbetrifft, so läßt sich auch nicht allemal behaupten, daß sie ihn wirklich treffen, da es die tägliche Erfahrung lehrt, daß Gläubiger nicht selten ihre ganzen Forderungen verlieren, und obendrein die Kosten des Prozesses aus ihren Mitteln bezahlen müssen. — Wir tragen ja auch kein Bedenken, aus öffentlichen Dokumenten, insofern sie mit dem Konsens zur Eintragung in ein Hypothekenbuch versehen sind und an keinem sichtbaren Fehler laboriren, ohne Dazwischenkunft eines Prozeßverfahrens eine Eintragung vorzunehmen, und vollziehen dadurch auch schon eine Art von Exekution ohne vorausgegangene Klage; warum sollten wir nicht allen exekutorischen Urkunden nach Beschaffenheit der möglichen Wirkungen gleiche Wirksamkeit zugestehen? Wie viele unnütze Prozesse würden dadurch vermieden und wie wohlthätig würde dadurch für die Wiedererlangung unseres durch zahlreiche den Schuldnern bewilligte Benefizien im Auslande geschwächten Kredits gewirkt werden! So nützlich und zweckmäßig mir indessen die Einführung der sofortigen Exekution aus exekutorischen Urkunden an sich zu seyn scheint, so bin ich doch mit der Exekutionsvollstreckung durch die Gerichtsboten ohne richterliche Dazwischenkunft nicht einverstanden. Die Erledigung der Frage: ob eine Urkunde auf eine unzweideutige Art und Weise verfaßt sey, kann nicht von den Einsichten eines Gerichtsboten abhängig gemacht werden, es sind dazu Rechtskenntnisse erforderlich; denn wenn auch der Gerichtsbote die exekutorische Klausel auswendig lernen kann, so kann doch die darin gefaßte Urkunde in den Materialien wesentliche Mängel haben, die nur der eigentliche Rechtsgelehrte entdeckt."

„In Westphalen läßt sich vor der Hand aus der hierunter bestehenden Einrichtung so leicht nichts Nachtheiliges befürchten, weil dort fast lauter Geschäftsmänner, nämlich Sekretäre und Registratoren der vormaligen Landeskollegien die Huissier-Stellen (die, wie sich aus einer Betrachtung des westphälischen Prozeßwesens ergibt, ziemlich einträglich sind) angenommen haben; allein dieser zufällige Umstand entscheidet nichts, man kann vielmehr wohl annehmen, daß sich in der Folge weniger Männer von eigentlicher Bildung zu den Huissier-Stellen finden werden, da diese Stellen von den jetzt damit bekleideten Subjekten nur aus Noth angenommen wurden. Und wenn wir vollends die preußischen Huissiers betrachten, in der Regel alte abgelebte Soldaten, die wenig mehr als lesen und schreiben können, so möchte man wohl ihr Benehmen sehen, wenn ihnen eine Urkunde zur Vollziehung präsentirt werden sollte? Aergerliche Dinge würden meines Dafürhaltens zum Vorscheine kommen. Bei uns müßte also vollends erst ein besseres als das bisherige Gerichtsbotenpersonal gesucht und besonders der für unsere Justiz so nachtheilige Grundsatz vertilgt werden, daß Leute, die ihre beste Lebenszeit im Militärstande zugebracht haben, nach ihrer Abdankung für die Justiz noch brauchbar genug sind, bevor überhaupt davon die Rede seyn könnte, die Exekutionen von ihnen ohne richterliche Autorisation vollstrecken zu lassen."

„Diese Autorisation halte ich daher aus den angegebenen allgemeinen und besonderen Gründen für unumgänglich nöthig.

Der Berechtigte produzire dem Richter des Verpflichteten seine mit der exekutorischen Klausel versehene Urkunde und suche bei diesem die Exekution nach; aber der Richter stehe auch keinen Augenblick an, daraus sofort diejenige Exekution zu verfügen, welcher sich der Verpflichtete in der Urkunde unterworfen hat, sobald sich kein sichtbarer Fehler des Dokuments ergibt. Behauptet der Verpflichtete, daß er der Urkunde bereits Genüge geleistet habe, so müsse von ihm hierüber innerhalb der zur Ankündigung der Auspfändung bestimmten Frist, oder bei Immobilien bis zum Lizitationstermin, der Beweis geführt werden, und wenn dieser Beweis nicht binnen gedachter Frist auf eine unwiderlegliche Art beigebracht werden sollte, mit Vollstreckung der Exekution und resp. Subhastation ohne Umstände vorgeschritten werden."

„In jeder mit der exekutorischen Klausel versehenen Urkunde werde die Bekanntmachung dieser Vorschrift an den Verpflichteten von Seite des Richters oder Notars bei Strafe der Nichtigkeit als exekutorische Urkunde ausdrücklich erwähnt, damit die Entschuldigung der Unwissenheit für den Verpflichteten gänzlich wegfalle, er sich dazu einrichte, seinen Verpflichtungen zu rechter Zeit nachzukommen und sich über die wirklich geschehene Erfüllung seiner Verpflichtungen mit gültigen Beweismitteln versehen könne. Der Berechtigte aber, welcher, erhaltener Zahlung ungeachtet, Exekution suchen sollte, werde als Betrüger bestraft, wenn er sich nicht von dem gegen ihn obwaltenden Verdachte eines Betruges auf eine glaubhafte Art zu reinigen im Stande seyn sollte. Viel, sehr viel würde dadurch für unsere Rechtspflege gewonnen werden. Moratorien müssen freilich in der Regel gegen dergleichen Urkunden unzulässig seyn, diese sind aber auch (außer dem Falle der Kollision des Staats-Interesses mit dem Wohle des einzelnen Staatsbürgers, welcher Fall in jeder Provokation auf Indult pflichtmäßig zu berücksichtigen seyn würde) offenbare Abweichungen von dem eigentlichen Rechte, welches seinen geraden Gang nimmt und durch nichts in der Welt darin aufgehalten wird." —

Deutscher Bund.

*Berlin, 16. April. Sicherem Vernehmen nach, berichtet die „B. B.-Z.", sind bereits Separatverhandlungen zwischen einzelnen deutschen Bundesregierungen eingeleitet, um sich über gemeinsame, das Bankwesen und den Umlauf der Noten von Privatbanken regelnde Grundsätze zu vereinigen. Man hat davon Abstand genommen, eine derartige Vereinigung mit den in Wien stattfindenden Verhandlungen über eine Münzkonvention zu verbinden. (Deutschland.)

Bayern. München, 14. April. Sicherem Vernehmen nach ist die von Sr. Majestät dem Könige allerhöchst concessionirte Magdeburger Hagel-Versicherungs-Gesellschaft nunmehr, trotz entgegenstehender Schwierigkeiten, mit ihrer Organisation soweit gediehen, um Versicherungen noch im Laufe der Saison schließen zu können. Diese Gesellschaft besitzt ein bedeutendes Grund-Kapital, ihre Bedingungen werden als sehr günstig geschildert und bereits sind, wie wir zuverlässig erfahren haben, neben den Haupt-Agenten sämmtliche Spezial-Agenten im Lande bestätigt. Zu größerer Sicherheit der Betheiligten hat genannte Gesellschaft außerdem eine erhebliche Summe bei der bayer. Hypotheken- und Wechselbank deponirt.

München, 17. April. Das projektirte dritte Vorstadttheater soll nun dennoch zu Stande kommen, und man spricht von der Protektion einer hohen Person für dieses Unternehmen, welche für dasselbe nicht nur eine sehr bedeutende Geldsumme als unverzinsliches Darleben, sondern auch Requisiten, Garderobe u. dgl. spenden werde. Bereits soll mit dem Eigenthümer eines öffentlichen Gartens in der Maxvorstadt ein vorläufiger Vertrag in dieser Beziehung abgeschlossen seyn. (M. B.)

München, 18. April. Se. Maj. der König haben dem Hrn. C. M. v. Rothschild in Frankfurt das Kommandeurkreuz des Ordens vom hl. Michael verliehen, als Anerkennung seiner Bemühungen für den Abschluß zwischen der Staatsregierung und dem Consortium. — Auf Anordnung Sr. Majestät des Königs Ludwig wird in der St. Bonifazkirche rechts am Eingang eine Gruft erbaut, welche die irdische Hülle der höchstseligen Königin Therese aufnehmen soll. (M. B.)

Im jüngsten Einlauf der Kammer der Abgeordneten befindet sich der schon erwähnte Antrag des Frhrn. v. Lerchenfeld und Genossen, die Verhältnisse der Israeliten betr.

** München, 18. April. (Privat-Korrespondenz.) Freiherr v. Rothschild, der eben zu den Verhandlungen des Eisenbahnconsortium sich wieder hier befindet, hatte gestern eine Audienz bei Sr. Maj. Das Consortium ist jetzt beschäftigt, die Gesellschaft zu konstituiren und das Werk in's Leben zu rufen. Den Verwaltungsrath bilden die Mitglieder des Consortium und fünf von Sr. Maj. dem König zu ernennende Beamte. Zum k. Kommissär bei dem Verwaltungsrath „der k. bayer. Privat-Gesellschaft der Ostbahnen" ist der k. Kämmerer und Ministerialrath Frhr. v. Lobkowitz ernannt. Ein klar abgefaßter Prospektus über die Erträgnisse der Ostbahnen wird nächster Tage ausgegeben werden und dann die Aufforderung zur Unterzeichnung erfolgen, wozu jetzt auch bereits vom Ausland bedeutende Aufträge hier eingetroffen sind.

× **Preußen.** Berlin, 16. April. (Privat-Korresp.) Eine unzweifelhaft wichtige Angelegenheit ist die Gewinnung von Eichenrinde zum Betriebe der Lohgerberei, und die Möglichkeit einer Eichenkultur. Sie hat in den beiden letzten Jahren einen wesentlichen Fortschritt gemacht, indem die hiesigen Lederfabrikanten in dieser Zeit bemüht waren, den Beweis zu führen, daß die Eichenkultur nicht allein für schweren, sondern auch für leichten, bisher nicht kultivirten Boden möglich ist. Sie hatten den Vorschlag gemacht, daß sie die Eichenpflanzungen durch Aussäung von Eichensaamen auf schlechtem Sandboden bewerkstelligen wollten, wenn ihnen ein Stück Sandland auf 20 Jahre hiezu angewiesen würde. Dieses erhielten sie, und sie säeten auf demselben Eichensaamen aus, nachdem sie es reichhaltig gedüngt hatten. Da aber die junge Eichenpflanze mit ihren kurzen Wurzeln verkommen würde, wenn der Boden zu sehr durch die Luft und Hitze ausgetrocknet würde, so wurden auf das Land gleichzeitig Bohnen ausgesteckt, welche den Boden und die junge Baumpflänzchen vor der Luft und Hitze schützten. Im Herbste, als das Bohnenkraut abgetrocknet war, zeigten sich die kleinen Bäumchen kräftig und wohlerhalten. Im nächsten Jahre wurden statt der Bohnen Futterkräuter genommen, um abermals das Land und die Baumpflanzung zu schützen. Der Erfolg war wieder ein sehr günstiger, und haben die Bäumchen unter diesem sorgfältigen Schutz, bereits eine Höhe von c. 1½ Fuß erreicht und werden bald im Stande seyn, den Boden mit ihrem eigenen Laube vor den schädlichen Einflüssen der Luft und der Hitze zu schützen. Man nimmt an, daß die größte Schwierigkeit bei der Aufziehung der Eichenbäume überwunden ist, und glaubt, daß es auf diese Weise gelingen werde, Eichenpflanzungen auch im sterilen Boden mit Erfolg anzulegen. Es dürfte hier zugleich der Ort seyn, darauf hinzuweisen, wie wichtig und umfangreich die Lederfabrikation in Preußen ist, und daß ein lucratives Geschäft mit Eichenrinde betrieben werden könnte, besonders da die Erfahrung lehrt, daß ein großer Theil der Eichen, welche gefällt werden, auch zur Schälung gelangen würde, wenn für die Besitzer von Eichenwaldungen die Aussicht vorhanden wäre, die geringe Quantität von Eichenrinde, die er vielleicht erzielt, in den Kauf bringen zu können. Es handelt sich darum, daß Aufkäufer von Eichenrinde sich mit den Besitzern von kleinern Eichenwaldungen in Verbindung setzen und diesen ihre Rinde abnehmen und in größern Quantitäten an die Lederfabrikanten wieder veräußern.

Berlin, 16. April. Von der Untersuchung wegen der anonymen Druckschrift in Sachen Seiffarts hört man nichts weiter. Die Behörden scheinen völlig außer Stande, dem Ursprung der Druckschrift auf die Spur zu kommen. (Deutschl.)

Hannover. Hannover, 15. April. Der Beschluß der 2 Kammer: „Stände beschließen, der königl. Regierung ihre freudige Befriedigung und ihre Anerkennung darüber auszusprechen, daß es seither gelungen ist, die Errichtung solcher Geld- und Kredit-Associationen von dem hiesigen Lande fern zu halten, welche nach dem Vorgange in Frankreich und in Rücksicht auf die Beschaffenheit der für das anzulegende Kapital nur geforderten Sicherheit, unter der gewöhnlichen Bezeichnung von Kredit mobilier neulich in mehren Theilen Deutschlands aufgekommen sind; Associationen, deren Zweck dahin geht, Unternehmungen vorzugsweise auf den Gebieten der Industrie, des Handels und des Verkehrs zu ermöglichen, zu fördern und zu erhöhen, die aber nach den vorliegenden vielfachen Erfahrungen in andern Ländern und Staaten regelmäßig alle die materiellen und sittlichen Nachtheile und Gefahren mit sich führen, welche aus dem s. g. Aktienschwindel sowie aus einer künstlichen Förderung des Unternehmungsgeistes und dessen Uebertreibung erwachsen; 2) die königliche Regierung zu bitten, daß sie vorsorglich darauf bedacht seyn wolle, derartige Vereine auch ferner im hiesigen Lande überall nicht, oder doch nur unter Bedingungen und Einschränkungen ins Leben treten zu lassen, die geeignet sind, den eben angedeuteten Gefahren und Nachtheilen wirksam zu begegnen, auch 3) insofern zu diesem Zwecke die Regierungsmittel nicht etwa schon ausreichen, vielmehr es dazu vorgängig noch besonderer gesetzlicher Vorschriften bedürfen sollte, solche im Entwurfe Ständen rechtzeitig zugehen

zu lassen, wurde heute nach einer längern Diskussion von der 1. Kammer an die Finanz-Kommission verwiesen. (Z. f. N.)

Kurhessen. Kassel, 18. April. Der Hof- und Garnisonsprediger, Konsistorialrath Martin, ist allerhöchsten Orts als Superintendent der Diözese konstrmirt und zugleich als Oberhofprediger ernannt worden. (Fr. Pstz.)

§ **Oesterreich.** Wien, 16. April. (Privat-Korresp.) Der Kaiser hat einen Antrag der Kriegs-Centralkanzlei, die Einführung einer mildern Behandlung der Militärsträflinge betreffend, genehmigt, und ist insbesondere angeordnet worden, daß die bei der schweren Kerkerstrafe in Anwendung kommenden Eisen fürderhin von bedeutend geringerem Gewichte seyn sollen. — Aus Ungarn berichtet man, daß sich in mehreren Comitaten ein großer Widerwille gegen die Commassation kund gibt, in Sümeg kam es z. B. wegen der Wahl einiger Vertrauensmänner in Angelegenheit der Commassation zu ärgerlichen Auftritten, und mußten mehrere Arretirungen vorgenommen werden; das Volk war in solcher Aufregung, daß die beabsichtigte Wahl unterbleiben mußte. — Das deutsch-ungarische Kollegium, welches in Rom unter der ausschließlichen Leitung der Jesuiten besteht, und wo früher die ungarischen Alumnenstellen nur selten und einzeln besetzt waren, ist jetzt überfüllt von jungen Leuten, welche dort ihren theologischen Kursus machen, um die von den Jesuiten gelehrte scholastische Methode nach Oesterreich zu verpflanzen. — Das Unterrichtsministerium hat die Abfassung einer Reihe von Lehrbüchern für Volksschulen mit Illustrationen angeordnet, und die Ausführung der Letzteren der kaiserlichen Akademie der bildenden Künste übertragen.

Wien, 15. April. Wie ich höre, hat nunmehr das Wiener Landesgericht das Kontumazurtheil wider die bekannten politischen Flüchtlinge, die Doktoren Anton Füster, Joseph Goldmark und Ernst Ritter v. Violand, gesprochen. Das Urtheil datirt vom 14. v. M. Es sind diese Koryphäen der Wiener Revolution, wie früher Johann Kudlich, sämmtlich des Hochverraths, Goldmark auch der Mitschuld an der Ermordung des Kriegsministers Grafen Latour schuldig erkannt und alle drei zum Tode verurtheilt worden. Mit diesem Strafurtheil ist zugleich der Verlust der akademischen Würden aller Verurtheilten und bei Violand der Adelsverlust als gesetzliche Folge betrachtet worden. (Allg. Z.)

Wien, 16. April. In dem Salon des apostolischen Nuntius Kardinal Viale Prela fand gestern ein Festdiner statt, dem unter anderen kirchlichen Würdenträgern die Erzbischöfe und Kardinäle Fürst v. Schwarzenberg, Othmar Ritter v. Rauscher, der Primas von Ungarn, Herr v. Scitowsky, Erzbischof Fürstenberg beiwohnten. Morgen gibt der Kardinal-Erzbischof Othmar Ritter v. Rauscher ein Diner von dreißig Gedecken, zu dem die sämmtlichen hier versammelten Erzbischöfe geladen sind.

So wie in der Donau soll auch im Ticino die Goldwäscherei wieder aufgenommen werden. Nach den bisherigen Erhebungen ist der Ticino nicht arm an Gold und stellenweise kommen bedeutende Ablagerungen von Goldsand vor.

Schweiz.

Nach Berichten aus Genf haben die Aktionäre der Banque générale suisse de crédit international et foncier in ihrer General-Versammlung vom 14. beschlossen, ihr Kapital von 200,000 Pfund Sterling auf 1,200,000 Pfund Sterling zu erhöhen. Die Gesellschaft hat die Absicht, ihren Geschäften eine große Ausdehnung zu geben, und wird Zweig-Bureaux in London und Paris gründen. Der Verwaltungsrath besteht aus Londoner, Pariser und Genfer Banquiers. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 15. April. Die Blätter veröffentlichen den Bericht des Schatzsekretärs James Wilson über die Staatseinkünfte und Ausgaben während des am 31. März 1856 abgelaufenen Finanzjahres. Vor dem Beginn des Krieges beliefen sich die Ausgaben in der Regel auf nicht viel mehr als 50 Millionen L., während sie im letzten Jahre die Höhe von 88,428,345 L. erreichten. Die durch den Krieg verursachten Mehrausgaben betragen mithin zwischen 35 und 40 Millionen L. Zur Bestreitung eines großen Theiles der Kriegskosten nahm man zu zwei Anleihen seine Zuflucht, zu einer nämlich von 16,000,000 L. und zu einer andern von 5,000,000 L. (K. Z.)

London, 17. April. Im Oberhaus versicherte der Kriegsminister Lord Panmure bestimmt: Die Truppensendung nach Canada geschehe ohne Aggressivabsicht gegen die Vereinigten Staaten. Keine Unterhaussitzung, weil Lord Palmerstons Stiefsohn, Graf Cowper, plötzlich gestorben. (T. D. d. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 16. April. Das „Pays" nimmt heute die Besetzung des Herzogthums Parma in Schutz. Das halboffizielle Blatt sagt: „Parma ist der Heerd Mazzini'scher Komplotte, und die Mordthaten, welche daselbst begangen werden, rechtfertigen die energischsten Maßregeln." — Der Hirtenbrief, welcher verboten wurde, ist vom ehemaligen Bischofe von Luçon. Die Phrase, welche die Regierung zu dieser Strenge veranlaßt, lautet: „Le vent des révolutions flétrit quelquefois les tiges royales, mais quelquefois il les ranime." (K. Z.)

* Paris, 17. April. Der „Constitutionnel" beharrt bei der Angabe, daß die Taufe des kaiserl. Prinzen am 9. Juni stattfindet, der in die letzten Tage der Gesetzgebungssitzung fällt, so daß also alle großen Staatskörper ihr beiwohnen können.

* Marschall Pelissier ist Ende dieses Monats zu Marseille erwartet, wo die Municipalität ihm ein Bankett geben wird.

Spanien

† Die jüngsten telegraphischen Nachrichten aus Madrid melden, daß zu Valencia Alles wieder ruhig war; jedenfalls hat der Aufstand die gehoffte Mitwirkung zu Alicante, Murcia, Cartagena, Saragossa und Barcelona nicht gefunden.

Italien.

Die Nachricht der „Times" von der Absicht Oesterreichs, die Gränze zwischen Parma und Piemont militärisch zu besetzen, verliert alle weiter reichende Bedeutung, die man daran knüpfen möchte durch den Umstand, daß diese Gränze bereits von sardinischer Seite besetzt wurde. Der sardinischen Regierung wurde es unbehaglich zu Muthe bei der Meldung von den meuchlerischen Mordthaten, die auf parmesanischem Boden durch hirnverrückte Menschen begangen wurden. Die Besetzung der Gränze auf der parmesanischen Seite wird nun dem Verkehr der Emissäre am raschesten ein Ende machen. (In Paris legt man auch kein Gewicht darauf.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Ueber die neulich erwähnte Ermordung der jungen Griechin von Tultscha gibt die „Gazette du Midi" folgende Einzelheiten: Die otomanische Regierung hatte behufs der Rekrutirung einen Pascha, Brigadegeneral, nach der Dobrutscha geschickt. Bei seiner Durchreise durch die Stadt Tultscha sah derselbe an einer Hausthür eine junge, 18 Jahr alte Griechin von großer Schönheit stehn, die plötzlich seine Leidenschaft erregte. Er ließ sie durch seine Soldaten nehmen und in seinen Wagen thun und brachte sie sogleich in ein benachbartes Dorf. Die Eltern des armen Mädchens stellten alsbald Nachforschungen an und der Pascha seinerseits beeilte sich, sein Opfer in ein noch weiter liegendes Dorf zu bringen. Hier blieb er in einem griechischen Hause halten und schloß seine Gefangene in ein Zimmer ein, das er auf's schärfste überwachen ließ. Es gelang derselben gleichwohl, mit der Herrin vom Hause, ihrer Religionsgenossin, zu sprechen, die sie beschwor, sie zu retten. Die Griechin, die nicht wußte, was sie anfangen sollte, begab sich zu den Tschorbadschis oder christlichen Gemeindehäuptern und diese setzten sich sogleich zu Pferde, um ihre Klage nach Varna zum Pascha-Gouverneur, zu dem, auf dem Platz commandirenden, franz. General, zum engl. Consul und zum griechischen Bischof zu bringen. Der Pascha wird nach Varna beschieden. Er macht sich sofort auf den Weg, allein zuerst ertheilt er einem, ihm blindlings ergebenen, Korporal den Befehl, die junge Griechin umzubringen. Die Unglückliche wird von ihrem Henker, dem einer oder zwei andere Soldaten als Helfershelfer dienten, hinaus ins Feld geschleppt, wo sie mit einem Strick erwürgt und in einen Graben geworfen wird. Unterdessen langt der Pascha in Varna an und wird verhaftet, allein er läugnet frech, die Entführung deren man ihn beschuldigt, verübt zu haben. Einige Stunden später trifft der Korporal ein, den man ebenfalls arretirt. Man verhört ihn, er geräth in Verwirrung, widerspricht sich in seinen Antworten und gesteht endlich die ganze Wahrheit. Man schickt ihn unter Eskorte zurück und er bringt die Leiche des Opfers nach Varna. Von Konstantinopel ist Befehl gekommen, den Pascha dorthin zu schicken, der indessen fortfährt, hartnäckig zu leugnen.

Rußland und Polen.

Berlin, 15. April. In sonst wohlunterrichteten Kreisen wird mit aller Bestimmtheit versichert, daß der greise Reichskanzler Graf Nesselrode demnächst von seiner hohen und einflußreichen Stellung zurücktreten werde. Zu seinem Nachfolger soll Fürst Gortschakoff, der kaiserl. russische Gesandte in Wien, bestimmt seyn. Eigentlich, so sagt man, sey Baron Meyendorff dazu ausersehen gewesen; allein eine schwere Krankheit, in welche dieser Diplomat in Folge trauriger Familienereignisse verfallen ist und welche ihn auf längere Zeit hinaus von allen

anstrengenden Arbeiten fern halten wird, hat die Uebertragung des wichtigen und mühevollen Amts der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten an ihn, in diesem Augenblick wenigstens, unmöglich gemacht. (Allg. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Wien, 15. April. Depeschen, welche gestern aus Paris hier eingelaufen sind, melden, daß in Betreff der im Prinzip allseits anerkannten baldigen Räumung der Fürstenthümer von Seiten der österreichischen Truppen in der letzten Konferenzsitzung der Beschluß gefaßt worden ist: die Räumung nicht sogleich vorzunehmen, sondern vorerst die von Seiten der internationalen Kommission rücksichtlich der Reorganisirung der Fürstenthümer vorzunehmenden Arbeiten abzuwarten. (Die Angabe des „Nord" und anderer Blätter, daß der Befehl der Räumung an den österreichischen Kommandanten bereits ergangen sey, und daß sie auch schon begonnen habe, erscheint somit als falsch, wie wir gleich anfangs gesagt hatten. Die Red.)

Die „Patrie" bestätigt nach einem Wiener Briefe (ohne Datum), daß der Kongreß in seiner Sitzung vom 25. März sich gegen die Vereinigung der **Moldau** und **Wallachei** und deren vollständige Unabhängigkeit ausgesprochen hat. Der Korrespondent der „Patrie" befürchtet nicht allein, daß die Unabhängigkeit der Fürstenthümer den russischen Intriguen günstig sey, sondern auch den übrigen slawischen Provinzen des Türken-Reiches den Wunsch einflößen könne, sich ebenfalls den unabhängigen Donau-Fürstenthümern anzuschließen. Dieses vertrage sich jedoch weder mit der Integrität der Türkei, für die man gekämpft, noch mit dem Frieden und der Ruhe Europas. Was die zukünftige Organisation der Fürstenthümer betrifft, so wird nach der „Patrie" der Status quo aufrecht erhalten werden.

Pariser Blätter wollen wissen, daß das abzutretende Gebiet in **Bessarabien** das Dreieck sey, welches durch den Pruth, die Donau, und eine Linie gebildet wird, welche bei Leutscheni (W.S.W. von Kischeneff) den Pruth verläßt und sich längst dem Kagilnit bis zum Sassyksee hinzieht. Es macht höchstens den vierten Theil von Bessarabien aus; jedenfalls aber würde Rußland durch diese Abtretung ganz von der Donau zurückgedrängt, so daß es kein Uferstaat derselben mehr wäre. Es tritt damit zugleich die Städte Reni, Ismail (Festung) und Kilia (Festung) ab.

Ein Pariser Berichterstatter der „Frankf. Postztg." versichert als bestimmt, daß die Arbeiten des Kongresses keineswegs zu Ende seyen, sondern daß auf die Auswechselung der Ratifikationen in nächster Zeit der zweite Akt desselben, der von hoher Wichtigkeit seyn dürfte, folgen werde. Der Wirkungskreis des Kongresses werde sich ausdehnen, und belangreiche Fragen, welche der Krieg für den Augenblick in Vergessenheit brachte, würden in Angriff genommen und gründlich studirt werden.

Aus dem Orient.

§ **Wien**, 14. April. (Privat-Korresp.) Der beste Beweis, daß unsere Regierung nicht daran denkt, die **Donaufürstenthümer** unverzüglich zu räumen, ist wohl in dem vor Kurzem erlassenen Befehle zu suchen, nach welchem alle zur Ergänzung der in den Donaufürstenthümern garnisonirenden Regimenter dienenden Mannschaften unverzüglich an den Ort ihrer Bestimmung abzugehen haben, und von Seite des Okkupations-Korps-Kommando keine Beurlaubungen mehr zu gestatten seyen.

Konstantinopel, 7. April. Der Sultan hat dem **Prinzen Albert** und dem vormaligen französischen Gesandten in Konstantinopel, General **Aupik**, den Medschidjeorden verliehen. Ali Pascha wird sich nach London begeben, um dem Prinzen die Insignien des genannten Ordens zu überreichen. Die Einschiffung des Belagerungsparks der Engländer hat bereits begonnen, und die ägyptische Flotte schickt sich zur Rückkehr nach Alexandrien an. (Fr. Pstz.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 18. April. Höhere auswärtige Notirungen versetzten die Börse in eine sehr günstige Stimmung. Eine besondere Kursveränderung erfuhren Staatsbahn, österr. und mitteldeutsche Kreditaktien; auch Bexbach, Livorno, National, Metalliques und 1½pCt. span. waren beliebt. Elisabethbahnaktien 109¾. Lombardische Staatsbahnen 131.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1339 P. 1331 G. Neue Bankaktien 456 P. 454 G. Credit-Actien à 5pCt 204 P. 202 G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 85½ P. 85¼ G. 5pCt. Lombard-Ven. 91¼ P. 90¾ G. Metall. alte à 5pCt. 84¼ P. 84 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 91 P. 90½ G.; à 4½pCt. 75¾ P. 75½ G.; à 4pCt. 68 P. 67½ G.; à 3pCt. 51¾ P. 51¼ G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G. à fl. 250 von 1839 —— P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107¼ P. 106⅞ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 315 P. 313 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87¼ P. 86¾ G.; 4pCt. — P. 93¾ G.; 4pCt. Grundrente 94¼ P. 93¾ G.; 4½pCt. 100⅛ P. 99⅝ G.; 5pCt. 100¾ P. 100¼ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 158¾ P. 158¼ G. Neustadt-Weissenb. 116½ P. 116 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119 P. 118½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89½ P. 89 G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45¼ P. 44¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 84⅜ P. 83⅞ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63½ P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102¼ P. 101¾ G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112½ G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 352 P. 350 G.; junge 303 P. 301 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 106½ P. 106 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¼ P. 47 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¾ P. 89¼ G., Loose à fl. 25 31½ P. 31¼ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾ P. 92⅜ G.; Bankaktien 121½ P. 121 G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 87 P. 86½ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅜ P. 40⅛ G.; 1pCt. neue 21⅞ P. 21⅝ G. **Holland.** Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsld. fl. 100 k.S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120⅜ P. 120⅛ G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 101⅛ P. 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105½ P. 105¼ G.	Paris Frs. 200 k.S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105⅜ P. 105⅛ G.	Lyon Frs. 200 k.S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 97⅛ P. 96⅞ G.	Wien fl. 100 C. k.S. 118⅜ P. 118⅛ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛ P. 88⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 118¼ P. 118 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105¼ P. 105 G.	Disconto P. 4pCt. G.

Wien, 17. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86¼; 5pCt. Metall. 85¾; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 —; von 1854 108¾; Bankaktien 1134; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 343; Donau Dampfschifffahrtsaktien 660; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3082½. **Wechselkurse:** Augsburg uso 102¾; London 10. 3½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Nichtpolitische Zeitung.

Paris, 17. April. Dieser Tage ist ein Diebstahl von 156,000 Fr. bei einem der Huissiers der Bank entdeckt worden. Derselbe, fortwährend mit dem Eintreiben bedeutender Summen beauftragt, hatte sein ganzes Vertrauen einem jungen Mann geschenkt, der verheirathet war und ein sehr ordentliches Leben zu führen schien, wohinter sich jedoch Ausschweifungen aller Art verbargen. Eine zufällige Reklamation der Bank führte zur Entdeckung des Geschehenen, allein der Thäter hat sich bis jetzt unsichtbar machen können.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 110.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 20. April 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Die Subskription auf die Aktien des Eisenbahnconsortium dürfte, wie die „N. Münchn. Z." meldet, binnen Kurzem in mehreren Städten Bayerns eröffnet werden. Die „N. M. Z." stellt dem Unternehmen ein sehr günstiges Prognostikon; sie findet einestheils in dem Namen derer, die an der Spitze stehen, eine Bürgschaft dafür, daß es sich dabei nicht um eine vorübergehende Geschäftsmacherei handelt, betrachtet die Rentabilität der künftigen Ostbahnen als unbezweifelbar und weist endlich darauf hin, daß durch die Garantie des Staates ein 4½ prozentige Verzinsung der Kapitalien auf 35 Jahre hinaus gesichert sey. „Die Verbindung mit dem Osten Europas", sagt sie, „welche bisher für Süddeutschland und das südwestliche Europa nur auf bedeutenden Umwegen möglich war, wird durch die bayerischen Ostbahnen, an welche sich die österreichische Elisabethbahn und die projektirte Prag-Pilsener Bahn anschließen, auf dem kürzesten Weg erreicht, somit der ganze Handelszug in einen neuen Weg gelenkt, der nach verschiedenen Richtungen hin durch Bayern hindurchzieht. Allein außer diesem Vortheile bieten die neuen Bahnen unserm engern Vaterlande noch andere, die wir hier nur kurz andeuten wollen. Niederbayern und die Oberpfalz waren bisher von dem großen Eisenbahnverkehre gänzlich ausgeschlossen. Beide Provinzen werden nun in denselben hineingezogen und so dem Welthandel erschlossen. Niederbayern mit seinen reichen Bodenerzeugnissen, die Oberpfalz und der Wald mit ihrem Reichthum an Vieh, Holz und Mineralien, mit ihren Wasserkräften bieten ein bisher fast brach gelegenes Feld für Handel und Industrie, die Eisenbahnen werden neues Leben und neuen Verdienst in Gegenden bringen, wo bisher nur geringer Verkehr aus Mangel an Absatzwegen bestand."

Preußen. Berlin, 15. April. Von den besondern Verehrern des Ministerpräsidenten, Hrn. v. Manteuffel, wird für einen feierlichen Empfang bei seiner Rückkehr von Paris, die gegen Ende der Woche erwartet wird, lebhaft agitirt. Von der einen Seite soll dieser Empfang eine Huldigung der preuß. Politik in der orientalischen Angelegenheit, von der andern eine Demonstration gegen die Kreuzzeitungspartei seyn, deren junkerlichen Gelüsten Hr. v. Manteuffel wieder einmal die Stange halten soll. Die Vereinigung der beiden einander widersprechenden Zwecke mögen die Verehrer des Hrn. v. Manteuffel rechtfertigen. Gewiß aber wird die Kreuzzeitungspartei mit Vergnügen an dem feierlichen Empfange Theil nehmen und aus demselben eine Huldigung für sich selbst, für die Politik zu machen wissen, in die sie Preußen hineingenöthigt hat. Die „N. Pr. Z." weiß ohnehin nicht genug Rühmens zu machen von der Weisheit, mit der Preußen sein Geld und sein Blut gespart habe, und am Ende eben so gut als Großmacht dastehe, wie die übrigen Staaten, welche es sich etwas haben kosten lassen. Wenn nur die Freude lange dauert!

Hannover. Hannover, 16. April. Staatsminister a. D. Windthorst hat seinen in zweiter Kammer auf Vertagung der Ständeversammlung gestellten Antrag vorläufig von der Tagesordnung zurückgezogen. Einestheils sind noch neue Vorlagen der Regierung an die Kammern gekommen, anderntheils, und das ist wohl ein Hauptmotiv des Antragstellers gewesen, hat die 1. Kammer das Gesetz über den oktroyirten Staatsgerichtshof und das gleichfalls oktroyirte Gesetz über die Zuständigkeit der Schwurgerichtshöfe zum ersten Male bereits angenommen. Der Beschluß der 2. Kammer, wonach das Gesetz an die aus beiden Kammern erwählte Verfassungskommission gewiesen werden sollte, wurde abgelehnt. Ebenso der Beschluß der 2. Kammer wegen Verweisung des Gesetzes, die Beschränkung der Schwurgerichtshöfe betr., an die Verfassungskommission. Es ist übrigens anzunehmen, daß die 1. Kammer von dem Wege, den sie in dieser Beziehung eingeschlagen hat, nicht abweichen wird, und wird der 2. Kammer nichts anders übrig bleiben, als auch über diese Gegenstände einseitig Ausschüsse zu wählen. Unter den neuen Vorlagen, die in diesen Tagen an die Kammern gelangten, befindet sich ein Gesetzentwurf, der sich auf Verbesserung der Volksschulstellen bezieht. Der Gesetzentwurf enthält die Bestimmung, daß der § 20 des Volksschulgesetzes vom 26. Mai 1845 den Zusatz erhalte: „Von unserem Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten kann, soweit solches für nöthig und ausführbar erachtet wird, statt eines Diensteinkommens von 80 Thl. jährlich (beziehungsweise 30 Thlr. und Speisetisch), ein höherer Mindestbetrag bis zu 150 Thlr. festgesetzt werden. Ferner: Für die Erhöhung des Diensteinkommens, die auf Grund des §. 21 des Volksschulgesetzes wegen besonderer Umstände verfügt werden kann, wird der Höchstbetrag von 150 resp. 300 Thlr. jährlich auf 400 Thlr. für Schulen in Städten, Vorstädten und Flecken, und auf 250 Thlr für andere Schulen gesteigert." (N. Z.)

Oesterreich. Wien, 16. April. Die Furcht vor dem österreichischen Einfluß an der untern Donau und in den Donaufürstenthümern muß sehr groß seyn, daß die Westmächte auf eine längere Besetzung der Türkei durch ihre Truppen verzichten (schon?), um nur unsere österreichischen aus der Moldau und der Wallachei zu entfernen. Auch müssen wir die Eifersucht aller auf dem Pariser Kongreß versammelten Mächte in hohem Grade erregt haben, da nicht eine einzige das Wort für uns ergreift, um uns die Besetzung jener Provinzen noch länger zu gestatten. (D. A. Z.)

Italien.

Rom, 10. April. Die Königin von Spanien hat dem hl. Vater abermals ein Unterpfand ihrer Ergebenheit übersendet. Sie hat ihm nämlich drei ganz neue priesterliche Gewänder von hohem Werth und kostbarer Arbeit verehrt, überdies ein eigenhändig gefertigtes Meßgewand, welches mit kostbaren Edelsteinen geschmückt ist. Der Werth dieses Geschenkes wird auf 25,000 römische Thaler geschätzt. (Deutschl.)

Amerika.

Wie die „Morning Post" meldet, sind die Feindseligkeiten zwischen Nicaragua und Costa Rica in Folge von Unbilden, die sich Walker gegen letztern Staat erlaubt hat, zum Ausbruch gekommen. Das erwähnte Blatt legt den Vereinigten Staaten die moralische Verantwortlichkeit für diesen Zwist zur Last. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 19. April. Das Geschäft war heute weniger belebt, die Effekten behaupteten sich jedoch größtentheils auf ihrem gestrigen Standpunkte. Oesterr. Creditactien wurden etwas höher bezahlt, Leipziger waren mehr angeboten. Elisabethbahnaktien 109¼ ¾. Lombardische Staatsbahnen 131.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1336 P. 1331 G. Neue Bankaktien 452 P. 450 G. Credit-Actien à 5pCt 205 P. 203 G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 85 5/8 P. 85 3/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 91 1/2 P. 91 G. Metall. alte à 5pCt. 81 3/4 P. 81 1/2 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 91 1/2 P. 91 G.; à 4 1/2 pCt. 75 3/4 P. 75 1/2 G.; à 4pCt. 68 P. 67 1/2 G.; à 3pCt. 52 1/2 P. 52 G.; à 1pCt. 17 1/4 P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 — — P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 3/4 P. 107 1/2 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 314 P. 312 G.

Preussen. 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 113 1/2 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3 1/2 pCt. 87 1/2 P. 87 G.; 4pCt. — P. 93 3/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 1/2 P. 94 G.; 4 1/2 pCt. 100 1/8 P. 99 5/8 G.; 5pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 159 1/4 P. 158 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 116 1/2 P. 116 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117 3/4 P. 117 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 89 1/2 P.

89G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45¾ P. 41¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 84½ P. 81 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64½ P. 64 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102¼P. 101¾G.; Loose à fl. 50 112¾P. 112½G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 350 P. 348 G.; junge 306 P. 301 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 106¼P. 105¾G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¼ P. 47 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¾ P. 89¼ G., Loose à fl. 25 31⅝P. 31¾G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾P. 92¼G.; Bankaktien 121½ P. 121 G.; Taunus-Aktien 319 P. 310 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P., — G. **Polen.** fl. 500 Partial 88P. 87½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅜P. 40⅛G.; 1pCt. neue 21⅛ P. 21⅞ G. **Holland.** Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120⅜P. 120⅛G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120½P. 119⅞G.	Mail. i. S. Lr. 250 k.S 101½P 101¼G
Berlin Thlr. 60 k.S 105⅜P. 105⅛G.	Paris Frs. 200 k. S 94⅝P. 94⅜
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼P 105G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅝P. 94⅜G.
Brem. 50 Thlr Ld. k.S 97⅛P. 96⅞G.	Wien fl. 100 C. k S. 118¼P. 118 „
Hamb. MB. 100 k.S 89⅛P 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 118P. 117¾G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105¼P. 105G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 18. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86⅞; 5pCt. Metall. 85 15/16; 4½pCt. 76¾; Lotterie-Anlehens-Looſe von 1839 134¼; von 1854 ——; Bankaktien 1133; Bank-Interimsaktien —; 5pCt lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 344; Donau Dampfschiffahrtsaktien 656; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3075. Wechselkurse: Augsburg uso 102¼; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

London, 7. April. Getraidehandel. Die erste Friedenswoche ist vorüber, ohne den Druck auszuüben, welcher von einigen Seiten antizipirt wurde; die Märkte im Vereinigten Königreich hatten im Allgemeinen ein festes Ansehen, da die letzte Preisreduktion das Ereigniß bereits diskontirt hatte. Eine günstige Aenderung des Wetters hat überdies stattgefunden, die jungen Waizenpflanzen, welche mißlich standen, haben sich jetzt wieder erholt, während der früh gesäete stark ausgebildete Waizen durch das Wetter im März eher Nutzen als Schaden gehabt hat. Die Kontinental-Märkte haben für Waizen gleich den unsrigen die Friedensnachrichten ebenfalls mit wenig Reduktion im Preise begleitet, Waizen feiner Qualität ist in Frankreich noch in Frage. Amerika reduzirt seine Notirungen nicht bedeutend, obgleich bessere Zufuhren beim Eröffnen der Kanal-Schiffahrt erwartet werden. Die freie Schiffahrt auf der Donau ist jetzt von Rußland erlaubt und große Abladungen werden von dort erwartet, aber vor Ablauf von drei Monaten kann nicht viel eintreffen, während viele Schiffe Aegypten in Ballast verlassen haben, wegen Erschöpfung der Vorräthe an der Seeküste und Schließens des Mahmudie-Kanals. Das Säen des Sommergetraides ist unter ungewöhnlich günstigen Umständen vor sich gegangen und bei den letzten Regenschauern und dem warmen Sonnenschein muß die Vegetation rapide Fortschritte machen. Da die letzte Aernte der Kartoffeln so gut ausgefallen, so haben die Irländer hiervon sehr viel gepflanzt und ein großes Quantum Mais liegt in Amerika zur Aushülfe bereit, im Fall davon von Aegypten nichts eintreffen sollte.

Die Preise werden in Zukunft, glauben wir, wesentlich durch die Aussichten auf den Stand der Saaten bestimmt werden, da die obgleich niedrigen Notirungen noch immer zu hoch für die Spekulation sind: mäßige Fluktuationen werden noch folgen, bis die Farmer zeigen, daß ihre Miethen dünn und ihre Scheunen leer geworden sind. Bis jetzt haben wir solche Anzeichen noch nicht bemerkt, die Furcht vor dem Frieden und die Genugthuung durch die hohen Preise hat bei schwachem Vorrath mehr Waizen in diesem Jahr an den Markt geschafft als der Ueberfluß im vorigen Jahr. Die gegenwärtig reichliche Zufuhr auf den französischen Märkten garantirt keineswegs, daß nicht später Mangel eintritt, die Verkäufe werden forcirt und wir glauben, daß man in Erwartung späterer reichlicher Zufuhren verschwenderisch mit den Vorräthen umgeht.

Die amerikanischen Zufuhren sind hier gegen vor 2 Jahren um 611,594 Qr. an Mehl und Waizen geringer gewesen und die Total-Zufuhren von dort nach Europa ꝛc. erreichten nur ein Aequivalent von 1,437,584 Qr. Waizen, während Mais selbst gegen letztes Jahr um 116,249 Qr. weniger verladen ist.

London, 11. April. Rohzucker ist zwar 6 d. niedriger als vorige Woche verkauft, doch halten Importeure fest und kaufen lieber zurück, als daß sie niedriger abgeben. Kaffee bei starkem Angebot 6 d. niedriger. Thee flau, ord. Congo 9 d. Reis etwas fester gehalten. Salpeter in Folge der erlaubten Ausfuhr fest, aber nicht höher. Gewürze matt. Rum schwach behauptet.

Nichtpolitische Zeitung.

W Die Viehstämme und Schläge, und der Zustand der Rindviehzucht Bayerns. Mit Vorschlägen zu deren Hebung. Von Gg. May, Professor an der kgl. bayr. landwirthschaftlichen Zentralschule Weyhenstephan. Landshut 1856. Krüll'sche Universitäts Buchhandlung.

Nachdem der Verfasser den Viehstand Bayerns seiner Zahl nach betrachtet und mit dem Stande der übrigen Länder verglichen hat, stellt er die Viehstämme und Schläge der einzelnen Kreise Bayerns in kurzer aber treffender Schilderung ihrer Vorzüge und Mängel zusammen, und geht hierauf auf den Betrieb selbst über.

Mit lebhaften Farben und dem regsten Eifer schildert er die häufigen und stereotyp vorkommenden Fehler unserer, namentlich der kleineren Züchter, die aber, eben weil sie die Mehrzahl bilden, alle Beachtung verdienen. Ganz trefflich und wahr ist diese Schilderung, und mit Lust sieht man, wie sorgfältig der Verfasser Alles aufgegriffen hat, weil man stets sich sagen muß: Ja, so ist es leider!

Bisher wurden nur immer die Regeln zum guten Betriebe gegeben, aber dies nützt nicht immer und wird leicht übergangen. Da das Sprichwort sagt, daß der Mensch, der nicht hören will, nur durch Schaden klug wird, so werden hier die einzelnen grellen Nachtheile hervorgehoben, die im Gefolge vernachläßigter Pflege und schlechter Behandlung unausbleiblich sind; dadurch tritt das Ganze klarer vor die Augen und wirkt besser.

Der landwirthschaftliche Betrieb ist kurz und nur in direkter Beziehung zur Viehzucht gewürdigt, ganz dem Standpunkte des Verfassers angemessen, der seine Stellung hier als Thierproduzent auf wissenschaftlicher Basis dem landwirthschaftlichen Publikum gegenüber ganz ergriffen und treu bewahrt hat. Nachdem der Verfasser alle Fehler namhaft gemacht und beleuchtet hat, geht er erst auf die Mittel zur Hebung der Viehzucht über und theilt sie ein in solche, welche dem einzelnen Landwirth für sich, der Gemeinde und dem Staate zukommen.

Wie der erste, so ist auch dieser Theil kurz und bündig, aber klar erläutert. Die einzelnen Momente sind trefflich gewählt, gut hervorgehoben, und nicht weitschweifig behandelt. Die einfache und leichte Befolgung derselben führt gewiß zu sicherem und blühendem Gedeihen unserer Viehzucht, wie es die Fruchtbarkeit unsers gesegneten Vaterlandes fordert. Das Ganze zeigt von einer sehr durchgreifenden Auffassung des Gegenstandes und Vergleichung mit den Nachbar- und Muster-Staaten, und von einem regen Eifer und Liebe für die Sache.

Unsere Verkehrs- und Handels-Verhältnisse namentlich mit Norddeutschland, England und Frankreich lassen diesen Zweig der Landwirthschaft immer wichtiger werden, und machen eine größere Aufmerksamkeit immer nothwendiger.

Da unsere hohe Staatsregierung es auch an großen Opfern für diesen Zweck nicht fehlen läßt und der landwirthschaftliche Verein in seinen einzelnen Kreis-Komites alle Mühe und Sorge hierfür aufwendet, so kann diese Schrift in ihrer möglichsten Verbreitung bei den einzelnen Bezirks-Komites und Landwirthen nur dazu dienen, in kleinerem wie in größerem Kreise den Weg zu zeigen, wie der allerseits beabsichtigte Zweck am besten und sichersten zu erreichen sey und kann hierzu bestens empfohlen werden; denn einerseits ist die Haltung und Pflege des Viehes, namentlich der kleineren Viehhaltungen bei uns in der Stadt und auf dem Lande, so schlecht und gerade noch im Stande, das vegetative Leben kümmerlich zu fristen, auf der anderen Seite zeigt das Ausland durch seine großartigen Viehausstellungen und Prämien, welch' großen und allgemeinen Werth es hierauf legt, und welche eminente Erfolge sich durch rationelle Pflege bezwecken lassen.

Dem Thierarzt aber zeigt diese Schrift den Stand, den er einnehmen soll, wenn er der Landwirthschaft den möglichst größten Nutzen leisten soll, nämlich den Landwirth aufmerksam machen und leiten auf die Bedingungen, die zum besten Gedeihen des einzelnen Thieres und zum Flor der gesammten Viehzucht den Gesetzen des thierischen Organismus gemäß nothwendig sind, während der Landwirth allein die Thiere oft bloß als Waare behandelt, deren Pflege und Versorgung von Wirthschafts- und baulichen Verhältnissen bedingt und geregelt wird.

Nicht das Heilgeschäft ist es oder das Kuriren der erkrankten Thiere, was der Landwirth vom Thierarzte lernen soll, sondern die Kenntniß des Thieres in seinem organischen Baue und seinen Verrichtungen, und die Gesundheit erhaltende Behandlung und Pflege desselben, dann die Kenntniß der krankmachenden Potenzen, damit er dieselben möglichst beseitige oder verhüte.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

☛ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 111.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 21. April 1856

⁑ Von der fränkischen Saale. (Eingesandt.)*) Anknüpfend an die in Nr. 91 und 96 Ihres Blattes gebrachten Artikel über die Kreirung von Staatspapiergeld will ich Ihnen ein treues Bild aus dem Leben mittheilen, welches die Nothwendigkeit der Vermehrung des legalen Austauschmittels zunächst für unseren Kreis sattsam nachweist. Wohl mögen die Städte Würzburg und Schweinfurt den Mangel an baarem Gelde in Unterfranken weniger fühlen, da sie durch ausgedehnten Handel, frequente Märkte und den Aufenthalt vieler Rentiers einen bedeutenden Geldumsatz haben; aber auf dem platten Lande ist ohne Beischaffung von einer größeren Menge baaren Geldes keine Rettung aus den gegenwärtigen Kalamitätsverhältnissen denkbar.

Geht man in den Landstädten auf die Vieh- und Jahrmärkte, und schaut sich die Art und Weise des Handels daselbst an, so staunt man über die Menge der Geschäfte, die da ohne Geld gemacht werden; Alles auf Borgen! Fragt man die Gewerbsleute, warum sie ihr Geschäft bei den schönsten Gelegenheiten doch nicht schwungbafter betreiben, so ist die Antwort: Ich muß zu viel hinaus borgen, die Leute haben kein Geld, und so geht mir selbst das Betriebs-Kapital aus. Der Mittelstand auf dem Lande verkauft häufig seine Naturprodukte nicht rechtzeitig genug, weil er dieselben in der Regel nicht gegen Baarzahlung, sondern nur à Conto verkaufen kann. So ist denn in Unterfranken ein Geschäftsmann dem anderen schuldig; keiner kann seinen Zahlungspflichten ordentlich nachkommen, weil er selbst nicht ordentlich bezahlt wird, und wenn der Geldmangel in Unterfranken noch einige Jahre so fortgeht, so wird auf dem platten Lande ein wahrer Tauschhandel eingeführt werden müssen.

Immer größer stellt sich dieser Geldmangel ein, je mehr es von den Städten Würzburg und Schweinfurt nach den Landesgränzen gegen Kurhessen und Meiningen geht, und gerade bedarf die Bevölkerung dieser ausgedehnten Landesgränze des baaren Geldes bei ihrem Handel und Wandel, um mit dem Auslande in vortheilhafter Berührung zu stehen. Diesen Geldmangel des platten Landes beuten die Juden und Großhändler denn auch gehörig aus, indem sie dem Mittelmann in allen seinen Geschäften und Unternehmungen den Werth des baaren Geldes theuer erkennen lassen und stets die Zeit abwarten, mit demselben geschäftlich anzubinden, wenn die Geldnoth bei demselben am höchsten ist. So kauft der Großhändler dem Mittelstande seine Produkte mit der steten Hindeutung auf den Werth der Baarzahlung um mehrere Prozente billiger ab, als der wahre Werth ist; und die meisten jüdischen Handelsleute betreiben ihr Waarengeschäft nur zum Scheine, und verwenden ihre Gelder zu Geldgeschäften, tauschen Güterstrichschillinge ein, geben kleine Darlehen, und mischen sich in alle Viehkäufe ein, und bekommen so den Mittelstand dermaßen in ihre allmächtige Geldgewalt, daß derselbe immer weniger wohlhabend wird, und die geringeren Leute gänzlich verderben müssen. Bei den Hülfskomite's, die vor mehreren Jahren durch das hohe Regierungs-Präsidium angeordnet wurden, und die aus je zwei Geistlichen, zwei Forstmännern, zwei Aerzten, zwei Gewerbsmännern und zwei Oekonomen bestanden, wurde auch fast allgemein als die Grundursache aller jetzigen Nothstände in Unterfranken der große Geldmangel angegeben. Die Leute haben Alles genug, nur kein Geld, und dadurch stocken die Geschäfte und sind die Behörden mit Exekutionen überladen; Sporteln und Taxen wachsen wie Unkraut über Nacht im Garten, und wird auch die beste Gerichtsorganisation durchgeführt, ohne Geldvermehrung ist für Unterfranken kein Heil zu erwarten.

Wie aber anders helfen, da unser Vaterland keine Gold- und Silberminen hat, als durch die Beschaffung von Staatspapiergeld, zudem die Weisheit unserer Abgeordneten-Kammer die weitere Ausgabe von Banknoten abgeschlagen hat? Aber Staatskassenscheine im Betrage von wenigstens einer Million Gulden bedürfen wir in Unterfranken und zwar nicht in hohen 50 Guldenscheinen und darüber, wie die Ansicht des Einsenders in Nr. 96 ist, sondern in Scheinen von 1 bis 10 Gulden, damit nicht der Vortheil des leicht zu behandelnden Papiergeldes wieder nur dem Großhändler und Juden zu gute kömmt, sondern vielmehr dem armen und Mittelstande und dem Detail-Verkäufer, und damit die bayerischen Guldenscheine die Lücke durch den Abgang der kurhessischen, sächsischen und preußischen Thalerscheine*) wieder an unsern Gränzen vortheilhaft ausfüllen.

Mag nun die höchste Staatsregierung die Kassenscheine ausgeben, um damit Eisenbahnen zu bauen, oder Landeskredit- und Kreisunterstützungs-Kassen zu bilden, oder mag sie damit die nothwendige Gerichtsorganisation durchführen: die Hauptsache bleibt immer der auf längere Zeit hinausdauernde Vortheil der größeren Geldzirkulation; und wenn einmal durch nachhaltigen bedeutend größern Export als Import unserer Landesprodukte und durch anderweite glückliche Constellationen sich der Baarvorrath unseres Metallgeldes wieder glänzender als jetzt gestaltet hat, was aber vor zwanzig Jahren schwerlich der Fall seyn dürfte, dann kann man das Papiergeld auch wieder leicht einziehen, weil Bayern seine Hülfsquellen in der Produktivität seines Bodens hat, und die Erzeugnisse desselben als Lebensbedürfnißartikel in alle Ewigkeit nothwendig sind, und somit einen absoluten Werth haben. Wir Bayern dürfen daher getrösteten Blickes in die Zukunft schauen, da unser Wohlstand nicht mit dem Ruine von Fabriken untergehen kann; unser zu creirendes Papiergeld hat daher, man sage im In- und Auslande was man will, unter allen seines Gleichen den reellsten Kredit.

*) Wir wiederholen hieber den zu dem Artikel in Nr. 91 d. Bl. ausgesprochenen Vorbehalt. Jedenfalls verdient, wie man auch über Ursache und Abhülfe des Uebels denken mag, der vom Hrn. Einsender angeregte Mißstand die ernsteste Beachtung, und wir müssen es ihm Dank wissen, daß er auch diese Seite der Sache zur öffentlichen Besprechung gebracht hat. Die Red.

*) Die Letzteren unterliegen aber dem Verbot nicht. D. Red.

Deutscher Bund.

** München, 19. April. (Privat - Korrespondenz.) **59. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Zur Berathung gelangt die Rückäußerung der ersten Kammer über den Gesetzentwurf bez. der Kapitalrentensteuer. Der Ausschuß beantragt, dem Beschlusse der 1. Kammer in Betreff der Befreiung der Besitzer der geistlichen Pfründen von der Kapitalrentensteuer nicht beizustimmen, sondern auf dem früheren diesseitigen Beschlusse zu beharren. Zur Begründung dieses Antrags heißt es im Ausschußantrag: „Daß eine Befreiung der Renten aus geistlichen Dotationskapitalien von der Kapitalrentensteuer aus Rechtsgründen nicht gefordert zu werden vermag, wurde bereits in den Kammer-Verhandlungen vom 6. und 11. Februar zur Genüge festgestellt, beziehungsweise anerkannt, sowie auch umständlich hervorgehoben in dem treffenden Referate des Hrn. Referenten der Kammer der Reichsräthe. Aber ebensowenig dürften sich Gründe der Billigkeit auffinden und zur Geltung bringen lassen. Mit der Besoldung eines Staatsdieners, überhaupt dem fixen Bezuge eines Besoldeten ist das Pfründe-Einkommen nicht im entferntesten zu vergleichen. Dem Pfründner steht als quasi Eigenthum der Vollgenuß der Pfründe zu. Dafür hat er die auf der Pfünde ruhenden Lasten und landesgesetzlichen Steuern selbst zu vertreten. Nicht nach Besoldungsklassen werden die Pfarreien verliehen, sondern mit ihrem Brutto-Ertrag sammt Lasten und Abgaben. Daß die Pfründe einen höheren Reinertrag gewähren würde, sobald die Befreiung von der Kapitalrentensteuer ein-

trete, begründet keinen Anspruch hierauf. Aus demselben Grunde müßte man dann jedem Dritten zur Aufbesserung seines Einkommens Steuerbefreiungen gewähren, vor Allem den Geistlichen die Grundsteuer erlassen. Eine Unbilligkeit liegt ferner nicht darin, daß der Inhaber einer organisirten Pfarrei, der sein Einkommen vom Rentamte bezieht, geringere Steuer bezahlt, als der Inhaber einer nicht organisirten Pfarrei, der denselben Betrag aus Dotationskapitalien der Pfründe erhält. Erstere Pfarrei hat eben in diesem Falle einen höheren, Letztere einen niederern Ertrag; unbillig ist es aber nicht zu nennen, wenn verschiedene Pfarreien nicht gleiche Erträgnisse gewähren. Die gering dotirten Pfarreien, sofern sie die Kongrua nicht erreichen, sind von direkten Steuern befreit, sohin auch bezüglich der Kapitalrentensteuer bereits berücksichtigt. Endlich erreicht auch der Betrag der Letztern nicht einmal die Hälfte der früher zu bezahlenden Dominikalsteuer, und ist in dem gegenwärtigen Gesetz bei Rentebeträgen unter 1000 fl. gegen das seitherige Gesetz obendrein nicht unbedeutend reduzirt."

Es entspann sich hierüber eine längere Debatte, in welcher indessen auch nicht ein neuer Grund vorgebracht wurde, auch wohl nach der vorausgegangenen umfassenden Debatte in den Ausschüssen und in den beiden Kammern nicht mehr geltend gemacht werden konnte. Für die Befreiung aus Billigkeitsgründen, mithin für Zustimmung zu dem Beschlusse der 1. Kammer sprechen die Abgg. geistl. Rath Baader, Frhr. von Welden, Pfarrer Mühlthaler, Pfarrer Lang, Domkapitular Zarbl, Frhr. v. Gumppenberg und Pfarrer Wolfsteiner. Für den Ausschußantrag aber sprachen die Abgg. v. Auer, Frhr. v. Lerchenfeld, Fürst Wallerstein und v. Closen. Von dem k. Regierungskommissär Hrn. Pfretzschner wurden hierauf nochmals Billigkeitsgründe für die Befreiung geltend gemacht.

Auf den Vorschlag des Abg. Wolfsteiner beschloß die Kammer die Abstimmung durch Namensaufruf; der Antrag des Ausschusses wurde mit 77 gegen 37 Stimmen angenommen. Bezüglich zweier Aenderungen, welche die k. Kammer zu Art. 22 und 30 bloß behufs genauerer und deutlicherer Fassung derselben vorgeschlagen hat, wurde derselben beigestimmt. Schluß der Sitzung.

× **Preußen.** Berlin, 18. April. (Privat-Korresp.) Gleich nach der Kunde von dem Abschlusse des Friedens zu Paris war von dem Magistrat und den Stadtverordneten unserer Stadt ein Schreiben an Se. Maj. den König gerichtet worden, in welchem sie den Dank für die Anstrengungen aussprachen, mit denen des Königs Majestät die Trübsale eines Krieges von dem deutschen Vaterlande abgewandt hätten. Unterm 15. d. Mts. hat der König dieses Schreiben beantwortet; er gibt den städtischen Behörden die Versicherung, daß die ausgesprochenen Gesinnungen und die zu dem frohen und glücklichen Ereigniß dargebrachten Glückwünsche Seinem landesväterlichen Herzen wohlgethan haben. Das Schreiben schließt mit den Worten: „Möge Gott der Herr, durch dessen gnädigen Beistand es Mir gelungen ist, die Drangsale des Krieges von Meinen Staaten fern zu halten, nunmehr auch in Meinen Bemühungen, Preußen an den Segnungen des herzustellenden Weltfriedens vollen Theil nehmen zu lassen, mit Mir seyn."

Berlin, 18. April. Die „Vossische" und ziemlich gleichlautend auch die „Spener'sche Zeitung" bringen heute die interessante Notiz, das das Kriminalverfahren gegen den vielgenannten Techen nur deßhalb für den Augenblick nicht vorschreite, weil der Inkulpat seit längerer Zeit in der Stadtvogtei krank liege. In diesen Worten und zugleich mit der ferneren Andeutung, daß die kriminalpolizeilichen Recherchen in der Potsdamer Depeschen-Angelegenheit erfolgreich gewesen seyen, wird die Aussicht eröffnet, es werde nun doch gerichtlich die volle Wahrheit in dieser dunkeln Affaire ermittelt werden. Da gleichlautende Notizen dieser Art in den hiesigen Blättern gewöhnlich offiziösen Ursprungs sind, so darf angenommen werden, daß hiermit die — beiläufig gesagt, erste — offiziöse Ankündigung von dem Fortgange der Untersuchung gegen Techen gegeben ist. Im Anschluß daran stehe hier die thatsächliche Notiz, daß auf Befehl des Königs der Justizminister Simons, der Präsident des Obertribunals v. Uhden und der Gen.-Staatsanwalt Schwarck zu einer besonderen Kommission zusammentraten, um diese ganze Angelegenheit genau zu verfolgen. Zur Orientirung des Publikum wird es nöthig seyn, die in verschiedenen Direktionen nunmehr obschwebenden Untersuchungen in dieser Potsdamer Depeschen-Angelegenheit gesondert aufzuzählen. Es liegen vor: 1) eine kriminelle Untersuchung gegen den Techen, den bei der Entwendung der Gerlach-Niebuhr'schen Papiere hauptsächlich Betheiligten; 2) eine Disziplinar-Untersuchung gegen Herrn Seiffart wegen seines Verhältnisses zu Techen, während dieser seine Operationen in Potsdam machte; 3) eine parlamentarische Untersuchung durch eine Kommission des Hauses der Abgeordneten über diese Disziplinar-Untersuchung. Endlich kann man als ein abgesondertes Verfahren noch die polizeilichen Recherchen ansehen, welche wegen Verbreitung der anonymen Flugschrift „Der Potsdamer Depeschen-Diebstahl" angestellt werden, wenn sie anders nicht bereits aufgegeben sind, da die ersten Maßnahmen in dieser Richtung erfolglos waren. (K. Z.)

Hannover. Hannover, 16. April. Die Kammern haben heute den Antrag auf Vertagung beschlossen, die erste vom 19. ds bis 19. n. Mts, die zweite bis zum 20.

Hannover, 18. April. Die Kammern wurden heute vertagt. Die Ausschüsse für die Finanz-, Eisenbahn-, Verfassungs-, Militär- und Schulsachen bleiben zurück, um die Vorlagen bis zum 20. Mai zur Plenar-Berathung vorbereitet zu haben.

Großh. Hessen. Darmstadt, 17. April. Wie wir vernehmen (wird dem „Mainz. J." von hier geschrieben) ist unsere katholische Kirchenfrage nun völlig geordnet.

Nassau. Wiesbaden, 18. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kündigte der Abg. Braun folgende Motion an: Antrag wegen Revision der Verfassung des deutschen Bundes und Vornahme verschiedener Reformen durch die Bundesgewalt. „Ich beantrage, der herzogl. Staatsregierung gegenüber den Wunsch auszusprechen, hochdieselbe wolle in Anerkennung des Bedürfnisses der deutschen Nation nach 1) einer unbehinderten, kräftigen, einheitlichen Leitung ihrer öffentlichen Angelegenheiten sowohl im Innern als nach Außen, 2) einer gewählten Vertretung bei der Bundesbehörde, 3) nach Sicherung des Rechtszustandes durch einen gemeinschaftlichen obersten Gerichtshof, 4) nach Herstellung der legislativen Vorbedingungen zur Sicherung des freien und geregelten Fortschrittes der volkswirthschaftlichen Entwickelung: bei der Bundesbehörde durch Stellung oder Unterstützung hierauf abzielender Anträge hinwirken auf: 1) eine im Sinne einheitlicher Kräftigung und Beseitigung der Hindernisse energischer Wirksamkeit für nationale Zwecke vorzunehmende Umgestaltung der Bundesverfassung und Bundesbehörde, 2) eine die Theilnahme des deutschen Volkes an seinen öffentlichen Angelegenheiten sichernde Vertretung desselben am Bunde, oder wenigstens die Zuziehung von unter Mitwirkung der Volksvertretung zu ernennenden Sachverständigen zur Berathung materieller Fragen von nationaler Bedeutung, 3) die Konstituirung eines deutschen Bundesgerichtshofes, 4) a. einheitliche Regulirung des deutschen Münzwesens, sowie der gesetzlichen Bestimmungen über Maß und Gewicht, b. einheitliche Gesetzgebung über Heimathsberechtigung, sowie Niederlassungs- und Gewerbebetriebsrecht innerhalb des Bundesgebiets, c. Erlassung normativer Bestimmungen über gerichtliches Verfahren, namentlich zum Zwecke der Sicherstellung der Vollziehbarkeit von Zivilerkenntnissen eines Bundesstaates in allen übrigen, d. Erlassung eines sich an die „allgemeine deutsche Wechselordnung" anreihenden allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches." (Mrh. Z.)

* **Freie Städte.** Frankfurt, 20. April. (Pr.-Korr.) Eine seit mehreren Wochen schon bestehende Spannung zwischen dem hier stehenden 1. Bataillon des k. bayer. 13. Infanterie-Regiments einerseits und dem k. preuß. 38. Infanterieregimente andererseits ist endlich vorgestern und namentlich gestern Abend zum thätlichen Ausbruche gekommen und hat zu sehr blutigen Auftritten geführt. In der Vorstadt Sachsenhausen, wo die Bayern liegen, und an verschiedenen Plätzen in der Stadt überfiel man sich gegenseitig und hieb mit blanker Waffe aufeinander, wobei auch ein bayerischer und zwei preußische Offiziere insultirt worden sind. Zwei preußische, mehrere bayerische und ein österreichischer Soldat (die Oesterreicher nehmen immer Partei für die Bayern) liegen schwer verwundet im Hospitale, andere leicht verwundete Militärs liegen noch in den Kasernen. Ein bayerischer Unteroffizier soll bereits gestorben seyn. Eine strenge Untersuchung ist bereits eingeleitet und um der Fortsetzung solcher Exzesse möglichst vorzubeugen, sind heute vom Stadtkommando außerordentliche militärische Vorsichtsmaßregeln angeordnet worden.

§ **Oesterreich.** Wien, 17. April. (Privat-Korresp.) Seit einigen Tagen befindet sich ein Agent des Fürsten Danilo v. Montenegro in Wien, um die diesseitige Regierung für die Plane des Fürsten, welche die Wiederherstellung der alten Grenzen gegen die Türkei bezwecken, zu gewinnen. — Der Vertrag zwischen der Staatsverwaltung einerseits und den Unternehmern der ungarischen Eisenbahnbauten am rechten Donauufer andererseits ist am 12. d. M. in Pesth abgeschlossen worden. An der Spitze stehen neben dem französischen Credit-Mobilier die glänzendsten ungarischen Namen, wie Apponyi, Batthyany, Esterhazy, Festetics, Karolyi, Széchényi, Somsich, Viczay, Zichy, Waldstein.

Großbritannien.

Die „Times“ berichtet in ihrer Korrespondenz aus **Dublin** vom 14., daß außer den schon erwähnten Verurtheilungen eines Mörders der Miß Hinds ein zweiter, und zwar ein bisher für achtbar geltender Farmer, des Verbrechens überführt und von der Jury für schuldig erkannt ist. Derselbe stand an der Spitze der Bandmänner-Verschwörung, welche den Mord der Miß Hinds ausführte; in dem Hause desselben wurde der Untergang der unglücklichen Dame beschlossen.

Frankreich.

Paris, 18. April. In den letzten Tagen haben **politische Verhaftungen** in Paris stattgefunden. Unter den Verhafteten befindet sich der Advokat Roux, der im Jahre 1848 Sekretär Cremieux's war und zugleich eine Anstellung bei der provisorischen Regierung hatte. Im Quartier der Rue St. Denis haben viele Hausjuchungen stattgefunden. (K. Z.)

Italien.

Briefe aus **Rom** den 6. April melden die Abreise des mexikanischen Gesandten, Hrn. Sarainzer, mit dem sämmtlichen Gesandtschaftspersonale. Als Alvarez den General Santa Anna verdrängt hatte, warf er sein Hauptaugenmerk auf die Finanzen, fand sie aber in einem so erbärmlichen Zustande, daß er auf außergewöhnliche Mittel sinnen mußte, um ihnen wieder etwas aufzuhelfen. Er verfiel nun auf den Gedanken — dem Beispiele Spaniens folgend —, nach den Kirchengütern, die noch einmal so bedeutend, wie jene des Staates waren, zu greifen; aber noch hatte er seinen Plan nicht ins Werk setzen können, als er schon von dem General Commonfort geschlagen wurde. Dieser englische Name war schon im Vorhinein der römischen Kirche nicht genehm, und wirklich billigte General Commonfort von allen Beschlüssen seines Vorgängers, des Generals Alvarez, nur jene, welche dahin zielten, sich Geld auf Unkosten der Kirche zu verschaffen. Auf diese Art wurde Mexiko so feindlich gegen Rom gestellt, daß sein Repräsentant die Hauptstadt der Christenheit verließ (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

§ **Wien**, 17. April. (Privat-Korresp.) Von Seite des Grafen Buol sind vor einigen Tagen Depeschen aus Paris hier eingetroffen, deren Inhalt hauptsächlich darum von besonderer Wichtigkeit ist, weil daraus mit Bestimmtheit hervorgeht, daß die im Schooße der Conferenz stattgehabten Besprechungen über die Verhältnisse **Italiens** durchaus keinen amtlichen Charakter hatten. Gewiß ist übrigens zweierlei: 1) daß Frankreich gegen die Fortdauer der Occupation der Legationen durch Oesterreich eben so wenig*) etwas einzuwenden hat, als Oesterreich gegen das weitere Verbleiben der französischen Truppen in Rom, und 2) daß sich das diesseitige Kabinet dazu verstanden hat, eine Kollektivnote an die päpstliche und neapolitanische Regierung zu richten, in welcher dieselben zur Vornahme der durch die gegenwärtigen Verhältnisse dringend gebotenen Reformen in der Verwaltung aufgefordert werden.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 20. April. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. $84\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Met. $75\frac{1}{4}$; Wiener Bankaktien 1332; 5pCt. Lomb 91; Wiener Wechsel l. S. $117\frac{3}{4}$; 3pCt. inl. span. $40\frac{1}{8}$; 1 pCt. neue $24\frac{15}{16}$; Darmstädter Bankaktien 348.

Wien, 19. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $86\frac{3}{4}$; 5pCt. Metall. $85\frac{1}{4}\frac{3}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. —; Lotterie-Anlehens-Looſe von 1839 ——; von 1854 $108\frac{1}{2}$; Bankaktien 1131; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $344\frac{1}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 655; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3010. **Wechselkurse**: Augsburg uso $102\frac{1}{8}$; London 10. 3. P. Geldkurs: Dukaten —.

Stettin, 14. April. Die Witterung blieb äußerst günstig für die Saaten und hört man nur wenig Klagen.

In Waizen war das Geschäft stille, Preise etwas weniger fest behauptet. Roggen. Ueber die zu erwartenden russischen Zufuhren ist noch nicht viel bekannt geworden. Es sind eine Menge Schiffe befrachtet, um in Petersburg und Archangel nach Holland Roggen zu laden; nach hier sind erst wenige gechartert. Von Riga und Libau wird der Export keine Bedeutung erlangen. Besonders in letzteren Städten wird über außerordentlich schlechte Qualität des Roggens geklagt, man hat schon in Schweden schweren Roggen für Riga gekauft. Nach Depeschen ist der Hafen von Stockholm theilweise bereits vom Eise frei. Preise waren dort sehr wesentlich gewichen. Hier bleibt der Abzug an den Konsum noch immer stark, besonders da die Landmärkte jetzt fast ganz von Zufuhren entblößt sind; vor Allem wird schwere Waare gesucht und unverhältnißmäßig hoch bezahlt. Die Preise haben sich etwas gehoben, jedoch bleiben sie noch immer außer dem natürlichen Verhältniß zu den übrigen Getraidesorten. Von Schlesien wird geschrieben, daß der Abzug nach dem Königreich Polen über Kalisch sehr stark ist. Heute ist es stille, 82pfd. pr. Frühjahr 65 Thlr. G., pr. Mai—Juni 65 Thlr. Br., pr. Juni—Juli 69 Thlr. G.

London, 11. April. Reis. Die Total-Vorräthe in London und Liverpool waren:

	1854	1855	1856
Am 1. Januar	610,000 Ztr.	375,000 Ztr.	702,000 Ztr.
Total-Zufuhren daselbst vom 1. Januar bis 31. März	227,000 Ztr.	169,000 Ztr.	452,000 Ztr.
	837,000 Ztr.	544,000 Ztr.	1,154,000 Ztr.
Abzug für inländ. Konsumtion und Export	230,000 Ztr.	249,000 Ztr.	306,000 Ztr.
Total-Vorräthe in London und Liverpool 1. April	607,000 Ztr.	295,000 Ztr.	848,000 Ztr.
Werth 1. April London	pr. Ztr.	pr. Ztr.	pr. Ztr.
Bengal-, weiß	13ſ. 6d. a 15ſ.	13 a 15 ſ.	9ſ. 6d. a 10ſ. 6d.
Madras	12ſ. 6d. a 14ſ.	11ſ. 6d. a 13ſ.	8ſ. 6d. a 13ſ. 6d.

Das seit v. P. ausgebotene Quantum bestand in 4000 S. Bengal, 1300 S. Arrakan und 5700 S. Rangoon und wurde mit Ausnahme weniger Looſe eingekauft, alt gut mittel Bengal zu 10 ſ. 6 d. pr. Ztr., Rangoon zu 7 ſ. 6 d. à 9 ſ. 9 d., Arrakan zu 9 ſ. a 9 ſ. 6 d. Aus der Hand sind in loko 4000 S. mittel Bengal zu 9 ſ. 6 d. a 9 ſ. 9 d. und 1200 S. Patna zu 16 a 18 ſ. umgesetzt. Die Zufuhren in der Woche betrugen über 40,000 S.

Amsterdam, 12. April. Nach einigen Kaffee's ist starke Frage, doch will man höchstens Auktionspreise anlegen und ist von Avanz nur bei sehr kleinen Pöstchen die Rede. Die Meinung ist indeß sehr günstig und nimmt solche täglich mehr zu. In Brasil geht wenig um.

Thee unverändert.

Tabak des knappen Vorraths wegen sehr still, Preise unverändert fest.

Der Umsatz in Rohzucker beschränkt sich bei Mangel an disponibler Waare auf einige schwimmende Ladungen, $2\frac{1}{2}$ fl. über Auktionspreis; raffinirter Zucker stiller, Preise aber fest, weil die meisten Fabriken bis zum Sommer auf Lieferung verkauft haben.

Reis unverändert, geschält Arrakan fl. 8 a $8\frac{1}{4}$, Java fl. $9\frac{1}{2}$ a 10, Tafel fl. 14 a 15.

† **Amsterdam**, 18. April. (Privat-Korrespondenz.) Seit ein paar Tagen trat mit N.-O.-Wind wieder trockenes und dabei rauhes Wetter ein; über die Aernte-Aussichten erhielten wir indessen von allen Seiten die befriedigendsten Berichte. Getraide blieb weichend und ist trotz des in meinem vorigen Berichte vom 11. d. verzeichneten empfindlichen Rückganges im Laufe d. W. ferner und zwar neuerdings ansehnlich gewichen. Am Montag wurde u. A. 127 Pfd. Braunschw. Waizen a f. 380 b. P. begeben, f. 70 niedriger als vor 3 Wochen und f. 170 niedriger als zu Anf. d. Jahres; von Roggen: 123 Pfd. Amerik. a f 270, 119 Pfd. Archang. f. 265; 117 Pfd. inländ. f. 255, alles b. P.; vorgestern 117 Pfd. Gothenburger a f. 260 b. P. Doch ist in diesem Verhältniß nur anzukommen, wenn man nothgedrungene Verkäufer antrifft; vorgestern wurde 118.120 Pfund inländischer wieder f. 265.275 bezahlt, gestern freilich noch 120.122 Pfund Pommer a f. 265.271; 123 Pfund Rostocker f. 274 bunt Poln. abgegeben; 125 Pfund Rostocker b. Klein f. 296. Daß die Entwerthung weitere Fortschritte machen sollte, ist kaum denkbar, wenigstens stehen wir ansehnlich unter dem Rendimente von irgend einem Bezugs-Orte und zwar bei sehr mittelmäßigem Vorrath. Gerste ebenfalls niedriger: 113 Pfd. f. Dänische f. 192 Pfd., neue holte noch f. 215. Hafer ohne Handel. Buchwaizen zuletzt: 121 Pfd. Holstein f. 273.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 19. April. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die k. Hoftheater-Intendanz im Laufe dieses Sommers wieder eine Reihe von **Mustervorstellungen** zu geben, und sollen die jüngsten kurz nach einander folgenden Reisen des Dr. Dingelstedt diesem Zwecke gedient, und die nöthigen desfallsigen Engagements vermittelt haben. Wie man sagt, würde im Juni und Juli eine Anzahl der ersten deutschen Künstler im Schauspiel, im August und September aber ebenso die besten Kräfte der Oper gleichzeitig hier zusammenwirken. (B. Ldbtn.)

---

*) Oder eben so viel? D. R.

Neueste Nachrichten.

* Würzburg, 21. April. Die gestern erwähnte kgl. Verordnung über das militärische Strafverfahren ist vom 14. April datirt und enthält 91 Artikel. Es haben sich demnach in Zukunft sowohl in der Voruntersuchung als bei der Aburtheilung die Militärgerichte nach dem Gesetze vom 10. Nov. 1848, die Abänderungen des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr., zu richten, in so weit nicht in der gegenwärtigen Verordnung oder in den mit derselben noch vereinbaren Bestimmungen der Dienstvorschriften ein Anderes festgesetzt ist. — In allen Verbrechens- und Vergehensfällen soll der Aburtheilung eine mündliche Verhandlung (Hauptverhandlung) vor den erkennenden Richtern vorhergehen — Zur Ausübung des Richteramtes können nur großjährige Militärpersonen berufen werden. Bei Unteroffizieren und Gemeinen wird nebstdem noch erfordert, daß sie wenigstens schon zwei Jahre in der Armee gedient haben. — Bei strafbaren Handlungen eines Militärbeamten, welche dessen Amtsführung betreffen, sind zu dem Kriegsgerichte unter Hinweglassung der entsprechenden anderen Chargen, zwei Militärbeamte, womöglich von dem Dienstzweige des Angeschuldigten, als Richter beizuziehen. Ebenso hat unter gleicher Voraussetzung bei einer größeren Kriegs-Kommission ein Militärbeamter als Richter einzutreten. — Die Militärgerichte entscheiden über die Frage, ob eine Thatsache als erwiesen anzusehen sey, nach der festen Ueberzeugung, welche sie durch eine gewissenhafte Prüfung der vorgebrachten Beweismittel erlangt haben. (Also keine Beweistheorie mehr.) — Die Beschlußfassung der Militärgerichte und Kommissionen erfolgt nach vorausgegangener Berathung durch absolute Stimmenmehrheit. Die Berathung und Abstimmung ist geheim. Sie wird von dem Vorsitzenden geleitet. Die Abstimmung erfolgt von der untersten Rangstufe aufwärts, so daß der Vorsitzende zuletzt stimmt; bei gleichem Range gibt der dem Dienstalter nach Jüngere seine Stimme vor dem Aelteren ab. —

Die Voruntersuchungen werden von dem Auditor mit Zuziehung eines Aktuars geführt, zu dessen Funktion auch ein Unteroffizier verwendet werden kann. — Bei denjenigen militärischen Vergehen, welche durch Verletzung der militärischen Dienst- und Standespflichten begangen werden, kann von dem Kommandanten statt des Auditors mit der Führung der Voruntersuchung ein dazu geeigneter Offizier beauftragt werden. — Nach Durchführung der Voruntersuchung sind in allen Verbrechens- und in denjenigen Vergehensfällen, in welchen die Anschuldigung gegen einen Offizier, Junker, oder einen im Offiziers- oder Junkerrange stehenden Militärbeamten geht, die Akten dem betreffenden Armee-Divisions- (Artillerie-Korps-) Kommando vorzulegen. Die Beschlußfassung erfolgt hier durch eine Kommission, welche unter dem Vorsitze des Armee-Divisions- (Artillerie-Korps-) Kommandanten aus einem von demselben zu bestimmenden Stabsoffizier und dem Stabsauditor gebildet wird. Außer den oben bezeichneten Fällen erfolgt die Beschlußfassung durch eine nach §. 520 der Dienstvorschriften niedergesetzte Militärkommission. —Bei der Berathung, die der Beschlußfassung vorangeht, hat ein Stabsauditor, bez. Auditor, welcher übrigens nur berathende Stimme hat, über das Ergebniß der Voruntersuchung Vortrag zu erstatten. Es wird dann, je nach Lage der Sache, dieselbe zur Hauptverhandlung oder an eine andere Behörde verwiesen, oder das Strafverfahren eingestellt, oder Ersetzungen angeordnet.

Die Hauptverhandlung wird in Verbrechensfällen vor einem Kriegsgerichte, in Vergehensfällen vor einer größeren Kriegs-Kommission gepflogen. — Die Geschäfte der Staatsanwaltschaft sollen bei Verfolgung derjenigen militärischen Verbrechen und Vergehen, welche durch Verletzung der militärischen Dienst- und Standes-Pflichten begangen werden (ausnahmsweise auch bei anderen militärischen Verbrechen und Vergehen, wenn nicht Todes-, Ketten- oder Zuchthaus-Strafe in Frage steht) einem Offizier, in allen anderen Fällen einem Auditor oder Auditoriats-Praktikanten übertragen werden. — In Verbrechensfällen ist die Zuziehung eines Vertheidigers gestattet. Dem Angeschuldigten ist in einem solchen Falle bei der Mittheilung der Zeugenliste zu eröffnen, daß er befugt sey, einen Vertheidiger zu wählen, oder die Aufstellung eines solchen von Amtswegen zu veranlassen. Geht die Anklage auf ein mit Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe bedrohtes Verbrechen, so soll dem Angeschuldigten, welcher einen Vertheidiger nicht gewählt hat, ein solcher von Amtswegen beigegeben werden. — In Vergehensfällen wird ein Vertheidiger nur dann zugelassen, wenn der Kommandant es aus besondern Gründen für zweckmäßig erachtet. Nur Offiziere, im Offiziersrange stehende Militärbeamte und Auditoriats-Praktikanten können als Vertheidiger bestellt werden. — Offiziere und Junker, im Offiziers- und Junkersrange stehende Militärbeamte, dann Auditoriatspraktikanten können bei der Hauptverhandlung anwesend seyn. In wie ferne auch Unteroffizieren oder Gemeinen der Zutritt zu gestatten sey, bleibt dem Ermessen des Kommandanten überlassen. Personen, welche dem Militärstande nicht angehören, sind von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Jeder Hauptverhandlung hat der Auditor beizuwohnen, welcher die Voruntersuchung geführt hat. Der Vorsitzende hat, nach Beeidigung der Gerichtsmitglieder, diesen Auditor aufzufordern zur Ausübung seines Amts, worauf derselbe den Verweisungsbeschluß und, wenn eine Anklageschrift vorliegt, auch diese verliest. Diesem Auditor liegt überhaupt die Leitung der Verhandlung in so weit ob, als es sich um die Vernehmung des Beschuldigten, der Zeugen und der Sachverständigen, sowie um die Anwendung aller gesetzlichen Mittel handelt, um die Wahrheit gründlich zu erforschen. — Die Handhabung der gesetzlichen Ordnung während der Sitzung steht dem Vorsitzenden zu. An diesen hat sich der verhandelnde Auditor zu wenden, wenn während der Verhandlung selbst Zeugen vorzuladen, vorzuführen oder aus dem Sitzungszimmer zu entfernen sind rc. —

Nach Beendigung des Beweisverfahrens entwickelt der funktionirende Staatsanwalt die Anklage, der Angeklagte, sowie sein Vertheidiger können antworten. Hierauf treten die Gerichtsmitglieder ab, um das Urtheil zu fällen. In denjenigen Fällen, in welchen Unteroffiziere und Gemeine zu einem Kriegsgerichte kommandirt sind, geschieht die Berathung in zwei Abtheilungen in der Art, daß die Offiziere unter sich berathen, und die Unteroffiziere und Gemeinen zur gesonderten Berathung zusammentreten. Der verhandelnde Auditor hat in einem solchen Falle zuerst bei der Berathung der Unteroffiziere und Gemeinen, und dann bei jener der Offiziere anwesend zu seyn, und hat die von den Richtern oder von ihm selbst für nöthig erachteten Aufschlüsse zu ertheilen. Ein Stimmrecht steht demselben nicht zu. Die Abfassung der Urtheile mit kurzen Entscheidungsgründen geschieht durch den verhandelnden Auditor. Das Urtheil wird dann in der Gerichtssitzung, regelmäßig in Gegenwart des Angeschuldigten verkündet.

Die Vorschrift, wonach alle kriegsgerichtlichen Urtheile, desgleichen die Urtheile der größeren Kriegskommissionen über Offiziere oder im Offiziersrange stehende Militärbeamte einer Revision unterstellt werden, bleibt auch ferner in Wirksamkeit, und findet gleichmäßige Anwendung auf die Urtheile der größeren Kriegskommissionen über Junker oder im Junkersrange stehende Militärbeamte. Bei dem Generalauditoriate wird, wenn das kriegsgerichtliche Urtheil ein militärisches Verbrechen betrifft, auf Vortrag des von dem Präsidenten ernannten Referenten in einem Senat abgeurtheilt, welcher aus dem Vorstand, zwei Stabsoffizieren und zwei Oberauditoren zusammengesetzt ist. (Revisionsgericht) Bei einem gemeinen Verbrechen besteht der Senat aus einem Vorstand und vier Oberauditoren. Wenn Todes- oder Kettenstrafe in Frage steht, so ist der betreffende Senat neben dem Vorstande bei militärischen Verbrechen aus drei Stabsoffizieren und drei Oberauditoren, und bei gemeinen Verbrechen aus sechs Oberauditoren zusammenzusetzen. Das Generalauditoriat prüft auf Vortrag des von dem Präsidenten ernannten Referenten 1) ob die wesentlichen Förmlichkeiten des Prozesses beobachtet seyen, 2) ob der Ausspruch über Schuld oder Nichtschuld nach Lage der Akten gerechtfertigt erscheine, 3) ob im Falle einer Verurtheilung die Strafe richtig festgestellt worden sey. Werden die drei Fragen bejaht, so wird das Urtheil des Kriegsgerichts bestätigt. Wird nur die dritte Frage verneint, so wird das Urtheil im Schuldausspruch bestätigt, und zugleich auf die gesetzliche Strafe erkannt. Wird eine der 2 ersten Fragen verneint, so wird die Sache an das Kriegsgericht eines eines andern Truppenkörpers zu nochmaliger Aburtheilung verwiesen.

Diese Verordnung tritt mit 1. Juli ds. Js. in Wirksamkeit. Um aber der aus der Anwendung etwa hervortretenden Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der Aenderung einzelner Bestimmungen Rechnung tragen zu können, haben die Militärgerichte über die gemachten Erfahrungen nach Ablauf eines Jahres an das vorgesetzte Armee-Divisions- (Artillerie-Korps-) Kommando Bericht zu erstatten, woselbst dann die einkommenden Berichte zu sammeln und mit den aus eigener Erfahrung geschöpften Bemerkungen versehen an das General-Auditoriat einzusenden sind, damit dieses dem Kriegsminister seine gutachtlichen Anträge unterbreiten könne.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 112. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 22. April 1856

Deutscher Bund.

Frankfurt, 19. April. In der Sitzung der **Bundesversammlung** v. 17. April sprach sich der handelspolitische Ausschuß in einem desfalls erstatteten Berichte zu Gunsten des von Bayern in der Sitzung vom 21. Februar l. Js. gestellten Antrags aus, für alle deutschen Bundesstaaten eine **gemeinsame Handelsgesetzgebung** in das Leben zu rufen; er hob die hohe Bedeutung des angestrebten Zieles für Handel und Verkehr hervor, und begutachtete zu dessen Erreichung ein ähnliches Verfahren einzuleiten, als welches seiner Zeit in Bezug auf die allgemeine Wechselordnung mit günstigem Erfolge eingehalten worden ist. Dem Ausschußantrag entsprechend wurde beschlossen: eine Kommission zur Ausarbeitung und Vorlage des Entwurfs eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für die deutschen Bundesstaaten niederzusetzen, zu diesem Ende aber vorerst an die höchsten und hohen Regierungen, welche geneigt wären, zu dieser Kommission auf ihre Kosten Rechtsgelehrte oder Sachverständige abzuordnen, das Ansuchen zu stellen, hiervon in Zeit von sechs Wochen Anzeige machen zu wollen. (Fr. Bl.)

Bayern. **München**, 20. April. Wie ich aus sicherer Quelle vernehme, ist die Ernennung der Mitglieder des Verwaltungsrathes der **bayerischen Ostbahnen**, welche die Regierung aufstellt, bereits erfolgt. Es sind die HH. Ober-Ingenieur Hermann, die Fiskalräthe Pfeiffer und v. d. Pfordten, Ministerialrath Schubert und Regierungsrath Engel. Als kgl. Kommissär ist der Ministerialrath Frhr. v. Lobkowitz ernannt. Die Subskriptionen werden dem Vernehmen nach hier, in Augsburg, Regensburg, Nürnberg und Würzburg aufgelegt werden und zwar überall je eine Million Gulden. Man erwartet, daß weit mehr als die benöthigte Summe gezeichnet wird. Eine Reduktion aber wird, wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, nur an den großen Zeichnungen vorgenommen, die kleineren Zeichnungen dagegen sollen ganz besonders berücksichtiget werden. Die sofortige Anzahlung von 15 Proz. schließt jede Schwindelei aus, da gänzlich mittellose Leute, die nur auf Schwindel ausgehen, von der Betheiligung fern gehalten sind. Wie wir hören, werden die Arbeiten an den verschiedenen Bahnen gleichzeitig in Angriff genommen und jede vollendete Strecke sogleich dem Betriebe übergeben werden, so daß nach Abfluß der siebenjährigen Bauzeit die sämmtlichen Bahnen in voller Thätigkeit sich befinden werden, was wohl im Auge zu behalten ist, da sich hierdurch schon während der Bauzeit die Rente höher als auf die garantirten 4½ Proz. stellen wird.

München, 21. April. Se. Maj. der König haben dem Wegmeister Theobald **Adam** in München die Ehrenmünze des kgl. bayer. Ludwigsordens, dem kurfürstlich hessischen geheimen Finanzrath Mayer Karl Frhrn. v. **Rothschild** in Frankfurt a/M. das Komthurkreuz des k. Verdienstordens vom hl. Michael verliehen; die katholische Pfarrei Vilseck, Ldg. gl. Namens, dem Priester Wolfgang **Schamberger**, Kooperator an der Dompfarrei in Regensburg, die kathol. Pfarrei Waldthurn, Landg. Vohenstrauß, dem Priester Jos. **Mehler**, Kooperator-Expositus in Sießenbach, Ldg. Nittenau, übertragen; die erledigte protest. Pfarrstelle zu Hohentrüdingen, Dek. Dittenheim, dem bisherigen Pfarrer zu Lonnerstadt, Dek. Bamberg, Fr. J. **Lampert**, verliehen; der von dem Frhrn. Marschalk v. Ostheim als Kirchenpatron für den Pfarramtskandidaten und Pfarrverweser Emil Fr. Heinr. **Medicus** ausgestellten Präsentation auf die prot. Pfarrei Trabelsdorf, Dek. Bamberg, die Bestätigung ertheilt; den Landgerichten Nordhalben und Selb Assessoren extra statum beigegeben, und zum Landgerichts-Assessor von Nordhalben den Rechtspraktikanten J. B. **Fasching** aus Bamberg, zum Landg.-Assessor von Selb aber den Rechtspraktikanten Leop. **Landgraf** aus Streitberg ernannt; der von der Frau Pröpstin und den Stiftsfräulein des von Truchseß'schen Fräuleinstiftes Waizenbach für den Pfarramtskandidaten Chr. Heinr. Tittmar **Wucherer** aus Zusmarshausen ausgestellten Präsentation auf die protest. Pfarrei Waizenbach, Dek. gl. Namens, die Bestätigung ertheilt; die am Kreis- u. Stadtgericht München l/Isar erledigte Rathsdienersstelle in widerruflicher Eigenschaft dem Diurnisten dieses Gerichts, Andreas **Rominacher**, verliehen; auf die durch die Entlassung des Notars Joh. Franz Weigel zu Kandel in Erledigung gekommene Notarsstelle den Notar Jak. **Schauberg** von Neustadt versetzt, und die hiedurch in Erledigung kommende Notarsstelle dem geprüften Rechtskandidaten K. **Börsch** aus Dürkheim, dermal in Speyer, übertragen. (N.M.Z.)

* Aus der königl. Verordnung vom 14. April über das **militärische Strafverfahren** tragen wir noch folgende Bestimmungen nach: Entlassung aus der Untersuchungshaft gegen Sicherheitsleistung ist in Untersuchungen gegen Militär-Personen nicht zulässig. — Gegen die Beschlüsse über das Ergebniß der Voruntersuchung findet regelmäßig kein Rechtsmittel statt. — Wenn die Verweisung der Sache zur Hauptverhandlung in einem Falle beschlossen ist, in welchem auf Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe erkannt werden kann, so hat der betreffende Stabsauditor eine Anklageschrift zu fertigen, welche den zurückzusendenden Akten beizulegen ist. — Der Beschluß auf Verweisung der Sache zur Hauptverhandlung gegen einen Offizier oder Junker, oder gegen einen im Offiziers- oder Junkers-Range stehenden Militärbeamten hat in Verbrechensfällen die Suspension vom Dienste und den provisorischen Abzug des dritten Theils seiner Gage zur Folge. — Die Oeffentlichkeit ist ausgeschlossen, wenn aus Rücksicht auf die öffentliche Ordnung, auf die Disziplin oder die Sitt-

---

Oekonomisches Museum für die arbeitenden Klassen.

(Aus der „Köln. Ztg.")

Die in Heidelberg erscheinende, in unserm Blatt bereits mehrfach erwähnte „Germania" bringt nachstehende Mittheilungen über den für Septbr. d. Js. beabsichtigten „**Wohlthätigkeits-Kongreß zu Brüssel**" und ein gleichzeitig daselbst zu eröffnendes „**Museum für die arbeitenden Klassen.**"

Der Plan zu dem **Kongresse** datirt schon aus dem Jahre 1847. Was zunächst die Veranlassung zu dem Kongresse und die Geschichte des ganzen Planes anlangt, faßte bei Gelegenheit des „Congrès pénitentiaire" in Brüssel ein großer Theil der Mitglieder den Beschluß einen allgemeinen Verein zu dem Zwecke zu gründen: „die Männer, welche sich in den verschiedenen Ländern mit dem **Loose der arbeitenden und ärmeren Klassen** beschäftigen, mit einander in Verbindung zu bringen, den schriftlichen Verkehr unter ihnen und den zu diesem Zwecke gegründeten Privatvereinen zu erleichtern, offizielle Dokumente und Berichte, sowie sonstige Mittheilungen mit einander auszutauschen und überhaupt zur Verbreitung dieser Ideen und Plane zur Anstellung von Versuchen, zur Sammlung und Veröffentlichung von Thatsachen und gemachten Erfahrungen nach Kräften beizutragen und alle dahin zielenden Bestrebungen zu unterstützen." Die Ereignisse des Jahres 1848 unterbrachen diese Bestrebungen, aber bald nachher wurden die auf einige Zeit unterbrochenen Beziehungen wieder angeknüpft und die Berathungen wieder aufgenommen. Bei Gelegenheit des statistischen Kongresses zu Brüssel im Jahre 1853 war es nun, wo man bei Erörterung der auf das Leben, die Ausgaben, die Erziehung, Bildung ꝛc. der arbeitenden und dürftigen Klassen bezüglichen Fragen den einstimmigen Beschluß faßte, daß sich alle Männer, welche sich in verschiedenen Ländern mit Fragen über die **physische, moraliche und intellectuelle** Hebung der arbeitenden und dürftigen Klassen beschäftigen, zu einem allgemeinen Kongresse in naher Zeit vereinigen sollten. Auf Grund des Beschlusses entschieden sich nun einige der hervorragendsten

lichkeit die Anwesenheit dritter Personen unpassend erscheint. Die Verpflichtung geschieht bei den Kriegsgerichten durch Beeidigung der einzelnen Gerichtsmitglieder, welche in nachstehender Weise vorgenommen wird: Der Auditor hat vor einem auf dem Gerichtstische befindlichen Kruzifixe bei brennendem doppelten Kerzenlichte den Gerichtsmitgliedern folgende Eidesformel vorzulesen: „Ich schwöre zu Gott dem allmächtigen, allwissenden und gerechtesten Richter, daß ich ohne Rücksicht auf die Verhältnisse des Lebens, auf Macht und Ansehen, Armuth oder Reichthum, Freundschaft oder Feindschaft, Gunst oder Haß, über Dasjenige, was in diesem Kriegsgerichte wird vorgetragen oder verhandelt werden, bloß nach der festen Ueberzeugung, welche ich durch eine gewissenhafte Prüfung der vorgebrachten Beweise erlangt habe, und nach den vorgeschriebenen Gesetzen so sprechen will, wie ich es einst vor Gott, dem allmächtigen, allwissenden und gerechtesten Richter und vor Seiner Majestät unserm allergnädigsten Könige verantworten kann. Auch schwöre ich, Alles, was die Berathung und Abstimmung bei dem gegenwärtigen Kriegsgerichte betrifft, geheim zu halten." Nach Ablesung dieser Eidesformel hat jedes Gerichtsmitglied stehend nach dem Aufrufe des Auditor unter Aufhebung des Daumens, Zeige- und Mittelfingers der rechten Hand, die linke auf das Gefäß des Seitengewehrs gestützt, laut und verständlich die Worte auszusprechen: „Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort."

München, 20. April. Der Referent über den Entwurf, die Gerichtsorganisation betr., Herr Prof. Edel, hat sein Gutachten bereits vollendet, und in allen Haupt und Prinzipienfragen sich mit demselben einverstanden erklärt. Nur einige unwesentliche Modifikationen, wie z. B. die Kompetenz der Land- oder Bezirksgerichte bei Rechtsstreitigkeiten von einem gewissen Betrage ꝛc. werden von ihm vorgeschlagen. Leider ist Herr Prof. Edel, durch ein sehr bedauerliches Familien-Unglück plötzlich nach Hause gerufen, von hier abgereist, und muß die Berathung seines übrigens schon vollendeten Referats im 1. Ausschusse auf kurze Zeit ausgesetzt bleiben. Nach seiner Zurückkunft wird dieselbe sowohl im Ausschusse als in der Kammer alsbald erfolgen, da sie nothwendig der Budgetberathung vorangehen muß. (A. Abdz.)

* **Preußen.** Das Abgeordneten-Haus hat den Gesetz-Entwurf über den Bau einer Eisenbahn von Kreuz über Landsberg a/W., Küstrin und Frankfurt a/O. und einer Eisenbahn von Saarbrücken einerseits nach Trier und anderseits bis zur luxemburgischen Gränze bei Wasserbillig in der Richtung auf die Stadt Luxemburg, am 19. d. M. angenommen. Die Kosten sind auf 14 Mill. Thlr. angeschlagen und sollen durch ein Anleben aufgebracht werden.

Nassau. Wiesbaden, 19. April. Die auf die Interpellation in der Jagdgesetzfrage in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer ertheilte Antwort des Regierungskommissärs Schepp lautet im Wesentlichen, wie folgt: „Wegen Rückgabe der im Jahr 1848 den Berechtigten entzogenen und an die unberechtigten Gemeinden übergebenen Jagdrechte hatte die Regierung die Mitwirkung der Ständeversammlung in Anspruch genommen und ihr mehrmals Vorlagen gemacht. Beide Kammern erkannten auch das begangene Unrecht und die Nothwendigkeit der Sühne desselben an, konnten sich aber über die Art derselben nicht einigen: während die erste mit der Regierung die Herstellung des Rechts in der Rückgabe der in Besitz der Gemeinden befindlichen Jagdrechte fand, wies man in der zweiten Kammer auf eine Geldentschädigung der Verletzten hin — eine Expropriation, zu der keine Rechtsgründe vorliegen. Nach vielfachen Verhandlungen lag keine Aussicht zu einer Einigung der Kammern vor. Es erschien aber unzulässig, in weiterer Abwartung auf eine Verständigung das erkannte Unrecht länger bestehen und die Verletzten länger ohne Rechtsschutz zu lassen; die Regierung sah sich in die Nothwendigkeit versetzt, durch Erlassung des Gesetzes v. 20. Sept. v. J. vor allem den Rechtszustand wieder herzustellen, jedoch unter Aufrechthaltung der Garantien, die zum Schutze des Grundeigenthums der Jagd gegenüber bestanden, so daß durch das erlassene Gesetz faktisch im Wesentlichen nur die Aenderung eingetreten ist, daß die Jagdpachtgelder nicht mehr den Gemeindekassen, sondern den Berechtigten zufließen. Die Regierung kann die Richtigkeit des Satzes, daß durch das Gesetz vom 20. Septbr. 1855 das Rechtsbewußtseyn gestört worden sey, nicht anerkennen, und glaubt im Gegentheil, daß durch die Wiederherstellung des Rechts und den Schutz des Eigenthums das Rechtsbewußtseyn nur gestärkt werden kann." Schließlich wurde eine Vorlage an die Ständeversammlung über die Jagdfrage zugesagt, sobald ausreichende Erfahrungen über die Wirkung des Gesetzes von 1855 gesammelt seyen.

Wiesbaden, 18. April. Nachdem die hiesige deutsch-katholische Gemeinde in der Maurergasse einen Bauplatz gekauft, reichte sie an die betreffende Behörde ein Gesuch um die Erlaubniß ein, daselbst ein Bethaus erbauen zu dürfen; dasselbe wurde jedoch abschläglich beschieden. (Mrh. Z.)

Thüringen. Am 15. d. M. hat zu Bucha bei Saalfeld eine Versammlung aus den Städten Gräfenthal, Saalfeld, Pößneck und Neustadt a/S. stattgefunden, in welcher Petitionen an die betreffenden Regierungen zur Erbauung einer von Sonnenberg aus über die genannten Städte nach Weida und Gera sich abzweigenden Saal-Orlabahn beschlossen wurden. (Fr. P.)

Oesterreich. Wien, 20. April. Die „Oesterr. Corresp." desavouirt alle von den Blättern verbreiteten Gerüchte bezüglich einer Vermehrung oder Dislocirung der kaiserlichen Truppen im Herzogthum Parma als gänzlich unbegründet. (T. D. d. A. Z.)

Wien, 19. April Das zwischen der k. k. Finanzverwaltung und der Gesellschaft Talebot, Laing, und Rothschild abgeschlossene Geschäft wegen Ueberlassung der italienischen Bahnen hat die kaiserliche Sanktion erhalten.

* In Prag soll eine Versicherungs-Anstalt errichtet und mit einer Eskomte-Bank verbunden werden.

Großbritannien.

London, 17. April. Die „Times" meldet, dem Vernehmen nach solle nächstens eine aus Offizieren und Zivilisten bestehende gemischte Kommission ernannt werden, um das System des Stellenkaufs im Heere einer Prüfung zu unterziehen.

London, 19. April. Der Graf Cavour ist hier angekommen. (Deutschland.)

Italien.

Die neapolitanische Regierung hat, wie es heißt, dem Baron Poerio seine Begnadigung anbieten lassen für den Fall, daß er darum einkomme. Poerio verweigerte, dies zu thun. (K. Z.)

Wie die Turiner „Opinione" meldet, haben in Parma der Minister des Innern und der Finanzminister ihre Entlassung eingereicht, weil sie die neue österreichische Truppenbewegung nach der piemontesischen Gränze zu mißbilligten (die übrigens von der „Oesterr. Korr." in Abrede gestellt wird).

* Oesterreich will sich, wie es scheint, in Italien gegen jede Ueberraschung sicher stellen. Allerhand Vorsichtsmaßregeln werden getroffen, wenn auch die kaiserliche Regierung nicht viel Aufhebens davon macht. Namentlich bemerkt man, wie die „Indep." meldet, eine starke Bewegung unter den österr. Truppen in Oberitalien. Unter dem Vorwande, die Besatzungen

---

Mitglieder jenes statistischen Kongresses in einer Privatsitzung dahin, daß zu einer anderweitig zu bestimmenden Zeit ein Wohlthätigkeits-Kongreß nach Brüssel berufen werden solle. Unter den Namen der Unterzeichner finden wir Deutsche, Engländer, Franzosen, Italiener, Belgier, Holländer, Dänen, Schweden, Spanier, Russen. Wir nennen von den Deutschen: Dr. Asher in Hamburg, Graf Cieskowski in Berlin, Justizrath Dael in Mainz, Dr. Engel in Dresden, Dr. Huber in Berlin, Dr. Julius in Hamburg, Geh.-Rath Mittermaier in Heidelberg, Frhr. v. Reden in Wien, Prof. Schubert in Königsberg, Dr. Varrentrapp in Frankfurt a M., Geh.-Rath Weinlig in Dresden Das Organisations-Komite, welches aus den tüchtigsten ökonomischen Kräften von anerkanntem Rufe besteht (Graf Arrivabene, Bidaut, Ducpetiaux, Faider, Roier, Romberg, Vissbers), ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß man, um zu reiflich erwogenen Entschließungen und wahrhaft praktischen Resultaten zu gelangen, den Kreis der Arbeiten des Kongresses begränzen und die zu erörternden Fragen auf mehrere Sessionen vertheilen müsse, die nach einander entweder in Belgien oder in andern Ländern gehalten werden sollen. Die Mittel zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen lassen sich in verschiedene Kategorien theilen, je nachdem sie sich auf das materielle, moralische oder intellectuelle Leben beziehen. Auf dem nächsten Brüsseler Kongresse soll nun über Fragen des materiellen Lebens und namentlich über Mittel berathen werden, um dem Mangel an Unterhaltsmitteln abzuhelfen und ihren Preis zu erniedrigen. Demgemäß heißt es denn auch gleich im Eingange des Programme: „Le congrès de bienfaisance dans la session de 1856 discutera les moyens d'améliorer la condition matérielle des classes ouvrières." — Ueber den weiteren Inhalt des Programmes mögen folgende Bemerkungen Aufschluß geben: „Die Mittel zur Verbesserung der materiellen Lage der arbeitenden Klassen werden in dem Programme überhaupt in drei Haupt-Rubriken getheilt, je nachdem sie umfassen: I. Die Ernährung. II. Die Wohnung, das Mobiliar, die Bekleidung. III. Die Vervollkommnung der Handwerkszeuge und Arbeits-Instru-

von Bologna und Ankona zu wechseln, hat man die in jenen beiden Orten liegenden k. k. Truppen verstärkt. Auch die in den Herzogthümern Parma und Modena stehenden österr. Streitkräfte sind verstärkt worden, und man fügt hinzu, Oesterreich halte ein Korps von 6000 Mann bereit, um nöthigenfalls Toskana von Neuem zu besetzen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 21. April. Laut Tagesbefehl vom 17. d. wird die Reichswehr (Opoltschenie) entlassen. Graf Orloff ist an die Stelle des Fürsten Tschernitscheff zum Präsidenten des Reichsraths und des Ministerkonseils ernannt.
(L. D. d. N. K.)

Warschau, 16. April. Fürst Gortschakoff hat vor Kurzem eine Spezialkommission eingesetzt, welche sich mit den Mitteln beschäftigen soll, die geeignet sind, dem seit zwei Jahren schwer niedergedrückten Handel einen neuen Aufschwung zu geben. Der so eben abgestattete Bericht besagt, daß die Lokalbank unter den gegenwärtigen Umständen, ohne ihr Kapital zu vermehren und ihre Statuten zu ändern, ihre Diskontirungen nicht ausdehnen und der Industrie keine unmittelbaren Dienste leisten kann. Unter diesen Verhältnissen hat der Verwaltungsrath des Königreichs beschlossen, fremde Kapitalien zu Hülfe zu nehmen. Wie man vernimmt, soll die Berliner Diskontogesellschaft eingeladen werden, Kommanditen in Warschau, Lublin und Kalisch zu errichten. Die russische Regierung soll bereits Maßregeln beschlossen haben, um finanzielle Transaktionen und die Geldzirkulation zu erleichtern. Vergangenen Montag hat der Verwaltungsrath definitiv alle Projekte verworfen, die ihm in Betreff der Errichtung eines polnischen Kredit Mobilier vorgelegt worden waren, sowie auch die Anerbietungen, die mehrere neugegründete fremde Banken gemacht hatten. (Nat.-Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× **Berlin**, 20. April. (Privat-Korrespondenz.) Gestern ist von Sr. Maj. dem Könige der Friedenstraktat durch Allerhöchste Unterschrift ratifizirt worden. Die von dem Grafen Cavour angeregte italienische Frage scheint auf dem Kongreß zu Paris nicht zur Berathung gekommen zu seyn, wenn auch versucht worden ist, dieselbe in den Kreis der Besprechungen hineinzuziehen. Die Angelegenheit ist, wie man annimmt, als eine solche angesehen worden, welche außerhalb der Momente liegt, die zu Paris Beschlüssen unterworfen wurden. — Wie es den Anschein hat, so sträubt sich Oesterreich, die Donaufürstenthümer sofort zu räumen und will erst seine Truppen alsdann zurückziehen, wenn die Frage, welche Persönlichkeit an die Spitze der Moldau und Wallachei gestellt werden soll, entschieden und überhaupt die Organisation der Donaufürstenthümer definitiv geregelt worden ist.

* Die „Presse d'Orient" bestätigt, daß der Hat-Humayum vom 18. Febr nicht in den vom 30. März gezeichneten Vertrag aufgenommen worden ist, und die Bevollmächtigten sich nur darauf beschränkt haben, den hohen Werth dieses Aktenstücks anzuerkennen.

Aus dem Orient.

Ueber die Unruhen in der Türkei sagt die „Triester Zeitung": „Der Hat-Humayum, dieser Versuch zur Gesittung des türkischen Volkes nach europäischem Muster, stößt auf größere Hindernisse als man Anfangs ahnte, und von vielen Seiten hört man, daß der Fanatismus das Haupt erhebe und sich den Anordnungen desselben zu widersetzen suche. Wie in Ismit kommen auch an andern Orten Ruhestörungen vor, und wenn sie auch bisher vereinzelt blieben, so zeigen sie doch, was zu erwarten, wenn man die Türkei sich selbst überließe. Vor, in Caramanien, Amasia, Nikomedien und Siva waren die Schauplätze bedauernswerther Unordnungen. In Vor vergriffen die Türken sich an den Christen auf der Straße, sie plünderten ihre Wohnungen und schändeten ihre Frauen. Alle Nichtmohamedaner mußten fliehen und sich in die Klöster, in die Berge und Wälder retten. In Nikomedien, Kleinasien, woselbst sich eine englische Truppen-Division befindet, trugen die Christen darauf an, die Kirchenstunde durch eine Schnarre ankündigen zu dürfen; die Engländer, welche den Hat als eine Thatsache betrachteten, hatten natürlich nichts dagegen; allein kaum wurde die Schnarre vernommen, als die Türken darüber herfielen und sie in tausend Stücke zerhieben. Die Engländer riethen hierauf, sich einer Glocke zu bedienen. Die Christen standen Anfangs den Fanatismus der Türken fürchtend, an. Als sie aber endlich den Engländern willfahrten, geriethen die Türken in solche Wuth, daß sie in die Kirche eindrangen, zwei Priester, welche gerade den Gottesdienst verrichteten, erwürgten und vier oder fünf andere Personen verwundeten. Die Engländer sahen sich hierauf genöthigt, Gewalt gegen die Wüthenden anzuwenden, von denen sie ziemlich viele, namentlich zwölf der ersten Urheber des Tumultes, tödteten. Eben so sind in Damaskus Raufereien der Mohamedaner mit Christen und Israeliten vorgekommen."

* Die „Gazette du Midi" schreibt: Eine französische Division, aus vier Regimentern bestehend, hat Konstantinopel verlassen, um nach Frankreich zurückzukehren. Man erwartete sie am 23. d. und werden diese Truppen auf den Inseln von Hyeres und St. Marguerite ausgeschifft werden, um dort zwei Lager zu bilden.

* **Konstantinopel**, 10. April. Zehn Linienschiffe und zehn Fregatten sind nach Kamiesch wahrscheinlich in der Absicht gesandt worden, einen Theil der französischen Armee aus der Krim zurückzuführen.

Wie bereits gemeldet; wird vorerst bloß die Hälfte der österreichischen Besatzungstruppen aus den Donaufürstenthümern zurückgezogen; die andere Hälfte bleibt, bis die Reorganisation dieser Länder vollständig geordnet ist.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 21. April. Der Umsatz war heute nicht belebt, die Stimmung im Ganzen flauer, nur Nordbahn und Weißenburger wurden zu höheren Kursen umgesetzt. — Elisabethbahnaktien 110.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1335 P. 1330 G. Neue Bankaktien 452 P. 450 G. Credit-Actien à 5pCt 204½ P. 202½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 85¼ P. 85 G. 5pCt. Lombard-Ven. 91½ P. 91 G. Metall. alte à 5pCt. 84¼ P. 84 G.; à 5pCt. in Silber b. fl. 91½ P. 91 G.; à 4½pCt. 75½ P. 75 G.; à 4pCt. 68 P. 67½ G.; à 3pCt. 52½ P. 52 G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107⅜ P. 107⅛ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 314 P. 312 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87½ P. 87 G.; 4pCt. — P. 93¾ G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 100⅛ P. 99⅝ G.; 5pCt. 100¾ P. 100¼ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 159 P. 158½ G. Neustadt-Weissenb. 117½ P. 117 G.

---

mente und die Fürsorge für die Gesundheit in ihren Beziehungen zur Ausübung der industriellen Beschäftigungen.

In Betreff der vom Programme vorgesehenen übrigen einzelnen Fragen, welche man auf dem Kongresse, der am 15. Sept. zu Brüssel eröffnet werden soll, behandeln wird, müssen wir auf die „Germania" (Nr. 11) verweisen. Ein besonderes Interesse aber möchte das zugleich aufzustellende „Oekonomische Museum" bieten.

Schon auf der Pariser Weltausstellung war etwas Aehnliches versucht worden. Dicht an dem einen Ausgange des Hauptpalastes in dem anmuthigen Garten, worin die landwirthschaftlichen Instrumente und die verschiedenen Gartenmöbel im Freien ausgestellt waren, sah man noch eine Exposition spéciale, unter dem Namen: Galerie de l'economie domestique, als Appendix zu der großen Ausstellung erstehen. Sie enthielt billige Nahrungsmittel, namentlich verschiedene Proben von Brodsorten, von trockenem gepreßtem Gemüse, billige Stoffe aller Art, billige Möbel, Hausgeräthe und fertige Kleider, überhaupt Gegenstände des täglichen und häuslichen Gebrauches. Man erzählte sich damals von einer Aeußerung der Kaiserin: „Cette exposition est très intéressante, c'est une bonne et une utile création; j'espère qu'elle deviendra permanente, je le désire beaucoup," und diese Worte mochten Einiges dazu beigetragen haben, eine recht reiche Corona des schönen Geschlechtes von Paris bisweilen in den Hallen jener Gallerie zu versammeln. Indessen war an den dort ausgestellten leblosen Gegenständen nicht allzu viel Interessantes zu entdecken. Das Ganze trug zu sehr den Charakter einer eilfertigen, unsystematischen Zusammenstellung an sich, wobei sich übrigens, da das Projekt erst so spät bekannt und ausgeführt wurde, meist nur französische Produzenten betheiligen konnten. Die Herstellung wohlfeiler und allgemein nützlicher Produkte ist aber bekanntlich die schwächste Seite der französischen Industrie. Nichts desto weniger verdiente jener Versuch vollkommen das Lob einer guten und nützlichen Schöpfung, welcher dringend zu wünschen war, daß sie permanent werde.
(Schluß folgt.)

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 116½ P. 116 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89¼ P. 88¾ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45¼ P. 41¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81½ P. 81 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 65½ P. 65 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100½ P. 100G.; 4½pC. 102¼P. 101¾G.; Loose à fl. **50** 112¾P. 112½G.; à fl. **25** 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 352 P. 350 G.; junge 305 P. 303 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 105½P. 105 G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 47¼ P. 47 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¾ P. 89¼ G., Loose à fl. 25 31⅝P. 31⅜G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾P. 92¼G.; Bankaktien 122 P. 121½ G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81¾P. 81¼G. **Homburg.** Bankaktien P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 88P. 87½G. **Spanien.** 3pCt. int. Schuld 40¼P. 40 G.; 3pCt. neue 25 P. 24⅞ G. **Holland.** Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120⅜ P. 120⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 119⅞ G.	Mail. ... fr. 250 k. S. 101½ P. 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅜ P. 105⅛ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅝ P. 94⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97⅛ P. 96⅞ G.	Wien d. 100 C. k. S. 118 P. 117¾ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89⅛ P. 88⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 117¾ P. 117½ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

---

† Amsterdam. 18. April. (Privat-Korrespondenz.) Heute war die Haltung des Getraidemarktes zwar nicht flauer, aber das Geschäft nichts bezeichnend, besonders in Waizen, welcher unverändert im Preise, ohne Begehr aber auch ohne irgend angeboten zu werden. Roggen zu vorigen Preisen vergeblich für Export beachtet, Kleinigkeiten 119pfd. inländ. und Pommer f. 268, also f. 5 a 6 b. höher bezahlt. Gerste stille und unverändert.

Rappsaat bei 175 L. neuer Kündigung noch unverändert. Rüböl stille: cont. f. 49¼.½; 1°. Mai f. 48¾.⅝; 1°. Septbr. f. 40¾.½; 1° Oktbr. f. 40½; 1°. Novbr. a Dezbr. f. 40¼.½ Leinöl flau: cont. f. 33¾.33; 1°. Mai f. 33.32½; Herbst f. 31½.30¾. Oberrheinische Kuchen in Auktion, brachten durchschnittlich f. 70 für Rapps, f. 80 a 85 für Lein.

PS. 4½ Uhr. Waizen nur Kleinigkeit an Konsum, 132pfd. Gelderschen f. 415; 129pfd. wb. Poln. f. 600; 115pfd. sehr ord. n. bunt do. f. 330. Roggen noch: 120pfd. Preuß. f. 310; 123pfd. Rostock f. 385; 119pfd. Archang. f. 280, ebenfalls Klein. Gerste ohne Umsatz. Buchwaizen f. 10 niedriger: 121 125pfd. Holst. f. 263.275; 117pfd. inländ. f. 244.

London, 11. April. Der Vorrath von Kaffee betrug am 1. April auf den sechs Hauptmärkten Europas total 1,463,000 Ztr. gegen 1,086,000 zur selben Zeit 1855. Der Vorrath von Rohzucker bestand am 1. April 1856 auf den sechs Hauptmärkten Europas aus total 2,093,000 Ztr., gegen 2,164,000 Ztr. zur selben Zeit im vorigen Jahre.

In Folge sehr starker Zufuhren hat sich Rohzucker nicht behaupten können und sind Preise 6 d. 1 sh. gewichen, schwimmend sind unter andern 32,000 Sack gedeckt Manilla per Miles Barton zu 26 sh. 6 d. frei Havarie für Köln genommen, 1900 K. Havana Nr 11½ wurden mit 29 sh. 6 d. für Bremen bezahlt. Vorrath in Großbritannien am 1. ds. 85,550 Tons gegen 81,000 Tons zur selben Zeit im vorigen Jahre.

Kakao still, Bahia 38—39 sh.
Kaffee sehr still, gut ord. nativ 51½ sh., superior 53 sh.

Neueste Nachrichten.

∞ München, 21. April. (Privat-Korrespondenz.) Der Abg. v. Lerchenfeld hat mit mehreren Genossen den Antrag an die 2. Kammer gestellt: 1) Es wolle die Bitte an Se. Maj. den König zu bringen beschlossen werden, daß im Landtags-Abschiede mit Gesetzeskraft ausgesprochen werde: „Die Juden sind in Ansehung der Ansässigmachung an Orten, wo bereits Juden wohnen, den Christen gleichgestellt. Die Beschränkung auf die Matrikelzahl ist aufgehoben. Hinsichtlich der Ansässigmachung der Juden an andern Orten hat es vorläufig noch bei §. 13 des Ediktes vom 10. Juni 1813 sein Bewenden. Es soll jedoch bei Ansässigmachung der Juden in Städten mit magistratischer Verfassung die Bewilligung nicht versagt werden, wenn die Aufnahme von Seite der Gemeindebehörde ertheilt worden ist.“ 2) Hohe Kammer wolle beschließen, die weitere Bitte an die Krone zu bringen, im Landtagsabschiede weiter mit Gesetzeskraft aussprechen zu wollen: „Die Juden sind bezüglich der Ausübung der Gewerbe den christlichen Staatseinwohnern gleichgestellt, die bisher bestandenen Ausnahmsbestimmungen sind aufgehoben.“

Der 5. Ausschuß hat, wie es in dem bezüglichen Protokoll heißt, „nachdem dieser Antrag zur Kompetenz der Kammer geeignet, die Wichtigkeit desselben für einen großen Theil der Staatsangehörigen in die Augen springt, diese Wichtigkeit von Seite der kgl. Staatsregierung durch eine noch viel weiter gehende Gesetzesvorlage im Jahre 1849 ebenso wie durch die mit großer Majorität gefaßten zustimmenden Beschlüsse der Kammer auch anerkannt wurde und durch den vorliegenden Antrag nur die Beseitigung der auf den Juden noch lastenden bürgerlichen Beschränkungen bezielt wird,“ denselben sowohl formell als zulässig, als materiell zur näheren Würdigung geeignet befunden.

∞ Die Gastwirthe des Landgerichts Ebern beantragen in einer Vorstellung d. d. 12. Februar Aufhebung der Verordnung vom 27. Mai 1813 der großherzogl. Würzburgischen Landesdirektion, und damit Aufhebung des Verbotes des Haltens von Tanzmusik in den Aerntemonaten Juli und August. Diese Vorstellung hat sich der Hr. Abg. Frhr. v. Rotenhan in der Art und Weise angeeignet, daß dieselbe empfehlend an das kgl. Staatsministerium des Innern hinüberzugeben sey. Der 5. Ausschuß der 2. Kammer ist mit diesem Antrag einverstanden.

Die Schullehrer der Distrikte Euerdorf, Obernburg, Klingenberg, Hammelburg und Arnstein haben in einer Vorstellung vom 24. Febr. Anträge auf Regulirung der Pensionsverhältnisse der Schullehrer gestellt, welche sich der Abg. Frhr. v. Gumppenberg in der Art angeeignet hat, daß dieselben dem k. Staatsministerium zur geeigneten Berücksichtigung bei Normirung der Verhältnisse der Schullehrer empfehlend hinüberzugeben seyen. Da durch den gestellten Antrag die Finanzkräfte des Staates in Anspruch genommen werden wollen, so wurde bei unzweifelhaft feststehender Kompetenz dem Aneignungs-Antrag entsprechend vom 5. Ausschuß der 2. Kammer beschlossen, es sey die gestellte Vorstellung dem königl. Staatsministerium empfehlend hinüberzugeben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bohmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 113. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 18 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 23. April 1856

Deutscher Bund.

Das neueste Heft der „Minerva" enthält in Bezug auf die beabsichtigte Gründung mehrerer neuen Kreditbanken in verschiedenen deutschen Staaten und auf die Maßregeln, welche die französische und preußische Regierung zur Beschränkung des Börsenspiels ergriffen haben, eine Zusammenstellung der Einzahlungen, welche in den nächsten Jahren, meistens aber noch in dem laufenden, innerhalb des Bereichs der deutschen Börsen zu leisten sind. Es ergiebt sich daraus in runder Summe ein Kapitalbedarf von mehr als 347,542,000 Thalern, wovon Banken 61,145,000, Eisenbahnen 263,300,000 (preußische 131 Mill., österreichische 96 Mill., bayerische 28½ Mill.), Bergwerks-Gesellschaften 15,044,000, Schifffahrts-Gesellschaften 2,403,000, Fabrikunternehmungen 5,650,000 Thlr. in Anspruch nehmen.

(Sch. M.)

** **Bayern.** München, 21. April. (Priv.-Korresp.) Für das Militär-Budget sind von der Staatsregierung folgende Postulate gestellt worden: 8,244,900 fl. und durch einen besonderen Nachtrag weitere 202,200 fl. für die aktive Armee, sohin im Ganzen 8,447,100 fl.; 913,000 fl. für die Gendarmerie; 50,000 fl. für das militärisch-topographische Bureau; 1,072,000 für die Pensionen und Medaillen-Zulagen; 92,000 fl. für den Wittwen- und Waisen- und Invalidenfonds, in Summa 10,574,100 fl. In der am 18. April stattgefundenen Sitzung des 2. Ausschusses wurde hierüber vom Referenten Abg. Langguth Vortrag erstattet, und von demselben beantragt: 1) Die Positionen für das militärisch-topographische Bureau und den Wittwen- und Waisen- und Invalidenfonds mit 50,000 und 92,000 fl. unbeanstandet zu lassen; 2) den Voranschlag für die aktive Armee nur auf 7,740,000 fl. zu genehmigen; 3) an der Position für die Gendarmerie 80,000 fl. für Pensionen wegzunehmen, und diese Pensionen mit dem Militär-Pensionsetat zu vereinigen, sodann den Gendarmerieetat auf 833,000 fl. zu stellen; 4) den Militär-Pensionsetat, einschließlich der Gendarmerie-Pensionen, nur auf 1,000,000 fl. zu genehmigen, davon aber 400,000 fl. auf die Pensions-Amortisations-Kasse der Staatsschuldentilgungs-Anstalt zu überweisen, und die verbleibenden 600,000 fl. als Pensionsetat zu belassen, wodurch ein Gesammt-Postulat von 9,315,000 fl. sich entziffert, demnach eine jährliche Abminderung von 1,259,100 fl. — Auf den Vorschlag des Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld wurde an dem Etat für die aktive Armee eine weitere Minderung von 240,000 fl. beschlossen, so daß die Abminderung jährlich 1,499,100 fl. beträgt, und das begutachtete Gesammt-Postulat für das Militär auf 9,075,000 fl. sich stellt, ausschließlich der 400,000 fl. Pensionen, welche auf die Pensions-Amortisations-Kasse überwiesen worden. Würden diese Beschlüsse zum Kammerbeschluß erhoben, so würde daraus eine Abminderung von 8,994,600 fl. auf die sechs Jahre der Finanzperiode hervorgehen.

München, 22. April. Se. Maj. der König haben das Kurat- und Schul-Benefizium Margertshausen, Ldg. Göggingen, dem Priester Fr. X. Reinauer, Kaplan in Eresing, Landg. Landsberg, übertragen; vorläufig einen Notar in Rockenhausen angestellt, und auf diese Notarstelle den Notar J. Baumann von Rheinzabern versetzt, zum Notar in Rheinzabern aber den geprüften Rechtskandidaten Philipp Becker von Grünstadt ernannt.

(N. M. Z.)

Die „N. M. Z." berichtigt einen (auch von uns gegebenen) Artikel der „Allg. Z." bezüglich des bevorstehenden Ordensfestes des k. Haus-Ritterordens vom heil. Georg in der Angabe der Ordens-Kandidaten, welche bei diesem feierlichen Anlasse von Sr. Maj. dem König den Ritterschlag erhalten werden. Es werden nämlich nur zwei Kandidaten diese hohe Auszeichnung erhalten, und zwar die HH. Ludwig Frhr. v. Bongart, Erbkämmerer des Herzogthums Jülich, und Ludwig Frhr. v. Malsen, k. Kämmerer dahier.

München, 21. April. In diesen Tagen gehen wieder mehrere Kommissionen in Sachen der Steuer-Katastrirung und Güter-Bonifikation vornämlich nach Oberfranken in die Landgerichtsbezirke Naila, Nordhalben und Hof von hier ab, um diese wichtigen Geschäfte zum Abschluß zu bringen. Auf Wunsch der Regierung des Herzogthums Sachsen-Koburg-Gotha wird auch in jenem Lande die Vermessung und Bonifizirung durch die diesseitigen Beamten vorgenommen werden, und ist auf Grund des darüber abgeschlossenen Vertrages ein Rath der kgl. Steuer-Kataster-Kommission dorthin abgereist, die nöthigen desfallsigen Vorarbeiten zu leiten.

Oekonomisches Museum für die arbeitenden Klassen.

(Schluß.)

Diesen letzteren Gedanken einer permanten Ausstellung in diesem Genre oder der Errichtung eines sogenannten ökonomischen Museum für die arbeitenden Klassen verdankt man nun aber dem unermüdlichen Streben eines verdienten Engländers, Namens T. Twining jun., eines Mitgliedes der bekannten Society of Arts, welcher in der Verfolgung dieses Planes und in der Sorge für das Wohl der arbeitenden Klassen die schöne Aufgabe seines Lebens zu finden scheint. Derselbe hat schon im Jahre 1852 dargelegt, wie sehr die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen in Bezug auf ihre Wohnungen, ihre Möbel und Hausgeräthe, ihre Kleidung, ihre Nahrungsmittel, kurz, auf Alles, was auf ihre materiellen und sanitätischen Verhältnisse Bezug hat, erleichtert werden könnte durch öffentliche Sammlungen von Gegenständen zu ihrem Gebrauche, die, mit Sorgfalt ausgewählt, klassifizirt und mit Gebrauchsanweisung versehen, populäre Belehrung zum Zwecke hätte. Hr. Twining hat, unterstützt von der Society of Arts und der Pariser Société d'économie charitable, diese Idee weiter verfolgt und sie zuerst in Paris in jener Spezial-Ausstellung verwirklicht gesehen. Vollkommener wird dies in London der Fall seyn, wo ein wirkliches stehendes ökonomisches Museum für die arbeitenden Klassen gegründet wird. Der wesentliche Inhalt der gemachten „Vorschläge zu Sammlungen von Gegenständen der häuslichen und sanitätischen Oekonomie zum Gebrauche der arbeitenden Klassen" ist folgender:

„A. In den meisten Ländern, vorzüglich in England, sind die Gesundheitsrücksichten und der häusliche Wohlstand der industriellen Bevölkerung, besonders in Bezug auf deren Wohnung in Stadt und Land, der Gegenstand einer wohlgeleiteten und thätigen Theilnahme geworden. Die Resultate, welche in dieser Beziehung sowohl durch verschiedene Gesellschaften in England, als auch durch die kaiserliche Regierung in Frankreich, die nicht weniger als eine Summe von 10 Millionen Franken diesem Zwecke gewidmet hat, erzielt worden, sind im höchsten Grade aufmunternd. Dennoch ist es immer klarer geworden, daß Mustergebäude für die arbeitenden Klassen nicht eher zum allgemeinen Vorbilde genommen werden, als bis man den Bauherren und Spekulanten die Mittel an die Hand gegeben hat, sie beinahe so einträglich zu machen, als dies bei den Wohnungen des alten Styles der Fall ist. Um dies zu bewirken, muß man jede wohlfeile Verbesserung in Hinsicht auf Material, Einrichtung, Möblirung u. s. w. aufbieten, d. h. zusammensuchen und sie in einem leicht zugänglichen Lokale aufstellen. Dieses wird ein ökonomisches Museum abgeben, oder vielmehr das erste Departement desselben, indem, wie wir gleich sehen werden, sich noch mehrere andere dazu gesellen müssen. — B. Es ist ferner klar, daß eine Reform der Wohnungen, welche ganz richtig als der erste Schritt zur Verbesserung der physischen Lage der arbeitenden Klassen gewählt wurde, weit davon entfernt

München, 22. April. Der Verwaltungsrath der „k. b. priv. Gesellschaft der Ostbahnen" hat vertragsmäßig zu bestehen: aus den Mitgliedern des Eisenbahn-Consortium und aus fünf von Sr. Maj. dem König zu ernennenden Technikern und Verwaltungsbeamten (deren Ernennung wir gestern schon meldeten). Erster Präsident des Verwaltungsrathes (wie des Consortium) ist Sr. Durchl. der Fürst von Taxis zu Regensburg. Der Vertrag enthält die Bestimmung, daß dieser Verwaltungsrath bis zur Vollendung der Bahnen unverändert zu bestehen hat, so daß der ganze Bau ꝛc. von ein und denselben Händen wird geleitet werden, während sonst gewöhnlich bei Privatgesellschaften die Mitglieder des Verwaltungsrathes fast jährlich durch die Wahlen der Generalversammlungen wechseln. (Augsb. Abdz.)

× **Preußen.** Berlin, 21. April. (Privat-Korresp.) Der Ministerpräsident von Manteuffel weilt diesen Augenblick noch zu Frankfurt a/M. und wird morgen Vormittag mit dem Schnellzuge hier eintreffen. Er hat vom Kaiser Louis Napoleon das Großkreuz der Ehrenlegion erhalten.

Oesterreich. Wien, 19. April. Die Bankiers Gebrüder Haber beabsichtigen die Bildung eines neuen Vereins, welcher den Titel: „Aktiengesellschaft für landwirthschaftliche Unternehmungen" führen wird, er erstreckt sich nach dem Programme über die österreichische Monarchie; die Größe des Kapitals ist auf 50 Millionen Gulden, in zwei Serien, zu 20 und zu 30 Millionen, festgesetzt; der Verwaltungsrath wird aus 15 Mitgliedern bestehen.

Die Fürsten Sapieha und Graf Badeni haben als eventuelle Gründer und im Namen einer aus der Blüthe des Adels und den mächtigsten Finanzmännern Galiziens zusammengesetzten Gesellschaft an den Stufen des Thrones und zugleich den hierzu berufenen Ministern ihr bestimmtes Ansuchen: um käufliche Ueberlassung der vom Staate gebauten, und um Konzessionirung für die noch zu bauenden galizischen Bahnen überreicht.

Großbritannien.

Die Reise Cavours nach London setzt allerlei Gerüchte in Umlauf. In der verschiedensten Gestalt tritt der Argwohn auf, der sardinische Minister schmiede mit Palmerston zusammen Ränke und Pläne zu Bewegungen in Italien. (Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 20. April. Das Protokoll der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 18. enthält den Protest des Grafen Montalembert gegen den Beschluß des Kassationshofs über die Straffälligkeit der Vertheilung von Wahlbillets ohne Erlaubniß des Präfekten.

Paris, 20. April. Die Regierung beabsichtigt, einen Kredit von 14 Millionen von den Kammern zu verlangen, um die Interessen der Eisenbahnen zu decken, welche die Garantie des Staates erhalten haben und jene noch nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. (K. Z.)

Im Arriège-Departement sind die Gerichte gegen zahlreiche Banden von Landleuten eingeschritten, die sich eigenmächtig in den Besitz von Aeckern, Wiesen und Waldungen gesetzt haben, welche dem Staate gehören und deren Herausgabe oder Bezahlung sie verweigern. Schon kam es in einzelnen Fällen zum Widerstande gegen die Gendarmen, welche die häufigen Waldfrevel verhindern wollten.

Paris, 21. April. Auf dem Platz der Abtei St. Germain des Prés findet ein fortwährender Kuchenmarkt statt, welcher unter der Jugend zahlreiche Kunden zählt. Gestern Abend nun haben diese Gassenjungen die Händler völlig ausgeplündert, worauf Letztere gegen diese Bande Klage erhoben. Heute Morgen wurden von der Polizei 10 dieser jungen Missethäter aus der Jakob- und Benediktstraße arretirt und unter sicherer Eskorte ins Gefängniß abgeführt. Diese Verhaftungen erregten ungeheure Aufregung der Jugend dieses Stadttheils und heute um 11 Uhr gelang es den Polizeidienern nur mühsam, die Jakobsstraße von der massenhaft herbeigeströmten Jugend der Vorstadt St. Jakob und St. Germain zu reinigen, die sich daselbst aufgestellt hatte. Die Strafbaren, welche für ihr Vergehen Rechenschaft ablegen werden, stehen im Alter von 6 bis 10 Jahren. Das Haupt der Bande ist 9 Jahre alt.

Paris, 21. April. Der Staatsrath und der gesetzgebende Körper beschäftigen sich gegenwärtig mit der Steuerfrage. Die Regierung ist entschlossen, auf dem eingeschlagenen Wege der Einfuhrerleichterung fremder Artikel weiter zu gehen. Das Prinzip der Handelsfreiheit wird, in der bisherigen vorsichtigen Weise weiter geführt, in den beiden Körpern keinen Widerstand finden. (Fr. J.)

Paris, 22. April. Um allmählich die Armee auf den Friedensstand zurückzuführen, werden das 1. Regiment der Chasseurs d'Afrique, 2 Regimenter der Fremdenlegion, das 101. und 102. Linien-Infanterieregiment und die 4. Bataillone der Regimenter aufgelöst. Die verbleibenden Bataillone erhalten dagegen 8 statt 6 Kompagnien. (T. D. d. A. Z.)

Italien.

Turin, 17. April. Vorgestern wurde der Abgeordneten-Kammer angezeigt, daß ihr Mitglied, General Alfonso Lamarmora, zeitiger Befehlshaber der Krimarmee, vom König zum Oberbefehlshaber des sardinischen Heeres ernannt worden sey. Diese Botschaft wurde von dem Hause mit endlosem Beifall aufgenommen und verdient sicher in diesem Augenblick auch auswärts berücksichtigt zu werden. Hier pocht man auf die Unterstützung von Frankreich und England und nimmt deßhalb eine von Tag zu Tag herausforderndere Sprache an. Ueberhaupt weht hier, nachdem kaum der Donner der Kanonen zur Friedensfeier verklungen, eine nichts weniger als friedliche Luft, und an hundert Merkmalen ist zu verspüren, daß für den Fall, daß der Pariser Kongreß, sey es aus Ohnmacht, sey es plangemäß, nichts für Italien thut und dasselbe sich selbst überläßt, hier gar gerne auf eine Weise vorgeschritten werden würde, daß das Geläute der Friedensglocken bald darüber verstummen dürfte. Der herrschende Gedanke in den leitenden Regionen ist Kühnheit und sofortige Benützung eines Augenblicks, wie er, ihrer Meinung nach, so günstig für Italien noch nicht dagewesen. Einerseits die, wenn auch nur vermeintliche Isolirung eines Todtfeindes (Oesterreich), andererseits das durch ein Vorwärtsgehen nothwendig werdende sichere Zuhülfeeilen kompromittirter Freunde, dazu ein auf dieser Höhe und in dieser Ausdehnung

---

ist, der einzige Schritt zur wünschenswerthen Hebung ihrer häuslichen Oekonomie zu seyn. Es gibt kaum einen Theil derselben, in dem der Arbeiter jetzt denjenigen guten Gebrauch von seinen Mitteln macht oder denjenigen vollen Geldeswerth für sein Geld bekommt, den er bei besserer Kenntniß und richtigerer Würdigung seiner Hülfsquellen erlangen könnte. Diese Kenntniß und diese Würdigung herbeizuführen, würde einer der Hauptzwecke des ökonomischen Museum seyn. Hausgeräthe, Kleidungsstücke, Nahrungsmittel, Brennmaterial ꝛc. werden sich daselbst vorfinden, nebst allem, was dazu dienen kann, dem Arbeiter eine wohnliche Heimath zu verschaffen oder die Bürde seiner Arbeit zu erleichtern. Ein wesentlicher Gesichtspunkt der wohlthätigen Wirkung, welche so zu erreichen in Aussicht steht, ist, daß das Ganze in jener anspruchslosen nicht zudringlichen Weise geboten wird, die den Arbeiter geneigt macht, es zu würdigen. Eine sorgfältige und gewissenhaft ausgeführte Sammlung, die das für ihn Empfehlenswertheste und Interessanteste enthält, wird vor seinen Augen hier aufgestellt seyn, während es seinem guten Willen überlassen bleibt, Gebrauch davon zu machen, und seinem gesunden Verstande, es zu seinem Besten zu verwenden. — C. Ehe wir unseren Erfindern neue Leistungen abfordern, müssen wir uns vollkommen mit dem Vorhandenen bekannt machen, und andererseits muß der Arbeiter eines jeden Landes, der seine häusliche Lage vollkommen schätzen lernen will, sich einigermaßen mit der seiner fremden Brüder bekannt machen. Aus beiden Gesichtspunkten ist es wünschenswerth, daß unser Museum die gegenwärtige Lage der arbeitenden Klassen in den verschiedenen Welttheilen veranschaulichend darstelle, wodurch es auch bedeutend an Interesse gewinnen wird. — D. In einem Museum, das von dem Gesichtspunkte eines praktischen und populären Gebrauches aus errichtet ist, muß Alles aufgeboten werden, damit der Besucher in die bezüglichen Verdienste der ausgelegten Artikel mit wenigst möglicher Mühe eingehen könne. Jeder Artikel muß daher mit einem Zettel versehen seyn, der in klaren Typen und einfachen Ausdrücken diejenige Auskunft gibt (in Bezug auf kommerzielle Bewandtniß, Preis, Adresse behufs Beschaffung ꝛc.), welche die Unbequemlichkeit eines beständigen Nachblätterns im Kataloge aufheben möchte. — E. Nichts desto weniger muß die größte Sorgfalt darauf verwandt werden, daß auch der Katalog seine entsprechenden Dienste leiste. Er muß daher zu geringem Preise verkauft werden, reichlich mit Abbildungen versehen seyn und in faßlichem Style solche Nachweise enthalten, die ihn zu einem populären Handbuche befähigen mögen. Auf diese Weise können die Vortheile eines Museum einigermaßen auch auf entfernt wohnende Personen ausgedehnt werden. Außerdem kann für solche noch Manches durch die Errichtung kleiner Lokal-Sammlungen geschehen. — F. Ein peinlicher Umstand in der Lage der arbeitenden Bevölkerung ist, daß diese bei Ausführung ihrer Berufsarbeiten häufig plötzlichen Unfällen oder chronischen Beschwerden ausgesetzt ist. Der Produktion, Ausstellung und Annahme von Erfindungen zur Verhütung, Abhülfe und

noch nie dagewesener, fast bis zur Säuglingsbrust hinunter reichender tödtlicher Haß gegen die herrschenden Ausländer: unter diesen Auspizien glaubt man die italienische Trikolore mit nicht fehlendem Erfolg entfalten und die Scharte von Novara auswetzen zu können. (Schw. M.)

Spanien.

† Privatnachrichten aus Huelva melden von den Aufhetzungen gegen die jetzige Ordnung der Dinge, welche sich bald durch aufrührerische Handlungen, bald durch persiflirende Lieder kund geben, in welchen die höchsten Staatspersonen unschwer heraus zu erkennen sind. Dieser Cynismus der revolutionären Propaganda hat das Einschreiten der Regierung herausgefordert, welche mehrere der Häupter bestraft hat. Auch sind die Klagen in der Provinz über die Unregelmäßigkeit der Postbeförderung stets dieselben. Die Depeschen kommen gewöhnlich zu spät und die Briefe werden nicht sorgfältig befördert.

Rußland und Polen.

Königsberg, 21. April. Eben eingetroffene Berichte melden aus Rußland: „Aus Polen und Rußland ist die Ausfuhr gestattet von Schaffellen, Fleisch, Tuchen, Rindern, Pferden, Schweinen, Kornbranntwein, Spiritus, Tauen, Stricken, Leinwand und Heu. (T. D. d. A. Z.)

Petersburg, 12. April. Sicherem Vernehmen nach soll die Krönung des Kaisers im Kreml zu Moskau am 11. Sept. d. J. (neuen Styls) stattfinden. Auf diesen Tag fällt nach russischem Kalender die Uebertragungsfeier der heiligen Asche des St. Alexander Newski von Wladimir nach Petersburg. — Das Kriegsheer auf Friedensfuß erhält jetzt eine andere taktische Eintheilung. Aus der West-, Süd- und Mittel-Armee und den Truppen in der Krim werden zwei Armeen formirt. Die erste unter Oberbefehl des Fürsten Gortschakoff, die zweite unter dem des Generals Lüders; beiden Generalen stehen die Befugnisse von Armee-Kommandeuren in Friedenszeiten zu. Zur ersten dieser Armeen gehört das 1., 2. und 3., zur zweiten das 4., 5. und 6. Armeekorps. (K. Z.)

Aus Moskau vom 11. April wird dem „Constitutionnel" die Ankunft des Kaisers, der Großfürsten Konstantin, Nikolaus und Michael zur hundertjährigen Jubelfeier des Leibgarde-Regiments gemeldet. Am 11. Morgens fand in der Metropole zur Friedens-Feier ein Te Deum statt, worauf der Kaiser dem Militär-Gouverneur Grafen Zakrewski, dem Adel und den Großwürdenträgern feierliche Audienz ertheilte und denselben folgende Anrede hielt: „Der Krieg ist beendet, meine Herren! Denn vor meiner Abreise von Petersburg habe ich mich beeilt, den Friedensvertrag, der von den in Paris versammelten Bevollmächtigten unterzeichnet war, zu ratificiren. Es freut mich sehr, Ihnen diese Kunde offiziell mittheilen und vor dem Adel Moskau's die Worte wiederholen zu können, welche ich in meinem letzten Manifeste an mein Volk gerichtet habe. Rußland könnte sich energisch Jahre lang vertheidigen, und ich bin überzeugt, daß, welche Streitkräfte auch gegen dasselbe aufgeboten worden wären, es auf seinem Gebiete unverwundbar gewesen seyn würde. Doch zum wahren Besten des Landes mußte ich den mit der National-Ehre verträglichen Vorschlägen Gehör leihen. Der Krieg ist ein Ausnahme-Zustand, und die größten Erfolge, die man durch denselben erlangt, wiegen kaum die Uebel auf, die derselbe mit sich führt. Er hatte den Handelsverkehr des Reiches mit dem größten Theile der europäischen Völker gehemmt. Unzweifelhaft würde ich den Kampf fortgesetzt haben, wenn sich die Stimme der Nachbarvölker nicht gegen die Politik der letzten Jahre ausgesprochen hätte. Mein Vater, unvergänglichen Angedenkens, hatte seine Gründe, um so zu handeln, wie er gehandelt hat. Ich kannte seine Plane und stimmte denselben von ganzem Herzen bei; doch durch den Pariser Frieden wird das Ziel erreicht, das er zu erreichen strebte, und ich ziehe dieses Mittel dem Kriege vor. Unter Ihnen sind Viele, ich weiß es wohl, welche bedauern, daß ich so schnell in das, was mir vorgeschlagen wurde, einwilligte. Es war meine Pflicht als Mann und Haupt eines großen Reiches, unumwunden zu verwerfen oder anzunehmen; dieser Pflicht habe ich mit Aufrichtigkeit und Gewissenhaftigkeit genügt; ich bin überzeugt, daß es mir bei den Schwierigkeiten der Situation zu Gute kommen und in Kurzem jeder Rußland ergebene Freund meinen Absichten und meinen Planen für des Landes Zukunft Gerechtigkeit widerfahren lassen wird. Selbst angenommen, daß das Waffenglück uns so unwandelbar treu geblieben wäre, wie es uns in Asien treu blieb, würde das Reich seine Hülfsquellen durch Unterhaltung beträchtlicher Armeen an verschiedenen Punkten dennoch erschöpft haben, zumal die Soldaten der Mehrzahl nach dem Ackerbau und den Fabrikarbeiten entzogen worden waren. Selbst im Gouvernement Moskau hatten die Fabriken, Werkstätten und Manufakturen ihre Thore geschlossen. Ich ziehe das reelle Wohlergehen der Künste des Friedens dem eitlen Glanze der Gefechte vor. Ich habe so eben die russischen Häfen dem Welthandel, die Gränzen dem freien Austausche der fremden Erzeugnisse geöffnet. Ich will, daß in Zukunft auf unsern Märkten der Handelsaustausch zwischen den Erzeugnissen aller Länder und den Rohprodukten oder Manufakturen, die unserem Boden entstammen, so leicht wie irgend möglich werde. Es werden Ihnen demnächst mehrere Entwürfe mitgetheilt werden, die den Zweck haben, der inländischen Industrie Aufschwung zu geben, und ich wünsche, daß jeder Adelige sich dabei betheiligt." Die Minister des Innern und der Finanzen haben vom Kaiser bereits Befehl erhalten, alle (?) Hindernisse die bisher dem Handel entgegenstanden, zu beseitigen; nur die Ausfuhr edler Metalle ist noch verboten, weil das Gold und Silber in den Staatskassen noch zu rar ist. — Die bessarabische Armee soll sofort bedeutend vermindert werden, und die Mehrzahl der Verstärkungen in der Krim hat Befehl, die Halbinsel zu verlassen. Der größte Theil dieser Truppen ist zur Verstärkung der aktiven Armee in Polen bestimmt, der Rest wird aus dem Dienste entlassen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

× Berlin, 21. April. (Privat-Korrespondenz.) Von den verschiedenen Kommissionen, welche zur Regelung

---

Linderung solcher Uebelstände Vorschub zu leisten, wird eines der wesentlichsten Attribute unseres ökonomischen Museum seyn, in dem eine eigene Abtheilung den sanitätischen Mängeln des industriellen Lebens zugewiesen seyn wird. — G. Es gibt vieles in der physischen Lage der arbeitenden Klassen, das weniger durch Ausstellung von Artikeln, als durch Einziehung und Bekanntmachung authentischer statistischer und medizinischer Dokumente verbessert werden kann. Diese werden in einer Bibliothek niedergelegt, die eine nothwendige Ergänzung unseres Museum ausmachen wird. — H. Ein öffentliches Museum, wie das hier skizzirte, kann in jedem Lande errichtet werden, wenn zwar auch nicht mit derselben Leichtigkeit und demselben Erfolge, wie in England, doch mit derselben bereitwilligen Sanktion der betreffenden Regierungen, deren politische Grundsätze es auch nicht im geringsten berühren würde, mit derselben eifrigen Unterstützung Seitens bestehender Gesellschaften für wohlthätige Zwecke und mit einer befriedigenden Aussicht auf populäre Nutzbarkeit. Die darauf gerichteten Bestrebungen müssen, um vollkommen wirksam zu werden, einen kosmopolitischen Charakter annehmen. Es muß eine freie Vergleichung der gegenseitigen Berichte, ein Austausch von Materialien nicht allein zwischen Personen und Gesellschaften, sondern zwischen den Nationen stattfinden.

Das „Programm" gibt näher an, wie die vorstehend angegebenen Zwecke in den einzelnen Abtheilungen des Museum durch eingesandte wirkliche Gegenstände, oder — besonders bei Bauwerken — auch durch Modelle und Zeichnungen mit den nöthigen Beschreibungen angestrebt werden sollen. Der vorstehend mitgetheilte Plan für ein ökonomisches Museum soll nun aber möglichst vollständig in Brüssel durch eine Ausstellung von Gegenständen für das häusliche Leben der unbemittelten Klassen zu gleicher Zeit mit den Sitzungen des Brüsseler Wohlthätigkeits-Kongresses ausgeführt werden. Die Ausstellung zu Brüssel wird am 25. August d. J. eröffnet und den 5. Oktober d. J. geschlossen werden. Die Zulassung von Gegenständen ist an zwei wesentliche Bedingungen geknüpft: billiger Preis und gute Qualität sowohl hinsichtlich des Stoffes, als der Arbeit. Jeder Gegenstand soll den Verkaufspreis en gros und en détail tragen, und die Aussteller werden überdies ersucht, den Preis der Handarbeit anzuzeigen. Die Gegenstände genießen zollfreie Einfuhr und haben bei der Beförderung auf belgischen Staatsbahnen nur 5pCt. Fracht zu entrichten. Anerbietungen müssen vor dem 1. Juni gemacht werden. Briefe und Mittheilungen in Betreff dieser „Exposition d'économie domestique" müssen franko adressirt werden an Mr. Romberg, directeur des affaires industrielles au Ministère de l'Intérieur rue Royale Nr. 58 à Bruxelles. Alle diejenigen, welche etwaige Beiträge zu jenem Londoner Museum liefern und noch nähere Aufschlüsse darüber erhalten wollen, sind an Herrn Boussier in Wiesbaden zu verweisen, welcher alle auf die Society of Arts oder für Herrn Twining bestimmten Mittheilungen besorgen und Gegenstände in Empfang nehmen wird.

der die orientalische Frage betreffenden Verhältnisse ernannt werden sollen, wird diejenige, welche über die Angelegenheiten der Donaufürstenthümer zu berathen hat, in Bucharest ihren Sitz nehmen. Für diese Kommission scheinen die Mitglieder noch nicht ernannt zu seyn, wenigstens ist dies preußischer Seits noch nicht geschehen; es dürfte aber mit der Ernennung der Kommissions-Mitglieder eiligst vorgegangen werden, damit die Frage der Donaufürstenthümer des baldigsten erledigt wird. Für den Augenblick ist noch nicht zu sagen, ob der Vorschlag, die Moldau und Wallachei in ein Fürstenthum zu verwandeln, die allgemeine Zustimmung finden wird. Es sind wenigstens erhebliche Gründe gegen solche Vereinigung der Donaufürstenthümer laut geworden und dürften leicht allseitigen Anklang erhalten. Auch in ihrer Verschmelzung würden die Donaufürstenthümer nimmer die Macht haben, mit Erfolg einen Zusammenstoß mit der Türkei, Rußland und mit Oesterreich zu vermeiden. Ebenso nimmt man von einigen Seiten auch Anstand, die Rumanen unter eine Herrschaft zu vereinigen und ihnen dadurch eine größere Selbständigkeit zu geben, da ihnen jedenfalls das innere Gewicht abgehe, diese genügend aufrecht zu erhalten. Die Mittheilung an verschiedenen Stellen in der Presse, daß die Zusammenberufung eines besonderen Kongresses noch beabsichtigt werde, kann man wohl als eine richtige annehmen, wenn sie auch bis jetzt nicht zu verbürgen ist. Ueber den Zeitpunkt, wo ein solcher Kongreß zusammentreten soll, oder welche Fragen seiner Berathung unterliegen, und welches seine Mitglieder werden, darüber scheint noch Nichts festzustehen.

* Auf dem Pariser Kongreß soll Rußland u. a. auch die Frage aufgeworfen haben, ob nicht die Besetzung des griechischen Gebiets durch englische und französische Truppen jetzt aufhören könne. Diese Besetzung datirt aus der Periode des oriental. Kriegs, wo die Griechen durch ihre offene Hinneigung zu Rußland und durch die Unterstützung des Aufstands in Thessalien und Epyrus die Besorgniß der Westmächte erregten. Unter dem Vorwand, dem König Otto die Ordnung in seinem Lande erhalten zu helfen, legten sie Truppen nach Athen und in verschiedene andere Plätze von Griechenland, wo sie noch heutzutage liegen und wohl auch noch geraume Zeit bleiben werden; denn die Bevollmächtigten von England und Frankreich antworteten auf die russische Anfrage, ihre Regierungen seyen von Herzen bereit, sofort ihre Truppen zurückzuziehen, sobald die Ruhe und Ordnung in Griechenland genugsam befestigt seyen, um König Otto ohne Gefahr seinen eigenen Streitkräften überlassen zu können. Aber gegenwärtig sey Griechenland durch innere Gährung noch zu sehr bewegt, so daß die Verlängerung der auswärtigen Okkupation sowohl im Interesse der Sicherheit des griechischen Thrones, als aus dem Grunde unerläßlich sey, weil England und Frankreich die Verpflichtung übernommen hätten, durch einen wirksamen Schutz für die Ruhe des Landes zu sorgen. Die russischen Bevollmächtigten ließen dieser uneigennützigen Sorgfalt die gebührende Würdigung zu Theil werden und verfolgten die Sache nicht weiter. — Aehnlich ging es auch mit der Frage wegen Räumung des Kirchenstaats, dessen südliche Theile seit 7 Jahren von den Franzosen, die nördlichen von den Oesterreichern besetzt sind. Der französische Bevollmächtigte protestirte feierlich dagegen, daß seine Regierung etwa die Absicht habe, die französische Besetzung des Kirchenstaates über die politischen Erfordernisse hinaus zu verlängern, welche sich auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe auf der Appeninnen-Halbinsel zum Besten der Befestigung und der Dauer des Weltfriedens bezögen. Im Gegentheil, sobald der Papst es wünsche und die politische Lage Italiens es gestatte, werde Frankreich seine Truppen aus Rom u. Civitavechia zurückziehen. (Aber wann wird die politische Lage es gestatten?) Darauf konnte auch Graf Buol nicht umhin, zu erklären, daß Oesterreich in Folge des Friedensschlusses die Effektivstärke seines Heeres bedeutend zu vermindern wünsche und deßhalb froh seyn werde, wenn es die Legationen räumen könne, natürlich unter den von Graf Walewski vorerwähnten Verhältnissen und Bedingungen." Und so bleibt der Kirchenstaat nach wie vor eben bis auf Weiteres besetzt.

Aus dem Orient.

Ein Bericht des Generals Espinasse meldet, daß die Epidemie im französischen Lager in der Krim gänzlich erloschen ist. (T. D. d. N. K.)

Der „Russ. Inv." enthält folgende offizielle Mittheilung: „Der Generaladjutant Lüders berichtet aus Baktschiserai, daß die Franzosen einmüthig und unausgesetzt unseren Truppen aufrichtige Freundschaft und Achtung beweisen. Nach dem Abschluß des Friedens hielt es der Oberkommandirende derselben für möglich, seine Vorpostenkeite aufzulösen, was zur Folge hatte, daß am 4 April Schaaren von Franzosen aller Grade in einer Anzahl von etwa sechstausend Mann plötzlich auf den Mackenzie-Berg zusamen, indem sie die Tschernaja längs ihrer ganzen Ausdehnung durchwateten. Unsere Soldaten und Offiziere nahmen sie herzlich auf und bewirtheten sie, so gut sie konnten; die Franzosen tanzten mit unsern Soldaten, gingen mit ihnen Arm in Arm umher und viele blieben die Nacht über in unserem Lager. Im Allgemeinen ist ihre Sympathie für uns auffallend."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 22. April. Die Börse war auch heute in ungünstiger Tendenz, die meisten Fonds und Aktien angeboten. Nur Neustadt-Weißenburger und Frankfurter Bank behaupteten sich auf ihren gestrigen Kursen. — Elisabethbahnaktien 110.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1326P. 1321G. Neue Bankaktien 443 P. 441 G. Credit-Actien à 5pCt 200½P. 198½G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 84¾ P. 84¼ G 5pCt. Lombard-Ven. 91½ P. 91 G. Metall. alte à 5pCt. 84 P. 83½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 91 P. 90½ G.; à 4½pCt. 75¼ P. 74¾ G.; à 4pCt. 68 P. 67½ G.; à 3pCt. 52½ P. 52 G.; à 1pCt. 17¼ P. 17 G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 ——P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 P. 106¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 312½ P. 310½ G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87¾P. 87¼G.; 4pCt. — P. 93¾ G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94¼ G.; 4½pCt. 100 P. 99½ G.; 5pCt. 100¾ P. 100¼G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 158¼P. 157¾ G. Neustadt-Weissenb. 117¾ P. 117¼ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 116¼ P. 115¾G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89¼P. 88¾G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45¼ P. 44¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 84¼ P. 83¾ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41⅜ P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64¾ P. 64¼ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100½ P. 100G.; 4½pC. 102¼P. 101¾G.; Loose à fl. 50 112¾P. 112½G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 318 P. 316 G.; junge 304 P. 302 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 105P. 104½ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¼ P. 47 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¾ P. 89¼ G., Loose à fl. 25 31½P. 31¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾P. 92¼G.; Bankaktien 122 P. 121½ G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81¾P. 81⅞G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 88P. 87½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40¼P. 40G.; 1pCt. neue 21$^{13}/_{16}$ P. 21$^{11}/_{16}$ G. **Holland.** Integrale 63¾ P. 63¼ G.; Certificats 4pCt. — P. 93½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120¼P. 120⅛.
Augsb. fl. 100 k.S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. u.S Lr. 250k.S 101½P 101¼G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅜P. 105⅛G.	Paris Frs. 200 k.S 94⅝P. 94⅜.
Coln Thlr. 60 k.S. 105¼P 105G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅝P 94⅜G.
Brem. 50Thlr. Lsd. kS 97⅛P. 96⅞G.	Wien fl. 100C. k S. 117¾P. 117½G.
Hamb. MB. 100 k.S 89⅛P 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅝P. 117⅜G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 105¼P. 105G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 21. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 86$\frac{1}{16}$; 5pCt. Metall. 85$\frac{1}{1}\frac{3}{6}$; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 ——; von 1854 108¼; Bankaktien 1129; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 344½; Donau Dampfschiffahrtsaktien 652; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3012½. Wechselkurse: Augsburg uso 101⅞; London 10. 2½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Amsterdam, 15. April. Kaffee. Die Ablieferungen und Versendungen von Java nehmen ihren geregelten Fortgang, doch wird nur in sehr einzelnen Fällen ein kleiner Gewinn auf Auktions-Kurse zugestanden. Am 23. d. werden 4239 B. hübsch grünlicher, kleinbohniger Privat-Java und 1401 B. Brasil versteigert.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 114.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 24. April 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Die 2. Kammer hatte ihrem 3. Ausschuß verschiedene Anträge bezüglich des Ansässigmachungs- und des Gewerbsgesetzes zur Berichterstattung zugewiesen. Das Handelsgremium von München hat nämlich: „Hohe Kammer wolle entweder eine authentische Interpretation oder Abänderung der gewerbsgesetzlichen Vorschriften dahin veranlassen, daß der Grundsatz aufrecht erhalten werde, daß die Konzession zur Ausübung eigenthümlicher realer und radizirter Gewerbsrechte ohne Ansässigkeit nicht erworben werden könne." Bezüglich dieser Vorstellung schlägt der Ausschuß vor, die Kammer wolle hieran einen Antrag nicht knüpfen. Bezüglich der übrigen Vorstellungen aber beantragt der Ausschuß, die Kammer wolle an Se. Maj. den König auf verfassungmäßigem Wege die allerehrfurchtsvollste Bitte bringen, dem revidirten Gesetze über Ansässigmachung und Verehelichung vom 1. Juli 1834 und dem Gesetze vom 11. Septbr. 1825, die Grundbestimmungen für das Gewerbswesen betreffend, solch' eine Anwendung geben zu lassen, daß 1) der Ansässigmachung auf reale oder radizirte Gewerbe eine Prüfung des erforderlichen Nahrungsstandes vorherzugehen habe, 2) daß bei der Verleihung von Gewerbskonzessionen denjenigen befähigten Gesuchstellern, welche eine nach Art. 3 des Gewerbsgesetzes konzessionsberechtigte Wittwe heirathen, zu Gunsten der hinterlassenen Familie des verstorbenen Gewerbsinhabers ein gebührender Vorzug vor anderen Mitbewerbern gegeben werde.

∞ **München**, 22. April. (Privat-Korrespondenz.) **60. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.***) Am Ministertische: die kgl. Staatsminister Dr. Ringelmann, Graf Reigersberg und Frhr. v. d. Pfordten.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung über die besonderen Vorbehalte resp. Postulate, „die Zoll- und Handelsverhältnisse für die Zukunft betr."

Es hat nämlich, da im Laufe einer Budgetperiode Zoll-
und Handelsverträge zum Abschluß zu bringen seyn können,
welche das Wohl des Landes zu fördern im Stande sind, sich
aber im Voraus nur allgemeine Bestimmungen hierüber treffen
lassen, die k. Staatsregierung zu diesem Behufe jederzeit eine
besondere Bevollmächtigung von der Landesvertretung verlangt
und diese Bevollmächtigung ist ihr auch unter gewissen Vorbe-
halten immer gegeben worden. Diese Vollmacht wurde nun
auch für die VII. Finanzperiode verlangt, und zwar 1) Voll-
macht, die Verminderung oder auch Aufhebung, sowie die Er-
höhung der Zölle und anderen Gebühren im Interesse der
Landwirthschaft, der Industrie und des Handels, wenn die
übrigen Zollvereinsstaaten nach den Bestimmungen der in Mitte
liegenden Vereinsverträge sich desfalls für sich oder auch zur
Verständigung mit anderen Staaten vereinbaren sollten, oder
wenn für das Königreich Bayern in Ansehung der Gebühren,
welche eine privative Einnahme bilden, im Interesse der Land-
wirthschaft, der Industrie oder des Handels eine Herabsetzung
oder Verminderung derselben für angemessen erachtet werden
sollte, unter dem Vorbehalte der Vorlage an die Kammern und
deren Zustimmung, im Hinblicke auf die gleiche Bestimmung in
der königl. Deklaration vom 24. Dezember 1853 — die Zoll-
und Handelsverhältnisse betr., — sowie im Landtags-Abschiede
vom 25. Juli 1850 I. Abschnitt §. 34 zu verfügen; 2) Voll-
macht nach Erforderniß hervortretender Umstände zum Zwecke
der Befestigung und Erweiterung des Zollvereins sowohl,
al zur Ausführung der unter den Zollvereinsstaaten getroffenen
Bestimmungen jene besonderen finanziellen und sonstigen Ver-
fügungen und Anordnungen sogleich treffen zu können, wodurch
dieser Zweck gesichert und erreicht wird, unter dem gleichen
Beifügen, wie zu 1. bereits angeführt ist, daß nach Maßgabe
der Beziehung auf den Wirkungskreis der Kammern die Vorlage bei ihrer nächsten Versammlung und deren Zustimmung vorbehalten bleibe; 3) Vollmacht zum Vollzuge von Zoll- und Handelsverträgen, welche mit andern Staaten unter dem Grundsatze der Gegenseitigkeit abgeschlossen werden; bezüglich der Anwendung der bayerischen Zollstrafgesetze auf Uebertretungen der Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote, Zollgesetze und Zollordnungen solcher anderer Staaten; dann bezüglich der Anwendung der gegen Fälschung von Banknoten und anderer öffentlicher Kreditpapiere in Bayern bestehenden Strafgesetze auf Fälschungen gleichartiger in solchen andern Staaten emittirten Papiere Bestimmungen im Verordnungswege zu erlassen, insbesondere die im §. 2 des Gesetzes vom 1. Juli 1834 — die Errichtung einer bayer. Hypotheken- und Wechselbank betr. — enthaltene Strafbestimmung auch auf Fälschungen der in solchen andern Staaten emittirten Kreditpapiere auszudehnen.

Die im Verordnungswege getroffenen Bestimmungen sollen dann unbeschadet ihres sofortigen Vollzuges den Kammern zu deren nachträglicher Zustimmung bei dem nächsten Wiederzusammentritte des Landtages vorgelegt werden

Der Ausschuß beantragt, die verlangte Ermächtigung zu ertheilen, resp. den Postulaten zuzustimmen; die Kammer stimmt ohne Debatte bei und zwar einstimmig, mit 113 Stimmen.

Weiterer Berathungsgegenstand war die von dem Abg. Frhrn. v. Gumppenberg angeeignete Vorstellung von 18 Papierfabrikanten „die Ermäßigung ihrer Immobiliar-Feuerversicherung betr." Der Ausschuß glaubt, daß diese Vorstellung durch den am 14. Febr. l. Js. über die verschiedenen, die Immobiliar-Feuerversicherungs-Anstalt betreffenden Anträge erzielten Gesammtbeschluß als erledigt zu erachten und deßhalb zu den Akten zu legen sey.

Abg. Frhr. v. Gumppenberg beantragt, diese Vorstellung nachträglich zu dem Gesammtbeschlusse vom 14. Febr. d. Js. dem Staatsminister des Innern empfehlend zu übergeben.

Referent Abg. Wiedenhofer hat gegen diesen Antrag nichts einzuwenden.

Hierauf gelangten zur Berathung verschiedene, das Ansässigmachungs- und das Gewerbsgesetz betreffende Anträge (Das Nähere, sowie den Ausschußantrag siehe oben.)

Referent beantragt heute im Namen des Ausschusses eine Aenderung der Formulirung des Ausschuß-Antrags dahin, daß die Bestimmung des Antrags 1) (s. o.) bez. der Ansässigmachung auf reale Rechte im Landtags-Abschiede mit Gesetzeskraft ausgesprochen werden möge.

Nach einiger Debatte hierüber, an welcher die Abgg. Rechenmacher, v. Closen, Fürst Wallerstein und Dr. Simmerl theilnahmen, erörterte Abg. Dr. Weis die Ansicht, daß der Antrag 1 des Ausschusses viel zu weit gehe, daß alle Realrechte dadurch benachtheiligt würden, daß es eine so radikale Kur noch nicht bedürfe, sondern daß es genügen würde, wenn, wie bei der Ansässigmachung auf Grundbesitz, auch jene auf ein Realrecht nur dann sollte stattfinden dürfen, wenn dieses einen gewissen größern Werth habe, oder bis zu einer gewissen Summe schuldenfrei sey. Eine eingehende Vorlage könne aber nur die Regierung, der alle Verhältnisse bekannt seyen, machen.

Abg 2. Sekretär Nar schloß sich dem Antrage des Ausschusses an; denn er ist auch der Ansicht, daß die Prüfung des Nahrungsstandes auch bei Ansässigmachung auf Realrechte nothwendig sey.

Dieselbe Ansicht erörtert wiederholt Abg. Fürst Wallerstein.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Weis und Nar schloß die Debatte. Referent begründete nochmals die Anträge des Ausschusses, worauf der kgl. Ministerpräsident das Verfahren der Regierung bezüglich der Realrechte resp. der Gewerbsinstruktion von 1853 in umfassender Weise vertheidigte.

Bezüglich der Anträge des Ausschusses erklärte er, daß wenn sie zum Gesammtbeschlusse gelangen, die Staatsregierung

*) Wurde verspätet zugestellt.

keinen Anstand nehmen werde, sie zu genehmigen, da es allerdings gewichtige Gründe gebe, daß der Ansässigmachung auf Realrechte einer Prüfung des Nahrungsstandes vorausgehe. Die Anträge des Ausschusses wurden hierauf angenommen. Es erfolgte dann noch Vortrag des V. Ausschusses über verschiedene geprüfte Anträge der Abgeordneten (neulich bereits erwähnt) und wurden die zulässig erkannten Anträge den betr. Ausschüssen zugewiesen, womit die Sitzung schloß.

München, 23. April. Se. Maj. der König haben auf die bei der Regierungs-Finanzkammer von Mittelfranken erledigte Registratorsstelle, vorbehaltlich seines noch im Laufe befindlichen Provisoriums den Regierungs-Kanzlisten, Seb. Faßmann daselbst befördert; den Offizianten der Zentral-Staatskasse, Kajetan Trembl, in den definitiven Ruhestand versetzt; auf diese Offiziantenstelle den Offizianten extra statum, Mich. Schneider, vorbehaltlich des noch bestehenden Dienstprovisoriums, vorrücken lassen, und die sich dadurch erledigende Offiziantenstelle extra statum dem Funktionär Wilh. Eßlair prov. verliehen; auf das im Forstamte Zweibrücken erledigte Aerarial-Revier Höchen den Aktuar beim Forstamte Pirmasens, Jakob Mühlfeld, zum provis. Revierförster ernannt; den Material-Verwalter Max Büchele, unter Beibehaltung seiner Hauptobliegenheiten in dieser Eigenschaft, zum Kassier des Hauptsalzamtes Dürkheim befördert; den bisherigen funkt. Amtsschreiber Friedr. Zibelin zum Materialverwalter bei dem genannten Amte provis. ernannt; den Hüttenmeister zu Weiherhammer, Adolph Hocheder, zum Bergmeister des Berg- und Hütten-Amtes Fichtelberg befördert; den Hüttenmeister Jos. Englert zu Leidersdorf auf das Hüttenamt Weiherhammer berufen; an dessen Stelle den Berg- und Hüttenamts-Kassier zu Bergen, Gg. Wehrmann, zum Hüttenmeister des Hüttenamtes Leidersdorf ernannt; den kontrollirenden Kassa-Offizianten bei dem Hauptsalzamte Rosenheim, J. B. Schricker, zum Kassier des Berg- und Hüttenamtes Bergen befördert; den Amts- und Kassaschreiber bei dem Hauptsalzamte Reichenhall, Ludw. Hollfelder, zum kontrollirenden Kassa-Offizianten bei dem Hauptsalzamte Rosenheim vorrücken lassen; endlich an dessen Stelle den Funktionär bei der Salinen-Hauptbuchhaltung, Gust. Bergmann, provis. zum Amts- und Kassaschreiber bei dem Hauptsalzamte Reichenhall ernannt; die kathol. Pfarrkuratie Remshart, Landg. Günzburg, dem seitherigen Verweser derselben, Priester Dom. Stoß, übertragen, und genehmigt, daß das Frühmeßbenefizium in Arnstein, Ldg. gl. Namens, von dem Bischofe von Würzburg dem Priester Andr. Schüll, Pfarrer in Unterweissenbrunn, Ldg. Bischofsheim, verliehen werde; die erledigte protest. Pfarrstelle zu Oberndorf, Dek. Pyrbaum, dem bisherigen Pfarrer zu Veitlahm, Dek. Kulmbach, Aug. Heinr. Ferd. Degel, verliehen; die kathol. Pfarrei Wiesau, Landg. Waldsassen, dem Priester Jos. Menter, Pfarrer in Griesbach, Ldg. Tirschenreuth, übertragen. (N. M. Z.)

*∗ München, 22. April. (Privat-Korrespondenz.) Die k. priv. Gesellschaft der bayer. Ostbahnen hat sich heute konstituirt: Frhr. M. K. v. Rothschild wurde zum 1., der kgl. Ministerialrath v. Schubert zum 2. Vizepräsidenten und der kgl. Fiskalrath Pfeufer zum Sekretär gewählt. Präsident ist bekanntlich Fürst Taxis. Ferner wurde ein Finanz- und ein Bau-Ausschuß gewählt, der sofort in Thätigkeit trete. Morgen soll das Direktorium gewählt werden. — Die beiden hiesigen Gemeindekollegien haben mit Regierungs-Genehmigung 500 fl. für die Abgebrannten in Selb und Nordhalben bestimmt.

Ludwigshafen, 21. April. Wie die „Pfälzer Ztg." sagt, war die gegen den Buchdrucker Blanck in Bergzabern verfügte Konzessionsentziehung keine reine Verwaltungsmaßregel, sondern Blanck wurde durch gerichtliches Urtheil derjenigen bürgerlichen Rechte verlustig erklärt, ohne welche die Ausübung des Druckergewerbes nicht zulässig ist.

Preußen. Infolge eines Immediatgesuchs an den König ist der Freien Religionsgemeinde in Nordhausen wieder gestattet worden, ihre „religiösen" Versammlungen auch in den Sonntagsmorgenstunden zu halten.

Großh. Hessen. Darmstadt, 23. April. Das heute erschienene großh. Regierungsblatt enthält eine aus 33 Artikeln bestehende, mit dem 1. Mai d. J. in Wirksamkeit tretende großh. Verordnung vom 7. April, die Vollziehung des Bundesbeschlusses zur Verhinderung des Mißbrauchs der Preßfreiheit betreffend. Für alle mit der Presse in Beziehung stehenden Gewerbe (Buch- oder Steindrucker, Buch- oder Kunsthändler, Antiquare, Leihbibliothekare, Verkäufer von Zeitungen ꝛc. ꝛc.) ist eine Konzession nöthig, welche nicht bloß auf gerichtlichem, sondern auch auf administrativem Wege wieder entzogen werden kann, nach vorausgegangener wiederholter schriftlicher Verwarnung, oder nach erfolgter gerichtlicher Bestrafung. Bloß widerruflich ertheilte Konzessionen können auch ohne Weiteres auf administrativem Wege wieder entzogen werden. Das Ministerium des Innern ertheilt und entzieht die fraglichen Konzessionen. Die zu stellende Kaution beträgt für wöchentlich mehr als dreimal erscheinende Zeitschriften 1800, für solche, welche wöchentlich dreimal oder weniger erscheinen 800 fl. Veröffentlichung von Gerichtsakten, Verhandlungen, Abstimmungen, auch von anderen Behörden und politischen Körperschaften, von Truppenbewegungen ꝛc. kann untersagt oder beschränkt werden. Die Namen der Geschwornen dürfen nur bei Mittheilung der Bildung des Schwurgerichts genannt, der Anklageakt ꝛc. nicht eher veröffentlicht werden, als bis die öffentliche Verhandlung stattgefunden hat oder der Prozeß zu Ende ist. (Fr. Bl.)

— **Oesterreich.** Man schreibt der „Hamb. Börsen-Halle" aus Wien vom 15. April: „In hiesigen Kreisen wird vielfach von einer Verlegenheit erzählt, in welcher unser Kultusminister und Konkordatsschöpfer, Graf Leo Thun, dem hohen Klerus gegenüber gerathen sey. Man versichert, daß Graf Thun die indirekte Veranlassung mehrerer in auswärtigen deutschen Blättern heftig gehaltenen Korrespondenzartikel gegen das Konkordat gewesen sey, um dadurch die bei Erscheinen des Konkordats etwas hochwogende Stimmung des Klerus, welche ihn selbst bange machte, zu paralysiren. Durch gewisse Zufälle soll jedoch diese Politik mehreren der höchsten Würdenträger nicht verborgen geblieben seyn, und demzufolge herrscht auch eine etwas fühlbare Spannung zwischen dem Kultusminister und der hohen Klerisei, welche allerdings in der Folge noch zu Weiterm führen könnte."

Die Zeitungen sprechen von einem Ordinariatserlaß, der in der Wiener Erzdiözese ergangen sey und sich auf die Begräbnisse der Akatholiken beziehe. Die Sache ist richtig, der betreffende Erlaß datirt vom 25. v. M. und ist ohne Einvernehmen der Staatsbehörden ergangen. Sein wesentlicher Inhalt ist folgender: Die Pfarreien sollen darauf sehen, daß wo möglich abgesonderte protestantische Leichenhöfe errichtet werden. Wo dies nicht seyn kann, sollen in den katholischen Friedhöfen besondere ungeweihte Räume für die Begräbnisse von Personen des evangelischen Kultus ausgeschieden und mit einer Mauer oder doch mit einer Hecke u. s. w. umfriedet werden. Wo es protestantische Bethäuser nicht gibt, werden Protestanten künftig ohne Leichenwagen, Bahrtuch und Glockengeläute bestattet werden.

§ Wien, 20. April.*) (Priv.-Korresp.) Den Theißbahnaktien wird hier von gewiegten Finanzmännern die glänzendste Zukunft in Aussicht gestellt; doch sind die Promessen derselben noch nicht auf den Markt gekommen, weil die Gründer die Agiotage so lange als möglich von diesem soliden Papiere entfernt halten wollen. — Die Nachricht, daß das russische Gouvernement die Absicht habe, in den verschiedenen Residenz- und Hauptstädten Europa's Journale zu begründen, welche seine Interessen vertreten und die geschwundene Achtung vor der Uebermacht und Allmacht des nordischen Kolosses wieder auffrischen sollen, bestätigt sich vollkommen. Einem hiesigen Publizisten, dessen Zeitschrift jedoch an der Krankheit des Abonnentenmangels leidet, sind darauf bezügliche Anträge vor Kurzem gemacht worden, die Summe, welche demselben vorläufig angetragen worden, ist übrigens nicht von der Bedeutung, daß sich damit etwas Großartiges in seiner Art leisten ließe.

§ Wien, 21. April. (Privat-Korresp.) Die „Oesterr. Corresp." widerlegt das Gerücht von der Vermehrung oder Dislocirung der k. k. Truppen in dem Herzogthume Parma. In der That reduzirt sich die Erstere lediglich darauf, daß das 21. Jägerbataillon von Verona nach Parma abgegangen ist, um den normalmäßigen Stand der österreich. Militärmacht in dem Herzogthume, welcher in der letzteren Zeit vermindert worden war, wieder herzustellen. — Die anonymen Eisenbahngesellschaften von Florenz und Parma haben sich der italienischen Central-Eisenbahn angeschlossen, und wurde der Beitrittsvertrag vor wenigen Tagen unterzeichnet. Ob dadurch die Aktien der Central-Eisenbahn gehoben werden, steht übrigens sehr in Frage; denn es ist Thatsache, daß dieselben am hiesigen Platze in so schlechtem Kredite stehen, daß das Zutrauen unserer Kapitalisten auch nach dieser Vereinigung kein sehr großes werden dürfte; auch wurden dieselben an unserer Börse schon vor mehreren Wochen eskomptirt, wo der Cours der Centralaktien künstlich auf 112 hinaufgeschraubt wurde, um dann eben so tief zu fallen, welches Fallen nach dem Ausspruch erfahrener Börsenmänner bei weitem noch nicht die natürliche Gränze erreicht hat. — Von den Promessen der projektirten Bahnen sind die italienischen (lombard.-venetianischen) am gesuchtesten. — Westbahnaktien sind noch immer nicht sehr beliebt, woran der auf Jahre hinausgeschobene Bau wohl hauptsächlich die Schuld trägt.

*) Unterwegs verspätet.

Großbritannien.

London, 22. April. Im Unterhause drangen Lord J. Manners, Duncombe und Knox darauf, daß nicht eher eine Friedens-Feier stattfinde, als bis das Parlament den Friedens-Vertrag kenne. (T. D. d. K. Z.)

Zu Portsmouth sind 40 französische Offiziere angekommen, welche der morgen stattfindenden Flotten-Revue bei Spithead beiwohnen wollen. Die Eisenbahnen brachten schon Tausende nach Portsmouth. Zu Southampton werden in großartigem Maßstabe Anstalten getroffen, um den Mitgliedern des Ober- und Unterhauses, den hohen Staats-Würdenträgern, den Beamten der verschiedenen öffentlichen Departements und der Masse der herbeigeströmten Gäste den Anblick des imposanten Flotten-Schauspieles zu erleichtern. Voraussichtlich werden am Mittwoch nicht weniger als 70 Dampfer von den verschiedensten Dimensionen Southampton zu diesem Zwecke verlassen. Den Parlaments-Mitgliedern sind fünf Schiffe zur Verfügung gestellt, auf welchen auch Anstalten zum Uebernachten getroffen sind. Die Peninsular and Oriental Company sendet sechs ihrer Dampfer nach Spithead und versorgt während des festlichen Tages 3- bis 4000 Personen — Direktoren und Freunde der Gesellschaft — mit Speise und Trank. Auch die West India Royal Mail Company bleibt nicht zurück und wird durch drei zur Aufnahme von 2000 Gästen bestimmte Schiffe vertreten. (K. Z.)

London, 19. April. Was hat die Flottenschau in Portsmouth zu bedeuten? Eine Begrüßung der Heimkehrenden ist sie nicht, denn eine große Anzahl von Fahrzeugen sind ausdrücklich für die Gelegenheit ausgerüstet worden. Ein Triumphzug auch nicht, denn wo sind die Spolien? Eine Verherrlichung des Friedens auch nicht, denn sie ist gerade auf den Tag vor der Publikation des Friedens anberaumt. Auch das Unterhaus scheint sich die Frage nicht beantworten zu können. Wozu werden die Buden in Hydepark aufgeschlagen, fragte gestern ein Mitglied. Für das Feuerwerk, antwortete ein Unterstaatssekretär. Und wozu ist das Feuerwerk, fuhr der hartnäckige Frager fort. Sir Cornwal Lewis, verletzt in seinem lieben Gemüthe, schwieg; aufs neue um Antwort gedrängt, sagte er vorwurfsvoll, er habe nicht glauben können, daß der Frager nicht wisse, das Feuerwerk solle zur Feier des Friedens dienen Es ist Schade, daß man ihn nicht weiter gefragt hat, ob es vor oder nach der Publikation des Vertrages abgebrannt werden soll. Dann kam auch die Flottenschau an die Reihe, und Sir Charles Wood erklärte sie so: „die Regierung habe nicht geglaubt, daß es für die Mitglieder des Hauses und für das Publikum ein unangenehmer Anblick seyn würde zu sehen, welche Mittel die Regierung zu ihrer Verfügung habe für den Fall, daß der Krieg fortdauere!" Die „Times" wird dem ehrenwerthen Baronet wohl nachhelfen und uns am Montag Morgen sagen müssen, was wir über die Revue zu denken, zu fühlen und zu sagen haben. Bis jetzt scheinen Parlament und Publikum die Revue und das Feuerwerk mit ziemlicher Gleichgültigkeit zu betrachten, d. h was ihre Bedeutung anlangt; zum Zuschauen aber strömt Alles bei. (Nat. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 21. April. Der Kaiser hat den Grafen Morny für den Ehrenposten eines außerordentlichen Botschafters auserkoren, der Frankreich bei der Krönung des Czaren in Moskau vertreten wird. (K. Z.)

* Man schreibt aus Lyon vom 20. April: Eine aus verschiedenen Garnisonen zusammengesetzte Abtheilung von Militär-Krankenwärtern ist von hier mit der Mittelmeer-Eisenbahn nach Konstantinopel und der Krim abgegangen, wo das Sanitätskorps, durch den Typhus mitgenommen, Hülfsmannschaften fordert. Am Abend desselben Tags schifften sich mehrere schweizerische, Priester und eine Anzahl piemontesische Nonnen, deren Klöster geschlossen worden sind, unter Führung eines Freiburg'schen Geistlichen nach demselben Bestimmungsort ein.

* Zu den gestrigen Angaben über Verringerung des franz. Heeres haben wir noch Folgendes nachzutragen: Die beiden Fremdenlegionen werden gänzlich verabschiedet, und bloß zwei Fremdenregimenter, das 1. aus lauter Schweizern, das 2. aus andern (nicht schweizerischen) Ausländern errichtet. Offiziere und Soldaten der 1. Fremdenlegion, die in Algerien oder im Orient gedient haben, können sich, wofern sie Franzosen sind oder sich naturalisiren lassen wollen, in die verschiedenen Infanteriekorps einreihen lassen. Die übrigen werden zur Bildung des 2. Fremdenregiments verwendet, das auch die Uniform der bisherigen 1. Legion behalten und im Uebrigen auch ganz wie diese rekrutirt werden wird. Das 1. oder Schweizer-Regiment wird aus der bisherigen 2. Legion gebildet werden, deren Uniform und Engagements-Bedingungen für es beibehalten werden. Das Schweizerische Schützenbataillon soll künftig 2, den beiden Bataillonen des Regiments beigegebene Kompagnien mit ihrem bisherigen Kostüm und Bewaffnung bilden.

Rußland und Polen.

Berlin, 21. April. Die Nachricht von dem Rücktritt des russ. Reichskanzlers Grafen Nesselrode erhält durch neuere Mittheilungen aus St. Petersburg ihre Bestätigung, aber auch zugleich eine Modifikation. Der Graf legt für jetzt noch nicht förmlich seine Stelle nieder, sondern geht zur Kräftigung seiner Gesundheit nach Bad Kissingen, und wird in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten einstweilen für die Zeit seiner Abwesenheit durch den Fürsten Gortschakoff, seitherigen russischen Gesandten am Wiener Hof, vertreten. Der Graf bleibt als Reichskanzler erster Minister des Kaisers Alexander; das auswärtige Departement wird derselbe aber nicht wieder übernehmen. Ob Fürst Gortschakoff in diesem Verwaltungszweig dauernd an seine Stelle treten werde, soll noch keineswegs ausgemacht seyn. — Rußland betritt mit dem Pariser Friedensschlusse eine neue Bahn. Diese kann darin bestehen, in Europa das Mißtrauen zu entkräften, welches gegen seine Weltherrschafts- und Eroberungsprogramme bestand und gewiß zum großen Theile noch besteht. Sie kann aber auch dahin gerichtet seyn, den Friedensschluß zu einer Zersetzung der bisherigen Allianzen zu benützen, das diplomatische Terrain in einer gewissen aufregenden Reibung zu erhalten, um bei der ersten besten Gelegenheit die Rückerlangung oder gar Erweiterung jener Position durchzusetzen, die Rußland vor der verhängnißvollen Sendung des Fürsten Mentschikoff eingenommen. Niemand kann mit Bestimmtheit sagen, welches von beiden Systemen im Programm der neuen Politik von St. Petersburg liegt. Vielleicht ist man dort selbst noch zu keinem Entschlusse gekommen. Um so wichtiger ist das Symptom, welches die Besetzung des vakant gewordenen Ministerium des Aeußern bieten wird. Graf Nesselrode hat eine so aufreibende Epoche durchzumachen gehabt, daß Niemand etwas Ungewöhnliches darin finden kann, wenn er einen bedeutenden geschichtlichen Abschnitt dazu benützt, seine eigene diplomatische Carriere abzuschließen; erst der Name seines definitiven Nachfolgers wird diesen Rücktritt ins rechte Licht setzen.

Petersburg, 11. April. Die Zeit der Reformen und Umgestaltungen ist für uns gekommen und es vergeht kein Tag, der nicht irgend eine neue Einführung oder Verfügung des Kaisers brächte. Die Chefs der Verwaltungen, Anstalten, Institute rc. reichen unaufhörlich auf höhern Befehl ihre Entwürfe und Plane der Reformen zur Prüfung ein. Es werden jetzt mit Einem Wort alle die unzähligen Quellen gereinigt, die in der Vereinigung ihrer Zweige den Strom ausmachen, auf dem das Wohlfahrtsschifflein der ganzen Nation bis jetzt so unsicher dahinglitt. In dieser Beziehung war dieser Krieg für uns ein wohlthuender Aderlaß; die Sehnsucht nach einem Bessern, das wir nicht ohne die Verletzung der Eigenliebe an unsern Feinden wahrgenommen, sprengte die Schranken, welche uns bisher an der Erreichung und Einführung desselben hinderten. (D. A. Z.)

Petersburg, 15. April. Der Großfürst Konstantin ist eifrig mit durchgreifenden Reformen seines Ressort beschäftigt. So hat er den Admiralitätsrath und das Verpflegungs-Departement beauftragt, Maßregel zur Beseitigung der Kornlieferanten und der Staatsbäckereien zu ergreifen und überhaupt zu ermitteln, in welcher Weise das bisherige Verpflegungssystem zu reorganisiren sey, um bessere, gesündere und billigere Lebensmittel zu beschaffen. Die Staatsbehörden sollen zu diesem Zweck in direkte Beziehungen mit den Produzenten treten und Privatbäckern die bisher von Staatsbäckereien (namentlich der in Kronstadt) besorgte Anfertigung des Zwiebacks und Brodes überlassen werden. Als Hauptgrund des angeordneten Wandels wird in dem entsprechenden amtlichen Berichte angegeben, es sollten dadurch besonders die „Mißbräuche" abgestellt werden, die unter dem Schutze der formellen Rechenschaftsberichte sich der Regierungskontrole entziehen. Eben so soll ein Wandel in dem jetzigen Bekleidungssystem der Mannschaften eintreten, demzufolge die bisher in der Hand der Commandeure gelegene Verwaltung einem besonderen Kommissär übertragen werden soll. Da die Versorgung der Dampferflotte mit Heizmaterial eine Lebensfrage geworden und man bestrebt ist, dieselbe unabhängig zu machen von äußeren politischen Conjunkturen, so ist dem Bergwesen die Sorge übertragen worden, nach allen, auch den geringsten Indizien von Kohlenlagern zu forschen. Privatpersonen sind außerdem aufgefordert worden, in dieser Richtung ihre Thätigkeit überall zu entwickeln, da, wie die amtliche Aufforderung bemerkt, „davon die Zukunft der Flotte abhänge". Die Admiralität hat die Anzündung der Leuchtthürme und Auslegung der Seezeichen, Bojen und Backen in der Ostsee befohlen. (K. Z.)

„Der hohen Kammer sey das Ergreifen der Initiative bezüglich der in §§. 3 und 4 des IX. Verfassungsartikels vorgesehenen Reserven nicht zu empfehlen." Dies Gutachten hat der Ausschuß einstimmig angenommen.

× **Preußen.** Berlin, 23. April. (Privat-Korresp.) Heute Vormittag begab sich eine Deputation des Abgeordnetenhauses zu dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel und begrüßte ihn nach seiner Rückkehr von Paris Sie theilte ihm ferner mit, daß die Abgeordneten die Absicht hätten, ihm zu Ehren ein Diner zu veranstalten und luden ihn zur Theilnahme an demselben ein, wobei sie ihm aber anheimstellten, den Tag für diese Festlichkeiten zu bestimmen. -- Es ist die Bestimmung getroffen worden, daß Briefe und andere Postsachen von der Post wieder zurückgefordert werden können, wenn sie sich auch bereits auf dem Wege nach ihrem Ziele befänden, oder auch schon im Orte des Empfängers angelangt sind. Es kann zu diesem Behufe eine telegraphische Depesche verwendet werden; es muß aber vorher erst von der absendenden Postanstalt der Depesche der Vermerk zur Zurücknahme des Postgegenstandes beigefügt werden; der Aufgeber des zurückgeforderten Poststückes hat das volle Porto für Hin- und Rücktransport zu zahlen, wenn die betreffenden Post-Gegenstände bereits abgegangen waren. Sind sie noch nicht abgegangen, wird das bezahlte Porto, wenn es nicht in abgestempelten Freimarken oder Freicouverts besteht, zurückerstattet. — Der Verkauf der durch die Aufhebung der Kriegsbereitschaft überflüssigen Artillerie-Pferde ist bereits angeordnet worden, und werden die Verkaufstermine sehr bald bekannt gemacht, und dieselben in kürzester Frist abgehalten werden.

Baden. Karlsruhe, 17. April. Zur Errichtung einer badischen Bank soll sich eine Gesellschaft konstituirt haben; sie besteht, wie wir hören, aus Mitgliedern des hohen Adels und Industriellen, so wie aus einigen hiesigen Bankiers. Als Sitz der Bank wurde die hiesige Residenz bestimmt. Nunmehr sollen Unterhandlungen mit der großherzoglichen Regierung wegen der Konzessionirung eintreten. Auf der Befugniß der Emission von Papiergeld soll noch immer die Gesellschaft eifrig bestehen; dagegen kann als sicher angenommen werden, daß das großherzogliche Finanzministerium hierauf nicht eingeht. — Die Mannheimer Bankiers haben sich bis jetzt noch nicht entschlossen, sich bei dieser Bankgesellschaft zu betheiligen, und es scheint, daß sie ihr Projekt, wobei der Sitz der Bank in Mannheim seyn soll, noch nicht aufgegeben haben. (B. C. Bl.)

Sachsen-Koburg-Gotha. Gotha, 21. April. Dem gegenwärtig hier versammelten Ausschuß des gemeinschaftlichen Landtags der Herzogthümer Koburg und Gotha sind von der herzogl. Staatsregierung mehrere Gesetzentwürfe zur Vorberathung zugewiesen, welche auf die vollständige Umgestaltung unseres Gerichtswesens und namentlich des strafrechtlichen Verfahrens Bezug haben. Das eine enthält den Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung, welche auf das Prinzip der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit mit Staatsanwaltschaft und Schwurgericht basirt ist, die andern beziehen sich auf die neue Gerichtsorganisation, in Folge deren künftig die richterlichen Behörden in Justizämter, Kreisgerichte, Appellations- und Oberappellationsgericht eingetheilt werden, ferner auf die Zuständigkeit der Gerichte in Civilsachen und die Aufhebung des noch bestehenden privilegirten Gerichtsstandes der Personen und Güter. (A. Z.)

Oesterreich. Wien, 19. April. Hr. Mazzoldi, der Redakteur der „Sferza", schreibt: „Am 7. gegen Mittag war ich eben im Audienzsaal Sr. Exz. des Grafen Grüne, ersten Generaladjutanten Sr. Maj des Kaisers, als ich Se. kais. Hoh. den Erzherzog Franz Karl, Vater Sr. Maj. des Kaisers, begleitet von einem Adjutanten, eintreten sah; aber wie groß war mein Erstaunen, als ich hinter ihm eine arme Frau mit einem Kinde auf dem Arme und zwei andern zur Seite gewahr wurde. Die Aermste hatte den Erzherzog unter der Halle abgewartet und ihn um Almosen angesprochen. — Der gütige Erzherzog hatte wahrscheinlich unterwegs schon so viel gegeben, daß ihm nichts mehr für die letzte Supplikantin blieb, und er nahm sie deßwegen mit sich. — Wirklich kam nach einer Viertelstunde die arme Frau mit Thränen des Dankes im Auge wieder ihren Weg zurück."

§ Wien, 22. April. (Priv.-Korresp.) In Betreff der Reduzirung der Armee ist neuestens verordnet worden, daß der Stand der Kompagnien auf 100 Gemeine und 26 Chargen zu vermindern sey, welche Verordnung für die ersten drei Bataillone des Regimentes zu gelten hat, die Kompagnien des vierten Bataillons dagegen haben nur aus je 40 Gemeinen zu bestehen, doch dürfen in denselben keine Beurlaubungen stattfinden, wogegen in den ersten drei Bataillonen der verschiedenen Regimenter zwanzig Mann per Kompagnie beurlaubt werden dürfen, so daß die Letztere demnach eigentlich nur aus 80 Mann besteht, was zusammen eine Verminderung der Heeresmacht bildet, wie wir sie seit dem Jahre 1847 nicht gehabt haben. — Eine zweite wichtige Verordnung ist, daß die beurlaubten und in die Heimat entlassenen Mannschaften der vierten Bataillone nur jedes zweite Jahr und da nur für die Dauer der Exerzierzeit (sieben bis acht Wochen) einberufen werden sollen. Es liegt auf der Hand, daß diese Verordnung, welche selbstverständlich nur in Friedenszeiten zu gelten hat, von den wohlthätigsten Folgen für den Ackerbau begleitet seyn wird.

Dänemark.

⊙ Der angebliche Vorschlag Englands, für die Ablösung des Sundzolls eine Summe zu bestimmen, welche in 14 Jahren durch Ratenzahlungen von den Ostseestaaten abzutragen sey, scheint die müßige Erfindung eines schreibelustigen Projektenmachers zu seyn, da in der That nichts davon bekannt geworden ist, daß England solchen Vorschlag gemacht hat, durch welchen es sich selbst von allen Opfern frei machen würde. Man darf vielmehr annehmen, daß die englische Regierung für den Fall einer Ablösung des Sundzolles dieselbe Verpflichtung zur Theilnahme an derselben fühlen wird, wie die Ostseestaaten. Der angebliche Vorschlag Englands würde bei den Ostseestaaten jedenfalls auf entschiedenen Widerspruch gestoßen seyn.

Kopenhagen, 23. April. Heute hat die letzte Behandlung des Holsteiner-Elfer-Antrags*) begonnen. Der Präsident weigerte sich den Tscherning'schen Aenderungs-Antrag zur Behandlung zuzulassen. Baron Blome gab zu verstehen, man werde bei Verwerfung des (Elfer) Antrags Schutz beim Bundestag suchen. (T. D. d. A. Z.)

Schweiz.

Das Bernische „Amtsblatt" enthält einen Ehe- und Erbkontrakt zwischen Herrn Hs. Heinrich v. Jud von Egg, seßhaft in Thun, und Fräulein Charlotte Friederike Amalie Albertine, Prinzessin zu Schwarzburg-Sondershausen. (Die hohe Braut ist 39 Jahre alt.)

Großbritannien.

London, 23. April. Der „Globe" meldet: Die Gebrüder Baring wollen an der Spitze englischer Bankiers in Rußland Banken gründen. Die „Daily-News" in einer zweiten Auflage publizirt den (angeblich) authentischen Wortlaut des Friedensvertrages. (T. D. d. A. Z.)

Frankreich.

Aus Paris, 22. April, wird der „Allg. Z." geschrieben: „Die französische Regierung wird den Maßregeln, welche Oesterreich zur Sicherstellung der Ruhe in Italien ergreifen zu müssen glauben sollte, keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Man dürfte sogar nicht abgeneigt seyn, sie unter der Hand zu unterstützen. All dies aus dem einfachen Grunde, weil man auch über die in Italien herrschende Aufregung der Geister ernstlich besorgt zu werden anfängt, und die rechtzeitige Mäßigung derselben gern sähe. Das starke Lager, welches im Vardepartemente zusammengezogen werden soll, hat keinen andern Zweck, als dem Uebergreifen einer italienischen Bewegung nach Frankreich vorzubeugen."

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 22. April. Fürst Mentschikoff ist des Gouvernements von Kronstadt enthoben. Ein Tagesbefehl vom 15. d. M. verordnet die Errichtung zweier neuer Dragonerregimenter. Durch Tagesbefehl vom 19. April ist für den Kaukasus die Bildung zweier neuer Infanterieregimenter angeordnet. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Petersburg, 16. April. Die so eben bekannt gewordene Ernennung des Unterrichts-Ministers Norow zum Mitglied des Unterrichtsrathes der Militärschule hat nicht geringeres Aufsehen gemacht, als ein eigenhändiges Dekret des Kaisers in Bezug auf die beiden Lehr-Institute Alexander-Lyceum und Rechtsschule, deren Kurator der Prinz von Oldenburg ist. Beides beweist, daß der Kaiser sein Vertrauen hinsichtlich des Erziehungs- und Unterrichtswesens nicht ausschließlich — wie sein Vorgänger — in den militärischen Geist zu setzen scheint. Kaiser Nikolaus hatte mittels Ukases vom 5. November 1849 unter Anderem vorgeschrieben, sämmtliche Erzieher der beiden genannten bürgerlichen Lehr-Institute sollten aus Militärs bestehen und nach dem Ermessen des Kurators, des Prinzen von Oldenburg, angestellt werden. Der Prinz ist nun bei dem Kaiser vorstellig geworden, daß es namentlich in Kriegszeiten

---

*) Elf holsteinische Mitglieder des Reichsraths haben den Antrag gestellt, die Gesammtstaatsverfassung solle, wie vor ihrer Einführung dem dänischen Reichstag, so jetzt wenigstens noch nachträglich den Provinzialständeversammlungen von Holstein und Schleswig zur Begutachtung vorgelegt werden.

nicht immer möglich sey, alle Erzieherstellen in den Instituten mit solchen Offizieren zu besetzen, die des Deutschen, Französischen und Englischen so weit, wie das Reglement es vorschreibt, mächtig sind, um die Zöglinge darin zu unterrichten, und daß es daher wünschenswerth sey, daß auch Andere, Zivilpersonen, zu diesen Anstellungen zugelassen würden, sofern sie allen sonstigen Bedingungen entsprächen. Der Kaiser hat auf diese Vorstellung mit eigener Hand geschrieben: „Einverstanden", und: „Ich wünsche überhaupt, daß in Zukunft Offiziere nicht zu ähnlichen Aemtern in bürgerlichen Schulen ernannt werden."

(Köln. Ztg.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Die „Köln. Ztg." bringt die deutsche Uebersetzung des Friedens-Vertrags vom 30. März. Wir geben für heute die wichtigsten von den 34 Artikeln desselben und werden die übrigen morgen nachtragen.

Art. 1. Von dem Tage der Auswechslung der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages an wird auf ewige Zeiten Friede und Freundschaft bestehen zwischen Sr. Maj. dem Kaiser der Franzosen, Ihrer Maj. der Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, Sr. Maj. dem Könige von Sardinien, Sr. Maj. dem Sultan einerseits, und Sr. Maj. dem Kaiser aller Reussen anderseits, sowie zwischen ihren Erben und Nachfolgern, ihren Staaten und resp. Unterthanen.

Art. 2. Da der Friede zwischen den genannten Majestäten glücklich hergestellt worden ist, so werden die während des Krieges besetzten oder eroberten Territorien von beiden Theilen geräumt werden. Spezielle Uebereinkommen werden die Art der Räumung ordnen, die so schnell, als es sich thun läßt, stattfinden soll.

Art. 3. Se Maj. der Kaiser aller Reussen verpflichtet sich, Se. Maj. dem Sultan die Stadt und Citadelle Kars, so wie die anderen Punkte des ottomanischen Gebietes zurück zu erstatten, in deren Besitz sich die russischen Truppen befinden.

Art 4. Ihre Majestäten der Kaiser der Franzosen, die Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, der König von Sardinien und der Sultan verpflichten sich, Sr. Maj. dem Kaiser aller Reussen die Städte und Häfen von Sebastopol, Balaklawa, Kamiesch, Eupatoria, Kertsch, Jeni-Kale, Suchum-Kale und alle anderen Punkte zurück zu geben, die in Besitz ihrer respektiven Truppen sind.

Art. 9. Da Se. Maj. der Sultan, in seiner beständigen Fürsorge für das Wohl seiner Unterthanen, einen Ferman erlassen, der, ihr Schicksal ohne Unterschied der Religion oder Race verbessernd, seine edelmüthigen Absichten gegen die christlichen Bewohner seines Reiches konstatirt, und beabsichtigt, einen neuen Beweis seiner Gesinnungen in dieser Beziehung zu geben, hat er beschlossen, den kontrahirenden Mächten den erwähnten Ferman, aus der Initiative seines souveränen Willens hervorgegangen, mitzutheilen. — Die kontrahirenden Mächte konstatiren den hohen Werth dieser Mittheilung. Es ist wohlverstanden, daß sie in keinem Falle den genannten Mächten das Recht geben kann, sich, sey es kollektiv oder einzeln, in die Beziehungen Sr. Maj. des Sultans zu seinen Unterthanen, noch in die innere Verwaltung seines Reiches einzumischen.

Art. 10. Der Vertrag vom 13. Juli 1841, welcher die alte Regel des otomanischen Reiches betreffs der Schließung der Meerengen des Bosporus und der Dardanellen aufrecht erhält, ist nach gemeinschaftlicher Uebereinstimmung revidirt worden. — Der in dieser Beziehung und diesem Prinzip gemäß zwischen den hohen kontrahirenden Parteien abgeschlossene Akt ist und bleibt dem gegenwärtigen Vertrag annexirt und wird die nämliche Kraft und den nämlichen Werth haben, als wenn er in denselben vollständig aufgenommen wäre.

Art. 11. Das schwarze Meer ist neutralisirt. Der Handels-Marine aller Nationen geöffnet, sind seine Gewässer und Häfen förmlich und auf ewig den Kriegsflaggen der Uferstaaten sowohl, als der andern Mächte untersagt, die in den Art. 14 und 19 erwähnten Ausnahmefälle ausgenommen.

Art. 12. Frei von aller Beschränkung wird der Handel in den Häfen und Gewässern des schwarzen Meeres nur den Gesundheits-, Douane- und Polizeiverordnungen unterworfen seyn, die in einem der Entwicklung der kommerziellen Transaktionen günstigen Geiste abgefaßt werden. — Um den Handels- und See-Interessen aller Nationen die wünschenswerthe Sicherheit zu geben, werden Rußland und die hohe Pforte in allen ihren auf dem Litorale des schwarzen Meeres gelegenen Häfen und den Prinzipien des internationalen Rechtes gemäß Konsuln Zulaß gewähren.

Art. 13. Da das schwarze Meer dem Wortlaute des Artikels 11 gemäß neutralisirt ist, so ist die Aufrechterhaltung oder Errichtung von militärisch-maritimen Arsenalen auf dessen Litorale ohne Nothwendigkeit und ohne Zweck. Se. Majestät der Kaiser aller Reussen und Se. k. Majestät der Sultan verpflichten sich deßhalb, auf diesem Litorale kein militärisch-maritimes Arsenal zu errichten oder zu behalten.

Art. 14. Da Ihre Majestäten der Kaiser aller Reussen und der Sultan eine Konvention abgeschlossen haben, um die Stärke und Zahl der leichten, zum Dienste ihrer Küsten nothwendigen Schiffe zu bestimmen, deren Unterhaltung im schwarzen Meere sie sich reserviren, so ist diese Konvention dem gegenwärtigen Vertrage annexirt worden und wird die nämliche Kraft und den nämlichen Werth haben, als wenn sie in denselben vollständig aufgenommen wäre. Sie kann ohne die Zustimmung der Mächte, Unterzeichner des gegenwärtigen Vertrages, weder annulirt noch modifizirt werden.

Art. 17. Eine Kommission wird ernannt werden und aus Abgesandten Oesterreichs, Bayerns, der hohen Pforte und Würtembergs bestehen (einer für jede dieser Mächte), denen sich die Kommissäre der drei Donaufürstenthümer, deren Ernennung die Pforte gutgeheißen hat, anschließen werden. Diese Kommission, die permanent seyn wird, wird 1) das Fluß-, Schifffahrts- und Polizei-Reglement ausarbeiten; 2) die Beschränkungen hinwegräumen, von welcher Natur sie auch seyn mögen, die sich der Anwendung der Dispositionen des Wiener Vertrags auf die Donau noch entgegenstemmen; 3) die auf dem ganzen Laufe des Flusses nothwendigen Arbeiten anordnen und ausführen lassen, und 4) nach Auflösung der europäischen Kommission über die Aufrechterhaltung der Schiffbarkeit der Donaumündungen und der Theile des daranstoßenden Meeres wachen.

Art. 20. Zum Austausch der im Art. 4 des gegenwärtigen Vertrages aufgezählten Städte, Häfen und Gebiete und zur besseren Sicherung der Schifffahrt auf der Donau gibt Se. Maj. der Kaiser aller Reussen seine Zustimmung zur Rektifikation seiner Gränze in Bessarabien. Die neue Gränze wird am schwarzen Meere, ein Kilometer (etwa ¼ Stunde) ostwärts vom See Burna Sola, beginnen, die Straße von Akermann senkrecht erreichen, diese Straße bis zum Trajans-Thale verfolgen, südwärts an Bolgrad vorbeilaufen, längs des Flusses Yalbuck bis zur Höhe von Saratsika hinaufgehen und in Katamori am Pruth enden. Stromaufwärts von diesem Punkte aus wird die alte Gränze zwischen den beiden Reichen keine Verminderung erleiden. Abgesandte der kontrahirenden Mächte werden in ihren Einzelheiten die neue Gränzscheide feststellen.

Art. 21. Das von Rußland abgetretene Gebiet wird zu dem Fürstenthume Moldau unter der Oberherrlichkeit der hohen Pforte hinzugefügt werden. Die Bewohner dieses Gebietes werden die nämlichen Rechte und Privilegien genießen, die den Fürstenthümern gesichert sind, und während eines Zeitraumes von drei Jahren wird es ihnen erlaubt seyn, ihr Domizil anderwärts aufzuschlagen, indem sie über ihr Eigenthum freie Verfügung haben.

Art. 22. Die Fürstenthümer Wallachei und Moldau werden fortfahren, unter der Oberherrlichkeit der Pforte und unter der Garantie der kontrahirenden Mächte die Privilegien und Immunitäten zu genießen, in deren Besitz sie sind. Kein ausschließlicher Schutz wird über sie von einer der garantirenden Mächte ausgeübt werden. Es wird kein besonderes Recht der Ergreifung in ihre inneren Angelegenheiten gestattet werden.

Art. 26. Es ist ausgemacht, daß es in den Fürstenthümern Moldau und Wallachei eine bewaffnete Gewalt geben wird, zu dem Zwecke organisirt, die Sicherheit im Innern und diejenige der Gränzen aufrecht zu erhalten. Keine Beschränkung wird den außerordentlichen Vertheidigungs-Maßregeln entgegengesetzt werden können, die sie, mit Uebereinstimmung mit der hohen Pforte, zur Abweisung eines jeden fremden Angriffs zu nehmen berufen seyn werden.

Art. 27. Wenn die innere Ruhe der Fürstenthümer bedroht oder gefährdet ist, so wird die hohe Pforte sich mit den übrigen kontrahirenden Mächten verständigen über die zur Erhaltung oder Wiederherstellung der legalen Ruhe zu nehmenden Maßregeln. Eine bewaffnete Intervention kann ohne vorherige Einstimmung dieser Mächte nicht statthaben.

Art. 28. Das Fürstenthum Serbien wird fortfahren, von der hohen Pforte abhängig zu seyn, gemäß der kaiserl. Hats, die seine zukünftige unter die Collektiv-Garantie der Mächte gestellten Rechte und Immunitäten festsetzen. In Folge dessen wird dieses Fürstenthum seine unabhängige und nationale Verwaltung, sowie die vollständige Freiheit des Cultus, der Gesetzgebung, des Handels und der Schifffahrt behalten.

Art. 29. Das Garnisonsrecht der hohen Pforte, sowie es durch frühere Reglements festgestellt ist, wird aufrecht erhalten.

Keine bewaffnete Intervention wird in Serbien stattfinden können ohne vorherige Uebereinstimmung der hohen kontrahirenden Mächte.

Art. 30. Se. Maj. der Kaiser aller Reussen und Se. Maj. der Sultan erhalten den Zustand ihrer Besitzung in Asien in ihrer Integrität, sowie er vor dem Bruch gesetzlich bestand. Um jeder lokalen Streitigkeit zuvor zu kommen, wird die Gränzscheide verifizirt, und wenn nöthig rektifizirt werden, ohne daß jedoch ein Gebietsnachtheil für eine oder die andere der beiden Parteien daraus entstehen kann. Zu diesem Zwecke wird eine gemischte Kommission, bestehend aus zwei russischen Kommissären, zwei otomanischen Kommissären, einem französischen Kommissär und einem englischen Kommissär, an Ort und Stelle unverzüglich nach Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem russ. Hofe und der hohen Pforte gesandt werden. Ihre Arbeit muß in dem Zeitraum von acht Monaten, von dem Tage der Auswechslung der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages an gerechnet, beendet seyn.

Art. 31. Die Gebietstheile, besetzt während des Krieges von den Truppen IJ. MM. des Kaisers der Franzosen und des Kaisers von Oesterreich, der Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und des Königs von Sardinien, in Folge von Verträgen, abgeschlossen am 12. März 1854 zwischen Frankreich, Großbritannien und der hohen Pforte, am 14. Juni des nämlichen Jahres zwischen Oesterreich und der hohen Pforte, und am 15. März 1855 zwischen Sardinien und der hohen Pforte, werden nach Auswechslung der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrags geräumt werden, so bald als es geschehen kann. Die Termine und die Ausführungsmittel werden der Gegenstand einer Uebereinkunft seyn zwischen der hohen Pforte und den Mächten, deren Truppen ihr Gebiet okkupiren.

Art. 32. Bis dahin, daß die Verträge oder Konventionen, welche zwischen den kriegführenden Mächten vor dem Kriege bestanden, durch neue Akte erneuert oder ersetzt sind, wird der Aus- und Einfuhrhandel gegenseitig auf dem Fuße der vor dem Kriege Kraft habenden Reglements stattfinden, und ihre resp. Unterthanen werden in allen anderen Angelegenheiten auf dem Fuße der am meisten begünstigten Nationen behandelt werden.

Art. 33. Die am heutigen Tage zwischen Ihren Majestäten dem Kaiser der Franzosen, der Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland einerseits und Se. Maj. dem Kaiser aller Reussen andererseits abgeschlossene Konvention bezüglich der Alands-Inseln ist und bleibt dem gegenwärtigen Vertrage annexirt und wird die nämliche Kraft und den nämlichen Werth haben, als wenn sie in denselben aufgenommen wäre.

Art. 34. Der gegenwärtige Vertrag wird ratifizirt, und sollen die Ratifikationen binnen vier Wochen, oder früher, wenn es geschehen kann, zu Paris ausgewechselt werden.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 14. April. Die französische Division die in Eupatoria stand, ist gestern nach Frankreich abgesegelt. Die britische Kavallerie wird in den Dardanellen erwartet, um dann nach England übergeführt zu werden. (T. D. d. A. Z.)

* Das 95. französische Infanterie-Regiment, bisher in Kinburn, hat diesen Platz verlassen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 24. April. Die Kurse einiger Effektengattungen stellten sich zwar etwas niedriger, die Haltung der Börse war jedoch im Ganzen fest, und am Schluß zeigte sich Nachfrage besonders für National, österr., Leipziger und mitteldeutsche Kreditaktien. — Elisabethbahnaktien 110.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1311 P. 1306 G. Neue Bankaktien 436 P. 434 G. Credit-Actien à 5pCt. 198 1/2 P. 196 1/2 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 84 1/4 P. 84 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 91 1/2 P. 91 G. Metall. alte à 5pCt. 83 1/4 P. 82 3/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 91 P. 90 1/2 G.; à 4 1/2pCt. 75 P. 74 1/2 G.; à 4pCt. 66 1/2 P. 66 G.; à 3pCt. 50 1/4 P. 49 3/4 G.; à 1pCt. 16 3/4 P. 16 1/2 G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G; à fl. 250 von 1839 — — P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106 1/4 P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 310 P. 308 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 113 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3 1/2pCt. 87 3/4 P. 87 1/4 G.; 4pCt. — P. 93 3/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4 1/2pCt. 100 P. 99 1/2 G.; 5pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157 1/2 P. 157 G. Neustadt-Weissenb. 117 1/2 P. 117 G.

Sachsen. Leipziger Credit-Bank-Aktien 116 1/2 P. 116 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 89 1/4 P. 88 3/4 G.; 4 1/2pCt. 102 1/2 P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45 1/4 P. 44 3/4 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 3pCt. 82 7/8 P. 82 3/8 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41 1/4 P. 40 3/4 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64 P. 63 1/2 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2pCt. 92 1/2 P. 92 G.; à 4pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 4 1/2pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G.; Loose à fl. 50 112 3/4 P. 112 1/4 G.; à fl. 25 33 1/2 P. 33 1/4 G.; Darmstädter Bankaktien alte 348 P. 346 G.; junge 303 1/2 P. 301 1/2 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 104 1/4 P. 103 3/4 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47 3/8 P. 47 1/8 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 90 P. 89 1/2 G., Loose à fl. 25 31 1/2 P. 31 1/4 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 1/2 P. 85 G.; à 3 1/2pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; Bankaktien 121 1/8 P. 121 5/8 G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81 3/4 P. 81 1/4 G. **Homburg.** Bankaktien P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 88 P. 87 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. ink. Schuld 39 1/2 P. 39 1/4 G.; 1pCt. neue 24 5/16 P. 24 3/16 G. **Holland.** Integrale 63 1/2 P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120 P. 119 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. ö. S. Lr. 250 k. S. 101 1/4 P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 5/8 P. 94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. 105 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 5/8 P. 94 3/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97 1/8 P. 96 7/8 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117 7/8 P. 117 5/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 1/8 P. 88 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 5/8 P. 117 3/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. 105 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 23 April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 3/8; 5pCt. Metall. 85 7/8; 4 1/2pCt. 76; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 — —; von 1854 107 3/8; Bankaktien 1121; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 342 1/4; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 639; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 298 7/8. Wechselkurse: Augsburg uso 102 3/8; London 10. 3 1/2. B. Geldkurs: Dukaten —.

Breslau, 19. April. Das Wetter war während der ganzen Woche kühl und nur theilweise heiter und schön. Der Vegetation haben diese rauhen Winde bis jetzt noch nicht geschadet, sie aber im Wachsthum aufgehalten. Heute ist es sehr kühl und windig, am Morgen + 3 Grad.

Im Verfolge unseres jüngsten Wochenberichtes vermögen wir über den Gang des Getraide-Handels in dieser Woche wenig Neues zu berichten. — Wenn auch ein fortwährend reger Bedarf und nur mäßige Vorräthe fast aller Zerealien sich nicht verläugnen lassen, so konnten unter dem Einflusse der von den Märkten Holland, England, Belgien, Berlin, Sachsen ꝛc. eingetroffenen flauen Berichte über Roggen die Preise sich hierfür nur mühsam behaupten, und Umsätze blieben mehr oder weniger auf einige Deckungsankäufe beschränkt, während die Spekulation momentan ganz unthätig ist. Die Provinzial-Märkte, besonders die der österreichischen Gränzen nahe gelegenen Plätze, blieben zum größten Theil ebenfalls in flauer Haltung und so fehlte uns auch nach dieser Richtung hin vorläufig aller Abzug. Daher kam es, daß wir, trotzdem daß von Roggen aus Oesterreich neue Zufuhren nur im geringfügigen Maße zugeführt waren, wir dennoch mit unseren Beständen ausreichten und nur die exquisiten Gattungen, wovon die Auswahl gar zu spärlich war, hiervon eine Ausnahme machten, deßhalb auch zu unverhältnißmäßig guten Preisen untergebracht werden konnten. Das Geschäft auf Lieferung war an manchen Tagen von ziemlichem Belange, doch waren Preise nur unwesentlichen Schwankungen unterworfen. Gegen Schluß der vorigen Woche differiren wir mit ca. 1 Thlr. pr. Wspl., schließt jedoch am Ende derselben ca. 2 Thlr. höher. Heute war der Markt in ziemlich fester Stimmung, namentlich Roggen zu bestehenden Preisen bessere Kauflust bemerkbar.

Rotterdam, 19. April. Kaffee fest behauptet, doch bleiben Umsätze ohne Bedeutung, für einzelne seltene Nummern ist 1/2 ct. Avanz bezahlt, Domingo Kaffee ist gesucht, aber wenig am Markt, Brasil still.

Rohzucker, mit Ausnahme von blanken Sorten, welche zum Export gesucht sind, still.

Reis unverändert. Java Tafel fl. 13 1/2 a 15, Java fl. 9 1/4 a 10 1/2.

Gewürze still. Pfeffer 26 1/2 a 27 ct., Piment fl. 30, Nelken 38 a 40 ct., Chin. Caneel 68 ct.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 116.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 26. April 1856

Deutscher Bund.

× Berlin, den 24. April. (Privat-Korrespondenz) Der in einigen Zeitungen gemachten Angabe, daß Oesterreich eine Vorlage in Bezug auf die Thätigkeit der deutschen Staaten am Friedenswerke dem Bundestage im Einverständniß mit Preußen machen werde, bin ich im Stande hinzuzufügen, daß die Vorlage nicht allein von Oesterreich, sondern von Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich erfolgen wird. Mit dieser Vorlage wird jedenfalls auch die offizielle Uebermittelung des Friedensvertrages stattfinden.

---

* **Bayern.** Der Abg. Rabl hat bei der 2. Kammer
den Antrag eingereicht, es wolle an Se. Maj. den König die
Bitte gerichtet werden, „zur Definirung der Einzelnweide
und deren Ausübung, sowie zur Erzielung eines sicheren Schul-
besuches von Seite der schulpflichtigen Jugend gesetzliche Be-
stimmungen, die den Grundeigenthümer im vollen Genusse des
Besitzes nicht beeinträchtigen, in Vorlage bringen zu lassen,
eventuell daß bis dahin beim Vollzug der bestehenden Verord-
nung unter der Vorbedingung, daß der Besuch der Sonntags-
schule, des Gottesdienstes und der Christenlehre nicht beein-
trächtiget wird, den Feiertagsschulpflichtigen die Vergünstigung
des Hütens zugestanden werde, welchen von Seite der
Schul-Inspektion der Besitz von genügenden Kenntnissen und
entsprechend guter Aufführung bestätigt werden kann." Der
Berichterstatter Doppelhamer empfahl dem 3. Ausschuß, diesen
Antrag in folgender Fassung anzunehmen: „Es sey Se. Maj.
der König allerehrfurchtsvollst zu bitten: Im Vollzuge des Ge-
setzes vom 28. Mai 1852 über Ausübung und Ablösung des
Weiderechts auf fremdem Grund und Boden 1) zu bestimmen,
daß das Verbot der Einzelnweide nur für jene Orte noch Gel-
tung habe, wo ein allgemeines Weidenützungsrecht besteht, und
die Heerde unter die Geißel eines gemeinschaftlichen Ortsvieh-
hirten gestellt ist, außerdessen aber jedem Grundbesitzer es frei-
zustellen, sein Eigenthum auch durch Abweiden unter gehöriger
Aufsicht ausnützen zu dürfen; 2) ebenso allergnädigst zu ge-
nehmigen, daß feiertagsschulpflichtige Dienstboten, unbeschadet
des vorschriftsmäßigen Besuches der Feiertagsschule, des Gottes-
dienstes und der Christenlehre, auch zum Hüten des Viehes
verwendet werden dürfen."

In der Sitzung des Ausschusses vom 14. April gab nun
die Staatsregierung folgende Aufklärungen: 1) daß von Seite
der k. Staatsregierung die in der Ministerialentschließung vom
3. Juni 1834 ausgesprochenen Grundsätze seither gleichmäßig
festgehalten, dann daß, nachdem die vorliegenden Beschwerden
sich zunächst auf einzelne Bezirke des Kreises Niederbayern be-
ziehen, durch Entschließung der beiden Ministerien des Innern,
dann des Handels 2c. 2c. vom 11. April d. J. die erforderlichen
Anordnungen getroffen worden seyen, um die zur Anzeige ge-
kommenen Mißstände des Vollzuges sofort zu beseitigen; ferner
2) daß die Verwendung von sonntagsschulpflichtigen Dienstboten
zum Viehhüten schon seither nicht unbedingt verboten, durch die
(von uns kürzlich mitgetheilte) Entschließung der beiden königl.
Ministerien des Innern vom 10. April l. J. aber nunmehr
ausdrücklich in der Voraussetzung des ungestörten Besuches der
Sonntagsschule, des Gottesdienstes und der Christenlehre ge-
stattet worden sey, — endlich 3) daß zwar das Verbot der
Verdingung werktagsschulpflichtiger Kinder zum Zwecke des Vieh-
hütens aufrecht erhalten werden müsse, daß jedoch ausnahms-
weise in Fällen unabweislichen Bedürfnisses vom k. Staatsmini-
sterium auch zu solcher Verdingung die Erlaubniß werde ertheilt
werden, wie dies erst unlängst für einige Bezirke des Allgäu
wirklich geschehen sey.

In Folge dieser Aufklärung wurde vom Ausschuß einstim-
mig beschlossen: „Den Antrag des Abg. Rabl: „„Weide auf
eigenem Grund und Boden betr."", im Hinblicke auf die er-
wähnten, in jeder Beziehung befriedigenden ministeriellen Mittheilungen als erledigt zu betrachten."

× **Preußen.** Berlin, 24. April. (Privat-Korresp.) Der Landtag wird dem Vernehmen nach längstens noch 14 Tage beisammen bleiben, und dann seine Vertagung eintreten.

Königsberg, 21. April. Die dritte Nummer der von Dr. Rupp herausgegebenen „Königsberger Sonntags-Post" ist gestern nicht erschienen. Dem Herausgeber ist nämlich bereits ein polizeiliches Strafresolut von 20 Thlrn. zugefertigt und ein weiteres von 40 Thlrn. angedroht worden, weil die Polizei die bestehenden Preßvorschriften dahin interpretirt, daß Dr Rupp als Selbstverleger seines Blattes, ohne im Besitze einer Konzession zu seyn, dasselbe auch nicht durch den mit der nöthigen Konzession versehenen Drucker verbreiten lassen dürfe. Diese Ansicht scheint jedoch mit der Ministerialverfügung vom 30. März 1855 nicht im Einklange zu stehen. Polizei-Präsident Mauerbach hat dem Dr. Rupp erklärt, daß das Blatt nur in dem Falle straflos erscheinen dürfe, wenn es für eigene Kosten und Gefahr des Druckers erscheine. (K. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 23. April. (Privat-Korresp.) Die Theißbahn hat wieder einen bedeutenden Zufluß zu ihrem Kapitale erhalten; es wird Ihnen vielleicht bekannt seyn, daß das allerhöchste Kaiserhaus schon früher für die Theißbahn eine Summe von vier Millionen gezeichnet hat: neuerdings hat dasselbe nun wieder einen Beitrag von zwei Millionen gezeichnet. Dermalen dürfte bereits ein Kapital von 40 Millionen gesichert seyn, welches Herr von Haber theils hier, theils im Auslande zusammengebracht hat, und auf 60 Millionen sind die Kosten veranschlagt. — Die Kreditanstalt für Handel und Gewerbe hat einen Schritt zur Vollendung ihrer Organisation gemacht; der Direktor der Bank- und Wechselgeschäfts-Abtheilung Herr Schiff aus Hamburg ist vor einigen Tagen in Wien eingetroffen, und wird die benannte Geschäftsabtheilung sofort eröffnet werden. — Herr Moritz von Haber reist in nächster Zeit in Angelegenheit seiner neuesten Unternehmungen nach Paris und dürfte seine Reise bis nach London ausdehnen. — Die von mehreren Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die Bahnstrecke von Szegedin nach Temesvar noch im Laufe dieses Jahres vollendet werde, bestätigt sich nicht, indem die steinerne Theißbrücke bei Szegedin eines größeren Zeitaufwandes bedarf. Wie wir aus verläßlicher Quelle vernehmen, wünscht die General-Direktion die genannte Bahnstrecke im Herbste 1858 fertig zu sehen.

Großbritannien.

London, 24. April. In der heutigen Unterhaussitzung legt Lord Palmerston die Papiere wegen der Differenzen mit Nordamerika auf den Tisch; Sir Edm. Lytton Bulwer zeigt darüber eine Motion an. Hr. Goderich beantragt die Bewerbungen für den Civildienst an die Bedingung eines Staatsexamens zu knüpfen. Die Regierung ist einverstanden, nur sollen die Departementshäupter Bewerber vorschlagen. Hr. Goderich dringt auf Abstimmung, und siegt mit 198 gegen 87 Stimmen. Im Oberhaus versichert Graf Clarendon, die österreichische Besetzung Parma's sey von geringer Wichtigkeit; die italienische Frage sey (oder werde?) in Paris reiflich erwogen. Lord Lyndhurst kündigt einen Antrag in Betreff Parma's an. (T.D.d.A.Z.)

Frankreich.

Paris, 23. April. Herr Karl Paguerre, der seit dem Tode seines würdigen Vaters die Buchhandlung desselben leitete, schreibt, daß die erste, heute ausgegebene Auflage der „Contemplations" von Viktor Hugo beinahe vergriffen ist. — Die Pariser Journale haben heute Abends plötzlich Befehl erhalten, nichts über den Vertrag vom 30. März zu veröffentlichen. Warum wohl? Es wurden doch die Londoner und belgischen Blätter, welche den Text des Vertrags brachten, ausgegeben. (Köln. Z.)

Paris, 23. April. Es scheint nun als gewiß betrachtet werden zu können, daß der Kaiser im Herbst nach Algier geht, nachdem er mit der Kaiserin einige Wochen in Biaritz verbracht haben wird. Man behauptet, daß der Kaiser sich durch eigenen Augenschein überzeugen wolle, in wie weit die Aufrechthaltung des bisherigen Militärsystems noch eine Nothwendigkeit, und ob nicht der Zivilverwaltung eine größere Ausdehnung gegeben werden könnte, was jedenfalls die Kolonisation und überhaupt den Aufschwung Algiers bedeutend fördern würde. (Allg. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 10. April. Der Pascha, welcher die junge Bulgarin entführte und erdrosseln ließ, heißt Sali oder Salich Pascha, wenn ich nicht irre derselbe Salich Pascha, der sich schon vor acht oder neun Jahren, als er Gouverneur von Salonik war, durch eine höchst grausame Verfolgung der Christen in Albanien bemerkbar machte, und deßhalb — weil die Sache Aufsehen erregte — von der Regierung auch bestraft wurde, d. h. bestraft im türkischen Sinne, er wurde nur von jenem Posten auf einen gleichen anderen versetzt! Was jetzt wohl seine Strafe seyn wird? — Eine andere Mordthat, die eben hier bekannt wird, macht nicht weniger Aufsehen. Der frühere türkische Gesandte am französischen Hof, Wely Pascha, hatte bei seiner Abreise von Paris eine französische Gouvernante für seine Kinder engagirt, und diese Dame folgte Wely Pascha nach Candia, wohin er als Gouverneur versetzt war. In Candia befindet sich ein französischer Konsul, in dessen Haus die Gouvernante als Landsmännin gute Aufnahme fand, und öftere Besuche zu machen pflegte. Als die Dame sich einmal längere Zeit nicht hatte sehen lassen, wurde der Konsul beunruhigt, und er ging zu Wely Pascha, mit dem er übrigens freundliche Beziehungen unterhielt, und erkundigte sich nach ihr. Der Pascha gerieth in Verlegenheit, wollte Anfangs nicht mit der Sprache heraus, vertraute aber endlich doch als Geheimniß dem Konsul — er meinte, der Konsul möge die Sache vertuschen — daß die Gouvernante nicht mehr lebe; seine Frauen hätten sie ohne sein Wissen erdrosselt. Auch dieser Mord hat gewiß zum Theil im türkischen Fanatismus seinen Grund. Und solche Barbareien werden verübt, man kann sagen unter den Augen der Alliirten! Wie erst wenn die alliirten Truppen wieder einmal alle aus dem Lande sind, was ist dann zu erwarten? Gewiß alles Andere eher als die Verwirklichung des Hat-Humayum. (Allg. Ztg.)

Aegypten.

☉ Bekanntlich sollten die Resultate, welche die europäische Kommission zur Prüfung des Projektes, betreffend die Anlage eines Kanals durch die Landenge von Suez, erzielen würde, von einer auserwählten Anzahl Techniker zusammengestellt und demnächst in einer Denkschrift den Staaten, welche ein Interesse bei dem Bau des genannten Kanals haben, vorgelegt werden. Diese Denkschrift ist nun dem Vernehmen nach bereits entworfen und zirkulirt jetzt bei den Mitgliedern der Kommission zur gutachtlichen Aeußerung. Man darf erwarten, daß bereits vor dem 1. Juli die betreffenden Regierungen in dem Besitz der endgiltig redigirten Denkschrift sich befinden werden. — Nachrichten aus Alexandrien melden, daß die großen Chikanen und Störungen, welchen der Handel mit Aegypten unter der Regierung des verstorbenen Vize-Königs unterlag, unter der Herrschaft Said Pascha's immer mehr und mehr beseitigt und jetzt dem Verkehre die möglichsten Vergünstigungen zu Theil werden.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Wir tragen versprochenermaßen die gestern noch nicht mitgetheilten Art. des Pariser Friedens-Vertrages nach; es sind (außer den Artikeln 5—8, welche in dem der „Köln. Z." mitgetheilten Text fehlen) die folgenden:

Art. 15. Da die Akte des Wiener Kongresses die Prinzipien festgestellt hat, welche die Schifffahrt auf den Flüssen reguliren, die mehrere Staaten trennen oder durchschneiden, so haben die kontrahirenden Mächte stipulirt, daß diese Prinzipien in Zukunft ebenfalls auf die Donau und ihre Mündungen angewandt werden. Sie erklären, daß diese Disposition zukünftig einen Theil des öffentlichen Rechts von Europa ausmacht, und stellen sie unter ihre Garantie. — Die Schifffahrt auf der Donau kann keiner Beschränkung und Abgabe unterworfen werden, die nicht ausdrücklich in den in den folgenden Artikeln enthaltenen Stipulationen vorausgesehen sind. In Folge dessen wird keine Abgabe erhoben werden können, die sich einzig und allein auf die Thatsache der Beschiffung des Flusses stützt, noch irgend ein Zoll auf die an Bord der Schiffe befindlichen Waaren. Die Polizei- und die Quarantäne-Reglements zur Sicherheit der Staaten, die dieser Fluß trennt oder durchschneidet, werden der Art abgefaßt seyn, die Zirkulation der Schiffe so viel als thunlich zu begünstigen. Außer diesen Reglements wird kein anderes Hinderniß, welcher Art es auch seyn mag, der freien Schifffahrt entgegengesetzt.

Art. 16 Zu dem Zwecke, die Dispositionen des vorhergehenden Artikels zu verwirklichen, wird eine Kommission, in welcher Frankreich, Oesterreich, Großbritannien, Preußen, Rußland, Sardinien und die Türkei, jede dieser Mächte durch einen Abgesandten repräsentirt seyn werden, mit der Bezeichnung und der Ausführung beauftragt werden, die von Isaktscha an nothwendig sind, um die Mündungen der Donau, sowie die Theile de daran stoßenden Meeres von dem Sande und den anderen Hindernissen zu befreien, welche sie obstruiren, damit dieser Theil des Flusses und die erwähnten Theile des Meeres sich in den bestmöglichsten Schifffahrtsbedingungen befinden. — Um die Kosten dieser Arbeiten zu bestreiten, sowie die der Etablissements, deren Zweck die Sicherung und Erleichterung der Schifffahrt an den Ufern der Donau ist, werden bestimmte Abgaben, welche die Kommission nach Stimmenmehrheit festsetzt, erhoben werden können, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß in dieser Beziehung, wie in allen anderen, die Flaggen aller Nationen auf dem Fuß einer vollkommenen Gleichheit behandelt werden.

Art. 18. Es ist wohl verstanden, daß die europäische Kommission ihre Aufgabe gelöst, und die (in Art. 17. bezeichnete, aus Bevollmächtigten Oesterreichs, Bayerns, Württembergs und der drei Donaufürstenthümer bestehende) Fluß Kommission ihre in dem vorhergehenden Artikel unter 1) und 2) bezeichneten der Arbeiten binnen zwei Jahren beendet haben müssen. Die in Konferenz vereinigten Mächte, Unterzeichner des Vertrages, von dieser Thatsache benachrichtigt, werden, nachdem sie davon Kenntniß genommen, die europäische Kommission auflösen, und die permanente Flußkommission wird alsdann die nämlichen Gewalten erhalten, wie die, mit welchen die europäische Kommission bis dahin investirt war

Art. 19. Um die Ausführung der Reglements zu sichern, die unter gemeinschaftlicher Uebereinstimmung und nach oben angedeuteten Prinzipien angefertigt worden sind, wird jede der kontrahirenden Mächte das Recht haben, zwei leichte Schiffe an den Donau-Mündungen zu jeder Zeit stationiren zu lassen.

Durch ein Druckversehen ist in einigen Exemplaren unseres gestrigen Blattes das bessarabische Städtchen, an welchem die Gränze des von Rußland abzutretenden Stücks vorbeiläuft, als Belgrad bezeichnet; es heißt „Bolgrad".

Aus London schickt ein Korrespondent der „Köln. Ztg." diesem Blatt einen Auszug aus dem Protokoll der Pariser Konferenz vom 8. April d. J., wo namentlich die italienische Frage zur Sprache kam. Der französische Minister, Graf Walewski, hielt an jenem Tage eine Rede, welche in folgender Weise in das Protokoll aufgenommen ist:

„Graf Walewski äußerte, es sey wünschenswerth, daß die Bevollmächtigten, bevor sie sich trennten, ihre Ideen über verschiedene Gegenstände austauschen, welche Lösungen verlangen und mit denen sich zu beschäftigen, zur Vermeidung neuer Verwicklungen nützlich seyn würde. Obgleich speziell zur Regulirung der orientalischen Frage versammelt, so könnte der Kongreß doch sich es vorwerfen, die Gelegenheit, welche die Vertreter der Hauptmächte Europa's vereinigt, nicht benutzt zu haben, um gewisse Fragen zu beleuchten, gewisse Prinzipien festzustellen, Ansichten auszudrücken, und dies immer nur einzig und allein zu dem Zwecke, die Ruhe der Welt für die Zukunft zu sichern, indem man die am politischen Horizonte sich zeigenden Wolken zerstreut, bevor sie drohend geworden sind."

„Man kann nicht läugnen, sagt er, daß Griechenland sich nicht in einem normalen Zustande befindet Die Anarchie, der dieses Land überliefert worden ist, hat Frankreich und England genöthigt, Truppen nach dem Piräeus zu senden, und zwar in einem Augenblicke, wo es ihren Armeen nicht an Beschäftigung fehlte. Der Kongreß weiß, daß dessen heutiger Zustand ebenfalls weit davon entfernt ist, befriedigend zu seyn. Wäre es deßhalb nicht nützlich, daß die auf dem Kongreß repräsentirten Mächte den Wunsch ausdrückten, daß die drei Schutzmächte die bedauernswerthe Lage des Königreiches, das sie geschaffen, einer reiflichen Ueberlegung unterwerfen, indem sie auf Mittel sinnen, Abhülfe zu treffen? — Graf Walewski zweifelt nicht, daß Lord Clarendon sich ihm anschließt, zu erklären, daß die beiden Regierungen mit Ungeduld den Augenblick erwarten, wo es ihnen gestattet seyn wird, eine Okkupation aufzugeben, der sie zur Zeit ohne die ernstlichsten Gefahren kein Ziel setzen können, so lange man nicht wirkliche Aenderungen in dem gegenwärtigen Stande der Dinge in Griechenland vorgenommen hat."

„Der erste Bevollmächtigte Frankreichs erinnerte weiter daran, daß die päpstlichen Staaten ebenfalls in keinem normalen Zustande sind, daß die Nothwendigkeit, dieses Land nicht der Anarchie zu überlassen, Frankreich so wie auch Oesterreich bestimmt hat, dem Verlangen des heiligen Stuhles zu entsprechen, indem Ersteres Rom durch seine Truppen besetzen ließ, während die österreichischen Truppen die Legationen okkupirten. Die Ruhe der römischen Staaten, von welcher jene ganz Italiens abhängig ist, stehe mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in Europa in zu naher Berührung, als daß Frankreich nicht das höchste Interesse hätte, mit allen Mitteln, die in seiner Gewalt sind, auf dieselbe hinzuwirken. Aber andererseits darf man nicht verkennen, wie anomal die Lage einer Macht ist, welche zu ihrem Fortbestehen von fremden Truppen unterstützt werden muß. Graf Walewski nimmt keinen Anstand, zu erklären, — und er hofft, daß Graf Buol sich in Betreff Oesterreichs dieser Erklärung anschließen wird, — daß Frankreich nicht allein bereit ist, seine Truppen zurückzuziehen, sondern auch den Augenblick sehnlichst herbeiwünscht, wo es dieses thun kann, ohne die innere Ruhe des Landes und die Autorität der päpstlichen Regierung zu gefährden. Der erste Bevollmächtigte Frankreichs sagt, es sey im Interesse des europäischen Gleichgewichts sehr zu wünschen, daß die römische Regierung sich stark genug befestige, damit die französischen und österreichischen Truppen die römischen Staaten ohne Gefahr räumen können, und er glaubt, daß ein in diesem Sinne ausgedrückter Wunsch nicht nutzlos seyn würde."

„Den nämlichen Ideengang verfolgend, fragt sich Graf Walewski, ob es nicht wünschenswerth sey, daß gewisse Regierungen der italienischen Halbinsel, durch wohl verstandene Gnadenakte die irre geführten und verdorbenen Gemüther zu sich zurückführend, einem Systeme ein Ende machen, das gänzlich seinen Zweck verfehlt, und das, anstatt die Feinde der Ordnung zu treffen, die Wirkung hat, die Regierungen zu schwächen und der Demagogie Anhänger zu verschaffen. Seiner Meinung nach würde man der Regierung beider Sizilien sowohl als der Sache der Ordnung auf der ganzen italienischen Halbinsel einen ausgezeichneten Dienst leisten, wenn man diese Regierung über den falschen Weg aufklärte, den sie eingeschlagen hat. Er glaubt, daß in diesem Sinne abgefaßte und von den beim Kongresse repräsentirten Mächten gegebene Warnungen um so besser aufgenommen werden würden, als das neapolitanische Kabinet keinen Zweifel über die Beweggründe haben könne, denen sie entspringen."

„Der erste Bevollmächtigte Frankreichs lenkt alsdann die
Aufmerksamkeit des Kongresses auf einen Gegenstand, der, ob-
gleich Frankreich hauptsächlich betreffend, doch ein wirkliches In-
teresse für alle europäischen Mächte habe. Er hält es für über-
flüssig, zu sagen, daß man in Belgien täglich die für Frank-
reich und seine Regierung beleidigendsten und feindseligsten
Druckschriften veröffentlicht, daß man dort offen die Revolte und
den Mord predigt. Er erinnert daran, daß noch kürzlich bel-
gische Journale die La Marianne genannte Gesellschaft, deren
Tendenzen und Zwecke bekannt seyen, in Schutz zu nehmen ge-
wagt haben, — daß alle diese Veröffentlichungen eben so viele
Kriegsmaschinen sind, welche gegen Frankreichs innere Ruhe von
den Feinden der sozialen Ordnung gerichtet werden. Graf Wa-
lewski erklärt, daß Frankreich sich über das Brüsseler Kabinet
nur belobend aussprechen könne, wie auch über dessen Bemühun-
gen, einen Zustand der Dinge erträglich zu machen, den es nicht
ändern kann, da seine Gesetzgebung ihm weder gestattet, die
Exzesse der Presse zu unterdrücken, noch die Initiative einer
absolut nothwendig gewordenen Reform zu ergreifen. Die Vor-
stellungen des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren gleichen
zu sehr der Drohung, als daß wir nicht zu vermeiden suchen
sollten, dazu unsere Zuflucht zu nehmen. Wenn die Vertreter
der Großmächte, diese Nothwendigkeit vom nämlichen Stand-
punkte aus betrachtend, es für passend halten, ihre Meinung
in dieser Beziehung auszusprechen, so ist es wahrscheinlich, daß
die belgische Regierung, sich auf die große Majorität des Lan-
des stützend, im Stande seyn wird, einem Zustande der Dinge
ein Ende zu machen, der nicht verfehlen wird, früher oder später
Schwierigkeiten und selbst Gefahren hervorzurufen, die im Vor-
aus zu beschwören im Interesse Belgiens liegt."

„Graf Walewski schlägt dem Kongresse vor, sein Werk
durch eine Erklärung zu beenden, die einen bemerkenswerthen
Fortschritt in dem internationalen Rechte konstituiren und die
von der ganzen Welt mit dem lebhaftesten Danke aufgenommen
werden würde. Der westphälische Kongreß, sagt er, habe die
Gewissensfreiheit, der Wiener Kongreß die Abschaffung des
Sklavenhandels und die Freiheit der Schifffahrt auf den Flüssen
eingeführt. Es würde des Pariser Kongresses würdig seyn,
allzu langen Streitigkeiten ein Ende zu machen, indem er den
Grund zu einem neuen, gleichförmigen See-Rechte legen
würde. Folgende vier Grundsätze würden diesem Zwecke vollkommen entsprechen: 1) Abschaffung des Korsaren-Wesens; 2) neutrale Flagge schützt, mit Ausnahme der Kriegs-Kontrebande, feindliche Waare; 3) neutrale Waare, mit Ausnahme der Kriegs-Kontrebande, kann selbst unter feindlicher Flagge nicht mit Beschlag belegt werden; 4) Blokaden sind nur obligatorisch, wenn sie in Wirklichkeit bestehen."

Die Ansprache, welche hierauf der erste Bevollmächtigte Englands, Lord Clarendon an die Konferenz richtete, stimmte der Ausführung des französ. Ministers bezüglich Griechenlands vollkommen bei. Was die Räumung des von fremden Truppen besetzten Theiles der italienischen Halbinsel betrifft, so äußerte er, es sey, selbst wenn man die Legitimität der Veranlassung hiezu zulassen wolle, doch nicht weniger wahr, daß daraus ein anomaler, unregelmäßiger Zustand hervorgegangen ist, der nur durch eine äußerste Nothwendigkeit gerechtfertigt werden kann, und der aufhören muß, sobald sich diese Nothwendigkeit nicht mehr gebieterisch fühlbar macht; daß derselbe jedoch, wenn man sich nicht bemüht, ihm ein Ziel zu setzen, noch weiter andauern wird; daß, wenn man fortfährt, sich auf die bewaffnete Gewalt zu stützen, statt den gerechten Ursachen der Unzufriedenheit Abhülfe zu verschaffen, es gewiß ist, daß man ein für die Regierungen wenig ehrenvolles und für die Völker beklagenswerthes System permanent macht. Er glaubt, daß die Verwaltung der römischen Staaten viele Mängel darbietet, aus denen Gefahren entstehen können, die der Kongreß zu beschwören das Recht hat; daß man, indem man sie vernachlässigt, Gefahr läuft, zu Gunsten der Revolution zu arbeiten, welche alle Regierungen verurtheilen u. zu verhindern wünschen. Ueber Belgien und das Seerecht finden wir in den von der „Köln. Z." mitgetheilten Notizen über Lord Clarendon's Ansprache nichts.

Dagegen macht ein anderer Korrespondent dieses Blattes über die Konferenz-Sitzung vom 8. April noch folgende interessante Mittheilung: „Die Rede des Grafen Walewski ist nicht in ihrer ersten Form in's Protokoll aufgenommen worden, sondern man hat dieselbe bedeutend abgeändert und namentlich die Stelle, wo von der freien Presse die Rede ist. Die Angriffe des französischen Ministers des Auswärtigen waren überhaupt gegen die unabhängige Presse des Auslandes gerichtet und hauptsächlich auf die englische Presse berechnet. Belgien gab nur den Sündenbock ab, und dann ist es auch im Interesse gewisser geheimer Plane, daß man sich mit Belgien unzufrieden zeigt. Lord Clarendon ging in seiner Antwort auf die ihm von Walewski gestellte Falle nicht ein, sondern erklärte ganz trocken, daß er, als Minister eines Landes, wo die Preßfreiheit das erste Prinzip der Verfassung sey, sich unmöglich dem gegen die Preßfreiheit gerichteten Wunsche des Grafen Walewski anschließen könne. Die Rede des Lord Clarendon, sowie die des Grafen Cavour wurden ebenfalls nur sehr verstümmelt in das Protokoll aufgenommen. Graf Cavour protestirte ganz offen im Namen seiner Regierung und im Namen von ganz Italien gegen die Herrschaft der Oesterreicher in Oberitalien und erklärte, daß die italienische Halbinsel weder Ruhe noch Frieden haben würde, wenn sie nicht gänzlich von Oesterreich geräumt würde. Die Anfertigung des Protokolls dieser Sitzung war äußerst schwierig. Es wurden deren zwei redigirt. Das erste war sehr blaß und nichtssagend. Graf Cavour sowohl als Lord Clarendon erhoben deßhalb Einspruch, und ein zweites jetzt gültiges Protokoll wurde angefertigt, das jedenfalls noch weit hinter der Wahrheit zurückbleibt."

„Noch stürmischer, als die Sitzung vom 8., war die letzte (Mittwochs) Sitzung. Die italienische Frage wurde in derselben wieder zur Sprache gebracht. Beim Beginn der Diskussion nahmen alle Bevollmächtigten daran Theil. Zuletzt blieben jedoch nur der Graf Cavour und Graf Buol auf dem Kampfplatze; die übrigen Bevollmächtigten spielten nur die Rollen von Zeugen. Graf Cavour sowohl als Graf Buol sind Leute von zu guter Erziehung, um aus den Gränzen des Anstandes herauszutreten. Was man aber sonst sagen kann, wurde vorgebracht. Cavour erklärte dem Grafen Buol ohne alle Umstände, daß zwischen Oesterreich und Sardinien kein Einverständniß herrschen könne, so lange ein Zoll italienischen Bodens im Besitze Oesterreichs seyn würde. Buol blieb natürlich Cavour nichts schuldig. Ihre Unterredung war eben so heftig, als lang. Die Schlußsitzung dauerte deßhalb bis nach 6 Uhr. Zuletzt bedauerte Cavour, daß Buol und er einen Kongreß des Friedens in, was ihre resp. Regierungen betreffe, so feindlicher Stimmung verlassen müßten. Er hoffte jedoch, daß ihre Privatbeziehungen darunter nicht leiden und sie in Freundschaft scheiden würden. Buol protestirte gegen die Ansicht Cavour's, daß die Beziehungen ihrer Regierungen schlechter seyen, denn je. Cavour beharrte aber dabei, indem er nochmals bemerkte, daß Sardinien niemals der Freund

einer österreichischen Herrschaft in Italien seyn könnte. Ueber die genaueren Vorgänge in dieser letzten Sitzung wird übrigens wenig bekannt werden, da der Kongreß beschlossen hat, den stürmischen Theil derselben aus dem Protokolle hinweg zu lassen."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 25. April. Die Börse eröffnete und schloß in sehr günstiger Stimmung. Mit Ausnahme der Wiener Bankaktien und der spanischen Effekten waren alle Fonds zu höheren Kursen gesucht. — Elisabethbahnaktien 110. Lombardische Bahnen 130¼.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1310P. 1305G. Neue Bankaktien 437 P. 435 G. Credit-Actien à 5pCt 201½P. 199½G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 84¼ P. 84 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90¾P. 90¼G. Metall. alte à 5pCt. 83¼ P. 82¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 P. 87½ G.; à 4½pCt. 75⅛ P. 74⅞ G.; à 4pCt. 66½ P. 66 G.; à 3pCt. 50¼ P. 49¾ G.; à 1pCt. 16¾P. 16½G. Loose à 500 fl. von **1834** ——P. ——G. à fl. 250 von **1839** ——P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 106¼ P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 311 P. 309 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87¾P. 87¼G.; 4pCt. — P. 93¾ G.; 4pCt. Grundrente 94¾P. 94¼G.; 4½pCt. 100⅜ P. 99⅞ G.; 5pCt. 100¾ P. 100¼G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157⅝P. 157⅜ G. Neustadt-Weissenb. 117½ P. 117 G.

Sachsen. Leipziger Credit-Bank-Aktien 117¾ P. 117½G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89¼P. 88¾G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45¼ P. 44¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¼ P. 82¾ G. **Kurhessen.** **40** Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 40¾ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63¾ P. 63¼ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾P. 92¼G.; à 4pCt. 100¼P. 99¾G.; 4½pC. 102¾P. 102¼G.; Loose à fl. **50** 112¾P. 112¼G.; à fl. **25** 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 350 P. 348 G.; junge 302½ P. 300½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 105¼P. 104¾G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 47⅜ P. 47⅛ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. **25** 31½P. 31¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾P. 92¼G.; Baukaktien 121¾P. 121¼G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81½P. 81G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 88P. 87½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39½P. 39¼ G.; 1pCt. neue 24 1/16 P. 23 15/16 G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificata 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120P. 119¾G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i.S.Lr.250k.S. 101¼P 101G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105¼P. 105G.	Paris Frs. 200 k. S. 94⅝P. 94⅜G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼P. 105G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅝P. 94⅜G.
Brem. 50Thlr. Ld.kS. 97¼P. 97G.	Wien fl. 100C. k.S. 117⅝P. 117⅜G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89¼P. 89G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅜P. 117⅛G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 105¼P. 105G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 24. April: Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 1/16; 5pCt. Metall. 85½; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 ——; von 1854 ——; Bankaktien 1114; Bank-Interimsaktien—; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 342; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 637; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3020. Wechselkurse: Augsburg uso 102½. London 10. 3½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Amsterdam, 18. April. Getraide. Im Geschäft brach die lange stille Flaue sich endlich abwärts neue Bahn, die überall harmonirende Lustlosigkeit bei eingeschränktem Bedarf, bei mangelndem Abzug und fruchtbarer Witterung drückte Preise für alle Arten von Getraide mehr oder minder stark herunter, doch blieb der Umsatz selbst darnach nur schwach und bedeutungslos; nur hin und wieder trat schüchtern jetzt Spekulationslust hervor, Bedarf schränkt sich noch ein und scheint erst später, und dann sich mehr geltend zu machen, wenn Preise endlich stehen und bei vermehrter Frage sich wieder zu bessern scheinen. In Waizen beschränkte sich der Umsatz mehrentheils auf Konsumgeschäft, einzelne wenige Partien mußten mehr als 3 fl. billiger realisirt werden; von Roggen ging in dieser Woche mehr um als seither, doch fand sich erst Kauflust zu wesentlich, etwa 40 fl., gewichenen Preisen; auch Gerste war gedrückt, und erreichten einige Partien noch gute Preise, so wäre seitdem nur zu neuer Erniedrigung Umsatz ermöglicht worden; Buchwaizen fand eher Beachtung und bedang ziemlich frühere Preise. Hülsenfrüchte ohne jegliches Geschäft.

London, 19. April. Rohzucker stiller, primalie sind 4200 K. Havana Nr. 12 und 14 zu 43 sh. 6 d. a 45 sh. 6 d., 390 B. Paraibo zu 39 sh., 10 000 S. gedeckt Manilla zu 40 sh. 6 d., 5000 S. ungedeckt zu 37 sh. 6 d. begeben. Der Gesammtvorrath hat wieder zugenommen und beträgt jetzt hier 46.865 Tons gegen 51,194 Tons zur selben Zeit 1855. Abgeliefert sind diese Woche 5628 Tons.

Gewürze unverändert bei sehr stillem Geschäft.

Reis still. Vorrath 20,781 Tons.

Die Runkelrüben-Zucker-Fabrikation in Frankreich. Das erste Semester der Campagne der diesjährigen Runkelrüben-Zucker-Fabrikation in Frankreich zeigt im Vergleich mit derselben Epoche von 1855 eine Zunahme von mehr als 40 Millionen Kilogr. Zucker, nämlich 81 Millionen Kilogr.; die Zahl der in Thätigkeit befindlichen Fabriken beträgt 274 statt 208 im vorigen Jahre. Die Durchschnittssumme der letzten sechs Jahre betrug 70 bis 75 Millionen Kilogr.; 1840—41 betrug die Campagne nur 27 Mill., 1850—51 dagegen 76 Mill., 1854—55 aber nur 45 Mill. Kilogr. Zucker. Das „Journal des Debats" berechnet, daß Frankreich, Oesterreich, Preußen (der Zollverein), Belgien und Rußland zusammen jetzt jährlich etwa 220 Mill. Kilogr. Runkelrüben-Zucker, d. h. etwa so viel, wie die span. Antillen, Cuba und Portoriko zusammen, produziren, d. h. den neunten Theil aller Arten von Zucker-Produktion auf der ganzen Erde.

Nichtpolitische Zeitung.

× Die Behörden der Stadt Frankfurt a. M. beabsichtigen, auf dortigem Territorium eine Irrenanstalt zu bauen. Um die Anlage so vortheilhaft als möglich zu machen, ist der Dr. Hoffmann, der bekannte Verfasser des Struwwelpeters, in Begleitung eines Bauverständigen ausgesandt worden, im Auslande sich die Irrenanstalten anzusehen, und mit den gewonnenen Erfahrungen zurückgekehrt, in Frankfurt a. M. eine solche zu gründen.

Neueste Nachrichten.

∞ München, 25. April. (Privat-Korrespondenz.) **61. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die kgl. Staatsminister Graf Reigersberg, v. Zwehl, Dr. Ringelmann und v. Manz.

Es wird der als Ersatzmann für den verlebten Reichenberger eintretende Abg. Apell.-Rath Sedlmaier von Passau beeidigt. Präsidium verlas dann ein kgl. Reskript, welches die Dauer des Landtags bis 31. Mai verlängert. Ferner gibt Präsidium Kenntniß, daß die Sammlung unter den Abgeordneten für die Abgebrannten in Selb und Nordhalben beendet sey und 768 fl. 30 kr. ertragen habe, welche mit dem Erträgniß einer Sammlung unter dem Kanzleipersonale dem Staatsministerium zur Verwendung zugesendet werde.

Zur Berathung gelangte hierauf der Antrag des Abgeordneten Rabl, „Weiden auf eigenem Grund und Boden betr." (Den Antrag des Ausschusses siehe oben.) Nach einigen Bemerkungen des Antragstellers wird dem Antrage des Ausschusses beigestimmt.

Zur Berathung kommt sodann der Antrag des Abg. von Closen auf Bildung einer Armeereserve. (Wir haben sowohl den Inhalt des Antrags, wie das denselben ablehnende Ausschußgutachten gestern mitgetheilt.) Nachdem der Referent Fürst Wallerstein den Ausschußantrag kurz erörtert hatte, nahm v. Closen das Wort, um seinen Antrag zu begründen. Er suchte dabei insbesondere die Nothwendigkeit einer ausgebildeten Reservearmee darzuthun.

Abg. Prof. Lassaulx sprach sich in der ihm eigenen Weise für die dem Antrage Closen's zu Grunde liegende allgemeine Wehrpflicht aus, gab aber zu, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von dem Antrag kein Erfolg zu erwarten sey.

Abg. v. Lerchenfeld huldigt ebenfalls dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht, erörtert aber, daß die Forderungen, welche der deutsche Bund jetzt an die Bundesstaaten stelle, es nothwendig machen, daß ein großer Theil des Bundeskontingents aus einem stehenden Heere bestehe, daß aber doch auch ein Theil Landwehr zulässig sey, und daß er auf diese Frage bei der demnächstigen Berathung des Militär-Budget des Näheren zurückkommen werde.

Damit schloß die Debatte. Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 117.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 40 kr. Vierteljährlich im hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 27. April 1856

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Frhr. v. Lerchenfeld, vom II. Ausschuß der 2 Kammer mit der Berichterstattung über verschiedene Posten der Staatsausgabe für die 7. Finanzperiode beauftragt, hat seinen Bericht dem Ausschuß vorgelegt. In jenem Theil desselben, welcher die Ausgaben auf die Staatsanstalten für die Sicherheit betrifft, äußert sich Hr. v. Lerchenfeld folgendermaßen:

„Berichterstatter hat in seinem Vortrage über die Nachweisungen des Jahres 1852/53 die Verhältnisse dieses so wichtigen und auch in finanzieller Beziehung belangreichen Etats ausführlich erörtert und erlaubt sich deßhalb, der Kürze wegen, hier darauf Bezug zu nehmen. Die verschiedenartigsten Faktoren wirken hier in einer Weise zusammen, welche — zumal bei der unabsehbaren Länge unserer Finanzperioden — jede genauere Vorausbestimmung geradezu unmöglich machen."

„Die Preise der Lebensmittel u. s. w. wirken nicht nur auf die Kosten des Unterhalts der Untersuchungs- und Strafgefangenen direkt ein, sie thun dies indirekt in kaum geringerem Maße, indem Theuerung und Noth die Veranlassung zu einer großen Zahl von Verbrechen gegen das Eigenthum sind, und schon in so ferne jede Voranschlagung auf längere Zeit hinaus höchst unzuverlässig seyn werden muß."

„Die nachtheiligen Folgen unserer bisherigen Gerichtsorganisation hat Berichterstatter in seinem erwähnten Vortrage näher dargelegt; welche Erfolge die zur Zeit beabsichtigte theilweise Durchführung einer anerkannt weit zweckmäßigeren haben wird — falls sie überhaupt zu Stande kommen sollte — ist durchaus nicht zu ermessen. Nur soviel kann mit Gewißheit vorhergesagt werden, daß ein Zwitterzustand, ohne gleichzeitige Reform der Strafgesetzgebung — namentlich auch in deren unterer Stufe, der sogenannten Polizeistrafgesetzgebung, deren unglückselige Wirksamkeit so sehr zur Vermehrung der Verbrecherzahl beiträgt, unmöglich jene günstigen Erfolge haben kann, welche man von einer vollständigen, gründlichen Reform der ganzen Kriminalgesetzgebung in allen ihren Theilen zu erwarten berechtigt seyn würde Ein schreiender Mißstand unserer bisherigen Einrichtungen liegt darin, daß — während für die moralische Besserung der Verbrecher Vorsorge getroffen und mit zum Theil sehr günstigem Erfolge gewirkt wird, — der größte Theil der Untersuchungsgefangenen und zumal die zahlreiche Klasse der wegen Vergehen und Polizeiuntersuchung zu Gefängnißstrafen Verurtheilten sich im Zustande beinahe völliger Verwahrlosung befinden und in sehr vielen Fällen die Gefängnisse moralisch weit verdorbener verlassen, als sie solche betreten haben."

„Es wird sich dies Verhältniß zwar bezüglich eines großen Theils der in Untersuchungshaft Befindlichen bessern, falls die wenigstens theilweise Durchführung der Gerichtsorganisation und die Vereinigung der Untersuchung am Sitze der Bezirksgerichte ins Leben treten kann und auch wirklich ins Leben tritt; — allein jener allen Zwecken der Strafgesetzgebung Hohn sprechende Zustand wird bezüglich der weit zahlreichern Klasse der zu Gefängnißstrafen Verurtheilten fortbestehen, so lange nicht auch bezüglich dieser eine zweckmäßige Centralisirung stattfindet, und dadurch Beaufsichtigung, Trennung nach Alter, Geschlecht und Moralität, zweckmäßige Beschäftigung und Einwirkung auf moralische Besserung möglich gemacht wird."

„Zur Zeit fehlt es eigentlich ganz an Anstalten für die Erstehung der sogenannten Gefängnißstrafen. Selbst die Zwangs- und Arbeitsanstalten sind eigentlich nicht hierfür bestimmt und enthalten auch jetzt noch eine Menge anderer Elemente, welche sich für jenen Zweck wenigstens großentheils ungeeignet erscheinen lassen."

„Ueberdies sind dieselben so überfüllt, daß in der Regel nur die zu mehr als 6 Monat Gefängniß Verurtheilten dort ihre Strafe erstehen, die übrigen in den Frohnfesten ihre Strafzeit zubringen. Daß aber 6 Monate Gefängniß ohne Aufsicht, oft in der verderblichsten Gesellschaft, ohne alle oder doch ohne geregelte Beschäftigung, ohne geordnete Einwirkung auf moralische Besserung durch Unterricht, Gottesdienst ꝛc. vom nachtheiligsten Einflusse auf die Moralität seyn müssen, bedarf wahrlich keines Beweises; es ist unbedingtes Gebot der Menschlichkeit sowohl als der Kriminalpolitik, daß Anstalten geschaffen werden, wo derartige Gefangene nach Alter, Geschlecht ꝛc. geschieden, überwacht und beschäftigt werden, damit nicht unverdorbene, leichtsinnige junge Leute mit ergrauten Gaunern und Dieben, mit liederlichen Dirnen ꝛc. zusammengesperrt und so der heillosesten moralischen Ansteckung preisgegeben werden."

„Berichterstatter ist weit entfernt zu beantragen, daß jeder aufgegriffene Bettler, Vagant ꝛc. — allenfalls gar schon im Laufe der Untersuchung — in diese Gefängnisse verbracht werde, aber er glaubt, daß Gefängnißstrafen von mehr als 8 höchstens 14 Tagen jedenfalls in eigenen Anstalten erstanden werden sollten und daß eine solche Einrichtung nicht nur vom Standpunkte der Moralität, sondern auch von jenem der Ersparung wesentliche Vortheile bieten würde. Dadurch würde an die Stelle der zahllosen Frohnvesten, deren Neubau oder Erweiterung bei fast allen Landgerichten beantragt ist, eine Anzahl von 3 bis 4 Gefängnissen in jedem Kreise treten, wofür sich in den meisten Fällen verfügbare Gebäude finden oder mit geringen Kosten im Privatbesitze befindliche ankaufen und einrichten ließen. Daß aber in solch' größern Anstalten Ernährung, Beleuchtung, Heizung ꝛc. weit wohlfeiler zu stehen kommen, als in den Landgerichtsfrohnvesten, bedarf wohl keines Beweises und wenn auch die Arbeit von Gefangenen nur von sehr geringem — in manchen Fällen von gar keinem pekuniären Werthe, ja in dieser Beziehung selbst von Nachtheil seyn mag, so ist sie in jeder andern Hinsicht von so überwiegender Wichtigkeit, daß sie als ein unabweisbares Bedürfniß in solchen Anstalten geboten erscheint."

„Unter den erörterten Verhältnissen ist Berichterstatter weit entfernt, den Betrag der Ansätze dieses Etats, worunter insbesondere auch die Kosten für die Errichtung eines zweiten Zwangsarbeitshauses — was einer Erweiterung der ohnehin schon viel zu großen Anstalt zu Ebrach bei weitem vorzuziehen seyn dürfte — und zweier Besserungsanstalten für jugendliche Sträflinge, dann einer Zwangsarbeitsanstalt für die Pfalz inbegriffen sind, zu beanstanden, obwohl er glaubte, daß derlei Anstalten von den einzelnen Kreisen zweckmäßiger aus eigenen Mitteln hergestellt und erhalten würden. Es würden dadurch diese Anstalten sich nicht so übermäßig ausdehnen, wie dies z. B. bei der Anstalt zu Ebrach anerkanntermaßen der Fall ist. und jeder Kreis würde gewiß mit den übrigen wetteifern, durch zweckmäßige Errichtung solcher Anstalten, seinen Angehörige die Wohlthat eines erhöhten gesicherten Rechtszustandes zu verschaffen."

„Mit diesem Etat steht auch der Antrag des Abg. Panzer resp. des Landgerichtsbezirkes Burgebrach im Zusammenhang. Derselbe beantragt: „Hohe Kammer wolle bei der k. Staatsregierung dahin wirken, daß die Kosten für Schubfuhren nach und aus der Strafarbeitsanstalt Klosterebrach, soweit sie von den Gemeinden des Bezirks Burgebrach bis jetzt bezahlt worden sind, aus Staatsmitteln ersetzt — für die Zukunft aber im Budget als regelmäßig wiederkehrende Ausgabe vorgesehen werden."

„Es liegt in der Natur der Sache, daß, seitdem die Zwangsarbeitsanstalt zu Ebrach errichtet und in derselben eine Anzahl von 800 bis 1000 Personen vereinigt wurde, welche größtentheils auf der Eisenbahn bis Bamberg transportirt werden, die Gemeinden des zwischenliegenden Landgerichts Burgebrach von einer ganz unverhältnißmäßigen Last für Schubfuhren betroffen wurden."

„Zwar wurde diese Last einigermaßen dadurch erleichtert, daß in neuerer Zeit eine Omnibusfahrt zwischen Bamberg und Ebrach eingerichtet wurde, welche zur Zeit die Mehrzahl jener Individuen befördert, zu deren Kosten der Bezirk Burgebrach 112 fl. beiträgt, während das Aerar den weit größern Theil jener Kosten bestreitet; allein die Antragsteller glauben aus dem

Umstande, daß jene Anstalt Zentralanstalt für das ganze Königreich ist, den Mangel einer Verpflichtung zur Tragung irgend welcher Kosten, welche aus dem Bestehen dieser Anstalt hervorgehen, ableiten zu können und beantragen deßhalb Ersatz der bisher gehabten Kosten und deren Uebernahme für die Folge auf die Staatskasse. So sehr auch Gründe der Billigkeit für den Antrag sprechen mögen, so wenig dürfte es — bei dem dermaligen Stande der Gesetzgebung über die Tragung der Last der Schubfuhren — bezweifelt werden, daß der Bezirk dieselben zu tragen verpflichtet sey, während freilich die nach Maßgabe der Verordnung vom 5. Januar 1851 zu leistende Vergütung für die Vorspannsleistung als ungenügend sich darstellt: es dürfte sonach Abhülfe dieser Beschwerde welche gelegentlich der Nachweisungen für das Jahr 1852 53 von der Kammer im Allgemeinen erhoben wurde — nur im Wege einer Revision der Verordnung vom 5. Januar 1851 möglich seyn."

„Das k. Staatsministerium des Innern macht zwar gegen das — in Gemäßheit jenes Beschlusses zur Sprache gebrachte Prinzip „der Vergütung der Kosten für Schubfuhren nach den laufenden Preisen" geltend, daß eine unbedingte Ersatzleistung nach diesem Maßstabe in so fern bedenklich sey, als hiedurch der Standpunkt der gemeindlichen Verpflichtung geändert und möglicher Weise Ansprüche hervorgerufen werden könnten, welche die Vorspannsleistung nicht nur unverhältnißmäßig kostspielig machen, sondern in einzelnen Gemeinden selbst deren Erlangung in Frage zu stellen geeignet seyn könnten. Diesem Bedenken würde nach Ansicht des k. Staatsministerium des Innern dadurch am verläßigsten begegnet werden, daß die bisher nach der erwähnten Verordnung regulirte Vergütung etwa um ⅓ erhöht würde, indem hiedurch den Gemeinden fast allenthalben genügende Ersatzleistung gewährt und das Aerar vor übermäßigen Ansprüchen gesichert würde. — Leider konnten nähere Anhaltspunkte zur Feststellung der Summe, welche diese Erhöhung der Vorspannsvergütung zur Folge haben würde, nicht ermittelt werden, da die Rechnungen der Ausgaben auf Transport nicht ausgeschieden — sondern vermischt mit den Verpflegungs- und sonstigen Untersuchungskosten enthalten sind, so daß eine Ausscheidung wenigstens nicht ohne äußerst zeitraubende Erhebung thunlich seyn würde, zumal da unter den Transportkosten nicht nur jene für gewöhnliches Fuhrwerk, sondern auch jene für Eisenbahntransport begriffen sind."

„Bei solchem Mangel aller Anhaltspunkte bleibt, wenn der angeregten Maßregel der Gebührenerhöhung für Vorspannsleistung überhaupt stattgegeben werden will, lediglich die Einstellung einer approximativen Größe im Jahresbetrage von 10 bis 15,000 fl. übrig."

Frankreich.

Aus Paris wird der „D. A. Z." geschrieben: „Italien wird seinem Schicksal überlassen und trotz der schönen und nicht schönen Redensarten auf dem Pariser Kongreß vorderhand Alles beim Alten bleiben. Die neapolitanische wie die päpstliche Regierung werden fortfahren, wie bisher zu regieren. Man ändert nicht ein politisches System von einem Tage zum andern, und sie können nicht anders, oder glauben wenigstens nicht anders zu können. In England werden die Zeitungen Sturm blasen; allein von dem Getöne wird weiter keine Mauer einstürzen, ja kein Stein sich ablösen. Die Söhne Altenglands werden die heftigen Artikel mit dem doppelten Vergnügen lesen, daß von ihnen diese Verwirrungen des Kontinents durch einen Ozean getrennt sind, und daß man in ihrem Lande Dinge sagen kann, die anderwärts in Europa als Hochverrath bestraft würden. „Dieser Kitzel wird alle Wirkung seyn," so ließ sich eine politische Persönlichkeit in einem Kreise vernehmen, von dem nicht alle offiziellen Elemente ausgeschlossen sind. Man antwortete mit Schweigen. Jeder mochte in diesen kühn ausgesprochenen Worten eine Wahrheit, aber auch eine Anklage gegen die französische Regierung fühlen, die sich in dieser Frage von England in strenger Entfernung hält. Soviel uns aus glaubwürdiger Quelle zugeht, wird sich nun die Regierung Ludwig Napoleons mit den Beziehungen Frankreichs nach Außen hin, wie sie durch den orientalischen Krieg gestaltet wurden, zufrieden geben, den nach dieser Richtung hin erlangten Einfluß festhalten und auf die industrielle Entwickelung im Innern das Hauptaugenmerk richten. Mit dem Zuge nach Madagascar war nichts weiter beabsichtigt, als dem militärischen Geiste der Armee Nahrung und den Soldaten Gelegenheit zu geben, Kreuze und Avancement zu gewinnen. Der Kaiser soll sich leicht darüber trösten, daß dieses Vorhaben wegen allzu großer Schwierigkeiten, auf die der Admiral Gehaine aufmerksam gemacht hat, aufgegeben werden muß. Die Erweiterung der französischen Besitzung in Afrika wird hinreichen, um die Soldaten in ihrem Handwerk zu üben und den Kanonendonner nicht ganz verhallen zu lassen. Es wird auf den Zug um so leichter verzichtet, als ja doch in der Umwandlung von Paris in eine Seestadt durch einen Kanal, der es mit dem Kanal La Manche verbindet, ein neues Wunder gefunden ist, das der erfindungsreiche Napoleonide dem französischen Volk aufzutischen entschlossen ist. Noch weiß man im großen Publikum nichts von dem großen, kostspieligen Plane, obgleich alle Vermessungen an der untern Seine vollbracht sind. Allein in wohlunterrichteten Kreisen weiß man, daß der Kaiser auf diese industrielle That wie auf ein Mittel zählt, sich Paris näher zu bringen; denn es kann diesem nicht entgehen, was es durch diese Umwandlung an Erwerbsquellen und Verkehr gewinnen und welche Vortheile ihm von dem Lande durch die Verfügung der kaiserlichen Regierung für die große Summe von 400—500 Millionen verschafft werden. Hier haben Sie die neue Wendung der französischen Politik. Welche Wirkung sie haben werde, ist schwer vorauszusagen; daß sie aber an der Lage Italiens nichts ändern werde, ist gewiß. Der Kaiser der Franzosen versprach allerdings, zu Neapel und zu Rom Reformen für Italien zu empfehlen; allein man weiß, was eine solche Fürsprache zu bedeuten hat und als was sie hingenommen wird."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 26. April. Bei sehr beschränktem Umsatz waren die Kurse etwas matter.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1306P. 1302G. Neue Bankaktien 433 P. 429 G. Credit-Actien à 5pCt 200½P 198½G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 84¼ P. 84 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 91 P. 90½ G. Metall. alte à 5pCt. 83 P. 82½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 P. 87½ G.; à 4½pCt. 75 P. 74¾ G.; à 4pCt. 66½ P. 66 G.; à 3pCt. 50¼ P. 49¾ G.; à 1pCt. 16¾P. 16½G. Loose à 500 fl. von 1834 —P. —G. à fl. 250 von 1839 —P. 134 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106¼ P. 105 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 309 P. 307 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¼ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 700 G. Obligationen à 3½pCt. 87¾P. 87¼G.; 4pCt. — P. 93¾ G.; 4pCt. Grundrente 93¾ P. 93¼G.; 4½pCt. 100¾ P. 100¼G.; 5pCt. 101 P. 100½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157⅜P. 157⅛ G. Neustadt-Weissenb. 117¼ P. 116¾ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117½ P. 117¼G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89¼P. 88¾G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45¼ P. 44¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¼ P. 82¾ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 40¾ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63¾ P. 63¼ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾P. 92¼G.; à 4pCt. 100¼P. 99¾G.; 4½pC. 102¾P. 102¼G.; Loose à fl. 50 112¾P. 112¼G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 351½ P. 349½ G.; junge 302 P. 300 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 105¼P. 104¾G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47⅝ P. 47⅛ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31½P. 31¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾P. 92¼G.; Bankaktien 121½ P. 121 G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81½P. 81G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 88P. 87½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38½P. 38¼ G.; 1pCt. neue $23\frac{11}{16}$ P. $23\frac{9}{16}$G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅝P. 100⅜G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120P. 119¾G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼P. 120G.	Mail. i.S.Lr.250k.S 101¼P 101G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105¼P. 105G.	Paris Frs. 200 k. S 94⅝P. 94⅜G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼P. 105G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅝P. 94⅜G.
Brem. 50Thlr. Lsd. kS. 97⅜P. 97⅛G.	Wien fl. 100C. k.S. 117¼P. 117G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89¼P 89G.	Wien 3 M. mit 4% 117P. 116¾G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 105¼P. 105G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 25. April. Oesterr 5pCt. National-Anleihe 85⅞; 5pCt. Metall. 85⅝; 4½pCt. 75⅜; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 133½; von 1854 107⅝; Bankaktien 1109; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 343; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 635; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3005. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅞; London 10. 4. B. Geldkurs: Dukaten —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 118. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 18 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 28. April 1856

Deutscher Bund.

× **Berlin**, 22. April. (Privat-Korrespondenz.) Die wichtigsten Bestimmungen des im vergangenen Jahre zu Wien vereinbarten Nachtrages zum deutsch-österreichischen Postvereinsvertrage, welcher Nachtrag am 1. Mai in Wirksamkeit tritt, bestehen in Folgendem: Für den Fall, daß Briefe unvollständig mit Marken oder gestempelten Couverts frankirt sind, soll das Ergänzungsporto und der Zuschlag eingehobt werden. Für Kreuz- und Streifband-Sendungen soll ohne Unterschied der Entfernung bei der Vorauszahlung der Satz von 1 kr. pro Loth erhoben werden. Für Beschädigungen am Inhalte einer Sendung haben die Postverwaltungen nur dann zu haften, wenn eine Beschädigung äußerlich erkennbar ist, und in unzweifelhafter, unmittelbarer Beziehung zu der vorhandenen inneren Beschädigung steht. Der Absender ist befugt, über die der Postverwaltung zur Beförderung übergebenen Sachen so lange auf seine Kosten zu verfügen, als solche nicht an den Empfänger übergegangen sind. Jeder Fahrpost-Sendung, mit Ausnahme derjenigen in Brief- oder ähnlicher Form bis zum Gewichte von 16 Loth, muß ein Begleitbrief beigegeben seyn, welcher mit Geld oder sonstigen Gegenständen von angegebenem Werthe nicht beschwert seyn darf, übrigens entweder aus einem förmlich verschlossenen Briefe oder aus einer bloßen Adresse bestehen kann, mindestens jedoch aus einem Viertelbogen Papier gefertigt seyn muß. Die Verpackung der Sendungen muß nach Maßgabe der Länge der Transportstrecke, des Umfanges der Sendung und der Beschaffenheit des Inhaltes haltbar und sichernd eingerichtet seyn. Bei Gegenständen von geringerem Werthe, welche nicht unter Druck leiden und nicht Fett oder Feuchtigkeit absetzen, daher auch bei Schriften- oder Akten-Sendungen genügt im Allgemeinen bei einem Gewichte von ungefähr sechs Pfund, wenn die Dauer des Transports verhältnißmäßig kurz ist, eine Emballage von haltbarem Packpapier mit angemessener Verschnürung. Auf größere Entfernungen zu versendende Gegenstände, sowie alle schwere Fahrpost-Gegenstände, müssen, insoferne nicht der Inhalt oder Umfang eine andere festere Verpackung erfordert, mindestens in mehrfache Umschläge von starkem Packpapier verpackt seyn. Sendungen von bedeutendem Werthe, insbesondere solche, welche durch Nässe, Reibung oder Druck leicht Schaden nehmen, z. B. Spitzen, Seidenwaaren u. s. w. müssen nach Maßgabe ihres Werthes, Umfanges und Gewichtes in genügend sicherer Weise in Wachsleinwand, Pappe (Pappdeckel), in gut beschaffenen und nach Umständen emballirten Kisten u. s. w. verpackt seyn. Sendungen mit einem Inhalte, welcher anderen Postsendungen schädlich werden könnte, müssen so verpackt seyn, daß eine solche Beschädigung fern gehalten wird. Mit Flüssigkeiten angefüllte kleinere Gefäße (Flaschen, Krüge u. s. w.) sind noch besonders in starken Kisten, Kübeln oder Körben zu verwahren. Fässer, in denen Flüssigkeiten zur Versendung kommen, müssen stark bereift und die Reifen gehörig befestigt seyn. Sendungen von Blutegeln müssen so beschaffen seyn, daß von dem Inhalte des Gefäßes nichts herausdringen kann. Wird eine Verschnürung angebracht, so muß dieselbe so beschaffen und festgesiegelt seyn, daß sie ohne Verletzung der Sendungen und der Siegel nicht abgestreift oder geöffnet werden kann. Der Verschluß einer jeden Postsendung muß haltbar und so eingerichtet seyn, daß ohne Beschädigung oder Eröffnung derselben dem Inhalte nicht beizukommen ist. Sendungen bis zum Gewichte von 3 Pfund, soferne der Werth bei Papiergeld nicht 3000 Thlr. oder 5000 fl. und bei baarem Gelde nicht 300 Thlr. oder 500 fl. übersteigt, dürfen in Paketen von starkem, mehrfach umgeschlagenem und gut verschnürtem Papier versendet werden. Bei schwererem Gewichte und bei größeren Summen muß die äußere Verpackung in haltbarem Leinen, Wachsleinewand oder Leder bestehen, gut umschnürt oder vernäht, und die auswendige Naht versiegelt seyn. Geldbeutel (Säcke), welche keine weitere Verpackung erhalten, müssen von wenigstens doppelter Leinwand, die Naht darf nicht auswendig, der Kropf nicht zu kurz, und da, wo der Knoten geschürzt ist und außerdem über beiden Schnurenden muß das Siegel deutlich aufgedrückt seyn. Die Schnur, welche den Kropf umgibt, muß durch den Kropf selbst hindurchgezogen werden. Dergleichen Sendungen sollen nicht über 50 Pfund schwer seyn. Die Geldkisten müssen von starkem Holz angefertiget, gut gefügt und fest vernagelt seyn, oder gute Schlösser haben; sie dürfen nicht mit überstehenden Deckeln versehen, und Eisenbeschläge müssen fest und dergestalt eingelassen seyn, daß sie andere Gegenstände nicht zerscheuern können. Ueber 50 Pfund schwere Kisten müssen gut bereift und mit Handhaben (Handschlingen) versehen seyn. Die Geldfässer müssen gut bereift, die Schlußreifen angenagelt, und an beiden Böden dergestalt verschnürt und versiegelt seyn, daß ein Oeffnen des Fasses ohne Verletzung der Umschnürung oder des Siegels nicht möglich ist. Bei Packeten mit baarem Gelde in größeren Beträgen muß der Inhalt gerollt seyn. Gelder in Fässern oder Kisten müssen in Beuteln oder Packeten verpackt seyn.

Bayern. München, 26. April. Se. Maj. der König haben den Gerichtsdiener am Landgerichte Passau I, Max Curtius, aus administrativen Erwägungen des Dienstes enthoben; als Gerichtsdiener des Landgerichts Passau I den Landgerichtsdiener Konrad Lehmaier zu Vilsbiburg und als Gerichtsdiener von Vilsbiburg den Gerichtsdiener Ulrich Schmid von Kipfenberg, ihrer Bitte entsprechend, berufen; die erledigte Gerichtsdienerstelle bei dem Landgerichte Kipfenberg dem Feldwebel Joseph Karl Nagel zu München übertragen. (N. M. Z.)

Der bedeutende Abstrich an dem Militärbudget, den der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten beantragt, hat das Kriegsministerium veranlaßt, im Hinblick auf die Bundespflicht in einem Schreiben an den Ausschuß feierliche Verwahrung dagegen einzulegen. Man darf über das Militärbudget einer sehr ernsten Debatte in der zweiten Kammer entgegensehen. (A. Abdz.)

× **Preußen.** Berlin, 25. April. (Privat-Korresp.) In einigen Zeitungen wird seit mehreren Tagen mitgetheilt, daß das schon genannte Projekt, Berlin gegen einen äußern Feind mit Befestigungswerken zu versehen, von Neuem aufgetaucht sey. Vom militärischen Standpunkt aus dürfte die Befestigung der Hauptstadt Preußens von großer Wichtigkeit seyn und deßhalb vielfach gewünscht werden. — Die hiesige französische Gesandtschaft erläßt wiederholt Zirkulare, in welcher sie zur Theilnahme an der landwirthschaftlichen Ausstellung zu Paris auffordert. Es kann hierbei bemerkt werden, daß die französische Regierung für die Kosten des Transports hin und her, so weit er auf französischem Boden stattfindet, aufkommt, die ausgestellten Thiere unterhält und überhaupt sämmtliche Ausgaben trägt, welche für die Ausstellungsgegenstände innerhalb der Gränzen Frankreichs erforderlich scheinen. Die auszustellenden Gegenstände bestehen in Zugvieh, landwirthschaftlichen Instrumenten, sämmtlichen Ackerprodukten, Körnern, Sämereien, Wolle, Käse, gesalzenem Fleisch u. s. w. Die Preise haben eine Höhe bis zu 1000 Franken, die Zahl derselben ist sehr bedeutend und wird mindestens 300 betragen.

Berlin, 22. April. Unserer Polizei steht eine durchgreifende Reform bevor, da ihr der militärische Charakter genommen werden soll, den Herr v. Hinkeldey ihr gegeben hatte. Mehrere höchst lästige Ueberwachungen, wie z. B. die täglichen Morgenparaden der Droschken vor den Polizeilieutenants, hat der neue Polizeipräsident v. Zedlitz aufgehoben, dessen Leutseligkeit überhaupt einen sehr vortheilhaften Eindruck macht. Die Schutzmannschaften sollen wieder bürgerliche Beamte seyn. (Z. f. Nordd.)

Oesterreich. Pesth, 18. April. Wir können es als eine sehr erfreuliche Erscheinung begrüßen, daß zwischen dem

ungarischen Adel und der Regierung die frühere Opposition immer mehr aufhört und beide, wo es das Wohl des Landes gilt, Hand in Hand gehen. Das zeigt sich jetzt bei der Projektirung und dem Bau von Eisenbahnen in vielen Richtungen des Landes. Die Magnaten unterstützen die deßfallsigen Entwürfe der Regierung in aller Art, und zwar durch Konzessionen sowohl, wie durch Kapitalien. Werden die beabsichtigten Linien erst alle gebaut seyn, dann wird sich der Wohlstand des ganzen Landes auf eine Art heben, wie man es jetzt noch gar nicht berechnen kann. (Schw. M.)

Wien, 24. April. Man schreibt der „N. Pr. Z.": „Die Gerüchte, die hier seit einer Woche (unsere Zeitungen durften denselben keine Beachtung schenken) über Aufruhr-Symptome in der Lombardei umlaufen, haben einen sehr unscheinbaren thatsächlichen Kern. An der Nordgränze der Lombardei sind einige Mazzinistische Flugblätter, welche die italienische Frage umsturzpolitisch beleuchten, verbreitet worden. Das ist, wie ich aus guter Quelle erfahre, das ganze positive Material, aus dem die ängstliche Wiener Bourgeoisie eine nahe bevorstehende allgemeine Erhebung des österreichischen Italiens zu machen für gut befunden."

Mehreren Blättern, u. a. der „N. Pr. Z.", wird Folgendes mitgetheilt: „Am 18. April haben der Finanz-Minister, Freiherr v. Bruck, und der Feldzeugmeister Frhr. v. Wimpfen, welche beide der protestantischen Konfession angehören, Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser gehabt, um jenes Pastoral-Schreiben des Erzbischofes von Wien mitzutheilen, womit sämmtliche Pfarrer angewiesen wurden, jeder Leiche eines Protestanten auf den Friedhöfen, wo Katholiken begraben werden, den Eingang zu verwehren, und die Leichen der Protestanten nur auf einem separaten Orte außerhalb des Friedhofes zur Ruhe bestatten zu lassen. Die Veröffentlichung jenes Pastoralschreibens ist bekanntlich von der Regierung nicht gestattet worden."

§ Wien, 25. April. (Privat-Korrespondenz.) Die Uebergabe der Aerarialbergwerke im Banat an die Staats-Eisenbahn-Gesellschaft, welche dieselben bekanntlich zugleich mit der Staatseisenbahn käuflich an sich gebracht hatte, ist nun gänzlich vollendet. Die k. k. Direktion wird aufgelöst und tritt mit dem 1. Mai d. Js. außer Wirksamkeit, und es bleibt nur mehr eine Vollzugskommission in Thätigkeit. Auf diese Art ist nun das ganze, große Geschäft abgewickelt, welches von bleibender fast historischer Bedeutsamkeit ist; denn der Verkauf der Staatsbahn an eine französische Gesellschaft war die erste Maßregel, welche fremdes Kapital nach Oesterreich zog, und womit der Reigen jener großartigen Aktiengesellschaften eröffnet wurde, welche seitdem wie aus der Erde gestampft wurden, und welche die inländischen Kapitalien, unterstützt durch ausländische, in eine mächtige Bewegung brachten, und sie auf die verschiedenen Gebiete nützlichster Thätigkeit lenkten. — Die hier tagende bischöfliche Konferenz wird sicherem Vernehmen zufolge zu den Pfingstfeiertagen eine Unterbrechung erleiden, da nicht anzunehmen ist, daß bis dahin die Fragen, die ihrer Berathung unterbreitet sind, erlediget seyn werden, und die Sitzungen gänzlich geschlossen werden können, andererseits aber die Bischöfe in ihren betreffenden Diözesen erwartet werden, um daselbst das heilige Sakrament der Firmung zu spenden.

Großbritannien.

⊙ Der Geheimeraths-Befehl, durch welchen das Verbot der Ausfuhr von verschiedenen für den Krieg wichtigen Gegenständen von England nach dem Auslande aufgehoben wird, datirt vom 9. d. Mts. Es wird dadurch das Verbot der Ausfuhr von Waffen, Pulver, Salpeter, Schwefel, Schiffsmaschinen und Kesseln und deren Theilen, Blei, salpetersaurem Kali, schwefel- und salpetersaurem Natron, gewissen Arten Eisen u. s. w. außer Kraft gesetzt.

London 24 April. Die gestrige Flottenrevue ist das Tagesgespräch von heute. Nachdem die Morgennebel sich rasch verzogen hatten, stieg die Sonne mit einer Pracht aus der leichtgekräuselten Meeresfläche auf, wie sie sich den englischen Küsten nur in wenigen Tagen des Sommers zu zeigen pflegt; eine sanfte Brise aus Nordost zog fächelnd über Land und See; die Küsten von Hampshire und der Insel Wight erglänzten im jungen Frühlingsgrün; blau war der Himmel und smaragdgrün das Meer; kosend schmiegten sich die kleinen Spitzwellen an die kolossalen schwarzen Rumpfe der Linienschiffe: die Elemente alle waren in göttlichster Feiertagslaune und schienen übereingekommen zu seyn, das lang ersehnte Schauspiel durch keinen neckischen Spuck zu stören. Bald nachdem die Festungskanonen den Aufgang der hell und klar emporsteigenden Sonne verkündigt hatten, ward es in den Straßen lebendig und ein Menschenstrom wälzte sich nach dem Meeresufer hin. Eine so gewaltige Menschenmenge hatte das erwartete Schauspiel nach der Küste von Hampshire gelockt, wie sie dort wohl noch nie zuvor auf dem gleichen Raum versammelt war. In Portsmuth und Landport, Portsea und Southsea, Langston und Gosport wimmelte es von Gästen. Jeder Eisenbahnzug spie ein ganzes Heer aus und in den Straßen der erwähnten Orte war ein solches Gedränge, daß man sich kaum einen Weg durch dasselbe bahnen konnte. Eine Schlafstätte war vorgestern Abend für Geld und gute Worte kaum noch zu bekommen. Um Mitternacht bezahlte man für ein Bett 3—4 Guineen, ja einige Gasthofbesitzer sollen 15 Pf. Sterl. gefordert haben. Tausende von Menschen blieben die Nacht hindurch auf, zum Theil zum Genuß der herrlichen Nachtluft und des Mondscheins verdammt, während Andere an Bord der Schiffe im Hafen schliefen. — Um 8 Uhr kleideten sich alle Schiffe der Flotte in ihren reichen Flaggenschmuck. Vom Strande von Southsea aus hatte man einen herrlichen Blick auf das belebte Schauspiel. Der dunkelblaue wolkenlose Himmel, der schimmernde, sich sanft kräuselnde Meeresspiegel, der üppige Rasen von frischem Grün und das Durcheinander von Zelten, Musikbanden, Flaggen, glänzenden Uniformen, fröhlichen Menschengesichtern, prachtvollen Equipagen und Blumengewinden vereinigte sich zu einem ebenso heitern und bewegten wie bunten Gemälde. Auf der etwa drei englische Meilen langen Strecke zwischen Fort Monckton und Southsea Castle mochten sich an 100,000 Menschen herumtreiben. Von den Schiffen her erscholl fröhliche Musik, englische und französische Weisen. Einen von der Admiralität ertheilten Befehl, welchem zufolge alle der Revue beiwohnenden Dampfer nur Anthracit-Kohlen brennen sollten, um den furchtbaren Qualm zu vermeiden, hatten sämmtliche Dampfer befolgt, mit Ausnahme eines einzigen, und dieser Sünder war — horribile dictu — die Admiralitätsjacht, der „Black Eagle", welcher, sich seiner offiziellen Stellung bewußt, unbekümmert um die Entrüstung des profanen Haufens, stolz seine schwarzen Rauchwolken emporwirbelte. Die Königin kam um 12 Uhr zu Portsmouth an und ward am Bahnhofe von Admiral Sir William Parker, erstem Marineadjutanten, Admiral Sir E. Lyons, dem Marquis von Townshend, Sir C. Wood und den anderen Lords der Admiralität, sowie von dem französischen Admiral de la Gravière empfangen. Die Königin schiffte sich sofort am Bord der Staatsbarke nach dem im Hafen liegenden Schiffe Viktoria und Albert ein, welches sie nach Spithead brachte. Was das nun folgende Flottenschauspiel angeht, so verliert es, vom Lande aus gesehen, durch die zu bedeutende Entfernung viel von seiner Großartigkeit, während Diejenigen, welche es vom Wasser aus betrachten, immer nur einen Theil der Bewegungen verfolgen können, mithin keinen rechten Ueberblick über das Ganze bekommen. Den Hauptgegenstand des Interesses bildeten die neuen Kanonenboote und die schwimmenden Batterien. Die Letztern, vier an der Zahl, Trusty, Glatton, Thunder und Meteor, sind häßliche, plumpe Ungethüme, wahre Hippopotamen, denen auch selbst der überaus reiche Flaggenschmuck, durch welchen sie sich vor den übrigen Fahrzeugen auszeichneten, keine Spur von Anmuth zu verleihen vermochte. Die Kanonenboote, ohne gerade besonders zierlich zu seyn, sind doch gewandt und behend in ihren Bewegungen. Als die Königin außerhalb der Doppelreihe an dem ersten Linienschiff vorbeifuhr, um nachher zwischen den beiden Kolonnen zurückzusegeln, gab der Duke of Wellington das Zeichen zum Salutiren, und die übrigen Schiffe folgten mit ihrem Kanonendonner. Beim Vorübersegeln der königlichen Jacht stiegen die Mannschaften der einzelnen Schiffe auf die Raaen, und als die Königin zwischen der ganzen Flotte hindurchgefahren war, trat eine Pause von ziemlicher Länge ein, worauf dann die Fortsetzung des Manövers mit ziemlich genauer Beobachtung des vorher festgestellten Programms folgte. Um 5½ Uhr trat der Hof die Rückkehr nach London an. Den Befehl über die Flotte führte Viceadmiral Sir George Seymour am Bord des Royal George (von 101 Kanonen), welchem Schiffe diese Ehre wegen des gerade stattfindenden St. Georgs-Tags zu Theil geworden war. Der französische Admiral und sein Stab waren am Bord des Black Eagle Gäste der Lords der Admiralität. Die Parlamentsmitglieder, sowohl Lords wie Gemeine, welche sich nach der ursprünglichen Verabredung bei der Fahrt durch die Flotte in der unmittelbaren Umgebung der Königin befinden sollten, hatten entschiedenes Unglück. Sie kamen erst an, als die Revue schon halb vorüber war; auch kümmerte sich kein Mensch um sie, wenigstens nicht in offizieller Weise. Gestern Abend um 9 Uhr ward die ganze Flotte illuminirt.

Aus Paris schreibt man der „Allg. Z.": „Alle Berichte aus England stimmen darin überein, daß das Ministerium Palmerston seinem Sturz nahe ist. Der Frieden wird das

Terrain seyn, auf welchem die parlamentarische Koalition sich vereinen dürfte, um das Kabinet zu stürzen. Was das Parlament abhielt, eine Ministerkrisis entstehen zu lassen, war der Krieg, dessen Ende den politischen Parteien nun freies Spiel läßt, um eine Verwaltung einzusetzen, welche den Ausdruck der parlamentarischen Majorität besser, als das gegenwärtige Kabinet bilden mag. Daß das bestehende Ministerium auf keine homogene dauernde Majorität sich stützt, haben die jüngsten Voten des Unterhauses zur Genüge bewiesen."

London, 27. April. Derby (Haupt der Tories im Oberhaus) und Palmerston haben ihre politischen Freunde zur Besprechung der gegenwärtigen Lage auf morgen eingeladen. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Frankreich.

Paris, 25. April. Graf Morny, der bekanntlich als außerordentlicher Gesandter Frankreichs nach Petersburg geht, hat seine Entlassung als Administrator der großen Centralbahn eingereicht und zugleich seine Zustimmung gegeben, alle seine finanziellen Operationen einzustellen. — Gestern fand das Leichenbegängniß des Schriftstellers Karl Gilles statt, des ersten französischen Chansonnier nach Beranger. Gilles hatte sich selbst das Leben genommen, und zwar aus Kummer darüber, daß ihm das Théatre français vor nicht langer Zeit ein einaktisches Lustspiel verweigert hatte. Gilles war erst 36 Jahre alt. (K.Z.)

* Paris, 25. April. Ein heute hier eintreffendes belgisches Journal enthält einen Auszug aus dem Protokolle der Sitzung vom 8. April, nämlich die Rede des Grafen Walewski, worin er die Ansichten der französischen Regierung über Griechenland, Italien und die belgische Presse ausspricht. Es soll über diese verfrühten Enthüllungen in den hiesigen hohen Kreisen große Mißstimmung herrschen. Nichtsdestoweniger kam man von dem Vorhaben, die auswärtigen Journale, welche dergleichen enthalten, mit Beschlag zu belegen, wieder ab, während das an die französischen Journale ergangene Abdrucksverbot aufrecht erhalten wird.

Paris, 26. April. Das amtliche Blatt meldet, daß auf Befehl des Kaisers auf einem für dessen Privat-Besitz erworbenen Grundstücke von 18,000 Quadrat-Metres Flächenraum Gebäude errichtet werden sollen, die zu mäßigen Preisen an Arbeiter vermiethet werden, welche gesunde und bequeme Wohnungen suchen. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, 14. April. Die „Madrider Ztg." veröffentlicht das k. Dekret für Eröffnung des Ausgebotes für Effekten 3 pCt. konsolidirter Schuld, mit dem Dezember-Coupon des gegenwärtigen Jahres, um 200 Mill. Realen effektiv aufzubringen, die zur Tilgung der schwebenden Schuld bestimmt seyn werden. Am 31. Mai werden die Subskriptionen eröffnet werden An demselben Tage wird der von der Regierung festgesetzte Minimalpreis bekannt gegeben werden.

Italien.

Rom, 18. April. Monsignor Flavio Chigi, vom Geschlecht Alexanders VII., ist jetzt definitiv zum Nuntius in München, an die Stelle von Monsignor de Luca, bestimmt, welcher zur Nuntiatur in Wien befördert wird. (A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

* In Konstantinopel erregt die Heirathsangelegenheit Omer Paschas einigen Skandal. Bekanntlich sollte er die Tochter Hafiz-Paschas, Exgouverneurs von Trebizonde heirathen. Als Compensation verheirathete Omer Pascha eine seiner Töchter mit einem Sohne Hafiz Paschas. Alles war in Ordnung, als Hafiz seine Einwilligung versagte und die der Verlobten nach orientalischem Gebrauche gewordenen Geschenke zurückschickte. Diese hatte erklärt, daß sie nie einwilligen werde, einen croatischen Renegaten (sic) zu heirathen. Hafiz Pascha seiner Seits verschanzt sich hinter die Antecedenzien Omer Paschas. Der Mißbrauch, den der Serdar mit der Vielweiberei trieb, und die Gleichgültigkeit, mit welcher er seine Frauen behandelt, begründen allerdings den Widerwillen des Vaters, seine Tochter die Rolle einer Concubine spielen zu sehen. Omer Pascha wandte sich direkt an den Sultan, der sein Wort gegeben hatte und auf die Heirath drang. Hafiz Pascha mußte nachgeben, aber da er das Recht hatte, die Heirath seines Sohnes mit der Tochter Omer Paschas zu verweigern, so brach er alle deßhalb eingegangenen Verbindlichkeiten ab.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Aus dem Protokoll der Pariser Konferenz vom 8. April wird der „Köln. Ztg." bezüglich der Donaufürstenthümer Folgendes mitgetheilt: „Baron v. Bourqueney verlas eine Instruktion für die Kommission, die sich dorthin begeben soll; dieselbe wurde angenommen. Lord Clarendon schlug die sofortige Absetzung der beiden Hospodaren vor, damit sich die Fürstenthümer frei aussprechen könnten und der freie Ausdruck des Volkswillens nicht durch eine Kombination der Hospodaren gestört werden könnte. Graf Buol sprach sich dagegen aus. Er hielt es für gefährlich, alle Verwaltung in einem solchen Augenblick abzuschaffen. Er war der Ansicht, daß der Kongreß der Pforte die nöthigen Maßregeln überlassen sollte. Nach einer längeren Diskussion, wobei Lord Clarendon darauf aufmerksam machte, daß die Gewalten der Hospodaren nahe daran sind, zu erlöschen, und daß man gerade wegen der Aufrechterhaltung der Legalität Maßregeln ergreifen müsse, faßte der Kongreß folgende Beschlüsse: „Nach diesen Erklärungen beschließt der Kongreß, er verlasse sich darauf, daß der Sultan bei dem Erlöschen der Gewalten der Hospodaren die nothwendigen Maßregeln ergreife, um die Intentionen des Kongresses zu erfüllen, indem er den freien Ausdruck der Wünsche der Divans mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Achtung vor dem Gesetze zu vereinigen sucht." — Auf den Antrag Frankreichs und Englands faßte der Kongreß den Beschluß, daß in dem Ferman, der die Divans einberuft, die Präsidentschaft dieser Versammlung und die Art ihrer Berathungen festgestellt werden."

„In dieser Sitzung erklärten die russischen Bevollmächtigten noch als Antwort auf eine an sie gestellte Frage, daß der Hafen von Sebastopol den Schiffen der verbündeten Mächte geöffnet sey, um die Einschiffung ihrer Truppen und ihres Materials zu beschleunigen. Sie fügten hinzu, daß ihre Instruktionen ihnen gestatten, die Versicherung zu geben, daß die Räumung des otomanischen Gebietes in Asien sofort nach dem Austausch der Ratifikationen beginnen wird; daß, sobald es die Jahreszeit und die Wege gestatten, man zum Transport der Magazine und des Kriegsmaterials schreiten, und daß der allgemeine Rückzug der russischen Armee gleichzeitig mit dem der verbündeten Armeen stattfinden und zur nämlichen Zeit und in den nämlichen Terminen beendet seyn würde, wie die Räumung der anderen Gebietstheile."

Das amtliche „Dresdner. Journal" veröffentlicht soeben den vollständigen Wortlaut des Friedensvertrages. Die Artikel 5 bis 8 (welche in der Mittheilung der „Indep." fehlten) einschließlich, betreffen folgende Punkte: Die durch ihr Verfahren kompromittirten Unterthanen sind amnestirt. Die Pforte ist in das europäische Konzert zugelassen. Die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des osmanischen Reiches ist gewährleistet. Bei Zwistigkeiten zwischen der Pforte und einer der den Friedensvertrag schließenden Mächte haben die andern vermittelnd einzuschreiten. Ein Zusatz-Artikel besagt: Die Schließung der Meerengen habe auf Truppen heimführende*) Schiffe keine Anwendung.

Aus dem Orient.

Nach Berichten, welche der „Allg. Ztg." zugegangen sind, hat in Nablus (Palästina) und dessen Umgebung, weil ein Christ einen Türken getödtet hatte, die muhamedanische Bevölkerung sich erhoben, die Gebäude der europäischen Konsuln gestürmt, der preuß. Konsul, sowie viele Christen erschlagen, die Kirchen und Häuser der Christen geplündert. Nach dem einen Bericht wäre der Türke von dem Christen unwillkürlich (also wohl aus Versehen) erschossen worden; ein anderer Bericht aber sagt, derselbe, ein Bettler, sey von einem anglikanischen Missionär ermordet worden.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 27. April. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. 82$\frac{1}{4}$; 4$\frac{1}{2}$pCt.Met. 74$\frac{3}{8}$; Wiener Bankaktien 1302; 5pCt. Lomb. 90$\frac{1}{2}$; Wiener Wechsel l. S. 117; 3pCt. inl. span. 38$\frac{3}{8}$; 1 pCt. neue 23$\frac{15}{16}$; Darmstädter Bankaktien 350.

Wien, 26. April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 87$\frac{7}{16}$; 5pCt. Metall. 85; 4$\frac{1}{2}$pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 133; von 1854 107$\frac{1}{16}$; Bankaktien 1108; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 343$\frac{3}{4}$; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 633; österr. Staatsbahnaktien

*) So lautet wahrscheinlich die richtige Lesart, und nicht „hineinführende", wie in der mehreren Blättern zugegangenen Depesche steht. Der Zusatz-Artikel bestimmt, daß Kriegsschiffe noch so lange in das schwarze Meer einfahren dürfen, als auf den bisherigen Kriegsschauplätzen Truppen aufzunehmen und heimwärts zu bringen sind.

—; Nordbahnaktien 3000. Wechselkurse: Augsburg uso $102\frac{3}{8}$; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München, 26. April. (Privat-Korrespond.) Nachstehender „Prospektus der Ertragsfähigkeit der bayerischen Ostbahnen“ wurde heute vom Eisenbahnkonsortium ausgegeben:

„Die das Königreich Bayern von Lindau bis Hof durchziehende Eisenbahn ist nach Westen durch die Bahnen von Augsburg nach Ulm und von Bamberg nach Aschaffenburg mit den westdeutschen, rheinischen und französischen Bahnen vollständig in Verbindung gesetzt; gegen Osten dagegen ist von jener süd-nördlichen Hauptbahn aus nur erst die Bahn nach München gebaut und außer der Landstraße ist es lediglich die Donau, welche zur Zeit noch den Verkehr Bayerns mit Böhmen und Oesterreich vermittelt, während das eigene Bedürfniß des Landes und der von Westen her täglich anschwellende Verkehr die Bahnfahrt in östlicher Richtung und eine Verbindung derselben mit österreichischen Bahnen in Böhmen und südlich der Donau seit längerer Zeit dringend erheischte.“

„Der allerhöchst genehmigte Bau der bayerischen Ostbahnen wir diesem Bedürfniß abhelfen und zu gleicher Zeit die Lücke ausfüllen, welche bis jetzt in dem mittel- und süddeutschen Eisenbahnnetze den Verkehr hinderte. Die bayerischen Ostbahnen laufen von den zwei für den Verkehr wichtigsten Punkten der bisherigen bayerischen Bahnen, München und Nürnberg, aus, und gestatten die Bahnfahrt bis zur böhmischen Gränze in der Richtung nach Pilsen und an die bayerische Gränze in der Nähe von Passau. Dort sollen sie sich an eine von Prag über Pilsen herkommende böhmische Bahn, hier an die österreichische Elisabethbahn anschließen. Zugleich gewähren sie dem inneren bayerischen Verkehre die erwünschteste Verbindung, indem die von Nürnberg über Amberg gegen Böhmen gerichtete Bahn sich südlich nach Regensburg abzweigt, während die von München über Landshut und Straubing an die Reichsgränze zu bauende in gleicher Weise eine Seitenbahn nach Regensburg erhält, so daß hiedurch Regensburg in die Kreuzung dieser Bahnen zu liegen kommt, und der große Vortheil entsteht, von München, also auch vom südlichen Deutschland, und von der Schweiz aus über Regensburg nach Böhmen, wie von Nürnberg, also auch vom westlichen und nordwestlichen Deutschland aus, über Regensburg und Passau nach Oesterreich und weiter nach Osten sowie nach Triest gelangen zu können.“

„Nach dem Zustandekommen einer Eisenbahn von München über Rosenheim, Innsbruck nach Verona, werden die bayerischen Ostbahnen auf dem kürzesten Wege Mittel-Deutschland mit Italien verbinden, den Austausch der Produkte des Nordens und des Südens vermitteln und eine große Zahl jener Reisenden nach der Lombardei anziehen, welche aus Böhmen kommend den Umweg über Triest und das Meer scheuen.“

„Man darf ohne Uebertreibung behaupten, daß nirgend anderswo in Deutschland der Verkehr einen reicheren Ertrag verspricht als auf den hier projektirten bayerischen Ostbahnen. Für alle Güter und Personen, welche von Wien aus nach dem Mittel- und Niederrhein gehen, bilden sie die kürzeste Linie, und andererseits lassen sie den großen Umweg vermeiden, den bisher Personen und Güter aus dem westlichen und südwestlichen Deutschland durch Sachsen nehmen mußten, um nach Böhmen und weiter nach dem Nordosten zu gelangen. Kommt es, woran kaum zu zweifeln, zur Anlegung von Bahnen von Lichtenfels nach Koburg an die Werrabahn und von Schweinfurt an die hessische Bahn, dann von Hof durch die reußischen Fürstenthümer nach Weißenfels, so gewinnen die bayerischen Ostbahnen, als die kürzesten Linien nach Oesterreich und Böhmen neuen Zufluß an Gütern und Personen aus dem von Bremen westlich gelegenen Norddeutschland.“

„Zugleich gehen sie durch solche Gegenden, von welchen aus reiche Frachten massiger Güter der wichtigsten Art auf die Bahnen kommen, und dadurch einen erweiterten Markt gewinnen werden: so auf der Nürnberg-Böhmischen Linie die böhmische Steinkohle, der Eisenstein und die Braunkohlen der Oberpfalz, das Eisen selbst und die Nutz- und Schnitthölzer des bayerischen und Böhmer Waldes; so auf der Bahn von München nach der Donau, die durch die fruchtbarsten Getraid-Gegenden Bayerns zieht, Getraid und Vieh.“

„Wirft man einen Blick auf die einzelnen Bahnstrecken, aus denen das ganze Unternehmen besteht, so tritt als ein großer Vorzug desselben hervor, daß es, obwohl nur 120 Stunden Bahnlänge im Ganzen enthaltend, doch vier Hauptverkehrslinien gewährt, welche zusammen 239 Stunden Bahnlänge darbieten, also eine Bahnfahrt von größerer Gesammtlänge, als die bereits bestehenden bayerischen Bahnen, während nur die Hälfte der Länge dieser Bahnen wirklich zu bauen ist.“

„Dieses Unternehmen konzentrirt daher den Verkehr von 2 9 Stunden auf eine Bahnlänge von 120 Stunden, was nothwendig seinen Ertrag bedeutend erhöhen wird.“

Der Ertrag der Bahnen wird in dem Prospektus in folgender Weise veranschlagt: Die Linie von Nürnberg über Amberg an die böhmische Gränze (44 Stunden lang) mit 800,000 fl. aus den Personen- und 2,842,000 fl. aus dem Güterverkehr; die Linie von München über Freising, Landshut und Straubing bis Passau (56 Stunden) mit 1,558,000 fl. aus dem Güter- und 1,011,000 fl. aus dem Personenverkehr; die Linie von München über Landshut und Regensburg an die böhmische Gränze (69 St.), von wo aus über Pilsen eine Bahn nach Prag führen wird, mit 575,000 fl. aus dem Güter-, und 287,000 fl. aus dem Personenverkehr; dann die Linie von Nürnberg über Amberg, Regensburg und Straubing nach Passau (70 St.), von wo aus die österr. Westbahn den Transport übernimmt, mit einem Gesammtertrag von 1,167,000 fl., so daß sich für die vier Bahnen ein Ertrag im Ganzen von 8,721,000 fl. ergeben würde. Da die Betriebskosten und der Reservefond 50 Proz. des Gesammtertrages beanspruchen werden, so würde sich noch ein Ueberschuß von 4,360,000 fl. für die Verzinsung des Bau- und Einrichtungskapitals von 60 Millionen Gulden ergeben, demnach ein reiner Jahresertrag von $7\frac{1}{4}$ pCt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: W. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 119. | Vorausbezahlung: Halbjährig vier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Die Inseraten wird die viermalige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 29. April 1856

Deutscher Bund.

× Berlin, 27. April. (Privat-Korrespondenz.) Wie man hört, wird sich auf der nächsten Generalkonferenz des Zollvereins unter den zur Berathung kommenden Vorlagen auch eine von den süddeutschen Staaten aufgestellte befinden, welche auf eine Erhöhung des Eingangszolles für Tabak antragen wird.

Bayern. München, 28. April. Se. Maj. der König haben genehmigt, daß die bei dem Landgerichte Euerdorf erledigte Taxbeamtenstelle dem Verweser derselben, Johann Conrad Stenglein, jedoch ohne Rechtsanspruch auf eine Pension und sonstige pragmatische Rechte übertragen werde; die erledigte protestantische Pfarrei Pflaumfeld, Dekanats Gunzenhausen, dem ehmaligen Pfarrer in Westheim, Dekanats Würzburg, K. Fr. J. Mayer, verliehen; die katholische Pfarrei Obermoschel, Landkommune Kirchheimbolanden, dem seitherigen Verweser derselben, Priester P. Schmitt, die katholische Pfarrei Großbockenheim, Landkomm. Frankenthal, dem seitherigen Verweser derselben, Priester Heinr. Kohlmayer, die katholische Pfarrei Fichtelberg, Ldg. Kemnath, dem Priester Jos. Kraus, Pfarrprovisor in Neualbenreut, Ldg. Waldsassen, die kathol. Pfarrei Lautzkirchen, Landkomm. Zweibrücken, dem bisherigen Verweser derselben, Priester Ferd. Döppelheuer, und die durch Resignation des Priesters Joh. Nep. Schober eröffnete Pfarrei Buch am Erlbach, Ldg. Landshut, dem Priester Joh. Baptist Nobel, Pfarrer in Schweidenkirchen, Ldg. Pfaffenhofen, übertragen; die erledigte protestantische Pfarrstelle zu Wassermungenau, Dekanats Windsbach, dem bisherigen Pfarrer zu Bestenberg, Dekanats Ansbach, Joh. Wilh. Scharff, verliehen; ferner der von dem Hrn. Fürsten Otto Karl zu Oettingen-Spielberg für den Pfarramtskandidaten Ludw. K. Andr. Rothgangel aus Oetingen ausgestellten Präsentation auf die dritte protestantische Pfarrstelle in Oettingen, Dekanats gl. N., die Bestätigung ertheilt; die erledigte zweite Sekretärsstelle bei der kgl. Generalzolladministration dem temporär quieszirten Gränzoberkontroleur Chr. v. Savoye zu Passau verliehen; dann den Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Würzburg, Ignaz Reichert, zum Rathe daselbst außer dem Status befördert, und die hierdurch in Erledigung kommende Assessorsstelle unbesetzt gelassen. (N. M. Z.)

Ansbach, 26. April. Der k. Regierungs-Kanzlist Seb. Feßmann dahier wurde zum Registrator der kgl. Regierung von Mittelfranken, Kammer der Finanzen, ernannt. (Fr. Kour.)

Preußen. Berlin, 25. April. Die Broschüre des Dr. Hassel über die Umstände bei dem Tode v. Hinckeldey's findet viele Leser, ohne daß besondere neue Thatsachen dafür Anlaß geben. Aus der Darstellung mögen nur einige Stellen mittheilungswerth seyn. Der Tod Hinkeldey's ist ein kaum minutenlanger gewesen, die Gegner verließen sofort den Kampfplatz. An diesen Ernst war nicht gedacht, ein Verhalten nicht vorerwogen; man sann nun erst, wohin die Leiche zu schaffen, und auf der Rückfahrt erst entsteht die Frage, ob und wo Meldung zu thun. v. Münchhausen entschließt sich, obwohl nicht im Besuchskleide, dem König in Charlottenburg sogleich Bericht zu erstatten; der Oberst Patzke, der bei Charlottenburg ihnen schon entgegenkommt, räth ebenfalls dazu, und der Arzt wird zur Begleitung aufgefordert. Im Schlosse angelangt, sind die Beiden die ersten Boten des Ereignisses; Prinz Hohenlohe, der sich mit dem Fürsten Radziwill im Vorzimmer des Königs befindet, trägt die Kunde hinein. Der Bericht fährt fort: „Nach drei Minuten trat der König rasch, unter den schmerzenvollsten Geberden und in der wehmüthigsten Stimmung, die ich je gesehen, in's Zimmer. „Gott, welches Unglück! mein Freund! mein Rathgeber!" rief er aus. „So oft ich diesen Mann, diesen ausgezeichneten Beamten, kommen sah, freute sich mein Herz!" Nachdem der König im tiefem gar nicht zu beschwichtigenden Schmerz weinend im Zimmer auf- und abgegangen war und mit v. Münchhausen längere Zeit gesprochen hatte, sagte er: „Meine Herren, wer auch von Ihnen berufen wird, der trauernden Wittwe und der unglücklichen Familie die Schmerzenskunde zu bringen, der sage, daß ich den Verlust so fühle, als wäre mir mein Bruder gestorben, und versichere der Familie, für die ich fortan väterlich sorgen will, daß ich nicht unterlassen werde, ihr sehr bald meinen Beileidsbesuch abzustatten." (K. Z.)

Berlin, 26. April. Die lithographirte Correspondenz will wissen, daß der Legationsrath Dönniges, der sich kürzlich nach München zurückbegeben hat, seinen Aufenthalt wieder dauernd daselbst nehmen werde, und daß die Beziehungen, in welchen derselbe früher zum Hofe gestanden, vollständig wieder hergestellt seyen. (Fr. Pstz.)

Berlin, 26. April. Allgemeines Bedauern erregt der Beschluß der Kommission des Hauses der Abgeordneten, die Berathung des die Presse betreffenden Mathis'schen Antrags für vierzehn Tage auszusetzen, d. h. ihn für diese Session fallen zu lassen, da die Kammern demnächst vertagt werden.

Berlin, 26. April. In dem bekannten Depeschen-Diebstahl, über welchen alle Untersuchungen und Interpellationen der Oeffentlichkeit bis jetzt noch kein weiteres Licht gegeben haben, sollen mehrere Briefe des Grafen Münster eine nicht unwichtige Rolle spielen. Es scheinen durch den Mißbrauch derselben Mittheilungen von ganz vertraulicher Natur in unbefugte Hände gerathen zu seyn. In unserm Abgeordnetenhause dürfte der Antrag der HH. v. Gerlach und Genossen zu weitern Enthüllungen über den schon zum Uebermaß ausgebeuteten Skandal nicht führen, da die zur Prüfung des Antrags eingesetzte Kommission mit außerordentlicher Diskretion zu Werke geht. — Am 26. ds. Mittag fand ein Diner statt, welches gegen 200 Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu Ehren des Ministerpräsidenten v. Manteuffel veranstaltet hatten. Außer sämmtlichen Staatsministern waren dazu auch noch eine Anzahl von höheren Regierungsbeamten eingeladen. Den ersten Toast brachte der Ministerpräsident auf das Wohl Sr. Maj. des Königs aus, welcher mit einem dreimaligen gewaltigen Hoch von den Anwesenden wiederholt wurde. Die Musik fiel darauf mit dem Nationalliede: „Heil Dir im Siegerkranz" ein. Den Toast auf den Ministerpräsidenten brachte der Präsident des Abgeordnetenhauses Graf Eulenburg aus. Er zeigte, wie der Ministerpräsident als kundiger Steuermann das Staatsschiff nach den ihm höchsten Orts angewiesenen Prinzipien in den sicheren Hafen des Friedens zu lenken gewußt. Nach dem Toast auf den Ministerpräsidenten stimmte die Musik das Lied: „Ich bin ein Preuße" an.

× Berlin, den 27. April. (Privat-Korrespondenz.) Die Verlobung Seiner kgl. Hoheit des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der ältesten Tochter der Königin von England, Viktoria und des Prinzen Albert, der Prinzessin Viktoria Adelhaid, ist als eine ausgemachte Sache anzusehen. Der Prinz wird im nächsten Monat nach England gehen und dem Hofe von St. James einen längern Besuch abstatten. Ein bestimmter Termin für die Hochzeit ist noch nicht festgesetzt; sie soll aber in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres gefeiert werden, wo dann die Prinzessin ein Alter von 17 Jahren erreicht haben wird.

Braunschweig. Braunschweig, 25. April. Heute feierten wir den Geburtstag und das 25jährige Erinnerungsfest des Regierungsantritts Sr. H. des Herzogs Wilhelm. Früh um 6 Uhr verkündeten die Glocken der Stadt und 101 Kanonenschüß der Beginn der Feier. Von 8 bis 9 Uhr war Gottesdienst in allen Kirchen. Nach Beendigung desselben empfing Seine Hoheit das Ministerium und den Hofstaat, und sodann die verschiedenen Landesdeputationen. Während der Jubilar sodann den Abgeordneten der auswärtigen Regimenter, deren Kommandeur Se. Hoheit ist, Audienz gab, bildete sich auf dem Altstadtmarkte ein großer Festzug, der sich

nach dem Schloßplatz begab und dem Herzog, als er auf dem Altan sich zeigte, ein dreimaliges donnerndes Hoch brachte. Dem Festzuge folgte auf dem Schloßplatze eine Parade der Garnison und nach deren Abmarsch ein etwa 2000 Mann zählendes Korps vortrefflich berittener Landleute aus der Umgegend von Braunschweig und Wolfenbüttel, welches jedoch in seiner halbstädtischen Kleidung nicht mehr den eigenthümlichen Eindruck machte, wie in früheren Zeiten in der charakteristischen ländlichen Tracht der Bauern. — Von auswärtigen hohen Häuptern sind zur Feier des Tages der König von Hannover, der Großherzog von Oldenburg und der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha zum Besuche bei unserm Landesfürsten eingetroffen. Die allerhöchsten und höchsten Herrschaften machten 9 Uhr Abends eine Umfahrt durch die festlich erleuchtete Stadt, woran Theil zu nehmen dem mit Wagen versehenen Theile des Publikum gestattet war. (Fr. Pstz.)

* **Freie Städte.** Frankfurt, 28. April. (Pr.-Korr.) Unser Senat publizirt im gestrigen Amtsblatte das kürzlich von der gesetzgebenden Versammlung beschlossene, aus 21 Paragraphen bestehende Gesetz, den Abschluß von Kauf- und Lieferungsgeschäften über Früchte und das Verfahren in einem wegen solcher entstehenden Rechtsstreite betreffend. Wir begrüßen in diesem Gesetze freudig eine wesentliche Verbesserung unseres Verfahrens und Erleichterung des immer wichtiger für den hiesigen Platz werdenden Verkehrs in Frucht.

Oesterreich. Wien, 24. April. Graf Radetzky hat dem ehemaligen pensionirten Major Giacomo Sessa, dem politischen Flüchtling G. B. Camozzi und dem exilirten ehemaligen Offizier G. Straulino aus Padua die straflose Rückkehr in die k. k. Staaten und den ersten beiden auch die Wiederzulassung zur österreichischen Staatsbürgerschaft und die Aufhebung des auf ihre Habe gelegten Sequesters bewilligt. (K. Z.)

Wien, 23. April. Der Kaiser hat eine mildere Behandlung der zur Festungsstrafe jeweilig verurtheilt werdenden Soldaten genehmigt, und sollen hauptsächlich die zur Festungsstrafe in schweren Eisen Verurtheilten künftighin solche von bedeutend minderem Gewicht tragen. (Fr. Pstz.)

Wien, 26. April. Die Entscheidung über die galizischen Eisenbahnen ist noch nicht erflossen. Die Angelegenheit ist nichts weniger als geordnet, es ist vielmehr noch ein starkes Dilemma vorhanden und die Chancen der Frage sind noch bis zur Stunde zweifelhaft. Gewichtige politische und finanzielle Rücksichten stehen einander gegenüber, und es ist keine geringe Aufgabe, beiden Genüge zu leisten. (Ostd. Post.)

§ Wien, 26. April. (Privat-Korresp.) Die Nachricht, daß dem Gründungs-Komite der Theißbahngesellschaft von Seite des Handelsministers im Namen des Kaisers die Zinsengarantie von 5,$\frac{2}{10}$pCt. auf die Dauer von 90 Jahren und Ueberlassung der im Bau begriffenen Staatsbahnen von Szolnok nach Debreczin und Großwardein zugesichert worden sey, hat die Beliebtheit, welche dieses Unternehmen bereits genießt, bedeutend gesteigert, und es läßt sich bereits mit Bestimmtheit versichern, daß die Promessen der Theißbahnaktien unmittelbar nach ihrem Erscheinen auf dem Markte ein bedeutendes Agio erlangen werden, da man bereits jetzt schon Lieferungsgeschäfte in diesem Papiere auf 30 Tage nach dem Erscheinen der Aktien mit 15–20pCt. über pari abschließt. — Die Mitglieder der Münzkonferenz erhielten für Morgen Mittags eine Einladung zu dem Herrn Finanzminister, welcher vor einigen Tagen erst einen ausführlichen Bericht über die bisher erzielten Resultate an den Kaiser erstattete. Wie ich vernehme, lautet dieser Bericht im Allgemeinen sehr günstig, und soll es nach demselben nicht mehr zu bezweifeln seyn, daß auf Grundlage des 21-Guldenfußes eine nach allen Seiten hin befriedigende Einigung zu Stande kommen werde — An der Börse herrscht noch immer die alte Geschäftslosigkeit. Sie bedarf einer kräftigen Leitung, die ihr jetzt, wo jeder Spekulant auf eigene Faust arbeitet, gänzlich fehlt.

Schweiz.

Bern, 24. April. Der Bundesrath hat gestern die vom Finanzdepartement vorgelegte eidgenössische Staatsrechnung für das Jahr 1855 durchberathen und gutgeheißen. Dieselbe ergibt einen Ueberschuß der Einnahmen von 754,478 Fr., oder 165,292 Fr. mehr als das Budget vorgesehen hatte, und hat 115,820 mehr als im Jahr 1854. Nichtsdestoweniger sind die Einnahmen mit einem Total von 14,985,150 Fr. um 1,059,849 Fr. hinter dem Budget zurückgeblieben. Die Hauptposten desselben bilden, wie immer, die Gränzzölle mit einem Brutto-Ertrag von 5,726,135 und die Posten mit 7,713,587 Fr. Das Total der Ausgaben beläuft sich auf 14,230,672 Fr. (A. Z.)

Von der englisch-schweizerischen Legion treffen ungünstige Berichte ein. Die noch in England anwesenden Offiziere haben eine Kommission bestellt, um die Rechte der Legionäre zu wahren. Es stellt sich nämlich heraus, daß die Engagements auf weit günstigere Conventionsbedingungen gemacht wurden, als die englische Regierung jetzt zugestehen will. Die zuerst in der Schweiz ausgegebene Convention, die bei allfälliger Entlassung den Offizieren eine Soldentschädigung für 15 Monate, den Soldaten für zwei Jahre in Aussicht stellt, wird jetzt als falsch erklärt und eine zweite vorgewiesen, die erst dann erschienen war, nachdem man bereits drei Bataillone formirt hatte. Diese aber spricht nur von dreimonatlichem Sold für die Offiziere und einjährigem für die Soldaten. Der Offizier, von dem jene erste Convention, unter den Augen des englischen Gesandten, ausgegeben wurde, ist wegen Subordination aus der Armeeliste gestrichen. An seine Stelle hat man den Oberinstruktor Sulzberger auf das Werbedepot in Schlettstadt gesandt. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 26. April. In seinem halbamtlichen Theile berichtet der „Moniteur" von einem, bereits gestern kurz erwähnten Versuche des Kaisers, der mehr und mehr steigenden Vertheuerung der Wohnungsmiethen zu begegnen, in folgender Weise: „Die Vertheuerung der Wohnungsmiethen, eine unvermeidliche Folge allgemeiner Wohlfahrt, war nichtsdestoweniger bedauerlich, weil sie in einem Augenblicke eintrat, wo in Folge des Kriegs und schlechter Aernten auch alle Lebensmittel und nothwendigsten Bedürfnisse hoch im Preise gestiegen waren Ueberdies gibt es — obwohl die Ausbreitung des Handels und der Industrie, gleichwie in Amerika und England, den Werth aller Gegenstände erhöht — dennoch Erwerbsarten, deren Einkommen und Erträgniß mit dem öffentlichen Reichthume nicht gleichen Schritt hält, so daß gewisse Klassen der Gesellschaft momentan um so mehr zu leiden haben, je höher der allgemeine Wohlstand steigt. Das Streben einer väterlichen Regierung zielt dahin, diesen Leiden so viel als möglich zu Hülfe zu kommen. Verschiedene Versuche wurden auf Anlaß und unter dem Schutze des Kaisers bereits gemacht, diesem Uebel zu steuern, so der Kredit von 10 Millionen behufs Ermuthigung des Baues von Arbeiterwohnungen. Unglücklicherweise haben diese Versuche nicht den Erwartungen entsprochen, weßhalb der Kaiser einen neuen Versuch machen will, von dem er sich einen bessern Erfolg verspricht. Auf seinen Befehl wurden am Boulevard Mazas für Rechnung der Privatdomaine 18,000 Metres Terrain angekauft. Diese Terrains werden in Theile getheilt und auf denselben Häuser auf Kosten Sr. Majestät aufgeführt werden. Diese Häuser werden in der zweifachen Absicht gebaut, um den Eigenthümern, welche sie kaufen, eine vortheilhafte Kapitals-Anlage, und den Inwohnern gesunde, sogar komfortable und doch billige Wohnungen zu bieten. Um diesen Zweck zu erreichen, wird der Bau mit äußerster Sparsamkeit geführt, nichts dem bloßen Anscheine geopfert, aber Alles auf die Bequemlichkeit der Wohnungen berechnet werden. Je nach Maßgabe der Vollendung dieser Häuser werden sie öffentlich versteigert und vorher die Einsichtnahme der Baukostenrechnungen gestattet werden. Die Verwirklichung dieser Idee wird um so günstigere Früchte tragen, als sie rasch zur Ausführung gelangt, weßhalb man — um die gleichzeitige Erbauung einer möglichst großen Zahl von Häusern zu erreichen, — Theile des Terrains zum Kostenpreis an Jene abgeben wird, welche sich zum Bau in einer bestimmten Frist und nach einem festgesetzten Plane verpflichten. Wenn es — wie wahrscheinlich — sich herausstellen wird, daß diese Häuser gleichzeitig eine gute Kapitalsanlage seyn und zu einem Wohlthätigkeitszwecke beiwirken werden, so wird bald ein neues Stadtviertel erbaut werden, denn der Kaiser hofft, daß sein auf eigene Gefahr gemachter Versuch Nachahmer finden wird und er der Anfang einer bedeutenden Erleichterung der Lage der arbeitenden Klassen bilden wird."

Paris, 26. April. Wie man sich hier allgemein erzählt, hat es Graf Walewski nicht bei seiner Rede gegen die Preßfreiheit in Belgien bewenden lassen; man versichert, der König Leopold werde sehr stark bearbeitet, um den Kammern einen neuen Preß-Gesetzentwurf zu unterbreiten. Die belgische Regierung soll sich sehr beängstigt fühlen. — Bei einem neulich zu Algier dem General-Gouverneur gegebenen Diner brachte der Präfekt einen Toast auf die Ankunft des Kaisers aus, dessen Reise nach Afrika also festzustehen scheint. (K. Z.)

Paris, 27. April. Der vom Kassationshof in Betreff der, an die Erlaubniß des Departementspräfekten gebundenen Zirkulation von Wahlzetteln gefaßte Beschluß scheint wirklich großes Aufsehen und einen so unangenehmen Eindruck gemacht zu haben, daß die Regierung sich entschlossen, eine etwas gelindere Praxis zu befolgen, als das Urtheil ihr einräumt. Der

heutige „Moniteur" enthält einen Erlaß des Ministers des Innern an die Präfekten, wonach die Zirkulation solcher Wahlzettel frei gegeben ist, welche Kandidaturen unterstützen, deren Wirklichkeit gesichert und deren Verantwortlichkeit durch das vom Bewerber unterzeichnete Zirkular öffentlich anerkannt ist. Der Ministerialerlaß macht dieses Zugeständniß in Form einer Auslegung der bestehenden Gesetze, welche bisher theilweise mißverstanden worden seyen.

Spanien.

† Madrid, 22. April. Man liest in der „España", daß der Kaiser von Rußland, der bekanntlich die Königin Isabella von Spanien noch nicht anerkannt hat, diese Anerkennung nächstens erklären wird. — Die „Gacetta" meldet, das Gebäude de la Trinidad, wo die Kommandanten der Nationalgarde von Madrid den Offizieren der Armee und der Provinzialmiliz ein Bankett gaben, war mit folgender Inschrift beleuchtet: „Die Nationalgarde von Madrid ihren Kameraden der Provinz und der Armee." Beim Bankett waren nahezu 200 Brigadiers, Obersten und Kommandanten der Armee und der Nationalgarde vereinigt. Der Herzog de la Vitoria ergriff das Wort und erklärte sich — von den patriotischsten Gefühlen bewegt — als eifrigsten Vertheidiger des Throns Isabellens II. Er empfahl der Armee und der Nationalgarde brüderliche Einigkeit, damit die Feinde der Ordnung sie stets zur Vertheidigung des Throns, der Freiheit und der Ordnung verbündet sehen. Er brachte den „konstituirenden Kortes" einen Toast, San Miguel „der Königin, der Vereinigung der Armee und der National-Garde, dem General Espartero, der so oft die Freiheit vertheidigte und den Thron der Königin unterstützte." — Der „Epoca" zufolge sollen in der Nacht vom letzten Samstag mehrere Verhaftungen vorgenommen worden seyn; der Grund derselben ist jedoch nicht bekannt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Paris, 23. April. Die Türkei ist den Händen Rußlands glücklich entronnen. Jetzt schicken sich die Börsen an sie zu erobern. Es scheint bei diesen allgemein die Idee vorherrschend zu seyn, daß es da Schätze zu heben gibt. Mehrere große weltberühmte Firmen haben dort Häuser etablirt, um, je nachdem sich die Gelegenheit darbietet, einem Unternehmen die Hand zu reichen. Der phantastereichen Spekulation scheint dies nicht zu genügen, und wir sehen in unserer Mitte bereits Gesellschaften sich bilden, um so zu sagen das osmanische Reich ökonomisch mit Beschlag zu belegen. In diesem Moment sind bereits Agenten nach Konstantinopel unter Wegs, um vom Sultan die Genehmigung zu einer société de crédit général de l'empire otoman zu erlangen. Hervorragende Persönlichkeiten scheinen das Unternehmen zu begünstigen. Mehrere Mitglieder des englischen Parlaments sollen mit an der Spitze stehen. Von großen Kapitalisten ist bis jetzt nicht die Rede, da man aber goldene Berge verspricht, und dem Unternehmen eine nationale Seite abgewinnen, auch die Summe der Betheiligung nicht hoch stellen will, so hofft man dieselbe bald zusammengebracht zu haben. Die Zwecke, die man im Auge hat, sind Alles und Jedes. Zettel- und Giro-, Hypotheken- und Kreditbanken, Eisenbahnen, Kanäle, Dampfboote, Anlehen, Assekuranzen, Berg-, Hütten- und Feldbau, mit einem Worte: Alles, wozu Arbeit und Geld erforderlich ist, und zu dem Allen soll ein Kapital von 200 Millionen Franken hinreichen, dem man freilich sogleich dreimal, und später nach vollendeter Einzahlung eine gleiche Zahl, in Summa sechsmal so viel Obligationen hinzufügen will. Um nun die Erlaubniß zu erhalten, diese Valeurs an der Pariser Börse negotiiren zu dürfen, zieht man den Patriotismus mit ins Spiel; ein Zehntel der Dividende soll als Dotationskasse für Wittwen und Waisen gefallener oder als Pensionen verstümmelter Krieger der vier Armeen, die am Kriege gegen Rußland Theil genommen, sowie der polnischen Regimenter, die in diesem Kriege für die Pforte kämpften, dienen. Im Ganzen hat der Plan ein so chimärisches Aussehen, daß man an dessen Realisirung kaum denken könnte, wäre nicht gerade in Paris das Phantastische dasjenige, was am allermeisten gelingt. Ein anderes praktischeres Unternehmen ist das einer neuen Anleihe mit der Pforte. Die Gelder dazu sollen theils hier, theils in England aufgebracht werden. Das Anlehen soll zu 70 mit 6pCt. verzinslich gemacht werden. Endlich soll ein weltberühmtes Handelshaus, das vor einiger Zeit in Konstantinopel eine Kommandite etablirte, zu ähnlichen Zwecken mit der hohen Pforte unterhandeln. Die Pforte braucht Geld, ja sie muß dessen haben, um den Krieg ökonomisch zu beenden; an eine Garantie der Westmächte ist jetzt nicht mehr zu denken. Die sogenannten Bankers in Konstantinopel, die nicht viel mehr als Geldwechsler sind, haben bis jetzt die türkische Staatskasse fürchterlich ausgebeutet, und sie würde besser thun, um jeden Preis durch ein Anlehen dem jetzigen Zustande eine Ende zu machen. Man spricht auch von der Gründung einer Privatbank, welche das Haus Rothschild im Orient beabsichtige. An dem Allen ist das Eine Reelle, daß der Occident darnach trachtet, den Orient in den Kreis der europäischen Geldzirkulation zu ziehen, ein Bestreben, das, wenn es gelänge, für den Occident selbst und den Geldmarkt von großem Nutzen wäre, da bisher die nach dem Osten strömenden Kapitalien eben so vielen in den Sand verrinnenden Bächen glichen. Die Summen, welche seit drei Jahren dahin gingen, ohne zurückzukehren, sind mit 1 Milliarde nicht zu hoch veranschlagt; dadurch haben sich dort Geldmassen angehäuft, die zum großen Theile todt liegen. (Ostd. Post)

Rußland und Polen.

Petersburg, 17. April. Je mehr unter gegenwärtigen Verhältnissen überall Sympathie für Frankreich sich kund gibt, desto unumwundener äußert sich ein nachhaltiger Groll gegen Oesterreich und England. Fürst Gortschakoff, der neue Minister des Auswärtigen, welcher aus Wien auch nicht die erfreulichste Kunde mitgebracht, hat die sonst üblichen Höflichkeiten gegen den österreichischen Gesandten lange ausgesetzt. (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Paris, 28. April. Die Friedensratifikationen waren gestern sämmtlich eingetroffen. Den Kammern wurde der Vertrag heute mitgetheilt, morgen wird er im „Moniteur" erscheinen. Der Vertrag mit den Annexen bildet einen Band von 200 Seiten. (T. D. d. A. Z.)

Die Artikel 5—8 des Friedensvertrages vom 30. März, welche in dem von den englischen Blättern ꝛc. veröffentlichten Text fehlten, lauten nach dem „Dresd. Journal" wörtlich, wie folgt: „Art. 5. Ihre Majestäten der Kaiser der Franzosen, die Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, der Kaiser aller Reussen, der König von Sardinien und der Sultan gewähren denjenigen ihrer Unterthanen, die durch irgend welche Theilnahme an den Kriegsereignissen zu Gunsten der Sache des Feindes kompromittirt worden seyn möchten, volle und ganze Amnestie. Es wird hierbei ausdrücklich bedungen, daß diese Amnestie sich auf diejenigen Unterthanen einer jeden der kriegführenden Mächte erstrecke, welche während des Kriegs im Dienste eines der andern kriegführenden verblieben seyn sollten. Art. 6. Die Kriegsgefangenen werden unverzüglich von beiden Theilen zurückgegeben werden. Art. 7. Se. Maj. der Kaiser der Franzosen, Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich, Ihre Maj. die Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, Se. Maj. der König von Preußen, Se. Maj. der Kaiser aller Reussen und Se. Maj. der König von Sardinien erklären die hohe Pforte als zur Theilnahme an den Vortheilen des öffentlichen Rechts und des europäischen Konzerts zugelassen. Ihre Majestäten machen sich anheischig, jede ihrerseits, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des otomanischen Reichs zu achten, gewährleisten gemeinschaftlich die strenge Beobachtung dieses Versprechens und werden demzufolge jeden Akt, der geeignet wäre, dieselben anzutasten, als eine Frage von allgemeinem Interesse betrachten. Art. 8. Wenn zwischen der hohen Pforte und einer oder mehreren der andern unterzeichnenden Mächte eine Mißhelligkeit entstehen sollte, welche die Erhaltung ihrer Beziehungen bedrohte, so werden die hohe Pforte und eine jede dieser Mächte, ehe sie zur Anwendung von Gewalt schreiten, die andern vertragschließenden Theile in die Lage setzen, diesem Aeußersten durch ein vermittelndes Einschreiten vorzubeugen." Als weiteres Novum bringt das „Dresd. Journal" am Schlusse folgenden „additionellen und transitorischen Artikel: Die Stipulationen der am heutigen Tage unterzeichneten Konvention bezüglich der Meerengen werden auf die von den kriegführenden Mächten behufs der auf dem Seewege zu bewerkstelligenden Räumung der von ihren Armeen besetzten Gebiete zu verwendenden Kriegsfahrzeuge keine Anwendung leiden; die gedachten Stipulationen werden jedoch unverzüglich wieder in volle Kraft treten, sobald die Räumung beendet seyn wird."

Aus dem Orient.

Die „Independance Belge" meldet nach einer angeblich in Paris am 21. April angelangten Botschaft, daß der große Pfortenrath die Abdankung der Hospodaren der Moldau und Wallachei ausgesprochen habe. Der moldauische Hospodar A. Ghika ist bekanntlich dem Schritt durch Entlassungseingabe zuvorgekommen; nicht so Demetrius Stirbey, der sich aus guten Gründen an der Gewalt festklammere. Zugleich hat der große Rath für jedes der beiden Fürstenthümer einen Kai-

makam ernannt, welcher die Provinzen im Namen des Sultans bis zu ihrer Definitivorganisation verwalten wird; für die Wallachei ist der Großban Konstantin Ghika, für die Moldau der Großlogothet Balche bestellt. In derselben Sitzung wählte der große Rath zum Pfortenkommissär in den Fürstenthümern und wahrscheinlichen Repräsentanten der Türkei für die gemischte Organisations-Kommission den Musteschar des Groß-Veziers, Safet Effendi, der als wirklich tüchtiger Mann bezeichnet wird. (Von Frankreich soll für die genannte Kommission Charles Baudin, gegenwärtig erster französischer Legationssekretär in London, ausersehen seyn.) Für die Kommission dürften, abgesehen von etwaigen vom Kongreß getroffenen Abänderungen die Grundsätze leitend seyn, welche in Konstantinopel unter dem 11. Februar zwischen der Pforte und dem französischen, englischen und österreichischen Gesandten in einem Protokoll vereinbart und dem Kongreß vorgelegt wurden. Art. 23 dieses Protokolls, welches von der neuesten „Independance" veröffentlicht wird, setzt eben die nach dem Obigen geschehene Errichtung einer provisorischen Regierung oder Kaimakamie fest. Im Uebrigen enthält das Protokoll die in dem Friedensvertrage (vergl. oben) resumirten Reorganisationsgrundsätze. Es würden suzeräne Hospodare auf Lebenszeit aus drei der Pforte präsentirten gewählten Kandidaten bestellt werden; die Hospodare wären nur wegen gesetzlich erwiesenen Hochverraths absetzbar. Eine wirksame Volksvertretung ist ein weiterer Hauptgesichtspunkt dieser Feststellungen. Ferner wird staatsbürgerliche Gleichheit, d. h. die verschiedenen unter diesem Begriff gewöhnlich verstandenen staatsrechtlichen Grundsätze, ausgesprochen.

Konstantinopel, 14. April. Aus den Provinzen mehren sich die Nachrichten über Unordnungen, zu welchen der Hat-Humayum Vorwand oder Anlaß bietet, und es ist zu befürchten, daß noch schlimmeres folgt, wenn die Alliirten abgezogen sind, und nicht ernste Maßregeln getroffen werden, um dem Treiben der Fanatiker zu steuern. In dieselben Kategorie beunruhigender Symptome gehören auch die zahlreichen Feuersbrünste, welche in der letzten Zeit an den verschiedensten Punkten ausbrachen und immer häufiger werden. Der Sitz der Opposition ist aber, seit die Janitscharen ausgerottet sind, vorzüglich in der Klasse der Rechtsgelehrten und Geistlichen, wenn von Letztern in der Türkei die Rede seyn kann; beide üben großen Einfluß auf das Volk, und nicht immer im Sinn der Regierung, welche auf eine oder die andere Art ihrer Herr zu werden suchen muß, wenn es ihr mit den Reformen ernst ist. (A.Z.)

* Konstantinopel, 17. April. Vely Pascha, Gouverneur von Candien, hat 18,000 Orangen für die kranken Franzosen nach Konstantinopel geschickt. Die Krim-Berichte sind vom 15. Der „Trident" und „Jemmapes" haben 4000 ausgediente Soldaten an Bord genommen. Marschall Pelissier hat dem General Lüders einen Besuch abgestattet, der von diesem am 14. erwidert wurde. Der Marschall bot ein Frühstück an, bei dem ununterbrochen die größte Herzlichkeit herrschte. Abends wohnte der General en chef der russischen Armee einer theatralischen Vorstellung an. — Marschall Pelissier wird — einem verbreiteten Gerücht zufolge — Ende des Monats nach Konstantinopel und von da nach Frankreich abgehen. Der Abgang der französischen Truppen wird nach der Nummer-Reihenfolge der Divisionen vor sich gehen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 28. April. Der Umsatz war nicht von großer Bedeutung. Kredit-Aktien, mit Ausnahme von mitteldeutschen, wurden billiger abgegeben. Elisabethbahn 109⅞.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1310P. 1305G. Neue Bankaktien 436 P. 432 G. Credit-Aetien à 5pCt. 199½P 197½G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 84 P. 83¾ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 91 P. 90½ G. Metall. alte à 5pCt. 83 P. 82½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 P. 87½ G.; à 4½pCt. 74¾ P. 74½ G.; à 4pCt. 66½ P. 66 G.; à 3pCt. 50¼ P. 49¾ G.; à 1pCt. 16¾P. 16½G. Loose à 500 fl. von **1834** ——P. ——G. à fl. 250 von **1839** ——P. 130 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 106¼ P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Aetien incl. 225 Fres. Einzahl. 309 P. 307 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¼ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87¾P. 87¼G.; 4pCt. — P. 93¾ G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 100¾ P. 100¼G.; 5pCt. 101 P. 100½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157P. 156¾ G. Neustadt-Weissenb. 117 P. 116½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117¼ P. 117G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89½P. 89G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45¼ P. 41¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83⅜ P. 82⅞ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 40¾ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63¾ P. 63¼ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾P. 92¼G.; à 4pCt. 100¼P. 99¾G.; 4½pC. 102¾P. 102¼G.; Loose à fl. **50** 112¾P. 112½G.; à fl. **25** 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 353 P. 351 G.; junge 303 P. 301 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 105¼P. 104¾G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 47⅜ P. 47⅛ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. **25** 31½P. 31¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾P. 92¼G.; Bankaktien 121½ P. 121 G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81½P. 81G. **Homburg.** Bankaktien - P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 88P. 87½G. **Spanien.** 3pCt. int. Schuld 39 P. 38¾ G.; 1pCt. neue 24¼ P. 28⅛ G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k.S. 120P. 119¾G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120¼P. 120 G.	Mail. i.S.Lr.250k.S. 101¼P. 101G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105¼P. 105G.	Paris Frs. 200 k.S. 94½P. 94¼G.
Coln Thlr. 60 k.S. 105¼P. 105G.	Lyon Frs. 200 k.S. 94½P. 94¼G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 97⅜P. 97⅛G.	Wienfl. 100 C. k.S. 117⅛P. 116⅞G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89¼P. 89G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅞P. 116⅝G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105⅛P. 104⅞G.	Disconto — P. 4pCt. G.

In Marseille fand am 25. April abermals eine große Getraide- und Mehl-Versteigerung statt, bei welcher 10,000 Hektolitres amerikanisches weißes Getraide (à 42 bis 45 Fr. pro 160 Litres), 50,000 Hekt. rothes amerikan. Getraide (zu 35²⁵ bis 42²⁵) und 40,000 Barills amerikan. Mehl (zu 34 bis 35 Frs. pr. 88 Kilogramms) verkauft wurden.

Nichtpolitische Zeitung.

* Wir haben bereits mehrmals die gediegene volkswirthschaftliche Volksschrift „Germania", erwähnt, welche seit Neujahr in Heidelberg erscheint. Das erste Quartal denselben liegt uns jetzt vollständig vor, und ein summarischer Ueberblick über den Inhalt der bis jetzt erschienenen 13 Nummern bezeugt die Vielseitigkeit und Gründlichkeit dieses Unternehmens. Wir wollen beispielsbalber nur die bedeutendsten Aufsätze anführen, z. B. von W. Roscher: „Zur diesjährigen Theuerungsfrage." — Von Dr. Heinrich Meißner: „Was darf Deutschland von seiner Gewerbegesetzgebung erwarten?" Preußens staatswirthschaftliche Zustände seit dem Jahre 1848: I. Das Postwesen. II. Telegraphenwesen. III. Die Eisenbahnen. — Von Dr. Karl Knies: „Nicht messen, sondern wägen sollte man die nothwendigsten Lebensmittel bei dem Verkaufe." — Die Rheinschifffahrt im Jahre 1854. — Die Innungen der Zukunft. — Von Asher: „Die Industriestadt Hamburg. — Von Dr. K. H. Rau: „Deutsches Papiergeldwesen zu Anfang des Jahres 1856." — Das Tabaksmonopol. — Von E. Pickford: „Aus der englischen Volkswirthschaft. Offizielle und volksthümliche Statistik." — Von Dr. Sandberger: Der Mineralreichthum des Herzogthums Nassau. — Von M. Wirth: „Die Frauen und die Arbeit." — Die statistischen Arbeiten der österreichischen Handelskammern. — Zur Rheinbrückenfrage. — Die Brodfabriken in ihrer wirthschaftlichen und rechtlichen Bedeutung. — Die Besteuerung der Tabakkonsumtion im Zollverein. — Von Dr. Heym: „Die französischen Tuchwaaren auf der Pariser Industrieausstellung." — Vom Großh. Hess. Regierungs-Rath Dr. Zeller: „Die Ortsgerichte im Großherzogthum Hessen." — Die Nationalökonomie und die Grundzüge der konservativen Politik. — Ueber die Preissteigerung der Lebensmittel in Böhmen in den Jahren 1852 bis 1854. Ein Beitrag zur Geschichte des Landbaues in diesem Lande. — Die Besteuerung des Stärkezuckers. — Das Recht des Sundzolles. — Vom Geh. Regierungsrath F. A. Küchler: „Das Recht der Niederlassung, Uebersiedlung und Verehelichung." — Vom Forstrath W. Gwinner: „Zur Forststatistik Württembergs." — Von Dr. Ad. Soetbeer: „Die volkswirthschaftliche Bedeutung der Wechselkurse und der Wechselkurs zwischen Hamburg und London in den 40 Jahren von 1816 bis 1855." — Der Wohlthätigkeitskongreß zu Brüssel. — Oekonomisches Museum für die arbeitenden Klassen. — G. Egestorff's Speiseanstalt. — Ferner Originalkorrespondenzen aus den wichtigsten Städten Deutschlands und vom Auslande. — Volkswirthschaftliche Berichte. — Rundschau über diese volkswirthschaftlichen Ereignisse rc.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 120.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 30. April 1856

Deutscher Bund.

Wien, 24. April. Mit großer Genugthuung ist in den hiesigen merkantilen Kreisen die Nachricht aufgenommen worden, daß die preußische Regierung entschlossen sey, den von Oesterreich eingeschlagenen Weg der Zollermäßigungen nun auch ihrerseits im Zollvereine zu verfolgen; es sollen in dieser Beziehung bereits Verhandlungen mit mehreren Staaten des Zollvereins eingeleitet worden seyn. (Schw. M.)

° **Bayern**. Dem Berichte des Abg. v. Lerchenfeld über die Voranschläge der Staatsausgaben für das Schulwesen während der 7. Finanzperiode ist u. a. ein Schreiben des Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten an die Abgeordnetenkammer beigedruckt, worin sich folgende Stelle findet: „Was die Frage der Vermehrung der Bezüge der Schullehrer im Allgemeinen betrifft, so ist keineswegs in Abrede zu stellen, daß die Lage dieser Klasse von Bediensteten keineswegs beneidenswerth ist, aber es kann von den wenigsten im Staatsdienste befindlichen Individuen gesagt werden, und die Schullehrer sind in Bayern wenigstens nicht schlecht bezahlt im Vergleiche zu den Staatsdienern und im Vergleiche zu anderen Staaten. Vergleicht man die Kosten, welche die Vorbereitung eines für den wirklichen Staatsdienst adspirirenden Mannes während einer achtjährigen Vorbildung auf dem Gymnasium und der lateinischen Schule, während eines vierjährigen Universitätsstudium, einer zweijährigen Praxis vor dem Staatsexamen, und einer acht- und neunjährigen Praxis nach demselben bis zu einer gering bezahlten Anstellung erheischt, in welcher die meisten wenigstens zehn Jahre verbleiben, über die viele niemals hinauskommen, und erwägt man die erhöhten Anforderungen, die an die Staatsdiener in sozialer Beziehung gestellt werden, so wird man die Lage eines Schullehrers nicht so traurig finden, der nach dreijähriger Vorbereitung bei einem Lehrer und einem sehr wenig kostenden häufig unentgeldlichen Aufenthalte von 2 Jahren im Seminare mit 19 bis 20 Jahren in der Regel so viel erhält, daß er mit bescheidenen Ansprüchen leben kann und mit 30 Jahren in der Regel schon angestellt und Familienvater ist. Das Einkommen ist allerdings selten groß, aber meist größer als die Fassion ausweist, und steigt allmählig durch Vorrücken auf bessere Stellen; das Einkommen des Staatsdieners besteht in neuerer Zeit nur in baarem Gelde, und während die Gehalte seit 50 Jahren troß des wesentlich gesunkenen Geldwerthes nicht erhöht wurden, sind vielmehr bei vermehrter Arbeitslast die früheren Naturalbezüge weggefallen und die Beamten in Folge der neueren Gesetzgebung zu direkten Steuern, Kreis- und Gemeindeumlagen und Quartierlast in einer Weise beigezogen worden, welche man früher nicht gekannt hat."

München, 29. April. Se. Majestät der König haben dem Landrichter Joh. Franz Heinr. Heim zu Leutershausen den nachgesuchten Ruhestand vorerst auf die Dauer eines Jahres bewilligt; zum Landrichter von Leutershausen den Assessor der Regierung von Mittelfranken, K. d. J., Fedor Frhrn. v. Crailsheim ernannt; die bei der Regierung von Niederbayern eröffnete Kanzlistenstelle dem Funktionär Jos. Mayer zu Landshut provisorisch verliehen. (N. M. Z.)

** München, 27. April. (Privat-Korresp.) Die Oberleitung des ganzen Baues und Betriebs der bayer. Ostbahnen ist Hrn. Direktor v. Denis übertragen worden. Der Verwaltungsrath der Gesellschaft hat diese Wahl heute vorgenommen und sie ist eine sehr glückliche, denn die Oberleitung dieses wichtigen und umfangreichen Unternehmens hätte keinem erfahrungs- und kenntnißreichern Manne, als Hr. v. Denis bekanntlich ist, übertragen werden können. Der ausgezeichnete Erbauer der Fürth-Nürnberger-, der Taunus- und der Pfälzer Bahnen an der Spitze des Baues und Betriebs der Ostbahnen verleiht diesem Unternehmen eine neue Garantie des glücklichen Gelingens. Hrn. v. Denis ist dem Vernehmen nach das Recht der selbständigen Aufnahme des größten Theiles des Bau- und Administrativ Personals eingeräumt worden. Die Zahl derjenigen, welche Stellen bei den Ostbahnen nachsuchen, wird voraussichtlich keine kleine seyn. Die öffentliche Subskription auf Aktien der Ostbahnen wird kaum mehr vor Pfingsten stattfinden können.

Bekanntlich hat Se. Maj. König Max aus seiner Kabinetskasse namhafte Beträge für jedes Jahr zu außerordentlichen Unterstützungen wissenschaftlicher Bestrebungen bestimmt. Eine Münchener Korrespondenz der „Köln. Ztg." sagt hierüber folgendes: „Professor Löher hat darüber zunächst die Vorschläge zu machen; ehe der König sich entscheidet, läßt er die Angelegenheit in der Regel von einer ständigen Kommission prüfen, welche er unter dem Vorsitze des Kultus-Ministers aus Männern verschiedener wissenschaftlicher Richtungen, wie Hermann, Liebig, Löher, Maurer, Spruner, Thiersch, berufen hat. Geldbewilligungen zu ausgedehnten wissenschaftlichen Reisen oder zur Fortsetzung und Vollendung von Werken und Untersuchungen haben in der letzten Zeit aus jenen Fonds erhalten die Professoren Hoffmann und Müller in München, Professor Virchow in Würzburg, Dr. Moritz Wagner in München, Dr. Karl Naumann in Berlin, der Dramatiker Otto Ludwig in Dresden und Andere mehr. Auch für die Herausgabe des literarischen Nachlasses ausgezeichneter Gelehrten, wie Ohm, Schmeller, Baader, sind die Mittel bewilligt.

** München, 28. April. (Privat-Korrespondenz.) **18. öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe.** Herr Reichsrath Prof. v. Bayer, als Referent des I. Ausschusses, erstattet Vortrag über den Antrag des Abg. Dr. Simmerl, „die Abänderung der Merkantil-Gerichtsordnung vom 24. Nov. 1785 betr." Der Referent erkennt die Nothwendigkeit an, daß in Anschauung der auffallenden Gebrechen die gegenwärtig bestehende Gesetzgebung über das gerichtliche Verfahren in Wechsel- und Handelssachen auf legislativem Wege geändert werde, und stimmt deßhalb auch dem Antrag bei, jedoch mit einigen Abänderungen — welche nach Motivirung durch den Referenten von der hohen Kammer auch angenommen wurden. Da diese Abänderungen nun in der 2. Kammer zur Berathung kommen, so werde ich dieselben dann anführen.

Den von der 2. Kammer angenommenen Antrag des Abg. Dr. Völk bez. der Anwendung der Art. 11 und 12 des Gesetzes vom 25. März 1816 über den Diebstahl auf die Vergehen und Verbrechen des Betrugs, empfiehlt der Ausschuß nicht zur Annahme, da es kurz vor der Berathung des neuen Strafgesetzbuches nicht räthlich erscheine, auf eine so wichtige Prinzipienfrage einzugehen. Die Kammer stimmte dem ablehnenden Antrag ihres Ausschusses bei.

Dagegen wurde hierauf der Beschluß der 2. Kammer über den Antrag des Abg. Borst, „die Ausgleichungssteuer auf Wein betr.", nach kurzer Debatte angenommen, und sohin Gesammtbeschluß erzielt. Demnach ist Se. Maj. der König zu bitten, er wolle Fürsorge treffen lassen, daß bei der nächsten Zollvereinzkonferenz diese Abgabe revidirt und wo möglich beseitigt werde.

Der Kammer wurden beim Beginn der Sitzung zwei Gesetz-Entwürfe vorgelegt; der eine betrifft die Zusammenlegung der Grundstücke behufs der Arrondirung, der andere aber enthält zur Beseitigung der bisherigen Verzögerung, daß die Militärgerichte in Fällen, wo Militär- und Zivilpersonen

verwickelt sind, bez. der Ersteren erst die Untersuchung beginnen konnte, wenn die Zivilgerichte die Akten erledigt hatten — die Bestimmung, daß in solchen Fällen die Militärgerichte die Untersuchung und Aburtheilung der Militärpersonen den Zivilgerichten jure delegationis übertragen können. Der Hr. Ministerpräsident begleitete die Vorlage des ersteren Entwurfes mit der Bemerkung, daß die bisher im freien Ermessen gelegene Arrondirung vielseitig Bedenken veranlaßt habe. Da nämlich sehr oft die Arrondirung einer ganzen Ortsgemarkung im Interesse aller Grundeigenthümer liegt, so soll, wenn die Majorität die Zusammenlegung der Grundstücke will, die Minorität aber nicht, Letztere zur Arrondirung gezwungen werden können. Dieser Zwang soll jedoch nur ein ganz geringer und deßhalb nur dann gestattet seyn, wenn drei Vierteltheile sowohl nach Kopfzahl, als hinsichtlich des Flächeninhalts wie der Grundsteuer für Arrondirung sind. Auf solche Weise werde zwar in das Privatrecht eingegriffen, allein die Gutachten, welche von sehr zahlreichen sachkundigen Behörden und Privaten eingeholt worden sind, bestimmten die Regierung zu dieser Vorlage. Kömmt auf diesem Landtag kein Gesetzentwurf zu Stande, so sey doch so viel gewonnen, daß der Entwurf des beabsichtigten Gesetzes in die Oeffentlichkeit kömmt und dadurch eine allseitige Prüfung bestehen muß, so daß bei einem späteren Landtag jedenfalls ein recht gutes (?) Gesetz entstehen kann.

✕ **Preußen.** Berlin, 28. April. (Privat-Korresp.) Nach den getroffenen Bestimmungen soll dem Vernehmen nach die Entlassung der durch die Aufhebung der Kriegsbereitschaft überflüssigen Mannschaften bis zum Schlusse d. Mts. erfolgt seyn, so daß mit dem Beginn des Monats Mai die preußische Armee sich vollständig auf dem Friedensfuße befinden wird. Wie man hört, werden die Gelder, die aus dem Verkaufe der vacant werdenden Artillerie- und Kavalleriepferde einkommen, in die Kasse der Kriegsanleihe zurückfließen. Die Summe wird um so bedeutender seyn, da für die zum Verkauf gestellten Pferde ganz außerordentlich hohe Preise erzielt werden.

Berlin, 27. April. Es wird in den ersten Tagen des nächsten Monats die größere Zahl der die preußische Kriegsflotte bildenden Schiffe in See stechen, zunächst nach Swinemünde gehen, dort den Prinzen Friedrich Wilhelm, Sohn des Prinzen von Preußen, nebst Gefolge an Bord nehmen und nach England zum Besuch hinübertragen. Das Geschwader wird aus der Segel-Fregatte „Thetis," der Dampf-Corvette „Danzig", der Segel-Corvette „Amazone", dem Transportschiff (Schnellsegler) „Mercur" und dem Schooner „Frauenlob", also aus fünf Schiffen mit zusammen 71 Kanonen und 850 bis 900 Mann Besatzung, bestehen. (K. Z.)

· Berlin, 28. April. Der Regierungsrath Eichhorn in Breslau, Sohn des verewigten Ministers Eichhorn, ist von Sr. Maj. dem König in den Adelsstand erhoben worden.

In Schlesien hat sich, wie die „Hamb. Nachr." melden, ein christlicher Kunstverein gebildet, welcher sich unter den Schutz der allerheiligsten Jungfrau unter dem Festgeheimnisse Mariä Lichtmeß stellt. Jede der vier Abtheilungen oder Sektionen hat einen besondern Schutzpatron, nämlich für die christliche Baukunst, für die christliche Bildnerei, für die christliche Dichtkunst und für die christliche Tonkunst. Diesem Kunstverein ist der Fürstbischof von Breslau, Dr. Heinrich Förster, beigetreten, mit ihm schlossen sich demselben 47 katholische Geistliche an. Als Zweck für die Wirksamkeit dieser Kunst-Association wird angegeben: im Anschluß an den christlichen Kunst-Verein Deutschlands dahin zu wirken, daß die vorhandenen Kunstwerke erforscht, erhalten, nöthigenfalls würdig wieder hergestellt und neue in Plan und Ausführung dem kirchlichen Geiste entsprechend ausgeführt werden. Der Verein will ferner bewirken, daß das Studium der Kunstgeschichte aufgehellt, Sammlungen, Vorträge und Veröffentlichungen zur Ausbreitung des Vereins gehalten, und Abrisse der Geschichte einzelner Kirchen und Stiftungen veranstaltet werden.

Sachsen Leipzig, 25. April. Zur Buchhändlermesse haben sich ziemlich viele auswärtige Buchhändler eingefunden. Das Ergebniß dieser Messe selbst ist, was den Absatz der Bücher selbst anlangt, ein mittelgutes, was die Zahlung betrifft, ein gutes. Insbesondere zahlen die Oesterreicher prompt, da jetzt die österreichischen Banknoten über pari stehen. Dieser Umstand wird überhaupt, da Oesterreich noch immer ein Absatzland für alle Bücher ist, auf den Buchhandel von dem günstigsten Einfluß seyn, denn bisher mußten die Bücherkäufer in Oesterreich wegen des schlechten Standes der Banknoten jedes Buch um 25pCt. höher bezahlen, als der Ladenpreis war. Aber auch der wiederhergestellte Friede und die in stetem Sinken begriffenen Getraidepreise werden auf den Buchhandel einen günstigen Einfluß haben. Den meisten Absatz haben gefunden Klassiker, Lexika und naturwissenschaftliche Schriften. — Die Preise der Rohstoffe gehen immer mehr in die Höhe: so kostet jetzt englisches Kammgarn 10 Ngr. das Pfund mehr, als vor der Messe; die Seide ist verhältnißmäßig noch weit theurer geworden, und die Wolle bezahlt man schon um 12 Thaler den Zentner höher, als im vorigen Jahre. Viel zu dieser Preissteigerung trägt die ungemein gesteigerte Gewerbthätigkeit und die in Folge dessen herbeigeführte starke Nachfrage nach Rohstoffen bei. (Schw. M.)

Oesterreich. Wien, 26. April. In Folge einer eben ergangenen allerhöchsten Anordnung werden sämmtliche sowohl aktive als pensionirte Offiziere, vom 1. Juni angefangen, ihre Gagen, resp. Pensionen, nicht wie bisher am Ende des Monats, sondern wie die k. k. Beamten antecipando beziehen. (A. Z.)

Wien, 27. April. Das gesammte hier anwesende Episkopat hat der neuen Votivkirche einen prachtvollen Altar gewidmet. (Fr. J.)

Schweiz.

Genf, 24. April. Genf träumt von nichts als Eisenbahnen und großartigen Bauunternehmungen. Kaum erscheint die Ausführung einer Eisenbahn von hier nach Sallanches (Chamouny) gesichert, so taucht bereits der neue Plan auf, Genf mit dem eine halbe Stunde von hier entfernten Carouge durch einen Schienenweg zu verbinden. Diese Stadt steht schon jetzt zu Genf in dem Verhältniß einer Vorstadt; Tausende von Genfer Arbeitern, die das dortige billigere Leben dem Aufenthalt in Genf vorziehen, wohnen dort. Die Personenfrequenz, bisher hauptsächlich durch Omnibusse und Droschken gefördert, stellt sich etwa zu ähnlichen Verhältnissen, wie zwischen Frankfurt und Offenbach. Da das Terrain für eine direkte Bahn, welches ohne Unterbrechung durch Landhäuser, ja ganze Straßen eingenommen ist, zu kostspielig seyn würde, so beabsichtigt man den Schienenweg in einer Curve längs der Arve anzulegen. Die Arbeiten an der Genf-Lyoner Eisenbahn auf diesseitigem Gebiet, und unmittelbar vor den Thoren des Quartiers St. Gervais werden mit außerordentlicher Schnelligkeit gefördert. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 27. April, Vormittags. In der gestrigen Sitzung des Reichsraths überreichte Monrad dem Präsidenten einen Antrag auf Revision der Gesammtstaats-Verfassung. (H. N.)

Belgien.

Brüssel, 24. April. Die Kammern wollen das am 21. Juli zu feiernde fünfundzwanzigjährige Regierungsjubiläum unseres Königs in glänzender Weise gefeiert wissen und haben zu diesem Behufe der Regierung einen außerordentlichen Kredit von 300,000 Fr. eröffnet. (Schw. M.)

Großbritannien.

London, 26. April. Ein vollständiger Prospektus der lombardisch-venetianischen und mittelitalienischen Eisenbahnkompagnie ist gestern hier ausgegeben worden. Von den 6,000,000 L., die zum Bau dieser Bahnen erforderlich sind, sollen den Häusern Rothschild, Laing und Uzielli 1,200,000 L. zugetheilt worden seyn.

London, 26. April. Generalmajor Vivian, der in Madras als Generaladjutant bei der Armee gedient und seitdem an der Spitze des türkischen Contingents gestanden hat, ist von der Königin zu einem der Direktoren der ostindischen Compagnie, an Stelle des verstorbenen Leslie Melville, ernannt worden.

London, 29. April. Das von Palmerston abgehaltene Privat-Meeting zum Zweck der Einigung der Liberalen führte zu einem erwünschten Resultate. (Fr. J.)

⊙ Nach den englischen Handelsnachrichten, welche den Verkehr Englands mit dem Auslande aus amtlichen Quellen schildern, hat das Geschäft in den sogenannten russischen Produkten nicht erheblich während des Krieges nachgelassen, und ist der Umsatz von Geld für dieselben gewiß auch ganz so groß gewesen, wie vor dem Kriege, da die Preise bedeutend gestiegen waren. Uebrigens sind die Preise bei weitem nicht so hoch gewesen, wie in den früheren Kriegen, wofür man den Grund darin sucht, daß der Ausfall von Rußland durch umfangreichere Importe aus Ostindien gedeckt wurde. Um einige Zahlen zu geben, so sank vom Jahre 1853 bis zum Jahre 1855 die Einfuhr des zubereiteten Flachses von 26,700 auf 14,600 Zentner herab, des unzubereiteten Flachses von 1,556,700 auf 1,131,400 Ztr., der Codilles von Flachs von 300,000 auf 147,400 Ztr., des unzubereiteten Hanfes von 940,000 auf 708,000 Ztr., der Codilles von Hanf von 19,100 auf 11,800 Ztr., der ungegerbten trockenen Häute von 231,800 Ztr. auf 188,800 Ztr., der nassen Häute von 518,500 auf 426,900 Ztr., der gegerbten oder sonst

zubereiteten Häute von 7,286,600 auf 4,368,100 Pfd. (mit Ausnahme der russischen Häute), des Talges von 1,175,700 auf 955,200 Ztr. Zugenommen hat dagegen die Einfuhr des zubereiteten Hanfes von 25,000 auf 31,800 Ztr., der Jute (ostindischer Hanf) von 275,600 auf 539,300 Ztr., der andern hanfartigen Substanzen von 3,200 auf 8,600 Ztr. Ueber den Ursprung der vorstehenden Artikel liegen allerdings keine Nachweise vor; es kann aber angenommen werden, daß sie im größeren Verhältnisse als früher aus Rußland nicht stammen.

Italien.

In **Neapel** sind 20 Millionen Dukati für die Eisenbahn von Brindisi unterzeichnet worden. Die Ausführung der Eisenbahn zwischen Neapel und den päpstlichen Staaten wird als nahe bevorstehend betrachtet. (W. T. B.)

Wien, 28. April. Die amtliche Zeitung von Meiland enthält eine Korrespondenz, derzufolge der sardinische Justiz-Minister ein Preßgesetz vorbereitet, durch welches die Kautionspflicht für Zeitungen und deren Unterdrückung nach fünfmaliger Verurtheilung verfügt wird. Erzbischof **Franzoni** wird muthmaßlich zum Kardinal ernannt werden und dann nach Turin zurückkehren. (T. D. d K. Z.)

Rußland und Polen.

Aus St. **Petersburg** wird gemeldet: Der Minister des kaiserlichen Hauses, Graf **Adlerberg**, ist an Stelle des Grafen Alexis Orloff, jetzigen Reichsraths-Präsidenten, zum Chef des kaiserlichen Hauptquartiers ernannt worden.

(T. D. d. K. Z.)

Asien.

* Das „Journal de Pera" sagt, daß die Bewegung persischer Truppen gegen **Herat** nicht den Engländern, sondern Dost-Mohamed gelte, der die benachbarten Provinzen plündert und Khorassan bedroht.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Paris, 29. April Der heutige „Moniteur" enthält den **Friedensvertrag** und die 3 demselben angehängten *Konventionen*. Der Text des Vertrags ist mit dem bereits durch *englische* &c. Blätter veröffentlichten **identisch**. Von den annexirten Konventionen regelt die erste die **Schließung der Meerengen**; die zweite setzt fest, daß Rußland und die Türkei das Recht haben, 6 Dampfer von 800 und 4 leichte Fahrzeuge von 200 Tonnen im **schwarzen Meere** zu unterhalten; die dritte stipulirt, daß die **Aland-Inseln nicht wieder befestigt** und daß kein militärisches oder Marine-Etablissement daselbst errichtet werden dürfe. Eine Deklaration regelt die Punkte bezüglich des **Rechts der Neutralen zur See**, gemäß den Propositionen des Grafen Walewski.

(T. D. d. K. v. u. f. D.)

Paris, 27. April. Heute um 3 Uhr fand auf dem Ministerium des Aeußern und unter dem Vorsitze des Grafen Walewski die **feierliche Sitzung** des Kongresses zum Austausche der Ratifikationen des Pariser Friedensvertrages statt. Graf Cavour ist heute nach Turin abgereist. Eine telegraphische Depesche berief ihn sofort dahin ab, und er konnte der Sitzung nicht beiwohnen.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 17. April. Ein offizielles Schreiben aus Anapa vom 3. d. Mts. berichtet, daß in Folge der auch in die dortigen Gebirge vorgedrungenen Friedensnachrichten alle Kreise von Tscherkessien, dann die Beys von Kabarda, Karassa &c., und sogar Daghestan, ihre Deputirten zu einer allgemeinen Landesberathung nach Anapa gesendet, und in der Woche des 3. April sowie in der vorhergehenden (also schon vor dem Frieden) getagt haben. Das Resultat dieser Berathungen sey nun folgendes: Es werden Deputirte, 300 bis 400 an der Zahl, worunter viele Beys und sonstige Häuptlinge, nach Konstantinopel gehen und dort drei Petitionen überreichen, und zwar eine *an den Sultan*, eine an den Kaiser der Franzosen und eine an *die Königin* von England; letztere beide durch Vermittlung der betreffenden Gesandtschaften. In diesen Petitionen erklärt Tscherkessien feierlich sich dem Sultan unterwerfen zu wollen, und gleich den übrigen Provinzen des osmanischen Reichs alle Contributionen und Militärlasten zu tragen. Tscherkessien wünscht Sefer Pascha, einen gebornen Tscherkessen, als erblichen Statthalter. Endlich erklärt der Landtag, wenn man dem gerechten Wunsch Tscherkessiens kein Gehör schenke, so werde die Nation, müde des ewigen Blutvergießens, endlich genöthigt seyn, sich in die Arme Rußlands zu werfen. Zur Motivirung der Petition wird besonders die mehr als achtzigjährige Leidensgeschichte des Landes, der mehr oder weniger erfolgreiche Widerstand, den dasselbe ohne alle auswärtige Hülfe den Russen entgegengestellt habe, sowie der Umstand hervorgehoben, daß auch jetzt, während des letzten Krieges, Tscherkessien mit der geringen Beihülfe der Türkei im Stande war, den Feind über die Gränzen des Landes zurückzuwerfen. Ferhad Pascha (General Stein) ist ersucht worden, dem Generalissimus Omer Pascha, dem Großwesir, sowie den Reichsministern hiervon Mittheilung zu machen und die Angelegenheit zu vermitteln. Dem oben erwähnten Schreiben zufolge sollte die Deputation in zwölf, längstens vierzehn Tagen unter Führung eines gewissen Mehemed Bey auf einem französ. Dampfer hier eintreffen, wird also in diesen Tagen zu erwarten seyn. (A. Z.)

Aus Rußland.

Aus St. **Petersburg** wird gemeldet: Ein Dekret zur **Reichswehr-Entlassung** verfügt Auflösung von 337 Druschinen, 6 Kosakenregimentern und den diesjährigen konskribirten Tataren und Reitern des Gouvernements Kasan, zusammen 350,000 Mann des ersten und zweiten Reichswehr-Aufgebots. (T. D. d. A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 29. April. Bei heutiger Abrechnung für April erlitten österr. und mehrere andere Fondsgattungen in Folge niedrigerer auswärtiger Notirungen einen Rückgang. Die Börse schloß jedoch fest. Elisabethbahn 109¼.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1305 P. 1300 G. Neue Bankaktien 436 P. 432 G. Credit-Actien à 5pCt. 198½ P 196½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 84 P. 83½ G. 5pCt. Lombard-Ven. 91 P. 90½ G. Metall. alte à 5pCt. 82½ P. 82¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87½ P. 87 G.; à 4½pCt. 71½ P. 71¼ G.; à 4pCt. 66¼ P. 65¾ G.; à 3pCt. 50¼ P. 49¾ G.; à 1pCt. 16¾ P. 16½ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 131 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106¼ P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 308 P. 306 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¼ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87½ P. 87 G.; 4pCt. — P. 93¾ G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 100¾ P. 100¼ G.; 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157¼ P. 157 G. Neustadt-Weissenb. 116¼ P. 115¾ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117 P. 116¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89½ P. 89 G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45⅛ P. 44⅞ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¾ P. 82¼ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 40¾ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63¾ P. 63¼ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 10?¼ P. 99¾ G.; 4½pC. 102¾ P. 102¼ G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112¼ G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 35? P. 350 G.; junge 302 P. 300 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 104¼ P. 104 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47⅜ P. 47⅛ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31½ P. 31¼ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; Bankaktien 121½ P. 121 G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81½ P. 81 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 88 P. 87½ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39⅛ P. 38⅞ G.; 1pCt. neue 21¼ P. 21⅛ G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120 P. 119¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 101¼ P 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94½ P. 94¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P 105 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94½ P. 94¼ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S 97¾ P. 97¼ G.	Wien ö. W. 100 fl. k. S. 117⅜ P. 117⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S 88⅛ P 87⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛ P. 116⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 28 April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85; 5pCt. Metall. 84⅜; 4½pCt. 75; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 132¾; von 1854 107½; Bankaktien 1108; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 343¼; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 618; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3020. **Wechselkurse:** Augsburg uso 102½; London 10. 2½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Amsterdam, 22. April. Kaffee. Da die Ablieferungen und Versendungen von Java- fortwährend die ganze Thätigkeit in Anspruch nehmen und namhafte Quantitäten absorbiren, blieb der Umsatz im Markte selbst ohne Bedeutung und nur in wenig Fällen war in einzelnen beliebten Nummern ein kleiner Gewinn auf Auktions-Kurse zu erzielen. Für Brasil- dürfte die morgen stattfindende Versteigerung einen ohngefähren Maßstab bilden.

Reis kann sich noch immer nicht erholen; der inländische Bedarf ist nicht im Stande, den Vorrath von geschälten Arrakan- merklich zu lichten und das Ausland schenkt dem Artikel keine Beachtung, obgleich einige Aussicht besteht, gute Dampfschälung bei größeren Quantitäten zu 7¼ fl. loszumachen. Von ungeschältem Java- hat man aus der Hand 1220 Ballen zu 8¼ fl. und in Auktion 1259 B. ungeschälten Bengal- zu 6⅜ à 6⅞ fl. begeben.

Nichtpolitische Zeitung.

Das Kapitel des k. Maximilians-Ordens für Wissenschaft und Kunst hat einen neuen, berichtigten Abdruck seiner jüngsten Preisausschreibung (Nr. 94 der „Abendzeitung") erlassen, worin es heißt, daß die Entscheidung (bezüglich der eingesendeten Theaterstücke) „von einer Anzahl ästhetisch durchgebildeter und bühnenkundiger Männer ausgehen wird und zwar dergestalt, daß sie erst nach der Aufführung einer Reihe zu diesem Zwecke präsentirter Stücke auf dem hiesigen Hoftheater und unter Berücksichtigung der durch dieselben hervorgebrachten Bühnenwirkung erfolgt." Die Preisrichter haben also nur das Präsentationsrecht und das Publikum die endgültige Entscheidung. Die Namen der Preisrichter, sowie die nähern bei der Präsentation und Aufführung der Stücke zu beobachtenden Modalitäten werden vor Ablauf des Termines (1. August 1857) bekannt gemacht werden.

Aus dem untern Maingau, 28. April. (Pr.-K.) Auf das ausgezeichnet schöne warme Wetter und den darauf gefolgten Regen haben sich unsere Winterfrüchte ausgezeichnet gestellt und berechtigt dieser Stand zu den schönsten Hoffnungen. Die ungemein günstige Witterung hat in unsern Rebenhügeln die Vollendung der um die jetzige Zeit erforderlichen Arbeiten ermöglicht. Die Reben sind im völligen Weinen (Ausfließen der Säfte) begriffen und wollen wir wünschen und hoffen, daß das Jahr 1856 uns auf die Segnungen des Friedens auch einen Nektar comme il faut bringen möge. Obwohl wir nun im Lande des edlen Bachus leben, so haben wir doch im Vergleich mit früheren Jahren die Wahrnehmung gemacht, daß die Zahl der Verehrer desselben immer mehr zusammenschmilzt. In den Wirthslokalen wird größtentheils nur von Passanten noch Wein getrunken, sonst findet man nichts mehr als Hohenastheimer und Bier. Letzteres besonders erfreut sich eines sehr starken Konsumes und ist bei seiner Billigkeit und Güte das beliebteste Getränk geworden.

Mannheim, 26. April. Gestern ist das Arrangement des Großhandlungshauses Reinhardt zu Stande gekommen, und stellt sich auf 31 Prozente heraus, ernannt. Das Handlungshaus Robus und Stoll ist als Massepfleger ernannt. — In Speyer nimmt der Schiffsbau einen neuen Aufschwung, und die Werfte bedecken einen großen Theil des Rheinufers vom Krahnen aufwärts. Es sind bereits wieder drei große Schiffe in Angriff genommen. (Schw. M.)

Neueste Nachrichten.

** München, 29. April. (Privat-Korrespondenz.) **62. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die kgl. Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten, Graf Reigersberg, Dr. Aschenbrenner, Dr. Ringelmann und v. Zwehl.

Es wird die Vollendung des Berichts über die Erträgnisse der Eisenbahnen angezeigt, alsdann zur Berathung des Budget geschritten; und zwar zunächst des Ausgabenbudget, insoweit die Ausschußberichte vollendet sind.

Der erste Etat, der nach kurzer Einleitung des Referenten Abg. v. Lerchenfeld an die Reihe kam, war jener des k. Hauses und Hofes. Derselbe beträgt in Summa 2,982,272 fl., nämlich 1) permanente Civilliste Sr. M. des Königs 2,350,580 fl., 2) Appanagen 600,000 fl., 3) Pensionen à Conto heimgefallener Appanagen 31,692 fl. Der Ausschuß beantragt unveränderte Annahme und die Kammer stimmt ohne Debatte bei.

Der Etat des Staatsrathes ist angesetzt in Summa mit 84,963 fl., nämlich Besoldungen der Staatsräthe: statusmäßige 45,173 fl., extra statum 5,996 fl.; Regie des Staatsraths 5000 fl.; für die lithographische Anstalt 7098 fl.; für Pensionen 21,696 fl. — Der Ausschuß beantragt, die Regie auf 3000 und die Pensionen in Folge des Ablebens der Staatsräthe v. Stürmer und Stichaner auf 11,696 — sohin die ganze Position auf 72,963 fl. zu ermäßigen. Referent bemerkt, daß sich die beiden vom Ausschusse beantragten Abstriche durch die bestehenden Verhältnisse rechtfertigen. — Abg. Tafel beantragt, daß die erledigten Stellen der Staatsräthe nur mit höhern bereits im Dienste befindlichen Beamten besetzt würden, damit keine neuen Gehalte erwachsen; auch könnten die dermaligen Staatsräthe noch zu andern Stellen verwendet werden. Der kgl. Ministerpräsident bemerkt hiezu, daß aus Rücksichten der Sparsamkeit schon dermalen drei Staatsräthe noch andere Aemter bekleiden. — Der Antrag Tafels wird abgelehnt, der des Ausschusses bezüglich des Etat angenommen.

Der Etat des Landtages ist veranschlagt auf 60,000 fl. 1) nämlich für: Kosten der Wahlen der Abgeordneten 1500 fl. 2) Kosten der Landtagsversammlung 52,924 fl., 3) Archiv des Landtags 4576 fl., 4) Stenographie der Landtagsverhandlungen 1000 fl.

Abg. II Sek. Nar beantragt, den Ansatz für Stenographie auf 2500 fl. zu erhöhen; eventuell, denselben hier zu streichen und bei dem Ansatz für „Erziehung und Unterricht" einzustellen.

Abg. Berlenz will Ersparniß in diesem Etat dadurch, daß nach Konstituirung der Kammer die Abgeordneten bis zur Zeit, wo Referenten und Ausschüsse ihre Arbeiten vollendet, in die Heimat entlassen; ferner dadurch, daß die Reisediäten herabgesetzt würden. Er wünscht, daß die Regierung in beiden Beziehungen Gesetzentwürfe vorlege. Redner stellt hierauf keinen besonderer Antrag — und spricht sich schließlich dahin aus, daß eine Erhöhung der Grundsteuer nicht thunlich erscheine, deßhalb auf alle möglichen Ersparnisse Rücksicht genommen werden müsse.

Abg. Dr. Kirchgeßner schließt sich dem Antrag Nar's an. Abg. v. Closen ist gegen die Ansicht von Berlenz, denn es wäre für das konstitutionelle Leben bedenklich, die Ausschüsse ohne die Kammer versammelt zu lassen.

Referent Abg. v. Lerchenfeld hält nicht für nöthig, auf die Ansicht von Berlenz einzugehen; es würde dies nur die Debatte verlängern, ohne zu einem Erfolg zu führen. Dem Antrag Nar's stimmt Referent bei.

Regierungs-Kommissär v. Lerchenfeld ist ebenfalls für diesen Antrag, der dann auch und im Uebrigen der Etat wie oben, angenommen wurde. (Schluß des Berichts folgt.) Bis Postschluß waren noch die Etats der Ministerien des Aeußern u. Innern erledigt und zwar nach den Anträgen des Ausschusses. Für Ersteres waren im Voranschlag von der Regierung 494,[illegible] angesetzt, der Ausschuß hatte diese Summe auf 460,000 fl. ermäßigt, für das Ministerium des Innern waren 1,021,[illegible] verlangt, der Ausschuß hatte aber nur 987,195 fl. angesetzt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 121.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 1. Mai 1856

Deutscher Bund.

Wie die „Berliner Börsenzeitung" vernimmt, wird in der noch im laufenden Jahre zusammentretenden Elbzollkommission von Seiten der österreichischen Regierung die vollständige Aufhebung der Elbzölle beantragt werden.

× Ueber die Kreuzband-Sendungen durch die Post gibt der Nachtrag zu dem deutsch-österreichischen Postvereinsvertrage folgende Bestimmungen: „Zeitungen, Journale, periodische Werke, Denkschriften, durch den Druck, durch Lithographie oder Metallographie vervielfältigte Musikalien, Kataloge, Prospekte, Preiscourante, Lotterie-Gewinnlisten, Ankündigungen und sonstige Anzeigen, desgleichen Korrekturbogen ohne beigefügtes Manuskript, müssen, wenn die Kreuzband-Taxe Anwendung finden soll, uneingebunden oder broschirt unter schmalem Streif- oder Kreuzband eingeliefert werden. Uebrigens muß das Streif- oder Kreuzband dergestalt angelegt seyn, daß dasselbe abgestreift und die Beschränkung des Inhalts der Sendung auf Gegenstände, deren Versendung unter Band gestattet ist, erkannt werden kann. Die Versendung der bezeichneten Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband ist unzulässig, wenn dieselben nach ihrer Fertigung durch Druck u. s. w. außer der Adresse geschriebene, oder auf andere Weise, z. B. durch Stempel oder Druck, beigefügte Ziffern oder Zusätze erhalten haben. Es kann jedoch den Preiscouranten, Zirkularen und Empfehlungsschreiben Adresse, Datum und Namensunterschrift, der äußeren Adresse eines Kreuz- oder Streifbandes der Name oder die Firma des Absenders, und dem Korrekturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche zur Korrektur gehören und auf diese sich beschränken, hinzugefügt werden. Mehrere Exemplare unter einem Streif- oder Kreuzbande müssen im Falle der Unterschrift von einem und demselben Absender (Firma) unterzeichnet und dürfen nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreßumschlägen versehen seyn. Kreuzband-Sendungen, bei denen die Adresse nicht nur den eigentlichen Adressaten bezeichnet, sondern zugleich die Bestimmung enthält, daß die Sendungen auch anderen Personen mitgetheilt werden sollen, sind, wenn sie am Schalter aufgegeben werden, ..rückzuweisen, wenn sie im Briefkasten vorgefunden, mit dem ..en Briefporto zu belegen."

× Berlin, 28. April. (Privat-Korrespondenz.) Die .. Einnahmen des Zollvereins haben im verflossenen Jahre, wie schon bekannt, einen Rohertrag von 26,876,119 Thlr. und .. Reinertrag von 23,841,802 Thaler ergeben. Von dem ..ertrage stellt sich bei einer Gesammtbevölkerung des Zoll..eins von 32,771,698 Seelen für den Kopf eine Einnahme .. 21 Sgr. 0,₈ Pf. heraus. Es haben aber nach dem maß..den Theilungs-Modus Hannover und Oldenburg für den .. 1 Thlr. 8 Sgr. 4,₂ Pf., nämlich bei einer Bevölkerung .. 2,070,038 Köpfen 2,648,993 Thlr. empfangen. Die übri..n Zollvereinsstaaten haben das Präzipuum für Hannover und ..enburg zu tragen gehabt. Sie erhielten bei einer Bevölkerung von 30,701,660 Seelen 20,362,948 Thlr., also für den ..opf 19 Sgr. 10,₇₇ Pf. — Gegen das Vorjahr sind die Ein..ngszölle um die bedeutende Summe von 3,547,253 Thlr beim Rohertrage und um 3,031,701 Thlr. beim Reinertrage, und zwar um den sechsten bis siebenten Theil der Einnahmen des Jahres 1854 gestiegen.

** **Bayern.** München, 29. April. (Privat-Korresp.) **..2. öffentliche Sitzung der Kammer der Abge..dneten.** (Schluß des Berichts.)

Der Etat des k. Staatsministerium des k. Hau..s und des Aeußern beträgt im Ganzen 494,000 fl., näm..ch: 1) Staatsministerium: Besoldungen im Ministerium, ..egie rc. 66,760 fl.; 2) Hausarchiv 2795 fl.; 3) Staatsarchiv ..5725; 4) Gesandtschaften rc. 331,000 fl.; 5) Beiträge zur Bundesmatrikular- und Kanzleikassa rc. 20,000 fl.; 6) St. Hubertus-Orden 600 fl.; 7) Verdienstorden der bayer. Krone rc. 3000 fl.; 8) Verdienstorden vom h. Michael 6000 fl.; 9) Ludwigsorden (u. Med.) 700 fl.; 10) Maximiliansorden 300 fl.; 11) Gränzberichtigung rc. 2890 fl.; 12) ständige Bauausgaben 700 fl.; 13) Pensionen 53,530 fl. Der Ausschuß beantragt den Etat der Gesandtschaften auf 303,000 fl. und der beiden Verdienstorden auf 1000 und resp. 2000 fl. zu ermäßigen, sohin den ganzen Etat dieses Ministerium auf 460,000 fl. zu stellen.

Abg. Tafel beantragt für die Gesandtschaften nur 270,000 fl. zu bewilligen, wie dies zuerst der Referent beantragt hatte. In der Debatte hierüber erklären sich für den Antrag Tafel's die Abgg. Crämer und Arnheim, während sich Fürst Wallerstein und v. Closen für den Ausschußantrag aussprachen. Am Schluß der Debatte vertheidigt der kgl. Minister-Präsident die Regierungs-Position, wie überhaupt das Institut der Gesandtschaften, und empfahl die Annahme der Position, oder doch wenigstens des Ausschußantrags. Letzterer, und im Uebrigen der Etat wie oben, wurde dann auch angenommen.

Der Etat des kgl. Staatsministerium des Innern beträgt 1,021,507 fl. Der Ausschuß beantragt den Antrag für Verpflegung und Transport verbündeter Truppen mit 25,000 fl. zu streichen — da die betreffenden Beträge aus dem Reichsreservefonds bestritten werden könnten, dann den Ansatz für Pensionen um den Betrag von 9311 fl. 30 kr. zu kürzen, im Uebrigen aber den Etat zu genehmigen und zwar wie folgt: 1) Für das Ministerium 78,592 fl.; 2) allgemeines Reichsarchiv 14,601 fl.; 3) Regierungen, Kammer des Innern 391,427 fl.; 4) äußere Archive, Archivskonservatorien und Depotregistraturen 20,818 fl.; 5) Polizeidirektion München 65,010 fl.; 6) für die k. Kommissariate in größeren Städten 18,874 fl.; 7) Landkommissariate in der Pfalz 51,718 fl.; 8) Kosten der Landrathswahlen 300 fl.; 9) Kosten der Wahlen der Gemeinde- und Kirchenverwaltungen 5685 fl.; 10) ständige Bauausgaben 2315 fl.; 11) Umzugsgebühren 4585 fl.; 12) Pensionen der Staatsdiener 333,270 fl.

Abg. Römich beantragt den Etat für die Landkommissariate der Pfalz um 1200 fl., zu Zulagen für die Aktuare, zu erhöhen, nimmt aber im Verlauf der Debatte seinen Antrag auf so lange zurück, bis die Anträge über Gehaltsmehrung der Beamten überhaupt demnächst zur Berathung kommen. — Abg. Crämer beantragt die Regie der Landkommissariate der Pfalz von 23,300 fl. auf 20,300 fl. zu kürzen, welcher Antrag nach kurzer Debatte und außerdem der Etat nach dem Antrag des Ausschusses angenommen wurde.

Der Etat der zum Staatsministerium des Innern gehörenden Staatsanstalten und zwar für „Gesundheit" nach Antrag des Ausschusses mit 234,455 fl., für „Wohlthätigkeit" mit 209,440 fl., für „Sicherheit" mit 1,407,203 fl., hiezu der Antrag des Ausschusses, „es möge die Verordnung vom 5. Januar 1851 in Betreff der Schubfuhren einer Revision unterworfen werden", wurden ohne Debatte angenommen. Endlich den Ansatz für „besondere Leistungen des Staats an die Gemeinden" mit 99,052 fl. beantragt der Ausschuß ebenfalls unverändert zu bewilligen, „den Anträgen der Städte Nürnberg und Amberg auf Erhöhung der Zuschüsse zur Polizeiverwaltung aus Staatsfonds aber die Zustimmung zu versagen. Nachdem Abg. Briegleb den Nürnberger Antrag vertheidigt und der Hr. Referent die Ausschuß-Anträge motivirt hatte, wurden diese auch angenommen, womit die Sitzung schloß. Morgen Fortsetzung der Budget-Debatte.

Preußen. Berlin, 28. April. Die Kammern werden am Sonnabend geschlossen. Der Rest des Budget wurde vorgestern im Abgeordnetenhause angenommen, hierauf die Gesammtsumme mit 118,864,071 Thlr., wobei die Führer der Linken und der äußersten Rechten, die Herren v. Patow und v. Gerlach, dem Finanzminister dringend anriethen, größtmögliche Sparsamkeit zu üben und für die nächste Session genau zu prüfen, was der Staatshaushalt nöthig habe. Die Häuser

haben alles Wichtige abgethan und nur noch untergeordnete Anträge und Petitionen zu berathen. Der Antrag auf Untersuchung der Eingriffe in die gesetzmäßige Preßfreiheit ist zurückgelegt worden, ebenso der Antrag über Untersuchung des Depeschendiebstahls. — Das in Frankfurt a. d. O. vom Kriegsgericht gegen den Hrn. v. Rochow gefällte Urtheil soll auf völlige Freisprechung lauten. Bei den Anschauungen der Standesgenossen, welche den Gerichtshof bilden, über das Duell mit Hrn. v. Hinkeldey ließ es sich nicht anders erwarten.
(Z. f. Nordd.)

Breslau, 26 April. Höheren Orts ist jetzt auch eine Nachweisung der in den Kreisen des hiesigen Regierungsbezirks sich aufhaltenden polnischen Ueberläufer angeordnet worden.
(Schles. Ztg.)

Hannover. Lüneburg, 28. April. Heute Mittag 12 Uhr wurde in der mehrerwähnten Disziplinaruntersuchung gegen den Obergerichtsassessor Planck*) das Erkenntniß des Disziplinargerichts verkündet. Dasselbe lautete auf einen schriftlichen Verweis nebst Verwarnung und Tragung der Untersuchungskosten. Die Verhandlung der Sache hatte am 26. d. Mts. stattgefunden, der Staatsanwalt hatte auszuführen versucht, daß der Beschuldigte durch die bekannte Flugschrift und deren Verbreitung durch den Buchhandel die Würde und den Zweck seines Amtes verletzt habe. Es sey Pflicht des Staatsdieners, die öffentliche Autorität zu unterstützen und zu kräftigen; der Beschuldigte habe durch die fragliche Broschüre versucht, sie zu untergraben. Die heute erfolgte Verurtheilung hat allgemein überrascht. Daß die Broschüre eine rein wissenschaftliche Erörterung enthalte, wurde im Allgemeinen auch in den Entscheidungsgründen nicht verkannt. Nachdem indessen durch das Gesetz, betreffend die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes, dem Richter verboten worden, die Gültigkeit der vom König publizirten Gesetze und Verordnungen in den Kreis seiner amtlichen Beurtheilung und Entscheidung zu ziehen, enthalte die in der Broschüre vom Verfasser aufgestellte Behauptung, daß trotzdem die Verordnung vom 1. August vom Richter nicht als gültig betrachtet und angewandt werden dürfe, und der demnach in der Verbreitung dieser Schrift zu findende Versuch, die Richter zur Nichtanwendung der gedachten Verordnung zu verleiten, eine Verletzung der Pflichten eines Staatsdieners. Wie wir vernehmen, haben sowohl der Staatsanwalt wie der Beschuldigte die Berufung eingelegt. Ersterer hatte nämlich auf eine härtere Strafe — dreimonatliche Suspension und Gehaltsentziehung, angetragen.
(Z. f Nordd.)

Großh. Hessen. Darmstadt, 28. April. Unter vorstehendem Datum melden die „Hamb. Nachrichten": „Die Nachricht (des „Mainzer Journals"), daß eine Ausgleichung zwischen dem Bischof von Mainz und unserer Regierung Betreffs der kirchlichen Frage erfolgt sey, ist verfrüht. Der Entwurf liegt vielmehr in diesem Augenblick zur Unterzeichnung vor und es ist allerdings alle Aussicht vorhanden, daß die Genehmigung erfolgen werde, da das Episkopat auf Andringen des Papstes zwei seiner Hauptforderungen — die selbständige Verwaltung des Kirchenvermögens und die Einwirkung auf die Schule — hat fallen lassen. Der Entwurf ist, bevor er dem Großherzog vorgelegt, dem Papst zur Einsicht mitgetheilt worden, und dieser eben hat jene zwei Forderungen aufgegeben."

§ **Oesterreich.** Wien, 26. April. (Privat-Korresp.) Von Seite Sr. Maj. des Kaisers ist am 23. ds. Mts der Theißeisenbahngesellschaft die Konzession zu dem projektirten Eisenbahnbaue ertheilt worden. Dieselbe ist mit ungewohnter Schnelligkeit erfolgt; binnen 24 Stunden hat die betreffende Urkunde die kaiserliche Unterschrift erhalten und Sr. Majestät ließ eigens einen der Unternehmer und den eifrigsten Beförderer der Unternehmung, den Herrn Moritz von Haber, zu sich rufen, um ihm die erfreuliche Mittheilung zu machen. Aus diesem Faktum können Sie ersehen, in welchem ungewöhnlichen Grade sich dieses Unternehmen, das durch seine Nützlichkeit und Rentabilität unter vielen andern hervorleuchtet, der allerhöchsten Gunst zu erfreuen hat. Diese erfreuliche Thatsache ist übrigens schon aus dem früher gemeldeten Umstande ersichtlich, daß sich der Allerhöchste Hof bei dieser Unternehmung durch eine Subskription von 6 Millionen Gulden betheiligt hat. Schließlich vernimmt man, daß das ganze Kapital durch die Bemühungen des Herrn Moritz von Haber bis zu dem geringfügigen Betrage von 5 Millionen Gulden gedeckt ist und daß die neuesten bereits gemeldeten Reisen des Herrn Moritz von Haber nach Paris und London mit der Unterbringung dieser Summe zusammenhängen.

In Brünn ist eine Krisis in der dortigen Handelswelt, ganz besonders unter den Gründern der dort zahlreich errichteten Runkelrübenzucker-Fabriken, ausgebrochen. Sie hat, wie die „Oesterr. Ztg." schreibt, ihren Ursprung „in der Ueberhebung vieler unserer Handels- und Geschäftsleute, die ihren Wirkungskreis, der ihnen Wohlstand und geachteten Namen gab, verließen und Fabrikanten wurden.

Dänemark.

Kopenhagen, 28. April. Neun von den Unterzeichnern des Scheel-Plessen'schen Antrages, betreffend die Gesammtverfassung, und Baron v. Blome haben gegen Präjudicirung der Rechte der Herzogthümer durch die Freitagsabstimmung des Reichsraths (Verwerfung des ebenerwähnten Antrages) Verwahrung eingelegt. Der holsteinische Minister stimmte bei. (H. N.)

Belgien.

Brüssel, 28. April. Die Frage der Auswanderung fängt an für die hiesige Regierung ein Stoff zum ernsten Nachdenken zu werden. Im wallonischen Theile Brabants sind ganze Dörfer mit Hab und Gut ausgewandert; andere bereiten sich vor dem Beispiele zu folgen. Das Auswanderungsfieber ist in stetem Wachsen, trotzdem daß Arbeit im Ueberflusse zu finden ist und die Taglöhne sehr hoch stehen. Besonders sind die Spitzen- und Handschuhfabriken und die hiesigen von jeher renommirten Wagenbauer und Kunstschreiner mit Bestellungen besonders aus Amerika reichlich bedacht. Die Masse der nach den Vereinigten Staaten ausgeführten Luxusmöbel ist enorm. Auch verschaffen die Amerikaner unsern Holzschnitzlern ein Masse Bestellungen. — Es wird für Homöopathen nicht ohne Interesse seyn zu erfahren, daß am 23. September ein homöopathischer Kongreß in Brüssel sich versammelt. Ein Preis von 600 Frs. ist ausgeschrieben für die beste Abhandlung über Metastasis, vulgo die Versetzung eines Uebels aus einem Theile des Körpers nach einem andern.
(N. Z.)

Frankreich.

Paris, 27. April. Herr Pereire, der Gründer der modernen Creditanstalten, die so schnell über ganz Europa Verbreitung gefunden haben, las in der dieser Tage abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre des Credit mobilier seinen Jahresbericht ab. Es ist bekannt, daß die Dividende von 1856 auf 178 Fr. 70 Cent. festgesetzt wurde, nachdem die Interessen von 25 Fr. per Aktie schon im Januar verabfolgt waren. Dies macht einen Gewinn von 24,444,000 Fr. aus, und man sagt, daß für das Verwaltungsjahr von 1856 auch schon ein Gewinn von 19 Millionen realisirt worden seyn soll. Der Credit mobilier hat bei Gelegenheit der jüngsten Nationalanleihe von 750 Mill. allein für die Summe von 725 Mill. unterzeichnet. Wie ferner aus dem Bericht hervorgeht, hat der Credit mobilier die ihm zugefallene Rente keineswegs gleich verkauft; vielmehr hat er im Interesse der Rentenkurse später noch Rente in sein Portefeuille gelegt. Der Credit mobilier hat den Austausch der Obligationen der neuformirten Westbahn (aus der Rouen-Havre-Dieppe-Fecamp-, der alten Westbahn, der St.-Germain- und den beiden Versaillesbahnen) gegen die verschiedenen Gesellschaften, aus denen sie zusammengesetzt ist, übernommen und außerdem noch 65,000 von diesen Obligationen an sich gebracht: 18 Millionen. Er hat den Absatz von 100,000 Obligationen für die Gesellschaft der Südbahn auf sich genommen: 28 Millionen. Er hat für die Aktionäre der Paris-Caen- und der Dieppe-Fecampstrecke die einberufenen Zahlungen geleistet; ebenso für die Aktionäre der Ostbahngesellschaft, um diesen die Ausgabe ihrer neuen Aktien zu ermöglichen. Der Credit mobilier hat der Gesellschaft von Dole-Salins durch Vorschüsse und durch den Ankauf von 16,000 Obligationen zur Fusion mit der Paris-Lyoner Gesellschaft verholfen. Er hat die Ausgabe der 300,000 Obligationen der Oesterreichischen Eisenbahngesellschaft vermittelt, und da die Interessen und die Amortisation derselben an den vorzüglichsten Märkten Europas geleistet werden, so ist damit eine Art europäisches Creditpapier geschaffen. Der Credit mobilier hat der Gesellschaft von St.-Rambert-Grenoble, die sich einem Bankrott nahe befand, wieder auf die Beine geholfen. Er hat die Ardennengesellschaft zur Konstituirung gebracht und verlangt nun in Gemeinschaft mit derselben die Konzession von Paris nach Soissons und Rheims und die Verlängerung dieser Strecke bis an die Kohlengruben Belgiens. Der Credit mobilier wird in bedeutendem Maße an dem demnächst zu verleihenden Pyrenäenwege betheiligt seyn (durch die Südbahn). Der Credit mobilier ist ein bedeutender Theilnehmer der schweizerischen West- u. Centralbahn, welche die Verbindung zwischen dem nördlichen und östlichen Frankreich (über Basel) und dem südlichen (über Genf) mit der Schweiz herstellen sollen. Der Credit mobilier hat die Kanalisation des Ebro von Sara-

*) Nicht zu verwechseln mit der Kriminaluntersuchung wegen der von Planck verfaßten Ansprache an seine Wähler, worin derselbe bekanntlich freigesprochen worden ist.

gossa bis ans schwarze Meer übernommen und zwar schon in Voraussicht der bereits bewerkstelligten Gründen des Credit mobilier. Er hat die Kompagnie maritime gegründet, die bereits 60 Segel- und Dampfschiffe zählt und im Verein mit den Messageries impériales um die Konzession der transatlantischen Linien anhält. Der Credit mobilier hat die Fusion der Pariser Omnibus und diejenige der Pariser Gasgesellschaften bewerkstelligt, die alle sehr gute Geschäfte machen. Die genannte Creditanstalt hat endlich alle Salzgeschäfte im Süden von Frankreich vereinigt. Der Credit mobilier hat außerdem in Reportgeschäften große Gewinne realisirt und einen Theil seiner Kapitalien in Staatsschatzscheinen realisirt. (D. A. Z.)

Paris, 28. April. Der Prinz Napoleon wird seine Reise nach dem Norden auch auf Irland ausdehnen und dieselbe unmittelbar nach der Taufe des kaiserlichen Prinzen auf dem Dampfer „Königin Hortense" antreten; für sein Gefolge wird man ihm einen zweiten Dampfer beigeben. — Graf de Morny wird für seine außerordentliche Botschaft nach Rußland über sehr bedeutende Summen verfügen können. Er nimmt das Silberzeug der Präsidentschaft des gesetzgebenden Körpers mit, da jenes der Botschaft zu Petersburg nicht schön genug ist. Die Abreise des Grafen Morny findet schon nächster Tage statt. (Köln. Ztg.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 21. April. Hr. v. Prokesch-Osten hat den Medschidié-Orden erster Klasse erhalten. (T.D.d.A.Z.)

Trapezunt, 18. April. Zum ersten Mal wurden nach dem Hat-Humayum Christen als Zeugen eines Prozesses zugelassen. (T. D. d. A. Z.)

Griechenland.

Athen, 25. April. Die alliirten Truppen sollen Griechenland nicht verlassen, vielmehr ihre Okkupation bis Daphni (in Attika) ausdehnen. (T. D. d. A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 21. April. Kaiser Alexander hat an Graf Orloff einen Brief gerichtet, in welchem er sagt, daß der am 30 März unterzeichnete Vertrag das Siegel auf das Friedenswerk drücke. Der Czar habe diesen von seinem Vater aufrichtig gewünschten Frieden durch seine Fürsorge bestätigt. Beseelt von denselben Gesinnungen, wie sein Vater, habe er die Vorschläge angenommen, sobald er das Ziel erreicht sah, welches Kaiser Nikolaus sich gesteckt hatte, um die Lage und die Rechte der Christen im Orient sicher zu stellen. Die Erfüllung dieser hohen Sendung habe der Erwartung des Czaren entsprochen, welcher zum Zeichen seiner Zufriedenheit und seines hohen Vertrauens den Grafen Orloff zur Würde des Präsidenten des Reichsrathes erhebt. Dieser Brief ist durch den Pariser „Moniteur" zur Oeffentlichkeit gelangt; ein Beweis, daß die darin ausgesprochenen Gesinnungen mit einer gewissen Ostentation ausgedrückt sind, und für ein größeres Publikum im Voraus berechnet waren. — Fürst Mentschikoff ist bekanntlich seines Postens als Gouverneur von Kronstadt enthoben worden; warum, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Er behält jedoch die Funktionen bei, die er in der Umgebung unsers Kaisers auszuüben hat. Namentlich behält er die Stellung als General-Adjutant des Kaisers nach wie vor bei, und ebenso verbleibt Fürst Mentschikoff Mitglied des Reichsraths. Vorläufig wird der Fürst jedoch sich jeder dienstlichen Wirksamkeit enthalten, und für die Dauer der guten Jahreszeit sich nach einem seiner Güter in der Nähe von Moskau begeben. Möglich also, daß ihm die Entlassung von obigem Posten jetzt, nachdem die Kriegsgefahr vorbei ist, lediglich aus Gesundheitsrücksichten gewährt wurde, wie dies auch bei dem greisen Kanzler Nesselrode der Fall ist, der nur das Ende der Friedens-Unterhandlungen abgewartet zu haben scheint, um sich von seinem schweren Amt zurückzuziehen. Was in manchen Blättern von einer Ungnade desselben erzählt wurde, scheint keinen Grund zu haben.

Asien.

Eine in Triest am 26. April angekommene neue Ueberlandpost hat Nachrichten aus Bombay bis zum 3. April und aus Hongkong bis zum 16. März gebracht. Der Aufstand der Santals war vollkommen gedämpft worden. Prome (am Irawaddy) war durch eine Feuersbrunst in Asche gelegt worden. Die Kaiserlichen in China hatten eine Niederlage erlitten, und Kiang-si war in vollem Aufstande.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

* Paris, 29. April. Der „Moniteur" veröffentlicht folgendes Dekret: „Nach Einsicht und Prüfung der am 16. April 1856 von den Bevollmächtigten, die den Pariser Friedensvertrag vom 30. März desselben Jahres unterzeichneten, geschlossenen Deklaration, deren Inhalt hier folgt: „Die Bevollmächtigten, die in Konferenz vereinigt, den Pariser Vertrag vom 30. März 1856 unterzeichneten, haben in Anbetracht, daß das See-Recht in Kriegszeiten seit langer Zeit Gegenstand bedauerlicher Streitigkeiten war; daß die Ungewißheit der desfallsigen Rechte und Verbindlichkeiten zwischen den Neutralen und Kriegführenden zu Meinungs-Verschiedenheiten Anlaß bieten, welche ernstliche Schwierigkeiten und selbst Konflikte verursachen können, daß es demnach vortheilhaft ist, über einen so wichtigen Punkt gleiche Doctrinen aufzustellen; daß die im Pariser Kongresse versammelten Bevollmächtigten, den Absichten ihrer Regierungen nicht besser zu entsprechen vermögen, als indem sie suchen in den internationalen Beziehungen in dieser Hinsicht feste Prinzipien einzuführen, — so sind die genannten, gehörig autorisirten, Bevollmächtigten übereingekommen, sich über die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes zu verständigen und haben — nach erfolgter Vereinbarung — nachstehende feierliche Erklärung festgestellt: 1) Die Kaperei ist und bleibt abgeschafft; 2) die neutrale Flagge deckt die feindliche Waare, mit Ausnahme von Kriegskontrebande; 3) die neutrale Waare mit Ausnahme von Kriegskontrebande, kann unter feindlicher Flagge nicht weggenommen werden; 4) Die Blokade muß, um bindend zu seyn, effektiv bestehen, d. h. durch eine Stärke gehandhabt werden, welche genügt, um den Zugang zu den feindlichen Küsten wirklich zu hindern. Die Regierungen der unterzeichneten Bevollmächtigten verpflichten sich, diese Deklaration zur Kenntniß der Staaten zu bringen, welche zur Betheiligung an den Pariser Kongreß nicht aufgefordert wurden, und sie zum Beitritt einzuladen. Ueberzeugt, daß die dargelegten Maximen von der ganzen Welt mit Dankbarkeit werden aufgenommen werden, zweifeln die unterzeichneten Bevollmächtigten nicht, daß die Bemühungen ihrer Regierungen, deren Annahme allgemein zu machen, vom besten Erfolge gekrönt werden wird. Gegenwärtige Deklaration ist und wird nur bindend zwischen jenen Mächten seyn, welche derselben beitraten oder beitreten werden."

Aus dem Orient.

Im Widerspruch mit der gestrigen Nachricht wird aus Konstantinopel 21. April gemeldet: Die Tscherkessen verlangten, daß ihre Unabhängigkeit anerkannt werde, und schienen für die Vertheidigung derselben zum Aeußersten bereit zu seyn.

° Man berichtet aus Jaffa vom 16. April, daß des Tags zuvor ein abermaliger blutiger Zusammenstoß zu Naplus stattfand; der Gouverneur hatte die Rebellen endlich geschlagen. Man suchte Hülfe von Jerusalem nach, aber der Pascha der Stadt glaubte, die Truppen für kommende Fälle selbst behalten zu müssen. Die Energie des Pascha und der Konsuln hielt jedoch jede Gefahr fern. Während des Aufruhrs in Naplus wurde die Konsulatsflagge umgerissen, aber nur die Häuser der englischen Agenten wurden verbrannt. — Umgekommen ist nicht der preußische Konsul, sondern dessen Vater. Die griechische Kirche und englische Kapelle wurden verlassen, aber kein Konsul getödtet.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 30. April. Die Börse verkehrte in günstiger Stimmung. Für österr. Fondsgattungen und Kredit-Aktien sowie Darmstädter Bankaktien wurden bedeutend höhere Kurse bezahlt. — Elisabethbahn 109¾. — Der Superdividend der österr. Nordbahn ist auf 11pCt. bestimmt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1306 P. 1301 G. Neue Bankaktien 435 P. 431 G. Credit-Actien à 5pCt. 201½ P. 199½ G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 84 P. 83¾ G. 5pCt. Lombard-Ven. 91 P. 90½ G. Metall. alte à 5pCt. 83 P. 82½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87¼ P. 86¾ G.; à 4½pCt. 74⅝ P. 74⅜ G.; à 4pCt. 66¼ P. 65¾ G.; à 3pCt. 50¼ P. 49¾ G.; à 1pCt. 16¾ P. 16½ G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 — — P. 132 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106⅛ P. 105⅞ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 309 P. 307 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¼ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87⅞ P. 87⅜ G.; 4pCt. — P. 93¾ G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 100¾ P. 100¼ G.; 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157¼ P. 157 G. Neustadt-Weissenb. 116¼ P. 115¾ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117½ P. 117 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89½ P. 89 G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 45⅛ P. 44⅞ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¾ P. 82¼ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41⅜ P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64 P. 63⅛ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100¼ P. 99¾ G.; 4½pC. 103 P. 102½ G.; Loose à fl. **50** 112¾ P. 112¼ G.; à fl. **25** 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 359 P. 357 G.; junge 306½ P. 304½ G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 104½ P. 104 G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 47⅝ P. 47⅜ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G., Loose à fl. **25** 31½ P. 31¼ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; Bankaktien 121½ P. 121 G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81½ P. 81 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 88 P. 87½ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39½ P. 39¼ G.; 1pCt. neue 24½ P. 24⅜ G. **Holland.** Integrale 63 P. 62½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120 P. 119¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i. S Lr. 250 k. S 101¼ P 101 G
Berlin Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S 94½ P. 94¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P 105 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94½ P. 94¼ G
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 97⅝ P. 97⅜ G.	Wien ö. 100 C. k. S. 117⅝ P. 117⅜ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89⅛ P 88⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅜ P. 117⅛ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 29. April. Oesterr 5pCt. National-Anleihe 84¾; 5pCt. Metall. 84⅜; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 132½; von 1854 — —; Bankaktien 1110; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 343; Donau Dampfschifffahrtsaktien 618; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 3030. **Wechselkurse**: Augsburg uso 102⅝; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Die **Leipziger Bank** hat seit dem 26. April den bisherigen Diskonto für Wechsel und Anweisungen von 5 Proz. auf 4½ Proz. festgesetzt.

Amsterdam, 22. April. Zucker, roher. Mangel an Angebot und etwas ruhigere Stimmung ließen es in voriger Woche nur zu unbedeutenden Geschäften kommen. Erst vorigen Sonnabend erwachte in Folge der besseren englischen Berichte etwas mehr Kauflust und ca 500 F. Surinam fanden zu sehr festen Preisen Nehmer. Gestern kam ein neuer Abschluß von ca. 600 K. Java- in den geringeren Nummern zu 2 fl. Avanz auf letzten Auktions-Erlöß zu Stande.

Rotterdam, 22. April. Durch anhaltenden N.-O.- und östlichen Wind hatten wir während der letzten Woche meist empfindlich kaltes und dürres Wetter, sowie auch einzelne Nachtfröste gehabt. Für die Rapspflanze wünscht man die Witterung milder, in Bezug auf die Getraidefelder haben wir jedoch nicht vernommen, daß sie von schädlicher Wirkung gewesen ist.

Getraide. Es hat sich in den letzten acht Tagen ein fernerer und sehr bedeutender Rückgang in den Roggenpreisen eingestellt. Trotzdem bewegte sich der Begehr in sehr engen Gränzen. Spekulanten kamen nicht zum Vorschein, Exportfrage fehlte, und selbst bei den schwachen Konsumo-Bedürfnissen, die sich zeigten, hatten Käufer nicht den Muth, sich weiter wie für das dringend Nothwendige zu decken. Bei Waizen trat ebenfalls starkes Weichen ein. Für Absatz von Partie blieb man vergebens bemüht. Im Getraidegeschäft ab auswärts dauerte die Stockung fort. Trotz schwacher Zufuhr, welche wir gestern von weißem Seeländer Waizen hatten, haben die Preise neuerdings ca. 18 a 20 fl. nachgegeben, die Räumung hat sich jedoch ziemlich rasch bewerkstelligt. In rothen Sorten war das Geschäft fast Null. Es wurde verkauft 124—125pfd. weißer Seeländer in mittel Waare zu 360 a 380 fl., 126—127pfd. besserer do. 385 a 400 fl., je nach Beschaffenheit. Roggen. Durch verschiedene Auktionen, die angekündigt gewesen, wurde die Aufmerksamkeit von inländischem abgelenkt, und die Preise desselben sind, obschon auch davon die Anfuhr mäßig war, ferner 20 a 22 fl. gewichen. Seeländ. und Flämischen ohne Gewichts Garantie verkaufte man zu 270 a 280 fl., Nord-Brabant. 262 a 270 fl. Gerste. Hierländische flau und 3 a 6 fl. niedriger. Winter- wurde je nach Beschaffenheit a 165 a 195 fl., Sommer- 150 a 165 fl. geräumt. Von ausländischer ist bloß einiges in 106pfd. englischer a 237 fl cont., 239 fl., 108pfd. do. 243 fl., placirt, was ca. behauptete Preise. Erbsen vernachlässigt, und blaue hierländische von gewöhnlicher Größe waren a 7 a 7¾ fl., große 8¼ a 9½ fl. käuflich. Nominalwerth von weißen Ostsee- und dänischen 6¾ a 7 fl. Hafer träge und zu 8 a 8¼ fl., pr. 100 Kgs. konnte man zurechtkommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 122. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 2. Mai 1856

Deutscher Bund.

• **Bayern.** Der dem Landtag vorgelegte Gesetzentwurf über die gemischtgerichtlichen Untersuchungen bestimmt in Art. 1, was folgt: „Wenn bei demselben Verbrechen oder Vergehen Zivil- und Militärpersonen als Beschuldigte zusammentreffen, so wird die Voruntersuchung nach Maßgabe der allgemeinen Strafprozeßvorschriften durch den zuständigen Zivil-Untersuchungsrichter und einen von der einschlägigen Militärbehörde abzuordnenden Militärrichter gemeinsam geführt, es sey denn, daß die letztgenannte Behörde auf diese Abordnung verzichtet, in welchem Falle der Ziviluntersuchungsrichter allein die Voruntersuchung mit voller Wirksamkeit auch gegen die Militärperson durchzuführen berufen ist.“ Nach Art. 3 sind die Akten der nach Art. 1 durchgeführten Voruntersuchung, bevor hierüber von Seite des bürgerlichen Strafgerichts Beschluß gefaßt wird, durch den Staatsanwalt an die zuständige Militärbehörde zur Erklärung mitzutheilen, ob bezüglich der mitangeschuldigten die weitere Behandlung der Sache vorbehaltlich der militärischen Gerechtsame den bürgerlichen Strafgerichten überlassen werden wolle. Im Falle einer verneinenden Erklärung der Militärbehörde hat die Beschlußfassung und Aburtheilung bezüglich der mitbetheiligten Militärperson aber durch die zuständigen Militärgerichte zu geschehen. — Wird von Seite der Militärbehörde die Ueberlassung der Sache an das bürgerliche Strafgericht *erklärt*, so erfolgt die Beschlußfassung auf die Voruntersuchung, dann die weitere Verhandlung, Aburtheilung und Strafvollstreckung bezüglich der betheiligten Militärperson in derselben Art, wie bezüglich der dem Zivilstande angehörigen Beschuldigten. Das Urtheil hat sich gegebenen Falles auch auf die gesetzlichen Folgen der erkannten Strafe in Bezug auf die Entfernung aus dem Heere und die hiemit in Verbindung stehenden Verpflichtungen des Verurtheilten zu erstrecken. — Durch diesen Gesetzentwurf soll einer schlimmen Verzögerung der Strafrechtspflege abgeholfen werden. Nach den jetzt geltenden Gesetzen ist zwar, wenn bei demselben Verbrechen oder Vergehen Zivil- und Militärpersonen als Beschuldigte zusammentreffen, zwar das untersuchende Gericht aus Zivil- und Militär-Personen zusammengesetzt; rücksichtlich der erkennenden Gerichte aber gilt der Grundsatz vollständiger Trennung, so daß nach gemischtgerichtlich durchgeführter Voruntersuchung zunächst die bürgerlichen Strafgerichte die Beschlußfassung sowie die weitere Verhandlung und Aburtheilung bezüglich der Angeschuldeten aus dem Zivilstande zu pflegen, sodann aber die Akten zum Behufe der Beschlußfassung und Aburtheilung über die mitangeschuldigten Militärpersonen an die Militärgerichte abzugeben haben. Die bedeutenden Verzögerungen, welche so in der Erledigung der Untersuchungssachen eintreten, lassen sich schon aus der einfachen Betrachtung entnehmen, daß in der Regel in allen Untersuchungssachen, bei welchen Zivil- und Militärpersonen als Beschuldigte zusammentreffen, die Beschlußfassung und Aburtheilung bezüglich der Letzteren immer erst dann in Angriff genommen werden kann, wenn vorher die Sache bezüglich der mitbetheiligten Zivil-Personen alle Stadien des Prozesses in allen Instanzen durchlaufen hat, weil früher die Akten nicht an das Militär-Gericht gelangen. Eine vollständige Beseitigung dieser Mißstände, heißt es in den *Motiven* des Gesetzentwurfs, läßt sich nun zwar nicht erzielen, da dieselben mit dem Grundsatze des Bestehens einer selbständigen Militärgerichtsbarkeit (einem Grundsatze, welcher verfassungsmäßig sanktionirt und dessen Festhaltung durch höhere Rücksichten geboten ist) in unlöslichem Zusammenhange stehen. Wohl aber erscheint es als ausführbar, das Hervortreten der fraglichen Mißstände wesentlich zu mildern und auf eine unendlich geringere Anzahl von Fällen zu beschränken. So unläugbar es einerseits den militärischen Dienst- und Standes-Verhältnissen entspricht, daß auch in den sogenannten gemischtgerichtlichen Fällen das verfassungsmäßig bestehende System einer selbständigen Militär-Jurisdiktion dem Principe nach festgehalten werde, so wenig liegt es doch andererseits im besonderen Interesse dieser Standes-Verhältnisse, daß das besagte Princip auch wirklich in jedem einzelnen Falle zur faktischen Anwendung gelange. Abgesehen von besondern Ausnahmsverhältnissen, wie z. B. wenn rein militärische Vergehen mit in Frage kommen, kann also die Militärgewalt im einzelnen gemischtgerichtlichen Falle die Ausübung ihrer Jurisdiktion ganz unbedenklich den Civilgerichten überlassen, so ferne dies vorbehaltlich der militärischen Gerechtsame, also immer nur in Form einer dem freien Ermessen der Militärbehörde anheimgestellten, nur für den speziellen Fall gegebenen und jedes Präjudiz für künftige Fälle ausschließenden Delegation geschieht.“

München, 26. April. Wie auf jedem Landtage, so ist auch heuer auf dem gegenwärtigen wieder eine beträchtliche Anzahl von Petitionen um Gehaltsaufbesserung der Volksschullehrer an die Kammer gelangt. Nach einer Mittheilung des Kultusministerium beziehen im ganzen Königreich 63 Lehrer in kleineren Städten nur 300 fl., und 58 noch unter 300 fl., aber 250 fl. und darüber. In der Pfalz sind in kleineren Städten 3 Lehrer mit 300 fl. mit Einrechnung freier Wohnung, dann 6 Lehrer, worunter 3 israelitische mit einem Gehalte zwischen 250 bis 300 fl. einschließlich freier Wohnung; in 22 Städten überhaupt sind 140 Lehrer angestellt, von welchen 131 mit Ausschluß der freien Wohnung über 300 fl. beziehen. Die beantragten Gehaltszulagen würden beiläufig einen Gehaltszuschuß von 324,000 fl. erfordern. In der erwähnten Mittheilung des Kultusministerium an die Kammer heißt es: „Der Antrag auf Alterszulagen der Lehrer an den deutschen Schulen beruht offenbar auf einer gänzlichen Verkennung ihrer Stellung und einer Verwechslung mit der der Studienlehrer an mit Gymnasien verbundenen lateinischen Schulen und der Gymnasialprofessoren. Diese sind pragmatisch angestellte Staatsdiener, beziehen gleiche Gehalte, welche sich viermal nach je 6 Jahren Dienstzeit um 100 fl. steigern; sie müssen 8 Jahre das Gymnasium, 4 Jahre die Universität besucht, ein strenges Staatsexamen bestanden haben, und ihre Zahl beträgt an 27 Gymnasien ungefähr 243. Dagegen stehen die Lehrer an den deutschen Schulen nicht im Dienste des Staates, sondern der betreffenden Gemeinden, und zwar ohne pragmatische Rechte, haben keine fixe Besoldungen, sondern beziehen die Einkünfte der einzelnen Schulstellen, welche ihre spezielle Dotation haben, und in ihren Einkünften zwischen 250 und 700 fl. variiren, werden nach Entlassung aus der Werktagsschule und dreijähriger Vorbereitung bei einem Vorbereitungslehrer in die Schullehrerseminarien aufgenommen, wo sie während zwei Jahren nur die Kost zu bezahlen haben und hiefür großentheils Unterstützungen aus öffentlichen Fonds erhalten und werden nach bestandener Austrittsprüfung fast durchgehends gleich nach dem Austritte aus dem Seminar mit 150 fl. und freier Wohnung, Beheizung und Beleuchtung in einem Alter von 19 bis 20 Jahren als Schulgehilfen bis zu ihrer Anstellung verwendet. Ihre Zahl beträgt nach dem Stande des Jahres 1851/52, abgesehen von den Lehrerinnen, 8622, wovon 6344 wirkliche Lehrer und 1057 ständige Verweser mit Ansprüchen auf die Congrua von 250 und resp. 200 fl. nebst freier Wohnung sind. Abgesehen davon, welche Summen erforderlich wären, um nur den letzteren 7401 Lehrern Alterszulagen zu gewähren, von welchen vielleicht die Hälfte gleich in den höchsten Bezug eintreten würde, wäre diese Einrichtung schon an sich unmöglich ohne eine gänzliche Umwälzung in den gegenwärtigen Verhältnissen der Dotation. Diese wäre ohne die größte Ungleichheit, ganz abgesehen von dem enormen Aufwande, nur durchführbar, wenn alle Schullehrer gleich bezahlt würden, denn unmöglich könnte der Lehrer, welcher im Besitze einer Lehrstelle von 650 fl. 24 Jahre dient, etwa 100 fl. Zulage ansprechen, wie der, welcher eine nur die Congrua erreichende Stelle von 250 fl. die gleiche Zeit über versieht; die Gleichstellung aller Gehalte, wenn sie selbst bei

der verschiedenen Art der Einkünfte der Schullehrer aus ständigen Geldbezügen, Realitäten, Wohnungen, Holz, Schulgeld, Meßner- und Organistendiensten, Gemeindeschreibereien, welche aus Stiftungen, Beiträgen und Zentralfonds, Kreisumlagen, Gemeindemitteln und von Privaten fließen, durchzuführen wäre, würde deßhalb wieder die größte Ungleichheit mit sich bringen, weil der Lehrer in der großen Stadt mehr braucht als in der kleinen und auf dem flachen Lande, und selbst wenn man Kategorien machen wollte, so wird der Lehrer auf dem Lande in der unmittelbaren Nähe einer großen Stadt ganz andere Besoldung bedürfen, als der in einem abgelegenen Dorfe; der Lehrer in der Pfalz viel mehr als der im bayerischen Walde. Für die Schullehrer vertritt die höheren Gehaltsklassen das Vorrücken von einer geringer dotirten auf eine bessere Schulstelle, welches dem älteren Lehrer niemals entgeht, wenn er sich hiezu qualifizirt und dessen nicht unwürdig macht. Die Zahl der Schulstellen mit einer Einnahme über 300 fl. übersteigt die der auf die Congrua beschränkten um 678 und verhält sich zu derselben wie 5 zu 4, so daß immer die größere Hälfte mehr als die Congrua bezieht. Die Gewährung jenes Gesuches wäre identisch mit der Anstellung der Lehrer als Staatsdiener, und daß diese Ausgeburt einer vor Kurzem vorübergegangenen Bewegung in den Bereich der Chimäre gehört, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung.

In die gleiche Kategorie gehören auch die Anträge auf Belassung des vollen Bezugs der Lehrerstellen bei der Pensionirung oder Vorsorge hiefür aus öffentlichen Fonds. Die Lehrer stehen nicht im Dienste des Staates, sondern der Gemeinde, sie sind nicht pragmatisch angestellt, sie können, wenn sie dienstunfähig werden, nicht mehr verlangen, als die nöthige Sustentation, in keinem Falle aber mehr als pragmatisch angestellte Staatsdiener, nämlich den vollen Gehalt, selbst wenn sie nicht unterstützungsbedürftig sind, was keineswegs zu den Seltenheiten gehört. Es ist übrigens eine arge Uebertreibung, wenn die Behauptung aufgestellt wird, alte und kranke Lehrer würden im Falle der Dienstesunfähigkeit hilflos der Gnade der Gemeinden preisgegeben. Sind auch die Gemeinden rechtlich zu ihrer Unterstützung nicht verpflichtet, so gestaltet sich doch die Sache in der Praxis ganz anders. In den meisten Fällen bleiben solche dienstunfähige Lehrer bis zu ihrem Tode im Bezug ihrer Einkünfte und haben einem zu ihrer Vertretung aufgestellten Schulgehilfen nur einen Beitrag von 150 fl. von ihrem Bezuge zu leisten, während den Rest die Gemeinde oder die Kreisschuldotation übernimmt; bei gering dotirten Schulstellen oder bei mißlichen Vermögensverhältnissen haben sie gar nichts zu leisten, und hilfsbedürftigen Lehrern fließen neben den Unterstützungen der zunächst pflichtigen Gemeinden beträchtliche Unterstützungen aus der Kreisschuldotation zu. (Forts. folgt.)

Preußen. Berlin, 29. April. Es kam in der gestrigen Sitzung der 2. Kammer der Antrag des Hrn. v. Rosenberg-Lipinski und Genossen für Wiedereinführung der Prügelstrafe bei jungen Verbrechern unter 16 Jahren und bei allen Lebensaltern mit Ausnahme des weiblichen Geschlechts, für eine große Zahl von Vergehen und Verbrechen zur Sprache. Dem Antrage waren mehre Petitionen, besonders aus Pommern, West-Preußen und Oberschlesien angeschlossen. Hr. v. Rosenberg-Lipinski vertheidigte seinen Antrag aus dem doppelten Gesichtspunkte der Verminderung der steigenden Verbrechen und der Ersparung einerseits an Gefängnißkosten, andererseits an Arbeitsversäumniß der Gestraften, deren Familie der Gutsbesitzer inzwischen ernähren müsse. In Bezug auf den ersten Punkt bemerkte der Regierungskommissär, Geh. Ober-Justizrath Orloff: Das Bild von der Ueberhandnahme der Sittenlosigkeit in maßloser Weise ist zu trübe und zu schwarz gemalt, und die Regierung hält es für ihre Pflicht, solche Vorstellungen zu berichtigen. Die statistischen Tabellen über die Zahl der Verbrechen welche seit 1854 mit größerer Ausführlichkeit und Objektivität abgefaßt werden, weisen für jenes Jahr bezüglich der schweren Verbrechen, welche zur Cognition der Schwurgerichte gekommen sind — Mord, Todtschlag, Raub und Brandstiftung — eine auffallende Abnahme der Verbrechen auf. Im Jahre 1840, welches hierbei als Normaljahr angenommen wird, wurden über Mord und Todtschlag 224 neue Untersuchungen eingeleitet, 1854 nur 124, also 100 weniger, ferner 1840 über Raub 219, im Jahre 1854 nur 135 Untersuchungen, also 84 weniger; endlich 1840 über Brandstiftung 310, 1854 nur 250, also 60 weniger. Ich glaube, diese Darstellung spricht nicht für eine Zunahme, sondern eher für eine Abnahme der Sittenlosigkeit. Was die übrigen Verbrechen anbelangt, so hat zwar eine Zunahme der Untersuchungen stattgefunden, man kann jedoch nicht behaupten, daß in demselben Maße eine Steigerung der Verbrechen eingetreten sey; denn gerade bei den nicht schweren Verbrechen sind früher nicht so viele Fälle zur Untersuchung gekommen, wie seit der Umwandlung der Gerichtsorganisation. Seit dem Jahre 1849 ist die Privatgerichtsbarkeit aufgehoben und Sie wissen, daß bei dieser früher sehr viele Verbrechen nicht zur Cognition des Richters kamen. Zugleich gab der Redner das Verhältniß der Verbrecher zur Zahl der Einwohner in den verschiedenen Provinzen an. Daß dabei die Provinzen, in denen sich noch die gute alte Zeit am lebendigsten erhalten, am ungünstigsten und die mit dem verwerflichen liberalen Geiste infizirte Rhein-Provinz am günstigsten stehen, wurde von der Rechten sehr unmuthig vermerkt. Am Schluß der Rede des Regierungskommissärs konnte denn die äußerste Rechte auch nicht umhin, das Bravo der Linken mit einem anhaltenden Zischen zu erwidern. Es war im ganzen Laufe der diesjährigen Session auch zum ersten Male, daß die Linke den Antrag auf Schluß der Diskussion nach der Rede des Hrn. Bischoff unterstützte. Der Antrag des Hrn. v. Rosenberg wurde denn auch verworfen.

Berlin, 29. April. Herr Hansemann hat die Konzession zur Begründung einer Zettelbank in Arolsen (Waldeck) mitgebracht. Die Konzession ist nicht Hrn. Hansemann persönlich, sondern der von ihm geleiteten hiesigen Disconto-Gesellschaft ertheilt. Diese wird zur Ausführung ihres neuen Unternehmens ihr Aktien-Kapital der Art vermehren, daß auf jeden alten Antheilsschein ein neuer emittirt wird. (K. Z.)

* Der Erzbischof von Köln hat angeordnet, daß zur Feier des Friedensschlusses am Sonntag den 4. Mai in allen Kirchen ein Tedeum abgesungen werde. Ein Gleiches wird auch in Berlin geschehen.

Württemberg. Stuttgart, 30. April. Sicherem Vernehmen nach wird Se. Maj. der König in den nächsten Tagen auf Einladung eine Reise zum Besuche der kaiserl. französischen Familie nach Paris mit großem Gefolge antreten und etwa 8 Tage daselbst verweilen. (Heilbr. Tgblt.)

Kurhessen. Marburg, 28. April. Amtmann Tassius in Kassel, Stifter und Vorstand des Treubundes, befindet sich jetzt im Gefängniß und kommt demnächst vor das Schwurgericht, das in Folge der vielen Veruntreuungen und Geldunterschlagungen, die er während seiner dienstlichen Laufbahn sich hat zu Schulden kommen lassen, der Letzteren wohl ein Ziel setzen dürfte. Von seinen acht Kindern hat der Regierungsdirektor Harbordt in Hanau sieben für immer zu sich genommen; das jüngste ist bei der Mutter in Kassel geblieben. (Fr. Bl.)

Reuß. Gera, 26. April. Von den Gründern der Geraer Bank ist dem Lande die Summe von 10,000 Thlrn. gezahlt worden, die nach übereinstimmendem Beschluß der Staatsregierung und des Landtags zur Gründung einer Landes-Irrenanstalt verwendet werden wird. (Leipz. Z.)

Belgien.

Brüssel, 29. April. Schon trägt die auf dem Pariser Kongresse durch den Grafen Walewski gegen die Belgische Presse erhobene Klage ihre Früchte, da mehrere Minister, man nennt Herrn Dedecker, Minister des Innern, und den Grafen Vilain XIV., Minister der auswärtigen Angelegenheiten, eher sich zurückziehen wollen, als durch die Vorlage neuer Repressiv-Maßregeln gegen die Preßfreiheit ihrer ganzen bisherigen parlamentarischen und staatsmännischen Laufbahn ein so auffallendes Dementi zu geben. (K. Z.)

Großbritannien.

Graf Cavour ist in England mit großer Auszeichnung empfangen worden. Derselbe sprach sich über den herzlichen Empfang, der ihm in England geworden ist, ganz offen aus. Die Aufnahme, welche ihm Seitens der Königin wurde, war äußerst schmeichelhaft und vielversprechend für Piemont. Ihre britische Majestät versicherte dem Grafen Cavour, sie werde es nie vergessen, daß die Regierung seines Landes die erste gewesen sey, die in einem so schwierigen Augenblicke die Waffen ergriffen und gemeinschaftliche Sache mit den Westmächten gemacht habe. (Köln. Ztg.)

* London, 29. April. Der Friedensvertrag ist bis jetzt bekannt, und die „Times" bemüht sich, darzuthun, daß es unverständig seyn würde, mehr zu verlangen, als der Vertrag gewährt. Wir hätten kaum gedacht, daß das City-Blatt sich so leicht zufriedenstellen ließe. Als besonders wichtig sieht die „Times" die Art. 7 und 8 an, „welche, sagt sie, die Türkei in das europäische Staatensystem aufnehmen, ihre Unabhängigkeit und Gebiets-Integrität sichern und jeder der kontrahirenden Mächte die Verpflichtung auferlegen, im Falle einer ernstlichen Mißhelligkeit mit der Türkei nicht eher zu den Waffen zu greifen, als bis den übrigen Mächten die Gelegenheit zur Vermittlung geboten worden ist." An einer andern Stelle sagt die „Times": „Nach reiflicher Prüfung des Vertrages scheint es uns, daß man dieses Mal nicht, wie so oft früher, wird sagen dürfen,

was durch das Schwert genommen, sey durch die Feder wieder verloren worden. Der Vertrag steht mindestens in dem entsprechenden Verhältnisse zu unsern militärischen Erfolgen. (??) Es kann nichts nützen, uns in Vermuthungen darüber einzulassen, was für weitere Zugeständnisse wir noch von Rußland hätten erringen können. Wie die Sache in Wirklichkeit liegt, haben wir einander gegenseitige Achtung eingeflößt, und diese Achtung findet in dem Vertrage ihren Ausdruck. (War etwa das der Zweck des Krieges?) Daß über die Nordforts von Sebastopol und über die Forts von Nikolajeff nichts bestimmt worden sey, könne vielleicht beunruhigen. In dieser Hinsicht tröstet sie sich damit, daß die Engländer, durch Erfahrung klug geworden und genöthigt, genau auf die Erfüllung des Vertrages zu achten, das Verfahren, welches Rußland in Bezug auf diese Forts beobachten wird, als eine Art Prüfstein seiner Aufrichtigkeit betrachten werden. Der Kaiser, sagt sie, macht sich verbindlich, kein militärisch-maritimes Arsenal an der Küste des schwarzen Meeres zu errichten oder bei zubehalten, und wenn auch aus der wörtlichen Auslegung dieser Bestimmung die Zerstörung der steinernen Batterien und der Erdwerke von Sebastopol nicht folgt, so folgt doch daraus die Zerstreuung aller der daselbst aufgehäuften Heer- und Flotten-Vorräthe." Und wenn er's nicht thut?

* London, 29. April. Im Unterhaus hat Whiteside folgenden Beschluß, welcher einem Tadel der Regierung gleich kommt, beantragt: „Während das Haus es für seine Pflicht hält, die Bewunderung auszudrücken, welche es der bei der Belagerung von Kars bewiesenen Tapferkeit der türkischen Soldaten und der Hingebung der engl. Offiziere zollt, fühlt es sich zugleich verpflichtet, die Ueberzeugung auszusprechen, daß der Mangel an Umsicht und Thatkraft von Seiten der engl. Regierung zum großen Theile die Schuld trägt an der die Sicherheit asiat. Türkei gefährdenden Uebergabe jener Festung und des sie vertheidigenden Heeres." Dies veranlaßte den Lord Palmerston auf gestern die liberalen Unterhausmitglieder zu sich zu berufen, und ihnen zu erklären, er werde seine Entlassung einreichen, wenn nicht die ganze liberale Partei ihm ihre Unterstützung angedeihen lasse. Nach zweistündiger Diskussion erklärte das Meeting sich einmüthig bereit, die Regierung zu unterstützen. Zu gleicher Zeit hatte Lord Derby die Tories bei sich versammelt, etwa einhundertundneunzig Köpfe. Die Unterhaltung drehte sich eben so, wie auf dem Palmerston'schen Meeting, hauptsächlich um den Antrag Whiteside's. Man entschied sich schließlich mit bedeutender Majorität dafür, die Motion Whiteside's zu unterstützen. Man schien übrigens entschlossen zu seyn, Lord Stratford de Redcliffe so glimpflich wie möglich zu behandeln. Bekanntlich soll auf Lord Redcliffe kein geringer Theil der Schuld an dem Verlust von Kars fallen. Die Debatte im Unterhaus über Whiteside's Antrag begann am 28. und war am 29. noch nicht geschlossen.

Frankreich.

Paris, 28. April. Heute fuhr der Graf Orloff in einem Galawagen in die Tuilerien, um dem Kaiser die Thronbesteigung des Kaisers Alexander II., die bisher noch nicht offiziell mitgetheilt war, zu notifiziren. Der Baron v. Brunnow wird sich nach England begeben und sich desselben Auftrags am Hofe der Königin Viktoria entledigen. Als russischer Gesandter wird der Fürst Dolgoruki, bisher Kriegsminister, nach Paris kommen. (Fr. Pstz.)

Italien.

Zur Entrüstung der Engländer in Neapel ist der vielgenannte Ex-Polizei-Direktor Mazza in Neapel nach seiner Rückkehr aus Rom zum Mitglied des Staatsraths ernannt worden. Mazza hatte bekanntlich als Polizeidirektor die Engländer nicht eben aufs freundlichste behandelt und war auf Beschwerde der britischen Regierung dieses Postens enthoben worden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Ueber die Vorgänge in Naplus meldet die „Preuß. Korr." Folgendes: „Am 4. April hat in Naplus, dem alten Sichem in Samarien, eine Erhebung der mahomedanischen gegen die christliche Bevölkerung stattgefunden, welche von den traurigsten Folgen begleitet war. Vier Personen sind dabei getödtet worden, darunter der Vater des preußischen Agenten Sayd Kawar; acht Andere wurden schwer verwundet. Die fanatische Menge ist in die Häuser des englischen und französischen Agenten gedrungen, hat sie geplündert und Alles darin zerbrochen, namentlich die auf denselben angebrachten Masten zum Aufziehen der Nationalflagge. In ähnlicher Weise ist die griechische Kirche ausgeraubt worden, nachdem man die Altäre umgestürzt und die Kirchenbücher zerrissen hatte. Ein gleiches Schicksal der Plünderung haben fast sämmtliche Häuser des Christen-Viertels erlitten; Eines der wenigen Häuser, welche verschont blieben, war das des preußischen Konsular-Agenten, welches durch befreundete Mahomedaner geschützt worden ist. Hätte sich der Vater dieses Agenten bei ihm und nicht unglücklicherweise in der englischen Konsular-Agentie im Augenblick des Aufstandes befunden, so wäre er vollständig geschützt gewesen und nicht um das Leben gekommen. Auch Frauen und Kinder sind im Gemetzel nicht geschont worden und Mißhandlungen aller Art nicht entgangen. Als nächste Veranlassung zu diesem traurigen Vorfall wird angegeben, daß ein englischer Reisender, durch die Zudringlichkeit eines taubstummen mahomedanischen Bettlers belästigt, unvorsichtigerweise diesem mit der Mündung seines Gewehres einen Stoß versetzt habe, das Gewehr geladen, sey in Folge dessen unglücklicherweise losgegangen und sey der Bettler erschossen worden. Dieser Unfall ist nun von solchen Personen, welche mit dem Hat-Humayun vom 18. Febr. d. J. und mit der darin ausgesprochenen Gleichberechtigung für Mohamedaner unzufrieden waren, benutzt worden, um die Ersteren gegen die Letzteren, namentlich gegen die Christen aufzuregen. Unter dem Vorgeben, daß die mohamedanische Religion abgeschafft sey, haben übelwollende Mohamedaner am Freitag, den 4., also gerade am Feiertage, die Moscheen geschlossen und die Anhänger des Propheten dadurch verhindert, ihre vorschriftsmäßigen Gebete zu verrichten. Die leicht fanatisirte Menge hat sich darauf in Masse erhoben und ist über die Christen hergefallen. Der Engländer, welcher den Bettler getödtet, ist durch den Gouverneur des Orts gegen die Volksrache geschützt worden; statt seiner haben für die von ihm begangene Unvorsichtigkeit Viele leiden müssen."

Rußland und Polen.

Bemerkenswerth ist, daß vor der Entlassung der Reichswehr-Druschinen in feierlicher Versammlung der Offiziere und Gemeinen an die Letzteren die Frage gerichtet werden soll, wer von ihnen in das stehende Heer eintreten wolle. Dies deutet darauf hin, daß das stehende Heer nicht nur nicht reduzirt werden soll, sondern sehr bedeutende Lücken in demselben in außerordentlicher Weise auszufüllen sind. Nur diejenigen Streiter der Reichswehr, die so in die Armee übertreten, dürfen das ihnen als Auszeichnung verliehene Kreuz auf der Brust tragen, die Uebrigen behalten es nur an der Mütze.

Aus Rußland sind, sowohl vom Gouvernement als von Privaten, mehrere ehrenvolle Anträge an belgische Ingenieure ergangen, um in Rußland industrielle Etablissements anzulegen. Auf dem großen russ. Gebiete ist allerdings in dieser Richtung noch sehr bedeutend zu wirken. (K. Z.)

Amerika.

Philadelphia ist von einem furchtbaren Sturme heimgesucht worden; 2 Kirchen, 3 Fabriken und 150 andere Gebäude wurden zum Theil demolirt, und das 160 Fuß lange Dampfschiffkessel-Gebäude der Franklin-Eisengießerei ward gänzlich zerstört. (K. Z.)

Es geht das Gerücht, das Heer Walker's habe durch Truppen von Costa Rica eine mit großen Verlusten verbundene Niederlage erlitten. (T.D.d.K.Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Die „Independance belge" veröffentlicht neue Auszüge aus dem Protokoll der Konferenzsitzung vom 8. April. Von Lord Clarendon werden noch folgende Aeußerungen angeführt: „Für die Wohlfahrt des Kirchenstaats sowie im Interesse des souveränen Ansehens des Papstes wäre es nach seiner (Lord Clarendon's) Absicht nützlich, die Weltlichmachung der Regierung und die Einführung eines mit dem Geiste des Jahrhunderts im Einklang stehenden Verwaltungssystems anzuempfehlen, welches das Glück des Volkes bezwecke. Er räumt ein, daß diese Reform vielleicht zu Rom selbst, für den Augenblick, gewisse Schwierigkeiten haben werde, aber er glaubt, daß sie in den Legationen leicht bewerkstelligt werden könnte. Lord Clarendon fügt bei, daß seit 18 Jahren Bologna im Belagerungszustande ist, und daß das flache Land durch den Straßenraub geplagt wird. Man kann hoffen, meint er, daß, wenn in diesem Theile des Kirchenstaats ein zugleich weltliches und gesondertes Verwaltungs- und Gerichtswesen eingeführt und eine nationale bewaffnete Macht daselbst organisirt würde, die Sicherheit und das Vertrauen sich rasch herstellen würden, und daß somit die österreichischen Truppen sich in Kurzem zurückziehen könnten, ohne daß man die Wiederkehr neuer Unruhen zu befürchten hätte. Es ist dies mindestens ein Versuch, den man nach seiner Ansicht vornehmen müßte, und dieses Gegenmittel gegen unbestreitbare Uebel müßte durch den Kongreß der ernstlichen Erwägung des Papstes dargeboten werden. Graf Walewski schließt die stattgehabte Erörterung, indem er sie in folgenden Worten zusammenfaßt: Er wünsche sich Glück dazu, die Bevollmächtigten veranlaßt zu haben, ihre Ideen über die zur Erörterung gelangten

Fragen auszutauschen. Er hätte gedacht, daß man sich, mit Nutzen vielleicht, über einige der Gegenstände, welche die Aufmerksamkeit des Kongresses auf sich gezogen haben, auf vollständigere Weise hätte aussprechen können; aber auch so, sagt er, ist der Austausch von Ideen nicht ohne Nutzen; denn es geht seines Dafürhaltens daraus hervor: 1) daß Niemand die Nothwendigkeit bestritten hat, sich reiflich überlegend mit Verbesserung der Lage Griechenlands zu beschäftigen, und daß die drei Höfe die Wichtigkeit anerkannt haben, sich in dieser Beziehung unter sich zu verständigen; 2) daß die Bevollmächtigten Oesterreichs sich dem von den Bevollmächtigten Frankreichs ausgedrückten Wunsche angeschlossen haben, den Kirchenstaat von den französischen und österreich. Truppen geräumt zu sehen, sobald es ohne Nachtheil für die Ruhe des Landes und für die Sicherung des heiligen Stuhls wird geschehen können; 3) daß die Mehrzahl der Bevollmächtigten die Wirksamkeit nicht bestritten hat, welche Maßregeln der Milde, in angemessener Weise von den Regierungen der italienischen Halbinsel und insbesondere von jener Beider Sizilien getroffen, haben würden, 4) daß alle Bevollmächtigten, und daß sogar jene, die den Grundsatz der Preßfreiheit vorbehalten zu müssen glaubten, nicht gezögert haben, laut die Exzesse zu brandmarken, denen die belgischen Journale sich ungestraft hingeben, unter Anerkennung der Nothwendigkeit, den wirklichen Uebelständen abzuhelfen, die aus der zügellosen Ausgelassenheit hervorgehen, womit ein so großer Mißbrauch in Belgien gemacht wird." (D. A. Z.)

Es ist nun auch der Wortlaut der drei Anhänge zum Friedensvertrag bekannt.

Erster Anhang. Art. 1. Se. Maj. der Sultan einerseits erklärt, daß er des festen Willens ist, in Zukunft das als alte Regel Seines Reiches unwandelbar festgestellte Prinzip, in Folge dessen es zu allen Zeiten den Kriegsschiffen der fremden Mächte untersagt war, in die Meerenge der Dardanellen und des Bospor einzulaufen, aufrecht zu erhalten; und daß Se. Majestät, so lange sich die Pforte im Frieden befindet, kein fremdes Kriegsschiff in die genannten Meerengen einlassen wird; und Ihre Majestäten der König von Preußen, der Kaiser von Oesterreich, die Königin des vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland, der Kaiser aller Reussen und der König von Sardinien, andererseits, verpflichten sich, diese Willensbestimmung des Sultans zu achten und sich das vorhin erwähnte Prinzip zur Richtschnur zu nehmen. — Art 2. Wie in früherer Zeit, behält sich der Sultan vor, denjenigen leichten Fahrzeugen unter Kriegsflagge Passage-Firmane zu ertheilen, welche, der Gewohnheit gemäß, im Dienst der Gesandtschaften der befreundeten Mächte verwendet werden sollen. — Art. 3. Dieselbe Ausnahme findet ihre Anwendung auf diejenigen leichten Fahrzeuge unter Kriegsflagge, welche eine jede der kontrahirenden Mächte befugt ist, an den Mündungen der Donau zu stationiren, um die Ausführung der auf die Freiheit des Flusses bezüglichen Bestimmungen zu sichern, und deren Zahl nicht zwei für jede Macht überschreiten darf.

Zweiter Anhang. Art 1. Die hohen kontrahirenden Theile verpflichten sich gegenseitig, im schwarzen Meere keine andern Kriegsschiffe zu halten, als diejenigen, deren Zahl, Stärke und Umfang nachstehend festgesetzt sind: Art. 2. Die hohen kontrahirenden Theile behalten sich ein jeder vor, in diesem Meere sechs Dampfschiffe von fünfzig Metres Länge auf dem Wasserspiegel, von einem Gehalt von höchstens achthundert Tonnen, und vier leichte Dampf- oder Segelfahrzeuge, von einem Gehalt, welcher bei keinem zweihundert Tonnen übersteigen darf, zu unterhalten.

Dritter Anhang. Art. 1. Se. Maj. der Kaiser aller Reussen, um dem Wunsche zu entsprechen, welcher ihm von Ihren Majestäten dem Kaiser der Franzosen und der Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland ausgedrückt worden, erklärt, daß die Alands-Inseln nicht befestigt werden sollen und daß daselbst ein militärisches oder maritimes Etablissement weder unterhalten, noch begründet werden soll.

Handels- und Börsen-Berichte.

Wien, 30 April. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{1}{4}$; 5pCt. Metall. $84\frac{3}{4}$; $4\frac{1}{2}$pCt. 75; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 133; von 1854 $108\frac{1}{4}$; Bankaktien 1125; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 349; Donau Dampfschiffahrtsaktien 628; österr. Staatsbahnaktien 351; Nordbahnaktien 3075. Wechselkurse: Augsburg uso $102\frac{1}{4}$; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Antwerpen, 26. April. Kaffee. Seit unserm Letzten zeichnete sich unser Platz durch eine große Unthätigkeit des Brasil aus. Ordres für Export bestanden gar nicht, und der Konsument findet in den Auktionen wegen Beschädigung reichlich Gelegenheit sich zu versehen. Die Eigner wollen indeß Nichts an ihren Forderungen ändern und wir fahren fort mit einer nominellen Notirung. St. Domingo ist ebenfalls stille, doch halten sich die Preise in guter Behauptung. Man bewilligte für ca. 1000 Ballen im Laufe der Woche geschlossen. $30\frac{3}{4}$ a $31\frac{1}{4}$ C. Entr. Java wird nur für laufenden Bedarf genommen. In Auktion sind wegen Beschädigung ca. 800 B. Rio ex „Cäsar u. Lucie" zu 50 a 63 C. pr. $\frac{1}{2}$ Kil. verzeichnet begeben. Für den 29. ds. sind ferner 1475 B. beschädigten Rio ex „Providence" 1200 B. dito dito ex „Fanny u. Lucie", 1056 B. Santos ex „Rio Pakel" und 300 B. St. Domingo ex „President" angezeigt.

Reis. Trotz der Preisverminderung von geschältem Arrakan-Reis, bleibt der Markt stille und man verkaufte nur ca. 1500 Ballen zu den Preisen von f. 7 a 8 nach Güte. Von Arrakan in Bruch fanden einige 100 Ballen zu f. 5 a $5\frac{3}{4}$ Käufer. Der uncleaned hatte von Neuem Absatz für Export und seit dem Letzten hat man 6500 B. ex „Stormbird" zu f. 6 und 3000 Ballen (erhitzt) Rest ex „Merimac" zu f. $5\frac{1}{2}$ geschlossen. Von Karolina-Reis wurde uns der Verkauf von 60 Fässer zu f. $15\frac{1}{2}$ gemeldet. In Auktion sind ferner 116 Tiercen beschädigter Karolina ex „Edisto" zu fr. 27 a 31 pr. 50 Kil. losgeschlagen. Für den 28. d. sind ca. 4000 Ballen Bengal in Auktion angezeigt.

Rohzucker. Die Beschränktheit des Vorraths und der Mangel an schöner Waare haben anhaltend die Geschäfte gehindert und der Abschluß der Woche bestand nur in 176 Kisten Havana ex „Bellona" Nr. 12 zu f. $18\frac{1}{2}$ nat. Entr. 113 K. Nr. 12 a f. 19 fr. Entr. Die frühere Notirung ist heute fest behauptet. In Auktion sind wegen Beschädigung 90 K. Havana ex „Susanna" zu fr. $35\frac{1}{4}$ a $38\frac{1}{4}$ pr. 50 Kil. fr. Entr. (Rechte fr. 1.70) verkauft.

Nichtpolitische Zeitung.

Der „Weimarer Zeitung" schreibt man aus Rudolstadt vom 25. April: „Diesen Morgen erschoß sich der Hofmaler Heinrich Otto, ein talentvoller Künstler, in Folge vielen Hauskreuzes und eigener Leiden."

Siehe Neueste Nachrichten im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ **Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."**
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 123.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreyspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 3. Mai 1856

Deutscher Bund.

× Berlin, den 29. April. (Privat-Korrespondenz) Für den deutsch-österreichischen Postverein ist in Bezug auf unbestellbare Postsendungen eine Vereinbarung getroffen, daß Postsendungen für unbestellbar alsdann zu erachten sind, wenn der Adressat am Bestimmungsorte nicht zu ermitteln und die Nachsendung nicht möglich oder nicht zuläßig ist; wenn die Sendung mit dem Vermerk „poste restante“ bezeichnet ist und nicht binnen 3 Monaten, vom Tage der Einlage an gerechnet, von der Post abgeholt wird; wenn die Sendung mit Postvorschuß, auch für den Fall, daß sie mit poste restante bezeichnet ist, innerhalb 14 Tagen nicht eingelöst worden ist, und wenn die Annahme verweigert wird. Für den ersten Fall, daß der Adressat am Bestimmungsorte nicht zu ermitteln ist, soll, wenn unter mehreren dem Adressaten gleichbenannten Personen der wirkliche Empfänger nicht sicher zu unterscheiden ist, der Begleitbrief nach dem Aufgabe-Orte zurückgesandt werden, um den Absender, wenn derselbe an der äußeren Beschaffenheit des Begleitbriefes erkannt oder sonst auf geeignete Weise ermittelt werden kann, zur näheren Bezeichnung des Adressaten zu veranlassen. Alle anderen Postsendungen sind, wenn sie als offenbar unbestellbar erkannt sind, ohne Verzug nach dem Aufgabe-Orte zurückzusenden. Nur bei Sendungen, die einem schnellen Verderben unterliegen, muß, soferne nach dem Ermessen der Abgabe-Postanstalt Grund zu der Besorgniß vorhanden ist, daß das Verderben auf dem Rückwege eintreten werde, von der Rücksendung abgesehen werden, und die Veräußerung des Inhaltes für Rechnung des Aufgebers erfolgen. In allen vorgedachten Fällen ist der Grund der Zurücksendung, oder eintretenden Falles, daß und weßhalb die Veräußerung erfolgt sey, auf dem Begleitbriefe zu vermerken. Die zurückzusendenden Gegenstände dürfen nicht eröffnet, müssen vielmehr noch mit dem, vom Aufgeber aufgedruckten Siegel verschlossen seyn. Eine Ausnahme hievon tritt nur ein bezüglich der Briefe, welche von einer Person gleichlautenden Namens irrthümlich geöffnet wurden, und bezüglich der Briefe, welche Loose oder Offerten zu verbotenen Glücksspielen enthalten, die von den Adressaten nach den für sie geltenden Landesgesetzen nicht benutzt werden dürfen. Bei irrthümlicher Eröffnung von Briefen durch Personen gleichlautenden Namens ist übrigens, sofern dies möglich ist, eine von Letzteren selbst unter Namensunterschrift auf die Rückseite des Briefes niederzuschreibende bezügliche Bemerkung beizubringen.

Bayern. München, 27. April. Ueber die an die Kammer gelangten Gesuche um Aufbesserung der Volksschullehrer-Gehalte heißt es in der gestern angeführten Mittheilung des Kultusministerium an die Kammer weiter: „Auch die Lage der Hinterlassenen der Schullehrer ist keineswegs so traurig, als sie gewöhnlich dargestellt wird. Sind selbst die Relikten höher gestellter pragmatisch angestellter Staatsdiener in der Regel nicht in der Lage, von den ihnen zukommenden Pensionen und Alimentationen ihren Unterhalt bestreiten zu können, so ist dies allerdings bei den Relikten der Schullehrer noch weniger möglich; allein es bestehen bereits in allen Kreisen Vereine der Schullehrer zur Unterstützung ihrer Wittwen und Waisen, welche allerdings zunächst aus ihren eigenen Beiträgen dotirt sind, aber auch nicht unbeträchtliche Zuschüsse aus Kreis- und Zentralfonds erhalten, für welche das Budget einen Beitrag von 8000 fl. jährlich aus Zentralfonds ausweist, welchen die Ueberschüsse des Zentralschulbücherverlages zugewiesen sind, die sich in den letzten 5 Jahren auf je 4000 fl. beliefen und welche vielfach die Erträgnisse der Interkalarien erledigter Schulstellen nach Abzug der Verwesungskosten beziehen. Es ist auch die Ansicht eine irrige, als ob die Schullehrer der Mehrzahl nach vermögenslos wären; namentlich heirathen die Schullehrer, wie aus den sehr zahlreichen, zur Vorlage an das unterzeichnete Staatsministerium gelangenden Verehelichungsakten derselben hervorgeht, großentheils Mädchen mit einem für ihre Verhältnisse nicht unbedeutenden Vermögen, und ihre Lage würde sich offenbar noch besser gestalten, wenn nicht bei dieser Klasse, welche unter allen am frühesten zur Selbständigkeit gelangt, der Drang, einen eigenen Heerd zu gründen, so vorherrschend wäre, und die meisten Schullehrer in einem Lebensalter heiratheten, in welchem die Mehrzahl der Einwohner des Königreichs noch nicht daran denken kann, eine selbständige Stellung zu erlangen, weßhalb denn die meisten auch sehr zahlreiche Familien haben und deßhalb viele in späteren Jahren mit ihrer Einnahme nicht ausreichen. Die Relikten der Schullehrer sind daher bei deren Ableben keineswegs der Mehrzahl nach auf die allerdings unzureichenden Bezüge aus den Unterstützungsvereinen angewiesen. Es dürfte demnach sowohl, was die Fürsorge für die dienstuntauglich gewordenen Schullehrer, als für die Hinterbliebenen verstorbener Schullehrer betrifft, so viel geschehen seyn, als die Verhältnisse gestatten, und namentlich zur Zeit die zunächst hiezu in keiner Weise verpflichteten Zentralfonds auch nicht in der Lage seyn, ein Mehreres hiefür zu thun. Nach einer (dem Bericht anliegenden) Uebersicht des Staatsaufwandes für die deutschen Schulen haben die Zentralfonds im Jahre 1854/55 für diesen Zweck 451,967 fl. 23 kr. 1 dl. beigetragen, während aus Kreisfonds nur 140,194 fl. 11 kr. zugeschossen wurden; im Jahre 1835/36 betrug die Ausgabe für diesen Zweck nur 210,283 fl. 8 kr. aus Staatsfonds, ist sohin seitdem um mehr als das Doppelte gestiegen, die Ausgaben auf Personalexigenz der Schullehrer betrugen im Jahre 1835/36 insgesammt 1,693,092 fl. 7 kr., im Jahre 1851/52 2,543,340 fl. $28\frac{3}{4}$ kr., sohin um 850,248 fl. $21\frac{3}{4}$ kr. mehr, während die Zahl der männlichen Lehrer im Jahre 1835/36 8,232 und im Jahre 1851/52 8,622 betrug, sohin nur um 390 zugenommen hat. Der Gehalt eines Lehrers, wenn man die Lehrerinnen einrechnet, betrug im Jahre 1835/36 durchschnittlich $194\frac{4}{8}$ fl. und im Jahre 1851/52 $282\frac{3}{8}$ fl., hat sich sohin um $87\frac{7}{8}$ fl., etwas über 44pCt. seit 16 Jahren erhöht, wobei zu berücksichtigen ist, daß unter dieser Zahl die Lehrerinnen, Schulgehülfen und Verweser mit geringeren Bezügen begriffen sind, der Durchschnittsbezug der wirklichen Lehrer demnach ein beträchtlich höherer ist. Diese Zahlen dürften lauter sprechen, als die Petitionen der Schullehrer, welche fortwährend und zwar meist nur aus der Staatskasse eine Erhöhung ihrer Bezüge verlangen, welche den Staatsdienern seit der Regulirung der gegenwärtigen Besoldungen vor nahezu 50 Jahren nicht zu Theil geworden ist. Was den in der Petition der Schullehrer von Wunsiedel enthaltenen Antrag auf Verwandlung des Schulgeldes in eine allgemeine Steuer betrifft, so muß man sich unbedingt gegen denselben aussprechen. Die Eltern sind zunächst verpflichtet, ihren Kindern die nothwendige Erziehung zu geben und leisten durch Entrichtung des sehr mäßigen Schulgeldes nur einen kleinen Beitrag zu den Opfern, welche die Gesammtheit dafür bringt und wovon ohnehin die Armen befreit sind, für welche die Armenkasse bezahlt. Würde das Schulgeld aufgehoben, so läge selbst die Befürchtung nahe, daß viele Eltern auf den unentgeldlich gebotenen Unterricht noch weniger Werth legen würden, als es jetzt schon häufig der Fall ist; dabei wäre nicht abzusehen, wozu eine eigene Steuer das Schulgeld ersetzen sollte, da es viel einfacher wäre, den Entgang aus der Staatskasse zu decken.“

München, 1. Mai. Se. Maj. der König haben bereits bestimmt, daß Allerhöchstsie an der diesmaligen Frohnleichnams-Prozession Theil nehmen werden. (N. B.)

Preußen. Berlin, 28. April. Die „N. Preuß. Ztg.“ meldet, daß der Professor der Geschichte Cornelius in Bonn den Ruf nach München angenommen hat, und um Michaelis dorthin abgehen wird. (Allg. Ztg.)

Berlin, 1. Mai. Die gestrige Debatte im Abgeordneten-Haus betraf den Antrag des Abg. Frhrn. v. d. Horst, wegen

Einbringung eines Gesetzvorschlages Behufs Beschränkung des frühen Heirathens.

Es gibt eine gewisse Art gesunden Menschenverstandes, der, wenn er nicht über die engen Gränzen seiner häuslichen nächsten Umpfählung hinaus will, sich ganz gut ausnimmt. Solche Köpfe urtheilen über Gegenstände innerhalb dieses engen Gesichtskreises ganz treffend, und so bilden sich sogenannte Dorf-, Stadt-, ja Kreis-Genies. Von dem Augenblicke aber an, in welchem sie das Allgemeine umfassen sollen, reichen ihre Allegate und Anschauungen aus dem nächsten Gesichtskreise nicht aus; es fehlt ihnen die Wissenschaft, die hinaus ist über die enge Gränze, die eine Jahrhunderte lange im Zusammenhang gebliebene und eine über das Menschengeschlecht sich verbreitende, verarbeitete Erfahrung ist. Dies gilt ebenso von Hrn v. d. Horst, der alle Beweise für seine Behauptungen aus den Erfahrungen in seinem Kreise schöpfte, wie von Herrn Heise, der Alles in Halle erlebt hatte. Die Herren traten mit Behauptungen auf, daß man an sich selbst irre werden, an alle dem verzweifeln mußte, was man mühsam studirt hatte. Ueber Proletariat, Entsittlichung, frühe Ehen, Armenpflege kamen Dinge zum Vorschein, als ob kein Gerando, keine Geschichte, welche über die niedern Klassen der Gesellschaft Auskunft gibt, keine Literatur über die Zustände in den höhern Klassen jemals existirt hätte. Herr Heise stellt außerdem schließlich noch als Herr v Henning alles dies bestritt und Beweis verlangte, eine ganz neue Theorie von Notorietät auf, indem er meinte, die Notorietät sey auch ein Beweismittel, die Thatsachen seyen notorisch — ergo — quod erat demonstrandum.

Herr v. Patow wollte die Rechte überzeugen und meinte, daß jedenfalls das Mittel, die Ehen zu beschränken, nicht den gewünschten Erfolg haben werde. Er hat Recht und hätte schließen können: läßt man erst mit 24 Jahren heirathen, so wird dies nichts helfen; läßt man erst mit 30 Jahren in die erste Kammer, mit 40 Jahren in die zweite kommen, es wird nichts helfen, denn — man wird in allen Fällen lernen und arbeiten müssen.

Herr v. Patow, nachdem Herr von Henning ganz richtig behauptet hatte, daß er wirkliche Argumente noch nicht gehört habe, und die Sache wissenschaftlich so tief liege, daß er auf der Tribüne unmöglich näher darauf eingehen könne — gab sich die Mühe, mit statistischen Nachweisen in der Hand den Antrag von Grund aus zu vernichten. Er bewies, daß in Preußen die Zahl der Ehen abgenommen, daß also der Leichtsinn bei Eingehung derselben nicht steigend seyn könne; er bewies ferner, daß, während bei uns die Zahl der unehelichen Kinder zu den ehelichen wie 8 zu 100 stehe, in München vor Kurzem das dritte, jetzt das zweite Kind ein uneheliches sey; er bewies, daß ein ähnliches ungünstiges Verhältniß in dem gelobten Lande der Umzugs- und Heirathsbeschränkungen, in Baden und Württemberg stattfinde, und er bewies schließlich, daß in dem ebenfalls belobten Mecklenburg die Zahl der unehelichen Geburten so zugenommen habe, daß noch 1740 auf 17 Geburten, jetzt auf 4½ Geburten ein uneheliches Kind komme; er wies darauf hin, daß in allen diesen Ländern die Auswanderung der tüchtigsten Kräfte massenhaft zunehme, daß sogar der mecklenburger Adel anfange, bedenklich zu werden, und er rollte ein Bild auf, wohin die neuesten Tendenzen der Rechten führen müßten, das gewiß geeignet war, ein Halt! zuzurufen.

Seine Rede hatte dem Abgeordneten Reichensperger (Köln), der sich ebenfalls statistisch gewaffnet hatte, ein gutes Theil Terrain genommen, aber dennoch verstand es dieser mit einer ganz besonderen Ironie den Riß zu erweitern, den Herr v. Patow in das System der Gegner gemacht hatte. Er beleuchtete unter Anderem das Verhältniß der Frage zum Christenthum und zum christlichen Staat, als dessen Verfechter die Rechte auftrete, und bewies, daß eine Beschränkung dieser Art der katholischen wie der protestantischen Konfession entgegen sey; er citirte Luther, der die jungen Leute heirathen lassen will und die Sorge um die Kinder damit beseitigt, daß er sagt: „laßt sie nur anfassen und arbeiten, und wegen der Kindlein und ob sie ernährt werden, laßt Gott sorgen; Gott macht die Kinder und wird sorgen, daß sie ernährt werden". Der Redner wies aus Hübner's Statistik nach, daß schon seit der Erschwerung des Meisterwerdens durch die Gewerbeordnung von 1845 die unehelichen Geburten zugenommen hätten.

Schließlich nahm noch Herr Wagener das Wort. Wie schon der Antragsteller diesen Antrag als ein Glied in der Kette bezeichnete, mittelst deren die „Revolution" gefesselt werden solle, so schlug auch Herr Wagener die alten Saiten an, indem er meinte, daß es darauf ankomme, das Jahr 1848 und seine Konsequenzen aus der Welt zu schaffen. Er kehrte sich nicht daran, daß Freizügigkeit und alle die jetzt verkürzten Freiheiten lange vor 1848 bestanden hatten, daß gerade im altpreußischen Wesen der Zug nach Befreiung aus mittelalterlichen Banden begründet sey; er verwarf alle Statistik, behauptete, sie werde gemacht nach den resp. Zwecken, und versprach, daß auch die Reaktion für eine ihr zusagende Statistik sorgen werde! Zur Sache sprach er nichts.

Soviel wurde doch durch die gründlichere Behandlung der Sache von der Linken erreicht, daß der einfache Uebergang zur Tagesordnung nur mit wenigen Stimmen verworfen und der Antrag der Kommission angenommen wurde, der die Sache der Regierung zur Erwägung übergibt. (Nat.-Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 29. April. (Privat-Korresp.) Schon seit längerer Zeit fanden in dem Finanzministerium Berathungen über eine in der Steuerverfassung der Militärgränze vorzunehmenden Reform statt, und sind dieselben nun, wie ich vernehme, vor Kurzem geschlossen worden. Frhr. v. Bruck hat hierüber auch bereits Sr. Maj. dem Kaiser einen Bericht erstattet und erwartet man schon in nächster Zeit die Veröffentlichung der definitiven Beschlußfassung. Einer verbürgten Mittheilung zufolge hatte Frhr. v. Bruck ursprünglich den Antrag gestellt, das vom 7. Mai 1850 datirende Militärgränzstatut ganz aufzugeben, worauf jedoch, wie es scheint, aus militärischen Rücksichten nicht eingegangen wurde. Die Reformen, welche das gedachte Grundgesetz erfahren soll, werden sich ausschließlich nur auf die Steuerverfassung beziehen, und hofft man durch die vom Finanzministerium in Antrag gebrachten Maßnahmen ein höheres Steuererträgniß von der Militärgränze zu erzielen, welches im Vergleiche zu der Steuerleistung anderer Kronländer allerdings nicht bedeutend ist, und sich seit mehr als dreißig Jahren nicht merklich geändert hat; es mag sich im Ganzen auf ungefähr 1,050,000 Gulden belaufen. Diese Differenz kann jetzt nur zum Theile durch das Uebergewicht der den Gränzern obliegenden persönlichen Leistungen ausgeglichen werden. — Die Stagnation, welche in den letzten Wochen sich an unserer Börse kundgab, ist noch immer nicht beseitiget, und entmuthigt unsere Spekulanten in hohem Grade.

Wien, 28. April. Ein Ministerialerlaß macht bekannt, daß mit heutigem Tage das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen und Munition in der Richtung gegen die russischen und osmanischen Staaten, ferner das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Salpeter, Schwefel und Blei nach den russischen Staaten, dann nach der Türkei, endlich das Verbot der Ausfuhr von Pferden über alle Gränzen des Reiches außer Wirksamkeit gesetzt sind. (Allg. Ztg.)

Wien, 28. April. Dem Vernehmen nach stehen sächsische Kapitalisten mit mehreren Bergwerksbesitzern in Nordböhmen in Unterhandlung, um die in neuester Zeit nicht weit von der sächsischen Gränze entdeckten Steinkohlenflötze, die in das sächsische Gebiet hinüberreichen, zu erwerben. Diese Flötze sind nach genauerer Forschung, von bedeutender Mächtigkeit, hie und da sogar von 21 Ellen. Zur Ausbeute dieser Kohlenschätze soll sich, wie verlautet, ein Verein böhmischer und sächsischer Kapitalisten bilden, dessen Hauptsitz in Leipzig seyn dürfte. (Oesterr. Z.)

Der „Allg. Z." wird aus Linz, 28. April, geschrieben: „Das hiesige erzbischöfliche Gymnasium am Freinsberg hat durch Reskript des Unterrichtsministerium vom 10. d. das Oeffentlichkeitsrecht und die Befugniß zur Abhaltung von Maturitätsprüfungen erhalten. Es ist dies das erste Jesuitengymnasium in Oesterreich, dem diese Begünstigung zu Theil wird. Man betrachtet diesen Vorgang als den Vorläufer der Uebergabe einer Reihe von Gymnasien an die Jesuiten. Vorzüglich scheinen Polen, Böhmen und die südöstlichen Kronländer, Dalmatien, Südungarn und Kroatien ausersehen, die Früchte des Jesuitenunterrichts zuerst zu genießen. In Wien erhalten die Jesuiten die Kirche am Hof, die Universitätskirche (ob auch das Universitätsgymnasium, ist noch zweifelhaft) und die Kirche bei St. Anna. Dann ist, wie einige sagen, aus Privatmitteln, wie andere behaupten auf Staatskosten, eine schöne Landrealität in Kaltenleutgeben nächst Wien zur Gründung eines adeligen Knabenkonvikts angekauft worden, und wird den Jesuiten übergeben werden. Einem glaubwürdigen Gerüchte zufolge haben die Jesuiten großes Grundeigenthum in Ungarn in der Theißgegend, und zwar in solchen Bezirken erworben, die vorzüglich von Calvinisten bewohnt sind."

Belgien.

Brüssel, 27. April. Der Congreß der niederländischen Sprache und Literatur (Nederlandsch taal-en-letter-kundig Congres) wird sich in diesem Jahr in Antwerpen versammeln, und seine Sitzungen am 15., 16. und 17. Juni halten. Die Einladungen dazu an holländische, flämische und deutsche Gelehrte sind bereits ergangen. Der Hauptzweck dieses Congresses ist

die Erhaltung und Ausbildung der Sprache sowohl in den Niederlanden wie in Deutschland; zugleich will er sich mit der Fusion des Holländischen und des Flämischen beschäftigen, und wünscht ein ausführliches holländisches Wörterbuch herauszugeben. Bei Gelegenheit des Congresses werden in Antwerpen große Feste seyn.

Großbritannien.

(Die Eroberung China's auf Aktien.) Als ein merkwürdiges Zeichen erwähnen wir eine in London, Brüssel und Leipzig erschienene Broschüre: „La conquête de la Chine", welche nichts weniger vorschlägt, als — das ungeheure Reich der Mitte mit seinen 300 Mill. Einwohnern auf Aktien zu erobern. Nach dem ungenannten Verfasser würden 300 Mill. Fr. und eine aus den durch den Frieden disponibel gewordenen Truppen angeworbene Armee von 20—25,000 Mann zu dem Unternehmen genügen. (!!!)

Frankreich.

Paris, 26 April. Die Regierung weiht den abgeschlossenen Frieden mit einer großen ökonomischen Maßregel ein. Sie werden den Plan gelesen haben, wonach aus Privatmitteln des Kaisers an einem Ende von Paris Terrain angekauft, Häuser konstruirt und an Private verkauft werden, um als Arbeiterwohnungen zu dienen. Der Ort, den man dazu wählt, liegt am Boulevard Mazas, einem äußern Boulevard hinter der Faubourg St. Antoine, eine Stelle von Paris, die bis jetzt zum größten Theile unbebaut ist und dennoch durch ihre Lage in der Nähe der Arbeits- und Fabrikquartiere wie des Bastillenplatzes für die Arbeiter einen sehr gelegenen Wohnort bilden muß. Die Frage der Miethe ist nachgerade eine brennende geworden. Die großen Neubauten von Paris sind sowohl Sicherheits- als ökonomische Maßregeln. Von den Erstern behalten wir uns vor, ein anders Mal zu sprechen. Die Letzteren zielen dahin, einem großen Theile der Arbeiterbevölkerung direkt und mannigfachen Industrien indirekt Verdienst zu verschaffen. Nicht bloß Paris, sondern die Provinz im ausgedehntesten Maße zieht davon Nutzen. Man sieht z. B. die Maurer aus dem Süden schaarenweise heraufkommen. Hier bleiben sie einige Monate, leben so karg als möglich, scharren ein paar hundert Franken zusammen und kehren dann in die Heimat zurück; so lösen sie einander ununterbrochen ab und so vermochten sie während der theuren letzten Jahre ihre Familien zu erhalten. Indirekt aber werden unzählige Hände bei den zum Häuserbaue nothwendigen Materialien, bei den Arbeiten in Holz, Stein und Eisen beschäftigt. Doch diese massenhaften Bauten hatten von Anfang an einen großen Nachtheil mit sich geführt. Die Straßen, welche demolirt wurden, waren meist enge, abseits gelegene Winkelgassen, wo die untere Volksklasse ihre Wohnungen hatte; diese waren es, welche niedergerissen wurden, die Arbeiter also nöthigten, entweder anderswo Miethe zu suchen, wo sie theuerer war, oder vor die Stadt hinauszugehen und so beim Gehen und Heimkehren von der Arbeit viel Zeit zu versäumen. Die Regierung hatte damals den Plan zu den cités ouvrières gefaßt. Die Regierung oder Kompagnien, von ihr unterstützt, bauten ausgedehnte Gebäude, die Bade- und Waschanstalten nebst Wohnungen für Arbeiter enthielten. Der Plan mißlang, weil die Arbeiter in diesen Häusern eine Art Kaserne, ein Detentionshaus sahen. Man mußte sie anderweitig zu niedrigeren Preisen als anderswo vermiethen. Der Bau aber hatte mehr gekostet, als sonst bei Privatunternehmungen und das angelegte Kapital verzinste sich schlecht. Indessen nahmen die Bauten in Paris einen weitern Umfang. Vorzüglich aber hat der Plan zur Verlängerung des Boulevard de Straßbourg bis an's Hotel de Ville, der nun theilweise in Ausführung kommt, in das Herz des alten Paris eingegriffen, wo in den krummen, engen, schmutzigen, aber stark bevölkerten Gassen eine Menge kleiner Industrien ihren Sitz haben. Diese, durch die neuerdings vorgenommenen Demolirungen in ihrem Betriebe gestört, warfen sich auf die andern, wohl noch schmutzigern Straßen, wo eine noch ärmlichere Bevölkerung wohnte. Die neugebauten und wieder hergestellten Straßen aber bestanden meist aus luxuriös eingerichteten Häusern, wo die ehemals dort wohnende Bevölkerung nicht mehr zu wohnen die Mittel hat. Die Regierung sann auf Mittel, wie dem Uebel abzuhelfen, und die Folge ist die Erklärung im „Moniteur". Nicht der Staat, sondern der Kaiser aus seinen Mitteln als Privatmann kauft Grund und Boden an. Von einer Konkurrenz des Staates, die er den Privaten macht, kann also dabei keine Rede seyn. Da aller äußere Luxus wegfällt, können die Baukosten nicht groß seyn. Da weder die Regierung noch eine Kompagnie Häuser behält, sondern dieselben an verschiedene Käufer veräußert werden, fällt, so hofft man, die Furcht der Arbeiter weg, daß sie in einer gouvernementalen Kaserne unter Aufsicht der Polizei stehen. Es werden Wohnungen für etwa 15—20,000 Menschen errichtet werden, und man will dieselben wo möglich bis zum Herbste wohnlich hergestellt haben. Durch die Herstellung so vieler Wohnungen mit einem Male wird nun offenbar den sonstigen Hauseigenthümern eine so mächtige Konkurrenz eröffnet, daß es unmöglich wird, ferner wie bisher auch die Miethe armer Leute mit jedem Termine um 30 bis 40 pCt. zu erhöhen. Andererseits gewinnt die Regierung in den Augen der untern Klassen schon dadurch, daß diese sehen, man beschäftige sich mit ihnen, man denke an sie, sie seyen der Gegenstand der Sorge. (Ostd. Post.)

Paris, 29. April. Gewiß ist, daß die dem Grafen Walewski zugeschriebenen Aeußerungen über die belgische Presse nicht aus der Luft gegriffen sind, und die hiesige Regierung entschlossen ist in Belgien Vorstellungen gegen die napoleonfeindliche Haltung gewisser dortiger Blätter zu machen und Maßregeln dagegen zu verlangen. Wie die belgische Regierung dies anfangen werde, wissen wir nicht zu errathen. Es ist namentlich ein gestern im Brüsseler Mephistopheles erschienener Artikel, der den auf heute fallenden Jahrestag des Pianorischen Attentats feiert, welcher in den hiesigen Regierungskreisen wieder viel böses Blut verursacht. Soviel ich mich aus meinem mehrjährigen Brüsseler Aufenthalt erinnere, kennt unter 50 belgischen Zeitungslesern kaum Einer dieses sehr zweideutige Witzblättchen, das allsonntäglich auf einem halben Bogen grauen Löschpapiers erscheint. Ein solches Blatt zum Gegenstand internationaler Verhandlungen oder gar vielleicht ernstlicher Verwicklungen machen, heißt doch demselben erst Wichtigkeit beilegen. Ueber die eigentliche, wirklich verbreitete belgische Tagespresse hat aber, glauben wir, die hiesige Regierung sich nicht eben zu beklagen. Independance, Emancipation und Nord, wiewohl im übrigen nichts weniger als mit einander harmonirend, sind doch in dem einen Punkte einig, daß sie in ihrer Anerkennung für die französische Regierung selbst den hiesigen gouvernementalen Blättern nicht nachstehen. Und heute hat ihre Anerkennung mehr Werth, als die der französischen Presse, eben weil die belgischen Blätter als frei gelten. (A.Z.)

Spanien

Madrid, 24. April. Die „Epoca" berichtet, daß nach einer gestern aus Valencia eingetroffenen telegraphischen Depesche die größte Ruhe in dieser Stadt herrsche. Wie schon gemeldet reiste der Herzog de la Vittoria (Espartero) am 24. Abends nach Valladolid ab. Sein Aufenthalt in dieser Stadt wird drei Tage dauern, während welcher die Einweihung der Nordbahn statthaben wird. Von Valladolid wird der General nach Burgos, Logrono, Pamplona gehen, und vielleicht über Saragossa nach Madrid zurückkehen, wo er am 4. Mai wieder eintreffen wird. Um der Hauptstadt Arragons zu schmeicheln, wird auch in Saragossa eine kleine Einweihung der Bahnbauarbeiten statthaben.

Italien.

Rom, 21. April. Man erwartet täglich ein Indexdekret, worin verschiedene Werke berühmter Namen verboten seyn sollen. Die Indexkongregation macht sich jetzt vorzüglich mit der modernen Marienliteratur zu thun, was die Definition des neuen Dogma nicht anders mit sich bringt. Auch die „dogmatische Mariologie, d. h. systematische Darstellung sämmtlicher die allerseligste Jungfrau betreffenden Lehrstücke, ein Versuch von H. Oswald", ward in der Sitzung der Congregation am 6. Dezbr. 1855 mit andern auf den Index gesetzt. Doch der Verfasser hat seinen Widerruf eingesandt. (A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Den „Hamb. Nachr." wird über die Exzesse in Naplus noch Folgendes berichtet: „Bekanntlich ist Naplus ein Ort, wo von je ein türkischer Fanatismus einen Hauptsitz gehabt hat und es war begreiflich genug, daß der jüngste Hat-Humayum des Sultans daselbst die tiefste Mißstimmung erzeugen mußte Leider sollten mancherlei Reizungen durch einen schlecht angebrachten Uebermuth der anglikanischen Christen dazu beitragen, dieselbe zu steigern. Mit provozirender Ostentation ließen Letztere die Glocken ihres neugebauten Glockenthurms durch den Bischof Goba aus Nazareth und unter Aufhissung der Flaggen von England, Frankreich und Preußen einweihen, während die Vertreter dieser Mächte zur Feier des Tages ein Fest gaben. Glücklicherweise gelang es dem Gouverneur von Naplus, Mahamud Abd el Hadi, die bereits einen Ausbruch drohende Gährung zu beschwichtigen und der Tag ging ungestört vorüber. Um so unerwarteter brach daher am 4. April der durch einen unseligen Zufall gereizte Zorn der Türken über die Christen herein. Noch schwebt über jenen ersten veranlassenden Vorfall manches Dunkel. Von christlicher Seite wird darüber Folgendes berichtet: Ein englischer Missionär, Namens Lind, sey vor dem Stadtthore einem taubstummen türkischen Bettler begegnet, der ihn um ein Almosen angegangen und in seiner Zudringlichkeit sich so vor das Pferd des Missionärs gestellt habe, daß er demselben den

Weg versperrte. Als Lind darauf eine Bewegung gemacht, um den Bettler zu zwingen, ihm die Straße frei zu geben, habe er mit den Falten seines Kleides unwillkürlich den Hahn seiner geladenen Flinte, die zufällig gegen den Bettler gekehrt war, in Bewegung gesetzt; die Flinte habe sich entladen und leider den Türken sofort tödtlich getroffen. Daß dieser Vorgang nicht unmöglich, ist gewiß; aber eben so begreiflich, daß die gereizte türkische Bevölkerung eine absichtliche Tödtung für wahrscheinlicher hielt, als eine zufällige. Sofort stürzten von allen Seiten Türken auf den Missionär ein, rissen ihn vom Pferde und schleppten ihn unter Mißhandlungen zum Gouverneur, unter dem Verlangen, den Missethäter sofort dem Henker überliefert zu sehen. Noch einmal gelang es Mahemud Abd el Hadi, die Tobenden zu beruhigen, aber nicht auf lange, Mufti und Ulemas reizten die eben Beschwichtigten von Neuem auf, und jetzt war kein Halt mehr. Der Gouverneur selbst war der zuerst Bedrohte und konnte sich nur durch die Flucht in seinen Harem — bekanntlich ist der Harem den Türken heilig — retten. Die aufgestachelte Menge wandte sich darauf gegen die Häuser der Konsular-Agenten von England, Frankreich und Preußen, riß die zur Feier der Geburt des französischen Prinzen aufgehißten Flaggen herab, drang in die Wohnungen und ermordete den preußischen Vertreter, einen zum Protestantismus übergetretenen Griechen (nach neueren Nachrichten aber dessen Vater). Der englische Vertreter war zufällig in Nazareth abwesend und dem französischen Konsul, einem Türken, glückte es, durch Flucht in seinen Harem den Angreifern sich zu entziehen. Ebenso entging ihnen der griechische Patriarch, der sich auf sein Dach und von da von Terrasse zu Terrasse in das Haus des Gouverneurs rettete. Nicht so glücklich ging es dagegen Anderen und 8 bis 10 Christen werden als todt, 40—50 als verwundet bezeichnet. Gleichzeitig war die anglikanische Kapelle der Schauplatz wildester Zerstörung; ebenso wurde die griechische Kirche bis auf die nackten Mauern ausgeplündert u. s. w. Auf die Nachricht von diesen Exzessen traten in Beirut die Konsuln der europäischen Mächte in Berathung zusammen und beschlossen, den Schutz der am 8. d. daselbst angelangten österreichischen Kriegsfregatte „Venus" in Anspruch zu nehmen."

Orientalische Angelegenheiten.

Aus dem Orient.

Konstantinopel, 21. April. Der Durchzug der aus der Krim rückkehrenden Truppen dauert ununterbrochen fort. In Magnesia zeigte sich eine feindliche Stimmung der muselmännischen Bevölkerung gegen die Christen; die Achtsamkeit der Behörden verhinderte jeden Exzeß. (Oftd. Post.)

Nichtpolitische Zeitung.

Die Blumenausstellung im Glaspalaste, großartig, wie München noch keine sah, erfährt fortwährend zahlreichen Besuch; in der That ist eine öfters wiederholte Besichtigung nothwendig, um die seltene Pracht und den Reichthum zu beschauen. Besondere Anerkennung verdient das sinnige und geschmackvolle Arrangement. Außer den k. Gärten lieferten zur Blumen-Ausstellung die herrlichsten Beiträge die Gärten der HH. Baron v. Eichthal, Graf v. Arco, v. Maffei, Erzberger und Merz von Augsburg, der Hofgarten von Würzburg, der dortigen Kunst- und Gemüsegärtner Beyhl, Hirschberger, Lacher, Gastl, Stückl, Graf, Dorsch, Kohl, Schuster, Gänzer u. s. w., dann der Garten des dortigen Krankenhauses. Die Früchte kamen größtentheils aus dem kgl. Hof-Küchengarten. (M. B.)

Berlin, 30. April. In der Untersuchung wegen des an der Wirthschafterin des Bauraths Anders, der ledigen Bunge, verübten Raubmordes sind nicht nur vor Gericht die bereits polizeilich erlangten Geständnisse wiederholt und erweitert, sondern es sind dem Untersuchungsrichter auch von den Hauptthätern neue Geständnisse abgelegt worden, durch welche der noch fehlende Rest der geraubten Sachen vollständig herbeigeschafft worden ist. Wir sind in den Stand gesetzt, über das Sachverhältniß aus zuverlässiger Quelle folgende Mittheilungen zu bringen. Die Wirthschafterin des Geheimen Raths Anders bediente sich der verehelichten Arbeitersfrau Rölliq als Aufwärterin. Diese befand sich bei der Familie des Schneiders Kage, welche nahen Verkehr mit übel berüchtigten Personen unterhielt, in Schlafstelle. Dort verkehrte auch der Tischlergeselle Pfab. Nachdem die Aufwärterin Röllig erzählt hatte, daß der Geheime Rath Anders verreist sey, und die Wirthschafterin gewöhnlich des Sonntags zur Kirche gehe, verabredeten die verehelichte Kage, die Röllig und der Pfab die Benutzung zu dieser Gelegenheit. Die Aufwärterin Röllig besorgte einen Abdruck des Küchen-Schlüssels, ein zweiter Schlafbursche der Kage'schen Eheleute fertigte hiernach einen Nach-Schlüssel und Pfab selbst übernahm es, die That auszuführen. Zu seiner Beihülfe nahm er einen 14jährigen Knaben, Julius Schulz, mit. Der Vater und Bruder dieses Knaben sind bereits seit längerer Zeit wegen anderer Diebstähle in Haft und selten mag ein so früh gereifter Verbrecher existirt haben, als dieser Knabe, denn er ist es, der in Gemeinschaft mit Pfab das junge Mädchen ermordet hat, namentlich rühren von ihm unzweifelhaft die vielen leichten Verletzungen im Gesichte der Ermordeten her; er hat ihr auch, während Pfab sie hielt, die Rouleauxschnur um den Hals gewickelt und der Leiche sogar den einen Ohrring ausgerissen, den man an derselben vermißt hat. Das Mädchen kam harmlos aus der Kirche und ist jedenfalls so unvermuthet auf die beiden Räuber gestoßen, daß sie außer Stande war, sich zur Wehre zu setzen, zumal sie unglücklicher Weise noch beide Arme in ihrem Mantel hatte. Das geraubte Gut ist in die Kage'sche Wohnung gebracht und getheilt worden. Zugleich mit dem hier in Frage stehenden Raubmorde sind übrigens noch jetzt eine Anzahl von bedeutenden Diebstählen zur Sprache gekommen, welche schon früher von den betheiligten Personen verübt worden sind, und ihnen den Charakter einer zusammenhängenden Bande geben. (Nat.-Ztg.)

Man schreibt aus Königsberg, 25. April: Ein hiesiger Apotheker hatte kürzlich aus Versehen eine große Quantität Giftes (X. gr. extr. nucum. vomicar. spirit.) einer Mixtur beigemischt und dadurch den augenblicklichen Tod einer den höheren Ständen angehörigen Familienmutter herbeigeführt. Der Unglückliche, welcher im Begriffe stand, eine Apotheke zu erstehen und einen eigenen Hausstand zu gründen, fiel in eine tödtliche Krankheit, nach deren Ueberwindung er nunmehr vom Kriminalgericht wegen fahrlässiger Tödtung zu viermonatlichem Gefängnisse und einjähriger Untersagung des Gewerbebetriebes verurtheilt worden ist.

* Paris, 30. April. Ein schreckliches Ereigniß hat das Quartier der Chaussée d'Antin in Bestürzung gesetzt. Herr Riquet, ein reicher Kapitalist der Rue Laffitte, hatte 7 Kinder. Zwei der Töchter waren verheirathet; die eine an Herrn Pellon, die andere an Herrn N. Vor ihrer Verheirathung hatte Mad. Pellon als älteste die Leitung des väterlichen Hauses, welche dann auf die jüngere 19 Jahre alte Schwester Aglaë überging. Letzten Sonntag war eine Spazierfahrt auf das Marsfeld zum Pferderennen verabredet. Schon waren 3 der jüngeren Töchter im Wagen, als Mad. Pellon mit ihren 2 Kindern ankam, um einzusteigen. Die jungen Mädchen schienen dies ungern zu sehen, und Dlle. Aglaë ihrerseits erklärte, daß sie mit den beiden Kindern nicht fahren wolle, da die Weite der jetzigen Röcke so viele Menschen nicht erlauben und der Wagen übervoll sey. Mad. Pellon bestand und machte ihre Rechte als Aelteste geltend. Umsonst. Dlle. Aglaë stieg aus, die beiden übrigen Schwestern fügten sich. Bei Tische kam diese Angelegenheit natürlich wieder zur Sprache und Mad. Pellon tadelte das Benehmen ihrer Schwester Aglaë bitter. Ein Wortwechsel erhob sich zwischen beiden Schwestern, Mad. N. mischte sich darein und gab Mad. Pellon Unrecht. Der Gemahl der Letzteren nahm die Partie seiner Frau, der Wortwechsel wurde lebhafter und Herr und Mad. Pellon zogen sich plötzlich zurück. Gestern früh um 5 verläßt Herr Pellon seine Wohnung und langt um 7 Uhr bei Herrn Riquet an, der noch schläft. Er wendet ein dringliches Geschäft vor und wird in das Schlafzimmer geführt, dessen Thüre er schließt. Kurz darauf fällt ein Schuß. Dlle. Aglaë erwacht, eilt herbei, sieht das Bett ihres Vaters mit Blut bespritzt und vor demselben Hrn. Pellon, der mit wildem Blick und fieberhaftem Auge, in einer Hand ein blutiges Rasirmesser, in der anderen ein entladenes Pistol hielt. Ein zweites Pistol lag auf einem Stuhle. Dlle. Aglaë bemächtigt sich dessen, aber Pellon entreißt es ihr und schießt sich durch die Schläfe. Der Mörder fällt leblos zu Boden. Der unglückliche Riquet hatte im Halse einen tiefen Schnitt, und den Schädel durch einen Schuß zerschmettert. Pellon war 34 Jahre, sein Opfer 57 Jahre alt.

Siehe Neueste Nachrichten im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 124.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 4. Mai 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Mit dem 1. Mai d. J. trat auf den Staatseisenbahnen eine neue Fahrordnung ins Leben, welche bereits veröffentlicht ist, und mehrfache wesentliche Aenderungen und neue Einrichtungen erkennen läßt. Die Zahl der Züge hat zwar nur auf den Bahnstrecken zwischen Augsburg und Ulm, dann zwischen Hof und Neumarkt jene Mehrung erhalten, welche ein wirkliches Bedürfniß des wachsenden Verkehrs bedingt, dagegen sind durch entsprechende Anschlüsse mit den Nachbarbahnen in den meisten Richtungen bedeutende Beschleunigungen für den größeren Verkehr erzielt. Während bisher die Reise von München nach Paris immer noch zwei Tage erforderte und auch nach Berlin ohne Stillage unterwegs nicht zu gelangen war, reduzirt die neue Fahrordnung die Fahrt von München nach Paris auf 24 Stunden, nach Berlin auf 22 bis 23 Stunden. Ueberhaupt sind die Verbindungen mit Norddeutschland und dadurch selbst mit Wien möglichst gefördert. Leider konnte die Route von Paris nach München die gewünschte und außerdem zulässige Verbesserung durch Abkürzen des Stilllagers in Bruchsal vorerst noch nicht erhalten. Es ist deßhalb bayerischer Seits eine provisorische Fürsorge dahin getroffen, daß die mit dem Ulmer Eilzuge erst nach Abgang des Haupteilzuges in Augsburg eintreffenden Reisenden noch unaufgehaltene Weiterbeförderung bis München finden. Inzwischen ist zu hoffen, daß es den vereinten Bemühungen der betheiligten Verwaltungen gelingen werde, auch hier die verschiedenen Interessen auszugleichen und eine frühere Absendung des Pariser Zuges aus Bruchsal herbeizuführen. Zwischen München einerseits, Lindau und Nürnberg andererseits ergeben sich beschleunigte Verbindungen durch Nachtsgüterzüge, wodurch gleichzeitig für Nürnberg eine mehr gesicherte Verbindung mit dem Westen über Augsburg vermittelt ist. Gleichwie aber der große Verkehr durch die neue Fahrordnung sehr begünstigt ist, scheint auch dem Lokalverkehr durch Eintheilung der Züge jede thunliche Berücksichtigung zugewendet. Mit einer möglichst geringen Zahl von Zügen auf solchen weitgedehnten einspurigen Bahnen mit so zahlreichen Kreuzungs- und Anschlußpunkten den verschiedenartigen, oft gerade entgegengesetzten Interessen gleichmäßig zu genügen und alle Wünsche zu befriedigen, ist immer vergebliches Bestreben, inzwischen möchte die Aufgabe, um die es sich hier handelt, von jedem Denkenden wenigstens in so weit als gelöst erkannt werden, als überhaupt die Verhältnisse und insbesondere die nothwendigen Rücksichten auf die Rentabilität der Bahn es irgend gestatten. (So meldet die „Neue Münch. Ztg." unter halboffiziellem Zeichen.)

** München, den 2. Mai. (Privat-Korrespondenz.) **64. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Unter den zum Handelsministerium gehörenden Staatsanstalten beträgt der Etat der Industrie und Kultur nach dem Anschlag der Regierung im Ganzen 320,873 fl. Es wurde nämlich dieser Etat bei der mittelst Schreibens des k. Staatsministerium der Finanzen vom 15. Septbr. 1855 erfolgten Reproduktion des Budget für die VII. Finanzperiode bei der Position „für sonstige industrielle Zwecke" der Ansatz von 50,000 fl. ermäßiget auf 30,000 fl. Der Herr Berichterstatter beantragt nun, diesen letzteren Posten auf die Hälfte zu reduziren, welchem Antrage sich der Ausschuß angeschlossen hat, nachdem ein Vermittlungsvorschlag des Herrn Ministerpräsidenten, denselben auf 25,000 fl. zu reduziren, mit fünf gegen drei Stimmen abgelehnt war. Ebenso beantragt Herr Referent, den Ansatz von 1480 fl. Zuschuß aus Zentralfonds für die Ackerbauschule in Triesdorf als eine Kreisanstalt abzustreichen, im Uebrigen aber den Postulaten der k. Staatsregierung zuzustimmen. Der Ausschuß hat hierauf den Beschluß gefaßt, vorzuschlagen: „die hohe Kammer wolle die Einstellung des Etat für Industrie und Kultur in folgender Weise beschließen:" A. Industrie: 1) auf polytechnische Schulen 46,872 fl., 2) Beitrag zu den Ausgaben des polytechnischen Zentralvereins 3000 fl., 3) für sonstige industrielle Zwecke 15,000 fl.; B. Kultur: 1) Veterinärschulen 16,021 fl., 2) Ackerbauschule in Triesdorf — fl., 3) landwirthschaftliche Zentralschule in Weihenstephan 11,000 fl., 4) Beitrag zum Landwirthschaftsfeste in München 4,500 fl., 5) auf Landeskultur und Beförderung landwirthschaftlicher Interessen 32,000 fl., 6) für das allgemeine Landgestüt 148,000 fl., 7) für das besondere Landgestüt in der Pfalz 10,000 fl., 8) Beitrag zur Dotation der landwirthschaftlichen Vereine in Bayern 18,000 fl.

Abg. Rabl beantragt die Position mit 148,000 fl. für das allgemeine Landgestüt um 10,000 fl. zu erhöhen, indem er bei der hohen Wichtigkeit der Pferdezucht eine solche Erhöhung für nothwendig erklärt. Referent v. Lerchenfeld erklärt sich gegen die Erhöhung. Die vom Ausschusse beantragte Abänderung des Ansatzes von 30,000 fl. für sonstige industrielle Zwecke auf die Hälfte wird vom Referenten dadurch motivirt: wenn erwogen werde, welch' mächtigen Aufschwung in neuerer Zeit die Industrie in Bayern genommen habe, und welch' große Opfer der Staat hiefür besonders durch den 1848 mit 1 Million geschaffenen Industrieunterstützungsfonds gebracht habe, so werde zumal in einer Zeit, wo äußerste Sparsamkeit nothwendig sey, eine Beschränkung jenes Ansatzes um so weniger verkannt werden können, als leider sich im Allgemeinen die Wahrnehmung aufdränge, daß wirklich ersprießliche, und fruchtbare Verbesserungen selten ihr Entstehen der Unterstützung des Staates, sondern meist dem Unternehmungsgeiste der Privaten verdanken, während jene einzelne Ausnahmen abgerechnet, meist nur Treibhauspflanzen hervorriefen, welche der freien Luft, der Konkurrenz ausgesetzt fortwährend kümmern und kränkeln oder wohl gar verwelken.

Abg. Frhr. v. Welden ist der Ansicht, daß, nachdem die Regierung selbst schon den Etat von 50,000 fl. auf 30,000 fl. ermäßigt habe, eine weitere Minderung von 15,000 fl. nicht thunlich erscheine, da zudem hieraus die Kosten der Versammlungen der Handels- und Gewerberäthe zu bestreiten wären. Der verehrte Redner hob noch hervor, daß sich die Staatsregierung jetzt nicht mehr mit Treibhauspflanzen befasse, sondern besonders die einst bei uns heimische Leinen-Industrie zu heben suche.

Der k. Regierungs-Kommissär Pfeuffer vertheidigte dann das Regierungspostulat, der Herr Referent aber erklärte das Ausschußpostulat für hinreichend, worauf dann der kgl. Minister-Präsident im Interesse der hülfesuchenden Industriellen die Bewilligung des Regierungspostulats als nothwendig hinstellte.

Abg. Nar beantragt, die 1480 fl. für die Ackerbauschule in Triesdorf, deren Abstrich der Ausschuß will, zu genehmigen, resp. mit der Position Landeskultur zu vereinigen. Referent v. Lerchenfeld erklärt sich gegen diesen Antrag, da der Staat keine deßfallsige Verpflichtung habe, und außerdem auch die andern Kreise gleiche Unterstützung verlangen könnten. Nach einiger Debatte über das Landesgestüt und die Pferdezucht überhaupt, werden die Anträge der Abgg. Nar und Rabl abgelehnt, und der Etat nach den Anträgen des Ausschusses angenommen.

Die Position Telegraphenanstalt mit 40,000 fl. fällt hinweg, da nach den günstigen Erträgnissen dieser Anstalt dieser Beitrag nicht mehr für nothwendig erachtet wurde. Für die Feuerversicherungsanstalt werden 48,000 fl. ohne Debatte genehmigt. Auch der ganze Etat des Staatsministerium der Finanzen mit 815,860 fl. wird ohne Debatte genehmigt.

Bezüglich des Steuerkatasters beantragt der Ausschuß dem Etat des Steuerkatasters im Durchschnittsbetrage von jährl. 375,000 fl. zuzustimmen und das Finanzministerium zu ermächtigen, die Pensionen und Bezüge der 42 in dem Verzeichnisse vom 16. Febr. l. Js. benannten Funktionäre und Pensionisten der Steuerkatasterkommission auf die Pensionsamortisationskassa zu überweisen. Die Kammer stimmt bei und ge-

nehmigt dann auch noch 11,242 fl. für die Münzanstalt und 4000 fl. für die Glasmalereianstalt. Die Position mit 400 fl. für die Porzellanmanufaktur Nymphenburg, deren Abstrich der Ausschuß beantragt, bleibt auf den Wunsch des Ministers noch ausgesetzt, da derselbe eben mit einer Reorganisation der Anstalt beschäftigt ist. Schließlich genehmigte die Kammer heute noch den Etat der Pensionen für Wittwen und Waisen der Staatsdiener und zwar statt der postulirten 558,200 fl. bis 626,000 fl., da der Ausschuß diese Summe für nothwendig erachte. — Die nächste Sitzung findet am Montag statt.

Preußen. Berlin, 1. Mai. In Baden-Baden hat unser Hof die herrliche Besitzung des Prinzen Wasa angekauft und wird das Schloß zur Aufnahme der hohen Herrschaften während der Badesaison durch einen Ausbau entsprechend erweitert.

Emmerich, 25. April. Diesen Morgen 9 Uhr starb hier in Folge eines Lungenleidens im 72. Jahre seines Alters der Kanonikus Lensing. Derselbe hat allen Provinziallandtagen mit beigewohnt, eben so allen Sitzungen der zweiten Kammer, außer dieser letzten, wo er seiner Krankheit wegen die Wahl abgelehnt hat. Er gehörte der liberalen Partei an. (Sch. M.)

In beiden Häusern des Landtages erklärte der Finanzminister, daß der Rest der 30 Millionen-Anleihe nicht ohne Genehmigung des Hauses verwendet werden solle. Ein Gesetzentwurf könne wegen der Kürze der Zeit nicht mehr vorgelegt werden. (N. K.)

Berlin, 30. April. Man versichert, daß sich der Prinz von Preußen in einem Schreiben an den König für die Rheinprovinz verwendet hat, damit die Angelegenheit der Gemeindeordnung unter Gesichtspunkten der Billigkeit und nach dem Maßstab möglichster Gleichheit mit den andern Provinzen behandelt werde. Die Sache scheint noch nicht erledigt. Auch haben, wie man der „Elberf. Ztg." schreibt, die rheinischen Abgeordneten (Sprecher: Graf Fürstenberg-Stammheim) dem König eine Adresse um Beibehaltung der Gemeindeordnung überreicht. Was den Inhalt der an den König gestellten Bitte betrifft, so wäre es den rheinischen Abgeordneten freilich lieber gewesen, wenn sie die Gemeindeordnung von 1850 für ihre Provinz behalten könnten; sie bitten indessen, wie wir vernehmen, zunächst nur, daß die wiederherzustellende Gemeindeordnung von 1845 mit der zu derselben beschlossenen Novelle noch nicht zur Ausführung gebracht, sondern fürs erste noch einmal dem rheinischen Provinzial-Landtage zur Begutachtung vorgelegt werde, selbstverständlich mit der Bedingung, daß den etwaigen Abänderungen ꝛc., welche der rhein. Provinzial-Landtag als nöthig bezeichnen würde, in dem zu erlassenden Gesetz selbst die erforderliche Berücksichtigung zu Theil werde. Die rhein. Abgeordneten sollen freundlich aufgenommen worden seyn und sie glauben nicht ohne Hoffnung in ihre Heimat zurückkehren zu können. Die neue Gemeindeordnung für die Rheinprovinz, welche auf Vorschlag der Regierung vom Landtag angenommen worden ist, macht nämlich einen Unterschied in der Verwaltung der Stadt- und Land-Gemeinden, während seit der französischen Herrschaft ein solcher Unterschied in der Rheinprovinz nicht mehr gekannt war. Sodann entzieht sie den Orten von weniger als 10,000 Einwohnern das Recht, sich selbst ihren Bürgermeister zu wählen.

Berlin, 30. April. Auf die Anfrage eines Superintendenten hat das Konsistorium in Königsberg jüngsthin reskribirt, daß Kinder der Dissidenten, welche vor deren Austritt aus der Kirche geboren sind, sowohl zum Besuche der evangelischen Schule, als auch des Konfirmandenunterrichtes zwangsweise angehalten werden können. Diese Verfügung ist sämmtlichen geistlichen Stellen zur Nachachtung mitgetheilt worden.

Berlin, 1. Mai. Wie verlautet, soll es den jüdischen Glaubensgenossen in Preußen gestattet werden, nach bestandener Prüfung die Funktion eines Justizkommissarius oder Rechtsanwalts auszuüben. Der Assessor Kaiser, welcher als Israelit neulich beim hiesigen Stadtgericht installirt wurde, betrachtet seine jetzige juristische Stellung nur als Uebergangspunkt zu der eines Rechtsanwalts, da ihm keine fixe Anstellung als Richter mit königlichem Gehalt in Aussicht gestellt worden ist. (Zeit.)

Berlin, 1. Mai. Das Dampfboot, welches Alexander Seydell in Stettin gebaut hat und welches ohne Räder, sowie ohne Schraube, mit Anwendung eines neuen Mechanismus, der größten Beweglichkeit fähig ist, und bei seinem äußerst geringen Tiefgang und geringer Breite für Kanal- und Flußschifffahrt sich besonders eignet, auch alle Wellenbewegung vermeidet, ist seit einigen Tagen hier im Kanal angelangt, und sind bereits einige Probefahrten angestellt.

Der „National-Zeitung" schreibt man aus Brandenburg vom 30. April: „Am letzten Buß- und Bettage sang Frau von Bock (Schröder-Devrient), die beim hiesigen Kreisgerichtsdirektor Steinbeck zum Besuch war, in der Katharinenkirche, an welcher dessen Schwager, der Superintendent Bauer, als Oberprediger fungirte, mit dessen Bewilligung und unter Leitung des Hrn. Steinbeck mehre Lieder, und unter diesen auch: „Es ist bestimmt in Gottes Rath, daß man vom Liebsten, was man hat, muß scheiden." Es scheint, daß einige Gemeindeglieder, besonders aber Geistliche, hieran Anstoß genommen haben, und ist über den Vorfall höhern Orts Anzeige gemacht worden."

Aus Magdeburg, 29. April, wird der „Köln. Ztg." geschrieben: Seit 1849 gab es hier einen „Allgemeinen Hülfsverein", entsprungen aus dem Gedanken, daß man sich selber helfen müsse, wolle man geholfen haben. So waren einige Hundert Arbeiter und Handwerker zusammengetreten, hatten sich zu dem wöchentlichen Beitrage von 2½ Sgr. verpflichtet und hofften, damit zu ermöglichen, daß ihnen für Krankheit, Todesfall, Wittwenstand, Arbeitsunfähigkeit eine zureichende Unterstützung würde. Die Sache ging um so besser, als man, wo es die Erfahrung gebot, in gemeinsamer Berathung die Statuten besserte. Freilich trug zum Gelingen auch bei, daß eine Zahl wohlwollender und wohlhabender Männer beitrat und beitrug, ohne Unterstützung zu begehren. Jahre lang war der Verein ein werther Hausfreund für Hunderte von Familien. Er gab freien Arzt und freie Arznei, auch Krankengeld; er gab Geld zum Begräbniß und auf eine bestimmte Zahl von Monaten der Wittwe Unterstützung; die regelmäßig wiederkehrenden Versammlungen erhielten in den Mitgliedern das wohlthuende Bewußtseyn, daß dies alles ihr eigenes Werk sey. Aber als 1853 die Versicherungs-Anstalten in Preußen die Staats-Genehmigung einholen mußten, entspann sich ein Schriftenwechsel mit den Behörden, in dessen Verlaufe manche Veränderungen gefordert und getroffen wurden. Schon glaubte man, in der Verfassung zu seyn, welche der Behörde genügen könne, da erschien am 9. Februar dieses Jahres vom Polizei-Direktor der Befehl zur Auflösung des Vereins, weil „die Leistungen zu unbestimmt zeigten, die Beiträge zu hoch seyen, auch ein Bedürfniß solchen Vereins nicht vorhanden wäre." Die Auflösung hat ein Lieblings-Institut von gegen sechshundert Familien getroffen. Bis zu seiner Auflösung hatte der Verein an seine Mitglieder 10,294 Thaler verwandt, und in sich selber fand er in keiner Weise Grund zu der Befürchtung, daß er nicht zu bestehen vermöge. Die „Köln. Z." bemerkt hiezu: „Aber wenn man den Leuten nicht erlauben will, nach ihrem besten Wissen in jeder Weise, die keinen Dritten in seinem Rechte kränkt, selbst für sich Vorsorge zu treffen und gegenseitige Unterstützung zu üben, — wie will man sich dann wundern, wenn die Lasten der öffentlichen Armenpflege sich mehren, und wie will man denen Vorwürfe machen, welchen man selbst die Auswege abgeschnitten hat?" Die „Köln. Z." hat vollkommen Recht, wenn nicht ein besonderer, in ihrer Korrespondenz nicht angegebener Grund zur Auflösung des Vereins vorgelegen hat. Und das muß man allerdings annehmen, da sonst ein solches Verfahren der Behörde ganz unerklärlich wäre.

Königsberg, 28. April. Dr. Rupp hat, um das Weitererscheinen seines Blattes zu ermöglichen, der Forderung des Polizei-Präsidium gemäß, aufgehört, Selbstverleger zu seyn und den Verlag an den Drucker abgetreten, so daß er gegenwärtig nur als verantwortlicher Redakteur zeichnet. Sollte die Ansicht des hiesigen Polizei-Präsidium in dieser Angelegenheit maßgebend seyn, so wäre das durch das Preßgesetz zugestandene Recht der Herausgabe einer periodischen Schrift im Selbstverlage ein illusorisches, wenn der Selbstverleger nicht gleichzeitig die Konzession zum Verkaufe der Zeitschrift besäße. — Eben so wie an die Präsidenten der Landgerichte im Bezirke des Kölnischen Appellationsgerichts ist auch an den hiesigen obersten Gerichtshof die ministerielle Weisung ergangen, die ersten und zweiten juristischen Prüfungen zu verschärfen. Man bringt dieses Ministerialreskript wohl mit dem Ausfall der dritten Prüfung vor der Immediat-Kommission in Berlin in Einklang, welcher namentlich im verflossenen Jahre ein sehr unbefriedigender war. (K. Z.)

Dortmund, 28. April. In diesen Tagen hat sich hier ein Verein zu dem Zweck gebildet, die Mittel zu den nöthigen Vorarbeiten behufs Anlage eines Kanals zwischen Rhein und Elbe, resp. Jade, zu beschaffen. (A. Z.)

Großh. Hessen. Der am 30. April in Baden-Baden verstorbene Prinz Emil v. Hessen war am 30. Septbr. 1790 geboren, wohnte, erst 18 Jahre alt, schon mit großer Auszeichnung dem blutigen Feldzuge von 1809 bei und machte bereits in seinem 22. Jahre als kommandirender General die Feldzüge von 1812 und 1813 in Rußland, Schlesien und Sach-

sen mit, worin er den Truppen stets das glänzendste Beispiel des Muthes und der Ausdauer in Ertragung der Strapazen und Entbehrungen gab, namentlich in dem furchtbaren russischen Feldzuge. Ebenso führte er die hessischen Truppen in den beiden Feldzügen von 1814 und 1815. Er war mit 21 hohen Orden und Ehrenzeichen dekorirt, darunter solche, wie der österr. Maria-Theresien-, der russ. Georgs-Orden, die nur für große militärische Verdienste gegeben wurden. (Fr. J.)

§ **Oesterreich.** Wien, 30. April. (Privat-Korresp.) Das Komite der siebenbürgischen Eisenbahn ist gebildet und amtlich bestätigt. Präses ist Baron S. Jósika. Mitglieder sind die Herren: Baron Rothschild, Civetti, Sekretär des Fürsten Stirbey, Konstantin Popp, Bankdirektor, Francesconi, Direktor der Staatseisenbahnen, Laurin, ehemaliger k. Konsul in Bucharest, die Ministerialräthe Baron Geringer, Baron Rosenfeld und Blumenfeld, Graf Emerich Mikó, Graf Franz Toldalagi, Graf Emerich Bethlen und Dionys Kozma. Die Bildung dieses Komite's ist mit allseitiger Befriedigung aufgenommen worden, man sieht darin nicht nur das sichere Unterpfand des Gelingens, sondern auch dessen, daß die verzweigten Interessen des Landes hier berücksichtigt und befriedigt werden. Ueber die Richtung der Bahn vernimmt man, daß sie bis zum schwarzen Meere fortgesetzt werden soll, Klausenburg und wahrscheinlich auch Maros-Vásárhely und Kronstadt berühren werde; von dem ursprünglichen Antrag, eine parallele Bahn zu bauen, hat es sein Abkommen erhalten, und ist derselbe dahin modifizirt worden, eine Zweigbahn nach irgend einem für nothwendig erachteten Punkt zu bauen, da der Verkehr Siebenbürgens eine Parallelbahn nicht erträgt. Endlich haben die Unternehmer gegründete Aussicht, daß ihnen der Staat die Zinsen sichern wird, da diese Eisenbahn in den Augen der Regierung außer dem Handelsinteresse auch noch eine ganz besonders politische Wichtigkeit besitzt. Man hofft, daß die Bahn binnen sechs Jahren dem öffentlichen Verkehr übergeben werden wird.

Wien, 30. April. Aus Anlaß der durch den Pfarrer von Meren veranlaßten Ausgrabung einer auf dem dortigen Friedhofe bestatteten Leiche eines daselbst in den letzten Tagen verstorbenen Protestanten hat der Cultusminister die erforderlichen Erhebungen angeordnet, um die geeigneten Maßregeln zu veranlassen, ähnlichen Fällen vorzubeugen. Ob das möglich ist, steht dahin. — Die bischöflichen Konferenzen beschäftigen sich, wie glaubwürdig verlautet, mit der Rückforderung des früher der Kirche gehörigen und infolge der Josephinischen Gesetzgebung in den Besitz des Staates übergegangenen Eigenthums. (D. A. Z.)

§ Wien, 1. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Wie schon erwähnt, hält die österreichische Regierung die Aufrechthaltung der Leopoldini'schen Einrichtungen in Toskana für nöthig, und sie würde es nur höchst ungern sehen, wenn dieselben in einem oder dem andern Punkte alterirt würden. Die Partei, welche aber jetzt alles Mögliche versucht, um diese Institutionen gründlich zu beseitigen, kann demnach auf die Unterstützung oder den Beifall Oesterreichs durchaus nicht zählen. Sie hätte dies übrigens schon aus dem Umstande entnehmen können, daß die Nachricht von der bevorstehenden Abdankung Baldasseronis in den hiesigen entscheidenden Kreisen sehr unangenehm berührt hat, dieser Staatsmann aber mit Recht als ein warmer Vertheidiger der Leopoldini'schen Institutionen angesehen wird. Von Seite des Handelsministerium ist die Errichtung neuer Konsulate in den Häfen des schwarzen Meeres in Antrag gebracht, und dürften die bezüglichen Ernennungen schon in nächster Zeit zu gewärtigen seyn. Aus Belgrad wird ein besonderer Bevollmächtigter des Fürsten Alexander von Serbien hier erwartet, dessen Mission vorwiegend handelspolitischer Natur seyn soll.

Trient, 30. April. Die Etsch-Regulirungsbauten machen immer größere Fortschritte, so daß in kurzer Zeit das Flußbeet der Etsch vom alten Trient weggedrängt seyn wird. Dadurch wird auch der Gesundheitszustand der nächsten Ortschaften, die durch die jährlichen Ueberschwemmungen so viel litten, ein besserer, und bisher unfruchtbare Strecken des Campo trientino fruchtbar und produktiv werden. Um aber Wassermangel zu verhüten, soll von der Nähe von Villazano eine reiche Wasserquelle hierher geleitet werden, was in hohem Grade wünschenswerth ist.

Großbritannien.

London, 30. April. Die gestrige Feierlichkeit der öffentlichen Friedens-Verkündigung machte einen nichts weniger als imposanten Eindruck. Die Engländer haben nun einmal kein Geschick zur Veranstaltung von festlichen Aufzügen, und wenn man die Schaar ehrsamer Spießbürger betrachtete, welche sich, in Herolde verkleidet oder sonst mit mittelalterlichem Flitterstaate behangen, unter dem Schalle von Trommeln und Trompeten vom St. James-Palaste gravitätisch nach der City bewegten, so machte dies Schauspiel auf denjenigen, welcher nicht durch den Ernst des Anlasses gegen das Gefühl des Lächerlichen gewaffnet war, einen eben so ärmlichen wie komischen Eindruck. Auf dem Papier freilich nimmt sich der Zug mit seinen Leibgardisten, Trommlern und Trompetern, Pursuivants, Wappen-Königen, Wappen-Sergeanten, Hof Konstablern, Hoch-Bailliffs und anderen zum Theil hoch zu Roß stolzirenden Würdenträgern recht stattlich aus. Als er jedoch in die Wirklichkeit trat, fanden die schaulustigen Londoner sich offenbar in ihren Erwartungen getäuscht. Der Sammelplatz war der Hof des St. James-Palastes, von wo der Zug ungefähr um 12 Uhr Mittags ausrückte und dann vor dem erwähnten Gebäude Halt machte. Die Feierlichkeit ward mit drei Trompetenstößen eröffnet, worauf der Garter King of Arms die den Frieden verkündende kgl. Proklamation verlas. Der Schluß der Verlesung ward von der versammelten Volksmenge mit drei Cheers begrüßt, drei Trompetenstöße folgten, und der Zug setzte sich von Neuem in Bewegung, um zunächst bei Charing-Cross Halt zu machen, wo sich dieselbe Feierlichkeit wiederholte. Dann ging es nach der City zu weiter, wo, als man an dem verschlossenen City-Thor Temple Bar angekommen war, sich zwischen den wachsamen City-Behörden und den draußen auf Einlaß Harrenden folgender Austausch von Höflichkeiten entspann. Nach einem dreimaligen Trompetenstoße klopfte eines der Mitglieder des Friedenszuges, der Junior Pursuivant, drei Mal an das Thor, worauf der auf der anderen Seite desselben stehende City-Marschall nicht etwa ein freundliches „Herein!" rief, sondern vorsichtig fragte: „Wer ist da?" Die Antwort des Pursuivant lautete dahin, daß die Ankömmlinge „officers of arms" gekommen seyen, um Ihrer Majestät Friedens-Proklamation zu verkündigen. Der behutsame Wächter der City ließ hierauf, offenbar einen feindlichen Einfall befürchtend, zuerst nur den Pursuivant allein herein, der dann dem Lord-Mayor seine königliche Vollmacht überreichte. Erst nachdem dieser sich überzeugt hatte, daß die Heerschaaren aus dem Westen nichts Böses im Schilde führten, wurden ihnen die engen Thore der altehrwürdigen City geöffnet. Gleich jenseits Temple-Bar erfolgte eine abermalige Verlesung der Proklamation, und dann bewegte sich der mittlerweile durch die Equipage des Lord-Mayors vergrößerte Zug langsam inmitten einer dichtgedrängten Menschenmenge nach der Börse, dem eigentlichen Mittelpunkt der City, wo sich dieselbe Ceremonie noch einmal und zum letzten Male wiederholte. (K. Z.)

London, 29. April. Eine königliche Proklamation bestimmt den nächsten Sonntag (4. Mai) als einen Dank- und Bettag aus Anlaß des Friedensschlusses.

Frankreich.

Paris, 30. April. Die voreilige Veröffentlichung des Friedensvertrages veranlaßte die französ. Regierung, eine strenge Untersuchung anzuordnen, um den wahren Urheber der inkriminirten Publikation zu ermitteln. Der Urheber dieser schweren Indiskretion soll ausfindig gemacht werden. Dies ist der bestimmte Wille des Kaisers. — Der Korrespondenzbureau-Inhaber Lejolivet sitzt schon seit dem letzten Sonntag im Untersuchungsgefängniß, weil bei ihm Beweisstücke gefunden wurden, daß er sich durch bis jetzt unbekannte Mittel das Exemplar des Friedensvertrags, das er dem „Nord" zusandte, verschafft habe.

Paris, 30. April. Von den in Sebastopol erbeuteten russischen Geschützen sind bereits 80 Kanonen, Mörser und Haubitzen im hiesigen Artilleriemuseum auf dem Place St. Thomas d'Aquin eingetroffen.

Der Staatsrath hat einen Gesetzentwurf genehmigt, nach welchem durch kaiserliches Decret den Ministern und übrigen Großwürdenträgern des Reichs, ihren Wittwen und Kindern, den Wittwen und Kindern der Marschälle und Admirale eine Pension, deren Maximum 20,000 Frs. nicht übersteigen soll, bewilligt werden kann, wenn jene Beamten durch dem Staate geleistete ausgezeichnete Dienste eine außerordentliche Belohnung verdient haben und die Unzulänglichkeit ihres Vermögens eine solche Pension nothwendig macht.

* Graf Orloff wurde mit dem Groß-Cordon der Ehrenlegion dekorirt.

Italien.

Rom, 25. April. Die Regierung hat den Bau der Eisenbahn nach Civitavecchia der von dem Marchese Casavaldes vertretenen Gesellschaft übertragen. Die betreffenden Arbeiten müssen in drei Monaten beginnen und in drei Jahren vollendet seyn. (Fr. J.)

Nach diplomatischen Briefen aus Neapel sollen sich die Verhältnisse im Königreich beider Sizilien plötzlich geändert

haben. (Das ist die Frucht der ernsten Vorstellungen, welche die Großmächte auf dem Pariser Kongreß dem König von Neapel zu machen beschlossen.) Es heißt, der König werde eine Amnestie erlassen und Reformen vornehmen. Man behauptet in diesen Briefen sogar, daß es jetzt erlaubt ist, an den öffentlichen Orten Neapels von Politik zu sprechen.

Vom Po, 28. April. Gestern wurde die Kammerdebatte über die Abtretung von 60,000 Hectaren Landes der Insel Sardinien an einige von der Regierung ganz besonders begünstigte Banquiers beendigt. Das Ministerium siegte mit 69 : 45 Stimmen. Valerio's Vorschlag, dieselben Begünstigungen auch andern etwa sich bildenden Gesellschaften zu gewähren, wurde abgelehnt, was um so mehr den Eindruck macht, daß die ganze Sache ein besonderes Privilegium für das Ministerium und seine Freunde seyn soll. Wir wollen nun sehen, ob wirklich eine Kolonisation und damit eine Verbesserung der Zustände der Insel bezweckt oder nur Holzhandel betrieben werden wird. (St. f. W.)

Die „Ztg. von Parma" widerlegt offiziell die Gerüchte, daß die österreichischen Truppen im Herzogthume Verstärkungen erhalten und die Minister der Herzogin-Regentin ihre Demission gegeben hätten. (Fr. J.)

Rußland und Polen.

Von der polnischen Gränze, 28. April, wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Die angeblich von Kaiser Alexander in Moskau gehaltene Rede, welche der „Constitutionnel" jüngst brachte, ist von A. bis Z. erdichtet. Rußlands innere Zustände bieten andere Gründe der Veranlassung zum Abschlusse des Pariser Friedens, als die, welche der „Constitutionnel" dem Kaiser in den Mund legt, indem er sagt, Kaiser Alexander billige vollkommen seines Vorgängers Politik, und da der Zweck des Krieges erreicht sey, so ziehe er den Frieden der Fortsetzung des Krieges vor u. s. w. Die Fortsetzung des Krieges hätte im Innern Rußlands Auflösung unzweifelhaft gefordert. Bevölkerung, Geld-Hilfsquellen und Vorräthe waren erschöpft; verödete Länderstrecken lagen brach, und in Wäldern und Steppen hausten Deserteure der Armee und Reichswehr, oft selbst Posten und Staatstransporte überfallend; die Kredit-Banken zauderten mit Auszahlung von Depositen, Geld wurde rar und Lieferanten zeigten keine Lust mehr, gegen bloße Anweisungen zu liefern; Steuern, Equipirung, Bewaffnung, Requisitionen, sogenannte freiwillige Kriegs-Kontributionen preßten, namentlich in den in Kriegszustand erklärten Provinzen, dem Landmann den letzten Heller ab. Auf Kosten dieser und der Gemeinden wurde die Reichswehr organisirt, die ursprünglich nur acht Monat unter den Waffen bleiben sollte. Als nach Ablauf dieser Frist die Entlassungs-Befehle ausblieben, verließen viele Streiter eigenmächtig die Fahnen. Es wurden deßhalb in aller Eile strenge Strafgesetze erlassen. Gassenlaufen und andere Leibesstrafen mehrten in Folge davon die Unzufriedenheit und commentirten seltsam der Russen Begeisterung für Doppelkreuz und Czar. In Finland ging es mit den Fischern nicht besser, die man zwang, die Ruder-Flotille in Kronstadt zu bedienen. Weder der hohe Monatssold von 7 Silberrubeln noch strenge Strafen vermochten die Ausreißerei zu hemmen, und man sah sich schließlich genöthigt, sie alle gehen zu lassen und Russen anzustellen. Nachdem Handel, Gewerbe und Landbau eine Menge Hände eingebüßt, schlugen ihnen Gränzsperre, Ausfuhr-Verbote und Kriegs-Zustand so tiefe Wunden, daß sie abzusterben begannen und verdoppelte Anstrengungen erfordern, ihr untergrabenes Leben zu retten. Die Demoralisation hat während des Krieges einen so hohen Grad erreicht, daß man behaupten kann, das seit Jahrhunderten wuchernde Uebel habe in den zwei Kriegsjahren sich verdoppelt. Betrug und Bestechung wurden öffentlich ohne Furcht vor Tadel getrieben, und Kaiser Alexander sah sich genöthigt, durch einige einschneidende Beispiele von Bestrafung in Nikolajeff und Petersburg daran zu erinnern, daß er Mißbräuche nicht ungeahndet lassen wolle."

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Paris, 30. April. Der „Moniteur" hat die sämmtlichen Konferenz-Protokolle veröffentlicht. Das 23. Protokoll von der Sitzung des 18. April ist sehr interessant, und ich mache Sie auf den darin ausgedrückten Wunsch besonders aufmerksam. Es handelte sich um die Feststellung der Erklärung, wodurch die Mächte sich verpflichten, die Kaperei abzuschaffen und die andern nicht kontrahirenden Staaten zum Anschluß an dieses Prinzip einzuladen, welches der Graf Walewski im Namen Frankreichs zuerst aufgestellt hatte. Lord Clarendon ergriff hierauf das Wort und schlug vor, auf alle Fragen und alle Konflikte, welche sich zwischen den Mächten erheben könnten, die Stipulationen, welche im Artikel 7 des Vertrages enthalten sind, auszudehnen, Stipulationen, welche ausdrücklich bestimmen, daß man zuerst die Vermittelung eines befreundeten Staates in Anspruch nehmen solle, bevor man zur Gewalt schreite, im Falle zwischen der Pforte und mehreren andern unterzeichnenden Mächten ein Zwist entstehe. Der Graf Walewski schloß sich sogleich diesem Vorschlage an, wodurch für die Zukunft die Aufrechthaltung des Friedens auf die Dauer gesichert wäre. Nachdem die Bevollmächtigten gegenseitig ihre Bemerkungen gemacht und namentlich ausgesprochen hatten, daß der von ihnen ausgedrückte Wunsch die Unabhängigkeit der Regierungen nicht beeinträchtigen und ihre souveräne Macht nicht beschränken würde, legte der Kongreß folgende Erklärung in das Protokoll nieder: „Die Bevollmächtigten nehmen keinen Anstand, im Namen ihrer Regierungen den Wunsch auszudrücken, daß die Staaten, zwischen welchen sich ein ernstlicher Zwist erheben würde, zuerst, so weit es die Umstände zulassen, an die guten Dienste einer befreundeten Macht sich wenden möchten, bevor sie die Waffen ergreifen. Die Bevollmächtigten hoffen, daß die Regierungen, die auf dem Kongresse nicht vertreten sind, sich dieser Idee anschließen werden, welche den in diesem Protokoll niedergelegten Wunsch eingegeben hat." (Fr. Pstz.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 3. Mai. Bei sehr geringem Umsatz wurden beinahe sämmtliche Fondsgattungen und Aktien billiger abgegeben. Elisabethen-Bahn 109½. Ostbahn 107½ bis 106¼. Lombardische Bahnen 125½.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1326 P. 1321 G. Neue Bankaktien 451 P. 446 G. Credit-Actien à 5pCt. 211½ P. 209½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 84½ P. 84¼ G. 5pCt. Lombard-Ven. 91 P. 90½ G. Metall. alte à 5pCt. 83⅞ P. 83⅝ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87½ P. 87 G.; à 4½pCt. 74⅞ P. 71⅝ G.; à 4pCt. 66½ P. 66 G.; à 3pCt. 51 P. 50½ G.; à 1pCt. 17 P. 16¾ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G. à fl. 250 von 1839 —— P. 132 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106⅞ P. 106⅜ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 313 P. 311 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¼ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87⅞ P. 87⅜ G.; 4pCt. — P. 93¾ G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 100¾ P. 100¼ G.; 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 158⅜ P. 157⅞ G. Neustadt-Weissenb. 116½ P. 116 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117¼ P. 116¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89½ G.; 4½pCt. 103⅜ P. 102⅞ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. —— G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¼ P. 82¾ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41⅜ P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63¾ P. 63¼ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100½ P. 100 G.; 4½pC. 103½ P. 103 G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112½ G.; à fl. 25 33½ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 365 P. 363 G.; junge 310 P. 308 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 101¾ P. 101¼ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47½ P. 47¼ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G., Loose à fl. 25 31½ P. 31¼ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; Bankaktien 121¼ P. 120¾ G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81½ P. 81 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial 88¾ P. 88¼ G. **Spanien.** 3pCt. int. Schuld 39⅜ P. 39⅛ G.; 1pCt. neue 21⅝ P. 24½ G. **Holland.** Integrale 63 P. 62½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 120 P. 119¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101½ P. 101¼ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94½ P. 94¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105¼ P. 105 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94½ P. 94¼ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97⅝ P. 97⅜ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117¼ P. 117[illegible]
Hamb. MB. 100 k. S. 89⅛ P. 88⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 117½ P. 116⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Siehe Neueste Nachrichten im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 125. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 5. Mai 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 2. Mai. Se. Maj. der König haben den Taxbeamten Friedr. Müller aus administrativen Erwägungen von dem Landgerichte Schwabach zu dem Landgerichte Ellingen und den dortigen Taxbeamten Joh. Veit Schieder zu dem Landgerichte Schillingsfürst, dann den Taxbeamten Joh. An. Friedl zu Schillingsfürst auf Ansuchen zu dem Landgerichte Schwabach versetzt; die am Oberappellationsgerichte erledigte Botenstelle dem pensionirten Oberjäger Friedr. Mörtel von Nürnberg zur Zeit in München verliehen; und den Hauptzollamts-Assistenten Karl Riguet in Pironten zum Gränzoberkontroleur in Neulauterburg, Hauptzollamts Neuburg a/Rh., ernannt. (N. M. Z.)

Preußen. Königsberg, 20 April. Der akademische Senat hat eine Studenten-Verbindung, welche unter dem Namen „Wingolf" sich zu konstituiren im Begriffe stand und religiöse Zwecke verfolgen wollte, verboten. Dasselbe ist auch auf andern Universitäten, z. B. Heidelberg geschehen; allein in Halle besteht eine derartige Verbindung unter den Theologie Studirenden. (K. Z.)

Berlin, 3. Mai. Se. Majestät der König hat heute die Session des Landtages in feierlicher Sitzung geschlossen.

Se. Majestät verlas, während sich die Prinzen des Hauses zur Rechten, die Minister zur Linken aufstellten, sitzend folgende Rede mit sehr vernehmlicher Stimme:

„Erlauchte, edle und liebe Herren von beiden Häusern des Landtages! Als ich Sie vor fünf Monaten an dieser Stelle willkommen hieß, waren die europäischen Verhältnisse noch in ernstesten Wirren begriffen. Der weitere Verlauf derselben war damals noch in das Dunkel der Zukunft gehüllt, und auch unserm Vaterlande konnten Opfer und Gefahren bevorstehen, welche Gottes gnädige Fügung bis dahin von uns abgewendet hatte. Seitdem ist, in Folge der weisen Mäßigung der kriegführenden Mächte, unter Mitwirkung und Zustimmung Meiner Regierung, das lang ersehnte Friedenswerk zu Stande gekommen."

„Die Theuerung der ersten Lebensbedürfnisse, welche im Anfange des verflossenen Winters Mein Herz mit schweren Sorgen erfüllte, ist zwar in allen Provinzen Meiner Monarchie schmerzlich empfunden worden. Indessen hat es zu Meiner Beruhigung an vielfacher Gelegenheit zu lohnender Arbeit nicht gefehlt. Meine Regierung ist überall, wo ein Nothstand zu befürchten war, angelegentlich bemüht gewesen, vorsorglich zu Hülfe zu kommen, und hat dabei in der freudigen Opferwilligkeit Meines Volkes einen kräftigen, dankbar anzuerkennenden Beistand gefunden. Seitdem sind, in Folge der nunmehr in Erfüllung gegangenen Friedenshoffnungen, die Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse erheblich gesunken, und wir dürfen uns der Erwartung hingeben, daß eine befriedigende Ernte, womit Gott das Land segnen wolle, der Theuerung ein Ende machen wird."

„Ihre Thätigkeit, Meine Herren, hat in der Sitzungs-Periode, welche wir heute schließen, in vielen wichtigen Zweigen der Gesetzgebung sich fruchtbar und erfolgreich bewiesen." (Es werden sodann die vorzüglichsten der angenommenen Gesetze erwähnt; von der Gemeindeverfassung für die Rheinprovinz speziell wird nichts gesagt, sondern nur im Allgemeinen, daß die Gemeindegesetzgebung für alle Provinzen der Monarchie dem Abschluß entgegengeführt worden sey.)

„Den vorgelegten Staatshaushalts-Etat haben Sie in allen Theilen einer gründlichen Prüfung unterworfen. Indem Sie den veranschlagten Summen unverändert Ihre verfassungsmäßige Genehmigung ertheilt haben, ist von Ihnen anerkannt worden, daß die Ausgaben für die Bedürfnisse der Staatsverwaltung überall mit gewissenhafter Sparsamkeit festgestellt sind."

„Meine Herren! Sie werden jetzt in Ihre Heimath zurückkehren und bei der bevorstehenden Friedensfeier mit Meinem ganzen Volke dem Könige des Friedens dafür Dank und Preis darbringen, daß Er dem verderblichen Kriege ein Ziel gesetzt, und unser Vaterland vor den Drangsalen desselben gnädiglich bewahrt hat. Wirken Sie Alle, Jeder in seinem Kreise, daß auch im Innern Friede und Eintracht, Versöhnlichkeit und Brudersinn immer fester wurzle, damit unser Vaterland sich der Segnungen des Friedens in reichem Maße erfreuen und in edlem Wetteifer mit verbrüderten und befreundeten Nationen alle seine geistigen und materiellen Kräfte zu lebensvoller Entwicklung bringen möge. Das, Erlauchte, edle und liebe Herren! das sey unser Gebet, das seyen unsere Entschlüsse am schönen Friedensfest! Empfangen Sie zum Schluß für Ihre treue Arbeit Meinen Dank und meine Anerkennung."

§ **Oesterreich.** Wien, 1. Mai. (Privat-Korresp.) Die Geschäftskrisis, welche von einsichtigen Praktikern seit vorigem Herbste angekündiget wurde, ist nun wirklich im vollen Anzuge. In Brünn, dem österreichischen Manchester, hat sie mit der Stockung des Hauses Soxlet, einer der größten Spinnereien Oesterreichs, und einiger Runkelrübenfabriken begonnen. Die ausgedehnte Spekulation, in welche überhaupt unsere Industrie in einigen Zweigen unter dem künstlichen Schutzzoll des hohen Silberagio gerathen war, und die plötzlich eingetretene Ernüchterung, welche seit dem unerwarteten Eintritte des Friedens das Sinken des Agio, verbunden mit den neuen Zollermäßigungen, hervorgebracht hat, werden als Ursachen dieser gefährlichen Krisis angegeben. Die Bestellungen stockten, der Absatz fehlte, das Ausland tritt plötzlich als kräftiger Konkurrent auf, und die allgemeine Geldnoth, sowie der durch die Aktienunternehmungen vertheuerte Kredit beschleunigen die Krisis, in welche bald auch die kleineren Industriellen hineingezogen werden. So sollen auch schon mehrere Lederfabriken in Mähren am Rande des Konkurses stehen, und die amtlichen Berichte, welche aus den anderen Provinzen hier eingehen, lauten nicht viel günstiger. Sie sprechen übereinstimmend von Geschäftsstockungen und Arbeitseinstellungen in mehreren bedeutenden Industriebezirken.

Großbritannien.

London, 2. Mai. In der heutigen Unterhaus-Sitzung erwiderte Lord Palmerston auf eine an ihn gerichtete Frage, daß es Rußland freistehe, seine Festungen an dem Ufer des schwarzen Meeres wieder aufzubauen; der Vertrag untersage ihm nur, seine maritimen Befestigungen (soll wohl heißen: Befestigungen, die den Schutz einer Kriegsflotte bezwecken) wieder herzustellen. Es könne auch die Schiffe wieder hervorholen, die es in dem Eingange und dem Hafen von Sebastopol versenkt habe, und die Dardanellen passiren lassen, um sie nach der Ostsee zu bringen. Baron v. Brunnow ist heute Mittag hier eingetroffen. Er wird der Königin offiziell die Thronbesteigung Alexanders II. anzeigen. (T. D. d. K. Z.)

* London. Die dreitägige Debatte im englischen Unterhaus über den Fall von Kars hat im Publikum nur wenig Theilnahme erregt, theils weil die Sache nun einmal längst vorbei ist, theils auch, weil Jedermann einsah, daß der ganze Wortstreit ohne Folgen seyn werde. Die „Times" sagt: Nach Ansicht aller denkenden Männer, welche die auf Kars bezüglichen Papiere mit einiger Aufmerksamkeit gelesen haben, ist der Fall jener Festung vornehmlich dem Privatgroll und dem frevelhaften und eigenwilligen Uebermuthe Lord Stratford de Redcliffe's, des englischen Gesandten in Konstantinopel, zuzuschreiben. Er habe verhindert, daß rechtzeitige und ausreichende Hülfe nach der bedrohten Stadt entsandt wurde. Aber warum habe man unter solchen Umständen den eigensinnigen und widerspenstigen Gesandten von seinem Posten nicht abberufen? Einfach weil man ihn doch auf andrer Seite wieder nicht entbehren konnte, weil Keiner, sowie er, die türkischen Verhältnisse kennt und den Türken abzudringen weiß, was er will. So abscheulich sich Lord Stratford gegen General Williams und überhaupt

in der ganzen Kars-Angelegenheit benommen, so hat er doch ohne Zweifel in anderen Beziehungen die Zwecke seiner Regierung auf's wirksamste gefördert.

Frankreich.

In Paris ist Moritz Aloy, der den „Figaro" im Jahre 1826 gründete, gestorben.

Spanien

Aus Madrid schreibt man unterm 27. April: „Vorgestern Abends gegen 10 Uhr drangen 24 Kerle mit Stöcken, die sich für Abgeordnete der Nationalmiliz ausgaben, in die Bureaux des satyrischen Blattes „Le Padre Cobos", eines Organs der gemäßigten Partei. Der Verwalter und seine Frau waren allein anwesend. Aufgefordert, die Namen der Redakteure anzugeben, verweigerte er die Antwort; sofort ward er mit Schimpfworten überhäuft und tüchtig durchgeprügelt. Die Eindringlinge zerrissen alle vorhandenen Nummern des Journals, zerschlugen alle Möbel und beauftragten beim Abzuge den Pförtner, dem Eigenthümer des Hauses kund zu thun, daß sie dasselbe nächstens in Brand stecken würden, wenn er die Redaktion des „Padre Cobos" nicht daraus entferne. Es sind übrigens Maßregeln ergriffen, damit das Geschehene nicht unbestraft bleibe. — An dem Hinrichtungstage Buendia's näherte sich ein Verwandter desselben um Mittag einem Polizei-Agenten, schmähte ihn heftig und warf ihm vor, den Tod Buendia's veranlaßt zu haben. Der Agent entgegnete, die Justiz habe ihren Lauf gehabt, und man könne das Korps der Polizei-Agenten nicht für die von jenem Mörder erlittene Strafe verantwortlich machen. Sofort empfing er einen Messerstich in den Leib und wurde sterbend ins Spital gebracht. Der Mörder entfloh und konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 25. April. Wiederum ist einer jener strengen Strafakte vollzogen worden, welche die Regierung des Kaisers Alexander II. allen lässigen und untreuen Staatsdienern so furchtbar machen zu sollen scheinen. Die Kriegshospitäler in Simpheropol haben, nach den bei dem Kaiser eingegangenen Berichten, große Mängel gezeigt. Namentlich hat sogar nach der Einstellung der Feindseligkeiten in Simpheropol eine große Sterblichkeit geherrscht und sind selbst mehrere mit der Versorgung und Pflege der Kranken und Verwundeten beauftragte Personen dem Tode erlegen. Es zeigt sich nun, daß in dem Militärhospitale in Simpheropol die unverzeihlichste Unordnung und Nachlässigkeit geherrscht und dieser Umstand den Krankheiten nicht geringen Vorschub geleistet hat. Dieses Unwesen ist dem Kaiser lange verborgen geblieben, wie denn unsere Blätter stets die günstigsten Berichte über den Zustand der dortigen Heil- und Verpflegungsanstalten gebracht haben. Endlich aber sind dem Kaiser einzelne Anzeigen, die das Gegentheil behaupteten, zugegangen, wodurch er sich veranlaßt sah, sich einen genauen und detaillirten Bericht über diese Angelegenheit zukommen zu lassen, die den Kaiser in den heftigsten Unwillen versetzt hat. Der Kaiser hat deßhalb über den Dujourgeneral der Krimarmee G. L. Uschakoff, dem die Oberaufsicht obgelegen hätte, strengen Tadel ausgesprochen, ebenso über mehrere andere hohe Offiziere. Ueber die unmittelbar schuldigen Beamten und Offiziere ist außerdem die kriegsgerichtliche Untersuchung in allergrößter Strenge verfügt. Dies ist durch einen Tagsbefehl vom 21. ds. zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden.

Petersburg, 26. April. So eben wird ein am 22. dieses Monats erlassenes Zirkular des Ministerium des Innern an die Gouvernementschefs und Adelsmarschälle bekannt, dessen Wichtigkeit schon durch die bloße Kenntnißnahme desselben in die Augen fällt. Man kann daraus ersehen, daß nicht nur die Reichswehr, sondern auch die Reserven (denn das sind die „auf unbestimmte Zeit Beurlaubten") entlassen werden und daß der Adel für die gute Unterbringung beiderlei Mannschaften zu sorgen hat. Zweitens werden alle Berichte, welche von einer projektirten Aufhebung der Leibeigenschaft gefabelt haben, gründlich widerlegt, indem im Gegentheil die Gouvernementschefs wiederholentlich und aufs nachdrücklichste darauf hingewiesen werden, auf die strengste Aufrechthaltung des Leibeigenschafts-Verhältnisses zu wachen. Das Zirkular spricht im Eingang von dem Wunsch des Kaisers, daß „das ihm von Gott anvertraute Rußland erstarke und sich vervollkommne in seiner innern Ordnung, in den Vorschriften des erlösenden Glaubens, in Sittlichkeit, Gerechtigkeit und Aufklärung." Sodann werden die Gouvernements-Chefs aufgefordert, ihre nächste Aufmerksamkeit dem Leben und den Bedürfnissen aller Stände der ihnen anvertrauten Bevölkerung zuzuwenden, die Wege und Mittel zur Vermehrung ihres materiellen Wohlstandes zu erfinden und auf sie hinzuweisen. „Denn, sagt das Zirkular, nur die volle Entfaltung der produzirenden Kräfte und die verständige Leitung der Gewerbsthätigkeit allein können den innern Wohlstand Rußlands sicher stellen und seine materielle Unabhängigkeit befestigen. Aber auf dem Gebiete der Volkswirthschaft können wohlthätige Erfolge nur erzielt werden unter der Bedingung einer vollen und allgemeinen Achtung der Regierungsbehörde, einer strengen Beobachtung aller Grund-Staatsgesetze in Bezug auf die Pflichten und Rechte aller Volksklassen. Um dieses zu erreichen, fordere ich Sie auf, sorgsam und mit Strenge auf die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der Entscheidungen der ihnen untergeordneten Aemter und Personen zu wachen. Wobei sie die eifrigste und unermüdlichste Aufmerksamkeit darauf verwenden müssen, daß die volle Unterthänigkeit der Leibeigenen zu ihren Herren erhalten und gewahrt bleibe." (H. N.)

Petersburg, 1. Mai. Der Kurator des Petersburger Lehrbezirks, Puschkin, ist entlassen. Der Eisgang der Newa hat begonnen. (T. D. d. K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Aus dem Orient.

Wie schon gemeldet, ist eine Deputation der Tscherkessen in Konstantinopel angelangt, um von den Vertretern der Westmächte und vom Sultan Bürgschaften für die Unabhängigkeit ihres Landes zu verlangen, mit der Drohung, die Waffen zu ergreifen, um sie aufrecht zu erhalten. Nach der „Allg. Ztg." wäre die Dedutation in Konstantinopel bereits empfangen worden. Die Tscherkessen dürften wohl das „zu spät" empfinden. Der Friedensvertrag ist geschlossen und verbietet die Wiederaufbauung der kaukasischen Forts nicht. (Die Tscherkessen wollen Sefer Pascha zu ihrem unter Oberherrlichkeit der Pforte stehenden Haupte.)

* Man liest im „Journal de Constantinople": Am 15. fand auf der andern Seite der Tschernaja eine große Revue über die russische Armee statt. Marschall Pelissier, von seinem Stabe begleitet, überschritt den Fluß, um derselben beizuwohnen. Demselben Journal wird mitgetheilt, Marschall Pelissier habe zur Wegbringung der Truppen und des Materials eine Frist bis 17. September erhalten.

Zu den vom Frieden überraschten müssen wir auch die Tartaren der Krim zählen. Diese wollen nicht viel Vertrauen auf die Worte legen, welche man sie hören läßt, daß eine Bedingung des Friedens-Traktates dahin lautet, daß die Unterthanen keines der Paziszenten wegen ihres Verhaltens während des Krieges können zur Verantwortlichkeit und Strafe gezogen werden. Man traut nun einmal den Worten Rußlands und seiner Beamten nicht. Daher haben viele Tartaren beschlossen, die Krim zu verlassen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 4. Mai. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 83¼; 4½pCt. Met. 75; Wiener Bankaktien 1324; 5pCt. Lomb. 90¼; Wiener Wechsel l. S. 117; 3pCt. ink. span. 39⅞; 1 pCt. neue 24⅞; Darmstädter Bankaktien 363¼.

Nichtpolitische Zeitung.

Aus der Lausitz, 28. April. Zu Ebendörfel bei Bautzen legte jüngst ein dasiger Bewohner eine Granate, jedenfalls aus der Schlacht bei Bautzen im J. 1813 stammend, in den Ofen, um sie zu einem häuslichen Zweck glühend zu machen, nicht wissend, daß sie geladen sey. In Folge davon zerplatzte sie und stürzte den Ofen ein, glücklicherweise ohne daß Jemand von den in der Stube Anwesenden verletzt ward. — Eine andere Explosion ereignete sich zu Hoyerswerda. Die Gattin des Kaufmanns S. war im Begriff, die Gaslampe anzuzünden. In demselben Augenblick explodirte das Gas, erfaßte und zündete die Kleider derselben. Obgleich sie sich auf die Straße warf und die Flamme bald gelöscht wurde, ward sie doch halb todt in ihre Behausung getragen. Gefährliche Verwundungen waren die Folgen dieses Vorfalls.

Siehe Neueste Nachrichten im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 126. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 6. Mai 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Aus der Pfalz, 1. Mai. Das Projekt einer Eisenbahn von Neustadt nach Dürkheim und von da nach Frankenthal scheint seiner Ausführung doch näher rücken zu wollen. Man ist ernstlich daran gegangen, Kosten und Ertrag zu berechnen und hat, ohne die Ersteren zu niedrig, den Letztern zu hoch anzusetzen, als Resultat herausgebracht, daß die ganze Strecke von 32 Meilen einen Aufwand von 2,700,000 fl. erfordern, jährlich aber mindestens einen Bruttoertrag von 285,250 fl. und, nach Abzug eines Drittheils mit 95,083 fl. Betriebskosten, einen Reinertrag von 190,167 fl., sonach jedenfalls eine Rente von 7 bis 8 pCt. abwerfen würde. Darauf hin ist bereits vor Ostern die Bitte an Se. Maj. den König zunächst um Verleihung der erforderlichen Projektirungskonzession durch die Vorsteher der betheiligten Gemeinden, unter welchen die Weinorte Ruppertsberg, Deidesheim, Forst, Wachenheim, Dürkheim, Ungstein und Freinsheim obenanstehen, gerichtet worden, deren Verbescheidung noch erwartet wird. (F.-P.)

Preußen. Berlin, 2. Mai. Der Graf Schwerin brachte heute in der Schlußsitzung die Potsdamer Depeschenverrathsgeschichte wieder zur Sprache. Er rügte, daß die mit der Prüfung beauftragte Kommission dem Hause noch keinen Bericht erstattet habe. Man wird sich erinnern, daß Herr v. Gerlach, als neulich Hr. v. Saucken an die Sache erinnerte, ganz der Meinung des Grafen Schwerin war und gegen den saumseligen Berichterstatter, Hrn. v. Hertzberg, sogar in den Ton eines sehr scharfen Tadels verfiel. In 24 Stunden, sagte Hr. v. Gerlach damals recht bissig, hätte der Bericht schon erstattet werden können. Heute sagte Hr. v. Gerlach kein einziges Wort; auch der Antragsteller und die übrigen Mitglieder der äußersten Rechten, welche mit Hrn. v. Gerlach den Antrag unterstützt hatten, gaben keinen Laut von sich. Nur Hr. v. Hiller, der Präsident der Kommission, bemerkte, daß der Bericht wahrscheinlich noch heute in der Kommission verlesen, resp. zum Druck fertig gemacht werden würde. Aber „heute", nachdem die Sitzungen bereits geschlossen sind, was will dies sagen? Nach diesem Allen kann es nur als höchst wahrscheinlich betrachtet werden, daß die Sache so liegt, wie wir schon vor einigen Wochen vermuthet haben, daß nämlich den Antragstellern das öffentliche Zursprachebringen der Sache im Hause der Abgeordneten nachträglich wieder leidgeworden seyn dürfte. Wenn der Bericht auch wirklich noch zum Druck kommen sollte, so würde durch denselben die allgemeine Neugierde doch wohl schwerlich irgendwie befriedigt werden. Soviel nämlich verlautet, würde der projektirte Bericht in Bezug auf positive Aufschlüsse über die mysteriöse Geschichte so gut wie gänzlich leer seyn. Diese Verzögerung stimmt mit der merkwürdigen Verschleppung, welche die ganze Sache erfahren, zu sehr überein, als daß man nicht geneigt seyn müßte, sie als eine beabsichtigte zu betrachten Dazu kommt nun noch das höchst bedeutsame Schweigen des Hrn. v. Gerlach und der Mitglieder der äußersten Rechten in der heutigen Sitzung. Was diese Herren veranlaßt hat, die Sache eine solche Wendung nehmen zu lassen, ob es deßhalb geschehen, weil man eingesehen, daß man die kitzliche Geschichte nicht bloß einseitig gegen Hrn. Seiffart aufs Tapet bringen könne, oder welcher sonstiger Grund hier maßgebend gewesen, das müssen wir natürlich dahingestellt seyn lassen; soviel liegt aber auf der Hand, daß es höchst auffallend erscheinen muß vor den Augen der ganzen Welt, daß man den Antrag, nachdem man ihn mit so vieler Ostentation gestellt und in seine Motivirung das Höchste und Heiligste des Staats, „die Ehre des Hauses und des Landes", hineingezogen, schließlich in so sonderbarer, wir möchten sagen, mysteriös-kläglicher Weise im Sand sich verlaufen läßt, und daß es darum alledem gegenüber ein ebenso nothwendiger als wichtiger Akt war, daß der Graf v. Schwerin die heutige Schlußsitzung dazu benützte um vor den Augen des ganzen Landes die Thatsache zu konstatiren, daß, obgleich er und seine Freunde den Antrag des politischen Gegners auf's bereitwilligste unterstützt, obgleich der Antrag schon am 2. April gestellt wurde, obgleich inzwischen Herr v. Saucken an die Sache nochmals erinnert und auch damals die verschiedensten Parteien sich wieder einmüthig für eine möglichst rasche Betreibung der Angelegenheit ausgesprochen, obgleich die Ehre des Hauses und des Landes mit in die Frage gezogen war, und obgleich endlich die ganze Sache so einfach lag, daß die Regierung auch ohne die vorherige Erstattung eines Kommissionsberichts die gewünschte Mittheilung in Betreff des Herrn Seiffart dem Hause ja ganz leicht hätte machen können — daß trotz alledem bis heute am Schluß der Session noch von keiner Seite irgendeine Mittheilung gemacht worden sey. (D. A. Z.)

Berlin, 1. Mai. In der letzten Sitzung des Abgeordneten-Hauses wurden noch zwei wichtige Petitionen erledigt: eine von mehreren Berliner Hausbesitzern ausgehende verlangt die Verlegung der Bordelle aus der Mitte der Stadt nach abgelegenen und entfernten Theilen derselben, da gegenwärtig die Hausbesitzer in der Nachbarschaft die erheblichsten Nachtheile erleiden, weil nur Wenige sich in der Nähe von Bordellen einmiethen oder ankaufen mögen; nicht selten werden sie gezwungen, um nur eine Rente aus ihren Grundstücken zu ziehen, sie an prostituirte Dirnen zu vermiethen. Die Redner aller Parteien, Mathis, v. Gerlach, Graf Schwerin u. a., gingen über die Petition, die vom Hause der Regierung nicht nur zur Erwägung, sondern zur Berücksichtigung empfohlen wurde, noch hinaus, und erklärten sich für definitive Aufhebung der Bordelle. Hr. Mathis erwähnte eines Gerüchtes, nach dem Polizeibeamte Inhaber solcher Häuser sind; Hr. v. Manteuffel II. versicherte, es sofort zur Kenntniß des Ministers des Innern zu bringen. Ohne Erfolg war die zweite Petition, eine Beschwerde des Vorstandes der christkatholischen Gemeinde in Berlin über die Polizeimaßregeln, von denen ihre Prediger, ihre Versammlungen und ihre Kollekten betroffen worden sind. Der Minister des Innern hatte jene Maßregeln gebilligt, und die Kommission die Beschwerde an das Haus der Abgeordneten für formell unzulässig erklärt, weil die Gemeinde keine Korporationsrechte besitze, und daher ihr Vorstand nicht unter einem Gesammtnamen petitioniren dürfe. Hr. v. Patow erinnerte die Kommission daran, daß sie eine Petition eines Vereins von Windmüllern in Erwägung gezogen habe, der wahrscheinlich auch keine Korporationsrechte besitze. Das Haus ging indeß auf Antrag der Kommission zur Tagesordnung über. (A. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 2. Mai. Die Deputationen aus mehreren Städten des Schwarzwaldes wegen der Ueberlassung der zu erbauenden oberen Neckarbahn (von Plochingen aufwärts nach Tübingen rc.) an den sich um die Konzession bewerbenden Engländer soll sich einer wohlwollenden Aufnahme zu erfreuen gehabt haben. Es ist Aussicht, daß dem Wunsche willfahrt wird. Eine Hauptschwierigkeit soll noch darin bestehen, daß eine Zinsengarantie vom Staate verlangt wird, zu welcher bis jetzt wenig Neigung vorhanden scheint. (A. Z.)

Oesterreich. In der Generalversammlung der Aktionäre der Nordbahngesellschaft, welche am 30. April stattfand, wurde die Angelegenheit der galizischen Bahnen zur Entscheidung gebracht. Laut einer Zuschrift des Handelsministers vom 29. April erhält die Nordbahngesellschaft sämmtliche gebaute Bahnen von Oswiecim bis Dembica um den Kostenpreis und die Konzession für die Weiterführung der Bahn nach Lemberg und Brody auf 90 Jahre. Die Strecke nach Lemberg muß in 5, die von Lemberg nach Brody in weiteren 4 Jahren vollendet seyn. Die Superdividende der Nordbahn für 1855 wurde auf 11 pCt. festgesetzt. Zur Deckung der für 1856 sich ergebenden außerordentlichen Auslagen für Unterbau, Oberbau, Hochbauten und Vermehrung des Betriebsmaterials werden 38,725 Aktien, d. h. auf jede alte eine neue zu 200 fl. ausgegeben. Die Aktionäre, welche sich bei dieser Emission betheiligen, haben daher auf die Superdividende noch 65 fl. einzuzahlen und erhalten

dafür eine Aktie zu 200 fl. voll. Für die präliminirten 41 Millionen zum Ankauf und Bau der galizischen Bahnen ist vorläufig keine Deckung festgesetzt worden, sondern bleibt ein Beschluß der nächsten Generalversammlung vorbehalten. (N.K.)

Wien, 30. April. Die Strafdienstzeit im Militär für Selbstverstümmler und Rekrutirungsflüchtige ist auf die Dauer von zwei Jahren herabgesetzt. — Baron Sina ist so weit hergestellt, daß die weitere Ausgabe von Bulletins geschlossen werden konnte. — Die österreichischen Pilger aus Jerusalem werden in wenigen Tagen in Wien eintreffen. (A.Z.)

Wien, 2. Mai. Für das Uebungslager nächst dem Bisamberge sind heute die Lagerrequisiten abgegangen. Die Truppen selbst werden den 4. Mai das Lager beziehen und vorläufig das Infanterieregiment Prinz-Hohenlohe Nr. 13, ein Uhlanen-Regiment und die eingetheilte Artillerie unter Kommando des Brigadegenerals Gretschke dahin abrücken. Die Lagerübungen beginnen am 5. Mai. (Allg. Ztg.)

Schweiz.

Vom Leman, 27. April. Daß in Genf eine Tischrückungsgesellschaft sich als religiöse Genossenschaft konstituirt hat, wissen Sie schon. Es finden regelmäßige Zusammenkünfte derselben in einer auf einem bei Genf gelegenen Landsitze nach Anweisung des Tisches erbauten Kapelle statt, wohin die Gläubigen mittelst einer Glocke zusammengerufen werden. Als die Glocke zum erstenmal erklang, glaubten die umwohnenden Landleute es sey Feuer ausgebrochen, und eilten mit Spritzen herbei: die Gläubigen ließen den Hohn, das „moderne Märtyrerthum", über sich ergehen. Allerlei Leute, gelehrte und ungelehrte, „legen ab ihren geistlichen und weltlichen Hochmuth," ertragen geduldig den Spott dieser Welt, und lauschen demüthig der neuen Heilslehre, welche aus dem vom Schreiner zu einem Tisch verarbeiteten Tannenholz hervorklopft; es sind unter diesen Leuten Geschäftsmänner, Kapitalisten, calvinistische Geistliche, ja selbst ein bekannter Professor der Mathematik! Noch ist die Gesellschaft, deren erste Anfänge schon von zwei Jahren her datiren, klein, aber sie macht Propaganda, und zwar mit Eifer, mit Aufopferung, mit Beharrlichkeit und Geduld. So eben ist der erste Band des „vom Tisch diktirten" Werkes „Rome, Genève et l'Église de Christ" erschienen, welches wenigstens den Beweis liefert, daß der Tischgeist ein recht elegantes, ein schmeichelndes Französisch zu schreiben, ja sich selbst der novellistischen Form zu bedienen versteht. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 1. Mai. Die „Times" wendet sich heute mit Entschiedenheit gegen das Ansinnen des Grafen Walewski, die Freiheit der belgischen Presse zu beschränken. „Wenn die belgische Presse", bemerkt sie, „die Schranken der berechtigten Kritik überschreitet, so stehen die Landesgerichte dem Kaiser der Franzosen eben so gut offen, wie dem niedrigsten Unterthan, und wenn dort aus irgend einem Grunde keine Gerechtigkeit verlangt werden kann, so ist es weit besser, daß man sich einer kleiner Ungelegenheit aussetzt, als daß man das Schwert gegen einen schwachen Staat zieht, der nicht fähig ist, Widerstand zu leisten, und sich doch schämt, sich dem Gebote seines mächtigen Nachbars zu unterwerfen. Auch sollte der Graf Walewski, wenn er sich so heftig über den anti-imperialistischen Ton der belgischen Presse beschwert, bedenken, daß ein Theil derselben mit gleicher Unparteilichkeit die Sache des Kaisers von Rußland zu der ihrigen machte, und daß die Gründung eines bonapartistischen Blattes in Brüssel nicht mit der geringsten Schwierigkeit verbunden gewesen seyn würde."

Frankreich.

Paris, 1. Mai. Die Ueberwachung ist strenger als je, niemals haben die Personen, die Bücher und die Blätter unter schärferer Aufsicht gestanden, man möchte sagen, daß seit der Herstellung des Friedens die Maßregeln verdoppelt sind. Man kann uns leicht angreifen, antwortete in Beziehung darauf d'Haussonville in den „Debats" dem „Constitutionnel", da wir uns nicht vertheidigen können. Die Ueberwachung erstreckt sich sogar auf die Wiederauflage alter Werke; so liegt z. B. mir eine Ausgabe der Periode Ludwigs XIV. von Voltaire vor, die man von der Universität adoptirt haben will, aber sie ist dermaßen gemaßregelt, daß viele Ereignisse ganz verschwunden sind, andere ein neues Gesicht erhalten haben. Es soll dieses das Werk der Censurkommission seyn, gegen die kein Appell möglich: sie besteht nur aus lautern und geläuterten Mitgliedern, Hr. de la Gueronnière ist mit darunter. Ich habe den Buchhändler gefragt, woher es komme, daß alle den Klerus, den Widerruf des Edikts von Nantes und die das Regierungssystem betreffenden Paragraphen modifizirt oder verschwunden seyen. — Was wollen Sie, daß ich thue, mein Herr, „le conseil impérial supérieur de l'instruction publique", antwortete er mir.

Aus Paris schreibt man der „Gazette de Savoie": „Die HH. Jean Reynaud, Dumesnil, Henri Martin, der Historiker, Carnot, Exminister des öffentlichen Unterrichts aus der Zeit Cavaignacs, und Louis Jourdan, einer der geachtetsten Mitarbeiter des „Siecle", gehen damit um, eine neue Religion zu stiften und in unsere Sitten einzuführen. Das von diesen Herren aufgestellte Dogma würde sich auf die alte Druidenreligion der Gallier stützen und auf die Grundsätze der Revolution von 1792, welche der Invasion der Franken, d. h. der Unterdrückung des Volks durch den Adel und den Klerus, ein Ende machte. Diese Religion würde begründet werden durch das bestehende Gesetz und die Lehren der Velleda, der berühmten Heldin der Gallier. (Velleda war freilich eine priesterliche Jungfrau der germanischen Brukterer. Anmerkung des Korrespondenten.) Einstweilen versammelt sich die Genossenschaft von Zeit zu Zeit in dem Wald von Séner, wo Hr. Henri Martin ein schönes Landhaus besitzt. Auch Hr. Michelet wird demnächst unter die Zahl der Jünger aufgenommen werden. Man nennt als Hohepriesterin eine Frau, die schon längst als eine der berühmtesten Schriftstellerinnen bekannt ist. (Georges Sand?)" So abenteuerlich diese Nachrichten klingen, so kann es sich doch kaum um eine bloße Mystifikation handeln, da die „Gazette de Savoie", für Savoyen selbst halboffizielles Organ, mit dem „Siecle" und seinen Glaubensgenossen in freundschaftlichsten Beziehungen steht.

Paris, 2. Mai. Die gerichtliche Untersuchung zu dem Behuf zu erheben, auf welche Art der Text des Friedensvertrags mehreren auswärtigen Blättern mitgetheilt ward, soll zu der Entdeckung geführt haben, daß sich das hiesige Korrespondenzbureau Lejolivet ein gedrucktes Exemplar durch einen Setzer der kaiserlichen Buchdruckerei verschafft, und jenen Blättern um schweres Geld verkauft hat. Die Regierung hatte nämlich die Sammlung der Friedensdokumente und der darauf bezüglichen Protokolle drucken lassen, um ein Exemplar davon jedem Senator und Mitglied des gesetzgebenden Körpers, sowie den fremden Legationen austheilen zu lassen. Während diese Dokumente gedruckt wurden, erfolgte die Bestechung jenes Setzers, welcher, sowie der eigentliche Urheber des Verbrechens nun in gerichtlicher Haft sitzt, um vor dem Assisenhof zur Verantwortung gezogen zu werden. (Allg. Z.)

* Da in diesem Augenblicke Vorbereitungen zur Tauffeierlichkeit getroffen werden, so ist es nicht ohne Interesse die Summen zu kennen, welche Frankreich seit Anfang des Jahrhunderts für Nationalfeste verausgabte: Die Krönung des Kaisers Napoleon I. 1,745,646 Fr.; die Verheirathung mit Marie-Louise 2,670,932 Fr.; bei Geburt des Königs von Rom 600,000 Franken; die Taufe des Herzogs von Bordeaux 668,000 Fr.; die Feste du Trocadero (bei Rückkehr des Herzogs von Angoulême aus Spanien 1823) 800,000 Fr.; Krönung Karl X. 1,164,097 Fr.; Heirath des Herzogs von Orleans 600,000 Fr.

* Man schreibt aus Lyon: Jeden Abend versammeln sich zahlreiche, bewegte Gruppen an der Ecke der Straßen du Mail und Pailleron am sogenannten „rothen Kreuze". Die Sache hat eine solche Ausdehnung gewonnen, daß es des Einschreitens der Sergents de ville bedurfte, um die unterbrochene Zirkulation wieder herzustellen. Es sollen nämlich — erzählt man sich — in einer an dieser Stelle gelegenen Seidenwirkerei geheimnißvolle, grauenhafte Dinge vorgehen, die man sich nur mit Schaudern anvertrauen könne. — In dieser Werkstätte steht ein Webestuhl, an welchem unsichtbare Hände unbegreiflichen Schaden anrichten. Jeden Augenblick reißen die Fäden, kömmt die Maschine aus dem Gange und Alles das ist ein Zeichen des himmlischen Zorn's oder gar das Werk, des leibhaftigen Gott sey bei uns! — Die Polizei, welche ruchlos genug ist an dergleichen Dinge nicht glauben zu wollen, geht in ihrer Verwegenheit so weit der Ansicht zu seyn, daß wenn Fäden reißen und die Maschine aus dem Gang kömmt, dabei eine menschliche Hand und Bosheit im Spiel seyn könne. Der Polizeikommissär zog deßhalb Erkundigungen ein, in deren Folge Dinstag Abend unter noch größerm Zulaufe 5 bis 6 Individuen, Männer und Weiber, verhaftet wurden, die durch ihre Reden aufreizten und Gerüchte über geachtete Leute in Umlauf zu setzen schienen.

Italien.

Neapel, 25. April. Seit sechs Jahren hat die Traubenfäule die meisten Provinzen des Königreichs Neapel dergestalt heimgesucht, daß in vielen Gegenden ganz und gar keine Weinlese stattfand. Kein Wunder also, wenn der Wein, der früher nicht nur reichlich, sondern im Ueberfluß vorhanden war, zum Luxusartikel hat werden müssen. Während der Grundbesitzer sonach den Ertrag seiner Felder, auf welchen, wie bekannt, der Weinstock an Ulmen oder Pappeln üppig rankt, sehr fühlbar

geschmälert sieht, hat der gemeine Mann schon längst auf den Genuß des Weines Verzicht leisten müssen, was ihm um so drückender erscheint, als die Gewohnheit ihm denselben zum Bedürfniß gemacht hatte, und das südliche Klima diesen Genuß zu erheischen scheint. Dann kann das Bier ihm auch kein Surrogat darbieten. In den Provinzialstädten mit wenigen Ausnahmen, und auf dem Lande kennt man es kaum, und in Neapel ist theils der Preis ihm zu hoch, oder er liebt es nicht. (In dem neuen Gasthaus, das unmittelbar am Eingang in die Ruinen von Pompeji steht, wird auch Bier geschenkt; — aber was für ein Bier!) In den letzten Jahren äußerten sich die Symptome der unheilvollen Krankheit bereits an den ersten Sprossen der jungen Reben. Heuer sind diese schon ziemlich aufgeschossen, ohne daß das geübte Kennerauge nur irgend ein Merkmal von Krankheitsstoff wahrzunehmen vermag. Alle schmeicheln sich daher mit der Hoffnung, das Uebel habe gänzlich aufgehört. Auch der Getraidestand scheint zu den besten Hoffnungen zu berechtigen. (Allg. Ztg.)

Turin, 28 April. Gestern hat die Regierung den Friedensvertrag nebst Annexen und Protokollen in einem Quartbande von 168 Seiten veröffentlicht. Die öffentliche Meinung ist zwar wenig mit dem Erfolge der Konferenzen, desto mehr jedoch mit Herrn v. Cavour zufrieden. Selbst seine Gegner lassen ihm Gerechtigkeit widerfahren. Er hat für Italien gethan, was irgend zu thun möglich war.

Genua, 27. April. Ein englischer Dampfer ist mit einigen Kompagnien der piemontesischen Expeditions-Truppen aus der Krim hier eingetroffen. (O. C.)

Aus Turin, 30. April, wird gemeldet: Graf v. Cavour wurde gestern vom Könige empfangen und mit dem Orden de l'Annunziade dekorirt.

Die „Gazetta di Parma" vom 1. Mai widerspricht der Nachricht, daß die österreichischen Truppen in Parma vermehrt worden seyen, daß die Abreise der Herzogin bevorstehe und daß die Civilgewalt durch einen österreichischen General geübt werde. (T. D. d. Nat. Ztg.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Ueber den Aufstands-Versuch in Bulgarien wird der „Oesterr. Ztg." geschrieben: „Ein gewisser Dimitri, man sagt, ein Kaufmann aus Silistria, fand sich in den bulgarischen Dörfern zunächst der serbischen Gränze ein und rief das Landvolk zum Aufstande gegen die türkische Herrschaft und zur Befreiung des Vaterlandes auf. Er erklärte, im Auftrage der europäischen Großmächte zu kommen, bald würden Heere zu ihrer Unterstützung einrücken; auch die serbische Regierung wisse von dem Beginne des Unternehmens und werde dasselbe unterstützen. So gelang es ihm, etwa 200 Mann um sich zu sammeln. Das bulgarische Volk jedoch, der Sache nicht trauend, schickte eine Deputation nach Gurgußowatz in Serbien zu dem dortigen Kreischef, der die Sache aufklärte. Dimitri sah sich bald verlassen, und flüchtete mit fünf seiner treuesten Anhänger in die Gebirge."

Rußland und Polen.

Petersburg, 25. April. Es ist leicht begreiflich, daß sich jetzt, nach Abschluß des Friedens, die allgemeine Aufmerksamkeit des In- und Auslandes den innern Zuständen Rußlands zuwendet und eine Masse industrieller Projekte an den Tag treten. Daß Rußland in dieser Beziehung ein weites und noch wenig bearbeitetes Feld darbietet, läßt sich nicht in Abrede stellen, wohl aber ist es zweifelhaft, ob solche Projekte so schnell dem Volke begreiflich und annehmbar erscheinen werden, wie es zu einer raschen und gewinnbringenden Realisirung dieser Pläne erforderlich ist. Die Idee des Kredit mobilier namentlich scheint hier noch nicht den dafür empfänglichen Boden gefunden zu haben. Wie es heißt, sollen mehrere auswärtige Gesellschaften sich um die Konzession eines solchen Instituts bewerben, ihre Gesuche aber in den höchsten Kreisen auf große Bedenken gestoßen seyn. Dazu bearbeitet die hiesige Presse das Volk nach Kräften, um es allem Ausländischen abwendig zu machen und es zu bewegen, seine Mittel und Kräfte nur inländischen Fabriken und Unternehmungen zu widmen. Eine auswärts koncipirte Idee jedoch scheint auch hier großen Anklang zu finden, nämlich der Bau einer Eisenbahn von Riga nach Dünaburg, sowie überhaupt Eisenbahnunternehmungen. Man sieht die Nothwendigkeit einer bessern und schnellern Kommunikation in dem weitausgedehnten russischen Reiche ein, man erkennt klar, welche großen Vortheile eine ausgebreitete Eisenbahnverbindung dem Lande in Kriegs- und Friedenszeiten bringen müsse, weiß aber auch ganz gut, daß die inländischen Geldmittel, durch den Krieg erschöpft oder mindestens sehr angegriffen, zu so großen und kostspieligen Unternehmungen nicht ausreichen. Man macht also aus der Noth eine Tugend und zeigt sich nicht abgeneigt selbst die Hülfe des sonst so sehr verhaßten England zur Erreichung des vorliegenden Zweckes anzunehmen. So schreibt die gestrige „Hofzeitung" (— welche, beiläufig bemerkt, heute wieder für die Annahme der russischen Nationaltracht plaidirt, auf welchen Artikel vielleicht noch zu kommen seyn wird —) in ihrem Handelsberichte mit bitter-süßem Lächeln: „Mit besonderer Befriedigung ist die (Zeitungs-) Nachricht hier aufgenommen worden, daß auf der Londoner Börse an dem Bau einer Eisenbahn von Riga nach Dünaburg der lebhafteste Antheil genommen wird, und aus Privatschreiben ist zu ersehen, daß sich in England eine Gesellschaft bildet für den Bau von Eisenbahnen auch in vielen andern Gegenden Rußlands, welche für unsern Handel, unser Land und für die Kapitalisten selbst, die ihre Gelder mit ungleich größerm Nutzen als sie in England gewinnen anlegen wollen, sehr nützlich werden können. Die Erbauung von Eisenbahnen in Rußland durch Privatpersonen ist von der Regierung schon gestattet worden, da dies als die nützlichste und wohlthätigste Maßregel für den Landbau, den innern und äußern Handel Rußlands erkannt worden ist. Unsere Handels-Körperschaften und Landleute sind daher über jene verständige und nützliche Absicht der englischen Capitalisten sehr erfreut und wünschen vollen und glücklichen Erfolg in der so gemeinnützigen als vernünftigen Unternehmung." Was der Hinweis auf die projektirten Eisenbahnen „in noch andern Gegenden Rußlands" betrifft, so wird dabei namentlich an eine Verlängerung der Riga-Dünaburger Bahn bis in die getraidereichen Gouvernements im Südosten und ihre Vereinigung mit der Moskau-Petersburger und den projektirten Eisenbahnen des Südens gedacht. Den Wunsch des Gelingens der Unternehmung wird übrigens Jeder für sehr natürlich halten, da Rußlands künftige Größe so zu sagen von den Eisenbahnen abhängt. Wenn es später einmal einer Macht wieder einfallen sollte, die Krim anzugreifen, so werden die Eisenbahnen dazu dienen, aus den entferntesten Gegenden des Reichs die Vertheidigungsmittel in Masse und mit Windeseile an den bedrohten Punkt zu dirigiren und dann wird Rußland wirklich unangreifbar seyn. (?) (H. N.)

Petersburg, 1. Mai. Die „Hofzeitung" enthält heute die offizielle Mittheilung, daß der Graf Nesselrode auf sein Ansuchen aus seinen Aemtern entlassen worden sey und den Titel Reichskanzler behalten habe. (Als Widerlegung des Gerüchts, daß er in Ungnade gefallen sey.)

Amerika.

* Eine durch die „Patrie" veröffentlichte Privat-Korrespondenz bestätigt die zu Southampton seit einigen Tagen verbreiteten Gerüchte, daß die kleine Armee der Republik Costa-Rica in Zentral-Amerika, die Flibustiers Walker's geschlagen habe. — Das Treffen, in welchem General Mora, der Bruder des Präsidenten, die Armee von Costa Rica befehligte, hatte am 20. März statt. Es bedurfte einer einzigen Salve und eines Bajonetten-Angriffs, um die Walker'schen Flibustiers, nach 15 Minuten, in die Flucht zu schlagen. In einer aus San José 24. März datirten Proklamation theilt der Vice-Präsident Francisca Maria Oreamono den Bewohnern Costa Ricas diesen ersten Erfolg mit. Präsident Mora selbst befindet sich bei der Armee und Alles berechtigt zu der Annahme, daß Walker sich gezwungen sah, sich wieder nach Kalifornien einzuschiffen.

Die neuesten Berichte aus Peru lauten höchst unerfreulich. Man glaubt, der Präsident werde sich zum Diktator aufwerfen und dadurch eine Revolution hervorrufen. Mord und Raub sind im ganzen Lande (die Straßen der Hauptstadt Lima nicht ausgenommen) an der Tagesordnung. (Fr. Pstz.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 5. Mai. Die etwas schwierigeren Geldverhältnisse wirkten nachtheilig auf den Lauf des Geschäfts ein und war der Umsatz von nicht großer Bedeutung. Elisabethen-Bahn 109¾. Bayr. Ostbahn 107 bis 107¾. Lombardische Bahnen 126½.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1325 P. 1320 G. Neue Bankaktien 420 P. 417 G. Credit-Actien à 5pCt 215½ P. 213½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 84½ P. 84 G. 5pCt. Lombard-Ven. 91¾ P. 91¼ G. Metall. alte à 5pCt. 83¼ P. 83 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87¾ P. 87¼ G.; à 4½pCt. 71⅝ P. 71⅜ G.; à 4pCt. 66¾ P. 66¼ G.; à 3pCt. 51 P. 50½ G.; à 1pCt. 16⅝ P. 16⅜ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G. à fl. 250 von 1839 —— P. 130 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106¾ P. 106⅜ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 314 P. 312 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¼ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 87⅞ P. 87⅜ G.; 4pCt — P. 93¾ G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 100⅞ P. 100⅝ G.; 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156¾ P. 156¼ G. Neustadt-Weissenb. 117 P. 116½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 116¾ P. 116½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90P. 89½ G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. — G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83⅛ P. 82⅝ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41½ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63¼ P. 62¾ G.

Großherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾P. 92¼G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 103½ P. 103 G.; Loose à fl. **50** 112¾P. 112½G.; à fl. **25** 33⅝ P. 33⅜ G.; Darmstädter Bankaktien alte 364 P. 362 G.; junge 310 P. 308 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 105⅛P. 104⅞G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 47⅝ P. 47⅜ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅞ P. 89⅝ G., Loose à fl. 25 31½P. 31¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92½ P. 92G.; Bankaktien 121 P. 120½ G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81¾P. 81¼G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl.500 Partial 88¾P. 88¼G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P 39¾ G.; 1pCt. neue 24⅞ P. 24¾G. **Holland.** Integrale 63 P. 62½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119⅞P. 119⅝G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 101½P. 101¼G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105⅛P. 104⅞G.	Paris Frs. 200 k. S. 94½P. 94¼
Cöln Thlr. 60 k.S. 105⅛P 104⅞G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅜P. 94⅛G
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S 97⅝P. 97⅜G.	Wien fl. 100 C. k S. 117¾P. 117⅛ i.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P. 88¾G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛P. 116⅞G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105P. 104¾G.	Disconto — P. 4pCt. G

Magdeburg, 29. April. Gegen Ende der vorigen Woche wurde es wärmer und der seitdem öfter gefallene Regen hat der Vegetation große Dienste gethan, alle Feldfrüchte haben sichtbare Fortschritte gemacht und stehen der Jahreszeit angemessen gut und kräftig da, der Winterrapps und Rübsen ist so weit gediehen, daß in den nächsten Tagen sich deren Blüthen entfalten werden. Im Getraidehandel war es wieder etwas lebhafter, so daß sich trotz größerer Zufuhr vom Lande dennoch die Preise behaupten konnten, die meisten Ankäufe geschahen von Seiten der Konsumenten, die nur schwach versorgt sind, ein Abzug nach außen hat sich noch nicht wieder eingestellt, obgleich alle Anzeichen dafür vorhanden sind. Es wurde für die bessern freilich nur sparsam vorkommenden Sorten Waizen 88 a 92 Rthlr. bewilligt, mittel und leichte Sorten mußten abwärts bis 78 Rthlr. erlassen werden. Roggen wurde nach Qualität von 60 a 64 Rthlr. bezahlt, Gerste 42 a 48 Rthlr., gute schwere Gerste würde bis 50 Rthlr. aufbringen, Hafer 28 a 30 Rthlr. per Wspl. Von Hülsenfrüchten wurde mehreres angeboten, doch zeigten sich Käufer sehr zurückhaltend und selbst zu ermäßigten Preisen sind wenig Verkäufe darin gemacht worden.

Amsterdam, 26. April. Kaffe. Die Stellung des Marktes hat sich seit letztem Bericht nicht verändert, doch beschränkte sich der Umsatz hauptsächlich auf 4200 B. ord. Java- in Auktion von 30¾ a 31 C., und 1410 B. Brasils mit vielen schwarzen Bohnen, welche in Auktion zu 24½ a 25¼ C. aufgehalten, später zu geheimen Preisen begeben wurden. — Roher Zucker bei geringer Kauflust und kleinem Umsatz nur Nr. 16 bis 19 sind gefragt und dafür letzte Preise zu bedingen. — Von Reis ist aus erster Hand nur der Umsatz von 2331 B. Java- zu 7¾ fl. zu melden. Sonst sind in geschälten Sorten nur Kleinigkeiten umgesetzt und man notirt geschälten Arrakan- 7¾ a 8 fl., geschälten Java- 9 a 9½ fl., Verlauf- do. 12½ a 13 fl., Tafel- 14 fl.

Neueste Nachrichten.

München, 3. Mai. Se. Maj. der König haben die Aufhebung der Stadt-Kommandantschaft Kaiserslautern verfügt.

Befördert wird: zum Bataillons-Auditor: der Unterauditor Franz Englert bei der Kommandantschaft Würzburg. Ernannt wird: zum Unterauditor: der Auditoriats-Praktikant Emil Ulsamer aus Würzburg beim 1. Armee-Divisions-Kommando. Versetzt werden: der Regiments-Auditor Wilhelm Görtz vom 6. Infanterie-Regiment zur Kommandantschaft Nürnberg; der Unterauditor Maximilian Stritzl vom 1. Armee-Divisions-Kommando zum 6. Infanterie-Regiment. (B.-Bl.)

München, 3. Mai. Se. Maj. der König haben den Rittmeister Carl Trombetta vom 2. Kuirassier-Regiment in den Ruhestand versetzt; den Unterlieutenant Rudolph Bauer vom 15. Infanterie-Regiment in Folge Erkenntnisses des General-Auditoriates aus Strafe entlassen; den charakterisirten Oberst Joh. Cronnenbold, Stadt-Kommandanten von Kaiserslautern, in den Ruhestand versetzt; den Majoren à la suite R. Graf Fugger von Kirchberg u. Weißenhorn und Ad. Fürst v. Löwenstein-Wertheim-Freudenberg die Erlaubniß ertheilt, die Uniform der Flügeladjutanten zu tragen; den Unterlieutenant und Platzadjutanten Karl Neumann von der Kommandantschaft Kaiserslautern zur Kommandantschaft Kempten versetzt; den temporär pensionirten Hauptmann Viktor Palm bleibend im Ruhestande belassen; den Oberstlieutenant Alois Westner vom 1 Artill.-Reg., Artillerie-Direktor der Festung Landau, auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Unterlieutenant Leonhard Schneider bleibend im Ruhestande belassen; den Hauptmann Anton Frhrn. v. Weveld vom 10. Inf.-Reg. zum 4. Jäger-Bat. versetzt; dem Unterlieutenant Karl Brandt vom 9. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere ertheilt; den Unterlieutenant Ferdinand Graf v Hompesch vom 1. Cuirassier-Reg., Attache der k. Gesandtschaft in Petersburg, zum Legationssekretär bei derselben ernannt, und ihn gleichzeitig zum Oberlieutenant extra statum im genannten Regimente befördert; dem Hartschier Philipp Jansohn von der Leibgarde der Hartschiere die Ehrenmünze des Ludwigsordens verliehen; den temporär pensionirten Oberauditor Leo Hautmann auf ein weiteres Jahr im Ruhestand belassen; den Major Christian Müller vom 2. Artill.-Reg. zum Artillerie-Direktor der Festung Landau ernannt, den temporär pensionirten Hauptmann J. Pelletier auf ein weiteres Jahr im Ruhestand belassen, den quiescirten geheimen Rath Ludwig v. Langlois unter Verleihung des Comthurkreuzes des Verdienstordens vom heil. Michael seines seit fünfzig Jahren versehenen Amtes als Ordens-Archivar des Militär-Max-Joseph-Ordens auf Nachsuchen enthoben, sofort denselben bleibend im Ruhestande belassen, und den Generalsekretär Michael v. Gönner vom Kriegsministerium zum Ordensarchivar des genannten Ordens ernannt. Die nachgesuchte Enthebung des Oberlieutenants und Bataillonsadjutanten Maximilian Nero vom 12. Infanterie-Regiment von der Adjutanten-Funktion wurde genehmigt — und die Wahl des Unterlieutenants Karl Lindhamer vom 4. Infanterie-Regiment zum Bataillons-Adjutanten bestätigt. (Verordnungsbl.)

München, 3 Mai. Die Gesellschaft der bayerischen Ostbahnen hat durch die ihr ertheilte k. Konzession unter Anderm das ausschließliche Recht zu dem Bau der vier Bahnen in der Art erworben, daß es während der Konzessionsdauer Niemand gestattet ist, eine andere Eisenbahn zu errichten, die die Endpunkte derselben ohne Berührung neuer Zwischenpunkte, welche die Staatsregierung für strategisch, politisch oder kommerziell wichtig erachtet, in Verbindung bringt. Im Falle der nach dieser Bestimmung zulässigen Errichtung einer Eisenbahn wird der Gesellschaft gestattet, selbst um die Konzession derselben nachzusuchen, welche ihr unter gleichen Bedingungen mit Vorzug vor anderen Bewerbern ertheilt werden wird. Die Aktien der Ostbahnen wurden an der hiesigen Börse heute mit 7¼ pCt. Agio bezahlt, und es wurden zu diesem Kurse bedeutende Summen gekauft. (N. C.)

Berlin, 4. Mai. Se. Maj. der König von Preußen hat Sr. Maj. dem Kaiser der Franzosen den „schwarzen Adlerorden" verliehen. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Paris, 4. Mai. Der König von Württemberg ist hier eingetroffen. — Das offizielle Blatt veröffentlicht ein Schreiben des Ministers des Innern an den Seine-Präfekten, wonach der Kaiser befohlen hat, solche Individuen zu verfolgen, welche unter dem Vorwande, von einem gewissen Einfluß zu seyn, Unternehmungen ausbeuten, wozu Konzessionen erforderlich sind. (T. D. d. K. Z.)

Straßburg, 2. Mai. Seit gestern treffen Reisende, welche München mit dem ersten Wagenzug verlassen, Abends 5 Uhr in Straßburg ein. Den Verwaltungen Bayerns und Württembergs gebührt die Anerkennung, daß sie die Interessen Süddeutschlands in dieser so hochwichtigen Frage auf eine Weise vertreten, welche in der nächsten Zukunft die herrlichsten Ergebnisse liefern wird. Mehrfache Verbesserungen im Postwesen stehen ehestens zu erwarten. Die Verträge, welche in dieser Beziehung von Seite Badens abgeschlossen wurden, und demnächst verkündet werden dürften nicht ohne günstigen Einfluß auf die süddeutschen Staaten überhaupt seyn. (A. Z.)

Petersburg, 3. Mai. General Suchosanet II. ist zum Kriegsminister ernannt worden. Fürst Gortschakoff, bisheriger Gesandter in Wien, hat das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernommen (schon früher gemeldet). Der Friedensvertrag wurde zur allgemeinen Kenntniß gebracht. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 127.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 7. Mai 1856

Ueber die Gehalte der „Gerichtsbeamten in Bayern" und den dem Landtage vorliegenden Gesetzentwurf über „die Gerichtsverfassung."

⁓ Aus Franken, Ende April. Die den bayerischen Landtag wiederholt beschäftigende „Frage der Gerichtsverfassung" wird durch den gegenwärtig dem treffenden Ausschusse vorliegenden Entwurf, welcher jedenfalls zur Verständigung mit den Vertretern des Volkes geeignet seyn dürfte, hoffentlich eine baldige Lösung erhalten, und durch das verabschiedete, möglichst schnell zu vollziehende Gesetz dem Volke vorläufig wenigstens ein Theil der Vortheile zugewendet werden, welche in dem Verfassungsgesetze vom 4. Juni 1848 über die Grundlagen der Gerichtsorganisation 2c. und dem Gerichtsverfassungsgesetze vom 25. Juli 1850 enthalten sind. Es dürfte dasselbe namentlich in Verbindung mit dem in Aussicht stehenden Gesetze, „die vollziehbaren Urkunden betreffend", wesentlich zu einer schleunigeren und doch zugleich gründlichern Rechtspflege beitragen und der Selbständigkeit und Dienstverantwortlichkeit der bezirksgerichtlichen und landgerichtlichen Nebenbeamten nicht gering anzuschlagen seyn, wie dies in dem äußerst gediegenen Berichte des Herrn Berichterstatters des treffenden Landtagsausschusses (Professor Dr. Edel) des Näheren ausgeführt wurde. Nur zwei Bestimmungen des Entwurfes scheinen uns schon auf den ersten Blick einer Abänderung zu bedürfen: 1) daß dem Gerichtsvorstande unbenommen bleibt, einzelne Handlungen der nicht streitigen Rechtspflege selbst vorzunehmen (§. 14 des Entwurfs); 2) daß die Voruntersuchungen wenigstens theilweise (wenn auch ausnahmsweise) nicht von den an den Bezirksgerichten angestellten Untersuchungsrichtern geführt werden sollen (§. 17 des Entwurfs). — Das Erste könnte zu eigenthümlichen Erfahrungen und Folgen führen, das Letzte aber würde gegen den in dem Berichte mit Recht besonders hervorgehobenen Grundsatz verstoßen, daß „Voruntersuchungen" von Mitgliedern jener Gerichte und Gerichtshöfe geführt werden, welchen die „Aburtheilung" der treffenden Strafrechtssache zusteht, und der wesentliche Vortheil des „mündlichen Verkehres" der ständigen Untersuchungsrichter mit den Staatsanwälten und dem einschlägigen Kollegium würde gegentheiligen Falles verloren gehen, überdies die Versendung umfangreicher Akten und Ueberführungsstücke 2c. sich nicht mindern! — Bei der vorliegenden Berathung über die Gerichtsverfassung scheint aber eine Frage, wir möchten fast sagen, die Lebensfrage der Gerichtsbeamten, die zwar schon vielfach berührt, aber beim Landtage noch nicht gehörig erörtert wurde, von uns besonders hervorgehoben werden zu müssen, wenn sie sich auch so zu sagen von selbst aufdrängt.

Bekanntlich haben die Kreis- und Stadtgerichts- (später Bezirksgerichts-) Räthe einen jährlichen Gehalt von 800—1200 fl. ohne alle Nebenbezüge, wie freie Wohnung 2c.; dagegen die Bezirksgerichtsräthe in der Pfalz von 1100—1300 fl., die zweiten Staatsanwälte diesseits des Rheins aber, welche den „Assessoren des treffenden Kollegialgerichts" im Range gleichstehen, den „Gehalt der Räthe" desselben, während die Assessoren nur 600 u. 700 fl. jährlichen Gehalt, die 1. Staatsanwälte an denselben Gerichten aber 1400—1800 fl. jährliche Besoldung haben. Berücksichtigt man, daß, abgesehen von „besonderen Verhältnissen", ein Beamter der sog. „reinen Justiz", als Kreis- und Stadtgerichts-Protokollist (Bezirkssekretär) und Assessor, nachdem er überdies bis zur Anstellung in derselben in der Regel neben andern auch weit höhere finanzielle Opfer (als unbesoldeter Accessist 2c.) gebracht hat, als in jedem anderen Zweige der Staatsverwaltung, ohngefähr durchschnittlich 7 bis 9 Jahre nöthig hat, bis er als Rath einen jährlichen Gehalt von 800 fl. anfangend erhält; berücksichtigt man weiter, daß nach den dermaligen Verkehrs- und Lebensverhältnissen das Geld zur Zeit wohl jedenfalls nicht mehr die Hälfte des Werthes hat, welchen es bei Festsetzung fraglicher Richterbesoldungen (im Jahre 1808, Reggsbl. S. 2308) hatte, und daß auch der höchste Gehalt eines dermaligen Kreis- und Stadtgerichtsrathes bei Weitem nicht ausreicht, um in irgend einer Stadt Bayerns mit Familie auch nur „halb anständig" zu leben, so wird man namentlich in Erwägung des Umstandes, daß diese Beamten mit den schwierigsten, wichtigsten und verantwortlichsten Geschäften so zu sagen überladen sind, und ihre schlechte finanzielle Stellung selbst ihre Unbestechlichkeit in den Augen des Volkes in Frage stellen könnte, wenigstens deren Gleichstellung im Gehalte mit den Bezirksrichtern der Pfalz, und beziehungsweise den ohngefähr im gleichen Range stehenden Beamten (Vorständen) des sog. „gemischten Dienstes", dann der Finanz- und Forst-Verwaltung 2c., sowie schließlich die Aufbesserung der Gehalte der mit der Selbständigkeit auch „dienstverantwortlich" werdenden Nebenbeamten (Assessoren) der Bezirksgerichte und der Landgerichte als das dringendste Gebot der Billigkeit ansehen müssen, und dürfte das neuestens in „Hannover" 2c. gegebene Beispiel, vorläufig wenigstens hier, wo es am meisten Noth thut, Nachahmung finden, zumal der nun gesicherte „Friede" wohl eine „wesentliche Verminderung" der seit dem Jahre 1848/49 sehr bedeutenden Ausgaben für das Heerwesen gestatten dürfte.

Wir freuen uns, soeben aus München die Nachricht zu erhalten, daß die letztberührte Angelegenheit, wenigstens theilweise in unserer Auffassung, von einigen Abgeordneten zum Gegenstande eines Antrages beim gegenwärtigen Landtage gemacht wurde.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 3. Mai. Das Kriegsministerium hat den Ausschußvortrag über das Militärbudget einer Prüfung unterstellt und die Ergebnisse derselben dem Präsidium der Abgeordnetenkammer mitgetheilt. In diesen 5 Bogen umfassenden „Bemerkungen" wird dem Ausschußreferenten Langguth vorgeworfen, daß bei seinen Durchschnittsberechnungen „nicht unwesentliche Irrungen theils in den Ziffern, theils in den thatsächlichen Verhältnissen sich eingeschlichen haben." Das Ministerium geht sodann alle die betreffenden Positionen durch, sucht dieselben zu „berichtigen" und kömmt dann zu folgendem Schluß: „Nach den vorstehend gegebenen rechnungsmäßigen Nachweisungen wird es nun wohl keinem Zweifel unterliegen können, daß die Anträge, welche der Hr. Referent in seinem Vortrage gestellt hat, theils den Anforderungen an eine tüchtige Wehrkraft des Landes nicht entsprechen. Der Ausdruck des tiefsten Bedauerns in der Erklärung des Kriegsministerium vom 18. April darüber, daß es der Hr. Referent unterlassen hat, vor der Feststellung seines Vortrags im 2. Ausschuß bezüglich der demselben zu Grunde gelegten Durchschnittsberechnungen und der hierauf gestützten so eingreifenden Anträge sich mit dem Kriegsministerium in's Benehmen zu setzen, wird sonach um so mehr gerechtfertigt erscheinen, als es in diesem Falle sicher gelungen wäre, jene so beträchtlichen Irrthümer in jenen Berechnungen im Voraus zu beseitigen und somit für die Berathung und Beschlußfassung über diesen so hochwichtigen Gegenstand im 2. Ausschuß vollkommen sichere Anhaltspunkte zu vereinbaren." Daß solche „Bemerkungen" schon im Voraus bei den Betheiligten eine gereizte Stimmung veranlassen müssen, ist gewiß nicht zu bezweifeln; ebenso wenig dürfte bezweifelt werden, daß die Debatte selbst über das Militärbudget etwas „lebhaft" werden wird. (A. Pstz.)

** München, den 5. Mai. (Privat-Korrespondenz.) In der heute stattfindenden Sitzung der Kammer der Reichsräthe wird Hr. v. Niethammer seinen zweiten Vortrag erstatten über den Gesetzentwurf bezügl. der „Kapitalrenten-Steuer". Der Vortrag, welchen Referent zuerst hierüber im Ausschusse erstattet hatte, lautet wie folgt: „Die Kammer der

Abgeordneten hat in ihrer Sitzung vom 19. v. M. wiederholt den Gesetzentwurf über die Kapitalrentensteuer berathen und den Modifikationen der Kammer der Reichsräthe mit Ausnahme der bei Artikel 4 beschlossenen Abänderung beigestimmt. — Die hohe Kammer der Reichsräthe hat am 14. v. M, im Einklange mit dem Vorschlage der kgl. Staatsregierung, im Art. 4 sub Nr. 4, die Steuerfreiheit der zur Fundation von geistlichen Pfründen bestimmten Kapitalien beschlossen. Nachdem die Kammer der Abgeordneten diesem Beschlusse nicht beigetreten, so ist zu erwägen, ob die Kammer der Reichsräthe auf dem Beschlusse vom 14. v. M. beharren soll. Dieser Beschluß stützte sich auf die schlagendsten Billigkeitsgründe, die sowohl vom Referenten, wie auch von mehreren Mitgliedern des hohen Hauses hervorgehoben, und von der ganzen Kammer anerkannt wurden. — Die frühere Kammer der Abgeordneten hat aus gleichen Billigkeitsgründen die Steuerfreiheit der geistlichen Pfründebesitzer bei der Staatsregierung beantragt, sie hat also die Ansichten der Kammer der Reichsräthe getheilt, und jetzt will auf gerechte Billigkeit keine Rücksicht genommen werden. Es ist nun zu erwägen, welches Verhältniß eintritt, wenn durch Beharren beider Kammern auf ihren Beschlüssen das revidirte Kapital-Rentensteuergesetz nicht zu Stande kommt; es dürfte keine andere Folge seyn, als daß eben das bisherige Gesetz von 1850 in Wirksamkeit bleibt. Wenn dadurch nun 1) die geistlichen Pfründebesitzer nicht nur nicht erleichtert, sondern mit einer höheren Steuer angelegt bleiben, was besonders für die gering Dotirten sehr empfindlich ist, 2) die Wittwen und Waisen, deren Kapitalrente den jährlichen Betrag von 200 fl. nicht übersteigt, die ihnen zugedachte Steuererleichterung nicht erhalten, so dürfte dennoch von der hohen Kammer auf dem einhelligen Beschlusse vom 14. v. Mts. zu beharren seyn, da hierin die Staats-Regierung und die Kammer der Reichsräthe, also zwei Faktoren der Gesetzgebung einig sind, und von der Kammer der Abgeordneten nicht einmal ein Vermittlungsvorschlag angenommen worden ist."

In der Ausschuß-Sitzung vom 29. v. Mts. erklärten sich sämmtliche Ausschuß-Mitglieder mit der Ansicht des Herrn Referenten einverstanden, hierauf aber setzte der Herr Staatsminister der Finanzen auseinander, daß die Folgen eines dem Antrage des Herrn Referenten konformen Kammerbeschlusses ein Fallen des ganzen Gesetzes seyn würde, und es dann sehr bedeutende Schwierigkeiten bieten würde, die Kapitalrentensteuer nach dem alten, die Einkommensteuer aber nach dem neuen Gesetze, wegen der Verschiedenheit des Verfahrens, zu erheben. Diese Schwierigkeiten würden um so unvermeidlicher seyn, als das neue Einkommensteuer-Gesetz, worüber bereits Gesammtbeschluß bestehe, solche Vorzüge vor dem alten biete, daß es jedenfalls zur Sanktion kommen müsse. Deßhalb hielt es der Herr Staatsminister der Finanzen für wünschenswerth, daß durch irgend einen Vermittlungsvorschlag das vorliegende Kapitalrentensteuer-Gesetz gerettet würde, und schlug hiezu verschiedene Wege vor: Einmal die Freilassung des fraglichen Kapitals bis zu einem Betrage von 1000 fl.; oder die Gestaltung der Abrechnung der auf dem betreffenden Kapitale haftenden Lasten zum Zwecke der Besteuerung; endlich die Formulirung eines Wunsches, der für den Fall des Fallens des Gesetzes dahin ginge, das Verfahren bei Erhebung der alten Kapitalrentensteuer dem des neuen anzupassen.

Herr Reichsrath Graf v. Montgelas machte geltend, daß ein Vermittlungsvorschlag, wie vom Herrn Staatsminister der Finanzen angedeutet, am füglichsten von Seite der Staatsregierung eingebracht werden dürfte, da namentlich, was den letzten Vorschlag betrifft, das Zurückkommen auf eine Materie, die bereits in beiden Kammern abgeschlossen sey, von Seite Einer Kammer formell unzuläßig sey, und sich auf dem Boden eines Regierungsvorschlages um so leichter eine Vereinigung erzielen lassen dürfte.

Herr Ministerpräsident Frhr. v. d. Pfordten hob die Nachtheile, die durch das Fallen des Gesetzes auch für die betheiligten Pfarreien veranlaßt würden, im Zusammenhalte mit den Schwierigkeiten der gleichzeitigen Durchführung des neuen Einkommensteuer-Gesetzes mit dem alten Kapitalrentensteuer-Gesetze noch greller hervor, und erklärte die Bereitwilligkeit der Staatsregierung, einen Vermittlungsvorschlag einzubringen.

Es wurde demgemäß beschlossen, die Ausschußsitzung zu vertagen, bis es dem Staatsministerium möglich sey, einen derartigen Vorschlag zu machen, worauf weitere Sitzung anberaumt werden würde.

In Folge dessen fand am 2. ds. eine weitere Ausschuß-Sitzung statt, in welcher der Hr. Staatsminister der Finanzen erklärte, daß das k. Staatsministerium das durch beide Kammern vereinbarte neue Einkommensteuergesetz sogleich der Krone zur Sanktion zu unterbreiten beschlossen habe, und er legte dem Ausschusse folgende Fassung zu Art. IV Ziff. 4 des Kapitalrentensteuergesetzes vor: „Die Fundationskapitalien der geistlichen Pfründen, soferne das jährliche Gesammteinkommen der betreffenden Pfründe den Betrag von 1000 fl. nicht erreicht." Der Hr. Referent beantragte, der Ausschuß möge diesem Vermittlungsvorschlage seine Beistimmung ertheilen, damit wenigstens dem größten Theile der minderdotirten Pfründen eine Steuer-Erleichterung zu Theil werde. Nachdem der Vorstand zur Abstimmung geschritten war, beschloß der Ausschuß diesen Antrag der Kammer zu empfehlen.

Ohne Zweifel wird die hohe Kammer diesen Antrag ihres Ausschusses beistimmen, so daß der Gegenstand dann nochmals an die II. Kammer gelangen wird.

Preußen. Köln, 3. Mai. Auf die von dem Geranten der Aktien-Kommandit-Gesellschaft zur Herausgabe der „Deutschen Volkshalle", C. J. Schmitz hier, eingelegte Rekursbeschwerde gegen den Beschluß der hiesigen k. Regierung, wonach demselben die Konzession zum Verlage des genannten Blattes entzogen wurde, hat der Minister des Innern, Hr. v. Westphalen, zum Bescheide ertheilt: „daß, da die Gründe des Regierungsbeschlusses durch die Ausführungen des Rekurrenten für widerlegt nicht zu achten, ... die Rekursbeschwerde als unbegründet lediglich zu verwerfen." (Dschld.)

Württemberg. Oehringen. Seitdem wegen des vorgeschlagenen Eisenbahnprojekts zwischen Heilbronn und Würzburg eine Deputation in Stuttgart war und mit geringer Hoffnung für ein Gedeihen des Planes zurückgekommen ist, war es mit Letzterem ziemlich still. Neuerdings regen sich jedoch wieder die Hoffnungen auf eine Zinsengarantie des Staats für das Unternehmen. (Sch. M.)

Baden. Heidelberg, im April. Der hiesige Gemeinderath und die Handelskammer haben eine Denkschrift über die Ausmündung der Odenwälder Eisenbahn an die Großherzogliche Staatsregierung und beide Kammern übergeben, worin auf die Vorzüge und Wichtigkeit von Heidelberg als Ausgangspunkt der von Würzburg herzuleitenden Bahn aufmerksam gemacht wird. (B. L.Bl.)

Schweiz.

Nach einer in St. Gallen eingelaufenen Depesche wurden die Appellationsrichter in Locarno, welche das freisprechende Erkenntniß im Degiorgiprozesse erließen, von dem radikalen Pöbel mißhandelt. (A. Z.)

Belgien.

Aus Brüssel, 30. April wird der „A. Z." geschrieben: Es bedarf wohl kaum der Bemerkung, daß die scharfe Rüge, welche gegen die belgischen Preßzustände in einem der Protokolle des Pariser Kongresses ausgesprochen ist, einen tiefen Eindruck bei uns hervorgebracht hat. Kein Vernünftiger wird in Abrede stellen, daß schneidende Mißbräuche von der absoluten Preßfreiheit, wie sie hier besteht, gemacht sind; um billig zu seyn, muß man aber dabei berücksichtigen, daß unsere eigene Regierung davon eben so sehr und noch mehr zu leiden hat als andere, und daß der Mißbrauch, gegen den Klage erhoben wird, viel weniger von dem eigentlich belgischen Element unsrer Presse ausgeht, als von den fremden Publicisten, denen das eine oder das andere unserer Journale seine Spalten öffnet, um ihrem leidenschaftlichen Haß gegen die französische Regierung Raum zu geben. Die große Mehrheit der Nation ist diesen Manifestationen entschieden abgeneigt; das wird Niemand, der Belgien einigermaßen kennt, in Abrede stellen, und jede Maßregel, die auf gesetzlichem Weg diesen Mißbräuchen abhilft, ohne die Verfassung zu verletzen, kann auf die Zustimmung dieser Mehrheit rechnen. Von da aber zu einer Abänderung der die Presse betreffenden konstitutionellen Verfügungen, wie sie wohl von einigen Seiten in Aussicht gestellt wird, ist ein weiter Schritt, den hervorzurufen oder zu thun in Niemandens Interesse liegt. Gegründeten Reklamationen sich zu entziehen, oder die Verfassung vorzuschieben, um Abstellungen, die auf gesetzlichem Weg möglich sind, zu verweigern, ist der Regierung nie in der Sinn gekommen, und sie wird es jetzt eben so wenig als früher thun, nur muß man ihr billigerweise das Recht zugestehen, Zeit, Umstände und Erfordernisse unsrer innern Lage dabei zu berücksichtigen.

Großbritannien.

* In der Unterhaussitzung vom 2. Mai fragte L. J. Manners, ob kraft des Friedens-Vertrags Rußland befugt sey, die Forts an der Ostküste des schwarzen Meers (circassische Küste) wieder aufzubauen. Palmerston ertheilte hierauf folgende (bereits kurz erwähnte) Antwort: „Die Vertrags-Bestimmung hinsichtlich des Wiederaufbaues von Befestigungen bezieht sich auf Marine-Arsenale. Der Vertrag setzt deutlich fest, daß an

den Gewässern des schwarzen Meeres keine Marine-Arsenale wieder angelegt oder hergestellt werden sollen. Auf die Forts an der circassischen Küste findet dies keine Anwendung. Auch besteht zwischen ihnen und den Marine-Arsenalen der Unterschied, daß während ein Marine-Arsenal einen Angriffs-Mittelpunkt bildet, diese Forts bloß zum Schutze der daselbst liegenden kleinen Garnisonen bestimmte defensive Werke waren. Es ist nichts im Vertrage, was die russische Regierung verhindern könnte, in Bezug auf diese Forts nach Gutdünken zu verfahren. Weiter fragte Lord Grosvenor, ob es Rußland kraft des transitorischen Zusatzartikels freistehe, seine im Hafen von Sebastopol versenkten Schiffe wieder hervorzuholen und durch die Dardanellen nach irgend einem andern Theile des russischen Gebietes zu bringen. Er habe einen Brief aus Sebastopol vom 21. März 1856 erhalten, in welchem folgende Stelle vorkomme: „Die Zeitungs-Angaben und meine Briefe haben Sie vielleicht zu der Ansicht verleitet, die im Hafen versenkten Schiffe seyen durch die Verwüstung des Wurmes werthlos geworden. Meine Erwartungen in dieser Hinsicht sind getäuscht worden. Nach allerlei stümperhaften Bemühungen gelang es uns, die kleine Brigg, von welcher ich Ihnen schrieb, zu sprengen. Sie war aus ziemlich schlechtem Holz, sowohl Eichen- wie Tannenholz gebaut. Ich habe sie seitdem aufmerksam besichtigt und mich darüber gewundert, keine Spur von Wurmstich oder Fäulniß zu finden; hätten wir das Schiff nicht zerstört, so hätte es unversehrt emporgewunden werden können, und ich zweifle nicht daran, daß alle im Hafen befindlichen Schiffe sich in demselben Zustande befinden, und daß, wenn wir sie nicht zerstören, die Russen sie nach unserer Abreise im Triumph an die Oberfläche schaffen werden. Jedenfalls wird man, falls es zum Friedensschlusse kommt, die gehörigen Vorkehrungen dagegen treffen." Wenn man nun diese Schiffe aus der Tiefe hervorhole und Angesichts der britischen Küste durch den britischen Kanal führe, so glaube er, daß das englische Volk die Vertrags-Bestimmungen hinsichtlich dieser Schiffe nicht für befriedigend halten werde. Lord Palmerston: Kraft des Friedens-Vertrags ist es der russischen Regierung nicht mehr gestattet, eine Flotte von Linienschiffen im schwarzen Meere zu halten. Hinsichtlich der Ostseeflotte sind ihr jedoch keine Beschränkungen auferlegt worden. Wenn es daher die russische Regierung für angemessen erachtet, diese jedenfalls beschädigten Schiffe nach der Ostsee zu bringen, statt ihre Flotte durch den Bau neuer und besserer Schiffe zu verstärken, so wird, wie ich glaube, das englische Volk nichts dagegen haben. Ich will außerdem noch hinzufügen, daß, als im Laufe der Unterhandlungen die Frage aufgeworfen wurde, ob es der russischen Regierung gestattet werden solle, zwei zu Nikolajeff befindliche Linienschiffe nach der Ostsee zu bringen, der englische Bevollmächtigte seinen Instruktionen gemäß erklärte, daß die britische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe.

* London, 2 Mai. So zufrieden die „Times" mit den Friedensvertrag ist, so wenig behagt er der Tory-Presse Sie heißt ihn geradezu schmachvoll. Ganz unverzeiblich findet sie das Aufgeben des Durchsuchungsrechts, von welchem Englands Macht abhänge. Die Flotte zu Spithead könne man jetzt als Brennholz verbrauchen und Nelson's Standbild von seiner Säule herabnehmen. Den Lord Clarendon, der, ohne das Parlament zu befragen, jenes Recht aufgegeben, klagt sie des Verfassungsbruchs an.

Frankreich.

* Paris, 3. Mai. Der König von Württemberg bewohnt während seines Aufenthalts in Paris den Pavillon Marsan in den Tuilerien, welchen der Kaiser zu seiner Verfügung stellte.

* Prinz Napoleon wird sich erst in einigen Tagen an Bord des Dampf-Aviso's „Corse" einschiffen, welchen ihm der Kaiser zu seiner Excursion nach dem Norden Europa's zur Verfügung stellte.

* Graf v. Tolstoi, welcher beim Ausbruch des Krieges, seit 25 Jahren Korrespondent des russischen Ministerium des öffentlichen Unterrichts war, ist bereits in Paris eingetroffen, um seine offiziöse Function wieder aufzunehmen.

Italien.

* Nach Marseiller Journalen hat der König von Neapel den Ausgangs-Zoll auf Cerealien herabgesetzt.

Rußland und Polen.

Petersburg, 26. April. Auf Befehl des Kaisers ist eine neue Vertheilung der Kriegsschiffe für die Flotte in der Ostsee beliebt worden. Aus dem bezüglichen Tagesbefehl geht hervor, daß auf drei Divisionen 46 Kriegsschiffe repartirt wurden; unter denselben befindet sich eines mit 120 Kanonen (Kaiser Nikolaus) und eines mit 100 Kanonen (Kaiser Peter I.), während die übrigen 84, 75, 74, 60 und 10 Kanonen führen. — Im Laufe des Jahres 1855 wurde ein Schrauben-Linienschiff von 84 Kanonen vom Stapel gelassen, auf den Werften von Ochten 10 Schrauben-Kanonier-Schaluppen erbaut; auf der kleinen Ochta 6 dergleichen; auf der Galeeren-Insel 15 Kanonier-Schaluppen mit Schrauben, und 3 beendigt; in Kronstadt 6. In Archangel wurden der Dampfer Polesnyi (60 Pferdekraft) von 16 Kanonen, der Schooner Sadernyi und 14 Ruder-Kanonenboote erbaut. Im Hafen von Petersburg wurden ein Linien-Schiff mit Schraube von 125 Kanonen, ein Transportschiff und 6 Schrauben-Corvetten, in der kleinen Ochta 8 Schrauben-Corvetten, auf der kleinen Galeeren-Insel 20 Schraubenboote, in Archangel 6 Schraubenboote erbaut; in Schraubenschiffe wurden umgewandelt zwei Linienschiffe von 84 Kanonen. (K.Z.)

Petersburg, 27. April. Es wird allgemein behauptet, daß der Kaiser das Beurlaubungs-System Ersparnisse halber zu erweitern beabsichtige. Als maßgebend hiefür soll das in Preußen befolgte vorschweben. Die Schwierigkeit ist indeß noch nicht gelöst, wie die Beurlaubten Reservisten bei der Rückkehr in die Dörfer der Leibherren unterzubringen wären. Nach Ablieferung ins Heer als Rekrut erlangt der Leibeigene nach 25jährigem Dienste seine Freiheit. Kehrt er aber vor Ablauf dieser Zeit, etwa nach 15 Jahren, als Beurlaubter zur Gemeinde zurück, so weigert sich der Leibherr natürlich, ihn gleich seinen übrigen Bauern zu verpflegen; die Krone muß daher Mittel auffinden, ihre eigenen und die Interessen der Gemeinden in Einklang zu bringen. Da man beabsichtigt, mit fremden oder mindestens mit Privat-Kapitalien Kunststraßen, Eisenbahnen und Kanäle in weit größerem Maßstabe als bisher in Rußland zu bauen, so ist die Frage angeregt worden; ob die beurlaubten Militärs nicht dabei zu verwenden wären doch hat dieser Plan Widerspruch an hoher Stelle gefunden. (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Nachstehendes ist der Text des zwischen der Königin Viktoria, dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser der Franzosen abgeschlossenen Vertrages, welcher die Unabhängigkeit und Integrität des otomanischen Reiches garantirt. Dieser Vertrag wurde am letzten 15. April in Paris unterzeichnet, und die Auswechslung seiner Ratifikationen erfolgte in dieser Hauptstadt am 29. April. „Art. 1. Die hohen kontrahirenden Theile garantiren in Gemeinschaft und für sich, (conjointement et separément) die Unabhängigkeit und Integrität des otomanischen Reiches, welche in dem am 30. März 1856 in Paris abgeschlossenen Vertrage festgestellt worden. Art. 2. Jede Verletzung der Stipulationen des besagten Vertrages wird von den Mächten, welche den gegenwärtigen Vertrag abschließen, als ein casus belli betrachtet werden. Sie werden in diesem Falle sich mit der hohen Pforte bezüglich der Maßnahmen, welche nothwendig seyn würden, verständigen und unter sich, ohne Verzug, die zu geschehende Anwendung ihrer Land- und Seestreitkräfte regeln. Art. 3. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Auswechslung der Ratifikationen vollzogen werden in zwei Wochen oder früher, wenn möglich. — Zu Urkund Dessen haben die respektiven Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihr Siegel beigesetzt. Geschehen in Paris am 15. April im J. 1856. Gez. Clarendon. Cowley. Buol-Schauenstein. Hübner. A. Walewski. Bourqueney."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 6. Mai. Oesterr. Fonds und Aktien waren etwas mehr angeboten, spanische Fonds dagegen preishaltend. Elisabethen-Bahn 109½. ¾. Lombardische Bahnen 131. Bayr. Ostbahn 107⅜ bis 107¼.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1311 P. 1306 G. Neue Bankaktien 438 P. 434 G. Credit-Actien à 5pCt. 212 P. 210 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 84 1/8 P. 83 7/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 91 3/4 P. 91 1/4 G. Metall. alte à 5pCt. 83 P. 82 3/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. 86 1/2 G.; à 4 1/2pCt. 74 1/2 P. 71 1/4 G.; à 4pCt. 66 1/4 P. 66 G.; à 3pCt. 51 P. 50 1/2 G.; à 1pCt. 16 5/8 P. 16 3/8 G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 — — P. 130 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106 3/4 P. 106 1/4 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 312 P. 310 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 113 1/4 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3 1/2pCt. 87 7/8 P. 87 3/8 G.; 4pCt. — P. 93 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 94 1/2 P. 94 G.; 4 1/2pCt. 100 7/8 P. 100 3/8 G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157 1/4 P. 156 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 117 1/4 P. 116 3/4 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 116½ P. 116G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89¾ P. 89¼ G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — — P. — — G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82½ P. 82 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63¼ P. 62¾ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100½ P. 100G.; 4½pC. 103½ P. 103 G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112½ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 362 P. 360 G.; junge 310 P. 308 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 105P. 104½G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¾ P. 47½ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅞ P. 89⅜ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92⅞ P. 92⅜ G.; Bankaktien 121 P. 120½ G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81 P. — G. **Homburg.** Bankaktien P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — — P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅛ P 39⅞ G.; 1pCt. neue 25⅛ P. 25 G. **Holland.** Integrale 63 P. 62½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅜ P. 100⅛ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119¾ P. 119½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101½ P 101¼ G
Berlin Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94⅜ P. — .
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94¼ P. 94 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 97⅝ P. 97⅜ G.	Wien fl. 100 C. k S. 117⅛ P. 116⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88¾ G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116¾ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 5. Mai. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85¾; 5pCt. Metall. 85; 4½pCt. 75¾; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 132⅜; von 1854 107⅜; Bankaktien 1128; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 361; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 636; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2900. Wechselkurse: Augsburg uso 102¾; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Köln, 28. April. In unserer Gegend ist die Vegetation um 3—4 Wochen gegen voriges Jahr voraus. — Getraide. Die Stimmung unseres Marktes für Roggen ist während der ganzen verflossenen Woche, trotz einiger etwas besseren auswärtigen Berichte, eine vorherrschend flaue geblieben. Die Kauflust, sowohl auf Spekulation, als zur Regulirung des nahen Maitermins, und zur Befriedigung des Konsumo, war sehr gering, und Preise sind nach einigen unbedeutenden Schwankungen heute (vor der Börse) wieder dieselben, wie vor acht Tagen. Ueber Waizen haben wir heute Günstigeres zu berichten. Die festeren belgischen Märkte führten bereits mit Anfang der Woche ziemlich zahlreiche Käufer von daher hierhin, und bei unsern kleinen Beständen hatte dies eine rasche Befestigung der Tendenz und Steigerung der Preise zur Folge. Diese Bewegung fand in den sehr animirten Berichten aus Frankreich, wo Preise durch einen sich äußernden sehr starken Bedarf einen bedeutenden Aufschlag erfahren haben, eine kräftige Stütze, und wir notiren durchschnittlich 1 Rthlr. höhere Preise.

Rüböl hat in vergangener Woche, unter dem drückenden Einflusse der sehr flauen und so bedeutend niedrigeren holländischen und nordischen Oel- und Samenmärkte auch an unserem Platze pr. Mai den sehr wesentlichen Preisrückgang von 4 Rthlr. erfahren, während Oktober nur einen Abschlag von ca. 1 Rthlr. per Ohm erlitt. Der Umsatz war ziemlich bedeutend; die Meinung, sowohl in Betreff der Regulirung des bevorstehenden Termins, als für die Zukunft durchgehends flau. — Während an heutiger Börse nach Waizen wieder gute Nachfrage bestand, und ½ Rthlr. bessere Preise dafür angelegt wurden, blieb Roggen wiederum ganz vernachläßigt, und ohne Preisänderung. Für Rüböl dauerte die Flaue fort, nur der Maipreis hat einen ferneren Rückgang von 1 Rthlr. per Ohm erfahren. Oktober blieb ohne wesentliche Aenderung. Das Geschäft war im Ganzen ziemlich belebt. Heutige Marktpreise: Waizen eff. 10 Rthlr., per Mai 234 Pfd. 10 Rthlr., 88 Pfd. 10½ Rthlr. Roggen eff. per 220 Pfd. 7½ Rthlr., per Mai 6⅔ a 6$\frac{7}{12}$ Rthlr. Gerste hiesige 5½ Rthlr per 180 Pfd., dän. 6 Rthlr. per 200 Pfd. Br. Hafer eff. 2⅚ a 2$\frac{11}{12}$ Rthlr., per März—April 2⅞ Rthlr., per Mai 2⅞ Rthlr. ohne Geschäft. Rüböl eff 36 Rthlr., per Mai 35 Rthlr., per Okt. 33¾ Rthlr. per Ohm von 256 Pfd. netto mit Faß.

Neueste Nachrichten.

** München, 15. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten bezüglich des Gesetzentwurfes in Betreff der Kapitalrentensteuer berathen. Wie bereits mitgetheilt, beantragt der Ausschuß den mitgetheilten Vermittlungsvorschlägen der Staats-Regierung in Betreff der Bestimmung der geistlichen Pfründe-Besitzer zuzustimmen. In der kurzen Debatte hierüber erklärten sich mit den Ansichten des Ausschusses einverstanden der Herr Reichsrath Graf Montgelas, Bischof Oettl und Präsident Dr. v. Harleß, während die beiden Grafen Seinsheim, Graf Quadt und Prof. v. Bayer auf dem früheren Beschluß zu beharren erklärten; indessen wurde schließlich dem Vermittlungsvorschlag der Staatsregierung beigestimmt. — Der II. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten, der in den jüngsten Tagen fast permanente Berathungen hielt, hat jetzt auch den Gewerbsteuergesetzentwurf und den Etat der Bergwerke berathen und erledigt. Der III. Ausschuß hat dem Antrag des Reichsraths Graf Waldkirch in Betreff einer Abänderung des Gemeinde-Edikts (Einführung des Dreiklassen-Systems) in modifizirter Fassung beigestimmt.

München, 4. Mai. Die Vermählung Sr. k. Hoh. des Prinzen Adalbert mit der Infantin Amalie Philippine (geb. 12. Oktober 1834) soll, wie man vernimmt, noch in diesem Jahre gefeiert werden. Graf Klemens v. Waldkirch, früherer Gesandter in Athen, hat von Sr. k. Hoh. den ehrenvollen Auftrag erhalten, zum Abschluß der Ehepakten sich nach Madrid zu begeben. Das Porträt der Infantin ist in der jüngsten Zeit hier eingetroffen. — Wie wir hören, steht eine wissenschaftliche Expedition an das todte Meer bevor. (Nürnb. K.)

Kopenhagen, 3. Mai. Die vom Präsidenten des Reichsrathes abgegebene Erklärung, derzufolge ein Protest gegen Präjudizirung der Rechte der Herzogthümer durch die Beschlüsse des Reichsrathes als nichtssagend anzusehen sey, so lange die Protestirenden durch Betheiligung an den Reichsrathsverhandlungen faktisch die Gültigkeit der Verfassung anerkennen, hat 6 unter denselben (Scheel-Plessen, Preusser, Blome, Baudissin, Reincke, Berkemayer, die andern sind zur Zeit abwesend) zu der Gegenerklärung veranlaßt, daß ihre Betheiligung an den Verhandlungen nicht die Anerkennung der vollen Rechtsgültigkeit der Verfassung in sich schließe, was dem Präsidenten Veranlassung gab, seine früher ausgesprochene Ansicht mit dem Zusatze zu wiederholen, daß er den Protestirenden die Theilnahme an den Reichsrathssitzungen nur so lange gestatten werde, als sie die Rechtsgültigkeit der Verfassung anerkennen. Die Protestirenden sind damit zu der unumwundenen Aussage hingetrieben, daß sie die Verfassung nicht anerkennen und werden somit aus der Versammlung ausscheiden. Sobald sämmtliche an dem Elferantrag betheiligte Mitglieder (Scheel-Plessen u. Genossen) sich wieder hier eingefunden haben, werden sie wahrscheinlich ihr letztes Wort dem Präsidenten zukommen lassen. (H. N.)

Stockholm, 30. April. Vorgestern Morgens 2½ Uhr brach eine furchtbare Feuersbrunst in dem Quartier Sjöraen bei der Luntmakar- und Tullport-Gasse aus. Erst um 6 Uhr hatte man das Feuer in seiner Macht; doch brannte es noch bis 9 Uhr in hellen Flammen. Die Abgebrannten sind leider meist arme Arbeiter; versichert war Niemand. Es wurden 98 Haushaltungen zerstört und fast 500 Personen obdachlos. Der König, die königliche Familie, sowie viele Privatpersonen wetteifern, durch Geldgeschenke und andere Gaben das Unglück möglichst zu lindern. (Nat.-Z.)

London, 6. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte Palmerston u. A., er habe eine Aenderung des türkischen Zolltarifs vorgeschlagen; ferner äußerte er, daß Rußland verpflichtet sey, die in Folge des Friedensvertrages abzutretenden Plätze im status quo zu übergeben. — Bei der über eine folgenden Debatte aus Anlaß des Friedensschlusses an die Königin zu richtende Adresse tadelt Manners den abgeschlossenen Frieden als ungenügend, weil die Neutralisirung des schwarzen Meeres so lange illusorisch sey, als Nikolajeff und Sebastopol beständen; weil Zirkassien den Russen überliefert und das Durchsuchungsrecht aufgegeben worden wäre. Layard und Russell vertheidigen den Traktat. Letzterer verlangt Intervention in Italien. Die Abstimmung fand heute noch nicht statt. — Im Oberhause betheiligten sich Malmesbury und Derby an der Adreßdebatte. (T. D. d. Fr. J.)

Genua, 2. Mai. Nach dem „Movimento" wäre die amerikanische Gesandtschaft (soll wohl heißen mexikanische) wegen einer Differenz mit dem heiligen Stuhl über die Säkularisirung mehrerer Klostergüter von Rom abgereist. (Oester. C.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 128. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 8. Mai 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 5. Mai. Die vom „Nürnb. Corresp." gebrachte Nachricht, daß man in Abgeordnetenkreisen die Hoffnung hege, der Landtag könne Mitte d. Mts geschlossen werden, ist unrichtig. Noch ist das Ausgabenbudget nicht ganz berathen, es beginnt erst die Berathung über das Einnahmenbudget; das Militärbudget allein erfordert vielleicht drei Tage; dann sind noch mehrere sehr wichtige Gesetzentwürfe zu berathen (Gerichtsorganisation, Revision des Gewerbesteuergesetzes ꝛc.), auch mehrere Anträge, so daß also nicht einmal die Abgeordnetenkammer in diesem Monat fertig werden kann Dazu kommt aber, daß auch die Reichsrathskammer alle diese Gegenstände erledigen muß und voraussichtlich nicht in jedem Punkt der Abgeordnetenkammer beistimmen wird, so daß also der Schluß des Landtages Mitte Mai eine reine Unmöglichkeit ist. Wollen wir sehen, ob der Schluß Mitte Juni schon vorüber ist. (Augsb. Postz.)

München, 29. April. Wie bereits mitgetheilt, ist Herr v. Sybel an die Universität München als Professor der Geschichte berufen worden, ohne daß bis jetzt dieses offiziell bekannt gegeben wäre. Derselbe will ein historisches Seminar zu gründen versuchen. (Deutschl.)

Der verlebte Prof. Dr. Fuchs aus Bamberg hat der Bibliothek seiner Vaterstadt 200 Bände aus seiner Büchersammlung letztwillig vermacht, wodurch die städtische Bibliothek mit höchst auserlesenen, besonders medizinischen Werken, bereichert wurde. (Bamb. Tgbl.)

Zweibrücken, 3. Mai. In der heutigen Sitzung des kgl. Appellationsgerichts kam die Berufung des Rentners Frölich aus Zweibrücken gegen das Urtheil des Landauer Zuchtpolizeigerichts vom 10. v. Mts. in der durch die bekannte Wahlreklamation des Frölich veranlaßten Untersuchung zur Verhandlung. Frölich war unter Assistenz zweier Vertheidiger, der Advokaten Hutlet und Gulden, erschienen. Nach dem Referate und den üblichen Fragen an den Beschuldigten, wiederholte Anwalt Gulden die bereits in Landau auf Inkompetenz und Unzulässigkeit gestützten Anträge und suchte sie durch einen längeren Vortrag zu begründen, wobei er sich besonders bemühte, nachzuweisen, daß die Kammer der Abgeordneten das Recht habe, Untersuchungsverhandlungen in Wahlbeanstandungssachen vorzunehmen und allein befugt sey, über den ganzen Inhalt einer Wahlbeanstandung zu erkennen; — dann, daß die Reklamation des Beschuldigten nichts anders als eine Denunciation sey, und daß in jedem Falle ein Preßvergehen vorliege, soferne man den Beschuldigten als verantwortlich für den durch die Abgeordnetenkammer veranlaßten Druck seiner Reklamation erkläre Er müsse übrigens seinen Clienten gegen den Ausdruck „Denunciant" in Schutz nehmen. Dieser Ausdruck habe zwei verschiedene Bedeutungen; die eine sey allerdings eine gehässige, allein es gebe auch Denunciationen, die aus Pflichtgefühl erfolgten und selbst solche, die das Gesetz befehle. Er müsse die Qualifikation der Reklamationsschrift als Denunciation festhalten, weil, wenn nur Calumnie angenommen werde, die Beweise allein zulässig seyen, welche der Art. 370 C. p. vorsehe, solche Beweise für die in der Reklamation aufgestellten Behauptungen besitze aber sein Client nicht und könne sie sich auch *nicht* verschaffen. Der zweite Vertheidiger hat das Wort nicht ergriffen. Der k. Generalstaatsprokurator bestritt die Ausführung der Vertheidigung und hob besonders hervor: er habe nie bestritten und bestreite auch nicht, daß die Kammer der Abgeordneten über Wahlbeanstandungen zu entscheiden habe; allein hier handle es sich nicht davon, sondern von Vergehen, die bei Gelegenheit einer Wahlbeanstandung verübt worden seyn sollten; über diese Vergehen zu entscheiden, seyen nur die Gerichte kompetent und zwar noch wie vor 1818, da weder die Verfassungsurkunde, noch ein anderes Verfassungsgesetz und namentlich auch das Gesetz von 1850 nicht, — die Kompetenz der Strafgerichte geändert und sie theilweise der Kammer der Abgeordneten übertragen hätten, welche nicht befugt sey, Strafgesetze anzuwenden. Eine Denunciation liege nicht vor, weil die Kammer keine Behörde im Sinne des Gesetzes sey; die Annahme einer Denunciation im Falle der Ausübung des Wahlbeanstandungsrechtes würde jeden Abgeordneten, der eine Wahl beanstande, ebenfalls zum „Denuncianten" machen, was widersinnig sey. Die Kammer selbst habe ja auch nie das Recht der Untersuchung gegen die angegriffenen Beamten in Anspruch genommen, das ihr die Vertheidigung vindiciren wolle, aus dem einfachen Grunde, weil ihr jenes Recht nicht zustehe Da eine Erwiderung nicht erfolgte, nahm das kgl. Appellationsgericht die Sache in Berathung und vertagte den Ausspruch des Urtheils auf heute über acht Tage. (Pf. Ztg.)

Preußen Das Direktorium der preußischen Bank hat mit dem 5. Mai den Zinsfuß um 1 pCt., somit das Diskonto für Wechsel von 5 auf 4 pCt., den Zins für Lombard von 6 auf 5 pCt. herabgesetzt.

Aus Schlesien, 4. Mai. Nachdem die diesmalige große Noth des Winters in Schlesien nunmehr, freilich schlecht genug für Tausende, welche daran darben mußten, überwunden worden, ist es nach vieler Mühe in Breslau gelungen, mit dem Bau zur Etablirung einer Egestorff'schen Speiseanstalt vorgehen zu können. Da für dies Unternehmen 6000 Thaler aufgebracht sind, die bauliche Ausführung aber ausschließlich der zu treffenden inneren Einrichtung einen Kostenaufwand von 9000 Thaler erheischt, so bleibt für gedachten Zweck immer noch eine Hypothek von 3000 Thlr. aufzunehmen. (Nat.-Ztg.)

Sachsen. In Cainsdorf bei Zwickau soll eine großartige Brodfabrik mit Dampfmühle errichtet und betrieben und eine Brauerei untergähriger Lagerbiere in's Leben gerufen werden. Das Stammkapital von 210,000 Thlrn. soll auf dem Wege der Aktienzeichnung aufgebracht werden. Die Zeichnung und erste Anzahlung wird bei C. W. Stengel in Zwickau erfolgen und werden 3000 Stück Aktien zu dem Nominalbetrag von 70 Thlrn. pr. Stück ausgegeben. (D. A. Z.)

Württemberg. In Heilbronn hat der Bau wohlfeiler und gesunder Arbeiterwohnungen nunmehr begonnen, nachdem der Staat das Areal dazu sehr billig abgelassen hat. Die Bankapitalien wurden von den Heilbronner Fabrikherrn zusammengeschossen, wie überhaupt der Heilbronner Handels- und Fabrikstand zu den intelligentesten und thätigsten des Landes gehört, daher auch diese ehemalige Reichsstadt unstreitig die erste Handelsstadt unseres Landes geworden ist und sie darin das größere Ulm sogar überflügelt hat. (Allg. Z.)

Nassau. Die zweite Kammer hat am 5. d. M. über eine Bittschrift aus dem Amt Rüdesheim um Wiedereinführung der Prügelstrafe berathen und sich dagegen erklärt. Sodann stellten sowohl der Abg. Giebeler, als die Abgg. Knapp und Mohr Anträge bezüglich des von der Regierung einseitig erlassenen Jagdgesetzes. Ersterer stellte folgenden Antrag: „In Erwägung: 1) daß, wenn auch das provisorische Gesetz vom 20. Sept. 1855 durch eine dringende Forderung für das Staatswohl oder durch eine Gefahr auf dem Verzuge vorläufig gerechtfertigt werden könnte, was aber weder in der einen, noch andern Beziehung anerkannt werden kann, die herzogliche Staatsregierung jedenfalls in Beachtung der bestehenden konstitutionellen Gesetzgebung verbunden gewesen wäre, dieses provisorische Gesetz der verfassungsmäßigen Zustimmung der Ständeversammlung sofort zu unterbreiten; 2) daß indessen die herzogliche Staatsregierung das provisorische Gesetz vom 20. Sept. 1855 der Ständeversammlung zur Ertheilung ihrer Zustimmung weder vorgelegt hat, noch auch nach ihrer in der Sitzung vom 18. April l. J. auf die in Betreff jenes provisorischen Gesetzes gestellte Interpellation gegebenen Antwort dies zu thun Willens ist; 3) daß zur verfassungsmäßigen Form des Gesetzes vom 20. September v. Js. die Zustimmung der Ständeversammlung geboten ist und demnach dieses von der herzog-

lichen Staatsregierung einseitig erlassene provisorische Gesetz nicht rechtsgültig und verbindlich erscheint, auch ohne Verfassungsverletzung nicht vollzogen werden kann, beantrage ich zur Wahrung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes: Die Kammer wolle die in das Gebiet der Gesetzgebung gehörende, von der herzoglichen Staatsregierung einseitig erlassene provisorische Verordnung vom 20. Septbr. 1855 rechtsungültig und unverbindlich erklären und die Staatsregierung demzufolge ersuchen, dieselbe unverzüglich wieder außer Wirksamkeit zu setzen." Zur Begründung dieser öffentlichen Anträge wird morgen öffentliche Sitzung der zweiten Kammer seyn.

Oesterreich. Wien, 2. Mai. Es gehört zu den Traditionen des österreichischen Hofes, sich frei und zwanglos unter der Bevölkerung zu bewegen und an gewissen Unterhaltungen der Wiener persönlichen Antheil zu nehmen. Man ist hier so sehr daran gewöhnt, den Kaiser und die ob ihrer Anmuth von den Wienern vergötterte junge Kaiserin während der Frühlingssaison fast täglich im Prater zu sehen, daß man ihre Abwesenheit fast schmerzlich vermissen würde. Gewöhnlich fährt der Kaiser bis zum Prater in einem vierspännigen Wagen und steigt sodann zu Pferde, um die herrliche Reiterallee im Fluge zu durcheilen. Als einer der vollendetsten Reiter erregt er durch seine herrliche Haltung zu Pferde stets die allgemeine Bewunderung, insbesondere wenn er an der Seite seiner ebenso gewandten Gemahlin reitet. In dieser Saison hat die Kaiserin aus begreiflichen Ursachen kein Pferd bestiegen. Bei der gestrigen Praterfahrt betheiligte sich der Hof und die ganze Aristokratie. Der Kaiser saß an der Seite seiner erlauchten Gemahlin, und fuhr in Begleitung der kaiserl. Familie nach altem Brauch zum Lusthaus, um dort zu diniren. Die Wagenreihe, die gestern in den Prater fuhr, war eine der längsten, die man seit Jahren gesehen, und erstreckte sich von der Kärnthnerstraße bis zum Prater, was wohl mehr als eine halbe Stunde weit ist. Der Zudrang des Publikum war ungeheuer, und immer, wenn der Kaiser und die Kaiserin vorüberfuhren, stürzte die Menge herbei, um die Kaiserin, die wie immer eine reizende Toilette gemacht, zu sehen. (Allg. Z.)

Wien, 2. Mai. Der Kaiser hat auf den Antrag des Handelsministerium genehmigt, daß zu Maros-Ujvar in Siebenbürgen zum Schutz der Aerarialsalzgruben daselbst der Marosfluß durchstochen und in ein anderes Bett geleitet werden solle. Die Kosten dieses Unternehmens sind mit etwa 300,000 fl. K.-M. angesetzt. Das Wasser der Maros ist nämlich immer in die Salzgruben eingedrungen und hat die Salzgewinnung schwierig und durch die durch den Wasserdrang nothwendig gewordene Ausfütterung der Gruben sehr kostspielig gemacht. Man hat sich daher entschlossen, für immer diesen bedrängenden Umständen ein Ende zu machen und die Maros abzuleiten. (Schw. M.)

Der Kaiser hat auf Antrag des Unterrichtsministers, Grafen Thun, aus Anlaß des Konkordats eine Medaille ausprägen lassen, wovon Exemplare den hier versammelten Bischöfen eingehändigt werden sollen. Diese Medaille ist vollendet und zeigt auf der Reversseite zwei symbolische Figuren: den Staat und die Religion, welche mit verschlungenen Händen sich auf ein zwischen ihnen angebrachtes Kreuz stützen. Die Aversseite trägt die Umschrift: „Concordia inter imperium et ecclesiam." (D. A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 3. Mai. Die lange projektirte Dampfküche hierselbst wird nun endlich, nachdem ein bisher bebauter Platz dazu angekauft, im Oktober d. J. ins Leben treten. Es sind im Ganzen Aktien zum Belaufe von 16,650 Thaler gezeichnet. (N. Z.)

Belgien.

Die direkte Eisenbahn von Brüssel nach Gent über Alost ist am 1. Mai dem Verkehr eröffnet worden.

Frankreich.

* Paris, 2. Mai. Trotz der fortwährend empfindlich kalten Witterung wird der kleine Prinz täglich, von seiner englischen Bonne und von zwei Lakaien begleitet, auf der Wasser-Terrasse des Tuilerien-Gartens spazieren getragen.

Zur völligen Wiederherstellung ihrer Gesundheit wird die Kaiserin, welche noch immer etwas leidend ist, wie bereits mitgetheilt, sogleich nach der Taufe des kaiserl. Prinzen in's Bad nach Eaux-Bonnes (Basses Pyrénées) und nach Biaritz bei Bayonne gehen. Nach letzterer Stadt ist bereits Befehl abgegangen, für den 9. bis 15. Juni Lokalitäten zur Aufnahme eines starken Detaschements Guiden, welche zum Dienste der Kaiserin bestimmt sind, vorzurichten.

Paris, 3. Mai. Die „Presse" ist nach dem „Journal des Debats" das zweite Oppositionsblatt, das dem Frieden und seinen Bestimmungen den vollen Beifall zollt. Dies war nicht anders zu erwarten, und wir haben auf diese Wahrscheinlichkeit vorbereitet. Die Franzosen fühlen sich stolz und geehrt wegen der Rolle, die sie spielen, und dies ist am Ende natürlich. Weniger zufrieden ist man mit den Protokollen, weil die allgemeine Meinung die Verstümmelung derselben erkennt, und weil sie in keiner Beziehung zur Belehrung dienen. Das Protokoll von der famosen Sitzung vom 8. April, welche die Aufmerksamkeit in so hohem Grade in Anspruch genommen hatte, ist der beste Beweis, wie man absichtlich Alles beseitigt hatte, was Europa eine genaue Vorstellung von der Haltung der verschiedenen Mächte geben konnte. Die französische Regierung wollte nämlich, daß der Kongreß sich ernst mit der italienischen Frage befasse, aber da dies abgelehnt wurde, wollte sie sich selbst den Anschein geben, als habe sie nur die beiläufige Meinung der am Kongreß vertretenen Mächte kennen zu lernen gewünscht. Der Kaiser hatte dem Grafen Cavour und man hatte auch den italienischen Patrioten durchblicken lassen, daß man etwas versuchen wolle. Nun die Sache in's Wasser gefallen, ist es im Interesse des Pariser Kabinets, daß Alles, was über die Reformen in Italien gesagt wurde, möglichst vag gehalten sey, weil dies den Regierungen gegenüber am unverfänglichsten und den italienischen Patrioten gegenüber am meisten hineinzulegen erlaubt. Die halboffizielle Presse wird sich auch in diesem Sinne aussprechen. Man habe für Italien Sympathien, allein alle Regierungen seyen einverstanden gegen den Einen Feind, den ganz Europa zu bekämpfen hat, die Demagogie! Doch muß er, wieder einlenkend sie sagen, die Regierungen, die über die Geschicke der Völker zu wachen haben, müssen gute Gesetze und gute Institutionen machen. Frankreich hat das Beispiel gegeben! Die Anwendung ist klar. Italien wird vom revolutionären Geiste bearbeitet, aber die Uebergriffe, die schlechte Verwaltung gewisser italienischer Staaten halten die Unzufriedenheit der verschiedenen Völker wach. Also handelt es sich ja gar nicht um Italien, sondern um einige kleine Ausnahmen in Italien. So muß das „Pays", so muß die „Patrie" und so wird der „Constitutionnel" sprechen. Die praktische Folge dieser Sprache ist, daß die französische Regierung ihre Pflicht gethan hat, daß Alles beim Alten bleibt und daß man bei einer gegebenen Gelegenheit die nun verdienten Sympathien der Italiener in Anspruch nimmt. Es sollte niemals vergessen werden, daß die Regierung Louis Napoleon's nicht lange unthätig bleiben kann. Sie muß alle drei Jahre dem Lande eine neue gewaltige Aufregung verschaffen. Frankreich zu zerstreuen oder es zu beschäftigen, ist eine Lebensfrage geworden. Daß dem Friedensschluß ein industrieller Rausch folgen würde, war vorauszusehen, aber die Wirklichkeit läßt die gehegten Erwartungen weit hinter sich zurück. Die Pariser spekuliren nun nicht mehr ausschließlich in Credit mobilier, sie fangen an, schon in Russen zu spekuliren. Man zählt auf die neuen Ankömmlinge, wie man während der Industrie-Ausstellung auf die Ankunft der Fremden überhaupt gerechnet hatte. Man erzählt sich fabelhafte Geschichten vom Reichthum und dem Luxus, den die Russen von ihrem Gesandten angefangen bis zum gewöhnlichsten Touristen herab im Interesse des guten Einverständnisses hier entwickeln sollen. Auf der andern Seite werden Sendungen jeder Art nach Rußland gemacht, und man wäre versucht, zu glauben, es gelte einem neuen Australien oder Kalifornien. Die dort gemachten Erfahrungen werden sich auch hier erneuern und die Spekulanten hatten ja sogar in der neuesten Zeit ein sprechendes Beispiel in der Levante. Die Ersten auf dem Platze werden allerdings gute Geschäfte machen; aber die Andern? Doch würde man diese Illusionäre vergeblich warnen; sie müssen aus eigener Erfahrung klug werden. (D. A. Z.)

Paris, 3. Mai. General Prim, Graf v. Reuß, feierte seine Vermählung mit Fräulein Gonzales y Aguero, einer bildschönen und millionenreichen Mexikanerin. General Prim ist hier eine äußerst beliebte und beinahe populäre Persönlichkeit, wozu eben so sehr sein militärischer Ruf und seine persönlichen Eigenschaften als die liberalen Gesinnungen des Generals beitragen. Herr v. Olozaga, der spanische Gesandte, führte die Braut zum Altare.

° Paris, 5. Mai. Man liest im „Univers": „Voriges Jahr hat der Bischof von Puy den Kaiser um einen Theil des Materials, das die französische Armee zu Sebastopol erobern wird, für die Statue der heil. Jungfrau, die dieser Prälat auf dem Corneille-Felsen aufstellen läßt. Die Bitte wurde gewährt, wie aus nachfolgender Mittheilung des Journals von Puy ersichtlich ist: „Freitag den 25. April rief Monsignor v. Morlhon die Mitglieder der Kommission für Errichtung der Statue zu-

sammen und setzte sie von einem Schreiben des Ministers des Unterrichts in Kenntniß, nach welchem der Kaiser den Kriegsminister ermächtigt, 150,000 Kilogr. aus der Krim herrührenden Eisengusses für die kolossale Statue des Corneille-Felsens zur Verfügung des Bischofs zu stellen. Diese freudige Nachricht verbreitete sich schnell durch die ganze Stadt und erregte überall die lebhafteste Freude. Noch einige Tagen und man wird die Hand an's Werk legen sehen."

Paris, 5. Mai. Die große Reise, welche Prinz Napoleon in Kurzem nach dem hohen Norden antreten wird, und die auf Finnland, Schweden, Norwegen, Lappland und Spitzbergen abgesehen seyn soll, kann auch wissenschaftlich sehr bedeutend werden. Der Prinz nimmt einen ganzen Kranz von Gelehrten und Künstlern mit, an deren Spitze Hr. v. Sauley, das Mitglied des Instituts, und Fr. Leplay stehen. Letzterer ist Obeningenieur der Minen und war Direktor der allgemeinen deutschen Gewerb-Ausstellung. Unter den Gelehrten und Künstlern befinden sich ferner: Giraud, Dr. Yvan, Alfred Arago, Schwieski (Verfasser der Florentina) und Ferri-Pisani, welcher Adjutant des Prinzen ist. Die Reise dauert drei Monate, die Abfahrt ist auf den Tag nach der Taufe des kaiserlichen Prinzen festgesetzt. (Schw. M.)

Spanien.

† Madrid, 30. April. Der Gemahlin des Grafen Reuß (Gen. Prim) hat die Königin die prächtig mit Diamanten verzierte Schnalle des Marie-Louisen-Ordens, als Hochzeitgeschenk, überschickt.

Italien.

Aus Rom, 27. April, wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Es kursirt das Gerücht, der heil. Vater gehe mit dem Plan um, einen Prälaten der orientalischen Kirche zum Kardinal zu ernennen. Er wünscht immer sehnlichst eine vollkommene Aussöhnung der beiden großen historischen Genossenschaften des Christenthums im Orient und Occident und denkt, daß eine solche einem orientalischen Prälaten erwiesene Ehre jene schismatische Abneigung vermindern könnte, welche die Griechen gegen die Lateiner hegen. Die kirchlichen Annalen führen nur zwei nicht lateinische Bischöfe an, die mit dem Kardinalspurpur beehrt wurden, und zwar beide von Eugen IV., nämlich Isidor und Bessarion. Isidor war Ruthene und Bischof von Kiew. Bessarion war von Trapezunt und Erzbischof von Nicäa. Später war er auch Patriarch von Konstantinopel in partibus und Bischof von Tusculum. Es ist gewiß, daß beide, nachdem sie den Kardinalshut erhalten hatten, auf den Nationalritus verzichteten und zum lateinischen übergingen. Die päpstlichen Ceremonienmeister haben nun aus Auftrag des heil. Vaters einen Bericht oder ein Votum über diesen Gegenstand verfaßt, worin sie behaupten, daß, weil das Kardinalat eine Würde der römischen Kirche sey, die sich im Verlauf der Zeit über die ganze abendländische oder lateinische Kirche ausgebreitet habe, kein orientalischer Prälat eine solche Würde erhalten könnte, wenn er nicht von was immer für einem Nationalritus zum lateinischen überginge. Auf diesen Bericht weiß man noch nicht, was für einen Entschluß der heil. Vater gefaßt hat."

* Turin. Das offizielle Journal veröffentlicht eine Verordnung, wonach Graf Cavour interimistisch mit den auswärtigen Angelegenheiten betraut ist. — Graf Cavour legte auf das Bureau der Kammer wichtige auf Italien bezügl. Papiere nieder. Morgen werden desfallsige Interpellationen gestellt werden.

Die Berichte aus Italien sprechen von demnächstigen glücklichen Folgen des Pariser-Kongresses, von Amnestien in Neapel und Rom u. s. w. Diesen Mittheilungen widersprechend, liest man im „Univers:" „Die absurdesten Gerüchte werden von den revolutionären Journalen Italiens in Umlauf gesetzt. So theilt z. B. eine Depesche nach dem „Corriere mercantile" mit, daß „die Differenz mit Neapel beigelegt, eine Amnestie bewilligt, die Prozesse niedergeschlagen sind." Vom Neapolitanischen Gouvernement wurde noch nichts verlangt, es ist keine Rede von Amnestie, und den Gerichten des Königreichs Neapel liegt gegenwärtig gar kein politischer Prozeß vor." (!!)

Amerika.

Einem Briefe aus Mexiko vom 2. April (in der „Times") zufolge war der Triumph der Regierung über die revolutionäre Partei durch die Uebergabe der Stadt Puebla ein vollständiger. Trotz ihrer starken Position, einer überwiegenden Cavalleriemacht und eines Artillerieparks von 15 Kanonen übergaben die Aufständischen die Stadt ohne nennenswerthen Widerstand, wobei Feigheit und Bestechung gleichzeitig Hauptrollen gespielt haben sollen. Ueber die Behandlung der Kriegsgefangenen wird bitter geklagt; die hochgestellten wurden nämlich verurtheilt, 2 bis 3 Jahre als Gemeine zu dienen, während die meisten Offiziere nach der Südküste von Acapulco dirigirt wurden, wo sie den Einflüssen des Klima bald erliegen dürften. In der Hauptstadt werden mittlerweile große Vorbereitungen getroffen, die Sieger festlich zu empfangen; aber die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten liegt fortwährend im Argen.

* Nach einer Mittheilung des Staatssekretärs an die Repräsentanten-Kammer der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind seit 30. April 1843 bis heute 3,400,000 Einwanderer in diesem Lande angekommen. Mehr als 230,000 haben sich im Jahre 1855 ausgeschifft, wovon über 160,000 in New-York landeten. In runden Zahlen lieferte Deutschland 66,000, Irland 49,000 und England 39,000 seiner Bewohner zu diesem Auswanderer-Kontingente.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Eine aufmerksame Lektüre der Pariser Konferenz-Protokolle scheint die für Viele feststehende Meinung zu rechtfertigen, daß gleich im Anfange des Kongresses, fast alle wesentlichen Punkte zwischen dem Kaiser Napoleon und Orloff ausgeglichen waren. Die weitere Debatte hatte einen nahezu nur formellen Werth. (K. Z.)

Der am 29. April ratifizirte Vertrag zwischen Frankreich, England und Oesterreich zur Garantirung des türk. Reichs ertheilt dem Bündniß vom 2. Dezbr. 1854 einen permanenten Charakter, und schließt die Anerkennung in sich, daß der letzte Krieg seinen Zweck nur halb erreicht hat, daß die der Türkei von Rußland drohende Gefahr fortdauert, und daß die durch den Pariser Frieden geschaffene Lage nicht in sich selbst die nöthigen materiellen Bürgschaften für ihren Bestand trägt, sondern dieselben nur in einem ergänzenden Akte finden kann, welcher die zunächst betheiligten Mächte auch ferner zu bewaffnetem Zusammenstehen gegen neue Uebergriffe verpflichtet. Dieser Vertrag hat zwei Schneiden, eine gegen Rußland gerichtet, die andere gegen die Türkei. Er beraubt die Letztere in jedem Konflikt mit Rußland ihrer selbständigen militärischen Aktion. Wir wissen von Silistria und von anderen Beispielen, was die „Verständigung" über die Verwendung der Streitkräfte zu bedeuten hat.

Nichtpolitische Zeitung.

Der Zustand des Sängers Staudigl ist in letzterer Zeit wieder sehr bedenklich geworden. Die Anfälle einer schwer zu bändigenden Tobsucht stellen sich immer häufiger ein.

Man schreibt aus Paris vom 4. Mai: „Seit einiger Zeit werden hier wiederholte Versuche mit einem neuen Apparate zur Schnell-Essig-Fabrikation gemacht, für welchen Herr Balka aus Prag, ein in der chemischen Welt rühmlichst bekannter Mann, auf der allgemeinen Industrie-Ausstellung eine silberne Medaille erhalten hat. Der Apparat besitzt über die bis jetzt gebräuchlichen den Vortheil einer größeren Schnelligkeit und Billigkeit. Herr Balka benutzt auf sinnreiche Weise die Eigenschaft der Holzkohle, Gasarten auf ihrer Oberfläche zu kondensiren. Der mit dem Wasser verdünnte Alkohol fließt tropfenweise in ein cylindrisches Gefäß, welches mit Holzkohlen-Kleie gefüllt und so aufgestellt ist, daß ein fortwährender Luftzutritt von unten stattfinden kann. Die Kohle verdichtet auf ihrer Oberfläche den Sauerstoff der Luft, von dem ein Theil sich mit dem Wasserstoffe des Alkohols zu Wasser verbindet, während der andere Theil mit der so entstandenen acetischen Säure in Verbindung tritt und so verdünnte Essigsäure bildet, die aus dem durchlöcherten Boden des Kohlengefäßes abfließt. Um die Essigbildung noch zu erleichtern, ist die Holzkohle mit schon fertigem Essig getränkt." (Köln. Z.)

* Auf der St. Etienner-Eisenbahn in Frankreich ist fast die Hälfte des 250 Metres langen Tunnels St. Julien eingestürzt, so daß die Reisenden diese Strecke zu Fuß überschreiten müssen und der Waaren-Transport ganz unterbrochen ist.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 7. Mai. Der fortdauernde knappe Geldstand hemmte den Geschäftsverkehr, sowohl in Wechsel, worin der Umsatz heute beinahe Null war, als auch in Fonds, die beinahe sämmtlich zu niedrigeren Kursen umgesetzt wurden. Elisabethen-Bahn 110. Lombardische Bahnen 134. Bayerische Ostbahn 108½ bis 108.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1309 P. 1301 G. Neue Bankaktien 430 P. 425 G. Credit-Actien à 5pCt 213 P. 211 G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 84 P. 83¾ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 91¾ P. 91¼ G. Metall. alte à 5pCt. 82¾ P.

82½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. 87½ G.; à 4½pCt. 74 P. 73¾ G.; à 4pCt. 65½ P. 65 G.; à 3pCt. 50¾ P. 50½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 ——P. 130 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1858 116½ P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 313 P. 311 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¼ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 700 G. Obligationen à 3½pCt. 87⅞ P. 87⅜ G.; 4pCt. — P. 93½ G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 100⅞ P. 100⅝ G.; 5pCt. 101 P. 100½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156¼P. 155¾ G. Neustadt-Weissenb. 117 P. 116½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 116½ P. 116G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89¾P. 89½ G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann 44 P. —— G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82½ P. 81⅝ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62¾ P. 62¼ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 103 P. 102½ G.; Loose à fl. 50 112¾P. 112¼G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 366½ P. 361½ G.; junge 310 P. 308 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 105⅛P. 104⅝G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47⅞ P. 47⅝ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅞ P. 89⅜ G., Loose à fl. 25 31⅝P. 31⅜G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92⅞P. 92⅜G.; Bankaktien 120⅝ P. 120⅛ G.; Taunus-Aktien 321 P. 319 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 81 P. — G. **Homburg.** Bankaktien - P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial ——P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39⅞ P. 39⅝ G.; 1pCt. neue 24¾ P. 24⅝ G. **Holland.** Integrale 63 P. 62½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119½P. 119¼G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120P. 119¾G.	Mail. i. S Lr. 250k S 101⅜P 101⅛G
Berlin Thlr. 60 k. S. 105P 104¾G.	Paris Frs. 200 k. S 94⅛P. 93⅞ .
Cöln Thlr. 60 k. S. 105P 104¾G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94⅛P. 93⅞G
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S 97½P. 97¼G.	Wien fl. 100 C. k. S. 116¾P. 116½G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅞P 88⅝G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅜P. 116⅛G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105P. 104¾G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 5. Mai. Die Besteuerung des Tabaks, welche jüngsthin in den Kammern in Berlin angeregt wurde und eine gewisse Sensation erregte, wird nun auch in unsern Kammern zur Berathung kommen; denn Herr Reichsrath Graf von Yrsch hat einen Antrag auf Einführung der Besteuerung der Tabaksfabrikation in den Zollvereinsstaaten der 1. Kammer eingereicht. — Der neue Eisenbahnhof in Starnberg, der sich unmittelbar am Ufer des Sees befindet, sollte vorige Woche seiner Bestimmung übergeben werden; aber siehe, als man mit der Lokomotive in die Bahnhofhalle einfahren wollte, zeigte es sich, daß diese — zu niedrig war, und man mit den Dampfrossen nicht einfahren konnte! Man war deßhalb in den jüngsten Tagen bemüht, die Halle so weit thunlich zu heben, was auch gelang. Der Bahnhof hat übrigens, wie ähnliche Bauten bei uns, eine recht hübsche Façade! (Aehnliches ist anderswo in Bayern auch schon vorgekommen; exempla sunt odiosa! (A. Z.)

** München, 6. Mai. (Privat-Korrespondenz.) **65. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Ueber die Erträgnisse der Post fand keine Debatte statt, sondern nur der bereits mitgetheilte Wunsch des Abg. Keyl bez. der Eilwagentaxe rc. veranlaßt einige Bemerkungen des Abg. Lerchenfeld, und der Ministerialkommissär rc. Frhr. von Brück sagte die möglichste Ausdehnung des Instituts der Post-Omnibusse zu. Der Etat mit 300,000 fl. wird hierauf genehmigt, der Wunsch Keyl's aber abgelehnt.

Die Erträgnisse der Donau-Dampfschifffahrt sind zu jährlich 100,000 fl. veranschlagt, womit der Ausschuß einverstanden ist.

Abg. Fürst Wallerstein wünscht zu wissen, ob das Material der Donauschiffe in solchem Zustande sey, daß im Laufe der Finanzperiode keine Nachforderungen mehr erfolgen würden, und ob man vertrauen dürfe, daß eine möglichst innige Verbindung mit der österreichischen Donau-Dampfschifffahrt eintreten werde. Der kgl. Ministerial-Kommissär v. Brück erklärte hierauf, daß das Material in sehr gutem Zustande sey und keine Nachforderungen nothwendig seyn würden, und daß erst mit Beginn d. Js. mit der österreichischen Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft ein Vertrag abgeschlossen worden sey, der nichts zu wünschen übrig ließe. Der Etatsansatz wird genehmigt.

Die Erträgnisse des Ludwig-Kanals sind zu 50,000 fl. veranschlagt, die ohne Debatte genehmigt wurden.

Für die Telegraphen-Anstalt war im Ausgabe-Budget ein jährlicher Zuschuß von 40,000 fl. veranschlagt, auf den aber bereits verzichtet wurde; der Ausschuß aber beantragt jetzt die Anstalt noch mit einer Einnahme von 30,000 fl. in das Budget einzustellen, da sich nach der Vermehrung des Telegraphen-Verkehrs eine solche Einnahme erzielen lasse. Der k. General-direktor Freiherr v. Brück glaubt, daß nur ein Ertrag von 10,000 fl. in das Budget eingestellt werden könne. Die Kammer stimmte aber nach kurzer Debatte ihrem Ausschusse bei.

Die Erträgnisse der Salinen hat die Staatsregierung auf 2,450,000 fl. veranschlagt, der Ausschuß beantragt aber die Erhöhung des Ansatzes auf 2,525,000 fl. und beantragt ferner die Bitte: „es sey in jenen Gegenden, wo durch Aufhebung der k. Salzoberfaktoreien der Bezug des Viehsalzes sehr erschwert ist, Sorge zu tragen, daß die Verkaufsstellen dieses Salzes dem Bedürfniß entsprechend vermehrt würden. Nach kurzer Debatte wurde dem Ausschuß beigestimmt, und auch ein Antrag des Abg. v. Lerchenfeld auf Aufhebung der erfolglos betriebenen Saline Türkheim wurde angenommen, dagegen ein Antrag des Abg. Lord auf Ermäßigung der Salzpreise in der Pfalz mit Stimmengleichheit — 64 gegen 64 — abgelehnt.

Morgen kömmt im I. Ausschuß der 2. Kammer der Gesetz-Entwurf bez. der Gerichtsorganisation zur Berathung.

** München, 6. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Diesen Abend wird der neuernannte k. k. österreichische Gesandte, Graf Hartig, hier eintreffen.

Berlin, 6. Mai. Se. k. Hoh. der Prinz von Preußen gedenkt sich im August nach Moskau zu begeben, um den Krönungsfeierlichkeiten daselbst beizuwohnen. — Auf Befehl des Kaisers v. Rußland treten jüngere russische Offiziere in nächster Zeit in die verschiedenen Armeen der europäischen Mächte ein, um sich von den militärischen Einrichtungen, namentlich von den ökonomischen genaue Kenntniß zu verschaffen. Auch zur britischen Marine sind russische Seeoffiziere kommandirt worden.

Wien, 3. Mai. Man erinnert sich, daß, als der Erzherzog Ferdinand Max im vorigen Jahr auf seiner Kreuzfahrt in den Hafen von Toulon einlief und daselbst auf Veranlassung des Kaisers Napoleon feierlichst empfangen worden war, es allgemein verlautete, Se. kaiserl. Hoheit werde sich von dort direkt nach Paris begeben, um dem Kaiser der Franzosen einen Besuch abzustatten. Dieser Besuch des Erzherzogs unterblieb jedoch damals aus gewissen begreiflichen Rücksichten der Hofetikette, da gerade zu jener Zeit die Königin von England und deren Gemahl, der Prinz Albert, am Hofe der Tuilerien zu Gast waren. Nun begibt sich Se. kaiserl. Hoh. am 6. d. von hier direkt nach Paris, um den Kaiser Napoleon zu begrüßen und einige Zeit in Frankreich zuzubringen, da Se. kaiserl. Hoh. bei dieser Gelegenheit auch die französischen Kriegshäfen und Marine-Etablissements kennen zu lernen beabsichtigt. — Der bei der hiesigen russischen Gesandtschaft attachirte General Graf Stackelberg geht morgen in einer besondern Mission seiner Regierung nach Turin, von wo derselbe dem Vernehmen nach binnen 2 bis 3 Wochen wieder zurückerwartet wird. (A. Z.)

London, 7. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde die Adreßdebatte fortgesetzt, bei welcher Gladstone den Friedenstraktat warm vertheidigt, aber mit Gibson vor einer Einmischung in die italienischen und belgischen Angelegenheiten warnt. Palmerston erklärt in zweistündiger Rede die Nothwendigkeit der in Paris stattgefundenen Diskussion über Italien, tadelt die römische Regierung und vertheidigt Clarendon, der Englands Einmischung in die belgischen Preßzustände abgelehnt, hofft übrigens, daß die belgische Presse sich nunmehr einer größeren Mäßigung befleißige. — Die Adresse wird hierauf ohne Abstimmung angenommen. (T. D. d. Fr. J.)

* Berichtigung. In der gestrigen Nummer dieses Blattes lese man auf Col. 4, Spalte 2, Zeile 1 von oben „Besteuerung der geistlichen Pfründebesitzer" statt „Bestimmung rc."

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 129. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 9. Mai 1856

Der Finanz-Ausschuß der Abgeordneten-Kammer und das Militär-Budget.

* Wir haben schon gestern kurz erwähnt, daß der 2. Ausschuß der Abgeordnetenkammer sich nicht veranlaßt sah, auf das Anschreiben des Kriegsministerium vom 2. d. Mts. hin die Abstimmung über den Militär-Etat nochmals vorzunehmen. Die Verhandlungen, welche diesem Beschluß vorangingen, sind so wichtig, daß wir davon unsern Lesern ausführlich Kenntniß geben zu sollen glauben. Die Sitzung des 2. Ausschusses, worin jener Beschluß gefaßt ward, fand am 4. Mai statt; es wohnten ihr bei der Herr Ministerpräsident v. d. Pfordten, der Herr Kriegsminister Generalmajor v. Manz, der Hr. Generalverwaltungsdirektor Wolf, der Hr. Ministerialkommissär Oberst v. Spies, der Hr. 1. Präsident v. Hegnenberg-Dux; die HH. Ausschußmitglieder: Rebenack, als Vorstand, Neuffer, Frhr. v. Lerchenfeld, Langguth, Frhr. v. Pfetten, Graf v. Butler, Bermüller, Schlör, als Schriftführer.

In dem Protokoll in dieser Sitzung heißt es nun:

„Nachdem das kgl. Staatsministerium des Kriegs unterm 2. Mai 1856 ein Anschreiben an das Präsidium der Kammer erließ, in welchem die Wiederaufnahme der Verhandlungen des 2. Ausschusses über das Militärbudget auf Grund der zum Referate des Abg. Langguth von dem kgl. Staatsministerium des Kriegs mitgetheilten Bemerkungen als wünschenswerth bezeichnet wurde, trat heute der 2. Ausschuß wiederholt in Berathung über die Frage, inwieweit durch diese Bemerkungen die früheren Beschlüsse des 2. Ausschusses etwa zu modifiziren wären."

„Der Herr Referent über das Militärbudget hat vor Allem bemerkt, daß weder in der Geschäftsordnung, noch in der bisherigen Uebung die Art, in der das Militärbudget nunmehr behandelt werde, ihre Rechtfertigung finden könnte, indem nach einmal erfolgtem Ausschußbeschluß und nach erstatteter Anzeige an die Kammer über Erledigung eines Gegenstandes im Ausschuß sofort die Berathung in der Kammer einzutreten habe, weßhalb die im Anschreiben vom 29. April l. Js. beigelegten Bemerkungen eigentlich der Debatte der Kammer hätten vorbehalten bleiben sollen und weßhalb er, ohne hiedurch für die Zukunft ein Präjudiz geben zu wollen, sich lediglich auf folgende den fraglichen Bemerkungen gegenübergestellte Erwiderung beschränken zu sollen glaube."

„Es sey nämlich zunächst in's Auge zu fassen, daß der Standpunkt des Referenten in der vorliegenden Frage der Budgetprüfung und Aufstellung ein ganz verschiedener sey von dem des Kriegsministerium. Letzteres lege nämlich seiner Budgetaufstellung eine Formation der Armee zu Grunde, welche mit geringen Abweichungen fast eben so hoch sey, als die in der letzten Finanzperiode bestandene. Referent habe nirgends in seinem Vortrage ausgesprochen, daß er die bestehende Formation als nothwendig oder auch nur zweckmäßig anerkenne, oder daß er für eine so hohe Formation die erforderlichen Mittel begutachten wolle, vielmehr habe er zu wiederholten Malen in seinem Vortrage angedeutet, daß ihm eine entsprechende Aenderung, resp. Reduktion geboten erscheine. Mit Rücksicht auf eine solche Aenderung der Formation, die anzuordnen und durchzuführen lediglich Sache der Staatsregierung sey, habe er die Prüfung des vorliegenden Budgets beschäftigt. Selbstverständlich folge hieraus, daß die Ausgaben, wie sie für die Armee in den letzten Jahren gemacht wurden, bei Ausmessung des Bedarfes für die 6. Finanzperiode als allein maßgebend und bestimmend nicht betrachtet werden könnten, weil ja in den jüngsten Jahren und seit Beginn der 6. Finanzperiode in Folge politischer Verhältnisse eine viel höhere Armeeformation in's Leben trat, als dieses früher der Fall war, welche beizubehalten bei jetzt ganz veränderten Verhältnissen nicht mehr geboten erschiene. Außerdem seyen in diesen Jahren noch außerordentliche Ausgaben für militärische Zwecke gemacht worden, insbesondere auf Truppenkonzentrationen in Schwaben und Franken, auf die hessische Expedition u. s. w., für die das Budget nichts vorgesehen hatte und die auch durch besondere Kredite ihre Deckung fanden."

„Während die Budgets pro 1849/50 nur 8,250,000 fl. und resp. 8,500,000 fl. als Dotation des Militärbudget bei einem Soll-Präsenzstande der aktiven Armee gewährten und zwar der Infanterie, Kavallerie, Artillerie, des Fuhrwesens und der technischen Truppen von 2223 Offizieren, 6484 Unteroffizieren, 24,060 Gefreiten, Gemeinen und Tambours pro 1849/51 und von 2092 Offizieren, 4844 Unteroffizieren und 22,342 Gefreiten, Gemeinen und Tambours pro 1851/55, seyen wirklich verausgabt worden: 11,208,740 fl., 26 kr. pro 1849/50, 12,265,739 fl. 53 kr. 1 dl. pro 1850/51, 9,914,780 fl. 1 kr. pro 1851/52, 9,200,879 fl. 21 kr. pro 1852/53, 42,590,139 fl. 41 kr. 1 dl. in Summa, 10,647,534 fl. 55 kr. im Durchschnitt. An Unteroffizieren und Gemeinen seyen daher während dieser Zeit über das Budget präsent gehalten worden: 16,387 Mann pro 1849/50, 12,997 Mann pro 1850/51, 4291 Mann pro 1851/52, 1562 M. pro 1852/53, 35,237 Mann in Summa, 8809 Mann im Durchschnitt. Die dadurch veranlaßten Mehrausgaben seyen durch Zuschüsse aus dem Reichsreservefonds und durch besondere Anlehen in dem enormen Betrage von 9,086,139 fl. 41 kr. bestritten und gedeckt worden, wie aus den Rechnungsnachweisen des k. Kriegsministerium und den Vorträgen des Referenten über die Militärrechnungen pro 1849/53 zu entnehmen sey. Diese Mehrausgaben bei der neuen Budget-Aufstellung mit in Komputation zu ziehen, wie das k. Kriegsministerium in seinen Bemerkungen es thue und verlange, werde aber Niemanden weiter in den Sinn kommen, wenigstens habe sich Herr Referent nicht darauf einlassen können."

„Die Ausgaben der Jahre 1849/53 seyen vom Herrn Referenten nur insoweit zu Grunde gelegt und berücksichtiget worden, als sie verhältnißmäßig der Budgetgröße entsprechen; eine Vergleichung der wirklichen Ausgabe mit den Budgetbeträgen zeige, daß für die Jahre 1849/53 und sogar für die so hohe Formation der Armee eine zu große und nicht nothwendig gewesene Dotation in der letzten Finanzperiode bewilligt worden sey."

„Der präsente Mannschafts-Soll-Stand von Unteroffizieren und Gemeinen sey in dem Budget, und zwar im Durchschnitt nur mit 28,835 Mann berechnet, während mit Hinzurechnung der obigen Mehrpräsenz von 8809 Mann sich ein Durchschnitt von 37,644 Mann ergebe. Würden auch die in diesen Jahren über das Budget gehaltenen Pferde mit berücksichtigt, so ergebe sich, daß für das Budget nur ein beiläufiger Bedarf von 8,100,000 fl. bis 8,200,000 fl. einschließlich der Getraidepreis-Differenzen erforderlich gewesen sey. Würde dieser letztere Bedarf mit durchschnittlich 435,113 fl. abgezogen, so verblieben 7,664,887 fl. bis 7,764,887 fl. und es hätten demnach die früheren Budgets um 500,000 fl. bis 800,000 fl. höhere Dotationen, als erforderlich war, auch bei der so hohen Formation gewährt, also auch gegenüber diesen faktischen und thatsächlichen Verhältnissen erscheine das für die aktive Armee begutachtete Postulat von 7,500,000 fl. vollkommen entsprechend und gerechtfertigt."

„In diesen Aufklärungen erläuterten sich auch die Differenzen, welche zwischen dem Vortrage des Herrn Referenten und den Berechnungen des k. Kriegsministerium in seinen Bemerkungen bestehen sollen, von selbst, namentlich die höhere Ziffer der bei den Verpflegungs- und Krankenhaus-Kommissionen verrechneten Ausgaben gegen die Getraidepreis-Differenz. Unter diesen Ausgaben seyen nämlich auch jene für die Mehrpräsenz an Mannschaft und Pferden begriffen, während die Getraidepreis-Differenz nur für bestimmte schon im Budget und im Finanzgesetz fixirte Naturalquantitäten garantirt worden wäre und bezahlt würde."

„Bei Aufstellung des Budget pro 1849/51 wäre verlangt worden: 13,436,052 fl. resp. 12,164,052 fl.; in Folge Vortrages des Herrn Referenten und gestellter Modifikation seyen bewilligt worden 9,792,000 fl., also um 3,644,052 fl. resp. 2,372,000 fl. weniger. Daß darunter doch sicher eine Kürzung um 600,000 fl., welche dem Kostenaufwande für 5000 Mann entspricht, enthalten sey, falle klar in die Augen. Alles weitere der Diskussion und der Berathung in der Kammer vorbehaltend, stelle Herr Referent den Antrag, lediglich auf den Ausschußbeschlüssen zu beharren."

„Auf diese Bemerkungen wurde von Seite des königlichen Kriegsministerium erwidert, daß die nachträgliche Mittheilung von Bemerkungen zu dem Referat des Herrn Abgeord. Langguth wohl darin ihre Rechtfertigung finde, daß Aufstellungen, welche in Ziffern ihre Begründung fänden, nicht unmittelbar und ohne genauere Prüfung bekämpft werden könnten, das Kriegsministerium aber jede Veranlassung zu Verzögerungen in der Geschäftserledigung des Ausschusses vermeiden wollte, aus welchem Grunde allein eine Vertagung der Ausschußberathung nicht beantragt worden sey. Es müsse festgehalten werden an dem Umstande, daß durch die jüngsten Beschlüsse des Bundes eine veränderte Grundlage für die Aufstellung des bayerischen Heeres geschaffen sey, und das Kriegsministerium müsse sich deßhalb entschieden gegen das Verfahren des Herren Referenten aussprechen, welches nach den Durchschnitten der Ausgaben früherer Jahre den künftigen Bedarf der bayerischen Armee bemessen wolle, während doch diese Ausgaben zu einer Zeit gemacht worden seyen, in welcher jene neuen den Bundesbeschlüssen anzupassenden Grundlagen gar nicht existirt hätten. Die den Aufstellungen des Budget zu Grunde liegende Formation des Heeres sey nach genauester Erwägung und mit der gewissenhaftesten Reduktion auf den unabweislichen Bedarf gestellt und enthielte demnach den Beweis, daß nur mit dem postulirten Gesammtbetrage den unabweislichen Anforderungen des Bundes als dem Bedarf von militärischen Kräften, für Besetzung der Landesfestungen über das Bundeskontingent hinaus genügt werden könnte."

„Der Herr Ministerpräsident bemerkte, daß es sich zunächst nicht um die Prüfung von Zahlen, sondern um die Feststellung derjenigen Prinzipien handle, welche den Zahlen-Verhältnissen zu Grunde gelegt werden sollen. Diese Prinzipien seyen unstreitig die, daß einmal den Anforderungen des Bundes genügt werden müsse, was wohl von allen Seiten unbestritten bleiben würde. Anderseits ergebe sich die Nothwendigkeit, die mit großen Kosten hergestellten Festungen auch für den Fall nicht unbesetzt zu lassen, wenn der Bund das bayerische Kontingent in Anspruch zu nehmen in der Lage wäre. Würden diese beiden Grundlagen als die richtigen anerkannt, so wären nunmehr folgende drei Fragen zu beantworten: 1) ob die Formation, wie sie das Kriegsministerium seiner Vorlage zu Grunde lege, zu hoch sey, 2) ob die Nothwendigkeit dargelegt werden könnte, eine Präsenz zu halten, wie sie die Vorlagen des Kriegsministerium verlangen und endlich 3) ob die Verpflegung der bayerischen Armee zu theuer sey? Was die erste Frage anbelange, so habe das Kriegsministerium in seinen Vorlagen nachgewiesen, daß die von ihm aufgestellte Formation gerade soweit reiche, um die Bundespflicht zu erfüllen und eine nur geringe Anzahl von Truppen noch disponibel zu lassen mit der Bestimmung, wenigstens die Festung Germersheim besetzt zu halten, während für die Festung Ingolstadt eine Besetzung gar nicht vorgesehen sey. Die Nothwendigkeit der Prüfung anlangend, so sey diese nur allein durch die Vorschriften des Bundes gerechtfertigt, und wenn Bayern hierin in früheren Perioden weniger gethan habe, als dieses nach der Anforderung des Bundes verlangt werden konnte und immer verlangt wurde, so bestand ein Grund der Entschuldigung darin, daß in jener Periode auf die Erbauung von Landesfestungen ein namhafter Aufwand erwuchs, er nunmehr vollständig beseitigt sey, so daß nunmehr ein Grund nicht mehr gefunden werden könne, um die Nichterfüllung der bundesgesetzlichen Bestimmung zu rechtfertigen. Daß endlich die Verpflegung der bayerischen Armee nicht zu theuer, sondern im Gegenhalte zu anderen Armeen wohlfeil sey, beweise zur Genüge eine Vergleichung des Aufwandes für die bayerischen Armee mit dem Aufwande, der in Württemberg und Baden erforderlich sey, um die dortigen Armeen zu unterhalten. Diese Gründe schienen dem Herrn Ministerpräsidenten so durchschlagend, daß er seine Ueberzeugung dahin aussprechen müsse, das Postulat des Kriegsministerium sey in allen Richtungen vollkommen gerechtfertigt."

Der Herr Abg. Frhr. v. Lerchenfeld legte hierauf Verwahrung gegen diese Art der Geschäftsbehandlung ein, welche zu einem endlosen Schriftwechsel führen müßte. Er bemerkte, daß, wenn der Herr Kriegsminister dem Vortrage des Berichterstatters in seinen Ziffer-Details nicht gleich folgen könnte oder wollte, so hätte er Vertagung der Verhandlung, Mittheilung des Vortrages begehren können, was der Ausschuß sicher sofort zugestanden haben würde. Wohin aber müßten solche nachträgliche Schriftsätze führen — könnten sie andern Antragstellern — könnten sie den Berichterstattern und sonstigen Ausschußmitgliedern verweigert werden — wie lange habe man darauf zu warten, wann trete der Ausschluß des Rechtes zur Replik, Duplik ꝛc. ein? — Würde dieses System konsequent angewendet, so könnte es die ganze Thätigkeit, die ganze Zeit eines Ausschusses, ja der ganzen Kammer in Anspruch nehmen, beziehungsweise lähmen; — die Geschäftsordnung kann es nicht, der einzige sehr zweifelhafte Vorgang von 1850 reiche nicht hin, es einzubürgern, und dessen Unzulässigkeit liege in der Natur der Sache und in dem Mangel aller Gesetze und Namen dafür. — Frhr. v. Lerchenfeld legt weiter Verwahrung ein gegen jede Art von Ankennung der Zweckmäßigkeit oder gar Nothwendigkeit der bestehenden Formation der Armee. — Diese Frage sey der Kompetenz der Kammer entzogen, sie könne nur ganz indirekt hierauf einwirken — durch ihre Willigung. Wenn der Berichterstatter und Ausschuß ihren Berichten, Prüfungen und Anträgen die bestehende Formation zu Grunde legten, so sey dieses lediglich geschehen, weil jede Diskussion eine Grundlage haben müsse, wenn sie anders zum Ziele führen solle — Die Bundesverpflichtungen zu erfüllen, werde gewiß die Kammer keinen Anstand nehmen. Bei der Ausdehnung aber, welche diese in neuester Zeit erhalten haben, und welche die äußersten Gränzen der Leistungsfähigkeit erreichen, wenn sie dieselben nichts bereits übersteigen, könne von einer Mehrleistung keine Rede seyn. Das Land müsse erwarten, daß der Bund die Gränzen Deutschlands und mithin auch Bayerns, mit den großen ihm zur Verfügung gestellten Mitteln wirksam schütze, und könne nicht noch weitere Truppen zu speziellen Zwecken aufstellen. — Frhr. v. Lerchenfeld ging nun die vom Hrn. Kriegsminister beanstandeten Posten einzeln durch und kam zu dem Schlusse, daß die Anträge des Referenten Langguth nicht nur gerechtfertigt seyen, sondern, daß sich sogar wohl noch eine weitere Summe ersparen ließe. Sodann heißt es im Protokoll weiter:

„Von Seite des Kriegsministerium wurde hierauf erörtert, daß das Hauptargument der eben vorgetragenen Erörterungen immerhin hergenommen sey aus der jetzigen Formation des bayerischen Heeres, allein diese sey für den Bedarf an sich gleichgültig, insoweit nämlich der Umfang der Heeresmacht der gleiche bliebe. Es sey wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß der jetzige Heeresbestand im Allgemeinen nicht größer bemessen sey, als dieses einerseits in Rücksicht auf die Verpflichtungen gegen den Bund, andererseits auf den äußerst beschränkten Bedarf für die Sicherung derjenigen festen Plätze in Bayern geschehen könne, welche, einmal mit großen Kosten errichtet, nunmehr auch in vertheidigungsmäßigem Zustande erhalten werden müßten. Innerhalb der Größe der durch diese Momente bedingten Ausdehnung der Armee sey die Formation gleichgültig gegenüber dem Bedarfe, indem in demselben Maße, in welchem die einzelnen Abtheilungen des Heeres erweitert würden, auch die hierfür nothwendigen Chargen eine Vermehrung erheischten. Der Bedarf, wie er durch die Vorlagen des Kriegsministerium als gerechtfertigt sich darstelle, sey ohnehin so knapp zugemessen, daß das Kriegsministerium, die Bewilligung dieses Bedarfs vorausgesetzt, dennoch in der Lage seyn werde, Aenderungen in der Formation vorzunehmen, um Ersparungen zu erzielen, welche durch den ohnehin auf's Aeußerste bemessenen Bedarf, wie er postulirt worden, zur Nothwendigkeit geworden. Die Garnisonskompagnien anlangend, so sey die große Zahl der bei diesen befindlichen Unteroffiziere durch die Natur der Verhältnisse erklärlich; nur jene Unteroffiziere, deren Dienstuntauglichkeit im Dienste selbst herbeigeführt worden sey, hätten, nachdem diese Untauglichkeit vollständig erprobt, Anspruch in Garnisonskompagnien überzutreten, und darin liege nun auch der Grund, warum die Zahl der Unteroffiziere gegenüber dem Stande der Gemeinen unverhältnißmäßig groß sich herausstelle. Alle übrigen Unteroffiziere würden, soferne nicht die für den Uebertritt in Garnisonskompagnien festgesetzten Bedingungen vollständig erfüllt wären, ohnehin mit Pension entlassen. Uebrigens sey das Kriegsministerium bemüht gewesen, diese Garnisonskompagnien, soweit es nur immer die Rücksicht auf den Dienst zulasse, zur Besetzung der Festungen zu verwenden, und werde auch künftig von diesem Bestreben nicht ablassen."

„Dagegen wurde wieder geltend gemacht, daß die einzige Frage, welche hier maßgebend seyn könne, lediglich dahin gestellt werden müßte, ob mit den von dem Referenten und dem Ausschusse begutachteten Mitteln der Bundespflicht genügt werden könne. Der Beweis dafür liege nun unwiderlegbar in

den Erörterungen, welche der Referent sowohl in seinem Referate, als auch bei der heutigen Verhandlung über das Militärbudget gegeben habe, indem derjenige Aufwand, der nach den von dem Kriegsministerium selber an die Kammer gebrachten Nachweisungen in den letzten Jahren genügt hätte, um eine Heeresformation zu unterhalten, welche über die Postulate des Bundes hinausginge, offenbar auch dazu hinreiche, den Postulaten des Bundes künftighin vollständig zu genügen. Eine Verpflichtung über die Bundespflicht, weiter Truppen zu halten, könne nicht anerkannt werden, und da weder der Landtag noch die Kammer irgendwie berechtigt wäre, auf die Formation des Heeres Einfluß zu üben, so müßte es lediglich dem Kriegsministerium überlassen bleiben, mit den Mitteln die ihm gestellte Aufgabe zu erreichen, welche auf Grund der allein stichhaltigen Anhaltspunkte festgestellt worden seyen."

„Der Hr. Ministerpräsident wies darauf hin, daß in den letzten Jahren außer den budgetmäßigen Summen noch weitere außerordentliche Kredite zur Unterhaltung des Heeres bewilligt worden seyen, die bei den Ansätzen des Referenten vielleicht unberücksichtigt geblieben, so daß der Aufstellung des Letztern ein Faktor mangle, welcher die Sicherheit und Untrüglichkeit der aufgestellten Berechnungen in Frage stelle. Die Folge einer so bedeutenden Abminderung des Postulates müßte nur die seyn, daß bei der Unmöglichkeit, sofort eine Reduktion des Heeres eintreten zu lassen und die Ausgaben in der nach dem Ausschußgutachten bemessenen Summe zu reduziren, Budgetüberschreitungen in den ersten Jahren der Finanzperiode nothwendig eintreten würden, die in den spätern Jahren durch äußerste Sparsamkeit eingeholt werden müßten. Die Armee, die auf Grund der in einer früheren Periode ihr zu knapp zugemessenen Mittel in einen Zustand käme, der einen sehr hohen außerordentlichen Aufwand erforderte, würde in kurzer Zeit wieder in einem Zustand zurückversetzt werden, der jenen außerordentlichen Aufwand erforderte, und die Folge augenblicklicher Ersparung könnte nur die seyn, daß später wieder ein verhältnißmäßig größerer Aufwand eintreten müßte, wenn das Heer in schlagfertigen Zustand gebracht werden sollte. Die Bewilligung einer regelmäßigen und ausreichenden Dotation könne daher mit vollem Rechte als eine Ersparung bezeichnet werden und eine Erhöhung der von dem Ausschuß beantragten Summe erschiene gegenüber den bisherigen Resultaten der Budgetberathungen um so unbedenklicher, als der Ausschuß bei Prüfung des Einnahmenbudget ohnehin in der Lage gewesen sey, den Voranschlag der Einnahmen in sehr ausgiebiger Weise zu erhöhen. Unter diesen Umständen würde mindest eine Bewilligung von 8 Millionen für das stehende Heer erfolgen können, ohne daß hiedurch die Steuerkraft des Landes erheblich angezogen werden müßte."

„Dem wurde entgegengestellt, daß der Referent bei seiner Aufstellung jenen außerordentlichen Aufwand keineswegs außer Acht gelassen, sondern seinem vollen Umfange nach berücksichtigt und als Faktor seiner Berechnung gewürdigt habe. Allerdings sey bei den Durchschnittsberechnungen über den wirklichen Aufwand für das Heer in den zum Anhaltspunkte genommenen Jahren auch der in jenen Jahren gehaltene höhere Präsenzstand nicht außer Auge gelassen worden, denn nur dieser im Zusammenhalte mit dem Aufwande hierauf hätte als sicherer Anhaltspunkt dienen können für jenen Präsenzstand, den das Kriegsministerium jetzt als nothwendig bezeichne und es verstünde sich von selbst, daß der Bedarf für diese Finanzperiode nur nach dem rechnerischen Verhältnisse dieser sämmtlichen Faktoren der von dem Herrn Referenten gemachten Aufstellung bemessen werden könne. Ueberdies seyen durch außerordentliche Kredite Vorräthe geschaffen worden, deren allmähliche Ausnützung der gegenwärtigen Verwaltung zu Gute käme, eine Ausnützung, welche bei vielen der angeschafften Gegenstände schon deßhalb nothwendig sey, um das Verderben derselben zu verhindern. Selbst dadurch ginge der Verwaltung ein nicht unerheblicher Nutzen zu, da sie bei den letzten Veräußerungen von Pferden sicher Gelegenheit gehabt habe, den Pferdestand in einer Weise zu purifiziren, daß in der nächsten Zeit Nachschaffungen weniger nothwendig wären, als dieses abgesehen von dem vorübergehend erhöhten außerordentlichen Pferdstande der Fall seyn würde. Wenn auch die Steuerkraft des Landes noch nicht aufs Aeußerste angespannt sey, so wäre es gewiß nur wünschenswerth, diese äußerste Anspannung auf einen Zeitpunkt zu versparen, der sie zur gebieterischen Nothwendigkeit machte, und es dürfte kaum abgeleugnet werden können, daß eine höhere Budgetsumme als die von dem Ausschusse beantragte dennoch es nicht ferne zu halten vermöchte, außerordentliche Mittel für den Fall zu bewilligen, wenn durch die veränderten Zeitverhältnisse höhere Anforderungen an die Armee gestellt werden würden, als es nach der jetzigen Weltlage in der nächsten Zukunft zu erwarten ist."

„Nach umfassender Erörterung der hier niedergelegten Momente hat der Ausschuß die Frage, ob die Abstimmung über die Positionen des Militäretat neu aufzunehmen sey, einstimmig verneint."

Deutscher Bund.

Die Münz-Konferenzen werden noch im Laufe dieses Monats beendet. Die Bevollmächtigten dürften Ende Mai in ihre Heimath zurückkehren können. (O. P.)

Mecklenburg-Schwerin. Das Reg.-Blatt bringt ein die Bestrafung der Unzucht und des Concubinats betreffendes Gesetz. Als Grund der Erlassung ist der Umstand angegeben, daß die bestehenden Gesetze theils zu unbestimmt, theils veraltet seyen. Da die Zahl der unehelichen Geburten hier von Jahr zu Jahr sehr zugenommen und eine bedeutende Höhe erreicht hat, so war ein zur Hebung dieses Uebelstandes wirkendes Gesetz gewiß sehr wünschenswerth. Es steht aber wohl zu befürchten, daß unter den vorliegenden Verhältnissen eine wesentliche Aenderung nicht eintreten werde. (H. N.)

§ **Oesterreich.** Wien, 6. Mai. (Privat-Korresp.) Der Gewinnst, welchen die österr. Kreditgesellschaft bis jetzt an der Börse realisirt hat, beträgt bereits reine 25 pCt., und zwar ist dieses günstige Resultat größtentheils durch den Ankauf von Loosen vom Jahre 1854 herbeigeführt worden, welche die Anstalt vor Wochen zum Kurse von 93 an sich brachte, und im geeigneten Augenblicke zum Preise von 110—112 wieder losschlug. Die Gewinnstrealisirungen der Anstalt in diesen Papieren haben einen Druck auf die Kurse derselben verursacht und sie schwanken jetzt zwischen 107 und 108, obwohl die betreffenden Papiere vor der förmlichen Unterzeichnung des Friedensvertrages kaum zum obigen Preise zu haben waren. Durch die Verkäufe der Anstalt sollen aber auch nicht weniger als fünf Millionen von diesem Effekt auf den Markt geschleudert worden seyn. Auch der Verkauf von Westbahn, und in letzterer Zeit Zentralbahnaktien hat der Anstalt beträchtliche Gewinnste gebracht. Jetzt spricht man davon, daß die Kreditgesellschaft einen Theil der von der Nordbahn für die neu übernommenen galizischen Bahnen zu emittirenden Aktien übernehmen soll, und werden die betreffenden Verhandlungen als Ursache angegeben, daß in der letzten Generalversammlung der Nordbahnaktionäre noch keine Rede von der Deckung der für die galizische Bahnen erforderlichen 41 Millionen war. Sollte sich das Gerücht bestätigen, so steht für die Kreditanstalt abermals ein beträchtlicher Gewinnst in Aussicht.

Großbritannien.

Am 23. April machte der Premier-Minister Lord Palmerston Morgens einen Ausflug. Er fand sich an der Waterloo-Road Station ein, als sich eben der Zug in Bewegung setzte. Der Schaffner, welcher den Premier kannte, öffnete ihm einen Waggon, und Lord Granville, im Wagen sitzend, wollte Sr. Lordschaft beim Einsteigen helfen, als ein Polizeman den Premier beim Arme faßte mit den Worten: „Mylord, das Gesetz verbietet es!" Da dies wirklich der Fall, so mußte der Premier-Minister bleiben und es sich gefallen lassen, vier Stunden an der Station zu warten, bis zum nächsten Zuge. (Köln. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 6. Mai. In Betreff der Mission des Grafen de Morny, der wahrscheinlich nicht vor einem Monat nach Rußland abreisen wird, sind in der neuesten Zeit einige Aenderungen getroffen. Er wird sich nur in außerordentlicher Sendung auf einige Zeit dahin begeben. Die Personen, die ihn dahin begleiten, werden daher nur eine Art von offiziellem Charakter haben und sind nicht zu dem gewöhnlichen Cadre der Diplomatie zu rechnen. Man nennt unter denselben den Hrn. de Pienne, den Marquis de Saye und den Grafen Joachim Murat. Inzwischen wird sich Graf Edgard Ney nach Petersburg begeben, um die diplomatischen Beziehungen wieder anzuknüpfen und die Antwort auf die neulich von dem Grafen Orloff gemachten Notifikationen dem Kaiser Alexander II. zu überbringen. (Fr. P.)

Italien.

Turin, 30. April. Man erzählt hier, Graf von Cavour habe im Schooße des Pariser Kongresses geäußert, daß Italien leicht vor Ende eines Jahres zum Schauplatz erschütternder Kämpfe werden dürfte, wenn es dem auswärtigen Einfluß nicht gelinge, die absoluten Regierungen der Halbinsel zu Konzessio-

nen zu bewegen und damit eine Versöhnung zwischen ihnen und ihren Völkern anzubahnen. Dieses Wort, gleichviel, ob es wirklich auf dem Kongreß oder sonstwo, oder überhaupt vom Grafen Cavour ausgesprochen wurde, enthält eine tiefe und nicht genug zu beherzigende Wahrheit. Es wäre ebenso lächerlich als verkehrt, es für eine Drohung zu halten. Es ist die Bezeichnung eines faktischen Verhältnisses. Hier wenigstens, wo die beginnende politische Schwüle alle Gemüther berührt und bewegt, verkennt Niemand, daß Italien seit dem Friedensschluß ernsten Krisen entgegengeht. (H. N.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 8. Mai. Für österr. Kredit-Aktien zeigte sich heute mehr Kauflust, während österr. Bankaktien etwas niedriger abgegeben wurden. Der Umsatz in Wechsel war heute belebter. Auch scheint sich der Geldstand zu bessern. Elisabethen-Bahn 110¼. Lombardische Bahnen 136. Bayerische Ostbahn 108⅞ — 110⅜—109.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1302P. 1298G. Neue Bankaktien 435 P. 429 G. Credit-Actien à 5pCt. 217½P 215½G. 5pCt. Nationalanleihe von 1851 83¾P. 83⅝G. 5pCt. Lombard.-Ven. 92 P. 91½ G. Metall. alte à 5pCt. 82½ P. 82¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 P. 87½ G.; à 4½pCt. 73½ P. 73¼ G.; à 4pCt. 65½ P. 65 G.; à 3pCt. 50½ P. 50 G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 ——P. 131 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106½ P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 310 P. 307½ G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¼ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 88 P. 87½ G.; 4pCt. — P. 93½ G.; 4pCt. Grundrente 94 P. 93½ G.; 4½pCt. 100¾ P. 100¼G.; 5pCt. 101 P. 100½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156¼P. 155¾ G. Neustadt-Weissenb. 117¾ P. 116¼ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117¼ P. 116¾G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89¾P. 89¼ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81⅞ P. 81⅜ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 62¾ P. 62¼ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 102⅞ P. 102⅜ G.; Loose à fl. 50 112⅝P. 112⅜G.; à fl. 25 33¾ P. 33⅜ G.; Darmstädter Bankaktien alte 368P. 366 G.; junge 310½ P. 308½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 105¼P. 104¾G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅞ P. 89⅜ G., Loose à fl. 25 31⅝P. 31⅜G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 92⅞P. 92⅜G.; Bankaktien 120⅝ P. 120⅛ G.; Taunus-Aktien 321 P. 319 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 80 P. — G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial ——P.—G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅛ P. 39⅞ G.; 1pCt. neue 24⅞ P. 24¾ G. **Holland.** Integrale 63 P. 62½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅛P. 99⅞G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120P. 119¾G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105P. 104¾G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105P. 104¾G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97⅜P. 97⅛G.
Hmb. MB. 100 k. S. 88⅝P. 88⅜G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105P. 104¾G.
Lond. Lst. 10 k. S. 119½P. 119¼G.
Mail. i. S. Lo 250 k. S. 101⅜P. 101⅛G.
Paris Frs. 200 k. S. 94⅛P. 93⅞G.
Lyon Frs. 200 k. S. 94⅛P. 93⅞G.
Wien fl. 100 C. k. S. 116⅜P. 116⅛G.
Wien 3 M. mit 4% 116⅝P. 116⅜G.
Disconto — P. 4pCt. G.

Rotterdam, 29. April. Kaffe. Die Stimmung am Markt war auch während der letzten acht Tage sehr fest, der Umsatz dagegen, aus mehr erörterten Gründen, höchst unbedeutend. Man kann annehmen, daß die Preise der letzten Maatschappy-Auktionen vollkommen fest behauptet sind, hier und da würde man für eine apparte Nummer selbst einen kleinen Avanz anlegen müssen. In fremden Sorten ist ganz und gar nichts Erwähnenswerthes vorgefallen.

Reis. Die Stimmung blieb im Allgemeinen flau und die Preise zum Zurückgang geneigt. 5300 B. ungeschälter Arrakan- (Necranſie), die Hälfte der früher angeführten Ladung per „Equator“, ward zu 6 fl. begeben. In geschälten Sorten, geschalter Arrakan- nach und nach auf 7½ fl. zurückgehend, ging Manches um. Von ungeschältem Java- trafen diverse neue Zufuhren ein.

Banka-Zinn. Unter 81 fl. finden sich keine Verkäufer mehr.

Paris, 30. April. Die Saaten stehen in ganz Frankreich ausgezeichnet, und ist, wenn keine ungünstigen Witterungsverhältnisse eintreten, eine gesegnete Aernte zu erwarten. Namentlich ist dies bei Oelsaaten der Fall. Dieselben stehen in voller Blüthe und so dicht und egal, wie man es nur wünschen kann; dabei ist sehr viel ausgesäet, so daß ein ungewöhnlich reicher Ertrag in Aussicht steht.

Am heutigen Markte war es mit Mehl flau, zu 87½ frs. wurde mehrfach ausgeboten. Waizen wurde 2 a 2½ frs. höher als vorige Woche bezahlt; Lothringer 47 a 48 frs., Burgunder 45 a 46 frs., Amerikanischer 45 a 48 frs, Galatz 36 frs. per 120 Kil. Roggen still, 28 a 30 frs. per 115 Kil. Gerste 19½ a 20 frs. per 100 Kil. Hafer 22 a 25 per 150 Kil.

Oel still.

Neueste Nachrichten.

Wien, 7. Mai. Se. Majestät der **Kaiser** hat gestern Laxenburg bezogen. Hr. v. **Bruck** reist morgen nach Triest. Nachrichten aus Warschau zufolge hat der Zustand der **Kaiserin-Wittwe** von Rußland sich verschlimmert, so daß vorerst die Reise nach Wildbad in Württemberg verschoben ist. (T. D. d. A. Z.)

London, 6. Mai. „Morning-Post“ meldet in ihrer zweiten Ausgabe: Die österreichischen Truppen in Parma werden allmälig vermehrt. Ein Lager bei Somma wird gebildet. Die englische Regierung dürfte von Piemont eingeladen werden, ein Flottengeschwader nach dem Golf von Spezzia zu senden. (T. D. d. Hamb. N.)

Brüssel, 7. Mai. In der heutigen **Kammersitzung** erwiderte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten auf eine an ihn gerichtete Interpellation: „Die Rede des Grafen Walewski ist der belgischen Regierung nicht offiziell notifizirt worden. Wenn es geschehen sollte, so wird eine Antwort erfolgen, welche energisch die **Rechte** eines **unabhängigen Staates behauptet**, und welche allen fremden Kabinetten mitgetheilt werden soll. Keine Macht hat eine Preßgesetzreform gefordert, das Land wird sich nimmer solcher Forderung unterwerfen.“ Das Wort „nimmer“ wiederholte der Minister mit großer Energie. Diese Erklärung wurde mit immensem Enthusiasmus aufgenommen; unter Hurrahs von allen Seiten ward die Sitzung aufgehoben. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Paris, 7. Mai. Hr. v. **Hübner**, welcher bisher als bevollmächtigter Minister Oesterreichs am Hofe der Tuilerien beglaubigt gewesen, hat den Rang eines **Botschafters** erhalten. Es ist dies als die Kundgebung einer **innigeren Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich** zu betrachten. (Fr. J.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 130. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 10. Mai 1856

Des heiligen Pfingstfestes wegen wird die Nummer 131 der Zeitung hier bereits heute Abend halb 7 Uhr ausgegeben und erscheint letztere morgen und am Montag nicht.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 8. Mai. Graf Hartig, der k. k. österr. Gesandte am hiesigen Hofe, ist gestern dahier eingetroffen. —

In der Pfarrei Reißing, Ldg. Straubing, wird am 11. bis 25. Mai eine Jesuitenmission gehalten.

⁂ München, 8. Mai. (Privat - Korrespondenz.) **66. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertisch sämmtliche Minister.

Wie bereits mitgetheilt, schritt die Kammer heute zur Berathung des Militäretat für die VII. Finanzperiode. Die Regierung hat auf je ein Jahr verlangt: für die aktive Armee 8,244,900 fl; für die Gensdarmerie 913,900 fl.; für das militärisch-topographische Bureau 50,000 fl.; für männliche Militärpensionen und Medaillenzulagen 1,072,000 fl.; für den Militär-Wittwen- und Waisen-, dann Invalidenfonds 92,000 fl., in Summa 10,372,800 fl.; hiezu verlangt das k. Kriegsministerium in Folge der neueren Bundesbeschlüsse, welche einen erhöhten Präsenzstand der Infanterie erfordern, nachträglich noch weiter 202,200 fl., so daß sich der Militäretat für ein Jahr auf 10,575,000 fl. stellt.

Der Finanzausschuß der Kammer hingegen schlägt vor, nur folgende Summen anzusetzen: 1) aktive Armee 7,500,000 fl., 2) Gensdarmerie 820,000 fl., 3) topographisches Bureau 50,000 fl., 4) Pensionen für Militär und Gensdarmerie 600,000 fl., 5) für Militär-, Wittwen- und Waisen-, dann Invalidenfonds 92,000 fl., in Summa 9,062,000 fl. Ebenso wurde vom Ausschuß der Beschluß gefaßt, vorzuschlagen, es sey von den Militärpensionen die Summe von 400,000 fl. aus den Anfällen vom Jahre 1825 an die Pensionsamortisationskassa zu überweisen und dieselbe hiefür zu dotiren.

Die Erörterungen zwischen dem Kriegsministerium und dem Ausschuß, zu welchen vorstehender Beschluß Anlaß gab, wurden in diesem Blatt bereits weitläufig dargelegt, sowie daß der Ausschuß auf seinem Beschluß beharrte. Drei Punkte waren es vornämlich, welche bei dem Kriegs-Ministerium Anstoß erregt hatten. Ueber diese äußerte sich dasselbe in dem bekannten Schreiben vom 18. v. M. wie folgt: „Es wird bemerkt, daß 1) die vom Herrn Referenten beantragte Erhöhung der bisherigen Budgetansätze der Naturalien für Roggen und Haber nur für den Fall zugestanden werden könne, wenn dem ursprünglichen Gesammtresultate der betreffende Mehrbetrag noch besonders beigeschlagen wird, daß 2) der beantragten Herabminderung des Etat für die Militärpensionen und Medaillenzulagen nur unter dem Vorbehalte beigestimmt werden könne, als der etwa sich ergebende Mehrbedarf auch fernerhin durch besondere Zuschüsse gedeckt wird, und daß endlich 3) zwar gegen die Ausscheidung der Pensionen des Gendarmerie-Etat von Letzterem eine Erinnerung nicht zu erheben ist, wohl aber die Vermengung dieser Pensionen mit dem Militärpensionsetat als prinzipiell nicht zuläßig bezeichnet werden müsse."

An der Debatte betheiligten sich zuvörderst die Herren Abgg. Langguth und v. Rotenhan, sowie der Hr. Generaldirektor der Armee, Wolf, worüber das Nähere gestern bereits mitgetheilt wurde. (Der Schluß des Berichts folgt im Anzeiger.)

Preußen. Berlin, 6. Mai. Das Kammer-Gericht verhandelte heute einen interessanten Prozeß wegen Preßvergehens. Im Verlage des Buchhändler Grieben hierselbst erschienen vor längerer Zeit zwei Bände: 1) Ausgewählte Gedichte von E. M. Arndt, und 2) Ausgewählte Gedichte von Anastasius Grün. Das Verlagsrecht dieser Gedichte gehörte ausschließlich dem Besitzer der Weidmann'schen Buchhandlung, Reimer, und dieser hatte gegen Grieben wegen theilweisen Nachdrucks denunzirt. Der Angeklagte Buchhändler Grieben bezeichnete das von ihm herausgegebene Werk für ein kritisch literarhistorisches und glaubte sich deßhalb eines Nachdrucks nicht schuldig gemacht zu haben. Das Gutachten des hiesigen literarischen Sachverständigen-Vereins hatte sich indessen zu Ungunsten des Angeklagten ausgesprochen, daß nämlich ein Nachdruck vorliege, während der Leipziger Sachverständigen-Verein das Gegentheil angenommen hatte. Das hiesige Stadtgericht hatte die Konfiskation der vorhandenen Exemplare ausgesprochen und außerdem den Angeklagten wegen strafbaren Nachdrucks zu 100 Thlr. Geldbuße, event. 6 Wochen Gefängniß verurtheilt. Der Angeklagte hatte gegen dieses Urtheil appellirt und besonders behauptet, daß die Verjährung eingetreten sey. Der vernommene Buchhändler Reimer bekundete, daß ihm schon vor dem 1. Okt. 1854 die Gedichte bekannt gewesen seyen, während er erst am 19. Januar 1855 den Straf-Antrag bei dem hiesigen Gerichte gemacht hatte. Inzwischen hatte Reimer zwar bei der Leipziger Stadtbehörde einen Antrag auf Beschlagnahme der in Leipzig befindlichen Exemplare gemacht; der Vertheidiger des Angeklagten behauptete indessen, daß ein solcher Antrag nach §. 49 des Preßgesetzes nicht geeignet sey, die Verjährung zu unterbrechen. Das Kammergericht trat der Ansicht der Vertheidigung bei. Es sprach das Nichtschuldig über den Angeklagten aus, indem es die dreimonatliche Verjährungsfrist für abgelaufen erachtete. Der Gerichtshof nahm ebenfalls an, daß der Antrag in Leipzig nicht geeignet sey, die Verjährung zu unterbrechen, da einmal dieser Antrag nicht die Bestrafung des Angeklagten, sondern nur eine Beschlagnahme zum Zwecke hatte, ferner auch der Antrag auf Bestrafung bei den hiesigen Gerichten, als den zuständigen Behörden, hätte angebracht werden müssen. (Nat.-Z.)

Berlin, 3. Mai. Der Herr v. Rochow-Plessow, durch welchen Herr v. Hinkeldey im Zweikampfe fiel, wird schon in diesen Tagen die ihm vom Kriegsgerichte auferlegte Freiheitsstrafe und zwar in der Festung Stettin antreten; der kommandirende General daselbst, Herr v. Grabow, ist sein Oheim; Maßregeln, die man in ähnlichen Fällen hat treffen sehen, sprechen für sehr mäßige Beschränkung und auch für wesentliche Verkürzung der Strafzeit. Den Sekundanten dürfte die Strafe im Wege der Gnade ganz erlassen werden. (Ostd. P.)

Aus Berlin, 6. Mai, wird dem „Schw. M." geschrieben: „Was seit dem Pariser Kongreß über eine Annäherung Preußens und Frankreichs verlautet hatte, tritt immer deutlicher hervor. Es hieß, die Friedensbedingungen wären von vornherein zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Grafen Orloff festgestellt worden. Die Debatten im Schooße des Kongresses hätten dann nur noch eine formelle Bedeutung gehabt. Dieser engeren vorgängigen Berathung sey auch die an Preußen ergangene Einladung zuzuschreiben. Ein Symptom jener Annäherung, und zwar ein sehr bemerkenswerthes, ist jedenfalls der dem Kaiser Napoleon verliehene schwarze Adlerorden. Die Verfügung darüber war schon vor der Reise des Königs nach Dresden getroffen und war spätestens nach der Rückkehr ausgeführt."

Berlin, 7. Mai. Der König hat verschiedenen rheinischen Abgeordneten zugesagt, daß er die Frage wegen Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz, die dort so viel Unmuth erregt hat, nochmals reiflich prüfen wolle. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Hr. v. Kleist-Retzow, ist hier eingetroffen, dem Vernehmen nach, um über die Frage gehört zu werden: ob die für die Rheinprovinz bestimmte neue Gemeindeordnung sofort einzuführen, oder, nach dem Wunsche der weit

überwiegenden Mehrheit der rheinischen Abgeordneten, vorher noch einmal dem rheinischen Provinziallandtage zur gutachtlichen Rückäußerung vorzulegen sey. Inzwischen bietet man Seitens der Kreuzzeitungspartei alle Mittel auf, um durch eine möglichst baldige Sanktionirung und Publizirung des fraglichen Gesetzes die letzte Hoffnung schwinden zu machen.

Koblenz, 3. März. Die hiesige königl. Regierung hat verordnet, daß allen Personen, welche das sechszehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, verboten sey, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie an sonstigen öffentlichen Orten, namentlich in Restaurations- und Vergnügungs-Lokalen, resp. Gärten und auf allgemein zugänglichen Transport-Anstalten, Tabak zu rauchen.

§ **Oesterreich.** Wien, 7. Mai. (Privat-Korresp.) Die Theißbahnaktien haben an der Börse schnell einen hervorragenden Platz gewonnen, den sie allem Anscheine nach auch zu behaupten wissen werden, da gewiß ist anzunehmen, daß sie die Westbahnaktien in Kurzem überholen werden. Die Unternehmung ist in sehr guten Händen, so daß ihr schon dieserhalb eine gute Zukunft bevorsteht. Der Kurs dürfte sich dadurch bald ziemlich hoch stellen, daß nur eine sehr geringe Menge dieser Aktien auf den Markt kommen wird, daher das Angebot zu der starken Nachfrage außer Verhältniß steht. In hiesigen sehr besuchten Wechselstuben mit ausgebreitetem Geschäftsbetriebe sind keine Theißbahnaktien zu haben, eben aus diesem Mangel an Lieferungen; an der Börse ebenfalls nicht in großen Partien. — In Pesth sind binnen wenigen Tagen 7546 Aktien bei der Handelskammer, 8775 Stück bei dem Großhandlungsgremium und 15,247 Stück bei dem Handelsstande auf die Theißbahn subskribirt worden. Es repräsentiren diese 31,568 Stück Aktien à 200 fl. eine Kapitalsanlage von 6,313,600 fl. — wohl der deutlichste Beweis, wie sehr man in der Hauptstadt Ungarns die Wichtigkeit und daher die Rentabilität dieses für Ungarn so hochwichtigen Unternehmens zu würdigen versteht.

Der „Oesterr. Volksfr." erklärt die Nachricht, daß der Kaiser von Oesterreich in eigenen Handschreiben die Höfe von Rom und Neapel zu Reformen aufgefordert habe, für falsch.

Frankreich.

Paris, 6. Mai. Graf Walewski erkläet, daß er mit der belgischen Presse schon fertig werden wolle. Das sagt mehr, als seine Rede im Kongresse, und wie es scheint, hat die halboffizielle Presse schon die Parole bekommen, den Absichten der Regierung vorzuarbeiten. — Das „Pays" setzt heute den neulich von der „Patrie" begonnenen Angriff gegen die belgische Presse fort. Dieser Artikel ist von Cohen, neuen Redakteur en chef des „Pays", unterschrieben. Herr Cohen sucht zu beweisen, daß Europa, seit dem 30. März nur Einen und denselben Zweck verfolgend, unmöglich die „infame" Sprache einiger belgischen Blätter dulden könne. Hr. Cohen meint in seinem Eifer, man werde nicht dulden, daß sich die Mörder und Straßenräuber Journale halten. Wenn man das Recht habe, die Moral zu beschützen, so habe man auch das Recht, die nämlichen Maßregeln zu Gunsten der Politik zu nehmen. Er verlangt daher, daß die belgische Regierung ein Gesetz erlasse, das die Wünsche des Pariser Kongresses erfülle. (K. Z.)

* Paris, 7. Mai. Ponsard's neue Komödie „die Börse", welche heute wiederholt wird, wurde gestern mit großem Beifalle aufgenommen. Alle Börsenmänner hatten sich um theures Geld Plätze verschafft, um den geistreichen Versen über Tripotage und Agiotage beizuwohnen. Der Kaiser, welcher mit dem Könige von Württemberg die Vorstellung beehrte, gab seine Befriedigung durch mehrmaliges Beifallsklatschen zu erkennen.

* Paris, 7. Mai. Der österreichische Gesandte Baron v. Hübner überreichte dem Grafen Walewski, Namens seines Souveräns, das Großkreuz des St. Stephan-Ordens. Dem Baron Bourqueney, welchem der Kaiser bereits bei Unterzeichnung des Allianzvertrags vom 2. Dezbr. das Großkreuz des Leopold-Ordens verlieh, überschickte Se. Apostolische Maj., in Anerkennung der Verdienste dieses Diplomaten um die Wiederherstellung des Friedens, durch die österreichische Gesandtschaft in Paris eine brillant-verzierte goldene Tabatière mit dem Bildnisse des Kaisers. Die Tabatière war von einem Schreiben des Grafen Buol begleitet, worin er die Mitwirkung des französischen Gesandten Namens seines Souveräns in einer Weise würdigt, welche den Werth des kaiserlichen Geschenkes verdoppelt.

Aus Paris wird der „B. B.-Z." geschrieben: „Man folgt hier dem Vorgehen Sardiniens mit großer Wachsamkeit. Das auswärtige Ministerium hat seine Agenten in allen Residenzen Italiens und ist über jede Bewegung, sie mag so geringfügig als möglich erscheinen, in jedem Augenblick unterrichtet. Auch der Kaiser hat seine besondere Post, und man weiß zuverlässig, daß Frankreich in Rom, Neapel, Florenz, Turin, Parma, so gute politische Polizei hat wie in Paris oder Lyon.

* In der Pariser Kathedrale Notre Dame werden großartige Vorbereitungen für die Taufe des kaiserlichen Prinzen getroffen. Mit dem Ausmalen der Gewölbe des Mittelschiffs und der Seitengänge allein sind mehr als 100 Arbeiter beschäftiget. Die Tauf-Zeremonie wird in der Mitte des Transeptes stattfinden, welcher eine Länge von 60 Metres hat. Auch der Thron, sowie der Altar und das Taufbecken werden dort aufgestellt werden. — Seit 50 Jahren ist dies das dritte Mal, daß die ehrwürdige Kathedrale Zeugin einer derartigen Zeremonie ist. — Im Monat Juli 1811 fand dort die Taufe des kaiserlichen Prinzen, Königs von Rom, Napoleon Franz Karl Joseph's statt. Der Fürst v. Würzburg hielt den Prinzen, Namens des Kaisers Franz, seines Großvaters, über das Taufbeken. Pathin war Mad. Laetitia, Mutter Napoleons. Die Tauf-Zeremonie nahm Kardinal Fesch, Großonkel des kaiserlichen Prinzen, vor. Eine ungeheure, aus allen Enden des Reichs herbeigeströmte Menge drängte sich in den weiten Hallen. Der 1. Mai 1821 sah die Taufe des Herzogs von Bordeaux. König Ludwig XVIII. und die ganze königliche Familie begaben sich in die Kathedrale, wo der damalige Erzbischof von Paris, Kardinal Talleyrand-Périgord, die Taufe mit Wasser aus dem Jordanflusse vornahm, welches v. Chateaubriand von seiner Reise nach Jerusalem mitgebracht hatte. Die Festlichkeiten fingen am 30. April an und endeten erst am 13. Mai. Im Mai des Jahres 1841 endlich fand die Taufe des Grafen von Paris, Sohn des Herzogs von Orleans, durch den Erzbischof Affre statt, der im Jahre 1848 den Tod auf den Barrikaden fand. König Louis Philipp und seine Familie wohnten der übrigens sehr einfachen Zeremonie bei; der König machte der Notre-Dame ein prächtiges Geschenk und Abends war Bankett in den Tuilerien, wobei der Seinepräfekt dem Könige den Ehrendegen überreichte, welchen die Pariser Munizipalität dem Prinzen, welcher den Namen der „guten Stadt" tragen sollte, anbot.

* In Lyon will man, nahe dem Bahnhof, ein Kaffeehaus einrichten, welches den Namen „Großes europäisches Kaffeehaus" erhalten soll. — Eine Vorstellung von der — bis jetzt freilich nur beabsichtigten — Großartigkeit dieses Etablissements kann man sich schon durch die Aufzählung des Personal's machen, welches bestehen soll aus: Einem Direktor mit 6000 Fr Gehalt — einem Küchenchef mit 3000 Fr., einem Kaffechef 3000 Fr., einem Brauereichef (für die bei der Anstalt befindliche Brauerei) 3000 Fr., sechs Brauer 8000 Fr., zwei Comptoir-Damen 2000 Fr., Buchhalter und Kassier 2000 Fr., Heitzung 5000 Fr. Außerdem werden 15 junge Mädchen, deren jedes ihr National-Kostüm tragen und 1000 Fr. beziehen wird, den Dienst versehen. — Doch das ist nicht Alles: eine Orgel von 80,000 Fr. wird im Kaffehaus aufgestellt und von einem Organisten mit 3000 Fr. Gehalt gespielt werden.

Spanien

Madrid, 1. Mai. Wie die „Gacetta" meldet, zeigt sich sowohl in Estramadura als in der Provinz Cordova der Nagewurm in solcher Weise an den Reben, daß, wenn man nicht unausgesetzt an seiner Zerstörung arbeitet, die ganze nächste Weinlese verloren ist.

Italien.

Der „Corriere mercantile" vom 30. April meldet aus guter Quelle aus Neapel (im Widerspruch mit dem „Univers"): „Sämmtliche wegen politischer Vergehen zur Ausweisung verurtheilte Personen sind in Freiheit gesetzt worden. Ihre Zahl ist groß. Die Regierung läßt ihre deßfallsige Weisung ohne viel Geräusch vollziehen. Ein kgl. Erlaß hebt sämmtliche Prozesse wegen politischer Vergehen auf. Man hält eine allgemeine Amnestie für nahe; in dem Gebäude der ehemaligen gesetzgebenden Kammern werden Ausbesserungen vorgenommen. General Filangieri ist nach Calabrien abgegangen.

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Aus Paris wird uns geschrieben: „Trotz des geringen Erfolges, den die italienische Frage im Kongresse gefunden hatte, dürfen die Verhandlungen denn doch nicht als geschlossen betrachtet werden. Es wird nicht vergessen werden, daß Frankreich und England mit ihren Vorschlägen nicht mehr gewollt, als sie erreicht haben, und wenn die Conversation keine Berathung geworden, so liegt die Ursache davon in dem Willen der

Westmächte.*) Die Vorstellungen Walewski's und die scharfe Kritik Lord Clarendon's haben auch eine praktische Folge, denn obgleich es in den Protokollen ebenso wenig als manches Andere angedeutet ist, wurde beschlossen, daß die europäischen Mächte sowohl in Rom als in Neapel durch ihre Rathschläge dahin wirken wollen, diejenigen Veränderungen hervorzurufen, von denen sich die Diplomatie einige Besserungen verspricht, ohne Vortheil für die Revolution. Auch Oesterreich hat sich den übrigen Mächten angeschlossen und Graf Buol wird in Folge der Rolle, welche er auf dem Pariser Kongresse gespielt hat, von sehr einflußreicher Seite her in Wien angegriffen. Die Aristokratie ist erbitterter gegen Buol als je; sie sagt, man habe die Freundschaft Rußlands verscherzt, ohne jene der Westmächte gewonnen zu haben. Die Freundschaft, die Graf Orloff für den Grafen Cavour an den Tag gelegt hat, macht ihr bange und sie fürchtet, daß Rußland sich mit Frankreich und England verständigen könnte, um in Italien die Verluste in Bessarabien an Oesterreich zu rächen. Diese Befürchtungen werden sich in keinem Falle bald verwirklichen. Weder Frankreich und noch weniger Rußland haben Eile. Daß aber die russische Partei in Oesterreich alles versuchen wird, um eine Aussöhnung mit dem alten Freunde zu bewirken, ist gewiß, und daß Graf Buol als Opfer dieser Bestrebungen fallen mag, mindestens nicht unmöglich. (H. N.)

Paris, 6. Mai. Graf **Cavour**, dies geht aus allen Briefen hervor, die uns aus Turin zu Gesicht kommen, hat Hoffnungen mit nach Italien gebracht, die er aus den Versicherungen des Kaisers Napoleon oder aus den Verheißungen der englischen Minister geschöpft haben mag. Das sind Hoffnungen, deren Verwirklichung allein ihre Berechtigung beweisen kann. Es fällt uns nicht ein, behaupten zu wollen, daß die Verhandlungen des Kongresses über Italien ohne alles Resultat bleiben werden; aber wir fürchten, daß man jenseits der Alpen bald etwas als Resultat wird geltend machen, was an das Gebären des Berges erinnert. In großer Verlegenheit befindet sich durch die Vorgänge des Pariser Kongreß König **Leopold** v. **Belgien**. Der König soll seinen Ministern seine Verlegenheit auseinandergesetzt und ihnen zu verstehen gegeben haben, daß er es gerne sähe, wenn sie die Verantwortlichkeit eines Gesetzvorschlags bei den Kammern im Sinne der Wünsche Frankreichs auf sich nähmen. Es muß zur Ehre des Ministerium gesagt werden, daß sie alle und augenblicklich erklärt haben, lieber ihrer Stellung zu entsagen, als daß sie das Preßgesetz ihres Landes antasten würden. Der König hat wieder abgebrochen, und da es sich vorläufig nur um eine Unterhaltung und nicht um eine Negociation handelt, so verbleibt Alles beim Alten. Die Verlegenheiten des Königs sind darum nicht minder groß, und es ist schwer abzusehen, wie er davon befreit werden soll. Es klingt sonderbar, aber man erzählt sich, daß der König in seiner Herzensnoth beschlossen habe, die Vermittlung des Czar Alexander II. in Anspruch zu nehmen. (Darauf könnten die gemeldeten Ordensverleihungen abzielen.) (D. Allg. Z.)

Der erneute Zusammenstöße im Orient in's Auge fassende Vertrag zwischen **Oesterreich, Frankreich und England** ist am 15 April in Paris unterzeichnet worden, also einen Tag vor Auflösung des Kongresses, in dessen Sitzung Graf Orloff das durch den Geist der Versöhnung, der hier gewaltet, erreichte Ziel feierte. Das Dokument ist nicht nur bis zu seiner Veröffentlichung in London für das große Publikum ein Geheimniß geblieben; auch bis jetzt ward es weder in Paris noch in Wien amtlich publizirt und es scheint, daß man in diesen beiden Hauptstädten, um die etwaige Empfindlichkeit Rußlands zu schonen, die Bekanntmachung der englischen Regierung überließ. Ueber der Geschichte des Akts liegt zunächst noch ein vollständiges Dunkel, das auch von der Londoner Presse nicht gelichtet wird, die denselben bisher gar keiner näheren Beachtung unterzogen hat. Es erhellt weder, ob Rußland bereits vor dem Schlusse des Kongresses Kunde von diesem eigenthümlichen Supplement seines Werkes gehabt hat, noch ob Preußen Eröffnungen in Beziehung auf dasselbe gemacht worden sind. Es liegt nahe, daß Oesterreich die Initiative für den Fortbestand dieser Trippelallianz ergriffen hat; seit dem Dezember 1854 hat es mit den Westmächten fast unausgesetzt über die Aufstellung gewisser Kriegsfälle und eventueller Militärkonventionen verhandelt, und seit den letzten Monaten des vergangenen Jahres hatten diese Verhandlungen bekanntlich wieder einen etwas ernsthafteren Charakter angenommen. Der Vertrag hat also, wenn irgend einer, ein umfassendes Material hinter sich, obwohl er mit derjenigen Vorsicht, welche die österreichische Politik charakterisirt, erst in demjenigen Augenblicke zum Abschluß gebracht wurde, in welchem er zunächst nicht mehr gebraucht wird. Immerhin mochte es in Wien für äußerst wichtig erachtig werden, nicht nur für künftige Eventualitäten eine Anknüpfung mit den Westmächten fertig in der Hand zu behalten, sondern im Allgemeinen in die neuen Kombinationen, die sich nach der letzten Erschütterung der bisherigen Staatenverhältnisse bieten, nicht ohne irgend eine Allianz einzutreten. Die Gefahren einer solchen Isolirung werden in Wien schwerlich verkannt, und namentlich mußte dort einer vorsorglichen Politik viel daran liegen, den dunklen Schatten eines russisch-französischen Bündnisses zu beschwören und demselben von vornherein irgend ein Paroli zu biegen. Aus zahlreichen Anzeichen, unter denen die Reise eines Bruders des Kaisers von Oesterreich nach Paris eine sehr bemerkenswerthe Stelle einnimmt, ist zu entnehmen, daß Oesterreich ein möglichst freundliches Verhältniß festzuhalten wünscht. In wie weit es dabei auf ein Entgegenkommen zu rechnen hat, ist noch nicht zu bestimmen; zunächst bringt nur etwa die offiziöse Pariser „Patrie" eine Erörterung, die sich gegen die Idee wendet, als ob eine Allianz mit Rußland im Werke sey, eine Idee, welche in Deutschland eine ungerechtfertigte Verbreitung erlangt habe. Die Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich werde nur so lange bestehen, als Ersteres sich streng innerhalb der ihm durch das Recht gezogenen Gränzen den Schwachen gegenüber halte, und sie werde nie einen für Deutschland beunruhigenden Charakter annehmen. Die Möglichkeit eines näheren Verhältnisses zwischen Oesterreich und Frankreich ist zunächst durch ein Einverständniß beider Staaten über die in Beziehung auf **Italien** einzuhaltende Politik bedingt, und nach den Eröffnungen des Grafen Walewski und des Grafen Buol auf dem Pariser Kongresse besteht in dieser Beziehung durchaus keine unausfüllbare Kluft. Es mag in Wien die Absicht nahe liegen, Frankreich durch Förderung gewisser Verwaltungsreformen zu befriedigen, und nachdem so das Unabweislichste zugestanden worden, sich mit dem Pariser Kabinet gemeinschaftlich weitergehenden Forderungen Englands und Sardiniens entgegenzustellen. (Nat. Z.)

*) Graf Cavour hat freilich in der sardinischen Abgeordneten-Kammer gesagt, die Westmächte hätten sich offen für Sardiniens Ansichten erklärt. Wie es mit dieser Offenheit steht, wird wohl bald klar werden. Die Red.

Aus dem Orient.

* **Konstantinopel**, 24. April. Der türkischen Regierung sind neue Anträge **finanzieller** und **industrieller** Natur, unter Andern zwei Konzessions-Gesuche für Eisenbahnlinien im Innern vorgelegt worden. Ungefähr 200 **Circassier** sind, Ibrahim-Bey an der Spitze, in Konstantinopel angekommen, um dem Sultan eine Adresse zu behändigen, in welcher die Circassier und Abchasen den Wunsch aussprechen, ihre Unabhängigkeit unter Oberhoheit der Pforte beizubehalten. Am folgenden Tage stattete Ibrahim-Bey den Ministern Besuch ab; er wird demnächst Audienz beim Sultan haben. — Aus der **Krim** wird berichtet, daß die Räumung äußerst rasch vor sich gehe. Jeden Tag passiren mit Truppen beladene französische Fahrzeuge den Bosporus. Auch 5—6000 Tausend Piemontesen und eben so viele Engländer sah man vorüberkommen. Die große Truppenbewegung sollte indessen erst nach Einlauf desfallsiger Befehle aus Paris, nach erfolgtem Ratifikationsaustausche, erfolgen; bis dahin werden nur einzelne Detachements und die Ausgedienten eingeschifft.

Nichtpolitische Zeitung.

Reichenhall, 7. Mai. In diesem Augenblick wird an der Verschönerung unseres beliebten Curhauses Achselmannstein rastlos gearbeitet Am 10. d. erfolgt die Eröffnung. Die Heilkraft des Bades und unsere unvergleichliche Alpenwelt üben von Jahr zu Jahr eine größere Anziehungskraft. Bereits sind fast alle Wohnungen in Achselmannstein bestellt. (A. Z.)

□ **Frankfurt**, 28. April. (Privat-Korresp.) Erlauben Sie mir, daß ich Ihre geehrten Leserinnen auf eine literarische Neuigkeit aufmerksam mache, welche für jedes geordnete Hauswesen von Interesse ist. In der Buchdruckerei von Wilhelm **Küchler** dahier ist nämlich so eben ein neues Kochbuch erschienen, welches in der Fluth dieser Literaturgattung eigenthümlich hervorragen wird. Ein talentvoller Arzt und Denker, Dr. **Walter** in Offenbach, hat dasselbe nach den Grundsätzen von Justus **Liebig** und Jak. **Moleschott** wissenschaftlich eingeleitet, und es ist dies mit einer Klarheit und Eindringlichkeit geschehen, welche alle sorgsamen Hausfrauen für das neue und dabei höchst billige Buch einnehmen und eine zweckmäßige Umwandlung in den Küchen hervorrufen wird, wo eine einsichtsvolle Hausfrau das Szepter führt. Der Bearbeiter hat seine Aufgabe glücklich gelöst. Auch der praktische Theil ist außergewöhnlich reichhaltig und wird nicht wenig dazu beitragen, die berühmte Frankfurter Küche zu willkommenen Tafelfreuden mehr und mehr überall heimisch werden zu lassen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 9. Mai. Bei regem Verkehr waren heute beinahe sämmtliche Fondsgattungen besser zu plaziren, insbesondere Darmstädter und mitteldeutsche Aktien. Staatseisenbahnaktien dagegen wurden billiger verhandelt. Das Geld war flüssiger. Elisabethen-Bahn 110—10¼. Lombardische Bahnen 138½ bis 39. Bayerische Ostbahn 108 — 108¾ — 108⅛.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1306P. 1301G. Neue Bankaktien 432 P. 428 G. Credit-Actien à 5pCt. 218 P. 216 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83¾P. 83½G. 5pCt. Lombard.-Ven. 91¾ P. 91¼ G. Metall. alte à 5pCt. 82½ P. 82¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 P. 87½ G.; à 4½pCt. 73¾ P. 73 G.; à 4pCt. 65 P. 64½ G.; à 3pCt. 50 P. 49½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 131 P. 130 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106½ P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 302 P. 300 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¼ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 88 P. 87½ G.; 4pCt. — P. 93½ G.; 4pCt. Grundrente 94 P. 93½ G.; 4½pCt. 100¾ P. 100¼G.; 5pCt. 101 P. 100½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155½ P. 155 G. Neustadt-Weissenb. 117½ P. 117 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117 P. 116½G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89¾P. 89¼ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81¾ P. 81¼ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 62¼ P. 61¾ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 102⅞ P. 102⅝ G.; Loose à fl. 50 112⅝P. 112⅜G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 370 P. 368 G.; junge 313 P. 311 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 105½ P. 105G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅞ P. 89⅜ G., Loose à fl. 25 31⅝P. 31⅜G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½G.; Bankaktien 120¾ P. 120¼ G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 80 P. — G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial ——P. 86G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40¼ P. 40 G.; 1pCt. neue 25 P. 24⅞ G. **Holland.** Integrale 63 P. 62½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¼P. 100G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105P. 104¾G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105P. 104¾G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 97⅝P. 97⅜G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88¾P. 88½G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 105P. 104¾G.
Lond. Lst. 10 k.S. 119½P. 119¼G.
Mail. i.S.Lr. 250k.S 101⅜P 101⅛G
Paris Frs. 200 k. S 94⅛P. 93⅞G.
Lyon Frs. 200 k. S. 94⅛P. 93⅞G.
Wienfl. 100C. k.S. 116¾P. 116½G.
Wien 3 M. mit 4% 116⅝P. 116⅜G.
Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 8. Mai. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87 P.; 4pCt. 93¾ P.; 4½pCt. 99⅞ G.; 5pCt. letzte Emission 102¼ P.; 5pCt. dritte Emission 101 P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94⅞ P.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 780 P., 776 G.

Wien, 8. Mai. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85½; 5pCt. Metall. 84 9/16; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 130¾; von 1854 108¼; Bankaktien 1115; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 362; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 615; österr. Staatsbahnaktien 357; Nordbahnaktien 2840. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅞; London 10. 3½. P. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

München, 8. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten vertrat bei der Berathung über das Militärbudget der Ministerpräsident Frhr. v. d. Pfordten energisch das Regierungspostulat, unter Hinweisung auf die Bundespflichten. Am Schluß der Sitzung legte der Hr. Ministerpräsident zwei Gesetzentwürfe vor, von welchen der erste die Herstellung der Eisenbahn von Rosenheim nach Salzburg, mit einer Kreditforderung von 9,700,000 fl., und der zweite die Herstellung der Bahn von Lichtenfels nach Coburg betrifft, wofür 3,000,000 fl. erheischt werden. (T. D. d. A. Z.)

Aus Berlin, 6. Mai, wird den „H. N." geschrieben: „Die neu veränderte Lage der Dinge wird von Seiten Oesterreichs und Preußens in einer bestimmten Form zur gemeinsamen Operationsbasis gemacht werden. Die Andeutungen dazu liegen schon seit einiger Zeit vor. Zunächst war ein Besuch des Kaisers von Oesterreich am hiesigen Hofe in Aussicht, aber die Hoffnungen der Kaiserin halten ihn zu Hause. Nunmehr gilt der Besuch des Fürsten Windischgrätz als sicher. Daran würden sich weitere Verhandlungen knüpfen, als deren Ziel die Erneuerung des Aprilvertrages von 1854 hingestellt wird. Die italienische Frage ist auf österreichischer Seite das leitende Motiv. Inwiefern die Befürchtungen, die man in Wien in dieser Beziehung gegen Frankreich hegt, gegründet sind, wird näher zu untersuchen seyn; so probabel es klingt, daß Napoleon Italien zum Hebel seiner weitern Politik machen werde, so widersprechen doch die Nachrichten über die Pläne der Tuilerien in dieser Rücksicht einander schnurstracks."

Berlin, 8. Mai. Privatnachrichten aus St. Petersburg vom neuesten Datum setzen die „Preuß. Corr." in den Stand, mit Bezug auf ihre gestrige Nachricht aus Warschau die beruhigende Mittheilung zu machen, daß der Gesundheitszustand Ihrer Maj. der verwittweten Kaiserin von Rußland sich in den letzten Tagen wieder in erfreulichster Weise gebessert hatte, und daher höchstderen Abreise von Petersburg nunmehr auf den 13. d. M. anberaumt worden war.

Münster, 7. Mai. Schon lange leidend, aber erst seit letzten Montag bedenklich erkrankt, starb heute Herr Weihbischof und Domprobst Brinkmann, Bischof v. Orope in part. (den 15. März 1852 präk.), früher Probst in Berlin, der Stifter des Priestervereines. (Deutschl.)

Köln, 7. Mai. Die Dividende der Rheinischen Eisenbahn ist definitiv festgesetzt. Man hält die Ziffer geheim, sie übersteigt jedoch die angenommene Höhe von 6¼ Prozent. (T. D. d. Deutschl.)

Kopenhagen, 7. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichsrathes schlug Monrad vor, seinen Antrag, betreffend die Verfassungs-Revision, vor deren ersten Berathung einem besondern Ausschusse zu überweisen. Der Vorschlag wurde mit 37 gegen 27 Stimmen verworfen. In dieser Abstimmung erblickte Monrad den Beweis, daß die meisten Mitglieder des Reichsrathes mit der jetzigen Verfassung zufrieden seyen und zog seinen Antrag ganz zurück. (T. D. d. N. Z.)

London, 8. Mai. Die beiden Parlamentshäuser werden die aus Anlaß des Friedensschlusses an Ihre Majestät zu richtende Adresse in corpore überreichen. (T. D. d. A. Z.)

Paris, 8. Mai. Man spricht von einer Zusammenkunft, die zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Kaiser von Rußland im Laufe des Sommers in Italien stattfinden werde. (W. T. B.)

Paris, 9. Mai. Der heutige „Moniteur" meldet, daß der Graf de Morny zum außerordentlichen Gesandten in Petersburg ernannt worden sey. Edgar Ney ist gestern abgereist, um die Antwort des Kaisers Napoleon auf die Notifikation der Thronbesteigung Alexanders II. zu überbringen. — Ricard, der Adjutant des Prinzen Jerome, ist entlassen worden, weil er sich bei industriellen Unternehmungen betheiligt hatte.

Turin, 2. Mai. Ueber die Ursache des Austrittes des Ministers Cibrario aus dem Kabinet in einem Augenblick, wo die Gemüther so lebhaft bewegt sind, verlautet nichts Bestimmtes im Publikum, doch nimmt man im Allgemeinen an, daß Herr Cibrario, einer der intimsten Freunde und bewährtesten Anhänger des Kabinets-Präsidenten, aus rein persönlichen Motiven von seinem Posten zurücktritt: nämlich um zu jenem stillen und ernsten Studienleben zurückzukehren, welches ihn zu einer Zierde der italienischen Literatur gemacht hat. Der Kabinets-Präsident Graf v. Cavour wird, wie schon gemeldet, das Auswärtige interimistisch verwalten. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

* Deutsche Tonhalle. Zur Beurtheilung der in Folge unseres Preisausschreibens wegen des Männergesanges „Gott, Vaterland, Liebe" vorgeschlagenen 40 Bewerbungen waren als Preisrichter erwählt: Hr. Hofkapellmeister V. Lachner, Hr. Hofmusikdirektor C. A. Mangold und Hr. General-Musikdirektor Dr. L. Spohr. Der Preis wurde keinem dieser Werke zuerkannt, einstimmig belobt aber wurde das des Hrn. Ludwig Liebe in Straßburg. Wegen Rückverlangens oben gedachter Werke, binnen längstens sechs Monaten, von heute an, wolle sich nach den Vereinssatzungen (14 i) gerichtet werden, welche wir auf kostenfreies Begehren ebenso abgeben. Die wegen des Preises für einen Schillerfestgesang eingekommenen sieben Bewerbungswerke senden wir heute den dafür erwählten Herren Preisrichtern zu. Mannheim, 3. Mai 1856. Der Vorstand.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 132. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 13. Mai 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 8 Mai. (Privat-Korresp.) In der heutigen Sitzung ist der Ausschuß in Berathung getreten über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe vom 5. d. Mts., in der mitgetheilt wurde, daß die Kammer der Reichsräthe der Nummer 4 des Art. 4 im Gesetzentwurfe, „die Kapitalrentensteuer betr.", folgende Fassung geben will: „Die Fundationskapitalien der geistlichen Pfründen, soferne das jährliche Gesammteinkommen der betreffende Pfründe den Betrag von 1000 fl. nicht erreicht."

Herr Abg. Prof. Dr. Edel hat an den 2. Ausschuß einen Vorschlag übergeben, nach dem diese Gesetzesstelle zu lauten hätte: „Zu Art. 4. Ziff. 4. Die zum Stammvermögen einer geistlichen Pfründe gehörigen Kapitalien, soweit der Pfründebesitzer den Rentenertrag erweislich verwenden muß: a) für Entrichtung ständiger auf besonderen Rechtstiteln beruhender Passivreichnisse in Geld oder Naturalien an den Staat oder andere Berechtigte, b) für Besoldung und Verpflegung jener Hülfspriester, zu deren Unterhaltung derselbe fassionsmäßig verpflichtet ist. Haften solche Lasten theils auf dem Kapitalvermögen, theils auf anderem rentirenden Stammvermögen, so findet die Befreiung von der Kapitalrentensteuer nur pro rata statt. Lasten, die auf dem Grunde vorstehender Bestimmung bei Berechnung der Kapitalrentensteuer in Ansatz gebracht worden sind, dürfen, so weit *dies* geschehen, bei Berechnung des einkommensteuerpflichti*gen* Einkommens nicht nochmals angerechnet werden." Bei der im Ausschuß stattgehabten Diskussion wurde von der [illegible] Gesichtspunkt in den Vordergrund gestellt, daß eine [illegible]ung über diesen Gegenstand aus dem Grund angestrebt werden soll, weil im entgegengesetzten Falle ein Theil des Gesetzes vom 11. Juli 1850 aufrecht erhalten bliebe, während ein anderer Theil durch das bereits vereinbarte Gesetz, „die Einkommensteuer betr.", aufgehoben sey. Der Ausschuß stimmte bei.

Vom Handelsministerium wurden jüngst zwei Gesetzesentwürfe in der Abgeordnetenkammer zur Vorlage gebracht, welche den Bau der Eisenbahn von Rosenheim nach Salzburg, dann den der Lichtenfels-Koburger Linie betreffen. Die erstgenannte Bahn soll durch den Staat gebaut werden, weßhalb die Regierung einen Kredit von 9,700,000 fl. verlangt, nämlich 8,700,000 fl. Baukapital und 1,000,000 fl. zur Verzinsung der Bausumme während der Bauzeit. Der Grund, warum der Gesetzesentwurf noch auf diesem Landtage vorgelegt wird, liegt in dem in neuester Zeit mit der österreichischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag, wobei von Seite der Letztern bedungen wurde, daß, um die Ausführung nicht zu hindern, die bayerische Regierung bezüglich dieser mit den Kammern sich verständige, um bis zum Herbst heurigen Jahrs den zur Zeit nur bedingt abgeschlossenen Staatsvertrag vervollständigen und definitiv abschließen zu können. Zur Deckung des Bedarfs soll ein auf die Staatseisenbahn zu versicherndes und mit jährlich 3 pCt. heimzuzahlendes Staatsanlehen aufgenommen werden. Nach dem Voranschlage der Baukosten vom J. 1852 wurden die Kosten der Herstellung gedachter Linie auf 7,851,709 fl. angenommen. Dieser Voranschlag sey zu gering, sagen die Motive zum Gesetzentwurf. Die näheren technischen Recherchen haben ergeben, daß sich der Kostenaufwand vielmehr auf 9,412,895 fl. belaufen wird. Das dermalige Baupostulat berechnet sich daher nach Abzug von bereits verwendeten 625,738 fl. auf die Summe von 8,787,157 fl. Werden zu dem Bankapitale von 8,787,157 fl. noch 10 pCt. für die Zinsen während der Bauzeit hinzugerechnet, so ergibt sich ein Gesammtaufwand für die vollständige Herstellung der Eisenbahnstrecke von Rosenheim bis an die Landesgränze bei Salzburg von 9,700,000 fl. Die Lichtenfels-Koburger Eisenbahn, welche früher von Lichtenfels bayerischer Seits nicht weiter als bis zur Landesgränze hätte geführt werden sollen, ist nun durch einen Staatsvertrag ganz von Bayern übernommen worden. Der Bau sowohl, wie der Betrieb dieser Bahn soll unter Zinsgarantie an eine Aktiengesellschaft überlassen werden. Nur für den Fall, daß eine solche nicht zu Stande kommt, verlangt die Regierung 3,000,000 fl., um den Bau selbst auszuführen, wobei bemerkt wird, daß ein Theil dieser Summe zur Verzinsung während der Bauzeit verwendet werden soll. Durch Gesetz vom 23. Mai 1846 war das Baukapital auf 1,500,000 fl. festgesetzt, die Erweiterung der Bahn bis Koburg ergibt obige höhere Summe.

München, 8. Mai. Die im Regierungsblatt (Nr. 17) veröffentlichte Konzessionsurkunde für die „k. privilegirte Aktiengesellschaft der bayerischen Ostbahnen" trägt das Datum vom 12. April, und enthält (in 24 Paragraphen) im Wesentlichen folgende Bestimmungen: Zum Bau und Betrieb der bekannten vier Eisenbahnen ist dem Fürsten Maximilian Karl v. Thurn und Taxis, der k. Bank in Nürnberg, dem k. Staatsrath v. Hermann, den Bankhäusern M. A. v. Rothschild u. S. in Frankfurt a/M., A. E. v. Eichthal und J. v. Hirsch in München, L. R. Bischofsheim in Antwerpen, dem Fabrikbesitzer Th. v. Cramer-Klett in Nürnberg und dem Handelsvorstand G. Neuffer in Regensburg die Bildung einer Aktiengesellschaft gestattet. Die Konzession ist auf 99 Jahre verliehen, und das Recht zum Fortbetrieb der Eisenbahnen, welche jedoch vollständig im Eigenthum der Gesellschaft verbleiben, muß durch eine neue Konzession erworben werden. Während der Konzessionsdauer ist es Niemand gestattet, eine andere Eisenbahn zu errichten, welche dieselben Endpunkte (Nürnberg-[illegible]-Landshut-Passau, Amberg-Regensburger Linie, [illegible]gränze gegen Pilsen) ohne Berührung neuer Zwischenpunkte, welche die Staatsregierung für strategisch, politisch oder kommerziell wichtig erachtet, in Verbindung bringen würde. Im Fall einer nach dieser Bestimmung zulässigen Errichtung einer die angeführten Punkte verbindenden Eisenbahn hat die Gesellschaft unter gleichen Bedingungen den Vorzug. Bei den Grunderwerbungen gilt das Expropriationsgesetz. Ueber die Anschlußpunkte an den Gränzen ist die Entscheidung der Staatsregierung vorbehalten. Die Bahn nebst Kunstbauten muß für ein Doppelgeleis hergestellt werden, die Gesellschaft ist aber berechtigt, so lange Ein Geleis zu halten, als nicht der einjährige Rohertrag per Stunde 60,000 fl. erreicht. Beim Bau ist den in militärischer Beziehung nothwendigen Anforderungen zu entsprechen. Die Bahnen müssen innerhalb 7 Jahren vollendet und sofort in Betrieb gesetzt werden, widrigenfalls vollendet die Staatsregierung den Bau auf Kosten der Gesellschaft. Binnen Jahresfrist vom Tag der Konzessionirung sind wenigstens zwei Millionen auf den Bau zu verwenden, und die Projektirungsarbeiten auf der Linie von der Amberg-Regensburger Bahn an die böhmische Gränze bis 1. März 1857 zu vollenden. Die Gesellschaft hat die Unterbringung der Arbeiter, Verpflegung Erkrankter u. s. w. durch Unterstützungskassen zu besorgen. Eine Telegraphenleitung zum Zweck des Bahnbetriebs darf und muß nöthigenfalls hergestellt werden. Die Staatsregierung kann längs der Eisenbahnen Telegraphenleitungen herstellen, deren Bewachung unentgeltlich zu besorgen ist. Der Betrieb der Bahn richtet sich nach den bestehenden Vorschriften. Die Wahl der Betriebs- und Aufsichtsbeamten muß der Kreisregierung zur Bestätigung angezeigt werden. Die Bestätigung kann bei Mißverhalten zurückgezogen werden. Die Maximalsätze des Tarifs werden von der Regierung festgesetzt. Der Fahrtenplan wird mit der Generaldirektion der Verkehrsanstalten vereinbart. Das Postregale darf nicht beeinträchtigt werden. Die Post kann alle Fahrten benützen, und für je einen der täglichen Züge die Abgangs- und Ankunftsstunden an den Endpunkten bestimmen. Für Militärtransporte jeder Art gelten die Tarife der Staatsbahnen. Nöthigenfalls sind Extrafahrten einzurichten. Militärtransporte anderer Staaten setzen die Bewilligung der Staatsregierung voraus. Bezüglich der Zoll-Verhältnisse gelten die Regulative des Zoll-Vereins. Bezüglich de-

öffentlichen Lasten ist die Gesellschaft den bestehenden Gesetzen unterworfen. Jede Aenderung der Satzungen erfordert königl. Genehmigung. Ein k. Regierungskommissär kann den Sitzungen der Generalversammlung und des Verwaltungsraths beiwohnen, sowie von allen Akten und Rechnungen Einsicht nehmen. Die Ernennung des Hauptkassiers und des Consulenten der Gesellschaft unterliegen der Bestätigung durch das Handelsministerium. Die Regierung kann die Entlassung eines jeden Bediensteten verlangen, dessen Verhalten in sittlicher oder politischer Beziehung hiezu Grund bietet. Die Staatsregierung gewährleistet einen jährlichen Zinsertrag von 4½ pCt. aus dem gesammten Bau- und Einrichtungskapital auf 35 Jahre vom Tage der Eröffnung sämmtlicher Bahnen, jedoch so, daß sich diese Garantie mit Einrechnung der Baufrist von 7 Jahren (während welcher das eingezahlte Aktienkapital ebenfalls verzinst wird) in keinem Falle weiter als auf 42 Jahre erstreckt. Von Beginn des Betriebs wird ein Reservefonds zurückgelegt, dessen Größe mit der Regierung zu vereinbaren ist. Uebersteigt die reine Bahnrente 4½ pCt., so ist die Hälfte des Mehrertrags zur Erstattung der etwa vom Staate geleisteten Zuschüsse (neben 2½ prozent. Verzinsung) bis zu ihrer vollständigen Tilgung zu verwenden. Uebersteigt die reine Bahnrente 5 pCt. und sind keine Leistungen des Staats mehr zu ersetzen, so ist ein Theil des Ueberschusses an den Staat abzugeben, und zwar bei einer Rente von 5½ — 6½ pCt. bis ½ pCt., von 6½ — 7 pCt. bis ¾ pCt., von 7 — 8 pCt. bis ½ pCt. von 8 pCt. und darüber die Hälfte des Mehrertrags über 6 pCt. Nach Ablauf der Garantiezeit kann der Staat die Eisenbahnen einlösen. Zerstörungen ꝛc. in Kriegszeiten begründen kein Entschädigungsrecht, außer insofern das Expropriationsgesetz Platz greift. Die Aktiengesellschaft ist konstituirt, sobald ein Drittheil des gesammten Kapitals gezeichnet ist und die erste Einzahlung erfolgt. Beigegeben sind die Satzungen, welche aus 45 Paragraphen bestehen. (A. Z.)

Nassau. Vom Mittelrhein, Ende April. Auf dem Westerwalde geht in diesen Jahren eine landwirthschaftliche Veränderung vor sich, welche auch für andere deutsche Basaltgebirge sehr beachtenswerth erscheint. Die Kartoffelkrankheit hat in dem schweren Boden dieses Gebirges gleich vom Anfang an weit mehr Schaden gethan, als in dem angrenzenden ebneren und leichteren Lande. Mehrere Landwirthe kamen daher bereits vor mehreren Jahren auf den Gedanken, es mit dem [illegible], daß er in dem rauheren Klima der Höhe [illegible] gedeihen könne. Und siehe da, es gelang über Erwarten. Man zog einen so trefflichen Waizen wie der des Lahnthals, welcher im Amsterdamer Handelscourrant eine eigene Rubrik hat. Dem gelungenen Beispiel folgte eine bedeutende Nachahmung, ohne welche es in diesem Winter, da die Kartoffelernte im letzten Herbst nur ein Sechstel des gewöhnlichen Ertrages ergab, weit schlimmer auf dem bisher verwahrlosten, hauptsächlich von Kartoffeln lebenden Gebirge stehen würde. Auch der Anbau der sogenannten Riesenmöhre, welche mehr Nahrungsstoff als die Kartoffel enthält und nicht allein ein vortreffliches Viehfutter abgibt, sondern auch zu einem Viertel ins Brod gebacken werden kann, macht auf den eifrigen Betrieb des landwirthschaftl. Vereins des Herzogthums Nassau große Fortschritte, so schwer es auch anfangs hält, die bäuerliche Bevölkerung für einen neuen Kulturzweig zu gewinnen. Aber die Einträglichkeit ist zu sichtbar, weßhalb wir diesem Gewächs eine bedeutende landwirthschaftliche Zukunft vorhersagen. Nachdem die südliche, die nassauische Seite des Westerwaldes in der Flachskultur sehr zurückgegangen, während die nördliche, preußische darin große Fortschritte machte, ist manches Kartoffelfeld neuerdings dem Flachsbau, für den sich der schwere Boden trefflich eignet, wieder zurückgegeben worden, indem dahin theils die Kartoffelkrankheit wirkte, theils die Sorge der Regierung und einer Aktiengesellschaft für Flachskultur. Es wurden große Brech- und Schwingmaschinen, wie sie die Neuzeit erfordert, aufgestellt, Brech- und Schwingmeister in Westphalen auf Kosten der Regierung gebildet ꝛc. Seitdem der Westerwälder wieder an die Möglichkeit glaubt, mit andern Gegenden konkurriren zu können, ist er mit neuer Freude zu diesem altdeutschen Gewerbszweig zurückgekehrt. So hat die Kartoffelkrankheit den ersten Stoß zu einem landwirthschaftlichen Umschwung gegeben, welcher auch geistig wohlthätig wirken wird. (N. M. Z.)

Oesterreich. Wien, 7. Mai. Graf Colloredo, bekanntlich zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Rom bestimmt, ist zum Botschafter am päpstlichen Hof ernannt. (Allg. Z.)

§ Wien, 8. Mai. (Privat-Korresp.) Sicherem Vernehmen nach hat die kaiserl. Regierung ein Rundschreiben an ihre bei den italienischen Höfen beglaubigten Agenten gerichtet, in welchem wiederholt darauf hingewiesen wird, daß weder Oesterreich noch Frankreich irgendwelche anarchische Bestrebungen auf der italienischen Halbinsel dulden würden, obwohl man gerne geneigt sei, seinen Einfluß geltend zu machen, um die italienischen Regierungen zur Vornahme der durch die Zeitverhältnisse gebotenen Reformen zu bewegen. Eine ähnliche Note soll auch das Kabinet der Tuilerien an seine Agenten in Italien abgesendet haben. — Frhr. von Bruck hat sich heute von hier nach Triest begeben, und wird bis ungefähr den 20. d. M wieder in Wien zurückerwartet. Wie man vernimmt, ist die Anwesenheit des Herrn Ministers hauptsächlich durch die nahe bevorstehende Reorganisation des „Lloyd" zu motiviren, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr aufgeschoben werden kann. Frhr. v. Bruck wird in dieser Angelegenheit von Staatswegen interveniren, was sich hinlänglich durch die Beziehungen erklärt, welche zwischen dieser Gesellschaft und der Staatsverwaltung bestehen, [illegible] zur Zahlung einer bedeutenden Subsidie an die Gesellschaft bereit erklärt hat. — Der Herr Minister wird gelegentlich dieser Reise auch die Arbeiten auf der Laibach-Triester Strecke besichtigen, die den Erwartungen nicht ganz entsprechen sollen.

§ Wien, 9. Mai. (Privat-Kor.) Die Beschwerden der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft haben bis jetzt ein den allerdings etwas hochgespannten Wünschen der Letzteren entsprechendes Resultat nicht gehabt, und dürfte ein solches auch kaum zu erwarten seyn. Wie man vernimmt, beabsichtigt die Gesellschaft sich mit ihren Beschwerden unmittelbar an den kaiserlichen Thron zu wenden. — Ueber das neue Gewerbegesetz dauern die Berathungen noch fort, und dürften dieselben in Hinblick auf die Menge von Einwendungen, welche die Regierung zu bekämpfen hat, und die mitunter von sehr einflußreicher Seite erhoben

---

Die Auswanderung nach Peru.

Aus Lima, 10. März, wird der „Köln. Z." von einem dort ansässigen Rheinländer geschrieben:

„Der so traurige Erfolg, welchen die vor einigen Jahren von Bremen aus erfolgte Auswanderungen von mehreren Tausenden, meistens Württembergern, nach Peru gehabt hat, ist schon öfters ausführlich behandelt worden, so daß es unnöthig ist, all' das Elend und den Jammer hier anzuführen, die drei Viertel jener armen Deutschen im hiesigen Lande betroffen haben. Noch wird es wohl nicht vergessen und noch viel weniger von den vielleicht noch in Deutschland lebenden Angehörigen jener Armen verschmerzt seyn, daß die meisten der damaligen Auswanderer hieher fast als Sklaven verkauft oder, wenn man so will, verkontrahirt und auch fast nicht besser behandelt worden sind, sowohl in physischer als in moralischer Hinsicht, und daß selbige in größter Anzahl in kurzer Zeit durch den von Klima-Krankheiten, von Entbehrung entsprechender Nahrung u. s. w. herbeigeführten Tod weiterem Elende entgangen sind. Von den wenigen Uebriggebliebenen sind nur Einige, denen es ziemlich gut geht. Die anderen davon, welche nicht ein von den wenigen mit Erfolg hier zu betreibenden Handwerken erlernt hatten, fristen ihr Leben entweder auf eine kümmerliche, oder manchmal auf eine sie gar nicht ehrende Weise, so daß der früher hier fest bestandene gute Ruf und die frühere Achtung der Deutschen sehr verloren hat. Und nun handelt es sich wieder darum, deutsche Katholiken aus Westphalen und dem Rheinlande (dem Vernehmen nach zehntausend) hieher zu befördern. Der mit Auftrag versehene Hr. Schütz ist vor Kurzem nach Deutschland abgereist und dürfte jetzt schon vielleicht bei den betreffenden Regierungen die nöthigen Schritte gethan haben, um auf glimpfliche Weise demnächst das Werbegeschäft betreiben zu können. Sollte es vorab nicht strenge Pflicht der heimathlichen Regierung seyn, wo es sich um das Interesse so Vieler handelt, von der entsprechenden fremden Regierung genügende Garantie stellen zu lassen, daß die erfolgenden Kontrakte mit den Auswanderern auch respektirt würden? Selbst wenn das nicht zu erlangen wäre, ist denn der Erfolg der ersten großen Auswanderung hieher nicht Ursache genug, eine neue, noch viel größere Werbung zu untersagen? Zudem muß es ja doch nun jetzt in ganz Europa bekannt seyn, daß hier kein Kontrakt respektirt wird und, bald könnte man sagen, gar kein Recht für den Unbemittelten besteht. Hat es doch der erwähnte Erfolg der ersten großen Auswanderung von Deutschen, deren man sogar einige wie Negersklaven in Ketten gelegt hat, eben so gut bewiesen, wie auch die unlängst, namentlich in französischen Blättern, besprochenen Verhältnisse und Bewandtnisse mit der franko-peruanischen Schuld, daß die hier so häufig wechselnden Regierungen

werden, noch eine ziemlich geraume Zeit in Anspruch nehmen. Erfreulich ist es, daß die Regierung an dem Prinzipe der Gewerbefreiheit nach wie vor festhält, so daß eine mit den gegenwärtigen nationalökonomischen Verhältnissen im Widerspruch stehende illiberale Fassung dieses für die Entwickelung unserer Industrie so nothwendigen Gesetzes nicht zu besorgen ist. — Der von dem Direktor der Kreditanstalt, Herrn Richter, ausgegangene Vorschlag, Gelder in laufende Rechnung zu nehmen und den Privaten auf den ganzen Betrag Checks zu geben, die sodann als Zahlungsmittel kursiren sollen, findet hier eine sehr verschiedene Beurtheilung. Vom Standpunkte der Wissenschaft aus verdient dieser Vorschlag die höchste Beachtung und vollständige Billigung, denn er ist ganz geeignet, dem Handel und der Industrie wesentlich zu nützen, da die Escomptirung dadurch bedeutend erleichtert und überhaupt der wohlthuendste Einfluß auf die Kreditverhältnisse ausgeübt würde, andererseits wird aber Jeder, der die hiesigen Verhältnisse kennt, einsehen, daß es sehr schwer halten wird, unsere Gewerbsleute und Industriellen an diese Zahlungsmodalität zu gewöhnen.

Frankreich.

Die heute im „Moniteur" veröffentlichte Bilanz der Bank von Frankreich bis 8 Mai zeigt abermals jene allgemeine Verbesserung, welche bereits in der Bilanz des vorigen Monats bemerklich war. Es ist eine sehr beachtungswerthe Thatsache, daß der Bank von Frankreich die Kapitalien allmählig wieder zufließen, auf dem Platze sogar abondant sind, während jede wöchentliche Bilanz der englischen Bank eine Verminderung des Baarstandes ergibt und der Eskompte auf dem Londoner Markt fortwährend schwierig bleibt. Was die Details der gegenwärtigen Bilanz betrifft, so hat der Baarbestand der Bank um 18 Millionen Franken zugenommen, wovon 12½ Mill. auf Paris und 5½ Mill. auf die Succursalen treffen. — Der Baarvorrath beträgt demnach gegenwärtig 286 Millionen; nichtsdestoweniger mußte die Bank, wenn auch im verminderten Maßstabe, mit ihren Gold- und Silberankäufen fortfahren. Seit 1. Jänner hat die Bank für diesen Posten 2,318,464 Fr. 61 und vom 10. April bis 8. Mai 462,218 Fr. 97 verausgabt. — Der Gesammt-Umlauf beträgt nun 626¼ Mill., wonach der Baarvorrath reichlich ⅓ des umlaufenden Papiergeldes beträgt und leicht auf die Hälfte steigen wird. Die Vorschüsse auf Renten haben seit der letzten Bilanz um 21½ Mill. zugenommen, während dies bei Vorschüssen auf Aktien und Eisenbahn-Obligationen nur mit 6½ Mill. der Fall ist. Die Vorschuß-Bedingungen haben keine Aenderung erfahren. — Die Portefeuilles haben in Paris um 5¼, in den Provinzen um 3 Mill. abgenommen. Gleichzeitig hat die Summe der umlaufenden Banknoten um 9½ Millionen zugenommen, wovon nur 2 Millionen auf Paris und 7¼ Millionen auf die Departements kommen. Die laufende Rechnung mit den Staatsschatze beträgt an 91 Mill., ungefähr 8½ Mill. weniger, als im vorigen Monate, aber bereits genügend zur Deckung des am 22. Juni fälligen Semesters der 3%igen Rente. — Die verschiedenen laufenden Conti haben in Paris um 32 Mill. zugenommen; in den Departements blieben sie unverändert.

Paris, 7. Mai. Der Prinz von Chimay, bekanntlich ein belgischer Staatsmann, der zu dem kaiserlichen Hofe in sehr intimen Beziehungen steht, ist hier heute von Brüssel angelangt und sofort vom Kaiser empfangen worden. Man versichert, daß der Prinz mit einer Mission des Königs Leopold betraut ist, welche sich auf die bekannten Drohungen des Grafen Walewski bezieht. Die Frage nimmt in der That täglich einen ernsteren Charakter an. Die „Emancipation", welche die französische Forderung bis zu einem gewissen Punkte vertheidigt, bringt heute einen gegen sie gerichteten Artikel der belgischen „Nation", in welchem die französische Regierung arg geschmäht wird. Die „Emancipation" ist deßhalb heute saisirt worden. Ein gleiches Schicksal widerfuhr dem „Morning-Advertiser", der einen fulminanten Artikel gegen das durch den Grafen Walewski ausgesprochene Ansinnen enthält. (Nat.-Z.)

* Die Aeußerung des belgischen Ministers auf die an ihn gerichteten Interpellation hinsichtlich der Rede des Grafen Walewski in der Kongreß-Sitzung vom 8. April, worin derselbe gegen die Presse in Belgien zu Felde zieht, ruft im „Constitutionnel" bereits einen geharnischten Artikel aus der Feder des Hrn. Granier de Cassagnac hervor. „Niemanden schaden — heißt es darin — muß den Regierungen, ebenso wie dem Einzelnen, erste Regel seyn, und wer diese Regel wissentlich überschreitet, wird die natürlichen Repressalien sich selbst bereitet haben. Unabhängig von den hieraus für alle Völker entspringenden Verpflichtungen hat das belgische Volk noch besondere, bindendere, in Rücksicht auf die ihm durch die Verträge eingeräumte europ. Stellung. Der besonderen Zeichen von Interesse, welche Belgien Frankreich schuldet, wollen wir nicht erwähnen und hoffen, daß sie in Brüssel ebensowenig vergessen sind, als in Paris. — Die seit 60 Jahren in Europa herrschenden Bewegungen blieben auf die Presse nicht ohne Einfluß. Die überall entstehende Ordnung wird auch in den Journalen hergestellt werden. Sie werden selbstverständlich ihren Antheil an jener Freiheit haben, welche die Jetztzeit Jedermann sichert, aber sie werden vernünftig genug seyn, nicht jene Obergewalt zu beanspruchen, die nur der Regierung eingeräumt werden kann. Die Revolutionäre müssen deßhalb sich in die Eintracht und Einigkeit, die der Kongreß zwischen Frankreich und Europa herstellte, fügen; sie werden, wenn sie ruhig leben wollen, überall einen Zufluchtsort finden; nirgends aber eine uneinnehmbare Festung, von welcher aus sie ungestraft Brander der Uneinigkeit und des Verbrechens ausschleudern können. Man wird die Räuberhöhlen von Algier und Marokko nicht zerstört haben, um jene der Marianne zu verschonen."

Spanien

Madrid, 8. Mai. Die ersten Grundlagen des Preßgesetzes sind genehmigt. Espartero wird in den Provinzen überall mit Enthusiasmus aufgenommen. Hinsichtlich der Cortes-Auflösung ist noch nichts bekannt. Barcellona und Valenzia sind ruhig.

Amerika.

Es sind Nachrichten aus Mexiko eingegangen, denen zufolge die Revolution in jener Republik durch den Sieg der moderirten Partei unter dem Präsidenten Commonfort über die Pronunzirten unter Haro y Tamariz nun durch die Kapitulation der Truppen dieses Letzteren und deren Unterwerfung unter die Regierung beendet worden ist, und es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Ruhe im Lande nunmehr eine Zeit lang fortdauern werde. In Folge dieser günstigen Vorgänge, und

---

eingegangenen Verbindlichkeiten nach Belieben respektiren, so viel es immer in ihrer Macht steht. Angeblicher Weise sollen die nun zu werbenden Leute zur Kolonisirung eines Landestheiles verwandt werden, und ist es wahrscheinlich, daß dabei das Lieblingsprojekt einer Ansiedlung am Amazonenstrome nicht aus dem Auge gelassen worden. Eine Expedition von freiwilligen Ansiedlern nach dem benannten Flusse (die meisten jener Kolonisirungs-Unternehmer sind dort umgekommen) hat die gänzliche Unausführbarkeit eines solchen Planes neuerdings auf's schlagendste bewiesen. Was nun auch die Kolonisirung eines andern Theiles im Innern des Landes betrifft (bekanntlich besitzt Peru diesseits der Cordilleren nur eine schmale Strecke Landes, die auch meistens gehörig ausgebeutet ist), so ist in Bezug darauf wohl zu beachten, daß es bis jetzt unmöglich war, Verbindungen mit den zum Theil bevölkerten Gegenden diesseits der Cordilleres und mit den Hafenplätzen zu bewerkstelligen, um die Erzeugnisse aus dem Innern des Landes verwerthen zu können. Abgesehen von Vorstehendem würde aber auch wahrscheinlich wenigstens die Hälfte der Einwanderer dem Einflusse des Klima und den Folgen der Entbehrung einer gewohnten und unmöglich zu beschaffenden zuträglichen Nahrung unterliegen, ehe sie aus dem urbar zu machenden und zu kolonisirenden Lande selbst den nöthigen Bedarf gezogen haben könnten. Wenn man nun zu den so geringen, sich wohl auf Null reduzirenden materiellen Vortheilen, die vielleicht zu hoffen sind, auch noch das fast vorauszusehende moralische Verkommen der Einwanderer mit in Erwägung zieht, so ist für jeden auch nur in etwa Theilnahme fühlenden Deutschen Grund genug vorhanden, seine Landsleute, wenn sie auch in sehr dürftigen Verhältnissen leben, vor einer unbesonnenen Auswanderung nach einem ihnen nichts verheißenden Lande, wie das hiesige, dringend zu warnen. Einsender dieses kann nicht umhin, bei dieser Gelegenheit das hier so allgemein schon seit längeren Jahren gefühlte Bedürfniß einer geeigneten Vertretung der hiesigen Deutschen durch einen deutschen bei hiesiger Regierung accreditirten Gesandten zu erwähnen. Die Deutschen in Lima bilden bei Weitem nicht die Minderzahl der hiesigen Fremden, ohne einen ordentlichen Gesandten zur gelegentlichen Wahrung ihrer Interessen zu haben. Nur Frankreich, England und Nordamerika haben einen wirklichen Vertreter hier accreditirt, wodurch die betreffenden Unterthanen jener Länder bedeutende Unterstützung ihrer Rechte haben. Holland, Belgien, Bremen, Hamburg, Dänemark, Schweden, Sardinien und eine große Anzahl anderer kleiner Staaten haben einen Handels-Konsul hier beglaubigt, nur Deutschland überhaupt hat keine Vertretung."

---

insbesondere dadurch, daß die Stadt und das Departement Puebla wieder unter die Gewalt der Regierung gekommen, ist auch die Kommunikation der Hauptstadt mit den Häfen Vera-Cruz und Tampiko wieder frei geworden. (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

⚬ **Wien**, 9. Mai. Die „Östd. Post" enthält den zwischen **Oesterreich**, **Frankreich** und **England** am 15. April abgeschlossenen (von uns schon mitgetheilten) Vertrag. Sie begleitet ihn, nachdem der wesentliche Unterschied zwischen dem Vertrag vom 15 April und dem Pariser Frieden vom 30. März durch einen Vergleich des §. 2 des Ersteren, worin die kontrahirenden Mächte **die Verletzung der Unabhängigkeit und Integrität des otomanischen Reiches als casus belli** ansehen, und das Art. 7 des Letztern, worin die Paciszenten, Jeder von seiner Seite, **Achtung der Unabhängigkeit** des otom. Reiches geloben und **deren gemeinschaftlichen Verletzung als eine Frage von allgemeinem Interesse betrachten**, hervorgehoben wird, mit Folgendem: „Der Umstand, daß dieser Spezialtraktat nur zwischen den Alliirten des Dezembervertrags abgeschlossen wurde und die beiden andern Großmächte **Rußland** und **Preußen** ihm fern blieben, der Umstand, daß ein solcher Vertrag den Dezember-Alliirten trotz des großen Friedensvertrags als eine **Nothwendigkeit sich aufdrängte**, ist eine Thatsache von unberechenbarer Tragweite. Sie wirft ein neues Licht auf die europäische Situation und zeigt, daß das Protokoll vom 8. April keine Dissonanz geweckt oder zurückgelassen hat, sondern daß die Gruppirung der Allianzen nach dem Frieden dieselbe geblieben ist, wie vor demselben!"

Aus einer Korrespondenz desselben Blattes, d. d. Paris, entnehmen wir hierüber noch folgende Stellen: „Was ist die Bedeutung dieses neuen Vertrages? fragt man mit Recht. Ist nicht das Friedensinstrument vom 30. März zur Wahrung der Türkei geschlossen? Hat man darin nicht formelle und materielle Garantien für die Integrität und Unabhängigkeit der Pforte festgestellt? Wozu diese Separat-Garantie? Der Vertrag vom 15. April ist auch kein Pendant, keine Fortsetzung desjenigen vom 30. März, er ist etwas Apartes, er ist die Bestätigung, **daß die österreichisch-westmächtliche Allianz die Umstände überdauert hat, welche dieselbe hervorriefen; er ist die Erneuerung und Bekräftigung des Dezemberbundes in erhöhtem Maßstabe.** Man braucht heute kein Geheimniß mehr daraus zu machen: der Friede ist ein Rußland abgedrungener. Rußland war zur Annahme der bekannten österreichischen Propositionen als Friedenspräliminarien genöthigt gewesen, weil es in seiner erschöpften Lage Mühe hatte, sich gegen die Westmächte länger zu halten, und zur gewissen Ueberzeugung gelangt war, bei weiterer Fortsetzung des Kampfes das ganze Gewicht einer dritten, mit frischen Kräften heranziehenden Macht aushalten zu müssen. Die Friedenspräliminarien waren von drei Staaten gestellt, der Friede von sieben Staaten gemacht worden. Mit dessen Abschluß fand man sich wieder auf dem Standpunkt vom 16. Jan. Um ihn herbeizuführen, waren mehrere Bündnisse geschlossen worden, Bündnisse zwischen Großmächten, Bündnisse zwischen Groß- und Mittelstaaten; ihn zu erhalten, schaarten sich nun die drei Großmächte, die ihn geschaffen, um ihr ehemaliges Objekt und erneuten den Bund, indem sie sich die Verpflichtung auflegten, den Zweck desselben stets mit ihrem Schwerte zu vertheidigen. Sie sichern durch dieses Zusammenhalten einmal das Gleichgewicht im Osten, dann das Gleichgewicht im Allgemeinen; sie geben dem Friedensstande die Gewähr der Stabilität und es ist klar, wenn man zu einem Zwecke ein Schutz- und Trutzbündniß schließt, kann man sich nicht auf andern Wegen so hemmen, daß dem Einen oder Anderen der Paciscenten die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten unmöglich würde. Hat nun auch diese Allianz nur nach Einer Richtung hin einen bestimmten Ausdruck, so steht deßhalb nichts desto weniger fest, daß sie, sobald es erforderlich seyn werde, auch nach allen andern Seiten Bedeutung gewinnen müsse und daß am allerwenigsten irgend ein Moment der Gegnerschaft stattfinden könne. Die Frage der Allianzen, womit man sich seit mehr als einem Monate beschäftigte, ist somit gelöst, wider Erwarten gelöst. Die einstige heilige Allianz ist durch eine ernstere, auf bestimmte Objekte gerichtete Verbindung ersetzt worden. Oesterreich ist weit entfernt, isolirt zu seyn, denn an die Stelle des nordischen ist der viel kräftigere austro-occidentale Bund getreten. Werden aber, fragt man sich, damit auch die konservativen Interessen in gleicher Weise gesichert seyn? Die Interessen des Friedens unbezweifelt, aber auch allerdings die Interessen einer ruhigen Entwickelung, die Förderung des gesetzlichen und gesetzmäßigen Fortschrittes, und dadurch wird das Wohl der Staaten selbst und ihrer Regenten weit stabiler als durch die Schmeicheleien und Liebkosungen Rußlands, das bei der Ermattung der Lebenskraft seiner Nachbarn bisher nicht übel gefahren war. Man muß sich gefaßt machen, daß ein gewisser Theil der deutschen Presse wieder schreien wird. Man wird Oesterreich vorwerfen, auf eigene Faust gehandelt zu haben. Aber einmal hat es dazu als Großmacht ein Recht und dann wäre es nach den gemachten Erfahrungen Thorheit, sein Verfahren so einzurichten, daß Rußland genau von jedem Schritte unterrichtet und dagegen zu operiren in den Stand gesetzt werden möge. Das Eine steht fest: Oesterreich hat hier eben so wenig als je gegen das Interesse Deutschlands verstoßen. Es hat der von Kaunitz traditionellen Politik eine höhere Bedeutung gegeben, indem es England mit in den Bund zog."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 12. Mai. (Effekten-Sozietät) 5pCt. Met. 83½; 4½pCt. Met. 73⅞; Wiener Bankaktien 1318; 5pCt. Lomb. 91¼; Wiener Wechsel l. S. 116¾; 3pCt. inl. span. 39¾; 1pCt. neue 24⅞; Darmstädter Bankaktien 372¾.

Wien, 10. Mai. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 5/16; 5pCt. Metall. 84 9/16; 4½pCt. —; Lotterie-Anlehens-Looſe von 1839 128⅞; von 1854 108⅜; Bankaktien 1120; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 374¾; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 632; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 284½. **Wechselkurse**: Augsburg uso 102¾; London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

§ **Wien**, 10. Mai. (Privat-Korrespondenz.) In den letzten Tagen fand hier ein **Ministerrath** statt, welchem auch der Kaiser beiwohnte, und dessen Beschlüsse von hoher Wichtigkeit sind, da sich alle Mitglieder einstimmig dahin aussprachen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Pflege des franz. Bündnisses zum Grundsatz der auswärtigen Politik des hiesigen Kabinets gemacht werden müsse. Es liegt auf der Hand, daß die italienischen Verhältnisse und die zuvorkommenden Aufmerksamkeiten, mit welchen Rußland dem Kaiser Napoleon begegnet, gleichen Antheil an diesem Beschlusse haben, und man darf überzeugt seyn, daß man diesseits durchaus keine Gelegenheit vorüber gehen lassen wird, um sich den französischen Hof zu verpflichten. — Die von mehreren norddeutschen Journalen gemachte Angabe, daß der Rücktritt des Grafen Buol nicht unwahrscheinlich sey, entbehrt jedes thatsächlichen Anhaltspunktes, und kann ich Sie versichern, daß der Graf sich nach wie vor des vollsten Vertrauens des Kaisers zu erfreuen hat. In gewissen Kreisen, in denen man dem Grafen Buol seine, dem russischen Kabinette gegenüber befolgte Politik nicht verzeihen kann, ist man freilich noch immer sehr thätig, dieses beide Theile ehrende Vertrauen zu untergraben, bis jetzt aber haben glücklicherweise alle diese und ähnliche Versuche nur den entgegengesetzten Erfolg gehabt. — Die Regierung beabsichtigt nun auch das bedeutende Eisenbergwerk zu Eilieswald, welches der Eisenerzer Direktion untersteht, zum Verkaufe zu bringen.

Paris, 9. Mai. In Folge der Ernennung des diesseitigen Gesandten am Hofe zu Wien, Hrn. v. Bourqueney, zum Botschafter, ist auch ein österreichischer Botschafter bei den Tuilerien nothwendig geworden und Hr. v. Hübner mit einem Gehalt von 100,000 fl. dazu ernannt. Diese Beförderung der gegenseitigen Gesandten ist ein Beweis des Einverständnisses zwischen beiden Regierungen, welches namentlich in Betreff **Italiens** stattfindet. Die französische und österreichische Regierung sind übereingekommen, die militärische Besetzung des Kirchenstaats fortdauern zu lassen, dafür aber durch den Grafen Rayneval sowie durch den Grafen Colloredo, der demnächst bei dem heil. Stuhl als österreichischer Gesandter beglaubigt seyn wird, die ernsthaftesten Vorstellungen über die Zweckmäßigkeit durchgreifender Reformen in der Verwaltung des Kirchenstaats dem Cardinal Antonelli in einem fast gleichlautenden Memorandum machen zu lassen. (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 133.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 14. Mai 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 12 Mai. (Privat-Korresp.) In der am 2. Mai stattgehabten Sitzung des 5. Ausschusses der 2. Kammer kamen untern andern Anträgen auch folgende zur Berathung: Eine Anzahl Gutsbesitzer des Landgerichtsbezirkes Markt-Heidenfeld sucht zur Erleichterung der Güterarrondirung einen Beschluß der hohen Kammer dahin zu provociren: a. „Es sey an die Krone der Antrag zu richten, alsbald einen Gesetzentwurf über Güterarrondirungen (sowohl allgemeine als einzelne) einzubringen; b. es sey eine Revision des Tax-Gesetzes in der angedeuteten Weise vorzunehmen, und solche der Krone mit der Bitte vorzulegen, derselben Gesetzeskraft im Landtags-Abschiede beizulegen." Diesen Antrag eignete sich Abgeordneter Wolz an.

Wenn schon derselbe in der Richtung ad a inzwischen gegenstandlos geworden ist, nachdem bereits ein Gesetz zur Erleichterung der Güterarrondirung von der k. Staatsregierung eingebracht und der Kammer der Reichsräthe vorgelegt ward, so bleibt er doch immer noch in der Richtung ad b aufrecht. Der Antrag ist der nähren Erwägung werth erachtet worden, einerseits, weil die Parzellirung in manchen Gegenden Unterfrankens soweit um sich gegriffen haben soll, daß Grundstücke mit eigenen Plannummern häufig um 15, 30 und 45 Kreuzer öffentlich versteigert werden, und der ganze Landgerichtsbezirk Marktheidenfeld bei nur 10,800 Seelen aus 192,000 mit selbstständigen Plannummern versehenen Objekten besteht, andrerseits aber, weil die Verbriefungskosten, bestehend in 1) der Prozent- und Tagfahrtstaxe, dann 2) in der Gebühr für Umschreibung in dem Steuerkataster und dem Grundbuch, mit dem Güterwerth vielfach in einem solchen Mißverhältnisse zu stehen scheinen, daß dadurch Arrondirungsbestrebungen schwerlich Vorschub geleistet wird.

Von dem Abg. Fürsten von Oettingen-Wallerstein wurde der Antrag eingebracht, die ehrfurchtsvollste Bitte an den Thron zu richten: „Se. Maj. der König möge geruhen, den Art. 22 des Gesetzes vom 4. Juni 1848, die Aufhebung der Standes und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betreffend, durch den Landtagsabschied mit Gesetzeskraft dahin zu erweitern, daß den Pfarrpfründen bis zum 1. Mai 1857 freistehe, mit Genehmigung der vorgesetzten Ordinariate ihre fixirten Dominikalbezüge an die Ablösungskasse des Staates gegen das im Art. 25 desselben Gesetzes festgesetzte Entschädigungs-Quantum abzutreten."

Von den Herren Abgg. Stauber und Genossen wurde der Antrag eingebracht: „Eine hohe Kammer wolle den im Budget für die VII. Finanzperiode eingesetzten Etat der Ausgaben des Staatsministerium der Justiz und der Landgerichte zu dem Zwecke in entsprechender Weise erhöhen, daß: 1) hiedurch der ständige Gehalt der Landgerichtsassessoren auf 600, 800 und 1000 fl., in drei Klassen, 2) der Gehalt der Stadtgerichtsassessoren auf 700 und 800 fl. in zwei Klassen mit gleicher Anzahl erhöht werde, und hiemit den entsprechenden Antrag an die königl. Staatsregierung verbinden."

Daran schließt sich noch ein Antrag des Abg. Schlör, dahin gehend: „Hohe Kammer der Abgeordneten wolle beschließen, dem Etat der Landgerichte für ein Jahr der VII. Finanzperiode um 67,500 fl. zu erhöhen, zum Behufe der Eintheilung der Landgerichts-Nebenbeamten in drei Besoldungsklassen von je 600, 800 und 1000 fl."

Das protestantische Kapitel Nördlingen reproduzirt unter Aneignung des Abgeordneten Dr. J. Völk eine Vorstellung, welche mit dem Antrage schließt: „Eine hohe Kammer der Abgeordneten wolle bei Se. Maj. dem Könige den allerunterthänigsten Antrag stellen, daß den Kammern ein Gesetzentwurf vorgelegt werden möge, worin der Artikel 6 des Gesetzes vom 28. Mai 1852, die Sicherung, Fixirung und Ablösung der auf dem Zehentrechte lastenden kirchlichen Baulast betreffend, einer Revision unterzogen werde in der Richtung, daß denjenigen Gemeinden, bei welchen dieser Artikel 6 Platz greift, durch die Ablösung der kirchlichen Baupflicht ein ihrer bisherigen Berechtigung wenigstens nahe kommendes Aequivalent zu Theil würde." Diese sämmtlichen Anträge wurden für zulässig erachtet.

** **München**, den 12. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Der Reichsrath Graf v. Yrsch hat einen Antrag eingebracht, auf authentische Interpretation von Ziff. 2, Art. 4 der durch Gesetz vom 25. Juli 1850 promulgirten allgemeinen deutschen Wechselordnung, resp. auf legislative Bestimmung der Erfordernisse einer „rechtsgültigen" Wechsel-Urkunde, wegen möglicherweise dort vorkommender Verzinsungsstipulationen. In seinem Antrage heißt es, seit Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung sey es thatsächlich und nachweisbar vorgekommen, daß bayerische Wechsel-Gerichte 1. und 2. Instanz bei zur zwangsweisen Bezahlung eingeklagten Wechseln die Frage: „ob eine solche als Wechsel eingeklagte Schuldurkunde aufhöre ein Wechsel zu seyn oder nicht, und daher dem Wechselrecht gemäß zu behandeln sey oder nicht, wenn der als zu zahlen angegebenen Geldsumme auch ein bestimmt ausgedrückter Zinsfuß beigefügt ist, nach welchem die eingeklagte Wechselforderung bis zu der Zeit verinteressirt werden soll, zu welcher die Zahlung bedungen war," — daß diese Frage also auf ganz verschiedene und ganz widersprechende Weise zum Nachtheile sowohl des Wechselgläubigers als auch des Wechselkredits überhaupt beurtheilt und entschieden wurde.

Der Antragsteller weist dabei exempli gratia auf die Wechselgerichte Oberbayerns und des schwäbischen Kreises hin, von denen Erstere solche mit Zinsstipulationen versehene Wechsel als Wechsel anerkennen, während die Gerichte des Letzteren der Ansicht sind, daß solche Zinsstipulationen die rechtliche Eigenschaft der Schuldurkunde als Wechsel aufheben, demzufolge auch die Möglichkeit, den Aussteller unter die Bestimmungen der Wechselordnung zu submittiren, nicht anerkennen und einen solchen mit Zinsstipulationen versehenen Wechsel als eine einfache Schuldverschreibung ohne Sicherheit und privilegirte Stellung im Rechtsverfahren betrachten. Der Antragsteller stellt zwei Sätze auf; durch einen oder den andern könne je nach der legislatorisch obsiegenden Ansicht dieser enormen Rechtsungleichheit abgeholfen werden. Diese beiden Sätze lauten: „1) Die Angabe der zu zahlenden Geldsumme, wobei die Erwähnung einer Verzinsung dieser Geldsummen den Kontrahenten gestattet ist;" oder 2) die Angabe der zu zahlenden Geldsumme, wobei jedoch die Erwähnung begunnener laufender oder Verzugszinsen als dem Begriffe eines Wechsels zuwider für unstatthaft erklärt wird."

Graf v. Yrsch schlägt zwei Wege vor, auf welchen Abhülfe gefunden werden könne: entweder sucht die bayerische Regierung eine Vereinigung der deutschen Bundesregierungen über die Feststellung fraglicher Kontroverse nach einer oder der andern Seite hin zu erzielen; oder die bayerische Staatsregierung vereinigt sich mit der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten dahin, daß selbständig für Bayern eine authentische Interpretation hinsichtlich der über den Sinn von Ziffer 2 Artikel 4 der allgemeinen deutschen Wechselordnung bestehenden öfters angeregten Kontroversen in Ansehung vorkommender Zinsen-Stipulationen erlassen werde. Graf von Yrsch selbst stimmt für seine Person für die letztere Auffassung der formellen Seite der Frage, und verbindet hiemit den weitern Antrag, „daß ein dahin gehender Gesetzentwurf noch im Laufe des gegenwärtig versammelten Landtages von der hohen Staatsregierung den beiden Kammern des Landtages zur Berathung und Schlußfassung übergeben werden möge."

Reichsrath Graf v. Yrsch hat, wie bereits erwähnt, einen Antrag, „die Einführung der Besteuerung der Tabak-

fabrikation in den Zollvereinsstaaten betreffend", eingebracht, welcher im Wesentlichen also lautet: „Zu einer Zeit, wo wegen der stets zunehmenden staatlichen Bedürfnisse die Steuerkraft aller Länder ebenfalls in wachsender Progression in Anspruch genommen wird, möchte es motivirt seyn, die Faktoren der Finanzgesetzgebung unseres Vaterlandes, und durch die bayerische Staatsregierung jene der Finanzgesetzgebung der übrigen Zollvereinsstaaten auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, durch die Einführung der Besteuerung der Tabak-Fabrikation resp. der Tabak-Konsumtion dem öffentlichen Dienste eine neue bisher noch nicht benützte Einnahmsquelle zu eröffnen. Bei der hier angeregten Tabaksteuer ist es keineswegs der Wunsch oder die Meinung des Antragstellers, in Bayern und in den andern Zollvereinsstaaten die monopolisirte Tabakfabrikation durch den Staat eingeführt zu sehen, wie sie in Oesterreich und Frankreich besteht, und über welche erst bei den neueren Kammerverhandlungen in Preußen der Stab gebrochen wurde. Ebenso wenig soll diese vexatorische Erhebung dieser Steuer von den Tabakpflanzen auf dem Felde die Basis der Anlage und Perzeption dieser Steuer bilden. Der Antragsteller glaubt vielmehr in einer analogen Anwendung unseres bayerischen Malz-Aufschlagswesens auf die Tabakfabrikation und Konsumtion die beste Art und Weise gefunden zu haben, eine vom letzteren Industriezweig zu erhebende Steuer ein- und durchzuführen, und zwar wären bei dem Tabak erst die eingescheuerten und getrockneten Blätter der Steuer unterworfen, sie würden erst versteuert bei der Abgabe an die Tabaksfabrikation. Der Tabakfabrikant würde die Tabaksteuer nach dem Gewichte der in seine Fabrik eingehenden getrockneten Tabaksblätter zu bezahlen, resp. einstweilen vorzuschießen haben, daher die eigentliche Steuerentrichtung beim Tabak, wie beim Bier und Branntwein den Konsumenten, d. h. den Abnehmer des Produktes treffen würde. Da alle Tabakfabriken wohl keine anderen als konzessionirte Etablissements seyn können, mithin den öffentlichen Behörden bekannt seyn müssen, so können sie sich der Kontrolle hinsichtlich der richtigen Steuerbezahlung nicht leicht entziehen. Ist einmal nummerisch festgestellt, wie viel Gulden oder Thaler vom Zentner getrockneter Tabakblätter an Steuer entrichtet werden müssen, so kann die Perzeption sehr leicht, in Bayern wenigstens, den ohnehin schon vorhandenen Beamten des Malzaufschlages übergeben werden, und in anderen Zollvereinsstaaten jenen Beamten, welche, wenn auch unter einer anderen Benennung, derlei Gefälls Erhebungen besorgen. Die Versteuerung, resp. der Eingangszoll für in die Zollvereinsstaaten von Außen eingeführten Tabak wäre endlich und selbstverständlich nach Maßgabe der im Zollverein eingeführten Tabaksteuer und zum Schutze der Fabrikation und Konsumtion innerhalb des Zollvereines zu erhöhen."

Großbritannien.

London, 9. Mai. Die vor Wochen erwähnte Arbeitseinstellung der Bergleute in Schottland gewinnt, statt aufzuhören, an Ausdehnung, und 40,000 Menschen sollen gegenwärtig feiern, weil sie sich eine Herabsetzung des Tagelohns nicht gefallen lassen wollen.

Frankreich.

* Paris, 11. Mai. Die Taufe des kaiserl. Prinzen soll — wenn die Gesundheit der Kaiserin es erlaubt — am 14. Juni, dem Jahrestage der Schlacht von Marengo, stattfinden.

* An der Kathedrale von Paris wurde gestern Abends ein langer Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris, welcher die definitive Substitution der römischen, statt der bisher eingeführt gewesenen alten französischen Lithurgie vorschreibt, angeheftet. Eine Kommission und eine Subkommission sollen sofort zur Veranlassung der nöthigen Abänderungen ernannt werden.

* Der „Constitutionnel" theilt mit, daß — nach dem Journal „du Gers" — Herr Granier de Cassagnac, Deputirter dieses Departements, vom Kaiser von Oesterreich das Commandeurkreuz des Franz-Joseph-Ordens erhielt. Die Zusendung der Insignien war mit einem Schreiben des Herrn von Hübner begleitet, worin er Hrn. Granier Namens des Kaisers dessen Anerkennung für die Ausdauer ausspricht, mit der er während der orientalischen Wirren seine Feder mit Geschick und Muth der Ordnung, dem Frieden und der innigen und aufrichtigen Verbindung Oesterreichs und Frankreichs lieh.

Italien.

Turin, 7. Mai. Der Abgeordnete Buffa nahm heute das Wort, um an den Grafen Cavour eine Interpellation zu richten. Erstens verlangte er Aufklärung über die Umwandlung Piacenza's durch die Oesterreicher in eine Festung ersten Rangs, während ihnen daselbst bloßes Besatzungsrecht zugestanden sey. Zweitens machte er auf eine weitere Gefahr aufmerksam, die in den unerträglichen Verhältnissen der italienischen Volksstämme liege, welche ohne Hoffnung auf Abhülfe stets in Revolutionsbereitschaft stünden, und es thue Noth, zu wissen, ob die Verbündeten Piemonts erlauben wollen, daß vor den Thoren Piemonts fortwährend der Krieg und die Revolution Wache halten. Zu einer weitern Interpellation gaben die Beschwerden Anlaß, welche Graf Walewski gegen die belgische Presse erhob, und die Vielen die Vermuthung aufdrängen, daß auch gegen die freie piemontesische Presse Gewitter im Anzug seyen. Graf Cavour machte vorerst begreiflich, daß er, durch die diplomatische Convenienz gezwungen, und auch weil viele Fragen noch in Unterhandlung seyen, nicht in alle Details eingehen könne, die man vielleicht von ihm zu erfahren wünsche. Wegen der vermeintlichen Gefahr, die der Preßfreiheit drohe, könne man sich beruhigen, und er verweise auf eine Erklärung, die er schon vor fünf Jahren in diesem Betreff gegeben habe, nämlich daß für die innern staatlichen Verhältnisse die Preßfreiheit ohne Gefahr bis zu den letzten Gränzen schreiten könne; nicht aber so in Besprechung der Zustände anderer Staaten. In Betreff der Besprechung der Lage Italiens auf dem Pariser Kongreß sey auf dem Feld der Diplomatie nicht viel zu erwirken gewesen; doch seine Berechtigung zur Herbeiziehung dieser Frage habe er darin gefunden, daß die italienischen Zustände weit entfernt seyen, traktatmäßig zu seyn, daß die Wiener Verträge verletzt und das politische Gleichgewicht aufgehoben sey. England und Frankreich hätten dem von Sardinien eingereichten Memorandum ihre Zustimmung gegeben; England ganz und völlig und Frankreich wenigstens dem Prinzip nach, wenn auch nicht völlig in der Art der Ausführung. Wenn die Diplomaten anderer Mächte aus Konvenienzrücksichten sich diesen Ansichten nicht anschlossen, so müsse er doch bemerken, daß kein Bevollmächtigter die Gültigkeit der von den piemontesischen Abgeordneten vorgebrachten Argumente zu bestreiten wagte. Was die Befestigung Piacenza's betreffe, so sey beim Kongreß von ihnen förmlich Protest eingelegt worden. Dem Verhalten der österreichischen Abgeordneten trug er volle Anerkennung, was diplomatische Courtoisie betreffe, und man sey ohne persönliche Gereiztheit aus einander gegangen, doch habe er, nachdem die sardinischen Bevollmächtigten zwei volle Monate zur Seite der österreichischen gesessen, die innerste Ueberzeugung, daß die Politik dieser zwei Länder sich einander entgegengesetzter sey als je, und daß wirklich für die Zukunft auf dieser Seite Gefahr drohe; aber daß er fest auf Italiens Wiedergeburt und Piemonts Sieg vertraue, da mit ihm die öffentliche Meinung Hand in Hand gehe. Graf Cavour hatte harten Stand, indem sowohl Brofferio als Graf Revel ihn mit allzukühnen, ja unklugen Fragen bestürmten, um die letzten Konsequenzen zu erfahren, bis zu welchen die von dem jetzigen Ministerium eingeschlagene Politik führen könnte. Cavour antwortete mit viel Umsicht und Takt. Schließlich that er zu wissen, daß der treue Bundesgenosse England bereit sey, im Fall des Bedürfnisses mit einer dritten Million Pf. St. beizustehen. (A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 28. April. Wie man versichert, sollen nun doch noch längere Zeit fremde Truppen in der Türkei bleiben. Die Pforte protestirte anfangs dagegen, und die Großmächte erklärten daher, dem Begehren der Pforte nachgeben zu wollen, gaben ihr aber die Folgen zu bedenken. Die Ausführung der in dem Hattischerif verheißenen Reformen, besonders die Emanzipation der Rajahs, sey gegenwärtig nun einmal eine Nothwendigkeit. Die Rajahs selber würden ohne Zweifel auf die Ausführung dringen, und wollte die Pforte widerstreben, so sey wohl allgemeine Unzufriedenheit und der Ausbruch von Christen-Aufständen, vielleicht selbst in Folge davon die Ueberwältigung und gänzliche Verjagung der Türken aus jenen Provinzen, wo sie in der Minderzahl seyen, fast unvermeidlich. Und was sollten in diesem Fall die europäischen Mächte dann thun? Sie könnten nicht anders, als die christlichen Unterthanen der Pforte in ihren gerechten Forderungen unterstützen, und sollte selbst das ganze türkische Regiment darüber zu Grunde gehen. Sie würden daher, wenn die Pforte es absolut wolle, jetzt zwar alle ihre Truppen zurückziehen, sie machten aber die Pforte selbst für alle Folgen verantwortlich. Diese Erklärungen machten die Pforte stutzig, sie besann sich eines Bessern, und bat nun selbst um das Belassen eines Truppenkorps auf noch längere unbestimmte Zeit. So sollen denn nun 60,000 Mann hier bleiben, 40,000 Franzosen und 20,000 Engländer. Davon sollen 20,000 Mann hier in Konstantinopel bleiben, und die übrigen auf verschiedene andere Punkte vertheilt werden, nach Smyrna, Salonik, Adrianopel, Schumla, Varna, Trapezunt ꝛc. Sie sollen zwar nicht Occupationstruppen heißen, werden es aber in der That seyn. Daß diese Maßregel unumgänglich nothwendig ist, beweisen die jetzt schon an mehreren Orten bei

Verlesung des Hattischerifs ausgebrochenen Unruhen und beginnenden Christenverfolgungen. (A. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

* Wir lesen in einem Schreiben des unermüdlichen Wiener Korrespondenten des „Constitutionnel“: . . . . „Seitdem in der Kongreß-Sitzung vom 8. April die italienische Angelegenheit zur Sprache kam, haben Frankreich und Oesterreich, von dem Wunsche beseelt, das zwischen ihnen bestehende Einverständniß über die geeignetsten Mittel, die Ordnung und Ruhe auf der italienischen Halbinsel zu befestigen, durch einen Kollektivschritt auszudrücken und um die Dauer der Besetzung des Kirchenstaats abzukürzen, vereinbart, jeder seinerseits ein dringendes Memorandum an den Papst zu richten. — Zu diesem Behufe wird sich der neue österr. Gesandte am römischen Hofe, Graf Colloredo, alsobald auf seinen Posten begeben und — sobald er seine Beglaubigungsschreiben überreicht haben wird — gemeinschaftlich mit dem französischen Gesandten, Graf v. Rayneval, das fragliche Dokument dem Kardinal Antonelli zustellen. — Die Rathschläge Frankreichs und Oesterreichs werden unter der freundschaftlichsten Form, wie die Rücksichten auf den doppelten Titel eines unabhängigen Monarchen und eines Statthalters Christi es erheischt, dennoch einer gewissen Festigkeit der Sprache nicht entbehren, welche auf das sacro collegio einen tiefen Eindruck hervorzubringen bestimmt ist.“ —

Der Wiener Korrespondent des „Constitutionnel“ gibt ferner über die Gründe Aufschluß, welche die drei Mächte veranlaßten, außer dem zu siebent abgeschlossenen Friedenstraktat noch eine besondere Konvention zu unterzeichnen. „In der lobenswerthen Absicht — sagt er — während der Pariser Verhandlungen jede irritirende Frage, überhaupt Alles entfernt zu halten, was Rußland — dessen versöhnliche und gemäßigte Gesinnung den Verbündeten vom 2. Dezember nicht entgehen konnte — verletzen könnte, beschlossen die drei Mächte die gemeinschaftliche Garantie mit welcher man das Friedenswerk umgeben mußte, in einer Separatakte niederzulegen. Dies veranlaßte die Unterzeichnung des Vertrags vom 15. April, der, als eine Vervollständigung des österreichischen Memorandum vom 14. November, auch nur die an jenem Memorandum betheiligten Mächte betrifft.“ — „Die Wichtigkeit dieses Vertrags — fährt der Berichterstatter fort — wird Niemanden entgehen, da er selbst die Ungläubigsten überzeugen muß, daß Oesterreich, als es den Vertrag vom 2. Dezember unterzeichnete, nicht nur bloß vorübergehend, bis zum Ende der orientalischen Wirren, seiner traditionellen Politik gegen Frankreich und der heiligen Allianz entsagte, sondern daß der Vertrag vom 15. April den Schlußstein der fortdauernden Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich bildet und beide Regierungen — um diese Verbindung unzertrennlich zu machen — suchen müssen, auch ihre materiellen Interessen täglich fester zu knüpfen.“

Aus der Note, welche die sardinischen Konferenzbevollmächtigten am 16. April den Regierungen Frankreichs und Englands übergeben haben und die Graf Cavour in der sardinischen Kammer verlas, heben wir folgende Stelle hervor: „Dieses ist die Lage Italiens seit sieben Jahren; und doch schien in der jüngsten Zeit die populäre Aufregung sich beruhigt zu haben. Indem die Italiener sahen, daß einer der nationalen Monarchen mit den Großmächten des Westens verbündet, um die Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit zum Siege zu führen, hatten sie die Hoffnung gehegt, daß der Friede nicht geschlossen werden würde, ohne ihren Leiden einige Linderung zu bringen. Diese Hoffnung hat sie ruhig gemacht; aber wenn man das negative Resultat des Kongresses kennen wird, wenn sie erfahren werden, daß Oesterreich, trotz der bons offices und wohlwollenden Dazwischenkunft Frankreichs und Englands, jede Verhandlung verweigert hat und nicht einmal von der Prüfung der Maßregeln hören wollte, die geeignet wären, einem so traurigen Thatbestande ein Ende zu machen, dann wird die besänftigte Aufregung ohne Zweifel mit neuer Gewalt wieder erwachen. Ueberzeugt, daß sie von der Diplomatie nichts mehr zu erwarten haben noch von den Mächten, die sich für ihr Schicksal interessiren, werden die Italiener sich mit südlicher Gluth den Reihen der revolutionären und subversiven Partei Italiens einverleiben, und dieses Land wird dann ein brennender Herd von neuen Verschwörungen und Unordnungen werden. Diese werden vielleicht durch eine Verdoppelung der Strenge unterdrückt werden, aber bei der geringsten europäischen Bewegung mit neuer Gewalt zum Ausbruche kommen. Wenn eine so verdrießliche Lage die Aufmerksamkeit Frankreichs und Englands auf sich zu lenken verdient, da beide Mächte gleich stark an der Aufrechterhaltung der Ruhe und an der regelmäßigen Entfaltung der Zivilisation interessirt sind, so muß dieselbe die Regierung des Königs von Sardinien in noch höherem Maße beschäftigen. Das Erwachen der revolutionären Leidenschaften in allen Ländern, welche Sardinien umgeben, setzt unser Land sehr bedenklichen Gefahren aus. Es kann die feste und gemäßigte Politik bedrohen, welche so glückliche Erfolge nach Außen hatte und Sardinien die Sympathie und die Achtung des aufgeklärten Europa erworben hat. Doch ist dies nicht die einzige Gefahr, welche Sardinien bedroht, eine noch größere Gefahr ist die Folge der Mittel, welche Oesterreich anwendet, um die revolutionäre Gluth in Italien zu ersticken. Von den Fürsten der kleinen Staaten Italiens, welche nicht im Stande sind, die Unzufriedenheit ihrer Unterthanen in den Schranken zu halten, herbeigerufen, besetzt Oesterreich den größten Theil des Pothales und Mittel-Italiens militärisch, und sein Einfluß macht sich auf unwiderstehliche Weise selbst in den Ländern fühlbar, wo es keine Truppen hat. Sich einerseits auf Ferrara und Bologna stützend, dehnen seine Truppen sich bis nach Ankona längs dem beinahe zum österreichischen See gewordenen adriatischen Meere aus, während Oesterreich auf der andern Seite Herr von Piacenza ist, das es im Widerspruche mit dem Sinne, wenn auch nicht mit dem Wortlaute der Wiener Verträge in eine Festung ersten Ranges umgestalten will, eine Garnison in Parma hält und sich anschickt, seine Truppen längs der sardinischen Gränze zu entfalten vom Po bis zum Gipfel der Appenninen. Diese bleibende Okkupation von Gebieten, die ihm nicht gehören, macht Oesterreich zum unbeschränkten Herren von ganz Italien, zerstört das von den Wiener Verträgen hergestellte Gleichgewicht und ist für Sardinien eine unaufhörliche Drohung. Gewissermaßen von allen Seiten durch österreichische Truppen eingeschlossen und an seiner östlichen ganz offenen Gränze die Machtentfaltung eines Staates sehend, dessen Gesinnungen es nicht als die wohlwollendsten kennt, befindet sich Sardinien in einem Zustande fortwährender Sorge und sieht sich gezwungen, bewaffnet zu bleiben und starke Vertheidigungsmaßregeln zu ergreifen zum großen Nachtheile seiner Finanzen, welche in Folge der Ereignisse von 1848 und 1849 und des Krieges, an dem es soeben Antheil genommen hat, ohnehin zerrüttet sind.“

„Sardinien ist der einzige Staat Italiens, der dem revolutionären Geist eine unübersteigliche Schranke entgegen zu setzen und zugleich unabhängig von Oesterreich zu bleiben vermochte. Es ist das einzige Gegengewicht gegen dessen um sich greifenden Einfluß. Wenn Sardinien in Folge von Erschöpfung seiner Kräfte oder verlassen von den Alliirten erläge, wenn es gezwungen wäre, die österreichische Herrschaft zu ertragen, dann wäre die Eroberung Italiens durch Oesterreich vollständig und Oesterreich, das ohne das geringste Opfer den ungeheuern Vortheil der freien Donauschifffahrt und der Neutralisirung des schwarzen Meeres erhalten hat, sähe sich an der Spitze eines vorwiegenden Einflusses im Westen. Frankreich und England können dies unmöglich wollen, sie werden es niemals gestatten.“

Triest, im Mai. Wenn in letzter Zeit die Räumung der Donaufürstenthümer von Seiten der österreichischen Truppen von gewissen deutschen Blättern so nachdrücklich befürwortet wurde, so konnte dies nur aus der größten Unkenntniß der Verhältnisse von jener Seite erklärlich erscheinen oder eben seinen Grund in einiger Gedankenlosigkeit haben. Es ist nämlich rein unmöglich, daß die Fürstenthümer sofort von Oesterreichs Truppen gänzlich geräumt werden, aus Gründen, die in der Beschaffenheit des Landes selbst liegen. Nach Art. 26 des Friedensvertrags „wird“ es erst eine bewaffnete Macht in den Fürstenthümern geben, um die Sicherheit im Innern und die der Gränzen aufrecht zu erhalten, und nach Art. 23 soll sich erst eine Kommission bilden, die sich über den gegenwärtigen Zustand der Fürstenthümer zu belehren hat, um die Grundlagen ihrer künftigen Organisation vorzuschlagen. Bevor aber diese Organisation ausgeführt ist, bevor jene bewaffnete Macht gebildet ist, muß aber doch eine Macht vorhanden seyn, welche den gesetzlichen Zustand aufrecht erhält, welche die innere Sicherheit und die der Gränzen wahrt. Wer soll dies anders seyn, doch wohl nicht die russische? Die türkische bewaffnete Macht darf es nicht seyn nach den Traktaten, also nur die österreichische kann es seyn. Die sofortige Zurückziehung aller Truppen Oesterreichs aus den Fürstenthümern würde also das Land der Anarchie überlassen, würde dem Handel, der sich in neuester Zeit durch die friedlichen Aussichten wieder ungemein gehoben hat, und wobei alle handeltreibenden Nationen interessirt sind, den tödtlichsten Stoß versetzen.

Es dürften dieselben Zustände völliger Rechtlosigkeit sich wiederholen, wie sie vor der Ankunft des österreich. Kriegsdampfers „Taurus“ an der Sulina herrschten, und die alle dort verkehrenden Handelsleute und Schiffskapitäne nur mit

den grellsten Farben zu schildern vermögen, wie sie aber auch andrerseits nicht Worte genug haben, um die Energie und Umsicht des Kommandanten dieses Schiffs zu erheben, mit der er in kürzester Zeit jener Wirthschaft ein Ende gemacht und möglichste Ordnung eingeführt hat. Gesindel aller Art hatte sich dorten eingenistet, und sich zur Aufgabe gemacht, die Kauffahrer, welche die Barre zu passiren hatten, auf jede Weise auszubeuten, zu prellen und zu berauben. Kommt nämlich ein schwerbeladenes Schiff von Galacz die Donau herunter mit einem Wasserstand von 18 — 20 Fuß, so muß es, an der Barre angelangt, fast die ganze Ladung auf Lichterschiffe überladen, um über die Barre von höchstens 8 venetianischen Fuß Wasserstand hinüber zu gelangen. Hat nun das Schiff die Barre passirt, so ist es höchst gefährlich, der Stürme wegen, die plötzlich eintreten, sich lange in der Nähe der Barre aufzuhalten, also beeilen sich die Kapitäne, aufs schnellste die Fracht der Lichter wieder in das Schiff aufzunehmen. Hierzu ist aber eine um so größere Anzahl Arbeiter nöthig, als die Zeit der Verladung abgekürzt werden soll.

Diesen Umstand benützen nun aber die dortigen Bewohner zu unerhörten Erpressungen. Vor Regelung der Dinge durch die Oesterreicher bestand nämlich durchaus kein Arbeits-Tarif, der Taglohn wurde je nach der Eile der Kapitäne, ihre Ladung zu vollenden, und je nach der Anzahl der Schiffe in das ungeheure hinaufgeschraubt, so daß mitunter 12 bis 14 Dukaten täglich dem Mann gezahlt werden mußten; 9 bis 10 Dukaten war das gewöhnliche. Dabei wurden die Schiffe noch auf das unerhörteste bestohlen. Denn so lange das Getraide auf den Lichterschiffen sich befand, war es beständigen Diebereien ausgesetzt, und besonders wurden zur Nachtzeit immer größere Partien entwendet, so daß die Kapitäne ihren Verlust oft auf 400 bis 600 Ztr. während der Ueberfrachtung berechneten. Dieses gestohlene Getraide kauften griechische Fahrzeuge auf, die sich zu diesem Zweck beständig in der Nähe der Sulina aufhielten und damit ein einträgliches Gewerbe trieben. Die Schiffer hatten daher keine andere Wahl, als die unerhörtesten Summen für Taglohn auszugeben, um ihr Gut bald möglichst in ihrem Schiff geborgen zu haben, oder aber dasselbe den unverschämtesten Diebereien auszusetzen, und dabei noch Gefahr zu laufen, in halber Ladung von einem Nordoststurm überrascht zu werden, der dann dem Schiff unfehlbaren Untergang bringt. Denn während die Lichter- und noch gelichteten Schiffe sich über die Barre in die Donau zu retten vermögen, ist dies dem Schiff, das seine Fracht wieder aufzunehmen begonnen hat, nicht mehr möglich; es wird auf die Barre geworfen und vom Wogenschlag zerschellt. So gingen am 4. Dez. v. J. 36 Schiffe zu Grund, und am 18. Dezbr. sogar 96 Schiffe, wobei etwa 700 Menschenleben zu beklagen waren. Es gab damals auch nicht die geringsten Rettungsanstalten, die Schiffe waren sich hülflos selbst überlassen. Nun aber sind von der k. k. Marine mehrere Rettungsboote dahin dirigirt worden, um bei den häufigen Unglücksfällen wenigstens einige Hülfe bringen zu können; ferner ist durch die Energie des Kommandanten des „Taurus" dem Diebswesen und der Prellerei ein Ende gemacht worden. Den Hehlerschiffen wurde das Handwerk gelegt, die Dieberei auf das härteste bestraft, wobei sich Stockstreiche als am wirksamsten erwiesen. Im Februar verging fast kein Tag, der nicht einzelne Exekutionen brachte; ein Dieb, der sich widersetzte, wurde sofort erschossen. Diese Verfahrungsweise wirkte wunderbar, und in kurzer Zeit war Ordnung hergestellt.

Mit gleicher Thatkraft hat man in neuester Zeit von österreichischer Seite Anstalten getroffen, dem Haupthinderniß der Donauschifffahrt und der Ursache aller dieser Unannehmlichkeiten, der Barre nämlich, selbst zu Leibe zu gehen. Der k. k. Dampfer „Curtatone" brachte nämlich schon Ende März einen Bagger dorthin, der im Stande ist, 120 Barken à 1200 Kubikfuß täglich zu füllen; da nun der Inhalt der Barre, die sich im Halbkreis um die Donaumündung in der Breite einer Schiffslänge herumgelegt hat, auf 4 bis 5 Millionen Kubikfuß geschätzt wird, so dürfte sich leicht berechnen lassen, in welcher Zeit bei hinreichender Anzahl Barken, woran es aber bis jetzt noch fehlt, da mehrere auf dem Transport durch einen Sturm verloren gingen, ein erträgliches Fahrwasser über die Barre hergestellt seyn könnte. Dabei ist aber jedenfalls unerläßlich, daß anhaltend gearbeitet werde, indem sich die Sandanhäufung immer wieder ersetzt, sowie denn überhaupt die Barre der Sulina ein Produkt der Wechselwirkung der Strömung der Donau und des Rückschlags der Meereswellen ist. Die amerikanischen unterseeischen Sprengmaschinen haben sich als unzweckmäßig erwiesen. (Allg. Ztg.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 13. Mai. Die Börse war in matterer Stimmung. Ostbahn und Elisabethbahn wurden in Posten etwas niedriger abgegeben. Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire erschienen heute am Markte und zeigte sich viel Begehr dafür; sonst keine wesentliche Veränderung. — Elisabeth-Bahn 115¼. — Bayerische Ostbahn 111—111½.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1322 P. 1317 G. Neue Bankaktien 448 P. 444 G. Credit-Actien à 5pCt. 232 P. 230 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83 4/8 P. 83 3/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 91 3/4 P. 91 1/4 G. Metall. alte à 5pCt. 82 1/2 P. 82 1/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 P. 87 1/2 G.; à 4 1/2 pCt. 73 5/8 P. 73 3/8 G.; à 4pCt. 65 P. 64 1/2 G.; à 3pCt. 49 3/4 P. 49 1/4 G.; à 1pCt. 16 1/4 P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 130 P. 129 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 1/2 P. 106 7/8 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 310 P. 308 G.

Preussen. 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 113 1/4 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3 1/2 pCt. 88 1/4 P. 87 3/4 G.; 4pCt. 94 1/2 P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94 5/8 P. 94 1/8 G.; 4 1/2 pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156 1/2 P. 155 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 117 3/4 P. 117 1/4 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117 3/4 P. 117 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 89 3/4 P. 89 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 102 3/4 P. 102 1/4 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 1/2 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82 3/8 P. 81 7/8 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41 1/4 P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64 1/8 P. 63 7/8 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2 pCt. 92 1/2 P. 92 G.; à 4pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 4 1/2 pCt. 102 7/8 P. 102 3/8 G.; Loose à fl. 50 112 5/8 P. 112 3/8 G.; à fl. 25 33 3/4 P. 33 1/2 G.; Darmstädter Bankaktien alte 372 P. 370 G.; junge 318 P. 316 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 107 1/2 P. 107 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 7/8 P. 89 3/8 G., Loose à fl. 25 31 5/8 P. 31 3/8 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 1/2 P. 85 G.; à 3 1/2 pCt. 93 P. 92 1/2 G.; Bankaktien 121 P. 120 1/2 G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/2 P. — G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — — P. 86 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 1/8 P. 39 7/8 G.; 1pCt. neue 21 13/16 P. 21 11/16 G. **Holland.** Integrale 63 P. 62 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/4 P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 1/2 P. 119 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101 3/8 P. 101 1/8 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 1/8 P. 93 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 1/8 P. 93 7/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97 1/4 P. 97 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117 1/4 P. 117 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 7/8 P. 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 3/4 P. 116 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

London, 5. Mai. Getraide. Das Wetter bleibt für die Jahreszeit außerordentlich kalt bei scharfen frostigen Morgen. Die Zufuhr von engl. Waizen war heute klein und ging derselbe langsam zu 1 a 2 s. über letztwöchentliche Preise ab. Fremder fand ebenfalls Absatz zu vollen Preisen. Mehl unverändert bei trägem Handel. Gerste, bei besserer Zufuhr 1 s. wohlfeiler. Bohnen und Erbsen bedingen völlig die letztwöchentlichen Preise. Hafer 6 d. niedriger.

Amsterdam, 5. Mai. Inhaber von Getraide zeigten eine festere Stimmung, die aber wegen geringer Kauflust, schwer auszuführen war. In Auktion wurden 18 Last alter rothbunter 124 bis 125pfd. polnischer Waizen und 39 Last alter und neuer bunter 129 pfd. do. zu 505 und 515 fl. eingezogen. Das Geschäft beschränkte sich übrigens auf Kleinigkeiten; rothe Gattungen 5 fl. höher. 127 bis 129pfd. bunter polnischer 580 a 595 fl., 128pfd. alter und neuer do. 555 fl., 129pfd. nassauischer 415 a 420 fl., 130pfd. Meuricher 416 fl., 131pfd. Gelderscher 415 fl., 170/2pfd. do. Rie. 435 fl. — Roggen wurde theils zu unveränderten und theils zu 4 a 5 fl. höheren Preisen der vorigen Woche geschlossen. Inländischer fand zu vorigen Preisen Nehmer. 125pfd. Rostocker 291 fl., 119pfd. Archangel 285 fl., 123pfd. amerikanischer 290 fl., 121pfd. pommerscher 274 fl., 117—119pfd. inländischer 262 a 268 fl. — Gerste hatte Kauflust, aber keine Abgeber zu letzten Notirungen. — Buchwaizen preishaltend und mit einigem Handel; 118—122pfd. holstein. 250 a 265 fl.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 134.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 15. Mai 1856

Deutscher Bund.

* Wie verschiedene Blätter melden, haben Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich dem Bundestag eine Vorlage über den abgeschlossenen Frieden gemacht, und hatte der Ausschuß für die orientalischen Angelegenheiten beantragt, „die Bundesversammlung wolle die Verträge zur Kenntniß nehmen, ihre Anerkennung der erfreulichen Bürgschaften, die sie für einen dauernden Frieden darbieten, aussprechen, ihren Dank den Kabinetten von Wien und Berlin für ihre in der letzten Krisis den allgemeinen deutschen Interessen gewidmete Fürsorge darbringen, und zugleich ihren Beschluß vom 8. Juni 1855, militärische Maßregeln (die Stellung des Bundeskontingents auf den Kriegsfuß) betr., außer Wirksamkeit setzen." Der letzte Antrag ist wohl am meisten werth; indessen waren die meisten Bundesstaaten schon so frei, mit der Verminderung ihrer Heere nicht auf denselben zu warten.

Wien, 10. Mai. Die Verhandlungen der Münzkonferenz sind, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, beendigt, und die Bevollmächtigten haben, nachdem eine vorläufige Unterzeichnung der Protokolle stattgefunden, Wien verlassen. Die Beschlüsse sind den resp. Regierungen zur Genehmigung zugesandt, die um so weniger bezweifelt wird, als die Mitglieder des Kongresses nach Instruktionen verhandelten. Wird diese Gutheißung wieder hier eingetroffen seyn, werden die Herren Bevollmächtigten zur Schlußredaktion einberufen. Dies dürfte in etwa drei Wochen geschehen. Da die nord- und süddeutschen Interessen sehr weit auseinander gingen, so waren die Verhandlungen äußerst schwierig; indeß ist eine Einigung auf der Basis des 21 fl.-Fußes zu Stande gekommen. (Schw. M.)

Bayern. München, 10. Mai. Der Bericht des 2. Ausschusses über den Voranschlag der Staatseinnahmen für die VII. Finanzperiode ist gestern vertheilt worden. In Betreff des Lotto sagt Referent Nebenack in seinem Vortrag: „Nach Allem, was (besonders seit 1849) in den Ausschußberichten und Kammerverhandlungen darüber schon gesagt worden, besteht wohl kein vernünftiger Zweifel mehr: daß das Lottospiel abgeschafft werden sollte. Das Ende seiner Tage war auch schon zweimal festgesetzt: auf Schluß 1850/51, wobei es in dem Budget für 1849/51 unter die außerordentlichen Einnahmen verwiesen war; dann auf Schluß der Periode 1851/55, in welcher es — ominöser Weise — wieder als ordentliche Einnahme behandelt wurde. Tief zu beklagen ist, daß in der Zeit vor 1848, wo (von 1831/32 an) eine nambafte Minderung der direkten Steuern stattfinden konnte, und die bayerische Finanzwirthschaft dennoch sehr beträchtliche Einnahmsüberschüsse darbot, der ernstliche Wille zur Abwerfung des Uebels gefehlt hat. So kam dasselbe in die magern Finanzjahre herüber, — in die Zeit kleinerer Einnahmen und größerer Bedürfnisse — und wird dermalen nicht beseitiget werden können, wenn nicht entweder die indirekten Staatsauflagen (etwa die Taxen und Stempelgebühren in den Provinzen diesseits des Rheins) gesteigert oder eine neue indirekte Steuer eingeführt oder die Auflagen (namentlich die Grundsteuer) noch höher gegriffen werden sollen, als ohnedies schon, einem Ausgabenbudget von mehr als 40 Millionen gegenüber, wird geschehen müssen. Referent glaubt unter solchen Verhältnissen die Frage: Aufhebung des Lotto? für jetzt wenigstens nicht weiter in Betracht ziehen, vielmehr sofort zur Erörterung des muthmaßlichen Ergebnisses dieser trüben Finanzquelle übergehen zu sollen." — Den Nachweis der Rechnungsresultate in der VI. Finanzperiode als Grundlage, kömmt dann Nebenack zu folgendem Schluß: Da sich die Nettoeinnahme in der VI. Finanzperiode ohnerachtet der absonderlichen Erscheinung im Jahre 1852/53, (wo das Lotto statt eines Ertrages einen Ausfall von 72,243 fl. hatte) deren Wiederkehr in Hinblick auf die Gesetze des Lottospiels nicht zu prognostiziren seyn wird, durchschnittlich auf 1 Mill. 443,726 fl. gestellt hat, so wird hiemit der Antrag: es sey als Nettoeinnahme für 1 Jahr der VII. Finanzperiode statt der vorgeschlagenen 1 Mill. 200,000 fl. die Summe von 1 Mill 400,000 fl. in das Budget aufzunehmen, vollkommen begründet erscheinen. Der Ausschuß ist diesem Antrag mit 7 gegen 2 Stimmen beigetreten. (B. Lbtn.)

Preußen. Königsberg, 8. Mai. Wie die „Hart. Ztg." berichtet, ist die Stiftung des hiesigen „Wingolf" nicht an gewissen Bedenklichkeiten der Universitätsbehörde gescheitert, sondern durch Differenzen unter den Betheiligten selbst, hervorgerufen durch die halleusischen Statuten, verhindert.

Sachsen. Zwischen Kommissarien der Regierungen von Sachsen, Weimar, Altenburg und Reuß ward ein Vertrag abgeschlossen, vermöge dessen die königl. sächsische Regierung eine Thelegraphenlinie von Dresden über Altenburg, Gera, Jena und Weimar herzustellen sich verpflichtet.

Oesterreich. Wien, 8. Mai. Der frühere Bürgermeister von Wien, Ignaz Czapka, Ritter v. Winstätten, welcher im Jahre 1848 von seinem Posten enthoben wurde, ist zum Polizeidirektor von Wien ernannt worden. (Br. Z.)

Wien, 10. Mai. Gestern fand die feierliche Grundsteinlegung zum Artilleriearsenal statt. (Fr. Pstz.)

Großbritannien.

* London, 12. Mai. Die „Morning-Post" sagt, daß England die Reformen in Italien sicher unterstützen werde. Die Ernennung des Grafen Chreptowitsch als russ. Gesandter in London wird amtlich mitgetheilt.

Frankreich.

Aus Paris, 11. Mai, wird der „D. Allg. Z." geschrieben: „Das Ereigniß des Tages ist die Erklärung des Grafen Cavour, worin der sardinische Minister gegen die Erfolglosigkeit der Kongreßverhandlungen über Italien protestirt. Diese Erklärung, welche eine förmliche Anklageakte gegen Oesterreichs Politik in Italien ist, beweist zunächst, daß Sardinien weiter als je von einer Verständigung mit dem Wiener Hofe ist. Diese Erklärung beweist aber auch zugleich, daß wir genau unterrichtet waren, als wir Ihnen mittheilten, daß die Westmächte ihre Forderungen in Bezug auf Italien nicht aufgegeben haben. Die Zukunft wird lehren, ob der von Oesterreich vorgeschlagene Weg, durch das Zusammenwirken der katholischen Mächte einige Verbesserungen zu Stande zu bringen, angenommen werden wird. Die Erklärung des Grafen Cavour läßt es fast bezweifeln. Es ist nämlich nicht anzunehmen, daß der sardinische Kabinetspräsident diese Erklärung ohne vorhergegangene Einwilligung Frankreichs und Englands veröffentlicht haben soll. Auf der andern Seite muß man sich sagen, daß die genannten Mächte den aufgeregten Zustand Italiens zu wohl kennen, um die Wirkung eines solchen Aktenstücks nicht vorherzusehen. Sie scheinen also Sardinien ihre Unterstützung zugesagt zu haben. Wie sich diese äußern und wie weit sie sich erstrecken dürfte, läßt sich nicht vorherbestimmen; aber wir müssen unter allen Umständen auf neue Ereignisse in der Halbinsel gefaßt seyn. Oesterreichs Bemühungen beim französischen Hofe mögen denselben wohl eine minder bedeutende Wendung geben, aber sie ganz unmöglich zu machen, wird ihm kaum gelingen. Die französische Regierung scheint entschlossen zu seyn, ihrem Wort auf dem Kongreß Nachdruck zu verschaffen, und die auf unbestimmte Zeit ausgesprochene Vertagung der Krönungsfeierlichkeit ist auch ein Beweis, daß man auf die Hülfe des Papstes für die nächste Zeit verzichtet. Diese Vertagung können wir als wirklich beschlossen annehmen. Sonst haben wir noch mehrere Vertagungen zu melden; unter andern jene der oft besprochenen Creirung eines neuen kaiserlichen Adels. Wie man sich erzählt, hat der Kaiser diese Idee aufgegeben, als man ihm einige Adelsdiplome, welche der Graf Chambord an treue Anhänger seiner Sache hiehergelangen ließ, zu Gesicht

brachte. Somit ist auch ungenau, was von Graf Morny's Erhebung zum Reichsfürsten gesagt wurde. — Der König von Württemberg verläßt uns morgen. Es stellt sich heraus, daß dessen Besuch in Paris keinen politischen Zweck hatte, wenigstens keinen, der sich auf die aktuelle Politik bezieht. Wir erfahren aus gut unterrichtetem Munde, daß der König von Württemberg dem Kaiser Napoleon III. einen Beweis seiner freundschaftlichen Gesinnungen für Frankreich geben wollte. Es sind nämlich der französischen Regierung durch ihre Agenten in Deutschland unvortheilhafte Berichte über die Haltung des Stuttgarter Hofes zugekommen, welche der Kaiser sofort dem Könige mittheilen ließ. Man protestirte natürlich gegen diese Behauptung, und der gegenwärtige Besuch sollte ein neuer Beweis von deren Unrichtigkeit seyn." (Wir können nicht glauben, daß vorstehende Nachricht wahr sey. So steht's Gottlob noch nicht, daß ein deutscher Fürst sich beeilen müßte, seine Aufwartung in Paris zu machen, wenn Napoleon die Stirne kraus zieht. Die Red.)

* Paris, 12. Mai. Für die große Ackerbau-Ausstellung im Industriepalaste werden die Vorbereitungen mit größter Thätigkeit betrieben und bereits sind mehrere der hölzernen Gallerien, die man dem Hauptgebäude wegen der großen Zahl der Anmeldungen beifügen mußte, fertig. Nach dem offiziellen Programme werden am 22. Mai die Ackerbauinstrumente in Empfang genommen und am 24. und 25. klassifizirt, und am 27., 28. und 29. probirt. Die Bodenerzeugnisse werden am 25. in Empfang genommen, und am 26 in Klassen getheilt. Den 29. und 30. wird die Ausstellungsjury versammelt seyn. Die auszustellenden Thiere werden am 27. übernommen, am 28. klassifizirt und am 29. und 30. von der Jury geprüft. Am 31. Mai beginnt die Ausstellung (mit 2 Fr. Eintritt), wird am 1., 2. und 3. Juni (mit 1 Fr. Eintritt) und am 4. Juni (wo der Eintritt frei ist) fortgesetzt. Am selben Tage ist die Preisvertheilung. Am 5. endlich Ausstellung und öffentlicher Verkauf mit 25 Cent. Eintritt. Am 6. werden die Thiere daguerreotypirt werden.

* Paris, 12. Mai. In Nanterre, einem 2 Stunden von Paris entfernten Oertchen, wurde gestern das jährliche religiöse Volksfest der „Rosenmädchen" gefeiert, das darin besteht, daß unter Zeremonien dem Mädchen, das die Aeltesten der Gemeinde als die Würdigste erklären, eine Rosenkrone öffentlich aufgesetzt und ihr eine kleine Aussteuer verwilligt wird. Die diesjährige Zeremonie, zu der jedesmal auf Grund uralten Privilegs die Reliquien der heil. Geneviève (die Patronin von Paris) in feierlicher Prozession nach Nanterre (dem Geburtsort der Heiligen) abgeholt werden, fand, wie erwähnt, gestern mit ungewöhnlicher Pracht und unter ungeheurem Zudrang von Nah' und Ferne statt. Die Musik des 29. Infanterie-Regiments marschirte an der Spitze der Nationalgarde und der Behörden nach der Kirche, wo der Dove des Kapitels von St. Geneviève von Paris eine der Feierlichkeit entsprechende Predigt hielt. Das diesmalige Rosenmädchen war eine junge, sehr hübsche Waise, Louise Majarica Mézard, Tochter eines früheren Rosenmädchens und Enkelin eines ehemaligen Soldaten des ersten Kaiserreichs, Offizier der Ehrenlegion und Inhaber eines Ehrensäbels und einer Ehrenflinte, des tapfern Triere, den der „große Kaiser", — welchem er, wie die Chronik sagt, das Leben rettete, wohl kannte.

Die „Spen. Ztg." schreibt: „Vor einiger Zeit theilten wir mit, daß von den verbündeten Protestanten in Großbritannien eine europäische Deputation veranlaßt worden sey, die dem Kaiser der Franzosen wegen der besonders in dem Departement Haute-Vienne vorgekommenen harten Bedrückungen der Protestanten in Frankreich Vorstellungen machen sollte, und bereits waren auch wegen einer Betheiligung von Preußen aus mit einer geeigneten Persönlichkeit Anknüpfungen getroffen. Eine solche Deputation wird nunmehr nicht nach Paris abgehen, da ihr Zweck bereits erreicht worden ist. Am 27. April d. Js. ließ nämlich der französische Kultusminister, M. Fortoul, mehrere angesehene Protestanten aus Paris zu sich bitten und eröffnete denselben, daß es kaiserliche Entschließung sey, die Lage der Protestanten in Frankreich wieder auf den Fuß zu setzen, auf dem sie sich vor dem Dekrete vom 25. März 1852 befunden haben. Da dieses Dekret die gerichtlichen und administrativen Bedrückungen deckte, die seit jener Zeit durch anderweiten Einfluß veranlaßt waren, so wurde dieses für die Protestanten wichtige Ereigniß sofort nach England gemeldet und dort Ursache und Anlaß der Deputation als gehoben betrachtet. Zur näheren Aufklärung der Sache sind wir im Stande anzuführen, daß von Seiten der Königin Viktoria und von Preußen aus betreffende Vorstellungen in Paris gemacht worden sind."

In Marseille landen jetzt Tag für Tag Truppen, welche aus der Krim und Konstantinopel zurückkehren.

Italien.

Briefe aus Neapel vom 5. Mai bestätigen keineswegs die Gerüchte von liberalen Maßregeln der neapolitanischen Regierung. Dieselben stellen im Gegentheil eine Fortdauer der Zwangsmaßregeln in Aussicht, besonders insofern sie die politischen Gefangenen betreffen. Ich entnehme denselben was folgt: „Die politischen Gefangenen von Montesarchio, Baron Poerco und Andere, haben außerordentlich durch die Feuchtigkeit dieses Platzes gelitten. Dieselben sind fast alle krank geworden. Ihre Wohnungen sind so feucht, daß das Salz zu Wasser wird und das Brod sich mit einem grünen Schimmel überzieht. Diese Gefangenen sind jedoch alle fest entschlossen, lieber zu Grunde zu gehen, als ihre Freiheit um Bedingungen zu erkaufen, die ihrer unwürdig sind. Die Unzufriedenheit hat in der letzten Zeit einen so gefährlichen Charakter angenommen, daß mehrere Mitglieder der royalistischen Partei sich an den König gewandt haben, um ihm Vorstellungen zu machen. Unter denen, die sich dieserhalb zum König begaben, befand sich der Kardinal Erzbischof von Neapel. Dessen Vorstellungen, sowie alle andere, blieben aber ohne Erfolg. (K. Z.)

Orientalische Angelegenheiten.

Diplomatische Verhandlungen.

Wir tragen den Eingang und den Schluß der sardinischen Note über die Lage Italiens nach. Der Eingang lautet: Die unterzeichneten Bevollmächtigten Sr. Maj. des Königs von Sardinien haben im Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn der Regierungen Frankreichs und Englands und auf die von denselben für Piemont kundgegebene Freundschaft seit Eröffnung der Konferenzen nie die Hoffnung aufgegeben, der Pariser Kongreß werde sich nicht trennen, ohne die Lage Italiens ernstlich in Erwägung gezogen und auf Mittel gesonnen zu haben, sie durch Wiederherstellung des mittels der Besetzung eines großen Theils der Provinzen der Halbinsel durch fremde Truppen gestörten politischen Gleichgewichts zu verbessern. Auf den Beistand ihrer Bundesgenossen bauend, wollten sie nicht glauben, daß irgendeine Macht, nachdem sie dem Loose der zum slawischen und griechischen Volksstamme gehörigen Christen im Orient eine so lebhafte und hochherzige Theilnahme geschenkt hatte, sich weigern werde, sich mit den Völkern des lateinischen Stamms zu beschäftigen, die noch unglücklicher sind, da sie infolge des höheren Standpunkts der Zivilisation, welchen sie einnehmen, die Wirkungen einer schlechten Regierung noch lebhafter empfinden. Die Hoffnung ist getäuscht worden. Trotz des Wohlwollens Frankreichs und Englands und trotz ihrer gutgemeinten Bemühungen hat es die Beharrlichkeit, mit welcher Oesterreich darauf bestand, daß sich die Erörterungen des Kongresses streng innerhalb der ihm vor seinem Zusammentritt gezogenen Gränzen hielten, dahin gebracht, daß diese Versammlung, auf welche die Augen von ganz Europa gerichtet sind, auseinander gehen wird, nicht nur, ohne die Leiden Italiens im geringsten gelindert zu haben, sondern auch, ohne den schwächsten Hoffnungsschimmer für die Zukunft, der geeignet wäre, die Gemüther zu beruhigen und ein ergebungsvolles Ertragen der Gegenwart zu ermöglichen, über die Alpen dringen zu lassen. Die besondere Stellung, welche Oesterreich im Kongreß einnahm, machte dieses beklagenswerthe Ergebniß vielleicht unvermeidlich. Die Unterzeichneten sehen sich genöthigt, dieses einzuräumen. Sie halten es daher, ohne ihren Verbündeten den geringsten Vorwurf zu machen, für ihre Pflicht, deren ernstliche Aufmerksamkeit auf die traurigen Folgen zu lenken, welche daraus für Europa, für Italien und namentlich für Sardinien entspringen können. Es würde überflüssig seyn, hier ein genaues Bild von Italien zu entwerfen. Was dort seit vielen Jahren vorgeht, ist nur zu bekannt. Das System des Druckes und der gewaltsamen Reaktion, welches sich aus den Jahren 1848 und 1849 herschreibt, und Anfangs vielleicht in den eben gedämpften revolutionären Unruhen seine Rechtfertigung fand, dauert ohne die geringste Milderung fort. Man darf sogar behaupten, daß es, einige Ausnahmen abgerechnet, mit verdoppeltem Nachdruck ausgeübt wird. Nie waren die Gefängnisse und Bagnos mehr mit solchen gefüllt, die aus politischen Gründen verurtheilt waren; nie war die Zahl der Geächteten bedeutender, nie waren die Polizeiplackereien ärger, und nie fand der Belagerungszustand eine härtere Anwendung. Die Vorgänge in Rom beweisen das mehr als zur Genüge.

Es folgt nun die gestern mitgetheilte Stelle. Sodann heißt es weiter: „Die Unterzeichneten sind überzeugt, daß die Kabinette von Paris und London den gegenwärtigen Zustand Italiens ernstlich in Betracht ziehen und im Verein mit Sardinien auf Mittel sinnen werden, ihm wirksam abzuhelfen. Paris, 16. April 1856. C. Cavour. Villamarina."

Aus dem Orient.

Die Tartaren um Eupatoria wandern aus und siedeln sich in der Dobrudscha an.

Nichtpolitische Zeitung.

Köln, 8. Mai. Der in der Nacht vom 28. zum 29. Januar d. Js. hier verübte bedeutende Postdiebstahl kam heute vor den Assisen zur Verhandlung. Der Angeklagte, Postsekretär Schäling aus Deutsch-Crone, seit 1850 bei dem hiesigen Oberpostamt beschäftigt, gestand unter vielen Thränen alle Einzelnheiten seines Verbrechens ein. Geldverlegenheiten, die ihm aus der Aufbringung seiner Amtskaution und aus der herrschenden Lebensmitteltheuerung erwachsen, hätten ihn schon im Oktober vor. Js. auf den Gedanken geführt, sich durch Entwendung von Geldsendungen aus allen häuslichen Bedrängnissen zu befreien. Er habe damals Gelegenheit gehabt, sich Wachsabdrücke von allen erforderlichen Schlüsseln zu verschaffen, und späterhin die Nachschlüssel selber aus dazu geeigneten Kupferstücken zugefeilt, mit deren Hülfe er dann zur angegeben Zeit, jedoch nicht ohne vorhergegangene schwere Kämpfe, fünf Pakete und eine große Anzahl Geldbriefe, im ganzen 13,031 Thaler 1 Sgr. enthaltend, aus dem betreffenden Abfertigungslokal entwendete. Die gestohlene Summe wurde vollständig in der Wohnung des Diebes aufgefunden. Die Geschworenen erklärten denselben nach dem Inhalt der Anklage für schuldig, nahmen jedoch das Obwalten mildernder Umstände an. Das Urtheil des k. Assisenhofs lautete auf 3 Jahre Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf dieselbe Zeitdauer. Der Verurtheilte, der verheirathet ist und Vater von zwei Kindern, bezog einen Gehalt von 400 Thalern und eine widerrufliche Zulage von 50 Thln. jährlich (A. Z.)

Die neue **Lesehalle im britischen Museum**, deren Bau im verflossenen Jahre begonnen wurde, naht sich rasch der Vollendung „Während die Aufmerksamkeit des Publikum auf die Ereignisse in der Krim konzentrirt war", sagt die „Times", „ist inmitten der Hauptstadt, Aller Augen verborgen, einer der schönsten Säle mit der herrlichsten aller Kuppeln entstanden. Letztere wölbt sich über den Mittelhof des Museum und besitzt einen Durchmesser, der nur um 2 Fuß kleiner ist als der des Pantheon. Das Innere der Kuppel von St.-Paul hat einen Durchmesser von ungefähr 100 Fuß, die von St.-Peter nicht ganz 140 Fuß, die des Pantheon 144 Fuß, die des Museums 142 Fuß. Diese ist, wenn wir nicht irren, höher als die Wölbung des Pantheon; sie ist besser beleuchtet, die Zeichnung ist anmuthiger, der Baustyl unendlich wissenschaftlicher. Statt des engen Raumes, in dem bisher 2—300 Leser bei mangelhafter Beleuchtung und gestört durch das ewige Ab- und Zugehen der Bibliothekare zusammengedrängt saßen, ist jetzt ein Lesesaal entstanden, der in Europa nicht seinesgleichen hat. Jeder Leser sitzt fortan vor einem besondern Pulte, so bequem wie er sich's nur im eigenen Hause einrichten kann; zu seiner Seite ein Tisch, groß genug, um die größten Landkarten aufzunehmen; über ihm eine luftige Wölbung, die das Licht von oben einläßt; ringsherum bis zu einer namhaften Höhe Repositorien für etwa 35,000 Bände, ausgewählt zumal aus jenen Werken, die am häufigsten begehrt werden; vor denselben eine Eisengallerie, zu der Treppen von leichtem Gußeisenwerk führen; außerdem kleinere Gemächer, freundliche Gelehrtenwinkel, wohin sich Diejenigen zurückziehen können, die zu ernstern Studien größere Ruhe und Einsamkeit bedürfen. Unter diesem Dome aber befindet sich eine wohlgelüftete, Tag und Nacht gleichförmig erwärmte Halle zum Aufbewahren der Zeitungen, und so sehr ist durch diesen Neubau die Erweiterung der Bibliothek gefördert worden, daß sie nach einem mäßigen Ueberschlage Raum genug für alle Bücher und Zeitungen der drei nächsten Generationen besitzt." Es werden noch mehre Monate verstreichen, bis dieser neue Saal dem Publikum geöffnet werden kann. Bis jetzt ist nur der Rohbau fertig; langsam werden die Baugerüste entfernt werden, noch soll der herrliche Kuppelsaal bloß einen einfachen Oelanstrich in Steinfarbe erhalten; aber die „Times" macht schon jetzt darauf aufmerksam — und es werden ihr Viele beistimmen — daß der Saal auch seinem Baustyl nach würdig ausgeschmückt werden sollte. Es ließe sich dies mit 4000 Pf. St. ganz gut ausführen, und diese Mehrausgabe wäre in vielfacher Beziehung an ihrem Platz, zumal sie in keinem Mißverhältniß zu den Auslagen des Baues selbst stände, welcher auf 120,000 Pf. St. veranschlagt ist.

Die **Alhambra**, das unvergleichliche Muster maurischer Pracht-Baukunst, droht in ihren schönsten Theilen den Einsturz. So melden Nachrichten aus Granada. Unter furchtbarem Getöse stürzten die Mauern zwischen dem Thurme „los Picos" und dem Thore „de Hierro" ein. Nähere Untersuchungen haben erwiesen, daß der mächtigste Thurm und der größte Theil der Befestigungen auch dem Einsturze nahe sind. Man hat zwar sogleich Vorsichtsmaßregeln getroffen, ob dieselben aber dem Baue Schutz geben werden, ist eine andere Frage. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 14. Mai. Oesterreichische und Meininger Kredit-Aktien wurden heute zu höheren Coursen umgesetzt, während Ostbahn- und Elisabethenbahn-Aktien niedriger verhandelt wurden. Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire wurden bei lebhaftem Umsatz von 795—800 bezahlt. Spanische Kreditaktien Emission Rothschild werden Morgen hier auf den Markt kommen. — Elisabeth-Bahn 115¼—⅜—115. — Bayerische Ostbahn 111—111¼—110—110¼.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1322 P. 1317 G. Neue Bankaktien 440 P. 436 G. Credit-Actien à 5pCt. 237 P. 235 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83⅝ P. 83⅜ G. 5pCt. Lombard-Ven. 91¾ P. 91¼ G. Metall. alte à 5pCt. 82½ P. 82¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88 G.; à 4½pCt. 73½ P. 73¼ G.; à 4pCt. 65 P. 64½ G.; à 3pCt. 49¾ P. 49¼ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — — G. à fl. 250 von 1839 130 P. 129 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107¼ P. 107 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 308½ P. 306½ G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113¼ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 91½ P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 94⅝ P. 94⅛ G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155¾ P. 155¼ G. Neustadt-Weissenb. 117¼ P. 116¾ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89¾ P. 89¼ G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¼ P. 81¾ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41¼ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 64⅛ P. 63⅝ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100½ P. 100 G.; 4½pC. 102⅞ P. 102⅜ G.; Loose à fl. 50 112⅝ P. 112⅜ G.; à fl. 25 33⅝ P. 33⅜ G.; Darmstädter Bankaktien alte 372 P. 370 G.; junge 318 P. 316 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 107⅞ P. 107⅜ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅞ P. 89⅜ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85½ P. 85 G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 121 P. 120½ G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 80½ P. — G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — — P. 86 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40¼ P. 40 G.; 1pCt. neue 24¾ P. 24⅝ G. **Holland.** Integrale 63 P. 62½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅛ P. 99⅞ G. — Lond. Lst. 10 k. S. 119½ P. 119¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G — Mail. i. S. L. 250 k. S. 101⅜ P. 101⅛ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G — Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G. — Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97¼ P. 97 G. — Wien fl. 100 C. k. S. 117⅜ P. 117⅛ G.
Hamb. M. B. 100 k. S. 88⅞ P. 88⅝ G. — Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116¾ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G — Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 13. Mai. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87 P.; 4pCt. 93¾ P.; 4½pCt. 99⅞ G.; 5pCt. letzte Emission 102¼ P.; 5pCt. dritte Emission 101 P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94⅞ P.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — P., 778 G.

Magdeburg, 9. Mai. Das Getraidegeschäft an unserm Platze war in dieser Woche merklich stiller, hauptsächlich wohl dadurch, daß sich Konsumenten einigermaßen versorgt hatten und bei der Nähe der Festtage weitere Einkäufe unterließen. Das Wetter war meist kühl, dann aber auch regnigt und warm und sehr gedeihlich für die Feldfrüchte. — Waizen 86 a 88pfd. gilt 90 a 92 Thlr. pr. 2160 Pfund und ist sehr fest im Preise, da wenig angeboten wird; schwere Sorten, die über 88 Pfd. effektiv wiegen, sind in einzelnen Fällen noch um 1 a 2 Thlr. theurer bezahlt worden. Roggen ist nach Qualität zu 64 a 68 Thlr. für 2016 Pfund gekauft worden; für größere Quantitäten vom Boden ist hin und wieder auf 70 Thlr. frei Eisenbahn gehalten, aber ohne Erfolg, da man diesen Preis nicht erlangen konnte. Gerste ward in dieser Woche weniger reichlich angeboten, so daß die Preise anzogen und für 70—72pfd. 44 a 47 Thlr., für 74—75pfd. 48 a 49 Thlr. bezahlt wurden.

Halle, 8. Mai. Getraide. Die flaueren Berliner Berichte, verbunden mit anhaltend guten Zufuhren, haben auf Roggen und Gerste am heutigen Markte eine mattere Stimmung hervorgerufen

und nur Waizen machte sich knapp und blieb zum Konsum gefragt. Bezahlt ist heute: Waizen 84—89pfd. 85 a 93 Thlr., Roggen 80. bis 84pfd. 62 a 68 Thlr., Gerste 70—74pfd. 42 a 46 Thlr., Hafer 50—54pfd. 26 a 28 Thlr.

Neueste Nachrichten.

Aus Oberfranken, 8. Mai. An den Vorstand der letzten in Bayreuth abgehaltenen vereinigten Generalsynode ist nun ein zweites Reskript ergangenen, in welchem die königl. Entschließung auf die noch erübrigenden Verhandlungen, Anträge und Wünsche (auf die dringendsten war eine solche schon früher erfolgt) eröffnet wird. Ich theile Ihnen aus demselben das mit, was ein allgemeines Interesse anspricht. Den hinsichtlich der Abfassung eines katechetischen Lehrbuchs für Kirche und Schule getroffenen Einleitungen ist die königliche Genehmigung ertheilt. Die Rektorate der Gymnasien und die Sub-Rektorate der Latein-Schulen sind angewiesen worden, da wo die Mittel und lokalen Verhältnisse es zulässig machen, für den Unterricht und die Uebung der protestantischen Schüler im Gesang, und namentlich im Kirchengesang, Fürsorge zu treffen, und die Verwendung solcher im Kirchengesang geübten Schüler bei den öffentlichen Gottesdiensten und insbesondere den Hauptgottesdiensten auf dem Chor im Benehmen mit den betreffenden kirchlichen Behörden einzuleiten. Für die musikalische Bildung der protestantischen Kandidaten der Theologie ist inzwischen durch die Anstellung eines eigenen akademischen Musik- und Gesanglehrers an der Universität Erlangen Sorge getragen worden. In Betreff der Kirchenzucht heißt es: „Ihr werdet, sofern vor dem Zustandekommen einer allgemeinen Instruktion schon dermalen besondere Anordnungen geboten erscheinen sollten, solche jedenfalls in der Art zu bemessen wissen, daß dem willkürlichen Vorgehen einzelner Geistlichen durch sachgemäße Normen und genaue Bezeichnung des Umfangs der Zuständigkeit vorgebeugt und zu einem weisen Gebrauche der im Rechte wie in der Pflicht der Kirche begründeten richtigen Mittel ermahnt werde." „Was — wird dann fortgefahren — den Antrag betrifft, daß die bestehenden Märkte an den Sonn- und zweiten Feiertagen allgemein auf Wochentage verlegt werden möchten, so hat sich die Unthunlichkeit einer solchen allgemeinen Maßregel bei den wiederholt hierauf gerichteten Versuchen und im Hinblick auf entgegenstehende wohlerworbene Rechte erwiesen. Wir werden", heißt es schließlich, „die Frage, wie und in welcher Richtung eine gründliche Revision, und beziehungsweise Verbesserung der in den Gebietstheilen diesseits des Rheins zur Zeit bestehenden protestantischen Ehegesetze herbeizuführen wäre, einer sorgfältigen Prüfung unterstellen lassen, und haben Unsere Staatsministerien der Justiz, dann des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten mit den deßfalls erforderlichen Einleitungen beauftragt." (A. Z.)

Berlin, 18. Mai. Se. k. Hoh. der Prinz Friedrich Wilhelm wird am 17. d. M. von hier nach London abreisen. — Der k. k. österr. Generalfeldmarschall Fürst Alfred Windischgrätz ist gestern von Wien hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen. (Deutschl.)

London, 13. Mai. Die „Morning-Post" spricht die Befürchtung aus, daß es zu Ruhestörungen kommen werde, weil Lord Palmerston dem Erzbischof von Canterbury versprochen habe, daß hinfort Sonntags keine Musikbanden mehr in den Parks spielen sollen.

Aus einer aufgefangenen Korrespondenz Lord Clarendon's geht hervor, daß England der Republik Costa Rica (in Zentralamerika, welche mit der nordamerikanischen Abenteurerschaar von Oberst Walker im Streit liegt) 2000 Stück Waffen gesandt hat. (Köln. Ztg.)

Paris, 13. Mai. Der heutige „Moniteur" veröffentlicht ein kaiserl. Dekret, das verfügt, daß statt des früher bestimmten Kontingents von 140,000 Mann im Jahre 1857 nur 100,000 Mann von der Altersklasse 1856 einberufen werden sollen. (Fr. Pstz.)

Aus Marseille, 12. Mai, Abends, wird telegraphirt: „Das Paketboot von Malta brachte Nachrichten vom 8. Mai. Die Zeitungen der Insel melden, daß eine Collision, welche schon drei Tage dauerte, zwischen einem Theile der italienischen Legion einer- und der Polizei, den englischen Truppen und der Bevölkerung andererseits ausgebrochen sey. Ein Polizei-Inspektor wurde getödtet, ein Marine-Offizier verwundet. General Pennefather hatte mehrere Italiener und Malteser verhaften lassen. Am 8. Mai hatte die meuterische Legion sich in einem Fort verschanzt. Der General ließ Truppen gegen dieses Fort marschiren und Kriegsschiffe vor demselben auffahren. Man hoffte auf rasche Unterwerfung der Meuterer."

Turin, 10. Mai. Graf Stackelberg ist hier eingetroffen. — Im Senate fanden heute Interpellationen wegen des Friedensvertrages statt. In der Deputirtenkammer wurde eine Dankadresse an die heimkehrende Armee votirt. In derselben Kammer gab der Ministerpräsident die Erklärung ab, ein Konflikt mit irgend einem Staate sey nicht zu befürchten, zum Abschlusse eines Konkordates aber vorerst keine Aussicht vorhanden. (O. C.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und R·cht!

№ 135. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 16. Mai 1856

Der Vertrag vom 15. April.

* Der Abschluß des Vertrags vom 15. April d. J., in welchem England, Frankreich und Oesterreich jede Verletzung der Festsetzungen des Friedensvertrages vom 30. März als einen casus belli erklären, war nicht bloß für Rußland, sondern auch für Preußen bis nach dessen Veröffentlichung durch die englische Presse ein Geheimniß gewesen. Sein nächster und erklärter Zweck ist der Schutz der Türkei gegen neue Angriffe; daß Rußland, von welchem eben diese Gefahr zunächst droht, zu dem Vertrag nicht beigezogen ward, ist natürlich; anders aber ist's mit Preußen. Freilich hüten sich die maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin sehr wohl, irgend welche Verstimmung darüber blicken zu lassen, daß Preußen so hintangesetzt worden ist; sie machen gute Miene zum bösen Spiel. Die preußische Presse aber hat diesen Vorgang mit all' der Gereiztheit verletzten Nationalstolzes aufgefaßt. So sagt die Berliner „National-Zeitung": „Es muß jedem Unbefangenen sogleich klar werden, daß Preußen, dessen Theilnahme an dem Friedensvertrage vom 30. April ohnehin schon ein sehr locker gehaltenes Verhältniß war, das aber doch durch *seine* Mitunterschrift eine mitpaciscirende Macht blieb, durch den Vertrag vom 15. April aus der Stellung eines Mit-Kontrahenten zu der eines bloßen Instrumentszeugen herabgedrückt ist. Wer da glauben sollte, daß die äußere Ehre in der Politik nicht von Gewicht sey, der muß sich überzeugen, daß ganz praktische Fragen vorliegen, wenn er an die Vorlagen denkt, die bereits dem deutschen Bunde unterbreitet sind. Bekanntlich hat der deutsche Bund Oesterreich und Preußen die Wahrung der deutschen Interessen und gewissenmaßen die Vertretung des deutschen Bundes bei Lösung der orientalischen Verwickelungen überlassen. Aber nicht nur das Gebahren beider Großmächte für Herbeiführung des Resultates ist ein verschiedenes gewesen, was sich noch übersehen ließe, sondern das Resultat selbst ist verschieden, da die eine deutsche Großmacht in bestimmte Bedingungen, die jeden Augenblick zum Krieg führen können, getreten ist, die andere aber nicht. Die Frage ist daher allerdings von Wichtigkeit: ob Preußen diese Stellung freiwillig übernommen hat oder nicht. Will Oesterreich etwa den Versuch machen, Preußen allmälig in die Stellung eines Instrumentszeugen bei europäischen Verträgen zurückzudrängen, will es etwa von da aus im deutschen Bunde als leitende Macht auftreten: so würde die Politik Preußens Wege finden müssen und auch reiche Gelegenheit dazu haben, Oesterreich auf die rechte Bahn zurückzubringen, bevor noch Deutschland in Gefahr kommt, bei ernstlichen Konflikten Schaden zu leiden."

Diese Sprache läßt zur Genüge erkennen, daß der Keim zu einer Kette von neuen Zerwürfnissen zwischen Oesterreich und Preußen bereits vorhanden ist, Zerwürfnisse, welche leider dem Ausland wieder einmal die erwünschte Gelegenheit bieten können, sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Der Bericht des Abg. Münch über den Gesetzentwurf wegen Revision des Gewerbsteuergesetzes von 1852 ist im Druck erschienen und wird dieser Tage in der 2. Kammer berathen. Wir werden auf die Einzelheiten des Entwurfs in dem Bericht über die Kammerverhandlungen eingehen, und begnügen uns vorläufig mit einigen allgemeinen Bemerkungen. Bis zum Jahre 1852 wurde die Gewerbsteuer im diesseitigen Bayern nach der Verordnung vom 15. April 1814, in der Pfalz nach der Verordnung vom 14. April 1820 erhoben. Diese Verordnungen paßten aber durchaus nicht mehr auf die Verhältnisse der neuern Zeit, weßhalb die Staatsregierung im Jahre 1852 dem Landtag den Entwurf zu dem jetzt geltenden Gewerb-Steuer-Gesetz vorlegte, dessen hauptsächlicher und prinzipieller Unterschied von den beiden ältern Verordnungen einmal in der Beiziehung der der freien Betriebsamkeit vorbehaltenen (gewerbsmäßig betriebenen) Erwerbsarten, vor Allem aber in der Ausscheidung der Steuer in eine Normalanlage und in eine Betriebsanlage, überhaupt in der Besteuerung der Gewerbe nach ihrem dermaligen beziehungsweisen Unternehmergewinne, und in der Aufstellung gewisser äußerer Merkmale, wonach die Steuer dem vermuthlichen Gewinne entsprechend in den einzelnen Fällen zu bemessen ist, besteht. Die beiden Kammern des Landtages 1852, die Vorlage in ihren Grundprinzipien als einen wesentlichen und entsprechenden Fortschritt der Gewerbsteuergesetzgebung ausdrücklich anerkennend, nahmen jedoch das Gesetz, weil sie bei der totalen Umgestaltung der Besteuerungsnormen vor der Einführung den Effekt desselben zu wenig beurtheilen zu können meinten, nur mit dem Vorbehalte an, daß es lediglich für die VI. Finanzperiode unbedingte und nach Ablauf dieser Frist (vom Jahre 1855/56 an) aber nur in so ferne bindende Kraft behaupte, als ihm erneuerte Verabschiedung zu Theil werde; ferner, daß im Falle verfassungsmäßige Vereinbarung nicht zu Stande kommen sollte, die älteren gesetzlichen Bestimmungen wieder in Geltung zu treten hätten. Die Herbeiführung der hiernach nothwendigen erneuerten Verabschiedung nun, so wie die Erzielung einiger in Folge der gemachten Erfahrungen für wünschenswerth erachteten Verbesserungen singulärer Bestimmungen des Gesetzes bilden den Zweck der gegenwärtig der Berathung zu unterstellenden Gesetzesvorlage.

„Die Vorzüge des Gesetzes von 1852, sagt Hr. Münch in seinem Bericht, vor den Besteuerungsnormen nach den Verordnungen von 1814 und 1820 sind im ganzen Lande so entschieden anerkannt, die Grundprinzipien, namentlich die Ausscheidung der Steuer in eine Normal- und in eine Betriebsanlage so glücklich gewählt, ferner ist die erstmalige praktische Durchführung des Gesetzes, so weit die eigenen geringen Erfahrungen des Referenten reichen, im Allgemeinen für so gelungen zu bezeichnen, daß wohl kein Unbefangener dem Nichtzustandekommen der Wiederverabschiedung des vorliegenden Gesetzes und dem Zurückgreifen auf die früheren veralteten und unzureichenden Bestimmungen das Wort zu reden vermöchte, und daß vielmehr die Vereinbarung jenes Gesetzes nur als den Wünschen des Landes entsprechend angesehen werden muß Auch in finanzieller Hinsicht hat sich das Gesetz vollständig bewährt, indem es in den drei ersten Jahren seines Bestehens schon eine durchschnittliche Einnahme von 1,030,000 fl., mithin gegen den Budgetansatz von 841,298 fl. eine Mehreinnahme derart ergab, daß in Gemäßheit des Art. 71 l. c. der nach §. 8 lit. f. des Finanzgesetzes für die letzten vier Jahre der VI. Finanzperiode für die Gewerbsteuer festgesetzte Steuerbeischlag unterbleiben konnte und zu unterbleiben hatte. Jene Mehreinnahme ist nicht erfolgt durch eine Erhöhung der Steuer im Allgemeinen, vielmehr nur durch bessere und verhältnißmäßigere Inanspruchnahme der stärkeren Steuerkraft der bessern und größeren Gewerbe."

„Die verhältnißmäßig wenigen Beschwerden, die bei der Durchführung des Gesetzes vorkamen, waren, soweit dem Referenten bekannt wurde, nicht gegen die Grundprinzipien des Gesetzes, vielmehr entweder nur gegen einzelne Nummern des Gewerbtarifs, oder gegen einige Ziffersätze der Skala, oder gegen einzelne Bestimmungen des artikulirten Theils gerichtet und mitunter durch irrige Auffassung der gesetzlichen Bestimmung von Seiten der Einsteuerungsbehörden veranlaßt. Diese Beschwerden haben entweder, so weit dies möglich war, im Wege des Vollzuges Abhülfe bereits erhalten, oder der Staatsregierung in Rücksicht auf die bevorstehende Wiedervereinbarung des Gesetzes zu theilweisen Verbesserungsvorschlägen Anregung gegeben." Diese Verbesserungsvorschläge sind nun in dem Gesetzentwurf, welcher jetzt dem Landtage vorliegt enthalten. Eine Hauptaufgabe des von Hrn. Münch erstatteten Berichts war die Prüfung des Tarifs.

Preußen. Berlin, 15. Mai. Wie es heißt, soll es gegen den Polizeioberst Patzke wegen der Betheiligung an der v. Hinkeldey-Rochow'schen Duellgeschichte nachträglich noch zum Prozesse kommen, weil er in seiner Eigenschaft als Polizeibeamter die Pflicht gehabt habe, das Duell, von dessen Stattfinden er vorher unterrichtet gewesen, zu verhindern. (D. A. Z.)

In Betreff der vor Kurzem zum ersten Male erfolgten Zulassung eines Juden, des Assessors Kaiser, zur Ausübung der Funktionen eines Richters am Stadtgerichte zu Berlin meldet die „Gerichts-Zeitung", daß, außer den bereits früher erwähnten Modifikationen der zustehenden Amtshandlungen, die Zulassung nur unter dem gleichzeitigen Eröffnen erfolgt sey, daß ihm eine ordentliche fixirte Stelle als Richter nicht in Aussicht gestellt werden könne.

Württemberg. Die Mittheilung, daß das in Stuttgart erscheinende „Deutsche Volksblatt" mit dem 1. Juli eingehe, wird von dem „Frankf. Journal" für unbegründet erklärt.

Schweiz.

Der Staatsrath von Genf hat den Prof. Karl Vogt zum Direktor der dasigen Industrieschule auf vier Jahre ernannt. (Allg. Ztg.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 7. Mai. Die verwittwete Großherzogin von Baden, Sophie Wilhelmine, Tochter des Königs Gustav IV. Adolph v. Schweden, soll den König Oskar von ihrem Wunsche in Kenntniß gesetzt haben, ihr Vaterland diesen Sommer unter einem angenommenen Namen zu besuchen. Der König soll erwidert haben, daß „jedes Mitglied der alten Königsfamilie bei dem gegenwärtigen Regentenhause auf einen ihrer Stellung und ihres Andenkens würdigen Empfang zählen könne." (N.Pr.Z.)

Italien.

In der Sitzung der Deputirtenkammer in Turin vom 7. Mai interpellirte der Abg. Cadorna den Grafen Cavour über die Verhältnisse zu Rom. Der Letztere erklärte, daß der Regierung allerdings durch eine große fremde Macht (Frankreich) der Rath ertheilt worden sey, sich mit Rom zu verständigen, ohne indessen einen Wechsel der politischen Prinzipien eintreten zu lassen. „Man hat uns, fährt der Minister fort, ein Konkordat nach Art des französischen von 1801 vorgeschlagen. Allein diese Idee hat keine Folge. Um zu einer Verständigung zu gelangen, müssen beide Theile geneigt seyn, sich wechselseitige Zugeständnisse zu machen. Der Papst, der eben durch das österreichische Konkordat einen großen Sieg errungen hat, wird sicher nicht nachgeben; wir aber allein können nicht Alles thun, die öffentliche Meinung unseres Landes würde dem entgegen seyn. Das traurige Schauspiel, das die Bevölkerung des Kirchenstaats Europa darbietet, empört das allgemeine Gefühl. Einer Regierung Zugeständnisse machen, die in solchem Geleise fährt, würde Besorgnisse vor einer Art Solidarität der Interessen hervorrufen, die wir mit aller Kraft zurückweisen. Ich weiß wohl, daß man die geistliche und weltliche Machtsphäre unterscheiden muß; allein das Volk macht keine solche Unterschiede und man muß die Empfindlichkeit der Völker schonen. Zudem, fügt Graf Cavour bei, indem er seine Rede schließt, haben selbst diejenigen, die uns ein Abkommen mit Rom gerathen haben, ihre Meinung seitdem geändert. Wissen Sie, was diese unerwartete Sinnesänderung bewirkt hat? Das österreichische Konkordat!"

Turin, 10. Mai. Die letzte Woche war für Turin eine sehr bewegte. Die Kammerverhandlungen in Betreff des Austretens der sardinischen Gesandten bei den Pariser Konferenzen und die Erklärungen, die Graf Cavour in dieser Beziehung der Kammer gab, haben eine Stimmung hervorgerufen nicht unähnlich jener, die dem Ausbruch des lombardischen Krieges voranging. Ich würde Form und Raum eines gewöhnlichen Berichtes überschreiten, wollte ich auch nur im Auszug die Glanz- und Treffstellen der Verhandlungen mittheilen. Die Genugthuung, die dem sardinischen Bevollmächtigten zu Theil wurde, war eine glänzende. Die Kammer gab fast mit Stimmeneinhelligkeit ihre Zustimmung zu der eingehaltenen Politik, indem sie die Regierung aufforderte, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuwandeln, entstehe daraus, was da wolle. Mit großer Befriedigung wurde die Stelle in der Rede Cavours aufgenommen, welche die Wiederanknüpfung der Jahrhunderte hindurch bestandenen Freundschaftsbande zwischen dem alten Hause Savoien und der Familie Romanoff erwähnte. Und diese von vielen als bloße Phrase angesehene Periode der Cavourschen Rede sollte schon gestern ihre thatsächliche Bestätigung finden, indem die offizielle Zeitung die Nachricht bringt, daß gestern Graf Stackelberg, Generalmajor im Gefolge des Kaisers Alexander von Rußland, beauftragt mit einer Spezialkommission bei König Viktor Emanuel II. hier angekommen ist. Es ist dieses sehr bezeichnend, denn seit 1848 hatte kein russischer Diplomat mehr die Mauern Turins betreten. In der Cavourschen Rede findet man trotz aller diplomatischen Zurückhaltung, mit welcher solche sichtlich ausgearbeitet ist, der Stellen mancherlei, welche auf eine nicht sehr entfernte, stürmische Zukunft schließen lassen; ja diese Stellen haben um so mehr Bedeutung, als sie eben die Reserve der Zukunft durchschauen lassen. Täglich kehren vereinzelte Bataillone und Batterien der Expeditionstruppen aus der Krim zurück. Ihr Marsch in die betreffenden Garnisonen gleicht einem Triumphzug. Ihre Ankunft wird amtlich gefeiert, Bankette, Illuminationen, Wein- und Geldvertheilungen regnen auf die „Taurier", und bei den stattfindenden Reden wird nie die Phrase vermißt, die italienische Trikolore möge nächstens einen andern Flug fliegen und siegreich auf näher liegenden Schlachtfeldern flattern. (Schw. M.)

(Die sardinische Denkschrift.) Die Turiner „Opinione" veröffentlicht dieses vor einem Monat so viel besprochene Aktenstück, welches am 27. März von den sardinischen Konferenzbevollmächtigten dem Grafen Walewski und Lord Clarendon übergeben worden ist. Es ist nicht zu verwechseln mit der (neulich bereits mitgetheilten) nach dem Schluß der Konferenzen in Paris und London übergebenen Note, welche in unumwundener Weise die schneidende Dissonanz der sardinischen und österreichischen Politik darzulegen bestimmt ist. Das Memorandum vom 27. März beschränkt sich darauf, die Nothwendigkeit von Verwaltungsabänderungen im Kirchenstaat und diesfällige Reformvorschläge vorzulegen; sein Wortlaut ist folgender:

„In einem Zeitpunkte, in welchem die ruhmreichen Anstrengungen der Westmächte dahin streben, Europa die Wohlthaten des Friedens zu sichern, ruft der beklagenswerthe Zustand der Provinzen des Kirchenstaats und vorzüglich der Legationen die besondere Aufmerksamkeit der Regierungen Ihrer großbritannischen Majestät und Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen auf sich. Seit 1849 sind die Legationen von österreichischen Truppen besetzt. Der Belagerungszustand und das Kriegsgesetz sind seit jener Zeit dort fortwährend in Kraft gewesen. Die päpstliche Regierung existirt hier nur dem Namen nach, indem über ihre Legationen ein österreichischer General den Titel und das Amt eines Zivil- und Militärgouverneurs führt und ausübt. Nichts gestattet eine Annahme, wann dieser Zustand ein Ende haben könne, da die päpstliche Regierung in ihrer jetzigen Lage von ihrer Ohnmacht überzeugt ist, die Ordnung, diese erste Basis ihrer Restauration, aufrecht halten zu können, und da Oesterreich nichts mehr wünscht, als seine Okkupation zu verlängern."

„Das ist die Lage, die traurige und immer schlimmer werdende Lage eines Landes, welches edle Eigenschaften besitzt, und wo die konservativen Elemente in Fülle vorhanden sind; Ohnmacht des legitimen Fürsten, sein Land zu regieren; beständige Gefahr der Unordnung und der Anarchie im Zentrum Italiens und Ausbreitung der österreichischen Herrschaft auf der Halbinsel, weit über die Gränze hinaus, welche ihm in den Verträgen von 1815 eingeräumt wurde. Die Legationen waren vor der französischen Revolution unter der hohen Souveränetät des Papstes. Aber sie genossen Privilegien und Freiheiten, welche sie, wenigstens in ihrer innern Verwaltung, fast unabhängig machten. Aber schon war die Herrschaft der Geistlichkeit so verhaßt, daß die französischen Armeen im Jahr 1796 mit Begeisterung empfangen wurden. Durch den Vertrag von Tolentino von dem heiligen Stuhle losgelöst, gehörten diese Provinzen mit zur Republik und später zum Königreich Italien bis 1814. Das organisatorische Genie Napoleons hatte wie durch einen Zauberschlag ihren Anblick verändert. Die Gesetze, die Institutionen und die französische Verwaltung hatten in einigen Jahren den Wohlstand und die Zivilisation entwickelt; auch alle Sympathien und Traditionen in diesen Provinzen knüpfen sich an diese Epoche an. Die napoleonische Regierung ist die einzige, welche nicht nur im Andenken der höheren Klassen, sondern auch des ganzen Volkes fortgedauert hat. Dieses Andenken erinnert an eine unparteiische Justiz, eine starke Verwaltung, einen Zustand der Wohlfahrt, des Reichthums und der militärischen Größe. Auf dem Wiener Kongreß bedachte man sich lange, die Legationen wieder unter die Regierung des Papstes zu stellen. Die Staatsmänner, trotz ihres Strebens, überall die alte Ordnung wieder herzustellen, begriffen gleichwohl, daß man dadurch mitten in Italien einen Herd der Unordnung bestehen ließe. Die Schwierigkeit der Wahl eines Souveräns für diese Provinzen und die von dem Wunsche nach dem Besitze derselben angeregten Nebenbuhlerschaften neigte die Wagschale zu Gunsten

des Papstes, und der Kardinal Consalvi erhielt, aber erst nach der Schlacht bei Waterloo, eine unerwartete Konzession."

„Die päpstliche Regierung nahm nach dieser Restauration nicht die geringste Rücksicht auf die Ideen und tief eingreifenden Veränderungen, die das französische Regime in diesem Theile ihrer Staaten eingeführt hatte. Ein Kampf zwischen der Regierung und dem Volke war seitdem unvermeidlich. Die Legationen wurden die Beute einer mehr oder minder dumpfen Agitation, die bei jeder Gelegenheit in Revolutionen ausbrach. Dreimal schritt Oesterreich ein, um die Autorität des Papstes wieder herzustellen. Frankreich antwortete auf die zweite Intervention mit der Besetzung Ancona's, auf die dritte mit der Einnahme von Rom. Jedes Mal, wenn Frankreich sich solchen Begebenheiten gegenüber befand, hat es die Nothwendigkeit begriffen, solchem Zustande der Dinge ein Ende zu machen, der ein Skandal für Europa und ein ungeheures Hinderniß für Pazifikation Italiens ist. Das Memorandum von 1831 hatte den beklagenswerthen Zustand des Landes konstatirt, die Nothwendigkeit und die Dringlichkeit administrativer Reformen. Die diplomatischen Korrespondenzen von Gaeta und Portici waren mit diesen Gedanken in Einklang. Die Reformen, zu denen Pius IX. 1846 die Initiative ergriff, waren die Frucht seines langen Aufenthaltes in Imola, wo er mit seinen eigenen Augen das den Provinzen auferlegte traurige Regiment hatte beurtheilen können. Unglücklicherweise Weise scheiterten die Rathschläge der Mächte und der gute Wille des Papstes an dem Hindernisse, welches die klerikale Organisation jeder Neuerung entgegenstellt."

„Wenn diese Thatsache durch die Geschichte der letzten Zeit klar bewiesen wird, so liegt darin die Schwierigkeit, oder besser gesagt, die Unmöglichkeit einer vollständigen Reform der päpstlichen Regierung, welche dem Bedürfniß der Zeit und dem vernünftigen Wunsche der Bevölkerung entspräche. Der Kaiser Napoleon III. hatte mit jenem richtigen und festen Scharfblick, der ihn charakterisirt, in seinem Briefe an den Obersten Ney die Lösung des Problem vollkommen begriffen und klar angedeutet: Säkularisation, Code Napoleon. Aber es ist klar, daß der römische Hof bis zum letzten Augenblicke mit allen Mitteln gegen die Verwirklichung dieser doppelten Kombination ankämpfen wird. Man begreift, daß er zur Annahme ziviler und selbst politischer Reformen scheinbar sich bequemen kann, in der Voraussetzung, sie in der Ausführung illusorisch zu machen; er begreift aber, daß die Säkularisation und der Code Napoleon, in Rom selbst eingeführt, da wo das Gebäude seiner zeitlichen Macht steht, es in seiner Basis unterminiren und in Trümmer fallen lassen würden, indem es seiner stärksten Stützen, der Privilegien der Geistlichkeit und des kanonischen Rechts, beraubt würde. Aber wenn man nicht hoffen kann, eine wahre Reform in dem Centrum einzuführen, wo die Attribute der weltlichen Macht so mit denen der geistlichen Macht verschmolzen sind, daß man sie nicht vollständig von einander trennen kann, ohne Gefahr zu laufen, sie zu zertrümmern, könnte man sie dann nicht wenigstens in einem Theile des Staats erlangen, der mit weniger Resignation das päpstliche Joch erträgt, die beständige Ursache von Unordnung und Anarchie, diesen unaufhörlichen Vorwand für die permanente Okkupation der Oesterreicher, diese Quelle diplomatischer Verwickelungen und Störungen für das europäische Gleichgewicht?"

„Wir glauben, daß es möglich ist, aber unter der Bedingung, diesen Theil des Staats wenigstens in der Administration von Rom zu trennen. Man würde so aus den Legationen ein apostolisches Fürstenthum machen unter der Oberhoheit des Papstes, aber nach eigenen Gesetzen regiert, mit eigenen Tribunalen, Finanzen und einer angehörigen Armee. Wir glauben, daß, wenn man diese neue Organisation so viel als möglich den Ueberlieferungen der napoleonischen Herrschaft gemäß einrichten würde, man sicher seyn könnte, eine bedeutende moralische Wirkung hervorzubringen, und man hätte sich der Wiederherstellung der Ruhe unter jener Bevölkerung um einen bedeutenden Schritt genähert. Ohne uns zu schmeicheln, daß eine solche Kombination ewig dauern könnte, sind wir dennoch der Ansicht, daß sie lange Zeit für das vorgesteckte Ziel genügen könnte, für das Ziel, diese Provinzen zu beruhigen, den Bedürfnissen der Bevölkerung eine legitime Befriedigung zu geben und auf diese Weise die zeitliche Macht des päpstlichen Stuhles zu sichern, ohne daß man einer dauernden fremden Besetzung bedürfte. Diese Kombination hätte ferner den Vortheil, den verbündeten Mächten im Herzen Italiens einen großen und wohlthuenden Einfluß zu sichern. Wir deuten hier summarisch die Hauptpunkte des Vorschlags, sowie die Mittel zur Ausführung an: 1) Die zwischen dem Po, dem adriatischen Meer und den Apenninen gelegenen Provinzen des römischen Staates (von der Provinz Cremona bis zu der Provinz Ferrara) bleiben stets der hohen Oberherrschaft des heiligen Suhls unterworfen, werden aber vollständig säkularisirt und in administrativer, gerichtlicher, militärischer und finanzieller Hinsicht auf eine vom Reste des Staats ganz verschiedene und unabhängige Weise organisirt; die diplomatischen und religiösen Beziehungen aber werden in der ausschließlichen Kompetenz des römischen Hofes bleiben. 2) Die territoriale und administrative Organisation dieses apostolischen Fürstenthums würde nach dem Muster dessen eingerichtet werden, was unter der Herrschaft Napoleons I. bis 1814 bestanden hat. Der Code Napoleon würde verkündet werden, mit Ausnahme der nöthigen Abänderungen in den Titeln über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat. 3) Ein päpstlicher Vikar, Laie, würde diese Provinzen mit Ministern und einem Staatsrath regieren. Die Stellung des vom Papst ernannten Vikars würde für die Dauer seiner Funktionen, die wenigstens zehn Jahre währen müßte, garantirt seyn. Die Minister, die Staatsräthe und alle Beamten ohne Unterschied würden vom päpstlichen Vikar ernannt werden. Ihre gesetzgeberische Befugniß könnte sich niemals auf religiöse noch auf gemischte Materien, die vorher festzusetzen wären, noch auf die politischen internationalen Beziehungen erstrecken. 4) Diese Provinzen würden in angemessenem Verhältnisse zum Unterhalte des römischen Hofes und für die jetzt bestehende öffentliche Schuld beitragen. 5) Eine einheimische Armee würde augenblicklich auf dem Wege der militärischen Rekrutirung organisirt werden. Außer den Gemeinde- und Provinzialräthen würde es noch einen allgemeinen Rath zur Prüfung und Kontrole des Budget geben. Wenn man die Mittel der Ausführung prüfen will, so wird man einsehen, daß sie nicht so viel Schwierigkeiten darbieten, als man beim ersten Anblick glauben könnte."

„Die Idee einer administrativen Trennung der Legationen ist nicht neu in Rom; sie wurde schon von der Diplomatie ausgesprochen und selbst von einigen Mitgliedern des heiligen Kollegium gebilligt, wenn auch in weit engerer Gränze, als die, welche nöthig seyn würde, um ein ernstes und dauerndes Werk zu schaffen. Der unwiderrufliche Wille der Mächte und ihr Entschluß, ohne Verzug der fremden Okkupation ein Ende zu machen, würden die beiden Beweggründe seyn, welche den römischen Hof dahin bringen würden, diese Kombination anzunehmen, durch welche im Grunde seine weltliche Macht respektirt und die jetzige Organisation im Centrum und dem größten Theile seiner Staaten unberührt gelassen würden. Ist das Prinzip einmal zugegeben, so muß die Ausführung einem von den Mächten ernannten Kommissär anvertraut werden. Es ist klar, daß, wenn dieses Werk der päpstlichen Regierung überlassen würde, diese nach ihrem herkömmlichen System Mittel finden würde, es niemals zur Vollendung gelangen zu lassen und den Geist der neuen Lage der Dinge gänzlich zu verfälschen. Man kann sich nicht verhehlen, daß, wenn die Okkupation aufhören müßte, ohne die aufrichtige Ausführung dieser Reformen und die Wiederherstellung einer öffentlichen Gewalt man allen Grund hätte, schnelle Erneuerung der Unruhen und politischen Agitationen und einen dadurch hervorgerufenen neuen Einmarsch österreichischer Truppen zu fürchten. Ein solches Ereigniß würde um so beklagenswerther seyn, da seine Wirkung im Voraus jeden Versuch einer Verbesserung scheinbar verdammen würde. Nur unter den oben ausgesprochenen Voraussetzungen sprechen wir vom Aufhören der fremden Okkupation, was auf folgende Weise vorgenommen werden könnte: Die päpstliche Regierung besitzt augenblicklich zwei Schweizer- und zwei einheimische Regimenter, im Ganzen etwa 8000 Mann. Diese Kräfte reichen aus, um in Rom und den Provinzen, wo die administrative Trennung nicht eingeführt wird, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die neuen einheimischen Truppen, welche man in den säkularisirten Provinzen mit Hülfe der Konskription ausheben würde, würden hier die Ruhe sichern. Die Franzosen könnten dann Rom und die Oesterreicher die Legationen räumen. Indessen müßten die französischen Truppen, auf der Rückkehr in ihre Heimath über Land, einige Zeit in den abgelösten Provinzen bleiben; sie würden daselbst eine vorher bestimmte Frist verweilen, welche nöthig wäre zur Bildung der neuen einheimischen Armee, die mit ihrer Hülfe gebildet würde."

Rußland und Polen.

Petersburg, 4. Mai. Der Rektor der Petersburger Universität, Professor Pletrioff, ist vom Kaiser zum Mitglied der Verwaltung der Schulanstalten ernannt worden, und da dieser Gelehrte einem liberaleren Systeme der Volkserziehung huldigt, als die Körperschaft, der man ihn einverleibt hat, so glaubt man hierin, einen Schritt des Kaisers zur Anbahnung von Reformen auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts zu erkennen. (B. B.-Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Wie die „Gazz. uff di Milano“ schreibt, befindet sich seit einiger Zeit im Barnabitenkloster zu Monza als Novize der russische Graf Schuwaloff. Derselbe entsagte seinen unermeßlichen Reichthümern zu Gunsten seines Sohnes und seiner Tochter, die an den russischen Gesandten Kisseleff verheirathet ist, und behält sich nur eine jährliche Rente von 42,0000 Franken vor. Der Graf ist bei 50 Jahre alt und soll viele Gelehrsamkeit besitzen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 15. Mai. Bei lebhaftem Geschäft zeigten sich für österreichische Staatsbahn Käufer zu höheren Coursen, während österreichische Kredit- und Bank-Aktien billiger abgegeben wurden. Spanische Kreditaktien, Emission Rothschild, wurden zu 752 verhandelt und zeigte sich viel Begehr dafür. Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 795, 797$\frac{1}{2}$, 800, 802$\frac{1}{2}$, 800. Theiß-Bahn 108$\frac{1}{2}$ — 109. Bayerische Ostbahn 110 — $\frac{1}{8}$ — 110. — Elisabeth-Bahn 115 — 14$\frac{1}{2}$. Lombardische Bahnen 131.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1317P. 1312G. Neue Bankaktien 438 P. 431 G. Credit-Actien à 5pCt. 234 P 232 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83$\frac{11}{16}$P. 83$\frac{7}{16}$G. 5pCt. Lombard-Ven. 91$\frac{3}{4}$ P. 91$\frac{1}{4}$ G. Metall. alte à 5pCt. 82$\frac{1}{2}$ P. 82$\frac{1}{4}$ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88$\frac{1}{2}$ P. 88 G.; à 4$\frac{1}{2}$pCt. 73$\frac{3}{4}$ P. 73$\frac{1}{2}$ G.; à 4pCt. 65$\frac{1}{2}$ P. 65 G.; à 3pCt. 50 P. 49$\frac{1}{2}$ G.; à 1pCt. 16$\frac{1}{4}$ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 — —P. — —G. à fl. 250 von 1839 129$\frac{1}{2}$P. 128$\frac{1}{2}$G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107$\frac{1}{4}$P. 106$\frac{3}{4}$ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 311 P. 301 G.

Preussen. 3$\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86$\frac{1}{2}$ G. 3$\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. 113$\frac{1}{4}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3$\frac{1}{2}$pCt. 88$\frac{1}{4}$ P. 87$\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. 94$\frac{1}{2}$ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94$\frac{5}{8}$ P. 94$\frac{1}{8}$ G.; 4$\frac{1}{2}$pCt. 101 P. 100$\frac{1}{2}$G.; 5pCt. 101 P. 100$\frac{1}{2}$G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155$\frac{1}{2}$ P. 155 G. Neustadt-Weissenb. 117$\frac{1}{4}$ P. 116$\frac{3}{4}$ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117$\frac{1}{2}$G. **Württemberg.** 3$\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. 89$\frac{1}{2}$P. 89 G.; 4$\frac{1}{2}$pCt. 103 P. 102$\frac{1}{2}$ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82$\frac{1}{4}$ P. 81$\frac{3}{4}$ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41$\frac{1}{4}$ P. 41 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 64$\frac{1}{8}$ P. 63$\frac{5}{8}$ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3$\frac{1}{2}$pCt. 92$\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. 100$\frac{1}{2}$P. 100G.; 4$\frac{1}{2}$pC. 102$\frac{1}{2}$ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112$\frac{5}{8}$P. 112$\frac{3}{8}$G.; à fl. 25 33$\frac{5}{8}$ P. 33$\frac{3}{8}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 370 P. 368 G.; junge 317 P. 315 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 107$\frac{1}{2}$P. 107$\frac{1}{4}$G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47$\frac{3}{4}$ G. **Nassau.** Obligationen à 3$\frac{1}{2}$pCt. 89$\frac{7}{8}$ P. 89$\frac{3}{8}$ G., Loose à fl. 25 31$\frac{5}{8}$P. 31$\frac{3}{8}$G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85$\frac{1}{2}$P. 85 G.; à 3$\frac{1}{2}$pCt. 93 P. 92$\frac{1}{2}$G.; Bankaktien 121 P. 120$\frac{1}{2}$ G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 81 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — —P. 87G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40$\frac{3}{8}$P. 40$\frac{1}{4}$ G.; 1pCt. neue 25 P. 24$\frac{7}{8}$ G. **Holland.** Integrale 63 P. 62$\frac{1}{2}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100$\frac{1}{4}$P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119$\frac{1}{2}$P. 119$\frac{1}{4}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120$\frac{1}{8}$P. 119$\frac{7}{8}$G	Mail. k. S. Lr. 250 k. S. 101$\frac{3}{8}$P. 101$\frac{1}{8}$G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104$\frac{7}{8}$P. 104$\frac{5}{8}$G.	Paris Frs. 200 k. S. 94P. 93$\frac{3}{4}$.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104$\frac{7}{8}$P 104$\frac{5}{8}$G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94P. 93$\frac{3}{4}$G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97$\frac{1}{4}$P. 97G	Wien fl. 100 C. k. S. 117$\frac{1}{4}$P. 117G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88$\frac{7}{8}$P. 88$\frac{5}{8}$G.	Wien 3 M. mit 4% 116$\frac{7}{8}$P. 116$\frac{5}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105P. 104$\frac{3}{4}$G.	Disconto — P. 4pCt. G

Augsburg, 14. Mai. Bayer. 3$\frac{1}{2}$pCt. Oblig. 87 G.; 4pCt. 93$\frac{3}{4}$ P.; 4$\frac{1}{2}$pCt. 100 G.; 5pCt. letzte Emission 102$\frac{1}{4}$ P.; 5pCt. dritte Emission 101 P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94$\frac{3}{8}$ P.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — P., 780 G.

Neueste Nachrichten.

** München, den 14. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Gesetz-Entwurf bezüglich der Ausdehnung der Handelsgerichtsbarkeit der Stadt Nürnberg über deren Vorstädte und den Burgfrieden nach kurzer Debatte angenommen und zwar mit einem vom Ausschusse vorgeschlagenen neuen Artikel, der also lautet: „Sämmtliche im Bereiche der Stadt Nürnberg, ihrer Vorstädte und des Burgfriedens fortan anfallenden Wechselstreitigkeiten, sie mögen aus kaufmännischen oder nicht kaufmännischen Wechseln entspringen, gehören zur Zuständigkeit der Handelsgerichte, und das Verfahren richtet sich nach den für dieselben geltenden gesetzlichen Vorschriften.“ Auf Vortrag des Ausschusses wurden dann die Anträge des Grafen Yrsch, bezüglich der Tabaksbesteuerung und der Ziff. 2 des Art. 4 der Wechselordnung, den betreffenden Ausschüssen zugewiesen und dann für die beurlaubten Grafen v. Giech und Waldkirch als Mitglieder des 3. Ausschusses gewählt: Graf Arco-Valley und Frhr. v. Zu-Rhein.

⁂ München, 14. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Graf Waldkirch wird die erwähnte Mission an den spanischen Hof morgen antreten; er begibt sich über Paris nach Madrid. — Gestern Abends ist Frhr. v. Rothschild aus Frankfurt und Hr. Direktor v. Denis aus der Pfalz hier eingetroffen und haben nun heute die Verhandlungen des Verwaltungsrathes der Ostbahnen wieder ihren Anfang genommen.

Berlin, 14. Mai. Vorgestern verstarb hier die verwittwete Frau Fürstin Paskiewitsch. (Deutschl.)

§ Wien, 10. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Es ist wohl nicht mehr daran zu zweifeln, daß in diesem Augenblicke Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen im Gange sind, welche sich auf eine Verlängerung beziehungsweise Erweiterung des Aprilvertrages beziehen. Die Anwesenheit des F.-M. Fürsten Windischgrätz in Berlin wird mit diesen Verhandlungen in Verbindung gebracht. Ueber die Art der Erweiterung jenes Vertrages zirkuliren verschiedene Versionen, gewiß ist jedenfalls so viel, daß von österreichischer Seite hierbei der größte Nachdruck auf jene Bestimmung gelegt wird, welche die Garantie unseres Besitzstandes in Italien enthält und feststellt. — In sonst gut unterrichteten Kreisen gibt man sich der Hoffnung hin, daß die oben erwähnten Verhandlungen nicht ohne ein den diesseitigen Intentionen entsprechendes Resultat bleiben werden. — Die von dem „Constitutionnel“ gebrachte Nachricht, daß Oesterreich und Frankreich dem Papste ein eindringendes Memorandum vorlegen werden, wird von gutunterrichteter Hand bestätigt. Um demselben mehr Nachdruck zu geben, soll es durch eigenhändige Schreiben der Monarchen von Oesterreich und Frankreich begleitet werden. — Die Gesundheit des Papstes soll manche Bedenken erregen, da die Symptome der Wassersucht immer deutlicher hervortreten.

Aus Wien, 12. Mai, wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben: „Gegen den erzbischöflichen Erlaß vom 25. Februar in Bezug auf die Begräbnisse protestantischer Leichen wurden bekanntlich Beschwerden sowohl vom protestantischen Konsistorium erhoben, als von mehreren angesehenen Protestanten, als Baron Bruck, Feldmarschall-Lieutenant v. Kempen, Feldmarschall-Lieutenant v. Wimpffen. Es ist nun bereits den Bezirksgerichten auf dem Lande der gemessenste Befehl zugegangen, bei Begräbnissen der Protestanten über die Aufrechthaltung des bisher beobachteten Gebrauches zu wachen, und jeder Art von Störung nach Möglichkeit vorzubeugen. Ja, es zirkulirt sogar in sonst wohlunterrichteten Kreisen das allerdings noch nicht verbürgte Gerücht, ein neuer erzbischöflicher Erlaß habe den frühern widerrufen und anbefohlen, daß in Bezug auf Begräbnißangelegenheiten einstweilen Alles noch beim seitherigen „Usus“ belassen bleiben möge.

Straßburg, 2. Mai. Se. k. k. Hoh. der Erzherzog Ferdinand Max v. Oesterreich ist so eben unter Kanonendonner und Glockengeläute hier eingetroffen. Ehrerbietigst großartigster Empfang. Die ganze Garnison unter Waffen. (T. D. d. A. Z.)

Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog Ferdinand Max von Oesterreich wurde an der französischen Gränze im Namen des Kaisers Napoleon von dessen Ordonnanzoffizier, dem Herzog von Tarent, und vom Kammerherrn Grafen v. Cador, dem Präfekten des Departement, dem Maire von Straßburg und den kommandirenden Generalen begrüßt. Der Einzug erfolgte um 7$\frac{1}{2}$ Uhr und war in jeder Beziehung großartig. Die Straßen waren beflaggt, und an den öffentlichen Gebäuden, sowie auf der Spitze des Münsters wehten unter den franz. auch österr. Fahnen. Das Militär bildete Spalier vom Austerlitzer Thor bis in die Brandgasse. Den ganzen Abend wogte die Volksmenge durch die Straßen. Man bewunderte die herrliche Beleuchtung des Stadthauses und die bengalischen Feuer, in welchen das Münster erglänzte. Morgen wird der Prinz den Dom und die öffentlichen Anstalten besuchen, einem Brückenschlag beiwohnen und die Behörden empfangen. Es sind sehr viele Fremde hier und namentlich viele Gäste von Auszeichnung aus Paris hier angekommen. (Deutschl.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 136. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 18 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 17. Mai 1856

II Zur Papiergeldfrage.

(Eingesandt.) Zum Baue der Ostbahnen bedürfen wir einiger Millionen, und fast zweihundert Millionen sind gezeichnet! —

So erfreulich diese Erscheinung jedem wahren Bayern ist, weil sie den Nationalwohlstand Bayerns klar in's Licht stellt, so sehr beweist sie aber auch die schon oft behauptete Angabe, daß in Bayern sich die Bevölkerung immer mehr und mehr in zwei Klassen zu theilen strebt, in eine reiche und eine arme, und damit das Verschwinden des seither so glücklichen bayerischen Mittelstandes zu erwarten steht.

Wenn wegen Geldmangels auf dem Flachlande dessen Bevölkerung, die doch eigentlich die Arbeitsbienenklasse im wohlgeordneten Staate ist, durch die Großhändler und Kapitalisten der großen Städte ausgebeutet wird, wie dieses im letzten Artikel von der fränkischen Saale sattsam nachgewiesen erscheint, so ist es auch nicht zum Verwundern, daß die Großstädter Hunderte von Millionen baares Geld besitzen, während dagegen einzelne Sportelrendanten des Flachlandes mit Tausenden im Rückstande bleiben, weil die Erhebung derselben zu schwierig ist.

Das Geld ist im Staate, was das Oel einer guten Maschine ist; sey letztere auch noch so exakt konstruirt und habe sie die beste Triebkraft, ohne Oel geht sie langsam und immer langsamer, bis sie zuletzt gar stille steht! — Und so ist es im Volksleben, wo das nöthige Austauschmittel fehlt! — Die Geschäfte stocken und die Produktionskraft erlahmt.

Man hat gesagt: „Wo Papiergeld ausgegeben wird, muß auch Baarfonds zu Grunde liegen", und das mit Recht, denn ohne Metall-Substrat ist das Papiergeld nur Chimäre; aber wir haben ja in Bayern Mittel und Wege genug, solchen Baarfonds zu beschaffen. Ein recht schöner Weg ist in Nr. 91 dieses Blattes angegeben; ein zweiter wäre die Angabe, die älteren verzinslichen Staatsobligationen mit Papiergeld auszuzahlen, und die budgetmäßige Dotation hiefür in baarem Gelde im Staatsschatze zu hinterlegen; ein dritter Weg, und das wäre der leichteste, ist der, daß man auf Staatskosten Eisenbahnen baut, mit Papiergeld ausbezahlt und die einstigen Erträgnisse im Staatsschatze so lange sammelt, bis sämmtliches ausgegebene Papiergeld adäquat erreicht ist. Man wende nicht ein, daß auf diese Weise ebenso viel Geld der Zirkulation entginge, als dafür geschaffen werden sollte; denn es ist ein großer Unterschied zwischen Papiergeld und Metallgeld hinsichtlich der Haltbarkeit unter den Nationen. Das Metall ist jeder ausländischen Bank genehm, und wir wissen wohl aus früheren Jahren, daß unsere schönen Zweiguldenstücke in die Keller der Pariser Bank wandern mußten, von wo sie schwerlich wieder zu uns zurückkehren; so dürfen wir also auch dem Rechte der Gegenseitigkeit gemäß französische Thaler in unserem bayerischen Staatsschatze niederlegen, und dafür bayerische Guldenscheine auf um so längere Dauer in unseren Händen behalten.

Wenn wir so durch Eisenbahnbauten in jedem Kreise eine Million in Guldenscheinen à 1, 3½, 7 und 10 Gulden erhielten — und Eisenbahnen werden fast in jedem Kreise gebaut, und wo dieses nicht der Fall, kann man ja durch Besoldungen-Auszahlung in Papiergeld dessen Kreislauf leicht reguliren — dann können wir in kurzer Zeit einen Aufschwung der Geschäfte im Kleinhandel wie in den Gewerben und im Bauernstande erleben, daß unsere Nachbarländer mit neidischem Auge auf Bayerns Wohlstand blicken müssen; und wir Bayern haben dann nicht mehr nöthig, nach fremdem Papiergelde zu geizen, und uns zum Danke dafür noch aushöhnen zu lassen.

Deutscher Bund.

Die Ratifikation des zwischen Preußen Namens des Zollvereins und der freien Stadt Bremen geschlossenen Vertrags soll mancherlei Hindernissen begegnen. Unter Anderm soll Bayern Bedenken haben zu ratifiziren, weil ihm die im Vertrage für Hannover stipulirte Vortheile Anstand erwecken.

Oesterreich. Die k. k. österreichische Donaudampfschifffahrtsgesellschaft hat beschlossen, ihre Fahrten bis nach Odessa auszudehnen.

Wien, 12. Mai. Se. Maj. der Kaiser hat die bei dem Baue des neuen Artillerie-Arsenals vor der Belvedere-Linie betheiligten Architekten und Baumeister durch Ordensverleihungen ausgezeichnet. Früher waren in ähnlichen Fällen nur allerhöchste Belobungen oder Verleihungen von Verdienst-Medaillen üblich. (K. Z.)

Schweden und Norwegen.

Verschiedene norwegische Handwerker haben, auf Verfügung des Stortbings, Stipendien vom Staate erhalten, zur Vornahme von Reisen ins Ausland, um sich jeder in seinem besondern Fache zu vervollkommnen. Unter diesen befinden sich Handwerker aller Art, wie Maler, Tischler, Büchsenschmiede, Färber, Mechaniker u. s. w. Der Betrag der Stipendien variirt zwischen 75 und 150 Speziesthaler. (N. Z.)

Frankreich.

Aus Paris, 12. Mai, wird der „D. Allg. Z." geschrieben: „Aus dem Memorandum des sardinischen Ministers geht hervor, daß Graf Cavour mit vieler Geschicklichkeit die in dem bekannten Briefe des Kaisers an den damaligen Oberst Ney ausgesprochenen Grundsätze zum Thema seiner Abhandlung und Vorschläge machte: die Säkularisirung der Legationen und den Code Napoleon. Graf Cavour hat diplomatisch genug seine Forderungen selbst in Beziehung auf den Code Napoleon bloß auf die Legationen beschränkt und ist also nicht einmal so weit gegangen, als der ehemalige Prinz-Präsident in dem erwähnten Briefe. Die Hinweisung auf die Napoleon'sche Herrschaft in Italien und auf die Erinnerungen, die sich von dieser im Herzen des italienischen Volks erhalten haben, sind ebenfalls sehr geschickt angebracht, und man begreift nach Durchlesung dieses Dokuments Alles, was von der Gunst des Kaisers für Graf Cavour gesagt wurde. Dieses Memorandum muß auch in der Ueberzeugung stärken, daß der Kaiser sein Versprechen halten und in seinen Bestrebungen nach Reformen in Italien fortfahren werde. Der Wiener Korrespondent des „Constitutionel" bestätigt in seinem neuesten Schreiben, was wir von der Bemühung Oesterreichs gesagt haben, Englands Einfluß zu beseitigen und Sardien zuvorzukommen. Er kündigt nämlich die Absendung eines Memoire des österreich. Hofes an den päpstlichen Stuhl an, und nimmt aus diesem Umstande wie aus dem Separatvertrage der Westmächte mit Oesterreich zur Sicherung der Integrität des osmanischen Reichs Anlaß, die völlige Uebereinstimmung zwischen Frankreich und Oesterreich auch in Beziehung auf die italienische Frage, oder was so genannt wird, nachzuweisen. Die Zukunft wird lehren, ob der Korrespondent wohl unterrichtet gewesen. Vorläufig erhellt aus Allem, was geschieht, bloß das Bestreben Oesterreichs, in Frankreichs Freundschaft Ersatz für den Verlust der russischen zu finden. Der Besuch des Erzherzogs Max gehört auch hierher. Der Kaiser wird den Bruder Franz Joseph's mit großer Auszeichnung empfangen und hat den Herzog v. Tarent, seinen Kammerherrn, und den Marquis de Cadore, seinen Ordonnanzoffizier, zu diensthabenden Offizieren beim Erzherzog Ferdinand Max ernannt."

Paris, 13. Mai. Bereits sind Maler, Bildhauer und Dekorateure im Innern der Notre-Dame-Kirche, so wie außen, in vollster Thätigkeit, um dieselbe für die Tauffeierlichkeit auszustatten. Die Gurtgräte der Gewölbe werden weiß, blau, grün, orange mit goldenen Leisten staffirt, die Gewölbeschilder blau, mit goldenen Sternen besäet. Die Säulen werden mit Sammtstoffen ausgeschlagen. Der Hochaltar muß einem reichen Bau im Style der Kirche weichen; nicht minder

reich wird die Dekoration der Façade seyn. Nach der Touloner „Sentinelle" hat ein kaiserliches Dekret verfügt, daß die Linie der Befestigungsbauten des Hafens von Toulon nach der Seite von Castigneau hin bis zum Fort Malbousquet ausgedehnt werde, wodurch der Marine ein ungeheurer Raum für ihre Etablissements verschafft wird. Die Kosten der vorzunehmenden Bauten sind auf 25 Mill. Fr. veranschlagt. (K. Z.)

Paris, 13. Mai. Gestern hat man in einem neuen für den Dienst des Kaisers bestimmten Wagenzug eine Probefahrt auf der Eisenbahn von Paris nach Tours gemacht. Dieser Zug besteht aus fünf Waggons, die mittelst einer Gallerie in Verbindung stehen, so daß man sich aus einem Waggon in den andern begeben kann. Es ist ein vollständiges Appartement, mit Vorzimmer Salon Schlafzimmer und einem Salon für das Gefolge und die übrige Bedienung. Auf der Orleans-Bahn hat man Versuche mit einem Waggon gemacht, indem sich 8 Betten befinden. Ein Bett wird nur doppelt so viel kosten, als ein gewöhnlicher Sitz. (K. Z.)

* Paris. Die Arbeiten, um den Louvre und die Zugänge zur Kirche St. Germain-l'Auxerrois freizustellen, werden eifrigst betrieben, so daß diese große Operation bald zu Ende geführt seyn wird. Alle Häuser, welche der Colonnade des Louvre gegenüberstehen, von der Rue Rivoli an bis zum Quai de l'Ecole sind im Niederreißen begriffen; jene in den Straßen Fossés-St.-Germain-l'Auxerrois, Prêtres, Chilpéric, und Jean-Tison, sind bereits verschwunden.

* Die Armee von Lyon, welche gegenwärtig aus den zwei Divisionen Pélissä und Lafontaine besteht, soll dem „Courrier de Lyon" zufolge, um eine Division vermehrt werden.

Es ist nicht zu verkennen, daß von der französischen Regierung auf die freie Meinungsäußerung in fremden Ländern ein ausnehmend hoher Werth gelegt wird. Um gerecht zu seyn, darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Regierung schon zu jener Zeit, in welcher sie für den von ihr aufgenommenen Kampf für die „Zivilisation" noch dieses Beistandes zu bedürfen glaubte, eine nicht geringe Empfindlichkeit zeigte, wenn derselbe nicht ganz in der verlangten Weise geleistet wurde. Schon damals erfreute sich Belgien einer besonderen Beachtung in dieser Beziehung. Ich erinnere an den seltsamen Prozeß, den der französische Gesandte der bekannten in Brüssel erschienenen Flugschrift über den Krieg im Orient zu machen suchte, welche trotz der stark ausgesprochenen antirussischen Tendenz doch die Fehler des Krimfeldzuges mit Schärfe zu geißeln sich erdreistete. Erst nachdem dieser Prozeß sich zum großen Mißvergnügen der Regierung, welchem der „Moniteur" einen nicht sehr geschickten Ausdruck lieh, als unthunlich erwiesen hatte, betrat das offizielle Organ den Weg einer angemessenern Widerlegung durch jene berühmten strategischen Artikel, in denen Europa Unterricht über die Anfangsgründe der Belagerungskunst erhielt. Uebrigens war denn doch so viel erreicht worden, daß eine spätere Fortsetzung jener Flugschrift nicht mehr in Brüssel, sondern in der Schweiz erschien. Auch die englische Presse, obwohl sie die Verhältnisse der verbündeten Nation mit einer bewundernswerthen Diskretion behandelte, konnte nicht immer vermeiden, diese so reizbare Empfindlichkeit herauszufordern; erst vor Kurzem erhielt bekanntlich die „Times" eine scharfe Zurechtweisung wegen der nur allzu beglaubigten Wahrheiten, die sie über die traurigen Zustände in der französischen Armee des Orients veröffentlichte. Faßt man diese Präcedentien ins Auge, so erscheint es weniger seltsam, daß Graf Walewski auf dem Kongresse die Beschützung Frankreichs gegen die Angriffe der ausländischen Presse unter den europäischen Interessen von erstem Range aufzählte, mit denen sich zunächst die großen Mächte zu beschäftigen haben würden. Auf die weiteren Ausführungen der Pariser offiziösen Blätter der belgischen Abwehr gegenüber will ich zunächst nicht eingehen, es ist in dem Style dieser Federn, namentlich im „Pays," etwas Prätorianisches, das von dem Imperialismus nicht wohl zu trennen ist, ein gewisser polizeilicher Kothurn, welchen man anderwärts schwerlich mit Glück nachahmen würde. Zuletzt kommt es darauf hinaus, daß, nachdem Frankreich sich als der wahre Hort der Zivilisation erwiesen, es ungefähr an die Stelle zu treten hat, die früher das „heilige" Rußland eingenommen, so daß durch ganz Europa nur noch diejenige Presse eine „gute" ist, die diese providentielle Sendung in allen Akten der französischen Regierung verwirklicht sieht und lobpreisend ihren Ruhm verkündet, während jedes Organ, das sich auf diesen Ton nicht zu stimmen vermag, über sich selbst als Feind der Zivilisation den Stab bricht. — Man würde übrigens nach meiner Ansicht dem Grafen Walewski sehr Unrecht thun, wenn man seine Rede nur für eine nicht reiflich erwogene Improvisation nähme. Man hat im Gegentheile auf den Eifer und die Beharrlichkeit zu rechnen, welche die Regierung in der Schöpfung einer von ihren Eingebungen geleiteten und durch ihre diplomatischen Organe beaufsichtigten europäischen Preßpolizei entwickeln wird, und die Möglichkeit eines partiellen Erfolges liegt zunächst keineswegs fern; es handelt sich nur um die entfernteren Folgen solcher Uebergriffe in die Selbständigkeit fremder Staaten, die denn doch, wenn man aus den letzten Erfahrungen Rußlands schließen darf, am Ende zuweilen einen Rückschlag herausfordern. (N. Z.)

Spanien.

Das „Diario" von Barcellona meldet, daß der französische politische Flüchtling Barbes auf Befehl der spanischen Behörden dort verhaftet worden und an Bord der Kriegsfregatte „Stadt Bilbao" nach dem südlichen Spanien gebracht werden soll, wo ihm Sevilla zum Aufenthaltsort angewiesen ist.

Italien.

Der sardinische Senat beschäftigte sich am 10. Mai ebenfalls mit den Ergebnissen des Pariser Kongresses. Auf Azeglio's Antrag wurde ein Dank für die Kämpfer in der Krim und folgende Tagesordnung, beides einstimmig, angenommen: „Der Senat, überzeugt von den glücklichen Folgen, die der Vertrag von Paris für die allgemeine Civilisation, wie für Wiederherstellung der wahren Grundlagen von Ordnung und Ruhe in der italienischen Halbinsel nach sich ziehen kann, und voll Anerkennung für die Wirksamkeit der Politik der Regierung und der Haltung der Kongreßbevollmächtigten bei diesen Resultaten, spricht seine volle Zustimmung aus." D'Azeglio sprach sich in seiner Rede zu Begründung seines Antrags gegen die vorgeschlagene Abscheidung der Legationen von den übrigen Theilen des Kirchenstaates aus; es wäre nicht recht, die Wohlthat der vorgeschlagenen Reformen dem übrigen Theile desselben entziehen zu wollen. Lasse man der Entwickelung ihren Lauf, es sey viel gewonnen, daß Europa, was es bisher noch nicht gethan, anerkannt habe, daß Italien ungerecht dulde. Der Ministerpräsident Cavour sprach unter Anderm Folgendes: „Angesichts der wenig versöhnlichen Haltung Oesterreichs bestand nur die Wahl zwischen zwei Dingen: entweder mußten wir unser System wechseln, zum Rückzug blasen, im Frieden mit den andern Staaten der Halbinsel bleiben und uns ihnen anpassen, aber ich erkläre, daß ich solchen Rath nicht zu ertheilen vermocht hätte, und daß meine Worte nicht gehört worden wären; oder aber wir mußten vor das Land treten, die Thatsachen, wie sie vorliegen, offen auseinandersetzen ohne Anmaßung und Uebertreibung, aber entschlossen und fest. Ich denke wie Azeglio, daß man den Trieb der Zeit nicht stören, nichts überstürzen soll. Oesterreich stellte den Satz auf, daß jede verlangte Intervention eben damit eine legitime sey; wir halten am Gegentheil fest. England hat sich für unsere Anschauung ausgesprochen, Frankreich ohne Eingehen auf die Prinzipienfrage erklärt, daß im vorliegenden Falle das Aufhören der Intervention am Platze sey." (Schw. M.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 6. Mai. Die russische orthodoxe Geistlichkeit ist durch einen jüngst erlassenen Ukas noch mehr als durch die plötzliche friedliche Gestaltung der Dinge überrascht worden. Bekanntlich müssen Kinder aus gemischten Ehen nach dem Staatsgrundgesetze im orthodox-griechischen Glauben erzogen werden. Jetzt ist der erste Fall unter der Regierung Kaiser Alexander's II. vorgekommen (unter der vorigen Regierung ist es niemals geschehen), daß einem lutherischen Geistlichen in Kurland der sich mit einer der Staatskirche angehörenden Russin verheirathet hat, gestattet wurde, seine aus dieser Ehe entsprossenen Kinder im lutherischen Glauben zu erziehen. Diese Ausnahme, wiewohl nur für den einen speziellen Fall geltend, hat unter der Geistlichkeit die Besorgniß erweckt, dieselbe könnte möglicher Weise der Vorläufer weitergehender, zur Gleichberechtigung der Bekenntnisse führender Aenderungen seyn. (K. Z.)

Amerika.

Auf der Landenge von Panama sind Reisende, welche nach Kalifornien gehen wollten, von Indianern angegriffen und 20 von ihnen getödtet worden. Den Anlaß zu der Metzelei hatte ein Streit zwischen einem Eingeborenen und einem Reisenden wegen Bezahlung einer Wassermelone gegeben.

In Mexiko hat General Comonforth, der jetzt dort das Heft in Händen hat, die Kirchengüter mit Beschlag belegt, obwohl ihm die Geistlichkeit 1,500,000 fl. geboten hatte, wenn er davon abstehen wollte.

In den Territorien Oregon und Washington dauert der Krieg der Indianer gegen die Weißen fort. In einem kleinen Fort waren 96 Männer, 7 Frauen, 12 Kinder eingeschlossen, hatten nur noch auf 6 Tage Lebensmittel und alle Entsatzversuche waren bei Abgang der letzten Nachrichten vergebens gewesen. Es befinden sich in jenen Gebieten alles in allem nur etwa 600 Mann reguläres Militär der Vereinigten Staaten

und diese genügen nicht, um den Indianern, welche jetzt fast Herren des ganzen Landes sind, die Spitze zu bieten.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 12. Mai. Wir haben hier abermals einen interessanten Prozeß wegen Mißbrauchs der **Leipziger Meßcontirung** gehabt. Der Kaufmann Pignol (Firma Gebje und Comp.) war nämlich angeklagt, von 1849—53 durch fortlaufende Benutzung der Meßconten der Zollvereinskasse den tarifmäßigen Eingangszoll um seines Vortheils willen entzogen zu haben. Nach thatsächlicher Feststellung der Sache wurde der Angeklagte vom hiesigen Stadtgericht der Theilnahme an wiederholten Zolldefraudationen schuldig erkannt und zur Zahlung theils des sechsfachen, theils des vierfachen Betrags des defraudirten Zolls, im Gesammtstrafbetrage von 13,611 Thlrn., oder zu neun Monaten Gefängniß, und außerdem auch noch zur Zahlung des Konfiskationswerths der nicht mehr vorhandenen Waaren im Betrage von 2813 Thlr. verurtheilt. Gegen dieses Urtel wurde Appell eingelegt, doch wurde damit nicht viel erreicht, da auch das jetzt erfolgte Urtel des Kammergerichts nicht viel günstiger lautet. Der Strafbetrag beläuft sich nämlich jetzt auf 12,821 Thlr., oder acht Monate Gefängniß, und außerdem bestimmt das Urtel noch, daß der Angeklagte mit den Leipziger Theilnehmern der Defraudation für den zu ermittelnden Konfiskationswerth der defraudirten Waaren solidarisch zu haften habe. (D. A. Z.)

Es ist schon wieder ein **Perpetuum mobile** mobil geworden. Ein ungarisches Blatt enthält Folgendes: „Bisher hat man ein solches für unmöglich gehalten, aber dieser Tage haben wir es in der Zeichnung gesehen, und wir sind der Meinung, daß es ausführbar sey, weil die Erfindung auf praktischer Wahrheit beruht. Die bewegende Kraft ist Wasser, aber nicht ein Bach oder ein Fluß, sondern nur einige Eimer Wasser, die in den obern oder untern Wasserbehälter gegossen werden. Demzufolge kann diese Maschine überall aufgestellt werden, auf Bergen, in Thälern, auf dem Acker, im Hause, auf dem Dachboden. Die Maschine besteht aus zwei Röhren, die, weil sie sich nicht reiben, aus Holz seyn können, und auch so von Dauer sind. Mit dieser Maschine ist nicht die geringste Gefahr verbunden, ein Kind kann sie leiten. Von ihrer Beschaffenheit so viel: eine gewisse Quantität Wasser, die in den obern Behälter gegossen wird, fällt auf ein Kreiselrad und treibt es, dieses setzt im Umkehren die damit verbundene Mühle oder was sonst bewegt werden soll, in Bewegung; nebenbei wird durch das Rad aber auch eine Saugröhre bewegt. Von dem Rade fällt das Wasser in den untern Behälter, von wo es durch die Saugröhre wieder in den obern Behälter gehoben wird. Demzufolge bewegt sich diese Maschine so lange, bis das Wasser verdampft; dieses kann aber ersetzt werden, indem man in den obern Behälter, je nach der Größe der Maschine, mehr oder weniger Wasser gießt. Die Zukunft dieser Erfindung ist unabsehbar, wenn sie glücklich ausgeführt wird; denn sie würde die Bewässerung der Wiesen und Felder im größten Maßstabe möglich machen. Der Erfinder ist Paul Toth, ein Schreiber des ungarischen Landwirthschaftsvereins."

* Die amerikanischen Journale entnehmen dem „St. Paul Pioneer" folgenden Vorfall: „Gegen Ende des Monats Februar verließ Dr. F. N. Ripley in Begleitung des Hrn. Mac Chelland, Gleucoe, um eine Straße bis zur neuen Stadt Forestville abzustecken. Sie verloren sich in den Prairien und irrten bis Ende März darin umher, wo sie endlich den See Round, 5 Meilen von der Stadt, nach welcher sie wollten, erreichten. Hier setzte sich der Doktor erschöpft nieder und war trotz aller Bemühungen seines Gefährten, ihn zum Weitergehen zu bewegen, nicht mehr dazu zu bringen — und starb. Herrn Mac Chelland gelang es, eine verlassene Hütte zu Forestville zu erreichen, wo er .0 Tage lang blieb, bis zur Ankunft der Feldmesser, welche ihm und dem Doktor nachkommen sollten, grauenhaften Hunger erduldend. Diese brachten ihn nach Shakonee; seine Füße waren dermaßen erfroren, daß man sie oberhalb der Knöchel abnehmen mußte. Die Leiche des Doktors fand man, von den Wölfen halb aufgefressen."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 16. Mai. Die Börse war heute in günstiger Stimmung. Oesterr., mitteldeutsche und Leipziger Kredit-Aktien wurden in Posten zu höheren Kursen umgesetzt, während Ostbahn billiger abgegeben wurde. — Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 798—800. Theiß-Bahn 108 1/2—108 3/4. Bayerische Ostbahn 109—108 3/4. Elisabeth-Bahn 115—114 3/4.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1308 P. 1303 G. Neue Bankaktien 438 P. 431 G. Credit-Actien à 5pCt. 238 P. 236 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83 3/4 P. 83 1/2 G. 5pCt. Lombard-Ven. 92 P. 91 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 82 1/2 P. 82 1/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. 88 1/2 G.; à 4 1/2pCt. 73 5/8 P. 73 3/8 G.; à 4pCt. 65 1/2 P. 65 G.; à 3pCt. 50 P. 49 1/2 G.; à 1pCt. 16 1/4 P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 121 1/2 P. 128 1/2 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 1/4 P. 106 3/4 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 315 P. 313 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 112 1/2 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3 1/2pCt. 88 1/4 P. 87 3/4 G.; 4pCt. 94 5/8 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 5/8 P. 94 1/8 G.; 4 1/2pCt. 101 P. 100 1/2 G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155 1/2 P. 155 G. Neustadt-Weissenb. 117 1/4 P. 116 3/4 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 1/2 P. 118 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 89 1/2 P. 89 G.; 4 1/2pCt. — P. 102 1/2 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 1/2 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82 1/2 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41 3/8 P. 41 1/8 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64 P. 63 1/2 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2pCt. 92 1/2 P. 92 G.; à 4pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 4 1/2pC. 102 1/2 P. 102 G.; Loose à fl. 50 112 5/8 P. 112 3/8 G.; à fl. 25 33 5/8 P. 33 3/8 G.; Darmstädter Bankaktien alte 372 P. 370 G.; junge 318 1/2 P. 316 1/2 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 108 1/2 P. 108 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 89 7/8 P. 89 3/8 G., Loose à fl. 25 31 5/8 P. 31 3/8 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 1/2 P. 85 G.; à 3 1/2pCt. 93 P. 92 1/2 G.; Bankaktien 121 P. 120 1/2 G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 81 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 86 3/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 3/8 P. 40 1/8 G.; 1pCt. neue 25 3/16 P. 25 1/16 G. **Holland.** Integrale 63 P. 62 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/4 P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119 1/2 P. 119 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G	Mail. i.S.Lr. 250 k.S 101 3/8 P 101 1/8 G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Paris Frs. 200 k.S 94 P. 93 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 94 P. 93 3/4 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 97 1/4 P. 97 G.	Wien fl. 100 C. k S. 117 1/2 P. 117 1/4 G.
Hamb. MB. 100 k.S 88 7/8 P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 P. 104 3/4 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 15. Mai. Bayer. 3½ pCt. Oblig. 87 G.; 4pCt. 93¾ P.; 4½ pCt 100 G.; 5pCt. letzte Emission 102¾ P.; 5pCt. dritte Emission 101 P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94⅞ P.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — P., 782 G.

Neueste Nachrichten.

München, 15. Mai. Man vernimmt, daß das Projekt der Errichtung eines dritten sogenannten Volkstheaters abschlägig beschieden worden ist. (M. B.)

** **München**, den 15. Mai. (Privat-Korrespondenz.) **69. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die kgl. Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten, Dr. Aschenbrenner und Dr. Ringelmann.

Es wird die Vollendung der Ausschuß-Vorträge über den Gesetzentwurf, „die vollziehbaren Urkunden betr.", und über die Anträge in Betreff der Abänderung des Ansässigmachungsgesetzes angezeigt, worauf die 2. Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf, „**die Kapitalrentensteuer** betr.", zur Berathung kömmt.*)

Referent Abg. **Münch** verlas den Ausschußantrag, dem er selbst aber nicht beistimmt, sich vielmehr dem Vermittlungs-

---

*) Dem Vermittlungsvorschlage der Kammer der Reichsräthe in Betreff des **Kapitalrentensteuergesetzes**, dahin gehend, daß die Fundationskapitalien der geistlichen Pfründen, sofern das jährliche Gesammteinkommen der Pfründe den Betrag von 1000 fl. nicht übersteigt, von dieser Steuer frei seyn sollen, ist bekanntlich der 2. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten nicht beigetreten. Um aber einen Gesammtbeschluß zu erzielen, wurde folgender Antrag des Prof. Dr. **Edel** angenommen: „Von der Kapitalrentensteuer sind frei: die zum Stammvermögen einer geistlichen Pfründe gehörigen Kapitalien, soweit der Pfründebesitzer den Rentenertrag erweislich verwenden muß a) für Einrichtung ständiger, auf besonderen Rechtstiteln beruhender Passivreichnisse in Geld oder Naturalien an den Staat oder andere Berechtigte, b) für Besoldung und Verpflegung jener Hülfspriester, zu deren Unterhaltung derselbe fassionsmäßig verpflichtet ist. Haften solche Lasten theils auf dem Kapitalvermögen, theils auf anderem rentirenden Stammvermögen, so findet die Befreiung von der Kapitalrentensteuer nur pro rata statt. Lasten, welche auf den Grund vorstehender Bestimmung bei Berechnung der Kapitalrentensteuer in Ansatz gebracht worden sind, dürfen, so weit dies geschehen, bei Berechnung des einkommensteuerpflichtigen Einkommens nicht nochmals berechnet werden."

vorschlag der 1. Kammer anschließt, weil hiedurch nur den gering dotirten Pfarreien eine Begünstigung zugebe, während nach dem jetzigen Ausschuß-Antrage die Begünstigung vorzüglich den reicher dotirten Pfarreien zu Gute kommen würde.

Abg. Nebenak vertheidigt dann den Ausschußantrag, der zu einer Verständigung zwischen beiden Kammern führen würde.

Der kgl. Regierungs-Kommissär Hr. Pfretzschner erörterte dann den von der Regierung ausgegangenen, von der 1. Kammer angenommenen Vermittelungsvorschlag und erklärte, daß, wenn die Kammer demselben nicht beistimme, die Staatsregierung auch dem neuen Vorschlage des Ausschusses beistimmen werde; Redner bittet die Kammer, jedenfalls Verständigung zu erzielen.

Abg. Dr. Edel motivirt hierauf den von ihm ausgegangenen Vorschlag des Ausschusses, indem er zeigt, daß derselbe nur eine Folgerung aus dem sey, was im Art. 3 beschlossen wurde, da der Abzug der Passivzinsen von den zu besteuernden Kapitalrenten gestattet sey, Passivzinsen und Passivreichnisse stünden aber ganz gleich.

Abg. Lang will, daß im Ausschußantrage Abs. 6 vor dem Worte „Unterhaltung“ das Wort „dauernde“ eingeschaltet und das Wort „fassionsmäßig“ gestrichen werde, weil außerdem die protestantischen Geistlichen von der Begünstigung, welche der Vorschlag des Ausschusses gewähre, ausgeschlossen seyn würden.

Fürst Wallerstein erklärt sich aus dem von Abg. Edel erörterten Grund für den Antrag des Ausschusses ohne die Modifikation des Abg. Lang.

Abg. Dr. Ruland erwiderte auf eine Aeußerung Wallersteins: da man nicht auf Rechtsgründe eingegangen sey, würde dem Klerus der Antrag des Ausschusses so gleichgültig seyn, wie der Beschluß der 1. Kammer; zufrieden könne der Klerus hiemit nicht seyn.

Abg. v. Closen für den Antrag des Ausschusses, Abg. Appell.-Rath Sedlmaier glaubt, daß der Antrag des Ausschusses und der Beschluß der 1. Kammer miteinander angenommen werden könnten, da Gründe der Billigkeit es wünschen ließen. Abg. Dr. Zarbl tritt den Anträgen des Ausschusses nicht entgegen, hält aber jenen der 1. Kammer für besser, weil er einer größern Anzahl Pfründebesitzer Erleichterungen gewährt. Redner verwahrt sich dagegen, daß man das Zustimmen des Klerus zu den Anträgen als ein Aufgeben des von ihm vertheidigten Prinzips deute, denn es sey dies nicht der Fall.

Nachdem dann noch der kgl. Ministerpräsident und hierauf der kgl. Staatsminister der Finanzen in Kürze gesprochen hatten, wurde dem Antrage des Ausschusses mit dem Antrage Lang's beigestimmt.

Die Kammer schritt dann wieder zur Berathung des Einnahmebudget und erledigte in der Vormittagssitzung, die bis gegen 2 Uhr dauerte, noch folgende Positionen: Taxen nach Antrag des Ausschusses von 3,450,000 fl. auf 3,740,000 fl. und Stempelgefälle von 1,100,000 fl. auf 1,120,000 fl. erhöht, dann Aufschlagsgefälle mit 5,700,000 fl. Ein Antrag Doppelhammers auf Vertagung der Berathung über die Aufschlagsgefälle bis nach Erledigung des Antrags auf Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz, wurde nach kurzer Debatte verworfen. Die Fortsetzung der Budgetdebatte wurde dann auf Abends 5 Uhr anberaumt.

⁂ München, 15. Mai. (Privat-Korrespondenz.)

Abendsitzung der Kammer der Abgeordneten.

Es wird die Berathung des Einnahme-Budget fortgesetzt. Bezüglich des Berg- und Hüttenwesens beantragt der Ausschuß: 1) Für die Bergwerke diesseits des Rheins sey weder eine Einnahme, noch eine Ausgabe in's Budget einzustellen; 2) die Kammer wolle erklären, daß sie an den Zusicherungen des Landtagsabschiedes vom 25. Juli 1850 §. 31 festhalte, und sich gegen jeden Zuschuß aus andern Fonds verwahre; 3) das k. Staatsministerium der Finanzen sey zu ermächtigen, einen Theil der Berg- und Hüttenwerke zu verkaufen, und den Verkaufspreis zur Erhöhung des Betriebskapitales und zur Verbesserung der beibehaltenen Werke zu verwenden; 4) von den Bergwerken jenseits des Rheines eine jährliche Einnahme von 180,000 fl. in das Budget der VII. Finanzperiode einzustellen.

In der kurzen Debatte hierüber sprechen sich die Abgg. Nebenak, Schlör, v. Closen für den Antrag des Ausschusses aus, worauf der Vorstand der Generalbergwerks- und Salinen-Administration Staatsrath v. Herrmann, sich in umfassender Weise über den Gegenstand verbreitet und dabei die Hoffnung hegte, daß künftig die Bergwerke sich selbst, ohne besondern Staatszuschuß, erhalten würden, und er nur die Kosten der Generaladministration mit 33,000 fl. aus der Staatskasse beanspruche. Die Kammer stimmte dann den Anträgen ihres Ausschusses bei und genehmigte dann ferner, größten Theils ohne Debatte die Einnahme-Etats aus dem Gesetz- und Regierungs-Blatt mit 13,880 fl., aus dem Lotto mit 1,400,000 fl. statt den beantragten 1,200,000 fl., und aus den übrigen Regalien mit 14,007 fl. Die Kammer gelangte nun zu den Staatsdomänen. Die Forsten, Jagden und Triften sind mit 3,200,000 fl. eingestellt, der Ausschuß beantragt Erhöhung auf 3,500,000 fl.; Oekonomie und Gewerbe 291,605 fl., Grundrenten rc. 4,284,353 fl. und Staatsaktivkapitalzinsen 109,244 fl., die aber in Folge der durch einen jüngsten Kammerbeschluß erfolgten Ueberweisung eines Theiles der Kapitalien an die Eisenbahnbaukasse vom Ausschusse auf 61,244 fl. abgemindert wird. Die Kammer stimmte dem bei.

Als besondere Abgaben sind 24,650 fl. eingestellt, die nicht beanstandet werden. Die „übrigen Einnahmen“ sind: Rente aus der Bank in Nürnberg 60,000 fl., der Ausschuß beantragt Erhöhung auf 85,000 fl. und die Kammer stimmt bei; ebenso Entschädigung von der Krone Oesterreichs 100,000 fl., Aversalsumme der Feuerversicherung 45,000 fl., Steuerbeischlag der Pfalz 100,000 fl. (ein Antrag Doppelhammers, diesen Etat auf 150,000 fl. zu erhöhen, wurde verworfen), Wittwen- und Waisenfonds-Beiträge 58,000 fl.

Abg. Th. Völk beantragt Befreiung der organisirten Pfarreien von diesen Beiträgen, welcher Antrag aber nicht unterstützt wird. Weiter sind noch als Einnahmen postulirt: Erlös aus Mobiliarschaften 2555 fl. und zufällige Einnahmen mit 4074 fl., denen beigestimmt wird, ebenso den 300,000 fl. als Einnahme aus dem Bestand der Vorjahre. Gleichfalls ohne Debatte werden folgende zwei Anträge des Ausschusses angenommen: „1) Die k. Regierung möge bez. der Verrechnung der Steuernachlässe und uneinbringlichen Steuerquoten für den Pfalzkreis die gleiche Behandlung, wie für die übrigen Regierungsbezirke eintreten lassen; 2) die Perlenfischerei und Goldwäscherei möge nicht länger auf Staatsregie fortgeführt werden.“

Ein dritter Antrag des Ausschusses „die Staatsregierung möge Sorge tragen, daß der Wildpark im Spessart nicht ferner auf Staatskosten erhalten werde“, wurde aber abgelehnt, nachdem sich der kgl. Regierungs-Kommissär und Dr. Kirchgeßner dagegen ausgesprochen hatten, womit die Sitzung schloß. Es war bereits 9 Uhr Nachts.

Berlin, 15. Mai. Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter von Rußland ist am 13. von St. Petersburg abgereist. (Deutschland.)

Wien, 15. Mai. Frhr. v. Hübner ist nun offiziell zum k. k. österreichischen Botschafter in Paris ernannt. — Die „Wiener Ztg.“ versichert in einem halbamtlichen Artikel es bestehe keine Uneinigkeit zwischen Staat und Kirche. — Aus Konstantinopel meldet man ein Sinken des Agio. (T.D.d.N.Z.)

Wien, 13 Mai. Die czechische Sprache ist in Folge eines Ministerialerlasses für alle Gymnasien Böhmens und Mährens als obligater Gegenstand bezeichnet worden. (N.Z.)

Brüssel, 14. Mai. Gestern Abends wurde im Theatre Royal die „Stumme von Portici“ gegeben; bei der für Belgien historisch gewordenen Arie: „Amour sacré de la patrie“, welche bekanntlich das Signal des Losbruchs der Revolution von 1830 war, brach das anwesende Publikum in enthusiastischen Beifall aus, und die Arie mußte unter stürmischem Applaus wiederholt gesungen werden. (K.Z.)

Paris, 15. Mai. Durch Dekret vom 13. d. ist Baron Bourqueney, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Wien, zum Botschafter bei dem Kaiser von Oesterreich ernannt. (Fr. J.)

Petersburg, 8. Mai. Auf Vorstellung des Ministers Norow hat der Kaiser den Studirenden der Medicin, welche aus Antipathie gegen die anatomischen Arbeiten oder aus sonstigen gegründeten Ursachen das Studium der Medizin nicht fortsetzen können, die Erlaubniß ertheilt, sich in eine andere Fakultät inskribiren zu lassen. Bisher war dies nicht gestatttet, sondern der Betreffende mußte in ähnlichem Falle die Universität verlassen. (H. N.)

In Odessa ist kürzlich der russische Generallieutenant Engelhardt gestorben. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 137. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 18. Mai 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Aus der Pfalz, 14. Mai. Se. Maj. der König haben aus dem auf Bayern treffenden Gewinnantheile aus der München-Aachener Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaft für 1855 nachfolgende Unterstützungen allergnädigst zu bewilligen geruht: 1) der Gemeinde Schallodenbach, Ldkssts. Kaiserslautern, zur Herstellung eines Brunnens mit Wasserleitung weiter 240 fl.; 2) den Gemeinden Frankeneck und Neidenfels, Ldkssts. Neustadt a/H., zur Anschaffung von Löschgeräthschaften 60 fl.; 3) der Gemeinde Jakobsweiler, Ldkssts. Kirchheimbolanden, zur Herstellung eines Brunnens 200 fl.; 4) der Gemeinde Seebach, Ldkssts. Neustadt a H., zur Anschaffung einer Feuerspritze 200 fl., sonach im Ganzen für pfälzische Gemeinden, die für diese Geschenke dem königl. Herrn zu erneuertem Danke sich verpflichtet fühlen, die Summe von 700 fl. (Pf. Z.)

* Zum bessern Verständniß der Kammer-Verhandlungen über das Gewerbsteuergesetz stellen wir in Nachfolgendem die Aenderungen und Zusätze, welche die Regierung und der Finanzausschuß der 2. Kammer vorschlagen, zusammen. Den von der Kammer angenommenen Zusatz zu Art. 8 haben wir gestern bereits mitgetheilt. — Zu Art. 13 soll nach dem Vorschlag der Staatsregierung als 3. Absatz beigefügt werden: „Wenn in einem Fabrikationsgeschäfte Personen weiblichen Geschlechtes, oder Knaben unter 14 Jahren ausschließend zu bloßen Fabrikationshilfsarbeiten verwendet werden, so ist den Einsteuerungsbehörden gestattet, für diese Personen ausnahmsweise nur den halben Betrag des für die Gehülfen in dem Tarife bestimmten Klassensatzes in Berechnung zu bringen.“ Der Kammerausschuß glaubt, daß dieser Zusatz abzulehnen sey.

Der Art. 14 lautet: „Handwerker, welche bereits als selbständige Meister mit Gewerbsteuer belegt sind, werden in dem Falle, wenn dieselben ausschließend oder theilweise für größere Unternehmer oder Fabrikanten beschäftigt werden, bei Berechnung der Steueranlage dieser letzteren nicht mehr in Komputation gezogen.“ Diesem soll als zweiter Absatz angefügt werden: „Sofern jedoch ein Fabrikations-Unternehmer ausschließend oder größeren Theils zur Herstellung seiner Erzeugnisse selbständig besteuerte Meister verwendet, so ist derselbe nicht nach der in dem Steuertarif für das betreffende Fabrikunternehmen, sondern nach der dortselbst für den Handel im Großen gegebenen Norm zu besteuern.“

Art. 15, welcher im Gesetz von 1852 kurz also lautet: „Lehrlinge, sowie Ehefrauen, wenn selbe in einem Geschäfte verwendet werden, zählen nicht als Gewerbsgehülfen“, soll folgende Fassung erhalten: „Ehefrauen, wenn selbe in einem Geschäfte verwendet werden, sowie Lehrlinge, welche noch nicht zwei Jahre in der Lehre stehen, zählen nicht als Gewerbsgehülfen. Lehrlinge, welche bereits zwei Jahre in der Lehre gestanden waren, werden: a) in mechanischen Handwerksgeschäften als untergeordnete Arbeiter mit dem Satze der Steuerklasse 1 (Art. 12 Abs. 2); b) in Handelsgeschäften dagegen, dann in Gast- und Schenkwirthschaften mit dem halben Betrage des für einen Geschäftsgehülfen im Tarif bestimmten Steuersatzes, in Berechnung gebracht.“

Art. 18 des Gesetzes von 1852 lautet: „Werden von einer Person mehrere Gewerbe betrieben, so wird für jedes einzelne Gewerbe die betreffende Normal- und Betriebsanlage berechnet und erhoben. Eine Ausnahme von dieser Bestimmung machen jedoch jene Gewerbsunternehmungen, bei welchen das Produkt oder Fabrikat durch Arbeiten hervorgebracht wird, welche in mehrere Gewerbe einschlagen, sowie alle jene Gewerbe, welche in einer so engen natürlichen und technischen Verbindung stehen, daß die Ausübung des einen Gewerbes die Ausübung der übrigen Gewerbe entweder nach der Beschaffenheit des Geschäftes an sich oder nach dem Herkommen von selbst in sich begreift. In diesem Falle wird die Normal- und Betriebsanlage nach dem höchstbesteuerten der einschlägigen Gewerbe bemessen ꝛc.“ Hier soll statt der Worte: nach dem höchstbesteuerten der einschlägigen Gewerbe bemessen“ gesetzt werden: „nach dem Hauptgeschäfte oder im Zweifel nach dem höchstbesteuerten der einschlägigen Gewerbe bemessen.“

Art. 19 lautet: „Ist mit einem Gewerbe, welches nicht schon an und für sich unter die Handelsgewerbe gehört, die Haltung eines offenen Ladens verbunden, so hat der Berechtigte, wenn er das Ladengeschäft auf den Verkauf seiner eigenen Produkte und auf den Ort des Gewerbsbetriebes beschränkt, eine besondere Steuer für die Haltung des Ladens nicht zu entrichten. Dehnt er aber gemäß seiner Befugniß den Ladenverkauf auch auf nicht selbst produzirte, sondern aus anderen Werkstätten oder Fabriken hervorgegangene Verkaufsgegenstände aus, so unterliegt er neben der Steuer seines bezüglichen Gewerbes noch einer besondern Steuer als Händler der geführten Waare In solchem Falle wird je nach der Zahl und der Art der zum Handel beigelegten Waarenartikel der halbe bis ganze Betrag der für das entsprechende Handelsgeschäft bestimmten Steueranlage (und zwar für jeden einzelnen Laden) in Ansatz gebracht ꝛc.“ Hier soll nach dem Vorschlag des Ausschusses statt der Worte: „der halbe bis ganze Betrag“ gesetzt werden: „der Viertels- bis ganze Betrag.“

Art. 21 des Gesetzes lautet: „Abs. 1. Reale und radizirte vom 11. September 1825 verliehenen persönlichen Gewerbskonzessionen sind im Falle ihres Nichtbetriebes, so lange sie nicht gänzlich erloschen sind, als ruhend zu versteuern.“

„Abs. 2. Dergleichen ruhende Gewerbe werden nach Maß der bestehenden Gewerbsverhältnisse mit einem der Klassensätze I—VIII. angelegt.“

Der Ausschuß hat einstimmig beschlossen, der Abs. 2 soll lauten: „Dergleichen ruhende Gewerbe werden nach Maß der bestehenden Gewerbsverhältnisse mit einem der Klassensätze I—VIII und sofern die Normalanlage im Tarife nach Klassensatz I zu geschehen hatte, mit der Hälfte dieses Satzes angelegt.“ Als Abs. 3 soll beigefügt werden: „Bei Gewerben, für welche der Steuertarif keine Normalanlage festsetzt, tritt eine Ruhendversteuerung nicht ein.“

Art 25. lautet: „Sofern in einzelnen Fällen die Rücksicht auf besondere örtliche Verkehrs- und Absatzverhältnisse das Maß der festgesetzten Steuer eines Pflichtigen im Vergleich zu der Steueranlage anderer Gewerbtreibender als eine Ueberbürdung erscheinen läßt, so ist die einschlägige Regierungs-Finanzkammer ermächtigt, auf Antrag des Steuerausschusses die Normal- und Betriebssteuer ausnahmsweise um einen bestimmten Theil, welcher jedoch in keinem Falle ein Viertheil des nach dem gesetzlichen Tarife sich berechnenden Betrages derselben übersteigen darf, von Amtswegen zu ermäßigen.“ — Dieser Artikel soll nun folgende Fassung erhalten: „Zur Ausgleichung der Steueranlage werden den Einsteuerungsbehörden nachstehende ausnahmsweise Befugnisse ertheilt:

a) „Sofern die Rücksicht auf besondere örtliche Verkehrs- oder Absatzverhältnisse das Maß der festgesetzten Steuer eines Pflichtigen im Vergleiche zu der Steueranlage anderer Gewerbetreibender als eine Ueberbürdung erscheinen läßt, so ist die einschlägige Regierungs-Finanzkammer ermächtigt, die Normal- und Betriebsanlage ausnahmsweise um einen bestimmten Theil, welcher jedoch ein Viertheil des nach dem gesetzlichen Tarife sich berechnenden Betrages derselben nicht übersteigen darf, von Amtswegen zu ermäßigen.“—„Diese Ermäßigung darf unter den obigen Voraussetzungen auch einer ganzen Gewerbskategorie an einem bestimmten Orte bewilligt werden.“—„Wenn ein Gewerbtreibender sein Geschäft nur neben dem Betriebe der Landwirthschaft, der Taglohn-Arbeit oder eines sonstigen Berufes, und zwar lediglich persönlich ohne Gehülfen ausübt, so wie in dem Falle, wenn ein Gewerbtreibender, welcher Alters oder Kränklichkeit halber sich bloß mit Stöhr- oder Flickarbeit ohne Ge-

hülfen beschäftigt, so kann die ausnahmsweise Steuerermäßigung bis auf die Hälfte der für das betreffende Gewerbe bestimmten Normalanlage ausgedehnt werden." — „In gleicher Weise ist der Regierungs-Finanzkammer gestattet, denjenigen Gewerbtreibenden, welche sich ausschließlich damit beschäftigen, größeren Unternehmern ihre Handelsartikel auf Lohn oder Bestellung zu fertigen, bedürfenden Falles einer Ermäßigung der Normal- und Betriebsanlage bis zur Hälfte des sich nach dem gesetzlichen Tarife berechnenden Betrages zu gewähren."

b) „Bei Anwendung der im Art. 18 Abs. 2 getroffenen Bestimmung bleibt den Einsteuerungsbehörden vorbehalten, in dem Falle, wenn durch die technische Verbindung eines Nebengewerbes die Rentirlichkeit des Hauptgewerbes im Gegenhalt zu anderen Gewerbsgeschäften gleicher Gattung wesentlich erhöht erscheint, zu der Steuer des Hauptgewerbes noch den Viertel bis ganzen Betrag der von dem Steuertarife festgesetzten Normalanlage beizuschlagen." — „In gleicher Weise sind die Einsteuerungsbehörden bei Bestimmung der Einsteuerung von gemischten Waarengeschäften (Art. 18 Abs. 3) befugt, in dem Falle, wenn die Führung einzelner Nebenartikel die Rentirlichkeit des Geschäftes im Gegenhalte zu anderen Waarengeschäften gleicher oder ähnlicher Gattung wesentlich erhöht, zu der nach dem Hauptgeschäfte, beziehungsweise nach dem hauptsächlichen Handelsgegenstande bemessenen Steuer noch den halben bis ganzen Betrag der im Tarife für den Handel mit den betreffenden Nebenartikeln festgesetzten Normalanlage zuzuschlagen."

c) „Insoferne einer der unter Nr. 343 bis 508 des Steuertarifs vorgebrachten Händler sich nicht auf den Detailverkauf beschränkt, sondern neben dem Detailgeschäfte seine Waaren regelmäßig in bedeutenderen Partien oder an Kaufleute zum weiteren Verkaufe absetzt, sowie in dem Falle, wenn ein Detailhandelsgeschäft in Folge besonderer Umstände so schwunghaft betrieben wird, daß das Ergebniß der nach Vorschrift der obenbezeichneten Tarifnummer bemessenen Steueranlage außer Verhältniß zu der Rentirlichkeit des Geschäftes stehen würde, sind die Einsteuerungsbehörden ermächtigt, das bezügliche Handelsgeschäft ausnahmsweise nach der unter Nr. 336 des Tarifs für den Handel im Großen gegebenen Norm anzulegen."

~~[illegible] einer größeren [illegible] in einem gering bevölkerten Nach-~~trieb sich aber vorherrschend in diese letztere erstreckt, so ist gestattet, das betreffende Gewerbe nicht in die der Bevölkerung Betriebsortes entsprechende, sondern in die nächst höhere Rubrik der Steuerskala einzureihen." (Forts. folgt.)

Preußen. Berlin, 11. Mai. Unser Stadt scheint dieses Jahr recht eigentlich der Schauplatz kirchlicher Versammlungen werden zu wollen. Vom 19. d. Mts. an große Pastoralversammlung; im Herbste die Landessynode; und zwischen beide fällt die Konferenz einer Religionsgesellschaft, über die ich im Stande bin, folgende zuverlässige Mittheilungen zu machen. Am 9. Juni d. Js. und den folgenden Tagen versammelt sich in Berlin eine Konferenz von Baptisten, die als Abgeordnete ihrer Gemeinden in Preußen zusammenkommen. Man wußte bisher nur, daß diese Religionsgesellschaft in England sehr verbreitet ist, und noch weit mehr in Nordamerika, jedoch noch nicht, daß seit ihrer Festsetzung auf dem Kontinent im Jahre 1834, wo die erste Gemeinde in Hamburg entstand, die Zahl ihrer Bekenner auf 5900 Mitglieder in 61 Gemeinden herangewachsen ist, von denen sich 44 in Deutschland (2 in Württemberg), 2 in der Schweiz, 8 in Dänemark, 7 in Schweden befinden. Wie diese Sekte lange verrufen war und zum Theil mit den Wiedertäufern in der Reformationszeit auf eine Linie gestellt wurde, so ist man jetzt noch nicht frei von Vorurtheilen gegen dieselbe. Allein sie verdienen den Namen von Protestanten im vollsten Sinne des Wortes; halten sich in Lehre, Kultus und Verfassung genau an die Bibel, und taufen deßhalb eben nur Erwachsene, da nur solche zuvor das Bekenntniß ihres Glaubens ablegen können. In der Glaubenslehre stehen sie übrigens weit mehr auf dem Boden Calvins als Luthers, wie denn auch ihre Verfassung der der reformirten Kirche sehr nahe steht, nur mit dem Unterschiede, daß sie jede Abhängigkeit, sey es vom Staate oder auch nur von einer kirchlichen Centralbehörde schlechtweg verwerfen. Die Freiheit der Gemeinde ist das Ideal ihrer kirchlichen Freiheit, mit der sie eine strenge Kirchenzucht zu verbinden wissen. Um aber einen gewissen Zusammenhang unter einander zu haben, gruppiren sie sich selbst in gewisse Vereinigungspunkte, deren es auf dem Kontinent vier gibt, 1) Hamburg für das nördliche, 2) Einbeck in Hannover für das mittlere und südliche Deutschland, 3) Berlin für Preußen, und 4) Kopenhagen für Dänemark und Schweden. In jedem dieser Punkte werden Provinzialkonferenzen gehalten; außerdem alle drei Jahre eine Generalversammlung. Diejenige, die im Jahre 1849 zu Hamburg statt hatte, ist unter allen bisher die wichtigste gewesen, weil dort auf dem Wege freier Berathung ein Generalstatut entworfen wurde, das von allen Gemeinden angenommen ist, und die Protokolle die einzig glaubhafte Quelle zu ihrer richtigen Kenntniß sind. Die Beschlüsse auf allen diesen Konferenzen, nach Mehrheit gefaßt, gelten nicht als Gesetze für die Gemeinden, sondern werden diesen nur zur Annahme empfohlen, da sie nicht das Fundament des Glaubens, sondern Dinge betreffen, die sich daraus ergeben. Ihr unveränderliches Glaubens- und Gesetzbuch ist die Bibel, nach der sich Alles zu normiren hat. Die Vorurtheile gegen sie schwanden besonders, seitdem Baptisten Mitglieder des 1846 in England gegründeten evangelischen Bundes geworden sind und an der im Jahre 1855 zu Paris gehaltenen Kirchenkonferenz Theil genommen haben. Auch beim deutschen Zweige des evangelischen Bundes in Berlin sind einige betheiligt. Ihre Grundsätze machen zwar eine Vereinigung mit den deutschen Landeskirchen unmöglich; aber sie können als eine starke Vormauer gegen Uebergriffe des Katholizismus betrachtet werden, von dem sie in allen Stücken das ausgeprägteste Gegentheil sind. Die Dauer der Konferenz in Berlin wird etwa acht Tage seyn. Die Verhandlungen werden zwar nach religiöser Vorbereitung eröffnet und in derselben Art geschlossen, sonst aber ganz parlamentarisch darin zu Werke gegangen. So schreibt der „Schwäb. Merkur".

Sachsen. In Freiberg ist jetzt bei den dasigen Mitgliedern des vor Kurzem zusammengetreten Komite für Gründung einer Aktiengesellschaft zur Herstellung einer Eisenbahn von Dresden über Freiberg nach Chemnitz auf dessen Konzessionsgesuch die Entschließung eingegangen, nach welcher die Staatsregierung dieser zu bildenden Aktiengesellschaft die Konzession zur Herstellung gedachter Eisenbahn unter gewissen näher angegebenen Voraussetzungen ertheilen will

Kurhessen. Marburg, 14. Mai. Von den richterlichen Beamten unseres Landes, welche sich in den Wirren des Jahres 1850 durch ihren Widerstand gegen die bekannten Verordnungen eine unfreiwillig nachgesuchte Entlassung zuzogen, war bis jetzt keiner in Staatsdienst wieder verwendet worden. Die Mehrzahl fand auswärts ein Unterkommen, die übrigen lebten zum Theil in untergeordneten Stellungen im Inland. Um so größere Befriedigung hat es erregt, daß einer jener [illegible] Platner, die Bestätigung als Syndikus der hiesigen Universität [illegible] und man hofft, daß sich an diese Genehmigung einer von dem akademischen Senat getroffenen Wahl noch weitere versöhnliche Schritte knüpfen werden. (Schw. M.)

Sachsen-Meiningen. Meiningen, 13. Mai. Unsere Lokalpresse veröffentlicht jetzt das dem Landtage vorgelegte Judengesetz. Danach sind die Juden ausgeschlossen nicht nur von dem unmittelbaren Staatsdienste, sondern auch von dem Amte eines Rechtsanwalts, und können das allgemeine Staatsbürgerrecht erst auf vorgängiges Nachsuchen durch Ertheilung der Staatsregierung erwerben, obgleich dieses, da sie auch von der aktiven und passiven Wahlfähigkeit ausgeschlossen, nur in der Fähigkeit bestehen würde, Feierlichkeitszeuge und Gerichtsmann zu seyn, und bei den Wahlen der Gemeinden Theil zu nehmen. (H. N.)

Oesterreich. Der Kaiser hat mit allerhöchster Entschließung vom 5. Mai angeordnet, daß die in der Vorschrift über die Einquartierung des Heeres vom 15. Mai 1851 einigen Räumlichkeiten der Seelsorger und der höhern Geistlichkeit aller vom Staat anerkannter Religionsbekenntnisse zugesprochene Befreiung von der Einquartierung des Militärs auf die ganze Wohnung sammt Zugehör ausgedehnt werde, den Fall ausgenommen, wenn ein Militärgeistlicher desselben Religionsbekenntnisses wie der in Frage stehende Seelsorger oder höhere Geistliche unterzubringen ist. Jene Befreiung von der Militäreinquartierung hat hiernach auf Gebäude begüterter geistlicher Pfründenbesitzer nicht Anwendung, wenn diese Gebäude nicht zur Wohnung des geistlichen Pfründenbesitzers zu dienen haben.

Aus Prag wird geschrieben: „Sicherm Vernehmen nach beabsichtigt die österreichische Kreditanstalt eine großartige Fabrik zur Erzeugung von chemischen Stoffen aller Art bei Aussig in Böhmen zu errichten."

Großbritannien.

Ein englisches Provinzialblatt (Stafford Advertiser) enthält einen Brief des Parlamentsglieds Mac Gregor, welcher sich bei den Demonstrationen der Töpfereibezirke (Potteries) für den Freihandel mit Frankreich betheiligt hatte, an den Sekretär der Freihandelsassoziation aus Paris von 3. Mai. Er berichtet: er habe Audienzen beim Kaiser, beim ersten Staats- und Finanzminister in Bezug auf den Freihandel gehabt. Diese hätten sich sämmtlich zu Gunsten desselben ausgesprochen; wichtige Maßre-

geln lassen sich in kurzem hinsichtlich des französischen Tarifs erwarten. (A. Z.)

Aus Malta sind Briefe vom 8. Mai eingetroffen, die Ausführliches über die daselbst durch die italienischen Legionäre veranlaßten Ruhestörungen erzählen. Die erste Veranlassung scheint am 5. Mai dadurch gegeben worden zu seyn, daß ein Polizeikonstabler, einem Legionär seinen Dolch, den der Legionär zu tragen kein Recht hat, abforderte. Als Antwort stieß der Angeredete mit dem Stilett nach dem Konstabler, traf aber, da dieser noch zur rechten Zeit bei Seite sprang, seinen eigenen Kameraden, der tödtlich verwundet zusammenstürzte. Der Thäter wurde festgenommen, und von diesem Augenblick scheint der Dämon des Mordes in die Reihen der Legion gefahren zu seyn. Am folgenden Tage zogen gegen 100 derselben, Freiheitslieder singend durch die Straßen und fielen plötzlich mit ihren Bajonnetten über die Einwohner her, während Einige auch verborgene Dolche hervorzogen; sie ermordeten den Polizei-Inspektor Coruana, welcher vergeblich zu beschwichtigen versuchte. Am 7. Mai kamen ähnliche Scenen vor, bis endlich die Artillerie an die Kanonen beordert wurde und die Fregatte „Hannibal" sich im Innern des Hafens vor Anker legte, von wo sie das Lager und die Kasernen der Italiener beherrschen konnte. Das wirkte, und am 8. kamen keine weitere Ruhestörungen vor. Am 9. war, wie die neuesten Berichte melden, der Mörder Coruana's noch nicht entdeckt worden; der „Hanibal" hatte sich des schlechten Wetters wegen auf die Außenrhede zurückziehen müssen, und der Gouverneur hat eine Proklamation erlassen, worin er das Militär und die Bewohner dringend ermahnt, jede Veranlassung zu neuen Störungen zu vermeiden. (Fr. Pstz.)

Frankreich.

Aus Paris, 15. Mai wird der „Fr. Postz." geschrieben: „Ich theilte Ihnen neulich mit, daß der Prinz Napoleon am 1. Juni eine wissenschaftliche Reise antreten werde, so daß er der Taufe des kaiserlichen Prinzen nicht würde beiwohnen können. Böswillige Personen wollten in diesem Umstande bereits wieder eine Ungnade, in welche der Prinz gefallen sey, erblicken. Um diesem Gerüchte ein Ende zu machen, ersuchte der Kaiser seinen Vetter, seine Reise um einige Wochen zu verschieben, und nun wird sich der Prinz erst gegen Ende Juni auf seine Reise begeben. Die Taufe soll am 17. Juni, dem Jahrestag der Schlacht bei Marengo, stattfinden. — So eben meldet eine telegraphische Depesche, daß der Graf Edgar Ney in Petersburg eingetroffen ist."

* Von der Rhone, der Saone, der Loire, treffen traurige Berichte über die Unglücke ein, welche diese in Folge der ununterbrochen fallenden Regen ausgetretenen Flüsse anrichteten. Man beklagt nicht nur ungeheuren Schaden an Feldern, Gebäuden, Straßen und Bahnen, sondern auch den Verlust mehrerer Menschenleben.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die „Times" schreibt: „Wir werden ersucht, mitzutheilen daß der Sultan auf das Ansuchen der britischen Regierung um Erlaubniß zur Errichtung einer Gedenk-Kirche in Konstantinopel höchst liberal ein Grundstück hergegeben hat, welches groß genug ist, um darauf eine Kirche, sowie eine Schule und eine Pfarrwohnung zu erbauen.

* Ein Brief aus Konstantinopel in der „Gazette du Midi" sagt: „Die Angelegenheit der hier befindlichen circassischen Deputation kann in Frankreich und England leicht irrig aufgefaßt werden. Die jetzt hier anwesenden Circassier müssen von Jenen unter Schamyl, wohl unterschieden werden. Die Ersteren kommen aus dem Norden des Kaukasus; sie mögen die Russen in jener Richtung belästigt haben, konnten aber nicht in Mingrelien operiren. Was Schamyl und dessen Politik betrifft, so ist es erwiesen, daß er durchaus nichts gethan hat. — Als die russische Prinzessin, welche sich in ihrer Gefangenschaft befand, freigelassen wurde, haben die Russen ihrerseits Schamyl's ältesten Sohn zurückgegeben, der seit dem an seines Vaters Stelle regierte. Es ist deßhalb nicht zu verwundern, daß die Türken im letzten Jahre von dem gefürchteten Circassier-Führer, keine Hülfe erhielten."

Rußland und Polen.

Aus Petersburg, 5. Mai, wird der „D. A. Z." geschrieben: „Während man heute in der Stadt die Illumination, die den heutigen Namenstag der Kaiserin-Mutter verherrlichen soll, trifft, beschäftigen wir uns mit der Reise des Kaisers nach Polen und den Ostseeprovinzen, die am 10. Mai vor sich gehen soll. Auch diese Reise wird nicht ohne Bedeutung seyn; abgesehen davon, daß der Kaiser eine gute Gelegenheit wählt, um sich den Polen als Friedensstifter, als Herr und Vater des Landes vorzustellen, will er noch, wie man mich versicherte, mit dem Fürsten Gortschakoff, dem jetzigen Statthalter des Königreichs, einige unser Heer betreffende Sachen besprechen. Die neue Eintheilung der Armee geschah, wie Sie es bereits wissen werden, nach der Resolution des hier versammelt gewesenen Kriegsraths; jetzt haben wir die erste und die zweite Armee, die, stets wohlorganisirt, nach Westen und Osten Fronte machen werden. Dazu kommen noch andere Armeen, die in Zukunft von den andern Heerestheilen gebildet werden; Sibirien aber wird für sich eine eigene Armee haben, und die wird nicht im Innern des Landes, sondern an der chinesischen Gränze aufgestellt. Süd-Asien und China sind jetzt unser Eldorado, und wir werden uns unablässig bemühen, von diesen Ländern möglichst großen Nutzen zu ziehen und für den Handel des europäischen Westen unter unserer Kontrole einen Weg zu bahnen. Diese Idee ist gar nicht übel, und sobald wir nur einige Eisenbahnen im Lande haben, so werden Sie sich überzeugen, daß wir in dieser Hinsicht dasselbe in dem Kontinentalhandel seyn werden, was England heutzutage in dem Seehandel mit Asien ist; ja, ich möchte fast sagen, noch etwas mehr, denn unsere Eisenbahnen liefern den europäischen Hauptmärkten die asiatischen Produkte weit schneller als die Dampfschiffe Englands durch den Suezkanal. Dies ist bei uns zur fixen Idee geworden; es thut indessen nichts, diese Idee ist gut."

Petersburger Nachrichten vom 9. Mai zufolge hat General Murawieff auf Befehl des Kaisers eine Reise angetreten, um festzustellen, welche von den Uferfestungen des schwarzen Meeres wiederherzustellen seyn möchten.

Amerika.

New-York, 30. April. In dem Gefechte vom 7. April welches mit dem Rückzuge Walker's endete, sollen die Costaricaner 600 Mann verloren haben. Letztere hatten schon in Folge des über den Obersten Schlesinger erfochtenen Sieges Rivas, Virgen, Bahia und San Juan del Sur besetzt. Auf den ersterwähnten Ort war der Angriff Walker's am 7. April gerichtet. Schlesinger der vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollte, hatte die Flucht ergriffen. Wie vom Kriegsschauplatz aus gemeldet wird, (durch nordamerikanische Federn) hatten die Costaricaner bei ihrem Angriffe auf Virgen Bahia eine Anzahl unbewaffneter nordamerikanischer Bürger niedergemacht, die sich durchaus nicht an dem Unternehmen Walker's betheiligt hatten, sondern größtentheils bei der Transit-Gesellschaft beschäftigt waren und als Opfer des Feldgeschrei's der Costaricaner: „Tod allen Amerikanern in Zentral-Amerika!" fielen. Die Freibeuter hofften, daß sich die Regierung der Vereinigten Staaten in Folge dieses Vorfalls genöthigt sehen werde, gegen Costa-Rica einzuschreiten. Oberst Wheeler, der Vertreter der Vereinigten Staaten, hatte an den Präsidenten, General Mora, eine Note gerichtet, in welcher folgende Stelle vorkommt: „Im Namen des Volkes und der Regierung der Vereinigten Staaten protestire ich gegen solche Niederträchtigkeiten, und, verlassen Sie Sich darauf mein Herr, die Regierung der Vereinigten Staaten wird, so sehr Sie auch von hinterlistigen und mächtigen Bundesgenossen unterstützt seyn mögen, solche Handlungen rechtloser Gewaltthat untersuchen und, falls die erforderliche Erklärung und Sühne ausbleibt, entschiedene Schritte thun, um das Leben unserer Bürger zu schützen und die Ehre der Nation zu wahren." — Wichtig scheint die Nachricht, daß eine Korrespondenz zwischen der englischen Regierung und Costa-Rica aufgefangen worden sey, aus welcher hervorgehe, daß erstere dem letzteren 2000 Flinten mit Zubehör und sonstigen Beistand gegen Walker in Aussicht stellt. Es läßt sich denken, daß die Korrespondenz in den Vereinigten Staaten nach Kräften ausgebeutet werden wird. Die Zeitungen daselbst erzählen überdies, als ob es noch an Zündstoff mangelte, daß die Verwundeten Walkers von den Costaricanern grausam behandelt werden. Das englische Kriegsschiff „Euridice" lag noch am 21. April in San Juan und behielt die amerikanischen Freibeuter sorgfältig im Auge.

Orientalische Angelegenheiten.

Aus dem Orient.

Aus dem Lager bei Sebastopol vom 25. April wird der „Times" geschrieben: „Täglich erfahren wir etwas Neues von den Russen. Nach ihrer eigenen Aussage haben sie in und um Sebastopol 80,000 Mann begraben, die im Kampfe fielen oder in Folge von Wunden und Krankheiten starben. Außerdem sind auf der Krim über 100,000 Russen umgekommen, die niemals Pulver gerochen oder einen Schuß abfeuern gesehen haben. Die Zahl der durch Wunden und Krankheit invalide Gewordenen ist ungeheuer groß, und in der Krim allein und den angränzenden Provinzen können die Russen nicht weniger als eine Viertel Million Soldaten eingebüßt haben." (Wiederholte Mittheilung.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 17. Mai. Bei ziemlich stillen Geschäft waren österr. Bankaktien und bayr. Ostbahn beliebter, während österr. Staatsbahn- und Kredit-Aktien billiger verhandelt wurden. —

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 800 bis 805. — Reichenbach-Pardubitz 110 — Bayerische Ostbahn 109 bis 109 3/8. — Elisabeth-Bahn 115 1/8—114 7/8—115. — Theiß-Bahn 108 1/4.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1316 P. 1311 G. Neue Bankaktien 440 P. 436 G. Credit-Actien à 5pCt 236 P. 234 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83 7/8 P. 83 5/8 G. 5pCt Lombard.-Ven. 92 P. 91 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 82 1/2 P. 82 1/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. 88 1/2 G.; à 4 1/2pCt. 73 3/4 P. 73 1/2 G.; à 4pCt. 65 1/2 P. 65 G.; à 3pCt. 50 P. 49 1/2 G.; à 1pCt. 16 1/4 P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 129 1/2 P. 128 1/2 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 1/4 P. 106 3/4 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 311 P. 309 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 112 1/2 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3 1/2pCt. 88 1/4 P. 87 3/4 G.; 4pCt. 94 5/8 P. 94 1/8 G.; 4pCt. Grundrente 94 5/8 P. 94 1/8 G.; 4 1/2pCt. 101 P. 100 1/2 G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155 1/2 P. 155 G. Neustadt-Weissenb. 117 1/2 P. 117 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 1/4 P. 117 3/4 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 89 1/2 P. 89 G.; 4 1/2pCt. — P. 102 1/2 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 1/2 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82 1/2 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41 1/8 P. 40 7/8 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 3/4 P. 63 1/4 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2pCt. 92 1/2 P. 92 G.; à 4pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 4 1/2pC. 102 1/2 P. 102 G.; Loose à fl. 50 112 5/8 P. 112 3/8 G.; à fl. 25 33 3/4 P. 33 1/4 G.; Darmstädter Bankaktien alte 376 P. 374 G.; junge 319 P. 317 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 108 1/4 P. 107 3/4 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 89 7/8 P. 89 3/8 G., Loose à fl. 25 31 3/4 P. 31 1/2 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 1/2 P. 85 G.; à 3 1/2pCt. 93 P. 92 1/2 G.; Bankaktien 121 P. 120 1/2 G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 81 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 86 3/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 1/2 P. 40 1/4 G.; 1pCt. neue 25 3/16 P. 25 1/16 G. **Holland.** Integrale 63 P. 62 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 1/2 P. 119 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101 1/4 P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97 1/4 P. 97 G.	Wien ö. fl. 100 C. k. S. 117 1/2 P. 117 1/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 7/8 P. 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 16. Mai. Bayer. 3 1/2 pCt. Oblig. 87 G.; 4pCt. 93 3/4 P.; 4 1/2 pCt. 100 1/4 G.; 5pCt. letzte Emission 102 1/2 P.; 5pCt. dritte Emission 100 1/2 P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94 3/8 P.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — P., 782 G.

Breslau, 13. Mai. Während der Feiertage war das Wetter ziemlich unbeständig, kühle Temperatur und einige Strichregen. — Wie gewöhnlich am dritten Festtage war auch der heutige Getraide-Markt im Allgemeinen wenig belebt, und trotzdem, daß aus dem Herzogthum Posen und Polen mehrere Käufer am Platze waren, — welche jedoch ihr Hauptaugenmerk zumeist auf Hirse richteten — so fanden nur sehr geringfügige Umsätze statt und die Stimmung für Roggen war eine etwas mattere. Waizen in guter Mittelwaare gesucht und etwas höher bezahlt. Gerste bei mäßigen Forderungen gut zu lassen. Hafer begehrt und höher bezahlt. Mais wenig Geschäft. Hirse nach wie vor gefragt und aus Mangel an effektiver Waare besser zu lassen. Wir notiren: weißen Waizen 88—89pfündigen 135 a 140 Sgr., 86—87pfd. 120 a 128 Sgr., 83pfd. 100 a 110 Sgr., gelben 88—89pfd. 130 a 135 Sgr., 86pfd. 102, 110 a 115 Sgr., geringe Sorten 50, 65 a 75 Sgr., Roggen 87pfd. effekt. 105 a 107 Sgr., 87pfd. durch Maaß 103 a 104 Sgr., 86pfd. 102 a 104 Sgr., 85pfd. 101 a 102 Sgr., 83—82pfd. 96 a 100 Sgr., Gerste 70, 75 a 76 Sgr., Mais 67 a 69 Sgr., Hafer 38, 40 a 44 Sgr., Erbsen 100, 110 a 115 Sgr. — Oelsaaten ohne Handel.

Neueste Nachrichten.

** München, 16. Mai. (Privat-Korrespondenz.) **70. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Die fortgesetzte Debatte über den Gesetz-Entwurf „die Revision des Gewerbsteuergesetzes von 1852 betr." ging rasch von statten. Da die Abänderungsvorschläge nach den Anträgen des Ausschusses, mit welchen sich wie schon erwähnt, die Regierung einverstanden erklärt hatte, theils ohne, theils nach nur kurzen Debatten beigestimmt wurde. (Die Abänderungen betreffen die im Eingang unseres Blattes angeführten Artikel, alle übrigen Art. bleiben unverändert.)

Nachdem hiemit die Abänderungen zu dem artikulirten Theil des Gesetzes von 1852 erledigt waren, schritt die Kammer zu der abgeänderten „Gewerbsteuer-Scala" und wurde dieselbe mit den vom Ausschuß beantragten drei weitern Debatten angenommen.

Die Kammer ging dann zu den Abänderungen des „Tarifs des Gewerbsteuergesetzes" über und erledigte heute noch jene, welche sich a, auf mechanische Künstler und Handwerker und b, auf Handelsgeschäfte beziehen, worauf, wegen vorgerückter Zeit die weitere Debatte auf morgen vertagt wurde.

** München, den 16. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Auf Einladung des Herrn Vorstandes versammelten sich die Mitglieder des 2. Ausschusses der Kammer der Reichsräthe zur Berathung über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten vom 15. d. Mt, die Kapitalrentensteuer betreffend. Herr Referent, Reichsrath v. Niethammer, erstatteten mündlichen Vortrag hierüber und empfahlen die Annahme des Vorschlages der Kammer der Abgeordneten, weil derselbe wenigstens einem Theile der Pfründebesitzer die zugedachte Steuererleichterung zuwende, während bei denjenigen, welche hiedurch nicht getroffen würden, die Belastung ohnedies eine nur unbedeutendere sey, dagegen durch ein Beharren auf dem früheren Beschlusse auch die durch vorliegenden Vorschlag den Betheiligten zugedachten Vortheile gänzlich in Frage gestellt, sowie alle Vortheile des neuen Gesetzes den geringen dotirten Pfründe-Besitzern, ebenso allen Kapitalrenten-Steuerpflichtigen entzogen, und für den Staat die Steuer-Verwaltung schwieriger und kostspieliger würde. Herr Staatsminister der Finanzen vertraten die nämliche Ansicht und setzten auseinander, daß die Vortheile, welche den Pfründebesitzern zugewendet, würden überwiegend seyn; um so mehr als auf dem Wege der Instruktion den Betheiligten alle mögliche Erleichterung geschafft werden würde, die mit dem Wortlaute des Gesetzes vereinbarlich sey. In Folge der Abstimmung wurde demnach der Antrag des Herrn Referenten mit 4 gegen 1 Stimme zum Ausschußgutachten erhoben.

§ Wien, 11. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Am 10. d. fand eine Sitzung der Gründer der Theißeisenbahn statt, um den künftigen Verwaltungsrath zu wählen, der die Leitung der Geschäfte durch sieben Jahre definitiv zu besorgen hat, und aus fünfzehn Mitgliedern besteht. Von diesen haben die Gründer acht Herren, die Geldmächte, welche sich mit 2/3 des Anlagekapitals an dem Unternehmen betheiligten, die andern sieben Mitglieder zu wählen. Nach Eröffnung der Stimmzettel ergab sich die Wahl folgender acht Verwaltungsräthe: Graf Georg Andrássy, Graf Georg Apponyi, Ladislaus v. Szögyény, Graf Franz Zichy, Eduard v. Zsedényi, Graf Johann Waldstein, Ludwig v. Wirkner, Moritz v. Wodianer. Die übrigen sieben Verwaltungsräthe sind folgende: Prinz Felix Hohenlohe als Vertreter der Darmstädter Bank, Baron Moritz v. Haber als Gründer, Herr v. Staiger, schweizerischer Geschäftsträger, der Vertreter der Genfer Bank. Friedr. Schey, Bankier in Wien, und drei Vertreter der österr. Kreditanstalt, nämlich Graf Joh. Barkóczy, Graf Otto Choteck und Herr Jonas v. Königswarter. Graf Andrássy unterrichtete bei dieser Gelegenheit die Versammlung, daß auf die drei Millionen Gulden, welche von dem Grundkapital für die Subskriptionen in Ungarn selbst vorbehalten wurden, in der Stadt Pesth allein über 6 Millionen, und im Ganzen mehr als 9 Millionen gezeichnet wurden, ohne die namhaften Zeichnungen der Theißer Grundbesitzer, die noch nicht alle angemeldet waren, da der Termin erst heute abläuft, hinzu zu rechnen, also bei der Vertheilung der Aktien eine nambafte Reduktion stattfinden müsse. Die Regierung hat die Wahl des Verwaltungsrathes bereits genehmigt.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 138. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 19. Mai 1856

Deutscher Bund.

Wie die „Preuß. Correspondenz" mittheilt, ist der seither mehrfach bezweifelte Austausch der Ratifikationen des zwischen dem Zollverein und Bremen geschlossenen Vertrags, welchen kein Hinderniß mehr entgegenstehe, nun doch binnen kurzer Frist zu erwarten.

---

* **Bayern.** (Die von der Staatsregierung und dem Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer gemeinsam vorgeschlagenen, von der 2. Kammer angenommenen Abänderungen im artikulirten Theil des Gewerbsteuergesetzes. Schluß.)

Art. 26 enthält folgende Bestimmung: „Jeder Gewerbtreibende oder dessen Stellvertreter ist gehalten, nach erlassener Aufforderung bei der einschlägigen Gemeindebehörde entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll die Erklärung abzugeben: a) Welches oder welche Gewerbe ꝛc. c) Bei den Brauereiberechtigten hat diese Erklärung die Schäffelzahl des in den letztvergangenen drei Jahren verwendeten Malzes, bei Branntweinbrennereien die Eimerzahl des in dieser Periode erzeugten Fabrikates zu enthalten." Zu lit. c soll der Zusatz beigefügt werden: „Bei jenen Gewerben, für welche die Menge des Materialverbrauches oder des Erzeugnisses als Anhaltspunkt zur Ausmessung der Betriebsanlage erklärt ist, hat der Steuerpflichtige die bezüglichen Größen nach Maßgabe der in dem Tarif desfalls getroffenen Bestimmungen zu deklariren."

Abs. 1 des Art. 29 lautet: „Wenn von dem Rentamte die Steuerlisten angelegt sind, so tritt in jedem Rentamtsbezirke ein Ausschuß zur Prüfung und Festsetzung der gegebenen Erklärung, welche in größeren Städten nach den bereits vorhandenen oder zu bildenden Distrikten, außerdem aber nach Gemeinden vorgenommen wird, in Thätigkeit." Der Ausschuß beschloß, es seyen nach den Worten „zu bildenden Distrikten" folgende Worte einzuschalten: „oder nach Gewerbskategorien, wo dies zweckmäßig erscheint."

Dem Art. 35 soll nach dem Vorschlag des Ausschusses folgender Schlußsatz angefügt werden: „Im Vollzuge der im Art. 25 getroffenen besonderen Bestimmungen steht dem Steuerausschusse die Befugniß zu, bezüglich der nach lit. a des genannten Artikels zuläßigen Steuerermäßigungen gutachtlichen Antrag zu stellen, und ist derselbe zugleich zur Beschlußfassung darüber berufen, ob und in welcher Weise die daselbst unter lit. b, c und d ertheilten Ermächtigungen in Anwendung zu bringen seyen."

Art. 49 lautet: „Abs. 1. Reklamationen gegen die Normalanlage sind dann zuläßig, wenn: a) ein Gewerbe in dem Tarife ꝛc., b) wenn die Qualität eines Gewerbes ꝛc. Abs. 2. Reklamationen gegen die Betriebsanlage können lediglich stattfinden: a) wegen unrichtiger Berechnung ꝛc., b) in allen jenen Fällen, in welchen der Steuerausschuß berufen ist, die Betriebsanlage je nach den bestehenden Geschäftsverhältnissen innerhalb der Gränzen eines bestimmten Spielraums auszumessen." Der Ausschuß hat einstimmig beschlossen, es sey nach lit. b des Abs. 1 folgender Zusatz anzureihen: „Wenn die Einsteuerung unter Anwendung der unter Art. 25 sub lit. c und d enthaltenen Bestimmungen geschah oder zu geschehen hatte." Ferner lit. b des Abs. 2 soll lauten: „In allen jenen Fällen, in welchen der Steuerausschuß berufen ist, die Betriebsanlage je nach den bestehenden Geschäftsverhältnissen innerhalb der Gränzen eines bestimmten Spielraums auszumessen, beziehungsweise die Bestimmungen sub lit. b des Art. 25 in Anwendung zu bringen, oder besondere nach den Bestimmungen des Gesetzes oder beziehungsweise Steuertarifes zuläßige Steuerzuschläge in Anwendung zu bringen."

Art. 52 lautet: „Alle Nichtigkeitsbeschwerden und Reklamationen sind bei Strafe des Ausschlusses innerhalb einer unerstrecklichen Frist von 30 Tagen, welche mit dem Tage der Auflegung der Steuerlisten (Art. 42) und bei Strafbeschlüssen mit dem Tage der Eröffnung des Beschlusses zu laufen beginnt, bei dem treffenden Rentamte anzubringen und von diesem mit den einschlägigen Akten der vorgesetzten Regierungsfinanzkammer vorzulegen." Diesem Artikel soll als zweiter Absatz beigefügt werden: „In denjenigen Fällen, in welchen eine Reklamation von Seite des Staatsanwaltes ergriffen wird, hat derselbe, sofern es sich um eine Erhöhung der betreffenden Steueranlage handelt, vorerst noch den betheiligten Steuerpflichtigen mit seinen etwaigen Gegenerinnerungen zu vernehmen und diese mit den staatsanwaltschaftlichen Anträgen der Regierungsfinanzkammer in Vorlage zu bringen."

Dem Art. 53 soll als sechster Absatz angefügt werden: „Der Regierungsfinanzkammer bleibt außerdem jederzeit die Befugniß vorbehalten, sofern sie bei Revision der Steuerlisten eine unrichtige Gesetzesanwendung wahrnimmt, eine desfallsige Reklamation aber von keiner Seite eingelegt ist, den Steuerbeschluß von Amtswegen aufzuheben und die Sache zur erneuerten Beschlußfassung oder nach Umständen zur Reassumtion der Einsteuerungsverhandlung an die Unterbehörde zurückzuweisen."

In Art. 56 („Die Betriebsanlage unterliegt von 3 zu 3 Jahren im ganzen Umfange des Königreiches einer allgemeinen Revision und neuer Feststellung nach dem vorgehend bestimmten Verfahren") soll statt des Worts „Betriebsanlage" gesetzt werden „Steueranlage".

Art. 66 soll gestrichen werden, und nachfolgende 2 Artikel an seine Stelle treten:

Als Art. 66. „Das gegenwärtige revidirte Gesetz tritt mit dem Finanzjahre 1855/56 für das ganze Königreich in Wirksamkeit. Die Verordnung vom 15. April 1814 „Rektifizirung der Gewerbsteuer" betr., ist außer Kraft gesetzt."

Als Art. 67. „In dem Regierungsbezirke der Pfalz tritt die Verordnung vom 14. April 1820, „die Gewerbsteuer im Rheinkreise" betr., außer Anwendung unter Vorbehalt jedoch nachfolgender mit der Gewerbsfreiheit und den Gewerbspatenten in Verbindung stehender Bestimmungen:

a) „Die auf die Lösung der Patente, deren Gebrauch und Wirkung bezüglichen §§. 10, 12 Abs. 1, 13 bis 16, 30 bis 36, dann 39 bis 43 obiger Verordnung bleiben auch fernerhin in Kraft."

b) „Die Erklärungen der Steuerpflichtigen über Gewerbs-Ab- und Zugänge sind bei der einschlägigen Gemeindebehörde abzugeben."

c) „Wer ein neues Gewerbe anfängt oder seinen Geschäftsbetrieb in einer Weise ändert, welche gesetzlich eine Steuererhöhung zur Folge hat, ist auch ohne vorausgegangene Aufforderung gehalten, vor Beginn der Geschäftsausübung die in Art. 26 des gegenwärtigen Gesetzes vorgeschriebene Erklärung bei Strafe des dreifachen Betrages der von ihm geschuldeten Steuer abzugeben."

d) „Die Aburtheilung sämmtlicher Zuwiderhandlungen gegen das Gewerbsteuergesetz bleibt den Polizeigerichten der Pfalz übertragen. Alle verhängten Geldstrafen verfallen dem in Art. 47 dieses Gesetzes bezeichneten Lokalarmenfonde."

„Der dermalige Art. 69 wird dann als Art. 68 angereiht, die Art. 67, 68, 70 und 71 werden gestrichen."

°° München, 17. Mai. (Privat-Korrespondenz.) **71. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die kgl. Staatsminister Dr. Aschenbrenner und Dr. Ringelmann.

Präsidium gibt folgende Referenten-Ernennungen bekannt: für den Gesetzentwurf in Betreff der Erbauung einer Irrenanstalt in Oberbayern Abg. Sedlmair; für den Gesetzentwurf in Betreff des Rothenburger Statutarrechtes Abg. Dr. Arnheim; für jenen bez. des §. 19 der Prioritätsordnung Abg. Dr. Völk; für jenen bez. der Handelsgerichtsbarkeit in der Stadt Nürnberg Abg. Dr. Barth. — Die Kammer setzte dann die gestern vertagte Debatte über den „Tarif des Gewerbsteuergesetzes" fort und erledigte theils ohne, theils

nach kurzer Debatte alle noch übrigen Nummern. Von den 672 Nummern des Tarifs haben 122 eine Abänderung erfahren. Die hierauf vorgenommene Hauptabstimmung über den ganzen Gesetzentwurf ergab dessen Annahme mit 118 gegen 2 Stimmen (Nabl und Urban).

Die Kammer schritt hierauf zur Berathung des Etat der Staatsschuld für die 7. Finanzperiode. Der Referent Abg. v. Pfetten hatte im Ausschuß folgende Anträge gestellt: „1) Es solle der Gesammtbetrag des Malzaufschlages der Zinskassa der alten Schuld verbleiben, 2) es sey das Guthaben der alten Schuld bei der Amortisationskassa abzuschreiben, 3) es seyen die bei der Staatsschuldentilgungsanstalt anliegenden Staatsaktivkapitalien zu kompensiren mit einem gleichen Betrag an dem Guthaben der alten Schuld bei der Eisenbahnbaudotationskassa, 4) es solle die Dotation für die Gerichtsbarkeitentschädigungen in den Einnahmen der Zinskassa übergetragen werden, 5) statt der auf den Betrag von 200,000 fl. nach der Budgetvorlage verminderten Heimzahlung von Sparkassakapitalien sey diese Heimzahlung auf jährlich 500,000 fl. zu erhöhen, 6) die Dotation der Pensionsamortisationskassa sey auf den Bedarf und Pensionszahlungen und Verwaltungskosten wegen Abschreibung ihrer Haftungen an die alte Schuld zu reduziren, 7) die aus dem Malzaufschlag der Eisenbahnbauschuld überwiesene Dotation von 700,000 fl. sey, als der alten Schuld verbleibend, hier zu streichen, und der durch die Bahnrente nicht gedeckte Bedarf derselben aus Centralfonds zu ergänzen, 8) die Postulate für „laufende Zinsen- und Kapitalheimzahlungen" bei der Eisenbahnbauschuld seyen zu kürzen, um den für Verzinsung und Tilgung des Aufwandes für die München-Salzburger Bahn in Rechnung gebrachten Betrag, sodann um einen auf Calculverstoß beruhenden Mehransatz."

Auf Grund der vom Ausschuß angenommenen Anträge des Referenten und in Folge der jüngsten Kammerbeschlüsse, wonach ein Theil der Militärpensionen, dann die Pension der Universität Würzburg auf die Pensions-Amortisationskassa übergeben, stellt sich der Gesammtbedarf der Staatsschuld für Verzinsung und Tilgung auf jährlich 12,719,796 fl. Nach einigen Bemerkungen Wallersteins und des Referenten werden die obigen Anträge, denen die Regierung beistimmte, und dann der Etat überhaupt genehmigt, womit die Sitzung schloß.

** München, 17. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute nach kurzer Debatte, den gestern mitgetheilten Antrag ihres Ausschusses bez. der von geistlichen Pfründen zu zahlenden Kapitalrentensteuer, den letzten Beschluß der Kammer der Abgeordneten mit 20 gegen 14 Stimmen angenommen, so daß endlich auch über diesen Gesetzentwurf Gesammtbeschluß erzielt ist. Die Kammer hat dann auch dem Regierungspostulat bez. der Zoll- und Handelsverhältnisse für die Zukunft beigestimmt, den Rechnungsnachweisungen der Grundrenten-Ablösungskasse pro 1852/53 die Anerkennung ertheilt, und schließlich auch den Beschluß der 2. Kammer auf Revision der Dienstboten-Ordnung angenommen, so daß über alle diese Gegenstände Gesammtbeschlüsse erzielt sind. Zu dem Nabl'schen Antrag bemerkte Graf Seinsheim, daß eine Revision nothwendig ist, sey nicht zu bestreiten; die beste Revision wäre aber die Besserung des Menschen im Innern. Wären die Dienstherrschaften und die Dienstboten so, wie sie seyn sollten, dann brauchte man keine Hülfe der Polizei 2c. Vor Allem müßten Kirche, Schule und häusliche Erziehung hier nachhelfen.

§ **Oesterreich.** Wien, 16. Mai. (Privat-Korrespond.) Im Finanzministerium sind die Vorarbeiten, welche auf die bereits vor längerer Zeit beschlossenen Erhöhung der Grundsteuer Bezug hatten, vor Kurzem geschlossen worden, und erwartet man schon in der nächsten Zeit die darauf bezügliche Kundmachung. Wie ich vernehme, soll diese Steuer um 10 Prozent erhöht werden, gleichzeitig wird eine Revision der auf die Häuserzinssteuer in den Provinzialhauptstädten Bezug habenden Verordnungen vorgenommen und hierbei die für die Residenz geltenden Gesetze zur Richtschnur genommen werden, so daß künftighin die Hausbesitzer in den Provinzen dieselbe Steuer zu zahlen haben werden, wie die in der Residenz. — Der Durchstich des Marosflusses bei Maros-Ujvár in Siebenbürgen, worüber ich Ihnen bereits berichtet habe, wird nun unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Wasserbauten wurden bei der vor einem Monat in Karlsburg stattgefundenen Lizitation dem von den großartigen Semmeringbauten bekannten Bauunternehmer, Herrn Franz Tallachini, als dem Mindestfordernden zu dem Preise von 62,900 fl. übertragen. Demselben wurde die Bedingung gesetzt, daß der Durchstichgraben nebst den erforderlichen Leitwerken bis Ende März 1857, die Erbauung und Erhöhung der übrigen Sperrdämmen, die Herstellung des neuen Deckwerkes am linken Ufer und die Bepflanzung des alten Bettes bis Ende September 1857 zur Ausführung gebracht seyn muß. — Verhandlungen zwischen der Linz-Budweiser- und der Westbahn sind seit sechs Wochen vollständig eingestellt, nachdem sich das zur Prüfung der gegentheiligen Anträge niedergesetzte Komite der Westbahn gründlich überzeugt hat, daß der Status der Linz-Budweiser Gesellschaft durchaus mit den Forderungen derselben in keinem Verhältniß stehe.

Amerika.

Mexiko. Das Dekret, mit welchem der Präsident der Republik die Beschlagnahme der geistlichen Güter in der Diözese des Bisthums Puebla*) angeordnet hat, lautet in der Uebersetzung:

„Ignacio Comonfort, substituirter Präsident der mexikanischen Republik allen Bewohner derselben kund und zu wissen:

„In Ausübung der mir übertragenen außerordentlichen Machtbefugnisse und in Erwägung, daß die erste Pflicht jeder Regierung ist, um jeden Preis die Nation vor den Unbilden des Bürgerkrieges zu schützen, daß dem so eben beendeten, welcher der Republik so großes Unheil bereitet hat, versucht worden ist, den Charakter eines Religionskrieges zu geben, daß die öffentliche Meinung den Klerus von Puebla angeklagt, diesen Krieg mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln unterstützt zu haben, und daß Thatsachen vorliegen, welche annehmen lassen, daß ein beträchtlicher Theil der geistlichen Güter dazu verwandt worden ist, die Empörung zu nähren, — so wie in fernerer Erwägung, daß, wenn durch den Geist der Empörung Klassen der Gesellschaft, welche durch ihre Reichthümer einen großen Einfluß in derselben besitzen, sich verführen lassen, es zu ihrer Zügelung politischer Maßnahmen bedarf, da andernfalls es ihnen leicht gelingen könnte, das richterliche Einschreiten illusorisch zu machen, und jeder Autorität zu spotten, endlich in Erwägung, daß, um die öffentliche Ruhe und Ordnung zu befestigen, es nothwendig ist, diesen Klassen das Verhandenseyn einer gerechten und kräftigen Regierung fühlbar zu machen, welcher sie Unterwerfung, Achtung und Gehorsam schulden, verfüge ich wie folgt:

„Art. 1. Die Gouverneure der Staaten Puebla und Veracruz und der politische Chef des Gebietes von Tlazcala werden im Namen der Regierung der Nation die geistlichen Güter der Diözese von Puebla mit Beschlag belegen, in Gemäßheit einer, diese Beschlagnahme regulirenden speziellen Verfügung."

„Art. 2. Mit einem Theile dieser Güter und ohne daß den religiösen Zwecken, denen zu dienen sie bestimmt sind, Abbruch geschehe, wird die Republik für die Kosten, die sie behufs Unterdrückung des jetzt hier beendeten Bürgerkrieges verwendet hat, schadlos gehalten werden. In gleicher Weise sollen daraus alle Bewohner Pueblas für den Schaden und die Verluste, welche sie durch den Krieg erlitten haben, so weit sie solche nachzuweisen vermögen, entschädigt werden und den Wittwen, Waisen und Verstümmelten, welche durch denselben Krieg in diesen Zustand versetzt worden, Pension erhalten."

„Art. 3. Die in Art. 1 verfügte Beschlagnahme hat so lange zu dauern, bis nach dem Urtheil der Regierung die Ruhe und die öffentliche Ordnung in der Nation sich zur Genüge wieder befestigt haben."

„Ich befehle, daß diese Verfügung gedruckt, veröffentlicht, verbreitet und ihr die gebührende Vollziehung werde. Hauptquartier zu Puebla, 31. März 1856. Ignacio Comonfort."

(H. N.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 18. Mai. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 82¾; 4½pCt. Met. 73¼; Wiener Bankaktien 1312; 5pCt. Lomb. 91½; Wiener Wechsel l. S. 116⅞; 3pCt. inl. span 40¼; 1 pCt. neue 25$\frac{1}{16}$; Darmstädter Bankaktien 373. Oesterr. Kredit-Aktien 235. Bayerische Ostbahn 109⅞—9¼ G.

*) Nach den bisherigen lückenhaften Nachrichten konnte man glauben, der Präsident habe alle Kirchengüter in ganz Mexiko mit Beschlag belegt.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 139. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 20. Mai 1856.

Sturmvögel!

*. Vor einigen Tagen haben wir darauf hingewiesen, daß zwischen Preußen und Oesterreich neue Zerwürfnisse sich vorbereiten und der Vertrag vom 15. April d. J. bei der einmal vorhandenen Gereiztheit zu unangenehmen Folgen führen könne. Aber dieser Vertrag ist nicht der einzige Anlaß zu Mißhelligkeiten, er ist selbst nur ein Ausfluß aus der tiefer liegenden Quelle des immer erneuten, wenn auch zeitweise verhüllten Zwiespaltes zwischen den zwei Großmächten, ein Ausfluß ihrer gegenseitigen Eifersucht: jede möchte sich eine überwiegende Macht im deutschen Bund erringen. Die österreichische Regierung hat zu diesem Behuf in den letzten Jahren nicht ohne Geschick und theilweise mit Erfolg, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen versucht, u. a. auch dadurch, daß sie von ihren Organen in der Presse eine Reform der Verfassung des deutschen Bundes befürworten ließ. Die Mängel des deutschen Bundes sind so allgemein anerkannt, das Bedürfniß einer Abhülfe so tief und allseitig gefühlt, daß solche Vorschläge gar leicht den gewünschten Widerhall im deutschen Volke finden. Worin die angedeuteten Reformen eigentlich bestehen sollen, ist übrigens noch nicht bestimmt gesagt worden; doch genügte die bloße Anregung und der Umstand, daß sie von Oesterreich ausging, allein schon, um im Preußen die alte Eifersucht zu wecken. Statt aber das einzig richtige Mittel, wodurch den gefürchteten Prinzipatsbestrebungen Oesterreichs die Spitze abgebrochen werden könnte, zu ergreifen, statt selbst mit gründlichen Reform-Vorschlägen entschieden und ernst herauszurücken, statt dessen findet man es preußischerseits bequemer, Oesterreichs Selbstsucht als wahren und letzten Grund seiner Reformvorschläge vor der öffentlichen Meinung in Deutschland zu denunciren. Nun was die Selbstsucht anlangt, so dürfte wohl kein Theil dem andern sonderlich viel vorzuwerfen haben; Selbstsucht hüben, Selbstsucht drüben — es fragt sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur, bei wessen Selbstsucht für das allgemeine Beste etwa noch ein Brocken abfallen kann. Zum Schluß einige Pröbchen, wie die inspirirte preußische Presse gegen Oesterreichs Bestrebungen zu Felde zieht.

Die für offiziös geltende „Düsseldorfer Zeitung" bringt folgende Mittheilung: „Oesterreich ist jetzt bemüht, eine Reform des deutschen Bundes anzuregen, und zwar eine solche, daß die einzelnen Herrscher einen Theil ihrer Souveränetät abgeben, wobei gewiß in Wien nicht einen Augenblick daran gedacht wird, dieses so aufzufassen, als ob auch Oesterreich für seinen deutschen Antheil dasselbe beabsichtige. Oesterreich läßt geradezu den Verfall des Zollvereins mit dem Jahre 1860 verkündigen, damit das zollvereinte Deutschland in die österreichische Gesammt-Monarchie aufgehe und so allmählich das mitteleuropäische Kaiserthum angebahnt werde. Oesterreich hat mit ungemeiner Rührigkeit eine Menge von Organen der Presse entweder ganz oder theilweise für sich gewonnen, nicht allein in Oesterreich selbst, sondern auch am Sitze der großen europäischen Politik, Paris, und am Sitze des deutschen Bundestages, Frankfurt..... Die Zukunft Deutschlands wird schwerlich auf ganz ebenem Wege angebahnt werden können. Wenn jedoch, wir sagen nicht allein Preußens, sondern auch des übrigen Deutschland Stimme sich erheben wird, so läßt sich nichts anders erwarten, als daß sie jenen Planen ein entschiedenes Nein entgegenruft. Deutschland ist nicht gesonnen, in ein mittel-europäisches Reich aufzugehen. Es wäre dies ein Rückschritt aller Selbständigkeit nationaler Entwickelung, ein Untergang der großen deutschen Geistesfreiheit. Ein solcher Plan kann einen europäischen Krieg hervorrufen, allein scheitern muß er vor dem Willen der Fürsehung und dem mannhaften Bewußtseyn der deutschen Nation. Schlimm genug — wir widerholen es —, daß man nach eben wieder hergestelltem Frieden solche Plane auftauchen sieht, die Alles fordern können, nur nicht die äußerst wünschenswerthe Einigkeit Deutschlands."

Dasselbe Blatt läßt sich aus Amsterdam schreiben: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Erzherzog Ferdinand Max auch den Haag besuchen wird. Man erwartet ihn am 4. Juni. Diese Reise hat allerdings auch einen politischen Zweck. Oesterreich beabsichtigt neue Plane am Bundestage, und deßhalb wird der König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg und Limburg aufgesucht. Es scheint, daß der Erzherzog auch nach Kopenhagen geht, um wegen Holsteins zu wirken.'

Sapienti sat!

Deutscher Bund.

* In ihrer Sitzung vom 15. Mai hat die Bundesversammlung beschlossen, den Höfen von Wien und Berlin für die ihr gemachte Mittheilung des Pariser Friedensvertrags, sowie für die von denselben „bei dem glücklich gelungenen Friedenswerke, nach Maßgabe der in Mitte liegenden Beschlüsse, den Interessen des Gesammtvaterlandes gewidmete Fürsorge" ihren Dank darzubringen; sowie den Beschluß vom 8. Februar d. J., wonach die Bundeskontingente kriegsbereit zu stellen waren, förmlich außer Wirksamkeit zu setzen, obwohl, wie die vorangeschickten Erwägungen in Berücksichtigung des auch ohne Bundesbeschluß bereits Geschehenen weislich bemerken, es sich wohl von selbst verstehen möchte, „daß bei nunmehr eingetretenem Frieden mit dem Hinwegfalle der Veranlassung, auch die Maßnahme selbst ihr Ende erreicht habe."

Bayern. Die von der 2. Kammer in ihrer 70. Sitzung angenommene Gewerbsteuerskala enthält mehrfache Aenderungen der seitherigen Skala und statt 30 jetzt 33 Klassen. — Der Gewerbsteuertarif ist eigentlich der wichtigste materielle Theil des Gewerbsteuergesetzes. Die Regierung hat den früheren einer sehr umfassenden Revision unterstellt und der Ausschuß unter Berücksichtigung der verschiedenen Reklamationen der Steuerpflichtigen noch weitere Abänderungsvorschläge gemacht. Große Schwierigkeit bietet ganz natürlich die Ermittlung der Normalanlage, weil hier die Verschiedenartigkeit der Betriebs- und Absatzverhältnisse, welche bei Gewerbtreibenden derselben Kategorie nicht bloß im gegenseitigen Vergleiche verschiedener Bezirke, sondern ebenso häufig an ein und demselben Betriebsorte zu Tage tritt. So sorgfältig daher bei der Revision des Tarifs zu Werke gegangen wurde, so lag es doch außer dem Bereich der Möglichkeit, jedem auf einem einzelnen Bezirk oder ein ganz spezielles Verhältniß berechneten Antrage in gewünschter Weise zu entsprechen. Jedem einzelnen Gewerbe konnte man, wie Referent Münch bemerkte, nicht gerecht werden. Selbstverständlich ist es auch unmöglich, ein Gewerbe etwa deßwegen niedriger zu klassifiziren, weil es an einzelnen Orten des Königreichs weniger rentirlich erscheint, als in den meisten übrigen Orten, oder höher zu klassifiziren, weil es irgendwo mit einer sonst nirgends vorhandenen Schwunghaftigkeit betrieben wird. Spezielle Fälle können hier nicht maßgebend seyn. Die Kammer hat auch deßhalb alle Modifikationen verworfen und den Ausschußanträgen ohne Weiteres zugestimmt. (B. Lbtn.)

Sachsen. Plauen, 13. Mai. Heute Abend wurde dahier die achte sächsische Lehrerversammlung eröffnet. Die Versammlung bestand aus circa 300 Theilnehmern. (Dr. J.)

Sachsen-Weimar. Weimar, 13. Mai. Bekanntlich ist der Architekt und Geometer Viktor v. Gerstenbergk von hier wegen Fälschung Schiller'scher Handschriften vom Kreisgerichte Weimar zu zwei Jahren Strafarbeitshaus verurtheilt worden und hat gegen dieses Erkenntniß Appellation eingewendet. Das Appellationsgericht zu Eisenach hat jetzt in zweiter Instanz entschieden und die erkannte Strafe auf ein Jahr heruntergesetzt. (Dresd. J.)

Oesterreich. Der General-Gouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs, F.-M. Graf Radetzky, hat neuerlich wieder einer Anzahl von Verbannten die straflose Rückkehr in die österreichischen Staaten bewilligt.

§ Wien, 16. Mai. (Privat-Korresp.) Die Statuten der Theißbahn unterliegen eben der Berathung im Ministerium des Innern. Ueber die Richtung der Theißbahn ist noch nichts definitiv bestimmt, da, wie man versichert, die französische Staatseisenbahngesellschaft unter Berufung auf ihre Privilegien gegen einige projektirte Linien der Theißbahn Einwendungen gemacht hat. — Wie fruchtbringend die Kapitalanlagen in ungarischem Grund und Boden seyn können, und wie daher der Wirkungskreis der neuen Gesellschaft „Austria" besonders in diesem Lande sehr bedeutend werden kann, dies wird aus den Geschäften klar, welche die frühere Immobiliengesellschaft nach ihrem vorjährigen Status an die „Austria", in welche sie bekanntlich mit eintritt, übergeben hat. Es befindet sich darunter z. B. ein Gut in der Nähe von Fünfkirchen, welches durch die darauf verwendeten Ammeliorationen zu einem Rentenertrag von fast sechs Prozent gebracht worden ist. In der Regel tragen die ungarischen Güter hauptsächlich wohl in Folge der unvollkommenen Bewirthschaftung 3½, höchstens 4 Prozent. Auch den Ankauf von großen Komplexen und die nachherige Veräußerung in kleineren Parzellen, wie es die Immobiliengesellschaft versucht hat, scheint ein sehr lohnendes Geschäft für Kapitalisten in Ungarn zu seyn, und soll, wie man vernimmt, von der neuen „Austria" im großartigen Maßstabe unternommen werden.

Wien, 15. Mai. Die kaiserliche Sanktion für die Konzessionirung der Pardubitz-Reichenberger Bahn ist erfolgt. (Augsb. Postz.)

Schweiz.

Laut Berichten des Oberst Bourgeois aus dem Kanton Tessin herrscht dort Ruhe, und die anfängliche Aufregung legt sich immer mehr. Am bezeichnendsten für diese Wendung sind die Verhandlungen der Versammlung von Lokarno vom 10. Mai. Der Antrag, die sieben Mitglieder des Obergerichts, die im De Georgi-Prozeß für Freisprechung der Angeklagten gestimmt haben, bei dem Großen Rath in Anklagezustand zu versetzen, ward von mehrern Rednern bekämpft und ging in der That dann auch nicht durch. Dagegen wurde eine Kommission niedergesetzt, um alle Thatsachen zu sammeln, die auf eine Bestechung der Richter schließen lassen, um eventuell dann eine Anzeige an die Gerichte zu bringen. (Fr. J.)

Großbritannien.

* Es hat sich eine mildthätige Gesellschaft zu den Zwecke gebildet, in London ein katholisches Hospiz zu gründen. Die Katholiken haben in England schon mehrere wohlthätige Institutionen, aber nicht ein einziges Hospiz. Allerdings werden die armen in den protestantischen Spitälern aufgenommen, aber sie entbehren dort des Beistandes der barmherzigen Schwestern und gelangen nur schwer dazu einen Priester zu bekommen. — Man will nun in London ein den Nonnen anvertrautes Spital gründen, wo die armen Kranken gleichzeitig des geistigen und körperlichen Beistandes genießen. — An der Spitze des Unternehmens steht der jetzige Herzog von Norfolk; ein Haus wurde in passender Lage bereits angekauft und da dieser Zufluchtsort den Katholiken aller Länder offen stehen soll, so hat sich auch in Paris ein Komite zur Annahme von Beiträgen zum fraglichen Zwecke gebildet

Italien.

Turin, 13. Mai. Seit drei Tagen schwimmt Turin in Festen. Die Feier des Verfassungsfestes, das für sich selbst hinreicht, Turin jedes Jahr in Aufregung zu versetzen, fiel dieses Jahr mit dem Pfingstfeste und der Rückkehr der Krimtruppen zusammen, Ursache genug, ein so bewegliches Völkchen, wie die Turiner, außer Athem zu bringen. Es waren auf den Pfingstsonntag die aus der Krim zurückgekehrten Truppen aus den Garnisonen Genua, Cuneo, Alessandria, Susa, Novara und Veneria hieher beordert worden, um an dem Feste Theil zu nehmen und vor dem König zu defiliren. Die hiesige Nationalgarde, welche in ihren vier Legionen aufgestellt war, hatte den Krimtruppen beim Vorbeimarschiren vor dem König das ihr zustehende Recht des Vortritts freiwillig abgetreten. Als diese Truppen das Weichbild der Stadt betraten, begann ein Jubel, der kein Ende nehmen wollte. Auf dem Platz Vittorio Emmanuele, sowie auf dem Schloßplatz, woselbst sich der König mit dem Prinzen von Savoien-Carignan und einem äußerst glänzenden Gefolge aufgestellt hatte, kannten die Evvivas und das Beifallrufen keine Gränzen. Kränze und Blumensträuße regneten auf die Soldaten, und ihre Bajonnette waren damit gekrönt. Nach dem Defiliren wurden die Truppen reichlich bewirthet. Bis zu Ende dieses Monats werden sämmtliche piemontesische Truppen den Boden des Vaterlandes wieder betreten haben. Die am Sonntag und Montag Nachts veranstalteten Illuminationen übertrafen an Pracht alles Frühere: die Stadt schwamm in einem wirklichen Feuer-, Flammen- und Freudenmeer und die Soldaten wurden buchstäblich auf den Schultern getragen. Zahlreiche Musikbanden durchzogen bis tief in die Nacht hinein die Straßen der jubelnden Stadt und die Rufe: Es lebe der König! Es lebe das Heer! Es lebe das einige freie Italien, erschollen überall. Gestern Abend wurde auf dem Platze San Carlo von 400 mitwirkenden Personen ein großes Konzert aufgeführt. Die Menschenmenge war ungeheuer und unübersehbar, sowohl auf genanntem Platz als in den illuminirten Straßen der Stadt. Nichts destoweniger erfährt man trotz der fast zügellosen Freude, trotz der außerordentlichen Aufgeregtheit der Geister nichts von einem Unfall oder einer Ruhestörung. Heute werden die Feste mit einem Wettrennen geschlossen. (Schw. M.)

Wie man der „Indepénd. belge" von den Gränzen der Romagna schreibt, werden dort in allen Städten heimlich Danksagungsadressen an Cavour für dessen Haltung in Paris unterzeichnet.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Paris vom 15. Mai schreibt man der „Köln. Ztg." über das schon erwähnte schreckliche Ereigniß, das sich zu Marasch in der Türkei zugetragen: „Ein Italiener, Namens Guarmani, englischer Agent des Transportwesens in der Stadt, ist mit seiner ganzen Familie in seinem eigenen Hause verbrannt worden. Es scheint, daß der Genannte wegen einer Privatangelegenheit vor den Kadi (Richter) beschieden worden war. Mit dem erlassenen Urtheil nicht zufrieden, beging Guarmani das Unrecht, die Magistratsperson in einer Art und Weise zu beleidigen, welche die Türken nicht dulden. Der Kadi verließ darauf den Gerichtssaal, indem er erklärte, er könne Angesichts eines Mannes nicht bleiben, der ihn in dieser Weise beleidigt habe. Diese Szene war bald in der ganzen Stadt bekannt und erregte eine unglaubliche Aufregung. Das von einigen Fanatikern aufgereizte Volk rottete sich zusammen und begann die Aufsuchung Guarmani's, der, kaum in sein Haus zurückgekommen, von der Menge belagert wurde. Von seinen Bedienten unterstützt, leistete er einen heftigen Widerstand und empfing die Angreiffer mit Flintenschüssen. Sechs aus dem Volke wurden getroffen, wovon drei tödtlich. Die Wuth des Volkes stieg aufs Höchste. Es zündete das Haus an und zog sich erst zurück, als dasselbe nur noch ein Trümmerhaufe war, unter dem Guarmani, seine Frau, zwei Kinder und zwei Stallknechte begraben waren.

Die Unruhen in Magnesia sind, wie die in Smyrna eingetroffenen offiziellen Berichte ergeben, durch das Gerücht sehr übertrieben worden; die Verhaftung von zwei Türken und einem Griechen genügte zur vollständigen Herstellung der Ruhe.

Amerika.

Der „New-York Herald" bringt aus der Feder eines Passagiers vom Dampfer „Cortes" einen langen Bericht über die blutige Affaire in Panama, den wir dem wesentlichen Inhalt nach mittheilen: „Eine Anzahl von über 1600 Passagieren wartete mit ihrem Gepäck in Aspinwall, um sich mit Hülfe des „John L. Stephens," eines kleinen Dampfers, der am Ende des Kai der Eisenbahngesellschaft neben einem Lichter lag, an Bord zu begeben. Beide Fahrzeuge saßen auf dem Grunde und waren nicht zu benutzen, als der Lärm ausbrach. Der Urheber des Streits war ein betrunkener Passagier aus New-Orleans, der wegen einer Wassermelone mit einem Obsthändler zu zanken anfing und die Pistole gegen ihn zog, während dieser sein Messer schwenkte. Die Freunde des Betrunkenen und die eingeborene Menge waren einander bald in den Haaren. Man schlug, man blies und schrie Alarm, und nach wenigen Minuten waren 20 — 30 Soldaten mit aufgepflanzten Bajonnetten auf dem Platze. Der amerikanische Konsul, der Agent der Eisenbahngesellschaft und andere Gentlemen suchten vergebens zu vermitteln, und die Polizei, meist aus schwarzen Eingebornen bestehend, die von Haus aus den Amerikanern wenig hold sind, feuerte auf die unbewaffneten Passagiere und tödtete, so viele sie bei ihrer mangelhaften Schießkunst tödten konnte. Dann stürzte sich dieser Pöbel gegen das nahe Pacifichouse, eine Art Hotel, in welchem sich viele Passagiere befanden, hieb rechts und links ein, erbrach Thüren und Fenster, trank darin aus, was sich an Getränken vorfand, plünderte Kisten und Koffer und demolirte das Innere des Hauses vollständig. Sehr viele Amerikaner hatten sich mit Weibern und Kindern in ein anderes Hotel, Oceanhouse, geflüchtet; aber auch dieses wurde gestürmt. Die sogenannte Polizei feuerte durch Fenster und Thüren hinein, verwundete mehrere und tödtete einige Personen, worauf der

Janhagel eindrang, alle Möbel zertrümmerte, die Passagiere hinauswarf und eine ansehnliche Summe Geldes nebst Kleidungsstücke 2c. konfiszirte. Alles, was entkommen konnte, hatte sich inzwischen in das Depot geflüchtet, und hier leistete mancher Amerikaner heroischen Widerstand; aber zuletzt wurde auch dieses Gebäude in Sturm genommen und in ein wahres Schlachthaus verwandelt. Als der Angriff begann, waren wenigstens 500 Personen darin, von denen mehrere auf der Stelle todtgeschlagen und viele arg verwundet wurden. Hunderte von Koffern und Packeten fielen den Spitzbuben in die Hände, und die Papiere der Gesellschaft nebst den Briefen der Reisenden schwammen auf dem Boden im Blute der Gemordeten. Vom Depot aus wälzte sich der wilde Haufe gegen den Kai und den kleinen Dampfer, der dort lag. Hier hatten sich 600 oder 700 Personen, meist Weiber und Kinder, zusammengedrängt. War es der Anblick so vieler ganz Wehrlosen oder ein Befehl der Behörden, genug, die Wuth der Eingebornen schien hier zu Ende und sie begnügten sich mit einigen Schüssen auf ein Proviantschiff. Zum Glück war ein Theil des Gepäcks der Illinoispassagiere aus dem Depot beim ersten Lärmen fortgeschafft und auf einen Lichter gebracht worden, und von den Passagieren des Cortes, die meist in den Hotels der Stadt zerstreut wohnten, gerieth nur etwa die Hälfte mit in den Tumult. Die Behörden ließen nichts von sich hören. Die Stadtthore wurden geschlossen, die Glocken läuteten Sturm, die Einwohner verbarrikadirten sich in ihren Häusern; aber zur Herstellung der Ordnung geschah nichts, außer daß die niederträchtige Polizei auf die Angegriffenen feuerte. Das geraubte und zerstörte Gepäck wird auf 20,000 Doll. geschätzt; an baarem Gelde wurden wenigstens 30,000 Doll. gestohlen. Der Verlust an Menschenleben war nicht mit Gewißheit zu ermitteln; 18 lagen am nächsten Morgen todt in und am Depot, 10 waren tödtlich verwundet, und viele Andere wurden vermißt. Unter den Verwundeten ist der Sekretär des amerikanischen Konsuls. Unter den Getödteten waren auch eine Frau und zwei Kinder; doch sollen auch die Räuber an 40 Todte, darunter mehrere biedere Polizeimänner, auf dem Platze gelassen haben. Der Aufruhr dauerte fast bis zum Morgengrauen. Die Eisenbahngesellschaft hat ebenfalls schwere Verluste erlitten. Den Tag darauf lagen die Tumultuanten theils abgemattet, theils betrunken in ihren Hütten oder Booten, und die Ordnung stellte sich von selbst her. Die Cortespassagiere wurden früh in aller Eile nach Aspinwall befördert, von wo sie sich am 17. Mai auf dem Dampfer „Philadelphia" nach New-York einschifften. Als sie Panama verließen, sahen sie, wie die Eingeborenen ruhig das geraubte Gepäck untersuchten, erhielten aber den guten Rath, still zu seyn, damit nicht etwa ein neuer Krawall ausbreche."

Asien.

Das Grab Christi, wird dem „Univers" aus Jerusalem berichtet, war am 26. April abermals der Schauplatz eines Skandals. Es ist dies das dritte Mal binnen zwei Jahren, daß die griechischen und armenischen Schismatiker, aus Anlaß ihrer abergläubischen Ceremonie vom „heiligen Feuer", solchen Skandal veranlassen. Der Streit, welcher bald in ein förmliches Handgemenge ausartete, entstand, scheint es, in dem Augenblick, wo sich alles zu den Oeffnungen drängte, durch welche das „heilige Feuer" von den beiden (dem griechischen und armenischen) Prälaten ausgeben soll. Der Pascha, welcher der Ceremonie anwohnte, versuchte es vergebens, mit seinen Soldaten Ordnung und Ruhe herzustellen, wobei er und sein Sekretär leicht verwundet wurden. Die Wuth der beiden Parteien hatte sich gegen die tausende von silbernen Lampen gerichtet, mit welchen die Façade des heiligen Monuments geschmückt ist. Die Armenier zerbrachen jene der Griechen, diese jene der Armenier, die Lampen fielen lärmend zu Boden, der heilige Vorhof war mit Oel überschwemmt. Endlich gelang es den türkischen Truppen, die Kämpfenden aus der Kirche zu drängen, aber noch lange dauerte der Kampf auf dem Platz und in den Bazars fort. Der eigentliche Anlaß dieses bedauerlichen Vorfalls, sagt der Korrespondent des „Univers", ist nicht bekannt.

Orientalische Angelegenheiten.

Aus dem Orient.

Der Sultan hat die in den Konstantinopeler Blättern vom 5. Mai erfolgte Veröffentlichung des Friedensvertrages mit einem Manifeste begleitet, worin er u. a. sagt: „Um diesen glücklichen Frieden, welcher erreicht ward, zu Unseres Landes Bestem zu benutzen, sollen sich alle Klassen Unserer Unterthanen verbinden durch die Bande der Liebe zum Vaterlande, sowie sie eine so herzliche Einmüthigkeit während des Krieges gezeigt haben, der durch glücklichen Erfolg gekrönt ward; und Wir hoffen, daß alle Beamten den größten Eifer entwickeln werden, um auf wirksame Weise, gemäß Unserer unwandelbaren Absicht, die Organisation und Verbesserung zu bewerkstelligen, deren Grundsteine Wir unter dem Beistande der göttlichen Fürsehung gelegt haben. Wir hoffen, unter dem Beistande des Allmächtigen und mit Hülfe Unseres Volkes, daß auf diese Weise Unser Land und Unsere Nation in der Welt mehr Ruhm und Größe durch die Fortschritte ihres Wohlstandes und Wohlergehens erlangen werden. — Die Beweise von Freundschaft und Wohlwollen, welche Uns bei dieser Gelegenheit Unsere erhabenen Verbündeten gaben, werden nie vergessen werden; die Dankbarkeit wird immerdar bewahrt werden in den Herzen der Otomanen: und die Namen ihrer heldenmüthigen Krieger, die für Unsere Sache ihr Blut vergossen und sich auf den Schlachtfeldern mit unsterblichem Ruhme bedeckt haben, werden denselben Rang auf den Blättern unserer Geschichtsbücher haben, wie auf denen der ihrigen."

Nichtpolitische Zeitung.

Man schreibt aus Uedem in Rheinpreußen: „In der Nacht vom 9. auf den 10. Mai starb der Levi Jakob Ganß in dem gewiß höchst seltenen Alter von 107 Jahren 8½ Monaten. Derselbe war den 22. August 1748 zu Neuenheim bei Heidelberg im Großherzogthum Baden geboren, aber schon mehr denn 70 Jahre hier wohnhaft. Er war für sein Alter stets höchst rüstig, so daß er vor ein paar Jahren noch bedeutende Fußtouren machte, und mit Ausnahme des Gehöres war er bis zum letzten Augenblick im vollen Gebrauch seiner Sinne und Sinneswerkzeuge; ja, sein Gesicht war so gut, daß er ohne Brille, die er in 30–40 Jahren nicht mehr gebraucht hat, ziemlich seine gedruckte Schrift recht gut lesen konnte. Vor fünf Jahren hatte dieser Greis noch ein Nervenfieber glücklich überstanden. Von Jugend an ein starker Raucher, ging ihm erst die Pfeife aus, als er sich in der letzten Hälfte des April eine Erkältung zugezogen, wodurch er auf das Krankenlager geworfen ward; er verlor den Appetit und genoß vom 23. April bis zu seinem Tode nichts als kaltes Wasser. Seine Lebensverhältnisse waren stets dürftig, und hat sich derselbe immer viel plagen müssen; aber seine Lebensweise war pünktlich, wie ein Uhrwerk." (K. Z.)

Wien, 15. Mai. Wir sind auf dem besten Weg den Parisern immer ähnlicher zu werden; Ponsard war mit seinem Börsenstück kaum vors dortige Publikum getreten, als auch schon die Wiener Volksdichter diesen ergiebigen Stoff zum Vorwurf ihrer neuesten Schöpfungen machten, und Börsengeschichten zur Aufführung brachten, die mit dem Pariser Original gerade so viel Aehnlichkeit haben, als die raffinirte französische Börsenschwindelei mit der naiven Aktienschwärmerei der Wiener. Auch Nestroy hat seine vor Jahren schon durchgefallene Parodie von Hebbel's „Judith und Holofernes" mit einigen Börsenwitzen aufgeputzt, in welcher Fassung sie gefällt und volle Häuser macht. (Allg. Ztg.)

Eine große Fabrik, um Papier auf wohlfeilere Art statt aus Lumpen künftig aus bisher unbenutzten Pflanzenfasern zu erzeugen, soll in London demnächst in's Leben treten. Bereits ist der Prospektus einer Gesellschaft ausgegeben, die sich „Colonial Fibre Company" nennt und unter deren Direktoren die Gouverneure von Jamaica und Britisch-Guiana angeführt sind. Es soll vor allem ein Kapital von 100,000 Pfd. Sterl. in 20-Pfd.-St.-Aktien aufgebracht werden. Die zu verarbeitenden Pflanzenfasern würden aus den westindischen Inseln eingeführt werden. Zeitgemäß ist dieses Unternehmen zumal für England, wo die Papierpreise und Arbeitslöhne eine solche Höhe erreicht haben, daß einzelne Verleger in neuester Zeit ihre Verlagsartikel (namentlich spätere Auflagen und Werke in fremden Sprachen) in Belgien, Frankreich und Deutschland drucken lassen.

Paris, 16. Mai. Heute ward der Prozeß der sogen. „spanischen Fälscherbande", deren Thätigkeit sich bis nach Deutschland und namentlich Frankfurt (wo einige Mitglieder dieser kuriosen industriellen Assoziation verhaftet wurden) verzweigt hatte, entschieden. Der Angeklagte Dela Calzada ward für nichtschuldig erklärt, die anderen sind der Assoziation zu unerlaubten verbrecherischen Zwecken (Anfertigung falscher englischer Banknoten), und Ripoll, Peco und Fornes überdies noch der Ausgabe falscher Banknoten für schuldig erkannt worden. Bei Gallego, Picazo und Mariano erkannte die Jury mildernde Umstände. Demzufolge wurden Letztere zu fünf Jahren Gefängniß und Fornes und Ripoll zu fünf Jahren Strafarbeit und 100 Franken Geldbuße verurtheilt.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 19. Mai. Für österr. Effekten zeigten sich heute viele Käufer zu höheren Coursen, während bayr. Ostbahn den gestrigen Cours nicht behaupten konnte. Die übrigen Effekten ohne wesentliche Veränderung.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Perefre 805 bis 808. — Reichenbach-Pardubitz 109 1/4 — 10 Bayerische Ostbahn 109 7/8 bis 109 5/8 1/4. — Elisabeth-Bahn 114—114 1/4 — Theiß-Bahn 108 1/4.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1317 P. 1312 G. Neue Bankaktien 437 P. 433 G. Credit-Actien à 5pCt. 238 P. 236 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 84 1/8 P. 83 7/8 G 5pCt. Lombard-Ven. 91 3/4 P. 91 1/4 G. Metall. alte à 5pCt. 82 1/2 P. 82 1/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 1/2 P. 89 G.; à 4 1/2pCt. 73 3/4 P. 73 1/2 G.; à 4pCt. 65 1/2 P. 65 G.; à 3pCt. 50 P. 49 1/2 G.; à 1pCt. 16 1/4 P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 130 1/2 P. 129 1/2 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 P. 106 1/2 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 314 P. 312 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 112 1/2 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à 3 1/2pCt. 88 1/4 P. 87 3/4 G.; 4pCt. 94 5/8 P. 94 1/8 G.; 4pCt. Grundrente 94 5/8 P. 94 1/8 G.; 4 1/2pCt. 101 P. 100 1/2 G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155 1/4 P. 154 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 116 3/4 P. 116 1/4 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117 3/4 P. 117 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 89 1/2 P. 89 G.; 4 1/2pCt. — P. 102 1/2 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 1/2 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82 1/2 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41 1/8 P. 40 7/8 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 1/2 P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2pCt. 92 1/2 P. 92 G.; à 4pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 4 1/2pC. 102 1/2 P. 102 G.; Loose à fl. 50 112 5/8 P. 112 3/8 G.; à fl. 25 33 3/4 P. 33 1/2 G.; Darmstädter Bankaktien alte 374 1/2 P. 372 1/2 G.; junge 318 P. 316 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 108 1/8 P. 107 5/8 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 89 3/4 P. 89 1/4 G., Loose à fl. 25 31 3/4 P. 31 1/4 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 1/2 P. 85 G.; à 3 1/2pCt. 93 P. 92 1/2 G.; Bankaktien 121 P. 120 1/2 G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 81 1/2 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 86 3/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 1/2 P. 40 1/4 G.; 1pCt. neue 25 1/16 P. 24 15/16 G. **Holland.** Integrale 63 P. 62 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 5/8 P. 100 3/8 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 1/2 P. 119 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G	Mail. i. S Li. 250 k. S 101 1/4 P 101 G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Paris Frs. 200 k. S 94 P. 93 3/4
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S. 97 1/4 P. 97 G.	Wien fl. 100 C. k S. 117 3/8 P. 117 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 7/8 P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

London, 12. Mai. Getraide. Wir hatten am heutigen Markte hier eine große Zufuhr von Waizen. Der Handel war schwerfällig und nur ein Theil desselben konnte zu ungefähr den Preisen von heute vor acht Tagen begeben werden, der Rest blieb unverkauft am Schlusse des Marktes. In fremdem Waizen hat nur ein beschränkter Umsatz zu letztwöchentlichen Preisen stattgefunden. Sack- und Faßmehl waren heute weniger gefragt als am Freitag, indessen waren die Preise unverändert. Gerste wohlfeiler. Bohnen und Erbsen unverändert. Von fremdem Hafer trafen seit Freitag mehrere Ladungen ein und war der Artikel eher träge, aber ohne Preisveränderung. — Der Handel mit Kleesaamen bleibt unverändert und sind die Eigenthümer für guten rothen Saamen fest zu vollen Preisen.

Neueste Nachrichten.

** München, den 18. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Der dem Landtag vorgelegte Gesetzentwurf, den §. 19 der Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822 betreffend, lautet wie folgt:

„Art. 1. Der §. 19 der Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822 erhält folgende Fassung: 1) Die Befriedigung einer Forderung, welche mit ungetheilter Summe auf mehrere im Vermögen des Gemeinschuldners befindliche Immobilien eingetragen, geschieht in der Art, daß der Betrag dieser Forderung auf die bezeichneten Immobilien zu gleichen Theilen ausgeschlagen und sofort bei Vertheilung der Kaufschillinge so verfahren wird, als ob auf jedem dieser Immobilien nur die für dasselbe sich berechnende Quote eingetragen wäre. 2) Reicht der Verkaufspreis des einen oder andern der erwähnten Immobilien zur Bezahlung der auf dasselbe treffenden Quote nicht hin, so ist diese Quote, soweit sie unbefriedigt geblieben, auf die übrigen für die nämliche Forderung verhypothezirten und zur Masse gehörigen Immobilien nach dem im Ziffer 1 bezeichneten Verhältnisse weiter zu vertheilen und den auf diese Immobilien bereits repartirten Quoten beizuschlagen."

„Art. 2. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung durch das Gesetzblatt in den Landestheilen diesseits des Rheines in Wirksamkeit. Dasselbe findet in den Fällen, in welchen vor dem genannten Tage die Eröffnung des Konkursverfahrens rechtskräftig beschlossen ist keine Anwendung."

München, 18. Mai. Nach einem Beschlusse des Verwaltungsraths der Ostbahnen soll der Direktor Hr v. Denis die sämmtlichen Linien inspiziren, um an Ort und Stelle die Einleitungen zum Bahnbau zu treffen und die Richtung der Linien definitiv festzustellen. Herr v. Denis, dem die Aufnahme des größten Theils des technischen und Verwaltungspersonals selbständig übertragen ist, beschäftigt sich bereits mit der Wahl, die bei der überaus großen Anzahl von Bewerbern nicht wenig Schwierigkeiten bieten mag. Da die Repartition der Aktien bis morgen bekannt gegeben werden kann, so werden die ersten Einzahlungen mit 15pCt. an jenen Orten, in denen Subskriptionen stattfanden, noch im Laufe dieser Woche eingefordert werden. (Nürnb. K.)

Berlin, 17. Mai. Graf Buol hat, kurz nach seiner Rückkehr aus Paris, an die auswärtigen Vertreter Oesterreichs ein Zirkular erlassen. Es enthält namentlich ein Resumé über den Gang der Verhandlungen zu Paris; bei dem die italienische Frage betreffenden Kapitel soll Graf Buol besonders lange verweilen. Den Gedankengang der betreffenden Aeußerungen hört man dahin bezeichnen: Es müsse zugegeben werden, daß die Verhältnisse in Italien Vieles zu wünschen ließen; die Frage aber, worauf hier Alles ankomme, sey die: ob die Verhältnisse in ihrer wirklichen Entstehung den Regierungen zugeschrieben oder nicht vielmehr ausschließlich als eine nothwendige Folge der vergangenen und heimlich noch immer fortdauernden Bestrebungen der Revolution betrachtet werden müßten. Letzteres sey entschieden der Fall, und die von dem Grafen Cavour auf dem Pariser Kongreß gegen die italienischen Regierungen erhobenen Beschuldigungen müßten darum um so mehr Verwunderung erregen, als auch nicht recht abzusehen sey, woher Sardinien seine Berechtigung zu einem solchen Auftreten schöpfen könne. Sollte diese vermeintliche Berechtigung etwa ihren Grund haben in einer mit den Bestrebungen der revolutionären Partei in Italien mehr oder weniger zusammentreffenden Politik, so könne das im Interesse der Ruhe Europa's gewiß nur aufs tiefste beklagt werden. (N. K.)

Brüssel, 17. Mai. Der Prinz Oskar von Schweden traf heute Nachmittags hier ein. Der schwedische Gesandte und ein Adjutant des Königs Leopold hatten ihn an der preußischen Gränze empfangen und hieher begleitet. Vier Hof-Equipagen brachten den Prinzen nebst Gefolge nach dem Gasthofe, wo ein Ehren-Piquet aufgestellt war. Kurz darauf besuchten der König und der Herzog von Brabant den Prinzen, der später den Besuch erwiderte. (K. Z.)

London, 17. Mai. Die „Times" widersprechen offiziell der Angabe der indischen Journale, nach welcher England auf dem Punkte wäre, Hyderabad und Baroda seinen indischen Besitzungen einzuverleiben. — Sir Benjamin Hall zeigt an, daß am Sonntag ein Musikkorps im Hydepark mit Erlaubniß des Herzogs von Cambridge spielen werde. (T. D. d. Fr. J.)

Paris, 17. Mai. Es sind jetz dahier Plaisirzüge nach Petersburg eingerichtet worden; die Hinfahrt kostet 125 Fr. (Köln. Z.)

Aus Madrid wird vom 17. Mai gemeldet, Espartero sey am Tage vorher von seiner Rundreise zurück in der Hauptstadt eingetroffen und alsbald von der Königin in besonderer Audienz empfangen worden. (T. D. d. K. Z.)

Turin, 16. Mai. Der „Diritto" berichtet aus Genua vom 12. d. Mts. Abends, es sey in der Nähe der Post ein drohender Anschlag gegen den österreich. Konsul angeheftet worden. Später ließen einige Tumultuanten böswillige Rufe gegen den Konsul ertönen, zertrümmerten einige Fensterscheiben des Konsulatgebäudes u. dgl. Der Berichterstatter des „Diritto" selbst bezeichnet diese Auftritte als skandalös und bedauerlich. (Oesterr. Cor.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 140.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 21. Mai 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 19. Mai. Gestern ist der Vortrag des Abg. Fürsten v. Wallerstein, Namens des 3. Ausschusses über Ansässigmachung, Verehelichung, Heimath, Armenwesen, Auswanderung, und zwar zunächst über die von dem Abg. Dekan Lang angeeigneten Anträge des Stadtmagistrats Schwarzenbach a/S., dann des protestantischen Landkapitels Münchberg auf „erweiterte gesetzliche Fürsorge gegen Verarmung und Entsittlichung", vertheilt worden. Der Referent hat diesen Gegenstand einer sehr umfassenden Erörterung unterworfen und auf seinen Vorschlag stellt der Ausschuß folgende Anträge: „Es sey auf verfassungsmäßigem Wege an Se. k. Majestät die allerehrerbietigste Bitte zu richten, Allerhöchstdieselben möchten geruhen: 1) Dem in wiederholten Darlegungen geschilderten Nothstande verschiedener Bezirke des Königreiches fortgesetzte allerhöchste Würdigung zuzuwenden, und im Falle Erforderniß es an den Landtag Vorschläge behufs kompetenzgemäßer Mitwirkung gelangen zu lassen; 2) dem bestehenden Systeme der Armenpflege auch in den höhern Abstufungen die längst angeordnete lebendige Ausbildung zu gewähren und dadurch den Klagen einzelner Polizeidistrikte über einreißende Verarmung und drohenden Untergang einerseits die nöthige, strenge, aus dem Leben gegriffene Würdigung, andererseits im Falle des Begründetseyns das durch Gesetz und Verordnungen berufene Organ wirksamer Vertretung zu sichern; 3) den Dank des Landes für jene Initiative im Bunde entgegenzunehmen, wodurch Allerhöchstdieselben, laut ministerieller Eröffnung bemüht sind, zwangfreie Förderung deutscher Auswanderung zu einer vereinten Aufgabe aller deutschen Regierungen zu gestalten, dieselbe sonach dem Auslande gegenüber mit dem Vollgewichte des Schutzes, der Fürsorge, des Ansehens, der Würde Gesammtdeutschlands zu umgeben, und bei diesem großherzigen Beginnen Allerhöchst sich nöthigen Falls der freudigen Mitwirkung des Landtages versichert zu halten; 4) inzwischen mit Rücksicht auf die massenhafte Zunahme nothleidender Personen, insbesondere auf das traurige Loos ganzer durch den Umschwung in dem Betriebe einzelner Gewerbe beschäftigunglos gewordener gewerblicher Bevölkerung die bayerischen Normen über Auswanderung einer durchgreifenden Revision zu unterwerfen und je nach dem Ergebnisse die geeigneten Vorlagen an den Landtag anzuordnen; 5) die Zwangsbeschäftigungsanstalten durch deren scharfe Ausscheidung von den Zucht- und Strafarbeits-Anstalten auf den durch das Gesetz gewollten und die Erfüllung ihres humanitären Zweckes bedingenden Standpunkt zurückführen zu lassen."

(B. Ldbtn.)

* Der Entwurf eines Gesetzes, „die Revision einiger Bestimmungen des Rothenburger Statutarrechts betr.", lautet wie folgt: „Die in dem Statutarrechte der vormaligen Reichsstadt Rothenburg an der Tauber, insbesondere in der am 28. Juni 1576 kaiserlich bestätigten Fallitenordnung vom 16. Februar desselben Jahres, in Ziffer 2 des Rathsdekrets vom 24. April 1720, ferner in Ziffer 1 und 2 der am 8. März 1756 erneuerten Rathsverordnung vom 24. November 1723, endlich in den Rathsverordnungen vom 19. Januar 1725, 18. April 1731 und 21. Juli 1767 enthaltenen Vorschriften über die Form der Errichtung von Verträgen Juden künftighin nur bei denjenigen Verträgen, welche die Besitzveränderung oder das Eigenthum unbeweglicher Sachen oder diesem gleich geachteter Rechte oder dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen betreffen, dann bei Ehe- und Erbverträgen und bei Intercessionen von Frauenspersonen Anwendung. Die in dem genannten Statutarrechte enthaltenen Ausnahmsbestimmungen bezüglich der sogenannten Literaten sind aufgehoben. — Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung durch das Gesetzblatt in Kraft. Auf Verträge, welche vor diesem Tage abgeschlossen worden sind, äußert dasselbe keine Wirksamkeit."

München, 17. Mai. Der Kassationshof hat über die Rekurse in der Pfälzer Gallisirungsangelegenheit Urtheil gesprochen. Dieses erklärt, daß zwar Art. 423 des code pénal durch Gallisirung der Weine nicht verletzt werde, daß aber allerdings eine Falsifikation im Sinne des Art. 475 Alinea 6 vorliege. Es möge zwar vom nationalökonomischen Standpunkte und vielleicht auch sonst sich rechtfertigen lassen, die Gallisirung zu gestatten; dem Richter stehe es aber nicht zu, sich über die Vorschriften des Gesetzes hinwegzusetzen, welche jede Alteration von Getränken, gleichviel, ob sie zur Verbesserung oder Verschlechterung führe, dann strafen, wenn dieselben verkauft worden sind; übrigens sey in den gegebenen Fällen eine Täuschung dadurch gegeben, daß die Käufer von der geschehenen Gallisirung nicht unterrichtet waren.

(Deutschl.)

Preußen. Die „D. Allg. Ztg." schreibt aus Berlin, 18. Mai: „Der Prinz-Adalbert, der sich mit dem General v. Prittwitz und dem Geh. Oberbaurath Hagen nach der Insel Rügen behufs Erforschung einer geeigneten Stelle zur dortigen Anlegung eines Marinehafens begeben hatte, ist, wie man mit Genugthuung vernimmt, mit einem sehr befriedigenden Ergebniß in der angedeuteten Beziehung hierher zurückgekehrt. In Betreff des Nähern wird natürlich einstweilen noch Stillschweigen beobachtet. In dem neuesten Bericht einer namhaften Handelskörperschaft wird hinsichtlich der Marine Preußens mit Recht hervorgehoben, daß Preußen zum Schutz seiner Interessen und zur Verstärkung seines Defensivsystems auf die Herstellung einer tüchtigen Kriegsmarine mit allen dazu nöthigen Einrichtungen in der Ostsee sowohl, als auch in der Nordsee angewiesen sey."

Aus Berlin, 18. Mai wird der „Frankfurter Post-Zeitung" geschrieben: „Verschiedener anders lautenden Nachrichten gegenüber, muß ich die Behauptung aufrecht erhalten, daß allerdings ein Monarchenkongreß über die nicht vor das Forum der Pariser Konferenzen gezogenen europäischen Angelegenheiten zwar erst ein in den ersten Linien angelegtes Projekt ist, aber nicht das bloße Hirngespinst eines Zeitungskorrespondenten. Die Neuenburger Frage bleibt, wie ich schon erwähnte, einer solchen Berathung vorbehalten und füge ich, obwohl als bis jetzt noch unverbürgtes Gerücht, hinzu, daß von der Ausarbeitung eines Memoire über diese Preußen so nahe berührende Angelegenheit gesprochen wird."

Oesterreich. Wien, 15. Mai. Einige Offiziere der walachischen Miliz sind von Bucharest hier eingetroffen, um den Truppenübungen in der Umgebung Wiens beizuwohnen und sich mit dem österreichischen Exerzier- und Manövrir-Reglement vertraut zu machen. — Wegen Errichtung einer Börse in Lemberg sind die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen nun in die Linie der nahen Entscheidung gelangt.

(Ostd. Post.)

Der Originaltext des für die hiesige Erzdiözese ergangenen Ordinariatserlasses über die Begräbnisse evangelischer Personen, über welchen seit einigen Wochen so viel Geschrei erhoben worden ist, lautet, wie folgt:

„Der Metropolit und die Bischöfe der Kirchenprovinz Wien der gesammten ehrwürdigen Geistlichkeit ihrer Kirchensprengel Heil und Segen vom Herrn. Der Herr, unser großer Erlöser, ist für alle Menschen gestorben; er ist das Licht, das jeden Menschen erleucht, der in diese Welt kommt, und seine Kirche umfängt Alle, für die er zum Opfer geworden ist, mit mütterlicher Liebe, sucht Allen, welchen er die Pforten des Himmels erschlossen hat, Licht und Gnade zu vermitteln. Aber die Kirche, die Säule und Grundfeste der Wahrheit, kann Jene, die in der Kirche zu seyn verschmähen, nicht so behandeln, als seyen sie ihre Kinder. Sie verkündet Allen, wo und wie sie vermag, die Lehren des Heils; sie weist die Gläubigen an, die Pflichten der Nächstenliebe gegen alle, wie und wo sie vermögen, zu erfüllen; allein die Rechte der Kirchengemeinschaft gewährt sie nur denen, welche, ihre Stimme hörend, auch ihren Glauben bekennen.

Ueber solche, die außer ihrer Gemeinschaft von dem Leben geschieden sind, fällt sie kein Urtheil der Verdammung; denn der Erforscher der Herzen allein weiß, ob ein Hinübergegangener der Theilnahme an der allein wahren Kirche mit oder ohne seine Schuld entbehrt hat; aber ein kirchliches Begräbniß kann sie nur jenen gewähren, welche in ihrer Gemeinschaft von dem Leben geschieden sind; denn das kirchliche Begräbniß gründet sich auf das Recht der Kirchengemeinschaft. Daher hat der katholische Pfarrer bei dem Leichenbegängniß eines Akatholischen in keiner Weise mitzuwirken; er darf also nicht gestatten, daß die Glocken des katholischen Gotteshauses geläutet werden, er muß jede Zumuthung ablehnen, die Leiche, sey es auch ohne den (die) Zeichen seines kirchlichen Amtes, zu begleiten, und dadurch den Schein annehmen, als übe er bei einem nicht katholischen Christen eine seelsorgerliche Amtshandlung. Der Gottesacker ist durch die Gebete und Segnungen der Kirche für das Begräbniß ihrer Kirche geweiht und ausgesondert. In Gegenden, wo akatholische Gemeinden bestehen und dieselben einen eigenen Friedhof besitzen, ist in keinem Falle zu gestatten, daß ein Akatholik auf dem katholischen Gottesacker beerdigt werde. Wo akatholische Gemeinden bestehen, aber keinen eigenen Leichenhof haben, ist zu wünschen, daß denselben eine gänzlich abgesonderte Begräbnißstätte angewiesen werde, und wir behalten uns vor, deßhalb das Erforderliche einzuleiten. Bis dahin soll ein Theil des Gottesackers mittelst einer Mauer, einer Hecke oder Einplankung für akatholische Leichen ausgesondert werden. In den meisten Theilen der Kirchenprovinz sind akatholische Gemeinden nicht zu finden und es kann nur das Begräbniß von vereinzelt wohnenden oder auf der Reise verstorbenen Akatholiken in Frage kommen. Wenn für eine anständige Beerdigung derselben in anderer Weise nicht gesorgt werden kann, so ist zu gestatten, daß sie auf dem katholischen Gottesacker begraben werden; doch ist der hierzu verwendete Raum durch eine leicht erkennbare Abgränzung von dem Friedhofe auszuscheiden. Bei sich ergebenden Anständen haben die Herren Dechante an das Ordinariat Bericht zu erstatten. Der katholische Priester darf niemals und in keiner Weise dem Schein Raum geben, als verrichtete er irgend eine kirchliche Handlung als Stellvertreter eines Akatholiken. Dies ist, wie in jeder Beziehung, so auch hinsichtlich der heiligen Taufe festzuhalten; nur soll die Sorge für das Seelenheil des Kindes dabei nicht außer Acht gelassen werden. Der katholische Priester kann also und soll sich herbeilassen, ein Kind nichtkatholischer Aeltern zu taufen, wenn sonst zu befürchten stände, daß es der Gnade der Wiedergeburt entbehren könnte; wofern aber die Aeltern sich nicht verpflichten, den Täufling in der katholischen Religion erziehen zu lassen, so ist derselbe zwar als katholisch in das Taufbuch einzutragen, jedoch beizufügen, daß er das Kind nichtkatholischer Aeltern sey, welche kein Versprechen gegeben hätten, denselben in der katholischen Religion erziehen zu lassen. Als Taufpathen sind auch in solchen Fällen nur Katholiken zuzulassen; protestantische Personen können nur als Zeugen für die Thatsache der vollzogenen Taufe dabei erscheinen. Bei solchen und allen Berührungen mit Akatholiken ist Alles, was das Gefühl verletzen kann, in so weit zu vermeiden, als die Treue der Pflichterfüllung es verstattet. Der Priester Gottes beweise der Welt bei jedem Anlasse, daß die katholische Wahrheit ihm höher stehe, als alle irdische Rücksicht, zugleich aber, daß er von keiner Erweisung der Bruderliebe, welche mit der katholischen Wahrheit vereinbar ist, sich gegen Andersgläubige entbunden halte. Uebrigens ertheilen wir Euch, geliebte Mitarbeiter im Weinberge des Herrn, Unsern bischöflichen Segen, und bitten den Vater des Lichts um willen Dessen, welchen er für uns hingegeben hat, daß er die Gnade seines heiligen Geistes Euch in Fülle verleihen möge. Wien, am Feste des hl. Apostel Mathäus, den 25. Februar 1856. Joseph Othmar, Kardinal und Fürst-Erzbischof von Wien. Ignazius, Bischof von St. Pölten. Franz Joseph, Bischof von Linz."

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Mai. Wie hier bestimmt verlautet, sollen bereits einige Kriegsschiffe von Amerika nach hier auf dem Wege seyn, um der Forderung der nordamerikanischen Regierung wegen der Aufhebung des streitigen Sundzolls den gehörigen Nachdruck zu verleihen. (So gefährlich wird es wohl nicht werden. Die Red.) Wie es dagegen bei uns wieder den Anschein hat, will man sich nicht so leichten Kaufs und durch bloßen Schrecken den fetten Bissen nehmen lassen und entfaltet auf unsere Marinewerfte und im Kriegshafen im Augenblick eine bedeutende Wirksamkeit. So werden mehrere Kriegsschiffe vollständig ausgerüstet und auf den Werften ist man mit der Erbauung eines neuen Docks lebhaft beschäftigt. Im Kriegshafen werden eben die Fregatte „Rota" mit 46 Kanonen und die Korvette „Najade" mit 14 Kanonen ausgerüstet; beide Schiffe sollen noch in diesem Monat in See gehen. (D. A. Z.)

Frankreich.

Aus Paris, 17. Mai wird der „D. A. Z." geschrieben: „Die ungewöhnliche Auszeichnung, mit welcher der Erzherzog von Oesterreich hier empfangen wird, erregt sehr große Sensation und es fiel auf, daß der Prinz Napoleon, dessen Abneigung gegen die österreichischen Prinzen bekannt ist, den Erzherzog auf dem Bahnhof empfangen mußte. Man fühlt, daß diese Annäherung zwischen Oesterreich und Frankreich eine große politische Bedeutung habe und namentlich in diesem Augenblicke. Man täuscht sich auch nicht über die Tragweite noch über die unmittelbare Bedeutung der von Oesterreich begonnenen Annäherungsschritte. Wir haben es schon mehrere Male gesagt, Oesterreich betrachtet es als eine Lebensfrage in Bezug auf Italien, nicht aus dem herzlichen Einverständnisse mit Frankreich gebracht zu werden. Daß es auf dem Kongresse von den Westmächten verlassen war, blieb Graf Buol kein Geheimniß, und die österreichische Diplomatie kann sich auf die Schnelligkeit, womit sie das verlorene Terrain wieder gewonnen zu haben scheint, schon etwas einbilden. Wie man sich hier erzählt, sey die Sache, soweit sie gediehen, ganz ohne alles Wunder vor sich gegangen. Oesterreich hat versprochen, den Papst nach Paris zu führen — das sagt Alles. Wenn wir dem on dit in diplomatischen Kreisen trauen dürfen, so wäre es Oesterreich sogar gelungen, England zu gewinnen, und zwar durch eine geheime Auslegung des Separatvertrags (Andere sagen, durch einen neuen Vertrag) vom 15. April. Was hieran wahr sey, können wir nicht bestimmen; aber soviel jedenfalls um die Sprache der englischen Blätter in der türkischen Frage noch sträflicher zu machen. Der neuerdings halboffizielle „Constitutionnel" legt ein besonderes Gewicht darauf, daß Oesterreich den einzigen Botschafter unter seinen diplomatischen Agenten für Frankreich bestimmt und daß diese Ernennung Hrn. v. Hübner's zum Botschafter gerade mit dem Besuche des Erzherzogs Ferdinand Maximilian zusammenfalle. Die Staatsmänner des früheren Regime sehen in der Rolle, welche Napoleon III. in Europa spielt, eine verdiente Huldigung seiner Geschicklichkeit und Festigkeit. Dies macht sie jedoch nicht nachsichtiger gegen die Schattenseiten der gegenwärtigen Regierung, und man kann sagen, die Opposition des Salons à coup des mots war niemals lebhafter als in diesem Augenblicke."

Paris, 17. Mai. Die Legitimisten sind seit Abschluß des Friedens sehr rührig; vorgestern hatte Hr. Berryer auf seinem schönen Landgute Angerville in der Normandie die Häuptlinge der Fusionspartei, die Herren Falloux, Montalembert, Vitet, Salvandy, Dupanloup und Thiers, zu einem großen Mittagsmahl vereinigt. Aber nach einem Witzworte des Herrn Thiers zu schließen, muß die politische Einigkeit der Häuptlinge nicht sehr groß gewesen seyn. Die der Regierung feindlich gegenüberstehenden Parteien hatten natürlich auf die möglichen Ereignisse bei längerer Fortdauer des Kriegs ihre Plane gegründet, die plötzliche Beendigung desselben hat denn auch eben so plötzlich alle ihre Plane über den Haufen geworfen. Hr. von Damas, der Großstallmeister in partibus Heinrichs V., wurde nach Frohsdorf geschickt, um dorthin die Resultate der neuesten Entschlüsse, welche die Häuptlinge der Partei hier gefaßt haben, zu bringen, und vielleicht auch um die Großkreuze des St. Michaelsordens, die, wie es heißt, Graf Chambord ertheilen will, abzuholen. Die zum größten Theil ganz legitimistisch oder orleanistisch gesinnten Mitglieder der Akademie lassen ebenfalls keine Gelegenheit vorüber, um ihren für jetzt unschädlichen Oppositionsgeist an den Tag zu legen. So hat vor einiger Zeit ein gewisser Hr. Uzielli in London der Akademie eine bedeutende Summe angeboten, um jedes Jahr einen immerwährenden Preis von 50 Pfd. St. (1250 Fr.) für die beste Schrift über die glücklichen Folgen des am 30. März abgeschlossenen Friedens auszusetzen. Hierauf antwortete Herr Villemain im Namen der Akademie ablehnend, indem er über die dauernde Möglichkeit dieser Preisschrift und ihrer stiftungsmäßigen Lösung Zweifel aussprach. (Schw. M.)

Paris, 18. Mai. Das große Diner, welches Freitag Abend zu Ehren des Erzherzogs Ferdinand Maximilian im Schlosse zu St. Cloud stattfand, war von 80 Couverts. Außer dem österreich. Botschafter waren alle Gesandtschaftsmitglieder, sowie die Suite des Erzherzogs zur Tafel geladen. Die Eingeladenen trugen schwarzen Frack und enge Gala-Pantalons. Nach dem Diner war Zirkel im Salon der Kaiserin. Der Erzherzog unterhielt sich unausgesetzt mit den ihm vorgestellten Personen, wobei Jedermann den feinen Takt bewunderte, mit dem der junge österreich. Admiral Jedem etwas Verbindliches zu sagen wußte und die edle Herzlichkeit bemerkte, die gleichzeitig

den Fürsten und den Seemann bekundet. Gestern Abend speisten der Kaiser und der Erzherzog im Pavillon Marsan der Tuilerien und wohnten sodann der Vorstellung der großen Oper bei. Künftigen Dinstag wird im Schlosse zu St. Cloud theatralische Aufführung und Konzert stattfinden, wozu das ganze diplomatische Korps geladen ist. Der Aufenthalt des Erzherzogs am französischen Hofe wird 10—12 Tage dauern. Derselbe scheint sich in Paris ebenso zu gefallen, als er die Größe Frankreichs laut und offen bekundet. (Const.)

Ein Fabrikant zu Lyon hat in seiner Fabrik 400 junge Mädchen, wovon mehr als die Hälfte Waisen sind, vereinigt; dort haben sie Wohnung, Nahrung und Kleidung, und weben dafür Stoffe unter der Leitung von Schwestern des heiligen Josephs und eines Priesters. Diese Mädchen können im Hause bleiben oder es, wenn sie passendes Unterkommen finden, mit ihren Ersparnissen verlassen. Herr Bonnet, Besitzer eines großen durch Arbeit erworbenen Vermögens, besucht die Mädchen des Feiertags zuweilen und widmet seiner philantropischen Anstalt, die Jedermann segnet, die größte Sorgfalt.

Vor dem Zuchtpolizeigerichte von Angouleme werden gegenwärtig die Mitglieder der geheimen Gesellschaft La militante abgeurtheilt; die Statuten dieser Gesellschaft sind folgende: Art. 1. Die Gesellschaft anerkennt, daß die Rechte des Menschen unverjährbar sind, und daß es kein Gesetz gegen das Recht gibt. Art. 2. Indem sich die Gesellschaft innerhalb der Menschenrechte beschränkt, wie diese von Robespierre am 24. April 1793 proklamirt worden, konstituirt sie sich um allen Menschen, welche der alten verfaulten Gesellschaft angehören und die Ausbeutung des Arbeiters fortsetzen, den Krieg zu erklären. Art. 3. Niemand kann in diese Gesellschaft aufgenommen werden, der nicht als Demokrat erkannt ward und der nicht auf sein Haupt und auf das Haupt seiner Kinder und Frau geschworen hat, daß er der öffentlichen Sache ganz ergeben seyn wolle. Art. 4. Der Kern dieser Gesellschaft wird aus zwanzig Mitgliedern zusammengesetzt seyn, die sich als Zentralkomite konstituiren werden, um mit allen bereits gebildeten Gesellschaften in Korrespondenz zu treten. Art. 5. Jedes Mitglied des Komite kann Mitglied eines neuen werden, das wie das erste konstituirt ist u. s. w. Art. 6. So daß die Mitgliederanzahl eine unbestimmte ist und die Gesellschaft um eine bestimmte Anzahl von Bürgern wachsen kann, die ohne sich zu kennen, an der Lösung des sozialen Problems arbeiten werden, wozu das Wohlbefinden der Arbeiter gehört. Art. 7. Wenn sich in diese Gesellschaft Renegaten einschleichen, wie das vorauszusehen ist, so werden diese schnell erkannt werden und das Zentralkomite würde das Schicksal dieser Verbrecher entscheiden, welche die Sache ihrer Kinder und jene der ganzen Menschheit kompromitirt haben. Die Eidesformel lautet: Ich schwöre auf meine Ehre und bei Allem was mir theuer ist, daß ich der Gesellschaft La Militante deren Zweck die allgemeine Befreiung der Mitbürger ist, ganz angehören und Alles thun will, was mir zur Erreichung dieses Zweckes zu thun befohlen wird. (D. A. Z.)

Italien.

Gleich der österreichischen hat auch die neapolitanische Regierung in einem diplomatischen Aktenstück protestirt gegen die von dem Grafen Cavour auf dem Pariser Kongresse gegen die italienischen Regierungen erhobenen Beschuldigungen. Es soll in dem Aktenstück gesagt und auch auszuführen versucht seyn, daß die Lage der Dinge in Neapel, wenn auch nicht die beste, so doch durchaus nicht so schlimm sey, wie allgemein behauptet werde. Wenn man über eine Verbesserung der italienischen Verhältnisse berathen wollte, so würde die neapolitanische Regierung, was sie betreffe, gern bereit seyn, an solchen Berathungen theilzunehmen; aber verwahren müsse sie sich im Interesse der Souveränetät des neapolitanischen Thrones gegen ein ebenso einseitiges wie unberechtigtes Auftreten, wie das Sardiniens. In diesem Sinne wird uns der Gedankengang des betreffenden Aktenstücks mit dem Bemerken bezeichnet, daß auch Seitens der bedeutenden übrigen italienischen Staaten ähnliche prinzipielle Verwahrungen eingelegt worden seyen.

Aegypten.

* Man liest in einer Korrespondenz des „Constitutionnel" aus Alexandrien vom 6. Mai: „Der neue Gouverneur von Sudan, Halim-Pascha, Bruder Sr. Hoh. des Vizekönigs beschäftigt sich eifrigst mit der großen Expedition, die demnächst an die Nilquellen ausgeführt werden soll. Die Expedition von 1841 blieb nach großen Mühseligkeiten am 4. Grad nördl Breite stehen, sie konnte nicht weiter vordringen und der unerschrockene Darnaud, der sie leitete, mußte darauf verzichten. Jetzt wird dies leichter seyn. Die ägyptische Regierung mußte in den von der ersten Expedition durchreisten Gegenden Ruhe und Frieden herzustellen, so daß die Reisenden nichts mehr von den Beduinen zu fürchten haben. Die wahrhaft schrecklichen Hindernisse werden erst oberhalb dieses Gebiets beginnen. Wenn jedoch — wie Alles hoffen läßt — diese Expedition dennoch gelingt, so wird der Gewinn für Wissenschaft und Handel unberechenbar seyn; denn wenn sich auch die Entdeckungen, welche in diesen unbekannten Gegenden, wohin bis jetzt nur der Elfenbeinhandel führte, gemacht werden, nicht vorher sagen lassen, so kann man noch verschiedenen Anzeichen mit Sicherheit schließen, daß man dort Bergwerke aller Art, Kupfer, Eisen und Gold finden wird, die bis jetzt Aegypten ebenso mangeln, wie Holz.

Amerika.

* Die Journale aus Port au prince vom 14. April, enthalten zwei charakteristische offizielle Dokumente. Das erste ist die Kammer-Eröffnungsrede Faustin's I. Se. Maj. drückt sich in folgender summarischen Weise aus: „Meine Minister werden Ihnen eine Uebersicht, sowohl der äußeren und inneren Angelegenheiten des Reichs vorlegen. Es ist deßhalb unnöthig Ihre Zeit durch ein näheres Eingehen auf den Inhalt dieser Uebersicht in Anspruch zu nehmen. Ich sage Ihnen sohin nur, daß meine Beziehungen mit den zu Haiti repräsentirten auswärtigen Mächten, auf freundschaftlichem Fuß stehen." — Das andere Dokument ist ein Dekret, durch welches der schwarze Kaiser zwei neue Ritter-Orden unter den Namen: „Orden der heiligen Maria Magdalena" und „Orden der heiligen Anna" creirt.

Philadelphia, 30. April. Schon vor längerer Zeit hat der Coolie-Handel die Aufmerksamkeit und mit Recht den Unwillen aller Menschenfreunde in beiden Hemisphären erregt; unter einem unschuldig lautenden Namen sehen wir all' die Grausamkeiten und Schrecken verübt, welche vor Jahren das Gefühl gegen den Handel mit Negern empörte. Tausende von Chinesen werden unter falschen Vorspiegelungen und nur zu oft auch mit Gewalt ihrer Heimath entrissen und auf überladenen Schiffen in entfernte Weltgegenden geführt, wo sie, selbst im Falle, daß sie die Drangsale der Reise überleben, durch Auferlegung ungewohnter schwerer Arbeit dem sicheren Verderben anheim fallen. Reisende, welche im verflossenen Winter Cuba besucht, haben die vollständigste Gelegenheit gehabt, sich über die Lage der Coolies (Kulies) zu unterrichten, deren sich auf der lieblichen Insel schon Tausende befinden. Sie haben dieselben auf den Pflanzungen gleich Vieh in's Feld oder zur Mühle treiben, mit der Peitsche bei der Arbeit zurückhalten und wegen Trägheit oder Widersetzlichkeit grausam mißhandeln gesehen. Sie haben bemerkt, daß das Loos der Coolies auf den Pflanzungen ein ungleich härteres ist, als das der an ihrer Stelle arbeitenden Neger. Es ist erfreulich, zu sehen, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten Notiz von diesem, milde gesprochen, unchristlichen Gewerbe genommen und bereits einen Beschluß gefaßt hat, der hoffentlich bald den Menschenhandel mit den armen Asiaten ein Ende machen wird. (Schw. M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 20. Mai. Oesterr. Staatsbahn- und Kredit-Aktien nahmen heute einen weiteren Aufschwung, auch spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire wurden höher bezahlt, bayr. Ostbahn hingegen billiger verhandelt; der Umsatz war im Allgemeinen von Bedeutung. Von den neu erschienenen Eisenbahnaktien zeigten sich heute viele Käufer für Reichenberg Pardubitz, die bei steigender Tendenz von $9\frac{1}{4}-\frac{3}{4}$ in Posten umgesetzt wurden.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 828 bis 832. — Bayerische Ostbahn $108\frac{3}{4}-\frac{5}{8}-\frac{1}{2}$ — Elisabeth-Bahn $114\frac{1}{2}-\frac{3}{4}-\frac{1}{2}$. — Lombardische Bahnen $131\frac{1}{2}$. — Theiß-Bahn $108-7\frac{1}{2}$.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1314 P. 1309 G. Neue Bankaktien 434 P. 432 G. Credit-Actien à 5pCt 246 P. 244 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 $84\frac{1}{8}$ P. $83\frac{7}{8}$ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 92 P. $91\frac{1}{2}$ G. Metall. alte à 5pCt. $82\frac{1}{2}$ P. $82\frac{1}{4}$ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. $89\frac{1}{2}$ G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $74\frac{1}{8}$ P. $73\frac{7}{8}$ G.; à 4pCt. $65\frac{1}{2}$ P. 65 G.; à 3pCt. 50 P. $49\frac{1}{2}$ G.; à 1pCt. $16\frac{1}{4}$ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 130 P. 12[illegible] G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 P. $106\frac{1}{4}$ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 316 P. 314 G.

Preussen. $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 87 P. $86\frac{1}{2}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $112\frac{1}{2}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 760 G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $88\frac{1}{4}$ P. $87\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$ P. $94\frac{1}{4}$ G.; 4pCt. Grundrente $94\frac{5}{8}$ P. $94\frac{1}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. 101 P. $100\frac{1}{2}$ G.; 5pCt. 101 P. $100\frac{1}{2}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $155\frac{1}{8}$ P. $154\frac{5}{8}$ G. Neustadt-Weissenb. 117 P. $116\frac{1}{2}$ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $117\frac{3}{4}$ P. $117\frac{1}{4}$ G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. 90 P. $89\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. — P. $102\frac{1}{2}$ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. $43\frac{1}{2}$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno

E. B. A. à 4pCt. 82¾ P. 82¼ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41⅛ P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63½ P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112⅝P. 112⅜G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 374½ P. 372½ G.; junge 316½ P. 314½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 107⅜P. 106⅞G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅞ P. 89⅜ G., Loose à fl. 25 31¾P. 31½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 121½ P. 121 G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 81½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl.500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 556 P. 552 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40¾P. 40½ G.; 1pCt. neue 25 3/16 P. 24⅛ G. **Holland.** Integrale 63 P. 62½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl.100 k.S. 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119½P. 119¼G.
Augsb. fl.100 k.S. 120¼P. 120G	Mail. i.S. Lr.250k.S 101¼P 101G
Berlin Thlr.60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Paris Frs. 200 k.S. 94P. 93¾ .
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93½P. 93⅝G.
Brem. 50Thlr. Lsd. k.S. 97 P. 96¾G.	Wien fl. 100C. k S. 117⅜P. 117⅛G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅞P 88⅝G.	Wien 3 M. mit 4% 117P. 116¾G.
Leipz. Thlr.60k.S. 105P. 104¾G	Discouto — P. 4pCt. G.

London, 14. Mai. Getraide. Die Zufuhren von fremdem Hafer waren reichlich, aber klein von allen anderen Getraidearten. Unser Markt hatte heute nur spärlichen Besuch und wurde ein Theil des vom Montag übergestandenen englischen Waizens zu den Preisen jenes Tages begeben. In fremdem Waizen erstreckte sich der Umsatz nur auf Detail-Umsätze zu früheren Notirungen. Sommergetraide und Mehl wenig Geschäft und unverändert. Zufuhren in dieser Woche von außerhalb: Waizen 3170 Qr. Gerste 1710 Qr. Hafer 10,440 Qr. Mehl 370 S. und 210 Fässer.

Neueste Nachrichten.

Hannover. Ein königl. Reskript vom 17. Mai verfügt, daß „aus Rücksicht auf die derzeitige Lage der niedergesetzten Ausschüsse beider Kammern" die bis zum 20. Mai bestimmte Vertagung der Ständeversammlung bis zum 1. Juni verlängert ist. (A. Z.)

Aus Mecklenburg, im Mai. Von hier theilt man dem „C.-B." mit, daß wahrscheinlich in Folge der bekannten Angelegenheit des Herrn v. d. Kettenburg, welchem nach der am Bundestage stattgehabten Verhandlung die Anstellung eines katholischen Schloß-Kaplans zur Abhaltung eines Hausgottesdienstes gestattet ist, dem Katholizismus weitere Konzessionen gemacht werden. In Rostock soll jetzt ein öffentlicher römisch-katholischer Gottesdienst stattfinden. Es ist dazu der Schulsaal bestimmt, und sollte bereits am 18. d. Mts. damit begonnen werden.

Wien, 16. Mai. Wie der hier erscheinende, für halb offiziell geltende „Courriere Italiano" meldet, sind die Reformverlangen, welche Oesterreich an den Kirchenstaat stellt, folgende: Organisation des öffentlichen Unterrichts, vollständige Umgestaltung des Gerichtswesens, Rekrutirung im Lande, Ausführung der beschlossenen Eisenbahnen und Aufmunterung der Industrie. Vor vollständiger Einführung dieser Reformen würde die Okkupation der fremden Truppen nicht aufhören.

Wien, 17. Mai. Man spricht hier mit aller Bestimmtheit davon, daß noch im Laufe dieses Sommers zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser der Franzosen eine Zusammenkunft stattfinden werde, wahrscheinlich am Bodensee. (Fr. J.)

Wien, 20. Mai. Nachrichten aus Konstantinopel vom 16. d. M. zufolge ist zwischen der Pforte und den Westmächten eine Konvention abgeschlossen, wonach die westmächtlichen Truppen erst nach sechs Monaten das türkische Gebiet vollends räumen. (T.D.d.Fr.Pstz.)

London, 20. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde das Budget vorgelegt. Dasselbe basirt die nothwendigen Ausgaben auf 77½ Millionen einschließlich einer Million des neuen sardinischen Anlehens. Zur Deckung des Defizits wird ein neuer Kredit von 3½ Millionen in Schatzbons, sowie die Forterhebung der Kriegstaxen verlangt. Disraeli spricht gegen die sardinische Anleihe, wünscht eine Erklärung, wie England Sardinien zur Befreiung Italiens ermuthigen und gleichzeitig durch die Tripelallianz Oesterreichs italienische Besitzungen garantiren könne und warnt schließlich vor einer Wiederkehr der schmachvollen Politik Englands im Jahre 1848. Palmerston erwidert hierauf, England werde Sardinien beistehen, wenn dieses angegriffen, nicht aber, wenn es selbst angreifend sey. Uebrigens habe England Oesterreichs italienische Besitzungen nicht garantirt. — Nachdem Gladstone die sardinische Anleihe befürwortet, falls sie zur Deckung der Kriegskosten nothwendig sey, und Palmerston dieser Auffassung beigestimmt, endigt diese Konversation. (T.D.d.Fr.J.)

Paris, 19. Mai. Der heutige „Moniteur" meldet, daß der Baron v. Brunnow gestern ein Schreiben des Kaisers von Rußland übergeben habe, durch das derselbe in außerordentlicher Mission beim Kaiser der Franzosen akkreditirt wird. — Die „Patrie" sagt, daß Rußland in Wien, London, Konstantinopel und Berlin nur Gesandte, in Paris allein aber einen Botschafter haben wird. (T. D. d. Nat. Z.)

In Genua suchte man die untern Volks-Klassen zu einer Demonstration gegen den österreichischen Konsul zu verleiten, doch scheiterten die elenden Vorschläge an den Bemühungen der Bürger. Man fand indeß (wie gestern erwähnt) an den Straßenecken geschriebene Maueranschläge, worin dem Konsul gerathen ward, binnen 24 Stunden abzureisen, wenn er nicht erdolcht seyn wolle. (A. Z.)

Aus Turin, 15. Mai wird der „Allg. Z" gemeldet: „Das Verfassungsfest sollte doch nicht ohne alle Demonstration vorübergehen, und wenn sie auch ziemlich harmloser Art war, so ist sie doch für die hiesige Stimmung zu bezeichnend, als daß ich sie unerwähnt lassen darf. Am ersten Tage des Festes schleuderte die „Armonia" — ein klerikales Blatt — in die ohnehin leicht empfänglichen Massen, einen Artikel, betitelt: „Pfingsten und Babel," in welchem die Nationalgarde, das Parlament, das Heer und die Studenten angegriffen waren. Die Studenten begaben sich in Masse nach dem Bureau der „Armonia" und verlangten durch eine aus vier Mann bestehende Deputation Zurücknahme der in dem Artikel gegen das Studentenkorps enthaltenen Beleidigungen. Wie versichert wird, erklärten sich die Redaktoren der „Armonia" zur Zurücknahme bereit, und luden die Deputation ein, die Formel dafür selbst zu entwerfen. Die Deputation und die Studenten begaben sich sofort auf die Universität, wo nach wenigen Minuten eine solche aufgesetzt war. Als aber die Masse sich wieder nach der Druckerei der „Armonia" begab, fanden sie sämmtliche Thüren des Hauses verschlossen, und auf dem Balkon den Grafen Cardenas, welcher sich gegen dieselben in Ungebührlichkeiten erging. Es folgte nun ein Straßenskandal, welchem aber bald durch Herbeikunft der Polizei ein Ende gemacht wurde. Die Professoren der Universität thaten das Ihrige, um die jungen Leute zu beruhigen, und weiter wurde die Ruhe nicht mehr gestört."

Die vor einiger Zeit von der „Indep. belge" gebrachte und aus diesem Blatte in alle Zeitungen übergegangene Nachricht von der Absetzung der Hospodare der Moldau und Wallachei wird jetzt von jenem Blatte selbst für unbegründet erklärt.

Jassy, 18. Mai. Es ist geglückt, alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Präsident Nulandt hat die Konzession zu einer Bank und Kreditanstalt soeben erhalten. Am 24. denkt er in Berlin einzutreffen. (B. B.-Z.)

In New-York war die erste Einfuhr chinesischer Güter direkt aus Canton über St. Franzisko und die Panama-Landenge am 20. April angelangt (43 Kisten Seidenwaaren).

Dem Marseiller „Semaphore" wird geschrieben, daß sich der Aufstand der Araber im Hedschas, dessen Führer dort bereits über 60,000 Bewaffnete verfügten, nun auch nach dem Yemen verbreitet und sich beider Landstriche vollkommen bemächtigt habe. Die Aufständischen haben Djudeide, die Hauptstadt des Yemen, und die Araber von Assir die ganze Provinz Abu-Adrisch besetzt. Der Gouverneur des Yemen, Mahmud Pascha, der in Djudeide eingeschlossen, war in der äußersten Noth, hatte jedoch erklärt, er würde sich bis auf den letzten Mann wehren; zum Glück brach in dem Lager der Aufständischen eine Seuche aus, in deren Folge sie sich veranlaßt fanden, die Belagerung für den Augenblick aufzuheben. Um die Wirren im Hedschas zu schlichten, hat die Pforte beschlossen, Mahmud Pascha nach Dschidda zu schicken, und ihn im Yemen zu ersetzen. Vor Kurzem ist ein Dampfer abgegangen, um den Pascha abzuholen und auf seinen neuen Posten zu bringen.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 141. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 22. Mai 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 17. Mai. (Privat-Korresp.) Heute hielt der Ausschuß der Kammer der Reichsräthe Sitzung über die Anträge des Abgeordneten Rabl „den Getraidehandel betr."

Der Referent Fürst von Hohenlohe empfahl die von der Kammer der Abgeordneten gefaßten Beschlüsse anzunehmen. Was den ersten Antrag*) betrifft, so hob derselbe gegen allenfallsige Zweifel seine Ansicht hervor, daß eine Revision der Verordnungen über Getraidehandel auf gesetzlichem Wege zu geschehen habe, indem eine Stabilität hierin nothwendig sey, und die Staatsregierung doch nicht im Stande seyn würde, durch Abgeben von einer gewissen Stabilität in den handelspolitischen Normen dieses Betreffs momentan auf die Getraidepreise in einer für die Konsumtion vortheilhaften Weise einzuwirken.

Der Herr Staatsminister des Innern, Graf v. Reigersberg, verwahrten sich vor Allem gegen die Auffassung, daß die seit 1818 erlassenen Verordnungen nur durch Gesetz abgeändert werden könnten, und sprachen Sich außerdem im Allgemeinen dagegen aus, daß die vorwürfige Frage sich in das Gebiet der Gesetzgebung eigne, indem der Staatsregierung vorbehalten bleiben müsse, in jedem gegebenen Falle nach Opportunität zu handeln. Dieses werde auch von den Staatsangehörigen in Fällen der Theuerung von der Staatsregierung gefordert, so daß sie hieran nicht durch Gesetz gehindert werden solle. Der Staatsregierung müsse im Gegentheile das fernere Recht, diese Verhältnisse allein zu regeln, wie sie es bisher in der Hand gehabt, auch ferner vorbehalten bleiben, und er müsse jeder Beschränkung hierin entschieden entgegen treten. Ein Gesetz müsse überdies entweder sehr häufig abgeändert werden, nach den sich ändernden Verhältnissen, oder so weit gefaßt seyn, daß es in keiner Richtung helfen würde. Was die Revision der Verordnung von 1813 betrifft, so konstatirte der Herr Staatsminister, daß dieselbe bereits revidirt worden sey, es sich also nur um eine nochmalige Revision handeln könne, die kaum geboten erscheine, da ein sehr freier Verkehr namentlich auch bezüglich der Ausfuhr des Getraides durch die bestehenden Verordnungen gegeben sey, und sich dieselbe durch den günstigen Stand z. B. der Münchner Schranne als zweckmäßig bewiesen hätten. Die Untersagung des Getraidehandels durch ledige unansässige Individuen habe ihren Grund in anderweitigen polizeilichen Rücksichten. Herr Referent erklärte sich damit einverstanden, daß der gegenwärtige Stand des Getraidehandels in Bayern ein günstiger sey, glaubt aber eben darin einen Grund für seine Ansicht zu finden, daß ein solcher günstiger Zustand möglichst stabil zu machen sey, und willkürlicher Aenderung von Seite der Verwaltungsorgane entrückt werden solle. Bezüglich der Ausfuhrverbote wies derselbe aus statistischen Daten nach, daß solche, namentlich in theuren Zeiten, nur nachtheilig wirkten, und stets bedeutende bleibende Höherung der Preise zur Folge gehabt hätten, während z. B. in England gegen frühere Jahrhunderte, erst seit die Ausfuhr mit Prämien belohnt worden sey, der Getraidepreis der früher ungeheuren Schwankungen unterworfen gewesen sey, Stabilität erlangt habe.

In formeller Beziehung glaubte der Herr Referent, die Bedenken des Herrn Staatsministers ließen sich dadurch beseitigen, daß in das Gesetz eine Stelle aufgenommen würde, wodurch der Staatsregierung für besondere Fälle das Recht eingeräumt würde, provisorische Maßregeln zu ergreifen. Die Zwischenhändler, erklärt Herr Referent, seyen besonders wohlthätig für die kleineren Produzenten, deren Verkauf sie allein vermittelten. Herr Staatsminister erörterte, daß der Zwischenhandel im Sinne des Herrn Referenten, der sogenannte Hausverkauf, nicht verboten sey, ein Zwischenhandel auf Schrannen aber unnöthig sey. Die Ausfuhrverbote, wenn sie möglich seyen, hätten die Wirkung, daß bei unzulänglicher Produktion im Inlande der nöthige Bedarf im Lande zurückgehalten würde, was nothwendig werden, und oft auch dann unerläßlich seyn könne, wenn die Nachbarländer dergleichen Verbote erlassen würden. Die statistischen Notizen lieferten keinen Beweis, weil durch dieselben wohl konstatirt sey, wie weit die Preise gestiegen seyen, nicht aber wie weit sie ohne die betreffenden Verbote gestiegen seyn würden. Was die Unterscheidung zwischen den gewöhnlichen Zeiten und den Theurungen betreffe, so sey dieselbe kaum begründet, indem die betreffenden Verordnungen nur für die theuren Zeiten gegeben würden, während sie in den gewöhnlichen überflüssig seyen. Der Herr Referent erklärte den Getraidehandel auch in gewöhnlichen Zeiten für wichtig, und glaubte, die Bedenken des Herrn Staatsministers bezüglich der Ausfuhrverbote rc. würden sich in dem zu erlassenden Gesetze durch dessen Wortlaut heben lassen. Besonders wesentlich sey die Rücksicht auf die bestehenden Strafandrohungen, namentlich die Konfiskationen, welche nur in gesetzlichem Wege geregelt werden könnten. Auch in dieser Beziehung wahrte Herr Staatsminister des Innern das Recht der Regierung, im Verordnungswege Strafen anzudrohen, solang ein Polizeistrafgesetz noch nicht vereinbart sey.

Herr Reichsrath Präsident v. Harleß erklärte, wenn er auch in handelspolitischer Beziehung der Ansicht des Herrn Staatsministers sich anschließen kann, so sey dies nicht der Fall bezüglich der Strafandrohungen, weßhalb er der Ansicht des Herrn Referenten beistimmen müsse.

Reichsrath Frhr. v. Aretin beantragte in Berücksichtigung der vom Herrn Staatsminister angeführten Gründe im Absatz 1 die Worte: „im Wege der Gesetzgebung", und in Berücksichtigung der Bedenken bezüglich der strafrechtlichen Folgen, welche durch das bevorstehende Polizeistrafgesetz vorgesehen seyen, auch den Schluß des Absatzes zu streichen, wonach sich dieser Absatz in folgender Weise gestaltet: „1. Die Verordnung vom 30. Januar 1813 über Getraidehandel unter Beibehaltung des Grundsatzes der Freiheit dieses Handels und Aufhebung aller übrigen Verordnungen in diesem Betreffe einer Revision unterstellen zu lassen." In Berücksichtigung, daß die Strafen für Wucher und Scheinverträge im Polizeistrafgesetzbuch bereits vorgesehen seyen, schlossen sich die Herren Reichsräthe Graf von Pappenheim und Graf v. Arco-Valley diesem Vorschlag an, für den demnach eine Majorität von 3 gegen 2 Stimmen stattfand. Die Punkte 2 und 3 wurden einstimmig zum Ausschußgutachten erhoben.

** München, den 15. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Der 3. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe versammelte sich heute, um über den Antrag der Kammer der Abgeordneten, „die Regulirung des Biersatzes und die Verhältnisse der Brauer zu den Wirthen und zu dem Publikum betr.", in Berathung zu treten.

Der Herr Referent Frhr. v. Aretin begann seinen Vortrag mit Hinweisung auf die bereits bei früheren Landtagen ausgesprochenen Wünsche auf Aufhebung des Biersatzes, insbesondere

---

*) Der Beschluß der Kammer der Abgg. über Rabel's Anträge lautet, wie folgt: „Es sey an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten: Seine königl. Majestät wolle in hochherziger Vorsorge gegen Nothstand und Theuerung geruhen: 1) Die Verordnung vom 30. Januar 1813 über Getraidehandel unter Beibehaltung des Grundsatzes der Freiheit dieses Handels und Aufhebung aller übrigen Verordnungen in diesem Betreffe im Wege der Gesetzgebung einer Revision unterstellen und dem betreffenden Gesetzentwurfe insbesonders auch angemessene Bestimmungen über die bürgerlichen und strafrechtlichen Folgen des Wuchers und der Scheinverträge einverleiben zu lassen; 2) die angeordnete Revision der Schrannenordnungen zum Behufe der Abschaffung eingeschlichener Beschränkungen und Mißbräuche mit Vermeidung jeden Schrannenzwanges allergnädigst fortsetzen, und ebenso 3) mit den jährlichen Erhebungen und Veröffentlichungen der Aernte-Ergebnisse fortfahren zu lassen."

auf die Beschlüsse der Landtage von 1846 und 1855. Diesmal beantrage die Kammer der Abgeordneten nur alternativ die Aufhebung oder die Revision des Biersatzes. Der Herr Referent sprach im Allgemeinen seine Ansicht dahin aus, daß allen Beschwerden nur durch vollständige Aufhebung des Biersatzes abgeholfen werden könne; da es aber zweifelhaft sey, ob ein solcher Antrag Erfolg haben werde, so glaube er, sich im Wesentlichen an den Antrag der Kammer der Abgeordneten anschließen zu sollen. Was den allgemeinen Theil des Antrages betrifft, so trug der Hr. Referent auf Hinweglassung der Worte „bezüglich der Frage über Ausscheidung zwischen Klein- und Großbräuern" an, da dieser Unterschied nur sehr schwer zu finden sey.

Der Hr. Staatsminister des Innern macht auf der Schwierigkeit der Revision im Allgemeinen aufmerksam, sowie auf die Bedenken, welche der Aufhebung des Biersatzes entgegenständen.

Nach längerer Berathung nahm der Ausschuß folgenden vom Beschluß der zweiten Kammer theilweise abweichenden Beschluß an:

„An Se. Maj. den König sey auf verfassungsmäßigem Wege die allerehrfurchtsvollste Bitte zu bringen:"

I. „Allerhöchstdieselben mögen geruhen, die gemäß Landtagsabschied vom 25. Juli 1850 Abschn. III. §. 39 Ziffer III. angeordneten Erfahrungen und Ermittlungen bezüglich der Zweckmäßigkeit der Aufhebung oder Beibehaltung der Biertaxe, dann bezüglich einer allenfallsigen Revision des Biertarifs zur Vollendung bringen, und je nach ihren Ergebnissen eine Gesetzesvorlage auf Revision oder Aufhebung des Biertarifs in thunlichster Bälde ausarbeiten zu lassen."

II. „Inzwischen aber nachfolgenden, provisorischen, d. i. bis zur Erlangung und Einführung eines neuen Gesetzes geltenden Bestimmungen im Landtagsabschiede mit Gesetzeskraft die allerhöchste königliche Sanktion allergnädigst zu ertheilen: 1) Ergibt sich bei Berechnung des Biersatzes ein Pfennigbruch über einen geraden Pfennig oder ein ungerader Pfennig, so werden dieselben zum Besten des Publikum ganz weggelassen. Ergibt sich dagegen ein Pfennigbruch über einen ungeraden Pfennig, so wird der Biersatz zum Besten der Bräuer auf den nächsten geraden Pfennig ergänzt. Wenn sich ein ungerader Pfennig durch Beischlag des in einzelnen Orten bestehenden Lokal-Malzaufschlages ergibt, so ist es den betreffenden Bräuern gestattet, nach vorheriger Anzeige bei der einschlägigen Distrikts- beziehungsweise Lokal-Polizeibehörde behufs der Ausschreibung des Biersatzes die Ausgleichung desselben selbst in der Weise vorzunehmen, daß er für die erste Hälfte der Zeit, für welche er zu gelten hat, um einen Pfennig hinaufgesetzt, für die zweite Hälfte aber um einen Pfennig herabgesetzt werde. Der Art. 14 Tit. I. der Verordnung vom 25. April 1811, des §. 7 des Gesetzes vom 23. Mai 1846, sowie Ziffer 2 Lit. C. §. 39 Nr. I. des Landtags-Abschiedes vom 25. Juli 1850 werden hiemit aufgehoben.*) 2) Polizeiliche Untersuchungen wegen Verleitgabe geringhaltigen oder alterirten oder verdorbenen oder gesundheitsnachtheiligen Bieres sind nur von wirklichen k. Beamten — in Städten und Märkten mit magistratischer Verfassung von wirklichen Magistratsgliedern oder förmlich angestellten Polizeiaktuaren unter Zuziehung vollkommen sachkundiger und gut beleumundeter Bierbeschauer zu führen. Ein Schuld- und Strafausspruch aber kann nicht ohne vorher erholtes und mit dem auf die Gaumenprobe gestützten Kommissionsbefunde übereinstimmendes, technisches Gutachten des kgl. Gerichtsarztes und Apothekers oder eines andern im öffentlichen Dienstverhältnisse stehenden Chemikers über den wahren Gehalt des befraglichen Bieres im Vergleiche mit dem Gehalte des Musterbieres erlassen werden, insoferne der betheiligte Bräuer oder Wirth schon in diesem Stadium der Untersuchung ein solches Gutachten ausdrücklich verlangt. In höheren Instanzen dagegen ist, wenn der verurtheilte Bräuer oder Wirth wegen Unrichtigkeit der technischen Voraussetzung des Strafbeschlusses den Rekurs ergreift, jedenfalls unter Zugrundlegung eines solchen Gutachtens von bewährten Chemikern einer Universität, oder polytechnischen oder Kreislandwirthschafts- und Gewerbsschule das Erkenntniß zu fällen. Diese Bieruntersuchungen müssen möglichst beschleunigt, und in beiden Instanzen in der Regel in 6 Wochen beendigt werden. 3) Ein als ursprünglich gut und gehaltvoll eingesotten erkanntes d. i. mit Beigabe der vorgeschriebenen Quantität von Malz und Hopfen bereitetes, aber durch Einwirkung äußerer Umstände ohne Verschulden des Bräuers und Wirthes verdorbenes oder abgestandenes oder auch im Sude mißlungenes Bier begründet weder Bestrafung noch Konfiskation, wohl aber im Falle seiner Ungenießbarkeit oder Schädlichkeit das Verbot ferneren Verkaufes, und ist solches daher dem Bräuer lediglich zur Branntwein- oder Essig-Bereitung oder sonst unschädlichen Verwendung unter obrigkeitlicher Aufsicht zu überlassen. Hiedurch sind die Bestimmungen im Art. 8 Abs. 2 und 4 des Gesetzes vom 23. Mai 1846, so weit sie sich auf verdorbenes Bier beziehen, außer Wirksamkeit gesetzt. 4) Hat im Falle der Bestrafung eines Wirthes oder minutirenden Bräuers die nach Art. 16 Tit. II. der Verordnung vom 25. April 1811 angeordnete Kellervisitation bei dem betreffenden Bräuer einzutreten, so ist dieselbe auf jene Kellerabtheilungen und Biervorräthe zu beschränken, von welchen die Abgabe des fällig befundenen Bieres bewirkt worden ist. Stellt sich hiebei nach gepflogenem Verfahren auch Straffälligkeit heraus, so kann nur das in der gedachten Kellerabtheilung vorgefundene tarifwidrige Bier der Konfiskation unterworfen werden: die Biervorräthe in den übrigen Abtheilungen oder Kellern bleiben solange unberührt, als sich nicht bei ihrer weitern Verleitgabe neuerdings Strafbarkeit des minutirenden Bräuers oder Wirthes ergibt. 5) Der Termin zum Einsieden des Winterbieres wird vom 1. Oktober auf den 15. September zurückverlegt. Gesuche um Bewilligung zum noch frühern Einsieden sind nach den bisherigen Vorschriften zu behandeln, und beim Vorhandenseyn gewichtiger Gründe ohne Säumniß zu gewähren."

Endlich sey der Wunsch anzufügen:

III. „Se. Maj. der König möchten allergnädigst geruhen, den Vollzug des §. 1 des Gesetzes vom 23. Mai 1846 in der Weise anzuordnen, daß eine Erneuerung der gemäß Art. 16 und 17 Tit. 1 der Verordnung vom 25. April 1811 und §. 1 loco citato gebildeten Biertax-Distrikte einzutreten habe, so oft sich ein den auszuschreibenden Biersatz ändernder (also erheblicher) Gerstendurchschnittspreis unter den zum Taxdistrikt gezogenen Polizeibezirken ergibt."

Preußen. Den preußischen Universitäten und namentlich den theologischen Fakultäten derselben ist durch eine Verfügung des Ministers des Kultus vom 10. d. M. zur Pflicht gemacht worden, für die Abhaltung religions-wissenschaftlicher Vorlesungen dergestalt Sorge zu tragen, daß in jedem Studienjahre dem Studirenden Gelegenheit geboten werde, religions-wissenschaftliche Vorträge zu hören. Diese Vorträge haben insbesondere die Kandidaten des höheren Schulamtes zu hören, weil sie, wenn sie bei der Prüfung pro facultate docendi ungenügende Bekanntschaft mit der Religionswissenschaft zeigen, ungeachtet des in den übrigen Fächern erworbenen Wissens in einer abermaligen Prüfung nachweisen müssen, daß sie in der gedachten Wissenschaft sich die erforderlichen Kenntnisse nachträglich zu eigen gemacht haben. (Nat.-Ztg.)

Eine Anzahl lutherischer Pastoren der Provinz Pommern hatte in einer zu Naugard gehaltenen Versammlung in Bezug auf die Ehescheidungsfrage Beschlüsse gefaßt, welche der Oberkirchenrath in einem seiner Erlasse mißbilligte. Von Seiten der Betheiligten wird nun in der „Evangelischen Kirchen-Zeitung" die Erklärung abgegeben, daß ihren Beschlüssen eine Deutung gegeben sey, die sie nicht beabsichtigt hätten. Aus diesem Grunde „werde auch durch jenen Erlaß des Oberkirchenraths in ihrem Verhalten nichts geändert werden; nur in dem Einen Punkte werde eine Aenderung eintreten, daß nicht der betreffende Geistliche oder die betroffene Partei direkt, sondern die Superintendentur offiziell in vorkommenden Fällen an das Konsistorium berichten werde." Der Vereinbarung dieser Geistlichen, Niemanden zu trauen, dem in einer Parochie die Trauung versagt ist, sind die Synoden Kammin, Treptow, Greifenberg und Naugard beigetreten. (E.-B.)

Sachsen. Das Finanzministerium hat unterm 15. Mai eine Verordnung, den theilweisen Wegfall der Zuschläge zu den direkten Steuern auf das Jahr 1856 betreffend, erlassen „da es die gegenwärtigen Zeitverhältnisse gestatten, daß der der letzten Ständeversammlung bei Verabschiedung des Staatsbudget wegen Gewährung eines Steuernachlasses auf das Jahr 1856 ertheilten eventuellen Zusage entsprochen werde." (D. A. Z.)

Sachsen-Weimar. Endlich ist nun auch bei uns der Bundesbeschluß von 1854 über das Vereinswesen publizirt, resp. durch eine Ausführungsverordnung unterstützt worden, die das

*) Der Antrag, welchen die 2. Kammer über diesen Gegenstand beschlossen hat, lautet: „Wenn sich bei der vorgeschriebenen Berechnung des Bierpreises oder durch den Beischlag des in einzelnen Orten etwa bestehenden Lokal-Malzaufschlages ungerade Pfennige ergeben, so hat auf Antrag der betreffenden Bräuer die einschlägige Distrikts-, beziehungsweise Lokal-Polizeibehörde die Ausgleichung nach Vorschrift des Gesetzes vom 23. Mai 1846 §. 7 Abs. 1 sogleich selbst vorzunehmen, und hiernach die Ausscheidung des Satzes unverzüglich zu bewerkstelligen. Abs. 2 des bemerkten Gesetzes-Paragraphen, sowie Ziffer 2 unter Lit. C. §. 39 Nr. 1, 2 des Landtags-Abschiedes vom 25. Juli 1850 wird hiemit aufgehoben."

Bestehen eines jeden Vereins von dem polizeilichen Ermessen abhängig macht, indem selbst die mit behördlicher Genehmigung oder vermöge gesetzlicher Anordnung bestehenden Vereine vom Ministerium verboten werden können, wenn dasselbe ihre Wirksamkeit als mit den Grundsätzen des Bundesbeschlusses im Widerspruch stehend erachtet. Auch bedarf jede Versammlung, die außerhalb der Vereinslokale gehalten wird, polizeilicher Erlaubniß und muß geschlossen werden, wenn der ihr beiwohnende Abgeordnete der Behörde solches auf den Grund des Bundesbeschlusses verlangen zu dürfen glaubt. Uebrigens wird die Behörde kaum in die Lage kommen, von dem Bundesbeschlusse irgend eine das Vereinsleben hemmende Anwendung zu machen, da dasselbe, gleich wie im übrigen Deutschland, in politischer Beziehung schon seit 1850 gänzlich untergegangen. (H. N.)

§ **Oesterreich.** Wien, 19. Mai. (Privat-Korrespond.) Neuerdings ist wieder ein Eisenbahnprojekt vorgelegt worden, welches hauptsächlich darum interessant ist, weil es die Interessen einer eben erst konzessionirten Eisenbahnunternehmung zu berühren geeignet ist. Preußische Kapitalisten beabsichtigen nämlich eine Eisenbahn von der Hauptstadt Preußisch-Schlesiens, Breslau über Glatz nach Wildenschwert in Böhmen, das eine Station der Prager Staatsbahn ist, zu bauen. Der Minister des Innern, Frhr. v. Bach, interessirt sich sehr angelegentlich für dieses Unternehmen, und es dürfte der Bewerbung der preußischen Eisenbahngesellschaft um Conzessionirung zum Baue der Bahn, so weit sie durch österreichisches Gebiet führt, von Seite der österr. Regierung kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Durch die projektirte Eisenbahn würde die öfters angeregte nähere Verbindung unserer Residenzstadt mit der Hauptstadt Preußens bewerkstelligt werden und sie dürfte sich dieserhalb, sowie durch den Umstand, daß sie gewerbfleißige Gebiete durchzieht, denen sie neue Absatzquellen eröffnet, hinlänglich rentabel gestalten. Die Bahn, deren Interessen im weiten und engen Sinne dieses Wortes durch die neue Unternehmung berührt werden dürften, ist die Reichenberg-Pardubitzer Bahn, deren Konzession jedoch der Konzessionirung der neuen Gesellschaft nicht im Wege steht, um so weniger als die projektirte Bahn mit der ersteren keine Parallelbahn ist und sich der Einfluß derselben auf die Reichenberg-Pardubitzer Bahn erst nach dem Anschluß dieser Letzteren an die sächsischen Bahnen geltend machen würde.

Wien, 17. Mai. Die Wallfahrt nach Rom, welche der Central-Severinus-Verein organisirte, wird derart von hier abgehen, daß dieselbe am 29. Juni, dem Feste der Apostel Petrus und Paulus, in Rom verweilt. (A. Z.)

Wien, 18. Mai. Die allerhöchste Konzession zum Baue der Kaiser Franz Josephs-Ostbahn ist bereits erfolgt. Diese Bahn wird folgende Linien umfassen: 1) Von Wien über Oedenburg nach Groß-Kanischa und von da nach Essek. 1) Von Pöltschach (einer Station der k. k. Südbahn bei Marburg) über Groß-Kanischa nach Ofen 3) Von Uj-Szöny (an der Donau) über Stuhlweißenburg nach Essek. 4) Von Essek nach Semlin. Die Länge der Linien, die dieses Bahnnetz umfaßt, beträgt 150 Meilen. Das Aktienkapital ist auf 60 Mill. Gulden veranschlagt, wobei vorbehalten wurde, den Rest des benöthigten Baukapitals durch Ausgabe von Obligationen aufzubringen. Der Verwaltungsrath hat zu seinem Präsidenten den Grafen Georg v. Apponyi, zu seinen Vizepräsidenten die HH. Eduard Graf Zichy, Daniel Frhr. v. Eskeles und Ernest André aus Paris gewählt. (Die Bahn ist bestimmt, Wien mit dem Konstantinopel-Belgrader Schienenweg in Verbindung zu bringen.)

Dänemark.

Schleswig. Vom königl. Ministerium für das Herzogthum Schleswig ist das unterm 22. Dezbr. vor. Js. erlassene Verbot wider das Halten und Verbreiten des in Leipzig im Verlag J. J. Weber erscheinenden Blattes „Illustrirte Zeitung", unterm 14. Mai bis weiter aufgehoben worden.

Amerika.

New-York, 3. Mai. Die jüngsten Berichte aus Zentral-Amerika haben in Washington die lebhafteste Sensation hervorgerufen. Das Blutbad zu Panama beschäftigt bereits die Aufmerksamkeit des Kongresses. Eine imposante Anzahl von Schiffen soll an Ort und Stelle abgehen, um von der Regierung Neu-Granada's Satisfaktion zu fordern. Der Marinesekretär hat dem Steamer „Fulton" die Weisung ertheilt, nach Aspinwall die Anker zu lichten und der nach dem Mittelmeer bestimmte „Merrimax" wird dem Vernehmen nach unverzüglich nach dem stillen Ozean abgehen. Die Korvette „Saint-Mary" sollte am 15. April von Guayaquil nach Panama absegeln, und so wird sich binnen Kurzem eine zum Schutze der amerikanischen Interessen hinreichende Seemacht an den dortigen Küsten versammelt finden. Nach weiteren Aufschlüssen tragen die Lokalbehörden von Panama die Schuld an dem schrecklichen Blutbade vom 15. April; hätten sie ihre Pflicht erfüllt, wäre kein einziger Tropfen Blutes geflossen. Die Zahl der Todten war noch nicht genau bekannt; man schätzte sie auf 64, sowohl Amerikaner als Eingeborene. Unter denselben fand man einen Franzosen, Oktave Dubois, der schon seit vielen Jahren in Panama wohnte. (Deutschland.)

* Der „Constitutionnel" beschäftigt sich mit der in den Vereinigten Staaten bevorstehenden Präsidentenwahl, die nicht nur für dieses Land selbst, sondern für die ganze Welt wichtig ist, da ein so bedeutender Staat nicht schlecht regiert werden könne, ohne auf die ganze Welt einen nachtheiligen Einfluß auszuüben. Der „Constitutionnel" vermag jedoch nicht anzugeben, welche von den fünf Parteien, die sich um die Präsidentschaft streiten, den Sieg davon tragen dürfte und muß sich darauf beschränken, sie, wie nachfolgt, zu klassifiziren: 1) die Partei, welche die Wiedererwählung des Präsidenten Pierce anstrebt; 2) die eigentliche amerikanische Partei, die Whigs und Know-Nothings, welche ihre Blicke auf Hrn. Fillmore warf; 3) die demokratische Partei, die ihre Stimme dem Ex-Gesandten am englischen Hofe, Hrn. Buchanan, zu geben geneigt ist; 4) die gemischte Partei, welche die Abschaffung der Sklaverei als Panier aufsteckte und Herrn Mac-Lean, einen Beamten Ohio's, voranstellt und endlich 5) der als Kandidat auftretende General Huston, dessen ganzes Programm vorerst darin besteht, daß er in Allem das Gegentheil der jetzigen Regierung thun wird.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 21. Mai. In letzterer Zeit hat sich die Spekulation mehr den jüngsterschienenen Kredit- und Eisenbahn-Aktien zugewendet, und bestand deßhalb auch heute, mit Ausnahme von österr. Kreditaktien, worin viel Geschäft war, der Hauptumsatz in bayerische Ostbahn und spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire, die in Posten vom Markte genommen wurden. In Wechsel schwacher Umsatz.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 830 bis 820. — Bayerische Ostbahn 108¼—⅜. — Elisabeth-Bahn 114⅞ bis ⅞. — Lombardische Bahnen 133½—34.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1314 P. 1309 G. Neue Bankaktien 434 P. 432 G. Credit-Actien à 5pCt. 246 P. 244 G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 84 P. 83¾ G. 5pCt. Lombard-Ven. 92 P. 91½ G. Metall. alte à 5pCt. 83 P. 82½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 73⅞ P. 73⅝ G.; à 4pCt. 65½ P. 65 G.; à 3pCt. 50 P. 49½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 130 P. 129 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 P. 106¼ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 314 P. 312 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94½ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94⅝ P. 94⅛ G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156½ P. 155½ G. Neustadt-Weissenb. 117 P. 116½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅜ P. 89⅞ G.; 4½pCt. — P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81¾ P. 81¼ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41⅛ P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63½ P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100½ P. 100 G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112⅝ P. 112⅜ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 375 P. 373 G.; junge 318 P. 316 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 107¾ P. 107¼ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅞ P. 89⅜ G., Loose à fl. 25 31¾ P. 31½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½ G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 122¼ P. 121¾ G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 556 P. 552 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41 P. 40¾ G.; 1pCt. neue 25⅜ P. 25¼ G. **Holland.** Integrale 63 P. 62½ G.; Certificata 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅞ P. 100⅝ G. Lond. Lst. 10 k. S. 119½ P. 119¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G. Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¼ P. 101 G.

Berlin Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Paris Frs. 300 k. S 94 P. 93 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 97 P. 96 3/4 G.	Wien fl. 100 C. k S. 117 1/8 P. 117 1/4 G.
Hamb. MB. 100 k.S 88 7/8 P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 P. 104 3/4 G.	Disconto — P. 4 pCt. G.

Augsburg, 20. Mai. Bayer. 3½ pCt. Oblig. 87½ G.; 4 pCt. 93¾ B; 4½ pCt 100¾ G.; 5 pCt. letzte Emission 102¼ B.; 5 pCt. dritte Emission 100½ B.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94¾ B.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — B., 785 B.

Neueste Nachrichten.

°*° Würzburg, 22. Mai. Nach der unter den Inseraten unseres heutigen Beiblattes befindlichen Bekanntmachung des Eisenbahn Consortium der bayer. Ostbahnen regulirt sich die Repartition der in Würzburg gezeichneten Aktien derart, daß bei Zeichnung von 1—6 Aktien ¼ Aktie, von 7—50 Aktien 1 Aktie, von 51—100 Aktien 2 Aktien, von 101—175 Aktien 3 Aktien, von 176—250 Aktien 4 Aktien entfallen. Die für 15prozentige Einzahlung ausgestellten Interimsaktien werden vom 14. Mai an mit 4½ pCt. verzinst.

°° München, 20. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hielt heute ihre 22. Sitzung. Herr Reichsrath Frhr. v. Aretin als Referent des 3. Ausschusses erstattete Vortrag über den Beschluß der 2. Kammer, „die Anträge wegen Regulirung des Biersatzes und die Verhältnisse der Brauer zu den Wirthen und zu dem Publikum betr." Der Herr Referent sprach im Allgemeinen seine Ansicht dahin aus, daß allen Beschwerden nur durch vollständige Aufhebung des Biersatzes abgeholfen werden könne; da es aber zweifelhaft sey, ob ein deßfallsiger Antrag Erfolg haben werde, so erklärte der Herr Referent, sich im Wesentlichen dem Beschluß der zweiten Kammer anschließen zu wollen, beantragte aber eine theilweise modifizirte Fassung der Anträge (siehe oben); jenem aber, welcher den Bräuern den Schenkpreis für das Bier über die Gasse wieder gewähren soll, sowie dem Antrag über das Verfahren bei Gesuchen um Verleitgabe des Bieres unter der Taxe die Zustimmung zu versagen. Der Ausschuß trat diesen Anträgen bei — und nachdem sie heute vom Referenten motivirt waren und auch der 2. Präsident ihnen beigestimmt hatte — wurden dieselben zum Kammerbeschluß erhoben. — Es gelangte dann der Antrag des Abg. Rabl, „den Getraidehandel betr.", zur Berathung (siehe oben). Der Referent Reichsrath Fürst Hohenlohe hatte die unveränderte Annahme des Beschlusses der 2. Kammer beantragt, der Ausschuß aber, nach dem erhobenen Bedenken des k. Staatsministers des Innern, beschlossen, es sey Se. M. der König zu bitten, daß die Revision der Verordnungen über Getraidehandel nicht durch ein Gesetz, sondern auf dem Verordnungswege erfolge. Bei der Debatte in der Kammer wurde von dem Referenten der Beschluß der 2. Kammer vertheidigt, vom k. Staatsminister des Innern aber in derselben Weise wie im Ausschusse das Recht der Regierung, die Revision auf dem Verordnungswege durchzuführen, beansprucht. Nach einiger Debatte wurde dem Antrage des Ausschusses beigestimmt, so daß der Gegenstand nochmals in die zweite Kammer zurückgeht.

** München, 20. Mai. (Privat-Korrespondenz.) **72. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts über die Berathung der Anträge in Betreff Ansässigmachung, Auswanderung ꝛc.) Nach der umfassenden Einleitung des Hrn. Referenten Fürsten Wallerstein, erklärte sich Abg. Dr. Barth gegen die Anträge des Ausschusses, da mit denselben den Petenten nichts geholfen sey. Er hielt es für besser, heute gleich zu sagen, daß man nicht im Stande sey, ihnen zu helfen; die Regierung werde nach ihrem Antrage den Verhältnissen die gebührende Rücksicht und Würdigung zuwenden. Redner erklärt sich dann wohl für gemeinschaftliche Regelung der Auswanderung Seitens aller Bundesstaaten, glaubt aber, daß dieselbe auf dem Wege der freien Vereinbarung der Regierungen leichter zu erzielen wäre, als durch den Bund.

Die Abg. Adam Müller und Crämer sind im Wesentlichen der Ansicht Barth's, denn auch sie hätten andere Anträge vom Ausschuß gewünscht.

Abg. Dr. Ruland, der Vorstand des Ausschusses, vertheidigt dann aber dessen Anträge, indem er darlegte, daß dieselben keineswegs inhaltlos seyen, daß sie im Wesentlichen den Gesuche der Petenten entsprechen, und daß, wenn man weiter gehen wollte, man die ganze bestehende Gesetzgebung umgestalten müßte.

Abg. v. Closen war im Allgemeinen mit den Anträgen des Ausschusses einverstanden und empfahl der Regierung die fortwährende Berücksichtigung der in den betreffenden Gegenden obwaltenden ungünstigen Verhältnisse.

Abg. Rabl ist gegen die Anträge und sprach sich besonders gegen die Auswanderung überhaupt aus, durch welche dem Lande viele Arbeitskräfte und Kapitalien entzogen würden, die das Land selbst noch brauchen könnte. Denn es gebe in Bayern noch Arbeit genug. Damit war die Debatte zum Schluß gelangt.

Der k. Ministerpräsident sicherte dann die Berücksichtigung der Anträge, welche die Kammer beschließen werde, zu und erklärte, das Wort lediglich deßhalb zu ergreifen, um die umlaufenden Gerüchte, als ob Bayern erklärt hätte, daß es nach Annahme seiner Anträge über Auswanderung ꝛc. am Bunde auf die Ausbildung der Bundesverfassung zu verzichten gewillt sey, als völlig unbegründet zu erklären. Der k. Ministerpräsident verlas zur Bestätigung dessen die Einleitung der Instruktion, die desfalls der bayerische Bundestagsgesandte erhalten hatte.

Der Referent Fürst v. Wallerstein vertheidigt dann die Anträge des Ausschusses, die schließlich auch von der Kammer angenommen wurden, worauf die nächste Sitzung auf morgen anberaumt wurde.

°° München, 20. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Bei der im 3. Ausschuß der 2. Kammer stattgehabten Berathung des jüngst vorgelegten neuen Jagdgesetzentwurfs sprachen sich die Mitglieder des Ausschusses in einer Weise über denselben aus, daß man an der Annahme des Entwurfes zweifelt; indessen wurde vorerst beschlossen, weitere Aufschlüsse vom Ministerium zu erholen.

Genua, 17. Mai. Die amtliche „Gazzetta di Genova" ist ermächtigt, die von dem Diritto gemeldete Demonstration gegen das österreichische Konsulatsgebäude als unwahr zu bezeichnen. (D. C.)

Turin, 16. Mai. Wie die „Gazetta Piemontese" erzählt, ist der sardinische Gesandte in Neapel, Marchese Tagliacarne, am 6. d. Abends 10 Uhr, während er nach Hause ging, von bewaffneten Banditen überfallen und seines Oberrocks, seiner Uhr und all seines Geldes beraubt worden. Der Polizeivorstand habe, fügt das genannte Blatt bei, sofort dem Hrn. Marchese einen Besuch abgestattet, und ihn um Mittheilung der näheren Umstände dieses Angriffs ersucht. Ob die Nachforschungen der Polizei aber von Erfolg sind, wird die Zukunft lehren. (Allg. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 142. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko | Freitag, 23. Mai 1856

✝ Von der Rhön.*) In der Nr. 139 der in München erscheinenden „Neuesten Nachrichten" hat wieder einmal ein Aktionär oder doch wenigstens ein nicht uninteressirter Freund unserer Hypotheken- und Wechselbank für die projektirte Banknoten Vermehrung eine Lanze gebrochen. Er kann es sich nicht erklären, daß dieses Projekt in der Abgeordnetenkammer von einer einstimmigen Majorität abgelehnt wurde, preist die großen und vortheilhaften Einwirkungen einer solchen Banknoten-Vermehrung auf die ökonomischen Zustände des Landes, hebt hervor, wie hiedurch ein beliebtes Zirkulationsmittel in einer dem Verkehrsleben entsprechenden Weise vermehrt würde, rollt ein Bild des Segens auf, welcher dadurch entstehen soll, daß die Hypotheken- und Wechselbank als Gegenleistung dem „geldbedürftigen" Grundbesitz mit einigen, als verzinsliche Darlehen hinauszugebenden Millionen aufhelfen werde, und wünscht und hofft, daß das in der Abgeordnetenkammer bereits gefallene Projekt noch in der gegenwärtigen Session derselben wiederholt aufgenommen werde.

Wir unsererseits halten diesen Artikel einer Erwiderung nicht werth; wer in das wirkliche Sachverhältniß eingeweiht ist, weiß, in welchem unbilligen und grellen Mißverhältniß bei dem fraglichen Projekte die Leistung des Staates resp. seiner steuerbaren Kräfte zu der Gegenleistung der Bank und deren übertriebenen Einwirkungen auf die Landwirthschaft steht und daß des Pudels Kern des ganzen Projekts sich auf den Egoismus Einzelner zurückführt. Allein, wer sich berechtigt glaubt, dem großen Publikum Sand in die Augen zu streuen, muß sich auch gefallen lassen, wenn man von anderer Seite diesem großen Publikum die Sandkörner wieder ausreibt, auf daß es klar sehe, wo die wahren Freunde der Landes-Interessen und wo diejenigen sich befinden, denen das Landes Interesse den Vorwand für eigene Interessen bildet. Darum ganz kurz einige Worte.

Wenn — was wir nicht leugnen wollen — wirklich ein Bedürfniß besteht, das Papiergeld zu vermehren, dann kann diese Vermehrung vom Staate selbst und zwar in einer Weise ausgehen, daß jede Gefährde im Voraus beseitigt ist. Warum die Vortheile einer neuerlichen Papiergeld-Emission in die Taschen einer aus wenigen reichen Leuten bestehenden Privatgesellschaft gespielt werden sollen, ist für keinen absehbar, der außerhalb dieses Gesellschaftsverbandes steht und dessen Interessen nicht mit denen der auf Gewinn abzielenden Gesellschaft verflochten sind. Der Staat halte sich nur bezüglich des Papiergeldes in den Gränzen des natürlichen Bedürfnisses, fundire dieses Papiergeld auf eine bestimmte staatliche Einrichtung, welche zugleich die Möglichkeit der allmähligen Tilgung des emittirten Papiergeldes in sich trägt und alle Befürchtungen, welche man von einer gewissen Seite ohne Unterlaß immer drohender und kecker geltend zu machen sucht, fallen von selbst zusammen.

Wenn z. B. im Sinne der bekannten Vorschläge des Herrn Grafen Bentheim mit der zur Emission bestimmten Summe Papiergeldes eine der noch projektirten Eisenbahnstrecken gebaut würde, dann würde

1). Die erwünschte Vermehrung eines beliebten Cirkulations-Mittels eintreten,

2) dem übermäßigen Andrängen des ausländischen Papiergeldes ein angemessener Damm entgegengestellt werden,

3) eine staatliche Verkehrsanstalt zur Ausführung kommen, ohne daß durch Schuldenaufnahme die ohnedem hoch angespannte Steuerkraft des Landes neuerlich in Anspruch genommen würde,

4) die Rente aus dieser Bahnstrecke theilweise zur allmählichen Tilgung des emittirten Papiers verwendet werden können und

*) Wir beziehen auch auf diesen Artikel den Vorbehalt, den wir in Nr. 91 unseres Blattes, sowie bezüglich der verschiedenen seitdem von uns über diesen Gegenstand veröffentlichen Aufsätze ausgesprochen haben. Die Red.

5) zum andern Theile aber dazu dienen können, um einen großartigen Staats-Unterstützungsfonds zu gründen, der in steter Progression seines Kapitals dem wirklich geldbedürftigen Grundbesitz Aushülfe gewähren und zugleich ein wirksames Mittel bieten würde, um in Fällen partieller Nothstände des Landes dem Elende nachhaltig zu Hülfe zu kommen.

Auf alle diese unzweifelhaften allgemeinen Vortheile aber soll der Staat im Voraus Verzicht leisten, alle die hiemit zusammenhängenden hochwichtigen Landes-Interessen soll der Staat im Voraus Preis geben, um die Aktien einiger reichen Leute steigen zu lassen! Den erhabensten Intentionen Seiner Majestät des Königs, — welche durch Creirung eines so fundirten Papiergeldes auf ewige Zeiten zum Segen des gesammten Vaterlandes eine Verwirklichung erhalten könnten — soll die Möglichkeit ihrer Ausführung benommen und so der schönste Stein aus der königlichen Krone gebrochen werden — um den Reichthum einzelner in demselben Maße wachsen zu lassen, als der Wohlstand der Massen dadurch schwinden würde!

Das sind die Konsequenzen solcher Projekte, man muß sich dieselben stets vergegenwärtigen, um sich vor der Versuchung zu bewahren, welche darin liegt, daß diese Projekte stets mit dem Aushängeschild des allgemeinen Wohls bemäntelt sind.

Denn das ist das Hauptmoment in der ganzen Frage, daß, wenn der Bank die projektirte neuerliche Noten-Emission gewährt wird, dann bereits jenes Maß des Papiergeldes erreicht wird, welches das Bedürfniß Bayerns erheischt, Folge dessen aber dann der Staat außer Stand ist, noch jene Vortheile der Gesammtheit zugeben zu lassen, welche die Emission einer mäßigen Summe fundirten Papiergeldes mit Sicherheit bietet.

Was uns aber immer den unangenehmsten Eindruck bei diesen auf die Banknotenvermehrung gerichteten Bestrebungen zurückläßt, ist der Umstand, daß man vorwendet, die von der Bank in Aussicht gestellte Gegenleistung komme dem geldbedürftigen Grundbesitze zu Gute. Hier ist der faule Fleck des ganzen Projekts. Die Bank hat noch nie den geldbedürftigen Grundbesitz unterstützt, und wird und kann nach ihren eigenen Statuten denselben auch nie unterstützen. Wer bankmäßige Sicherheit offerirt, erhält aller Orten das erforderliche Kapital, und diejenigen, die diese doppelte Sicherheit nicht leisten können, diejenigen gerade, die am meisten des Kapitals bedürfen — und dieses ist die Masse unserer mäßig und minderbemittelten Landbevölkerung — die gingen von jeher und geben auch künftighin bei der Bank leer aus. Zudem glaubt der Eingangs erwähnte Artikelschreiber, was Wunder für allgemein ersprießliche Einwirkungen auf die Landwirthschaft hervortreten würden, wenn die Bank wieder einige Millionen auf Grundbesitz hinleihen würde. Als ob einige Millionen mit 4pCt. verzinsliche Darlehen hier weitgreifende Wirkungen hervorrufen könnten, wo schon das Grundsteuersimplum in mehreren Millionen besteht und die Gesammtschulden des Grundbesitzes auf viele hunderte Millionen sich belaufen. Und diese so schön ausgemalten landwirthschaftlichen Erfolge werden in Wirklichkeit um so weniger eintreffen, als erfahrungsgemäß die Bank ihr Kapital nicht gerne in kleinen Partien, sondern lieber in großen Beträgen an die reichbegüterten Landwirthe hinzuleihen pflegt. Welche eminenten Vortheile hingegen die Schaffung des oben erwähnten Papiergeldes namentlich dem kleinen wirklich kreditbedürftigen Grundbesitz bieten würde, welches Mißverhältniß hiernach aber bei der projektirten Banknotenvermehrung zwischen Leistung des Staates und Gegenleistung der Bank zu Tage treten würde, muß nach dem Vorhergesagten Jeder einsehen, der Verstand und Herz am rechten Punkte hat.

Wir verkennen durchaus nicht, daß an und für sich durch die Vermehrung der Banknoten dem Lande einiger Vortheil zugehen würde, allein wenn man diesen Vortheil vergleicht mit jenen außerordentlichen Opfern, welche der Staat bringen und jenen außerordentlichen Vortheilen, auf welche derselbe verzichten müßte, sowie mit dem eminenten Gewinne, welcher den Bank-

Aktionären zu statten käme, dann verschwindet dieser Vortheil in ein pures Nichts. Dieses hat unsere Abgeordneten-Kammer wohl durchschaut und der von eigenen oder wenigstens fremden Interesse inspirirte Artikelschreiber hat sicherlich diese Ueberzeugung der Kammer durch seine, wenn auch weitläufigen Auseinandersetzungen nicht im Mindesten beirrt. Er hat zwar davon gesprochen, daß die Kapitalien sich nur da niederlassen, „wo denselben Zitronen blühen"; allein wir können die Früchte nicht leiden, die nur für wenige Bevorzugte wachsen, wollen vielmehr an dem Wachsthume solcher Früchte mithelfen, deren Genuß dem Wohle der Gesammtheit zu Gute kommt.

Deutscher Bund.

Bayern. Abg. Dr. Barth, welcher vom 1. Ausschuß der Abgeordnetenkammer beauftragt war, über den Gesetzentwurf, bez der exekutorischen Urkunden Bericht zu erstatten, spricht sich im allgemeinen Theil seines Vortrages folgendermaßen aus: „Da alle Vortheile, welche der vorliegende Gesetzentwurf dem Gläubiger wirklich gibt, auch durch Verbesserung des Exekutivprozesses zu erreichen gewesen wären, so würde letztere sowohl vom wissenschaftlichen, als vom praktischen Standpunkte aus sich mehr empfohlen haben, als die Einführung der exekutorischen Urkunden. Die Wissenschaft muß die Anforderung an die Gesetzgebung stellen, daß die Institutionen nicht ohne Noth vermehrt werden, sondern daß man eine gewisse Oekonomie des Systems beobachte; in der Praxis aber hätte die Revision des Exekutivprozesses nicht nur keine von jenen zahlreichen Kontroversen erzeugt, die mit Allem, was ganz neu und von dem bisher bestandenen abweichend ist, unfehlbar verknüpft sind, sondern es wäre auch durch jene zugleich den Besitzern von Forderungen, welche auf Privat- oder auf solche öffentliche Urkunden, denen keine exekutorische Kraft beigelegt wird, gestützt sind, und dahin gehören alle bis zum heutigen Tage aufgenommenen Kontrakte, Schuld- und Hypothekenbriefe u. s. w., mitgedient gewesen. Die kgl. Staatsregierung hat indeß diesen Standpunkt nicht eingenommen, und es läßt sich mittelst bloßer Modifikationen der Entwurf eines Gesetzes über exekutorische Urkunden nicht in den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Exekutivprozesses umwandeln. Um letztere an Stelle der exekutorischen Urkunden zu erreichen, müßte man das Gesetz ablehnen und einen selbständigen Antrag auf Verbesserung des Exekutivprozesses stellen; hierbei dürfte aber, wenn überhaupt, doch voraussichtlich auf diesem Landtage auf kein Resultat mehr zu rechnen seyn Da nun eine Verbesserung unseres Schuldrechts entschieden nothwendig ist und einen Aufschub von Jahren nicht mehr duldet, so wird der Absicht der kgl. Staatsregierung, durch Einführung des Institutes der exekutorischen Urkunden Abhülfe zu gewähren, nicht prinzipiell entgegenzutreten seyn."

Der 1. Ausschuß hat, dieser Ansicht beipflichtend, den Gesetzentwurf mit mehrfachen Aenderungen, auf die wir später zurückkommen, zur Annahme empfohlen, zugleich aber beschlossen, der Kammer einen von Dr Barth ausgehenden einige Verbesserungen des Exekutivprozesses betreffenden Antrag der Kammer in folgender Art vorzuschlagen: „Es sey die allerunterthänigste Bitte an Se. Maj. den König zu richten: Allerhöchstdieselben wollen geruhen, um bis zum Zustandekommen einer neuen Zivilgerichtsordnung auch den Besitzern anderer namentlich älterer verbriefter Forderungen die Möglichkeit schleuniger Beitreibung zu gewähren, mit dem Gesetze über exekutorische Urkunden einige Verbesserungen des Exekutivprozesses zu verbinden und zu diesem Zwecke im Landtags-Abschiede mit Gesetzeskraft auszusprechen: 1) „Mit der Einrede der Inkompetenz des Richters ist künftig im Exekutivprozesse die übrige Vertheidigung des Beklagten bei Vermeidung des Ausschlusses eventuell zu verbinden; 2) der Vorbehalt der Nachklage ist im Erkenntnisse fortan nicht mehr auszudrücken, sondern versteht sich wegen aller in diesem Prozesse nicht vorgebrachten, oder doch ihrem inneren Gehalte nach nicht gewürdigten Einreden von selbst. Kommt der Beklagte vor Ablauf der ihm zur Befriedigung des Klägers gesetzten Frist mit einer Nachklage ein, so kann er verlangen, daß der Kläger, welcher die Hilfsvollstreckung durchgeführt wissen will, ihm für die Nachklage Sicherheit bestelle, vorbehaltlich der dem Kläger in § 8 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. Juli 1819: „einige Verbesserungen der Gerichtsordnung betreffend" eingeräumten Wahl. 3) Selbständige Berufung findet künftig nur noch gegen Bescheide, wodurch die Klage ohne weitere Einleitung des Verfahrens ganz, oder sowie angebracht, oder zur Zeit, oder von diesem Gerichte abgewiesen wird, gegen Erkenntnisse auf Ableistung eines Eides und gegen Beschlüsse im Exekutionsverfahren statt. Die Berufung ist binnen 14 Tagen vom Tage der Zustellung des Erkenntnisses bei dem Untergerichte einzureichen. Die Berufung gegen nicht selbständige appellable Zwischenbescheide, sowie gegen einfache Erlasse kann mit der Berufung gegen das nächste selbständig appellable Erkenntniß ohne vorgängige Verwahrung verbunden werden. Die Berufung gegen das Enderkenntniß hat bei Geldschulden aufschiebende Wirkung nur hinsichtlich der Feilbietung der Pfandobjekte. 4) Diese Bestimmungen finden auf alle in den Landestheilen diesseits des Rheines nach Verkündung des Landtagsabschiedes im Exekutivprozesse *neu* anfallende Streitsachen Anwendung."

Bemerkenswerth ist noch, daß bei Berathung des vorerwähnten Gegenstandes im 1. Ausschuß der Staatsminister der Justiz die wiederholte Versicherung abgab, daß die Staatsregierung ernstlich beabsichtige, den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritte schon einen in der Ausarbeitung bereits begriffenen, jedenfalls auf dem Prinzipe der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit beruhenden Entwurf des Civilprozesses vorzulegen, mit dem Beifügen, daß zur Zeit eine Erklärung darüber nicht gegeben werden könne, ob das nach französischem Prozeßrechte mit den exekutorischen Urkunden in Verbindung stehende Institut der Huissiers von der Staatsregierung werde in Vorschlag gebracht werden.

Zu Neu-Orleans im Staate Louisiana in Nordamerika wurde ein bayerisches Konsulat errichtet und dasselbe dem dortigen Kaufmann Jakob Heinrich Eimer übertragen. (N.M.Z.)

Preußen. Berlin, 20. Mai. Der „Lithogr. Korresp." zufolge hat sich unter der Firma „Berliner Aktiengesellschaft für Spinnerei und Weberei" soeben hier ein Verein konstituirt, dessen Zweck dahin geht, baumwollene, wollene oder gemischte Waaren von Urstoffen an bis zu Ganz- oder Halbfabrikaten herzustellen, und zu dem Ende verschiedene Fabriken in verschiedenen Orten der preußischen Monarchie anzulegen. Mit einem Grundkapital von 6 Millionen Thaler emittiren sie jetzt nur ein Drittel dieser Summe, mit welcher die erste Fabrik der Gesellschaft errichtet werden soll. Berlin oder dessen nächste Umgebung ist für diese als der geeignete Ort bestimmt worden. Das Etablissement soll mindestens 60,000 Spindeln und ungefähr 1000 Webestühle umfassen. Von Seiten des Handelsministers soll dem Unternehmen jede Förderung zugesagt und die Konzession in Aussicht gestellt worden seyn.

Unlängst hat der evangelische Oberkirchenrath an das Breslauer Konsistorium einen Erlaß gerichtet über die Ehe zwischen zwei Personen, von welchen die eine mit Ascendenten oder Descendenten der andern außerehelich Geschlechtsgemeinschaft gepflogen. Bis jetzt war eine solche Ehe von keiner kirchlichen Stelle beanstandet worden. Allein der Oberkirchenrath verfügt in jenem Erlaß, daß von den evangelischen Geistlichen die Einsegnung einer solchen Verbindung nicht vorgenommen werden dürfe, da gemäß dem älteren evangelischen Kirchenrecht „die ehehindernde Wirkung außerehelicher Beziehungen unabhängig von deren als Zeugung hervortretendem Erfolge durch das fleischliche Band ist."
(Allg. Ztg.)

Man schreibt der „K.Z." aus Königsberg, 16. Mai: „In einigen Tagen beginnt vor dem Schwurgerichte zu Angerburg eine Verhandlung, die durch die Zahl der Angeklagten und Zeugen wahrhaft monströs ist. Auf der Anklagebank wird sich eine Gesellschaft von sechszig Personen befinden, welche seit Jahren in den verschiedenen Theilen der Provinz systematisch Pferdediebstähle beging; 250 Personen sind als Belastungszeugen geladen"

Kurhessen. Aus Kassel, 18. Mai, wird der „Köln. Ztg" geschrieben: „In den nächsten Tagen wird vor dem hiesigen Schwurgerichte ein Fall zur Verhandlung kommen, der allgemeines Interesse, freilich von den verschiedensten Standpunkten aus, erregt, der die Schmach des Jahres 1850 in das Gedächtniß Aller zurückruft. Der Fall betrifft die Anklage fast zahlloser Vergehen und Verbrechen wider den Amtmann Tassius, den Stifter des kurhessischen Treubundes „mit Gott für Fürst und Vaterland". Der Mann wurde durch Hassenpflug zufolge gänzlichen Mangels an Menschenkenntniß und des Grundsatzes, bei Anstellungen vorzugsweise das politische und religiöse Bekenntniß entscheiden zu lassen, zum Justiz-Beamten befördert und hatte sich sogar einer Ordensverleihung und einer eigenhändigen Zuschrift des Landesherrn — auf Hassenpflug's Veranlassung — zu erfreuen. Er war in seiner früheren Stellung als Advokat für die Strafgerichte reif, die jetzigen Beschuldigungen greifen theilweise in jene Zeit zurück; mit vielen Anderen suchte und fand er eine Zeit lang seine Rettung im Treubunde, und von der Beförderung zum Richter an scheint er sich vollkommen sicher gefühlt zu haben, weil die zahllosen Erpressungen und gemeinen Vergehen von da an mit einer Frechheit und Schamlosigkeit betrieben worden sind, für die man kaum eine Bezeichnung hat. Erst Hassenpflug's Nachfolger ordnete auf Grund der monatelang beim Justizministerium gelege-

nen Anzeigen die Visitation des Amtes an. Cassius schiebt die ganze Schuld auf den Teufel, und sein Anhang beklagt ihn wegen der schweren Versuchungen, denen er ausgesetzt gewesen. Neben Dienstentsetzung wird ihn noch eine Zuchthausstrafe treffen, bei deren Erstehung er die Bekanntschaft etlicher Treubunds-Mitglieder zu erneuern Gelegenheit finden wird. — Das Land hat seit Hassenpflug's Regiment unglaubliche materielle Verluste erlitten, aber sie sind im Vergleich zu der Demoralisation, die alle seine Wege bezeichnet, nicht des Nennens werth. Ob das jetzige Ministerium die Kraft und die Fähigkeit besitzen wird, jene Schäden auszugleichen, ist sehr zweifelhaft, obgleich demselben Humanität und redlicher guter Wille nicht abzusprechen ist. In allen Branchen ist das lebhafte Bemühen sichtbar, die bureaukratischen Eigenmächtigkeiten und den großartigsten Leichtsinn Hassenpflug's, den Viele für noch Schlimmeres halten, thunlichst unschädlich zu machen."

Thüringen. Zu Blankenburg in Thüringen weilt zur Zeit ein Badegast, der das allgemeinste Interesse erregt, Martin Speer, Bürger und Glasmaler aus Brooklyn im Staate New-York. Es ist das derselbe Mann, von dem neulich die Zeitungen nach englischen Blättern berichteten, daß seinetwegen zwischen dem amerikanischen Gesandten in Wien und der österreichischen Regierung ein ernstes Zerwürfniß entstanden sey. Die Sache verhält sich seiner Erzählung nach folgendermaßen: „Es fand sich bei ihm ein ungarischer Flüchtling ein, der sich für einen Grafen ausgab und um die Hand seiner hübschen Tochter warb. Weil er ihm aber nicht recht traute, so wies er seinen Antrag ab. Der vorgebliche Graf sprach ihm aber viel von dem Besitz noch unkonfiszirter Güter in Ungarn vor und wußte ihn zuletzt zu einer Reise nach Ungarn zu überreden, um sich von der Wahrheit seiner Angaben zu überzeugen. Herr Speer trat die Reise an und erhielt von dem vorgeblichen Grafen einen Empfehlungsbrief mit, der aber nichts als ein Uriasbrief war. Nach Abgabe desselben in den österreichischen Staaten ward er von der Polizei festgenommen und sieben Monate in einsamer Haft gehalten, ohne daß er die Erlaubniß erhalten konnte, dem amerikanischen Gesandten von seinem Geschick Mittheilung zu machen. Nach vielfachen Verhören sey er endlich trotz seiner zuverlässigen Versicherungen des Hochverraths für schuldig erklärt und zu zehnjähriger Strafarbeit in Eisen in Theresienstadt verurtheilt worden. Da aber habe der amerikanische Gesandte Kenntniß von dem Vorgang erhalten, und seinem sofortigen energischen Auftreten habe er es zu verdanken, daß er auf der Stelle in Freiheit gesetzt worden sey. Damit sey derselbe jedoch nicht zufrieden, sondern bestehe auf vollständiger Genugthuung und einer namhaften Entschädigung. Bis jetzt habe die österreichische Regierung noch keine befriedigende Erklärung abgegeben; der Gesandte aber stehe auf dem Punkte seine Pässe zu verlangen. (?) Uebrigens ist Herr Speer von Geburt ein Deutscher und hieß ursprünglich Speerschneider, ließ aber die beiden letzten Silben seines Namens nach seiner Ansiedelung in Amerika weg. Was den vorgeblichen ungarischen Grafen betrifft, so hat er seinen Zweck erreicht; während der siebenmonatlichen Haft des Hrn. Speer in Oesterreich wußte er die Verheirathung mit dessen Tochter durchzusetzen. (Nat.-Z.)

Oesterreich. Wien, 15. Mai. Es steht zu erwarten, daß noch in diesem Jahre die Rübenzuckersteuer erhöht und dem Zoll für Rohzucker gleichgestellt wird. (Fr. Centr.-Anz.)

Schweiz.

Bern, 17. Mai. Nächsten Montag treten hier Abgeordnete verschiedener Kantone zusammen, um die Einführung einer schweizerischen Wechselordnung auf dem Wege der Uebereinkunft anzubahnen. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 10. Mai. Man erfährt jetzt, daß sich höhere Kavallerie-Offiziere dahier bedeutender Unterschleife mit Fourage schuldig gemacht haben, und daß die Untersuchung darüber bereits seit einem vollen Jahre im Gange ist.

Großbritannien.

London, 9. Mai. Nach der „Times" ist das Gerücht im Umlauf, daß Rußland gegen den Vertrag vom 15. April protestirt habe.

London, 20. Mai. Der Geheimrathspräsident Lord Granville geht als Gesandter zur russischen Kaiserkrönung. Alle Morgenblätter loben das Budget als einfach, zweckmäßig und als einen Beweis von Englands blühender Finanzlage. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Frankreich.

* Bekanntlich hat die Regierung, auch für den Fall des erfolgenden Friedensschlusses, die Ausgabe neuer Industrie-Papiere in diesem Jahre untersagt. — Man ist nun eifrigst damit beschäftigt, das Gouvernement zur Aufhebung dieser Maßregel zu veranlassen und es ist sehr wahrscheinlich, daß dies demnächst der Fall seyn und die Creirung neuer industrieller Unternehmungen, jedoch unter strengster Kontrolle Seitens des Staats, wieder gestattet werden wird.

Paris, 20. Mai. Für den Kardinal-Legaten, welcher den Papst bei der Taufe des kaiserl. Prinzen vertreten wird, ist eine Reihe der Prunkgemächer im Palaste Elysée auf's glänzendste hergerichtet worden.

Spanien.

† Madrid, 14. Mai. Die „Gaceta" veröffentlicht nachstehende Adresse der konstituirenden Cortes an JJ. MM.: „Die Kommission der konstituirenden Cortes, Madame, kömmt um Ew. Majestäten zum Geburtstage des königlichen Gemahls Glück zu wünschen. Wir erinnern uns mit Vergnügen, daß er durch eine konstitutionelle Regierung zum Herzog von Cadix ernannt wurde, und daß der König in den patriotischen Gesinnungen seiner hohen Mutter, der Infantin Donna Luisa Carlota, deren Andenken stets fortleben wird, erzogen, in der Armee gedient und sich die allgemeine Hochachtung sowie ein Anrecht auf die hohe Stellung erworben hat, welche er heute einnimmt." — Ihre Majestät erwiderte: „Meine Herren Abgeordneten! Wie immer, so vernehme ich auch heute mit Vergnügen die Glückwünsche, welche die konstituirenden Cortes mir zum Geburtstage meines hohen Gemahls durch Sie darbringen. In meinem und seinem Namen bitte ich Sie, den Repräsentanten des spanischen Volkes meine Dankbarkeit für dieses abermalige Zeichen der Anhänglichkeit auszudrücken und ihnen gleichzeitig meinen lebhaften Wunsch auszudrücken, daß ihr gesetzgebendes Werk ein Band mehr zwischen meinem Thron und sein edles Volk werde, dessen konstitutionelle Institution von meinem Thron durch das Andenken der Vergangenheit, durch die innere Verbindung der Gegenwart und — wie ich hoffe — durch die Zukunft unzertrennlich sind." — Der König seinerseits erwiderte: „Meine Herren Abgeordneten! Mit größtem Vergnügen habe ich die Glückwünsche vernommen, welche Sie an die Königin und mich, im Namen der Cortes, zu meinem Geburtstage richteten. In den patriotischen Gesinnungen meiner hohen unvergeßlichen Mutter erzogen, habe ich den Dienst meines Landes unter der Verwaltung einer konstitutionellen Regierung angetreten. Niemand mehr als ich kann deßhalb die Festigung der öffentlichen Freiheit in Spanien wünschen, mit welcher der Thron meiner hohen Gemahlin und meiner erlauchten Tochter, sowie die Zukunft der Dynastie auf's engste verbunden ist. Ich bitte Sie, meine Herren, diese meine Wünsche den konstituirenden Cortes ausdrücken zu wollen." —

† Madrid, 15. Mai. Barbès, der bekanntlich in Barcelona verhaftet wurde, ist, nachdem er mehrere Tage an Bord der Korvette „Ville de Bilbao" bewacht war, am 15. auf dem „Pelage" nach Cadix abgegangen, von wo aus er nach Portugal gebracht werden wird. Dem offiziellen Journale zufolge richtete General Zavala bei seiner Abreise von Valencia folgende Abschieds-Proklamation an die Einwohner dieser Stadt: „Ich hinterlasse Euch den Frieden, ohne ihn mit einem Schrei meines Gewissens erkauft zu haben, ohne eine Thräne, ohne eine Verbannung oder eine Verhaftung, die das Gesetz nicht vorschrieb, zu hinterlassen. Die Gewalt der Vernunft und die Festigkeit der Behörde reichten hin, um Euch dieses nie genug zu würdigende kostbare Gut zu sichern. Hütet Euch vor den Einflüsterungen der Feinde und setzt Eure Arbeiten in Ruhe fort, die die einzige Quelle des Friedens und des Reichthums sind. Dieses ist der Rath desjenigen, der Euer General-Kapitän war."

Italien.

Nach einer Korrespondenz der „Gazz. uf. di Milano" ist Parma ruhig. Bereits sind einige Erleichterungen im Belagerungszustand in Bezug auf den nächtlichen Verkehr der Arbeiterklassen eingetreten; jener der gebildeteren Klassen hatte nie eine Beschränkung erfahren.

Aus Rom, 3. Mai schreibt man dem „Salzburger Kirchenblatt": „Das Gerücht von einem an den heil. Stuhl bereits eingeschickten Vorschlag der Kandidaten für die seit längerer Zeit in Polen erledigten bischöflichen Stühle ist seit wenigen Tagen zur Wahrheit geworden. Der heil. Vater sieht es als ein besonders günstiges Zeichen an, daß der Kaiser von Rußland in die Kandidatenliste auch den Kapuzinerordensprovinzial von Warschau, Benjamin Szymanski, und zwar für den erzbischöflichen Sitz der Hauptstadt Polens aufgenommen hat. Die in Rom weilenden russischen und polnischen adeligen Katholiken schildern ihn als einen Mann, der sehr geachtet ist und bei Jedermann in großem Ansehen steht."

Aus Turin, 16. Mai wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Ueber die Militärexzesse in Malta, gehen den hiesigen Blät-

tern mannigfache Berichte zu, welche nach dem Parteistandpunkt der Blätter die verschiedenartigste Färbung tragen. Sucht man das wahrscheinlichste aus denselben heraus, so findet man, daß eine offene Feindschaft zwischen der Bevölkerung von Malta und den Soldaten der Legion schon seit der Ankunft der letzteren sich nachweisen läßt. Der geborne Malteser ist bekanntlich abergläubisch, bigott und fanatisch wie wenige andere Südländer; die Mehrzahl der Legionäre dagegen sind Feinde des Papstes und der Geistlichkeit, Revolutionäre, und als noch obendrein exkommunizirt (?) von den Ersteren geflohen und gehaßt. Auch haben die Vorgänge in Novara bewiesen, daß militärisches Benehmen und Mannszucht nicht zu den Kardinaltugenden der Legionäre gehört. Ist es traurig, daß die Soldaten gegen die Polizei mit den Waffen in der Hand auftraten, und bei diesem Zusammenstoß der Polizei-Inspektor Carnana das Leben lassen mußte, so ist es eben so wenig zu rechtfertigen, daß, als Tags darauf einige Soldaten in Begleitung von drei Offizieren zum Ankauf von Proviant unbewaffnet in die Stadt gingen, diese von den Einwohnern mit Dolchstichen angefallen, und ihrer mehrere schwer verwundet wurden. Der Gouverneur hat eine Bekanntmachung erlassen, aus welcher zu ersehen ist, daß die Behörde das Unrecht auf beiden Seiten gefunden hat."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 8. Mai. Die Regierung schickt in diesem Augenblick ein Korps von 2500 M. nach dem Paschalik von Adana, namentlich nach Marasch, um die Urheber des Mordes zu ergreifen und exemplarisch zu bestrafen. Was die Unruhen von Magnesia anbelangt, so hat sich herausgestellt, daß nur Gerüchte von zu erwartenden Unruhen von der Fama in wirkliche verwandelt worden sind. Suleyman Pascha, Gouverneur von Smyrna, begab sich selbst an Ort und Stelle und es ergab sich, daß die Seele des ganzen Getriebes ein Grieche, Namens Seva, war, der von den amerikanischen Missionären zum Protestantismus hinübergezogen worden und ein Pröbchen seines Eifers dadurch geben wollte, daß er die Christen gegen die Muselmänner aufhetzte. Suleyman Pascha hat den Griechen und einige Muselmänner in's Gefängniß nach Smyrna bringen lassen und Alles ist ganz still geworden. — Die „Presse d'Orient" bringt uns eine interessante Korrespondenz aus Kanea in Kreta über den Mißbrauch im Sklavenhandel, der im mittelländischen Meere herrscht. Die Schiffer, welche diese Waare aus Tripolis nach Aegypten oder Konstantinopel geladen haben, fürchten, unterwegs zu landen, um nicht im Handel gestört zu werden; und da sie oft nicht genug Nahrung haben, so lassen sie lieber die Unglücklichen in die Gefahr des Verhungerns gerathen. So ist in Kanea ein Schiff mit 100 Negern, die in Tripolis geladen worden, angefahren; eine Negerin war eben gestorben, und viele Kranke waren am Bord. Die Quarantainebeamten untersuchten das Schiff und fanden, daß die Krankheit der Hunger war. Die drei Negerhändler des Schiffes wurden vor Gericht gestellt; man erfuhr, daß die Neger täglich nur eine Hand voll Gerstenmehl in Wasser bekamen, daß Kamsa, der grausamste der drei Negerhändler, sogar dieses vorenthielt, daß er vier Tage hinter einander seit der Abfahrt von Tripolis seinen Negern gar nichts zu essen gegeben habe, und daß so die Negerin umgekommen sey. Eine andere Negerin hatte eine im Schiffe gefundene krepirte Ratte gegessen. Vely Pascha hat sich der Unglücklichen angenommen. Kamsa ist bereits zu den Galeeren verurtheilt worden. 24 Kranken hat Vely Pascha ein Haus einräumen lassen, er gab ihnen Betten und Kleidung und läßt sie von dem Quarantainearzt behandeln. Das Beispiel des Pascha fand unter allen Einwohnern eine löbliche Nachahmung, und Jeder beeifert sich, den Unglücklichen beizustehen. (K.Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 12. Mai. Der Kaiser ist sowohl bei der zu seinem Geburtstage, wie zum Namenstage der Kaiserin-Mutter veranstalteten großartigen Illumination zugegen gewesen und von unausgesetzten Hurrah-Rufen begleitet worden. Die Freudenbezeigungen des Volkes sind durch ersprießliche Aenderungen in der Regierungs-Maxime gerechtfertigt. Man weiß, daß es der Wille des Kaisers ist, es solle das Gesetz mit Milde in Form und Wesen gehandhabt werden, sowohl im polizeilichen wie im administrativen Bereiche. Das erdrückende Formenwesen soll einem einsichtsvolleren Walten Platz machen, und der Zwitter-Zustand, halb russisch, halb französisch, soll einem besseren, aus dem nationalen Geiste hervorgehenden, kultivirten Russenthume weichen. — Der Kaiser hat gestern Petersburg verlassen, um sich nach Warschau zu begeben. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 22. Mai. Mit Ausnahme von Darmstädter Bankaktien und span. Fonds waren fast sämmtliche Effekten etwas matter. Mitteldeutsche Kreditaktien preishaltend. Einnahme der Friedr. Wilh. Nordbahn im April 1856 Thlr. 54,202. 23. — gegen April 1855 Thlr. 45,674. 7. 2.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 828 bis 825. — Bayerische Ostbahn 108⅝—⅜. — Elisabeth-Bahn 114⅝ bis ½. — Lombardische Bahnen 133. — Reichenb.-Pardubitz 109½—¼.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1311P. 1306G. Neue Bankaktien 432 P. 430 G. Credit-Actien à 5pCt 244 P. 242 G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 83⅞ P. 83⅝ G. 5pCt. Lombard-Ven. 92 P. 91½ G. Metall. alte à 5pCt. 83¼ P. 82¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 73⅞ P. 73⅝ G.; à 4pCt. 65½ P. 65 G.; à 3pCt. 50 P. 49½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von **1834** — —P. — —G. à fl. 250 von **1839** 130 P. 129 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 107P. 106¼ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 316 P. 314 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94½ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94⅝ P. 94⅛ G.; 4½pCt. 101 P. 100½G.; 5pCt. 101 P. 100½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156¼ P. 155¾ G. Neustadt-Weissenb. 117 P. 116½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117½G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅜P. 89⅞G.; 4½pCt. — P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann P. 43½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81¾ P. 81¼ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41⅛ P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. **50** 112⅝P. 112⅜G.; à fl. **25** 33⅞ P. 33⅝ G.; Darmstädter Bankaktien alte 376½ P. 374½ G.; junge 320 P. 318 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 107¾P. 107¼G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅞ P. 89⅜ G., Loose à fl. **25** 31¾P. 31½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 122½ P. 122G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 560 P. 555 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41⅛ P. 40⅞ G.; 1pCt. neue 25⅝ P. 25½ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅝P. 100⅜G	Lond. Lst. 10 k.S. 119½P. 119¼G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼P. 120G	Mail. i.S Lr. 250k.S. 101¼P 101G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Paris Frs. 200 k. S. 94P. 93¾G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞P. 93⅝G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 97P. 96¾G.	Wien fl. 100C. k S. 117⅜P. 117⅛G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅞P. 88⅝G.	Wien 3 M. mit 4% 117P. 116¾G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 105P. 104¾G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 21. Mai Bayer. 3½pCt. Oblig. 87¼ G.; 4pCt. 93¾ P.; 4½pCt. 100½ G.; 5pCt. letzte Emission 102¼ P.; 5pCt. dritte Emission 100½ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94¼ P.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — P., 785 P.

Neueste Nachrichten.

** München, den 21. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Die zweite Kammer hat heute den Gesetzentwurf über die Bergwerksabgaben, nachdem Arnheim's Aenderungsvorschlag zu Art. 1. verworfen war, in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Der Referent der Kammer der Reichsräthe über den Militäretat, General Fürst Taxis, wird auf Genehmigung der ganzen von der Regierung verlangten Summe, wovon die 2. Kammer über 1 Million gestrichen hatte, antragen. (N. Cor.)

Kopenhagen, 20. Mai. Der Reichsrath hat mit 46 gegen 15 Stimmen eine Reduktion im Budget des Kriegsministerium beschlossen. (T.D.d.H.N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 143.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 24. Mai 1856

Deutscher Bund.

München, 21. Mai. Die Instruktion, mit welcher im November v. Js. der bayerische Bundestagsgesandte beauftragt wurde, die bekannten bayer. Anträge wegen einer allgemeinen deutschen Handelsgesetzgebung 2c. vor die Bundesversammlung zu bringen, lautet nach der gestern vom kgl. Ministerpräsidenten der Kammer der Abgeordneten gemachten Mittheilung in ihrem Eingange, wie folgt: „Es ist Ihnen bekannt, daß die Resultate der Berathungen in den Ministerkonferenzen zu Dresden im Winter 1850 auf 1851 an die Bundesversammlung als Material zu weiterer Benützung übergeben worden sind. Es wurde damals allgemein die Ueberzeugung getheilt, daß die Bundesverfassung einer weiteren Ausbildung fähig und bedürftig sey. Die kgl. Regierung hält diese Ueberzeugung auch jetzt noch fest, wenn sie sich auch die Schwierigkeiten nicht verhehlt, die dabei zu überwinden seyn werden. Ob zur Wiederaufnahme der damals unterbrochenen Bestrebungen jetzt der rechte Zeitpunkt sey, wie dies von vielen Seiten geglaubt zu werden scheint, mag vorerst dahin gestellt bleiben. Hierüber aber ist wohl kaum eine Verschiedenheit der Ansichten denkbar, daß die Bundesverfassung, sowie sie jetzt liegt, für eine lebendigere Thätigkeit der Bundesversammlung manchfachen Raum gewährt, und daß es mancherlei Angelegenheiten von allgemein deutschem Interesse gibt, deren Behandlung und Regelung durch den Bund eine dankbare, auch durch die Zeitverhältnisse nicht gehinderte Aufgabe bilden würde. Als Gegenstände der Art lassen sich zunächst folgende hervorheben 2c." (N. Cor.)

Bayern. In ihrer 72 öffentlichen Sitzung berieth, wie schon gemeldet, die 2. Kammer über die vom Abg. Lang angeeigneten Anträge des Stadtmagistrats Schwarzenbach und des protestantischen Landkapitels Münchberg über Ansässigmachung, Verehelichung 2c. Die Wichtigkeit des Gegenstandes wird es rechtfertigen, daß wir nochmals auf denselben zurückkommen. Der Berichterstatter Fürst Wallerstein analysirt in seinem Vortrag die gedachten Anträge folgendermaßen: „Der Stadtmagistrat Schwarzenbach an der Saale bringt in einer von dem Herrn Abgeordneten Dekan Lang angeeigneten Eingabe die Mißstände zur Sprache, welche seines Erachtens aus den heutigen gesetzlichen Bestimmungen über Ansässigmachung, Verehelichung, Heimath und Armenwesen erwachsen. Er schildert in ergreifender Weise, wie das den Gemeinden eingeräumte Widerspruchsrecht gegen Ansässigmachungen auf sogenannten problematischen Nahrungsstand von der „weitaus größten Zahl" dieser Gemeinden in höchst engherziger Weise geübt werde; wie daraus ein gegenseitiges Sichabsperren der Kommunen in Absicht auf Niederlassungen erwachse, wie übervölkerten, zudem durch unabweisbare Verhältnisse auf wenige Gewerbsarten hingewiesenen Orten kein Mittel zu Gebote stehe, ihren Ueberfluß an derartigen Gewerbsgenossen anderswohin abzuleiten; wie dadurch ganze Massen tüchtiger, erwerbsfähiger und erwerbslustiger Menschen künstlicherweise als erwerbslos den Ortsarmenpflegen zur Last fallen; wie ein solches Sachverhältniß nicht nur auf den Wohlstand, sondern auch auf die Sittlichkeit des Volkes zersetzend und zerstörend einwirke. Er verbreitet sich über die Unzulänglichkeit der zumeist dem Beutel der Mitbürger entnommenen Armenfonds gegenüber einem massenhaft anwachsenden Proletariate, unter Mißbilligung des Prinzips der offiziellen Armenpflege als einer Einrichtung neuerer Zeit, geeignet, die selbstverschuldete Armuth auf gleiche Linie mit der unverschuldeten zu stellen, das Gebot christlicher Liebe in starre Formen zu bannen, den ächten Wohlthätigkeitssinn in seinem innersten Kerne abzuschwächen. Er erblickt in den distriktiven Armenbeschäftigungsanstalten ein schwer lösbares, nebstbei dem Gewerbsstand durch überwiegende Konkurrenz gefährdendes Problem. Er weist hin auf die verhältnißmäßig gute Behandlung und Verpflegung der Detinirten in Zwangs- und Arbeitshäusern, welche statt abschreckend zu wirken, manchen Arbeitslosen auf die Bahn der Gesetzwidrigkeit behufs unentgeldlichen Erhaltenwerdens lenke, und schließt mit folgenden formulirten Anträgen: 1) Es möge das den Gemeinden eingeräumte Recht des Widerspruches gegen eingehende Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesuche aufgehoben, oder auf ein geringes, von jedem ehrlichen Bittsteller leicht zu erfüllendes Maß zurückgeführt werden, und an dessen Stelle das Recht der Freizügigkeit und der unbehinderten Verehelichung treten, damit jeder arbeitsfähige Mann sich da niederzulassen und einen christlich geordneten Familienstand zu gründen vermöge, wo sich ihm die Aussicht auf einen ausreichenden Nahrungsstand darbietet. 2) Es möge, wenn dieses Mittel der Aufhülfe für arme und übervölkerte Gemeinden und Gegenden nicht als ausreichend wollte befunden werden, der Staat für eine, dem Bedürfnisse entsprechende Organisation der Auswanderung in wenig bevölkerte Ländergebiete auf Staatskosten Sorge tragen. 3) Es möge, so lange diese beiden Maßregeln noch nicht ins Leben getreten sind, oder die von ihnen zu erwartenden Früchte, welche der Natur der Sache nach nur allmählich reifen können, noch nicht in ausgiebigem Maße getragen haben — der Staat für die Begründung von Armenbeschäftigungs-Anstalten in ärmeren und übervölkerten Gegenden auf Staatskosten einstehen. 4) Es möge eine größere Zahl von Straf-Arbeitshäusern ins Leben gerufen werden, um dem nothwendigen Einschreiten gegen arbeitsscheue und liederliche Personen, welche gleichwohl auf ihr Armenrecht pochen, einen prompteren Vollzug und wirksameren Erfolg zu sichern, als es bisher der Fall war." Das protestantische Landkapitel Münchberg seinerseits erblickt in dem gemeindlichen Veto gegen Ansässigmachungen der bezeichneten Art die Quelle „oftmaliger" mißbräuchlicher Härte gegen Individuen, „von denen zu erwarten stehe, daß sie ein gutes Fortkommen finden würden", und sofortiger wilder Ehen. Der Antrag dieses Kapitels ist dahin formulirt: „Es möge dem revidirten Ansässigmachungsgesetze die Bestimmung beigefügt werden, daß Personen, welche 1) einen fleißigen Besuch der Werktagsschule mit tadellosem sittlichen Verhalten; 2) einen fleißigen Besuch der Sonntagsschule und der Christenlehre und tadelloses Verhalten während dieser Pflichtigkeitszeit, namentlich Beobachtung der über den Wirthshausbesuch der sonntagsschulpflichtigen Jugend und über Theilnahme derselben an öffentlichen Tanzbelustigungen bestehenden Verbote; 3) ein rechtschaffenes und treues Verhalten in einer achtjährigen Dienstzeit in nicht mehr den vier gut beleumundeten Familien oder Geschäftshäusern; 4) das Freiseyn von außerehelicher Vater- oder Mutterschaft; 5) ein bei Sparkassen hinterlegtes Ersparniß von wenigstens 30 fl. nachzuweisen vermögen, in jeder städtischen, markt- und bäuerlichen Gemeinde des Königreichs, oder wenigstens in der Heimath-Gemeinde des männlichen Theiles unbedingt zur Ansässigmachung und Verehelichung zugelassen werden."

Die von der Kammer angenommenen, freilich sehr vag gehaltenen Anträge des Ausschusses über diesen Gegenstand haben wir neulich schon mitgetheilt. Eben das Unbestimmte dieser Anträge veranlaßte den Abg. Barth zu einem offenen Tadel derselben in der Kammersitzung. Derselbe äußerte: „Keineswegs verarge ich unserem verehrten Ausschusse, daß er nicht mehr vorgeschlagen hat, als er vorschlage. Aber darin kann ich nicht mit ihm einverstanden seyn, daß er, nachdem er nicht mehr vorgeschlagen hat, überhaupt etwas vorgeschlagen hat. Die Leute kommen an uns, und wollen, daß wir ihnen helfen. Betrachten Sie nur die gemachten Vorschläge. Wir bitten die Regierung, „dem in wiederholten Darlegungen geschilderten Nothstand fortgesetzte Würdigung zuzuwenden." Ich glaube, meine Herren, jede ordentliche Regierung — und dafür halte ich die unsrige — wird sich ohnehin verpflichtet fühlen, jederzeit ein wachsames Auge auf die Nothstände im Lande zu haben, und sich bemühen, ihnen abzuhelfen. Also wozu diese Bitte? Wir ersuchen ferner im Falle Erfordernisses Vorschläge an die Kammern gelangen

zu lassen. Das, meine Herren, wird sie von selbst thun, wenn sie in irgend einer Weise unserer Hülfe benöthigt ist. Ich kann also in dem ersten Punkte nichts finden, was Anlaß zu einem förmlichen Beschlusse gibt. Die andern 4 Punkte gehen darauf hinaus, daß wir den Leuten sagen: Ja, helfen können wir nicht, wir wollen aber machen, daß ihr fortkommt, und die nicht fortkommen, wollen wir nach Umständen in einem Zwangsarbeitshaus unterbringen, wo sie wenigstens nicht mit Zuchthaus- und Arbeitshaussträflingen beisammen sind. Ob die Leute darüber großes Vergnügen haben werden, das, meine Herren, bezweifle ich sehr. Ich bin vollkommen mit unserm sehr verehrten Herrn Referenten darüber einverstanden, daß in all den großen Fragen, die hier vorliegen, nur zu helfen ist durch eine ebenfalls große gemeinsame deutsche Politik. Ein allgemeines Heimathsrecht in Deutschland, und vieles, was daran hängt, würde hier wohl gründlichere Hülfe bieten, als all die Mittel, die wir innerhalb der Gränzen unseres Landes gewähren können. Ich bin auch deßhalb den deutschen Regierung sehr dafür dankbar, wenn sie gemeinsame Maßregeln in Deutschland durchführen, und ich weiß, sie haben in den letzten Jahren einiges davon versucht; aber, meine Herren, ob es das rechte Mittel ist, sich zur Durchführung von solchen an den deutschen Bund zu wenden, das, meine Herren, weiß ich nicht. Ich halte mich hier an Thatsachen. Fast alle die gemeinsamen Maßregeln, welche in Deutschland realisirt worden sind, seit der deutsche Bund besteht, sind nicht durch den deutschen Bund, sondern auf dem Wege freier Vereinbarung zu Stande gekommen. Damit mache ich denen, die am Bunde thätig sind, nicht den mindesten Vorwurf. Es wäre auch thöricht, einen solchen zu machen. Es sind ja dieselben, welche auch auf dem Wege der freien Vereinbarung ihr Ziel erreichen. Aber sie haben noch andere Mittel und Wege. Wenn man eine gemeinnützige Maßregel auf dem Wege der freien Vereinbarung zu Stande bringen will, braucht man nicht alle deutschen Regierungen unter einen Hut zu bringen. Es ist genug, wenn sich nur einige zu einem Kern verbinden, wovon die Sachen ausgehen, wie es beim Zollverein der Fall war. Allmählich schließen sich die anderen an, und am Ende steht die Maßregel in ihrer Vollendung da. Im Bunde ist es ganz anders. Da kann eine Maßregel nur durch das Einverständniß Aller zu Stande kommen. Dieses zu erlangen ist von vornherein schwer, und das ist der Grund, warum es so unendlich schwierig ist, durch den deutschen Bund gemeinnützige Maßregeln für das große Gesammtvaterland zu Stande zu bringen. Wie dem aber auch sey, so bin ich selbst für den Versuch dankbar, durch den Bund zweckmäßige Maßregeln zur Leitung unseres Auswanderungswesens, nachdem wir denn doch einmal in der Lage sind, daß ausgewandert werden muß, herbeizuführen. Aber der Hoffnung und der Ueberzeugung gebe ich mich hin, daß die Gerüchte, welche theilweise durch Zeitungen gegangen sind, keine Begründung haben werden, als hoffe man, eine Durchführung gemeinnütziger Maßregeln in Deutschland und andere noch so viele Dinge vom Bunde würden vermögen, den wirklichen Bedürfnissen der deutschen Nation völlig zu entsprechen und das Verlangen nach der Durchführung einer Zentralverfassung für unser Gesammtvaterland zu beseitigen. Meine Herren! Der Herr Berichterstatter und der Ausschuß sprechen von einem Schutz, einer Fürsorge, einem Ansehen, einem Vollgewicht, einer Würde des gesammten Deutschland. Ja, meine Herren, mit diesem Vollgewicht unseres gesammten Vaterlandes weiß ich nicht, wie es aussieht. Aber ich wünsche von ganzem Herzen, daß sein Ansehen und seine Würde recht bald sein Vollgewicht in die Wagschale der europäischen Geschicke lege. Schließlich bitte ich Sie, nachdem Sie den Armen, die an uns gekommen sind, nicht mehr bieten können, als der Ausschuß bietet, bieten Sie ihnen auch das nicht. Ich denke mir so: Wenn ein Armer an mir vorüber geht und ich kann ihm nichts geben, drücke ich ihm mein Bedauern aus und er ist damit zufrieden. Wenn ich ihm aber etwas geben will, und es ist doch nichts, so fühlt er sich nur doppelt arm."

Dr. Ruland trat als Vorstand des 3. Ausschusses für dessen Anträge ein; wahrhaftig, meinte er, der 3. Ausschuß habe ein besonderes Unglück; was er vorschlägt, wird getadelt, ohne daß von irgend einer Seite etwas Besseres vorgeschlagen werden kann. „Was, fragte er, hätte denn der 3. Ausschuß thun sollen? Hätte er, nachdem die Wichtigkeit des Gegenstandes nicht zu bestreiten und wirklich allgemein anerkannt ist, dazu Nein sagen sollen? Ist Jemand in diesem Hause, der nicht wünschen könnte, daß solche Anträge dem Throne vorgelegt werden? Was das Armenwesen betrifft, so hat hier allerdings eine höhere Hand gesorgt; allein, daß hier auch der Staat seine Hand bieten muß, ist auch wahr. Würde das Armengesetz mehr ausgebildet und nicht bloß auf dem Papiere stehen, so wäre es mit unserm Armenwesen schon längst besser." Das Veto der Gemeinden werde nicht mit grausamer Strenge geübt. Die Gemeinden helfen oft und gerne. Wenn der Ausschuß vorschlägt, dem Bunde für Beförderung der Auswanderung zu danken, so sey dies auch nicht unrecht. Nicht mit Gleichgültigkeit solle der Staat seine Angehörigen fortziehen lassen und wenn der Bund Schritte thut, die im Interesse der Auswandernden sind, so könne es nur erfreulich seyn und verpflichte zu Dank; denn bis das in sich zerrissene deutsche Volk etwas thue, möge es lange hergehen. Das deutsche Volk sey nur einig, wenn es vom Unglück bedrängt ist.

Der k. Ministerpräsident, welcher zuletzt das Wort nahm, erklärte, daß die Regierung die Anträge, die an sie gelangen werden, gewissenhaft prüfen und berücksichtigen werde, erklärte dann, daß er lediglich das Wort nehme, weil, wie schon früher, so jetzt wieder auf den Antrag der Regierung an den Bundestag Bezug genommen worden sey, dieser aber, besonders von der Presse, mißverstanden worden sey. Unrichtig sey, daß die bayerische Regierung erklärt habe, daß, wenn ihre Anträge angenommen werden, sie auf die Ausbildung der Bundesverfassung verzichte; eine solche Auffassung sey der Regierung durchaus fremd, es wäre pflichtwidrig, wenn es nicht so wäre. Das Einfachste sey wohl, wenn er die Einleitung der Instruktion an den bayerischen Bundestagsgesandten, mit welcher derselbe den Auftrag erhielt, die Anträge vorzulegen, der Kammer mittheile. Er verlas dann diese Einleitung (s. oben) und fügte bei, daß die Kammer dadurch in der Lage seyn werde, zu beurtheilen, daß die Regierung auf die Durchführung der deutschen Bundesverfassung nicht verzichtet habe. Was die Auswanderung *betreffe*, so sey sie eine Thatsache von solcher Bedeutung, welche die Regierung nicht ignoriren dürfe und sie habe es auch bisher nicht gethan. Bei den verschiedenen Standpunkten aber, auf welchen in dieser Beziehung die verschiedenen deutschen Regierungen stehen, erscheine es förderlich, daß ein gleichmäßiges Verfahren erzielt werde. Es solle dadurch die Auswanderung weder gefördert noch gehindert, sondern nur geregelt und das Interesse des Staates wie des Einzelnen gewahrt werden. Auch erscheine es förderlich, gleichheitliche Bestimmungen zur Verhütung der ungesetzlichen Auswanderung zu erzielen, dann daß Sorge getragen werde bezüglich der Gegend, wohin sich die Auswanderung erstrecke, und daß dort die Ausgewanderten durch Agenten Schutz und Vertretung finden; nicht als ob der Agent den Ausgewanderten auf jedem Schritt begleite, sondern nur um *ihm* mit Rath und That beistehen zu können. Keinerlei Zwang solle dabei stattfinden, sondern nur dafür gesorgt werden, daß der Ausgewanderte seine Lage verbessere und seine Nationalität bewahre. Dieses Ziel, glaube die Regierung, sey am besten durch gemeinsame Maßregeln aller deutschen Regierungen zu erzielen. Auch am Bundestage finde freie Vereinbarung statt. Es werde jetzt eine Zusammenstellung der in allen Ländern geltenden Bestimmungen ꝛc. über die Auswanderung erfolgen, man werde so einen Ueberblick über das Ganze erlangen und auf dieses Material gestützt, die nöthigen Anträge stellen können. Werde durch den Bund das Gewünschte nicht erzielt, dann bleibe der einzelnen Regierung immer noch der Weg der freien Verständigung.

München, 20. Mai. Die Polizei hat neuestens der psychographischen und somnambülistischen Thätigkeit, die ungefähr seit einem Jahre hier zum Vorschein gekommen war, durch Ausweisung der Hauptperson, einer gewissen Maria Kahlhammer, plötzlich ein Ziel gesetzt. (Schw. M.)

Zum **Platen-Monument** haben, gleich Sr. Durchl. dem Reichsrath Fürsten v. Thurn und Taxis, die HH. Karl Baron v. Eichthal und M. C. Baron v. Rothschild die Gabe von je 100 fl. gewidmet — so daß jetzt dem Fonds des Platen-Monuments ungefähr noch 2000 fl. abgehen.

Aus der Pfalz, 21. Mai. Dem Gutsbesitzer Gideon von Camuzi zu Dirmstein, Mitglied des landwirthschaftlichen Bezirkskomite Frankenthal, ist vom kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten die Funktion als Regierungskommissär zur speziellen Vertretung der bayerischen Interessen und insbesondere der allenfallsigen Aussteller aus Bayern bei der diesjährigen allgemeinen landwirthschaftlichen Ausstellung in Paris übertragen worden. Herr v. Camuzi befindet sich dermalen in der französischen Hauptstadt, wohin er schon vor mehreren Wochen zur Besichtigung der Vorbereitungen abgereist ist. (Pfälz. Z.)

Preußen. Berlin, 21. Mai. Man erzählt an der Börse von einem Reskript, welches der Handelsminister neuerdings an die bei Geldinstituten und speziell bei den verschiedenen Versicherungsgesellschaften fungirenden Regierungskommissarien erlassen habe, und worin denselben die Anweisung ertheilt wird, streng darüber zu wachen, daß von diesen Gesellschaften resp.

Instituten auf keine der neuen Kreditbankaktien Vorschüsse geleistet oder dieselben irgendwie beliehen werden. (B. Bz.)

Sachsen. Aus Sachsen den 20. Mai. Der Umstand, daß der Mergel ein vorzügliches Bodenverbesserungsmittel ist, das aber bei uns aus dem Grunde noch wenig oder gar nicht angewendet wird, weil die Lager dieses Minerals noch nicht aufgeschlossen sind, wird Veranlassung geben, damit vertraute Männer aus einem anderen Lande, wo das Mergeln an der Tagesordnung ist, ins Land zu ziehen, zunächst um Mergellager aufzusuchen und zu erschließen. In Chemnitz ist jetzt eine landwirthschaftlich-chemische Versuchsstation ins Leben getreten, welche den Zweck hat, durch praktische Versuche in engster Verbindung mit wissenschaftlichen, namentlich chemischen Untersuchungen, Fragen, die auf den Betrieb der Landwirthschaft oder der mit derselben in Verbindung stehenden Gewerbe Bezug haben, aufzuklären, das dabei als nützlich Erkannte zu verbreiten und dadurch thunlichst auf die Förderung der Landwirthschaft und der landwirthschaftlichen Gewerbe hinzuwirken. — Man klagt in fast allen Theilen des Landes über Mangel an Arbeitskräften für die Landwirthschaft, und nach den Entwicklungskräften des Landes werden diese Klagen in der nächsten Zeit voraussichtlich noch zunehmen. (Schw. M.)

Württemberg. Heilbronn, 20. Mai. Die Darmstädter Bank beabsichtigt in Gemeinschaft mit einem hiesigen Kaufmann unter des letzteren Firma ein gewöhnliches, den älteren und größeren Etablissements in Stuttgart ähnliches Bankgeschäft hier zu errichten.

Großbritannien.

London, 21. Mai. Der auf geheime Abstimmung bei den Wahlen dringende, jährlich wiederkehrende Antrag Berkeley's ward vom Unterhaus verworfen. (T.D.d.K.Z.)

Frankreich.

Aus Paris, 20. Mai schreibt man der „D. A. Z.": „Die auswärtige Politik beschäftigt die Regierung für jetzt nicht in dem Maße, als die Befürchtungen, welche die Polizei aus den ihr zufließenden Angaben über die Stimmung von Paris schöpfen zu müssen glaubt. In den Arbeitervierteln, im Faubourg St.-Antoine, St.-Marceau und im Faubourg St.-Jacques, sollen die Gemüther sehr aufgeregt seyn. Man sagt, daß die außerordentliche Theuerung und vorzüglich die Theuerung der Wohnungen die Arbeiter so übel stimme. Diese Theuerung ist allerdings enorm, und wenn die Schäden, welche die Ueberschwemmungen im Süden und in der Mitte von Frankreich verursacht haben, wirklich so groß sind, als dies behauptet wird, so steht uns wieder ein Mißjahr bevor. Die Regierung sinnt nun auf Mittel, um die Arbeiter zu beruhigen und die Mißstimmung zu verhindern, in eine politische überzugehen; denn das wäre für eine Regierung wie die gegenwärtige allzu gefährlich. Sie wird auch gewiß mit der ihr eigenen Energie Alles thun, was in dieser Richtung als zweckmäßig befunden werden dürfte."

Paris, 20. Mai. Ueber das Vermögen des Grafen Chambord (des letzten Kronprätendenten aus der älteren Linie Bourbon) schreibt der „Independant de l'Ouest": „Der Graf besitzt in Frankreich mit seiner Schwester, der Herzogin von Parma: 1) Einen Wald in der Nähe von Vierzon im Werth von 600,000 Fr. ungefähr, 2) einen Wald in der Champagne von 400,000 Fr., 3) mehrere Wälder im Departement der Haute Marne im Werth von 8 Mill. Fr., zusammen 9 Mill. Franken, von denen die Hälfte der Herzogin gehört. Diese Besitzungen werden sämmtlich von der Verwaltung der Domänen als Apanagengüter beansprucht. Graf Chambord hat bereits den Wald von Vierzon und jenen in der Champagne verloren; der wichtigste Prozeß bezieht sich aber auf die Waldungen in der Hautemarne, und wenn ein Urtheil des Tribunals von Vassy bestätigt wird, so bleibt dem Grafen Chambord in ganz Frankreich nur noch Chambord, das jährlich für Unterhaltung und Reparaturen 30,000 Fr. mehr kostet, als es einbringt. Was sein Vermögen im Auslande betrifft, so hat er Frohsdorf, das 30,000 Fr. Rente abwirft, und ein Gut in Ungarn von geringerem Werthe, ferner einigen Kapitalienbesitz. Die Gräfin Chambord ihrerseits hat nicht über 100,000 Fr. Rente. (Schw. M.)

* Bekanntlich hat der Senat eine Kommission (Baron Dupin Präsident, Marquis Lavalette, Graf Bearn, General Bourjolly und Graf Lemercier) zu dem Behufe erwählt, um den Antrag, auf Errichtung eines Monuments zu Ehren des Kaisers und der Armee, aus Anlaß des orientalischen Kriegs zu prüfen. Die Kommission soll sich bereits für Errichtung eines großartigen Triumphbogens ausgesprochen haben, der auf der Esplanade vor dem Invalidenhotel, nicht weit vom Grabe Napoleons I. aufgestellt werden soll.

Italien.

In Rom wurde von mehreren angesehenen Personen eine Subskription eröffnet, um eine Medaille zu Ehren des Grafen Cavour schlagen zu lassen. Die Medaille wird mit einer Adresse, darin die Verdienste des Grafen und sein politisches Talent mit anerkennenden Worten hervorgehoben werden, demselben überreicht werden. (Ostd. Post.)

Nach Privatnachrichten aus Neapel vom 15. Mai ist die Lage der Dinge dort noch immer dieselbe. Karl Poerio's Zustand ist schrecklich. Derselbe müsse fortwährend eine Kette tragen. (?) Diese habe ihm die ganze Brust aufgerieben. Er leide fürchterlich. (K.Z.)

Turin, 18. Mai. Die Politik des Grafen Cavour befriedigt die Parteigänger von allen Seiten. Der Republikaner und gewesene Diktator von Venedig, Manin, dessen Einfluß auf Italien, besonders auf die besonneneren Schichten der Gesellschaft, ein bedeutender ist, veröffentlicht in den hiesigen Blättern einen Brief, in welchem er die von Piemont auf dem Kongreß eingeschlagene Politik vollkommen billigt, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil Piemont weder an Oesterreich, noch an den Papst, „den ewigen Feinden Italiens," wie das Schreiben sie nennt, Konzessionen machte, wie die Patrioten befürchtet hatten. Er fordert deßwegen Letztere auf, die Bemühungen des Hauses Savoyen nach Kräften zu unterstützen, denn, so schließt das Schreiben: „die piemontesische Monarchie hat die italienische Sache nicht im Stich gelassen, ist ihrer nationalen Mission nicht untreu geworden; sie hat daher vermehrte Ansprüche auf die Erkenntlichkeit und das Zutrauen der italienischen Nationalpartei; ihre moralische Bedeutung, ihr Einfluß und daher ihre Macht haben in und außerhalb Italiens zugenommen; sie hat einen Schritt auf einem Wege gethan, auf welchem es ihr leicht seyn wird, weiter zu schreiten, unmöglich aber, rückwärts zu gehen, vorausgesetzt, daß dieselbe von der öffentlichen Meinung des eigenen Landes und von dem Beifall, den Sympathien und der Dankbarkeit der übrigen italienischen Provinzen unterstützt, nöthigenfalls getragen wird." Dieses wiederholte Auftreten eines in Italien angesehenen Führers der republikanischen Partei zu Gunsten Piemonts, als dem einzigen Rettungswege, hat die ohnehin sehr geschwächte Partei Mazzini's zur gänzlichen Bedeutungslosigkeit herabsinken machen. Nach den letzten Kammerverhandlungen und den Erklärungen, die Graf Cavour in denselben gab, scheint Piemont zu besserer Wahrung seiner Politik und seines Einflusses seine auswärtigen Gesandtschaften vermehren zu wollen. So wurde der Platz Madrid, wo bisher stets nur ein Geschäftsträger plazirt war, zu einem Gesandtschaftsposten erhoben und der bekannte Baron Tecco, seit vielen Jahren Sardiniens Vertreter in Konstantinopel, dahin bestimmt. Baron Tecco ist vielleicht einer der gewiegtesten Diplomaten, und seine Sendung nach Madrid hatte anfänglich zu allerlei schiefen Deutungen Anlaß gegeben, bis Graf Cavour frei erklärte: er wisse wohl, warum er Tecco dahin sende; im Augenblick habe Madrid für ihn mehr Bedeutung, als Konstantinopel, wo eine momentane Pause eingetreten sey. Die Türkei habe für Sardinien jetzt nur kommerzielle, Spanien aber eine politische Bedeutung. Zur würdigen Besetzung des neuen Gesandtschaftspostens zu Petersburg verlangte er von der Kammer eine Mehrausgabe von 80,000 Franken, welche fast mit Stimmeneinhelligkeit bewilligt wurden. Fernere 20,000 Franken forderte er von der Kammer zur Creirung eines neuen Gesandtschaftspostens zu Frankfurt, welchen er für unumgänglich nothwendig erklärt, um mit den deutschen Staaten zweiten Ranges freundschaftliche Beziehungen unterhalten zu können und über den Gang ihrer Politik unterrichtet zu seyn. Auch diese 20,000 Fr. wurden ohne Einsprache gewährt. (Schw. M.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Konstantinopel wird vom 12. Mai berichtet, die aus dem Orient zurückkehrenden englischen Truppen würden sich nach Canada, Malta, Korfu und Gibraltar begeben. (T. D. d. K. Z.)

Konstantinopel, 12. Mai. Ein Bericht Sefer Pascha's bestätigt die Nachricht von der Einnahme des tscherkessischen Dorfes Sunnech durch die Russen, welche dort eine Heerde von 6000 Stück Vieh erbeuteten. Die in Anapa versammelten tscherkessischen Häuptlinge verlangen Hülfe von der Türkei, um ihre Kommunikationen mit dem Kaukasus wieder herzustellen. (Fr.J.)

Jassy, 11. Mai. Gestern Morgens hat uns das 16. österreichische Feldjäger-Bataillon verlassen. In wenigen Tagen marschirt auch ein Theil der hier stehenden Artillerie und Kavallerie nach Oesterreich ab. Das Infanterie-Regiment Fürst von Warschau wird bis zum Herbste hier in Garnison bleiben. (Fr. J.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 12. Mai. Gegenwärtig ist es außer allen Zweifel gestellt, daß man im Anfange des Krieges eine Expedition gegen das britische Indien beabsichtigte. Sie sollte von Astrachan nach Rescht, der Hauptstadt der persischen Provinz Ghilen auf der caspischen Flottille gebracht werden, und von da auf der Straße von Herat nach Kandahar vorrücken. Die Sirdards von Afghanistan hatten versprochen, mit einem Heere von 25,000 Reitern sich der Expedition anzuschließen. Aber der ewig schwankende Schach von Persien konnte zu keinem festen Entschluß gebracht werden, und so unterblieb die Sache. — Der Kaiser hat befohlen, daß den in Sebastopol gefallenen Admirälen Korniloff und Nachimoff Monumente errichtet werden sollen. (Oest. Z.)

St. Petersburg, 13. Mai. Die „Nord. Biene" meldet aus Simpheropol, daß die russischen Truppen die taurische Halbinsel bereits räumen.

Nichtpolitische Zeitung.

* Eine der Folgen des anhaltenden Regenwetters, von dem mehrere Departements von Frankreich heimgesucht worden sind, war das Versinken eines ungefähr fünf Minuten vom Dorfe Grand-Codere, Departement Dordogne, entfernten Berges in der Nacht vom 10. auf dem 11. Mai. „In diesem Augenblicke, wird dem „Echo de Vésone" unter dem 10. geschrieben, sieht man noch Bäume, Weinstöcke und Felsen rollen. Mehr als 400 Hektaren bebautes Land, Weinberge im schönsten Stande, Alles wird von der Gewalt des einstürzenden Berges mit fortgerissen und zerstört die schönsten Hoffnungen der Besitzer." — Aehnliche Vorfälle kamen auch am Eremitage-Hügel bei Agen vor, den die fortwährenden Regen durch und durch aufgeweicht, und seinen theilweisen Einsturz herbeigeführt hatten. Die herabrutschenden Erdmassen verstopften das Bett des Canals und drängten das Wasser in die Ebene von St. Anne, wo es ziemlichen Schaden anrichtete. — Zu Seyssel und Culoz hat die Rhone großen Schaden namentlich an der Genfer Eisenbahn angerichtet.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 23. Mai. Die Börse war in günstiger Stimmung und behaupteten beinahe sämmtliche Effekten den gestrigen Standpunkt. Das Hauptgeschäft konzentrirte sich heute in span. Kreditaktien Emission Rothschild, die bei starkem Umsatz sich rasch von 735 auf 752 hoben und zu diesem Kurs Geld blieben, Industrieaktien von der Gesellschaft St. Paul erschienen heute und wurden von 585—88 in Posten umgesetzt.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 823 bis 828—24. — Bayerische Ostbahn 108½—¼. — Elisabeth-Bahn 114—113¾. — Lombardische Bahnen 131—132.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1305P. 1300G. Neue Bankaktien 430 P. 426 G. Credit-Actien à 5pCt 243½ P 241½G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 8[illegible]¾ P. 84½ G 5pCt. Lombard.-Ven. 91½ P. 91 G. Metall. alte à 5pCt. 83¼ P. 82¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 73¾ P. 73½ G.; à 4pCt. 65½ P. 65 G.; à 3pCt. 50 P. 49½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 —P. —G. à fl. 250 von 1839 129 P. 128 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106½P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 314 P. 312 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 91¼ P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 94⅝ P. 94⅛ G.; 4½pCt. 101 P. 100½G.; 5pCt. 101 P. 100½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155½ P. 155 G. Neustadt-Weissenb. 116¾ P. 116¼ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117½G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90¼P. 89¾G.; 4½pCt. — P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann ... P. 43½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81¾ P. 81¼ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41⅛ P. 40⅝ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63¾ P. 63¼ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112⅝P. 112⅜G.; à fl. 25 33⅞ P. 33⅝ G.; Darmstädter Bankaktien alte 378½ P. 376½ G.; junge 321½ P. 319½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 107¾P. 107¼G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅞ P. 89⅜ G., Loose à fl. 25 31¾P. 31½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 122¾ P. 122¼G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 83 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 560 P. 556 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41⅝ P 41⅜ G.; 1pCt. neue 25¾ P. 25⅝ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅝ P. 100⅜ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119½ P. 119¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Li. 250 k. S. 101¼ P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97 P. 96¾ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117½ P. 117¼ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅞ P. 88⅝ G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛ P. 116⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

∞ München, 22. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Das Frohnleichnamsfest wurde heute hier, wie immer, auf die glänzendste Weise gefeiert. Der Prozession haben Seine Majestät der König mit den kgl. Prinzen Luitpold und Adalbert, der große Cortége und die sämmtlichen kgl. Stellen und Behörden ꝛc. beigewohnt. Die Feier war vom herrlichsten Wetter begünstigt, so daß eine ungeheure Menschenmenge ihr beiwohnte. — Se. Maj. der König Ludwig ist von dem Ausfluge nach Kelheim und der Walhalla gestern Abends im besten Wohlseyn wieder hier eingetroffen. Allenthalben auf der Reise wurde Se. Maj. von der Bevölkerung auf das herzlichste begrüßt. Mit dem Stand der Arbeiten an der Befreiungshalle bei Kelheim war König Ludwig sehr zufrieden. — Die nochmalige Verlängerung des Landtags bis Mitte Juni soll bereits höhern Orts beschlossen seyn.

Berlin, 20. Mai. Erzherzog Ferdinand Max hat dem kgl. Hofe seinen Besuch für die erste Hälfte kommenden Monats angekündigt. (Tr. Z.)

Dresden, 20. Mai. Wie ich vernehme, wird in Folge des Bundesbeschlusses vom 15. d. nunmehr auch in Sachsen demnächst eine bedeutende Armeereduktion eintreten. (A. Z.)

London, 23. Mai. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses zieht Lyndhurst seine Motion über die italienischen Angelegenheiten auf die Vorstellungen Clarendon's wieder zurück. — Die toristische Partei griff auf dem Pariser Kongreß Clarendon heftig an, weil er das Recht der Beschlagnahme von feindlichem Gut auf neutralen Schiffen aufgegeben. Bei der Abstimmung siegt die Regierung mit einer Majorität von 55 Stimmen. (T. D. d. Fr. J.)

Paris, 19. Mai. Die Truppenzusammenziehungen im Süden dauern in einer zweifachen Voraussetzung fort. Nach zahlreichen Verhaftungen weiß man, daß die Marianne neu organisirt ist, und zwar so, daß in den untern Graden der Gesellschaft jedes Mitglied immer nur seinen Anwerber und den von ihm Angeworbenen kennt. Insbesondere in den Departements breitet sich diese Gesellschaft stark aus, und man spricht davon, daß ihre Häupter im nächsten Monate einen Handstreich auszuführen beabsichtigen. Auch aus Italien, glaubt man, könnte bald die Nachricht eintreffen, es seyen Unruhen ausgebrochen, und so will man sich auf alle Ereignisse gefaßt halten. (H. N.)

Paris, 23. Mai. Der Baron v. Hübner hat, wie der heutige „Moniteur" berichtet, dem Kaiser gestern seine Beglaubigungsschreiben als österreichischer Botschafter überreicht und dabei folgende Ansprache an denselben gehalten: „Der Kaiser von Oesterreich hat den Botschafterposten wiederhergestellt, um die Bande der Freundschaft noch enger zu knüpfen und die bestehende Allianz, welche ein Pfand der Ordnung und der Sicherheit für Alle ist und so mächtig zur Wiederherstellung des Friedens beigetragen hat, zu einer recht innigen zu machen." Der Kaiser Napoleon erwiderte diese Ansprache mit einigen huldvollen Worten. — Gestern ist die Division de Failly, aus der Krim zurückkehrend, in Lyon eingezogen und mit dem größten Enthusiasmus empfangen worden. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 144.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 25. Mai 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Zweibrücken. In der Sitzung des pfälzischen Schwurgerichtshofes vom 21. Mai kam zur Verhandlung eine Anklage wegen Preßvergehens gegen Heinrich Hogrefe, 35 Jahre alt, Buchdrucker, gebürtig aus Bremen, wohnhaft in Mannheim. Das seit Anfang dieses Jahres zu Mannheim erscheinende „Wochenblatt für die Pfalz", dessen Verleger und früherer verantwortlicher Redakteur der Beschuldigte ist, enthielt in seiner Nummer 1 vom 5. Januar 1856 einen Aufsatz, überschrieben: „Die Rede eines Generalprokurators", dessen für den kgl. Herrn Generalstaatsprokurator der Pfalz beleidigender Inhalt Veranlassung zur Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung gab. Da der Angeklagte nicht erschienen war, wurde ohne Zuziehung der Geschworenen vom Gerichtshofe das Urtheil gefällt, das auf 4 Monate Gefängnißstrafe und 100 fl. Geldbuße lautete. Zugleich wurde das Verbot der zu Mannheim erscheinenden Zeitung: „Wochenschrift für die Pfalz" für das Königreich Bayern ausgesprochen und Hogrefe zu den Kosten verurtheilt. (Zweibr. W.)

Preußen. Der Besuch des Fürsten Windischgrätz in Berlin hat, der „Allg. Ztg." zufolge, wirklich keinen politischen Zweck, sondern einen ganz andern Anlaß. Der zweitälteste Neffe des Fürsten ist nämlich seit einigen Jahren mit der Prinzessin Louise von Mecklenburg-Schwerin vermählt. Der König von Preußen aber, bekanntlich ein naher Verwandter der Prinzessin, sey gegen diese Heirath gewesen, und habe seit jener Zeit sich sehr kalt und zurückhaltend gegen die Familie Windischgrätz gezeigt. In neuester Zeit jedoch sey des Königs Herz weicher geworden; er habe unter der Hand dem alten Fürsten Windischgrätz zu verstehen geben lassen, daß ein Besuch von ihm in Berlin wohl aufgenommen werden würde. Dieser verstand den Wink und die Frühjahrs-Manöver bei Berlin gaben dem alten Militär einen geeigneten Vorwand, seinem Freunde, dem Grafen v. d. Gröben, seinen Besuch zu melden. Se. Majestät hat dieses Entgegenkommen sehr wohl bemerkt, den Fürsten durch den Minister von Manteuffel bewillkommen und zur kgl. Tafel bitten lassen, und beweist sich in jeder Hinsicht sehr gnädig gegen ihn.

Berlin, 22. Mai. Der Justizminister hat eine Statistik der preußischen Schwurgerichte aufstellen lassen, welche die interessantesten Aufschlüsse über die Kultur- und Sittlichkeitsverhältnisse der einzelnen Theile der preußischen Monarchie gewährt. Die Provinzen, nach der Größe der Einwohnerzahl geordnet, ergeben Folgendes: Provinz Schlesien, 3,143,119 Einwohner, mit 2035 Verbrechen; Provinz Preußen, 2,604,795 Einwohner, mit 1818 Veebrechen; Rheinprovinz excl. Ostrhein, 2,572,036 Einwohner, mit 742 Verbrechen; Provinz Brandenburg, 2,245,886 Einwohner, mit 1139 Verbrechen; Provinz Westphalen incl. Ostrhein, 1,904,345 Einwohner, mit 741 Verbrechen; Provinz Sachsen, 1,817,085 Einwohner, mit 753 Verbrechen; Provinz Posen, 1,381,745 Einwohner, mit 740 Verbrechen; Provinz Pommern, 1,254,710 Einwohner, mit 532 Verbrechen. Es kommt somit 1 Verbrechen auf: 1433 Einwohner in der Provinz Preußen; 1545 Einwohner in der Provinz Schlesien; 1867 Einwohner in der Provinz Posen; 1972 Einwohner in der Provinz Brandenburg; 2358 Einwohner in der Provinz Pommern; 2413 Einwohner in der Provinz Sachsen; 2570 Einwohner in der Provinz Westphalen; 3466 Einwohner in der Rheinprovinz. (D. A. Z.)

Nach Ausweis der vom Justizministerium aufgestellten preußischen Kriminalstatistik sind im Laufe eines ganzen Jahres im ganzen preußischen Staat nicht mehr als 19 Verbrechen in contumaciam entschieden worden. Um so erheblicher ist dagegen die Zahl der freiwilligen Schuldbekenntnisse. Das Gesetz bestimmt, daß, wenn ein Angeklagter in Bezug auf die ihm zur Last gelegte That sich schuldig bekennt, auch alle zum Thatbestande der strafbaren Handlung wesentliche Merkmale einräumt, der Gerichtshof ohne Zuziehung der Geschworenen zu entscheiden hat. Dies ist im Laufe des Jahres in 18-8 Fällen geschehen und es ist daher beinahe der sechste Theil der Gesammtzahl der Aussprüche der Schwurgerichte durch freiwillige Schuldbekenntnisse erledigt worden.

Hannover. Hannover, 22. Mai. In einer sämmtlichen Mitgliedern der Ständeversammlung zugegangenen gedruckten ministeriellen Mittheilung ist berichtigend der dritte Juni als der Tag des Wiederzusammentritts der Stände bezeichnet, während die amtliche Nachricht irrthümlich den 1. Juni (am Sonntag) als solchen benannte. (Z. f. Ndd.)

Sachsen-Koburg-Gotha. Gotha, 18. Mai. Die am 16 d. Mts. hier stattgehabte Feier des 50jährigen Bestehens der hiesigen Freimaurerloge war eine sehr glänzende, da von etwa 40 deutschen Logen 400 Deputirte zugegen waren. (Deutschland.)

§ Oesterreich. Wien, 21. Mai. (Privat-Korrespond.) Der neapolitanische Gesandte, Fürst Petrulla, hatte in den letzten Tagen mehrere Konferenzen mit dem Grafen Buol, und ist vorgestern von dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen worden. Wie man vernimmt, hat der Fürst dem Grafen Buol eine Abschrift jener Protestnote übergeben, welche das Kabinet von Neapel nach London und Paris gesendet, und in der die Anschuldigungen widerlegt werden, welche insbesondere von Seite der sardinischen Bevollmächtigten gegen die neapolitanische Regierung erhoben worden sind. — Die bischöflichen Konferenzen dauern noch immer regelmäßig fort, und dürften noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, da die bis jetzt zu Tage geförderten Resultate ziemlich unerheblich sind, und die Versammlung erst in dieser Woche begonnen hat, die wichtigsten und delikatesten Fragen zur Verhandlung zu bringen. Obenan steht hier die Frage wegen der Ehegesetzgebung, welche eben jetzt berathen wird, und rücksichtlich derer die Meinungen sehr getheilt sind, so daß ein einstimmiger Beschluß kaum zu erwarten steht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Regierung, um allen möglichen Konflikten vorzubeugen, sich direkt nach Rom wenden wird, um in dieser Beziehung eine Verständigung mit dem päpstlichen Stuhle zu Stande zu bringen, wodurch die Berathungen der Bischöfe jedenfalls wesentlich beschleunigt würden.

Italienische Blätter theilen den Text der kaiserl. Entschließung vom 8. Februar 1856 mit, welcher zufolge der General-Gouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs ermächtigt wird, sämmtliche Gesuche der politischen Flüchtlinge um Aufhebung des Sequesters und straffreie Rückkehr in Verhandlung zu nehmen. Wir entnehmen Folgendes: „Sollte der General-Gouverneur aus Sicherheits-Rücksichten die Berücksichtigung eines solchen Gesuches zur Rückkehr nicht geeignet halten, so wäre dasselbe wegen Aufhebung des Sequesters dem Ministerium des Innern zu überreichen. In gleicher Weise wird der Generalgouverneur ermächtigt, über die Gesuche wegen straffreier Rückkehr und Wiederverleihung des Bürgerrechtes zu entscheiden, die im Laufe dieses Jahres von jenen Flüchtlingen eingereicht werden, über welche der Sequester nicht verhängt worden ist. Auch solche Gesuche sollen berücksichtigt werden, welche bloß die Sequesteraufhebung betreffen, selbst wenn die Bewilligung zur straffreien Rückkehr für jetzt unzulässig wäre. Die Entscheidung über dieselben ist dem Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern und dem Chef der obersten Polizeibehörde zu überlassen. Auch darf der Sequester wegen des Todes eines Flüchtlings zu Gunsten der in den österreichischen Staaten und selbst der im Auslande lebenden Erben aufgehoben werden. Die sequestirten Güter derjenigen Flüchtlinge, welche ihre Gesuche binnen Jahresfrist nicht einreichen, sollen zwar nicht konfiszirt, wohl aber veräußert und die bisherigen Spesen vom Erlöse abgezogen werden. Die oben erwähnten Stellen hätten dann zu entscheiden, ob das Vermögen dem Flüchtling zugesandt oder bis zu seinem Tode für die Erben

aufbewahrt bleiben solle. — Die Paßbeschränkungen werden aufgehoben. Der Generalgouverneur ist ermächtigt, nach Ermessen an die Zurückgekehrten Pässe für's Ausland zu ertheilen. Die Bewilligung an die laut kaiserlicher Entschließung vom 29. Dez. 1850 als Ausgewanderte erklärten politischen Flüchtlinge zur Reise in die österreichischen Staaten hängt von dem Visum des Passes von Seite der österreichischen Gesandtschaften ab. Gegen solche, welche als Ausgewanderte anerkannt sind und ohne böse Absicht, wenn auch willkürlich, zurückkehren, soll keine Prozedur eingeleitet und höchstens nach Umständen bloß die Ausweisung verhängt werden; dagegen wird gegen Jene, die ohne irgend eine Bewilligung zurückkehren, der Prozeß eingeleitet. Ausgewiesene vom Militärstande sind in jeder Beziehung wie Ausgewiesene im Allgemeinen zu behandeln und nicht vor das Kriegsgericht zu laden; dagegen sind gegen Jene, welche für Deserteure erklärt sind, die Militärgesetze anzuwenden."

Dänemark.

* Wie schon kurz gemeldet, hat der Reichsrath der dänischen Monarchie vom Budget des Kriegsministerium 200,000 Thlr. gestrichen. Der Kriegsminister will den gegenwärtigen Stand des Heeres beibehalten, während der Reichsrath in Anbetracht der jetzigen friedlichen Verhältnisse das Kriegs-Budget auf den Armeeplan von 1842 herabgesetzt haben will. Der Kriegsminister v. Lüttichau hat sich, sagt man, diese Niederlage so sehr zu Herzen genommen, daß er vom Amt abtreten will.

Schweden und Norwegen.

In den Pfingstfeiertagen ist der dänische Kammerherr Berling in Stockholm eingetroffen. Er ist der Ueberbringer eines Porträts des Königs von Dänemark, welches für die vom König Oskar auf Drottningholm zu errichtende Gallerie, die Porträts der regierenden Zeitgenossen enthaltend, bestimmt ist. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 20. Mai. Die sardinische Anleihe, die natürlich in dem Budget erscheint, gab gestern Anlaß zu einer beiläufigen Debatte über Italien. Disraeli rügte einen Widerspruch zwischen dem Verhalten der englischen Regierung gegen Sardinien und dem Abschluß der Tripelallianz. „In den Pariser Protokollen, sagt er, finde ich Ausdrücke der Theilnahme mit dem leidenden Italien, welche in der That über die gewöhnliche Vorsicht diplomatischer Sprache hinausgehen. Anscheinend wird der Beherrscher Sardiniens auf jede Weise von der englischen Regierung ermuntert, die hohe Mission zu erfüllen, zu der seine Unterthanen ihn berufen glauben, die Befreiung Italiens. Ueber die Gesinnungen der sardinischen Regierung und die Politik der sardinischen Minister haben wir authentische Auskunft, und nach den Pariser Protokollen zu schließen, besteht zwischen der sardinischen Regierung und dem englischen Ministerium eine vollkommene Uebereinstimmung, ist nicht nur die Befreiung Italiens beschlossen, sondern werden schon Schritte dazu vorbereitet, soll England dabei helfen. Wie kann ich das vereinigen mit der unterirdischen Politik, die gleichzeitig die Tripelallianz zeichnet, den Vertrag vom 15. v. M., der weise seyn mag oder nicht, aber sich jedenfalls nicht mit der Vertreibung der Oesterreicher aus Italien verträgt. — Ich will nicht, daß England noch einmal die Rolle von 1848 spiele, mit den s. g. liberalen Ideen kokettire und den Despotismus Oesterreichs befestigen helfe. Ich verlange eine Erklärung über diesen Widerspruch in der Politik der Regierung."

Palmerston antwortete darauf in der Rolle des „comic old gentleman"; bevor er noch zur Sache gekommen, war er schon dreimal mit brausendem Gelächter seiner Bewunderer belohnt. Zur Sache gab er dieses von sich. „Es läßt sich nicht leugnen, daß Sardinien eine Mission zu vollziehen, eine Bestimmung (destiny, eine Yankeephrase) zu erfüllen hat, die große Mission, die hohe Bestimmung, allen andern Staaten Italiens ein glänzendes Beispiel liberaler Institutionen und konstitutioneller Regierung zu zeigen; und aufrichtig hoffe ich, daß es in dem edlen Unternehmen Erfolg haben wird, und daß der Tag nicht fern ist, wo alle italienischen Nationen (sic) den Beweis geben werden, daß sie fähig sind, sich selbst dergestalt zu regieren, daß sie die Aufrechterhaltung der Ordnung und Freiheit sichern und den Beifall Europa's gewinnen." Das ist, mit Verlaub zu melden, von Anfang bis zu Ende Unsinn. Ein Staat ist sich Selbstzweck; seine Mission ist, sich zu erhalten und zu vervollkommnen. Der künftige Geschichtsschreiber, der Jahrhunderte und Jahrtausende überblickt, mag von der geschichtlichen Mission eines Staates gegenüber seinen Nachbarn sprechen. Ein Staat, der nicht für sich, sondern für seine Nachbarn als Musterknabe leben will, hat die schönste Aussicht, zu Grunde zu gehen. Durch eine Volte verwandelt Palmerston die „Bestimmung" in ein „Unternehmen" und wünscht ihm Erfolg. Welchen Erfolg? Daß Sardinien vorleuchten werde? Das thut es ja schon seit acht Jahren. Nein, „daß der Tag nicht fern, wo alle italienische Nationen" — sich selbst regieren? Nein, „den Beweis geben werden, daß sie fähig sind, sich selbst zu regieren" Man würde sich aber sehr täuschen, wenn man diese schlechte Logik etwa für einen Beweis von Altersschwäche ansehen wollte. Sie wird mit Bewußtseyn getrieben und ist darum ein Beweis von großer Geistesfrische. In einem der Artikel, die Graf Aberdeen im Dezember 1853, erzürnt, daß Palmerston ihm sein Ministerium zerbrach, an die „Times" schickte, heißt es: „Lord Palmerston ist nicht das, wofür die erleuchteten Politiker von Finsbury und Marylebone ihn nach mancher seiner Aeußerungen halten. Niemand wägt seine Worte so behutsam wie er." Ein anderes schlagendes Beispiel davon hat er in den letzten Wochen gegeben, indem er vor einer Versammlung, die von der Geographie der betreffenden Gegenden nichts weiß; die Forts auf den tscherkessischen Küsten als eben solche Bestandtheile des russischen Reiches bezeichnete, wie Sinope und Trebisonde Bestandtheile des türkischen sind. Das ging ihm ohne Widerstand hin, und künftig wird er aus dem Schweigen Zustimmung, wird er daraus folgern, daß der Kaukasus von „Europa" als russisches Eigenthum anerkannt sey — der große Zweck, für den er seit zwanzig Jahren gearbeitet hat. So wußte er auch in dem, was er über Italien sagte, sein Auditorium, das engere, das ihn gestern hörte, und das weitere, das heute seine Rede liest, richtig zu tariren! Bravo! rief die Versammlung, die Einen, weil sie die Worte nicht verstehen, die Andern, weil sie verstehen und ihm für eine Formel danken, durch die England ausbündig liberal und sympathetisch seyn kann, ohne die geringste Verpflichtung zu übernehmen. Der geneigte Leser, der etwa im Sommer nach England reist, kann leicht die Probe machen. Rühre er die italienische Frage an, und es wäre mir ganz recht, wenn ich einen Sovereign erhielte für jedesmal, wo er die Antwort erhält: Sehen Sie, meine Ansicht ist die: Sardinien hat eine große Mission ꝛc. und ich hoffe, der Tag ist nicht fern u. s. w. (Nat.-Z.)

London, 21. Mai. Dem Admiral Sir Edmund Lyons ward vorgestern das Ehrenbürgerrecht der City von London verliehen. Das betreffende Diplom ward ihm in einer goldenen Tabatiere im Werthe von 100 Guineen überreicht. Nachdem die Feierlichkeit vorüber war, fand in Mansion House ein Frühstück zu Ehren des Admirals Statt. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 21. Mai. Sämmtliche Bürgermeister der Städte, die der Sitz von Präfekturen und Unter-Präfekturen sind, werden auf Staatskosten zur Tauffeier nach Paris kommen.

Paris, 21. Mai. Man beabsichtigt, das wird als gewiß mitgetheilt, in Algier Domainen für verdiente General-Offiziere der Armee zu gründen. Dieses Projekt ist vom Kaiser selbst ausgegangen.

Paris, 22 Mai. In den ersten Tagen des Juni wird ein Staatsschiff nach Civitavecchia abgehen, um den Kardinal, der den heiligen Vater bei der Tauf ceremonie vertreten und den kaiserl. Prinzen aus der Taufe heben wird, von dort abzuholen. Das Gerücht, daß sich ein Kardinal auch zur Krönung des Kaisers Alexander II. nach Moskau begeben werde, bedarf noch der Bestätigung.

* Paris, 22. Mai. Der „Moniteur" veröffentlicht heute einen fast zwei Seiten desselben füllenden Bericht des Justiz-Ministers, bezüglich der Criminal-Justiz in Frankreich im Jahre 1854. — Trotzdem dieser Bericht eine bereits entferntere Periode behandelt, ist er dennoch vom statistischen Standpunkte aus von Interesse. — Bezüglich der Vergehen weicht der Bericht von 1854 von dem des Jahres 1853 nicht wesentlich ab; hinsichtlich der Verbrechen und schwereren Vergehen ergibt er eine bedeutende Abnahme. Die Zahl der Anklagen war im Jahr 1854 5525; im Jahre 1853 5440 und im Jahre 1852 5310. — Die Vermehrung der Verbrechen ist namentlich bei qualifizirtem Diebstahl, Fälschung und Brandstiftung bemerkbar, während Mord, Tödtung, Vergiftung und Vatermord bedeutend abnahmen. Die Zunahme der Verbrechen und Vergehen gegen das Eigenthum schreibt der Minister in seinem Berichte dem Elende, der Theuerung der Lebensmittel zu. In der That waren die vor den Assisen verhandelten Fälle wegen Getraide- und Mehl-Diebstahl von 161 im Jahre 1851 1854 auf 502 gestiegen. Im Jahre 1854 wurden 5673 Individuen verurtheilt: Davon 79 zum Tode (gegen 39 im Jahre 1853 und 58 1852, und 45 1851).

* Man versichert, daß Prinz Napoleon sich nach der Rückkehr von seiner Expedition nach Wien begeben werde, um bei der österreich. Kaiserfamilie den Besuch zu erwidern, den

Erzherzog Maximilian in diesem Augenblicke am französischen Hofe abstattet.

* Unter der Inspiration der Kardinäle und der französischen hohen Prälaten wird — sagt man — in diesem Augenblicke eine Denkschrift ausgearbeitet, um dem Kaiser Vorstellungen über die Verwaltung der päpstlichen Staaten zu machen.

* Erzherzog Maximilian hat auf allen Punkten Frankreichs, die er berührte, zahlreiche Beweise seiner Großmuth hinterlassen und der Armen nirgends vergessen.

Italien.

Turin, 19. Mai. General Dabormida ist in besonderer Mission an den Kaiser Alexander heute nach Petersburg abgegangen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 12 Mai. Samstag, den 10. fand zu Buyuk-Tschekmedsche in Gegenwart des Kriegsministers Mehemed-Ruschdi-Pascha, Lord Redcliffe's und Omer Pascha's, eine Revue über die Kavallerie des englisch-türkischen Kontingents statt. Nach der Revue wurde dieses 2000 Mann starke Kontingent dem türk. Kriegsminister übergeben, um in die Reihen der otomanischen Armee zurückzukehren; die englischen Offiziere gehen in die Heimat ab (Wahrscheinlich wird diese Mannschaft in dem Kürassierregimente verwendet werden, dessen Formation die Pforte beabsichtigt, und für welches sie bereits taugliche Pferde von der französisch-englischen Krimarmee angekauft.) — Tahir Pascha ist am 8. mit 2500 M. nach Marasch abgegangen, um die Behörde, welche die Anstifter der bedauerlichen Vorfälle vom 12 April strenge bestrafen wird, zu unterstützen. — Am 9. gegen 1 Uhr Nachmittags brach im Südflügel der großen Kaserne von Daut-Pascha, welche den französischen Truppen zum Spital dient, Feuer aus. Der französische Gesandte und die Generäle Pariset und Bosquet begaben sich mit ihrem Stabe sogleich auf den Platz, wo der Seraskier-Pascha sich bereits befand. Die türkischen und Pari-Pompiers, Soldaten und Arbeiter wetteiferten in ihren Bemühungen dem Feuer Einhalt zu thun, aber im entscheidenden Augenblicke mangelte es an Wasser und nach 3stündigen fruchtlosen Anstrengungen hatten die Flammen das ganze Gebäude und einen großen Theil des Materials verzehrt. Alle Kranken wurden gerettet und in die nächstgelegenen Spitale gebracht.

Konstantinopel, 16. Mai. Der Kanzler der russischen Gesandtschaft ist hier eingetroffen; reguläre Truppen gehen nach Marasch, um die dort vorgefallenen Unordnungen zu unterdrücken. Kaiserliche Fermane empfehlen allen Statthaltern Wachsamkeit und Strenge. Das türkische Heer soll neu organisirt werden, und in Friedenszeiten aus 100,000 Mann bestehen, worunter 30,000 Christen; sämmtliche Gesandtschafter sollen zu ihrem Schutz National-Gendarmen erhalten, und in die Provinzen mobile Truppenkolonnen vertheilt werden. (T.D.d.A.Z.)

Volo, 5. Mai. Die Griechen haben heute die erste öffentliche Osterprozession abgehalten (was ihnen erst durch den Hat-Humayum gestattet wurde). (T.D.d.A.Z.)

Griechenland.

Athen, 17. Mai. Der mit der Türkei abgeschlossene, das Räuberwesen betreffende Vertrag ist von den Kammern angenommen, der mit Toskana vereinbarte Handelsvertrag denselben vorgelegt worden. (T.D.d.A.Z.)

Afrika.

Von den Tunesern, welche in einem Anfalle von africanischer Wuth einen Angriff auf ein französisches Spital machten, ist nach langwieriger Untersuchung ein Dutzend zum Tode verurtheilt, aber vom Sultan zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden. Die Tuneser mögen gegen die neuen Herren in Nordafrika noch so erbittert seyn, sie müssen sich in ihr Schicksal fügen. Die regulären Truppen, welche der Bey nach dem Kriegsschauplatze schickte, haben keine Lorbern heimgebracht, wie die ägyptischen, die sich in Silistria mit ewigem Ruhme bedeckten. Diese Regulären sind überhaupt das Verderben für den Bey. Die Einkünfte der Regentschaft betragen höchstens 8—9 Mill. Frs. Im Orient kostet die Verwaltung dem Staate *nicht* viel, der Bey könnte also in Fülle leben, wenn die regulären Truppen nicht der Schlund wären, der Geld und Geldeswerth in solcher Masse verschlingt, daß der Bey in ewiger Finanznoth liegt. In Friedenszeiten befindet sich ein Theil dieser Verschlinger auf Urlaub; in den letzten Jahren dagegen haben die Unkosten sich vervierfacht und die Einnahmen keineswegs vermehrt. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

In Rochlitz (Sachsen) starb am 18. Mai im Alter von 74 Jahren Karl Gottlieb Haubold. Als einfacher Zimmergeselle war er zu Anfang dieses Jahrhunderts nach Chemnitz gekommen und hatte da das Meisterrecht erworben. Aber bald richtete sich sein Sinn ganz auf die damals im Entstehen begriffenen Industriezweige der Spinnerei und des Maschinenbaues. Er stellte in seinem Hause einige Handspinnmaschinen auf, die er mit wenigen Arbeitern selbst gebaut hatte, und begann 1815, zuerst mit fünf Leuten den Bau der ersten Schlag-Maschinen; im Jahre 1822 errichtete er eine Baumwollspinnerei in einem erpachteten Saale des Gebäudes, in welchem überhaupt die erste sächsische Spinnmühle errichtet worden war, welche der Gründer Wöhler noch betrieb. Bald pachtete Haubold das ganze Grundstück mit Wasserkraft, und endlich entschloß er sich, dasselbe zu kaufen. Nun begann er immer kräftiger den Bau von Maschinen für Baumwollenspinnerei, zuerst mit 30 Arbeitern, deren Zahl bald auf 100 stieg. Um 1829 begann er auch den Bau von Maschinen zur Kammgarnspinnerei, deren in Pfaffendorf, bei Petrikowsky u. A. heute noch im Gange sind. Als er im Jahre 1836 sein ganzes Etablissement an die sächsische Maschinenbau-Compagnie abtrat, beschäftigte er 500 Arbeiter. Seit jener Zeit erblich der Glücksstern unsers Haubold; seine späteren Unternehmungen hatten keinen recht gedeihlichen Fortgang.

* **Paris**, 22. Mai. Die deutsche Musik hat in dem ungeheuren Beifall, welchen Mozart's „Schauspieldirektor" — ein bis jetzt in Frankreich unbekannt gewesenes Werk — hier findet, einen neuen Triumph gefeiert. Sowohl bei der vorgestrigen ersten, als der gestrigen zweiten Aufführung mußten nicht nur mehrere Gesangepiecen, sondern selbst die Ouverture wiederholt werden.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 24. Mai. Die Börse war heute in etwas flauer Stimmung, mit Ausnahme von Spanier beider Gattungen waren die Course etwas niedriger.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 820 bis 16—18. — Industrieaktien von der Gesellschaft St. Paul 625 bis 30. — Bayerische Ostbahn 107⅞—¾. — Elisabeth-Bahn 113¾. — Lombardische Bahnen 132. — Spanische Kreditaktien Emission Rothschild 848—40—42.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1307P. 1302G. Neue Bankaktien 430 P. 426 G. Credit-Actien à 5pCt. 241 P. 239 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1851 84½ P. 84¼ G. 5pCt. Lombard-Ven. 92 P. 91½ G. Metall. alte à 5pCt. 82½ P. 82¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89½ P. 89 G.; à 4½pCt. 73¼ P. 73 G.; à 4pCt. 65½ P. 65 G.; à 3pCt. 50 P. 49½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 129 P. 128 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106¼P. 105¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 311 P. 309 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 91½ P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 91⅝ P. 91⅛ G.; 4½pCt. 101 P. 100½G.; 5pCt. 101 P. 100½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155½ P. 155 G. Neustadt-Weissenb. 116½ P. 116 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118¼P. 117¾G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90¼P. 89¾G.; 4½pCt. — P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81⅝ P. 81⅛ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41 P. 40½ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63¾ P. 63¼ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112⅝P. 112⅜G.; à fl. 25 33⅞ P. 33⅝ G.; Darmstädter Bankaktien alte 335P. 331 G.; junge 330 P. 328 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 107½P. 107G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅞ P. 89⅜ G., Loose à fl. 25 31¾P. 31½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 122¼ P. 121⅝G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 82½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 562 P. 558 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41¾ P 41½ G.; 1pCt. neue 25¾ P. 25½ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅝P. 100⅜G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119½P. 119¼G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120⅛P. 120G.	Mail. u.V. Lr. 250k.S 101¼P 101G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Paris Frs. 200 k.S 94P. 93¾G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Lyon Frs. 200 k.S. 93⅞P. 93⅝G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 97P. 96¾G.	Wien fl. 100C. k.S. 117⅝P. 117⅜G.
Hamb. MB. 100 k.S 88⅞P. 88⅝G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅞P. 116⅞G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 105P. 104¾G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 23. Mai. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 93¾ G.; 4½pCt. 108½ G.; 5pCt. letzte Emission 102½ B.; 5pCt. dritte Emission 100½ B.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94½ B.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — B., 785 B

Wien, 23. Mai. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{1}{16}$; 5pCt. Metall. 84½; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 132; von 1854 108¼; Bankaktien 1119; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 388½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 605; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2903¾. Wechselkurse: Augsburg uso 102¼. London 10. 2½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 23. Mai. Man schreibt der „Nordd. Z." von hier: „Die Frage wegen Ermäßigung der Eisenzölle ist in ein neues Stadium getreten. Längst war eine Herabsetzung dieser Zölle als ein unabweisbares Bedürfniß, besonders der Landwirthschaft, anerkannt. Die Berücksichtigung desselben begegnete jedoch von Seiten einiger süddeutschen Staaten, welche ohne Rücksicht auf das Gesammtinteresse nur auf die Hebung ihrer eigenen Eisenindustrie bedacht waren, einem Widerstande, der auch auf der letzten Zollvereins-Konferenz nicht zu überwinden war. Nach dem auf der letzten Konferenz eingebrachten preußischen Antrage sollten bekanntlich die Zölle für Roheisen für geschmiedetes und gewalztes Eisen und für façonirtes Eisen in Stäben von den im Zollvereinstarife bestimmten Beträgen von resp. 10 Sgr., 1 Thlr. 15 Sgr. und 3 Thlr. pr. Ztr. auf 5 Ngr., 1 Thlr. und 2½ Thlr. herabgesetzt werden. Sicherem Vernehmen nach wird dieser Antrag von der preußischen Regierung bei der bevorstehenden Konferenz zu Eisenach unverändert wieder eingebracht und, so viel über die Intentionen der übrigen Zollvereinsstaaten verlautet, einstimmig angenommen werden." Die einstimmige Annahme der preußischen Anträge wird jedenfalls abzuwarten seyn.

Heidelberg, 22. Mai. In Betreff der Ausführung der Odenwälder Eisenbahn von Heidelberg nach Würzburg hatte der hiesige Gemeinderath und die hiesige Handelskammer die Freunde dieser Sache zu einer Besprechung und zur Wahl eines Komite zur Besorgung der weitern Verhandlungen auf das Rathhaus eingeladen. Die Versammlung fand gestern statt und war von Männern jeglichen Standes, Geschäftsleuten, Professoren ꝛc. zahlreich besucht. Als Mitglieder des Komite wurden gewählt die Herren: Dr. Bissing, Mittermaier (Ingenieur), v. Mohl, v. Vangerow, v. Weller, Wilhelmi (Stadtdirektor.) (Fr. J.)

Wien, 20. Mai. Der Fechter von Ravenna ist jetzt auch den Ungarn zugänglich gemacht; in ungarischer Bearbeitung ist er in Klausenburg (versteht man in Klausenburg nicht mehr deutsch?) über die Bühne gegangen. Auch ins Italienische ist er in der letzten Zeit übersetzt worden. (A. Z.)

Wien, 21. Mai. Erzherzog Albrecht ist gestern von Ofen hier eingetroffen, und geht übermorgen nach Aspern, um dort der Gedächtnißfeier für die in der Schlacht bei Aspern gefallenen Krieger beizuwohnen. (A. Z.)

Der Brüsseler „Nord" läßt sich aus Paris vom 20. Mai folgende seltsame Enthüllung mittheilen: „Neben den in Italien durchzusetzenden Reformen beschäftigten die Großmächte sich dem Vernehmen nach auch mit einigen am deutschen Bunde vorzunehmenden Veränderungen. Die Organisation desselben soll durch Mediatisirung einiger kleinen Staaten, die kaum einige Tausend Unterthanen zählen, vereinfacht werden. Dieser Plan soll dem Kaiser Napoleon sehr gefallen, da derselbe einen Gedanken seines Oheims verwirklichen würde. Während der Anwesenheit der ersten Bevollmächtigten auf dem Kongresse zu Paris kam bei den Unterhandlungen in den Tuilerien dieser Mediatisirungs-Plan zur Sprache. Auch bei der Anwesenheit des Königs von Württemberg in Paris war die Rede davon. Der Kaiser der Franzosen erhielte durch diese Veränderung im deutschen Bunde ein nützliches Mittel zur Verstärkung der Mittelstaaten Bayern, Sachsen, Württemberg und Hannover gegen das österreichische und preußische Uebergewicht. Was aus diesem Plane wird, kann ich nicht sagen; genug, es sind Verhandlungen über denselben angeknüpft, und die kleinen Staaten, welche nicht ohne Besorgnisse vor Mediatisirung sind, bieten jetzt Alles auf, um entweder aufrecht zu bleiben, oder doch bessere Bedingungen zu erlangen. Die Reise des Barons v. Seebach, des sächs. Gesandten zu Paris, nach Dresden soll mit dieser Angelegenheit in Verbindung stehen." (??)

Paris, 19. Mai. Man betrachtet hier den Plan einer Vermählung des Prinzen Napoleon mit der Tochter des Königs von Schweden Charlotte Eugenie als ausgemacht. Man behauptet jedoch, der Prinz verlasse sich durchaus nicht auf die diplomatischen Unterhandlungen, und wolle die Bekanntschaft der Prinzessin machen, bevor er seine Einwilligung gibt. — Der Kaiser scheint sich für das lang von ihm gehegte Projekt der Erbauung einer Stadt auf den Elyseeischen Feldern entschieden zu haben. Man wird langsam verfahren, hat jedoch beschlossen, daß die ganze linke Seite, die sich an der Seine hinzieht, veräußert und in sehr naher Zeit bebaut werden soll; Konzessionen sollen gewährt werden, welche eine Frist für die Errichtung der Häuser festsetzen. Der Staat würde den Tuilerien gegenüber und neben den Gebäuden der Marine zwei große Bauten aufführen lassen, die in der Architektur denjenigen nach dem Platze hin ähnlich sehen sollen. (A. Z.)

Paris, 23. Mai. Prinz Napoleon wird im Auftrag des Kaisers nach Italien gehen. — Es ist von einem Kreditinstitut zur Hebung der Interessen des Ackerbaues und der Industrie in Algerien die Rede. (B. B.-Z.)

Rom, 14. Mai. Einem Gerüchte zufolge, das unter unsern Staatsmännern umläuft, ständen im höheren politischen und kirchlichen Personal des Großherzogthums Toskana einige Aenderungen bevor, worauf die Reise des Großherzogs nach Rom und sein längerer Aufenthalt daselbst mehr Bezug haben soll, als es scheint. Es wird behauptet: das toskanische Ministerium werde nächstens gewisse Elemente zu Conflikten beseitigen, und das ganze Regierungssystem mit den Wünschen und Ansichten des päpstlichen Kabinets in Einklang bringen, um so ein neues Concordat auf Grundlage des mit Oesterreich abgeschlossenen anzubahnen. (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

☞ **Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."**
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 145.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 26. Mai 1856

Deutscher Bund.

Berlin, 23. Mai. Den bevorstehenden Verhandlungen der Zollvereins-Konferenz sieht man mit großer Spannung entgegen, da man nicht nur die Erneuerung der Tarifanträge, welche frühere Konferenzen unerledigt gelassen haben, sondern auch Anträge von größerer prinzipieller Bedeutung erwarten darf. Unter Anderem erfährt die „B. B.-Z.", daß von mehreren Seiten für eine die Fundamente des kaum erneuerten Zollvereins wesentlich alterirende Aenderung agitirt wird. (NB. so sagt das preußische Blatt.)

** **Bayern.** München, 24. Mai. (Privat-Koresp.) Sicherm Vernehmen nach hat Se. Maj. der König von Griechenland den Hofrath Dr. v. Schauß dahier zum griechischen Konsul an die Stelle des verstorbenen v. Vogel ernannt, welche Ernennung jetzt der allerhöchsten Genehmigung Se. Maj. des Königs unterliegt.

** München, den 24. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat in ihrer heutigen Sitzung den Gesetzentwurf „die gemischtgerichtlichen Untersuchungen betr." mit nicht wesentlicher Modifikation angenommen; da dieser Gesetzentwurf alsbald in der zweiten Kammer zur Berathung kömmt, so wird dann ausführlicher Bericht folgen. — Es gelangten dann noch die Militärrechnungen pro 1852/53 zur Erledigung. Die 2. Kammer hatte seiner Zeit denselben die Anerkennung ertheilt, „jedoch mit Ausnahme des Pensionsetat;" der Ausschuß der 1. Kammer schlägt vor, von dieser Ausnahme Umgang zu nehmen und die Anerkennung durchweg zu ertheilen; ferner dem Antrage der 2. Kammer, daß für die Zukunft der Pensionsetat genau eingehalten werde, mit der Modifikation zuzustimmen, daß statt „genau" gesetzt werde „in der Regel;" den weitern Anträgen in der 2. Kammer aber auf eine Minderung des Bedarfs erzielende Revision des Pensionsregulativs und auf alljährliche Erhebung des Mobiliar- und Immobiliar-Vermögens der Armee die Zustimmung zu versagen. Nach kurzer Debatte wurde den Anträgen des Ausschusses beigestimmt.

** München, 24. Mai. (Privat-Korrespondenz.) **74. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: die kgl. Staatsminister Graf Reigersberg und v. Zwehl.

Zur Berathung kommt der nach dem Antrage des Reichsraths Grafen Waldkirch von der 1. Kammer gefaßte Beschluß, „eine Abänderung des Gemeinde-Edikts betr." Dieser Beschluß lautet: „Es sey an Se. Maj. den König auf verfassungsmäßigem Wege die allerunterthänigste Bitte zu richten: Allerhöchstdieselben möchten geruhen, noch vor Revision des Gemeinde-Edikts durch den Landtagsabschied mit Gesetzeskraft zu bestimmen, daß das jetzt bestehende Mißverhältniß der verschiedenen Klassen der Besitzenden in den Gemeinden durch Abänderung des §. 38 des revidirten Gemeinde-Edikts in folgender Fassung gehoben werde: Bei der Abstimmung für die in §. 104 bezeichneten Zwecke werden behufs der Stimmenzählung die wirklichen Gemeindeglieder in drei Steuerklassen nach der von ihnen in der Gemeinde zu entrichtenden Haus-, Grund- und Gewerbsteuer eingetheilt. — In die erste Klasse kommen diejenigen, welche wenigstens ein Dritttheil jener Steuern entrichten, in die zweite Klasse diejenigen, welche die Hälfte des verbleibenden Steuerbetrages entrichten, und in die dritte Klasse die übrigen Gemeindeglieder (Abs. 4). — Niemand kann in zwei Klassen zugleich stimmberechtigt seyn. — In jeder Klasse entscheidet die einfache Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit die Stimme des Höchstbesteuerten der Klasse (Abs. 6). — Als Gemeindebeschluß gilt, wofür sich mindestens zwei Klassen entschieden haben."

Als Modifikation zu den Vorschlägen der Kammer der Reichsräthe hat Frhr. v. Closen einen weiteren Antrag gestellt, welcher dahin geht, Se. Maj. den König zu bitten, im Landtagsabschiede mit gesetzlicher Kraft auszusprechen: der Höchstbesteuerte jeder Ruralgemeinde hat das Recht, den Verhandlungen des Ausschusses mit Sitz und Stimme beizuwohnen. Demselben steht frei, sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen oder zeitlich seinem Rechte zu entsagen, in welchem Falle der zunächst Höchstbesteuerte seine Stelle im Ausschusse einnimmt. Er hat innerhalb 14 Tagen das Recht, bei den vorgesetzten Behörden die Aufhebung eines Ausschußbeschlusses nachzusuchen, mit aufschiebender Wirkung, wenn keine Gefahr auf Verzug ist. Dasselbe Recht steht ihm zu gegen Beschlüsse der Gemeinde selbst. In den Fällen, wo der Ausschuß nicht zu beschließen, sondern nur Erinnerung oder Gutachten abzugeben hat, ist seine Abstimmung, soferne sie von der Abstimmung des Ausschusses abweicht, eigens anzuführen, auch steht ihm gegen die Beschlüsse der Distriktspolizeibehörden über Ansässigmachung und Verehelichung das Recht der Berufung zu.

Referent Abg. Förg und der Ausschuß sind mit dem Prinzipe des Antrags des Grafen Waldkirch einverstanden, nicht aber mit der Art der Ausführung; sie beantragen nun folgende Aenderungen; der Absatz 4 habe zu lauten: „In die 1. Klasse kommt das hochbesteuerte Viertheil der Gemeindeglieder, und in die 2. Klasse das höchstbesteuerte zweite Viertheil und in die 3. Klasse die übrigen Gemeindeglieder; 2) im Absatz 6 seyen statt der Schlußworte „der Klasse" folgende Worte zu setzen: „von den in der Klasse anwesenden Gemeindegliedern;" 3) dem Antrage Closens sey keine Folge zu geben." — Bei der Debatte hierüber sprachen sich sehr entschieden gegen den Antrag aus: Die Abgg. Stadler, Dr. Völk, Borst, Dr. Kirchgessner und Dr. Barth. Sie bestritten, daß allgemeine Klagen über den bisherigen Abstimmungsmodus in den Landgemeinden herrschen, und daß die Nothwendigkeit bestehe, hier eine so tief eingreifende Abänderung des Gesetzes zu treffen. Es wurde ferner von ihnen behauptet, daß die Abänderung nur Haß und Zwietracht in die Gemeinden bringen würde, und daß sie den adeligen Großbegüterten, denen ein neues Vorrecht dadurch geschaffen werden sollte, selbst keinen Nutzen brächte, denn es würde ihnen an ihrem persönlichen Einfluß in den Gemeinden schaden und die andern Klassen gegen sie stimmen. Kurz es wurden alle Gründe gegen das Dreiklassen-System in der erschöpfendsten Weise erörtert und dargelegt.

Die Abgg. Nar und v. Rotenhan waren zwar mit dem Antrage im Prinzipe einverstanden, hielten aber die vorgeschlagenen Mittel nicht für zweckentsprechend, und glaubten, daß man so wichtige Fragen erst bei der Revision des ganzen Gemeinde-Edikts erledigen dürfte.

Die Ausschußanträge vertheidigte außer dem Referenten nur Fürst Wallerstein, wenn man nämlich die Klagen der Großbegüterten heben wolle; wolle man aber das nicht, dann könne man dem Antrage freilich nicht beistimmen

Am Schluß der Debatte schloß sich der kgl. Staatsminister des Innern dem Antrage an, überließ aber der Kammer, ob sie der Fassung der 1. Kammer oder jener des Ausschusses beistimmen wolle, und erklärte, daß er es schon beklagen müßte, wenn sich die Kammer auch gegen das Prinzip des Antrags aussprechen würde.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Ausschusses mit allen gegen 5 Stimmen (Wallerstein, Ruland, Förg, Chelius und Lang), dann der Antrag der 1. Kammer mit Einstimmigkeit verworfen — eine Verurtheilung des Dreiklassen-Systems — wie sie meines Wissens noch nirgends vorkam.

Aus München, 20. Mai, wird dem D. Volksblatte geschrieben, daß das k. Ministerium in der mehrerwähnten Angelegenheit, bezüglich der Ankündigungen und Aufforderungen zu Beiträgen für öffentliche, resp. kirchliche Zwecke durch die Presse in der Rheinpfalz eine Entscheidung gegeben hat,

welcher zufolge solche Ankündigungen und Aufforderungen nach wie vor in der Pfalz vorgenommen werden können; nur hat sich die Staatsregierung das Recht vorbehalten, einzelne solcher Sammlungen je nach ihrem Zwecke zu verbieten, immer aber erst, wenn sie bereits begonnen, und soll, wird trotz dem Verbote mit der Sammlung fortgefahren, resp. durch die Presse dazu aufgefordert, auch dann erst gegen Den, welchem das Verbot speziell eröffnet worden, gerichtliche Einschreitung provozirt werden. (Diese Entscheidung würde nicht ganz mit den allgemeinen Normen über Kollekten harmoniren, wonach überhaupt keine solche ohne k. Genehmigung vorgenommen werden darf; es müßten denn für die Pfalz eigene Vorschriften bestehen, die uns nicht bekannt sind. Die Red.)

§ **Oesterreich.** Wien, 23. Mai. (Privat-Korrespond.) Die Frage, ob der Papst nach Paris reisen wird, um die Taufe des kaiserlichen Prinzen vorzunehmen, ist noch nicht definitiv erledigt, in den hiesigen diplomatischen Kreisen versichert man jedoch, daß in letzterer Zeit diese Reise sehr wahrscheinlich geworden sey, da, wie man in Erfahrung gebracht hat, der österreich. Hof die Einladung des Kaisers Napoleon auf das wärmste unterstützt. — Die Verhandlungen der hier versammelten Bischöfe nehmen einen nur sehr langsamen Fortgang und die Angabe, daß dieselben längstens binnen vierzehn Tagen beendet seyn werden, dürfte sich kaum bestätigen. — Der Kaiser hat vor Kurzem eine Vermehrung der ersten Arcieren-Leibgarde genehmigt; dieselbe wird schon in nächster Zeit vorgenommen werden; ebenso erwartet man in Kurzem die allerhöchste Verordnung, durch welche die Wiedererrichtung der ungarischen und italienischen Garde dekretirt wird. — Die Hypothekenbank wird dem Vernehmen nach ihr Darlehen ausschließlich in Pfandbriefen effektuiren. — Der Verwaltungsrath der Theißbahngesellschaft geht damit um, die Pesther ungarische Kommerzialbank zur Uebernahme der hierortigen Akonto-Zahlungen auf die bezüglichen Aktien zu ermächtigen. — Die Konzession für die Kaiser-Franz-Josephs-Ostbahn ist noch nicht erfolgt (wie es irrig hieß), aber allerdings in Bälde zu erwarten.

Wien, 24. Mai. Die „Oesterr. Korresp." stellt wiederholt in Abrede, daß bei Preußen eine Garantie des österreichischen Länderbesitzes nachgesucht worden sey, weist Sardiniens „angemaßte" Mission zurück, vertheidigt die österreichische Politik und befürwortet zweckmäßige Reformen als Widerstand gegen anarchische Umtriebe. (T. D. d. N. K.)

Großbritannien.

Der „D. Allg. Ztg." wird aus Harburg in Hannover eine, wie es heißt, durchaus verbürgte Mittheilung eines dortigen Einwohners gemeldet, welcher ganz kürzlich nach England gereist war, um seinen in Liverpool wohnhaften Onkel zu besuchen, dort Seelenverkäufern in die Hände fiel und nur mit genauer Noth der Exportirung nach einer anglo-amerikanischen Kolonie entrann. „Als ich in Liverpool angekommen war, erzählt derselbe, ließ ich mich per Droschke nach der Wohnung meines Onkels fahren, den ich aber nicht antraf; ich wurde von dem Mitbewohner des Hauses, einem Kaufmann, benachrichtigt, daß er auf sein Landgut verreist sey. Da der Kaufmann den Namen des Gutes nicht wußte, so blieb mir nichts übrig, als in einem Gasthause einzukehren. Die Wirthin desselben, welche etwas Deutsch sprach, adressirte mich nach dem Bahnhof an einen Mann, von welchem ich, wie sie sagte, unbedingt genauere Auskunft erlangen würde. Aber mein Gang dorthin war vergeblich, denn der Mann kannte den Namen des Gutes ebenso wenig wie ich. Wie bereute ich jetzt, meinen Besuch nicht vorher schriftlich angemeldet zu haben; ich wollte dem Bruder meines Vaters eine unerwartete Freude machen und bereitete mir nun eine schreckliche Verlegenheit, die leider noch größer werden sollte. Ein auf dem Perron des Bahnhofs auf- und abspazirender Herr hatte die Adresse meines Onkels in meiner Hand gesehen, trat an mich heran und gab sich für einen intimen Freund des Gesuchten aus. Er lud mich ein, in seine Wohnung zu kommen, von wo er sofort meine Ankunft melden würde. Dort angekommen, wurde auch sogleich ein Brief abgesendet. Darauf eröffnete mir der angebliche Freund meines Onkels, daß Letzterer gegenwärtig wohl 50 Meilen von Liverpool entfernt wohne, und daß, ehe die Rückantwort eintreffen könne, immer drei bis vier Tage verfließen würden. Auf meine Bemerkung, daß dieser Umstand mich in Verlegenheit setze, weil ich ein Paar Goldstücke für die Rückreise abgerechnet, nur wenig bei Kasse sey, gab er mir eine halbe Krone, äußernd, daß er dieselbe dem Onkel gelegentlich wieder in Rechnung bringen würde. Ich nahm darauf das Geld an und begab mich arglos nach dem Logirhause, welches er mir für die Zeit meines Aufenthaltes anempfahl. Dort wurde der unterwegs in mir aufgestiegene Verdacht, daß ich vielleicht einem Betrüger in die Hände gefallen, zur schrecklichen Gewißheit, denn ich wurde bei meinem Eintritt von 18 Mann, fast lauter Deutschen, freundlich als „Kamerad" und „Auswanderer" begrüßt, war, wie man mir mittheilte für eine englische Kolonie in Amerika angeworben. Meine Angst vermehrte sich noch, als ich von dem Hausknecht, einem Deutschen, dem ich meine Lage geschildert, erfuhr, daß mich Niemand retten könne; die halbe Krone, welche mir der Betrüger gegeben, sey das Anwerbehandgeld gewesen, vor dessen Annahme ich mich hätte hüten müssen. Als ich mit den Gerichten drohte, wurde mir erwidert, diese könnten in solchen Fällen nichts ausrichten, durch Annahme des Geldes hätte ich mich nach englischen Gesetzen unwiderruflich verkauft und würde, wenn der Betrüger nicht freiwillig auf meine Person verzichtete, nach zwei Tagen expedirt werden. Am andern Morgen erhielt ich auf mein dringendes Ansuchen die Erlaubniß, zu dem angeblichen Freunde meines Onkels gehen zu dürfen; ich traf seine Tochter allein im Hause, zahlte ihr mit dem Bemerken, daß ich ein Goldstück gewechselt, die halbe Krone zurück, begab mich sodann zu dem oben erwähnten Kaufmann und erzählte ihm mein Abenteuer. Er rieth mir als einziges Rettungsmittel schleunigste Flucht an. Ich ging in das Emigrantenhaus zurück, stellte mich beruhigt und ließ mir Speise und Trank reichen. Am Nachmittage suchte ich einen Ausweg aus der Stadt. Da ich die Thore vermeiden wollte, so war dies nicht leicht. Ich fand jedoch einen Weg über einen Fabrikhof, durchwatete einige Gräben und gelangte so ins Freie. Am Bahnhofe wollte ich mir ein Billet nach Hull lösen; es wurde mir aber mit dem Bemerken verweigert, daß ich nach einigen Tagen, wenn das Schiff nach der Kolonie abgegangen sey, wiederkommen möchte. Es war bereits Abend geworden und ich entschloß mich jetzt, querfeldein zu gehen. Nachdem ich wohl eine gute Stunde herumgegangen war, setzte ich mich nieder, um etwas zu essen und sodann bei Einbruch der Nacht auf der Eisenbahn hinunter zu laufen. Nicht lange währte es, als sechs mit Laternen versehene Männer sich mir näherten, die ich als Polizeidiener erkannte. Schnell sprang ich auf und verbarg mich in einem mit niederm Röhricht bestandenem Sumpfe. Die Diener der Gerechtigkeit streiften bis zum hereinbrechenden Morgen in der Gegend umher, ohne meiner gewahr zu werden. Als sie endlich davongingen, suchte ich, von Nässe und Kälte gefoltert, das Weite, immer, so viel dies thunlich, neben der Bahn hinlaufend. Gegen Mittag erblickte ich unfern derselben ein kleines Häuschen, ging hinein und fragte, wann der Zug nach Hull vorüberkäme und welches für ihn der nächste Stationsort sey. Die Frau des Hauses verstand ein wenig Deutsch und wies mich nach einem Tick, wo ich ein Billet zum Zuge lösen könnte. Auf dem Wege nach jenem Tick traf ich drei Matrosen, welche Deutsch miteinander sprachen, und denen erzählte ich mein Mißgeschick; sofort wechselte einer der braven Seeleute mit mir Hut und Rock, ein anderer löste im Tick Karten und in der nächsten Stunde waren wir auf dem Wege nach Hull, von wo aus das erstabgehende Dampfschiff mich nach Harburg zurückbrachte." Wir veröffentlichen diese Mittheilung im Interesse aller Derjenigen, die nach England reisen und etwa der englischen Sprache und Gesetze nicht kundig seyn möchten, um sie zu warnen vor den Gaunern und Spitzbuben, welche die Häfen und Bahnhöfe jenes Landes umschwärmen und unerfahrene Fremde ins Elend zu bringen suchen!

Spanien.

Madrid, 21. Mai. Die Gelder zur Bezahlung der Halbjahr-Zinsen der Staatsschuld stehen in London und Paris schon bereit. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 25. Mai. (Effekten-Sozietät) 5pCt. Met. 81¾; 4½pCt. Met. 72¼; Wiener Bankaktien 1300; 5pCt. Lomb. 91¼; Wiener Wechsel l. S. 116⅞; 3pCt. inl. span. 41¼; 1 pCt. neue 25⅞; Darmstädter Bankaktien 385¼. Oesterr. Kredit-Aktien 237. Bayerische Ostbahn 107¼—⅜—7—7¼. Elisabethen-Bahn 112¾. Luxemburger internationale Kreditbank 558.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 146.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 27. Mai 1856

Deutscher Bund.

Dresden, 23. Mai. Seit dem Montag der Trinitatiswoche ist die Konferenz der Abgeordneten der evangelisch-lutherischen Kirchenregimente von Sachsen, Bayern, Hannover, Württemberg und den beiden Mecklenburg zum dritten Mal dahier versammelt, um ihre Arbeiten fortzusetzen. Sie beschäftigt sich mit den Fragen über die Konfirmation, über Beichte und Absolution, über Einrichtung und Einweihung der Kirchen, über liturgische Heranbildung der Geistlichen und Gemeinden, und über die Grundzüge der Gottesdienstordnung, deren weitere Ausführung einer spätern Berathung vorbehalten bleiben soll. (A 3)

Bayern. Zur Ergänzung unseres gestrigen Berichts über die Berathung der Abgeordneten-Kammer bezüglich des vom Reichsrath Grafen Waldkirch ausgegangenen Antrags auf theilweise Aenderung des Gemeinde-Edikts tragen wir einen Auszug aus der Rede des Abg. Völk nach, welcher sich entschieden gegen den Antrag aussprach. Derselbe, sagt er, sey so tief eingreifend in unsere sozialen Verhältnisse, daß er das Mark derselben zerstören würde. Man habe der Kammer zum öftern zugerufen, sie solle nicht durch Abänderungen einiger Paragraphen so wichtige Beschlüsse fassen, da sich die Folgen nicht übersehen ließen; sie solle lieber warten, bis die ganze Materie zur Berathung vorliege. Die 2. Kammer selbst habe schon Anträge bezüglich des Gemeinde-Edikts beschlossen, die aber anderen Ortes noch nicht zur Berathung gelangten. Man habe der Kammer früher zugerufen, sie solle nicht durch einzelne Abänderungen in das Gemeinde-Edikt eingreifen; jetzt aber schlage man die Einführung von drei Kurien vor, weil hiezu das dringendste Bedürfniß vorhanden seyn soll, indem durch die dermalige Abstimmungsweise eine Bedrückung der Großbegüterten von den Kleinbegüterten geschehe. Allein es sey dieses dringende Bedürfniß keineswegs nachgewiesen und es bestehe keine solche Nothwendigkeit, daß man in dieser Beziehung nicht etwaige Vorlagen der Regierung abwarten könnte. Wenn ein Bedürfniß so allgemein sey, so widerhalle es in dieser Kammer, wie z. B. eben jetzt bezüglich des Bedürfnisses an Streu in der Oberpfalz, allein bezüglich des Stimmrechts in den Gemeinden sey auch nicht von Einem Großbegüterten eine Klage an die Kammer gelangt. Daraus aber gehe hervor, daß das angebliche Bedürfniß kein so dringendes seyn könne. Die Intentionen des Antrags des Grafen Waldkirch seyen nicht zu verkennen, es schienen gutsherrliche Reminiscenzen vorzuliegen und dabei scheine man besonders an Jene gedacht zu haben, die früher zwar nicht Mitglieder der Gemeinden, aber deren Polizeiherren waren. Sey das richtig, dann hätte die Fassung des Antrags aber noch einen Schritt weiter gehen sollen und nicht bloß von den den *in* den Gemeinden, sondern *zu* den Gemeinden zu zahlenden Steuern sprechen sollen. Wenn die Klasse der großen Grundbesitzer größeren Einfluß in den Gemeinden wolle, so könnte er doch nur nach den in den Gemeinden zu zahlenden Steuern berechnet werden, davon stehe aber nichts im Antrage. Die Standesherren seyen bekanntlich steuerfrei. Der Redner geht nun auf die Frage ein, worin die Klagen bestehen und ob ihnen nicht auf andere Weise, als durch den Antrag aufzuhelfen wäre, und erörterte dann die Bestimmungen des Art. 104*) des Gemeinde-Edikts, wobei er der Ansicht ist, daß es hauptsächlich die Gemeindeumlagen sind, die man bei dem Antrage im Sinne habe. Dabei aber scheine es, als ob die Kleinbegüterten nur die Umlagen dekretirten und die Großbegüterten sie dann aber zahlen dürften; es müsse aber bei solchen Umlagen das strikte Bedürfniß nachgewiesen werden, da sonst die Genehmigung der Behörden nicht dazu erfolge. Er wisse aber auch aus Erfahrung, daß die Kleinbegüterten nicht so schnell mit ihrer Zustimmung seyen, ja daß man sie oft zwingen müsse, zu zahlen. Wer in den Gemeinden mehr habe, solle auch mehr bezahlen, er habe auch den größeren Grundbesitz und da sey es nicht ungerecht, daß er auch mehr zahle. Handle es sich nach Art. 104 um Gemeindeschulden zu machen, so könnte dies auch nicht ohne Genehmigung der Kuratel geschehen und es bestehe in den Gemeinden auch gar keine Sehnsucht nach Schulden. Auch die Aufnahme neuer Ansiedler gehe nicht so leicht, denn die Kleinbegüterten machten so gerne von ihrem Veto Gebrauch wie die andern, auch hiezu bedürfe es wieder der Genehmigung der Behörden. Es bestehe mithin keine Nothwendigkeit, so wichtige Gesetze so obenhin abzuändern. Der Antrag wolle für die größern Grundbesitzer einen größern Einfluß in den Gemeinden schaffen; wenn dieselben aber hauptsächlich die 1. Klasse bildeten, so würden dann die 2. und 3. Klasse um so mehr zusammenhalten, weil sie dem großen Gutsbesitzer gegenüber stünden. Diese besäßen sohin dann ein Privilegium, das sie in der Gemeinde verhaßt machte, ohne daß es ihnen etwas nütze. Unsere jetzigen Verhältnisse duldeten keine Gutsherrlichkeit mehr über die Gemeinden, die großen Grundbesitzer würden gut thun, mit den Gemeinden zu gehen, sie würden dann mehr Vertrauen genießen. In vielen Gemeinden seyen auch große Gutsbesitzer in die Kammer gewählt worden, nicht weil sie große Steuern zahlen, sondern weil sie das größte Vertrauen und Ansehen genießen; nicht *weil* sie privilegirt waren, sondern *trotzdem* seyen sie von den Kleinbegüterten in die Kammer gesendet worden. Wo zum großen Grundbesitz der rechte Mann sich fände, da werde er immer Vertrauen genießen, wo er sich aber zu hoch dünke, um auf seine Mitbürger herabzuschauen, da werde er nie Vertrauen genießen Es liege also selbst nicht im Interesse des großen Grundbesitzes, daß für die großen Gutsherrn ein neues Privilegium geschaffen werde. Der Antrag würde die großen Grundbesitzer aus der Gemeinde hinaussetzen, statt daß man bemüht seyn sollte, aristokratische Elemente in die Gemeinde hineinzuziehen. Die Modifikation, welche der Ausschuß vorschlage, ändere nicht viel an dem Antrage; die großen Grundbesitzer könnten selbst in der 1. Kurie überstimmt werden, in den beiden andern aber würden sie die Majorität gar nicht erlangen, denn den andern Betheiligten würde dann erst der Werth des Stimmrechts klar werden, weil sie Privilegirten gegenüber stünden. Die Urversammlungen der Gemeinden seyen die eigentlichen deutschen Gemeinden, in welcher jeder eine Stimme hatte, und es wäre nicht gut, jetzt hievon abzugehen. Es sey dies Verhältniß die Grundlage des Gemeindelebens, denn der Gemeindebürger fühle sich mehr gehoben, wenn er eine Stimme abgeben dürfe; nehme man ihm dies, so zerstöre man das ganze Gemeindeleben. Der Redner führte dann als Exempel an, daß wenn eine Gemeinde aus 48 Mitgliedern bestehe, dann die 1. und 2. Kurie je 12 Mitglieder zählen würde; da könnte es sich fügen, daß je 6 sich gegenüber stünden und die sechs, mit welchen die großen Grundbesitzer stimmen, den Ausschlag geben, so daß dann, weil die 3. Kurie 24 Mitglieder zähle, die Entscheidung durch 12 Stimmen erfolge, die 36 Stimmen gegen sich hätten. Geschehe dies nur einmal, so würde man niemehr eine Gemeindeversammlung zu Stande bringen, denn die 36 würden sagen, was sollen wir dort thun, wenn die 12 die Majorität bilden. Jeder Sinn für Gemeinde-Interessen würde hiedurch verloren gehen. Die Gemeinde sey keine Aktiengesellschaft, bei welcher es sich nur darum handle, über Gewinn oder Verlust abzustimmen; die Gemeinde müßte von einem höheren

---

*) Da die Gemeinde durch ihre besonderen Bevollmächtigten bei dem Gemeindeausschusse vertreten wird, so ist sie nur 1) über Erwerbungen, Vertheilungen oder Veräußerungen von Gemeinderealitäten und nutzbaren Rechten, 2) bei Regulirung a) neuer Gemeindedienste, b) der Gemeindeumlagen, 3) bei Aufnahme eines Passivkapitals für die Gemeinde, 4) bei der Aufnahme neuer Ansiedler zur Abgabe ihrer Erklärung durch den Gemeindevorsteher zu versammeln, welche dem an die vorgesetzte Behörde zu erstattenden Berichte über die erwähnte Gegenstände beizufügen ist.

Standpunkte aus aufgefaßt werden, als eine Vereinigung zur gegenseitigen Unterstützung ꝛc. Es gebe auch viele Gemeinden, in welchen ein anderer Geist herrsche, und es gebe auch viele Großbegüterte, die gerne etwas mehr zahlen, als daß sie in Unfrieden mit den Gemeinden lebten.

Fürst Wallerstein, der im Ausschuß für den Antrag gestimmt hatte, suchte hierauf darzulegen, daß die erwähnten Klagen nicht neu seyen, sondern seit 1819 bestünden und daß Reichsrath Graf Waldkirch sich ein Verdienst erworben habe, den Gegenstand anzuregen. Es frage sich nur, ob es zweckmäßig sey, die bestehenden Klagen fortdauern zu lassen oder ob ihnen Abhülfe werden soll und wenn man beides bejahe, ob jetzt abgeholfen werden soll. Wolle man dies, so gebe es kein anderes Mittel, als jenes, welches der Ausschuß vorschlage. Daß der von Dr. Völk angeregte Beschluß der Kammer (in Betreff der Gemeinderäthe in der Pfalz) in der andern Kammer, wie es scheine, gar nicht zur Berathung komme, ermuntere freilich nicht. Sey man mit dem Prinzipe des Antrags einverstanden, und wolle man in dieser Sache etwas thun, so könne man es nicht anders, als nach dem, was der Ausschuß vorschlage; wolle man diese Vorschläge nicht, so erkläre man, daß man das Ganze nicht wolle.

Abg. Frhr. v. Rotenhan endlich war der Ansicht, daß die beregten Klagen nicht so allgemein seyen; denn da, wo das alte Besitzverhältniß sich in der Neuzeit nicht geändert habe, bestehe kein Bedürfniß zur Abänderung des Gesetzes, anders aber sey das allerdings da, wo eine Zersplitterung des Grundbesitzes eingetreten sey. Es gebe indessen noch viele Gegenden, wo das alte Besitzverhältniß aufrecht erhalten blieb. Je mehr sich dies indessen ändere, je mehr werde man das Bedürfniß fühlen, das Gesetz zu ändern. Wo der gute alte faktische Zustand sich ändere, da würden auch die Nachtheile des jetzigen Gesetzes eintreten. Eine gute Gesetzgebung müsse aber die Folgen in's Auge fassen. Die Folgen aber würden seyn, daß, wie in den Staaten, wo das demokratische Element überwiegend an Kraft gewinne, zuletzt der Despotismus eintrete, ein ähnliches Verhältniß in den Gemeinden eintreten würde. Seit 1848 habe sich viel am Grundbesitze geändert, und deßhalb müßte auch das Bedürfniß einer legislativen Aenderung anerkannt werden. Die 1. Kammer habe sich deßhalb auch ein Verdienst erworben, den Gegenstand zur Sprache gebracht zu haben und es könne sich nur fragen, ob der Vorschlag die gewünschte Abhülfe bringen werde. In dieser Beziehung müsse er, der Redner, sich aber dahin aussprechen, daß er mit dem Vorschlage nicht einverstanden sey, daß er erhebliche Bedenken trage, demselben beizustimmen. Die Gefahr, diese wichtige Angelegenheit durch ein fragmentarisches Gesetz zu ändern, erscheine sehr groß, wie das schon von andern Rednern hervorgehoben worden sey. Der Antrag würde den persönlichen Einfluß des großen Gutsbesitzers vernichten und es würde das Resultat der Abstimmungen von der Zufälligkeit abhängen, ob in der zweiten Klasse sich eine Stimme mehr zur ersten oder zur dritten Klasse hinneige. Eine Abhülfe könne nur durch eine durchgreifende Revision des Gemeinde-Edikts erfolgen und er hege die Hoffnung, daß die Staatsregierung bei der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes die Revision mit allem Eifer und Sorgfalt in's Auge fasse, und er hoffe auch, daß die Regierung bei der von ihren Organen bereits zugesagten Revision den rechten Weg in dieser tief eingreifenden Sache finden werde.

Preußen. Aus dem pommerschen Greifenberg berichtet die „Pommersche Zeitung" vom 17. Mai: „Als im vorigen Jahre die von der hiesigen Judenschaft neuerbaute Synagoge eingeweiht und dem gottesdienstlichen Gebrauch übergeben werden sollte, waren auch die Spitzen der hiesigen Behörden eingeladen worden, an der Feier theilzunehmen. Dieselben folgten der Einladung und schlossen sich der Prozession an, welche nach mosaischem Ritus aus der alten Synagoge in die neue sich bewegte. Die Folge war, daß jene christlichen Behörden am nächsten Sonntag von der Kanzel herab durch den Prediger Zöller scharf zurechtgewiesen wurden. Diese Zurechtweisung fiel indessen so scharf aus, daß die Betroffenen gegen den Prediger einen Injurienprozeß anhängig machten. Die Verhandlung desselben vor dem zuständigen Gericht ward freilich durch die Intervention des königlichen Konsistorium vorläufig inhibirt, neuerdings aber auf Entscheidung von Berlin her wieder aufgenommen, und ist der richterliche Spruch nunmehr dahin erfolgt, daß der Verklagte wegen Beleidigung der Behörden zu 50 Thlrn. Geldbuße, event. vier Wochen Gefängniß verurtheilt ist."

Eine gewisse Frau Pollack in Königsberg hat den Oelberg bei Jerusalem käuflich an sich gebracht und zum Begräbnißort für die deutsch-polnische Judengemeinde in Jerusalem bestimmt, von deren Krankenhause sie längst schon Obervorsteherin ist. Der angekaufte Platz beträgt 1500 Quadratfuß, und ist die darüber ausgefertigte Urkunde in alt-arabischem Kanzleistyl, sowie in neu-hebräischer Sprache abgefaßt, von den europäischen Konsuln beglaubigt. (Köln. Z.)

Sachsen-Meiningen. Meiningen, 21. Mai. Unser Landtag war gestern in großer Aufregung. Es galt der Berathung eines Gesetzentwurfs über Ausführung des Bundesbeschlusses, die „Verhinderung des Mißbrauchs der Presse" betreffend. Um Ihnen ein ganz parteiloses Zeugniß über jene Sitzung zu liefern, lasse ich unsere ministerielle Tagespresse selbst reden: „Kaum war der Ausschußbericht verlesen, so entbrannte die Diskussion zu einer Heftigkeit, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Wir glaubten unsern Ohren nicht trauen zu dürfen ꝛc." „Zum Glück wurde noch eine gegenseitige Verständigung herbeigeführt, und wir wollen es noch in Erwägung ziehen, ob wir nicht in dieser Angelegenheit das Gold des Schweigens dem Silber des Redens vorziehen" Sie sehen hieraus zur Genüge, wie wenig erbaut unsere offiziellen Kreise durch die beregte Diskussion seyn mögen. (N. Z.)

Oesterreich. Wien, 22. Mai. Der k. k. Feldmarschall-Lieutenant Fürst Franz Liechtenstein hat sich gestern im Auftrage Sr Majestät nach Warschau begeben, um den Kaiser von Rußland, der heute daselbst erwartet wird, im Namen unseres Monarchen zu begrüßen. (A. Z.)

Großbritannien.

Das 3. Jägerkorps der englischen Fremdenlegion, in welchem neulich die mehrerwähnte Meuterei vorkam, gehört nicht der deutschen Legion an, sondern ist der Rest der in Canada angeworbenen Truppe, und besteht lediglich aus Deutschamerikanern, die denn auch allerlei seltsame Dinge aus dem Lande der Freiheit mitgebracht hatten. So hatten sie z. B. sich ihre Offiziere theils selbst gewählt, theils hatten sich ihnen diejenigen Individuen, die beim Werben die beste Industrie gezeigt hatten, als Chargen oktroyirt. Wer 100 Mann gebracht, war Hauptmann, eine Lieferung von 50 erwirkte das Lieutenantspatent u. s. w. bis herab zum Corporal. Auf englischem Boden wurde freilich dieser Mustereinrichtung ein rasches Ende gemacht, indem das ganze Korps als solches aufgelöst, wieder frisch angeworben und mit Offizieren, die ihre Patente vom Wardepartement erhielten, besetzt wurde

Die Revenuen der ostindischen Präsidentschaften betragen nach einem dem Parlamente vorgelegten Ausweise von 1853/54 26,375,191 L. Die Gesammtzahlungen, die aus diesem Einkommen bestritten wurden, beliefen sich auf 6,670,117 L. und ließen in den verschiedenen Regierungskassen einen Nettobetrag von 19,705,080 L. zurück.

Das von Konstantinopel aus in Umlauf gekommene Gerücht, Lord Stratford Redcliffe werde einen Urlaub nehmen und diesem wahrscheinlich sein definitiver Rücktritt von dem Botschafterposten bei der Pforte folgen, entbehrt, gutem Vernehmen nach einer, jeden Begründung. (Wir sagten das gleich Anfangs.)

In Malta ist die Ruhe wieder hergestellt. Das Linienschiff „Himalaya" wartete dort am 13. noch auf Befehl der englischen Regierung in Bezug auf die Einschiffung der italienischen Legion. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 21. Mai. Die Ereignisse, die sich in Italien vorbereiten, falls dieselben in der Tripelallianz nicht den von Oesterreich gehofften Blitzableiter gefunden haben, schrecken die Spekulation, die ganz im Friedensjubel aufgeht, keineswegs ab. Hat doch das offiziöse Journal der Regierung, der „Constitutionnel", sogar dem Papste als Panacee gegen Intervention und Demagogie die Gründung von Credit mobiliers und ähnlichen industriellen Unternehmungen empfohlen. Was Wunder also, wenn die Regierung auch daheim diese Mittel gern genommen. Die Credits mobiliers sind Mode geworden, wie das Tischrücken, wie die Potichinomanie. Wir sehen hier der Gründung einer neuen Credit-mobilier-Gesellschaft entgegen. Diesmal handelt es sich nicht um eine anonyme, sondern um eine Kommanditengesellschaft, und die Gründer derselben beeilen sich, sie ins Leben zu rufen, ehe das Gesetz, welches auch für Kommanditengesellschaften die Bewilligung der Regierung erheischt, angenommen werde. An der Spitze dieser Unternehmung, die auf ein Kapital von 120 Millionen sich stützen will, steht Herr Calley St. Paul, der Schwiegervater Oberst Fleury's, des Adjutanten des Kaisers. Es handelt sich darum, den Herren Pereire, dem Diskontokomptoir und auch der Bank von Frankreich Konkurrenz zu machen, und bei der Beliebtheit, deren sich die Mobilier-credit-Gesellschaften jetzt erfreuen, glaube ich mich nicht zu täuschen, wenn ich eine schnelle Abnahme der Aktien dieser

neuen Gesellschaft prophezeihe. Fünfundzwanzig Millionen sind schon vorhanden, und bei Unterzeichnungen dieser Art kann gesagt werden, was Heine vom Spaziergange des hauptlosen heiligen Dionys sagte: „Bei solchen Dingen kommt es nur auf den ersten Schritt an." Wir werden also hier in Loco eine Konkurrenz des Credit mobilier haben, die Konkurrenz der individuellen Kapitalisten ist verschwunden, um der Konkurrenz der coalisirten Kapitalisten Platz zu machen. (H. N.)

Paris, 23. Mai. Es ist die Rede von einem neuen Anlehen, welches aber diesmal nicht durch die Betheiligung der Nation, sondern durch das Haus Rothschild in Verbindung mit andern Bankhäusern aufgebracht werden soll. Es scheint, daß die Regierung in den Nationalanlehen, welche in Kriegszeiten allerdings große Vorzüge haben mögen, doch ein finanzielles Haar gefunden hat. (Fr. Pstz.)

Paris, 23. Mai. Von verschiedenen Seiten wurde das — von englischen Journalen aufgegriffene — böswillige Gerücht verbreitet, der kaiserliche Prinz sey blind. Es ist dieses völlig ungegründete Gerede nur ein Beweis mehr, daß der politischen Leidenschaft nichts heilig ist. — Personen, die im Fall sind, den Prinzen oft zu sehen, versichern im Gegentheil, daß er sehr wohl sehe. (Fr. Pstz.)

Aus Paris, 23. Mai schreibt man der „K. Z.": „Der Hof ist mit Belgien noch lange nicht versöhnt, und der hiesige belgische Gesandte steht sich systematisch von allen Festen des Kaisers ausgeschlossen."

Paris, 24. Mai. Bei dem vorgestrigen Ballfest in St. Cloud trug der Erzherzog Ferdinand Maximilian den Groß-Cordon der Ehrenlegion, den ihm der Kaiser eben verliehen hat. (T.D.d.K.Z.)

* Paris, 24. Mai. Die Arbeiten im Stadthaus (für die Tauffeierlichkeiten) werden mit nicht geringerer Thätigkeit betrieben, als jene in der Kathedrale. Auf dem Platze Lobau werden hinter dem Stadthaus hölzerne Gallerien aufgeschlagen, um dahin sogleich nach dem Bankette alles Tafelgeräth und dergl. bringen und die Fest-Gallerie, in welcher das Mahl stattbaben wird, in wenigen Augenblicken räumen zu können. Auf dem Platze der Vorder-Façade werden Dekorationen die rechts und links von der Avenue Viktoria beabsichtigten Bauten darstellen. Diese provisorischen Konstruktionen werden, reich beleuchtet, von den Sälen des Stadthauses aus gesehen, einen herrlichen Anblick gewähren. Auf dem Concorde-Platz und in den Champs Elysees beschäftigt man sich eben damit, die Gas-Leitungen zu einer großartigen Beleuchtung zu legen. In den Gemächern des Stadthauses werden mehr als 20 Fontainen wohlriechendes Wasser sprudeln.

* Zu Lyon wurde eine Subskription zum Besten der Soldaten der aus der Krim zurückgekehrten Division Failly eröffnet.

Spanien.

† Der „Epoca" zufolge ist die Anerkennung der Königin Isabella durch Rußland sicher und wird demnächst erfolgen. Dieses glückliche Resultat — fügt die „Epoca" bei — verdankt man großentheils der Intervention Napoleons III. und dem klugen Benehmen der HH. Olozaga und Ayllon, der Repräsentanten Spaniens in Paris und Wien.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Wien, 20. Mai. Die internationale Kommission, welche mit der Organisation der Donaufürstenthümer betraut ist, besteht aus folgenden Kommissären: Baron Koller für Oesterreich, Baron Talleyrand-Perigord für Frankreich, M'Alison für England. Ein preußischer Kommissär ist noch nicht bezeichnet. Rußland schickt den kaiserl. Rath Basily und die Türkei Soffet Effendi. Die Kommission soll ihre Arbeiten Mitte Juni beginnen. Man theilt folgende Punkte als Grundlage der Arbeiten dieser Kommission mit. Die zwei Fürstenthümer behalten ihre gegenwärtige politische Theilung und werden nicht in einen einzigen Staat vereinigt, wie es der Wunsch einer großen Zahl Bojaren war, welche in der Vereinigung der beiden Fürstenthümer das einzige Mittel sehen, sich nach und nach vom Protektorat der Pforte zu befreien. Die Form der Regierung, welche bis jetzt laut den zwischen Rußland und der Pforte bestandenen Traktaten auf Wahl basirt war, wird abgeändert und Wählbarkeit der Hospodare nicht mehr stattfinden. Die Kommission hat ferner die Mission, sich mit der Organisation einer starken inländischen militärischen Kraft zu beschäftigen, welche geeignet ist, fremde Truppen entbehrlich zu machen, und die Durchführung der von der Kommission beschlossenen Reformen zu sichern. — Die Spannung zwischen dem Wiener und Turiner Hofe wird immer größer, und hier ist sogar davon die Rede, die diplomatischen Beziehungen mit Piemont abzubrechen, und eine Aenderung des Ministerium in Turin zu verlangen.

Konstantinopel, 12. Mai. Der Orient wird noch langer Zeit bedürfen, ehe er in ein ruhiges, sicheres Geleise gelangt. Am raschesten entwickelt sich die Börsenfrage, und die Cours-Verhältnisse sind beinahe schon wieder an dem Normalzustande vor dem Kriege angelangt. Der Unterschied bei dem türkischen unverzinslichen Papiergeld (Kaimes) von Silbergeld ist nur noch 2¼ pCt., während er zu Anfang dieses Jahres nahe an 40 pCt. betrug. Nicht so rasch gehts mit den übrigen Verhältnissen. Die Preise der Wohnungen, die Gage der Diener, der Lohn der Arbeiter jeder Art ist noch immer das Zwei-, Drei- und Vierfache von früher. Die Lieferanten des englischen Armeekorps von Skutari, das größtentheils schon abgereist ist, verkaufen ihre massenhaften Vorräthe von Bier, Ale, Weinen, Branntwein, Essig, Reiß, Zucker, Milch, Conserven, Fleisch-Extrakten, Maccaronen, Cacao, Lichtern, Seife 2c., der Konsul Kalwert Tausende von Pferdegeschirren aller Art; ferner entäußert man sich der Pferde der Armee, wovon die türkische Regierung sehr viele für schwere Kavallerie, namentlich für Cuirassiere, angekauft hat. Schon sind die Schinken zu unerhört billigen Preisen zu haben; dasselbe gilt von allem Pöckelfleisch, weil es bei der Sommerhitze dem Verderben am meisten ausgesetzt ist und Jeder froh ist, am raschesten seinen Vorrath los zu seyn. — Die französische Regierung läßt das russische Gesandtschafts-Palais, das während des Kriegs in ein französisches Lazareth umgewandelt worden war, auf ihre Kosten sehr splendid wieder herstellen. (K. Z.)

Nach Syrien und Albanien sind von Konstantinopel bereits mehrere Dampfer mit Truppen abgegangen. Die Pforte entwickelt eine um so energischere Haltung, weil die einzelnen Unruhen von Böswilligen fortwährend in's Ungeheure übertrieben werden und durch diese Gerüchte die Aufregung in anderen Gegenden den Bevölkerungen förmlich eingeimpft wird.

Amerika.

New-York, 10. Mai. Es ist hier ein Meeting gehalten worden, welches den Zweck hat, Sympathien für das Unternehmen Walkers kund zu geben. Es herrschte in dieser Versammlung eine große Begeisterung. — Der Kapitän des amerikanischen Dampfers „Orizaba" hat sich auf dem Ministerium des Auswärtigen zu Washington darüber beschwert, daß die englische Fregatte „Eurydice" zu Greytown allen seinen Passagieren die Landung verwehrt habe. — Das Kongreß-Mitglied für Kalifornien, Herr Herbert, hat am 8. d. Mts. in einem Hotel zu Washington einen Kellner erschossen. An demselben Tage erhielt der Redakteur des Blattes „Star" von einem gewissen Major Heiss, früherem Redakteur der „Union", den er beleidigt hatte, eine Tracht Prügel. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Die Berliner „Gerichts-Zeitung" schreibt: „Wenn es begründet ist, was uns gerüchtweise zu Ohren gekommen ist, so hat das „Mikroskop", welches erst vor Kurzem den letzten und gewissen Beweis für die Unechtheit des Palimpsestes des Simonides gab, der hiesigen Kriminalpolizei jetzt zur Entdeckung des Orts eines begangenen Verbrechens, und in weiterer Folge zur Habhaftwerdung des Thäters gedient. Auf einer Eisenbahn — es wird uns die Niederschlesisch-Märkische genannt — war eine mit Silber gefüllte Kiste ihres Inhalts beraubt und anstatt dessen mit Sand gefüllt worden. Im Laufe der dieserhalb angestellten Recherchen kam die hiesige Kriminalpolizei auf die Idee, von jeder Station jener Eisenbahn Sandproben einzufordern und sie mit dem in der beraubten Kiste befindlichen Sand mikroskopisch vergleichen zu lassen. So neu dieses Unternehmen war, ein eben so glückliches Resultat wurde dadurch herbeigeführt. Es wurde die Identität einer der eingeschickten Proben mit dem in Rede stehenden Sande festgestellt; man kam dadurch dem Orte, wo die Beraubung jener Kiste erfolgt war, auf die Spur, und es führten weitere Verdachtsgründe schließlich auch die Entdeckung des Thäters herbei."

Wien, 21. Mai. Frau Ida Pfeiffer, diese rastlose „Reisendin", welche am nächsten Oktober ihren neunundfünfzigsten Geburtstag feiert, ist heute von hier abgereist, begibt sich vorerst nach München, Berlin und Paris, und will sich dann entweder nach der Insel Madagascar einschiffen, oder wenn die, freilich fast verschollene, französische Expedition sie daran verhindern sollte, auf einem englischen Steamer nach Ostindien gehen, um die noch am wenigsten erforschten Punkte des indischen Archipels zu besuchen. Sie verläßt mit viel Ehre und Auszeichnung, aber mit sehr geringen Mitteln die Heimat; doch sie besitzt das Geheimniß mit kleinster Baarschaft Reisen von ungeheurer Ausdehnung zu machen. (A. Z.)

Sylvester Konko, Büchsenmacher des k. k. österreichischen 10. Ulanen-Regiments Graf Clam-Gallas, hat eine neue Art

Karabiner erfunden, mit welchen man in 8 bis 10 Minuten 50 bis 60 Schüsse abzufeuern vermag. Die Kugeln, rund zugespitztes Eisen, mit weichem Metall umwunden, durchbohrten bei einem Versuche bei Mediasch fünf ziemlich starke Holzscheiben, die in einer Entfernung von einem halben Schritt hintereinander aufgestellt waren, auf einer Distanz von 50 bis 60 Schritten der Art, daß sie sich nach etwa 130 Schritten hinter der letzten Scheibe in die Erde eingruben.

Handels- und Börsen-Berichte.

Cours von Steinkohlen-Aktien.

Leipzig, 24. Mai.

Aktien der Steinkohlenbau-Vereine:		Cours incl. Einzahl.		Einzahlung.
Zwickauer (Vereinsglück)		320	310	46
Erzgebirgischen	im Ausb.-Betrieb	258	—	100
Bürgergewerkschaft zu Zwickau. (Scheffelschein)	im Ausb.-Betrieb	900	950	64
Nieder-Planitz und Vorder-Neudörfel. (Himmelsfürst)	im Ausb.-Betrieb	—	148	30
Oberhohndorf-Forst	im Ausb.-Betrieb	—	50	40
Oberhohndorf-Schader	im Bau	25	—	20
Zwickau-Lugau (Neue Fundgrube)	im Bau	—	14	15
Lugau-Nieder-Würschnitzer	im Bau	100	—	100
Nieder Würschnitz-Kirchberger	im Bohrversuche	—	27	30
Zwickau-Oberhohndorfer	im Bohrversuche	10	—	4
Wildenfels mit Härtensdorfer	im Bohrversuche	—	8	7
Pölbitzer	im Bohrversuche	—	10	10
Weissenborner	im Bohrversuche	—	2¾	3
Bockwaer	im Bohrversuche	—	3	1
Zwickau-Schönauer	im Bohrversuche	—	3½	1½
Zwickau-Vielauer	im Bohrversuche	—	—	2
Zwickau-Reinsdorfer	im Bohrversuche	—	5	3
Zwickau-Oberreinsdorf. I. Complex.	im Bohrversuche	—	2½	2
do. do. II. Complex.	im Bohrversuche	—	2½	2
Oberhohndorf-Vielauer	im Bohrversuche	2¾	-	1
Zwickau-Brückenberger	im Bohrversuche	—	7	1½
Planitzer	im Bohrversuche	—	2	2
Zwickau Leipzig	im Bohrversuche	—	3	2
Ortmannsdorfer	im Bohrversuche	—	1½	2
Steegenschacht bei Nieder-Würchnitz	im Bohrversuche	—	4	4

Einzahlungen: Am 26.—29. Mai. Erlbach-Leipzig 2te à 5 Thlr.

Frankfurt, 24. Mai. Die Börse war ohne wesentliche Veränderung, der Hauptumsatz bestand in Darmstädter Bankaktien beider Gattungen, die in starken Posten umgesetzt wurden. Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 798 bis 93—95. — Industrieaktien von der Gesellschaft St. Paul 625 bis 30. — Spanische Kreditaktien, Emission Rothschild, 748 bis 55. — Bayerische Ostbahn 107—107⅜—107¼. — Elisabeth-Bahn 111⅞—½.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1306P. 1301G. Neue Bankaktien 426 P. 422 G. Credit-Actien à 5pCt 235½ P. 236½G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 8?⅛ P. 8?⅞ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 92 P. 91½ G. Metall. alte à 5pCt. 82¼ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89½ P. 89 G.; à 4½pCt. 72¾ P. 72½ G.; à 4pCt. 65½ P. 65 G.; à 3pCt. 50 P. 49½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 — —P. — —G. à fl. 250 von 1839 129 P. 128 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105¼P. 104¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einzahl. 312 P. 310 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¼ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94⅝ P. 94⅛ G.; 4½pCt. 101 P. 100½G.; 5pCt. 101 P. 100½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155¾ P. 155¼G. Neustadt-Weissenb. 116½ P. 116 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118⅛P. 117⅝G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90¼P. 89¾G.; 4½pCt. — P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81½ P. 81 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41 P. 40½ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63½ P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112⅝P. 112⅜G.; à fl. 25 33⅞ P. 33⅝ G.; Darmstädter Bankaktien alte 390½ P. 387⅛ G.; junge 334 P. 332 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 107⅝P. 107⅛G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅝ P. 89⅛ G., Loose à fl. 25 31¾P. 31½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 122 P. 121⅛ G.; Taunus-Aktien 318 P. 316 G.; Hannauer Eisenb.-Aktien — P. 82½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 555 P. 550 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41½ P 41¼ G.; 1pCt. neue 25½ P. 25¾ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¼P. 100G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119½P. 119¼G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼P. 120G	Mail. i. S Lr. 250 k. S 101¼P 101G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S 94P. 93¾ .
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞P. 93⅝G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 97 P. 96¾G.	Wien fl. 100C. k S. 117⅝P. 117⅜G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅞P 88⅝G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛P. 116⅞G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105P. 104¾G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Kopenhagen, 22. Mai. Die hiesige Nationalbank hat seit dem 20. d. M. den Diskonto für fremde Wechsel auf 5 Prozent erhöht. (H. N.)

Stettin, 19. Mai. Die Witterung bleibt regnigt bei kühler Luft. — Getraide. Im Geschäft war es wenig lebhaft. Für Waizen ist noch immer wenig Frage. Die englischen Märkte bleiben ziemlich ruhig, während sich auf den französischen lebhafte Kauflust zeigt, die theilweise in England befriedigt werden muß. Unsere Zufuhr bestand in letzter Woche wasserwärts und pr. Bahn aus ca. 750 Wspl. Für Roggen hielt der starke Bedarf die Preise der Lokowaare fortwährend aufrecht. Nicht allein unsere Provinz, sondern auch Preußen und vielleicht auch die südlichen Provinzen scheinen bis zur nächsten Aernte noch starker Zufuhren zu bedürfen. In einigen Wochen beim Eintreffen der russischen Abladungen, welche jetzt noch unmöglich annähernd zu schätzen sind, wird sich wahrscheinlich der Bedarf und die zu erwartende Zufuhr um so eher übersehen lassen, als dann der Einfluß, welchen bis jetzt das Frühjahrsgeschäft in Berlin darauf ausübte, vorüber ist. Unsere Vorräthe bleiben im Abnehmen. Heute sind einige Ladungen von Schweden in Swinemünde angekommen. Roggen loko heute fest, 73 Thlr. pr. 82 Pfd. bezahlt, pr. Mai—Juni 67 Thlr. G., pr. Juni—Juli 64 Thlr. Br., 63 Thlr. G., pr. Juli bis August 60 Thlr. Br., pr. Septbr.—Oktbr. 55 Thlr. Br., 54 Thlr. G.

London, 16. Mai. In Rohzucker war das Geschäft diese Woche zu steigenden Preisen sehr umfangreich, indem hier über 5438 Tons in den Konsum übergingen. Der hiesige Vorrath beträgt jetzt 49,776 Tons gegen 42,373 Tons zur selben Zeit 1855. Die letzten Berichte aus Brasilien und Bahia melden sehr feste Preise in Folge des bedeutenden Aernteausfalles. Berichte von Mauritius, 27. März, melden dagegen, daß Zucker 3 a 5 sh. gewichen war.

Kaffee still aber fest, Domingo schwimmend mit 49 sh. 6 d., ord. bis gut ord. Rio 40 sh. 6 d. a 44 sh bezahlt.

Von Reis waren Zufuhren sehr stark und die Stimmung deßhalb flau.

Gewürze matt. Rum fest. Salpeter weichend, da man starke Zufuhren erwartet. Soda nitrat auf 19 sh. gehalten. Engl. Terpentinöl 31 sh. ohne, Amerikan. 33 sh. mit Faß pr. Ztr.

Tabak zu höheren Preisen gesucht.

Neueste Nachrichten.

München, 24. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Unsere kk. Majestäten werden mit der gesammten Hofhaltung übermorgen von hier nach Nymphenburg übersiedeln und dort bis zur Abreise nach Brückenau verweilen; die Abreise dahin ist vorläufig auf den 15. Juni festgesetzt und dürfte zunächst von dem Schlusse des Landtags abhängen, der vor dem 15. Juni kaum noch möglich seyn dürfte. — Das hundertjährige Geburtsfest des höchstseligen Königs Max Joseph wird übermorgen von der k. Familie durch große Tafel bei König Ludwig und von den Mitgliedern der 2. Kammer, die den Tag feiern wollen, an welchem vor 100 Jahren der Geber unsrer Verfassung geboren wurde, durch ein Festdiner im bayerischen Hofe gefeiert.

Paris, 24. Mai. Die französische Regierung hat, wie man versichert, das „Journal des Debats" angekauft. (Köln. Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 147. | Vorausbezahlung: halbjährig hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährig für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 28. Mai 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 24. Mai. Die Kammer der Reichsräthe hatte heute ihre 25. öffentliche Sitzung, in welcher bekannt gegeben wurde, daß die hiesigen Bierwirthe durch den Gewerbsteuertarif, wie er neulich von der Kammer der Abgeordneten festgesetzt worden ist, sich beschwert fühlen und deßhalb eine Vorstellung an dieses hohe Haus gerichtet haben. Eine Eingabe der fränkischen Bergwerksbesitzer in Betreff der Entschädigungsansprüche, die denselben durch das Gesetz über Abgaben von den Bergwerken entzogen werden sollen, hat sich der 1. Präsident Frhr. v. Stauffenberg angeeignet.

Der 3. Ausschuß der 2. Kammer ist der Ansicht, daß der Bau der Lichtenfels-Koburger Bahn mehr im Interesse der Werrabahn Gesellschaft liege, als in dem der bayer. Regierung, daß daher Letztere keine Ursache habe, für das Zustandekommen des Unternehmens Opfer zu bringen, um so weniger, als in neuester Zeit eine Aktien-Gesellschaft sich gebildet hat, welche gesonnen ist, sechs Meilen von Eisenach bei der Station Bebra, von derselben thüringen'schen Bahn ausgehend, in welche auch die Werra-Bahn mündet, eine Eisenbahn über Hersfeld, Fulda, Bischofsheim, Münnerstadt (mit einer Zweigbahn auf Kissingen) nach Schweinfurt an die bayerische Bahn zu bauen, und dabei weder eine Zinsgarantie noch sonstige Unterstützung vom Staat verlange. Es wird daher nach diesen Erwägungen vorgeschlagen, das Unternehmen der Werrabahngesellschaft zu überlassen.

Zweibrücken, 23. Mai. (Assisenverhandlungen.) In der heutigen Sitzung kam der zweite vor die gegenwärtige Assisensession verwiesene Preßprozeß und zwar wegen Nichterscheinens des Beschuldigten ebenfalls ohne Zuziehung von Geschwornen zur Verhandlung. Im Laufe des Sommers vorigen Jahrs erschien im Verlage der „akademischen Anstalt für Kunst und Literatur" in Heidelberg, deren Vorstand der heutige Beschuldigte, der 35jährige Buchhändler Karl Groß daselbst ist, eine anonyme Flugschrift unter dem Titel: „Ein Streiflicht auf die rheinpfälzischen Landtagswahlen 1855, von D. J. D.", welche vielfach auch in der Pfalz verbreitet wurde. Wegen dieser Druckschrift wurde eine Untersuchung eingeleitet, die sich, da der Verleger Groß den Namen des Verfassers derselben anzugeben ablehnte, gegen diesen selbst richtete. Derselbe erschien, wie angegeben, in der heutigen Sitzung nicht persönlich und wurde, nachdem die Akten verlesen waren und die kgl. Staatsbehörde ihren Strafantrag gestellt und näher begründet hatte, wegen Verbreitung der angegebenen inkriminirten Schrift: „Ein Streiflicht auf die rheinpfälzischen Landtagswahlen 1855, von D. J. D.", in welcher, wie das Urtheil sagt, die k. Kreisregierung und die Beamten der kgl. Staatsbehörde durch Schmähung, Beschimpfung, herabwürdigenden Spott und durch Beimessung verächtlicher Handlungen und Gesinnungen beleidigt, der kgl. Regierungspräsident der Pfalz bezüglich seiner Amtshandlungen geschmäht und solcher Handlungen bezüchtigt war, die, ihre Wahrheit vorausgesetzt, ihn der Verachtung und dem Haß seiner Mitbürger preisgeben würden, endlich wissentlich falsche, zur Beunruhigung der Staatseinwohner, zur Störung des öffentlichen Vertrauens und zur Erregung von Gehässigkeiten geeignete Nachrichten oder Gerüchte ausgestreut waren,) in contumaciam zu einer Gefängnißstrafe von 4 Monaten, einer Geldstrafe von 100 fl. und zu den Kosten verurtheilt. Auch wurde die Unterdrückung der inkriminirten Druckschrift, so weit sie nicht in Privatbesitz übergegangen ist, verordnet. (Zw. W.)

Preußen. Berlin, 21. Mai. Sofort nach der Ankunft in Königsberg schrieb der König an den greisen Staatsminister v. Schön, einst die rechte Hand des Frhrn. v. Stein, und kündigte ihm seinen Besuch auf dem Landsitz Arnau an; aber Hr. v. Schön hatte sich schon vor Eintreffen dieses Schreibens zur Begrüßung eingestellt, und hatte sofort eine längere Audienz. (A. Z.)

Baden. Karlsruhe, 23. Mai. Staatsrath v. Wechmar ist aus seinem Urlaub zurückgekommen, doch verkündet die anhaltende Heiserkeit seiner Stimme, daß er noch immer nicht hergestellt ist. Der Regent hat ihm darum einen dreimonatlichen Urlaub zur Erholung bewilligt.

Thüringen. Aus Thüringen, 23. Mai. Gestern fand im Meininger Landtag die Hauptverhandlung über die Judenfrage statt. Das Ergebniß war ein die Rechte der Juden erweiterndes Votum der Landesvertretung, indem man die von der Regierung proponirte Freizügigkeit adoptirte, aber auch die staatsbürgerlichen Rechte, welche letztere noch beanstandete, im wesentlichen einzuräumen beschloß. (A. Z.)

Freie Städte. Hamburg, 24. Mai. Die Redaktion der „Hamb. Nachrichten" hat nochmals einen Versuch gemacht, sich der von ihr geforderten Mittheilung zu erwehren. Gegen das polizeiliche Erkenntniß, welches den angebotenen Eid verwarf und eine erhöhte Geldstrafe auferlegte, wurde abermals Rekurs an die Oberalten ergriffen; trotz der gemachten Anzeige der Interposition dieses Rechtsmittels erfolgte aber eine neue Zitation auf den folgenden Tag. Die Oberalten nun haben das Gesuch nicht nur vollständig abgeschlagen, sondern auch abgelehnt, die Exekutions-Maßregeln bis zur verfassungsmäßigen Erledigung des Rekurses zu inhibiren. Es erfolgten darauf weitere Pfändungen zur Beitreibung der verwirkten Strafgelder und eine neue Zitation auf gestern. Vorher ist aber der Vermittler der betreffenden Korrespondenz auf das Bureau der Polizei gegangen und hat sich genannt. Bei dem erfolgten Verhör hat die Redaktion die Wahrheit dieser Angaben bestätigt. Hiermit dürfte also das Verfahren gegen die Redaktion wohl beendigt seyn. (Köln. Z.)

§ Oesterreich. Wien, 24. Mai.*) (Privat-Korresp.) In jüngster Zeit hat sich abermals eine zwar auf einen engeren Kreis beschränkte, aber darum nicht minder wichtige und hoffnungsreiche Aktiengesellschaft konstituirt, nämlich die Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks- und Eisenbahngesellschaft in Oberösterreich, nachdem die hierzu erforderliche Anzahl Aktien durch Subskription gedeckt war. Diese Unternehmung kann man unter den andern darum bemerkenswerth nennen, weil sie, nachdem die meisten und größten dermalen ins Leben getretenen Unternehmungen mit ausländischem Kapitale gegründet und betrieben werden, bis nun fast durchgehends von inländischem Kapitale zehrt, wobei einige unserer besten Namen ansehnlich betheiligt sind. Diese neue Unternehmung ist an die Stelle der früheren Traunthaler Steinkohlengewerkschaft getreten, welche letztere sehr wenig prosperirt hatte. Durch die Umgestaltung und Erweiterung der Gesellschaft, namentlich durch die projektirte erweiterte Eisenbahnverbindung, wird die Lage der Gesellschaft gewiß eine bessere prosperirende werden. Die Betriebsorganisation ist bereits in Angriff genommen, und die Einleitung zur Emission der zweiten Aktienserie getroffen worden. Zur Deckung der letzteren wendet sich die Gesellschaft an auswärtige Kapitalisten und es wurde dieselbe durch die Vermittlung des k. k. Konsuls in Hamburg, Herrn Merk, in dieser Stadt zur Subskription aufgelegt. Mit Rücksicht auf die Verwendung dieser einflußreichen Kapitalisten ist an einem glücklichen Erfolge der Subskription nicht zu zweifeln, der übrigens um so mehr zu wünschen ist, damit die österreichischen Geldkräfte nicht so empfindlich von der Fabrikation und dem Handel abgezogen werden.

Wien, 31. Mai. Dieser Tage wird hier ein interessanter Nachdrucksprozeß zur Verhandlung kommen. Ein hiesiger Buchhändler hatte während des Gastspiels der Ristori eine deutsch-italienische Ausgabe von Schiller's „Maria Stuart" veranstaltet. Cotta hatte deßhalb auf Nachdruck geklagt. Bekanntlich zahlt Cotta an die Schiller'schen Erben noch heute ein bedeutendes jährliches Honorar. (Schw. M.)

*) Unterwegs verspätet.

Wien, 23. Mai. Vor einiger Zeit verlautete, daß die hiesige Staatsverwaltung eine Erhöhung der Grundsteuer beabsichtige. Eine solche Erhöhung, und zwar mit 8pCt., war in der That beantragt, doch ist man betreffenden Orts bereits hievon abgekommen und wird bei dem Umstande, daß der Grundbesitz ohnehin schon mit 16pCt. besteuert ist, die Herstellung der Staatsfinanzen auf einem andern Wege erzielt werden. (A Pstz.)

Wien, 23. Mai. Vom 7. Juni d. Js. an erscheint hier ein neues Abendjournal, betitelt: „Der österreichische Volkswirth", welcher sich vorzugsweise mit der Erörterung nationalökonomischer Interessen befassen wird. Die Herren Eduard Warrens, der ehemalige Redakteur der „österreichischen Zeitung," und Karl v. Mayer, der früher die nationalökonomischen Artikel für die hiesige „Presse" schrieb, haben die Oberleitung dieses neuen Journales übernommen. (Allg. Z.)

Schweiz.

Neuenburg. Auf Befehl der Staatsräthe Ladame und Humbert drangen am 17. d. M. 300 Arbeiter der Jurabahn, lauter Fremde, ohne Vorwissen der Eigenthümer, ohne nur die Schlüssel zu fordern, in mehrere vor dem Thore gelegene Besitzungen und verwüsteten sie. Thüren wurden eingeschlagen, Mauern umgeworfen, Bäume und Reben ausgerissen, Alles an einem Tag. Zwei schöne Besitzungen sind so verwüstet. Der Zorn gegen den Vizepräsident Delachaux ist allgemein. Derselbe ließ die Arbeit beginnen, ohne die Entscheidung des Bundesraths abzuwarten, bei welchem die Sache anhängig gemacht war, und ohne Beachtung des richterlichen Verbots. Der Bundesrath hat die Fortsetzung der Arbeit untersagt. (Fr. Postz.)

Großbritannien.

* London, 25. Mai. Dem „Observer" zufolge ist eine Spezial-Kommission zur Regelung der Angelegenheiten der Donaufürstenthümer ernannt worden und wie folgt zusammengesetzt: Für Frankreich: Baron Talleyrand. — Für Oesterreich: Baron Kollet. — Für Rußland: General Benagon. — Für England: Sir Henri Bulwer.

Frankreich.

Paris 21. Mai. Man läßt es von Seite des hiesigen Hofes an nichts fehlen, was dazu beitragen könnte, dem Erzherzog Max seinen Aufenthalt in Paris angenehm zu machen, so wie er seinerseits durch sein freundliches und offenes Benehmen die Zuneigung des hohen Kreises von St. Cloud sich erworben hat. (Und um diese bewirbt sich das Wiener Kabinet gegenwärtig sehr eifrig, eifriger fast, als mit seiner Würde vereinbar scheint. Napoleon spielt den Gnädigen und läßt sich die Höflichkeiten gefallen, ohne aber reelle Zusagen dafür zu geben. D. Red.) Herr Graf Hatzfeld, der preußische Gesandte, ist seit einigen Tagen von Paris abwesend. Seine Reise ist mit einem gewissen Mystère umgeben, daher man ihn nach Berlin berufen glaubt. Seltsam ist die gleichzeitige Abwesenheit des Barons Seebach, des sächsischen Gesandten. Graf Orloff, dessen Augenübel jetzt geheilt ist, soll binnen Kurzem abreisen. Es scheint, daß die Franzosen in demselben den allmächtigen Minister und in Rußland jetzt eine Art von Kalifornien sehen, wo das Gold gleichsam auf der Straße liege. Er soll an jedem Tage nicht weniger als 3000 Briefe, davon die Hälfte mit Planmacherei angefüllt, erhalten; die andere Hälfte sind meist Gesuche um Vergünstigungen, Orden, Auszeichnung oder Geschenke. Jetzt will Jedermann Rußland genützt, für dasselbe Sympathien gehabt haben. Die Russen haben die Franzosen offenbar in der Krim mehr als in Paris achten gelernt. (Ostd. Post.)

Aus Paris, 24. Mai wird der „Fr. Pstz" geschrieben: „Ein Deutscher, Namens Schewee, hat der Regierung einen Plan zur Errichtung einer Staatslotterie unterbreitet. Zur Rechtfertigung des Planes bringt man Folgendes vor. Eine Menge von Lotterien zu Wohlthätigkeits- und frommen Zwecken fordern dem Publikum jährlich eine bedeutende Summe ab und geben nur armselige Gewinnste zurück; viel Geld geht jährlich an die ausländischen Lotterien ab, und die Hazardspiele vermehren sich trotz der strengsten Ueberwachung, sowohl in den geheimen Spielhäusern als auch in den Salons und selbst nächtlich bei den Restaurants auf den Boulevards. Man hat oft gesagt, dieses Uebel bedürfe der Toleranz, um beschränkt zu werden, und man müsse der Masse, welche sich nicht in die Spekulation werfen kann, den Zufall offen halten. Nach dem vorliegenden Projekt würden zwei Hauptziehungen im Jahre eine sehr große Anzahl von Gewinnsten ergeben. Der Preis der Loose ist hoch genug gestellt, um alle Unzuträglichkeiten der kleinen Lotterie fern zu halten. Daß die Regierung auf dasselbe eingehe, wird nicht für unmöglich gehalten."

Der Pariser Korrespondent der „Morning-Post" (2. Ausgabe) will wissen, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich und Sardinien mit jedem Tage gespannter werden, und mit nächstem zu einer Abberufung des sardinischen Gesandten führen dürften.

Paris, 24. Mai. Die Gesellschaft der „vereinigten Journale" („Pays" und „Constitutionnel") hat dieser Tage ihre Jahressitzung und Abrechnung gehalten. Es wurde per Aktie (von 500 Fr.) eine Dividende von 50 Fr. vertheilt, was zu den schon zum Semester voraus vertheilten 25 Fr. für jede Aktie 75 Fr. oder 15 pCt. jährlichen Ertrag gibt. Für ein journalistisches Aktienunternehmen kann man nicht umhin, diesen Reinertrag sehr bedeutend zu finden, wenn es auch gewiß, daß der Friede, der allen Journalen einen Theil ihrer Abonnenten entzieht, auch diesem Unternehmen schaden wird. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 19. Mai. Der Widerstand gegen die Veräußerung des Kircheneigenthums in den baskischen Provinzen, bis jetzt übrigens nur passiver Art, hat noch nicht gänzlich aufgehört; während Biscaya denselben aufgegeben zu haben scheint, hat ihn Alava wieder aufgenommen. Eine Deputation dieser Provinz hat beim Minister des Innern am 14. einen Protest gegen die Maßregel eingereicht; es wurde derselben jedoch von Letzterem bedeutet, daß das Gesetz jedenfalls zur Ausführung gelangen werde. Auch scheint die Regierung Vorbereitungen zu treffen, etwaigem Widerstand mit Gewalt entgegenzutreten. (A. Z.)

Madrid, 24. Mai. Die Cortes haben einen Antrag genehmigt, nach welchem sie der Regierung den Beistand des Kongresses in der Differenz mit Mexiko anbieten, die durch Rechtsverletzungen veranlaßt worden, welche spanischen Unterthanen daselbst widerfahren seyen. Die Regierung hat erklärt, daß sie energische Maßregeln ergriffen habe, um dem Rechte Achtung zu verschaffen.

Italien.

§ Wien, 25. Mai. (Privat-Korresp.) Die offiziellen Nachrichten, welche die Regierung aus Mailand und Verona über die im lombardisch-venetianischen Königreiche herrschende Stimmung vor Kurzem erhalten hat, lauten nicht so unbefriedigend, wie sie von verschiedenen Seiten geschildert werden, sie bilden im Gegentheile einen starken Gegensatz zu den aus Sardinien, den Legationen und dem Toskanischen eingelaufenen Berichten, wo die Aufregung in der That einen bedenklichen Charakter erlangt hat, und es nur eines kleinen Anstoßes bedarf, um den glimmenden Funken zur hellen Flamme zu entzünden. Die Mazzinisten lassen in dieser letztern Beziehung keine Gelegenheit unbenützt, um das Volk in beständiger Aufregung zu erhalten, und es wäre um so mehr zu bedauern, wenn sie anfangen würden, da es gewiß, daß sowohl Oesterreich als Frankreich fest entschlossen sind, jede anarchische Bestrebung im Keime zu ersticken. Von einer Ueberrumpelung kann bei den Vorsichtsmaßregeln, die von österreichischer Seite getroffen worden sind, durchaus keine Rede mehr seyn, die Besatzungen sind zahlreich und bestehen durchaus aus Kerntruppen, ebenso befinden sich die Festungen in dem besten Zustande, und es sind nicht wenige derselben, so namentlich Verona, das Castell von Mailand 2c., durch neue Bauten im vollsten Sinne des Wortes uneinnehmbar gemacht worden; und daß dem Grafen Radetzky die erste Tugend des Feldherrn „die Entschlossenheit" nicht fehlt, das hat die Vergangenheit zur Genüge bewiesen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Konstantinopel, 15. Mai. Die circassische Deputation wird unverrichteter Dinge abreisen, da der Diwan sich, auf Grund des Pariser Vertrags, weigert, ihre Unabhängigkeit anzuerkennen.

Belgrad, 20. Mai. Wie schon früher gemeldet, hatte die königl. preußische Regierung beschlossen, ein Konsulat für Serbien zu errichten. Der für diese Stelle ernannte Konsul Chevalier de Meroni ist nun hier eingetroffen. Er wird jedoch seine Flagge erst mit dem Beginn des Jahres 1857 aufziehen, von welcher Zeit ab auch erst die eigentlichen Konsular-Geschäfte anfangen werden. (Allg. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 13. Mai. Am 29. April fand in Helsingfors ein finnisches Friedensfest statt, bei dem Baron v. Hartmann eine Rede hielt, die eher in einem englischen Meeting an ihrer Stelle war als bei uns. Seine Darstellung Schwedens als einen unserer offenen Feinde hat indessen seine guten Gründe und das, was in Petersburg oder Moskau eine Mißbilligung erfahren hätte, konnte in Finnland nur gelobt werden. Der schwedisch-französische Vertrag hat den Czar nicht nur ein wenig, sondern sehr beleidigt; denn wie konnte man voraussetzen, daß Rußland je nach schwedischen Fischereien verlangen werde! Daher glauben Sie mir, daß Baron v. Hartmann seiner Sache

gewiß war, indem er in einer finnischen Versammlung Schweden als einen heimlichen Feind, der „nur auf die Gelegenheit warte, um sich den Feinden Rußlands anzuschließen", bezeichnete.

Eine naturhistorische Expedition zu einer Reise nach der Lappmark wird eben ausgerüstet, unter der Leitung des Staatsraths Nordmann, mit Unterstützung aus einem zu dergleichen Zwecken der finnischen Universität längst gemachten Schenkung. Diese Expedition, an welcher der Staatsrath Nordmann selbst, der Dozent Mäklin, der Kandidat Nylander und mehrere andere jüngere Naturforscher theilnehmen, wird sich in zwei besondere Abtheilungen theilen, wovon die eine nach den Strecken am weißen Meer, die andere nach Warangerfjord bestimmt ist. Auch beabsichtigt man eine antiquarische Expedition innerhalb Finnlands auszusenden.

Amerika.

New-York, 10. Mai. Herr Pennington, Mitglied des Ausschusses der auswärtigen Angelegenheiten im Repräsentanten-Hause zu Washington, hat aus Anlaß der neulichen blutigen Vorfälle zu Panama den Vorschlag gemacht, ein Gesetz zu erlassen, wodurch den Konsuln der Vereinigten Staaten in Panama und Aspinwall (mit Einwilligung der Regierung von Neu-Granada) die Vollmacht verliehen wird, amerikanische Bürger, die sich in jenen Häfen einer Gesetzesübertretung schuldig machen, summarisch zu bestrafen, in ähnlicher Weise, wie den amerikanischen Konsuln in China und der Türkei diese Befugniß bereits zusteht. Ein anderer Vorschlag lautete dahin, daß dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Einwilligung Neu-Granada's oder, wenn dieselbe verweigert werde, auch ohne diese Einwilligung die Ermächtigung ertheilt werde, in Panama und Aspinwall ein Korps bewaffneter Polizeimannschaften zum Schutze des Lebens und Eigenthums amerikanischer Bürger aufzustellen. (Wenn das durchgesetzt wird, so werden die Nordamerikaner bald die Herren in Panama seyn.)

Nach den neuesten Berichten aus Nicaragua ist die Lage Walkers und seiner Abenteurer, seit dem fehlgeschlagenen Versuch, Rivas wiederzunehmen, zwar sehr kritisch, aber keineswegs verzweifelt. Noch hat er die größere Hälfte des Staates und die wichtigsten Städte des Landes in seiner Gewalt. (A. Z.)

Philadelphia, 6. Mai. In Kansas scheint die Sklavenfrage neuerdings eine sehr ernsthafte Wendung zu nehmen und droht die Vereinigten Staaten in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Wie gefährlich die Sklavenfrage für Amerika ist, zeigen die Regierungstruppen, welche nach Kansas geschickt wurden, um Ruhe und Ordnung herzustellen, sich aber wegen der verschiedenen Ansichten über die Sklaverei veruneinigt haben und den nämlichen Kampf unter sich beginnen, den die Bewohner von Arkansas schon seit einem Jahre führen. Da seit neuerer Zeit die Freistaatspartei eine bei Weitem größere Masse Ansiedler nach Kansas schickt, als die Sklavenpartei es thun konnte, so wird erstere bald die Uebermacht gewinnen, allein dann werden im Kongreß der Vereinigten Staaten wieder traurige Auftritte stattfinden. — Das Morden und Brennen der Indianer in Oregon dauern fort, und überall verlassen die Ansiedler ihre Farmen und suchen in den größern Städten Schutz, die aber jetzt ebenfalls gefährdet sind, da die Macht der Indianer sehr bedeutend ist, und die Regierungstruppen wegen der weiten Entfernung noch nicht anlangen konnten. General Wool hat der Regierung berichtet, daß die Indianer von den Ansiedlern zu dem Gemetzel gereizt worden wären. — Mit der Ueberschrift: „Schreckliche Ermordung friedlicher amerikanischer Bürger durch die Armee von Costa Rica," theilt die Washington „Union" folgenden Artikel mit: „Am 15. April erschien vor dem Gesandten der Vereinigten Staaten, J. H. Wheeler in Granada, Karl Mahony, der bei der Transitgesellschaft angestellt war, und machte eine eidliche Aussage, von welcher Folgendes der Hauptinhalt ist: Am Montag Morgens dem 7. April als die Costa-Ricaner unter Anführung J. K. Moras' in Virginibay einrückten, umzingelten sie sogleich das Geschäftslokal der Transitgesellschaft, und auf Befehl des kommandirenden Offiziers wurden wenigstens hundert Schüsse abgefeuert, durch welche neun im Dienste der Gesellschaft stehende Personen (folgen die Namen), die alle unbewaffnet als müßige Zuschauer dastanden, getödtet wurden. Die Leichname der Erschossenen wurden noch mit Bajonnetten durchbohrt und beraubt; die Truppen erbrachen dann Thüren und Koffer, raubten und plünderten, was sie erlangen konnten. Am andern Morgen kam der Dampfer „Virgin" in den Hafen, und Karl Mahony, der Berichterstatter, wurde von dem Offizier der Costa-Ricaner beauftragt, an Bord zu gehen und den Kapitän zu bewegen, an's Land zu kommen; derselbe begab sich dahin, rettete sich aber mit dem Dampfer nach Granada. Es wurde ferner die Schiffswerfte, welche der Transitkompagnie 150,000 Dollars kostete, total zerstört. In Bezug auf Obiges hat der Vereinigten Staaten-Gesandte, Hr. Wheeler, einen Protest an den Obergeneral gesandt. Unsere Regierung hat sogleich nach Empfang der Nachricht 2 Kriegsdampfer nach dem Ort der Verwüstung und des Mordes geschickt, um die Untersuchungen anzustellen (welche die obigen Angaben wohl als etwas übertrieben herausstellen dürften)." (Schw. M.)

Nichtpolitische Zeitung.

* Von Dr. Ignaz Hub's Werk: „Die deutsche komische und humoristische Dichtung, seit Beginn des 16. Jahrhunderts bis auf unsere Zeit", ist vor Kurzem auch der zweite Band erschienen, welcher in zwei Abtheilungen die einschlägige Literatur des 18. Jahrhunderts behandelt. Es umfaßt nämlich die erste Abtheilung die Dichter von Günther bis auf Göthe, die zweite von Göthe bis Uhland. Anlage und Bearbeitung dieses zweiten Bandes entspricht vollkommen der des ersten: nach einer kurzen übersichtlichen biographisch-literarischen Einleitung wird eine reiche Blumenlese aus den in das Bereich des Komischen und Humoristischen fallenden Erzeugnissen jedes Dichters gegeben; auch das Volkslied ist nicht vergessen und zum besseren Verständniß die nöthige Worterklärung in den Noten beigefügt. Die Auswahl der Stücke ist mit so gutem Takt und so ungemeiner Sorgfalt getroffen, daß einerseits Alles, was die guten Sitten verletzen könnte, thunlichst entfernt, andererseits nichts Charakteristisches und wahrhaft Werthvolles weggelassen und so dem Leser ein treues, vollständiges Bild von dem Entwickelungsgang, dem Umfang und der Richtung dieses Zweiges unserer poetischen Literatur während des 18. Jahrhunderts geboten ist. Der dritte und letzte Band, welcher die neueste Zeit umfaßt, befindet sich bereits unter der Presse. Als Seitenstück zu diesem gibt der Herr Verfasser nun noch ein weiteres literar-historisches Werk unter dem Titel: „Die komische und humoristische Literatur der deutschen Prosaisten seit Ende des 15. bis zum Schluß des 18. Jahrhunderts", heraus. Vom 1. Band, das 16. Jahrhundert umfassend, ist bis jetzt das erste Buch erschienen; worin die Schriften von Joh. Geiler von Kaisersberg, Joh. Pauli, Thomas Murner, Martin Luther, Ulrich v. Hutten, Sebast. Frank, Joh. Agricola, Desid. Erasmus, Andr. Musculus, Joachim Westphal und Cyriakus Spangenberg vertreten sind; das zweite Buch soll, wie wir hören, die Schwänke und komischen Volksbücher des 16. Jahrhunderts umfassen, darunter namentlich den aus seltenen Quellen geschöpften Kern aus „Fortunatus", aus dem „Rollwagenbüchlein", aus der „Gartengesellschaft" von Frey, Montanus' „Wegkürzer", Lindner's „Katzipori" und „Rastbüchlein", Schumann's „Nachtbüchlein", Claus' „Narrenhistorien" und den Zauberschwänken aus dem „Faust" (älteste Ausgabe von 1587), aus dem „Bodenbuch", dem „Finkenritter", Melander's „Jocoseria" rc.; das dritte Buch endlich wird sich sehr ausführlich und mit sorgfältiger Textsichtung mit Fischart befassen. Schon das vorliegende erste Buch gibt hinlänglich Zeugniß, wie der Hr. Verfasser keine Mühe, und namentlich nicht die schwierigsten Quellenforschungen gescheut hat, um einen kritisch genauen Text, eine zuverlässige, durch und durch gründliche Arbeit zu liefern. Der Plan dieses Werkes ist ganz analog dem des erstgenannten; so daß beide zusammen, ein großes Ganze bildend, ein Gesammtbild gewähren von den Ergüssen deutschen Witzes und deutschen Humors in Vers und Prosa während der letzten Jahrhunderte — ein wahres Nationalwerk, das in seiner Art bis jetzt einzig dasteht! Um die Anschaffung desselben für das größere Publikum zu erleichtern, hat die Ebner'sche Verlagsbuchhandlung in Nürnberg eine Ausgabe in Monatslieferungen veranstaltet (die Lieferung von 6 Bogen 30 kr.), die vom Mai d. J. an in zwei Serien erscheint; die erste Serie — Dichtungen — soll in 14, die zweite — Prosa — in 28 Lieferungen zerfallen.

Friedrichshafen, 25. Mai. Gestern Nachmittag ereignete sich der Unfall, daß eine Lokomotive mit Tender, welche von der Eßlinger Maschinenfabrik dahier angelangt war und für die St. Gallen-Züricher Eisenbahn übergeführt werden sollte, von dem Schleppboote des Dampfschiffes „Friedrichshafen" abglitt und vor dem Hafen in die Fluthen des See's sich versenkte. Es wird Mühe kosten, diese Maschine emporzuheben, wenn gleich die Untiefe des See's an fraglicher Stelle unbedeutende Hindernisse bietet. (N. M. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 27. Mai. Oesterr. Kreditaktien und Darmstädter Bankaktien wurden in starken Posten zu höheren Kursen umgesetzt, während sich für Spanier wenig Kauflust zeigte. — Wechsel wenig Geschäft.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 796 bis 805—802. — Industrieaktien von der Gesellschaft St. Paul

620—25 bei lebhaftem Umsatz. — Spanische Kreditaktien, Emission Rothschild, 850—59. — Elisabeth-Bahn $111\frac{3}{4}$. — Lombardische Bahnen $131\frac{1}{2}$.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1308P. 1303G. Neue Bankaktien 432 P. 428 G. Credit-Actien à 5pCt 236 P 241G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 81 P. $80\frac{3}{4}$ G. 5pCt. Lombard-Ven. 92 P. $91\frac{1}{2}$ G. Metall. alte à 5pCt. $82\frac{1}{4}$ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. $89\frac{1}{2}$ P. 89 G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $72\frac{3}{4}$ P. $72\frac{1}{2}$ G.; à 4pCt. $65\frac{1}{4}$ P. $64\frac{3}{4}$ G.; à 3pCt. 49 P. $48\frac{1}{2}$ G.; à 1pCt. $16\frac{1}{4}$ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 129 P. 128 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $105\frac{3}{4}$P. $105\frac{1}{2}$ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 312 P. 310 G.

Preussen. $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 87 P. $86\frac{1}{2}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $112\frac{1}{2}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $88\frac{1}{4}$ P. $87\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. $94\frac{1}{4}$ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente $94\frac{1}{2}$ P. 94 G.; $4\frac{1}{2}$pCt. 101 P. $100\frac{1}{2}$G.; 5pCt. 101 P. $100\frac{1}{2}$G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $154\frac{5}{8}$ P. $154\frac{1}{8}$G. Neustadt-Weissenb. 116 P. $115\frac{1}{2}$ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $117\frac{1}{2}$P. 117G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $90\frac{1}{2}$P. 90 G.; $4\frac{1}{2}$pCt. — P. $102\frac{1}{2}$ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. $43\frac{1}{2}$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81 P. $80\frac{1}{2}$ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. $40\frac{3}{4}$ P. $40\frac{1}{4}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. $63\frac{1}{2}$ P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 93 P. $92\frac{1}{2}$ G.; à 4pCt. $100\frac{1}{2}$P. 100G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{1}{2}$ P. 102 G.; Loose à fl. 50 $112\frac{1}{2}$P. $112\frac{1}{4}$G.; à fl. 25 $33\frac{3}{4}$ P. $33\frac{1}{2}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte $389\frac{1}{2}$ P. $387\frac{1}{2}$ G.; junge 335 P. 333 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank $107\frac{1}{2}$P. 107G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. $47\frac{3}{4}$ G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $89\frac{5}{8}$ P. $89\frac{1}{8}$ G., Loose à fl. 25 $31\frac{3}{4}$P. $31\frac{1}{2}$G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. $84\frac{1}{2}$G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. 93P. $92\frac{1}{2}$G.; Bankaktien $122\frac{1}{4}$P. $121\frac{3}{4}$ G.; Taunus-Aktien 318 P. 316 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 83 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. $86\frac{3}{4}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 555 P. 550 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $41\frac{1}{2}$ P $41\frac{1}{4}$ G.; 1pCt. neue $25\frac{9}{16}$ P. $25\frac{1}{16}$ G. **Holland.** Integrale $64\frac{1}{2}$ P. $63\frac{1}{2}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. $100\frac{1}{8}$P. $99\frac{7}{8}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. $119\frac{1}{2}$P. $119\frac{1}{4}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{4}$P. 120G	Mail. i.S.Lr.250 k.S. $101\frac{1}{4}$P 101G
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Paris Frs. 200 k. S $93\frac{3}{4}$P. $93\frac{1}{2}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Lyon Frs. 200 k. S. $93\frac{3}{4}$P. $93\frac{1}{2}$G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS. 97P. $96\frac{3}{4}$G.	Wien fl. 100C. k.S. $117\frac{1}{4}$P. 117 .
Hamb. MB. 100 k.S. $88\frac{3}{4}$P $88\frac{1}{2}$G.	Wien 3 M. mit 4% $116\frac{7}{8}$P. $116\frac{5}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 26. Mai. Bayer. $3\frac{1}{2}$pCt. Oblig. $87\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. $93\frac{3}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $100\frac{3}{4}$ P.; 5pCt. letzte Emission $102\frac{1}{4}$ P.; 5pCt. dritte Emission $100\frac{1}{2}$ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. $94\frac{3}{4}$ P.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 784 P., 780 P.

Wien, 26. Mai. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $84\frac{3}{16}$; 5pCt. Metall. $84\frac{3}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose von 1839 $130\frac{1}{2}$; von 1854 $108\frac{7}{16}$; Bankaktien 1117; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $389\frac{1}{2}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 603; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2940. Wechselkurse: Augsburg uso $102\frac{1}{4}$. London 10. 2. P. Geldkurs: Dukaten —.

Magdeburg, 20. Mai. Seit einigen Tagen ist die Witterung wieder unfreundlich und kühl geworden, dabei sehr unbeständig, denn auf kurzen Sonnenschein folgen häufige kleine Regenschauer bei starken Süd-West-Winden. Ueber den Stand der Feldfrüchte hört man von allen Seiten nur Günstiges und verspricht sich, wenn keine Unfälle eintreten, eine reiche Aernte. Hier war es wie auf den meisten größeren Getraidemärkten bei sehr mäßigen Zufuhren vom Lande wieder mehr lebhaft, sowohl von Seiten der Konsumenten als Händler, indem sich wieder Frage nach auswärts dem Inlande gezeigt hat, die nur theilweise wegen zu geringer Limiten berücksichtigt werden konnte. Es wurde für die besseren Gattungen Waizen von 90 a 95 Thlr. angelegt, leichtere Sorten abwärts bis 84 Thlr. Roggen bei geringen Vorräthen zu 62 a 68 Thlr. angenommen, die leichteren Sorten werden nur ungern genommen und müssen a 60 a 62 Thlr. erlassen werden. Gerste in leichten und mittleren Sorten, wie hier gewöhnlich zu Markte kommen, 46 a 49 Thlr. bezahlt, schwere Gerste würde 50 a 54 Thlr. aufbringen.

Rotterdam, 17. Mai. Die Stimmung für Kaffee ist etwas günstiger, doch bleibt der Umsatz noch immer auf Kleinigkeiten beschränkt.

Tabak still, Vorrath sehr unbedeutend. Für Zucker macht sich eine gute Meinung geltend; Kandis ist rar und sehr gesucht.

Reis flau, Karolina fl. $16\frac{1}{2}$ a 17, geschält Java Tafel fl. $13\frac{1}{2}$ a 14, Java fl. $7\frac{3}{4}$ a 9, Arrakan fl. $7\frac{1}{2}$ a $9\frac{1}{2}$.

Gewürze still. Beste Muskatnüsse 156 a 157 cs., Blüthe 138 a 140 cs., Nelken 38 a 40 cs., chines. Caneel 66 a 68 cs., Pfeffer $26\frac{1}{2}$ a 27 cs., Piment fl. 31.

Java-Indigo fest. In Krapp der Festtage wegen kein Umsatz. Für Domingo Blauholz fl. $3\frac{3}{4}$ loko bezahlt.

Brauner Leberthran fl. 54, blanker fl. 64. Cochin Cocosöl fl. $24\frac{1}{2}$ a 25.

Banca Zinn fl. 82. Spanisch Blei fl. $14\frac{1}{4}$, Stolberger fl. 14.

Nachschrift. Heute sind aus erster Hand 2800 B. Java Kaffee, Privatanfuhr zu geheimen Preisen begeben.

Neueste Nachrichten.

München, 25. Mai. Die Gerichtsorganisation wird, da der Druck des Referats längere Zeit in Anspruch nimmt, kaum mehr in dieser Woche, sondern wohl erst zu Anfang der nächsten in der Kammer der Abgeordneten zur Berathung kommen, so daß das Budget schwerlich vor dem 6. oder 8. Juni von dieser an die andere Kammer gelangen und sonach die Dauer des Landtages sich wohl noch über die Mitte des Monats Juni hinaus erstrecken dürfte. (Nürnb. K.)

Berlin, 26. Mai. Se. Maj. der König trafen in Begleitung Ihrer Maj. der Kaiserin-Mutter von Rußland gestern kurz vor sieben Uhr auf dem hiesigen Bahnhofe ein und fuhren nach kurzem Aufenthalte nach Potsdam weiter. — Se. Maj. der Kaiser Alexander von Rußland werden, wie verlautet, gegen Ende dieser Woche hier eintreffen. — Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt die Regierung, das Gesetz wegen Beschränkung der Zahlungsleistungen in fremdem Papiergeld auch auf die Apoints von 10 Thalern auszudehnen. Eine Zirkularverfügung des Handelsministers ist bereits ergangen, um gutachtliche Aeußerungen der kaufmännischen Korporationen über diesen Gegenstand zu veranlassen. (Deutschl.)

Kopenhagen, 25. Mai. Der Kriegsminister Lüttichau hat in Folge des Beschlusses des Reichsraths, welcher das Budget seines Ministerium verkürzte, bekanntlich seine Demission eingereicht; dieselbe wurde vom König angenommen. Der Kriegsminister Lüttichau führt interimistisch seine Geschäfte fort. (T. D. d. Nat.-Z.)

Paris, 25. Mai. Das Zuchtpolizeigericht von Paris verurtheilte gestern den ehemaligen Advokaten Jourdan zu vier Jahren Gefängniß und 5000 Fr. Geldstrafe. Derselbe hatte von Brüssel aus am 13. Dezbr. vor. Js. fünf Exemplare eines von Kossuth, Mazzini und Ledru-Rollin unterzeichneten Manifestes nach Paris gesandt. Jourdan war 1851 von dem Kriegsgerichte in Marseille als einer der Urheber der Insurrektion des Departements der Nieder-Alpen zur Deportation verurtheilt worden, hatte sich jedoch nach dem Auslande begeben. Im Monat April kam derselbe jedoch im Geheimen nach dem Departement de la Cote d'Or, wo er verhaftet und nach Paris gebracht wurde. (K. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bodmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 148. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 18 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 33. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 29. Mai 1856

Deutscher Bund.

* Das „Journal des Debats" bespricht in einem längern Artikel die ungünstige Aufnahme, welche die angeblichen österreichischen Allianz-Anträge beim Berliner Kabinet fanden. (Bekanntlich hat die halbamtliche „Oesterr. Korresp." erst vor wenigen Tagen in Abrede gestellt, daß solche Anträge gemacht worden seyen.) Die Erwiderung der deutschen Bundesversammlung auf die ihr von den Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens gemachte Mittheilung des Pariser Vertrags vom 30. März enthielt nichts als das, was die Gesandten der beiden Staaten verlangten: eine Gutheißung der Haltung der beiden deutschen Großmächte in Paris und die Anerkennung, daß sie Deutschlands Mission in der orientalischen Frage wohl verstanden haben. „Dies ist jedoch — wird dem „Journal des Debats" geschrieben — nicht eigentlich, was Oesterreich wünschte; denn es hatte von Preußen die Erneuerung des Vertrags vom 20. April 1854, jedoch in der Weise ergänzt, verlangt, daß er die gegenseitige unbeschränkte Garantie der deutschen und nichtdeutschen Besitzungen beider Staaten in sich fasse; das Wiener Kabinet bestand sogar beim Berliner Kabinet auf den Abschluß jenes *allgemeinen* Schutz- und Trutzbündnisses, von welchem es sich mit Recht so viele Vortheile versprach, indem es hoffte, daß die übrigen deutschen Staaten diesem Bündnisse beitreten würden, wie sie z. B. dem Vertrag vom 20. April beitraten. Oesterreich beschränkt sich übrigens nicht darauf, auf das Berliner Kabinet zu wirken, auch an den Höfen von München, Stuttgart, Dresden und Hannover hat es ähnliche Schritte gethan und seine Bemühungen scheiterten überall. Die von Oesterreich bis heute vergebens angestrebte Offensiv- und Defensiv-Allianz würde diese Macht — was das Wiener Kabinet sehr gut erkennt — gleichzeitig gegen die Gefahr seiner Lage in Italien sichern und es gegen Rußland — den grollenden Freund — schützen und stärken. Deßhalb hat Oesterreich, was es unter gewissermaßen ähnlichen Umständen im Jahre 1848 von der Frankfurter Reichsgewalt verlangte, jetzt von Preußen verlangt und hätte es gern auch vom Bund begehrt. Aber während die Nationalversammlung auf Oesterreichs Ansichten eingegangen war, glaubte Preußen dies diesmal nicht thun zu sollen, und Oesterreich unterließ es wohlweislich, die Angelegenheit vor den Bundestag zu bringen, wo es die Majorität gegen sich gehabt haben würde." Was die Weigerung Preußens betrifft, glauben die Korrespondenten der „Debats" die Gründe dafür in nachstehenden 3 Punkten suchen zu müssen*): „1) sind die Ursachen, welche einen Krieg in Italien herbeiführen könnten, Deutschland gleichgültig. Deutschland hat an der Besetzung Mittel-Italiens durch Oesterreich kein Interesse und wäre eher — mit Frankreich und England — zu glauben geneigt, daß in der Zivil- und Administrativ-Organisation, vielleicht selbst in der politischen Konstitution der italienischen Staaten tiefe Reformen unerläßlich sind. Dann wäre es auch im Interesse Deutschlands, daß Oesterreich und Rußland sich aufrichtig aneinander anschlößen; 2) war der Vertrag vom 20. April 1854 für Preußen und die deutschen Staaten eine Quelle von Schwierigkeiten und hat Oesterreich doch nicht gehindert, so oft es seinen Interessen entsprach, allein, sey es mit der Pforte, sey es mit den Westmächten zu verhandeln, ohne *seine* Verbündeten von den Verpflichtungen, welche es einzugehen beabsichtigte, nur in Kenntniß zu setzen; 3) würde ein derartiges unumschränktes Schutz- und Trutzbündniß den Gesammteintritt Oesterreichs in den deutschen Bund bedingen — d. heißt also, Oesterreich hat unter anderer Form den Versuch des Fürsten Schwarzenberg vom Jahre 1851 erneuert. Dieser Versuch aber wurde von den Kabinetten von Paris und London kräftigst bekämpft und vom Bunde, welcher die Domination Oesterreichs befürchtete, zurückgewiesen.

*) Wir geben das Folgende nach dem Raisonnement des „Journal des Debats"; daß letzteres hierbei ausschließlich auf französischem Standpunkt steht, und daß gar Manches gegen seine Beweisführung sich einwenden läßt, leuchtet auf der Stelle ein. Die Red.

Preußen. Berlin, 26. Mai. Bekanntlich haben die beiden Häuser in der letzten Sitzungs-Periode einem von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Einführung des Zollgewichts als allgemeinen Landesgewichts, ihre Zustimmung gegeben. Dies Gesetz ist jetzt vom König sanktionirt worden. (N. Z.)

Berlin, 26. Mai. Der Appellationsgerichtsrath Reichensperger in Köln (Mitglied der katholischen Fraktion) hat das Mandat als Abgeordneter niedergelegt. (P.C.)

Württemberg. Friedrichshafen, 24. Mai. Vorgestern kehrten die hessischen, badischen und württembergischen Offiziere von ihrer Instruktionsreise aus der Lombardei zurück; sie rühmen einstimmig die große Artigkeit und Liebenswürdigkeit welche ihnen überall von Seite der k. k. österreichischen Behörden zu Theil wurden. (Allg. Z.)

Hannover. Hannover, 25. Mai. Schon vor längerer Zeit hieß es einmal, daß das gegenwärtige Ministerium nicht mehr so fest wie früher stehen solle, allein es wurde alles wieder still. Seit einigen Tagen indessen sind solche Gerüchte wieder in Umlauf gekommen. Allein ob auf dieselben in irgend einer Weise etwas zu geben ist, muß sehr stark bezweifelt werden. Es heißt, daß Graf v. Kielmannsegge, Ministerpräsident und Finanzminister, seinen Rücktritt zu nehmen beabsichtige, und es heißt ferner, daß auch der Justizminister v. d. Decken dasselbe thun wolle. Der Posten eines Finanzministers mag unter den gegenwärtigen Umständen ein sehr schwieriger seyn. Das ist richtig. Da sollen z. B. ganz neue Zustände geschaffen werden, während doch die bisherigen dem Lande zum Heil und Segen gereichten. Und daß nun diese sowohl vom Finanzausschusse der Kammer, als auch von den Kammern selbst in Schutz genommen werden, oder daß man wenigstens das möglichst Aehnliche an ihre Stelle zu setzen versuchen wird, wenn es einmal nicht anders sich gestalten lassen sollte, ist selbstverständlich. Hierdurch muß nun aber ein Finanzminister allerdings in eine sehr unangenehme Lage gerathen. Von der einen Seite die Anforderung: das Neue, wie man es wünscht, durchzusetzen, von der andern Widerstand und zwar aus den triftigsten und klarsten Gründen. Denn wie ist es nur möglich, sich in der jetzigen Lage gegen die volle Berechtigung einer Opposition zu sträuben, sie zu leugnen? Ist denn etwa die Lage der Finanzen, die Gestalt des neuen Budget von der Art, daß man zu Allem ja sagen könnte oder dürfte! Eine jährliche dauernde Mehrforderung von etwa 1,300,000 Thaler (allein 900,000 Thlr. mehr für das Militär), ein Defizit von nicht 136,000 Thlr. sondern richtiger von 750,000 Thlr., und das unter Aufzehrung des Zollpräcipui, das doch nur bis 1866 gesichert ist, und unter völliger Erschöpfung aller Kassenvorräthe und Ueberschüsse. Und dazu soll die Landesvertretung schweigen, nicht vernünftige Ermäßigung der übergroßen Forderung verlangen? Auf die offenbare Gefahr hin, die bis dahin so glänzenden Finanzen und den ausgezeichneten Kredit des Landes unmittelbar dem Verfalle entgegenzuführen, und damit auch die Selbständigkeit des Landes? (Nat.-Z.)

Hannover, 26. Mai. Der frühere Staatsminister a. D., Bacmeister, gegenwärtig erster Beamter zu Lehe, soll in diesen Tagen telegraphisch hierher beschieden gewesen seyn. Ob es richtig ist, wenn man annimmt, daß Hrn. Bacmeisters Anwesenheit dahier mit dem möglichen Rücktritt des Grafen v. Kielmannsegge in Verbindung zu bringen sey, müssen wir dahin gestellt seyn lassen. (Wes.-Z.)

Baden. Weinheim, 26. Mai. Sechs Weinheimer Bürger, welche wegen Zerstörung einer Strecke der Main-Neckar-

eisenbahn verurtheilt und in Bruchsal in Haft waren, wurden gestern für den Rest der Strafzeit **begnadigt** entlassen.. Die Begnadigung der übrigen wird auch gehofft. Vor Kurzem ist auch der verurtheilte **Blind** von Mannheim, nachdem er seine Strafzeit überstanden, dahin zurückgekehrt. (Mannh. J.)

Karlsruhe, 23. Mai. Zum badischen Gesandten in Berlin wurde der frühere Präsident des Ministerium des Innern, Staatsrath Frhr. v. Marschall, ernannt. Derselbe ist heute nach Berlin abgereist. (B. L.)

Oesterreich. Triest, 22. Mai. Laut dem in der gestern abgehaltenen 23. Generalversammlung der Dampfschifffahrtsgesellschaft des **österreichischen „Lloyd"** vom Verwaltungsrath vorgelegten Bericht hat sich die Flotte desselben abermals beträchtlich vermehrt, und zählt nun mit Einschluß der im Bau begriffenen Boote 65 Dampfschiffe mit 35,955 Tonnen und 12,040 Pferdekraft gegen 60 Dampfschiffe mit 30,025 Tonnen im Vorjahr Der Ertrag der Fahrten betrug 5,609,919 fl. (gegen 4,856,114 fl. im Vorjahr). Mit Einrechnung der Staats-Subvention ergab sich ein Reinertrag von 705,006 fl., wovon 80,000 fl. zur Vertheilung einer Superdividende von 2 pCt. an die Aktionäre bestimmt wurden. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 24. Mai. Der Friede soll bekanntlich am 29. Mai durch großartige **Feuerwerke** (die in der Regierungswerkstatt zu Woolwich schon drei Mal aus Versehen abgebrannt sind) und Illumination Londons gefeiert werden. Die meisten Londoner scheinen aber nicht illuminiren zu wollen, zumal jetzt, da es bekannt geworden, daß die Russen das schwarze Meer schon diesen Sommer zur weitern Unterwerfung der Tscherkessen benutzen wollen; nichtsdestoweniger scheint die Illumination Aussicht auf ziemliche Totalität zu haben. Patrioten, Gaslieferanten, Gasröhren- und Gasornamentfabrikanten, Oel- und Lichterlieferanten scheinen sich verschworen zu haben, das Schreckens-System dieser Friedensfreudenillumination auf die Spitze zu treiben und allgemein zu machen. In jedem Laden wird man inquisitorisch gefragt: Illuminiren Sie? Wo nicht, werden Ihnen die Fenster eingeworfen. Jungen auf der Straße bilden Kompagnien zu gemeinschaftlicher Zertrümmerung dunkler Fenster und werden offenbar von interessirten Erwachsenen angefeuert. Jeder, der etwas mit Licht, Gas und Oel zu thun hat, sogar die Fleischer, die den Talg verkaufen, spekuliren auf diese Illumination und schüren die allgemeine Wuth der Straßenjungen und Pöbelmassen gegen die dunklen Fenster, die sich am 29. Mai ertappen lassen. Auch die Fensterscheibenversicherungsanstalten haben ihre Hände im Spiele, und viele ängstliche Bürger haben deßhalb nicht nur ihre Scheiben versichert, sondern auch Vorbereitungen zur Illumination derselben getroffen. So scheint der Jubel über den theuer erkauften Frieden unter einem allgemeinen Terrorismus zu einer der kolossalsten Illuminationen ausarten zu wollen, aber wesentlich als Geschäftssache und Spekulation, durchaus nicht als aufflammender Patriotismus und brennender Jubel über einen solchen Frieden. (D. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 23. Mai. Die Regierung kann endlich ein neues Anleihen nicht vermeiden. Insbesondere die Lage mehrerer Departements und der Landwirthschaft, welche großer Verbesserungen dringend bedarf, machen für die Regierung große Vorschüsse, Bauten und Anlagen zu einer Nothwendigkeit. Aus demselben Grunde erscheint die kostspielige Form eines Nationalanlehens nicht mehr räthlich. Zum allgemeinen Erstaunen ist der Credit mobilier an dem neuen Anleihen nicht betheiligt, sondern ist Rothschild mit der Negociation desselben beauftragt. (Hamb. Nachr.)

Paris, 24. Mai. Das sicherste Zeichen, daß die politische Welt augenblicklich Siesta hält, besteht darin, daß die unbedeutendsten Dinge eine tiefere Auslegung erfahren. Der Kaiser unterhielt sich auf dem Balle in St. Cloud während 10 Minuten mit dem Grafen Orloff; das bedeutet sofort, daß die Freundschaft zwischen Frankreich und Rußland durch den Tripelvertrag nicht gestört ist. Die russische Gesandtschaft fehlte bei dem offiziellen Empfange des Erzherzogs; sofort heißt es: Oesterreich und Rußland stehen auf dem schlechtesten Fuße. Darüber wird dann diskutirt auf der Börse und im Klub und Hausse und Baisse werden danach bestimmt. (N. Z.)

Paris, 25 Mai. Erzherzog **Ferdinand** reist Dinstag oder Mittwoch von hier nach Brüssel und dem Haag. (B.-Z.)

* **Paris**, 25. Mai. Morgen wird auf dem Stadthause zu **Lyon** das große Bankett stattfinden, welches die Stadt den Offizieren der Division Failly gibt.

* **Paris**, 25. Mai. Zur **Tauffeier** des kaiserl. Prinzen (die, wie man glaubt, auf den 12. Juni festgesetzt ist) wird an der Façade der Notre-Dame-Kirche eine Vorhalle für die Equipagen des kaiserl. Cortège aufgestellt. Diese Vorhalle wird eine Teppich-Dekoration vorstellen, auf welcher die Tugenden, kenntlich an den Attributen auf ihren Schildern, abgebildet seyn werden; die beiden Hauptpfeiler dieses Vorbaues werden die Statuen Charlemagne's und Napoleon I. tragen. An beiden Seiten werden zwei Baldachine angebracht; an den Stangen wehen grüne Flaggen mit goldenen Bienen. Am Eingange des Schiffs unter der Orgel wird eine Tribune für 300 Musiker errichtet. Von unten wird diese Tribune ein reich dekorirtes Vestibul bilden, wo der Kaiser und die Kaiserin vom Erzbischof von Paris und seinem Kapitel empfangen wird Im Schiffe selbst werden zu ebener Erde Tribunen für die Staatskörper hergerichtet, während in der Mitte des Kreuzgangs eine sechs Stufen hohe Estrade aufgestellt wird. Auf dieser Estrade werden die Throne II. MM., das Taufbecken, der Thron des apostolischen Nuntius, die Stühle der kaiserl. Prinzen und Prinzessinen, der Bischöfe und Kardinäle, Marschälle und Minister angebracht seyn. Das diplomatische Korps, der Senat, der gesetzgebende Körper, der Staatsrath, die auswärtigen Prinzen, die Hofdamen, die Damen vom diplomatischen Korps und der Minister werden in beiden Seitengängen und die Eingeladenen auf den Gallerien Platz finden. Es sind dies so ziemlich die bei der Taufe des Königs von Rom und des Herzogs von Bordeaux angenommen gewesenen Dispositionen.

Aus **Paris**, 25. Mai, wird der „D. A. Z." geschrieben: „Es bleibt immer ein charakteristisches Zeichen, daß, wie die offizielle Kriminalstatistik beweist, seit 1851 die Verfälschungen um 15 pCt., qualifizirte Diebstähle um 24 pCt., Brandstiftungen um 31 pCt und betrügerische Bankrotte um 66 pCt. zugenommen haben. Diese Zunahme bei Abnahme z. B. von Todtschlag 2c. ist keine Zufälligkeit, sie beweist, in welcher Richtung die Leidenschaften zu einer Ueberschreitung der Gesetze und der Moral hindrängten. Die Tendenz der Zeit, die Voreingenommenheit Frankreichs spricht sich in dieser Thatsache aus. Was Wunder also, wenn die Regierung, welche sich des industriellen Rausches zur Ableitung von gefährlichen Ideen, d. h. von der Politik, denn alle Politik ist dieser Regierung gefährlich, mit soviel Glück bedient hat, nun selbst auf das Verderbliche, das sich in dieser allgemeinen Krankheit der Agiotage ausspricht, aufmerksam wird? Hofrücksichten ebensowohl, als Rücksichten der allgemeinen Moral bestimmten den Kaiser, dem Schwindel wenigstens in den höchsten Kreisen ein Ende zu machen. Der Kriminalausweis des Herrn Abatucci thut dar, daß es in den tiefer gelegenen Schichten nicht besser aussieht. Die Ernennung des **Grafen Morny** zum Botschafter in Rußland hat gar keinen anderen Grund als den, diesen seiner Stellung nach so angesehenen Mann den Kreisen der Spekulation zu entreißen. Die Ernennung zu einem so wichtigen Posten hat aber nothwendigerweise die Kritik verschiedener europäischer Organe hervorgerufen, die dem Grafen seine industrielle Thätigkeit vorwarfen, der er seine Auszeichnung hauptsächlich verdankt. Graf Morny hat diese Kritiken sehr übel genommen und gewisse, allerdings scharfe Charakteristiken haben ihn besonders verletzt. Der französische Botschafter hat aber in diesen Angriffen auf seine Person keine bloßen Mittheilungen von vielleicht nicht ganz wohlunterrichteten Korrespondenten erblickt; er vermuthete die Mitschuld des Ministers des Innern dahinter. Die Minister und hohen Beamten wissen zu gut, was sie von ihrer gegenseitigen Freundschaft zu halten haben, als daß ein solcher Verdacht überraschen könnte. Graf Morny machte Herrn Billault eine so lebhafte Scene, daß dieser sich beim Kaiser beklagte und ihm seine Entlassung einreichte. Napoleon III. wies diese zurück und beruhigte seinen Minister mit den Worten: „Lassen Sie das auf sich beruhen; was ist Morny — Morny ist nichts und mein Wille Alles." Mit der Entfernung des Grafen Morny vom Schauplatz der industriellen Operationen gewinnt der Kaiser zwar freiere Hand gegen die Mitglieder der offiziellen Welt, die sich von den Verlockungen der Agiotage hinreißen lassen; aber in die Sache selbst kommt dadurch keine wesentliche Veränderung. Der Anstoß ist zu kräftig gewesen, die Kreise geistiger Thätigkeit, das polit. Schlachtfeld sind zu unerquicklich geworden, als daß die Gesellschaft den Abhang wieder hinaufgehe, den sie noch nicht ganz hinabglitt. Jeder Tag bringt neue Plane. Die Spekulation zieht Alles in ihre Kreise und es darf daher nicht befremden, wenn auch die Organe der Oeffentlichkeit, welche in den Händen geschickter Feldherrn den industriellen Absichten derselben so zweckdienlich seyn können, an die Reihe kommen. Das Beispiel des Herrn Mirès mit „Constitutionnel" und „Pays" hat gezeigt, daß auch auf diesem Wege manches zu machen ist und die Gesellschaft, welche die „Independance belge" an sich gekauft, will einen Schritt weiter in dieser Richtung machen. So will im Interesse ihrer Spekulationen das „Journal des Debats" hier, das „Morning

Chronicle" in London, ein Berliner, ein Wiener Journal und endlich das „Journal de Constantinople" an sich bringen. Die Unterhandlungen mit dem „Journal des Debats" haben bereits begonnen und, wie man sagt, scheint auch die hiesige Regierung Absichten auf dieses Blatt gehabt zu haben. Sie würde sich aber gern vor der Gesellschaft der „Independance belge" zurückziehen, da sie keine systematische Feindseligkeit von derselben zu befürchten hätte." (D. A. Z.)

Italien.

Rom, 19. Mai. Vorgestern haben die Carmeliter ihr Generalkapitel gehalten. Zum Generalminister ward P. Hieronymus Priori gewählt. Derselbe leitete den Orden schon seit zwei Jahren unter dem Titel eines Vicars. (Deutschl.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 14. Mai. Die Reise des Kaisers nach Warschau gibt Veranlassung zu verschiedenen Folgerungen und Vermuthungen über ihren Zweck; doch darüber, mit welchen Gnaden und Erlassen der Kaiser nach Polen geht, wissen selbst die dem Hofe nahe stehende Personen sehr wenig. Sollte indessen der Kaiser beabsichtigen irgend einen Gnadenakt zu erlassen, so ist es auch in dieser Hinsicht sehr schwer zu behaupten, daß derselbe während der Anwesenheit des Kaisers erfolgt. Das Sicherste ist es, daß der Kaiser zuvörderst mit dem Fürsten Gortschakoff über die Natur des Gnadenakts berathschlagen will. (D. Allg. Ztg.)

Warschau, 24. Mai. Gestern Abend ist der Kaiser von Rußland hier eingetroffen. Mit Einbruch des Abenddunkels begann die überaus glänzende Illumination. Der Aufenthalt des Kaisers in der polnischen Hauptstadt ist auf 10 Tage und die Rückreise nach St. Petersburg auf den 2. Juni festgesetzt. (P. C.)

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin. Der Kapellmeister Dorn hat eine neue Oper: „Ein Tag in Rußland", beendet. Der Text ist von Grünbaum nach dem Französischen bearbeitet. (Nat.-Ztg.)

Stuttgart, 24. Mai. Eine neue Aktiengesellschaft, welche mit einem Kapital von einer Mill. Gulden eine große Kammwollgarnspinnerei in Bietigheim am Neckar gründen will, hat dieser Tage ihr Programm veröffentlicht und ladet zur Unterzeichnung auf die Aktien zu 1000 fl. ein. (N. K.)

Am vergangenen 20. Mai wurden vor einer Kommission in Turin die offiziellen Proben mit dem „Bonellischen Lokomotiven-Telegraphen" vorgenommen. Dieselben fielen zu allseitiger Zufriedenheit aus. (Schw. M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 28. Mai. Oesterr. National-Metalliques wurden anfangs etwas billiger abgegeben, hoben sich jedoch im Laufe der Börse und schlossen fest; auch Darmstädter Bankaktien beider Gattungen wurden besser bezahlt.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 797 bis 799. — Industrieaktien von der Gesellschaft St. Paul 620. — Elisabeth-Bahn 112—½—⅜. — Lombardische Bahnen 131.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1309P. 1304G. Neue Bankaktien 437 P. 433 G. Credit-Actien à 5pCt 245 P. 243G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 81 P. 8 ¾ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 91 P. 90¾ G. Metall. alte à 5pCt. 82¼ P. 81¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88 G.; à 4½pCt. 72½ P. 72¼ G.; à 4pCt. 61¾ P. 61¼ G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 — —P. — —G. à fl. 250 von 1839 129½P. 129 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105½P. 105 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 313 P. 311 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¼ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 101 P. 100½G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 107½ P. 107 G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 154¼ P. 153¾G. Neustadt-Weissenb. 117 P. 116½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117½P. 117G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89½ G.; 4½pCt. — P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81 P. 80½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 40⅝ P. 40⅛ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63½ P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112¼P. 112¼G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 389P. 387 G.; junge 337 P. 335 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 107⅛P. 106⅝G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89⅝ P. 89⅛ G., Loose à fl. 25 31¾P. 31½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 122½ P. 122 G.; Taunus-Aktien 319 P. 317 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. 82½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial —P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 560 P. 555 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41¼ P 41 G.; 1pCt. neue 25 9/16 P. 25 7/16 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119⅜P. 119⅛G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250k.S. 101¼P 101G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¾P. 93½G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝P. 93⅜G.
Brem. 50Thlr. Lsd. kS 97P. 96¾G.	Wien fl. 100C. k.S. 117P. 116¾G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88¾P 88½G.	Wien 3 M. mit 4% 116½P. 116¼G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104¾P. 104½G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 27. Mai. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87¾ G.; 4pCt. 93¾ G.; 4½pCt. 100¾ P.; 5pCt. letzte Emission 102¼ P.; 5pCt. dritte Emission 100½ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94¾ P.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 784 P., 780 P.

Antwerpen, 23. Mai. Getraide still. Waizen matter, roth inländ. fl. 19¾ per 80 Kil. bezahlt. Roggen fest, amerik. fl. 11⅛ a 11¼ per 70 Kil. Haier gesucht, 19 frs. per 100 Kil. bezahlt und geboten.

Kaffee sind 300 B. Bahia und 500 B. Java begeben.

Reis 1200 B. geschälten Arrakan verkauft.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 27. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Das Monument des hochseligen Königs Max Joseph war heute, an dessen 100jährigem Geburtsfeste, zugleich der Geburtstag der Verfassung, auf die prachtvollste Weise mit Blumen geschmückt. Die kgl. Familie feierte den Tag im Familienkreise bei König Ludwig und die Abgeordneten waren zu einem Festmahle im Bayerischen Hof versammelt. Der hiesige Magistrat feierte den Tag, indem die heutige Sitzung mit einer auf das Feier bezüglichen Anrede des I. Bürgermeisters eröffnet wurde und auf seine Veranlassung die prachtvolle Ausschmückung des Monuments des unvergeßlichen Fürsten erfolgt war.

** **München**, 27. Mai. (Privat-Korrespondenz.) **75. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Abg. Fürst Wallerstein will der Werrabahn nicht entgegentreten, wenn er die bestimmte Versicherung erhält, daß dadurch der Bau der Rhönbahn nicht gefährdet werde. Abg. Th. Wagner hebt die Wichtigkeit der Werrabahn hervor und Abg. Neuffer erörtert ebenfalls die Wichtigkeit und den Werth dieser Bahn.

Der kgl. Ministerpräsident verbreitet sich dann über den Rechtspunkt, indem er umfassend erörterte, daß der Vertrag von 1845 und das Gesetz von 1846 noch zu Recht bestünden und Bayern jedenfalls die Verbindlichkeit habe, bis zur Gränze zu bauen.

Abg. Crämer ist gegen den Gesetzentwurf; er will erst den Bau der Werrabahn bis zur bayerischen Gränze völlig gesichert wissen und glaubt, daß es dann noch Zeit sey, wenn bezüglich der Bahn von Lichtenfels erst dem nächsten Landtage Vorlagen gemacht würden.

Abg. v. Lerchenfeld bestreitet, daß der Vertrag von 1845 noch zu Recht bestehe und erörtert in sehr umfassender Weise die Ansicht, daß, wenn die Kammer die drei ersten Artikel nach den Anträgen des Ausschusses annehme, sie alles thue, was man loyal von ihr verlangen könne, daß er aber dem Art. 4 (eventuell Bau durch den Staat) nicht beistimmen könne.

Nachdem Abg. Stauber nochmals die Vortheile der Rhönbahn dargelegt hatte, schloß nach einigen Bemerkungen der Abgg. Fürst Wallerstein, Käfferlein, Pfaff und des Referenten die Debatte, worauf nochmals der k. Ministerpräsident das Wort nahm, um die hohe Wichtigkeit der Werrabahn für Bayerns Handel, Industrie und Verkehr hervorzuheben und die Ansicht darzulegen, daß nur durch die Annahme des Regierungsentwurfs das Zustandekommen des ganzen Unternehmens außer Zweifel trete, die Annahme der Ausschuß-Anträge aber nur die Möglichkeit hiefür gebe. Die Regierung, erklärte der Hr. Ministerpräsident, sey gegen

die Thüringer Staaten keine Verpflichtung eingegangen, welche sie hindere, den Bau der Rhönbahn zu konzessioniren, die Konzession werde vielmehr erfolgen, sobald man sich über die Detailfragen geeinigt habe. Die Werrabahn verliere nicht an Interesse durch die Rhönbahn, es sey vielmehr der Bau beider von Interesse für das Land.

Die Kammer ging dann zu den einzelnen Artikeln und ohne wesentliche Debatte wurden die Art. 1—3 nach dem Antrage des Ausschusses und hierauf auch dessen Art. 4, nachdem sich Frhr. v. Rotenhan für, v. Lerchenfeld nochmals gegen und dann der Referent und der k. Ministerpräsident für denselben erklärt hatten, angenommen. Die Annahme des ganzen Gesetzentwurfs nach dem Ausschußantrage erfolgt dann mit 96 gegen 30 Stimmen. Der vom Ausschusse beigefügte Wunsch: Se. Maj. der König wolle allergnädigst anzuordnen geruhen, daß auf den Fall des Baues der Bahnstrecke von Lichtenfels zur Landesgränze durch den Staat wenigstens der Betrieb derselben an eine Privatgesellschaft, womöglich an dieselbe, welche die Werrabahn betreibt, pachtweise überlassen werde"; dann ein Wunsch des Abg. Schlör, der die Einleitungen zu dem möglichen Bau einer Zweigbahn über Kronach nach Stockheim bezweckt, wurde hierauf ebenfalls und ohne Debatte angenommen, womit die Sitzung schloß.

Karlsruhe, 26. Mai. Für die projektirte Eisenbahn durch den Odenwald nach Würzburg sind etwa 9 Vorschläge vorhanden. Herr Baurath Keller von Karlsruhe ist von der großherzoglichen Staatsbehörde beauftragt, dieselben, wenigstens die Hauptlinien, einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen. (Schw. M.)

Meiningen, 26. Mai. Der Sturm in unserm Landtage über die Ausführungsverordnung zu den Bundesbeschlüssen von 1854 über die Presse, war ein Sturm in einem Glase Wasser, da der Ausschuß des Landtags seinen Hauptvorschlag: „die Einziehung der im §. 2 des Bundesbeschlusses gedachten Gewerbskonzession soll lediglich durch gerichtliches Erkenntniß erfolgen" wieder zurückgenommen. Es steht nun auch bereits die mit dem Landtage vereinbarte Ausführungsverordnung in dem neuen Gesetzblatte und kann nach demselben die Konzession auf administrativem Wege entzogen werden, wenn eine zweimalige Warnung vorausgegangen. Außerdem sind alle Uebertretungen der im Bundesbeschlusse bezeichneten Vergehen und Verbrechen mit respektiven polizeilichen und Kriminalstrafen bedacht. (Nat. Ztg.)

Kopenhagen, 26. Mai. An Stelle des Obrist v. Lüttichau ist der Major Lundbye, früherer Direktor für das Material der Armee, zum Kriegsminister ernannt worden. (T. D. d. Nat.-Ztg.)

Stockholm, 17. Mai. Man hält es für ausgemacht, daß der Prinz Napoleon diesen Sommer unsere Hauptstadt besuchen wird. Wie wir erfahren haben, wird der Prinz unmittelbar nach der Taufe des kaiserlichen Kindes eine (wie es heißt) wissenschaftliche Reise nach Island, Norwegen und Schweden antreten, und zwar an Bord des Dampfers „Reine Hortense", desselben, worauf der Marschall Baraguey d'Hilliers nach Stockholm kam, zuerst Island besuchen, dann verschiedene Punkte an der norwegischen Küste (auch Finnmarken) anlaufen, später Christiania einen Besuch machen, und endlich nach Gottenburg gehen, von wo er auf einem kleineren Fahrzeug, welches zu diesem Zweck den genannten Dampfer begleitet, die Reise per Kanalroute nach Stockholm fortsetzen wird. Mehrere Wissenschaftsmänner und Artisten werden ihn begleiten, unter welchen Le Play genannt wird, Generalsekretär in dem Komite für die Pariser Ausstellung im vorigen Sommer, ferner Bixio, der bekannte Republikaner, Minister unter der Republik, nebst Aerzten, Naturforschern u. s. w. (A. Z.)

London, 27. Mai. Der heutigen „Morning Post" zufolge hat sich der amerikanische Staatssekretär, Herr Marey, geweigert, der amerikanischen Handelsflotte bestimmte Anweisungen über ihr Verhalten in Bezug auf den Sundzoll zu geben. Er stellt es dem Ermessen eines jeden Kapitäns anheim, ob er den Zoll bezahlen will oder nicht. (T.D.d.K.Z.)

London, 28. Mai. In der Nachtsitzung des Oberhauses vom Montag erwiderte, auf eine Anfrage des Lords Lyndhurst, Lord Clarendon: Das Gerücht, die österreichischen Truppen würden mit Einwilligung der Türkei in den Fürstenthümern verbleiben, werde in den Mittheilungen Lord Stratford's nicht erwähnt. Er hoffe auf sofortige Räumung, behufs der Herstellung freier Meinungsäußerung in den Fürstenthümern über deren künftige Regierung. Die jetzigen Hospodare würden nach Erlöschung ihres Amtes nicht wieder gewählt. — Auf Englands Vorschlag wegen der Wahl von Schiedsrichtern schulde Amerika noch die Antwort. — Der Giftmischer William Palmer wurde von dem Centralgerichtshof für schuldig befunden. (T.D.d.Fr.J.)

Rom, 19. Mai. Es ist noch nicht lange her, daß ein unter dem stolzen Namen eines Fürsten Altieri reisender Pseudoprälat nicht wenige sonst vorsichtige Bischöfe Italiens, Ungarns und Deutschlands durch Ertheilung vorgeblich ihm von Sr. Heiligkeit dem Papst eigens übertragener spezieller Prärogativen, Dispense, Indulgenzen u. dgl. täuschen, und die Erkenntlichkeit der Betrogenen für seine Börse stark ausbeuten konnte. Schamlosigkeit und freche Stirn haben seitdem in dieser Beziehung auch in Amerika das übrige geleistet, hier und dort aufs neue auch in Europa, und sogar apostolische Breven des abenteuerlichsten Inhalts — von denen man hier bis zum Augenblick nichts wußte, wo sie von diesem oder jenem verdachtschöpfenden apostolischen Vikar nebst ähnlichen verbrieften und untersiegelten Papieren hieher eingesandt wurden — durch die Winkelpresse verbreitet. Zur Steuer dieses Unwesens ist heute allen bischöflichen Kurien der kathol. Christenheit eine ausführliche Weisung geworden. (Allg. Z.)

Turin, 21. Mai. Die „Armonia" bringt eine umfassende Denkschrift des römischen Hofes, welche sich gegen die beiden sardinischen Noten wendet, die den verbündeten Mächten in Paris überreicht wurden. Das „Risorgimento" meint, daß dieser Apologie bald eine andere werde folgen müssen. Die identische Note Frankreichs und Oesterreichs sey in Rom *bereits* überreicht und der päpstliche Stuhl werde auch darauf die *Antwort* nicht schuldig bleiben dürfen. (Nat.-Z.)

Aus Turin, 23. Mai, wird dem „Schw. M." geschrieben: „Wir müssen hier in auswärtigen Blättern lesen, daß die italienische Frage die Geister überall mehr in Bewegung setzt als in Italien selbst, und daß die Völker der Halbinsel sich um das fernere Schicksal derselben wenig oder gar nicht kümmern. Sollte diese vielleicht nicht ohne Absicht verbreitete Ansicht Glauben gefunden haben, so befände man sich in einem sehr traurigen Irrthum, der um so gefährlicher wäre, als er geeignet erscheint, die erwachte Theilnahme Europas für dieses schöne aber wirklich unglückliche Land einzuschläfern und dasselbe sich selbst, und damit den blutigsten Kämpfen zu überlassen. Man muß nicht in Italien gelebt haben, nein! man muß jetzt *darin* leben, um dieses Drängen und Wogen zu begreifen, das vom Aetna bis zum Monte Rosa die Halbinsel durchzieht. Es gibt keinen Winkel in Italien, wo man nicht unablässig an eine Umwälzung der Geschicke des Landes denkt und daran arbeitet. Kommen doch täglich von Sizilien, von Neapel, von Rom, von Toskana, von Parma, von Modena, aus der Lombardei und aus Venedig die schlagendsten Beweise der herrschenden Aufregung. Will man aber den Zustand des Landes nach dem Verhalten der Presse beurtheilen, so heißt dies einem, der auf der Folterbank liegt, das Gefühl absprechen, weil er, einen Knebel im Munde, keinen Schmerzen keinen Laut zu geben vermag. — In Mailand ist die Stimmung eine sehr gereizte. Trotz aller polizeilichen Vorsicht sieht man sehr oft des Morgens die Straßenecken mit Maueranschlägen beklebt, welche das Volk zur Wachsamkeit und Bereitschaft auffordern und gewöhnlich mit dem Refrain schließen: Evviva Vittorio Emanuele! Evviva l'independenza italiana. — Aus Parma lauten die Nachrichten immer noch betrübend. Arrestationen folgen auf Arrestationen, und wenn auch wieder der Eine oder der Andere freigelassen wird, so wird für diese wieder ein halbes Dutzend Anderer eingezogen. Im Ganzen sollen gegenwärtig noch über 300 Personen gefänglich eingezogen seyn. — Nach Briefen aus Rom wäre dem hl. Vater nahezu wieder ein Unfall begegnet. Als derselbe neulich nach dem Palazzo Firenze fuhr, um dem anwesenden Großherzog von Toskana seinen Gegenbesuch abzustatten, stürzten zwei von den sechs Pferden des päpstlichen Staatswagens, deßgleichen zwei Pferde von der ihn begleitenden Nobelgarde und zwei von den nachfolgenden päpstlichen Dragonern, zusammen sechs. Obgleich kein beklagenswerther Unfall damit verbunden war, so kann man sich doch denken, welch' fatalistischen Eindruck diese sich wiederholenden Vorkommnisse auf die empfängliche Phantasie der Römer hervorbringen."

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 149.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 30. Mai 1856

Deutscher Bund.

Bayern. In einem Münchener Briefe in der „Allg. Z." heißt es, daß die Frage über Konzessionirung der bayerischen Kredit-Anstalt in Augsburg nun bald zur Entscheidung kommen dürfte. Die bisherige Verzögerung war eine Folge der Finanzpolitik, da es nicht räthlich schien, zugleich mit dem Eisenbahnanlehen und der Emission der Ostbahnaktien noch ein drittes Papier gleichzeitig an die Börse zu bringen. Auch war die Thätigkeit der Regierung durch die Kammerverhandlungen, und namentlich durch die Budgetangelegenheit in letzter Zeit so angestrengt worden, daß sie im Drang der Tagesgeschäfte kaum Athem schöpfen konnte. Die bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank soll in ihrem verlangten Gutachten im Allgemeinen zwar gegen die Kreditanstalten sich ausgesprochen, insbesondere aber dem Augsburger Projekt ausnahmsweise ihren Beifall zugestanden haben.

Die Verordnung, „die Erlassung einer neuen bayerischen Pharmacopoe betr." lautet: „1) Die neue Pharmacopoe bildet fortan die Grundlage für die Vorlesungen über Pharmazeutik in den öffentlichen Lehranstalten des Landes, für die Prüfung der Kandidaten der Medizin und Pharmazie, für die Visitation der Apotheken, für die Lösung der einschlägigen, bei den Medizinalbehörden des Landes sich ergebenden Fragen und bei ärztlicher Beurtheilung des Inhaltes und der Wirkungen der Heilkörper nach ihren konstitutiven Theilen und ihrer Beschaffenheit. 2) Die neue Pharmacopoe hat als Norm für die Wahl der Arzneikörper und für die Zubereitung der Arzneimittel in allen bayerischen Apotheken zu dienen. 3) Die Apotheker Bayerns haben die in der neuen Pharmacopoe aufgeführten Präparate in der Regel selbst zu bereiten, und dürfen sie, wenn sie daran gehindert sind, nur von einem andern inländischen Apotheker beziehen. 4) Mittel, für welche keine Bereitungsart in der neuen bayerischen Pharmacopoe vorgeschrieben ist, sowie die in chemischen Fabriken und chemisch-pharmazeutischen Laboratorien bereiteten Mittel dürfen unter Verantwortlichkeit der Apotheker für ihre Güte und Aechtheit aus den betreffenden Anstalten bezogen werden. 5) Verordnet ein Arzt größere Gaben eines Arzneimittels, als die in Ziffer 4 des Anhanges der neuen Pharmacopoe als die höchsten aufgeführten ohne Hinzufügung des Zeichens [!], so ist der Apotheker verpflichtet, sich darüber mit dem Arzte vor Abreichung des Arzneimittels zu benehmen. 6) In jeder bayerischen Apotheke ist wenigstens ein Exemplar der neuen Pharmacopoe stets bereit zu halten. 7) Die neue bayerische Pharmacopoe tritt mit dem 1. Januar 1857 in Wirksamkeit und erlöscht mit diesem Zeitpunkte die Giltigkeit der Bestimmungen der bisherigen bayerischen Pharmacopoe. München, den 26. April 1856. Max. Graf v. Reigersberg."

Nach der von Sr. Maj. genehmigten Abänderung lauten die §§. 67, 70 und 71 der Statuten der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank nunmehr, wie folgt: „§. 67 Als Unterpfand dieser Sola-Wechsel nimmt die Bank an: 1) Waaren, die nicht Gefahr bringen, dem Verderben nicht ausgesetzt sind, keinen zu großen Raum einnehmen; 2) Pretiosen von Edelsteinen, Gold und Silber; 3) Staatspapiere, die auf den Börsen von München oder Augsburg notirt oder negozirt werden; 4) Volleinbezahlte Aktien oder Obligationen industrieller Unternehmungen, welche pari oder darüber an den Börsen von München oder Augsburg notirt sind; 5) Aktien oder Obligationen bayerischer Privat-Eisenbahn-Unternehmungen, welche sich einer Zinsengarantie des Staates erfreuen, insoferne dieselben mindestens zu 50 pCt. ihres Nominal-Betrages einbezahlt sind und an den Börsen von München oder Augsburg pari oder darüber notirt sind. §. 70. Staatspapiere werden nur zu 80 pCt. des börsenmäßig notirten Kurses angenommen, wenn sie entweder auf den Inhaber (au porteur) lauten, oder auf die Bank übergetragen oder umgeschrieben sind. Volleinbezahlte Papiere von industriellen Unternehmungen oder Eisenbahngesellschaften werden unter obiger Voraussetzung zu 90 pCt. ihres Nominalbetrages, theilweise und zu mindestens 50 pCt. einbezahlte Eisenbahnpapiere aber nur zu 66⅔ pCt. des einbezahlten Betrages als Unterpfand angenommen. — §. 71. Wenn der zur Zeit der Hinterlegung bestandene Unterpfandswerth bei Staatspapieren oder theilweise einbezahlten Eisenbahnpapieren um 10 pCt., bei voll einbezahlten industriellen oder Eisenbahnpapieren aber um 5 pCt. sinken sollte, so hat die Bank den Hinterleger zu einem Sicherheitszuschusse bis zu dem Betrage des gesunkenen Werthes aufzufordern und kann dieser Zuschuß sowohl in Staats- als industriellen- und Eisenbahnpapieren — nach den im §. 70 statuirten Maßen — geleistet werden. Bei einem jedesmaligen ferneren Sinken des hinterlegten Effektes um 10 pCt. und resp. 5 pCt. muß die Ergänzung stets auf die nämliche Weise erfolgen.

Preußen. Berlin, 27. Mai. Der Kaiser Alexander von Rußland gedenkt, dem Vernehmen nach, in Begleitung des Kronprinzen von Württemberg nebst Gemahlin am Donnerstag Abend von Warschau hier, bezügl. in Sanssouci, einzutreffen. Die Dauer der Anwesenheit wird sich, wie verlautet, nur auf einige Tage erstrecken. (Nat.-Ztg.)

Sachsen. Bautzen, 23. Mai. Vor einigen Jahren zog eine bedeutende Anzahl Bewohner hiesiger Gegend unter Anführung eines gewissen J. Zwahr, welcher für das tausendjährige Reich schwärmte, nach Australien. Dort wurde ein großer Theil der mit ihm hinüber gelangten Auswanderer dahin disponirt, eine Kolonie zu gründen, welcher später der Name „Israel von Eben-Ezer" beigelegt und woselbst eine Kirchengemeinde mit eigenen besonderen Satzungen errichtet wurde. Zwahr, welcher unter dem Namen eines Hohenpriesters das dasige Kirchenwesen leitete, hatte endlich auch die Beschneidung eingeführt und es scheint, als wenn sich seine Gemeinde dieser Einrichtung ohne sonderliches Widerstreben unterworfen habe, da von dem Treiben in derselben nichts zur Oeffentlichkeit gelangte. Endlich hat dasselbe nach einem aus Adelaide hierher gesendeten Schreiben vom 13. Febr. d. J. dadurch seine Endschaft erreicht, daß sich ein Gemeindemitglied, Namens Schmidt und aus Kortnitz bei Weißenberg gebürtig, der ihm zugedachten israelitischen Circumcision widersetzte und deßwegen von dem Gemeindeoberrichter zum Tode durch Steinigung verurtheilt wurde. Es gelang ihm aber nach Adelaide zu entfliehen und dort die ganze Angelegenheit vor das Landesgericht zu bringen, welches hierauf den Hohenpriester und Oberrichter von Eben-Ezer nach Adelaide bringen ließ und den Ersteren zu einer Strafe von 1500 Pfd. St. oder 20 Jahre Strafarbeit und Letzteren zu einer Strafe von 2000 Pfd. St. oder 25 Jahren Strafarbeit verurtheilte. Die Gemeinde von Eben-Ezer gibt sich nun alle Mühe dieses Geld zusammen zu bringen. Sie hat daher sämmtliche Grundstücke versetzt, bis zu Abgang des erwähnten Schreibens aber erst 2000 Pfd. St. zusammengebracht, und es war daher ungewiß, ob nicht wenigstens einer der Verurtheilten würde seine Strafe antreten müssen. (Dr. J.)

Kurhessen. Der vielversprechende junge Bildhauer Hassenpflug von Kassel, ein Sohn des früheren Ministers, geht jetzt, nachdem der ministerielle Vorschlag, ihn als Professor an der kurhessischen Akademie der zeichnenden Künste dem Lande zu erhalten, abgelehnt worden ist, mit Subvention des Königs von Preußen nach Italien zur Vollziehung eines ihm vom Könige zu Theil gewordenen Kunstauftrages. (Nat.-Ztg.)

Sachsen-Meiningen. Meiningen, 25. Mai. Das von dem Landtag in seiner vorgestrigen Sitzung erledigte Gesetz

in Betreff der staatsbürgerlichen Rechte der Juden ist von Sr. Hoh. dem Herzog sanktionirt und veröffentlicht worden. (Fr. J.)

Oesterreich. Wien, 25. Mai. Wie man der „Bresl. Ztg." schreibt, hat die letzte Ermäßigung verschiedener Eingangszölle die Industriellen sehr gegen Hrn. v. Bruck eingenommen. Man habe sich nicht mit leeren Klagen und Deputationen begnügt, sondern man sey noch weiter gegangen und habe eine Denkschrift ausgearbeitet, worin das Schädliche niedriger Zölle nachgewiesen und die Erklärung abgegeben wurde, daß mit der Herabsetzung der Zollgebühren Oesterreich seine „naturgemäße" Stellung aufgegeben habe. Das wird aber nichts helfen. Hr. v. Bruck ist nicht der Mann, der sich durch solches Geschrei beirren läßt. Einmal muß doch der Anfang gemacht werden.

Schweiz.

Bern, 24. Mai. Der Bundesrath hat dieser Tage das Budget der Eidgenossenschaft für das Jahr 1857 festgestellt; es ergibt 16,359,000 Fr. Einnahmen bei 15,895,000 Fr. Ausgaben, somit einen muthmaßlichen Ueberschuß von nahe einer halben Million. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 25. Mai. In der Parlamentssitzung vom 22. wurden von der Regierung Erklärungen in Bezug auf projektirte Verbindungsmittel Englands mit Ostindien und Australien gegeben. Auf Anfrage Lord Stanley's erklärte Vernon Smith: der Regierung seyen folgende Entwürfe zur Beschleunigung der Verbindung mit Ostindien vorgelegt: der Entwurf einer Eisenbahn von Seleucia nach einem Punkt am Euphrat; einer von Belgrad nach Konstantinopel, ferner durch die asiatische Türkei zum Euphrat, denselben abwärts bis Bassora; einer Telegraphenlinie von Alexandrien zum rothen Meer und von dort zu Land nach Ostindien; einer andern Telegraphenlinie von Seleucia zum Euphrat, und dem Fluß abwärts bis Bassora. Letzterer Entwurf sey von einer bedeutenden Autorität, Dr. O'Shaughnessy, der Regierung vorzugsweise empfohlen, weil diese Linie mehr Vortheile als die andere biete. Was die Eisenbahnen betreffe, so könne die Regierung nicht eher ihren Beistand zusagen, als bis auch die Einzelnheiten der verschiedenen Plane ihr vorgelegt seyen; hinsichtlich der Telegraphenverbindung nach Alexandrien habe sie geantwortet: sie werde nicht eher eine Meinung darüber aussprechen, als bis der Telegraph Alexandrien erreicht habe; sie wolle jedoch den andern Plan in sorgfältigen Betracht ziehen, da sie die Verbindung mit Indien in jeder Weise zu befördern strebe. — Hinsichtlich der Einrichtung einer schnelleren Verbindung zwischen England und Australien erklärte Wilson: ein Entwurf hierüber sey beinahe vollendet; in wenigen Tagen würden die öffentlichen Aufforderungen zu Angeboten hinsichtlich der Uebernahme bekannt gemacht werden.

Frankreich.

Paris, 24. Mai. „Es ist ärger", sagt heute das Organ des Credit mobilier, „als zu Laws Zeiten; nur die Träume von Tausend und einer Nacht kann man mit dem vergleichen, was man heute sieht. Wie aber Schranken setzen, wenn sonst vernünftige Personen die Aktien des Credit mobilier auf 3000 Frs. hinauftreiben möchten, troß der Warnung von dieser Anstalt selbst? — „Das Industriefieber", sagt das Organ einer anderen Finanzmacht, „ist gebrochen. Wenn es so fortgeht, werden wir uns bald überstürzt haben. Es ist die höchste Zeit, daß ein Gesetz den Mißbräuchen der Kommandite-Gesellschaften Einhalt thue." — Hinter diesen sehr begründeten Jeremiaden steckt eine ziemliche Portion Aerger. Da nämlich eine Kommandite-Gesellschaft keiner obrigkeitlichen Bewilligung bedarf, so haben sich ein paar Bankhäuser zusammengethan, um am Platze selbst in jener Form und mit einem Kapital von 100 Millionen einen zweiten Credit mobilier zu gründen, dessen erste Emmission von 25 Millionen in wenigen Tagen außerhalb der Börse untergebracht wurde. Mit Hülfe derselben Form der Kommandite entstehen von allen Seiten neue Gesellschaften, welche um so schneller ihr Kapital auch außerhalb der Börse zusammenbringen, als die Regierung an ihr eigenes Versprechen, keine Konzessionen für größere Aktienunternehmungen zu ertheilen, gebunden ist. (H. N.)

Paris, 27. Mai. Heute Vormittag hielt der Kaiser zu Ehren seiner Gäste, des Erzherzogs Ferdinand Maximilian und des Prinzen Oskar von Schweden, über die ganze Garnison von Paris und die Kaisergarde auf dem Marsfelde eine große Revüe. Es mögen ungefähr 30,000 Mann in Schlachtlinie aufgestellt gewesen seyn. Der Erzherzog Ferdinand Maximilian sprach sein Wohlgefallen über die vortreffliche Haltung dieser Truppen, die größtentheils den Russen in der Krim gegenüberstanden, gegen den Kaiser aus. (Fr. Pstz.)

Mehrere Tabak-Bureaux von Paris wurden wegen Schmuggels geschlossen. (Allg. Z.)

Man schreibt aus Boulogne sur mer, daß während dieses Sommers nur die beiden Lager von Wimereux und Honvault bezogen und im Monat Oktober sodann die Baracken aller vier Lager eingerissen und die Materialien verkauft werden sollen. Diese Aufhebung der Nordlager ist einerseits Folge des Friedens, andererseits einer neuen Repartition der Truppen im Kaiserreich. (A. Z.)

Italien.

Turin, 28. Mai. Nach Berichten aus Spezzia hat sich der Präsident des Appellhofes zu Massa (im Parmesanischen) Sig. Nardini, geflüchtet, um einer Rache zu entgehen, welche sich ihm durch die gewöhnlichen Drohbriefe ankündigte.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Aus Adrianopel wird berichtet, daß es in Philippopolis zu ernsten Ruhestörungen kam und die Christen von den Türken beunruhigt wurden. Man hat über diesen Vorfall im Publikum noch keine Details, glaubt aber, daß die Sache überhaupt nicht so ernst gewesen sey, als dies die Griechen im Voraus behaupten. Daß übrigens die Intoleranz nicht immer auf Seite der Türkei ist, ja man oft bei dem unklugen und herausfordernden Auftreten der Griechen ihre Mäßigung bewundern muß, geht abermals aus einem Vorfalle hervor, der sich in der kleinen Stadt Volo in Albanien ereignete. Am 27. April, dem griechischen Osterfeste, beschlossen die Geistlichen dieser Religion eine öffentliche Demonstration zu machen, indem sie zum ersten Male in Prozession durch die Straßen ziehen wollten. Dieses Vorhaben wurde nun dem österreich. Vizekonsul mitgetheilt, der bei seiner Ausführung mitwirken sollte. In der That setzte sich die — überdies ziemlich ärmliche — Prozession, ohne irgend eine vorgängige Benachrichtigung der Behörde in Bewegung. Vor der Wohnung des österreich. Agenten hielt sie an, der sie durch wiederholtes Ab- und Aufhissen der Flagge begrüßte, dann setzte die Prozession ihren Weg fort. Vor der Kaserne, in der sich 2—300 Mann türkischer Truppen befanden, angekommen, machte sie eine neue Station, wiederholtes Hip! Hip! Hip! und Hurra Rufen ertönte, während einer der Priester eine Standarte, auf der ein großes Kreuz gemalt war, drohend gegen die Kaserne schwang. Die türkischen Soldaten blieben bei dieser Demonstration ganz ruhig. Später äußerte der Kommandant, daß, wenn er benachrichtigt worden wäre, er die Prozession durch eine Kompagnie in Paradeuniform hätte begleiten lassen. Daß es ihm mit dieser Aeußerung übrigens ernst war, bewies er dadurch, daß er troß des Vorgefallenen zur Einweihung der in Volo neuerbauten griechischen Kirche, einige Tage später ein Ehren-Detachement schickte.

Semendria, 18. Mai. Viel Redens macht hier ein Mitte vorigen Monats in der Bulgarei ausgebrochener, aber gleich im Entstehen verunglückter Insurrektionsversuch, als dessen Held ein gewisser Dimitri figurirte, welcher, obwohl geborner Bulgare, sich viele Jahre hindurch als Kaufmann in Serbien aufhielt, meist in Belgrad domizilirte und dort in dem Rufe eines eifrigen Panslawisten, ja sogar in dem Verdacht der Spionage für Rußland stand. Den Insurrektionsversuch selbst anlangend, so hält man dafür, daß das Projekt hierzu nicht in dem Kopfe Demitri's, sondern in den Köpfen einiger der ultrapanslawistischen Richtung angehörigen serbischen Bojaren und Priester entsprungen sey, welche Letztere im Einverständnisse mit der Fraktion Milosch und dem montenegrinischen Senat ihren Plan weiter ausgedacht und mit Vollführung desselben sodann den eben so verschlagenen als begeisterten und tollkühnen, aber wenig gebildeten Dimitri beauftragt hätten, der ihnen gleichsam als Tirailleur dienen, den ersten gefahrvollsten Coup ausführen und sodann im Falle des Gelingens in dem Oberkommando durch höherstehende Persönlichkeiten ersetzt werden sollte.

Dimitri, welcher sich schon am Anfang des Monats April unter dem Namen „Czerni" nach der serbischen Gränzstadt Zaitschar übergesiedelt hatte, und dem etwa ein Dutzend Gesinnungsgenossen, unter ihnen auch ein Montenegriner, nach dorthin gefolgt waren, begab sich am 10. April in die Gränzberge, wo noch mehrere andere Freischärler zu ihm stießen. Nachdem dieser Trupp sich durch Heranziehung von Hirten und Zigeunern verstärkt hatte, marschirte er am 15. April auf türkisches (bulgarisches) Gebiet, wo einige Mitverschworene aus Widdin, Belgradschik, Drinowatz und Jönebol seiner bereits harrten. Am Morgen des 16. April, nachdem Dimitri sich in eine sehr glänzende bulgarische Nationaltracht, einer seiner Adjutanten sich in eine phantastische, goldbedeckte Offiziersuniform nach europäischem Schnitt geworfen hatte, zog die achtzig bis neunzig Köpfe

starke Schaar, stark bewaffnet, Freiheitslieder singend und drei große Fahnen mit dem altbulgarischen Wappen, sowie drei andere, das griechische Kreuz zeigende, vor sich hertragend, durch mehrere kleine Gränzdörfer, forderte die junge Mannschaft derselben zum Anschluß auf, machte in einem fünf Stunden nördlich von Belgradschik gelegenen Flecken Halt. Morgens darauf wurden die bis dahin über den Zweck dieses ganz unerwarteten Besuchs in Ungewißheit gehaltenen christlichen Ortschaftsbewohner zusammenberufen; Dimitri hielt ihnen vom Rosse herab eine sehr schwunghafte Rede, in welcher er ausführte, daß die Zeit endlich gekommen sey, wo Europa eingesehen, daß es an den von den Osmanlis unterdrückten Nationalitäten Gerechtigkeit, an den Erstgenannten aber Vergeltung üben müsse. Nicht länger solle der Halbmond über das heilige Kreuz des Erlösers triumphiren &c. Wenn das Volk seiner Aufforderung nachkäme und für die Befreiung des Vaterlandes zu den Waffen griffe, so würden binnen Monatsfrist Tausende und aber Tausende westmächtlicher, österreichischer und russischer Krieger, so würden noch vor diesen sämmtliche Streitkräfte Serbiens, der Wallachei und der Moldau herbeieilen, um die Insurrektion zu unterstützen, während die Montenegriner und Hellenen eine neue Invasion in das Gebiet der Pforte unternehmen würden. Die Behörden des serbischen Kreisdistrikts Gorgosowatz hätten bereits Ordre empfangen, sogleich nach dem Ausbruche der bulgarischen Insurrektion zu deren Beistand sofort alle Milizen über die Gränze zu senden.

Diese mit großer Bestimmtheit ausgesprochene Lüge erweckte allgemeinen Jubel, machte aber andererseits auch den ganzen Plan scheitern; denn während die jungen Leute einmüthig erklärten, sofort unter Dimitri's Anführung gegen Belgradschik oder direkt gegen Widdin marschiren zu wollen, machte sich im Rathe der bedächtigen Aeltesten die Ansicht geltend, daß es dem großen Ernst der Sache angemessen sey, sich noch vor dem Anschluß an die durch nichts legitimirten Fremdlinge in direkte Beziehung zu der vorgenannten Behörde zu setzen, von der man es auffällig fand, daß sie keinen ihrer auch diesseits persönlich gekannten Beamten dem Zuge, zu dessen größerer Beglaubigung, beigegeben. Dieser Beschluß wurde der Versammlung mitgetheilt und von ihr natürlich ungemein weise befunden. Dimitri bemerkte zwar dagegen, daß jede Zögerung große Nachtheile herbeiführen könne, konnte aber nicht durchdringen und sah sich, weil auch die mit ihm herübergekommenen serbischen Gebirgsbewohner den bulgarischen Wortführern beipflichteten, genöthigt, darein zu willigen, daß man eine Deputation nach der acht Stunden entfernten serbischen Kreishauptstadt absende und dort die Wahrheit seiner Verheißungen amtlich bekräftigen lasse; drei seiner Vertrauten wurden dieser Deputation beigegeben, bei der sie jedoch nur den halben Weg verblieben und ihr sodann nach Gorgosowatz vorauseilten, um den Kreishauptmann durch das Anerbieten eines sehr bedeutenden Geldgeschenks — 4000 Dukaten, wie es heißt — für ihre Plane zu gewinnen. Selbstverständlich fanden ihre Verlockungen kein Gehör, und der mittlerweile eingetroffenen Deputation ward die Erklärung gegeben, daß Dimitri auch nicht ein einziges wahres Wort gesprochen hätte, und daß die Bulgaren am besten thäten, wenn sie sich dieses waghalsigen Abenteurers, der sie alle in's Unglück habe stürzen wollen, bemächtigten und ihn an den Kommandanten von Belgradschik oder direkt an den Gouverneur von Widdin ausliefern. Dimitri, dessen Sendboten sogleich nach dieser Affaire wieder zu ihm zurückgereist waren und ihn von der drohenden Gefahr unterrichtet hatten, bot noch einmal alle seine Keckheit und Ueberredungskunst auf, um die um ihn versammelten und während dessen durch Zuzügler aus allen Ortschaften des Wralarnitzbezirks verstärkten Schaaren zum sofortigen Aufbruche umzustimmen; vergebene Mühe. Wenige Stunden darauf trafen auch die bulgarischen Deputirten im Orte ein; ihre Mittheilungen riefen einen allgemeinen Tumult hervor, selbst unter den serbischen Hirten, welch' Letztere er durch ganz dieselben Vorspiegelungen zum Mitgehen vermocht hatte, und jedenfalls würde man den Aufwiegler gefangen genommen haben, wenn sich derselbe nicht mit seinen verschworenen Complicen und dem Zigeunerhaufen in ein einzelstehendes, sehr leicht zu vertheidigendes Gehöft verfügt und dort eine kampfbereite Stellung angenommen hätte. Um Blutvergießen zu vermeiden, beschlossen die Versammelten ihn ruhig abziehen zu lassen, und theilten ihm diesen Beschluß durch eine Gesandtschaft mit, welche letztere er noch mit Schmähungen über ihre Memmenhaftigkeit, Unchristlichkeit und Sklavennatur regalirte und sich sodann beim Hereinbrechen der Nacht mit seinem Gefolge aus dem Staube machte.

Mündlichen Ueberlieferungen zufolge hätte Dimitri sich wieder nach Serbien zurückgeflüchtet, wo er wahrscheinlich in irgend einem Kloster oder bei befreundeten Gesinnungsgenossen so lange sicheres Asyl gefunden haben dürfte, bis es ihm gelingt, unter verändertem Namen nach Ungarn oder zu Schiffe nach Bessarabien zu entkommen. Ferner vernimmt man, der Gouverneur von Widdin habe die betreffenden bulgarischen Gränzdörfer militärisch besetzen und mehrere Einwohner derselben zur Untersuchung bringen lassen; deßgleichen sollen auch unter der christlichen Einwohnerschaft von Widdin und Belgradschik Verhaftungen vorgenommen worden seyn. (T. A. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Aus Schlesien, 22. Mai. Während wir von Ueberschwemmungen lesen, die in Frankreich und am Rhein stattgefunden, leiden wir noch immer an Trockenheit, und wenn auch Gewitter und Strichregen über das Land gehen, so sind dieselben stets von heftigen und austrocknenden Winden begleitet, so daß die Vegetation nur wenig davon gewinnt. Indeß begünstigt die Trockenheit alle Arbeiten im Freien, wie namentlich die auf den Eisenbahnen, den Kunststraßen und bei den Wasserbauten. — Die Nachrichten aus Rußland, daß von dort dies Jahr eine viel größere Anzahl als sonst von wohlhabenden Einwohnern ins Ausland reisen werden, weil sie dies jetzt mit ungleich weniger Schwierigkeit wie früher thun können, findet bei uns jetzt schon ihre thatsächliche Bestätigung darin, daß wir viele derselben, zunächst aus dem Königreich Polen, ankommen sehen, wie auch darin, daß in unsern Bädern bereits für eine große Anzahl solcher Gäste Quartier bestellt ist. Es wird daher die heurige Saison eine vorzüglich glänzende werden, indem auch vom Inlande jetzt schon ein bedeutender Zudrang stattfindet. Da nun unsere Bäder alle im Gebirge sind, so wird der zahlreiche Besuch derselben auch wohlthätig auf die Noth der dasigen Bevölkerung wirken, indem dieser dadurch mancher Erwerbszweig zugeführt wird, den sie sonst nicht hat. Die russischen Ankömmlinge können gar nicht genug von der Freude erzählen, welche der geschlossene Friede bei der Gesammtbevölkerung des Reichs erregt hat. (Schw. M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 29. Mai. Ohne wesentliche Veränderung der Kurse waren sämmtliche Fondsgattungen und Aktien beliebt; die Liquidation ging gut von Statten.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 800 bis 806—805. — Elisabeth-Bahn 111 7/8—3/8—3/4.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1315 P. 1311 G. Neue Bankaktien 444 P. 440 G. Credit-Actien à 5pCt. 246 P. 244 G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 83 1/8 P. 82 7/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 91 P. 90 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 82 1/4 P. 81 3/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 1/2 P. 88 G.; à 4 1/2pCt. 72 3/4 P. 72 1/2 G.; à 4pCt. 64 3/4 P. 64 1/4 G.; à 3pCt. 49 P. 48 1/2 G.; à 1pCt. 16 1/4 P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 129 1/2 P. 129 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 7/8 P. 105 3/8 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 313 P. 311 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 112 1/2 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3 1/2pCt. 88 1/4 P. 87 3/4 G.; 4pCt. 94 1/4 P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94 1/2 P. 94 G.; 4 1/2pCt. 101 P. 100 1/2 G.; 4 1/2pCt. Ostbahn-Aktien 107 1/8 P. 106 3/8 G. 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 154 1/4 P. 153 3/4 G. Neustadt Weissenb. 116 1/2 P. 116 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117 1/2 P. 117 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 89 1/2 P. 89 G.; 4 1/2pCt. — P. 102 1/2 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80 7/8 P. 80 3/8 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 40 3/4 P. 40 1/4 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 1/2 P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2pCt. 93 P. 92 1/2 G.; à 4pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 4 1/2pC. 102 1/2 P. 102 G.; Loose à fl. 50 112 1/2 P. 112 1/4 G.; à fl. 25 33 3/4 P. 33 1/2 G.; Darmstädter Bankaktien alte 390 P. 388 G.; junge 337 P. 335 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 107 1/8 P. 106 5/8 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 90 P. 89 1/2 G., Loose à fl. 25 31 3/4 P. 31 1/2 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84 1/2 G.; à 3 1/2pCt. 93 P. 92 1/2 G.; Bankaktien 122 1/2 P. 122 G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. 82 1/2 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 86 3/4 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 560 P. 555 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41 5/8 P. 41 3/8 G.; 1pCt. neue 25 9/16 P. 25 7/16 G. **Holland.** Integrale 64 1/2 P. 63 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/8 P. 99 7/8 G. Lond. Lst. 10 k. S. 119 3/8 P. 119 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G. Mail. f. S. Lr. 250 k. S. 101 1/4 P. 101 G.

Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G. Paris Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G. Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝ P. 93⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96¾ P. 96½ G. Wiend. 100 C. k. S. 117⅛ P. 116⅞ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88¾ P. 88½ G. Wien 3 M. mit 4% 116⅝ P. 116⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G. Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 28. Mai. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 93¾ G.; 4½pCt. 100¾ P.; 5pCt. letzte Emission 102¼ P.; 5pCt. dritte Emission 100½ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94¾ P.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 784 P., 780 P.

Wien, 28. Mai. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 84¾; 5pCt. Metall. 84¼; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlebens-Loose von 1839 129; von 1854 108⅛; Bankaktien 1118; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 392; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 604; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2942½. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅞. London 10. 2½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

°° München, 28. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Die Dauer des Landtages ist sicherm Vernehmen nach um zwei weitere Wochen, bis 14. Juni, verlängert worden. — JJ. MM. der König Max und Ludwig haben heute dem Künstler-Maifeste beigewohnt, das bei Pullach, eine halbe Stunde von der Eisenbahnstation Großhesselohe entfernt, stattfand und dem viele tausend Personen aus allen Ständen beiwohnten; es wurden im Laufe des Tages nicht weniger als 7 sehr stark besetzte Eisenbahnzüge nach Großhesselohe expedirt. — Morgen wird der Direktor der bayerischen Ostbahnen Herr v. Denis, begleitet von den Technikern rc. HH. Engel und Hermann, eine Inspektionsreise antreten und sämmtliche Linien besichtigen.

Berlin, 27. Mai. Vor einigen Tagen zeigte die „Neue Preuß. Ztg." an, es sey gegen den bei dem Potsdamer Depeschendiebstahl betheiligten Agenten Techen die Untersuchung wegen Landesverraths eingeleitet worden. Schon vor einiger Zeit hatte man gehört, daß die Sache mit dem posthumen Bericht der Kommission nicht ganz beendigt sey. Der Bericht hatte bekanntlich die materielle Seite der Frage gar nicht berühren wollen, was aber wohl nicht allein aus Schonung seitens der Kreuzzeitungspartei geschah. Es ist vielmehr notorisch, daß Hr. v. Gerlach trotz seiner Bemühungen nicht in die Kommission gewählt worden war, und es heißt in dem Berichte selbst, er habe nicht die zu einer Interpellation nöthigen 30 Unterschriften erlangen können. Seitdem soll bekanntlich zwischen den dabei genannten Parteien allerdings eine Versöhnung stattgefunden haben. Man höre weiter, eine hohe Person dringe auf die Fortsetzung des Prozesses. Im Schooß der zum Behufe vorgängiger Untersuchung ernannten höheren Kommission soll der Justizminister sich zuerst gegen den Prozeß ausgesprochen haben. Was den Landesverrath angeht, dessen Techen jetzt, der „Neuen Pr. Ztg." zufolge, förmlich angeklagt seyn soll, so erinnert man sich aus der Seiffart'schen Denkschrift, daß Techen im Verdacht stand, später, als die Spionage schon längere Zeit organisirt war, die abgeschriebenen oder entwendeten Briefschaften zum Theil nach zwei Seiten hin benutzt, d. h. auch an auswärtige Gesandtschaften verkauft zu haben. Dies trifft mit anderweitigen Gerüchten zusammen, nach denen vertrauliche Mittheilungen Gortschakoff's über seine unhaltbare Stellung in Sebastopol nach dem vergeblichen Sturm vom 18. Juni indirekt im Ausland bekannt geworden wären. Es hieß im Scherz, Techen habe zur Einnahme der Festung so viel beigetragen, als der Marschall Pelissier. (N. C.)

Berlin, 29. Mai. Die „Pr. Corr." dementirt die neuliche Mittheilung der „A. Z." über den angeblichen Zweck der Reise des Fürsten Windischgrätz nach Berlin in ganz gleicher Weise, wie es der Berliner Korrespondent des „Frankf. Journ." gethan hat. (Die „Allg. Ztg." hatte bekanntlich die Heirath der Herzogin Louise von Mecklenburg-Schwerin mit dem Fürsten Hugo von Windischgrätz mit jener Reise in Verbindung gebracht.)

London, 28. Mai. Die Königin, der Herzog von Cambridge, der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen und der Prinz-Regent von Baden beehrten gestern einen von dem türkischen Gesandten veranstalteten Ball mit ihrer Gegenwart. (T. D. d. K. Z.)

Paris, 26. Mai. Man ist hier nicht ohne Sorge über den Gang der Dinge in Italien. Die sardinische Regierung, das unterliegt keinem Zweifel, ist nicht gemeint, für nichts und wieder nichts ihr Geld und das Blut ihrer Unterthanen in dem orientalischen Streite vergeudet zu haben. Mögen Oesterreich und Neapel noch so oft und noch so laut dagegen protestiren, daß Sardinien im Namen Italiens spricht, Sardinien wird die seit 1848 übernommene Rolle nicht aufgeben; seine Ehre wie sein Interesse machen ihm eine Pflicht daraus. Man erkennt hier sehr wohl, welchen mächtigen Bundesgenossen das Turiner Kabinet in der öffentlichen Meinung Italiens besitzt; jene unglücklichen Völkerschaften klammern sich in ihrer Verzweiflung an den einzigen Fels an, welcher dem militärischen und priesterlichen Despotismus Trotz bietet, und sie erwarten nur den Moment, um sich von Neuem um das savoyische Banner zu schaaren. Die Berichte, welche hier aus den verschiedenen italienischen Staaten eingelaufen sind, wissen nicht genug den Grad von Exaltation zu schildern, welcher sich der Gemüther bemächtigt hat, seitdem die Protokolle des Pariser Kongresses und die Verhandlungen der sardinischen Kammern allgemein bekannt geworden sind. Die Leiter der französischen Politik befinden sich diesem Stande der Dinge gegenüber in großer Verlegenheit. Die politische Raison des herrschenden Systems kann sich diesmal mit den dynastischen Interessen des Bonapartismus nicht recht verständigen. Letztere rathen, Sardinien zu unterstützen und so die Sympathien zur thatsächlichen Geltung zu bringen, welche im südlichen Italien für die Familie Murat genährt werden. Dagegen wird von anderer Seite her geltend gemacht, daß eine Umwälzung in Italien die konservativen Interessen in Frankreich selbst bloßstellen könne, und deßhalb auf ein Zusammengehen mit Oesterreich in Italien hingearbeitet. Es muß sich in nächster Zeit entscheiden, welche dieser Auffassungen die Oberhand behalten wird. Der hiesige sardinische Gesandte, Marquis Villamarina, dessen Abwesenheit während des Aufenthaltes des österreichischen Erzherzogs nicht unbemerkt geblieben ist, wird heute zurückerwartet, und man glaubt, daß derselbe neue Instruktionen bezüglich der italienischen Frage mitbringt. Erzherzog Ferdinand Maximilian verläßt morgen oder übermorgen Paris, dagegen bleibt Prinz Oskar von Schweden hier, um der Taufe des Kronprinzen beizuwohnen, die zwischen dem 12. und 15. k. Mts. stattfinden wird, falls der Gesundheitszustand der Kaiserin nicht einen neuen Aufschub nöthig macht. (Nat. Ztg.)

Paris, 28. Mai. Londoner Briefe kündigen eine abermalige Diskontoherabsetzung der Bank von England als bevorstehend an. — Dem aus Deutschland gemeldeten Gerücht von einer russischen Anleihe wird widersprochen. (T. D. d. B. B.-Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 150.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 31. Mai 1856

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Der Gesetzentwurf über die exekutorischen Urkunden, welcher für die 76. Sitzung der 2. Kammer auf der Tagesordnung steht, ist vom 1. Ausschuß der Kammer vielfach abgeändert worden. Art. 1 soll nach dem Ausschuß-Vorschlag also lauten: „Gerichtlich protokollirte Verträge und Schuldbekenntnisse, aus welchen die Person des Berechtigten und Verpflichteten, der Schuldgrund, Gegenstand und Zeit der Leistung erhellen, sind exekutorisch nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes, wenn derjenige, gegen den die Urkunde wirken soll, bei der Protokollirung die Exekutivklausel in dieselbe hat einrücken lassen." Die Exekutivklausel besteht in folgender Erklärung: „Ich N. N. (Namen des Verpflichteten) unterwerfe mich für den Fall der *Nichteinhaltung* meiner in dieser Urkunde festgestellten Verbind*lichkeiten sofortiger* Einleitung des Hilfsvollstreckungsverfahrens ohne vorgängige Klage, Verhandlung und Aburtheilung." Die gesperrte Stelle, sowie die Formel der Exekutiv-Klausel sind erst in der Ausschuß-Berathung dem Regierungs-Entwurf beigefügt worden.

Für den Art. 2 hat der Ausschuß folgende Fassung beschlossen: „Ohne diese Klausel errichtete Verträge und Schuldbekenntnisse werden unter den Voraussetzungen des Art. 1 exekutorisch, wenn sie nachträglich bei Gericht vorgelegt werden und der Verpflichtete die betreffende Erklärung zu Protokoll abgibt. Dasselbe gilt von außergerichtlich errichteten Verträgen und Schuldbekenntnissen, insoferne der Inhalt der vorgelegten Urkunde nicht gegen bestehende Gesetze, gegen die guten Sitten und die öffentliche Ordnung verstößt."

Art. 3 erhielt vom Ausschuß folgende Fassung: „Verträge und Schuldbekenntnisse mit der Exekutivklausel oder die Eingebung dieser Klausel in Beziehung auf eine schon bestehende Urkunde aufzunehmen, ist jedes Zivilgericht erster Instanz zuständig. — Die Wahl des Gerichts bleibt dem freien Uebereinkommen der Betheiligten überlassen. — Doch kommt die im Absatz 1 bezeichnete Zuständigkeit, wenn es sich um einen Vertrag handelt, dessen Aufnahme durch besondere Gesetzesvorschrift einem bestimmten Gericht zugewiesen ist, ausschließlich diesem Gerichte zu."

Als neuer (4.) Artikel soll nach Art. 3 eingeschaltet werden: „Bei Aufnahme exekutorischer Urkunden ist 1) das Protokoll deutlich und ohne Abkürzung zu schreiben und Lücken sind durch Striche auszufüllen; — 2) Zeitbestimmungen und Angaben von Zahlen sind wenigstens einmal mit Buchstaben zu schreiben, soweit sie die Zeit des Vertragsabschlusses, die Leistungstermine, den Zinsfuß und den Betrag der Schuld betreffen, für welche die Exekutivklausel eingegangen ist. 3) Am Schlusse des Protokolls ist ausdrücklich zu bemerken, daß dasselbe, sowie im Falle des Art. 2 die Urkunde, auf welche es Bezug nimmt, den Betheiligten vorgelesen wurde. — 4) Wenn die Betheiligten, wegen Unerfahrenheit im Schreiben, sich eines Handzeichens bedienen, oder durch einen Umstand verhindert sind, zu unterschreiben, so muß hievon in dem Protokolle ausdrücklich Erwähnung geschehen. — 5) In dem Protokolle darf nichts überschrieben oder zwischen den Linien eingeschaltet werden, bei Strafe der Nichtigkeit der überschriebenen oder eingeschalteten Worte. — 6) Werden in dem Protokolle Veränderungen oder Zusätze für nöthig erachtet, so sollen diese am Schlusse oder am Rande angebracht und letztern Falls, sowie wenn ihre Beifügung am Schlusse erst nach vollzogener Unterschrift des Protokolls erfolgt, besonders unterschrieben werden, bei Strafe der Nichtigkeit des Nichtunterschriebenen. — 7) In dem Protokolle darf nichts radirt werden, bei Strafe der Nichtigkeit dessen, was auf die radirte Stelle geschrieben ist. — 8) Ist es nöthig, ein oder mehrere Worte auszustreichen, so muß es in der Art geschehen, daß das Durchstrichene noch leserlich bleibt. Die Zahl der durchstrichenen Worte ist am Rande zu bemerken, und diese Bemerkung ist besonders zu unterzeichnen. Wird durch eine Ausstreichung oder Radirung eine wesentliche Bestimmung eines Rechtsgeschäftes zweifelhaft, so bleibt dem richterlichen Ermessen vorbehalten, die Ungiltigkeit des ganzen Aktes oder des betreffenden Theiles auszusprechen. — 9) Entspricht im Falle des Art. 2 diejenige Urkunde, in Beziehung auf welche die Exekutivklausel eingegangen werden will, hinsichtlich ihrer Form den Anforderungen des gegenwärtigen Artikels, Ziffer 1 und 2, dann 5 bis 8 nicht, so ist ihr einschlägiger Inhalt so, wie ihn die Parteien anerkennen, in das Protokoll selbst aufzunehmen."

Weiter wurde vom Ausschuß beschlossen, den Art. 4, nun 5, so zu fassen, daß in demselben der Art. 10 zugleich aufgenommen erscheint und zwar in folgender Weise: „Jeder Betheiligte, der den Vollzug einer exekutorischen Urkunde zu beantragen berechtigt, kann entweder sogleich bei der Protokollirung oder später die Ertheilung einer Ausfertigung verlangen. Dem nämlichen Betheiligten darf eine zweite oder weitere Ausfertigung ohne Einwilligung des Verpflichteten nur dann ertheilt werden, wenn kein Grund zur Annahme eines zu befürchtenden Mißbrauches vorliegt. Das Gericht muß hierüber denjenigen, gegen welchen die Urkunde wirken soll, vorher vernehmen. Immer muß, wenn die Ausfertigung bewilligt wird, in derselben ausdrücklich bemerkt werden, daß die Ausfertigung eine wiederholte, oder die wievielste sie sey."

In Ansehung der Art. 5, 6 und 7 des Entwurfs wurde beschlossen, daß dieselben nunmehr zu streichen seyen; dagegen wurde Art. 8, nun 9, in folgender Fassung angenommen: „Die Ausfertigung einer exekutorischen Urkunde hat gleiche Beweiskraft, wie das Mutterprotokoll, vorausgesetzt, daß darin nichts ausgestrichen oder radirt, daß sie deutlich und ohne Abkürzung Einschaltung oder Ueberschreibung geschrieben ist, und daß die Zeitbestimmungen und Angaben von Zahlen, soweit Art 3 dieses für das Mutterprotokoll vorschreibt, auch hier mit Buchstaben geschrieben sind. Umfaßt die Ausfertigung mehrere Bogen, so müssen sie zusammengeheftet und der Faden muß auf dem letzten Blatte mit dem Gerichtssiegel befestigt seyn. Im Falle des Art. 2 ist der Ausfertigung des Protokolles der wörtliche Inhalt der nachträglich für exekutorisch erklärten Urkunde einzuschalten." (Forts. folgt.)

** **München**, 27. Mai. (Privat-Korrespondenz.) [Nachtrag zu dem Bericht über die **75. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.**]

Bei Beginn der allgemeinen Debatte über den Gesetzentwurf, „die Herstellung einer Eisenbahn von Lichtenfels nach Koburg betr.", erwähnte Abg. Dr. Stauber aus Schweinfurt: Es sey das Ausschußgutachten in einer Weise begründet, daß es nicht nothwendig seyn dürfte, die Richtigkeit der in demselben ausgeführten Ansicht weiter zu erörtern; allein es sey dabei eine neuprojektirte Linie erwähnt, und da dieselbe die Distrikte seines, des Redners, Wahlbezirks berühre, so halte er es für Pflicht, einige Erklärungen darüber zu geben. Der Redner erwähnte dann die Schwierigkeiten, welche sich dem Zustandekommen der Werrabahn entgegenstellten, und daß sich die Nothwendigkeit einer Verbindung unserer Ludwigs-Westbahn und unsere Staatsbahnen überhaupt, mit dem Norden und Nordwesten Deutschlands und mit Holland herzustellen, sich immer dringender darstellte, und sich deßhalb eine Gesellschaft Industrieller bildete, um eine solche Verbindung auf dem kürzesten Wege herzustellen, eine Bahnlinie, welche die Ludwigs-Westbahn von Schweinfurt aus über Münnerstadt, Neustadt, Bischofsheim,

Fulda, Bebra mit der kurhessischen Wilhelms-Nordbahn verbindet. Nach erlangter Bewilligung seyen die Projektirungs- und Nivellirungsarbeiten vorgenommen worden und die Ergebnisse lägen nun beim Handelsminister mit dem Gesuche um die Ertheilung der definitiven Konzession. Erst als dieses Unternehmen an die Oeffentlichkeit getreten, sey von Koburg aus Alles aufgeboten worden, um den Bau der Werrabahn wieder in Gang zu bringen, Bayern zu Verlängerung des mit den thüringischen Staaten 1845 geschlossenen Vertrages zu stimmen, was auch gelungen sey. Redner will nun nicht untersuchen, ob die Bedingungen, welche von Bayern jenem Staate bei dieser Verlängerung gesetzt worden, erfüllt seyen oder nicht; es sprächen Thatsachen dagegen. Obwohl nun Bayern deßhalb rechtlich am Festhalten des Vertrages von 1845 nicht gebunden wäre, so wolle er doch nicht widersprechen, daß für Bayern eine moralische Verpflichtung bestehe, sich der Sache nicht ganz zu entschlagen; doch dürfte andererseits eine moralische Verpflichtung bestehen, sich bei der Werrabahn nicht weiter zu betheiligen, als nach der ursprünglichen Verpflichtung absolut nothwendig sey, zumal die Rhönbahn Vortheile biete nicht bloß für die gesammten Staatsinteressen, sondern auch für eine Gegend, welche der Staatsregierung schon schwere Sorgen gemacht habe. Daß die Rhönbahn vor der Werrabahn wesentliche Vortheile für unser Gesammt-Staatsinteresse biete, suchte der geehrte Redner hierauf in sehr umfassender und eingehender Weise darzulegen, indem er hierbei auf verschiedene Stellen aus einem Gutachten eines hochgestellten bayerischen Beamten, der durch langjährige eigene Auffassung die Rhön genau kennt, und bei den Einleitungen für diese Bahn um ein Gutachten angegangen wurde, anführt, um zu beweisen, wie vortheilhaft in vielfacher Beziehung eine Bahn durch jene Gegend wirken würde, und wie hierdurch der dortigen Bevölkerung in dauernder Weise geholfen werden könne. Ueberdies berühre die Bahn Kissingen, das hierdurch in direkte Verbindung mit dem nördlichen und südlichen Deutschland käme. Dies würde eine große Frequenz des Bades und einen größeren Absatz seiner Mineralwasser herbeiführen. Welchen günstigen Einfluß eine Bahn auf Kissingen als Saline haben müßte, sucht der Redner dann ebenfalls aus dem erwähnten Gutachten darzulegen. . . . . Wenn also die Bevölkerung des Rhönbezirks vom Staate nichts weiter verlange, als daß Bayern keine weiter gehende Verpflichtung eingehe, als die absolut gebotene, wenn sie nichts weiter verlange, als daß Bayern sich bei der Werrabahn nicht in einer solchen Weise betheilige, welche ihm ein Interessenehmen an der Rhönbahn, wenn nicht unmöglich, doch unräthlich machen dürfte, so werde man jener Bevölkerung gewiß nicht den Vorwurf der Eigennützigkeit machen können und es würde ihm, dem Redner, nicht verargt werden können, wenn er als Vertreter jener Bezirke sich freudig für das Ausschußgutachten ausspreche, nicht nur, weil es dem Staate eine Ausgabe von 3 Millionen erspare, die ihm keine besonderen Vortheile bringen würden, sondern weil auch durch das Ausschußgutachten gleichzeitig das Interesse der von ihm vertretenen Bezirke gefördert werde. Wohl wisse er, daß ihm von gewisser Seite der Vorwurf gemacht werde, Sonderinteressen hier zu vertreten, allein diesem Vorwurf schaue er ruhig ins Gesicht. Die von ihm angeführten Thatsachen wiesen unwiderlegbar nach, daß die Rhönbahn direkt und indirekt mehr Vortheile für den Staat bringe, als die Werrabahn, und wo die die Interessen des gesammten Landes mit den Interessen des Bezirkes eines Landesvertreters zusammentreffen, wo diese Interessen Hand in Hand geben, da sey der Vertreter in der Kammer zur Erfüllung einer doppelten Pflicht berufen und nur von diesem Standpunkte aus erlaube er sich die Kammer zu bitten, dem Ausschußgutachten beizustimmen. (Der weitere Verlauf der Debatte und die Abstimmung, wodurch das Ausschuß-Gutachten angenommen wurde, wurde bereits mitgetheilt.)

Preußen. Berlin, 27. Mai. In Bezug auf die vielbesprochene Angelegenheit des Dr. Kuno Fischer aus Heidelberg und dessen Habilitation erfährt man jetzt, daß die philosophische Fakultät der hiesigen Universität in einer besondern Eingabe an das Kultusministerium ihr Recht, über die Zulassung eines Habilitanten selbständig zu entscheiden, gewahrt habe. Die Einsprache des Ministerium ist dem Vernehmen nach auf Grund der früheren Schriften des Dr. Fischer erfolgt, nachdem derselbe hier einen Habilitationsvortrag über das Verhältniß Baco's von Verulam zur aristotelischen Philosophie gehalten hatte. — Die Vokations-Urkunde für den Professor Virchow in Würzburg ist demselben in der vorigen Woche zugegangen. Derselbe wird seine Wirksamkeit als Professor der pathologischen Anatomie an der hiesigen Universität mit Anfang des Winterhalbjahres eröffnen. — Dr. Wichern wird nicht nur als Rath in das Ministerium, sondern auch in den evangelischen Kirchenrath als Mitglied eintreten. (N. C.)

Berlin, 28. Mai. Die Prüfung der, insbesondere in neuerer Zeit, in großer Zahl vorgelegten Statuten von Aktien-Gesellschaften hat Veranlassung gegeben, einige von den allgemeinen Grundsätzen, welche hierbei unter den Ressort-Ministerien vereinbart und häufiger zur Anwendung gebracht worden sind, zusammenzustellen. Diese Zusammenstellung ist im „Staatsanzeiger" veröffentlicht. Bemerkenswerth sind u. a. folgende Bestimmungen: „Die Errichtung von Aktiengesellschaften auf unbestimmte Zeit ist nicht zu befürworten. Die Dauer derselben ist vielmehr der Regel nach auf höchstens 50, und wo die Verhältnisse dazu geeignet sind, auf noch kürzere Zeit (30 Jahre oder z. B. bei Privatbanken auf 10 Jahre) zu beschränken. In den Statuten ist vorzuschreiben, daß von dem Aktienkapital mindestens 10 pCt. sofort nach erfolgter landesherrlicher Genehmigung, im Laufe des ersten Jahres aber überhaupt wenigstens 20 pCt. eingezahlt werden müssen. Eine unverhältnißmäßig hohe Tantieme für die Vorstandsmitglieder ist nicht zu gestatten. Zum Reservefonds sind vor Vertheilung der Dividende mindestens 10 pCt. des Reingewinns abzuziehen. Die Ansammlung ist nicht bis über 10 pCt. des Aktienkapitals hinaus zu verlangen." (Nat.-Z.)

Berlin, 29. Mai. Beim preußischen Handelsministerium ist, wie es heißt, eine weitere Ausbildung der Beziehungen des Zollvereins zu den Nordseestaaten und Nordseestädten angeregt worden, namentlich aber hervorgehoben, daß die Zukunft der rasch fortschreitenden preußischen und deutschen Industrie vor Allem auf die See, auf den freien Weltmarkt angewiesen sey, weßhalb die Nothwendigkeit der Herstellung genügender transatlantischer Dampfschifffahrtslinien sich von selbst als gebieterisch herausstelle.

Der Prediger Ferd. Ribbeck erklärt in der „Elberfelder Zeitung": „Ich bekenne, daß ich mich seit drittehalb Jahre schwer wider den Herrn und seine Kirche durch meinen Uebertritt zum Baptismus versündigt habe. Ich habe mich versündigt, weil auf der einen Seite Verblendung und falscher Idealismus, auf der andern Seite Eigenwille, Hochmuth und Selbstüberhebung die Triebfedern meines Austritts waren. Ich danke meinem Herrn, daß er mich treulich gedemüthigt hat und bitte ihn, mir Kraft zu geben, die jetzt auf mir ruhende, wohlverdiente Schmach still und ohne Widerbellen zu tragen. Ich widerrufe vor meinem Herrn, der Herzen und Nieren prüft und der mich zur Rechenschaft fordern wird über jedes unnütze Wort, das ich geredet oder geschrieben habe, Alles, was ich seit meinem Austritt aus der Kirche bis zu dem Tage meines Scheidens aus der Baptistengemeinde über Taufe, Abendmahl und Gemeindeverfassung in baptistischem und separatistischem Sinne geredet und geschrieben habe."

Sachsen. Dresden, 22. Mai. Seit dem 20. d. haben die Sitzungen der zur Berathung des neuen Civilgesetzbuches niedergesetzten Kommission, wozu die juristischen Celebritäten der anhaltischen und thüringischen Lande (für welche dasselbe noch gelten soll) eingeladen worden und erschienen sind, begonnen. (D. A. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 28. Mai. Seit einigen Tagen ist mehrfach davon die Rede, daß der Kaiser von Rußland am hiesigen Hof einen Besuch machen werde; ja man geht noch weiter und will behaupten, daß hier eine Zusammenkunft der Monarchen von Frankreich, Rußland und Preußen stattfinden werde. Doch gehört dieses natürlich nur in das Bereich der Gerüchte, die sich aber leicht verwirklichen können. Denn gewiß ist es z. B., daß für die baldige Ankunft des Königs von Preußen im k. Schlosse die Gemächer in Bereitschaft gesetzt werden, gewiß ist ferner, daß der Kaiser der Franzosen dem hiesigen Hof Gegenbesuch zugesagt hat, ohne daß man bis jetzt bestimmt wüßte, wie bald dieser erfolgen will. (Heilbr. Tgbl.)

Baden. Karlsruhe, 28. Mai. Staatsrath Brunner, bei der Abschiedsaudienz von seinem Fürsten mit dem Kommandeurkreuz des Zähringer Löwen geschmückt, wird in diesen Tagen nach Rom abreisen. Sind wir auch in die Geheimnisse der für ihn bereit gehaltenen Instruktionen nicht eingeweiht, so scheint uns doch die Behauptung, daß in dem Personenwechsel im Ministerium die Neigung zum Nachgeben stärker geworden sey, sehr gewagt. So viel uns bekannt geworden, sind von einzelnen süddeutschen Regierungen in Beziehung auf diesen unseligen Streit neuerdings gemeinsame Schritte verabredet worden. (Schw. M.)

Sachsen-Koburg-Gotha. Gotha, 27. Mai. In der so eben beendigten Sitzung des gemeinschaftlichen Landtags der Herzogthümer Koburg und Gotha ist die Einführung des öffentlich mündlichen Verfahrens mit Schwurgerichten mit 12 gegen 7 Stimmen beschlossen worden. Das Staatsministerium und speziell der Staatsminister Hr. v. Seebach erkärte, daß er

zwar das öffentlich-mündliche Verfahren mit Entscheidung ständiger rechtsgelehrter Richter für den größten Fortschritt in der Reform der Strafrechtspflege halte, daß er aber auch die Einführung der Schwurgerichte schon für einen so großen Gewinn, dem bestehenden Verfahren gegenüber, halte, daß die Regierung mit Freuden den betreffenden Beschluß des Landtags sanktioniren werde. So hätten wir endlich, nach jahrelangen Kämpfen und Hindernissen, das erreicht, daß die Herzogthümer Koburg und Gotha nicht länger mehr eine Ausnahme von der in ganz Thüringen bereits seit Jahren erzielten Reform der Strafrechtspflege machen, und daß damit ein höchst bedeutender Schritt zur Erlangung der angestrebten vollständigen Rechtseinheit in den verschiedenen stammverwandten Territorien gethan ist. (A. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 28. Mai. (Privat-Korresp.) Die Aktien der Kreditanstalt, welche im Laufe der verflossenen Woche manche nicht unerhebliche Schwankungen zu erfahren hatten, erholten sich wieder und stehen jetzt auf 392. So lange die Contremine nur kleine Posten auf den Markt bringt, kann sie den Kurs nur auf einige Minuten alteriren und wird keinen anderen Zweck erreichen, als der Spekulation die Papiere billiger zu liefern. Als der Pariser Credit mobilier unsere Nordbahn werfen wollte, ließ Herr Pereire durch ein hiesiges Haus für 3½ Millionen Nordbahnaktien ausbieten. Freilich scheiterte diese Kraftanstrengung an der günstigen Meinung, welche dieses Papier genießt, aber immerhin zeigte sich Herr Pereire als ein Gegner, der Respekt einzuflößen versteht, wogegen die Contremine der Kreditaktien keinen Muth zeigt und nur dazu beiträgt, dieses Papier in die Höhe zu treiben.

Wien, 27. Mai. Die Kreditanstalt für Handel und Gewerbe hat den durch die jüngste Stockung im Verkehr bedrängten Baumwollenspinnern ihre thätige Hülfe zugesagt. Den niederösterreichischen Spinnern ist auf ihr Ansuchen ein Lombardkredit von einer Million eröffnet worden, den die Kreditanstalt in Form von Vorschüssen auf Garne gewährt. Eben so werden die Spinner Böhmens mit einem Kredit von einer halben *Million* unterstützt werden. (Ostd. Pst.)

Niederlande.

Haag, 27. Mai. Seit längerer Zeit hatten einige Privatpersonen den Plan zu einer Eisenbahn entworfen, welche, von Vlissingen bis Maestricht reichend, die Provinzen Zeeland, Nordbrabant und Limburg mit einander verbinden und sich über Aachen an die belgisch-rheinische Bahn anschließen sollte. Wegen Mangels an den nöthigen Fonds war es jedoch bis jetzt bei dem bloßen Entwurf geblieben; nun aber vernimmt man, daß die betheiligten Personen sich an den Pariser Credit mobilier gewandt haben, und daß von dieser Seite eine kräftige Beihülfe in Aussicht stehen soll, wodurch die Hindernisse, welche bis jetzt der Ausführung des Planes entgegenstanden, beseitigt werden könnten. — Die erste der vier Schrauben-Dampf-Korvetten, welche hier zu Lande für Rechnung der japanischen Regierung auf Privat-Werften gebaut werden, schreitet ihrer Vollendung entgegen und wird im nächsten August nach Japan segeln, unter dem Kommando eines Offiziers der königlichen Marine, welcher zwei Jahre in Japan verbleiben und sich der bereits daselbst befindlichen Kommission der niederländischen Marine-Offiziere anschließen soll, die sich auf Ansuchen der dortigen Regierung mit dem Unterricht der Eingebornen in dem Marine-Wesen beschäftigt. (K. Z.)

Frankreich.

Aus Paris, 26. April schreibt man der „D. Allg. Ztg.": „Hr. v. Hübner in seiner Eigenschaft als Botschafter und als Vertreter der Person seines Monarchen hat mit dem Kaiser eine Unterhaltung über die italienischen Angelegenheiten gehabt. Der genannte Diplomat stellte dem Kaiser die Gefahren vor, denen sich Oesterreich in Folge der feindseligen Haltung und der rücksichtslosen Sprache Sardiniens ausgesetzt sehe. Wenn wir recht unterrichtet sind, hat Hr. v. Hübner auf die Nothwendigkeit aufmerksam gemacht, den Italienern die Hoffnung zu benehmen, welche diese aus der Sprache der englischen Journale und auch aus der Aufnahme, welche die Reklamation des Grafen Cavour in Paris gefunden, zu schöpfen scheinen. Diese Unterhaltung wurde, wie man uns sagt, zunächst durch den Umstand hervorgerufen, daß Hr. v. Hübner Kenntniß von einem Briefe erhielt, den Graf Orese, ein lombardischer Flüchtling, nunmehr Senator in Sardinien und ein alter Freund des Kaisers, an diesen geschrieben hat, um die Enttäuschung der italienischen Patrioten Napoleon III. zu schildern. Es sey dem österr. Botschafter gleichfalls bekannt geworden, daß Louis Napoleon seinen Freund zu beruhigen und auf eine nahe Zukunft zu vertrösten suchte. Ohne also auf diese Thatsachen anzuspielen, nahm Hr. v. Hübner, so wird ferner berichtet, dies zur Grundlage seiner ehrerbietigen Vorstellungen, und wie man glaubt, hätte der Kaiser den Botschafter des Wiener Hofs ebenso zu beruhigen gewußt, wie vorher den patriotischen Grafen. Diese Doppelstellung wird durch den Vertrag vom 15. April geboten; sie ist eine nothwendige Folge der gleichzeitigen Freundschaft mit Sardinien und mit Oesterreich. Es wird täglich klarer, daß von den in Italien geträumten Reformen vorderhand nur insofern noch die Rede seyn könne, als der Papst und der König von Neapel sich zu solchen verstehen würden, und nach allen Nachrichten, die uns zugehen, zu schließen, ist dazu nicht viel Aussicht. Der Statusquo in Italien dürfte also die Frucht des Vertrages vom 15. April seyn oder doch Aehnliches. Frankreich würde gern durch wohlfeile Veränderungen seine während des Krieges im Orient erwachte Popularität in Italien erhalten. Es fehlt ihm jedoch, seit Oesterreich auf seiner Seite steht, an den nothwendigen Mitteln zum Nachdruck.*) In Rom, ebenso gut in Neapel, weiß man, daß der österreichische Hof lieber Reformen in Sardinien als in jenen Ländern hervorrufen möchte, und dieselben können kaum von Gewicht seyn. Sardinien befindet sich aber dadurch in einer delikaten Stellung, nicht bloß Oesterreich, dem Kirchenstaat und Neapel, sondern auch dem eigenen Lande gegenüber."

Italien.

Turin, 23. Mai. Aus England sind 15,000 Dekorationen angekommen, welche die englische Regierung für unsere Soldaten, die an dem Kriegszug nach dem Morgenland theilgenommen, bestimmt hat. (Da werden die Auszeichnungen wohlfeil.) Die Vertheilung soll gleich nach vollständiger Rückkehr der Truppen aus der Krim vorgenommen werden, und einem Gerüchte zufolge wird der Herzog von Cambridge zu dieser Feierlichkeit aus London erwartet. — Wie man vernimmt, hat die Regierung von den in der Kammer der Abgeordneten stattgehabten Verhandlungen über den Friedensvertrag 20,000 Abdrücke veranstalten und in der ganzen Halbinsel verbreiten lassen. — In Florenz sollen gegenwärtig Unterschriften zu einer Petition an den Großherzog um Wiederherstellung der Verfassung von 1848 gesammelt werden. Auch bei uns bemerkt man unter der politischen Auswanderung eine ungemeine Regsamkeit. Wozu? (Allg. Ztg.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 21. Mai. Notable der griechischen und armenischen Rajah's sind zur Theilnahme an mehreren Staatsrathssitzungen zugezogen worden. (T.D.d.Ostd.Pst.)

Rußland und Polen.

Odessa, 17. Mai. Die Eisenbahn zwischen Balaklawa und Kamiesch wurde dem Vernehmen nach von den Engländern der griechischen Regierung überlassen, obgleich wir diesfalls noch bescheidene Zweifel hegen. Vielseitig wird aber bedauert, daß sich Rußland diese Gelegenheit entgehen ließ, sein Eisenbahnnetz um eine zwar kleine, aber, wie die Vergangenheit gelehrt, in strategischer Hinsicht höchst wichtige Strecke zu vermehren. Uebrigens wird an dem Eisenbahnbaue zwischen Moskau und Feodosia eifrigst gearbeitet, und wenn dieser Eifer nicht erkaltet, so ist die Vollendung vor der bestimmten Frist zu erwarten. (Ostd. Post.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 29. Mai. Das Künstlermaifest setzte gestern einen großen Theil der „schönen Münchener Welt" in Bewegung. Besonders mit den Nachmittagsbahnzügen zog's in Strömen nach Großhesselohe, von wo aus man indessen in starker Sonnenhitze noch fast eine Stunde bis zum Festplatze zu gehen hatte. Nach dieser unfreiwilligen Fußpartie erquickte man sich doppelt freudig in der schattigen Waldung zwischen Pullach und Bayerbrunn und besichtigte die schönen Tapeziereien, die Fahnen, die Umzüge der Maikäfer, Schnecken, Schmetterlinge und anderer Insekten, labte sich an dem Gambrinus-Safte und dem köstlichen Maitranke und zwar mit den Tausenden, die den Festplatz lustig belebten, heiter und glücklich. Prinz Adalbert erschien gegen 4 Uhr und wurde mit Hochrufen begrüßt. Die Hauptfestlichkeiten fanden jedoch schon des Vormittags statt und das Urtheil der Anwesenden stimmt überein in Bewunderung des reichen Humors und der erfinderischen Unterhaltung durch reizende Spiele, wovon der Kampf mit einem geflügelten Riesendrachen besonderes Ergötzen gewährte. Se. Maj. König Max erschien rechtzeitig, um diesen Festspielen anzuwohnen, und wurde freudig begrüßt. König Ludwig fuhr Vormittags halb 11 Uhr direkt nach dem

*) Das glauben wir nicht recht; umgewendet wird wohl Oesterreich durch die Allianz mit Frankreich vielleicht in vielen Stücken gehindert, bis es zu spät ist. D. Red.

Festplatze außerhalb Pullach, fand aber den vermeintlichen Schauplatz leer und erfuhr hier erst, daß die Spiele soeben bei Schwaneck aufgeführt werden; Se. Majestät fuhr sofort wieder in die Hauptstadt zurück. — Abends 10 Uhr erst kehrten die Veranstalter des Festes heim und zogen unter Musikklang in ihre Kneipe bei Schafroth ein. (M. B.)

Berlin, 27. Mai. Die von der letzten Generalversammlung des allgemeinen deutschen Eisenbahn-Verbandes zur Revision des allgemeinen Güter-Reglement eingesetzte Kommission hat sich in Braunschweig dahin geeinigt, die nebeneinander bestehenden Reglements des norddeutschen und des mitteldeutschen Verbandes zu verschmelzen, um hierdurch eine Einheit in der Behandlung des Gütertransports herbeizuführen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 30. Mai. Die Börse war heute in günstiger Stimmung, insbesondere für österr. Effekten, die zu höheren Kursen umgesetzt wurden. Auch spanische Fonds wurden höher bezahlt.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 802 bis 799. — Elisabeth-Bahn 111¾—½.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1319P. 1314G. Neue Bankaktien 442 P. 437 G. Credit-Actien à 5pCt 246½ P 244½G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 84¼ P. 83 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 91¼ P. 91 G. Metall. alte à 5pCt. 82¼ P. 81¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88 G.; à 4½pCt. 73 P. 72¾ G.; à 4pCt. 64¾ P. 64¼ G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 128½P. 128 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106½P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 312 P. 310 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¼ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 101 P. 100½G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 107⅛ P. 106⅝ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 152½ P. — G. Neustadt-Weissenb. 116 P. 115½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117¾P. 117¼G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89½P. 89 G.; 4½pCt. — P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81⅛ P. 80⅝ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41⅛ P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63½ P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112½P. 112¼G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 396 P. 394 G.; junge 336 P. 334 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 107⅜P. 106⅞G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31¾P. 31½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 122¼ P. 121¾G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. 82½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial —P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Credithank 560 P. 555 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 42 P. 41¾ G.; 1pCt. neue 25¾ P. 25⅝ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119⅜P. 119⅛G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120¼P. 120G.	Mail. i. S. Lr. 250k.S 101¼P 101G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S. 93⅞P. 93⅝G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾P. 93½G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96¾P. 96½G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117⅜P. 117⅛G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88¾P. 88½G.	Wien 3 M. mit 4% 117P. 116¾G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104¾P. 104½G.	Discouto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 29. Mai Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 93¾ G.; 4½pCt. 100¾ B. 100 G.; 5pCt. letzte Emission 102½ B.; 5pCt. dritte Emission 100½ B.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94½ B.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 784 B., 780 B.

Neueste Nachrichten.

München, 29. Mai. Ihre Majestät die Königin Maria haben dem hiesigen evangelischen Handwerkervereine (im Lokale des Kreuzbräu) einen jährlichen Beitrag zugesichert. Dieser Verein zählt gegenwärtig über hundert Mitglieder. (Landbötin.)

Bamberg, 30. Mai. Ihre Maj. die Königin Marie wird auf einer Reise nach Berlin heute Abends 9 Uhr mit dem Postzuge hier eintreffen und nach kurzem Aufenthalte die Reise fortsetzen. Ihre Majestät reist im strengsten Inkognito. Im Gefolge befindet sich Graf v. Rechberg als Reisemarschall. (Bamb. Ztg.)

Berlin, 29. Mai. Heute Abend trifft der Kaiser von Rußland in Potsdam ein. Wie natürlich auch die Veranlassung zu dieser Reise ist, so wird dennoch dieser Familienbesuch nicht ohne einen politischen Hintergrund gedacht. Man kann nicht läugnen, daß der Vertrag vom 15. April Preußen von Oesterreich ab- und derjenigen Macht zugedrängt hat, welche ebenfalls von jenem Vertrage ausgeschlossen wurde; ebenso gewiß ist, daß die Empfindlichkeit Rußlands sich vorzugsweise auf Oesterreich richtet und diese Empfindlichkeit findet hier einen fruchtbar gelockerten Boden. So ist man denn der Meinung, daß der Blick auf die deutschen Verhältnisse vielleicht mehr noch als der Vertrag vom 15. April Rußland Gelegenheit geben könnte, seinen politischen Einfluß sogleich wieder bedeutsam zu entwickeln und die innigen Verbindungen zu befestigen, welche so viele Jahre zwischen den Kabinetten von Petersburg und Berlin bestanden. Es verweilen in diesem Augenblicke eine große Zahl vornehmer Fremder hauptsächlich Russen hier. Die Kaiserin allein hat ein Gefolge von 80 Personen mitgebracht. Unsere Gastwirthe sind leidenschaftliche Russenfreunde; die öffentliche Meinung ist jedoch noch unbekehrt und hält eifrig an der Ueberzeugung fest, daß Preußen um keinen Preis in das alte abhängige Verhältniß zur russischen Freundschaft zurückkommen dürfe. Viel Aufsehen macht dagegen die Anwesenheit des tapfern englischen Generals Williams, der Kars so ruhmvoll vertheidigte. Der General, von Petersburg kommend, ruht hier einige Tage aus und ist Gegenstand der lebhaftesten Theilnahme, die nicht ganz ohne Bedeutung ist, da sie den Zug, der im Volke lebt, ausdrückt. Gestern, wo der General mit dem englischen und türkischen Gesandten in Kroll's Garten erschien, erhob sich das ganze zahlreich versammelte und elegante Publikum ihn zu begrüßen. Viele Damen ließen die Tücher wehen und eine bedeutende Zahl der anwesenden Offiziere bezeugten dem General ihre Achtung. Bei Hof ist derselbe nicht vorgestellt worden. (J. f. Ndd.)

Berlin, 30. Mai. Die „Posener Zeitung“ enthält eine Depesche aus Warschau, derzufolge der Kaiser Alexander von Rußland auf dem Balle des polnischen Adels erklärte, er habe eine allgemeine Amnestie aller Flüchtlinge und Emigranten, sehr wenige Personen ausgenommen, unterzeichnet. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Potsdam, 29. Mai. Se. Maj. der König begeben sich gegen 3 Uhr Nachmittags nach Fürstenwalde und werden gegen 4 Uhr in Begleitung des Kaisers von Rußland nach Berlin zurückkehren, wo offizieller Empfang auf dem Potsdamer Bahnhof stattfindet. (T. D. d. Nat.-Z.)

London, 28. Mai. Lord John Russell gedenkt Mitte Juli eine Reise nach der Schweiz und Italien anzutreten. Rücksichten für die Gesundheit seiner Gemahlin veranlassen ihn dazu, und das Gerücht, daß er sich in einer diplomatischen Mission nach Italien begebe, entbehrt der „Times“ zufolge jeden Grundes. (K. Z.)

London, 29. Mai. Die Direktoren der Bank von England haben soeben den Diskonto von sechs auf fünf Prozent ermäßigt. (T. D. d. K. Z.)

Paris, 29. Mai. Der heutige „Moniteur“ meldet, daß die Tauffeier des kaiserl. Prinzen auf den 14. Juni festgesetzt sey. Die Maires aller Städte, in denen der Sitz einer Präfektur ist, sind dazu eingeladen. Die Erzbischöfe und Bischöfe haben durch eigenhändige Schreiben des Kaisers Einladungen erhalten. (T. D. d. Nat.-Z.)

Verona, 27. Mai. Die hiesige amtliche „Gazetta“ bringt eine Korrespondenz aus Rom, wonach die päpstliche Regierung, um auf jedes Ereigniß vorbereitet zu seyn, die Aushebung von 4000 Mann verordnet hat. (T. D. d. Fr. J.)

Petersburg, 26. Mai. Ein kaiserl. Ukas ermächtigt die Truppenkommandeure zur Beurlaubung von Offizieren ohne die bisher maßgebenden Förmlichkeiten; die zum Dienst und zu unverzüglich vorzunehmenden Truppenreformen unumgänglich nothwendige Zahl müsse jedoch bei den Fahnen bleiben. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 151.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreyspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 1. Juni 1856

Deutscher Bund.

Um eine Einheit des Münz- und Landesgewichts herzustellen, hat man sich auf den Münzkonferenzen bei dem Gewicht der Münzen für die Anwendung des Zollpfundes entschieden, welches nur wenig von zwei kölnischen Mark sich unterscheidet. 15 Doppelthaler oder 30 Thaler sollen künftig auf ein Zollpfund, 15 einfache Thaler auf das halbe Zollpfund gehen, während jetzt die feine Mark oder 16 Loth 14 Thaler ergaben. Oesterreich hat den 21-Gulden-Fuß angenommen, so daß seine Guldenstücke genau dem ⅔, die halben Guldenstücke dem ⅓ Thaler entsprechen werden. (Zeit.)

** **Bayern. München**, 26 Mai. (Privat-Korresp.) Der Landtagsabgeordnete Frhr. v. **Gumppenberg** hat zu dem Gesetzentwurf, die Erbauung der Eisenbahn von **Rosenheim** nach **Salzburg** betreffend, den Antrag eingebracht, daß die Bau-Kosten für diese Bahnstrecke durch Emission von Papiergeld gedeckt, dann die Bahnrente zur Hälfte auf die allmähliche Einlösung dieses Papiergeldes, zur andern Hälfte aber zur Gründung eines Zentralunterstützungsfonds verwendet werden.

* Der Gesetzentwurf über die **vollziehbaren Urkunden** nach dem Gutachten des 1. Ausschusses der 2. Kammer. (Fortsetzung und Schluß.) Der Artikel 9, nun 7, des Entwurfes wurde in nachstehender Fassung beschlossen: „Das Mutterprotokoll, soferne es nicht zum Hypothekenprotokoll ressortirt, ist dem fortlaufenden Kontraktenprotokolle einzuverleiben. — Im Falle des Art. 2 ist die dem Gerichte vorgelegte Urkunde als Protokollsbeilage bei Gerichtshanden zu behalten. — Auf dem Mutterprotokolle hat Vormerkung darüber zu geschehen, wann und an wen eine Ausfertigung davon ertheilt worden ist.

Bezüglich des Art. 11 des Entwurfes wurde beschlossen, daß derselbe zu streichen sey, dagegen wurde Art. 12 des Entwurfes, nun Art. 8 in folgender Art gefaßt: „Die einer Urkunde einverleibte oder in Beziehung auf dieselbe eingegangene Exekutivklausel (Art. 1 und 2) hat die Wirkung, daß von dem zuständigen Gerichte auf Antrag des Berechtigten, ohne vorgängiges Streitverfahren, die Hülfsvollstreckung einzuleiten ist, wenn die den Eintritt der letzteren bedingenden Thatsachen durch die exekutorische Urkunde und insoweit es sich von dem Nachweise einer den Vollzug mitbedingenden Thatsache handelt, wenigstens durch eine andere öffentliche Urkunde nachgewiesen sind. — Die vorgängige Angehung des Vermittlungsamtes ist nicht erforderlich."

Ueber den Artikel 13 des Entwurfes, nun Art. 9, wurde beschlossen, denselben in nachfolgenden 2 Artikeln zu fassen: „Artikel 9. Wird die Hilfsvollstreckung gemäß Art. 8 des gegenwärtigen Gesetzes eingeleitet, so tritt das für den Vollzug eines rechtskräftigen Urtheils vorgeschriebene Verfahren mit folgenden näheren Bestimmungen, beziehungsweise Abänderungen ein: 1) Die nach den Gesetzen dem Verpflichteten zustehende 14tägige ausschließende Frist zur Vorbringung der in diesem Verfahren zulässigen Einreden ist mit dem Auftrage an ihn zur Zufriedenstellung des Berechtigten, womit das Verfahren zu beginnen hat, ausdrücklich vorzubringen, widrigenfalls er jene Einreden bis zum Ablaufe der ihm für die Zufriedenstellung selbst gesetzten Frist geltend machen kann. — 2) Der Verpflichtete ist nur mit solchen Einreden zu hören, welche den Gerichtsstand, die Statthaftigkeit und Regelmäßigkeit des eingeleiteten Verfahrens oder die Giltigkeit des eingeleiteten Verfahrens oder die Giltigkeit des beurkundeten Rechtsgeschäfts beziehungsweise der Beurkundung betreffen, oder welche erst nach der Beurkundung durch neuerlich eingetretene Thatsachen zum Daseyn gelangt sind und zwar, wenn ihn hiebei ein Beweis trifft, nur insoferne er diesen auf der Stelle liefert. Mit allen andern Einreden, er mag sie zur Zeit der Beurkundung schon gekannt oder erst später erfahren haben, ist er nur zur gesonderten Austragung zu verweisen. — 3) Den Beweis seiner Einreden kann der Verpflichtete nur durch Urkunden führen. Wird eine Privaturkunde von dem Berechtigten nicht anerkannt, so kann der Beweis ihrer Aechtheit nur durch Abverlangung des Diffessionseides geführt werden. — 4) Bestreitet der Verpflichtete die Uebereinstimmung der Ausfertigung mit dem Mutterprotokolle oder behauptet er, daß dieses Mängel enthalte, welche eine der im Art. 4 bezeichneten Nichtigkeiten begründen und befindet sich das Mutterprotokoll nicht bei dem um die Hilfsvollstreckung angegangenen Gerichte, so hat dieses zwar die Vergleichung des Mutterprotokolles zu veranlassen, inzwischen aber mit der Hilfsvollstreckung fortzufahren, insoferne das Vorbringen des Verpflichteten nicht bescheinigt ist. — 5) Die Einrede des nicht empfangenen Geldes findet in diesem Verfahren nicht statt und kann auch außerhalb desselben gegen exekutorische Urkunden nicht mit der Wirkung geltend gemacht werden, daß sie den Beweis der Aufzählung des Geldes auf den Gläubiger wälzte."

„Art. 10. Dem Verpflichteten bleibt vorbehalten, die in der Hilfsvollstreckung unzulässigen, nicht vorgebrachten oder durch Urkunden nicht erwiesenen Einreden in einem besonderen Verfahren bei demselben Gerichte geltend zu machen. — Dieser Vorbehalt begründet keinen Anspruch des Verpflichteten auf Sicherheitsleistung, unbeschadet seines Rechts, wenn die allgemeinen Voraussetzungen dazu gegeben sind, einen Arrestantrag selbständig zu gründen. — Will der Verpflichtete schon vor dem Antrage des Berechtigten auf Hilfsvollstreckung oder während des Vollstreckungsverfahrens Klage darauf erheben, daß das Rechtsgeschäft, in Beziehung auf welches er die Exekutivklausel eingegangen hat, für ungültig oder aufgehoben, oder daß der Berechtigte wegen gänzlicher oder theilweiser Tilgung der Verbindlichkeiten ihm zu quittiren für schuldig erkannt werde, so ist hiefür, wenn zur Zeit der Klagstellung die Hilfsvollstreckung schon eingeleitet ist, dasselbe Gericht zuständig, bei welchem der Berechtigte die Hilfsvollstreckung nachgesucht hat. Der Eintritt und Fortgang der Hilfsvollstreckung wird durch eine solche Klage in so lange nicht berührt, als auf dieselbe nicht mindestens in I. Instanz definitiv zu Gunsten des Verpflichteten erkannt ist."

Der Art. 14 des Entwurfs, nun Art. 11, wurde vom Ausschuß in folgender Fassung gegeben: „Ist wegen Fälschung einer exekutorischen Urkunde auf Verweisung erkannt, so kann die Hilfsvollstreckung bis zur Erledigung des strafrechtlichen Punktes weder verfügt noch fortgesetzt werden. — In jedem andern Falle, in welchem eine solche Urkunde als falsch angefochten wird, kann das Gericht nach Erwägung der Umstände die Hilfsvollstreckung provisorisch sistiren."

Art. 15 des Entwurfes,*) nun Art. 12, wurde mit der bloßen Abänderung des Wortes: „vollziehbaren" in „exekutorischen" anzunehmen beschlossen.

Art. 16 des Entwurfes, nun Art. 13, wurde in folgender Fassung der Kammer vorzuschlagen beschlossen: „Gegenwärtiges Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gesetze, „einige Aenderungen der Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheins betreffend," für diese Landestheile in Wirksamkeit."

Den im Anschluß an vorstehenden Entwurf vom Ausschuß der Kammer vorgeschlagenen Antrag bezüglich einiger Verbesserungen des **Exekutiv-Prozesses**, haben wir schon früher ausführlich mitgetheilt.

München, 30. Mai. Wie schon erwähnt wurde, hat die **Kammer der Abgeordneten** den hundertjährigen Geburtstag des Gebers der Verfassung durch ein großes Festmahl im bayerischen Hofe gefeiert. In einem Toaste des Hrn. Mi-

---

*) Er lautet: „Die auf Grund einer vollziehbaren Urkunde erlangte Auspfändung oder Immission in die Güter des Schuldners hat dieselben rechtlichen Wirkungen, wie die auf Grund eines rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses erlangte."

nisterpräsidenten v. d. Pfordten äußerte derselbe unter Anderm: „Die Staatsregierung vertraue, daß auch die Kammern ihre Pflichten im Interesse des Landes zu wahren, im Sinne und Geiste der Verfassung die Krone und deren Träger als die Spitze des Staats ehren, und für sie kein Opfer, selbst wenn es seyn müßte, das der Ueberzeugung, scheuen werden", worauf der 1. Präsident der 2. Kammer, Graf v. Hegnenberg-Dux, entgegnete: „Wir haben unseren wärmsten Empfindungen Raum gegeben, indem wir sie feierten bei der Erinnerung an den unvergeßlichen Max I.; wir haben auch seinen Manen genügt — aber es bleibt uns noch ein Gefühl auszusprechen für uns, das Gefühl der alten bayerischen Treue. Das ist jene Treue, die nicht immer bequem ist, denn sie entsteht daraus, daß derjenige, der sie fühlt, zuerst sich selber treu ist; aber sie wankt und weicht auch nicht, wenn's gilt, und diese Treue, die rechte bayerische Treue lebe hoch!"

Preußen. Berlin, 29. Mai. Das Berliner „Cor.-Bureau" sagt: „Der Besuch des Königs und der Königin von Sachsen wird am hiesigen Hofe zwischen heute und morgen erwartet. Man spricht allgemein, daß die Verlobung des Großfürsten Michael mit der Prinzessin Sidonie von Sachsen in Sanssouci gefeiert werden würde."

Von dem Ritter Bunsen erscheint in Kurzem unter dem Titel: „Zeichen des Niederganges und Aufganges", ein neues Werk.

Das Berliner „Cor.-Bureau" sagt: „Wie uns von geschäftskundiger Seite mitgetheilt wird, sind im Laufe der vorigen Woche durch telegraphische Depeschen russischer Getraidehandlungshäuser fast alle noch nicht effektuirten früheren Offerte wegen Getraidelieferungen zurückgenommen worden. Viele haben sich zur Ausführung der früher angebotenen Sendungen bereit erklärt, jedoch zu wesentlich höhern Preisen. Da nach Hamburg dieselben Erklärungen aus Petersburg eingelaufen waren, so beeilten die dortigen Häuser sich, so rasch wie möglich Alles, was zu erhalten war, aufzukaufen, so daß der Umsatz in Hamburg in den letzten Tagen der vorigen Woche sich auf Tausende von Lasten belief."

Sachsen. Dresden, 28. Mai. Das „Dresdener Journal" veröffentlicht einen zwischen Frankreich und Sachsen in diesen Tagen abgeschlossenen Vertrag zur gegenseitigen Gewährleistung der Autorenrechte. Der zugesicherte wechselseitige Schutz des geistigen Eigenthums ist auch auf die Aufführung dramatischer Werke und nichtpolitischer Journalartikel erstreckt, sobald rücksichtlich der letztern der Nachdruck vom Autor ausdrücklich untersagt ist. (A. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 29. Mai. (Privat-Korresp.) In der hiesigen Finanzwelt sieht man schon in nächster Zeit einem bedeutenden Steigen der Nordbahnaktien mit Bestimmtheit entgegen, und sind auf Grundlage dieser Hoffnungen in den letzten Tagen bedeutende Käufe in diesem Effekte abgeschlossen worden. Die höchst günstige Entscheidung der galizischen Eisenbahnangelegenheit für die Nordbahngesellschaft läßt diese Hoffnungen allerdings als begründet erscheinen. Was die in dieser Hinsicht von der galizischen Adelsdeputation gemachten Anstrengungen betrifft, so sind auch diese nicht ohne Erfolg geblieben, was hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben ist, daß sich die Gebrüder Haber, sowie mehrere andere bekannte Finanznotabilitäten der galizischen Adelsdeputation angeschlossen haben, wodurch die entsprechenden Garantien für die zum Ausbaue der galizischen Eisenbahnen erforderlichen Fonds gegeben worden sind. — Von Seite des Credit Mobilier sind in den letzten Tagen bedeutende Anstrengungen gemacht worden, um den Cours der Staatsbahnaktien, die in der letzteren Zeit bedeutenden Schwankungen unterworfen waren, zu heben, und wurden namhafte sowohl von Paris als auch von Frankfurt eingelaufene Kaufanträge effektuirt. — Der Herzog v. Gallier hatte heute Vormittags in Sachen der Centralbahn eine längere Besprechung mit dem Frhrn. v. Bruck.

Eine großartig organisirte Räuberbande, schreibt ein Korrespondent der „Agr. Ztg." aus Bakoca (Baranyaer Komitat), die aus elegant aussehenden Menschen besteht, und auf Wagen mit herrlichen Pferden sich herumtreibt, führt mit unerhörter Verwegenheit alle möglichen Gräuelthaten in den zwei an Kroatien stoßenden Komitaten aus. Sicherheitsbeamte und Gensdarmen sind bereits als Opfer gefallen; nun ist das ganze 23 Jägerbataillon und ein Ulanenregiment auf den Beinen, die Jäger per Wagen, aber bei den enormen Pußten und tiefen Wäldern bisher ohne Erfolg. Diese Bande soll zumeist aus ehemaligen Honveds bestehen.

Belgien.

Correspondenzen aus Brüssel zufolge geben sich die italienischen Emigrirten gar manchen Illusionen in Bezug auf die italienische Frage hin. Die Flüchtlinge, die sich in Brüssel aufhalten, glauben, es werde auf der italienischen Halbinsel in nächster Zeit eine Revolution ausbrechen. Emissäre gehen und kommen; man sammelt Subskriptionen, entwirft Constitutionsprojekte und korrespondirt mit allen Umsturzmännern Europas. (Fr. Pstz.)

Großbritannien.

In der Oberhaussitzung vom 27. Mai bemerkte u. a. Lord Malmesbury, er habe mit Bedauern die Nachricht gelesen, daß das Fort der kürzlich an die Türkei abgetretenen Stadt Ismail in Bessarabien von den Russen geschleift worden sey. Es werde ihn interessiren, zu erfahren, wie es sich damit verhalte, da die Fors von Ismail und Kilia Nova die Vertheidigung der türkischen Gränze bedeutend erleichtern würden. Lord Clarendon erwidert, er wisse nicht, ob das Fort von Ismail geschleift worden sey, wenn dieses jedoch der Fall, so stehe der türkischen Regierung durchaus die Befugniß zu, es wieder aufzubauen.

London. Palmer's Prozeß gab Veranlassung zu vielen Wetten. Bei Tattersall standen am Montag 6 gegen 1 zu seinen Gunsten; am Donnerstag stand der Unterschied von 16 gegen 1 zu seinem Nachtheil, d. h. daß er verurtheilt werde. Im Ganzen soll die „Sporting Welt" ungefähr 200,000 Pfd. für und gegen ihn gewettet haben, so erzählt wenigstens „Weekly Dispatch" mit einer Bemerkung des Unwillens über die Rohheit dieser Menschen. Mr. Palmer, der Gegenstand dieser Wetten, war indessen heiter und wohlgemuth und that wenigstens, als wenn er fest überzeugt wäre, daß er nicht verurtheilt werden könne. So sagte er, nachdem der Staatsanwalt seine gewichtige Rede gegen ihn beendigt hatte: „Er spricht sehr gut und sagt mir viel Böses nach; aber er kann es doch nicht dahin bringen, daß ich Cook oder sonst Jemand vergiftet habe. Dies ist nichts als Geschwätz eines kleinen Landstädtchens, das immer mehr vergrößert wurde." Es freute ihn, daß so viel um ihn gewettet wurde.

(Der Prozeß gegen Palmer.) Dieser lange Prozeß war weder durch psychologische Erscheinungen an dem Verbrecher, noch durch besondere Zufälle oder eine besondere Künstlichkeit in dem Erweise der Thäterschaft ausgezeichnet. Die Geschichtserzählung ist ganz einfach. Palmer vernachlässigte seine ärztliche Praxis und geht auf die Rennbahn, kauft Pferde und wettet. Er hat Unglück, geräth in Schulden und macht falsche Wechsel. Im August v. J. liefen für 12,000 L. Wechsel um, deren Unterschriften er nachgemacht hatte. Sein Bruder, den er mit 13,000 L. versichert hatte, starb; die Police wurde aber nicht honorirt. Im September versuchte er das Leben seines Stallknechtes mit 25,000 L. zu versichern, aber vergebens. Am 6. November waren zwei Vorladungen gegen ihn und seine Mutter, deren Unterschrift er gefälscht, wegen 4000 L. aufgenommen; der Gläubiger versprach ihm aber die Insinuation noch eine kurze Zeit anstehen zu lassen. Um denselben Gläubiger zur Prolongirung zu bewegen, konnte er nur ganz geringfügige Summen aufbringen, und zu den Rennen, die am 13. Novbr. in Shrewsbury stattfinden sollten, mußte er sich das Reisegeld leihen. Sein Pferd, auf das er schwer gewettet, verlor. Cooks Pferd gewann und brachte ihm über 1000 L. ein Am 14. Novbr. erkrankte Cook nach dem Genusse eines Glases Grog, das Palmer für ihn gemischt. Nach einigen Tagen starb er. Palmer war während der Krankheit um ihn, holte andere Aerzte und wies sie zu Zeiten ab, reichte auch dem Kranken Medizin. Sieben bis achthundert Pfund baar, die Letzterer bei sich hatte, und das Wettbuch, der Ausweis über die gewonnenen Summen, waren nach seinem Tode nicht zu finden. Die Inzichten, daß Palmer ihm Gift gegeben, waren überwältigend, schlossen sich Glied an Glied. Der Ankauf von 9 Gran Strychnin wird erwiesen; eine Zeugin sieht ihn auf dem Hausflur ein Glas Grog schütteln und prüfend gegen das Gaslicht halten und dann in die Stube tragen; ein anderer Zeuge sieht Cook das Glas Grog trinken. Eine Masse von entfernten Anzeigen kommen hinzu, z. B. Versuch, das Gefäß mit den Eingeweiden Cooks zu zertrümmern, den Todtenbeschauer zu bestechen u. a., und es fehlt an Gegenanzeigen, die einen Zweifel und damit ein kriminalistisches und novellistisches Interesse erregen könnten. Dem gewandten Vertheidiger blieb nichts übrig, als mehrere Zeugen des Meineides zu bezüchtigen, ohne irgend ein Motiv, das den Mangel eines direkten Beweises gegen sie ergänzen könnte, auch nur zu bezeichnen. Der Kampf zwischen Anklage und Vertheidigung drehte sich um den objektiven Thatbestand, um die Frage, ob Cook an Gift, namentlich an Strychnin gestorben. Das Turnier zwischen den Aerzten interessirte wegen der Persönlich-

keiten und wegen der wissenschaftlichen Controversen. Die Geschworenen sind natürlich nicht im Stande gewesen, sich auf die Controversen über idiopathischen und traumatischen Tetanus, die Absorption der Gifte, general convulsions, Arachnitis, eigentliche Epilepsie, Epilepsie mit Tetanus und Angina pectoris einzulassen.

Und doch enthält ihr Wahrspruch eine Entscheidung über die Todesursache. Sind die Obmänner über den Streit der Gelehrten? Allerdings und mit Recht. Nach dem Beweisverfahren, wie es sonst in Deutschland bestand, hätte der Richter eine dritte medizinische Autorität, eine „höhere", vernehmen müssen. Jeder sieht ein, daß diese Hierarchie des Wissens, der Wahrheit eine Fiktion ist. Kann es nicht seyn, daß ein Arzt ohne Staatsamt gelehrter und gescheidter ist, als ein Collegium medicum? Und hatte man nicht doch dem Richter eine gewisse Kritik über den ärztlichen Gutachten, über ihre faktischen Prämissen und über die Logik ihrer Folgerungen einräumen müssen? Der Wahrspruch der Geschwornen ist der Triumph des gesunden Menschenverstandes über die Gelehrsamkeit, des Zusammenfassens über das Zersplitterte, des Lebens über die Abstraktion. Es ist die Geschichte von Newton und dem Schäfer.

Wegen der langen Dauer des Prozesses und wegen der Genauigkeit der Berichte ist die Aufmerksamkeit von Ausländern mehr als gewöhnlich auf gewisse Eigenthümlichkeiten des englischen Strafverfahrens gelenkt worden. Am meisten fällt in die Augen die Behandlung der Jury. Sie wird im eigentlichen Sinne des Wortes gefangen gehalten, um zu verhüten, daß in irgend einer Weise auf sie eingewirkt werde. Die Geschwornen werden aus der Sitzung von zwei Sheriffs nach einem benachbarten Hotel eskortirt und in eine Reihe von Zimmern gebracht, an deren Eingang die Sheriffs Posto fassen. Es wird Niemand zugelassen, als die Kellner, die die Speisen auftragen. Sie erhalten keinen Brief, keine Zeitung und keine mündliche Mittheilung anders, als indem sie von der Thür her, für Alle hörbar, dem Betreffenden zugeschrien wird. Einem wurde auf diese Weise kundgethan, daß seine Familie einen Zuwachs erhalten. „Eins oder zwei?" rief er zurück. eins! lautete die Antwort. „Also besser als das letzte Mal," monologisirte er erleichtert zur großen Erheiterung seiner Gefangenschaftsgenossen. Alle schlafen mit ihren beiden Wächtern in einem großen Saale und keiner wird auf welche Veranlassung immer außer Augen gelassen. Am Abend führt man sie in einem abgesperrten Raume des Tempelgartens spazieren und Sonntags werden sie in einem Omnibus nach dem Walde von Epping gebracht. Die Verpflegung, die von der City getragen oder doch vorgeschossen wird, soll beneidenswerth seyn. Einer, der an Podagra leidet und durch sein Erkranken das ganze Verfahren zu nichte machen würde, wird gehätschelt und getätschelt wie eine Dame in interessanten Umständen. So können Palmer's Freunde den Geschwornen nicht mit Entziehung der Kundschaft drohen.

Andere Eigenthümlichkeiten sind, daß von den mehren todeswürdigen Verbrechen, welche die Todtenbeschauer gefunden haben, zunächst nur das eine zur Anklage gestellt ist, bei dem die größte Wahrscheinlichkeit der Verurtheilung, und daß von den Wechselfälschungen keine Notiz genommen wird. Man verurtheilt in England Jemanden nicht wie weiland in Deutschland „wegen Raubmordes und kleinen gemeinen Diebstahls" Vielleicht sehr unwissenschaftlich, aber gewiß sehr vernünftig; denn der Mensch kann doch nur einmal hängen.

Wegen gewisser gesellschaftlicher Zustände, in die der Prozeß Blicke eröffnet, ist er noch besonders lehrreich. Die Scene ist der turf, die Rennbahn, unzweifelhaft eine Pest der Gesellschaft. Die Schleuße ist jetzt aufgezogen und es wird Information im Ueberfluß geben über diese Welt, in der der Peer Bruder ist mit dem Roßkamm, dem Stallknecht und dem Beutelschneider — einer, der an Cook verloren, war so highly respectable, daß der Attorney general die Zeugen ersuchte, den Namen zu verschweigen und ihm auf einem Stück Papier zu geben — wo die Wettenden Geld aufnehmen zu 60 pCt. Zinsen, wie Palmer that, wo Harpyen Wechsel diskontiren, von denen sie wissen, daß sie falsch sind, wie bei dem Solicitor Pratt, Palmers Gläubiger, nicht zu bezweifeln ist. Graf Derby und andere sporting noblemen, sagt man, sind deßwegen so eifrige Zuhörer gewesen, weil sie aus der Vernehmung eines gewissen Saunders, der Jockey's trainirt, Aufschluß über gewisse Kunstgriffe und „Stallgeheimnisse" zu erhalten hofften. Saunders war von dem Attorney General vorgeladen, wurde aber nicht vorgerufen, und auf der Pferdebörse bei Tattersall zerbricht man sich den Kopf, wie das zugegangen.

Sehr hübsch ist endlich der Einblick in die Kleinstädterei von Rugeley. Der Coroner bekommt eine Fünfpfundnote, einen Truthahn, zwei Fasanen und einen Lachs und verfährt gefällig. Der Coroner ist ein Beamter des gemeinen Rechtes, wird von den Freeholdern der Grafschaft gewählt; und wahrscheinlich würde der „Fortschritt" auf diesen Fall hin die Abschaffung des Coroners oder die Ernennung von oben her fordern, wenn nicht unglücklicherweise auch der von oben her ernannte Postmeister so gefällig gewesen wäre, für Palmer Briefe zu erbrechen. (Nat.-Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 31. Mai. Mit Ausnahme von span. Kreditaktien Pereire und österr. Staatsbahnaktien, die billiger abgegeben wurden, waren beinahe sämmtliche Effekten beliebter, insbesondere österr. Kreditaktien und Darmstädter Bankaktien beider Gattungen, die bei sehr bedeutendem Umsatz einen großen Aufschwung nahmen. Devisen beliebter. Dividende der Livorno-Florenz-Eisenbahnaktien beträgt von Nov. 1855 bis Mai 1856 Lir. 22; ertrug vom Nov. 1854 bis Mai 1855 Lir. 12, demnach im Mai 1856 ein Mehr von Lir. 10.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 785 bis 787. — Elisabeth-Bahn 111¼. — Lombardische Bahnen 131.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1317 P. 1312 G. Neue Bankaktien 443 P. 438 G. Credit-Actien à 5pCt. 248 P. 246 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 81¼ P. 83 G. 5pCt. Lombard-Ven. 91¼ P. 91 G. Metall. alte à 5pCt. 82¼ P. 81¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88 G.; à 4½pCt. 73 P. 72¾ G.; à 4pCt. 61¾ P. 61¼ G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 128¼ P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106½ P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 309 P. 307 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 91¼ P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 106½ P. 106 G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 154⅞ P. 154⅜ G. Neustadt-Weissenb. 116 P. 115½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117½ P. 117 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89½ P. 89 G.; 4½pCt. — P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81⅛ P. 80¾ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 41⅛ P. 40⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63½ P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½ P. 100 G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112½ P. 112¼ G.; à fl. 25 34 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 402 P. 400 G.; junge 314½ P. 312½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 108 P. 107½ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31¾ P. 31½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½ G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 122⅜ P. 121⅞ G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. 82½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 559 P. 554 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 42 P. 41¾ G.; 1pCt. neue 25 13/16 P. 25 11/16 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¼ P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119⅜ P. 119⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. o. S. Lr. 250 k. S. 101¼ P. 101 G.
Berlin Thl. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Brem. 50 Thl. Lsd. k. S. 96¾ P. 96½ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117⅝ P. 117⅜ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88¾ P. 88½ G.	Wien 3 M. mit 4% 117¼ P. 117 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 30. Mai Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 93¾ G; 4½pCt. 100½ P. 100⅛ G.; 5pCt. letzte Emission 102½ P.; 5pCt. dritte Emission 100½ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94½ P.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 784 P., 780 P.

Neueste Nachrichten.

** München, 30. Mai. (Privat-Korrespondenz.) **76. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Die Kammer schritt hierauf zur Berathung des Gesetzentwurfs: „die Einführung von exekutorischen Urkunden in den sieben älteren Kreisen des Königreichs betr." Der Referent des 1. Ausschusses, Hr. Abg. Dr. Barth, beleuchtet den Gegenstand in seinem Vortrage in sehr eingehender Weise, doch hat die Erörterung nur für Juristen Interesse. Am Schlusse seiner umfassenden Erörterung gelangt Hr. Referent zu der Ansicht, daß alle Vortheile, welche der vorliegende Gesetzentwurf den Gläubigern wirklich gibt, auch durch Verbesserung des Exekutiv-Prozesses zu erreichen gewesen wären. Da indeß die Regierung

den Gesetzentwurf einmal vorgelegt habe, und eine Verbesserung unseres Schuldrechts dringend nothwendig sey, so räth der Berichterstatter, Dr. Barth, zur Annahme desselben, jedoch mit mehrfachen Aenderungen, die der Ausschuß auch begutachtet hat. (Wir haben den Gesetzentwurf, wie er sich nach dem Ausschuß-Vorschlag gestaltet, in unserem gestrigen und heutigen Blatte vollständig mitgetheilt.)

An der allgemeinen Debatte betheiligte sich Abgeordneter Dr. Simmerl, der sich für die Einführung der exekutorischen Urkunden erklärte, obwohl dadurch, daß bei uns nicht derselbe Organismus wie in der Pfalz und in Frankreich bestehe, namentlich keine Huissiers, und deßhalb das neue Institut nicht dieselben Vortheile bei uns bieten würde, wie es dort der Fall sey, weil auch so viel gewonnen würde.

Der k. Staatsminister der Justiz rechtfertigt dann die Vorlage durch die früheren Wünsche der Kammer, sowie dadurch, daß man bei Berathung des Prozeßgesetzes von 1837 nicht im entferntesten der Ansicht gewesen sey, daß sich das neue Institut nicht in unser Prozeßverfahren einfügen lasse, vielmehr dies bejaht habe. Der Herr Staatsminister hob die Vortheile hervor, welche aus dem Institut der exekutorischen Urkunden für den Rechtsgang erwachsen, und sucht auch die Befürchtung zu beseitigen, als ob das Landvolk nicht mündig genug für diese Institution sey. Der Landmann sey recht gut unterrichtet, was das Recht betrifft, und wisse, was er unterschreibe und welche Folge es habe. Man hätte dieselben Befürchtungen bei Einführung des Hypothekengesetzes und der allgemeinen deutschen Wechselordnung gehegt, sie hätten sich aber als unbegründet gezeigt, denn es hätten sich hieraus keinerlei Mißstände (?) ergeben. Der Herr Staatsminister hoffte, daß die Kammer den Gesetzentwurf mit den Verbesserungsvorschlägen, welche der Ausschuß vorschlage, ohne Bedenken annehmen werde.

Nach einigen Bemerkungen des Hrn. Referenten, der namentlich bemerkt, daß er dem, was der k. Staatsminister bez. der Mündigkeit des Landvolkes gesagt habe, vollkommen beistimme und nur wünsche, daß man von dieser Mündigkeitserklärung allenthalben Akt nehme — wurde zur speziellen Debatte geschritten. — Die Ueberschrift „vollziehbare Urkunde" wird nach dem Antrag des Ausschusses ohne Debatte in „exekutorische Urkunde" umgewandelt, und dann auch dem üblichen Eingang beigestimmt. Den Art. 1, 2 und 3 wird nach der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung fast ohne Debatte beigestimmt.

Als neuer Artikel 4 beantragt der Ausschuß (wie gestern mitgetheilt) einen ganz neuen Artikel einzuschalten.

Abg. App.-R. Sedlmair von der Ansicht ausgehend, daß die meisten Bestimmungen dieses neuen Artikels nicht in das Gesetz, sondern in die Vollzugsinstruktionen gehörten, beantragt eine desfallsige Modifikation, die aber, nachdem sich Referent und der k. Staatsminister dahin ausgesprochen hatten, daß die vorgeschlagenen Normen in das Gesetz aufzunehmen dennoch wünschenswerth sey, verworfen, worauf der neue Artikel angenommen wurde. Den ursprüngliche Art. 4 und den Art. 10 des Entwurfs beantragt der Ausschuß zusammenzufassen, und die Kammer stimmt dem ohne Debatte bei. Bei den nun folgenden Art. 5, 6 und 7 des Entwurfs, deren Streichung der Ausschuß beantragt, deren theilweise Annahme aber Hr. Abg. Sedlmair beantragt, zeigt sich über die Form und die Gültigkeit, beziehungsweise Beweiskraft von Ausfertigungen einer exekutorischen Urkunde ꝛc. einige Meinungsverschiedenheit in der Kammer, so daß Präsidium beantragt, bei bereits vorgeschrittener Zeit die Debatte hierüberauf morgen zu vertagen, damit in der Zwischenzeit der Ausschuß den Gegenstand nochmals erörtern könne. Es erfolgte deßhalb der Schluß der Sitzung.

** München, den 30. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Ihre Maj. die Königin hat sich heute Mittag nach Berlin begeben, um die dort anwesenden kaiserl. russischen Majestäten zu begrüßen. Ihre Majestät wird nur einige Tage daselbst verweilen. — Die Verlegung des k. Hoflagers von hier nach Nymphenburg ist aber bis zur Rückkehr Ihrer Majestät verschoben und es wird sich Se. Maj. der König morgen nach Schloß Berg begeben. — In der Kammer der Reichsräthe kömmt morgen der Gesetzentwurf bezüglich der Gewerbsteuer zur Berathung. Der Ausschuß beantragt die Annahme nach dem Beschluß der 2. Kammer.

Nach dem „Nürnberger Korresp." soll der Plan einer in Augsburg zu gründenden Kreditanstalt dem Vernehmen nach an entscheidender Stelle nicht mehr auf so viele Schwierigkeiten stoßen, als es beim ersten Auftauchen des Projektes den Anschein hatte. In diesem Betreff wird genanntem Blatt aus München gemeldet: „Eine Denkschrift, von einem der ersten Industriellen Augsburg's ausgearbeitet, widerlegt einige der Haupteinwände und deckt zugleich die im Portefeuille der Gründer befindlichen Projekte, deren Pläne zum Theil schon ausgearbeitet vorliegen, in offenster Weise auf. Die letzteren zerfallen in gemeinnützige, finanzielle und industrielle, als da sind: die Gründung einer großen montanistischen Gesellschaft in der bayerischen Oberpfalz, eines Bergwerk-Vereins in Schwaben und Neuburg, einer Export-Gesellschaft auf Grundlage der Bildung einer Gesellschaft für direkten Import und Stapel von Baumwolle in Bremen, einer Lech- und Wertachkorrektion, welch letztere die Grundlage zu mehrern neuen großartigen industriellen Etablissements bilden würde u. s. w. Den Aktienschwindel wollen die Unternehmer aber dadurch fernhalten, daß 1) eine öffentliche allgemeine Subskription ausgeschlossen bleibt und statt deren die offengehaltenen 4 Millionen an die mit Handelsgremien versehenen bayerischen Städte nach Verhältniß der Einwohnerzahl behufs Subrepartition an die Mitglieder des Handelsstandes repartirt werden, 2) die Ausgabe von Einzeln-Interimsscheinen für Einzeln-Aktien sistirt bleibt, bis 30 pCt. auf die erste Emissionssumme baar einbezahlt sind, inzwischen aber bloß Kollektiv-Interimsscheine für in minimo 4 Stück Aktien (1000 fl. Kapital) ausgestellt werden, so daß 150 fl. Baarzahlung nöthig sind, um nur die erste Einzahlung von 15 pCt. leisten zu können."

Aus Berlin, wird den „Hamb. Nachr." telegraphirt: Fürst Gortschakoff wird mit dem Kaiser von Rußland hier erwartet. Die Reise des Baron Seebach ist ohne politisches Motiv; er begleitet den Grafen Nesselrode auf einige Tage nach Kissingen. Die Annahme, daß der König zur Krönung des Kaisers Alexander nach Moskau gehen werde, ist unwahrscheinlich.

Stuttgart, 30. Mai. Die Unterhandlungen mit den englischen Kapitalisten wegen der Schwarzwälder-Bahn sollen aus dem Grunde gescheitert seyn, daß die Staatsgarantie von 3½ pCt. Zinsen aus dem Anlagekapital nicht zugestanden, sondern nur eine Aversalsumme von 80,000 fl. jährlich geboten wurde. Was nun weiter in dieser Angelegenheit geschieht, weiß Niemand. Der vor einigen Tagen mittelst Note des Justizministerium an den ständischen Ausschuß gebrachte „Gesetzentwurf, betr. die Vollziehung der Vorschriften des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854*) über die Untersuchung und Bestrafung von Preßvergehen und die Unterdrückung von Druckschriften gesetzwidrigen Inhalts" ist im Druck erschienen und enthält in seinen 43 Artikeln kurz folgende wesentliche Bestimmungen: Der Versuch eines Preßvergehens wird nicht mehr, wie bisher, bestraft, sondern nur das vollendete Vergehen. Die Strafen bewegen sich in einem Rahmen von 10 bis 1000 fl. und von Gefängniß bis zu 1 Jahr. Druckern und Verlegern kann nebenbei die Gewerbsberechtigung — in Wiederholungsfällen — entzogen, bei Redakteuren die zeitliche (von sechs Monaten bis fünf Jahren) oder bleibende Unfähigkeitserklärung ausgesprochen werden. Die Beschlagnahmen stehen in Oberamtsstädten dem Oberamtmann oder dessen Stellvertreter, in anderen dem Schultheißen zu. Bei Zeitungen ist auf Verlangen der Redaktion der betreffende Artikel zu bezeichnen. Die Kreisregierung hat binnen 8 Tagen die Beschlagnahme zu bestätigen oder aufzuheben. Auf Unterdrückung einer Schrift erkennt der Kriminalsenat des Kreisgerichtshofes. Den Schwurgerichten werden die Preßprozesse entzogen und die Oeffentlichkeit bei Verhandlungen von Prozessen über Privatinjurien ist aufgehoben. (Heilb. Tagbl.)

Hannover, 28. Mai. Aus Veranlassung des 37. Geburtsfestes unsers Königs fanden sehr zahlreiche Ordensverleihungen statt. Es wurden 112 Guelphenorden, 2 goldene, 83 silberne Verdienstmedaillen und 17 allgemeine Ehrenzeichen vertheilt, daneben eine Menge Titel verliehen und ein bedeutendes Armeeavancement veröffentlicht. Das jetzige Ministerium scheint bei diesen Verleihungen fast durchgängig nach politischen Motiven verfahren zu seyn, da wesentlich nur Männer bedacht sind, die sich auf eine oder die andere Weise zu Gunsten des jetzigen Systems ausgesprochen haben. (Schw. M.)

Bombay, 28. April. Britische Truppen sind nach der Küste Malabar geschickt, um Unruhen vorzubeugen, die dort befürchtet werden. Der Fürst von Oudhe reist nach England. (T.D.d.H.N.)

*) Der Bundesbeschluß ist einstweilen durch kgl. Ordonnanz in Vollzug gesetzt. Durch nachträgliche Vorlage des Gesetzentwurfs soll das Zustimmungsrecht des Landtags gewahrt werden.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 152.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 2. Juni 1856.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 31. Mai. In der Bundestagssitzung vom 29. Mai erklärten in Folge des am 17. April l. Js. gefaßten Beschlusses mehrere Gesandte die Bereitwilligkeit ihrer höchsten Regierungen, zu der behufs der Ausarbeitung des Entwurfes eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches niederzusetzenden Kommission Sachverständige abzuordnen.

** **Bayern.** München, 31. Mai. (Privat-Korresp.) **77. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die kgl. Staatsminister Dr. Ringelmann, v. d. Pfordten.

Es wird die gestern vertagte Debatte über den Gesetzentwurf, „die exekutorischen Urkunden betr.", fortgesetzt. Bezüglich des Art. 8, nun 6, schlägt der Ausschuß nach erneuter Berathung jetzt folgende Fassung vor: „Die Ausfertigung einer exekutorischen Urkunde muß den Inhalt des Mutterprotokolls wortgetreu wiedergeben und hat mit diesem gleiche Beweiskraft unter folgenden Voraussetzungen: 1) es darf darin nichts ausgestrichen oder radirt, sie muß deutlich und ohne Einschaltung oder Ueberschreibung geschrieben seyn; 2) umfaßt die Ausfertigung mehrere Bogen, so müssen sie zusammengeheftet und der Faden muß auf dem letzten Blatte mit dem Gerichtssiegel befestigt seyn; 3) im Fall des Art. 2 ist der Ausfertigung des Protokolls der wörtliche Inhalt der nachträglich für exekutorisch erklärten Urkunde einzuschalten." Nachdem sich die Abgg. Sedelmeier, Keyl, und der Staatsminister der Justiz mit dieser Fassung einverstanden erklärt hatten, wird dieselbe auch von der Kammer angenommen.

Die Debatte über die weitern Artikel beschränkte sich nur auf einzelne Bemerkungen des Referenten und des Justizministers, und es wurde ihnen allen nach den Anträgen des Ausschusses beigestimmt.

Nach Art. 16 des Regierungsentwurfs soll das Gesetz über „die exekutorischen Urkunden" mit dem Tage seiner Verkündigung in Wirksamkeit treten, der Ausschuß aber beantragt, daß dasselbe „gleichzeitig mit dem Gesetz, einige Aenderungen der Gerichtsverfassung betr., in Wirksamkeit treten soll." Der Ausschuß hatte sich nämlich bei dem gegenwärtigen Zustand unseres Notariatswesens gegenüber nicht entschließen können, die Annahme des Gesetzentwurfs selbst mit den von ihm vorgeschlagenen Modifikationen zu empfehlen, wenn er nicht zugleich die Hoffnung gehegt hätte, es werde der dem Beirathe und der Zustimmung des Landtags unterbreitete Gesetzentwurf bezüglich der Gerichtsverfassung aus der Berathung der beiden Kammern in einer Weise hervorgehen, welche wenigstens einige Garantien für die Besserung des Notariats geben würde. — Hierüber entspann sich nun eine längere Debatte, in welcher die Abgg. Wallerstein, Dr. Völk, Lerchenfeld, Arnheim und v. Closen dem Antrage des Ausschusses sich anschlossen, da auch sie der Ansicht waren, daß, wenn das Notariatswesen an den Landgerichten nicht verbessert würde, man denselben die Abfassung der exekutorischen Urkunden, die mit der größten Sorgfalt geschehen müßte, nicht übertragen dürfte, während dagegen die Abgg. Dr. Käiserlein, Ruland und Boje, dann die königl. Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten und Dr. Ringelmann sich dagegen erklärten, daß das vorliegende Gesetz von jenem über die Gerichtsverfassung abhängig gemacht werden solle; denn obwohl sie zugaben, daß das Notariatswesen wesentlicher Verbesserung bedarf, so glaubten sie dennoch, daß dasselbe nicht so mangelhaft sey, um deßhalb die exekutorischen Urkunden fallen zu lassen.

Bei der Abstimmung wird der Vorschlag des Ausschusses abgelehnt und Art. 16 nach dem Entwurf der Regierung angenommen.

Die Schlußabstimmung über den ganzen modifizirten Entwurf ergab dann dessen Annahme mit 114 gegen 12 Stimmen.

Der Ausschuß beantragte ferner die Beifügung eines Antrages, der einige Verbesserungen des Exekutivprozesses bezweckt (bereits früher mitgetheilt).

Nach einigen Bemerkungen des Referenten und des k. Justizministers wurde dieser Antrag ohne Debatte angenommen, womit die Sitzung schloß.

** München, 31. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Gesetzentwurf bez. der Gewerbesteuer berathen. Der Ausschuß beantragt bezüglich des Eingangs, welchen die 2. Kammer etwas abgeändert hatte, die Wahl der Behufs der Publikation des ganzen Gewerbssteuergesetzes mit den beschlossenen Modifikationen nothwendigen Abänderungen des Titels und der Eingangsformel sey als Redaktionssache zu betrachten und der kgl. Staatsregierung zu überlassen", im Uebrigen aber durchweg der zweiten Kammer beizustimmen. Nachdem sich der zweite Präsident Graf Seinsheim im Sinne des Ausschusses ausgesprochen hatte, wurde auf die Verlesung der einzelnen Artikel ꝛc. verzichtet und dem ganzen Gesetzentwurfe nach dem Vorschlage des Ausschusses einstimmig beigestimmt.

München, 30. Mai. Hinsichtlich des beabsichtigten Kanalbaues von hier nach der Donau sind neuerdings Erhebungen angeordnet und Oberbaurath Bernatz, der vor drei Jahren die Vorarbeiten geleitet und die Voranschläge angefertigt hat, bereist die Linie gegenwärtig zu diesem Zwecke, insbesondere um Anhaltspunkte bezüglich der Kosten für Grunderwerbung zu gewinnen. (Schw. M.)

Preußen. Berlin, 30. Mai. Der „Publizist" berichtet: „Mit dem 30. Juni werden sämmtliche Bordelle in Berlin ohne Ausnahme geschlossen. Den Inhabern solcher Wirthschaften ist dies bereits bekannt gemacht, mit dem Eröffnen, daß, wenn sie von jetzt ab noch neue Mädchen aufnehmen wollen, dies nur Berlinerinnen seyn dürften. Nach dem Schlusse der Wirthschaften werden die Preußen nicht angehörigen Mädchen über die Gränze gewiesen, die in Preußen heimathberechtigten aber nach ihrer Heimath geschickt und die Berlin angehörigen unter polizeiliche Controle gestellt."

Berlin, 29. Mai. Daß der Besuch des Kaisers Alexander von Rußland und die Art und Weise, wie derselbe hier aufgenommen wird, nicht bloß in verwandtschaftlichen Rücksichten ihren Grund haben dürfte, liegt ziemlich nahe, und man irrt wohl nicht, wenn man darin eine Gegendemonstration gegen den Vertrag des 15. April sieht. Zu beklagen wäre es freilich, wenn es bei der Demonstration nicht bliebe und die Folge irgend etwas, was einer preußisch-russischen Allianz ähnlich sähe, würde. (H. N.)

Berlin, 31. Mai. Die auf heute Vormittags anberaumte Parade der Truppen der hiesigen Garnison fand bei ziemlich günstigem Wetter unter den Linden statt. Zur rechten und linken Seite des Opernhauses waren umfangreiche Tribünen errichtet, welche bis auf den letzten Platz namentlich von einem höchst eleganten Damenpublikum besetzt waren. Um 12 Uhr erschien der König in Begleitung des Kaisers Alexander, des Großfürsten Michael, des Großherzogs von Oldenburg, des Prinzen Friedrich von Hessen Kassel, sowie sämmtlicher hier anwesenden königl. Gäste (nachdem dieselben zuvor mittelst Extrazuges von Potsdam um 10½ Uhr hier eingetroffen waren) und der Prinzen von Preußen, Karl, Friedrich Karl, Adalbert, Albrecht, Nikolaus Albrecht u. s. w. Kaiser Alexander trug die Uniform des 3. Uhlahnen-Regiments, der Großfürst Michael die des 11. Infanterie-Regiments. (Nat.-Z.)

Oesterreich. Wien, 29. Mai. Fürst Paul Esterhazy, der österreichische Gesandte zu Petersburg, wird mit großem Glanze bei der Krönung des Kaisers Alexander von Rußland erscheinen. Bereits läßt der Fürst neue prachtvolle Equipagen anfertigen und herrliche Pferde ankaufen. Die Die-

nerschaft, welche den Fürsten in großer Anzahl begleitet, wird kostspielig und äußerst elegant gekleidet. (K. Z.)

Großbritannien.

Mazzini hat, wie man aus London schreibt, diese Stadt plötzlich verlassen. Man glaubt, daß er nach der Schweiz gereist ist.

Italien.

Der italienische Republikaner Manin hat einen Brief an den Redakteur des Journals „il Diritto" gerichtet, worin er das Thema ausführt: „Es gibt einen großen Feind Italiens, welchen die nationale Partei ohne Furcht und Erbarmen bekämpfen sollte; sie würde in diesem Kampfe von der Beistimmung und dem Beifall des ganzen gebildeten Europa unterstützt und getragen seyn. Dieser große Feind Italiens ist die Lehre vom politischen Mord, oder in andern Worten die Dolchtheorie.... Italiener! Es ist Zeit, daß wir uns von dieser Pest befreien, daß wir diesen Schmutz abstreifen." (A. Abdz.)

Aus Rom vom 21. Mai wird der „Indep. Belge" geschrieben: „England wird mit Ausnahme der 5 Regimenter, welche es nach Kanada schickt, sowie jener, welche es vorläufig in der Türkei läßt, sein Krimheer rings um Neapel aufstellen, nämlich 3 Regimenter in Korfu, 9 in Malta und 5 in Gibraltar. Jene 9 Regimenter in Malta können natürlich der neapolitanischen Regierung ernstliche Besorgnisse einflößen. Bis jetzt scheint dieselbe gar nicht an das englische Orientheer gedacht, sondern ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die französischen Truppen zu Rom gerichtet zu haben. Deßhalb ließ sie auch fortwährend an den Festungswerken von Gaeta, welches den Weg von Rom über Terracina nach Neapel beherrscht, arbeiten."

Man schreibt dem „Constitutionnel" aus Turin, 26. Mai: „In der Lombardei und in den päpstlichen Staaten entwickelt die Polizei große Strenge, deren Folge zahlreiche Verhaftungen sind. Den Vorwand bietet das Auffinden mehrerer Exemplare der sardinischen Diskussionen über die Pariser Konferenzen in den Gränzbezirken. Die bei diesem Anlasse von Cavour, Brofferio, della Margherita, Mamiani und Anderen gehaltenen Reden wurden in einen Band abgedruckt und davon, wie es scheint, eine gewisse Zahl nach der Lombardei und dem Kirchenstaate befördert, was die Polizei dieser Länder in Besorgniß versetzte."

Aus Neapel erfahren wir, daß König Ferdinand gesonnen ist, statt zu einem gelinderen System überzugehen, noch strengere Saiten aufzuziehen, indem er sich von Niemanden, wer es auch sey, will imponiren lassen. Als Vorläufer der Reformen ist eine k. Verordnung erschienen, welche von Neuem das Tragen der braunen runden Hüte auf's strengste untersagt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 23. Mai. Der Vorstand der russischen Gesandtschafts-Kanzlei, Pisani, welcher vor einigen Tagen hier angekommen ist, notifizirte heute durch ein Zirkular die Uebernahme der russischen Kommerzkanzlei. Das russ. Gesandtschaftshotel wird fleißig restaurirt. Die Ankunft vieler Tartaren, die sich in der Dobrudscha ansiedeln wollen, ist erfolgt. Die Fürsten Vogorides und Vartalides, die Armenier Dadian und Mihram Bey, der Protestant Stephan Bey und der Israelit Hatom haben zeitweilig Sitz und Stimme bei den Medschlisberathungen erhalten (T. D. d. Oftd. Post.)

Rußland und Polen.

Warschau, 27. Mai. Wichtiger als die Beschreibung der Festlichkeiten des gestrigen Tages, unter welchen der große Ball des Adels obenan steht, ist die Nachricht, daß der Kaiser gestern den ersten umfassenden Gnadenakt über die polnischen Flüchtlinge ergehen ließ. Allen denjenigen nämlich, welche sich ohne Erlaubniß aus dem Königreich Polen oder aus den westlichen Provinzen entfernt haben und jetzt ihren Fehltritt bereuen und deßhalb an die auswärtigen Gesandtschaften Rußlands ihre betreffenden Gesuche einreichen wollen, ist im Voraus die Rückkehr ins Vaterland gestattet, und sollen sie keiner weiteren gerichtlichen Untersuchung oder Verantwortung unterzogen werden, vielmehr mit dem Tage ihrer Rückkehr in ihre frühern bürgerlichen Rechte wieder eingesetzt werden. Ferner sollen diese Personen, wenn sie sich während dreier Jahre nach ihrer Rückkehr untadelhaft aufgeführt haben, auch zum Staatsdienst zugelassen werden. Ausgeschlossen von dieser Amnestie sind nur diejenigen, welche durch ihr Verhalten nicht aufgehört haben und noch fortfahren, ihren Haß gegen die russische Regierung an den Tag zu legen. — In Bezug auf die Truppen der frühern polnischen Armee ist ferner beschlossen worden, daß diejenigen, welche nach Versetzung in die dritte Kategorie in den Dienst getreten sind und sich tadellos aufgeführt haben, nach zwanzigjähriger Dienstzeit das Recht erlangen sollen, die Emerital-Pension zu erhalten, wobei ihnen die Dienstjahre vor der Revolution mit eingerechnet werden sollen. — Dies sind die allgemeinen Grundzüge der gestern erlassenen Amnestie. (H. N.)

Riga, 24. Mai. Wir erfahren, daß der Kaiser zwischen dem 8. und 12. künftigen Monats von Berlin zurück hier eintreffen und in unserer Nähe eine große Revue abhalten wird. (Hamb. Nachr.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 1. Juni. (Effekten-Sozietät) 5pCt. Met. 81⅞; 4½pCt. Met. 72½; Wiener Bankaktien 1314; 5pCt. Lomb. 91; Wiener Wechsel l. S. 117¼; 3pCt. inl. span 42¼; 1pCt. neue 25⅛; Darmstädter Bankaktien 405. Oesterr. Kreditaktien 245½. Bayerische Ostbahn 106⅞—¾. Elisabethen-Bahn 112—¼—12. Luxemburger internationale Kreditbank 554.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 790—93.

Der Hauptumsatz bestand heute in mitteldeutschen Kreditaktien und Darmstädter Bankaktien, die zu höheren Kursen verhandelt wurden, auch spanische Fonds nahmen einen bedeutenden Aufschwung, da der Mobilier Pereire den größten Theil des neuen Anlehens zu 40½ ohne Jouissance übernommen hat.

Augsburg, 31. Mai. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 93¾ G.; 4½pCt 100½ B 100¼ G.; 5pCt. letzte Emission 102¼ B.; 5pCt. dritte Emission 100½ B.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94¼ B.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 784 B., 780 B.

Hamburg, 27. Mai. In Kaffee waren Umsätze seit Samstag zu festen Preisen ziemlich belebt. Verkauft wurden 2500 B. Brasil zu 4⅛ a 5¼ sch., 250 B. St. Domingo zu 4⅞ a 5¼ sch. 4000 B. Laguayra zu 5¼ a 6½ und 1000 B. Maracaibo zu 5 a 5¾ sch.

Zucker still, aber fest.

Waizen ist loko 2 a 3 Thlr. gewichen, 129/30pfd. Mecklenb. 220 a 225 Thlr., 119/22pfd. Nieder-Elbe 189 a 202 Thlr. Ctr. per 5400 Pfd., ab Dänemark 123/24pfd. und 126/27pfd. 150 a 162 Thlr. Bco.

Roggen 1 a 2 Thlr. höher, 121/22 pfd. Meckl. 164 Thlr. per 5100 Pfd., ab Dänemark 116/17- 120/22pfd. 108 a 116 Thlr., ab Petersburg 115/16pfd. disponibel 76 Thlr. Bco. Gerste fest.

Rappsaat ohne Umsatz.

Amsterdam, 28. Mai. Die Vorräthe von Rohzucker in sämmtlichen holländ. Entr. bestanden am 15. ds. aus total 29,687,364 Pfund.

Waizen fest, 128pfd. alter bunt polnischer 580 fl., 128pfd. alter und neuer do. 555, 560 fl., 127pfd. alter rothbunt. 520 fl.

Roggen unverändert, 123pfd. amerikan. 322 fl., 120pfd. alter preuß. 310 fl., 117pfd. Stockholm 292 fl., 116pfd. neu Inländischer 293 fl.

Kohlsaat höher, per Septbr.-Oktbr. 72½ L.

Leinsaat ohne Handel.

Rüböl fest, compt. 43¼, per Septbr.-Oktbr. 41 a 41¼ fl. Leinöl höher, compt. 33½ a 33¾ fl., Herbst 31¾ a 32¼ fl.

Rotterdam, 27. Mai. Heute sind 1200 B. Java-Kaffee, Privatanfuhr zu 31 cs. verkauft.

Zu geheimen Preisen sind 1000 B. Pfeffer begeben.

Java-Zucker sind 600 Kranj., per Leodes, zu 1 fl. unter Mai-Preis, an Bord zu empfangen verkauft.

Waizen 160/32pfd. hochl. Clev. 475, 480 fl. Roggen, 146/7pfd. amerikan. 305 fl.

Antwerpen, 28. Mai. Getraide fest; weiß Seeländ. Waizen 19 fl., rheinischer 18¼ fl. pr. 80 Kil. Amerikan. Roggen effekt. 11¾ fl. schwimmend sind 2000 Hect. mit 11½ fl. per 70 Kil. bezahlt.

Reis gesucht, 4000 B. ungeschält und 3200 B. geschält begeben. Kaffee fest.

Blauholz 45,000 Kil. verkauft.

Paris, 29. Mai. Das Liquidationsgeschäft an der heutigen Börse geht mit großer Lebhaftigkeit von statten. Fortwährend herrscht noch Besorgniß unter den Spekulanten; die Rente hat eine sehr matte Haltung, für Eisenbahn- und Mobiliar-Credit-Aktien, sowie industrielle Werthpapiere war die Stimmung Anfangs matt, ist augenblicklich jedoch fester. (T. D. d. K. Z.)

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 153.	Vorausbezahlung: halbjährlich hier 3 fl. 36 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 3. Juni 1856

Deutscher Bund.

° **Bayern.** Wir haben gestern erwähnt, daß die Berathung der 2. Kammer über den Gesetzentwurf bezüglich der exekutorischen Urkunden einen sehr gereizten Charakter annahm, als sie bis zu Art. 16 vorgerückt war. Der Art. 16 des Entwurfs bestimmt, daß das Gesetz mit dem Tage seiner Verkündung in Wirksamkeit trete, der Ausschuß aber beantragte folgende Fassung: „Gegenwärtiges Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gesetz: „einige Aenderungen der Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheines betreffend" für diese Landestheile in Wirksamkeit." Die Gründe, welche den Ausschuß bewogen, diese Aenderung vorzuschlagen, wurden gestern entwickelt. — Abg. Dr Völk, durch welchen dieser Vorschlag angeregt worden war, sprach die Ansicht aus, daß, wenn man das vorliegende Gesetz ohne die neue Gerichtsverfassung einführe, es keine Wohlthat seyn würde. Jetzt seyen die betreffenden Beamten nicht im Stande dem Notariate die gehörige Zeit zu widmen; es gebe allerdings einzelne Beamte, die mit großem Aufwand ihrer Kräfte streben, ihrer Pflicht obzuliegen, allein im Allgemeinen ist Redner der Ansicht, daß das Notariat sehr schlecht gehandhabt werde. Redner sprach sich dann über die ganz ungenügende Organisation des Advokatenstandes aus und behält sich die Stellung eines hierauf bezüglichen Antrags vor. Eine exekutorische Urkunde sey kein so unbedenkliches Ding, sie müßte ja vollzogen werden, wie rechtskräftige Urtheile; da müßte man vorsichtig seyn, daß sie mit der größten Sorgfalt abgefaßt würde, das aber könnte bei der jetzigen Ueberbürdung der Landgerichte nicht geschehen. Man sage, es bestehe kein Zusammenhang zwischen dem vorliegenden Gesetze und jenem über Gerichtsverfassung; allein es sey das doch der Fall, zumal der Ausschuß dort vorschlage, daß ein besonderer Notariatsbeamte bei dem Landgerichte, von dem Appellationsgerichte hiezu bezeichnet, aufgestellt werde, der also als richterlicher Beamte gelten könne und eine selbständige Stellung erhalte, und diesem könne man das Institut der exekutorischen Urkunden unbedenklich in die Hände geben. Der Vollzug der Urkunde sey durch Gerichtsorganisationsgesetz dem Einzelrichter überwiesen, so daß also auch in dieser Beziehung ein Zusammenhang beider Gesetze bestehe. Ohne entsprechende Garantie in der Abfassung der Urkunde und der Rechtssprechung würde das vorliegende Gesetz keine Wohlthat seyn. — Der Ministerpräsident v. d. Pfordten befürwortete das Zustandekommen des vorliegenden Gesetzes in der einen oder andern Weise im Interesse des öffentlichen Verkehrs, der an großen Schwierigkeiten leide, wenn es sich darum handle, den Schuldner zum Zahlen zu veranlassen. Gegen dieses Uebel biete der Gesetzentwurf Abhülfe, und es könne sich nur fragen, ob es gefährlich erscheine, daß die exekutorischen Urkunden ins Leben treten, ohne daß eine Abänderung des Notariats erfolge. Er wolle nicht behaupten, daß eine bessere Handhabung des Notariats nicht wünschenswerth erscheine, und daß dann die Durchführung des neuen Institutes nicht eine leichtere wäre, allein er könne nicht zugeben, daß sie nicht ohnedem durchzuführen sey und Gefahr biete. Nachdem sich der verehrte Redner dann dahin ausgesprochen hatte, daß der Gläubiger mehr Rücksicht bedürfe, um ihm zu seinem Rechte zu verhelfen, als bisher, führt er an, daß der vorliegende Gesetzentwurf in dieser Beziehung Abhilfe bieten würde, daß er sonach zur Hebung des Kredits beitragen werde. Er gebe zu, daß bei Abfassung der Urkunden die größte Vorsicht nöthig sey, könne aber nur jenen beitreten, welche wohl zugeben, daß bei unserm Notariate einzelne Mängel bestünden, daß aber ein generelles Verdammungsurtheil hier unbegründet wäre; denn besonders an allen Stadtgerichten und an vielen Landgerichten sey das Notariat im guten Stande. Wer aus Prinzip gegen die Gerichts-Organisation sey, der würde für dieselbe auch dann nicht stimmen, wenn er die exekutorischen Urkunden wolle und diese von Durchführung jener abhängig gemacht würden. Es bleibe nur die Erwägung übrig, ob das Notariat bei den Landgerichten so sey, daß man deßhalb die exekutorischen Urkunden müsse fallen lassen und deren Einführung von Verbesserung des Notariats wolle abhängig machen; allein die Abhülfe sey so dringend nothwendig, daß man dem Gesetzentwurf auch ohne eine Aenderung des Notariats beistimmen möge. (Der Ausschuß-Antrag wurde bekanntlich von der Kammer mit großer Mehrheit abgelehnt.)

° Der Vortrag des Abgeordneten Dr. Edel für den 1. Ausschuß der Abgeordneten-Kammer über den Gesetzentwurf bezüglich der „Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheines" liegt jetzt gedruckt vor. In einer Reihe von Sitzungen (vom 8. — 19. Mai d. J.) berieth der Ausschuß über diesen Entwurf, und nahm denselben mit mehrfachen Aenderungen an, auf welche wir später zurückkommen. Der Ausschuß ging im Allgemeinen von der Erwägung aus, daß, da eine tiefer eingreifende Organisation der Justiz mit gänzlicher Trennung der Justiz von der Verwaltung nach Maßgabe des Grundlagengesetzes vom 4. Juni 1848, dann des Gesetzes vom 25. Juli 1850, die Gerichtsverfassung betr., im gegenwärtigen Augenblicke nicht erreichbar ist, der vorliegende Gesetzentwurf dem späteren Vollzuge jener Gesetze nicht präjudizirt, auf die spezielle Prüfung desselben um so mehr einzugehen sey, als die einzelnen Bestimmungen eine solche Fassung zulassen, daß der nachfolgende Vollzug der oben berührten Gesetze erleichtert werde.

Abg. Dr. Edel unterwirft in seinem Vortrag den Gesetzentwurf zuvörderst einer prinzipiellen Prüfung. „Die Gerichtsverfassungsfrage, sagt er, ist in ein neues Stadium getreten. Der von der kgl. Staatsregierung in der 1. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 17. September 1855 vorgelegte Gesetzentwurf ist zurückgezogen, an dessen Stelle in der 28. öffentlichen Sitzung vom 30. Januar 1856 ein neuer vorgelegt worden. Der neue Entwurf unterscheidet sich von dem früheren dadurch, daß er die bis jetzt noch nicht vollzogenen Bestimmungen des sogenannten Grundlagengesetzes nicht definitiv aufgehoben, sondern bis zur Vornahme einer bei Erlassung einer neuen Zivil- und Strafprozeßordnung stattfindenden Revision suspendirt wissen will. Nur bezüglich des sofort aufzuhebenden Artikel 22*) des Gesetzes vom 4. Juni 1848 wird eine Ausnahme gemacht. Dagegen befaßt sich der neue, wie der vorige Entwurf nur mit der Organisation der Rechtspflege bei den Untergerichten. Die Rechtspflege soll in 1. Instanz durch Bezirks- und Landgerichte verwaltet werden. Die Bezirksgerichte erhalten die Kompetenz der bisherigen Kreis- und Stadtgerichte, verbleiben mithin auch der privilegirte Gerichtsstand jener Personen, denen die Gesetze einen von dem landgerichtlichen Gerichtsstande befreiten Gerichtsstand bei den Kreis- und Stadtgerichten angewiesen haben, und erhalten außerdem in den Bezirken der ihnen zugetheilten Landgerichte folgende Bestandtheile der bisherigen landgerichtlichen Kompetenz: 1) die Judikatur über die wichtigeren Zivilprozesse, welche das Gesetz der einzelnrichterlichen Entscheidung entzieht, und über alle Konkursprozesse, 2) die Untersuchungsführung über Verbrechen und Vergehen und die gleich Vergehen zu behandelnden Uebertretungen. In den benachbarten Landgerichtsbezirken sollen die Untersuchungen durch Untersuchungsrichter aus der Mitte des Bezirksgerichtes, in den entfernteren Landgerichtsbezirken, welche in entsprechende Kriminalbezirke zu vereinigen sind, durch Kriminaladjunkten geführt werden. Die Bezirksgerichte werden für ihre Zuständigkeiten in Zivilsachen theils als Kollegien, theils als Einzelnrichterämter organisirt. Alle gesetzlich zur einzelnrichterlichen

*) Dieser Art. lautet: „Art. 22. Die Richter aller Abstufungen sind inamovibel. Sie können wider ihren Willen nur kraft rechtskräftigen Richter-Ausspruches ihrer Stellen enthoben oder versetzt werden."

Behandlung zugewiesenen Zivilprozeßsachen, dann alle Geschäfte der nichtstreitigen Rechtspflege und die vor Civilgerichte verwiesenen Uebertretungen sollen durch bei dem Bezirksgerichte angestellte Einzelnrichter erledigt werden, die übrigen Rechtsstreitigkeiten kollegial. Die Landgerichte behalten mit Ausnahme der an die Bezirksgerichte übergehenden causae majores und der untersuchungsrichterlichen Befugniß ihre bisherige Kompetenz, werden jedoch durchgehends in einzelnrichterliche Behörden verwandelt, welche die ihnen zustehenden Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch ständige, für ihre Amtswirksamkeit selbständig haftende richterliche Nebenbeamte verwalten."

„Seit 1850, fährt Dr. Edel in seinem Vortrage fort, hat sich nach keiner Schöpfung im Innern unserer staatlichen Zustände ein so lautes, so allgemeines und so mächtiges Verlangen geoffenbart, als nach einer Organisation der Gerichte. Viele führen das Wort „Gerichtsorganisation" im Mund, die unfähig sind, dessen Bedeutung und die möglichen Folgen der Befriedigung ihres Wunsches zu ermessen. Dieser Organisations-Sehnsucht liegt ein unbestimmtes Gefühl des Mangels, des nicht befriedigten Bedürfnisses, der Unzulänglichkeit des Bestehenden zu Grunde; sie ist ein Strom, der seine Zuflüsse aus einer Masse vorhandener Mißstände und frommer Verbesserungswünsche empfängt. An dem Worte „Gerichtsorganisation" hängt ein Komplex von Hoffnungen und Erwartungen, die selbst die vollkommenste Organisation nicht zu erfüllen vermöchte, die nur durch eine Hand in Hand mit einer neuen Organisation der Gerichte und Verwaltungsbehörden gehende durchgreifende Justiz- und Verwaltungsreform verwirklicht werden könnten. Durch eine neue Organisation der Gerichte wird nur der Name und die Form der Behörden und die Arbeitsaustheilung unter ihnen berührt, aber der Stoff, den sie bearbeiten, die Mittel und Werkzeuge, die ihnen zum Zwecke einer entsprechenden Leistung zu Gebote stehen, erleiden dadurch keine Veränderung. So wenig einem Fabrikgeschäfte durch eine Veränderung der Firma und der Arbeitsvertheilung wesentlich geholfen werden kann, wenn die neue Firma gleich mangelhafte Materialien mit denselben Werkzeugen und Maschinen wie bisher verarbeiten läßt, so wenig kann der Justiz geholfen werden, wenn die Behörden der neuen Ordnung mit denselben Gebrechen des materiellen Rechts, mit derselben Unzulänglichkeit des Prozeßrechtes zu kämpfen haben, wie jene der alten. Eine wirkliche Verbesserung der Arbeitseintheilung in Verbindung mit sachgemäßer Vermehrung der Arbeitskräfte behält zwar immer ihren Werth, allein die Hauptsache bleibt die Gewinnung besserer Materialien und besserer, die Thätigkeit der Arbeiter nicht lähmender, sondern fördernder Werkzeuge. Die neben der Organisation der Gerichte bestehenden, dem Werthe nach bedeutungsvolleren Bedingungen einer durchgreifenden Reform der Rechtspflege sind: 1) Verbesserung des Civilrechtes durch eine dem Zeitbedürfniß entsprechende allgemeine Civilgesetzgebung; 2) Verbesserung des Strafrechtes durch ein neues allgemeines Strafgesetzbuch; 3) Verbesserung des Civilprozeßrechtes durch eine den Prinzipien der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens und der Einwirkung der Staatsanwaltschaft huldigende neue Civilprozeßordnung."

„Hier liegt die Grundursache der bestehenden Justizgebrechen und der dadurch laut gewordenen zahllosen Klagen. Die Civil-Prozeßreform ist wichtiger und nothwendiger, als die ganze Gerichtsorganisation, und die Durchführung dieser ohne Einführung einer verbesserten Civilprozeßordnung wäre eine Maßregel, deren Früchte den gehegten Erwartungen unmöglich entsprechen können. Es war eine der wenigen erfreulichen Erscheinungen des gegenwärtigen Landtages, daß die Verhandlungen desselben von Seite der k. Staatsregierung wiederholte und unumwundene Anerkennungen dieser neben der Gerichtsorganisation bestehenden Rechtsbedürfnisse veranlaßt haben. Nach den Erklärungen des k. Staatsministers der Justiz in den öffentlichen Sitzungen der Kammer der Abgeordneten vom 19. Nov. 1855 und 14. Februar 1856 ist ein neues Civilgesetzbuch in der Bearbeitung; das Justizministerium ist durch wiederholte allerhöchste Befehle angewiesen, die Entwürfe des Civilgesetzbuches und der Civilprozeßordnung baldmöglichst zum Abschlusse zu bringen. Dabei ist anerkannt worden, daß die künftige Civilprozeßordnung auf andere Grundlagen nicht gebaut werden könne, als das gegenwärtig bestehende Strafverfahren. Selbst der vorliegende Gesetzentwurf schließt im Art. 1 die Zusage einer neuen Civil- und Strafprozeßordnung in sich. Diese Aeußerungen haben Hoffnungen wieder aufgefrischt, die seit drei Jahrzehnten schon mehrmals in erfüllungsnaher Zuversicht bestanden haben, aber auch wiederholt zerstört worden sind. Die nahe liegende Befürchtung, daß die neuen Hoffnungen gleich den früheren zerrinnen möchten, wird besiegt durch das unerschütterte Vertrauen auf den ernsten Willen und das landesväterliche Herz des Urhebers der in der Kammersitzung vom 14. Februar l. Js. erwähnten Befehle. Für das Strafrecht ist das Reformbedürfniß thatsächlich durch Vorlage der Entwürfe eines Strafgesetzbuches über Verbrechen und Vergehen und eines Polizeistrafgesetzbuches anerkannt worden, von denen der erstere erwarten läßt, daß die Strafrechtspflege eine Grundlage erhalten werde, wodurch unbeschadet der Energie des Gesetzes und der Interessen der bürgerlichen Gesellschaft die Aburtheilung der strafbaren Handlungen vereinfacht, die materielle Gerechtigkeit der Urtheile gesichert und eine Minderung der Kriminalkosten erzielt werden kann. Aber nicht bloß die Justiz ist einer Reform bedürftig, sondern im gleichen Grade fordert das Gedeihen der Verwaltung verbesserte Organisation ihrer Behörden, Revision der Objekte und der Normen des Verwaltungsrechtes und Vereinfachung der Formen der Verwaltungsthätigkeit."

„Der vorliegende neueste Gesetzentwurf umschifft möglichst alle Prinzipienfragen, er nimmt aus den Organisationsgesetzen vom 25. Juli 1850 und 28. Mai 1852 ein Stück heraus, die Organisation der streitigen und nichtstreitigen Rechtspflege und des Untersuchungsrichteramtes bei den Gerichten 1. Instanz, und sucht auch dieses Stück nicht vollständig, sondern mit wesentlichen Modifikationen in einer Weise durchzuführen, wodurch weder dem Ausbau der Organisation, noch den Grundgedanken des Gesetzes vom 25. Juli 1850, noch aber der ferneren Fortdauer der bisherigen Einrichtungen präjudizirt wird. Offenbar enthält dieser Entwurf einen Vermittelungs-Versuch, um bis zur definitiven Austragung der Prinzipienfragen einen erträglicheren Zustand der Rechtspflege herbeizuführen, und dabei vorzugsweise der allseitig anerkannten Geschäftsüberbürdung der Landgerichte Abhülfe zu schaffen. Es ist sehr möglich, daß über die Wirkungen des Zustandekommens eines Gesetzes auf der vorliegenden Grundlage verschiedene Ansichten bestehen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß von einer Seite der in Folge eines solchen Gesetzes zu schaffende Zustand als ein definitiver und befriedigender angesehen werde, durch welche der fernere Prinzipienkampf abgeschnitten und jede Klage über Rechtspflege beseitigt werden könne, so daß bei Einführung einer neuen Prozeßordnung auf der Grundlage des öffentlich mündlichen Verfahrens nichts mehr erübrige, als in der Obergerichtsverfassung jene Aenderungen vorzunehmen, welche sich als nothwendige Folge der Aufhebung einer 3. Instanz und der Schaffung eines Kassationshofes für Zivilprozeßsachen ergeben."

„Auf der anderen Seite dürfte dagegen die Ansicht sich gestalten, daß die Schöpfungen eines solchen Gesetzes nur ein Anfang seyen, dem weitergehende Veränderungen nachfolgen müssen, daß namentlich dadurch für die umgangenen Prinzipienfragen kein Abschluß, sondern nur eine Waffenruhe herbeigeführt werden könne, deren Unterbrechung jeden Augenblick zu erwarten ist, so oft ein Gesetzgebungsgegenstand eine der unerledigten Prinzipienfragen berührt. Die Aufnahme, welche der Gesetzentwurf bis jetzt in der öffentlichen Meinung gefunden, entspricht dem unentschiedenen Charakter desselben. Der am 17. September 1855 vorgelegte Entwurf hatte in seinem entschiedenen Vorgehen gegen die in den Gesetzen vom 4. Juni 1848 und 25 Juli 1850 enthaltenen Grundlagen eine allgemeine und schmerzliche Aufregung hervorgerufen. Der neueste Entwurf, der die wichtigsten Fragen der Zukunft offen läßt, und nur für den augenblicklichen Nothbedarf sorgen will, ist kalt aufgenommen worden, er hat nicht aufgeregt, aber auch nicht befriedigt; er hat nicht dieselben Befürchtungen, wie der vorige, aber auch nur ein geringes Maß von Hoffnungen erzeugt." (Forts. f.)

Preußen. Aus der „Augsb. Allg. Ztg." ging in unsere Zeitung eine Mittheilung über, nach welcher der evangelische Ober-Kirchenrath in Berlin die Trauung eines Mannes mit verwandten Ascendenten oder Descendenten seiner ersten Frau verboten haben soll. Die „Spen. Ztg." berichtigt jene Mittheilung der „Augsb. Allg. Z." nach einer Versicherung aus „zuverlässiger Quelle" dahin, daß nur ein vereinzelter Fall vorgekommen war, bei welchem dem betreffenden Geistlichen zugemuthet war, und die betreffende Verfügung des Ober-Kirchenraths schützte nur den Geistlichen, in dem vorliegenden Falle nicht zu einem Akte gezwungen zu werden, den er vorzunehmen aus triftigen Gründen Anstand nehmen mußte.

In der Stadt Rogasen (Provinz Posen) soll ein Versuch gemacht werden, ein Gymnasium auf Aktien zu gründen. Zwei Pastoren haben sich an die Spitze gestellt, und es ist bereits die Bildung eines Komite aus den Notabilitäten des Städtchens und der Umgebung zu Stande gekommen. (K. Z.)

Württemberg. Wie neulich das „Dresd Journ.", so erklärt nun auch der „Württemb. Staatsanz." die mehrerwähnte Nachricht des „Nord", daß die Großmächte sich mit dem Plane beschäftigen, wie insbesondere die Organisation des deutschen Bundes durch Mediatisirung einiger kleinen Staaten zu vereinfachen sey, für falsch. Von diesem Mediatisirungsplan,

heißt es weiter, sey auch bei der Anwesenheit des Königs von Württemberg in Paris die Rede gewesen. „So viel nun diese letztere Angabe betrifft, bemerkt der „W. St.", so können wir die aus sicherster Quelle entnommene Erklärung geben, daß solche allen und jeden Grundes entbehrt, und daß es demnach völlig unveranlaßt war, den Namen Sr. Maj. des Königs von Württemberg mit dem Inhalte jenes Artikels in Verbindung zu bringen."

Baden. Karlsruhe, 20. Mai. Staatsrath Freiherr v. Marschall hat die Gesandtenstelle in Berlin erst auf wiederholtes Andrängen und in der Aussicht, daß die Mission nur eine außerordentliche sey, angenommen. (Schw. M.)

Oesterreich. Eine Korrespondenz aus Wien in der „Allg. Ztg." hatte behauptet, daß den politischen Behörden in der Angelegenheit der Begräbnisse der Protestanten Weisungen zugegangen seyen, jede Störung in den bisherigen Verhältnissen zu hindern. In dieser Hinsicht wird von anderer Seite demselben Blatt berichtigend ein in diesen Tagen an die Statthalter in den verschiedenen Kronländern ergangener Erlaß des Unterrichtsministers mitgetheilt, dessen Grundzüge jedoch obige Auffassung schwerlich zulassen dürften. Dieser Erlaß, von dem wir Einsicht zu nehmen in der Lage waren, schließt sich dem bekannten erzbischöflichen Schreiben beinahe vollständig an, wie dies aus den Grundsätzen, die den politischen Behörden bei Entscheidung vorkommender Fälle zur Richtschnur zu dienen haben, hervorgeht. Kein katholischer Priester darf auch nur zu persönlicher Assistenz bei dem Begräbniß eines Nichtkatholiken verhalten werden. Weder das Glockengeläute noch der Gebrauch kirchlicher Geräthschaften, noch die Mitbenützung der Friedhöfe ist wider den Willen der katholischen Geistlichkeit dabei zu verstatten. Wo die Nichtkatholiken auch keinen eigenen Friedhof besitzen, ist deßhalb ein abgesonderter Platz dazu auszumessen. Abweichungen von diesen allgemeinen Vorschriften sind nur in jenen Fällen der Nothwendigkeit zulässig, wo auch nach der Weisung des erzbischöflichen Schreibens Ausnahmen für statthaft erklärt werden. Sollten Nichtkatholiken nach allfälligen örtlichen Verhältnissen auf die Mitbenützung von Friedhöfen 2c. privatrechtliche Ansprüche erheben, so haben sie dieselben auf dem ordentlichen Rechtsweg geltend zu machen. Das Ministerium geht hiebei von dem ausgesprochenen, auch vom Episkopat festgehaltenen Grundsatz aus, daß Kirchen und Friedhöfe nicht als Gemeindegut, sondern als ausschließliches Kirchengut anzusehen sind. Dies ist der Standpunkt, welchen die Regierung in der Frage einnimmt.

Wien, 28. Mai. Simon Frhr. v. Sina eröffnet der Handelswelt mittelst Zirkular, daß er nach seinem verstorbenen Vater das unter der Firma Simon G. Sina geführte Bankhaus übernommen habe, und mit ungeschmälertem Fonds und in Gesellschaft seines Oheims, Johann Frhrn. v. Sina, fortführen werde.

Dom-Vicar Kolping aus Köln weilt in Pesth und ist dort wie in Ofen für die Gründung von Gesellen-Vereinen äußerst thätig. (K. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Mai. Die Vorlagen über den Verkauf der Domainen in Holstein und Lauenburg wurden in der gestrigen und heutigen Sitzung des Reichsrathes in zweiter Behandlung angenommen. (T.D.d.H.N.)

Kopenhagen, 30. Mai. Die Münzvorlage ward heute in dritter Berathung vom Reichsrathe angenommen, die außerordentliche dritte Behandlung der Domänenvorlagen verweigert. (T.D.d.H.N.)

Großbritannien.

Die große permanente Gemälde-Ausstellung im Sydenhamer Palaste, an welcher sich alle Nationen betheiligen können, ist eröffnet und reich an Bildern englischer, französischer, belgischer und niederländischer Künstler. Auffallend ist es, daß Deutschland in dieser Ausstellung nicht vertreten ist. (K.Z.)

Frankreich.

Paris, 28. Mai. Das „Amtsblatt" reproduzirt heute eine ausführliche Darstellung des Prozesses gegen den Grafen v. Chambord aus einer Gerichtszeitung. Es ist dies eine indirekte Protestation gegen die Ansicht, die Regierung wolle die Güter des Grafen Chambord in derselben Weise ansprechen, wie sie die Güter der Familie Orleans eingezogen hat. Der Prozeß ist aber so alt als verwickelt, und die Darstellung der Gerichtszeitung ist für das Lesebedürfniß eingerichtet. Ein altes Gesetz will, daß die Inhaber von Gütern, die sie von der Krone als Dotation empfangen haben, dieselben theilweise zurückgeben. Ludwig XVI. hatte seinen Bruder, den Grafen Artois, dotirt, dieser aber einen Theil der Güter gegen einen Wald in der Haute-Marne ausgetauscht. Sollen nun die Erben des Grafen Artois (Karls X.) zur Rückerstattung gehalten seyn? Das ist im Wesentlichen der Prozeß. Der Graf v. Chambord hat appellirt; wir müßten uns sehr irren, wenn das ihm helfen würde. Seltsam ist, daß die Gerichtszeitung es für überflüssig hielt, hervorzuheben, daß die Konklusionen des Generaladvokaten auf Zurückweisung der Forderung des Staates gelautet hatten. (Schw. M.)

Paris, 30. Mai. An den gesetzgebenden Körper ist ein Gesetzentwurf über die Commandite-Gesellschaften gelangt. Die zur Verhütung von Mißbräuchen vorgeschlagenen Maßregeln sind sehr strenge. (Fr.-J.)

Spanien.

Madrid, 28. Mai. In Alcoy hatte einige Aufregung unter den Arbeitern statt, welche eine Lohnerhöhung forderten. Die Ordnung wurde rasch wieder hergestellt. Es wurden mehrere Verhaftungen bewerkstelligt. (Fr. Pstz.)

Italien.

Turin, 27. Mai. Das große Geschrei, welches man gelegentlich der Kolonisationsplane der Insel Sardinien angeschlagen hatte, ist verstummt und von all dem Lärm ist nichts geblieben, als finanzieller Gestank, den man so gut als möglich zu bedecken sucht. Die beiden rivalisirenden Gesellschaften, Bolmida, die einheimische, und Bonnard, die französische Gesellschaft, sind vom Schauplatz verschwunden; die erstere durch Verwerfung Seitens der Kammern, die zweite durch eine freiwillige aber etwas fabelhafte Flucht. Die Kompagnie Bonnard oder Kompagnie du Komptoir Central de Paris hatte durch ihren Direktor Bonnard am Vorabend, als des Morgens darauf die Bolmida'schen Offerte im Senat ihre letzte Sanktion erhalten sollten, ein anderes Kolonisationsprojekt eingereicht, welches eine bei weitem größere Tragweite hatte und der Insel und dem Staatsärar ungleich größere Vortheile bot, als das Bolmida'sche; denn Herr Bonnard versprach nicht nur die Insel zu kolonisiren, sondern er gelobte auch Eisenbahnen, Landstraßen, Kanäle, Seehäfen, Aquädukte und weiß Gott was ins Leben zu rufen, und beklagte nur, daß nicht mehr Land überlassen werden könne, als lumpige 60,000 Hectaren. Kein Wunder, wenn man den Pariser Wunderthäter vorzog, zumal er einen baaren Gesellschaftsfonds von 11 Millionen Franken nachwies und bereits 200,000 Franken Garantie bei Rothschild niedergelegt hatte. Aber als eben der Minister dieses neue Projekt dem Senate wieder zur Genehmigung vorlegen wollte, kam noch eine halbe Stunde vor Thoresschluß der unstäte Finanzmann und zog seine Offerte dem erstaunten Minister vor der Nase zurück. Der gebrauchte Vorwand ist absurd und das Ministerium, das Land und die Insel sind von national-ökonomischen Schwindlern lediglich für Narren gehalten worden. Der Minister hat versprochen, sein Möglichstes zu thun, der Insel einen neuen Erlöser ausfindig zu machen. (Schw. M.)

Rußland und Polen.

Der Wortlaut der von dem Kaiser von Rußland am ersten Tage seiner Anwesenheit in Warschau an die Adelsmarschälle des Königreichs Polen gehaltene Anrede war nach der „Neuen Pr. Ztg." folgender: „Ich komme in Ihrer Mitte mit Vergebung des Vergangenen und erfüllt mit den besten Absichten für das Land an. Es hängt, meine Herren, von Ihnen ab, mir in deren Ausübung beizustehen; aber vor Allem sage ich Ihnen, daß unser gegenseitiges Verhältniß klar werden muß (que les positions doivent s'éclairer des uns vis-à-vis des autres). Ich erwarte, daß die durch meinen Vater gegründete Ordnung aufrecht erhalten werde, also vor Allem keine Träumereien. Diejenigen, die sich denselben hingeben möchten, werde ich wissen in Schranken zu halten und darüber zu wachen, daß ihre Träume die Sphäre ihrer Einbildungskraft nicht übersteigen. Die Ihrigen haben gleich allen Anderen gekämpft. Hier ist der Fürst (Gortschakoff), welcher Zeuge ist, daß sie tapfer ihr Blut für die Vertheidigung des Vaterlandes vergossen haben. Ich bin also von den besten Gefühlen für Alle erfüllt; Polen — Finnland und Polen, sind mir gleich den anderen Theilen meines Reiches theuer. Aber Sie müssen, meine Herren, wissen, daß das Wohl Polens und der Polen erfordert, daß sie auf immer mit der Familie der russischen Kaiser vereinigt bleiben. Es hängt also von Ihnen, meine Herren, ab, mir meine Aufgabe zu erleichtern, aber ich wiederhole Ihnen, meine Herren, keine Träumereien, keine Träumereien!" An die Mitglieder des Warschauer Departements des dirigirenden Senats richtete der Kaiser folgende Worte: „Ich bin nicht ganz mit dem Gange der Geschäfte zufrieden; ich hoffe jedoch, daß es in Zukunft besser gehen wird, daß der Gerechtigkeitsgang ein schnellerer seyn wird, und daß die Gerechtigkeit mit Unparteilichkeit geübt werde."

Nichtpolitische Zeitung.

* Das germanische Nationalmuseum in Nürnberg, dessen Gründung im Herbst 1852 beschlossen wurde, hat in der kurzen Zeit seines Bestehens einen erfreulichen Fortgang genommen und von deutschen Landesherren und Staaten, wie von Privaten reichliche Geldunterstützungen erhalten. Die aus Kabinets- und Staats-Kassen dieser Anstalt gewährten Geldbeiträge ergeben jetzt schon einen jährlichen Betrag von etwa 4500 fl., die mit den übrigen Einnahmen des Museum zusammen eine Rente von 7000 fl. bilden. Wenn nun damit auch die freilich noch niedrigen Besoldungen der Angestellten und der Regieaufwand bestritten werden können, so erfordert doch selbstverständlich die Ausführung des großartigen Planes eines deutschen Nationalmuseum noch größere Hilfe, welche die Anstalt zunächst von freiwilligen Beiträgen aller Derer erwartet, welche ein Herz für diese gemeinsame deutsche Sache haben. Zur Erleichterung für die Geber hat das Museum schon in mehr als 60 Orten bevollmächtigte Agenten aufgestellt, bei welchen Beiträge erlegt werden können, so u. A. in Aschaffenburg, Aub, Kitzingen, Miltenberg, Ochsenfurt, Wertheim, Würzburg. Recht sehr ist zu wünschen, daß diese Anstalt, welche so hoffnungsvoll begonnen hat, die in ihrem Archiv bereits über 6000 Stück Urkunden und Aktenbände vom 10. bis 17. Jahrhundert, dazu ein Regestenrepertorium von mehr als 50.000 fremden Urkunden, ferner eine Bibliothek von 18,000 Bänden, dann ein schon auf 6000 Nummern angewachsenes Repertorium über Handschriften fremder Bibliotheken, endlich eine Kunst- und Alterthumssammlung von etwa 35,000 Nummern besitzt, durch allgemeine Theilnahme die Mittel gewinne, ihre große Aufgabe zu lösen. — Als Organ des germanischen Museum wird von den Herren Dr. Frhr. v. Aufseß, Dr. A. v. Eye und Dr. G. Th. Frommann der „Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit" herausgegeben, von welchem seit Neujahr der 3. Band erscheint. Die Inhaltsübersicht der 2 ersten Bände gibt Zeugniß von dem reichen Stoff und der Brauchbarkeit dieser Zeitschrift für den Freund und Kenner der deutschen Vorzeit. Der Anzeiger erscheint monatlich in 2 Bogen größten Quartformats mit Holzschnitten und kostet jährlich 1 Kronenthaler.

Neueste Nachrichten.

* Würzburg, 3. Juni. Am Schlusse unseres Blattes war uns das Frankfurter Coursblatt vom gestrigen noch nicht zugekommen.

Berlin, 31. Mai. Der Kaiser von Rußland empfing heute Mittag 2 Uhr im russischen Palais hierselbst den Ministerpräsidenten Frhrn. v. Manteuffel in einer Privataudienz. — Die Königin von Bayern, so wie der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz sind hier eingetroffen und im kgl. Schlosse abgestiegen. — Der kaiserlich russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürst Gortschakoff und der kgl. sardinische General-Lieutenant Dabormida, welcher Letzterer auf der Rückreise von Warschau, wohin er bekanntlich in außerordentlicher Mission gegangen war, sich jetzt hier befindet, statteten heute Vormittag dem Ministerpräsidenten Frhrn. v. Manteuffel einen Besuch ab. (N. Z.)

Kassel, 2. Juni. Heute Vormittag wurde Justizbeamter Tassius zur Amtsentsetzung, sowie zu drei Monaten Zuchthaus verurtheilt. (T.D.d.Fr J.)

Wien, 31. Mai. Dem Vernehmen nach, schreibt der „Oesterr. Volksztg.", steht die Veröffentlichung des Gewerbsgesetzes und die Aufhebung des Wucherpatentes mit Ende des nächsten Monats zu erwarten. (N. C.)

Wien, 31. Mai. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Regierung, zu der kürzlich erfolgten Aufhebung der Moldauzölle bei der nächsten Elbezollkommission auch die Aufhebung der Elbezölle zu beantragen. (Fr. J.)

In der Umgegend von Bern macht eine Sekte, sogenannte Antonianer, Proselyten, welche die Gemeinschaft der ersten Christengemeinde in einer Weise versteht, daß der gemeinsittliche Begriff ehelicher Treue nicht daneben bestehen kann. (Fr. Pstz.)

Brüssel, 31. Mai. Morgen wird der Erzherzog Ferdinand Maximilian von Oesterreich hier ankommen und mit großem Pomp empfangen werden. Diesen Morgen ist der Herzog von Brabant mit seinem Gefolge sowie auch der hiesige österreichische Gesandte, dem Erzherzog bis zur Gränze entgegengereist, und werden dieselben mehrere Städte, wie Gent, Brugge, Tournay, besuchen, ehe sie sich nach Brüssel begeben. (K. Z.)

Paris, 31. Mai. Ein Ereigniß beschäftigt ganz Paris, es ist der Bankerott von Place. Der ehemalige Administrator des Credit Mobilier, von dessen Exekution an der Börse schon seit gestern gesprochen worden ist, wurde heute vom Handelstribunale, das von Amtswegen auftrat, en faillite erklärt. Der Bankerott beträgt 18 Millionen Franks. (K.Z.)

Paris, 2. Juni. Der Kaiser ist gestern nach Lyon abgereist, um den Ueberschwemmten Hülfe zu bringen. (T. D. d. N. C.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 154.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 4. Juni 1856.

✠ Aus Franken.*) Wir haben das Ausschußreferat über den Gesetzentwurf „die vollziehbaren Urkunden betr.“ vor uns liegen. Dasselbe zerfällt in zwei递 Haupttheile, wovon der erste eine höchst interessante Darstellung der historischen Entwickelung des Instituts der exekutorischen Urkunden in Italien, Frankreich und Deutschland bietet, der zweite Theil aber hauptsächlich mit jenen Modifikationen und Verbesserungen sich beschäftigt, deren der Regierungsentwurf als bedürftig erachtet wird. Das Ausschußreferat will zwar der Regierungsvorlage nicht prinzipiell entgegentreten, kommt aber im Fortgange seiner einleitenden historischen Erörterungen zu dem Schlußsatze, daß die Einführung des Rechtsinstituts der exekutorischen Urkunden in Bayern kein nothwendiges Bedürfniß sey, daß vielmehr eine Revision des bestehenden Exekutivprozesses genügt hätte, um das allgemein empfundene Bedürfniß nach besserem Rechtsschutz ausreichend zu befriedigen. Wir können dieser Ansicht uns nicht anschließen, namentlich wenn wir außer den historischen auch noch jene Momente in's Auge fassen, welche bei Beurtheilung des einzuführenden Rechtsinstituts als wesentlich nicht außer Acht gelassen werden dürfen — nemlich die praktische und vorzüglich die volkswirthschaftliche Seite des Rechtsinstituts.

Schon der Umstand, daß dieses Rechtsinstitut einen viele *Jahrhunderte* zurückreichenden Ursprung hat und zu gleicher Zeit *bei verschiedenen Völkern* sich ausbildete, zeigt, daß dasselbe *nicht* auf einem vorübergehenden oder von bestimmten nationalen Verhältnissen bedingten, sondern auf einem allgemeinen und natürlichen Bedürfnisse beruht, welches da am lebhaftesten sich geltend macht, wo die volkswirthschaftlichen Verhältnisse eines Staates einen schleunigen und sicheren Rechtsschutz am dringendsten erheischen. Darum finden wir die exekutorischen Urkunden bereits im 12ten Jahrhundert in den italienischen Städten, weil dort ein blühender Handel und Verkehr eine schnelle Rechtshülfe nothwendig erforderte; darum hat sich in Frankreich dieses Institut in der schönsten Form ausgebildet, und bis zum heutigen Tage in voller Blüthe erhalten, weil die dortigen Verhältnisse des Handels, des Verkehrs und der Industrie eines solchen Schlußsteins im Rechtssystem, welcher erst die gedeihliche Entwickelung des letzteren ermöglicht und bedingt, zu ihrem Aufschwunge nothwendig bedürfen. Wenn übrigens in Deutschland das Institut der exekutorischen Urkunden, ungeachtet das Prinzip derselben in der Reichsgesetzgebung vorhanden war, keine ausgedehntere Verbreitung fand und niemals eigentlich heimisch wurde, so kann gewiß hieraus sich die Folgerung nicht begründen, als ob dieses Institut für die Rechtszustände und die Rechtssitte in Deutschland nicht passe. Es muß vielmehr beklagt werden, daß die Einbürgerung dieses Instituts durch den traurigen, partikularistisch ausgearteten Entwickelungsgang, welchen das Rechtsleben in Deutschland seit den letzten Jahrhunderten genommen hat, verhindert wurde und es muß dringend gewünscht werden, daß dieses Institut, welches in keinem rechtsgeordneten Staate fehlen sollte, so bald als möglich auch bei uns eingeführt werde.

Denn die Fortbildung des Exekutivprozesses kann die Rechtswohlthat der exekutorischen Urkunden keineswegs ersetzen, da es sich ja gerade darum handelt, ein Mittel zu finden und zu besitzen, welches die Realisirung liquider Rechte mit Umgehung des Prozeßweges ermöglicht, während der Exekutivprozeß, wenn auch eine summarische, doch immerhin eine Prozeßart ist. In unserer Zeit, wo alles Vermögen mehr oder minder mobilisirt ist und wo im raschesten Wechsel neue Verbindlichkeiten entstehen, und alte sich lösen, läßt sich mit dem Schneckengange unserer veralteten Rechtsinstitute — auch ein Exekutivprozeß kann erfahrungsgemäß 10 Jahre und länger dauern — absolut nicht mehr auskommen, der Fortschritt der Zeit ist über diese Institute hinausgegangen und es ist dringendes Bedürfniß geworden, unsere Rechtsinstitutionen mit dem beweglichen Charakter der fortgeschrittenen Zeit in Einklang zu bringen. Eines der bewährtesten Mittel hiezu bietet aber das Institut der exekutorischen Urkunden. Das Bedürfniß nach einer solchen Einrichtung ist ein allgemeines, welches nicht bloß der Kenner unserer Rechtszustände begreift, sondern auch jeder Laye fühlt, welcher nur einigermaßen in seinen Vermögensverhältnissen von den lähmenden Formen unseres heutigen Rechts berührt wird. Man braucht nur Einsicht von einigen Verträgen zu nehmen, wie solche unter den gegenwärtigen Rechtsverhältnissen abgeschlossen zu werden pflegen, und man wird auf der Stelle finden, wie die Kontrahenten sich stets abmühen, durch Stipulirung aller erdenklichen Rechtsverzichte, durch alle möglichen Cautelen und Klauseln u. dgl. ein Vertragsrecht zu Stande zu bringen, welches gegen die Kalamitäten der Prozeßführung schützen und zur sofortigen Realisirung der vertragsmäßigen Rechtsansprüche führen soll. Dem Schreiber dieses ist in eigener Praxis der Fall vorgekommen, daß ein altes Bauernweib, welches ihr landwirthschaftliches Gut unter Stipulirung eines jährlichen Auszugs an ihren Schwiegersohn abgetreten, bei der gerichtlichen Protokollirung des Vertrags ausdrücklich zur Wahrung ihrer Rechte geltend machte: „Aber er (der Gutsübernehmer) muß am Verfalltermin sogleich meinen Auszug entrichten, er darf keinen Prozeß darüber anfangen, muß sich also gleich der Exekution unterwerfen, und dies Alles muß zu meinen Gunsten in das Protokoll hinein, sonst unterschreibe ich es nicht.“ Der Instinkt dieses alten Bauernweibs hatte das Bedürfniß nach dem Rechtsinstitute der exekutorischen Urkunden gefühlt, wenn es auch keinen Begriff von diesem Institute hatte und selbst der Name desselben ihm fremd war. Allein es hatte sich getäuscht über die Wirkungen der zu Protokoll genommenen Verzichte und Cautelen und mußte diese Täuschung in ihren alten Tagen schwer empfinden, wo es gezwungen wurde, seinen jährlichen Auszug stets im mühseligen und kostspieligen Prozeßgang, während dessen Verlauf der Hunger und die Noth es oft quälte, von dem saumseligen und herzlosen Gutsübernehmer einzutreiben. Es fehlte eben an dem Rechtsinstitute der exekutorischen Urkunden und hiemit an der Möglichkeit sofort vollziehbare Vertragsrechte zu schaffen.

Ein Institut aber, auf dessen Nothwendigkeit schon die stabilen Verhältnisse des platten Landes hinweisen, es sollte in den Städten bei der Lebhaftigkeit der dortigen Verkehrsverhältnisse und ihrer steten Steigerung durch eine Revision des Exekutivprozesses sich ersetzen lassen? Der Kredit ist die Pulsader alles Verkehrslebens; wo er blüht, entfaltet auch das Letztere seine volkswirthschaftlichen Segnungen; wo er mangelt, flieht der Unternehmungsgeist, entzieht sich das Kapital, verbirgt sich der Assoziationstrieb. Das Institut der exekutorischen Urkunden ist aber das wesentlichste Schutzmittel des Kredits; denn wer diesen mißbrauchen will, verfällt schon im Versuche der strafenden Hand der exekutorischen Einschreitung. Unter den jetzigen Einrichtungen aber, bei dem Mangel dieses Instituts, ist es erfahrungsgemäß gar Manchem schon gelungen, durch Mißbrauch des Kredits Jahre lang sich und seine Familie mit den kreditirten Vermögen seiner Gläubiger zu sustentiren, während die Gläubiger in kostspieligen Prozessen sich abmühen — um am Ende nach erreichtem obsieglichen Urtheil und nach aufgewendeten unverhältnißmäßigen Prozeßkosten zu erfahren, daß beim Schuldner pfändbare Objekte nicht vorhanden und Immobiliarvermögen nicht in dessen Besitz sey.

Das Institut der exekutorischen Urkunden erzeugt den Kredit wo er mangelt, und hebt denselben wo er vorhanden. Dieses

---

*) Dieser Artikel war bereits vor den jüngst stattgefundenen Verhandlungen der Abgeordneten-Kammer über die Gesetzes-Vorlage „die vollziehbaren Urkunden betr.“ geschrieben, dürfte aber, da nach den bisherigen Mittheilungen diese Verhandlungen weniger die volkswirthschaftliche als die juristische Bedeutung des fraglichen Rechts-Institutes berührten, immerhin noch von Interesse seyn, um so mehr, als der Gesetzentwurf nun noch in der 1. Kammer zur Berathung kommt.

Institut — darüber muß man sich klar machen, um alle Empfindlichkeit für saumselige Schulden zu verlieren — ist nicht bloß zweckdienlich für die rasche Realisirung der Rechte der Gläubiger, sondern es dient wesentlich den Schuldnern resp. den Interessen der kapitalbedürftigen volkswirthschaftlichen Existenzen im Staate. Daß der kleine Gewerbsmann, daß der gering begüterte Landwirth oft gar nicht, oder nur mit Mühe das bedürftige Kapital erlangen kann, hat hauptsächlich darin seinen Grund, daß die rechtzeitige Entrichtung der Zinsrente, und die rechtzeitige Zurückerstattung des Kapitals durch unsere gegenwärtigen Rechtsinstitutionen nicht verbürgt ist, daß man Jahre lang und mit großem Kostenaufwand streiten muß, um das zu erlangen, was Einem von Rechtswegen gebührt. Schaffe man deßhalb nur die Möglichkeit der exekutorischen Urkunden und man wird in Bälde sehen, daß das Kapital sich wieder dahin wenden wird, wo es am bedürftigsten ist, wo es aber leider — Dank unsern Rechtsinstitutionen — so lange ferne gehalten wurde — zum Kleingewerbe und zum kleineren Grundbesitz. —

Mit Hinblick auf diese überwiegend volkswirthschaftliche Bedeutung der exekutorischen Urkunden wäre es aber sehr zu beklagen, wenn die Einführung derselben von dem seinerzeitigen Gesetze über die Gerichtsorganisation abhängig gemacht würde. Denn so sehr wir wünschen, daß die Vorlage der Staatsregierung in letzterem Betreffe von der Landesvertretung angenommen werde — weil wir der festen Ueberzeugung sind, daß die Realisirung der in der Vorlage enthaltenen bezirksgerichtlichen Idee die unvermeidliche Brücke zur vollen Organisation bildet — so liegt es immerhin im Bereiche der Möglichkeit, daß die Regierungsvorlage über die Gerichtsorganisation abgelehnt und folgedessen die ganze Organisationsfrage auf lange Zeit wieder hinausgeschoben werde. Warum aber mit dem Eintritt dieser Eventualität dem Lande auch die Rechts-Institution der exekutorischen Urkunden mit ihren volkswirthschaftlichen Segnungen vorenthalten werden soll, ist für uns in keiner Hinsicht absehbar, da ein materieller Zusammenhang zwischen den fraglichen beiden Gesetzgebungsmaterien nicht aufzufinden ist. Allerdings setzt das Institut der exekutorischen Urkunden eine sorgfältige Pflege der freiwilligen Judikatur voraus, eine sorgfältigere, als solche die Landgerichte mit ihrer dermaligen Geschäftsüberbürdung bieten und zulassen. Allein diese Voraussetzung braucht nicht durch Organisation, sondern kann durch Vermehrung der landgerichtlichen Arbeitskräfte geschaffen werden und wir sind fest überzeugt, daß unsere Landesvertretung die wenigen Mittel, die nothwendig sind, um an jedem Landgerichte einen w e i t e r n, lediglich mit dem Notariat betrauten Nebenbeamten aufzustellen, um so bereitwilliger gewähren wird als die hiedurch herbeigeführte bessere Pflege der freiwilligen Judikatur von selbst die Taxgefälle um Wesentliches erhöhen und diese Erhöhung namentlich noch dadurch vermehrt werden wird, daß bei dem Vorhandenseyn des Instituts der exekutorischen Urkunden unzähliche Verträge, welche bisher nicht gerichtlich verlautbart wurden, künftighin zum Zwecke der Erwirkung der vollziehbaren Klausel vor Gericht werden errichtet werden. Ist aber diese Voraussetzung erfüllt und eine sorgfältige Verwaltung des Notariats verbürgt, dann erscheint es für das Rechtsinstitut der exekutorischen Urkunden und seine Wirkungen völlig gleichgültig, auf welche Weise die Gerichtsorganisationsfrage ihre Lösung seinerzeit finden wird und es stellt sich deßhalb als das sachersprießlichste dar, das Institut der exekutorischen Urkunden sofort einzuführen, die Frage der Gerichtsorganisation aber ihre selbständigen Entwicklungsphasen durchmachen zu lassen.

Wenn übrigens die exekutorischen Urkunden in Wirklichkeit ein Schutzmittel gegen muthwillige Rechtsverletzungen seyn und als solche sich bewähren sollen, dann kommt es wesentlich darauf an, das Gebiet der gegen diese Urkunden statthaften Einreden möglichst zu verengern.

Wir verkennen zwar nicht, daß zum Schutze des materiellen Rechts immerhin auch gegen die exekutorischen Urkunden einige Einreden, insoferne dieselben die Giltigkeit des Rechtsgeschäftes, die Regelmäßigkeit des eingeleiteten exekutiven Verfahrens, sowie die erst nach Errichtung der exekutorischen Urkunde eingetretenen, sofort urkundlich nachweisbaren Thatsachen betreffen, als zu lässig erachtet werden müssen; allein gefährlich scheint es uns und im Wesen der exekutorischen Urkunden nicht begründet, auch die Einrede des mangelnden Gerichtsstandes — wie solches in der Regierungsvorlage und dem Ausschußreferate geschehen ist — für statthaft zu erklären. Durch diese Zulässigkeit der Einrede des mangelnden Gerichtsstands wird das Institut der exekutorischen Urkunden, dessen Wesen in dem Schutze gegen muthwillige Rechtsverletzung und frivole Prozeßführung besteht, geradezu alterirt und in das System der Prozeßarten eingereiht. Die exekutorische Urkunde und ihre Wirkungen beruhen auf dem Vertragsrecht der Parteien, wornach dieselben stipuliren, sich dem Gerichtzwange, ohne vorgängigen Prozeß zu unterwerfen, wenn dieselben nicht freiwillig die übernommenen Verbindlichkeiten erfüllen; hiebei ist es aber ganz gleichgültig, ob dieses oder jenes Gericht den exekutiven Zwang ausübt, die Hauptsache ist, daß der Gerichtszwang überhaupt und möglichst rasch zur Ausübung komme. Die Einrede des unzuständigen Gerichts aber hindert diese letztere Wirkung und zerstört so den Lebensdauer des ganzen Instituts. Es dürfte deßhalb am zweckgemäßesten seyn, die Einrede der mangelnden Zuständigkeit gänzlich abzuschneiden und festzusetzen, daß, wenn nicht die Parteien ein anderes Gericht in der exekutorischen Urkunde ausdrücklich bezeichnet haben, stets dasjenige Gericht als das zuständige erachtet werden soll, welches die exekutorische Urkunde selbst errichtet hat. Dieser Vorschlag findet sowohl vom Standpunkte der Prorogation als vom Standpunkte der Fiktion seine Begründung. Denn dadurch, daß die Kontrahenten vor einem bestimmten Gericht die exekutorische Urkunde errichten, vereinbaren sich dieselben stillschweigend über die Zuständigkeit dieses Gerichts zum Vollzuge der exekutorischen Klausel und entsteht so das forum prorogatum, welche stillschweigende Prorogation nur durch den ausdrücklich erklärten Willen der Kontrahenten, ein bestimmtes anderes Gericht zu prorogiren, ausgeschlossen wird. Andererseits unterliegt der exekutorischen Urkunde die Fiktion, daß die in derselben enthaltenen Rechtsansprüche bereits rechtskräftig liquid gesprochen seyen und gleichwie das zur Erkenntnißfällung zuständige Gericht nach bekannten Rechtsgrundsätzen auch das zur Exekution zuständige ist, so würde es eine konsequente Anwendung dieser Fiktion seyn, wenn man demjenigen Gerichte, welches die exekutorische Urkunde errichtet, auch die Zuständigkeit zur Exekution derselben überweisen würde.

Wer aus Erfahrung weiß, wie gerade die Einrede des mangelnden Gerichtsstandes am meisten von muthwilligen Schuldnern zur Prozeßverzögerung und zwar leider mit großem Erfolg mißbraucht wird, der wird auch die Zweckmäßigkeit, ja die aus dem Wesen des Instituts selbst fließende Nothwendigkeit unseres Vorschlages einsehen und anerkennen, daß ohne dessen Annahme das Lebensprinzip der exekutorischen Urkunden gefährdet ist. Schreiber dieser Zeilen hat in seiner eigenen Registratur einen Prozeßakt liegen, inhaltlich dessen in einer Streitsache im Jahre 1837 die Einrede des mangelnden Gerichtsstandes erhoben und erst im Jahre 1853 durch oberappellationsgerichtliches Erkenntniß rechtskräftig entschieden wurde. An solchen Fällen, welche nicht vereinzelnt sind, mag sich jeder den Maßstab zur Beantwortung der Frage nehmen, ob da in Wahrheit noch von einem wirksamen Schutzmittel gegen Rechtsverletzungen die Rede seyn kann, wo mit solchem Erfolge die Einrede des mangelnden Gerichtsstandes entgegengesetzt wird!

Deutscher Bund.

* **Bayern.** (Auszug aus dem Vortrag des Abg. E d e l über den Gesetzentwurf bezügl. der G e r i c h t s v e r f a s s u n g. Fortsetzung.) Obwohl nun Prof. Dr. Edel noch immer die Ansicht festhält, daß nur von entschiedener Annahme eines bestimmten Systems mit allen demselben angehörigen Prinzipien und den daraus sich ergebenden Konsequenzen Heil zu erwarten sey, und daß jede Vertagung der Endentscheidung keine andere Folgen haben könne, als eine unvermeidliche Krisis zu verlängern und eine unheilvolle Spannung zwischen der Krone und Volksvertretung, ein stets bereites Hinderniß legislativer Fortschritte dauernd zu erhalten: so ist er, wie er in seinem Vortrag sagt, dennoch dem Gesetzentwurf, welcher wieder nur ein Stückwerk schaffen wolle, nicht unbedingt entgegengetreten, sondern hat sich bemüht, ein seinen Wünschen und Ueberzeugungen im Ganzen nicht genügendes Gesetzeswerk möglichst unbefangen zu prüfen und den darin enthaltenen guten Keim nach Kräften zu pflegen, und von Hindernissen seiner Entwicklung zu befreien. Das, sagt er, sey aber nicht Folge einer Sinnesänderung, sondern der übereinstimmenden Ansicht des Ausschusses, daß bei dem gegenwärtigen Jammerstande der Rechtspflege nichts verschmäht werden dürfe, was irgend eine Abhülfe der dringendsten Gebrechen gewähren kann, und daß man das minder vollkommene nicht deßhalb von der Hand weisen dürfe, weil das Höchste und Beste nicht erreicht werden kann.

Zunächst erörtert nun Dr. Edel jene Bestandtheile des Organisationsplanes von 1848, welche der gegenwärtige Gesetzentwurf nicht berührt, deren Schicksal er der Zukunft überläßt. Obenan steht hier der Grundsatz der T r e n n u n g d e r J u s t i z v o n d e r V e r w a l t u n g. Wenn diese Trennung, die bereits in den größern Städten besteht, nicht auch auf die Landämter ausgedehnt wird, ist ein wahres Heil weder für die Rechtspflege noch für die Verwaltung zu erwarten. Je länger man

zögert, eine naturgemäße Trennung zweier heterogener Geschäftssphären vorzunehmen, desto tiefer und unheilbarer werden die Schäden, welche sowohl dem Unterthanenwohle als dem Staatswohle zugehen, desto unvermeidlicher wird die mißliebige Maßregel werden. Die Verhältnisse, welche diese Trennung fordern, haben jetzt schon eine so dringende Natur angenommen, daß man faktisch einer unnatürlichen Trennung nicht entgehen kann, wenn man die naturgemäße von sich abweist. Daher kommt es, daß der Landrichter, der gewöhnlich fast ausschließlich mit Administrativsachen sich beschäftigt, umgeben ist von selbständigen Untersuchungsrichtern, selbständigen Civilrichtern, selbständigen Hypotheken- und Notariatsbeamten, deren Verfügungen er respektiren muß, wie die Beschlüsse eines Kollegium, unter deren Ausfertigungen in Civilsachen er seinen Namen setzen muß, selbst wenn er sich deren schämen sollte, deren Thätigkeit seiner dienstlichen Oberaufsicht unterliegt, ungeachtet sein Hauptberuf ihn der Justiz entfremdet. Diese Art der thatsächlichen Trennung ist stark genug, um in die Einheit der Landgerichtsbehörde einen tiefen Riß zu machen und die Autorität des Vorstandes seinen Nebenbeamten gegenüber zu gefährden, ohne einen der wesentlichen Vortheile einer wahren Trennung des Wirkungskreises der Unterbehörden zu gewinnen.

Der Wirkungskreis der Verwaltungsbehörden erweitert sich von Jahr zu Jahr. Die Verwaltung hat nicht bloß den Zweck der öffentlichen Sicherheit, sondern auch die Beförderung der Volkswohlfahrt in ihre Aufgabe aufgenommen.

„Soll, sagt Dr. Edel, auf diesem Gebiete vernünftig gewirkt, und nicht bloß nach dem Schema von oben diktirter Verordnungen par force das Volksglück oktroyirt werden, so muß die Bezirksverwaltung in die Hände von Männern gelegt werden, welche die vollkommene Befähigung für ihren Beruf besitzen, und es dürfen dieselben in der Erfüllung ihrer Aufgabe nicht durch die fehlerhafte Organisation ihrer Amtssphäre absolut gehindert werden. Ein tüchtiger Verwaltungsbeamter muß ein Mann seyn, welcher mit vorzüglichen wissenschaftlichen Kenntnissen aus dem Gebiete des Verwaltungsrechtes und der Staatswissenschaften praktische Lebenserfahrung, Menschenliebe und Sinn für alles Gute, Würde des Benehmens, Energie des Charakters, nachhaltig ausdauernde Arbeitskraft, Richtigkeit des Urtheils und Entschiedenheit des Handelns verbindet. Soll der Geist eines solchen Mannes nicht ertödtet werden, so darf ihn der Mechanismus seiner Dienstesfunktionen nicht vom frühen Morgen bis zur späten Nacht an den Schreibtisch fesseln, er muß Zeit und Gelegenheit behalten, sein Wissen zu vervollkommnen, den Zeitereignissen als ein aufmerksamer Beobachter zu folgen, sich nicht nur in der Fluth der in seinem Vaterlande erlassenen Gesetze und Verordnungen zurecht zu finden, sondern auch von den wichtigsten Erscheinungen der Literatur seines Faches, von den in anderen Staaten gemachten Erfahrungen Kenntniß zu nehmen. Aber nicht bloß aus Büchern, aus Gesetz- und Verordnungsblättern muß er seine Belehrung schöpfen, sondern es muß ihm möglich seyn, hinauszugehen in das Leben, im Verkehr mit Personen, durch öftere persönliche Anwesenheit in allen Theilen seines Bezirkes Volk und Land kennen zu lernen, die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Unterthanen, die Zustände der Gemeinden zu ergründen. Mit der leidigen Schreiberei sollte der Verwaltungsbeamte soviel nur irgend möglich verschont seyn. Nicht wer am meisten geschrieben, sondern wer am einsichtsvollsten gehandelt, wer geräuschlos am meisten Schlimmes verhütet, am meisten Gutes geschaffen hat, wer durch sein Vertrauen und sein Wort mehr wirkt als andere durch Zwang und Strafe, ist der Meister."

„Die Liebe des Volkes zu seinem Regenten, die Anhänglichkeit an die bestehende Staatsordnung steht in einem gewissen Wechselverhältnisse zu der Summe der Wohlthaten, welche das Volk aus der Hand der Verwaltung durch die Staatsregierung empfängt. Wird die Verwaltung mehr als Plage denn als Wohlthat empfunden, wird sie durch unverständiges Generalisiren, unnöthiges Bevormunden, endloses Geschreibe und schleppenden Formkram zum Hemmschuh der naturgemäßen Entwickelung, so ist dies wahrlich kein Mittel, den Patriotismus und die Thatkraft des Volkes zu wecken, die Gefühle der Treue und Ergebenheit in der Brust der Staatsunterthanen zu befestigen. Es kann in der That keine konservativere, keine dem Interesse des Staates und der Monarchie in höherem Grade zusagende Maßregel erdacht werden, als die Gewährung einer prompten, gerechten Justiz und die Begründung einer weisen, energisch aber gesetzmäßig waltenden Administration, in deren Hand die Unterthanen die Interessen ihres Wohles, soweit deren Pflege und Schutz Sache der Regierung ist, vertrauensvoll gewahrt wissen."

„Wie wenig entspricht die Wirklichkeit diesem Bilde, ohne daß die Schuld den Personen beigemessen werden könnte! Bei größeren Landestheilen nimmt die Leitung des formellen Geschäftsganges, die Durchsicht und Zutheilung des Einlaufs, der 24 — 30,000 jährliche Geschäftsnummern erreicht, die Prüfung und Unterfertigung der von Nebenbeamten, Praktikanten und Funktionären gefertigten Arbeiten und Verfügungsentwürfe, die Durchsicht und Unterzeichnung der Ausfertigungen dem Amtsvorstande die bessere Hälfte der Arbeitszeit des Tages hinweg. Von der Masse der Arbeitsgegenstände fällt ein großer Theil der Selbstbearbeitung des Vorstandes zu, ein solcher Antheil, daß nur derjenige durchzukommen vermag, der mit ungewöhnlicher Arbeitskraft und Fertigkeit begabt ist, oder der es über sich bringt, sich der Nummernjagd zu ergeben, indem er die Geschäfte oberflächlich erledigt, aber die wirkliche Erledigung in irgend einer Form bei Seite schiebt. Bei der Verwendung seiner knappen Arbeitszeit kann der Vorstand seine Hauptkraft nicht etwa dem Wichtigsten, dem Dringendsten und Nützlichsten zuwenden, sondern wenn er den Ruf eines exakten Beamten behaupten und nicht in unangenehmen Verkehr mit den Mahnbefehlen, Strafandrohungen, Wartboten der Oberbehörden kommen will, so muß er vor Allem in den sog. Terminsarbeiten recht pünktlich seyn, alle die vorgeschriebenen monatlichen, vierteljährigen und jährlichen und dreijährigen Geschäftsanzeigen, Register, Rechenschaftsberichte fleißig einsenden, seine Tabellen hübsch ausfüllen, alle von oben gekommenen Befehle, deren Erledigung angezeigt und nachgewiesen werden muß, schleunigst in Vollzug setzen, überhaupt seine Arbeit so einrichten, wie sie am besten in das Gesicht der Oberbehörde und ihrer Revisionsorgane fallen."

„So wachsen Verwaltungsresultate auf dem Papiere, die sich hier ganz schön ausnehmen, aber in der Wirklichkeit nicht existiren, oder wenigstens ein anderes Aussehen haben. Besitzt man solche glänzende Resultate schwarz auf weiß, was kommt es dann darauf an, daß die materielle Geschäftserledigung der formellen geopfert, das Wichtigste über dem Unbedeutenden verabsäumt, die Angelegenheit der Verwalteten bei Seite geschoben, oder schleuderhaft behandelt, der betrübte Unterthan nach fruchtlosem Zeit- und Kostenaufwand am Schlusse des durchwarteten Tages heimgeschickt worden mußte. Wo soll unter diesen Umständen dem Beamten Zeit bleiben, das Chaos der Gesetze und Verordnungen zu durchdringen und den Geist derselben zu erfassen, wo soll er die Zeit hernehmen zu persönlichen Audienzen, zur Vorbereitung für größere Arbeiten, zur häufigen Bereisung des Bezirkes, zum Sehen und Handeln an Ort und Stelle? Nicht mit freudigem Gefühle blickt der gewissenhafte Beamte auf das vollbrachte Tagwerk. Er hat den ganzen Tag gearbeitet und über lauter Vielthun hat er an die rechte Arbeit nicht kommen können. Er sieht Gebrechen in der Behandlung der streitigen und nichtstreitigen Rechtspflege, er ist mit Vielem nicht zufrieden, was unter der Firma des Gerichtes geschieht, aber kann nicht helfen. Er ist nicht in der Lage, die Vorbedingungen eines gedeihlichen Wirkens zu lösen, er kann sich nicht über alle thatsächlichen Verhältnisse gehörig orientiren, nicht zu den wichtigsten Arbeiten, wo deren Natur es erfordert, vorbereiten, er kann die erkannten Bedürfnisse des Bezirkes nicht befriedigen, die Angelegenheiten der Unterthanen nicht mit der gewünschten Beschleunigung fördern, aber er kann es nicht ändern, er sieht sich moralisch und finanziell einer erschrecklichen Verantwortlichkeit gegenüber, er muß sie mit Resignation an sich herankommen lassen. So verzweifeln auch viele brave talentvolle und arbeitstüchtige Männer daran, eine segensreiche Frucht ihrer Lebensarbeit hinterlassen zu können; weit vor der Zeit des natürlichen Verbrauches der Manneskraft werden ihre Geisteskräfte abgestumpft, die Körperkräfte untergraben und die Staatskassa wird mit einer unverhältnißmäßigen Zahl von Pensionisten aus der Klasse der Landrichter belastet. Es ist möglich, daß in manchen Landestheilen einfachere Verhältnisse noch eine erträgliche Lösung der landgerichtlichen Aufgabe gestatten und daß bei dem glücklichen Zusammentreffen eines ganz ausgezeichneten Vorstandes mit besonders gut qualifizirten und dienstwilligen Nebenbeamten sogar ein befriedigender Zustand bestehen kann; allein für einen großen Theil des Landes und eine große Zahl der umfangreicheren Landgerichte ist die Schilderung der bestehenden Zustände nicht übertrieben und das entworfene Gemälde aus der Seele manches trefflichen und redlichen Amtsvorstandes gegriffen." (Forts. f.)

München, 30. Mai. Gegenwärtig ist eine Deputation aus Kirchheimbolanden und der Umgegend hier, um höheren Orts sich für den Bau einer **Eisenbahn** von Kaiserslautern über Kirchheimbolanden nach Alzey zu verwenden. (Pf. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 1. Juni. (Privat-Korresp.) Bis jetzt ist noch nichts darüber bekannt geworden, welche Wirkung die gemeinschaftlichen von Oesterreich und Frankreich ausgegangenen Vorstellungen am **römischen Hofe** gehabt haben;

gewiß ist einstweilen nur so viel, daß man sich hier keinen großen Hoffnungen in dieser Beziehung hingibt. Der römische Hof wird mit Versprechungen nicht sparen, die Erfüllung derselben jedoch geraume Zeit auf sich warten lassen. Der Kardinal-Staatssekretär Antonelli ist ein Gegner jeglicher Reformen, und so lange er am Ruder steht, sind solche wohl kaum zu erwarten; die Nachricht aber, daß er im Begriffe sey, seine Demission einzureichen, hat sich bereits als unrichtig erwiesen. Man hat vor Kurzem behauptet, daß der päpstliche Nuntius in Wien Monsignore Viale Prelà bestimmt sey, an die Stelle des Kardinals Antonelli zum Staatssekretär des Kirchenstaates ernannt zu werden. Abgesehen aber davon, daß sich diese Nachricht gar nicht bestätiget, würde durch einen solchen Wechsel gar nichts gewonnen seyn, da Monsignore Viale Prelà zur Partei des Kardinals Antonelli gehört, und die von dem Letzteren beobachtete Politik von jeher unterstützt hat. — Befriedigender lauten die Nachrichten aus Neapel, die königl. Regierung soll in der That entschlossen seyn, die von Oesterreich und Frankreich ausgegangenen Vorstellungen, welche übrigens im freundschaftlichsten Tone gehalten waren, zu berücksichtigen (wirklich?), und wird die diesfällige Antwortnote des königl. Gouvernements als vielversprechend bezeichnet. Nur in Rücksicht auf England soll dieselbe etwas gereizt lauten.

Großbritannien.

London, 31. Mai. Der „Morning Star" erklärt sich im Stande, den Inhalt der gestern Abend spät angekommenen amerikanischen Depeschen mitzutheilen. Der Präsident der Vereinigten Staaten, sagt er, erkennt die Walker'sche Regierung in Nicaragua förmlich an und erklärt sich zugleich fest entschlossen, die Neutralisationsgesetze zu beobachten. (Fast alle englischen Blätter gebrauchen den Ausdruck: „Walker'sche Regierung in Nicaragua". Das ist nicht ganz richtig. Oberst Walker übt als militärische Stütze der herrschenden Partei einen großen Einfluß in Nicaragua aus, aber die Partei besteht aus Eingebornen und an der Spitze steht der Präsident Rivas. Freilich im Grund gibt Walker doch allein den Ton an.)

Spanien

Madrid, 26. Mai. Die „Epoca" sagt, daß in einigen Städten Arragons Verhaftungen vorgekommen seyn sollen und zwar in Folge einer carlistischen Verschwörung.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 3. Juni. Darmstädter Bankaktien und österr. Kreditaktien bildeten heute wiederum den Hauptgegenstand des Geschäfts. Span. Fonds wurden billiger abgegeben.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 800 bis 798. Industrie-Aktien von der Gesellschaft St. Paul 570. — Elisabethen-Bahn 112¾. — Lombardische-Bahnen 131.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1330P. 1325G. Neue Bankaktien 446 P. 442 G. Credit-Actien à 5pCt. 249½P 247½G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 8.¾ P. 83¼ G. 5pCt. Lombard-Ven. 91¼ P. 91 G. Metall. alte à 5pCt. 82½ P. 82¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88¾ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 73¼ P. 73 G.; à 4pCt. 65¼ P. 64¾ G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 2pCt. 16⅜ P. 16¼G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 128¼ P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106½P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 306½ P. 304½ G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¼ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 101 P. 100½G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 106¾ P. 106½ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157⅞ P. 157⅜G. Neustadt-Weissenb. 116¼ P. 115¾ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119¾P. 119½G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89½ G.; 4½pCt. — P. 102⅞ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¼ P. 81¾ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. — P. — G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 64⅞ P. 64⅜ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112½ P. 112¼ G.; à fl. 25 34 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 432P. 430 G.; junge 362 P. 360 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 110½P. 110G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 — P. — G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31¾P. 31½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 122⅞ P. 122⅜G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. 82½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 565 P. 560 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 42½P. 42¼G.; 1pCt. neue 26 1/16 P. 25 15/16 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificata 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl.100 k.S. 100⅜P.100⅛G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119⅜P.119⅛G.
Augsb. fl.100 k. S. 120¼P.120G	Mail. i.S.Lr.250k.S.101¼P101G
Berlin Thlr.60 k.S. 104⅞P.104⅝G.	Paris Frs. 200 k. S. 94P.93¾ [illegible]
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞P.104⅝G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾P.93½G.
Brem. 50Thlr.Lsd.kS.96¾P.96½G.	Wienfl. 100C. k.S.117¾P.117½G.
Hamb. MB. 100 k.S.88¾P.88½G.	Wien 3 M. mit 4% 117½P.117¼G.
Leipz. Thlr.60k.S. 104⅞P.104⅝G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 2. Juni Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 94 B.; 4½pCt. 100½ B. 100¼ G.; 5pCt. letzte Emission 102½ B.; 5pCt. dritte Emission 100½ B.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94½ B.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 784 B., 780 B.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 31. Mai. Auf der am 1. Julius in Eisenach zusammentretenden Generalkonferenz des Zollvereins steht außer den bereits erwähnten Berathungsgegenständen gutem Vernehmen nach auch eine Erneuerung des schon früher von Preußen eingebrachten Antrags auf Herabsetzung des Eingangszolls für Getraide und Hülsenfrüchte zu erwarten (A. Z.)

Berlin, 2. Juni. Se. Maj. der Kaiser von Rußland gedenkt, wie man hört, Allerhöchstsich in der Nacht vom Montag den 2. Juni zu Dinstag den 3. Juni von Sanssouci mit Eisenbahn nach Königsberg und von dort mit Extrapost nach der Gränze zu begeben. — Der kaiserl. russische Reichskanzler Graf Nesselrode, der in Berlin mit ganz besonderer Auszeichnung empfangen worden ist, ist heute abgereist, um sich nach Bad Kissingen zu begeben. (Deutschl.)

* Das Tübinger Schwurgericht hatte in den letzten Tagen das sogenannte Herrenberger Attentat abzuurtheilen. Die vier Angeklagten waren beschuldigt am 23. Januar d. J., Abends in der Stadt Herrenberg zu gemeinsamer Verweigerung des Gehorsams gegen eine obrigkeitliche Verfügung unerlaubt mit Vorsatz öffentlich aufgefordert zu haben. Die Veranlassung hiezu gab die obrigkeitliche Anordnung zur Beerdigung der Leiche des Schultheißen Marquardt von Unterjessingen, welcher sich in der Nacht vom 21. auf den 22. Januar dieses Jahres in dem Gefängnisse zu Herrenberg, woselbst er sich in Haft befand, erhängt hatte, und der in Herrenberg allgem. in verbreitete Aberglaube, daß die Markung der Gemeinde, auf deren Kirchhof ein Selbstmörder begraben würde, 7 Jahre lang vom Hagelschlag heimgesucht werde. Dieser Umstand, eine schnell zusammengetretene Menge neugieriger Zuschauer, endlich einzelne von den Angeklagten ausgestoßene Aeußerungen, z. B. „Bürger raus", soll dem sonst friedlichen Städtchen an jenem Abend eine gefährliche Schattenseite bereitet haben. Die Angeklagten zogen jede rechtswidrige Absicht bei der vorgekommenen Erscheinung in Abrede, suchten ihre Handlungsweise mit den schon oben angedeuteten Momenten zu entschuldigen, wurden von dem Rechtskonsulenten Becher von Stuttgart mit Rücksicht auf die gegenwärtigen politisch-religiösen Zeitverhältnisse vertheidigt, sofort von den Geschworenen für nicht schuldig erkannt.

Brüssel, 1. Juni. Der Erzherzog Ferdinand Max von Oesterreich ist diesen Mittag in Begleitung des Herzogs von Brabant hier eingetroffen. (Fr. J.)

Paris, 1. Juni. Lejolivet, Direktor eines politischen Korrespondenzbureau, zwei seiner Mitarbeiter und ein Setzer der kaiserlichen Druckerei werden demnächst wegen Entwendung diplomatischer Aktenstücke (Pariser Friedensvertrag, der durch sie vorzeitig zur Oeffentlichkeit gelangte) vor den Assisen erscheinen. (Fr. Pstz.)

Paris, 3. Juni. Der Kaiser machte gestern Morgen um 11 Uhr in Begleitung der Generale Castellane, Niel und Fleury, sowie des Präfekten einen Ritt durch Lyon. — Zur Unterstützung der Ueberschwemmten wurden 100,000 Fr. aus der kaiserl. Privatkasse, sowie 300,000 Fr. aus dem Staatsschatz angewiesen. Zu gleichem Zwecke sollen von den gesetzgebenden Körperschaften 2 Mill. Fr. verlangt werden. — Der Kaiser verläßt heute Lyon, um sich nach Valence zu begeben. (T.D.d.Fr.J.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 155. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 5. Juni 1856

Deutscher Bund.

* **Bayern.** (Auszug aus dem Vortrag des Abg. Edel über den Gesetzentwurf bezügl. der Gerichtsverfassung. (Schluß.) Vieles, sagt Dr. Edel, Vieles muß anders werden, wenn die Staatsregierung ernstlich helfen will. Als das Nothwendigste bezeichnet er 1) die Trennung der Justiz von der Verwaltung; ohne sie ist keine radikale Hülfe möglich. Prof. Dr Edel kommt hier auf eine Aeußerung seines frühern Vortrags zurück. Er hatte nämlich damals die Frage, ob in dem gegenwärtigen Augenblick der rechte Zeitpunkt gekommen sey, um die Trennung der Justiz von der Verwaltung durch Auflösung der bestehenden Landgerichtsverfassung durchzuführen, mit einem entschiedenen „Nein" beantwortet. „Dieß, sagt er, wurde geschrieben im November 1855 im Angesichte des damaligen Weltlage und der noch ungelösten Frage des Krieges oder Friedens für Gesammteuropa, in einer Zeit, wo es nicht zu wünschen war, das Vaterland gleichzeitig von einer politischen Krise und von einer Krisis der Justiz- und Verwaltungsverfassung heimgesucht zu sehen. Jetzt ist es anders geworden, der politische Horizont hat sich aufgeklärt, der Friede ist Europa wieder geschenkt. Die Voraussetzungen des damaligen „Nein" sind hinweggefallen. Jetzt ist es Zeit, Hand an's Werk zu legen, Zeit, endlich einen festen unwiderruflichen Entschluß zu fassen, und alle Zwietrachtsäpfel, die zwischen Krone und Volk gefallen, für immer aus dem Wege zu räumen, damit künftige Krisen, deren Ausbleiben kein Geschichtskundiger behaupten wird, deren Zeit und Beschaffenheit aber kein menschlicher Geist vorhersehen kann, Bayern nicht abermals in der Mitte ungelöster Prinzipienfragen und unvollendeter Gestaltungen antreffen möchten."

Aber die Trennung der Justiz von der Verwaltung ist weder für die kranke Justiz noch für die kranke Verwaltung ein Universalmittel. Diese bedarf weiterer Nachhülfe, wozu besonders die folgenden Punkte zu rechnen sind.

2) Die entsprechende Begränzung des Bereiches der Verwaltungsthätigkeit und der amtlichen Kompetenz.

Zu der Zeit, als die bayerischen Landgerichte ihre dermalige Organisationen erhielten, war der Verwaltungswirkungskreis derselben ein im Verhältnisse zu den Zeitbedürfnissen begränzter, der zu den Kräften des Personals in keinem Mißverhältnisse stand. Seitdem ist die Aufgabe der Distriktsverwaltung in steter Progression gewachsen. Jede neue Gesetzperiode hat derselben einen neuen Zuwachs geliefert. Die Staatsregierung bedient sich der Distriktspolizei, um in den verschiedensten Beziehungen auf die Unterthanen einzuwirken und die Interessen des Staates zur Ausführung zu bringen. Der jetzige Umfang des distriktspolizeilichen Gebietes ist dadurch in einer Weise herangewachsen, daß man ohne Uebertreibung annehmen kann, daß jetzt dieselbe Behörde mit einer vierfach stärkeren Geschäftsaufgabe im Verhältniß zur Vorzeit belastet ist.

3) Nicht allein die Geschäfte selbst, sondern auch die Formalitäten der Geschäftsbehandlung und der Geschäftskontrole haben einen ungeheuern Zuwachs erhalten. Man vergleiche die Unsumme der periodischen Geschäftsanzeigen, Rechenschaftsberichte, welche jetzt auf Kosten der laufenden Geschäfte mitunter bei mehrwöchentlichem Stillstand der regelmäßigen Amtsthätigkeit von den Landgerichten angefertigt werden müssen, und man wird sich überzeugen, daß der größere Theil daraus entbehrlich ist, und zu nichts Anderem dient, als zur Beförderung der Papierkonsumtion und zur Füllung der Registraturen.

Möge der bayerischen Verwaltung ein Herkules erstehen, der diesen Augiasstall reiniget!

Unter die Fragen, welche der neue Entwurf der Regierung vertagt, gehören ferner die Aufhebung der persönlich privilegirten Gerichtsstände, gemäß Art. 4 des Grundlagengesetzes vom 4. Juli 1848 und Art. 67 und 68 des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 25. Juli 1850, dann die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens bei Polizeiübertretungen und die Aburtheilung derselben durch die Gerichte, endlich jene Bestandtheile des Organisationsgesetzes, die sich auf die Verfassung der Obergerichte und den Instanzenzug beziehen.

Prof. Edel untersucht sodann, welche Wirkungen der vorliegende Entwurf, falls er Gesetzeskraft erhielte, auf die Rechtspflege, die Verwaltung und die Advokatur äußern werde. Er kommt hiebei zu folgenden Resultaten:

„1) Für den Hauptzweck des Gesetzes, die Geschäftserleichterung der Landgerichte, kann zwar Manches geschehen, doch wird eine vollständige Erfüllung dieses Zweckes nicht zu erreichen seyn. Die Aufhebung der Kollegialverfassung hat ohne Zweifel eine Erleichterung der formellen Geschäftsbehandlung zur Folge. Eine materielle Erleichterung des Landgerichtsdienstes durch Wegnahme bisheriger Hauptarbeiten steht durch das Wegfallen der Kriminaluntersuchungen und durch den Uebergang der wichtigeren Civilprozesse an die Bezirksgerichte in Aussicht. Allein der Werth beider Geschäftsminderungen darf nicht überschätzt werden. Die erstere kann sehr geschmälert werden, wenn, wie es jetzt schon bei ausgedehnten Untersuchungsbezirken der Kreis- und Stadtgerichte der Fall seyn soll, nach Vornahme des Augenscheins durch den Untersuchungsrichter die Hauptarbeit der Untersuchung den Landgerichten im Requisitionswege aufgebürdet wird. Wird dem nicht vorgebeugt, so wird das Landgericht leichter aus eigener Kompetenz als auf fremde Requisition mit der Führung der Untersuchungen fertig werden. Die zweite Geschäftserleichterung hat für viele Landgerichte, bei denen die Prozesse von höherem Streitwerthe selten sind, keine große Bedeutung und wird oft durch Prorogation der Parteien auf die landgerichtliche Entscheidung vereitelt oder durch bezirksgerichtliche Requisitionen an ihrem Werthe gemindert werden.

2) Soweit das Gesetz materielle Verbesserung der Rechtspflege in Civilstreitigkeiten bezweckt, läßt sich erwarten, daß die Errichtung der Bezirksgerichte hiezu führen könne, soweit eben ohne prozessualische Aenderungen dieser Zweck erreichbar ist, jedoch ist nicht zu verkennen, daß diese Justizverbesserung mit manchen Opfern und Unbequemlichkeiten für die Unterthanen erkauft werden müsse. Eine durchgängige Abkürzung der Prozesse läßt sich von der Erweiterung der einzelnrichterlichen Kompetenz hoffen.

3) Es bleibt problematisch, wie weit auf dem eingeschlagenen Wege die beabsichtigte Verbesserung der Verwaltung der nichtstreitigen Rechtspflege erreichbar sey. Sehr viel wird von dem Vollzuge abhängen, es kömmt Alles darauf an, daß man für diese Geschäfte tüchtige Leute anstellt, daß dies in vollkommen hinreichender Zahl geschieht, und daß man dieselben längere Zeit in demselben Berufe zu fixiren weiß, so daß sich eine Stetigkeit der Erfahrungen bilden kann.

4) Ein entschiedener Vorzug ist das zeitgemäße Wiederaufleben des altdeutschen Unterschieds von Ober- und Niedergerichtsbarkeit. Erstere wird in 1. Instanz nur durch Richterkollegien, Bezirksgerichte ausgeübt, welche in ihrem Bezirk alleinige Inhaber der Kriminalgerichtsbarkeit und der höheren Civilgerichtsbarkeit sind; die Niedergerichtsbarkeit wird durch Einzelnrichter verwaltet, beschränkt sich auf geringere Prozeßhändel und Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

5) Ein fernerer Vorzug ist die anerkannte Selbständigkeit der mit dem Einzelnrichteramt und den Geschäften der nichtstreitigen Rechtspflege betrauten richterlichen Beamten. Hierin liegt für die Klasse der richterlichen Nebenbeamten eine Garantie ihrer vollen richterlichen Unabhängigkeit, hiemit wird denselben nebst Erhöhung ihres Amtsansehens eine Kräftigung des moralischen Selbstgefühles zu Theil, welche zur Verstärkung des Pflichteifers nur wohlthätig wirken kann. Der moralische Werth dieser Einrichtung läßt es verschmerzen, daß der materielle Werth der richterlichen Haltung als ein geminderter angesehen werden muß.

6) Die Konzentrirung der Kriminalgerichtsbarkeit bei den Bezirksgerichten, die Verkleinerung der Bezirke der urtheilenden Kriminalgerichte 1. Instanz, die Vereinigung der untersuchungsrichterlichen Funktionen in der Hand ständiger Untersuchungsrichter ist ein entschiedener Vorzug der vorgeschlagenen Einrichtung, aus welcher sich für die bessere und wohlfeilere Führung der Untersuchungen, für die Gründlichkeit der Aburtheilung, für das Interesse der Unterthanen und der Staatskasse nur wohlthätige Folgen erwarten lassen.

7) Die Administration kann zwar insoweit gewinnen, als der Landgerichtsvorstand durch Justizgeschäfte minder in Anspruch genommen, sich mit größerer Kraft und Zeitaufwand dem administrativen Berufe widmen kann; allein dieser Vortheil muß durch die permanente Verfügbarkeit der landgerichtlichen Nebenbeamten und deren mangelhafte Fortbildung für den administrativen Beruf theuer bezahlt werden.

8) Ein Theil des Advokatenstandes wird in seinen Interessen wesentlich gefährdet, vielleicht entbehrlich werden.

9) Die Durchführung der Maßregel wird im Staatsbudget einen wiewohl nicht sehr erheblichen Ausfall veranlassen, jedoch muß der Aufwand für Bezirksgerichte jetzt oder später gemacht werden, auch ist ein Mehraufwand der Etats der Landgerichte unvermeidlich, es mag die neue Einrichtung kommen, oder die bisherige verbleiben."

Die persönliche Ansicht des Hrn. Prof. Edel geht nun dahin, daß die Organisationsfrage bis zur gleichzeitigen Erledigung der Civilprozeßordnung zu vertagen sey. Denn er hält den gegenwärtigen Moment nicht für bereift, um in der Organisationsfrage etwas Rechtes und Bleibendes zu schaffen, der Verständigungspunkte seyen zu wenige und feste Anhaltspunkte nicht in zureichendem Maße gegeben. Selbst eine auf die Justiz-Verwaltung beschränkte Organisation werde nur dann erfolgreich in Angriff genommen werden können, wenn die Bearbeitung des Civilprozesses vorliege, oder mindestens über die Grundzüge desselben kein Zweifel bestehe, so daß die Gerichts-Verfassung den prozessualischen Institutionen angepaßt werden kann.

Der Ausschuß jedoch ging, wie bereits mitgetheilt, auf diese Ansicht nicht ein, sondern beschloß, den Gesetzentwurf in Berathung zu ziehen. Derselbe ist nun, wie man hört, für die nächste Sitzung der 2. Kammer auf die Tagesordnung gestellt.

Wie aus den Protokollen des Finanzausschusses der Abgeordnetenkammer über die bei Prüfung des Bauetat stattgehabten Verhandlungen hervorgeht, sind die für den Bau des Hafens zu Lindau verwendeten Gelder aus dem Eisenbahnbaufonds entnommen worden, und sollen nun an denselben zurückersetzt werden, zu welchem Zwecke die Summe von 302,400 fl. in den Wasserneubauetat als Voranschlag für den Hafenbau in Lindau eingestellt wurde. Man war dabei auf der Seite der Regierung von der Ansicht ausgegangen, daß der fragliche Hafen als der Schlußpunkt der Augsburg-Lindauer Eisenbahn angesehen werden müsse, welche Ansicht jedoch der Ausschuß nicht ganz theilte, im Uebrigen aber, da die Ergänzung der Eisenbahnfonds durch Ersatz jener Ausgaben, die für andere Zwecke aus ihnen bestritten werden, der Uebersichtlichkeit halber wünschenswerth erscheine, hiefür den Betrag von 270,000 fl. zur Einstellung in den Wasserbauetat begutachtete. Der Berichterstatter des Ausschusses äußert sich bezüglich dieses Hafens nicht besonders günstig, indem er bemerkt, daß, wenn die projektirte Eisenbahn von Lindau über Bregenz nach Rorschach zu Stande komme, derselbe alle Bedeutung verliere, und es sey zu wünschen, daß diese Bahn recht bald zu Stande komme, denn erst wenn dieselbe bestehe, werde die württembergische Bahn nach Friedrichshafen für uns aufhören, eine Konkurrenzbahn zu seyn, da dann die Güter und der Verkehr von Norden herkommend der bayerischen Eisenbahn sich zuwenden, um das Umpacken auf Schiffe und von dort wieder auf Bahnwägen zu vermeiden. In dem Maße also, in dem der Verkehr auf der Lindauer Bahn sich vermehren werde, in demselben werde sich die Schifffahrt auf dem Bodensee vermindern und sich bloß mehr auf den kleinen Verkehr und Vergnügungsfahrten beschränken. Zu diesem Zwecke hätte der ältere Hafen genügt, und es sey die Erweiterung desselben eben so überflüssig, wie der Eisenbahndamm nach Lindau. — Als Ersatzmann des jüngst verstorbenen Abg. Max Moser wird der Pfarrer **Fuchs** von Spalt einberufen werden. (Bayer. Ldbötin.)

Preußen. Man schreibt der „Neuen Preuß. Zeitung" aus **Potsdam** unterm 1. Juni: „Beinahe hätten der König und Kaiser Alexander gestern Abend bei der Rückkehr aus Berlin ein Unglück haben können. Der kgl. Wagen fuhr aus dem Bahnhofe heraus, eine Droschke kam ihm entgegen, und da es eine sehr dunkle Nacht war, ein heftiger Regen überdies auch noch den Schein der Laternen schwächte, so konnte die Droschke bei der raschen Wendung der kgl. Equipage nicht rasch genug ausweichen, sondern fuhr so unglücklich zwischen die Pferde hinein, daß die Deichsel brach und der König mit seinem kaiserlichen Gaste im bösesten Wetter einen andern gleich darauf folgenden Hofwagen besteigen mußte. In der entstandenen Verwirrung gelang es dem Droschkenkutscher, mit seinem Fuhrwerk unbemerkt fortzukommen. Bald war er indessen ermittelt und seine Arretirung nach Sanssouci berichtet. Der wachthabende Offizier kam indessen mit der Nachricht wieder aus dem Schlosse, daß der Arretirte sofort wieder in Freiheit zu setzen und ihm nur der Rath zu geben sey, künftig etwas vorsichtiger zu fahren."

* Die Vorstandsmitglieder der freien Gemeinde zu **Magdeburg** waren voriges Jahr wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu je 10 Thlr. Geldbuße verurtheilt und außerdem die Schließung der Gemeinde verfügt worden. Die hiegegen erhobene Nichtigkeitsbeschwerde hat nun das Obertribunal zu Berlin am 29. Mai als unbegründet abgewiesen.

Sachsen. Nach der „Sächs. Const. Ztg." ist die Mittheilung von einer bevorstehenden Verlobung des Großfürsten Michael mit der Prinzessin Sidonie von Sachsen unbegründet.

Hannover. **Hannover**, 30. Mai. Die Gerüchte, über eine bevorstehende Aenderung im hiesigen Ministerium werden jetzt als unbegründet bezeichnet. (A. Z.)

* **Oesterreich.** Die österreichische Regierung hat an ihre Gesandten in Florenz, Rom, Neapel und Modena eine Depesche gerichtet, worin sie die vom sardinischen Minister Cavour auf dem Pariser Kongreß gegen die von ihr in Italien eingehaltene Politik erhobenen Beschuldigungen in derselben Art zurückweist, wie dies neulich in der „Wiener Zeitung" geschehen ist.

Frankreich.

Der Pariser Korrespondent des Brüsseler Journals „Le Nord" erklärt selbst, daß seine neulichen Nachrichten über beabsichtigte **Mediatisirung** deutscher Fürsten unbegründet gewesen; er habe unklaren Privatgesprächen einen ungehörigen Werth beigelegt.

Paris, 2. Juni. Die Eröffnung der allgemeinen **landwirthschaftlichen Ausstellung** fand gestern um 12 Uhr statt. Der Eintrittspreis ist 1 Fr. per Person. Beim Schluß (Abends 5 Uhr) waren 18,701 Fr. eingegangen. Der Katalog der Ausstellung ist in 5 Divisionen abgetheilt. Die Thiere, 5000 — 6000 an der Zahl, bilden 2684 Nummern, die Instrumente 2108, die Produkte 4635, die von Feldbau handelnden Werke 34 Nummern. Die Gewächsausstellung — eine der schönsten, die man je gesehen haben kann — hat einen besondern Katalog. Gleichzeitig mit der Ackerbau-Ausstellung wird in der östlichen Gallerie des Industrie-Palastes, die Ausstellung der Gegenstände stattfinden, welche dem Prinzen Napoleon zum Besten einer Lotterie für die **Orient-Armee** überlassen wurden. Das Kapital der Lotterie ist auf 40,000 Frs., den Schätzungswerth der Geschenke, festgestellt worden und wird durch 40,000 Loose zu 1 Fr. repräsentirt. Die Zahl der Gewinne, worunter mehrere prachtvolle Kunst- und Industrieprodukte sind, beträgt ungefähr 12,000, darunter Preise von 25,000 Franken, 20,000 Fr., 5000 Fr., 4000 Fr., 3000 Fr. u. s. w. Das Verhältniß der gewinnenden Loose ist 1 auf 30.

(**Landwirthschaftliche Ausstellung zu Paris.**) Wer vor einem Jahre und jetzt einen Blick in den Pariser Krystallpalast werfen konnte, muß höchlich erstaunt seyn über die Umwandlung, welche diese kolossalen Räume erlitten haben. Da, wo im vorigen Jahre die bewunderungswürdigsten und großartigsten Produkte der Wissenschaft, Kunst und Industrie ihren Platz gefunden hatten, nämlich im Mittelschiff, ist jetzt ein englischer Park, mit lieblichem Blumenflor und Gruppen tropischer Bäume gleichsam hingezaubert, denn es ist das Werk weniger Tage; die Rasen, die noch vor drei Tagen als schmutzigbraune, scheinbar abgestorbene Grasschollen angelegt waren, sind jetzt mit duftigem Grün geziert. Drei Fontainen dienen theils zur Zierde des Parkes, theils als Mittel zur Aufstellung verschiedener Fischzucht-Apparate. In den Seitentheilen des Gebäudes unterhalb der Gallerien sind in schönster Ordnung eben so zweckmäßige als elegante Kastenstände für das Rindvieh angebracht. Im Gebäude selbst stehen die französischen, ein großer Theil der englischen und österreichischen Rindviehracen, außerdem noch die schweizerischen und süddeutschen, welch' letztere in kleinster Anzahl vertreten sind. In dem, mit einem starken Holzgitter von den elyseeischen Feldern und der Avenue Montaigne abgeschlossenen Räumlichkeiten sind große Zelte (wie bei der Industrieausstellung für die Wagen, Pflüge, Reiseartikel 2c.) errichtet, in welche die Stallungen für die noch übrigen Rindviehstämme eingebaut sind. Diese Rindviehstallungen lassen in der

That nichts zu wünschen übrig, Alles ist so solid und so geformt, daß keinerlei Gefahr vorliegt; die Abscheidungen sind so, daß keine gegenseitige Störung der Thiere möglich ist; dabei ist aber der Ueberblick über die einzelnen Thiere durchaus nicht beeinträchtigt. Der Boden ist mit Asphalt gepflastert, und regelmäßige Kandeln sorgen für die Reinlichkeit. Die Räume für die Schafe sind ebenfalls unter Zelten, und so, daß die Böcke einzeln stehen, während die Schafe in kleinen Partien (Loosen) in einer Abtheilung beisammen sind. Für die Schäfereien, namentlich für das Königreich Sachsen, ist ein besonders elegantes Zelt hergerichtet, jede Standabtheilung ist durch leichte Eisengitter abgeschieden. Unter den Schafen bemerkt man eine vielfache Abwechslung in Betreff der Racen und Schlägebildung, wie unter dem Rindvieh. Bekanntlich sind es hauptsächlich die Engländer, welche sich ein besonderes Geschäft daraus machen, ihren Hausthieren stets neue hervorragende Eigenthümlichkeiten durch eine rationelle Züchtung und Haltung zu verleihen. Was in dieser Beziehung geleistet wurde, das tritt gerade bei dieser Ausstellung besonders deutlich hervor. (Schw. M.)

Spanien

Madrid, 26. Mai. Die Regierung hat den Behörden aufgetragen, darüber zu wachen, daß keine protestantischen Schriften in Spanien in Umlauf kommen. (A. Z.)

Italien.

Turin, 26. Mai. Der halbverschollene Prinz Leo von Armenien taucht wieder auf, und was wir von ihm hören, gleicht eben wieder genau seinen Antecedentien. Bekanntlich lebte er früher in Turin, und war mit unsern politischen Größen auf ziemlich vertrautem Fuße. Der „Espero" kündigt nun angeblich aus sicherer Quelle an, daß der Fürst binnen Kurzem einen Protest an sämmtliche Souveräne Europas gegen seine „ungesetzliche Verhaftung" seitens der preußischen Behörden veröffentlichen wird, die in dem Augenblick stattfand, als er während der Belagerung von Kars in sein Vaterland zurückkehren wollte. Der „Espero" fügt bei: die russischen Diplomaten hätten das Verfahren der preußischen Regierung gegen den Fürsten sehr mißbilligt, und der Graf Alexis Orloff, sein früherer Beschützer, sey geneigt, sich beim Czaren zu seinen Gunsten zu verwenden.

Rußland und Polen.

Der russische Gesandte in Berlin, Baron von Budberg, ist zum Gesandten in Wien, Hr. v. Brunnow, zeitweilig in Paris, zum Gesandten in Berlin, Fürst Dolgorucky, ehemaliger Kriegsminister, zum Gesandten in Paris ernannt. (T.D.d.A.Z.)

Warschau, 1. Juni. Wie hier aus guter Quelle verlautet, wird der Status quo ante bellum in Betreff des Zolltarifs nicht eintreten, sondern der Zolltarif, der während des Krieges galt, bis zur allgemeinen im Herbst vorzunehmenden Tarifrevision in Kraft bleiben. (N. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

* Um sich einen Begriff vom Werthe des Grund und Bodens um Paris zu machen, führen wir an, daß 19 Bauplätze im ehemaligen Park von Neuilly, welche letzten Donnerstag zum Ansatz von 140,000 Fr. zum Verkauf ausgeboten wurden, auf 556,000 Fr. getrieben worden sind.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 4. Juni. Die Börse war beinahe in sämmtlichen Koursen in flauer Stimmung, und wurden sowohl Fonds als Aktien billiger abgegeben.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 788 bis 785—93. Elisabethen-Bahn 112½. — Lombardische Bahnen 130.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1326 P. 1321 G. Neue Bankaktien 446 P. 442 G. Credit-Actien à 5pCt. 217 P. 245 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83¼ P. 83 G. 5pCt. Lombard-Ven. 91¼ P. 91 G. Metall. alte à 5pCt. 82½ P. 82¼ G.; à 5pCt. in Silberb. fl. 88¾ P. 88½ G.; à 4½pCt. 73¼ P. 73 G.; à 4pCt. 65¼ P. 64¾ G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 128¼ P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106½ P. 106 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einzahl. 292 P. 290 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¼ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 106⅜ P. 106⅛ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 157½ P. 157 G. Neustadt-Weissenb. 116 P. 115½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119⅛ P. 118⅝ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89½ G.; 4½pCt. — P. 102⅞ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81¾ P. 81¼ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 40⅛ P. 39⅞ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64⅞ P. 61⅜ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½ P. 100 G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112⅝ P. 112⅛ G.; à fl. 25 34 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 418 P. 416 G.; junge 349 P. 347 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109¾ P. 109¼ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¾ P. 47½ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½ G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 123¼ P. 122¾ G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. 82½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 570 P. 561 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 42¼ P. 42 G.; 1pCt. neue 25 11/16 P. 25 9/16 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¾ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119⅜ P. 119⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 101¼ P 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Paris Frs. 200 k. S 94 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¾ P. 96½ G.	Wien d. 100 C. k. S. 117⅜ P. 117⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88¾ P. 88½ G.	Wien 3 M. mit 4% 117¼ P. 117 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 3. Juni. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 94 P.; 4½pCt. — P. 100½ G.; 5pCt. letzte Emission 102½ P.; 5pCt. dritte Emission 100½ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94½ P.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — P. 782 G.

Aus dem Hannoverschen, 22 Mai. Aus verschiedenen Gegenden sind uns nur erfreuliche Berichte über den Stand der Saaten zugekommen. So steht im Calenbergischen der Roggen ausgezeichnet gut, deßgleichen auch der frühzeitig gesäete Waizen. Aus dem Hildesheimischen wird, mit geringer Ausnahme, dasselbe berichtet.

Was nun insbesondere die Marsch, namentlich die Elbmarsch anbelangt, so sind die Witterungsverhältnisse des laufenden Monats für die weitere Entwickelung der Saaten bisher durchaus nur als günstig zu bezeichnen. Das alte bekannte Sprichwort: „Mai kühl und naß, füllt Boden und Faß", scheint sich nach allen Aussichten wieder einmal bewähren zu wollen. Denn wenn auch bei der vorherrschend kälteren Temperatur der letzten Wochen die Vegetation nicht so üppig fortschritt, so mag das ganz gut seyn, und es haben die Pflanzen durch die Kälte wenigstens hervortretend nicht gelitten; daher das Feld im Allgemeinen einen sehr erfreulichen Anblick gewährt, so daß die Aussicht auf eine recht gesegnete Aernte in diesen gesegneteren Gegenden immer bestimmter und größer wird. Tritt nur jetzt wärmeres Wetter ein, wozu wir augenblicklich wenigstens Hoffnung haben, so wird unser Boden, da er für längere Zeit hinreichende Feuchtigkeit aufgenommen hat, gewiß seinen reichen Lohn geben.

Der Waizen namentlich ist auf allen Aeckern so reich und in so kräftigen Halmen bestaudet, wie wir es in mehreren Jahren nicht gesehen haben. Es ist wenigstens uns kaum ein Ackerstück von dieser Frucht zu Gesicht gekommen, das wir als durchaus unerwünscht stehend bezeichnen möchten. Ebenso verhält es sich mit dem Roggen. Dieser hat sich auf den meisten Aeckern trefflich verzweigt und in diesen Tagen bereits Aehren aus dem Schooße seiner kräftigen Halme entwickelt, welche in dem Maße, in welchem das Wetter namentlich für die Blüthezeit günstig sich gestalten wird, gewiß nicht verfehlen werden, einen bedeutenden Ertrag zu liefern. Auch die Gerste steht, ebenso wie der Hafer, fast überall gut, obgleich wir beinahe fürchten müssen, daß der in der letzten Nacht (vom 21. auf den 22. d.) eingetretene Frost — es lag diesen Morgen der Reif stark auf den Pflanzen — den letzteren in seinem Wachsthum vorerst merklich beeinträchtigen werde. Ueber die Bohnen läßt sich bis jetzt noch weiter nichts sagen, als daß sie gut aufgelaufen sind und nach dem Aussehen ihres Stammes, so wie nach ihrer Farbe ebenfalls zu Hoffnungen berechtigen.

Die Oelfrüchte, welche im Anfange des Frühjahrs hier und da als ausgewintert sich darstellten, und deren Acker deßhalb in manchen Fällen mit einer anderen Frucht bestellt werden mußte, sind, insoweit sie geblieben, gut fortgewachsen und stehen eben jetzt theilweise noch in Blüthe, daher wir über deren muthmaßlichen Ertrag ein Urtheil abzugeben uns nicht getrauen. Die gangbarsten Kartoffelsorten sind eben im Auflaufen begriffen; dagegen stehen die für den ersten Hausbedarf gepflanzten früheren Sorten recht nach Wunsche.

Neueste Nachrichten.

München, 3. Juni. (Privat-Korrespondenz.) **78. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Die Kammer berieth hierauf die Rückäußerung der 1. Kammer bezügl. der Anträge „den Getraidehandel betr." Aus dem deßfallsigen Beschlusse der 1. Kammer geht hervor, daß dieselbe: 1) den Weg des Gesetzes bei Revision besagter Verordnung nicht betreten wissen will, und daß 2) bei dieser Revision Bestimmungen über die bürgerlichen und strafrechtlichen Folgen des Wuchers und der Scheinverträge nicht einzuverleiben seyen.

Was die erste Abänderung der K. d. R. betrifft, so ist zwar der Ausschuß der 2. Kammer noch immer der Ansicht, daß eine Stabilität und Sicherheit im Getraidehandel erst dann ermöglicht ist, wenn feste gesetzliche Bestimmungen die Schranken anweisen, innerhalb welcher er sich bewegen kann, glaubt jedoch, da auch in der Fassung der K. d. R. das vorzüglich angestrebte Prinzip des freien Verkehrs immerhin gewahrt ist, um das Zustandekommen eines Gesammtbeschlusses nicht zu vereiteln, den Vorschlag der Beistimmung machen zu sollen. Bezüglich der zweiten Abänderung möchte dann ein Bestehen auf der früheren Fassung um so weniger anzurathen seyn, als doch nicht im Sinne liegen kann, nach Beistimmung zur ersten Abänderung die Regelung dieser Materie außer dem Gesetzeswege verwirklicht zu sehen, und als ja bei Berathung der eingebrachten Strafgesetzbücher in dieser Richtung das Nöthige vorgesehen werden kann.

Aus diesen Gründen begutachtet der Ausschuß: der Fassung der Kammer der Reichsräthe zuzustimmen. —

An der Debatte hierüber betheiligten sich mehrere Redner. Fürst Wallerstein, im Ausschusse gegen den Beschluß der 1. Kammer, erklärt sich heute für denselben, damit ein Gesammtbeschluß erzielt werde und weil hierdurch sich die Kammer keines Rechts begebe — nachdem sich aber die Abgg. v. Closen, v. Lerchenfeld und Dr. Völk sehr energisch gegen die Ansicht des Hrn. Fürsten ausgesprochen und sich entschieden gegen den Beschluß der 1. Kammer, gegen das Aufgeben des Rechtes, die Materie auf gesetzlichem Wege zu regeln erklärt hatten, und es für besser hielten, lieber den Gegenstand ganz fallen zu lassen, als dieses Recht aufzugeben, gab Fürst Wallerstein unter allgemeiner Heiterkeit die Erklärung ab, daß er, weil jetzt Zweifel angeregt worden seyen, nun doch gegen den Beschluß der 1. Kammer stimmen werde.

Am Schluß der Debatte legte der kgl. Staatsminister des Innern die Ansicht dar, daß die Verordnung von 1813 kein Gesetz sey, und daß die Regierung das Recht habe, den Getraidehandel auf dem Verordnungswege zu regeln. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses mit großer Majorität verworfen, und ebenso beschlossen, auf dem früheren Beschlusse zu beharren.

Die Kammer schritt dann zur Berathung des Budget-Voranschlages für die Staatsbauten, zunächst Wasserbrücken- und Straßenbau. Die Regierung postulirt 2,615,400 fl. Der Ausschuß beantragt 2,563,430 fl. zu bewilligen und folgende Anträge beizufügen: „Es sey an das kgl. Staatsministerium das Ansuchen zu stellen, dasselbe wolle jenen Distrikten und Gemeinden, die durch Unterhaltung von Distriktsstraßen wirklich überbürdet sind, die Bewilligung zur Erhebung von Weggeldern ertheilen, deren Ertrag zum Unterhalte dieser für den Verkehr wichtigen Distriktsstraßen zu verwenden ist; wornach 2) die an den Landtag gebrachten Eingaben von Distrikten, Gemeinden und Privaten um Uebernahme ihrer Straßen auf die Zentralfonds oder um Zuschüsse aus letzteren als erledigt zu betrachten seyen. 3) Der Antrag der Gemeinde Kaßl auf Erbauung einer Distriktsstraße aus Staatsfonds von Kaßl nach Bülbach sey abzulehnen.

Hierzu kommen folgende Anträge: Ein Antrag des Abg. Gillitzer, den Etat um 85,000 fl. zu erhöhen, Behufs Zuschüsse aus der Staatskasse an die mit Straßenbau überbürdeten Distrikte — wodurch der Antrag des Ausschusses auf Einführung von Weggeld hinwegfiele. Ein Antrag des Abg. Berienz, Uebernahme der Distriktsstraße von Schweinfurt nach Hildburghausen auf Staatskosten; ein Antrag des Abg. Dr. Arnheim, die Kosten für den Bau des Hafens in Lindau mit 317,300 fl. hier nicht zu bewilligen, da sie nicht in diesen Etat, sondern zur Eisenbahnbau-Dotation, der sie entnommen wurden, gehörten und deßfalls auch die Regierung, wie bez. des Glaspalastes, die nachträgliche Genehmigung durch ein Gesetz zu erholen habe. — Es sprachen sich dann die Abgg. Rechenmacher, v. Closen und Urban gegen Einführung von Weggeld, Frhr. v. Welden gegen die beantragten Abstriche am Etat und dann Frhr. v. Lerchenfeld für das Weggeld aus, womit wegen vorgerückter Zeit die Debatte auf morgen vertagt wurde. Am Donnerstag kömmt die Gerichtsverfassung zur Berathung.

§ Wien, 2. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die Statuten der an die Stelle der früheren Immobiliengesellschaft tretenden „Austria" werden im Laufe dieser Woche sicherlich die Allerhöchste Genehmigung erhalten. Zwischen dem Verwaltungsrathe der neuen Gesellschaft und der Staatsverwaltung finden bereits seit längerer Zeit Verhandlungen statt, welche sich auf die Uebernahme der Staatsdomänen beziehen, die bekanntlich jetzt im Betrag von 154,000,000 fl. der Nationalbank hypothekarisch verpfändet sind. Die Nationalbank hat bis jetzt nur für 500,000 fl. Güter aus dieser Masse verwerthen können und bei den jetzigen Konjunkturen dürfte es immer schwer halten, größeren Grundbesitz zu einem guten Preise an den Mann zu bringen. Die Immobiliargesellschaft dürfte zwar weder die hinreichenden Mittel besitzen, um sogleich die Domänen sammt und sonders käuflich an sich zu bringen, noch wird sie ihren ganzen Fonds in diesem einen Geschäft immobilisiren wollen. Hingegen soll es im Vorschlage seyn, der genannten Gesellschaft die Domänen in Pacht zu überlassen, so daß der Staat durch den rationellen Betrieb seiner Güter den Werth derselben für die Zukunft erhöhen könnte und mittlerweile einen ansehnlichen Jahreszins dem öffentlichen Schatze zuwenden würde. — Im Uebrigen lautet das Programm der neuen Immobiliengesellschaft dahin, ihre Thätigkeit zunächst und vorzugsweise der Hebung der ungarischen Landeskultur zuzuwenden.

London, 2. Juni. Auf eine Frage Hrn. Roebucks antwortete Lord Palmerston, nicht die Pariser Konferenz, sondern jede Regierung habe ihre Kommissarien für die Donaufürstenthümer gewählt. Hr. Macgregor, über angebliche griechische Verschwendung klagend, fragt, ob die Regierung die Schuldzahlung erzwingen werde. Lord Palmerston erwidert: die Garantien könnten nicht einzeln, sondern nur gemeinschaftlich Zwang gegen Griechenland anwenden. Der Schatzkanzler beantragt auf nächsten Freitag die Niedersetzung eines Sonderausschusses, der die Wirksamkeit des Sundzolls untersuchen soll. (T.D.d.A.Z.)

London, 2. Juni. Der „Morning Post" wird mitgetheilt, der Papst habe sich geweigert, den auf Säcularisirung der Legationen gerichteten Vorschlag Englands und Frankreichs anzunehmen; Kardinal Antonelli bereite einen Reformentwurf vor, man sehe aber voraus, daß dieser als wenig befriedigend werde erkannt werden. (Fr. J.)

Turin, 31. Mai. Wie man hört, hat Joseph Mazzini Auftrag gegeben, seine Güter in der Provinz Genua zu veräußern, weil er sich vom politischen Schauplatze nach Amerika zurückzuziehen beabsichtige. (Fr. J.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bodmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 156.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 6. Juni 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 3. Juni. Die Ankunft Ihrer k. k. Hoheit der Frau Großherzogin Wittwe von Toskana ist heute erfolgt. Die erlauchte Frau wird sich mit der Frau Prinzessin Luitpold, k. Hoh., Anfangs Juli nach Marienbad begeben. Die Ankunft J. M. der Kaiserin-Mutter von Oesterreich dahier wird nach neuerer Bestimmung erst am 14. d. erfolgen. Der Herzog und die Frau Herzogin von Modena werden demnächst nach Bayern kommen und beabsichtigen Höchstdieselben, dem Vernehmen nach, einen längern Aufenthalt am Bodensee. (A.Abdz.)

München, 1. Juni. Ueber den Antrag des Abg. Prof. Dr. Weis, auf Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen Abkürzung der Verjährungszeit bei Forderungen der Gewerbsleute und Kleinhändler an ihre Kunden hat der Abg. Dr. Arnheim im 1. Ausschusse Vortrag erstattet und die Vorlage eines desfallsigen Gesetzentwurfes betreffs derjenigen Forderungen begutachtet, welche nach bestehender Sitte entweder mit dem Zeitpunkte ihrer Entstehung, oder binnen kurzer Zeit berichtigt zu werden pflegen. Diesem Antrage, welcher eine Erweiterung der von Hrn. Prof. Weis gegebenen Anregung in sich schließt, indem die Abkürzung der Verjährungszeit nicht auf die Forderungen der Gewerbsleute und Kleinhändler beschränkt seyn soll, ist der 1. Ausschuß einstimmig beigetreten. (Fränk. Kur.)

München, 4. Juni. In der Kammer der Reichsräthe ist Frhr. v. Freyberg zum Referenten über das Gerichtsorganisationsgesetz gewählt worden. (B. Landbötin.)

Der Kammer der Abgeordneten wurde bereits vor einigen Monaten von den HH. Abgg. Frhrn. v. Lerchenfeld, Dr. Paur, Dr. Völk, Landrichter Nar, Dr. Simmerl und mehreren andern Kammermitgliedern ein Antrag übergeben, der die Milderung der die Ansässigmachung, Verehelichung und Gewerbsfähigkeit israelit. Glaubensgenossen berührenden Ausnahmsgesetze bezielt. Der Antrag geht dahin, es möge durch den Landtagsabschied ausgesprochen werden: 1) die Juden sollen in Ansehung der Ansässigmachung an Orten, wo bereits Juden wohnen, den Christen gleichgestellt, die Beschränkung auf die Matrikelzahl aufgehoben werden. Hinsichtlich der Ansässigmachung der Juden an andern Orten verbleibt es bei der bisherigen Bestimmung des Edikts von 1813; jedoch soll in Städten mit magistratischer Verfassung die Bewilligung der Ansässigmachung nicht verweigert werden, wenn die Aufnahme von Seite der Gemeindebehörde ertheilt ist; 2) die Juden sollen bezüglich der Ausübung der Gewerbe den christlichen Staatseinwohnern gleichgestellt und die bisherigen Ausnahmsbestimmungen aufgehoben werden. „Der Ausschuß, heißt es in dessen Bericht, erachtet eine Reform der, die israelitische Ansässigmachung regelnden Normen für durchweg geboten. Ihm scheint aber, wie schon angedeutet, das Gedeihen dieser Reform im Interesse der christlichen wie der israelitischen Bevölkerung durch einen wohlbemessenen Uebergangszustand bedingt. Seine Aufgabe war zunächst die Zulässigkeit und Beschaffenheit eines derartigen Uebergangszustandes zu ermitteln. Hier bot sich denn von selbst der Kammerbeschluß von 1849 dar. Dieser Beschluß war von der damaligen Kammer der Abgeordneten mit überwiegender Stimmenmehrheit gefaßt worden; ihn wiederaufgreifend hielt das Haus lediglich an seinen Antecedentien und an demjenigen fest, was seiner Zeit von den Regierungsorganen gebilligt, von den Betheiligten dankbar begrüßt worden war. Auch materielle Gründe von entschiedenem Gewichte schienen für ein solches Wiederaufgreifen zu sprechen. Vermöge desselben hätten sich der israelitischen Bevölkerung schon jetzt, vorgreifend der angekündeten legislatorischen Revision unseres gesammten Ansässigmachungssystems, auch die ihr bisher verschlossenen Ortschaften in so weit geöffnet, als ihnen gelungen wäre, die Zuneigung und das Vertrauen ihrer christlichen Mitbürger zu erwerben. Solche Niederlassungen würden statt Zwietracht Frieden gesäet und für die Israeliten um so höheren Werth behauptet haben, als sie sich derselben nicht als einer Folge gesetzlichen Imperativs, sondern als einer Frucht des Lebens und der durch ihr Verhalten errungenen Anerkennung rühmen dürften. Das also bedingt eingeräumte Recht wäre auch sicher kein wirkungsloses geblieben. Nie geht man irre, indem man auf das stille oder sichere Wirken thatsächlicher Interessen rechnet. Durch die Berührung mit diesen wird der starre Buchstabe weich, Gegensätze versöhnen sich und das normirende Gesetz tritt dann hervor als Konstatirung des im Leben bereits Vollendeten, als Frucht geräuschlos gezeitigter Zustände. Auf dem Verwaltungsgebiete führt einfaches Hinwegräumen von Hindernissen oft unendlich weiter als das durchdachteste Einschneiden in tief gewurzelte Zustände und Volksanschauungen, wie denn notorisch zur Stunde bereits der größeren und kleineren Ortschaften gar manche sind, welche Mitbürger mosaischen Glaubens recht gerne in ihren Schoß eintreten sähen. Den Gemeinden wäre ein weittragendes Recht geworden, — ein Recht, nicht neu, da die Israeliten demselben allenthalben, wo der korporativen Bedeutsamkeit der Kommune breite Rechnung getragen ist, da sie demselben sogar in Schweizer-Republiken begegnen, — ein Recht, — dennoch in dem Maße zu weiser Benützung auffordernd, in dem diese Benützungsweise auf die bevorstehende gesetzgeberische Prüfung der Materie Einfluß üben mußte. Die Staatsregierung ihrerseits könnte an Ansehen und thatsächlicher Kraft nur gewinnen durch das Hingeben einer Willkürbefugniß, die wie immer gehandhabt, stets hin nach Einer Seite Mißmuth streute, und — streuen wird."

Von Seite der k. Staatsregierung wurde jedoch dermalen im Ausschusse der bestimmte Entschluß ausgesprochen, auf dieses Widerspruchsrecht der Gemeinden nicht einzugehen, weil dadurch eine wichtige Regierungsbefugniß nicht zu Gunsten der Israeliten, sondern nach ministeriellem Dafürhalten zu deren entschiedenen Nachtheile aufgegeben würde, während die Staatsregierung jetzt vermittelnd und berücksichtigend eingreifen könne. Nachdem Hr. Staatsminister des Innern, Graf v. Reigersberg, einen wohlwollenden Vollzug des bestehenden Gesetzes zusicherte, begutachtete der Ausschuß folgende Anträge: „Es sey an Se. Majestät auf verfassungsmäßigem Wege die ehrerbietigste Bitte zu stellen, Allerhöchstdieselben möge geruhen: 1) mit der angekündigten Initiative zu erneuter legislativer Revision der allgemeinen Normen über Ansässigmachung und Verehelichung, auch jene zu legislativer Revision der noch in Kraft gebliebenen Bestimmungen des Edikts vom 10. Juni 1813 über die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen verbinden zu lassen. 2) Alle, außerhalb des erwähnten Edikts in Absicht auf die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen, etwa noch als geltend erachteten polizeilicher Ausnahmsbestimmungen außer Kraft und Wirkung zu setzen." Der Ausschuß trat über einen jeden dieser Vorschläge gesondert in Berathung, an der sich alle Anwesenden betheiligten und beschloß ad 1) mit 7 gegen 1 und ad 2) mit allen Stimmen, daß die Vorschläge des Referenten zum Ausschußbeschlusse zu erheben seyen.

Preußen. Die letzte Versammlung des kirchlichen Centralvereins in Gerdau hat aufgestellt: „Die liturgischen Gottesdienste gehören zu den Nothständen der evangelischen Kirche und der normale Zustand des liturgischen Gottesdienstes ist die (deutsche) Messe an jedem Sonn- und Festtage." — „Wenn demnach die hohen geistlichen Behörden ihre Zeit werden ersehen haben, dann werden sie ihr gegebenes Versprechen halten und mit einer neuen Liturgie an das Licht treten, mit einer deutschen Messe." „Das Krankenbild des Abendmahls ist der Mangel der Privatbeichte; das Krankenbild der Trauung das Verschwinden des Einflusses der Geistlichen auf die Eheverlöbnisse, und das Krankenbild der Begräbnisse die Bestattung der unkirchlichen Glieder der Gemeinde mit kirchlichen Ehren. — Endlich sollten die Hebammen nicht bloß medizinisch, sondern auch kirchlich instruirt werden, und Morgen- und Abendbetstunden sollten in keinem Hebammeninstitut fehlen." (H. N.)

Die „Bresl. Ztg." berichtet von zunehmender Bettelei in einem Theile von Schlesien und namentlich in den nördlichen Theilen der Grafschaft Glatz. „Ganze Scharen Zerlumpter, schreibt sie, ziehen vom Frühmorgen bis zum Spätabende einher, setzen, bald demüthig knieend und sinnlos Gebete hinplappernd oder singend, bald ziemlich anmaßend fordernd, alle Welt in Kontribution und belagern alle Thüren, absonderlich die der Gutsbesitzer und Pfarrer. Allerdings erscheinen unter ihnen Jammergestalten, denen man Hunger und Kummer ansieht; aber der Mehrtheil besteht aus rüstigen Männern und Frauen, jungen Leuten beiderlei Geschlechts in voller Jugendfrische, und vorzüglich Kindern, die gewohnt sind und von den eigenen Aeltern gewöhnt werden, lieber den Brodsack, als das Schulbuch zu handhaben. Soll das Uebel mit der Wurzel ausgerottet werden, so gehört dazu die Anlage von Arbeitshäusern, in welchem die Arbeitsfähigen zu nützlicher Beschäftigung mit strengem Zwange angehalten werden."

Sachsen. Leipzig, 4. Juni. Eine der bekanntesten politischen Persönlichkeiten Deutschlands, Geheimerath Welcker aus Heidelberg, weilte in den letzten Tagen in unserer Stadt, um von hier aus eine größere Reise durch Deutschland und auch nach Oesterreich und Ungarn anzutreten. Sein hiesiger Aufenthalt wie seine weitere Reise sind durch die dritte Auflage des berühmten, von ihm in Gemeinschaft mit seinem verewigten Genossen Rotteck begründeten „Staatslexikon" veranlaßt, wovon das erste Heft bereits im Druck begriffen ist und in kürzester Zeit erscheinen wird. (D. A. Z.)

Hannover. Hannover, 3. Juni. Heute fand die Wiedereröffnung der Sitzungen der Ständeversammlung nach der Vertagung statt. (Z. f. Ndd.)

Großbritannien.

London, 3. Juni. Die heutige „Times" deutet an, daß sowohl Herr Crampton, englischer Gesandter in Washington, als Herr Dallas, nordamerikanischer Gesandter in London, zurückberufen werden sollen, (?) daß aber Beide auf ihrem Posten bleiben werden, bis die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten erfolgt ist. Dasselbe Journal ist der Ansicht, daß es zu einem Kriege zwischen Spanien und Mexiko kommen werde. (Der neue Präsident der Republik Mexiko, der junge General Commonfort, hat in Uebereinstimmung mit dem dortigen Kongreß die Revision der mit Spanien abgeschlossenen Konvention beschlossen und die Zurückhaltung der den spanischen Gläubigern fälligen Zahlungen dekretirt. Das ist ein offener Vertragsbruch. Die spanische Regierung hat deßhalb Befehl abgesandt, das spanische Geschwader der Antillen habe sich sogleich an die mexikanische Küste zu begeben. Der Vertragsbruch läßt sich durch die Anarchie in Mexiko, ferner auch durch die Intriguen erklären, welche der wenig ehrenwerthe Gesandte Zayas dort spielte, den die Regierung von Espartero zweimal dorthin geschickt hat. — Der gegenwärtige Repräsentant Spaniens, Don Miguel Alvarez dagegen, ist ein eben so talentvoller und energischer wie ehrenwerther Mann.)

Aus Dublin wird berichtet, daß in Folge der allgemeinen Amnestie drei von den zumeist Kompromittirten und seit Jahren Verbannten, Advokat Dillon, Gutsbesitzer Martin und Arzt O'Donerty, in ihre Heimat zurückgekehrt sind.

Frankreich.

Aus Paris, vom 1. Juni, schreibt man der „Berliner Börsen-Zeitung": „Während ein Blatt des Südens mit großer Bestimmtheit die Reise Ludwig Napoleon's nach Algerien ankündigt, erzählt sich Paris von ganz anderen Reiseplanen. Der Kaiser geht, so sagt man, nach der Schweiz, um in aller Fülle des Herrscherglanzes die Zufluchtsstätte wiederzusehen, die ihm das Exil geboten hatte. Ludwig Napoleon hat Pietät für alte Erinnerungen, er hat Dankbarkeit für Personen wie für Sachen. Die Schweiz, die dafür gekämpft hat, ihm das Asyl zu bewahren, das Ludwig Philipp's kleinbürgerliche Aengstlichkeit dem Prätendenten mißgönnte, hat einen Ehrenplatz in seinem Gedächtniß. Die Reise aber hat nicht bloß Pietätszwecke, sondern auch politische. Man will hier wissen, der österreichische Erzherzog habe mit Ludwig Napoleon ein Rendezvous verabredet, das der Kaiser von Oesterreich zu haben wünschte. Daß der Kaiser der Franzosen bereitwillig auf diesen Wunsch eingegangen ist, darf wohl nicht erst erwähnt werden. Ludwig Napoleon hat in einem kurzen Zeitraum Alles erlangt, nur nicht die persönliche Annäherung mit den Herrschern der europäischen Großstaaten, die Königin Viktoria ausgenommen. Bisjetzt noch ist Oesterreich ausgewichen, Rußland hat refüsirt, und selbst St. Petrus, der päpstliche Vater der Napoleonischen Dynastie, der durch seinen Statthalter die Krone des hl. Ludwig und die Königskrone von Italien auf die Standarte des Eroberers gepflanzt hat, verschließt das Ohr seines gegenwärtigen Vertreters gegen die heißesten Wünsche des Erben Napoleons I. Der Kaiser von Oesterreich, sagt man nun, sey diesmal den Wünschen Napoleons entgegengekommen. Die Frage Italiens soll — das ist Alles, ich betone es ausdrücklich, Combination gut orientirter Personen — durch persönliche Besprechung der beiden Kaiser ihrer Lösung entgegengeführt werden. Oesterreich wünscht, daß der Statusquo aufhöre, aber ohne Gewaltthätigkeiten. Napoleon will gleichfalls Reform mit Schonung aller Interessen. Beide Monarchen sind einem Fürstenkongreß nicht abgeneigt, wenn Resultate davon zu erwarten wären. Sie unterscheiden sich nur darin, daß Frankreich dergleichen hoffen zu dürfen glaubt, aber Oesterreich diese Hoffnung nicht theilt. Man glaubt nur eine Verständigung über diesen Punkt durch ein persönliches Zusammentreffen der beiden Monarchen möglich zu machen. Der Kaiser von Oesterreich tritt, so sagt man, gegen Ende Juni eine Reise nach Rhein und Bodensee an, Louis Napoleon begibt sich nach der Schweiz, und hier wird es seyn, wo Frankreichs und Oesterreichs Kaiser sich zusammentreffen."

Paris, 2. Juni. Die Aktionäre des Industrie-Palastes hielten kürzlich eine ziemlich stürmische Generalversammlung. Von Seiten der oberen Verwaltung wurden ihnen für jede Aktie 3½ Fr. dreiprozentiger Rente angeboten, d. h. etwa 80 Prozent des Nominal-Betrages. Die Aktionäre wollten davon nichts wissen und verlangten lärmend die Rückzahlung al pari, die ihnen, nach ihrer Behauptung, durch die Regierung garantirt worden sey. Sie wollen sich jetzt direkt an den Kaiser wenden. (K. Z.)

Spanien.

† Madrid, 30. Mai. Die Diebstähle nehmen bei uns schrecklich überhand. Sogar aus der Kapelle des königl. Palastes wurden Gegenstände von bedeutendem Werthe entwendet.— Aus Vich wird geschrieben, daß etliche 20 karlistische Parteigänger unter Befehl eines gewissen Terres de San Felie, aus Frankreich kommend, sich von Kopf bis Fuß bewaffnet in den Umgebungen der Stadt zeigten. Auf die deßfallsige Depesche des konstitutionellen Alcaden schickte der Generalkapitän drei kleine Truppenkolonnen zu ihrer Verfolgung aus.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Konstantinopel wird der „Köln. Ztg." berichtet, daß die Voruntersuchung über den Mord der Bulgarin Dominilca zu Varna, welcher Anfangs fälschlich dem dortigen Stadthalter Salih Pascha zur Last gelegt worden war, nunmehr beendet ist. Die drei Thäter sind zur Aburtheilung nach Konstantinopel gebracht und man sieht dem Urtheile entgegen, welches ein neu konstituirter oberster Gerichtshof in den Formen und der Bedeutsamkeit, wie sie demselben im Hatti-Humayum vorgezeichnet, darüber fällen muß. Dieser oberste Gerichtshof, bestehend aus den Häuptern aller in der Türkei aufgenommenen Religionen, den Patriarchen der Griechen, der unirten und nicht unirten Armenier, der Lateiner, der Protestanten, der Juden, so wie aus den von der Pforte für ein Jahr als Beisitzer dazu ernannten Weltlichen aus denselben religiösen Genossenschaften, ist eben konstituirt worden. Was man aus sicherer Quelle jetzt über die Sache erfährt ist folgendes: „Salih Pascha, der Gouverneur in Varna, war in Geschäftsangelegenheiten in Tultscha. Dorthin hatte ihn auch die Bulgarin begleitet, so wie sie auch im Ganzen seit einem Jahre freiwillig ihren bulgarischen Liebhaber verlassen und es vorgezogen hatte, unter die Frauen des Pascha sich zu zählen. Der Pascha aber hatte noch Geschäfte in Silistria, und da er gesonnen war, nach sehr kurzem Aufenthalte nach Varna zurückzukehren, so schickte er zu Lande von Tultscha durch die Dobrudscha den größten Theil seiner Dienerschaft nebst dem Gepäcke und seinen Frauen nach Varna zurück. Der alte Liebhaber der Bulgarin, ob durch die neuen Gesetze oder sonst wie ermuthigt, diente nun als Werkzeug der Aufregung im Volke in der Umgegend von Varna, sowie anderswo andere Werkzeuge gedient haben (wir verweisen auf die Verhaftung der Proselytenmacher in Smyrna und Magnesia). Bald war die Aufregung so gewaltig, daß sich eine ganze Masse Unruhiger in einem Wäldchen zusammenrottete, durch welches jener Zug des Pascha kommen mußte. Die Diener wurden jedoch irgendwie davon benachrichtigt, und da sie glaubten, es sey das Kürzeste, den Gegenstand der Aufregung zu beseitigen, so wurde die Bulgarin ermordet, und die Elenden bedachten nicht, daß sie dadurch erst recht nach Wunsch der Unruhestifter handelten. Bald erfuhren dieselben das Geschehene, und nun machte man daraus ein Eclatstück. Der griechische Patriarch zog in feierlicher Prozession aus, den Leichnam der Ermordeten zu holen. Die Beerdigung ging mit noch größerem Eclat vor sich, da sogar die Konsuln Oesterreichs und Englands dem Begräbnisse beiwohnten, und um der Sache die Krone aufzusetzen, wurde eine Rede gehalten, in welcher die heftigste politische Diatribe

gegen die türkische Regierung und nicht gegen die Frevelthat und die Frevler, die isolirt dastehen, gehalten wurde.

Griechenland.

Athen, 24. Mai. Der Wunsch, die fremden Truppen möglichst bald los zu werden, hat wenigstens einen großen Eifer im Köpfen gefangener Räuber hervorgerufen; früher wurden sie begnadigt oder sie entsprangen aus den Gefängnissen. Es wurden unter dem gegenwärtigen Ministerium mehr als 30 guillotinirt, etwa 120 zu mehr oder minder langjährigen Kerkerstrafen verurtheilt, und noch sollen mehr als 40 der Hinrichtung entgegensehen. Die Hast, mit der diese Hinrichtungen in letzter Zeit vor sich gingen, ließ in ihnen mehr eine politische Maßregel, als einen Akt der Gerechtigkeit erkennen. Wenn übrigens die hiesige offizielle Presse unaufhörlich in die Welt hinausposaunt, daß das Raubwesen jetzt mit Stumpf und Stiel ausgerottet sey und Handel und Wandel wieder ungestörten Fortgang nehmen, so ist das eine Phrase, mehr nicht! Die Räuberei beunruhigt nicht allein noch immer die Gränzdistrikte, sondern auch das Innere von Rumelien, wo täglich die zersprengten oder auch ganz neue Banden wieder auftauchen. Uebrigens ist das Raubwesen so zu sagen ein integrirender Theil des griechischen Staatswesens. Denn wenn heute der Minister Bulgaris die Räuber von des Exministers Kalergis Fahne köpfen läßt, so wird der nächste Ministerpräsident morgen den Räubern von des Exministers Bulgaris Fahne dasselbe widerfahren lassen. So war es seit 25 Jahren. Denn es verlegt sich hier Jeder aufs Räuberhandwerk, der einer gestürzten Partei angehört, und sich mit seinem am Ruder befindlichen politischen Gegner nicht zu vertragen weiß. (N. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 27. Mai. Der Kaiser hat bekanntlich beim Antritte seiner Regierung die Ueberwachung der Institute für militärische Erziehung und Bildung speziell sich selbst vorbehalten. Laut einer heute veröffentlichten Verfügung hat Se. Majestät auch das bürgerliche Unterrichtswesen unter seine besondere und persönliche Controle gestellt. (K. Z.)

Die Begnadigung Bakunin's durch den Kaiser Alexander von Rußland ist vollkommen richtig. Michael Bakunin ist der Sohn eines Gutsbesitzers im russischen Gouvernement Twer, wurde 1814 geboren, im Petersburger Kadettenhause erzogen, und nahm als Fähnrich der Garde-Artillerie seinen Abschied. In den Jahren 1841 und 1842 beschäftigte er sich in Berlin und Dresden mit Philosophie, arbeitete an Ruge's „Deutschen Jahrbüchern", ging 1843 nach Paris, wo er mit den Polen, und dann nach der Schweiz, wo er mit den Kommunisten verkehrte. Nachdem sein Vermögen in Rußland konfiszirt worden, da er der Aufforderung zur Rückkehr dahin nicht Folge geleistet, und nachdem er 1847 wegen einer auf dem Polenbankett zu Paris gehaltenen Rede von dort ausgewiesen war, hielt er sich, da die russ. Regierung einen Preis auf seine Auslieferung gesetzt hatte, bis zur Februarrevolution in Brüssel verborgen, wohnte im Juni 1848 dem Slawenkongreß bei, tauchte dann bald in Berlin (von wo er im Oktober ausgewiesen wurde), bald in Dresden, Dessau, Köthen auf und betheiligte sich schließlich an dem Dresdener Maiaufstande von 1849, nach dessen Niederwerfung er in Chemnitz verhaftet wurde. Er wurde 1850 in Sachsen zum Tode verurtheilt, dann zu lebenslänglicher Haft begnadigt, später aber an Oesterreich und von diesem wieder an Rußland ausgeliefert, von wo jetzt eben, nachdem lange die verschiedensten Gerüchte über das Schicksal, das ihn getroffen, umgelaufen waren, die unerwartete Kunde von seiner Begnadigung kommt. (D. Allg. Ztg.)

Amerika.

° Es bestätigt sich, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die neue Regierung von Nicaragua unter dem Präsidenten Rivas, welchem Walker als Stütze zur Seite steht, anerkannt und deren Gesandten, Padre Vigil, empfangen hat. Diese Anerkennung wird von der nordamerikanischen Presse sehr verschieden beurtheilt. Während einige Blätter sie als einen sehr weisen Schritt bezeichnen, verdammen andere sie als unzeitgemäß, weil sie zum Bruch mit England führen könne.

Australien.

* Lola Montez hat endlich, wenn auch nicht ihren Meister doch ihre Meisterin gefunden. Die „Balarat-Times" vom 3. März (welche der „Roxburgh-Castle" nach 80tägiger Ueberfahrt aus Australien brachte) erzählt das Mißgeschick der cosmopolitischen Balletttänzerin in nachstehender Weise: „Lola Montez wurde bekanntlich von Hrn. Crosby für das Theater zu Ballarat engagirt. Als es zur Abrechnung kam, fing sie, wie gewöhnlich, mit dem Direktor Händel an und hätte sich bei diesem Anlasse wahrscheinlich einem ihrer Lieblings-Exzesse hingegeben, als — ein deus ex machina — Madame Crosby erschien. Mit einer Reitpeitsche bewaffnet, schlug die Frau des Direktors so stark und so oft auf die arme Lola los, daß die züchtigende Ruthe in Trümmer ging. Dann faßten sich die beiden Kämpfenden an den Haaren und .... das Uebrige kann man denken aber nicht schreiben, sagt die „Ballarat-Times", indem sie anfügt, daß Lola-Montez wohl wird längere Zeit nicht mehr tanzen können.

Asien.

° Die neuesten Berichte aus China vom 10. März besagen, daß nach Briefen aus Schanghai die Aufständischen von Nanking einen Sieg über die Kaiserlichen davon getragen hatten. Die Rebellen bereiteten sich vor, Soochoco, die große Handelsstadt, deren Hafen Schanghai ist, anzugreifen, und man befürchtete eine Unterbrechung des Handels.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 5. Juni. Beinahe sämmtliche Effekten erlitten einen weiteren Rückgang, wovon besonders österr. Kredit-Aktien und Darmstädter Bankaktien 1. Serie berührt wurden. Junge Darmstädter und Meininger Kreditaktien blieben preishaltend.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 788 bis 83. — Elisabethen-Bahn 112 1/2.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1318 P. 1313 G. Neue Bankaktien 443 P. 438 G. Credit-Actien à 5pCt. 237 P. 235 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 81 1/8 P. 82 7/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 90 1/2 P. 90 1/4 G. Metall. alte à 5pCt. 81 1/2 P. 81 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 1/2 P. 88 1/4 G.; à 4 1/2 pCt. 72 3/4 P. 72 1/2 G.; à 4pCt. 64 1/2 P. 64 G.; à 3pCt. 48 1/2 P. 48 G.; à 1pCt. 16 1/8 P. 15 7/8 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 122 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106 3/8 P. 105 7/8 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 290 P. 288 G.

Preussen. 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 112 1/2 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3 1/2 pCt. 88 1/4 P. 87 3/4 G.; 4pCt. 94 1/4 P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94 1/2 P. 94 G.; 4 1/2 pCt. 101 P. 100 1/2 G.; 4 1/2 pCt. Ostbahn-Aktien 105 3/4 P. 105 1/2 G. 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156 1/4 P. 155 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 116 P. 115 1/2 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 1/2 P. 118 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 P. 89 1/2 G.; 4 1/2 pCt. — P. 102 7/8 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42 1/2 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81 1/2 P. 81 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 40 1/8 P. 39 7/8 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 61 7/8 P. 61 3/8 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2 pCt. 93 P. 92 1/2 G.; à 4pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 4 1/2 pC. 102 1/2 P. 102 G.; Loose à fl. 50 112 3/4 P. 112 1/4 G.; à fl. 25 33 3/4 P. 33 1/2 G.; Darmstädter Bankaktien alte 405 P. 403 G.; junge 349 P. 347 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109 1/2 P. 109 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47 3/4 P. 47 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 P. 89 1/2 G., Loose à fl. 25 31 5/8 P. 31 3/8 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84 1/2 G.; à 3 1/2 pCt. 93 P. 92 1/2 G.; Bankaktien 123 P. 122 1/2 G.; Taunus-Aktien 321 P. 319 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. 82 1/2 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial — P. 86 3/4 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 566 P. 561 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41 3/4 P. 41 1/2 G.; 1pCt. neue 25 9/16 P. 25 7/16 G. **Holland.** Integrale 64 1/2 P. 63 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 3/8 P. 100 1/8 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 3/8 P. 119 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101 1/4 P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 3/4 P. 96 1/2 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117 1/4 P. 117 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 5/8 P. 88 3/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 4. Juni. Bayer. 3 1/2 pCt. Oblig. 87 1/2 G.; 4pCt 94 B.; 4 1/2 pCt. — B. 100 1/2 G.; 5pCt. letzte Emission 102 1/2 B.; 5pCt. dritte Emission 100 1/2 B.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94 1/2 B.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — B. 782 G.

Frankfurt, 31. Mai. Zucker. Die Zwischenverkäufe für Rechnung zweiter Hand haben aufgehört. Man ist nun wieder auf die Fabriken allein angewiesen, und dies hat den Preis um 1/4 à 1/2 Thlr. über unsere letzte Notirung gestellt. Kandisse sind rar. Indische Waare ist zu notiren: braun 24 1/2 Thlr., ordin. hellbraun 25 1/2 Thlr., gut hellbraun 24 1/2 Thlr., schön hellbraun 24 3/4 Thlr., fein hellbraun 26 à 26 1/2 Thlr., gelb 26 1/2 Thlr. Rüben-Kandisse sind verhältnißmäßig billiger. — Reis. Die dafür bestandenen billigen Preise haben viele Aufträge, theils für Bedarf, theils auch für Spekulation, nach den Seemärkten gebracht, wodurch, wie auch durch die wieder gestiegenen Getraidepreise, der Werth für Arrakan-Reis in Holland sich plötzlich von 7 1/2 auf 8, selbst bis 8 1/4 fl. hob. Bei den sehr gro-

ßen Vorräthen in Holland und noch zu erwartenden Zufuhren dürfte diese Steigerung zu bedeutend und noch zu frühe, daher auch vorerst nicht haltbar seyn, wir behalten indessen unsere gute Meinung für spätere Zeit. Sollte das gegenwärtige trostlose Wetter noch eine Zeitlang fortdauern, dann möchte leider die Steigerung nicht nur fortdauern, sondern es möchte die neue holländische Post eine abermalige Steigerung bringen. Feinere Sorten Reis, die theilweise lange Zeit ganz fehlten, auch jetzt nur spärlich vorkommen, sind nur Weniges von den sehr hohen Preisen zurückgegangen, und darum auch im Augenblick verhältnißmäßig theurer, als die ordinären Sorten. Hier ist zu notiren: guter Arrakan $7\frac{1}{4}$ Thlr., Maulmain $8\frac{3}{4}$ a 10 Thlr. nach Qualität, Arrakan-Vorlauf $9\frac{1}{4}$ a 10 Thlr., Prima Patna $11\frac{1}{2}$ a 12 Thlr., Prima Tafel-Reis zu $12\frac{3}{4}$ a 13 Thlr., Karolina zu $13\frac{3}{4}$ a 14 Thlr.

Amsterdam, 31. Mai. In Java-Kaffee war das Geschäft verflossene Woche recht lebhaft. Was von gut ordinärem zu Tagespreis vorkam, fand flott Käufer. Die Meinung hat sich wesentlich gebessert und fordern Inhaber von Zettel-Kaffe höhere Preise. Der heutige Zettelvorrath der N. H.-M. besteht aus 127,547 Ballen; abgeliefert sind im Mai 80,023 B.

Thee still, nur schwarz Java gefragt.

Tabak still. Vorrath in erster Hand 284 Faß Maryland, 147 Sur. Havana, 1422 B. Java.

London, 30. Mai. Getraide. Sowohl hier, als auch in den meisten Ton angebenden Märkten ist nicht nur das Waizengeschäft leblos gewesen, sondern die geringeren Sorten wurden auch einer Ermäßigung von 1 s. pr. Qr. unterworfen; die guten Qualitäten bedangen jedoch ihrer Seltenheit wegen die äußersten Preise im Detail. Für Gerste zeigte sich bei alten Preisen etwas mehr Kauflust. Bohnen und Hafer sind um 1 s. pr. Qr. im Preise gestiegen, dagegen war Mehl flau und etwas billiger. Wir erhielten nachstehenden Bericht aus New-York, vom 13. Mai. Während der vergangenen Woche hat unser Markt nicht nur eine gesunde Haltung angenommen, sondern gute Sorten Mehles werden auch höher gehalten. Durch die, bis zum 12. c. verspätete Eröffnung des Erie-Kanals können uns Zufuhren von Buffalo nicht vor Juni erreichen, und es kommt uns daher jetzt nur wenig heran. Die geringeren Waizengattungen fallen im Werthe, von guter Waare kommt jedoch so wenig an den Markt, daß unsere Müller Alles begierig zu den vollen Preisen kaufen. Berichten aus den Westen zufolge erscheint es sehr wahrscheinlich, daß wir von Waizen und besonders von guter Waare bei weitem weniger empfangen werden, als die große Aernte des vergangenen Jahres in Aussicht stellte. Die Ausfuhr von Brodstoffen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien und Irland ist wie folgt: Mehl 792,267 Faß, Waizen 3,956;679 Bush., Mais 4,330,700 Bush.

Neueste Nachrichten.

Telegraphische Depesche.

München, 5. Juni, 5 Uhr 52 Min. Nachmittags. Nach höchst heftiger Debatte wurde das Gerichtsorganisationsgesetz nach den Anträgen des Ausschusses mit 123 gegen 6 Stimmen von der 2. Kammer heute angenommen. Nach ministerieller Erklärung besteht keine Hoffnung, daß das Gesetz in dieser Fassung sanktionirt werde.

** München, 4. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hielt heute ihre 25. Sitzung. Zur Berathung kommen zunächst die Nachweisungen der Verwendung der Staatseinnahmen pro 1852/53. „Die Gesammteinnahmen in diesem Jahr betrugen 39,414,744 fl. $21\frac{3}{4}$ kr.; die Gesammtausgaben 40,358,900 fl. $19\frac{3}{4}$ kr., so daß sich ein Passivrest von 944,155 fl. $58\frac{1}{4}$ kr. ergibt. Dagegen blieb aus dem Bestande der IV. Finanzperiode ein Aktivrest von 1,264,856 fl. 48 kr., aus der V. Finanzperiode ein solcher von 1,221,582 fl. 27 kr., in Summe 2,486,439 fl. 15 kr., von welchen nach Abzug des erwähnten Passivrestes noch ein Aktivum von 1,542,283 fl. $16\frac{3}{4}$ kr. verbleibt. Der Referent Reichsrath v. Aretin und der Ausschuß beantragen, den Nachweisungen die Anerkennung zu ertheilen, den Beschlüssen der 2. Kammer aber, daß Verwahrung eingelegt werde gegen die Behandlung des Passivrestes pro 1852/53 — da dieselbe durch die späten Regierungsvorlagen bereits gegenstandslos sey — so wie daß den Ausgaben von 7772 fl. und von 3500 für Zuschüsse an die Porzellanmanufaktur Nymphenburg die Anerkennung verweigert werden soll, die Zustimmung zu versagen; dagegen den weitern Anträgen der 2. Kammer — daß das Gesammt-Salinen-Rechnungswesen einer Revision unterstellt werde; daß die definitive Abschreibung eines Verkaufsschillings-Kapitals der Bergwerke rc. erfolge; sowie daß strenge Einhaltung der Formation der Ministerien nach der Verordnung von 1825 erfolge, insbesondere keine Ueberweisung von Ausgaben auf den Reservefonds vor vollständiger Erschöpfung des betr. Etat stattfinde; sowie den Anträgen bez. besserer Entschädigung der Gemeinden für Vagantentransporte, bez. der Unterhaltung der Schleißheimer Kanäle, bez. der Vorlage spezieller Ausweise der auf den Staatsgüter-Kaufsschillingen und Ablösungsschillings-Fonds haftenden Passiven u. a. — die Zustimmung zu ertheilen. Nach einiger Debatte wurde dem Ausschuß-Antrage beigestimmt.

Die Kammer berieth dann den Antrag des Reichsraths Grafen Yrsch auf authentische Interpretation der Ziffer 2 des Art. 4 der allgemeinen deutschen Wechselordnung, nämlich bez. der Wechselmäßigkeit von Eigenwechseln, in welchen sich Zinsversprechen befinden. Die Kammer beschloß diesen Antrag dem Justizministerium zuzuweisen. Schließlich berieth die Kammer den Beschluß der 2. Kammer bezüglich des Ansässigmachungs- und Gewerb-Gesetzes. Dem ersten Antrag, bezüglich der Prüfung des Nahrungsstandes auch bei Ansässigmachungen auf reale oder radizirte Rechte, wurde unverändert beigestimmt. Zu dem zweiten Antrage, „dem Gesetze vom 11. September 1825: „die Grundbestimmungen für das Gewerbswesen betreffend," solch eine Anwendung geben zu lassen, daß bei der Verleihung von Gewerbs-Konzessionen denjenigen befähigten Gesuchstellern, welche eine nach Artikel 3 des Gewerbs-Gesetzes konzessionsberechtige Wittwe heirathen, zu Gunsten der hinterlassenen Familie des verstorbenen Gewerbsinhabers ein gebührender Vorzug vor andern Mitbewerbern gegeben werde", brachte Reichsrath v. Zu-Rhein folgende Modifikation: Statt der Schlußworte des Antrages nach den Worten „ein gebührender Vorzug" sey fortzufahren: „vor allenfallsigen im Sinne des §. 221 der Vollzugsinstruktion vom 17. Dezbr. 1825 gleichberechtigten Mitbewerbern gegeben werde, insoferne besondere Verhältnisse, deren Würdigung dem Ermessen der instruirenden Behörde überlassen bleibt, diese Bevorzugung als räthlich erscheinen lassen." Der Antrag wurde mit dieser Modifikation angenommen.

** **Bayern.** München, 4 Juni. (Privat-Korresp.) **79. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die kgl. Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten, Graf Reigersberg, v. Zwehl, Dr. v. Aschenbrenner.

Es wird die gestern vertagte Debatte über den Etat für Straßen-, Wasser- und Brückenbau fortgesetzt. Es nahm diese Debatte noch einige Stunden in Anspruch, ohne indessen ein besonderes Interesse zu erregen. Das Resultat der langen Debatte war, daß das Postulat nach dem Antrage des Ausschusses angenommen wurde, dagegen alle weiteren, gestern erwähnten Anträge, namentlich der Antrag auf Einführung des Weggeldes, verworfen wurden. Zur Berathung des Landbau-Etat wurde dann eine Sitzung auf heute Abend anberaumt.

Berlin, 2. Juni. Gestern fand in Potsdam eine Konsultation der Leibärzte der Kaiserin von Rußland mit hiesigen ausgezeichneten Aerzten über die Badereise der hohen Patientin statt. Gutem Vernehmen nach ist Wildbad im Königreich Württemberg nunmehr definitiv von der hohen Frau zum Kurort gewählt worden. (Allg. Ztg.)

Königsberg, 4. Juni. Hier eingetroffene Nachrichten aus Petersburg melden, daß die Ausrüstung einer Flottille, bestehend aus einem Schraubenlinienschiff von 96 Kanonen, aus zwei Fregatten und zwei Korvetten, nach Palermo bestimmt, wohin Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter sich begibt, der Beendigung nahe sey, und demnächst von Kronstadt auslaufen solle. (Ob sie dann wohl auch das Wildbad in Württemberg besucht?) (T. D. d. Nat.-Z.)

London, 3. Juni. In Washington sind die diplomatischen Beziehungen zu Crampton abgebrochen und den drei englischen Konsuln das Exequatur entzogen. (?) (T.D.d.Z.f.Ndd.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 157. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 7. Juni 1856.

Deutscher Bund.

* **Bayern** Auf telegraphischem Wege wurde berichtet, daß die 2. Kammer den Gesetzentwurf über die Gerichtsverfassung in der Ausschuß-Fassung angenommen hat. Zum besseren Verständniß lassen wir die Ausschuß-Fassung hier folgen und bemerken dabei, in welchen wesentlichen Punkten dieselbe vom Regierungsentwurf abweicht.

Der Art. 1 (nach dem Regierungsentwurfe lautet derselbe: „Der Vollzug des Gesetzes vom 25. Juli 1850, die Gerichts-Verfassung betr., bleibt, insoweit dasselbe durch das Gesetz vom 28. Mai 1852, einige Bestimmungen über die Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheins betr., nicht geändert ist, und vorbehaltlich der in Art. 76 desselben der Staatsregierung ertheilten Ermächtigung, bis zu dessen bei Erlassung einer neuen Civil- und Strafprozeßordnung stattfindender Revision ausgesetzt. — Bis dahin behalten die Gerichte in den Landestheilen diesseits des Rheins ihren bisherigen Wirkungskreis, insoweit nicht in dem gegenwärtigen Gesetze eine Aenderung verfügt ist") soll nach dem Vorschlag des Ausschusses gestrichen werden.

Der nunmehrige Art. 1 wird nach dem Ausschuß-Vorschlag mit Art. 5 des Entwurfs vereinigt und lautet: „In jedem Kreise soll eine dem Bedürfniß entsprechende Zahl von Bezirksgerichten errichtet werden. — Diese vereinigen mit den im gegenwärtigen Gesetze namentlich aufgeführten Zuständigkeiten die gesammte Kompetenz der bisherigen Kreis- und Stadtgerichte; führen jedoch für diejenigen Geschäftszweige, welche einzelnrichterlich zu behandeln sind, die Benennung „Bezirksgericht als Einzelnrichteramt."

Art. 2: „Die kollegiale Verfassung der Landgerichte ist aufgehoben. — Von dem bisher zu den Wirkungskreisen der Landgerichte gehörigen Rechtsstreitigkeiten bleiben denselben für die Zukunft diejenigen zugewiesen, welche in der ersten Instanz durch Einzelnrichter zu erledigen sind. — Alle übrigen Rechtsstreitigkeiten (im Regierungsentwurf ist hier noch eingeschaltet: „insonderheit alle Konkurse ohne Rücksicht auf den Betrag der Masse") gehen von den Landgerichten an die betreffenden Bezirksgerichte über. — Die bisherige Kompetenz der Polizeibehörden in Bezug auf streitige Rechtssachen bleibt unverändert."

Art. 3: „Nachstehende Rechtsstreitigkeiten sind in erster Instanz bei den Bezirksgerichten und Landgerichten durch Einzelnrichter zu erledigen: 1) die Klagen wegen Ehrenverletzung; 2) die Streitigkeiten zwischen Handwerksmeistern und Gesellen oder Lehrjungen, Dienstherren und Dienstboten oder Taglöhnern, Gewerbsunternehmern und ihren Arbeitern hinsichtlich des gegenseitigen dienstlichen oder gewerblichen Verhältnisses; 3) Streitigkeiten zwischen Vermiethern und Miethern von Wohnungs- und andern Räumen in Betreff des Miethverhältnisses, so lange dasselbe noch besteht, dann Streitigkeiten, welche sich nach Auflösung des Miethverhältnisses wegen Forderungen für das letzte Jahr oder wegen Räumung der Miethwohnung ergeben; 4) Streitigkeiten der Reisenden mit Wirthen, Fuhrleuten, Schiffern oder Flößern über Wirthszechen, Fuhrlohn, Verlust oder Beschädigung der Habe des Reisenden oder Verzögerung des Transportes, desgleichen Streitigkeiten der Reisenden mit Handwerkern über Forderungen, welche aus Anlaß der Reise entstanden sind; 5) Streitigkeiten über Gegenstände des Handelsverkehrs auf Messen und Märkten, soweit sie wegen der Dauer der Messe oder des Marktes bei Gericht angebracht werden und nicht den Handelsgerichten zugewiesen sind; 6) Wandelungs- und Minderungsklagen wegen verkaufter Thiere; 7) Klagen auf Entschädigung einer außerehelich Geschwächten, auf Anerkennung der Vaterschaft außerehelicher Kinder, und Klagen auf Reichung des Lebensunterhaltes; 8) die den Hypothekengläubigern gemäß §. 45 des Hypothekengesetzes vom 1. Juni 1822 zustehenden Anträge auf Einhalt gegen die Verminderung des Werthes der Sache durch Vernachlässigung oder Verschlimmerung von Seite des Schuldners; 9) die Beitreibung der aus den letzten zwei Jahren rückständigen Zinsen nach §. 52 desselben Gesetzes; 10) Streitigkeiten in Ewiggeldsachen; 11) Klagen wegen Wildschadens und wegen anderer Beschädigung von Erzeugnissen des Bodens, insbesondere wegen Beschädigung durch Ueberackern, Ueberfahren, Viehweiden, Grasen, Mähen, Aernten oder Einherbsten; 12) Streitigkeiten wegen Beschädigung von Einfriedungen, Wasserleitungen, Abflüssen, Wasseranlagen, Pfaden und Wegen, oder wegen des rechtswidrigen Zustandes derselben und wegen Verrückung der Gränzzeichen; 13) Klagen auf Festsetzung und Bezeichnung der Gränzen anliegender Grundstücke oder auf Unterhaltung oder Erneuerung gemeinschaftlicher Mauern und anderer Einfriedungen; 14) Klagen, welche den jüngsten Besitz oder den Einspruch gegen die Errichtung eines neuen, oder die Aenderung eines bestehenden Werkes betreffen, deßgleichen Klagen, welche auf Erwirkung einer vorsorglichen Verfügung wegen verübter oder drohender Selbsthülfe oder des Ausbruches von Thätlichkeiten oder wegen anderer dringenden Gefahr gerichtet werden; 15) alle Klagen; welche in der Hauptsache an Geld oder Geldeswerth nicht über 150 fl. (der Regierungsentwurf hat 200 fl.) ohne Einrechnung der Zinsen, Kosten und Nutzungen betreffen; 16) Konkursprozesse, insoferne bei Veranlassung eines Beschlusses auf Eröffnung des Konkurses kein Rechtsanspruch gegen den Gemeinschuldner gerichtsbekannt ist, dessen Werth den in Ziffer 15 bezeichneten Betrag übersteigt. — Wird ein solcher Anspruch gleichwohl im Laufe des Konkursverfahrens erhoben und dessen Liquidität und Priorität oder das dafür angesprochene Separationsrecht bestritten, so ist die Sache nach Abhaltung der Ediktstage zum Zwecke der Erlassung des Prioritäts-Erkenntnisses und zur weitern Behandlung an das einschlägige Bezirksgericht abzugeben, wenn von dem Gemeinschuldner oder einem Gläubiger der deßfallsige Antrag gestellt wird." (Die Ziff. 16 ist erst vom Ausschuß beigefügt worden, dagegen strich der Ausschuß aus vorstehender Liste „Exekutions-Anträge auf Grund vollziehbarer Urkunden.")

Hier fügte der Ausschuß nun zwei neue Artikel ein, nämlich:

Art. 4. „Sowohl bei den Bezirks- als bei den Landgerichten hat der Gerichtsvorstand jedenfalls einen Beamten als regelmäßigen Einzelnrichter zu bezeichnen, und die Anordnung im Gerichtsbezirk bekannt zu machen. Wenn die Geschäftsaufgabe des Einzelnrichters bei einem Gerichte die Bezeichnung mehrerer Beamten als Einzelnrichter nothwendig macht, so ist in die zu erlassende Bekanntmachung die Art der Geschäftsvertheilung aufzunehmen. Den Gerichtsvorständen bleibt jedoch unbenommen, einzelne Rechtsstreitigkeiten selbst als Eigenrichter zu erledigen. — Dieselben sind ferner verpflichtet: im Falle der Verhinderung oder Geschäftsüberbürdung der ständig aufgestellten Einzelnrichter die nöthige Geschäftsaushülfe anzuordnen."

Art. 5. „Jeder Einzelnrichter hat die von ihm zu behandelnden Rechtsstreitigkeiten selbständig zu leiten und zu entscheiden, wogegen ihn die volle Dienstesverantwortlichkeit dafür trifft."

Art. 6 lautet: „Die Zuständigkeit des Einzelnrichters kann durch Uebereinkunft der Parteien (§. 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Novbr. 1837, einige Verbesserungen der Gerichtsordnung betr.) auf Rechtsstreitigkeiten erstreckt werden, welche nicht zu den im Art. 4 aufgeführten gehören. — Eine Ausnahme findet nur in Ansehung derjenigen Rechtsstreitigkeiten statt, welche mit Rücksicht auf ihren Gegenstand besonderen Gerichten zugewiesen sind."

Art. 7. „Bei Anstellung der Klagen, welche auf den Grunde des Art. 3 Ziff. 15 bei einem Einzelnrichter erhoben werden, ist der Geldeswerth des Streitgegenstandes anzugeben. — Will der Beklagte behaupten, daß der Streitgegenstand mehr als 150 fl. werth sey, so hat er dieses in der ersten auf die Klage abzugebenden Erklärung vorzubringen — In diesem Falle hat das Gericht vor der Fortsetzung der Verhandlung den Werth durch eine Schätzung nach G.-O. Kap. XII. §. 3 Nr. 2

festzustellen, deren Kosten der Beklagte zu tragen hat, wenn seine Behauptung sich als unbegründet erweist. — Das Ergebniß dieser Schätzung ist bezüglich des in Frage befindlichen Streitgegenstandes für alle Gerichte so weit maßgebend, als es sich um die Zuständigkeit oder um die Berufungssumme handelt."

Art. 8. „Die Bestimmungen des Art. 7 Abs. 2 und 3 kommen auch dann in Anwendung, wenn der Beklagte in einer bei einem Bezirksgerichte als Kollegialgerichte anhängig gemachten Klagsache die Zuständigkeit dieses Gerichts auf den Grund des Art. 3 Ziff. 15 durch die Behauptung bestreiten will, daß der Streitgegenstand nicht über 150 fl. betrage. — Das Bezirksgericht kann die Schätzung auch von Amtswegen anordnen, wenn es über den Werth des Streitgegenstandes in Zweifel ist."

Art. 9. „In dem Falle einer nach den Bestimmungen der Civilprozeßordnung zuläßigen Häufung mehrerer nach Art. 3 Ziff. 15 an einen Einzelnrichter gehörigen Klagen wird die Zuständigkeit desselben nicht durch den Umstand ausgeschlossen, daß die mehreren Klagen zusammen einen höheren Geldbetrag oder Geldeswerth als 150 fl. betreffen."

Art. 10. „Eine Widerklage, welche nicht schon an sich gemäß der Bestimmung in Art. 3 zur Zuständigkeit eines Einzelnrichters gehört, ist bei diesem nur dann zu verhandeln und zu entscheiden, wenn die Parteien hierauf übereinkommen, oder wenn die Vor- und Widerklage aus einem und demselben Rechtsverhältnisse entspringen, oder wenn die mit der Widerklage verfolgten Gegenansprüche zugleich gegen die Vorklage als Einrede geltend gemacht werden."

Art. 11. „Die Landgerichte haben das Vermittlungsamt nicht nur in den zu ihrer Zuständigkeit (Art. 3) gesonderten Rechtsstreitigkeiten, sondern auch in denjenigen Fällen auszuüben, in welchen der Kläger vor Anstellung der Klage bei dem Bezirksgerichte den Beklagten unter allgemeiner Bezeichnung des Klagegegenstandes vor das Landgericht, bei dem der Beklagte, oder wenn es mehrere sind, einer derselben seinen persönlichen Gerichtsstand hat, zum Versuche der Vermittlung vorladen läßt. — Wenn an dem hiezu bestimmten Tage der Kläger oder der Beklagte nicht erscheint, so ist das Landgericht zu einem Vermittlungsversuche nicht verpflichtet. — Eine Verpflichtung, vor der Anstellung der Klage bei dem Bezirksgerichte das landgerichtliche Vermittlungsamt anzugehen, besteht nicht."

Als neuen Art. 12 schlägt der Ausschuß folgenden vor:

Art. 12. „Die vor dem Vermittlungsamte der Gemeinde oder einer andern zuständigen Vermittlungsbehörde schriftlich errichteten Vergleiche sind auch ohne Einhaltung der in der Gerichtsordnung Kap. XVII. §. 1 Ziff. 9 und 10 vorgeschriebenen Förmlichkeiten rechtsverbindlich. — Die vor einem Zivilgerichte protokollirten Vergleiche haben alle Wirkungen eines gerichtlichen Vergleiches; die vor einer andern Vermittlungsbehörde errichteten, insoferne sie nicht bereits ganz oder theilweise erfüllt sind, haben nur die Kraft eines außergerichtlichen Vertrages. — So weit die jeden Orts geltenden Gesetze für die Rechtsgiltigkeit von Verträgen besondere Voraussetzungen aufstellen, behält es hiebei sein Bewenden." (Schluß folgt.)

München, 4. Juni. Ihre Maj. die **Königin** soll am 15. d. M. die Reise nach Brückenau antreten wollen. Der **König** aber, so wird versichert, beabsichtige, bis zum Schlusse des Landtages hier zu bleiben, und abwechselnd in Nymphenburg und in Berg zu residiren. (Augsb. Abdz.)

München, 4. Juni. In der 79. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer tadelte Abg. Dr. **Völk** die Ausgaben für den Hafenbau in Lindau sehr scharf; hier wiederhole sich ein Mangel an Achtung vor dem Gesetz. Redner beruft sich auf die Bestimmungen des Verfassungsverständnisses, wornach nur unvorhergesehene Ausgaben, die sich auf das Wohl des Landes beziehen, ohne Genehmigung der Kammern gemacht werden dürfen. Für den Hafenbau in Lindau seyen aber viele Ausgaben geschehen, die nicht absolut nothwendig waren, wie z. B. für den Leuchtthurm, für das Hoheitszeichen. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten im Ausschuß seyen nicht offen genug. Nach seiner, des Redners Ansicht, sollte im Privatleben wie im öffentlichen Leben der Wahlspruch gelten: in Wort und That offen und wahr. Der **Ministerpräsident** antwortete hierauf sogleich: Der Vorredner habe ihn an die Achtung vor dem Gesetz erinnert. Darauf könne er nur erwidern, daß er die Achtung vor dem Gesetze bewahrt habe zu einer Zeit, wo die Versuchungen zur Verletzung des Gesetzes sehr groß waren, und wo Viele den Versuchungen unterlegen sind. Die Hafenbauten in Lindau wurden nöthig durch die Eisenbahn. Nachdem man sich entschieden hatte, den Bahnhof auf die Insel zu verlegen, war die Erweiterung des Hafens geboten. Wenn man sich den starken Verkehr in Lindau vergegenwärtigt, wird man sich auch überzeugen, daß diese Erweiterung ein wirkliches Bedürfniß war. Die Einstellung des Postulats für diesen Hafenbau in den Etat der Wasserneubauten beruhe insofern auf einem Mißverständniß, als die hiefür verwendeten Mittel aus dem Eisenbahnbaufonds entnommen worden seyen, weil der Hafen in Lindau als der Schlußpunkt der Augsburg-Lindauer-Bahn angesehen werden müsse. Es hätte daher die hier postulirte Summe in dem bereits erledigten Eisenbahnbaudotationsgesetz für die VII. Finanzperiode ihren Platz finden sollen, und die hier für den Hafenbau eingestellten Summen könnten nur dazu dienen, die Eisenbahnfonds für die Ausgaben auf jenen Bau zu restituiren. Von einer absichtlichen Täuschung sey also keine Rede. (Arnheim's Antrag, den hier in Frage stehenden Summen die nachträgliche Genehmigung nicht zu ertheilen, wurde von der Kammer abgelehnt.)

Preußen. Berlin, 4. Juni. Die „Zeit," welche bekanntlich für ein Organ des Ministerpräsidenten v. **Manteuffel** gilt, hat heute einen bezeichnenden Leitartikel, worin sie in Abrede zieht, daß der Besuch des Kaisers Alexander in Berlin eine Demonstration gegen die Tripelallianz vom 15. April habe seyn sollen, die, wie sie nebenbei verächtlich bemerkt, in Preußen weder Besorgniß noch Unbehagen zu erregen im Stande sey. „Die Hieherkunft der Kaiserin-Mutter, sagt die „Zeit", war für den Kaiser Alexander eine natürliche Anregung, an seine Anwesenheit in Warschau eine Besuchsreise an den verwandten Hof in Berlin zu knüpfen. Allen Umständen nach ist der Entschluß bei dem Kaiser sehr schnell gekommen; denn bis zum 24. Mai scheint es, daß zu diesem Besuch wohl Hoffnung vorhanden war, aber keinerlei Gewißheit. Die deutschen Fürsten, welche den hiesigen Hof mit ihrem Besuch beehrten, stehen sämmtlich in verwandtschaftlichen Verhältnissen zu dem russischen Kaiserhause. Der Zweck ihrer Hierherkunft war eine Begrüßung des Kaisers und seiner erlauchten Mutter."

Sachsen-Koburg-Gotha. Koburg, 4. Juni. Dem Vernehmen nach hat Dr. Hannibal **Fischer** gegen das von der Juristenfakultät zu Königsberg über ihn gesprochene Urtel Berufung eingelegt. Zugleich hört man, daß Dr. Fischer in der von ihm selbst verfaßten Vertheidigungsschrift sich an vielen Orten so entschieden injuriöser Ausdrücke und Urtheile über die herzogl. Staatsregierung, die herzogl. Justizbehörden rc. beflissen habe, daß das hiesige herzogl. Justizkollegium in die Nothwendigkeit versetzt worden sey, die Frage, ob nicht gegen Dr. Fischer deßhalb eine neue Anklage zu erheben sey, näher in's Auge zu fassen. Interessant wäre es jedenfalls, wenn sich bestätigte, was man sich hier erzählt, nämlich daß Dr. Fischer *in* derselben Vertheidigungsschrift, welche von maßlosen Angriffen gegen die hiesigen Staatsbehörden voll ist, für die diesseits gegen ihn ergriffenen Maßregeln, in Folge dessen er bekanntlich seine Stelle in Detmold verlor, eine bedeutende Geldentschädigung, man spricht von 10,000 Thlrn, von der hiesigen Staatsregierung verlangt habe. — Zum Direktor der **Mitteldeutschen Creditbank** zu Meiningen ist Professor Ravit, einer der vertriebenen Schleswig-Holsteiner, zur Zeit in Hamburg, ernannt worden; er wird in einigen Wochen dieses Amt antreten. (A. Abz.)

Koburg, 5. Juni. Heute hat sich hier die Koburg-Gothaer **Creditgesellschaft** konstituirt. Das Kapital beträgt 10 Mill. Thlr. in volleinbezahlten Aktien. Die Gründer sind: Kommerzienrath Hoffmann und Generalkonsul Bartels in Koburg; Hammer u. Schmidt, Knauth Nachod u. Kühne in Leipzig; S. A. D. Fleischl in Wien, Pesth und Leipzig; Dr. Otto Hübner, Jacobsen u. Rieß in Berlin; Graf Hooerden-Plenker, Präsident des königl. Creditinstituts für Schlesien, Laurenz Salice, Ertel u. Comp., J. A. Frank in Breslau; L. A. Ridinger, Techniker in Augsburg. Die Gesellschaft tritt sofort als Commanditär in bestehende und als Theilhaber in entstehende industrielle Unternehmungen ein. Die Errichtung von Filialen in Leipzig, Berlin, Wien, Pesth, Breslau und Newyork ist bereits beschlossen. (A. Abdz.)

Nassau. Wiesbaden, 3. Juni. Bei der 2. Kammer ist eine Petition eingelaufen, in welcher sie von den Weinproducenten und Weinhändlern Nassau's gebeten wird: „Sie möge die herzogliche Regierung veranlassen, daß sich dieselbe thatkräftig für Beseitigung der **norddeutschen Uebergangssteuer** auf Wein verwende." (Bekanntlich hat die bayerische 2. Kammer einen ähnlichen Antrag an die bayerische Regierung heuer wieder gerichtet.) (Deutschl.)

§ **Oesterreich.** Wien, 3. Juni. (Privat-Korresp.) Wie groß sich der Verkehr auf der **Theißbahn** gestalten wird, läßt sich am besten aus der Gesammtproduktion der betreffenden von der Bahn durchzogenen Comitate erweisen. Dieselbe beträgt 3,897,780 Metzen Waizen, 5,241,356 M. Korn, 3,609,364 M. Gerste, 4,281,848 M. Hafer, 7,881,379 M. Mais, 144,400 M. Hirse, 343,700 M. Rübs, 154,079 Ztr. Tabak und 1,658,925 Eimer Wein, denen noch 90,000 Metzen Knoppern und 60,000 Klafter Brennholz hinzuzufügen sind. Allein wenn gleich es von

dem in Rede stehenden Gebiete mehr denn von irgend einem andern gilt, daß selbst der beschränkte, kaum über das Comitat hinausreichende Binnenverkehr, wegen völligen Mangels an andern Kommunikationsmitteln, die Eisenbahn benützen muß, ist dennoch eine Scheidung der Produktionsmengen der einzelnen Comitate in jene, welche von der eigenen Konsumtion in Anspruch genommen werden, und jene, die dem Handel, dem Verkehre nach Außen anheimfallen, von großer Wichtigkeit, da ja die Letzteren die eigentliche Nahrung des ausgedehnten Frachtenverkehrs bilden. Es liefern in dieser letztern Beziehung die Comitate: 721,548 Metzen Waizen, 418,066 M. Korn, 589,989 Metzen Gerste, 1,531,863 M. Hafer, 4,185,584 Ztr. Mais, 47,285 M. Hirse, 224,000 M. Rübs, 154,079 Ztr. Tabak und 438,084 Eimer Wein. Neben diesen an sich bedeutenden Summen dürfen aber vor Allem auch die 54,000 Metzen Knoppern und die 140,000 Klafter Brennholz nicht vergessen werden.

Wien, 3. Juni. Der russische Minister des Aeußern, Fürst Alexander v. Gortschakoff, wird am 7. d. M. hier eintreffen. Derselbe wird, wie bekannt, dem Kaiser Franz Joseph sein Abberufungsschreiben überreichen. Nebstdem wird er aber auch eine Zusammenkunft mit dem eigens zu diesem Zweck aus Rom kommenden Grafen Kisseleff, dem jetzigen Gesandten Rußlands am römischen Stuhle, haben, welche sich wohl auf nichts Anderes, als auf die in der letzten Zeit mit vielem Eifer zwischen Rom und St. Petersburg betriebenen Unterhandlungen wegen Besetzung mehrerer katholischer Bisthümer im Königreiche Polen beziehen dürfte. (Deutschl.)

Großbritannien.

London, 2. Juni. Der gestrige Tag ist wieder ohne alle Störung verlaufen, obwohl in mehreren Parks Privatmusikbanden spielten, die von der National-Sunday-Ligue (antipuritanischer Verein) bezahlt werden. Die Polizei hörte der Musik nicht minder froh als das Publikum zu. Der Minister des Innern, bei dem sich eine Deputation des genannten Vereins Tags zuvor erkundigt hatte, ob die Regierung die Musik verhindern werde, erklärte, daß dies durchaus nicht ihre Absicht sey. Das Publikum ist mit den deutschen Musikanten, die der Verein stellt, weit besser als mit der schwerfälligen Regimentsmusik der Regierung zufrieden. Es handelte sich nur noch darum, wie die antipuritanische Ligue ihre Auslagen decken sollte, denn es liegt nicht in ihrer Absicht, dem Publikum jahraus jahrein Gratiskonzerte zu veranstalten. Eintrittsgeld ließ sich nicht gut fordern, da die Parks Jedermann von Staatswegen offen stehen müssen, und so wird sich der Verein künftig dadurch aus der Verlegenheit ziehen, daß er das Programm der jedesmal aufzuführenden Musikstücke um einen halben Penny verkaufen läßt. Bezeichnend ist es, daß kein einziger Kneipenwirth sich der National-Sunday-Ligue anschließen will, sondern daß sie alle wie Ein Mann zu den Puritanern schwören. Der Grund davon ist klar. Die harmlose Musik lockt die Kneipgäste in's Freie. Und trotz dem bleiben die Sabathianer auf ihrer Behauptung stehen, die Parkmusik sey eine Schändung des Ruhetages.

Frankreich.

Paris, 3. Juni. Die Verwüstung durch die Ueberschwemmung im Rhonedeltaland ist ungeheuer. Aus Marseille schreibt man, daß das Wasser, 4 Fuß über den hohen Stand von 1840, sozusagen das ganze große Dreieck der provencalischen Ebene bedeckte und einen See daraus bildete. An Brücken-, Straßen- und Bahndämmen ist die Beschädigung maßlos. Aehnliche Hiobsposten, wie aus dem Rhonethal, beginnen jetzt auch aus dem Loire- und Allierthal einzulaufen. Bei St. Germain verschwand die herrliche Brücke, die 2 Mill. Fr. gekostet. In Lyon theilte der Kaiser hohe Summen aus. Ein Journal von Lyon erzählt, der General Niel habe einen Sack mit Goldstücken neben dem Kaiser hergetragen, in welchen dieser fortwährend griff. Thränen standen ihm beim Anblick des ungeheuern Jammers häufig in den Augen, und es wird als eine der rührendsten Scenen geschildert, als die düsteren, trauernden Unglücksgestalten seine Schritte mit den Rufen: „Es lebe der Kaiser, Es lebe unser Erretter!“ begleiteten. Die nicht betroffenen Stadttheile flaggten an allen Häusern zu Ehren des Monarchen. Eine alte Frau drängte sich mit Gewalt an ihn, man wollte sie zurückhalten, aber er wehrte es seinem Gefolge, ließ sie kommen und gab ihr eine Hand voll Goldstücke mit den Worten: „Hier arme Frau zum Brodkaufen!“

Paris, 4. Juni. Die Subskriptionen zu Gunsten der Ueberschwemmten werden im größten Umfange organisirt. Herr Mires unterzeichnete 25,000 Fr.

Paris, 5. Juni. Der Kaiser ist wieder nach Lyon zurückgekehrt und wird heute in Paris ankommen, nachdem er die überschwemmten Rhonestädte (südlich von Lyon) bis Arles (am Beginn des Rhonedelta) besucht hat. Er gelangte da und dort nur zu Schiff in die Plätze, wo er Trost und Hülfe schaffte. Der Zusammenfluß der Loire und des Cher veranlaßt ebenfalls viele Unglücksfälle. (Schw. M.)

Italien.

Rom, 31. Mai. In einigen Tagen wird sich der Generalvikar Patrizzi mit den Prälaten Monaco, Ganelli und Capalle in Civitavecchia auf einem französischen Dampfer einschiffen. Nebst einem eigenhändigen Schreiben des heil. Vaters an den Kaiser Napoleon und die Kaiserin Eugenie überbringt derselbe der Letzteren eine goldgestickte Binde mit dem päpstlichen und kaiserlichen Wappen in Brillanten, Perlen und Rubinen, eine etruskische goldene Vase mit der Rose; für den Kaiser ein Postament aus Lapislazzuli mit päpstlichen und kaiserlichen Wappen; für den Täufling eine Medaille, eingefaßt mit Brillanten, Rubinen und Amethysten; außerdem verschiedene andere Medaillen für hohe Staatspersonen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 6. Juni. In Folge der niedrigeren Pariser Notirungen eröffnete die Börse in sehr flauer Stimmung, die sich jedoch im Laufe der Börse merklich besserte und blieben sämmtliche Effekten, wenn auch niedriger als gestern, doch fest.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 765 bis 775. — Elisabethen-Bahn 111. — Lombardische-Bahnen 125 — 26.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1301 P. 1296 G. Neue Bankaktien 425 P. 420 G. Credit-Actien à 5pCt. 231 P. 229 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82¾ P. 82½ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90½ P. 90¼ G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72¾ P. 72½ G.; à 4pCt. 64½ P. 64 G.; à 3pCt. 48½ P. 48 G.; à 1pCt. 16⅛ P. 15⅞ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 122 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105¾ P. 105¼ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 279 P. 278 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¼ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105½ P. 105¼ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 154½ P. 154 G. Neustadt-Weissenb. 115½ P. 115 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90¼ P. 89¾ G.; 4½pCt. — P. 102⅞ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80¾ P. 80½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅞ P. 39⅝ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64¼ P. 63¾ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½ P. 100 G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112½ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 402 P. 400 G.; junge 340 P. 338 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 108½ P. 108 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¾ P. 47½ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½ G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 122¾ P. 122¼ G.; Taunus-Aktien 321 P. 319 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 567 P. 562 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41½ P. 41¼ G.; 1pCt. neue 25½ P. 25⅜ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¼ P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119¼ P. 119 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120½ P. 120 G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¼ P 101 G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¾ P. 96½ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117⅜ P. 117⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅝ P. 88⅜ G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116¾ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 5. Juni. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 94 P.; 4½pCt. — P. 100¾ G.; 5pCt. letzte Emission 102½ P.; 5pCt. dritte Emission 100½ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94½ P.; 94¼ G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — P. 785 G.

Amsterdam, 31. Mai. Rohzucker still, raffinirter unverändert.

Reis höher gehalten, gesch. Arrakan 8 a 8½ fl., Tafel 13 a 13¼ fl. Karolina 17 fl.

Gewürze unverändert. Nelken 36 a 38 cs. Blüthen 135 a 140 cs. Muskatnüsse Nr. 1 156 cs.

Neueste Nachrichten.

°° **München**, 5. Juni. (Privat-Korrespondenz.) **80. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die k. Staatsminister Graf Reigersberg, Dr. v. Ringelmann, v. Zwehl und Dr. v. Aschenbrenner.

Die Kammer schritt zur Berathung des Gesetzentwurfs „einige Aenderungen der Gerichtsverfassung ꝛc. betreffend. Referent Dr. Edel eröffnet die Debatte mit einer umfassenden Einleitung. Er erörtert den Gegenstand auf eine höchst geistreiche Weise, sucht dann die Gründe darzulegen, warum der Ausschuß dem Gesetzentwurf, sowie ihn die Regierung vorlegte, nicht beigestimmt, hob die Vortheile hervor, welche der Entwurf nach den Anträgen des Ausschusses biete, zeigte, daß der Ausschuß kein Recht des Landtags vergebe und alles, was jetzt unter den gegebenen Verhältnissen nicht durchführbar sey, für die Zukunft zu retten suche. Er erwähnte, wie er ganz seiner im Referate über den ersten zurückgezogenen Gesetzentwurf dargelegten Ansicht treu geblieben sey, denn dem Kaiser müsse man zwar geben, was des Kaisers sey, aber die Ueberzeugungen gehörten nicht dem Kaiser (Bravo von allen Seiten). Ferner zeigte Referent, wie die Gerichtsorganisation allerdings durchführbar sey, die früher oder später dennoch durchgeführt werden müßte; daß die Kosten derselben nicht abschrecken dürften, denn sie würden auch außerdem zu machen seyn. Zu manchem Bau, so schloß Referent seinen herrlichen Vortrag, müsse man große Roste in die Erde schlagen, um festen Boden zu erlangen; die Kammer möge dem Ausschuß beistimmen, um festen Boden zu gewinnen, für welchen die Zukunft ihr dankbar seyn würde. Wenn seine Autorität der Kammer etwas gelte, so wolle er ihr zurufen: „Annehmen, annehmen und nur die Ausschuß-Anträge annehmen!“ Diese Rede verfehlte nicht, großes Aufsehen zu machen; es bedurfte einiger Zeit, bis die Debatte wieder fortgesetzt werden konnte, dann aber erklärte Abg. Dr. Arnheim, daß man nach der trefflichen Rede des Referenten allgemein wünsche, auf die allgemeine Debatte zu verzichten — und sofort wurde dieser Verzicht einstimmig beschlossen. Der k. Staatsminister der Justiz suchte dann den Standpunkt der Regierung darzulegen, daß sie bei der nach ihrer Ansicht nicht möglichen Durchführbarkeit der Gerichtsorganisation von 1848 und 1850 keine andere Vorlage habe machen können, behält sich dann die Bemerkungen bez. der Modifikationen des Ausschusses für die einzelnen Artikel vor. Die Kammer schritt dann zu Art. 1. (Schluß des Berichts folgt.)

△ **München**, 5. Jun. (Privat-Korrespondenz.) Der k. Regierungsdirektor Hr. Friedrich Frhr. v. Podewils in Würzburg, hat als Gutsbesitzer zu Schönkirch und Wildenreuth in der Oberpfalz, bei der Kammer der Reichsräthe nachstehenden Antrag eingebracht:

„1) Durch Gesetz sey die Staatsregierung zu ermächtigen, neun Millionen unverzinsliche Eisenbahnscheine zu dem Doppelzweck successive zu emittiren, um damit entweder den Bau der Eisenbahn von Rosenheim nach Salzburg oder einer Eisenbahn über die Rhön auszuführen und gleichzeitig einen Central-Unterstützungfonds für das Königreich Bayern zu begründen.“

„2) Nach Erbauung der Eisenbahn hätte der Staat zur Gründung des Central-Unterstützungsfonds neun Millionen Eisenbahn-Schuldbriefe auszustellen, welche aus den Bahnrenten mit 4 pCt. zu verzinsen und mit jährlich ½ pCt. heimzugeben wären. Diese successiven Heimzahlungen würden sodann an die Stelle der Schuldbriefe als Kapitalvermögen des Central-Unterstützungsfonds zu treten haben. In so lange der Reinertrag der Bahn keine 4½ pCt. gewähren würde, hätte der Staat, nach Abzug der zur jährlichen Heimzahlung erforderlichen ½ pCt., lediglich den noch verbleibenden Reinertrag an die Hülfsanstalt als Verzinsung der Ablösungsschuldbriefe zu überlassen.

„3) Der auf diese Weise mit einem Fundationskapitale von neun Millionen gegründete Unterstützungsfonds hätte sich abzutheilen:

a. In einen Unterstützungsfonds für außerordentliche Nothstände, in welchen die jährlichen Zinsen von drei Millionen des obigen Fundationskapitals zu fließen hätten, und stets bis zu dem Eintritt eines Bedürfnißfalles zu admassiren wären;

b. in einen Unterstützungsfonds für die ärmeren Grundbesitzer und Gewerbtreibenden, welcher die Zinsen von zwei Millionen zu beziehen und die Aufgabe hätte, seine jährlichen Einnahmen zur Unterstützung von unverschuldet in Vermögensverfall gerathenen Grundbesitzern und Gewerbtreibenden mit gering verzinslichen und nach Umständen unverzinslichen Annuitäten-Darlehen zu verwenden;

c. in einen Kapitalvermehrungsfonds, welcher die Zinsen von zwei Millionen zu erhalten und die Bestimmung zu erfüllen hätte, mit diesem Zinsenbetrage fortwährend das Kapital und dadurch die Renten der sub lit. a und b bezeichneten Fonds gleichheitlich zu vermehren, und

d. in einen Tilgungsfonds, dessen Aufgabe es wäre, mit den Zinsen der übrigen zwei Millionen die successive Einlösung der emittirten Eisenbahnscheine zu bewirken und seiner Zeit nach Erfüllung dieser Bestimmung den Unterstützungsfonds ad lit. a und b zuzufallen.“

Seine Exzellenz der k. bayr. Staats- und Reichsrath und Regierungs-Präsident Herr Friedrich Frhr. v. ZuRhein, welcher seit der jüngsten Zeit wieder persönlichen Antheil an den Verhandlungen der Reichsraths-Kammer genommen hat, hat sich diesen Antrag angeeignet und läßt sich hiernach die wärmste Vertretung des hochwichtigen Gegenstandes mit Sicherheit erwarten.

London, 5. Juni. Wie die heutige „Morning Post“ meldet, hat der Präsident Pierce nach Empfang des Ultimatum Lord Palmerston's, in welchem der englische Premier sich weigert, Herrn Crampton abzuberufen, an Letzteren die Weisung ergehen lassen, sich aus dem Gebiete der Vereinigten Staaten zu entfernen. Obgleich dies, bemerkt die „Morning Post“, einer Kriegserklärung nicht gleichkomme, so vermindere es doch in hohem Grade die Aussichten auf Erhaltung des Friedens. Die englische Regierung werde auch in Zukunft eine versöhnliche und feste Haltung beobachten und der Einfluß anderer Nationen werde aufgeboten werden, um den kriegerischen Demonstrationen der Amerikaner Einhalt zu thun.

(T.D.d.K.Ztg.)

London, 6. Juni. In der gestrigen Nacht-Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Palmerston, der Gesandte Englands in den Vereinigten Staaten habe bis jetzt noch keine Anzeige davon gemacht, daß ihm seine Pässe zugeschickt worden seyen. Nach dem „Globe“ beruht die Angabe der „Morning-Post“ von der Ausweisung des englischen Gesandten aus den Vereinigten Staaten auf den Berichten von Reisenden. Authentische Mittheilungen aus Washington fehlen.

(T.D.d.Fr.Jour.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 158.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 8. Juni 1856.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Der Gesetzentwurf über die Gerichtsverfassung nach dem Vorschlag des 1. Ausschusses der Abgeordneten-Kammern. (Schluß.)

Art. 13. „Bei den durch Einzelnrichter zu erledigenden Rechtsstreitigkeiten kommen vorbehaltlich der Bestimmung des Art. 14 die in den §§. 3 — 15 des Gesetzes vom 17. Novbr. 1837, „einige Verbesserungen der Gerichtsordnung" betr., über das beschleunigte Verfahren im mündlichen Verhöre gegebenen Vorschriften in Anwendung. Wird nach §. 11 Abs. 1 des genannten Gesetzes die Erlassung des Erkenntnisses verschoben, so ist dieses den Parteien schriftlich an Verkündungsstatt zuzustellen. — Die Bestimmung im §. 11 Abs. 2 desselben Gesetzes ist aufgehoben."

Art. 14. „Bei den im Art. 3 Ziff. 9 und 10 bezeichneten, sowie bei allen zum Exekutiv-, Mandat-, Arrest- und Konkursprozeß (letztere Prozeßart fehlt im Regierungs-Entwurf) sich eignenden Sachen hat es bei dem für dieselben vorgeschriebenen Verfahren sein Verbleiben."

Hier fügt der Ausschuß drei neue Artikel ein, nämlich:

Art. 15. „Bei den Bezirksgerichten wird in Sachen, welche zum *gewöhnlichen* Verfahren sich eignen, die Verhandlung auf die *Klage* mittelst Schriftenwechsels gepflogen. — Den Parteien bleibt unbenommen, einzelne Prozeßhandlungen bei dem zuständigen Gerichte zum Protokolle vorzunehmen. — Auch kann das Gericht aus besondern Gründen die protokollarisch schlüssige Verhandlung anordnen."

Art. 16. „Im Konkursprozesse fällt die Verpflichtung zum persönlichen Erscheinen an den Ediktstagen hinweg. — Den Betheiligten ist gestattet, die treffenden Handlungen mit gleicher Wirksamkeit durch schriftliche Recesse vorzunehmen. — Letztere müssen spätestens am Schlusse des Kalendertages, auf welchen der betreffende Ediktstag angesetzt ist, bei Vermeidung des Ausschlusses, in den Einlauf des Konkursgerichtes gebracht seyn. — Die Uebergabe der Beweisurkunden vertritt die Stelle ihrer Produktion. — In Bezug auf Beschlüsse, welche der Mehrheit der Gläubiger gesetzlich zustehen, werden diejenigen, welche sich persönlich noch in einem schriftlichen Recesse über den Gegenstand der Beschlußfassung erklärt haben, als dem Beschlusse der übrigen zustimmend betrachtet. — Der Konkurs ist nicht mehr von Amtswegen, sondern nur auf Antrag eines oder mehrerer Gläubiger eines konkursmäßigen Schuldners, oder auf vorgängige Insolvenzanzeige desselben zu erkennen, beziehungsweise zu eröffnen."

Art. 17. „Wenn sich bei dem Konkursgerichte die an den Ediktstagen als Beweismittel in Bezug genommenen Hypothekenbücher, Kontrakten- und Hypothekenprotokolle und deren Beilagen nicht befinden, so vertreten gerichtlich beglaubigte Auszüge aus den Hypothekenbüchern und gerichtlich — wenn auch ohne Beiziehung der Betheiligten — beglaubigte Abschriften der Kontrakten- und Hypothekenprotokolle und deren Beilagen die Stelle der Originalien. — Wenn ein in dem Konkurs Betheiligter behauptet, daß solche Auszüge und Abschriften mit den Originalien nicht übereinstimmen, so ist die Originalproduktion vom Konkursgerichte zu veranlassen und sind die Betheiligten dazu zu laden."

Art. 18. „Sowohl bei den Bezirksgerichten, als bei den Landgerichten werden die Geschäfte der nichtstreitigen Rechtspflege einschlüssig des Hypothekenwesens durch Gerichtsbeamte als Einzelnrichter selbständig besorgt. Dieselben trifft die gesetzlich oder instruktionsmäßig dafür bestehende Haftung und Dienstverantwortlichkeit. — Bei den Landgerichten sollen von dem einschlägigen Appellationsgerichte im Einvernehmen mit der Kreisregierung besondere Nebenbeamte für das Notariat und Hypothekenamt aufgestellt und im Gerichtsbezirke bekannt gemacht werden. — Denselben sind, soweit es unbeschadet ihres Hauptberufes geschehen kann, auch die übrigen Geschäfte der nichtstreitigen Rechtspflege als ständige Geschäftsaufgabe zu übertragen. — Die Gerichtsvorstände haben die Obliegenheit, im Falle der Verhinderung oder Geschäftsüberbürdung der hiefür zunächst bestimmten Beamten die nöthige Geschäftsaushilfe anzuordnen." (Die letzten drei Absätze dieses Artikels sind erst vom Ausschuß beigefügt.)

Art. 19. „Wenn über einen bei einem Gerichte gemäß Art 17 und 18 vorgenommenen Akt der nichtstreitigen Rechtspflege ein Streit entsteht, so kann der Beamte, welcher den Akt aufgenommen oder bestätigt hat, bei Vermeidung der Nichtigkeit keine richteramtliche Thätigkeit bezüglich jenes Rechtsstreites ausüben."

Art. 20. „Die Voruntersuchungen über Verbrechen, Vergehen, und jene Uebertretungen, welche kraft besonderer Gesetze gleich den Vergehen zu behandeln sind, fallen in die Zuständigkeit der Bezirksgerichte und sind, soweit es thunlich ist, durch Untersuchungsrichter der einschlägigen Bezirksgerichte zu führen. — Jedoch können für entferntere Theile der Bezirke durch Regierungsverordnung besondere Kriminalbezirke gebildet und zur Führung der Voruntersuchungen in denselben ständige Bezirksuntersuchungsrichter ernannt werden. — Für Letztere gelten alle die Untersuchungsrichter der Kreis- und Stadtgerichte betreffenden Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Novbr. 1848: „die Abänderung des II. Theiles des Strafgesetzbuches von 1813" betr. — Dieselben haben die Diensteseigenschaft von Landgerichtsassessoren, und stehen unter der dienstlichen Oberaufsicht des Landrichters, an dessen Amtssitze sie aufgestellt sind. — Die Bezirksgerichte sind ermächtigt, auf Antrag der Staatsanwaltschaft aus erheblichen Gründen einzelne Voruntersuchungen, welche die zu ihrem Bezirke gehörigen Bezirksuntersuchungsrichter zu führen haben, an die Untersuchungsrichter des Bezirksgerichtes zu übertragen, sowie auch den Bezirksuntersuchungsrichtern Voruntersuchungen über einzelne Reate zu überweisen, die innerhalb desselben Bezirksgerichtes, aber in dem Amtsbezirke anderer Untersuchungsrichter verübt worden sind." (Die letzten drei Absätze sind erst vom Ausschuß beigefügt worden.)

Art. 21. „Insoferne bei einem Bezirksgerichte oder für einen besondern Kriminalbezirk die Aufstellung mehrerer Beamten als ständiger Untersuchungsrichter nothwendig wird, hat der Direktor des Bezirksgerichtes oder der Vorstand des Landgerichtes, bei welchem Untersuchungsrichter des Kriminalbezirks ihren Amtssitz haben, die Geschäfte ständig nach Distrikten unter die einzelnen Untersuchungsrichter zu vertheilen. — Im Falle der Verhinderung eines Untersuchungsrichters wird dessen Stelle durch den im Dienste ältesten Untersuchungsrichter ersetzt, und im Falle der Verhinderung sämmtlicher Untersuchungsrichter wird ein Stellvertreter von dem Gerichtsvorstande bestimmt."

Art. 22. „Die Untersuchung und Aburtheilung aller durch spezielle Gesetze den Gerichten zugewiesenen Uebertretungen, mit Ausnahme der im Art. 20 bezeichneten, gehört an den Bezirks- und Landgerichten zur Zuständigkeit der Einzelrichter. — Die Aburtheilung in zweiter Instanz erfolgt durch die betreffenden Bezirksgerichte. — Ein Richter, der in der Sache bei der Untersuchung oder Aburtheilung in erster Instanz thätig war, darf bei Vermeidung der Nichtigkeit bei der Aburtheilung in zweiter Instanz nicht mitwirken. — Die bisherige Zuständigkeit des Oberappellationsgerichtes in seiner Eigenschaft als dritter Instanz oder als Kassationshofes bleibt für jene Uebertretungen, bei welchen nach den dermalen bestehenden Gesetzen eine Revision oder Nichtigkeitsbeschwerde zulässig ist, unverändert." (Die drei letzten Absätze hat der Ausschuß beigefügt.)

Art. 23. „Die Landgerichte können vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 6 in den nicht zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Zivil- und Strafsachen nur dann gerichtliche Handlungen vornehmen, wenn deren Vornahme ihnen entweder von den Obergerichten (im Regierungsentwurf lautet diese Stelle: entweder von den Obergerichten oder von den dabei bestellten Staatsanwälten aufgetragen oder von den Bezirksgerichten oder

deren Staatsanwälten oder von den Untersuchungsrichtern angesonnen wird.) — Die Landgerichte sind verbunden, den deßfalls an sie ergehenden Aufträgen und Ersuchschreiben zu entsprechen. — Insbesondere werden die Bezirksgerichte darauf Bedacht nehmen, bei Konkursprozessen, welche nicht von besonderer Wichtigkeit oder Schwierigkeit sind, wenn der Sitz des Bezirksgerichtes weiter von dem Wohnorte des Schuldners entfernt ist, als der Sitz des einschlägigen Landgerichts, das letztere um Abhaltung der Edikistage und der Termine zur Einwerthung und Veräußerung der Konkursmasse zu requiriren." (Der letzte Absatz ist vom Ausschuß beigefügt.)

Art. 24. „Die kollegiale Berathung und Beschlußfassung geschieht in Senaten, welche aus drei Gerichtsmitgliedern zusammengesetzt sind, vorbehaltlich der für besondere Fälle vorgeschriebenen zahlreicheren Besetzung."

Art. 25. „Wenn in einzelnen Fällen bei einem Bezirksgerichte die zur Beschlußfassung erforderliche Anzahl von Gerichtsmitgliedern nicht vorhanden ist, so können ausnahmsweise Mitglieder der nächstgelegenen Bezirks- und Landgerichte zugezogen werden."

Art. 26. „Bei Verhinderung des Bezirksgerichts-Direktors oder des Landrichters hat das im Dienste älteste Gerichtsmitglied, wenn von der vorgesetzten Stelle keine andere Anordnung getroffen wird, die Stelle des Vorstandes zu vertreten. — Die am Sitze eines Landgerichts angestellten Bezirks-Untersuchungsrichter kommen hierbei nicht in Betracht."

Die folgenden 2 Artikel hat der Ausschuß neu eingesetzt, nämlich:

Art. 27. „Die Ausfertigungen der Landgerichte in Justizsachen, sowie die Ausfertigungen der Bezirksgerichte als Einzelnrichterämter sind von dem Gerichtsvorstande zu unterzeichnen; in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit müssen dieselben jedoch zugleich mit der Unterschrift des dafür verantwortlichen Beamten versehen werden."

Art. 28. „Administrativ kontentiöse Rechtssachen und polizeiliche Untersuchungssachen, bei denen bisher kollegiale Beschlußfassung in 1. Instanz erforderlich war, werden bei den Landgerichten durch den Gerichtsvorstand, im Verhinderungsfalle durch dessen Stellvertreter einzelnrichterlich beschieden."

Art. 29. „Gegenwärtiges Gesetz tritt, in so ferne nicht durch Regierungs-Verordnung die frühere Einführung erfolgt, am 1. Oktober 1857 in den Landestheilen diesseits des Rheins in Wirksamkeit. Die bis zu diesem Tage nach den Vorschriften des gewöhnlichen Verfahrens verhandelten Rechtsstreitigkeiten werden, wenn sie alsdann in Gemäßheit des Art. 3 zur Zuständigkeit der Einzelnrichter gehören, in der bisherigen Verhandlungsform bis zum Schlusse des ersten Verfahrens oder, wenn an diesem Tage eine Beweisantretung vorlag, bis zum Schlusse des Beweisverfahrens verhandelt. Die Bestimmung des Art. 22 Abs. 2 tritt mit dem gesetzlichen Einführungstage für alle den Gerichten durch spezielle Gesetze zugewiesenen Uebertretungen in Wirksamkeit, sofern nicht vor diesem Tage bereits Berufung eingelegt ist."

Den letzten Absatz hat erst der Ausschuß beigefügt. Endlich hat der Ausschuß als Art. 30 noch folgenden angehängt:

„Der weitere Vollzug des Gesetzes vom 25. Juli 1850, die Gerichtsverfassung betr., insoweit dasselbe durch das Gesetz vom 28. Mai 1852, einige Bestimmungen über die Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheins betreffend, nicht geändert ist, bleibt vorbehalten."

°° München, 5. Juni. (Privat-Korrespondenz.) **80. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Der Ausschuß beantragte, wie bereits mitgetheilt, den Art. 1 des Regierungsentwurfs zu streichen, da er die einstige Durchführung der Gerichts-Organisation nicht von der erst bei Erlassung einer neuen Civil- und Strafprozeßordnung zu erfolgenden Revision derselben abhängig machen will.

Der kgl. Staatsminister der Justiz erklärt sich für Beibehaltung des Artikels, denn das, was der Ausschuß in seinem neuen Artikel 30 (siehe oben) vorschlägt, könne die Regierung nicht genehmigen. Wird der Regierungsentwurf angenommen, so wird die Regierung vor Erlassung des neuen Civil-Prozeßgesetzes keine weitere Aenderung der Gerichtsverfassung mehr beantragen.

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld beklagt die ohne Schuld der Kammer eingetretene Verzögerung der Gerichtsverfassungs-Frage bei dem gegenwärtigen Landtage und daß man auch jetzt noch nicht weiß, ob die Regierung dem Ausschußantrage beistimme. Er habe keine besondere Vorliebe für das Grundlagengesetz von 1848, denn die Bestimmungen bez. der Unabsetzbarkeit der Richter, ferner über Aufhebung des priv. Gerichtsstandes hätten ihn nicht gefreut; sie seyen aber nicht von dem demokratischen Ministerium ausgegangen, welchem er anzugehören die Ehre hatte, sondern sie seyen von der 1. Kammer in das Gesetz gebracht worden. Redner glaubt nach dem Gang der politischen Bewegung der letzten Jahrzehente, daß wir einem Jahr 1848 wieder näher ständen, als man glaube; wenn er Pessimist wäre, würde er abwarten, bis man wieder alles, was man jetzt verlange, gerne geben würde und bis jene Männer, die sich so gerne die Stütze des Konservatismus und des Thrones nennen, wieder den Regierungsentwurf überbieten würden an Zugeständnissen. Weil er aber kein Pessimist sey, so bitte er die Kammer, den Gesetzentwurf nach dem Antrage des Ausschusses anzunehmen. Wenn man einem Ministerium gegenüberstände, das Hand in Hand mit der Kammer ginge und der öffentlichen Meinung entgegenkäme, so könnte der Standpunkt der Kammer ein anderer seyn, als einem Ministerium gegenüber, das den parlamentarischen Standpunkt verläßt und von der Kammer fort und fort Zugeständnisse verlange, die erlangten aber dann doch nicht durchführt. Die Kammer habe den früheren Zugeständnissen mit schwerem Herzen zugestimmt, jetzt aber verlange man das Aufgeben des ganzen Gesetzes; — die Kammer werde aber auf die Rechte des Volkes nicht verzichten.

Der kgl. Staatsminister des Innern erklärte dann, daß die Regierung den Gesetzentwurf vorgelegt habe, um einzelne Gebrechen der Justiz zu beseitigen; der Ausschuß habe denselben aber wesentlich geändert. Soweit die Modifikationen des Ausschusses prinzipieller Natur seyen, wird ihm die Regierung nicht beistimmen, und das Gesetz werde nur dann die Sanktion erhalten, wenn die Grundlagen des Regierungs-Entwurfs nicht beseitigt würden.

Abg. Fürst Wallerstein beklagt diese Erklärung, die im Lande, wo das konstitutionelle Leben eine Wahrheit sey, nicht möglich wäre, bei uns aber nicht in Erstaunen setzen dürfe. Man sey jetzt dahin gekommen, daß das vom Land Errungene wieder aufgehoben werden solle, und daß man der Kammer sage, wenn sie nicht das annehme, was die Regierung vorlege, so bekomme sie gar nichts. — Noch sey die Kammer jungfräulich, sie habe immer die Gerichts-Organisation im Prinzip aufrecht erhalten, und er könne daher auch heute nur dem Ausschuß beistimmen.

Der 2. Präsident Dr. Paur verbreitet sich hierauf in einem trefflichen Vortrag über den ganzen Gegenstand. Er ging auf die ganze Gestaltung der Sache ein und führte an, daß die besonnensten Männer 1848 nur das geschaffen hatten, was 30 Jahre lang die besten Männer der Nation gepredigt hätten; er zeigte, wie sehr die Kammer von 1850 den Wünschen der Regierung entsprochen und eine Reihe von Gesetzen votirt habe; die damals und noch später die Gerichts-Organisation für durchführbar erklärt habe, und wie er daher die jetzige Ansicht des Ministerium, daß sie nicht durchführbar sey, nicht theilen könne. Die Kammer hatte 1850 und später immer das angenommen, was die Regierung vorgeschlagen, die dasselbe aber dann doch nicht durchgeführt habe. Daher das Mißtrauen der Kammer gegen die Regierung, und daher die Unfruchtbarkeit des legislativen Wirkens Nachdem seit Auflösung der frühern Kammer die Gerichts-Organisation geschlafen, habe man der jetzigen Kammer wieder die Aufhebung des Grundlagengesetzes vorgeschlagen, weil man wohl hoffte, daß die Kammer, da sie zu Dreiviertel aus neuen Mitgliedern bestände, eher hierfür zugängig sey. Der erste Vortrag des Hrn. Referenten habe aber solchen Widerhall gefunden, daß man den Gesetzentwurf zurückzog und einen besseren Weg, den der Verständigung mit einigen einflußreichen Abgeordneten, betrat. Die Zeit, in welcher er theilnahm an den Besprechungen mit den Ministern, schätze er als eine glückliche, denn all' sein Mißtrauen sey beseitigt worden. Nach dem Resultate dieser Besprechungen hätte er aber eine andere Vorlage erwartet, allein eine andere Macht scheine dieselbe geschaffen zu haben! .... Die Vortheile, welche der Entwurf nach den Anträgen des Ausschusses biete, seyen anderer Seits schon geschildert worden, für ihn erscheine es als ein Vortheil, daß nichts geschehen soll, was nicht im Gesetze von 1850 stehe, und daß das, was nicht geschehe, in diesem Gesetze stehen bleibe. So lange die unglückliche Frage nicht gelöst, werde kein volles Vertrauen wiederkehren. Die Erklärung der Minister dürfte man wohl nicht so ernst nehmen; man werde sich die Modifikationen des Ausschusses vielleicht noch einmal anschauen und die Frage dann doch vielleicht noch zum gedeihlichen Abschlusse kommen. Er wünsche nur, daß die Kammer nicht viel debattiren möge, denn Wesentliches würde sich dadurch nichts ändern lassen, sondern sie möge dem Ausschuß beistimmen und nicht fürchten, daß dadurch ein Bruch entstehe, sondern vielleicht werde doch noch eine Verständigung möglich seyn.

Der kgl. Staatsminister der Justiz: Die Regierung habe kein Mißtrauen gegen die Kammer; man möge die Gerichts-Organisation nicht auf das politische Feld hinüberziehen.

Gerichts-Organisations-Gesetze könnten nicht so leicht und so schnell wie andere vollzogen werden und wenn sich Hindernisse im Vollzuge ergeben, erscheine es erklärlich, daß man die Frage noch einmal erörtere. Den rechtlichen Bestand des Gesetzes von 1848 und 1850 habe er nie in Zweifel gezogen. Seine Erklärung könne nicht so bedenklich erscheinen, die Regierung werde die Modifikationen, welche prinzipieller Natur seyen, bekämpfen und dann das Resultat abwarten; daß der Gesetzentwurf nur so angenommen werden müsse, wie ihn die Regierung vorgelegt, davon sey nicht die Rede.

Der kgl. Staatsminister des Innern: Um Mißverständnisse zu beseitigen, wolle er seine Erklärung bestimmt wiederholen: die Regierung werde an ihrem Entwurfe festhalten; jene Modifikationen des Ausschusses, welche prinzipieller Natur sind, würden die Sanktion nicht erhalten, und auf eine Vereinbarung darüber sey nicht zu hoffen.

Der 2. Präsident: Die Erklärung des Hrn. Justizministers hätte ihn gefreut, allein die Erklärung des Ministers des Innern zeige, daß er sich in seiner Hoffnung geirrt habe.

Abg. Crämer erklärt sich gegen den Ausschuß, weil er nur an dem Gesetze von 1850 festhalten könne, doch gebe er zu, daß für viele Andere auch Gründe zur Beistimmung zu den Anträgen des Ausschusses bestehen, und daß es wünschenswerth sey, wenn sich eine große Majorität für den Ausschuß erkläre.

Referent Dr. Edel vertheidigt hierauf in trefflicher Weise den Ausschußantrag und hob dabei hervor, daß der Ausschuß alles umgangen hätte, was prinzipieller Natur sey, daß deßhalb die Minister den Gesetzentwurf auch nach den Ausschußanträgen noch als ihr Kind betrachten müßten und daß, wenn Saturnusgelüste beständen, der Ausschuß hieran nicht die Schuld trage. Referent hofft, daß durch die Erklärung der Minister die Kammer sich nicht beirren lassen und dem Ausschuß beistimmen werde; er erinnere an das alte Sprüchwort: „Bange machen gilt nicht."

Nach dem Antrag des Ausschusses wird hierauf Art. 1 verworfen — nur Regierungspräsident v. Welden stimmt für denselben.

Der 1. Präsident Graf Hegnenberg, der seinen Sitz in der Kammer einnimmt, um sich an der Debatte betheiligen zu können, regt die Fragen an, ob, nachdem Art. 1 mit allen gegen 1 Stimme verworfen ist, nicht die Regierung zu bitten sey, den Gesetzentwurf zurückzuziehen; denn nach der Erklärung der Minister sey ein günstiges Resultat nicht zu erwarten, wohl aber sey die Zurückziehung im Interesse der Kammer und der Zeitersparniß. Der Redner erwähnt u. A. noch, daß er die Ansicht des Justizministers über die Vorlage noch nicht kenne, sich auch keine Mühe gegeben habe, sie kennen zu lernen, daß dagegen die Erklärung des Ministers des Innern offen und loyal sey, und daß dessen Ansicht, die Landgerichtsverfassung könnte mit einigen Aenderungen noch ihren Zweck erfüllen, wohl etwas für sich habe, wenn er auch dessen Ansicht nicht theilen könne. Bei der zwischen dieser Ansicht und jener der Kammer bestehenden Kluft könnte ein günstiges Resultat nicht erzielt werden.

Der Staatsminister des Innern erklärt, daß er zur Zurückziehung des Gesetzentwurfs keine Ermächtigung habe und daß er zudem glaube, daß eine absolute Unmöglichkeit, das Gesetz zu Stande zu bringen, nicht bestehe.

Der 1. Präsident erwidert, daß er für seinen Theil den Standpunkt des Ministerium nicht mehr verstehe, da aber die Minister berechtigt sind, die Fortführung der Berathung zu verlangen, so müßte fortgefahren werden.

Alle weiteren Artikel veranlaßten keine Debatte mehr und nur bei den Art. 15, 16 und 17, dem Artikel 22 und dem Schlußartikel nach den Ausschußanträgen erklärten die Minister, daß sie den betreffenden Modifikationen des Ausschusses nicht beistimmten, worauf der Referent die Modifikationen in Kürze vertheidigte. Die Kammer stimmt bei allen Artikeln ihrem Ausschuß bei, und schließlich wurde der so modifizirte Entwurf mit 123 gegen 6 Stimmen angenommen.

München, 1. Juni. Die Vorstellung des Frhn. Friedrich v. Podewils in Würzburg: „Staatliche Vorsorge für künftige Nothstände" betr., wurde von der Reichsraths-Kammer als formell zuläßig erachtet und dem 2. und 3. Ausschusse zur weiteren Bearbeitung zugewiesen. (N.M.Z.)

Baden. Vom badischen Schwarzwald, 3. Mai, schreibt man dem „D. Volksbl": „Das Tischrücken ist durch die Schweiz auch zu uns herübergeschleppt worden, und hat zunächst in Todtnauberg, alsdann in Todtnau, Wieden und Schönau gläubigen Anfang gefunden. Zuerst trat diese Erscheinung in frommer Maske auf, eiferte gegen den Unglauben und die Lieblosigkeit, sowie gegen den Mangel an Mildthätigkeit und Gottergebenheit. Es wurden darauf die guten und bösen Geister zitirt, welche den Schleier der Zukunft und verborgener Dinge der Gegenwart lüften sollten. Das erzbischöfliche Ordinariat schritt mit einem Hirtenschreiben dagegen ein, erklärte sich ernstlich gegen dieses Treiben und bedrohte das Verharren in demselben nach der durch die Seelsorger zu bewerkstelligenden Belehrung mit Kirchenstrafen. Da die meisten Bergbewohner sich an die Autorität unseres Metropoliten hiewegen wendeten, so war durch diesen Ausspruch in dortiger Gegend der Unfug fast gänzlich eingestellt. Da bringt ein junger Mensch denselben von Todtnauberg nach Oberbergen am Kaiserstuhl. Hier nun zeigte sich des „Pudels Kern" bald ganz deutlich. Ein der niedrigsten Klasse der dortigen meist armen Bevölkerung angehöriger Mann gab sich durch Eingebung (?) des Tischleins für den „vierten Gott" aus, ließ sich von einer in sittenwidriger Weise erscheinenden Versammlung von Männern, Weibern und Jungfrauen göttliche Ehre erweisen, bereitete und spendete das Abendmahl und segnete seine „Gläubigen", die er aufforderte, nur ihm, und nicht mehr den „Pfäfflein" zu glauben. Auf Anordnung des dortigen Bürgermeisters trieben einige brave, entschlossene Bürger, die von den fanatisirten Tischklopfern mit Aexten fern gehalten werden wollten, die Versammlung auseinander, und verhafteten den neuen Apostel, ohne daß es ihnen gelang, diesen Menschen, der sich von nackten Personen des andern Geschlechts berühren ließ, zum Ankleiden zu bringen. Der Skandal ging rasch so weit, daß sogar Verwandte beiderlei Geschlechts bei Nacht und am Tage bei verschlossenen Läden und Thüren, oft unangekleidet, sich versammelten und u. A. in dem sog. Christophelesgebet den Teufel beschworen, ihnen Geld zu verschaffen. Dem energischen Einschreiten des Ortsgeistlichen, sowie des Gr. Bezirksamts Breisach, das sämmtliche Hauptheilnehmer verhaftete, wird die Bewältigung dieses heillosen, ruhe- und friedenstörenden Gastes wohl bald gelingen"

Belgien.

Brüssel, 2. Juni. Die am letzten Samstag im hiesigen Justizministerium eingegangene Nummer der „Vertraulichen Privat-Mittheilungen", die lithographirt in Dresden erscheinen und vom geh. Regierungsrath Körner unterschrieben sind, enthält folgende seltsame Mittheilung: „Unter der jüngern Generation der Polen in Frankreich hat sich eine Art von Burschenschaft gebildet, die mit den Studentenkorps einiger deutschen Universitäten, die denselben Zweck verfolgen, in Verbindung getreten seyn soll. Als eifrigster Beförderer dieser Verbindung wird von polnischer Seite der junge Graf Dembinski genannt, der unter dem Vorwand geognostischer Studien an verschiedenen Orten in Deutschland gewesen wäre; von deutscher Seite bezeichnet man den bekannten Flüchtling Dr. Berthling, welcher sich zu dem Ende in Frankreich und in England aufgehalten habe." Wer die Natur unserer deutschen Studentenschaften kennt, wird sofort die moralische Ueberzeugung haben, daß eine Verbindung mit undeutschen Elementen unmöglich ist. (A. Z.)

Italien.

Turin, 1. Juni. Gestern ist General Lamarmora in Genua angekommen. Dieselbe Stadt, welche er im Jahre 1849 mit Sturm einnehmen mußte, bereitet ihn und seinen Soldaten große Festlichkeiten; sie gibt den durchpassirenden Truppen, der gesammten Garnison, sowie der anwesenden Flottenmannschaft ein vollständiges Mittagessen, mit Wein, Kaffee und Cigarren. Abends große Beleuchtung und Marsch der Truppen durch die Straßen der Stadt und durch einen eigens dazu erbauten Triumphbogen. (A. Z.)

Amerika.

* In einer langen Botschaft an den Senat der Vereinigten Staaten rechtfertigt Präsident Pierce die Anerkennung der neuen Regierung in Nicaragua durch folgende Erwägungen: „Wir erkennen, sagt er, alle Regierungen an, ohne nach ihrem Ursprung oder ihrer Organisation oder nach den Mitteln zu fragen, durch welche die regierenden Gewalten an's Ruder gelangt sind, vorausgesetzt, daß eine vom Volke des betreffenden Landes angenommene Regierung de facto besteht. Uns genügt die Thatsache, daß eine fremde Regierung die wirkliche Macht ausübt; ob sie legitim ist, geht uns nichts an. Wir fragen nicht nach den Ursachen, welche einen Regierungswechsel herbeigeführt haben mögen. Es gilt uns gleich, ob eine erfolgreiche Revolution durch fremde Intervention unterstützt worden ist oder nicht, ob ein Aufstand die bestehende Regierung gestürzt hat und eine andere in Gemäßheit der vorher vorhanden gewesenen Formen oder in einer von den neuen Machthabern den Verhältnissen angepaßten Weise an ihre Stelle gesetzt worden ist. Alles das sind Dinge, welche wir dem Volke und den öffentlichen Behörden des betreffenden Landes überlassen. Während der seit Einführung unserer gegenwärtigen Verfassung verstrichenen 67 Jahre haben wir uns häufig veranlaßt gesehen, de facto bestehende

Regierungen in Europa anzuerkennen, die ihren Ursprung entweder einer Revolution im Innern oder einer militärischen Invasion von Außen verdankten. Unendlich wichtiger aber ist dieser Grundsatz in seiner Anwendung auf die central-amerikanischen Staaten, wo die Revolutionen an der Tagesordnung sind. Die Vereinigten Staaten hätten, sagt er weiter, recht leicht bei dem zerrütteten Zustand der Staaten von Central-Amerika dort sich Land aneignen können, wie es ja europäische Staaten (ein Hieb auf England!) in Asien und Afrika auch gethan hätten. Doch hätten sie das aus Gründen des Rechts und der Politik bleiben lassen. Von Nicaragua insbesondere bemerkt er, da keine der beiden dort streitenden Parteien stark genug gewesen sey, die andere zu überwinden, so habe eine derselben ein Häuflein von Bürgern der Vereinigten Staaten zu Hülfe gerufen, dessen Erscheinen dem Kampfe wenigstens scheinbar ein Ende gemacht und die Ruhe wieder hergestellt habe, indem eine ausgezeichnete Persönlichkeit, „ein Bürger der Republik Nicaragua", Don Patricio Rivas, als provisorischer Präsident ans Ruder gelangt sey.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 7. Juni. Die besseren Notirungen von Paris (3pCt. Rente 74 Staatsbahn 890) wirkten günstig auf die Kurse der hiesigen Fondsgattungen und Aktien ein und wurden dieselben beinahe sämmtlich besser bezahlt.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 785 bis 780. — Elisabethen-Bahn 111⅞—⅞. — Lombardische-Bahnen 127. Theißbahn 106¾—107.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1323P. 1318G. Neue Bankaktien 445 P. 440 G. Credit-Actien à 5pCt. 238P 236G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82⅞ P. 82⅝ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90½ P. 90¼ G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72¾ P. 72½ G.; à 4pCt. 64½ P. 64 G.; à 3pCt. 48½ P. 48 G.; à 1pCt. 16⅛ P. 15⅞ G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 — P. 122 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 104⅝ P. 104⅛ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 291 P. 289 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¼ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105⅞ P. 105⅜ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155½ P. 155G. Neustadt-Weissenb. 115¾ P. 115¼ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118½P. 118G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90¼P. 89¾ G.; 4½pCt. — P. 103 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42½ G, **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81¼ P. 80¾ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅞ P. 39⅝ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 64¼ P. 63¾ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100½P. 100G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112⅝ P. 112⅛ G.; à fl. 25 33¾ P. 33¼ G.; Darmstädter Bankaktien alte 412P. 410 G.; junge 350 P. 348 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 109¼P. 108¾G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¾P. 47½G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝P. 31⅜G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 123 P. 122½ G.; Taunus-Aktien 321 P. 319 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 568 P. 563 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41½P. 41¼G.; 1pCt. neue 25½ P. 25⅜ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¼P. 100G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119¼P. 119G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼P. 120G	Mail. i.S Lr. 250k.S 101¼P 101G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S 94P. 93¾G.
Coln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞P. 93⅝G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96¾P. 96½G.	Wien d. 100C. k.S. 117⅜P. 117⅛G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅝P. 88⅜G.	Wien 3 M. mit 4% 117P. 116¾G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104¾P. 104½G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 6. Juni. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 93¾ P.; 4½pCt. — P. 100½ G.; 5pCt. letzte Emission 102¼ G.; 5pCt. dritte Emission 100½ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94½ P.; 94¼ G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — P. 785 G.

Magdeburg, 3. Juni. Seit einigen Tagen ist auf die viele Nässe endlich das erwünschte Sommerwetter eingetreten und wird sich das bereits gelagerte Getraide in den Feldern hoffentlich nun wieder aufrichten können. — Im Getraidehandel ist wieder große Stille eingetreten, vom Lande wird wenig zu Markte geliefert und reicht nicht aus, die hiesige Konsumtion zu befriedigen, die daher genöthigt wird, ihren Bedarf aus den wenigen Bodenlagern zu kompletiren. Waizen am Markte wird von 95 a 97 Rthlr. bezahlt, bessere Waaren vom Boden bedingt 98 a 103 Rthlr. Roggen am Markte 68 a 71 Rthlr., vom Boden 72 a 74 Rthlr. Gerste auch wieder mehr begehrt und in den Mittelsorten von 47 a 49 Rthlr., schwere 50 a 53 Rthlr. bezahlt; die schwersten Sorten werden am meisten gesucht und bleiben gut verkäuflich. Hafer wird von 30 a 33 Rthlr. nach Qualität und Gewicht gehandelt. Von Hülsenfrüchten bleiben die Umsätze nur auf den Kleinhandel beschränkt, die Preise dafür sind jedoch eher eine Kleinigkeit niedriger anzunehmen. Oelsaaten ohne alles Geschäft, da die wenigen hier befindlichen Vorräthe in festen Händen sich befinden. Ueber die zu Felde stehenden Oelsaaten bleibt die Meinung eine günstige. Rohes Rüböl bei sehr geringen Vorräthen auf den Mühlen und den höheren auswärtigen Notirungen auch hier etwas fester, auf 16½ a 16¼ Rthlr. gehalten, raff Oel 17¼ Rthlr., Leinöl ebenfalls höher 14 a 14½ Rthlr, Mohnöl 19 a 19½ Rthlr. bei noch immer kleinem Umsatz, Baumöl von 17 a 19 Rthlr. transito, Hamburger Thran 16½ a 17 Rthlr. per Ztr.

Hamburg, 3. Juni. Kaffe erhält sich in günstiger Stimmung und zu vollen bisherigen Preisen wurden seit Sonnabend 6000 S. Brasil- zu 4¼ a 5¾ Sch. begeben. — Zucker. Roher. Die Preise sind sehr fest behauptet, der Markt ist jedoch ohne Leben.

Neueste Nachrichten.

London, 5. Juni. Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen und der Prinz Regent von Baden sind gestern Seitens der Universität Oxford zu Doktoren des Zivilrechts ernannt worden. (T.D.d.N.Z.)

Paris, 5. Juni. Der Kaiser ist diesen Morgen in Paris eingetroffen. — Ein neuer Kredit von 10 Millionen ist für die Ueberschwemmten vom gesetzgebenden Körper votirt worden. (T. D. d. N. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 159. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 9. Juni 1856.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 7. Juni. (Privat-Korresp.) **81. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die kgl. Staatsminister Graf Reigersberg und Dr. v. Aschenbrenner.

Es wurde der für den verstorbenen Moser einberufene Ersatzmann Stadtpfarrer Fuchs beeidigt.

Zur Berathung gelangt der Gesetzentwurf „Aufnahme eines Anlehens durch den Kreis Oberbayern zur Deckung der Kosten für Herstellung einer Kreisirrenanstalt in Oberbayern betr.“ —

Der Ausschuß beantragt Annahme, jedoch mit der Modifikation, daß im Art. 1 statt 320,000 fl. gesetzt wird 250,000 fl. und daß im Art. 2 die Worte „von Eröffnung der Anstalt an“ gestrichen werden. Der Ausschuß glaubt nämlich, wie Abg. Sedlmair erörtert, daß sich zu den bereits vorhandenen Kreismitteln noch weitere 70,000 fl. beschaffen ließen, sohin ein Anlehen von 250,000 fl. ausreichen wurde, den Bau auszuführen, der auf eine halbe Million zu stehen kommt, — dann, daß die Verzinsung und Tilgung der Schulden nicht erst mit der Eröffnung der Anstalt beginnen soll. — Abg. Dr. Ruland erklärt sich gegen den Gesetzentwurf, weil er gegen Kreisschulden ist und glaubt, daß ein Kreis wie Oberbayern durch Umlagen die Mittel schon aufbringen könne. Abg. Mühlthaler und Abg. Dr. Arnheim erklärten sich in gleicher Weise gegen den Gesetzentwurf.

Abg. Fürst Wallerstein meint, die Kammer müsse das Schaffen der Kreisschulden so viel als möglich verhüten; er will nicht, nachdem sich der Landrath von Oberbayern zwei Mal für Anlehensaufnahmen ausgesprochen hat, daß die Kammer ihre politische Curatel so weit ausdehne, die Anlehensermächtigung zu verweigern.

Abg. v. Auer ist mit den Anträgen des Ausschusses einverstanden. — Abg. Nabl ist gegen den Gesetzentwurf, zumal da die für den Bau veranschlagte Summe viel zu hoch sey und andere Kreise mit geringeren Mitteln ihre Irrenanstalten gebaut hätten. — Abg. Frhr. v. Welden im Sinne Wallerstein's für den Gesetzentwurf. — Abg. Kisinger empfiehlt ein Klostergebäude in Hohenwart zu einer Irrenanstalt, ist übrigens gegen den Gesetzentwurf. — Abg. Römmich für denselben, weil es Sache des Landrathes seyn müsse, zu entscheiden, ob er durch Anlehen bauen wolle und der Landrath sich zwei Mal für Anlehen erklärt habe.

Abg. Bermüller ebenfalls für den Gesetzentwurf. — Abg. Prof. Edel gegen das Bevormundungssystem und für freie, selbständige Bewegung der Gemeinden, Kreise ꝛc. sich erklärend, stimmt dem Gesetzentwurf ebenfalls bei.

Nach einigen Bemerkungen des Referenten Abg. Sedlmair und des k. Regierungskommissärs Schubert für den Gesetzentwurf wurde den beiden Artikeln mit den Modifikationen des Ausschusses beigestimmt und dann der so geänderte Gesetzentwurf mit 105 gegen 10 Stimmen angenommen.

Es wurde hierauf der Gesetzentwurf, „Handelsgerichtsbarkeit über die Vorstädte und den Burgfrieden der Stadt Nürnberg betr.“, ohne Debatte mit den von der 1. Kammer beschlossenen Modifikationen einstimmig angenommen, sohin Gesammtbeschluß erzielt. Es hat dieser Gesetzentwurf den Zweck, daß die Handelsgerichtsbarkeit der Stadt Nürnberg auch auf deren Vorstädte und den Burgfrieden ausgedehnt werden darf. Schluß der Sitzung.

München, 7. Juni. Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten hat gestern den Etat der Justiz und jenen der Landgerichte berathen. An dem Justiz-Etat hat der Ausschuß nur einen geringen Abstrich gemacht, aber bezüglich des Etats der Landgerichte beantragt derselbe, die postulirten 350,000 fl. für Verkleinerung der Landgerichtsbezirke und Vermehrung der Zahl der Landgerichte abzulehnen. Der Ausschuß will demnach, daß, falls das Gerichtsverfassungsgesetz nicht zu Stande kommt, es bezüglich der Landgerichte ꝛc. beim Bisherigen sein Bewenden haben soll. (N. K.)

** München, 7. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Diesen Abend sind Ihre kgl. Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin von Mecklenburg hier eingetroffen, und werden einige Tage hier verweilen. Denselben zu Ehren ist übermorgen große Gallatafel am kgl. Hofe. — Die Mitglieder der Kammer der Reichsräthe haben sich diesen Mittag zu einer „Besprechung“ versammelt und zwar, wie man glaubt, bezüglich der Gerichts-Organisations-Frage, die jetzt dieser Kammer vorliegt.

Die Pfarrei Weismain wurde dem bisherigen Pfarrer zu Breitengüßbach, Hrn. Heinlein, übertragen.

Preußen. Berlin, 6. Juni. Die russischen Ordensverleihungen übersteigen diesmal das bei früheren kaiserlichen Besuchen eingehaltene Maß. Gestern haben dieselben in zahlreicher Weise an preußische Militärs stattgefunden. Der Wunsch immer Annäherung ist auf Rußlands Seite unverkennbar. Fürst Gortschakoff hat den schwarzen Adlerorden erhalten. (N. K.)

Württemberg. Stuttgart, 6. Juni. Die Kaiserin Wittwe von Rußland wird nun jedenfalls und zwar am 16. oder 17. hierher kommen und alsdann das Wildbad besuchen, wohin gestern schon einer ihrer Hofbeamten durchgereist ist, um die nöthigen Vorkehrungen zu treffen. Mit der Kaiserin zugleich wird auch ihr Bruder, der König von Preußen, hier anlangen, für welchen die Zimmer im k. Residenzschlosse in Bereitschaft gesetzt sind. (Fr. J.)

§ **Oesterreich.** Wien, 6. Juni. (Privat-Korresp.) Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der für den Beginn der auf die Donaufürstenthümerfrage Bezug habenden Verhandlungen anberaumte Termin wieder hinausgeschoben wird, da die in dieser Beziehung eingeleiteten Vorverhandlungen noch nicht geschlossen sind. Vornehmlich bildet der Punkt, ob die Donaufürstenthümer sowie bisher getrennt bleiben, oder zu einem Reiche vereinigt werden sollen, die Hauptschwierigkeit für eine nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung, da Oesterreich und die Türkei gegen die Vereinigung, England und Frankreich für die Vereinigung stimmen. Der Notenaustausch, der in den letzten Wochen zwischen dem diesseitigen Kabinet und der französischen Regierung stattgehabt hat, soll sich hauptsächlich auf diesen Punkt bezogen, ein nach beiden Seiten hin befriedigendes Resultat jedoch nicht zur Folge gehabt haben. Besser lauten die Nachrichten über die Ansichten der Großmächte rücksichtlich der in der inneren Verwaltung der Fürstenthümer vorzunehmenden Reformen; man versichert nämlich, daß in dieser Hinsicht ein gemeinsames Programm bereits ausgearbeitet worden sey, welches den Verhandlungen der Kommission zur Grundlage zu dienen habe, und sollen dessen einzelne Bestimmungen auch von der Pforte gebilligt worden seyn. — In Betreff der an die k. k. Gesandtschaften in Florenz, Rom, Neapel und Modena gerichteten Depesche vom 18. Mai erfährt man, daß die Antworten der betreffenden Regierungen bereits hier eingelangt sind. In denselben werden die Ansichten der österreichischen Regierung vollkommen gebilligt, und die von dem sardinischen Kabinet im Namen von ganz Italien erhobenen Ansprüche in sehr entschiedener Weise zurückgewiesen.

Belgien.

Brüssel, 6. Juni. Der Senatspräsident, Fürst de Ligne, ist beauftragt, den König in der Eigenschaft eines außerordentlichen Botschafters bei der Krönung des Kaisers von Rußland zu vertreten. (Fr. J.)

Großbritannien.

London, 6. Juni. Der demokratische Polenverein dahier protestirt in allen Blättern durch seine Vorsteher (L. Bu-

lewski, A. Labicki und S. Worcell) in seinem Namen sowie im Namen der polnischen Emigration gegen die Amnestieverheißung des Kaisers von Rußland und gegen die Annahme derselben von Seiten der verbannten Polen, und zwar deßhalb, weil alle Jene, die im Jahre 1830 und in den folgenden Jahren sich an dem Kampfe betheiligten, sich unmöglich herbeilassen könnten, ihre alten Plane für die Unabhängigkeit Polens aufzugeben und als begnadigte Verbrecher nach ihrer Heimath zurückzukehren. (D. A. Z.)

London, 6. Juni. Die „Morning-Post", Palmerston's Organ, erklärt heute: die Thatsache, daß Crampton seine Pässe erhalten habe, stehe fest; doch werde die englische Regierung vermuthlich das Beispiel Amerikas nicht nachahmen, sondern Herrn Dallas, dem nordamerikanischen Gesandten, den ferneren Aufenthalt in England gestatten.

Frankreich.

Paris, 5. Juni Die Nachrichten aus Lyon lauten jetzt beruhigender. Der Anblick, den die Stadt und besonders die Umgebung darbot, war aber schrecklich. Charpennes ist fast vollständig zerstört. Tausende von Menschen sind ohne Obdach und kampiren auf offener Straße. Viele weigern sich die Stätte zu verlassen, wo ihr Hab und Gut begraben ist. Ueber die Zahl der Menschen, die umgekommen sind, vernimmt man noch nichts. In einer Apotheke fand man den Leichnam eines jungen Mädchens, das die Wellen dorthin getrieben. Die Schwester dieser Verunglückten wurde wahnsinnig bei dem Anblicke des armen Opfers. Die Noth und das Elend, das zu Lyon und dessen Umgegend herrscht, wurde von den Dieben nicht respektirt. Dieselben trieben ihr Hand- werk mit der größten Dreistigkeit. Mehrere von ihnen wurden erwischt und einige verfielen der Volksjustiz. (K. Z.)

Paris, 6. Juni. Heute wurde die Angelegenheit Betreffs der Veröffentlichung des Friedensvertrages vom 30. März d. J. vor dem Assisenhofe verhandelt. Die Angeklagten sind Bossard, Setzer in der kaiserlichen Buchdruckerei, Lejolivet, Direktor einer lithographischen Korrespondenz, und Emard und Moner, dessen Angestellte. Lejolivet befaßt sich damit, an auswärtige Zeitungen politische Nachrichten zu schicken; es ist ihm natürlich darum zu thun, seinen Abnehmern neue, sonst noch nicht bekannte Nachrichten zu übermitteln. Die Stellung Bossard's gab Moner den Gedanken ein, daß er ihm nützliche Dokumente verschaffen könnte. Auf diesem Wege erhielt Lejolivet schon früher aus der kaiserlichen Druckerei den Text der Zeremonien des ersten Kirchengangs der Kaiserin; am 21. April entnahm Bossard, durch Lejolivet (die Anklage behauptet auch durch Moner und Emard) angespornt, den Werkstätten der kaiserlichen Druckerei ein Blatt, das den Vertrag vom 30. März mit Ausschluß vom 5 Artikeln enthielt (bekanntlich sollte der Vertrag erst nach erfolgter Ratifikation veröffentlicht werden). Das tiefste Geheimniß wurde versprochen. Lejolivet ließ den Vertrag abschreiben und sandte ihn an die Blätter „Nord" und „Independance". Das Verbrechen Bossard's erhielt sofort seine Belohnung, eine Summe von 100 Franken wurde ihm von Emard im Namen Lejolivet's übergeben. Lejolivet und Bossard wurden von den Geschworenen für schuldig befunden und Ersterer zu zwei Jahren, Letzterer zu 15 Monaten Gefängniß verurtheilt, dagegen Emard und Moner freigesprochen.

Italien.

Turin, 5. Juni. General Broglia hat den Befehl erhalten, sich zur Krönung des Kaisers Alexander nach Rußland zu begeben. (K. Z.)

Briefe aus Sardinien melden von verheerenden Ueberschwemmungen, die in Folge des Schmelzens des Schnees auf den Bergen und der häufigen Regengüsse das Land theilweise zerstören. (Fr. J.)

Aus Sardinien, 4. Juni. In Bergomanero verweigerte der dortige Kanonikus Ruga vier kgl. Karabiniers nach abgelegter österlicher Beichte die Absolution, weil sie in Uebereinstimmung mit dem Gesetze vom 29. Mai 1855 bei Besitzergreifung von geistlichen Gütern der vollstreckenden Gewalt Assistenz geleistet hatten. (Fr. J.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 30. Mai. Durch Tagesbefehl vom 11. und 12. d. M. ist auf Verfügung des Kaisers angeordnet worden, daß das in Nikolajeff im Bau begriffene Linienschiff „Bospor" soll in Zukunft den Namen „Sinope", und das zum Bau in Amerika (für Sibirien) bestimmte Linienschiff den Namen „Kaiserin Marie" führen. (Fr. Pstz.)

Amerika.

New-York, 24. Mai. Die Differenz mit England beschäftigt natürlich die ganze Aufmerksamkeit des Publikum in den Vereinigten Staaten, aber nach den Stimmen der Presse zu urtheilen, wünscht, hofft und rechnet Alles auf den Frieden. Diejenigen, die auf Cramptons Entlassung drangen — und ihre Zahl scheint Legion — hegen die Zuversicht, daß England keinen Grund sehen werde, diesen Schritt als eine Beleidigung oder gar Herausforderung zu betrachten, und erwarten, daß der kompromittirte Gesandte bald einen Nachfolger erhalten wird. (Aber England stellt eben in Abrede, daß er sich bloßgegeben habe.) (Fr. Postz.)

Philadelphia, 17. Mai. Kaum war es bekannt geworden, daß der Pater Vigil von unserer Regierung als Gesandter für die Republik Nicaragua anerkannt ist, so strömten auch schon von allen Seiten Rekruten herbei, um sich nach Nicaragua einschiffen zu lassen, und in kurzer Zeit kann Walker im Besitz einer ansehnlichen Armee seyn. (Schw M.)

Die Unruhen im Territorium Kansas nehmen eine bedenkliche Gestalt an. Die der Sklaverei günstige Partei hat in diesem Augenblick die Uebermacht. Der von der Versammlung der Abolitionisten gewählte Gouverneur Robinson und der frühere Gouverneur Rheeder, der von dem Kabinet Pierce's wegen seiner Ansichten abberufen und später zum Senator gewählt wurde, sind, der Erstere von den eingedrungenen Missouriern, welche die Anhänger der Sklaverei unterstützen, als Gefangener zurückgehalten und der Andere mit dem gleichen Schicksal bedroht worden; derselbe befindet sich auf der Flucht. Bei der Verhaftung Robinson's wollten sich die Missourier der von dem Untersuchungskomite des Congresses gesammelten Aktenstücke bemächtigen. Die Gemahlin Robinson's hatte indessen dieselben in Sicherheit gebracht. Zwischen den beiden Parteien des Territorium droht der Bürgerkrieg auszubrechen Die der Einführung der Sklaverei feindlichen Bürger von Lawrence haben ihre Stadt mit Befestigungswerken umgeben und ihren Willen erklärt, sich zu vertheidigen. Tausend Mann ihrer Gegner haben sich dem Repräsentanten der Bundesgewalt zur Verfügung gestellt.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 8. Juni. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. 81$\frac{1}{4}$; 4$\frac{1}{2}$pCt.Met. 72$\frac{3}{4}$; Wiener Bankaktien 1314; 5pCt. Lomb. 90; Wiener Wechsel k. S. 117$\frac{1}{2}$; 3pCt. inl. span. 41$\frac{1}{2}$; 1pCt. neue 25$\frac{7}{16}$. Oesterr. Kreditaktien 239$\frac{1}{2}$. Darmstädter Bankaktien 415$\frac{1}{2}$. Bayerische Ostbahn 106$\frac{1}{8}$. Luxemburger internationale Kreditbank 570.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 794 bis 793. — Elisabethen-Bahn 111$\frac{1}{4}$.

Augsburg, 7. Juni. Bayer. 3$\frac{1}{2}$pCt. Oblig. 87$\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. 93$\frac{3}{4}$ P.; 4$\frac{1}{2}$pCt. — P. 100$\frac{1}{2}$ G.; 5pCt. letzte Emission 102$\frac{1}{4}$ G.; 5pCt. dritte Emission 100$\frac{1}{2}$ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94$\frac{1}{2}$ P.; 94$\frac{1}{4}$ G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 786 P. — G.

Breslau, 4. Juni Wollmarkt. Bis gestern Abend sind von hiesigen Lagern von den vielen seit mehreren Tagen hier anwesenden Käufern gegen 5000 Ztr. gekauft worden. Am meisten waren schlesische Einfuhren gefragt von 105—115 Thlr.; es sind aber auch hochfeine Electoralwollen von 125—130 Thlr. aus dem Markt genommen worden. Sehr gesucht waren Schweißwollen von 76—86 Thlr. und feine gebündelte Sterblinge.

London, 3. Juni. Die Zuckerzufuhr in den ersten fünf Monaten hat in Großbritannien die Höhe von 178,300 Tons gegen 121,600 Tons zur selben Zeit im vorigen Jahre erreicht; der Export ist in derselben Zeit auf 22,900 Tons gegen 6600 Tons zur selben Zeit 1855 gestiegen und beträgt der gegenwärtige Vorrath in England 97,800 Tons gegen 63,200 Tons am 31. Mai 1855, wobei indeß zu berücksichtigen, daß die Hauptzufuhren jetzt schon eingetroffen und nur wenig noch zu erwarten ist. Die heutige Auktion war stark besucht und wurde flott zu festen Preisen gekauft. Kaffe ebenfalls fest. In Reis lebhaftes Geschäft, Preise 3 bis 6 d. höher. Salpeter flau. Thee unverändert. ord. Congo 9—9$\frac{1}{4}$ d. Talg zu 46 sh. angeboten.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 160. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 10. Juni 1856

. Die central-amerikanische Frage.

I.

Die Zwistigkeiten, welche sich allmählig zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika angesponnen haben, und welche über kurz oder lang in Krieg auslaufen zu wollen scheinen, haben viel Aehnlichkeit mit dem Verlauf, welchen seit 1853 die orientalische Frage nahm. Der kranke Mann war dort das türkische Reich, hier ist es Centralamerika, das unablässig vom Bürgerkriege zerrissen wird. England wie die Vereinigten Staaten sehnen den Augenblick herbei, der ihnen erlaubt, die Erbschaft anzutreten, und jedes von ihnen hätte längst schon bei Lebzeiten des Kranken zugegriffen und menschenfreundlich dann demselben den Garaus gemacht, um ihn von seinen Leiden zu erlösen — wenn nicht jedes von ihnen die gewaltige Faust des andern gefürchtet hätte, welche sofort handgreiflich gegen solche Gelüste protestirt haben würde. Beide Theile wissen nur zu wohl die schweren Opfer zu schätzen, welche ein Krieg von ihnen fordern würde; sie rechnen, erwägen, treten scheu zurück — und doch treibt sie wieder ein unwiderstehliches Verhängniß, den letzten Schritt zu thun, welchen sie gerne vermeiden möchten.

Sie haben im Jahre 1850 den Clayton-Bulwer-Vertrag mit einander geschlossen; sie haben sich damals versprochen, das Gebiet von Central-Amerika für alle Zeit als ein neutrales respektiren zu wollen. Ohne Zweifel war das an sich das beste Auskunftsmittel, eine Uebereinkunft, die jedem Theil sein wohlverstandenes Interesse am besten sicherte; aber Menschen bleiben immer Menschen, und wo die Leidenschaft sich regen, wird die Vernunft bald übertäubt. So war denn auch dieser Vertrag in Wirklichkeit nur der Ausdruck einer gezwungenen Zurückhaltung, die jeder Theil dem andern gelobte, mit dem stillen Vorbehalt, sie auf der Stelle bei Seite zu werfen, wenn einst günstigere Verhältnisse ihm gestatten würden, sich in den ausschließlichen Besitz des ersehnten Gegenstandes zu setzen. So gings einige Zeit erträglich; man beobachtete sich gegenseitig mit Argwohn und Mißtrauen, doch schwieg man still; aber nicht lange dauerte es, so brach die mühsam verhaltene Eifersucht da und dort hervor. Die auf Central-Amerika bezügliche Botschaft des Präsidenten Pierce vom 15. Mai läßt den Aerger über die Rolle, welche England in Central-Amerika spielte, nur zu deutlich durchblicken. „Nicaragua", heißt es darin, „würde sich in weit blühenderem Wohlstande befinden, wenn nicht sein einziger atlantischer Hafen durch eine auswärtige Macht besetzt wäre und wenn diese nicht mittelst ihrer störenden Ansprüche in Bezug auf einen Theil des Staatsgebietes von Nicaragua dessen Souveränetät beeinträchtigt, die Kolonisation desselben verhindert und es aller Zolleinnahme beraubt hätte." Warum kümmert sich Präsident Pierce so sehr um den Wohlstand des Staates Nicaragua? Er sagt es selbst an einer andern Stelle seiner Botschaft, was eigentlich des Pudels Kern ist. Im Eingang wird zunächst die Wichtigkeit Central-Amerikas für die Vereinigten Staaten als Landstraße für den Welthandel und als nächste Reiseroute vom Osten der Union nach Kalifornien und Oregon geschildert. Sodann folgt eine Uebersicht der Bestrebungen der Unions-Regierung, durch Tractate eine gesicherte Landstraße in Central-Amerika zu erhalten, ohne die Unabhängigkeit der dortigen Republiken zu gefährden. Was es mit der Achtung vor der Unabhängigkeit der centralamerikanischen Staaten für eine Bewandtniß habe, wurde schon oben angedeutet; sie ist das Aushängeschild, hinter dem sich der Eigennutz verbirgt.

Diese Verhältnisse, die widerstreitenden Interessen der beiden großen Handelsstaaten, die sich in Güte schwerlich ausgleichen lassen, werden unausbleiblich den Krieg herbeiführen. Die Walker'sche Angelegenheit gibt vielleicht den Anstoß dazu; vielleicht geht sie aus, wie das Hornberger Schießen, wer kann es wissen? Aber der Zündstoff ist einmal angehäuft; es bedarf nur eines Funkens, den Brand zu erregen; der Funke wird nicht fehlen; thut's dieser nicht, thut's ein anderer.

Deutscher Bund.

Bayern. In Buchbach, Post Velden (Oberpfalz), wird am 24. Juni und am 2. Juli Nachmittags 1 Uhr auf freiem Marktplatze das Nationalschauspiel: „Ludwig der Bayer" oder „die Schlacht bei Ampfing" (von Hübner), von dortigen Bürgern und deren Angehörigen aufgeführt werden. (M.B.)

Preußen. Berlin, 7. Juni. Der „Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen", einst, zur Zeit der vormärzlichen naiven Zustände, von den Respektablen mit jeder Auszeichnung beehrt, nunmehr noch ein stiller Kreis ernster energischer Männer und für die Fragen der Zeit warm fühlender Herzen, ist mit einem neuen Hefte seiner Mittheilungen (Neue Folge, Bd. II. Heft 3) hervorgetreten.

Gleich der erste Aufsatz über die Lage der ländlichen Arbeiter in Preußen von C. G. Kries zeugt von der im Vereine vorherrschenden wissenschaftlichen Richtung. Es ist darin ganz richtig hervorgehoben, daß man sich in neuster Zeit überzeugt hat, daß das Proletariat, welches man so gern als ein Produkt industrieller Zustände ansah, sich recht eigentlich auf dem Lande, und zwar zumeist unter den freien Arbeitern zeigte. Es ist ferner ganz richtig, daß alles dasjenige was der Verfasser über Heimats- und Armengesetze sagt, recht viel zur Herbeiführung einer so traurigen Erscheinung beiträgt, ja daß die Armengesetze fast soviel Leid als Hülfe gewähren; aber wir glauben doch, daß der Hauptgrund der unglücklichen Lage in der Niedrigkeit der Löhne liegt. Der Raum dieser Blätter gestattet keine weitere Ausführung, und wir wollen diejenigen, welche sich für diese wichtige, das Wesen des Sozialismus zunächst berührende Frage interessiren, nur kurz auf den dritten Brief von Rodbertus an v. Kirchmann hinweisen. Sie werden dort finden, daß die Grundrente nichts anderes ist als der Abzug an Lohn und Kapitalzins und sie werden dann weiter erwägen können, wie dies Uebel immer fortschreiten und zwar um so schneller fortschreiten muß, je mehr man bemüht ist, den Grund und Boden durch unfreie Agrargesetze zu monopolisiren.

Ein zweiter Aufsatz behandelt die Berliner Kellerwohnungen. Es wäre interessant auszumitteln, wie diese Art und Weise, Menschen zu logiren, die z. B. in Paris nur große Ausnahme ist, in Berlin Platz gefunden hat, gerade in dem Orte, dessen Bodenbeschaffenheit und geringe Erhebung über das Niveau der Spree so wenig Aufforderung dazu bot. Wir glauben fast, daß die Beschränkung, welche man rücksichtlich der Höhe der Häuser den Bauherrn auferlegte, sie aufgefordert hat, ihr Eigenthum und den Miethzins nach unten hin zu erweitern. Nach dem, was dieser Aufsatz beibringt, wäre es angemessen, die Anlage solcher Wohnungen ganz zu verbieten, und den Bauaufwand für selbige zu steinernen Treppen und damit zur Erhöhung der Häuser zu verwenden, so daß einerseits durch die verminderte Gefahr bei Bränden, andererseits durch Beschaffung des Wassers bis in die höchsten Räume vermittelst der neuen Anstalt, auch die vierten und fünften Stockwerke nutzbar würden. (Nat.-Ztg.)

§ **Oesterreich.** Wien, 7. Juni. (Privat-Korresp.) Die Frage wegen Erhöhung der Grundsteuer wird wohl im Laufe dieses Monats definitiv entschieden werden. Das bezügliche Elaborat ist vor einigen Tagen von Seiten des Ministerium an den Reichsrath gelangt, von wo aus es dann an das Kabinet des Kaisers geleitet werden wird. Was das Ausmaß der Erhöhung betrifft, so bestätigt sich meine frühere Mittheilung, nach welcher sie mit 8 pCt. berechnet werden wird. Die gewöhnliche Grundsteuer beträgt 16 pCt., der außerordentliche Zuschlag ist jetzt 5⅓; zu diesem sollen nun noch 2⅔ pCt.

zugeschlagen werden, wodurch die gewöhnliche Grundsteuer um 8 pCt. erhöht werden wird.

Wien, 6. Juni. Unter der Ueberschrift: „Ueber die neue Begräbnißnorm", beginnt heute die „Wiener Ztg." eine Reihe von Artikeln, die den Zweck haben, die Angriffe verschiedener deutscher Blätter zurückzuweisen und besonders die Stellung der Regierung zu dem bischöflichen Erlasse über die Beerdigung der Akatholiken darzulegen. Wir entnehmen dem Artikel, indem wir vorausschicken, daß die „Wiener-Ztg." das vollständigste Einvernehmen zwischen der Regierung und der Geistlichkeit erklärt, Folgendes:

„Auf den Gebrauch der Glocken der katholischen Kirchen haben in der Regel Bekenner anderer christlichen Konfessionen keinen Anspruch. Wird ein solcher auf Privatrechtstiteln beansprucht, so ist eine gütliche Ausgleichung zu versuchen, und falls diese nicht gelänge, die Angelegenheit der Regierung zum Entscheide vorzulegen. Anbelangend die Friedhöfe wird den politischen Organen zur Pflicht gemacht, auf Gemeinsamkeit derselben nicht nur nicht zu dringen, sondern vielmehr bei jedem sich darbietenden Anlasse dahin zu wirken, daß für akatholische Gemeinden entweder eigene Friedhöfe neu errichtet werden, oder daß, wo auf einen vorhandenen bisher gemeinsam benutzten ein billiger Anspruch bestehen sollte, ein Theil desselben förmlich abgetrennt und der akatholischen Gemeinde zu ihrem ausschließlichen Bedarf übergeben werde. Gelingt diese Theilung auf gütlichem Wege nicht, so ist die Sache der Regierung zum Entscheide vorzulegen. An jenen Orten, wo ein eigener Friedhof für Akatholiken nicht besteht, hat die Beerdigung akatholischer Leichen so lange, als ein eigener Friedhof für dieselben nicht hergestellt werden kann, auf dem katholischen Kirchhofe zu geschehen, es ist jedoch auf Begehren der Pfarrgeistlichkeit und im Einvernehmen mit derselben ein dem Bedürfnisse angemessener Theil desselben als Begräbnißplatz für die Akatholiken abzusondern. Wo für Akatholiken eigene Friedhöfe bestehen, oder ein Theil des bisher gemeinsamen denselben förmlich übergeben wurde, steht es denselben unbedingt frei, die Beerdigung nach ihren religiösen Gebräuchen vorzunehmen. Wenn aber eine Theilung nicht stattgefunden hat, so muß sich der akatholische Seelsorger, wenn er eine Leiche auf den katholischen Friedhof zu Grabe geleitet, nach den schon vom Kaiser Joseph gegebenen und seither aufrecht gehaltenen Vorschriften benehmen und es hat nach diesen die Beerdigung ohne Leichenrede und Gesang zu geschehen. In keinem Falle darf einem katholischen Seelsorger zugemuthet werden, eine akatholische Leiche, sey es auch ohne Zeichen seines kirchlichen Amtes, zu Grabe zu geleiten. Die Gesetzgebung Kaiser Joseph II. vom Jahr 1783 wurde damit aufgehoben. Diese ging von dem ganz entgegengesetzten Gesichtspunkte aus, daß die Errichtung gemeinsamer Friedhöfe für Katholiken und Akatholiken zu begünstigen sey, und ordnete deßwegen dort, wo keine besonderen Friedhöfe bestanden, ein gemeinschaftliches Begräbniß der Katholiken u. Akatholiken an. Sie gestattete ferner den Akatholiken, sich bei Begräbnissen ihrer Glaubensgenossen des katholischen Geläutes zu bedienen und legte dem katholischen Seelsorger, wenn kein akatholischer im Orte oder in der Nähe desselben war, den Zwang auf, die Leiche des Akatholiken zu Grabe zu geleiten."

Großbritannien.

London, 4. Juni. Die „Times" tritt gegen die englischen Politiker in die Schranken, welche über das Königreich Griechenland unbedingt den Stab brechen. Sie meint, der ehemaligen sentimentalen und maßloser Philhellenenbegeisterung, die zu knabenhaften politischen Experimenten geführt habe, sey ein eben so maßloser Rückschlag gefolgt. Namentlich bedauert sie das Verdammungsurtheil, welches Lord Palmerston vorgestern im Unterhause „mit dem vollen Freimuthe eines nicht offiziellen Redners" über die griechischen Zustände gefällt habe. Die „Times" meint, man habe zur Zeit der Gründung des Königreichs Griechenland einen Mißgriff begangen, indem man die Gränze zu enge zog und nicht weiter nach Norden verlegte. Macedonien und Thessalien hätte man zu dem neuen Staate schlagen müssen.

Frankreich.

* Paris, 6. Juni. Der Kaiser, welcher Lyon vorgestern gegen 9 Uhr Abends verlassen hatte, kam, wie bereits mitgetheilt, gestern früh nach 6 Uhr in Begleitung des Ministers der öffentlichen Arbeiten und der Generäle Niel und Fleury in Paris an und begab sich unverweilt nach St. Cloud. Auf dem Lyoner Bahnhof und in der dahin führenden Straße hatte sich eine große Menschenmenge versammelt; die Arbeiter verzögerten es, an ihre Arbeit zu gehen, um dem Kaiser durch ihren Beifalls- auf ihre Erkenntlichkeit für den großmüthigen Gedanken, der ihn in Mitte der Ueberschwemmten führte, an den Tag zu legen. Sogleich nach seiner Ankunft ordnete der Kaiser an, daß, zur Abhülfe des Unglücks, von dem mehrere Departements betroffen wurden, beim gesetzgebenden Körper ein weiterer Kredit von 10 Millionen verlangt werde. Ebenso wird man unverweilt die erforderlichen Maßregeln treffen, um die Wiederkehr solcher Katastrophen zu vermeiden. — Der Minister der öffentlichen Arbeiten wird nach Orleans abgehen, um das in diesem Augenblick so hart heimgesuchte Loire-Thal zu besuchen, und die nöthigsten Anordnungen zur Hülfe zu treffen.

Paris, 3 Juni. Die ganze Aufmerksamkeit ist in diesem Augenblicke auf jene unglücklichen Landstriche gerichtet, welchen, von den Fluthen heimgesucht, der Kaiser selbst Minderung ihrer Noth bringen ging. Wenn das Bild der Presse genügt, das Herz zu zerreißen, so sind die Privatbriefe voll von einer Schilderung, welche das Haar sträuben macht. Die Straßen Lyons gleichen Lagern, wo die aus den überschwemmten Theilen Herbeigeeilten unter freiem Himmel und unter Zelten kampiren, welche man ihnen aus Tüchern, Stangen, Brettern errichtete. Glücklich, wer nur einen Bund Stroh, ein Bündel Heu oder dergleichen erhalten konnte, um nicht mit Weib und Kind auf dem harten Steine gebettet zu seyn, und doch blies der Nordwind frisch und scharf. Leute, die als wohlhabend bekannt gewesen waren, streckten halb nackt die Hand nach einem Bissen Brod oder nach einer milden Gabe aus. Das Wasser war zurückgetreten, aber das Zusammenstürzen der Häuser hatte nicht aufgehört und viele Menschen wurden leider unter den Ruinen begraben. Nicht bloß diese Unglücklichen allein, sondern einer der wichtigsten Erwerbszweige Frankreichs dürfte betroffen seyn: die Seidenkultur, die in Frankreich einen Werth von 300 Mill. repräsentirt. Ohnedies hat man von der diesjährigen Seidenärnte wenig große Erwartungen gehegt, jetzt dürfte ein Theil der Zucht ganz zerstört seyn. Die meisten durch das Unglück in Lyon getroffenen Leute sind Seidenweber, Seidenzüchter und dergleichen, denn die Seidenfabrikation wird da noch weniger in großen Etablissements betrieben; sie ist zum großen, vielleicht zum größten Theile noch Hausarbeit. Der Weber hat ein kleines Häuschen oder Hütte in der Vorstadt von Lyon, darin steht sein Stuhl, auf dem er die glänzenden Zeuge webt, welche in den Schaufenstern unserer Boulevardsläden prangen. Ein ärmliches Möbel, die Frucht des Erwerbes vieler Jahre, ist sein Hausstand. Nun sind Hütte, Webstuhl und Mobiliar dahin. Wo soll er Mittel hernehmen, neue zu erwerben, wenn nicht die Wohlthätigkeit sie ihm bietet? Manche Orte waren förmlich Tage lang ohne Brod, das selbst für theures Geld nicht zu haben war; sie fanden sich von den Backhäusern oder Magazinen abgeschnitten. Der Maire von Avignon mußte mittelst Telegraphen in Marseille eine Ladung Brod verlangen. Die Privatwohlthätigkeit und die Regierung sind gleichmäßig im Zuge, die Noth zu mildern. Bereits sind Subskriptionen eröffnet und der „Siecle" hat die Ehre, darin allen andern Journalen oder Korporationen vorangegangen zu seyn. Man kann darauf rechnen, daß hier die Privatwohlthätigkeit große Stücke thun werde. Die Franzosen sind in jeder Beziehung voll Schwung und Exzentrizität. (Ostd. Post.)

Italien.

Der Reiz des Venetianischen Lebens zieht immer mehr reiche Familien nach Venedig, um sich hier auf längere Zeit oder ganz niederzulassen. Mancher der schönen verlassenen und verödeten Paläste hat in letzter Zeit reiche Besitzer erhalten, die sie zum Theil mit ungeheurem Aufwande wieder herstellen und neu einrichten. Es regt sich überall, und statt allmälich zu sinken, hebt sich Venedig unverkennbar auf's Neue und geht der vielversprechenden Zukunft entgegen, wo die Durchstechung der Landenge von Suez es vielleicht einen Theil jenes Reichthums wieder erwerben lassen wird, den es einst durch neue Handelswege verloren.

* Französische Blätter enthalten folgendes: „Dem neapolitanischen Gouvernement haben Sir George Temple und Baron Brenier im Namen ihrer Regierungen sehr energische „identische" Noten übergeben. Der Wiener Hof ist durch Verwandtschaftsrücksichten gehindert gewesen, gleichfalls eine identisch lautende Note an den König von Neapel zu richten, doch erklärte er dem neapolitanischen Kabinet, daß er mit dem Inhalte der englisch-französischen Note vollkommen einverstanden sey und ihren Absichten und Demarchen gänzlich beitrete."

Mazzini ist noch immer thätig. Jüngst wieder hat er in einem belgischen Blatt einen „Aufruf an Italien", von Viktor Hugo, d. d. Guernsey, 26. Mai 1856 veröffentlicht, welchen wir hier abdrucken, als eine Probe der Redekunst und Logik der revolutionären Propaganda. „Italiener, die Stunde

nebt; ich sage es zu euerer Ehre, sie kommt durch euch. Ihr seyd jetzt die große Unruhe für alle kontinentalen Throne. Die Stelle, an der die europäische Solfataran zuerst sich entladen wird in diesem gewitterdunklen Augenblicke, ist Italien. Ja, die Regierung der Ungeheuer und Despoten, der großen wie der kleinen, hat nur mehr einige Augenblicke für sich, — wir sind am Ende. Erinnert euch, daß ihr Kinder seyd des Landes, das zum Wohlseyn und zum Verhängniß für das Böse prädestinirt ist, daß die zwei Riesen des menschlichen Gedankens beschatten, Michel Angelo als Richter und Dante als Rächer. Haltet fest und lauter an einer erhabenen Mission. Laßt euch dieselbe weder rauben noch schmälern. Kein Schlaf, kein Erstarren, kein Schwanken, keine Rast fürder! Rührt euch, rührt euch! Die Pflicht für uns Alle, für euch, wie für uns, ist Agitation heute, der Aufstand morgen! Eure Mission ist einreißen und zivilisiren. Sie muß vollzogen werden. Zweifelt nicht, die Vorsehung wird aus all' der Nacht ein großes, starkes, glückliches und freies Italien hervorgehen lassen. Ihr tragt in euch die Revolution, die die Vergangenheit verschlingen, und die Regeneration, welche die Zukunft begründen wird. An der Stirne dieses erhabenen, in mächtiges Dunkel gehüllten Italien wird man mit dem ersten Fakelschein des Brandes den ersten Strahl der Morgenröthe erglänzen sehen. Verschmähet das, was man euch jetzt anbieten zu wollen scheint. Nehmt euch in Acht und habt Vertrauen. Mißtrauet den Königen, vertrauet auf Gott."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Triest, 5. Juni. Nach der „Triester Ztg." protestirt Rußland gegen die Wahl Stourdzas als Mitglied der Kommission zur Regulirung der bessarabischen Gränze. (T.D.d.N.-Z.)

Die Regierung der Moldau hat bekanntlich der Dessauer Bank, an deren Spitze Hr. Nulandt steht, die Erlaubniß ertheilt, in Jassy eine Hypothekenbank zu errichten. Die Oesterreicher spannten alle Saiten auf, einer österreichischen Gesellschaft die Erlaubniß zu verschaffen, wogegen Preußen sich der Dessauer annahm. Der Divan hat den Fürsten, Oesterreich nicht ein so mächtiges Mittel der Einmischung in die Hand zu legen. Der Fürst gab nach und bestätigte das Privilegium für die Dessauer Bank. — Indessen halten sich die Oesterreicher nicht für geschlagen, sondern sie beabsichtigen die Angelegenheit an die Pforte zu bringen. Nun ist der preußische Generalkonsul nach Konstantinopel gereist, um dort der österreichischen Diplomatie entgegenzuwirken.

Amerika.

Der Name Walker wird jetzt so oft genannt, daß es interessant seyn dürfte, das Portrait dieses Mannes vorzuführen, wie es der New-Yorker Korrespondent des „Globe" gibt: „Denken Sie sich einen Mann, ungefähr 5 Fuß hoch, mit nichts weniger als einnehmenden Gesichtszügen, fuchsrothen Haaren, ohne Schnurr- und Backenbart, hervorragenden Backenknochen, niedriger Stirn und hinterlistigem Blick; da haben Sie das Bild Walker's, des neuen Gewalthabers von Nicaragua. Sein Costume ist folgendes: Gewöhnlich trägt er eine blauflanellene Blouse, zuweilen einen blauen Mantel, schwarze Beinkleider, Stiefel und einen Heckerhut, einen Gürtel und einen Degen. Ohne letzteren würde man dieses Männchen für die unbedeutendste Persönlichkeit der Welt halten, etwa für einen New-Yorker Krämer. Wie es heißt, soll er sich früher mit Medizin, mit der Prediger-Kanzel und mit der Gerichtsstube beschäftigt haben, ohne es zu etwas Rechtem zu bringen. Seine Anhänger sagen, er spreche Französisch, Englisch und Spanisch, es scheint aber zweifelhaft, daß er auch nur eine dieser Sprachen rede. Sein Bruder, der ihn begleitet und der Norval Walker heißt, ist ein Erzjäuser und der größte Renommist der Welt."

Nichtpolitische Zeitung.

Stadtsteinach, 5. Juni. Heute Mittags gegen 2 Uhr zog ein Gewitter mit heftigem und unausgesetztem Donner von Westen her über Stadtsteinach und Untersteinach den Schorgastgrund hinauf. Hier in Stadtsteinach fiel der Regen in Strömen und wir besorgten in jedem Moment ein Platzen der tief herabhängenden Wolken; in Untersteinach dagegen, wie in Gumpersdorf, mischten sich in den Regen Schlossen in der Größe von welschen Nüssen, die an Umfang zunahmen, je weiter das Wetter den Schorgastgrund hinaufzog. Im Verlaufe von wenigen Minuten waren die Fluren von Gumpersdorf, Untersteinach und Ludwigschorgast schuhhoch und theilweise noch höher von diesen Schlossen bedeckt und damit Alles zerstört, was auf diesen Fluren stand. Alle Feldfrüchte ohne Ausnahme, alles Wiesenfutter und alle Baumfrüchte sind vernichtet. An keiner Hecke, an keinem Baum ist ein Blatt mehr zu sehen, und in den Waldungen bei Gumpersdorf liegen schuhhoch die herabgeschlagenen Baumäste. In den Orten Gumpersdorf, Untersteinach und Ludwigschorgast sind sämmtliche Fenster in der westlichen Richtung der Gebäude zertrümmert, und in letzterem Orte, wo die Schlossen eine eckige Form hatten und ganze Eisstücke fielen, wurden auch die Dächer stark beschädigt. Diese Zerstörung, die so Vielen Jammer und Elend bereitet, geht über Neuenmarkt hinaus, wie weit, ist zur Zeit dahier unbekannt. (N. M. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 9. Juni. Ohne große Veränderung der Kurse waren bei ziemlichem Umsatz beinahe sämmtliche Effekten beliebter, insbesondere Meininger und Luxemburger Kreditaktien, die zu höheren Kursen vom Markte genommen wurden.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 790 bis 788. — Elisabethen-Bahn 111¼.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1318 P. 1313 G. Neue Bankaktien 443 P. 438 G. Credit-Actien à 5pCt. 242½ P. 240½ G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82¾ P. 82½ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90½ P. 90¼ G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72¾ P. 72½ G.; à 4pCt. 61½ P. 61 G.; à 3pCt. 48½ P. 48 G.; à 1pCt. 16⅛ P. 15⅞ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 122 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105¼ P. 105 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 298 P. 296 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 91¼ P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 106½ P. 105¼ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156¾ P. 156¼ G. Neustadt-Weissenb. 116¼ P. 115¾ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 120 P. 119½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90½ P. 90 G.; 4½pCt. 103¼ P. 102¾ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80½ P. 80 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39¾ P. 39½ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 66 P. 65½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112½ P. 112¼ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 414 P. 412 G.; junge 357 P. 355 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 110¼ P. 109¾ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47⅞ P. 47⅝ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½ G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 123½ P. 123 G.; Taunus-Aktien 321 P. 319 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 86¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 580 P. 575 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41¾ P. 41½ G.; 1pCt. neue $25\frac{13}{16}$ P. $25\frac{11}{16}$ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¼ P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119¼ P. 119 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i.S. Lr. 250 k.S 101¼ P 101 G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k.S 94 P. 93¾ .
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96¾ P. 96½ G.	Wien fl. 100 C. k.S. 117⅜ P. 117⅛ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅝ P. 88⅜ G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116¾ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Die Beschäftigung der Sträflinge im Freien findet in Preußen eine immer weitere Anwendung. Vergangene Woche kamen aus der Brandenburger Strafanstalt mit dem Kölner Zuge 100 Sträflinge in Berlin an, die alsbald weiter gingen und die Bestimmung haben, Oder-Deich-Arbeiten auszuführen. Sämmtliche Sträflinge trugen Jacken und Hosen von grauer Leinwand, Tuchmützen und Wasserstiefel. Dem Vernehmen nach sollen zu diesen Deichbauten 600 Sträflinge verwandt werden, welche zum Theil der neuen Strafanstalt zu Moabit, zum Theil der Strafanstalt zu Spandau angehören. (K.Z.)

Wien, 4. Juni. Die Reise unsers Monarchen nach den lombardischen Provinzen dürfte Ende des Monats Juli angetreten werden. Man hofft, wenn bis dahin das System der Amnestirungen in ausgedehntem Maßstabe fortgesetzt und auch die Einberufung der Congregationen verkündigt wird, daß sodann die allgemeine Stimmung in den lombardischen Provinzen eine sehr freudige und huldigende seyn werde. Noch wichtiger in diplomatischer Beziehung ist aber, daß sich die Reise des Kaisers wahrscheinlich durch Tyrol nach Süddeutschland weiter erstrecken werde, um eine Zusammenkunft mit Louis Napoleon herbeizuführen. (Wes.-Z.)

Brüssel, 5. Juni. Die Königin Marie Amalie, Wittwe Louis Philipps, ist, aus Italien zurückkehrend, schon gestern in Laeken eingetroffen. Sie ist von dem Herzog und der Herzogin von Nemours begleitet. Der Herzog von Brabant hat sich diesen Morgen nach Verviers begeben, wo er mit dem von Köln zurückkehrenden Erzherzog Ferdinand Maximilian zusammentreffen wird. Die Prinzen werden den Freitag in Antwerpen, und der Erzherzog wird sich erst Sonnabend Morgens von dort nach Holland begeben. (A. Z.)

Brüssel, 7. Juni. Die dahier bestehende französische Wohlthätigkeits-Gesellschaft hat für die Ueberschwemmten in Frankreich eine Subskription eröffnet.

Paris, 7. Juni. Nach dem „Moniteur" besuchte der Kaiser gestern Nachmittags gleich nach seiner Ankunft zu Blois die überschwemmten Stadttheile, die Quais, die Vorstadt von Vienne und die Dämme, worauf er mit Extrapost nach Tours abreiste, wo er um 9 Uhr ankam; er begab sich sofort nach den Dämmen des linken Ufers, deren Durchbruch bekanntlich die ganze Stadt unter Wasser gesetzt hatte. Er durchfuhr hierauf die Straßen mit einem Nachen und begab sich dann zu Pferde nach der Präfektur. Dort fand eine Konferenz Statt, um über die Mittel zur Verhinderung der Wiederholung dieser Unglücksfälle zu berathen. Um halb 1 Uhr verließ der Kaiser Tours, um über Blois und Orleans nach Paris zurückzukehren. Das Fallen der Rhone hält an. Die Straße nach Lyon ist ganz vom Wasser frei. Aus den Loire-Gegenden lauten die Nachrichten auch besser. Ein heftiger Nordwind wirkt sehr günstig. — Zu Orleans übergab der Kaiser den Behörden 120,000 Fr. zur einstweiligen Linderung der ärgsten Noth. — Der Pariser Gemeinderath hat in der nämlichen Sitzung, in der er die zu den Tauffesten bestimmten Fonds votirte, auch auf den Antrag des Seine-Präfekten einmüthig beschlossen, der Regierung 100,000 Franken für die Ueberschwemmten zur Verfügung zu stellen. — Der „Moniteur" veröffentlicht eine Adresse des Lyoner Gemeinderaths, worin derselbe im Namen der ganzen Bevölkerung seinen Dank für den kaiserlichen Besuch ausspricht. — Jetzt erst bekommt man einen Blick in das Massenhafte der Verheerungen, welche die ausgetretenen Flüsse verursacht haben, und man schätzt für die Rhone-Gegenden allein den Verlust auf 250 Millionen Franken. Hier hört man von nichts als von Unterzeichnungen, Hülfeleistungen u. s. w., und die Pariser, wie überhaupt die Franzosen beweisen das regste Mitgefühl. — Der Kaiser hat von den ausgestellten Thieren, Geräthschaften, Sämereien ꝛc. bereits für 100,000 Fr. angekauft und zur Vertheilung unter die verschiedenen landwirthschaftlichen Vereine bestimmt. Gestern wurde die Ausstellung von mehr als 25,000 Personen besucht. (K. Z.)

Paris, 6. Juni Der Kaiser ließ nach seiner Rückkehr von Lyon alsbald den Präfekten rufen, um den Ausgaben für die Tauffeier Einhalt zu thun, im Fall es noch Zeit sey. Der Präfekt erklärte ihm aber, daß es zu spat zur Rücknahme der getroffenen Anordnungen sey, da die meisten Ausgaben schon gemacht worden. (Fr. Pstz.)

New-York, 24. Mai. Zu Washington hat vorgestern im Sitzungssaale des Senates ein Senator den anderen ganz gehörig durchgeprügelt. Der Hergang der Sache war nach dem „New-York Herald" ungefähr folgender: „Oberst Preston S. Brooks aus Süd-Karoline fühlte sich durch folgende Aeußerung in einer jüngst von Senator Sumner gehaltenen Rede verletzt: Mit Bedauern muß ich noch einmal auf den Senator für Süd-Karolina (Buttler) zurückkommen, welcher allgegenwärtig in dieser Debatte, bei der bloßen Nachricht, daß Kansas die Aufnahme als Staat nachgesucht habe, vor Wuth schäumte und seine unzusammenhängenden konfußen Redensarten bald gegen den Vertreter, bald gegen das Volk von Kansas losließ. Er gibt keine vor Alters üblichen Ausschweifungen der parlamentarischen Debatte, die er nicht nachgeahmt, keine Entstellung der Wahrheit, deren er sich nicht schuldig gemacht hätte. Allein der Senator kann gar nichts anrühren, ohne daß er es sofort durch Irrthümer entstellt, mögen dieselben sich nun auf das Prinzip oder auf die Thatsachen beziehen. Er ist gar nicht fähig dazu, etwas Richtiges vorzubringen, gleichviel, ob es sich um Verfassung oder um Rechtsfragen, um statistische Details oder um gelehrte Citate handelt. Er kann den Mund gar nicht aufthun, ohne daß ein grober Bock herausspringt. Am erbostesten aber ist der Senator gegen das Volk von Kansas. Da er aus einem Staate kommt und aus was für einem Staate! aus Süd-Karolina, so blickt er mit vornehmer Verachtung auf dies neu gegründete Gemeinwesen herab, welches er nicht einmal als „„politischen Körper"" gelten lassen will. Ich möchte wohl wissen, was ihn zu einem solchen Egoimus berechtigt. Etwa die Geschichte des Staates, welchen er vertritt? Wenn er sie gelesen hat, so wird er wohl wissen, welche durch die Sklaverei verursachte schmähliche Ohnmacht Süd-Karolina während der ganzen Revolution, und welche noch schmählichere Anmaßung im Kampfe für die Sklaverei es seitdem bewiesen hat."

Der erwähnte Senator Buttler ist ein bejahrter Mann und befand sich zur Zeit, als diese Worte gesprochen wurden, zum Besuche bei seiner Familie in Süd-Karolina. Nachdem Senator Brooks dem Senator Sumner am 21. und am Morgen des 22. eine Stunde lang vergebens in der Nähe des Congreß-Gebäudes aufgelauert hatte, begab er sich an dem letzterwähnten Tag in dem Augenblicke, wo sich der Senat vertagte, in den Sitzungssaal. Da mehrere Damen anwesend waren, so nahm er Herrn Sumner gegenüber Platz und wartete, bis dieselben sich entfernt hatten. Dann sagte er ruhig zu ihm: „Mr. Sumner, ich habe Ihre Rede mit großer Aufmerksamkeit und mit aller Unparteilichkeit gelesen, deren ich fähig bin, und halte es für meine Pflicht, Ihnen zu sagen, daß sie meinen Staat öffentlich geschmäht und einen meiner Verwandten, der alt und abwesend ist, verleumdet haben. Ich bin deßhalb gekommen, um sie zu züchtigen." Bei diesen Worten versuchte Sumner aufzuspringen und sich zur Wehr zu setzen, erhielt jedoch mit einem Zoll dicken, aber hohlen Guttaperchstocke sofort einen Schlag auf den Kopf, worauf Oberst Brooks so lange auf ihn losschlug, bis der Stock zerbrochen war und Sumner blutend da lag. Mr. Crittenden fiel ihm hiernach in den Arm, worauf Brooks bemerkte: „Ich wollte ihm weiter nichts zu Leide thun, sondern ihn bloß ein wenig durchprügeln." Noch an demselben Tage ward Brooks verhaftet, jedoch gleich nachher auf sein Ehrenwort und gegen Hinterlegung einer Kaution wieder freigegeben." (K. Z.)

Aus Macao, 15. März, wird berichtet, daß es den Russen nach mehrmals wiederholten Versuchen gelungen ist, eine Antwort von dem Hofe zu Yeddo zu erhalten. Der Kaiser von Japan hatte nach Nangasaki, woselbst sich die russische Fregatte „Pallas" befand, den Großmandarin seines Hofes gesendet, damit derselbe die den Abschluß eines Vertrages zwischen Rußland und Japan betreffenden Unterhandlungen fortsetze. Auf diese Weise wird also das Kabinet von St. Petersburg einen schon mehr als zwanzig Jahre verfolgten Zweck und ein Resultat erreichen, das für die Entwickelung des russischen Seehandels um so bedeutender ist, als seine Beziehungen zu China tagtäglich an Bedeutung gewinnen. (Deutschl.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 161. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 11. Juni 1856

*** Die central-amerikanische Frage.

II.

Nachdem wir gestern die allgemeinen und tieferliegenden Ursachen des Mißtrauens und der Eifersucht zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika dargelegt haben, wollen wir heute die Vorgänge besprechen, welche insbesondere den Anlaß zu dem gegenwärtigen Zerwürfniß gegeben haben.

Nachdem England verschiedene Versuche gemacht hatte, in Central-Amerika festen Fuß zu fassen, und in den Vereinigten Staaten das Mißtrauen erwacht war, daß es hiemit nur darauf abgesehen sey, den lange projektirten Nicaragua-Kanal, welcher das atlantische mit dem stillen Meer verbinden sollte und der für den Welthandel von unendlicher Bedeutung werden würde, unter Englands Oberaufsicht zu stellen und ihn gewissermaßen für dasselbe zu monopolisiren: thaten sie Einsprache und nach langem Unterhandeln kam im Jahre 1850 der Clayton-Bulwer-Vertrag zu Stande, demzufolge keiner von beiden Theilen eine ausschließliche Kontrole über den projektirten Kanal erhalten, und jeder den Staat Nicaragua als vollkommen neutral respektiren sollte; das Gleiche sollte für Central-Amerika überhaupt gelten, kein Theil dort eine Oberhoheit sich anmaßen, kein Gebiet in Besitz nehmen noch kolonisiren. Dieser Vertrag wurde durch den Webster-Crampton-Vertrag 1852 bestätigt. (Man übersehe nicht, wie anmaßend die beiden Vertragstheile über Gebiete verfügten, die ihnen gar nicht gehörten, ohne die Regierungen derselben nur zu fragen!)

Bald aber erhob sich ein Streit über die Auslegung des Vertrags. Die Nordamerikaner behaupteten, derselbe müsse rückwirkende Kraft haben, England bestritt dies — weil es nämlich die vor dem Vertrag von 1850 von ihm besetzten Bay-Inseln nicht räumen, sein lange geübtes Protektorat über den König der Moskitos-Indianer nicht aufgeben, sein allmählig erweitertes Etablissement in Balize auf die früheren engen Gränzen nicht beschränken wollte. So verhält es sich auch mit der Rückgabe der Stadt San Juan (Greytown) an den Staat Nicaragua, welche die Amerikaner verlangen, während die Engländer behaupten, Nicaragua habe darauf gar keine Ansprüche, sondern sie gehöre zum Gebiet des Moskito-Königs; so auch mit der Räumung der Insel Ruatan, welche England seit einem Jahrhundert schon besessen zu haben behauptet. Eine Unzahl von Noten wurde über diese Frage gewechselt, aber vergebens; man konnte sich über den Sinn des Vertrags nicht einigen — natürlich, weil man sich nicht einigen wollte. Auf wessen Seite das Recht ist, wollen wir hier nicht untersuchen — genug daß die Thatsache des Streites fest steht.

Während nun die Nordamerikaner in den erwähnten englischen Besitzungen, Kolonien ꝛc. in Central-Amerika die Vorposten englischer Herrschaft daselbst finden, betrachtet England die Schaar nordamerikanischer Abenteurer unter Walker, welche während des Bürgerkrieges in Nicaragua sich eingenistet hat, und jetzt dem Präsidenten Rivas als Stütze dient, mit gleich ungünstigen Augen. Walker ist kein Abgesandter oder Werkzeug der nordamerikanischen Regierung; allein er ist nordamerikanischer Bürger, seine Leute sind es auch; sie werden Nicaragua gewiß so bald nicht verlassen, im Gegentheil ihre Thatenlust wird sie treiben, in Central-Amerika immer weiter sich auszubreiten; Nachzug in Masse wird ihnen nicht fehlen — das Beispiel von Texas hat das gelehrt — und bald wird, ohne alles Zuthun der Regierung zu Washington, die nordamerikanische Kolonie fertig seyn; von da bis zur Einverleibung ist nur noch ein Schritt. Darum unterstützt England die Republik Costa-Rica in ihrem gegenwärtigen Kampf gegen Nicaragua; darum liegt in der Anerkennung der neuen von Walker beeinflußten Regierung in Nicaragua durch den Präsidenten Pierce eine Demonstration gegen England.

Dazu kommt nun noch die Zänkerei über die Werbungen für die englische Fremden-Legion, welche wie in Europa so auch in Nordamerika während des russisch-türkischen Krieges angestellt wurden. Die nordamerikanischen Landesgesetze verbieten streng solche Werbungen; sie bestimmen: „daß, wenn Jemand innerhalb des Gebietes oder der Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten sich anwerben läßt oder eintritt oder einen andern dingt oder engagirt einzutreten oder sich anwerben zu lassen oder die Gränzen oder die Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten zu verlassen zu dem Zwecke sich anwerben zu lassen oder einzutreten in den Dienst eines fremden Staats als Soldat oder Seemann an Bord eines Kriegsschiffes — jede Person, die dies Vergehen begeht, eines high misdemeanour schuldig seyn und bis zu 100 Dollars und drei Jahr Gefängniß bestraft werden soll.“ Nun kamen allerdings Fälle vor, daß in den Vereinigten Staaten für englischen Kriegsdienst geworben wurde, die Nordamerikaner behaupten, der englische Gesandte in Washington, Hr. Crampton, habe nicht bloß darum gewußt, sondern es noch begünstigt, habe dadurch also ihre Gesetze verletzt, und deßhalb solle ihn die englische Regierung abberufen. Diese aber zieht entschieden in Abrede, daß ihr Gesandter sich eine solche Blöße gegeben habe und will sich demnach nicht zu einem Schritt verstehen, welcher ein solches Zugeständniß in sich schließen würde. Nun hat, wie die neueren, freilich noch nicht verläßigen Nachrichten sagen, die nordamerikanische Regierung Herrn Crampton seine Pässe zugeschickt. Damit sind die diplomatischen Beziehungen mit England abgebrochen; ob ernstere Folgen sich anschließen, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen; die englische Regierung scheint wenigstens sehr friedfertig zu seyn. Aber wie wir gestern sagten, der Streit, wenn er auch jetzt noch nicht ausbricht, lange bleibt er wohl nicht mehr aus.

Deutscher Bund.

Nach einer gleichlautend in mehrere Blätter übergegangenen Notiz ist in der Bundesversammlung der Antrag gestellt: bei den Vorarbeiten über das von der bayerischen Regierung in Anregung gebrachte allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch den französischen Code de commerce zu Grunde zu legen.
(Allg. Ztg.)

---

* **Preußen.** Auf dem Pariser Friedens-Kongreß wurde die Frage, wegen Wiederherstellung der preußischen Herrschaft in dem schweizerischen Kanton Neuenburg nur obenhin einmal berührt, aber nicht weiter besprochen. Der „Frankf. Postztg.“ zufolge besteht in Berlin die Absicht, diese Frage, die man als eine nothwendig auszuwetzende Scharte dort betrachtet, erst einem Fürsten-Kongreß zu unterbreiten, dessen Zusammentritt noch immer nicht unwahrscheinlich sey.

Aus Schlesien, 5. Juni. Seit einigen Tagen haben wir große Hitze und in Folge derselben wird das Land vielfach von Gewittern heimgesucht, die häufig mit Hagel verbunden sind. Eine andere Landplage sucht unsere Provinz heim, nämlich die Rinderpest. Sie ist aus dem Posenschen eingeschleppt worden, wohin sie aus Polen kam, und kam zuerst auf der Herrschaft Sintsch (Kreis Guhrau) zum Ausbruch, trat aber daselbst alsbald mit großer Heftigkeit auf Bald darauf brach sie in Köben an der Oder aus, was gegen 6 Meilen von Sintsch entfernt tiefer in Schlesien liegt. Es erregt das eine allgemeine Bestürzung, die durch das schnelle Vordringen der Seuche sich noch vermehrt.
(Schw. M.)

Großh. Hessen. Darmstadt, 8. Juni. Ein Entwurf der bürgerlichen Prozeßordnung ist mit Motiven und einer Zusammenstellung der einzelnen Artikel mit den ihnen entsprechenden Paragraphen der badischen Zivilprozeßordnung im Druck erschienen. Die Gerichtshöfe sind eben mit der Begutachtung beschäftigt. Der daraus hervorgehende Gesetzentwurf soll der nächsten Ständeversammlung vorgelegt werden. (Fr. Postz.)

Oesterreich. Triest, 7. Juni. Gestern beschloß der hiesige Stadtrath, dem Minister der auswärtigen Angelegenheit Grafen v. Buol-Schauenstein das Ehrenbürgerrecht zu ertheilen. (Fr. Pstz.)

Schweiz.

Bern, 7. Juni. Die englische Gesandtschaft wünscht vom Bundesrath die Zustimmung, daß für Fremdenlegionäre zum Zwecke einer allfälligen Durchreise durch die Schweiz nach stattgehabter Entlassung am Platz förmlicher Reisepässe militärische Marschrouten genügen möchten. Sie ersucht um beförderliche Erwiderung, damit die englische Regierung in dem Entscheid über die Auflösung der Legionen nicht aufgehalten werde. Aehnliche Anfragen sind an viele europäische Staaten ergangen. — Abgeordnete der Stadt Nidau sind in Bern eingetroffen und laden die Regierung von Bern und den Bundesrath dringend ein, Abordnungen nach dem Seeland zu senden, um sich von dem jammervollen Zustande zu überzeugen, den die Ueberschwemmung herbeigeführt hat. Ein Blatt bemerkt: Sollte sich unsere Generation unfähig zeigen, die Gewässerkorrektion durchzuführen, so wäre sie nicht würdig, zu existiren. (Schw. M.)

Großbritannien.

London, 7. Juni. Der Prinz-Regent von Baden und Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen benutzen ihren nun bald zu Ende gehenden Aufenthalt in der Hauptstadt, um die Sehenswürdigkeiten derselben in Augenschein zu nehmen; und so besichtigte Ersterer gestern den Riesendampfer, mit dessen Bau man nun schon anderthalb Jahre auf der Themse beschäftigt ist, während Letzterer einen Gang durch die Parlamentsgebäude machte.

Der „Star" theilt folgende Nachricht aus Canada mit: Der Generalgouverneur soll eine Depesche von der englischen Regierung erhalten haben, die mit den Worten schließt: „Die Politik von Ihrer Maj. Regierung bleibt unverändert. Sie wünscht sich vorzugsweise auf die wohlerprobte Loyalität und auf den Muth von Ihrer Majestät canadischen Unterthanen zu verlassen und erwartet, daß sie jeden feindlichen Angriff, wenn sich jemals eine so unglückliche Veranlassung bieten sollte, zurückschlagen werden; obgleich in solchem Fall Ihrer Majestät Regierung nicht ermangeln würde, der Provinz den vollen Beistand der ganzen britischen Reiches zu Theil werden zu lassen."

Frankreich.

Paris, 7. Juni. Der Kaiser ist heute von Orleans zurückgekehrt. Er soll manchen Grund zur Unzufriedenheit gefunden haben, namentlich über die Nachlässigkeit oder Ungeschicklichkeit, mit der an vielen Orten die bestehenden Vorschriften über Weg- und Wasserbauten ausgeführt sind, während deren getreue Erfüllung die Ueberschwemmung an vielen Orten gehindert, an andern Orten weniger verderblich gemacht hätte. Dem Präfekten vom Loire-Departement behändigte der Kaiser aus seiner Privatkassa 20,000 Fr., dem Bürgermeister von Beaugency 5000 Fr., dem Präfekten des Loire- und Cher-Departement 20,000 Fr. und 50,000 Fr. dem Präfekten des Indre- und Loire-Departement. Eine gleiche Summe von 50,000 Fr. überschickte er dem Präfekten des Maine- u. Loire-Departement.

Paris, 8. Juni. Sie erinnern sich, daß in dem Prozesse zu Bassy gegen die Kinder der Frau Herzogin von Berry der Substitut Anträge zu Gunsten derselben gestellt und das Gericht dennoch gegen dieselben entschieden hat. Dieser Substitut hat von dem Generalprokurator einen scharfen Verweis erhalten, in Folge dessen er um seine Dienstentlassung gebeten hat. (Pfälz. Z.)

Paris, 8. Juni Gestern Abend ist der Kaiser von seinem Ausflug nach Blois und Tours zurückgekehrt. Auch dort fand er das Unglück groß und spendete mit vollen Händen. Graf Orloff, der durch die Ueberschwemmung auf seiner Reise nach Montpellier, wo er seinen kranken Sohn besuchen will, aufgehalten worden ist, hat diesen Anlaß zu einer Schmeichelei wieder geschickt zu benutzen gewußt; er sagte zu dem Kaiser: „Sir, ich wußte recht wohl, daß Ihr Volk Sie liebt; aber heute sehe ich, daß diese Liebe bis zur Vergötterung geht."

* Paris, 8. Juni. Die Hauptbesorgniß des Augenblicks bildet die Ueberschwemmung — die Hauptzerstreuung des Augenblicks die allgemeine Viehausstellung. — Das Pariser Publikum strömt dem in einen großen Garten umgewandelten Palaste in den elyseeischen Feldern in Massen zu. — Grüne Matten, Blumen, Sträucher, Fontainen und Statuen, Nichts wurde gespart, um aus diesem ungeheuern Saale einen reizenden Spazierplatz zu machen. — Die Ochsen aller Länder ergeben sich unter den Galerien einem dolce far niente, so daß man beim Betreten dieses weiten Gartens ganz erstaunt ist, daß die Azaleen- und Rhododendren-Bouquets einen etwas ländlichen Parfüm ausströmen. — Aber welche Ochsen, welche Kühe! die kostbarsten Gattungen, enorme, riesenhafte, furchtbare Thiere! Links vom Haupteingang z. B. bemerkt man einen Ochsen, dessen Größe und Stärke alle Begriffe übersteigt; man hat ihm den Namen: „Der Ochs der Apocalypse" beigelegt. Ueberhaupt sollen — so hört man wenigstens in den Gruppen der Züchter und Landwirthe sagen — die Gäste aus der Normandie — welche auch der besagte Ochs verließ, um nach Paris zu kommen — die schönsten Gattungen geliefert haben. — Unter den Schafen u. s. w. ist es der bereits berühmt gewordene Widder „Cincinnatus", welcher Aller Blicke auf sich zieht und man versichert, die Londoner zoologische Gesellschaft habe bereits 50,000 Fr. für dieses Thier geboten. — Uebrigens dürfte die Metamorphose des Industrie-Palastes in einen Garten den Administratoren und Aktionären vielleicht den Gedanken einflößen, aus diesem großen, meist unbenützten Monumente einen großen Wintergarten, eine bedeckte Promenade, zu machen und darin von Zeit zu Zeit Konzerte zu geben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß noch heute Nachmittag (wenn unsere Idee publik wird) die Palast-Aktien, statt zu 80 offerirt zu seyn, auf 100, auf 150, 300 und 400 steigen und gesucht seyn werden, so gut wie — andere Papiere.

Italien.

Wie man hört, hat auf den persönlichen Wunsch des Kaisers Napoleon die englische Regierung auch die im Parlament bereits angekündigte Debatte über die italienische Frage bis nach der Pariser Taufe auszusetzen versprochen. Es steht demnach fest, daß die italienische Frage, wenigstens was ihre weitere Behandlung auf dem diplomatischen Felde betrifft, bis nach den Tauffeierlichkeiten und der Rückkehr des päpstlichen Legaten nach Rom ruhen wird. Was dann geschehen wird, bleibt natürlich abzuwarten. Vorläufig hat die österreichische Politik Zeit gewonnen, und das war das höchste, was sie unter den obwaltenden Umständen überhaupt gewinnen konnte. Jetzt hofft man, daß durch weitere Bemühungen und namentlich durch die bevorstehende Anwesenheit des päpstlichen Stellvertreters in Paris sich auch wohl noch ein Weiteres werde erreichen lassen. Aber was läßt sich hier, auch wenn die schönsten Hoffnungen der Diplomatie in Erfüllung gehen, überhaupt erreichen? Höchstens ein weiterer Aufschub oder eine etwas minder urgirende Behandlung der Sache. Die französische Regierung hat ihre Ansichten über die italienischen Verhältnisse zu laut und unverhohlen ausgesprochen, als daß hier an eine prinzipielle Aenderung zu denken wäre, und was England betrifft, so ist es doch wohl keine Frage, daß die relativen Rücksichten, die Oesterreich für sich und die italienischen Staaten von Frankreich allenfalls noch erwarten kann, hier gar nicht platzgreifen. Dazu kommt noch die Gereiztheit des englischen Kabinets gegenüber dem österreichischen aus Anlaß der fortdauernden Okkupation der Donaufürstenthümer, und wir hören in dieser Beziehung von einem Notenwechsel zwischen Wien und London reden, dessen Inhalt und ganzer Geist zu dem Allianzvertrage vom 15. April in einem gar sonderbaren Kontrast stehen soll. Sollte Oesterreich, wenn es seine Truppen aus den Donaufürstenthümern nicht alsbald zurückzieht, sich nicht schon aus diesem Einen Grunde auf einen Contrecoup von Seiten Englands in Italien gefaßt machen müssen? Wir wollen sehen. Der Friede ist wieder da, aber — die Diplomatie geht in diesem Jahre gleichwohl noch nicht in die Bäder. (D. A. Z.)

Spanien.

† Madrid, 2. Juni. Man liest in der „Gaceta": „Aus Anlaß des Unglücks, welches 20 Spaniern, welche an Bord der französischen Briggs „Cornelie" und „Arnaud" die Ueberfahrt nach Rio de la Plata machen wollten, das Leben kostete, hat der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, auf Befehl der Königin folgende Note an den Minister des Innern gerichtet: „Tief bewegt von den häufig vorkommenden Unglücksfällen, welche um so schmerzlicher sind, wenn man die Jugend der Mehrzahl der Unglücklichen erwägt, welche die Ufer des Meeres von Cantabrien verlassen, empfiehlt die Königin (welche Gott bewahre!), allen kompetenten Behörden darüber zu wachen, daß sich die Auswanderungssucht nicht — wie jetzt — weiter entwickele. Der Bau der Eisenbahnen auf der Halbinsel, die Entwickelung anderer öffentlichen Arbeiten öffnen einer großen Anzahl von Arbeitern ein weites Beschäftigungsfeld, weiter, als die Ackerbau-Arbeiten es ihnen bis jetzt bieten konnten. Die Königin wird es mit Freude sehen, wenn die Gouverneure der Auswanderung Einhalt thun. Sie sollen den Spaniern, welche Pässe nach so entfernten Gegenden verlangen, vorstellen, daß sie einerseits im Vaterlande selbst vortheilhaft verwendet werden können und andererseits, welchen Zufällen sie sich erst auf der Ueberfahrt, dann während des Aufenthalts in diesen entfernten

Landen selbst aussetzen, deren viele ungesund und andere fast fortwährend von politischen Bewegungen heimgesucht sind." — Der größte Theil der mit der „Cornelie" und „Arnaud" zu Grunde gegangenen Spanier waren junge Leute von 15, 20, 22, 23 und 29 Jahren. — Die „Gaceta" sagt ferner, daß die Absendung der spanischen Seestreitkräfte nach Mexiko, den Postdienst zwischen Spanien und Cuba nicht — wie dies ein Journal befürchtet — beeinträchtigen wird. — Die Aernte steht schlecht, die Südwinde zerstören die Hoffnung des Landmanns. Die Brodpreise steigen.

Rußland und Polen.

Einige Blätter melden mit großem Unwillen eine Handlung des Generalgouverneurs Berg in Finnland, welche neuerlich allgemeine Bewunderung und Entrüstung dort erregt habe. Denn nach allen Aufopferungen und Verlusten, die das Land im Laufe des letzten Krieges geleistet und erlitten, habe er es nicht für Raub erachtet, aus der finnischen Staatskasse 25,000 Silberrubel zur Möblirung seines Palastes zu fordern. (A. Z.)

Amerika.

Nach Berichten aus Nicaragua, 21. Mai, hielt General Walker, welcher im Besitz des Flusses San-Juan ist, dort die englische Post an. Später wurde sie auf den Wunsch des englischen Konsuls über Panama nach Punta Arenas am stillen Ozean geschickt. — General Walker wurde von den Truppen Costa-Rica's geschlagen, doch sind Details nicht bekannt und die Bulletins beider Parteien lauten stets siegreich.

Aus Britisch-Guyana wird von Demerara gemeldet, daß die Sitzungen des Criminalgerichts über den Aufstand der fanatisirten Neger nach der Verurtheilung von 107 Angeklagten beendet sind. Dem Rädelsführer bei dem Aufruhr, dem sog. „Engel Gabriel", war eine Strafe von dreijährigem Gefängniß mit schwerer Arbeit zuerkannt. Einige andere Neger, die Eigenthum beraubten, waren zu einfachem Gefängniß und Geldstrafen von 1000, 500, 400 und 200 Dollars verurtheilt. Diejenigen, welche während des Aufstands geplündert hatten, wurden außer der Gefängnißstrafe öffentlich ausgepeitscht.

Der „Courrier des Etats-Unis" erzählt nachstehende Begebenheit, welche sich in den östlichen Wüsten, auf dem Gebiete von Nebraska zwischen Fort Peter und Sioux-City zutrug. Drei Soldaten vom 2. Dragoner-Regiment, Riger, Wicker und Cornell, desertirten Ende November und wandten sich dem Untern Flusse zu. Dort begegneten sie vier andern Reisenden, welche derselben Richtung folgten und sie beschlossen alle 7 zusammen zu ziehen. — Während 10 bis 12 Tagen war die Witterung mild und angenehm; aber nach dieser Zeit trat starker Schneefall und empfindliche Kälte ein, was 40 Tage anhielt, und — leicht begreiflich — den Marsch nicht eben förderte. — Auch die Mundvorräthe gingen zu Ende und die Hungersnoth war um so drohender, als man sich in gerader Linie mindestens 200 Meilen von dem nächstgelegenen menschlichen Etablissement ferne befand. Nichtsdestoweniger stiegen die Wanderer, ohne das geringste zu essen zu haben, 6 Tage den Fluß hinab, aber die Reise ging nur äußerst mühsam vor sich. Am 7. Tag starb Cornelle und seine Kameraden — vom Hunger getrieben — zerschnitten seinen Leichnam und verschlangen ihn. Die folgende Nacht, neuer Tod, abermalige Schlächterei. Zwei Tage später stirbt abermals ein Reisender und schon sollte auch sein Leichnam verzehrt werden, als eine Abtheilung unter Major Howe die Unglücklichen auffand, die sich eben bereiteten die Gebeine ihres verstorbenen Kameraden zu verschlingen. Die 4 Ueberlebenden, worunter 2 der Deserteure, wurden in das Lager des Majors Howe geführt und bald wieder hergestellt.

Nichtpolitische Zeitung.

Die Zeitungen von Verviers sprechen von einem Wunderkinde, das wegen seiner Taille und Korpulenz ein Riese zu werden verspricht. Das Bürschchen ist der Sohn eines Jagdhüters in der Gegend von Verviers, jetzt 3 Jahre und 10 Monate alt und bereits 3 und einen halben Fuß groß. Seine Korpulenz ist in denselben Proportionen, der Umfang seiner Taille beträgt 3 Fuß 8 Zoll und der seines Kopfes 1 Fuß 11 Zoll. Am Ende des vorigen September wog er schon 63 Kilos oder 135 Pfd. Dieser zukünftige Riese, der eine hübsche und blühende Figur besitzt, scheint ganz stolz auf die zahlreichen Besuche, die er empfängt, zu seyn, und seine Intelligenz ist durch eine so außerordentliche physische Zunahme keineswegs alterirt. (Magdeb. Ztg.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 10. Juni. In Folge der niedrigeren Notirungen von Paris erlitten die Kurse einen Rückgang, besserten sich jedoch im Laufe der Börse und schlossen bei unbedeutendem Geschäfte fester.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 784 bis 785. — Elisabethen-Bahn 111½—¾.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1317 P. 1312 G. Neue Bankaktien 410 P. 436 G. Credit-Actien à 5pCt. 240½ P. 238½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82⅞ P. 82⅝ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90½ P. 90¼ G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72⅞ P. 72⅝ G.; à 4pCt. 61½ P. 61 G.; à 3pCt. 48½ P. 48 G.; à 1pCt. 16½ P. 15⅞ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 122 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106 P. 105½ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 296 P. 294 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¼ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 106¼ P. 105 G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156½ P. 156 G. Neustadt-Weissenb. 116 P. 115½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119¾ P. 119¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90½ P. 90 G.; 4½pCt. 103¼ P. 102¾ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80½ P. 80 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39¾ P. 39½ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 65½ P. 65 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112½ P. 112¼ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 413 P. 411 G.; junge 356 P. 354 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109½ P. 109 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47⅞ P. 47⅝ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½ G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 123¼ P. 122¾ G.; Taunus-Aktien 321 P. 319 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial — P. 87½ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 579 P. 574 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41¾ P. 41½ G.; 1pCt. neue 25⅝ P. 25½ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¼ P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119½ P. 118⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¼ P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¼ P. 96½ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117¼ P. 117 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅝ P. 88⅜ G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116¾ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 9. Juni. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 93¾ P.; 4½pCt. — P. 100½ G.; 5pCt. letzte Emission 102½ G.; 5pCt. dritte Emission 100½ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94½ P.; 94¼ G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 786 P. — G.

Magdeburg, 6. Juni. Das Getraidegeschäft war auch in dieser Woche von sehr geringem Umfang, die Zufuhren klein und die Preise der Art, daß sie weder zu Versendungen und noch zu größeren Beziehungen veranlaßten. In den ersten 3 Tagen dieser Woche hatten wir trockenes Wetter, vorgestern und gestern aber wiederum Regen, heute bei kühler Temperatur bedeckten Himmel. Waizen wird auf 114 Thlr. für 2160 Pfd gehalten, bei einem reellen Gewichte von 88 Pfd. pr. Schfl., leichtere Sorten etwa um 1 a 2 Thlr. billiger käuflich; da die Preise zur Versendung nicht rentiren, so kaufen hauptsächlich nur Konsumenten. Roggen gilt nach Qualität 74 a 75 Thlr. für 2016 Pfd. Gerste 72—75 Pfd. 50 a 53 Thlr. am Markt, größere Posten frei Bahn werden 1 a 2 Thlr. höher gehalten. Hafer wird am Markt zu 31 a 34 Thlr. für 24 Schfl. nach Qualität bezahlt, größere Posten sind zu 33, 33½ a 34 Thlr. für 1248 Pfd. frei Bahn oder frei Kahn umgesetzt worden. Kartoffelspiritus bisher im Laufe dieser Woche zu 43 Thlr. offerirt, ward heute auf 44 Thlr. gehalten und mit 43½ Thlr. bezahlt, auf Lieferung kein Geschäft. Rübenspiritus heute nicht unter 38½ Thlr. zu haben, pr. Juni, Juli und August 38 Thlr. bez.

Breslau, 5. Juni. Der Markt hat dem Datum nach gestern früh begonnen und 28—30,000 Ztr. Wollen sind hereingekommen. Die Wäschen sind lange nicht so gut als voriges Jahr und nur mittelmäßig zu nennen. Die Preise, welche gefordert werden, variiren von 12 a 20 Thlr., allein die Käufer sind sehr zurückhaltend und ist gestern und heute nur sehr wenig verkauft worden. Die Zahl der Käufer ist kleiner als sonst, da auch wenig Engländer und Franzosen hier sind und die kleinen Fabrikanten gänzlich fehlen. Die einzelnen

Käufe, welche am Markt sind, belaufen sich kaum auf 2000 Zentner. Engländer und Franzosen sind sehr passiv und nur die Rheinländer etwas thätig. Es sind nur wenig Zelte aufgeschlagen und fehlen die polnischen Wollen größtentheils.

Breslau, 6. Juni. Das Geschäft hatte sich gestern und vorgestern nur sehr langsam bewegt und ist keine große Kauflust an den Tag gelegt worden. An beiden Tagen sind aus erster Hand nur ca. 4000 Ztr. verkauft worden, und zwar mit einem Aufschlage von durchschnittlich nur 10 Thlr. pr. Ztr. gegen vorige Notirungen. Daß mitunter auch 12 a 15 Thlr. Avance für ausgezeichnet schön gewaschene Wollen bewilligt wurden, gehört zu den wenigen Ausnahmen, wie denn überhaupt derartiges in diesem Markte nur selten anzutreffen ist. Wenn die Verkäufer bei ihren hohen Forderungen verharren, so wird entschieden dadurch in den spätern Tagen des Marktes ein Rückgang der Preise veranlaßt werden, denn es haben sich die Käufer, so groß auch die Anzahl derselben ist, ganz fest vorgenommen, in keinem Falle unbilligen Forderungen zu genügen. Wir erfahren soeben, daß eine Versammlung von 300 der bedeutendsten Produzenten stattgefunden, in welcher der Beschluß gefaßt worden ist, nur mit 15 Thlr. Aufschlag über vorjährige Notirungen zu verkaufen, und wenn dies nicht zu erreichen, die Wollen bei hiesigen Kreditinstituten aufzulagern. Wir enthalten uns des Urtheils über eine solche Beschlußfassung, müssen aber nur bemerken, daß doch unmöglich der Werth aller Wollen gleich seyn kann, und daß, wenn das Produkt der einen Heerde durch Wäsche und Behandlung die genannte Erhöhung verdient, eine mißrathene Wolle doch unmöglich mit gleichem Maßstabe bemessen werden kann. Wir erwarten daher keinen großen Erfolg von jener Maßregel, und der Gang des Geschäftes in den folgenden Tagen wird uns belehren, ob unsere Ansicht eine irrige ist oder nicht.

Neueste Nachrichten.

Aus Nürnberg, 7. Juni, schreibt man dem „Fr. J.“: „Der Verfasser des „Schwarzen Buches“, der ehemalige Polizeioffiziant Rang, (?) bis jetzt nach seiner Dienstentlassung als Schreiber im Strafort Kaisheim (Oberbayern) verwendet, ist wieder hier. Er wurde auch dieser Funktion enthoben und hat keine Aussicht zu einer weiteren Verwendung.“

Der durch seine speziellen Studien mit der Lehre von den Giften in hohem Grade vertraute Dr. Reclam in Leipzig hat am 8. Juni eine Zuschrift an die „Times“ abgesandt, in welcher er die Möglichkeit einer ungerechten Verurtheilung Palmer's darzulegen sucht. (K. Z.)

Celle, 7. Juni. Heute Morgen fand vor dem Kriminal-Kassationssenate des Oberappellationsgerichts die Verhandlung über die von der Staatsanwaltschaft erhobene Nichtigkeitsbeschwerde in der Planck'schen Untersuchungssache statt. Wir werden Gelegenheit haben, bei Mittheilung des Erkenntnisses, dessen Publikation auf Montag, den 9. d. M., vertagt ist, auf die Verhandlungen zurückzukommen. (Z. f. Ndd.)

Aus Wien, 6. Juni, wird dem „Constitutionnel“ geschrieben: „Durch das gewaltige Umsichgreifen des Räuberwesens in Ungarn, namentlich in den kroatischen Gränzbezirken, hat sich die Regierung genöthigt gesehen, daselbst das Kriegsrecht zu proklamiren und bedeutende Truppenmassen dorthin zu schicken. Die Zahl der falschen Bankbillets, namentlich der Zehn-Kreuzer-Scheine, ist in Siebenbürgen so groß, daß im buchstäblichen Sinne des Wortes alle Geschäfte auf der augenblicklich zu Kronstadt abgehaltenen Messe dadurch gelähmt werden.“

Wien, 7. Juni. Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 12. Mai zu gestatten geruht, daß versuchsweise zur Erleichterung des Verkehrs, vom 1. Juli d. J. anzufangen, Kaufleuten und Fabrikanten, worunter auch Transports-, Tragwerks- und Agrikulturs-Unternehmen begriffen werden, welche größere Waarenmengen in der Einfuhr zu beziehen pflegen, Zollkredite bewilligt werden. Nach Ablauf von 2 Jahren wird auf Grund der bis dahin gesammelten Erfahrungen allerhöchsten Orts entschieden werden, ob und unter welchen gesetzlichen Bestimmungen diese Maßregel bleibend beizubehalten sey.

Auch für das Königreich Polen sind nunmehr an dem Fürsten-Statthalter sämmtliche Ausfuhrverbote widerrufen, und es wird nur jenes für Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Grütze und Kartoffeln, dann für Hornvieh aufrecht erhalten, da die Theuerung der Cerealien in Polen bedeutend ist und der Viehstand durch Seuchen so herabgedrückt wurde, daß das Land selbst Noth an Schlachtvieh leidet.

Triest, 8. Juni. Die Ueberlandpost ist heute mit Daten aus Bombay vom 12. Mai hier eingetroffen. Britische Kaufleute sind an der Gränze von Baroda um 10,000 L. beraubt worden. Die Einverleibung Barodas wird beschleunigt. Ein neuer Aufstand Santals ist unterdrückt. (T.D.d.H.N.)

Kopenhagen, 7. Juni. Se. Majestät der König haben dem Justizrath von Leesen zu Catharinenhof auf Fehmarn, wegen seines Verhaltens beim schleswigschen Freiheitskampf zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurtheilt), unter heutigem Dato volle Begnadigung angedeihen lassen, nachdem schon im vorigen Jahre das auf seine Güter gelegte Sequester war aufgehoben worden. (H. N.)

Kopenhagen, 8. Juni. Die offizielle „Departements-Tidende“ bringt jetzt die Ernennung des Stiftsamtmanns Kammerherrn Unsgaard, zum Minister des Innern für das Königreich. (T.D.d.H.N.)

Aus der Schweiz, 7. Juni. Das „Bündner Tagblatt“ hält es Angesichts der steigenden Aufregung in Italien für nicht unrathsam, wenn auf mögliche Ereignisse hin dem Kanton Tessin seitens der Eidgenossenschaft eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, nämlich daß man nicht zögert, einige Bataillone an die österreichisch-piemontesische Gränze als Beobachtungskorps hinzusenden. (Fr. Pstz.)

Paris, 8. Juli. Die Nachrichten, die wir heute aus der Provinz über die Ueberschwemmungen erhalten haben, lauten fast alle günstig. Die Loire, der Loiret, der Cher und ihre Nebenflüsse sind bedeutend gefallen. Die Rhone und Saone nehmen schnell ab und werden bald ihren normalen Stand wieder erreicht haben. Nur die Nachrichten aus Nantes lauten noch beunruhigend. Die Wasser waren dort plötzlich und wider alles Erwarten um 33 Centimetres gestiegen, und man hatte ernsthafte Besorgnisse für den Damm der Divate, der an mehreren Stellen durchzubrechen drohte. — Der Zudrang zu den Subskriptionen dauert noch immer fort. Die vom Polizeipräfekten eröffnete Subskription betrug gestern Abends 740,000 Fr.; die des „Constitutionnel“ beläuft sich auf 945,000 Fr. Der Erzbischof von Paris hat ebenfalls eine Subskription eröffnet, an deren Spitze er mit 2000 Fr. steht. Der Gemeinderath von Lyon hat 125,000 Fr. votirt. Der belgische Fürst Chimay hat an den Präfekten des Loire- und Cher-Departement 1000 Fr. und den Ueberschwemmten des Südens die nämliche Summe gesandt. — Ein großer Theil der Ochsen und Kühe der Ausstellung ist krank. Mehrere sind gefallen. Alle möglichen Vorsichtsmaßregeln waren für die Installirung derselben genommen worden. Es scheint jedoch, daß es ihnen an frischer Luft fehlt. Alle sehen matt und angegriffen aus. Die Einnahmen der Ausstellung betragen für die letzte Woche 132,070 Fr.

Marseille, 8. Juni. Den heute hier eingetroffenen Nachrichten aus der Krim zufolge wird der Marschall Pelissier am 15. d. M. die Krim verlassen. Der General Mac-Mahon wird statt seiner den Oberbefehl übernehmen. Das vom General Deville kommandirte 15,000 Mann zählende Korps ist eingeschifft worden; 6000 Mann von einem andern Korps erwarten täglich ihre Einschiffung. Die Zahl der Kranken in den französischen Hospitälern hat sich vermindert. Einige derselben sind aufgehoben worden. Die Engländer leiden viel durch die Hitze und Krankheiten, welche die Zersetzung des Blutes veranlaßt. Die Russen kaufen viele Pferde der Allürten. (Fr Pstz.)

Zu Catania (in Sizilien) ist es neuerdings zu Händeln zwischen einer Anzahl junger Leute und der Polizei gekommen. Ein Ankömmling aus Messina, der Kinnbart und Schnurrbart — seit langer Zeit als revolutionäres Abzeichen verrufen — trug, ließ sich daselbst blicken. Ein Polizeiagent wollte ihm Lippen und Kinn rasiren lassen. Dem jedoch widersetzte sich der Messinese, indem er behauptete, in Messina seyen Kinn- und Schnurrbart erlaubt, und da das Gesetz für ganz Sizilien dasselbe sey, so brauche er das Scheermesser nicht über sich ergehen zu lassen. Man ergriff Partei für den Messinesen, und es entstand daraus ein Kampf, bei welchem es Schläge und blutige Köpfe setzte. Als die neapolitanische Regierung die Sache erfuhr, sandte sie durch den Telegraphen an die Behörden aller Städte in Sizilien den Befehl, sich hinfort mit solchen Lappalien nicht zu befassen und einen Jeden Bart und Haar nach Belieben tragen zu lassen. (K. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 162.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 18 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 12. Juni 1856.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 10 Juni. (Privat-Korresp.) **82. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Der kgl. Staatsminister Dr. Ringelmann.

Zur Berathung kam der Gesetz-Entwurf „die Revision einiger Bestimmungen des Rothenburger Statutarrechtes betr." Dieser auf den Wunsch der Kammer vorgelegte Gesetz-Entwurf lautet: „Die in dem Statutarrechte der vormaligen Reichsstadt Rothenburg an der Tauber, insbesondere in der am 28. Juni 1576 kaiserlich bestätigten Fallitenordnung vom 16. Februar desselben Jahres, in Ziffer 2 des Rathsdekrets vom 24. April 1720, ferner in Ziff. 1 und 2 der am 8. März 1756 erneuerten Rathsverordnung vom 24. November 1723, endlich in den Rathsverordnungen vom 19. Januar 1725, 18. April 1731 und 21. Juli 1767 enthaltenen Vorschriften über die Form der Errichtung von Verträgen finden künftighin nur bei denjenigen Verträgen, welche die Besitzveränderung oder das Eigenthum unbeweglicher Sachen oder diesem gleich geachteter Rechte oder dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen betreffen, dann bei Ehe und Erbverträgen und bei Interzessionen von Frauenspersonen Anwendung. — Die in dem genannten Statutarrechte enthaltenen Ausnahmsbestimmungen bezüglich der sogenannten Literaten sind aufgehoben. — Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung durch das Gesetzblatt in Kraft. — Auf Verträge, welche vor diesem Tage abgeschlossen worden sind, äußert dasselbe keine Wirksamkeit."

Der Ausschuß beantragt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, auf zwei Modifikationen des Abg. Keyl: im Art. I. Abs. 1, nach den Worten „über die Form der Errichtung von Verträgen" noch einzuschalten „und Urkunden", dann: den Abs. 2 des Art I. zu streichen, aber nicht einzugehen.

Nach einigen Bemerkungen des Referenten Abg. Dr. Arnheim reproduzirt Abg. Keyl seine Modifikation bezüglich Einschaltung der Worte: „und Urkunden." Auf seine zweite Modifikation verzichtet derselbe. Es findet eine Debatte hierüber nicht statt. Referent Abg. Dr. Arnheim hielt diese Modifikation nicht für nothwendig, da es keinem Zweifel unterliege, daß sich der Gesetz-Entwurf auch auf Urkunden beziehe.

Der kgl. Ministerial-Kommissär Hr. Neumeyer erklärt sich in demselben Sinn, bemerkend, daß das, was Herr Keyl wünsche, schon im Gesetzentwurf ausgedrückt sey. — Herr Keyl zieht hierauf seine Modifikation zurück, worauf der Gesetzentwurf mit Einstimmigkeit angenommen wurde.

Hierauf schritt die Kammer zur Berathung des Gesetzentwurfs den §. 19 der „Prioritätsordnung" betr. Derselbe lautet: Art. 1. Der §. 19 der Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822 erhält folgende Fassung: „1) Die Befriedigung einer Forderung, welche mit ungetheilter Summe auf mehrere im Vermögen des Gemeindeschuldners befindliche Immobilien eingetragen ist, geschieht in der Art, daß der Betrag dieser Forderung auf die bezeichneten Immobilien zu gleichen Theilen ausgeschlagen und sofort bei Vertheilung der Kaufschillinge so verfahren wird, als ob auf jedem dieser Immobilien nur die für dasselbe sich berechnende Quote eingetragen wäre. 2) Reicht der Verkaufspreis des einen oder andern der erwähnten Immobilien zur Bezahlung der auf dasselbe treffenden Quote nicht hin, so ist diese Quote, so weit sie unbefriedigt geblieben, auf die übrigen für die nämliche Forderung verhypothezirten und zur Masse gehörigen Immobilien nach dem im Ziff. 1 bezeichneten Verhältnisse weiter zu vertheilen und den auf diese Immobilien bereits repartirten Quoten beizuschlagen."

Art. 2. „Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung durch das Gesetzblatt in den Landestheilen diesseits des Rheines in Wirksamkeit. Daselbe findet in den Fällen, in welchen vor dem genannten Tage die Eröffnung des Konkursverfahrens rechtskräftig beschlossen ist, keine Anwendung."

Abg. v. Closen beantragte im Ausschusse, auf den der Kammer der Abgeordneten im Jahre 1819 und den im Jahre 1822 vorgelegten Gesetzentwurf zurückzugehen und dem §. 19 der Prioritätsordnung lediglich beizusetzen: „Jedoch unter Beachtung des §. 17 in der Art, daß der ältere Gläubiger nicht aus dem Erlöse des Objekts, worauf er keine Hypothek hat, dem jüngeren vorgehe, der darauf Hypothekenrecht hat." Der Ausschuß ist dem aber nicht beigetreten, sondern beantragt, den Gesetzentwurf anzunehmen. Nach kurzer, nur juridisches Interesse habenden Debatte wurde der Gesetzentwurf auch mit 115 gegen 2 Stimmen angenommen.

Zur Berathung kamen dann die Anträge der Abg. Doppelhammer und Ebelius und Cons., „die Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz betr." —

Abg. Rebenak gab eine umfassende Darstellung des Kreislasten-Verhältnisses, um zu zeigen, daß ohne Aenderung desselben der Pfalz keine neuen Lasten aufgebürdet werden könnten. Darauf wurde, weil noch viele Redner vorgemerkt waren, die Debatte auf morgen vertagt.

Aus München, 8. Juni schreibt man dem „Schw. M." Die Einreihung sämmtlicher Regiments- und Bataillonsadjutanten in die Kompagnien und Schwadronen unterliegt nun der Genehmigung des Königs. Durch diese Maßregel wird der Stand an Offizieren erheblich vermindert, da im Ganzen ungefähr 70 Regiments- und Bataillonsadjutanten den Stäben zugetheilt sind. Wenn nun dieselben unbeschadet ihrer Funktion als Adjutanten in die Kompagnien und Schwadronen eingereiht werden, so können in diesen eben so viele Offiziersstellen unbesetzt bleiben, somit jährlich über 60,000 fl. erspart werden.

Preußen. Berlin, 7. Juni. Das „Militär-Wochenblatt" meldet die Ernennung des Herzogs von Holstein-Sonderburg-Augustenburg zum Generallieutenant à la suite der Armee.

Berlin, 8. Juni. Das Projekt, den Großfürsten Michael mit der Prinzessin Sidonie von Sachsen zu vermählen, soll aufgegeben seyn, weil dieselbe nicht zur griechisch-katholischen Kirche übertreten will. In Folge dessen soll die Aufmerksamkeit des Großfürsten auf die Prinzessin Marie, Tochter des Prinzen Friedrich der Niederlande, hingeleitet worden seyn. (A. Z.)

Die „Berl. Börsen-Ztg." schreibt: „Darf man Gerüchten Glauben schenken, die mehr durch Befürchtungen hervorgerufen als durch Thatsachen gestützt erscheinen, so faßt unsere Regierung bereits die mögliche Eventualität einer weitern Steigerung der Lebensmittelpreise ins Auge. Eine derartige Vorsorglichkeit würden wir nicht nur sehr erklärlich, sondern auch sehr weise finden, wenn nicht die Mittel, auf die man — nach den heute umlaufenden Gerüchten — Bedacht zu nehmen scheint, sich als Fehlgriffe darstellten. Es wird unter Anderm behauptet, die Regierung wolle die Preisnotirungen untersagen und lediglich die amtlichen Feststellungen der Marktpreise zulassen. Für den Kundigen bedarf es keiner Darlegung, daß einer solchen Beschränkung preßgesetzliche und volkswirthschaftliche Bedenken entgegenstehen würden, die man schwerlich wird ignoriren wollen.

Hannover. Celle, 9. Juni. Die Nichtigkeitsbeschwerde des Staatsanwaltes in der Planck'schen Sache (seine Schrift über die oktroyirte Verfassung betr.) ist verworfen. Damit sind Planck und Genossen endgültig freigesprochen. (Z.f.N.)

§ **Oesterreich.** Wien, 9. Juni. (Privat-Korresp.) Daß Oesterreich eine Reform der deutschen Bundesverfassung beabsichtigt, ist gewiß. In den letzten Tagen fanden über diesen Gegenstand mehrfache Besprechungen zwischen dem Grafen Buol und den Gesandten zweier Mittelstaaten statt. Der preußische Gesandte verhält sich dabei ganz passiv. — Das neue Gewerbegesetz wird einer sicheren Meldung zufolge im Laufe des nächsten Monats auf amtlichem Wege kundgemacht werden. Der Reichsrath hat seine diesfälligen Berathungen Ende der letzten Woche geschlossen, und ist das Resultat derselben letzten Samstag an das geheime Kabinet des Kaisers abgegangen, so

daß es wahrscheinlich schon in einigen Tagen zur allerhöchsten Vorlage gelangen dürfte. Was den Inhalt des neuen Gesetzes betrifft, so scheint bei der Abfassung desselben der Grundsatz zur Richtschnur genommen worden zu seyn, allen mäßigen Anforderungen nach allen Seiten hin zu entsprechen, so weit dies nur immer möglich war. Demzufolge ist das Prinzip der Gewerbefreiheit gewahrt worden, dagegen haben aber in den einzelnen Ausführungsdetails bedeutende Modifikationen im beschränkenden Sinne Platz gegriffen. — Seitens der galizischen Edelleute sind auf die von ihnen übernommenen Bahnen 18 Millionen bereits gezeichnet worden.

Wien, 8. Juni. Der frühere kais. russische Gesandte in Wien, Fürst Gortschakoff, ist heute hier eingetroffen.

Schweiz.

Kaiser Napoleon III. hat den Thurgau'schen Gemeinden Ermatingen, Salenstein und Mannenbach 800 Fr. „zum Zwecke der Abschaffung des Gassenbettels", zustellen lassen.

Großbritannien.

London, 7. Juni. Generalmajor Sir William Codrington, der bloß als Oberkommandant in der Krim den lokalen Rang eines wirklichen Generals gehabt hatte, ist zur Anerkennung seiner geleisteten Dienste zum General-Lieutenant befördert worden. (N. Z.)

Frankreich.

Paris, 8 Juni. Seit zwei Tagen haben wir wieder herrliches Wetter und von allen Seiten melden uns die Depeschen, daß die Flüsse in ihr Bett zurückgetreten sind. Die Felder haben nur an einzelnen Punkten gelitten, und die durch die Ueberschwemmungen angerichteten Verheerungen werden somit nur lokale Folgen haben. — Heute früh 8 Uhr reiste der päpstliche Legat Patrizzi von Lyon ab; er wird heute Abend 8 Uhr hier ankommen und im Pavillon Marsan absteigen. — Am 25. Juni wird sich der Kaiser in die Bäder von Plombieres begeben und daselbst einen Monat zubringen. Alsdann wird er mit der Kaiserin und dem kaiserl. Prinzen Biariz besuchen. — England wird, wie man mir versichert, den Vereinigten Staaten gegenüber eine feste Haltung annehmen. Da es einsieht, daß früher oder später ein Kampf mit dem Letztern unvermeidlich seyn wird, so wird es seine Politik über seine industriellen Interessen stellen, um sich von dem Joche zu befreien, das ihm gewissermaßen die amerikanische Baumwolle auflegt, und der Kultur dieses schätzbaren Produktes in Indien eine große Ausdehnung geben. (Fr. Pstz.)

Paris, 8. Juni. Ein für das Gaitétheater bestimmtes Drama von Ferdinand Dugne, das den Titel „Tiberius" führt, wurde von der Regierung verboten.

Paris, 9. Juni. Die Großherzogin Stephanie von Baden ist hier eingetroffen, um der Tauffeierlichkeit beizuwohnen. (T. D. d. Nat.-Z.)

Wir theilten nach dem „Messager du Midi" mit, daß sich in Paris ein Rabbiner-Rath versammeln werde, um über die Möglichkeit der Verlegung des Sabbaths auf Sonntag zu berathen. Diese Nachricht war ungenau, da der Zweck der in Paris vereinigten Synode lediglich der ist, sich über eine Verschmelzung des deutschen und portugiesischen Ritus zu verständigen. Der desfallsige Bericht der Ober-Rabbiner wird demnächst veröffentlicht werden.

* Dem „Memorial des Pyrenees" nach wird Prinz Oscar von Schweden sich nach der Taufe des kais. Prinzen nach Süd-Frankreich begeben, um die Geburtsstätte seines berühmten Großvaters zu besuchen.

Spanien.

† Madrid, 5. Juni. Nach dem „Journal de Madrid" hielt Graf v. Waldkirch folgende Anrede an die Königin, welche ihn in Gegenwart ihres hohen Gemahls und umgeben von dem ganzen Ministerrathe, den Chefs des Palastes, den Grands von Spanien, den Damen der Königin und den dienstthuenden Majordomen empfing: „Madame, der König, mein Herr, hat mich mit einem Auftrag des höchstens Vertrauens an Eure Majestät beehrt. — Von Sr. kgl. Hoh., dem Prinzen Adalbert von Bayern, seinem jungen Bruder, von den vorzüglichen Eigenschaften in Kenntniß gesetzt, welche Ihre kgl. Hoh. die Infantin Donna Amalie, Tochter Sr. kgl. Hoh. des Infanten von Spanien Don Franzisko de Paula von Bourbon, schmücken, — hat der König, mein Herr, vom sehnlichen Wunsche beseelt, den Wünschen seines vielgeliebten Bruders nachkommen zu können und die kgl. Häuser von Bayern und Spanien durch neue Bande verknüpft zu sehen, und gleichzeitig von dem Antheile überzeugt, welchen Ew. Maj. an dem glücklichen Abschlusse dieser Heirath nehmen werden, — hat der König von Bayern mir den Befehl und die Vollmacht ertheilt, diese Angelegenheit mit den Bevollmächtigten zu verhandeln, welche Ew. Maj. zur Festsetzung der Präliminar-Negoziationen ernennen werden. Ich bitte Ew. Maj. mich mit Ihrem Wohlwollen zu beehren und Alles günstig aufzunehmen, was ich bezüglich meines Auftrags darzulegen die Ehre haben werde."

Die Königin erwiderte: „Herr Gesandter! Die enge Verbindung, welche seit lange zwischen den königlichen Häusern von Spanien und Bayern besteht und die wahrhafte Freundschaft, welche ich für meinen Verbündeten, Ihren hohen Souverän, stets hegte, machen, daß ich die Anwesenheit des Gesandten, welcher beauftragt ist, die Heirath meiner lieben Cousine und Schwester, der Infantin Donna Amalie, mit Se. kgl. Hoh. dem Prinzen Adalbert von Bayern zu unterhandeln, mit Befriedigung sehe. — Ich für meinen Theil werde den glücklichen Erfolg Ihrer Mission nicht nur mit Vergnügen sehen, sondern auch bemüht seyn, ein unsere Wünsche krönendes Resultat herbeizuführen. Ich werde zu diesem Behufe einen Bevollmächtigten meines Vertrauens ernennen."

† Die Novedades berichten, daß die Ayuntamiento's (Gemeindebehörden) von Barcellona eine Adresse an die Königin gerichtet haben, worin sie bitten, daß mindestens während eines Jahres keine weitere Kredit-Gesellschaft und keine anonyme Societät mehr autorisirt werde, deren Zweck nicht ein Unternehmen vom großem, unbestreitbarem Nutzen ist.

Die „Diskussion" veröffentlicht nachstehende Schreiben des bekannten Barbès: „An Don Baldomero Espartero." „Herr Conseil-Präsident, Sie sind Chef der Regierung Spaniens und gleichzeitig was man in Ihrem Lande einen Caballero (Ehrenmann) nennt. Aus diesen beiden Gründen können Sie die Vorfälle beurtheilen, welche mich zwingen, Spanien zu verlassen. In Barcellona angekommen, stellte ich mich sofort dem General-Kapitän vor und behändigte ihm den nachstehend abschriftlich beigefügten Brief, um mein Ansuchen dem Gouverneur zu ermitteln. Meiner Ansicht nach konnte ich gegenüber der Behörde des Landes, welches ich bewohnen wollte, nicht loyaler verfahren. Was widerfuhr mir nichts destoweniger? Zwei Monate später, am 7. Mai, im Augenblicke, wo ich nur daran dachte, zu meiner Familie nach langer Trennung zurückzukehren, trägt mir ein Polizei-Kommissär auf, Barcellona binnen 24 Stunden zu verlassen. Dieser Befehl schien mir einer von jenen zu seyn, welche noch zurückgenommen werden können; ich laufe zum Zivilgouverneur und zum Generalkapitän — „und da verhaftet man mich, man hält mich im Kabinete desjenigen fest, den ich besuchen wollte" — und werde auf eine Korvette gebracht, ohne daß man mich vorher zu meiner Schwester führen will, um ihr eine so traurige Nachricht zu bringen. Wer gab diesen Befehl? Wenn — wie dies einer ihrer Kollegen sagte — dieser Befehl von Ihrem Willen ausging, so zeihe ich Sie vor Spanien dieser Rechts-Verletzung! Haben fremde Einflüsse dieses Verfahren diktirt, so haftet eine noch größere Schande an dieser politischen Erniedrigung. Was aber immerhin der wirkliche Anlaß von Allen dem sey, so kennen sie jetzt die beleidigende Behandlung welche ich erfuhr, und werden begreifen, daß ich in die Gastfreundschaft, welche ich hier suchte, kein Vertrauen haben kann. Ich reise denn ab, immer zufrieden mit dem spanischen Volke, auf welches ich keine Verantwortlichkeit der mir widerfahrenen Ungerechtigkeiten werfen kann, aber von den Männern, welche es regieren, nehme ich eine sehr traurige Vorstellung mit. Empfangen Sie, Herr Präsident, meine respektvollsten Grüße.

Cadix, 20. Mai 1856.

(gez.) Armand Barbès."

Das im vorstehenden Briefe erwähnte Schreiben aus Barcellona vom 7. Mai lautet: „Herr Generalkapitän! Ein von den Cortes vor einigen Monaten genehmigtes Gesetz verspricht den Verbannten aller Nationen ein Asyl auf spanischem Boden. Ich habe mein Vaterland in Folge eines Entschlusses und eines Aktes verlassen, welche mich in die Reihe der „freiwillig Verbannten" stellen. Die Wohlthat dieses Gesetzes rufe ich an. Die Ausländer hängen von den ministeriellen Departements ab, deren erster Repräsentant in dieser Provinz Sie sind. Ich wende mich deßhalb an Sie, um die spanische Regierung von meiner Ankunft in Kenntniß zu setzen und die Erlaubniß zu erlangen, mich in Barcellona aufhalten zu dürfen, wo der Stand meiner Gesundheit und der Wunsch, meine Schwester zu sehen, mich veranlassen, einige Zeit zu verbleiben ꝛc. A. Barbès."

Der Ton des ersten Briefes — fügt die „Epoca" bei — ist nicht jener, der einem politischen Flüchtling gegenüber der Regierung und dem Volk gebührt, welche ihm die Zuflucht nicht verweigerten. Es scheint uns, daß es nicht Fremden zusteht, die Politik unseres Kabinets zu verdammen, noch ihm eine nationale Demüthigung vorzuwerfen. Dabei muß wohl beachtet werden, daß Barbes die Gastfreundschaft in Spanien nicht verweigert wurde; man schlug ihm nur den Aufenthalt an der

Gränze und in einer Stadt, wo mehr als 20,000 Franzosen sind (Barcelona), ab. Es stand ihm frei, Cadix, Sevilla, Granada, oder jede andere Stadt Spaniens zu wählen.

Man liest in demselben Journal: „Da man sich im Publikum lebhaft mit Vorfällen beschäftigte, welchen das Stillschweigen der Regierung eine Wichtigkeit verleiht, welche sie, wahrscheinlich nicht haben, so war zu vermuthen, daß einige Deputirte sie zur Sprache bringen werden. In dieser Absicht fragte Hr. Torrecilla die Regierung, ob an dem Gerüchte, bezüglich der Ereignisse betreffs einer hohen Person, welche jeder gute Spanier mit Enthusiasmus, Zärtlichkeit und Hingebung verehrt, etwas Wahres sey. Aber die Regierung beharrte in ihrem Schweigen und erklärte durch den Finanzminister lediglich, daß, da die Sache den Gerichten übergeben ist, es erforderlich sey, daß sie in ihren Antworten sehr vorsichtig sey und sie zur Beruhigung der Cortes und des Landes nur sagen könne, daß das kostbare Leben der Königin nicht in Gefahr war."

Italien.

Turin, 4. Juni. Wie Reisende versichern, die aus verschiedenen Theilen Italiens kommen, herrscht in den Herzogthümern Parma und Modena, im lombardisch-venetianischen Königreich, in Neapel, auf der Inseln Sizilien und in den römischen Staaten im gegenwärtigen Augenblick große Aufregung.

Turin, 5. Juni. Die „Unione" meldet, Graf Cavour werde abermals nach Paris reisen; die „Opinione" versichert, daß General Lamarmora das Kriegsministerium übernehmen werde; das ministerielle „Risorgimento" verweist auf die Wichtigkeit der englischen Truppenanhäufungen in Malta und andern Mittelmeerhäfen.

Die sardinische Regierung hat sich entschlossen, eine französisch geschriebene Korrespondenz im Interesse ihrer Auffassung der italienischen Angelegenheiten erscheinen zu lassen, welche an die vorzüglichsten Organe der französischen Presse geschickt werden soll. Dieselbe ist vortrefflich redigirt und ganz in dem Geiste gehalten, um den französischen Blättern zu gefallen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Galatz kommt die Nachricht, daß die mit Regulirung der bessarabischen Gränze beauftragte internationale Kommission ihre kaum begonnenen Sitzungen aus folgendem Grunde unterbrochen hat. Unter den Kommissären der theilnehmenden Mächte ist auch Muhlis Pascha (Georg Sturdza) als einer der türkischen Kommissäre. Dieser Kommissar scheint dem russischen General Fanton von Verayllon Anstoß gegeben zu haben, denn nachdem man sich bereits über den Ausgangspunkt der Tracirungsarbeiten am Sasiksee verständigt und den Tag der Abreise festgesetzt hatte, um sich an Ort und Stelle zu begeben, erklärte plötzlich Herr Fanton, daß er an den Arbeiten der Kommission sich nicht betheiligen könne, weil auf der Liste der Kommissäre, die ihm seine Regierung gegeben, Muhlis Pascha sich nicht befinde. Er müsse daher zuerst von Petersburg neue Instruktionen einholen. (Fr. Postz.)

Rußland und Polen.

In Moskau ist eine permanente Kommission niedergesetzt, welche alle in der Armeeverwaltung vorgekommenen Mißbräuche unnachsichtig aufzudecken und überall, wo ein Vorgang erkennbar wird, der sich zur gerichtlichen oder disziplinarischen Rüge eignet, die Verfolgung herbeizuführen hat. Der Kaiser hat diese Kommission mit der hohen Autorität bekleidet, daß selbst die höchstgestellten Offiziere ihrer Ladung Folge geben und die Aufschlüsse ertheilen müssen, die man von ihnen wünscht. Noch kürzlich mußte sich zu einem solchen Zweck einer der angesehensten Generale nach Moskau begeben. Wo es irgend thunlich ist, unterläßt man, obwohl der Kaiser die Publikation der kriegsgerichtlichen Urtheile befohlen hat, dieselbe. Nur in der Marine und überhaupt was die Ressorts des Großfürsten Konstantin betrifft, wird ohne Rücksicht auf Personen verfahren, da der Großfürst mit großer Strenge auf die nachsichtsloseste und buchstäblichste Verfolgung der Mißbräuche hält. — Bekanntlich gewährt die Regierung eine Entschädigung für die Verluste, welche Privatpersonen in Sebastopol und Kertsch erlitten haben. Bis jetzt sind etwa 3 Mill. Silberrubel angemeldet. Nach dem von dem Gouvernement angenommenen Normativ für die Entschädigungsleistung würde etwa 1 Mill. Silberrubel zu vergüten seyn. (Berl. Börs. Z.)

Amerika.

Aus Philadelphia, 24. Mai, wird dem „Schw. M." geschrieben: „Kaum hat die so versöhnliche Erwiderung Lord Clarendon's die Gemüther in Amerika mit Freuden erfüllt, so scheint schon wieder was in den Weg treten zu wollen, was einen Krieg veranlassen könnte. Nachdem nämlich unsere Bundesregierung das jetzige Gouvernement von Nicaragua anerkannt hat, schickte sie sogleich 3 bis 4 Kriegsschiffe nach San Juan zur besseren Beschützung amerikanischer Bürger, und wenn es wahr ist, daß der Dampfer „Orizaba" Ordre hat, falls der britische Kriegssteamer vor San Juan das Durchsuchungsrecht an ihm ausüben will, die Flagge zu streichen, so dürfte es dort leicht zu Unannehmlichkeiten kommen, bevor es dem britischen Volke erwünscht seyn möchte. In diesem Falle wären die Briten die angreifende Partei, indem sie sich ein Recht auszuüben erlauben, welches die Vereinigten Staaten nie anerkannt haben und nie anerkennen dürfen. Zu diesem meldet man aus Washington, daß die spanische Regierung mit Wissen Englands auf Cuba eine Expedition nach Costa-Rica ausrüste, um gegen Walker zu operiren und daß bereits ein spanischer Offizier nach dem Kriegsschauplatze abgesandt worden sey. Letzteres mag wohl aus einer Neuigkeitsfabrik kommen. Es verlautet ferner, daß die Spanier Vera-Cruz blokiren und bombardiren wollen, um gewisse Schulden von Mexiko einzutreiben. Gewiß ist es, daß unter dem Militär, so wie in den Arsenalen auf Cuba große Thätigkeit herrscht." Der Korrespondent des „Schw. Merkur" fügt hinzu: „Nichts wäre wohl jetzt den Amerikanern unwillkommener als ein Krieg, und sollte einer entstehen, so trägt gewiß unsere inkonsequente Regierung die Schuld; das Volk will keinen Krieg, besonders wo alle Geschäfte und Unternehmungen so sehr im Aufblühen sind."

Theodor Olshausen, 1848 Mitglied der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein, hat vor Kurzem St. Louis verlassen und sich nach Davenport (in den Vereinigten Staaten) als Redakteur einer Zeitung daselbst begeben. Er trifft dort viele seiner früheren Landsleute und Freunde. (N. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Der Vorstand der deutschen Tonhalle zu Mannheim hat folgendes öffentliche Ausschreiben erlassen: „An deutsche Dichter. Unser Verein setzt hiermit den Preis von 200 fl. aus für den Original-Text zu einer deutschen Operette in Einem Aufzug, welcher als Preisaufgabe zur musikalischen Bearbeitung ausgeschrieben werden soll. Die Preisbewerbungen, leserlich geschrieben und mit einem deutschen Spruch oder beliebigen Zeichen versehen, wollen spätestens im Monat Dezember d. J. „der deutschen Tonhalle" frei hierher eingesendet werden, nebst einem versiegelten Zettel, der den Namen, Stand und Wohnort des Verfassers enthält und auf welchem derselbe einen Tondichter nennt, welchen er als Preisrichter wählt. Zu den auf diese Art meiststimmig ernannten zwei ernennen wir den Dritten Preisrichter; worauf dasjenige der wie oben bestimmt und rechtzeitig eingekommenen Werke den Preis erhält, welchen ihm diese Preisrichter zuerkennen. Das gekrönte Werk wird, gegen Uebersendung des Preises an dessen Verfasser, Eigenthum der Tonhalle, und jener, wie auch die Verfasser der preisrichterlich belobten Werke werden, unter Benennung der Preisrichter, bekannt gemacht. Sämmtliche Bewerbungen, außer der dem Vereine eigenthümlichen, werden in unserm Archiv aufbewahrt, wenn sie nicht binnen 6 Monaten von jener Bekanntmachung an zurückverlangt werden; die Rücksendung geschieht jedoch nur auf unmittelbares Verlangen der Verfasser und auf Kosten derselben."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 11. Juni. Die neuerdings eingetroffenen ungünstigen Notirungen von Paris wirkten nachtheilig auf die Kurse ein und wurden beinahe sämmtliche Effekten mit Ausnahme von mitteldeutschen Kredit-Aktien billiger verhandelt.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 778 bis 770. — Elisabethen-Bahn 111¼.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1314 P. 1309 G. Neue Bankaktien 135 P. 130 G. Credit-Actien à 5pCt. 236⅛ P. 234½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82⅞ P. 82⅝ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90½ P. 90¼ G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88⅛ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72¾ P. 72½ G.; à 4pCt. 64½ P. 64 G.; à 3pCt. 48½ P. 48 G.; à 1pCt. 16⅛ P. 15⅞ G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 — P. 122 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106 P. 105½ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 291 P. 289 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 91¼ P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 91⅞ P. 91⅜ G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 106¼ P. 105 G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156 P. 155½ G. Neustadt-Weissenb. 116 P. 115½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119¾ P. 119¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90½ P. 90 G.; 4½pCt. 103¼ P. 102¾ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42½ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80½ P. 80 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-

Loose b. R. 39 3/8 P. 39 1/2 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 65 P. 64 1/2 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2 pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; à 4pCt. 100 P. 99 1/2 G.; 4 1/2 pC. 102 1/2 P. 102 G.; Loose à fl. 50 112 1/2 P. 112 1/4 G.; à fl. 25 33 3/4 P. 33 1/2 G.; Darmstädter Bankaktien alte 403 P. 406 G.; junge 352 1/2 P. 350 1/2 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 110 1/8 P. 109 5/8 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47 7/8 P. 47 3/8 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 P. 89 1/2 G. Loose à fl. 25 31 5/8 P. 31 3/8 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84 1/2 G.; à 3 1/2 pCt. 93 P. 92 1/2 G.; Bankaktien 123 P. 122 1/2 G.; Taunus-Aktien 321 P. 319 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82 1/2 P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial — P. 87 1/2 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 575 P. 570 G. **Spanien.** 3pCt. int. Schuld 41 5/8 P. 41 3/8 G.; 1pCt. neue 25 1/2 P. 25 3/8 G. **Holland.** Integrale 64 1/2 P. 63 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsd. fl. 100 k.S. 100 3/8 P. 100 1/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119 P. 118 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G	Mail. i. S Lt. 250 k.S. 101 3/4 P. 101 G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 91 P. 93 3/4 .
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 94 5/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96 3/4 P. 96 1/2 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 117 1/4 P. 117 ..
Hamb. MB. 100 k.S. 88 5/8 P. 88 3/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 1/8 P. 116 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 10. Juni Bayer. 3 1/2 pCt. Oblig. 87 1/4 G.; 4pCt. 93 3/4 B.; 4 1/2 pCt. 100 5/8 B 100 1/4 G.; 5pCt. letzte Emission 102 1/4 G.; 5pCt. dritte Emission 100 1/2 B.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94 5/8 B.; — G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 786 B. — G.

Neueste Nachrichten.

Der „A. Z." wird aus München, 10. Juni, geschrieben: „Sicherem Vernehmen nach ist die Kammer der Reichsräthe, d. h. ihr Ausschuß, entschlossen, weder dem Regierungsentwurf noch dem Beschluß der 2. Kammer in der Frage der Gerichtsorganisation beizustimmen, sondern den Vollzug des Gesetzes von 1850 zu postuliren (?). Sie stellt sich genau dabei auf den Standpunkt des Abg. Crämer und scheint, wie er, an der Gränze der Nachgiebigkeit angekommen. Wir wissen, Hrn. Crämer ist es immer Ernst mit dem, was er sagt."

** München, 10. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Se. Maj. der König haben zu Ehren der großherzoglich mecklenburgischen Herrschaften auf morgen Vormittag eine große Parade über die sämmtlichen Truppen der hiesigen Garnison anzuordnen geruht. Alle Abtheilungen haben hierzu in möglichster Stärke auszurücken. — Frhr. v. Freyberg hat sein Referat über den Gesetzentwurf bezüglich der Gerichtsverfassung bereits vollendet und kommt dasselbe morgen im Ausschusse zur Berathung; am Freitag oder Samstag soll dann die Berathung in der Kammer selbst stattfinden. Die Dauer des Landtags dürfte sich bis gegen Ende dieses Monats erstrecken.

** München, 10. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Gesetz-Entwurf „Herstellung einer Eisenbahn von Lichtenfels bis Koburg betr." berathen. Referent v. Niethammer ist der Ansicht, es sey nicht wahrscheinlich, daß selbst mit den im Gesetzentwurf enthaltenen Gewährleistungen sich irgend eine Gesellschaft finden wird, welche die kleine Bahnlinie von Lichtenfels bis an die Reichsgränze in Bau und Betrieb nehme. Derselbe beantragt deßhalb, wohl der Modifikation der 2. Kammer beizustimmen, insofern noch in einem neuen Artikel der Staatsregierung eine weitere Ermächtigung ertheilt werden wolle und zwar als neuer Art. 8 wie folgt: „Die Staatsregierung ist weiter ermächtigt, den Bau der Eisenbahn von der Reichsgränze bis in die Stadt Koburg auf Staatskosten fortzuführen, insofern die Ueberlassung des Betriebs der Lichtenfels-Koburger Eisenbahn an eine Privatgesellschaft gesichert ist, und eine den Bau- und Einrichtungskapitalien entsprechende, nicht unter 4 pCt. stehende Rente vertragsmäßig gewährt wird." Der Ausschuß ist dem beigetreten Ferner beantragt derselbe, dem I. Antrag der 2. Kammer, „die Ueberlassung des Betriebs der Bahn an eine Privatgesellschaft betr." beizustimmen, ebenso dem II. Antrag, „bezüglich Erbauung der Hochstadt-Stockheimer Zweigbahn"; nur soll die Aussicht auf Zinsengarantie vorerst nicht erwähnt werden. Ebenso beantragt der Ausschuß, einem Antrag des Hrn. Reichsraths Grafen Arco-Valley beizustimmen, welcher Antrag lautet: „Es sey an Se. Maj. den König die Bitte zu stellen, sobald als möglich die sich gebildet habende Gesellschaft zur Herstellung einer Eisenbahn-Verbindung zwischen der Ludwigs-Westbahn und der kurfürstlich hessischen Friedrichs Wilhelms-Nordbahn die allerhöchste Konzession zu ertheilen. Nach einer Debatte, während welcher Reichsrath v. Zu Rhein in ausführlicher Weise die Wichtigkeit und Vortheile der Rhönbahn schilderte, wurde dem Gesetzentwurf mit den beiden Anträgen der 2. Kammer nach Vorschlag des Ausschusses beigestimmt — und nachdem bezüglich der Bebrabahn der kgl. Staatsminister der Finanzen erklärt hatte, daß die deßfallsige Konzessions-Urkunde bereits ausgefertigt sey und nur der Unterschrift des Königs entgegen sehe, verzichtet Graf Arco-Valley auf den Antrag. Die hohe Kammer stimmte hierauf noch den jüngsten Beschlüssen der 2. Kammer, bez. der die Biertaxe betr. Anträge, bei, so daß hierüber Gesammtbeschluß erzielt ist. Der Gesetzentwurf „bezüglich der Gerichtsverfassung" soll am Freitag oder Samstag zur Berathung kommen.

Berlin, 10. Juni. Die Zahl der Insolvenzen hat hier seit einigen Wochen außerordentlich zugenommen; in Folge davon ist das Schuldgefangenhaus fast vollständig besetzt, so daß das Stadtgericht sich in großer Verlegenheit befinden würde, wenn die Frequenz in der bisherigen Weise bestehen bliebe, ohne daß eine Vacanz im Schuldarrest eintrete. (Deutschl.)

London, 10. Juni. Es ist die amtliche Nachricht eingetroffen, daß Herr Crampton seine Pässe erhalten hat. (T. D. d. Nürnb. C.)

Paris, 10. Juni Kardinal Patrizzi ist gestern Abends in Paris eingetroffen und mit großem Pompe empfangen worden. — Der „Moniteur" meldet, daß der Kaiser gestern Abend in Angers eingetroffen ist, und daß sich Prinz Napoleon am 15. Juni einschiffen wird, um behufs seiner wissenschaftlichen Reise nach den nördlichen Meeren etwa drei Monate abwesend zu seyn. — Uebereinstimmenden Berichten zufolge haben die Ueberschwemmungen ihr Ende erreicht; die Wasser der Rhone, der Saone und der Loire sinken fortwährend, letztere allerdings etwas langsamer, als die anderen. Ein heftiger Sturm hat während zweier Tage im Mittelmeere gewüthet und durch das Zurückdrängen der Rhone die Ueberschwemmung von bisher verschont gebliebenen Gegenden verursacht. (T. D. d. Köln. Z.)

Paris, 10. Juni. Wie der heutige „Moniteur" berichtet, hat der gesetzgebende Körper gestern die Diskussion über das Budget für das Jahr 1857 beendet. Dasselbe wurde einstimmig angenommen. (Fr. Pstz.)

Die Nachrichten aus Angers lauten höchst traurig; die Schiefergruben von Trelaze sind überschwemmt worden. Alle Bemühungen, sie vor den Wassern zu schützen, waren vergeblich. Der Anblick war fürchterlich, als der wüthende Strom, die letzten Hindernisse überwältigend, sich mit fürchterlichem Donner in die Tiefe hinabstürzte. Einige Augenblicke reichten hin, um diesen ungeheuern, 200 Fuß tiefen Schlund zu füllen und dieses bewundernswürdige Werk zu vernichten. Die Erde zitterte wie bei einem Erdbeben. Alle Zuschauer flohen, denn es wäre Thorheit gewesen, den losgelassenen Elementen noch länger zu trotzen. Mehr als 10,000 Grubenarbeiter sind durch dieses schreckliche Unglück ohne Brod und Asyl. Die Nachrichten aus Trelaze selbst lauten fürchterlich. Der ganze Ort und die Umgegend stehen bis zum ersten Stock unter Wasser. Es fehlte an Rettungsmitteln. Mehrere Menschen waren bereits umgekommen.

Madrid. Der Justiz- und Kultusminister hat die Präsidenten der betreffenden Gerichtshöfe in den baskischen Provinzen angewiesen, gegen jene Geistlichen, welche die Vollziehung des Güterverkaufsgesetzes in jeder Weise zu hindern suchen und den Käufern sogar die Absolution verweigern, die gerichtliche Untersuchung einzuleiten, damit sie die gesetzliche Strafe treffe. — In der königl. Palastkapelle dahier wurde jüngst ein bedeutender Diebstahl verübt. Der Werth der geraubten Gegenstände beträgt mehr als 7 Mill. Realen. Bis jetzt waren alle Nachforschungen erfolglos. (K. Z.)

Aus Lissabon wird unter dem 5. Juni gemeldet, daß Giulio Gomez de Silva, der Präsident der Deputirtenkammer, zum Premierminister designirt sey, und daß Loule Sa da Bandeira und Loureiro einen Posten in dem neuen Kabinet übernehmen werden. (Fr. Pstz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 163.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 13. Juni 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 11. Juni. Am 1. Juli begeht, wie wir schon früher mitgetheilt haben, das hiesige k. Kadettenkorps die Feier seines hundertjährigen Bestehens. Zur Verherrlichung dieses Festes haben nach der „N. Münchn. Z." drei frühere Zöglinge in verschiedener Weise beigetragen, und zwar der k. Oberlieutenant Anton Frhr. v. Schönhueb (Mitglied des historischen Vereins für Oberbayern) durch ein geschichtliches Werk über diese Anstalt unter dem Titel: „Geschichte des königl. bayerischen Kadettenkorps in München. Aus Originalquellen verfaßt", 30—40 Druckbogen stark. Ein anderer früherer Zögling, Graf Holnstein, längst bekannt durch seine künstlerischen Leistungen, hat die lebensgroßen Portraits (Kniestücke) von sechs bayerischen Fürsten und Protektoren der Anstalt in Oel gemalt, und der als Schlachtenmaler schnell berühmt gewordene ehemalige Zögling und jetzige Hauptmann Diehl hat die seit hundert Jahren im Kadettenkorps gebräuchlichen Uniformen gemalt. Endlich wird noch eine Marmortafel errichtet, auf welcher die Namen der während der Feldzüge vor dem Feinde gebliebenen, durch die Kriegsbeschwerden zu Grunde gegangenen, sowie jener Zöglinge enthalten sind, welche die höchste Zier eines bayerischen Kriegers, den k. Max-Joseph-Orden, erreicht haben.

Se. Maj. der König haben den bisherigen Hofmarschall Sr. k. Hoh. des Prinzen Adalbert, Hauptmann Rudolph Frhrn. v. d. Tann, von der Stelle als Hofmarschall unter dem Ausdrucke Allerhöchstihrer Zufriedenheit enthoben. (N. M. Z.)

München. Das hiesige burgerliche Zeughaus hat in neuerer Zeit mehrere historische Merkwürdigkeiten erworben, worunter sich auch die Uniform befindet, welche Fürst Wrede in der Schlacht bei Hanau getragen hat.

Die Münchener Stadtgemeinde hat zur Ausführung mehrerer Gemeindebauten ein Anleben von 1 Million Gulden machen wollen. Die Kreisregierung soll nur 100,000 fl., das Ministerium aber 200,000 fl. aufzunehmen bewilligt haben. (B. Landbötin.)

* Bekanntlich hat der 2. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten für den Etat der Landgerichte, wofür die Staatsregierung 1,557,705 fl. auf jedes Jahr der 7. Finanzperiode gefordert hat, nur den Betrag von 1,371,713 fl. in's Budget einzusetzen beschlossen. Dies ist auf Vortrag des Referenten Abg. v. Lerchenfeld geschehen, welcher beantragte, den Bedarf an Besoldungen nur nach dem jetzigen Stand der Landgerichte zu bemessen, und jede Veränderung in dieser Beziehung mit Ausnahme der Gleichstellung sämmtlicher Landrichter im Gehalte zur Zeit abzulehen. Die Gründe hiefür hat Abg. v. Lerchenfeld in seinem Referat im Allgemeinen folgendermaßen angegeben:

„Die Vorlage der k. Staatsregierung, welche der Bearbeitung dieses Etat zur Grundlage dient, ist jene vom 28. September 1855 im wesentlichen Zusammenhange mit dem Gesetzentwurfe vom 17. Septbr. 1855, d. h. auf der Voraussetzung des Aufgebens des ganzen Gerichtsorganisationsgesetzes vom Jahr 1850 und der möglichsten Konzentrirung und Konsolidirung aller Zweige der Justiz und Polizei der gesammten Verwaltung in den Landgerichten. Berichterstatter glaubt nicht, daß die Kammer jemals einem solchen Preisgeben aller Errungenschaften eines dreißigjährigen Kampfes zustimmen könne und werde; das Höchste, was in dieser Beziehung möglich ist, dürfte die Fortdauer jenes dermaligen höchst anomalen Zustandes der Nichtvollziehung längst sanktionirter Gesetze seyn, welcher zur Zeit besteht, bis es eben der Kammer gelingt, den Vollzug jener Gesetze zu erwirken. In der oben angeführten Voraussetzung postulirt der vorgelegte Etat — neben den Mitteln für die bestehenden Landgerichte auch jene für die Vermehrung derselben um 16 und für die Vermehrung der Nebenbeamten von 540 auf 771. Berichterstatter glaubt nicht, daß es zur Zeit, wo die Frage der Gerichtsorganisation abermals Gegenstand unerledigter Verhandlungen ist, es sich um solche Vermehrung handeln könne, deren Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit lediglich nach dem Ergebnisse jener beurtheilt und bemessen werden kann, er glaubt, daß es sich für jetzt bloß darum handeln kann; die Mittel festzustellen, welche nothwendig sind, um die dermaligen Landgerichte fortzuerhalten."

⁂ München, 11. Juni. (Privat-Korrespondenz.) **83. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.**

Es wurde die gestern vertagte Debatte über die Anträge, „die Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz betr.", fortgesetzt.

Abg. Doppelhamer hat nämlich den Antrag gestellt: „es möge der Malzaufschlag für die nächste Finanzperiode in der Pfalz gerade so wie in dem diesseitigen Bayern eingeführt und erhoben werden, jedoch mit dem Anhange, daß für das begonnene Jahr dieser Finanzperiode eine Aversalsumme von 200,000 fl. angenommen und der zur Durchführung dieser beantragten Besteuerung bestimmte Termin bis zum 1 Oktbr. 1856 hinausgerückt werde." Hiermit formell und materiell im Zusammenhang stehend wurde von neun Abgeordneten aus der Pfalz, Chelius u. Cons., der Antrag gestellt: „Es sey die Staatsregierung um eine Gesetzesvorlage zu bitten, durch welche der Malzaufschlag nach den in den sieben älteren Kreisen geltenden Normen auch in der Pfalz, jedoch unter folgenden Bedingungen zur Einführung komme: 1) daß gleichzeitig auf dem Wege der Gesetzgebung bezüglich der indirekten Abgaben für Stempel und Registrirung eine Gleichstellung erfolge; 2) daß die heute noch der Pfalz obliegenden Abgaben, welche diesseits aus Centralfonds bestritten werden, ebenmäßig auf letztere Fonds übergehen." Doppelhamer beruft sich auf das Fortschreiten des Brauwesens in der Pfalz, die bedrängte Lage des Staatshaushaltes, welcher des Malzaufschlags niemals entbehren könne, vorzugsweise aber auf den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetze und der Besteuerung, und namentlich darauf, daß die Pfalz an allen Nutzungen der Gefällseinnahmen, wie insbesondere an 3,732,283 fl. Zinsen der Grundrentenablösungs-Kapitalien partizipire und sie daher billiger Weise auch alle Lasten gleichheitlich mitzutragen habe. Die Pfälzer Abgeordneten nehmen zur Begründung ihres Antrages ebenfalls die Verwirklichung des Grundsatzes „Gleichheit der Besteuerung" in Anspruch, und suchen zu beweisen, daß die Pfalz nicht nur theilweise noch Lasten theils aus Gemeinde-, theils aus Kreismitteln zu bestreiten habe, die im diesseitigen Bayern als Staatslasten betrachtet und aus der Staatskasse gedeckt werden, sondern auch und zwar insbesondere, daß der Pfalzkreis durch die bedeutenden Stempel- und Registrirungsgebühren im Gegenhalte zum diesseitigen Bayern in außerordentlicher Weise überbürdet sey.

Abg. Chelius, der gestrigen Ausführung und dargelegten Ansicht des Abg. Rebenak sich anschließend, erörtert ebenfalls die Verschiedenheit der Steuersysteme in der Pfalz und im diesseitigen Bayern, erwähnt dann, daß sie keine Aufhebung, sondern nur Minderung der viel zu hohen Einregistrirungsgebühren wollen. Redner erklärt, daß er beim definitiven Abschluß des Budget nur einen Antrag auf Uebernahme der Steuererhebungskosten stelle, und sich dabei der Hoffnung hingebe, daß die Regierung alles aufwenden werde, eine gerechte und gleichheitliche Besteuerung herbeizuführen.

Der kgl. Regierungskommissär v. Wanner gab dann die Erklärung, daß die Regierung ganz die Ansicht des Ausschusses theile; es dürfte sowohl im Interesse der Staatsregierung wie der Pfalz selbst seyn, daß es bei dem bisherigen Verhältniß vorerst noch sein Verbleiben habe. —

Abg. Lorch erörtert die Ansicht, daß die Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz nicht die 100,000 fl. ertragen werde, welche der Kreis jetzt als Aversalsumme zahle, jedoch

mit Unrecht zahlen müsse. Redner ist im Uebrigen derselben Ansicht, wie die Abgg. Rebenak und Chelius.

An den Debatten betheiligte sich noch Abg. Dr. Ruland für den Antrag Dappelhamers und schließlich der Antragsteller selbst; während sich noch gegen den Antrag erklärten die Abgg. Tafel, Fürst Wallerstein und Frhr. v. Lerchenfeld. Sie waren der Ansicht, daß zur Zeit und bevor nicht umfassende Erhebungen über die einschlägigen Verhältnisse erfolgt sind, die sehr verwickelte Frage der Besteuerung der Pfalz nicht gelöst werden könne. Der Vorschlag des Ausschusses — auf die Anträge wenigstens zur Zeit und auf die Dauer der gegenwärtigen Finanzperiode nicht einzugehen — wurde deßhalb von der Kammer beinahe einstimmig angenommen. Präsidium schloß dann die Sitzung mit dem Bemerken, daß die nächste am Freitag stattfindet und in dieser der Budget-Etat der Justiz und der Landgerichte zur Berathung kommen werde.

Preußen. Berlin, 9. Juni. Morgen über acht Tage, also gleichzeitig mit der Abreise der verwittweten Kaiserin von Rußland nach Wildbad, wird sich Se. Maj. der König nach Hohenzollern begeben, und alsdann wahrscheinlich dem württembergischen Hof einen Besuch abstatten. (Allg. Ztg.)

Das „Berliner Correspondenz-Bureau" vom 10. Juni enthält folgende Mittheilung: „Der in den dreißiger Jahren vielgenannte Uhrmacher Naundorf, der sich für den Sohn Ludwig's XVI. ausgab und sich Herzog der Normandie nannte, ist nicht, wie man seit längerer Zeit glaubte, in London gestorben, sondern befindet sich gegenwärtig im Gewahrsam der Polizei zu Rotterdam. Da er als preußischer Unterthan angesehen wird (er lebte viele Jahre, das Uhrmachergewerbe treibend, in Krossen a. O.), so hat die niederländische Polizei bei den diesseitigen Behörden Erkundigungen eingezogen."

Frankreich.

Paris, 9. Juni. In Lyon haben in Folge der Ueberschwemmung die Fabriken theilweise die Arbeit eingestellt. Hoffentlich wird dies jedoch nicht lange dauern, da namentlich Rußland bedeutende Bestellungen gemacht, die bis Ende Juli schon erledigt seyn müssen. — Eine starke Reaktion gegen die Sucht, Creditanstalten und dergleichen zu begründen, macht sich gegenwärtig in Paris fühlbar. (Fr. Pstz.)

Paris, 9. Juni. Der Cardinal Patrizzi ist heute Abend um 5 Uhr hier eingetroffen. Der Erzbischof hat ihn im höchsten Ornat und an der Spitze seiner ganzen Geistlichkeit im Lyoner Bahnhof empfangen, von wo ihn der Großceremonienmeister des Hofs nach den Tuilerien geleitete. Die Empfangsceremonien sind ganz dieselben, wie bei der Krönung Napoleons I. und bei der Abschließung des Konkordats. Die Illumination am Tauftag wird an Glanz Alles überstrahlen, was menschliche Augen je geschaut haben. Wie gewöhnlich wird das Stadthaus auch diesmal sich besonders hervorthun. Vor demselben sollen ein Triumphbogen und zwei Fontainen schimmern. Der große Saal, worin der kaiserliche Prinz nach dem Taufakt in Notre-Dame dem Gemeinderath gezeigt werden soll, ist mit Sammt und Gold ausgelegt. In der Mitte steht die Reiterstatue Heinrichs IV.; auf den vier Seiten prangen die Brustbilder von Karl dem Großen, Meroveus, Napoleon I. und Napoleon III. In den Straßen, durch welche der Zug führt, sieht man bereits häufig Plakate mit der Aufschrift: „Fenster zu vermiethen", und nicht selten mit dem erfreulichen Zusatze: „Zum Vortheil der Ueberschwemmten." Die Kaufleute versprechen an diesem Tag 5 pCt. ihres Erlöses für die Ueberschwemmten abzugeben. Sämmtliche Eisenbahnarbeiter von Paris geben einen Tageslohn für die Ueberschwemmten ab; für denselben Zweck hat gestern auch die große Silberfabrik von Cristophle und Comp. den ganzen Tag gearbeitet. — Der gesetzgebende Körper soll auf den 1. Septbr. wieder einberufen werden, um über ein neues Anlehen und einige Abänderungen im Preßgesetz zu berathen. Die wesentlichsten sollen darin bestehen, daß alle Blätter einer Kaution von 15,000, 30,000 und 50,000 Fr. unterworfen werden sollen, daß man aber für die Herausgabe keiner Autorisation mehr bedarf. (Pf. Z.)

* Paris, 10. Juni. Die Unterzeichnungen für die Ueberschwemmten mehren sich mit den einlaufenden Berichten über die ungeheure Größe des angerichteten Schadens. — Die heute im „Moniteur" veröffentlichte Subskriptionsliste der Polizei-Präfektur von Paris erreicht die Summe von 615,459 Fr. 95 C. — Unter Anderen hat auch Marschall Narvaez, Herzog von Valencia, die Summe von 1000 Fr. mit nachfolgendem Schreiben an die Präfektur gerichtet: „Herr Präfekt! Lebhaft gerührt von dem Unglücke, welches die Ueberschwemmungen in mehreren Departements Frankreichs anrichteten, und innig wünschend, zur Linderung dieses großen Unheils in einem Lande beizutragen, welches mir so theuer ist, ersuche ich Sie, Hr. Präfekt, die kleine Gabe von 1000 Fr., welche ich die Ehre habe, Ihnen zu überschicken, annehmen zu wollen 2c. Herzog von Valencia." — Die Unterzeichnungsliste des „Siecle" beträgt heute 56,000 Fr. 80 C., jene des „Constitutionnel" 98,438 Fr. 15 C. Diesem Journale hat auch Madame Ristori die Summe von 1000 Fr. zugehen lassen. — Die berühmte Künstlerin schreibt überdies von London, daß sie im Laufe des Monats August eigens nach Paris zu kommen gedenkt, um eine Vorstellung zum Besten der Ueberschwemmten zu geben.

* In Paris herrscht durch die ungeheure Menge Fremder, welche einerseits die merkwürdige Ackerbau-Ausstellung, andererseits die in Aussicht stehenden glänzenden Tauffeierlichkeiten herbeiziehen, eine ungewöhnliche Lebhaftigkeit und die Gasthöfe sind so voll wie zu den schönen Tagen der Industrie-Ausstellung.

* Gestern Abend wurden mit der Illumination des Thurms St. Jacques, des Justizpalastes und der Sainte-Chapelle, Versuche angestellt. — Namentlich die Dekoration des ersteren, vom artistischen und pittoresken Standpunkte so bemerkenswerthen Monuments, ist äußerst gelungen. — Tausende von Zuschauern waren versammelt.

* Viele der zur Taufe des Prinzen eingeladenen Bischöfe sind bereits in Paris eingetroffen.

* Paris, 10. Juni. Der Plan des Platzes de l'Etoile ist veröffentlicht worden. — Zwölf Boulevards werden von diesem runden, den großartigen Triumph-Bogen umgebenden Platze auslaufen. 5 bestehen bereits, 7 andere werden errichtet werden. Bereits beschäftigt man sich mit Rektifizirung des Boulevards von Passy. Zwischen jeden der Boulevards wird, die Façade gegen den Triumphbogen gerichtet, ein Palast erbaut werden. Man hat es jetzt in der Hand, diesen großartigen Platz zum schönsten in der Welt zu machen.

Paris, 10. Juni. Eine angeschlagene Bekanntmachung des Erzbischofs von Paris theilt den „Gläubigen" mit, daß der Legat a latere, Kardinal Patrizzi, sich heute Nachmittag um 3 Uhr in die Sainte-Genevieve-Kirche begeben wird (da man die Kathedrale für die Tauffeierlichkeit herrichtet) um Gott für seine glückliche Ankunft in Frankreich zu danken. Der Erzbischof, das Hauptkapitel und der Clerus der Diözese werden Se. Eminenz empfangen.

Die Angabe mehrerer Journale, daß eine Kabinetsänderung oder doch eine theilweise ministerielle Modifikation in Turin bevorstehe, ist sicherem Vernehmen nach völlig ungegründet.

Der „Fr. Pstz." wird aus Paris geschrieben: „Ich glaube Sie versichern zu können, daß Frankreich jedenfalls moralisch das Auftreten Englands gegen die Vereinigten Staaten unterstützt, aber die, ich wiederhole es nur moralische, Unterstützung geht nicht so weit, daß es an den Mitteln und Wegen, zu denen Großbritannien in seinem Konflikt mit Nordamerika greifen wird, Antheil nimmt. — Der Kaiser besuchte heute auf seiner Rundreise durch die überschwemmten Gegenden Nantes. — In Trelazé, dem Schauplatz des vorjährigen großen Aufstandes, wo die „Marianne" so viele Anhänger zählte, empfingen die Schieferbrucharbeiter den Kaiser mit dem größten Jubel und äußerten gegen ihn, die Marianne sey in der Loire ertrunken."

Spanien.

Madrid, 6. Juni. Olozaga, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am französischen Hofe, ist durch ein Dekret der Königin zum Botschafter bei dem Kaiser Napoleon III. ernannt worden.

Madrid, 6. Juni. Ueber das Attentat auf die Königin erzählt das „Diario espannol": „Seit drei Monaten hatte ein gewisser Arredondo zu Madrid eine geheime Gesellschaft gegründet, der ein Schreiner Namens Ramon Juentas gleichfalls beigetreten war. Durch das Loos war dieser dazu bestimmt worden, auf die Königin zu schießen. Hierfür war ihm eine Summe von 2000 Piaster versprochen; würde er nicht schießen, so sollte er von den Mitverschwornen ermordet werden. Am 28. vor. Mts., als der Wagen der Prinzessin v. Asturien sich der Straße del Arenal nahte, zog er sein Pistol aus der Tasche, allein ehe er sich dessen bedienen konnte, ergriff ihn ein Polizeragent beim Arm und vereitelte sein verbrecherisches Vorhaben. Aus dem Verhör, das der Civilgouverneur mit dem jungen Manne anstellte, ergab sich, daß der Verhaftete die anonymen Briefe, welche der Behörde zugegangen waren und sie von der bestehenden Absicht, die Königin auf dem Wege nach dem Theater zu überfallen und zu ermorden, in Kenntniß setzte, selbst geschrieben hatte. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen worden, der hauptsächlichste Rädelsführer, Rodondo Marquez (Arredondo), konnte nicht aufgefunden werden; indessen glaubt man, daß er in Madrid verborgen sey."

Ein anderer Mordversuch wird der „Allg. Ztg." berichtet, der auch von einem Club Verschworener ausgegangen seyn soll. Einer derselben, ein Miliciano, hatte, drei Tage bevor er sich zur Ausführung seines Vorhabens auf die Straße begab, um eine Audienz bei Ihrer Majestät nachgesucht und dieselbe erhalten, zu der er sich heimlich bewaffnet einstellte. Beim Eintritt in das kgl. Gemach wagte er jedoch nicht, durch die Anwesenheit mehrerer Mitglieder des Hofs erschreckt, seinen abscheulichen Plan auszuführen, er beklagte sich über seine traurige Lage und erhielt von der Königin ein Geschenk von 2000 R.! Vorgestern nun wollte er sein Vorhaben vollbringen, hielt aber glücklicherweise eine Kutsche des Hofs für die der Königin, und wurde als er aus einer Nebenstraße mit einer Pistole in der Hand heraustrat, festgehalten und verhaftet. Wegen dieser wiederholten Attentate haben die Minister der Königin angerathen, einige Tage lang ihre Spazierfahrten zu unterbrechen. Indeß die Königin zog eine Medaille der hl. Jungfrau aus dem Busen hervor und erwiderte: „Fürchtet nichts; ich werde ausgehen, und wenn jene auf mich schießen, so werden sie mich nicht treffen, denn die Mutter Gottes beschützt mich." — Als neulich die Königin spazieren fuhr, wurden aus ihrem Betgemach (Oratorio) prächtige Reliquienkästchen mit Brillanten besetzt, im Werth von 5 Mill. Realen, gestohlen. Unter andern ist ein Nagel vom Kreuz Christi entwendet, der seit acht Jahrhunderten in Spanien vorhanden war, und über welchem die Könige Spaniens am Charfreitag jeden Jahres zwei zum Tod Verurtheilten das Leben schenkten. Die Königin erklärte weinend: „Ich würde den Raub meiner besten Krone demjenigen dieses kostbaren Nagels, meines fortwährenden Trostes, vorgezogen haben." Elf Personen sind verhaftet worden.

Madrid, 9. Juni. Die „Madrider Ztg." veröffentlicht ein Dekret, welches die Emission von 6pCt. Straßenbau-Obligationen von je 2000 Realen bis zu einem effektiven Betrage von 34 Mill. Realen verfügt. Es ist für diesen Anlehenbetrag eine Konkurrenz auf den 25. d. Mts anberaumt

(T. D. d. Fr. J.)

Portugal.

Aus Lissabon wird auf telegraphischem Wege gemeldet, daß das neue Kabinet gebildet und folgendermaßen zusammengesetzt sey: Marquis de Loule: Conseilpräsident und Minister des Innern; Sa da Bandeira: Staats- und Marineminister; Loureiro: Kriegsminister; Silva Sanchez: Finanzminister; Souza: Justizminister.

Der „Times" zufolge hatte das Kabinet Saldanha-Magelhaens seine Entlassung deßhalb eingereicht, weil der König sich geweigert hatte, eine Anzahl neuer Pairs zu kreiren, um den in der Deputirtenkammer mit großer Majorität angenommenen Gesetzentwürfen, deren einer die Notirung portugiesischer Bons an der Börse, der andere eine neue Anleihe zum Behuf von Eisenbahnbauten betrifft, auch in der Pairskammer zum Siege zu verhelfen.

Italien.

Syrakus, 24. Mai. Die Hoffnungen auf versöhnlichere Regierungsmaßregeln und auf Einführung zeitgemäßer Reformen in Neapel und Sizilien haben sich leider durchgängig nicht erfüllt; die gemäßigte Fraktion unter den Royalisten hat der reaktionären das Feld räumen müssen. Verhaftnahmen folgen auf Verhaftnahmen; der geringste Verdacht eines Beamten, die lügenhafteste Angeberei eines elenden Denunzianten ist hinreichend, um redliche Leute ins Gefängniß zu bringen. Zur Wiedermehranfüllung der Kerker müssen alle Schichten der Gesellschaft, ja selbst das Militär Contingente stellen; so z. B. wurden von hiesiger Garnison gestern ein Offizier, drei Korporale, ein Spielmann und fünf Gemeine wegen dringenden politischen Verdachts in Militärarrest geführt; ein gleiches Loos soll vergangene Woche gegen 30 Militärpersonen verschiedener Grade in Messina betroffen haben. Die Aufregung auf der Insel ist ungeheuer, und dies um so mehr, als man glaubt, daß eine neue Insurrektion nicht nur von Westen her milde beurtheilt, sondern vielleicht auch gar unterstützt werden würde. Nur des leisesten Anstoßes von Außen her bedarf es, und die Insurrektion ist fertig. Die hiesige Militärgarnison ist seit dem 10. Mai um zwei Kompagnien verstärkt worden, jene von Messina um ein Bataillon, auch die Garnisonen von Catania und Calatanisetta haben Verstärkungen erhalten; es ist ferner von einer neuen Rekrutenaushebung und von Einberufung der Armeereserven die Rede; deßgleichen soll die Schweizergarde um ein Bataillon vermehrt werden.

(D. A. Z.)

Turin, 6. Juni. Vorgestern hat der Senat den Vorschlag der Deputirtenkammer, den General Alfonso Lamarmora mit einer Nationalbelohnung, bestehend aus 50 Aren Landes in der neuen Tschernajastraße, zu beschenken, einstimmig gebilligt.

(Allg. Ztg.)

Turin, 7. Juni. Fast sämmtliche Journale des Königreichs, die der Insel Sardinien nicht ausgenommen, sind über Feste aller Art erfüllt, die überall stattfinden, wo ein größerer oder kleinerer Truppenkörper aus der Krim zurückkommt. Die beiden größten Feste dieser Art feiern Turin und Genua. Gestern kam eine Deputation der Genueser Nationalgarde, an ihrer Spitze der General Busetti, hier an, um den General Lamarmora zu dem Feste einzuladen, welches die Nationalgarde den aus der Krim zurückgekehrten Offizieren und Soldaten gibt. Den Offizieren wird im herzoglichen Palast ein glänzendes Festmahl von 369 Gedecken gegeben, während die Garnison unter Zelten auf dem reizenden Spaziergang Acquasola lagern und dort gemeinschaftlich mit der Nationalgarde bankettiren und fraternisiren wird. Beleuchtungen der Straßen und Plätze, Gratisvorstellungen in den Theatern, Vortrag von Siegeskantaten, Hafenbelustigungen und Schifferstechen werden drei Tage fortdauern, und die prachtvolle ligurische Metropolis wird mit Gästen von nahe und ferne überfüllt seyn. — Die Gränzverhältnisse zwischen Piemont und Oesterreich, ohnehin längst nicht die freundschaftlichsten, sind nunmehr gespannter als je. In Pavia wird an der Herstellung des Kastells ununterbrochen gearbeitet, und General Gyulay besichtigte vor Kurzem in eigener Person die Arbeiten. Wie die Verhältnisse mit Oesterreich sich stets trüber gestalten, so scheint die Annäherung an Rußland und durch dieses an Preußen täglich zuzunehmen Der hiesige mit einer Spezialkommission an den Kaiser Alexander II. beauftragt gewesene General Dabormida war in Warschau der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit des Hofes und namentlich des Kaisers, welcher ihn zwei Mal empfing und ihm vor seiner Abreise nach Berlin das Großkreuz des St. Annenordens mit der kaiserlichen Krone verlieh. Als sardinischer Repräsentant bei den Krönungsfeierlichkeiten zu Moskau ist der General Graf Broglia di Casalborgone ausersehen; es wird derselbe noch von den beiden Obersten Graf Petitte und Car. Cugia begleitet seyn.

(Schw. M.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Alphons von Rothschild war am 29. Mai in Konstantinopel aus Aegypten angekommen. Da sein Haus sich entschlossen haben soll, der Errichtung eines großen Finanz-Etablissements zu entsagen, so wird er unverzüglich nach Frankreich zurückkehren. Die Pforte bemüht sich den Entschluß des großen Handels-Hauses rückgängig zu machen.

Griechenland.

Athen, 1. Juni. Der „Moniteur grec" protestirt gegen die Behauptung, die hellenische Regierung sey den westlichen Mächten feindlich gesinnt. Er spricht die Hoffnung aus, Griechenland werde eine neue, passende Konstitution erhalten.

(T. D. d. D. A. Z.)

Amerika.

In Kansas soll der Bürgerkrieg losgebrochen seyn. Eine Depesche aus St. Louis sagt: Lawrence wurde am Mittwoch zerstört. Das Hotel und die Druckerei in der Stadt Kansas sind ebenfalls demolirt worden. Doch kamen wenig Menschen um. Mehrere Personen wurden gelyncht. — Die Costaricaner haben das Gebiet von Nicaragua geräumt.

Asien.

Es wird wiederholt gemeldet, daß Arabien in vollem Aufstand sey. Wahrscheinlich ist damit bloß das Hedschas gemeint, das sich vor einiger Zeit gegen den Sultan empört hat, und sich gegen die Durchführung der neuen von Konstantinopel aus angeordneten Reformen sträubt.

Smyrna, 30. Mai. Unter den Auspicien des Zeibeckchefs Mohamed-Efendi, des Arztes Jani Pakdl Sawa (eines griechischen Renegaten) und des Hufschmieds Tschedschi war Mitte April in Magnesia eine Verschwörung angezettelt worden, deren Zweck auf Ermordung aller dortigen Christen während der Osterwoche hinauslief. Suleiman-Pascha, welcher Kunde davon erhalten, legte Besatzung in die Stadt und führte die drei Rädelsführer des Komplotts gefesselt mit sich nach Smyrna, wo der Untersuchungsprozeß sofort seinen Anfang nahm. Derselbe wird mit großer Heimlichkeit betrieben und dürfte auch wohl schwerlich zu aufklärenden Resultaten führen, welche letztern zu erlangen man höhern Orts auch gar nicht wünscht, sondern vielmehr bemüht ist, die ganze Angelegenheit offiziell als eine solche darzustellen, welche einzig nur in den Köpfen der drei Inhaftirten gespukt, sonst aber keine anderweitigen Theilnehmer gehabt hätte. Jedenfalls wird man den Gravirten unter den Fuß gegeben haben, in welcher Weise sie aussagen sollen, um das Gouvernement vor der Nothwendigkeit, strenge Strafexempel zu statuiren, sich selbst vor lebenslänglicher Galeerenhaft und ihre Mitschuldigen vor gesetzlicher Ahndung zu wahren.

(D. A. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Der König von Hannover hat zum Andenken des Geh. Hofraths Gauß in Göttingen eine Denkmünze prägen lassen. (D. A. Z.)

Im Bureau der amerikanisch-europäischen Expreßkompagnie in London ist wieder ein Kistchen mit Reliquien von Sir John Franklin's Expedition eingetroffen. Dieselben bestehen aus dem Bruchstück eines Schneeschuhes, darin der Name Stanley eingeschnitten; einigen Holzstücken, einem Fetzen Leder, das als Futter eines Triktraktisches gedient hatte; einem Bruchstück von einer Barometerscala, einem Theil von einem Parallellineal und einem Stückchen Elfenbein, welches offenbar einem mathematischen Instrument angehörte. (D. A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 12. Juni. Bei der heute stattgehabten Medio-Abrechnung wurden österr. Kredit- und Staatsbahnaktien, sowie span. Fonds etwas billiger abgegeben, schlossen jedoch am Ende fest.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 770 bis 766. — Elisabethen-Bahn $111\frac{1}{4}$.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1312P. 1307G. Neue Bankaktien 432 P. 427 G. Credit-Actien à 5pCt 231 P 232 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 $82\frac{7}{8}$ P. $82\frac{5}{8}$ G. 5pCt Lombard.-Ven. $90\frac{1}{2}$ P. $90\frac{1}{4}$ G. Metall. alte à 5pCt. $81\frac{1}{2}$ P. $81\frac{1}{4}$ G.; à 5pCt. in Silberb. R. $88\frac{1}{2}$ P. $88\frac{1}{4}$ G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $72\frac{3}{4}$P. $72\frac{1}{2}$ G.; à 4pCt. $64\frac{1}{2}$ P. 64 G.; à 3pCt. $48\frac{1}{2}$ P. 48 G.; à 1pCt. $16\frac{1}{8}$ P. $15\frac{7}{8}$G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 — P. 122 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106 P. $105\frac{1}{2}$ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einzahl. 290 P. 288 G.

Preussen. $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 87 P. $86\frac{1}{2}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $112\frac{1}{2}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $88\frac{1}{4}$ P. $87\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. $94\frac{1}{4}$ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente $94\frac{7}{8}$ P. $94\frac{3}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $100\frac{3}{4}$P. $100\frac{1}{4}$G.; $4\frac{1}{2}$pCt. Ostbahn-Aktien $106\frac{1}{4}$ P. 106 G. 5pCt. 101 P. $100\frac{1}{2}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156 P. $155\frac{1}{2}$ G. Neustadt-Weissenb. 116 P. $115\frac{1}{2}$ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $119\frac{1}{2}$P. 119 G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $90\frac{1}{2}$P. 90 G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $103\frac{1}{4}$ P. $102\frac{3}{4}$ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. $42\frac{1}{2}$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $80\frac{1}{2}$ P. 80 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. $39\frac{5}{8}$ P. $39\frac{3}{8}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 65 P. $64\frac{1}{2}$ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{3}{4}$ P. $92\frac{1}{4}$ G.; à 4pCt. 100P. $99\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{1}{2}$ P. 102 G.; Loose à fl. 50 $112\frac{1}{2}$ P. $112\frac{1}{4}$ G.; à fl. 25 $33\frac{3}{4}$ P. $33\frac{1}{2}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 410 P. 408 G.; junge 351 P. 349 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 110P. $109\frac{1}{2}$G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 $47\frac{7}{8}$P. $47\frac{5}{8}$G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 90 P. $89\frac{1}{2}$ G., Loose à fl. 25 $31\frac{5}{8}$P. $31\frac{3}{8}$G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. $84\frac{1}{2}$G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. 93P. $92\frac{1}{2}$G.; Bankaktien $122\frac{3}{4}$ P. $122\frac{1}{4}$G.; Taunus-Aktien 321 P. 319 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien $82\frac{1}{2}$ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial — P. $87\frac{1}{2}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 576 P. 574 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $41\frac{5}{8}$P. $41\frac{3}{8}$G.; 1pCt. neue $25\frac{7}{16}$ P. $25\frac{5}{16}$ G. **Holland.** Integrale $64\frac{1}{2}$ P. $63\frac{1}{2}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. $100\frac{3}{8}$P. $100\frac{1}{8}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119P. $118\frac{3}{4}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{4}$P. 120G	Mail. i.S Li.250k.S $101\frac{1}{4}$P. 101G
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Paris Frs. 200 k.S 94P. $93\frac{3}{4}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Lyon Frs. 200 k. S $93\frac{7}{8}$P. $93\frac{5}{8}$G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. $96\frac{3}{4}$P. $96\frac{1}{2}$G.	Wien fl. 100 C. k. S. $117\frac{1}{2}$P. $117\frac{1}{4}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. $88\frac{5}{8}$P. $88\frac{3}{8}$G.	Wien 3 M. mit 4% $117\frac{1}{8}$P. $116\frac{7}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 11. Juni. Bayer. $3\frac{1}{2}$pCt. Oblig. $87\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. $93\frac{3}{4}$ P.; $4\frac{1}{2}$pCt. $100\frac{1}{2}$ P. ——G.; 5pCt. letzte Emission $102\frac{1}{4}$ G., 5pCt. dritte Emission $100\frac{1}{2}$ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. $94\frac{5}{8}$ P.; — G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 786 P. — G.

Neueste Nachrichten.

** München, 11. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die Parade, welche zu Ehren der hohen Gäste unseres kgl. Hofes heute Morgen stattfand, war vom schönsten Wetter begünstigt. Se. Maj. der König erschien dabei mit dem Großherzog von Mecklenburg zu Pferde und Ihre Maj. die Königin mit der Frau Großherzogin zu Wagen. Zu Ehren der hohen Gäste ist diesen Nachmittag große Militärtafel im Schloß Nymphenburg. Dem Vernehmen nach haben Se. Majestät der König dem Großherzog von Mecklenburg den Hubertusorden verliehen.

Kopenhagen, 9. Juni. „Faedrelandet" meldet heute positiv — was gerüchtweise schon vor ein paar Wochen mitgetheilt wurde — daß Herr Wolfhagen, Amtmann von Flensburg, zum Minister für Schleswig ernannt worden sey. Wolfhagen gilt für einen entschiedenen Anhänger der derzeitigen Regierung und hat auch im Reichsrathe immer für die Regierungspropositionen gestimmt. (Nat.-Z.)

London, 10. Juni. Der den Abschwörungseid abschaffende Gesetzentwurf ist gestern im Unterhause durchgegangen. Die Haupt-Schlacht aber steht noch bevor. Sie wird im Oberhause stattfinden, dessen Majorität sich bis jetzt hartnäckig gegen die Zulassung der Juden ins Parlament gesträubt hat.*) (K. Z.)

London, 11. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Clarendon, daß die durch die „Asia" von Hrn. Crampton eingegangenen Depeschen der Entlassung dieses Gesandten durchaus nicht erwähnen. (T.D.d.K.Z.)

London, 11. Juni. In der heutigen Oberhaussitzung erklärte Lord Clarendon: nach Briefen aus Washington vom 27. Mai hat Crampton an jenem Tage noch keine Notifikation wegen Paßzusendung erhalten. (T D.d.Fr.J.)

Der von der Königin von England zum Feldmarschall ernannte künftige Schwiegersohn derselben, der Prinz von Preußen, erhält als solcher 50,000 Pfund, also 520,000 Gulden jährlich.

Paris, 11. Juni. Der heutige „Moniteur" meldet die Ankunft des Kaisers in Nantes und daß auch dort die Wasser im Fallen begriffen sind. Der heilige Vater habe 15,000 Fr. für die Ueberschwemmten gesandt. (T.D.D.K.Z.)

Eine Korrespondenz der „Independance Belge" aus Madrid vom 4. Juni behauptet, daß das übrigens gar nicht ernst gemeinte Attentat gegen die Königin von den gestürzten Ministern angestiftet worden sey, (während andere Berichte es den Demokraten zur Last legten), die vom Auslande her alle Mittel aufböten, um den Gang des Kabinets Espartero-O'Donnel zu hemmen und eine dauerhafte Befestigung des jetzigen Regierungssystems zu verhindern. Das jetzige Attentat habe einzig Schrecken erregen und die Vollführung des Anleihplanes der Regierung hintertreiben sollen. Es sey daher auch dem Führer des sogenannten Komplottes, Redondo oder Arredondo Marquez, ausdrücklich aufgegeben worden, in dem Augenblicke, wo die Königin vorüberfahre, zwei Pistolenschüsse abzufeuern zu lassen, jedoch so, daß die Königin nicht berührt werde.

Im Gebiete Kansas (Vereinigte Staaten von Nordamerika) standen sich seit längerer Zeit zwei feindliche Parteien und zwei feindliche Regierungen gegenüber, die Partei der Sklavenhalter unter Gouverneur Shannon und die der Freistaats-Männer unter Gouverneur Robinson. Gouverneur Shannon, dessen Anhang sich aus dem Gränzgesindel des Sklavenstaats Missouri rekrutirte, hatte einen starken Rückhalt an dem ganzen Süden der Union und an der Regierung des Präsidenten Pierce, welche den sklavereifeindlichen Gegen-Gouverneur in die Acht erklärte und Bundestruppen unter Befehl eines Marschalls der Vereinigten Staaten gegen den Sitz seiner Regierung, die Stadt Lawrence, entsandte. Mochte es nun den Freistaats-Männern an Muth oder an Macht fehlen, genug sie leisteten den Exekutionstruppen keinen Widerstand. Ihr Heerführer, General Pomeroy lieferte auf Verlangen die Waffen, darunter eine Kanone, aus, und Gouverneur Robinson ward verhaftet. Obgleich der Befehlshaber der Bundestruppen den Befehl ertheilt hatte, das Privateigenthum zu schonen, so wurden doch traurige Exzesse begangen. Ein Hotel, das Haus des Gouverneurs und zwei Zeitungsexpeditionen — einigen Nachrichten zufolge die ganze Stadt wurden verbrannt und ein paar Freistaats-Männer erschossen. (K.Z.)

*) Die Schlußformel dieses Eides: „Auf den wahren Glauben eines Christen" hinderte bis jetzt den Eintritt von Juden ins Parlament, da jedes Mitglied vor seinem Eintritt denselben ablegen muß.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 164.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 14. Juni 1856

x Die wahren Ursachen der hohen Preise der Lebensmittel.

Jene Staaten Europas, welche in national-ökonomischer Beziehung fortgeschritten, sind längst von dem Wahne abgekommen, daß Beschränkungen des Verkehrs billige Preise bringen können, finden in freier Bewegung ein sicheres Mittel gegen künstliche Situationen. Was wissenschaftliche Forschungen und Erfahrungen festgestellt haben, wird nie und nimmer wegdemonstrirt werden können. Sehen wir aber dennoch hohe Preise, so sind es außer den natürlichen Ursachen, die schon hinreichend besprochen wurden, einzig und allein die Schutzzölle, welche eine künstliche Steigerung der Lebensmittel schaffen.*) Die Schutzzölle machen es möglich, daß in Deutschland Millionen Morgen Felder dem Getraidebau entzogen, und zur Kultivirung der Zuckerrübe, der Tabakspflanze, des Weinstockes rc. (die eigentlichen Weinbergslagen sollen hier nicht gemeint seyn) verwendet werden. Die Folge davon ist, daß wir, Dank den Schutzzöllen, Zucker, Tabak, Wein rc. theurer bezahlen müssen, und zugleich der Möglichkeit beraubt werden, der sich stets mehrenden Konsumtionsfähigkeit der Völker eine erhöhte Produktion von Brodstoffen entgegenstellen zu können. Will man auch die Zollerträgnisse in ihrer vollen Wichtigkeit in Berücksichtigung ziehen, so sind die Vortheile, welche sie dem Staate gewähren, in gar keinem Verhältnisse zu den ungeheuern Opfern, die zu bringen jeder Konsument gezwungen ist. Schaffe man einmal die Schutzzölle ab, und lasse die Kräfte naturgemäß sich entwickeln, so wird die Anschaffung aller Lebensbedürfnisse um ein Bedeutendes erleichtert werden, und die Preise aller Waaren werden auf einer soliden Basis fußen.

*) Daß dies eine allerdings bedenkliche Wirkung der Schutzzölle ist, liegt klar am Tage; doch scheint uns der Hr. Einsender ihre Tragweite einigermaßen zu überschätzen. Die Red.

Deutscher Bund.

Bayern. Se. Maj. der König haben die Pfarrei Bergheim, Ldgr. Göggingen, dem Priester J. Jehle, Pfarrer in Leitershofen, Ldgr. Göggingen, die Pfarrei Oberhummel, Ldgr. Freising, dem Priester Joh. Höchstetter, Pfarrer zu Püthen, Ldgr. Mühldorf, und das Schul- und Frühmeß-Benefizium in Sulzberg, Ldgr. Kempten, dem Priester Joh. Nep. Gebhart, Curatbenefiziat in Oy, Ldgr. Sonthofen, übertragen; ferner aus den von den protestantischen Mitgliedern des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten der Stadt Augsburg, sowie von dem Kirchenvorstande der der Pfarrkirche zu den Barfüßern für die erste Pfarrstelle an der gedachten Stadtpfarrkirche präsentirten drei Geistlichen dem bisherigen zweiten Pfarrer bei St. Jakob in Augsburg, Dr. Heinr. Puchta, die landesherrliche Bestätigung ertheilt; die Pfarrei Aidenbach, Ldgr. Vilshofen, dem Priester Willibald Raila, Schloßkaplanei-Benefiziat und Studienlehrer in Burghausen, Ldgr. gl. N., übertragen und genehmigt, daß die Pfarrei Dornach, Ldgr. Landau a. J, von dem Bischofe von Passau dem Priester Jos. Pott, Pfarrvikar in Wittibreut, Ldgr. Simbach, verliehen werde. (N. M. Z.)

Se. Maj. der König haben geruht, den in den Listen abgeschriebenen Hauptmann Franz Kapp vom 12. Inf.-Reg. in Folge Erkenntnisses des Generalauditoriates des Dienstes zu entsetzen; dem Kanzlei-Sekretär Heinr. Jägern vom Ingenieur-Korps-Kommando die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere zu bewilligen; dem pensionirten Unterzeugwart Jak. Rügemer die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Vorbehalt des Pensionswiederbezuges zu bewilligen, den Regiments-Aktuar Phil. Weiß vom 1. Kuir.-Reg. in Folge Erkenntnisses des Generalauditoriates des Dienstes zu entsetzen; den temporär pensionirten Regiments-Veterinärarzt Christ. Schmidt im 5. Chev.-Reg. zu reaktiviren; den Unterlieutenant Gust. Hoffmann vom 2. Inf.-Reg. auf ein Jahr — und den Kanzlei-Sekretär Wolfg. Buchta vom Generalauditoriat auf zwei Jahr in den Ruhestand zu versetzen; dem pensionirten Unterlieutenant Albrecht Ritter Merz von Quirnheim die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Vorbehalt des Pensionswiederbezuges zu bewilligen; den temporär pensionirten Kupferstecher-Inspekter Gg. Mayr bleibend in Ruhestand zu belassen; den Reg.-Aktuar Max. Gapp vom 3. reitenden Art.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand zu versetzen; dem pensionirten Oberlieutenant Karl Spraul — und dem Unterarzt Dr. Johann Seißiger von der Kommandantschaft Landau die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere zu bewilligen; das Dienstestauschgesuch der Unterlieutenants Ferd. Frhrn. Stromer von Reichenbach vom 1. Chev.-Reg. und Ad. Passavant vom 3. Chev.-Reg. zu genehmigen; den Unterlieutenant Ant. Brandl vom 15. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand zu versetzen; dem beim Civil praktizirenden Junker Gg. Stadler die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Belassung seines bisherigen Bezuges als Pension zu bewilligen; dem pensionirten charakterisirten Major Sigm. Frhrn. Haller v. Hallerstein den Charakter als Oberstlieutenannt zu verleihen; den Hauptmann Fried. Schweykart vom Ingenieurkorps auf ein Jahr in den Ruhestand zu versetzen; dem Unterquartiermeister Jakob Wohlfart vom 1. Jägerbat. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere zu bewilligen. (N. M. Z.)

Preußen. Berlin, 10. Juni. Die Regierung hat die neuen Statuten der auf Gegenseitigkeit begründeten Sterbekasse für Eisenbahnbeamte genehmigt, so daß sie vom 1. Juli ab in Kraft treten werden. Die bisher gültigen Bestimmungen garantiren nicht den Bestand des Unternehmens, da die Beiträge der Mitglieder zu niedrig gegriffen waren. Diese betrugen ehedem zur Erhebung von 50, resp. 100 Thlr. für den eintretenden Sterbefall monatlich 2½, resp. 5 Sgr., nach dem neuen Statut 2 Sgr. für 25 Thlr., 4 und 8 Sgr. für 50 und 100 Thaler. Die Regierungsbehörde von Berlin wird die Oberaufsicht über den Verein führen und bei allen Konflikten zwischen Mitgliedern und dem Kuratorium das Schiedsrichteramt üben. — Die Altersversorgungsanstalt für deutsche Schauspieler wird ebenfalls in kurzer Zeit und zwar unter dem Namen „Perseverantia" ins Leben treten, nachdem der Stiftungsrath unter dem Vorsitze seines Direktors, des Intendanten v. Hülsen, die Berathung der Statuten beendigt hat. (Allg. Ztg.)

Berlin, 11. Juni. Seit einigen Tagen verweilt hier eine aus zwei Engländern und einem Franzosen bestehende Deputation, die nicht nur im Auftrage des englischen Zweiges des evangelischen Bundes, sondern auch unter ausdrücklicher Zustimmung von vielen angesehenen Mitgliedern der bischöflichen Kirche Englands hieher gesandt ist, um eine europäische Konferenz des evangelischen Bundes vorzubereiten, die hier gehalten werden soll. Was aber dieser Sache die größte Bedeutung gibt, ist das unverkennbare Interesse, das der König an den Tag gelegt hat, bevor schon die Deputation von London abging. Die Deputation begab sich am verflossenen Montage von hier nach Sanssouci, wo ihr der vielen dringenden Geschäfte Sr. Majestät ungeachtet eine halbstündige Audienz zu Theil wurde. In zwei Konferenzen ist mit dem hiesigen Comite des evangelischen Bundes über die beabsichtigte große Konferenz verhandelt und bestimmt worden, daß letztere als eine deutsche nicht nur von preußischen, sondern auch von andern Mitgliedern in Deutschland ausgeschrieben werden soll. Das Nähere wird auf einer zu Frankfurt a. M. im Anfange nächsten Septembers stattfindenden Zusammenkunft verabredet, die Generalkonferenz, wie gesagt, aber erst im nächsten Jahre zu Berlin gehalten werden. (F. Pstz.)

Aus Berlin wird der „Nordd. Ztg." gemeldet, es sey

als festgestellt anzusehen, daß die russischen Eingangszölle über die trockene Gränze nicht wieder erhöht werden.

Magdeburg, 10. Juni. In diesen Tagen ist Ublich's „Sonntagsblatt" wieder ausgegeben worden, zunächst die Nummern 18, 19 und 20; welche sich dreizehn Monate unter polizeilichem Verschlusse befunden haben. Die nächsten Wochen werden Doppelnummern bringen, so daß bis zum Juli jenes rückständige Quartal vollständig ausgegeben seyn und dann unter Ueberspringung eines ganzen Jahrgangs mit der Herausgabe fortgefahren werden wird. Was die (definitiv geschlossene) frühere freie Gemeinde betrifft, so hört man, daß die Bildung einer neuen, aber jedenfalls viel kleineren religiösen Gemeinschaft im Werden begriffen sey. (Fr. J.)

Kurhessen. Marburg, 12. Juni. Minister Hassenpflug, der bisher still und unbemerkt noch in Kassel lebte, hat sich nun entschlossen — nicht in Sachsen oder Preußen, sondern in Marburg, dem Sitze unserer Landeshochschule, wo auch Vilmar schon seit Jahresfrist als Religionslehrer wirkt, seinen bleibenden Wohnsitz zu nehmen. Er ist bereits hier angekommen. (Fr. J.)

§ **Oesterreich.** Wien, 11. Juni. (Privat-Korresp.) Die Aktien von zwei der jüngeren Eisenbahnunternehmungen werden aus ihrem Embryozustand bald heraustreten und auf dem Markte erscheinen. Die Blankette der Aktien der Kaiserin Elisabetheneisenbahn sind bereits im Drucke begriffen. Die Formen der Zeichnungen, sowie die Ausführung derselben sind sehr geschmackvoll und übertreffen Alles, was bisher im Aktiendrucke geleistet worden ist. Weiteres vernimmt man, daß auch die Blankette zu den Aktien der Theißbahn sich bereits im Drucke befinden. Die jüngere Unternehmung hat daher die ältere mit ihrem Auftreten auf dem Markte bereits eingeholt, so wie ihre Aktien auch verhältnißmäßig höher als jene der letzteren gestiegen sind. Die Westbahnaktien dürften in 6—8 Tagen, die Theißbahnaktien circa in der doppelten Zeit ausgegeben werden. Uebrigens muß man sich bei der oftmaligen Veränderung in der Bestimmung des Zeitpunktes des Erscheinens der bezeichneten Aktien, vielleicht auch jetzt noch auf Modifikationen gefaßt machen. — Daß die Finanzverwaltung zu dem Beschlusse der Generalversammlung der Staatseisenbahngesellschaft, betreffend die Tantiemenkonvertirung, ihre Zustimmung ausgesprochen hat, habe ich Ihnen bereits geschrieben. Die Regierung hat sicherlich jedenfalls nur die Aufgabe, das Interesse der Aktionäre gegenüber den Unternehmern und Direktoren zu schützen; da sich aber die Aktionäre mit großer Majorität für den Antrag der Gründer ausgesprochen haben, so wäre nicht abzusehen, wessen Interessen die Regierung durch eine Verweigerung der Bestätigung des Beschlusses der Generalversammlung wahren soll, da eben durch die Zustimmung der Aktionäre die Frage, ob eine Verletzung der allgemeinen Interessen vorliegt, zu Gunsten der Antragsteller gelöst worden ist.

* Vom Wiener Landesgericht sind Georg Grunner, Graveur, Joseph Euler, Maler, Joh. Richter, Lithograph, Leopold Häfner, gewesener Zeitungsredakteur, Ferdinand Bartsch, Musiklehrer, sämmtlich zuletzt in Wien wohnhaft gewesen; dann N. Vangya, früherer ungarischer Insurgentenoberst, vorgeladen sich bis Ende August d. J., vor dem Landesgericht zu stellen und zu verantworten gegen die Anschuldigung des Hochverrathes, begangen dadurch, daß sie bei einer auf gewaltsame Trennung des österreichischen Staatsverbandes, Aenderung der Verfassung des deutschen Bundes und Gründung einer eigenen deutschen Republik angelegten Unternehmung unmittelbar mitgewirkt haben, widrigenfalls gegen sie das Verfahren und Erkenntniß in ihrer Abwesenheit erfolgen wird. Alle Angeschuldigten sind flüchtig.

Innsbruck, 9. Juni. Die „B. u. Schz." meldet: „Das Kaiserschießen wurde gestern in Bregenz nach dem Festzuge von 1300 Schützen durch den Erzherzog-Statthalter eröffnet.

Dänemark.

Aus dem Herzogthum Schleswig, 7. Juni. Den 8. August 1852 ward eine kgl. Resolution publizirt, welche Privaten und Beamte in den Herzogthümern gegen Nachforderungen von Geldern, die während des sogen. Aufruhrs zum Nachtheil der königlichen Kasse und zum Vortheil der damaligen Machthaber eingenommen oder ausgegeben wurden, sicherte, für das Herzogthum Schleswig jedoch mit der Beschränkung, insofern nach Einsetzung der Landesverwaltung im Jahre 1849 Privaten an die ihnen vorgesetzte rechtmäßige Steuerbehörde bezahlt haben und Beamte, wenn sie für ihr gegentheiliges Verhalten entschuldbare Ursachen anführen könnten. War es sonach anerkannt, daß Privatpersonen an ihre nächste Steuerbehörde gültig gezahlt haben, sollte man annehmen dürfen, daß sie auch von derselben gültig Zahlung empfangen konnten. Jetzt aber fordert die städtische Behörde in Schleswig, gestützt auf Revisionsbemerkungen des Ministerium über die städtischen Rechnungen von 1848/49, von Privatpersonen Gelder zurück, welche eben dieselbe rechtmäßige Behörde ausbezahlt hat, theils für Zinsen für damals kontrahirte Anleihen, theils andere Gelder für Lieferungen, Arbeiten u. s. w., welche der Magistrat während der Kriegsjahre in Folge Requisition deutscher Truppen von Einzelnen gegen Bezahlung verlangt hatte. Bekanntlich war die Stadt Schleswig 1848 und 1849 von deutschen Reichstruppen besetzt. Welchen Eindruck dieses Verfahren fünf Jahre nach beendigtem Kriege macht, bedarf keiner Schilderung. (Sch. M.)

Frankreich.

Paris, 10. Juni. Der Eindruck, den die Anwesenheit des Kaisers im Süden und an der Loire hervorgerufen hat, thut ihm offenbar wohl. Er hat es in diesem Falle dort zum Theil mit einer legitimistischen Bevölkerung zu thun und das Bestreben, dieser zu gefallen, ist doppelt erklärlich.

* Paris, 11. Juni. Folgendes ist das im „Moniteur" veröffentlichte Programm der Feste der Taufe des kaiserlichen Prinzen: Am 14. Juni werden Artillerie-Salven den Beginn und das Ende der Tauf-Zeremonie verkünden, welche um 5½ Uhr in der Kathedrale von Paris statthaben wird. Nach beendeter Zeremonie werden Ihre Majestäten im Hotel de Ville diniren. Abends wird das Hotel de Ville, der Platz und seine Zugänge dekorirt und beleuchtet seyn. Der Thurm St. Jacques la Boucherie und die öffentlichen Gebäude werden gleichfalls illuminirt seyn. Am 15. Die Kanonen der Invaliden werden Morgens 6 und Abends 6 Uhr Salven abfeuern. Tagesfest: Das Tagfest wird von 2 bis 8 Uhr gleichzeitig auf der Esplanade vor dem Invalidenhotel und an der Barriere du Trone stattfinden. Auf der Invaliden-Esplanade werden zwei Theater abwechselnd militärische Szenen und zwei andere Theater Pantomimen und gymnastische Uebungen aufführen. Vier, mit ihren Preisen behängte, Kletter-Bäume werden den Liebhabern zur Verfügung seyn. Von 2 Uhr an werden 300 kleine Ballons mit Zuckerwerk und dergleichen von der Esplanade aufsteigen. Um 4½ Uhr wird sich ebenfalls von der Esplanade ein großer Ballon erheben und Fallschirme mit Säcke voll Zuckerwerk unter die Menge werfen. An der Barriere du Trone werden ebenfalls zwei Theater errichtet seyn, deren eines militärische Scenen, das andere Pantomimen aufführen wird. An jeder Seite werden zwei Kletterbäume mit ihren Preisen stehen. Um 1 Uhr werden die kaiserliche Opera, das Theater Francais, die komische Oper, das Odeon-, das Lyrische-, das Vaudeville-, das Variété-, das Gymnase-, das Palais-royal-, das Porte St. Martin-, das Gaité und das Ambigu Comique-, das Cirque-Theater, die beiden Reiter-Cirken und das Hippodrome Gratis-Vorstellungen geben. Nachtfest: Beim Beginne der Nacht werden der Tuilerien-Garten, der Concorde-Platz, die große Avenue und der Rundpunkt der Elysee'schen Felder, welche mit Portiken, Guirlanden, Lüstern und Vasen dekorirt sind, mit bunten Gläsern und Laternen beleuchtet werden. Die Façade des Tuileriengartens gegen den Concorde Platz wird die Illumination reproduziren, welche zu Versailles bei dem der Königin von England gegebenen Feste ausgeführt wurde. Der Industriepalast und die Alleen der Elisee'schen Felder werden mit farbigen Lüstren beleuchtet seyn. Das Hotel de Ville, der Thurm St. Jacques la Boucherie, der Triumphbogen, die Barriere du Trone, Pont Neuf, die Esplanade der Invaliden und alle öffentlichen Gebäude werden gleichfalls beleuchtet seyn. Von 8 Uhr Abends wird der Orsay-Hafen sowie mehrere zwischen den pont royal und pont de la Concorde auf der Seine stationirte Fahrzeuge illuminirt seyn. Auf diesen Fahrzeugen werden Militär-Musikanten den ganzen Abend spielen. Um 9 Uhr Abends werden auf dem Quai d'Orsay, vor dem Palaste des gesetzgebenden Körpers, und an der Barriere du Trone, Feuerwerke abgebrannt. Jedes derselben wird ein gothisches Gebäude mit der Taufkapelle vorstellen. Nach dem Feuerwerke auf dem Quai d'Orsay wird dem Hafengeländer entlang ein letzter Schuß, feurige Wasserfälle und Cascaden vorstellend, abgeschossen werden.

* Auf der Ackerbau-Ausstellung trug hinsichtlich der Maschinen England den ersten Preis davon; auch das Hornvieh desselben läßt wenig zu wünschen übrig, während sich Oesterreich durch die Feinheit der ausgestellten Wolle bemerklich machte.

* Die Unterstützungen für die Ueberschwemmten laufen eben so reichlich ein, wie am 1. Tage des Unglücks-Berichtes. Alle Klassen tragen nach Möglichkeit bei, den Armen zu Hülfe zu kommen. Neben 500 Fr., dem Beitrag der großen Rachel, sehen wir 25 Cent. die kleine Gabe einer armen Spital-Frau, die, weil sie sonst nichts hatte, ihr Essen verkaufte und einen ganzen Tag fastete; eine Vorstellung im Theater Porte-St.-Martin trug 3600 Fr., die im Saale veranstaltete Kollekte 3150 Fr. ein und eine große Anzahl Arbeiter richtete an das

„Siecle“ einen Brief, worin sie sich erbieten, das Erträgniß des Samstags, 21, den sie „das Fest der Arbeit“ nennen, den Ueberschwemmten zu überlassen. Die Unterzeichnungen auf der Polizei-Präfektur haben indessen die Summe von 748,351 Fr., jene des „Constitutionnel“ 111,276 Fr. und des „Siecle“ 59,983 Fr. erreicht, während jene zu Lyon 500,000 Franken übersteigen.

* Der „Moniteur“ macht bekannt, daß bereits alle Eintrittskarten zur Tauffeierlichkeit des kaiserl. Prinzen vergeben sind und weiter einlaufende deßfallsige Ansuchungen unbeantwortet bleiben müssen. Gleichzeitig zeigt die Seine-Präfektur an, daß die Festeinladungslisten definitiv geschlossen sind. Die Stadt Paris hat es sich stets zur Pflicht gemacht, gegen Ausländer die größte Gastfreundschaft zu üben, diesmal aber ist es, in Rücksicht auf den Charakter des Festes, angemessen, vorzugsweise Franzosen einzuladen und selbst für diese sind die so großen Räume des Hotel de ville (im Verhältniß zu den eingelaufenen Ersuchen um Einladungen) noch viel zu beschränkt.

Spanien.

† Madrid, 7. Juni. Die amtliche „Gazetta“ sagt, daß die Königin den Wunsch ausgedrückt hat, daß die Verheirathung ihrer Schwägerin, der Infantin Donna Maria Amalia, mit größt möglicher Feierlichkeit begangen werde. Diese Zeremonie wird zu Madrid stattbaben, wo Prinz Adalbert von Bayern demnächst eintreffen wird.

Griechenland.

Die letzen Briefe aus Athen vom 31. Mai erzählen ein ganz interessantes Faktum, das wieder einen neuen Beweis liefert, wie geschäftig eine Partei ist, das Einverständniß zwischen Griechenland und den europäischen Großmächten möglichst zu trüben. Es erschien nämlich im Namen des Ministerpräsidenten ein in griechischer Sprache abgefaßtes und gedrucktes Cirkulare, das an die verschiedenen Präfekten gerichtet war, und in dem dieselben ermahnt werden, sich durch das Benehmen Frankreichs und Englands bei ihren Amtshandlungen nicht einschüchtern zu lassen, da die freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers der Franzosen und der Königin Viktoria mehr als aufgewogen seyen durch die Freundschaft zweier andern Kaiser und durch jene von fünf Königen und andern Fürsten. — Dieses sonderbare Dokument hat sich als untergeschoben herausgestellt; die griechische Regierung hat von dessen Existenz aber erst durch den französischen Gesandten Kunde erhalten. Uebrigens ist es nichts neues, es ereignet sich sehr häufig, daß die westmächtlichen Gesandten von dem, was in Griechenland vorgeht, früher und besser unterrichtet sind, als die griechische Regierung selbst.

Rußland und Polen.

Berlin, 8. Juni. Von großer Tragweite und politischem Interesse sind die Nachrichten, welche die hier eingetroffenen Reisenden aus Petersburg über die Formirung der russischen Flotte geben. Der Wiederherstellung der Flotte widmet sich mit großer Vorliebe und Umsicht der Großadmiral Großfürst Konstantin, der vom Kaiser mit fast unbeschränkter Vollmacht versehen ist. Es handelt sich dabei um den großen Zweck, die durch den Frieden von Paris auf dem schwarzen Meere verlorenen Vortheile durch eine weise Centralisation aller maritimen Kräfte des Reiches im baltischen Meere nicht bloß zu ersetzen, sondern zu überbieten. Die beiden Divisionen, welche die Flotte des schwarzen Meeres bildeten, sind aus der Liste der Marine gestrichen, sie sind faktisch vernichtet, und zwar theils durch den Krieg und theils durch die Uebersiedlung des an Materiel Geborgenen und vieler Werkstätten aus dem Süden an die Küsten der Ostsee, wohin auch alle bedeutenden Persönlichkeiten der Equipagen, der Werkstätten und Werften gezogen worden sind. Die bereits überaus starken Kriegshäfen im finnischen Meerbusen, wie die bisherigen drei ersten Flottendivisionen, die sehr geringen Verlust gehabt haben, erhalten dadurch eine bisher kaum geahnte Wichtigkeit, welche ganz geeignet ist, die bereits von Peter dem Großen gewonnene Präponderanz auf dem großen Binnenmeere noch zu steigern und alle an den Küsten der Ostsee betheiligten Staaten zur größten Aufmerksamkeit in Beziehung auf den großen Herd der neuen russ. Thätigkeit aufzufordern. (Ostd. P.)

Riga, 6. Juni. So eben trifft der Kaiser auf der Rückreise von Berlin mit großem Gefolge hier ein. — Generaladjutant Todtleben, der so viel zur Vertheidigung von Sebastopol beigetragen, ist zum Ehrenbürger der Stadt Riga ernannt worden. (H N.)

Amerika.

Amerikanische Blätter bringen die Nachricht, daß die Wilden von Oregon den Vereinigten Staaten den Krieg erklärt haben. Was dieser Kriegserklärung ein ganz besonderes und neues Interesse verleiht, ist die Abfassung derselben in den bei zivilisirten Nationen gebräuchlichen Formen. In ihrem Manifeste legen die Wilden ihre Beschwerden gegen die Vereinigten Staaten dar und drücken mit beredten Worten die Gefühle der Entrüstung über die von der Regierung der Union ihnen angethanen Unbilden aus. An vielen Stellen war der Kampf bereits sehr ernst und lebhaft geworden und man konnte den Wilden nur eine sehr geringe Truppenzahl entgegenstellen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 11. Juni. Der Prozeß der Frl. Denker, Hofschauspielerin dahier, gegen die kgl. Hoftheater-Intendanz wegen Kontraktserfüllung, ist spruchreif, und es steht in nächsten Tagen dessen Entscheidung in Aussicht. Frl. Denker weigerte sich bereits im Jahre 1854 in dem Stücke: „Gebrüder Foster“ die Rolle der Madame Foster zu spielen, weil diese eine chargirte sey und solche zu übernehmen ihrem Kontrakte zuwider laufe. Da sie standhaft die Rolle zu übernehmen sich weigerte, so zog ihr die königl. Hoftheater-Intendanz vom Monate Dezbr. 1854 an 84 fl. von ihrer Gage ab und setzte diesen Abzug monatlich fort. Deßhalb sich auf ihren Kontrakt stützend, belangte Frln. Denker die k. Hoftheaterintendanz wegen Kontraktserfüllung beim hiesigen Stadtgericht l J. und es handelt sich jetzt darum, ob der Klägerin der Beweis, daß diese Rolle eine chargirte (eine in's lächerliche, in's komische fallende) sey, gelungen ist oder nicht. Da sowohl von Seite der Klägerin, als der Beklagten eine Masse von Sachverständigen zur Vernehmung in Vorschlag gebracht wurden, die in den verschiedensten Städten Deutschlands sich befinden und als Notabilitäten der Schauspielkunst gelten, so hat sich die definitive Entscheidung der jedenfalls höchst interessanten Frage so lange verzögert. (A. Abdz.)

Wien, 10. Juni. Eine Bergbaugesellschaft, deren Zweck wäre, die Mineralschätze Griechenlands auszubeuten, ist hier im Entstehen. Ein unternehmender Grieche, der sich hier befindet, sammelt dazu die Unterschriften der Theilnehmer.

Nach Briefen des Dr. Barth aus London ist der berühmte Reisende daselbst mit der Ausarbeitung seines Reise-Journals in englischer und französischer Sprache beschäftigt, das nächstens bei Longman in London und bei Perthes in Gotha erscheinen soll. Außer der Doktor-Würde, die man ihm neulich in Oxford ertheilt hat, ist ihm kürzlich auch noch die Freude geworden, daß die Londoner „geographische Gesellschaft“, die dem kühnen und erfolgreichen Unternehmen des Deutschen bisher mit scheelem Blick gefolgt war, ihm die goldene Medaille ihres Stifters zugesprochen hat. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 13. Juni. Bei sehr unbedeutendem Geschäft waren beinahe sämmtliche Kurse etwas matter.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 768 bis 765. — Elisabethen-Bahn 110¾—111¼.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1311 P. 1309 G. Neue Bankaktien 432 P. 427 G. Credit-Actien à 5pCt. 235½ P. 234½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82⅞ P. 82⅝ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90½ P. 90¼ G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 73¼ P. 72¾ G.; à 4pCt. 64¾ P. 64¼ G.; à 3pCt. 48½ P. 48 G.; à 1pCt. 16⅛ P. 15⅞ G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 119 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105½ P. 105 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 291 P. 289 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¼ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94⅞ P. 94⅜ G.; 4½pCt. 100¾ P. 100¼ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 106⅛ P. 105⅞ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155½ P. 155 G. Neustadt-Weissenb. 116 P. 115½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119 P. 118½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90½ P. 90 G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80½ P. 80 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 65¼ P. 64¾ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 99⅞ P. 99⅜ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112½ G.; à fl. 25 33⅝ P. 33⅜ G.; Darmstädter Bankaktien alte 410 P. 408 G.; junge 351 P. 349 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109⅜ P. 109⅞ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47⅞ P. 47⅝ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P.

$84\frac{1}{2}$ G.; à $3\frac{1}{2}$ pCt. 93 P. $92\frac{1}{2}$ G.; Bankaktien $122\frac{3}{4}$ P. $122\frac{1}{4}$ G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien $82\frac{1}{2}$ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial — P. $87\frac{1}{2}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 575 P. 573 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $41\frac{5}{8}$ P. $41\frac{3}{8}$ G.; 1pCt. neue $25\frac{7}{16}$ P. $25\frac{5}{16}$ G. **Holland.** Integrale $64\frac{1}{2}$ P. $63\frac{1}{2}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. $100\frac{3}{8}$ P. $100\frac{1}{8}$ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 P. $118\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{4}$ P. 120 G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S $101\frac{1}{4}$ P. 101 G
Berlin Thlr. 60 k. S. $104\frac{3}{4}$ P. $104\frac{1}{2}$ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. $93\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. $104\frac{3}{4}$ P. $104\frac{1}{2}$ G.	Lyon Frs. 200 k. S. $93\frac{7}{8}$ P. $93\frac{5}{8}$ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. $96\frac{3}{4}$ P. $96\frac{1}{2}$ G.	Wien fl. 100 C. k. S. $117\frac{7}{8}$ P. $117\frac{5}{8}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S. $88\frac{5}{8}$ P. $88\frac{3}{8}$ G.	Wien 3 M. mit 4% $117\frac{5}{8}$ P. $117\frac{3}{8}$ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. $104\frac{3}{4}$ P. $104\frac{1}{2}$ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 12. Juni. Bayer. $3\frac{1}{2}$ pCt. Oblig. $87\frac{1}{4}$ G.; 4pCt. $93\frac{3}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$ pCt. $100\frac{5}{8}$ B. —— G.; 5pCt. letzte Emission $102\frac{1}{4}$ G.; 5pCt. dritte Emission $100\frac{1}{4}$ B.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. $94\frac{5}{8}$ B.; — G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — B. 785 G.

Neueste Nachrichten.

** München, 12. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Eben ist das folgende, die Verlängerung des Landtages betreffende kgl. allerhöchste Reskript erschienen:

„Maximilian II. rc. Unsern Gruß zuvor, Liebe und Getreue! Nachdem Uns angezeigt worden ist, daß die verfassungsmäßige Erledigung der auf unsern Befehl an die beiden Kammern gebrachten Gegenstände innerhalb des von Uns nach Tit. VII. §. 23 der Verfassungsurkunde bestimmten Termins nicht zu erwarten sey, so wollen Wir die Dauer des dermaligen Landtages noch bis zum 30. ds. Mts. verlängern, sofern ein früherer Schluß desselben nicht thunlich werden sollte, in welchem Falle Wir Uns vorbehalten, das Weitere zu verfügen. Indem Wir Euch dieses eröffnen, bleiben Wir Euch mit königlicher Huld und Gnade gewogen. Nymphenburg, den 11. Juni 1856. (Gez. Max. Folgen die Unterschriften der Minister.)

Gestern Abends ist in Folge eines Schlaganfalls der politische Schriftsteller Friedrich Rohmer im 42 Lebensjahre gestorben.

München, 12. Juni. Se. Maj. der König haben den Postoffizialen Leop. Auchter in Augsburg in Quiescenz versetzt. (Verordbl.)

Berlin, 11. Juni. Graf v. Hatzfeld hat bei seiner Rückreise von hier auf seinen Posten in Paris den schwarzen Adlerorden für den Grafen Walewsky mitgenommen. (T. D. d. Hamb. N.)

Frankfurt, 10. Juni. Der förmliche Zutritt des deutschen Bundes zu dem Abkommen über das „Recht der Neutralen", bezüglich der Abschaffung der Kaperei, soll, wie verlautet, auf Grund eines gemeinschaftlichen Antrags Oesterreichs und Preußens erfolgen. (A. Z.)

Wien, 11. Juni. Wie man heute aus Jassy erfährt ist die Differenz, welche sich im Schooße der Donaufürstenthümerkommission wegen Zulassung des Georg Sturdza, Sohn des gewesenen Hospodaren Michael Sturdza, auch Muklis Pascha genannt, als Kommissionsmitglied von Seite Rußlands erhoben hat, bereits beseitigt. Die Pforte beharrte bei der Wahl und in der Nacht vom 31. Mai auf den 1. Juni ist die russische Zustimmung für Georg Sturdza eingetroffen. Die Kommission setzt also ihre Arbeiten wieder fort. (Fr. Pstz.)

Wien, 11. Juni. Die Betheiligung an der Subskription für die Theißbahn ist so zahlreich, daß man die einzelnen Subskriptionen auf 10pCt. des gezeichneten Betrages wird reduziren müssen. (Fr. Pstz.)

London, 12. Juni. Die heutige „Times" meldet in einer zweiten Ausgabe, Crampton und die drei englischen Consuln, gegen welche von der Regierung der Vereinigten Staaten die Beschuldigung erhoben worden war, daß sie sich bei den Werbungen betheiligt hätten, seyen entlassen worden, doch sey das Entlassungsschreiben von versöhnlichen Erklärungen begleitet. (T. D. d. K. Z.)

Paris, 11. Juni. Der Cardinal-Legat ist heute vom Kaiser in feierlicher Audienz empfangen worden. Er hat der Kaiserin schon gestern einen Besuch abgestattet und ihr die (geweihte) goldene Rose übergeben, welche der Papst ihr zum Geschenke macht, so wie die gestickten Windeln, die Pius IX. dem kaiserlichen Prinzen schickt. (K. Z.)

Der Kardinal Patrizzi wurde am 10. Abends in St. Cloud der Kaiserin vorgestellt. Ihre Majestät hatte den Wunsch ausgedrückt, den Legaten des Papstes zu sehen, und wollte ihre Ungeduld nicht bezwingen bis zur Rückkehr Louis Napoleons nach Paris. Der Kardinal Patrizzi ist ein sehr großer und schöner Mann. Sein weiter rother Mantel erhöht seine körperlichen Vorzüge, und die Pariser zollen demselben allgemeine Bewunderung. Der Kreuzträger des Legaten begleitete ihn gestern ebenfalls nach St. Cloud. Er fuhr in einem Wagen dem Kardinal voraus. Es ist Gebrauch, daß der Kreuzträger sich bei öffentlichen Ausgängen eines weißen Maulesels bedient. Dieser Gebrauch findet hier in Paris keine Anwendung, da jede religiöse Ceremonie auf öffentlicher Straße dem Concordate gemäß untersagt ist. Der Kardinal Patrizzi hat bereits alle hohen Geistlichen, die gegenwärtig in Paris anwesend sind, empfangen. Der neue politische Direktor des „Constitutionnel" und des „Pays", Herr Renée, veröffentlicht heute im „Constitutionnel" seinen ersten Artikel. Derselbe ist den Reisen des Kaisers, durch die große Ueberschwemmungen der letzten Tage hervorgerufen, gewidmet. Herr Renée spricht in diesem Artikel von der Begeisterung, die des Kaisers heldenmüthiges Auftreten überall hervorgerufen habe. Zum Beweise, daß selbst die Republikaner den hohen Muth und die Aufopferung des Kaisers Louis Napoleon gewürdigt haben, führt er eine Stelle aus einem Briefe eines Republikaners an, den derselbe, wie Herr Renée erzählt, an einen seiner politischen Freunde geschrieben hat. Diese Stelle lautet: „Du kennst meine Prinzipien, und du weißt, daß ich dieselben niemals ändern werde; aber ich gestehe dir, daß ich diesen Mann bewundere; ich habe ihn in Tarascon in einer Nußschale gesehen, in der ich mich nicht ausgesetzt hätte, um mein Haus zu retten." — Nach Berichten aus London wird die englische Bank ihren Diskonto auf $4\frac{1}{2}$ pCt. herabsetzen. Die Herabsetzung der französischen Bank steht ebenfalls in Aussicht. Diese Nachrichten sowohl, als das erwartete Dementi Betreffs einer neuen Anleihe machten die heutige Börse sehr fest. Alle Werthpapiere stiegen, die 3proc. Rente um 50 C. (K. Z.)

Paris, 12. Juni. Der Kaiser ist in St. Cloud eingetroffen. — Der heutige „Moniteur" veröffentlicht die Anträge des in der gestrigen Senats-Sitzung von der mit Prüfung des (schon erwähnten) Vorschlages des Hrn. Ch. Dupin beauftragten Kommission erstatteten Berichts. Um die allgemeine Dankbarkeit Frankreichs auszudrücken, um das Andenken an die von seinen Armeen errungenen Siege und an den durch den schirmenden Geist Napoleon's III. erzielten Frieden zu verewigen, spricht der Senat den Wunsch aus, daß die Errichtung einer Denksäule gesetzlich beschlossen werde — Dem amtlichen Blatte zufolge hat der Sultan 40,000 Frs. für die Ueberschwemmten geschenkt. (T. D. d. K. Z.)

Rom, 5. Juni. Wir sehen das Mutterhaus eines neueren geistlichen Vereins entstehen. Abbe Trouel, dem Rom die Gründung einer Schule für künftige Ackerbauer verdankt, welcher der heilige Vater die große Vigna Pia vor Porta Portese zum Zeichen seiner außerordentlichen Zufriedenheit mit dem segensreichen Gedeihen des Institutes schenkte, hat nun auch Mittel gefunden, bei der Kirche Santa Brigitta auf Piazza Farnese die nöthigen Räumlichkeiten für seine geistliche Congregation einzurichten, die unter seiner Leitung steht. Bis jetzt zählt der Verein zwölf Mitglieder, die mit Ausnahme des Paters Plasman aus Westphalen aus Franzosen und Engländern bestehen. Sie leben nach der Regel der Josephiten und der Congregation vom heiligen Kreuz.

Turin, 10. Juni. Der sardinische Legationsrath Barral in Paris ist zum sardinischen Ministerresidenten bei dem deutschen Bunde ernannt worden. (O. C.)

New-York, 28. Mai. Ein vom Repräsentanten-Hause zu Washington ernannter Untersuchungs-Ausschuß hat den im Sitzungssaale des Senates von dem Obersten Brooks mißhandelten Senator Sumner in seiner Wohnung über den Hergang des neulichen ärgerlichen Vorfalls eidlich vernommen. Hr. Sumner lag während des Verhörs zu Bett und befand sich in einem Zustande großer Schwäche. Er sagte u. A. aus, daß er durchaus keine Ahnung von dem Angriffe gehabt habe und, als derselbe erfolgte, völlig unbewaffnet gewesen sey. Mit Bezug auf seine Aeußerungen über den Senator Buttler, die seinen Gegner zu der Mißhandlung gereizt hatten, erklärte er, seine Rede sey nichts weiter, als eine Antwort auf die Rede Buttler's und ihrem Inhalt und Ton nach streng parlamentarisch gewesen. (Köln. Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 165.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 15. Juni 1856

Telegraphische Depesche.*)

München, 14. Juni, Nachmittags 1 Uhr 35 Min. In der heutigen Berathung des Gesetz-Entwurfs über die Gerichtsverfassung hat die Reichsraths-Kammer die Aufhebung des Artikel 22 des Grundlagen-Gesetzes von 1848 (Unabsetzbarkeit der Richter) beschlossen, sowie ferner, daß auch der Gerichts-Vorstand einzelne Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit vornehmen könne; im Uebrigen hat sie den Beschlüssen der zweiten Kammer beigestimmt.

*) Gestern Abend bereits einem Theil unserer Leser durch eine Extrabeilage mitgetheilt.

Deutscher Bund.

Preußen. Der Kolonial-Zucker ertrug im Jahre 1830 noch ca. 25pCt. aller Eingangsabgaben im preußischen Staate. Durch die seitdem aufgekommene Fabrikation des Runkelrübenzuckers ist derselbe von Jahr zu Jahr mehr aus der Konsumtion verschwunden. Im Jahre 1838 wurden noch ca. 5400 Ztr. in gesottenem und ca. 1,050,000 Ztr. in ungesottenem Zustand in dem Zollverein eingeführt. Im Jahre 1854 war der erstere auf ca. 2000 Ztr., der letztere auf ca. 746,000 Ztr. gefallen, eine Verminderung, die um so größer erscheinen muß, wenn man bedenkt, daß die Zuckerkonsumtion in den letzten dreißig Jahren fortwährend gestiegen ist. Während dieselbe 1822 nur 1¼ Zollpfund für den Kopf der Bevölkerung betrug, hatte sie im Jahre 1848 bereits die Höhe von 5⅓ Zoll-Pfund erreicht. In den seitdem verflossenen Jahren hat sie noch mehr zugenommen, so daß sie gegenwärtig um das Vierfache größer seyn mag als 1822. Diese ganze Vermehrung des Konsums vermag die Runkelrübe zu decken. Wir können daraus entnehmen, in welchem ungeheuren Umfange sie angebaut wird.

Hannover. Die „Hannoversche Ztg." enthält Folgendes: Der Kommunistenbund hat in der allerneuesten Zeit auch wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben. Es sind nämlich in der zweiten Hälfte des vorigen Monats von London aus lithographirte Aufrufe verbreitet worden, von denen man in Hannover und Braunschweig einzelne Exemplare gefaßt hat, welche bei den Altgesellen verschiedener Handwerksinnungen durch die Post frankirt eingegangen waren. Wir theilen nachstehend den Inhalt der Aufrufe wörtlich mit:

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Muth, Einigkeit — nicht Worte, sondern Thaten. An Alle, die von Fürsten, Pfaffen, Wucherern, Gendarmen und Henkersknechten aller Art gebüttelt und geschunden werden. Die Zeit der Erschlaffung ist vorüber. Das Feuer der Revolution fängt wieder an zu brennen; — der Kampf mit Allen, die uns bütteln, rückt heran. Seid daher auf eurem Posten. Nicht mehr dürfen kraftlose und engherzige Spießbürger und Advokaten die neue Revolution verhunzen. Macht diesmal reine Bahn und bringt im Augenblicke des Aufstandes überall und unverzüglich nachfolgende Maßregeln zur Ausführung: 1) Im Augenblicke der Revolution hören alle bestehenden Gewalten auf zu existiren. 2) Das bewaffnete Volk wählt augenblicklich in jeder Dorfgemeinde sowie in jeder Stadt einen revolutionären Ausschuß, der alle Macht der Lokalbehörde in die Hände nimmt. In jedem Kreise bilden Deputirte der Gemeinde- und Städteausschüsse den revolutionären Kreisausschuß, der in der Hauptstadt seinen Sitz nimmt, binnen 24 Stunden nach dem Ausbruch des Aufstandes in seiner respekt. Gegend zusammentreten muß, und die jetzigen Kreisbehörden ersetzt. Der Zentralausschuß nimmt seinen Sitz in der ersten bedeutenden Stadt, die in den Händen der Revolution ist; er hat die diktatorische Gewalt. Alle revolutionären Kreisausschüsse senden unverzüglich Abgeordnete an den Zentralausschuß. 3) Alle Steuern sind aufgehoben. Die Mittel für die Staatsausgaben werden gewonnen durch: a) Konfiskation des Eigenthums der Fürsten und Volksverräther; b) Beschlagnahme der Banken und Staatskassen; c) Zwangsanleihen auf alle Kapitalisten; d) ein neuzuschaffendes Papiergeld. 4) Alle Staatsschulden sind ohne Entschädigung aufgehoben, und das alte Papiergeld außer Kurs gesetzt. 5) Der Staat übernimmt alle Hypotheken. Keine Hypothek kann mehr gekündigt werden. Die Besitzer derselben werden nach Maßgabe ihrer Verhältnisse durch den Staat entschädigt. 6) Alle Gegner der Revolution werden entwaffnet. Das revolutionäre Volk vom sechzehnten bis sechzigsten Jahre bildet das Heer. Die revolutionären Kreisausschüsse organisiren augenblicklich die Bataillone ihrer Distrikte. Der jüngere und unverheirathete Theil ist zunächst gegen den äußern Feind, der andere gegen den innern zu kämpfen verpflichtet. Das Volk darf nie wieder entwaffnet werden. 7) Alle Gerichtsbarkeit ist aufgehoben. An ihre Stelle treten Tribunale, die durch die Revolutions-Ausschüsse der Kreise bestimmt und denen durch den Zentral-Ausschuß ernannte Kommissäre beigegeben werden. 8) Die Existenz der Revolutionskämpfer und ihrer Familien ist garantirt. Jeder muß arbeiten. Der Staat muß ebenso Jedem Beschäftigung gewähren gegen einen guten von Arbeitsausschüssen zu bestimmenden Lohn. 9) Proviant- und Waffendepots, ferner alle Eisenbahnen, Dampfschiffe und andere öffentliche Communicationsmittel nimmt der Staat unverzüglich durch den Revolutionsausschuß in Besitz. Ebenso alle Fabriken und Werkstätten, die nicht voll beschäftigt sind und deren er zur Beschäftigung der Arbeiter bedarf. Die Landarbeiter werden auf den Staatsländereien beschäftigt, wie in §. 8 angegeben. 10) Die Paläste und Schlösser der Fürsten und Reichen werden zu Schul- und Erziehungsanstalten sowie zu anderen gemeinnützigen Zwecken eingerichtet. Die Kinder werden unentgeldlich verpflegt, unterrichtet und erzogen. Zum Nachdruck und zur Verbreitung werden alle eingeladen."

Kurhessen. Aus Kurhessen, 9. Juni. Der von dem Oberappellationsrathe Elvers und den Pfarrern Lohr und Rückert gestiftete chinesische Missionsverein siecht mehr und mehr dahin und hat jetzt die letzte Versammlung anberaumt, um seinen Tod förmlich und feierlich zu beschließen. (H. N.)

Δ **Nassau.** Vom Rhein, 13. Juni. (Priv.-Korr.) Die Eröffnung der Rheingauer Eisenbahn von Wiesbaden bis nach Eltville ist auf den 24. Juli, dem Geburtstage des Herzogs von Nassau, vorläufig festgesetzt.

§ **Oesterreich.** Wien, 12. Juni. (Privat-Korresp.) Der neapolitanische Gesandte, Fürst Petrulla, hatte in den letzten Tagen zu wiederholten Malen Konferenzen mit dem Grafen Buol, und kündigte bei dieser Gelegenheit das nahe bevorstehende Erscheinen einer Denkschrift an, in welcher in ausführlicher Weise alle gegen die neapolitanische Regierung gerichteten Angriffe widerlegt seyn sollen. Im Uebrigen sollen die Eröffnungen des Fürsten durchaus nicht geeignet seyn, irgend welche Hoffnungen in Betreff einer liberalen Modifizirung des neapolitanischen Regierungssystems zu erwecken.

Vergehen der Sektirerei nach §. 304 des Strafgesetzbuches. Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Ostd. Post" aus Wien, 11. Juni, was folgt: „Vor den Schranken des Gerichts stehen drei Angeklagte, Johann P. Sch., Joseph H. und Maria H. Johann P. Sch., ein Schneidergeselle, kam vor mehreren Jahren von Breslau, seiner Vaterstadt, herübergewandert, den Kopf vollgepfropft mit überspannten Ideen, doch ausgerüstet und wohlbewandert in der Lektüre der heiligen Bücher und insbesondere eingeweiht in die Schriften des heiligen Thomas v. Aquino. Kaum betrat er den österr. Boden, als er den Versuch machte, seinen Ideen Anhänger zu werben. Es wurde ihm jedoch bald das Handwerk gelegt und er zu sechs

Monaten schweren Kerker verurtheilt. Nach Jahren erblicken wir denselben wieder in Wien; er wohnte bei einem Friseur in der Leopoldstadt, dem obenerwähnten Joseph H., den er seinen „Bruder" nennt. Beide verständigten sich dahin, eine neue religiöse Sekte zu begründen, deren Haupt Johann P. Sch. seyn sollte, welche den Namen „die Nazarenische" führen sollte. Als dem Johann H. ein Sohn geboren wurde, weigerte sich sein Vater, das Kind taufen zu lassen, da sein Bekenntniß bloß die heilige Taufe an Erwachsenen gestatte. Der hiesige Magistrat konnte diese Außerachtlassung gesetzlicher Anordnungen nicht hingehen lassen und entsetzte den Vater der väterlichen Gewalt, bestellte dem Kinde einen Vormund, welcher die Einführung des Neugebornen in die christkatholische Gemeinde bewerkstelligte. Der Nazarener setzte sein Werk fort, er taufte seinen Kollegen im Prater und weihte ihn hiemit in die Mysterien seines Glaubens ein. Diese sind beiläufig folgende: Die Taufe ist nur an erwachsenen Personen zuläßig, Eide zu schwören ist nicht gestattet, die Ehe ist ein Institut zivilrechtlicher Natur rc. Im Uebrigen stimmen sie zum Theil mit den Prinzipien der Quäcker oder jenen der verschollenen Sabbathianer überein. Die Angeklagten führen salbungsvolle Reden im Munde, Bibelsprüche sind ihnen sehr geläufig und ihre Reden wimmeln von denselben. Ihre Grundsätze verleugnen sie vor Gericht nicht und halten fest zu einander, sie legen ein offenes Bekenntniß ihrer Bestrebungen ab und haben darum schon ein Gesetz wider sich. In Oesterreich ist die Sektirerei verboten, indem nur die gesetzlich anerkannten Religionen Schutz genießen und ohne Bewilligung der Behörde keine religiösen Parteiungen sich bilden dürfen. Diesen ausgesprochenen Grundsätzen gemäß wurden Joseph P. Sch. zu drei Monaten, Joseph H. zu einem Monat Kerker und Maria B. zu einem Monat Arrest verurtheilt."

Der „Pesther Lloyd" schreibt aus Pesth vom 30. Mai: „Die Bildung macht rasende Fortschritte. Neulich hat Danilo seine Montenegriner mit einem Codex beschenkt, in dem das Ungebührliche des Diebstahls auseinander gesetzt wird, und man hat jetzt in Gran den Zigeunern eine Schule gebaut. Dieser Stamm, der bis zum heutigen Tage mit der Civilisation in offener Feindschaft gelebt und das wildromantische Beduinenleben der afrikanischen Steppen nach den Gebieten der europäischen Kultur verpflanzte, der Zigeuner soll nun an den Brüsten der Wissenschaft saugen, sein ungezügelter Geist „in spanische Stiefeln" eingeschnürt werden Die Graner Zigeunerschule wird bereits von 45 vielversprechenden Zöglingen besucht, und sie werden dort in Religion, im Lesen und Schreiben und in der Arithmetik unterrichtet. Die benannten Zweige des Elementarunterrichts können der ohnedies anstelligen Zigeunerrace nur zu großem Nutzen gereichen, überflüssig erscheint uns der Musikunterricht, der ihnen gleichfalls zutheil werden soll. Die braunen Banden der Pußta, die schon als Musiker geboren werden, sollen erst die fünf Linien und den Violinschlüssel studiren. Es steht allen Ernstes zu befürchten, daß sie durch das Lernen die Musik als Wiegengeschenk der Natur erst recht verlernen werden. — Der Bischof von Neutra, Emmerich v. Palugyay, baut den barmherzigen Schwestern daselbst ein Kloster mit einem Aufwande von mehr als 100,000 fl. Das schöne Gebäude wird bald seiner menschenfreundlichen Bestimmung übergeben werden." (D. A. Z.)

Aus Ungarn, 6. Juni. Dieser Tage ist die allerhöchste Entschließung an die Statthalterei in Temeswar gelangt über Verwendung der von General Haynau den ungarischen Juden auferlegten Contribution. Ein Theil dieses bedeutenden Betrages ist vorläufig zur Besetzung von 20 Stiftungsplätzen für blinde und taubstumme Kinder armer israelitischer Aeltern bestimmt. — Vom St. Severinus-Verein ist an mehrere geistliche Würdenträger die Einladung ergangen, sich einer Pilgerfahrt nach Rom anzuschließen. Mehrere Domherren haben bereits ihre Theilnahme zugesagt, und begeben sich zu diesem Behuf nach Triest, wo am 17. d. M. eine Zusammenkunft zahlreicher Priester aus den entlegensten Theilen der Monarchie stattfindet. Von Triest geht die Fahrt nach Ancona, um dann am Peter- und Paulstag den Anblick der ewigen Stadt in ihrem unermeßlichen Flammenmeer zu genießen. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 11. Juni. Der gestrige Tag war ein Tag der allgemeinen Erwartung; die Wahlen für die theilweise Erneuerung der Kammer fanden Statt, und wie man voraussehen konnte, hat die klerikale Partei gesiegt. Bis jetzt hing ihre Majorität in der Kammer immer noch von Umständen ab, indem sie aber sieben Stimmen mehr bekommen hat, ist sie eine gesicherte geworden. Gent war der Hauptschauplatz des Wahlkampfs, da es sieben Repräsentanten zu wählen hatte. Der Sieg ist dort mit großer Majorität der Klerikalen zugefallen. Von allen Provinzen ist Lüttich die liberalste, und die elf Repräsentanten, die in den vier dortigen Wahlbezirken gestern gewählt wurden, gehören auch diesmal wieder zu den Liberalen. (Z. f. Ndd.)

Großbritannien.

* Fortwährend wird von englischen Blättern versichert, daß die Note der nordamerikanischen Regierung, worin sie der englischen die Ausweisung des englischen Gesandten aus dem Gebiet der Vereinigten Staaten anzeigt, in "versöhnlichem" Tone gehalten sey (ein eigenthümlicher Widerspruch zwischen Wort und That!); es sey namentlich darin versichert, daß die letzte Note Lord Clarendon's betreffs der Werbefrage vollkommen befriedigend sey, daß dagegen Hr. Crampton persönlich sich unhaltbar gemacht habe, nachdem er seiner Regierung Einzelnheiten aus verschiedenen mit Marey, Cass, Clayton und Andern gepflogenen Besprechungen mitgetheilt habe, deren Wahrhaftigkeit von den Genannten angefochten wird. — Die neuesten Nachrichten aus Portsmouth klingen indessen so, als ob die Regierung sich auf einen Konflikt mit Amerika gefaßt machte. Es traf daselbst ein Befehl der Admiralität ein, drei große Schraubendampfer möglichst rasch für auswärtige Dienste segelfertig zu machen. Ein Geschwader von Kanonendampfern soll Befehl erhalten haben, Exerzitien halber nach den nordamerikanischen Stationen abzugehen.

London, 13. Juni. Nach der „Morning-Post" hat nunmehr der amerikanische Gesandte Dallas die Entlassung Crampton's und noch dreier englischen Consuln offiziell angezeigt und erklärt, er sey ermächtigt, die central-amerikanische Frage einem Schiedsgerichte zu überweisen. Amerika, meint die „Post", thue einen gefährlichen Schritt, indem es England beleidige und die Beleidigung mit einem werthlosen Anerbieten begleite. Es sey unmöglich, sich mit Dallas in Unterhandlungen einzulassen, während Crampton seines Postens enthoben sey. England dürfe nicht deßhalb eine Beleidigung einstecken, weil man ihm eine Art von Ersatz durch ein Anerbieten zu gewähren suche, das mit der Angelegenheit Cramptons nichts zu thun habe. Der Entlassung Crampton's müsse die Entlassung des Herrn Dallas folgen.

Frankreich.

Paris, 11. Juni. Die Ernennung Olozagas zum Botschafter am Tuilerienhofe ist ein neuer Beweis von den freundschaftlichen Verhältnissen zwischen der Königin Isabelle und Napoleon III. Diese Verhältnisse sind aber nicht ausschließlich politischer Natur, sondern das mächtige industrielle und finanzielle Band trug zur engern Verbindung der beiden Länder bei, und jetzt kann man in Bezug auf die französisch-spanischen Kapitalien mit Recht sagen: es gibt keine Pyrenäen mehr. Wie ich heute vernahm, erhielt die Gesellschaft des spanischen Credit mobilier (Pereire), die bereits die Konzession zum Bau der Eisenbahn von Valladolid nach Burgos erhalten hat, nun auch die Konzession für eine Zweigbahn dieser Linie nach Alar del Rey. Durch diese Zweigbahn wird die Bahn von Santander mit der spanischen Nordbahn verbunden. (Fr. Pstz.)

Eine Glocke aus Sebastopol, welche der Kaiser der Notre-Dame-Kirche zum Geschenke gemacht, ist in Paris angelangt und sogleich dieser Kirche übergeben worden.

Aus Paris, 11. Juni, wird der „D. A. Z." geschrieben: „Das Komplott gegen das Leben der Königin von Spanien hatte seine Verzweigungen auch hier, und es sollte mit dem Madrider Attentat gleichzeitig auch eins auf das Leben des Kaisers vor sich gehen. (?) Die Madrider Regierung hat hievon Wind bekommen und die hiesige sofort davon in Kenntniß gesetzt. Hr. Zavala, der spanische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, hat mit viel Klugheit in seinem Vortrage an die Königin hervorgehoben, daß die Kaiserin der Franzosen eine Spanierin sey und daß bei Gelegenheit der kaiserlichen Taufe Spanien auf eine möglichst glänzende Weise, namentlich also durch einen Botschafter, vertreten seyn müsse. Dies sind Schmeicheleien, für die der kaiserliche Hof der Tuilerien keineswegs gleichgültig ist. Man weiß, wie ängstlich man hier auf die Form sieht, und man wird um so besser begreifen, wie gut die zarten Rücksichten der spanischen Regierung hier wirken müssen. Für den Kardinallegaten ist ein sehr strenges, vorher diskutirtes Zeremoniell festgesetzt worden. Der Legat hat keine der Visiten, welche man ihm macht, zu erwidern, es wäre denn bei dem Kaiser und den kaiserlichen Prinzen."

* Paris, 12. Juni. Der „Courrier de Lyon" entwirft folgendes Bild über die überschwemmt gewesene Stadt und Umgebung: „Die Wasser der Saon sanken abermals um 30 Centimetres und die Quais sind nun völlig frei. Auf allen Seiten ist man thätig die von der Ueberschwemmung angerichteten Schäden auszubessern. Man reißt die auf den Quais errichteten Wehren

nieder, stellt die zur Erleichterung des Wasserabflusses geöffneten Zugskanäle wieder her und reinigt die niedergelegenen Stellen vom zurückgebliebenen Schlamme. Im Innern der Häuser ist die Thätigkeit nicht geringer; überall wird getrocknet, gewaschen, gepumpt; man legt frische Fußboden, malt neu aus und streut Kalk um die feuchten Dünste zu verscheuchen. — In der Ebene von Brotteaux ist der erst furchtbar-schöne Anblick einfach, traurig und abstoßend geworden. Die sich zurückziehenden Wasser haben noch mehr Ruinen an den Tag gelegt als man glaubte, und überall müssen Häuser gestützt oder abgetragen werden. Die Straßen gleichen auf vielen Punkten einem Markt-Platze mit seinen improvisirten Buden, worin man die Ueberreste der aus den überschwemmten Wohnungen geretteten Mobilien, Hausgeräthe, Betten, Wäsche zum Trocknen ausgebreitet hat. Man fängt auch schon an die zerstörten Häuser wieder aufzubauen, die beschädigten auszubessern. Hie und da zieht man aus den Trümmern oder einer zurückgebliebenen Wasserpfütze den Leichnam eines Verunglückten heraus.

Paris, 8. Juni. Die augenscheinliche Krise auf der Börse beweist, daß der Platz mit Renten und sonstigen Effekten aller Art überladen ist und er an einer abenteuerlichen Spekulation leidet, welche in nichts Maß zu halten vermag. Man hält es sogar für gut, daß die letzten Schwierigkeiten von Mittwoch und Donnerstag den Platz von dieser Spekulation theilweise gesäubert haben. Wenn die Ausmusterung nicht vollständig genug war, wird so bald keine dauernde Besserung eintreten, großer Vortheil ist es, daß seit 14 Tagen und insbesondere, seitdem die Londoner Bank ihren Diskonto herabgesetzt hat, aus England nur Kaufanträge, mithin bedeutende Summen kommen. Vor Kurzem fand der umgekehrte Fall statt. Bei dem letzten Schrecken auf der Börse kamen die besten Eisenbahnen am schlechtesten weg. Die Mittelmeerbahn erfuhr fast eine so große Baisse, als der Credit mobilier, und die Lyonerbahn fiel um 100 Fr. in zwei Tagen. Die Oesterreicher-, die Süd- und die Zentralbahn waren fast unverkäuflich, und dies wird noch mehr der Fall bei jeder spätern Krisis seyn, da ihre Kurse eben zu übertrieben sind. Unter den großen Bahnen widerstanden die Nord- und die Westbahn am besten, da ihre Werthe nicht übertrieben worden waren. Ueber die Beschädigungen an der Orleansbahn weiß man noch nichts Gewisses. Sie wird an verschiedenen Orten schnell, doch nur mit Einem Schienenweg hergestellt werden. Am meisten wurde die große Zentralbahn beschädigt. Mehrere lange Strecken wurden gänzlich hinweggeschwemmt, zwei große Viadukte zerstört. Die Bahn von Paris nach Lyon hat ihren Betrieb nicht unterbrochen, aber die Ausbesserungen bis an's mittelländische Meer erfordern Tausende von Arbeitern; der Betrieb muß hier streckenweise für längere Zeit aufhören. (H. N.)

Spanien

† Madrid, 8. Juni. Die „Gazetta" sagt, daß seit es es zu regnen angefangen hat, die Getraidepreise auf dem Madrider Markt bereits sanken und man hofft, daß, wenn die Witterung günstig bleiben wird, das Getreide in einigen Tagen nicht unwesentlich fallen werde.

Madrid, 10. Juni. Gestern hatten auf dem Stierplatze einige Unordnungen statt, die jedoch sofort unterdrückt wurden. (Fr. J.)

Rußland und Polen.

Der „Kuryer Warszawski" enthält folgenden Auszug aus dem Protokolle des Staatsraths des Königreichs Polen, der den Wortlaut des kaiserlichen Amnestiedekrets wiedergibt:

„Von Gottes Gnaden Wir Alexander II., Kaiser und Selbstherrscher aller Reußen, König von Polen 2c. Die zahlreichen von Personen, welche eigenmächtig das Königreich Polen verlassen haben, angebrachten Gesuche um die Erlaubniß zur Rückkehr ins Land unter Bezeigung der Reue über ihre augenblickliche Verirrung und der Bereitwilligkeit, sich in die Verfügungen der Regierung zu ergeben, liefern den Beweis, daß viele der Flüchtlinge und besonders Die, welche das Land nach dem Aufstande verlassen haben, nur wegen der Ungewißheit über ihr künftiges Schicksal im Lande mit der Einreichung ähnlicher Gesuche zögern. Indem wir daher ihre vergangenen Irrthümer der Vergessenheit übergeben und unsere Gesandtschaften bei den fremden Höfen ermächtigen, von Denjenigen, welche aufrichtige Reue zeigen, Gesuche um die Erlaubniß zur Rückkehr in's Land entgegenzunehmen, um Uns dieselben durch Unsern Statthalter zur definitiven Entscheidung vorzulegen, befehlen Wir: 1) Alle Die, welche die besagte Erlaubniß zur Rückkehr ins Königreich Polen erhalten, von allen Untersuchungen wegen der Vergangenheit und von gerichtlicher Verfolgung in politischer Beziehung zu befreien; 2) ihnen Allen von dem Augenblick an, wo sie im Lande ankommen und den Huldigungseid erneuern, den Genuß ihrer standesmäßigen Rechte zurückzugeben, und 3) Denjenigen, deren Verhalten vom Augenblick ihrer Rückkehr an drei Jahre hindurch untadelhaft ist, das Recht des Eintritts in den Zivildienst nach Maßgabe ihrer Fähigkeit zuzuerkennen, damit sie, indem ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich nützlich zu machen, zugleich den Beweis von der Aufrichtigkeit ihrer Gesinnungen ablegen können. Diese Unsere landesherrliche Huld, die Wir Denen angedeihen lassen, welche aufrichtige Reue zeigen, erstreckt sich jedoch nicht auf diejenigen Flüchtlinge, welche durch ihr Verhalten fortdauernden Haß gegen Unsere Regierung bewiesen haben oder noch beweisen. Gegeben zu Warschau, 15 (27.) Mai im Jahre des Herrn 1856 und Unserer Regierung im zweiten. (gez.) Alexander. Durch den Kaiser und König der Minister-Staatssekretär (gez.) Ig. Turkull."

Amerika.

Zu Bahia in Brasilien hat, wie der „Courrier du Havre" meldet, ein furchtbarer Brand große Magazine von Tabak, Zucker und Zölle zerstört. Der Schaden wird auf 4½ Millionen Fr. angeschlagen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 10. Juni. Das in Ihrem Blatt bereits erwähnte Münchener Album, das vom Grafen Pocci herausgegeben, und dessen Ertrag dem hiesigen Maximilians-Waisenstifte für Beamtentöchter gewidmet wird, ist nun unter der Presse. Der Subskriptionspreis ist nur auf 1 fl. 30 kr. für das broschurte Exemplar festgesetzt, obgleich das Buch ungefähr 30 Bogen enthalten mag, und eine reiche Sammlung noch ungedruckter Dichtungen namhaftester, größtentheils hier lebender Schriftsteller bietet. (A. Z.)

München, 12. Juni. Hr. Professor Lamont, der Konservator der Sternwarte in Bogenhausen, wird im Laufe der künftigen Woche nach Wien abreisen, um im Verein und in Berathung mit den Gelehrten und Astronomen der dortigen Sternwarte eine Revision der östlichen und westlichen Positionspunkte für Bayern vorzunehmen. Es sollen sich nämlich gegen die seitherige Annahme derselben neuerlich Zweifel erhoben haben, die in dem Fortschreiten der Wissenschaft während des letzten Jahrzehents ihre Begründung finden, die aber auch die Genauigkeit und Richtigkeit der auf jene gebauten, und mit unendlicher Mühe festgestellten Landesvermessung in Frage zu bringen. (Augsb. Abdz.)

Magdeburg, 8. Juni. In unserer Stadt beschäftigt man sich jetzt mit der Gründung eines Instituts zur Ausbildung von Krankenpflegerinnen. Es bildet sich gegenwärtig ein aus vierzehn der angesehensten Damen der Stadt bestehender Frauenverein zu dem Zweck, Frauen und Jungfrauen willig zu machen und durch sachgemäßen und sachkundigen Unterricht in den Stand zu setzen, sich der Pflege von Kranken, Siechen und Wöchnerinnen in besserer und vollkommnerer Weise zu widmen, als es gewöhnliche Wärterinnen vermögen. Die Mittel zur Gründung dieses Instituts sollen durch milde Gaben verschafft werden. (Fr. J.)

New-York, 28. Mai. Lady Franklin hat sich von neuem an Dr. Kane gewendet, um ihm das Commando über eine Expedition zur Auffindung der Spuren von Sir J. Franklin anzutragen. Dr. Kane hat jedoch abgelehnt.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 14. Juni. Die Geschäftslosigkeit dauerte auch heute fort und waren beinahe sämmtliche Kurse stationär.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 750 bis 45. — Elisabethen-Bahn 110¾—½—¾.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1310 P. 1305 G. Neue Bankaktien 431 P. 428 G. Credit-Actien à 5pCt. 233½ P. 231½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82⅞ P. 82⅝ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90½ P. 90¼ G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 73⅛ P. 72⅞ G.; à 4pCt. 65 P. 61½ G.; à 3pCt. 49½ P. 49 G.; à 1pCt. 16⅛ P. 15⅞ G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 118 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105⅜ P. 104 G.⅞ 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 287 P. 285 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 91¼ P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 94⅞ P. 94⅝ G.; 4½pCt. 100¾ P. 100¼ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 106⅛ P. 105⅞ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 156¼ P. 155¾ G. Neustadt-Weissenb. 115½ P. 115 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118½ P. 118 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90¼ P.

89¾ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80½ P. 80 G. **Kurhessen.** **40** Thaler-Loose b. R. 39½ P. 39¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 65¼ P. 64¾ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 99¾ P. 99¼ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. **50** 112⅝ P. 112⅛ G.; à fl. **25** 33⅝ P. 33⅜ G.; Darmstädter Bankaktien alte 411 P. 409 G.; junge 351 P. 319 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109P. 108½G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 47⅞P. 47⅝G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. **25** 31½P. 31¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 122¾ P. 122¼G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial — P. 87½ G. **Luxemburg.** Internationale Credithank 574 P. 571 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41⅜P. 41⅛G.; 1pCt. neue 25¼ P. 25⅛ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅝P. 100⅛G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119P. 118¾G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼P. 120G	Mail. i.S. Lr. 250k.S 101¼P 101G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S. 94P. 93¾G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞P. 93⅝G.
Brem. 50Thlr. Lsd.kS. 96¾P. 96½G.	Wienfl. 100C. k S. 117⅝P. 117⅜G.
Hamb. MB. 100 k.S 88⅝P 88⅜G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅜P. 117⅛G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104¾P. 104½G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 13. Juni. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 93¾ G.; 4½pCt. 100⅝ P. — — G.; 5pCt. letzte Emission 102¼ G., 5pCt. dritte Emission 100½ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94⅝ P.; — G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — P. 785 G.

Mannheim, 7. Juni. Getraide flau. Schöner Pfälzer Waizen zu 15½ a 16 fl (107 a 110 Sgr.), Roggen zu 13½ fl. (89 Sgr. pr. Scheffel), Gerste zu 10½ fl., Hafer zu 7½ fl. per 200 Zpfd. zu kaufen.

Kohlsaat verspricht eine gute Aernte, da viel angepflanzt ist.

Hamburg, 9. Juni. Waizen loko wesentlich höher gehalten, ab auswärts fest, ab Dänemark 125/27pfd. 168 a 170 Thlr. Roggen fest, ab Petersburg pr. Juni 83 Thlr. bezahlt.

Rüböl höher, loko 28 Mk., Oktbr. 28½ Mk.

Zink 1000 Ztr. loko bis Juli 15 Mk. 5 sch. bezahlt.

Diskont 6½pCt. Br. und G. Fonds und Aktien matter.

Antwerpen, 9. Juni. Getraide still. Waizen sind 2000 Hekt. Kubanka zu geheimen Preisen genommen. Roggen mit 11¼ a 11⅜ fl. pr. 70 Kil. für amerikan. bezahlt.

Rohzucker 271 K. Havana zu festen Preisen begeben.

Hopfen in Folge der schlechten Aernteaussichten steigend, Aloster 70 frs. bezahlt, jetzt 75 frs. gefordert.

In Löwen heute Getraide unverändert.

Amsterdam, 6. Juni. Kaffee entschieden angenehmer, obschon die Frage nicht sehr stark ist. Die disponiblen Vorräthe sind nicht bedeutend und der zu erwartende Bedarf läßt höhere Preise mit Sicherheit erwarten; gut ordinär Java wird auf 32 cs. gehalten.

Thee unverändert.

Rohzucker fest, aber stilles Geschäft, 1 fl unter Durchschnittspreis letzter Auktion wird vielfach geboten; raffinirter Zucker fest; Candis sehr rar.

Reis fest, geschält Arrakan 8 a 8½ fl. Jara 9 a 10½ fl., Tafel- 14 a 14½ fl., Carolina 16½ a 17 fl.

Neueste Nachrichten.

** München, 13. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Abg. Dr. Stauber und noch 32 Abg. haben zu dem Gesetz-Entwurf „den Ausbau der Eisenbahnlinie von Rosenheim bis an die Landesgränze bei Salzburg betr." folgende Modifikation vorgelegt:

Zu Art. 1. Der Bedarf für den Ausbau der Eisenbahnlinie von Rosenheim bis an die Landesgränze bei Salzburg wird auf 8,787,157 fl. festgesetzt.

Der Betrag von 1,712,843 fl. über den Baubedarf hat behufs der Sicherung der Einlösung der Kassenscheine bei der Staatsschuldentilgungskasse deponirt zu bleiben.

Die Kassenscheine werden von allen Kassen des Staates im Nennwerthe an Zahlungsstatt angenommen und in ihrer Gesammtheit als eine unverzinsliche Staatsschuld garantirt.

Zu Art. 2. 1) Das kgl. Staatsministerium der Finanzen ist ermächtigt, in Verbindung mit der Staats-Schuldentilgungskommission zur Deckung jenes Bedarfs Papiergeld bis zu der Summe von 10,500,000 fl. in unverzinslichen Kassenscheinen bis zu 7 fl. abwärts anfertigen und im Verlaufe der nächsten 4 Jahre in Umlauf setzen zu lassen.

2) Von dem Zeitpunkte der Eröffnung des Betriebes auf der Bahnlinie Rosenheim-Salzburg an soll alljährlich die Summe von 210,000 fl. aus den Renten der Staatsschuldentilgungskasse behufs der Einlösung von Kassenscheinen in gleichem Betrage überwiesen werden.

** München, 13. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die zweite Kammer hat nach den Anträgen ihres Ausschusses für den Landgerichtsetat nur 1,581,036 fl. bewilligt. Die Regierung hatte 1,803,447 fl. verlangt.

Paris, 14. Juni. Der Kaiser hat gestern den päpstlichen Legaten empfangen. Der Kaiser antwortete auf dessen Ansprache, indem er sich den heiligen Vater zum Taufpathen erbeten, habe er durch diese Gnade seinem Sohne und Frankreich den Schutz des Himmels vermitteln wollen. Er wisse, daß ein sicheres Mittel, denselben zu verdienen, darin bestehe, daß man dem Statthalter Christi auf Erden Ehrfurcht erzeugt. Begnadigungen und Strafabminderungen sind 1031 Verurtheilten zu Theil geworden. (T.D.d.Fr.Pstz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

(Nebst einer zweiten Beilage.)

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Zweite Beilage der Neuen Würzburger Zeitung zu Nr. 165.

Sonntag, den 15. Juni 1856.

Die Eingabe
des
Freiherrn Friedrich von Podewils
an die
Kammer der Reichsräthe
über
die Nothwendigkeit und Ausführbarkeit einer staatlichen Vorsorge für künftige Nothstände.

Nachstehend geben wir den bereits in unserm Blatte erwähnten, bei der Reichsrathskammer eingebrachten Antrag des k. Regierungs-Direktors Herrn Freiherrn v. **Podewils**, die Nothwendigkeit und Ausführbarkeit einer staatlichen Vorsorge für künftige Nothstände betr., in seiner vollständigen Fassung. Angesichts der vielfachen Verheerungen durch Elementar-Ereignisse, von welchen erst in neuester Zeit wieder mehrere Länderstriche Deutschlands und Frankreichs in schaudererregender Weise heimgesucht und auch mehrere Gebietstheile Bayerns, namentlich die Oberpfalz, Oberfranken und Unterfranken berührt wurden, tritt die hochwichtige Bedeutung dieses Antrags und der in demselben enthaltenen Vorschläge immer dringender in den Vordergrund und mahnt mit Ernst und Nachdruck zur baldigen Lösung dieses wichtigen sozialen Problems.

Frankreich wirkt bereits mit einem **Aufwand** von Millionen diesen Landeskalamitäten entgegen. Sollte in Bayern ein Projekt, das **ohne die geringste Anspannung der Steuerkraft des Landes** Schutz und Rettung in ähnlichen Kalamitäten mit Sicherheit bietet, keine günstige Aufnahme finden!

Unser allverehrter Regierungs-Präsident, der k. bayerische Staats- und Reichsrath Herr Freiherr von ZuRhein Excellenz hat sich in höchst dankenswerther Weise den fraglichen Antrag bereits angeeignet; an seine bewährte Hingabe an die ächten Landes-Interessen, an seinen edlen Eifer für Verbesserung der Lage der Minderbemittelten knüpfen sich allerwärts die besten Hoffnungen auf einen ersprießlichen Erfolg.

Hohe Kammer der Reichsräthe!

Die Vorsorge für die Subsistenz der unbemittelten Volksklassen war stets bis in die ältesten Zeiten hinauf eine Hauptaufgabe der Staatsregierungen! Die sozialen Verhältnisse der Gegenwart haben diese Aufgabe zu einer wahren Lebensfrage gemacht, deren möglichste Lösung fortwährend im Auge behalten werden muß, um den großen Gefahren vorzubeugen, welche für die gesellschaftliche Ordnung aus einem Anwachsen des Proletariats entstehen müssen! —

Soll diese hochwichtige Aufgabe genügend gelöst werden, so reicht hiezu die gewöhnliche staatliche und freiwillige Armenpflege nicht aus, der Staat muß außerdem auch noch die Mittel besitzen, um in Zeiten allgemeiner Noth und Drangsale in jenem Maße die erforderliche Hülfe spenden zu können, in welchem in solchen Zeiten durch die Bedürfnisse der mit dem Umsichgreifen des Nothstandes sich vermehrenden Nothleidenden die Kräfte der bestehenden Armenpflegen überstiegen werden.

Bis zum Erscheinen des Ablösungs-Gesetzes vom Jahre 1848 war Bayern neben seiner wohlgeregelten Armenpflege durch seine gefüllten Getraidespeicher auch in dem glücklichen Besitze der für außerordentliche Nothstände nöthigen Hülfsmittel. Welcher wohlthätige Gebrauch von diesen Mitteln in vorgekommenen Nothfällen gemacht wurde, davon hatte der gehorsamst Unterzeichnete als Gutsbesitzer in der Oberpfalz vielfache Gelegenheit, sich während der in den Jahren 1846 und 1847 über diese Provinz hereingebrochenen Nothstände durch persönliche Anschauung zu überzeugen; denn ohne die in jener schweren Zeit durch die dankenswertheste landesväterliche Fürsorge in die Oberpfalz geflossenen großartigen Unterstützungen würde die Noth in dieser Provinz Folgen der bedauerlichsten Art nach sich gezogen haben!

Mit dem Aufhören der Getraide-Renten des Staates sind leider die wirksamsten Hülfsquellen versiecht, aus welchen den bedrängten Gegenden die nöthigen Unterstützungen zugeflossen sind. Nothfälle der erwähnten Art können aber in jedem Jahre wiederkehren. Welche Verlegenheiten dann für die Staatsregierung erwachsen müssen, wenn nach der gegenwärtigen Finanzlage der Staat weder Getraide-Vorräthe noch pekuniäre Mittel zur Abwendung eines einbrechenden allgemeinen Nothstandes besitzen würde, bedarf wohl keines Nachweises. Die anderweitige rechtzeitige Vorsorge für solche Nothstände erscheint demnach als Postulat absoluter Nothwendigkeit!

Die innige, aus eigener Anschauung geschöpfte Ueberzeugung von dieser Nothwendigkeit hat den submissest Unterzeichneten bereits im Jahre 1853 veranlaßt, seine Vorschläge über die Ausführbarkeit der Gründung eines großartigen Zentral-Unterstützungsfonds für das Königreich Bayern mittelst Emittirung von acht Millionen Papiergeldes und Verwendung dieser Summe zu einem Getraide- und Geld-Unterstützungs-, sowie zu einem Kapital-Vermehrungs- und Tilgungsfonds in der Beilage zu Nr. 280 der „Allgemeinen Zeitung" der öffentlichen Beurtheilung zu unterstellen.

In neuester Zeit ist ein edler Menschenfreund, der Herr M. Graf v. Bentheim Tecklenburg in einem Artikel der „Neuen Würzburger Zeitung" vom 1. April d. J. Nr. 91 auf jene Vorschläge in der Ueberzeugung zurückgekommen, daß kein Moment zur Realisirung des in Frage stehenden wohlthätigen Zweckes günstiger seyn dürfte, als der gegenwärtige, wo die Staatsregierung mit der segensreichen Gründung eines großartigen Zentral-Unterstützungsfonds noch einen andern hochwichtigen Staatszweck ohne irgend welche Belästigung der Steuerpflichtigen erreichen könnte.

In dieser Erwägung wird von dem Herrn Grafen Bentheim die Emittirung von acht Millionen Kassascheinen zu dem Doppelzwecke in Vorschlag gebracht, um damit den Ausbau der Eisenbahnstrecke von Rosenheim nach Salzburg zu bewerkstelligen, zugleich aber auch einen Zentral-Unterstützungsfonds für das Königreich Bayern zu gründen.

Wenn der gehorsamst Unterzeichnete es wagt, die Aufmerksamkeit der hohen Kammer der Reichsräthe auf diesen hochwichtigen Plan zu leiten, so ist es wieder die aus eigener Anschauung der betrübenden Folgen eines größeren Nothstandes geschöpfte Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer staatlichen Fürsorge für solche Nothfälle, welche ihn hiezu ermuthiget! Diese Ueberzeugung wird Jeder theilen, wer immer die Schrecknisse einer hereingebrochenen Hungersnoth näher kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hatte, wer die vor Hunger abgezehrten Jammer-

gestalten gesehen hat, welche ohne einen Bissen Brod mit gekochtem Grase und Kartoffelkräutern Wochen lange ihr und ihrer Kinder Leben fristen mußten und wer aus eigener Wahrnehmung sich überzeugt hat, zu welchen Handlungen der Verzweiflung durch die Furcht vor dem Verhungern selbst eine sonst ruhige und ordnungsliebende Bevölkerung hingerissen wird, wer sohin an die großen Gefahren denkt, die für die gesellschaftliche Ordnung erwachsen können, wenn Zeiten der Theuerung und Hungersnoth mit politischen Bewegungen zusammentreffen würden!

Wird neben diesen Betrachtungen noch weiter erwogen, daß mehrere Gegenden des Königreiches, insbesondere der größere Theil der Oberpfalz, das Vogtland, die Spessart- und Rhönbezirke von partiellen Nothständen immer häufiger heimgesucht werden und daß vollends die Wiederkehr eines allgemeinen Nothstandes wie im Jahre 1816, bei dermaliger Finanzlage zu den größten Landes-Kalamitäten führen müßte, wenn Bayern von einem solchen Nothjahre unvorbereitet überrascht werden würde, — so stellt sich eine rechtzeitige Vorsorge gegen die soziale Noth als dringendes Postulat der Selbsterhaltungspflicht des Staates dar! —

Die Vorschläge des Herrn Grafen v. Bentheim dürften deßhalb die höchste Beachtung verdienen und nach dem Dafürhalten des gehorsamst Unterzeichneten dürfte der hiedurch beabsichtigte großartige Doppelzweck in noch vollständigerem Maße erreicht werden, wenn die erwähnten Vorschläge nachstehende Gestaltung erhalten würden:

I. „Durch ein von der hohen Kammer der Reichsräthe zu beantragendes Gesetz wäre die königl. Staatsregierung zu ermächtigen, neun Millionen unverzinslicher Eisenbahnscheine zu dem Doppelzwecke successive zu emittiren, um damit entweder den Bau der Eisenbahn von Rosenheim nach Salzburg, oder einer Eisenbahn über die Rhön, welche beiläufig einen gleichen Kostenaufwand in Anspruch nehmen würde, — zu bewerkstelligen und gleichzeitig einen Zentral-Unterstützungsfonds für das Königreich Bayern zu gründen.

II. „Nach Erbauung der Eisenbahn hätte der Staat zur Gründung des Zentral-Unterstützungsfonds neun Millionen Eisenbahn-Schuldbriefe auszustellen, welche aus den Bahnrenten mit vier Prozent zu verzinsen und mit jährlich ½ pCt. heimzuzahlen wären. Diese successiven Heimzahlungen würden sodann an die Stelle der Schuldbriefe als Kapitalvermögen des Zentral-Unterstützungsfonds zu treten haben. In so lange der Reinertrag der Bahn keine 4½ pCt. gewähren würde, hätte der Staat nach Abzug der zur jährlichen Heimzahlung erforderlichen ½ pCt. lediglich den noch verbleibenden Reinertrag an die gegründete Hülfsanstalt als Verzinsung der Ablösungs-Schuldbriefe zu überlassen."

III. „Der mit dem nach Maßgabe vorstehender Bestimmung zu verzinsenden Fundations-Kapitale von neun Millionen gegründete Unterstützungsfonds hätte sich abzutheilen:

1) „In einen Unterstützungsfonds für außerordentliche Nothstände, in welchen die jährlichen Zinsen von drei Millionen des obigen Fundations-Kapitales zu fließen hätten und stets bis zu dem Eintritte eines Bedürfnisses zu admassiren wären."

2) „In einen Unterstützungsfonds für die ärmeren Grundbesitzer und Gewerbtreibenden, welcher die Zinsen von zwei Millionen zu beziehen und die Aufgabe hätte, seine jährlichen Einnahmen zur Unterstützung von in unverschuldeten Vermögensfall gerathenen Grundbesitzern und Gewerbtreibenden mit gering verzinslichen und nach Umständen unverzinslichen Annuitäten-Darlehen zu verwenden."

„In einen Kapital-Vermehrungsfonds, welcher die Zinsen von zwei Millionen zu erhalten und die Bestimmung zu erfüllen hätte, mit diesem Zinsenbetrage fortwährend das Kapital und dadurch die Renten der sub 1 und 2 begutachteten Fonds gleichheitlich zu vermehren und dadurch diese Fonds durch das progressive Anwachsen ihrer Mittel in den Stand zu setzen, auch den im Laufe der Zeit steigenden Bedürfnissen ohne irgend welche Belästigung des Staatsärars Abhülfe gewähren zu können."

4) „In einen Tilgungsfonds, dessen Aufgabe es wäre, mit den Zinsen der übrigen zwei Millionen die successive Einlösung und Tilgung der emittirten Eisenbahnscheine zu bewirken und seiner Zeit nach Erfüllung dieser Bestimmung den Unterstützungsfonds ad 1 und 2 zuzufallen."

Unschätzbar sind die Vortheile, welche aus den in vorstehenden Grundzügen angedeuteten einfachen Finanzoperationen dem Vaterlande erblühen würden! Der Staat würde hiedurch ohne die mindeste Inanspruchnahme der Steuerkräfte des Landes eine neue Eisenbahn schaffen, wovon zur Realisirung der hochwichtigen Doppelzwecke nie mehr als der jährliche Reinertrag abzugeben wäre! —

Aus diesem Reinertrage würde Verzinsung und Heimzahlung der zur Gründung der wohlthätigen Hülfsanstalt ausgestellten Eisenbahn-Schuldbriefe geleistet und daraus auch durch den mit der Hülfsanstalt verbundenen Tilgungsfonds die successive Einlösung der unverzinslichen Eisenbahnscheine bewirkt werden. Auf solche Weise hätte der Staat alle den Betrag von 4½ pCt. übersteigenden Mehreinnahmen zu beziehen, für einen allenfallsigen Mindererträg aber durchaus keine Garantie zu übernehmen. Nach vollendeter Abzahlung der Schuldbriefe würde dann die also erbaute Bahn dem Staate schuldenfrei verbleiben, und zugleich ein großartiges Hülfsinstitut in das Leben gerufen seyn, das nicht nur nach allen Richtungen hin segensreich wirken, sondern sich auch durch seinen Kapital-Vermehrungsfonds fortwährend in steigender Progression neue Mittel der Wohlthätigkeit ansammeln würde.

Diesen eminenten Vortheilen gegenüber lassen sich die Bedenken, welche in Bayern immer noch, selbst gegen die Kreirung der mäßigsten Summe von Staatspapiergeld auftauchen, nimmermehr rechtfertigen. Wird diesen Bedenken näher auf den Grund gesehen, so reduziren sie sich alle auf die Befürchtung, daß die fragliche Finanzmaßregel für den Staat zu viel Reiz habe, als daß er sich in dem richtigen Gebrauche derselben genug beherrschen könnte! Zum Beweise dieses gefährlichen Reizes wird sich auf das Beispiel anderer Staaten, insbesondere auf das Beispiel Oesterreichs berufen und daraus der Schluß gezogen, daß in Bayern deßhalb kein Gebrauch von dem Staatspapiergelde gemacht werden soll, weil daraus ein Mißbrauch entstehen könnte! —

Dieses Argument kann jedoch vor den Grundsätzen der Konsequenz nicht bestehen: Aus der allerdings bedauerlichen Thatsache, daß in mehreren kleineren deutschen Staaten eine übermäßige Benützung der künstlichen Geldzeichen stattfindet, rechtfertigt sich zwar vollkommen der Wunsch, daß die Papiergeld-Emission in den deutschen Staaten recht bald eine zweckmäßige Regelung erhalten möge, es kann aber offenbar daraus nicht gefolgert werden, daß Bayern auch da keinen mäßigen Gebrauch von dem fraglichen Verkehrsmittel machen soll, wo es ohne die mindeste Gefahr und zum größten Nutzen des Staates geschehen kann! Es gibt nichts im Bereiche menschlicher Unvollkommenheit, was nicht dem Mißbrauche ausgesetzt ist, die besten staatlichen Einrichtungen, ja selbst viele Benützungen der wohlthätigen Elemente müßten unterbleiben, wenn die bloße Gefahr des Mißbrauches den nützlichen Gebrauch ausschließen würde! —

Umsonst beruft man sich vorzugsweise zum Beweise des gefährlichen Reizes auf das Beispiel Oesterreichs; denn gerade dieses Beispiel schlägt hier am wenigsten an! Der österreichische Kaiserstaat ist zu dem übermäßigen Gebrauche der künstlichen Geldzeichen nicht durch einen gefährlichen Reiz verleitet, sondern durch die Allgewalt der politischen Verhältnisse gezwungen worden. Den schlagendsten Beweis hiefür liefert das kaiserliche Patent vom 1. Juni 1816, welches zur Errichtung der österreichischen Nationalbank führte und in seinem Eingange wie folgt lautet:

„Wir Franz der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich u. s. w."

„Die gewaltsamen Erschütterungen, die in den letztverflossenen 25 Jahren Europa zerrissen, haben Uns seit dem Anfange Unserer Regierung in eine Reihe schwerer Kriege verwickelt, bei welchen die Erhaltung und Selbständigkeit der Monarchie — Alles, was Regenten und Völkern am theuersten seyn muß, gefährdet war. Wir konnten und durften Unseren Völkern keine Anstrengung ersparen. Die Entwicklung aller Kräfte des Staates forderte einen Aufwand, der die Steuerfähigkeit der Staatsbürger weit überstieg. Wir nahmen das Vertrauen unserer Völker in Anspruch. Künstliche Geldzeichen setzten uns in den Stand, dem Drange der Bedürfnisse zu folgen und den gefährlichen Kampf zu bestehen, dessen siegreiches Ende die Monarchie in den vollen Besitz der von ihr abgerissenen Provinzen wieder eingesetzt und ihre Sicherheit und Selbständigkeit von Neuem begründet hat."

Unsere erste Sorge war nunmehr darauf gerichtet, die Regelmäßigkeit in dem zerrütteten Geldwesen wieder herzustellen u. s. w."

Wenn unter dem Drange solcher Verhältnisse Oesterreich die künstlichen Geldzeichen im Uebermaße gebraucht hat, so war es augenscheinlich nur dem Gebote der Noth gefolgt, dem auch

kein anderer Staat der Welt in gleicher Lage widerstanden wäre, noch je widerstehen würde! Was aber der österreichische Staat in einer außerordentlichen Gefahr zu seiner Selbsterhaltung gethan hat und was jeder andere Staat unter gleichen Verhältnissen auch thun würde, das kann unstreitig keinen richtigen Maßstab für die Frage der Anwendbarkeit einer finanziellen Maßregel in den ruhigen Zeiten des Friedens bilden. Aus einer vorurtheilsfreien Erwägung dieser Frage ergibt sich vielmehr, daß ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen dem unfundirten Gebrauche des Staatspapiergeldes zur Deckung der im Staatshaushalte entstandenen Defizits, und zwischen der mäßigen vollkommen gedeckten Benützung dieses Verkehrsmittels zu rentirenden Staatszwecken besteht! — Nur im ersten Falle läßt sich die Gefahr eines Mißbrauches annehmen, dagegen erscheint die Emittirung einer mäßigen, genügend fundirten Summe künstlicher Geldzeichen, als eine weise Benützung des Staatskredites, welche sich nicht nur in anderen Staaten, vorzüglich in Preußen vollkommen bewährt, sondern auch die Ansichten der berühmtesten Volkswirthschaftslehrer für sich hat.

Es sey dem submissest Unterzeichneten erlaubt, aus den Lehren der volkswirthschaftlichen Schule über das Papiergeld hier zunächst jene Grundsätze aufzunehmen, welche von einer bewährten wissenschaftlichen Autorität, dem k. Staatsrathe und Vorstande der k. General-Bergwerks- und Salinen-Administration Herrn Dr. v. Hermann in seinen im Wintersemester 1834/35 an der Hochschule zu München gehaltenen Vorträgen über National-Oekonomie, wie folgt, dozirt worden sind:

„In einem Staate, wo sich Volk und Regierung begreifen und gegenseitig vertrauen, ist der Kredit des Staates stärker, als der Kredit von Privatpersonen; hier kann der Staat eine zweckmäßige Ersparniß an den umlaufenden Geldsummen des Landes durch Creirung eines Papiergeldes vornehmen."

„Auf diese Weise erhebt der Staat von allen Notenempfängern ein unverzinsliches Anlehen, wovon indeß das Dotationskapital der Einlösungskassen, die ein Drittel des gesammten in Umlauf gekommenen Papieres als baares Einlösungskapital erhalten dürften, in Abzug kommen müßte. Die Noten gibt der Staat statt baarer Zahlung an die aus, welchen er laufende Zahlungen zu machen hat; dafür bleiben ihm in dieser Zeit die baar eingenommenen Einkünfte zu anderweitiger Verwendung."

„Bringt der Staat diese Baarsumme, die ihm so von den Noteninhabern vorgeliehen ist, entweder in öffentliche Unternehmungen z. B. auf Bauten, oder zur Schuldentilgung wieder in Zirkulation, so vermehrt sich dadurch die Masse der Umlaufsmittel und ein Theil von ihnen würde im Inlande als überflüssig erscheinen. Diesen muß man alsdann fruchtbringend im Handel anlegen oder als Darleben ins Ausland senden. Hiedurch vermehrt also das Papiergeld das Leih- und Umlaufskapital eines Landes, und somit auch dessen Nutzungen und das Gesammteinkommen."

„Es hat daher wohl noch überall die Einführung eines Papiergeldes durch den Staat vortheilhaft auf die Produktion gewirkt."

„Zweckmäßig ist es, wenn wie in Preußen, die Steuerzahlung wenigstens zum Theil in solchem Papiergeld vorgeschrieben ist, weil alsdann die Einlösungskassen geringer zu dotiren sind."

„Hat ein Land, wie z. B. Preußen, so viel Kredit, daß sein Papiergeld auch im Auslande geht, so kann es größere Emmissionen wagen, namentlich im Frieden, wo die Creirung von Papiergeld durch den Staat durchaus keinem Tadel unterliegt. So lange die Baareinlösung des emittirten Papiergeldes auf Verlangen stattfindet, ist eine Zuvielausgabe von Papiergeld unmöglich, und kann in so lange der Werth des Papiergeldes nicht sinken, da in eben dem Maße mehr Papier zur Einlösung kommt, in dem es überflüssig erscheint."

Vorstehende Doktrinen enthalten offenbar die evidenteste Rechtfertigung der oben niedergelegten Vorschläge; denn in keinem Lande ist mehr die Voraussetzung einer vortheilhaften Benützung der künstlichen Geldzeichen gegeben, als in Bayern, wo die festesten Bande gegenseitigen Vertrauens Dynastie und Volk umschließen. Die begutachtete Emission von neun Millionen Eisenbahnscheinen ist für die national-ökonomischen und finanziellen Verhältnisse Bayerns unzweifelhaft eine so mäßige Summe, daß sie um so gewisser bald ein im In- und Auslande gesuchtes Verkehrsmittel werden würde, als das Bedürfniß hiefür sich nach den übereinstimmenden Urtheilen von Handelskammern und Geschäftsmännern längst dringend geltend gemacht hat.

Eben deßhalb dürfte es auch kaum nöthig seyn, für eine so mäßige Summe künstlicher Geldzeichen, die in den begutachteten Maßregeln ihre vollständigste Fundirung und Tilgung finden, und hiedurch, sowie durch die Annahme bei allen Staatskassen, im Verkehre fortwährend begehrt bleiben würden, — außer dem Tilgungsfonds noch einen besondern Einlösungsfond zu schaffen.

Allein auch ein solcher Fonds würde sich leicht gewinnen lassen, wenn statt neun Millionen, die immer noch mäßige Summe von zehn Millionen Eisenbahnscheinen emittirt und dann ein Einlösungs- und Tilgungsfonds mit drei Millionen fundirt würde, der mit dem zu deponirenden Baarbetrage von 1 Million die allenfalls sich momentan ergebenden größeren Einlösungen und mit dem jährlichen Ertrage der verzinslichen zwei Millionen, die succesive Einlösung und Tilgung der Eisenbahnscheine zu bewirken hätte.

Von welchem Gesichtspunkte demnach immer die begutachteten Maßregeln betrachtet werden mögen, nimmermehr läßt sich von einer so gesicherten und mäßigen Benützung der künstlichen Geldzeichen irgend ein Nachtheil oder die Gefahr eines übermäßigen Gebrauches befürchten, da schon die Bezeichnung dieser Verkehrsmittel als Eisenbahnscheine ihre ausschließende Verwendung zu einem ganz speziellen Zweck verbürgen würde. Dagegen würde durch die vorgeschlagenen Maßregeln neben den bereits geschilderten heilsamen Doppelzwecken noch ein anderer großer Vortheil, nämlich das im nationalökonomischen Interesse dringend nöthige Gegengewicht gegen das immer häufiger werdende Eindringen des fremden Papiergeldes nach Bayern gewonnen werden.

Wohl treten die bisher besprochenen Vorschläge mit jenen Ansichten in direkte Collision, welche zwar das dringende Bedürfniß eine Vermehrung der leichteren Verkehrsmittel für Bayern anerkennen, diesem Bedürfniß aber durch eine Vermehrung der unverzinslichen Noten der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank zu dem Zwecke abhelfen wollen, damit dieser Kreditanstalt die Möglichkeit gewährt werde, ihr zu Anleihen auf Grund und Boden zu verwendendes Kapital angemessen zu erhöhen und damit den Landbau und die Gewerbe durch Hypothekendarlehen zu unterstützen.

So wenig die Nützlichkeit einer solchen Unterstützung verkannt werden kann und so sehr der Hypotheken- und Wechselbank nach ihren bisherigen Leistungen das beste Gedeihen zu wünschen ist, so unzweifelhaft ist es auch, daß die erwähnten Vortheile einer Banknotenvermehrung, dem unberechenbaren Gewinn gegenüber, welchen sich der Staat durch die Ausführung obiger Vorschläge verschaffen könnte, weit in den Hintergrund treten müssen!

Diejenigen Landwirthe und Gewerbtreibenden, welche von der Hypotheken- und Wechselbank Annuitäten Darlehen erlangen können, sind noch lange nicht die Hülfsbedürftigsten! Mögen auch die gegenwärtigen Börsenspekulationen nachtheilige Rückwirkungen auf den Realkredit üben, wer doppelte Hypothek und eine Nachhypothek von 10 pCt. für Kosten und Schäden geben und die übrigen Bedingungen der Bankstatuten über Verzinsung und Rückzahlung der Darlehen erfüllen kann, wird, wenn vielleicht auch um einen ½ oder 1 pCt. höhern Zins, allerwärts Kapitalien finden. Ja, läge wirklich der Realkredit in Bayern so tief darnieder, wie es zur Rechtfertigung der beantragten Banknotenvermehrung behauptet wurde, so würde im Verhältniß zu der in Bayern bestehenden Hypothekschuldenlast von beiläufig 500 Millionen, eine neue Creirung von 6—8 Millionen Banknoten noch lange nicht das genügende Heilmittel seyn, das die schweren Opfer aufwiegen könnte, die der Staat hiefür bringen müßte!

Nimmermehr kann darum von dem Staate verlangt werden, daß er ungleich geringerer Interessen wegen auf alle jene Millionen verzichten soll, die er durch eine zeitgemäße und weise Benützung des Staatskredites zu einem für Mit- und Nachwelt segensreichen Fonde der Wohlthätigkeit ansammeln könnte, zu einem Fonde, der neben der Vorsorge für außerordentliche Nothstände eine Unterstützungsanstalt in sich schließen würde, aus welcher gerade der großen Zahl jener ärmeren Grundbesitzer und Gewerbetreibenden Hülfe gespendet werden würde, welche diese Hülfe in ihrem bedauerlichen, der nöthigen Realsicherheit entbehrenden Vermögensverfalle weder von der Hypotheken- und Wechselbank noch von einer anderen Kreditanstalt erhalten können!

Mit vollem Rechte sagt deßhalb Graf v. Bentheim in der oben allegirten Abhandlung, daß im weiten deutschen Eisenbahnnetze keine Bahn herrlichere Früchte tragen würde, als jene Bahn, deren Renten zur Gründung eines so großartigen Wohlthätigkeits-Institutes verwendet würden.

Sicher könnte diese Bahn und die dadurch geschaffene Hülfsanstalt keine schönere Bezeichnung erhalten, als die Namen

Maximilians - Hülfsbahn

und

Maximilians - Central - Hülfsfonds!

Beide würden den Ruhm ihres königlichen Gründers noch den spätesten Jahrhunderten überliefern und wenn in den fernsten Zeiten Fremde auf der Maximilians - Hülfsbahn reisen und den Grund dieser Bezeichnung erfahren würden, so würde von ihnen das Land glücklich gepriesen werden, wo unter den weisen Szepter eines für das Wohl seines Volkes väterlich besorgten Königs ein Wohlthätigkeits - Institut so heilbringender Art geschaffen und der schönste und beste Gebrauch von den künstlichen Geldzeichen gemacht wurde, den je ein Staat gemacht hat! —

Möge darum recht bald Hand an dieses segensreiche Werk gelegt werden; denn die traurigen Zeiten werden nicht ausbleiben, in welchen die durch doktrinäre Scheingründe nicht umzustoßende große Wahrheit, daß in außerordentlichen Nothständen die Hülfe der Staatsgemeinde da eintreten müsse, wo die übrigen Hülfsquellen nicht mehr ausreichen, — leider wieder praktische Geltung erlangen wird! Mögen solche Zeiten Bayern nicht unvorbereitet finden, und möge die hohe Kammer der Reichsräthe sich den schönen Ruhm vindiciren, die Veranlassung zu einer Schöpfung gegeben zu haben, welche durch Jahrhunderte ihre Segnungen über alle Gaue des Vaterlandes verbreiten und der hohen Kammer den Dank der Mit- und Nachwelt sichern würde!

Gewiß handelt es sich hier um Vorschläge der konservativsten Art; denn nichts kann bei gegenwärtiger Weltlage konservativer seyn, als die Gründung einer großartigen Wohlthätigkeitsanstalt, wodurch Bayerns Königskrone mit einer neuen kostbaren Perle geziert und Seiner Majestät dem Könige, sowie allen künftigen Herrschern des angestammten Königshauses, die sich in fortwährender Progression mehrenden Mittel verschafft werden würden, den Nothleidenden nach allen Richtungen hin segensreiche Hülfe zu gewähren!

In tiefster Verehrung bestehet
der hohen Kammer der Reichsräthe
ganz gehorsamster

Freiherr von Podewils.
Gutsbesitzer zu Schönkirch und Wildenreuth.

Würzburg den 27. Mai 1856.

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 166. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 16. Juni 1856

Deutscher Bund.

Demnächst treten die Bevollmächtigten der deutschen Staaten, welche in Wien zur Münzkonferenz versammelt waren, wieder zusammen, um das Ergebniß ihrer Berathungen, nachdem es auch von den einzelnen Regierungen geprüft worden, endgültig festzustellen. In einer Korrespondenz des „Schw. Merk." wird dieses Ergebniß folgendermaßen angegeben. Der Hauptgewinn, der durch die Münzkonferenzen erzielt worden ist, bestände, wenn man die verschiedenen Nachrichten zusammenstellt, hauptsächlich darin, daß für ganz Deutschland ein gemeinsames Münzgewicht, nämlich das Zollpfund = 500 Gramm eingeführt wurde, aus dem für Oesterreich 45 fl., für die andern Guldenstaaten 52½ fl., und für die Thalerstaaten 30 Thl. geprägt werden, und zwar wahrscheinlich in der Weise, daß man Vereinsmünzen kreirt, deren Werth = 2 preuß. Thalern ist, so daß in Oesterreich nach dem 45 fl.-Fuß ein solcher Thaler sich auf 3 fl., im übrigen Deutschland nach dem 52½ fl.-Fuße auf 3 fl. 30 kr. berechnen wird. Ob man nun behauptet, daß Oesterreich bei Zugrundlegung der feinen köln. Mark zu dem 21 fl.-Fuß, oder aber bei Zugrundelegung des Zollpfundes zum 45 fl.-Fuß übergegangen sey, ist im Grunde gleichbedeutend; da eben das Zoll-Pfund etwas mehr als doppelt so groß ist, als das Gewicht der feinen köln. Mark, so ist es klar, daß wir aus dem Zollpfund auch mehr als noch einmal so viel Gulden erhalten werden, als aus der köln. feinen Mark. So erklärt sich sehr leicht die neue Benennung 52½ fl.-Fuß neben dem Umstand, daß wir dieselben Gulden behalten. Dieser Uebergang Oesterreichs zum 45 fl. Fuß hat aber jedenfalls allein die Möglichkeit gegeben, eine harmonirende Vereinsmünze für ganz Deutschland zu schaffen, was wiederum ein großer Schritt zur ferneren Einigung in der Münzangelegenheit ist. Da es übrigens heißt, daß auch Vereinsgoldmünzen (unter dem Namen „Kronen") für ganz Deutschland geprägt werden sollen, so wird dieses wenigstens für den Handelsverkehr den meisten bisherigen Uebelständen abhelfen.

** **Bayern.** München, 13. Juni. (Privat-Korresp.) **84. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Die Kammer schritt hierauf zur Berathung des Etat der Landgerichte. Für den Etat der Landgerichte sind im Ganzen von der Regierung 1,803,447 fl. verlangt. Der Finanzausschuß schlägt vor, nur 1,581,036 fl. zu bewilligen; die Minderung wird bewirkt durch Abstriche an den Besoldungen der Landrichter (1,371,712 fl. statt 1,557,705 fl.), an den Funktions-Remunerationen der Landgerichts-Nebenbeamten (36,000 fl. statt 39,860 fl.), an den Regiekosten (65,385 fl. statt 67,385 fl.), an den Taggebühren für Geschäftsaushülfe und Exigenz der Hypothekenbücher (25,000 fl. statt 45,000 fl.) 2c. Die Gründe des Ausschusses für diese Abstriche sind bereits mitgetheilt.

Referent v. Lerchenfeld empfiehlt die Ausschußanträge, indem er bemerkt, daß denselben die Voraussetzung zu Grunde liege, daß die Landgerichte wie bisher fortbestehen, jede Erhöhung des Etat habe der Ausschuß für nutzlos gehalten, wenn nicht die Gerichtsorganisation durchgeführt werde. Die Debatte hierüber war kurz, da man sich eine Besprechung der Organisation der Landgerichte bis nach Erledigung der Frage über die Gerichtsorganisation vorbehielt. Die Abgeordneten Fürst Wallerstein und Dr. Völk beschränkten sich deßhalb auf einzelne Bemerkungen, Letzterer namentlich klagte über das bei einigen Landgerichten zu häufige Anwenden der körperlichen Züchtigung. Gegen die beantragten Abstriche erklärte sich nur Frhr. v. Weiden. Der kgl. Staatsminister des Innern behielt sich seine Aeußerungen über die Landgerichte ebenfalls vor und empfahl lediglich der Kammer die Position für die Geschäftsaushülfe und Exigenz für Hypothekenbücher unverkürzt zu bewilligen, da deren voller Bedarf im Interesse des öffentlichen Kredits, dessen Grundlagen die Hypothekenbücher bilden, nothwendig erschiene. Referent von Lerchenfeld erklärte sich in seinen Schlußbemerkungen gegen die volle Bewilligung dieser Position, da bei der gegenwärtigen Organisation der Landgerichte mehr als 25,000 fl. nicht zweckmäßig verwendet werden könnten. Es wurden hierauf alle Positionen nur nach den Anträgen des Ausschusses angenommen. Damit schloß schon um 12 Uhr die Sitzung. Da der zweite Ausschuß den ganzen morgigen Tag zu weiteren Berathungen bedarf und am Montag hier Feiertag ist, so findet die nächste Sitzung am Dinstag statt.

München, 14. Juni. Der 1. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hielt bereits diesen Abend Sitzung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gerichtsverfassungsgesetzes, und empfiehlt als Beschluß der Kammer die Annahme des wieder aufgenommenen Artikels bezüglich der Versetzbarkeit der Richter, während er dagegen die Modifikation zu Art. 18 bezüglich der freiwilligen Rechtspflege nicht anzunehmen beantragt. Es steht somit eine Vereinbarung über diesen so viel besprochenen Entwurf nunmehr in Aussicht. (Siehe unten.) (Augsb. Abdz.)

München, 13. Juni. Der 2. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe trat heute sofort nach Eintreffen des Beschlusses der Kammer der Abgeordneten zu den Nachweisungen der Verwendung der Staatseinnahmen pro 1852/53, in specie die Anträge zu den Staatsausgaben auf den Militär-Pensionsetat betreffend, in Berathung und kam zu dem Resultate, der Kammer vorzuschlagen, auf ihrer Fassung der fraglichen Anträge einfach zu beharren. (N. K.)

** München, 14. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Gesetzentwurf bezüglich der Gerichtsverfassung berathen. In der allgemeinen Debatte hierüber erklärten sich die Reichsräthe v. Maurer, Fürst Hohenlohe und Graf Reigersberg zunächst für Durchführung des Gesetzes von 1850; sodann jedoch, da ein Vollzug desselben nach den Erklärungen der Minister jetzt nicht zu erwarten sey, für die vom Ausschuß beantragte unbedingte Beistimmung zu allen Beschlüssen der 2. Kammer. Die Reichsräthe Graf K. Seinsheim, Graf Montgelas, v. Niethammer, Frhr. v. ZuRhein und Dr. v. Bayer erklärten, daß sie, um die schwebende Frage zum endlichen Abschlusse zu bringen und einen Gesammtbeschluß zu erzielen, obwohl sie an ihrer früheren Ansicht von der Unräthlichkeit der Trennung der Justiz von der Verwaltung festhielten, dennoch dem Beschluß der 2. Kammer beitreten wollten, wenn nur der von dieser Kammer abgelehnte Art. 25 des Regierungsentwurfs angenommen würde. (Dieser Art. 25 will die Aufhebung des Art. 22 des Grundlagengesetzes vom 4. Juni 1848, der von der Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit der Richter handelt.)

Am Schlusse der allgemeinen Debatte erörterte der königl. Staatsminister der Justiz dann den Standpunkt der Regierung und deren Verfahren und zwar ganz in derselben Weise, wie jüngst in der 2. Kammer. Der Präsident brachte dann die Frage zur Abstimmung, ob die Kammer dem Regierungsentwurfe beistimmen wolle, welche Frage aber einstimmig verneint wurde.

Es wurde dann zu den einzelnen Artikeln übergegangen und alle Artikel mit Ausnahme zweier Punkte ohne Debatte in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der 2. Kammer angenommen. Diese zwei Punkte sind folgende: Zu Art. 18, welcher bestimmt, daß die nichtstreitige Rechtspflege durch eigene Gerichtsbeamte als Einzelrichter selbständig besorgt wird, beantragt der 2. Präsident Graf Seinsheim einen Zusatz des Inhalts, daß es dem Gerichtsvorstande unbenommen bleiben soll, einzelne Akte der nichtstreitigen Rechtspflege selbst vorzunehmen. Dieser Zusatz wurde von den k. Staatsministern des Innern und der Justiz im Interesse der Stellung der Gerichtsvorstände, besonders der Landrichter, aufs wärmste vertheidigt,

ebenso von dem Reichsrathe v. ZuRhein, während sich v. Maurer und Fürst Hohenlohe dagegen erklärten, um einen Gesammtbeschluß nicht in Zweifel zu stellen, nachdem sich die 2. Kammer, welche die freiwillige Gerichtsbarkeit in eine Hand gelegt wissen wolle, einstimmig dagegen erklärt habe. Der Zusatz wurde aber mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen. Schließlich wurde, und das ist der zweite Differenzpunkt, auf Antrag des 2. Präsidenten, auch Art. 15 des Regierungsentwurfs angenommen*), und dann dem ganzen Gesetzentwurf mit allen gegen 2 Stimmen (A. v. Seinsheim und v. Aretin) beigestimmt. Die nächsten Tage werden nun zeigen, ob diese zwei Differenzpunkte zu beseitigen sind, wie zu hoffen steht!

* In einigen Exemplaren unseres gestrigen Blattes war durch ein Versehen in der Modifikation des Abg. Stauber und Genossen zu Art. 2 des Gesetzentwurf bezüglich der Rosenheim-Salzburger Bahn die Ziff. 2 vor Ziff. 1 zu stehen gekommen, was wir hiermit berichtigen.

Preußen. Königsberg, 12. Juni. Unsere Universität hat Aussicht, einen würdigen Nachfolger Drumanns zu erhalten. Professor Droysen in Jena hat auf Anfrage sich bereit erklärt, die hiesige Geschichtsprofessur zu übernehmen. (N.-Z.)

Nassau. Wiesbaden, 14. Juni. Das Verordnungsblatt enthält das mit den Ständen vereinbarte Gesetz, wonach die Landesbank ermächtigt wird, neben den als Banknoten kursirenden Landeskreditkassenscheinen weitere Banknoten im Betrage von 500,000 fl. auszugeben, welche bei allen Zahlungen an öffentlichen Kassen im vollen Nennwerthe angenommen, auch bei der Hauptkasse der Landesbank jederzeit gegen baares Geld eingelöset werden müssen.

§ **Oesterreich.** Wien, 13. Juni. (Privat-Korresp.) Fürst Gortschakoff, welcher dem Kaiser sein Abberufungsschreiben bereits überreicht hat, wird hier, namentlich von Seite des diplomatischen Korps, auf alle mögliche Weise geehrt. Die Gesandten von Preußen, Bayern und Sachsen haben ihm zu Ehren diplomatische Diners gegeben und morgen findet ein solches in dem Hotel des Ministers des Auswärtigen statt, nachdem der Fürst gestern zur Tafel nach Laxenburg geladen war. Mit dem Grafen Buol hatte der Fürst mehrere Konferenzen und man soll sich hierbei von beiden Seiten sehr zuvorkommend benommen haben. Daß übrigens dessenungeachtet eine geraume Zeit vergehen wird, ehe das früher zwischen Oesterreich und Rußland bestandene freundschaftliche Verhältniß wieder hergestellt seyn wird, bedarf keiner weitern Auseinandersetzung, namentlich da es nicht an Beweisen dafür fehlt, daß die zwischen den beiden Kaiserreichen zur Zeit bestehende Spannung eine ziemlich tief liegende ist; so wird z. B. versichert, daß Graf Buol dem Fürsten Gortschakoff mehrere den Handelsverkehr zwischen Oesterreich und Rußland fördernde Maßnahmen vorgeschlagen hatte, welche jedoch von dem Fürsten höflich, aber bestimmt abgelehnt wurden. — Die Festungsbauten in Galizien werden noch immer mit regem Eifer fortgesetzt; wie man vernimmt, wird sich nächster Tage auf Allerhöchsten Befehl eine Kommission nach Krakau begeben, um die dortigen Festungsbauten zu inspiziren.

Großbritannien.

London, 9. Juni. Unsere „europäische Demokratie" ist noch immer in der regsten Bewegung, und es ist jetzt vornehmlich Italien, auf das sie ihre Hoffnung und ihr Augenmerk richtet. Die Mazzinisten sind wüthend, daß über Nacht fast ihr ganzes Lager zur sardinisch-konstitutionellen Partei überlief, die jetzt unter der Emigration allein das große Wort über die „Zukunft Italiens" führt. (A. Z.)

London, 12. Juni. Der Minister des Innern empfing gestern eine Deputation, die um Aufschub der Hinrichtung für den verurtheilten Palmer bat, lehnte es jedoch ab, sich mit ihr in weitere Erörterungen einzulassen. (Fr. Pstz.)

London, 13. Juni, Abends. In der heutigen Sitzung des Oberhauses antwortete Lord Clarendon auf eine Frage Lord Derby's, Herr Dallas habe ihm am Mittwoch eine Depesche der amerikanischen Regierung mitgetheilt, in welcher dieselbe sage, sie sey durch die Erklärung, daß die englische Regierung nicht die Absicht gehabt, die amerikanischen Gesetze zu verletzen, noch Instruktionen in diesem Sinne ertheilt habe, befriedigt. Anderer Ansicht nach jedoch sey das Kabinet von Washington in Bezug auf das Benehmen Crampton's und der drei bei den Werbungen betheiligten englischen Consuln. Es habe daher den Entschluß gefaßt, mit dem britischen Gesandten weiter nicht zu verkehren, und den drei Consuln das Exequatur zu entziehen. Der Staatssekretär des Auswärtigen bemerkte ferner, die englische Regierung sey in Bezug auf die Entlassung Crampton's noch zu keinem Entschluß gelangt, werde aber, sobald sie einen solchen gefaßt, demselben den Parlament mittheilen. — Bei dem heutigen Meeting in Mansion House zu Gunsten der Ueberschwemmten in Frankreich wurden 5000 Pfd. Sterl. unverzüglich gezeichnet und alsbald nach Paris abgesandt. — Palmer wird morgen hingerichtet werden. (T. D. d. K. Z.)

*) Der Artikel 22 des Grundlagen-Gesetzes von 1848 bestimmt, daß die Richter wider ihren Willen nicht abgesetzt und nicht versetzt werden sollen. Wenn nun, wie die erste Kammer beschlossen hat, dieser Artikel aufgehoben würde, so wäre sowohl die Unversetzbarkeit, als auch die Unabsetzbarkeit der Richter beseitigt, wie dies unsere neuliche telegraphische Depesche gemeldet hatte. Aus dem Protokoll des 1. Ausschusses der Reichsrathskammer über diesen Gegenstand ersieht man jedoch, daß der Art. 25 des Regierungsentwurfs nur die Unversetzbarkeit der Richter aufzuheben bezweckte, da ja die Unabsetzbarkeit einen Grundsatz der Verfassungsurkunde bildet.

Frankreich.

Paris. Unsere Börse schwankt noch immer bedeutend. Gewisse Valuta sinken über Nacht auf eine enorme Weise, wie z. B. die Aktien der südlichen Eisenbahnen, die gestern auf 800 Fr. standen, heute unter 500 Fr. herunterfielen. Das Anlehen, von dem neulich die Rede war, wird nicht aufgenommen werden. Der Ministerrath hat dieses Mittel zur Herstellung des durch die Ueberschwemmung verursachten Schadens nicht adoptirt. Dagegen wird man eine größere Anzahl von Schatzscheinen ausgeben. (Fr. Pstz.)

Spanien.

Madrid, 8. Juni. Heute am frühen Morgen haben mehrere Individuen, größtentheils Taglöhner, den Ruf: „Es lebe die Republik" ausgestoßen. Doch hatten sie ihre Zeit schlecht gewählt, denn die Jäger des 7. Milizbataillons, welche sich auf ihren Posten begaben, begegneten den Ruhestörern in der Toledostraße, verhafteten einige und jagten die andern in die Flucht. (Fr. Pstz.)

Madrid, 10. Juni. Gestern fanden einige Unordnungen statt, welche jedoch sofort unterdrückt wurden. (Fr. Pstz.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Sicherem Vernehmen nach ist von der moldauischen Regierung einer französischen Gesellschaft, an deren Spitze ein Herr Magnan steht, ein Privilegium zur Beschiffung des Pruth und des Sereth mit Dampfbooten ertheilt worden.

Rußland und Polen.

Dem Allerhöchst bestätigten und veröffentlichten kriegsgerichtlichen Erkenntnisse zufolge ist die Einwohnerin von Kutais, Fürstin Mikelodse, und ihr Sohn, Fürst Aßlon Mikelodse verurtheilt worden: erstere, weil sie vier Personen zum Morde ihres Gatten, Fürsten Mikelodse, bewogen und mit einem der Mörder ein ehebrecherisches Verhältniß unterhalten hat, zu zwanzig Jahren schwerer Arbeit in den Bergwerken, und der kaum 14jährige Sohn Aßlon Mikelodse, weil er um die Absicht seiner Mutter gewußt hat, zur Assentirung in einem entfernten Bataillon, anstatt zum Exil nach Sibirien. Beide außerdem zum Verluste aller Standesrechte und Würden. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 15. Juni. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 81¼; 4½pCt. Met. 72¾; Wiener Bankaktien 1306; 5pCt. Lomb. 89¾; Wiener Wechsel l. S. 117¼; 3pCt. inl. span. 40⅞; 1 pCt. neue 25¼. Oesterr. Kreditaktien 233¼. Darmstädter Bankaktien 410. Bayerische Ostbahn 105¾. Luxemburger internationale Kreditbank 572.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 745 – 52. Elisabethenbahn 110¾. Der Umsatz war höchst unbedeutend, österr. und mitteldeutsche Kreditaktien wurden besser bezahlt.

Augsburg, 14. Juni. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87¼ G.; 4pCt. 93¾ G.; 4½pCt. 100¾ B. — — G.; 5pCt. letzte Emission 102¼ G.. 5pCt. dritte Emission 100¼ B.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94⅝ B.; — G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — B. 786 G.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."

Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 167.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 17. Juni 1856

Deutscher Bund.

Bayern. In der seinerzeit berührten konfessionellen Beschwerde der Stadt Kitzingen war ein Entscheid der 2. Kammer bekanntlich abgeschnitten worden durch zwei Anträge aus der Kammer selbst, davon der eine das Maß der Betheiligung der verschiedenen konfessionellen Genossen bei den Gemeindewahlen durch Gesetz festgestellt, der andere die freie Selbstverwaltung des in Sondereigenthum befindlichen Stiftungsvermögens eingeführt wissen will. Der Abg. Fürst Wallerstein, als Referent des 3. Ausschusses, erklärt nun, daß er keinen dieser Anträge für heilsam finden könne, da das unleugbare Mißbehagen, welches in konfessionell gemischten Orten leider mehr und mehr Raum gewinnt, weit weniger den Unterrichts- und Wohlthätigkeitsstiftungen als jener Parteilichkeit in dem Bereich der Ansässigmachung, Verehelichung und Gewerbsverleihung entquillt, deren die konfessionelle Majorität in der Regel von der Minorität angeklagt wird; auch durch Feststellung eines numerischen Verhältnisses der Wechselbeziehung zwischen Majorität und Minorität nicht geändert würde. Der Abgeordnete Fürst Wallerstein, um den zu vielseitiger Beruhigung führenden hochwichtigen Gegenstand gründlich würdigen zu können, verlangte genaue Kenntniß der thatsächlich bestehenden Verhältnisse und sachliche und statistische Aufschlüsse darüber von Seiten des Ministerium, welche ihm indessen nicht geworden sind. Bei dem nahenden Ende des Landtags zeigt der Berichterstatter und der Ausschuß diesen Sachverhalt einfach an, womit die Erledigung auf's Ungewisse verschoben ist. (D. A. Z.)

Zu unserm Bericht über die 27. öffentliche Sitzung der Reichsrathekammer, in welcher die Gerichtsverfassung berathen wurde, tragen wir folgende Auszüge aus den Reden der HH. Reichsräthe v. Seinsheim, v. Montgelas und v. ZuRhein nach. Der 2. Präsident Graf v. Seinsheim äußerte: Er sey von jeher ein Gegner der Trennung der Justiz von der Verwaltung gewesen, und er habe schon 1847 und ebenso 1848 bei Berathung des Grundlagen-Gesetzes so gestimmt; dem Gesetze von 1850 sey er nur deßwegen beigetreten, weil es sich dabei nur um den Vollzug des früheren Gesetzes gehandelt habe. Er stehe jetzt auf demselben Standpunkte, wo es sich abermals um die Ausführung eines Gesetzes handle. Seine Ueberzeugung hätte sich deßhalb nicht geändert, und er glaube auch jetzt noch, daß die Trennung eine fehlerhafte wäre. Der Redner hob hierauf verschiedene Gründe hervor, welche die Volksbedürfnisse aus eigener Anschauung kennen, und daß sich Staatsbeamte in deren Mitte befinden, welche vorurtheilsfrei beigestimmt hätten; Umstände, die großen Werth hätten, und deßhalb stimme er auch den Beschlüssen der zweiten Kammer bei, vorausgesetzt, daß der von der 2. Kammer abgelehnte Art. 25 des Regierungsentwurfs beibehalten würde.

2. Sekretär Graf Montgelas: Er habe einen Feind der Trennung der Justiz von der Verwaltung und der Gerichtsorganisation gefragt, und dieser hätte ihm den vorliegenden Gesetzentwurf als ein Stückwerk bezeichnet, dem das Gesetz von 1850 vorzuziehen seyn würde; er habe dann auch einen Freund der Trennung und der Organisation gefragt, und dieser habe den Gesetzentwurf als ein Flickwerk erklärt, dem er das alte System der Landgerichte vorziehen würde; beide seyen kgl. Beamten, die in dem äußern Dienste genau unterrichtet wären. Es zeige dieses Beispiel, welche ungünstige Aufnahme der Gesetzentwurf gefunden habe; denn keine Partei sey mit demselben zufrieden. Die Mängel desselben seyen durch die Beschlüsse der 2. Kammer nicht gehoben worden. Es könnten daher diese Gründe ihn bestimmen, gegen den Gesetzentwurf zu stimmen: allein es seyen doch wichtige Gründe vorhanden, welche ihn hieran hindern. Es hätten die Minister erklärt, daß sie außer Stand seyen, das Gesetz von 1850 zum Vollzuge zu bringen, so daß nach dieser Erklärung, wenn der Gesetzentwurf nicht zu Stande komme, es bei dem alten Zustande bleiben müßte. Der alte Zustand der Landgerichte sey aber nicht haltbar und wenn durch den neuen Gesetzentwurf nicht abgeholfen werden könne, so befände man sich zwischen zwei mangelhaften Dingen und man müßte das wählen, was den Vorzug verdiene. Der Entwurf nach den Beschlüssen der 2. Kammer verdiene aber den Vorzug. Mit Recht habe dieselbe den Art. 1 des Regierungsentwurfes beseitigt. Dagegen aber vermisse er den Art. 25 des Gesetzentwurfes. Die betreffende Bestimmung des Grundlagen-Gesetzes (die durch diesen Art. 25 aufgehoben werden soll) sey im Jahre 1848 von der 1. Kammer durch eine Uebereilung in das Gesetz aufgenommen worden und die Kammer habe jetzt wieder Gelegenheit, ihre damalige Uebereilung gut zu machen, indem sie den Art. 25 des vorliegenden Gesetzentwurfs annehme.

Frhr. v. ZuRhein: Er erinnere daran, wie er schon im Jahre 1847 der Landgerichtsverfassung den Vorzug vor der Trennung der Justiz von der Verwaltung gegeben habe. Er sey jetzt noch der Ueberzeugung, obwohl er nicht verkenne, daß sich einzelne Landgerichte in keinem ganz erfreulichen Zustande befänden. Allein er glaube, daß Abhülfe werden könne durch Verkleinerung der Landgerichte und durch Entfernung jener Beamten, die ihrem Berufe nicht gewachsen sind. Die Beschlüsse der 2. Kammer schnitten aber jede Hoffnung ab, daß man auf diesem Wege zum Ziele gelangen könne. Die 2. Kammer scheint diesen Weg nicht betreten zu wollen, weil sie das Mißtrauen hege, daß die Regierung das Gesetz von 1850 nicht durchführen wolle. Er verkenne nicht, daß dieses Mißtrauen durch den zuerst vorgelegten Gesetzentwurf genährt wurde, und obwohl derselbe zurückgezogen wurde, sey das Mißtrauen geblieben, so daß die wohlwollenden Vorschläge keine Berücksichtigung fanden. Wenn man den zweiten Gesetzentwurf bei ruhigem Blick betrachte, so würde man finden, daß in demselben die innere Durchführung des Gesetzes von 1850 liege, denn es würde durch ihn ein Zustand geschaffen, der nothwendig zur Durchführung jenes Gesetzes führen müßte. Er sey noch jetzt ein Gegner der Trennung und wenn er demungeachtet dem modifizirten Entwurfe beistimme, so geschehe es, weil keine Aussicht vorhanden, daß man auf anderem Wege zum Ziele gelange. Hätte man Aussicht, daß das Gesetz von 1850 zur Durchführung kommen könnte, so würde er gegen den Entwurf der Regierung und gegen die Beschlüsse der 2. Kammer stimmen. Allein es müsse etwas Positives geschaffen werden, das Volk verlange Verbesserung der Zustände und nicht, weil es seine Ueberzeugung sey, sondern weil die Verhältnisse es nicht anders möglich machen, stimme er der 2. Kammer bei. Er beklage dies, denn die Landrichter würden nicht mehr Herren in ihrem Hause seyn, und der Administration würden die Hände gebunden seyn, allein man sey eben genöthigt, zuzustimmen und deßhalb werde er unter der Voraussetzung, daß der Artikel 25 angenommen würde, den Beschlüssen der 2. Kammer beistimmen.

Dem Separat-Votum, welches Reichsrath Graf Reigersberg dem Ausschußbericht über den Gerichts-Verfassungs-Gesetzentwurf beigefügt hat, entnehmen wir folgende Stelle: „Ein Stein des Anstoßes ist folgender. Das Gesetz vom 4. Juni 1848, die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichts-Organisation, über das Verfahren in Zivil- und Strafsachen und über das Strafrecht betreffend, verfügt im Art. 22: „die Richter aller Abstufungen sind inamovibel." Dieser Art. ist der Stein des Anstoßes, da ihn die kgl. Staatsregierung beseitiget, die Kammer der Abgeordneten aber beibehalten wissen will; ich gestehe, daß ich auf die Beharrlichkeit beider Gesetzgebungsfaktoren keinen Werth lege, und zwar aus folgenden Gründen. Wird der kgl. Staatsregierung die Befugniß der Versetzbarkeit der Richter aller Abstufungen nicht gestattet, so bleibt ihr abgesehen von der Frage, ob hierunter auch Beamte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, des Hypotheken-, Vormundschafts- u. s. f. Amtes zu subsumiren, — abgesehen ferner von der Ansicht, daß diese Versetzungs-Befugniß selbst zur Schonung der Ange-

stellten ein Mittel darbietet, — das Recht, den Beamten, wenn er in seinen Dienstleistungen nicht entspricht, temporär zu quieszieren, und, damit der Staatskasse der Quieszenzgehalt erspart werde, in kürzester Zeit auf geeignetere Weise zu reaktiviren. Was ist also mit dem Ausspruche der Nichtversetzbarkeit gewonnen? Der Quieszirte bleibt der Disposition der Staats-Regierung überlassen und seines ihm bisher übertragenen Amtes enthoben; die Staatsregierung bleibt in ihrem Rechte der Versetzbarkeit der Beamten unter einem andern Titel. Auch über diesen Punkt dürfte sich leicht zu beruhigen seyn, wenn man dem Mißbrauche allzu willkürlicher Versetzung etwa Schranken zu setzen für nothwendig erachten wird. Hierüber dürfte eine ministerielle Erklärung genügen und alle Anstände beseitigen." (?)

Preußen. Der zu Naumburg zu Anfang des Frühjahrs begründete Verein zur Abschaffung der Kinderbettelei hat während der kurzen Zeit seines Bestehens schon viel Segen geschafft, die Kinderbettelei ist sichtlich im Abnehmen und die Kinder selbst gewöhnen sich immer mehr das müßige Umherschweifen ab und wenden sich zur Arbeit, zu Ordnung und Fleiß. Das Mittel, das so schönen Erfolg gehabt hat und das gänzliche Verschwinden der Kinderbettelei hoffen läßt, ist die Eröffnung einer Kinder-Arbeits-Anstalt, welche mit dem 3. März für Mädchen und mit dem 27. März für Knaben ins Leben gerufen worden ist. Zu Ende des Mai befanden sich bereits darin 76 Mädchen und 146 Knaben. Jene werden unter Aufsicht zweier Lehrerinnen in zwei verschiedenen Abtheilungen täglich zwei bis drei Stunden mit Stricken und Häkeln beschäftigt, wozu ein Fabrikant am Orte, der die Arbeiten übernimmt, das Material liefert. Die Knaben sind bisher nur im Freien, täglich drei bis vier Stunden, mit Sammeln und Abtragen von Steinen auf den Feldern, mit Ausstechen von Unkraut und ähnlichen Arbeiten beschäftigt worden. Bis zum 1. Mai hatten die Kinder zusammen schon 40 Thlr. 26 Sgr. 5 Pf. verdient. Dieser Verdienst, von dem der Antheil eines Jeden in sein besonderes Arbeitsbuch notirt ist, wurde bis zur künftigen zweckmäßigen Verwendung bei der Sparkasse niedergelegt. Besonders förderlich erweist sich für die Hebung der moralischen Kraft der arbeitenden Kinder der persönliche, aufmunternde und belehrende Besuch der Vereinsmitglieder, namentlich der Frauen.

Berlin, 14. Juni. Bekanntlich sind in neuester Zeit die Fälle immer häufiger geworden, wo evangelische Geistliche sich weigerten, Ehen einzusegnen, bei denen ein Theil der Verlobten schon früher verehelicht, aber von seinem Gatten geschieden war. Natürlich entstanden daraus Konflikte mit den bestehenden Gesetzen und diese haben wieder mancherlei Verhandlungen bei den verschiedenen Behörden veranlaßt. Neuerlichst ist nun auch durch Erlaß vom 8. März d. J. von Sr. Majestät dem Könige das Gutachten des Kron-Syndikats über die Frage eingefordert worden: „Kann nach den Grundsätzen des Allgemeinen Landrechts ein evangelischer Pfarrer, welcher eine zu seiner pfarramtlichen Kompetenz gehörige und nach den bürgerlichen Gesetzen zulässige Trauung eines geschiedenen Ehegatten bei Lebzeiten des anderen geschiedenen Theils aus dem Grunde verweigert, weil die Scheidung nicht aus schriftmäßigen Gründen erfolgt sey, dazu dennoch gezwungen werden?"

Die Kron-Syndici (bekanntlich von dem Könige berufene Mitglieder des Herrenhauses, von denen in diesem Falle zum erstenmale ein Gutachten eingefordert ist) haben diese Frage dahin beantwortet:

1) Ein evangelischer Pfarrer, welcher die zu seiner pfarramtlichen Kompetenz gehörige Trauung eines geschiedenen Ehegatten bei Lebzeiten des anderen geschiedenen Theils aus dem Grunde verweigert, weil die Scheidung aus nicht schriftmäßigen Gründen erfolgt sey, kann aus dem bloßen Grunde der bürgerlichen Zulässigkeit der Trauung zu derselben nicht gezwungen werden.

2) Er kann nur dann und nur insofern zur Trauung gezwungen werden, als die kompetente Behörde nach Maßgabe der Konsistorial- und Kirchenordnungen und der Grundbegriffe der evangelischen Religionspartei seine Berufung auf die Unschriftsmäßigkeit des Scheidungsgrundes nicht als begründet erfindet.

3) Die kompetende Behörde hiefür, wie überhaupt für jeden gegen einen Pfarrer zu übenden Zwang zur Trauung ist die betreffende Behörde des Kirchenregiments. Die bürgerlichen Behörden und Gerichte sind unter keinerlei Umständen kompetent, einen evangelischen Pfarrer zur Trauung anzuhalten, oder wegen Verweigerung derselben zu bestrafen. (Z. f. Ndd.)

Hannover. Hildesheim, 10. Juni. Die mit dem 1. April des vergangenen Jahres ins Leben getretene Association Hildesheimer Schuhmacher zur Beschaffung der zu ihrem Gewerbe erforderlichen Rohstoffe wird am nächsten Sonntage (am 15. Juni) den Jahresbericht ihres Vorstandes entgegennehmen. Wie wir hören, sind die Theilnehmer trotz der ungünstigsten Verhältnisse, namentlich trotz der enorm hohen Lederpreise, durchaus befriedigt, und hat sich der Nutzen des Vereins einerseits in der größeren Billigkeit, dann, und das ist die Hauptsache, in der größern Güte der Stoffe gezeigt. Es war die Association gegründet von 22 Meistern der Stadt; sie wird jetzt von 42 Meistern gebildet. Alle zum Gewerbe nothwendigen Materialien, die verschiedenen Lederarten, Nägel, Zwirn, Nadeln, Filz, Saffian u. dgl. hat sie im Großen angekauft; bei den einzelnen Einkäufen ist ihr ein mäßiger Rabatt, außer bei dem Hauptartikel, dem Leder, bewilligt. Die vor einer Kommission für nicht preiswürdig erkannten Stoffe werden ohne Weiteres dem Verkäufer zurückgestellt; die für gut befundenen sortirt, taxirt und zu dem angeheiteten Preise gegen Baarzahlung an die Mitglieder der Association wieder verkauft, die natürlich nur zum eigenen Gebrauche einkaufen dürfen. Der Fonds der Association wird gebildet durch unter solidarischer Verbindlichkeit der Mitglieder aufzunehmende Darlehen, durch die auf 2 Thlr. festgesetzten Eintrittsgelder durch unverzinsliche Vorschüsse der Mitglieder und Ueberschüsse die beim Wiederverkaufe sich ergeben. Die Association verkauft in der Regel mit 7 pCt. Gewinn, von welchen der Kontroleur 1, der Kassirer, der zugleich das Lokal dafür beschaffen muß, 2 pCt. erhält. Der Ueberschuß wird zum Theil zur Tilgung der Schulden, resp. zur Vergrößerung des Vereinsvermögens verwandt; zum Theil fällt er am Ende des Jahres Denen, welche beim Beginne desselben Mitglieder waren, als Dividende zu. Dieselbe beträgt für dies erste Jahr des Bestehens 5 pCt.; der Umsatz belief sich auf 4295 Thlr. Eine mit der Vereinigung verbundene Vorschußkasse ermöglicht, daß man von der Bestimmung der Baarzahlung nie abzugehen braucht. Der Einkauf wird von besonders ernannten Kommissionen besorgt. Der Generalversammlung wird die Frage zur Entscheidung vorgelegt werden ob auch auswärtige, namentlich Landmeister, deren mehrere sich um Theilnahme bemüht, als Mitglieder der Association aufgenommen werden sollen. (Z. f. Ndd.)

Hannover, 14. Juni. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer erstattete v. Münchhausen Namens des Petitionsausschusses Bericht über 2 Petitionen, die denselben Gegenstand, die Verweigerung der Erlaubniß zum Eintritt in die Ständeversammlung betreffen, die Petitionen des Magistrats zu Osnabrück und bezw. der Bürgervorsteher in Harburg. Bekanntlich wurde den in Osnabrück bezw. in Harburg in die zweite Kammer gewählten Bürgermeistern Stüve und Gumbrecht gleich mehren anderen Staats- und Gemeindedienern die Erlaubniß regierungsseitig versagt, der Wahl Folge zu leisten. Die obigen Petitionen führen Beschwerde darüber bei der Ständeversammlung, die zweite kurz mit dem Petitum auf Beseitigung des durch die Verordnung vom 1. August v. J. wieder eingeführten §. 96 des Landesverfassungsgesetzes, Wiederherstellung der Bestimmungen der Verfassung von 1848, wenigstens eine die Rechte der Städte sichernde Interpretation und eine dem Geiste der Verfassung entsprechende Anwendung, die erste in ausführlicher Begründung mit einem engern Petitum. (Der §. 96 lautet: „Jeder königl. Diener geistlichen oder weltlichen Standes, mag derselbe vom Könige ernannt oder bestätigt seyn, bedarf zur Theilnahme an der allgemeinen Ständeversammlung der Erlaubniß der vorgesetzten Oberbehörde." Die Bestimmung von 1848 besagt dagegen: „Keinem im öffentlichen Dienste Angestellten, einschließlich der Gemeindebeamten, darf der.... Urlaub verweigert werden, wenn für die Versehung des Dienstes von ihm auf eine andere Weise angemessen gesorgt wird.") Die Ansichten im Ausschuß über den vorliegenden Gegenstand nach Angabe des Berichterstatters sind sehr abweichend gewesen. Die verschiedenen Vorschläge haben alle Farben des Regenbogens durchlaufen, auf der einen Seite die Beseitigung des §. 96 der Landesverfassung mit einem Tadel für die Regierung, auf der andern durch verschiedene Abstufungen Abweisung der Petitionen und Tadel einzelner Ausdrücke in denselben im Auge gehabt. Da unter diesen Umständen eine Einigung kaum möglich schien, habe man von speziellen eingehenden Anträgen absehen müssen und sich im Allgemeinen die Wahrung des ständischen Interesse zur Aufgabe gemacht. Man habe dabei auf frühere ständische Erklärungen Bezug genommen, namentlich auf die bei Erlassung des §. 96 ständischerseits gegebene Voraussetzung, daß von dem §. Gebrauch nicht gemacht werde, „wenn nicht das Beste des Dienstes" es erheische, ferner auf die ständische Erklärung zur Adreßdebatte von 1841 u. a. Man beantrage deßhalb unter Hinweis darauf, die dringende Aufforderung an die Regierung zu richten, von dem Rechte des §. 96 nur den eingeschränktesten Gebrauch zu machen und dasselbe am wenigsten bei Mitgliedern der Wahlkorporationen (städtischen) aus-

zuüben. Auch dieser Antrag hat, jedoch nicht einstimmige, Billigung der Ausschußmitglieder gefunden.

Minister v. Borries will über die Rechtmäßigkeit der Wiedereinführung des §. 96 sich hier nicht auslassen; die Sache sey durch die Entscheidung des Bundes über die Beschwerde des Schatzkollegium erledigt. Man habe stets nur das ständische Interesse im Auge, nicht die Rücksicht, welche man dem Interesse der Verwaltung und der Disciplin schuldig sey. Dieses fordere, einer systematischen Opposition, welche mit der Würde der Regierung nicht vereinbar sey, vorzubeugen, und zu bewirken, daß auch die loyale Opposition ihrer Form nach eine rücksichtsvolle bleibe. Dafür gebe es nur zwei Mittel: ein in Bezug auf die ständische Thätigkeit nicht zu empfehlendes Disciplinarverfahren, oder die Befugniß, den Eintritt zu verweigern. Dies Mittel habe man der Opposition königlicher Diener gegenüber in den Jahren 1837 und 1838 gewählt und mit gutem Grunde den Eintritt in die Ständeversammlung von der „Erlaubniß" der Regierung, nicht von einem zu ertheilenden „Urlaub" abhängig gemacht. Allerdings hätten die Stände dies an die Bestimmung geknüpft, daß die Verweigerung nur zur Anwendung komme, wenn das „Beste des Dienstes" es fordere, aber das Ermessen, ob dies der Fall, sey der Regierung überlassen. Die Regierung habe im vorliegenden Falle reiflich erwogen und gefunden, daß die Bedingung eingetreten, unter welcher sie von ihrer Befugniß Gebrauch zu machen habe. Bei der Abstimmung erhoben sich 27 Mitglieder für, und 24 gegen den Antrag des Ausschusses, der damit angenommen wurde. (Ztg. f. Nordd.)

§ Oesterreich. Wien, 14. Juni. (Privat-Korresp.) Den neuesten Erhebungen zufolge würde die Theißbahn in ihrem Verkehrsrayon folgende Früchtemengen berühren: 9,241,220 Metz. Waizen, 9,663,215 Metz. Korn, 12,477,969 Metz. Mais, 4,311,184 Metz. Rübs, 5,004,272 Metz. Gerste, 4,774,317 Metz. Hafer, 605,064 Ztn. Tabak, 4,296,120 Ztn. Erdäpfel, — Früchtemengen, welche die heutige Produktion um folgende Summen übertreffen: 5,343,440 Metz. Waizen, 6,059,851 Metz. Korn, 4,596,851 Metz. Mais, 3,887,484 Metz. Rübs, 1,394,908 Metz. Gerste, 492,469 Metz. Hafer, 451,885 Ztnr. Tabak, 3,389,529 Ztnr. Kartoffeln. Daß dies lachende Produktionsbild kein utopisches ist, daß es im Gegentheil genau den verschiedenen Naturanlagen der genannten Komitate entspricht und nichts mehr voraussetzt, als eine zweckmäßige Ausbildung derselben, wie solche bei der fortschreitenden Intelligenz der ungarischen Landwirthe, bei der zu hoffenden größeren Billigkeit und Menge der für Ackerbau verwendbaren Kapitalien, bei der Verbesserung endlich der Kommunikationsmittel mit Recht zu erwarten ist, belegt schon die Thatsache, daß obige Ziffern durchaus nichts oktroiren, was nicht schon vorhanden ist, daß sie, wenn der Ausdruck gestattet ist, bloß die Ernteverfassung der Bodenverfassung mehr anpassen. Jedem Bodenstrich bleibt seine Individualität unangetastet; nur daß er seinen spezifischen Charakter vollkommen ausbilde, daß seine Kultur nicht in Richtungen sich zersplittere, die ihm ein für allemal nicht zusagen, wird von ihm gefordert. Was aber von der Produktion gilt, gilt in einem noch weit höheren Grade von der Fabrikation, die bekanntlich viel rascher dabei ist, jeden sich darbietenden Vortheil auszubeuten, als der Landwirth; noch schneller ist dabei der Kaufmann. — Es läßt sich daher mit voller Gewißheit vorhersagen, daß Industrie und Handel einer derart fortgeschrittenen Landwirthschaft gegenüber nicht stillstehen werden, wenngleich dieser Zuwachs eine ziffermäßige Berechnung auch annäherungsweise nicht gestattet. Aus Allem leuchtet hervor, daß das Gebiet der Theißbahn, wie es eines der fruchtbarsten ist, auch dem Schienenverkehr Lasten überliefern wird, wie dies kaum bei irgend einer andern Bahn im gleichen Grade seyn dürfte.

Großbritannien.

Zu Manchester ist eine Adresse an das amerikanische Volk in Umlauf gesetzt worden, in welcher dasselbe aufgefordert wird, alle seine Kräfte aufzubieten, um eine Störung der friedlichen Beziehungen zwischen England und Amerika zu verhindern. Die Amerikaner werden in dieser Ansprache, welche bereits zahlreiche Unterschriften aufzuweisen hat, als „Brüder und Freunde" angeredet.

Frankreich.

Paris, 13. Juni. Der „Moniteur" veröffentlicht die Lage der Bank am 12. Juni. Der Kassenbestand ist unverändert. Das Portefeuille hat sich um 40 Millionen verringert. Die Zahlungen auf Aktien und Obligationen der Eisenbahnen und öffentlichen Fonds haben eine Reduktion von 42 Mill. erfahren; die Zahl der umlaufenden Banknoten eine Verminderung um 15 Millionen; die laufenden Rechnungen der Privaten haben sich ebenfalls um 21 Mill. vermindert; die des Schatzes hat sich um 12 Millionen vermehrt. (Z. f. Nordd.)

* Paris, 14. Juni. Der „Moniteur" veröffentlicht die Zusammensetzung des kaiserl. Zugs und den Weg, den er heute Abend von den Tuilerien nach der Notre-Dame-Kathedrale nehmen wird. Der Zug, welchen Detaschements von Carabinieren, Dragonern, Guiden, Cuirassieren, Garde-Artillerie und die Cents-Gardes mit ihren Musiken und unter Kommando des Generals Korte eröffnen und schließen, besteht aus 12 Wagen, wovon 8 sechsspännig, 2 achtspännig. Die ersten 6 sechsspännigen Wagen nehmen die Palast- und Ehrendamen, Kämmerer, Adjutanten u. s. w. ein, den siebenten die Prinzessin Mathilde und Prinzessin Marie, Herzogin von Hamilton. Im achten Wagen befinden sich Prinz Jerome, Prinz Napoleon, die Großherzogin von Baden, Prinz von Schweden. Hierauf folgt der achtspännige Wagen der Kaiserin, worin sich der kaiserl. Prinz, die Gouvernante der Kinder Frankreichs, die beiden Untergouvernanten und die Amme befinden. An der rechten Seite dieses Wagens hält sich Marschall Canrobert, der General-Adjutant des Palastes, der Stallmeister der Kaiserin, an der Linken Marschall Bosquet, ein Adjutant und ein Ordonnanzoffizier des Kaisers. Den zweiten achtspännigen Wagen nehmen Ihre Majestäten ein. An der rechten Seite desselben halten sich der Oberjägermeister, Marschall Baraguey d'Hilliers, General-Kommandant der Nationalgarde, der erste Stallmeister. Links Marschall Graf v. Castellane, der General-Kommandant der Garde, der dienstthuende Adjutant. Der kaiserl. Prinz wird nach der Taufe, von Guiden und Cuirassieren eskortirt, in die Tuilerien zurückgebracht. In dem achtspännigen Wagen, dem eine zweispännige Equipage vorangeht und folgt, befindet sich der kaiserliche Prinz mit seinen Gouvernanten und der Amme. An der rechten Seite des Wagens halten sich ein Adjutant des Kaisers, der Stallmeister der Kaiserin. Links, ein Offizier des Kaisers, der eskortirende Cuirassier-Kapitän.

Spanien.

† Madrid 10 Juni. Man liest in der „Epoca": „Letzten Samstag, Abends, fand ein Vorfall statt, der falsch berichtet oder entstellt, beunruhigende Gerüchte veranlassen kann. — Einem Jäger, welcher aus dem Eilwagen von Alcala stieg, ging die Flinte, welche er geladen in der Hand hielt, los und verwundete ein dreijähriges Kind an Schulter und Kopf und die Frau des Abgeordneten Manadas am Arm. Da dieser unglückliche Vorfall in dem Augenblicke statthatte, wo die Königin vorüberfuhr, so entstand eine momentane Verwirrung, welche durch die herbeieilenden Polizei-Sergeanten jedoch sofort beseitigt wurde.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 7. Juni. In Bezug auf die Verwaltung von Kaukasien ist eine Aenderung beliebt worden, wodurch die Machtvollkommenheit des Statthalters von Kaukasien erweitert und eine beträchtliche Vermehrung der Militärmacht damit verbunden wird. Die Verfügung des Kaisers lautet: 1) Tschernomorien soll hinsichtlich der Zivilverwaltung und im Allgemeinen hinsichtlich seiner inneren Administration den Befehlshabern der Truppen an der kaukasischen Linie entzogen und unter unmittelbare Botmäßigkeit des Oberbefehlshabers des abgesonderten kaukasischen Korps (Murawieff) gestellt werden. 2) Der Attaman locum tenens des tschernomorischen Kosakenheeres wird ebenfalls unmittelbar unter Befehl des Oberbefehlshabers gestellt werden. (Fr. Pstz.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 16. Juni. Bei ziemlich stillem Geschäft waren die Kurse wiederum ohne merkliche Veränderung. Span. Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire wurden besser bezahlt.

Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire 753 bis 64. — Elisabethen-Bahn 110¼.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1310 P. 1305 G. Neue Bankaktien 431 P. 426 G. Credit-Actien à 5pCt. 231 P. 232 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82⅞ P. 82⅝ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81¾ P. 81½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72½ P. 72¼ G.; à 4pCt. 64¾ P. 64¼ G.; à 3pCt. 49½ P. 49 G.; à 2pCt. 16½ P. 15⅞ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 118 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105⅜ P. 101⅞ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 286 P. 284 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 91¼ P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94¼ G.; 4½pCt. 100¾ P. 100¼ G.; 4½pCt. Ost-

bahn-Aktien 106 P. 105¾ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 155¾ P. 155¼ G. Neustadt-Weissenb. 115½ P. 115 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118⅜ P. 118⅛ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅝ P. 90⅛ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80½ P. 80 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39½ P. 39¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 65 P. 64½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 99¾ P. 99¼ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112⅝ P. 112⅛ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 412 P. 410 G.; junge 352 P. 350 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109⅛ P. 108⅞ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¾ P. 47½ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31½ P. 31¼ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 P. 84½ G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 122¾ P. 122¼ G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial — P. 87 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 575 P. 572 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41⅛ P. 40⅞ G.; 1pCt. neue 25¼ P. 25⅛ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¼ P. — — G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 P. 118¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¼ P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S 93 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S 96¼ P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117⅜ P. 117⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅞ P. 88⅝ G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛ P. 116⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 15. Juni. Der Rittergutsbesitzer v. Rochow, Mitglied des Herrenhauses und Offizier, welcher den General-Polizeidirektor v. Hinckeldey im Duell tödtete, wird die zuerkannte fünfjährige Festungsstrafe in Stettin abbüßen. (Fr. Pstz.)

Wien, den 13. Juni. Die bereits seit Beginn des Studienjahres 1855 bis 1856 für die juridische Fakultät außer Wirksamkeit gesetzte Lehr- und Lernfreiheit soll nun auch, so viel über den Gang der bis nun darüber im Unterrichts-Ministerium gepflogenen Berathungen zu vernehmen ist, mit Beginn des kommenden Jahres für die medizinische Fakultät gänzlich aufgehoben und die Hörer dieser Wissenschaft wieder an einen vorgeschriebenen Kollegienbesuch mit Rekonstituirung von Semestral-Prüfungen gebunden werden. — Zur Erhaltung der Realschulen in der Monarchie wird ein eigener Realschul-Fonds gegründet und vom Staate verwaltet werden.

Aus Paris, 14. Juni wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Kanonendonner und Glockengeläute verkündeten heute Morgens um 6 Uhr Paris und seinen Bewohnern, daß der Tag angebrochen, an dem der Erbe Louis Napoleon's sich nach Notre-Dame begibt, um dort die heilige Taufe zu empfangen. Seit langen Jahren waren die guten Pariser in keiner so großen Bewegung. Unter Louis Philipp waren dergleichen pomhafte Fest nicht mehr Mode. Die Kinder von Frankreich, die man damals Prinzen nannte, wurden auf sehr einfache Weise getauft. Diese Ereignisse gingen fast spurlos vorüber, und wenn die Dotationen nicht gewesen wären, so hätte man kaum etwas von der Existenz der Prinzen gehört. Heutzutage ist es aber anders. Der Kaiser Napoleon III. liebt es, sich und seine Dynastie in ganzem Glanze zu zeigen und der Welt zu beweisen, daß, wenn seine Dynastie noch jung an Jahren ist, sie in nichts den alten Monarchieen nachsteht, was Reichthum, Glanz und Pomp anbelangt. Die guten Pariser sind neugierig, und der erste Kanonenschuß lockte schon Tausende auf die Straßen. Alle Plätze und Straßen, wo man an den Vorbereitungen zum Feste noch arbeitete, waren bald mit Tausenden von Menschen bedeckt. Gegen 10 Uhr, wo die Vergnügungs-Züge und die übrigen Eisenbahnzüge Tausende und Tausende von Fremden aus der Provinz und dem Auslande herbeiführten, wurde das Gedränge bald so stark, daß man sich kaum von einem Ufer der Seine zum andern begeben konnte. Der Platz am Stadthause und der Garten der Avenue Viktoria zogen besonders die Menge an. Das Stadthaus selbst hatte das Aussehen eines Schiffes an einem Festtage. Es ist mit zahllosen Flaggen und Fahnen aller Nationen geschmückt. Am Ende der Avenue Viktoria befindet sich eine kolossale Statue mit einem ungeheuren Adler darüber. Das Ganze bietet einen glänzenden, malerischen Anblick. Die alte Notre-Dame-Kirche hat ebenfalls ein sehr glänzendes Aussehen angenommen. Dieselbe ist mit ungeheuren Fahnen und Flaggen geschmückt. Mastbäume und Flaggen zieren den Platz. Die Rivoli-Straße, durch welche sich der kaiserliche Zug in seiner ganzen Länge bewegte, ist ebenfalls aufs herrlichste geschmückt, und nach ihr zu urtheilen, herrscht dort große Begeisterung für den Kaiser und seinen Erben. — Gegen 2 Uhr setzten sich die Garde, die Truppen der Garnison von Paris und die Nationalgarde in Bewegung, um sich in Spalier aufzustellen. Die Nationalgarde nahm die rechte Seite, die Truppen die linke Seite ein. Auf dem Platze des Palais Royal war die Kavallerie der Nationalgarde, und auf dem Eintrachtsplatze die Kavallerie der Armee von Paris aufgestellt, die nicht im Zuge figurirte. Von 2½ bis 3½ Uhr erwartete eine ungeheure Menschenmenge den kaiserlichen Zug. Wie gewöhnlich vertrieb sich dieselbe die Zeit mit schlechten Witzen und kritisirte die hohen Herren und Damen, die sich bald in glänzenden Equipagen, bald in schlechten Miethskutschen nach der Notre-Dame-Kirche begaben. Die verschiedensten Urtheile wurden gefällt, je nach dem Standpunkte, auf dem sich die Zuschauer befanden. Meiner Ansicht nach beurtheilte aber ein Blousenmann die heutige Feierlichkeit vom erhabensten Standpunkte aus. Derselbe hatte auf dem Blitzableiter des dem Palais Royal gegenüber liegenden Pavillons der Tuilerieen seinen Platz gefunden. Er hatte sich mit einem Gürtel an die Stange befestigt und stand mit verschränkten Armen da, — es schien, als ob er Mitleid fühle mit dem Schauspiel da unten zu seinen Füßen. Das Beispiel dieses Mannes fand viele Nachahmer, und die Dächer der Häuser der Rivoli-Straße füllten sich bald mit den Pariser Gamins, die sich oft zum Schrecken des Publikum auf der Straße den tollsten Sprüngen überließen. Die Menge hatte also genug zu sehen, und wie fast immer in Paris wartete sie mit Ruhe und Geduld der Dinge, die da kommen sollten." (Schl. im Anz.)

Aus Rom, 8. Juni, wird der „Köln. Z." geschrieben: „Hätte es von einer hier sehr mächtigen Partei allein abgehangen, so wäre das philosophische System Anton Günther's schon längst abgeurtheilt. Es ist aber des heiligen Vaters ausdrücklicher Wille, daß in keiner Weise Uebereilung stattfinde. Um Ostern war man übrigens dem Ende dieser Diskussionen näher als in diesem Augenblicke, da der Dogmatiker Pater Perrone, von der Gesellschaft Jesu und Mitglied der Index-Congregation, mit neuem Eifer Günther's System anzufechten unternommen hat. Sie machen sich leicht eine Vorstellung von den sehr lebhaften und weitläufigen Verhandlungen über dasselbe, wenn ich Ihnen versichere, daß die davon im Archiv der Index-Congregation bis jetzt niedergelegten Akten bereits hundert Druckbogen übersteigen. Die motivirten Gutachten der Räthe werden nämlich in solchen Fällen gedruckt. Se. Heiligkeit der Papst ist fortwährend günstig für Günther gestimmt und nannte ihn in der Audienz, die vor wenigen Tagen ein deutscher Kleriker bei ihm hatte, einen „Genio sublime". — Was Fürst Carini aus Neapel für den Ausgleich der noch bestehenden Mißhelligkeiten wegen der Jesuiten hier erreichte, soll von unwesentlicher Bedeutung seyn. Es scheinen bei dieser Gelegenheit vielmehr nur neue Hindeutungen, doch in sehr gemäßigten Ausdrücken, von Neapel gemacht worden zu seyn, daß noch mancher andere Grund zu Beschwerden über den „Mißbrauch geistlicher Kompetenz" vorliege. Daher besteht die Spannung und Beaufsichtigung namentlich der Jesuiten durch die weltlichen Behörden fort."

Konstantinopel, 6. Juni. Die Berichte aus Arabien gestalten sich täglich beunruhigender. Der abgesetzte Sheriff Abu Talib, auf 40,000 Araber gestützt, weigerte sich standhaft, dem neuernannten Sheriff Mohamed Ibni Aun zu weichen, der rathlos an der Gränze steht. Der Divan ist unschlüssig, ob dem Vizekönige von Egypten, Said Pascha, die Einschreitung zu übertragen sey oder nicht.

Newyork, 31. Mai. Ein spanisches Geschwader segelte am 25. von Havannah gegen Vera-Cruz ab. Nach Spanien war ein Agent abgegangen, um die Nothwendigkeit sofortigen Einschreitens gegen General Walker der Königin Isabella vorzustellen. Das franz. Kriegsschiff „Penelope" war nach San Juan gesegelt, und ein Commissarius zu den Costa-Ricanern abgesandt worden.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 168.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 18. Juni 1856

Deutscher Bund.

Frankfurt, 15. Juni. Am 14. und 15. August d. Js. werden die Vorstände der mitteldeutschen Eisenbahnen in Offenbach zu einer Conferenz zusammentreten. (A. Z.)

In der Bundestagssitzung vom 13. Juni d. J. hat der Ausschuß für das Kassen- und Rechnungswesen Bericht erstattet über die Rechnungen der vereinigten Bundeskassen vom 1. September 1848 bis 31. Dezbr. 1851 und über die Rechnungen der Bundeskanzleikasse und der Bundesmatrikularkasse, jede von den Jahren 1852, 1853 und 1854.

Die Rechnungen vom 1. September 1848 bis 31. Dezbr. 1851 sind in 51 Bänden mit 8364 Belegen enthalten; sie umfassen drei von einander so verschiedene Verwaltungsperioden daß es angemessen erschien, sie jenen Perioden entsprechend in drei Abschnitten zusammenstellen zu lassen, von welchen

die erste die Finanzverwaltung zur Zeit der provisorischen Reichsgewalt,

die zweite die Finanzverwaltung zur Zeit der Bundescentralkommission, und

die dritte die Finanzverwaltung seit Rekonstituirung der Bundesversammlung nachweist.

Nach dem Hauptabschlusse über die erste Periode, zur Zeit der provisorischen Reichsgewalt, vom 1. September 1848 bis 31. Dezbr. 1849 beträgt

die Einnahme	14,378,866 fl.	24 kr.
die Ausgabe	14,349,352 „	19 „

In der zweiten Periode, vom 1. Januar 1850 bis 31. Mai 1851, zur Zeit der Bundescentralkommission beträgt

die Einnahme	5,466,677 fl.	38 kr.
die Ausgabe	5,006,685 „	51 „

In der dritten Periode, zur Zeit der rekonstituirten Bundesversammlung, vom 1. Juni bis 31. Dezember 1851, beträgt

die Einnahme	2,207,534 fl.	25 kr.
die Ausgabe	1,938,323 „	27 „

Nach den einzelnen Unterabtheilungen ergeben sich folgende Einnahmen:

für Centralverwaltung	995,937 fl.	59 kr.
für Festungen	9,992,113 „	56 „
für Marine	5,515,525 „	39 „
für Truppen	1,065,416 „	52 „
erhobene Vorschüsse	2,774,067 „	20 „
zurückempfangene Vorschüsse	1,220,510 „	46 „

und folgende Ausgaben:

für Centralverwaltung	1,204,339 „	3 „
für Festungen	9,343,856 „	45 „
für Marine	7,386,127 „	42 „
für Truppen	973,936 „	57 „
zurückerstattete Vorschüsse	1,178,174 „	17 „
ertheilte Vorschüsse	1,207,926 „	53 „

Mit dem Anfang des Jahres 1852 war die vor 1848 bestandene Trennung der Bundeskassen in die Bundeskanzlei- und die Bundesmatrikularkasse wieder eingeführt und über jede derselben besondere Rechnung gelegt worden. Diese Rechnungen der Jahre 1852, 1853 und 1854 sind in 39 Bänden mit 2857 Belegen enthalten.

Die Einnahmen der Bundeskanzleikasse bestanden

1852 in	57,909 fl.	38 kr.
die Ausgaben in	52,211 „	38 „
1853 die Einnahmen in	42,368 „	40 „
die Ausgaben in	35,081 „	7 „
1854 die Einnahmen in	58,305 „	33 „
die Ausgaben in	52,657 „	40 „

Die Rechnungen der Bundesmatrikularkasse sind in fünf Unterabtheilungen geschieden, welche die Centralverwaltung, die Festungen, die Marine, die Truppenverpflegung und Vorschüsse betreffen.

Die Einnahmen betragen 1852	2,901,039 fl.	9 kr.
die Ausgaben	2,522,669 „	40 „
1853 die Einnahmen	2,071,948 „	20 „
die Ausgaben	1,299,563 „	34 „
1854 die Einnahmen	2,094,298 „	40 „
die Ausgaben	1,064,627 „	13 „

Die Bundesversammlung hat nunmehr die Rechnungen für richtig erkannt.

Bis zum Jahre 1848 waren die für jede der einzelnen Bundesfestungen und für spezielle Bedürfnisse derselben, als z. B. für Bauten, Armirung, Verproviantirung u. dgl. bewilligten Gelder gesondert verwaltet und verrechnet, und als eigene Fonds für die besonderen Zwecke ihrer ursprünglichen Bestimmung verfügbar erhalten worden. Späterhin trat dagegen eine gemeinsame Behandlung sämmtlicher für Bundeszwecke bestimmten Mittel ein, und es fanden Verwendungen aus den Festungsfonds für anderweitige Bedürfnisse statt, die indessen immerhin nur als Vorschüsse vorgemerkt wurden. Nachdem nun seither die Mittel zur Rückerstattung der Mehrzahl dieser Vorschüsse bewilligt worden sind, beschloß die Bundesversammlung, zu der früheren Einrichtung zurückzukehren, sonach die einzelnen Fonds wieder auszuscheiden und getrennt zu halten, und jedem derselben den ihm an der Gesammtsumme von 2,153,172 fl. 56 kr. gebührenden Antheil zuzuweisen.

*** Bayern.** Dem 14 Protokoll des 5. Ausschusses der Abgeordneten-Kammer vom 8. Juni d. Js. entnehmen wir Folgendes:

1) Der fürstl. Leining'sche Revierförster Dr. Madler in Miltenberg will im Wege der Gesetzgebung eine Entschädigungsforderung von 1811 fl. 53 kr. sammt Zinsen für sein Mobiliar erwirkt wissen, das bei dem am 9. März 1848 in Miltenberg stattgefundenen Tumulte ein Raub der Flammen wurde. Eine Klage gegen die Stadtgemeinde Miltenberg hatte keinen Erfolg, da die Beklagte in 3. Instanz von derselben entbunden wurde; ebenso wenig konnte Madler auf administrativem Wege zu seiner Entschädigung gelangen, weil das Staatsministerium des Innern durch Entschließung v. 19. Febr. 1854 die Beschlüsse der Vorinstanzen theils auf Grund des Art. 9 des Gesetzes vom 28. Mai 1850, theils aber auch deßhalb aufgehoben hat, weil Madler schon mehrere Stunden vor Ausbruch des Tumultes Anzeige von dessen Bevorstehen bei dem Magistrate Miltenberg erstattet habe, und wenn daher gleichwohl keine polizeilichen Vorkehrungen getroffen wurden, gegen die betheiligten magistratischen Beamten der Entschädigungsanspruch geltend zu machen und zu verfolgen sey. Da indessen, während diese administrativen Verhandlungen im Gange waren, die Stadtgemeinde Miltenberg ein Vergleichsoffert von 600 fl. gemacht und hiezu auch unterm 31. Dezbr. 1853 den Curatelkonsens erhalten hatte, so wurde in derselben Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 9. Februar 1854 zugleich ausgesprochen: „daß es bei jenem Curatelkonsens sein Verbleiben haben und die Vergleichssumme an Dr. Madler ausbezahlt werden solle.“ Allein wie Herr Ministerialrath v. Schubert vervollständigend dem Ausschuß bemerkte, so ist dieser Vergleich zur Zeit noch nicht vollzogen. War es ursprünglich Madler, welcher sich weigerte, ihn zu acceptiren, so ist es jetzt die Stadtgemeinde Miltenberg, die nicht geneigt ist, ihr Offert zu halten, so daß Madler sich von Neuem genöthigt sah, sich an die allerhöchste Stelle zu wenden und damit zugleich ein Gesuch um Bewilligung einer besondern Unterstützung zu verbinden, worüber zur Zeit die Verhandlungen noch nicht geschlossen sind.

Wenn nun auch — um auf das an die hohe Kammer gerichtete Gesuch des Madler zurückzukommen — die Kompetenz derselben insoferne anerkannt werden wollte, als es sich um Bewilligung einer Summe von 1811 fl. 53 kr. aus öffentlichen Mitteln handelt, und daher die Bestimmung in Tit. VII. §. 2 bis 4, 19 und 20 der Verf.-Urk. anschlägt, so würde es ihr doch nicht zukommen, endgültig darüber zu entscheiden, ob dem

Madler die verlangten 1811 fl. 53 kr. zu gewähren seyen und daher äußersten Falles seine Petition lediglich dem kgl. Staatsministerium mit Empfehlung hinübergegeben werden könne.

Allein da bei dieser Stelle bereits ein anderes Gesuch Madler's mit abweichendem Petitum der Instruktion unterliegt und nach Billigkeit gewürdigt werden wird, so glaubt auch der Ausschuß eine nochmalige Empfehlung als überflüssig erachten und daher lediglich proponiren zu müssen: „daß die an die hohe Kammer gerichtete Vorstellung nicht weiter in Erwägung zu ziehen sey."

2) Von dem Abg. Dr. Arnheim u. Cons. ist ein Antrag dahin gestellt worden: „Es möge auf verfassungsmäßigem Wege die Abänderung der Art. 2, 3 und 5 des Forstgesetzes vom 28. Mai 1852 in dem Sinne beantragt werden, daß jenen Gegenden, wo die Waldstreu der Landwirthschaft unentbehrlich ist, diese in hinreichender Menge abgegeben werde." In Konsequenz des Beschlusses, den eine hohe Kammer auf mehrere ähnliche Vorstellungen aus der Oberpfalz gefaßt hat, beschloß der Ausschuß auch hier: „daß die Kompetenz als begründet anzunehmen und die empfehlende Hinübergabe des Antrages an das betreffende k. Staatsministerium zu proponiren sey."

München, 15. Juni. Der 2. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten beschäftigte sich gestern mit der Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf, den „Bau einer Eisenbahn von Lichtenfels bis Koburg" betreffend, und beschloß,

1) dem von der Kammer der Reichsräthe zu der Ueberschrift des Gesetzentwurfes beantragten Zusatz: „beziehungsweise bis zur Stadt Koburg" zuzustimmen;

2) dem von der Kammer der Reichsräthe vorgeschlagenen Art. 5 folgende Fassung zu geben: „Unter der im Eingange des Art. 4 bezeichneten Voraussetzung ist die Staatsregierung ermächtigt, den Bau einer Eisenbahn von der Reichsgränze bis Koburg auf Staatskosten fortzuführen, insofern die Ueberlassung des Betriebes der Lichtenfels-Koburger-Bahn an eine Privatgesellschaft gesichert ist, und einem dem Bau- und Einrichtungskapitale für diese Bahn entsprechende nicht unter 4 pC. stehende jährliche Rente dem bayerischen Staate vertragsmäßig gewährt und sicher gestellt wird. In diesem Fall findet der Art. 4 wegen des weitern Bauaufwandes von 1,500,000 fl. gleichmäßige Anwendung." (Das ist also bloß eine Aenderung der Ausdrucksweise, welche nur den beabsichtigten Vorbehalt schärfer bezeichnen soll.)

3) Bezüglich des Abänderungsvorschlages der Kammer der Reichsräthe, die Zweigbahn von Hochstadt nach Stockheim betr., schlägt Herr Referent Zustimmung zu dem Beschlusse der Kammer der Reichsräthe vor, welchem Vorschlag der Ausschuß einstimmig beitrat. Dieser Beschluß geht bekanntlich dahin, daß daß bezüglich der von Hochstadt nach Stockheim zu erbauenden Zweigbahn die Worte „durch Zinsergarantie für das Anlagekapital" gestrichen werden sollen.

Preußen. Berlin, 14. Juni In Bezug auf die italienische Frage ist kürzlich ein neues diplomatisches Aktenstück erschienen. Dasselbe besteht gutem Vernehmen nach in einer Denkschrift, die das Turiner Kabinet als Erwiderung auf die bekannte österreichische Note mehreren europäischen Höfen hat überreichen lassen. Soviel über den Inhalt derselben verlautet, sucht Graf Cavour seine Regierung gegen den Vorwurf einer Begünstigung revolutionärer Bestrebungen zu vertheidigen, und auch sonstige gegen Sardinien erhobene Anschuldigungen auf ihre Urheber zurückzuweisen. Im Eingang soll ausgeführt seyn: Sardinien habe auf der Pariser Konferenz in seiner eigenthümlichen Stellung nur die Wahl gehabt, sich vor Oesterreich zu beugen, oder zu der Nachbarmacht ein „ernstes Wort zu sprechen". Man habe letzteres gewählt. Im Uebergang zur Sache selbst heißt es dann dem wesentlichen Sinn nach: In Italien habe nur die nationale Richtung Aussicht auf Erfolg. Wohl erkennend, welcher mächtige Hebel der Volksaufregung in derselben gegeben sey, habe die Revolution die Sache der Nationalität auf ihre Fahne geschrieben, und dadurch so großen Einfluß geübt. Von dem sardinischen Gouvernement sey es schon längst für nothwendig erachtet worden, daß die legitimen Regierungen sich selbst an die Spitze der nationalen Richtung stellten, um so der revolutionären Partei den Boden zu entziehen, und ihr das wirksamste Agitationsmittel aus der Hand zu winden. Alles, was von piemontesischen Agenten zur Schürung der Unzufriedenheit gesprochen werde, beruhe auf müßiger Erfindung. Sardinien sey ein Gegner der Revolution und habe keine Gemeinschaft mit derselben. Die Propaganda bestehe zum Theil aus Sendlingen des Auslandes, die einer beständigen fremden Einmischung in die Angelegenheiten der italienischen Staaten die Wege zu bahnen suchten, zum Theil aus Mitgliedern der Umsturzpartei, die in gleicher Weise wie gegen die andern Regierungen auch gegen Sardinien operire. (A. Z.)

Hannover. Hannover, 13. Juni. Wir müssen noch einmal kurz die Plank'sche Angelegenheit erwähnen, da in dieser Zeit Nachrichten von Freisprechung (in der Criminalsache) und von Verurtheilung (in einer Disciplinarsache) durch einander gelaufen sind. Obergerichtsassessor Plank war in eine Criminaluntersuchung und zwei Disciplinaruntersuchungen gezogen worden. In einer Disciplinaruntersuchung und in der Criminaluntersuchung wurde der Beschuldigte freigesprochen, in der zweiten Disciplinaruntersuchung ist er aber verurtheilt worden. Diese bezog sich auf die Broschüre „über die verbindliche Kraft der Verordnung vom 1. August 1855," welche bei Strack in Bremen erschienen ist. Der große Senat des Obergerichts in Lüneburg verurtheilte Herrn Plank deßhalb zum „schriftlichen Verweise," in Celle ist aber die Strafe noch gesteigert worden in zweimonatliche Suspension vom Dienste, zweimonatliche Entziehung des Gehalts. Ein solches Erkenntniß ist gewiß kaum erwartet worden. (Z. f. N.)

Hannover, 14. Juni. Der Finanzausschuß, bestehend aus den HH. Finanzminister Grafen Kielmansegge, v. d. Horst, v. Bothmer, A. v. Münchhausen, v. Wangenheim, Lang, Neumann, v. Trampe, Braun, Breusing, hat die Bewilligung der „Ausgaben zu Zwecken des deutschen Bundes" der Annahme unter folgender Bemerkung, resp. Antrag empfohlen: „Stände nehmen hier Veranlassung, ihre lebhafte Theilnahme für die Maßregeln auszusprechen, die dahin zielen, in den deutschen Bundesstaaten eine Gemeinsamkeit in Beziehung auf die Handelsgesetzgebung, sowie eine Uebereinstimmung in den Systemen für Münz, Maß und Gewicht herbeizuführen. Wie sie mit Dank anerkennen, was auf dem Wege zur Herbeiführung jener Zwecke seitens der königl. Regierung bisher bereits geschehen ist, so ersuchen sie dieselbe, für solche Maßregeln in wachsendem Interesse des Handels und der Industrie auch fernerhin ihre volle Mitwirkung eintreten zu lassen. Stände können aber die gegenwärtige Position nicht verlassen, ohne auch den Antrag zu erneuern, daß die königl. Regierung nicht ablassen wolle, auf die Herstellung einer deutschen Flotte mit ihrem ganzen Einflusse hinzuwirken, — und ferner, daß sie ebenso fortfahre, der Errichtung eines deutschen Bundesgerichts unter geeigneter Mitwirkung der deutschen Ständeversammlungen, ihr Bestreben mit Entschiedenheit zuzuwenden." (Z. f. N.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 14. Juni. In Schaffhausen ist es vorgekommen, daß der vom großen Rathe gewählte Regierungspräsident Hallauer seines jugendlichen Alters halber noch nicht regierungsfähig ist. Der große Rath hat daher an seine Stelle den Oberrichter Gasser, und für diesen dann Hrn. Hallauer ins Obergericht gewählt. — In Graubünden hat sich in diesem Jahr kein einziger Candidat zum theologischen Examen gemeldet, was seit vielen Jahren nicht mehr vorgekommen seyn soll. — Der große Rath von Appenzell A. Rh. hat einen Hexenmeister, der mehreren Personen ihr Gut abschwindelte, abgeurtheilt, und zwar zu 30 Stockstreichen bei offener Thüre und 3 Wochen Gefängniß bei Wasser und Brod. (Fr. Postz.)

Neuenburg. Am Montag Nachts wurde in Neuenburg, Londeron und Cressier eine Erderschütterung verspürt. (Fr. Postz.)

Den Durchzug der verabschiedeten englischen Legionäre durch die Schweiz hat der Bundesrath, so weit es in seiner Kompetenz liegt und mit Vorbehalt gewisser, die Schweiz für alle Eventualitäten sicher stellender Bedingungen, zu gestatten beschlossen. (Schw. M.)

Großbritannien.

London, 14. Juni. Der „Strike" der schottischen Grubenarbeiter ist, nach dem er Monate lang angehalten hatte, endlich beigelegt worden, und haben sich die Arbeiter den Vorschlägen der Grubenbesitzer gefügt. (Fr. J)

Frankreich.

Paris, 13. Juni. Die Tuilerien gleichen heute einem Kloster, Weltgeistliche, Dominikaner, Kapuziner, Jesuiten, Nonnen, Schwestern, sieht man fortwährend in den Pavillion Marsan wandern, und da man weiß, daß die Kaiserin sehr fromm ist, so versäumen die Damen, welche von nahe und ferne zum Hofe gehören, es nicht, dem Stellvertreter des Papstes ihre Huldigung darzubringen. Der Vorrath an Rosenkränzen, Medaillen und andern geweihten Gegenständen reicht nicht aus, um alle Supplikantinnen zu befriedigen. — Was die Eintrittskarten zur Notre-Dame und zum Balle im Stadthaus betrifft, so ist

diesmal das Ausland sehr spärlich bedacht worden. Wir führen nur ein Beispiel an: die österreichische Gesandtschaft hatte für ihre Nationalen 40 Karten verlangt, aber sie hat nur 11 bekommen. Gegen die Journale, selbst die französischen, ist man ebenfalls unbarmherzig Sogar dem „Journal des Debats" hat man eine Karte verweigert. (Schw. M.)

Paris, 13. Juni. Kaum ist die unglückliche Geschichte mit Hrn. Lejolivet vorüber, so taucht schon wieder ein ähnlicher Fall am gerichtlichen Horizonte auf. Das Pays hat nämlich gestern das Programm der bei der Taufe stattfindenden Ceremonien vollständig veröffentlicht. Da nun aber das Original dieses Programmes im Sekretär des Großceremonienmeisters Hrn. v. Cambacères wohl unter Schloß und Riegel verschlossen war, so kann dies Document nur durch irgend eine Indelikatesse (ich bediene mich vorsichtiger Weise des französischen Ausdruckes) zur Kenntniß eines Dritten gelangt seyn, der es, gewiß ohne dessen unerlaubte Quelle zu kennen, veröffentlicht hat. (Schwb. Mkr.)

Paris, 14. Juni. Fürst Adam Czartoryski hat seine Landsleute ersucht, ihre gegen die Amnestie des Czaren vorbereitete Protestation zu vertagen, was denn auch geschehen ist. (Schwäb. Merk.)

Italien.

Rom, 6. Juni. Der Cardinal Patrizzi überbringt der kaiserlichen Familie im Namen Sr. Heiligkeit werthvolle Geschenke: dem Kaiser ein Mosaikgemälde, den hl. Johann Baptist in der Wüste darstellend; der Kaiserin Eugenie außer der goldenen Rose ein Reliquienkästchen von vortrefflicher Arbeit, welches einige Partikeln von der in der Liberianischen Basilika verehrten Krippe des Christuskindes enthält; letzlich dem kaiserlichen Prinzen ein kleines goldenes Schächtelchen zum Anhängen an den Hals. Die Vorderseite des Schächtelchens stellt die unbefleckte Jungfrau Maria in erhabener Arbeit auf einem Hyacinth, und die Rückseite das Wappen Pius' IX. vor. Es enthält einige Stücklein der heil. Binden unseres Herrn, und ist mit vielen Edelsteinen von großem Werthe geziert.*) Vom Kaiser weiß man, daß er bei einem berühmten Künstler ein Brustkreuz im Werthe von 100,000 Franken bestellt hat, welches er dem Cardinal-Legaten zum Geschenk anbieten wird. (A. Z.)

Amerika.

Walker hat also die Costa-Ricaner aus Nicaragua hinausgeworfen. Um etwas gegen die Walker'schen Banden auszurichten, hätte sich die ganze Lammnatur des Costaricaners ändern, mit Mannesblut sein Hasenherz füllen müssen. Es ist nun die weitere Frage: wird Walker sich mit dem schönen, aber heißen und ungesunden Tropenlande Nicaragua begnügen? Ich glaube schwerlich, am wenigsten, wenn er die neuen Verstärkungen erhält. Das schöne, reiche Plateauland Costa-Rica mit seinem milden Klima und seinen prächtigen Kaffeehacienden liegt in zu lockender Nähe. Auch hat der Staat Costa-Rica gute Finanzen, gefüllte Kassen — das ist der rechte Magnet für Männer „bereit zu jedem Unternehmen, wobei scharfer Stahl blankes Gold gewinnen kann." Sämmtliche Städte Costarica's sind ohne Festungswerke. Die Truppen von Costa-Rica sind gering an der Zahl und troz der Mühe, welche sich der Deutsch-Pole Salisch und der ehemalige preußische Lieutenant v. Bülow in letzter Zeit mit ihnen gegeben haben, doch sehr schlecht disziplinirt. So hätten also Walkers Amerikanerschaaren allerdings Aussicht auf Erfolg, wenn sich nicht etwa England ins Mittel legt, welches schon lange mit großem Unbehagen dem Treiben Walkers zugesehen und unter der Hand den Costa-Ricanern Unterstützung gegen denselben gewährt hat. Auch den Spaniern ist es nicht gleichgültig, wenn Walker in Centralamerika sich festsetzt, da sie mit Recht befürchten, es könnte am Ende von dort aus wieder einmal eine Freibeuterexpedition gegen Cuba unternommen werden oder es möchten, wenn Walker Glück hat, durch sein Beispiel aufgemuntert, sich neue Schaaren von unternehmungslustigen Abenteurern in den Vereinigten Staaten zusammenthun, welche direkt von dort aus einen Handstreich gegen Cuba versuchen würden. Es ist daher sehr natürlich, wenn die Spanier mittelbar und unmittelbar auf alle Weise dem Obersten Walker Abbruch zu thun sich bemühen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 17. Juni. Oesterreichische und mitteldeutsche Kreditaktien, sowie Darmstädter Bankaktien beider Gattungen bildeten heute den Hauptgegenstand des Geschäftes und wurden sämmtlich namhaft besser bezahlt. In den übrigen Effekten wenig Umsaß.

Elisabethen-Bahn 111 1/4 1/8.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1315 P. 1310 G. Neue Bankaktien 431 P. 428 G. Credit-Actien à 5pCt. 239 P 237 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83 P. 82 3/4 G. 5pCt. Lombard-Ven. 90 P. 89 1/4 G. Metall. alte à 5pCt. 81 3/4 P. 81 1/2 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 1/2 P. 88 1/4 G.; à 4 1/2 pCt. 72 1/2 P. 72 1/4 G.; à 4pCt. 61 3/4 P. 61 1/2 G.; à 3pCt. 49 1/2 P. 49 G.; à 1pCt. 16 1/4 P. 15 7/8 G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 118 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 1/4 P. 104 3/4 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 290 P. 288 G.

Preussen. 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 112 1/4 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3 1/2 pCt. 88 1/4 P. 87 3/4 G.; 4pCt. 91 1/4 P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 91 1/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/4 P. 100 3/4 G.; 4 1/2 pCt. Ostbahn-Aktien 106 1/2 P. 105 1/2 G. 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 151 3/4 P. 151 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 115 1/4 P. 115 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119 1/4 P. 118 3/4 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 5/8 P. 90 1/8 G.; 4 1/2 pCt. 103 P. 102 1/2 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42 3/4 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80 1/2 P. 80 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b R. 39 1/2 P. 39 1/4 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 65 P. 64 1/2 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2 pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; à 4pCt. 99 1/4 P. 99 1/4 G.; 4 1/2 pC. 102 1/2 P. 102 G.; Loose à fl. 50 112 5/8 P. 112 1/8 G.; à fl. 25 33 3/4 P. 33 1/4 G.; Darmstädter Bankaktien alte 419 P. 417 G.; junge 361 P. 359 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109 1/8 P. 108 7/8 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47 3/4 P. 47 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 P. 89 1/2 G., Loose à fl. 25 31 1/2 P. 31 1/4 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85 1/4 P. 84 1/4 G.; à 3 1/2 pCt. 93 P. 92 1/2 G.; Bankaktien 122 3/4 P. 122 1/4 G.; Taunus-Aktien 320 P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82 1/2 P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial —P. 87 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 575 P. 572 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41 P 40 3/4 G.; 1pCt. neue 25 5/16 P. 25 3/16 G., **Holland.** Integrale 64 1/2 P. 63 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 P. 118 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101 1/4 P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 1/4 P. 96 G.	Wien d. 100 C. k. S. 117 1/4 P. 117 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 7/8 P. 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 16. Juni. Bayer. 3 1/2 pCt. Oblig. 87 1/4 G.; 4pCt. 93 3/4 G.; 4 1/2 pCt. 100 3/4 P. —— G.; 5pCt. letzte Emission 102 1/4 G.. 5pCt. dritte Emission 100 1/2 P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94 5/8 P.; — G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. — P. 788 G.

Neueste Nachrichten.

** München, 16. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Das Protokoll des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über dessen Sitzung vom 14. d., worin die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bez. der Gerichtsverfassung berathen wurde, lautet wie folgt: „Nachdem die Kammer der Reichsräthe durch den mit Schreiben de hod. mitgetheilten Beschluß vom heutigen den Gesetzentwurf: „einige Aenderungen der Gerichtsverfassung u. s. w." betr. in der von der Kammer der Abgeordneten modifizirten Fassung angenommen und nur zwei Abänderungen vorgeschlagen hat, über welche noch eine Verständigung zu erzielen ist, so hat sich sofort der erste Ausschuß versammelt, um über diese beiden Differenzpunkte in Berathung zu treten. Die Kammer der Reichsräthe schlägt vor, dem Art. 18 des Gesetzes, wie er sich nach dem Beschlusse der 2. Kammer gestaltet hat, folgenden Zusatz beizugeben: „den Gerichtsvorständen bleibt außerdem unbenommen, einzelne Akte der nichtstreitigen Rechtspflege, jedoch alsdann unter eigener Haftung und Verantwortlichkeit, vorzunehmen." Gegen Ausnahme dieser Bestimmung wurden erhebliche Bedenken geltend gemacht. Referent Herr Dr. Edel schlug vor, statt des von der Kammer der Reichsräthe beschlossenen Zusatzes folgendes einzuschalten: „Denselben bleibt außerdem unbenommen, wenn es sich nicht um Hypothekengeschäfte handelt, einzelne Sachen der nichtstreitigen Rechtspflege, so lange solche noch nicht bei dem dafür aufgestellten Beamten anhängig sind, zur Selbsterledigung unter eigner Haftung zu übernehmen." Hierzu stellte Hr. Dr. Barth

*) Obige Angaben weichen einigermaßen von den neulich aus Paris gemachten ab, weßhalb wir sie hier anführen.

die Submodifikation, nach dem Worte „handelt“, noch die Worte beizufügen: „auf ausdrückliches Verlangen der Betheiligten“. Diese Vermittlungsvorschläge wurden von den Herren Vertretern der königlichen Staatsregierung nicht beanstandet. Nach längerer Diskussion wurde hierauf einstimmig beschlossen, der Kammer folgenden Zusatz, statt des von der Kammer der Reichsräthe vorgeschlagenen, zur Annahme zu empfehlen: „denselben bleibt ferner unbenommen, wenn es sich nicht um Hypotheken-Geschäfte handelt, auf ausdrücklichen Antrag der Betheiligten einzelne Sachen der nichtstreitigen Rechtspflege, so lange solche noch nicht bei dem dafür aufgestellten Beamten anhängig sind, zur Selbsterledigung unter eigner Haftung zu übernehmen.“ Die Kammer der Reichsräthe hat ferner beschlossen, „den Inhalt des Art. 25 des Gesetzentwurfes als Art. 31 aufrecht zu erhalten,“ so daß Art. 31 lauten würde: „die Bestimmungen im Art. 22 des Gesetzes vom 4. Juni 1848, die Grundlagen der Gesetzgebung u. s. w. betreffend, sind aufgehoben.“ Dr. Arnheim schlug vor, diesem Satze folgende Fassung zu geben: „die Bestimmungen im Art. 22 des Gesetzes vom 4. Juni 1848, die Grundlagen u. s. w. betreffend, treten an dem Tage außer Wirksamkeit, an welchem das gegenwärtige Gesetz in den Vollzug tritt.“ Diese Fassung wurde in der hierauf stattgehabten Diskussion unter Mitwirkung der Herren Vertreter des k. Staatsministerium der Justiz dahin ergänzt und umgebildet: „Die Bestimmungen im Art. 22 des Gesetzes vom 4. Juni 1848, die Grundlagen u. s. w. betr., sind für das ganze Königreich mit dem Tage der Einführung gegenwärtigen Gesetzes aufgehoben.“ Der Ausschuß beschloß mit 8 gegen die eine Stimme des Herrn Baron Closen, der auf den beschlossenen Abstrich des Art. 25 beharrte, der Kammer die Beifügung eines Art. 31 in dieser Fassung vorzuschlagen.

London, 16. Juni. Dreitausend Insurgenten, die gegen den Kaiser Soulouque aufgestanden sind, haben die Stadt Hayti genommen. — Don Rivas ist zum Präsidenten von Nicaragua erwählt worden. (?) (Vielleicht definitiv? Denn provisorischer Präsident war er bisher schon.) — Die heutige „Morning-Post“ sagt, die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Amerika sey für's Erste nicht vorhanden. (T. D. d. K. Z.)

Paris, 15. Juni. Seit langer Zeit hatte Paris kein so bewegtes Aussehen, wie gestern Abends. Alle Straßen und Boulevards waren gedrängt voll und man konnte kaum seinen Weg durch die Menge finden. Alle Kaffeehäuser und Weinwirthschaften waren bis gegen 3 Uhr Morgens offen. Die Polizei hatte großartige Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Anwesenheit des Hofes im Stadthause hatte diese natürlich doppelt nöthig gemacht. Alle Zugänge zu dem Platze des Stadthauses waren militärisch besetzt. Nur die Gäste des Seine-Präfekten und die Personen mit Zirkulationskarten wurden dort zugelassen. Die Illumination des Platzes des Stadthauses war prachtvoll und bot einen feenhaften Anblick dar. Der in der Nähe gelegene Thurm St.-Jaques de la Boucherie war mit bengalischem Feuer erleuchtet.

Das Bankett selbst fand in dem großen, von 18,000 Wachskerzen erleuchteten Festsaale und den vier daran stoßenden Salons statt. Die kaiserliche Tafel befand sich in der Mitte auf einer wenig erhöhten Estrade. Die übrigen Gäste, ungefähr vierhundert an der Zahl, saßen an vier großen Tafeln. Der Kaiser saß zwischen der Großherzogin von Baden und der Prinzessin Mathilde. Ihm gegenüber saß die Kaiserin zwischen dem Legaten des Papstes und dem Prinzen Oskar von Schweden. Außer diesen hohen Personen hatten an der kaiserl. Tafel noch Platz gefunden: die Prinzen Napoleon, Louis Lucian, Lucian Murat, Joseph Bonaparte und Joachim Murat; die Prinzessinnen Marie von Baden, Bacciocchi und Lucian Murat; die Botschafter Hübner, Olozaga, Lord Cowley und Mehemet Bey, der päpstliche Nuntius und die Herzoge v. Alba und Hamilton. Das diplomatische Korps, die Minister, die Kardinäle, die Erzbischöfe und Bischöfe von Frankreich und Algerien, der Hofstaat Ihrer Majestäten, die Maires der Departemental-Hauptstädte, die Mitglieder des Gemeinderathes von Paris mit ihren Frauen und die Hauptbeamten der Stadt nahmen die vier übrigen Tafeln ein.

Das ganze Arrangement war äußerst glänzend. Der Seine-Präfekt hat allein für neues Geschirr 250,000 und für Blumen 50,000 Franken verausgabt. Eine neue Gallerie, die nur als Office bei dieser Gelegenheit dienen sollte, kostete 100,000 Fr. Herr Haußmann hat seine Sache großartig gemacht, es kostet ihm jedoch nicht sein Geld. Während des Banketts trugen abwechselnd zwei Orchester mit Chören Musikstücke vor. Das Lied Vive l'Empereur wurde zum Schlusse gesungen. Um 9 Uhr erhob sich der Kaiser, und die Personen seiner Tafel begleiteten ihn nach seinen Gemächern, wo der Kaffee eingenommen wurde. Nach Empfang der Kardinäle und des diplomatischen Korps begab er sich dann in die Empfangs-Salons und den Thronsaal, wo die übrigen Gäste versammelt waren. Hierauf zeigte sich der Kaiser und die Kaiserin auf der vor dem Stadthause erbauten Estrade. JJ. MM. machten darauf einen Gang durch den übrigen Theil des Stadthauses. In dem bedeckten Hofe war der Kaiserin eine Ueberraschung vorbereitet worden, nämlich ein Diorama, das alle Orte darstellte, die der Kaiserin theuer seyn müssen; Granada, wo sie geboren; Madrid und der Prado; Fontainebleau, wo ihr der Kaiser seine Liebe gestand; der Wald von Compiegne; das Gemach, welches sie vor ihrer Heirath in dem Elysee bewohnte; ihre Heirath in der Notre-Dame-Kirche; das Zimmer des kaiserlichen Prinzen; das Schloß von St. Cloud; den Wasserfall im Boulogner Gehölz, und Eaux Bonnes, wo die Kaiserin eine große Zeit ihrer Jugend verbrachte. Um 10½ Uhr verließ der Hof das Stadthaus, um nach den Tuilerien zurückzukehren. — Der heutige zweite Festtag wurde ebenfalls mit Artillerie-Salven begrüßt. In den Champs Elysees, auf dem Marsfelde, auf der Esplanade der Invaliden und an der Barriere du Trone ist eine ungeheure Menschenmenge versammelt, um die dortigen Volksbelustigungen anzusehen. Auf der Seine ist eine Unzahl Barken mit Musikbanden. In dem Tuilerieen-Garten, auf dem Platze des Stadthauses spielen Militär-Banden National-Hymnen auf. (K.Z.)

New-York, 27. Mai. In allen Staaten des Westens erhebt sich ein Geschrei über Arbeitermangel, und ich müßte mich sehr irren, wenn nicht bald auch der ganze Osten einstimmte, bei anhaltender Abnahme der Einwanderung. Trotzdem aber bessert sich die Behandlung der Einwanderer hier noch keineswegs. Das sog. Einwanderungsgeschäft gehört zu den schmutzigsten und zugleich verwickelsten Dingen hierzulande, weil die gemeinsten und verschlagensten Menschen dabei im Spiele sind. (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 169. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 19. Juni 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Die Mißbräuche, welche hie und da bei den Kirchweih- und sonstigen Tanzmusiken eingerissen waren, haben in mehreren deutschen Staaten und auch in Bayern diesseits des Rheins mehrfache Beschränkungen dieser Volksfeste von Seiten der Regierung hervorgerufen. Allein sehr häufig hat man dabei das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Daher kam es, daß die wenn auch wohlgemeinten Maßregeln nicht allein das gewünschte Resultat nicht erzielt, sondern großentheils unter den Landleuten, gegen deren Vergnügungen allein eingeschritten wurde, eine unverkennbare Mißstimmung erzeugt haben. In Folge dessen sind zahlreiche Eingaben an die Kammern gelangt, welche die Nachtheile jener beschränkenden Maßregeln schildern, und um Beseitigung nachsuchen. Diese Eingaben sind bekanntlich dem 3. Ausschuß der Abgeordneten-Kammer zur Berichterstattung darüber überwiesen worden. Fürst v. Oettingen-Wallerstein wurde zum Referenten gewählt, der nach einer geschichtlichen Entwicklung dieser Materie in seiner Beurtheilung des Jetztzustandes u. A. sich, wie folgt, ausspricht:

„Ein frohes Volk ist ein gemüthliches, dankbares Volk; ein gemüthliches und dankbares Volk ist ein leicht und väterlich regierbares Volk. Es verhält sich hier wie mit dem einzelnen Familienkreise. Gönnt das Familienhaupt den Kindern anständige Freuden, so thut sich ihr Gemüth auf, sie werden treuherzig, anhänglich, lenksam, sie halten sogar Verbote heilig, weil ihnen eine innere Stimme sagt: verboten würde nicht, wenn Gewährung möglich wäre. Untersagt das Familienhaupt in einer Art von Austerität so ziemlich jede Vergnügung, so suchen die Kinder ihre Erlustigung im Verborgenen; ihr Wesen nimmt ein finsteres, verschlossenes, heimtückisches Gepräge an, statt freudiger Folgsamkeit tritt mißwilliger Gehorsam und auch dieser nur in so weit ein, als er sich eben erzwingen, als er sich nicht auf Schleichwegen umgehen läßt. Ueberdies waltet in dem neuerlichen auf's höchste gesteigerten Prohibitivsystem eine eigenthümliche Anomalie. Einerseits stemmen sich die deutschen Continentalregierungen mit Macht gegen das Eindringen neuer Ideen und Sitten, sie dringen vielfach auf Erhaltung hergebrachten Wesens, sogar auf möglichstes Festhalten der alterthümlichen Volkstrachten; andererseits entwurzeln ihre Organe, was von alten Angewöhnungen sich noch auf die Gegenwart verpflanzt hat. Beides zusammen thut sich nun einmal nicht. Will man traditionelle Auffassungen, so muß das Traditionelle geschützt werden. Gleichzeitiges Beseitigenwollen des Einst und Jetzt erzeugt eine Leere, aus deren Schoße unmöglich Gutes aufzutauchen vermag. Man gestatte dort, wo altes Herkommen die Kirchweihfeier an verschiedenen Tagen begründet, auch fortan diese weltliche im Einklange mit der kirchlichen Feier; man benehme ihr nicht die höhere religiöse Bedeutung, um sie in eine rein materielle zu verwandeln. Man gebe nicht einem einzelnen Manne, — selbst wenn er Regierungspräsident heißt, — das Recht, nach individuellem Ermessen ganze Provinzen ihrer alten liebgewonnenen Gewohnheiten zu entkleiden. — Man erkläre nicht die gesammte ländliche Population in Verdachtszustand dadurch, daß Tanzbelustigungen selbst ausnahmsweise nur da zulässig erklärt werden, wo das Vollmaas polizeilicher Agenten zu Verhinderung oder Bewältigung von Exzessen vorhanden ist. Vor Allem aber und über Alles vermeide man es, dem Landvolke seine Hochzeiten zu verbittern. In richtigem Takte nennt die Volkssprache den Hochzeitstag einen Ehrentag, und rührend ist das Herkommen, welches nach vollbrachtem Mahle sämmtliche Haushalten des ganzen Dorfes Gaben spenden und dann an der Freude des Abends Theil nehmen läßt. Hier bildet sich eine Art innigerer Beziehungen zwischen dem neu auftretenden Ehepaare und den bereits vorhandenen Familien; wer unter dem Volke gelebt hat oder lebt, weiß, wie tief und wohlthätig das gemeinsame Begehen dieses Tages auf die allseitigen Wechselverhältnisse für eine lange Zukunft einwirkt. An dem Mahle kann schon wegen der relativen Kostspieligkeit nur ein kleiner Kreis, können aus jeder Familie in der Regel nur Einzelne Theil nehmen. Zum Erscheinen bei der Gasterei alle Jene zwingen, welche von der Abendbelustigung nicht ausgeschlossen seyn wollen, hieße den Landbewohnern eine neue schwere pekuniäre Last aufbürden. Zudem weiß Jeder, wie selten sogar in der höheren Gesellschaft kleine Tanzgesellschaften zu voller Lebendigkeit gelangen. Dieser Tänzer vermißt seine Tänzerinnen de preférence, jene Tänzerin entbehrt die ihr zusagenden Tänzer; meist birgt sich in so beengten Kreisen unter scheinbarer Heiterkeit viel innere Mißstimmung. In wie gesteigertem Maße mögen ähnliche Gefühle bei Leuten hervortreten, denen Freudentage eine Seltenheit sind, und denen überdies jene feinere Conversation abgeht, worin das Mißbehagen der Gebildeten doch noch eine Art von Compensation findet. In Ein Wort zusammengefaßt — man lasse den Leuten ihre Erholungen. Wohl aber lenke man dieselben in entsprechende Bahnen. Man beschränke die Kirchweihtänze auf die Bewohner des Ortes, dann auf jene Auswärtige, welche von Gemeindebürgern des Ortes geladen, und als Geladene dem Gemeinde-Vorsteher angezeigt sind. Dadurch erlangen diese Tänze ihr altes mehr lokales Gepräge wieder, und fallen die gerechten Klagen der Dienstherrschaften hinweg über das ewige Fortziehen ihrer Dienstboten nach den Wirthshäusern der ganzen Umgegend. Man beschränke die Tänze nicht allzu ängstlich, lasse dieselben aber nach vollendetem Nachmittagsgottesdienste beginnen und im Sommer mit dem Gebetläuten, im Frühjahre, Herbste und Winter Abends 8 Uhr, ausnahmsweise mit der Polizeistunde enden. Zuchtgefährdend, Verführung erzeugend, werden die Tänze auf dem Lande erst in den Nachtstunden, wenn Alt und Jung müde, wohl auch mit Getränken gesättigt, die eigentliche Heiterkeit bereits verloren haben. Schließt die Tanzfreude vor diesem ominösen Momente, so fördert sie, wie schon erwähnt, eher das Schicklichkeitsgefühl, wirkt jedenfalls weniger demoralisirend, als das Beisammenseyn auf freiem Felde, wohl auch an Waldsäumen in den heißen Tagen der Heu-, Grummet- und Getraideärnte. Man schließe endlich von den Hochzeitabenden an Auswärtigen nur die nicht vom Brautpaare zum Abende Geladenen und dem Gemeindevorsteher als geladen Angezeigten aus. Man erstrecke, wenn man außerordentlich strenge seyn will, denselben Ausschluß auf jene Ortseinwohner, denen das Brautpaar die Hochzeit nicht ansagen ließ und welche selbes — als nicht in der Ansage begriffen, dem Gemeindevorsteher bezeichnet. Ueberdies mache man Gemeinden und Wirthe für eintretende Exzesse scharf verantwortlich. Man entziehe Ortschaften, in welchen solche aus Anlaß von Tanzbelustigungen durch Ortsangehörige verübt, oder herbeigeführt wurden, für bestimmte Zeit jede Tanzbelustigung; schließe sogar, wenn man will, die Ortsjugend für dieselbe Zeit von auswärtigen Tanzgelegenheiten aus; Wirthe, in deren Lokalitäten Exzesse sich zugetragen, soferne sie nicht beweisen, dagegen mit möglichster Kraft eingeschritten zu seyn, strafe man durch Nichtertheilung von Bewilligung abermals für bestimmte Zeit. Derartige Einschreitungen wirken um so mächtiger, als die öffentliche Meinung ihnen zur Stütze dient, und als hier Jeder im eigenen Interesse wie um der Ehre des Ortes willen zum Wächter des Gesetzes, der Ordnung, der Zucht und der Sittlichkeit erwächst. In solcher Weise gehandhabt, wird das Erlauben weit heilsamer wirken, als zur Stunde das Verbieten. In solcher Weise wird der heilsame Zweck erreicht, ohne Eingriff in die ächte Volkssitte, ohne Verwischen desjenigen, was zu den Trägern des ureigenen Wesens, der kernhaften Eigenthümlichkeit unserer verschiedenen Volksstämme zählt. Gleichzeitig ermuntere, pflege und veredle man die Volksmusik, insbesondere den Volksgesang Auch sie zählt zu den gewaltigsten Hebeln eines gediegenen Volkswesens, zu den kräftigsten Förderungsmitteln besserer Sitten."

Dieser Ansicht ist der Ausschuß beigetreten; in seinem Bericht erklärt er, daß es nicht rathsam sey, dem Volke jede Erheiterung zu verbieten. Treffend und in Uebereinstimmung mit den Ansichten und Urtheilen der gründlichen Kenner unseres deutschen Volkes sagt der Ausschuß:

„Unschuld und Tugend gewinnen nicht bei einem also aufgedrungenen Puritanismus. Wo die Jugend beiderlei Geschlechts vielfach zu Dorf und Felde in ländlicher Beschäftigung zusammentrifft, wo überhaupt jene Abscheidung nicht Platz zu greifen vermag, welche Erziehung und soziale Formen den gebildeteren Klassen vorbehalten, wo die Mädchen ohne ihre Aeltern bald in das Freie sich begeben, bald das Haus hüten müssen, da bilden zeitweilige, in die Gränzen des Anstandes gebannte öffentliche Belustigungen eher ein Förderungsmittel, als eine Klippe der guten Sitte. Sie drücken den gegenseitigen Beziehungen den Stempel einer gewissen Schicklichkeit auf, während ihr Ermangeln eben diese Beziehungen nur zu leicht in den moralischen Sumpf rein physischer Contacte verweist. Zudem erbittert den Landbewohner nichts mehr, als das Gefühl der Zurücksetzung. Sieht er die höheren Regionen der bürgerlichen Gesellschaft ununterbrochenen Erheiterungen sich hingeben, erzählt der beurlaubte Soldat, erzählt die aus städtischem Dienste zurückgekehrte Tochter von den geselligen Unterhaltungen deren sich die Städter erfreuen, vernimmt er, wie seine Beamten und deren Familien sich erlustigen, und wird dann von demselben Beamten ihm, dem zu steter angestrengter Arbeit Gezwungenen, ihm, dem reichliche Steuern und Abgaben Reichenden, versagt, was Vätern und Großvätern freundlich vergönnt war, dann bemächtigt sich seiner eine Bitterkeit, er zürnt den Behörden, er zürnt der Geistlichkeit als der vermeinten Veranlasserin dessen, was ihm als Unrecht erscheint, und die Folgen solcher Mißstimmung, wenn auch im Stillen wuchernd, gehen viel tiefer, erweisen sich viel bedeutender, als man oft annimmt. Nebstbei werden durch allzuschroffe Einschreitung gegen altübliche Volksfreuden die meist sehr hoch besteuerten Wirthe zu Grunde gerichtet, eine Kategorie von Staatsangehörigen, deren Einfluß auf die Volksstimmung wahrlich nicht allzu gering angeschlagen werden sollte. Gleichem Ruin verfallen die Landmusikanten, welche ihrerseits Steuern und Abgaben zahlen und deren Elend dem Landvolke gar sehr zu Gemüthe geht. Allmälig verlieren sie sich gänzlich, die Musik wird nur noch nothdürftig in den katholischen Landkirchen fortleben, mit ihr geht der Volksgesang, einer der mächtigsten Hebel des Volkscharakters, zu Grabe. Alles das mag sein Bequemes haben für die Polizei, ob zusagend der höheren administrativen Politik ist eine andere Frage. Jedenfalls möchte es an der Zeit seyn, nunmehr an die Angelegenheit auch den Maßstab dieser höheren Politik zu legen, und nach vollerschöpfter Einschreitung gegen den Mißbrauch dem Gebrauche gleichmäßige Rücksicht zu widmen."

Der Ausschuß glaubt daher, der Kammer vorschlagen zu müssen, es seyen die betreffenden Eingaben dem Ministerium des Innern zur Berücksichtigung mitzutheilen. Wir wünschen, daß sie an entscheidender Stelle die geeignete Berücksichtigung auch finden mögen.

* Zum bessern Verständniß des gestern mitgetheilten Beschlusses, welchen der I. Ausschuß der Abgeordneten-Kammer auf die Rückäußerung der Reichsrathskammer bezüglich der Gerichts-Verfassung gefaßt hat, entnehmen wir dem von Abg. Dr. Edel im Namen des Ausschusses hierüber erstatteten Vortrag die wesentlichen Stellen. „Im Ausschuß, heißt es darin, wurde von allen Seiten anerkannt, daß es im höchsten Grade wünschenswerth sey, einen Gesammtbeschluß zu erzielen, und der Bereitwilligkeit, womit die hohe Kammer der Reichsräthe die große Mehrzahl der von der Kammer der Abgeordneten gefaßten Beschlüsse unterstützt habe, in gleicher Weise entgegenzukommen."

Was nun insbesondere die zwei zwischen beiden Kammern noch bestehenden Differenz-Punkte betrifft, so hatte bekanntlich die I. Kammer 1) zu Art 18 (nach dem Beschluß der II. Kammer) folgenden Zusatz beizufügen beschlossen: „Den Gerichtsvorständen bleibt außerdem unbenommen, einzelne Akte der nichtstreitigen Rechtspflege, jedoch alsdann unter eigener Haftung und Verantwortlichkeit vorzunehmen;" 2) ferner, daß der Inhalt des Art. 25 des Regierungs-Gesetzentwurfes als Artikel 31 aufrecht erhalten bleibe.

Bezüglich des ersten Punktes wurde in der Ausschußberathung anerkannt, es sey allerdings wünschenswerth, dem Ansehen der Gerichtsvorstände in den Augen der Gerichtsuntergebenen in keiner Weise zu schaden und es sey deßhalb gleichfalls wünschenswerth, eine Form aufzufinden, die es dem Gerichtsvorstande möglich macht, in einzelnen Fällen dem besonderen Vertrauen der Amtsuntergebenen zu entsprechen und bestimmte Sachen der nichtstreitigen Rechtspflege auch außer dem Falle der Verhinderung des hiefür zunächst aufgestellten Beamten vornehmen zu können; nur dürfe dadurch die gesetzliche Regel nicht umgekehrt, die Selbständigkeit der regelmäßigen Notariats- und Hypothekenbeamten nicht gefährdet und keine heillose Verwirrung in der Verwaltung der nichtstreitigen Rechtspflege verursacht werden. Die dringendsten Gründe sprächen aber dagegen, dem Gerichtsvorstande in Hypothekensachen eine konkurrirende Jurisdiktion neben dem ständigen Hypothekenbeamten einzuräumen. Die Ordnung des Hypothekenwesens sey dadurch bedingt, daß ein und derselbe Beamte Verwahrer des Hypothekenbuches, der Hypothekenprotokolle und deren Beilagen ist, und daß neben ihm nicht ein anderer Beamte gleichzeitig über das Hypothekenbuch disponiren, Einträge, Löschungen und dergleichen selbständig verfügen könne.

Sodann heißt es im Ausschußbericht weiter: „Nachdem diese wichtige Frage im Ausschuß von allen Seiten beleuchtet, und von Seite des kgl. Staatsministers der Justiz die Erklärung abgegeben worden war, daß die kgl. Staatsregierung unter dem Ausdrucke „einzelne Akte der nichtstreitigen Rechtspflege" nur einzelne Sachen der nichtstreitigen Rechtspflege verstanden wissen wollte, und daß man nicht beabsichtigt habe, den Gerichtsvorständen mehr einzuräumen, als die Befugniß zur Erledigung einer bestimmten Causa, da sich allerseits der Wunsch zu erkennen gab, der Intention der Kammer der Reichsräthe in einer den Mißbrauch thunlichst verhütenden Form zu entsprechen, so wurde von Seite des Referenten eine neue Fassung des von der Kammer der Reichsräthe beschlossenen Zusatzes vorgeschlagen, wozu der Abgeordnete Dr. Barth eine Unter-Modifikation beifügte, mit welcher der Referent sich einverstanden erklärte. Auf den Grund der hierüber gepflogenen Berathung und Abstimmung glaubt der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten folgende Fassung des dem Art. 18 beizufügenden Schlußzusatzes vorschlagen zu dürfen: „Denselben bleibt ferner unbenommen, wenn es sich nicht um Hypothekengeschäfte handelt, auf ausdrücklichen Antrag der Betheiligten einzelne Sachen der nichtstreitigen Rechtspflege, so lange solche noch nicht bei den dafür aufgestellten ständigen Beamten anhängig sind, zur Selbsterledigung unter eigener Haftung zu übernehmen." Diese Bestimmung gewährt den Gerichtsvorständen nach der Intention der Kammer der Reichsräthe in Sachen der nichtstreitigen Rechtspflege eine Befugniß, welche der Bestimmung des Art. 4 Abs. 3 vollkommen analog ist, nämlich die Befugniß einzelne Sachen als Einzelrichter selbst zu erledigen. Dagegen unterscheidet sich dieselbe von dem Beschlusse der Kammer der Reichsräthe in folgenden wesentlichen Punkten: a. daß die Vornahme hypothekenamtlicher Verhandlungen in Fällen, wo der ständige Hypothekenbeamte nicht verhindert ist, absolut als ausgeschlossen erscheint; b. daß diese Befugniß auf solche Fälle beschränkt wird, wo der Gerichtsvorstand als Vertrauensmann der Betheiligten ausdrücklich ersucht wird, ausnahmsweise die Erledigung einer bestimmten Rechtsangelegenheit an sich zu ziehen. Nur auf solche Fälle bezieht sich die in der Kammer der Reichsräthe erfolgte Motivirung der Zusatzbestimmung, und nur für solche Fälle erscheint es als rathsam zu einer Abweichung von der gesetzlichen Regel die Zustimmung zu ertheilen; c. daß diese Befugniß nur unter Voraussetzung ausgeübt werden kann, wenn der Gerichtsvorstand nicht bloß einen einzelnen Akt aus einer bestimmten Sache herausreißen, sondern die Sache selbst, so lange sie ein Ganzes bildet, als Einzelrichter erledigen will; d. daß durch diese Befugniß nicht in die Selbständigkeit desjenigen Einzelrichters eingegriffen werden darf, bei welchem eine bestimmte Sache bereits anhängig geworden ist."

In Bezug auf die zweite von der Kammer der Reichsräthe beschlossene Modifikation sagt der Ausschußbericht wörtlich das Folgende: „Es wurde in Anerkennung des Eindruckes eines einstimmigen Beschlusses der Kammer der Reichsräthe in der Erwägung, daß diese hohe Kammer nicht gezaudert hat, einen von ihr selbst früher veranlaßten Beschluß in der Ueberzeugung seiner innern Unhaltbarkeit offen und loyal zu widerrufen und in der Ueberzeugung, daß die Bestimmung des Art. 22 des Grundlagengesetzes vom 4. Juni 1848 nur einen zweifelhaften Werth habe, und daß die wahren Garantien für die Unabhängigkeit der Rechtspflege auf einer festeren Grundlage beruhen müssen, als auf der richterlichen Unversetzbarkeit, daß endlich ein solches Gebot nicht nur leicht umgangen, sondern auch zum Nachtheile der Staatskasse und in manchen Fällen zum Nachtheile der betheiligten Richter durch härtere Maßregeln ersetzt werden kann, von Seite der Mehrheit des Ausschusses die Absicht zu erkennen gegeben, den Art. 22 des Grundlagengesetzes von 1848 als Preis des zu erzielenden Einverständnisses aufzugeben. Auf den Grund einer von dem Abgeordneten Dr. Arnheim vorgeschlagenen Modifikation, welche darauf hinausging, daß die legale Aufhebung der in Frage stehenden Gesetzesbestimmung

gleichzeitig mit der gesetzlichen Wirksamkeit sämmtlicher übrigen Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes in das Leben treten solle und auf die Bemerkungen des Referenten, daß es wünschenswerth sey, keine neue Rechtsverschiedenheit zwischen der Pfalz und den 7 Kreisen diesseits des Rheines herbeizuführen, welche sich ergeben würde, wenn der Grundsatz des Art. 22 des Grundlagengesetzes nur in einem für die Gebietstheile diesseits des Rheines erlassenen Gesetze ohne ausdrückliche Ausdehnung dieser Bestimmung auf das ganze Reich aufgehoben würde, beschloß der Ausschuß für den von der Kammer der Reichsräthe vorgeschlagenen Art. 31 folgende Redaktion zu begutachten: „Die Bestimmungen im Art. 22 des Gesetzes vom 4. Juni 1848, die Grundlagen u. s. w. betr., sind für das ganze Königreich mit dem Tage der Einführung gegenwärtigen Gesetzes aufgehoben."

Oesterreich. Wien, 13. Juni. Die hiesige bischöfliche Konferenz wird in den nächsten Tagen (am 16. Juni) geschlossen. Jedenfalls sind die Ergebnisse derselben nur als Vorarbeiten zu betrachten; denn auch die Feststellung der Ausführungsbestimmungen des Konkordats hängt von der Vereinbarung der Kontrahenten, nämlich des Staates einer- und des heiligen Stuhls andererseits ab. (N. Z.)

Frankreich.

Paris, 16. Juni. Heute Abend werden der Kaiser und die Kaiserin den Ball im Hotel de Ville mit ihrer Gegenwart beehren. Der Seinepräfekt stellt seinen Gästen in dem Pariser Stadthaus die tausend und ein Wunder der arabischen Märchen vor Augen, so zaubervoll ist alles ausgeschmückt. Am nächsten Donnerstag wird der Kaiser in St. Cloud einen Ball geben, zu welchem 500 Personen geladen sind. (Fr. Ptz.)

Italien.

Turin. Die französische Regierung hat die sardinische Armee ebenfalls mit Auszeichnungen bedacht, und zwar sollen sechszig verschiedene Orden der Ehrenlegion für Offiziere und eine größere Anzahl von Medaillen für Unteroffiziere und Soldaten hier angekommen seyn. (A. Z.)

* „Il Diritto" veröffentlicht nachfolgende zwei kurze, aber bezeichnende Briefe Manin's:

„Paris, den 28. Mai 1856. Die Revolution in Italien ist möglich vielleicht nahebevorstehend; wo Zündstoff in Ueberfluß vorhanden ist, bedarf es nur eines Funkens, um den Brand zum Ausbruch zu bringen. In dieser Voraussicht ist es von äußerster Wichtigkeit, sich gegen eine große Gefahr zu wahren, welche für unsere Sache schlimme Folgen haben könnte. So lange in Rom französische Garnison seyn wird, darf Rom sich nicht erheben. Es muß mit größter Sorgsamkeit, Sorgfalt und um jeden Preis jeder Anlaß, jeder Vorwand vermieden werden, welcher eine Collision mit den französischen Soldaten herbeiführen könnte. Liebt mich immer. Manin."

Die zweite Manin'sche Epistel lautet: „Paris, den 29. Mai 1856. Wenn erst die Anderen und wir selbst wissen werden, daß wir Alle Ein und dasselbe wollen und Alle Ein Ziel verfolgen, dann wird das Selbstbewußtseyn unserer Stärke sich verdoppeln und unsere Feinde werden ihre Schwäche erkennen. Wird sind 25 Millionen. Der einhellige Wille einer Nation von 25 Mill. Seelen, kann durch keine materielle Macht niedergehalten werden. Unsere Feinde aber zählen (wie dies eben erst ein Wiener Journal spottend wiederholt) auf unsere erwünschte Uneinigkeit. Laßt uns beweisen, daß sie sich diesmal täuschen; laßt uns ihnen zeigen, daß ihr früherer Verbündeter, unsere Uneinigkeit, der jetzigen Einheit erlegen ist. Jeder, der, wie es auch sey, dies zu beweisen beiträgt, wird Italien einen großen Dienst leisten. Die einhellige Zustimmung zu dem Nationalmotto: „Unabhängigkeit und Vereinheitung" (unification) und zu seiner gegenwärtigen praktischen Anwendung: „Viktor Emanuel, König von Italien" muß sich von einem Ende der Halbinsel zum andern, durch eine jener tausend Weisen manifestiren, die ein gährendes Volk so reichlich zu erfinden weiß. Liebt Euren Freund. Manin."

Rußland und Polen.

Riga, 9. Juni. Der Kaiser Alexander hat bei seiner Anwesenheit dahier die Summe von 11,000 Silberrubel zur Vertheilung unter die Armen geschenkt, nämlich 5000 für die von Riga, 3000 für die von Mitau, 2000 für Reval und 1000 für Peenau. Gestern reiste der Kaiser nach Reval ab. (H. N.)

Nichtpolitische Zeitung.

Z Aus der Schweiz. Unter den vielen Kurorten der Schweiz empfiehlt sich heuer auch wieder das freundliche Engelberg, wo sich unter Leitung der Gebrüder Catani ein sehr bequemes wohlfeiles und aufs beste ausgestattetes Kurhaus befindet. Es gibt kein lieblicher stilleres Gebirgsplätzchen für Nerven-, und Brustleidende, für Gichtkranke und Hypochondristen, als das Thal Engelberg, am Fuße des gewaltigen Titlis. Wir machen Aerzte und Publikum auf das Schriftchen „das Alpenthal Engelberg und seine Berg-, Wasser-, Milch- und Molkenkuren," wiederholt aufmerksam.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 18. Juni. Durch mehrfache Verkäufe gedrückt konnten österr. Kreditaktien und Darmstädter Bankaktien ihren gestrigen Standpunkt nicht behaupten. Mitteldeutsche Kreditaktien blieben hingegen preishaltend. Der Umsatz im Ganzen war nicht bedeutend.

Elisabethen-Bahn 110⅜.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1313P. 1303G. Neue Bankaktien 132 P. 427 G. Credit-Actien à 5pCt. 235 P. 233 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82⅞ P. 82⅝ G. 5pCt. Lombard-Ven. 89¾ P. 89½ G. Metall. alte à 5pCt. 81¾ P. 81½ G.; à 5pCt. in Silberb. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72½P. 72¼ G.; à 4pCt. 61¾P. 61¼ G.; à 3pCt. 49½ P. 49 G.; à 1pCt. 16½ P. 15⅞G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 118 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105¼P. 104¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 285 P. 284 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 85½ P. 85 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 91¼ P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 91½ P. 91¼ G.; 4½pCt. 100¾P. 100¼G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 106 P. 105¾ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 154¼ P. 153¾G. Neustadt-Weissenb. 115½ P. 115 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119⅝P. 118⅞G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅝P. 90⅜ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 3pCt. 80½ P. 80 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39½ P. 39¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 65 P. 64½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100P. 99½G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112⅝ P. 112⅛ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 417 P. 415 G.; junge 358 P. 356 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 109½P. 109G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47¾P. 47½G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31½P. 31¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85¼P. 84¾G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 122¾ P. 122¼G.; Taunus-Aktien 322 P. 320 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial —P. 87 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 573 P. 570 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41 P. 40¾ G.; 1pCt. neue 25¼ P. 25⅛ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsld. fl. 100 k. S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119P. 118¾G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¼P. 101G
Berlin Tblr. 60 k. S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S. 94P. 93¾G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾P 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞P. 93⅝G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¼P. 96G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117⅛P. 116⅞G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89P 88¾G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅞P. 116⅝G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅞P. 104⅝G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 17. Juni. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87½ G.; 4pCt. 93¾ G.; 4½pCt. 100¾ P. ——G.; 5pCt. letzte Emission 102¼ G., 5pCt. dritte Emission 100½ P.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94⅞ P.; — G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 790 P. — G.

Stettin, 13. Juni. In den letzten Tagen ist das Wetter sehr warm und trocken geworden. Die Berichte über den Stand der Feldfrüchte lauten aus unserer Provinz jetzt meist sehr günstig.

Getraide. Waizen erfuhr in Folge der höhern englischen Berichte eine nicht unwesentliche Steigerung. Man ist auch dort mit dem Stande der Saaten zufrieden, aber die Vorräthe bei den Produzenten scheinen jetzt dem Ende sich zu nähern, mindestens sind diese damit zurückhaltender geworden, da sie bei den nicht den Erwartungen entsprechenden amerikanischen Zufuhren später höhere Preise zu bedingen hoffen. Für Schottland sind hier ca. 1000 Wspl. gekauft. Feiner Waizen ist hier sehr knapp; eine Partie ca. 60 Wspl. sehr feiner weiß. poln. bedang 114 Thlr., pr. Juni—Juli ist gelber 88 bis 89pfd. auf 108 Thlr. gehalten. Roggen. Die Preise sind heute fast dieselben wie am Montage. Die Zufuhren seewärts waren in dieser Woche stark und übersteigen bis heute 2000 Wspl. Sie kamen fast ohne Ausnahme von Schweden und Dänemark. Die Waare

fällt meist unkontraktlich und wurde deßhalb theils zum Konsum verkauft. Nach Berlin sind einige Tausend Wispel verladen, auch nach Königsberg in Preußen geben heute 100 Wspl. pr. Dampfschiff. Aus Stockholm wird noch immer nach hier abgeladen, während gleichzeitig dort wöchentlich ziemlich belangreiche Partien russischen Roggens von Petersburg und ebenso Roggenmehle von Helsingfors eintreffen. Der Abzug nach der Provinz dauert ungeschwächt fort, um den unmittelbaren Bedarf zu befriedigen. Bei weniger dringendem Bedarf zieht man natürlich vor, die 3 a 4 Thlr. billigere Lieferung pr. Juni zu kaufen. Gleichzeitig im vorigen Jahr war der Stand der Preise rc. Juni-Lieferung ca. 9 Thlr. niedriger als heute, 64 a 65 Thlr. wurde dafür bezahlt, während Herbstlieferung fast eben so hoch stand (64 Thlr.). Die Nachrichten über den Stand der Saaten waren damals noch ziemlich befriedigend und von Schweden sehr starke Zufuhren in Aussicht, heute nun differirt der Preis pr. Juni mit dem Herbstlieferungspreise um 14 a 15 Thlr. oder um ca. 20pCt. Als Grund dieses außerordentlichen Preisunterschiedes sind nur die zu erwartenden russischen Zufuhren anzugeben, denn von Schweden erwartet man kaum so viel als im vorigen Jahr. Heute ist es fest und loko leichter, pr. 82pfd. 75 Thlr. bez., besserer pr. 82pfd. 77¼ a 77¾ Thlr. bez., 82pfd. pr. Juni 73 Thlr. bez. und Geld, pr. Juni—Juli 66½ Thlr. bez., pr. Septbr.—Oktbr. 58 Thlr. bez.

Neueste Nachrichten.

** München, 17. Juni. (Privat - Korrespondenz.) **85. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Es gelangte hierauf die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfs „die Gerichtsverfassung" betr. zur Berathung. (In welcher Weise der Ausschuß die Beistimmung zu den Beschlüssen der ersten Kammer beantragt, siehe oben.)

Herr Referent Abg. Prof. Dr. Edel erörterte diesen Antrag des Ausschusses mit Bezugnahme auf den Ausschuß-Vortrag. Auch diese Rede des Hrn. Referenten verfehlte nicht, einen guten Eindruck auf die Kammer zu machen. Es kam dann zunächst der Zusatz zu Art. 18 zur Berathung.

Abg. Fürst Wallerstein theilt zwar nicht die Bedenken, welche jenen Zusatz hervorgerufen haben, allein nachdem der Ausschuß denselben möglichst modifizirt und günstig gestaltet hat, und da es sich um Erreichung eines großen Zweckes handle, erklärt er sich mit dem Antrage des Ausschusses einverstanden.

Für diesen Ausschußantrag erklärte sich hierauf noch Abg. Dr. Ruland, worauf nun der kgl. Staatsminister der Justiz dessen Annahme empfahl. Dem Antrage des Ausschusses wurde dann auch beinahe mit Einstimmigkeit beigetreten. Bei der hierauf eröffneten Debatte über den von der 1. Kammer angenommenen Art. 25 des Regierungsentwurfes erklärt sich zunächst Hr. Abg. Fürst Wallerstein gegen diesen Artikel, dabei hervorhebend, daß er es war, der im Jahre 1848 aus innerster Ueberzeugung den Art. 22 des Grundlagengesetzes in der Kammer der Reichsräthe beantragt habe. Die Bestimmung dieses Artikels verstoße nicht gegen das monarchische Prinzip. Die Aufhebung desselben erscheint dem Redner besonders bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Pfalz bedenklich — er will indessen die Gründe nicht verkennen, welche Andere zur Beistimmung zum Art. 25 veranlassen und da die Annahme desselben einige Hoffnung für die Durchführung des vorliegenden Gesetzes biete, so würde er sich, wenn er heute überstimmt würde, bis zu einem gewissen Grad zu trösten wissen. Abg. v. Closen erklärt sich gegen Art. 25 und zwar, weil er den Fortbestand des Art. 22 des Grundlagengesetzes für die Regierung nicht bedenklich, dessen Aufhebung aber für das Volk für nachtheilig hält. Abg. Dr. Völk stimmt für den Artikel, würde es aber nicht thun, wenn durch die Aufhebung des mehrerwähnten Art. 22 die Inamovibilität der Richter aus unserm Staatsleben verschwinden würde, was aber, wie Redner des Näheren ausführt, nicht der Fall seyn werde. Abg. v. Lerchenfeld kann dem Art. 22 ebenfalls keinen großen Werth beilegen, die Unabhängigkeit des Richters müßte in dem Charakter des Mannes liegen. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Pfalz möchte er für diese den Art. 22 allerdings aufrecht erhalten, wenn es möglich wäre, allein bei der bestehenden Kontroverse über die praktische Geltung des Art. 22 verschwänden seine Bedenken, er könne deßhalb dem Ausschusse beistimmen. Redner erwähnt schließlich, daß er noch wenig Hoffnung hege, daß die lange Berathung über den vorliegenden Gesetzentwurf zu dem gewünschten Resultate führen werde, daß er aber konstatiren wolle, daß die zweite Kammer alle möglichen Konzessionen gemacht, überhaupt alles gethan habe, was menschenmöglich war, um eine Verständigung zu erzielen, und, wenn diese dennoch nicht erreicht würde, dies dann nicht Schuld der Kammer sey. Damit war die Debatte auch über diesen Gegenstand zum Ziele gelangt, und der Hr. Referent Dr. Edel machte in seinem Resume dann besonders darauf aufmerksam, daß es sich nicht um die Entlaßbarkeit der Richter handle, denn daß sie nicht ohne Richterspruch ihrer Stelle entsetzt werden könnten, stehe durch die Verfassung fest; sondern nur um das Recht der Regierung, einen Richter ohne Schmälerung seines Gehaltes zu einem andern Gerichte zu versetzen, und empfahl schließlich nochmals die Annahme des Ausschußantrags, der dann auch, nachdem sich der Staatsminister der Justiz hiemit einverstanden erklärt hatte, hierauf beinahe mit Einstimmigkeit angenommen wurde, womit die Sitzung schloß.

** München, 17. Juni. (Privat - Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat diesen Mittag dem ihr eben von der 2. Kammer zugesendeten Beschluß über das Gerichtsverfassungsgesetz sofort die Zustimmung ertheilt, so daß über diesen wichtigen Gegenstand nunmehr Gesammtbeschluß erzielt ist. Ebenso hat die Kammer dem heute von der 2. Kammer gefaßten Beschluß bez. des Gesetz-Entwurfs, den Bau der Eisenbahn von Lichtenfels bis Koburg betreffend, beigestimmt, so daß auch über diesen Gegenstand Gesammtbeschluß erzielt ist. Dagegen hat die hohe Kammer bezüglich des den Getraidehandel betreffenden Antrags, so wie bezüglich der die Einhaltung des Pensions-Etat betreffenden Anträge auf der früher von ihr angenommenen Fassung beharrt, so daß, da auch die andere Kammer auf ihrer Fassung beharrte, hierüber Gesammtbeschlüsse nicht erzielt wurden. Die hohe Kammer hat heute den Gesetz-Entwurf, bez. des Rothenburger Statutarrechts unverändert angenommen, und schließlich den Gesetzentwurf bezüglich der exekutorischen Urkunden berathen; der Ausschuß beantragt den deßfallsigen Beschlüssen der 2. Kammer mit nicht wesentlichen Abänderungen beizutreten, die Kammer stimmt dem Antrage ihres Ausschusses bei und wurde der so modifizirte Gesetzentwurf mit allen gegen die 1 Stimme des Hrn. Prof. Bayer angenommen. Der von der Kammer der Abgeordneten beigefügte Antrag bezüglich der Verbesserungen einiger Bestimmungen des Exekutivprozesses, dessen Ablehnung in Aussicht auf einen baldigen neuen Zivilprozeß der Ausschuß beantragte, wurde von der Kammer mit 17 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Wien, 16. Juni. Heute hat die Schlußkonferenz der hier versammelten hohen geistlichen Würdenträger begonnen. Um die Mittagsstunde wurden mehrere der hohen Kirchenfürsten von Sr. Maj. dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen. (Deutschl.)

London, 17. Juni. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erklärte Lord Clarendon auf eine Interpellation Lord Derby's, daß die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten keine Unterbrechung erleiden werden. Diese Erklärung ward mit großem Beifall aufgenommen. Lord Derby gab seine Befriedigung darüber zu erkennen, daß die Regierung ihren Fehler eingestehe und das Verhalten Cramptons mißbillige. Lord Clarendon erwiderte, er hoffe, daß man das Verhalten des englischen Gesandten nicht voreilig beurtheilen werde. (T.D.d.Fr.Pstz.)

Paris, 17. Juni. Der heutige „Moniteur" enthält eine Amnestie für Uebertretungen in Polizei-, Schifffahrts- und Fischfangs-Sachen, sowie zahlreiche Ernennungen in der Ehrenlegion.— Ein Gesetzentwurf zur Aenderung des Tarifs telegraphischer Depeschen wurde gestern dem gesetzgebenden Körper vorgelegt.— Der Kaiser hat den Ball im Stadthause besucht und ist bis 1 Uhr geblieben. — Aus Marseille wird berichtet, daß gestern der Dienst auf der Eisenbahn von Tarascon nach Avignon wieder begonnen hat und die Rhone fortwährend, jedoch langsam zurücktritt. (T. D. d. K. Z.)

Paris, 18. Juni. Der heutige „Moniteur" enthält die Mittheilung, daß Herr Baroche dem Senate ein Senatuskonsultum, welches eine Regentschaft (für den Fall, daß der Kaiser stirbt, bevor der kaiserl. Prinz thronfolgefähig ist) organisirt, vorgelegt habe. — Der Senat hat sich mit 60 gegen 56 Stimmen gegen die Promulgation des Gesetzes in Betreff der Wagen- und Pferdesteuer erklärt. — Für die Ueberschwemmten ist abermals ein Kredit von 10 Millionen votirt worden. (T. D. d. Fr. Postz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 170.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 20. Juni 1856

Deutscher Bund.

Berlin, 17. Juni. Die „N. Pr. Z." bringt die auffallende Notiz, daß die preußische Regierung auf der Zollvereinskonferenz einen Antrag auf Herabsetzung der Eisenzölle nicht stellen werde. Die Bestätigung dieser Nachricht ist abzuwarten. — Dasselbe Blatt meldet, daß in Bezug auf die Vereinbarung der gesammten deutschen Staaten wegen eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzes die preußische Regierung ersucht worden sey, einen betreffenden Entwurf als Grundlage für die Berathungen aufzustellen. Mit der Aufstellung des Entwurfes sey der Geh. Oberjustizrath Bischoff beauftragt.

Preußen. Die „Nat.-Ztg." schreibt: „Für die neuesten Maßregeln, welche die katholischen Kirchenbehörden in Oesterreich in Beziehung auf bisher gemeinschaftliche Begräbnißplätze ergriffen haben, suchte man eine Rechtfertigung in angeblichen Präcedenzfällen, die sich in protestantischen Ländern geboten hätten. In Betreff eines bei dieser Gelegenheit erwähnten Vorgangs geht uns von kompetenter Stelle folgende Mittheilung zu: „Mehrere öffentliche Blätter haben eine Mittheilung darüber gebracht, daß den katholischen Einwohnern von Fürstenwalde nicht gestattet worden sey, die Beerdigung ihrer Angehörigen auf dem dortigen evangelischen Friedhofe nach dem *Ritual* der katholischen Kirche zu vollziehen. Ein solcher Fall ist allerdings vorgekommen und man hat sich dabei evangelischerseits auf die bisherige Observanz und die bestehende Bestimmung gestützt, wonach einem auswärtigen Geistlichen nicht gestattet ist, den liturgischen Akt auf dem Friedhofe zu vollziehen. Nachdem indessen bei dem katholischen Bethause in Fürstenwalde ein eigner Geistlicher in Funktion getreten und demnächst diese Angelegenheit im Wege der Beschwerde zur Cognition der geistlichen Behörden gelangt ist, haben dieselben schon im April d. Js. die Anordnung getroffen, daß die Ausübung des kirchlichen Ritus bei Beerdigung katholischer Confessionsverwandten auf dem evangelischen Kirchhofe fernerhin ungehindert erfolgen kann, so daß jeder weitern Beschwerde vorgebeugt worden ist."

Hannover. Hannover, 15. Juni. Der Finanz-Ausschuß der 2. Kammer hat bekanntlich seine Anträge zum Ausgabebudget überreicht. In einem derselben erkennt er an, daß unter anderen Verhältnissen die Herstellung einer dauernden diplomatischen Vertretung am kaiserlich russischen Hofe für erforderlich zu erachten seyn würde, indessen werden für jetzt die zu jenem Zweck von der Regierung in Antrag gebrachten 10,000 Thaler jährlich abgelehnt. Sollte aber vielleicht in der nächsten Zeit eine außerordentliche Mission nach Petersburg vorgenommen werden müssen, so würden die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, da Stände in solchem Betrachte die Position V. 2 im Ausgabebudget (Kosten behufs Gränzberichtigungen, auswärtige Kommissionen 2c. bisher 12,000 Thlr.) für das nächste Rechnungsjahr um 14,000 Thlr. erhöht haben. Also beantragt der Finanzausschuß. Hinsichtlich der Erhöhung der Ministergehalte hat der Finanzausschuß folgenden Antrag gestellt: „Stände bewilligen die Erhöhung der Ministergehalte von bisher 4000 Thlr. auf 6000 Thlr. für jeden, auf überhaupt 36,000 Thlr., wogegen die einem der Staatsminister früher gewährten Repräsentationskosten hinwegfallen. Wenn Stände daneben auch zu der Nachbewilligung der vorbezeichneten Gehaltserhöhung, vom 30. Juli v. Js. anhebend, sich herbeilassen, so müssen sie doch ihr Bedauern aussprechen, daß die k. Regierung zu der Gehaltsvermehrung einseitig vorgeschritten ist, statt der bestehenden Ordnung gemäß dazu die Zustimmung der Stände vorgängig zu erwirken.

§ **Oesterreich.** Wien, 17. Juni. (Privat-Korresp.) Heute Mittags fand eine Konferenz zwischen dem Grafen Buol, dem Fürsten Gortschakoff, dem Grafen Arnim, dem Grovezier und den Gesandten von England und Frankreich statt. Gegenstand derselben war die Frage, welche in diesem Augenblicke die öffentliche Aufmerksamkeit vollständig absorbirt, — die Frage über die künftige Stellung der Donaufürstenthümer. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, eine Einigung über den von der Vereinigung der Moldau und Wallachei zu einem Fürstenthume handelnden Punkt zu erzielen, und während Oesterreich und die Pforte gegen diese Vereinigung gesinnt sind, wird dieselbe von den übrigen Mächten auf das Wärmste befürwortet. Das diesseitige Kabinet hat vor Kurzem an seine bei den Großmächten beglaubigten Gesandten eine Mittheilung gelangen lassen, durch welche dieselben ermächtigt werden, den verschiedenen Höfen in ausführlichster Weise die Gründe auseinander zu setzen, die Oesterreich zur Unterstützung des von der Pforte aufgestellten Antrages, die Fortdauer der Trennung der beiden Fürstenthümer betreffend, bewogen haben. Man hofft hier, daß die hierbei entwickelten Gründe von den übrigen Mächten nicht unberücksichtigt bleiben und die letzteren zur Erkenntniß gelangen werden, daß die Vereinigung der beiden Fürstenthümer zu einem Staate hauptsächlich in dem Interesse Rußlands gelegen sey, das dadurch den in den Donaufürstenthümern verlorenen Einfluß wieder gewinnen will.

Wien, 14. Juni. Die Zeitungsnachricht, daß JJ. MM. der Kaiser und die Kaiserin zur Enthüllung des Denkmals, das zur Erinnerung an die Feststellung des Dogma der „unbefleckten Empfängniß" in Rom errichtet wird, daselbst erwartet werden, beruht bis jetzt nur auf der thatsächlichen Grundlage einer vom Papst an den hiesigen Hof ergangenen Einladung zur Theilnahme an der Feier. Ob Ihre Majestäten sich zu dieser Reise entschließen werden, ist noch unentschieden. Die Mittheilungen über eine baldige Reise Sr. Majestät nach der Lombardei sind dagegen vollkommen begründet. Man ist am Hofe der Meinung, daß das persönliche Erscheinen des Kaisers im österreichischen Italien, in Verbindung mit dem Amnestieakt und der Veröffentlichung der Verordnung zur Einberufung der lombardisch-venetianischen Congregationen, besonders geeignet sey, um die Gefahren, welche die Halbinsel in immer wachsendem Maße bedrohen, zu beschwören. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, 16. Juni. Es scheint doch, daß die Befürchtungen, welche die Polizei für den Tauf- und Banketttag hegte, nicht ohne alle Begründung gewesen. Man versichert uns, daß wirklich ein Attentat auf das Leben des Kaisers vorbereitet gewesen wäre, und die Scene, welche sich im Kaffeehause der Nationalgarde auf dem Stadthausplatze zutrug, mag allerdings eine Bestätigung dieser Behauptung seyn. Dieses Kaffeehaus, das wie die anderen in der Rivoligasse mit venetianischen Lampen geschmückt war und in einem Meere von Gaslicht schwamm, wurde plötzlich von einem Heer von Sergents de ville besetzt, geschlossen und alle Anwesenden zu Gefangenen erklärt. Ein großer Theil derselben wurde zwar nach vorläufiger Untersuchung freigelassen, aber viele von ihnen wurden festgehalten und auf die Polizeipräfektur gebracht. Die Nähe des Stadthauses, die Gegenwart des Kaisers beim Banket daselbst gibt den deßhalb ausgesprochenen Vermuthungen allerdings große Wahrscheinlichkeit, und es ist nicht unmöglich, daß einige unglückliche, unverbesserliche Verschwörer diesen Tag zur Ausführung eines Attentats gewählt haben. (D. A. Z.)

Bei Gelegenheit der Taufe des kaiserlichen Prinzen erhielten sämmtliche Truppen in Paris wie auch in den Departements doppelten Tagsold und eine Ration Wein.

Der Stadtrath von Nantes hat mit Stimmeneinhelligkeit den Beschluß gefaßt, den Kaiser zu ersuchen, das Anerbieten einer Residenz für den kaiserlichen Prinzen annehmen zu wollen. (Fr. Pstz.)

Paris, 16. Juni. Der Kaiser hat bekanntlich eine gewisse Anzahl gemeiner Sträflinge begnadigt. Das Amtsblatt

hat uns noch immer nicht die politischen Sträflinge genannt, welche von der vorigen Amnestie Gebrauch gemacht haben. Heute Abend großer Ball im Stadthause, morgen ein großes Prälatendiner, und am Freitag Diner zu Ehren der Maires der verschiedenen Gemeinden. Damit werden die Freuden ein Ende haben. Sie kosteten fabelhafte Summen. (Fr. Pstz.)

Italien.

Turin, 14. Juni. Die Anordnung des Ministers Ratazzi, daß bei dem morgigen Fest der Medaillenvertheilung keine Nationalgarden sich betheiligen dürfen, hat eine Stimmung hervorgerufen, die sich in heftigen Tiraden gegen denselben Luft macht, und welche bereits wieder von den stets wühlbereiten Mazzinisten benützt wird, um gegen die „piemontesische Knechtschaft" zu eifern. Aber auch die Briefe Manins werden allmählig mehr als bedenklich. Manin hatte bisher den Ruf des Besonnensten unter den Unbesonnenen, allein beim Lesen seiner letzten Briefe möchte man glauben, das italienische Delirium habe auch ihn erfaßt. Wenn er in seinem letzten Schreiben versichert, „daß die Revolution in Italien möglich, ja vielleicht nahe ist," nun, so sagt er weiter nichts, als was die europäische Presse schon seit Wochen wiederkäut; wenn er aber maßregelnd beifügt: „So lange die Franzosen in Rom sind, so lange darf Rom nicht insurgiren," so heißt dies geradezu Ludwig Napoleon oder besser den Staatsmännern sowohl Englands als Frankreichs anrathen, nicht allein die französischen Truppen nicht zurückzuziehen, sondern sie wo möglich noch zu vermehren. Wie übrigens Manins Rath, überall zu agitiren, befolgt wird, mag daraus hervorgehen, daß in der Unmöglichkeit, im übrigen Italien andere Demonstrationen zu organisiren, man nun mit den sardinischen Gesandtschaften und Konsulaten eine Art Abgötterei treibt. Wird in den Herzogthümern, in Rom oder in Neapel, sey es auf erlaubtem oder unerlaubtem Wege, irgendwie bekannt, daß die hiesige Kammer oder der Senat oder das Ministerium oder das Dioskurenpaar Cavour-Lamarmora für den übrigen Theil Italiens in die Schranken traten, so wird der nächsten sardinischen Gesandtschaft eine Ovation dargebracht, indem sich die Patrioten ohne Ausnahme, aber ohne zu einer sichtlichen Demonstration überzugehen, sich in das Gesandtschaftshotel oder auf das Konsulat begeben und dort ihre Karten einfach niederlegen. Auch die dreifarbigen Bänder erscheinen wieder, und wie hiesige Seidenbandweber versichern, war der Verschleiß dieser Waare selbst 1848 nicht größer als heute, wo die Waaren doch durch die strengsten Zoll- und Polizeischranken, ja über die blutigen Barrieren der Standrechtsgesetze geschmuggelt werden müssen. (Schw. Merk.)

Portugal.

Ein Bericht, welcher der „Neuen Münchener Zeitung" aus Lissabon zuging, schildert die dortigen Zustände in einem sehr trüben Licht. „Anarchie, heißt es darin, beginnt die Reihen des Heeres zu unterminiren. Im 18. Regimente fand eine schwere Insurrektion statt, im 9. Jägerbataillon wurden durch verschiedene Vorfälle die Disziplin und Subordination ebenfalls gravirend verletzt; ein Detaschement des 7. Jägerbataillons weigerte sich zu marschiren; beim 14. Infanterie-Regiment sind Soldaten mit Sack und Pack desertirt und im 10. Infanterie-Regiment erschoß ein Soldat seinen Sergeanten. Allenthalben Klagen über die Unregelmäßigkeit in Ausbezahlung des Soldes." Dazu kommt noch die Ungewißheit über die Besetzung der Ministerposten; denn das Ministerium Joulé, welches nach dem Rücktritt des Ministerium Saldanha gebildet worden war, hat solchen Widerstand bei den verschiedenen Parteien gefunden, daß es auch schon wieder abgetreten ist.

Griechenland.

Athen, 5. Juni. Palmerston's Ausspruch im Parlament über die Zustände in Griechenland, nämlich, daß im ganzen Lande Anarchie und einige Sicherheit nur auf der drei englische Meilen langen und durch französische Dragoner abpatrouillirten Straße vom Piräus nach Athen gefunden werde, hat ein eclatantes Dementi erhalten. Auch auf dieser Straße ist keine Sicherheit, wie folgende in der vergangenen Nacht vorgefallene Räubergeschichte darthut. Es scheint, daß der französische Admiral Villaumez gestern Abends 11 Uhr benachrichtigt wurde, daß sich auf dieser Straße eine starke Räuberbande in den Hinterhalt gelegt habe. Ob die Polizeibehörde oder andere Behörden in Athen davon benachrichtigt wurden, ist zweifelhaft und nur gewiß, daß von dieser Seite her auch nicht das geringste gethan wurde. Dies könnte einem mit den hiesigen Zuständen Unbekannten um so unerklärlicher erscheinen, als die Räuber die Scheune des Livides, als einen Punkt, der kaum einen Flintenschuß von Athen ist, zu ihrer Position gewählt hatten. In Folge dieser Nachricht setzten sich vom Piräeus aus sogleich mehrere Detachements französischer und englischer Infanterie, und auch ein Trupp Dragoner gegen Athen in Bewegung, theils auf der Hauptstraße, theils auf einem Seitenwege. Die Nacht war sehr dunkel und da in den Gärten des Oliventhales ohnehin sich keine Kavalleriemanöver ausführen lassen, so beobachteten die Dragoner nur das freie Feld zwischen diesem Thale und den Bergen von Daphne, um den Räubern den Rückzug dahin abzuschneiden. Aber bei der gänzlichen Vertheidigungslosigkeit des flachen Landes und dem Mangel der griechischen Bauern und Bürger an Energie und Gemeinsinn können die Räuber ihren Rückzug nach jeder beliebigen Richtung hin bewerkstelligen, und die Dragoner kehrten daher unverrichteter Sache nach dem Piräus zurück. Von den ausgeschickten Infanterie-Detachements kam nur das erste, aus französischen Marinesoldaten bestehend und von einem Lieutenant kommandirt, ins Handgemenge. Dieses Detachement wurde unversehens von den Räubern mit einer allgemeinen Salve begrüßt, durch welche ein Hornist getödtet, ein Korporal tödtlich und ein Soldat leicht verwundet wurde. Der Hornist, ein Deutscher, der bei seinen Kameraden sehr beliebt war, erhielt drei Kugeln in den Leib, und da außerdem sein Gesicht durch viele Messerstiche bis zur Unkenntlichkeit entstellt ist, so scheint es, daß er sich während einiger Augenblicke in den Händen der Räuber befunden hat. Auch der Korporal ist an seiner Wunde bereits gestorben. Ob von den Räubern Jemand getödtet oder verwundet worden, ist unbekannt, da nicht ein einziger von ihnen in die Hände der Truppen fiel. Sie hatten, bevor die Franzosen angekommen waren, gute Geschäfte gemacht, indem sie 9—10 Wagen mit 40—50 Reisenden anhielten, von der Straße seitwärts abführten und die Taschen der Reisenden leerten. Letztere waren sämmtlich Griechen, mit Ausnahme eines italienischen Hutmachers, dem 200 Drachmen abgenommen wurden. Einem Kaufmann, der von Alexandrien gekommen war, um Athen zu sehen, wurden 5000 Drachmen abgenommen; ein anderer verlor 300 Pfd. Sterling, welche er in Athen gehoben hatte, um damit im Piräus ein Geschäft zu etabliren. Das Auffallendste an dieser ganzen Geschichte ist, daß die Räuber noch Muße genug hatten, nicht weniger als 10 Gefangene und darunter einen Polizeikommissär vom Piräus mit sich in die Berge abzuführen, um Lösegeld für sie zu erpressen. Sie können sich rühmen einen ihrer schönsten Handstreiche dicht bei der Hauptstadt und den westmächtlichen Streitkräften zum Trotz ausgeführt zu haben. In Athen wurde gleich das Gerücht in Umlauf gesetzt, die „Westmächte" hätten eine Schlappe von den griechischen Räubern davon getragen, und gewiß ist es, daß die Griechen im Stillen auf diese Waffenthat ihrer Landsleute stolz sind.

Unter den Truppen im Piräus, besonders unter den französischen Marinesoldaten, herrscht dagegen natürlich eine große Erbitterung.

In Betreff des Operationsplanes der Räuber darf man nicht annehmen, daß es eine von den Bergen herabgestiegene Bande war, welche diesen Handstreich ausführte. Es ist vielmehr wahrscheinlicher, daß sie, obwohl zu den Banden gehörend, welche die benachbarten Eparchien in Schrecken setzen, schon seit einiger Zeit in den Kaffeebuden Athens ganz gemüthlich ihre Papiercigaretten geraucht haben. Daß sie hier unter den Offizieren, unter den Beamten, in den Ministerien ꝛc. ihre Verbindungen haben, und zuweilen ihre Instruktionen erhalten, dies haben mehrere Prozesse, namentlich der des berüchtigten Spiro Milios, zur Genüge nachgewiesen. Wie schwer unter solchen Umständen es selbst einer energischen Regierung werden müßte, diese Plage Griechenlands ganz auszurotten, liegt auf der Hand.

Im Laufe des Tages gehen mir noch folgende Details zu. Unter den von den Räubern nach dem Gebirge Abgeführten befinden sich mehrere junge Leute aus den besten Familien Athens, unter anderen ein Sohn des Universitäts-Rektors Olympios, ein Sohn eines Gymnasialdirektors und eines Banquiers. Die Räuber waren im Begriff, mit ihrer Beute in sechs Chaisen abzufahren, als die französische Patrouille, 30 Mann stark, hinzukam. Der Hornist und der Korporal wurden getödtet, indem sie an einen Wagen herantraten, um zu sehen, was eigentlich vor sich gehe. Die Räuber entflohen mit ihrer Beute und ihren Gefangenen, von denen sie aber mehrere zurücklassen mußten, zu Fuß, von der Finsterniß begünstigt. Die Franzosen schossen in die Wagen hinein und verwundeten den jungen Schreiber des Kaufmanns Stallis, der jetzt im Militärhospital liegt und ebenfalls von den Räubern abgeführt werden sollte. Letztere waren etwa 40 Mann stark. Der französische Offizier, welcher das Detachement kommandirte, erhielt Untersuchungsarrest. Hier in Athen ist Alles in höchster Aufregung. Nach Gewohnheit klagen die Parteien sich gegenseitig an, diesen Coup ausgeführt zu haben. Es heißt, daß das Standrecht proklamirt werden wird. (R. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Konstantinopel, 6. Juni, wird der „Tr. Ztg." folgender Exzeß berichtet: Der Rest der tunesischen Soldateska hat sich gestern einen Exzeß erlaubt, der viel Aufsehen macht und an die Zeiten der Blutrache und des Faustrechts mahnt. Tunesische Soldaten hatten einen Streit mit griechischen Schiffern, wobei ein Grieche einen Tunesen erschlug. Die Griechen ergriffen hierauf sämmtlich die Flucht; die nachsetzenden Tunesen erwischten jedoch einen der Flüchtlinge (es ist unerwiesen, ob er selbst der wahre Mörder war), banden ihn und führten ihn gefangen nach dem Seraskierat, um ihn dort der Polizei zu übergeben. Unterwegs begegnete dem Trupp ein tunesischer Major zu Pferde, fragte nach der Ursache der Verhaftung des Griechen, und erfährt, daß der zuerst erschlagene Tunese sofort seinen Geist aufgegeben habe. „Wozu den Gjaur nach der Polizei führen", schreit er, „Blut um Blut! es hat einem Tunesen das Leben gekostet, wohlan, so falle auch dein Haupt!", zieht darauf seinen Säbel und spaltet mit einem Hiebe vom Pferde herab dem gefangenen Griechen den Kopf, so daß er lautlos niedersinkt. Die Umstehenden stoben auseinander, und keiner wagte Hand an den wüthenden Frevler zu legen. Er ritt darauf ruhig seines Weges weiter und ließ die Leiche in ihrem Blute liegen. Der Grieche ist dem Vernehmen nach hellenischer Unterthan.

Privatbriefen aus Konstantinopel zufolge scheint der Divan die Rekrutirung der Rajahs umgehen zu wollen. Er will, dem Vernehmen nach, das Contigent von 16,000 auf 3000 Mann herabsetzen und verlangt dafür als Entschädigung 65 Millionen Piaster. Die Abgeordneten der Rajahs weisen diese Summe als zu hoch zurück.

Amerika.

Washington, 30. Mai. Das Schreiben, durch welches Herrn Crampton seine Entlassung angezeigt ward, lautet:

„Departement der auswärtigen Angelegenheiten.

Washington, 28. Mai 1856.

Mein Herr! Der Präsident der Vereinigten Staaten hat mich beauftragt, Ihnen seinen Entschluß anzuzeigen, jeden weiteren diplomatischen Verkehr mit Ihnen in Ihrer Eigenschaft als diplomatischer Vertreter Ihrer Majestät bei der Regierung der Vereinigten Staaten abzubrechen. Die Gründe, welche ihn dazu genöthigt haben, sind Ihrer Regierung mitgetheilt worden. Ich benutze diese Gelegenheit, um hinzuzufügen, daß man sich angelegen seyn lassen wird, allen von der Regierung der Königin an dieses Departement gerichteten und die Beziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten betreffenden Mittheilungen, die auf jedem anderen Wege an diese Regierung gerichtet werden können, die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Für den Fall, daß es Ihnen angenehm seyn sollte, Sich aus den Vereinigten Staaten zurückzuziehen, beauftragt der Präsident mich, Ihnen die gewöhnlichen Gelegenheiten an die Hand zu geben. Ich übersende Ihnen deßhalb hiermit die in einem ähnlichen Falle nöthigen Pässe und benutze diese Gelegenheit, mein Herr, um Ihnen die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. W. L. Marcy."

Zu Panama wurden mehrere der bei dem blutigen Vorfall vom 15. April Betheiligten verhaftet und viele der gestohlenen Gegenstände wieder erlangt.

Aus San Juan del Norte vernimmt man, daß die Costa-Rica-Armee lediglich durch Krankheiten gezwungen wurde, das Gebiet von Nicaragua zu räumen, und daß General Walker in Virgin Bay eingerückt sey. Beim Einrücken daselbst fand General Walker ein Schreiben von General Canos, dem Nachfolger Mora's, vor, der eine Anzahl kranker und verwundeter Soldaten seiner Obhut empfahl, mit dem Hinzufügen, dieselben würden nach ihrer Genesung gegen Leute von Walker's Heer ausgewechselt werden.

Nichtpolitische Zeitung.

Stuttgart, 16. Juni. Die diesjährige heute abgehaltene Generalversammlung süddeutscher Buchhändler bot wenig Interessantes dar. Aus dem Vortrage des Herrn Korn von Nürnberg entnehmen wir, daß trotz des rühmlichen Beispiels, welches die Stuttgarter Buchhändler durch ihr entschiedenes Auftreten gegen den Nachdruck gaben, dieses Gewerbe noch immer da und dort in Württemberg auftaucht, so daß es zu gegründeten Klagen Anlaß gibt. Ebenso wird als ein Krebsschaden des Buchhandels hervorgehoben das Schleudern mit neuen Büchern, das unter der Benennung von Antiquarsgeschäften betrieben wird, ohne daß man die Hoffnung hegen darf, es werde das dagegen empfohlene Mittel der Assoziation wirksame Abhülfe bringen. Der Bericht über die finanziellen Verhältnisse des Vereins, welche sich günstig gestalten, führte eine Erörterung des Verhältnisses des Stuttgarter Vereins zu dem süddeutschen herbei, welche mit dem Beschluß endete, daß der Stuttgarter Verein die Zirkularien über die jährliche Abrechnung und die deßhalb getroffenen Anordnungen künftig im Namen und auf Rechnung des süddeutschen erlassen solle. Ein auf der Tagesordnung gestandener Antrag, es möge der Verein einen entsprechenden Beitrag zu der vom Stuttgarter Verein gegründeten süddeutschen Buchhändlerzeitung geben, wurde aus dem Grunde des genügenden Bestandes der Stuttgarter Kasse vorläufig zurückgezogen. (Schw. M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Cours von Steinkohlen-Aktien.

Leipzig, 14. Juni. Mitgetheilt von Heinr. Küstner u. Co.

Aktien der Steinkohlenbau-Vereine:		Cours incl.	Einzahl.	Einzahlung.
Zwickauer (Vereinsglück)		325	—	46
Erzgebirgischen	im Ausb.-Betrieb	270	—	100
Bürgergewerkschaft zu Zwickau, (Scheffelschein)	im Ausb.-Betrieb	900	950	64
Nieder-Planitz und Vorder-Neudörfel. (Himmelsfürst)	im Ausb.-Betrieb	148	—	30
Herrmannsgrube zu Reinsdorf (früher Gräfl. Solm'scher Schacht.)	im Ausb.-Betrieb	65	—	60
Oberhohndorf-Forst	im Ausb.-Betrieb	49	—	40
Oberhohndorf-Schader	im Bau	—	30	20
Zwickau-Lugau (Neue Fundgrube)	im Bau	—	18	18
Lugau-Nieder-Würschnitzer	im Bau	100	—	100
Nieder Würschnitz-Kirchberger	im Bau	—	27	30
Zwickau-Oberhohndorfer	im Bohrversuche	10	—	5
Wildenfels mit Härtensdorfer	im Bohrversuche	—	8	7
Pölbitzer	im Bohrversuche	—	12	12
Weissenborner	im Bohrversuche	—	2¾	3
Bockwaer	im Bohrversuche	—	3½	1½
Zwickau-Schönauer	im Bohrversuche	—	3½	1½
Zwickau-Vielauer	im Bohrversuche	—	—	3
Zwickau-Reinsdorfer	im Bohrversuche	—	5	3
Zwickau-Oberreinsdorf. I. Complex.	im Bohrversuche	—	4½	4
do. do. II. Complex.	im Bohrversuche	—	2½	2
Oberhohndorf-Vielauer	im Bohrversuche	2¾	—	1
Zwickau-Brückenberger	im Bohrversuche	—	7½	2
Planitzer	im Bohrversuche	—	2	2
Zwickau-Leipzig	im Bohrversuche	—	3	2
Ortmannsdorfer	im Bohrversuche	—	1½	2
Steegenschacht bei Nieder-Würchnitz	im Bohrversuche	—	4	4

Einzahlungen: Am 27.—28. Juni. Oberhohndorf-Forst 9te à 5 Thlr.

Frankfurt, 19. Juni. In der letzten Zeit ist ein fühlbarer Stillstand im Geschäft eingetreten, welcher sich heute besonders bemerkbar machte. Oesterr. und Mitteldeutsche Kreditaktien und Darmstädter Bankaktien wurden etwas besser bezahlt.

Elisabethen-Bahn 110⅛—⅜—¼.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1311 P. 1309 G. Neue Bankaktien 435 P. 430 G. Credit-Actien à 5pCt. 236½ P. 231½ G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82⅞ P. 82⅝ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 89¾ P. 89½ G. Metall. alte à 5pCt. 81¾ P. 81½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72⅞ P. 72⅝ G.; à 4pCt. 64¾ P. 64½ G.; à 3pCt. 49½ P. 49 G.; à 1pCt. 16⅛ P. 15⅞ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G. à fl. 250 von 1839 118 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105⅜ P. 101⅞ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 289 P. 287 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 86½ P. 86 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¼ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94¼ G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105¾ P. 105½ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 154¼ P. 153¾ G. Neustadt-Weissenb. 115¼ P. 115 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119⅜ P. 118⅞ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅝ P. 90⅜ G.; 4½pCt. 102¾ P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 44¼ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80½ P. 80 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 65 P. 64½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112¼ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 421 P. 419 G.; junge 361½ P. 359½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109½ P. 109 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85¼ P.

84¾G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 122¾ P. 122¼G.; Taunus-Aktien 322 P. 320 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl 500 Partial —P. 87½ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 573 P. 570 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 41⅛ P. 40⅞ G.; 1pCt. neue 25⅜ P. 25¼ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl.100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119P. 118¾G.
Augsb. fl.100 k. S. 120¼P. 120G.	Mail. i.S.Lr.250k.S 101¼P 101G
Berlin Thlr.60 k.S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S. 94P. 93¾G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞P. 93⅝G.
Brem. 50Thlr.Lsd.kS. 96¼P. 96G.	Wienfl. 100C. k.S. 117P. 116¾G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P. 88¾G.	Wien 3 M. mit 4%116¾P. 116½G.
Leipz. Thlr.60k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 18. Juni. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87¾ G.; 4pCt; 93¾ G.; 4½pCt. 100⅔ B. ——G.; 5pCt. letzte Emission 102½ G.. 5pCt. dritte Emission 100¼ B. 100¼ G.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94¾ B.— G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 790 B. —G.

Antwerpen, 13. Juni. Getraide still und unverändert. Hamburger Waizen fl. 18, braunschweiger 18¼ fl. pr. 80 Kil. Amerikanischer Roggen 11 a 11½ fl. per 70 Kil., holstein. 11 fl.

Ostind. Rappsaat 11⅔ fl pr. Hekt.

Hopfen weichend, Aloster zu 50 frs. verkauft.

Rohzucker steigend, 250 K. Havanna begeben.

Cacao 100 B. Guayaquil verkauft.

In Brasil-Kaffee fand heute lebhafter Umsatz statt.

In Reis ging nichts von Bedeutung um.

In Auktion wurden 48 B. Virgini-Tabak zu 42 a 57 cs., 76 B. Kentucky zu 57 a 76 cs. und eine Partie beschädigter zu verschiedenen Preisen, Alles pr. ½ Kil., versteuert, bezahlt.

Neueste Nachrichten.

** München, 18. Juni. (Privat - Korrespondenz.) Die Großherzogin Wittwe von Toskana, kgl. Hoheit, welche seit mehreren Wochen hier verweilt, ist heute nach Dresden abgereist. — Wie man in den Kreisen der Abgeordneten vernimmt, steht jetzt die allerhöchste Sanktion des zwischen den Kammern vereinbarten Gesetzes über die Gerichtsverfassung außer Zweifel. Die desfallsige Erklärung wird wohl unverzüglich erfolgen, da die Erledigung des Budget und resp. des Finanzgesetzes wegen der noch zu genehmigenden Mittel zur Durchführung des Gesetzes hievon abhängt. Morgen wird in der 1. Kammer der Gesetzentwurf bezüglich der Bergwerksabgaben zur Berathung kommen; der Ausschuß beantragt Annahme nach den Beschlüssen der 2. Kammer. Auch die Kammer der Abgeordneten hält morgen Sitzung zur Berathung einzelner Anträge. Der Gesetzentwurf bez. des Baues der Eisenbahn von Rosenheim bis Salzburg wird Freitag oder Samstag zur Berathung kommen. Der Ausschuß soll auf die Ausgabe von unverzinslichen Eisenbahnanweisungen nicht eingegangen seyn.

Wien, 17. Juni. Heute sind, wie die amtliche „Wiener Zeitung" bestätigt, die bischöflichen Konferenzen, welche Sonntag den 6. April mit einem feierlichen Hochamt und der Professio fidei eröffnet wurden, in dem zu diesem Zweck in seinen schönsten Festschmuck gekleideten St. Stephansdom mit einem feierlichen Hochamt und Tedeum um 9 Uhr Vormittags geschlossen worden. Der Erzbischof von Bologna und Pronuntius am kaiserlichen Hof zu Wien, Cardinal Viale Prela verrichtete die gottesdienstlichen Funktionen. (Fr. Pstz.)

Wien, 16. Juni. Kuranda, der Redakteur der „Ostd. Post", hat den Orden der Ehrenlegion erhalten. Er war bekanntlich einer der eifrigsten Vertreter der französisch-österreichischen Allianz in der Presse.

Wien, 18. Juni. Heute Nachmittag überreichte Baron Bourqueney in feierlicher Audienz Sr. Maj. sein Beglaubigungsschreiben als französischer Botschafter. Hierauf hatte Großwesir Aali Pascha Audienz beim Kaiser. (T.D.d.A.Z.)

Haag, 16. Juni. So eben vernimmt man, daß der König heute dem Herrn van Hall die erbetene Entlassung als Minister der auswärtigen Angelegenheiten bewilligt hat. Ueber die eigentliche Ursache, welche Herrn van Hall zu diesem Schritte bewogen hat, herrscht noch immer Ungewißheit. (K. Z.)

Brüssel, 17. Juni. Herr Prismer, Drucker der „Nation", stand heute vor den Geschworenen unter der Anklage, einer Beleidigung der Herzogin von Brabant, Gemahlin des Kronprinzen von Belgien sich schuldig gemacht zu haben, begangen durch einen Artikel des genannten Blattes, worin dieselbe eine zweite Marie Antoinette genannt und ihr vorgeworfen worden war, sie wirke durch ihren Einfluß auf ihren Gemahl auf den Umsturz der belgischen Verfassung hin. Da Herr Prismer den Verfasser des Artikels nicht nannte, so war er nach belgischem Gesetze als Drucker dafür verantwortlich. Die Geschworenen erkannten ihn für schuldig und der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 1000 Frs. und 1 Jahr Gefängniß.

London, 16. Juni. Lord Palmerston erklärte in der heutigen Unterhaussitzung: Die Verstärkung der Flotte im atlantischen Meere habe nicht zu einem feindseligen Zwecke, sondern zu einem wirksameren Schutze der britischen Besitzungen stattgefunden. (Fr. J.)

London, 17. Juni. General Williams, Vertheidiger von Kars, ist gestern Nachmittag hier eingetroffen. Zu Dover, wo er gestern früh um 10 Uhr landete, ward ihm ein sehr ehrenvoller und herzlicher Empfang zu Theil. Der dortige Gemeinderath überreichte ihm eine Willkommsadresse. Seinem Aussehen nach zu urtheilen, erfreut er sich gegenwärtig einer trefflichen Gesundheit. Leider ist einer seiner tapferen Gefährten, der nebst Oberst Lake erst vor Kurzem aus der russ. Gefangenschaft in Hull gelandet war, Major Thompson, vor ein paar Tagen plötzlich an einem Anfalle von Bronchitis gestorben. Er war erst 27 Jahre alt. (K. Z.)

Paris, 17. Juni. Graf de Morny, der als außerordentlicher Gesandter nach Moskau geht, ist eifrig mit Reise-Vorkehrungen beschäftigt. Er hat erklärt, daß er für seine Sendung keinerlei Art von Gehalt annehmen, sondern bloß die Vergütung seiner Kosten beanspruchen werde, die übrigens beträchtlich genug ausfallen dürften, da der erste Wagen-Fabrikant von Paris die Equipagen und der bekannte Chevreuil die Livreen geliefert hat; letztere allein kosten mehr als 100,000 Fr. Chevreuil wird die Kisten persönlich nach Petersburg begleiten, um dort das Auspacken zu überwachen. (K. Z.)

Paris, 17. Juni. Dem Senate ist heute, wie schon erwähnt, der Entwurf eines Senats-Consultum mitgetheilt worden, welcher betreffenden Falles der Kaiserin die Regentschaft überträgt und einen Regentschaftsrath einsetzt. (K. Z.)

Madrid, 13. Juni. Die auf 7 Millionen geschätzten Kleinodien, welche aus der königlichen Schloßkapelle zu Madrid entwendet wurden, sind in Folge der Enthüllungen eines Mitschuldigen wieder aufgefunden worden. Dieselben waren in einem an das Hauptgefängniß der Stadt gränzenden Grundstück vergraben. (Fr. Pstz.)

Petersburg, 9. Juni. Die Entwicklung, die der russischen Marine im schwarzen Meere versagt ist, wird im stillen Ocean angestrebt. Der Amur, Sitke, Ochozk und Petropawlowsk sind in dieser Beziehung Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Admiralität und des Seeministeriums geworden. Das holzreiche Gebiet der Lena, die reichhaltigen Eisen- und Kupferbergwerke von Nertschinsk werden das Material liefern. Die Regierung sendet eine Menge Offiziere, Seeleute, Korps-Ingenieure, Arbeiter dorthin ab, und der Vizeadmiral Putiatine ist zur Leitung des großen Werkes ausersehen. Die außerordentliche Thätigkeit der Staatsregierung am Amur, die Erwerbungen an dessen Stromgebiete sind bekannt. Aber nicht allein in jener fernen Gegend, im weißen Meere, in der Ostsee, auf dem Don, dem Bug, Dniepr, auf dem kaspischen Meere, dem Aralsee, dem Oxes und Jaxartes sollen zahlreiche Fahrzeuge, die vom Dampf getrieben würden, erbaut werden, und zahlreiche Kanonenboote mit Schrauben den russischen Handel mit Asien schützen und Rußlands Einfluß und Herrschaft in Persien und Turan, d. h. in Bokhara, China und Kokhand sichern. (K. Z.)

Aus St. Petersburg, vom 12. Juni, schreibt man, daß der Kaiser Abends vorher in die Hauptstadt zurückgekehrt war. (A. Z.)

Helsingör 17. Juni. Heute hat das erste amerikanische Schiff, die „Sarah Bryant," Kapitän Gellerson, nach Ablauf des Vertrags auf dem Weg von Kronstadt nach New-York, den Sund passirt, und den Sundzoll unter Protest bezahlt. (Aber doch bezahlt!) (T.D.d.A.Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 171.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 21. Juni 1856

Crampton's Ausweisung aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Ruhe, die Kälte, womit im englischen Volk, wie in beiden Häusern des Parlaments die Ausweisung des englischen Gesandten aus dem Gebiet der Vereinigten Staaten aufgenommen worden ist, beweist zur Genüge, daß die öffentliche Meinung in England den Stab bereits gebrochen hat über das Verfahren, welches die englische Regierung in dieser ganzen Sache seither anwandte. Die öffentliche Meinung spricht sich dahin aus, daß die englische Regierung durch falschen Stolz mehr als billig sich habe hinreißen lassen, und dadurch in eine schiefe Stellung gerathen sey, aus der sie ohne eine kleine Beschämung sich nicht wird herausziehen können. Die engl. Regierung fühlt dies auch nur zu wohl, und darum sucht sie auf jede Weise den Anfragen, welche im Parlament an sie gerichtet werden, zu entgehen oder eine bestimmte Antwort doch wenigstens möglichst lang hinauszuschieben. Aber das mea culpa wird ihr doch nicht erspart werden. Lord Russell hat im Unterhaus schon einmal angepocht. „Wenn, sagt er, die Regierung Ihrer Majestät Grund zu der Annahme hat, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit der Entlassung Crampton's eine Beleidigung unserer Regierung beabsichtigte, so muß die englische Regierung nothwendig mit der amerikanischen brechen; hat sie hingegen diese Ueberzeugung nicht gewonnen, so dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß auch früher schon Fälle vorgekommen sind, wo die Ausweisung eines Gesandten keineswegs den Abbruch des diplomatischen Verkehrs zur Folge hatte. Bei den besonderen Umständen des vorliegenden Falles halte ich es sogar für wünschenswerth, daß die englische Regierung sich mit der amerikanischen verständige und die Unterhandlungen über die streitigen Punkte fortsetze. Dieselben sind zwar für den Augenblick nicht von besonders bedenklichem Charakter, könnten aber die unheilvollsten Folgen haben, wenn man nicht in versöhnlichem und wohlwollendem Geiste an ihre Lösung ginge. Ich meinestheils würde mich aufrichtig freuen, wenn dieselbe Hand, welche den Frieden des Orients unterzeichnet hat, etwas Aehnliches in Bezug auf den Westen thäte. Hoffentlich wird es den kleinen central-amerikanischen Staaten mit ihren Nebenbuhlereien und Eifersüchteleien nicht gelingen, England und Amerika in einen Krieg zu verwickeln, der unberechenbare Uebel im Gefolge haben würde. Ein Jeder, der die Wohlthaten der Freiheiten zu würdigen weiß, würde einen solchen Krieg tief beklagen, die Freunde des Despotismus würden aber jubeln. Hoffentlich werden die gegenwärtigen Zwistigkeiten durch ein Kompromiß geschlichtet werden, das die Bande der Freundschaft zwischen uns und der großen amerikanischen Republik noch enger zieht; denn es gibt keine zwei anderen Nationen auf der Welt, die ein größeres Interesse an der Aufrechthaltung des Friedens hätten."

Lord Palmerston gab nur eine kurze Antwort, welche noch unbestimmt ließ, welchen Entschluß die englische Regierung fassen werde; nur so viel sagte er fest zu, daß die diplomatischen Beziehungen mit Nordamerika nicht abgebrochen würden, und daß die dem neulich nach den amerikanischen Gewässern abgesandten Geschwader ertheilten Instruktionen nicht der Art seyen, einen unnöthigen Zusammenstoß zwischen der amerikanischen und der englischen Flotte zu veranlassen. „Ich kann, sagte er, dem Hause die Versicherung geben, daß die Regierung eifrig bestrebt ist, einen solchen Zusammenstoß zu vermeiden, daß die dem Befehlshaber des Geschwaders ertheilten Instruktionen sich auf den Schutz britischer Interessen, britischer Unterthanen und britischen Eigenthums beziehen, und daß sie nichts enthalten, was geeignet wäre, einen Zusammenstoß zwischen britischen und amerikanischen Streitkräften herbeizuführen. Wir hielten es allerdings in Anbetracht des damaligen unsicheren Standes unserer Beziehungen zu jener großen Seemacht für angemessen, unsere Streitmacht in jenen Gewässern in die Lage zu bringen, daß sie sich etwaigen unglücklichen Vorfällen gewachsen zeigen könnte. Wir mußten stark seyn, wollen aber, obgleich wir stark sind, keineswegs der angreifende Theil seyn." Ebenso wenig gab er bestimmte Auskunft über die centralamerikanische Frage. Aber sie wird immer und immer wieder verlangt, und wird zuletzt doch noch gegeben werden müssen.

Deutscher Bund.

Bayern. Das „Pfälzer Wochenblatt", das seit einiger Zeit in Mannheim herauskommt, wird, wie es heißt, mit Ende dieses Monats zu erscheinen aufhören. Das Urtheil eines rheinbayerischen Gerichts, das seine Verbreitung in Bayern untersagt, wird für dasselbe zu einem Todesurtheil werden. (K.Z.)

* Vom Hrn Revierförster Dr. Madler erhalten wir folgendes Schreiben d. d. Miltenberg, 19. Juni: „In der heute dahier ausgegebenen „N. Würzb. Zeitung" von gestern steht ein Artikel „eine Eingabe an die hohe Kammer der Abgeordneten betr.", welcher unter anderem die Angabe enthält, daß die Stadt Miltenberg von einer Entschädigungsleistung in drei Instanzen freigesprochen worden sey. Diese Behauptung ist unrichtig. Die Klage wurde sowohl auf dem Justiz als Administrativwege in beiden ersten Instanzen zu meinen Gunsten beschieden, und nur in letzterer Instanz aus Mangel eines bestimmten Gesetzes abgeändert. Der Stenographische Kammerbericht vom 10. März 1855 Seite 257.58 beweist meine Behauptung." — Wir haben hierzu nur zu bemerken, daß der fragliche Artikel wörtlich dem lithographirten Bericht des 5. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten entnommen war.

Preußen. Köln, 14. Juni. Se. Maj. der König haben dem hiesigen Gesellen-Hospitium (dem katholischen Gesellenvereine) Corporationsrechte zu verleihen geruht, insoweit es derselben zur Erwerbung von Grundeigenthum und Kapitalien bedarf. (Mainz. Z.)

Coblenz, 17. Juni. Der seit einiger Zeit hier privatisirende Convertit, Dr. Paul Lütkemüller (früher evangelischer Prediger in der Nähe von Berlin, dann Redakteur des „Rhein- und Moselboten"), hat so eben seine Ernennung als Professor an einer höheren Bildungsanstalt des österreich. Kaiserstaates erhalten. (M. J.)

Hannover. (Sitzung der 2. Kammer vom 18. Juni.) Im Laufe der Verhandlungen über das Einnahmebudget bezeichnete Minister von Borries den Eintritt einer Steuererhöhung über kurz oder lang als unvermeidlich. (Ztg.f.Ndd.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Juni. Unsere skandinavistisch-nationale Presse, „Faedrelandet" voran, füllt jetzt täglich ihre Spalten mit ausführlichen Referaten oder kurzen telegraphischen Depeschen über das skandinavische Studentenfest in Upsala. Die neueste Depesche „Faedreland's" ist von vorgestern Vormittag datirt und meldet uns, daß die Studenten sich am Sonnabend auf die Rückreise, zunächst nach Stockholm begeben haben, wo ihnen gestern auf dem Drottningholm vom König ein Fest gegeben werden sollte, und daß sie morgen (Dinstag) Mittag Stockholm wieder verlassen werden. Donnerstag gegen Abend werden die norwegischen Festgenossen hier erwartet und am nächsten Freitage wird der durch sein außerordentliches Talent im Arrangement von Festen allgemein bekannte Kapitän Georg Carstensen (der Erbauer des „Casino" und des „Tivoli", sowie Theilnehmer am Bau des New-Yorker Glaspalastes, derselbe, der jetzt auf Aktien unter dem Namen Alhambra ein Festlokal, wie es hier noch nicht existirt hat, erbauen will) großartige Festlichkeiten den norwegischen Gästen zu Ehren veranstalten. —

Heute Vormittag wurde hier der gelehrte Ramus, Prof. der Mathematik an unserer Universität, feierlich zur Erde bestattet.

Schweiz.

Bern, 17. Juni. Die Abneigung vor dem Staatsdienst bei fähigen Männern, welche in andern Wirkungskreisen eine lucrativere Stellung sich verschaffen können, zeigt sich zum großen Nachtheil der öffentlichen Verwaltung schon seit längerer Zeit, und nicht selten werden wichtige Beamtenstellen unbesetzt bleiben oder provisorisch versehen werden müssen, weil sie Niemand sucht. Die Verwaltungen der Eisenbahnen und die vielen großen industriellen Unternehmungen anderer Art in fast allen Theilen der Schweiz rauben der Staatsverwaltung die besten Kräfte. Während die reichsten Kantone ihre Regierungsräthe nur mit 3500 Fr. jährlich besolden, erhält der Direktor einer Eisenbahnverwaltung 10,000 bis 15,000 Fr. (Fr. Pstz.)

Frankreich.

° Paris, 18. Juni. In den 2 Tagen, während welcher die Kathedrale Notre-Dame in ihrem Festgewande der Besichtigung des Publikum offen stand, wurde sie von mehr als 100,000 Menschen besucht. Am 24. werden sämmtliche Musiker von Paris ein großes musikalisches Amt in dieser Kirche aufführen. Das Erträgniß des Klingelbeutels, der Stühle und Plätze wird den Bischöfen zugestellt werden, deren Diöcesen am meisten von den Ueberschwemmungen litten.

° Paris, 18. Juni. Die Zahl der Briefe mit Betheiligungs-Gesuchen bei den verschiedenen Unternehmungen: Gaz. la Joliette, Caise, des chem. de fer u. s. w., welche Herrn Mirès, dem modernen Cröius des modernen Babylon täglich, ja stündlich zugehen, ist so groß, daß Herr Mirès aus dem Siegellacke, welches er (zum Muster für alle Millionär-Aspiranten) so zwischen 2 Unternehmen von den Briefen abkratzte und verkaufte, baare 125 Fr. erlöste. Die durch ihre Mildthätigkeit in ganz Paris bekannte Gräfin Pontalba, welche davon hörte, bat den glücklichen Spekulanten ihr diese Summen für ihre Armen zu überlassen. Großmüthig gewährte Herr Mirès nicht nur diese Bitte, sondern fügte noch weitere 875 Fr. à Conto des künftigen Siegellack-Erlöses bei. Die edle Gräfin ihrerseits blieb nicht hinter dem Finanzmann zurück und 2000 Fr., welche unter die Armen vertheilt wurden, sind das direkte oder indirekte Ergebniß — des verkauften Siegellacks.

* Seit einigen Tagen ist in Pariser Korrespondenzen von Verhaftungen im Süden von Frankreich die Rede. Man schreibt darüber aus Lyon 16. Juni: „In dem Augenblick, wo alles noch voll Dankbarkeit gegen den Kaiser ist, erfuhr die Behörde, daß die geheime Gesellschaft „la Marianne" thätig sey. Ernste Anzeigen ließen hochgestellte Personen dabei betheiligt erscheinen und waren triftig genug, Verhaftbefehle nach St. Etienne, nach Rive de Gier, nach Vienne und Lyon abgehen zu lassen. Vierzig Personen wurden verhaftet. Unter diesen befinden sich Herr C..., Advokat zu Vienne und Mitglied der konstituirenden Versammlung, und D..., ein Arzt derselben Stadt. Donnerstag verhaftet, wurden sie nach Lyon gebracht und Samstag nach dem Gefängniß von Roanne dirigirt. Die Untersuchung ist im Gange.

* Vor einigen Tagen wurde die Omnibus- (Pferde-)Eisenbahn zwischen Bougival und Marly eröffnet. Bald werden sich die Chausseen und Straßen Frankreichs mit solchen Bahnen (deren schon mehrere bestehen) bedecken und ohne die Zirkulation der übrigen Fuhrwerke zu hemmen, alle Städte und Städtchen mit den großen, durch Lokomotive befahrenen Bahnen in schnelle, leichte Verbindung setzen.

* Die Ueberschwemmungs-Calamität scheint in Frankreich das Ende noch nicht erreicht zu haben. Man berichtet als Toulous, 16. Juni 2 Uhr 30 M. Nachts. Die Garonne steht 4 Metres 50 Centimetres über den gewöhnlichen Stand. Das Steigen hält an. Alles läßt ein starkes Wasser befürchten. Auch aus Lyon wird von einem abermaligen Steigen der Saonne berichtet. Ein großer Theil der Ebenen an den Ufern dieses Flusses steht noch unter Wasser. Die Sammlungen für die Ueberschwemmten in Lyon haben bis jetzt 762,742 Fr. 96 C. ertragen.

Am letzten Sonnabende ist wieder ein Emissär der „Marianne" in St. Malo verhaftet worden. In seinen Kleidern fand man eine Menge Briefe in Chiffrenschrift geschrieben eingenäht, sowie mehrere Exemplare aufrührerischer Lieder, worunter besonders eines „Chanson de la Marianne" betitelt, das in seiner wahnsinnigen Dolchpropaganda alle rothen Kneipengesänge ähnlicher Art übertreffen dürfte. Es ist eben ein so wildes als triviales Reimgeklingel. Das in London tagende Zentralkomite der Marianne hat im Verlaufe der letzten Woche unter dem Vorsitze des Felix Pyat zwei geheime Versammlungen gehalten, um sich, wie es heißt, mit den Mazzinisten zum Zwecke eines gemeinsamen Handelns zu verständigen. (A. Z.)

Italien.

Aus Rom, 10. Juni, schreibt man der „Allg. Z.": „Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß der Magistratsrath Schweykart von München mit seiner Verwandten Crescentia Wolf vor einigen Monaten hier war, um zur Vermeidung von Mißverständnissen der Psychographie höchsten Orts selber diejenigen Schritte zu thun, welche zweckdienlich erschienen. Sie hatten eine Audienz bei Sr. Heiligkeit dem Papste, der, wie er pflegt, beide gütig aufnahm. Was er indessen im Punkt der übernatürlichen „Offenbarungen" näheres ihnen erwiderte, darüber hätte ich nur Widersprechendes mitzutheilen, das also besser verschwiegen bleibt. Andrerseits haben verschiedene bischöfliche Ordinariate Deutschlands die über die Psychographie erschienenen Schriften bei der römischen Curie in den Anklagezustand versetzt, und die nächste Sitzung der Inderkonkregation will nach der heutigen Anzeige sehen, was unter andern Werken verschiedener Literaturzweige auch über die Communicata a beatis spiritibus anno 1855 per manum Mariae Kahlhammer commercio arcano cum iis, quae S. Archangelus Raphael communicavit per os Crescentiae Wolf, und die Communicata a S. Archangelo Raphaele anno 1855 per os Crescentiae Wolf, commercio arcano cum iis, quae beati spiritus communicarunt per manum Mariae Kohlhammer zu beschließen ist (De infrascriptis quid statuto sit opus judicabit)."

* Der Räuberhauptmann Lazzarini, in der Legation Ravenna, hat abermals einen seiner kühnen Streiche ausgeführt. Einige Meilen von der Stadt hielt er einen der wohlhabendsten Einwohner von Solaro, einen gewissen Antonio Rampi, an, führte ihn in ein nahegelegenes Getraidefeld, gab ihm Papier, Feder und Dinte und diktirte ihm dann einen Brief an seinen Verwalter, damit er 3000 Scudi Lösegeld schicke. Ein Hirte trug den Brief an die Adresse und kam mit 200 Napoleon's und der Versicherung zurück, daß dieses der ganze Baarvorrath sey. Der Abzug war bedeutend, denn 200 Napoleon's waren nur der 4. Theil des Verlangten. Nichtsdestoweniger gab sich Lazzarai als ein coulanter Geschäftsmann damit zufrieden und setzte Rampi in Freiheit

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 10. Juni. Der Staatsrath hat in fünf Sitzungen über die Rekrutirung der Christen verhandelt. Er beharrt darauf, daß dieselben durch Bezahlung, nicht durch Mannschaft theilnehmen. Der Sohn des französischen Vizekonsuls auf Tenedos ist von einigen Einwohnern dort ermordet worden.

Griechenland.

Aus Athen vom 11. d. wird berichtet, daß in Folge der auf der Straße nach dem Piräus verübten Räubereien die Regierung eine Untersuchung angeordnet hat; diese führten auf die Spur von Beziehungen, welche zwischen den Räubern und mehreren Einwohnern in Athen zu bestehen scheinen; das Ministerium ist zu strenger Bestrafung der Schuldigen entschlossen. (Frankf. Jour.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 13. Juni. Es ist unter dem Generaladjutanten Fürsten Wassiltschikoff eine Kommission niedergesetzt, deren Aufgabe es ist, die in Bezug auf das Kommissariats-Wesen in der Süd- und Krimarmee vorgefallenen Ungehörigkeiten gründlich zu untersuchen. Die Befugnisse dieser Kommission sind uneingeschränkt zu nennen; sie hat das Recht, Jedermann vorzuladen, von allen Behörden Auskunft zu verlangen u. s. w. Der Zweck ist, alles Material für die Entscheidung zu sammeln, ob das Kommissariats-Departement überhaupt fortdauern soll oder nicht. Im letzteren Falle würde man künftig den Regiments-Commandeurs selbst die Versorgung überlassen, und würden dann diese Herren auch verantwortlich seyn für den Zustand der ihnen untergebenen Truppentheile. Der Nutzen dieser Aenderung würde der seyn, daß die resp. Chefs sich dann direkt an die Lieferanten zu wenden hätten, und daß die letzteren für den ihnen zu Theil gewordenen Vorzug geringere Prozente zu entrichten haben würden, als dies bis jetzt bei einer zusammengesetzten Behörde der Fall war, folglich auch preiswürdigere Gegenstände liefern könnten. Das Lieferungswesen ist von jeher bei den Armeen eine Quelle unrechtmäßiger Bereicherung gewesen, allein das russische System der Podräde (Lieferungskontrakte) bedarf mehr als irgendwo einer radikalen Reform. Das neu projektirte System soll auch auf die Flotte ausgedehnt werden, so daß jeder Schiffskommandeur die ganze Ausrüstung seines Schiffes selbst übernehmen würde. Freilich würden viele Chefs auch bei der neuen Einrichtung ihren eigenen Vortheil nicht vergessen, doch würden die rechtlichen Offiziere dann im Stande seyn, ihre Pflicht gewissenhaft zu erfüllen, was bisher, wo die Podrädschtschiks (Lieferanten) sich den Rücken gedeckt

hatten, kaum möglich war. Die weniger Gewissenhaften hätten dann alle Ursache, eine Vergleichung zu scheuen, und wer nicht gehörig für seine Mannschaft gesorgt hätte, würde leicht zu entfernen seyn.

Amerika.

„Boston Courier" vom 10. Mai meldet einen Aufstand auf Hayti gegen Kaiser Soulouque, der wiederum den Charakter dieses Negerstaats erläutert. Der Bericht ist vom 10. Mai aus Aux Cayes datirt und lautet: Ein Corps von 2000 bis 3000 Insurgenten habe einen Posten zwischen diesem Ort und Piegrey in der Absicht besetzt, die Stadt heute anzugreifen. Die Militärbehörden haben dies nicht eher als 7 Uhr Morgens gewußt, alsdann sey Generalmarsch geschlagen worden und jeder männliche Einwohner habe Befehl erhalten, sich den Truppen anzuschließen. Um 10 Uhr Morgens seyen dieselben ausmarschirt. Eine Nachschrift um 11 Uhr lautet: der Generalmarsch werde wiederum geschlagen; es heiße, die Truppen seyen geschlagen und die Insurgenten rückten vor. Das Volk laufe verwirrt durch die Straßen, verbrenne Vorräthe u. s. w. (Allg. Ztg.)

Afrika.

Das englische Schiff „die Retribution" brachte die letzten Matrosen des britischen Fahrzeugs, das von den Riffbewohnern angegriffen wurde, nach Gibraltar zurück. (Fr. Pstz.)

Australien.

Auch in dem goldreichen Neuholland, wie sehr dasselbe in einer Fülle von Naturgaben gesegnet seyn mag und so viele auswanderungslustige Europäer seit einigen Jahren dort ein neues Vaterland suchen, ist nicht Alles Gold was glänzt. Die Goldgier, welche die verrufensten Subjekte zusammengeführt hat, durchwühlt nicht nur die Erde, um das glänzende Metall zu gewinnen, sie umlagert und besteuert die Ankömmlinge, daß diesen, die in der Regel nicht wohlhabend sind, nichts übrig bleibt, als mitmachen, wenn sie nicht bittern Mangel leiden sollen. In Melbourne, einer Hafenstadt für die Goldregion, ist kaum ein Logis zu bekommen. Zwei kleine, elend möblirte Zimmer kosten 50—60 fl. per Woche, zwei unmöblirte Zimmer vom niedrigsten Range wöchentlich ungefähr 24—30 fl. Die Wirthe verwenden ihre Viehställe zu Schlafstellen und eine Person zahlt für einen etwas geräumigen Theil eines Pferdstalles, gutes Stroh, Betttuch wollenen Teppich 3 fl. per Nacht. Ein gewisser Boniface, bei welchem durchschnittlich 70 Personen übernachten, nimmt für einen Pferdstall für eine Nacht mehr als 200 fl. ein. Tausende können so viel Geld nicht aufbringen und müssen deßhalb außerhalb der Stadt im Freien unter einem Segeltuch kampiren. Der Platz hat davon den Namen Canvass-Town (Segeltuchstadt). Diese Benützung des öden Landes ist aber auch nicht umsonst. Die englische Regierung läßt sich nämlich wöchentlich 3 fl. für einen Platz zu einem Zelte bezahlen. In dem Weichbilde der Stadt Melbourne wird sogar der Acre zu 40—50,000 fl. verkauft, während er in London doch nur 10,000 fl. kostet. Unter den Goldsuchern soll Trunksucht und Unsicherheit in hohem Grade herrschen, so daß man dort recht aus dem Regen in die Traufe kommen kann. Was lockt aber dennoch so viele Leute dorthin? Antwort: das gesunde Klima, die Fruchtbarkeit des Landes und die Leichtigkeit, durch Goldgraben oder Arbeiten Geld zu verdienen. (Pf. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Paris. Eine Spielerei hat zu einer nützlichen Unternehmung geführt. Vor einiger Zeit erbaute der Berner Nationalrath Seiler im Boulogner Hölzchen Luxus-Schweizerhäuschen, die man wegen ihrer Zierlichkeit und Wohlfeilheit allgemein anstaunte. Dies brachte ihn auf den Gedanken, bewegliche Häuser von Holz zu fabriziren und daraus ein bedeutendes Geschäft zu machen. Ein solches Holzhaus ist sehr leicht aufzustellen, abzutragen und weiter zu befördern. Es besteht aus einem Erdgeschoß und einem Stockwerke und ist der Gesundheit in jeder Beziehung zuträglich, wie auch sehr warm. Die Miethe dafür kann sich jährlich höchstens auf 600 Fr. belaufen. — Im Erdgeschosse enthält es ein Vorzimmer, eine Küche, einen Speisesaal, einen kleinen Salon und ein Kabinet; im ersten Stocke vier Schlafzimmer oder andere Stuben. Es ist für zwei Haushaltungen eingerichtet, so daß es in jedem Stockwerke eine aus zwei Schlafzimmern oder Stuben, einem Speisesaale, einer Küche und einem Vorzimmer bestehende Wohnung für 300 Fr. jährlich darbietet. Es kann auch für vier Haushaltungen eingerichtet werden, deren jede eine Küche, ein Speisezimmer, ein Schlafzimmer und ein Kabinet hat. Jedes Lokal besitzt einen abgesonderten Eingang. — Diese Bauart ist von einer Regierungs-Kommission für gut befunden worden. Die Stadt Paris hat zunächst einer Barriere Bauplätze für 12 solcher Häuser gegeben, die man an Arbeiter vermiethen wird. Der Minister des Innern hat Herrn Seiler für die Erbauung der ersten Häuser eine Geldsubvention bewilligt. Um Feuersgefahr zu beseitigen, läßt man 3 Metres freien Raum zwischen je zwei Häusern. (Köln. Ztg.)

Vor längerer Zeit erhielten wir aus Batavia die erfreuliche Nachricht, daß es gelungen sey, die verschiedenen Chinaarten in Pflänzchen und Samen aus Südamerika nach Java herüber zu bringen. Ganz kürzlich indessen wurde uns von zuverlässiger Hand aus Batavia mitgetheilt, daß die Aupflanzung der China auf Java völlig gelungen und man dort im Besitz aller vorzüglichen China-Sorten, die bisher nur Südamerika lieferte, sey. Es ist dies Ereigniß gewiß ein freudiges zu nennen. (Hamb. N.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 20. Juni. In Folge der niedrigeren Pariser Notirungen nahmen beinahe sämmtliche Effekten einen kleinen Rückgang. Der Umsatz fortwährend gering.
Elisabethen-Bahn 110¼—⅜.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1311 P. 1306 G. Neue Bankaktien 430 P. 425 G. Credit-Actien à 5pCt. 233 P. 231 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82¾ P. 82½ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 89¾ P. 89½ G. Metall. alte à 5pCt. 81¾ P. 81½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72⅞ P. 72⅝ G.; à 4pCt. 64¾ P. 64½ G.; à 3pCt. 49½ P. 49 G.; à 1pCt. 16⅛ P. 15⅞ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G. à fl. 250 von 1839 118 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105¼ P. 104¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Aotien incl. 225 Frcs. Einzahl. 286 P. 284 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 86½ P. 86 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¼ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94¼ G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105⅜ P. 105⅛ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 154¼ P. 153¾ G. Neustadt-Weissenb. 115¼ P. 115 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119 P. 118½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅝ P. 90⅛ G.; 4½pCt. 102¾ P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 44 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80 P. 79½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 61½ P. 61 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112¼ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 421 P. 415 G.; junge 360 P. 358 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109¼ P. 108¾ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85¼ P. 84¾ G.; à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; Bankaktien 122¾ P. 122¼ G.; Taunus-Aktien 322 P. 320 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87½ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 574 P. 571 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40½ P. 40¼ G.; 1pCt. neue 25¼ P. 25⅛ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛ P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119 P. 118¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S Lr. 250 k.S 101¼ P. 101 G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96¼ P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 117⅜ P. 117⅛ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 P. 88¾ G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛ P. 116⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 19. Juni. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87⅞ G.; 4pCt. 93⅞ G.; 4½pCt. 100¾ P. —— G.; 5pCt. letzte Emission 102¼ G., 5pCt. dritte Emission 100½ P. 100¼ G.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94⅞ P. — G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 790 P. — G.

Posen, 13. Juni. Nach dem Schlusse unseres gestrigen Wollberichtes entwickelte sich das Geschäft recht lebhaft und wurden seitdem namhafte Posten aus dem Markte genommen, so daß bis zu diesem Augenblicke fast drei Viertel des eingebrachten Quantum als verkauft zu betrachten wäre. Käufer waren diesmal fast ausschließlich Berliner Häuser, während die Fabrikanten nur schwach vertreten waren. Die Wäsche war im Allgemeinen gut und die Preise je nach den Verhältnissen verschieden; bei hochfeinen Wollen betrug der Aufschlag gegen das vorige Jahr 5 a 6 Thlr., bei Mittelwollen 8 a 10 Thlr.; indeß ist auch häufig zu den vorjährigen Preisen, und selbst

Kleinigkeiten unter und über diesen gehandelt worden. Mit dem heutigen Tage dürfte der Wollmarkt zu Ende gehen und das noch unverkaufte geringe Quantum zum Theil nach Berlin geschafft, zum Theil aber auch hier gelagert werden.

Breslau 14. Juni. Seit unserm Wollmarktsberichte sind ca. 350 Ztr. aus dem Markte genommen worden. Es waren dies schlesische Elektoral Wollen, die über 130 Thlr. bezahlt worden sind, dergleichen Locken in den achtziger Thalern und gute posensche von 85 bis über 90 Thlr. — Die Zufuhren von polnischen Wollen haben bereits begonnen.

Dessau, 12. Juni. Zu dem gestern und heute hier abgehaltenen Wollmarkte wurden 5056½ Stein Wolle eingeführt, also kaum eben so viel als im vorigen Jahre. Der Handel war an beiden Tagen flau. Obwohl der Preisaufschlag gegen das vorige Jahr durchschnittlich 1½ bis 2 Thlr. pr. Stein betrug, so blieben dennoch ca. 2146¼ Stein unverkauft. Die Wäsche war tadellos, ja hin und wieder ausgezeichnet.

Neueste Nachrichten.

** München, 19. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Gesetz-Entwurf „die Abgaben von den Bergwerken diesseits des Rheines betr." nach kurzer allgemeinen Debatte ganz in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der 2. Kammer angenommen, so daß auch hierüber Gesammtbeschluß erzielt ist.

** München, 19. Juni. (Privat-Korrespondenz.) **86. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Die Kammer schritt hierauf zur Berathung des Antrags des Abg. Dr. Weis „die Vorlage eines Gesetzentwurfs, wegen Abkürzung der Verjährungszeit der Forderungen der Gewerbsleute und Kleinhändler an ihre Kunden betr."

Dieser Antrag lautet: „Hohe Kammer wolle beschließen, an Seine Maj. den König die ehrfurchtsvollste Bitte zu richten, Allerhöchstdieselben wollen geruhen, einen Gesetzentwurf, welcher die Abkürzung der Verjährungszeit bei Forderungen der Gewerbsleute und Kleinhändler an ihre Kunden bezweckt, baldmöglichst ausarbeiten, und dem Landtage in Vorlage bringen zu lassen."

Der Referent Abg. Dr. Arnheim ist mit dem Antragsteller einverstanden, daß bei den jetzigen Verhältnissen der Gewerbsleute ein Gesetz in dem angedeuteten Sinne als nothwendig erscheine und führt auch die Bestimmungen an, welche in dieser Beziehung Preußen, Sachsen und Hannover in neuerer Zeit erlassen haben, nur will Referent, daß sich der Gesetzentwurf nicht auf die Forderungen der Gewerbsleute und Kleinhändler beschränke und beantragt deßhalb eine allgemeine Fassung des Antrags und zwar wie folgt: „Es wolle beschlossen werden, Se. Maj. den König allerehrfurchtsvollst zu bitten, Allerhöchst er wolle geruhen, der Kammer einen Gesetzentwurf wegen Abkürzung der Verjährungsfristen bez. derjenigen Forderungen vorlegen zu lassen, welche nach bestehender Sitte entweder mit dem Zeitpunkte ihrer Entstehung oder binnen kurzer Zeit berichtigt zu werden pflegen." Der Ausschuß beantragt die Annahme des Antrags. Abg. Dr. Kirchgeßner erklärt sich für denselben. Abg. Bove glaubt, daß für die Pfalz kein Bedürfniß einer Aenderung in dieser Beziehung bestehe, da das, was man wünsche, dort bereits geregelt sey und stellt deßhalb die Modifikation, daß sich das zu verlangende Gesetz nur auf die diesseitigen Provinzen zu beziehen hätte. Abg. Mahla schließt sich der Modifikation an, worauf der Hr. Referent bemerkt, daß der von hier abwesende Antragsteller die in der Pfalz geltenden Bestimmungen des code civil keineswegs für völlig ausreichend erachte.

Der kgl. Regierungs-Kommissär Hr. Neumeyer sichert dem Antrag die vollste Berücksichtigung der Staatsregierung zu und fügte die Bemerkung bei, daß es für das Zustandekommen eines allgemeinen Civilgesetzbuches als kein günstiges Prognostikon erscheine, wenn die Pfalz schon bei einzelnen Fragen exceptionelle Gesetze verlange. Die Modifikation Boye's wird hierauf verworfen, der Antrag angenommen, womit die Sitzung schloß. Die nächste Sitzung zur Berathung der Rückäußerung der 1. Kammer über den Gesetzentwurf bez. der exekutorischen Urkunden wird morgen Nachmittag stattfinden, da der Ausschußbericht nicht früher vertheilt werden kann.

* Dem Protokoll über die Sitzung des 2. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten vom 14. Juni, worin der Gesetzentwurf über die Rosenheim-Salzburger Bahn berathen wurde, entnehmen wir folgendes:

Den Anträgen, welche Referent Schlör zufolge seines Referats vorschlagen zu sollen glaubte, lag unter Anerkennung der Nothwendigkeit des Baues die Ansicht zu Grunde, daß es rathsam und thunlich seyn werde, die Aufbringung der Mittel zu dem Ausbaue der Bahnlinie von Rosenheim bis zur Gränze bei Salzburg durch Emission unverzinslicher Eisenbahnkassenscheine zu bewerkstelligen und daß die Ermächtigung hierzu dem kgl. Staatsministerium der Finanzen wenigstens alternativ mit der Ermächtigung zur Aufnahme eines verzinslichen Anlehens ertheilt werden sollte.

Bei der umfassenden Diskussion, welcher vorerst diese, für die Fassung des ganzen Gesetzes präjudizielle Ansicht unterzogen und bei welcher dieselbe auch von den beiden Herren Staatsministern bekämpft wurde, ergab sich, daß die Mehrheit der Ausschußmitglieder sich mit der Anschauung des Referenten nicht einverstanden erklären konnte, und bei der darüber vorgenommenen Abstimmung wurde der obenbezeichnete Vorschlag des Referenten mit 5 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Hierdurch waren zugleich die beiden von den Herrn Abg. Frhrn. v. Gumppenberg und Dr Stauber bezüglich der Emission von Papiergeld 2c. zu dem Gesetzentwurfe übergebenen Modifikationsvorschläge beseitiget, und das Wegfallen der Redaktion der einzelnen Gesetzesartikel, wie der Referent selbst beantragt hatte, gegeben.

Derselbe modifizirte somit auch seine Anträge dahin, daß: „1) Der Ueberschrift, dem Eingange und dem Art. 1 des Gesetzes unverändert zuzustimmen sey", welchem Antrage der Ausschuß mit allen gegen Eine Stimme beitrat; 2) dem Art. 2 folgende Fassung gegeben werden solle: „Der kgl. Staatsminister ist ermächtigt, zur Deckung dieses Bedarfs und nach Maßgabe desselben ein auf die Staatseisenbahnen zu versicherndes und mit Beginn der nächsten Finanzperiode mit jährlich ¾ pCt. heimzuzahlendes Staatsanlehen, vom Jahre 1857/58 anfangend, im Maximalbetrage von neun Millionen siebenmal hunderttausend Gulden al pari aufzunehmen", welche Fassung der Ausschuß mit 5 gegen 2 Stimmen anzunehmen und die Annahme des ganzen Gesetzentwurfs in dieser Form der hohen Kammer vorzuschlagen beschloß.

Berlin, 19. Juni. Die „Preuß. Corr." enthält folgendes: „Die Mittheilung der „N. Pr. Ztg.", daß „die preuß. Regierung auf der Generalkonferenz der Bevollmächtigten des Zollvereins einen Antrag, betreffend die Herabsetzung der Eingangszölle auf Eisen diesmal nicht stellen werde" — ist nach den von uns eingezogenen Erkundigungen nicht begründet. Wir erfahren vielmehr, daß Preußen den die Eisenzölle betreffenden Antrag der früheren Konferenz wörtlich wiederholt hat und auf die Annahme desselben einen großen Werth legt."

Mannheim, 19. Juni. Durch heute eröffneten Ministerial-Erlaß ist Herr Pfarrer Heribert Rau seiner Stelle als Prediger der hiesigen deutschkatholischen Gemeinde enthoben worden. (Fr. J.)

Kopenhagen, 18. Juni. Der Oberpräsident in Altona ist entlassen worden, weil derselbe die rechtliche Basis der Gesammtverfassung nicht anerkannt hat. Der Departementschef Heinzelmann ist an seiner Statt mit diesem Posten betraut. Der Departementschef v. Thaden ist Bürgermeister in Altona geworden. — In Kopenhagen wurden die daselbst anwesenden nordischen Studenten vom Könige zur Mittagstafel eingeladen. (T. D. d. Nat.-Z.)

Paris 20. Juni. Das dem Senat vorgelegte Senatus-Consultum in Betreff der Regentschaft enthält folgende Bestimmungen. Der Kaiser ist mit dem zurückgelegten 18. Jahre majorenn; im Fall der Kaiser keinen Regenten ernannt hat, wird die Kaiserin-Mutter Regentin. Die Kaiserin-Regentin darf sich nicht wieder verheirathen. Ist keine Kaiserin vorhanden, so treten die französischen Prinzen in die Erbfolgeordnung ein. Im Fall keine französischen Prinzen vorhanden sind, ernennt der Senat einen Regenten. Der dem Regenten zur Seite stehende Regentschaftsrath besteht aus den französischen Prinzen und aus den vom Kaiser designirten Personen. Im Fall der Kaiser Niemand designirt hat, ernennt der Senat 5 Personen. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 172.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 22. Juni 1856

Deutscher Bund.

Einem längern Artikel des „Frankf. Journ." entnehmen wir, daß die preußische Regierung — was übrigens auch schon genugsam bekannt ist — den Tabak zu einer höhern Besteuerung vorzugsweise geeignet findet; daß sie es übernommen hat, bestimmte Vorschläge über die zu treffende Steuererhöhung zu machen, und daß diese Vorschläge auf der so eben in Eisenach eröffneten General-Zollvereins-Konferenz gemacht werden sollen.

---

* **Bayern.** Die Andeutung, welche der „Nürnberger Korrespondent" machte, daß nämlich Se. Maj. der König dem Dr. G. Hermann in München seine Ernennung zum Advokaten persönlich mittheilte, bestätigt sich vollkommen. Hermann's politische Richtung hatte ihm in der Zeit nach 1848 den Weg zur Advokatur verschlossen; er mußte als Conzipient sich fortbringen. Dieser hochherzige Akt, durch welchen Se. Majestät der König volle Vergessenheit des Vergangenen aussprach, steht übrigens nicht vereinzelt da, indem erst kürzlich ein Mann, welcher aus eben jener Zeit kompromittirt war, von Sr. Maj. eine bedeutende Unterstützung zu einer wissenschaftlichen Reise nach Spanien erhielt.

München, 19. Juni. Gestern hatte unser einheimischer Schriftsteller Dr. Franz Trautmann wieder die Ehre, in Nymphenburg von Sr. Maj. dem König in einer besonderen Audienz empfangen zu werden, wobei Se. Majestät ein Exemplar seines humoristischen Romans „Herr Petrus Nöckerlein" entgegenzunehmen geruhten. (N. M. Z.)

Die „N. M. Z." meldet amtlich, daß Se. Maj. der König die Verzichtleistung des Advokaten Sig. Christoph Ferdinand v. Praun in Nürnberg auf seine Anwaltsstelle daselbst genehmigt und zum Advokaten in Nürnberg den Advokaten-Conzipienten Georg Hermann in München ernannt habe.

Das Kreis- und Stadtgericht Aichach hat in Erwägung, daß in der von dem Buchbinder Nikolaus Serrat zu Ingolstadt verlegten Schrift: „Geistlicher Schild gegen geist- und leibliche Gefährlichkeit, allzeit bei sich zu tragen, 2c. 2c., gedruckt bei Wenzeslaus Nowodni in Prag", durch unzüchtige Darstellung die Sittlichkeit beleidiget wird, die Vernichtung dieser Schrift, insoweit dieselbe nicht bereits in Privatbesitz übergegangen ist, verordnet.

Preußen. Berlin. Das kgl. Polizeipräsidium hat verordnet, daß am ersten Feiertage der drei großen Feste: Ostern, Weihnachten und Pfingsten, am Buß- und Bettage, sowie an dem dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten Tage keine Tanzmusiken stattfinden dürfen.

Königsberg, 16. Juni. Noch immer werden die geringen Getraide-Vorräthe, welche auf diesseitiger Gränze lagern, zu den höchsten Preisen nach Polen verkauft, um dem dort herrschenden Mangel einigermaßen zu begegnen. In unserer Provinz sind die Aernteaussichten, falls nicht unvorhergesehene Naturereignisse eintreten sollten, durchgehends zufriedenstellend. (K. Z.)

Hannover. Aus dem Hannover'schen, 16. Juni, wird der „B. Z." geschrieben: „Das Fürstenthum Osnabrück, dessen Bevölkerung zur Hälfte aus Protestanten besteht, und dessen katholisches Kirchenwesen schon seit vielen Jahren von dem Bischof in Hildesheim administrirt wurde, erhält nunmehr seinen eigenen Bischof. Diese Angelegenheit ist in neuester Zeit von unserm katholischen Adel in Rom angeregt und natürlich dort mit großem Eifer betrieben worden. Und wie sehr das Gesammtministerium die Angelegenheit beim Könige unterstützte, wird durch ihre rasche Erledigung dokumentirt."

Württemberg. Stuttgart, 16. Juni. Nach dem „Beobachter" beabsichtigt die Regierung, an die Ablösungszugeständnisse gegen die Standesherren eine Modifikation der ersten Kammer als Bedingung zu knüpfen. Diese soll in dem Sinn geschehen, daß die Krone sich durch eine größere Anzahl lebenslänglicher Pairs in der 1. Kammer stärken könnte. Der standesherrliche Unterhändler, Fürst Wallerstein, befindet sich, demselben Blatte zufolge, gegenwärtig in Frankfurt, um dort auf den Anwalt des Fürsten Taxis, Herrn Bahlkampf, einzuwirken und die Zustimmung des Fürsten zu dem neuesten Abkommen zwischen der württembergischen Regierung und den Standesherren zu erzielen. (K. Z.)

Baden. Karlsruhe, 18. Juni. Zur Zeit werden zwischen dem Rheine, Knielingen und Mühlburg Nivellements aufgenommen über die günstigste Richtung des vom Rhein nach Karlsruhe zu führenden Kanals. Die Kosten desselben sollen zu 600,000 fl. veranschlagt seyn. (S. M.)

Kurhessen. Kassel, 18. Juni. Eine interessante Tagesneuigkeit ist die von der Staatsbehörde bewirkte Zurücknahme der Klage gegen die bisher noch immer flüchtigen Redaktoren der vor Jahren hier erschienenen „Neuen Hess. Z.", Obergerichtsanwalt Oetker und Dr. Pfaff. Man will wissen, daß Ersterer mit nächstem hieher zurückkehren werde. Der andere hat als Professor der Geschichte an einer schweizerischen Universität Anstellung gefunden. (Fr. Pstz.)

Nassau. Wiesbaden, 19. Juni. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer stand der Antrag von Knapp und Mohr auf Niedersetzung eines Ausschusses, um die provisorischen Jagdgesetze vom 25. Novbr. 1851 zu prüfen und über dieselben zum Zwecke verfassungsmäßiger Berathung und Beschlußfassung Bericht zu erstatten, auf der Tagesordnung. Der Antrag, welcher einen herben Tadel gegen die Regierung aussprach, weil sie ohne ständische Zustimmung diese Gesetze erlassen hatte, wurde nach einer längern Debatte mit 14 gegen 7 Stimmen verworfen.

§ **Oesterreich.** Wien, 19. Juni. (Privat-Korresp.) Von der wallachischen Regierung ist ein Tableau der zu erbauenden Eisenbahnen ausgearbeitet worden, das in mehr als einer Beziehung von hohem Interesse ist, und den Beweis liefert, daß man in Bucharest recht gut weiß, was dem von der Natur so reich gesegneten Fürstenthume nöthig ist, damit es einer gedeihlichen materiellen Entwickelung sich erfreue. Die erste Linie soll von Bucharest nach Vertserova in einer Länge von 47 Meilen gebaut werden, und die Slatina, Crajowa, Turnu-Severin und Czerneiz berühren. Die zweite Linie würde Bucharest mit Varna verbinden und Giurgewo berühren. Die dritte Linie soll von Bucharest nach Predial gezogen und endlich die vierte Linie von Bucharest bis an die Bukowinaer Gränze gebaut werden. Wer die Verhältnisse der Wallachei kennt, der wird zugeben müssen, daß das eben skizzirte Bahnnetz denselben vollkommen angepaßt und seine baldige Verwirklichung im Interesse des Fürstenthums gewiß gelegen ist; denn es wird dadurch Bucharest, dessen Handel trotz so mancher Hindernisse im steten Vorwärtsschreiten begriffen ist, sowohl mit dem Pontus und den südungarischen Bahnen, als auch mit Siebenbürgen und mit den nordöstlichen und nördlichen Schienenwegen verknüpft, es wird mit einem Worte mit dem Pontus, dem baltischen Meere, der Nordsee und dem atlantischen Ocean verbunden, wozu überdies noch der beachtenswerthe Umstand kommt, daß im Allgemeinen die baulichen Schwierigkeiten sehr geringfügig, da sämmtliche Bahnen fast überall ein ebenes Tiefland durchschneiden, und nur auf der ganz kurzen Strecke von Kimpina bis zur Karpathenhöhe bei Predial ernstere Terrainhindernisse zu überwinden seyn werden.

Wien, 16. Juni. Die bischöflichen Konferenzen haben sich in letzter Zeit mit den in den Ehegesetzen vorzunehmenden Modifikationen und der Organisation der Universitäten beschäftigt. Die bezüglichen Vorschläge des Episkopats betreffs der ersteren, die insbesondere in Rücksicht der gemischten Ehen Wichtigkeit haben, sind bereits in der Ministerkonferenz verhandelt worden, und sollen in derselben nur geringen Einspruch gefunden haben. Was die künftige Gestaltung der Universitäten betrifft, so

sind die hierauf gerichteten Anforderungen so umfassender und ausschließlicher Art, daß ein vollständiges Eingehen auf dieselben von Seiten der Regierung kaum zu erwarten ist. Zuvörderst wird in denselben von dem Episkopate das Verlangen ausgesprochen, die beiden ersten Universitäten der Monarchie, jene von Wien und Prag für katholische zu erklären. Ferner sollen sämmtliche in den letzten Jahren aus dem Auslande berufenen akatholischen Professoren (inländische solchen Glaubens gab es bisher keine an den österreich. Universitäten) entlassen werden, und soll die Regierung die Verpflichtung übernehmen, in und unter keinen Verhältnissen fernerhin Professoren protestantischen Glaubens an einer höhern Lehranstalt anzustellen. So wird den „Hamb. Nachr." gemeldet.

Schweiz.

Professor Karl Vogt in Genf, welcher am Nervenfieber darniederliegt und deßwegen die wissenschaftliche Reise mit dem Prinzen Napoleon nicht mitmachen kann, befindet sich außer Gefahr.

Frankreich.

Paris, 18. Juni. Man behauptet, daß der vom gesetzgebenden Körper gestern verlangte Kredit von 10 Millionen zur Herstellung der von der Ueberschwemmung angerichteten Beschädigungen noch kaum ein kleiner Anfang dessen sey, was die Regierung zu diesem Zwecke werde beanspruchen müssen. Es handelt sich hiebei nicht um direkte Unterstützung oder Entschädigung der Ueberschwemmten, wozu Milliarden vielleicht nöthig wären, sondern um die Verluste, welche öffentliche Werke, wie Straßen, Kanäle, Brücken u. s. w. getroffen haben, und deren Wiederherstellung der Regierung direkt obliegt. Man schätzt diesen Schaden auf nahe 200 Millionen und das, was sofort wieder hergestellt werden muß, auf ein Drittel dieser Summe. Natürlich wird man in den meisten Fällen sich nicht auf bloße Wiederherstellung beschränken. Die traurige Erfahrung hat eben gelehrt, daß das Alte unzureichend war. (S.M.)

* Paris, 19. Juni. Der Seine-Präfekt hat vom Lord-Mayor von London ein neues Schreiben des Inhalts empfangen, daß die zu Gunsten der Ueberschwemmten in Frankreich eröffnete Subskription mit größter Sympathie aufgenommen wurde, bedeutende Beiträge von allen Seiten fließen und daß deren gegenwärtige Summe bereits 300,000 Fr. erreicht.

* Durch die Ersparnisse, welche die Verminderung des Heeres um 95,000 Mann möglich macht, wird, so hofft man, der Staat im Stande seyn, den durch die Ueberschwemmungen verursachten außerordentlichen Ausgaben ohne eine neue Finanzmaßregel nachzukommen.

* Man hat aus dem „Moniteur" gesehen, daß Herr von Persigny zum Groß-Kreuz der Ehrenlegion ernannt wurde. Diese neue Würde wurde ihm — wie man sich erzählt — durch den Kaiser in St. Cloud in einer ebenso unverhofften als pikanten Weise verliehen. Freitag Abend kamen Herr und Frau v. Persigny, beide in Reisekleider, unerwartet in St. Cloud an. Man weiß, daß die langjährigen und freundschaftlichen Beziehungen, in welchen Herr v. Persigny mit Ludwig Napoleon steht, und die Anhänglichkeit, welche er seiner Sache zu allen Zeiten erwies, dem französischen Gesandten zu London einen gewissen Grad der Familiarität mit dem Kaiser einräumen, wie sie die andern höchsten Beamten weitaus nicht genießen. Der Kaiser empfing Herrn v. Persigny wie einen Freund und lud ihn zu Tische. Hr. v Persigny entschuldigte sich wegen seines Reiseanzugs, worauf der Kaiser erwiderte: „Wir sind so langjährige Freunde, daß ich Ihnen wohl einen Rock leihen kann." Wie gesagt, so gethan und Herr v. Persigny zog einen Frack aus des Kaisers Garderobe an. Aber an diesem Kleidungsstück befand sich die Dekoration des Großkreuzes der Ehrenlegion. Herr von Persigny wollte sie nicht beibehalten, weil er — wie er dabei bemerkte, — nur Kommandeur sey; aber der Kaiser ermächtigte ihn dazu, indem er ihn versicherte, daß er diese Insignien ruhig, mit Fug und Recht tragen könne. Das Uebrige kennt man, wie Eingangs erwähnt, aus dem officiellen Journale.

* Die Mauern von Paris sind mit riesigen Zetteln beklebt, worin die Messagerien zu Spazierfahrten nach Petersburg, London, Konstantinopel, Neapel, Wien, Berlin, Rom, Madrid, New-York und Calcuta einladen, als ob es sich um eine Landpartie für einen Sonntag Nachmittag handelte.

In Marseille treffen fast täglich Truppen aus der Krim ein.

* In einigen Departements beginnt das Steigen des Wassers von Neuem. Aus Agen 17. Juni 1 Uhr 55 Min. Nachts wird gemeldet, daß das Wasser der Garonne 7 Metres 89 Cent. über den gewöhnlichen Stand (étiage) war. Der Lot stieg noch nicht. — Aus La Réale vom 17. Juni, 2 Uhr 35 Min. Nachts erfährt man, daß die Garonne bereits den Hafen überschwemmt hatte und auf das Territorium von Flondès eingedrungen war. — Zu Toulouse standen die niedergelegenen Theile der Vorstadt St. Michel, zu Agen der Quai unter Wasser. — Zu Aran waren mehrere Dörfer mit Schnee bedeckt und trotz des Südwindes zeigte das Thermometer nur 4 Grad (Reaumur) über 0. Bei eintretendem milden Wetter wird der Schnee, welcher die Berge bedeckt, auf einmal schmelzen und eine abermalige Ueberschwemmung unvermeidlich seyn. In Bayonne regnet es seit 30 Stunden und bei Orleans ist auch die Loire bedenklich gestiegen.

Spanien.

Madrid, 11. Juni. Was vor Allem die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nimmt, ist die Theuerung der Lebensmittel. Zu Cordova, Valadolid, haben in den letzten Tagen Volksaufläufe stattgefunden, die nur zu sehr durch die Noth der Masse hervorgerufen wurden. (A. Postz.)

Madrid, 15. Juni. Man liest in den „Novedades": „Wenn, wie zu hoffen ist, die Befehle der Regierung pünktlich ausgeführt wurden, wird Mexico in diesem Augenblick Spanien Genugthuung gegeben oder erfahren haben, daß man es nicht ungestraft beleidigt. Am 16. v. Mts. wird Don Miguel de los Santos Alvarez, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Ihrer Majestät bei der mexikanischen Republik, von der Havannah mit 4 vollständig ausgerüsteten Kriegsschiffen nach Vera-Cruz abgegangen seyn. Nach den ihm vom General Zabala zugegangenen Instruktionen soll Herr Alvarez den Legations-Sekretär des Busens von Vera-Cruz ersuchen, die mexikanische Regierung in Kenntniß zu setzen, daß er bereit sey seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen, wenn vorher die Bons den spanischen Gläubigern zurückgestellt, die verfallenen Zinsen bezahlt und die Rechtmäßigkeit der von der Konvention sanktionirten Schuld neuerdings anerkannt wird. Wie die mexikanische Regierung sich dazu entschlossen hat, so wird Herr Alvarez sich ausgeschifft und sofort seine Beglaubigungsschreiben übergeben haben; hat sie sich im Gegentheil aber geweigert, diesem Begehren nachzukommen, so wird Herr Alvarez auf einem der Dampfer nach der Havanna zurückgekehrt seyn und die andern Fahrzeuge im Busen von Vera-Cruz gelassen haben. Für letztern Fall zeigte der Generalkapitän der Insel Cuba an, daß er sofort (nicht nur über 4000) sondern über 6000 Mann geübter vollständig armirter und equipirter, an das Klima gewöhnter Truppen verfügen könne, ohne einen wichtigen Punkt der Insel zu entblößen oder ihre Ruhe und Sicherheit zu gefährden."

Portugal.

Aus Paris meldet man der „Nat.-Ztg." einen Beitrag zur geheimen Geschichte des Ministerwechsels in Lissabon. Der Pariser Credit Mobilier hatte den dortigen Finanzminister umgarnt und mit ihm sogar schon ein Uebereinkommen geschlossen, das dieser den Kammern durchaus nicht mittheilen sollte. Herr Prost, der sich in Frankreich durch eine liberale Organisation des Bankkredits in den Departements Ruf erworben und schon in Madrid mit Glück gegen den Credit Mobilier konkurrirt hat, machte dem portugiesischen Finanzminister Anträge, denen er absichtlich die größte Oeffentlichkeit gab. Um so mehr drangen die dortigen Kammern auf die Vorlage des Uebereinkommens mit dem Credit Mobilier und als der Finanzminister sie fortwährend verweigerte, wurde die Stellung des gesammten Ministerium parlamentarisch unhaltbar. Das Kabinet war für Pereire, die gesammte Opposition war für Prost, vielleicht nur deßhalb, weil die Anträge des Letztern öffentlich gestellt worden waren. Da insbesondere die Pairskammer sich feindlich zeigte, schlugen die Minister dem jungen König vor, durch Ernennung neuer Pairs eine günstigere Majorität zu schaffen. In Folge seiner Weigerung nahmen die Minister ihre Entlassung. Wie es heißt, sind jetzt die Parteien in den Finanzfragen ziemlich einig, und man glaubt hier, daß Prost das große in Aussicht gestellte Geschäft mit Portugal machen wird.

Italien.

* Eine Korrespondenz der „Allg. Ztg." aus Neapel erklärt die Nachricht, daß König Ferdinand seine Streitkräfte vermehre 2c., für ganz unbegründet.

Aus Neapel, 12. Juni, wird der „Times" geschrieben: „Ich habe einem politischen Prozesse beigewohnt, der manche charakteristische Züge darbietet und hier großes Aufsehen erregt. Es war der Regierung darum zu thun, Schrecken zu verbreiten, und es wurden daher im vorigen Juli auf Einen Schlag, wie ich höre, nicht weniger als 72 Personen verhaftet. Wo die Maschen des Netzes zu weit waren, ließ man Einen nach dem Anderen entschlüpfen; doch faßen manche von denen, welche man laufen ließ, bis zum Oktober. Die Zahl derer, welche jetzt vor Gericht stehen, beläuft sich auf nur 11. Es war zum Zwecke dieser Prozedur ein besonderer Gerichtshof gebildet worden, be-

stehend aus den beiden Kammern des Kriminal-Gerichtshofes unter Vorsitz des Präsidenten Grimaldi, ohne dessen Vermittlung keine Fragen gestellt werden können, weder von den Angeklagten, noch von deren Vertheidigern. Unter den Zuhörern bemerkte ich den amerikanischen und den preußischen Gesandten, sowie die Sekretäre der preußischen und der britischen Gesandtschaft; da jedoch die Tribune geschlossen war, so schien mir offenbar eine Abneigung, eine große Anzahl Zuhörer zuzulassen, vorhanden zu seyn. Die Rede des Generalanwalts war nichts weiter, als eine Wiederholung des Anklageaktes; dabei darf ich nicht unterlassen, es geradezu als Gesetzwidrigkeit und offenbare Ungerechtigkeit zu rügen, daß die Anklageakte von dem öffentlichen Ankläger abgefaßt war. Obgleich nämlich nach neapolitanischem Rechte vier Instruktionsrichtern (Giudici Instruttori) die Pflicht obliegt, die Anklageakte aufzusetzen, hatte man in diesem Falle durch einen willkürlichen Machtspruch dieses Geschäft dem öffentlichen Ankläger übertragen. Ich erwähne das nur als Thatsache, keineswegs, als ob ich mich irgendwie darüber wunderte. Nachdem der Generalanwalt mit seiner Auseinandersetzung fertig war, wurden die Belastungszeugen aufgerufen und von dem Präsidenten verhört. Da ihre Zahl 50 und die der Schutzzeugen 100 beträgt, so wird wohl mancher Tag verstreichen, ehe der Prozeß zu Ende ist. Der erste Belastungszeuge, der Angeber, das eigentliche Fundament der ganzen Anklage, ist ein gewisser Pierro, der „forse penitente", wie ihn der Anklageakt bezeichnet. Er hatte früher einen kleinen Laden und machte Bankerott. Im Jahre 1848 geberdete er sich als leidenschaftlicher Liberaler und schrie in allen Straßen sein „Viva la Constitutione". Später ward er „reumüthig", trat in die Dienste des Polizei-Kommissärs Campagna, folgte in Ausübung seines Berufes Tag für Tag und Monat auf Monat der Spur der Angeklagten, rauchte, trank und scherzte mit ihnen und — verrieth sie. „Was für ein niederträchtiger Schuft!" wird Jeder denken. Aber steht Pierro etwa allein im Königreich beider Sizilien? Keineswegs; es gibt Tausende solcher Bursche, und ich nehme keinen Anstand, zu behaupten, daß es kein Dorf, keine Gemeinde, keinen Salon im Lande gibt, wo nicht solches Ungeziefer Stunde für Stunde eifrig damit beschäftigt ist, den Unvorsichtigen und Unschuldigen zu verführen und zu verrathen. Vor ein paar Monaten ward Pierro wegen einer schändlichen Rolle, die er in einem schlechten Hause spielte, verhaftet und eingesperrt. Das ist der Mann, der als Hauptbelastungszeuge in diesem Prozesse dient. Ich will hier den Inhalt seiner Aussagen nicht wiederholen, sondern nur erwähnen, daß der Präsident sich genöthigt sah, ihn auf „erhebliche Widersprüche" in seinen Aussagen aufmerksam zu machen und zu fragen: „Was haben Sie darauf zu antworten, Pierro?" „Signor Cavaliere", entgegnete dieser, „ho perduto mia testa." (Ich habe den Kopf verloren.) Nachdem der erste Zeuge abgetreten, ward am ersten Tage noch eine Anzahl anderer Zeugen vernommen, welche aussagten, daß sie die Angeklagten die Kaffehäuser besuchen und Domino spielen gesehen, jedoch sie bei keinem politischen Gespräch ertappt hätten. Andere sagten aus, sie hätten Papiere in dem Hute des Angeklagten Mignonna, sowie einen Brief, den er aus dem Munde in sein Taschentuch habe gleiten lassen, und in den Häusern der Angeklagten Papiere und verbotene Bücher gefunden. Sowohl von Zeugen als von Angeklagten wurden im Laufe des Tages wunderliche Dinge erzählt. So behauptete Pierro, der Angeklagte Mignonna habe ihm mitgetheilt, daß man Geld, Waffen und Munition aus England erwarte. „„Schreiben Sie: aus dem Auslande,"" sagte der Präsident zum Gerichtsschreiber. Mignonna erklärte, ohne sich auf Einzelheiten einzulassen, er sey von der Polizei in Ausdrücken, die er vor dem Gerichtshofe gar nicht wiederholen könne, bedroht und beschimpft worden. Ferner ward, wie man versichert, obgleich ich es selbst nicht hören konnte, ausgesagt, einige Gefangene in den Bagni's zu Procida hätten eines Tages 1000 — 2000 Hiebe erhalten, weil sie den Versuch gemacht, ohne vorherige Erlaubniß des Kommandeurs Briefe abzusenden. Nach einer anderen Angabe wäre die Zahl der Schläge noch viel höher gewesen, und die Operation hätte volle sieben Stunden gedauert. Das sind kleine Vorfälle, welche einen schaudern machen können. Was aber würde man erst sehen, wenn ein Diable boiteux die Dächer aller Gefängnisse im Königreich abdeckte und die geheimen Gräuel dieser finsteren Stätte enthüllte! „Welch' schönes Land!" wird vielleicht mancher Reisende sagen, „welch' ruhiges und glückliches Volk! Von allem dem, was Ihr Korrespondent berichtet, haben wir nichts gesehen, und doch kommen wir eben erst aus Neapel." Sehr natürlich. Diese Herren gingen in's Viktoria-Hotel, wo sie eine gute Table d'hote fanden, sahen sich dann den Golf von Neapel an, bezahlten ihre Rechnung und reisten dann wieder nach Hause. Am zweiten Tage des Prozesses wurden hauptsächlich Zeugen aufgerufen, aus deren Aussagen man das Vorhandenseyn einer geheimen Korrespondenz zwischen den Gefangenen in den Bagni's zu Procida und ihren neapolitanischen Freunden darzuthun suchte. Man gab sich bei dieser Gelegenheit große Mühe, gravirende Thatsachen gegen die Angeklagte Antonietta Pace vorzubringen, deren Namen in dem Anklageakt in höchst ungerechter und grausamer Weise ein für jedes Weib beschimpfendes Epitheton hinzugefügt ist. Sie ist aus Gallipoli und gehört einer guten Familie an, die wie viele Tausend andere durch politische Verfolgung zu Grunde gerichtet worden ist. (K. Z.)

Rußland und Polen.

Man würde sich über Rußlands Politik in der nächsten Zeit einem Irrthum hingeben, wollte man ihr thätige und eingreifende Schritte zutrauen. Unterrichtete versichern, Rußland wolle eine abwartende Haltung einnehmen. Auch in den Donau-Fürstenthümern soll es so gehalten werden. Die Westmächte sollen dort in erste Linie gestellt werden. Die Uebereinstimmung mit dem Westen in der Frage der Vereinigung der Fürstenthümer wird aus diesem Grunde auf russischer Seite mit Vorliebe betont. (Schw. M.)

Amerika.

Der Bischof von Puebla ist von der mexikanischen Regierung ausgewiesen worden und hat sich nach der Havanna eingeschifft. Es geschah dies in Folge des von ihm gegen die Maßregeln der Regierung erhobenen Protestes und seiner entschiedenen Parteinahme gegen sie. Kurz zuvor waren fünf Priester verhaftet worden. Der Generalvikar des ausgewiesenen Bischofs hat ihre Freilassung verlangt, allein der Gouverneur erwidert, dieselben würden, weil politischer Vergehungen bezichtigt, vor die Zivilgerichte gestellt werden. (Deutschl.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 21. Juni. Bei sehr unbedeutendem Umsatz waren beinahe sämmtliche Kurse ohne große Veränderung. Spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire wurden etwas besser bezahlt, während Darmstädter Bankaktien beider Gattungen und Bexbacher Eisenbahnaktien billiger abgegeben wurden.
Elisabethen-Bahn 110⅝—⅜.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1310 P. 1305 G. Neue Bankaktien 430 P. 425 G. Credit-Actien à 5pCt. 234 P. 232 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82¾ P. 82½ G. 5pCt. Lombard-Ven. 89¾ P. 89½ G. Metall. alte à 5pCt. 81⅜ P. 81⅛ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72¾ P. 72¼ G.; à 4pCt. 64¾ P. 64¼ G.; à 3pCt. 49½ P. 49 G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 18.. — P. — G. à fl. 250 von 1839 118 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105¼ P. 104¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 287 P. 285 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 86⅛ P. 86 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 91¾ P. 91¼ G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94½ G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105¼ P. 105 G. 5pCt. 101 P. 100⅛ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 152½ P. 152 G. Neustadt-Weissenb. 115¼ P. 115 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅝ P. 90⅛ G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 45 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80 P. 79½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64 P. 63½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100⅛ P. 99⅞ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112¼ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 416 P. 415 G.; junge 357½ P. 355½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109⅛ P. 108⅝ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85¼ P. 84¾ G.; à 3½pCt. 92⅞ P. 92⅜ G.; Bankaktien 122⅝ P. 122⅛ G.; Taunus-Aktien 322 P. 320 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87½ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 573 P. 570 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40½ P. 40¼ G.; 1pCt. neue 25¼ P. 25⅛ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅛ P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 P. 118¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¼ P. 101 G.
Berlin Thl. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¼ P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117½ P. 117¼ G.

Hamb. MB. 100 k.S. 89P. 88¼G. Wien 3 M. mit 4% 117¼P. 117G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅞P. 104⅝G. Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 20. Juni. Bayer. 3½pCt. Oblig. 87¾ G.; 4pCt. 93¾ G.; 4½pCt. 100⅔ P. —— G.; 5pCt. letzte Emission 102⅓ G., 5pCt. dritte Emission 100½ P. 100⅜ G.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. 94⅝ P. — G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 790 P. — G.

Mannheim, 14. Juni. Getraide sehr still. Schöner Pfälzer Waizen 16 fl., Roggen 11½ a 12 fl., Gerste 9½ fl., Hafer 7½ fl. per 100 Kil.

Basel, 14. Juni. Waizen wurde am hiesigen Markt mit 34 a 42 frs. per Kil. bezahlt, durchschnittlich frs. 40,57 oder 57 cs. weniger als am vorigen Markt. In Zürich war dagegen Waizen frs. 1,57 und Roggen frs. 1,09 pr. 100 Kil. höher, nämlich Waizen durchschnittlich frs. 34,50 und Roggen frs. 25. In Rorschach Waizen frs. 35½, ¾ frs. mehr als vorige Woche, Schaffhausen 1½ frs., Luzern ¾ frs., Bern 1½ frs. höher.

Das anhaltene stürmische Wetter soll dem Getraide geschadet haben.

Amsterdam, 16. Juni. Waizen und Roggen an der Börse ohne Handel. In Auktion Roggen niedriger, für schwed. 112—115 pfd. 262 275 fl., alt 122pfd. preuß. 301 fl., 119pfd. do. 289 a 285 fl., neu 117pfd. holstein. 273 fl.

Kohlsaat niedriger, per Herbst 74½ L. Leinsaat unverändert, 110pfd. Calcutta 235 fl.

Rüböl effektiv behauptet, auf Lieferung flau, compt. 44 fl., pr. Septbr.—Oktbr. 42½ fl. Leinöl angenehm, compt. 34¾ fl., per Septbr. 32½ fl. Hanföl compt. 40 fl.

Rübkuchen 90 a 92 fl. Leinkuchen 10 a 12½ fl.

Rotterdam, 14. Juni. Kaffee gut behauptet, unter 32 cs. ist kein gut ord. Java in reinschmeckender Waare zu haben, 31½ a 31¾ cs. wird für courante Qualität vielfach geboten.

Tabak fest, nächste Woche kommen einige starke Posten zum Verkauf.

Rohzucker zu Mai-Preisen sehr gefragt, eine Steigerung scheint sehr wahrscheinlich.

Reis in Folge der erhöhten Preise stiller, Carolina fl. 16½ a 17, Java Tafel- fl. 13½ a 15, Vorlauf fl. 11 a 13, geschält Java fl. 8¾ a 10.

Gewürze ohne Umsatz. Muskatennüsse 155 cs., Blüthe 136 cs., Nelken 37 a 39 cs., Chin. Caneel 62 a 64 cs., Piment fl. 29 a 30 Entrep., Pfeffer 27 a 27½.

London, 14. Juni. Das Geschäft in Rohzucker war diese Woche sehr umfangreich. Man erwartet allgemein höhere Preise und Inhaber zeigen sich deßhalb sehr zurückhaltend. Importirt sind in diesem Jahre 18,850 Tons mehr als im Jahre 1855. Verkauft wurden diese Woche 145,000 Mallen und Kisten und 16 schwimmende Ladungen.

Für Kaffee war nur Bedarfsfrage und ist in den Preisen keine Aenderung zu melden.

Thee still, ord. Congo zu 9 d. pr. Pfd. angeboten. Vorrath 5,000,000 Pfd. mehr als im vorigen Jahre.

Tabak fest, Umsatz nicht unbedeutend.

In Reis lebhaftes Geschäft zu festen Preisen. Vorrath 28,021 Tons.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 20. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die sämmtlichen kgl. Staatsminister waren diesen Nachmittag zur kgl. Tafel in Nymphenburg geladen und verabschiedeten sich hierauf von den kgl. Majestäten. **Das Gesetz in Betreff der Gerichtsverfassung hat die allerhöchste Sanktion erhalten**; dem 2. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten ist auch bereits der Kosten-Etat für die Durchführung des Gesetzes zur Berathung vorgelegt worden.

** **München**, 20. Juni. (Privat-Korrespondenz.) **87. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Abends 5 Uhr.)

Es werden zuerst die vor einigen Tagen erwähnten Anträge bezüglich der Tanzmusiken rc. nach kurzer Debatte dem Ministerium zur entsprechenden Berücksichtigung überwiesen, worauf zur Berathung kömmt die Rückäußerung der 1. Kammer bezüglich des Gesetzentwurfes, „die exekutorischen Urkunden betr."

Es bestehen folgende Differenzpunkte:

1) Im Art. 1, welcher lautet: „Gerichtlich protokollirte Verträge und Schuldbekenntnisse, aus welchen die Person des Berechtigten und Verpflichteten, der Schuldgrund, Gegenstand und Zeit und Leistung erhellen, sind exekutorisch nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes, wenn derjenige, gegen den die Urkunde wirken soll, bei der Protokollirung die Exekutivklausel in dieselbe hat einrücken lassen" — will die Kammer der Reichsräthe nach den Worten „gegen den" aus dem ursprünglichen Regierungsentwurf die Worte „oder gegen dessen Rechtsnachfolger" wieder aufgenommen wissen. Der Ausschuß beantragt aber, diesem Vorschlag nicht beizustimmen und auf dem frühern Beschluß zu beharren.

2) Will die Kammer der Reichsräthe, daß im Art. 5 in Abs. 3 statt des Wortes „muß" gesetzt werde „kann", so daß der Absatz lauten würde: „Das Gericht **kann** hierüber (über die weiteren Ausfertigungen der Urkunde) denjenigen, gegen welchen die Urkunde wirken soll, vorher vernehmen." Der Ausschuß beantragt hier, der 1. Kammer beizustimmen.

3) Im Art. 6: „Wenn das Mutterprotokoll mehrere selbständige Rechtsgeschäfte umfaßt, so **kann** auf Verlangen des Berechtigten die Ausfertigung der exekutorischen Urkunde auf den das eine oder das andere dieser Rechtsgeschäfte betreffenden Theil **beschränkt werden**, schlägt die Kammer der Reichsräthe statt „kann — beschränkt werden" vor, zu setzen: „ist zu beschränken", wozu beizustimmen der Ausschuß gleichfalls beantragt.

4) Im Art. 7 Abs. 3 beantragt die Kammer der Reichsräthe, statt „ist — einzuschalten" zu setzen: „muß — eingeschaltet seyn", welcher Redaktionsänderung nach Antrag des Ausschusses ebenfalls beizustimmen wäre.

5) Die Kammer der Reichsräthe beantragt ferner, dem Art. 10 Ziffer 1 folgende Fassung zu geben: „Die nach dem Gesetze dem Verpflichteten zustehende 14tägige Frist zum Vorschlage anderer Exekutionsgegenstände und zur Vorbringung der in diesem Verfahren zulässigen Einreden muß demselben in dem Auftrage, den Berechtigten zufrieden zu stellen, womit das Verfahren zu beginnen hat, ausdrücklich vorgesetzt werden, widrigenfalls er jene Einreden und Vorschläge bis zum Ablaufe der ihm für die Zufriedenstellung selbst gesetzten Frist geltend machen kann."

Der Ausschuß erkennt in dieser Fassung eine zweckmäßige Verbesserung und schlägt daher die Annahme derselben vor.

6) Die letzte Differenz besteht darin, daß die Kammer der Reichsräthe im Art. 11 die Absätze 2 und 3 gestrichen wissen will. Diesem Vorschlage glaubte der Ausschuß einstimmig nicht beitreten zu können; derselbe schlägt jedoch vor, statt der beanstandeten Absätze 2 und 3 folgende Sätze in den Art. 11 aufzunehmen: „Wenn der Verpflichtete schon vor dem Antrage des Berechtigten auf Hülfsvollstreckung oder während des Vollstreckungsverfahrens Klage darauf erhebt, daß das Rechtsgeschäft, in Beziehung auf welches er die Exekutivklausel eingegangen hat, für ungültig oder aufgehoben, oder daß der Berechtigte wegen gänzlicher oder theilweiser Tilgung der Verbindlichkeit ihn zu quittiren für schuldig erkannt werde, so wird der Eintritt und Fortgang der Hilfsvollstreckung durch eine solche Klage insolange nicht berührt, als auf dieselbe nicht mindestens in 1. Instanz definitiv zu Gunsten des Verpflichteten erkannt ist. Für eine solche Klage ist, wenn zur Zeit der Klagestellung die Hilfsvollstreckung schon eingeleitet ist, dasselbe Gericht zuständig, bei welchem der Berechtigte die Hilfsvollstreckung nachgesucht hat; auf dieselbe ist jedoch in gesonderten Akten zu verhandeln."

Nach einigen erläuternden Bemerkungen des Referenten Abg. **Barth** und des kgl. Reg.-Kommissärs H. **Neumeyer** wird ohne Debatte dem Ausschusse in allen Punkten beigestimmt, womit die Sitzung schloß.

Morgen Vormittag kömmt erst der Etat des Reservefonds zur Berathung und dann folgt die allgemeine Debatte über das Budget und der Abschluß desselben, unabhängig von dem dann noch zur Berathung kommenden Etat für die Gerichtsverfassung; die Tagesordnung enthält außerdem noch Berathung des Gesetz-Entwurfes bezüglich der Rosenheim-Salzburger Bahn.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 173. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. - Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 23. Juni 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 21. Juni. (Privat-Korresp.) **88. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.**

Die Sitzung wird Abends nach 5 Uhr eröffnet und es gelangt der Gesetzentwurf, „den Ausbau der Eisenbahnlinie von Rosenheim bis Salzburg betr.", zur Berathung. Wie Ihnen bereits mitgetheilt, ist der Ausschuß auf die Anträge bezüglich der Ausgabe von Papiergeld nicht eingegangen, sondern beantragt die Annahme des Gesetzentwurfs (Aufnahme eines Anlehens) mit einiger Modifizirung des Art. 2. Nachdem Referent Dr. Schlör den Ausschußantrag erörtert hatte, beantragte Abg. Vorst die Beschaffung der Mittel durch ein Lotterieanlehen, indem er unter Hinweis auf das Lotterie-Anleben in Baden und Oesterreich mit zahlreichen Ziffer-Belegen zu beweisen suchte, daß durch eine solche Form der Anleben schon viel für den Staat erspart werden könnte.

Abg. Frhr. v. Closen beantragt einen Zusatz dahin, daß Bayern erst bauen solle, wenn sicher stehe, daß Oesterreich auf seinem Gebiet die Bahn bis Salzburg gleichzeitig mit Bayern vollende, weil nur so die Bahn für Bayern rentirlich wäre.

Der Hr. Referent bedauert, daß Hr. Vorst seinen Antrag nicht dem Ausschuß vorgelegt habe, von dem das Nähere hätte geprüft werden können, was jetzt nicht möglich sey. Der Antrag v. Closen's erscheine überflüssig, weil das gleichzeitige Vollenden auf beiden Seiten bereits in einem Vertrage mit Oesterreich vorgeschlagen sey.

Abg Frhr. v. Gumppenberg erklärt, daß er seinen Antrag bez. des Papiergeldes nicht reproduzire, weil die Mehrheit des Ausschusses und der kgl. Finanzminister sich dagegen erklärt habe.

Abg. Fürst Wallerstein will erst dann für den Gesetz-Entwurf stimmen, wenn nachgewiesen würde, daß die Gesellschaft, welche von Linz nach Salzburg baut, nicht auch unsere Strecke bauen wolle; es wäre dann, noch früh genug, vom nächsten Landtage die nöthigen Mittel zu verlangen.

Der kgl. Staatsminister der Finanzen erklärt sich hierauf gegen Papiergeld, da er klingende Münze vorziehe, sowie gegen ein Lotterieanleben, zumal man jetzt, wo es sich um das letzte Anleben zum Eisenbahnbau handle, nicht einen neuen Weg betreten könnte.

Abg. Crämer und nach ihm Frhr. v. Lerchenfeld glauben ebenfalls, daß die Bewilligung der Mittel für diese Bahn bis zum nächsten Landtag verschoben werden könnte. — Abg. Th. Wagner bedauert, daß die Anträge auf Papiergeld nicht reproduzirt wurden, denn er hätte ihnen beigestimmt.

Abg. Stauber erklärt, daß er den Antrag auf Papiergeld nicht reproduzire, weil nach dem Beschluß des Ausschusses und der bestimmten Erklärung des Finanzministers keine Aussicht auf Erfolg vorhanden sey.

Noch erklärt sich Abg. v. Closen für den Antrag, von Vorst spricht gegen Papiergeld, das, wie er meint, der Staat der Privatbanken überlassen sollte, und erklärt sich im Uebrigen für den Gesetzentwurf nach dem Antrage des Ausschusses, den schließlich noch der Hr. Referent empfiehlt.

Der k. Ministerpräsident Frhr. v. d. Pfordten bez. des Papiergeldes der Aeußerung des k. Finanzministers sich anschließend, fügt noch bei, daß eine Ausgleichung der Münzverhältnisse bei der Münzkonferenz in Wien dem Abschlusse nahe sey und ein erfreuliches und wichtiges Resultat zu erwarten stehe. Es würde eine Vereinsmünze beschlossen werden, welche im ganzen Zollvereinsgebiet gleichmäßig geprägt und angenommen würde. Hierdurch würde man also auch die benöthigten Zahlungsmittel nach dem Norden erhalten und die Nothwendigkeit nicht mehr eintreten, daß man sich Papiergeld zum Verkehr für Norddeutschland verschaffen müsse. Es habe sich übrigens bei der Münzkonferenz auch die Nothwendigkeit gezeigt, die Papiergeldfrage zu regeln und gewisse allgemeine Regeln aufzustellen, so daß wohl vorerst selbst der größte Freund des Papiergeldes es nicht rathsam finden dürfte, auf die Creirung von Papiergeld in einem Augenblicke einzugehen, wo eben die Frage geregelt werde, denn jedenfalls müßte man das Resultat hiervon abwarten. Unbegründet seyen die, auch durch die Presse verbreiteten Gerüchte, als ob die Einigung der Münzkonferenz an den Forderungen Bayerns scheitern werde, denn einmal bezweifle man überhaupt, daß sie scheitern würden, und dann würde jedenfalls Bayern nicht daran schuld seyn, denn es habe für das Zollvereinsgebiet nichts anders verlangt, als was Oesterreich für sich verlangte, nämlich eine grobe Münze, welche neben der Vereinsmünze für die Bedürfnisse des innern Verkehrs genüge; das habe Oesterreich für sich und Bayern für Süddeutschland verlangt, es wolle also nur dasselbe Recht, wie Oesterreich und kein Haar mehr. — Zu dem vorliegenden Gesetzentwurf übergehend, empfahl Hr. Ministerpräsident dann dessen Annahme nach dem Antrage des Ausschusses, indem er die vorgebrachten Einwendungen zu widerlegen suchte.

Es wurde dann der Gesetzentwurf nach den Anträgen des Ausschusses mit 81 gegen 42 Stimmen angenommen, womit Nachts um halb neun Uhr die Sitzung schloß.

München, 20. Juni. Se. Maj. König Maximilian hat den Dozenten an hiesiger Hochschule, Dr. Theod. Hessling, mit den entsprechenden Geld-Mitteln ausgerüstet, um am Orte ihres Vorkommens die wissenschaftlichen Untersuchungen über die Lebensgeschichte der Perlmuschel fortzusetzen, welchen er bereits seit 6 Jahren obliegt. (Die „N. W. Z." hält es nicht für unmöglich, daß diese Forschungen Mittel zur künstlichen Perlmuschelzucht ergeben, und so dem Staatsschatz eine belangreiche Einnahme erschlossen werden könnte.)

Der geprüfte Rechtspraktikant und dermalen Landgerichtsfunktionär Karl Esper zu Pleinfeld ist als rechtskundiger Bürgermeister der Stadt Roth gewählt und von der k. Regierung von Mittelfranken bestätigt worden. (Fr. K.)

Württemberg Stuttgart, 18. Juni Den Standesherren macht die Widerspänstigkeit des Fürsten Taxis viel zu schaffen, sofern der Letztere sich mit der Uebereinkunft zwischen dem standesherrlichen Bevollmächtigten Fürsten Wallerstein und der württembergischen Regierung nicht zufrieden geben will Diese Uebereinkunft ist zwar noch geheim; aber nach dem, was aus zuverlässiger Quelle verlautet hat und offiziell nicht abgeleugnet worden ist, muß sie den Standesherren sehr günstig seyn, und scheint das ihnen im sog. Sechsmillionen-Gesetzentwurf Gebotene um mehr als das Doppelte zu überbieten. Kein Wunder, wenn die Standesherren über die Widerspänstigkeit des Fürsten Taxis bange sind. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Regierung für ihre weitgehenden, bei der Stimmung des Bundestags aber vielleicht unumgänglichen Conzessionen an die Standesherren Aequivalente für sich und das Land zu erringen sucht. Es bezögen sich diese namentlich auf eine andere Zusammensetzung der 1. Kammer, die nach ihrem jetzigen Bestande Alles, nur nicht die Quintessenz der gesellschaftlichen Kräfte und Elemente des Landes ist. Es sitzen darin fast nur Standesherren, welche den Schwerpunkt ihrer sozialen Existenz gar nicht im Lande haben und ihre hierländische Standschaft der Natur der Sache und reichlicher Erfahrung nach ganz vorherrschend aus dem Gesichtspunkte des Privatinteresses üben. Ist es doch oft vorgekommen, daß sie die Zustimmung zu Gesetzen ganz heterogenen Inhalts rein von der Gewährung von Privatvortheilen abhängig gemacht haben. Die Regierung scheint nun Notable aus allen Sphären der Gesellschaft auf Lebenszeit in die 1. Kammer bringen zu wollen und dadurch eine dem tiefern Berechtigungsgrunde der 1. Kammer entsprechendere Mischung der Elemente zu bezwecken. — Am 28. August werden wir eine eigenthümliche Versammlung haben. Der „Ausschuß für Sammlung des Volkes Gottes in Jerusalem" hat seine (ziemlich zahlreichen) Anhänger auf den genannten Tag

nach Kirschenhardthof bei Marbach berufen, das vom Verein als der vorläufige Sammelplatz des Volkes Gottes angekauft ist. Eine Kommission von sechs Mitgliedern ist zur Exploration nach Jerusalem designirt. (D. A. Z.)

Oesterreich. Wien, 19. Juni. Bei dem Abschiedsdiner, das Msgr. Viale Prela den österreich. Würdenträgern der katholischen Kirche gegeben hat, wurde der erste Toast auf Se. Heiligkeit den Papst und sodann der zweite auf den Kaiser Franz Joseph ausgebracht. (K. Z.)

Dänemark.

Wir erhalten die Nachricht aus Kopenhagen, daß die Vereinigten Staaten auf den Wunsch Dänemarks in die Verlängerung des auf den Sundzoll bezüglichen Vertrages vom 26. April 1826 auf ein Jahr gewilligt haben, und zwar unter zwei Bedingungen: daß die Schiffe unter Protest und Wahrung des Rechtspunktes zahlen, und daß während dieses Jahres die Frage in internationaler Weise geregelt werde. (K. Z.)

Niederlande.

Amsterdam, 20. Juni. Das „Handelsblad" sagt unter vorstehendem Datum: „Nach Hrn. van Hall haben auch die Herren van Reenen und Donker Curtius ihre Entlassung begehrt und erhalten. Alle übrigen Minister bleiben. Die drei neu ernannten Minister sind: Justiz, J. L. van der Brugghen; Inneres, Dr. G. Simons; auswärtige Angelegenheiten, Gevers van Endegeest. Die amtliche Bekanntmachung dieser Ernennungen wird jedoch bis nach den Wahlen verschoben. Es ist also wahr, daß das reaktionäre und antirevolutionäre Element im Ministerium obgesiegt hat und daß die mehr liberalen Bestandtheile haben weichen müssen."

Großbritannien.

Eine Anzahl im Hafen von Liverpool liegender amerikanischer Schiffe hißte gestern neben der amerikanischen Flagge auch die englische Flagge auf, als Zeichen ihrer Freude über die muthmaßliche freundschaftliche Schlichtung des Zwistes zwischen den beiden Nationen. (Fr. Pstz.)

Frankreich.

• Man schreibt der „Köln. Ztg." aus Paris vom 19. Juni ein Seitenstück zu der Verleihung des Großkreuzes der Ehrenlegion an Hrn. v. Persigny: „General Williams, der Vertheidiger von Kars, ist in England eingetroffen. Der Gemeinderath und die Einwohner von Dover haben ihm einen Triumph-Empfang bereitet. In der Ansprache, die er hielt, erwähnte der General eines interessanten Umstandes. Er war Kommandeur der Ehrenlegion, und in der Audienz, die er bei der Durchreise durch Paris beim Kaiser hatte, äußerte er sein Bedauern darüber, ohne seinen Orden erscheinen zu müssen, den er bereits nach England abgeschickt habe. Der Kaiser erhob sich, indem er ihm sagte: „„Ich will Ihnen einen anderen geben"", und einen Augenblick später überreichte er ihm das Großkreuz des Ordens."

Paris, 19. Juni. Die französische Regierung soll sich beim russischen Kabinet zu Gunsten der polnischen Flüchtlinge verwandt haben; sie hat namentlich, wie es heißt, darauf aufmerksam gemacht, daß die jüngste Amnestie so lange eine ungenügende Maßregel bleiben werde, als sie nicht von der Herausgabe der konfiszirten Güter begleitet sey. Natürlich bleibt es dahin gestellt, ob diese Vorstellungen etwas fruchten werden; die konfiszirten Güter sind längst verschenkt oder verkauft.

• Am letzten Dinstag waren die in Paris befindlichen Erzbischöfe und Bischöfe zur kaiserlichen Tafel in St. Cloud geladen. Das Diner endete erst spät und die Bischöfe boten den anwesenden Damen, mit französischer Courtoisie, den Arm, um sie in den Gesellschafts-Saal zu führen. Die Bischöfe hatten sich verständigt dem Kaiser bei dieser Gelegenheit einige mündliche Vorstellungen zu machen und Kardinal Bonald wurde, als Aeltester der französischen Kardinäle, beauftragt, das Wort zu führen. Man erzählt, Se. Eminenz habe im Namen des französischen Episkopats Maßregeln zur Beobachtung der Sonntags-Feier im Allgemeinen und namentlich auch im Militärdienst verlangt, so daß er die Soldaten nicht verhindere, die Messe zu besuchen; endlich sollen sich die Bischöfe auch darüber beschwert haben, daß die gegenwärtige Regierung trotz ihrer Gewalt über die Presse es dem „Siecle" und der „Presse" gestatte, täglich das Episkopat und die katholischen Institutionen anzugreifen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Widdin, 7. Juni. In Belgradschik sind neuerdings Unruhen ernstlicher Art ausgebrochen. Eine Bande von zwanzig und einigen Serben, unter Anführung eines gewissen Petrowitsch hat bei dem Dorfe Calasch die Gränze überschritten und, mit derselben den Belgradschiker Bezirk durchstreifend, diese Bande um mehr denn 200 Köpfe vermehrt. Petrowitsch hat sich dem Balkan zugewendet und bemüht sich die Gegend zu revoltiren. Schakir Pascha ist sofort mit einem Regimente Kavallerie aufgebrochen, um diese Bande zu verfolgen. (P. C.)

Griechenland.

Athen, 14. Juni. Fünf der gefangenen Passagiere wurden von den Räubern freigelassen und nur zwei zurückgehalten; für selbe jedoch Lösegeld von 3000 und 4000 Talari verlangt. Am Orte, wo diese niedergelegt werden sollten, glückte es den beiden Jünglingen zu entschlüpfen; auf deren Auskünfte hin werden nunmehr die Räuber verfolgt. (Fr. Pstz.)

Rußland und Polen.

Aus Eriwan sind interessante Nachrichten angekommen. General Chruleff, der zum Kommandanten des Korps an der türkischen Gränze ernannt worden, war in den letzten Tagen des April dort angekommen und hatte die Truppen am Araxas inspizirt. Der Gouverneur hatte ihm zu Ehren ein Mahl gegeben, bei welchem ein Toast auf die künftigen Siege des Generals im Kaukasus ausgebracht worden war. (Dürfte doch etwas voreilig seyn.)

Wir erfahren, daß Rußland in Nikolajeff ein ansehnliches Handelsmarine-Etablissement nach dem Vorbilde des Triester Lloyd zu gründen beabsichtigt. (K. Z.)

Amerika.

Zu Concord in New-Hampshire sind Präsident Pierce und Oberst Brooks, der Senator aus Süd-Carolina, welcher vor einiger Zeit den Senator Sumner durchprügelte, vor dem Rathhause in effigie gehängt worden. (K. Z.)

Die Mormonen von Utah haben sich auf einem am 6. April in der Stadt am großen Salzsee gehaltenen National-Konvent als Staat konstituirt, eine Denkschrift entworfen, in welcher sie die Aufnahme in den Kreis der Unions-Staaten nachsuchen, und zwei Abgeordnete zum Kongreß gewählt. (Ob sie aber angenommen werden?) Die Verfassung des neuen Staates ist kurz und einfach und thut der Sklaverei keine Erwähnung.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 18. Juni. Wie weit der Wucher von Theateragenten getrieben wird, geht aus folgendem empörenden Beispiel hervor. Eine Tänzerin an einer hiesigen Privatbühne muß dem Agenten, der ihr Engagement vermittelt hat, von jeder Monatsgage, die 80 Thlr. beträgt, 20 Thlr. Belohnung für sein Verdienst um ihre Stellung zahlen. Es bleiben ihr also 60 Thlr. monatlich übrig, wovon sie nicht nur sich, sondern auch Eltern und Geschwister zu ernähren hat. — Die diesjährigen Berliner Rennen, deren Ruf jetzt unmittelbar hinter den englischen florirt, werden beispiellose Großartigkeiten entfalten; 37 Konkurrenzen finden statt. Zu 13 Rennen sind schon 27 Anmeldungen eingegangen, zu den übrigen folgen sie nächster Tage. Von außerhalb sind zahlreiche Renner gekommen. Das große Jagdrennen am 19. Juni und das Jockeyrennen am 25. Juni, die, wie in frühern Jahren, wieder auf der Friedrichsfelder Feldmark bei Karlshorst vor sich gehen, geben Hoffnung, die bedeutendsten zu werden. Die Prüfung und Dressurprobe der Landwehrkavalleriepferde, desgleichen die Prüfung der Zugkraft, erfolgt am 19. Juni bei der Rennbahn hinter Tempelhof.

Handels- und Börsen-Berichte.

Augsburg, 21. Juni Bayer. 3½ pCt. Oblig. $87\frac{3}{4}$ G.; 4 pCt. $93\frac{3}{4}$ G.; 4½ pCt. $100\frac{3}{4}$ P. — — G.; 5 pCt. letzte Emission $102\frac{1}{4}$ G., 5 pCt. dritte Emission $100\frac{1}{4}$ P. $100\frac{3}{8}$ G.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. $94\frac{3}{8}$ P. — G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 790 P. — G.

Frankfurt, 22. Juni. (Effekten-Sozietät.) 5 pCt. Met. $81\frac{1}{4}$; 4½ pCt. Met. $72\frac{1}{4}$; Wiener Bankaktien 1304; 5 pCt. Lomb. $89\frac{1}{4}$; Wiener Wechsel l. S. $117\frac{1}{4}$; 3 pCt. inl. span. $40\frac{1}{8}$; 1 pCt. neue $25\frac{1}{8}$. Oesterr. Kreditaktien 233. Darmstädter Bankaktien 409. Bayerische Ostbahn $105\frac{1}{8}$. Luxemburger internationale Kreditbank 568.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 174.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 24. Juni 1856

Die Prohibitiv-Zölle in Frankreich.

Der französische Zolltarif enthält bekanntlich eine große Anzahl von Prohibitiv-Zöllen, d. h. eine Menge von Waaren sind bei ihrer Einfuhr aus dem Ausland mit so enorm hohen Zöllen belegt, daß ihre Einfuhr thatsächlich geradezu unmöglich ist, indem sie nach Entrichtung des Zolls so vertheuert sind, daß sie mit den in Frankreich erzeugten Waaren dieser Gattung nicht mehr konkurriren können. Durch diese Prohibitiv-Zölle sollen die einheimischen Produzenten geschützt, und ihren Erzeugnissen der inländische Markt ausschließlich gewahrt werden. Die Erfahrung hat aber überall gelehrt, daß die einheimischen Produzenten durch solchen absoluten Schutz sicher und träge gemacht werden, sich keine Mühe mehr geben, preiswürdige Waare zu liefern, und daß so am Ende die ganze Bevölkerung des Landes verurtheilt ist, um theures Geld mit schlechter Waare ihre Bedürfnisse zu befriedigen, während sie vom Auslande viel wohlfeiler und besser damit versorgt werden könnte. Die französische Regierung hat nun kürzlich dem gesetzgebenden Körper einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach alle Prohibitiv-Zölle aufgehoben seyn sollen. Es war während der letzten Jahre schon manches Loch in das französische Prohibitiv-System gemacht worden, indem die Theuerung dazu trieb, für eine Anzahl Nahrungsmittel die Einfuhr zollfrei oder doch zu herabgesetztem Zoll zu erlauben. Nun soll aber die Ausnahme zur Regel gemacht werden —; nicht etwa als ob sofort das Freihandels-System sollte eingeführt werden; nein, die französische Regierung will für jetzt nur einen Schritt weiter; sie will die Prohibitiv-Zölle durch sog. Schutzzölle ersetzen, diese sollen nicht so hoch seyn, um die Konkurrenz der ausländischen Waaren ganz auszuschließen, aber doch hoch genug, um die ungünstigen Verhältnisse, unter welchen der inländische Produzent arbeitet, auszugleichen und zu bewirken, daß er dem Ausländer, der z. B. geringern Arbeitslohn, niedrigere Steuern ꝛc. zu bezahlen hat, also die Waaren wohlfeiler liefern kann, gewachsen sey. Ueber den volkswirthschaftlichen Werth der Schutzzölle, worüber schon so viel gestritten wurde, wollen wir uns hier nicht auslassen. Jedenfalls bekundet der Gesetzvorschlag, welcher die Prohibitiv-Zölle aufhebt, einen Fortschritt. Aber er beweist auch, daß die Regierung in der Tarifreform, wegen der vielen Rücksichten, die sie nimmt oder nehmen muß, ohne System und Methode, fast zufällig vorgeht. Die allgemeine Industrie-Ausstellung von 1855 hatte die Gegner eines freisinnigen Tarifs zum Schweigen gebracht, indem sich die französische Industrie hinlänglich erstarkt zeigte, um nicht mehr der Verbote, dagegen aber des Stachels der Konkurrenz zu bedürfen. Die Regierung schlägt vor, die Prohibitivzölle durch ziemlich hohe Schutzzölle zu ersetzen; sie gibt als Grund dafür an, daß die auswärtigen Industriellen, gegen welche Frankreich in Konkurrenz kommen kann, die Rohstoffe ganz frei oder mit geringer Belastung beziehen, während in Frankreich noch immer ziemlich schwere Zölle darauf haften. Trotz dieses Geständnisses aber hat sie die Nothwendigkeit nicht anerkannt, die Aufhebung oder möglichst tiefe Herabsetzung der Einfuhrzölle auf Rohstoffe jeder andern Maßregel auf diesem Gebiete vorausgehen zu lassen.

Daß sich gegen die Umwandlung der Prohibitiv-Zölle in Schutzzölle Alle erheben, welche aus dem bisherigen System Vortheil ziehen, ist natürlich. Die Fabrikanten in Rouen und andern großen Fabrikstädten schlagen ein lautes Geschrei auf, behaupten, sie könnten nicht mehr weiter arbeiten lassen, machen ihren Arbeitern Angst, daß sie die Fabriken würden schließen müssen und an einigen Orten kam es sogar zu tumultuarischen Auftritten. Unter diesen Umständen wird es ein sehr schwer errungener Sieg seyn, wenn die Regierung den neuen Zolltarif durch den gesetzgebenden Körper bringt. Die Opposition gegen denselben organisirt sich in und außer der Kammer. Herr Barbet, ehemaliger Pair, dermalen Maire von Rouen und einer der reichsten Fabrikanten Frankreichs, ist eigens nach Paris gekommen, um bei den Deputirten sich gegen die Aufhebung der Prohibitiv-Zölle zu verwenden. Ihm entgegen arbeitet Herr Anselme, Maire von Havre, dessen Bevölkerung für den Freihandel ist. Zahlreiche Adressen gegen den Gesetzentwurf gelangen fortwährend an die Minister und an den gesetzgebenden Körper.

Aber wenn auch die Probitivzölle gefallen seyn werden, muß noch gar viel geschehen, um gründlich zu helfen. Damit Frankreich zu einem wirklich liberalen Tarife gelange, muß man erst Mittel finden, um dem Handel und der Industrie die nöthigen Kapitalien so wohlfeil wie in England zur Verfügung zu stellen. Gegenwärtig reißt die Spekulation überwiegend die Kapitalien an sich. Kaufleute und Fabrikanten verfügen verhältnißmäßig über weniger Kredit als je. Dies wird sich schwerlich bessern, bis die zahlreichen Bank-Unternehmungen beendigt sind und geringere Geldkräfte ansprechen.

Deutscher Bund.

Die „Nat.-Ztg." schreibt: „Seitens der preußischen Regierung sind die früheren Anträge wegen Ermäßigung der Getraide- und Eisenzölle auf der Zollkonferenz in Eisenach wiederholt worden. Dagegen ist ein Antrag auf Erhöhung der Tabakszölle nicht von Preußen eingebracht (von anderer Seite wird das aber gerade behauptet), weil ohne Zweifel die süddeutschen Staaten denselben wie in früheren Jahren zur Debatte stellen werden. So viel bekannt ist, wollen aber weder Hannover noch Oldenburg einer Erhöhung des Tabakszolles zustimmen, so daß wahrscheinlich der bisherige Zollsatz auch für die nächste Zeit unverändert bleibt."

Die „Zeit" (Organ des preußischen Ministerium) schreibt: „Wir glauben nicht, daß die Verhandlungen über ein allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch als „bevorstehend" bezeichnet werden können, eben so wenig, daß Preußen mit der Ausarbeitung eines Entwurfs beauftragt sey, und diesem der Code de commerce zu Grunde gelegt werden wird. Nach unserer Kenntniß der Sachlage hat Preußen in Betreff der beregten Verhandlungen darauf hingewiesen, daß es seinerseits mit der Aufstellung eines allgemeinen Handelsrechts beschäftigt sey, zu welchem seit Jahren die Vorarbeiten betrieben werden, und daß es ihm ersprießlich erscheine, bis dahin, daß dasselbe im Entwurf fertig wäre, die Verhandlungen über ein allgemeines deutsches Handelsrecht auszusetzen."

Zu den bereits bestehenden deutschen Eisenbahnverbänden, dem Mitteldeutschen, Rheinisch-Thüringischen ꝛc., wird in Kurzem ein neuer derartiger Verband gebildet werden, über dessen Abschluß in diesem Augenblicke zwischen der k. hannoverschen, der westphälischen, der Kurfürst-Friedrich-Wilhelms-Nordbahn und der thüringischen Eisenbahn-Verwaltung die Verhandlungen schweben. Dieser neue Eisenbahnverband wird die Benennung der „Ostfriesisch-Thüringische" führen. Durch diesen wird nach der in Kurzem bevorstehenden Vollendung der Eisenbahn nach Emden eine direkte Verbindung der thüringischen Bahn von Naumburg ab mit dem Nordseehafen Emden hergestellt werden.

Berlin, 20. Juni. Die letzten Jahre haben die Einstellung der Eingangszölle auf Getraide, Hülsenfrüchte und Mühlenfabrikate als bestes Mittel gegen die Theuerung zur Nothwendigkeit gemacht; zugleich aber hat die Erfahrung auch gezeigt, daß die Gewährung einer kurzen Zollfreiheit stets nur zu einer Erhöhung der Preise treibt. Da nun die ungünstigen Erfahrungen die Zollvereins-Regierungen bestimmt zu haben scheinen, auf die Vereinbarung des Jahres 1853 zu verzichten, nach welcher eine freie Einfuhr von Reis gewährt werden könnte, wenn der Scheffel Roggen 4 Thlr. erreichte, so ist um so dringender die von Preußen auf der diesjährigen Zollkonferenz beantragte fortdauernde Ermäßigung des Zolles von Reis (sowohl

geschältem, der 1 Thlr., als ungeschältem, der 20 Sgr. per Ztnr. zahlt) auf 15 Sgr. anzurathen. (K. Z.)

Bayern. Se. Maj. der König haben bewilligt, daß zur Bestreitung der Kosten für die Errichtung eines Standbildes des Geschichtschreibers Johann Aventin in der Stadt Abensberg von Seite des historischen Vereines für Niederbayern eine Einladung zur Beitragsleistung erlassen und die eingehenden freiwilligen Gaben von demselben in Empfang genommen werden. (M. Bote.)

Preußen. Berlin, 21. Juni. Die Nachricht der „Aachener Zeitung", daß die Diözese Breslau getheilt und in Berlin ein eigenes Bisthum errichtet, ferner eine besondere Diözese Aachen mit einem eigenen Weihbischof von der Erzdiözese Köln abgezweigt werden solle, ist, wie man hört, unbegründet.

Königsberg, 18. Juni. Der Schmuggelhandel, der während der Kriegsjahre in geringerem Maße betrieben wurde, weil die jenseits der russischen Gränze stationirten Truppen hinderlich waren, scheint gegenwärtig, nachdem der Gränz-Cordon auf die alte Norm reduzirt ist, wieder den früheren Umfang erreicht zu haben; nach den neuesten Berichten von der Gränze haben blutige Zusammenstöße stattgefunden und sind mehrfache Beschlagnahmen werthvoller Waarentransporte erfolgt. (K. Z.)

Hannover. Hannover, 20. Juni. Die Westbahn ist seit gestern in ihrer ganzen Linie von Hannover nach Emden dem Betriebe übergeben und so die nächste Verbindung des Osnabrück'schen und Ostfrieslandes mit dem preußischen Westphalen und den Rheinlanden durch die Vollendung der Bahn von Münster nach Rheine hergestellt. (N.Pr.Z.)

Oesterreich. Wien, 18. Juni. Im Ministerium des Innern laufen breits die Berichte über den zu erwartenden Ausfall der Aernte in den verschiedenen Theilen der Monarchie ein. Sie lauten im Allgemeinen befriedigend, und nur in Böhmen und Niederösterreich scheint die anhaltende Dürre und Hitze die Aussichten auf eine gute Aernte getrübt zu haben.

Wien, 19. Juni. Die „Wiener Zeitung" berichtet in ihrem nichtamtlichen Theil, daß die zu Wien versammelten Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe, nachdem sie am 17. Juni ihre Berathungen geschlossen haben, am 18. Juni vom Kaiser noch einmal in einer Audienz empfangen wurden. Hierbei richtete der Kardinal Fürst Schwarzenberg, als ältester Kardinal des Kaiserthums, an den Kaiser folgende Worte: „Ew. k. k. Apostolische Majestät! Allergnädigster Herr! Das umfangreiche und wichtige Werk, bei dessen Beginn uns huldreich vergönnt war, vor Ew. Majestät zu erscheinen, ist unter Gottes Beistand zu Ende geführt. Bei aller Mannichfaltigkeit der Gegenstände, welche sich darboten, bei aller Verschiedenheit der Völker, deren geistige Bedürfnisse Beachtung erheischten, waren wir Alle Eines Geistes und Sinnes; denn unser einziges Streben war, für Alles, dessen Regelung noch bevorsteht, jene Gestaltung einzuleiten, von welcher Religion und sittliche Reinheit und eben darum auch die Wohlfahrt des Reichs Ew. Majestät am meisten Förderung zu erwarten hat. Einige Darlegungen und Bitten, welche wir ausdrücken zu sollen glaubten, werden binnen Kurzem vor Ew. M. Thron gelangen und dort jene kaiserl. Huld finden, über deren großartige Kundgebung die Kirche in allen Ländern Oesterreichs frohlockt. Nach Gott ist unser Hoffen und Vertrauen auf Ew. Maj. Frömmigkeit, Weisheit und Gerechtigkeit gerichtet. Nach dem Laufe menschlicher Dinge ist es kaum möglich, daß das wahrhaft Große bei seinem ersten Auftreten ohne alle Schwierigkeiten bleibe; aber es begibt sich mit ihm Dasselbe, wie mit der Sonne, wenn sie die leichten Nebel, die ihren Aufgang umringten, emporsteigend zerstreut und ihres Lichtes reinen Strahl versendet. In unsere Kirchensprengel heimgekehrt, werden wir mit rastlosem Eifer dahin wirken, daß die Vereinbarung ihre segensreichen Wirkungen nach allen Seiten hin verbreite, und sogar die Welt bekennen müsse, daß die Frömmigkeit zu Allem nütze sey. Der Herr wird dem Werk, das zu seiner Ehre unternommen ist, freudiges Gedeihen geben und Ew. Maj. eine Krone des Ruhms verleihen, die in allen kommenden Jahrhunderten der Weltgeschichte glänzen, droben aber im himmlischen Jerusalem nicht erbleichen, sondern zu höherem und ewigem Glanze wird verklärt werden. Der Segen des Allerhöchsten sey über Ew. Maj. und Ihrem erhabenen Hause und verbleibe immerdar!" Der Kaiser erwiderte hierauf Folgendes: „Den hochwichtigen Pflichten, welche Gott mir auferlegt hat, stets zu genügen, ist der Ruhm, nach welchem ich verlange. Zu meinen ersten Pflichten zähle ich, Das, was an mir ist, zu thun, damit das Konkordat in Allem nach Gebühr vollzogen werde. Was Sie über diese große Angelegenheit mir vorlegen, werde ich mit Wohlwollen aufnehmen und mit großer Sorgfalt erwägen. Ihren Wünschen, wo immer die Verhältnisse es gestatten, zu entsprechen, wird mir zum Vergnügen gereichen. Uebrigens lassen Sie mich ihrem Gebete empfohlen seyn, hochwürdigste Bischöfe! Reich seyen die Früchte Ihrer Bemühungen, alle Stände zu allem Heiligen und Guten anzuleiten; mein Wunsch und Streben geht dahin, daß die mir anvertrauten Völker die Güter des zeitlichen Lebens haben, ohne die ewigen zu verlieren."

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 16. Juni. Die Blätter bringen sehr ausführliche, viele Spalten füllende Berichte über das skandinavische Studentenfest. Bei dem Feste, welches der König gestern den von Upsala heimkehrenden Theilnehmern auf Drottningholm gab, ergriff er selbst zu vier verschiedenen Malen das Wort. Sein erstes und drittes Hoch galten Dänemarks König und Dänemarks Volk, die trübe Zeiten durchgemacht hätten, aber durch Einigkeit siegreich und ruhmvoll aus dem Kampfe mit den Feinden hervorgegangen seyen; sein zweiter und vierter Trinkspruch aber galt dem Wohlergehen der skandinavischen Jugend, wobei er an die Zwietracht, den Haß und die Kämpfe erinnerte, die so lange zwischen den Brudervölkern gewüthet, jetzt aber der innigsten Freundschaft, dem herzlichsten gegenseitigen Entgegenkommen Platz gemacht hätten. Auf die Bestimmung der skandinavischen Jugend über die Zukunft hinweisend, schloß der König mit dem Wunsche, daß alle Hoffnungen, die man von ihr hege, zum Heile des ganzen Nordens in Erfüllung gehen möchten. (Hamb. N.)

Frankreich.

Paris, 20. Juni. Der gestrigen Feierlichkeit der Ueberreichung der päpstlichen Rose an die Kaiserin, wohnten die beiden Almoseniere des kaiserlichen Hofes bei. Diese Rose ist herrlich gearbeitet. Sie befindet sich auf antikem rothem Marmor, worauf die Wappen des heiligen Vaters und des Kaisers in Mosaik abgebildet sind. Eine Vase mit eleganten Skulpturen geschmückt, trägt die Rose, welche ein prächtiges goldenes Bouquet bildet. Die größte dieser Rosen ist die, in welche der Papst bei Ertheilung des Segens am Pfingsttage den geweihten Balsam einschließt. (K. Z.)

* Paris, 21. Juni. Die Unterstützungen für die Ueberschwemmten nehmen — weit entfernt, spärlicher einzugehen — täglich größeren Aufschwung. Frankreich und das Ausland wetteifern, den Unglücklichen zu Hülfe zu kommen. — Der König von Sardinien trug aus seiner Privatkasse die Summe von 20,000 Fr. bei. — Der Gesandter Venezuelas überschickte 3000 Franken als Beitrag des Legations-Personals und einiger in Paris wohnender Staatsangehöriger. Die Stadt Antwerpen spendete die Summe von 6000 Fr. — Die übrigen im „Moniteur" veröffentlichten Unterzeichnungen erreichen heute die Summe von 2,200,184 Fr. 28 C. Die Subskription des „Constitutionnels" beläuft sich auf 166,914 Fr. 30 C.

* Der französische Ingenieur Julien (General-Inspektor des Straßen- und Brückenbaues), welcher die Paris-Orleans und Paris-Lyoner Eisenbahn gebaut hat, ist vor einigen Tagen nach St. Petersburg abgereist, um dort im Auftrage der russischen Regierung die im russischen Reiche vorzunehmenden Bahn-Bauten zu studiren.

* Der 14. Juni, welchen der Kaiser zum Tauftage des kaiserlichen Prinzen ersehen hatte, ist besonders merkwürdig in den Kriegsanalen Frankreichs. Es ist gleichzeitig der Jahrestag der Dünenschlacht, welche Turenne 1658 gegen die Spanier gewann; der Schlacht von Marengo 1800; der Schlacht von Friedland 1807; der Schlacht von Raab 1809 und der Landung der Franzosen in Sidi-Ferruch 1830.

Die Regierung will zur Hebung des Ackerbaues 100 Millionen verwenden, so daß die Feldarbeiten die Hände, welche bisher die Fabriken und großen Städte an sich ziehen, genügend beschäftigen werden. (Fr. Pstz.)

* Aus einer vom Abbe Darboy veröffentlichten Statistik geht hervor, daß die Bevölkerung von Paris aus 1,700,000 Einwohnern besteht, worunter nur 100,000 Nicht-Katholiken. Die 1,600,000 Katholiken bilden 133 Pfarrsprengel, mit 627 Pfarrern, Vikaren u. s. w. Im Innern der Hauptstadt bestehen für 1,200,000 Katholiken nur 48 Pfarreien mit 473 Priestern. Vor 1789 gab es 71 Pfarreien auf 700,000 Einwohner.

Der Weinbau und der Weinhandel in Frankreich gehen einer Krise entgegen. Verschiedenartige Petitionen liegen der Regierung vor. Eine aus Narbonne verlangt, daß die Regierung eine Herabsetzung der englischen Einfuhrzölle auf Wein erwirke. Aber während man einerseits über Mangel an Absatzwegen klagt, ist es andererseits kaum mehr möglich größere Weineinkäufe zu bewerkstelligen. Sogar ganz geringe Sorten sind schon äußerst selten. Niemand erwartet eine gute Aernte

keinesfalls eine reichliche. Die Traubenkrankheit flößt große Besorgnisse ein. Sie ist in sehr vielen Gegenden früher als gewöhnlich erschienen und hat sich bereits weiter als in früheren Jahren ausgebreitet. Derartige Klagen kommen vorzüglich aus dem Süden. In Bordeaux fordern die Eigenthümer so hohe Preise, daß die wenigen Einkäufer, die dort erschienen waren, sich wieder zurückzogen. (N. Z.)

Italien.

Die sardinischen Gränzpolizeibehörden verdoppeln ihre Wachsamkeit, da die Gerüchte über eine beabsichtigte Schilderhebung Mazzini's sich mehren. (Allg. Z.)

* Die Stadt Neapel zählt gegenwärtig 450,000 Einwohner. Die Zahl ihrer Lazzaroni ist nicht bekannt. In der obenerwähnten Bevölkerungszahl sind 15,000 Priester und 62,000 Mönche einbegriffen.

Turin, 17. Juni. Den Kulminationspunkt erreichte der nationale Jubel vergangenen Sonntag am Feste der Medaillenverleihung. Mit Ausnahme einer auf der Insel Sardinien garnisonirenden Brigade waren sonst alle Truppenkörper, aus welchen das Krimexpeditionskorps zusammengesetzt gewesen war, nach Turin befehligt worden. Die Stadt hatte das Ehrenamt übernommen, an diesem Tage die ganze Armee, sowohl Offiziere als Soldaten, zu bewirthen, und sie hat eine Verpflichtung, die, was Ordnung anbelangt, so schwierige, und was die Ehre betrifft, so zarte Seiten hat, auf eine noble Weise gelöst. Sogar die Pferde wurden mit gastronomischer Rücksicht traktirt. Ueber die Festfeier selbst ist wohl Alles gesagt, wenn ich sage, daß es ein unterbrochenes Opferfest von Ovationen aller erdenklicher Art für die Truppen und ihren Führer war. Auch die Aerzte, die Pharmazeuten, die Feldprediger, die barmherzigen Schwestern, die angekommenen Invaliden, die Krankenwärter, der Ambulanzen- und Proviantdienst, die Verpflegungsbeamten, die Marinesoldaten, die Steuerleute und Matrosen, alle wurden mit dem Bild der britischen Königin geschmückt. Außerdem wurden viele savoyische Militärverdienstorden, französische Ehrenlegionskreuze und Militärmedaillen ausgetheilt. Der türkische Gesandte, Mussurus Bey, drückte dem König sein lebhaftes Bedauern aus, daß die für die sardinische Armee bestimmten türkischen Orden noch nicht angekommen wären. Der König theilte die Medaille, nach gehaltenem Gottesdienste und dem Tedeum, den höheren Offizieren eigenhändig aus. Die Soldaten hatten sie schon vorher erhalten, und auf ein gegebenes Zeichen heftete sich das ganze Heer das Ehrenzeichen an die Brust. In diesem Momente erfüllten donnernde Evviva's und Hurrah's die Lüfte. (Schw. M.)

Ueber Garibaldi erfährt man, daß er sich durch Guano-Handel einiges Vermögen erworben, eine kleine Insel in den Gewässern von Sardinien angekauft und daselbst zum friedlichen Landwirth geworden.

Gegenwärtig sind im Kirchenstaat noch 14,000 Oesterreicher, 6000 Franzosen und 12,000 einheimische Truppen nöthig, um die Ruhe aufrecht zu erhalten, und diese kosten dem Staate nicht weniger als 300,000 Scudi jährlich. Schlimm ist dabei der Umstand, daß, wie die Erfahrung gelehrt hat, die Regierung sich auf die einheimischen Truppen nicht im geringsten verlassen kann, indem diese die ersten waren, die Revolution zu unterstützen, anstatt zu unterdrücken. An Bildung von Fremdenregimentern wird gegenwärtig gearbeitet; sie geht aber der zerrütteten Finanzen wegen nur langsam von Statten. Erst Ein Regiment ist gebildet (wovon ein Bataillon in Rom, das andere in den Provinzen steht). Es besteht größtentheils aus Deutschen verschiedener kleiner Staaten, sowie auch Schweizern. (Fr. Journal.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Man liest im „Journal de Constantinople" vom 9. Juni: „Die aus 200 Personen zusammengesetzte cirkassische Deputation, die bekanntlich nichts ausgerichtet hat, hat Konstantinopel am 5. am Bord des türkischen Dampfers „Mouhbiri-Sourour" verlassen, der sie nach Anapa bringen wird, dessen Munitionen die Circassier — wie versichert wird — behalten werden. Jedes Mitglied der Kommission erhielt von der Pforte 10 Pfd.Sterl." — Aus London sind dringende Befehle zur Einschiffung der noch in Skutari befindlichen englischen Kavallerie eingetroffen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 23. Juni. Durch mehrfache Verkäufe gedrückt machten beinahe sämmtliche Effekten einen kleinen Rückgang. Der Umsatz war von ziemlicher Bedeutung.

Elisabethen-Bahn 110½—⅝.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1306P. 1301G. Neue Bankaktien 431 P. 427 G. Credit-Actien à 5pCt. 234 P. 232 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82¾ P. 82½ G. 5pCt. Lombard-Ven. 89¾ P. 89½ G. Metall. alte à 5pCt. 81⅝ P. 81⅛ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72⅝P. 72⅛ G.; à 4pCt. 64¾P. 64¼ G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 118 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 P. 104½ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 290 P. 288 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 86½ P. 86 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¾P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94½ G.; 4½pCt. 101P. 100½G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105⅛ P. 104⅞ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 152 P. 151½G. Neustadt-Weissenb. 115¼ P. 114¾ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117¾G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅝P. 90⅛ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80 P. 79½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 64 P. 63½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100⅛P. 99⅝G.; 4½pC. 102½P. 102 G.; Loose à fl. 50 112⅞ P. 112⅜ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 413P. 411 G.; junge 358 P. 356 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 108⅛P. 108⅛G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47⅞ P. 47⅝G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝P. 31⅜G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85¼P. 84¾G.; à 3½pCt. 92⅞P. 92⅜G.; Bankaktien 122⅜ P. 121⅞G.; Taunus-Aktien 322 P. 320 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82 P. 81½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial —P. 87½ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 566 P. 564 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40½ P. 40¼ G.; 1pCt. neue 25¼ P. 25⅛ G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsld. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119P. 118¾G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼P. 120G	Mail. i.S.Lr.250k.S. 101¼P 101G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S. 94P. 93¾G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞P. 93⅝G.
Brem. 50Thlr. Lsd.k.S. 96¼P. 96G.	Wienfl. 100C. k.S. 117⅛P. 116⅞G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P 88¾G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅞P. 116⅝G.
Leips. Thlr. 60k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Discouto — P. 4pCt. G.

Cours von Steinkohlen-Aktien.

Leipzig, 20. Juni. Mitgetheilt von Heinr. Küstner u. Co.

Aktien der Steinkohlenbau-Vereine:		Cours incl. Einzahl.		Einzahlung.
Zwickauer (Vereinsglück)		325	—	46
Erzgebirgischen	Im Ausb.-Betrieb	270	—	100
Bürgergewerkschaft zu Zwickau. (Scheffelschein)	Im Ausb.-Betrieb	900	950	64
Nieder-Planitz und Vorder-Neudörfel. (Himmelsfürst)	Im Ausb.-Betrieb	148	—	30
Herrmannsgrube zu Reinsdorf (früher Gräfl. Solm'scher Schacht.)	Im Ausb.-Betrieb	65	—	60
Oberhohndorf-Forst	Im Ausb.-Betrieb	49	—	40
Oberhohndorf-Schader	Im Bau	—	30	20
Zwickau-Lugau (Neue Fundgrube)	Im Bau	—	18	18
Lugau-Nieder-Würschnitzer	Im Bau	100	—	100
Nieder Würschnitz-Kirchberger	Im Bau	—	27	30
Zwickau-Oberhohndorfer	Im Bohrversuche	10	—	5
Wildenfels mit Härtensdorfer	Im Bohrversuche	—	8	7
Pölbitzer	Im Bohrversuche	—	12	12
Weissenborner	Im Bohrversuche	—	2¾	3
Bockwaer	Im Bohrversuche	—	3½	1½
Zwickau-Schönauer	Im Bohrversuche	—	3½	1½
Zwickau-Vielauer	Im Bohrversuche	—	—	3
Zwickau-Reinsdorfer	Im Bohrversuche	—	5	3
Zwickau-Oberreinsdorf. I. Complex.	Im Bohrversuche	—	4½	4
do. do. II. Complex.	Im Bohrversuche	—	2½	2
Oberhohndorf-Vielauer	Im Bohrversuche	2¾	—	1
Zwickau-Brückenberger	Im Bohrversuche	—	7½	2
Planitzer	Im Bohrversuche	—	2	2
Zwickau-Leipzig	Im Bohrversuche	—	3	2
Ortmannsdorfer	Im Bohrversuche	—	1½	2
Steegenschacht bei Nieder-Würchnitz	Im Bohrversuche	—	4	4

Einzahlungen: Am 9.—10. Juli: Zwickau-Reinsdorf 4te à 1 Thlr. Am 30. Juli: Gottes Segen zu Lugau 2te à 9 Thlr. 24 Ngr. 4 Pf.

Aus dem Clevischen, im Juni. Der Roggen, sowie der Waizen haben ein vorzüglich gutes Ansehen. Bei ersterem ist die Blüthe in schönster Entwickelung. Letzterer hat bis jetzt durch die Nässe nur auf vereinzelten Feldern durch Lagerung gelitten. Die Fortsetzung des Regenwetters, welches bei dem eingetretenen Nordost-

winde nicht wahrscheinlich ist, — würde aber von jetzt ab sehr nachtheilig auf den Waizen einwirken. — Rübsen stehen sehr gut, die Blüthe des Raps war nicht gut, die vorhandenen Schoten sind aber gut ausgebildet. — Die Erbsen, der Hafer, die Gerste sind ebenfalls im schönsten Anwuchs. Kartoffeln sind gut aufgegangen. Die Einsaat des Buchwaizens war ungünstig, der früh gesäete steht sehr verkümmert. Der Stand des Klees ist in der Rheinniederung sehr gut; auf unserer Hochebene aber mittelmäßig.

Die Tabakspflanzung ist im vollen Gange, man ist etwa über die Hälfte damit vorgeschritten. Tabakbestände von letzter Aernte, in erster Hand, sind nicht mehr da.

Neueste Nachrichten.

Wien, 20. Juni. Wir vernehmen, daß der schon zu Ende des Jahres 1855 beschränkte Militäretat seit dem Frieden abermals Ersparungen erfahren, welche an 21 Millionen fl. betragen haben. Da aber durch Ersparungen allein das Gleichgewicht nicht herzustellen ist, so muß man auf Vermehrung der Einnahmen denken. Diese ergibt sich von selbst durch Entwicklung der bestehenden Steuern, und zwar, wie die bisherige Erfahrung gezeigt hat, in einem Grade, der eben so erfreulich, als überraschend ist. Allein durch diese, aus der naturgemäßen und regelmäßig fortschreitenden Zunahme der bestehenden Abgaben sich ergebende Vergrößerung der Einnahmen wird der Bedarf nicht gedeckt. Man mußte also auf Vermehrung der Einnahmen sinnen. Die Berathungen über die Art der Vermehrung der Einnahmen stehen jedoch noch auf der untersten Stufe, und ist ihre Beendigung im Laufe dieses Jahres nicht zu erwarten. (K. Z.)

° Wir haben neulich gemeldet, daß der Oberpräsident der holsteinischen Stadt Altona, Baron von **Scheel-Plessen**, seines Amtes enthoben worden ist. In den holsteinischen Blättern ist nun der Bericht veröffentlicht, welchen der Minister für Holstein an den König Herzog über diesen Gegenstand gerichtet hat, und daraus ist zu ersehen, daß der Grund dieser Absetzung lediglich der andauernde Widerstand war, welchen Baron v. Scheel Plessen sowohl in der holsteinischen Provinzial-Ständeversammlung als auch im Reichsrath gegen verschiedene Maßregeln der Regierung geleistet hatte. Seine Opposition als Mitglied der Provinzial-Ständeversammlung würde ihm zwar den Hals nicht gebrochen haben; der Bericht des Ministers läßt sich hierüber sehr naiv aus, indem er zugibt, daß, wenn sonst nichts vorgekommen wäre, die Regierung keinen Anlaß gehabt hätte, von dem Grundsatz, daß Beamte als Ständemitglieder ihre Ansicht ungescheut sollten äußern dürfen, abzuweichen. Aber die Opposition, die Baron v. Scheel-Plessen im Reichsrath machte, war zu hartnäckig und zu gefährlich, als daß man sie durfte hingehen lassen. Der Bericht sagt hierüber Folgendes: „Unter den 11 Mitgliedern des Reichsrathes, welche den Antrag stellten, daß das Verfassungs Gesetz vom 2. Oktober 1855 den verschiedenen Repräsentationen der einzelnen Theile der Monarchie zur Begutachtung vorgelegt werden möge, war der Ober-Präsident Baron von **Scheel-Plessen** der einzige Beamte, und er trat als Wort-Führer für jenen Antrag auf. Im Laufe der Debatte wurde nun von ihm und Namens jener 11 freilich anerkannt, daß der Reichsrath in der Form, in welcher er bestehe, zwar als gegeben betrachtet werde, dagegen wiederholt ausgesprochen, daß das Verfassungsgesetz vom 2. Oktober 1855 auf verfassungsmäßigem Wege nicht zu Stande gebracht sey, daß ihm die Rechtsbasis fehle, und auf die wiederholte Bemerkung des Präsidenten, daß jedes Mitglied des Reichsrathes durch seine Theilnahme an der Versammlung die Rechtsbeständigkeit und volle Gültigkeit der Verfassung anerkenne, wurde erwidert, daß die Gegenwart in der Versammlung zu diesem Schlusse nicht berechtige. Die Regierung Ew. kgl. Majestät ist zu verlangen berechtigt und verpflichtet, daß der Beamte die von Ew. Majestät verfassungsmäßig Allerhöchst gegebene Verfassung als rechtsbeständig anerkenne und demgemäß sein Verhalten einrichte. Der einem Distrikte vorgesetzte Oberbeamte muß überdies die Verpflichtung haben und erfüllen, in dieser Richtung die ihm untergeordneten Beamten und Eingesessenen des Distrikts zu leiten, wenn es erforderlich ist. Der Oberbeamte aber, welcher auf die oben bezeichnete Weise öffentlich sich ausgesprochen hat, kann weder willig noch geeignet seyn, jener Verpflichtung nachzukommen, und wenn ein solcher beklagenswerther Fall eintritt, so wird das beikommende Ministerium sich in der Nothwendigkeit befinden, auch ohne allerhöchst gegebene Veranlassung die Aufmerksamkeit Ew. königl. Majestät allerunterthänigst darauf hinzuleiten, daß die Entlassung dieses Beamten erforderlich seyn dürfte."

Aus der Schweiz, 21. Juni. Es bestätigt sich, daß der gewesene Schultheis von Luzern, **Siegwart Müller** (bekannt aus der Sonderbundszeit, und wegen seiner damaligen Wirksamkeit in einen Landesverrathsprozeß verwickelt, der voraussichtlich nie zu Ende kommt), vom Papst Pius IX. den **St. Gregoriusorden** erhalten hat. In der latein. Ernennungsurkunde heißt es: „Deine bewährte Religiosität und der Ruf von Deinem makellosen Wandel nebst anderen Tugendzierden, die Dich Uns empfehlen, überdies Deine Ergebenheit, mit der Du, wie Wir wissen, Uns und dem heil. Stuhle zugethan bist, haben Uns bewogen, Dir einen glänzenden Ehrentitel zu verleihen, um Dir dadurch Unsere Gewogenheit und Zuneigung zu bezeugen." (Fr. Postz.)

London, 20. Juni. Admiral Sir **Edmund Lyons**, dessen Erhebung zur Peerswürde bevorsteht, trat im Jahre 1801 im Alter von 11 Jahren in den Flottendienst und zeichnete sich schon, ehe er das Alter der Großjährigkeit erreicht hatte, durch eine jener Thaten aus, die man in der Regel, ehe sie wirklich vollbracht sind, für unmöglich hält, indem er das an der Sunda-Straße gelegene Fort Marrack, welches durch 54 Kanonen und 200 Mann vertheidigt wurde, mit einem Boote, in dem sich nur etwa 35 Mann befanden, angriff und einnahm.

Paris, 21. Juni. Für den kaiserlichen Erbprinzen sind vom Prinzen Oskar von Schweden im Auftrage seines Vaters, dem Kaiser die Insignien des Seraphinen-Orden am 20. überreicht worden.

Paris, 21. Juni. Der Staatsrath hat heute einen Gesetzentwurf gutgeheißen, der den Kindern jeder der zwei Töchter des verstorbenen Königs Ludwig Philipp 200,000 Fr. Rente bewilligt. (K. Z.)

Paris, 21. Juni. **Berlioz** wurde heute zum Mitgliede der schönen Künste ernannt. — Graf **Orloff** ist wieder in Paris eingetroffen. — Heute Nachmittag um 12 Uhr traf der **Prinz-Regent von Baden** in Paris ein. Derselbe kam von London über Calais. — Der Schaden, den die **Ueberschwemmungen** an der Aernte und anderem Privateigenthum angerichtet haben, wird auf 150 Millionen Franken geschätzt. Die Maulbeerbäume sollen besonders stark gelitten haben. Der betreffende Schaden wird auf 30 Millionen angegeben. (K. Z.)

Paris, 22. Juni. Der heutige „Moniteur" meldet: Die **Manufakturisten** sind sehr aufgeregt über die vorgeschlagene Aufhebung der Prohibitionen. Ihre Befürchtungen sind ohne Grund, Schutzzölle werden die Einfuhrverbote ersetzen, und die Regierung wird für einzelne Zölle sogar Erhöhungen vorschlagen. — Das amtliche Blatt berichtet ferner nach Mittheilungen aus **Konstantinopel** vom 13. Juni, daß Kars den Türken zurückerstattet und Redut Kale geräumt worden ist. — Aus **Madrid** wird vom 21. Juni, Abends, gemeldet, daß die Königin Isabella vorzeitig niedergekommen ist. (T.D.d.K.Z.)

Konstantinopel, 11. Juni. Wir erfuhren noch Montag Abends, daß (wie schon kurz erwähnt) in Tenedos der Sohn des französischen Konsul's am ersten Bairamtags (Mittwochs) im Bazar ermordet worden ist. Nach dem, was bis jetzt darüber verlautet, hätte derselbe aus Unachtsamkeit einem Türken auf den Fuß getreten, und daraus wäre Streit, Schlägerei gefolgt, und hätte mit Tödtung des Unglücklichen geendet. Noch haben wir keine weiteren Details darüber gehört. Eines steht fest: daß die Gereiztheit der Gemüther sehr groß ist. (K. Z.)

Von der polnischen Gränze. In den militärischen Kreisen beschäftigt man sich sehr angelegentlich mit dem Wiederaufbau von **Sebastopol**, wobei man sich die Erfahrungen des letzten Kriegs zu Nutzen machen wird. Der Neubau der Südseite der Festung soll in kurzem nach einem neuen Plan begonnen werden. Der Pariser Friedensvertrag verbietet nur die Errichtung von See-Arsenalen für eine Kriegsflotte; um so großartiger werden die Docks und Werfte für die Handelsmarine werden, was Rechtens nicht verboten ist. Die Regierung weiß zwar recht gut, daß Sebastopol seiner Lage nach kein günstiger Handelsplatz werden kann, aber durch die Umstände gezwungen, errichtet sie hier den Handelshafen, um Schiffswerfte zu haben. Zunächst sollen nun auf der Südseite die neuen Befestigungen zur Ergänzung der nördlichen Forts hergestellt werden, und alsdann will man an den Bau der Werfte für die Handelsmarine gehen und gleichzeitig den Einwohnern Plätze und Trümmer ihrer frühern Häuser wiedergeben, und sie bei dem Neubau nach einem modernen Plan unterstützen. (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 175.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 25. Juni 1856

Deutscher Bund.

= **Bayern** München. (Privat-Korresp.) Se. Maj. der König haben vermöge allerhöchster Entschließung vom 16. dieses, die Bildung einer Aktiengesellschaft zum Betriebe des Hagelversicherungs-Geschäftes unter der Benennung „Neue Bayerische Hagelversicherungs-Gesellschaft" allergnädigst zu genehmigen geruht. Wir haben schon früher Gelegenheit gehabt, von dem Entstehen dieses Unternehmens, an deren Spitze meistens große adelige Gutsbesitzer stehen, in den öffentlichen Blättern Erwähnung zu machen, und freuen uns nun auch die allerhöchste Genehmigung hiezu bekannt geben zu können. Die Aktienzeichnungen, welche auf eine Summe nicht beschränkt sind, befinden sich im vollen Gange, und wir wollen in dieser Hinsicht nur bemerken, daß mit der Zeichnung von Einhundert Gulden, welche in halbjährigen Raten zu Vier vom Hundert verzinst werden, und wobei noch auf eine Dividende und Superdividende Aussicht gegeben ist, Eine Aktie erworben werden kann, so daß auch minder Bemittelte Mitglieder dieser Gesellschaft werden, und dadurch bei Gründung einer der wichtigsten volkswirthschaftlichen Anstalten sich betheiligen können. Derlei Aktienzeichnungen können vorläufig im Comptoir des Bankier, Herrn Herrmann v. Kraft — Theatinerstraße Nr. 35/II. — sowie in dem Bureau der Hauptagentur für das Königreich Bayern der k. k. österreichischen Versicherungs-Gesellschaft in München — Theatinerstraße Nr. 46/I. — mündlich oder schriftlich angemeldet werden.

München, 22. Juni. Nach dem Schlusse des Landtags werden die k. Staatsminister abwechselnd mehrwöchentlichen Urlaub antreten; der k. Staatsminister der Finanzen Dr. v. Aschenbrenner namentlich begibt sich gleich dem Vorjahre nach Achselmannstein. (A. Abdz.)

München. Prinz Luitpold wird am 1. Juli sich mit seinen Kindern auf 6 Wochen nach der schönen Villa bei Lindau begeben, woselbst Ihre k. Hoh. die Frau Prinzessin Luitpold nach beendeter Kur in Marienbad eintreffen wird.

* Der Abg. Frhr. v. Lerchenfeld leitet als Berichterstatter des Finanzausschusses der 2. Kammer seinen Vortrag über die Postulate der Regierung für Durchführung der Gerichtsorganisation mit folgenden Worten ein:

„Nachdem nunmehr am Schlusse eines zehnmonatlichen Landtags endlich die wenigstens theilweise Verbesserung unserer Rechtspflege durch das Gesetz, „Einige Aenderungen" 2c. betr., verheißen ist, wurde dem Berichterstatter in Mitte der allgemeinen Abspannung und Ermüdung und des wohlbegründeten Wunsches — endlich einmal an's Ziel zu gelangen — die Aufgabe über die zur Durchführung jenes Gesetzes gestellten Postulate der Staatsministerien der Justiz und des Innern Bericht zu erstatten. Wenn dieser Bericht die Spuren der persönlichen Ermattung seines Verfassers und der Uebereilung, – wozu der Wunsch, die knapp zugemessene Zeitdauer des Landtages einzuhalten, dessen Beendigung nicht zu verzögern, treibt und drängt — sichtlich an sich trägt, so bittet Berichterstatter desfalls um Nachsicht, er fühlt das Ermatten seiner Kräfte; allein er konnte in diesem Augenblicke nicht einem andern Mitgliede des Ausschusses zumuthen, sich jetzt erst mit einer Reihe von Einzelnfragen zu befassen, welche die beschleunigte Erledigung erheischt und will sich seinem Auftrage unterziehen, so weit er ihm eben zu genügen vermag."

Zu dem Mehrbedarf für den Justizetat insbesondere übergehend, faßt Frhr. v. Lerchenfeld die Forderungen der Staatsregierung folgendermaßen zusammen: „Der Mehrbedarf dieses Etat beruht auf der Voraussetzung einer Vermehrung der Zahl der Bezirksgerichte (bisher Kreis- und Stadtgerichte) auf 31, indem dem Stadtgerichte Erlangen, welches bisher bloß Zivil-Jurisdiktion hatte, nunmehr auch die Kriminal- und umgekehrt die Stadtgerichte Aichach und Wasserburg, welche bisher nur diese übten, in Zukunft auch die Zivil-Jurisdiktion übertragen werden soll, und außerdem 10 neue Bezirksgerichte errichtet werden sollen. In dem Personalstatus dieser Gerichte soll eine Mehrung in der Art stattfinden, daß statt der bisherigen 116 Räthe, 67 Assessoren, 69 Protokollisten und 68 Schreiber in Zukunft 219 Räthe, 117 Assessoren, 93 Protokollisten und 87 Schreiber bei denselben angestellt werden sollen, und der Besoldungsetat dieser Behörden ist nach den bisherigen Besoldungsnormen zu 480,624 fl. 30 kr., der Regiebedarf zu 206,817 fl. zusammen zu 687,441 fl. 30 kr. berechnet. Das kgl. Staatsministerium führt zur Rechtfertigung dieses Postulates an, daß den künftigen Bezirksgerichten neben der Gesammtaufgabe der gegenwärtigen Kreis- und Stadtgerichte zufalle: 1) Die Verhandlung und Entscheidung aller bisher zur Zuständigkeit der Landgerichte gehörenden wichtigen Zivilprozesse und Konkurse deren Zahl sich nach dem Gutachten der Appellationsgerichte auf mindestens 15,000 belaufen soll. 2) Die Führung der Voruntersuchungen in ihrem ganzen Bezirke, soweit nicht für entferntere Landgerichtsbezirke besondere Kriminal-Adjunkten (Bezirksuntersuchungsrichter) aufgestellt werden 3) Die Aburtheilung in zweiter Instanz bezüglich der durch spezielle Gesetze den Gerichten zugewiesenen Uebertretungen. 4) Die gesammte Zivilrechtspflege am Orte ihres Sitzes, also auch das Einzelrichteramt und die nichtstreitige Rechtspflege."

„Nach den Durchschnittsberechnungen der 3 letzten Jahre sollen in den Landestheilen diesseits des Rheins jährlich 25,862 Voruntersuchungen anfallen, zu deren Führung mindestens 115 Voruntersuchungsrichter nothwendig seyen, indem die Führung von 224 Untersuchungen im Durchschnitt einen Beamten vollständig beschäftige. Die Vorarbeiten zur künftigen Eintheilung der Kriminalbezirke lasse als entsprechend erachten, 59 ständige Untersuchungsrichter bei den Bezirksgerichten und 56 Kriminaladjunkten aufzustellen. Gegenwärtig seyen bei den Kreis- und Stadtgerichten nur 26 Beamten mit Führung der Voruntersuchung beschäftigt, weßhalb eine Mehrung von 33 Richtern an den Bezirksgerichten hiefür erforderlich sey. Die Einwohnerzahl der 11 Städte, in welchen die Errichtung neuer Stadtgerichte beabsichtigt sey, sowie jene der Städte Aichach und Wasserburg, in welchen zur Zeit die Landgerichte die Zivilrechtspflege üben, belaufe sich auf beiläufig 44,000 Seelen, die Geschäfte des Einzelnrichteramtes und der nichtstreitigen Rechtspflege für diese 13 Städte bedingten mindestens 12 Richter. Zur Verhandlung und Entscheidung der an die Bezirksgerichte übergehenden wichtigen Zivilprozesse und Konkurse und der übrigen unter Ziff. 3 erwähnten Geschäfte bleibe daher nur eine Zahl von 96 Richtern übrig, welchen hiedurch eine nur mit

größter Anstrengung zu bewältigende Geschäftsaufgabe zugewiesen sey."

Bezüglich der Staatsanwälte wird eine Personalvermehrung in der Art beantragt, daß statt 19 ersten, 20 zweiten und dritten Staatsanwälten und 13 funktionirenden Substituten in Zukunft 31 erste, 14 zweite Staatsanwälte und 9 funktionirende Substituten bestehen sollen, wodurch sich der Besoldungsetat von 58,200 auf 69,000 fl., der Regiebedarf von 13,500 auf 19,000 fl., der Gesammtetat von 71,700 auf 88,000 fl. erhöht, indem bei jedem Bezirksgerichte mindestens ein erster Staatsanwalt erforderlich ist. Schließlich postulirt das Staatsministerium der Justiz eine Erhöhung der Ansätze für ständige Bauausgaben, für Kommissionskosten und Reisediäten, endlich für Umzugsgebühren von je 1000 fl., so daß sich nach Abzug der bereits im Etat der Justiz für Errichtung neuer Kreis- und Stadtgerichte vorgesehenen Summe von 20,622 fl. ein Mehrbedarf von 242,892 fl. entziffert."

Frhr. von Lerchenfeld spricht, indem er vorschlägt, die ganze Summe zu bewilligen, dabei die Hoffnung aus, daß diese Gelegenheit einer so bedeutenden Vermehrung in der Zahl der Stadtgerichtsräthe Anlaß bieten werde, einer namhaften Zahl jener Landgerichts-Assessoren, welche sich bisher schon im Justizdienste ausgezeichnet haben, und welche vielleicht gerade in Folge ihrer vorzugsweisen Beschäftigung mit Justizsachen nur wenig Aussicht auf Beförderung im Landgerichtsdienste haben dürften, die wohlverdiente Beförderung im Justizdienste zu gewähren.

„Berichterstatter kann übrigens, so fährt er fort, nicht umhin, hier auch darauf aufmerksam zu machen, daß unter den Quiescenten des Landgerichtsdienstes sich gar manche befinden, welche sich als Justizbeamte völlig tüchtig, aber zu Landrichtern befördert, nicht als jene Protensnaturen bewährt haben, welche unsere bisherige Organisation bei einem Landgerichsvorstande voraussetzt. Solche Männer könnten als Bezirksräthe auch sehr ersprießliche Dienste leisten und hier eine willkommene Gelegenheit zu fernerer nützlicher Thätigkeit und die Aussicht auf weitere Beförderung finden; wie denn überhaupt bei diesem Anlasse gar mancher Quieszent, welcher nur deßhalb bisher nicht reaktivirt wurde, um nicht tüchtigen jungen Kräften die Laufbahn zu versperren, seine Reaktivirung finden könnte und sollte. Wenn zur Zeit der Etat der Justiz eine unverhältnißmäßige Höhe erreicht, so ist dies lediglich Folge des Stockens unserer Justizreform während der letzten sechs Jahre. Die Einführung einer zweckmäßigen, auf dem Selbstsehen und Selbsthören der Urtheilenden, d. h. auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit beruhenden Civilprozeßordnung würde nebst unzähligen andern sofort den Vortheil bieten, daß die Zahl der Mitglieder des obersten Gerichtshofes auf die Hälfte, wo nicht auf ein Drittheil ihres bisherigen Standes vermindert, bei den Appellationsgerichten wenigstens die sämmtlichen Assessoren hinwegfallen könnten und so eine Minderung des Justiz-Etat von 120 bis 140,000 fl. eintreten könnte. Uebrigens wird sich jedenfalls der Mehraufwand für die Bezirksgerichte größtentheils durch Minderung der Untersuchungskosten ausgleichen, welche jedoch unter den Etat der Staatsanstalten für Sicherheit verrechnet werden, und deßhalb hier nicht in Ansatz gebracht werden können." (Schluß folgt.)

Preußen. Magdeburg, 22. Juni. Von dem Uhlichschen „Sonntagsblatt" waren nach langer Suspension zuerst drei konfiszirte Nummern ausgegeben worden, denen dann Doppelnummern folgten. Die heute zu versendende Doppelnummer ist abermals konfiszirt worden. — In der benachbarten Stadt Schönebeck, bekannt durch ihre Salinen, ist der Bürgermeister Schneider einstimmig wieder zum Bürgermeister für die neue Amtsperiode gewählt, allein als solcher von der hiesigen Regierung nicht bestätigt worden. Herr Schneider war bekanntlich einst ein einflußreiches und durch Talent und Rednergabe hervorragendes Mitglied der Berliner Nationalversammlung. (Fr. J.)

Königsberg, 19. Juni. In unserer Provinz bereitet sich ein industrielles Unternehmen vor, dessen Folgen höchst segensreich zu werden versprechen. In Thorn ist eine Anzahl von Geschäftsleuten zusammengetreten, um auf Grund eines Aktienunternehmens eine Eisenbahn von diesem Orte, quer durch die Provinz, bis Tilsit zu bauen. Die Bahn würde dem Plane gemäß bei Wehlau die nach der russischen Gränze verlängerte Ostbahn schneiden und die fruchtbarsten Theile der Provinz berühren. Das bezügliche Exposé ist vom Handels-Minister günstig aufgenommen und wird mit Genehmigung desselben gegenwärtig durch den Druck veröffentlicht. (K. Z.)

Württemberg Stuttgart, 21. Juni. Die Kaiserin-Mutter von Rußland hat heute die Reise nach dem Wildbad angetreten, um dort die Badekur zu beginnen.

Baden. Mannheim, 18. Juni. Von dem in seiner Gefangenschaft in Folge des Aufstandes von 1849 bekannten ehemaligen Pfarrer Georg Fr. Schlatter, der hier seinen Aufenthalt genommen hat, ist so eben eine Schrift erschienen: „Das System der Einzelhaft in besonderer Beziehung auf die neue Strafanstalt in Bruchsal. Stimme eines Gefangenen über Zuchthäuser." Sie spricht sich zum Vortheile der Einzelnhaft vor der gemeinschaftlichen aus und gibt der badischen Strafanstalt das Zeugniß einer musterhaften Verwaltung und mancher Vorzüge vor andern ähnlichen Anstalten, ohne zu verschweigen, daß auch hier noch manche Verbesserung wünschenswerth wäre. Sehr anerkennungswerth ist die Ruhe voll Resignation, mit welcher eine so tief in das Gemüthsleben einschneidende Vergangenheit zum Gegenstande einer Forschung gemacht wurde, aus welcher Wissenschaft und Humanität manchen Gewinn ziehen können. (Schw. M.)

Nassau. Wiesbaden, 21. Juni. Heute war eine lange und lebhafte Sitzung der 2. Kammer. Der Abg. Rau (Domkapitular von Limburg) rechtfertigte seinen Antrag, die Kammer wolle 1) das von der Regierung über das „bischöfliche Amtsblatt" verhängte Verbot für ungesetzlich erklären, und 2) die Regierung ersuchen, dasselbe aufzuheben, in einer sehr ausführlichen, bezüglich der Streitfrage über das Placet des Landesherrn auf dem Standpunkt des oberrheinischen Episkopats stehenden Darstellung und Deduktion. Nachdem die Abbg. Metzler und Schellenberg den Standpunkt der Regierung, Rau den des Bischofs von Limburg in wiederholten Vorträgen vertheidigt, Regierungsrath v Trapp den Antrag bekämpft, der Abg. Braun seine Meinung dahin ausgesprochen, daß die vorliegende Differenz (über das Placet) einen Bestandtheil des sog. oberrheinischen Kirchenkonflikts bilde, und die Stände eine Aburtheilung des letzteren nicht an sich ziehen möchten, weil sie von einer, vielleicht auch von beiden der streitenden Theile als Richter darüber nicht anerkannt würden, ward die Inbetrachtnahme der Anträge, und zwar von Antrag 1 mit allen Stimmen gegen 3 (Mohr, Knapp und Rau), die von Antrag 2 mit allen gegen 5 Stimmen (die 3 genannten und Schwickert und Eigner) abgelehnt. (Mrh. Z.)

Reuß. Gera, 17. Juni. Vom hiesigen Consistorium wird zur Beseitigung der seitherigen Ungleichheiten und fühlbar gewordenen Uebelstände nach höchster Entschließung bekannt gemacht, daß jedes neugeborene Kind in der Regel innerhalb der ersten 14 Tage (exkl. des Geburtstags) zur Taufe zu *bringen* sey. Ein längerer Aufschub der Taufe kann nur bis *zum* 28sten Tage nach der Geburt und gegen Entrichtung von 5 Sgr. für jeden Tag des Aufschubs zum Aerar der betreffenden Kirche gestattet werden, für noch weitere Hinausschiebung ist landesherrliche Dispensation erforderlich. (Fr. Pstz.)

Oesterreich. Wien, 18. Juni. Der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben für die Restauration des Kaiserdoms in Frankfurt a. M. 2000 fl. gespendet.

Wien, 20. Juni. Im Einverständniß der betreffenden Behörden ist dem Grafen Franz Toldalagi die Bewilligung zu den Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Großwardein über Klausenburg, Marosch-Vasarhely nach Kronstadt und bis zum Ojtozer Passe mit der eventuellen Zweigbahn über Karlsburg nach Hermannstadt mit der Vollendungsfrist von zwei Jahren ertheilt worden.

Niederlande.

Amsterdam, 20. Juni. Die wahre Ursache der Ministerkrisis besteht, nach den Aeußerungen Einiger, welche gut unterrichtet zu seyn vorgeben, in der anhaltenden Uneinigkeit des Kabinets in Betreff der meisten Punkte der gouvernementalen und administrativen Verwaltung, und besonders in Betreff der Behandlung solcher Fragen, wobei der Gottesdienst und überhaupt die Religion in Betracht kommt. (Deutschl.)

Großbritannien.

London, 21. Juni. Das Gerücht, daß die Regierung Abtheilungen der deutschen und schweizerischen Legion nach Kanada schicken wolle, ist vollkommen grundlos. So schreibt die Englische Korrespondenz.

Frankreich.

Paris, 21. Juni. Dem hier residirenden badischen Gesandten, der dem Prinz Regenten von Baden bis Calais entgegengereist war, begegnete dort ein Unglücksfall, der schlimme Folgen hätte haben können. Als er das Dampfschiff, auf dem der Prinz ankam, besteigen wollte, fiel er in's Wasser, ward aber glücklicherweise von einem Douanier sogleich wieder herausgezogen. — Zu dem gestern in St. Cloud gegebenen Balle waren 400 Personen geladen worden. Derselbe dauerte bis 2 Uhr Morgens. Das große Diner, das gestern die Maires von Paris und den Departementshauptstädten dem Minister des

Innern gaben, fand in dem Salon der Freres Provençeaux im Palais Royal statt. Der Minister des Innern, Herr Billault, brachte mit großer Wärme einen Toast auf den Kaiser und der Maire von Lille, der Präsident des Bankets war, einen Toast auf den Minister des Innern aus. — Heute früh 6 Uhr verließ der Prinz Oskar von Schweden St. Cloud, um seine Rückreise nach Schweden anzutreten. — In den Salons der Fusionisten gibt ein Brief, den kürzlich der Graf von Paris über das Verhältniß der Orleanistenpartei zu den Legitimisten geschrieben hat, viel zu reden. Dieses Schreiben hat wieder Zwietracht in das Lager geworfen, und Herr v. Montalembert hat bereits Paris verlassen, um sich zu dem Grafen von Paris und der Herzogin von Orleans, dessen Mutter, zu begeben und über dieses Dokument, das die Ansprüche der jüngern Linie auf den Thron Frankreichs strikt aufrecht erhält, und von einer Versöhnung beider Linien, welche der Herzog von Nemours angebahnt hat, nichts wissen will, Aufklärung zu verlangen. (Fr. Pstz.)

* Paris, 22. Juni. Es scheint, daß man beabsichtigt das Mobiliar der Tuilerien zu erneuern; denn es wurden deßfallsige Aufträge an die größten Lyoner Möbelstoff-Fabriken ertheilt und sind bereits mehrere Stücke von einer, ihrer Bestimmung entsprechenden Pracht in der Arbeit.

* Die französische Regierung hat nun beschlossen einen von ihr mit Geld unterstützten transatlantischen Paquetbootdienst, mit bestimmten Abfahrtstagen und großer Geschwindigkeit nach New-York (von Havre aus), nach Brasilien (von Havre und Marseille aus) und nach den Antillen (von Nantes und Bordeaux aus) ins Leben zu rufen.

* Nach den letzten Mittheilungen des Marschalls Pelissier sind seit der Friedensunterzeichnung bis zum 13. l. Mts. 3620 Offiziere, 93,826 Mann und 16,046 Pferde von der Krim nach Frankreich eingeschifft worden. Es bleiben nur noch einzuschiffen: 731 Offiziere, 22,942 Mann und 7200 Pferde und Maulthiere. — Das Artillerie-Material war unter dem 13. fast sämmtlich eingeschifft, ebenso das Material des Genie-Corps.

Paris, 22. Juni. Der regierende Fürst von Monaco, Florestan I., ist hier vorgestern Nachmittags verschieden. Sein Nachfolger ist Herzog v. Valentinois.

Der Prinz Oskar von Schweden hat vor seiner Abreise nach England im Auftrage seines Vaters, des Königs von Schweden, dem Prinzen Murat das Großkreuz des St. Olafs-Ordens überreicht.

Italien.

Rom, 16. Juni. Soeben ist das geheime Konsistorium zu Ende und demselben wird das öffentliche am nächsten Donnerstage folgen. Ich habe die betreffenden Akten noch nicht in Händen, doch weiß ich bereits aus zuverlässiger Quelle, daß zu Kardinalpriestern erhoben wurden: Msgr. Camillo di Pietro, bereits im Konsistorium vom Juni 1853 zu dieser Würde designirt, Gregor Haulick, Michael Lewicki, vom griechisch-rutenischen Ritus und Alexander Bernabo; zu Kardinaldiakonen: Kaspar Grasselini und Franz de Medici d'Ottajano. Außerdem wurden dreißig Bischöfe, mit Inbegriff derer in partibus infidelium präconisirt. Unter denselben befinden sich folgende drei deutsche: Dr. Konrad Martin von Geismar für den bischöflichen Stuhl von Paderborn, Gregor Scheer, Abt des Benediktinerstiftes Metten, für den erzbischöflichen Stuhl von München-Freising und Michael Deinlein, Bischof von Adramytum in part. und Auxiliar des hochw. Erzbischofs von Bamberg, zum Bischofe von Augsburg. (Deutschland.)

Die Dinge in Parma scheinen eine unerwartete Wendung zu nehmen. Ueber das Verhältniß der heimischen Behörden zu dem Kommandanten der österreichischen Truppen hatte sich ein Konflikt zwischen beiden Theilen erhoben, in Folge dessen der Fürst Soragni bereits seit längerer Zeit seine Funktionen als Präsident der Militärkommission niedergelegt hatte. Oesterreich hatte zur Beilegung des Konflikts den Herrn v. Thun nach Parma geschickt, und dieser hatte, wie auch Marschall Radetzky für den österreichischen Befehlshaber Partei genommen. Jetzt hat sich nun, wie der „Indep." aus Turin geschrieben wird, die Herzogin Regentin entschieden gegen die Oesterreicher erklärt. Sie hat alle in den Gefängnissen von Parma sitzenden politischen Gefangenen freigelassen und die Einstellung jedes weiteren Verfahrens gegen dieselben verfügt. Es ist nun die Frage, ob die Regentin einen weitern Schritt thun und die Zurückziehung der österreichischen Truppen aus ihrem Gebiete fordern wird. (?)

Mehrere italienische Blätter melden weiter nach Korrespondenzen aus Parma, daß der österreichische Kommandant daselbst, Graf Crennevill, die Weisung erhalten habe, die Leitung der inneren Angelegenheiten des Herzogthums dem Gutdünken der herzoglichen Regierung anheimzustellen. In Folge eines Erlasses der Herzogin-Regentin sey die Militärkommission aufgelöst, die Gefangenen in Freiheit gesetzt worden. Man glaube dort, daß der Belagerungszustand nächstens aufgehoben werde.

Turin, 19. Juni. Der Minister des Innern hat ein sehr strenges Zirkular ergehen lassen, welches Allen auf das bestimmteste einschärft, mit aller Strenge gegen jenen Theil des Klerus zu verfahren, welcher Opposition gegen die neuen Gesetze machen sollte. (Fr. Pstz.)

Turin, 19. Juni. Die Gazzetta piemontese enthält die Entlassung Durandos als Kriegs- und Marineminister, dessen Ernennung zum Generallieutenant in Disponibilität und Commandeur des St. Mauritius- und Lazarusordens, ferner die Ernennung des Generals Alphons della Marmora zum Kriegs- und Marineminister. Paleocapa hat sich in Angelegenheiten des Suezkanals nach Paris begeben. (O. C.)

Rußland und Polen.

Die Getraidetheuerung ist in Polen auf eine Höhe gestiegen, wie sie seit Menschengedenken nicht gewesen. Man bezahlt den Korzig Waizen (= 2½ Scheffel preuß.) mit 60 bis 65 polnischen Gulden (10—11 Thlr.), den Roggen mit 52 bis 56 fl., die Gerste mit 40—48 fl. und den Hafer mit 35—38 fl. Um die Höhe solcher Preise richtig zu würdigen, muß man wissen, daß in diesem Lande der mehrjährige Durchschnittspreis von Waizen 14 fl., von Roggen 12 fl., von der Gerste 9 fl. und vom Hafer 6 fl. ist. Nur der große daselbst herrschende Mangel konnte eine solche Theuerung erzeugen. Es wird viel aus Schlesien eingeführt. (Schw. M.)

Amerika.

London, 19. Juni. Der Absatz der amerikanischen Tageblätter steigt so gewaltig, daß einige derselben ihre ohnedies schon gigantischen Druckmaschinen durch noch größere ersetzen müssen. Die größte derselben wird eben jetzt mit einem Kostenaufwande von 25,000 Dollars gebaut; sie wird aus acht Zylindern bestehen, um 20,000 Exemplare per Stunde oder 333 per Minute drucken zu können. Bereits existiren drei andere, die nicht viel weniger Exemplare abzuziehen im Stande sind; davon gehört eine dem „Philadelphia Ledger," der täglich 80,000 Exemplare absetzt (wohl das verbreitetste Tageblatt der Union), die zweite dem „New York Sun," der in Verbindung dieser Maschine mit einer zweiten von 4 Zylindern 30,000 Exemplare per Stunde drucken kann; die dritte dem „New-York Herald," der neben einer sechszylindrigen noch 2 vierzylindrige Maschinen besitzt, und in jeder Stunde 40,000 Exemplare drucken kann. „New-York Times" und „Tribune" haben jede eine sechs- und eine vierzylindrige Presse; „Advertiser" und „Post" jede einen Vierzylinder u. s. w. Eine vierzylindrige Presse zieht 10,000 Exemplare per Stunde ab, und kostet in Amerika 12,500 Dollars; eine sechszylindrige liefert 15,000 Exemplare und kostet 18,000 Dollars; eine achtzylindrige druckt 20,000 Bogen und kostet 25,000 Dollars. (C. C.)

Nichtpolitische Zeitung.

Magdeburg, 20. Juni. Heute constituirte sich am hiesigen Platze eine Credit-Versicherungs-Gesellschaft mit einem Grundcapital von 10 Mill. Thalern, von denen zunächst 10,000 Actien à 200 Thlr. emittirt werden.

In ganz Belgien sind die Aussichten auf die Aernte die günstigsten.

Die im August in Brüssel zu eröffnende Ausstellung der häuslichen Oekonomie (économie domestique) bei Gelegenheit des internationalen Wohlthätigkeits-Congresses, wird wahrscheinlich bedeutend werden; denn es haben sich bis jetzt schon über 300 Aussteller aus Deutschland, Frankreich und Belgien gemeldet.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 24. Juni. Die Börse war heute in etwas besserer Stimmung, insbesondere für österr. National-, Bank-, Credit- und Staatsbahnaktien; auch span. Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire wurden besser bezahlt.

Elisabethen-Bahn 110½—⅜.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1308 P. 1303 G. Neue Bankaktien 433 P. 428 G. Credit-Actien à 5pCt. 235½ P. 233½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83 P. 82¾ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88½ P. 88¼ G.; à 4½pCt. 72⅝ P. 72⅛ G.; à 4pCt. 61¾ P. 61¼ G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 118 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105¼ P. 101¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 292 P. 290 G.

Preussen. $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine $86\frac{1}{2}$ P. 86 G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $112\frac{3}{4}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $88\frac{1}{4}$ P. $87\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. $91\frac{3}{4}$P. $91\frac{1}{2}$G.; 4pCt. Grundrente 95 P. $94\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. 101P. $100\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pCt. Ostbahn-Aktien $105\frac{1}{4}$ P. 105 G. 5pCt. 101 P. $100\frac{1}{2}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 152 P. $151\frac{1}{2}$G. Neustadt-Weissenb. $114\frac{1}{2}$ P. 114 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $119\frac{1}{4}$P. $118\frac{3}{4}$G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $90\frac{5}{8}$P. $90\frac{1}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{1}{2}$ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. $42\frac{3}{4}$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $80\frac{5}{8}$ P. $80\frac{1}{8}$ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. $39\frac{5}{8}$ P. $39\frac{3}{8}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 64 P. $63\frac{1}{2}$ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. $100\frac{1}{4}$P. $99\frac{5}{8}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{7}{8}$P. $102\frac{3}{8}$ G.; Loose à fl. 50 $112\frac{7}{8}$ P. $112\frac{3}{4}$ G.; à fl. 25 $33\frac{3}{4}$ P. $33\frac{1}{2}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 412 P. 410 G.; junge 358 P. 356 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank $108\frac{1}{2}$P. $108\frac{1}{4}$G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 $47\frac{7}{8}$ P. $47\frac{5}{8}$G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 90 P. $89\frac{1}{2}$ G., Loose à fl. 25 $31\frac{5}{8}$P. $31\frac{3}{8}$G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $85\frac{1}{4}$P. $84\frac{3}{4}$G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{7}{8}$P. $92\frac{3}{8}$G.; Bankaktien $122\frac{3}{8}$ P. $121\frac{7}{8}$G.; Taunus-Aktien 323 P. 321 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 82 P. $81\frac{1}{2}$ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. $87\frac{1}{2}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 572 P. 567 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $40\frac{1}{2}$ P. $40\frac{1}{4}$ G.; 1pCt. neue $25\frac{3}{16}$ P. $25\frac{1}{16}$ G. **Holland.** Integrale $64\frac{1}{2}$ P. $63\frac{1}{2}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. $100\frac{1}{8}$P. $99\frac{7}{8}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119P. $118\frac{3}{4}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{4}$P. 120 G.	Mail. i.S Lr. 250 k.S $101\frac{1}{4}$P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Paris Frs. 200 k. S. 94P. $93\frac{3}{4}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Lyon Frs. 200 k. S. $93\frac{7}{8}$P. $93\frac{5}{8}$G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. $96\frac{1}{4}$P. 96G.	Wien fl. 100 C. k.S. $117\frac{1}{4}$P. 117 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P. $88\frac{3}{4}$G.	Wien 3 M. mit 4% $116\frac{7}{8}$P. $116\frac{5}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. $104\frac{7}{8}$P. $104\frac{5}{8}$G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Augsburg, 23. Juni Bayer. $3\frac{1}{2}$pCt. Oblig. $87\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. $93\frac{3}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. —— P. $100\frac{3}{4}$ G.; 5pCt. letzte Emission $102\frac{1}{4}$ G.; 5pCt. dritte Emission $100\frac{1}{2}$ P. $100\frac{3}{8}$ G.; Grundrenten-Ablös.-Oblig. $94\frac{5}{8}$ P. — G.; bayer. Bankaktien mit Div. I. Sem. 790 P. — G.

Berlin, 19. Juni. Wenngleich die vor den Wollmärkten gehegten großen Erwartungen einer bedeutenden Steigerung der Wollpreise nicht in Erfüllung gegangen sind, so ist doch das Resultat unseres hiesigen Marktes ein sehr befriedigendes zu nennen. Der Markt begann gestern am 18. d. Das alte Lager, was wir besaßen, belief sich auf ca. 4000 Ztr. gegen 5000 Ztr. im vergangenen Jahre. Neu zugeführt wurden ca. 94,000 Ztr.; da aber im Laufe des morgenden Tages noch viele Partien erwartet werden, so wird sich das Gesammt-Quantum dem vorjährigen von 100,000 Ztr. wohl ziemlich gleichstellen. Der Schurertrag in hiesiger Gegend steht dem des vergangenen Jahres nicht nach und ist eher größer als geringer. Die Wäschen waren im Allgemeinen nur mittelmäßig. Am Anfange des Marktes waren die Forderungen der Herren Produzenten hoch, man verlangte fast durchschnittlich 10 Thlr mehr, als im vergangenen Jahre und aus diesem Grunde war das Geschäft am Vormittage des 18. ein schleppendes. Aber schon am Nachmittage desselben Tages, wo sich die Forderungen herabstimmten, wurde stark verkauft und erhielt sich das Geschäft am heutigen Abend in gleicher Lebhaftigkeit, so daß sich in erster Hand nur noch wenige Stämme unverkauft befinden. Auch auf den Lagern war das Geschäft recht lebhaft, die Vorräthe auf denselben sind aber noch sehr bedeutend. Gegen die Preise des vergangenen Jahres wurde ein Aufschlag von 2 bis 5 Thlr. pr. Ztr. bewilligt. Wo der geringste Aufschlag nicht erreicht wurde, war die Wäsche schlechter gerathen, und wo über den höchsten Aufschlag bezahlt wurde, da war der vorjährige Preis der damaligen Conjunktur nicht angemessen gewesen. Es ist namentlich nicht zu vergessen, daß im vorigen Jahre, wo der Markt flau endigte, am Ende desselben mehrere sehr billige Verkäufe gemacht wurden. Die Preise stellen sich demnach wie folgt: hochfeine Wollen 105 a 110 Thlr., feine 93 a 98 Thlr., fein mittel 82 a 88 Thlr., mittel 74 a 80 Thlr., geringe 60 a 70 Thlr., Pell- und Schweißwollen 58 a 70 Thlr., Locken 55 a 75 Thlr.

Der Markt wurde größtentheils von unseren inländischen Fabrikanten und Händlern gemacht, das Ausland war dabei weniger als im vergangenen Jahre betheiligt. Im Vergleich zum vergangenen Jahre ist das Ende des Marktes ein entschieden festeres.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 23. Juni. (Privat-Korrespondenz.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Reichsräthe wurde abermals eine Reihe von Gesammtbeschlüssen erzielt und zwar theils ohne theils nach kurzen Debatten über die folgenden Gegenstände: Ueber den Gesetzentwurf „die exekutorischen Urkunden betreffend", indem die hohe Kammer bezüglich der noch bestandenen zwei Differenzpunkte auch den deßfallsigen Beschlüssen der 2. Kammer beitrat, über den von der 2. Kammer angeeigneten Antrag des Abg. Dr. Weis „die Vorlage eines Gesetz-Entwurfes wegen Abkürzung der Verjährungsfristen bei Forderungen der Gewerbsleute, Kleinhändler an ihre Kunden betreffend", über den Gesetzentwurf, „den Ausbau der Eisenbahnlinie von Rosenheim bis an die Landesgränze" betr., über den Gesetzentwurf, „die Aufnahme eines Anlehens zur Deckung der Kosten der Herstellung einer Kreisirrenanstalt in Oberbayern" betr., dann den Gesetzentwurf bez. des §. 19 der Prioritäts-Ordnung.

§ **Wien**, 22. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Fürst Gortschakoff, welcher seine Abreise verschoben hat, um den weiteren Berathungen über die Donaufürstenthümerfrage beizuwohnen, hatte im Laufe des gestrigen Vormittags eine längere Konferenz mit dem Grafen Buol und hört man in den diplomatischen Kreisen die Versicherung, daß der Fürst in neuester Zeit den österreichischen Anträgen gegenüber eine größere Nachgiebigkeit an den Tag lege. Aus Bucharest ist neuerdings wieder eine von mehreren Großbojaren unterfertigte Denkschrift hier eingetroffen, welche mehrere auf die innere Verwaltung der Fürstenthümer Bezug nehmende Reformvorschläge enthält, die jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach das Schicksal so mancher früher eingereichten Propositionen theilen und ad acta gelegt werden dürften, da sie in mehr als einer Beziehung Vieles zu wünschen übrig lassen sollen. So wird z. B. in der erwähnten Denkschrift die Bildung eines aus den Großbojaren des Landes zusammenzusetzenden administrativen Senates vorgeschlagen, dessen auf Lebensdauer ernannte Mitglieder das Recht haben sollten, jeden Moment aus ihrem Schoße Delegirte zur Kontrollirung des Hospodars und seiner Regierung zu wählen, ja sogar nöthigenfalls fürstliche Beamte ab- und einzusetzen.

Daß dieser Vorschlag auch nicht die geringste Aussicht für seine Verwirklichung hat, ist gewiß, und läßt sich schon aus dem Umstande entnehmen, daß die Mächte bereits dahin sich geeinigt haben, auf Grundlage einer gänzlichen Umgestaltung des „reglement organique" die Erblichkeit des Staatsoberhauptes einzuführen, da man auf diese Art am ehesten den mächtigen Einfluß und die Intriguen der Aristokratie und namentlich der Großbojaren zu beseitigen hofft.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bohlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 176.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 26. Juni 1856

Deutscher Bund.

Frankfurt, 21. Juni. Die Bundesmilitärkommission hat sich mit großer Stimmenmehrheit für Erweiterung der Festungswerke der Bundesfestung Rastatt entschieden, damit durch dieselbe und von ihr aus der Südwesten Deutschlands für die ungewisse Zukunft gegen feindliche Angriffe gesicherter sey. Das dazu nöthige Geld, drei Millionen Gulden, ist vorhanden, und man hat sich umsomehr über den gegen alles Erwarten energischen Widerspruch des preußischen Bundesmilitärbevollmächtigten gewundert, als er nach der der Sache günstigen Abstimmung erfolgte. Die Angelegenheit ist jetzt an die Bundesversammlung übergegangen. (A. Z.)

° **Bayern**. Aus dem Vortrag des Frhrn. v. Lerchenfeld über den Bedarf zur Durchführung der Gerichts-Organisation (Schluß.)

Was den Mehrbedarf für den Etat der Landgerichte betrifft, so scheidet der Hr. Berichterstatter vor Allem in diesem Postulate diejenigen Summen aus, welche Folge der Durchführung der neuen Gerichtsorganisation sind und jene, welche lediglich die Vermehrung der Zahl der Landgerichte bezwecken. Erstere bestehen 1) aus einer Vermehrung der Landgerichts-Nebenbeamten für den Landgerichtsdienst zu 66, aus den schon gelegentlich des Justizetat besprochenen 56 Kriminaladjunkten, zusammen 122 Beamte mit dem Normalgehalt von 73,200 fl.; 2) aus den Gehaltserhöhungen.

Die Staatsregierung beantragt die Gesammtzahl der Landgerichtsassessoren in drei Klassen zu 600 fl., 800 fl. und 1000 fl. einzutheilen. Der Hr. Berichterstatter glaubte jedoch, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen, und weil bei der namhaften Vermehrung der Stadtgerichtsräthe einem großen Theil der Landgerichts-Assessoren auch die Beförderung im Justizdienste ermöglicht werden und bleiben dürfte; bei der Unmöglichkeit endlich, in einem Augenblicke, wo die Einführung der Organisation und die damit zusammenhängenden Ausgaben auf Bauten u. s. w. unverhältnißmäßig hohe Ausgaben erfordern, welche sich in spätern Finanzperioden nicht wiederholen werden und dort eher größere Ausgaben gestatten dürften, — unter diesen Umständen eine so bedeutende Erhöhung dieses Gehaltes nicht räthlich sey, sondern daß die Kammer sich darauf beschränken solle, der Regierung die nöthigen Mittel zur Verfügung zu stellen, und eine Eintheilung der Landgerichtsassessoren in drei Klassen in derselben Weise, wie solche für die Mitglieder der Kreisregierung und Appellationsgerichte bereits besteht, mit dem festen Geldgehalte von 600 fl., 750 fl. und 900 fl. möglich zu machen. (Dieser Vorschlag wurde von der 2 Kammer bekanntlich auch angenommen.)

Für Vermehrung der Zahl der Landgerichte hat die Staatsregierung für 14 Landgerichte 35 Assessoren u. s. w. die jährliche Summe von 71,148 fl. und ferner die Erübrigungen der ersten 2 Jahre der Finanzperiode mit 509,096 fl für Kosten der primitiven Einrichtung und Herstellung der Lokalitäten derselben postulirt. Hierüber äußert sich Frhr. v. Lerchenfeld wie folgt: „Berichterstatter glaubt nicht nöthig zu haben, auf das enorme Uebermaß dieser Summe aufmerksam zu machen. An und für sich hält derselbe die Vermehrung der Zahl der Landgerichte und die Bildung kleiner Landgerichte überhaupt, so lange Justiz- und Administrativ-Bezirke zusammenfallen, für mehr schädlich als nützlich. Ohne hier in eine ausführliche Erörterung der Gründe einzugehen, welche gegen die Bildung kleiner Landgerichtsbezirke sprechen, wogegen sich von jeher eine große Anzahl der tüchtigsten Administrativbeamten ausgesprochen hat, möge es genügen, hier nur folgendes anzuführen: 1) Zu kleine Bezirksgemeinden sind anerkanntermaßen außer Stand für ihre gemeinschaftlichen Zwecke, für Distriktstraßen, für Armenpflege u. s. w. irgend Ersprießliches zu leisten, und werden erfahrungsgemäß, zumal in Kriegszeiten mit Einquartierungen, Lieferungen u. dgl. im höchsten Grade überbürdet, so daß ihre Lage in jeder Beziehung eine äußerst ungünstige ist. Hiezu kommen 2) die Nachtheile der Auflösung bestehender Bezirke; werden nicht gleichzeitig auch neue Rentamtsbezirke gebildet, so haben die Gerichtseingesessenen doppelte Gänge zu machen, und die Theilung des gemeinsamen Eigenthums der Bezirke an Straßen, Stiftungen u. s. w. bietet nicht nur beinahe unlösbare Schwierigkeiten, sondern muß auch nothwendig die Bereitwilligkeit der Bezirke mindern, für derlei Zwecke Opfer zu bringen, deren Fortbesitz jeden Augenblick durch die Aenderung der Landgerichtsgränzen wieder in Frage gestellt und aufgehoben werden könne. 3) Wenn auch nicht in Abrede gestellt werden kann, daß zur Zeit in einzelnen Bezirken sehr große Entfernungen vom Gerichtssitze, sowie einzelne Landgerichte mit sehr hoher Bevölkerung vorkommen, so finden sich auch auf der andern Seite eine Reihe von so außerordentlich gering bevölkerten Landgerichten, daß kaum einzusehen ist, wie man zur Bildung derselben schreiten konnte. So bestehen zur Zeit noch 41 Landgerichte, welche unter 10,000 und darunter 13, welche unter 8000 Seelen haben.

Das	Landgericht	Tegernsee	hat	nur	4648	Seelen
„	„	Falkenstein	„	„	6006	„
„	„	Nordhalben	„	„	3235	„
„	„	Weidenberg	„	„	5464	„
„	„	Schillingsfürst	„	„	3578	„
„	„	Weissenburg	„	„	4792	„
„	„	Marktbreit	„	„	3897	„
„	„	Marktsteft	„	„	5460	„

Der Durchschnitt ergibt lediglich eine Seelenzahl von etwas über 14,000 Seelen, wobei auch zu erwägen kömmt, daß in Folge der Errichtung der Bezirksgerichte abermals eine Anzahl von 45,000 Seelen von der landgerichtlichen Bevölkerung ausgeschieden wird. Würden die kleinen Landgerichte theils aufgehoben, theils zur Verkleinerung größerer benützt, würde namentlich die theilweise unbegreiflich unzweckmäßige Arrondirung der einzelnen Bezirke und Kreise in zweckmäßiger Weise verbessert, so würden einestheils die Mittel zur Errichtung einer Anzahl neuer Landgerichte geboten, während anderntheils die bisher bestehenden Mißstände gehoben werden könnten."

„Berichterstatter kann nicht unbemerkt lassen, daß ein großer Theil der Mißstände, welche der zu großen Bevölkerung der Landgerichte zugeschrieben werden, wesentlich Folge von unrichtigen Personalwahlen sind. Nur allzuhäufig wird schroffe Barschheit für Energie gehalten, und Leuten, welche diese angebliche Eigenschaft besitzen, ein Wirkungskreis eingeräumt, dem sie nicht gewachsen sind. Der Mangel an allgemeiner sowohl, als an wissenschaftlicher Bildung bleibt heutzutage niemals lang verborgen, und beeinträchtigt die allgemeine Achtung und Zuneigung zu den betreffenden Beamten. Wo aber diese Elemente der Wirksamkeit fehlen, da wird Barschheit und sogenannte Energie sicher niemals zum Ziele führen und es ist dann nicht die Größe der Aufgabe, sondern die unglückliche Wahl des zu ihrer Lösung bestimmten Individuum, welche dieselbe als unlösbar erscheinen läßt. Wahre Bildung ist in der Regel mit gefälligen Formen verbunden, welche große Festigkeit und Entschiedenheit da, wo solche nöthig sind, keineswegs ausschließen. Sie gewinnt sehr bald allgemeine Liebe und Achtung und mit dieser gelingt es in der Regel auch, den größten Gerichtsbezirk zu leiten und in Ordnung zu halten."

„Berichterstatter kann unter den erörterten Gründen einem so übermäßig hohen Postulate zuzustimmen unter keiner Voraussetzung begutachten. Um jedoch der Staatsregierung die Möglichkeit zu bieten, da Hilfe zu schaffen, wo die oben angedeuteten Maßregeln nicht ausreichen sollten, beantragt er in dem Etat von 1857/58 an die jährliche Summe von 22,100 fl., wovon 18,500 fl. auf den Etat der Landgerichte und 3600 fl. auf jenen für Gesundheit zu setzen wären. Erstere Summe wird die Mittel zur Besoldung von 6 Landrichtern nebst Gerichtsdienern,

dann für Bureau und Bauausgaben bieten; bezüglich der Nebenbeamten glaubt Berichterstatter, daß ein eigener Aufsatz hiefür durchaus nicht erforderlich sey, indem dieselben von dem Etat derjenigen Gerichte, deren Sprengel und damit auch Geschäftsaufgabe durch Bildung der neuen Landgerichte vermindert wird, zu entnehmen seyn werden."

Die „Passauer Ztg." enthält in ihrer Nummer vom 17. Juni unter den Inseraten folgende Anzeige: „Meinen Freunden und Bekannten in der Nähe und Ferne die Nachricht, daß ich seit dem 13. d. M. mit dem bischöflichen Kirchenbann belegt bin. Die schon ein Jahr alte Veranlassung hierzu konnte ich als Priester weder verhüten, noch dermalen aufheben. Gebt für meine Person keinerlei Besorgnissen Raum, ihr findet mich noch ganz denselben wie sonst. Holzkirchen, den 16. Juni 1856. Thomas Braun, kath. Priester."

Preußen. Berlin, 23. Juni. Der König ist am Sonnabend von Stuttgart in Sanssouci eingetroffen. Der König und die Königin werden sich, wie man hört, am 30. d. Mts. zunächst nach Marienbad begeben. — Erzherzog Ferdinand Max ist heute Vormittag von Sanssouci hier eingetroffen. Um 12 Uhr hat sich derselbe nach Dresden begeben. (Deutschl.)

Vor dem Schwurgericht zu Angerburg in Ostpreußen standen vor Kurzem 60 Angeklagte, welche durch den Zeitraum mehrerer Jahre in den verschiedensten Theilen der Provinz Pferde- und Vieh-Diebstähle verübt hatten (allein 180 Pferde konnten ihren rechtmäßigen Besitzern wieder zugestellt werden). Mehr als 300 Zeugen wurden vernommen. Die Verhandlungen währten vier volle Wochen. Den Geschworenen wurden 355 Fragen in das Berathungszimmer mitgegeben, zu deren Beantwortung sie sechszehn Stunden bedurften. Das Urtheil lautete gegen 19 der Angeklagten freisprechend, gegen die übrigen wurden Freiheitsstrafen von zusammen 127 Jahren verhängt. (K. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 23. Juni. Am Samstag kehrte Th. Mögling aus dem Bruchsaler Gefängniß zurück, wo er 6 Jahre und 8 Monate zugebracht. Er brachte den Abend still im Kreise seiner Freunde zu. Mögling ist nun an das Oberamtsgericht Stuttgart, wo wieder ein politischer Prozeß seiner erwartet, durch einen eigens zu seiner Abholung nach Bruchsal gesendeten Kommissär übergeben worden. (Schw. M.)

Sachsen-Koburg-Gotha. Gotha, 21. Juni. Heute hat der hiesige Speziallandtag durch Annahme der ihm vorgelegten statutarischen Bestimmungen zu der Errichtung einer Zettel- und Diskontobank, welche die Firma „Privatbank zu Gotha" führen wird, die Genehmigung ertheilt. (N. C.)

Oesterreich. Wien, 23. Juni. Fürst Gortschakoff hat vom Kaiser das Großkreuz des Stephansordens erhalten.

Wien, 23. Juni. Der Großvezier Aali Pascha ist heute nach Konstantinopel abgereist. Nächsten Mittwoch wird die Ankunft des Königs Otto von Griechenland erwartet. (Nat.-Z.)

Schweiz.

Zürich, 21. Juni. Heute hielt Professor Moleschott bei Gelegenheit der Uebernahme seines physiologischen Lehramtes seine Antrittsrede. Er bekämpfte darin einige „Mißverständnisse" der materialistischen Anschauung und ging dann über zu einer direkten Ansprache an seine Zuhörer, worin er die Umstände berührte, von denen seine Berufung begleitet war.

Dänemark.

Die Verhandlungen über den Sundzoll haben in Kopenhagen wieder begonnen, und alle Nachrichten stimmen darin überein, daß sie jetzt bessere Resultate versprechen.

Kopenhagen, 21. Juni. Die von Schweden zurückgekehrten Theilnehmer an dem Studentenzuge können kaum Worte finden für die zuvorkommende Behandlung, die sie dort erfahren haben. Natürlich sind sie ganz entzückt, besonders weil sie so glücklich gewesen, mit hochgestellten Personen verkehrt zu haben. In der That soll sowohl der König von Schweden, als seine Söhne die Gäste, die ihnen vorgestellt wurden, mit einer mehr als gewöhnlichen Aufmerksamkeit behandelt haben; die Prinzen, die ja noch junge Leute sind, haben ganz und gar mit den Studenten fraternisirt. Daß man hier nicht gern hinter jener glänzenden Gastlichkeit zurückbleiben wollte, versteht sich von selbst. Alles, was für das Vergnügen der mit herübergekommenen norwegischen Studenten gethan werden konnte, wurde in der That gethan. Der König hat sie glänzend (im Freien vor dem Jagdschloß Eremitage) bewirthet, reiche Privatleute haben mehrere Dutzend auf eigene Kosten in den Hotels unterhalten, die Tivoli-Direktion gab freien Eintritt. Dagegen hat die ganze Reise unter den hiesigen Parteien widerum böses Blut gesetzt. Die Umgebung des zum Thronfolger designirten Prinzen Christian von Dänemark (früher von Glücksburg) sieht in dem, was geschehen, eine Demonstration gegen das Erbfolgegesetz, eine Vorbereitung zur Adoption eines schwedischen Prinzen und zeigt sich über den ganzen Vorgang sehr verstimmt. Dazu mag sie allerdings Veranlassung haben, da man sich durchaus nicht der Sprache bedient hat, um seine Gedanken zu verhehlen. (Hamb. N.)

Großbritannien.

London, 21. Juni. Außer den bereits auf dem Wege nach Canada befindlichen Truppen haben noch vier Infanterieregimenter in den nordamerikanischen Kolonien auf die Stärke von 1200 Mann zu bringen. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 22. Juni. Die Abreise des Kaisers nach Bad Plombieres scheint auf den 25. d. M. bestimmt zu seyn. Für 500—600 Mann Soldaten und die Hälfte der Centgardes werden Kasernen und Stallungen hergestellt. Vorher jedoch wird der Kaiser die Kaiserin nach Bad Biaritz begleiten und sich dann, wie versichert wird, nach kurzem Aufenthalte im Bade, nach Algier begeben, um durch eine längere persönliche Anwesenheit die zur Entwickelung nöthigen Maßnahmen kennen zu lernen. (Fr. Pstz.)

Paris, 22. Juni. Der Graf Orloff hat bereits Paris wieder verlassen. Er ist über Straßburg nach Deutschland gereist. (K. Z.)

Paris, 23. Juni. Nachdem das Brüsseler Blatt „La Nation" die Lüge ausgestreut hatte, der kaiserliche Prinz sey blind, behauptet es heute, er habe ein so schwaches Gesicht, daß er immer einen grünen Lichtschirm trage. Dieses Blatt macht sich durch solche Berichte geradezu lächerlich, nachdem ganz Paris sich vor wenigen Tagen von den gesunden Augen des kaiserlichen Prinzen überzeugt hat. (Fr. Pstz.)

* Wir haben neulich erwähnt, daß der französische Staatsrath durch ein kaiserliches Dekret überrascht wurde, wonach einer jeden der Töchter des verstorbenen Louis Philipp*) eine Rente von 200,000 Frs. durch Einschreibung in's Staatsschuldbuch zugewiesen werden soll. Es soll das ein Ersatz für den durch die bekannte Beschlagnahme der Orleans'schen Güter ihnen zugefügten Schaden seyn, und soll namentlich der Herzog von Koburg bei seiner letzten Anwesenheit in Paris wesentlich dahin gewirkt haben, den Kaiser zu diesem Entschluß zu bringen. Nicht minder sollen Rücksichten auf den König von Württemberg und den König der Belgier maßgebend gewesen seyn. Der Staatsrath hat dem Dekret beigestimmt, und man bezweifelt nicht, daß der gesetzgebende Körper ein Gleiches thun werde.

Spanien.

† Madrid, 18. Juni. Man liest in der „Nacion": Die Zahl des in Madrid, namentlich des Abends, im Umlauf befindlichen falschen Geldes ist so bedeutend, daß viele Kaufleute zu dem Mittel griffen, die ihnen verdächtig vorkommenden Münzen in Scheidewasser zu tauchen, da dieses Wasser in Berührung mit Silber unverändert bleibt, sich dagegen in Berührung mit anderm Metall grünlich färbt. — Unter den Heiraths-Stipulationen der Prinzessin Amalie mit dem Prinzen Adalbert befindet sich, der „Epoca" zufolge, jene, daß die Heirath in Madrid gefeiert werden wird. Nach der Hochzeit wählen die Neuvermählten die nöthigen Hausbeamten, welche sie bis zur Gränze geleiten. Sodann wird keine spanische Dame bei der Infantin verbleiben.

Italien.

In Neapel wird gegenwärtig ein politischer Prozeß verhandelt, in dem Mazzinische Proklamationen eine Hauptrolle spielen. Attachés verschiedener auswärtigen Gesandtschaften wohnen regelmäßig den Gerichtsverhandlungen bei.

Florenz, 15. Juni. In der vergangenen Nacht haben viele Verhaftungen stattgefunden. Ein allgemein in der Stadt umlaufendes Gerücht gibt die Zahl der verhafteten Personen auf ungefähr 60 an, und bezeichnet als Ursache die Entdeckung einer geheimen Gesellschaft oder Verschwörung zu politischen Zwecken. (A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 13. Juni. Der tunesische Offizier, welcher den Jonier ermordet, wurde entdeckt und verhaftet. Die Bank des Hrn. Layard hat ihre Thätigkeit begonnen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 17. Juni. Die jüngste sibirische Post (von Anfang Mai) bringt manche nicht uninteressante Nachricht mit. Ein Theil der wissenschaftlichen Expedition, welche den Amur bereist, hatte seine Aufgabe beendet, wurde aber auf der Rückreise durch den Eintritt des Winters aufgehalten. Zu Wasser konnten sie nämlich des Eises wegen nicht weiter und

---

*) Dieser Entwurf bezieht sich auf die Einschreibung von 600,000 Frs. 3pCt. Rente für die Erben der Königin von Belgien, der Herzogin von Württemberg und der Herzogin von Sachsen-Koburg.

zur Reise zu Lande auf dem rechten Amur-Ufer bedurfte es vorher der Erlaubniß der Mandschurei. Der Kommandant der Stadt Siachljan nahm die Reisenden freundlich auf, konnte aber aus eigener Machtvollkommenheit die Erlaubniß nicht ertheilen. So verfloß ein Monat, während dessen das Eis auf dem Amur fest und sicher geworden war. Die Expedition erhielt nun auf ihre Bitten von dem Kommandanten Pferde und sonstige Reisebedürfnisse unentgeltlich und legte in Einer Tour eine Strecke von 800 Werst zurück, bis sie das alte russische Fort Albesin erreichte. Die Mandschuren, so erzählten die Reisenden, haben sich allmählich an den Anblick der Russen gewöhnt; sie laufen ihnen nicht mehr auf den Straßen in großen Schaaren aus Neugierde nach, die Frauen aber wagen sich noch nicht in ihre Nähe, sondern weichen ihnen scheu aus. Der oben erwähnte Kommandant, Ula-Chat, wird als ein junger, freundlicher und gebildeter Mann bezeichnet. — Die neu entdeckten Goldlager am Lena und an anderen Orten und die Formirung eines sibirischen Truppenkorps haben nach Irkutsk viele neue Leute herangezogen. Bei der Zunahme der Konsumenten sind die Lebenspreise, trotz der guten Aernte, noch immer hoch. Deßhalb ist man den Goldgräbern nicht sehr gewogen. Früher lebte Jeder in seinem Hause, sein Vieh lieferte ihm Milch, Butter und Fleisch, sein Garten versah ihn mit Obst, und was er sonst nöthig hatte, kaufte er im Bazar, kam ein Fremder zugereist, so starb er fast vor Hunger, wenn ihn nicht ein Einwohner gastfreundlich aufnahm. Jetzt existiren in der Stadt Gasthäuser und diverse Kramläden mit allerhand Waaren. Früher unterrichteten die Aeltern selbst ihre Kinder im Lesen und Schreiben oder schickten sie zu irgend einer gelehrten Wittwe oder alten Jungfer in die Schule. Jetzt hat eine Französin ein Institut gegründet; sie läßt sich aber für ein Kind nicht weniger als 25 Rubel monatlich zahlen, ihre Anstalt kann daher nur von den reichsten Kaufleuten benutzt werden. Ein Deutscher hat physikalische Instrumente in die Stadt gebracht, andere Deutsche haben sich als Kürschner, Sargmacher und Musikalienhändler niedergelassen und ein pensionirter Schauspieler aus Moskau hat ein Magazin fertiger Damenkleider eröffnet. Den unverschämt hohen Preisen, welche die dortigen Kaufleute für ihre Waaren forderten, hat ein gewisser Stadejew plötzlich ein Ende gemacht, der einen „Billigen Laden" etablirt hat, der seinem Namen in der That entspricht. Der Mann ist natürlich den andern Kaufleuten ein Dorn im Auge, hat aber so großen Zulauf, daß sein Laden den ganzen Tag von Käufern erfüllt ist und vier Kommis dieselben kaum befriedigen können. (H. N.)

Amerika.

Santa Fe de Bogota, 22. April. Die „Gaceta officiale" enthält den Text einer neuen Constitution, deren Publikation vom Senate autorisirt wurde. Dieser Constitution zufolge wird sich Neu-Granada's gegenwärtiges Territorium in Zukunft in mehrere hinsichtlich ihres inneren Regimentes souveräne unabhängige, aber unter dem Namen einer kolumbianischen Conföderation vereinigte Staaten theilen. Für die bestimmte Organisation der Conföderation wird aus den verschiedenen Staaten eine konstituirende Versammlung zusammen berufen werden.

Afrika.

* Die „España" bringt Nachrichten aus den spanischen afrikanischen Besitzungen vom 5. Juni. Sobald die englische Behörde von Gibraltar — sagt sie — vernahm, daß die Mauren sich der Brigg „Hymen" bemächtigt hatten, ließ sie eine Schrauben-Corvette auslaufen, die am 28. Mai zu Melilla ankam. Der Gouverneur von Melilla schiffte sich auf der Corvette ein und verhandelte, zu Katila angelangt, mit den Mauren. Nach langem Hin- und Herreden trafen endlich am 3. Juni 3½ Uhr Abends auf dem englischen Dampfer zwei Mauren des Königs zu Melilla ein, welche 15 Gefangene, unter Anderen den Eigenthümer des „Hymen", mit sich führten. Man ist übrigens der Ansicht, daß man mit den 5 Kabylenstämmen Benisidad, Beneficar, Benebingfuror, Benibugllefar und Magura so lange keinen Frieden erzielen wird, als nicht imponirende Streitkräfte vor Melilla stehen werden; sie weigerten sich, einem von zwei Mauren des Königs überbrachten Befehle des Gener. des Riffs, die fünf Spanier, welche sie seit mehr als zwei Monaten gefangen halten, frei zu geben, nachzukommen. Um ihre Freiheit zu erlangen, hat sich der Gouverneur von Melilla am 5. auf einem Küstenwachschiff mit fünf maurischen Gefangenen nach Tanger begeben. Er hatte eine Unterredung mit dem Gener. des Riffs und man hoffte günstigen Erfolg. Wenn die Engländer respektirt wurden, so lag dies lediglich im guten Einvernehmen des Gouverneurs von Melilla mit dem Santon. Als die Kavallerie von Malaga zu Melilla ausgeschifft wurde, verstärkten die Riffbewohner ihre Wache durch Mannschaft aus den fünf Kabylas und schoßen von Zeit zu Zeit auf den Platz. Zu Melilla ist die Garnison nicht über 700 Mann stark.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 25. Juni. In Folge der besseren auswärtigen Notirungen nahmen österreichische Kredit-Aktien und National einen Aufschwung, während Darmstädter Bankaktien und mitteldeutsche Kreditaktien billiger abgegeben wurden. Elisabethen-Bahn 110½.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1309P. 1304G. Neue Bankaktien 428 P. 423 G. Credit-Actien à 5pCt. 236 P. 234 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1851 83¼ P. 83 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81¾ P. 81½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. 88½ G.; à 4½pCt. 72½ P. 72 G.; à 4pCt. 64¾ P. 64½ G.; à 3pCt. 48½ P. 48 G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 117 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105½ P. 105 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 290½ P. 289½ G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 85½ P. 86 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 91¾ P. 91½ G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94½ G.; 4½pCt. 101P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105¼ P. 105 G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 152¾ P. 152¼ G. Neustadt-Weissenb. 115 P. 114½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119¼ P. 118¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅜ P. 90⅛ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81½ P. 81 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b R. 39¾ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 64 P. 63½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100⅛ P. 99⅝ G.; 4½pC. 102⅞ P. 102⅜ G.; Loose à fl. 50 112⅞ P. 112⅜ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 405P. 406 G.; junge 351 P. 352 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 108¼ P. 108G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47⅞ P. 47⅝ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85¼ P. 84¾ G.; à 3½pCt. 92⅞ P. 92⅜ G.; Bankaktien 121¾ P. 121½ G.; Taunus-Aktien 323 P. 321 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 80⅝ P. — G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87½ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 571 P. 566 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40½ P 40¼ G.; 1pCt. neue 25⅛ P. 25 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅛ P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119P. 118¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¼ P. 101G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104⅝ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96⅛ P. 96G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117½ P. 117¼ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89P 88¾ G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛ P. 117G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Bamberg, 25. Juni. Der Oberpostmeister und Oberbahninspektor Hänlein dahier, hat von Sr. Majestät dem König von Preußen den rothen Adlerorden 4. Klasse erhalten. (Bamb. Ztg.)

Berlin, 24. Juni. Graf Esterhazy, kaiserlich österreichischer Gesandter am hiesigen Hofe, ist heute früh 9 Uhr nach längerem Krankenlager gestorben. (Nat.-Ztg.)

Berlin, 24. Juni. Von Seiten der preußischen Regierung ist (zunächst aus Veranlassung des von Dänemark beschlossenen Verkaufs Lauenburgischer Domänen) eine Note an das dänische Gouvernement gerichtet worden, worin, wie wir hören, darauf aufmerksam gemacht wird, daß das Vorgehen der dänischen Regierung in mehrerer Beziehung den Bestimmungen des Friedens von 1850 ꝛc. nicht entspreche. Es wird in der Note ferner hervorgehoben, wie es im Interesse der dänischen Regierung liege, daß keine Beschwerde in dieser Angelegenheit vor den Bundestag gebracht werde. Auch die österreichische Regierung soll eine Note in ähnlichem Sinne nach Kopenhagen haben abgehen lassen. (Deutschl.)

Prag, 21. Juni. Wie die „Prager Zeitung" meldet, hat Se. Maj. der Kaiser in besonderer Theilnahme für die vom Hagelschlag hart betroffenen Gegenden Böhmens seinen Generaladjutanten, Frhrn. v. Kellner, nach Böhmen abgeordnet. Der General-Adjutant dürfte reichlich Gelegenheit haben, Noth

zu lindern, da der Schaden in einzelnen Bezirken auf 100,000 bis 200,000 Gulden geschätzt wird und der Gesammt-Verlust, den die heurige Aernte in Böhmen erlitten, wenigstens auf drei Millionen angeschlagen werden dürfte.

Wien, 22. Juni. Im Laufe der nächsten Tage erwartet man auf der Durchreise den russischen General v. Tottleben, den ruhmvollen Vertheidiger Sebastopols. Dem Vernehmen nach begibt sich derselbe nach Deutschland und Frankreich, um die vorzüglichsten Festungen kennen zu lernen. Die Familie des Generals befindet sich bereits seit ein paar Tagen in Wien. (Allg. Ztg.)

Brüssel, 23. Juni. Wie es heißt, wird der König in einigen Tagen nach England abreisen.

Paris, 23. Juni. Wie verlautet, soll beim Kaiser angefragt worden seyn, ob nicht, für den Fall seiner Reise nach Algerien, die auf dem Marktplatze zu Algier befindliche Bildsäule des Herzogs von Orleans weggeschafft werden solle. Der Kaiser gab angeblich zur Antwort, daß öffentliche Denkmäler, da sie Blätter der Geschichte seyen, stets respektirt werden müßten. — Dem vom Staatsrathe bereits gut geheißenen Gesetzentwurf bezüglich der Rentengewährung an die Erben der Töchter Ludwig Philipp's ist keineswegs, wie hier vielfach geglaubt wird, eine diesseitige Verständigung mit dem Herzoge von Nemours und seinen Brüdern vorhergegangen; Letztere haben im Gegentheil aus Anlaß dieses Aktes einen Protest eingeschickt, der sich bereits in den Händen der Vollstrecker des Testaments von Ludwig Philipp befindet. (K. Z.)

Paris, 24. Juni. Der heutige „Moniteur" enthält das Dekret, wodurch die zwischen Frankreich und Sachsen abgeschlossene literarische Konvention bekannt gemacht wird. — Das Wetter ist sehr schön und warm. Die Stimmung der Spekulanten ist ziemlich fest und die Börse belebt. (T.D.d.K.Z.)

Die beiden Kriegsdampfer „Reine Hortense" und „Cocyte", welche den Prinzen Napoleon nach dem Norden tragen, langten am Donnerstag Morgens auf der Rhede von Leith an. Der Prinz ließ sich in einer Barke ans Land rudern und reiste auf der Eisenbahn nach Edinburgh, wo er das Castell, den Gerichtshof und Holyrood besuchte. Seinem Wunsche gemäß machten ihm, da er seinen Besuch als einen bloßen Privatbesuch betrachtet wissen wollte, die städtischen Behörden nicht ihre Aufwartung. Am Freitag besuchte der Prinz Glasgow und kehrte am Abend nach Edinburgh zurück, um am Samstag oder Sonntag die Fahrt nach dem Norden anzutreten. (K. Z.)

Konstantinopel, 13. Juni. Nach glaubwürdigen Mittheilungen wird die diesseitige Regierung schon in den nächsten Monaten zur Reorganisation ihrer Armee schreiten, und zu dem Behuf auf einen Theil der Anerbietungen reflektiren, die ihr bezüglich eines Uebertritts von französischen Offizieren gemacht worden sind. (A. Z.)

Konstantinopel, 18. Juni. Die Konzession einer neuen Bank ist einer englischen Kompagnie ertheilt. Hr. Lavard ist Direktor. Die Börse steigend. (T.D.d.A.Z.)

Petersburg, 17. Juni. Der längst gehegte Plan zur vollständigeren Befestigung der Positionen am Amur scheint jetzt zur Ausführung kommen zu sollen. Es soll in nächster Zeit eine Flotille ausgerüstet werden, die sich vor Kronstadt nach Nikolajeff begeben wird, um namentlich Schiffs-Materialien, die sich dort sehr schwer anschaffen lassen, hinzubringen. Auch Mannschaften werden mit dieser Flottille abgehen. Den Haupt-Bestandtheil der Besatzung wird aber ein Theil des neugebildeten Kosaken-Heeres am Baikalsee bilden. Die Geschütze zu den Festungen werden in den sibirischen Fabriken gegossen. — Man erwartet zu der Krönungsfeier eine allgemeine und in Bezug auf Polen die kürzlich gewährte ausdehnende Amnestie. Die polnische Amnestie befriedigt diejenigen, welche sie angerathen und gefördert haben, selbst nicht. Man hatte sich einen großen und heilsamen Eindruck davon versprochen, der aber ausbleibt. (B. B.-Z.)

St. Petersburg, 18. Juni. Der dem Kaiser nach Finnland, Polen und den Ostsee-Provinzen vorausgegangene Ruf der Humanität, Milde und Gerechtigkeit hat eine solche Fluth von Bittschriften überall auf seinem Wege entfesselt, daß mit den zurückgekehrten Beamten des Gefolges, denen das Geschäft der Einsammlung, Sichtung der Bittschriften und Ausgabe von Empfangsscheinen oblag, nur ein kleiner Theil der eingegangenen Schriftstücke hier eingetroffen ist. Ganze Ballen und Kisten sind noch unterwegs und werden hier, da der Kaiser die strengste Gewissenhaftigkeit in Berücksichtigung jeder einzelnen heischt, sofort zur Erledigung der Bittschriften-Kommission überwiesen. Es ist möglich, daß ein Jahrzehend verläuft, wie unter der Regierung Kaiser Alexander's I., bis das vorhandene Material überwältigt seyn wird. In Moskau wird bereits ein besonderes Gebäude zur Aufnahme der Bittschriften-Kommission hergerichtet. (K. Z.)

Der sardinische Gesandte am Petersburger Hofe, General Broglia, ist am 21. Juni von Turin abgereist, um sich auf seinen Posten zu begeben. (K. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."

Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 177. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 27. Juni 1856

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Abg. Dr. Arnheim, vom 1. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten mit dem Bericht über den Gesetz-Entwurf bezügl. der gemischtgerichtlichen Untersuchungen betraut, hat zuvörderst die Ablehnung desselben vorschlagen zu müssen geglaubt; „weil, sagt er in seinem Vortrag, die Verordnung vom 14. April d. J., welche das neue Strafverfahren beim Militär einführte, im Widerspruch mit Tit. VII. §. 2 der Verfassungsurkunde ohne Beirath und Zustimmung des Landtages erlassen worden ist; weil hierdurch wie durch frühere Verordnungen der faktische Zustand der Militär-Jurisdiktion nicht im Einklang mit der Verfassung steht, und nachdem die Staatsregierung durch einseitige Erlassung der Verordnung vom 14. April hinreichend zu erkennen gegeben hat, daß sie in diesem faktischen Verhältnisse auch ferner zu verharren gedenke, und nachdem endlich die Kammer der Abgeordneten, so oft sich Gelegenheit dazu dargeboten, ihre gegentheilige Auffassung manifestirt hat, so dürfte die gegenwärtige Kammer nicht umgehen können, ihre Kompetenz zu wahren."

Abg. Arnheim war der Ansicht, daß, um einerseits jede Schroffheit zu vermeiden, andererseits doch der Wahrung eine wirksame Bedeutung zu geben, es angemessen sey, diese Wahrung dadurch auszudrücken, daß die Kammer die Mitwirkung zu dem Zustandekommen eines Gesetzes ablehne, welches an jene Verordnung vom 14. April anknüpft und gewissermaßen ein von derselben begonnenes Werk zu ergänzen bestimmt ist. Der Ausschuß ist jedoch dieser Ansicht des Referenten nicht beigetreten, da er zwar die Nothwendigkeit, die Kompetenz der Kammer zu wahren, anerkannte, aber es für genügend erachtete, wenn eine förmliche Verwahrung hierüber zum Protokolle der Kammer eingelegt werde.

Bezüglich des Gesetzentwurfs selbst beantragt der Ausschuß, es seyen Art. 1 und 2*), desgl. Abs. 1 des Art. 3**) unverändert anzunehmen; als Abs. 2 sey nach dem Vorschlage des Hrn. Dr. Edel einzuschalten: „Dasselbe Verfahren ist wiederholt einzuhalten, wenn nach Abgabe einer bejahenden Erklärung der Militärbehörde auf Anordnung des Zivilstrafgerichts eine Ergänzung der Voruntersuchung stattgefunden haben sollte." Abs. 2 des Entwurfs (nunmehr Abs. 3) sey demgemäß so zu fassen: „Die in Abs. 1 bezeichnete Erklärung ist in solchen Vergehenssachen, welche sich zur sofortigen Ladung der beschuldigten Personen in die öffentliche Sitzung eignen, vor Erlassung der Ladung einzuholen (mit welcher die Zurücksendung der Akten zu verbinden ist; Zusatz der Reichsräthe).

Art. 4***) sey mit dem von der Reichsrathskammer beschlossenen Zusatz anzunehmen.

Art. 5†) sey unverändert anzunehmen, Art. 6††) zu streichen.

Art. 7 und 8 seyen in der Fassung der Reichsräthe anzunehmen. Diese Fassung, die bloß in der Redaktion vom Entwurf abweicht, lautet: „Die Nichtbeachtung der in den Artikeln 2 Abs. 1 und 3 enthaltenen Vorschriften hat die Nichtigkeit der betreffenden Untersuchung, Beschlußfassung und Aburtheilung, soweit solche auf die mitangeschuldigte Militärperson erstreckt worden ist, zur Folge, doch kann diese Nichtigkeit dadurch gehoben werden, daß die einschlägige Militärbehörde das von den Zivilgerichten gepflogene Verfahren nachträglich genehmigt. Die Vorschriften des Art. 27, Abs. 2, Theil II. des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813, sowie die hieher bezüglichen des Artikels 56 des Gesetzes vom 10. Novbr. 1848, „die Abänderungen des

---

*) Art. 1. Wenn bei demselben Verbrechen oder Vergehen Zivil- und Militärpersonen als Beschuldigte zusammentreffen, so wird die Voruntersuchung nach Maßgabe der allgemeinen Strafprozeßvorschriften durch den zuständigen Ziviluntersuchungsrichter und einen von der einschlägigen Militärbehörde abzuordnenden Militärrichter gemeinsam geführt, es sey denn, daß die letztgenannte Behörde auf die Abänderung verzichtet, in welchem Falle der Ziviluntersuchungsrichter allein die Voruntersuchung mit voller Wirksamkeit auch gegen die Militär-Person durchzuführen berufen ist.

Art. 2. Ergibt sich der im Art. 1 bezeichnete Fall des Zusammentreffens bezügl. einer bei einem Ziviluntersuchungsgerichte anhängigen Untersuchung oder einkommenden Anzeige, so hat der Untersuchungsrichter, in der Pfalz der Staatsprokurator, sofort der zuständigen Militärbehörde hievon zu dem Behufe Nachricht zu geben, damit diese über die Abordnung eines Militärrichters oder über den Verzicht auf eine solche Abordnung sich erkläre. — Bis zum Eintreffen dieser Erklärung kann der Ziviluntersuchungsrichter dringende Untersuchungshandlungen auch für sich allein gültig vornehmen. — Ergibt sich der bejahte Fall bezüglich einer bei einem Militärgerichte anhängigen Untersuchung oder eingekommenen Anzeige, so sind die Akten oder die Anzeige ungesäumt mit der vorbezeichneten Erklärung an das zuständige Ziviluntersuchungsgericht abzugeben.

**) Art. 3. Abs. 1. Die Akten der nach Bestimmung des Art. 1 durchgeführten Voruntersuchung sind, bevor hierüber von Seite des bürgerlichen Strafgerichts Beschluß gefaßt wird, durch den Staatsanwalt an die zuständige Militärbehörde zur Erklärung mitzutheilen, ob bezüglich der mitangeschuldigten Militärpersonen die weitere Behandlung der Sache vorbehaltlich der militärischen Gerechtsame den bürgerlichen Strafgerichten überlassen werden wolle.

***) Art. 4. Im Falle einer verneinenden Erklärung der Militärbehörde hat die Beschlußfassung und Aburtheilung bezüglich der beschuldigten Zivilperson durch die bürgerlichen Strafgerichte, bezüglich der mitbetheiligten Militärperson durch die zuständigen Militärgerichte zu geschehen.

†) Art. 5. Wird von der Militärbehörde die Ueberlassung der Sache an das bürgerliche Strafgericht erklärt, so erfolgt die Beschlußfassung auf die Voruntersuchung, dann die weitere Verhandlung, Aburtheilung und Strafvollstreckung bezüglich der betheiligten Militärperson in derselben Art, wie bezüglich der dem Zivilstande angehörigen Beschuldigten. Das Urtheil hat sich gegebenen Falles auch auf die gesetzlichen Folgen der erkannten Strafe in Bezug auf die Entfernung aus dem Heere und die hiemit in Verbindung stehenden Verpflichtungen des Verurtheilten zu erstrecken.

††) Art. 6. Die Erklärung, daß die weitere Behandlung der Sache den bürgerlichen Strafgerichten überlassen werde, kann von Seite der Militärbehörde wieder zurückgenommen werden, so lange das bürgerliche Strafgericht einen Verweisungsbeschluß bezüglich der betheiligten Militärperson noch nicht erlassen hat, oder eine Ladung der Letzteren in die öffentliche Sitzung (Art. 3 Abs. 2) noch nicht erfolgt ist.

zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr.", sind aufgehoben.

Art. 9 endlich sey nach dem Entwurf unverändert anzunehmen, welcher also lautet: „Das gegenwärtige Gesetz tritt in den Landestheilen diesseits des Rheins mit dem Tage seiner Verkündung durch das Gesetzblatt, in der Pfalz aber mit dem Tage, an welchem die Wirksamkeit des allgemeinen Gesetzbuches über Verbrechen und Vergehen ihren Anfang nimmt, in Geltung. Dasselbe findet auf solche Strafsachen, bezüglich deren an dem besagten Tage bereits ein Untersuchungsverfahren eröffnet, oder eine Ladung des Beschuldigten in die öffentliche Sitzung erlassen ist, keine Anwendung."

Preußen. Berlin, 24. Juni. Das von der Landesvertretung berathene Gesetz, betr. die Einführung eines allgemeinen Landesgewichts, hat am 17. Mai die königl. Sanktion erhalten und gelangt in der neuesten Nummer des „Staatsanz." zur Publikation. Darnach soll das für den Zollverkehr eingeführte Pfund fortan die Einheit des preuß. Gewichts seyn. Hundert Pfund machen einen Zentner und vierzig Zentner eine Schiffslast aus. Das Pfund wird in 30 Loth, das Loth in 10 Quentchen, das Quentchen in 10 Zehnt, der Zent in 10 Korn getheilt. Ein von dem Handelsgewichte abweichendes Medizinalgewicht findet ferner nicht statt.

Berlin, 24. Juni. Bei der heute stattgefundenen Hinrichtung des Jägers Puttlitz waren die Einlaßkarten zum Hinrichtungsplatz nur in sehr beschränkter Zahl vertheilt worden; der „Publizist" berichtet aber auch, daß dabei der Grundsatz aufgestellt worden, gerade den Journalisten keine Billets zu verabfolgen. „Wir sind, sagt die „Nat.-Ztg.", nicht in der Lage, die Sache aufzuklären, da wir, wie überhaupt niemals, so auch für den heutigen traurigen Akt uns nicht um Zutritt beworben haben; dennoch erscheint eine Aufklärung darüber wünschenswerth, ob durch die bedingte Oeffentlichkeit, die das Strafgesetzbuch für Hinrichtungen eingeführt hat, der wichtigste Akt der Justiz auch der Oeffentlichkeit durch die Presse hat entzogen werden sollen."

Auf das Gesuch der Berliner Bordellwirthe um Aufhebung der von dem kgl. Polizeipräsidium an sie erlassenen Anweisung die nicht ortsangehörigen Frauenzimmer zum 1. Juli zu entfernen, resp. um Suspension der Ausführung dieser Anordnung, ist, wie die Gerichtszeitung mittheilt, der Bescheid erfolgt, daß es bei der von der Polizeibehörde getroffenen Anordnung sein Bewenden habe. (D.A.Z.)

Der durch den Mißwachs des vorigen Jahres herbeigeführte Nothstand hat namentlich jetzt in Masuren (Ostpreußen) eine Höhe erreicht, die das Einschreiten der Behörden nothwendig macht. In masurischen Städten ist selbst für Geld kein Getraide zu haben, es muß von Königsberg bezogen werden und der überdies schon sehr hohe Preis desselben wird, durch die Landtransportkosten natürlich noch bedeutend gesteigert, für die ärmere Klasse unerschwingbar. Es soll in Folge dessen von der Regierung bereits die Verabreichung von 1500 Scheffeln Roggen aus dem nächstgelegenen königl. Magazin mit der Maßgabe verfügt seyn, daß dieses Getraide, das hauptsächlich den Landbewohnern des Kreises Johannisburg zu Gute kommen soll, erst im Herbst in natura zurückgeliefert werden darf.

Baden. Karlsruhe, 24. Juni. Christoph Schwarz von Durlach, der in dem früheren 1. Infanterieregimente als Oberfeldwebel diente, während des 1849er Aufstandes als Major fungirte und seiner Zeit wegen Theilnahme an demselben durch kriegsgerichtliches Urtheil zu einer sechsjährigen Arbeitszeit in Straikompagnie verurtheilt und zum Gemeinen degradirt wurde, hat sich gestern zur Erstehung seiner Strafe gestellt. Seit der Ueberwältigung der Revolution lebte er als Flüchtling in der Schweiz, woselbst er als Angestellter bei der Eisenbahn sein Auskommen fand; allein Sehnsucht nach dem Vaterlande bestimmte ihn zur freiwilligen Rückkehr. (B. Ldsz.)

Freiburg, 23. Juni. Schon wieder ist einer der bekannteren badischen Flüchtlinge mit Tod abgegangen. Es ist dies der frühere Apotheker Rehmann. Er hielt sich in Zürich auf, wo er ein chemisches Geschäft betrieb. — Von Gustav Struve haben wir ein lesenswerthes Buch vor uns: „Die Union vor dem Richterstuhl des gesunden Menschenverstandes", in welchem die nordamerikanischen Verhältnisse in sehr ungünstigem Lichte dargestellt sind. Von dessen Weltgeschichte, die unter den Deutschen in New-York viel Anerkennung und Unterstützung findet, sind bereits sechs Bände erschienen, welche die Ereignisse bis zur neueren Zeit behandeln. Durch dieses Werk soll sich Struve seine Existenz sehr verbessert haben. (Schw. M.)

§ **Oesterreich.** Wien, 24. Juni. (Privat-Korresp.) In Bucharest hat die Nachricht, daß die Großmächte sowie die Pforte für eine durchgreifende Umgestaltung des Règlement organique der Donaufürstenthümer sich entschieden haben, keine günstige Aufnahme von Seite der Bojaren gefunden, welche eine Beeinträchtigung der ihnen bisher zustehenden Rechte und Befugnisse fürchten. Wie man vernimmt, haben sie auch bereits sowohl in Konstantinopel als auch in Paris und Wien Schritte gethan, um diesen Entschluß der Großmächte rückgängig zu machen, was ihnen jedoch um so weniger gelingen wird, als die gegenwärtigen Verhältnisse an und für sich in mehr als einer Beziehung mit den vom Jahre 1834 datirenden Bestimmungen des règlement organique im Widerspruche stehen; so enthält dasselbe, um nur ein Beispiel anzuführen, über die Wahl des Hospodars die Bestimmung, daß sie der Bestätigung des souveränen Hofes in Konstantinopel und der Protektoratsmacht in Petersburg bedürfe. Nun besteht keine Schutzherrschaft Rußlands mehr, es kann demnach auch bei dieser Bestimmung nicht länger sein Bewenden haben. — Der Großvezier Aali Pascha hat vorgestern seine Reise nach Konstantinopel angetreten. Mit der Aufnahme, die er hier gefunden, war er sehr zufrieden; in der That wurde er aber auch mit der zuvorkommendsten Aufmerksamkeit behandelt, und zweimal zur kaiserlichen Tafel geladen.

Wien, 23. Juni. Die in der „Wiener Ztg." enthaltene Uebersetzung der Antwort des Kaisers auf die Ansprache der versammelten Bischöfe in der betreffenden Abschiedsaudienz war nicht genau. Wortgetreu übersetzt lautet dieselbe, wie folgt: „Den höchst wichtigen Pflichten, welche Gott mir auferlegt hat, niemals untreu zu werden, ist mein Ruhm. Nicht für die letzte derselben erachte ich das, was an mir liegt, zu thun, damit das Werk der Vereinbarung in Allem gehörig vollendet werde. Was Sie über diese große Angelegenheit mir vorschlagen werden, werde ich mit Wohlwollen aufnehmen und sorgfältigst erwägen; Ihren Wünschen, wo immer die Verhältnisse es zulassen, zu entsprechen, wird mir sehr angenehm seyn. Uebrigens lassen Sie mich frommen Gebeten empfohlen seyn, hochwürdigste Bischöfe! Reich seyen die Früchte Ihrer Bemühungen, indem Sie alle Stände zu allem Heiligen und Besten anleiten; ich aber will und handle nicht anders als so, daß die meiner Obsorge anvertrauten Völker die Güter des zeitlichen Lebens besitzen, ohne die ewigen zu verlieren." Eine flüchtige Vergleichung beider Uebersetzungstexte genügt, um einen nicht unerheblichen Unterschied wahrnehmen zu lassen. Wichtig ist, daß der Kaiser in den Anfangsworten seiner Rede einen großen Kreis der *ihm* obliegenden Pflichten beschreibt, worin die Erfüllung des *Konkordats* nicht die erste, sondern bloß nicht die letzte Stelle einnimmt, sowie die Aeußerung, daß er seinerseits thun wolle, was sich gebührt, damit das Werk der Vereinbarung vollendet (perficiatur) oder zu Ende gebracht werde. Der Eindruck der Rede ist übrigens in allen Schichten des Publikum ein tiefer, wir möchten sagen, beständig zunehmender. Daraus, daß der Kaiser die Mannigfaltigkeit seiner Pflichten so entschieden betonte, ist man gerne geneigt zu schließen, daß er keine derselben der einen oder der anderen hintanzusetzen Willens ist. (N.-Z.)

Schweiz.

Der von den diesjährigen Hochwassern im Gebiete der Aar und der Juraseen angerichtete Schaden ist außerordentlich groß und wird gewiß einen mächtigen Sporn bilden, damit endlich die „Juragewässerkorrektion" aus den Akten in die Wirklichkeit trete. Tieferlegung der Seen ist das gründlichste Heilmittel. Der Bundesrath und die Berner Regierung haben durch Abgeordnete genaue Kenntniß von dem Stande der Dinge einziehen lassen. (Nat.-Z.)

Großbritannien.

London, 23. Juni. Das angekündigte Meeting der Administrativ-Reform-Association hat gestern unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Mr. Roebuck, stattgefunden. Hauptredner war natürlich Mr. Roebuck, und der Hauptinhalt seiner Rede der, daß eine Reform in der Verwaltung nicht möglich sey ohne Parlamentsreform, daß aber andrerseits ein Antrag auf Parlamentsreform in diesem Augenblicke im Lande nicht auf die nothwendige Theilnahme, im Parlamente auf entschiedenen Widerspruch stoßen würde. Der Hauptzweck des Vereines sey somit dem Parlamente liberale, dem alten Cliquenwesen fern stehende, auf's Wohl des Allgemeinen und nicht auf das Interesse der wenigen regierenden Familien bedachte, tüchtige, unabhängige Männer zuzuwenden.

Frankreich.

Paris, 23. Juni. Der „Siecle" widmet einen besonderen Artikel dem Kardinal-Erzbischof v. Bonald zu Lyon, der von der Kanzel gepredigt: der Himmel habe ausdrücklich die Ueberschwemmung gegen die Magazine angewendet, die am Sonntag geöffnet würden, und habe die Arbeiten zerstört, weil die Gegenwart rastlos nur mit Arbeit sich beschäftige.

Paris, 24. Juni. In Nachstehendem theilen wir die Motivirung des Gesetzentwurfs mit, welcher den Erben der Königin der Belgier, der Herzogin Clementine von Sachsen-Koburg-Gotha und den Erben der Herzogin Marie von Württemberg, im Ganzen 600,000 Fr. Renten zu gleichen Theilen sichert: „Der Prinzpräsident der Republik, damals mit voller gesetzgebender Macht bekleidet, erließ am 22. Januar 1852 ein Dekret, welches, sich auf das alte öffentliche Recht Frankreichs gründend, die Güter, welche in der vom König Louis Philipp am 7. August 1830 seinen Kindern gemachten Schenkung einbegriffen sind, den Staatsdomänen zugewiesen hat. Dieses Dekret, durch ein zweites Dekret vom 27. März 1852 bestätigt, erhielt seine volle Ausführung. Aber was die Staatsraison vorschrieb, und was die alten Regeln der Monarchie gestatteten, schien Sr. Majestät in Betreff der drei Prinzessinnen, Töchter Louis Philipps, einer Modifikation fähig; diese drei Prinzessinnen wurden in dem Aktenstück vom 7. August mit aufgeführt. Später reklamirten sie die Vortheile der Schenkung als Mitgift; die Mitgift einer Prinzessin, welche ihr Land verläßt, um in eine fremde Familie einzutreten, kann als eine der Heirathsbedingungen angesehen werden. Andererseits hat der Friedensvertrag vom 30. März den Frieden auf glückliche Weise wieder hergestellt. Dieser Vertrag ist ohne Zweifel berufen, Freundschaftsbeziehungen zwischen den Fürstenhäusern Europa's wieder anzuknüpfen und selbst zu schaffen. Unter diesen Verhältnissen hat der Kaiser in Betreff der drei Prinzessinnen-Töchter Louis Philipps eine Maßregel treffen wollen, welche der internationale Charakter ihrer Ehebündnisse und der gegenwärtige Stand unserer Beziehungen in Europa der Billigkeit und dem Wohlwollen seiner Regierung gestatteten." — Der Gesetzentwurf selbst lautet: „Einziger Arkel. Der Finanzminister ist ermächtigt, in das Großbuch der öffentlichen Schuld mit Zinsgenuß vom 22. Juni 1856 an die nachstehend angeführten 3pCt. Renten einschreiben zu lassen, nämlich: 200,000 Frs. auf den Namen der Erben von Louise Marie Therese von Orleans, Königin der Belgier; 200,000 Fr. auf den Namen der Prinzessin Marie Clementine von Orleans, Herzogin von Sachsen-Koburg-Gotha; 200,000 Frs. auf den Namen der Prinzessin Marie Christine von Orleans, Herzogin von Württemberg."

In Marseille werden Vorbereitungen getroffen, um den Marschall Pelissier, welcher demnächst aus der Krim nach Frankreich zurückkehren wird, auf eine glänzende Weise zu empfangen.

Spanien.

† Madrid, 19. Juni. El Diario Espannol theilt mit, daß die Regierung dem General-Kapitän der Insel Cuba de José de la Concha den Titel eines Marquies der Havanna verliehen hat.

Drei Pfarrer in Altcastilien sind, der eine zu neun Jahren Zwangsarbeit und 400 Duros Geldstrafe, die beiden andern zu je sechs Jahren Zwangsarbeit und 200 Duros Geldstrafe verurtheilt worden, weil sie Beichtkindern, die sich von den bisher auf ihrem Eigenthum lastenden Renten an den Klerus losgekauft hatten, die Absolution verweigerten. (D. A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Der „Osserv. Triestino" bringt in seinen Korrespondenzen aus Konstantinopel vom 13. Juni sehr betrübende Details über die Aufreizung und Gehässigkeit, die sich sowohl in der türkischen Hauptstadt als in den Provinzen gegen die Rajahs (Christen) kundgibt. Auch aus Smyrna laufen fortwährend Berichte über Gewaltthaten der Türken gegen Christen und Juden ein. (Fr. Pstz.)

In der Eparchie Siatistis in Macedonien gehen grauenvolle Dinge vor. In dem Dorfe Erotyna ermordeten türkisch-albanische Räuber einen Priester. Das christliche Dorf Pella entging der Abbrennung nur durch den Tribut von 25,000 Piastern; ebenso bezahlte das Dorf Trinnobion 27,000 Piaster, um nicht von den Räubern verbrannt zu werden. Aus dem Dorfe Koutzko wurden elf Weiber geraubt und drei Männer, für deren Auslösung die Räuber 120,000 Piaster verlangten. (A. Z.)

Amerika.

New-York, 11. Juni. Berichte aus Kansas von zweifelhafter Glaubwürdigkeit melden, die Freistaatenmänner hätten die Stadt Bernhard niedergebrannt und Eigenthum zum Betrage von 12,000—15,000 Dollars vernichtet. Die Abolitionisten nahmen nach einem heftigen Kampf, in welchem 3 der Sklaverei-Partei fielen, die Stadt Franklin ein. Man meldet noch andere Scharmützel. Gouverneur Shannon hatte eine Proklamation erlassen, worin er alle Freischaaren auffordert, auseinander zu gehen. Den letzten Nachrichten aus Hayti zufolge standen die Insurgenten, 6000 Mann stark, vor Aux-Caves. Alle Geschäfte hatten aufgehört und das Kriegsrecht war proklamirt worden. (Fr. Pstz.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 25. Juni. Der Hauptumsatz bestand heute in den neu emittirten Rhein-Nahe Eisenbahnaktien, die in großen Posten zwischen 105$\frac{5}{8}$—105$\frac{7}{8}$ umgesetzt wurden. Die übrigen Effekten, mit Ausnahme von mitteldeutschen Kreditaktien und Livorno-Florenz, die bedeutend besser bezahlt wurden, blieben ohne wesentliche Veränderung.

Elisabethen-Bahn 110$\frac{1}{4}$—110.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1307 P. 1302 G. Neue Bankaktien 428 P. 423 G. Credit-Actien à 5pCt. 236 P. 234 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83$\frac{1}{2}$ P. 82$\frac{7}{8}$ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90 P. 89$\frac{3}{4}$ G. Metall. alte à 5pCt. 82$\frac{1}{4}$ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. 88$\frac{1}{2}$ G.; à 4$\frac{1}{2}$pCt. 72$\frac{5}{8}$ P. 72$\frac{1}{8}$ G.; à 4pCt. 61$\frac{3}{4}$ P. 61$\frac{1}{4}$ G.; à 3pCt. 48$\frac{1}{2}$ P. 48 G.; à 1pCt. 16$\frac{1}{4}$ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 117 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105$\frac{1}{4}$ P. 104$\frac{3}{4}$ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 292 P. 290 G.

Preussen. 3$\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 86$\frac{1}{2}$ P. 86 G. 3$\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. 112$\frac{3}{4}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3$\frac{1}{2}$pCt. 88$\frac{1}{4}$ P. 87$\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. 91$\frac{3}{4}$ P. 91$\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94$\frac{1}{2}$ G.; 4$\frac{1}{2}$pCt. 101 P. 100$\frac{1}{2}$ G.; 4$\frac{1}{2}$pCt. Ostbahn-Aktien 105$\frac{1}{8}$ P. 104$\frac{7}{8}$ G. 5pCt. 101 P. 100$\frac{1}{2}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 152$\frac{3}{4}$ P. 152$\frac{1}{4}$ G. Neustadt-Weissenb. 114$\frac{3}{4}$ P. 114$\frac{1}{4}$ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118$\frac{3}{4}$ P. 118$\frac{1}{4}$ G. **Württemberg.** 3$\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. 90$\frac{5}{8}$ P. 90$\frac{1}{8}$ G.; 4$\frac{1}{2}$pCt. 102$\frac{1}{2}$ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42$\frac{3}{4}$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82 P. 81$\frac{1}{2}$ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39$\frac{1}{2}$ P. 39$\frac{1}{4}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64 P. 63$\frac{1}{2}$ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3$\frac{1}{2}$pCt. 92$\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. 100$\frac{1}{8}$ P. 99$\frac{5}{8}$ G.; 4$\frac{1}{2}$pC. 102$\frac{7}{8}$ P. 102$\frac{3}{8}$ G.; Loose à fl. 50 112$\frac{7}{8}$ P. 112$\frac{3}{8}$ G.; à fl. 25 33$\frac{3}{4}$ P. 33$\frac{1}{2}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 409 P. 407 G.; junge 353 P. 351 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 108 P. 108$\frac{1}{2}$ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 47$\frac{7}{8}$ P. 47$\frac{5}{8}$ G. **Nassau.** Obligationen à 3$\frac{1}{2}$pCt. 90 P. 89$\frac{1}{2}$ G., Loose à fl. 25 31$\frac{5}{8}$ P. 31$\frac{3}{8}$ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 85$\frac{1}{4}$ P. 84$\frac{3}{4}$ G.; à 3$\frac{1}{2}$pCt. 92$\frac{1}{2}$ P. 92 G.; Bankaktien 122$\frac{1}{4}$ P. 121$\frac{3}{4}$ G.; Taunus-Aktien 324 P. 322 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 80$\frac{5}{8}$ P. — G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87$\frac{1}{2}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 570 P. 565 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40$\frac{3}{8}$ P. 40$\frac{1}{8}$ G.; 1pCt. neue 25$\frac{3}{16}$ P. 25$\frac{1}{16}$ G. **Holland.** Integrale 64$\frac{1}{2}$ P. 63$\frac{1}{2}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100$\frac{1}{8}$ P. 99$\frac{7}{8}$ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 P. 118$\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120$\frac{1}{4}$ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101$\frac{1}{4}$ P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104$\frac{3}{4}$ P. 104$\frac{1}{2}$ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93$\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104$\frac{3}{4}$ P. 104$\frac{1}{2}$ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93$\frac{7}{8}$ P. 93$\frac{5}{8}$ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96$\frac{1}{4}$ P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117$\frac{1}{4}$ P. 117 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88$\frac{3}{4}$ G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116$\frac{3}{4}$ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104$\frac{7}{8}$ P. 104$\frac{5}{8}$ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

** München, 25. Juni. (Privat-Korrespondenz.) **90. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** (Schluß des Berichts.)

Nachdem Abg. Dr. Arnheim als Referent die (obenerwähnten) Modifikationen, welche der Ausschuß zu dem Gesetz-Entwurfe, die gemischtgerichtlichen Untersuchungen betr., vorschlägt, in Kürze erörtert hatte, bemerkte Abg. Dr. Kirchgeßner als Vorstand des 1. Ausschusses, daß dieser prinzipiell die Ansicht des Herrn Referenten theile, jedoch geglaubt habe, daß der Gesetzentwurf, der manche Mißstände beseitige, deßhalb nicht abgelehnt werden solle und es genügen würde, durch eine Verwahrung das Recht der Kammer zu wahren. Hierauf nahm Abg. Dr. Völk das Wort und bestritt in sehr umfassender und anziehender Weise der Regierung das Recht zu der am 14. April d. J. erlassenen Verordnung, das Militärstrafverfahren betr., indem er ausführte, daß dasselbe nur im Wege des Gesetzes unter Zustimmung des Landtags hätte erlassen werden können. Ebenso entschieden und scharf kritisirt und tadelt der Redner die wesentlichsten Bestimmungen des neuen militärischen Strafverfahrens, da dieselben nicht die Garantien böten, wie das allgemeine bürgerliche Strafverfahren. Die Verordnung vom 14. April, erklärt der Redner am Schlusse seines sehr umfassenden Vortrags, habe ihn mit Besorgniß und Furcht erfüllt. Abg. Dr. Völk erklärt sich indessen für den Gesetzentwurf, weil derselbe die Möglichkeit gebe, daß einzelne Militärpersonen dem von ihm getadelten Verfahren entrissen würden. Der k. Staatsminister der Justiz empfiehlt die An-

nahme des Gesetzentwurfs nach den Anträgen des Ausschusses und erörtert dann das Recht der Regierung, das militärische Strafverfahren auf dem Verordnungswege zu regeln. Der Geist des militärischen Instituts und der bisherige Usus rechtfertige das Verfahren der Regierung. Der König sey der oberste Kriegsherr und es stehe ihm als solchem die vollständigste Strafgewalt über das Militär zu. Es sey auch dieses Recht von der Regierung gehandhabt worden vor und nach der Verfassung. Durch die Verordnung vom 14. April d. Js. sey daher auch nur geschehen, was bisher Usus gewesen sey, und von diesem Standpunkt aus würde sich die Ansicht des Hrn. Dr. Völk wesentlich ändern. Der k. Hr. Staatsminister suchte hierauf auch die von dem Vorredner getadelten Bestimmungen des neuen militärischen Strafverfahrens zu rechtfertigen und zu zeigen, daß dieselben gegen das bisherige Verfahren einen wesentlichen Fortschritt enthalten. Referent Dr. Arnheim: Im Verfassungs-Recht gebe es keinen Usus, und die Kammer hätte auch bisher schon der Regierung das in Rede stehende Recht bestritten. Die Verordnung vom 14. April l. J. bezüglich des militärischen Strafverfahrens hätte nur mit Zustimmung der Kammern erlassen werden dürfen. Die Verwahrung, welche der Ausschuß beantrage, sey das allermindeste, was beschlossen werden könne.

Von den einzelnen Artikeln veranlaßt Art. 1 (den Wortlaut des Gesetzentwurfs siehe oben) einige Debatte; denn Frhr. v. Lerchenfeld fand es bedenklich, daß die Militär-Auditore, weil diese den Verfassungs-Eid nicht leisten, bei Untersuchungen mitwirken sollen, bei welchen Civilpersonen betheiligt sind. Der k. Regierungs-Kommissär Hr. Ober-Auditor Schmidt erklärt, daß die Auditoren jetzt ganz denselben Verfassungseid leisten, wie vor 1848, und wiederholt lediglich diese Erklärung, nachdem v. Lerchenfeld fragte, ob die Auditore denselben Eid, wie die Civilrichter schwören.

Der kgl. Staatsminister der Justiz hebt hervor, daß durch den Art. 1 nichts Neues geschaffen werde, denn die gemischten gerichtlichen Kommissionen beständen schon bisher und es solle nun lediglich dem Ermessen der Militärbehörden anheimgestellt werden, ob sie diese Kommission noch fernerhin beschicken wollen. Nach einer weitern kurzen Debatte stellt Abg. v. Lerchenfeld eine Modifikation dahin, daß die zu den Untersuchungskommissionen abgeordneten Militärrichter nur als Beisitzer erscheinen sollten. Dagegen erklärt sich der kgl. Staatsminister der Justiz, der in dieser Modifikation eine Abänderung der Verfassung sieht, eine Beschränkung des Rechts der Regierung, das durch die Bestimmung des Art. gewahrt werden sollte. Bei der Abstimmung wird die Modifikation Lerchenfelds verworfen und der Artikel angenommen. Auch den übrigen Artikeln wurde nach den Anträgen des Ausschusses beigestimmt, bei Art. 3 eine Modifikation Lerchenfelds angenommen, nach welcher die Erklärung der Militärbehörden, ob bezüglich der mitangeschuldigten Militärpersonen die weitere Verhandlung der Sache den bürgerlichen Strafgerichten überlassen werden soll, binnen acht Tage erfolgen muß, außerdem aber als verneinend zu betrachten wäre.

Zu Art. 4 wurde einer Modifikation des Abg. Dr. Simmerl beigestimmt, daß auch im Falle der als Verneinung anzusehenden Erklärung die Akten sofort an die Civilrichter zurückzusenden sind. Allen übrigen Artikeln wurde nach den Anträgen beigestimmt, und dann der so modifizirte Gesetzentwurf mit 108 gegen 10 Stimmen angenommen, worauf auch der vom Ausschuß beantragten Verwahrung zu Protokoll dagegen, daß die allerh. Verordnung vom 14. April 1856, „das militärische Strafverfahren" betr., ohne Beobachtung der in Tit. VII. §. 2 der Verf.-Urkunde vorgeschriebenen Form erlassen wurde — beigestimmt wurde. Der kgl. Staatsminister wahrt hiegegen Namens des in der Reichsrathskammer befindlichen Herrn Kriegsministers, der die Verordnung vom 14. April kontrasignirt hat, das Recht der Krone, Verordnungen über das Militärstrafverfahren zu erlassen. Hiemit schloß um 2 Uhr die Sitzung.

** München, 25. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe hat heute das Militärbudget berathen und alle Postulate nach dem Regierungs-Vorschlage angenommen. Der nähere Bericht hierüber folgt.

München, 26. Juni. Das „Militärverordnungsblatt" enthält folgende allerhöchste Verordnung vom 17. Juni:*)

„Maximilian II. ꝛc. Wir haben Uns bewogen gefunden, die §§. 487 Ziffer 4, 494, dann 507 Ziffer 2 der Dienstvorschriften einer Revision zu unterstellen, und demnächst allergnädigst zu verordnen, was folgt: I. An die Stelle der bezeichneten §§. der Dienstvorschriften treten nachstehende Bestimmungen:

§. 487 Ziff. 4. Wer als Krankenwärter im Spitale an einem Kranken oder Verwundeten einen Diebstahl, eine Unterschlagung, oder einen Betrug verübt, wird, in so ferne diese Handlungen nicht schon nach den allgemeinen Strafgesetzen als gemeine Verbrechen mit Arbeitshaus oder Zuchthaus unter Beachtung des Dienstverhältnisses als erschwerenden Umstandes zu bestrafen sind, mit Festungsschanzarbeit, im Felde aber, sie mögen den Charakter militärischer oder gemeiner Verbrechen an sich tragen, mit der Todesstrafe belegt.

§. 494. Wer auf dem Wachtposten, im Zimmertour-, Ordonnanz-, Stallwach-, Sauvegarde- oder Patrouillendienste, oder in einem andern dienstlichen Verhältniß einen Diebstahl oder eine Unterschlagung verübt, — ob an einem zur Bewachung übergebenen oder irgend einem andern Gegenstande, ob in der ihm angewiesenen oder einer andern Oertlichkeit, ob er hierzu vom Wachtposten oder dem dienstlichen Verhältnisse eigenmächtig sich entfernt oder dessen Gränze überschritten hat, — soll mit Festungsschanzarbeit, insoferne die bezeichneten Handlungen nicht schon nach den allgemeinen Strafgesetzen als gemeine durch das Dienstverhältniß erschwerte Verbrechen mit Arbeitshaus oder Zuchthaus zu bestrafen sind, — im Felde aber, sie mögen gemeine oder militärische Verbrechen seyn, mit dem Tode bestraft werden.

§. 507 Ziffer 2. Jeder Marketender, sowie jedes andere zum Gefolge der Armee gehörige Individuum wird wegen solcher Verschuldungen, insoferne sie nicht als gemeine Verbrechen beurtheilt und bestraft werden müssen, im ersterwähnten Falle mit Festungsstrafe, im letztern aber mit der Todesstrafe belegt.

II. Die gegenwärtigen Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung durch das „Militärverordnungsblatt" in Wirksamkeit."

Se. Maj. der König haben das Dienstestauschgesuch des Oberlieutenants Mich. Häusler vom 8. Inf.-Reg. und Theodor Burgartz vom 2. Jäger-Bat. genehmigt; den temporär pens. Rittmeister Ferd. Wick — und den temporär pens. Unterlieutenant Ernst Braun bleibend im Ruhestande belassen; den Junker Eugen Porsch vom 1. Chev.-Reg. zum 13. Inf.-Reg versetzt; den temporär pens. Oberlieutenant C. v. Lilier auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; dem charakterisirten Oberstlieutenant und Platz-Stabsoffizier Karl Gemming der Kommandantschaft Nürnberg die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des Ritterkreuzes l. Klasse vom herzoglich anhaltischen Gesammt-Hausorden Albrechts des Bären ertheilt; dem pens. Oberlieutenant Bapt. Rubenbauer die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt.

Durch Ministerialreskript vom 18. d. wurde die nachgesuchte Enthebung des Unterlieutenants Adolph v. Braunmühl vom 2. Jäger-Bataillon von der Adjutanten-Funktion genehmigt. (Verordnungsbl.)

Magdeburg, 24. Juni. Am Sonnabend Abend wurde die neueste Doppelnummer des Uhlich'schen „Sonntagsblattes" abermals mit Beschlag belegt. (Deutschl.)

Wien, 25. Juni. Se. Maj. König Otto von Griechenland ist um halb 10 Uhr Abends hier eingetroffen, und im Palais des Erzherzogs Albrecht abgestiegen, wo S. M. der König feierlich empfangen wurde. (T. D. d. A. Z.)

Paris, 25 Juni. Der gesetzgebende Körper genehmigte in seiner gestrigen Sitzung mit 203 gegen 20 Stimmen einen Gesetzentwurf, welcher das Seine-Departement zur Contrahirung eines Anlehens von 50 Mill. Frs. ermächtigt, die zur Tilgung eines Theiles der Departamentalschuld und für den Dienst der Bäckereikasse verwendet werden sollen. (Fr. Z.)

Rom, 17. Juni. In der Sitzung des obersten Kriminalgerichts voriger Woche ward der oft genannte Civettola (Antonio Caprara) wegen schuldgegebener Ermordung des Polizei-Agenten Valeri zum Tode verurtheilt, worauf er in die politischen Gefängnisse des apostolischen Hospizes San Michele zurückgebracht wurde. Die Untersuchungsrichter glauben jetzt mehr Aussicht gewonnen zu haben, den Verurtheilten in die Mitschuld verschiedener politischer Attentate verwickeln zu können. (A. Z.)

*) In wiefern diese Verordnung der Bestimmung in Tit. VII. §. 2 der Verfassungsurkunde entspricht oder nicht, darüber verweisen wir auf die voranstehende Kammerverhandlung und den Vortrag des Abg. Arnheim an der Spitze unseres heutigen Blattes.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 178.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 28. Juni 1856

*** Das Budget.

Da vor einiger Zeit der Herr Finanzminister von Aschenbrenner mit Wohlgefallen äußerte, daß es der Regierung gelungen sey, das Defizit in unserm Staatshaushalt, welches nach dem Budgetentwurf der Staatsregierung die Steuerpflichtigen mit einer namhaften Mehrung der Abgaben bedrohte, glücklich zu beseitigen, nahm Abg. Fürst Wallerstein in der 89. Sitzung der 2. Kammer hievon Anlaß, dem Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld mit warmen Worten den gebührenden Dank auszudrücken. „Wir stehen, sagte er, an dem entscheidenden Moment, wo wir das Budget der andern Kammer vorlegen können. Der Finanzminister hat neulich uns zugerufen: das kolossale Defizit ist gedeckt. Ja, dieses schwindet, allein wem danken wir dies? Der Finanzminister hat allerdings viel beigetragen, aber dem 1. und 2. Ausschuß und namentlich dem Frhrn. v. Lerchenfeld haben wir es zu verdanken, daß das Land von Steuererhöhung befreit bleibt. Der Dank des Landes und der Kammer gebühre diesem Manne, der mit rastloser Thätigkeit gearbeitet hat. Wir tragen keine neuen Lasten mit nach Hause, haben vielmehr die Beruhigung, daß in einer der wichtigsten Materien, in der Rechtspflege, eine große Besserung erzielt wird." Mühsam hat die 2. Kammer das Gleichgewicht zwischen Ausgabe und Einnahme hergestellt. Wie aber sieht's damit aus, wenn nun nach dem jüngsten Beschluß der Reichsraths-Kammer 1½ Millionen mehr für das Militär gegeben werden sollen? Woher das Geld nehmen ohne Steuererhöhung? Die Reichsräthe haben viel gesprochen von Bayern's Ehre, und daß diese ein wohlgerüstetes Heer erheische. Wohl! aber die Ehre eines Staates erheischt auch, daß er seine Ausgaben nach seinen Kräften bemesse, daß er nicht einen Theil auf Kosten des andern bevorzuge, daß er gut wirthschafte. Ein guter Wirthschafter zu heißen, ist für den Staat eben so ehrenvoll wie für den Privaten.

Es fällt uns hier gelegentlich ein, daß wir kürzlich im Militär-Handbuch des Königreichs Bayern die Generalität des bayerischen Heeres zusammengestellt sahen; es war eine ganz respektable Reihe: 1 Feldmarschall, 3 Generale, 14 Generallieutenants, 34 Generalmajore. Das bayerische Heer hat 16 Infanterie-, 3 Artillerie-, 6 Chevauxlegers-, 2 Cuirassier-Regimenter, 1 Genie-Rrgiment, 6 Jägerbataillone; kommen sonach fast auf jedes Regiment 2 Generale!

Deutscher Bund.

Wie wir hören, wendet sich jetzt der rheinische Schifferstand mit einem Proteste gegen den Kölner Brückenbau an die Garanten des Wiener Friedens (welcher die Freiheit der Rheinschifffahrt sichert), und zwar an die Kabinette zu Paris, London und Wirn. (N. M. Z.)

** **Bayern.** München, 26. Juni. (Privat-Korresp.) Die in der gestrigen Kammersitzung von dem Abg. Fürst Wallerstein verlesene Interpellation an das königl. Gesammt-Staatsministerium, betr. „den Ertrag des Amtsblattes in der Pfalz", lautet, wie folgt:

„Bekanntlich ist seit Beginn der dritten Finanzperiode und zwar mittelst förmlicher Verabschiedung zwischen Krone und Kammern das Reinerträgniß der Kreisamtsblätter sämmtlicher acht Kreise des Königreiches zur Gründung einer Unterstützungskasse für Staatsdiener und deren Relikten bestimmt. Eine Haupteinnahmsquelle der Kreisamtsblätter bilden die gerichtlichen und sonstigen Kundmachungen und Anzeigen. In dem diesrheinischen Bayern greift bei gerichtlichen Inseraten die Einrückung in das Kreis-Intelligenzblatt, dann in zwei andere, bei obwaltendem Partei-Interesse nach Antrag der Parteien, subsidiär nach gerichtlichem Ermessen, in den übrigen Fällen rein nach dem Ermessen zu wählende öffentliche Blätter Platz. Bezüglich des Pfalzkreises ist für gerichtliche Inserate theilweise eine einfache Einrückung geboten, und §. 17 des am 23. Mai 1846 über das Exekutionsverfahren in der Pfalz erlassenen Gesetzes bestimmt in Absicht auf Zwangsentäusserungen: „Die bevorstehende Versteigerung soll durch eine von dem Anwalte des betreibenden Gläubigers zu fertigende Anzeige mittelst Einrückung in eines der im Gerichtsbezirke verbreitetsten öffentlichen Blätter bekannt gemacht werden. Die Bezirksgerichte sollen durch einen im Amtsblatte zu veröffentlichenden Beschluß diejenigen Blätter bestimmen, in welchen für jeden Kanton die Bekanntmachung geschehen soll." Absicht dieser durch die Abgeordneten-Kammer modifikationsweise in das Gesetz gebrachten Bestimmung war einerseits den Kantonswochenblättern ihre natürliche Bedeutung zu sichern, andererseits zu hindern, daß die einzelnen Kantonsbewohner wegen der wenigen sie etwa speziell berührenden Kundmachungen zum Halten des Kreisamtsblattes genöthigt seyen."

„In neuerer Zeit entstand in dem Pfalzkreise die Pfälzer Zeitung. Vor beiläufig sieben Jahren wurden diesem Blatte zunächst sämmtliche Staats-Administrativ-Inserate und zwar in solchem Maße zugewendet, daß jene Inserate, deren Einrückung in das Kreisamtsblatt geboten ist, fortan auch in die „Pfälzer Zeitung" gesendet, also doppelt bezahlt werden mußten. Gleichzeitig wurden die Gemeinden genöthigt, die „Pfälzer Zeitung" auf Gemeindekosten zu halten und rücksichtlich der gemeindlichen Publikationen in analoger Weise zu verfahren. Nachdem hierdurch und mittelst sonstigen offiziellen Schutzes das Blatt eine ansehnliche Verbreitung erlangt hatte, wurden auch die vier Bezirksgerichte veranlaßt, dasselbe für alle Kantone des Kreises als eines der gelesensten Blätter im Sinne des Gesetzes vom 23 Mai 1846 zu erklären, und so erfreut sich die „Pfälzer Zeitung" heute des förmlichen Monopols aller amtlichen Inserate. Erwägt man den Preis von 3 kr. für die dreispaltige Petitzeile und, daß Blatt und Beilage täglich drei, vier auch fünf Seiten amtlicher und Kommunal-Inserate darbieten, so bleibt der Anschlag einer jährlichen Einnahme von 7—8000 fl. bloß an Inseraten-Gebühren sicher noch unter der Wirklichkeit."

„Ich verbreite mich hier weder über den Widerspruch zwischen dem Gesetze von 1846, das von öffentlichen Blättern spricht, und zwischen dem herbeigeführten thatsächlichen Zustande, der nur Ein Blatt kennt, noch über die Härte eines Verfahrens, wodurch alle Lokalblätter zu Gunsten des bevorzugten Blattes buchstäblich ruinirt werden. Ich gehe auch nicht ein auf die politische Seite der Sache und auf den Eindruck, den sie auf das Volk, also dort machen muß, wo man die Zustände und ihre Beweggründe nicht, — wie der Geschäfts-Mittelpunkt — durch das Prisma der Berichte, sondern aus der kalten Wirklichkeit kennt. Aber ich stelle mich auf den Boden der Verabschiedung von 1831, der ungesetzlichen Belastung der Pfälzer-Gemeinden und der ungesetzlichen indirekten Besteuerung zahlreicher Einzelbewohner des Kreises. — Die Gemeinden müssen das Amtsblatt halten. Derselbe Fall tritt ein bei dem Klerus beider Konfessionen, bei den Notären, Anwälten und nach der Natur der Sache bei sehr vielen durch ihre Berufsweise dazu genöthigten Privaten. Nun dringt man den Gemeinden die „Pfälzer Zeitung" auf. Dieselbe kostete anfänglich 4 fl. 12 kr., nach erlangter Alleingeltung und nachdem ihr von allen Seiten erzwungene Zuschüsse in Masse zu geben, erhöht sie ihren Preis statt ihn zu mindern, und zwar von 4 fl. 12 kr. auf 5 fl. 24 kr."

„Die Pfalz zählt 730 Gemeinden. Sonach aufgedrungene neue Gemeindelast 4142 fl. uneingerechnet die zu Gunsten der „Pfälzer Zeitung" eintretenden gemeindlichen Doppelinserate, und uneingerechnet die zahlreichen Privaten, die vermöge der nunmehrigen Unvollständigkeit des Kreisamtsblattes — neben letzterem auch die „Pfälzer Zeitung" halten müssen. Der Ertrag

des Kreisamtsblattes hinwieder, sonach auch die gesetzliche Einnahme des Unterstützungsfondes für Staatsdiener und deren Relikten erscheint in derselben Proportion geschwächt, in welcher jene der „Pfälzer Zeitung" wächst. Sollen die Lokalblätter der Inserate entbehren, so wäre doch sicher gerechter, letztere dem Amtsblatte zuzuwenden. Die Gemeinden würden alljährlich volle 4142 fl. neben zahlreichen Doppelinseraten ersparen, und das Erträgniß des Amtsblattes, also auch der Zufluß zu dem Fonds einer Unterstützungskasse für Staatsdiener und deren Relikten würden bedeutend steigen. Zudem wäre die Gleichheit mit dem Diesrheine hergestellt, wo, wie erwähnt, jegliches gerichtliches Inserat einmal dem Kreisintelligenzblatte einverleibt werden muß, und sind dem Amtsblatte zugleich die staats-administrativen Inserate einverleibt, so wird es sicher in demselben Augenblicke eines der gelesensten Blätter des Kreises." (Die hieran sich anschließenden vier Fragen, sowie die Antwort des Ministers von Reigersberg haben wir vorgestern mitgetheilt.)

Württemberg. Stuttgart, 23. Juni. Es soll, wie in hiesigen Blättern behauptet wird, die Hieherkunft des Ministerpräsidenten v. Manteuffel im Gefolge Sr. Majestät des Königs von Preußen einen handelspolitischen Nebenzweck gehabt haben, nämlich den Widerstand der württembergischen Regierung gegen die Herabsetzung der Eisenzölle zu beseitigen. In Betreff der Anwesenheit des Königs habe ich noch zu erwähnen, daß derselbe dem zwei Stunden von hier entfernten Dorfe Kornthal, einem blühenden protestantischen Orte von eigenthümlicher religiös-politischer Gemeindeverfassung, die Ehre eines Besuches erwiesen hat. (K. Z.)

* **Hannover.** Hannover, 25. Juni. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer kam beim Ausgabebudget die seit dem 30. Juni v. J. eingetretene Erhöhung der Ministergehalte von 4000 auf 6000 Thlr. zur Sprache. Die Mehrheit des Kammerausschusses hat, wie der Berichterstatter des Ausschusses, Braun darlegte, dem Gewicht des Umstandes Rechnung getragen, daß die Erhöhung bereits eine vollendete Thatsache sey, und deßhalb in der Erwägung, daß ein Gehalt von 6000 Thlr. an sich und nach Analogie andrer Staaten ein nicht zu unangemessenes sey, die Nachbewilligung beantragt, jedoch nicht, ohne ihr aufrichtiges Bedauern darüber auszusprechen, daß die Regierung einseitig vorgeschritten sey, statt der bestehenden Ordnung gemäß dazu die Zustimmung der Stände vorgängig zu erwirken. Der Berichterstatter erläuterte, daß die Mehrheit des Ausschusses unter „bestehender Ordnung" die Ordnung der Verfassung verstanden habe. Daß eine Erhöhung der Gehalte angemessen sey, wurde von vielen Seiten anerkannt. Fast alle Redner sprachen sich gegen das eigenmächtige Vorschreiten der Regierung in dieser Sache aus; v. d. Horst tadelte dasselbe um so mehr, als eine Aeußerung im Ausschusse schließen lasse, daß die Regierung deßhalb einseitig vorgeschritten sey, weil sie widrigenfalls auf die ständische Bewilligung nicht rechnen zu dürfen geglaubt habe. Wenn dies der Fall, so habe die Regierung nicht im guten Glauben gehandelt und dürfe um so weniger ihre Eigenmacht gebilligt werden. v. d. Horst glaubt, daß die Nachbewilligung verweigert werden müsse, sonst solle man lieber das ständische Bewilligungsrecht ganz und gar beseitigen. Der Minister von Borries erwiderte: Es handle sich hier um das Recht der Krone, der freien Wahl ihrer Minister, welches dadurch indirekt illusorisch gemacht werde, wenn durch die Festsetzung eines geringen Gehalts jene Wahl sich beschränkt sehe. Er halte 6000 Thlr. kaum für ein ausreichendes Gehalt. Das Ministerium habe das Recht der ständischen Bewilligung nicht kränken wollen; es habe die Nachbewilligung beantragt und habe auf dieselbe hoffen zu dürfen geglaubt, da es nicht über das Bedürfniß hinausgegangen. Breusing verwahrt sich gegen die Beschuldigung, als ob die gegen die Regierungsforderung Stimmenden die Rechte der Krone illusorisch zu machen beabsichtigten. So weit die Ausübung dieser Rechte an ständische Mitwirkung gebunden sey, habe man das volle Recht, dieser Mitwirkung nichts zu vergeben. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Ausschusses (die Nachbewilligung und das beigefügte Bedauern) über das einseitige Vorschreiten der Regierung angenommen. (Z. f. Nordd.)

Oesterreich. Wien, 23. Juni. Große Sensation erregte hier in allen Kreisen der Leitartikel der gestrigen „Oesterr. Ztg." mit um so mehr Recht, als dieser Abschiedsgruß den in ihre Diözesen sich begebenden Kirchenfürsten eben durch ein Blatt nachgesandt wurde, über dessen höhere Beziehungen Niemand hier in Unkenntniß sich befindet. Kein Wunder also, daß man sich allgemein diesen Artikel dahin interpretirt, daß die Staatsregierung den von den Bischöfen gefaßten Beschlüssen im Ganzen ihre Genehmigung vorzuenthalten gesonnen sey. Es scheint so ziemlich außer Zweifel, daß, so einflußreich jene Partei auch ist, welche das Concordat durchgesetzt hat, sie für jetzt den Gegnern desselben habe weichen müssen. Besonders militärischerseits erhoben sich sehr viele Stimmen dagegen, die darauf hinwiesen, daß das Concordat in seinen Konsequenzen die Disziplin der aus allen Konfessionen zusammengesetzten Armee gefährden könne. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 24. Juni. „Gal. Messenger" bringt kurz die Nachricht, daß die Bill über die Entschädigung des Nabob von Surate, ungeachtet der sehr heftigen Opposition von Sir J. W. Hogg im Namen der ostindischen Kompagnie nach Abstimmung des Hauses zum dritten Mal verlesen wurde. Ebenfalls wurde die Bill über die Garantie des sardinischen Anlehens zum dritten Mal verlesen, d. h. angenommen. (A. Z.)

London, 25. Juni. Die Regierung hat nach Malta Befehle geschickt, um die Verabschiedung der englisch-italienischen Legion zu ordnen; es werden deren Mannschaften nach ihren Heimathorten entlassen werden, und zwar in Abtheilungen von 500 Mann, um jede Verwirrung zu verhüten. (Fr. Journ.)

Nach einer Korrespondenz der „Times" aus Dublin vom 19. Juni ergibt sich aus dem jährlichen Bericht der Armenkommission eine fortschreitende Verminderung des Pauperismus in Irland, die schon aus den Berichten der zwei vorhergehenden Jahre erkennbar war. Eine materielle Verbesserung in dem Steigen des Tagelohns, und eine Zunahme der Zahl von beschäftigten Arbeitern auf den Farmen und Landgütern habe sich wie es scheine, als bleibend herausgestellt. Doch wird hinzugefügt, die höhern Preise der Ackerbauprodukte sowie eine dadurch hervorgerufene Anregung zu landwirthschaftlicher Spekulation, und endlich eine sehr günstige und reiche Kartoffelärnte habe Antheil an diesen günstigen Ergebnissen; da nun wenigstens letztere nicht mehr für jedes Jahr verläßig ist, so können allerdings ungünstigere Zustände wenigstens theilweise wieder eintreten. (Allg. Ztg.)

Es wird aus glaubwürdiger Quelle versichert: die famose Chelsea-Kommission, welche den Bericht der Krim-Untersuchungs-Kommission prüfen soll, werde gar keinen Bericht veröffentlichen, und zwar weil die Mitglieder sich nicht vereinigen können. Dem Publikum ist es ziemlich gleichgültig; es hatte nicht erwartet, daß die Komödie einen ernsten Schluß haben würde. Nach dem „Scotsman", der gewöhnlich gut unterrichtet ist, dürfte die „Mock inquiry" übrigens gerade für einen der Hauptbetheiligten, nämlich für Lord Lucan, zu schlimmen Folgen führen. Der edle Lord behauptete bekanntlich in seinem Verhör: der Rapport M'Neills und Hrn. Tullochs sey von dem Kriegsminister „gedoktort" worden. Lord Panmure fühlte sich durch diesen Ausdruck beleidigt, und forderte Lord Lucan auf ihn zurückzunehmen. Dieser weigerte sich, und der Kriegsminister soll nun eine Klage bei den „höchsten Behörden" anhängig gemacht haben. (Allg. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 25. Juni. Der heutige „Moniteur" veröffentlicht ein Dekret, durch welches der Divisionsgeneral de Salles, der Divisionsgeneral Mac Mahon, der Bischof von Marseille C. de Mazenod, und der Graf O. de Barral zu Senatoren ernannt werden. (Fr. Pstz.)

Der Kaiser hat nachstehendes Schreiben an Hrn. Ponsard, den Verfasser des geistreichen Stücks „la Bourse", gerichtet: „Palais St. Cloud, 15. Juni. Mein Herr, nach der ersten Vorstellung der „Börse" glaubten Sie sich den Glückwünschen des Volkes und den Meinen entziehen zu sollen. Heute bietet mir die Zusendung Ihres Stückes Anlaß, Ihnen diese Glückwünsche auszusprechen und ich thue es gerne, denn es war mir wahrhaft angenehm, Sie die heutzutage herrschende traurige Sucht mit der ganzen Autorität ihres Talentes brandmarken, mit einer von den erhabensten Gefühlen eingeflößten Inspiration bekämpfen zu hören. Ich werde also Ihr Stück mit demselben Vergnügen lesen, als ich es aufführen sah. Beharren Sie — wozu Ihr neuer Erfolg Sie überdies nur veranlassen kann — auf dem eingeschlagenen Wege der Moralität, welcher vielleicht zu selten auf der Bühne verfolgt wird, und doch der Dichter so würdig ist, welche, wie Sie, zu einem schönen Erfolge berufen sind. Glauben Sie an mein Wohlwollen. Napoleon." (Fr. Pstz.)

* Paris, 24. Juni. Ein Regiments-Fourier wendet sich, sein Buch unter dem Arme, mit den Worten an den Thürhüter der Tuilerien: „Wo ist der Kaiser?" — Der Concierge macht große Augen und läßt ihn vor Verblüffung eintreten. Der Fourier geht gerade auf die kaiserlichen Gemächer zu und wiederholt seine Frage: „Wo ist der Kaiser?" — Man sieht sich gegenseitig an und fragt ihn, worum es sich handelt? — „Privat-Angelegenheiten", lautet die Antwort des Fouriers. — Man

beeilt sich den Kaiser in Kenntniß zu setzen, der den Fourier fragt, was er wolle. — „Sire" — erwiderte dieser, indem er den Kaiser militärisch grüßt, „Dienstes-Sache; ich bringe die Löhnung Ihres Herrn Sohnes, der Enfant de troupe bei uns ist." „Ach," sagte der Kaiser ruhig, „wie viele sind deren in Eurer Kompagnie?" „Neun, Sire." „Und mein Sohn ist..." „der 9., Sire." „Sehr wohl." Der Kaiser sieht die Rechnung an, addirt nach, gibt dem Fourier das Buch zurück und sagte: „Das ist richtig." „Sire, hier ist das Geld." Worauf der Kaiser sagte: „Nehmen Sie das Geld zurück bis zur Majorennität meines Sohnes, vertheilen Sie seine Löhnung unter seine Kameraden, die seinen Dienst thun."

Griechenland.

Athen, 14. Juni. Obwohl der größte Theil der Garnison von Athen zur Verfolgung der neulich auf der Straße nach dem Piräeus erschienenen Räuber ausgezogen ist, so haben wir dennoch keine Siegesberichte zu melden, sondern nur zu sagen, was Alle sagen: „Man findet die Räuber nicht." Die vollkommene Ausrottung der Räuber in Griechenland, dieser Zuchtruthe des Landvolkes, ist jedenfalls höchst schwierig und möchte wohl einer späteren, gesittetern Generation übrig bleiben. Die immer und immer wieder auftauchenden Banden rekrutiren sich in Griechenland von jeher aus den irregulären Bataillonen, und hauptsächlich aus diesem Grunde wurde die Auflösung dieser zuchtlosen Schaaren schon seit lange von allen Redlichgesinnten gewünscht und beantragt. Noch aber leben so viele der alten Häuptlinge, welche, obwohl in hohen Aemtern und Würden, ihre Sympathien für die ehemaligen Gefährten nie verleugnen können, und kein Kriegsminister war mächtig genug, um die Opposition derselben zu besiegen. — General Kalergis erschien, und die Umwandlung der irregulären Schaaren in taktisch gebildete Bataillone wurde dekretirt. Diese Umwandlung konnte natürlich nur allmählig geschehen, und mit dem Sturze des Diktators gerieth das einzige Gut in Verfall, dessen er sich rühmen darf. Man errichtete zwar keine neue irregulären Truppenkorps, aber man nahm einen großen Theil dieser der Zucht und Ordnung entwöhnten Leute und gab sie der Gensdarmerie bei, unter dem sonderbaren Namen „Hülfsgensdarmen". — Wir überlassen es dem Leser zu beurtheilen, ob hiedurch die öffentliche Sicherheit *vermehrt* werden konnte; in der That werden täglich Desertionen der Hülfsgensdarmen gemeldet, d. h. Rückkehr zum alten einträglichen Handwerke. Ein anderes Uebel ist folgendes: „Die irregulären Truppen sind nicht uniformirt; ihre Tracht besteht aus der schmutzigen Fustanelle und dem womöglich noch schmutzigeren Feßi, auf welchem eine weiße gestickte Krone sichtbar ist. Die Räuber sind ganz gleich uniformirt, auch die Krone auf dem Feßi fehlt nicht, und wenn sich daher ein Trupp Bewaffneter einem Dorfe nähert, so weiß der unglückliche Landmann nicht, ob es Räuber oder deren Verfolger sind, wodurch demselben die Selbstvertheidigung fast unmöglich gemacht wird. (H.N.)

Afrika.

Wer dem Araber neue Brunnen verschafft, den wird er als seinen höchsten Wohlthäter verehren, so lange das Wasser fließt. Die Franzosen beeifern sich jetzt, in Algerien ihre Herrschaft durch Wohlthaten zu befestigen. Laut einer telegraphischen Depesche des General-Gouverneurs ist es gelungen, in Tamara, einer der wasserärmsten Gegenden Süd-Algeriens, einen artesischen Brunnen zu bohren, durch den man schon bei 60 Metres Tiefe Wasser erhielt. Die Araber erhoben beim Erscheinen des Wassers einen unbeschreiblichen Jubel. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 26. Juni. In unserer Erzgießerei beschäftigt man sich gegenwärtig mit dem Guß einer schönen Statue des Königs Ferdinand von Neapel, für Messina bestimmt. Vergangenen Sonnabend wurde die Wielandstatue nach Gaßer's Modell gegossen und gelang vortrefflich. Sie ist für Weimar bestimmt. Dahin wird auch das Doppelmonument von Schiller und Göthe kommen. Der Bildhauer Rietschel in Dresden ist gegenwärtig mit dem Modell dazu beschäftigt, man hofft, des letzteren bis zum Herbste in unserer Erzgießerei ansichtig zu werden. (M. B.)

Bei dem am 20. Juni Nachmittags halb 2 Uhr über die Gegend von Günzburg hinziehenden Gewitter wurden acht Ortschaften des genannten Gerichtsbezirks hart betroffen und durch Hagelschlag an den Feldfrüchten mehrere tausend Gulden Schaden verursacht. (M. Bote.)

Berlin. Das in dem Prozeß gegen den Telegraphenbeamten Janke und Genossen vom hiesigen Stadtschwurgericht gegen den Bankier Louis Meyer gefällte Urtheil ist, wie bekannt, vom Obertribunal vernichtet und die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor eine Gerichts-Abtheilung verwiesen worden. Vor der vierten Deputation des Kriminalgerichts begann am 24. Juni unter Torgany die Verhandlung dieses Prozesses. (Nat.-Z.)

Mannheim, 23. Mai. Bekanntlich besteht hier seit etwa 3½ Jahren eine Kunstwollefabrik von G. Köber, bei welcher die Herren Reiß und Buhl Associés waren. Herr Köber erkannte es schon lange als geboten, daß es besser sey, man verarbeitet hier, wo die Arbeitslöhne billiger sind, die Rohstoffe selbst; und da seine Associés eine solche Erweiterung nicht unternehmen wollten, so trat Köber mit der Darmstädter Bank in Verbindung, und wurde dieser Tage eine anonyme Gesellschaft von beiden Theilen gegründet, welche Vertrag und Statuten bereits der großherzoglichen Staatsregierung zur Genehmigung vorgelegt haben. Das Grundkapital ist 2 Millionen, kann aber auf 4 erhöht werden, und werden als erste Serie 400,000 fl. einbezahlt. Hr. Köber, der eine halbe Million Aktien sich vorbehält, wie auch die Darmstädter Bank selbst sich mit einem solchen Betrage betheiligt, garantirt durch faustpfändliche Hinterlegung der jeweils nöthigen Summen 5pCt. den Aktionären. Was von 5—10pCt. verdient wird, gehört Herrn Köber, was darüber verdient wird, wird zwischen den Aktionären und Herrn Köber getheilt. Köber ist dabei verpflichtet, die Direktion auf 25 Jahre unentgeldlich zu führen und es steht ihm ein Verwaltungsrath zur Seite. Es wird nun zunächst eine Wollspinnerei und dann auch eine Weberei errichtet.

Frankfurt, 22. Juni. Wie sehr auch das Frankfurter Bier im Auslande immer mehr Verbreitung und Anerkennung findet, geht daraus hervor, daß nach einer uns vorliegenden zuverlässigen Notiz die Ausfuhr hiesigen Bieres im vergangenen Jahre 15,000 Ohm betrug. Hierunter befinden sich Sendungen nach Amerika und Frankreich. Im Jahre 1853 betrug die Ausfuhr noch nicht ganz 11,000 Ohm.

London, 23. Juni. Den neuesten Berichten nach ist wenig Hoffnung mehr für die Rettung des amerikanischen Schiffes „Queen Ocean" vorhanden. Dieses schöne Fahrzeug war mit ungefähr 100 Leuten an Bord (darunter 85 Passagieren) am 8. Februar von Liverpool in See gegangen, und seit dem 15. d. M., wo es vor der Insel Wight vorüberfuhr, ist nichts weiter von ihm gehört worden, so daß man nur annehmen kann, es sey, wie der „Pacific" auf der Ueberfahrt zwischen Eisbergen verunglückt. (Schw. M.)

Man schreibt aus Xerez de la Frontera bei Kadiz in Andalusien 7. Juni: „Vorgestern Morgens gegen 9 Uhr trat eine arme alte Frau in den Laden eines Spezerei-Händlers der Hauptstraße (Calle-Sarga) und bat um Almosen. Der Kaufmann verweigerte es, worauf die Alte ihn bat, ihr wenigstens ein Glas Wasser zu geben, weil sie vor Durst sterbe. Das ist etwas Anderes, erwiderte der Krämer und ich will dir sogar etwas Gutes geben. Hierauf verläßt er den Laden und kehrt bald darauf mit einem Glas zurück, dessen zuckerwasser-ähnlichen Inhalt er der Bettlerin anbot. Sie trank es gierig aus, dankte und ging. Kaum aber hatte sie einige Schritte gethan, als sie heftig aufschrie, sie spüre ein heftiges Feuer in ihren Eingeweiden, und zu Boden stürzte. Die Vorübergehenden brachten sie in's Spital, wo die Aerzte sofort Vergiftung erkannten. Man gab ihr sogleich Gegenmittel, aber es war zu spät, denn schon hatte das Gift zu stark gewirkt und die Unglückliche starb einige Minuten später unter furchtbaren Schmerzen. Der Kaufmann wurde verhaftet, er gestand in den cynischsten Ausdrücken, daß er der Bettlerin Arsenik gegeben habe, um sich ihrer zu entledigen, weil sie öfters bei ihm betteln komme, was ihn belästige. Durch die Untersuchung erfuhr man, daß das Opfer die Schwester der ersten Frau des Mörders war, der zum dritten Male Wittwer ist."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 26. Juni. Die Börse war heute in williger Stimmung. Oesterr. und mitteldeutsche Kreditaktien, Darmstädter-Bankaktien beider Gattungen und Livorno-Florenz wurden besser bezahlt, die übrigen Effekten preishaltend. Rhein-Nahe Eisenbahnaktien bildeten heute wiederum den Hauptgegenstand des Geschäftes und wurden bei sehr bedeutendem Umsatz zu 105⅞ ⅝ ½ ⅜ und ¼ umgesetzt und blieben 105½ gefragt. Elisabethen-Bahn 110¼—110⅛.

Oesterreich. Bankaktien a. D. alte 1306P. 1301G. Neue Bankaktien 428 P. 423 G. Credit-Actien à 5pCt. 237½P. 235½G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83⅛ P. 82⅞ G. 5pCt.

Lombard.-Ven. 90 P. 89 3/4 G. **Metall. alte** à 5pCt. 82 1/4 P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. 88 1/2 G.; à 4 1/2pCt. 72 5/8 P. 72 1/8 G.; à 4pCt. 64 3/4 P. 64 1/4 G.; à 3pCt. 48 1/2 P. 48 G.; à 1pCt. 16 1/4 P. 16 G. **Loose** à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 117 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 1/4 P. 104 3/4 G. 5pCt. **Staats-Eisenbahn-Actien** incl. 225 Frcs. Einzahl. 292 P. 290 G.

Preussen. 3 1/2pCt. **Staatsschuldscheine** 86 1/2 P. 86 G. 3 1/2 pCt. neue **Prämienscheine** — P. 112 3/4 G.

Bayern. **Bankaktien** o. D. — P. 780 G. **Obligationen** à 3 1/2pCt. 88 1/4 P. 87 3/4 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/2 G.; 4pCt. **Grundrente** 95 P. 94 1/2 G.; 4 1/2pCt. 101 P. 100 1/2 G.; 4 1/2pCt. **Ostbahn-Aktien** 105 1/8 P. 104 7/8 G. 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. **Ludwigshafen-Bexbacher** ex. D. 152 3/8 P. 151 7/8 G. **Neustadt-Weissenb.** 114 1/2 P. 114 G.

Sachsen. **Leipziger-Credit-Bank-Aktien** 118 3/4 P. 118 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. **Obligationen** b. R. 90 5/8 P. 90 1/8 G.; 4 1/2pCt. 102 1/2 P. 102 G. **Sardinien.** **Loose** bei G. Bethmann — P. 42 3/4 G. **Toscana.** **Florenz-Livorno** E. B. A. à 4pCt. 82 1/4 P. 81 3/4 G. **Kurhessen.** 40 **Thaler-Loose** b. R. 39 1/2 P. 39 1/4 G. **Friedr.-Wilh.-Nordbahn** o. Z. 64 P. 63 1/2 G.

Grossherzogthum Hessen. **Obligationen** à 3 1/2pCt. 92 1/2 P. 92 G.; à 4pCt. 100 1/8 P. 99 5/8 G.; 4 1/2pC. 102 7/8 P. 102 3/8 G.; **Loose** à fl. 50 113 P. 112 1/2 G.; à fl. 25 33 3/4 P. 33 1/2 G.; **Darmstädter Bankaktien alte** 414 P. 412 G.; **junge** 356 1/2 P. 354 1/2 G.

Meiningen. **Mitteldeutsche Creditbank** 109 1/8 P. 108 5/8 G. **Baden.** fl. 35 **Loose** von 1845 47 7/8 P. 47 5/8 G. **Nassau.** **Obligationen** à 3 1/2pCt. 90 P. 89 1/2 G., **Loose** à fl. 25 31 5/8 P. 31 3/8 G. **Frankfurt.** **Obligationen** à 3pCt. 84 1/2 P. 84 G.; à 3 1/2pCt. 92 1/2 P. 92 G.; **Bankaktien** 121 7/8 P. 121 3/8 G.; **Taunus-Aktien** 324 P. 322 G.; **Hanauer Eisenb.-Aktien** 80 7/8 P. — G. **Homburg.** **Bankaktien** — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87 1/2 G. **Luxemburg.** **Internationale Creditbank** 571 P. 566 G. **Spanien.** 3pCt. **inl. Schuld** 40 3/8 P. 40 1/8 G.; 1pCt. **neue** 25 3/16 P. 25 1/16 G. **Holland.** **Integrale** 64 1/2 P. 63 1/2 G.; **Certificats** 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 119 P. 118 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101 1/4 P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96 1/4 P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117 3/4 P. 117 1/2 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88 3/4 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 1/8 P. 116 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Gotha, 24. Juni. Auf dem diesjährigen hiesigen Wollmarkte wurde als Preis pr. Stein 10—17 Thlr. bezahlt, angefahren waren etwas über 10,000 Stein.

Leipzig, 21. Juni. Oel. Rüböl zu steigenden Preisen für dringenden Bedarf, loco 17 Thlr. bez., 17¼ Thlr. Br., Juli—August 17 Thlr. Br., August—Septbr. 17 Thlr. Br. ohne Kauflust, Herbsttermine ohne viel Angebot, 16¾ Thlr. Br., 16½ Thlr. zu machen. Leinöl 14 Thlr. bez. u. G. Mohnöl 21 a 21½ Thlr. Br., 20½ a 21 Thlr. bezahlt.

Oelsaaten werden einzeln bereits geschnitten, ein größeres Geschäft ist noch nicht darin gemacht, da Käufer wie Verkäufer zurückhalten.

Getraide hatte keine besondere Preisveränderung, da trotz der höheren Berliner Berichte sich kein starker Abzug zeigte, und meist nur für nöthigen Bedarf gekauft wurde. Waizen mehr angeboten, Roggen höher gefordert, doch nur zu letzten Preisen genommen. Gerste bleibt rar und gefragt.

Hamburg, 20. Juni. Zucker. Die Frage für rohen, wie für raffinirten hielt in dieser Woche an und fanden bedeutende Posten zu theilweise höheren Preisen rasch Nehmer. Von rohem wurden in loco 3000 K. Havana und 800 S. brauner und gelber Mauritius so wie schwimmend 300 K. weißer Bahia, 200 K. brauner do., 300 K. und 500 S. weißer Maroim zu ca. 32 Schill., 500 S. weißer ostind. und 400 S. gelber Mauritius umgesetzt. Notirungen: Havanna, ord. bis fein weißer fehlt, gelb bis blonder 22½ a 25½ Mk., braun bis fein brauner 20½ a 22 Mk.; Bahia, ord. bis fein weißer 21½ a 23¾ Mk., braun bis fein brauner 19½ a 21½ Mk., Pernambuco in Säcken, weißer fehlt, brauner 19½ a 21½ Mk., Mauritius, gelber 22 a 23 Mk., brauner fehlt; Java, ord. bis weißer 22 a 24½ Mark.

Reis. Wenngleich das Geschäft in den letzten acht Tagen etwas weniger lebhaft als in den vorangegangenen Wochen gewesen ist, so war der Absatz doch immerhin genügend, die Preise vollkommen auf ihrem seitherigen Standpunkt zu erhalten, und hat man für die geringen ostind. Gattungen und für feinen Carolina selbst eine Preis-Erhöhung von 4 a 8 Schill. bewilligen müssen. Der Wochenumsatz besteht in 250 T. Carolina und 4000 S. div. ostind. Gattungen. Notirungen: Carolina, geschälter 19 a 20 Mk., neuer 15½ a 17½ Mk. Java 7¾ a 9½ Mk., geschälter 11½ a 14½ Mk., Bruch 9 a 11½ Mk.; Patna 10½ a 13½ Mk.; Bengal 8 a 10 Mk.; Arrakan geschälter 8½ a 11½ Mk.; Madras 7 a 8 Mk.

Temeswar, 14. Juni. Die Saaten der Umgegend, durch genügenden Regen erquickt, lassen bis jetzt nichts zu wünschen übrig. Die Rapsärnte hat begonnen und scheint ebenso in Hinsicht der gewonnenen Menge als der Qualität ein befriedigendes Ergebniß zu liefern. Die Witterung ist heiter und warm. Der Wasserstand im Bega-Kanale 1 Fuß 3 Zoll über 0, abnehmend. Die Stagnation im Getraide-Geschäfte währt auf unserm Platze fort; und allem Anscheine nach erwarten wir in dieser Saison vergebens eine Belebung des Verkehrs. Die spärlichen fremden Käufer, welche bei unerheblichen Zufuhren mit der mühsamen Komplettirung ihrer Ladungen beschäftigt waren, schicken sich an unsern Platz zu verlassen, welcher heute schon so öde ist, wie es in sonstigen Jahren nur um die Aerntezeit der Fall zu seyn pflegt. — Während sonst in der Frühjahrsperiode bei 300,000 M. Waizen von unserer Station nach den verschiedenen Verkaufsplätzen der Monarchie befördert werden, erreichte das heuer seit Eröffnung der Schifffahrt verladene Waizenquantum kaum die Ziffer von 80,000 M.; die Ausfuhr der übrigen Zerealien steht ungefähr in dem gleichen Verhältnisse. Die Preise aller Fruchtsorten haben, obgleich meist nur für den Lokalbedarf gekauft wird, seit unserm jüngsten Berichte in Folge kärglicher Zufuhren eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren.

Neueste Nachrichten.

Kulmbach, 25. Juni. Während im Vorjahre Hunderte von Webstühlen in den obern Distrikten feiern mußten, können jetzt die Fabrikanten die von allen Seiten einlaufenden Bestellungen nur mit Mühe befriedigen, trotzdem alle Weber eine ungemeine Thätigkeit entwickeln. Diese Thatsache hat auch auf die Arbeitspreise einen erfreulichen Einfluß, indem bedeutend höherer Lohn als früher für jedes Stück Arbeit gesetzt ist. Die Arbeiten sind aber auch gesucht und erfreuen sich besonders in den überseeischen Ländern eines großen Vorzugs. (B. Z.)

Berlin, 25. Juni. Wenn man bisher ziemlich allgemein glaubte, daß die Techen'sche Untersuchung in Betreff des Depeschendiebstahls todtgeschwiegen werden würde, so bestätigt sich diese Ansicht nicht, vielmehr kann ich aus *guter* Quelle versichern, daß die Sache vor unserm Staatsgerichtshofe als Anklage wegen „Landesverraths" verhandelt werden wird. Indessen glaubt man mit Sicherheit annehmen zu können, daß die Oeffentlichkeit bei der Verhandlung der Sache ausgeschlossen werden wird. Diese Maßregel soll, neben dem Interesse, das der Staat an der Sache hat, besonders dadurch nöthig werden, daß eine Zwischenperson bei der Entwendung, ein gewisser Hassenring, eine Rolle als Doppel-Spion gespielt hat, die zu Enthüllungen führen dürfte, welche international zu Verwicklungen führen könnten. Letzteres ist indessen bloß Gerücht, und haben, wenn von mancher Seite her die Gesandtschaften großer Staaten in die Sache haben gezogen werden sollen, dieserhalb schon lebhafte Reklamationen stattgefunden. (Z. f. Nordd.)

Berlin, 26. Juni. Unter seltenem Andrange des Publikums wurde heute der Prozeß gegen den Bankier Louis Meyer wegen Bestechung von Beamten behufs Erlangung der Kenntniß telegraphischer Depeschen beendet. Der Gerichtshof erklärte den Angeklagten des ihm angeschuldigten Verbrechens für nicht schuldig. (Deutschl.)

Paris, 24. Juni. Ueber ein Projekt durch eine Lotterie den Ueberschwemmten zu Hülfe zu kommen, erfahre ich, daß die Regierung beabsichtigt, solche im Betrage von 15 Mill. Franken, wovon 10 Millionen für die Ueberschwemmten und fünf Millionen für die Gewinnste bestimmt sind, zu errichten. Der Haupttreffer beträgt 300,000 Fr. Diese Lotterie wird, wie man glaubt, den Anfang einer Pariser Lotterie bilden, die schon längst beantragt wurde. (N. Z.)

Paris, 25. Juni. Ein bedeutender Spekulant, Herr de la M., Sohn eines bekannten Vice-Admirals, ist in Folge von schlechten Spekulationen exekutirt worden. Die hiesige Börse verliert an demselben 600,000 Franken. Er hat Paris verlassen, indem er außerdem in Werthpapieren die Summe von 600,000 Fr. mit sich nahm. (K. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 179. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 29. Juni 1856

Deutscher Bund.

*** Bayern.** Der Rede des Abg. Fürsten von Wallerstein bei der allgemeinen Debatte über das Budget entnehmen wir folgende Stellen: „Wenn ich, meine Herren auf das Budget blicke, so ergreift mich allerdings ein erhebendes Gefühl. Die Angst, welche über Bayern gebracht war im Augenblicke der Wahlen, welche uns beherrschte in den ersten Zeiten unseres Beisammenseyns, sie ist dahin, wir bringen unsern Mitbürgern, so wie die Dinge sich gestalten, keine neuen Lasten mit nach Hause; noch mehr, wir haben die Beruhigung, in einer der wichtigsten Materien, in jener der Rechtspflege und der Distriktsverwaltung, eine wesentliche Verbesserung geschaffen zu sehen. Insofern können wir uns beruhigt, ja ich kann sagen stolz trennen. Andererseits läßt das Budget manches zu wünschen übrig, und leider sind es gerade die produktiven Ausgaben, die Ausgaben, welche die Steuerkraft zu heben bestimmt sind, denen eine sehr geringe Berücksichtigung zu Theil wurde. Wir konnten aber nicht anders, wir haben für diesmal wahrhaft genug gethan und ist in Folge des nun beschlossenen Budget der Staatshaushalt einmal so geregelt, wie er geregelt seyn soll und muß, so läßt sich in Zukunft an die Fragen des zu fördernden Nationalwohlstandes mit um so froherem Muthe geben."

„In Bezug auf die Staatseinnahmen habe ich nichts zu sagen. Was hier zu erörtern war, ist in den früheren Debatten erschöpfend erörtert worden. Wir wollen hoffen, daß die nun stattfindende Zollkonferenz ein segensreiches Resultat bringe, daß in ihrem Schoße ein gewisser Partikularismus, welcher der kommerziellen Vereinigung von ganz Deutschland mit engherziger Beharrlichkeit entgegensteht, bekehrt oder überwunden werde durch die Stimme, durch das vereinte Wort der übrigen Regierungen; denn, m. H., das materielle Wohl wie die kommerzielle Bedeutsamkeit von Deutschland sind erst gesichert, wenn wir einen großen deutschen Gesammtzollverein im vollen Sinne des Wortes haben; wenn Alles, was deutsches Bundesgebiet ist, auch wirklich Ein Zollgebiet bildet. — Und kommerzielle Bedeutsamkeit ist doch gewiß das geringste, was Deutschland erwarten — hoffen — heischen darf." —

„Was die Ausgaben betrifft, so wende ich mich zuvörderst an jene, welche uns am allernächsten angeht, — für den Landtag. Es läßt sich nicht läugnen, daß gerade hier für die ersten Jahre der Finanzperiode bereits eine bedeutende Ueberschreitung waltet. — Wir sind im zehnten Monate versammelt und ein zehnmonatlicher Landtag greift tief in die Kassen. Aber mit Beruhigung können wir uns sagen, an dieser Ueberschreitung tragen wahrlich wir keine Schuld. Mehr als Jemanden war uns das lange Hierseyn peinlich, war uns insbesondere peinlich jene lange Unthätigkeit, zu der wir uns verurtheilt sahen. Es gibt Mittel, und zwar sehr einfache — die Position im Landtag möglichst gering zu gestalten. Das erste dieser Mittel und jenes, welches ich unserm Ministerium recht warm an's Herz legen möchte, ist: daß bei Eröffnung der Kammern das Ministerium mit allen seinen Vorlagen bereits fertig sey. Wiederholt wurde sogar an früheren Landtagen der Wunsch geäußert, es möchten die beabsichtigten Regierungsvorlagen schon vor Berufung des Landtages veröffentlicht werden. Dies hätte unstreitig den großen Vortheil, daß jeder Abgeordnete gewissermaßen sich bereits in seiner Heimath vorbereiten und selbst über die Wünsche seiner Wählerschaft Aufschluß gewinnen könnte. Doch bestehe ich darauf nicht, das Für und das Wider einer solchen Maßregel wohl würdigend. Vermag aber das Ministerium uns sogleich bei unserem Hierherkommen unsere gesammte Aufgabe in so weit zu unterbreiten, als sie regierungsseits beansprucht wird, so sind nicht bloß Wochen — nein Monate — uns, der Sache — dem Lande und den Finanzen gewonnen. Die Umstände, welche außerdem diesen Landtag verlängert haben, wir kennen sie alle, das Land kennt sie auch. Ich brauche mich darüber hier nicht weiter zu verbreiten. Es waren fürwahr recht bittere Stunden, wozu man uns verurtheilte; sie enden freundlich; fassen wir in Gottesnamen ihr freundliches Ende in's Auge, vergessen wir die schweren Prüfungen, welche der Einigung voranschritten."

„M. H.! Es gibt noch ein weiteres Mittel, unsere Landtage wesentlich zu verkürzen, also auch die Landtagskosten mindestens um zwei Drittheile zu reduziren, und dies Mittel ist die Kürzung der Finanzperioden. So lange Bayern sich seiner heutigen Verfassung erfreut, waren die Budget-Landtage lange Tage und Martertage; warum? Weil man genöthigt ist, für sechs volle Jahre auf Kosten und Rechnung des bayerischen Volkes zu prophezeien. Die Regierung muß prophezeien und die Kammer muß prophezeien, auch diese gegenseitigen Prophezeiungen von zwei ganz entgegengesetzten Standpunkten aus erschweren die Aufgabe in ganz unerhörter Weise. Alle drei Jahre müssen die Kammern berufen, alle drei Jahre müssen die Regierungsnachweisungen überreicht und berathen werden. Entschlösse sich die Regierung, auch alle drei Jahre ein Budget vorzulegen, wie seit bald vierzig Jahren die Kammer beinahe einmüthig es wünscht, wie sie in neuerer Zeit wiederholt es förmlich postulirt hat, dann käme das Budget viel leichter und rascher zu Stande; denn für drei Jahre läßt sich zur Noth noch eine Vorausberechnung anstellen. Auf sechs Jahre vorauszusagen, wie Handel und Verkehr, also die Zölle sich stellen; wie die Getraidepreise — also der Zuschuß zum Militäretat sich erweisen, wie Aernten, also die Nachlässe sich verhalten werden, das ist eine reine Unmöglichkeit. Man rechnet hin, rechnet her, streitet und kömmt zu keinem Ziele. . . . ."

„Dem Herrn Staatsminister für Cultus und Unterricht möchte ich einen Punkt recht warm an's Herz legen, und dieser ist unser Volksunterricht. Leider haben wir diesmal für die Schullehrer pekuniär wenig erzielen können; doch ist ein großer Schritt geschehen durch unsere Andeutungen über die Art, wie zu helfen sey, und durch den geäußerten Wunsch, es möge dem nächsten Landtag mit Rücksicht auf diese Andeutungen eine vollständige pragmatische Uebersicht des Sachverhaltes vorgelegt werden. In dem Volksschul-Unterrichte hinwieder, nicht wie er auf dem Papier steht, sondern wie die Wirklichkeit ihn zeigt, walten Erscheinungen vor, welche der Hr. Cultusminister vielleicht kennt. So befreundet der ältere Clerus mit dem Leben und den ächten Volksbedürfnissen ist, so fremd steht diesen Verhältnissen jene junge katholische Geistlichkeit gegenüber, die schon in den Kinderjahren das Knabenseminar betrat, von da aus unmittelbar in das größere Seminar gelangte, und bis zur Ausweisung von dem eigentlichen Leben rein Nichts zu sehen b

kam. Von diesen jüngeren sehr wackeren, berufseifrigen Männern sind viele, die meinen, der Volksschulunterricht habe sich mit nichts als mit dem Katechismus zu befassen und, meine Herren, mit welchem Katechismus? Nicht mit jenem einfachen Katechismus des alten Canisius, der in kurzen Sätzen und leichtfaßlicher Weise den Kindern die ewigen Wahrheiten der Religion einprägt, nein, m. H., mit Katechismen, deren ineinander verwickelte Sätze mehr theologische Erörterungen als einfache Lehrbegriffe darstellen, in welchen oft ein einziger Satz zehn, auch zwölf Zeilen einnimmt. Der Katechismus, wie die Katechese berührt nur die Kirche, wir haben uns damit nicht zu befassen; daß aber durch deren Memoriren in manchen Volksschulen der ganze übrige Volksunterricht so gut wie nicht bestehe, das geht nicht an, das darf nicht geduldet werden. Volksbildung gehört an und für sich zu den obersten Pflichten jeder Regierung. Zudem, m. H., sind die Zeiten vorbei, wo der Landmann bloß glaubte. Will man heutzutage Gehorsam, will man heutzutage Ordnung, so muß die Intelligenz auf rechtem Wege und korrekter Grundlage mit aller Kraft gefördert werden. Heutzutage und unter den Verhältnissen der Gegenwart ist nur ein verständiges Volk ein ächt konservatives Volk, das ununterrichtete Volk ist jeder Verführung zugänglich und eben deßhalb das direkte Gegentheil eines konservativen Volkes. Ich wünschte sehr, der Herr Cultusminister möge sich in dieser Beziehung vollständige Aufklärung verschaffen, aber ja nicht durch papierne Berichte, sondern dadurch, daß er Männer an Ort und Stelle sende — die ihm auch wirklich reinen Wein einschenken, daß er verschiedene Volksschulen in den verschiedenen Provinzen inspizire oder mit vollverbürgter Unparteilichkeit inspiziren lasse; thut er dies, so wird er meine Bemerkungen nicht aus der Luft gegriffen finden, seinerseits aber eine heilige Pflicht gegen die Eltern, gegen die seiner Obhut anvertraute Jugend, gegen die Krone und das Land erfüllen." . . . .

„In der Frage der Gutszertrümmerungen und Gutsabtrümmerungen haben wir keinen Antrag eingebracht, weil die Materie offenbar nicht reif war und unser Antrag Angesichts gewisser vorgefaßter Meinungen offenbar nichts gefruchtet hätte; aber, m. H., der jetzige Zustand ist in manchen Provinzen dieser: während das Ansässigmachungsgesetz die Abtrümmerung einzelner Grundstücke vom Gutskomplexe bis zu einer gewissen Steuergröße ausdrücklich statuirt und von Rechtswegen anerkennt, erachten sehr viele Vollzugsorgane zufolge totalen Mißverstehens des Gesetzes vom Jahre 1850, — jedes Lostrennen irgend einer Parzelle vom Complexe, ja sogar jeden Sonderverkauf walzender Grundstücke ohne höhere Genehmigung für verpönt. Namentlich sind es die Rentämter, die hier hemmend eintreten und die Polizeibehörden vor Ausstellung der Umschreibzertifikate zu staatswirthschaftlichen Erwägungen auffordern. Dadurch entsteht eine förmliche Immobilisirung von Grund und Boden, eine Immobilisirung der allerschlimmsten Art und um so schlimmer, weil sie nicht überall in gleichem Maße stattfindet. Der Begriff „Gewohnheitszertrümmerer" wird ausgedehnt analog dem, was der Abg. Dr. Völk von dem Begriffe „Vagant" gesagt hat. Ich bin der letzte, welcher wünschen möchte, daß man den Boden atomisire, — ja, m. H., ich begrüße es, wenn gewisse Schranken geschaffen werden, damit dort, wo die Zertrümmerung das vernünftige Zenith erlangt hat, gegen das Uebermaß eingeschritten werden könne. Aber, m. H., solche Einschreitungen können nur den distriktiven, ja nur den lokalen Zuständen entnommen werden, also auch nur distriktiver, ja streng genommen nur lokaler Natur seyn; sie können nur hervorgehen aus dem Urtheile der kompetenten Communalorgane, beziehungsweise der ganz unparteiisch gestellten Distrikts- und Landräthe. Ein Zuschneiden nach Einem Maße für das ganze Land bleibt hier ewig eine große Calamität."....
(Die 4 Anträge, welche Fürst Wallerstein im zweiten Theil seiner Rede gestellt und begründet hat, sind von uns bereits kurz mitgetheilt worden; in einer spätern Nummer dieses Blattes werden wir ausführlich darauf zurückkommen.)

München, 26. Juni. Der von der Kammer der Abgeordneten beschlossene Antrag, daß der Glaspalast dem Verkauf unterstellt werden soll, wird vom Finanzausschuß der Kammer der Reichsräthe nicht zur Annahme empfohlen. Der Referent Hr. v. Niethammer erachtet diesen Antrag für noch nicht gereift und hält es für angemessener, der kgl. Staatsregierung in dieser Beziehung freie Hand zu lassen, je nach der Sachlage geeignete Verfügung über das fragliche Gebäude zu treffen. (Allg. Ztg.)

Der gestern erwähnte Erlaß des protestantischen Oberkonsistorium lautet nach der „Allg. Ztg." wie folgt: „Die oberste Kirchenstelle sieht sich in Betreff der kirchlichen Einsegnung gemischter Ehen zu nachstehenden Anordnungen veranlaßt 1) Da in einer gemischten Ehe zwischen den Ehegatten gerade in den höchsten und heiligsten Dingen keine volle Gemeinschaft zu bestehen vermag, die Gefahr der Erkaltung gegen den eigenen Glauben, ja des gänzlichen Abfalls hievon mehr oder minder nahe gelegt ist, und die konfessionelle Geschiedenheit der Aeltern unter allen Umständen einen nachtheiligen Einfluß auf die religiöse Erziehung der Kinder ausüben muß, so kann die Eingehung gemischter Ehen vom kirchlichen Standpunkte aus überhaupt nicht gebilligt werden. Die einzelnen Geistlichen haben daher vor der Eingehung solcher Ehen im seelsorgerlichen Wege in jeder geeigneten Weise zu warnen, und unter Vorhalt der hieraus erwachsenden Mißstände bei vorkommender Gelegenheit allenthalben davon abzurathen. 2) Soll gleichwohl eine solche Ehe geschlossen werden, so wird sich der betreffende Geistliche pflichtmäßig angelegen seyn lassen, dem protestantischen Theil eindringlichst nahe zu legen, daß er zum mindesten bezüglich der Bestimmung über die religiöse Erziehung der zu hoffenden Kinder den Pflichten gegen seine Kirche genüge, und nicht aus vorübergehenden zeitlichen Rücksichten seine Zustimmung zu einem Uebereinkommen abgebe, das seinem eigenen Bekenntniß widerstreitet, und eben darum nur geeignet seyn kann, ihm andauernde innere Beunruhigung zu erzeugen. 3) Wird hiernächst für eine gemischte Ehe die kirchliche Einsegnung erbeten, so ist diese im Hinblick auf die bestehenden staatsgrundgesetzlichen Normen, sowie in Würdigung der obwaltenden allgemeinen Zeitverhältnisse nicht zu versagen, a) wenn durch Vertrag festgestellt ist, entweder daß sämmtliche Kinder in der protestantischen Kirche erzogen werden sollen, oder wenigstens, daß die gesetzliche Vorschrift der zweiten Verfassungsbeilage §. 14 zur Anwendung zu kommen habe, wonach die Söhne der Religion des Vaters, die Töchter derjenigen der Mutter folgen; b) wenn bezüglich der religiösen Erziehung der Kinder gar nichts bestimmt wurde, so daß die oben erwähnte gesetzliche Vorschrift von selbst in Anwendung tritt. 4) Liegt dagegen eine Vereinbarung dafür vor, daß sämmtliche Kinder in der katholischen Religion erzogen werden sollen, so ist die kirchliche Einsegnung unbedingt zu versagen, wobei es keinen Unterschied machen kann, ob der Bräutigam oder die Braut der protestantischen Kirche angehöre. In dergleichen Fällen ist dem protestantischen Theil stets zugleich nahe zu legen, daß er, durch die bezüglich der religiösen Erziehung seiner Kinder getroffene Vereinbarung, sich selbst seiner Kirche entfremde, und unter Umständen sogar Veranlassung dazu gebe, mit der Anwendung kirchlicher Zuchtmittel gegen ihn vorzuschreiten. 5) Die Proklamation einer gemischten Ehe, und vorkommenden Falls die Ausstellung der Dimissorialien ist unter allen Umständen ohne Anstand zu bewirken, und kann von der Bestimmung über die religiöse Erziehung der Kinder in keinem Fall abhängig gemacht werden. Das königl. Konsistorium wird hiernach das weitere an die Geistlichkeit seines Bezirks in geeigneter Weise verfügen, zu welcher die unterfertigte Stelle umsomehr vertraut, daß sie sich den pünktlichen und eifrigen Vollzug der getroffenen Anordnungen getreulich werde angelegen seyn lassen, als das Wohl und die Würde unserer Kirche dies dringend erheischen."

In der nächsten oberbayerischen Schwurgerichtssitzung wird Dr. Zander, verantwortlicher Herausgeber des „Volksboten", sich gegen ein Preßvergehen zu verantworten haben, welches er an dem Präsidenten der Regierung von Niederbayern, Baron von Du-Prell, begangen haben soll.

Kurhessen. Zufolge einer Entscheidung des Justizministerium in einem gegebenen Falle steht es nunmehr fest, daß dem §. 20 des Verfassungsgesetzes von 1852, welcher den Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte für abhängig vom christlichen Glaubensbekenntniß erklärt, dahin Ausdehnung gegeben wird, daß geprüften jüdischen Kandidaten der Eintritt in den sog. Vorbereitungsdienst (die Vorbedingung des Staatsdienstes) verschlossen ist. (Frankf. J.)

Oesterreich. Wien, 23. Juni. Der zu München abgeschlossene Staatsvertrag über die Verbindung der österreichischen und bayerischen Eisenbahnen wurde am 24. d. in Wien kundgemacht. Er besteht aus 18 Artikeln, die im Wesentlichen Folgendes enthalten: Die österreichische Regierung wird der Verpflichtung zur Herstellung einer Bahn von Salzburg nach Bruck, die sich auf den Vertrag vom 21. Juni 1851 gründet, enthoben; sie wird aber die Studien über diese Bahn, um eine günstigere Linie zu ermitteln, fortsetzen und im Falle eines Resultates die Frage wieder in Verhandlung bringen. Dagegen verpflichtet sich die k. k. Regierung, schon dermalen eine direkte Eisenbahn von ihrer Gränze bei Salzburg von Salzburg über Linz nach Wien herstellen zu lassen, die in 5 Jahren dem Betriebe übergeben seyn muß. Die k. k. Regierung verpflichtet sich auch, die Bahnlinie von Innsbruck zur Gränze Bayerns, sowie jene von Verona nach Botzen bis zum Oktober 1858 in Betrieb zu setzen. Die k. bayerische Re-

gierung verpflichtet sich, die Bahn von München über Rosenheim bis zur Gränze ebenfalls bis zum 1. Oktober 1858, jene von Rosenheim nach Salzburg binnen 5 Jahren herstellen zu lassen. Von Seite Oesterreichs wird eine Bahn von Linz zum Anschlusse bei Passau, von Seite Bayerns eine Bahn von Nürnberg über Regensburg nach Passau längstens binnen 7 Jahren hergestellt. Oesterreich baut ferner eine Bahn von Prag über Pilsen an die bayerische Gränze, die bayerische Regierung wird die Nürnberg-Regensburger Bahn dahin anschließen. Für den Fall, daß Oesterreich eine Bahn von Pilsen nordwärts über Eger an die bayerische Gränze führen sollte, wird Bayern auch für diese Linie den Anschluß vermitteln.

Wien, 26. Juni. Die heutige „Oesterr. Corr." berichtigt eine Mittheilung der Turiner vom sardinischen Ministerium geleiteten lithographirten Correspondenz und sagt, daß zwischen dem Botschafter Oesterreichs, Colloredo, und dem französischen Gesandten, Rayneval, in Rom ein aufrichtiges Einvernehmen herrsche. — Die „Oesterr. Corr." meldet ferner, daß die Erwiderung **Toscana's** und der übrigen italienischen Staaten auf die österr. Circulardepesche entschieden günstig laute. (T. D. d. D. Allg. Z.)

Man glaubt, daß die Bewilligung zur **Franz-Josephs-Bahn** in kürzester Zeit von der österr. Regierung ertheilt werden dürfte. Es ist der Finanzminister v. Bruck, der sich im Wiener Kabinet vorzüglich für die Ausführung der genannten Bahn interessirt und die gemachten Schwierigkeiten beseitigt. Er soll bei dieser Gelegenheit gesagt haben: „Ihr wollt, ich soll die österr. Finanzen durch neue Systeme retten — es gibt kein besseres System, als Oesterreich reich zu machen, und die neue ungarische Bahn wird es ohne Zweifel bereichern."

Die österreichisch-böhmische **Glas-Industrie**, einstens die erste in der Welt, hat bekanntlich in neuester Zeit einen bedeutenden Rivalen an Frankreich und England gefunden; jetzt fehlen ihr namentlich die schönen Formen, in welchen die letzteren exzelliren. Das Finanzministerium hat in Würdigung dieses Umstandes erprobte akademische Zeichner und Maler in das Riesengebirge beordert, die in den dortigen Fabriken mit ihrem Talente und guten Geschmacke wirken sollen.

Großbritannien.

London, 25. Juni. Sir **William F. Williams of Kars** ist zum Kommandanten von Woolwich ernannt worden (Sir William ist seiner Waffe nach Artillerie-Offizier) und bezieht außer dem mit dieser Stelle verbundenen ansehnlichen Gehalt eine Jahreszulage von 1000 Pfd. St. (A. Z.)

London, 26. Juni. Dem Vernehmen nach sind gestern von Liverpool aus 200 deutsche Legionäre nach Canada abgegangen, woselbst ihnen die englische Regierung Land zugesagt hat; denselben dürften noch mehre folgen oder andere Colonien wählen. (D. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 25. Juni. Der Brief des Kaisers an Ponsard erregt hier Aufsehen. Man erblickt darin einen Seitenhieb auf Personen aus der Umgebung. Der Kaiser ist unzufrieden darüber, daß seine Ermahnungen hinsichtlich der Betheiligung offizieller Personen an Spekulationen keine Berücksichtigung gefunden haben. So hat Louis Napoleon dem Grafen Morny Vorwürfe darüber gemacht, daß derselbe seine vielen Geschäfte nicht schneller liquidirt habe. (K. Z.)

Spanien.

* In **Valladolid** brachen wegen der Brodtheuerung Unruhen aus, welche einen drohenden Charakter hatten. 28 Personen wurden verhaftet, drei andere, welche Brand stiften wollten, erschossen. Der Minister des Innern begibt sich im Auftrag der Regierung nach Valladolid, um die Ursachen der bedauerlichen Vorfälle zu erforschen und die ihm nothwendig scheinenden Maßregeln zu ergreifen. Die Bewegung hat sich nach Rioseco und Valencia verbreitet. Die Aufrührer haben die Besitzungen längs des Kanals von Castilien geplündert und angezündet.

Italien.

(**Gelungene Flucht.**) Einer der politischen Gefangenen im Schlosse St. Georg von **Mantua**, Italiener von Geburt, Namens Orsini, ist neulich auf wunderbare Weise aus dem Gefängnisse entkommen. Seine Zelle befand sich nebst zwei anderen in dem oberen Stockwerke des Schlosses; die Thüren dieser drei Zellen öffneten sich auf einen Gang, welcher durch eine mächtige Thüre wohl verschlossen war; vor derselben stand fortwährend eine Schildwache, im Gang selbst ging eine zweite auf und ab, und endlich lag den Zellen gegenüber ein Posten von acht Soldaten. Die Gefangenen wurden von drei Wächtern bedient, welche sich gegenseitig überwachten. Was die Zelle selbst anbetrifft, so waren die Mauern sehr dick und die Fensternischen im Innern der Mauer an zwei Stellen mit dicken Eisenstäben verwahrt und endlich noch durch ein Drahtgitter verschlossen. Unter dem sehr hochgelegenen Fenster ging die Mauer des Schlosses in den Graben hinab, welcher zwar nicht voll Wasser war, aber dessen Boden aus dickem Schlamm bestand. Von dem Graben führt ein gewölbter Kanal nach dem nahe liegenden See. Orsini begriff wohl, daß er sich durch den Corridor nicht retten konnte; an ein Bestechen der Wärter war nicht zu denken, da sie sich gegenseitig überwachten. Er beschloß also, sich durch das Fenster zu retten. Er wußte sich, Gott weiß wie, feine Stahlsägen zu schaffen, womit er die Eisenstäbe zu durchsegen begann. Er konnte auch diese Arbeit nur bei Tag verrichten, da in der Nacht die im Gang aufgestellte Schildwache von fünf zu fünf Minuten an der Thüre der Zelle horchte. Servietten, Handtücher &c., die er seinen Wärtern schlau zu entwenden wußte, dienten ihm zur Anfertigung von Stricken, an denen er sich, als die Gitter durchsägt waren herabließ. Etwa 10 Fuß über dem Boden verließen ihn die Kräfte; er stürzte in den Graben und brachte hier einige Zeit in Ohnmacht zu; beim Falle hatte er sich den Fuß verrenkt. Der Kanal, welcher nach der See führt, war mit einer Gitterthüre verschlossen, und Orsini mußte bis zum andern Morgen in dem Graben bleiben. Einige Vorübergehende, denen er erzählte, er sey in der Betrunkenheit in den Graben gefallen, halfen ihm heraus, und es gelang ihm, glücklich nach der Schweiz zu entkommen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 20 Juni. Die Russen haben Redutkalé (welches ihnen die Türken im letzten Kriege abgenommen hatten und das sie durch den Frieden zurückerhielten) besetzt. Türkische Gefangene, worunter Wassif Pascha, sind aus Tiflis in Trapezunt angelangt. (T.D.d.A.Z.)

Griechenland.

Aus **Athen**, 21. Juni wird der „Allg. Ztg." gemeldet, der Verfasser des falschen Rundschreibens, welches angeblich der Minister des Innern an die Provinzial-Regierungen erlassen haben sollte. und welches unter Hinweisung auf den Schutz der Kaiser von Rußland und Oesterreich, des Königs v. Preußen &c. das baldige Aufhören der westmächtlichen Besetzung in Aussicht stellte, sey entdeckt.

Rußland und Polen.

Der „Köln. Ztg." wird aus **St. Petersburg** geschrieben: Die Gerüchte vom bevorstehenden Abschluß eines **Concordats** mit Rom seyen ungegründet. — Von den Gerüchten über Zollermäßigung hat bis jetzt sich nur so viel erfüllt, daß der Einfuhrzoll auf Kaffee um ein Fünftel herabgesetzt wurde. Uebrigens ist eine Revision des Zolltarifs amtlich angekündigt.

Nichtpolitische Zeitung.

** **München**, 27. Juni. (Privat-Korrespondenz.) An der kgl. Ludwig-Max-Universität sind im Sommersemester 1856 1395 Studirende inscribirt, worunter 138 Ausländer. Nach Fakultäten vertheilen sie sich: Theologen 162 Inländer, 11 Ausländer, zusammen 173; Juristen 515 Inländer, 31 Ausländer, zusammen 546; Cameralisten 51 Inländer, 9 Ausländer, zusammen 60; Forstkandidaten 2 Inländer, — Ausländer, zusammen 2; Mediziner 161 Inländer, 38 Ausländer, zusammen 199; Chirurgen 3 Inländer, — Ausländer, zusammen 3; Pharmaceuten 28 Inländer, 13 Ausländer, zusammen 41; Philologen und Philosophen 335 Inländer, 36 Ausländer, zusammen 371; Summa 1257 Inländer, 138 Ausländer, zusammen 1395.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 28. Juni. Bei ziemlich stillem Geschäft wurden beinahe sämmtliche Effekten zu höheren Kursen verhandelt und blieben preishaltend, — Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 105, ¼, ⅜, ⅛ in starken Posten umgesetzt und blieben bis zu Ende beliebt.

Elisabethen-Bahn 110¼.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1311 P. 1306 G. Neue Bankaktien 433 P. 428 G. Credit-Actien à 5pCt. 238 P. 236 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83½ P. 83¼ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 82¼ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. 88½ G.; à 4½pCt. 72¾ P. 72½ G.; à 4pCt. 65 P. 64½ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250

von **1839** 117 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 105 3/8 P. 104 7/8 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 291 P. 289 G.

Preussen. 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 86 1/2 P. 86 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 112 3/4 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3 1/2 pCt. 88 1/4 P. 87 3/4 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 101 P. 100 1/2 G.; 4 1/2 pCt. Ostbahn-Aktien 105 1/8 P. 101 7/8 G. 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 152 1/4 P. 151 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 113 1/2 P. 113 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 3/4 P. 118 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 5/8 P. 90 1/8 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/2 P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42 3/4 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82 3/8 P. 81 7/8 G. **Kurhessen.** **40** Thaler-Loose b. R. 39 1/2 P. 39 1/4 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 64 1/4 P. 63 3/4 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2 pCt. 92 1/2 P. 92 G.; à 4pCt. 100 1/8 P. 99 5/8 G.; 4 1/2 pC. 102 7/8 P. 102 3/8 G.; Loose à fl. **50** 112 3/4 P. 112 1/4 G.; à fl. **25** 33 3/4 P. 33 1/2 G.; Darmstädter Bankaktien alte 420 P. 418 G.; junge 359 P. 357 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109 3/8 P. 108 7/8 G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 P. 89 1/2 G., Loose à fl. **25** 31 5/8 P. 31 3/8 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. — P. 84 G.; à 3 1/2 pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; Bankaktien 121 3/4 P. 121 1/4 G.; Taunus-Aktien 324 P. 322 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 80 7/8 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87 1/8 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 573 P. 568 G. **Spanien.** 3pCt. int. Schuld 40 3/8 P. 40 1/8 G.; 1pCt. neue 25 1/4 P. 25 G. **Holland.** Integrale 64 1/2 P. 63 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119 P. 118 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G	Mail i.S.Le. 250 k.S 101 1/4 P 101 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96 1/4 P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k S. 117 1/4 P. 117 · :
Hamb. MB. 100 k.S. 89 P. 88 3/4 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 1/8 P. 116 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Disconto — P. 4pCt. G

Papa (Ungarn), 13. Juni. Die Aernteaussichten sind, wenn die heißen trockenen Tage fortdauern, nicht am erwünschtesten. Der ersprießlichste Regen könnte der Winterfrucht noch zu gut kommen; der Gerste hingegen für keinen Fall mehr nützlich werden, und endlich dem Hafer — fraglich. Heu total verheert, vernichtet und hoffnungslos.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 27. Juni. (Privat-Korrespondenz.) **31. öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe.** Alle Staatsminister sind anwesend.

Es gelangt das **Budget** zu Berathung. Der Referent Hr. Reichsrath v. Niethhammer und der Ausschuß beantragen nur in wenigen Punkten eine Abänderung der deßfallsigen Beschlüsse der Kammer der Abgeordneten. — Bezüglich der Staatsschuld wird Beistimmung zu den verschiedenen Anträgen der 2. Kammer beantragt, nur soll zur Ergänzung noch folgender Antrag beigefügt werden: „Das in Folge der sub 3 beantragten Compensation (der bei der Staatsschuldentilgungsanstalten anliegenden Staatsaktivkapitalen) auf 8 Millionen in runder Summe reduzirte Passivum der Eisenbahnbau-Dotationskasse und die alte Schuld sollte mittelst einer Annuität von 4 1/2 pCt., wovon 3 1/2 pCt. auf Verzinsung und 1/2 auf Tilgung zu rechnen sind, heimbezahlt werden." Ferner schlägt hier der Ausschuß vor: „Die hohe Kammer wolle ihren vorgestrigen Beschluß, den Militäretat betr., dahin abändern, daß bezügl. der Militärpensionen die Summe von 400,000 fl. nach dem Beschlusse der 2. Kammer auf die Pensions-Amortisationskasse überwiesen bleibe, dagegen in den Militär-Etat ebenfalls dem Beschlusse der **Kammer der Abgeordneten gemäß** die Summe von 600,000 fl. für Militärpensionen wieder eingestellt werde, indem zu besorgen sey, daß, wenn die Kammer der Abgeordneten mit der Kammer der Reichsräthe bei der Position „Pensions-Amortisationskasse" den Abstrich von 400,000 fl. beschlösse, und bei dem Militär-Etat, auf ihrem früheren Beschlusse beharrend, die Summe von 600,000 fl. für die Militär-Pensionen festhielte, diese 400,000 fl. für die Militärpension ganz verloren gehen würden." Nach kurzer Debatte wird den Anträgen des Ausschusses beigestimmt.

Beim Etat des Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern hatte die 2. Kammer 6000 fl. in der Position für die beiden Verdienstorden abgestrichen. Der Ausschuß beantragt, da es sich hier um ein unbestrittenes Recht der königl. Prärogative handle, welches zu schmälern nicht beabsichtigt werden könne, diese 6000 fl. zu bewilligen, welchem Antrage die Kammer beistimmt.

Beim Etat des k. Ministerium des Innern beantragt der k. Staatsminister die von der 2. Kammer abgelehnten 3300 fl. an den 23,300 fl. für Regie der Landkommissariate der Pfalz zu bewilligen, wozu die Kammer beistimmt.

Beim Etat des Justizministerium und später bei jenem der Landgerichte werden ohne Debatte auch die Kosten der Durchführung der Gerichtsorganisation, sowie die Gehaltserhöhungen in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der 2. Kammer genehmigt. An der Position „Industrie" hat die 2. Kammer an den 30,000 fl. für sonstige Zwecke 15,000 fl. gestrichen, die erste Kammer bewilligte die ganze Summe. Beim Etat für Gesundheit wird von mehreren Rednern eine größere Berücksichtigung der Homöopathie von Seite der Staatsregierung, insbesondere Errichtung eines Lehrstuhls hiefür an der Universität, Gestattung des Selbstdispensirens der Homöopathen, Aufstellung eines besonderen homöopathischen Referenten beim Staatsministerium des Innern gewünscht.

An der Position für das allgemeine Landesgestüt hatte die 2. Kammer 10,000 fl. abgestrichen, die Kammer der Reichsräthe aber beschloß die ganze Position mit 148,000 fl. zu bewilligen.

Bei dem Etat für Straßenbau reproduzirt der Herr Referent einen in der 2. Kammer abgelehnten Antrag auf Einführung eines Weggeldes auf Distriktsstraßen, zur Unterstützung der Distriktsgemeinden, denen die Erhaltung dieser Straßen obliegt; allein der Antrag wird nach kurzer Debatte auch hier abgelehnt. Ebenso ein Antrag des Hrn. Fürsten Hohenlohe, aus der Staatskasse 50,000 fl. zur Unterstützung der Distrikte zu bestimmen.

Dem von der 2. Kammer bei der Porzellan-Manufaktur in Nymphenburg beschlossenen Antrag soll nach Vorschlag des Ausschusses in folgender Fassung beigestimmt werden: „a) Dem Ansatz von 35,000 fl. jährlichen Zuschusses an die Manufaktur sey zuzustimmen; b) die sechs noch übrigen Maler seyen wo möglich in der Porzellanmanufaktur noch zu verwenden und wenn nicht, der königl. Staatsregierung zur Bewilligung einer Sustentation zu empfehlen." Nach einer Debatte hierüber wurde indessen dem Antrage der 2. Kammer unverändert beigestimmt.

Zur Position „Cultus" beantragt der Ausschuß, 60,000 fl. zum Bau einer katholischen und protestantischen Kirche in Neu-Ulm in das Budget einzustellen, welchem Antrag, den Frhr. v. Welden in der 2. Kammer vergebens gestellt hatte, beigestimmt wurde.

Noch wurde hierauf der Reichsreservefonds, den die 2. Kammer auf 575,000 fl. gestellt hatte, auf 600,000 fl. erhöht. Bezüglich aller anderen im vorstehenden Berichte nicht angeführten Etats der **Staatsausgaben** wurde den deßfallsigen Beschlüssen der 2. Kammer beigestimmt. Dasselbe war der Fall und zwar fast ohne Debatte bezüglich der Etats der **Staatseinnahmen**. Von den verschiedenen Anträgen der Kammer der Abgeordneten wurden diejenigen, welche sich auf den Verkauf des Glaspalastes, auf Aufhebung der Saline Dürkheim, auf die Streuabgabe, sowie darauf, daß die Perlenfischerei und Goldwäscherei nicht länger auf Staatskosten fortgeführt werden soll, beziehen, abgelehnt, allen übrigen Anträgen aber beigestimmt. Bezüglich eines Antrages des Hrn. Reichsraths Graf v. Yrsch auf Einführung der Besteuerung der Tabaksfabrikation, resp. Tabakskonsumtion hielt es der Ausschuß nicht für geeignet, darauf einzugehen, da die Einführung einer solchen Steuer nur dann von Erfolg seyn könne, wenn die sämmtlichen Zollvereinsstaaten über die Art und Weise der Besteuerung sich geeinigt haben. Die hohe Kammer stimmte dem Antrage ihres Ausschusses bei. Es war hiemit das Budget vollständig in Einer Sitzung erledigt, und es bestehen sonach mit Ausnahme des Militär-Etats nur einige nicht besonders wesentliche Differenzpunkte zwischen beiden Kammern.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 180. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 30. Juni 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 28. Juni. (Privat-Korresp.) **91. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: sämmtliche Staatsminister.

Der 2. Präsident Dr. Paur verliest eine von ihm und einer großen Anzahl Abgeordneten gestellte Anfrage an die Staatsminister des Innern und der Justiz, die Wahlen in der Pfalz betr., welche mit folgenden 2 Fragen schließt:

1) „Hat die erwähnte, auf den Grund der Bestimmungen des Art. 23. des Gesetzes vom 4. Juni 1848, die Wahl zum Landtag betr., zugesicherte Untersuchung stattgefunden, und wenn dem so ist, welches Resultat hat dieselbe gegeben?"

2) „Hat das kgl. Staatsministerium der Justiz Kenntniß von der oben angeführten Thätigkeit der demselben untergeordneten Staatsanwaltschaften in Verfolgung der Anschuldigung gegen den Rentner Frölich und Consf. rc., — hat die Staatsanwaltschaft dabei auf Anordnung des königlichen Justizministers gehandelt?"

Die erste Frage beantwortet der kgl. Staatsminister des Innern, indem er unter Ablesung seiner der Kammer am 6. Okt. v. Js. gegebenen Erklärung, daß eine administrative Untersuchung erst nach Beendigung des gerichtlichen Urtheils eingeleitet werden soll, erklärte, daß ein solches Urtheil noch *nicht erfolgt* sey und deßhalb die administrative Untersuchung *noch* nicht durchgeführt werden könne. — Die zweite Frage beantwortet der kgl. Staatsminister der Justiz dahin, daß das Ministerium der Justiz sich in keinerlei Weise in das Verfahren der Staatsanwaltschaft eingemischt habe, daß die gegen Frölich eingeleitete strafrechtliche Untersuchung lediglich eine Folge der Gesetze sey; das Ministerium habe keine Anordnungen in Bezug hierauf erlassen.

Zur Berathung gelangt die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bez. des Budget. Der Ausschuß beantragt, den gestern mitgetheilten Beschlüssen der 1. Kammer bezüglich der Staatsschulden und denen bezüglich des Etat für das allgemeine Landesgestüt beizustimmen; bezüglich aller andern Punkte aber auf dem früheren Beschluß zu beharren.

Beim Etat des kgl. Staatsministerium der Justiz wäre Ziffer 7 nach dem Beschlusse der 1. Kammer so zu fassen: „Behufs der Erhöhung der Gehalte der Kreis- und Stadtgerichts-, nun Bezirksgerichts-Assessoren und Räthe in derselben Weise, wie jene der Appellations-Gerichts-Assessoren und Räthe in 3 Klassen auf 600, 750 und 900 fl. und beziehungsweise auf 1000, 1100 und 1200 fl., dann der Protokollisten auf 600 und 700 fl., endlich behufs Ertheilung von Alters-Zulagen für die Landrichter in der Pfalz seyen 38,363 fl. in das Budget einzustellen," welchem Beschlusse, lediglich als Herstellung der ursprünglichen Redaktion des Beschlusses der Kammer der Abgeordneten, der Ausschuß beitrat, jedoch mit dem Vorbehalte, daß derselbe im Nachtrage zum Budget der VII. Finanzperiode, „den Etat des königl. Staatsministerium der Justiz und der Landgerichte betr.," die ihm durch frühern Beschluß eingeräumte Stellung beibehalte. Die Kammer der Reichsräthe bewilligte seiner 10,000 fl. jährlich für Erbauung einer katholischen und protestantischen Kirche in Neu-Ulm; der Ausschuß der 2. Kammer machte jedoch geltend, daß eine Baupflicht für den Staat durchaus nicht anerkannt werden könne; in Betracht aber, daß die katholische Kirche in Ulm von den Katholiken Neu-Ulms wegen mangelnden Raums nicht benützt werden könne und die dortige Garnison einer Kirche nothwendig bedarf, sollen nach Vorschlag des Ausschusses 5000 fl. jährlich als Zuschuß an die Gemeinde Neu-Ulm zur Erbauung von Kirchen bewilligt werden.

Den Anträgen des Ausschusses wurde von der Kammer fast ohne Debatte beigestimmt.

Bezüglich des Militäretat beantragt der Ausschuß, der 1. Kammer nicht beizustimmen, sondern auf den früheren Beschlüssen zu beharren, und ebenso dem Antrag auf Restituirung des Reservefonds der Armee nicht beizustimmen.

Referent Abg. Langguth bemerkt hiezu, daß die zwischen beiden Kammern bestehende Differenz 1,025,100 fl. betrage und daß der Ausschuß der festen Ansicht sey, daß mit der von der 2. Kammer bewilligten Summe völlig auszureichen und der Bundespflicht vollständig zu genügen sey.

Abg. Fürst Wallerstein und Abg. v. Closen treten dem Antrag des Ausschusses bei, die Abg. Frhr. v. Welden und Frhr. v. Rotenhan erörtern die Nothwendigkeit, das Regierungs-Postulat zu bewilligen, worauf Frhr. v. Lerchenfeld nochmals nachzuweisen unternimmt, daß mit der von der 2. Kammer bewilligten Summe vollständig ausgereicht werden könne. Redner schloß mit der Bemerkung: daß nicht die Größe der Armeen, nicht die Zahl der Bataillone, sondern das Festhalten am verbrieften Recht, die Aufrechthaltung und Durchführung der Verfassung und deren Einführen in das Leben die sichersten Stützen der Regierung seyen.

Abg. Prof. v. Lasaulx, der sich hierauf ebenfalls für den Ausschußantrag erklärte, ließ dabei sehr scharfe Bemerkungen gegen den Bundestag fallen und meinte, mit der von der Kammer bewilligten Summe könnte der Bundespflicht vollständig genügt werden und mehr könnte man erst thun, wenn die heiligen Versicherungen der Staatsregierung bezüglich einer Bundesreform in Erfüllung gegangen wären.

Der kgl. Kriegsminister suchte hierauf darzuthun, daß es Pflicht der Einzelstaaten sey, noch über das Bundes-Haupt- und Ersatz-Contingent hinaus eine gewisse Anzahl von Truppen für die innere Sicherheit und für die Besatzungen der Festungen zu halten. Bloße Reserven zur Besatzung der Festungen könnten nicht genügen, denn diese müßten schon da seyn, wenn das Bundeskontingent Marschbefehl erhalte. Das was über Reserven in der Kammer verhandelt worden sey, werde das Kriegsministerium zu benützen suchen; nur fürchte er, daß sich hierdurch die Kosten noch vermehren würden, auch stehe das Conscriptionsgesetz, so lange es nicht abgeändert wäre, entgegen. Was die Reservebataillone betrifft, so seyen die Verhandlungen, um dieselben so zu organisiren, wie das Conscriptionsgesetz es verlange, im Gange. Der Bürgerwehr könne man doch nicht zumuthen, im Frieden auch Garnisonsdienste rc. zu leisten; dafür würde sich der Bürger bedanken. Der Hr. Kriegsminister widersprach hierauf der Behauptung Lerchenfeld's bezügl. der Kosten der Armeeformation. Die Verhältnisse des Jahres 1848 seyen noch nicht so ganz verschwunden, wie das erst die jüngst erschienene kommunistische Proklamation bezeuge; man stehe also noch nicht so sicher. Daß das Kriegsministerium bis auf das Geringste mit seinen Forderungen herabgegangen sey, habe er bereits in der 67. Sitzung ausführlich nachgewiesen, und indem er das dort Gesagte in Erinnerung bringe, wolle er noch beifügen, daß die Macht und das Ansehen eines Landes von seiner Militärkraft abhänge, und daß diese selbst beim Abschluß von Verträgen in die Wagschale falle. Die Armee habe auch eine große Aufgabe im Innern zu erfüllen und es würde 1848 manches vermieden worden seyn, wenn genung Truppen disponibel gewesen wären. — Der jetzige Stand der Armee entspräche allen Anforderungen und die Kosten derselben stünden nicht im Mißverhältniß mit den finanziellen Kräften des Landes. Würde auf dem Beschlusse der Kammer beharrt, so müßten tief eingreifende Reduktionen vorgenommen werden, man müßte die vorhandenen Vorräthe wieder aufzehren und wenn wieder eine Mobilmachung erfolge, würde man wieder neue große Kosten zu bestreiten haben. Das könnte aber keine Sparsamkeit seyn. Auch der Wohlstand vieler Städte würde leiden, weil man genöthigt wäre, die Mannschaften in den Festungen zu vereinigen und den Offizieren würde die Aussicht auf Beförderung auf Jahre hinaus abgeschnitten werden. Daher bitte er die Kammer, die Sache wohl zu überlegen. Er vertraue dem Patriotismus der Kammer, daß sie das Heer nicht verkümmern lassen, daß sie vielmehr

die nöthigen Mittel, die es braucht, um allen Anforderungen gewachsen zu seyn, auch bewilligen werde.

Der k. Staatsminister der Finanzen will als Laie kein Urtheil aussprechen, ist aber der Ueberzeugung, daß das Regierungspostulat absolut nothwendig erscheine; sey das aber der Fall, so würden auch die Mittel hiezu zu beschaffen seyn, und zwar, wie er glaube, ohne wesentliche Steuererhöhung. Der Landtag habe es dahin gebracht, daß ohne Steuererhöhung die Gerichtsorganisation durchgeführt werde, für welche man früher bereitwillig die Mittel geboten habe, ja daß noch eine Steuererleichterung eintrete, indem die Grund- und Haussteuer Zahlenden von der Einkommensteuer für das bezügliche Einkommen befreit wurden, wodurch für dieselben eine Steuererleichterung von 358,000 fl. eintrete. Der Hr. Finanzminister suchte nun darzulegen, daß, wenn hievon Umgang genommen (d. h. wohl ein entsprechender Zuschlag zu den genannten Steuern erfolge) und wenn von den 3 Millionen, welche die Sparkassen noch an der Staatsschulden-Tilgungskasse zu fordern haben, statt jährlich 500,000 fl. nur 200,000 fl. zurückbezahlt, und hiedurch 300,000 fl. disponibel würden, sich im Ganzen nahezu an 800,000 fl. zur Verwendung für das Militär ergeben würden, so daß die vorhandene Kluft bis auf weniges hiedurch ausgefüllt und nur eine ganz unbedeutende Steuererhöhung nothwendig wäre.

Nachdem hierauf der Hr. Referent nochmals die Beistimmung zum Antrag des Ausschusses empfohlen hatte, nahm der k. Ministerpräsident das Wort und erklärte, daß er im Gefühle der Wichtigkeit und Tragweite der vorliegenden Frage es für nothwendig erachte, sich für das Postulat auszusprechen. Es seyen mehrfach in der Debatte auswärtige Verhältnisse berührt worden; er wolle hierauf nicht eingehen, denn er halte eine solche Erörterung für nicht berechtigt; sie würde auch keinen Vortheil bieten. Er wolle sich also nur auf dem inneren Standpunkt halten, und da frage er bloß: Bedarf das Militär die verlangte Summe und kann das Land sie leisten? Den Bedarf habe der Hr. Kriegsminister schlagend nachgewiesen, die finanziellen Kräfte des Landes würden hiedurch nicht überschritten; denn ohne wesentliche Steuererhöhung lägen die Mittel hiezu vor. Man stehe jetzt am Schlusse eines langen Landtages, es seyen viele brennende Fragen gelöst worden, deren Lösung man anfangs für unmöglich gehalten habe. Die 2. Kammer habe hiezu allerdings die Hand geboten, aber auch die 1. Kammer und die Regierung hätten es gethan. Es sey jetzt nur noch Eine Frage, aber von großer Tragweite übrig, von deren Lösung viel für die Zukunft abhänge. Auch er gehöre nicht zu jenen, welche das einzige Heil in der Armee sehen, es sey das auch nicht der Standpunkt der Regierung; sie sey aber ein mächtiger Hebel für die Unabhängigkeit nach Außen und für die Ruhe, den Frieden und die Ordnung im Innern. Hiezu bedürfe es aber der finanziellen Mittel und er ersuche die Kammer dringend, heute ihrem Ausschusse nicht beizustimmen. Die Regierung habe so oft dem Ausschusse beigestimmt und sich mit geringeren Mitteln zufrieden gegeben in der Hoffnung und im Vertrauen, daß über den letzten Punkt eine Verständigung erzielt werde. Beharre die Kammer aber auf ihrem früheren Beschluß, so würde es bei der Kürze der Zeit nicht mehr möglich seyn, eine Verständigung zu erzielen. Keiner, der heute dem Postulate beistimme, würde es in Zukunft bereuen; der Vorwurf der Steuerüberbürdung könne ihm nicht gemacht werden; das Gleichgewicht im Staatshaushalte werde erhalten; aber danken würde man ihm in Zukunft, daß er mitgewirkt habe, die bayerische Armee zu erhalten und die Gefahr zu beseitigen, daß die Armee verkümmere.

Die Abstimmung ergab hierauf, daß der Beschluß der Kammer der Reichsräthe und damit die Regierungsforderung abgelehnt, und beschlossen wurde auf dem früheren Beschlusse zu beharren. — Es trat dann eine einstündige Pause ein und nach wiedereröffneter Sitzung erklärte der Herr Präsident, daß inzwischen die Kammer der Reichsräthe den diesseitigen Beschlüssen über das Budget, bis auf jenen, bezüglich des Militäretat, beigetreten sey; bezüglich des Militär-Etat aber beharre die 1. Kammer auf ihrem Beschlusse, und es sey deßhalb in den Gesammtbeschluß bezüglich des Militär-Etat die von der Kammer der Abgeordneten bewilligte Summe, als die niederere (über die also jedenfalls Uebereinstimmung beider Kammern besteht), einzustellen. Sofort wird denn auch der Gesammtbeschluß über das Budget verlesen. Ferner theilt das Präsidium mit, daß die Kammer der Reichsräthe heute auch dem Beschlusse der 2. Kammer über den Gesetzentwurf bezüglich der gemischt-gerichtlichen Untersuchungen mit einiger Modifikation beigetreten sey, und daß der Ausschuß beantrage, diesen Modifikationen beizustimmen. Die Kammer entspricht sofort diesem Antrage, so daß auch über diesen Gesetzentwurf Gesammtbeschluß erzielt ist. Damit schloß die Sitzung Nachmittags halb 4 Uhr, die nächste findet morgen, Sonntag Mittag 11 Uhr statt und zwar zur Berathung des Finanzgesetzes, das hierauf dann noch morgen Mittag in der Kammer der Reichsräthe berathen werden soll.

* In dem Vortrag, welchen Frhr. v. Lerchenfeld im 2. Ausschuß der Abgeordneten-Kammer über das Finanzgesetz für die VII. Finanzperiode erstattet hat, äußert derselbe sich über das Maß der im Laufe der 7. Finanzperiode zur Erhebung kommenden direkten Steuern in folgender Weise: „Das Staatsministerium der Finanzen beabsichtigt, abweichend von dem im Finanzgesetze vom 28. Mai 1852 eingehaltenen Verfahren, bei Grund-, Haus- und Dominikal-Steuer den ganzen Betrag, welcher zur Deckung des Staatsbedarfs an diesen Steuern erhoben werden soll, in einer ungetheilten Summe festzustellen und nach Simplen zu bestimmen. Hiedurch würde indeß eine sehr fühlbare Veränderung in den Verhältnissen der Steuerbaren eintreten, indem das sog. Steuerprinzipale, d. h. diejenige Gesammtsteuersumme einer Gemeinde, eines Bezirkes oder Kreises, auf welche in der Regel die Gemeinde-, Bezirks- oder Kreisumlagen vertheilt werden, für diese Steuern sich um denjenigen Betrag erhöhen würde, der als Steuerzuschlag zur Erhebung kommen soll, und welcher — im Falle der Beibehaltung des bisherigen Verfahrens — bei Berechnung jenes Prinzipale nicht mit in Ansatz gebracht wird. Bei dem Umstande, daß die Grund- und Haussteuer ohnehin den größten Theil der seit 1851 eingetretenen Steuererhöhungen zu tragen hatte, und auch in Zukunft zu tragen haben wird, dürfte es billig seyn, diese Last nicht auch noch durch eine Form der Erhebung zu erschweren, welche — ohne der Staatskasse mehr Einnahmen zu verschaffen — denn doch das Verhältniß dieser Klassen von Steuerpflichtigen in anderer Beziehung erschweren würde."

„Berichterstatter begutachtet demnach, die bisherige Steuerprinzipalsummen, sowie sich solche nach den früheren Finanzgesetzen bezüglich der Grund-, Dominikal- und Haussteuer bisher gebildet haben, auch für die 7. Finanzperiode unverändert zu lassen und den hiernach entstehenden Ausfall durch einen Zuschlag zu decken, welcher nach Prozenten jener Prinzipalsumme auf die einzelnen Steuern unter Grundlage und möglichster Berücksichtigung der bisherigen Besteuerungs-Verhältnisse zu vertheilen seyn wird. Berichterstatter begutachtet demnach unter a) Grundsteuer: 1) für die Landestheile des Provisorium oder unrevidirten Definitivum die Zahl der Simpla auf 4 statt auf 7 1/10 festzustellen, ebenso 2) für die nach dem neuen Definitivum besteuerten Landestheile auf 2 3/10 statt auf 3 9/10. In gleicher Weise beantragt Berichterstatter unter b) Haussteuer die entsprechenden Minderungen auf 3 Simpla des Provisorium, und wo das Definitivum eingeführt ist, auf 6 Simpla der Areal- oder 2 Simpla der Miethsteuer, und unter c) Dominikalsteuer, soweit solche noch besteht, auf 4 Simpla; sodann einen neuen Absatz einzuschalten, welcher die Feststellung der Steuerbeischläge zu bestimmen hätte."

„Nach den Beschlüssen der Kammern berechnet sich der gesammte Staatsbedarf — einschlüssig des Nachpostulates für die Kosten der Gerichtsorganisation und für Gehaltszulagen an gering besoldete Staatsdiener auf 41,396,862 fl. Hieran sind gedeckt durch den Ertrag der indirekten Steuern, der Staatsregalien ꝛc. 32,279,894 fl., durch den Reinertrag der direkten Steuern nach den oben berechneten Prinzipalsummen 7,317,421 fl., zusammen 39,597,315 fl., so daß noch zu decken sind 1,799,547 fl. Bisher traf a) auf Grund- und Dominikalsteuer ein Zuschlag von 20 kr. vom Gulden oder 33 1/3 Prozent des Prinzipale; b) auf die Haussteuer und Einkommensteuer etwa 14 kr.; c) auf die Gewerbsteuer und Kapitalrentensteuer 3 kr. vom Gulden. Berichterstatter glaubt hiernach beantragen zu sollen: a) zu der Grundsteuer einen Beischlag von 33 1/3 Prozent oder 20 kr. vom Gulden im Anschlage von 1,589,873 fl.; b) von der Dominikalsteuer einen gleichen Beischlag im Anschlage von 345 fl.; c) von der Haussteuer einen Beischlag von 15 pCt. oder 9 kr. vom Gulden im Anschlage von 99,240 fl.; d) von der Gewerbsteuer einen Beischlag von 5 pCt. oder 3 kr. vom Gulden im Anschlage von 51,840 fl.; e) von der Kapitalrentensteuer einen Beischlag von 5 pCt. oder 3 kr. vom Gulden im Anschlage von 26,579 fl.; f) von der Einkommensteuer einen Beischlag von 10 pCt. oder 6 kr. vom Gulden im Anschlage von 31,680 fl., im Ganzen 1,799,547 fl."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 181.	Voransbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 1. Juli 1856

Pränumerations-Einladung.

Bestellungen auf die täglich erscheinende, mit dem Unterhaltungsblatte „Mnemosyne" und dem Beiblatte „Würzburger Anzeiger" verbundene

Neue

Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal nehmen alle Postämter an. Der Abonnementspreis beträgt hier wie in ganz Bayern vierteljährlich 2 fl. Bei auswärtigen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.

Das Beiblatt „Würzburger Anzeiger" kann auch allein bezogen werden um vierteljährig **24 kr.**

Die Expedition der „Neuen Würzb. Ztg."
Stahel'sche Buch- & Kunsthandlung.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 28. Juni. Der zum Kardinal ernannte bisherige Erzbischof Graf von Reisach hat, da er vom hiesigen erzbischöflichen Stuhle scheidet, seinen Austritt aus der 1. Kammer erklärt.

Preußen. Berlin, 28. Juni. Graf Orloff, der russische erste Bevollmächtigte auf der Pariser Friedenskonferenz, ist auf der Rückreise nach Petersburg hier eingetroffen. Graf Orloff kehrt ziemlich verstimmt nach Petersburg zurück, was daher rührt, daß die Hoffnungen Rußlands durch die österreichische Diplomatie so ziemlich völlig zu Schanden gemacht worden sind. An Höflichkeiten und Freundlichkeiten in der äußern Repräsentation wird es natürlich nicht fehlen, aber in der Sache selbst ist es darum doch nicht anders, und alle gegentheiligen Versicherungen sind eben nur leere Phrasen. (Fr. J.)

Hannover. Hannover, 25. Juni. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurde über die Petitionen aus Osnabrück und Harburg wegen Verweigerung des Urlaubes an Stüve und Grumbrecht zum Eintritt in die allgemeine Ständeversammlung Bericht erstattet und schließlich ein Antrag dahin angenommen, in dem Kommissionsantrage „an die königl. Regierung die dringende Aufforderung zu richten, von den Urlaubsverweigerungen den eingeschränktesten Gebrauch zu machen und zwar besonders bei städtischen Beamten" die Worte „dringender Aufforderung" in „Ersuchen" umzuändern, die Worte „bei städtischen Beamten" zu streichen. (Z f. N.)

§ **Oesterreich.** Wien, 27. Juni. (Privat-Korresp.) Der Handelsstand von Szisseck hat sich bereit erklärt, sich der unter den Auspizien der HH. Morpurgo und Revoltella konstituirenden Triester Eisenbahngesellschaft zur Erbauung einer Bahn von Agram nach Szisseck als Fortsetzung der Steinbrücken-Agramer Linie anschließen zu wollen. Kommt diese Bahn, woran kaum zu zweifeln ist, zu Stande, so dürfte der Handel Triest's mit dem schwarzen Meere eine andere Gestalt annehmen, da dann der Weg über Szisseck und Galatz ein viel näherer und billigerer, als über Konstantinopel ist, des immensen Kolonialwaarenzuges nicht zu gedenken, der für einen Theil Ungarns, das Banat, Siebenbürgen und die Donaufürstenthümer dann seine Route von Triest über Szisseck nehmen muß, wodurch sich diese Bahn zu einer der rentabelsten der Monarchie gestalten wird. — Der Finanzminister v. Bruck hatte vorgestern eine lange Audienz bei dem Kaiser, welche mit wichtigen Maßnahmen der Finanzverwaltung in ihrem engeren Kreise in Verbindung gebracht wird — Aus Prag vernimmt man, daß von den sämmtlichen bei den dortigen Assekuranzen Versicherten beinahe 25 pCt. von Hagelschäden mehr oder weniger betroffen wurden. Die Assekuranzbureaux sind dort schon seit lange nicht so beschäftigt gewesen wie jetzt, theils durch die Anmeldung der Schäden, theils durch die Abschätzung derselben und Auszahlung an die Betroffenen, wie auch durch die Aufnahme neuer sich versichernder Landwirthe.

Der „Frankf. Postz." wird aus Wien geschrieben, es sey durchaus unwahr, daß die österreichischen Bischöfe an die Regierung das Verlangen gestellt hätten, alle aus dem Ausland berufenen nichtkatholischen Professoren von den Universitäten zu entfernen und künftig keine nichtkatholischen Professoren mehr an den höhern Lehranstalten zu ernennen.

Wien, 25. Juni. Es wurde bereits erwähnt, daß die österreich. Regierung den Anträgen der bischöflichen Konferenz zur Ausführung des Konkordats nicht ohne weiters zu entsprechen geneigt sey, sondern daß zu diesem Ende neue Unterhandlungen in Rom stattfinden sollen. Ueberhaupt scheint die Regierung weniger als seither geneigt, den Anforderungen des Klerus Gehör zu geben. So soll u. A., nachdem jüngst die Geistlichkeit in den Städten und auf dem Lande die öffentlichen Belustigungen zu beschränken versucht hatte, dem Ministerium des Innern ein hoher Erlaß zugekommen seyn, durch welchen die öffentlichen Volksvergnügungen, deren Beaufsichtigung ausschließlich in den Bereich der politischen Behörden gehöre, in der bisher üblichen Weise stattzufinden hätten. In Folge dessen enthielten bereits gestern die öffentlichen Musikankündigungen die Anzeige, daß die Strauß'schen Konzerte im Volksgarten, welche seit der Publikation des Konkordates auf erzbischöfliche Anordnung von dem früher hiezu bestimmten Freitag auf den Donnerstag verlegt werden mußten, mit hoher Bewilligung fortan wieder an den Freitagen stattfinden würden. So melden die „Hamb. Nachrichten".

Wien, 27. Juni. Erzherzog Ferdinand Max ist gestern von seiner Reise nach Paris und durch Deutschland wieder hier eingetroffen.

Belgien.

Nach den Berichten aus den einzelnen Städten Belgiens überbieten dieselben einander in den Vorbereitungen zu dem historischen Festzuge in Brüssel bei der Jubelfestfeier der Losreißung Belgiens von Holland. Brügge stellt mit der ganzen Pracht seiner Zeit Philipp den Guten dar und die Ritter des goldenen Vließes, Gent die Helden des freien Bürgerthums, Artevelde u. s. w., werden durch Allegorien auf die von ihnen gepflegten Zweige der Industrie vertreten seyn. (K. Z.)

Großbritannien.

Der Gemeinderath der City von London beschloß, dem General Williams das Ehrenbürgerrecht der City zu verleihen und ihm einen Ehrendegen zum Werthe von 100 Guineas zu verehren. Außerdem votirte er 500 Pfd. für die französischen Ueberschwemmten. (Fr. Pstz.)

London, 26 Juni. Die Königin hielt gestern Nachmittags im Palaste von St. James ein Lever, welches sich dadurch auszeichnete, daß es leicht Anlaß zu neuen englisch-amerikanischen Wirren hätte geben können. Einem Republikaner von jenseit des Wassers nämlich, welcher in Ueberrock, schwarzer Halsbinde und gelber Weste die monarchische Versammlung mit seiner Gegenwart beehren wollte, ward der Zutritt verweigert, und als der amerikanische Gesandte, Herr Dallas, von dieser seinem Landsmann widerfahrenen Behandlung hörte, verließ er wüthend den Palast. So schildert die „Times" den Vorfall. Sie sagt: „Wann werden unsere transatlantischen Vettern gute Manieren lernen? Einer von ihnen machte gestern den Versuch, sogar der seinen Landsleuten zu Lieb abgeänderten Etiquette zum Trotz seine republikanische Person vor der Königin bei ihrem Lever im Ueberrock, schwarzer Halsbinde und gelber Weste

zu präsentiren. Die Sache an und für sich war unerheblich, über die Absicht aber kann kein Zweifel obwalten. Er wollte ohne Zweifel damit renomiren, daß er die Königin gezwungen habe, zu seinen speziellen Gunsten die an ihrem Hofe gebräuchlichen Sitten außer Acht zu setzen." Nach Andern wäre der Gelbwestige selbst ein Mitglied der amerikanischen Gesandtschaft gewesen. Sey dem, wie ihm wolle, Hr. Dallas hat sich eines Bessern besonnen; er hat nachträglich bei Hof eine Entschuldigung angebracht und dieselbe ist angenommen worden. (K.Z.)

Anders stellt ein Korrespondent der „Nat. Ztg." die Sache dar. Er sagt: „Buchanan hatte bekanntlich die Uniform abgelegt und war auch bei Hofe im einfachen Frack erschienen. Dallas und sein Attaché folgten bei dem gestrigen Lever der Königin diesem Beispiel. Die Goldsticks, Silversticks u. s. w. fanden den Fall sehr bedenklich und kamen zu dem Beschlusse, daß wohl der Gesandte, aber nicht der Attaché durchzulassen sey. Dallas erklärte, daß er nicht ohne seinen Freund eintreten werde, und fuhr nach Hause. Wer hat nun Recht? Glücklicherweise kommt nichts darauf an, da die Sache schon beigelegt ist.

Frankreich.

Dem „Schwäb. Merk." wird aus Paris von einer Erklärung der neapolitanischen Regierung an England geschrieben, des Inhalts, daß der König Ferdinand „am besten wisse, was seinem Lande fromme; daß er gewiß die erforderlichen Reformen anbahnen werde, daß er aber fest entschlossen sey, jede Einmischung fremder Mächte in die Angelegenheiten seiner Regierung zurückzuweisen." Diese Erklärung hatte auch die französische Regierung sehr unangenehm überrascht, und ihr Gesandter in Neapel wiederholte in der Depesche, worin er sie mittheilt, die alte Klage, daß der englische Gesandte immer verderbe, was er gut gemacht habe. Je rücksichtsloser sich die englische Diplomatie gebärde, desto hartnäckiger werde der König Ferdinand. „Wir haben, sagt der „Schw. M.", schon darauf hingewiesen, daß die neapolitanischen Zustände sowohl England als Frankreich sehr wenig am Herzen liegen, und daß es ihnen nur darum zu thun sey, die „italienische" Frage auf eine wenigstens scheinbar anständige Weise zu begraben. Dazu ist aber nöthig, daß sie irgend einen diplomatischen Erfolg zeigen können, und weil es beschlossene Sache ist, den Papst in Ruhe zu lassen, so soll Neapel ihnen aus der Sackgasse helfen. Wir müssen nun abwarten, ob es zu einer Demonstration gegen Neapel kommen wird."

Paris, 25. Juni. In Paris tauchen fortwährend verdächtige industrielle Unternehmungen auf. Jeden Tag suchen sich neue Gesellschaften zu bilden und wenden sich in großartigen Ankündigungen an das Publikum, um dies zu Zeichnungen von vielen Millionen einzuladen. Es nimmt sich höchst seltsam aus, wenn man sieht, wie Männer, die zwar ganz ehrenhaft seyn können, denen aber ein Privatmann ohne die sicherste Garantie keine 100,000 Fr. leihen würde, bei dem Publikum solche Summen aufnehmen wollen, dafür aber nichts als Prämien, Dividenden und andere hochtrabende Versprechungen in Zeitungsblättern zusagen können. (Fr. Pstz.)

Paris, 26. Juni. Gestern besuchte der Kaiser mit dem Prinz-Regenten von Baden das Fort auf dem Mont Valerien, wo ein Bataillon der Zara-Zuaven in Besatzung liegt. Der Kaiser stellte seinem Gaste den Bataillonskommandanten mit den Worten vor: „Hier sehen Sie einen meiner bravsten Offiziere, den Kommandanten Garnier, den ersten meiner Offiziere, welcher den Thurm Malakoff erstieg." Bei diesen Worten schüttelte der Kaiser treuherzig die Hand des braven Kommandanten, der wirklich ein Musterbild von militärischer Offenheit und Tapferkeit ist. (St.-Anz. f. W.)

* Paris, 28. Juni. Heute findet die feierliche Inauguration des Pré-Catelan im Boulogner Gehölz statt und Morgen, Sonntag, wird dieses Eldorado, dieses Paradies, wo sich Alles vereint findet, was belustigen, zerstreuen, aufheitern und vergnügen kann, dem Publikum geöffnet werden. Die Eintrittspreise sind auf 20 Centimes (6 kr.) von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends und 1 Frank von 7 bis 11 Uhr Abends festgestellt. — Am 20. August wird von Marseille eine französ. Pilgergesellschaft nach Jerusalem und dem gelobten Lande abgehen. — Auf dem Thurm St. Jaques, von wo man aus den besten Ueberblick über die Stadt hat, wird ein Telegraphenposten eingerichtet, der mit allen Sapeurs-Pompiers-Kasernen in Verbindung steht.

Spanien.

† Man schreibt aus Valladolid vom 22. Juni: „Der Civilgouverneur wurde am Kopf und an der Hüfte verwundet. An letzterer Stelle scheint er einen Dolchstoß erhalten zu haben. Das Blut floß und da dasselbe nicht gestillt werden konnte, so brachte man ihn in das Haus des Herrn Alègre. Man sagt, eine Ader sey durch diese Wunde verletzt. Glücklicherweise begegnete die Waffe einer ledernen Cigarrentasche, welche der Gouverneur bei sich trug, sonst wäre die Wunde tödtlich gewesen. Die Aufrührer, welche einige Zeit Herr des Terrain waren, begingen schreckliche Gräuel. Sie holten die Meubel aus den Häusern und zündeten damit Freudenfeuer auf dem Platze an. Ohne die Nationalgarde, welche die bedrohten Häuser der Getraide- und Mehlhändler beschützte, würden sich solche Vandalismusakte noch mehrmals wiederholt haben. Der General-Kapitän beeilte sich, ein Bando zu erlassen, wonach sich alle Einwohner binnen anderthalb Stunden nach Hause zu begeben hatten. Infanterie- und Kavallerie-Patrouillen durchzogen die Straßen und die Ordnung wurde wieder hergestellt. Der Hauptplatz gleicht einem Lager; die Infanterie, die Artillerie und die Kavallerie bivouakiren während der Nacht. Unglücklicherweise sind die Brodpreise wirklich etwas hoch, was die Bevölkerung anreizt. Namentlich machen sich die Weiber durch ihre Ausgelassenheit bemerklich. Auch zu Burgos fanden Theurungs-Krawalle statt. Die Municipalbehörde ließ billige Brodöfen aufstellen. Die Ordnung ist wieder hergestellt. Die „Epoca" berichtet über denselben Gegenstand: Die durch die Aufrührer, namentlich aber durch die Frauen (welche man mit mehr Recht Furien nennen könnte) in den Magazinen Valladolids angerichteten Verluste sind bedeutend; in einem Magazin wurden 20,000 Arroben Mehl zerstört. Da der General-Kapitän sah, daß die Empörer die Sache aufs Aeußerste treiben zu wollen schienen, da sie Sturm läuten ließen, um die Landbevölkerung herbeizurufen, ließ er sich von dem verwundeten Zivil-Gouverneur Saavedra das Stadtkommando übertragen."

† Ueber die Vorgänge in Valladolid gab Hr. Escosura, Minister des Innern, auf eine an ihn gestellte Anfrage in der Cortes-Sitzung vom 23. Juni, die Erklärung, daß die Ruhe daselbst wieder hergestellt sey. „Die Linientruppen, sagt er, die Nationalgarden und alle Behörden wetteifern, zur Herstellung der Ordnung beizutragen, ohne daß es der Kriegszustandsverkündigung bedurft hätte. Die Regierung hat die kategorischsten Befehle ertheilt und glaubt auch die Mittel in Händen zu haben, um dem Gesetze in Valladolid Geltung zu verschaffen." . . . . „Das zu Valladolid Vorgefallene ist zwar nicht politischer, aber höchst verbrecherischer Natur, da man unter dem Vorwande eines nirgends bestehenden Getraidemangels Magazine verbrennen wollte. Der Regierung, ja der ganzen Gesellschaft muß äußerst daran liegen, daß ähnliche Unruhen energisch unterdrückt werden und das soll auch geschehen." Diese Bewegungen stehen übrigens nicht vereinzelt, auch auf anderen Punkten Castiliens haben wir ähnliche Ereignisse zu bedauern, auch zu Rioseco und Palencia wurden Fabriken niedergebrannt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

In Wien ist die Nachricht eingetroffen, daß die mit der Gränzregulirung des von Rußland an die Moldau abzutretenden Stücks von Bessarabien beschäftigte Kommission die Ueberzeugung erlangt habe, daß es unmöglich sey, die neue Gränze zu ziehen, ohne die Stadt Bolgrad in den Theil hineinzuziehen, welcher von Rußland der Moldau abgetreten werden soll. Rußland aber wolle von einer Abtretung Bolgrad's nichts hören. Vorderhand möchte doch an der Richtigkeit dieser Angabe zu zweifeln seyn, da es kaum glaublich ist, daß beim Abschluß des Friedensvertrags nicht alles genau bestimmt worden seyn sollte. Ueberhaupt ist kein Grund einzusehen, warum es unmöglich wäre, die neue Gränze ohne Abtretung jener Stadt zu ziehen.

Das englisch-türkische Kontingent, ein allerdings nur kleiner Theil der muselmännischen Bevölkerung, ist bereits gründlich europäisirt. Von den alten Vorurtheilen ist nur noch sehr wenig wahrzunehmen. Sie wissen, daß der Türke doch nur den ganzen Bart wachsen läßt, wenn er ein religiöses Gelübde gethan hat, oder wenn er eine sehr hohe Stellung einnimmt, z. B. die Würde eines Ferik (Generallieutenant) in der Armee. Auf diese Aeußerlichkeit haben die Türken, namentlich im Heere, außerordentlich viel gegeben, und es hätte kein Soldat gewagt, sich die Prärogative eines Ferik zuzueignen. Im Kontingent hat man dem Soldaten, um ihm ein kriegerisches Ansehen zu geben, Seitens der Engländer, im Widerspruch mit dem alten Herkommen, ohne Weiteres den ganzen Bart oktroyirt, und er ist nach einer kurzen stummen Verwunderung ob dieses giaurischen Zumuthens acceptirt worden. Im Anfange wies der Soldat des Kontingents die ihm angebotene tägliche Brandyportion mit Entrüstung zurück — jetzt kann der gute Osmanli kaum die Zeit erwarten, daß ihm dieser süße Labetrunk gereicht wird. Der Ramazan verbietet dem Türken den Genuß des Tabaks während der Tageszeit — auch das sind für die englisch-türkischen Freiheitskämpfer tempi passati; sie rauchen, als wenn der Ramazan gar nicht im türkischen Kalender stände. Der Ueberschuh ist ihnen lästig und überflüssig geworden; sie finden, daß

man auch mit Stiefeln und Sporn alles Gute und Schöne von Allah erbitten kann. Das Komischste ist jedoch der Sprachenverkehr der Kontingentler mit ihren englischen Offizieren. Diese haben so wenig Talent und Lust, sich in kurzer Zeit fremde Sprachen anzueignen; darum ist ihnen der gute Osmanli entgegengekommen und verarbeitet nun in der tollsten Weise John Bull's Laute mit den fabelhaftesten Gesichtsverzerrungen. Kurz, es gibt keine komischere Erscheinung, als diesen emancipirten osmanischen Vaterlands-Vertheidiger, der nun und nimmermehr wieder der unverdorbene Muselmann werden wird, der er war, ehe er in englische Finger gerieth. (K. Z.)

* Die Türkei ist jetzt das Schoß- und Pflegekind der Westmächte, sie haben ihre Erziehung übernommen, und es kommt ihnen sehr ungelegen, wenn ihr Schützling sich bald da bald dort unartig aufführt. Die französische Regierung sieht sich dadurch sogar veranlaßt, im „Moniteur" folgendes, aus Konstantinopel, 12. Juni datirtes Schreiben zu veröffentlichen: „Seit einiger Zeit schildern mehrere europäische Journale den Zustand der Türkei in ungenauer, selbst übelwollender Weise. Sie legen gewissen Vorfällen eine weit zu große Wichtigkeit bei und bestreben darauf, das otomanische Reich im traurigsten Zustand darzustellen. Sollten diese Journale nicht auch den unaufhörlichen Bemühungen des Sultans Rechnung tragen, die Verwaltung seines Reichs zu verbessern, allen Unterthanen ohne Unterschied des Glaubens Gleichheit zu geben und überall Recht und Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen? Sollten sie nicht in Betracht ziehen, daß der Hatt, in welchem Abdul-Medjid alle seine großmüthigen und reformatorischen Ideen darlegt, in der Türkei eine moralische Revolution hervorbringt und den Zustand, welcher seit Jahrhunderten besteht, vollständig umändert? Welches andere Land erlitt eine solche Umwandlung ohne Blutvergießen? Die europäischen Journale erzählen unter Anderm, daß zu Nicomedia drei englische Regimenter auf die Muselmänner feuern mußten, um die Christen zu retten, und und sich der Behörden bemächtigen mußten, um sie nach Konstantinopel zu schicken. Nach der Aussage der türkischen Behörden ist an der ganzen Geschichte kein wahres Wort, die Sache soll sich vielmehr folgendermaßen verhalten. Zu Naplusa erschoß ein engl. Missionär in der Straße einen armen Bettler, der, um Almosen zu verlangen, den Zügel seines Pferdes ergriffen hatte und die über eine solche Grausamkeit empörte Bevölkerung erhebt sich. Kann man, aufrichtig gesagt, daraus Christenhaß folgern? Zu Marlasch beschimpft ein Livornese, der für einen englischen Agenten Einkäufe besorgt, den Richter in dem Sitzungssaale. Von der Polizei verfolgt, sperrt er sich in sein Haus ein, tödtet und verwundet mehrere Personen. Trifft die Schuld der daraus erfolgten Unordnungen die türkische Nation? — Jüngst aber wurde nächst den Dardanellen ein Derwisch mit seiner ganzen Familie von Griechen geknebelt, mißhandelt und ausgeplündert. Kann deßhalb das Niederträchtige eines solchen Attentats der ganzen griechischen Nation aufgebürdet werden? — In einem Streite wurde ein Matrose durch einen tunesischen Soldaten verwundet. Die Kameraden des verwundeten Soldaten ergreifen sogleich einen griechischen Matrosen, den sie für den Thäter halten und unterwegs tödtet ihn ein tunesischer Offizier und ergreift die Flucht. Sobald die türkische Regierung von diesem Vorfall Kunde bekam, beeilte sie sich, den tunesischen Generalkommandanten verbindlich zu machen und forderte ihn zur Auslieferung des schuldigen Offiziers auf. Sie hielt lediglich im Interesse des Rechts viertausend Tunesen zurück und bestritt deren Unterhaltungskosten. — Wenn man wohl beachtet, daß die Konzentrirung aller Truppen auf dem Kriegsschauplatze die Provinzen zwei Jahre lang von aller bewaffneten Macht entblößt hatte, so muß man staunen, daß dort nicht größere Unordnungen vorfielen. Jetzt, wo die Truppen in ihre Garnisonen zurückgeben, wo der Sultan, zur Sicherung der Ordnung, unter der Leitung französischer Offiziere überall Gendarmeriekorps organisiren läßt, wird die Regierung die Lage besser beherrschen und alle ihre Kräfte anwenden, den neuen Gesetzen Geltung zu verschaffen." So das französische Amtsblatt. Geläugnet kann indeß doch nicht werden, daß an verschiedenen Orten traurige Unordnungen vorgekommen sind, so erst neulich wieder in Albanien. Es fragt sich eben, ob das nur vereinzelte Ausbrüche des Fanatismus waren, oder ob sie weitere Ausdehnung gewinnen, und ob der Sultan stark genug ist, sie auf die Dauer zu unterdrücken? Andererseits ist freilich auch nicht zu übersehen, daß die Griechen selbst manchmal daran Schuld waren, indem sie, triumphirend ob der neuerlangten Freiheiten, auf unkluge, ja übermüthige Weise den Fanatismus des türkischen Pöbels herausforderten."

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 26. Juni. Viel Skandal erregte in den letzten Tagen der Prozeß des Privatdozenten Dr. Schmidt. Derselbe übernahm im Jahre 1839 die Vormundschaft über die minorennen Kinder der Wittwe des Holzhändlers B., Agnes und Otto. Er hatte bei deren Aeltern als Chambregarnist gewohnt, und es liegt der Verdacht vor, daß es seine natürlichen Kinder sind. Vom Jahre 1843 bis 1845 nahm er sie zu sich, wußte aber dann die Kinder — ohne Anzeige beim Vormundschaftsgericht oder beim Großvater — in die Erziehungsanstalt für sittlich verwahrloste Kinder zu bringen. Später als ihnen ein Vermögen von 10,000 Thalern zugefallen war, nahm er die Kinder wieder in's Haus, verheimlichte ihnen aber die Erbschaft längere Zeit und behandelte sie sehr schlecht. Im vorigen Jahr machte er der Polizei die Anzeige, daß er von seinen Mündeln im Zeitraume von etwa drei Jahren nach und nach um die Summe von 3000 bis 4000 Thalern bestohlen worden sey, namentlich von dem Mädchen. Die Kinder hatte er mit Stockprügeln zu Zugeständnissen gezwungen, außerdem auch die Agnes zur Führung eines Tagebuches genöthigt, in dem sie die Diebstähle und jede andere beliebige Sünde eingestand. Auf diese Beweisführung hin machte der würdige Vormund Anzeige bei der Polizei, indem er erklärte, es sey ihm nicht um das Unglück der Kinder, sondern nur um die Wiedererstattung von 4000 Thlr. aus ihrem Vermögen zu thun. Der Kriminalpolizei übergeben, faßte sich endlich das Mädchen ein Herz, erklärte, daß alle jene Geständnisse ihr durch Drohungen und Mißhandlungen erpreßt worden, und es ergaben sich in der That so viele Umstände zu Gunsten der beiden jungen Leute, denen von allen anderen Personen das beste Zeugniß ertheilt wurde, daß die Staatsanwaltschaft gegen Dr. Schmidt und seine Ehefrau die Anklage auf falsche Denunziation erhob und gegen den Ersteren, in Folge der in den Verhandlungen zu Tage gekommenen Thatsachen, beim Schluß als „untreuer Vormund aus Gewinnsucht" auf drei Jahr Gefängniß, Verlust der bürgerlichen Rechte und Geldbuße von 500 Thlr. antrug. Heute fällte der Gerichtshof das Urtheil. Schmidt ist zu 2½ Jahr Gefängniß und 500 Thlrn. Geldbuße, oder zu noch sechs Monaten Haft verurtheilt; dagegen ist über die Frau das Nichtschuldig ausgesprochen. Herr Schmidt wird unter den wortreichsten Gründern des früheren hiesigen „Treubundes" genannt. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 30. Juni. Das Hauptgeschäft konzentrirte sich auch heute wieder in dem Umsatz von Rhein-Nahe Eisenbahnaktien, die bei steigender Tendenz in sehr großen Posten von 106½ bis 107 bezahlt worden. Auch mitteldeutsche Kreditaktien wurden zu höheren Kursen verhandelt, während Luxemburger und beinahe sämmtliche übrige Effekten preishaltend blieben.

Elisabethen-Bahn 110½—¾.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1311P. 1306G. Neue Bankaktien 430 P. 425 G. Credit-Actien à 5pCt. 238 P. 235 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83½ P 83¼ G 5pCt. Lombard-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 82¼ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. 88½ G.; à 4½pCt. 72¾ P. 72½ G.; à 4pCt. 65P. 64½ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 117 P. – G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105⅜ P. 104⅞ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 296 P. 294 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 86½ P. 86 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88¼ P. 87¾ G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94½ G.; 4½pCt. 101P. 100½G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 104⅞ P. 101⅝ G. 5pCt. 100¾P. 100½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 152 P. 151½G. Neustadt-Weissenb. 115¼ P. 115¾ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118¾ P. 118¼G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅝P. 90⅛ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann .. P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82⅝ P. 82⅛ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39½ P. 39¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 64¼ P. 63¾ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100⅛P. 99⅝G.; 4½pC. 102⅞P. 102⅜ G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112¼ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 420 P. 418 G.; junge 361 P. 359 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 110⅝P. 110⅜G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25

31 5/8 P. 31 3/8 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 94 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; Bankaktien 121 1/2 P. 121 G.; Taunus-Aktien 323 P. 322 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 80 7/8 P. — G. **Homburger** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87 1/2 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 575 P. 570 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 3/8 P. 40 1/4 G.; 1pCt. neue 25 1/16 P. 24 15/16 G. **Holland.** Integrale 64 1/2 P. 63 7/8 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 119 P. 118 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120 1/4 P. 120 G.	Mail. i.S Lr. 250 k.S 101 1/4 P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k.S. 94 P. 93 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Brem 50 Thlr. Lsd. k.S 96 1/4 P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k S. 117 1/2 P. 117 1/4 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 P. 88 3/4 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 1/4 P. 117 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

** München, 28. Juni. (Privat - Korrespondenz.) **92. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.** Am Ministertische: Die königlichen Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten, Graf Reigersberg, Dr. Aschenbrenner, v. Manz.

Es gelangt der Entwurf des Finanzgesetzes zur Berathung. Die allgemeine Debatte beschränkte sich nur auf einige Bemerkungen der Abgg. Tafel und Dr. Müller, und auch die einzelnen Paragraphen veranlaßten fast keine Debatten, wie sich aus dem folgenden Bericht ergibt. Die Ueberschrift und Einleitung geben dem Ausschuß zu keiner weiteren Bemerkung Anlaß, als daß, der Vollständigkeit wegen, auch hier des Lotto Erwähnung zu thun und deßhalb nach dem Worte: „dann" einzuschalten seyn dürfte: „die Fortdauer des Lotto und" — Die Kammer stimmt dem sofort bei.

Titel I. §. 1 und 2 behandeln den Bestand der Vorjahre. Referent und Ausschuß sind mit der hier angeordneten Vereinigung der bisher noch getrennt gehaltenen Bestände der 4. Finanzperiode u. zurück und jener der 5. Finanzperiode, wodurch eine Vereinfachung des Rechnungswesens erzielt wird, einverstanden, und sollen jene Kredite, welche auf diese Finanzperioden angewiesen sind, nunmehr aber gegenstandlos geworden sind, aufgehoben und dies besonders erklärt werden. Deßhalb wird folgende Modifikation beantragt: „In §. 1 nach den Worten: „mit Beobachtung der übrigen rechnungsmäßigen Bestimmungen vorgetragen werden", statt der Worte „wobei diejenigen Restbeträge 2c. bis zur Last bleiben" zu setzen: „die Kredite für Beiträge, welche von den auf die Ueberschüsse der mehrgedachten Perioden hingewiesenen Verwendungen bisher noch nicht vollständig zur Realisirung gelangt sind, werden hiemit für aufgehoben und wirkungslos erklärt und sind in den Rechnungen abzuschreiben; ausgenommen hievon sind lediglich die Kredite: 1) für den Ausbau der Festung Germersheim, 2) für Erbauung und Vollendung des Ludwigskanals, welche aufrecht erhalten und bis zu deren gänzlicher Erschöpfung dem in vorbemerkter Weise vereinigten Bestande der Vorjahre zur Last bleiben."

Ohne Debatte wird §. 1 nach Vorschlag des Ausschusses und Art. 2 unverändert angenommen.

Titel II. enthält die Festsetzung der Staatsausgaben. Im §. 3 werden die sämmtlichen Staatsausgaben des laufenden Dienstes auf die jährliche Durchschnittssumme vom 42,357,056 fl. festzustellen von der Regierung beantragt und Vorgriffe auf die Durchschnittssumme für Rechnung nachfolgender Jahre sollen nicht stattfinden. Konform mit den Beschlüssen über das Budget, beantragt der Ausschuß, die Staatsausgaben auf 41,396,862 fl. einzustellen. Die Kammer stimmt ohne Debatte auch hier ihrem Ausschuß bei.

§. 4 enthält die Bestimmungen über die Verwendung der Etatssummen, die Befugnisse und die Verantwortlichkeit der Minister in dieser Beziehung. Der Ausschuß beantragt unveränderte Annahme und die Kammer stimmt dem sofort bei.

§. 5 enthält die Bestimmungen über Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld und über die Dotation der Staatsschulden-Tilgungs-Anstalt. Dieselbe hat nach den bisherigen desfallsigen Beschlüssen der Kammern eine wesentliche modifizirte Fassung zu erhalten.

Nach einigen Bemerkungen des Referenten Abg. v. Pfetten, daß die hier vorgeschlagene Modifikation im Wesentlichen nur eine Konsequenz der bisherigen Kammerbeschlüsse sey — wird in allen Punkten §. 5 nach Antrag des Ausschusses angenommen. (Diesen §. 5 werden wir später nachtragen.)

§. 6 enthält die Bestimmung über die Vergütung, welche in Folge der Preisansätze für den Roggen- und Haber-Bedarf der Armee dem Militär-Etat aus dem Reichsreservefonds und umgekehrt zu leisten ist, und soll nach Antrag des Ausschusses also lauten: „Dem Etat für die aktive Armee werden die Preise der Naturalien für die darunter begriffenen und wirklich anzuschaffenden 52,631 Schäff. Roggen zu 11 fl. und 107,135 Schäff. 2 Vrlg. Haber zu 5 fl. in der Art garantirt, daß geringere Preise dem Reichsreservefonds zu gut, und höhere Preise demselben zur Last geschrieben werden sollen."

Der k. Kriegsminister bemerkt hiezu, daß durch diese Fassung der Militär-Etat abermals um 248,287 fl. gekürzt werde und sohin der Gesammtabstrich in demselben 1,342,317 fl. betrage. Der Etat sey um mehr als 1 Million niedriger als bisher. Die nun nothwendigen Reduktionen könnten aber nicht sofort vollständig eintreten und zudem sey das Jahr 1855/56 bald zu Ende, so daß die bisherigen Mehrkosten theilweise noch in das Jahr 1856/57 übergehen müßten. Er wolle jetzt einen hierauf bezüglichen Antrag nicht stellen, sondern sich damit begnügen, es hier erwähnt zu haben. — Der §. 6 wird hierauf in obiger Fassung angenommen.

Bei §. 7 des Regierungsentwurfes, welcher die Staatseinnahmen im Allgemeinen feststellt, schlägt der Berichterstatter vor: In Absatz 1 statt der Summe von „42,357,056 fl." zu setzen: „41,396,862 fl." Absatz 2, welcher die Vereinigung der Post- und Eisenbahnkasse vorschlägt, zu streichen. Absatz 3 in folgender modifizirter Fassung anzunehmen: „Das Zahlenlotto, dessen Ertrag unter der obigen Einnahmesumme mitbegriffen ist, hat bis zum Schlusse der 7. Finanzperiode, d. h. bis zum 1. Oktbr. 1861 fortzubestehen, und mit diesem Tage aufzuhören — falls nicht früher ein Ersatz dafür ermittelt werden sollte." Die Kammer stimmte dem bei.

§. 8 bestimmt das Maß der zu erhebenden direkten Steuern. Wir haben gestern bereits die Vorschläge Lerchenfeld's über diesen Punkt mitgetheilt, welchen die Kammer durchweg beistimmte.

§. 9 bestimmt die Erhebung der Zollgefälle und die übrigen indirekten Abgaben in der bisherigen Weise, und soll nach Antrag des Ausschusses unverändert angenommen werden; die Kammer stimmt bei.

Als neuen Absatz beantragt der Ausschuß folgendes: „Die den Staatsdienern und andern Angestellten, dann den Quiescenten und Pensionisten obliegenden Wittwen- und Waisenfondsbeiträge sind nach den Bestimmungen der Verordnung vom 8. Juni 1807 zu entrichten." Ohne Debatte angenommen.

§. 10 handelt von den Staatsverkehrsanstalten. Referent beantragt hiezu folgende Zusätze: a) Bei Festsetzung der Frachtsätze sollen die wirklichen Entfernungen, welche auf den Eisenbahnen, dem Kanale und beziehungsweise auf der Donau zurückgelegt werden, in der Regel zu Grunde gelegt und möglichst berücksichtigt werden. b) Aenderungen der bestehenden Tarife treten erst einen Monat nach ihrer Bekanntmachung in Wirksamkeit. Auf Grund der im Ausschusse erfolgten Erörterung wurde der Antrag des Referenten sub a mit 5 gegen 3 Stimmen abgelehnt, zugleich aber beschlossen, und zwar mit allen Stimmen, den Zusatz sub b auf verfassungsmäßigem Wege als Anhang zum Finanzgesetz in folgender Fassung an die Krone zu bringen: „Se. Maj. der König mögen Sich allergnädigst bewogen finden, anzuordnen, daß Erhöhungen der bestehenden Eisenbahntarife erst einen Monat nach ihrer Bekanntmachung in Wirksamkeit treten."

§. 10 wurde mit diesem Antrag angenommen, ebenso der vom Ausschuß noch vorgeschlagene Antrag „Se. Maj. mögen geruhen, die Anordnung treffen zu lassen, daß die zur Tilgung der neuen Schuld gesetzlich bestimmten baaren Ablösungsschillinge für Grundrenten des Staates von den kgl. Kreiskassen direkt an die Verwaltung der kgl. Staatsschuldentilgungsanstalt abgeliefert werden." Bei der Schlußabstimmung wird der ganze Gesetzentwurf mit 122 gegen 2 Stimmen (Binder und Tafel) angenommen. Morgen findet die letzte Sitzung statt.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 182. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 2. Juli 1856

°,° Würzburg, 2. Juli. Die französische Regierung ist eifriger als je bemüht, die arbeitenden Klassen bei guter Laune zu erhalten. Es läßt sich nicht läugnen, daß die anhaltend hohen Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse eine gewisse Mißstimmung unter den niedern Klassen, namentlich unter der Arbeiterbevölkerung der Städte hervorgerufen hat; und nicht minder steht es fest, daß eine solche Mißstimmung viel dazu beiträgt, den Einflüsterungen und Umtrieben der geheimen Gesellschaften leichter Gehör und Eingang zu verschaffen. Unsere Leser erinnern sich, daß vor Kurzem wieder zahlreiche Verhaftungen in den Provinzen vorgenommen wurden. Da die Regierung hierüber nichts in die Oeffentlichkeit kommen läßt, im Gegentheil dergleichen Dinge möglichst mit dem Schleier des Geheimnisses zu verdecken sucht, so ist man natürlich über Anlaß und Umfang dieser Maßregel bloß auf die im Publikum umlaufenden Gerüchte beschränkt. Da heißt es denn nun, daß man einer großen Verschwörung auf die Spur gekommen sey, Höllenmaschinen aufgefunden habe und was dergleichen haarsträubende Geschichten mehr sind. Andere minder sanguinische Berichte bringen die Verhaftungen in Verbindung mit einem Vorgang, welchen kürzlich der „Moniteur" selbst meldete. Das energische persönliche Einschreiten des Kaisers bei den Ueberschwemmungen der Rhone und Loire habe ihm die Herzen vieler seiner bisherigen Gegner gewonnen. Unter diesen sollen einige Klubchefs sich befinden, die sogar ihre Unterwerfung und ihre Ergebenheit dem Kaiser selbst brieflich mitgetheilt hätten. Dies habe unter den übrigen Mitgliedern der geheimen Gesellschaften, die ihren Prinzipien treu geblieben, große Aufregung hervorgerufen; dadurch, so wie vielleicht auch durch die Geständnisse Derer, die der Regierung sich unterworfen, sey man auf die Fährte diser Associationen gekommen und die Verhaftungen seyen hievon die Folge gewesen. — Soviel steht fest, daß unter den Mitgliedern der geheimen Gesellschaften Marianne und Militante wieder einmal stark aufgeräumt worden ist. Damit ist aber für die Dauer noch nicht geholfen. Die Grundursache der Unzufriedenheit, welche den geheimen Gesellschaften in den letzten Jahren viele neue Mitglieder zuführte, die Theuerung, dauert fort und die Industrie soll auch lange nicht so thätig seyn, als zu wünschen wäre. Unter diesen Umständen ist der Widerstand, welchen die Fabrikanten gegen die Aufhebung der Prohibitivzölle leisten, der Regierung doppelt unangenehm, da man sie an ihrer empfindlichsten Seite bedroht: die Fabrikanten drohen, die Arbeit einzustellen, weil sie ohne Prohibition nur mit Verlust arbeiten könnten; und 500,000 Arbeiter brodlos aufs Pflaster geworfen zu sehen, ist keiner Regierung in Frankreich eine angenehme Aussicht. — Dazu kommt nur noch, daß die Pariser Bevölkerung den bisher genossenen Vortheil des billigeren Brodes künftig verlieren wird, indem die Stadt nicht mehr, wie bisher, aus der Gemeindekasse den Unterschied zwischen dem Marktpreise und der niederer gestellten Taxe vergüten will. Das 4pfd. Brod wird also künftig 22 S. statt 20 S. kosten.

Uebrigens erzählt man sich auch, Louis Napoleon habe auf der Reise nach Lyon unmittelbar Kenntniß von Thatsachen erlangt, welche den Behörden nicht entgangen waren, bei ihnen aber keine Beachtung fanden. Der Kaiser, schreibt man der „Berl. Börsenzeitung", hat die Wachsamkeit der Beamten geschärft, und Verhaftungen, die in großer Anzahl stattfanden, geben Zeugniß davon, daß man seine Winke verstanden und benutzt hat. Es gibt in Lyon und St. Etienne kaum eine Fabrik, die nicht einen Theil ihrer Arbeiter als Kontingent zu den Geheimbünden gestellt hat, deren Entdeckung der Polizei nunmehr gelungen ist. Man wird die Verhafteten vor Gericht stellen, es ist aber zu bezweifeln, daß man in ihnen die Stifter der Verbindungen hat. Man sucht den Herd derselben in Paris, man hat auch in Paris verhaftet, man hat die Häuser durchsucht, die Officinen und Bureaux verdächtiger Journale exploirt, die Resultate sind bisher nur gering. Was man entdeckt, sind die Strohmänner der Insurrektion, einige verkommene Subjekte, die in die Bresche gestellt werden, die aber nichts weniger als die Häupter der Komplotte sind.

Deutscher Bund.

Bayern. Aus der Pfalz, 28. Juni. Se. M. König Max haben als Geschenk für die katholischen Kirchen in Obermoschel und Münchweiler je einen Kelch, und den Kirchen zu Bayerfeld und Großbockenheim je ein Meßgewand zu bestimmen geruht, welche Gegenstände bereits an ihre Bestimmungsorte versendet wurden. (Pfälz. Z.)

München, 29. Juni. Nach den Beschlüssen der Kammern stellt sich der Staatshaushalt wie folgt: Ausgaben. I. Staatsschuld 12,719,300 fl.; II. königliches Haus und Hof 2,982,272 fl.; III. Staatsrath 72,963 fl.; IV. Landtag 59,000 fl.; V. Aeußeres 460,000 fl.; VI. Justiz 1,578,738 fl.; VII. A. Inneres 984,195 fl.; B. Kultus 90,030 fl.; VIII. Landgerichte 1,581,036 fl.; IX. Handel und öffentliche Arbeiten 225,563 fl.; X. Finanzen 815,860 fl.; XI. 1) Erziehung 900,653 fl.; 2) Kultus, kathol. 1,195,275 fl.; protest. 375,435 fl.; 3) Gesundheit 234,454 fl.; 4) Wohlthätigkeit 209,440 fl.; 5) Sicherheit 1,407,203 fl.; 6) Industrie und Kultur 324,393 fl.; 7) Straßen, Brücken- und Wasserbau-Administration 2,563,430 fl., 8) Leistungen des Staatsärars an Gemeinden 99,052 fl.; 9) Steuerkataster 375,000 fl.; 10) Münzanstalt 11,242 fl.; 11) Telegraphen —; 12) Feuerversicherungsanstalt 48,000 fl.; 13) Glasmalereianstalt 4000 fl.; 14) Porzellan-Manufaktur 3500 fl.; XII. Kreisfonds 486,045 fl.; XIII. Armee 9,075,900 fl.; XIV. Landbau-Unterhaltung 350,000 fl.; Neubau 274,393 fl.; XV. Wittwen- und Waisenpensionen 626,000 fl.; XVI. Reservefonds 575,000 fl.; Pfälzische Maxbahn 100,000 fl.; Organisation: Justizbedarf 242,893 fl.; Gehaltserhöhungen 38,363 fl.; Landgerichts-Etat 112,900 fl., Gehaltserhöhungen 76,150 fl.; Etat der Staatsanstalten: auf Gesundheit 3600 fl.; auf Landbauten 92,866 fl.; Zuschuß zu den Kirchenbauten zu Neu-Ulm 5000 fl.; für Gehaltserhöhungen niedrig besoldeter Beamten 17,717 fl. Summa 41,396,862 fl. — Einnahmen. Direkte Steuer altes Prinzipale nach Abzug der Erhebungskosten, Nachlässe u. s. w., nämlich: 1) Grundsteuer 4,769,719 fl.; 2) Haussteuer 661,600 fl.; 3) Dominikalsteuer 1006 fl.; 4) Gewerbsteuer 1,036,800 fl.; 5) Kapitalrentensteuer 531,596 fl.; 6) Einkommensteuer 316,800 fl.; indirekte Steuern 15,810,000 fl.; Regalien und Staatsanstalten 7,612,887 fl.; Domänen 8,137,412 fl.; besondere Abgaben 24,650 fl.; übrige Einnahmen 394,945 fl.; aus den Vorjahren 300,000 fl.; Zuschlag zur Grundsteuer 1,589,873 fl.; zur Haussteuer 99,240 fl.; zur Dominikalsteuer 335 fl.; zur Gewerbsteuer 51,840 fl.; zur Kapitalrentensteuer 26,579 fl.; zur Einkommensteuer 31,680 fl. Summa 41,396,862 fl.

Da die für Errichtung eines Standbildes des Geschichtschreibers Johann Aventin in der Stadt Abensberg bewilligte Sammlung freiwilliger Beiträge bisher nur in Niederbayern in Vollzug gesetzt wurde, und die hiedurch erlangte Summe hiezu bei weitem nicht hinreicht, so soll gemäß höchster Entschließung diese Sammlung hiezu auch in den übrigen Kreisen vorgenommen werden.

Oesterreich. Wien, 28. Juni. Die Zeitungsredaktionen sind „in hohem Auftrage ersucht" worden, bei Mittheilung des Berichtes der Cortes über die Untersuchung gegen Marie Christine Alles zu beseitigen, was dem monarchischen Prinzipe und der königl. Würde Abbruch thun könnte.

Wien, 29. Juni. Der Kardinal-Erzbischof von Agram, Haulik v. Varallya, hat in der Schlußversammlung der bischöflichen Konferenzen in Wien am 17. Juni eine Rede gehalten, der wir folgende bezeichnende Stellen entnehmen: „Ein Gewinn steht aus diesen unsern jetzt beendigten Berathungen zu verhoffen, daß nämlich Diejenigen, welche vorhersagten, wie es zu Konflikten zwischen den höchsten Gewalten kommen werde, und sogar

in öffentlichen Blättern behaupteten, daß es zu dergleichen bereits gekommen sey, die ferner von ich weiß nicht was für Spaltungen zwischen den versammelten Bischöfen träumten und prophezeiten, daß durch den unerträglichen, wie sie sich auszudrücken beliebten, Stolz des katholischen Klerus, durch seine unersättliche Herrschsucht, durch sein Streben nach Macht und den Kitzel, sein Ansehen zu erweitern, sich keine geringen Verlegenheiten für die weltliche Regierung ergeben müßten: daß diese, sage ich, nach Einsichtnahme der Resultate unserer Berathungen ihres Irrthums überführt werden werden, da hierdurch ein neuer Beweis gegeben ist, wie der Geist der katholischen Kirche ein Geist des Friedens sey, ein Geist der Eintracht, der Einigkeit, der Bescheidenheit, der Liebe — was eben der eigenthümliche Charakter der Wahrheit ist, nicht aber ein Geist der Uneinigkeit, der Reibung, des Zerfallens in Parteien, des Hochmuths, der allenthalben ein Begleiter des Irrthums zu seyn pflegt; sie werden endlich anerkennen müssen, daß jene Mächte, die da wissen und wollen Gott zu geben, was Gottes ist, nichts Böses von der Kirche zu befürchten, wohl aber alles Gute zu erwarten haben. Aber auch Jenen, welche außerhalb der katholischen Wahrheit stehen, werden die Resultate dieser unserer Berathungen zum Beweise dienen können, daß die katholische Kirche, welche sehr gut erkannt hat, daß es keine Gemeinschaft des Lichts mit der Finsterniß gebe, zwar bei dem ihren Händen anvertrauten Glaubensschatze und ihren Grundsätzen treu verharret und sich nie zu einem Uebereinkommen mit was immer für einer Art von Irrthümern herbeiläßt, daß sie aber auch bezüglich jener Dinge, welche die Wesenheit ihrer Lehre und Verfassung nicht berühren, nachsichtig ist und geneigt zu jeglichen, der Billigkeit angemessenen Zugeständnissen; daß ihr ferner kein Wunsch höher steht als der Wunsch, daß Jene, welche außerhalb des Pfades der Wahrheit stehen, zu ihrem mütterlichen Schooße zurückkehren mögen; daß sie zwar kein Opfer zu hoch anschlägt, was zu so heilsamem Zwecke zu führen vermag, daß sie aber auch solchen Zwecks halber keine gewaltsamen oder unerlaubten, sondern nur jene Mittel in Anwendung bringen will, welche sie von ihrem göttlichen Lehrer und den Aposteln in heiliger Erbschaft überkommen hat, durch Belehrung nämlich, durch Gebete und Thränen; daß sie ferner an ihren guterdings erlangten Rechten zwar festhält, aber auch den Rechten Anderer keineswegs zunahetreten will, daß sie, der von ihrem göttlichen Stifter gelehrt wurde, Jedem das Seine zu geben, sich jedes Uebergriffs enthält und vielmehr Alle mit aufrichtiger Liebe umfaßt, eingedenk, daß alle Menschen durch das kostbare Blut des Heilandes erlöst worden sind, und daß es kein Geschlecht der Sterblichen gibt, das von dem wunderbaren Gesetze der allgemeinen christlichen Liebe ausgeschlossen ist. Uebrigens möge Niemand glauben, ich sage dies in dem Sinne, als wäre ich der Ansicht, daß durch diese unsere Berathungen schon Alles zustande gebracht sey."

Großbritannien.

London, 27. Juni. Aus den Erläuterungen des Hrn. Dallas geht hervor, daß der Amerikaner, welchem die Zulassung in den kgl. Salon verweigert wurde, die Uniform einer Militärschule trug, zu deren Professoren er gehört. Die Königin gab hierauf den Wunsch kund, daß ihr der Landsmann des Herrn Dallas sofort vorgestellt werde. (Fr. Ptz.)

London, 29. Juni. Wie der „Observer" meldet, steht die Veröffentlichung des Berichtes über die Staatseinkünfte bevor. Der Ertrag der Zölle ist ein vergleichsweise günstiger. Was die inländischen Einkünfte betrifft, so stellt sich, wenn man einen Vergleich mit dem vorhergehenden Jahre zieht, für das Vierteljahr eine Mehreinnahme von einer halben Million L. und für das ganze Jahr von vier (?) Millionen L. heraus. (T. D. d. Köln. Z.)

Frankreich.

Der Pariser Korrespondent der „Oesterr. Ztg." meldet über eine französische Note an Sardinien: „Da Graf Cavour nicht davon abließ, eine schriftliche Antwort auf die bekannte sardinische Denkschrift zu verlangen, besonders seitdem er jene Lord Clarendon's in Händen hatte, wurde Graf Walewski ermächtigt, sie ihm endlich zu gewähren. Graf Walewski richtete also an den französischen Gesandten in Turin, Herzog de Guiche, eine Depesche mit dem Auftrage, die Abschrift derselben dem Grafen Cavour einzuhändigen. Der französische Minister des Aeußern begnügt sich darin, gleich Lord Clarendon, den Empfang des Memorandum zu bestätigen, ohne jedoch über dasselbe im geringsten sich näher auszusprechen. Graf Walewski nimmt keinen Anstand, rund heraus zu erklären: „„es werde Frankreich sich jedes Schrittes enthalten, welcher derart ausgelegt werden könnte, als wollte es die obwaltende Gährung in Italien direkt oder indirekt ermuntern und unterhalten."" Mit anderen Worten: Graf Walewski ertheilt dem Grafen Cavour den wohlgemeinten Rath, auf der schlüpfrigen Bahn, in welche sich das sardinische Ministerium verirrt hat, nicht länger zu beharren." So sagt die „Oesterr. Ztg."

* Paris, 28. Juni. Mehrere Provinzial-Journale veröffentlichen nachstehende Note: „Im Jahre 1811 überreichten die Maires der guten Städte dem Kaiser eine Medaille zum Andenken an die Taufe des Königs von Rom. Die Maires der Städte, welche zur Taufe des kaiserl. Prinzen geladen waren, haben sich nun, bevor sie sich trennten, gleichfalls vereinbart, eine Gedenkmünze prägen zu lassen, und Ihre Majestäten Namens der durch sie repräsentirten Municipalitäten zu bitten, sie als ein abermaliges Pfand der Ergebung und Anhänglichkeit an ihre Dynastie annehmen zu wollen."

* Graf Morny hat bei den Pariser Fabrikanten abermals bedeutende Bestellungen gemacht, welche sich auf die Vorbereitungen zu seiner Reise nach Rußland beziehen, u. A. mehrere Gala-Wagen und Geschirre, die vor nächstem Monat nicht fertig seyn können. Die Abreise des Grafen nach Petersburg scheint sohin noch nicht so nahe bevorstehend.

* Der Municipalrath von Marseille hat für die Feierlichkeiten bei der Ankunft des Marschalls Pelissier 45,000 Fr. bewilligt. Dem Feldherrn und den ihn begleitenden Truppen wird ein großes Bankett im Freien gegeben werden.

Paris, 28. Juni. Der „Moniteur" theilt mit, daß der Kaiser und die Kaiserin, Letztere den kaiserl. Prinzen auf dem Arme, gestern in St. Cloud den Präsidenten und die Mitglieder des Komite für die Unterzeichnungen der freiwilligen Beiträge bei der Geburt des Prinzen empfangen, und daß sich ein großer Enthusiasmus kundgegeben habe. (T.D.d.D.Allg Z.)

* Einige Zeitungen bringen die Nachricht, daß zwischen den Höfen von Petersburg und Paris eine gewisse Spannung bestehe, aus welchem Grund, darüber wird nichts Stichhaltiges angegeben. Die Abreise des Hrn. v. Morny nach Moskau soll dadurch bis jetzt verzögert worden seyn. — Von gleich zweifelhafter Glaubwürdigkeit ist die Angabe anderer Blätter, Marschall Pelissier sey in Ungnade gefallen, weil der Kaiser durch den feierlichen Empfang, der ihn allerseits erwartet, gewissermaßen eifersüchtig auf ihn geworden sey.

Paris, 29. Juni. Der „Moniteur" meldet, daß der Prinz Napoleon am 24. Juni zu Inverneß (Schottland), nachdem er einen Theil der Hochlande besucht hatte, angelangt war und am 25. die Fahrt nach Island antreten wollte.

* Die „Independance" veröffentlicht den Protest der Prinzen des Hauses Orleans gegen den Gesetzentwurf, kraft dessen einer jeden Tochter Louis Philipps und eventuell ihren Erben eine Pension von 200,000 Frs. zuerkannt wird. Dieser Protest lautet also: „Claremont, den 25. Juni 1856. Schon seit einiger Zeit davon unterrichtet, daß ein Gesetzentwurf im Werke wäre, dazu bestimmt, die Konfiskationsdekrete vom 22. Januar 1852 zu modifiziren, beschränken wir uns darauf, unsere Freunde zu bitten, durchaus sich jedweden Schrittes zu enthalten, der uns dieser Laune zu einer Schadloshaltung theilhaft werden ließe. Rücksichten des Zartgefühls und der Zuneigung für fremde, mit unserer Familie verbundene Fürsten geboten uns, nicht mehr zu thun. Allein indem wir die Entwicklung der Motive des uns eben vorgelegten Gesetzentwurfs lesen, finden wir darin ein Wort, das unsere Verehrung für das Andenken unseres Vaters, und das Gefühl unserer eigenen Würde uns nicht gestatten, unbeantwortet zu lassen. Es handelt sich nämlich um das Wort „Wohlwollen." „Wohlwollen" ist nur dort anwendbar, wo kein Recht existirt! Unser „Recht" stützt sich aber auf die Autorität der Gesetze und die Justiz des Landes hat sie geheiligt, bis zu dem Tage, wo die Justiz selbst sich vor der Gewalt beugen mußte. Das Wohlwollen, das das Recht verläugnet, ist mithin ein neuer Angriff auf das Andenken unsers Vaters und wir müssen es zurückweisen. Im Jahre 1852 wollte eine Politik, die da gewohnt ist, Geld als ein Werkzeug der Revolution anzusehen, sich dadurch sicher stellen wider uns, daß sie das Erbe unserer Familie konfiszirte; sie bemühte sich die Ungerechtigkeit und Gewaltthätigkeit ihres Verfahrens durch Gründe zu beschönigen, welche das öffentliche Bewußtseyn empört und wogegen wir dazumal protestirt haben. Heute liegt in dem Worte „Wohlwollen" das auf die vorgeschlagene Maßregel sich bezieht, derselbe Gedanke wie in jenen Erwägungsgründen, und darum erneuern wir hier unsern „Protest." Vielleicht gehorchen wir hier einem Gefühle übertriebener Reizbarkeit; nach Allem, was Frankreich von den Wohlthaten der Regierung unsers Vaters noch geblieben — wer wird da zu sagen wagen, daß er nur in einem engherzigen Familieninteresse regiert hätte? Der Franzose, der immer seinem Vaterlande ergeben gewesen, der im Jahre 1792 als Soldat gekämpft, um die fremde Invasion zurückzuweisen, der König,

der 18 Jahre lang Frankreich zugleich frei und glücklich zu machen verstanden, der König, der ihm jenes Heer geschaffen, dessen Heldenmuth eben unsere Fahnen mit neuem Ruhme bedeckt, dieser König ist für immer erhaben über die Angriffe der Verläumdung. Gezeichnet L. d'Orleans, Herzog von Nemours. F. d'Orleans, Prinz von Joinville. H. d'Orleans, Herzog von Aumale."

Spanien.

Madrid, 28. Juni. Am 24. d. brachen zu Badajoz Unruhen aus. Die Aufrührer steckten die Stiergefechtarena in Brand; die Ordnung wurde jedoch bald wieder hergestellt.

Italien.

Rom, 19. Juni. Im heutigen Konsistorium wurden mehrere Prälaten durch die päpstliche Bestätigung und beziehungsweise Ernennung befördert, darunter drei Deutsche (bereits neulich angekündigt), nämlich Gregor Scherr, Abt im Benediktinerorden, zum Erzbischof von München und Freysing, Michael Deinlein, Bischof v. Adramyttium (in Troas) in partibus, zum Bischof von Augsburg, Conrad Martin, Professor der Moral an der Universität Bonn, zum Bischof von Paderborn.

Nach übereinstimmenden Korrespondenzen aus Parma von 22. Juni rüstet sich General Crenneville zur Abreise, da die Herzogin um dessen Abberufung an Marschall Radetzky geschrieben habe. Das Militärkommando sey vom General Crotti übernommen, welcher in der Behandlungsweise der Gefangenen eine Milderung habe eintreten lassen. Auch sey ein Theil derselben schon in Freiheit gesetzt. Mit dem kommenden Juli wird der junge Herzog volljährig, und man erwartet auf diesen Tag die Aufhebung des Belagerungszustandes. (Allg. Ztg.)

Die in Turin unter dem Einfluß des sardinischen Ministerium erscheinende „Italienische Correspondenz" bringt aus Neapel vom 15. Juni über den in Neapel schwebenden politischen Prozeß Details, von denen wir einige (jedoch unter allem Vorbehalt, da diese Korrespondenz von Parteilichkeit nicht frei ist) mittheilen: „Neun Personen sind der Verschwörung zum Umsturz der gegenwärtigen Regierungsform angeklagt. Der Denunciant ist ein bekannter Polizeiagent Dominico Pierro, der angibt, an der Verschwörung theilgenommen, aber durch Gewissensbisse veranlaßt, sich davon zurückgezogen zu haben. Die einzige Grundlage der Untersuchung bildet nur die Aussage eben dieses Pierro. Auf diese hin hat man die Angeklagten, wie der Staatsanwalt gar nicht einmal leugnete, im Gefängniß gemißhandelt, um ihnen Geständnisse abzupressen, und eines Tages jedem derselben 50 Stockhiebe aufgezählt. Der angeklagte Priester de Rosa gab außerdem an, daß ihn eines Tages ein Sbirre entsetzlich auf den Kopf und in das Gesicht geschlagen habe. Nach der Denunciation sollte der Angeklagte Mignogna im Augenblick der Verhaftung eine revolutionäre Proklamation in seinem Hute versteckt gehabt haben; es ist aber bewiesen, daß Mignogna seinen Hut in jenem Augenblick in einem anderen Zimmer hatte und eine durch ein Kind von 10 Jahren, Namens Morelli, das bei den Jesuiten erzogen ist, geschriebene Proklamation durch den Polizeikommissär in den Hut geschoben wurde. Das arme Kind gestand, das man es acht Tage eingesteckt und gemißhandelt, bis es die Proklamation geschrieben habe. Von dieser erwiesenen Thatsache aber erwähnt der Staatsanwalt Nicoletti, der schon in Terramo, wo er früher gewesen, mehr als 200 Personen wegen politischer Vergehen auf die Galeeren gebracht, nicht eine Silbe in der Anklageakte. Während der Sitzung sogar schimpfte dieser Staatsanwalt die Angeklagten fortwährend, so daß der Präsident des Gerichtshofes ihn bitten mußte, sich schicklich zu benehmen, und zu ihm sagte: „Beruhigen Sie sich doch! In Ihrem Eifer erwürgen Sie ja die Vertheidigung." Eines Tages war der Gouverneur des Gefängnisses von Procida betrunken und hatte in diesem Zustande vergessen, die Briefe abzustempeln, welche ihm die Gefangenen zur Absendung an die Ihrigen übergeben hatten. Der Offizier griff nun dieselben auf, brachte sie dem Gouverneur und dieser, der Alles rein vergessen hatte, befahl, jedem Gefangenen 100 Stockschläge aufzuzählen. Die Exekution wurde an 72 Gefangenen sofort vollzogen. Der Staatsanwalt leugnet die Sache nicht, und der Unwille, der sich unter den Zuhörern laut machte, war unbeschreiblich. Selbst die Richter schienen erschrocken über diese Thatsache. Ein Zeuge, ein Augustinermönch, sagte aus, daß ihm der Polizeikommissär Campagna eine ganze Nacht zugesetzt habe, um über den Pater Ruggiero, einen der Angeklagten, etwas Nachtheiliges auszusagen, und daß er, da er dies nicht vermocht, elf Tage im Gefängniß festgehalten worden sey. Ein anderer Zeuge, der Priester Luigi di Tupa, hat den Mißhandlungen nicht länger widerstehen können und gegen Ruggiero ausgesagt, ein Zeugniß, das er jetzt öffentlich als erzwungen widerruft. Der Vorstand des Ordens gibt dem Pater Ruggiero das beste Zeugniß und bestätigt, daß er sich gar nicht mit politischen Dingen befaßt habe."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopler Berichte der „Allg. Ztg." schildern die Lage der türkischen Hauptstadt und die Stimmung der Provinzen als sehr beunruhigend. Indessen wurden mehr und mehr türkische Truppen in die Nähe Konstantinopels gezogen. Gleichzeitig wird die Pforte mit Projekten aller Art zu innern Anlagen, Eisenbahnen u. s. w. förmlich überschwemmt.

Jassy, 4. Juni. Das lang erwartete Preßgesetz für die Moldau ist erschienen. Es hebt die Zensur auf und setzt eine Jury zur Aburtheilung der Preßvergehen ein. (Fr. J.)

Asien.

Der König von Birma hat zwei Gesandte nach Nord-Amerika abgeordnet, um mit der Regierung der Vereinigten Staaten freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 28. Juni. Der Graf d'Escayrac de Lauture, der an der Spitze der wissenschaftlichen internationalen Expedition zur Erforschung der Quellen des Nil steht, ist hier angelangt, um Topographen und Mineralogen aus Deutschland aufzufordern, an dieser Expedition Theil zu nehmen. Die betreffenden Personen dürfen das Alter von 45 Jahren nicht überschritten haben und müssen ihre Meldungen bis zum 12. Juli d. Js. abgegeben haben. Die Expedition bricht gegen das Ende des Monats August d. Js. von Europa aus auf und ist auf zwei Jahre berechnet. Sie geht von dem Vizekönig von Aegypten aus, wird von seinen Truppen begleitet und sichert den Theilnehmern sehr bedeutende materielle Vortheile. (Berl. Bl.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 1. Juli. Das Hauptaugenmerk der Börse war heute auf mitteldeutsche Kreditaktien gerichtet, welche einen bedeutenden Aufschwung nahmen und in großen Posten umgesetzt wurden, auch Luxemburger Kreditaktien waren sehr beliebt und wurden bedeutend höher bezahlt. Rhein-Nahe Eisenbahnaktien eröffneten heute zu 107, hoben sich schnell auf 107 1/2, zu welchem Kurse sie gesucht blieben, der Umsatz darin war von Bedeutung. In den übrigen Effekten keine wesentliche Veränderung.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1311 P. 1306 G. Neue Bankaktien 431 P. 426 G. Credit-Actien à 5pCt. 238 P. 236 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83 5/8 P. 83 3/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 90 P. 89 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 82 3/4 P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. 88 1/2 G.; à 4 1/2pCt. 72 3/4 P. 72 1/2 G.; à 4pCt. 65 P. 64 1/2 G.; à 3pCt. 48 3/4 P. 48 1/4 G.; à 1pCt. 16 1/4 P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 117 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 3/8 P. 104 7/8 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frs. Einzahl. 298 P. 296 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 112 3/4 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3 1/2pCt. 88 1/4 P. 87 3/4 G.; 4pCt. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 7/8 P. 94 3/8 G.; 4 1/2pCt. 101 P. 100 1/2 G.; 4 1/2pCt. Ostbahn-Aktien 105 1/8 P. 104 7/8 G. 5pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 151 P. 150 1/2 G. Neustadt-Weissenb. 114 1/4 P. 113 3/4 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 3/4 P. 118 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 90 5/8 P. 90 1/8 G.; 4 1/2pCt. 102 1/2 P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42 3/4 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82 5/8 P. 82 1/8 G. **Kurhessen.** 40 Thaler Loose b. R. 39 5/8 P. 39 3/8 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64 1/4 P. 63 3/4 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2pCt. 92 1/2 P. 92 G.; à 4pCt. 100 1/8 P. 99 5/8 G.; 4 1/2pC. 103 1/8 P. 102 5/8 G.; Loose à fl. 50 112 3/4 P. 112 1/4 G.; à fl. 25 33 3/4 P. 33 1/2 G.; Darmstädter Bankaktien alte 420 P. 418 G.; junge 360 1/2 P. 358 1/2 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 112 P. 111 1/2 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 90 P. 89 1/2 G., Loose à fl. 25 31 5/8 P. 31 3/8 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84 P. — G.; à 3 1/2pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; Bankaktien 121 P. 120 1/2 G.; Taunus-Aktien 324 P. 322 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/4 P. — G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87 3/4 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 575 P. 572 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 3/8 P 40 1/8 G.; 1pCt. neue 25 1/8 P. 25 G. **Holland.** Integrale 64 1/2 P. 63 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 1/4 P. 96 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.
Lond. Lst. 10 k. S. 118 7/8 P. 118 5/8 G.
Mail. i. S. Li. 250 k. S. 101 1/4 P. 101 G.
Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93 3/4.
Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Wien fl. 100 C. k. S. 117 1/2 P. 117 1/4 G.
Wien 3 M. mit 4% 117 1/4 P. 117 G.
Disconto — P. 4 pCt. G.

Kirchheim u. T. in Württemberg, 29. Juni. Der Verkehr auf dem hiesigen Wollmarkte war heuer ein überaus lebhafter und bedeutender. Gelagert waren im Ganzen 10,480 Zentner. Die Hoffnungen, daß die Zufuhren über 11,000 betragen werden, wurden durch das heftige Regenwetter jener Tage vereitelt, doch betrug das heurige Quantum 2300 Ztnr. mehr als im vorigen Jahre. Der Aufschlag gegen die Preise des vorigen Jahres hat betragen: bei der hochfeinen Wolle bis zu 14 pCt., Bastardwolle 4 bis 8 pCt., bei der deutschen 4 bis 10 pCt. Das ganze verkaufte Quantum wurde in zwei Tagen abgewogen. (Schw. M.)

Neueste Nachrichten.

** München, 30. Juni. (Privat-Korrespondenz.) **34. öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe.** (Schluß des Berichts.)

Nachdem, wie mitgetheilt, der Gesammtbeschluß über das Finanzgesetz erzielt ward, nahm der 2. Präsident Graf v. Seinsheim das Wort und äußerte sich in Anschluß an seine Eingangs gemachte Bemerkung, daß nach seiner Ansicht mit der für den Militär-Etat bewilligten Summe Bayern seinen Verpflichtungen nicht nachkommen könne, daß mit dem geminderten Betrag die Armee nicht würdig bestehen, daß der Bundespflicht nicht vollkommen genügt werden könne und dem kgl. Kriegsherrn die Mittel entzogen seyen, um als Kriegsheer handeln zu können, wie es seyn soll. Er erlaube sich zur Wahrung der Würde und der hohen Stellung, welche die Kammer der Reichsräthe im Staate einnehme, folgenden Antrag zu stellen: „Die hohe Kammer der Reichsräthe möge beschließen, da sie die Ueberzeugung hat, daß das Budget für die VII. Finanzperiode, wie das hierauf begründete Finanzgesetz in der Art, wie es beschlossen ward, den Bedürfnissen des bayerischen Staates, insbesondere jenen der Armee nicht genügend entspreche, in ihrem Protokolle Verwahrung dagegen einzulegen, um hiemit jede dadurch entstehen könnende Verantwortlichkeit von sich abzuwenden."

Dieser Antrag wäre der hohen Kammer würdig, er zeige der Nation, daß, welche üblen Folgen auch entstehen, die Kammer der Reichsräthe hieran keine Schuld trage, sie habe redlich gethan, was sie thun konnte.

Diesem Antrage wird sofort, wie bereits kurz gemeldet, mit allen gegen 2 Stimmen — Fürst von Hohenlohe und Graf Bassenheim — beigestimmt.

Hr. Reichsrath Frhr. v. Zu Rhein als Referent des 3. Ausschusses zeigte hierauf der Kammer an, daß über die Anträge der 2. Kammer, die Ansässigmachung, Verehelichung und das Armenwesen betreffend, im Ausschuß wohl Vortrag erstattet worden, bei der Wichtigkeit des Gegenstandes und der Kürze der Zeit aber es nicht möglich gewesen sey, hierüber noch Beschluß zu fassen. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft und die Thätigkeit der Kammer zum Schlusse gelangt. Der 1. Präsident nahm hierauf das Wort, um sich dem Wohlwollen der hohen Kammer zu empfehlen und derselben zu danken für ihre große Thätigkeit und Ausdauer während des langen Landtages; er dankt insbesondere dem 2. Präsidenten, den Ausschüssen und deren Referenten und schließt mit dem Wunsche auf ein frohes, aber hoffentlich nicht gar zu baldiges Wiedersehen. Se. k. Hoh. Prinz Luitpold erklärt hierauf, daß es seinem Herzen Bedürfniß sey, dem 1. Hrn. Präsidenten für seine umsichtige Leitung und dem Hrn. 2. Präsidenten für dessen kräftige Unterstützung und die stets bewährte patriotische Gesinnung im Namen der Kammer zu danken. Der 2. Hr. Präsident dankt für diese Anerkennung und bemerkt, er habe stets nach Kräften gewirkt, wozu ihn seine Pflicht gemahnt habe. Se. kgl. Hoheit Prinz Adalbert schließt sich der Aeußerung seines Bruders, kgl. Hoh., an und dankt insbesondere den beiden HH. Präsidenten für ihre große Thätigkeit und hegt den Wunsch, daß diese trefflichen Männer dem bayerischen Staate für wichtige Ereignisse noch recht lange erhalten werden möchten. Nachdem hierauf noch Fürst v. Hohenlohe für den aus der Kammer getretenen Hrn. Grafen v. Reisach zum Mitglied des Gesetzgebungs-Ausschusses ernannt war, schloß der Hr. Präsident, unter dem dreimaligen Rufe: „Es lebe der König und das königl. Haus", in welchen Ruf die ganze Kammer einstimmte, die Sitzung.

** München, 30. Juni. (Privat-Korrespondenz.) In der heutigen 93. und letzten Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde lediglich das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt, und dann der Gesammtbeschuß über das Finanzgesetz verlesen, und dessen Fassung genehmigt. Der 1. Präsident bemerkte dann, daß hiemit die Thätigkeit der Kammer ende, und daß er dieselbe mit den Worten, mit welchen er sie eröffnet hatte, schließe, mit dem Rufe: „Es lebe Se. M. der König!", in welchen Ruf die ganze Kammer dreimal einstimmte.

Se. Maj. der König sind zu dem Jubiläum des Kadettenkorps diesen Abend hier eingetroffen. — Die feierliche Schließung des Landtags wird durch Se. k. Hoh. den Prinzen Adalbert erfolgen; der Tag ist noch nicht bestimmt — Die Dividende der bayer. Hypotheken- und Wechselbank wurde heute für das 1. Semester d. J. auf 16 fl. per Aktie festgestellt, um 1 fl mehr als voriges Jahr.

Gotha, 26. Juni. Wie der „Wiener Ztg." von hier geschrieben wird, hat Dr. Hannibal Fischer nun wirklich gegen das erstinstanzliche Urtheil Appellation eingelegt.

Kopenhagen, 39. Juni. Im „Gesetzblatt" wird das vom König bestätigte holsteinisch-lauenburgische Domainengesetz mitgetheilt, so wie eine Bekanntmachung, durch welche in Gemäßheit des §. 22 des Gesammtverfassungsgesetzes vom 2. Okt. v. J. die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein bestimmt werden. Die Domänen gehören darnach zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie. (T.D.d.Hamb Nachr.) (D. h. der Reichsrath, welcher überwiegend aus Dänen besteht, verfügt über die Domänen der Herzogthümer Holstein, Lauenburg und Schleswig nach seinem Gutdünken, schließt deren Verkauf, wie das jüngst geschehen ist, und der Ertrag derselben fließt in die gemeinsame Staatskasse, kommt also zum größten Theil dem Königreich Dänemark zu gut. Die dänische Regierung hat also hierdurch auf die mehrerwähnte preußische und österreichische Note wegen der Behandlung der deutschen Herzogthümer eine Antwort gegeben. Dieselbe ist ganz so ausgefallen, wie es nach einem so zimperlichen Auffassen, wie wir es von deutscher Seite Dänemark gegenüber seit 1851 erlebt haben, nicht anders zu erwarten war. Das heißt so recht, den kontroversen Gegenstand zur Entscheidung bringen und den gordischen Knoten zerhauen.)

London, 30. Juni. Oberst Fremont, Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei in Mexiko, hat resignirt. Hrn. Alvarez, dem königl. spanischen Gesandten, ist von Seiten der mexikanischen Regierung, solange die spanische Flotte ihre drohende Haltung beibehält, die Anerkennung verweigert. In Walkers Stellung war keine Veränderung eingetreten. (T. D. d. Allg. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 183. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 3. Juli 1856

Deutscher Bund.

München, 27. Juni. Da beim Landtage die Frage der Tabakbesteuerung wiederholt angeregt wurde, so hat das Ministerium über den Stand dieser Angelegenheit, die natürlich nur im Einverständniß mit den übrigen Zollvereinsregierungen zu erledigen ist, dem Finanzausschuß der Kammer der Reichsräthe Mittheilungen zugeben lassen, woraus hervorgeht, daß die Angelegenheit bei der diesjährigen General-Zollkonferenz in Eisenach von der bayerischen Regierung zur Verhandlung angeregt wurde. Demzufolge hat nun die preußische Regierung, welche es übernommen hat, auf Grund der in den letzten Jahren in den einzelnen Vereinsstaaten vorgenommenen Erhebungen bestimmte Vorschläge über diesen Gegenstand zu machen, sich entschlossen, die deßfallsige Vorlage zu bewerkstelligen. Bayern kann, wenn eine Steuer für den inländischen Tabak eingeführt wird, dies natürlich nur unter der Voraussetzung thun, daß der Zollsatz von 4 Thalern per Zentner für ausländischen Rohtabak entsprechend erhöht wird. Uebrigens scheint es, daß bayerischerseits das Monopol der Besteuerung des Produkts oder Fabrikates vorgezogen werden würde. (Schw. M.)

Die von Seiten Preußens der Zollkonferenz in Eisenach vorgelegten Anträge in Betreff der Eisenzölle und der Einfuhrerleichterung von Getraide und Hülsenfrüchten sind, wie die „Zeit" mittheilt, dieselben, welche schon auf der zehnten General-Konferenz eingebracht waren. Sie lauten: „7. Position 6. a bis d. Es wird der bereits auf der zehnten Generalkonferenz gestellte Antrag erneuert, diese Positionen in folgender Art abzuändern: a) Roheisen aller Art, altes Brucheisen, Eisenfeile, Hammerschlag per Zentner 5 Sgr. b) Geschmiedetes und gewalztes Eisen (mit Ausnahme des façonnirten), desgleichen Luppeneisen und Eisenbahnschienen 1 Thlr. c) Stahl, Roh-, Cement-, Guß und raffinirten 1 Thlr. 15 Sgr. d) Façonnirtes Eisen in Stäben, desgleichen Eisen, welches zu groben Bestandtheilen von Maschinen und Wagen (Kurbeln, Achsen und dergleichen) roh vorgeschmiedet ist, insofern dergleichen Bestandtheile einzeln einen Zentner und darüber wiegen, auch Pflugschaareisen, schwarzes Eisenblech, rohes Stahlblech, rohe (unpolirte) Eisen- und Stahlplatten, Anker, sowie Anker und Schiffsketten 2 Thlr. 15 Sgr. Zugleich wird vorbehalten, wegen des Eisendrahts zur Kratzenfabrikation noch einen Antrag zu stellen. 8. Position 3. a. Es wird der auf der zehnten Generalkonferenz gestellte Antrag erneuert, diese Position in nachstehender Art zu ändern: a) Getraide und Hülsenfrüchte und zwar 1) Waizen und andere unter 2 nicht besonders genannte Getraidearten, desgleichen Hülsenfrüchte, als Bohnen, Linsen, Erbsen, Hirse und Wicken, vom preußischen Schäffel 2 Sgr.; 2) Roggen, Gerste (auch gemalzte), Hafer, Haidekorn oder Buchwaizen vom preußischen Schäffel ½ Sgr. und infolge dessen die Anmerkungen 1 und 2 zu dieser Position zu streichen. Der vorgedachte Vorschlag wird jedoch mit der Maßgabe gestellt, daß a) allseitig auf die Befugniß verzichtet werde, Getraide und Reis auf Vereinsrechnung zollfrei einzulassen, wenn der Preis des Roggens auf 2½ Thlr. beziehungsweise auf 4 Thlr. für den preußischen Schäffel steigt, und daß b) der Vorbehalt im Schlußprotokoll vom 8. Mai 1841 beseitigt werde, zufolge dessen nach Bedürfniß auf einzelnen Grenzstrecken eine Ermäßigung des tarifmäßigen Eingangszolls für Getraide einseitig von einzelnen Vereinsregierungen angeordnet werden kann."

* Die Versammlung von Tabaksfabrikanten des Zollvereins, welche am 30. Juni in Hannover stattgefunden, um geeignete Schritte gegen die Erhöhung der Zölle und Steuern auf Tabak zu thun — war sehr zahlreich besucht. Sie hatte den Saal der Börse zu ihrem Versammlungslokal gewählt und die Oeffentlichkeit insoweit ausgeschlossen, als über die gefaßten Beschlüsse nicht früher Mittheilungen durch die Presse erfolgen sollen, bis dieselben den respektiven Regierungen vorgelegt worden. Bei dieser Gelegenheit wollen wir eine Broschüre über diesen Gegenstand erwähnen, die kürzlich bei J. Hebenstreit in Leipzig herausgekommen ist, unter dem Titel: „Die Erhöhung der Tabaksteuer und ihre Folgen." Sie spricht sich gegen eine wesentliche Erhöhung in dem gegenwärtigen Zeitpunkt aus. Die Animosität, welche sich mehrmals darin Luft macht, zeigt unverkennbar, daß die Schrift von einem Betheiligten herrührt.

Bayern. München, 27. Juni. Für den jüngst verstorbenen Staats- und Reichsrath von Stichaner hat die historische Klasse der Akademie der Wissenschaften Professor Franz Löher zum ordentlichen Mitgliede gewählt. (K. Z.)

Preußen. Berlin, 30. Juni. Der König und die Königin sind nach Teplitz gereist, von wo aus der König Sich nach Marienbad begibt. (N. Z.)

Berlin, 30. Juni. Vorgestern Abend hat hier eine weibliche Auswanderung im großartigen Maßstabe stattgefunden. Die in Betreff der öffentlichen Häuser ergriffenen Maßregeln sind bekannt. Am 28. Juni wurden nun sämmtliche Mädchen von auswärts, die fast ausschließlich die Bevölkerung jener Häuser bildeten, auf das Polizeipräsidium citirt, resp. sistirt, wo ihnen sämmtlich ihre Pässe mit dem Bedeuten eingehändigt wurden, daß sie bis zum Abend die Stadt zu verlassen hätten. Für die gehörige Befolgung dieser Vorschrift wurden die Wirthe verantwortlich gemacht. (D. A. Z.)

Magdeburg, 28. Juni. Auch die neueste Nummer des Uhlich'schen Sonntagsblattes ist heute auf der Post mit Beschlag belegt worden. (M. Ztg.)

Hannover. Hannover, 29. Juni. Die erste Kammer hat die 10,000 Thlr., welche von der Regierung für eine in St. Petersburg zu begründete hannoversche Gesandtschaft in Anspruch genommen, von der 2. Kammer aber verweigert worden waren, bewilligt. (N. Z.)

Baden. Karlsruhe, 29. Juni. Gestern ist Se. kgl. Hoheit der Regent nach einer Abwesenheit von ungefähr vier Wochen in seine Residenz zurückgekehrt. (Schw. M.)

In allen evangelischen Gemeinden des Großherzogthums Baden wurde am 29. Juni das 300jährige Jubelfest der Einführung der Reformation gefeiert.

Sachsen-Koburg-Gotha. Gotha, 28. Juni. Heute ist den drei Gründern der hier beabsichtigten Diskonto- und Zettelbank, nämlich der hiesigen kaufmännischen Innungshalle, der Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin und der allgemeinen deutschen Kreditanstalt in Leipzig das herzogliche Dekret mit der Konzessionsurkunde zur Begründung dieser „Privatbank zu Gotha" insinuirt worden. (N. Z.)

Freie Städte. Hamburg, 29. Juni. Dr. Gabriel Riesser, das bekannte Mitglied des Frankfurter Palaments, wird am 13. Juli seine Reise nach Nordamerika antreten. (Fr. Pstz.)

Oesterreich. Der „Augs. Allg. Ztg." wird geschrieben: „Die Begräbnisse der Protestanten werden gegenwärtig auf allen Kirchhöfen in der Umgegend von Wien ohne alle verletzende Beeinträchtigungen (mit Ausnahme der Verweigerung von Glocken) vollzogen. In letzterer Zeit sind sogar wieder Leichen von Protestanten in der Reihe begraben worden. Man dringt auch nicht länger mehr auf die Errichtung völlig abgesonderter Kirchhöfe, welche bei der geringen Zahl der Protestanten und ihren zerstreuten Wohnsitzen auch fast eine Unmöglichkeit wäre, sondern wünscht in der Folge nur eine Absonderung auf demselben Friedhofe."

Frankreich.

Paris, 28. Juni. Die Seitenlinie, welche das Palais Royal bewohnt, hat sich nicht begnügt, ihre üble Laune bei Gelegenheit der Tauffeste in auffallender Weise kund zu geben; sie macht in diesem Augenblick einen Prozeß anhängig, welcher Ver-

gerniß geben muß. Im Jahre 1853 sind die Herren Patterson, Sohn und Enkel des Prinzen Jerome, aus Amerika hier angekommen. Der Prinz so wie der Kaiser empfingen sie mit Zärtlichkeit. Der junge Patterson ist gegenwärtig 24 Jahre alt. Er war Offizier in dem Heere der Vereinigten Staaten und der Kaiser verlieh ihm denselben Rang in der französischen Infanterie. Der „Moniteur" nannte ihn, als er seine Ernennung veröffentlichte, kaiserl. Hoheit Patterson Bonaparte. Der junge nordamerikanisch-französische Prinz hat den Feldzug in der Krim mit Auszeichnung mitgemacht. Während nun seine Bravour, seine schöne Gestalt, sein feines ritterliches Benehmen ihm im ganzen Heere Beliebtheit und die wiederholt ausgesprochene Gunst des Kaisers erwarben, änderte seine Familie im Palais Royal ihre Gefühle gegen ihn. Man erkannte dort in ihm plötzlich einen Prätendenten. In der That, wenn die erste, auf Befehl Napoleons I geschiedene Ehe Jerome's vor dem Gesetze gültig war und Patterson das Recht hat, den Namen seines Vaters, den ihm der „Moniteur" beilegte, zu führen, so geht er in den Aussichten und in dem Rechte auf die französische Thronfolge dem Prinzen Napoleon Bonaparte voran. Prinz Jerome verbot vor Kurzem seinem Sohne und seinem Enkel Patterson, sich Bonaparte zu nennen. Beide verweigerten, auf einen Namen zu verzichten, welchen ihnen ihre Geburt gegeben und der „Moniteur" bestätigt hatte. Jerome schickte ihnen eine gerichtliche Aufforderung und überreichte eine Klage bei dem Civil-Gerichte der Seine. Patterson nahm den Prozeß an und wählte merkwürdig genug Berryer, welcher den Grafen Chambord vertritt, zu seinem Advokaten. Wenn der Kaiser sich nicht dazwischen legt, so wird der Prozeß seinen Fortgang haben. Es ist jedoch nicht zu zweifeln, daß der Kaiser ihn niederschlagen und von der ihm durch die Verfassung verliehenen Gerichtsbarkeit über alle Mitglieder der kaiserlichen Familie Gebrauch machen wird. Man meint indessen, der Kaiser werde keinen Machtspruch thun, sondern aus Senatoren und Marschällen ein Richterkollegium bilden, vor welches er die Streitfrage bringen will. (N.-Z.)

Paris, 30. Juni. Der „Moniteur" enthält eine Reihe von Ernennungen im Justizdepartement, ferner einen Rapport des Kriegsministers über die Nothwendigkeit und die Mittel, dem Militär-Medizinalwesen neue und tüchtige Kräfte zuzuführen. Dem Bericht entsprechend, verordnet ein kaiserl. Dekret die Errichtung einer mit der Straßburger Universität verbundenen Pepinière für Militärärzte und Pharmaceuten. Die Erziehung und Ausbildung geschieht auf Staatskosten.

* Paris, 30. Juni. Gestern Morgens um 6 Uhr zeigte der Thermometer 17, um 12 Uhr bereits 24 Grad im Schatten. Deßhalb waren aber die Pariser gestern auch von einer wahren Wuth befallen, sich extra muros zu begeben und die 5000 Fiaker, Droschken, Omnibus u. s. w., die Dampf- und Pferde-Eisenbahnen waren weitaus ungenügend, dieser allgemeinen Völkerwanderung genügen zu können. Besonders an der kleinen Pferdebahn, welche vom Concorde-Platz nach Boulogne führt, machte man Queue, wie vor den Theatern. Man darf annehmen, daß nicht weniger als 700,000 Menschen auf's Land und über 100,000 nach dem Bouloguer Hölzchen fuhren, ritten und gingen, da das Pré-Catelano zum ersten Mal eröffnet war. Im Allgemeinen entspricht dieses neue Etablissement allen, auch ziemlich gespannten Erwartungen des Publikum. Eine andere Frage ist die, ob dies auch bei den Erwartungen des Unternehmers der Fall seyn wird. Bei vielen aber, welche die Ausdrücke Paradies, Eden, Eldorado zu buchstäblich genommen haben, mußte das Gebotene hinter dem Erwarteten zurückbleiben. Fertig ist, wie gewöhnlich, Nichts! — Gestern begann auch das achttägige St.-Petersfest zu Montmartre, das wie alljährlich eine ungeheure Menschenmenge von nahe und ferne angezogen hatte. Montmartre, die größte der Pariser Banlieue-Städte, hatte aber auch Alles gethan, um sich Ehre und den Gästen Vergnügen zu machen. Böllerschüsse, Jahrmarkt, Tanz, Spiel, öffentliche Belustigungen, Musik und Konzerte, nichts fehlte, und als der Abend hereinbrach, bedeckte sich die ganze Stadt mit einem wahren Feuermeer bunter Laternen und Gläser. Besonders glänzend war, wie gebührend, der Mairie-Platz und das Munizipalitäts-Gebäude selbst beleuchtet und dekorirt. Auch des Heiligen, dem zu Ehren so viel gegessen, getrunken und getanzt wurde, hat man nicht vergessen und eine große Statue St.-Peters, den Schlüssel in der Hand, den Hahn zur Seite, nahm den Ehrenplatz auf dem Balkon der Mairie ein. Der Zufall ist wunderlich und so fügte er es auch, daß unter dem symbolischen Hahn ein großer Adler glänzte, und oben an der Façade unter einer allzudünnen Decke die Worte „République française" sichtbar und lesbar wurden. Beim flackernden Scheine des Gases und der Lichter will man bemerkt haben, wie der unglückliche Hahn manchmal schüchterne Blicke nach dem furchtbaren Adler unten, und nach der indiskreten Erscheinung oben warf. Doch hörte man weiter von keinem Unglücksfall.

Aus Paris wird den „Hamburger Nachrichten" geschrieben: „Die französischen Bischöfe benutzen ihren hiesigen Aufenthalt, um über die Maßregeln zu berathen, um der Indifferenz der französischen Katholiken mächtig zu werden. Die anwesenden Prälaten sind der großen Mehrzahl nach der Ansicht, daß die Regierung ihrer Pflicht als katholische Regierung nicht entspreche; die Kirche könne sich nicht mit halben Konzessionen begnügen. Es wurde beschlossen, daß man, ohne der Regierung feindselig gegenüber zu treten, es sie doch fühlen lassen müsse, daß man mit ihrem Benehmen in Religionssachen nicht zufrieden sey."

Der „Constitutionnel" bestätigt, daß eine Expedition gegen die Kabylen beschlossen sey. Sie wird aber wohl erst im Frühjahr 1857 vor sich gehen. Was die Art der Ausführung betrifft, so glaubt der „Constitutionnel" mittheilen zu können, daß vier Expeditionskolonnen gleichzeitig in das Kabylenland eindringen und sich im Mittelpunkte desselben vereinigen werden. Diese Operationen werden 28,000 bis 30,000 Mann erfordern.

Spanien.

† Madrid, 26. Juni. Die „Espana" berichtet, daß man bei den Individuen, welche das Haus von Semprun zu Valladolid überfallen und geplündert hatten, 2000 Napoleons fand. Am 23. waren die Truppen und die Nationalgarde ununterbrochen unter Waffen. Die Miliz-Artillerie mit ihren vier Geschützen und eine Kavallerie-Escadron hatten den Hauptplatz besetzt. Der Civil-Gouverneur befindet sich noch in dem Hause, wohin er nach seiner Verwundung gebracht wurde, da die Aerzte es für bedenklich halten, ihn nach seiner Wohnung zu transportiren. Man sagt, diesen Abend sollen sechs der Haupträdelsführer erschossen werden. Schon am frühen Morgen waren die Aufrührer, welche die Straßen durchstreiften, mit Flaschen versehen, in denen sich entzündliche Flüssigkeiten wie Terpentine ꝛc. befanden.

† Niemand, selbst nicht die Regierung, kennt den wahrhaften Ursprung der Ereignisse zu Valladolid. Die verbreitetste Annahme ist die, daß die sozialistischen Doktrinen dort von Individuen ausgebeutet worden, welche sie gar nicht theilen; augenscheinlich ist es, daß alle Feinde der damaligen Zustände (Carlisten, Moderados ꝛc.) sich der demokratischen Ideen bedienten und sich bemühten, einen Konflikt herbeizuführen und zu organisiren; gewiß ist, daß die Brandstifter vollkommen organisirt und mit Waffen, zündbaren Stoffen und Instrumenten zum Erbrechen der Thüren der öffentlichen Gebäude versehen waren.

Italien.

London, 28. Juni. Von Manin ist folgender Brief über die Zustände in Neapel an die „Daily News" veröffentlicht worden: „Mein Herr! Wenn von den . . . Uebergriffen der neapolitanischen Regierung die Rede ist, so kommen die Meisten gewöhnlich zum dem Schlusse, daß ausgedehnte Reformen nothwendig seyen. Ich bin nicht dieser Ansicht. Bevor man Reformen, d. h. neue Gesetze verlangt, müßte man, sollte ich glauben, die Forderung stellen, daß die alten Gesetze zur Ausführung gelangen. Nun hat aber Neapel sehr gute Gesetze, die bisher nur nicht verwirklicht worden sind. Unter denselben gibt es eine Verfassung, die gleichsam die nöthige Bürgschaft für alle andern Gesetze ist. Zur Durchführung dieser Verfassung müßte die Regierung vor allem Andern gezwungen werden. Dazu gibt es, wie ich glaube, ein sehr einfaches praktisches Mittel. Die Verfassung verbietet der Regierung Steuern zu erheben, wofern diese nicht von den Kammern bewilligt worden sind. Die Steuerpflichtigen hätten daher das Recht der Steuerverweigerung. Weßhalb sollten sie sich desselben nicht bedienen? Nur keine Gewaltthätigkeiten! Nur ruhigen und gesetzlichen Widerstand! Wäre ein solcher weitverbreitet und geschickt organisirt, so daß er auf mehrern entlegenen Punkten des bedeutend ausgedehnten neapolitanischen Gebiets zu gleicher Zeit zum Ausbruch käme, dann — ich bin davon überzeugt — könnte er nicht niedergehalten werden. Dadurch, daß man der Regierung ihre Existenzmittel entzöge, würde man sie zur Kapitulation d. h. zur Durchführung der Gesetze zwingen, was doch nichts weiter als Gerechtigkeit wäre. Sollte jedoch die Regierung bei ihrer Politik beharren und das Volk dadurch zur Empörung drängen, dann würde diese offenbar nicht bei der Verfassung stehen bleiben, sondern die Dynastie wegfegen, um über das Land gemäß der italienischen Nationalität zu verfügen. Genehmigen Sie ꝛc. Paris, 26. Juni. Manin."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 19. Juni. Es hat sich eine englische Gesellschaft gebildet zur Erbauung einer Eisenbahn in Syrien gegen Bagdad hin. Der König von Sardinien hat für einige

Minister des Sultans und Omer Pascha fünf Großkreuze des Ordens der heiligen Mauritius und Lazarus geschickt.

* Die in Konstantinopel wohnenden russischen Kaufleute haben ein Schreiben an den türkischen Minister des Auswärtigen gerichtet, worin sie sich für den ihnen während des Krieges gewordenen Schutz bedanken.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 22. Juni. Bei der Verleihung des St. Andreasordens an Herrn v. Manteuffel hat der Kaiser an den preußischen Minister folgendes Handschreiben gerichtet: „Ihre eifrigen, Unserm treuen Verbündeten und Freunde, Sr. Maj. dem König von Preußen, erwiesenen Dienste haben Ihnen ein Anrecht auf Unsere aufrichtige Achtung erworben. Als Ausdruck derselben und zum Zeichen Unsers besondern Wohlwollens für Ihr fortwährendes Bestreben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Preußen zu erweitern, haben Wir Sie zum Ritter vom Orden des heiligen Apostels Andreas des Erstberufenen ernannt, dessen Insignien beiliegend, Wir Ihnen wohlgewogen bleiben. Potsdam, den 2. Juni 1856. Alexander."
(Fr. Postz.)

Die Regierung hat eine Revision aller Kronfabriken angeordnet und hat mit derselben einen eben so kenntnißreichen und scharfblickenden, als streng redlichen Mann beauftragt. Diese Revision soll alles ermitteln, was nur auf den Bestand und das Gedeihen der Kronfabriken Bezug hat; den Werth der Grundstücke, Gebäude, Apparate 2c., einen genauen Anschlag der Produktionskosten und der Absatzsummen. Daß die Kronfabriken bis jetzt nur durch Subvention bestanden, ist kein Geheimniß; man bringt nun diese Maßregel mit dem Plane in Verbindung, dieselben ganz eingehen zu lassen. Sollte dem so seyn, so wären dennoch die Opfer, welche der Staat durch die Unterhaltung dieser Fabriken gebracht, keineswegs vergeblich gewesen. Sie haben gewissermaßen als Normal- und Musterinstitute gedient, nach deren Vorbilde die Privaten ihre Etablissements gründeten und einrichteten. Jetzt, wo die russische Manufaktur- und Fabrik-Industrie schon auf eigenen festen Füßen steht, kann ihr die Regierung auf andere Weise, namentlich durch die Förderung der Kommunikation bessere Dienste leisten, als durch Beibehaltung der Kronfabriken. (K. H. Z.)

Amerika.

Nordamerikanische Blätter kündigten vor Kurzem an, daß ein Journalist in Bayon-Sarah durch einen Kollegen im Duell getödtet worden sey. Nachstehender ausführlicher Bericht mag lehren, was man in jenen gesegneten Gegenden unter Duell versteht: „Am Sonntag begab sich Robertson (Knownothing) auf die Post. Marks (Demokrat) klopfte ihm auf die Schulter und erklärte ihm, daß er bereit sey. „Ich auch!" erwiderte Jener; alsogleich begannen sie aufeinander aus Revolvern zu feuern. Bald darauf betheiligte sich ein Bruder des Marks am Kampf und das Duell wurde nunmehr dreieckig, da beide Brüder von verschiedenen Standpunkten auf Robertson feuerten und dieser Schuß um Schuß beantwortete, bis er in den Kopf geschossen wurde." Es scheint übrigens, daß derartige mehreckige Duelle zu den Ortsgebräuchen gehören. Wenigstens fand beinahe gleichzeitig alldort ein Duell zwischen sechs Personen statt. Dieses war nun offenbar ein sechseckiges; auch blieben zwei Opfer am Platze.

* Im Jahre 1857 wird Canada gewiß 1700 Meilen fertiger und dem Verkehr übergebener Eisenbahnen haben, welche 15 Mill. Pfd. Sterl. kosteten. Die Regierung hat erklärt, der Eisenbahn von Quebeck nach dem Huron-See 4 Mill. Morgen Staatsboden ablassen zu wollen. Diese Bahn wird auf einer Strecke von 170 Meilen durch Urwälder gehen.

Asien.

Die Nachrichten über den Aufstand in China sind für die Kaiserlichen ungünstig. Die „Hofzeitung" in Peking gesteht das Auftreten der Rebellion in Yuh-Nan, deren Fortdauer in den Kiang-Provinzen, sowie in Yuh-Pie und Qual-chan ein. (A.Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Frankfurt, 28. Juni. Die hier im J. D. Sauerländer'schen Verlag erscheinende volkswirthschaftliche Wochenschrift „Centralanzeiger für den deutschen Verkehr" bespricht vom 1. Juli an unter Erweiterung ihres Planes auch das Aktienwesen und hat den Titel verändert in: „Der deutsche Verkehr, Centralanzeiger für die wirthschaftlichen Interessen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz." Es ist dieses Journal bekanntlich das erste Organ der nationalökonomischen Presse, daß durch seine Berichte und Annoncen auf unmittelbare Förderung des Verkehrs zwischen Deutschland und Oesterreich hinzuwirken sucht, ohne der sogenannten offiziösen oder inspirirten Publizistik anzugehören. Die Zeitschrift, von einer hiesigen Gesellschaft gegründet, hat übrigens wegen ihrer „Weinzeitung" in allen Weinländern vorzugsweise Verbreitung.

Karlsbad dürfte heuer der besuchteste Badeort Deutschlands seyn; die Kurliste weist nicht weniger als 2714 Parteien, ein Plus von 737 gegen das Vorjahr, nach. Außer den vielen hohen Herrschaften und Honoratioren bemerkt man auch die Zahl von 50 fremden Aerzten.

* Wien, 27. Juni. Die k. k. Landwirthschaftsgesellschaft in Wien wird im Monat Mai 1857 ihr 50jähriges Jubiläum feiern. Den Haupttheil der Feier bildet eine große Ausstellung von Vieh, land- und forstwirthschaftlichen Maschinen, Geräthen und Produkten mit Vertheilung von Preisen, welche in goldenen, silbernen und bronzenen Gesellschafts-Medaillen, nebst ehrenden Anerkennungen bestehen werden. Die Gesellschaft setzt bei dieser Gelegenheit sechs große goldene, und sechs große silberne Medaillen als Preise für vorzüglich betriebene Wirthschaften in Niederösterreich aus.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 2. Juli. Die Kurse beinahe sämmtlicher Effekten blieben bei ziemlichem Geschäft ohne wesentliche Veränderung.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 107, 1/8, 1/4 in starken Beträgen umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1292P. 1287G. Neue Bankaktien 428 P. 423 G. Credit-Actien à 5pCt. 237 1/2 P 235 1/8 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83 5/8 P. 83 3/8 G 5pCt. Lombard-Ven. 91 P. 89 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 82 1/4 P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. 88 1/2 G.; à 4 1/2 pCt. 72 7/8 P. 72 5/8 G.; à 4pCt. 65P. 64 1/2 G.; à 3pCt. 48 3/4 P. 48 1/4 G.; à 1pCt. 16 1/4 P. 16G. Loose à 500 fl. von **1834** — P. — G. à fl. 250 von **1839** 117 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** — P. — G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 296 P. 294 G.

Preussen. 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 112 3/4 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3 1/2 pCt. 88 1/2 P. 88 G.; 4pCt. 91 3/4 P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 94 7/8 P. 94 3/8 G.; 4 1/2 pCt. 101P. 100 1/2 G.; 4 1/2 pCt. Ostbahn-Aktien 105 1/8 P. 104 7/8 G. 5pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 150 3/4 P. 150 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 114 1/2 P. 114 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 3/4 P. 118 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 5/8 P. 90 1/8 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/2 P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42 3/4 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82 1/2 P. 82 G. **Kurhessen.** **40** Thaler-Loose b. R. 39 5/8 P. 39 3/8 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 64 1/4 P. 63 3/4 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2 pCt. 92 1/8 P. 92 G.; à 4pCt. 100 1/2 P. 99 5/8 G.; 4 1/2 pC. 103 1/4 P. 102 3/4 G.; Loose à fl. **50** 112 3/4 P. 112 1/4 G.; à fl. **25** 33 3/4 P. 33 1/2 G.; Darmstädter Bankaktien alte 420P. 418 G.; junge 361 P. 359 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 111 1/8 P. 110 7/8 G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 P. 89 1/2 G., Loose à fl. **25** 31 5/8 P. 31 3/8 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; Bankaktien 121 P. 120 1/2 G.; Taunus-Aktien 322 P. 320 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 80 3/4 G. **Hamburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87 3/4 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 575 P. 572 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 3/8 P 40 1/8 G.; 1pCt. neue 25 1/16 P. 25 15/16 G. **Holland.** Integrale 64 1/2 P. 63 1/8 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118 7/8 P. 118 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120G	Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 101 1/4 P 101G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S 94P. 93 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 96 1/8 P. 95 7/8 G.	Wien fl. 100 C. k S. 117 1/2 P. 117 1/4 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P 88 3/4 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 1/8 P. 116 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 1. Juli. Se. k. Hoh. der Prinz Friedrich Wilhelm ist heute früh, zunächst von Aachen kommend, in Potsdam eingetroffen. (Deutschl.)

Aus Sachsen, 28. Juni meldet die „Magdeb. Ztg.": „Der Schleier der Reichenbacher Theologen-Konferenz fängt an sich zu lüften. Wie man nämlich glaubwürdig vernimmt, waren es besonders die Differenzen inmitten der neuorthodoxen Schule, welche die Herren in der Hoffnung, sie persönlich eher schlichten zu können, zusammen geführt haben.

So soll namentlich Professor Hofmann in Erlangen mit Dr. Philippi in Rostock in einen sehr heftigen Streit über die Rechtfertigungslehre gerathen seyn, weil jener sich nicht streng genug an den actus forensis hielt. Für Philippi soll sich auch Kahnis in Leipzig erklärt haben, von dem man erzählt, daß er wegen Hofmann nicht nach Erlangen gegangen sey. Die Reichenbacher Versammlung vermochte aber nicht den Frieden herzustellen."

Hannover, 30. Juni. Heute nahm die 2. Kammer den Ausschußantrag in der deutschen Frage in seinen drei Theilen an. Der erste Theil geht, um ihn zu wiederholen, dahin, unter Darlegung der lebhaften Theilnahme für die Maßregeln zur Herbeiführung einer Gemeinsamkeit in Beziehung auf die Handelsgesetzgebung sowie eine Uebereinstimmung in den Systemen für Münze, Maß und Gewicht in den deutschen Bundesstaaten und unter dankbarer Anerkennung des von der Regierung zu diesem Zwecke bereits Geschehenen, dieselbe zu ersuchen, für solche Maßregeln in wachsendem Interesse des Handels und der Industrie auch fernerhin ihre volle Mitwirkung eintreten zu lassen. Die Annahme war eine einstimmige. Die beiden folgenden Theile enthalten, wie bekannt, eine Erneuerung des Antrags, „daß die Regierung nicht ablassen wolle, auf die Herstellung einer deutschen Flotte mit ihrem ganzen Einflusse hinzuwerken — und ferner, daß sie eben so fortfahre, der Errichtung eines deutschen Bundesgerichts unter geeigneter Mitwirkung der deutschen Ständeversammlungen ihre Bestrebungen mit Entschiedenheit zuzuwenden."

Auch diese Theile empfahl der Berichterstatter des Ausschusses, Braun, mit einem Zusatzantrag, nach welchem die Stände ihre Ueberzeugung von dem Bedürfnisse der Reorganisation des deutschen Bundes aussprechen.

Minister v. Borries wünscht, daß über die beiden letzten Theile des Antrags getrennt abgestimmt werde, da er nur für den ersten, nicht für den zweiten stimmen werde. Er erkenne das Bedürfniß eines geeigneten Schutzes für unsern überseeischen Verkehr an, welcher für denselben ausreichend nur durch die Herstellung einer deutschen Flotte gewonnen werde. Wie die hannoverische Regierung stets dies Ziel verfolgt habe, so werde sie es auch ferner thun; man dürfe sich jedoch nicht verhehlen, daß für jetzt wenig Aussicht sey, zu etwas Gedeihlichem zu gelangen. Von diesem Gesichtspunkte aus stimme er für den Antrag. Gegen den zweiten Antrag dagegen müsse er sich, obwohl im Prinzip mit demselben einverstanden, erklären, da er dessen Tragweite nicht zu übersehen im Stande sey.

Außer dem Minister nahm nur noch Windthorst, und zwar für beide Anträge das Wort. Was die Herstellung einer deutschen Flotte betreffe, äußerte er sich, so habe kein Staat ein so lebhaftes und gegründetes Interesse an dieser nationalen Frage, seit dieselbe aufgeworfen, genommen als Hannover. Wenn dieselbe immer und immer wieder in der Landesvertretung in Anregung gebracht werde, so möge das als ein Beweis dafür gelten, mit welcher Zähigkeit das hannover'sche Volk das einmal als richtig Erkannte festhalte. Das Bedürfniß eines Bundesgerichts habe sich nie lebhafter als in den letzten Jahren fühlbar gemacht, wo deutsche Länder mehrfach in der Lage gewesen seyen, sich und ihre verfassungsmäßigen Zustände auswärtigen Entscheidungen überantwortet zu sehen. Es sey die Art des Deutschen, in seiner hohen Achtung vor Recht und Gesetz sich gern gerichtlichen Urtheilen zu fügen, aber schmerzlich werde er durch Aussprüche berührt, die vom rein politischen Gesichtspunkte gegeben werden. Er vermisse deßhalb eine oberste gerichtliche Behörde, deren Bedürfniß die Gründer des deutschen Bundes selbst erkannt hätten. Stein, Münster und Gagern hätten nie bezweifelt, daß ein Bundesgericht Noth thue. Es wurde darauf der Antrag, die deutsche Flotte betr., gegen die einzige Stimme des Hauptmann Strauß, der das Bundesschiedsgericht betr. gegen wenige Stimmen der Regierungsmitglieder und ihrer nächsten Umgebung, der Zusatz Brauns endlich mit 40 gegen einige 30 Stimmen angenommen. (Die 1. Kammer nahm nur den Antrag bez. der Handelsgesetzgebung 2c. an.) (Ztg. f. Nordd.)

Aus Thüringen, 29. Juni. Die Staatsregierung in Gotha hat nunmehr eine neue Anklage gegen den fürstlich lippischen Geheimerath Dr. Hannibal Fischer wegen in seiner Vertheidigungsschrift enthaltener injuriöser Ausdrücke beschlossen. (Fr. Pstz.)

Triest, 28. Juni. In der vorigen Nacht wurde dahier ein bedeutender Diebstahl verübt, und zwar an der Kasse der zweiten Sektion des „Lloyd." Der Betrag beläuft sich auf 4000 fl. in Gold und 8000 fl. in Banknoten, und dieser Betrag wurde allen Anzeichen nach von Jemanden entwendet, der mit den betreffenden Lokalitäten höchst vertraut seyn mußte. Es fand sich keine Spur von äußerlicher Gewaltanwendung. Der Dieb hatte sich der Kassenschlüssel bedient, und mußte also in die Geheimnisse ihrer Anwendung nothwendig eingeweiht seyn; nur bleibt es unerklärlich, wie man Kassenschlüssel in demselben Lokal, worin sich die Kasse befindet, lassen kann. Bis jetzt sind noch keine Spuren des Thäters entdeckt, der auch jedenfalls sehr vorsichtig seyn wird, da er ein goldenes Armband und eine Summe spanischer Thaler unberührt gelassen hat. (A. Z.)

Bern, 30. Juni. Die englische Schweizerlegion wird nun doch entlassen. Briefe aus Schlettstadt besagen, daß die dort stationirte Depotkompagnie vor einigen Tagen nach einem Beschluß des englischen Ministerium vom 23. bis 25. d. M. aufgelöst worden. Jeder Soldat erhielt einen vollen Jahresgehalt oder 456 Fr. nebst 75 bis 100 Fr. Handgeld als Entschädigung. Die Offiziere erhielten je nach ihrem Rang Equipirungsentschädigung für drei Monate und dreimonatlichen Sold zur Heimreise. (Fr. Pstz.)

Kopenhagen, 29. Juni, Abends. Die gestern in dem holsteinischen Gesetz- und Amtsblatte erschienene Bekanntmachung, der zufolge die holsteinischen und lauenburgischen Domänen fortan zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie gehören sollen, demnach der Kontrole der holsteinischen Provinzialständeversammlung und der lauenburgischen Ritter- und Landschaft ganz entzogen werden, wird von der ministeriellen Partei in unserer Hauptstadt sehr günstig aufgenommen, weil dieselbe in diesem Beschlusse einen offenbaren Bruch mit den Wünschen der deutschen Großmächte und der deutschen Bevölkerung in den Herzogthümern erblickt. Ob ein solches Gebahren, abgesehen von der Schwäche seines moralisch-rechtlichen Fundaments, politisch klug ist, wird die Zeit lehren. (Nat. Ztg.)

London, 29. Juni. Von verschiedenen Manufakturdistrikten geben Nachrichten über Versammlungen ein, welche von den Mayors der Städtekorporationen zur Unterstützung der in Frankreich durch Ueberschwemmung Verunglückten angesagt wurden. Die im ersten Augenblick unterzeichneten Summen sind schon deßhalb bedeutend, weil sie nur von einer sehr beschränkten Zahl von reicheren Personen, Vorstehern von Handelsfirmen u. s. w. ausgingen. In Birmingham wurden 400 Pfd. Sterl, in Manchester 700 Pfd., in Glasgow 1000 Pfd., in Bradford 300 Pfd. unterzeichnet. In letzterm Ort unterzeichneten nur die Vorsteher von drei Häusern, jeder mit 100 Pfd. Diese Angaben bringt „Gal. Mess."

Paris, 30. Juni. Der Bericht des Herrn Clary im Namen der Kommission, welche beauftragt war, den Gesetzvorschlag über die Renteneinschreibung zu Gunsten der Prinzessinnen von Orleans zu prüfen, verdient wegen seiner ausnahmsweisen Kürze angeführt zu werden: „Meine Herren! Der Gesetzvorschlag, der Ihrer Genehmigung vorgelegt wird, hat zum Gegenstande, eine Rente von 600,000 Fr. auf den Namen der drei Prinzessinnen der Familie Orleans oder deren Erben im Großbuch der öffentlichen Staatsschuld einschreiben zu lassen. Es ist ein edles Gefühl, meine Herren, das diesen Gesetzvorschlag eingegeben hat. Die Kommission ist einstimmig für die Annahme desselben."

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 184.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 4. Juli 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Der k. Polizeidirektor Hr. v. Düring begibt sich nach Eisenach, um der in den nächsten Tagen dort stattfindenden Conferenz deutscher Polizeibeamten beizuwohnen. (Landbötin.)

München, 2. Juli. Se. Maj. der König haben dem Major und Flügeladjutanten des Königs von Preußen, Grafen Gerig v. d. Gröben, das Ritterkreuz des k. Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen. (N.M.Z.)

München, 30. Juni. Bekanntlich hat unsere Abgeordneten-Kammer dem Finanzgesetze den Antrag beigefügt, daß Erhöhungen der bestehenden Eisenbahntarife erst einen Monat nach ihrer Bekanntmachung in Wirksamkeit treten sollen. In Bezug auf diesen Antrag hat der Minister Frhr. v. d. Pfordten in der vorletzten Sitzung der Abgeordneten-Kammer erklärt, daß die Regierung schon jetzt den Grundsatz habe, plötzliche Aenderungen in fraglicher Beziehung nicht eintreten zu lassen; eine Ausnahme sey zwar vorgekommen, allein sie beruhe „auf individuellen Gründen“ und werde sich nicht wiederholen. Ebenso sey es neulich vorgekommen, daß der Fahrplan nicht rechtzeitig veröffentlicht wurde, es seyen jedoch Anordnungen erlassen worden, daß auch dieser Fall sich nicht wiederholen werde. (Schw. Mer.)

Aus der Pfalz, 30. Juni. Das in Mannheim erscheinende „Wochenblatt für die Pfalz“ hört zu erscheinen auf und nahm in Nr. 26 vom vorigen Samstag von seinen Lesern Abschied. Sein ferneres Bestehen ist durch das schwurgerichtliche Urtheil, wodurch dasselbe für Bayern verboten wurde, unmöglich geworden, da es in Baden und im Ausland nur äußerst wenig Abonnenten zählte. (N. K.)

Preußen. Berlin, 29. Juni. Sehr beachtenswerth ist das bekannt gewordene Gutachten der Kronsyndici über das Verfahren gegen Geistliche, welche die Trauung versagen. Sie beweisen aus dem Landrecht selbst, daß die Trauung als eine geistliche Amtsverrichtung aufzufassen sey, für deren Gewährung oder Versagung der Geistliche nur dem Konsistorium, dem Oberkirchenrath und in letzter Instanz dem König verantwortlich sey; die bürgerliche Behörde könne den evangelischen Pfarrer zur Einsegnung einer Ehe nicht zwingen. (A. Z.)

Königsberg, 28. Juni. Der Bernstein-Handel, welcher während der Kriegsjahre einen bedeutenden Rückgang erfahren hatte, erfreut sich gegenwärtig wiederum einer lebhaften Konjunktur; in Danzig sind aus Konstantinopel, Alexandria und Wien zahlreiche Käufer eingetroffen, welche aus der in den letzten Jahren günstig gewesenen Ausbeute des Ostseestrandes beträchtliche Ankäufe bereits gemacht haben. (K. Z.)

Thüringen. Altenburg, 29. Juni. Die Wahrnehmung, daß Prunk-, Genuß- und Vergnügungssucht, Widerspenstigkeit und Unkeuschheit beim Gesinde in besorgnißerregender Weise überhand nehmen, hat die herzogliche Landesregierung in Altenburg zu einer verschärften Verordnung veranlaßt. Durch diese werden die Dienstherrschaften zur strengen Beaufsichtigung des Gesindes angewiesen, die Ortsgerichtspersonen und die Gensdarmerie aber für den Unfug und Lüderlichkeit desselben verantwortlich gemacht und zur Verhaftung der Schuldigen angehalten, welche letztere nach Befinden mit körperlicher Züchtigung belegt werden sollen. (Wird viel fruchten! Warum packt man das Uebel nicht lieber an der Wurzel, statt an den Auswüchsen herumzuschneiden?)

Oesterreich. Wien, 29. Juni. Baron Sina wurde vorgestern von Sr. Maj. dem König von Griechenland in einer von ihm erbetenen Privataudienz empfangen, bei welcher Gelegenheit er um die Erlaubniß bat, Sr. Maj. zu Gunsten der griechischen Finanzen eine Schenkung von 1 Million fl. K.-M. machen zu dürfen, eine Bitte, welche huldvoll gewährt wurde. In der Motivirung seiner Bitte bemerkte Baron Sina, wie sein unlängst verstorbener Vater immer gewünscht habe, seinem ursprünglichen Vaterlande und dessen erhabenem Monarchen einen Beweis seiner Anhänglichkeit zu geben, daß sein Vorhaben jedoch durch den inzwischen eingetretenen Tod seines Vaters in der Ausführung verhindert worden sey. Er glaube daher im Sinne seines hingeschiedenen Vaters zu handeln, indem er Sr. Majestät das fragliche Geschenk anbiete. Vielleicht ist es nicht überflüssig daran zu erinnern, daß der verstorbene Baron Sina griechischer Konsul war, ein Amt, daß nunmehr auf dessen Sohn übergegangen ist. Als Gerücht erzählt man sich, König Otto beabsichtige, zu Gunsten seines Bruders, des Prinzen Adalbert, auf den griechischen Thron zu verzichten, und seine Reise nach Deutschland stehe mit diesem Vorhaben in Verbindung. (Wir haben neulich eine andere Nachricht über diesen Gegenstand gebracht, die wohl glaubhafter seyn dürfte. D. Red. d. „N. W. Z“) Auch heißt es, König Otto gedenke eine Reise nach Paris zu machen. (Schw. M.)

Wien, 28. Juni. Heute fand am Glacis zu Ehren des Königs von Griechenland eine glänzende Truppenschau vor Sr. Majestät dem Kaiser statt, wozu die Garnison vollzählig in vier Treffen unter dem Befehle des Feldmarschall-Lieutenants Fürsten Schwarzenberg ausrückte. (A. Z.)

Dänemark.

Die schon erwähnte kgl. Verordnung, welche Holstein's Selbständigkeit noch mehr beschneidet, als bisher schon geschehen war, gibt eine, wie sie sagt, zweckmäßig erscheinende nähere Bestimmung der „besonderen Angelegenheiten“ des Herzogthums Holstein, d. h. solcher, welche nicht in den Kreis des dänischen Gesammtstaats und damit unter die Verfügung der Kopenhagener Regierung und des überwiegend aus Dänen zusammengesetzten Reichsraths fallen sollen. Diese besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein sind darnach nur folgende: Jede aus dem Verhältnisse des Herzogthums Holstein zum deutschen Bunde fließende Verpflichtung, (so weit sie in Uebereinstimmung steht mit dem §. 23 des Verfassungsgesetzes für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. Oktbr 1855); das Justiz- und Polizeiwesen (mit Ausnahme des Theils, welcher dem Militärwesen übertragen ist), darunter die allgemeine Gesetzgebung in Betreff der bürgerlichen Verhältnisse, der Verbrechen und der Rechtspflege einbegriffen; die Aufbringung der Mannschaft zum Land- und Seeheere, welche in Folge der bestehenden Plane oder der von der gesetzgebenden Gewalt für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten erlassenen Gesetze von dem Herzogthum Holstein zu stellen ist; die Aufbringung der Pferde, der Lebensmittel, der Fourage, des Quartiers und ähnlicher Naturallieferungen, deren Herbeischaffung dem Herzogthum auf vorgedachte Art auferlegt wird; das Kirchen- und Unterrichtswesen, mit den unter selbiges gehörenden Lehranstalten (das Navigationsexamen gehört zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten); das Kommunalwesen; das Armenwesen; das Gewerbswesen; die Landwesenssachen; die Besteuerung liegender Gründe, des Vermögens, der Einnahme und der Nahrung; die das Stempelpapier betreffenden Angelegenheiten, alle mit den besonderen Angelegenheiten in Verbindung stehenden Einnahmen und Ausgaben und jede neue, das Herzogthum Holstein allein betreffende Steuer; die Aufbringung der zur Einlösung der holsteinischen Kassenanweisungen erforderlichen Gelder, sowie eine jede neue Schuld, welche für das Herzogthum Holstein besonders kontrahirt werden möchte; das Medizinalwesen; das Kanal- und Hafenwesen; das Wegwesen und die Eisenbahnsachen; das Freifuhrwesen; das Assekuranzwesen; das Strandwesen; die auf die bürgerlichen militärischen Korps sich beziehenden Angelegenheiten; Angelegenheiten, betr. Fideikommisse und öffentliche Stiftungen; das Deichwesen. Sodann sind als besondere Angelegenheiten, gemeinschaftlich für das Herzogthum Holstein und das Herzogthum Schleswig fernerweitig zu betrachten die Sachen, welche folgende nicht politische

Einrichtungen und Anstalten betreffen: die Universität zu Kiel; die Ritterschaft; den Eiderkanal (den Zolltarif darunter jedoch nicht mit inbegriffen); das Brandversicherungswesen; die Strafanstalten; das Taubstummeninstitut und die Irrenanstalt.

An diese Verordnung reiht sich ein mit Zustimmung des Reichsraths erlassenes Gesetz, wodurch die dänische Regierung ermächtigt ist, vier genau bezeichnete Domänen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu veräußern; ferner wird sie dadurch ermächtigt, überhaupt dem Staat gehörende kleinere Domänengrundstücke im Herzogthum Holstein und im Herzogthum Lauenburg, sofern die jährliche Einnahme, welche die Staatskasse bisher von denselben erhoben hat, 100 Thaler nicht übersteigt, zu veräußern. Und der Erlös fließt — in den leeren Säckel des dänischen Gesammtstaats.

Frankreich.

Paris hat das Militär, die Spitalbewohner und Sträflinge in den Gefängnissen inbegriffen, innerhalb der Barrieremauern über 1 Million 209,000, und innerhalb der Fortifikationen mehr als 1 Million 309,000 Einwohner. (Fr.Pstz.)

* Paris, 1. Juli. Vorgestern wurde der Kardinal Patrizzi vom Kaiser in einer Abschieds-Audienz zu St. Cloud empfangen. Gestern besichtigte Se. Eminenz die Museen des Louvre, wobei er über die ungeheuren Kunstschätze, welche dieser Palast in sich faßt, seine Bewunderung aussprach. Sodann begab sich der Kardinal in die St.-Magdalenen-Kirche, wo er die Benediktion ertheilte. Se. Eminenz ist heute Morgens abgereist und wird einige Stunden in Fontainebleau verweilen.

* Wie einerseits die Abreise des Grafen v. Morny nach Petersburg sich abermals verzögert, scheint man andererseits auch über die Wahl des nach Paris zu schickenden Gesandten zu keinem Entschluß gekommen zu seyn. Man bezeichnet hiefür nunmehr den Grafen v. Kisseleff, Bruder des Ex-Gesandten.

Italien.

Ueber die Noten, welche Frankreich und England an Sardinien gerichtet haben, vernimmt man nachträglich, daß dieselben von Erklärungen begleitet waren, welche auf bloß konfidentiellem Wege an Cavour und den König gemacht worden sind. Der Kaiser soll, sicherm Vernehmen nach, in denselben das Ansinnen, als würde er je die revolutionär-nationalen, von republikanischem Beiwerk nie zu sondernden Bestrebungen Jungitaliens mit den Waffen in der Hand oder auf diplomatischem Wege fördern, von sich gewiesen und die sardinische Regierung vor Extravaganzen gewarnt haben, die eine ernstliche Störung der Ruhe Europas nach sich ziehen könnten. Bei aller Freundschaft für den Bundesgenossen des Orientkrieges, erklärte das französische Gouvernement, könne es dessen heimische, provozirende und aufreizende Politik nicht billigen. England soll sich auf einen „freundschaftlichen Rath" beschränkt haben, welcher mit der im Parlament gemachten Erklärung Palmerstons ziemlich übereinstimmt; Sardinien möge sich, so wünscht der edle Lord, vor äußern Verwicklungen hüten und seine bisherige innere Politik mit Konsequenz, aber ohne Ueberstürzung verfolgen; es möge sich so, sowohl was die materiellen, als legislativen Maßregeln anbelangt, zu einem Musterstaate für Italien herausbilden und im übrigen die Zeit und die Zukunft Gott überlassen. Das ist kaltes Wasser auf den sardinischen Feuereifer. (Fr. Postz.)

In der Provinz Gallura auf der Insel Sardinien, die noch zu den am wenigsten der Civilisation erschlossenen gehört, liegt unweit Tempio das Dorf Agius. In Folge einer rückgängig gewordenen Heirath waren die dort wohnenden Familien Vasa und Mamio in Zwist und dann in Blutrache gerathen. In diese Vendetta wurde nach und nach fast die ganze Gemeinde verwickelt, so daß in wenigen Jahren 71 Personen als Opfer fielen. Am 29. Mai gelang es endlich, eine Aussöhnung herbeizuführen. An dem Orte, wo die beiden Sippschaften — 324 von den Mamio's und 273 von den Vasa's — zusammen kamen, war ein Crucifix aufgerichtet. Die feierliche Abschwörung der Blutrache und die Umarmungen der Versöhnten erfolgten, worauf der Pater, Schulrektor von Tempio, eine Rede hielt, zu welcher die Zuhörer Beifall riefen. (Köln. Z.)

Aus der Romagna (Kirchenstaat) wird unter dem 24. Juni geschrieben: „Das Räuberwesen ist in voller Blüthe in unserm Lande. Es ist eine wahrhaftige Regierung in der Regierung, es thut, was ihm beliebt, ohne daß Jemand wagte, sich dem Unwesen zu widersetzen. Der Räuberhauptmann Lazzarini fand sich unlängst in einer Ortschaft nächst Castrocaro (an der toskanischen Gränze) ein, woselbst sich einige Personen zu einer Landpartie versammelt hatten. Lazzarini erklärte, daß er mit allen seinen Kameraden zu speisen wünschte, und die Anwesenden mußten zu diesem Mahl beisteuern, doch machte Lazzarini großmüthig eine Ausnahme zu Gunsten der Unbemittelten. Lazzarini ließ durch die nicht besteuerten Personen Briefe an die Verwandten der Besteuerten tragen, und behielt diese als Geißel zurück, bis das von ihm verlangte Geld angekommen war. Einige Tage früher wurde die Diligence von einer andern Bande bei Fano geplündert. In Folge dieser Gewaltthätigkeiten haben mehrere achtbare Bürger eine Protestation bei der Regierung eingereicht, worin sie erklären, daß, wenn dem Uebel nicht gesteuert werde, sie sich weigern werden, die Steuern zu bezahlen. Der Gemeinderath von Faenza hat versprochen, die Protestation zu unterstützen. (Schw. M.)

Spanien.

† Madrid, 27. Juni. Die amtliche „Gacetta" bringt folgende wichtige Erklärungen mehrerer Redner über die Valladolider Ereignisse in der Cortessitzung vom 25. d. Der Minister des Innern sagte: Ich habe mitzutheilen, daß die Ordnung zu Valladolid, Rioseco, Palencia und im übrigen Distrikt wieder hergestellt ist. Die letzte mir zugegangene Depesche ist vom 24. 6½ Uhr Abend; mit Hülfe der öffentlichen Gewalt und der Nationalgarde wurde eine große Zahl Schuldiger den Gerichten überliefert. In Valladolid hatten bereits Verurtheilungen statt, und die Cortes werden bald die Nachricht einer traurigen, aber im gegebenen Falle nothwendigen Strenge zu erwarten haben. Ein Abgeordneter, Hr. Jose Guell y Rente, sagte so eben — fuhr der Minister fort — daß die Deputirten in Schrecken sind; die Regierung ist es nicht; sie ist nur schmerzlich berührt durch das Vorgefallene und durch die Nothwendigkeit, eine Strenge entfalten zu müssen, die nicht in ihrem Systeme liegt, zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe aber unerläßlich war. Es ist kein Grund zu Besorgnissen vorhanden. Das ganze Land weist derartige Bewegungen von sich und Armee und Nationalgarde stehen bereit; es ist nicht Ein ehrenhafter Spanier, welcher Richtung er immer angehöre, der solche Exzesse nicht zurückstößt, die für unser Jahrhundert eine wahre Schande sind. — Der Minister de Fomento: Allerdings stieg der Preis der Lebensmittel, mit ihnen aber hat sich der Arbeitslohn verdoppelt, fast verdreifacht. Eine große Zahl von Arbeiten wurden unternommen, so daß es der armen Klasse nicht an ernährender Arbeit fehlt. — Der Minister des Innern: Die in Castilien ausgebrochene Bewegung ist eine wahre Neuerung, eine in diesem Lande bis jetzt gänzlich unbekannte und, wie ich glaube, völlig künstliche Tendenz. Ich weiß nicht, wer diesen Keim der Anarchie bei uns einführte und wenn ich etwas weiß, so kann und darf ich es nicht sagen. Die wahre, die beste Versicherung gegen solche Angriffe auf das Eigenthum ist die Flinte der Nationalgarde, d. h. einer wohlorganisirten Nationalgarde, die schon aus Instinkt massenweise den Aufrührern entgegengeht. Wollen Sie die Ursache des Uebels theilweise kennen? Es ist die Verbreitung sozialistischer Proklamationen, die es versuchen, Krieg zwischen dem Arbeiter und dem Kapitalisten herbeizuführen. Arbeiter und Kapitalisten müssen wissen, daß sie nicht ohne einander leben können; daß das Kapital in der Hand eines Reichen unfruchtbar ist, wenn er nicht arbeiten lassen kann, und daß die Arbeit, ohne das Kapital, das sie erhält, nichts ist. Die Regierung ist bestrebt, jeden Konflikt zu vermeiden, weßhalb ich im Namen des Landes alle politischen Parteien bitte, dem Gouvernement zur Aufrechthaltung der gesellschaftlichen Ordnung behülflich zu seyn; ohne diese Ordnung ist keine Regierung möglich. — Am Schlusse der Sitzung verliest der Minister die Depesche des Generalkapitäns von Valladolid folgenden Inhalts: „25. Juni. Drei Brandstifter wurden erschossen, der Kriegsrath tagt. Nach Rioseco geht eine Kolonne ab und die Ruhe herrscht." — Dasselbe Journal berichtet: „Gestern um 3½ Uhr Morgens ging eine reitende Artillerie-Batterie in Eilmärschen nach Valladolid ab. Ebenso wird von Aranda de Duero ein Jägerbataillon in Eilmärschen dahin abgehen. Bereits sind genügende Streitkräfte in dieser Stadt versammelt und die Regierung ist im Stande, Allem die Stirne zu bieten."

† Ueber die Vorfälle zu Palencia berichtet die „Epoca" Folgendes: „Nachdem das Volk von den Ereignissen zu Valladolid Kunde erhalten hatte, versammelten sich die Aufrührer in der Nähe des Kanals und verbrannten drei Getraidemagazine, deren eines der Alcade von Palencia Hr. Cuetara, der verwundet wurde, erst jüngst gebaut hatte. Die Aufrührer wollten ihr Zerstörungswerk fortsetzen, aber als sie vor den Fabriken der HH. San Roman und Pajares ankamen, fanden sie dieselben durch die Eigenthümer und ihr Personal vertheidigt. Nichtsdestoweniger versuchten sie einen Angriff, zogen sich aber auf eine Decharge, welche ihnen einen Mann tödtete und zwei verwundete, bestürzt zurück. Der Schrecken, den diese Ereignisse in der Stadt hervorriefen, war so groß, daß die ehrenhaften Leute sich verständigten, um sich selbst zu vertheidigen, da sie von den Behörden im Stich gelassen wurden. Der Alcade von Duenas, einer Stadt zwischen Palencia und Valladolid gelegen,

wurde erdolcht. Die Eigenthümer der dort gelegenen Fabrik verschanzten sich, und vertheidigten sich mit Flintenschüssen, bis eine Escadron Kavallerie sie befreite. Zu Palencia brachen die Unruhen am 23. 9 Uhr Morgens aus. Die Gruppen bestanden zu drei Viertel aus Weibern, wahrhaften Furien, die „Es lebe die Freiheit!" schrieen. — Zu Rioseco ging es noch ernster her. Der Aufruhr brach am 22. um 8 Uhr Abends los. Die Empörer verbrannten zwei Fabriken und drei Barken am Kanale. Um 5 Uhr Morgens war die Ruhe wieder hergestellt, aber man fürchtete neue Störungen. Man sagte, die Frau und eine der Töchter des Alcaden seyen ermordet worden. Die gleichfalls größtentheils aus Weibern bestehenden Gruppen durchliefen die Straßen, indem sie schrieen: „Es lebe die Religion! Tod den Liberalen! Tod den Getraidehändlern! Tod den Reichen!" — Am 25. wurden zu Valladolid drei Brandstifter erschossen. Die Regierung hatte durch den Telegraphen den Befehl ertheilt, zwischen der Sentenz und der Hinrichtung nur so viel Zeit zu lassen, als den Verurtheilten zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten nöthig war. Nach den eingelaufenen Nachrichten erreicht der durch die Zerstörung der Fabriken zu Valladolid, Palencia und Rioseco entstandene Verlust wenigstens eine Million Duros (5 Mill. Franken). Die Untersuchung wird den wahren Anlaß dieser traurigen Vorfälle enthüllen. Zu Valladolid glaubt man, daß geheime Agenten, die sich verkleidet unter dem Volke befanden und es zur Brandstiftung und zum Raub aufstachelten, das Signal zum Aufruhr aus Madrid gebracht haben. Gewiß ist, das die Brandleger Flaschen mit Vitriol, Weingeist und anderen zündbaren Stoffen bei sich trugen. — Der Civil-Gouverneur ist auf dem Wege der Besserung, seine Wunden vernarben. Vorgestern zählte man 130 Gefangene. Die dienstthuenden Milizen erhalten täglich 6 Realen.

Die telegraphische Nachricht von der Fehlgeburt der Königin war richtig. Die „Gacetta" veröffentlicht ein Bulletin des ersten Leibarztes der Königin, Juan Francisco Sanchez, an dessen Schluß es heißt: „Daß die gegründeten Hoffnungen, welche die Aerzte der Königin hinsichtlich ihrer bevorstehenden Entbindung seit einigen Tagen hegten, durch eine Fehlgeburt zu nichte geworden sind." — Nach einer Depesche ist die Königin wieder so weit wohl, daß sie die Glückwünsche des diplomatischen Korps zu der bevorstehenden Verheirathung der Infantin Amalia mit dem Prinzen Adalbert von Bayern entgegennehmen konnte. (Nat.-Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Podgorizza wird der „Agramer Ztg." unterm 20. Juli geschrieben: „Vor acht Tagen wurde die hiesige türkische Moschee durch eine angelegte Mine in die Luft gesprengt; die Thäter sind unbekannt; die Türken beschuldigen die Christen, die Bewohner der albanesischen Berge hierzu verleitet zu haben und zwar aus Rache für die Zerstörung der St. Georgskirche; infolge dessen wurden alle Vorgesetzten der griechischen Gemeinde von Podgorizza verhaftet und nach Skutari geführt" (D.A.Z.)

Amerika.

Ein Korrespondent des St Louis „Republikan" schreibt aus der Stadt Kansas vom 12. d. M., daß verhältnißmäßige Ruhe im Lande herrsche, da das Militär der Vereinigten Staaten alle gesetzwidrigen Truppenkorps aufgelöst und diejenigen, welche sich wieder zu sammeln versuchten, entwaffnet habe; folglich finde kein Kampf mehr statt. Dagegen schildern die New-Yorker Blätter noch immer die von beiden Parteien begangenen Greuelthaten mit den grellsten Farben.

Nach den letzten Berichten aus Nicaragua hatte sich in der Stellung des Generals Walker nichts verändert. Man hörte nichts von Gefechten, aber unter seinen Truppen herrschte viele Krankheit. Nach einem Gerücht war in Costa-Rica eine Revolution ausgebrochen. (Fr. Pstz.)

Aus Mexiko hört man, daß Comonforts Regierung sich befestigt, und daß der Aufstand von Haro y Tamariz unterdrückt ist. In Puebla wurden die Priester aufgefordert, aus den Klosterfonds die Belagerungskosten zu bezahlen. Das spanische Geschwader vor Veracruz drohte eine Landung zu veranstalten und das Zollhaus sammt den Zolleinnahmen mit Beschlag zu belegen. (Fr. Pstz.)

Laut Nachrichten aus Utah, (Mormonen-Land) vom 22. April deutete im Thale des großen Salzsee's Alles auf eine außergewöhnlich gesegnete Aernte. Herr George A. Smith befand sich auf dem Wege nach Washington, um die Verfassung des neuen Staates Deseret dorthin zu überbringen. Man erwartete, daß die Einwanderung in diesem Sommer besonders stark seyn werde. — Auf einem der canadischen Grand Trunk-Railway-Gesellschaft gehörigen Dampfer sind durch eine Explosion 11 Menschen getödtet und 40 verwundet worden. Der Kapitän ward 450 Fuß durch die Luft geschleudert und langte dann, mit den Füßen zuerst den Boden berührend, auf einem Werft an (!). Man hegt wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. (K. Z)

Nichtpolitische Zeitung.

Merseburg, 30. Juni. Das Ergebniß der heute hier abgehaltenen Generalversammlung der Thüringer Eisenbahngesellschaft war ein doppelt wichtiges: positiv durch den Beschluß, die Weißenfels-Geraer Bahn sofort, unabhängig von deren Weiterführung bis zur bayerischen Bahn, zur Ausführung zu bringen, und negativ durch Verwerfung des Antrags eines Mitgliedes, welcher darauf hinzielte, daß die Thüringer Gesellschaft selbst die Bahn von Göttingen nach Gotha bauen soll. Man ermächtigte vielmehr nur die Direktion, jenen Bau in der einen oder andern Weise zu fördern. (Kass. Ztg.)

Mainz, 30. Juni. Heute fand hier eine Versammlung statt, in welcher beschlossen wurde, für Ausbau und Ausschmückung des hiesigen Domes einen Mainzer Dombau-Verein zu gründen. (Fr. J.)

Jena, 27. Juni. Prof. Dr. Droysen hat nunmehr entschieden einen Ruf nach Erlangen, der vor kurzem an ihn ergangen war, abgelehnt. Einen Ruf nach Königsberg hatte derselbe nicht erhalten, und ist hiernach die deßfallsige Nachricht in öffentlichen Blättern dahin zu berichtigen. (Zeit.)

Triest, 28. Juni. Der Dieb, welcher vorgestern die Lloydkasse bestahl, ist entdeckt, und die ganze Baarschaft von 12,000 fl. bei ihm gefunden worden; er ist ein junger Beamter des Lloyd. (Allg. Ztg.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 3. Juli. Bei ziemlich stillem Geschäft zeigte sich für österr. National und Livorno-Florenz mehr Nachfrage, während Bexbacher Eisenbahnaktien niedriger abgegeben wurden. Für Reichenberg-Pardubitz Eisenbahn-Aktien zeigten sich viele Käufer und wurden von 110½—111 umgesetzt.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien eröffneten in kleinen Partien zu 106¾, ⅞ und 107, fanden jedoch schnell Käufer und wurden am Ende in Posten zu 107⅛ ¼ ⅜ und ½ umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1291 P. 1286 G. Neue Bankaktien 428 P. 423 G. Credit-Actien à 5pCt. 238½ P. 236½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 84 P. 83¾ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 82¾ P. 82½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. 88½ G.; à 4½pCt. 73 P. 72¾ G.; à 4pCt. 65 P. 64½ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 117 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 — P. — G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 298 P. 296 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88½ P. 88 G.; 4pCt. 91¾ P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 94⅞ P. 94⅝ G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105⅛ P. 101⅞ G. 5pCt. 100¾ P. 100¼ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 149¾ P. 149¼ G. Neustadt-Weissenb. 114½ P. 114 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118¾ P. 118¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅝ P. 90⅜ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83½ P. 83 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 39¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 64¼ P. 63¾ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100⅛ P. 99⅝ G.; 4½pC. 103¼ P. 102¾ G.; Loose à fl. 50 112¾ P. 112¼ G.; à fl. 25 33¾ P. 33½ G.; Darmstädter Bankaktien alte 422 P. 420 G.; junge 361 P. 359 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 111 P. 110¾ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31⅝ P. 31⅜ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 121¼ P. 120¾ G.; Taunus-Aktien 322 P. 320 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 80½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 572 P. 570 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅝ P. 40⅜ G.; 1pCt. neue 25 3/16 P. 25 1/16 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛ P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅞ P. 118⅝ G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 101⅛ P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k.S. 93 P. 93¾ [illegible]
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104⅛ G.	Lyon Frs. 200 k.S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96⅛ P. 95⅞ G.	Wien fl. 100 C. k.S. 117⅝ P. 117⅜ G.

Hamb. MB. 100 k.S.69P $68^{3}/_{4}$G. Wien 3 M. mit 4% $117^{3}/_{8}$P. $117^{1}/_{8}$G.
Leipz. Thl.60k.S. $104^{7}/_{8}$P. $104^{5}/_{8}$G. Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 2. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅛; 5pCt. Metall. 83¾; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 ——; von 1854 106¼; Bankaktien 1108 Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 382¼; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 584; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2792½. Wechselkurse: Augsburg uso 102¼. London 10. 2. B. Geldkurs: Dukaten —.

München, 1. Juli. Wie in Kürze bereits erwähnt, hat sich das Erträgniß der bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank im 1. Semester d. J. sehr günstig gestaltet, so daß die Dividende um 1 fl. per Aktie höher gestellt werden konnte, als im 1. Semester v. J. Aus der gedruckten Zusammenstellung der Erträgnisse der bayer. Hypotheken- und Wechselbank im 1. Semester 1856 theilen wir folgende Einnahmsposten mit: Hypotheken-Erträgnisse 340,552 fl. 14 kr., Eskompte-Erträgnisse 97,324 fl. 39 kr., Leih-Erträgnisse 211,181 fl. 46 kr., Aktien-umschreibungs-, Giro- und Depositen-Erträgnisse nebst Anweisungs-Gebühren 1622 fl. 36 kr., Reservefonds-Erträgnisse 42,151 fl. 13 kr., Gewinn an verkauften Effekten 28,567 fl. 30 kr. Filiale Augsburg: Eskompte-Erträgnisse 37,517 fl. 5 kr., Leih-Erträgnisse 13,129 fl. 14 kr., Depositen-Erträgnisse 97 fl. 25 kr.

Stettin, 27. Juni. Die in unserm letzten Bericht angedeutete Erhöhung der Zuckerpreise ist inzwischen bei den hiesigen Siedereien mit ½ Thlr. pr. Ztr. eingetreten. Die jetzigen Notirungen sind: für Raffinaden 22 a 23 Thlr., für Melis 21 a 21¾ Thlr., und für Farine und gem. Zuckern 15½ a 21½ Thlr., während Kandis und Syrup unverändert geblieben sind. Vorräthe von fertigen Brodzuckern besitzen die hiesigen beiden Raffinerien so gut wie keine und, da trotz der eingetretenen Erhöhung der Preise, die Kauflust anhaltender sich zu vergrößern scheint, so dürfte die Werthsteigerung dieses Artikels, auch bei der günstigen Position der ausländischen Märkte, weitere Fortschritte machen. Syrup. Kölner 12 Thlr. gef., Königsberger war gesucht und wurde mehrfach mit 11⅓, 11½ a 12 Thlr. nach Qualität bezahlt, Vorräthe befinden sich jetzt in festen Händen.

Magdeburg, 27. Juni. Rohzucker fast ganz aufgeräumt, Preise ganz verändert, neue erste Produkte im September und Oktober zu liefern sind zu 14 Thlr. per Ztr. gekauft worden, spätere Lieferungen, Dezember bis März sind zu 14 Thlr. offerirt. Raffinirte Zuckern sind bei kleinen Vorräthen lebhaft begehrt, wir notiren für Raffinaden 20¾ a 21¾ Thlr. Melis in Broden 19⅞ a 20½ Thlr. excl. Faß. Gemahlener Melis 19 a 20½ Thlr. Rübensyrup 2 a 2⅛ Thlr. pr. Ztr.

Halle, 21. Juni. Raffinirter Zucker sehr gesucht und höher, Rohzucker vollständig geräumt. Wir notiren: Farine 15 a 18½ Thlr., Raffinade 20⅔ a 21½ Thlr., gemahlener 20¼ a 20½ Thlr., Melis 20⅓ a 20½ Thlr., gemahlene 19½ a 20 Thlr., Syrup 3½ a 7 Thlr., Melasse 1¾ a 2 Thlr.

Köln, 21. Juni. Indische raffinirte Brodzucker wiederum ½ Thlr. höher. In Folge bedeutender Aufträge von Leipzig steht bei der steigenden Tendenz und der Entblößung aller Fabriken von Vorräthen lebhafter Verkehr in Aussicht.

Leipzig, 21. Juni. Trotz sehr starkem Angebot und keineswegs entsprechendem Abzug Raffinaden besser, Melis reichlich ¼ Thlr. höher bezahlt und sehr angenehm. Notirungen: Farine 15¼ a 18½ Thlr., Raffinaden 21¼ a 21½ Thlr., gemahlene 20 Thlr., Melis 20 a 20¼ Thlr., gemahlene 19½ a 19¾ Thlr.

Neueste Nachrichten.

Bamberg, 2. Juli. Die „kaiserlich Leopoldinische Akademie der Naturforscher" in Breslau hat Hrn. Dr. Wildberger, Vorstand der orthopädischen Heilanstalt dahier, durch Diplom vom 15. April d. J. „in Anerkennung seiner Verdienste um die Wissenschaft" zu ihrem Mitglied ernannt. (Nürnb. K.)

Berlin. Die „Montagspost" meldet: „Seitens des hiesigen königl. Polizeipräsidium ist, wie wir hören, Betreffs des Paßwesens zu Gunsten des reisenden Publikum eine wesentliche und höchst dankenswerthe Erleichterung dadurch eingeführt worden, daß die Bewilligung von Paßkarten nicht mehr, wie seit einer Reihe von Jahren, von dem politischen Glaubensbekenntnisse des Reisenden oder seinen etwaigen politischen Antecedentien abhängig gemacht wird. Obgleich keine polizeiliche Verordnung jemals über das bisherige Verfahren veröffentlicht worden, so steht es doch notorisch fest, daß eine Menge hiesiger Bürger von den mit einer Paßkarte verbundenen Reiseerleichterungen ausgeschlossen blieben, weil man ihr politisches Verhalten in früheren Jahren, ihre Betheiligung oder Nichtbetheiligung bei den Kammerwahlen u. dgl. m. als wesentliche Momente für die Bewilligung der Paßkarten-Vergünstigung zu berücksichtigen pflegte."

Berlin, 2. Juli. Die vorgestern in Hannover versammelt gewesenen 80 Tabaksfabrikanten haben eine Denkschrift gegen die Erhöhung der Tabaksteuer entworfen, welche sämmtlichen Zollvereinsregierungen übergeben und auch der Generalzollkonferenz in Eisenach mitgetheilt werden soll. Ihre Bestrebungen haben aber wenig Aussicht auf Erfolg. Denn dem Vernehmen nach bereitet sich auf der Generalzollkonferenz zwischen den südlichen und nördlichen Staaten ein Kompromiß vor, welches die Erhöhung der Eingangssteuer auf Tabak um mehr als 100pCt. und die Herabsetzung der Eisenzölle zur Folge haben würde. (Deutschl.)

Wien, 28. Juni. Wie von gut unterrichteter Seite berichtet wird, ist für den Fall, daß bei der bevorstehenden Entbindung der Kaiserin ein Knabe zur Welt kommen sollte, eine allgemeine Amnestie für Preßvergehen einer bestimmten Kategorie zu erwarten. Und zwar würde sich dieselbe auf die in den §§. 300—304 unseres Strafgesetzbuches behandelten Uebertretungen beziehen, also auf „Herabwürdigung der Verfügungen der Behörden und Aufwiegelung gegen Staats- und Gemeindebehörden, gegen einzelne Organe der Regierung, gegen Zeugen oder Sachverständige; Aufforderung zu grundlosen Beschwerden; Aufreizung zu Feindseligkeiten gegen Nationalitäten, Religionsgenossenschaften, Körperschaften ꝛc.; Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft; Beförderung einer vom Staate für unzulässig erklärten Religionssekte. — Als Curiosum zur Charakteristik der heutigen Preßzustände verdient folgendes bekannt gemacht zu werden. Die ungarischen Zeitungen haben die Gewohnheit, die Namen hervorragender Persönlichkeiten — sey es durch Geburt, Stellung, Talent u. s. w. stets mit fetter Schrift zu drucken. Neuerdings ist sämmtlichen Redakteuren die Weisung zugegangen, daß sie diese Auszeichnung nur bei den Namen der Mitglieder des allerhöchsten Kaiserhauses in Anwendung zu bringen hätten. (Z. f. Nordd.)

Wien, 30. Juni. Die Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft hat zur Befahrung der Strecke am eisernen Thor und der anderen Stromschnellen daselbst ein nur 13 Zoll tauchendes Dampfboot bauen, und es mit einer Maschine aus der Werkstätte J. und A. Blith in London versehen lassen. Dasselbe entwickelt eine verhältnißmäßig große Kraft, und überwindet selbst bei geringem Wasserstande, der allen andern Dampfbooten das Hinwegkommen über die erwähnten Stromschnellen unmöglich macht, die gefährliche Passage. Es wird nun ein zweites Dampfboot speziell zur Beschiffung des eisernen Thores gebaut, und die Maschinen gleichfalls für dasselbe bei Blith in London bestellt. (Allg. Ztg.)

Kopenhagen, 30. Juni. Die heutige Nummer der „Kjöbenhavnsposten" enthält am Schlusse des Blattes die lakonische Notiz, daß „Kjöbenhavnsposten" vorläufig zu erscheinen aufhöre. Diese Zeitung in kleinem Formate täglich einen halben Bogen stark herauskommend, hatte zuletzt nur noch wenige Hundert Abonnenten, und es mag für ein Zeichen des politischen Geistes in Dänemark gelten, daß mit „Kjöbenhavnsposten" das letzte (und schon seit längerer Zeit einzige) reaktionäre Organ zu Grunde gegangen ist. (N. Z.)

London, 1. Juli. Von Dover wird telegraphirt, daß der König Leopold von Belgien heute daselbst erwartet wird. (T. D. d. N. Z.)

Madrid, 30. Juni. In Palenzia sind vier Brandstifter und eine Frau hingerichtet worden. (Fr. J.)

Paris, 2. Juli. Der gesetzgebende Körper genehmigte gestern die Gesetzentwürfe für Eröffnung eines außerordentlichen Kredites von 10 Millionen Frs. zur Wiederherstellung der durch die Ueberschwemmungen angerichteten Schäden. (Fr. J.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 185.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 5. Juli 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 2. Juli. Das gestern im Hoftheater zur Feier des hundertjährigen Bestehens des Kadettenkorps aufgeführte Festspiel „die Weihe des Tages" war mit folgenden lebenden Bildern begleitet: „Erstes Bild: Die Herzogin Maria Anna überredet den Churfürsten Karl Theodor, die junge Anstalt fortbestehen zu lassen. Zweites Bild: Generalmajor Frhr. v. Barthels rettet den bei dem Kloster Paradies von den Franzosen mit Uebermacht angegriffenen russischen General Korsakoff vom Untergang. Drittes Bild: Des heldenmüthigen Junkers v. Ehlingensberg patriotische Aufopferung bei Schweidnitz, wie er die im Gefecht bei Kanth in Gefahr gekommene Fahne seines Regiments dadurch rettete, daß er sie von der Stange riß, um den Leib wand und über die Schweidnitz schwamm. Viertes Bild: der Chev.-Oberlieutenant Fürst Const. v. Löwenstein-Wertheim wird bei Schwaz in Tyrol beim Anstürmen auf den Feind durch eine Kugel schwer verwundet. Das fünfte Bild zeigte den in der Schlacht bei Polozk tödtlich verwundeten Generalmajor v. Vincenti. Sechstes Bild: Hauptmann Fahrbeck, mit seiner Schaar vor Danzig vom Feind in ein Blockhaus eingeschlossen, bricht aus dem brennenden Hause kühn hervor, schlägt sich mit den Seinigen durch den Feind und erreicht glücklich die Festung. Siebentes Bild: Oberst Fr. Hertling entscheidet, indem er dem Feind in den Rücken fällt, den Sieg über die Franzosen bei Bar sur Aube. Von besonderer Wirkung war das Schlußtableau und eine aus sämmtlichen Waffengattungen des bayerischen Heeres formirte Gruppirung, dargestellt von den schönsten Männern aller Regimenter. Nun wurde die Nationalhymne angestimmt und am Schluß derselben erglänzte die ganze kriegerische Gruppe in Beleuchtung von rothem Feuer. (Augsb. Pstz.)

München. Wie die „Passauer Ztg." wissen will, haben in den hiesigen Kasernen Probe-Verhandlungen wegen des neuen Strafverfahrens im Militär zur Uebung stattgefunden. Einige derselben sollen nicht zur Zufriedenheit der Fach- und Sachverständigen ausgefallen seyn, und soll manches Plaidoyer viel zu wünschen übrig gelassen haben.

Augsburg, 2. Juli. Das Domkapitel des Bisthums Augsburg veröffentlicht ein Generale, worin aus Anlaß der durch Regengüsse und Hagelschlag an verschiedenen Orten angerichteten Verheerungen verschiedene kirchliche Akte angeordnet werden, und an dessen Schluß es heißt: „Die Herren Seelsorger werden übrigens nicht unterlassen, bei schicklichen Anlässen darauf aufmerksam zu machen, daß die Strafgerichte Gottes von der Sünde und Unbußfertigkeit herrühren, und daß wir die Abwendung der Sünden von Gott nur erbitten werden, wenn wir in aufrichtiger gründlicher Buße zu ihm zurückkehren und nach Kräften mitzuwirken suchen, daß den so allgemein herrschenden Lastern der Hoffahrt, der Genußsucht und der Habsucht Einhalt geschehe." (Augsb. Pstz.)

Preußen. Italienische Blätter veröffentlichen ein Schreiben des sog. Prinzen von Armenien. Mit komischer Frechheit richtet „Prinz Leo" (der Schwindler, der bekanntlich polizeilich aus Preußen ausgewiesen wurde) ein vom 15. Juni 1856 datirtes Schreiben an den König von Preußen: „Sire! Ew. Maj. haben endlich selbst erkannt, daß die von Ihrer Polizei in dem Augenblick vorgenommene Verhaftung meiner Person, in welchem ich während der Belagerung von Kars in mein Vaterland zurückkehren wollte, ungerecht und ungesetzlich war. Ihre Minister selbst wollten eine ähnliche Handlung nicht auf sich nehmen und schoben dieselbe dem einstigen Polizeipräsidenten Hrn. v. Hinckeldey zu, der keines natürlichen Todes gestorben ist, da Gott nie einen Ruchlosen ohne Strafe läßt. Ew. Maj. ist bereit, mir den geforderten Schadenersatz von 100,000 Thlrn. für meine unter einem falschen Vorwand erfolgte Verhaftung unter der Bedingung auszahlen zu lassen, daß ich mich enthalte, Artikel gegen Ew. Maj., Ihren Hof und Ihre Regierung zu veröffentlichen. Ich pflichte Ihnen bei, Sire, und ersuche Sie, die obgenannte Summe ohne Aufschub in folgender Weise vertheilt ausfolgen zu lassen: 100,000 Fr. den in der Krim verwundeten französischen Soldaten und den Wittwen und Kindern der dort Gefallenen; 100,000 Fr. den englischen Soldaten, wie oben; 100,000 Fr. den piemontesischen Soldaten, wie oben, und den Rest von 75,000 Fr. den Opfern der Ueberschwemmungen in Frankreich. Was mich betrifft, Sire, so ist, Gott sey Dank, Armenien groß und noch nicht gänzlich in die Gewalt des Czaren gefallen. Getheilt aber, wie es unter seine drei Eroberer ist, bleibt für mich noch irgend ein Winkel. Ich füge der Bitte, die ich an Sie, Sire, richte, noch jene hinzu, mir ehestens meine Papiere und Werthgegenstände zurückstellen zu lassen, die mir durch Ihre Agentur auf Anordnung des russischen Ministers in Berlin genommen wurden, deren Rückstellung mir mein Freund, Ihr erlauchter Bruder, der Erbprinz von Preußen, zugesagt hat, und die noch immer nicht in meinem Besitze sind. Ich bitte Gott, Sire, daß er Ihnen stets erhabene und glorreiche Gedanken einflößen und Sie stets an Ihr Motto: „Suum cuique!" zum Heil der aus ihrem Vaterland exilirten Prinzen von Geblüt erinnern möge, auf daß Ew. Maj. sich nicht mehr in Zukunft infolge Ihrer königlichen und väterlichen Güte unter einem vagen Vorwande mit deren Unterkunft befassen, sondern sie im Genuß ihrer konstitutionellen und liberalen Meinungen lassen. In Erwartung, daß Sie Ihre geheiligte Zusage erfüllen werden, bin ich Ew. Maj. unterthänigster Vetter Leo, Prinz von Armenien." (D. A. Z.)

Baden. Mannheim, 2. Juli. Es ist bekannt, daß der Prediger der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde, Heribert Rau, durch großherzoglichen Ministerialerlaß seiner Stelle enthoben worden ist. Der besagte Erlaß des großherzgl. Ministerium des Innern vom 6. Juni Nr. 6857 lautet:

„In Erwägung, daß in dem von dem Prediger der deutsch-katholischen Gemeinde Mannheim, Heribert Rau, herausgegebenen „Katechismus der Kirche der Zukunft" u. s. w. Pantheismus vorgetragen, daß darin Lehren des Christenthums als falsche und irrige bezeichnet, daß solche, sowie Religionsgebräuche anderer im Staate aufgenommener Konfessionen in herabwürdigender Weise besprochen werden, und daß diese Schrift die Tendenz hat, jeden positiven, insbesondere den christlichen Glauben zu verdrängen, und an seine Stelle eine sogenannte Vernunft-Religion zu setzen; — in Erwägung, daß deßhalb der Inhalt dieses Katechismus als ein gemeinschädlicher betrachtet werden muß, und — in Erwägung, daß Prediger Rau diesen Katechismus beim Religionsunterrichte in seiner Gemeinde gebraucht.... sich daß großherzogliche Ministerium des Innern veranlaßt gesehen hat, seine Entschließung vom 5. März 1850, womit dessen Anstellung als Prediger der deutsch-katholischen Gemeinde zu Mannheim zugelassen worden ist, wieder zurückzunehmen u. s. w."

Gegen diesen Erlaß ließ nun Rau, sowie die Gemeinde selbst, eine Rekursschrift an das großherzogliche Staatsministerium abgehen, worin er sich namentlich gegen den Vorwurf des Pantheismus vertheidigt und auseinanderzusetzen sucht, „daß unmöglich einem Bekenner des Deutschkatholicismus darin ein Vergehen vindicirt werden könne, daß er Lehren der älteren Kirchen als falsch und irrig betrachtet, wobei er anführt, daß mit gleichem Rechte dann auch gegen den evangelischen Katechismus und die evangelische Geistlichkeit verfahren werden müßte, denn auch dieser und diese bezeichnen Lehren der ältern katholischen Kirche als falsch und irrig." Betreffs der Anschuldigung der Verdrängung des christlichen Glaubens sagt Rau unter Anderem, „daß sein ganzes Streben und Wirken darauf gerichtet war, ein reines, von den menschlichen Zuthaten späterer Jahrhunderte geläutertes Christenthum in den Herzen seiner Gemeindeglieder aufzubauen." Der Schluß seiner Schrift enthält die Bitte um Erneuerung der unter dem 5. März 1850 ertheilten Anstellung als Prediger der deutsch-katholischen Gemeinde Mannheim, mit der Versicherung „seines Festhaltens an dem

christlichen Glauben im Sinne und im Geiste des Heilandes" sowie des Nichtgebrauches des angefochtenen Katechismus im Religionsunterrichte. (Fr. Pfz.)

= **Karlsruhe**, 2. Juli. (Privat-Korr.) Man spricht nicht nur davon, daß ein Garderegiment errichtet werden soll, sondern es heißt nun, der Regent wolle auch eines der drei Dragonerregimenter in ein Husarenregiment umwandeln. Glücklicherweise war der Finanzministerialpräsident noch immer fest dagegen, und das ganze Land dankt es ihm, denn auch bei uns wird leider zu viel auf das Militär verwendet.

§ **Oesterreich.** **Wien**, 2. Juli. (Privat-Korresp.) Graf **Walewski**, der französische Minister des Aeußern, wird am 12. d. in Wien erwartet, und im französischen Gesandtschafts-Hotel absteigen. Wie ich vernehme, wird der Graf außer Wien auch Stuttgart, Karlsruhe, Berlin, Dresden und München besuchen. Mit der Aufnahme, welche derselbe hier finden wird, dürfte derselbe wohl zufrieden seyn. — Vorgestern hatten mehrere Notabilitäten der **Bank** eine längere Audienz bei Sr. Exz. dem Herrn Finanzminister. Wie ich vernehme, soll die neue Hypothekenbank Gegenstand der Besprechung gewesen seyn, und hält man es nicht für unwahrscheinlich, daß die Statuten derselben nachträglich einige Modifikationen erfahren werden, wobei namentlich auf den kleineren Grundbesitz eine größere Rücksicht genommen werden soll, da für diesen, der doch jedenfalls einer kräftigen Unterstützung am meisten bedürftig ist, die Hypotheken-Bank so gut wie gar nicht besteht. Außerdem erfährt man noch, daß auch in dem zwischen der Staatsverwaltung und der Bank abgeschlossenen und den Verkauf der Staatsdomänen betreffenden Arrangement einige Abänderungen bevorstehen, wodurch der Verkauf derselben, welcher gegenwärtig sehr Vieles zu wünschen übrig läßt, wesentlich erleichtert werden soll. — König **Otto** von Griechenland, welcher gestern an der kaiserlichen Familien-Tafel speiste, empfing im Laufe des Vormittags den Frhrn. v. Bourqueney in einer besonderen Audienz. Der König wird am 5. d. nach Karlsbad abreisen, dort sechs Wochen verweilen und dann den k. Hof von München besuchen.

Der „Allg. Z." wird aus **Wien** geschrieben, daß auf das Gesuch des protestantischen Consistorium um Aufstellung bestimmter Vorschriften über die Beerdigung von Protestanten unterm 1. Juni d. Js. ein entsprechender Bescheid des Cultusministers erfolgt sey, dessen Schluß folgendermaßen lautet: „Daß diese Vorschriften, weit entfernt eine Bedrückung der evangelischen Glaubensgenossen des Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses zu bezwecken, vielmehr nur dahin gerichtet sind, einen Zustand herbeizuführen, der allen anerkannten Religionsparteien die freie Entfaltung ihrer frommen Gebräuche gestattet, und daß die Protestanten von nun an sowohl ihre Bethäuser mit Thürmen und Glocken zu versehen, als auch auf den abgetheilten Friedhöfen ihre Leichen frei nach ihrem Religionsgebrauche mit Leichenreden, Gesängen u. s. w. zu bestatten berechtigt seyen." In dem Erlaß des Consistorium, der diesen Bescheid verkündet, wird den evangelischen Predigern aufgetragen, an den Kirchen für Aufstellung von Glocken oder wenigstens kleinen entsprechenden Glockenkapellen zu sorgen, und die Glocken der evangelischen Kirchen bei der Beerdigung der Christen aller Confessionen, die den Glauben an den dreieinigen Gott und die heilige Taufe in seinem Namen aussprechen, zur Benützung freigestellt seyn sollen. Ebenso sey auch gestattet, die Leichen von Katholiken und Personen anderer Confession auf den neuzuerrichtenden Kirchhöfen in eigenen oder Gräbern von Protestanten zu bestatten, „indem kein Glaubenssatz der evangelischen Kirche es hindert, das fromme Gefühl derer zu achten, welche, nachdem sie friedlich im Leben bei einander standen, auch in der Ruhe und Stille des Grabes einander nahe zu bleiben wünschen." Jeder im Staat anerkannten christlichen Gemeinschaft ist ferner bei der Beerdigung ihrer Todten auf protestantischen Kirchhöfen volle Cultusfreiheit gestattet, und für die Leichen von Christen, deren Taufe die evangelische Kirche anerkennt, bedarf es keiner abgesonderten Plätze.

Großbritannien.

Der „A. Z." wird von einem **Londoner** Korrespondenten eine Mittheilung gemacht, die wir bisher noch nirgends gefunden haben. Wie er zu seiner Nachricht gekommen und ob diese verläßig ist, müssen wir freilich dahin gestellt seyn lassen. Er sagt: „Die Fassung, die Palmer vor andern Personen zeigte, verließ ihn in der Einsamkeit oder in Gegenwart seines Seelsorgers, und groß war die innere Bewegung, die er am letzten Morgen vor seiner Hinrichtung verrieth. Auf Ermahnung des Kaplans zum Geständniß gab Palmer die inhaltschwere Erwiderung: „Wenn mein Seelenheil erfordert, daß ich diesen Mord bekenne, so muß ich auch die andern eingestehen. . . Ich meine, setzte er nach einer Pause hinzu, mein Weib und meinen Bruder." Nachdem er diese Aeußerung gethan, warf er sich auf die Strohdecke seiner Zelle, und verhüllte sich das Antlitz. Haben Sie also, fragte ihn der Seelsorger, ihr Weib ermordet? Keine Antwort. Ihren Bruder? Keine Antwort. Als der Geistliche dieses beredte Schweigen mit dem Gebet unterbrach: der Herr habe Erbarmen mit Ihrer Seele! erwiderte Palmer mit einem tiefen Seufzer. Eine Weile darauf indessen erhob er sich und bemerkte seinem Rathgeber: er möge aus seinen Worten keine Schlüsse ziehen, denn er habe seine Schuld weder eingestanden noch abgeläugnet. Diese Worte bezeichnen das System des Schuldigen und die Berechnung seiner Haltung Angesichts des Todes.

London, 2. Juli. Im Unterhause wurde die Debatte über englische Rekrutenwerbung in Nordamerika fortgesetzt, ohne daß dabei etwas interessantes oder neues vorkam. Das Ministerium erhielt bei der Abstimmung die Majorität gegen den von Moore beantragten Tadel desselben mit 274 gegen 80 Stimmen. (T.D.d.A.Z.)

Frankreich.

Paris, 1. Juli. So eben bekomme ich den genauen Inhalt des Briefes des Grafen von **Paris** an Herrn Roger du Nord; er lautet: „Mein lieber Herr Roger du Nord! Ich danke Ihnen für den Brief, den Sie mir geschrieben haben. Ich bin hierher gekommen, um meine Großmutter zu sehen, und ich war so glücklich, ihre Gesundheit in einem besseren Zustande gefunden zu haben. Mein Oheim Nemours hat mich bestimmen wollen, meine Reise zu benutzen, um in Froschdorf einen Besuch zu machen. Ich habe ihm geantwortet, daß dies keineswegs meine Absicht wäre, daß ich meiner Mutter Dank wüßte, mir bis zum heutigen Tage meine ganze Freiheit bewahrt zu haben, und daß sie mich zu keinem der Schritte veranlaßt hat, die geschehen sind, um eine Annäherung zwischen den beiden Linien unserer Familie hervorzurufen. Ich habe hinzugefügt, daß ich, was meine Person betrifft, den im Testamente meines Vaters mir vorgeschriebenen Grundsätzen (principes de conduite) getreu bleiben wollend, mich niemals von der großen liberalen Partei trennen, die im Jahre 1830 meinen Großvater zur konstitutionellen Regierung von Frankreich berufen hat. Mein Oheim hat mich gefragt, ob ich in dem Augenblick, wo ich meine Großjährigkeit erreichen würde, die Absicht hätte, eine feierliche und öffentliche Erklärung dieser Gefühle zu machen. Ich habe ihm gesagt, daß ich nicht diese Absicht hätte, daß ich ihn aber bitte, meine andere Oheime von diesen meinen Gesinnungen (dispositions) zu unterrichten, und daß ich mir meinerseits vorbehalte, dieselben meinen Freunden in Frankreich mit Vermeidung von Aufsehen (sans éclat) kund zu machen." (K. Z.)

Großes Aufsehen erregt hier eine Mittheilung des „Courrier de Marseille", der zufolge der Papst gesonnen wäre, allgemeine Amnestie und die so emsig angestrebten Reformen zu veröffentlichen. Beides soll am Petrustage geschehen. (K. Z.)

Paris, 1. Juli. Die Regierung will für alle Fälle Frankreich gegen Brodmangel sichern. Sie läßt unter Anderm auch **Getraide** im Auslande durch dritte Personen aufkaufen und rechnet dabei sehr auf die Kornschätze Italiens; doch stößt sie dort auf einen unerwarteten Konkurrenten, nämlich Sardinien, das daselbst ebenfalls ungewöhnlich bedeutende Vorräthe auf den Hauptgetraidemärkten Italiens aufgekauft. Man will hierin einen Beweis ihrer Besorgnisse vor Ruhestörungen erblicken. (D. A. Z.)

* **Paris**, 2. Juli. In den Theaterkreisen macht das plötzliche Verschwinden der Schauspielerin Magdalena **Brohan** vom Theater français einiges Aufsehen. Der Anlaß zu der so unerwarteten Abreise der beliebten Künstlerin nach Rußland soll in häuslichen Familien-Zwistigkeiten liegen. Man sagt, daß sie, um ihren Vertrag mit der Komödie française nicht eigenmächtig zu brechen, sich unter die höchste Protektion des Reichs gestellt habe. Die beiden Schwestern derselben hatten die Ehre vom Kaiser empfangen zu werden, stellten die Lage der Künstlerin, welche auf der Bühne glücklicher als im Leben ist, dar, worauf der Kaiser einen 1jährigen Urlaub ertheilte und, indem er sein Bedauern, die eminente Künstlerin zu verlieren, aussprach, einen Paß nach Petersburg ausstellen ließ.

* Kardinal **Patrizzi** wurde vom Kaiser mit dem Großkreuz der Ehrenlegion dekorirt. Die Insignien in Brillanten sind von außerordentlicher Pracht und eines Repräsentanten des heiligen Vaters würdig. Für Se. Heiligkeit selbst bringt der Legat Seitens des Kaisers und der Kaiserin sehr schöne Geschenke, worunter man namentlich ein Taufbecken in Sèvre-Porzelaine von wunderbarer Arbeit bemerkt.

* Im Boulogner Wäldchen ist ein kleines Schloß, „de Bagatelles" genannt, gelegen, das früher dem Herzog v. Chambord gehörte. Der Kaiser, der dieses Schlößchen für den kaiserl. Prinzen zu erwerben wünscht, ließ, sagt man, vor seiner Ab-

reise nach Plombières wiederholte, günstige Kaufsofferte machen. Der Eigenthümer jedoch, ein reicher, in Frankreich ansässiger Engländer, weist alle Anerbieten ab, indem er, wie er sich äußert, das Schloß nur dem Grafen Chambord zurückgeben will.

Spanien.

† Madrid, 28. Juni. Der „España" zufolge werden weitere sieben Brandstifter zu Valladolid, Duenas, Palenzia und Rioseco erschossen werden.

Italien.

° Man liest in einer Korrespondenz des „Univers" aus Rom, 26. Juni: . . . . „Was man bezüglich der Präfektur der Congregation der Propaganda voraussah, ging auch in Erfüllung und wurde Se. Eminenz Kardinal Barnabo zum Präfekten ernannt. Man unterhält sich im Publikum über die anmuthige Weise, in welcher der heilige Vater Msgr. Barnabo seine Erhebung zur Kardinals-Würde mittheilte. — Nach einer Audienz, wie er sie in Angelegenheiten seiner Congregation wöchentlich ertheilte, sagte ihm der Papst, daß er bei seiner Nachhausekunft einen ziemlich umfangreichen Aktenpack zu prüfen haben wird, den er in seinem Wagen ließ. Msgr. Barnabo verabschiedete sich vom Papste und fand in seinem Wagen in der That ein großes Paket, welches er in sein Gemach bringen ließ, und da es bereits spät war und die Angelegenheit ihm wichtig erschien, so verschob er es auf den folgenden Tag das Paket zu öffnen. Am frühen Morgen war es sein erstes Geschäft, die Sache zu prüfen, welche ihm der Papst empfohlen hatte, aber statt der erwarteten Akten fand er ein Stück rothen Stoffs, wie ihn die Kardinäle tragen und hinreichend um alle die verschiedenen und so kostspieligen Kleidungen anzufertigen, welche die Promotion zum Purpur nach sich zieht. Der bisherige Sekretär der Propaganda traute kaum seinen Augen und begab sich zum General-Staats-Sekretär, um ihm den Scherz, welchen der Papst sich gemacht hatte, zu erzählen. Dieser aber erwiderte, daß es ein Scherz sey, um den ihn Viele beneiden werden. Kurz Mfgr. Barnabo war Kardinal und das Stück Purpur gleichzeitig die Mittheilung und das Geschenk des Papstes an den neuen „Porporato". —

Nachrichten aus Turin zufolge, ist dort eine gemischte Kommission aus den Mitgliedern der hohen Magistratur und aus dem Staatsrath zusammengetreten, welche die Amnestiefrage in Bezug auf die noch wenigen Häupter der Bewegung in Genua vom Jahre 1849 zu prüfen hat. (Fr. Pstz.)

Turin, 29. Juni. „Die Tage von Aranjuez sind vorüber" kann im jetzigen Moment Graf Cavour ausrufen. Auf die Tage der Anerkennung und des allgemeinen Lobes folgen nur zu schnell die Tage bittern Tadels, ja sogar des Spottes. Kaum sind es zwei Monate, seitdem man zu Paris bei Abschließung des Vertrags vom 30. März nahe daran war, die Stelle beizufügen, welche die Hochachtung Europas für den König Viktor Emanuel, seine Regierung und sein Heer ausdrücken sollte, und heute hat man für Piemont noch keinen Tadel, doch der gespreiztesten Zurückhaltung die Fülle. Fragt man nach der Ursache solcher Umänderung, so fällt freilich ein großer Theil der Ursache der Enttäuschung auf die hiesigen Sanguiniker, welche Kongreßreden, Kammererörterungen und Zeitungsartikel für die heiligen Geräthe hielten, mittelst welcher das wiedergeborene Italien aus der Taufe gehoben wird. (Schw. M.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 25. Juni Zur Revision der gegen Salib Pascha von Varna gepflogenen Untersuchung ist eine neue Kommission eingesetzt worden. (T.D.d.Ostd.Post.)

Im Widerspruch mit ihrer neulichen (von uns gleich Anfangs bezweifelten Nachricht) bringt jetzt die „Fr. Pstz." aus Paris die Mittheilung: „Die mit der bessarabischen Gränzregulirung beauftragte Kommission habe ihre Arbeiten fast schon ganz vollendet. Sobald sie ihre Mission beendigt hat, deren Schwierigkeiten sämmtlich geebnet seyen, werde die mit der Regierungsorganisation betraute Kommission zusammentreten."

Rußland und Polen.

Petersburg, 26. Juni. Vorgestern ist der neue englische Gesandte am hiesigen Hof, Lord Wodehouse, hier angekommen. (Fr. Pstz.)

Es bestätigt sich, daß Hr. v. Butenieff als russischer Gesandter nach Konstantinopel gehen wird.

Amerika.

° Unter der Aufschrift: „Die Amerikaner in Panama" erzählt der „Panama Herald" nachstehenden Vorfall: „Es scheint — sagt er — daß die Bemannung des Dampfers „Cortes" sich, nachdem sie Freitag gelandet war, Sonntag betrank. Während des Abends traten mehrere Matrosen in ein Bar-Room, wo sie Spirituosen verlangten, die ihnen verweigert wurden, worauf einer derselben, ein Amerikaner, ein Pistol zog, und — glücklicherweise ohne sicher zielen zu können — drei Schüsse auf den Inhaber der Schenke abfeuerte. — Der Matrose zog sich durch die Mainstraße zurück, wo er dem französischen Konsul begegnete und ihm gleichfalls mit seiner Waffe drohte, und es gelang dem Konsul nicht ohne Mühe, seinen Gegner zu entwaffnen, der verhaftet und ins Gefängniß gebracht wurde. — Dieser bald bekannte und vergrößerte Vorfall verursachte eine solche Aufregung, daß die Schaluppen der Corvette „St. Mary" für alle Fälle nahe dem Ufer Posto nahmen. Glücklicherweise war die Ruhe bald wieder hergestellt und ein Landen der Mannschaft unnöthig. Aber an wem wäre die Schuld gewesen, wenn ein neuer Aufruhr (wie vor etlichen Wochen) ausgebrochen wäre?

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 4. Juli. Oesterr. Bankaktien und National fanden viele Käufer zu höheren Kursen, auch Livorno-Florenz war beliebt. Berbacher Eisenbahnaktien erholten sich etwas von ihrem gestrigen Rückgang, in den übrigen Effekten keine wesentliche Veränderung.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden heute bei bedeutendem Umsatz zu 107 1/8 1/4 3/8 1/4 umgesetzt. — Reichenberg-Pardubitz Eisenbahn-Aktien 111.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1310 P. 1305 G. Neue Bankaktien 435 P. 430 G. Credit-Actien à 5pCt. 238 1/8 P. 236 1/2 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 84 1/8 P. 83 7/8 G 5pCt. Lombard-Ven. 91 1/4 P. 91 G. Metall. alte à 5pCt. 82 1/2 P. 82 1/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 1/2 P. 89 G.; à 4 1/2pCt. 73 P. 72 3/4 G.; à 4pCt. 65 1/4 P. 64 3/4 G.; à 3pCt. 48 3/4 P. 48 1/4 G.; à 1pCt. 16 1/2 P. 16 1/4 G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 117 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 — P. 101 1/2 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 300 P. 298 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 112 3/4 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3 1/2pCt. 88 1/2 P. 88 G.; 4pCt. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 91 7/8 P. 91 3/8 G.; 4 1/2pCt. 101 1/8 P. 100 5/8 G.; 4 1/2pCt. Ostbahn-Aktien 105 1/8 P. 104 7/8 G. 5pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 150 3/4 P. 150 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 114 1/2 P. 114 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 3/4 P. 118 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 90 7/8 P. 90 5/8 G.; 4 1/2pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Sardinien.**-Loose bei G. Bethmann P. 42 3/4 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 84 1/4 P. 83 3/4 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b R. 39 5/8 P. 39 1/8 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 64 1/4 P. 63 3/4 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2pCt. 92 1/2 P. 92 G.; à 4pCt. 100 1/8 P. 99 5/8 G.; 4 1/2pC. 103 P. 102 1/2 G.; Loose à fl. 50 112 3/4 P. 112 1/4 G.; à fl. 25 33 3/4 P. 33 1/2 G.; Darmstädter Bankaktien alte 421 P. 419 G.; junge 363 P. 361 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 110 7/8 P. 110 3/8 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 90 P. 89 1/2 G., Loose à fl. 25 31 5/8 P. 31 3/8 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84 1/4 P. — G.; à 3 1/2pCt. 93 P. 92 1/2 G.; Bankaktien 121 1/4 P. 120 3/4 G.; Taunus-Aktien 322 P. 320 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 90 1/2 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87 3/4 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 572 P. 570 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 5/8 P 40 3/8 G.; 1pCt. neue 25 1/4 P. 25 5/8 G. **Holland.** Integrale 64 1/2 P. 63 1/8 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118 7/8 P. 118 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/4 P. 120 G.	Mail. i.S Lr.250 k.S 101 1/4 P 101 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/8 G.	Paris Frs. 200 k. S 94 P. 93 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 7/8 P. 93 5/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96 1/8 P. 95 7/8 G.	Wiendl. 100 C. k S. 117 5/8 P. 117 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 P. 88 3/4 G.	Wien 3 M. mit 4% 117 3/8 P. 117 1/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 3/8 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 3. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 1/8; 5pCt. Metall. 83 7/8; 4 1/2 pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 120; von 1854 105 3/4; Bankaktien 1115; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 382; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 586; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2800. Wechselkurse: Augsburg uso 102 1/4. London 10. 2. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

* Dem Landtagsabschiede entnehmen wir für heute folgende Stellen: §. 9. Aus Abschnitt I.: Die Entwürfe des Gesetz-

Blatt meldet nämlich Folgendes: „Es handelt sich um den Sohn und Enkel des Prinzen Jerome aus seiner ersten Ehe mit Miß Paterson, indem der Prinz verlangt, daß die Erben Paterson nicht mehr den Namen Bonaparte führen sollen. Die näheren Umstände sind folgende: Am 27. Dezember 1803, im 19. Jahre seines Alters, heirathete der junge Jerome Bonaparte in den Vereinigten Staaten Elisabeth Paterson, die Tochter eines reichen Kaufmanns aus Baltimore. Die Heirath war vorher in Frankreich nicht publizirt und die Einwilligung der Aeltern verweigert worden. Herr Paterson und Frau Lätitia protestirten dagegen; der französische Gesandte erklärte im Namen des ersten Konsuls, daß sie von der Familie Bonaparte nie anerkannt werden würde. Am 2. März 1805 erschien endlich ein kaiserliches Dekret, in dem es u. A. folgendermaßen heißt: „ . . . . In Erwägung, daß die Heirath eines Minorennen in einem fremden Lande ohne vorherige Publikation und ohne Einwilligung des Vaters und der Mutter in den Augen der französischen Gesetze nichtig ist: daß es Sache des Staatsoberhauptes ist, in allen Angelegenheiten, die seine Familie betreffen, zu interveniren und Allem vorzubeugen oder es zu unterdrücken, was seine persönliche Würde treffen oder die Majestät des Thrones verletzen könnte, ist es allen Civilstandsbeamten des Kaiserreichs verboten, in ihre Register die Eintragung eines vorgeblichen Ehebundes aufzunehmen, den Herr Jerome Bonaparte im Ausland geschlossen haben soll..“ In dem Augenblicke, in dem dieses Dekret erlassen wurde, war Elisabeth Paterson gesegneten Leibes mit einem Kind, das noch lebt. Prinz Jerome unterwarf sich; er schiffte sich unverzüglich ein, und zwei Jahre später (am 12. August 1806) heirathete er die Prinzessin Friederike Katharine Sophie, Tochter des Königs von Württemberg, die in Lausanne am 28. Novbr. 1838 gestorben ist. Aus dieser letzten Ehe ist die Prinzessin Mathilde hervorgegangen. Obgleich durch die Erfordernisse der Politik von seinem Sohne getrennt, interessirte der König von Westphalen sich doch noch immer für dessen Schicksal. Später entspann sich eine lebhafte Korrespondenz zwischen Vater und Sohn.

Als in Folge der Ereignisse von 1848 die Familie Bonaparte wieder in ihre bürgerlichen Rechte eingesetzt wurde, gedachte Paterson sein Leben in der Nähe seines Vaters zuzubringen. Er hat selbst in Baltimore eine Landsmännin seiner Mutter geheirathet, von der er einen Sohn hatte, der die militärische Laufbahn betrat. Als dieser junge Mann am Hofe Ludwig Napoleons vorgestellt wurde, wußte derselbe sich dessen Sympathien zu erwerben. Das Weitere wurde neulich schon gemeldet. Die Patersons behaupten, in dem Dekret von 1805 sey über die Gültigkeit der Ehe selbst gar nichts bestimmt, wogegen Prinz Jerome geltend macht, daß in einer Klausel des Ehekontraktes die Bestimmung vorhanden sey, im Falle, daß der Ehegatte oder seine Familie eine Trennung der Ehe fordere, solle der Frau eine jährliche Rente von 60,000 Franken gezahlt werden, welche ihr auch wirklich während ihres ganzen Lebens ausgezahlt worden ist. Die bisherigen Verhandlungen wurden von dem kaiserlichen Familienrath geführt. Es heißt, daß man eine Vermittlung versuchen wird, und zwar so, daß die Familie Paterson als ehelich anerkannt wird, ihr jedoch die Ansprüche auf Regent- oder Erbschaft entzogen wird.

Spanien.

Nach dem „Messager de Bayonne“ flößt die Lage von Barcellona die ernstesten Besorgnisse ein, obgleich sich die Regierung auf die Energie des Kommandanten verläßt. Der Krieg wolle, so scheint es, zwischen Fabrikanten und Arbeitern ausbrechen. Die Arbeiter lassen heimlich unter sich abermals ein fliegendes Blatt zirkuliren, das die Ueberschrift trägt: „Nieder mit den Parteien, es lebe das allgemeine Wahlrecht!“ und welche mit nachstehenden Worten endigt: „Gleichheit in Allem und für Alle.“ Das Blatt von dem 40,000 Exemplare ausgegeben sind, ist mit Beschlag belegt. Einige Verhaftungen sind vorgekommen. (Déb.)

Italien.

Wie der „Times“ aus Wien geschrieben wird, hat der Herzog von Modena den Belagerungszustand über Massa und Carrara verhängt. Als Hauptgrund dieses Schrittes wird der Umstand angegeben, daß Maueranschläge mit der Inschrift: „Es lebe Viktor Emanuel!“ entdeckt worden waren.

Rußland und Polen.

Kalisch, 1. Juli. Die freudigste Sensation im Königreich Polen hat die gestern veröffentlichte Verordnung des Kaisers erregt, nach welcher fortan Personen jeden Standes, welche aus Gesundheitsrücksichten in ausländische Bäder reisen, den erforderlichen Konsens gratis erhalten. Bisher mußte jede ins Bad reisende kranke Person 50 S.-R. bezahlen; es steht nun zu erwarten, daß aus Rußland und Polen der bisherige Andrang in die deutsche Bädern sich bedeutend vergrößern wird. Reisende zum Vergnügen jedoch müssen nach wie vor für einen Paß auf 6 Monate pro Person 250 Silber-Rubel bezahlen.
(Oesterr. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 6. Juni. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 82; 4½pCt. Met. 72¾; Wiener Bankaktien 1304; 5pCt. Lomb. 89¾; Wiener Wechsel l. S. 117¼; 3pCt. inl. span. 40½; 1 pCt. neue 25¼. Oesterr. Kreditaktien 234. Darmstädter Bankaktien 413. Bayerische Ostbahn 105. Luxemburger internationale Kreditbank 567.

Wien, 5. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅞; 5pCt. Metall. 81⅝; 4½ pCt. 74; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121½; von 1854 105½; Bankaktien 1115; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 382½; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 591; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2880. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅝. London 10. 2. P. Geldkurs: Dukaten —.

Kassel, 2. Juli. Der mit dem heutigen Tage zu Ende gehende Wollmarkt hat eine Zufuhr von ca. 16,000 Stein, also 1000 Stein mehr als im vorigen Jahre, aufzuweisen gehabt. Die Preise stellten sich günstiger als das letzte Mal und zwar zwischen 5—10 Thlr. pr. Ztnr. heraus. Die besseren Sorten wurden mit 70—90 Thlr. bezahlt. Die gewöhnliche Landwolle erhielt anfangs ein um 5—6 Thlr. höheres Angebot als am Schlusse, wo dieselbe zu 50 Thlr. abgelassen wurde. Das Geschäft ging lebhaft von Statten.

Leipzig, 3. Juli. Die Leipziger Bank macht bekannt, daß sie sich veranlaßt finde, den Diskonto für Wechsel und Anweisungen auf 4 pCt., den für Pfänder auf 5½pCt. zu erhöhen.

Königsberg, 1. Juli. Der gestern begonnene Wollmarkt ist bereits beendet. Es wurde im Allgemeinen ein Aufschlag von ca. 3 a 5 Thlr. pr. Ztr. bewilligt und von den Produzenten ohne Zögern genommen. In den meisten Fällen blieb der erste Beschauer auch Käufer und der Umsatz erfolgte sehr schnell. Die vorjährigen Marktpreise stellten sich im Vergleich mit den diesjährigen wie folgt: Es brachten die im vorigen Jahre mit 65 a 71 Thlr. bezahlten Wollen in diesem Jahre 69 a 76 Thlr., die mit 72 a 79 Thlr. bezahlten 75 a 85 Thlr., die mit 85 a 95 Thlr. bez. 90 a 100 Thlr. Zugeführt waren ca. 9000 Ztr., davon waren ca. 7500 Ztr. bereits früher verkauft und kamen nur zur Ablieferung hierher. Die Verringerung der diesjährigen Zufuhr hatte ihre Veranlassung in der Reduktion mancher Stämme durch frühere Abgänge, hauptsächlich in dem Ankaufe von 600 Ztr. im Rastenburger Kreise vor der Schur durch ein rheinländisches Haus, welche demzufolge gar nicht hierher geführt wurden. Die Wäsche ergab sich mit vereinzelten Ausnahmen weniger befriedigend, als die vorjährige. Als Käufer waren Berliner und rheinländische Händler in ziemlich gleichem Maße thätig. Von Hautwollen war nur ein geringes Quantum zugeführt.

† Amsterdam, 1. Juli. (Privat-Korrespondenz.) Rappsaat und Rüböl. Die von fast allen Seiten einlaufenden und von Kauforders begleiteten sehr ungünstigen Berichte über die Rappsfelder haben eine allmählige, aber bedeutende Erhöhung der Preise zur Folge gehabt, Rappsaat pr. Herbst wurde bis L. 80 und Rüböl bis f. 45½ bezahlt. Es ist nicht zu läugnen, daß es ein hoher Stand ist, namentlich auch weil wir bald große Leinsaat-Zufuhren erhalten werden, dennoch scheint es aber, als ob wir noch höher gehen sollten.

Gestern war es eine Kleinigkeit niedriger, die Stimmung aber dazu sehr fest. Rüböl pr Comptant f. 46 a ½, pr. Septbr. und Okt. f. 45½, pr. Novbr. und Dezbr. f. 45 a 45½, Rappsaat pr. Oktbr. und Novbr. L. 79½.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 188.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 8. Juli 1856

Deutscher Bund.

Bekanntlich hatte die Augsb. „Allg. Z." kürzlich die Nachricht gebracht, in der Bundesmilitärkommission hab: sich der preußische Militärbevollmächtigte gegen Erweiterung und Vervollständigung der Befestigungswerke von Rastatt erklärt und es wurde dabei nicht undeutlich zu verstehen gegeben, daß Preußen überhaupt einer Erhöhung der Vertheidigungsfähigkeit dieser Festung abgeneigt sey. Die „Pr. C." berichtigt dies nun dahin, daß der Bundesmilitärkommission verschiedene Vorschläge über die Anlage der fraglichen Festungswerke vorgelegen seyen, daß die Militärkommission den vom preuß. Bevollmächtigten befürworteten Plan verworfen und einen anderen angenommen habe; und daß es in seinem Recht wie in der Natur der Sache gelegen sey, wenn er nun sein abweichendes Votum in einer Separatabstimmung begründete.

Bayern. München. Der bekannte mittelalterliche Historiker Otto v. Freising soll demnächst ein Monument zu Freising erhalten, der junge Bildhauer Gumbusch hat bereits den Auftrag dazu übernommen.

* Dem Vernehmen nach soll die Zahl der Regierungsräthe (wie es heißt um 16 im ganzen Königreich) vermehrt, die Zahl der Regierungsassessoren entsprechend vermindert werden.

** **Kurhessen.** Aus Kurhessen, 5. Juli. (Pr. C.) In der Universitätsstadt Marburg hat sich ein Comite gebildet zur Erlangung einer Eisenbahn von gedachter Stadt nach der benachbarten preußischen Kreishauptstadt Siegen. Das Projekt ist nicht neu, sondern knüpft sich an jenes einer Bahn von Deutz (Köln) über Siegen nach Gießen. Die Wiederaufnahme desselben dürfte wohl zunächst durch die in Aussicht stehende Bebra-Schweinfurter Bahn (Rhönbahn) angeregt worden seyn, indem jene Siegen-Marburger Bahn durch eine von dem bei Marburg gelegenen Main-Weserbahnstationsorte Kirchhain aus durch die Provinz Oberhessen und an den gewerbreichen Städten Alsfeld, Lauterbach und Schlitz hin nach Fulda zum Anschluß an die Rhönbahn zuführende Eisenstraße, die Darmstädtischer Seits bereits in's Auge gefaßt ist, eine höchst wichtige Fortsetzung erhalten kann. Hiedurch würde nicht nur der bisher vom Eisenbahnnetz ausgeschlossene östliche Theil der großherzoglich-hessischen Provinz Oberhessen in dasselbe gezogen, sondern die Rhönbahn erhielte auch eine sehr bedeutsame Zweigbahn, indem jene Siegen-Marburg-Fuldaer Bahn einen direkten Verbindungsweg zwischen dem Niederrheine, Belgien, Holland und England mit Bayern, Oesterreich, den unteren Donauländern und der Levante herstellen würde. In spezieller Beziehung ist die mehrgedachte Bahn noch von Bedeutung, indem sie der an bergmännischer Thätigkeit so reichen Gegend des Siegthales einen höchst wichtigen Verkehrsweg eröffnet, die an der Main-Weserbahn liegende Stadt Marburg zum Kreuzungspunkt zweier Bahnen macht und außerdem (und noch mehr, wenn demnächst die Verbindungsbahn Gunzenhausen-Ansbach-Würzburg zur Ausführung käme) auch von größter Erheblichkeit für die Städte Schweinfurt und Würzburg, wie für ganz Bayern wäre. Ihr Zustandekommen liegt daher ebenso im Intresse Preußens, Kurhessens und Hessen-Darmstadt's wie in jenem Bayerns, das dann zwei direkte Verbindungswege nach Norddeutschland (Werrabahn, Rhönbahn) und einen nach Nordwestdeutschland und den Niederlanden (Schweinfurt-Siegen) hätte. Als ein weiterer für die Rhönbahn sehr günstiger Umstand erscheint die Vollendung und Eröffnung der preußisch-hannoverischen Bahn von Münster nach Emden, diesem so wichtigen, immer mehr an Bedeutung gewinnenden Nordseehafen. Die Abkürzung des Weges zwischen der Nordsee und dem adriatischen Meere, die Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zwischen Westphalen und Ostfriesland mit Bayern, Oesterreich ꝛc. wird demnächst die Rhönbahn zur Ausführung gebracht. Für den westlichen Theil Bayerns und die angränzenden württembergischen Gegenden, im Besonderen für die Handelsplätze Würzburg und Augsburg bietet die Rhönbahn auch den kürzesten Weg nach Bremen dar. Aus dem Vorstehenden mag wiederum ersehen werden, welche Bedeutung die Rhönbahn hat, was für neue Projekte zu weiteren Verbindungsbahnen sich an dieselbe knüpfen und wie sie alle Förderung und Unterstützung verdient.

Freie Städte. Aus Hamburg vom 1. Juli wird der „Independance Belge" geschrieben: „In unseren Etablissements werden fortwährend enorme Massen preußischer Thaler eingeschmolzen, deren Kours hier sehr niedrig ist. Nachdem sie in Barren verwandelt worden sind, werden sie nach Schweden, Oesterreich und Rußland geschickt. Nach letzterem Lande gingen bereits mehrere Millionen ab. Diese seit fast zwei Monaten wiederholt fortgesetzten Operationen bringen unseren Bankiers zwar beträchtlichen Gewinn, aber sie verursachen auf unserem Platze einen Silbermangel, der beispiellos ist und der alle großen Spekulationen in Kolonial-Artikeln gehemmt hat. Der Diskonto auf Handelswechsel von zwei bis drei Monat Zeit steht fortwährend auf 7½ pZt., ohne Aussicht auf baldiges Sinken auf den normalen Kours, der vor der Geldkrisis zwei bis drei pZt. auf ein Jahr betrug."

Oesterreich. In Wien beginnt — wie aus einem Berichte der niederösterreichischen Handelskammer an den Herrn Handelsminister hervorleuchtet — eine Anti-Tarifbewegung. Die Kammer spricht den Wunsch aus: daß bis zur Revision des österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrages im Jahre 1860 mit einer weitern Ermäßigung einiger Schutzzölle inne gehalten werden möge. Der Fabrikanten wird's Angst; der Uebergang hat manches Unangenehme, das ist wahr; aber einmal muß der entscheidende Schritt doch gethan werden, und die guten Folgen werden nicht ausbleiben. (A. Pstz.)

Ueber das neu errichtete „Collegium Immaculatae" der Gesellschaft Jesu zu Kalksburg (bei Wien) sind wir im Stande einen Auszug der Statuten zu geben. — Die Anstalt trägt den obigen Namen, weil der Plan und die Ausführung in jene Zeit fällt, in welcher die unbefleckte Empfängniß Mariä als Glaubenssatz verkündet wurde. Das Collegium stellt sich, wie es in den Statuten heißt, zur Aufgabe, „Jünglinge aus den höhern Ständen zu nützlichen Gliedern der Kirche und des Staates zu machen." Nebst den gewöhnlichen Gymnasialgegenständen erhalten die Zöglinge Unterricht im Schreiben, Zeichnen, in der französischen, englischen und in den Landessprachen, in Gesang, Musik, im Schwimmen, Gymnastik u. dgl. Der Lehrcours erstreckt sich auf die acht Jahrgänge des Gymnasium. Die jährliche Pension ist 400 fl. C.-M. In diesen Verpflegsbetrag sind außer den Schulgegenständen auch die französische Sprache, der Arzt, die Reinigung der Wäsche und Bedienung mit einbegriffen. Das zum Eintritte erforderliche Alter ist vom zurückgelegten neunten bis zum vollendeten zwölften Jahre. Das Schuljahr beginnt mit dem Monat Oktober und schließt mit dem Monat Juli. — Außer den gut geheißenen Schul- und Hülfsbüchern dürfen die Zöglinge keine andern Bücher mitbringen, da für die Bedürfnisse der Zöglinge durch eine Anstaltsbibliothek gesorgt ist. Briefe, Pakete u. dgl. können die Zöglinge nur durch Vermittelung der Obern empfangen oder absenden. Die Zöglinge können nur von ihren Eltern oder Vormündern einmal im Monat (am ersten Donnerstag) ausgeführt werden. Besucht können die Zöglinge nur einmal in der Woche (Dinstag oder Donnerstag) werden — und zwar in den dazu bestimmten Gemächern. Die Zöglinge müssen eine anständige, durch das Reglement bestimmte Ausstattung mitbringen.

Wien, 4. Juli. Gelegenheitlich der Entbindung der Kaiserin sieht man einem neuen Gnadenakt Sr. Maj. des Kaisers entgegen. Das Justizministerium erhielt dem Vernehmen nach bereits den Auftrag, Listen solcher inhaftirten Individuen zu verfassen, die einer Amnestie theilhaftig zu werden verdienen. (Allg. Ztg.)

Schweiz.

In Zürich ist von Hrn. A. Escher und Regierungsrath Rüttiman eine „schweizerische Creditanstalt" gegründet worden. Sie hat den Zweck, Ackerbau, Handel und Gewerbe zu befördern; das Geschäftskapital wird auf 20 Mill. Fr., bestehend aus 40,000 auf den Inhaber lautenden Aktien von 500 Fr., festgestellt, kann aber später erhöht werden. Die Leitung ist einem aus 15 Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrath und einem vollziehenden Direktor übertragen. Die Anstalt hat ihren Sitz in Zürich. (A. Z.)

Dänemark.

[] Die Stimme, die aus dem Schoße der konservativen Fraktion der dänischen Majorität im Reichsrathe selber für das gute Recht der Herzogthümer laut geworden, ist durch die Auflösung dieser Körperschaft nicht erstickt worden. Sie hat, mittelst des Protestes, welchen die Lauenburger Stände in Frankfurt eingelegt, ein Echo bei dem Bundestage gefunden, sie hat auch einen Widerhall in den warnenden Noten gefunden, welche die Höfe von Wien und Berlin an den von Kopenhagen erlassen haben. Und wahrlich, weder prinzipiell noch materiell ist es eine Kleinigkeit, worum es sich hier handelt. Schon 1819 schätzte man den Werth der Domainen Schleswigs, Holsteins u. Lauenburgs auf beinahe 24 Mill. Gulden. Sie für Gesammtstaatsgut erklären, heißt nichts weniger, als dem eigentlichen Dänemark, dessen Domainen höchst unbedeutend sind, mit jener Summe auf Kosten des Deutschthums ein Geschenk machen. Ungleich wichtiger aber ist die völkerrechtliche und politische Seite der Frage. Nach den alten Landesgesetzen und nach den 1834 vom Bundestage verbürgten Verfassungen der Herzogthümer dürfen ihre Domänen nicht ohne Zustimmung ihrer eigenen Stände veräußert werden. Und diese Rechte der Deutschen zu wahren, dazu hat Dänemark sich 1850 im Berliner Frieden und 1852 in dem am 29. Juli desselben Jahres durch den Bund gewährleisteten Besitzergreifungspatente vom 28. Jänner ausdrücklich gegen Oesterreich und Preußen verpflichtet.

Großbritannien.

London, 4. Juli. Der „Morning Advertiser" meldet, daß die Unterhandlungen über die zwischen England und den Vereinigten Staaten obwaltenden Differenzen wieder aufgenommen worden sind, und zwar unter Umständen, welche zu der Annahme berechtigen, daß Aussichten auf eine friedliche Erledigung der streitigen Punkte vorhanden sind.

Frankreich.

Paris, 4. Juli. Die Protestation von Seiten der Prinzessin Clementine bestätigt sich. Ihr deßfallsiges Schreiben, das übrigens die dargebotene Rente keineswegs direkt ablehnt, befindet sich in den Händen des Hrn. Bocher, an den es gerichtet ist, und lautet:

„Ich erfahre durch die Journale, mein Herr, daß der Kaiser dem gesetzgebenden Körper vorgeschlagen hat, 600,000 Fr. Rente für die Kinder der Prinzessinnen Töchter Ludwig Philipp's zu votiren. Ich beeile mich, zu erklären, daß wir, der Prinz, mein Gemahl, und ich, keinerlei Abkommen mit der Regierung Louis Napoleons getroffen, keinerlei Gunst, keinerlei Entschädigung beansprucht haben. Seit den Dekreten vom 22. Januar, die meine Brüder, die Kinder meiner Schwestern und mich des Erbtheils meiner Vorfahren beraubten, habe ich alle Gelegenheiten benutzt, um gegen diese Verletzung meiner Rechte zu protestiren. Ich habe die Güter zurückgefordert, die mir durch meinen Heirathsvertrag garantirt waren, die Besitzungen, die mir von dem Könige, meinem vielgeliebten Vater, vermacht worden waren. Ich habe Gerechtigkeit verlangt, und ich verlange sie noch."

Heute erwartet man das Eintreffen der Protestation des Herzogs von Montpensier, der den Protest seiner drei Brüder nicht unterzeichnet hatte. Wie verlautet, ist ein europäischer Credit Mobilier gegründet worden, bei dem die bedeutendsten Häuser zu Paris, London, Wien, Konstantinopel ꝛc. betheiligt seyn sollen. Für Paris nennt man die Herren Bonnard und de Galliera.

Der Kardinal Erzbischof von Lyon hat alle dramatischen Uebungen in den Seminarien und geistlichen Kollegien seines Sprengels untersagt.

Der „Köln. Ztg." wird aus Paris folgender Vorfall gemeldet, der sich in der Wallachei zugetragen haben soll. Bekanntlich hat die französische Regierung in Giurgewo einen Telegraphenposten, der von 10 bis 12 französischen Soldaten bewacht wird. Ein österreichischer Offizier ging vor einigen Tagen an dem Posten vorbei. Ein davor stehender französischer Soldat grüßte ihn nicht, einerlei aus welchem Grunde. Der österreichische Offizier hielt sich deßhalb für beleidigt und trat auf den Soldaten zu, um ihn zur Rede zu stellen. Der Soldat gab eine grobe Antwort. Der Offizier wurde noch gröber, und da der Franzose sich das nicht gefallen lassen wollte und ihm gehörig diente, so fiel der österreichische Offizier mit seinem Stocke über ihn hier und prügelte ihn durch. Der Soldat, der nicht bewaffnet war, flüchtete sich in den Posten. Der österreichische Offizier machte sich ebenfalls aus dem Staube kam aber gleich mit 50 bewaffneten österreichischen Soldaten zurück, ließ den Posten umzingeln und erzwang die Herausgabe des französischen Soldaten, der ihn beleidigte. Dieser Unglückliche wurde darauf von der Soldateska aufs gröblichste mißhandelt und gab inmitten der Soldaten seinen Geist auf. Der österreichische Offizier wurde auf Reklamation des französischen Konsuls verhaftet, und eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden. Die französische Regierung hat sich jedoch damit nicht zufrieden gestellt, sondern die sofortige Erschießung des österreichischen Offiziers und die exemplarische Bestrafung aller Theilnehmer an diesem scheußlichen Attentate in einer Note verlangt, die heute Graf Walewski nach Wien sandte. (Wir wollen denn doch, ehe wir irgend ein Urtheil uns erlauben, den österreichischen Bericht über diese angebliche Gewaltthat abwarten.)

* Paris, 4. Juni. 80 Kanonen und Mörser, welche in der Krim und im baltischen Meere erbeutet wurden, 6 Glocken und eine Masse anderer Kriegsgegenstände, sind bereits angekommen und unter dem Vestibül, den Höfen und Gallerien des Artillerie- und Kriegs-Museum am Platz St. Thomas d'Aquin aufgestellt. Diese äußerst reiche und interessante Sammlung, welche kein Fremder zu besichtigen versäumt, ist sonderbarerweise den Parisern fast unbekannt.

* Paris, 5. Juli. Fabrikanten und Arbeiter des Fauburg St. Antoine veranstalteten eine Lotterie zum Besten der Ueberschwemmten. Diese Lotterie ist unter die Patronage der Kaiserin und die Leitung des Minister des Innern gestellt. Der Maire des 8. Arrondissement besorgt den Verkauf der Loose à 1 Frank.

Spanien.

Aehnliche Unruhen wie in Castillen brachen auch auf andern Punkten Spaniens aus. So wird aus Santander (am biscayischen Meer) Folgendes berichtet: „Zahlreiche Banden durchliefen die Straßen der Stadt unter dem Rufe: „Es lebe die Republik." In Folge des von den Ruhestörern auf die Behörden ausgeübten Drucks, mußten der englische Dampfer „Rita" welcher Mehl nach Southampton laden sollte, und die „Cérès" die eine ähnliche Ladung für Nantes einnehmen sollte, abfahren, ohne die Mehlladungen mitnehmen zu können, um der Gefahr in Brand gesteckt zu werden zu entgehen. Der Handelsmann, welcher diesen Fahrzeugen die Mehlladungen liefern sollte, war ermordet, sein Etablissement und mit ihm seine ganze Familie verbrannt worden."

† Madrid, 1. Juli. Man liest in der „Epoca": Letzten Samstag waren zu Madrid Gerüchte von neuen besorgnißerregenden Unruhen im Umlauf, welche zu Zamora, Linares, Sevilla und an andern Punkten Spaniens ausgebrochen seyen. Glücklicherweise sind diese Nachrichten falsch. Nur bei Sevilla fand eine Art von Zusammenstoß zu Titanos statt. In Linares verlangten die Fabrik-Arbeiter Lohnerhöhung, die Ruhe jedoch wurde weder dort noch zu Zamora gestört. In verschiedenen Städten der Mancha bemerkte man allerdings einige Aufregung wegen der neuen Steuern, was zu Malaga zu Zwistigkeiten zwischen der Provinzialdeputation und der Gemeindebehörde führte. Die letzten Berichte aus Valladolid sind vom 20. Juni um Mitternacht. General Armero war von 2 Kompagnien Nationalgarde begleitet an diesem Tage nach Valenzia abgegangen. Der Verurtheilte, welcher am 20. hingerichtet wurde, war Führer (Mayoral) einer Galeere. Es scheint, daß er Flaschen mit zündbaren Flüssigkeiten, deren sich die Empörer zur Verbreitung des Feuers bedienten, nach Valladolid gebracht hatte. Er weigerte sich seine Mitschuldigen zu nennen. Neue Hinrichtungen, darunter zwei Frauen, sollten am selben Tage stattfinden. Alle Angaben beweisen, daß viel Geld vertheilt wurde. Uebrigens scheint es, daß Anfangs ein Theil der Miliz für die Aufrührer nicht eben ungünstig gestimmt war; als aber Brand und Raub begann, erklärten sie sich gegen die Anstifter. Der Plan der Verschwornen war sehr umfassend und sollte sich über ganz Castilien ausdehnen. Zu Valladolid beabsichtigten die Aufrührer die 800 Verurtheilten frei zu lassen, welche sich im Gefängnisse dieser Stadt befinden, und worunter berüchtigte Räuber und Diebe sind. Man sagt, daß sich unter den Tumultuanten, Leute der Bande der Hierros, von Villalain und Fremde befanden. 4 bis 5 National-Gardisten wurden während des Kampfes verwundet. Sobald der Kriegszustand verkündet worden war, hörte das Schreien auf, die Gruppen zerstreuten sich, die Ruhe wurde hergestellt und ernste Störungen sind nicht mehr zu befürchten.

Die „Epoca" glaubt, daß es außer Zweifel ist, daß die Regierung beabsichtigt, sich in den mexikanischen Angelegenheiten sehr energisch zu zeigen. Die Fregatte „Espe-

ranza" und die Korvette „Villa de Bilbao" haben Befehl erhalten, zu den von der Havannah abgegangenen Streitkräften zu stoßen. Andere Kriegsfahrzeuge machen sich in den spanischen Häfen segelfertig. Die von Frankreich in dieser Sache angebotene Vermittlung hindert nicht, sagt sie, daß das Land energische Maßregeln trifft.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 21. Juni. Die Nichtmuselmänner werden, wie man hört, statt 12,500 Mann jährlich zu stellen, 62½ Millionen Piaster Rekrutengeld dafür entrichten. — Der Vicekönig von Aegypten ist dem Vernehmen nach vom Sultan aufgefordert worden, mit einigen Regimentern gegen den noch immer nicht gestillten Aufstand in Arabien einzuschreiten. (Ostd.P.)

Asien.

Eine französische Zeitschrift bringt jetzt erst die Nachricht von der Besitznahme der **Kurileninsel Urup** durch die Engländer und Franzosen während des orientalischen Kriegs. Sie gehört zu Japan, obwohl die Russen eine Handelsniederlassung darauf besaßen, und legt sich bei einer Breite von 14 Meilen in einer Ausdehnung von 134 Meilen vor das Ochotskische Meer. Da sie einen trefflichen Hafen besitzt und sich durch eine reiche Vegetation, sowie milde Temperatur auszeichnet, so ist diese Station von großer Wichtigkeit sowohl für den Handel mit Japan als für die Ueberwachung der Amurmündung, in deren Besitz sich Rußland in der neuesten Zeit gesetzt hat.

Nichtpolitische Zeitung.

Bamberg, 6. Juli. (Oeffentliche Stadtgerichtssitzung.) Samstag, den 5. Juli. In der Untersuchungssache gegen Jos. Schlägel, Betriebsinspektor am Bahnamt Bamberg, wegen Tödtung und Körperverletzung aus Fahrlässigkeit wurde heute das Erkenntniß eröffnet. Der Angeschuldigte wurde des Vergehens der Tödtung, in idealer Konkurrenz mit vier Vergehen und fünf polizeilich strafbaren Realen der Körperverletzung, sämmtlich durch geringe Fahrlässigkeit begangen, für schuldig erachtet und mit einem Festungsarreste von 45 Tagen bestraft. Die Kosten des Prozesses wurden wegen Vermögenslosigkeit desselben der Staatskassa überbürdet, die Kosten des Strafvollzuges hat er jedoch zu tragen.

Der Anklage lagen folgende Momente zu Grunde: Am Montag den 26. Februar 1855 Vormittags um 11 Uhr 10 M. erfolgte auf der Eisenbahn zwischen Ebensfeld und Zapfendorf (Bamberg-Hofer Route) in der Nähe des Ortes Unterleiterbach ein Zusammenstoß des an demselben Morgen um 10 Uhr 40 oder 43 Minuten von Lichtenfels mit zwei Maschinen abgegangenen Extra-Güterzuges mit einer von Bamberg in Folge einer telegraphischen Depesche von Lichtenfels nach Neuenmarkt abgesendeten Hilfslokomotive. Bei diesem Zusammenstoße wurde der den Extrazug führende Kondukteur getödtet, ein Lokomotivführer erlitt durch Prellung und Quetschung eine 5monatliche Arbeitsunfähigkeit, 3 Lokomotivführer wurden durch Quetschungen und Verstauchungen 15, 22 und 35 Tage, 2 Heitzer durch Quetschung 20 und 34 Tage arbeitsunfähig, und bei drei Bremsern trat durch Verwundungen ein 3tägige, 8tägige und 24tägige Arbeitsunfähigkeit ein. Es ergaben sich demnach 10 Vergehen und zwar eines der Tödtung und 9 der Körperverletzung aus geringer Fahrlässigkeit, die dem Angeklagten, welcher zu jener Zeit erst 20 Tage das Amt eines Betriebsinspektors versah und bis dahin lediglich im inneren Dienste verwendet gewesen war, zur Last gelegt wurden, weil dessen Verantwortlichkeit der ganze Betrieb überlassen war. Aus den Entscheidungsgründen ergibt sich, daß die Fahrlässigkeit des Angeschuldigten darin gefunden wurde, daß er auf seine telegraphische Depesche keine Rückantwort abgewartet und das Hülfslokomotiv ohne solche habe abgehen lassen, da dieses das einzige sichere Mittel gewesen wäre, den Zusammenstoß zu vermeiden, und alle anderen getroffenen Vorsichtsmaßregeln als unzulänglich erachtet werden mußten.

Ansbach, 5. Juli. Gestern Abends 7¼ Uhr brach in der nördlich von der Stadt gelegenen v. Crailsheim'schen großartigen Brauerei **Feuer** aus. Dasselbe entstand in einem kurz vorher eingebrachten Heuwagen, wodurch sich mehrere in der Nähe desselben sich befindende andere Heuwägen entzündeten, die dann das Gebälke der Scheune anbrannten, von wo aus die Flamme sich den andern Gebäuden mittheilte. Das Wohnhaus, der obere Theil des Brauhauses, sämmtliche Stallungen und die Scheune, sowie gegen 300 Klafter Holz brannten ab. (N. Korr.)

Paris, 3. Juli. Ein französischer Chemiker hat neulich ein neues Nahrungsmittel erfunden, welches er **Fleischmilch** (lait de viande) nennt. Es ist eine Art weißer, milchiger Bouillon, den er aus dem Absud von Fleisch und Knochen bereitet. Man vermischt diese Fleischmilch mit Kaffee und Chokolade und erhält dadurch ein sehr angenehmes und nahrhaftes Getränk. Dieses neue Surrogat ist in dem Musterdock für wohlfeile Preise von Delamarre zu haben. (Fr. Pstz.)

Auf einer französischen Eisenbahn soll eine Verbesserung eingeführt werden, welche dem jetzt bestehenden Eisenbahnwagen-Zellensystem gegenüber als ein wichtiger und werthvoller Fortschritt bezeichnet werden muß. Es handelt sich nämlich um die Einführung von **Zeltwagen**, welche den Reisenden den freien und vollen Anblick der jetzt meist nur einseitig genießbaren Gegenden verschaffen würden. Auf der Strecke von Lyon nach Genf sollen dagegen Familienwagen, mobile Hôtel garnis, für Engländer in Verwendung kommen, in welchen diese nach Belieben ihren Thee kochen, ihre Sandwichses kauen und schlafen könnten.

Handels- und Börsen-Berichte.

* Der diesjährige **Wollmarkt** in Augsburg war mit 3654¼ Ztr. Zollgewicht befahren, also um ⅓ mehr als im Vorjahre. Die Wäsche war im Allgemeinen mittelmäßig. Die lebhafte Nachfrage bestand nach guten mittelfeinen Bastardwollen, die auch rasch und vollständig abgesetzt wurden. Geringer war dieselbe nach feinen Wollen, obwohl auch diese alle verkauft wurden und die verlangten und dem diesmaligen Aufschlage entsprechenden Preise erzielten. Im Allgemeinen gestalteten sich die Preise aller Wollgattungen um durchschnittlich 10 bis 15 fl. pr. Ztr. höher als im Vorjahre und zwar hochfeine 160 bis 170 fl., feine 150—160 fl., mittelfeine Bastard 130—140 fl., rauh Bastard 100—120 fl., deutsche 75—100 fl. Einzelne grobe Wollen wurden auch um geringere Preise verkauft. Unverkauft blieben von dem ganzen Quantum nur 364 Ztr., meist Handels- und fremde Wollen.

Aus dem Hannoverschen, 20 Juni. Es sind uns in diesen Tagen aus verschiedenen Gegenden sehr erfreuliche Berichte über die weitere Entwickelung und den gegenwärtigen Stand der Feldfrüchte zugekommen, so daß für Geest- und Marschfelder die Hoffnung auf eine recht gesegnete Aernte immer bestimmter und größer wird. Unter Andern ist uns aus einem Ackergebiete mit vorherrschendem Sand- und theilweisen Moorboden mitgetheilt, daß namentlich der Winter-Roggen zu einer solchen Höhe auf fast allen Feldern empor gewachsen sey, wie man ihn dort sehr selten anzutreffen pflege. Jemand, der eben erst von einer Reise durch das Fürstenthum Hildesheim zurückgekehrt war und auf einem solchen Bruchfelde im Lüneburgischen die Aehren über einen groß gewachsenen Mann hervorragen sah, gestand, in jenen gesegneteren Landestheilen kein schöneres Kornfeld angetroffen zu haben. Auch die Blüthezeit ist für den Roggen überaus günstig gewesen, insofern als die letzten Wochen durchweg warme Tage, einen mäßigen Wind und wenig Regen brachten. In der Marschgegend ist der Roggen ebenfalls so reich bestaudet, wie in kräftigen Halmen aufgewachsen, und gewährt gegenwärtig ein solches Feld, das mit seinen langen Aehren vom Winde in eine wellenförmige Bewegung gesetzt wird, einen prachtvollen Anblick. Nicht ganz so ausgezeichnet sind die Hoffnungen in Beziehung auf den Sommer-Roggen, dem indessen nach einem milden warmen Regen noch eine günstige Entwickelung in Aussicht zu stellen, und von dem ebenfalls auch noch eine reiche Aernte zu erwarten seyn dürfte.

Der Waizen steht in der Marsch ausgezeichnet gut. Man sieht von dieser Frucht da, wo die erforderlichen Kulturbedingungen vorhanden sind, kein mißrathenes und kaum ein mittelmäßig sich darstellendes Stück. Auch auf der Geest hat der Waizen bei dem fruchtbaren Wetter im Wachsthum ungewöhnlich gute Fortschritte gemacht, obgleich er hier fast überall nicht so reich verzweigt ist, also bei der Aernte im Allgemeinen eine geringe Anzahl von Stiegen, aber bei guter Blüthezeit einen desto reicheren Körnerertrag zu geben verspricht. Hafer und Gerste stehen, im Ganzen genommen, gut, und für den auf den Sandfeldern wachsenden Buchwaizen ist die Witterung, namentlich in den letzten 14 Tagen, ungemein zuträglich gewesen.

Der Stand der Kartoffeln berechtigt auf der Geest bis dahin gleichfalls zu den größten Hoffnungen. In der Marsch-Gegend sahen wir manche Felder, welche ungleichmäßig aufgegangen und oft dürftig bestaudete Pflanzen zeigten. Wollen wir nach der Ursache dieser Erscheinung suchen, so scheint sie uns theilweise in den kleinen und mitunter schlechten Saatkartoffeln zu liegen. Denn bei dem ungewöhnlich hohen Preise und dem

vielfach zu Tage getretenen Mangel der Kartoffeln ist vielfach sehr kleine Saat ausgepflanzt, welche selbstverständlich nicht so zahlreiche und so kräftige Stengel treiben kann, wie eine größere Pflanzkartoffel. Jedoch ist zu bemerken, daß das günstige Wetter auch äußerst wohlthätig auf die dürftiger ausgestatteten Felder eingewirkt hat, so daß wir bis jetzt auf eine durchweg sehr gute Kartoffelärnte hoffen zu dürfen Ursache haben, — wenn unsere Felder mit der Seuche verschont bleiben.

Elbing, 1. Juli. Die Witterung ist seit Sonnabend den Feldfrüchten außerordentlich ungünstig, stürmisch mit heftigen Regengüssen und so kalt, daß es in einer Nacht gefroren hat. Seitdem wir vor einigen Tagen meldeten, daß sich Rost im Waizen finde, sind die Klagen darüber so allgemein geworden, daß man annehmen kann, diese Krankheit sey über die ganze Provinz verbreitet, doch ist sie beinahe überall aufgetreten, ehe die Aehren heraus waren, so daß mit wenigen Ausnahmen nur die Blätter davon befallen, die Halme aber frei geblieben sind. Die Aehren haben sich ziemlich gut entwickelt, so daß man doch noch auf einen guten Ertrag hoffen könnte, wenn die Blüthezeit nicht so ungünstig wäre. Roggen hat so voll gesetzt, daß bei einigermaßen gutem Wetter auf einen guten Ertrag zu rechnen ist. Die Sommersaaten stehen gut bis auf Erbsen, die in einigen Gegenden nur mittelmäßig stehen. Die Kartoffeln stehen schön, für diese und Futter ist aber trockene Witterung jetzt dringend nöthig.

Nakel, 29. Juni. Wir haben alle Ursache zu danken, für die so schön stehenden Getraide- und Kartoffelfelder. Der Roggen hat die Blüthezeit sehr gut bestanden, und die Kartoffeln haben sehr reichlich angesetzt. Auch die Heuärnte ist jetzt im vollsten Gange und durchaus gut; außer vorgestern und gestern, wo häufiger Gewitterregen störend entgegentrat, ist dieselbe noch nicht unterbrochen worden. Alle diese guten Aerntenaussichten lassen uns die seit kurzem wieder mehr fühlbar gewordene Theuerung der Lebensmittel einigermaßen ertragen.

Cours von Steinkohlen-Aktien.

Leipzig, 5. Juli. Mitgetheilt von Heinr. Küstner u. Co.

Aktien der Steinkohlenbau-Vereine:		Cours incl. Einzahl.		Einzahlung.
Zwickauer (Vereinsglück)		320	—	46
Erzgebirgischen	im Ausb.-Betrieb	275	—	100
Bürgergewerkschaft zu Zwickau. (Scheffelschein)		980	1000	64
Nieder-Plauitz und Vorder-Neudörfel. (Himmelsfürst)		148	—	30
Herrmannsgrube zu Reinsdorf (früher Gräfl. Solm'scher Schacht.)		—	—	—
Oberhohndorf-Forst		55	—	45
Oberhohndorf-Schader	im Bau	—	30	20
Zwickau-Lugau (Neue Fundgrube)		—	18	18
Lugau-Nieder-Würschnitzer		100	—	100
Nieder Würschnitz-Kirchberger		—	27	30
Zwickau-Oberhohndorfer	im Bohrversuche	—	10	5
Wildenfels mit Härtensdorfer		—	6	7
Pölbitzer		—	—	12
Weissenborner		—	2	3
Bockwaer		—	3	1½
Zwickau-Schönauer		—	3	1½
Zwickau-Vielauer		—	—	3
Zwickau-Reinsdorfer		—	5	3
Zwickau-Oberreinsdorf. I. Complex.		—	4½	4
do. do. II. Complex.		—	2½	2
Oberhohndorf-Vielauer		2½	-	2
Zwickau-Brückenberger		—	7	2
Planitzer		—	—	2
Zwickau Leipzig		—	3	2
Ortmannsdorfer		—	—	2
Steegenschacht bei Nieder-Würschnitz		—	4	4

Frankfurt, 7. Juli. Die Börse war heute ziemlich belebt. Oesterr. National und Kreditaktien wurden besser bezahlt, während Livorno-Florenz etwas billiger abgegeben wurden.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien waren heute, wenn auch etwas niedriger, doch beliebt, sie wurden in starken Posten zu 106½ ⅝ u. ¾ verhandelt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1307 P. 1302 G. Neue Bankaktien 430 P. 425 G. Credit-Actien à 5pCt. 238 P. 236 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 84⅜ P. 84⅛ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90¼ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 82¼ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89½ P. 89 G.; à 4½pCt. 73¼ P. 73 G.; à 4pCt. 65⅛ P. 64⅝ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 4pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 117 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 104¾ P. 104¼ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 297 P. 295 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 88½ P. 88 G.; 4pCt. 94¾ P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 94⅞ P. 94⅝ G.; 4½pCt. 101⅛ P. 100⅝ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105¼ P. 105 G. 5pCt. 100¾ P. 100¼ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 150 P. 149½ G. Neustadt-Weissenb. 113½ P. 113 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117¾ P. 117¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅞ P. 90⅜ G.; 4½pCt. 102¼ P. 101¾ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 84½ P. 83⅝ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39½ P. 39¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63½ P. 63 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100½ P. 99⅝ G.; 4½pC. 103 P. 102½ G.; Loose à fl. 50 112⅞ P. 112⅜ G.; à fl. 25 33⅞ P. 33⅜ G.; Darmstädter Bankaktien alte 419 P. 417 G.; junge 364 P. 362 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109⅞ P. 109⅜ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31¾ P. 31½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 121 P. 120½ G.; Taunus-Aktien 324 P. 322 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 82 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 570 P. 567 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅝ P. 40⅜ G.; 1pCt. neue 25⅛ P. 25 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅛ P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118¾ P. 118½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¼ P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¼ P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117¾ P. 117⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88¾ G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛ P. 116⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto - P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Bamberg, 7. Juli. Gestern feierte der hiesige *katholische* Gesellenverein sein Fahnenweih- und erstes *Jahresfest*. Se. Exc. der hochwürdigste Hr. Erzbischof *segnete* im Dome nach der Festpredigt die von mehreren Damen hiesiger Stadt prächtig gestickte Fahne ein, worauf von Sr. Bischöflichen Gnaden Hrn. Bischof Deinlein das heil. Opfer mit einer schönen Choralmesse von der Orgel aus begleitet gefeiert wurde. (B. Z.)

Wien, 5. Juli. Die beiden prachtvollen Wagen, welche Fürst Esterhazy bei der Kaiserkrönung in Moskau benutzen wird, haben an 25,000 fl. gekostet. — Für den würdigen Empfang der Mitglieder der im Monat September in Wien stattfindenden Naturforscherversammlung sind 20,000 fl. bestimmt. (Fr. Pstz.)

London, 4. Juli. Als Beispiel schönen Edelsinnes unter der Kaufmannsklasse verdient die Thatsache erwähnt zu werden, daß eine hiesige Firma (Hamburger, Rogers u. Co., welche eine Fabrik von Soldatenequipirungen hat), die sich durch die Zeitumstände veranlaßt sah, einen großen Theil ihrer Arbeiter zu entlassen, den Betagteren darunter eine lebenslängliche Pension von 10 Schilling per Woche aussetzte. (Fr. Pstz.)

London, 4. Juli. Die Geldnachfrage war die ganze Woche über bedeutend, dabei der Geldmarkt flotter und werden Wechsel guter Häuser mit 4½ pCt. (½ pCt. unter dem Bankzinsfuß) leicht begeben. (Fr. Pstz.)

London, 5. Juli. Sir W. Williams of Kars tritt im Flecken Colne als Kandidat auf, um sich an die Stelle Lord Selburne's in das Unterhaus wählen zu lassen. (Fr. Pstz.)

Aus dem Königreich Polen, 1. Juli. Der Statthalter des Königreichs Polen, Fürst Gortschakoff, hat mittels einer Verordnung, welche durch die von den Bezirksvorstehern an sämmtliche Gemeindevorsteher und Bürgermeister der Städte ergangenen Rundschreiben veröffentlicht wurde, kraft kaiserlichen Befehls allen vor der Militärausbebung flüchtig Gewordenen ohne Ausnahme die straffreie Rückkehr bewilligt. (Donau.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Wöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 189.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 9. Juli 1856.

Deutscher Bund.

Aus Thüringen, 2. Juli. Die gestern beendigte Konferenz der höheren Polizeibeamten in Eisenach schien ihre Berathungen in ein noch dichteres Geheimniß hüllen zu wollen, als dieses Seitens der Zollkonferenz der Fall ist. Demohngeachtet kann ich Ihnen den Hauptzweck derselben verrathen; er bestand darin: einen festeren polizeilichen Organismus der verschiedenen deutschen Staaten herzustellen, so daß polizeiliche Maßnahmen sich stets gegenseitiger Unterstützung erfreuen, und der polizeiliche Arm, welcher in dem einen deutschen Staate erhoben wird, sich durch jene Unterstützung auf alle übrigen erstreckt. Gemäß den in der Konferenz gefaßten Beschlüssen sollen nun auch die niederen Polizeibeamten instruirt und auch zeitweilige Konferenzen zwischen diesen angeordnet werden. Die Wichtigkeit jener Konferenz geht auch aus der Theilnahme der höheren Polizeibeamten der größern deutschen Staaten hervor, und Wien wie Berlin, Hannover wie München, Stuttgart wie Karlsruhe haben ihre Vertreter nach der Stadt an der Wartburg gesendet. (H. N.)

Bekanntlich ward kürzlich von 80 Tabaksfabrikanten, die sich in Hannover versammelten, eine Denkschrift gegen eine beabsichtigte Erhöhung der Tabaksteuer entworfen, um der Zollkonferenz übermittelt zu werden. Aus guter Quelle erfährt die „Berliner Börsen-Zeitung" schon jetzt, daß die auf eine solche Erhöhung gerichteten Anträge süddeutscher Regierungen an dem dissentirenden Votum Preußens und Hannovers so gut wie gescheitert seyen.

Eisenach, 6. Juli. Wie man vernimmt, wäre Aussicht auf Herabsetzung des Eingangszolls auf Seide vorhanden. Man soll nämlich hierbei Seitens der Zollkonferenz von der Erwägung ausgehen, daß die Seidenkultur im Bereiche des Zollvereins, den gemachten Erfahrungen zufolge, nicht gedeihen wolle; daß andererseits der Verbrauch der Seidenstoffe immer allgemeiner werde, so daß eine Herabsetzung des Zolls jenen im Ganzen so steigern werde, daß eine diesfällige Verminderung in der Einnahme im Ganzen nicht zu befürchten sey. (D.A.Z.)

Berlin, 5. Juli. Die ministerielle „Zeit" ist ermächtigt, das von der „Berl. Börsen-Zeitung" in Umlauf gesetzte Gerücht, daß bei der in Wien stattfindenden Münzkonferenz „auch der Punkt zur Berathung gestellt worden, generelle und für alle deutsche Staaten bindende Grundsätze für die Ausgabe von Staatspapiergeld, namentlich auch über das Verhältniß der Gesammtsumme desselben zu den Staatseinnahmen zu vereinbaren", und daß „speziell preußischerseits eine Denkschrift mit dem Entwurfe desfallsiger Normativ-Bestimmungen vorgelegt worden", als unwahr in allen ihren Theilen zu bezeichnen. Die deutsche Münzkonferenz in Wien beschäftigt sich lediglich mit klingender Münze und hat mit Papiergeld nichts zu thun. (Minister v. d. Pfordten hat jüngst in der bayer. Abgeordnetenkammer das Gegentheil erklärt. Was soll man nun glauben?) (Deutschl.)

Bayern. Das Amtsblatt für Mittelfranken enthält folgendes Ausschreiben der k. Kreisregierung: „Im Namen Seiner Majestät des Königs. Mehrfach ist wahrgenommen worden, daß Gewerbtreibende, welchen die Führung des Hoftitels allerhöchst bewilligt worden ist, sich beigehen lassen, das große oder kleine oder mittlere königl. Wappen auf Rechnungen, Korrespondenzen, Waaren, Fabrikaten, Signaturen, Preiskurants, Etiquetten oder in Zeitungsannoncen in Form eines Siegelabdruckes zu gebrauchen. Solches kann den mit einem Hoftitel Begnadigten durchaus nicht zugestanden werden, und haben sich Letztere darauf zu beschränken, das große k. Wappen mit den Ordensketten auf ihren Aushängschildern in geschnitzter oder gemalter Form zu führen und außerdem den betreffenden Hoftitel in schriftlicher Bezeichnung auszudrücken. Nach allerhöchsten Befehlen Sr. Maj. des Königs muß den Ueberschreitungen der vorbezeichneten Norm begegnet und der desfalls eingerissene Mißbrauch abgestellt werden. Aus Anlaß einer Entschließung des k. Staatsministerium des Innern vom 30. v. M. werden daher sämmtliche Gewerbspolizeibehörden von Mittelfranken hiemit angewiesen, zum Vollzuge dieses allerhöchsten Befehles ungesäumt das Geeignete zu verfügen und, wenn fortan gleichwohl eine Außerachtlassung der gegebenen Normen erfolgen sollte, dagegen ernstgemessen einzuschreiten."

Nach dem Vorgang anderer Städte haben die Augsburger und die Regensburger Schuhmacher eine Erklärung abgegeben, worin unter Anführung der Motive der Aufschlag des Preises ihrer Arbeiten von 6 kr. auf den Gulden angezeigt ist. Ebenso ist die Bitte um halbjährige Abrechnung gestellt.

Preußen. Berlin, 5. Juli. Der König hat dem Verfasser des in der hiesigen Decker'schen geheimen Oberhofbuchdruckerei erschienenen, mit Benutzung eines polnischen Vorbildes bearbeiteten Romans: „Der Fürst", „Mein Liebchen" und seine „Parteigänger", Hrn. Kammergerichtsassessor Jerzewski, mit dem Ausdruck der allerhöchsten Anerkennung für seine literarischen Bestrebungen eine kostbare Busennadel zustellen lassen. Hr. Jerzewski hat sich unter dem literarischen Namen W. Bachmann schon durch mehrere bemerkenswerthe Arbeiten auf dramatischem Gebiet die Theilnahme der gebildeten Kreise erworben.

Großherzogthum Hessen. Darmstadt, 2. Juli. Die Versorgung des Proletariats wird in steigendem Grade zur Sorge der Gemeinden. Einzelne derselben, z. B. Großzimmern, haben ihre Armen über das Weltmeer geschickt, ohne damit den Keim des Nachwuchses zu ersticken. Andere Gemeinden ergreifen andere Mittel. Originell ist die Operation der Gemeinde Wolfskehlen in unserer Nähe. Eine Aktiengesellschaft hat sich gebildet, um in Anwendung einer von ihr erkauften Erfindung aus Torf, der sich in der Gemarkung dieses Dorfes und in benachbarten Gemeinden findet, ein Fabrikat zu bereiten. Die Gemeinde hat ihr ein Gelände von ansehnlichem Umfang und zwar unentgeldlich überlassen, jedoch mit der Bedingung, daß die Gesellschaft 150 Proletarier der Gemeinde zu Arbeitern annimmt. Die Gesellschaft ist darauf eingegangen, weil sie viele Arbeiter braucht, und zahlt einen recht ansehnlichen Taglohn. Am meisten nimmt das Proletariat im Odenwald zu. (Fr. Post-Ztg.)

Kurhessen. Kassel, 5. Juli. Der Kurfürst ist heute nach Ostende abgereist. (N. K.)

Sachsen-Meiningen. Meiningen, 5. Juli. Am vorigen Sonntag früh halb 5 Uhr wurde Joseph Meyer, der Chef des bibliographischen Instituts in Hildburghausen, beerdigt und zwar auf seinen ausdrücklichen Wunsch ohne alle kirchliche Zeremonien und ohne Begleitung der Geistlichen. Dem Sarge hatten sich nur wenige der Familie Näherstehende angeschlossen; aber eine große Volksmenge hatte sich auf dem Friedhofe eingefunden. Sein Sohn Hermann hielt die Grabrede. Seine beiden Hauptunternehmungen sollen so vertheilt werden, daß die Wittwe das bibliographische Institut, dessen Besitz ihr schon zu Lebzeiten Meyers gerichtlich zugeschrieben worden war, fortgesetzt, sein Sohn Hermann aber die Bergwerke übernimmt. Meyers Sammlungen an Gemälden, alten Holzschnitten, Kupferstichen, seltenen Drucken u. s. w. sind wahrhaft fürstlich und von außerordentlichem Werthe. Es dürfte kaum eine der seinen gleich werthvolle Privatsammlung dieser Art in Deutschland zu finden seyn. (Fr. Pstz.)

Oesterreich. Dem Vernehmen nach ist ein Entwurf des oft herbeigewünschten österreichischen Kolonisirungsgesetzes nunmehr vollendet. In diesem neuen Gesetze sollen jene Distrikte Ungarns, wo Kolonisirungen vorzunehmen seyn werden, durch ein eigenes Kolonienetz genau bezeichnet werden. Die Unternehmungen der Kolonien würden bei Erfüllung der festgesetzten Bedingungen und Vorschriften an Kapitalisten und Grundbesitzer überlassen werden. Die Regierung würde die Kolonie und

Gründung derselben überwachen. Somit wäre denn Ungarn der Einwanderung in Masse erschlossen, ein Land, das wie kein zweites in Europa deutschen Fleiß fruchtbringend lohnt. Ungarn, das Jahrhunderte hindurch aus Ungunst seiner innern Zustände stagnirte, ist ein Land des Schaffens geworden; durch die Regulirung der Theiß und ihrer Nebenflüsse werden die großen Sümpfe trocken gelegt und ihm eine ganze Provinz des ergiebigsten Ackerbodens gewonnen; Eisenbahnen nach allen Richtungen werden tracirt und binnen wenigen Jahren fahrbar seyn, so daß eine Entwickelung der Produktion und des Handels in Aussicht steht, deren Dimensionen mit der Zeit an das Riesenhafte gränzen werden. (Fr. Pstz.)

Wien, 5. Juli. Man versichert mich, daß im Laufe dieser Woche eine neue Note des k. k. Kabinets nach Neapel abgegangen sey, welche auf die abermalige Spannung des dortigen Kabinets mit jenen der Westmächte hinweist und für die Gefahren und Folgen, die aus einer Fortsetzung dieses Verhältnisses entstehen können, verantwortlich macht. (N. C.)

Schweiz.

Bern, 4. Juli. Die durch Natur und Geschichte verbundenen, aber konfessionell getrennten Thalschaften Emmenthal und Entlebuch feierten letzter Tage seit dem Sonderbundskrieg zum ersten Male wieder in Langnau das „Wyberschießen", so genannt, weil an diesem Schützenfest auch Frauen und Mädchen Theil nehmen. Man gelobte sich Abends beim gemeinsamen Mahle unter allgemeiner Begeisterung auf's neue gegenseitige Treue und Bruderschaft. (A. Z.)

Dänemark.

Aus Altona vom 3. Juli schreibt die „Nat.-Ztg.: „Seit mehreren Tagen ist hier nach Briefen aus der Stadt Schleswig das fast unglaublich erscheinende, aber doch wohl nicht unbegründete Gerücht verbreitet, daß, wie man vermuthet, auf Betrieb des Bürgermeisters Leisner, an diejenigen von den dortigen Bürgern und Einwohnern, die in den Kriegsjahren für die schleswig-holsteinische Armee oder das deutsche Bundes- (Reichs-) Heer Lieferungen übernommen oder sonst etwas an dieselben verkauft haben, der Ministerialbefehl ergangen sey, die damals eingenommenen Summen zurückzuerstatten."

Kopenhagen, 29. Juni. Einer Analyse der vor einigen Tagen erwähnten preußischen Note an das dänische Kabinet, welche die „Bresl. Ztg." bringt, entnehmen wir Folgendes: „Die Erlasse des preußischen Kabinets bestehen in zwei Schriftstücken, nämlich in einer Depesche und einer derselben beigefügten Denkschrift. Die Depesche ist zur vertraulichen Mittheilung an das dänische Kabinet bestimmt und vom 1. Juni d. J. datirt. Herr v. Manteuffel nimmt darin auf die in den deutschen Herzogthümern laut werdenden Klagen Rücksicht, welche er als nicht unbegründet bezeichnet. Er würdigt die in der Angelegenheit liegenden Schwierigkeiten, doch spricht er den Wunsch aus, daß es der Weisheit der dänischen Regierung gelingen möge, noch zur rechten Zeit einer tieferen Aufregung der Gemüther durch Maßregeln vorzubeugen, welche geeignet wären, die deutschen Herzogthümer in der Zuversicht zu stärken, daß ihre gemeinsamen Interessen nicht schutzlos bedroht seyen. Das preußische Kabinet weist darauf hin, daß ihm die Pflicht obliege, einer etwaigen Gefährdung der den Herzogthümern zugesicherten Rechte nicht theilnahmslos zuzuschauen, und daß eine erneute Beschwerdeführung beim Bundestag Deutschland zu einer ernsteren Betheiligung berufen könnte. Dabei stellt aber Preußen es auch als eine Pflicht der Freundschaft gegen die dänische Regierung hin, wenn es bei Zeiten die Aufmerksamkeit derselben auf eine drohende Gefahr lenkt und wünscht, seine vertraulichen Vorstellungen als den Ausdruck freundschaftlicher Gesinnungen betrachtet zu sehen. Die Denkschrift spricht sich in ruhiger, durchaus objektiver Darstellung über die vorliegenden Beschwerdegründe aus, und zwar in Anknüpfung an das jüngst vom dän. Reichstag angenommene Gesetz, durch das die Regierung ermächtigt wird, das nach Schleifung der Festung Rendsburg freigewordene Areal als Domänengrundstück zu veräußern. Es wird anerkannt, daß der betreffende Gegenstand in materieller Beziehung von geringer Erheblichkeit sey. Indeß wird Gewicht auf die prinzipielle Bedeutung der Frage gelegt, insofern das erwähnte Gesetz sowohl in staatsrechtlicher als internationaler Rücksicht gegen die von der dänischen Krone eingegangenen Verpflichtungen entschieden verstößt. Staatsrechtlich steht nämlich das Gesetz für die gemeinsamen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. Okt. 1855, an welches sich die Verordnung wegen des Domänenverkaufs anlehnt, in Widerspruch mit den verfassungsmäßigen Rechten der Herzogthümer. Andererseits löst aber das Domänengesetz auch eigenmächtig eine Frage, welche zur Zeit noch einer Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark vorbehalten war. Die dänische Regierung behandelt nämlich das Rendsburger Areal ohne Weiteres als ein zu Schleswig gehöriges Gebiet, während bei den Verhandlungen des Jahres 1851 über die Gränzregulirung zwischen Holstein und Schleswig gerade über das fragliche Terrain widerstreitende Ansichten laut wurden, deren Vermittlung vorbehalten blieb."

Großbritannien.

London, 5. Juli. Es war hier gestern ein Prozeß zwischen der Times und einem Schneidergesellen verhandelt und der Drucker der Times zur Zahlung einer Entschädigungs-Summe von 400 L. verurtheilt. Die Veranlassung des Rechtshandels war folgende: Der bekannte Krim-Correspondent der Times hatte erzählt, der „Agent und Repräsentant eines berühmten Militär-Schneiders von London sey in Balaklawa zu nächtlicher Stunde in Händel mit den Wächtern der öffentlichen Ruhe gerathen, habe einem derselben einen Faustschlag in's Gesicht versetzt, sey dann vor den Profoß geschleppt worden und habe auf Befehl desselben zwanzig Hiebe aufgezählt erhalten. Dieser ehrenrührige Bericht, datirt aus dem Lager vor Sebastopol, 20. Nov. 1855, und abgedruckt in der Times vom 3. Dezbr. desselben Jahres, kam dem Kläger Smith, Agenten oder Repräsentanten des Londoner Schneiders Buckmaster (zu deutsch Bockmeister) zu Gesicht. Niemand anders als er konnte gemeint seyn, da sich zu der besagten Zeit außer ihm kein Agent oder Repräsentant eines Londoner Militär-Schneiders auf der Krim befand. In Folge davon erging an die Times die Aufforderung, jene verleumderische Erzählung zu widerrufen. Die Times zog Erkundigungen ein, gelangte zu der Ueberzeugung, daß die ganze Geschichte aus der Luft gegriffen sey, und brachte eine Berichtigung. Diese war jedoch nicht so beschaffen, daß sie heilenden Balsam in das verwundete Gemüth des Kleiderkünstlers goß, ward vielmehr noch gestern von seinem Advokaten als ein „spöttisches u. verächtliches, eben so beleidigendes als skandalöses Machwerk" bezeichnet. Der Spott muß ziemlich fein u. versteckt seyn; wenigstens haben wir ihn trotz aller Mühe bei Durchlesung der erwähnten Berichtigung nicht zu entdecken vermocht. Der Antrag des gekränkten Schneiders lautete auf 1000 L. Entschädigung, und die Jury erkannte ihm auch wirklich 400 L. zu, obgleich der Richter in seinem Resumé bemerkte, die Annahme, als habe die „Times" dem Kläger gegenüber irgendwie eine böse Absicht gehabt, sey geradezu lächerlich, und der Widerruf eines unfreiwilligen Irrthums, so wie die Zahlung der Gerichtskosten werde wohl eine hinreichende Buße seyn. Die „Times" meint, ein solches Urtheil müsse umgestoßen werden, und legt Berufung an ein anderes Gericht und andere Geschworene ein. (Köln. Ztg.)

Das „Morning Chronicle" schreibt: „Es geht das Gerücht, Herr Belmont, der Gesandte der Vereinigten Staaten im Haag, sey gesonnen, 100,000 Dollars zu verausgaben, um die Wahl Buchanans zum Präsidenten durchzusetzen. Er würde dafür mit Verleihung des Gesandtschaftspostens in Paris belohnt werden." (Fr. Postztg.)

In Birmingham, dem wegen seines ausschließlich materiellen Charakters so verrufenen, ist seit einiger Zeit eine Anstalt entstanden, die den Ungläubigsten überführen mag, daß die Hebung und Veredelung des Arbeiterstandes zunächst und am sichersten aus ihm selbst heraus in der Form der Association zu erstreben sey. Fünf Arbeiter traten, vor einem Jahre ungefähr, zusammen und beschlossen, daß jeder von ihnen zu geselligen Zwecken wöchentlich einen Penny einschießen solle. Als sich ein kleiner Fonds gebildet hatte, wurde ein Lokal gemiethet, gesellige Spiele, Zeitschriften und Anderes angeschafft. Das ist der kleine Anfang der jetzt bestehenden „Oeffentlichen Erholung" (public recreation Society), welche jetzt 1500 Mitglieder zählt, von denen an gewöhnlichen Abenden gegen 500 zum Zwecke der Unterhaltung und Belehrung versammelt zu seyn pflegen. Die Einnahme beträgt gegen 20 L. wöchentlich, die Ausgabe für Lokal, Beleuchtung, Zeitschriften, Bücher, physikalische Instrumente und allerhand Spielgeräth nur ungefähr 6 L., so daß der beträchtliche Ueberschuß mit der Zeit ein Kapital bilden wird, welches der Gesellschaft auch in ungünstigeren Zeiten ein ruhiges Bestehen verbürgt. An Werktagen sind die Lokale von 5 bis 10 Uhr geöffnet, an Sonntagen aber bereits von 2 Uhr an. Die Ordnung und Ruhe, die unter dieser so zahlreichen Gesellschaft herrscht, ist musterhaft und legt Zeugniß für die Wahrheit des Satzes ab, daß der Trieb zur Veredlung des Daseyns sich überall mächtig regt, wo er nicht künstlich zurückgehalten wird. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 6. Juli. Nach amtlichen Dokumenten besteht der Verlust der französischen Orient-Armee seit der ersten Truppenausschiffung in der Türkei bis zum Abschluß des Friedensvertrages in: Offizieren aller Grade: 1284 (darunter 14 Generale,

20 Stabsoffiziere, 32 Administrations-Offiziere, 70 Aerzte, 12 Priester); Unteroffiziere 2c.: 4403; Soldaten: 56,805; im Ganzen 62,492 Mann. Während derselben Periode von zwei Jahren starben in den andern Theilen der französischen Armee, nämlich in Algier 5246, in Italien 1088, im baltischen Meer während der Expedition von 1854 1059, in Frankreich selbst 13,635, im Ganzen 21,028 Mann aller Grade und Waffen. Die Flotte ist in diesen Zusammenstellungen nicht mit einbegriffen. (Pf. Z.)

Paris, 6. Juli. Graf Morny reist nach einer Korrespondenz der „Independance belge" am Sonntag den 6. nach Wildbad ab. Am 25. würde er in Berlin mit dem übrigen für die Moskauer Krönung bestimmten Gefolge zusammentreffen und den Weg nach St. Petersburg einschlagen. Die Krönung des Kaisers Alexander findet erst gegen Ende August statt. (Allg. Ztg.)

Unterm 5. Juli schreibt man der „Köln. Z." aus Paris über den neulich gemeldeten Vorfall in Giurgewo noch Folgendes: „Die österreichische Regierung hat eine Note über den bedauerlichen Vorfall, von dem ich Ihnen gestern schrieb, an die französische Regierung gesendet. Man verspricht darin eine exemplarische Bestrafung aller Theilnehmer am Attentat. Bei meiner gestrigen Erzählung muß ich berichtigen, daß der österreichische Offizier, die erste Ursache des Vorfalls, nicht mit den Soldaten zurückkam. Dieselben wurden bloß von einem Korporal befehligt."

Italien.

Rom, 28. Juni. Am 1. Juli wird der König beider Sizilien von Gaeta aus dem Papst in Porto d'Anzo einen Besuch abstatten. Bei gegenwärtigen Zeitumständen ist es natürlich, daß man allgemein diese Zusammenkunft zwischen Pius IX. und Ferdinand II., am beinahe öden Gestaden von Antium, irgend einem wichtigen politischen Zweck zuschreibt. (All. Ztg.)

Die Turiner „Opinione" vom 2. Juli bringt folgende halboffizielle Erklärung: „Seit mehreren Tagen hat die neapolitanische Regierung auf die Rathschläge der Königin von England, mit mehr Menschlichkeit zu regieren, ihre Antwort abgesandt. Das englische Ministerium wird vielleicht heute den offiziellen Text dieser Note erhalten; allein es ist schon über den Inhalt derselben benachrichtigt, der dahin lautet, daß der König von Neapel sich weigert, irgendwie der öffentlichen Meinung entgegenzukommen, und sich jeden Rath als überflüssig verbittet, indem er Niemanden, wer es auch seyn möge, das Recht zugesteht, sich in seine innere Politik zu mischen."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 25. Juli. In einigen Tagen wird einer der Beamten des Palastes, Nezib Bey, Direktor des kaiserl. Konservatorium, nach Alexandria sich begeben, um Said Pascha einen Ehrensäbel zu überbringen, — ein Geschenk, das ihm der Sultan schickt als Beweis seiner hohen Zufriedenheit für die energische Mitwirkung Said's bei Vertheidigung des Reiches. Diese mit großen Diamanten ausgelegte Waffe wird auf 400,000 Franken geschätzt. Die Belohnung wird Jedermann als eine verdiente erscheinen. Die ägyptische Armee hat sich eben so sehr durch ihre Ausdauer und Geduld, als durch ihren Muth ausgezeichnet. Seit dem Donau-Feldzuge und der Vertheidigung der ausgedehnten Linie von Kalafat nach Tultscha, von der heldenmüthigen Belagerung bis zur glorreichen Vertheidigung von Kars, war die ägyptische Armee stets in den ersten Reihen mit den türkischen Truppen. Der Angriff vor Eupatoria gab der französischen Armee Gelegenheit, sie zu würdigen. Diese Thatsache widerlegt auf eine glänzende Weise die Gerüchte von angeblichen Mißverständnissen, die zwischen dem Vizekönig und dem Sultan obwalten sollten. (K. Z)

Aegypten.

Die erste Sitzung der internationalen Kommission für den Suezkanal hat am 23. v. M. in Paris stattgefunden. Nach einer Eröffnungsrede des Herrn de Lesseps, worin er den gegenwärtigen Stand der auf das Kanalprojekt bezüglichen Forschungen darstellte, indem er zugleich alle Aktenstücke in die Hände der Kommission niederlegte, ergriff Herr Conrad im Namen des Ausschusses das Wort und setzte jene Punkte auseinander, deren Erörterung der Letztere sich zur Aufgabe gemacht. Sie betreffen die Speisung des Kanals, die Schleusendämme bei Suez und Pelusium, die Eindeichung der Bitterseen, die Richtung, Tiefe und Breite des Kanales. Schließlich haben sich die fünf Mitglieder der Kommission, welche die Reise nach Aegypten gemacht, einstimmig gegen die indirekte Linie ausgesprochen, welche den Kanal von Alexandrien nach Cairo, von Cairo nach Uade-Tumilat und von dort nach Suez führen würde. Was die finanzielle Organisation der Kanalgesellschaft betrifft, so soll das von 200 Millionen angesetzte Kapital auf jene Nationen vertheilt werden, die ein entsprechendes Interesse an der Verwirklichung des großen Planes haben. Auf die Türkei z. B. würden 50 Millionen, auf England 40, auf Frankreich 40, auf Oesterreich 25 Millionen kommen, und der Rest würde unter die übrigen Staaten repartirt, ohne daß jedoch diese Ziffern schon als festgestellt zu betrachten wären. Sie würden vielmehr bei der definitiven Gründung der Gesellschaft wohl noch eine oder die andere Aenderung erleiden, je nach den mehr oder minder lebhaften und zahlreichen Betheiligungsgesuchen, indem die vorläufigen Subskriptionen schon jetzt die Summe von 200 Millionen überschreiten.

Nichtpolitische Zeitung.

Gestorben in Neuburg a. D. Joseph Frhr. v. Laßberg, k. griechischer Oberstlieutenant a. D.

Berlin, 6. Juli. Vorige Woche erfolgte die Verhaftung des Direktors des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters, Deichmann und seines Kassirers Arndt, auf Anordnung der Staatsanwaltschaft. Die Papiere der beiden Verhafteten, sowie die im Bureau des Theaters vorgefundenen Bücher wurden mit Beschlag belegt. Hierüber entnehmen wir der Gerichtszeitung, die wahrscheinlich aus offiziöser Quelle schöpft, Folgendes: „Schon seit vier Wochen wurden seitens der Polizei-Nachforschungen gegen den Direktor Deichmann auf Grund einer von einem Gläubiger desselben eingebrachten Denunziation angestellt, welche denselben theils des betrüglichen, theils des durch Verschwendung herbeigeführten gemeinen Bankerottes beschuldigte. Nachdem diese Nachforschungen soweit gediehen waren, daß man einige Anhaltspunkte zu weiterm Einschreiten erlangt hatte, wurde der Staatsanwaltschaft davon Kenntniß gegeben, und verfügte der Staatsanwalt Nörner die Verhaftung des Direktors Deichmann." Noch an demselben Abend, berichtet die „Gerichtszeitung" weiter, sey in der Wohnung der am Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater angestellten Schauspielerin Obrtmann eine mit der Verhaftung des Herrn Deichmann in Zusammenhang stehende Haussuchung vorgenommen und verschiedene Briefe des Herrn Deichmann, welche sich vorfanden, mitgenommen worden. So viel sich bis jetzt übersehen lasse, werde der Direktor Deichmann beschuldigt zum Schaden der Aktionäre, welche dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater ihre Mittel zur Disposition gestellt haben, über Billets verfügt und durch Verschwendung seinen Bankerott herbeigeführt zu haben. Man muß die Bedeutung des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters für Berlin kennen, um zu begreifen, welch' ungeheures Aufsehen diese cause célèbre macht.

Aus London schreibt die „E. C.": „Frau Jenny Lind-Goldschmidt hat am 30. Juni ihr Abschiedskonzert in Exeter-Hall gegeben, und zieht sich mit dem festen Entschluß, diese Kunstreise ihre letzte seyn zu lassen, nach Deutschland, wahrscheinlich nach Dresden, zurück. Das Glück ist dieser Künstlerin in England wie wenigen andern treu geblieben vom ersten Abend an, als sie in Her Majesty's Theater auftrat, bis zu ihrem letzten Conzerte. Nie wurde eine Künstlerin auf englischem Boden so allgemein verehrt, und auch nicht eine, ohne Ausnahme, ist so glänzend bezahlt worden. Die geschäftige und geschäftliche Fama hat ausgerechnet, daß diese ihre letzte Kunstreise allein über 40,000 L. eingebracht habe."

Handels- und Börsen-Berichte.

Rostock, 1. Juli. Das seit dem 20. v. M. herrschende naßkalte Wetter, verbunden mit Stürmen, hat den Roggen und Waizen an vielen Stellen gelagert, was dem Waizen besonders schadet, da er erst zu blühen anfängt; Gerste und Hafer haben etwas gelitten, stehen aber im Ganzen doch recht gut. Auf den Erbsen finden sich hin und wieder schon Blattläuse und in den Blüthen kleine Maden. Der Sommer-Roggen hat keine günstige Blüthezeit gehabt. Die Kartoffeln haben noch ein gesundes Ansehen. Gras und Klee ist fast überall gemähet, aber noch wenig davon eingebracht.

Aus dem südlichen Schleswig, 25. Juni. Der Johannistag ist vorüber, und da man nach diesem Tage, wenigstens ist es mit den älteren praktischen Landwirthen so der Fall, den schlechten oder guten Ausfall der Jahres-Aernte glaubt bestimmen zu können, dürfte es vielleicht nicht uninteressant seyn, einen kurz abgefaßten Bericht über den jetzigen Stand der Saaten 2c. im südlichen Schleswig mitzutheilen. Die Waizenfelder stehen im Ganzen sehr gut, versprechen eine

überaus reiche Strohausbeute und der jetzt in der Bildung begriffene Aehrenansatz läßt auf guten Kornertrag Hoffnung machen. Ein sanfter mit Wärme verbundener Regen wäre für diese Getraidegattung sehr wünschenswerth, da namentlich auf der Geest stellenweise das Land ausgetrocknet ist; dagegen würde starke Hitze dem Waizen in seiner Aehrenbildung ungemein schädlich seyn. Der Roggen steht fast ohne Ausnahme überall sehr gut und der Winter-Roggen gibt Hoffnung zu einer sehr gesegneten Ausbeute. Zu Anfang dieses Monats aufgetauchte Zweifel über erlittenen Schaden des Winter-Roggens durch anhaltende Dürre während der Blüthenzeit und durch häufig vorgekommene scharfe Winde haben sich erfreulicher Weise als unbegründet und voreilig erwiesen; erstere Befürchtung ist durch fruchtbar regnigte Witterung, letztere durch klare, stille Luft gehoben, die den hochgelegenen Roggenfeldern Gelegenheit bot, die Halme zu heben, und stehen denn jetzt diese mit reichhaltigen Aehren zur Lust und Freude des Landmannes da. Der Sommerroggen steht noch in Blüthe, sein Stand berechtigt aber ebenfalls zu der schönsten Hoffnung einer reichen Ausbeute. Von dem Roggenhalm ist zu erwähnen, daß er in diesem Jahre von seltener Länge ist. Nach den bis jetzt über diese Getraideart angestellten Beobachtungen, verglichen mit denen der letzten Jahre, würde die diesjährige Roggenärnte bei Weitem ertragreicher seyn, als in den drei letztverflossenen Jahren. Die Gerste und der Buchwaizen stehen in der Ostgegend prächtig, dagegen auf dem mageren Boden der Landesmitte bleibt noch Manches für diese beiden Getraidesorten zu wünschen übrig; gleichmäßige Wärme und ein sanfter Regen würden jedoch leicht einen guten Stand schaffen können. Die Erbsen stehen ganz ausgezeichnet und ihr Blühen läßt auf einen schönen Fruchtertrag hoffen. Die Bohnen und die Rappsaat stehen durchweg gut, und die letzten vierzehn Tage haben ungemein zu ihrer Förderung beigetragen. Nicht ganz so Erfreuliches ist von dem Klee zu sagen, denn üppige Kleefelder gehören in diesem Jahre zu den Seltenheiten. Immerhin ist dies aber nicht Einfluß übend auf die Fütterung, da Klee und Heu nur wenig, stellenweise gar nicht geborgen wird. Der Stand der Kartoffeln ist sehr schön; überall üppiges Grün und prächtige Blüthen. Die frühreifen sogenannten Johanniskartoffeln sind reichlich vorhanden und schon gut genießbar. Von der Krankheit verspürt man bis jetzt, Gott sey Dank! nichts, und dürften wir uns denn endlich einmal nach langem vergeblichen Hoffen auf ein gesegnetes Kartoffeljahr mit vollem Rechte freuen.

Stettin, 4. Juli. Die Frage nach raff. Waare hält auch ferner an und Vorräthe der hiesigen Siedereien bleiben nach wie vor sehr beschränkt. Die am 24. d. stattfindende holländische Auktion, deren Ablauf nach den neuesten Berichten schon im Voraus als ein günstiger zu bezeichnen ist, wird auf den ferneren Werthstand dieses Artikels einen entschiedenen Einfluß ausüben. Rohzucker aus der bevorstehenden neuen Campagne zu liefern sind in Magdeburg für erstes Produkt auf Lieferung pr. Oktober—November—Dezember mit 14 a 14½ Rthlr. gekauft, hier sind dergleichen Abschlüsse noch nicht gemacht. Syrup fest. Kölner knapp, auf 12½ Rthlr. gehalten, Königsberger 11¾ a 12⅓ Rthlr. nach Qualität.

Magdeburg, 4. Juli. Rohzuckern wenig am Markt, für erstes Produkt dürfte der Werth von 15 Rthlr. anzunehmen seyn; neue Zuckern-Lieferung im Oktober, November und Dezember finden zu 14 Rthlr. Abgeber und Nehmer Raffinirte Zuckern wenig vorräthig, was zu den gängigen Preisen offerirt wird, findet willig Käufer; wir notiren für Raffinaden 20¾ a 21½ Rthlr., für Melis in Broden 19¾ a 20⅓ Rthlr. excl. Faß, für gemahlenen Melis 19 a 20⅙ Rthlr. Rübensyrup loko 2⅓ Rthlr. Geld, auch auf Lieferung pr. August und September würde dieser Preis zu erlangen seyn.

Frankfurt, 8. Juli. Das Geschäft war heute von ziemlicher Bedeutung. Oesterr. Kreditaktien, bayerische Ostbahn und Frankfurt-Hanauer Eisenbahnaktien nahmen einen bedeutenden Aufschwung, letztere um beinahe 4 pCt. Oesterr. Bankaktien und Livorno-Florenz waren dagegen etwas mehr angeboten.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien waren heute wiederum beliebt, sie wurden zu 106⅝ ¾ ⅜ ½ umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1303 P. 1298 G. Neue Bankaktien 426 P. 423 G. Credit-Actien à 5pCt. 240½ P. 238½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 81⅝ P. 81⅜ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90¼ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 82¾ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89½ P. 89 G.; à 4½pCt. 73¼ P. 73 G.; à 4pCt. 65¼ P. 64¾ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 117½ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 P. 104½ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 284 P. 282 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 89 P. 88⅛ G.; 4pCt. 94¾ P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 94⅞ P. 94⅝ G.; 4½pCt. 101⅛ P. 100⅝ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 106 P. 105¾ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 150 P. 149½ G. Neustadt-Weissenb. 113¾ P. 113¼ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117¾ P. 117¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅞ P. 90⅜ G.; 4½pCt. 102¼ P. 101¾ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorner E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39½ P. 39¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100⅛ P. 99⅝ G.; 4½pC. 103 P. 102½ G.; Loose à fl. 50 112⅞ P. 112⅜ G.; à fl. 25 33⅞ P. 33⅝ G.; Darmstädter Bankaktien alte 417 P. 415 G.; junge 362½ P. 360½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109⅝ P. 109⅛ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 31¾ P. 31½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; Bankaktien 121 P. 120½ G.; Taunus-Aktien 324 P. 322 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 87 P. 86 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 570 P. 567 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40½ P. 40¼ G.; 1pCt. neue 25⅛ P. 25 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63⅞ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118¾ P. 118½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¼ P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¼ P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117¾ P. 117¼ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88¾ G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛ P. 116⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 7. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅝; 5pCt. Metall. 81⅝; 4½ pCt. 74⅛; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121¾; von 1854 106¼; Bankaktien 1115; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 385¾; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 601; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2905. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅝. London 10. 2. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

München, 7. Juli. In den hiesigen Pfarrkirchen wurde gestern ein erzbischöfliches Schreiben aus Rom von der Kanzel herab verlesen, wonach die neuesten Schriften über „Mittheilungen der seligen Geister 2c." (von M. Kahlhammer u. Kons.) vom päpstlichen Stuhle verworfen und die Gläubigen vor derlei Verirrungen gewarnt werden. (M. B.)

Paris, 5. Juli. Die Abreise des Grafen Walewski hat dadurch einen Aufschub erlitten, daß der Präsident des Staatsraths Baroche, welcher ihn während seiner Abwesenheit vertreten soll, unpäßlich geworden ist. (T. D. d. N.-Z.)

Paris, 6. Juli. Der heutige „Moniteur" meldet, daß französische Waaren, die nach der Krim oder Odessa bestimmt sind und von der Kamiesch-Bai oder Konstantinopel kommen, um 50pCt. des Nachzolles befreit sind. Die russische Quarantäne im asow'schen und schwarzen Meere ist zeitweilig aufgehoben. (T. D. d. Nat.-Z.)

Konstantinopel, 4. Juli. Der Großvezir Ali Pascha ist hieher zurückgekehrt. — Für die Donaufürstenthümer sind Kaimakams (Verweser, nachdem die bisherigen Hospodare, die nur auf sieben Jahre ernannt sind, ihre Regierung niedergelegt haben werden) ernannt, obschon nach dem organischen Statute die Ernennung von Kaimakams nicht mehr stattfinden sollte. (T. D. d. Köln. Ztg.)

Charles Young, einer der beliebtesten englischen Schauspieler, ist nach einem Leben voll Ehren und Triumphe, wie das „Morning Chronicle" sich ausdrückt, am 29. Juni in Brighton gestorben. (K. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Röhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 190.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 10. Juli 1856

* Von der Rhön. **Ueber die beabsichtigte Bewaldung der Rhön.***) (Eingesandt.) In einigen Zeitungen ward unlängst angekündigt, daß die bayerische Staatsregierung beabsichtige, das Rhöngebirge wieder zu bewalden, und hierdurch das Klima für dessen Bewohner, und namentlich für jene von Franken, mildernd zu gestalten. Würde dieses Unternehmen in seiner Durchführung zu diesem Zwecke leiten, so könnte man unserer Regierung nur allein Dank zollen, welche jedenfalls vom besten Willen beseelt ist, ihre Angehörigen zu beglücken! Allein dieses Unternehmen geht von unrichtigen Voraussetzungen und Anschauungen aus, die nichts weniger als heilbringend sind, und würde für diese Bewohner des unterfränkischen Kreises gerade die entgegengesetzte Wirkung äußern.

Veranlassung hierzu mag wohl die Thatsache gegeben haben, daß in den Gegenden von Mellrichstadt, Neustadt und Münnerstadt, und noch tiefer nach Franken hinein, der Weinbau sich allmählig verloren hat, daß man aus diesem Zweige der Landwirthschaft keine sonderlichen Früchte mehr gewinnt, und, ohne näher zu prüfen, den Grund hiervon in dem Umstande gefunden zu haben wähnt, daß, weil das Rhöngebirge keine Wälder mehr auf seinem Rücken trage, das Klima kälter und frostiger sich gestaltet hätte. Daß der Weinbau in diesen Landgerichtsbezirken abgenommen und sich auch im eigentlichen Frankenlande aus den Niederungen zurückgezogen hat, ist allerdings eine faktische Erscheinung; allein diese ist nicht in der Entwaldung der Rhön, sondern in ganz anderen Ursachen zu suchen, namentlich in einem rationellen Fortschritte der Landwirthschaft selbst, in der eben die Ueberzeugung lebhaft ward, daß der Weinbau nur an Berge und nicht in Thäler gehört, und hier weit reichlicher von anderen Pflanzungen ersetzt werden könne, daß unser Klima überhaupt diesem nicht durchgängig förderlich erscheint, und hierauf ganz andere Faktoren influirt haben. Die ältesten Leute in so manchen Rhöngegenden können sich noch entsinnen, ihre Berge bewaldet gesehen zu haben, und wissen, wie von der damaligen Zeit und Regierung dahin gestrebt und gearbeitet wurde, dieselben zu entwalden, und hierdurch das Klima wirthlicher zu gestalten. Daß man damals dem Grundsatz huldigte, wie die Agrikultur in der Rhön nur auf diese Weise gedeihen könne, daß man die Geschichte, auf welche Art Deutschland der Kultur gewonnen und zu einem wohnlichen Lande erhoben ward, zur Führerin wählte, ist Thatsache und macht der denkenden Beobachtung Ehre.

Offenbar sollen die Nordwinde durch die beabsichtigte Bewaldung des Gebirges von Franken abgehalten werden; allein wer ist je der Erfahrung Meister geworden, daß, wenn man eine Wand von 40 bis 60 Fuß Höhe über einen Bergrücken zieht, oder selbst in einer Ebene diese Veranstaltung trifft, der Wind sich dadurch auf- und zurückhalten läßt? Er wird eben nur um so viel, als dieses Hinderniß seines Zuges beträgt, höher getrieben und fällt mit um so größerer Vehemenz wieder herab. Daß jenes unmittelbar hinter dem Wald gelegene Areal Windschutz genießt und wärmer wird, besteht in Wahrheit, und es sprechen die bewaldeten Häupter in unserm Maingrunde dieser Thatsache das Wort, welche Wälder man sehr gern sieht und welche auf die Vegetation der Gewächse unmittelbar unter ihnen einen sehr ersprießlichen Einfluß üben; allein, daß diese Waldungen in ihrem segensreichen Schutze eine weitere Tragweite besitzen, auf Stunden weit solchen spenden, ist eine der Phantasie entsprossene Ansicht.

Waldungen in größerer Ausdehnung, z. B. die beabsichtigten, erzeugen Feuchtigkeit, Nebel und Kälte, und machen das Klima unstreitig rauh. An Feuchtigkeit gebricht es aber der Rhön nicht, im Gegentheil, sie hat deren zu viel, und eben diese steht der besseren Bewirthschaftung als ein bindendes Hinderniß entgegen. Wer in den Rhöngegenden längere Zeit gelebt und mit vorurtheilsfreiem Auge die Verhältnisse beobachtet hat, gewinnt die Wahrheit und hat zu wiederholten Malen gesehen, daß gerade da, wo die Waldungen sich am häufigsten und dichtesten an einander reihen, das Klima am rauhesten ist, und oft mitten im Sommer nach einem Gewitter Nebel mit Kälte sich wochenlang an die Berge hängen, alle Vegetation zurückdrängen und in den Wohnungen der Ofen wieder zu Rathe gezogen werden muß, wogegen in gelichteten Thälern und Bergen man sich einer schönen Gedeihlichkeit erfreut, sieht aber auch, daß der Schnee im Frühjahr gerade in den Wäldern am längsten seine Herrschaft übt, wo ihn die wärmeren Winde nicht anzugreifen vermögen, während auf den entwaldeten Höhen er deren Stößen nicht widerstehen kann und bald Umgestaltung in Wasser erfahren muß.

Die Gegenden von Brückenau, das Thal von da nach Bischofsheim, der große Haderwald, das Thal von Weyhers nach Gersfeld sind hierfür Zeugen. Beim schönsten Sommertage sinkt hier mit dem Herannahen des Abends oder der Nacht das Thermometer um mehrere Grade, und der Körper empfindet eine wehthuende Temperatur.

Wie würde es nun aber in der Rhön sich leben lassen, wenn dieselbe völlig wieder mit Wald überzogen wäre, wenn die so segensreich in der Nähe der Ortschaften und Höfe sich gruppirenden Wälder zurück auf das Gebirge und auf dieses hinauf gedrängt würden, zumal es den meisten Gemeinden nicht an Ackerland gebricht, und sie oft mehr besitzen, als sie ökonomisch zu bewirthschaften vermögen; wenn eine Fläche von 15 bis 18 Stunden Länge und 3 bis 4 Stunden Breite einen Wald bildete, wenn sich wieder all' das Gefolge solcher Rauhheit der Natur hier einnisten, wenn dem Wanderer die Rhön als eine Schreckensgestalt sich entgegenstellen müßte, auf deren Scheitel nur zwei Orte (Birx und Frankenheim) sich befinden?

Genügen dürfte es, die bestehenden Staats- und Gemeinde-Waldungen im gehörigen Stande zu erhalten, passende kleine Flächen und Vertiefungen mit den entsprechenden Holzarten aufliegen zu lassen, und die Waldkultur überhaupt zu verbessern, nicht aber würde es sich rechtfertigen, störend in das Leben der Rhönbewohner einzugreifen.

Das Rhöngebirge hat aber nicht einmal die Lage, um von Franken die Nordwinde abzuwenden, es zieht in seiner Länge von Norden gegen Süden zu; anders wäre es, wenn es etwa von Königshofen gegen Fulda oder Schlüchtern zu sich ausausdehnte, während es von Geißa oder von der Tann aus nach Franken zu einen schmalen Gebirgszug bildet. Ließen sich die Winde so meistern und regeln, wie es vielleicht der mehrerwähnte Plan der kgl. Regierung bezweckt, so würden bei Bewaldung der Rhön gerade die Bezirke von Weyhers die Wohlthat der Südwinde entbehren, welche vom hohen Dammersfelde und den angränzenden Bergketten gedeckt werden.

Betrachtet man nun aber dieses Unternehmen auch von der lukrativen Seite, dem etwaigen Nutzen für die Staatsregierung und die Rhönbewohner selbst, so spähet man umsonst nach einem solchen. Es durchziehen die Rhön keine Flüsse, auf denen man Holz flößen und befördern könnte, der Fuhrlohn desselben von den Bergen übersteigt oft dessen Werth, und würde sich natürlich noch erhöhen. Mangel an Holz besteht nicht, die Preise sind gering, allein durch die Bewaldung würden die herrlichen und schönen Weidschaften verschwinden, die Einwohner das unvergleichliche Futter entbehren müssen, das mit der hieraus hervorgehenden Viehzucht die erste Quelle ihrer Existenz bildet; viele Orte leben einzig und allein hievon und wären gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen, in anderen Gegenden — etwa gar in anderen Welttheilen — sich eine neue Heimath zu suchen. Wie hoch die herrschaftlichen Wiesen in ihrem jährlichen Ertrage stehen, ist bekannt; aus dem Holze würde nie und nimmermehr das königl. Aerar diese Vortheile gewinnen! Die allenfallsige Einwendung, man werde zwischen den Waldungen einzelne Strei-

*) Wir betrachten diese Frage vorderhand als eine offene, und werden daher den verschiedenen Ansichten in unserem Blatte Raum geben. Die Red.

fen liegen lassen und dem Wieswachse widmen, ist unerheblich, dergleichen Wiesen taugen bekanntlich nichts. Niemand, wenigstens kein erfahrener Oekonom, wird um solches Futter sich bemühen. Welches Kapital die Aufforstung der Rhön kosten würde, und wie man dieses auf bessere Weise für sie verwenden könnte, sieht auch ein unbewaffnetes Auge. Saaten auf Saaten und Pflanzungen auf Pflanzungen werden jetzt schon auf Kosten der Gemeinden gemacht, und jährlich von der Natur wieder zerstört, die sich zwar lenken, nicht aber sich Gewalt anthun läßt. Jedenfalls, und bei dem besten Erfolge, würden unsere Nachkommen auf ihren Bergketten Wälder, sondern nur Gebüsche von 15 bis 20 Fuß Höhe erblicken, die ihre Existenz mühsam fortsetzen müßten.

Die Waldungen des Spessart erzeugen das dortige kalte Klima, den Mangel an Agrikultur jeder Art, die Armuth der Bewohner, während im Norden der Thüringerwald und der Harz rc. als Beispiel dienen, was sich erreichen läßt, wo man auf Entwaldung der Gebirge und nicht auf deren Bewaldung bedacht ist!

Die Rhön erblickt Rettung aus ihren trüben und mißlichen Verhältnissen von einer ganz anderen Seite her: aus dem projektirten Schienenwege durch ihre Thäler und über ihre Berge hinweg, welcher ihr viele bisher verborgene Schätze erschließen, Ströme der Nahrung und des Erwerbes öffnen, und ihre Produkte dem Verkehr, von dem sie bisher ausgeschlossen waren, zuführen wird.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Die in unserem gestrigen Blatt enthaltene Nachricht, daß die Münchener „Mittheilungen seliger Geister" vom Papst verworfen seyen, gründet sich auf den letzten Hirtenbrief des Kardinals v. Reisach, frühern Erzbischofs von München-Freising, d. d. Rom, 5. Juli, worin er sich so entschieden gegen die Treiben ausspricht, daß man annehmen muß, die päpstliche Verwerfung sey bereits erfolgt. „Durch solche wahnwitzige Offenbarungen," heißt es in dem Hirtenbrief, „welchen viele, sonst achtbare Gläubige aus sündhafter Neugier das Ohr geliehen haben, sind noch die letzten Monate, die Wir unter Euch zubrachten, Uns verbittert worden. Wir sagen Euch deßhalb mit all jener Sicherheit, die uns der heilige katholische Glaube gibt, daß diese leider nunmehr auch gedruckten Aufschreibungen nicht von Gott herrühren können, weil sie der Lehre der Kirche widersprechen; daß sie ein Gewebe von Trug, Irrthum und Wahn sind, und daß alle jene, welche sich bei der Aufzeichnung solcher Dinge betheiligen, die Ausschließung von der Kirche verdienen, wenn sie nicht davon ablassen und sich unterwerfen; daß alle, welche solches lesen, glauben und vertheidigen, eine schwere Sünde begehen, und sich der Auflehnung gegen die Kirche schuldig machen; daß die ihnen ertheilten Lossprechungen ungültig sind, so lange sie sich nicht mit ganzem Herzen von diesem schädlichen Wahnglauben wegwenden. Es schmerzt Uns, Geliebteste, noch unsere letzten Worte mit dieser widrigen Sache trüben zu müssen, allein es war eine Pflicht, die Wir zu erfüllen hatten; wir werden für die, welche Uns verachtet und verleumdet haben, und mit Drohungen einzuschüchtern versuchten, zu beten nicht aufhören, damit Gott der Herr ihnen die Gnade des katholischen Glaubens nicht hinwegnehme."

München, 7. Juli. Die Bestimmung, welche König Ludwig hinsichtlich der Uebertragung der irdischen Ueberreste der Königin Therese von der Gruft der Theatinerkirche in eine Seitenkapelle der Kirche des Benediktinerstifts zu St. Bonifaz getroffen hatte, hat einige Aenderungen insofern erlitten, als nun eine Gruft unter jener rechts vom Eingang in die Basilika befindlichen Seitenkapelle zu dem genannten Zwecke hergestellt wird. In der Kapelle selbst wird ein zweiter Sarkophag Platz finden, der genau über dieser Gruft zu stehen kommt; dies ist der Ort, den König Ludwig zu seiner Ruhestätte für den Fall seines dereinstigen Ablebens bestimmt hat. Die Arbeiten, welche unter der Leitung des Hofbau-Intendanten Geheimeraths v. Klenze ausgeführt werden, sind schon ziemlich vorangeschritten. (Schw. M.)

Preußen. Berlin, 7. Juli. Der Gesundheitszustand der verwittweten Kaiserin von Rußland hat sich zuverlässigen Nachrichten der „Neuen Preuß. Ztg." aus Wildbad zufolge, schon so merklich gebessert, daß es derselben bereits möglich gewesen ist, länger als eine Stunde zu Fuß zu gehen und Abends noch Gesellschaft zu empfangen.

Anhalt. Dessau, 7. Juli. Der Bankpräsident Nulandt hat unserer Stadt ein Geschenk von 40,000 Thalern zugewendet und in der Schenkungsurkunde bestimmt, daß dieses Kapital als ein unantastbarer Fonds geführt und dessen Zinsertrag zu einem besondern, von ihm noch näher zu bestimmenden gemeinnützigen städtischen Zwecke verwendet werde. Das Kapital soll zum Betrage von 30,000 Thlrn. zu gleichen Theilen in den von dem Hrn. Nulandt begründeten Instituten, nämlich in Aktien der anhalt'schen Landesbank, der deutscher Continental-Gas-Gesellschaft, der hiesigen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe und der zu Jassy errichteten Bank, zum übrigen Theile von 10,000 Thlr. dagegen in Aktien der von diesem gleichfalls in's Leben gerufenen Neustädter Hüttengesellschaft zinsbar angelegt werden. Hrn. Nulandt sind vom Herzoge die Commandeurinsignien des herzogl. anhaltischen Gesammthausordens Albrecht des Bären verliehen worden. Wie es heißt, wird derselbe in diesen Tagen nach Hamburg sich begeben, um dort mit einem sehr renommirten englischen und Frankfurter Bankhause ein Unternehmen zu Gunsten eines Industriezweigs im Zollvereinslande in's Leben zu rufen, dessen Hebung bisher gänzlich vernachlässigt erscheint. Aus naheliegenden Gründen kann für jetzt eine nähere Angabe nicht geschehen. (D. A. Z.)

Oldenburg. Die „Berliner Börsen-Zeitung" sagt: „daß von den verschiedensten Seiten Anstrengungen für Begründung eines großen Bankinstituts in Oldenburg gemacht werden, namentlich ist auch hierbei wieder die Berliner Diskonto-Kommanditgesellschaft betheiligt."

Oesterreich. Wien, 6. Juli. Nach dem „P. L." ist es Thatsache, daß Baron de Bourqueney gelegentlich der Audienz, in welcher er seine Kreditive als Botschafter mittheilte, Sr. Maj. dem Kaiser auch ein eigenhändiges Schreiben seines Souveräns überreicht hat, in welchem der Wunsch, die persönliche Bekanntschaft Sr. Maj. des Kaisers zu machen, auf das wärmste ausgedrückt ist. (Die Wiener Blätter wissen davon nichts; vergl. auch neueste Nachrichten.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 6. Juli. Aus Payerne im Kanton Waadt ist auf nächsten Sonntag, 13. d. M., eine Volksversammlung ausgeschrieben, in welcher die Eisenbahnfragen und alle damit in Verbindung stehenden Angelegenheiten zur Sprache kommen sollen. — Die neue Kreditanstalt in Zürich hat beschlossen, ihr Kapital auf 30 Millionen zu erhöhen und die Geschäfte mit 15 Millionen (statt der anfänglich festgesetzten 10 Millionen) zu beginnen. (Fr. Pstz.)

Großbritannien.

London, 7. Juli. Die heutige „Morning Post" ist zu der Mittheilung ermächtigt, daß der Ankunft des Prinzen von Preußen schon vor dem 16. Juli entgegengesehen wird.
(T.D.d.D.A.Z.)

Frankreich.

Im nächsten Winter erscheinen in Paris die „Memoires de Barras." „Ich trete ohne Schleier und ohne Rückhalt vor der Nachwelt auf!" — erklärt der Chef des Direktorium in dem Vorworte, aus welchem die „Independance Belge" ein Bruchstück brachte. (K. Z.)

Paris, 6. Juli. Die neu konzessionirte Eisenbahnlinie, die unter dem Namen pyrenäisches Netz bekannt ist, wird eine Ausdehnung von 652 Kilometres haben. Die Kosten sind auf 138 Mill. 59,295 Fr. angeschlagen. (Fr. Pstz.)

Spanien.

† Madrid, 3. Juli. Die „Nacion" glaubt, daß man auch zu Toledo Ruhestörungen befürchtete; aber die Behörden hatten die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen. Der Insurrektionsplan war sehr ausgedehnt. — Nach den Valladolider Nachrichten desselben Journals ist der geheime Polizeiagent aus den Zeiten des famosen Chico, welcher zu Madrid in dem Augenblicke verhaftet wurde, als er aus dem Valladolider Eilwagen stieg, einer der Hauptagitatoren und Anstifter der jüngsten Ereignisse zu Valladolid und Valencia. So lauten wenigstens, wie man versichert, die der Regierung zugegangenen Mittheilungen. Einige Tage vor den Auftritten in Castilien hatte man 80 der ehemaligen Polizei angehörige Individuen aus Madrid entfernt und acht oder zehn waren nach Valladolid gegangen. — Der „Epoca" zufolge befand sich unter den wenigen Personen aus der höhern Gesellschaft, die zu Valladolid verhaftet wurden, der Arzt Alan, ein Mann von äußerst freien Gesinnungen und Kapitän der Nationalgarde. — Das Journal „Novedades" gibt nachstehende Details über die Vorfälle zu Valladolid: „Eines der erschossenen Individuen war fünf Jahre Hausmeister des Hrn. Aldea, dessen Haus er anzündete. Beim Zerstören der Fabriken sang das Volk nachstehende Worte:

„Endlich nah't die schöne Zeit,
Wo das Blatt sich wendet,
Wo die Armen Brod essen
Und die Reichen Dreck."

Wir geben diese Verse als einen Beweis für den Charakter der Bewegung. Die Brandstifter waren meistens freigelassene Sträflinge, welche sich durch Nachlässigkeit der Polizei in der Hauptstadt aufhielten, und schlechte Weibsbilder. Der Pfarrer von St. Maria hat Rioseco von einer allgemeinen Feuersbrunst gerettet. Nun sind 100 Mann vom Kavallerie-Regiment von Spanien und einige Infanteristen in Begleitung eines Kriegsraths angelangt, welchen der Generalkapitän dorthin abschickte, um die Schuldigen zur Stelle zu richten. Mehr als 50 Individuen wurden verhaftet. Zu Palencia schlug der Nationalgardekapitän Martinez mit 20 Mann das Volk, das sein Haus plündern wollte, zurück. Die Nationalgarde gab Feuer, wobei einer der Rä uber todt blieb, zwei verwundet wurden, die Uebrigen flohen. Der größte Theil war Schuhmacher oder andere Handwerker und Weiber aus dem sog. Puebla-Viertel. Acht Fabriken wurden zu Palencia niedergebrannt, die mehr als eine Million Lasten Getraide und Mehl verbrauchten und ausführten, und Tausenden von Arbeitern Beschäftigung gewährten. Der Haupt-Urheber der Unruhen zu Valladolid schien, ehe er erschossen wurde, Geständnisse machen zu wollen, beharrte aber dann in seinem Stillschweigen und sagte nichts aus, trotzdem man ihm um diesen Preis das Leben zu schenken versprach. Mittwoch wurden Mariano Corezo, Adrian Vega und Diego Munoz erschossen. Der Erstere an der Ecke des Hauses des Hrn. Semprun, die beiden Anderen vor der Fabrik des Hrn. Suarez am Kanal. Die Hauptführer waren nicht zur Stadt Gehörige. Sie beabsichtigten, nicht weniger als alle Mehlfabriken Castiliens zu zerstören und 130 Häuser Valladolids, deren mehrere mit rothen Kreuzen bezeichnet waren, zu plündern und anzuzünden. Bei einem dieser Bursche fand man das Verzeichniß. Die Frauen waren durch Geldgeschenke zu den abscheulichsten Thaten getrieben worden."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 27. Juni. Seit einigen Tagen ist ein neues rascheres Leben in Hinsicht auf alle Vorkehrungen, die auf die Räumung der Krim Bezug nehmen, nicht zu verkennen. Gestern sah ich am Abend, nachdem seit langer Zeit keine Schiffe von Bedeutung die Meerenge passirt hatten, von meinen Fenstern aus einen langgestreckten französischen Zweidecker, aus dessen sämmtlichen Stückpforten neugierige Soldatenköpfe herausschauten, von der Krim kommend vorüber dampfen, und heute, am frühen Morgen, war ein anderes Linienschiff ihm gefolgt, welches letztere nun vor dem Serail ankert. Wichtig ist die in Hinsicht auf die Beiziehung der christlichen Pforten-Unterthanen zur Rekrutirung neulich in einem Minister-Rathe getroffene Entscheidung. Man wird nur eine Betheiligung im Belaufe von 12,500 Mann feststellen und dieselben nicht ausheben, sondern Ablösungsgelder bis zur Höhe von 62,500,000 Piaster ausschreiben. Die Repartition dürfte ehestens geordnet werden. Hiernach wird die bewaffnete Macht im osmanischen Reiche, nach wie vor, ausschließlich aus Muhamedanern gebildet werden, was allerdings die einheitliche Leitung erleichtern und das Gouvernement manchen Verlegenheiten entheben wird, andererseits aber auch, wie nicht zu läugnen ist, die nachtheiligen Folgen fortsetzen dürfte, welche die seitherigen starken Aushebungen auf den Stand der muselmännischen Bevölkerung ausübten. (N.-Z.)

Rußland und Polen.

Aus dem Azow'schen Meere wird berichtet, daß in den Häfen von Taganrog, Marianopol und Berdiansk zahlreiche Schiffe Getraide-Ladungen für Marseille an Bord nehmen.

In der „Allg. Ztg." finden wir die Nachricht, daß die in Folge der kaiserl. Amnestie einlaufenden Gesuche polnischer Flüchtlinge um Erlaubniß zur Rückkehr in's Vaterland sehr genau geprüft, und die Erlaubniß nur dann ertheilt wird, wenn die über das Verhalten des Bittstellers eingezogenen Nachrichten günstig lauten. Demselben Blatt wird noch geschrieben: „Die Amnestie des Kaisers Alexander scheint übrigens sehr sorgfältig auf rein politische Vergehen beschränkt und Militärpflichtige streng davon ausgeschlossen zu seyn. Ebenso werden darin Polen oder Russen, die sich bei Aufstandsbewegungen im Auslande betheiligten, nicht einbegriffen. So ist wohl auch das über Bakunin's Begnadigung in den Zeitungen verbreitet gewesene Gerücht, welches mit dieser Amnestie in Verbindung zu stehen schien, unbegründet gewesen. Bestätigt hat es sich wenigstens bis jetzt noch nicht. Auch ist nicht abzusehen, wie eine Begnadigung Bakunin's russischerseits so ohne weiteres sollte erfolgen können, da er bekanntlich in Sachsen und, wenn ich nicht irre, auch in Oesterreich zu langwieriger Haft verurtheilt, und an Rußland nur nach ertheilter Zusicherung, daß er diese dort verbüßen werde, ausgeliefert worden ist. Vielleicht hat ein Wechsel des Haftorts zu der Nachricht Anstoß gegeben. Denn es scheinen auch in dieser Beziehung in Rußland neuerdings mancherlei Veränderungen vorgenommen worden zu seyn."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 4. Juli. Vor einiger Zeit erwähnten wir der Erfindung eines Taucherschiffs durch den ehemaligen bayerischen Artilleriekorporal Wilhelm Bauer; ein diesen Abend eingetroffener Brief aus Kronstadt (bei Petersburg) vom 24. Juni d. J. meldet das vollständige Gelingen der Erfindung. Dieser Brief bildet eine außerordentliche Merkwürdigkeit schon deßhalb, weil er theilweise 17 Fuß unter dem Meeresspiegel geschrieben wurde; ein Fall, der gewiß noch nicht vorgekommen ist, seitdem die Erde besteht. Er meldet, daß nach vorausgegangenen acht kleinern Versuchen mit dem Taucherschiffe, die zur Erprobung der Dauerhaftigkeit und Tüchtigkeit desselben absolut nothwendig waren, am 24. Juni eine größere Probe mit demselben angestellt wurde. Außer dem Erfinder befanden sich ein russischer Marineoffizier, acht Matrosen und ein Schlosser in dem Taucherschiffe und machten alle möglichen Bewegungen. Das Taucherschiff bewährte sich in jeder Beziehung, im Vorwärts- und Rückwärtsfahren, im schnellen oder langsamen, im vertikalen oder schrägen Steigen oder Fallen als vollkommen gelungen, ja als die gehegten Erwartungen übertreffend. Man ging mit ihm in dem Hafen von Kronstadt bis zu 17 Fuß Tiefe unter dem Meeresspiegel, in dieser Tiefe schrieb der Erfinder die ersten Zeilen des Briefs an seine Eltern in München, dann wurden Toaste ausgebracht und in Rheinwein getrunken auf Kaiser Alexander II., Großfürst Konstantin, König Maximilian von Bayern, auf die künftige Submarine Rußlands und auf den früheren Gönner Bauer's, den Prinzen Albert von England. Die genannten 11 Personen blieben acht Stunden lang ununterbrochen unter Wasser. In wenigen Tagen soll nun auch die Hauptprobe mit dem Taucherschiff in Gegenwart des Großfürsten Konstantin und einer hiezu ernannten Kommission angestellt werden. Uebrigens erkennt Hr. Bauer an, daß er vorzüglich der Festigkeit und Standhaftigkeit des Großfürsten Konstantin die Ausführung seiner Erfindung zu verdanken habe.

Paris, 7. Juli. Fräul. Rachel, deren leidender Zustand fortdauert, ist nach dem Bade Ems abgereist.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse in der letzten Woche (30. Juni bis 5. Juli). Von Kreditaktien sind immer noch die Darmstädter in der ersten Reihe zu nennen. Beide Gattungen, besonders aber die neuen erhalten sich in fortwährender Beliebtheit. Die Basis der Liebhaberei für dieses Papier ruht aber nach wie vor in Berlin. Unser Platz ist von diesem Papier schon ziemlich entblößt, und es scheint sich sogar eine Contremine gebildet zu haben. In weniger ansehnlichem Umsatz als früher, aber mit gleich fester Tendenz bewegt sich das Geschäft in östr. Kreditaktien. Wenn auch der Kurs dermalen etwas stationär ist, so läßt sich ein künftiges Steigen um so weniger bezweifeln, als die zunehmende Besserung der östr. Finanzverhältnisse auch der Kreditanstalt zu Nutzen kommen muß. Die Betheiligung an den Westbahn-Aktien al pari veranlaßt viele Kontantkäufe in Kreditaktien. — Meininger waren den größern Theil der Woche bei lebhaftem Umsatz in steigender Tendenz, und nur am Schluß durch Berliner Kurse etwas gedrückt. Von den übrigen deutschen sowie von den spanischen Kreditaktien ist wenig zu sagen, da der Verkehr darin sich in sehr bescheidenen Dimensionen bewegte. In Frankfurter Bankaktien kein Geschäft von Bedeutung. Von Eisenbahnaktien zogen vor allen die Rhein-Nahe-Bahn-Promessen die Aufmerksamkeit der Spekulation auf sich. Es ist natürlich, daß der Reiz der Neuheit und die Lust am Agio Käufer anlocken, bei denen die Frage nach der künftigen Rentabilität des Unternehmens vorläufig Nebensache ist. Es erscheint uns geradezu unvernünftig, wenn die Aktien einer Bahn, die sich einer so glänzenden und soliden Stellung wie die Bexbacher erfreut und dabei noch die Aussicht auf Jahre lang zu nennende Erträgnisse hat, wegen einer in etwa 4 oder 5 Jahren zu erwartenden Konkurrenz täglich prozentweise im Kurs gedrückt werden. Zur Beruhigung für Besitzer, welche etwa der Kurszettel ängstlich machen könnte, sey es übrigens hier gesagt, daß nach unserer Wahrnehmung die stattfindenden Verkäufe mehr vom Börsenspiel als von ernstlichen Aktienbesitzern herrühren. Bayerische Ostbahn blieb noch etwas vernachlässigt, und erst heute entwickelt sich dafür ein etwas größerer Umsatz.

Die Ausgabe der Interimsscheine steht allernächstens bevor. Für spanische Staatspapiere war entschieden günstige Tendenz wahrnehmbar, die jedoch von den auswärtigen Plätzen nicht gehörig unterstützt wurde.

Frankfurt, 9. Juli. Die Börse war in etwas flauer Stimmung und wurden beinahe sämmtliche Effekten billiger abgegeben.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien durch einige kleine Verkäufe gedrückt, eröffneten zu 105¾, erholten sich jedoch im Laufe der Börse, hoben sich bei sehr starkem Umsatz rasch auf 106 und blieben zu diesem Kurse bis zum Schlusse gesucht.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1303P. 1297G. Neue Bankaktien 426 P. 423 G. Credit-Actien à 5pCt. 238½ P 236½G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 84¼ P. 84 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90¼ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 82¼ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89½ P. 89 G.; à 4½pCt. 73¼P. 73 G.; à 4pCt. 65¼P.64¾G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛G. Loose à 500 fl. von **1834** ——P. ——G. à fl. 250 von **1839** — P.117½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 104¼ P. 103¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 283 P. 281 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 89 P. 88½ G.; 4pCt. 94¾P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94½ G.; 4½pCt. 101⅛P.100⅝G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105⅝ P. 105⅜ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 150 P. 149½ G. Neustadt-Weissenb. 114 P. 113½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117¾P. 117¼G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅞P. 90⅜ G.; 4½pCt. 102¼P. 101¾G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82½ G. **Kurhessen.** **40** Thaler-Loose b. R. 39½ P. 39¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100⅛P.99⅝G.; 4½pC. 103P. 102½ G.; Loose à fl. **50** 113 P. 112½ G.; à fl. **25** 33⅞ P. 33⅝ G.; Darmstädter Bankaktien alte 412P. 409 G.; junge 357 P. 355 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 109¼P.108¾G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. **25** 31¾P. 31½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼P. — G.; à 3½pCt.93⅛P.92⅝G.; Bankaktien 121 P. 120½ G.; Taunus-Aktien 325 P. 323 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 87 P. 86 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial —P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 568 P. 563 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40¼ P. 40 G.; 1pCt. neue 24 13/16P.24 11/16G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificata 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl.100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118¾P.118½G.
Augsb. fl.100 k. S. 120¼P.120G	Mail. f.S.Lr.250k.S 101¼P101G
Berlin Thlr.60 k.S. 104¾P.104½G.	Paris Frs. 200 k. S 94P.93¾ .
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P.104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞P.93⅝G.
Brem. 50Thlr.Lsd.kS.96¼P.96G.	Wienfl. 100C. k S.117⅜P.117⅛G.
Hamb. MB. 100 k.S.89P 88¾G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛P.116⅞G.
Leipz. Thlr.60k.S. 104¾P.104½G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 8. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85¼⅜; 5pCt. Metall. 84 7/16; 4½ pCt. 74⅓; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121½; von 1854 106¼; Bankaktien 1114; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 385½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 604; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2895. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅝. London 10. 2. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

München, 8. Juli. Herr Kriegsminister v. **Manz** hat sich gestern nach Marienbad begeben. (M. Bote.)

Von der **Donau** schreibt man: Dem Vernehmen nach beabsichtigen die HH. Aerzte, dem verstorbenen k. bayer. Rath und praktischen Arzte Dr. **Oettinger**, als Gründer des Pensionsvereines für Wittwen und Waisen bayerischer Aerzte, in seiner Vaterstadt **Ansbach** ein Denkmal zu setzen." (O Denkmalwuth!) (M. Bote.)

Berlin, 8. Juli. Die Ratifikationen des unter dem 26. Januar 1856 abgeschlossenen Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Bremen wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse und der dazu gehörigen Separatartikel und Zusatzverträge sind, wie die „Pr. Corresp." mittheilt, in diesen Tagen und zwar, wie im Vertrage selbst bestimmt war, in Berlin selbst ausgewechselt worden. Die Zusatzverträge bestehen bekanntlich: 1) in einer Uebereinkunft wegen Unterdrückung des Schleichhandels; 2) in einer Uebereinkunft wegen eines zollvereinsländischen Hauptzollamtes, sowie einer Niederlage für Zollvereinsgüter in der Stadt Bremen, nebst den darauf bezüglichen Separatartikeln; 3) in einer Uebereinkunft wegen Anschlusses bremischer Gebietstheile an den Zollverein; 4) in einer Uebereinkunft wegen der Besteuerung innerer Erzeugnisse in den dem Zollverein angeschlossenen bremischen Gebietstheilen; 5) in dem Vertrage wegen Suspension der Weserzölle.

Paris, 5. Juli. In Regierungskreisen beschäftigt man sich mit einem auf den Getraidehandel bezüglichen Projekte. Es ist jetzt erwiesen, daß in mehreren Ländern eine mittelgute Aernte nicht mehr genügt und auswärtige Einkäufe jährlich nothwendig sind. Diese Länder machen sich auf den großen Märkten, z. B. in Rußland und Amerika, eine für sie Alle äußerst nachtheilige Konkurrenz, wie z. B. in diesem Augenblicke die Regierungen von Frankreich und Sardinien ganz unerwartet für Beide in Italien. Durch ein vorausgegangenes wechselseitiges Verständniß, meint man, könnte dies vermieden werden. Man hofft diese Konkurrenz zu beschränken oder zu regeln, indem man ein Comite bildet, das aus Fachmännern besteht, die von den Regierungen der betreffenden Länder ernannt werden und zuerst die Bedürfnisse bestimmen, hernach über die Anbotpreise ein Uebereinkommen unter sich treffen sollen. Ich will nicht untersuchen, ob dieses Projekt praktisch durchführbar sey oder nicht; jedenfalls beweist es, daß die französischen Staatsmänner unter dem Drucke der Schuldenlast, welche die Aushülfe bei der Brodtheuerung ohne Ende den Gemeinden aufbürdet, sich sehr mit der Lebensmittelfrage befassen, und sie dem Einfluß der ungeregelten Spekulation möglichst entziehen möchten. Dabei ist freilich der Fehler des Maßregelns schwer zu vermeiden. (H. N.)

Paris, 7. Juli. Rußland soll die Annäherung zwischen dem hiesigen und dem Wiener Hofe sehr ungern sehen, und dies ein Hauptgrund seines Aergers über das Pariser Kabinet seyn. Aus diesem Aerger macht es auch kein Hehl mehr. Derselbe offenbart sich u. A. namentlich in der nichts weniger als freundlichen Sprache, welche die russische Presse seit 2 bis 3 Wochen gegen Frankreich zu führen beginnt. Ueberrascht hat besonders die heftige Korrespondenz, welche heute die hier angelangte „Nordische Biene" aus Brüssel bringt. Es wird in derselben sehr entschieden gegen unsern Börsen- und Agiotageschwindel, über die Fäulniß unserer Finanzzustände u. s. w. losgezogen, und der Staatsbankerott uns als unvermeidlich und nahe bevorstehend verkündigt." Wir wollen hier nicht untersuchen, in wiefern diese Anklagen Grund haben. Aber wenn man sich der sympathetischen Rückhaltung erinnert, mit welcher die russische Presse selbst während des Kriegs sich immer gegen Frankreich aussprach, und die Sympathiebezeugungen, mit welchen sie uns nach wiederhergestelltem Frieden überschwemmte, so wird man nicht umhin können, jenem Wechsel im Ton der offiziösen Presse eine gewisse politische Bedeutung beizulegen. (A. Z.)

Paris, 9. Juli. Der „Moniteur" meldet: „Die Nachricht, daß der Kaiser **Napoleon** sich demnächst nach Arenenberg oder Bregenz begeben werde, um dort mit dem **Kaiser von Oesterreich** zusammenzutreffen, entbehrt jeder Begründung. — Der Senat hat den Gesetzvorschlag in Betreff der Regentschaft (wonach, falls der Kaiser keinen Regenten ernennt, während der Minderjährigkeit des Thronfolgers die Kaiserin Regentin ist), einstimmig angenommen. — Der Marschall **Pelissier** hat die Krim am 5. Juli verlassen. Die letzten französischen Schiffe sind ebenfalls von dort abgegangen." (Fr. Pstz.)

Rom, 3. Juli. Gestern um 6 Uhr Morgens ist der König Ferdinand II. in Begleitung des Herzogs v. Kalabrien und der Grafen v. Trapani und Caserta, seiner Söhne, in Porto d'Anzio angekommen und vom Papst, der, von den Kardinälen Antonelli und Roberti begleitet, dort weilt, sehr zuvorkommend aufgenommen worden. Am Abend reiste der König wieder ab. (Giornale di Roma.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 191.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 11. Juli 1856

Deutscher Bund.

*** Bayern.** Der gestern erwähnte Ministerialerlaß, bezüglich der Polizei-Aufsicht auf entlassene Sträflinge und Korrektionäre lautet, wie folgt:

Dem unterfertigten kgl. Staatsministerium ist zur Kenntniß gekommen, daß die kraft des Gesetzes, strafrichterlicher Erkenntnisse oder Beschlüsse der Polizeibehörden eintretende besondere Polizeiaufsicht über entlassene Sträflinge und Korrektionäre vielfach in einer Weise geübt wird, welche den beaufsichtigten Individuen das redliche Fortkommen erschwert, und selbst unmöglich macht, deßhalb nicht selten den Anlaß zum Rückfälligwerden der Beaufsichtigten gibt, und sohin den Zweck der Maßregel — Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft gegen Gefährdung von Seite der Beaufsichtigten und Besserung derselben — nicht bloß nicht erreicht, sondern häufig sogar das Gegentheil bewirkt. Zur Beseitigung und Fernhaltung dieses höchst bedenklichen Mißstandes werden hiermit für die Gestaltung und Handhabung dieser besonderen Polizeiaufsicht nachstehende Direktiven erlassen:

1) Die Verwaltungen der Strafanstalten und Zwangsarbeitshäuser haben nach den bereits bestehenden Anordnungen von der bevorstehenden Entlassung eines Individuum dessen Heimathsbehörde rechtzeitig in Kenntniß zu setzen und hierbei ein Zeugniß des Hausgeistlichen über das christlich-religiöse Leben und den sittlichen Zustand des zu Entlassenden behufs der sofortigen Zustellung an das betreffende Pfarramt anzufügen. Mit dieser Notifikation sind von nun an seitens der genannten Verwaltungen bezüglich eines jeden zur Entlassung kommenden Individuum genaue, vollkommen aktengetreue Mittheilungen über Persönlichkeit, Bildungsstufe, Beschäftigung und Verhalten vor der Einlieferung in den Strafort, die wesentlichsten Momente der Thatgeschichte des Verbrechens und die erkannte Strafe, die in der Anstalt getriebene Beschäftigung und darin erlangte Fertigkeit, das Betragen während der Strafzeit, die für nachhaltige Besserung gegebene Hoffnung, die nach der Ansicht der Anstalts-Verwaltung für Unterkunft und Fortkommen des zu Entlassenden zunächst zu treffende Vorsorge den Distrikts-Polizeibehörden der Heimath zu machen.

2) Diese Behörde hat auf Grund der erhaltenen Mittheilung sofort die entsprechende Vorsorge für die Unterbringung und Beschäftigung des zur Entlassung kommenden Individuum zu bethätigen, zu dem Behufe mit dem für diesen Zweck im Amts- und Regierungsbezirke bestehenden Vereine ins Benehmen zu treten, so wie die Erfüllung der den Armenpflegen deßfalls gesetzlich obliegenden Verpflichtungen in Anspruch zu nehmen. In letzterer Beziehung darf sich, wie gar häufig geschieht, keineswegs auf die bloße Mittheilung an die betreffende Gemeinde, daß ein Gemeindeangehöriger demnächst aus dem Straforte entlassen werde, und für dessen Unterkunft und Beschäftigung zu sorgen sey, beschränkt, vielmehr muß der Vollzug des ertheilten Auftrages gehörig überwacht und nach Umständen mit allem Nachdrucke gesichert, zugleich aber auch die Thätigkeit der Gemeinde und Armenpflege kräftig unterstützt werden.

3) Nach dem Eintreffen des Entlassenen hat die Distrikts-Polizeibehörde, insoferne derselbe überhaupt unter besondere Polizeiaufsicht zu stellen ist, durch förmlichen, den Betheiligten zu eröffnenden Beschluß zu bestimmen, in welcher Weise die über ihn angeordnete Polizeiaufsicht gehandhabt werde. Gegen diesen Beschluß findet Berufung an die vorgesetzte Stelle statt; die eingelangte Berufung hat jedoch keinen Suspensiveffekt.

4) Leitender Grundsatz hat hierbei zu seyn, daß der zu Beaufsichtigende nicht größeren Beschränkungen, als die Erreichung des Zweckes nach der moralischen Beschaffenheit des betreffenden Individuum unbedingt gebietet, unterworfen werde, und daß bei der Vorkehrung dieser Beschränkungen schonendste Rücksicht auf das redliche Fortkommen des Individuum zu nehmen sey.

5) Die Anwendung dieses Grundsatzes auf jeden gegebenen einzelnen Fall muß nach der Natur der Sache der Umsicht der Distrikts-Polizeibehörden überlassen bleiben, welche ihre Maßnahmen nach den Mittheilungen der Anstaltsverwaltungen im Zusammenhalte mit der eintretenden Vorsorge für die Unterbringung und das Fortkommen des Entlassenen, sowie mit den sonst in jedem konkreten Falle in Betracht kommenden besonderen Verhältnissen zu bemessen haben. Indessen wird hierüber noch Nachstehendes verfügt: a) die Eingränzung des zu Beaufsichtigenden auf den Bezirk der Heimathsgemeinde mit oder ohne Verpflichtung zur periodischen Anmeldung bei dem Gemeinde-Vorsteher ꝛc. ist im Allgemeinen nur gegen Individuen vorzukehren, welche nach ihren begangenen Verbrechen, ihrem Verhalten im Straforte und ihrer an den Tag gelegten Nichtbesserung, wie nach ihrem ganzen Charakter als sicherheitsgefährlich erscheinen und die gegründete Befürchtung erwecken, daß sie ihre erlangte Freiheit zu neuen Verletzungen der öffentlichen Sicherheit mißbrauchen. b) Ist diese Befürchtung nicht vorhanden, so soll dem zu Beaufsichtigenden eine freiere Begränzung gestattet, und nach Umständen dessen Eingränzung auf den Amtsbezirk erstreckt werden. c) Der Uebergang aus dem Amtsbezirke der Heimath in einen anderen kann nur mit Genehmigung der Distrikts-Polizeibehörde erfolgen, ist jedoch von dieser nicht zu erschweren, wenn das betreffende Individuum zureichende Gründe hierfür geltend zu machen und zu bescheinigen vermag, auch sonst gewichtige Erwägungen dagegen nicht vorhanden sind. In diesem Falle geht die Handhabung der Polizeiaufsicht auf die bezügliche andere Distrikts-Polizeibehörde über, welche die Bewilligung zum Aufenthalte in ihrem Amtsbezirke lediglich aus dem Grunde, weil das betreffende Individuum ein entlassener Sträfling oder Korrektionär ist, nicht versagen soll.

6) Die Distrikts-Polizeibehörde, welche die Aufsicht zu führen hat, hat sich in fortlaufender genauer Kenntniß von dem Betragen und Erwerbe des Beaufsichtigten zu erhalten. — Diese Kenntniß hat sich dieselbe zwar vorzugsweise durch die Gemeindeverwaltungen und die Sicherheits-Mannschaft zu verschaffen; es sind jedoch auch bei vertrauten rechtschaffenen Mitgliedern der Gemeinde, und insbesondere Mitgliedern des bereits gedachten Vereines die erforderlichen Erkundigungen einzuziehen und insbesondere die Amtsvorstände verpflichtet, bei Vornahme der Gemeindevisitationen, wie bei ihrer aus sonstigen Anlässen erfolgenden Anwesenheit in den Gemeinden über die Verhältnisse der beaufsichtigten Individuen sich verlässige Aufschlüsse zu verschaffen.

7) Die persönliche Nachsicht und Kontrole der Vollzugs-Organe in der Wohnung oder Arbeitsstätte der Beaufsichtigten ist nicht selten mit den empfindlichsten Nachtheilen für die Letzteren verbunden, da der Dienstherr oder Arbeitgeber, die übrigen Hausgenossen, Dienstboten oder Arbeiter hierdurch sich verletzt fühlen, und der Beaufsichtigte häufig in Folge dessen seine Unterkunft und seine Beschäftigung verliert. Die Vollzugsorgane haben daher bei Lösung der ihnen bezüglich solcher Individuen zugewiesenen Aufgabe mit der größten Um- und Vorsicht zu Werke zu gehen, damit nicht die Beaufsichtigten durch Nachfragen, Kontrolen, Visitationen und dergl. fortwährend auf's Neue gebrandmarkt, um Arbeit und Unterkunft gebracht, und dem verbrecherischen Lebenswandel neuerdings zugeführt werden, anderseits aber sicherheitsgefährliche Individuen nicht ohne die nothwendige ständige Ueberwachung bleiben. Grundsatz bezüglich dieser Nachsicht und Kontrole soll daher seyn, daß dieselbe bei jenen Individuen, welche in einem ordentlichen Dienste oder in ordentlicher Beschäftigung stehen, welche von dem Dienstherrn, Arbeitgeber oder einem Vereinsmitgliede überwacht werden, insolange zu sistiren ist, als nicht bestimmte Thatsachen eine begründete Veranlassung hierzu geben.

8) Dieselben Rücksichten machen sich hinsichtlich der Vornahme polizeilicher Hausuchungen bei den unter besonderer Polizeiaufsicht stehenden Individuen geltend, weßhalb solche Haus

suchungen nur dann vorzunehmen sind, wenn hierfür bestimmte Anhaltspunkte gegeben sind.

9) Die angeordneten Beschränkungen und Aufsichtsmaßregeln sind übrigens während der Dauer der Polizeiaufsicht je nach dem Verhalten des einzelnen Individuum von der Distrikts-Polizeibehörde zu vermindern oder zu erweitern.

Mit Bezug auf vorstehenden Erlaß hat die Kreis-Regierung von Unterfranken alle Polizeibehörden angewiesen, den Vereinen zur Besserung für entlassene Sträflinge und Korrektionäre, wenn ihre Mitwirkung zur Unterbringung solcher Individuen in Anspruch genommen wird, stets die Charakteristik derselben mitzutheilen und, behufs der Kontrole bei Amtsextraditionen und Visitationen ein genaues Verzeichniß über die ihren Bezirken angehörigen entlassenen Sträflinge und Korrektionäre zu führen.

Ansbach, 7. Juli. Heute nahm dahier die diesjährige Anstellungsprüfung für die protestantischen Pfarramtskandidaten ihren Anfang. Es sind zu dieser Prüfung, welche 3 Wochen dauern wird, auf 3 Termine 33 Kandidaten einberufen. Die Prüfungskommission besteht aus den HH.: Oberkonsistorialrath Dr. Burger (als Vorstand), sämmtlichen Räthen des hiesigen Konsistorium und Stadtpfarrer Port aus Nürnberg.

Preußen. Berlin, 8. Juli. Gestern, am 7., ward hier in Berlin der Gesellschaftsvertrag für die mehrerwähnte Luisenthaler Aktiengesellschaft für Druckerei, Weberei und Spinnerei abgeschlossen. Es stehen dabei die hiesige Discontogesellschaft, die Dessauer Kreditanstalt und die Koburger Kreditgesellschaft an der Spitze. Das Gründungskomite besteht aus folgenden Personen: Präsident Hansemann, Albert Trost, F. Schnitte, Dr. Hübner zu Berlin, Präsident Nulandt in Dessau, v. Eicke in Mühlheim, Gustav Hardt in Duisburg, Ferdinand Gallenkamp in Amsterdam, Louis Hemmerde in Hannover. Aus den vorgelegten detaillirten Berechnungen ergab sich, daß das Etablissement, wie es jetzt besteht, sich zu circa 12 pCt. verzinst, und man hofft bei dem nun ermöglichten und schwunghafteren Betriebe eine erhöhte Rente zu erzielen. (B. B.-Z.)

Berlin, 8. Juli. Den Wirthen öffentlicher Häuser ist die Aufnahme neuer Mädchen (geborener Berlinerinnen) abgeschlagen worden. In jedem Polizeirevier wird ein Schutzmann stationirt werden, der es bloß mit Uebung der Sittenpolizei zu thun hat, und über je zehn Reviere wird ein Wachtmeister gesetzt werden, dem die Schutzmänner untergeordnet sind. Alle des lockern Lebenswandels verdächtige Mädchen sollen künftig außerhalb der Stadtthore wohnen und kein öffentliches Tanzlokal besuchen dürfen. Infolge dieser letzten Verordnung möchten wohl manche Spelunken und Tabernen zugrunde gehen. (D.A.Z.)

Unter den Studirenden zu Breslau findet der Plan zur Bildung einer „allgemeinen Studentenschaft" der dortigen Hochschule Anklang; in einer für den erwähnten Zweck abgehaltenen Versammlung wurde ein revidirter Entwurf von Statuten angenommen, und demnächst soll mit der Wahl eines Ehrengerichts aus fünf Mitgliedern, die ebenso viel Fakultäten vertreten, vorgegangen werden. (Nat.-Z.)

In Folge der Maßregel, welche der Magistrat zu Danzig bezüglich der Errichtung einer „Allgemeinen Gesellen Kasse" getroffen hat, wird eine Deputation von Gesellen verschiedener Gewerke nach Berlin abgehen, um bei dem Minister Beschwerde gegen dieses Projekt zu führen. (K. Z.)

Sachsen-Weimar-Eisenach. Weimar, 7. Juli. Auch in Weimar ist nun der Bundesbeschluß über die Presse publizirt. Die beigegebene Ausführungsverordnung hat überall in der Anwendung desselben die weiteste, d. h. für die Presse günstigste Auslegung adoptirt. Die Höhe der Kaution ist auf 1000 und 500 Thlr. normirt. Daß man in der praktischen Handhabung diese Bestimmungen nicht verschärfen, eher mildern werde — soweit es nur immer die Bundespflicht, der man sich nicht entziehen kann und will, verstattet —, dafür bürgt der ganze Geist der hiesigen Verwaltung. (D. A. Z.)

Freie Städte. Hamburg. Se. kgl. Hoh. der Erzherzog Ferdinand Maximilian hat für die hiesige katholische Kirche den Vorstehern derselben fünfzig Dukaten in Gold überreichen lassen. (H. N.)

§ **Oesterreich.** Wien, 8. Juli. (Privat-Korresp.) Von Seite mehrerer hiesigen Industriellen ist die Errichtung einer Niederlage österreichischer Manufakturwaaren in Leipzig projektirt, indem man hofft, dadurch den Absatz zu fördern. — Das von der Kreditanstalt aufgestellte Prinzip der solidarischen Kreditbewilligung findet namentlich in Ungarn großen Anklang, und es haben sich bereits fast alle ungarischen Handelsstädte wegen Bewilligung solidarischen Kredits an die Kreditanstalt gewendet. Besondere Erwähnung verdient es, wie richtig der Handelsstand von Temeswar dieses Prinzip aufgefaßt hat und bemüht ist, sich selbst und auch zugleich die Kreditanstalt gegen alle Verluste zu sichern. Jedes Mitglied des Kreditvereins erlegt nämlich 5 pCt. des von ihm beanspruchten Kredites in baarem Gelde. Für diese Summe werden Staatspapiere gekauft und bei der Kreditanstalt deponirt. Bleibt nun einmal durch Zufall die Deckung eines Acceptes aus, so kann die Anstalt den Betrag einstweilen von den hinterlegten Staatspapieren entnehmen, oder dieselben dafür belehnen, bis die fragliche Summe wieder eingelaufen ist. Dieser Reservefonds dient auch dazu, um die Verluste des Vereines zu decken. Einen nambaften Zufluß soll derselbe dadurch erhalten, daß die Hälfte des bewilligten Acceptationskredites an Nichtmitglieder gegen Provision abgelassen wird. Auf diese Weise wird ein Fonds gesammelt, der im Laufe der Jahre bedeutend genug werden kann, um alle zufälligen Verluste zu decken.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 7. Juli. In Basel haben sich die Bankhäuser Bischoff, Ehinger, Merian Forcart, Passavant, Riggenbach und v. Speyr als Gründer eines großen Geldinstituts auf Aktien mit Beiziehung dortiger und auswärtiger Geldinstitute konstituirt. (Frkf. Pstz.)

Dänemark.

Nordamerikanische Blätter bestätigen die jüngste Verlautbarung in der Sundzoll-Angelegenheit. Danach hat sich der Präsident der Vereinigten Staaten zu einer vorläufigen Weiterzahlung des Zolles bis zum 14. Juni 1857 herbeigelassen.

Die Verhandlungen des dänischen Reichsrathes über den Antrag des Ober-Präsidenten Baron Scheel-Plessen und Gen., betreffend die Rechte der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg, sind jetzt zu Kiel in Druck erschienen. Der alte E. M. Arndt veröffentlicht dazu in der „Köln. Ztg." folgende Bemerkungen: „Wenn man diese langen und oft langweiligen Verhandlungen über eine mit dänischer Einseitigkeit und Parteilichkeit entworfene und nicht in gesetzlicher Form gemachte Verfassung durchläuft, regen sich wieder die alten Gefühle, daß die Deutschen gegen den dänischen Uebermuth und gegen die Berge schwerer Hindernisse, von welchen das Kopenhagen'sche eitelste und bitterste Völkchen seine schmutzigen Wasser auf ihre Köpfe herablaufen läßt, schwerlich werden hinaufkommen können. Es ist, als wenn ein *Vae Victis!* frei über sie hinweggerufen werden dürfte. Man muß ja hoffen, daß dieses *merkwürdige* Aktenstück nicht wieder still ad acta gelegt werde, und daß der Bundestag in Frankfurt seine Holsteiner und Lauenburger nicht länger wider Gelübde und Gesetze werde mißhandeln lassen. Wir geben hier nur einige Proben des dänischen Uebermuths, welchen das Uebrige der Verhandlungen zum Theil in den Worten, in den Resultaten aber ganz gleich ist. Im Angesicht des mitwissenden und mithörenden Deutschland und aller Thatsachen von Plackereien, Absetzungen und Landesverweisungen u. s. w., welche trotz der feierlichst gelobten Amnestie über die Herzogthümer verfügt sind, wagt der Reichsrath Mourier, Mitsitzer im Kopenhagener Obergericht, sich mit dem Mantel seines Königs bedeckend, zu sagen: „Seine Königliche Majestät hat den Herzogthümern Beweise Seiner Königlichen Gnade gegeben, wovon die Geschichte wahrlich nur wenige Beispiele kennt." Als der wackere Graf Reventlow-Jersbeck warnend erinnert und klagt, wie beispiellos (zumal Dänemark gegenüber, wo kein Gerichtsbeamter ohne Verurtheilung seiner Stelle entsetzt werden könne) die zu Kiel erfolgte willkürliche Absetzung mehrerer Oberrichter sey, und wie hart der gefühlte Druck der Presse *auf* den deutschen Gefühlen und Gedanken liege, antwortet *man ihm* mit witzigen Einfällen und Sophismen, und über den Preßdruck spöttelt der Renegat Lehmann höhnisch: „die Presse sey in Dänemark freilich frei, aber in den deutschen Landen übe man nur das Bundes-Preßgesetz aus." Ueberhaupt sind, wie sich das bei Solchen natürlich immer finden muß, die deutschen Renegaten Professor Clausen und Amtmann Orla Lehmann die Allerbittersten. Jetzt steht vorderst schon die große Frage über Verkauf der Domänen, und zweitens die wichtige Frage: Welche Gegenstände der Staats-Verhandlungen dem sogenannten Gesammt-Reiche und Reichsrathe und welche den Landschafts-Berathungen angehören. Schon will man ohne Unterschied alles, z. B. Handel, Verkehr, Münze, Zölle u. s. w., ins weite hohle Finanzgebiet des Gesammt-Reiches hinüberzerren. Kurz, wenn man die Anfänge der Gegenwart sieht und was die Dänen alles wagen und wagen dürfen, kann man sich darauf verlassen, daß sie aus Furcht vor künftigen Möglichkeiten in den Herzogthümern alles, woraus sich Geld machen läßt — die Domänen in den Herzogthümern haben nur einen Werth von vierzig Millionen Thaler — vermöbeln werden, daß sie alle Säfte und Kräfte der herrlichen deutschen Landschaften, noch schlauer als sonst, für sich

ausbeuten und aussaugen werden. Die letzte Frage ist: Ob man ihnen eine solche Ausbeutung erlauben wird? Doch stille! Es ist schon zu viel für ein deutsches Ohr und Herz!"

Da die Auflösung der englisch-deutschen Legion viele frühere Mitglieder der holsteinischen Armee in die Heimath führen wird, so sind die Behörden von der dänischen Regierung angewiesen worden, die entlassenen Soldaten an der Rückkehr in die Heimath zu verhindern, wenn sie sich nicht mit einer Amnestie ausweisen, die sie in Kopenhagen nachzusuchen haben. Die Offiziere müssen ihre Pässe bei der dänischen Gesandtschaft in London visiren lassen. (B. Bl.)

Frankreich.

* Paris, 8. Juli. Am 21. d. verkauft der Staat zu Toulon 500,000 Kilogrammes (1 Kilogr. = 2 Pfd.) amerikanischen gesalzenen Speck, der für die Orientarmee dienen sollte, jedoch jetzt unnöthig geworden ist.

* Die Regierung beschäftigt sich fortwährend mit den Projekten zur Verschönerung von Paris, und in diesem Augenblicke sind Architekten und Zeichner nicht nur an der Arbeit, den Plan des Vincenner Wäldchens zu entwerfen, welches demnächst in Angriff genommen und in ein zweites Boulogner Hölzchen umgewandelt werden soll, sondern auch die Pläne zur Anlage des sog. Trocaderos, eines auf dem Quai de Billy gegenüber dem Marsfelde gelegenen Hügels, zu fertigen. Dieser Hügel, auf den der Palast des Königs von Rom zu stehen kommen sollte, ist gegen die Seine zu mit einigen Baumreihen besetzt, der ganze übrige Theil, bis zur Umfassungsmauer, befindet sich aber in einem sehr erbärmlichen Zustande, eine wahre Wüste von Steinen, Sand und Schluchten. Das Projekt ist, diese ungeheure Oede in einen Garten umzuwandeln, was sie durch ihre schöne Lage allerdings verdient. Die Ausführung dieses Vorhabens wäre für die Bewohner Chaillot's eine große Wohlthat, während diese Anlage gleichzeitig dem — durch die Seine geschiedenen — gegenüber liegenden Marsfelde eine prachtvolle Perspektive bieten würde. — Auch rings um den Triumphbogen (de l'Etoile) und namentlich auf dem großen Terrain, wo früher das Hippodrome stand, hat man mit den Arbeiten zur Herstellung des großen runden Platzes, welcher dieses schöne Monument umgeben soll, begonnen. Eine Menge Arbeiter sind mit Abtragung der Höhe beschäftigt, die sich bis gegen Chaillot ausdehnt, um dieses Terrain auf gleichem Niveau mit dem Triumphbogen zu bringen, und demnächst wird man mit dem Bau der Paläste beginnen, die sämmtlich nach einem monumentalen Plane ausgeführt werden sollen.

* An den Maire der Stadt Nantes richtete der Minister des Innern ein Schreiben, worin er im Auftrag des Kaisers für die von der Stadt (welche bekanntlich einen Palast zur Residenz des kaiserl. Prinzen ankaufen wollte) bewiesene Anhänglichkeit für die Dynastie dankt, das Anerbieten selbst aber in Rücksicht auf die Kosten, die es der Stadt bereiten würde, namentlich in dem Augenblicke, wo großes Unglück die Provinzen heimsuchte, ablehnen zu sollen glaubt.

In den zunächst bei Lyon gelegenen Städten und in der Vendée sind wieder mehrere Personen wegen Mitgliedschaft geheimer Gesellschaften verhaftet worden. — Nach dem „Akhbar von Algier" wird die Legung des elektrischen Taues, das Algerien mit der Insel Sardinien in Verbindung setzen soll, Mitte Juli erfolgen.

Spanien.

† Madrid, 4. Juli. Die „Epoca" sagt: „Man hegt ernstliche Besorgnisse, die Ruhe zu Calatayud in jenem Theile der Provinz gestört zu sehen, wo voriges Jahr eine Carlisten-Erhebung statt hatte. Die Behörden konnten jedoch telegraphisch nach Saragossa berichten, von wo aus man Truppen dorthin schickte, und da die gesammte Provinz-Civil-Garde konzentrirt war, so vermochte man den Ausbruch des seit mehreren Monaten vorbereiteten Komplotts zu verhindern. — Dasselbe Journal glaubt fast mit Gewißheit versichern zu können, daß der Hof Madrid diesen Sommer nicht verlassen wird. Die Hochzeitsfeier der Infantin, Schwester des Königs, wird nicht vor dem Monat August statt haben. — Ein Detachement von 50 Reitern des zu Aranjuez garnisonirenden Regiments ist nach Toledo abgegangen. In der Provinz dieses Namens wurden glücklicherweise fruchtlose Versuche gemacht, diese Bewegungen in Castilien unter dem Vorwande der von den Cortes bewilligten neuen Steuern zu unterstützen. Zu Guadalajara wurden ähnliche Versuche durch die energische Haltung der Garnison und der Eleven der dortigen Genieschule vereitelt."

Italien.

* Ueber die neulich in Florenz massenhaft vorgenommenen Verhaftungen sind die fabelhaftesten Gerüchte im Umlauf. Ein Berichterstatter der „Allg. Ztg." versichert, daß außer andern Geringfügigkeiten namentlich ein großes Abendessen Anlaß dazu bot, das ein Wirth zur Einweihung seiner neuen Wirthschaft seinen Freunden gab, und wobei, als die Köpfe warm waren, Toaste auf Mazzini rc. zum Vorschein kamen. Die Gesellschaft habe, sagt er, aus jungen Leuten der niedersten Klasse bestanden, der Vorfall sey ohne Bedeutung gewesen, und am besten, sagt er, hätte die Polizei gethan, wenn sie kein solches Aufsehen gemacht hätte.

Nach offiziellen Berichten hat die sardinische Armee auf dem Schlachtfeld und an Krankheiten während des orientalischen Kriegs (bis 31. Oktober 1855) 1632 Mann verloren. Davon starben an der Cholera 1271, am Typhus 170 und an ihren Wunden 251. — Der Turiner Correspondent des „Constitutionnel" theilt aus einem Briefe aus Mailand Folgendes mit: „Während einiger Tage waren wir in Angst und Schrecken. Man sah Infanterie, Kavallerie und Artillerie ausziehen, die sich nach Lodi und Cremona begaben. Man hätte glauben können, daß wir am Vorabend einer Revolution oder eines Krieges wären. Heute ist Alles ruhig. Glauben sich die österreichischen Generale sicher? Haben sie Gegenbefehl erhalten? Aus anderer Quelle erfahre ich, daß Mazzini einige Tage in der italienischen Schweiz zugebracht hat und nach London zurückgekehrt ist, nachdem er sich überzeugt hat, daß die Italiener gegen seine Projekte sind."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 2. Juli. Der Großvezier Ali Pascha ist am Samstag hier eingetroffen, desgleichen der sardinische Gesandte Mozzi. Eine große Waaren- und Geldbewegung gibt sich von hier nach Odessa kund; zahlreiche Kaufleute reisen dahin. Die Wechselkurse haben plötzlich wieder angezogen. (Tel. Dep. d. O. C.)

Amerika.

Ein englisches Blatt hatte unlängst angekündigt, Costarica habe die neue Regierung von Nicaragua anerkannt. Dies ist nicht wahr. Im Gegentheil wird in Costarica eifrig gerüstet, so bald wie nur möglich die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, welche man allein wegen der Jahreszeit hatte suspendiren müssen.

Nichtpolitische Zeitung.

Die Jahreskonferenz des germanischen Museum findet heuer in Nürnberg vom 11. bis 13. September statt. (C.B.)

Aus Rom wird berichtet: „Die Rebenkrankheit macht heuer, wo sie auftrat, nur langsame Fortschritte, theils erlosch sie ganz nach Anwendung des Schwefeldampfes mittelst eigens dazu gefertigter Handblasebälge. Der hiesige Mechaniker Luswergh hat dies Instrument vervollkommnet, so daß es mit sichtlichem Erfolge angewandt wird." (A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 10. Juli. Das Geschäft war heute nicht von Bedeutung und die Kurse ohne große Veränderung. Mitteldeutsche Kreditaktien wurden etwas besser bezahlt, während Livorno-Florenz und 3pCt. span. mehr angeboten waren.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 106, $\frac{1}{8}$ bei starkem Umsatz verhandelt und blieben fest.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1301 P. 1296 G. Neue Bankaktien 427 P. 422 G. Credit-Actien à 5pCt. 239 P. 237 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $84\frac{4}{5}$ P. $84\frac{1}{8}$ G. 5pCt. Lombard.-Ven. $90\frac{1}{4}$ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. $82\frac{1}{4}$ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. $89\frac{1}{2}$ P. 89 G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $73\frac{3}{8}$ P. $73\frac{1}{8}$ G.; à 4pCt. $65\frac{1}{4}$ P. $64\frac{3}{4}$ G.; à 3pCt. 49 P. $48\frac{1}{2}$ G.; à 1pCt. $16\frac{1}{8}$ P. $15\frac{7}{8}$ G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 — P. $117\frac{1}{2}$ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $103\frac{1}{2}$ P. 103 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 282 P. 279 G.

Preussen. $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 87 P. $86\frac{1}{2}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $112\frac{3}{4}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 89 P. $88\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$ P. $94\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. Grundrente 95 P. $94\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $101\frac{1}{2}$ P. $100\frac{5}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. Ostbahn-Aktien $105\frac{3}{4}$ P. $105\frac{1}{2}$ G. 5pCt. 101 P. $100\frac{1}{2}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $150\frac{1}{4}$ P. $149\frac{3}{4}$ G. Neustadt-Weissenb. $113\frac{5}{8}$ P. $113\frac{1}{8}$ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $118\frac{1}{4}$ P. $117\frac{3}{4}$ G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $90\frac{7}{8}$ P. $90\frac{3}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{1}{2}$ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. $42\frac{3}{4}$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $82\frac{5}{8}$ P. $82\frac{1}{8}$ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. $39\frac{1}{2}$ P. $39\frac{1}{4}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. $62\frac{1}{2}$ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. $100\frac{1}{8}$P. $99\frac{5}{8}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. 103P. $102\frac{1}{2}$ G.; Loose à fl. **50** $113\frac{1}{8}$ P. $112\frac{7}{8}$ G.; à fl. **25** $33\frac{7}{8}$ P. $33\frac{5}{8}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 415 P. 413 G.; junge 360 P. 358 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank $109\frac{7}{8}$P. $109\frac{3}{8}$G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 $48\frac{1}{8}$ P. $47\frac{7}{8}$G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 90 P. $89\frac{1}{2}$ G., Loose à fl. **25** 32 P. $31\frac{3}{4}$G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $84\frac{1}{4}$P. — G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $93\frac{3}{8}$P. $92\frac{7}{8}$G.; Bankaktien $120\frac{1}{8}$ P. 120 G.; Taunus-Aktien 325 P. 323 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 87 P. 86 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. $87\frac{3}{4}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 565 P. 560 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $39\frac{3}{4}$ P. $39\frac{1}{4}$ G.; 1pCt. neue $24\frac{7}{8}$P. $24\frac{3}{8}$G. **Holland.** Integrale $64\frac{1}{2}$ P. $63\frac{1}{8}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. $99\frac{3}{4}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. $118\frac{3}{4}$P. $118\frac{1}{2}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{4}$P. 120G	Mail. i.S.Lr. 250k.S. $101\frac{1}{4}$P 101G.
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Paris Frs. 200 k. S. 94P. $93\frac{3}{4}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Lyon Frs. 200 k. S. $93\frac{7}{8}$P. $93\frac{5}{8}$G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. $96\frac{1}{4}$P. 96G.	Wien fl. 100 C. k.S. $117\frac{3}{8}$P. $117\frac{1}{8}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P. $88\frac{3}{4}$G.	Wien 3 M. mit 4% $117\frac{1}{8}$P. $116\frac{7}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 9. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{7}{8}$; 5pCt. Metall. $84\frac{9}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. $74\frac{1}{4}$; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 $121\frac{5}{8}$; von 1854 $106\frac{3}{8}$; Bankaktien 1113; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $384\frac{1}{2}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 612; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien $2893\frac{3}{4}$. **Wechselkurse:** Augsburg uso $102\frac{5}{8}$. London 10. 2. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** **München,** 9. Juli. (Privat-Korrespondenz.) In militärischen Kreisen will man neuerdings wissen, daß Se. k. Hoh. Prinz **Luitpold** das Commando einer Armeedivision und an seiner Stelle dann der zurückgetretene Kriegsminister Generallieutenant v. Lüder das Artillerie-Corps-Commando erhalten wird. Se. Maj. der König hat, wie das „Verordnungsblatt“ meldet, den in Disponibilität befindlichen General der Kavallerie Fürsten Theodor v. Thurn u. Taxis bei der General-Inspektion der Armee zuzutheilen geruht; General-Inspektor der Armee ist bekanntlich der Feldmarschall Prinz Karl, k. H. — Gestern Abends ist Baron v. **Rothschild** aus Paris hier eingetroffen, und wird Morgen die Reise nach Bad Gastein fortsetzen — Wie es heißt, werden die Arbeiten zur Durchführung des Gesetzes über die **Gerichtsorganisation** im Staatsministerium der Justiz bereits sehr eifrig betrieben, da die definitive Festsetzung der Sitze der neuen Gerichtsbezirke längstens bis 1. Oktober d. Js. erfolgen soll.

Se. Maj. der König haben dem Professor Friedrich **Koch** vom Kadettenkorps den Titel und Rang eines geistlichen Rathes ertheilt; den Regimentsquartiermeister Kaspar **Reiß** vom 1. Chev.-Reg. auf 2 Jahre in den Ruhestand versetzt.

Bamberg, 8. Juli. Heute wurde in einer Generalversammlung zur Erbauung einer Spinnerei und Weberei, mit Benützung der von Hrn. Riedinger an der Regnitz bei Bamberg aufgefundenen 600 Pferde-Wasserkraft, das ganze Anlagekapital von 3 Mill. Gulden durch die königl. Bank in Nürnberg, die Koburg-Gothaer Kreditgesellschaft, vertreten durch Hrn. Kommerzienrath Hoffmann, dann von den Bewohnern der Stadt gezeichnet, so daß die Zeichnung Abends 7 Uhr geschlossen wurde. (Allg. Z.)

Aus Mitteldeutschland, 7. Juli, wird den „H. N.“ geschrieben: Gestern ist der **Herzog von Nemours,** von Wien kommend, zum Besuch bei der Herzogin von Orleans im Bade Soden eingetroffen. Da dieser Prinz zu den entschiedensten Anhängern der Fusion zwischen den beiden Bourbonischen Linien gezählt wird, einem Projekte, welchem die Herzogin von Orleans bis jetzt sich entschieden abgeneigt zeigte, so glaubt man aus jenem Besuche auf eine veränderte Ansicht derselben schließen zu dürfen. Doch möchte dieser Schluß ein gewagter und hingegen die Annahme gerechtfertigt seyn, daß die Erscheinung des Herzogs von Nemours in dem Kreise der Herzogin von Orleans und ihrer Söhne ihren Grund in dem Familienrathe hat, der demnächst, aus Anlaß der mit dem 24. August eintretenden Mündigkeit des Grafen von Paris, daselbst stattfinden soll. — Der von mehreren Blättern gebrachte Brief des Grafen von Paris wird von Personen, bei welchen man eine Wissenschaft hierüber voraussetzen darf, als apokryphisch erachtet.

Von **Manin** ist wieder ein, aus Paris vom 4. Juli datirter Brief in „Daily News“ abgedruckt. Er spricht sich gegen den Plan aus, der in der Ausführung begriffen seyn soll, im Königreich beider Sizilien Petitionen für die Wiedereinführung der Verfassung von 1812 zu veranlassen, insofern ein Festhalten an der Konstitution von 1848 die besten Bürgschaften für einen guten Erfolg und die Verbrüderung Neapels mit Sizilien böte. Er kommt nochmals auf seine Steuerverweigerung zurück und ist überzeugt, daß kraft dieses Mittels nach Ablauf von 6 Monaten entweder Poerio Premier in Neapel oder Victor Emanuel König von Italien seyn werde. (Wirklich ?!)

Petersburg, 9. Juli. Durch kaiserlichen Ukas wird die **Amnestie** auch auf die Flüchtlinge der westlichen Gouvernements aus den Jahren 1830 und 1831 ausgedehnt. Es wird keine gerichtliche Verfolgung stattfinden; nach erneuertem Schwur der Treue werden sie in ihre Rechte wieder eingesetzt und nach drei Jahren anstellungsfähig. (T.D.d.Fr.J.)

Nordamerika. Der ehrenwerthe **James S. Strang,** vulgo „König Strang“, Führer und Prophet der Biber-Insel-Mormonen, ist das Opfer eines Attentats geworden. Zwei seiner Anhänger haben ihn niedergeschossen und so schwer verwundet, daß man an seinem Aufkommen verzweifelt. Strang war seit 1853 Repräsentant für die Newago Gesellschaft in der Legislative des Staates Michigan. Die Grafschaft besteht aus den sechs Bibereilanden im nördlichen Theile des Michigan-Sees und ist von Mormonen aus Wales bewohnt. In früheren Zeiten gab Strang den Nachbargegenden viel zu schaffen, und manche Seeräuberei und selbst Mordthaten wurden ihm ziemlich allgemein zur Last gelegt. (N.-Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ **Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“**
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 192. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 12. Juli 1856

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 7. Juli. Das Obertribunal hat nun in dem Gerson'schen Zolldefraudations-Prozeß die schließliche Entscheidung gefällt. Die in 2. Instanz nicht Freigesprochenen, nämlich Gerson und Rosenthal, sowie der Oberstaatsanwalt hatten nämlich die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt. Diese wurde nun vom Obertribunal verworfen; und es hat beim Urtheil der 2. Instanz sein Bewenden, wonach 1) Gerson zu 16,351 Thlr. 3 Sgr., event. 10 Monat Gefängniß, zur einmaligen Entrichtung der in einem Falle an Stelle des Konfiskationswerthes der defraudirten Waaren tretenden Geldstrafe von 50 Thlrn. solidarisch mit Moritz Rosenthal, sowie zur einmaligen Erlegung des für die übrigen Defraudationsfälle in separato zu ermittelnden Konfiskationswerthes der defraudirten Waaren, event. der an dessen Stelle tretenden Geldbuße; 2) Moritz Rosenthal zu 79 Thlr. 24 Sgr., event. 14 Tagen Gefängniß, sowie zur einmaligen Entrichtung einer an Stelle des Konfiskationswerthes der defraudirten Waaren festgesetzten Geldbuße von 50 Thlrn. solidarisch mit Gerson verurtheilt wurde.

Berlin, 9. Juli. Die Vorgänge in Danzig haben, wie wir hören, Veranlassung geboten, die allgemeinen Bestimmungen wegen Errichtung von gewerblichen Unterstützungskassen nochmals einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Es soll sich dabei namentlich um die gewonnene Einsicht von der Unzuträglichkeit handeln, allgemeine Vorschriften auf oft durch besondere und eigenthümliche Verhältnisse ihnen nicht entsprechende lokale Besonderheiten ohne weiteres anzuwenden. Man will diesen Besonderheiten auch hier, wie in den Verhältnissen des Gemeindelebens, mehr Rechnung tragen und den lokalen Zuständen einen größeren Spielraum gewähren. (Besser wäre es gewesen, man hätte vorher so gedacht; dann wäre das unliebsame Ereigniß gar nicht vorgekommen.) (B.B.-Z.)

Berlin, 9. Juli. Durch königl. Verordnung wird die auf der Pariser Friedenskonferenz unterzeichnete Erklärung über die Grundsätze des Seerechts mit der königl. Genehmigung publizirt. Diese sind: 1) Die Kaperei ist und bleibt abgeschafft; 2) die neutrale Flagge deckt das feindliche Gut, mit Ausnahme der Kriegs-Contrebande; 3) neutrales Gut unter feindlicher Flagge, mit Ausnahme der Kriegs-Contrebande, darf nicht mit Beschlag belegt werden; 4) die Blokaden müssen, um rechtsverbindlich zu seyn, wirksam seyn, d. h. durch eine Streitmacht aufrecht erhalten werden, die hinreicht, um den Zugang zur Küste des Feindes wirklich zu verhindern. (Nat.-Z.)

Berlin, 9. Juli. Gestern Abends fand hier eine Versammlung der Inhaber hiesiger Wechselkomptoire statt, um sich darüber zu verständigen, wie sie sich gegenüber den neuen Kredit-Commandit-Gesellschaften verhalten sollten. Es fand dabei eine lange Berathung statt, in Folge deren man sich mit Stimmeneinhelligkeit dahin erklärte, daß die Gründung dieser neuen Gesellschaften der ferneren Entwickelung des Börsengeschäfts nachtheilig und gefahrdrohend sey, und daß sie es deßhalb für nothwendig erachteten, sowohl ihrerseits sich aller Geschäfte in diesen Papieren zu enthalten, als auch ihren Committenten eine Betheiligung daran entschieden zu widerrathen. Man einigte sich schließlich zu einer gemeinsam zu veröffentlichenden Erklärung, der jedoch aus nahe liegenden Gründen eine möglichst milde Fassung gegeben wurde. (Deutschl.)

Der „Frankf. Postz." wird aus Berlin gemeldet, daß die preuß. Regierung eine Verordnung gegen die Art und Weise beabsichtigt, in welcher die Spekulation sich in der Form von Commanditegesellschaften dieselbe Bahn zu gewinnen versucht, die inmitten kriegerischer Wirren der Credit mobilier betreten hat. Sie betrachtet diese neuen Organisationen als Versuche, ihr Konzessionsrecht zu umgehen, in dem allerdings das Landrecht für den Begriff der Commandite ziemlich weite Grenzen stellt.

Württemberg. Mergentheim, 7. Juli. Der Herzog Paul von Württemberg wird am 15. Juli, von seiner langen Reise zurückkehrend, in Bremen landen, sich kürzere Zeit dort aufhalten, um die bereits in mehreren Sendungen daselbst angekommenen höchst interessanten und werthvollen Sammlungen zur Weiterbeförderung hieher zu ordnen, und sich dann in die Heimath begeben.

Tübingen, 9. Juli. Seit einigen Tagen verbreitet sich das Gerücht von der Verlegung der Universität nach Stuttgart mit erneuter Stärke; namentlich hört man, es sey dem akademischen Senat und den Fakultäten die offizielle Aufforderung zugekommen, ihr Gutachten über die Sache abzugeben. (Schw. M.)

Freie Städte. Der Senat von Lübeck hat die Konzession zur Errichtung einer Lübeck'schen Kreditanstalt ertheilt. Die Notenemission der Kreditanstalt darf die Summe von 3 Mill. Thalern nicht überschreiten; es fällt nach Abzug der ordentlichen Dividende von 4 pCt. für die Aktionäre ein Zehntheil des verbleibenden Reingewinnes an dasige wohlthätige und gemeinnützige Anstalten; die Creditanstalt ist der Oberaufsicht des Staats unterworfen.

§ **Oesterreich.** Wien, 9. Juli. (Privat-Korresp.) Nicht leicht ist hier ein Staatsvertrag mit so großem und allgemeinem Beifall aufgenommen worden, wie der am 21. April zu München zwischen Oesterreich und Bayern abgeschlossene Staatsvertrag wegen Verbindung der beiderseitigen Eisenbahnen, weil dadurch auch die letzten etwaigen Zweifel über den Zeitpunkt beseitigt werden, wann jene Rentabilität, deren Möglichkeit die Westbahn von keiner Seite her bestritten worden ist, eintreten wird, da der in Rede stehende Traktat dem jungen Unternehmen sofort nach seiner Vollendung den ununterbrochenen Zusammenhang nach dem Westen, Norden und Süden Europas, durch den vielfachsten Anschluß an bayerische, wie auch an andere österreich. Eisengeleise verbürgt. — Im Jahre 1861 also nach fünf Jahren, wird die direkte der Donau parallel laufende und dann Frankreich in gerader Richtung durchschneidende Bahnlinie von Szegedin bis nach Paris und bis nach Havre am atlantischen Ozean vollendet seyn. Wie für den Westen, so ist auch für die Kommunikation nach Norden hin durch den erwähnten Staatsvertrag auf das beste gesorgt; und wieder bildet die Kaiserin Elisabethbahn ein integrirendes Glied der großartigen Kette, welche das Herz Ungarns mit den Häfen der Ost- und Nordsee in die kürzeste und unmittelbarste Verkehrsberührung bringt.

Wien, 7. Juli. Der hiesige Baron Sina hat um die Konzession einer Discontobank in Belgrad bei der serbischen Regierung nachgesucht.

Wien, 7. Juli. Wie der „Pesther Lloyd" wissen will, steht die Aufnahme der Silberzahlung von Seiten der Nationalbank mit Beginn des nächsten Jahres in Aussicht, da über die ununterbrochene Vermehrung des Baarfonds von Seiten der Finanzverwaltung gewacht wird.

* Die amtliche „Wiener Ztg." erwähnt jetzt auch den neulich von französischen Blättern gemeldeten Vorfall in Giurgewo, und nennt ihn einen „bedauerlichen Konflikt zwischen einer österreichischen Transport-Fuhrwesens-Mannschaft auf dem Marsche von Bucharest nach Giurgewo und französischen Soldaten des Telegraphenpostens daselbst", ohne nähere Umstände anzugeben. Daß die Schuld nicht auf Seite der Franzosen liegt, scheint aus dem Umstand hervorzugehen, daß gegen den Transport-Kommandanten kriegsrechtliche Untersuchung eingeleitet ist.

Großbritannien.

London, 8. Juli. In der City sind einige Kaufleute und Journalisten zu einem Verein zusammengetreten, der unter dem Titel „Residential Suffrage Association" für eine außerordentliche Erweiterung des Wahlrechts agitiren will. Jeder mündige und unbescholtene Engländer, der sechs Monate an

einem gegebenen Ort gewohnt und sich bei den Gemeindebehörden hat registriren lassen, soll bei Parlamentswahlen ein Votum haben. Die Gründer schmeicheln sich gewiß nicht mit der Hoffnung, ihr Ziel mit Dampfgeschwindigkeit zu erreichen; allein, wenn es ihnen gelingt, Anhang im Lande zu gewinnen und das eingeschlafene Bewußtseyn des Reformbedürfnisses wieder zu erwecken, so dürfte sich im Parlament eine Partei bilden, welche Lord Palmerston zu einer billigen Abschlagszahlung zu treiben sucht. Möglich auch, daß Lord J. Russell's nächste Reformbill dann etwas weniger engbrüstig ausfällt. (Fr. Pstz.)

London, 9. Juli. Das Befinden des Viscount Hardinge, welcher sich durch einen Fall schwer verletzte, hat sich verschlimmert. (Fr. Pstz.)

Die Gesammtmacht der Londoner Polizei (die City abgerechnet) besteht aus 5817 Mann, von denen 2272 den Tag über, und 3545 während der Nacht durchschnittlich den Dienst versehen. Die 6 verschiedenen Hauptdistrikte haben überdies fortwährend eine Reserve von 54 Mann in Bereitschaft.

Der mehrere Male schon angeregte Plan, den Straßenverkehr in London durch eine unterirdische Eisenbahn zu erleichtern, soll denn doch zur Ausführung kommen. Die Bahn wird 4¼ engl. Meilen (also etwa eine deutsche Meile) lang werden, und die drei größeren, am entferntesten gelegenen Bahnhöfe mit dem Hauptpostamte im Herzen der City verbinden. Das Anlagekapital ist auf eine Million Pfd. veranschlagt, wovon die Hälfte durch Aktien bereits gedeckt ist, die in den Händen der betreffenden Bahngesellschaften sind. Für die andere Hälfte sind durch ein Deposit von 100,000 Pfund 6pCt. garantirt.

Frankreich.

Paris, 6. Juli. Mehr als Ein Umstand und Eine Maßregel deuten darauf hin, daß die Regierung sich mehr und mehr zu einem direkten Eingreifen in die sozialen Zustände veranlaßt sieht. Seit Kurzem beschäftigte sie sich mit zwei Vorschlägen betreffs der Theuerung der Wohnungen in Paris. Die Miethe der kleineren Wohnungen ist seit drei Jahren um 50 Prozent gestiegen. In den neuen Stadttheilen ist sie das Dreifache und sogar Vierfache der früheren Miethzinse. Ueberdies erheben sich an der Stelle zahlloser Wohnhäuser üppige Paläste. Die Arbeiterbevölkerung zieht sich über die Barrieren hinaus und das Heer der kleinen Beamten aller Art, die kleine Bourgeoisie u. s. w. besetzen die früheren Arbeiterviertel bis sie auch über die Barrieren hinaus gedrängt werden. Aber das Unglück ist, daß es vor den Barrieren an Häusern und fast an Platz fehlt, so daß die Wohnungen dort im Preise furchtbar steigen wie in der Stadt. Mehrere Mittel, um die Miethen in direkter Weise zu regeln, zu fixiren oder ihnen ein Maximum zu setzen, wurden verworfen. Doch sucht man trotz dessen nach einer Verwaltungsmaßregel, welche die Hauseigenthümer zu mäßigeren Forderungen „zwingen" könnte. Inzwischen hat man Untersuchungen angestellt, wie groß das Bedürfniß neuer Häuser sey, um die Arbeiterbevölkerung vor den Barrieren unterzubringen, und will gefunden haben, daß dazu nicht weniger als 30,000 Häuser erfordert werden. Wer soll diese bauen, wer die Baukosten vorschießen? Der Credit mobilier ist eine Art von Vorsehung, der Rübezahl vom Vendome-Platz, der überall aushelfen, die Millionen aus den Taschen der Aktionäre locken soll. Er zeigt wenig Lust, die ihm zur Verfügung stehenden Kapitalien in Häuserbauten zu immobilisiren. Auch wäre eine solche Unternehmung ganz und gar gegen seine Natur; doch ist man mit ihm in Unterhandlungen getreten und er wird Mühe haben, sich der Zumuthung zu erwehren. (H.N.)

* Paris, 8. Juli. Von der Pracht der englischen Krönungsgesandtschaft in Moskau wird hier sehr viel gesprochen. Man glaubt, die Söhne der höchsten Aristokratie werden sich daran betheiligen. Die „Times", „Morning Post" und „Morning Chronicle" schicken ihre Berichterstatter nach Moskau und zahlen denselben 200 Fr. per Tag. Das „Journal des Debats" bot Hrn. Jules Janin 100 Fr. pr. Tag an, was dieser ausschlug. (Schw. M.)

Paris, 9. Juli. Bekanntlich war im August des vorigen Jahres in Trelazé ein Aufstand ausgebrochen, an dem fast alle Schieferbrecher dieser Gegend Theil nahmen. Als der Kaiser unlängst die von der Loire überschwemmten Gegenden besuchte, begab er sich in die Mitte dieser so schrecklich geprüften Arbeiter und wurde von ihnen unter wiederholten Dankesbezeugungen auf's herzlichste begrüßt. Die Schieferbruchskommission von Trelazé beschloß nun, daß auf derselben Stelle, wo der Kaiser bei seinem letzten Besuch gelandet war, ein Monument errichtet werden soll. Als die Arbeiter von Trelazé diesen Beschluß erfuhren, baten sie, man möchte auch sie an diesem Werke Theil nehmen lassen, und nachdem ihrer Bitte willfahrt worden, unterzeichneten sich Alle mit Beiträgen für dieses Denkmal. Es ist nicht zu vergessen, daß sich die meisten dieser Leute voriges Jahr durch allerlei Vorspiegelungen zu jenem Aufruhre hatten verleiten lassen. (Fr. Pstz.)

* Paris, 9. Juli. Graf Morny wird — wie der „Constitutionnel" sagt — Paris Ende der Woche verlassen und sich nach Wildbad begeben. (Dies würde unsere Mittheilung, daß der Graf seine Reise nach Rußland nicht vor Anfang August antreten wird, vollkommen bestätigen.)

Am 8. Juli Abends wurden in Paris auf dem Boulevard de Sebastopol die ersten Proben mit den einzuführenden, beleuchteten elektrischen Laternen-Uhren (welche Stunde, Minute und Sekunde marquiren) gemacht. Zahlreiche Gruppen umstanden die Candelabres bis spät in die Nacht. — Die Versuche werden als höchst befriedigend bezeichnet.

Spanien.

Madrid, 3. Juli. Der Zivilgouverneur von Sevilla hat an die Behörden Befehl erlassen, die Auswanderung der Zigeuner, welche bei der jetzigen Aufregung der Einwohner gegen ihren Stamm die Stadt zu verlassen wünschen, in jeder Weise zu befördern, ihnen die Sicherheitspapiere einzuhändigen, sie beim Transport ihres Eigenthums zu schützen u. s. w. (A.Z.)

† Madrid, 5. Juli. Die Nachricht von der Verhaftung des Marquis v. Montecastro zu Santander und die Entdeckung einer Carlisten-Verschwörung in dieser Stadt bestätigte sich. Es ist gewiß, daß die bei den beiden Italienern ergriffenen Papiere die Regierung auf die Spur einer sehr gefährlichen Conspiration führten. — Den „Novedades" zufolge war an der Börse stark von der Liquidation des kommerziellen und industriellen Kredits die Rede, wie man sagt in Folge von Mißhelligkeiten zwischen den Mitgliedern des Verwaltungsrathes. — Man sagte auch, die Konzession der Madrid-Saragossaer Eisenbahn werde zurückgezogen werden, da die Konzessionäre eine der Steigerungsbedingungen nicht erfüllt haben. Diese Gerüchte bedürfen der Bestätigung. — Man liest in der „Epoca": Obwohl außer dem gegenwärtigen Zustande des Landes kein weiterer Grund vorhanden ist, so war gestern dennoch zu Madrid eine gewisse auffallende Unruhe bemerkbar. Man sah viele Leute, welche die Hauptstadt nicht zu verlassen beabsichtigten, ihr Baargeld in die Bank San Fernando tragen, und Abends sagte man, die Militärbehörde habe in den Vorstädten Vorsichtsmaßregeln getroffen. Wir glauben nicht — fügt die „Epoca" bei — daß in Madrid Ruhestörungen zu befürchten seyen. Wir haben eine zahlreiche Garnison, entschlossen jeden derartigen Versuch zu strafen, unter welchem Banner er geschehe, und der größte Theil der National-Garde ist vom besten Geist beseelt. Tags vorher sprach man von Manifestationen am Jahrestage der Juli-Tage. — Die zu Barcellona zwischen den Fabrikanten und den Wollespinnern aufgetauchte Zwistigkeit scheint weit entfernt, beigelegt zu seyn. Nach einem Schreiben aus dieser Stadt, sagt „El Sur", hat General Zapatero das Original und die gedruckten Exemplare der letzten Manifestation der Arbeiter auf jenes der Fabrikanten in Beschlag nehmen lassen. Die Truppen waren unter den Waffen und man befürchtete in der Nacht neue Verhaftungen.

Italien.

Die „Times" und nach ihr piemontesische Blätter gaben vor Kurzem „Enthüllungen" über die sogenannte „katholische apostolische Gesellschaft der Sanfedisti," die unter den Schutz der Polizei gestellt, die Vertheidigung des Throns und Altars und die „Ausrottung der Liberalen in jeder möglichen Weise" zur Aufgabe hat. Die „Times" behauptet sogar im Besitz der Eidesformel zu seyn, welche die Mitglieder dieser Gesellschaft zu leisten haben, und die nach ihrer Angabe lautet:

„Ich N. N. schwöre in Gegenwart des allmächtigen Gottes des Vaters, Sohnes und heiligen Geistes, der stets unbefleckten Jungfrau Maria, des gesammten himmlischen Hofs und deiner, ehrwürdiger Vater, mir die rechte Hand, die Kehle abschneiden zu lassen, Hungers und unter den furchtbarsten Qualen zu sterben, und bitte den allmächtigen Herrn und Gott, daß er mich zu den ewigen Strafen der Hölle verdammen möge, ehe ich einen der ehrwürdigen Väter und Brüder der katholisch-apostolischen Gesellschaft, welcher ich in diesem Augenblicke beitrete, verrathe oder betrüge; oder wenn ich nicht gewissenhaft die Satzungen derselben erfüllen oder meinen hülfsbedürftigen Brüdern Beistand leisten würde. Ich schwöre, in Vertheidigung der heiligen Sache, welche ich ergreife, fest zu seyn, kein der ehrlosen Rotte der Liberalen angehöriges Individuum, wessen Ursprungs, Schutzes, oder welcher Glücksstellung es auch immer sey, zu schonen, mit den Klagen weder der Kinder noch der Greise Mitleid zu haben und bis zum letzten Tropfen das Blut der infamen Liberalen ohne Rücksicht des Geschlechts oder Ranges zu vergießen. Ich schwöre endlich unversöhnlichen Haß allen Feinden unserer heiligen, einzig wahren, römisch-katholischen Religion."

Die in Turin erscheinende „Armonia" erwidert hierauf, die „Times" habe mit dem Gesagten viel behauptet, aber nichts bewiesen. Sie wolle nun gleichfalls Manches behaupten, dies aber auch gleichzeitig beweisen: Es existire in Italien eine Sekte, die „Giovine Italia." Ihre Eidesformel laute:

„Ich, italienischer Bürger, schwöre vor Gott, dem Vater der Freiheit, vor den Menschen, geboren, um sich derselben zu erfreuen, vor mir und meinem Gewissen, dem Spiegel der Gesetze der Natur, bei den individuellen und gesellschaftlichen Rechten, welche den Menschen bilden, bei der Liebe, die mich an mein unglückliches Vaterland bindet, bei den Jahrhunderten von Sklaverei, die es bekümmern, bei den Qualen, die meine italienischen Brüder erlitten, bei den Thränen, welche die Mütter um ihre todten und gefangenen Söhne vergossen, bei dem Beben meiner Seele, mich allein, kraftlos, zur That ohnmächtig zu sehen, bei dem Blute der Märtyrer des Vaterlandes, bei dem Andenken der Väter und bei den Ketten, die mich umgeben: mich gänzlich und für immer mit aller meiner moralischen und physischen Macht dem Vaterlande und seiner Wiedergeburt zu weihen; einstweilen die Gedanken, Worte, Handlungen der Verbesserung der politischen Lage Italiens zu widmen; mit dem Arme zu vertilgen und mit den Worten zu brandmarken die Tyrannen und die Tyrannei, die politische und moralische, die inländische und ausländische; die Ungleichheit zwischen Menschen desselben Landes zu bekämpfen; die Erziehung der Italiener zur Freiheit und zur Tugend, die sie ewig macht, mit allen Mitteln zu fördern; mit Rath und That beizustehen, wer immer mich als Bruder anruft; auf allen Wegen zu streben, daß die Männer der Giovine Italia die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten erlangen; mit thätiger Klugheit die Verbrüderung zu verbreiten, zu der ich von diesem Augenblick an gehöre, den Befehlen und Weisungen, die mir von Dem zukommen, der mir die Union meiner Brüder repräsentirt, zu gehorchen; weder durch Verführung, noch durch Martern das Bestehen, die Gesetze, den Zweck der Verbrüderung aufzudecken, den Angeber wo möglich zu vernichten. So schwöre ich, indem ich mich von jedem besondern Interesse zu Gunsten meines Vaterlandes lossage und auf mein Haupt den Zorn Gottes und die Verachtung der Menschen und den Tod des Meineidigen herabrufe, wenn ich meinem Eide untreu werde."

„Diese Eidesformel," fährt die Armonia fort, „wurde durch einen am 15. April 1854 in Bern angenommenen, von Mazzini, Melegari, Ruffini, Blangi ꝛc. unterzeichneten Akt beschlossen. Mögen uns diese Herren, deren Einer, Mazzini, ein Blatt in Genua zur Verfügung hat, der Andere, Melegari, Deputirter im Parlament und Professor an der Universität zu Turin ist, widerlegen; möge dagegen die „Times" uns auch nur Einen Menschen nennen, der den Eid der sogenannten Sanfedisten geleistet hat, und wir werden uns für besiegt erklären!"

Griechenland.

Aus Athen, 2. Juli, wird gemeldet, daß die „Minerva" wegen Veröffentlichung eines zweiten falschen Umlaufschreibens mit Beschlag belegt, und der Verfasser dieses Schreibens, so wie der Gerant des Blattes, verhaftet wurde. (K. Z.)

Aegypten.

* Der Vice-König von Aegypten hat folgendes Decret erlassen, welches den christlichen Soldaten gestattet, frei ihren religiösen Pflichten nachzukommen: „Wir befehlen allen Generälen, Obersten und anderen Chefs der Corps unserer Armee, in welchen christliche Militärs sind, darüber zu wachen, daß sie ihren Kultus vollkommen frei ausüben können. Zu diesem Behufe ordnen wir an, daß an allen Sonn- und Feiertagen ihres Ritus die christlichen Soldaten in Begleitung von Offizieren zur Kirche und nach beendigtem Gottesdienste wieder zu ihren Corps geführt werden sollen."

Rußland und Polen.

Warschau, 5. Juli. Seitens der Regierung ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß eine möglichst große Anzahl polnischer Edelleute der Krönungsfeier in Moskau beiwohne. Ich zweifle jedoch, daß diesem Wunsche Folge gegeben wird, und zwar lediglich des Kostenpunktes wegen. Die Ausgaben für den Aufenthalt in Moskau zur Zeit der Krönungsfeierlichkeiten werden nur von ganz reichen Leuten bestritten werden können, da schon die bloßen Wohnungspreise eine fabelhafte Höhe erreichen. Sie mögen das aus der hier eingegangenen Mittheilung entnehmen, daß ein Haus für die Dauer der Krönungszeit für 30,000 Silberrubel vermiethet ist! (A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 11. Juli. Auch heute war die Börse in flauerer Stimmung und wurden am empfindlichsten die neuen industriellen Effekten davon berührt, insbesondere span. Kredit-Aktien von der Gesellschaft Pereire und Luxemburger international Bank. Der Umsatz war ziemlich lebhaft.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 105⅝ ¾ ⅝ ½ ⅝ umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1301 P. 1296 G. Neue Bankaktien 427 P. 422 G. Credit-Actien à 5pCt. 238 P 236 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 84¼ P. 84 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90¼ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 82¾ P. 82¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89¼ P. 88¾ G.; à 4½pCt. 73¼ P. 73 G.; à 4pCt. 65¼ P. 64¾ G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 117½ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103⅛ P. 102⅞ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 282 P. 279 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112¾ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. 780 G. Obligationen à 3½pCt. 89 P. 88½ G.; 4pCt. 94¾ P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 94⅞ P. 94⅜ G.; 4½pCt. 101⅛ P. 100⅝ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105⅜ P. 105⅛ G. 5pCt. 101 P. 100½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 150¼ P. 149¾ G. Neustadt-Weissenb. 113⅜ P. 113⅛ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117¾ P. 117¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅞ P. 90⅜ G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82 P. 81 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39½ P. 39¼ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100⅛ P. 99⅞ G.; 4½pC. 103 P. 102½ G.; Loose à fl. 50 113 P. 112¾ G.; à fl. 25 33⅞ P. 33⅝ G.; Darmstädter Bankaktien alte 418 P. 416 G.; junge 361 P. 359 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109⅜ P. 108⅞ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 32 P. 31¾ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 93⅜ P. 92⅞ G.; Bankaktien 120⅜ P. 119⅞ G.; Taunus-Aktien 325 P. 323 G.; Hananer Eisenb.-Aktien 87 P. 86 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 562 P. 557 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39⅝ P. 39⅜ G.; 1pCt. neue 24 11/16 P. 24 9/16 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. 99¾ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118¾ P. 118½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼ P. 120 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¼ P. 101 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S. 94 P. 93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¼ P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117¼ P. 117 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88¾ G.	Wien 3 M. mit 4% 117⅛ P. 116⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 10. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85¾; 5pCt. Metall. 84⅜; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121⅛; von 1854 106¼; Bankaktien 1113; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 383¾; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 610; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2895. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅝. London 10. 2. B. Geldkurs: Dukaten —.

Manheim, 5. Juli. Getraide flau, Preise weichend. Waizen fl. 17 a 18, Roggen fl. 13, Gerste fl. 10, Hafer fl. 8¼ pr. 200 Zollpfund.

Rüböl höher, fl. 31; Leinöl fl. 25 per 50 Kil.

Spiritus und Branntwein täglich steigend.

Antwerpen, 5. Juli. Getraide fester. Rheinischer Waizen fl. 18¼, preuß. fl. 17¾ seeländ. fl. 20 pr. 50 Kil. bez. Schwedischer Roggen fl. 10½, amerikanischer fl. 10¾ a 10½ per 70 Kil.

Oelsaaten sehr gesucht. Ostindische Leinsaat fl. 14¾, Königsb. fl. 13¾. Rigaer fl. 12¼ per Hekt.

Kaffee animirt, gestern sind 3100 B. Brasil begeben. Zucker sehr fest.

Neueste Nachrichten.

München, 7. Juli. (Post-Dienstes-Nachrichten.) Ernannt wurden: zu Assistenten 3. Klasse die Accessisten Karl Fix in Amberg, Jakob Goß in Aschaffenburg, Adolph Schwanda in Nürnberg, Oskar Feistle in München und Anton Lechner in Augsburg; zu Eisenbahn-Expeditoren die Expeditionsgehülfen Georg Vogelbeer in München, Franz Jasper in Schlachters und Konrad Glimser in Mering; zu Expeditionsgehülfen der Privatgehülfe Thomas Perzl in Ulm und der Praktikant R.

Wolf in Kempten. Versetzt wurden: die Assistenten J. Eggenhofer von München nach Nürnberg, und Joh. Pleninger von Amberg zum Rechnungs- und Revisionsbureau.

Ansbach, 10. Juli. Diesen Nachmittag traf hier die Kunde ein, daß Se. Maj. der König die Bewilligung zur Herstellung einer Eisenbahn von hier nach Gunzenhausen ertheilt hat. (T. D. d. Nürnb. Korr.)

Bamberg, 11. Juli. Der Verkehr auf dem Ludwig-Kanal ist heuer außerordentlich lebhaft und die Zufuhr von Waaren fortwährend sehr stark. So müssen laut Accord im Laufe der Saison vom hiesigen Kanalhafen aus 166,000 Centner Schienen, 92,000 Ctr. Roheisen und 82,000 Ctr. Steinkohlen verführt werden. Die Schienen gehen nach Wien, das Roheisen nach Nürnberg. Bei den Steinkohlen sind die noch nicht mit inbegriffen, welche von den hiesigen Geschäftsleuten versendet werden. (Bamb. Tagbl.)

Berlin, 8. Juli. Dem „C. B." zufolge soll es Seitens der Behörden im Werke seyn, Normativbestimmungen für das Theaterkonzessionswesen aufzustellen, wobei auch die Theater-Agenturen in den Kreis der beabsichtigten Festsetzungen gezogen werden sollen. Eine mit den Bühnenverhältnissen vertraute Persönlichkeit soll zu einem Gutachten über die hier einschlagenden Verhältnisse von der betreffenden Behörde aufgefordert seyn.

Küstrin, 7. Juli. Wir haben am Sonnabend einen angstvollen Tag gehabt, indem am Nachmittag ein Aufruhr unter den hiesigen Eisenbahnarbeitern ausbrach, welcher durch Einschreiten des Militärs gedämpft werden mußte. Wohl 500 Arbeiter waren darüber unzufrieden, daß der Bauunternehmer, der auf der kurzen Vorstadt wohnt, ihnen ihren Wochenlohn nicht voll mit 20 Sgr. per Tag, sondern nur mit 14 Sgr. auszahlte, welches darin seinen Grund hat, daß die Arbeit bis Sonnabend nicht immer vollständig abgenommen werden konnte, und deßhalb nur ein Lohnvorschuß gezahlt wurde. Die Unzufriedenen warfen dem Unternehmer die Fenster mit Pflastersteinen ein und drohten das Haus zu demoliren. Den drei anwesenden Polizeibeamten gelang es nicht, sie zu beruhigen, es wurde Militär requirirt, dessen Anführer sie nach dreimaliger von Trommelschlag begleiteter vergeblicher Aufforderung zum Auseinandergehen mit dem Bayonnet angreifen ließ. Die Tumultuanten wurden theils auseinander, theils in das Haus des Unternehmers hineingetrieben, in das die Truppen eindrangen und verschiedene Personen verwundeten; man zählte 7 Verwundete, worunter auch einige Unbetheiligte.

Aus dem Lauenburgischen, 7. Juli, wird dem „Nodd. C." geschrieben: Dem Vernehmen nach hat die vor mehreren Tagen in Ratzeburg versammelt gewesene Ritter- und Landschaft beschlossen, eine Deputation nach Kopenhagen zu senden, die aus dem Vize-Landmarschall, Graf Kielmannsegge, dem Stadthauptmann Dahms und dem Bauernvogt Ehlers bestehen soll. Die Veranlassung zu diesem in früheren Zeiten gar nicht ungewöhnlichen Schritte, der aber unter der Regierungszeit des jetzigen Königs noch nicht geschehen, dürfte wohl in der Domäne-Angelegenheit zu suchen seyn.

Wien, 8. Juli. Nach Angabe einer Wiener Korrespondenz im „Schw. Merk." sollte der Baron Sina während der Anwesenheit des Königs Otto von Griechenland in Wien Se. hellenische Majestät um die Erlaubniß gebeten haben, zu Gunsten der griechischen Finanzen eine Schenkung von einer Million Gulden C.-M. machen zu dürfen, welche Bitte huldvoll gewährt worden sey. Darauf brachte die „Triester Ztg." eine Version, der zufolge das fragliche Geschenk des Baron Sina in einer Million Drachmen (etwa 345,000 fl.), und zwar zur Gründung und Dotation der projektirten Akademie der Wissenschaften in Athen bestehen soll. Nun wird der „Allg. Ztg." von einem Wiener Korrespondenten aus, wie er sagt, guter Quelle berichtet, daß beide Angaben irrthümlich sind, und daß die vom Baron Sina bei diesem Anlaß für sein Vaterland gewidmete Summe nicht eine Million, sondern etwa 50,000 Drachmen betragen soll.

London, 10. Juli. In der gestrigen Nachtsitzung des Unterhauses bemerkte Lord Palmerston: Laut dem Pariser Vertrag wird die Donau-Schifffahrt nicht weiter durch österreichische Schifffahrts-Compagnien, selbst auf österr. Gebiete nicht, monopolisirt; das Monopol der alten österreich. Donau-Dampfergesellschaft hört auf. (T. D. d. Fr. J.)

Aus Dublin wird unter dem 9. Juli telegraphirt: „Eine besorgnißerregende Meuterei ist unter der North Tipperary Miliz, die in Nenagh steht, am Montag ausgebrochen und war gestern Abend noch nicht gedämpft. Die Leute weigerten sich hartnäckig, ihre Uniform und Waffen bei der Entlassung abzulegen, griffen ihre Offiziere an und begingen noch andere Exzesse. Generalmajor Chatterton hat zur Unterdrückung des Krawalls eine zahlreiche Truppenabtheilung von Limerick nach Nenagh beordert." (Fr. Pstz.)

Paris, 10. Juli. Der heutige „Moniteur" sagt, daß wegen des in Giurgewo stattgehabten Konflikts zwischen einem österreichischen Offizier und französischen Soldaten eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet sey. Berichte aus Wien und Bucharest versichern, daß ein Urtheil schnell erfolgen werde. Unterdessen hat der Kaiser von Oesterreich der Familie des getödteten Soldaten eine Pension bewilligt. (T. D. d. Nat. Z.)

Konstantinopel, 4. Juli. Einem Gerücht zu Folge hat die hohe Pforte die bereits abgelaufene Regierungsperiode der beiden Hospodare der Donaufürstenthümer bis Ende August verlängert. Zur Organisation der Gendarmerie (nach französischem Muster) werden ausgesuchte Linientruppen aus allen Provinzen nach Konstantinopel geschickt. (T. D. d. A. Z.)

Belgrad, 4. Juli. Die Pforte hat bei der serbischen Regierung ein Anlehen von 5 Mill. Piaster (etwa 94,000 Dukaten), wie es heißt zur Fortsetzung, resp. Vollendung der Telegraphenlinie von Konstantinopel bis Alexinatz gemacht. Genannte Summe wird zinsfrei überlassen, und soll durch den Abzug des Tributs zurückgezahlt werden. (A. Z.)

Athen, 5. Juli. Täglich finden Gefechte mit den Räubern statt. Das Ingenieurkorps ist organisirt. Die Kammern votirten vorgestern die von der Regierung vorgeschlagene Pension für Maurokordatos. Eine britische Note hat den Protest wegen der fremden Occupation dahin beantwortet, daß der Zweck derselben sey, Mißhelligkeiten zwischen Nachbarstaaten vorzubeugen. Sobald die Ursachen aufhörten, würden die Truppen Griechenland verlassen. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 193. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 15 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 13. Juli 1856

Deutscher Bund.

In Folge einer Aufforderung des Vereins der Buchhändler in Leipzig bearbeitet jetzt der Kammergerichtsrath v. Rönne und der Professor in der juristischen Fakultät, Dr. Heydemann, eine Vorlage, welche in Bezug auf ein Gesetz gegen den Nachdruck dem Bundestage in Frankfurt a. M. eingereicht werden soll. Herr v. Rönne hat dabei die Ausarbeitung des die Literatur betreffenden Theils, und der Professor Heydemann die wegen künstlicher Nachbildung übernommen.

= **Bayern.** Oggersheim (in der bayerischen Pfalz), 10. Juli. (Priv.-Korresp.) Die auf Aktien gegründete Baumwollen-Spinnerei und Sammetweberei schreitet rüstig voran und der größere Theil der Gebäude ist fertig. Im nächsten Monat beginnt man bereits mit Aufstellung der Maschinen, die fast alle schon in Ludwigshafen angelangt sind. -- Auch eine Cigarrenfabrik ist hier angelegt worden.

Die „Neue Münch. Ztg.“ meldet, daß es im Werk ist die Lederfabrik von Joh. Lang in Augsburg durch ein Aktienkapital von 800,000 fl. zu erweitern. Sie fügt bei, daß Hr. Lang sich allein mit einem Kapital von 180,000 fl. an die Spitze stellt und dem Gesellschaftsausschuß 100,000 fl., mithin den achten Theil des ganzen Aktienkapitals deponirt und damit einen Zinsenertrag von 5 pCt. garantirt. Nach seinem Kalkul wäre den Aktionären eine Dividende von wenigstens 12 pCt. sicher.

Preußen. Berlin, 3. Juli. Ueber die medizinische Preisbewerbung der jüdischen Studenten theilt die „Volkszeitung“ heute „aus zuverlässiger Quelle“ mit: Die ministerielle Instruktion verbiete in Zukunft jüdischen Studirenden einen Preis zu ertheilen, d. h der Dekan solle in Zukunft stillschweigend keine Arbeit eines jüdischen Studirenden für preiswürdig halten. Prof. Jüngken theilte in gewohnter Offenherzigkeit den jüdischen Preisbewerbern mit, daß sie keinen Preis zu erwarten hätten, und schloß sie somit auch von der Preisbewerbung aus, also nicht im Sinne jener Instruktion, welche die Preisbewerbung den jüdischen Studirenden keineswegs vorenthält. Prof. Jüngken mußte nunmehr nachträglich jene illusorische Preisbewerbung anordnen, und konnte abermals die Bemerkung nicht unterdrücken, daß ihm für diese Preisbewerbung kein Held zu Gebote stehe. Es werden also die nachträglichen Preisbewerber ohne Preis ausgehen.

⊿ **Baden.** Aus Baden, 10. Juli. (Privat-Korresp.) Man erwartete schon seit langer Zeit vergebens, daß das Telegraphenwesen bei uns eine eigene Centralleitung durch einen technischen Direktor erhalte, denn in der Verordnung vom 22. Mai 1854 war eine kräftige Organisation versprochen. Oeffentliche Stimmen wiesen auch auf mancherlei Mängel hin, allein es ist ihnen noch nicht abgeholfen, und in Mannheim z. B. befindet sich der Telegraph immer noch auf dem Bahnhofe, weit vor der Stadt, während längst die Mittel genehmigt sind, ihn in die Stadt zu verlegen. Wer mit dem Telegraphen zu thun hat, weiß, welche Uebelstände dieser Mangel mit sich führt, zumal wenn, wie hier, nur ein Diener und eine Aushülfsperson vorhanden ist, wodurch bei starkem Depeschendrang die Depeschen oft erst eine Stunde nach Ankunft und oft noch viel später an die Adresse gelangen. Ueberhaupt ist man allgemein der Ansicht, daß Posten, Eisenbahnen und Telegraphen vom Ministerium des Aeußern, wohin solche gar nicht passen, gänzlich getrennt und einer besondern Behörde unterstellt werden sollten, welche die Bedürfnisse des Landes besser kennt und zu erforschen versteht.

Mannheim, 9. Juli. Nachdem schon gestern Abend viele Fremde, namentlich Geistliche hier eingetroffen waren, wurde heute das Jahresfest des badischen Hauptvereins der Gustav-Adolph-Stiftung gefeiert. (Fr. J.)

⊿ Mannheim, 11. Juli. (Privat-Korrespondenz.) Im hiesigen Fruchtgeschäft, das immer bedeutender wird, war in voriger Woche ziemlicher Stillstand, indem die Preise wieder herabgingen und nicht viele Käufer erschienen. Seit Samstag ist es aber wieder etwas lebhafter geworden. Doch fehlen Vorräthe zum Großhandel am Platze. — Die Reinhardt'sche Affaire wird sich hoffentlich dennoch friedlich abwickeln, indem die Gläubiger sehen, daß nicht mehr zu gewinnen ist.

Dänemark.

Kopenhagen, 8. Juli. Es ist durch fortgesetzte Denunciation in öffentlichen Blättern gelungen, gegen einen deutschen Offizier, der in dem holsteinischen Heere diente und nun mit dem deutschen Bataillon hier in Garnison liegt, ein kriegsrechtliches Verfahren hervorzurufen, weil derselbe angeblich sich dahin ausgesprochen haben soll, daß er der Krone Dänemark nicht

---

Die Landenge von Suez und das rothe Meer.

Der Isthmus von Suez ist eine Landenge, welche die beiden Kontinente von Afrika und Asien verbindet und das Mittelmeer vom rothen Meere trennt. Die Breite von einem Meere zum andern ist 120 Kilometres (ungefähr 30 Meilen). Die beiden äußersten Punkte im Süden und im Norden sind der Golf von Suez und der Golf von Pelusium. Der Golf von Pelusium erstreckt sich von Osten nach Westen vom Cap Casius bis zur Spitze von Damiette; er hat eine Breite von 60 und eine Tiefe von 20 Kilometres. Der Golf von Suez ist ein enger Kanal, der von SS. fast nach NN. läuft und zwischen Arabien und Aegypten vorgeht. Seine Länge ist 290 und seine durchschnittliche Breite 44 Kilometres.

Im Westen des Isthmus am mittelländischen Meere folgen die Seeküsten des nördlichen Afrika, d. h. jene von Aegypten, Tripolis, Tunis, Algier und Marokko. Im Norden die Levante.

Gegenüber von Pelusium von Nordwest nach Nordost, von der Meerenge von Gibraltar bis zur Meerenge der Dardanellen breiten sich die industriebeflissenen und bevölkerten Ufer von Malaga, Carthagena, Valencia, Barcellona, Port-Vendre, Marseille, Genua, Livorno, Neapel, Palermo, Malta, Triest, Korfu, Athen, die Inseln des Archipels, Konstantinopel und weiter das schwarze Meer mit Odessa und seinen anderen Häfen aus.

Im Süden von Suez knüpft sich die Landenge durch das östliche Ufer des rothen Meeres an Hedjaz im glücklichen Arabien, d. h. an die Häfen der heiligen Städte Gambo und Djedah, an Mekka, Aden an der Landenge von Oman, an die ganze asiatische Küste bis Mascate und den Golf von Persien. Durch das westliche Ufer des rothen Meeres schließt er sich an die Küsten Nubiens und Abyssiniens von den Häfen von Kosseir, Massuah, Sauakim und weiter von Berbera die Mittelpunkte des Austausches des Seehandels mit den Erzeugnissen der vom oberen Nil bewässerten Gegenden. Den Weg durch den Kanal von Bab el Mandeb führt den Seefahrer in die Unermeßlichkeit des Ozeans, vom persischen Meerbusen bis zu den Ländern von Australien.

Auf dem mittelländischen Meere ist Suez 75 Meilen von Alexandria, 450 von Tripolis, 500 von Tunis, 600 von Algier entfernt. Im Osten liegt es 60 Meilen von Beyrut, 100 von Cypern, 225 von Smyrna. Im Norden 800 Meilen von Gibraltar, 700 von Barcellona, 640 von Marseille, 690 von Genua, 550 von Livorno, 420 von Malta, 550 von Triest, 260 von Athen, 380 von Konstantinopel und 530 von Odessa. Auf dem rothen Meere ist Suez 100 Meilen von Kosseir gelegen, auf halbem Wege vom ersten Nil-Katarakt, 300 Meilen von Sauakin, Durchzugspunkt der muselmännischen Wallfahrer von ganz Afrika, die sich nach Mekka begeben, 400 Meilen von Massuah, 560

mehr und nicht weniger zu dienen habe als dem hier so verächtlich behandelten Deutschen Bunde, daß überhaupt erst diese Frage dann entschieden werden könnte, wenn Deutschland in irgend einen Krieg verwickelt werden würde. Wir sind begierig, was sich auf dem Rechtswege mit dieser Behauptung nach dänischer Anschauung wohl herausstellen wird. Wie ich schon öfter erwähnt und selbst durch Thatsachen nachgewiesen habe, wird die sociale Stellung des schleswig-holsteinischen und lauenburgischen Soldaten nachgerade hier die unerträglichste! Wenn man diesen armen Leuten gerecht werden will, so bewirke man doch, daß die Dänen aus den deutschen Herzogthümern und die Deutschen aus Dänemark ihre Garnisonen umtauschen. Die Dänen wollen nach Hause und noch viel tausend mal lieber die Deutschen. Hier wenigstens sollte der Deutsche Bund einwirken. (D. A. Z.)

Schweiz.

Bern, 11. Juli. Die Bundesversammlung hat heute zum Bundespräsidenten für 1857 Fornerod aus Waadt erwählt mit 89 unter 121 Stimmen, zum Vizepräsidenten Furrer aus Zürich mit 63 unter 120 Stimmen. Zum Präsidenten des Bundesgerichts Dubs aus Zürich mit 75 von 120 St., zum Vizepräsidenten Blumer aus Glarus. (Tel. Dep. d. Schw. M.)

Großbritannien.

London, 9. Juli. Die „Gazette" enthält die Ankündigung, daß in Ermangelung eines Ueberschusses in den Revenüen während des Jahres 1856 (bis 31. März gerechnet) keine Gelder zur Tilgung der Staatsschuld angewiesen werden können. (Fr. Pstz.)

Frankreich.

Vom Rhein, 10. Juli. Das von belgischen Blättern unlängst gebrachte Schreiben des Grafen von Paris an Herrn Roger (du Nord) war ein falsches Machwerk; jene Blätter gestehen Dies nun selbst ein. Jetzt kömmt eine neue Kopie des Schreibens zum Vorschein; der Veröffentlicher bezeichnet aber selbst diese Kopie nicht als eine textuelle Abschrift, sondern als eine nach einmaliger Lektüre im Vertrauen auf das Gedächtniß gefertigte Niederschrift. Auch diese Version ist antifusionistischer Tendenz; sie verweist auf die nahe Zeit, wo der Graf das Recht haben werde, seine Grundsätze und seine Anschauungsweise zu veröffentlichen. Es wird indeß von glaubwürdiger Seite versichert, daß die neue Kopie ebenfalls nichts Anderes sey, als ein untergeschobenes Opus. (N. K.)

Spanien.

† Madrid, 6. Juli. Die „Gacetta" veröffentlicht nachstehende Depesche des Generalkapitäns von Alt-Castilien an den Kriegsminister vom 4. Juli: „Diesen Morgen wurden fünf Brandstifter zu Palencia erschossen. Morgen wird eine Frau hingerichtet werden. Im ganzen Militär-Distrikte herrscht Ruhe." — Von allen Seiten, von Palencia, Santander, Madrid, Arondo de Duero u. s. w. laufen Ergebenheits-Adressen der Behörden und Inwohner an die Regierung ein. — Man liest in in der „Epoca": Gestern Abend hatte sich das Gerücht von Ruhestörungen zu Sevilla und Malaga verbreitet. Troß der Details, mit welchen diese Gerüchte ausgeschmückt wurden, so z. B. von 100 niedergebrannten Häusern, können wir versichern, daß alle diese Nachrichten falsch sind, und die eingelaufenen Berichte nur der in diesen Städten ausgebrochenen Cholera erwähnen. Die Behörden und die Miliz hatten sich jedoch zur Verhütung jeder Ruhestörung an dem Tage der Wiedereinführung des Oktroi versammelt. Gewiß ist, daß zu Alicante unter dem Vorwande der Wiederherstellung des Oktroi Aufruhrsversuche gemacht wurden; aber Dank den getroffenen Vorsichtsmaßregeln konnte dies bis jetzt verhindert werden. Der General-Commandant hatte sich mit der Garnison in's Castell eingeschlossen. — Auch zu Saragossa fanden Ruhestörungen statt. „Las Novedades" veröffentlichen darüber nachstehendes Schreiben: „Saragossa, 2. Juli. Gestern gelang es einem unbekannten Individuum, in der Straße eine Gruppe von Leuten um sich zu versammeln; er begann Brand und Raub zu predigen, indem er sagte, daß die Arragonier nicht hinter den Castilianern zurückbleiben dürfen, und bezeichnete einige Fabriken in der Nähe der Stadt, die man verbrennen müsse. Sobald die Behörde von diesem Vorfalle Kunde erlangte, traf sie Maßnahmen, sich des Aufruhrs predigenden Individuum zu bemächtigen. Es gelang ihm jedoch, sich aus dem Staube zu machen und die Haufen zerstreuten sich. Unter den Besitzenden herrschte große Bestürzung." — Der „Nacion" zufolge ist die Carlistische Partei bei den Castilischen Vorfällen am meisten kompromittirt. — Die „Epoca" behauptet verlässige Nachrichten aus Arganda zu haben. Die Ruhe ist vollständig wieder hergestellt; 34 Individuen wurden verhaftet. Gestern sagte man, daß in einigen anderen kleinen Provinzstädten und selbst in der Umgegend von Madrid Unruhe-Symptome bemerklich gewesen seyen, aber diese Gerüchte bestätigten sich nicht. Weder zu Allabendas, noch zu Villasequilla fielen Unordnungen vor. Dasselbe Journal sagt, daß man nur die Rückkehr des Ministers abwarte, um im Ministerrath die Annahme der Maßregeln von großer politischer Tragweite zu diskutiren. Man erwartet allgemein Ereignisse von einiger Wichtigkeit während des parlamentarischen Interregnums."

Madrid, 4. Juli. Von den wegen der Unruhen in Palencia Verhafteten sind sieben zur Zwangsarbeit verurtheilt worden. Die höchste Strafe beträgt 15 Jahre. Nach der „Epoca" war vorher der Befehl von Madrid angelangt, im Fall Todesstrafen ausgesprochen würden, deren Ausführung zu verschieben.

Portugal.

* Das neue Ministerium hat sich endlich doch so weit befestigt, daß es auf einigen Bestand rechnen kann. So groß waren die Schwierigkeiten, die es Anfangs zu überwinden hatte, daß das Gerücht von seinem Rücktritt gleich in den ersten Tagen allgemein verbreitet und geglaubt war.

Italien.

Turin, 6. Juli. Man ist hier in großer Spannung über die Entwicklung der Dinge in Parma. Die Herzogin soll wirklich gesonnen seyn, bis zum 9. d. Mts., als dem Geburtstag des Erbprinzen, den Belagerungszustand aufzuheben. General Graf Crenneville, der über das Auftreten der Herzogin sehr gereizt ist, hat erklärt, daß noch vor dem 9. Ereignisse eintreten würden, welche die Entschlüsse der Herzogin ganz umändern würden. Was der General hiermit andeutet, ist Allen ein Räthsel. Sicher ist, daß längs des Po an der diesseitigen Gränze und der von Parma sich bedeutende österreich. Truppenkörper aufstellen, welche auf gegebenen Befehl in wenigen Minuten das ganze Herzogthum besetzen können. In Mailand übt sich das österreichische Militär in fingirten Märschen, die

---

Meilen von Berbera, auf dem Golf von Aden, wo ein beträchtlicher Elfenbeinhandel mit Zentralafrika getrieben wird.

Suez ist 560 Meilen von der Meerenge von Bab el Mandeb, die westliche Extremität des Seegats, der den Hafen von Suez mit dem indischen Ozean verbindet. Es ist 900 Meilen vom persischen Meerbusen, 1200 von Bombay, 1350 von Ceylon und 1800 von Kalkutta.

Der Isthmus von Suez bildet auf einem Raume von 30 Meilen von Pelusium nach Suez eine longitudinale Vertiefung, die das Ergebniß des Durchschnitts zweier Ebenen ist, deren eine von Aegypten, die andere von den ersten Hügeln Asiens allmählig herabsteigt. Er bietet heute den Anblick düsterer Einsamkeit. Doch begegnet man daselbst den Spuren menschlicher Arbeit, den Spuren von der Gegenwart und von der Bewegung der Völkerschaften. Man findet dort die Ruinen mehrerer beträchtlicher Städte, persischer und ägyptischer Denkmale. Man erkennt noch das Bett des Kanals, der unter den Pharaonen, den Ptolomäern unter der römischen Herrschaft und auch noch unter den Kalifen den Nil mit dem rothen Meere vereinigte.

Ein großer Theil des Bodens der Landenge wird durch sehr beträchtliche Becken gebildet, jenes der bittern Seen, jenes des Timseh-See's und das Becken des Menzaleh-See's.

Der Timseh-See ist, wie das Zentrum der Landenge, von beiden Meeren gleich weit entfernt. Sein Becken bietet eine vortreffliche Entfaltung. Es kann mit wenigen Kosten zu einem inneren Hafen für die Marine der ganzen Welt umgestaltet werden. In den ausgetrockneten Theilen des Beckens findet man Muscheln wie im rothen Meere, unter Anderem Spondylen, die es im Mittelmeere nicht gibt. Diese Beobachtung gibt der Meinung Raum, daß die alten und äußersten Gränzen des rothen Meeres sich bis hierher erstreckt haben. Man behauptet sogar, daß die Juden am Timseh-See von Moses über das rothe Meer geführt worden seyen.

Was das rothe Meer betrifft, so hatte die Edinburgh Review gegen die Möglichkeit der Durchstechung der Suez Landenge ein fürchterliches Argument geltend gemacht: „Ihr mögt immerhin die Landenge durchstechen", sagte sie, „euer Kanal wird vollkommen nutzlos seyn. Das rothe Meer ist den Segelschiffen so gut wie unzugänglich. Die Segler werden euren Kanal nicht benutzen aus Furcht vor dem ungastlichen Meere, in das sie sich nicht wagen dürfen." Dieser Einwurf, wenn begründet, wäre allerdings von großer Wichtigkeit, aber die erfahrenen Seeleute, welche von der internationalen Suez-Kommission zu Rathe gezogen worden sind, haben diesen Einwand als unbegründet erklärt. Was sie in der Sitzung vom 25. Juni d. Js. sagten, läßt sich in Folgendem zusammenfassen.

oft unerwartet angetreten und mit bedeutenden Kräften ausgeführt werden. Die Bevölkerung sieht diesen Vorläufern ernsterer Bewegungen bange zu, und auch hier ist man sehr ernst gestimmt; General Lamarmora hat die Festung Alessandria inspizirt und es soll dieselbe mit detachirten Forts in einem großen Umkreise umgeben werden. Auch jenseit des Tessin ist man sehr thätig; die Festungen Mantua, Verona, Peschiera werden auf's schleunigste verproviantirt; Truppen ziehen von allen Seiten der Lombardei zu. — Aus Neapel vernehmen wir, daß dorten die Lazzaronibanden berüchtigten Andenkens wieder organisirt werden. — Das Cirkular des Ministers des Innern, Ratazzi, welches die Behörden zur Einschreitung gegen renitente Geistliche auffordert, wird bereits ernstlich gehandhabt, und einige Prozesse gegen solche, die das übliche Gebet pro rege zu halten sich weigerten, oder sich auf der Kanzel zu aufreizenden Predigten hinreißen ließen, sind eingeleitet. Außerdem werden in dem Ministerium des Innern mehrere Gesetzentwürfe ausgearbeitet, die auf eine völlige und letzte Trennung des Staates von der Kirchengewalt auslaufen und die Rechte der letzteren noch mehr beschränken. Unter denselben befindet sich neuerdings einer über die Einführung der Civilehe und Ueberweisung der Standesregister an Civilbeamte; ferner einer über gänzliche Abschaffung des Kirchenzehntens und der Revision des Strafgesetzbuches in Betreff der Vergehen gegen die Religion.

(Schw. M.)

Nichtpolitische Zeitung.

∞ Vom Unterrhein, 10. Juli. (Privat-Korresp.) Das von einem Kölner Personenboote bei Vreeswick in den Grund gebohrte Schiff „Urania", Kapitän Bauduin, liegt so tief, daß nur noch die Mastenspitze hervorsteht. Da an jener Stelle Ebbe und Fluth stark wirken, so kann das Schiff als verloren zu betrachten seyn, zumal es in der Mitte geborsten seyn soll. Man schätzt Schiff und Ladung, die meistens nicht versichert war, auf 150,000 Thlr., und da das Schiff seine Laterne, wie es sich gebührt, aufgezogen hatte, so wird wohl die Kölner Dampfschiffahrtsgesellschaft für den Schaden einzustehen haben.

Im ersten Halbjahre 1856 wurden in Deutschland nachstehende Eisenbahnstrecken eröffnet: 1) am 21. Januar von Rolandswerth bis Rolandseck (Theil der Bonn-Kölner Bahn), $\frac{5}{8}$ Meile; 2) am 26. Januar von Neuß bis Krefeld (womit die Köln-Krefelder Bahn vollendet ist), $2\frac{5}{8}$ M.; 3) am 2. Febr. von Basel bis Säckingen (Theil der badischen Staatsbahn), $4\frac{1}{2}$ M.; 4) am 12. Febr. von Emmerich bis zur holländischen Gränze bei Babberich (Theil der Oberhausen-Arnheimer Bahn), 1 M.; 5) am 23. Febr. die Buschtiehrader Kohlenbahn von Kladno bis Kralup in Böhmen, $2\frac{3}{4}$ M.; 6) am 1. März von Dziedis bis Oswiecim (letzte Strecke der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, größtentheils in Galizien liegend), 3 M.; am 22. März von Leipzig bis Korbetha (Zweigbahn der thüringischen Eisenbahn), $4\frac{1}{2}$ M.; 8) am 2. Mai von Papenburg nach Lingen, $9\frac{1}{4}$ M.; 9) am 9. Mai von Göttingen nach Münden, $4\frac{3}{4}$ M.; 10) am 19. Juni von Lingen nach Rheine, von Rheine nach Münster und von Rheine nach Osnabrück, zusammen $14\frac{1}{4}$ M. Am wichtigsten sind die zuletzt gedachten Strecken, durch welche die hannoversche Westbahn vollendet und ihr Anschluß an das große deutsche Eisenbahnnetz hergestellt worden ist. Die Gesammtlänge aller dieser Strecken beträgt über 46 Meilen, also mehr als die im ganzen Jahre 1855 eröffnete Eisenbahnlänge. In der österreichischen Monarchie und zwar in Galizien wurden noch zwei Bahnstrecken eröffnet: am 25. Febr. von Krakau über Bochnia und Tarnopol nach Dembica, 15 M., und am 1. März von Oswiecim nach Trzebinia, $3\frac{1}{4}$ M. Außerdem wurden in den angränzenden Ländern des Kontinents folgende Strecken eröffnet: 1) in Dänemark am 26. April die Bahn von Roeskilde bis Korsör am großen Belt, 10 Meilen, und am 17. Mai die Rendsburger Verbindungsbahn (zwischen der Rendsburg-Neumünster'schen und der Südschleswig'schen Eisenbahn); 2) in Holland am 12. Febr. die Bahn von der preußischen Gränze bei Babberich bis Arnheim, etwa 3 Meilen; 3) in Belgien am 14. April von Brüssel (resp. Hulpe) bis Namur, und am 1. Mai von Brüssel bis Alost; 4) in Frankreich im Februar von Beuzeville (Station der Bahn nach Dieppe) nach Fecamp, am 28. Februar von Mans nach Alençon, und am 7. April von Dôle nach Besançon, $17\frac{1}{4}$ M.; 5) in der Schweiz am 15. Febr. und am 24. März von St.-Gallen bis Flawyl, am 1. Mai von Renan bis Lausanne (Zweigbahn der Westbahn von Yverdon nach Morges), Anfang Juni von Luzern über Olten nach Aarau, am 25. Juni von Oerlikon nach Zürich (womit die Bahn von Zürich nach dem Bodensee vollendet ist), zusammen 11—12 M.; 6) in Italien die kurzen Strecken von Savigliano bis Saluzzo und von Genua bis Voltri im Königreich Sardien, sowie von Nola über Palma nach Sarno im Königreich beider Sicilien, zusammen $5\frac{1}{4}$ M.

(D. A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 12. Juli. Span. Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire setzten heute ihre rückgängige Bewegung fort, während Luxemburger internationale Bank sich etwas besserte. Livorno-Florenz und Darmstädter Bankaktien, insbesondere die der 2. Serie wurden bedeutend besser bezahlt. Im Ganzen war der Umsatz beschränkt.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 105—$104\frac{3}{4}$ in starken Posten umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1302 P. 1297 G. Neue Bankaktien 427 P. 422 G. Credit-Actien à 5pCt. 238 P. 236 G. 5pCt Nationalanleihe von 1851 $84\frac{1}{4}$ P. 84 G. 5pCt. Lombard.-Ven. $90\frac{1}{4}$ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. $82\frac{1}{2}$ P. $82\frac{1}{4}$ G.; à 5pCt. in Silber b. R. $89\frac{1}{4}$ P. $88\frac{3}{4}$ G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $72\frac{7}{8}$ P. $72\frac{5}{8}$ G.; à 4pCt. $65\frac{1}{4}$ P. $64\frac{3}{4}$ G.; à 3pCt. 49 P. $48\frac{1}{2}$ G.; à 1pCt. $16\frac{3}{8}$ P. $16\frac{1}{8}$ G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 — P. $117\frac{1}{2}$ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $103\frac{1}{2}$ P. 103 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 281 P. 279 G.

Preussen. $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 87 P. $86\frac{1}{2}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $112\frac{3}{4}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 89 P. $88\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$ P. $94\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. Grundrente $94\frac{7}{8}$ P. $94\frac{3}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $101\frac{1}{8}$ P. $100\frac{5}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. Ostbahn-Aktien $105\frac{3}{8}$ P. $105\frac{1}{8}$ G. 5pCt. $101\frac{1}{4}$ P. $100\frac{3}{4}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 150 P. $149\frac{1}{2}$ G. Neustadt-Weissenb. $113\frac{5}{8}$ P. $113\frac{1}{8}$ G.

Es herrscht ein beklagenswerthes Mißverständniß über das Verhalten des rothen Meeres. Dieses Meer ist für Segelschiffe zu jeder Jahreszeit schiffbar. Nur ist es denselben während dreier Monate schwer, von der Spitze Raz Mohammed bis Suez aufwärts zu fahren, und die Schlepparbeit würde gleichfalls während dieser Zeit nicht leicht seyn. Die alten Schiffe, welche lange nicht so gut waren, als die großen Fahrzeuge unserer Zeit, beschifften den arabischen Meerbusen sehr gut, und uns muß das noch besser gelingen.

Da die täglichen Fortschritte der Schifffahrt dahin gehen, für lange Ueberfahrten das gemischte System (Segel- und Schraubenschiffe) an die Stelle der Segelschiffe zu setzen, so ist es wahrscheinlich, daß zur Zeit, wo der vollendete Kanal geöffnet seyn wird, die Segelschiffe für das rothe Meer gar nicht mehr in Erwägung kommen dürften. Mit Einem Worte aber, was man der Edinburgh Review geantwortet hatte, ist genau, und die Thatsachen sind so, wie sie in dieser Antwort dargestellt worden sind. Die vorzüglichste Schwierigkeit in diesen Gegenden ist jene der Moussons, besonders jene des Südost für die von Singapore kommenden Schiffe; aber von Raz Mohammed bis zur Meerenge von Bab-el-Mandeb, d. h. während neun Zehntel des Weges, ist das rothe Meer nicht schwerer zu befahren als das Mittelmeer. Die großen Schwierigkeiten sind von der Meerenge bis Aden. Für die Dampfschiffe bietet das rothe Meer keine größeren Gefahren, als jedes andere. Diese Meinung ist das Ergebniß einer während 35 Reisen zwischen Suez und Kalkutta (hin und zurück) gesammelten Erfahrung. Diese Reisen wurden zu jeder Jahreszeit unternommen, und ohne daß die geringste Beschädigung zu beklagen gewesen wäre.

Es wird Niemandem einfallen, der Schifffahrt im rothen Meere unbegränzte Lobeserhebungen zu machen. Dieses Meer mit seinem engen Eingange bei Bab el Mandeb, seinem tiefen, 12 bis 30 Meilen breiten Seegat, seinen unzähligen Korallenbänken an den Küsten, seinen durchschnittenen Inseln, wird immer einem besonderen Regime unterworfen bleiben, das besser studirt und gekannt seyn muß, als dieses noch der Fall ist. Es hat aber nichts Fürchterliches, und man führt keinen einzigen Unfall an, welcher einem Dampfer begegnet wäre, während man in den chinesischen Meeren und in der Meerenge von Malacca mehrere verloren hatte. Im Ganzen genommen hat man das rothe Meer noch nicht genug versucht, trotz der Reisen, welche die indische Mallepost zwei Mal im Monate daselbst macht. Man darf jedenfalls die feste Ueberzeugung hegen, daß nach Eröffnung des Kanals das rothe Meer nicht schwieriger erscheinen werde, als das adriatische, das in einer ähnlichen Lage sich befindet. Die Gewohnheit überwindet Vieles, und ihr Einfluß macht sich in der Seeschifffahrt eben so geltend wie überall.

(Köln. Z.)

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. $117\frac{1}{2}$G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $90\frac{7}{8}$P. $90\frac{3}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{3}{4}$P. $102\frac{1}{4}$G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. $42\frac{3}{4}$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $83\frac{1}{2}$ P. $83\frac{1}{4}$ G. **Kurhessen.** **40** Thaler-Loose b. R. $39\frac{1}{2}$ P. $39\frac{1}{4}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. $62\frac{1}{8}$ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. $100\frac{1}{4}$P. $99\frac{3}{4}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{3}{4}$P. $102\frac{1}{4}$ G.; Loose à fl. **50** 113 P. $112\frac{3}{4}$ G.; à fl. **25** $33\frac{7}{8}$ P. $33\frac{5}{8}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 419 P. 417 G.; junge 365 P. 363 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank $109\frac{5}{8}$P. $109\frac{1}{8}$G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 48 P. $47\frac{3}{4}$G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 90 P. $89\frac{1}{2}$ G., Loose à fl. **25** $32\frac{1}{8}$P. $31\frac{7}{8}$G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $84\frac{1}{4}$P. — G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $93\frac{3}{8}$P. $92\frac{7}{8}$G.; Bankaktien $120\frac{3}{8}$ P. $119\frac{7}{8}$G.; Taunus-Aktien 325 P. 323 G.; Hananer Eisenb.-Aktien 87 P. 86 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. $87\frac{3}{4}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 560 P. 557 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $39\frac{1}{2}$ P. $39\frac{1}{4}$ G.; 1pCt. neue $24\frac{5}{8}$P. $24\frac{1}{2}$G. **Holland.** Integrale $64\frac{1}{2}$ P. $63\frac{1}{2}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. $99\frac{3}{4}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{8}$P. $119\frac{7}{8}$G.
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS $96\frac{1}{4}$P. 96G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P $88\frac{3}{4}$G.
Leipz. Thlr. 60k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.
Lond. Lst. 10 k.S. $118\frac{3}{4}$P. $118\frac{1}{2}$G.
Mail. i.S. Lr. 250k.S $101\frac{1}{4}$P 101G
Paris Frs. 200 k. S. 94P. $93\frac{3}{4}$G.
Lyon Frs. 200 k. S. $93\frac{7}{8}$P. $93\frac{5}{8}$G.
Wien fl. 100C. k S. $117\frac{1}{4}$P. 117G.
Wien 3 M. mit 4% $117\frac{1}{8}$P. $116\frac{7}{8}$G.
Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 11. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{7}{8}$; 5pCt. Metall. $84\frac{3}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. $74\frac{1}{4}$; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121; von 1854 $106\frac{1}{8}$; Bankaktien 1111; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $383\frac{1}{2}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 610; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien $2891\frac{1}{2}$. **Wechselkurse**: Augsburg uso $102\frac{5}{8}$. London 10. $2\frac{1}{2}$. P. Geldkurs: Dukaten —.

Berlin, 5. Juli. In der Campagne 1855/56 sind im Zollverein 21,270,000 Ztr. Rüben verarbeitet, woraus 810,000 Ztr. Rohzucker (10,000 Ztr. mehr als im Vorjahre) gewonnen wurden. Kolonialzucker sind im Jahre 1855 total 1,230,000 Ztr. (16,000 Ztr. mehr als im Vorjahr) eingeführt. Die Rübenzucker-Fabrikanten sind um Gewährung einer Exportprämie von 3 Thlr. per Ztr. eingekommen, hoffentlich wird die Regierung eine solche nicht gewähren, da dann dem Getraidebaue noch mehr Land als jetzt behufs einer künstlich genährten Industrie entzogen würde.

Neueste Nachrichten.

Ansbach, 11. Juli. Die allerhöchste Bewilligung Sr. Majestät des Königs zur Herstellung einer **Eisenbahn von Ansbach nach Gunzenhausen**, zum Anschlusse an die Ludwigs-Süd-Nordbahn, ist aus Brückenau, 3. d. M., datirt. Die Bahn von hier nach Gunzenhausen wird, da die nahe an der Stadt liegende Höhe des Waides (das Feuchtloch) umgangen werden muß, einen bogenförmigen Umweg zu beschreiben haben, indem sie sich von hier aus gegen Osten hinzieht und ungefähr eine Wegstunde von hier erst die südliche Richtung nimmt. Die Bahnstrecke wird 7—8 Wegstunden umfassen, und der Bau ist auf circa $1\frac{1}{2}$ Millionen Gulden veranschlagt. Dieses Kapital hat die hiesige Stadt aufzubringen, sowie sie auch den zur Bahn erforderlichen Grund und Boden zu erwerben hat. Die k. Bank in Nürnberg wird, zufolge des mit derselben abgeschlossenen provisorischen Vertrags, das Kapital herleihen, und der Staat soll, nach einem mit der Generaldirektion der Verkehrsanstalten abzuschließenden Uebereinkommen, den Betrieb der Bahn, für die Bahnstunde jährlich 9600 fl., pachten. Die k. Genehmigung ist an die Bedingung geknüpft, daß der Bau bis spätestens 1. Mai 1857 begonnen und der Fortbau gesichert seyn müsse. Da besondere Schwierigkeiten beim Bau nicht vorhanden sind, so darf man sich der Hoffnung hingeben, die Bahn bis zum Sommer 1858 vollendet zu sehen. (N. K.)

Wien, 9. Juli. Se. Majestät der König Otto hat dem Baron Sina das Kommandeurkreuz des griechischen Ordens des Erlösers verliehen. (K. Z.)

Aus Oesterreich, 8. Juli. Behufs Regelung des Unterrichts der in Fabriken und Gewerbsstätten verwendeten Kinder bestimmt ein ergangener Erlaß im Wesentlichen Folgendes: „Es sollen für solche Kinder Abendschulen errichtet werden, in welchen im Winter in den Stunden von 5 bis 7 und im Sommer von 6 bis 8 Uhr Abends Unterricht in den nöthigsten Gegenständen der Volksschule ertheilt wird. Die Entlehnung der bei den Abendschulen beschäftigten Lehrer ist nach Vorschrift der politischen Schulverfassung festzusetzen. Jeder Fabriks- und Gewerbsinhaber ist verpflichtet, die bei ihm in Verwendung stehenden schulpflichtigen Kinder zur festgesetzten Schulzeit zu entlassen. Kinder, die noch nicht das neunte Lebensjahr angetreten, dürfen aber überhaupt nicht zur Lohnarbeit in Fabriken und Werkstätten zugelassen werden." (H. N.)

Es ist bekannt, daß die belgische Regierung in Folge der wiederholten Klagen eines Theiles der ländlichen Bevölkerung über die **chemischen Fabriken**, als Ursachen der krankhaften Erscheinungen an verschiedenen Vegetabilien, namentlich aber der Kartoffel-Fäule, eine Kommission von unparteiischen Sachverständigen zur Untersuchung dieser Beschwerden ernannte. Von allgemeinem Interesse dürfte die Mittheilung des Urtheils seyn, welches die Kommission als Ergebniß ihrer Untersuchungen ausspricht; es ist in folgenden sechs Punkten enthalten: 1) Aus den chemischen Fabriken strömen Säuren aus, welche allerdings der Entwicklung einer Anzahl von Pflanzen schädlich sind. 2) Diese Wirkung ist jedoch in Hinsicht auf die verschiedenen Arten von holz- oder grasartigen, angebauten oder wild wachsenden Pflanzen so ungleich, daß einige Arten dem schädlichen Einfluß der Säuren ganz gut zu widerstehen scheinen, während andere, jedoch in sehr verschiedenem Grade, dadurch beeinträchtigt werden. 3) Von diesen letzteren zeigen einige schon in geringer Entfernung von den Fabriken keine Spur mehr von irgend einer Veränderung, während andere bis auf eine mehr oder weniger große, indeß niemals sehr beträchtliche Entfernung dadurch leiden. 4) Die Ausdehnung des Umkreises, in welchem die gasartigen Säuren ihren schädlichen Einfluß ausüben, hängt von mehreren durchaus veränderlichen Umständen ab, läßt sich daher nicht unbedingt bestimmen; in jedem angegebenen Falle aber kann man ihn dadurch ermitteln, daß man beobachtet, bis zu welcher Entfernung die Gewächse, die gegen die Ausströmungen aus den Fabriken am empfindlichsten sind, wie z. B. die Hagenbuchen, keine der eigenthümlichen Veränderungen mehr zeigen, die durch jene Ausströmungen erzeugt werden. 5) Dabei aber hat der Umkreis des schädlichen Einflusses sich in der Umgegend der verschiedenen Fabriken und an den verschiedenen Seiten *derselben sehr* verschieden gezeigt; in der Richtung der vorherrschenden Winde hin war seine Ausdehnung stets größer. 6) Aber auch in dieser Richtung schien er sich nicht weiter als bis auf 2000 Meter, als Maximum, und 600 Meter, als Minimum, zu erstrecken. (Preuß. C.)

Paris, 10. Juli. Die „Patrie" bringt folgende Nachricht über den Entschluß des Königs Otto von Griechenland, seine Krone niederzulegen. Sie sagt: „Man spricht in den politischen Kreisen Londons von der Möglichkeit einer Abdankung des Königs Otto zu Gunsten des Prinzen Adalbert von Bayern, der in diesem Falle alle religiösen Formalitäten erfüllen würde, die ein solches Ereigniß nothwendig machte. (?) Unsere Briefe aus Athen sprechen ebenfalls von diesem Gerüchte, fügen aber hinzu, daß die Königin dem Projekte ihres Gemahls keineswegs günstig gestimmt ist. Wir geben diese Gerüchte unter allem Vorbehalt."

Aus **Parma** vom 2. Juli wird dem „Risorgimento" geschrieben: „Marschall **Radetzky** hat dem Vernehmen nach der Regentin angekündigt, daß er aus strategischen Gründen die dortige Garnison auf 2000 und vielleicht auch auf 3000 Mann bringen werde. Diese Truppen sollen in der Stadt und Umgegend aufgestellt werden. In Piacenza werden jetzt bereits 500 Mann vom Regiment Kaiser angekommen seyn. Der Marschall wünscht 120,000 Mann in dem Theile von Italien zu haben, der durch die Apenninen, Bardomeggione und den Tessin bis Ancona begränzt wird. Am Po sollen Vorbereitungen getroffen werden, daß auf mehreren Punkten über denselben gegangen werden kann. Am Po und an den adriatischen Küsten der Romagna sollen bedeutende Truppenmassen vertheilt werden." (Ob das Turiner Blatt nicht übertreibt?)

Konstantinopel, 4. Juli. Behufs Aufrechthaltung der Ruhe werden nach allen Provinzen Linientruppen entsendet. So gingen gestern 600 Mann nach Smyrna, heute 1400 nach Ismith ab. (T.D.d.Hamb.Nachr.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 194. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 14. Juli 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 12. Juli. Die bei dem Wechselappellationsgerichte von Schwaben und Neuburg erledigte Rathsstelle wurde dem Kreis- und Stadtgerichtsrathe Ferd. Ott in Augsburg verliehen. (N. M. Z.)

In München sind die beiden Gräfinnen Therese und Klara Larosee unter dem Namen Ponta als Romeo und Julie in Billini's Oper: „Die Montecchi und Capuletti" auf der kgl. Hofbühne aufgetreten und haben beide, besonders aber Fräulein Therese als Romeo, außerordentlichen Beifall geärntet. Die beiden Schwestern werden sich zu ihrer weitern künstlerischen Ausbildung auf einige Zeit nach Paris begeben.

München, 12. Juli. Gemäß einem Finanzministerialreskripte sollen die Einleitungen zur Durchführung der neuen Gesetze über Kapitalrenten- und Einkommensteuer, namentlich die Wahl der Steuerausschüsse rc. möglichst beschleunigt werden. (Landbötin.)

Der neue Erzbischof von München-Freising, Hr. Scherr, ist gestern von Metten hier eingetroffen und vorläufig im Erziehungsinstitute für Studirende abgestiegen. (Landbötin.)

Nürnberg, 13. Juli. Die Stelle eines Inspektors und Lehrers der landwirthschaftlichen Kreis-Erziehungs-Anstalt zu Lichtenhof wurde von Sr. Maj. dem König, dem Lehrer an der Kreis-Landwirthschafts- und Gewerbsschule zu Nürnberg, Dr. J. Christ. Kellermann, übertragen. (Fr. Kur.)

Preußen. Berlin, 11. Juli. Am Ende dieses Jahres werden sämmtliche hiesige Bordelle geschlossen, deren Wiedereröffnung und Duldung gegenüber abweichenden höheren Intensionen seiner Zeit nur durch die zähe Energie des verstorbenen Generalpolizei-Direktors v. Hinckeldei möglich geworden war, ohne jedoch die erwartete Verbesserung der sittlichen Zustände herbeizuführen. (Fr. Pstz.)

Berlin, 10. Juli. Die offizielle „Preuß. Korr." erklärt, daß auf die preußische Note am 1. Juni d. J., welche dem k. dänischen Kabinet übergeben worden, bis jetzt hierselbst eine Antwort nicht eingelaufen und ebensowenig in diesen Tagen dem dänischen Kabinet durch den k. Gesandten eine zweite diesseitige Note überreicht worden ist.

Berlin. Die „Voss. Z." erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß, nachdem die auf Requisition der k. Staatsanwaltschaft wider den Theaterdirekter Deichmann und den Theaterrendanten Arndt unternommenen polizeilichen Recherchen beendigt sind, von der Rathskammer des k. Stadtgerichts die gerichtliche Haft des Direktor Deichmann wegen strafbaren Bankerotts und Betrugs und des Rendanten Arndt wegen Unterschlagung beschlossen worden ist.

Die Konzession für eine neue große Maschinenbau-Anstalt in Berlin ist ertheilt. Das Gesellschaftskapital besteht in 2 Mill. Thalern, auf 10,000 Aktien vertheilt, die meist in festen Händen sind.

Hannover. Hannover, 10. Juli. Die zweite Kammer begann heute mit Berathung der Verfassungsvorlagen. Der Verfassungsausschuß der Kammer stellt 3 Anträge. Der erste derselben geht kurz auf Ablehnung des Regierungsvorschläge, in die erste Kammer 12 auf die Dauer des Landtags, unter ihnen 7 aus den nicht ritterschaftlichen Grundbesitzern vom Könige zu ernennende Mitglieder treten zu lassen. Der zweite motivirt die Ablehnung und gibt die Erlassung einer Bestimmung anheim, wonach der Krone das Recht eingeräumt wird, in jede Kammer vier Mitglieder zu entsenden, von denen zwei Minister seyn müssen. Der dritte gibt anheim und zunächst zwar mit thunlichster Beschleunigung, auf eine zeitgemäße Reform der Ritterschaften Bedacht nehmen zu wollen, um auf diesem Wege zu einem sichern Urtheil darüber zu gelangen, ob und in welcher Weise anderweite Elemente in die erste Kammer zu bringen seyen. Nachdem Windthorst als Berichterstatter des Ausschusses einige allgemeine Bemerkungen vorausgeschickt hatte, gab Horst für sich und Namens seiner Freunde nachstehende Erklärung ab: „Ehe auf die Berathung eingegangen wird, bitte ich, für meine Freunde und mich eine Erklärung abgeben zu dürfen. Wir befinden uns auf dem Boden nicht des Rechtes, sondern der Thatsache. Als solchen erkennen wir die bestehenden Zustände an, und werden je nach Lage der Sache und nach Gründen der Zweckmäßigkeit uns frei darauf bewegen. Weder eine Anerkennung des Rechts noch eine Unterwerfung für alle Zeit wollen wir damit aussprechen. Offener als von anderer Seite 1848 verfahren ist, bevorworten wir, den Thatsachen nur so lange uns zu fügen, als diese Thatsachen stärker sind, als das Recht. Wir sind dem Ausschuß dankbar dafür, daß derselbe rücksichtlich aller die Verfassung selbst, wie sie durch die Verordnung vom 1. August gestaltet worden, betreffenden Anträge der königl. Regierung die Ablehnung empfohlen hat. Wir hätten gewünscht, daß ein Gleiches hinsichtlich der durchgängig unwesentlichen Aenderungen am Wahlgesetze geschehen seyn möchte. Da jedoch der verehrte Ausschuß einige derselben der Annahme empfohlen hat, so wollen wir denselben für jetzt uns nicht widersetzen; immer mit dem Vorbehalt, zu geeigneter Zeit auf den Rechtszustand frei und unbehindert zurückzukommen."

Minister v. Borries, der ähnliche frühere Verwahrungen unbeantwortet gelassen hat, glaubt dasselbe heute nicht thun zu dürfen. Er hält eine Verwahrung, wie die eben abgegebene, für rechtlich wirkungslos und kein Mitglied für berechtigt, ohne sein Mandat als erloschen anzusehen, so zu verfahren. Die Behauptung, daß wir uns nur auf dem Boden der Thatsachen befänden, erklärt er für unbegründet. Die Regierung habe in Gemäßheit eines Bundesbeschlusses gehandelt; es hätte in Frage seyn können, ob sie diesen Bundesbeschluß richtig aufgefaßt, ob sie nicht etwa ihm eine zu weite Ausdehnung gegeben habe. Mit der Zurückweisung der auf die letztere Behauptung gegründeten Beschwerde des Schatzkollegs seitens des Bundes sey auch dieser Zweifel gelöst und der gegenwärtige Zustand als rechtlich bestehend anerkannt.

In der dann folgenden Berathung der Aenderungsvorschläge der Regierung nahm kein Mitglied der Linken das Wort. Herr v. Borries wandte viele Mühe auf, wenigstens Einiges zu retten. Die Staatsanwälte Heise und v. Rößing leisteten ihm Beistand. Nacheinander wurden die sämmtlichen auf die veränderte Composition der Kammern bezüglichen Anträge der Regierung verworfen, durchschnittlich gegen 10 bis 12 Stimmen; einigemal stand der Minister ganz allein. Die Ausschußanträge sind also angenommen. (H. Bl.)

* **Baden.** Karlsruhe, 12. Juli. Die Prinzessin Cäcilie, jüngste Schwester Sr. kgl. Hoh. des Prinz-Regenten, hat sich in Wildbad mit dem Großfürsten Michael verlobt.

Kurhessen. Marburg, 10. Juli. Unser Historiker, Professor v. Sybel, hat einen Ruf nach München erhalten und angenommen. (Schw. M.)

Anhalt. Anhalt'sche Soldaten hatten nach der Expedition aus Schleswig-Holstein einen Pudel mitgebracht, der in letzter Zeit in den Besitz eines Juden in Dessau gelangt war und dem man aus Chicane den Namen „Friedrich VII." gegeben hatte. In diesen Tagen kommen nun zwei Dänen, ein Marinelieutenant und ein Zivilbeamter, nach Dessau und hören von der Wirthin, wo sie einkehrten, daß ein Landsmann von ihnen in Dessau wohne. — Wie heißt der? — Friedrich der Siebente. — Das ist ja unser König. — Nein, meine Herren, es ist ein Pudel. — Den müssen wir kaufen um jeden Preis. — Von dieser Unterredung bekommt der Eigenthümer des Hundes Wind und beschließt, denselben nicht unter 100 Thlr. loszuschlagen. Die Dänen suchen den Pudel auf, bieten auf denselben immer höher und höher, bis ihn der Eigenthümer endlich für 150 Thlr. losschlägt. Das war ein Opfer des Patriotismus — jedoch nicht etwa der räudige Pudel, sondern die 150 Thlr. Der Jude hat aber dabei jedenfalls das beste Geschäft gemacht. (Deutschl.)

Oesterreich. Wien, 10. Juli. Herr v. Lesseps, der vorgestern in Gesellschaft des k. k. Ministerialraths v. Negrelli aus Paris, wo sie an der Suez-Kommission theilgenommen, hier eingetroffen ist, ist bereits gestern nach Konstantinopel abgereist, um zur Durchführung des begonnenen Werkes den betreffenden großherrl. Ferman zu erwirken. (A.Z.)

Wien, 12. Juli. Morgen Nachmittag findet die feierliche Taufe der neugebornen Erzherzogin zu Laxenburg statt. Diese und die kaiserliche Mutter erfreuen sich des besten Wohlseyns. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Wie verlautet, soll der National-Oekonom Professor Stein mit dem nächsten Schuljahre seinen bisherigen Wirkungskreis an der Wiener Universität mit einem administrativen Amte vertauschen. (Fr. J.)

Belgien.

Brüssel, 10. Juli. Der König, der Graf von Flandern und die Prinzessin Charlotte sind heute Nachmittags aus England im Schlosse von Laeken wieder eingetroffen.

Großbritannien.

London, 12. Juli. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erwiderte Clarendon auf die Anfrage Lyndhurst's, ein offizieller Bericht über die polnische Amnestie fehle jetzt noch; wahrscheinlich sey jedoch das darüber Bekannte korrekt, und er könne es nur sehr bedauern, daß die Amnestie gegen Erwarten so beschränkt ausgefallen sey. (T. D. d. Fr. J.)

Die Direktoren der Bank haben heute beschlossen, keine weitere Ermäßigung des Disconto eintreten zu lassen.

London, 13. Juli. Lord Palmerston erhielt gestern den Hosenband-Orden. — Die königlich preußischen Gäste gehen mit dem Hofe nach Osborne. — Prinz Oskar von Schweden ist nach dem Continent zurückgereist. (T.D.d.Fr.J.)

* Der Anlaß zu der neulich kurz erwähnten Meuterei von Milizen in der irischen Stadt Nenagh gab der Befehl, daß dieselben, ehe sie entlassen wurden, ihre Montur abliefern sollten. Dies soll im Reglement vorgeschrieben seyn. Einer der Leute weigerte sich, seine Beinkleider abzugeben, und als er dafür in Arrest kommen sollte, nahmen seine Kameraden für ihn Partei, und erklärten nun alle nicht auseinander gehen zu wollen, wofern sie nicht den Rest ihres Handgeldes baar, und obendrein die Erlaubniß erhielten, ihre Montur behalten zu dürfen. Dies wurde ihnen nicht gestattet, und nun brachen sie aus der Kaserne in die Stadt, warfen am Polizeigebäude die Fenster ein, dann auch an Läden und Privathäusern, schossen fortwährend ihre Büchsen ab, ließen keinen ihrer Offiziere nahe kommen und wurden von tollen Pöbelhaufen aufgemuntert, auf ihren Forderungen zu bestehen. Am 8. endlich rückte reguläres Militär aus der Nachbarschaft an, und trieb die Meuterer zu Paaren, die dabei 3 Todte und 8 Verwundete eingebüßt haben sollen. Auch ein unbetheiligter Bürger wurde dabei unglücklicherweise auf der Straße erschossen.

* Mahan, jener Amerikaner, der durch den Oberzeremonienmeister seiner Kleidung halber vom Lever der Königin Viktoria ausgeschlossen wurde, erzählt jetzt den Vorfall in einem an das „Journal des Debats" gerichteten Brief, wonach die Sache freilich ganz anders sich verhält, als die „Times" sie dargestellt hatte: „Die einzig wahre Sache im Berichte der „Times", sagt er, war, daß der Gesandte der Vereinigten Staaten sich mit seinen Mitbürgern, welche der Königin vorgestellt werden sollten, zurückzog. Die Kleidung, die meiner Zulassung zum Lever entgegenstand, war das von meiner Regierung vorgeschriebene Costume für das Amt, das ich als Offizier im amerikanischen Militärdienste inne habe. Unter den Gegenständen, welche ich nicht trug und welche der Ceremonienmeister forderte, befand sich die weiße Cravatte, die ich doch nicht zu meinem militärischen Costume tragen konnte."

Frankreich.

Paris, 10. Juli. Wie versichert wird, ist die Expedition nach Großkabylien entschieden bis zum nächsten Frühjahre verschoben. Nach den jüngsten Depeschen aus Algier war es der unter General Maissiat abgeschickten Truppen-Abtheilung gelungen, die in den Babors aufgestandenen Kabylen zur Unterwerfung zu zwingen, nachdem sie ansehnliche Verluste erlitten hatten. Der General war nun damit beschäftigt, die auferlegten Kriegssteuern eintreiben zu lassen. (K. Z.)

* Paris, 11. Juli. Der „Moniteur" veröffentlicht ein kaiserl. Dekret, wonach die Kosten der Beerdigung des Ministers Fortoul — in Rücksicht dem Staate geleisteter ausgezeichneter Dienste — von der Staatskasse getragen werden.

Paris, 12. Juli. Heute Mittag fand das Leichenbegängniß des Ministers Fortoul mit großem Pomp statt.

Spanien.

Madrid, 7. Juli. Für die Armen, welche zu Sevilla von der Cholera befallen sind, hat die Regierung eine Unterstützung von 100,000 Realen bewilligt und denselben fernere Spenden verheißen.

Italien.

Rom, 4. Juli. Am Vorabend von St. Peter und Paul erneuerte der heil. Vater vor der Vesper die gewohnte Protestation wegen der Okkupation der Staaten von Parma und Piacenza, und am Morgen des Festtages erließ er auch die andere Protestation wegen der Abschaffung des jährlichen Tributs eines Kelchs im Werthe von 2000 Thalern, den der königliche Hof von Sardinien dem hl. Stuhl als Anerkennung der Lehen und Oberherrschaft über einige Schlösser und Territorien Piemonts zu verabreichen pflegte. Dieser feierliche Akt nahm seinen Anfang im Jahr 1854. — Die Protestation wegen der Vorenthaltung des neapolitanischen Tributs ist definitiv aufgegeben, und zwar in Folge freundschaftlicher Vereinbarung zwischen Pius XI. und Ferdinand II., die voriges Jahr stattfand. (Allg. Ztg.)

* Aus Parma wird der „Allg. Ztg." von einem Oesterreicher geschrieben, daß die österreichische Truppenaufstellung an der Gränze von Parma sich auf eine einzige Brigade beschränke, die in Cremona liege und ein Bataillon bis Casalmaggiore vorgeschoben habe, bereit, jeden Augenblick den Po zu überschreiten, wenn in Parma die Ruhe gestört werden sollte. Von wem, das sagt der Berichterstatter nicht geradezu; aber er läßt doch deutlich merken, daß die Minister der Herzogin von Parma, sowie die dortige Bevölkerung sich zu Sardinien weit mehr hinneigen, als es Oesterreich lieb ist, und daß deßhalb die österreichische Besatzung in Parma unter General Crenneville sich in einer wenig behaglichen Lage befindet.

Amerika.

Rio de Janeiro, 14. Juni. Die brasilianische Regierung hat sich sehr verletzt gefühlt durch einen auf den Sklavenhandel bezüglichen Brief des britischen Gesandten.

Die Nachrichten aus San Francisco reichen bis zum 5. Juni. Casey und Cora, die Mörder des Zeitungsredakteurs King, wurden am 22. Mai gehängt. Yankee Sullivan, ein auf Befehl des Sicherheitsausschusses verhafteter Boxer von Profession, hatte sich im Gefängniß entleibt und Geständnisse hinterlassen, die wichtige Enthüllungen über die Wahlen und im Allgemeinen über das politische Treiben in Kalifornien enthalten. Im ganzen Staate herrschte die größte Aufregung. Das Kriegsrecht war in San Francisco verkündigt worden, und es hieß, der Gouverneur sey entschlossen, die volksthümliche Reformbewegung zu unterdrücken. Er hatte jedoch noch keine Schritte zur Ausführung dieses Vorhabens gethan. Die Gegner des Sicherheitsausschusses hatten den Versuch gemacht, ein Meeting zu halten, waren jedoch daran verhindert worden. Angeblich hatten sie sich bewaffnet und den Plan gefaßt, das Lokal, in welchem der Ausschuß tagte, anzugreifen. Das Volk war dadurch in Aufregung gerathen, und von allen Seiten des Landes liefen Anerbietungen ein, den Ausschuß mit Waffen und Mannschaft zu unterstützen. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 13. Juni. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. $82\frac{3}{4}$; $4\frac{1}{2}$pCt.Met. $72\frac{3}{4}$; Wiener Bankaktien 1297; 5pCt. Lomb. $89\frac{7}{8}$; Wiener Wechsel l. S. 117; 3pCt. inl. span. 39; 1pCt. neue $24\frac{3}{8}$. Oesterr. Kreditaktien $236\frac{1}{2}$. Darmstädter Bankaktien 416. Bayerische Ostbahn $104\frac{3}{8}$. Luxemburger internationale Kreditbank 557.

Wien, 12. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{3}{4}$; 5pCt. Metall. $84\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 —; von 1854 $106\frac{3}{8}$; Bankaktien 1111; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 385; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 605; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2880. Wechselkurse: Augsburg uso $102\frac{5}{8}$. London 10. $2\frac{1}{2}$. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 195.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 15. Juli 1856.

F. (Eingesandt.) Nach Durchlesung des in der Nr. 190 ds. Bl. eingerückten Artikels von der Rhön über die beabsichtigte Bewaldung derselben konnten wir uns nur schwer von dem Erstaunen erholen, in welches uns die Verkehrtheit der darin kund gegebenen Ansichten von jener wohlwollenden Maßregel versetzt hat, welche die königl. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg schon weit über ein Jahrzehent hinaus zu dem Behufe beschäftigt, um die Zustände der Rhönbewohner damit der so dringend erachteten Verbesserung entgegenzuführen.

Der Verfasser bemerkten Inserats scheint sich von den Verhältnissen dieser Waldgegend so unterrichtet zu halten, daß er kein Bedenken trägt, das fragliche, auf die Wohlfahrt derselben berechnete, reiflich erwogene Unternehmen, welchem umfassende Gutachten der landwirthschaftlichen Kreiskomites, sowie der einschlägigen Forstbehörden und eines eigens zu diesem Zwecke abgeordneten Ministerialkommissärs zu Grunde liegen, geradezu als auf unrichtige Voraussetzungen und Anschauungen gefußt zu erklären.

Er leugnet vor Allem, daß eine Entwaldung größerer Landstriche eine ungünstige Veränderung in deren Luftbeschaffenheit nach sich ziehe, und widerspricht, daß die Wiederbewaldung der Rhön irgend einen Schutz für das Unterland zu gewähren vermöge; — endlich stellt er die Behauptung auf, daß der Rhön es an Feuchtigkeit nicht gebreche, sie vielmehr an einem Uebermaß derselben leide.

Was das Raisonnement über den Zweck der bezielten Wiederbewaldung der Rhön und der hierauf berechneten Anordnungen betrifft, so werden wir später darauf zurückkommen und wollen vorerst die physikalischen und klimatologischen Kenntnisse des Referenten von der Rhön etwas näher würdigen.

Mit diesen scheint er in der That eben so dürftig, als mit den allgemeinen landwirthschaftlichen und der Länderkunde ausgestattet zu seyn. Denn es ist ihm nicht allein fremd geblieben, daß die Forste durch eine stete Wechselwirkung mit der Atmosphäre als Regulatoren des Klima auftreten und den schädlichen Extremen der Temperatur entgegenwirken, sondern er scheint sich auch der Thatsache nicht bewußt, daß geschlossene größere Waldmassen von angemessener Beschaffenheit auf Hochebenen, wenn nicht die ganze Macht der Windstürme brechen, doch jedenfalls deren Strömungen so theilen, daß sie niemals in dem Maße schädlich auf die in ihrem Zuge liegenden Niederungen zu wirken vermögen, als dies bei Windzügen über ausgedehnte kahle Höhen stetshin der Fall ist. Ebenso scheint er von den abschreckenden Darstellungen der traurigen Folgen der Gebirgsentwaldung in Spanien, Italien, Frankreich u. s. w. — in welch' letzterem Lande gegenwärtig zur Hebung der gleichmäßig mit der fortgeschrittenen Entwaldung immer mehr geschwundenen Fruchtbarkeit des Bodens die riesenhaftesten Anstrengungen für Wiederaufbringung eines Holzwuchses auf den kahlen Höhen gemacht werden, nichts erfahren zu haben.

Was die klimatischen Verhältnisse auf der Rhön speziell betrifft, so haben wir aus genauer Kenntniß derselben zu bemerken:

1) Wie in dem Faktum, daß die Weinberge aus der Rhöngegend seit der Entwaldung dieses Gebirges zurückwichen, ein schlagender Beweis für die mit jener Verheerung verbundene nachtheilige klimatische Aenderung liege, wogegen die Annahme, es sey das Verschwinden dieses Produktionszweiges nur einem Wechsel der landwirthschaftlichen Systeme, respekt. deren Fortschritten beizumessen —, rein aus der Luft gegriffen ist, da Jedermann in der dortigen Gegend weiß, daß z. B. die Bebauung der früher in schwunghaftem Betriebe gestandenen Weisbacher Weinberge in der Nähe von Bischofsheim erst seit der verhängnißvollen Entwaldungsperiode und der hiermit gesunkenen Temperatur eingestellt werden mußte.

2) Dehnt sich der Hauptzug der Rhön zwar nicht vollständig von Osten gegen Westen aus, sondern nimmt seine Richtung vielmehr von Nordost gegen Südwest; allein auch auf dieser Erstreckung leistet seine Bewaldung und die seiner beiden Ausläufer gegen das Dammersfeld und die Wasserkuppe, den bezielten Schutze und zwar nicht bloß für die zunächst vorliegenden Ebenen, sondern auch auf das weiter entfernte Flachland, wie aus andern ähnlichen Oertlichkeitsverhältnissen in Deutschland vielfach nachweisbar ist.

Welche Nachtheile die Winde auf den kahlen Höhen während des Winters den Abhängen bringen, davon schweigt der Referent von der Rhön, wir aber wollen ihn, wenn er für solche Erscheinungen kein Auge hatte, oder deren Erwähnung mit seiner Tendenz unvereinbarlich fand, darauf hinweisen, daß der Schnee, welcher von den kahlen Rücken durch die ungehemmten Winde auf die Holzbestände an den Gehängen geworfen wird, diese theils völlig zusammenbricht, theils zu einer Verunstaltung bringt, welche deren Produkte in ihrem natürlichen Gebrauchswerthe weit herabsetzt. Eben diese Calamität wird auch ein wesentliches Hinderniß für die Nachzucht der Holzbestände, — mindestens müssen unter den obwaltenden Verhältnissen weit größere Kosten, verbunden mit vermehrter Kraftanstrengung, dafür aufgewendet werden.

3) Daß es dem Hauptplateau der Rhön an Feuchtigkeit zeitweise nicht mangelt, räumen wir ein; allein diese Befeuchtung ist weder eine gleichmäßige, noch fortdauernde, weil sie durch die Windwirkungen schnell verzehrt wird, so daß trotz des mineralisch kräftigen Bodens größtentheils nur sehr spärlicher Graswuchs erzeugt wird, wie dies das geringe quantitative Verhältniß der Heuärnte zu der bedeutenden Ausdehnung der sogenannten Mähfelder — unwidersprechlich darthut.

Wir gehen nun zu den Maßregeln über, welche die kgl. Staatsregierung zur Hebung der volkswirthschaftlichen Zustände der Rhönbewohner bezielt. — Anerkannt ist diese Aufgabe von höchster Wichtigkeit und nicht minder unbestrittene Thatsache, daß hier zunächst mit der Verbesserung der Landwirthschaft vorangeschritten werden muß, die nach der vorerwähnten Beschaffenheit des Bodens unendlich mehr denn gegenwärtig gewähren wird, sobald die ihrer Emporbringung entgegenstehenden Hindernisse, begründet in den nachtheiligen klimatischen Verhältnissen, beseitigt erscheinen und der große Reichthum von Wiesen in den Thalgründen einer besseren Zustandsetzung und Pflege sich zu erfreuen hat, als dieses dermalen der Fall ist. Dieses letztere Erforderniß wird dann von selbst zur allmähligen Einstellung der Viehweide und zur Einführung der den wesentlichsten Hebel für gedeilichere agronomische Zustände abgebenden Stallfütterung führen.

Die Besserung des Klima und die Aufhülfe des Weinbaues müssen Hand in Hand gehen; denn jene ist durch diese bedingt, indem mit der Verwendung der auf den Rhönhöhen befindlichen Hutflächen zum Holzanbaue nur insoweit vorgeschritten werden soll, als der hierdurch entstehende Ausfall an Futterkräutern von den ergiebiger gestalteten Wiesenweiden gedeckt zu werden vermag.

Diese allmählige Ueberführung der Hutländereien zu ertragsreichen Waldbeständen beschränkt übrigens auf viele Jahre hinaus nicht einmal die Futterärnte, weil erfahrungsgemäß auf kleinen Räumlichkeiten zwischen dem herangewachsenen Holze, unter dessen Schutz ein weit reichlicherer und nahrhafterer Graswuchs erzeugt wird, als auf den großen Freilagen, so daß die Flächenbeschränkung der sogenannten Mähfelder durch die einzubringenden Holzgruppen und die mittels dieser erhöhte Produktion auf dem hierfür vorerst noch reservirt bleibenden Areale nahezu ausgeglichen werden dürfte.

Selbst die Viehhut, wenn deren plötzliche Abstellung auf Hindernisse stoßen sollte, wird durch diese Holzanlage nicht ausgeschlossen, weil durch eine einfache Versicherung dieser, der Viehfraß sich unschädlich machen läßt.

Einem Ueberfluß an Holz, welcher den Referenten von der Rhön beängstigt, wird einestheils durch Rodung der den Feldfluren zunächst der Ortschaften sich anschließenden Waldungen

entgegenzutreten beabsichtigt, anderntheils werden sich mit der Erschließung des Rhöngebirgs durch einen Schienenweg die Kanäle zum gewinnbringenden Absatz der Holzprodukte leicht finden.

Was die angeblich bedeutende Rente aus der Futtererzeugung der Rhön betrifft, so sind wir aus verläßigen Behelfen unterrichtet, daß dieses Einkommen von einer sehr beträchtlichen Fläche nicht mehr als 9 kr. per Tagwerk beträgt, und wo auf besseren Lagen von übrigens ganz unbedeutender Ausdehnung eine Intrade von 2 fl. bis 2 fl. 30 kr. jetzt noch bezogen wird, diese früher drei und vier Mal so hoch stand, fortschreitend aber immer tiefer herabging und nothwendig endlich allenthalben bis auf jenes Minimum sich stellen wird, da die kahlen Flächen der erforderlichen bodenbefeuchtenden Einwirkung entbehren, und ihre dermalen noch einigermaßen ertragsfähige Bodenschichte einer progressiv zunehmenden Absorbirung an nahrhaften Bestandtheilen unterworfen bleibt.

Wer an der Richtigkeit dieser Schilderung zu zweifeln, dagegen der Auffassung des Berichterstatters aus der Rhön beizupflichten geneigt seyn sollte, der beschaue sich den elenden Viehstand dortiger Gegend und stelle sich hienach die Frage, ob es um die landwirthschaftlichen Zustände derselben so befriedigend stehe, daß sie keiner Aufbesserung bedürfen, — ob, so lange die gegenwärtige Futtererzeugung, sowie die Weide andauern wird, ein kräftiger Viehschlag ermöglicht sey und wie bei einer hieraus folgenden so kärglichen Bedüngung und Bebauung der Felder neben den nachtheiligen Witterungseinflüssen je ein größerer Wohlstand für die Bewohner der Rhön in Aussicht genommen werden könne.

Wir hegen die Ueberzeugung, daß trotz des übel angebrachten Eifers, womit man die Begriffe des Landmannes zu verwirren und gegen die Vorkehrungen zur Anbahnung dessen erhöhter Wohlfahrt einzunehmen sucht, dennoch die bessere Einsicht, wenn auch langsam, durchdringen und die Nachkommen mit dankerfülltem Herzen auch die gegenwärtigen Bestrebungen der Staatsregierung zurückblicken werden.

Deutscher Bund.

Preußen. In Glogau ereignete sich am 7. Juli ein Vorfall, welcher in der „Schlesischen Ztg." in folgender Weise erzählt wird: „Ein Müller aus der Polkwitzer Gegend war zum Begräbniß seines Vaters hierhergekommen und fuhr kurz vor 7 Uhr mit zwei Kindern ziemlich rasch zum preußischen Thor hinaus. Die Thorwache rief ihm zu, langsam zu fahren. Da er aber den Zuruf unbeachtet ließ, so erinnerte ihn ein des Weges daher kommender Offizier der hiesigen Garnison an seine Pflicht der Wache gegenüber. Diese Erinnerung beantwortete der Müller mit bittern verletzenden Worten. In dem nämlichen Augenblick mußte er indessen seinen Wagen anhalten, weil andere Fuhrwerke über die äußere Brücke kamen. Der Ruck, welchen die plötzlich angehaltenen Pferde dem Wagen mittheilten, war Ursache, daß eins von den beiden Kindern des Müllers das Gleichgewicht verlor und vom Wagen stürzte. Der Offizier, von Mitleid getrieben, springt mit andern Personen hinzu, um das Kind unter dem Wagen hervorzuziehen. Nachdem dies geschehen, macht er den unvorsichtigen Vater wiederholt aufmerksam, daß gerade sein schnelles Fahren Ursache an dem Unfall sey, der dem Kinde das Leben hätte kosten können. Der Müller, über diese Zurechtweisung aufgebracht, stößt beleidigende Worte gegen den Offizier aus, packt ihn an der Brust und drängt ihn vom Wagen zurück. Der thätlich beleidigte Offizier zieht den Degen und versetzt seinem Angreifer mehrere scharfe Hiebe über den Kopf. Blutend wird dieser in die nahe Thorwache und von da zu seinen hiesigen Verwandten gebracht und ärztlicher Behandlung übergeben. Der Offizier aber begab sich in die Stadt zurück, um seinen Vorgesetzten die That, zu welcher ihn die Umstände gezwungen, zu melden."

Sachsen. Leipzig, 10. Juli. Es ist nun außer Zweifel, daß Leipzig in der Kürze noch einen fünften Bahnhof auf der Ostseite der Stadt erhalten wird, indem endlich die Berlin-Anhaltische Eisenbahngesellschaft die Konzession zum Bau der Bahn von Dessau über Bitterfeld nach Leipzig behufs einer direkten Linie von Leipzig nach Berlin erhalten hat. (Schwäb. M.)

§ **Oesterreich.** Wien, 12. Juli. (Privat-Korresp.) Herr v. Lesseps, welcher vorgestern nach Konstantinopel abgereist ist, um den zur Durchstechung des Isthmus v. Suez erforderlichen großherrlichen Ferman zu erlangen, wird als Zeichen der Allerhöchsten Anerkennung seiner diese wichtige Angelegenheit fördernden Verwendung den Orden der eisernen Krone erhalten. — Die Kreditanstalt beginnt bereits mit Erfolg der Nationalbank Konkurrenz zu machen, und wird die fortdauernde Verminderung des Betrages der von der Nationalbank eskomptirten Effekten hauptsächlich und wohl mit Recht dem Umstande zugeschrieben, daß die Kreditanstalt das Wechselgeschäft am hiesigen Platze immer mehr an sich zieht. Im Monate April betrug der Betrag der von der Nationalbank eskomptirten Effekten noch die erhebliche Summe von 64 Millionen, im Monate Mai verminderte sich derselbe auf 61 Millionen und im Monat Juni auf 58 Millionen. Von den Aktionären der Bank wird diese Thatsache mit keinen günstigen Augen angesehen, sie fürchten nämlich, daß auch die Dividenden sich mit dem für den Eskompt bestimmten Betrage verringern werden, eine Besorgniß, die nicht ungerechtfertiget erscheint, da bekanntlich das Eskomptegeschäft eine Hauptrubrik in den Einnahmen der Bank bildet.

Wien, 10. Juli. Auf Anordnung Sr. Maj. des Kaisers wurden unter die Grundbesitzer jener Kreise Böhmens, deren Aecker im Mai und Juni vom Hagel gelitten, 15,000 fl. C.-M. vertheilt. (K. Z.)

Mit dem gestrigen Frühzuge der Nordbahn sind zwölf kostbare Pferde des Fürsten Esterhazy in Begleitung von zehn Personen nach Moskau abgegangen, um bei den Festzügen zur Kaiserkrönung daselbst von den österreichischen Kavalieren benutzt zu werden. Noch immer werden für den Fürsten Bestellungen bei den hiesigen Gewerbsleuten auf verschiedene nach Moskau bestimmte Gegenstände gemacht. (K. Z.)

Belgien.

Als Nachtrag zu unsern neulichen Bericht über die Thätigkeit der von der Regierung niedergesetzten Kommission, welche den Einfluß der chemischen Fabriken auf den Pflanzenwuchs ihrer Umgebung untersuchte, theilen wir die wesentlichsten Vorschläge mit, welche sie empfiehlt, um etwaige schädliche Einflüsse zu verhüten. Diese sind im Wesentlichsten folgende: Oefen mit Steinplatten sollen ganz verboten werden; an den bestehenden Oefen mit Rosten sollen die Roste bei 1 Meter Breite höchstens 1,50 Meter lang seyn. Die Fabrikanten sollen ihren Betrieb so einrichten, daß die aus den Fabrikräumen ausströmenden Gase höchstens 8 pCt. Sauerstoff enthalten, und daß die salpetrigen Dämpfe, welche diese Gase enthalten, durch konzentrirte Schwefelsäure absorbirt werden. Oefen zur Erzeugung schefelsaurer Soda, in welchen die Säure-Dämpfe sich mit den Heerd-Produkten vermischen, sind nicht zu dulden. Die Oefen müssen mit Thüren versehen seyn, welche die Luft nur so lange eindringen lassen, als die Arbeit es nothwendig erheischt. Die Verdichtungs-Geräthe müssen so eingerichtet seyn, daß sie die Säure-Dämpfe (vapeurs acides) zurückhalten und ohne Hülfe des Arbeiters ihre Funktion verrichten, und sie sind fortwährend und regelmäßig mit einer hinreichenden Quantität Wasser zu speisen; zu diesem Zwecke sollen sie mit einem von der Regierung genehmigten hydraulischen Zähler versehen seyn, dessen Schlüssel den Accisebeamten anzuvertrauen wäre, damit diese stets die Kontrole darüber führen könnten. Es soll nicht mehr gestattet seyn, die Verdichtungs-Apparate mit den großen Schornsteinen in Verbindung zu setzen. Die Aufhäufung der Soda-Abfälle in großen Haufen soll verboten seyn; diese Abfälle sollen vielmehr in einer dünnen Schicht auf dem Boden ausgebreitet oder in kleinen, nicht über einen Kubikmeter starken Portionen aufgehäufelt werden, bis sie vollständig zersetzt sind, worauf sie in größere Haufen zusammen gethan werden können. Endlich wird eine beständige wachsame Kontrolirung aller chemischen Fabriken empfohlen, bei welcher namentlich auf die Quantität und den Grad der für jeden Ofen im Laufe von 24 Stunden angesammelten Hydrochlorsäur (acide hydrochlorique) geachtet werden soll.

Großbritannien.

Der Rebell Guma im Tunesischen ist wieder mit 300 Berittenen in der Nähe von Gabes erschienen.

Italien.

In Turin lebt ein General, Namens Solaroli, welcher kürzlich vor der Justizkommission des geheimen Rathes in London einen großen Prozeß gewonnen hat. Dieser General war ursprünglich Nadelheld, vulgo Schneidergeselle aus Novara, welcher, durch allerlei Lebensschicksale und Wanderlust herumgetrieben, zuletzt nach Ostindien und in den Militärdienst der ostindischen Kompagnie kam. Aus dieser trat er in den Dienst einer indischen Fürstin, welche ihn ausgezeichneten Verdienste halber — einige sagen, wegen Lebensrettung — mit der Hand ihrer Tochter und mit großen Glücksgütern belohnte. Der General lebt schon seit einer Reihe von Jahren mit seiner braunen Gattin in Turin. Im Jahre 1836 starb nun die Mutter dieser Dame, eine Fürstin von Sirdhana, und Erbe blieb ihr

einziger Sohn, Dyce Sombre, welcher im Jahre 1851 nun ebenfalls mit Tod abging. Das Vermögen wurde von der ostindischen Kompagnie beansprucht; Solaroli machte im Namen seiner Frau, der Schwester Dyce Sombre's, seine Rechte nicht minder geltend, und in der letzten Woche wurde ihm durch den oben erwähnten Gerichtshof sein Erbe in letzter Instanz zu Recht zugesprochen, und die ostindische Kompagnie mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Dem ohnehin schon sehr reichen General fällt durch diesen Richterspruch ein Vermögen von weitern 25 bis 30 Mill. Franken zu. Die Unkosten des Prozesses waren nach guter englischer Sitte bereits auf 900,000 Franken angelaufen. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 4. Juli. Der vormalige Platzkommandant von Kinburn, General Kochanowitsch, ist zur Reserve-Kavallerie versetzt worden. (Wegen der schnellen Uebergabe von Kirnburn wurde er vor ein Kriegsgericht gestellt. Westmächtliche Offiziere erklärten später, ein längerer Widerstand sey unmöglich gewesen. Eine weitere Strafe scheint über ihn nicht verhängt worden zu seyn.)

* Eine Eisenbahn soll gebaut werden von Libau (an der Ostsee) nach Georgenburg am Niemen. Wann die Arbeiten beginnen, ist noch nicht bestimmt.

Die Pforte soll, so heißt es, eine feierliche Protestation gegen die Demolirung der Festungen Ismail und Reni erhoben haben. Das in Brüssel erscheinde, in russischem Interesse geschriebene Blatt „Le Nord" sucht zu beweisen, daß dazu kein Grund gegeben sey, und zwar stellt es folgende Sätze auf: „Als Rußland in die Regulirung der Gränzen zwischen Bessarabien und der Moldau willigte, in deren Folge das Gebiet, auf dem jene Festungen liegen, an die Moldau zurückfällt, habe es keineswegs die Verpflichtung übernommen, dieselben armirt der Türkei zu überliefern. So lange die Gränz-Regulirungsarbeiten noch nicht zu Ende sind, und die Gebietsabtretung noch nicht vollzogen ist, habe Rußland absolute Freiheit, in dem ganzen Umfange dieses Gebietes, das noch sein ist, zu thun, was ihm gefällt. (Jetzt weiß man doch auch, warum Rußland die Arbeiten dieser Kommission auf jede Art zu verlängern und zu verzögern trachtet!) Eine Festung sey ein mit großen Unkosten, in Voraussicht gewisser Eventualitäten errichtetes Vertheidigungsmittel, das der Macht, die es errichtet hat, ist und bleibt; indem man es einem benachbarten Staate überließe, beraubte man sich nicht bloß einer ein beträchtliches Kapital repräsentirenden Besitzung, sondern es würde sich schließlich herausstellen, daß man ein Kapital verausgabt hätte, um einem eventuellen Feinde Kriegsmittel gegen sich selber in die Hand zu geben." Schließlich versichert der „Nord" übrigens, daß die russische Regierung den Behörden in Bessarabien Weisung ertheilt habe, von den dem Staate gehörigen Gütern und Gebäuden auf dem abzutretenden Gebiete nichts zu entfremden. Zugleich erklärt der Petersburger Korrespondent des „Nord", es sey nicht wahr, daß wegen des Vertrages vom 15. April eine fühlbare Kälte zwischen Frankreich und Rußland eingetreten sey. „Welche Veranlassung zur Kälte, fragt er, könnte zwischen zwei Ländern eintreten, die durch Geschmack, Tendenzen, Sitten, Geist und Interessen einander so nahe stehen, und welche selbst der Krieg einander nicht verfeinden konnte?"

Amerika.

Honduras hat sich geweigert, dem unter Befehl Carrera's stehenden, von 3000 Mann durch Desertion und Krankheiten auf 500 Mann zusammengeschmolzenen Heer Guatemala's, das den Costaricanern zu Hülfe kommen will, den Durchmarsch durch sein Gebiet zu gestatten. San Salvador ist der Regierung Walker's freundlich gesinnt.

Asien.

Rußland erreicht in diesem Augenblicke, wonach es durch Jahrhunderte vergeblich getrachtet, einen Besitz in der Mandschurei. Bis auf die neueste Zeit hatte die chinesische Regierung alle Aggression glücklich abzuwehren gewußt. Im Felde konnte sie die Ueberlegenheit der russischen Kriegskunst durch die Ueberzahl ausgleichen. Mit den zahllosen Schwärmen von Reitern des „Graslandes" konnte sie jede russische Kolonne oder Besatzung aushungern. In der Diplomatie ist sie den Russen gewachsen. Erst während des Bürgerkrieges in China hat Rußland sich an der Mündung des Amur festgesetzt, und die Basis der künftigen Operationen ist das Meer. Es war ein großes Glück für Rußland, daß der englische Admiral im stillen Meere die russische Flottille durchaus nicht finden konnte. So schreibt ein Londoner Berichterstatter der „Nat.-Ztg." und fügt bei: „Der nächste Schritt ist jetzt, die Chinesen zum Kriege zu zwingen, um ihnen durch den Friedensschluß die Mandschurei in aller Form Rechtens abzunehmen. Rußland ist daher im Begriffe, Konsuln für alle chinesischen Häfen zu ernennen, in der Erwartung, daß die Chinesen deren Zulassung verweigern und dadurch einen Vorwand zum Bruche geben werden. Für alles das hat Lord Palmerston durch seinen Opiumkrieg bewunderungswürdig vorgearbeitet."

Die chinesische Regierung ist aber nicht bloß durch den Bürgerkrieg beschäftigt, sondern auch durch den Einfall von Jung Bahadur, Fürsten von Nepaul, in Thibet. Vor einigen Jahren war Jung Bahadur mit seinen Diamanten und Pfauenfedern ein Löwe der Londoner Salons; jetzt erhalten wir ausführlichere Berichte von der mörderischen Schlacht, die er an dem Alpensee Paltie in Thibet geschlagen hat. Ueber die Veranlassung zu dem Kriege ist wenig bekannt; aber das ist vollkommen klar, weßhalb die chinesische Regierung den Thibetanern zu Hülfe kommen mußte. Thibet ist bekanntlich eine Art von Kirchenstaat; Lassa, die Hauptstadt, der Sitz des Dalai Lama, der eine Puppe seyn mag in der Hand des Priesterkollegium, das ihn umgibt, in dessen Namen aber ein gewaltiger Einfluß über die tartarischen Stämme ausgeübt wird. Die chinesische Regierung pflegt ihre tüchtigsten Diplomaten als Gesandte nach Lassa zu schicken und die Politik des Priesterkollegium auf das sorgsamste zu überwachen, wie in dem überaus interessanten Reisewerke der französischen Missionäre Huc und Gabbet ausführlich zu lesen. Es läßt sich begreifen, daß sie den Einbruch eines indischen Fürsten nicht gleichgültig ansah und aus weiter Ferne Truppen zur Hülfe sandte; die Kavallerie vom Ortus muß mindestens sechs Monat auf dem Marsche gewesen seyn. Am 10. Februar v. J. stießen die Armeen aufeinander, östlich vom See Paltie, die Nepaulesen und Gurkhas unter Jung Bahadur, die Thibetaner und chinesischen Hülfstruppen unter dem Fürsten Chason. Obgleich die Nepaulesen unter die besten Truppen Indiens zählen und der europäischen Kriegskunst nicht fremd sind, gab die Schlacht, in der 23,000 Mann blieben, kein entscheidendes Resultat, und man zweifelt, daß es Jung Bahadur gelingen wird, Lassa zu nehmen, oder sich durch die Schneegebirge in sein Land zurückzuziehen. (A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 7. bis 12. Juli.)

Staatspapiere kommen nach und nach wieder in den Vordergrund und werden häufig zu Kapitalanlagen gekauft. So befestigen sich allmählich die Kurse der österreichischen Staats-Effekten, und wir halten dieselben einer progressiven Steigerung für fähig, da die jetzigen Kurse weder mit dem Friedenszustande noch mit dem Aufschwung der österr. Finanzen im Einklang stehen. Alle süddeutschen Effekten-Gattungen bleiben in der lebhaften Frage und sind in Posten gar nicht aufzutreiben, so daß wir Institute, welche früher nur diese zu Anlagen nahmen, jetzt österr. und belgische Fonds sich zuwenden sehen. — 5pCt. Hombro und 3pCt. Toskana erscheinen ebenfalls als eine billige Anlage. Kreditaktien, österr. und Meininger ziemlich fest, wenn auch zu etwas gewichenen Kursen. Span. Kreditaktien sind stark gefallen, theilweise sind die Stücke zu groß, theils verkaufen die span. Granden, um ihren Nutzen zu realisiren. Ein Gleiches sahen wir auch bei den Begründern der österr. Kreditaktien, bei denen freilich das weitere Steigen dadurch nicht verhindert wurde. Während so alle Kreditaktien im Laufe der Woche eine Rückgang erfuhren, haben sich Darmstädter fest und eher in steigender Gunst behauptet. Von Eisenbahnaktien waren Frankfurt-Hanauer plötzlich sehr gefragt. Nächste Veranlassung bot der Abschluß der schon früher erwähnten Unterhandlungen mit der bayerischen Regierung, welcher die früheren lästigen Bedingungen aufhebt und im Verein mit den durch die Verbindungsbahn eröffneten Aussichten das Unternehmen ohne Zweifel in günstigere Verhältnisse bringen wird. Rhein-Nahe Bahn hielt sich Anfangs der Woche Angesichts des fortdauernden Bombardements von Berlin her ganz gut, mußte aber zuletzt doch zum Rückgange blasen. Von den pfälzischen Bahnen können wir nur fortdauernde Stagnation melden; doch hat sich in den letzten Tagen für beide die Stimmung offenbar gebessert. Bayerische Ostbahn hatte sich wieder auf 106 gehoben, mußte aber, der allgemeinen Richtung folgend, auf 105¼ zurückweichen. Es ist für dies Unternehmen Günstiges im Werk, worauf wir mit Nächstem zurückkommen werden. In Wechseln ist es still. Die Geldzuflüsse aus Preußen haben aufgehört, da die preuß. Bank nur hier uncourantes Silber abgibt. Preußen hat voriges Jahr ein schlechte Aernte gehabt und Getraide (namentlich aus Oesterreich) eingeführt statt ausgeführt. Die Berliner Börse nimmt beständig Fonds auf und gibt nichts her. Eine Krisis kann dort nur durch ruhige Haltung der Börse und durch eine gute Haltung vermieden werden. Die Zirkulation der Frankfurter Banknoten dringt nur allmählig in den allgemeinen

Verkehr ein, und das Zurückströmen muß noch sehr abnehmen, ehe an die den Statuten voll entsprechende Vermehrung gedacht werden kann. Die Noten finden in den Ländern des 24fl.-Fußes willige Aufnahme beim Publikum.

Cours von Steinkohlen-Aktien.

Leipzig, 11. Juli. Mitgetheilt von Heinr. Küstner u. Co.

Aktien der Steinkohlenbau-Vereine:		Cours incl. Einzahl.		Einzahlung.
Zwickauer (Vereinsglück)		325	—	46
Erzgebirgischen	im Ausb.-Betrieb	270	—	100
Bürgergewerkschaft zu Zwickau. (Scheffelschein)		900	950	64
Nieder-Planitz und Vorder-Neudörfel. (Himmelsfürst)		148	—	30
Herrmannsgrube zu Reinsdorf (früher Gräfl. Solm'scher Schacht.)		65	—	60
Oberhohndorf-Forst		54	—	45
Oberhohndorf-Schader	im Bau	—	30	20
Zwickau-Lugau (Neue Fundgrube)		—	18	18
Lugau-Nieder-Würschnitzer		100	—	100
Nieder-Würschnitz-Kirchberger		—	27	30
Zwickau-Oberhohndorfer	im Bohrversuche	10	—	5
Wildenfels mit Härtensdorfer		—	8	7
Pölbitzer		—	12	12
Weissenborner		—	2¾	3
Bockwaer		—	3½	1½
Zwickau-Schönauer		—	3½	1½
Zwickau-Vielauer		—	—	3
Zwickau-Reinsdorfer		—	5	3
Zwickau-Oberreinsdorf. I. Complex.		—	4½	4
do. do. II. Complex.		—	2½	2
Oberhohndorf-Vielauer		2¾	—	1
Zwickau-Brückenberger		—	7½	2
Planitzer		—	2	2
Zwickau-Leipzig		2¾	3¼	2
Ortmannsdorfer		—	2½	3
Steegenschacht bei Nieder-Würchnitz		—	4	4

Braunschweig, 5. Juli. Beim Schluß des hiesigen Wollmarktes stellt sich folgendes Resultat heraus: zum Verkauf waren 1000 Ztr. gebracht, und wurden abgegeben: 278 Ztr. feine Wolle 1 a 5 Thlr. theurer als voriges Jahr, 672 Ztr. Mittelwolle 1 a 4 Thlr. theurer, 36 Ztr. ord. Wolle 1 a 2 Thlr. billiger, 14 Ztr. Lamm-Wolle, wofür der vorjährige Preis bewilligt wurde. Da der Hildesheimer Markt in den letzten Tagen des Juni gewesen war, so wirkte dieser Umstand etwas drückend auf das Geschäft.

Neueste Nachrichten.

** München, 13. Juli. (Privat-Korrespondenz.) Der k. Kämmerer, Staats- und Geheimerath rc. Friedrich Graf v. Luxburg, der sich vor mehreren Wochen von hier nach Reichenhall begab, ist dortselbst gestorben. Er war früher langjähriger Gesandter Bayerns in Paris, Berlin und Wien und hatte sich als solcher vielfache Verdienste erworben. Das Großkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone und vieler ausländischer Orden schmückte die Brust des Verstorbenen, der ein Alter von 72 Jahren erreichte. — Der Verwaltungsrath der bayer. Ostbahnen hat beschlossen, daß die Aktien-Interimsscheine der bayerischen Ostbahnen gegen Rückgabe der über die erste Einzahlung ausgestellten Quittungen vom 1 August an ausgegeben werden, und zwar bei der k. Bank in Nürnberg und deren Filialen, dann bei v Eichthal und v. Hirsch hier, Rothschild in Frankfurt und Bischofsheim in Antwerpen.

Wien, 11. Juli. Demnächst wird der Verkauf von zwei größern Staatsdomänen, welche der Nationalbank zur Deckung der Staatsschuld übergeben wurden, stattfinden. Die Staatsschuld dürfte dadurch um 6 bis 8 Millionen verringert werden. (Allg. Ztg.)

Wien, 13. Juli. Es ist eine umfangreiche Amnestie erlassen. Zahlreiche Begnadigungen wegen politischer Vergehen, ferner Rückersatz kriegsrechtlich konfiszirter ungarischer und siebenbürgischer Güter an viele Verurtheilte. Taufe heute 2 Uhr Nachmittags. (T.D.d.A.Z.)

London, 12. Juli. Wie der „Globe" meldet, hat Viscount Hardinge, der Generalissimus der britischen Armee seine Entlassung eingereicht, weil sein Gesundheitszustand ihm eine energische Erfüllung seiner Amtspflichten fast unmöglich macht. — Ueber die Meuterei der irischen Miliz von Nord-Tipperary ist jetzt eine strenge Untersuchung eingeleitet, die nach den Versicherungen der irischen Provinzblätter der Regierung eben nicht zur Ehre gereichen wird, insoferne dieselbe den Miliz-Soldaten durch groben Wortbruch genügenden Grund zu Beschwerden gegeben haben soll. (Fr. Pstz.)

Paris, 12. Juli. Die „Debats" erklären, daß die Verspätung der Absendung eines russischen Gesandten nach Paris einfach darin begründet sey, daß der Czar alle obersten Beamte und Würdeträger zu seiner Krönung in Moskau versammle, aber daß er vorher keine fortsenden wolle, und weil aus jenen jedenfalls der Gesandte gewählt würde, so sey ein Hinausschieben der Ernennung natürlich. Die Reise des Grafen Morny zeige übrigens klärlich, daß eine Spannung zwischen dem französischen und russischen Hofe nicht bestehe.

Paris, 12. Juli. Das „Pays" bringt eine Berechnung über den Verlust der russischen Marine-Mannschaften während des letzten Krieges; es behauptet dieses Blatt, die russische Flotte habe von 38,400 Mann nicht weniger als 23,000 eingebüßt.

Eine aus New-Orleans kommende Verstärkung für Walker in Nicaragua mit sechs Geschützen und großen Vorräthen von Kriegsmunition fand keine Schwierigkeit sich ihm anzuschließen. Der Kommandant der englischen Fregatte „Eurydice" ließ die Ausrüstung ungehindert in den Seehafen einlaufen, obgleich ihm erklärt war, dieselbe diene zur Verstärkung der Truppen Walkers. (Allg. Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 196. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 16. Juli 1856

Deutscher Bund.

Frankfurt, 12. Juli. In der Sitzung vom 10. Juli l. J. beschloß die Bundesversammlung Namens des deutschen Bundes der Erklärung beizutreten, welche von den in der Pariser Konferenz versammelten Bevollmächtigten über Auslegung und Anwendung des Seerechts in Kriegszeiten vereinbart worden ist, wie nicht minder sich dem in das 23. Protokoll der Pariser Konferenz vom 14. April niedergelegten Wunsche anzuschließen, daß Staaten, zwischen welchen ernstliche Mißhelligkeiten sich ergeben, ehe sie die Waffen entscheiden ließen, so viel die Umstände es zulassen sollten, die Vermittelung einer befreundeten Macht anzusprechen hätten. Von den Staaten des 8. Armeekorps wurde eine in Bezug auf das Kaliber der Schießgewehre abgeschlossene Uebereinkunft vorgelegt. (Fr. Pstz.)

Bayern. München, 13. Juli. Dem Vernehmen nach haben Se. Maj. der König Ludwig dem Verfasser der Geschichte des k. bayer. Cadettenkorps, auf welche Se. Maj. noch vor ihrem Erscheinen pränumerirt hatten, ein sehr ehrendes und das Verdienstliche der mühevollen Arbeit anerkennendes Schreiben zukommen lassen. (N. Nachr.)

München, 13. Juli. Die k. Akademie der Wissenschaften hat in ihren letzten Klassensitzungen die Wahlen neuer Mitglieder für erledigte Plätze vorgenommen. Das Resultat derselben in Verbindung mit den Einzelnheiten, die man sich darüber erzählt, gibt unter unsern Gelehrten, in deren Mitte sich bekanntlich die Parteien ziemlich schroff gegenüber stehen, zur lebhaften Unterhaltung Stoff. Die mathematisch-physikalische Klasse wählte die Professoren Jolly und Pettenkofer, die historisch-philologische Klasse den Professor Franz Löher (Verfasser der Geschichte der Deutschen in Amerika). In der letzteren Klasse war Bluntschli vorgeschlagen. Seine Wahl aber wurde mit einer ziemlichen Majorität verworfen. — Jolly's Wahl geschah einstimmig. Pettenkoffer hatte nur eine Stimme gegen sich. (A. Z.)

Aus der Pfalz, 14. Juli. Vor dem nächsten Schwurgericht der Pfalz wird abermals ein Ausländer wegen Preßvergehens abgeurtheilt werden, nämlich Joseph Bucher, der verantwortliche Redakteur des in Stuttgart erscheinenden Tagblattes „Deutsches Volksblatt" angeklagt, in der Nr. 73 vom 28. März d. Js. den k. Regierungspräsidenten der Pfalz bezüglich seiner Amtshandlungen mehrfach geschmäht und beleidigt zu haben. Gegen den Angeklagten, der auf den 29. August vorgeladen ist, wurde zugleich Verhaftsbefehl erlassen. (Pf. Z.)

Preußen. Aus Düsseldorf, 11. Juli schreibt man der Zeitung „Deutschland": Unser Gemeinderath hat sich entschlossen, wieder einmal Schritte zur Wiedererlangung der im Jahre 1806 nach München geschafften oder, wie es damals hieß, vor den andringenden Franzosen in Sicherheit gebrachten berühmten Gemäldesammlung zu thun, indem er vor der Hand sich um ein Rechtsgutachten über die Ansprüche der Stadt an diesen kostbaren Kunstschatz an den Professor Bauerband in Bonn gewendet hat.

Berlin, 13. Juli. Die „Sächsische konstitutionelle Zeitung" schreibt: „Zum Hinkeldey-Duell ist noch ein aufklärender Beitrag zu fügen, der darlegt, wie lange schon die Verfolgung des Polizeipräsidenten andauerte, ehe das unglückliche Duell stattfand. Wohl im Sommer 1854 mochte es seyn, als ein Herr in der prachtvollen Uniform eines Regierungs-Rathes, aber im aufgeregtesten Zustande, vor der Hauptwache am Zeughause in Berlin erschien und unter gräßlichen Verfluchungen verlangte, der Polizeipräsident solle verhaftet werden. Der Mann war wahnsinnig geworden, gehörte aber zu den Hauptspitzen der Partei, welche dem Hrn. v. Hinkeldey Feindschaft geschworen hatte."

Kurhessen. Unsere Regierung hat bekanntlich auf das letzte Ersuchen der 1. Kammer, „den Bestimmungen der §§. 14 und 118 der Verfassung (über zeitige Vorlage des Budget) nachkommen zu wollen", mit der Vertagung der Ständeversammlung geantwortet. Nach einem der „Allg. Z." zugegangenen Bericht erhält jener einstimmig gefaßte Beschluß der 1. Kammer noch eine höhere — wenn auch nicht gerade erfreuliche — Bedeutung durch das, was ihm zum eigentlichen Anlaß diente, nämlich die von der Regierung geforderte Aufnahme eines Anlehens von 200,000 Rthlr. zur nachträglichen Deckung der Kosten der Kriegsbereitschaft, welche unter andern damit motivirt ward, daß das Budget von 1852 bis 1854 mit einem Defizit von 298,103 Rthl. geschlossen, und daß daher durchaus keine

---

Die Durchstechung des Isthmus von Suez.

Die größte Unternehmung unserer Zeit, selbst nach den Eisenbahnen, Dampfschiffen und Telegraphen, würde gewiß die Durchstechung der Landenge von Suez werden, welche bisher nur als ein pium desiderium poetischer Einbildungskraft erschienen war. Dank den Bemühungen Ferdinand v. Lesseps, dem hellen Geiste und dem aufrichtigen Wollen des Vizekönigs von Aegypten, ist das Unternehmen aus den Nebeln einer märchenhaften Welt herausgetreten.

Die wissenschaftliche Kommission, welche vor einigen Wochen in Paris versammelt war, beschäftigt sich nur mehr mit dem Wie der Ausführung; über die Ausführbarkeit selbst hat sie an Ort und Stelle längst alle Zweifel abgethan. Die Mitglieder dieser Kommission sind aber keine Träumer, sondern Männer des positiven Wissens und der praktischen Erfahrung. Wir lassen diese Namen hier folgen: Mac Clean, der englische Hauptingenieur; Kapitän Harris, von der ostindischen Marine; Karl Mauby, Sekretär der Anstalt für Zivil-Ingenieure in London; G. Conrad, Haupt-Ingenieur des holländischen Water-Staat; Baurath v. Negrelli, General-Inspektor aller österreichischen Eisenbahnen; Baurath Lentze, Haupt-Ingenieur der Weichselarbeiten in Preußen; Paleocapa, Ingenieur und Minister der öffentlichen Arbeiten in Sardinien; Don Cipriano Segundo Mentesino, General-Direktor der öffentlichen Arbeiten in Madrid; Renaud, General-Inspektor und Mitglied des Generalrathes des Brücken- und Straßenbaues in Frankreich; Gegen-Admiral Rigault de Genouilly und Lieusson, hydrographischer Ingenieur der Marine; Jaurès, Schiffskapitän.

Außer diesen Mitgliedern wohnten den sechs Sitzungen der Kommission noch bei: Ferdinand v. Lesseps, ehemaliger Gesandter und Konsul, ein Mann, der die Suez-Frage und Aegypten seit lange gründlich studirt hat, und die berühmten Akademiker Jomard und Barthélemy St. Hilaire. Ersterer ist eines der wenigen noch lebenden Mitglieder, welche der ersten ägyptischen Expedition vom Jahre 1798 beiwohnten, und Letzterer betheiligte sich an allen Studien der Kommission bei Gelegenheit ihrer jüngsten Reise nach Aegypten, und hat seither sein tiefes Wissen und seine unermüdliche Thätigkeit dieser großen Angelegenheit gewidmet.

Diese Männer tagten nun in Paris, um auf Grundlage der einstimmig angenommenen Vorarbeiten der Ingenieure des Vizekönigs Linant Bey und Mougel Bey (noch gegenwärtig) die direkte Verbindung zwischen dem rothen und dem Mittelmeere neuerdings zum Gegenstande einer reifen Prüfung zu machen.

Es ist Aufgabe der europäischen Presse, die Hindernisse, welche der Ausführung entgegen gesetzt werden, nach Kräften zu beseitigen. Der Zeitpunkt der aufgeklärten und parteilosen Diskussion ist bereits gekommen, da in ganz Europa nur England sich der Durchstechung der Landenge von Suez widersetzt.

Aussicht vorhanden, jene Kosten aus den Einnahmen der Finanzperiode 1855 bis 1857 decken zu können.

Oesterreich. Wien, 12. Juli. Aus Anlaß der Tauffeierlichkeit wurde der große Saal im k. k. Schlosse zu Laxenburg in eine Kapelle umgestaltet und glänzend ausgeschmückt. Die Wände sind mit kostbaren Teppichen, der Altar mit blühenden Blumen schönster Gattung geziert. Ein Thronhimmel mit der Reichskrone geschmückt wurde für Se. Maj. den Kaiser aufgestellt. Vor dem Altare sind unter einem Baldachin die Plätze für Taufpathin und ihre Begleitung. Viele Hunderte von Kerzen beleuchten den Saal. (Ostd. Post.)

Auf die Anfrage eines Schiffmeisters aus Bayern, ob die Donau mit Dampfschiffen thalabwärts befahren werden könne, wurde erwidert, daß dies erst nach Auflösung des Privilegium der Donaudampfschifffahrtsgesellschaft, worüber Verhandlungen schwebend seyen, werde stattfinden können. Der bayerische Schiffmeister beabsichtigt, in Semlin eine bayerische Dampfschiffstation zu errichten.

Aus Wien, 9. Juli, wird der „N. Pr. Z." geschrieben: „Die Errichtung einer aus österreichischen Mitteln zu dotirenden wallachischen Bank scheint vertagt. Der durch die Ernennung von Kaimakams in den Fürstenthümern bevorstehende Regierungswechsel scheint nicht der geeignete Zeitpunkt zu seyn für den Abschluß derartiger finanzieller Geschäfte."

Wien, 12. Juli. Zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin findet ein lebhafter, die dänische Angelegenheit betreffender Depeschenwechsel statt. Dem Vernehmen nach hofft man, daß die gegenwärtigen Unterhandlungen zu einem gemeinsamen Vorgange beider Kabinette führen werden. (Fr.Pstz.)

Schweiz.

Die „Eidg. Ztg." läßt sich schreiben, es sey ein Irrthum, daß General Ochsenbein mit einer Aversal-Summe von 50,000 Fr. abgefunden worden sey. Er sey bloß in Disponibilität versetzt, wie noch viele Hunderte von Offizieren; ob ihm gestattet werde, seine Disponibilitätszeit in der Schweiz zuzubringen, oder ob er sich in Frankreich vollständig ansiedeln müsse, sey noch unbestimmt.

Großbritannien.

London, 13. Juli. Nach dem „Observer" würden die Minister nicht im Stande seyn, befriedigende Erklärungen über einen günstigen Erfolg ihrer Vorstellungen bei dem König von Neapel abzugeben. (Fr. J.)

Frankreich.

Paris, 13. Juli. Die Sitzung des Senats wurde gestern geschlossen. (Fr. Pstz.)

Paris, 13. Juli. Nach dem „Journal des Chemins de fer" wird Baron James Rothschild, der vor einigen Tagen eine Reise nach Gastein angetreten hat, sich von da zunächst nach Rußland begeben.

Spanien.

† Der „Association" wird aus Palenzia vom 4. Juli geschrieben: „Heute hatten wir abermals das traurige Schauspiel einer Hinrichtung. Diesen Morgen um 7 Uhr wurden 5 Aufrührer, welche am 23. v. Mts. gefangen worden sind, erschossen. Ungeachtet der Schwere ihrer Verbrechen wünscht die Bevölkerung dennoch die Einstellung der fürchterlichen Strafe. Man unterzeichnet eine Adresse an die Königin, um für die Uebrigen, welche der Kriegsrath zum Tode verurtheilen könnte, um Gnade zu bitten. Nichtsdestoweniger wird morgen in der Vorstadt del Puebla eine Person hingerichtet werden, welche der Kriegsrath zur Erdrosselung verurtheilt hat. Man sagt, die Unglückliche hinterlasse 7 Kinder und einen fast tollen Mann. Acht, wegen Angriffs auf das Eigenthum Verhafteter wurden von Ampudia hiehergebracht. Das Gefängniß ist so überfüllt, daß man die neuen Ankömmlinge nicht unterzubringen weiß.

Italien.

Man schreibt aus Rom: „Bei der Zusammenkunft des Papstes mit dem König von Neapel in Porto d'Anzio war ernsthaft von dem Austausch oder dem Verkauf von Benevent und Pontecorvo, welche Besitzungen des Kirchenstaats im neapolitanischen Gebiet liegen, die Rede."

Der König von Sardinien hat, wie aus Turin berichtet wird, eine Million als vorläufigen Kredit für die Befestigungsarbeiten in der Nähe von Alessandria angewiesen.

In Toskana stand die letzte Woche ein Schuster vor dem obersten Gerichtshof, des Verbrechens bezichtigt, zur protestantischen Religion übergetreten zu seyn. Sein Vertheidiger aber sprach in so beredter Zunge zu den Richtern, daß eine Freisprechung erfolgte. — Mazzini hat wieder eine neue Proklamation vom Stapel gelassen, in welcher er die Italiener zum Aufstand auffordert. Die Aufforderung ist hauptsächlich an die Neapolitaner und Toskaner gerichtet, welche, von fremdem Militär am wenigsten beunruhigt, am leichtesten ihre Bande brechen könnten. So Bresche geschossen hätte sich der Aufstand über ganz Italien sofort zu verbreiten, wobei aber das Augenmerk hauptsächlich dahin gerichtet seyn müsse, daß die Revolution um keinen Preis in die Hände einer der italienischen Regierungen gespielt werde; denn dieses hieße sie der Diplomatie und dieses wieder sie ihrem Untergang entgegenführen. Das Mazzinische Machwerk findet in der gesammten piemontesischen Presse einstimmige Verachtung. (Schw. M.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Konstantinopel sind folgende Nachrichten vom 3. Juli in Marseille eingetroffen: „Die Türken haben 7000 französische Pferde gekauft. In der Krim sind 10,000 Franzosen zurückgeblieben, um bei der Uebergabe der festen Plätze gegenwärtig zu seyn. (Neulich hieß es, die Krim sey schon ganz geräumt.) — Das „Journal de Constantinople" vom 3. Juli enthält eine Proklamation, welche Sefer Pascha befiehlt, den Krieg gegen Rußland einzustellen, den er auf eigene Faust mit Hülfe tscherkessischer Stämme fortsetzte, und nach der Türkei zurückzukehren oder den otomanischen Dienst zu verlassen. — Der Pascha von Aleppo hat den Kadi von Marasch und 150 Einwohner dieser Stadt wegen der Ermordung des englischen Agenten verhaften lassen. Viele Einwohner sind geflohen, und man erwartet mit Ungeduld die Ankunft von Truppen, damit neue Aufstände verhindert werden. — Am 3. Juli schickten sich 25,000 Mann französischer Truppen an, Konstantinopel zu ver-

---

Wir sagten: England widersetzt sich; der Ausdruck ist ungenau. Hr. Barthélemy St. Hilaire bemerkt in seiner vortrefflichen historischen Notiz über die Landenge von Suez mit Recht, daß man vielmehr sagen müßte, es seyen bloß einige englische Staatsmänner, welche, veralteten Ueberlieferungen gehorchend, den Zug der modernen Völker nach den orientalischen Märkten zu ersticken suchen. In der That hat sich die englische Presse, mit Ausnahme der „Edinburgh Review" und des „Athenäum," günstig für das Unternehmen ausgesprochen. Die ostindische Kompagnie, die peninsularische und orientalische Gesellschaft, die Bank- und Handelshäuser, die Rheder von ganz England, sie alle haben den vortheilhaften Kundgebungen der Presse beigestimmt.

England, dessen Herrschaft in Ostindien sich täglich mehr ausbreitet, hat in Wirklichkeit weder die Konkurrenz Deutschlands (Oesterreich mit einbegriffen), noch jene Italiens, noch auch die von Frankreich zu befürchten. Sein einziger ernstlicher Nebenbuhler sind die Vereinigten Staaten, die schon jetzt den vierten Theil des Verkehrs auf den östlichen Gewässern haben, während England die Hälfte desselben sich aneignete. Nun ist es aber klar, daß die Durchstechung der Landenge von Suez England und nicht Amerika in größerem Maße zu Gute kommen wird. Man denke nur an den Besitz der Engländer von Gibraltar, den jonischen Inseln, Malta und Aden. Oder sollen wir noch erinnern, daß Liverpool und London der Levante näher sind als New-York?

Es ist also lediglich eine Frage engherziger Anschauung und kleinlichen Egoismus. Jene Staatsmänner wollen England nicht nur den Löwenantheil zueignen, der ihm nicht bestritten werden kann, sie wollen ein Monopol aufrecht erhalten, dem sich alle Nationen Europas widersetzen müssen. In dem Augenblicke, wo Europa Rußland bewiesen hat, daß es keine Alleinherrschaft zu Lande duldet, steht es England übel an, die Alleinherrschaft zur See für sich zu beanspruchen.

Die Leiter des Unternehmens beabsichtigen keine französische Entreprise; sie wollen ein universales Projekt ausführen, das aus dem Einverständnisse aller Nationen hervorgehen soll. Herr v. Lesseps und seine Kollegen haben es aus diesem Grunde unterlassen, sich hinter den Einfluß der französischen Regierung zu stecken.

Der Gedanke der Universalität hat die Leiter auch bei der Vertheilung des Gesellschaftskapitals nicht verlassen. Von den 200 Millionen Franken sind 50 Mill. der Türkei, 40 Millionen England, 40 Millionen Frankreich und 25 Millionen Oesterreich zugedacht. Der Rest wird unter Rußland, Deutschland, Holland, Italien, Spanien, Portugal, Vereinigte Staaten u. s. w. vertheilt werden. Diese Vertheilung kann allerdings bei der wirklichen Ausführung noch einige Aenderung erleiden, da schon jetzt die aus den verschiedenen Ländern eingelaufenen Zeichnungen 200 Millionen weit übersteigen. (Köln. Z.)

---

lassen. — In der Moldau ist eine Subskription zu Gunsten der Ueberschwemmten in Frankreich eröffnet worden." (Fr. Pstz.)

Konstantinopel, 4. Juli. Nach dem neuen Reorganisationsplan, welcher wahrscheinlich angenommen werden wird, soll die türkische Armee in Zukunft bestehen: aus 60,000 Mann Infanterie, 30,000 Mann Kavallerie, 30,000 Mann Genie- und Artillerietruppen, und 40,000 Mann Gendarmerie, im Ganzen 160,000 Mann. Bis die Gendarmerie organisirt seyn wird, sollen die Linientruppen zum Theil ihren Dienst übernehmen, und es werden dieselben allmählig nach allen 37 Provinzen des Reiches entsendet, um daselbst die öffentliche Sicherheit aufrecht zu halten. Heute gehen noch 1400 Mann nach Ismail ab, in welcher Stadt Osman Pascha (der Contreadmiral, welcher von den Russen in Sinope gefangen und nach Odessa gebracht worden war) zum Gouverneur ernannt worden ist. Auch der türkischen Marine stehen bedeutende Reformen hervor. (Fr. Pstz.)

Man schreibt dem „Journal des Debats" aus Konstantinopel vom 30. Juni: „Ein skandalöser Vorfall, der sich zu Harput in Kleinasien ereignete, beweist neuerdings, daß die Intolerantesten in der Türkei nicht die Türken sind. Das Kind einer seit einiger Zeit zum Protestantismus übergetretenen armenischen Familie starb und wurde auf dem armenischen Kirchhofe — dem einzigen christlichen des Orts — begraben. Von diesem Umstande in Kenntniß gesetzt, begab sich der armenische Bischof an der Spitze seiner Gemeinde auf den Friedhof, läßt die Leiche ausgraben und sie ohne Weiteres aus dem Kirchhofe auf das Feld werfen, um ein Fraß der Hunde und Thiere zu werden. Da der Gouverneur dies vernahm, beeilte er sich Wächter abzuschicken, um den Leichnam zu schützen, während er dem Bischof energische, jedoch fruchtlose Vorstellungen machte und sich endlich gezwungen sah, das Kind anderswo begraben zu lassen. Die Pforte hat über diesen Vorfall eine nachdrückliche Note an den armenischen Patriarchen erlassen, die Absetzung des Bischofs verlangt, und dem Gouverneur von Harput Befehl ertheilt, den Protestanten ein Terrain zu ihrem Kirchhof anzuweisen. — Vor einigen Tagen fand zu Konstantinopel abermals ein sehr wenig erbaulicher ähnlicher Vorfall statt. Ein österreichischer, vormals schismatischer, seit Kurzem aber zum Katholizismus übergetretener Kroate starb, und die durch die Familie herbeigerufenen katholischen Geistlichen schickten sich an, ihn zu beerdigen, als ein ziemlicher Haufe schismatischer Kroaten, österreichische Unterthanen, herbeikam, die katholischen Geistlichen verjagte und den Todten nach griechischem Ritus begraben wollte. Natürlich erfolgte nun Streit und Balgerei, die immer mehr überhand nahm. Die von den Verwandten angerufene Autorität der Internuntiatur wurde völlig mißachtet und die Sache drohte ernst zu werden, als Baron v. Prokesch die Rebellen schriftlich wissen ließ, daß bereits türkische Truppen bereitstehen, den Befehlen der Internuntiatur Nachdruck zu verleihen, daß er aber einen derartigen Skandal im fremden Lande vermeiden wolle und deßhalb die Aufrührer ruhig gewähren lassen werde. Nur werde man sofort zur Aufnahme der Namen aller Betheiligten schreiten, welche alle morgen die Türkei zu verlassen und nach Oesterreich zurückzukehren haben. Diese Drohung wirkte und die zahlreiche drohende Versammlung verschwand wie durch Zauber."

Amerika.

Englische Blätter schreiben: „Die seit lange projektirte Hondurasbahn, welche, von Puerto Caballas bis zur Fonseca-Bai fortgeführt, eine neue und nach dem Dafürhalten vieler Sachverständigen die zweckmäßigste Verbindung zwischen dem atlantischen und stillen Ocean herstellen soll, hat alle Aussicht bald ins Leben gerufen zu werden. In diesem Falle wird Honduras ohne Zweifel für den Weltverkehr und durch diesen für die Auswanderung aus der alten Welt einer der bedeutendsten Punkte der ganzen Erde werden. Die Republik Honduras hat jetzt eine Denkschrift an sämmtliche in London beglaubigte Gesandte gerichtet, in welcher sie die Vortheile der projektirten Bahn auseinandersetzt, und um diese sich und aller Welt zu sichern den Vorschlag macht, daß der Verkehr auf dieser Eisenbahn für Personen und Güter stets frei und offen seyn, und durch Zölle und andere dergleichen Abgaben nicht beschwert werden solle, wogegen dem Staat Honduras die volle Neutralität jener Bahnlinie und die Achtung seines Souveränetäts- und Eigenthumsrechts an derselben verbürgt werden soll.

° Mexico. Der Präsident hat dem spanischen Gesandten Alvarez eine Audienz zugesagt, so daß Hoffnung ist, der Zwist beider Staaten werde befriedigend beigelegt werden.

Nichtpolitische Zeitung.

Ueber einen Waggonbrand bei Bodenbach (zwischen Prag und Dresden) schreibt der Hofschauspieler Lucas in Wien an die Redaktion der „Theater-Zeitung" Folgendes: „Kurz vor Bodenbach gerieth mein Waggon in Brand. Es befand sich zum Glück Niemand in demselben, als ich und ein Herr aus der Suite des Fürsten Gortschakoff. Mir fiel schon seit einigen Minuten der starke Rauch auf, und dennoch rauchte weder ich, noch der Herr, der am andern Ende im Waggon saß, Tabak. Als mir der Rauch zu stark wurde, stand ich auf und blickte durch das Fenster, welches sich in der Thür befand. Ich bemerkte nur, wie ein Herr aus einem anderen Waggon mir immer zuwinkte und auf das Dach meines Waggon wies, bis es ihm gelang, die Thür seines Waggon zu öffnen. In diesem Augenblicke sah ich ebenfalls, wie das Vordach meines Waggon in hellen Flammen stand. Somit war mir der Ausweg zur einzigen Thür des Waggon versperrt. Jener Herr sprang herüber auf meinen Waggon und versuchte, mit seinem Hute die Flammen zu tödten, aber vergebens; der Hut fing ebenfalls Feuer. Mittlerweile war unser heftiges Rufen und Geschrei gehört worden. Der Zug hielt endlich an, und augenblicklich wurde das Feuer mit einigen Eimern Wasser gelöscht. Ich habe keinen Augenblick die Geistesgegenwart verloren und erst dann die Fenster geöffnet, als mir der Rauch unerträglich wurde; denn ich sah ein, daß, so wie ich das Fenster öffnete, die Flammen durch den Luftzug noch mehr Nahrung bekommen würden. Meine bewiesene Ruhe wurde allgemein bewundert. Interessant waren die leichenblassen Gesichter der Damen in den andern Waggons zu bemerken. Der Herr, dem ich nach glücklich überstandener Gefahr meinen Dank aussprach, gab sich mir als Graf Thun zu erkennen. Unser Zug hat sich verspätet, muß daher heute (am 1. Juli) in Bodenbach bleiben und konnte erst am andern Morgen um 9 Uhr von Bodenbach abgehen. Möchte die Direktion, durch diese und ähnliche Vorfälle aufmerksam gemacht, sich doch endlich veranlaßt finden, Nothsignale in jedem Waggon anzubringen!"

Handels- und Börsen-Berichte.

Prag, 5. Juli. Getraide. Bei einer Marktzufuhr von 5027 Metzen Getraide war der Absatz schleppend zu folgenden Notirungen: Waizen 13 fl. 55 kr. a 17 fl. 55 kr.; Korn 10 fl. 26 kr. a 12 fl. 48 kr.; Gerste 8 fl. 27 kr. a 9 fl. 15 kr.; Erbsen 9 fl. 42 kr. a 10 fl. 41 kr.; Hafer 5 fl. 21 a 37 kr.

Hopfen. Nach den jüngsten Nachrichten aus Saaz wird Stadtwaare mit 56 a 58 fl., Land-Saazer mit 45 a 48 fl. verkauft. Das Hopfengewächs in der Saazer Umgebung läßt nichts zu wünschen übrig. In Auschaerland dagegen hat durch die Kälte die Hopfenpflanze etwas gelitten. In Belgien ist sicheren Nachrichten zufolge nur eine geringe Hopfenärnte zu gewärtigen.

Spiritus behauptet sich bei schwachem Umsatze und trotz den besten Aussichten auf eine gesegnete Kartoffelärnte auf 33½ kr. pr. Grad, indem die Erzeugung gegenwärtig schwach und Vorräthe in den Händen der Spekulanten sind. Schlüsse auf spätere Monate würden mehr Geber als Nehmer finden.

Pesth, 5. Juli. Im Getraide-Geschäft war die ganze Woche hindurch eine seit langer Zeit nicht bemerkte Stille. In Folge der überall her einlaufenden befriedigenden Aerntenachrichten, belangreicher Zufuhren, der Abwesenheit von Käufern des In- und Auslandes, und gänzlicher Theilnahmslosigkeit der Spekulation, erlitten sämmtliche Fruchtgattungen einen wesentlichen Preisrückgang; bloß Waizen schwerster Qualität behauptete sich, weil wenig vorhanden, verhältnißmäßig ziemlich fest. Die übrigen Waizensorten, und alle anderen Getraidegattungen haben sich durchschnittlich um 10 a 18 kr. pr. Metze billiger gestellt, und ist in derselben auch unter Notiz anzukommen. Von Rüböl wurden im Laufe der Woche ca. 7000 Ztr. auf Herbstlieferung, zu allmählig steigenden Preisen zu 28¼ a 31 fl. pr. Ztr. begeben. Heute fordert man 31½ a 32 fl. und es sind zu diesen Preisen auch bereits ca. 1000 Ztr. angeschlossen worden. In Repps sind, außer den angezeigten 10.000 M. ab Szegedin keine weiteren Abschlüsse bekannt geworden. Wir notiren: Banat. Waizen 80—83pfd. 5 fl. 12 kr. a 6 fl. 12 kr., Theiß do. 80—83pfd. 4 fl. 48 kr. a 5 fl. 48 kr., Bacsker 78—81pfd. 5 fl. a 5 fl. 24 kr., Weißenburger 80—82pfd. 5 fl. 30 kr. a 6 fl. 16 kr. Roggen 74—78pfd. 3 fl. 12 kr. a 3 fl. 44 kr. Gerste 63—68pfd. 1 fl. 52 kr. a 2 fl. 20 kr. Mais, neuer 79—84pfd. 2 fl. 8 kr. a 2 fl. 24 kr. Rübsamen 7 fl. a 7 fl. 15 kr. Alles pr. N.-Oesterr. Metzen und pr. Kassa.

Frankfurt, 15. Juli. Ohne große Veränderung der Kurse waren beinahe sämmtliche Effekten mehr angeboten, insbesondere wurden Spanier beider Gattungen bedeutend niedriger abgegeben. Span. Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire konnten den hohen Standpunkt, den sie Anfangs einnahmen, nicht behaupten und wurden am Ende bedeutend billiger abgegeben.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien eröffneten zu 103¾ ⅞, hoben sich in Folge der heutigen günstigeren Frühnotiz von Berlin rasch auf 104 ⅛ ¼ und blieben zu letzterem Kurse gesucht.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1295 P. 1290 G. Neue Bankaktien 425 P. 420 G. Credit-Actien à 5pCt. 239½ P 237½ G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 84⅛ P. 83⅞ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90¼ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 82¼ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90¼ P. 89¾ G.; à 4½pCt. 72⅞ P. 72⅝ G.; à 4pCt. 65¼ P. 64¾ G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 117½ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103¼ P. 102¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 278 P. 276 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. 89 P. 88½ G.; 4pCt. 94¾ P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101⅛ P. 100⅝ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105 P. 101¾ G. 5pCt. 101¼ P. 100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 150 P. 149½ G. Neustadt-Weissenb. 113 P. 112½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119½ P. 119 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91 P. 90½ G.; 4½pCt. 102⅞ P. 102⅜ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. — G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100¼ P. 99¾ G.; 4½pC. 102¾ P. 102¼ G.; Loose à fl. 50 — P. 113½ G.; à fl. 25 34⅛ P. 33⅞ G.; Darmstädter Bankaktien alte 417 P. 415 G.; junge 363½ P. 361½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109½ P. 109 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90¼ P. 89¾ G.,. Loose à fl. 25 32 P. 31¾ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 93⅜ P. 92⅞ G.; Bankaktien 120½ P. 120 G.; Taunus-Aktien 325 P. 323 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 86 P. 85½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 561 P. 558 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38¾ P. 38½ G.; 1pCt. neue 24 3/16 P. 24 1/16 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅛ P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118¾ P. 118½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 101¼ P 101 G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Paris Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅞ P. 93⅝ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S 96⅜ P. 96⅛ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117⅛ P. 116⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88¾ G.	Wien 3 M. mit 4% 117 P. 116¾ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 14. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅛; 5pCt. Metall. 84⅛; 4½ pCt. 74; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 —; von 1854 106¼; Bankaktien 1110; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 386¼; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 603; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2867½. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅜. London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München, 13. Juli. (Privat-Korrespondenz.) Die einstmalige Gemahlin des Königs von Dänemark, Ihre Maj. die Königin Karoline, ist aus Seeland hier eingetroffen und wird sich nach achttägigem Verweilen nach Bad Gastein begeben. — Se. Maj. König Otto von Griechenland wird 6 bis 8 Wochen in Karlsbad verweilen und erst Anfangs September hierher kommen, um vor der Rückreise nach Athen mehrere Wochen hier zu verweilen. Se. Maj. wird hier die Gemahlin seines erlauchten Bruders, des Prinzen Adalbert, präsumtiven Thronfolgers von Griechenland, kennen lernen, da Se. k. Hoh. mit der hohen Neuvermählten bis Mitte September hier einzutreffen gedenkt.

Berlin. Eine in diesen Tagen vom „Staatsanzeiger" veröffentlichte Adelsverleihung hat eine gewisse politische Bedeutung. Der Beliehene ist nämlich ein Neufchateler Bürger, ein Herr du Bois-Bovet.

Von der Eider, 10. Juli. Als ein neuer Beleg der Dänisirungsbestrebungen im Herzogthum Schleswig mag dienen, daß der Minister für Schleswig durch den Baron v. Plessen (Bruder des Barons v. Scheel-Plessen) in der deutschen Stadt Eckernförde, königl. Kommissär über einen Theil der adeligen Güter in Angeln, den Gutsobrigkeiten in dänischer Sprache im vorigen Monat einen Erlaß hat zugehen lassen, worin ihnen empfohlen und zur weiteren Bekanntmachung an Unteroffiziellen insinuirt wird, sich bei offiziellen Ausfertigungen in dänischer Sprache (die jedoch hier nicht vorkommen, weil niemand dänisch versteht, viel weniger schreibt) der vom dänischen Generalstab für dessen militärische Karte von Schleswig adoptirten dänischen Version der bisherigen deutschen Ortsnamen ihres Distrikts zu bedienen. Das beigefügte Verzeichniß bringt solche Abweichungen von den deutschen Namen, welche die Ortschaften und Güter in allen offiziellen Urkunden, Steuerregistern, Matrikeln und Protokollen bisher geführt, daß selbige in der dänischen Version zum Theil nicht wieder zu erkennen sind. Man hat überdies in manchen Namen den Anfangs- oder Endsilben eine Bedeutung beigelegt, die sie nicht haben, weil die dänischen Militärs, welche sie gewählt, mit der angelsächsischen Sprache, aus der viele Namen stammen, nicht bekannt gewesen. Es verlautet, daß mehrere Gutsbesitzer dagegen protestiren wollen, da solche Veränderungen zu Verwechslungen führen, und sobald sie mit Zwang durchgeführt würden (was bisher zwar nicht verfügt ist, aber bald erfolgen dürfte), eine Verletzung der in der schleswigschen Verfassung gewährleisteten Rechte der deutschen Nationalität in sich schlössen. Jedenfalls berührt die Vorschrift auch die Interessen der als gemeinsame Korporation für Schleswig und Holstein anerkannten Ritterschaft. (A. Z.)

London, 15. Juli. In der gestrigen Unterhaussitzung brachte Lord J. Russell die von ihm angekündigte Motion in Betreff der italienischen Angelegenheiten vor. Er erbat sich Erklärungen über die Pläne der Regierung, fragte, ob diese Schritte gethan habe, um der Okkupation Italiens durch fremde Truppen ein Ende zu machen, und verlangte die Vorlegung der Korrespondenz in Betreff der italienischen Angelegenheiten. Lord Palmerston versicherte, daß England Italien nicht im Stiche lassen werde, die Diskretion verbiete ihm jedoch weitere Erklärungen. Disraeli hielt die Intervention Englands für unnütz. Lord J. Russell sagte, er sey durch die Erklärungen Lord Palmerston's befriedigt, und zog seine Motion zurück. — Im Oberhause stellte Lord Lyndhurst einen ähnlichen Antrag; Lord Clarendon gab dieselbe Antwort wie Lord Palmerston, und Lord Lyndhurst zog seinen Antrag darauf zurück. (T.D.d.Fr.Pstz.)

Aus Paris, 11. Juli wird den „H. N." geschrieben: Herr Morin, Kapitän bei einem Jägerregiment, hat vor wenigen Tagen seinen Abschied aus der französischen Armee genommen, um den Grafen von Paris auf einer Reise zu begleiten. Der junge Prinz will sich an mehreren Höfen vorstellen. Sein bisheriger Gouverneur, der Marschall Trezel, letzter Kriegsminister des Louis Philipp und Fusionist, hat aus Unwillen über das bekannte Schreiben seine Entlassung gegeben. Der General Drolenveaux ersetzt ihn. Die Echtheit des von den Blättern veröffentlichten Schreibens wird angefochten. Nur die Berufung auf das Testament des Herzogs von Orleans ist treu nach dem Original. Dieser Schritt des Prinzen und der Entwurf des Briefes wurden in einem Komite berathen, dem Thiers vorstand. Der angenommene Entwurf stammt aus der Feder des Marquis René de Bouillet, Enkels des aus der Geschichte des Fluchtversuches Ludwigs XVI. bekannten Generals. Nach der Verabredung sollte der Graf von Paris sein Schreiben an Herrn Thiers richten, der dadurch recht eigentlich als Parteiführer bezeichnet worden wäre. Mittlerweile fand dieser jedoch diese Auszeichnung für zu gefährlich und beeilte sich sie einem Andern zu überlassen. Der Prinz adressirte dann seinen Brief an Roger du Nord. Der Prinz Joinville hat ebenfalls eine Art von Umlaufschreiben nach Brüssel und Paris geschickt, das ich einsehen konnte. Man wünscht jedoch seine Veröffentlichung nicht. Es beginnt mit dem Satze: „Mein Neffe fängt nicht gut an."

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 197.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 17. Juli 1856

Zur diesjährigen Theuerungsfrage.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die in Heidelberg erscheinende „Germania", welche im verflossenen Vierteljahr wieder eine Reihe trefflicher Aufsätze über volkswirthschaftliche und gesellschaftliche Interessen gebracht hat, einen Brief des bekannten National-Oekonomen Wilhelm Roscher an den Herausgeber der „Germania". Nicht genug kann beherzigt werden, was Roscher, eine Autorität in diesem Gegenstand, über die bezeichnete Frage äußert. Es ist um so mehr Pflicht der Presse, diese Wahrheiten in weitere und weitere Kreise zu verbreiten, da die Zahl derer, welche ihnen hartnäckig Aug' und Ohr verschließen, noch immer sehr groß ist

Ein lebhafter, kapitalreicher und intelligenter Kornhandel, sagt Roscher, ist das beste Vorbeugungs- und Heilmittel gegen Theuerungsnoth. Viel besser, als selbst die thätigste Polizei, kann ein solcher gehörig entwickelter Privatkornhandel das wahre Verhältniß von Bedarf und Vorrath durch Aufspeicherung oder Zufuhr aus solchen Zeiten und Gegenden, welche Ueberfluß an Korn haben, und zwar beides im Ganzen viel besser, schneller und wohlfeiler, als Regierungsbehörden mit ihrem geringen Interesse und ihrer größern Gebundenheit irgend vermöchten. Sehr treffend ist das Magaziniren durch den Staat von P. Römisch ein todter Kornhandel und der Privatkornhandel ein lebendes Magaziniren genannt worden. Soll freilich der Privathandel dieses Amt eines Proviantmeisters der Nation und Menschheit mit vollem Segen führen, so bedarf er dazu der vollsten Freiheit seiner Bewegungen. Ihn polizeilich fortwährend zu maßregeln oder auch nur in Furcht vor solcher Maßregelung zu erhalten, würde eben nur heißen, die Vortheile der Privatkonkurrenz aufgeben, ohne die, wenigstens möglichen, Vortheile der concentrirten Staatsthätigkeit dafür wieder zu gewinnen. Die Regierung oder Gemeinde sollte deßhalb mit ihren Magazinen, ihren Einkäufen im Auslande rc. nur insofern aushelfen, als der Privatkornhandel zur Erfüllung seiner großen Aufgabe noch unreif ist; und es sollte ein Hauptgrundsatz bei jeder solchen Aushülfe seyn, ja nicht durch unkaufmännische „Großmuth" (die ja immer auf Kosten der Steuerpflichtigen, d. h. des Volkes selbst, dem man doch helfen will, geübt würde!) dem Heranwachsen des gewerbsmäßig betriebenen und deßhalb allein zuverlässigen Privathandels, der ohnehin beim Getraide so schwierig und gefährlich ist, noch größere Hindernisse in den Weg zu legen.

Glücklicherweise haben diese Ansichten, die noch während der Theuerung von 1846/47 in Deutschland nichts weniger als allgemein waren, gegenwärtig ein zweifelloses Uebergewicht. Alle größeren deutschen Regierungen — nur einige kleine sind leider noch zurückgeblieben*) — haben sie bethätigt: wie mit dem besten Erfolge, so auch mit unverkennbarer Zustimmung der Presse und des Publikums im Allgemeinen. Selbst der Kornwucherglaube konnte von diesem Umschwunge der öffentlichen Meinung nicht unberührt bleiben. Er hat zum Theil ein modernes Gewand annehmen müssen. Man wird sich erinnern, daß im Laufe der beiden letzten Jahre die Seufzer nach polizeilicher Bevormundung des Getraidemarktes, welche hier und da laut wurden, regelmäßig mit der Verwahrung anfingen: dem reellen Kornhandel, der wirklich die Vorräthe größer macht, sey volle Freiheit zu gönnen; dagegen müsse der Scheinkornhandel gerade im Interesse des wahren, den er wie ein Parasit zu ersticken drohe, von Staatswegen so viel wie möglich verhütet werden. Aus diesem Gesichtspunkte sind namentlich die Zeitgeschäfte und die sogenannten Schlußzettelspekulationen (Differenzgeschäfte) im Kornhandel während des verflossenen Winters angegriffen worden, nicht bloß in einer Menge von lokalen Tagblättern, sondern hinauf bis zur Versammlung der preußischen Reichsstände.

Gerade im jetzigen Augenblicke läßt sich die Sache am ruhigsten erörtern, nachdem seit Eröffnung der Friedensaussichten die Kornpreise merklich gefallen sind,*) unsere Felder in üppigster Hoffnung prangen**) und so viele „Kornwucherer" ihren angeblichen Frevel, besser gesagt ihre falsche Spekulation, durch Bankerott gebüßt haben.

Die Zeitgeschäfte, wo sich der Verkäufer anheischig macht, gegen einen heute festgesetzten Preis auf einen bestimmten Termin eine Menge Korn zu liefern, mögen am einfachsten in zwei Hauptklassen getheilt werden, je nachdem nämlich die behandelte Waare aus fremden Ländern (Oertern) erst erwartet wird, oder sich bereits im Inlande (Orte selbst) befindet. Immer natürlich vorausgesetzt, daß ein reeller Handel, also eine wirkliche Ablieferung und Annahme von Getraide beabsichtigt wurde.

Im ersten Falle muß es wohl Jedem einleuchten, wie sehr die schwierige und gefährliche Operation des Getraidebezuges vom Auslande her leichter und sicherer wird, sobald der Kaufmann schon vor dem Eintreffen seiner Waare, vielleicht gar schon vor deren Bestellung, Abnehmer findet, welche ihm einen bestimmten Preis garantiren. Nicht genug, daß sich das Risiko, welches den Einzelnen gar leicht entmuthigen könnte, solchergestalt unter Viele vertheilt: auch das Kapital des Einfuhrhändlers kann jetzt ein viel geringeres seyn, oder mit anderen Worten, er kann mit einem bestimmten Kapital jetzt viel größere Einfuhren bewerkstelligen. Sowie der Lieferungsvertrag abgeschlossen und ein bündiger Schlußzettel darüber ausgestellt ist, kann der Verkäufer einen Wechsel auf den Käufer ziehen und sich denselben von einer Bank diskontiren lassen, der Käufer dagegen seinen Anspruch einem andern Spekulanten abtreten. Auf diese Art wird derjenige Theil des Nationalvermögens, der zur Vermittlung von Korneinfuhren bestimmt ist, der also die Theuerungsnoth des Volkes jedenfalls auf dem angenehmsten Wege heilt, nicht allein disponibler gemacht, sondern auch vergrößert. Man könnte dasselbe vielleicht dadurch erreichen, daß alle jetzt direkt oder indirekt bei der Korneinfuhr Betheiligten zu einer großen Association zusammentreten. Dann wäre aber die höchste Gefahr einer monopolischen Steigerung der Preise vorhanden, während beim jetzigen Verhältnisse zwar die Käufer auf Zeit ein Interesse haben, daß der Preis höher werde, hingegen die Verkäufer als solche gar nicht dafür interessirt sind, oft genug sogar einen Preisabschlag wünschen mögen.

Im andern Falle, wenn also Zeitgeschäfte mit inländischem Korn gemacht werden, liegt der Einwurf sehr nahe, daß hierdurch keineswegs der zur Volksnährung bestimmte Vorrath vergrößert, sondern umgekehrt ein Theil desselben wenigstens eine Zeit lang vom Markte zurückgehalten werde. Gewiß! und es ist wohl möglich, daß die Preise deßhalb zunächst in die Höhe gehen. Darf man dies aber unbedingt und immer für ein Unglück halten? — Offenbar kommt nach einer Mißärnte Alles darauf an, mit dem gegebenen Vorrathe bis zum Eintritt der besseren Zeit (durch Einfuhr oder neue Aernten) haushalten. Nun bilden die Kornpreise den Hauptregulator des

*) Wie K. Brater einmal ganz richtig bemerkte, sind die Regierungen im Ganzen viel mehr für den freien Kornhandel, als die Gemeindebehörden. Die Beschränkungen, welche von jenen etwa verfügt werden könnten, sind ihrer Natur nach außerordentlich, und man nimmt sich dabei wohl in Acht, während die der Gemeinden mehr den alltäglichen Marktverkehr betreffen, in ruhiger Zeit einschlafen, inmitten der Theuerung aber nicht aufgehoben werden können, ohne mancherlei Odium zu erregen. — Je kleiner ein Staat, um so ähnlicher ist seine Regierung auch in dieser Hinsicht einer Gemeindebehörde.

*) Sogar mehr, als die wahren Marktverhältnisse zunächst rechtfertigen konnten, daher auch bekanntlich die Preise wieder gestiegen sind. Nicht dieses Steigen ist auffällig, sondern eher das vorhergehende zu tiefe Sinken.

**) Roscher's Brief ist Ende Mai geschrieben.

Kornverbrauches. Es ist daher, vernünftig angesehen, diejenige Preishöhe die wünschenswertheste, welche den Verbrauch just so hoch erhält, wie das wahre Verhältniß zwischen Bedarf und Vorrath gebietet und zugleich erlaubt. Für einzelne Fälle mag dieser angemessene Kornpreis ungemein schwer zu treffen seyn. Wir Nationalökonomen sind aber der Ansicht, daß ein berufsmäßig ausgebildeter, mit allen Kenntnissen und Hilfsmitteln des neueren Handels versehener und durch lebhafte innere wie äußere Konkurrenz von jedem monopolischen Gelüste ferngehaltener Kaufmannsstand immer noch am wenigsten auf diesem Felde irrt. Sollte ja ein vorübergehender Irrthum nicht immer vermieden werden, so ist es gewiß ein kleineres Unglück, wenn der Preis zu hoch, als wenn er zu niedrig angesetzt wird, natürlich unter der Voraussetzung, daß für die äußerste Noth bei den Arbeitern durch Beschäftigung, bei den Armen durch Almosen gesorgt ist. Zu hohe Kornpreise legen freilich dem Volke für den Augenblick unnöthige Entbehrungen auf, zu niedrige können aus der Theuerung eine Hungersnoth machen. Ueberdies haben jene, wie die schmerzliche, aber heilende Krisis einer Krankheit, von selbst den Erfolg, das Verhältniß zwischen Bedarf und Vorrath günstiger zu gestalten, indem sie die Ausfuhr hindern, auf die Einfuhr wie ein Sporn (genauer gesagt, eine Prämie) und auf die Konsumtion wie ein Zügel wirken. — Ich glaube hiernach die Zeitgeschäfte mit Korn an Ort und Stelle als eine Art von thatsächlicher Disputation über die wahre Lage des Marktes betrachten zu dürfen, d. h. des Verhältnisses zwischen Bedarf und Vorrath bis zur nächsten Aernte. Der Käufer hat die Ansicht, die Preise stehen noch nicht hoch genug, oder mit andern Worten, daß die Fortdauer der gegenwärtigen Konsumtion die Noth vergrößern müsse. Der Verkäufer hegt insgeheim *) die umgekehrte Vermuthung. Welcher von beiden Recht gehabt, wird sich vollständig erst beim Eintritte der bessern Zeit entscheiden, wo der Verkehr alsdann selber dem falschen Spekulanten so zu sagen eine Geldbuße auflegt. Hat der Käufer mit seinem Wiederverkaufe zu lange gezögert, so daß z. B. nach Einheimsung der neuen Aernte noch überflüssige alte Vorräthe da sind, so leidet er durch die sinkenden Preise positiven Verlust. Hat der Verkäufer zu früh losgeschlagen und somit die nachhaltige Ernährung des Volkes gefährdet, so entgeht ihm ein Gewinn, den er bei richtigerer Beurtheilung des Marktes würde gezogen haben. Das Publikum hat auf die Dauer in keinem Falle großen Schaden: wenn vielleicht augenblicklich der Preis zu sehr in die Höhe steigt, so werden die hierdurch gesparten Vorräthe ihm nach der Aernte durch ein entsprechendes Sinken des Preises wieder zu Gute kommen. — Was in der Zwischenzeit die Gefahr wucherischer Steigerung betrifft, so erwäge man vor Allem den Sinn dieses Ausdrucks. Man darf den Ausdruck Wucher nicht auf jeden Preis anwenden, dessen Höhe den Konsumenten lästig ist, sondern nur auf die geflissentliche Herbeiführung von Noth- oder Irrthumspreisen, deren Höhe folglich dem wahren Marktverhältnisse zwischen Bedarf und Vorrath nicht entspricht. Solcher Wucher hat früher gewiß auch im Kornhandel eine bedeutende Rolle gespielt; lokal und momentan mag er noch heute bisweilen vorkommen; gefährlich aber kann er bei dem jetzigen Zustande der kaufmännischen Intelligenz, Konkurrenz und Kommunikation gewiß nicht seyn.

Die Zeitgeschäfte mit ausländischem Getraide, erklärt demnach Roscher, für durchaus nützlich, die mit einheimischem, also an Ort und Stelle, wenigstens in der Regel d. h. unter Voraussetzung richtigen Betriebes für nützlich. Alles dies gilt aber freilich nur von reellen Handelsgeschäften.

(Schluß folgt.)

Deutscher Bund.

* Professor Kaufmann in Bonn empfiehlt in der „Kölner Zeitung" deutsche Armen-Kolonien in Klein-Asien, als Mittel zur Linderung und Hebung der Armuth in Deutschland und zur Befreiung der deutschen Landgemeinden von der Last der Armen-Verpflegung. Er meint, auf dem fruchtbaren Boden von Kleinasien würde die Gesammtheit der deutschen Armen, die ungefähr 4—5 Millionen Seelen ausmachen, zehnmal vervielfältigt, mit Leichtigkeit ihr Unterkommen finden. Die deutschen Staaten (insbesondere Preußen) sollten zu Gunsten der Kolonisten von dem Sultan zehnjährige Abgabenfreiheit, ebenso lange Militärfreiheit, freie Benutzung aller Forste und Waldungen behufs Errichtung von Wohnungen, Gestellung einer Schutzmannschaft zur Sicherung der Kolonisten und ihres Eigenthums ausbedingen u. s. w. Indessen ist noch sehr zu bezweifeln, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Türkei dieser Plan Anklang findet.

Bayern. Der Bau der Befreiungshalle auf dem Michaelsberge bei Kehlheim, des größten Baumonuments des Königs Ludwig, ist bis zu seiner Höhe von 96 Fuß vorangeschritten. Von den 32 Siegesgöttinen, aus cararischem Marmor, welche das Innere schmücken, indem sie, sich die Hände reichend, einen Schild aus erbeutetem Kanonenmetall tragen, auf dessen vergoldeter Vorderseite die Namen der in den Befreiungskriegen gewonnenen Schlachten zu lesen sind, haben bereits achtzehn ihre Kunstvollendung erhalten. Die granitnen Säulen, welche die innere Halle bilden, werden nicht mehr bei Passau gebrochen, sondern kommen jetzt von Kronach in Oberfranken auf dem Ludwigskanale bereits in künstlerischer Vollendung in Kehlheim an. Auf der Gallerie an der Außenseite prangen in weißem Donaumarmor die weiblichen Figuren jener Völker, die an dem Befreiungskampfe Theil genommen haben: Oesterreich und Preußen zunächst des Eingangs. Eine Kuppel von 100 Fuß Durchmesser wird den Bau in seiner Vollendung krönen, der nicht minder an sich, als durch seine Lage auf dem 375 Fuß hohen Berge an der Verbindung des Altmühl- und Donauthales ein würdiger Schluß der monumentalen Werke des Königs Ludwig seyn wird. Die Mittel für den Ausbau sind angewiesen und binnen acht Jahren sieht man der Vollendung entgegen. (B. Landbötin.)

München, 14. Juli. Der k. Kämmerer Frhr. v. Malzen ist heute im allerh. Auftrage nach Paris abgereist, um dorthin die von Sr. M. dem König unterzeichnete Ratifikationsurkunde der Ehepakten des Prinzen Adalbert zu bringen. Die Auswechslung der resp. Urkunden wird zu Paris zwischen dem Grafen v. Waldkirch und dem spanischen Botschafter Olozaga statthaben. So viel wir vernehmen, wird Prinz Adalbert zu Ende dieses Monats nach Spanien sich begeben, um daselbst seine Vermählung mit der Infantin Donna Amalia zu feiern. (N.M.Z.)

Augsburg, 15. Juli. Die gestrige Nummer der „Postzeitung" ist schon wieder mit Beschlag belegt worden; seit acht Tagen also das dritte Mal. (A. Pstz.)

* **Preußen.** Die neulich erwähnte Aktiengesellschaft, die sich in Berlin gebildet hat, wird sich vorzugsweise mit Anfertigung aller zum Bau und zur Ausrüstung von Eisenbahnen erforderlichen Gegenstände und der dazu gehörigen Materialien abgeben. Dabei ist es aber auch der Gesellschaft unbenommen, ihren Betrieb auf Bedarfsgegenstände des Publikums überhaupt auszudehnen, welche in den Bereich des Maschinen- oder Wagenbaues, der Hammer-, Kessel- und Handschmiedearbeit, der Gießerei und dergl. einschlagen. (N. Z.)

Sachsen. Leipzig, 13. Juli. Heute und morgen begeht die Buchhandlung F. A. Brockhaus die Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens. Das Geschäft wurde nämlich im Jahre 1806 in Amsterdam von F. A. Brockhaus in Gemeinschaft mit dem Buchdrucker Rohloff unter der Firma: Rohloff und Comp., gegründet. 1811 verlegte F. A. Brockhaus sein Geschäft nach Altenburg, 1817 nach Leipzig. (Schw. M.)

Baden. Freiburg, 13. Juli. Dem Vernehmen nach ist in letzter Zeit an die Behörden ein Reskript der großherzl. Regierung erlassen worden, worin dieselben angewiesen werden, über alle aus den frühern Jahren herrührenden politischen Vergehen den Schleier des Vergessens zu werfen. Auch spricht man von einer umfassenden Amnestie der politischen Flüchtlinge, welche aus Anlaß des im Septbr. erfolgenden freudigen Ereignisses erfolgen werde. (Schw. M.)

Kurhessen. Kassel, 13. Juli. Eine allerhöchste Verfügung in Betreff einer neuen Uniformirung der Civilstaatsdiener ist für die fünf ersten Rangklassen erschienen. Da seit einer Reihe von Jahren die Civiluniformen in Schnitt und Abzeichen dieselben geblieben, so waren sie den heutigen Geschmacksbegriffen etwas anstößig geworden und nahmen sich, besonders der Eleganz unserer Militäruniformen gegenüber, in der That steif und altmodisch aus. (Fr. Pstz.)

Frankreich.

Paris, 11. Juli. Die Hinterlassenschaft des am 12. Dezember 1855 in Paris verstorbenen J. P. Pescatore, die ungefähr 10,370,000 Fr. beträgt, hat Veranlassung zu einem Prozeß gegeben, der eben jetzt vor Gericht verhandelt wird und in Paris großes Aufsehen erregt. Es ließ sich nämlich Pescatore 1851 mit seiner früheren Haushälterin nicht in Frankreich, sondern in Spanien, in Pampeluna, trauen, um so die

*) Abgesehen von solchen Fällen, wo er ohne spekulative Gedanken losschlägt, z. B. in Geldverlegenheit, oder um ein Geschäft baldmöglichst abzuwickeln.

vom französischen Gesetz vorgeschriebene bürgerliche Trauung zu vermeiden. Die Gründe, weßhalb er letztere nicht wünschte, gab er dem Erzbischof Donnet, als dieser ihn zur Beendigung seines unregelmäßigen Verhältnisses mit ihr durch eine Heirath drängte, mit den Worten an: „Die bürgerliche Trauung macht ein Aufsehen, das ich zu vermeiden wünsche; in der Welt glaubt man, daß ich längst heimlich mit meiner Haushälterin verheirathet bin, und ich möchte nicht, daß man erführe, das sey nicht der Fall; außerdem bin ich Kaufmann, ich müßte meinen Heirathsvertrag beim Handelstribunal deponiren nnd das Publikum in meine Vermögensverhältnisse und meine Operationen einweihen.“ Diese Gründe schienen dem Erzbischof so wichtig, daß er alle Schwierigkeiten, auf welche die Trauung auf spanischem Boden bei der spanischen Geistlichkeit stieß, durch seine Vermittlung beseitigte. Die Verwandten Pescatore's verlangen, da diese bloß kirchlich und nicht auch bürgerlich eingegangene Ehe nach französischem Recht ungültig sey, solle ihnen das Vermögen des Verstorbenen ausgeliefert werden und die Wittwe nur jene, immerhin sehr bedeutenden Legate erhalten, die der Verstorbene ihr in seinem Testamente vermacht hat, nämlich eine Rente von 20,000 Franken jährlich, außerdem eine Summe von 210,000 Fr., viele werthvolle Gegenstände 2c., während alles Uebrige nach dem Testamente seinen Blutsverwandten zufallen sollte. Die Wittwe aber behauptet, die Ehe sey bürgerlich gültig, sie habe in Gütergemeinschaft mit dem Verstorbenen gelebt und sie verlangt deßhalb außer ihren Legaten die Hälfte des Nachlasses. Die Erben wiesen diese Prätention zurück; um jedoch nicht in Prozeß zu kommen, boten sie der Wittwe an, ihre jährliche Rente auf 40,000 Fr. zu erhöhen, was abgelehnt wurde. (Hamb. Nachr.)

* Bekanntlich fielen nach der Schlacht an der Alma der Reisewagen des russischen Generals und alle seine Papiere in die Hände der Sieger. Die Kutsche des Fürsten Mentschikoff wurde nach Konstantinopel geschickt und seitdem wußte man nicht mehr, was daraus geworden war. Aber die Engländer lassen so etwas nicht verloren gehen, sie erhandelten die Trophäenkalesche und von Hand zu Hand kam sie vor einigen Tagen in Paris an. Sie gehört jetzt dem Obersten Dubosc, der sie, wenn die Sache bekannter gewesen wäre, wohl theuer hätte zahlen müssen.

* Die Leiche des Generals Mayran, des ersten am 18. Juni vor dem Malakoff gefallenen französischen Generals, ist an Bord des Dampfers „Egyptien“ zu Marseille eingetroffen.

Spanien.

† Madrid, 8. Juli. Auf mehreren Punkten der Provinz Toledo, namentlich zu Guardia wurde die Frucht auf den Feldern angezündet. Die Nationalgarde eilte sogleich herbei und unter Mitwirkung einiger Gutgesinnten gelang es ihr, des Feuers Meister zu werden. Als die Nationalgarde heimkehrte, hatten sich vor dem Munizipalitätsgebäude, wo der Alcade sich befand, Zusammenrottungen gebildet, worunter man namentlich viele Weiber bemerkte, die „nieder mit dem Oktroi!“ schrieen. Der Tumult wurde zwar wieder gelegt, aber die Aufregung besteht fort.

Italien.

Turin, 11. Juli. Heute ist ein kgl. Dekret erschienen, welches die sofortige Verwendung von einer Million Franken zur Vergrößerung und Vervollständigung der Festungswerke von Alessandria befiehlt. Abgesehen von dem jetzigen Standpunkte, den Piemont Oesterreich gegenüber einnimmt, so ist die Befestigung der östlichen Gränze von allen früheren Regierungen gänzlich vernachlässigt worden. Alle und bedeutende Ausgaben, die für Befestigungen gemacht wurden, sind gegen den französischen Nachbar gemacht worden, und Positionen, welche schon an und für sich uneinnehmbar scheinen, wurden mit wirklicher Geldverschwendung mit Festungswerken und Forts überschüttet, während die wie zur Befestigung geschaffene Linie von Casala nach Alessandria völlig offen blieb. Alessandria war nur dem Namen nach Festung, und außer der Zitadelle war wenig mehr von Befestigung zu sehen. Die Befestigung Alessandrias wird aber jetzt dringend geboten, seitdem Oesterreich aus Piacenza einen Waffenplatz erster Größe macht. — Die englisch-italienische Legion ist nun wirklich in der Verabschiedung begriffen; Soldaten und Offiziere erhalten dieselbe Vergütung, wie die der aufgelösten englisch deutschen Legion. Die Soldaten werden in Abtheilungen von 400 bis 500 Mann entlassen, und in Genua sind Seitens der Behörden Maßregeln getroffen worden, um sie bei ihrer Ankunft sofort zu vertheilen und weiter landeinwärts zu spediren, da man weiß, daß die mazzinistischen Werber Jagd auf diese mit Geld versehenen und im Krawallmachen eingeübten Lanzknechthaufen machen. — Am 22. v. M. wurde auf der Insel Sardinien der schon seit mehr als 20 Jahren gefürchtete Räuberchef Cambilargiu von der Gendarmerie erlegt. Aus einem Bericht des Gendarmeriehauptmanns Camosso entnehmen wir, daß dieser Bandit schon einmal in der Gewalt der Justiz und in dem Bagno von Genua war, aus welchem er im Jahre 1848 wieder zu entkommen wußte. Er begab sich wieder auf die Insel Sardinien, wo er, ohnehin zahlloser Gewaltthaten und vieler Morde schuldig, sich zum Werkzeug der verwerflichsten Privatrache hergab. Seine Kühnheit ging so weit, daß er, geschützt und unterstützt von geheimnißvollen Personen, sich sogar in der Hauptstadt Sassari herumtrieb. Die Ehre, diesen Unmenschen aus der Welt geschafft zu haben, gehört dem Gendarmeriebrigadier Scaniglia und fünf seiner Leute. In der Nacht vom 22. hatten sich diese in dem Thal von Logalenta, eine halbe Stunde von Sassari, versteckt, wo sie bis zum Nachmittag des folgenden Tages verweilen mußten, ehe der Räuber kam. Ererschien, wie gewöhnlich, mit einer Doppelflinte und zwei Pistolen bewaffnet. Als er im Bereich und sich von den hinter Bäumen versteckten Gendarmen umgeben fand, sprang der Brigadier Scaniglia auf ihn los, indem er ihn aufforderte, zu halten. Zwei Banditen, welche den Cambilargiu begleiteten, schossen auf den Brigadier und flohen, nicht so der Hauptmann, welcher sich mit großer Geschicklichkeit hinter dicken Bäumen und dann in einem Graben versteckte, aus welchen Verstecken er volle 20 Minuten lang gegen die Gendarmen ein Feuer unterhielt, bis er zuletzt, von vier Kugeln getroffen, fiel, nachdem ihm andere den Lauf und den Kolben seiner Büchse zerschmettert hatten. Bezeichnend für den Zustand des Landes ist es, daß während der ganzen Dauer des Gefechts ganze Haufen in der Nähe beschäftigter Landleute ruhig zusahen, ohne im mindesten Miene zu machen, dem Banditen seine Flucht erschweren zu wollen. (Schw. M.)

Die Gränzbezirke der toskanischen Romagna werden auf eine lange nicht erhörte Weise von Räubern gebrandschatzt. So lange es in der päpstlichen Romagna nicht besser wird, wird die Herstellung der Sicherheit auch auf toskanischer Seite schwer seyn — es geht hier wie in den türkisch-griechischen Gränzprovinzen. (A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 16. Juli. Oesterr. Kreditaktien und National, durch starke Verkäufe gedrückt, wurden billiger abgegeben, auch Spanier beider Gattungen setzten heute ihre rückgängige Bewegung fort, blieben jedoch fest.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden bei starkem Umsatz zu 104 3⅞ 4 4⅛ verhandelt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1296 P. 1291 G. Neue Bankaktien 425 P. 420 G. Credit-Actien à 5pCt. 237½ P. 235½ G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83⅞ P. 83⅝ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90⅛ P. 89⅞ G. Metall. alte à 5pCt. 82¼ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90¼ P. 89¾ G.; à 4½pCt. 72½ P. 72¼ G.; à 4pCt. 65¼ P. 64¾ G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 117½ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103¼ P. 102¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 280 P. 278 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. 89 P. 88½ G.; 4pCt. 94¾ P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101⅛ P. 100⅝ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105⅛ P. 104⅞ G. 5pCt. 101¼ P. 100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 150 P. 149½ G. Neustadt-Weissenb. 112½ P. 112 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119¼ P. 118¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91 P. 90⅛ G.; 4½pCt. 102⅞ P. 102⅜ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62⅛ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100¼ P. 99¾ G.; 4½pC. 102¾ P. 102¼ G.; Loose à fl. 50 — P. 113¾ G.; à fl. 25 34¼ P. 34 G.; Darmstädler Bankaktien alte 420 P. 418 G.; junge 362 P. 360 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109⅜ P. 108⅞ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90¼ P. 89¾ G., Loose à fl. 25 32¼ P. 32 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 93⅜ P. 92⅞ G.; Bankaktien 120⅛ P. 120 G.; Taunus-Aktien 324 P. 322 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 86 P. 85½ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 563 P. 558 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38⅝ P. 38⅜ G.; 1pCt. neue 23 15/16 P. 23 13/16 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63⅛ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅛ P. 99⅞ G. Lond. Lst. 10 k. S. 118¾ P. 118½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G. Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101¼ P. 101 G.

Berlin Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 5/8 G. Paris Frs. 300 k. S. 93 3/4 P. 93 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 5/8 G. Lyon Frs. 200 k. S. 93 3/4 P. 93 1/2 G.
Brem 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 3/8 P. 96 1/8 G. Wienfl. 100 C. k. S. 117 1/8 P. 116 7/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88 3/4 G. Wien 3 M. mit 4% 116 7/8 P. 116 5/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G. Disconto — P. 4 pCt. G.

Wien, 15. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 1/16; 5pCt. Metall. 83 7/8; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 —; von 1854 105 7/8: Bankaktien 1108; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 384¼; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 601; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2852¼. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅝. London 10. 3. P. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 13. Juli. Das Stadtgericht hat die Erhebung der Anklage und Fortdauer der Haft gegen Deichmann sowohl wie gegen den mitverhafteten Kassier Arndt — gegen Ersteren wegen betrügerischen Bankerotts, gegen Letzteren wegen Unterschlagung — beschlossen. Zum Verständniß der Sache mögen folgende Notizen dienen: Zu jener Zeit, als die Bauwuth in Berlin grassirte und die Kapitalisten ihre Gelder in Hypotheken, wie gegenwärtig in Bankaktien, niederlegten, gehörte der Vater Deichmann's, ein unbemittelter Zimmermann, zu den unternehmendsten Bauherren, und hatte sich schnell dadurch ein nicht unbedeutendes Vermögen erworben, das indeß mit der auf das Baufieber folgenden Reaktion ebenso schnell dahinschwand; die letzte Unternehmung Deichmann's war ein imposantes Gebäude in der Schuhmannsstraße, welches der Spekulant zu einem großartigen Vergnügungslokale bestimmte, das er selber auszubeuten beabsichtigte. Deichmann, der Sohn, hatte ebenfalls das Zimmerhandwerk ergriffen, verließ dasselbe aber bald, um sich — der Kunst zu widmen. Wie so viele wohlhabende Bürgerssöhne in Berlin gehörte er zu einer der unzähligen Liebhabertheater-Gesellschaften, die an allen Ecken und Enden unserer Stadt zu finden sind. Der junge Zimmermann fand Gefallen an der Kunst und beschloß, sich ihr ganz und vollständig hinzugeben; er schloß sich einem wandernden Thespiskarren an und hatte es am Ende seiner theatralischen Laufbahn (1845 oder 1846) zu einem Engagement für „Chor und kleine Rollen" bei dem Stadttheater zu Rostock gebracht. Hier ereilte ihn die Nachricht von dem definitiven Bankerott seines Vaters und er kehrte nach Berlin zurück, um nach einem Arrangement mit den Gläubigern jenes Vergnügungslokal zu übernehmen. Unter dem Namen „Friedrich-Wilhelmstädtisches Casino" wurde dasselbe glänzend ausgestattet und war mehrere Jahre hindurch der Tummelplatz der Berliner demi monde, die bald in Amazonentracht zur Erstürmung von Pappfestungen verwendet wurde, bald dazu diente, in Atlasgewändern und Sammetmasken den „italienischen Nächten" Glanz zu verleihen.

Hr. F. M. Deichmann jun., wie die Firma jetzt lautete, sah trotz dieses Glanzes fortwährend das Gespenst des Konkurses vor sich, bis dasselbe mit dem Eintritt der Revolution von 1848 leibhaftig vor ihm stand. Da erfaßte er den Gedanken, im Garten des Casino ein Sommertheater zu errichten; die Konzession wurde durch einen damals mit ihm vereinigten Spekulanten Großkopf (dem Erbauer des Circus in der Charlottenstraße, in welchem früher Renz Vorstellungen gab und 1853 das königstädtische Theater des Hrn. Rud. Cerf Bankerott machte) herbeigeschafft, das Theater erstand und hatte ungeheuren Zulauf. Für den Winter wurde ein kleines verdecktes Theater auf dem angränzenden Raume hergestellt und machte ebenfalls die glänzendsten Geschäfte, Dank den damals florirenden politischen Possen, wie: „Eigenthum ist Diebstahl", oder „der Traum" eines rothen Republikaners," „Die Macht des Goldes" 2c. Dieses Theater war aber nur ein interimistisches, die Baupolizei verlangte die Errichtung eines massiven, gegen Feuersgefahr mehr gesicherten Gebäudes; doch Deichmann, unterstützt durch seinen im höchsten Grade gewandten Kassirer Arndt, wußte Rath zu schaffen. Es fanden sich Kapitalisten, die Geld vorschossen, die Handwerker arbeiteten auf Kredit und setzten doppelte Preise an, — das neue Haus konnte bereits im Mai 1850 eröffnet werden, — und Hr. Deichmann war Besitzer eines glänzenden Theaters mit einer Schuldenlast von mehr als 100,000 Thlrn. Das Debut in dem neuen Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater war ein gutes; als jedoch in den Sommermonaten 1852 und 1853 die Einnahmen auf ein Minimum herabsanken, als Deichmann trotz aller Rathschläge unter vielen andern mißglückten Spekulationen auch eine große italienische Oper engagirte, fehlte endlich das nöthige Geld zur Zahlung der Gagen und Befriedigung der dringendsten Gläubiger. Im Jahre 1853 eröffnete sich für Deichmann ein neuer Sonnenblick, Pepita erschien in Berlin und füllte beinahe hundert Male das Haus; es war jedoch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Um den Sommercalamitäten auszuweichen, mußte man ein neues großes Sommertheater (das Parktheater) bauen, den dazu gehörigen Garten glänzend ausstatten, um mit dem damals ebenfalls bankerottirten Kroll'schen Etablissement konkurriren zu können, die Schuldenlast stieg immer höher — gegenwärtig beträgt sie nicht mehr als 280,000 Thlr. — Die Gläubiger drängten, Deichmann mußte seine Zeit zwischen dem Stadtgericht, wo zahllose Prozesse gegen ihn anhängig waren, und dem Schuldarrest theilen; da eröffnete sich wiederum eine Rettungsaussicht. Eine Anzahl hiesiger Bankiers (darunter Hr. Kirchheim), Kaufleute 2c., in Verbindung mit den Hauptgläubigern, vereinigten sich, um das zur Erhaltung des Theaters nöthige Geld herzugeben. Die Schulden des Theaters wurden getilgt, und Herr Deichmann übergab durch antichretischen Vertrag seinen nunmehrigen Gläubigern das Theater mit dem gesammten Inventarium zur Pfandnutzung; Deichmann verblieb mit einem Gehalte von 2400 Thlrn. nebst freier Wohnung in seiner Stellung als artistischer Direktor. Die Zukunft Deichmann's schien gesichert; anstatt aber dem neuen Theaterkomite für die ihm in der uneigennützigsten Weise gespendete Erleichterung Dank zu wissen, erbitterte und verfeindete er sich die einzelnen Mitglieder, entfremdete dem Institute die beliebtesten seiner Schauspieler und wendete auf diese Weise auch das Publikum von demselben ab. Die Folgen blieben nicht aus. Das Komite wählte einen neuen energischen Ausschuß, von mehreren Seiten wurden Recherchen veranlaßt — Deichmann hatte in den letzten Jahren einen Aufwand gemacht, der mit seiner Einnahme nicht zu harmoniren schien — und Resultate erzielt, welche Material zur Erhebung der bekannten Anklage ergaben. (Hamb. N.)

London, 15. Juli. Hier eingetroffene Nachrichten aus Madrid vom Montag melden, daß ein neues Ministerium in Bildung begriffen ist: O'Donnell Präsident, Pastor Diaz Auswärtiges, Cantero Finanzen. (T.D.d.A.Z.)

Nach Berichten aus Konstantinopel vom 9. Juli war Marschall Pelissier aus der Krim angelangt. Die deutsche Legion wird nach England eingeschifft. Das französische Lager bei Maslak wird geräumt. Auf der Börse Baisse. (T.D.d.A.Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 198. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 18. Juli 1856

Zur diesjährigen Theuerungsfrage.

(Schluß.)

Nun aber gibt es bekanntlich eine große Menge von Scheingeschäften im Kornhandel. Sie kommen hier so häufig vor, daß man ein französisches Sprüchwort hat: „Commerce de grain, commerce de rien!" Der Spekulant A verspricht dem B eine Quantität Getraide zu liefern, die er gar nicht besitzt, auch niemals anschaffen wird. Ebensowenig hat der Spekulant B die Absicht, sie anzunehmen; es fehlt ihm an Speichern ꝛc., wahrscheinlich an Mitteln, den Kaufschilling aufzutreiben. Hierüber sind beide Kontrahenten stillschweigend völlig einverstanden. Sie beabsichtigen eben nur ein Differenz-Geschäft, eine Agiotage. Steht der Kornpreis am Lieferungstage höher, als am Tage des Kontraktschlusses, so zahlt der Verkäufer die Differenz heraus, im entgegengesetzten Falle der Käufer. Dergleichen Spekulationen schweben entweder gänzlich in der Luft, oder sie können sich auch, wie parasitische Gewächse an einem Baum, an ein reelles Geschäft anlehnen; das Letztere gewöhnlich in der Form, daß bis zum Lieferungstermine die Schlußzettel von einer Hand in die andere cedirt werden.

Verwandte Erscheinungen gibt es auch auf anderen Wirthschaftsgebieten. Ueberall, wo es viel loses Kapital und spekulative Köpfe gibt, hat sich die Sucht, mühelos reich zu werden, vorzugsweise gern auf solche Differenzspekulationen geworfen, immer natürlich in Waaren, die schon aus anderen Gründen lebhaft begehrt und starken Preisschwankungen ausgesetzt waren. So z. B. wurde in Holland während des ganzen 17. und 18. Jahrhunderts eine gewaltige Agiotage mit den Aktien der ostindischen Gesellschaft betrieben. Ja, man begnügte sich nicht einmal mit den holländisch-ostindischen Aktien; 1772 warf sich die nämlich Spekulation auch auf die der englisch-ostindischen Kompagnie, als das plötzliche Steigen ihres Kurses, veranlaßt durch glänzende Konjunkturen in Indien und die Zahlung einer Dividende von 12 Prozent, die Aufmerksamkeit der Amsterdamer Börse in ungewöhnlichem Grade auf sich gezogen hatte. Man wird sich ferner erinnern, welche Schwindelpreise die Blumenliebhaberei der reichen Holländer im Zeitalter des dreißigjährigen Krieges herbeigeführt hat. Auch dieser Verkehr muß größtentheils in bloßen Scheinkäufen und Differenzgeschäften bestanden haben; man versichert z. B., daß zu einer Zeit, wo ungemein viel in Tulpen Semper Augustus umgesetzt wurde, nur zwei Exemplare dieser Blume wirklich in Holland vorhanden waren. Damit auch die Aermeren mitspielen könnten, hatte man die Zwiebeln ideell in Asse getheilt, gleichsam halbe und Viertelloose dieser eigenthümlichen Lotterie! Welche Rolle im heutigen Verkehr mit Staatspapieren die sogenannte Stockjobberei spielt, ist allgemein bekannt. Während der ersten Regierungsjahre Ludwig Philipp's wurden auf der Pariser Börse täglich für etwa 80 Mill. Fr. Umsätze in französischen Staatsschulden gemacht, also des Jahres für mehr als 24,000 Mill. Gleichwohl haben die wirklichen Uebertragungen in dem sogenannten großen Buche, d. h. also die reellen Geschäfte, z. B. 1830 nur 1760 Millionen betragen! — In allen diesen Fällen ist die Lebhaftigkeit der Differenz-Geschäfte nicht sowohl die Ursache, als vielmehr die Folge der Lebhaftigkeit des wirklichen Verkehrs, wie ja auch der Kurs weniger von den Zeit-, als von den Tagesgeschäften bestimmt wird.

Daß nun solche Differenzspekulationen mindestens unnütz sind, bedarf wohl kaum der eigentlichen Beweisführung. Es sind reine Glücksspiele, Wetten auf das Steigen und Fallen des Preises. Während bei normalen Handelsgeschäften beide Theile ihren Zustand verbessern, jeder etwas für ihn minder nothwendiges hingibt, um etwas für ihn Nothwendigeres wieder zu empfangen, also beide, mit einem Worte, gewinnen, kann hier kein Pfennig von dem einen Spieler gewonnen werden, den nicht der andere verloren hätte. Also, vom Standpunkte der ganzen Volkswirthschaft aus betrachtet, durchaus unfruchtbar! Von den gehässigen Spielleidenschaften und Spielbetrügereien, die dabei vorkommen, gar nicht einmal zu reden.

Aber auch positiver Schaden läßt sich nachweisen, zwar nicht in der Richtung, wie man gewöhnlich annimmt, als wenn der Preis der betreffenden Waare dadurch im Allgemeinen höher würde. Wäre das wirklich der Fall, so hätten es auch wohl die Staatsregierungen bemerkt, und alsdann gewiß nicht so häufig die Differenzgeschäfte mit ihren Schuldpapieren verboten. Uebersehen wir nicht, daß allem Scheinkaufe ein eben so großer Scheinverkauf gegenüber steht, daß also der fictive Zusatz zur Nachfrage von einem eben so großen fictiven Zusatze zum Angebote aufgewogen wird. Der Scheinverkäufer hat ein eben so lebhaftes Interesse am Sinken des Kurses (Baisse), wie der Scheinkäufer am Steigen (Hausse) bis zum Lieferungstermine. Dagegen ist nicht zu verkennen, daß die Kraft, mit welcher die beiden Parteien ihr Interesse verfolgen, äußerst selten im Gleichgewichte steht. Bringen die Verhältnisse des wirklichen Marktes ein Steigen der Preise mit sich, so werden auch die Differenzspieler weit mehr zum Kaufen geneigt seyn, als zum Verkaufen; alle Gerüchte ꝛc., diese mächtigen Waffen der Agiotage, werden in die Richtung der Hausse einschlagen u. s. w. Im entgegengesetzten Falle natürlich umgekehrt. So hat ein bedeutendes Differenzspiel immer den Erfolg, die ohnehin auf dem Markte vorherrschende Tendenz noch zu verstärken, die Preise folglich, zwar im Allgemeinen weder höher noch tiefer, wohl aber noch schwankender zu machen. Nun ist jedes Schwanken der Preise, das nicht auf einer entsprechenden Veränderung entweder des Gebrauchswerthes, oder der Produktionskosten beruht, volkswirthschaftlich betrachtet, ein Unglück. Wie ganz besonders muß dies vom Kornhandel gelten, wo ja die wichtigste, nothwendigste Frage der Volkswirthschaft in Frage kommt! Ueberhaupt kann durch das Vorkommen vieler bloß fingirter Geschäfte der Blick des reellen Kaufmanns in Bezug auf das Verhältniß zwischen Bedarf und Vorrath, von dessen richtiger Schätzung doch jede rationale und wohlthätige Bekämpfung der Noth bedingt ist, gar leicht mehr oder minder getrübt werden.

Also gesetzliches Verbot aller bloßen Differenzspekulationen! wird mancher Leser denken. Wenn solche Verbote nur durchzusetzen wären gegen den übereinstimmenden Willen beider Spieler! An Versuchen hat es wahrlich nicht gefehlt, aber sie blieben erfolglos. In Holland wurden schon 1613 alle solche Geschäfte mit ostindischen Aktien für nichtig erklärt und mit einer Geldbuße von 20 Prozent des bedungenen Preises bedroht. Man erneuerte das Verbot 1621, wo die Strafe um 25 Prozent erhöht und den Maklern ihre Mitwirkung bei Verlust ihres Amtes untersagt wurde; alle verkauften Aktien sollen binnen Monatsfrist in einer Kammer der ostindischen Kompagnie umgeschrieben werden. Schon 1623 war eine abermalige Einschärfung nöthig: der beste Beweis, wie wenig das Verbot gewirkt hatte! So ist in England die Stockjobberei durch 7 George II., Cap. 8 (1834) strenge verpönt: bei Strafe nicht bloß der Nichtigkeit, sondern auch einer Geldbuße von 500 Pfd. Sterling für jeden Theilnehmer. Immer soll der ganze Kaufpreis bezahlt, die Lieferung in natura wirklich eingefordert werden. In Frankreich begründet die bloße Thatsache (die beim System der Inskriptionen im großen Buche leicht zu ermitteln ist), daß der Verkäufer zur Zeit des Kontraktabschlusses die betreffenden Papiere nicht selbst besaß, eine praesumtio juris et de jure, d. h. eine Vermuthung, wogegen kein Gegenbeweis zulässig, daß nur ein Differenzgeschäft beabsichtigt worden; und ein solches ist bei Strafe verboten. Ein einziger Gang durch die Londoner oder Pariser Börse aber liefert genügendes Material, um den praktischen Werth solcher Gesetze zu würdigen. — Es ist in der That bei irgend lebhaftem Verkehre durchaus unmöglich, sie von Polizeiwegen geltend zu machen, wenn man nicht eben dadurch zugleich den reellen Handel voll-

ständig knebeln will. Dies hat auch im letzten Winter das preußische Handelsministerium in einem sehr beachtenswerthen Reskripte auf gewisse Bitten um Verhinderung der Zeit- und Differenzgeschäfte zur Antwort gegeben. Wir denken dabei unwillkührlich an das biblische Gleichniß vom Unkraut, das unter den Waizen gesäet war; man kann eben nicht alles Unkraut vertilgen, wenn nicht die gute Saat daneben soll vertreten werden.

An vielen Orten hat gerade die letzte Theuerungsnoth zur Einrichtung von eigenen Kornbörsen geführt. Das ist auch ganz rationell, wie jede Maßregel, welche den Kornhandel, ohne ihm ein für Andere lästiges Vorrecht zu geben, wahrhaft erleichtert. Aber freilich, dieselbe Sonne, welche den Waizen gedeihen läßt, kann auch das Emporwuchern des Unkrautes begünstigen. Es liegt ganz in der Natur der Sache, daß Orte, welchen der Scheinkornhandel bisher so gut wie unbekannt war, nach Errichtung einer Kornbörse gar bald davon heimgesucht wurden. Verwerfen wir aber darum diese Anstalten nicht! Es gibt viele gute Dinge, deren halbwüchsige Entwickelung mancherlei, früher unbekannte Schädlichkeiten herbeiführt, die alsdann von der völligen Ausbildung am sichersten beseitigt werden. So z. B. die Philosophie, die Freiheit, die Oeffentlichkeit, so auch u. A. die Kornbörsen. Je mehr sich der Börsenverkehr entwickelt, je mehr sich namentlich die ganze Nachfrage und das ganze Angebot hier konzentriren, je geschickter die Makler werden ꝛc., um so besser wissen die reellen Kaufleute ihres Gleichen von den bloßen Differenzspielern zu unterscheiden. Sie überlassen die Letzteren ihrem unfruchtbaren und gefährlichen Treiben, und brauchen dadurch in ihren eigenen Operationen eben so wenig irre gemacht zu werden, wie in unsern Bädern die Aerzte und Badegäste durch das Treiben der Spielhäuser.

Deutscher Bund.

Bayern. Die „Allg. Z." berichtigt ihre neuliche (auch in unser Blatt übergegangene) Angabe über die Wahl neuer Mitglieder in die Akademie der Wissenschaften dahin, daß die Wahlen der Klassen (und bloß solche waren es) noch nicht Wahlen der Akademie sind, sondern Vorschläge, welche von den einzelnen Klassen an die Gesammtakademie gehen, von der sie in ihrer nächsten allgemeinen Sitzung erst zu Wahlen der Akademie erhoben, wenn sie von ihr nicht abgelehnt werden. Sie gehen dann zur Bestätigung an Se. Maj. den König, und erst nach Eintreten derselben ist der Wahlakt als geschlossen zu betrachten und wird in der nächsten öffentlichen Sitzung zum Geburtstage des Monarchen proklamirt.

München, 14. Juli. In der am 10. d. stattgehabten öffentlichen Sitzung des Magistrats wurde einstimmig beschlossen, daß die Gräber der Erfinder der Lithographie, Sennfelder, († 1834) und der Stenographie Gabelsberger († 1849) für ewige Zeiten unverkäuflich und unantastbar bleiben und als solche in die Leichenbücher eingetragen werden sollen. (Deutschl.)

München, 15. Juli. Ein Korrespondent des „Schwäb. Merk." will wissen, das Kriegsministerium werde bei Sr. Maj. beantragen, mit dem Etatsjahre 1856—57 anfangend, für die Subaltern-Offiziere und Militärbeamten bis zum Oberlieutenantsgrade einschließlich nach einer Anzahl Dienstjahre Dienstalterszulagen zu bewilligen.

Preußen. Berlin, 15. Juli. Der Polizeipräsident Frhr. v. Zedlitz hat bei der jüngsten Versammlung der Schutzmannschaft seinen Entschluß die militärischen Exerzitien abzuschaffen, ausgesprochen, in der Erwartung, daß die Schutzmannschaft auch ohne diese militärischen Uebungen ihre Disziplin aufrecht erhalten und ihre Pflicht nach wie vor erfüllen werde. Dem Polizeipräsidium dürfte der bisherige militärische Charakter unter dem neuen Chef überhaupt genommen und den operativen Beamten namentlich diejenige Amtssphäre wieder zugewiesen werden, welche ihnen nach dem Verwaltungsorganismus zukommt, und über welche sie sich zur ungebührlichen Belästigung des Publikums seither nur zu sehr erhoben. (Fr. Pstz.)

Berlin, 15. Juli. Die Polizei hat vor einigen Tagen wieder einmal eine grandiöse Spielgesellschaft aufgehoben. Dieselbe befand sich in einem Privathause in der Kurstraße. Bedeutende Summen sollen mit Beschlag belegt worden seyn, und es heißt, daß unter den Mitgliedern dieser Gesellschaft, die in flagranti ertappt wurden, neben Spielern von Profession sich auch Männer aus sonst sehr geachteten Familien befinden. (Allg. Ztg.)

Hannover. Hannover, 14. Juli. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer kam sie zur Berathung der von der Regierung vorgelegten (von der 2. Kammer bereits verworfenen) Aenderungsvorschläge zu den §§. 84, 88, 171 und 180 des Landesverfassungsgesetzes und zum Wahlgesetze von 1840 und der von der Finanzkommission dazu gestellten Anträge. Der Regierungsvorschlag zu Nr. 15 des §. 84 geht dahin: in die erste Kammer auf die Dauer des Landtages 12 vom König zu ernennende Mitglieder und zwar unter ihnen 7 aus dem nicht ritterschaftlichen Grundbesitze eintreten zu lassen. Der erste Antrag der Kommission geht auf Ablehnung dieser Proposition, der zweite empfiehlt der Regierung Folgendes zu erwidern:

„Stände haben zwar anzuerkennen, daß zur Förderung einer richtigen Geschäftsverbindung zwischen der königlichen Regierung und der Ständeversammlung, sowie zu einer heilsamen Erledigung der vorkommenden Angelegenheiten der Krone das Recht zu sichern sey, ihre Vorschläge und Ansichten in beiden Kammern durch Mitglieder der königlichen Regierung vertreten lassen zu können, sie müssen jedoch dafür halten, daß für diesen Zweck die beabsichtigte Zahl von Ernennungen neben den bereits vorhandenen Organen königlicher Regierung nicht erforderlich scheine, so wie daß der bezeichnete Zweck am zuverlässigsten erreicht werde durch eine Bestimmung, wodurch der Krone das Recht eingeräumt wird, in jede Kammer bloß vier Mitglieder zu entsenden."

„Antrag 3. Was hiernächst die Absicht königlicher Regierung anlangt, Elemente in die erste Kammer zu bringen, welche nach der Verfassung von 1830 keinen Platz darin einnehmen, so vermögen Stände in dem behufs Ausführung dieser Absicht gemachten Vorschlage ein für den vorgezeichneten Zweck geeignetes Mittel nicht zu erblicken, halten unter den obwaltenden Verhältnissen vielmehr dafür, daß erst dann zu einem sichern Urtheile darüber zu gelangen sey, ob und in welcher Weise auf anderweite Mittel zu diesem Zwecke das Absehen zu richten seyn würde, wenn die längst als Bedürfniß erkannte zeitgemäße Reform der Ritterschaften ernstlich versucht seyn würde. Stände geben königlicher Regierung anheim, hierauf zunächst, und zwar mit thunlichster Beschleunigung Bedacht nehmen zu wollen." Heute wurde der erste Ausschußantrag fast einstimmig angenommen. Deßgleichen der zweite Antrag und zum dritten Antrage ein Verbesserungsantrag von v. Klencke, wonach die Worte, „längst als ein Bedürfniß anerkannte" ausfallen und statt Ritterschaften Provinziallandschaften substituirt ist, zum Beschlusse erhoben. (Z. f. N. D.)

Württemberg. Stuttgart, 11. Juli. Die hiesige polytechnische Schule soll in ein Realgymnasium, das die allgemeine Vorbildung natürlich aus vorherrschend technischem und realistischem, nicht humanistischem Gesichtspunkt übernehmen soll, und in die eigentlich polytechnische Schule mit ihren Fachkursen getheilt werden. Zwischen beide soll ein praktisches Jahr, in den von den Einzelnen gewählten Berufszweigen, obligatorisch eingeschaltet werden. Der technische Unterricht wird durch diese Reformen eine mit den humanistischen Gymnasien und der Universität vollkommen ebenbürtige Stellung erhalten. Der Kultusminister beabsichtigt außerdem in Konkurs zu vergebende polytechnische Stipendien zu gründen. (D. A. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 15. Juli. (Privat-Korresp.) Die Reise Sr. Maj. des Kaisers nach Italien wird nicht, wie dies ursprünglich bestimmt war, anfangs August, sondern erst anfangs September stattfinden und bis Mailand ausgedehnt werden. Man spricht auch davon, daß der Monarch bei dieser Gelegenheit einen Besuch in Florenz abstatten wird, doch ist hievon nichts Verläßliches noch bekannt. Während seiner Anwesenheit in Verona werden dort großartige Manöver stattfinden, wozu auch mehrere fremde Fürsten geladen sind. Was die in letzterer Zeit stattgefundenen zahlreichen Truppendislokationen betrifft, so haben dieselben den Zweck, jeden Versuch einer revolutionären Erhebung in Parma, dem Kirchenstaate oder in Toskana niederzuhalten. Die Stellung des Truppenkommandanten in Parma, Grafen Crenneville, ist fortwährend eine sehr schwierige, da ihm von Seite der herzogl. Regierung stets neue Schwierigkeiten bereitet werden. Wie man hört, hat der Graf die Absicht gehabt, seine Demission einzureichen, dieselbe jedoch wieder aufgegeben, nachdem ihm von Wien bedeutet worden, daß sie nicht angenommen werden würde. Der Kaiser Franz Joseph hat übrigens an die Herzogin von Parma ein Schreiben gerichtet, in welchem die von dem General angeordneten Maßregeln vertheidigt werden.

Wien, 12. Juli. Mit sinniger Beziehung ist der neugeborenen Erzherzogin in der Taufe der Name Gisella ertheilt worden. Die erste Fürstin, welche die ungarische Königskrone trug, war Gisella, die Tochter des Herzogs Heinrich von Bayern und seiner Gemahlin Gisella von Burgund. Sie wurde im Jahre 995 zu Gran mit dem jungen Herzog Waik, Gisella's Sohn, an demselben Tage verlobt, an welchem er zum Christenthume übertrat und in der Taufe den Namen Stephan annahm.

Die Vermählung wurde auf der Burg Scheyern im Bayerland, dem Stammschlosse des königl. bayerischen Hauses Wittelsbach, gefeiert. (Ostd. P.)

Schweiz.

Bern, 14. Juli. Der Nationalrath hat heute statt des seitherigen Zolles auf eingeführtes Eisen eine einheitliche Abgabe von 1 Fr. per Zentner für alles geschmiedete, gezogene und gewalzte Eisen, ohne Rücksicht auf dessen Werth, festzusetzen beschlossen.

Spanien.

Madrid, 9. Juli. Noch immer erfährt man aus den Provinzen Nachrichten von Theuerungsmeutereien und Brandstiftungen. Hier ist noch kein Versuch zur Brandstiftung vorgekommen, obgleich Vorbereitungen getroffen waren. Vergangenen Sonntag ritt ein Mann durch die Straßen, und verbreitete mordbrennerische Proklame. Die Regierung entdeckte ferner eine Niederlage von Terpentinspiritus, der, wie es scheint, zur Anzündung verschiedener Häuser wohlhabender Personen bestimmt war. Durch die Enthüllung eines Mitverschworenen ist jedoch das Unglück, welches sich aus so scheußlichem Plane ergeben konnte, verhindert worden. — Vorgestern stand die ganze Garnison unter Waffen, da man auf verschiedenen Punkten der Stadt Rufe: „Es lebe die Republik! Es sterben die Reichen!" vernommen hatte. — Aus Vich erfährt man, daß zwei dortige Fabriken verbrannt sind. Bei Pina, einem Ort in der Nähe Saragossa's, wurden reife Aernten auf den Feldern angezündet. (Allg. Z.)

Madrid, 11. Juli. Die Polizei hat in verschiedenen Provinzstädten und in Madrid Exemplare von Volksliedern aufgegriffen, welche mit Heiligenbildern geschmückt, allerlei sozialistische Wunder erzählen, und mit Lehren in demselben Sinne angefüllt sind. So suchen die Aufwiegler das Volk zu bethören. (Fr. J.)

Italien.

Rom, 8. Juli. Der Stellvertreter des Papstes bei der Taufe des kaiserlichen Prinzen, Kardinal Patrizi, traf letzten Samstag Abends hier ein. Für seine Person vom Kaiser überreichlich beschenkt, sollte er auch dem Papste Gegengeschenke überbringen. Sie waren aber bei seiner Abreise von Paris nicht alle bereit und sollen demnächst hier eintreffen. (A. Z.)

Zu **Modena** wurden am 5. d. M. sieben Personen zu Kerkerstrafen von 5 bis 20 Jahren verurtheilt, weil sie überwiesen sind, einer geheimen Gesellschaft anzugehören, welche die „Ausrottung der katholischen Religion, den Umsturz der Throne, den Mord der Herrscher und der Geistlichen im Allgemeinen und andere Unthaten" bezweckte, weil sie Waffen aller Art aufgebracht und geheime Versammlungen abgehalten hatten, um einen Aufstand vorzubereiten. (Z. f. Nordd.)

Aus **Tarent** in Neapel, 30. Juni, wird der „D. Allg. Zeitung" geschrieben: „Gestern Morgen verbreitete sich die Schreckenskunde, daß man eine **republikanische Verschwörung** entdeckt habe und daß während der vorangegangenen Nacht vielfache polizeiliche Haussuchungen und Verhaftnahmen stattgehabt hätten. Die Bestürzung war allgemein und sie vergrößerte sich noch, als man erfuhr, daß zwei Persönlichkeiten, welche bisher in dem Rufe standen, Ultraroyalisten zu seyn, der Marchese di Polignano und Don Antonio die Castroni, Mitglied des Bezirksraths, die republikanischen Komplotthäupter gewesen. Außer diesen Genannten, bei denen man auch ansehnliche Waffenniederlagen aufgefunden haben soll, sind noch drei Geistliche, ein Lehrer, zwei Advokaten, vier Edelleute, ein Offizier, zwei Corporale, sechs Soldaten und zehn Bürger arretirt und auf's Castell abgeführt worden. Infolge dieses Ereignisses sind heute die Spitzen der Bürgerschaft zur Berathung über eine Loyalitätsadresse an den König zusammengetreten, die mit den Unterschriften aller Einwohner (von denen aber kaum ein Sechstel seinen Namen schreiben kann) versehen werden und sodann nach Neapel gesandt werden soll; es dürfte dieser Schritt jedoch wenig fruchten. — Gelegentlich einer **Prozession**, die am 15. Juni hier abgehalten wurde, trug sich folgender Vorfall zu: Der Steuermann eines hier vor Anker liegenden sardinischen Schiffs, Tanaro, amerikanischer Unterthan und Protestant, hatte sich zunächst der Kathedrale postirt, um den Prozessionszug mit anzusehen. Ob nun unbekannt mit den katholischen Gebräuchen oder ob aus Trotz dazu veranlaßt, blieb er, als der Erzbischof selbst, die Monstranz tragend, an ihm vorüberkam, aufrecht und mit bedecktem Haupte stehen. Augenblicklich erscholl der mehrhundertstimmige Ruf: „A basso il capello!" (Herunter mit dem Hut!) und fast in derselben Sekunde war der Mann zu Boden geschlagen und die fanatische Menge machte sich ein Vergnügen daraus, über ihn hinwegzuziehen und ihn mit Füßen zu treten; die Polizei rührte sich nicht. Unfehlbar hätte der Pöbel dem Armen, der ohnmächtig dalag und stark blutete, aus purem Glaubenseifer noch Schlimmeres zugefügt, wenn nicht schon nach wenigen Minuten Rettung erschienen wäre, und zwar in der Person des Erzbischofs selbst. Der würdige, greise Prälat, durch den Lärm aufmerksam geworden, ließ den Zug halten, trat unter dem Baldachin heraus, schritt, das Hochheilige in den Händen tragend, durch die tobenden Rotten und befahl einigen nun auch zum Vorschein kommenden Polizeidienern, den Verwundeten in den erzbischöflichen Palast zu tragen und ihm dort sofort ärztliche Hülfe und Pflege angedeihen zu lassen. Der Pöbel stand Angesichts dieser Scene wie verdummt da. — Der Landstrich zwischen hier und Castellaneta wird seit 14 Tagen durch die **Räuberbande** eines gewissen Miranta, ehemaligen Kapitäns in der Revolutionsarmee, unsicher gemacht."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 4. Juli. Die muselmanische Bevölkerung von Bebek — am europäischen Bosporusufer, etwa zwei Stunden von hier gelegen — ist seit einigen Tagen in großer Aufregung. Ein Imam — mohamedanischer Geistlicher — ließ sich taufen und hat dort vorigen Sonntag gepredigt. Seine Rede soll viel Aufsehen gemacht haben. Wie ich höre, will man ihn nach England schicken, was zu seiner persönlichen Sicherheit wahrscheinlich das rathsamste seyn möchte. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Die „D. Allg. Ztg." gibt, wie sie sagt, nach einem vertraulichen Privatschreiben aus **Warschau** folgende Notizen über die Haft und Befreiung (die erst kürzlich noch von der „Allg. Ztg." bezweifelt wurde) des bekannten politischen Gefangenen Michael **Bakunin**: „Nach seiner Auslieferung durch die Oesterreicher an Rußland war Bakunin zuerst zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in den uralschen Bergwerken verurtheilt worden; allein an dem Tage, an welchem er von Warschau aus seine traurige Reise nach dem Ural antreten sollte, kam von Petersburg ein kaiserlicher Gegenbefehl, der die provisorische Gefangenhaltung Bakunin's in der Citadelle von Warschau verordnete. Dort brachte er in einer Kassematte fünf Monate zu, als er plötzlich in einer Nacht in eine Kibitke gepackt und nach Petersburg abgeführt wurde, wo er eine unterirdische Zelle in der Festung bezog. In dieser, ohne Tageslicht, an Händen und Füßen gefesselt, brachte Bankunin neun Monate zu und verfiel zuletzt in eine schwere Krankheit, während der man ihn zur bessern Pflege in ein Gefängnißzimmer des zweiten Stockwerks brachte, das mit einem Fenster und einem Bett versehen war. Dieses Zimmer ließ man ihm auch nach seiner Genesung, nahm ihm später die Handeisen ab und beschäftigte ihn mit schriftlichen Arbeiten für das Militärbureau der Festung. Hier blieb Bakunin bis zu seiner Befreiung, die bekanntlich General Murawieff, Bakunin's Oheim, nach der Einnahme von Kars von dem Kaiser Alexander erwirkte."

Handels- und Börsen-Berichte.

Liverpool, 15. Juli. (Wollbericht.) Der Markt war heute sehr stille und beschränkte sich der Umsatz auf 2000 Ballen Baumwolle; Preise sind jedoch fast ohne Veränderung seit gestern. (T.D.d.H.N.)

Stettin, 11. Juli. Zucker. Die Frage nach raffinirter Waare hat bei mangelnden Vorräthen eher zu als abgenommen und die hiesigen Raffinerien verkaufen nicht unter den vollen Preisen vom 24. Juni, wozu sie aber auch nicht einmal im Stande sind, pressante Ordres prompt auszuführen. Die zu der am 24 d. M. stattfindenden holländischen Auktion bekannt gewordenen Mäkler-Taxen sind 4 fl. höher als der Maiablauf und dessen ungeachtet sprechen sich die Berichte dahin aus, daß solche für die Auktion selbst nicht maßgebend seyn werden, indem man noch höhere Preise erwartet. Die an allen Hauptmärkten trotz bedeutend größerer Zufuhren abgenommenen Bestände gegen eine gleiche Zeit des v. J. machen eine weitere allgemeine Werterhöhung dieses Artikels nicht unwahrscheinlich. Man klagt auch in unserer Gegend über das durch das kalte Wetter sehr zurückgebliebene Wachsthum der Rübenpflanzen, und man zweifelt, daß günstigere Witterung die verlorene Zeit wieder wird einbringen können. In Rohzuckern pr. neue Kampagne haben wegen mangelnden Angebots noch keine Abschlüsse stattgefunden. — Syrup unverändert. Kölner fast geräumt und mit 12½ Thlr. nominell zu notiren, Königsberger 11¾ a 12¼ Thlr. nach Qualität gef.

Breslau, 12. Juli. Der Zuckermarkt behauptet sich, bei anhaltend guter Stimmung, in seiner vollständigen Festigkeit, ebenso blieben auch diese Woche Melisse und weiße Farine am vorherrschendsten gesucht, während für alle Zuckergattungen jedoch unsere letzten Notirungen voll und schlank bewilligt worden.

Magdeburg, 11. Juli. Rohzuckern nur noch bei Kleinigkeiten vorhanden, Preis $14\frac{1}{2}$ a $15\frac{1}{2}$ Thlr., auf Lieferung wenig Geschäft, pr. Septbr.—Dezbr. 14 a $14\frac{1}{2}$ Thlr. nominell. In raffinirten Zuckern guter Handel bei kleinen Vorräthen. Raffinaden $20\frac{3}{4}$ a $21\frac{3}{4}$ Thlr., Melis in Broden 20 a $20\frac{5}{8}$ Thlr. excl. Faß, gemahlener Melis $19\frac{7}{8}$ a $20\frac{1}{4}$ Thlr. Rübensyrup $2\frac{1}{4}$ Thlr. pr. Ztr.

Frankfurt, 17. Juli. Bei ziemlich bedeutendem Geschäft waren fast sämmtliche Effekten etwas mehr angeboten, insbesondere erlitten 3pCt. Spanier einen merklichen Rückgang.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien waren beliebt, sie wurden zu 104, $\frac{1}{8}$ und 104 umgesetzt und schlossen fest.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1293P. 1288G. Neue Bankaktien 421 P. 419 G. Credit-Actien à 5pCt. 237 P 235 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $83\frac{3}{4}$P. $83\frac{1}{2}$G. 5pCt. Lombard-Ven. $90\frac{1}{8}$ P. $89\frac{7}{8}$ G. Metall. alte à 5pCt. $82\frac{1}{4}$ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. $90\frac{1}{4}$ P. $89\frac{3}{4}$ G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $72\frac{1}{4}$P. 72 G.; à 4pCt. $65\frac{1}{4}$P. $64\frac{3}{4}$G.; à 3pCt. 49 P. $48\frac{1}{2}$ G.; à 1pCt. $16\frac{3}{8}$ P. $16\frac{1}{8}$G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 — P. 117G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $103\frac{1}{4}$ P. $102\frac{3}{4}$ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 278 P. 276 G.

Preussen. $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 87 P. $86\frac{1}{2}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $112\frac{1}{2}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 89 P. $88\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$P. $94\frac{1}{4}$G.; 4pCt. Grundrente $95\frac{1}{4}$ P. $94\frac{3}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $101\frac{1}{8}$P. $100\frac{5}{8}$G.; $4\frac{1}{2}$pCt. Ostbahn-Aktien $104\frac{5}{8}$ P. $104\frac{3}{8}$ G. 5pCt. $101\frac{1}{4}$P. $100\frac{3}{4}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $149\frac{1}{2}$ P. 149 G. Neustadt-Weissenb. $112\frac{1}{2}$ P. 112 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $119\frac{1}{2}$P. 119 G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. 91 P. $90\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. 103 P. $102\frac{1}{2}$ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. $42\frac{3}{4}$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. $39\frac{5}{8}$ P. $39\frac{3}{8}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. $62\frac{1}{2}$ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. $100\frac{1}{4}$P. $99\frac{3}{4}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{3}{4}$P. $102\frac{1}{4}$ G.; Loose à fl. 50 — P. $113\frac{3}{4}$ G.; à fl. 25 34 P. $33\frac{3}{4}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 419 P. 417 G.; junge $364\frac{1}{2}$ P. $362\frac{1}{2}$ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank $109\frac{3}{8}$P. $108\frac{7}{8}$G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. $47\frac{3}{4}$G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{4}$ P. $89\frac{3}{4}$ G., Loose à fl. 25 $32\frac{1}{4}$ P. 32 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $84\frac{1}{4}$P. — G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $93\frac{3}{8}$P. $92\frac{7}{8}$G.; Bankaktien $120\frac{1}{2}$ P. 120 G.; Taunus-Aktien 324 P. 322 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 86 P. $85\frac{1}{2}$ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. $87\frac{3}{4}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 560 P. 555 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 P. $36\frac{3}{4}$ G.; 1pCt. neue $23\frac{11}{16}$P. $23\frac{9}{16}$G. **Holland.** Integrale $64\frac{1}{2}$ P. $63\frac{1}{2}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. $100\frac{1}{8}$P. $99\frac{7}{8}$G.	Lond. Lst. 10 k. S. $118\frac{3}{4}$P. $118\frac{1}{2}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{8}$P. $119\frac{7}{8}$G.	Mail. i. S. Li. 250 k. S. $101\frac{1}{4}$P. 101 G
Berlin Thlr. 60 k. S. $104\frac{7}{8}$P. $104\frac{5}{8}$G.	Paris Frs. 200 k. S. $93\frac{3}{4}$P. $93\frac{1}{2}$G.
Cöln Thlr. 60 k. S. $104\frac{7}{8}$P. $104\frac{5}{8}$G.	Lyon Frs. 200 k. S. $93\frac{3}{4}$P. $93\frac{1}{2}$G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. $96\frac{3}{8}$P. $96\frac{1}{8}$G.	Wien fl. 100 C. k. S. $117\frac{1}{8}$P. $116\frac{7}{8}$G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. $88\frac{3}{4}$G.	Wien 3 M. mit 4% $116\frac{7}{8}$P. $116\frac{5}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 16. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{9}{16}$; 5pCt. Metall. $83\frac{9}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 —; von 1854 $105\frac{1}{4}$; Bankaktien 1103; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $384\frac{1}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 600; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien $2862\frac{1}{2}$. Wechselkurse: Augsburg uso $102\frac{7}{8}$. London 10. $3\frac{1}{2}$. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Hannover, 14. Juli. Der König hat, wie mitgetheilt wird, das Bankprojekt genehmigt und die Herren vom Komite gestern empfangen. (H. N.)

Hannover, 14. Juli. Obergerichts-Anwalt Oetker, der vormalige Redakteur der „N. Hess. Z.," Mitglied der Kammer und des Ausschusses, der von vielfachen jahrelangen Verfolgungen unlängst durch freisprechendes Erkenntniß erlöst ist, war einige Tage bei hiesigen Verwandten und Freunden zum Besuch, nachdem er vorher bei seiner Familie in Kassel unangefochten sich aufgehalten hatte. Er ist vorläufig nach dem Seebade Ostende abgereist. Sein Freund und Leidensgefährte Dr. Pfaff, dem gleich ihm die Heimat wieder offen steht, wird sie schwerlich wieder zum Wohnsitz nehmen, da er in seiner Stellung als Professor eine befriedigende Thätigkeit in der Schweiz gefunden hat. (H. N.)

Heidelberg, 16. Juli. Heute wurde dahier ein Senatsbeschluß dahin verkündet, daß „in Folge der dahier und in der Umgegend fortwährend von Seiten der Corpsverbindungen stattgehabten schweren Exzesse, dieselben aufgelöst seyen." Ferner wurden neun Mitglieder hiesiger Corps von der Universität weggewiesen. (Fr. J.)

Wien, 13. Juli. Den evangelischen Privatgymnasien in Ungarn, die das Oeffentlichkeitsrecht (d. h. das Recht zu staatlich gültigen Entlassungsprüfungen) noch nicht erhalten haben, ist vor einiger Zeit die bestimmte Weisung zugegangen, die Einrichtungen einzuführen, welche das jetzige Unterrichtssystem vorschreibt, und sich bis zu Anfang des nächsten Schuljahres darüber auszuweisen, daß sie diesem Auftrage vollständig nachgekommen seyen. Dem Vernehmen zufolge haben sich der Durchführung dieser Maßregel Schwierigkeiten entgegengestellt, welche zunächst eine Erweiterung der zugestandenen Frist wünschenswerth erscheinen lassen, und es sind deßhalb weitere Verhandlungen im Zuge. (N. P. Z.)

London, 16. Juli, Morgens. Wie die heutige „Morning Post" meldet, ist in Madrid eine furchtbare Revolution ausgebrochen. Der Pöbel stand in der Nacht vom Montag unter den Waffen, und es entspann sich ein lebhaftes Gefecht zwischen den Aufständischen und den Truppen. Gestern um 10 Uhr dauerte der Kampf noch fort. Bis dahin waren die Truppen im Besitz der Stadt. Die Aufständischen hatten die Republik proklamirt. Wo Espartero sich befindet, weiß man nicht. (K. Z.)

Die „Allgemeine Zeitung" bringt aus Paris, 16. Juli, folgende telegraphische Depesche: Letzte Nachrichten aus Madrid, vom 15. Juli: „Der Kampf zwischen dem Volk und der Garnison dauerte fort. Heute Abend Suspension der Feindseligkeiten nach Uebereinkunft. Es ist nicht richtig, daß die Republik proklamirt worden ist. Die Königin wurde von den Linientruppen und der Nationalgarde gut aufgenommen."

Madrid, 16. Juli. O'Donnell, der Präsident des vor einigen Tagen neu ernannten Ministerium, ist Sieger geblieben. Es ist eine neue Munizipalität ernannt worden. Ganz Spanien ist in Belagerungszustand erklärt. Mehrere Journale sind unterdrückt worden. Von Espatero hat man keine Nachricht. Es zirkulirt das Gerücht, daß neue Bewegungen zu Saragossa ausgebrochen seyen. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Paris, 17. Juli. Der heutige „Moniteur" bestätigt die Nachricht, daß der Graf Kisseleff zum russischen Botschafter in Paris ernannt sey. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Neapel, 3. Juli. In Beziehung auf den politischen Prozeß, der sofort wieder vor dem Spezialgerichtshof von Neapel eingeleitet werden soll, wird der „Ital. Corr." unter vorstehendem Datum über eine angebliche Einrede des russischen Gesandten Folgendes geschrieben: Der russ. Gesandte, als er hörte, daß man in unserer Stadt wieder einen politischen Prozeß einleiten wolle, that Schritte beim König und versuchte ihn zu bestimmen, die Suspension oder Niederschlagung dieses Prozesses zu befehlen. Allein dies blieb ohne Erfolg und ungeachtet der Vorstellungen des russ. Gesandten wird der Prozeß um keinen Tag, ja nicht um eine Stunde verschoben werden. Man versichert, der russ. Diplomat habe nicht unterlassen, laut und wiederholt auszusprechen, welches die Gefühle sind, die ein mit so vieler Hartnäckigkeit verfolgtes System der Regierung ihm einflöße. Ich habe selbst erzählen hören, daß der russ. Diplomat, nachdem er die Details des Prozesses erfahren, mit Unwillen ausgerufen habe: „Dieser Mann muß entschieden die Revolution im Lande wollen, um sich mit ganz Europa in Kampf zu setzen." (Ob diese angebliche Aeußerung des russ. Gesandten wohl wahr ist!)

Bucharest, 15. Juli. Der Hospodar Ghika ist zum Kaimakam der Wallachei ernannt worden und soll sofort die Regierung übernehmen. In Jassy ist der Bojar Theodor Balsch zum Kaimakam für die Moldau ernannt worden. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☛ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 199.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 19. Juli 1856

Einfluß des Rhöngebirges und dessen Entwaldung auf das Klima der Umgebung und ganz Frankens.

Von einem Forstmanne Unterfrankens.

Auf die kundgewordene Absicht der bayerischen Staatsregierung, durch zu erzielende Wiederbestockung der entwaldeten Abhänge und Höhenpunkte des Rhöngebirges auf dieses selbst, sowie auf die Temperatur ganz Frankens vortheilhaft einzuwirken, dieselbe für die Vegetation günstiger zu gestalten, die rauhen Nordwinde abzuhalten, und eine gleichmäßigere Vertheilung der Regenmenge herbeizuführen, machte man es sich in jüngster Zeit zur Aufgabe, diesen Gegenstand, wie er es wohl verdient, von verschiedenen Gesichtspunkten aus zu beleuchten, und wurden dadurch die entgegengesetztesten Ansichten zu Tage gefördert und zu vertheidigen gesucht.

Während Einige die beabsichtigten Zwecke nur dadurch erreichen zu können glauben, wenn die kahlen Berggipfel wieder von Waldungen gekrönt werden, und den Stürmen Einhalt gebieten, somit die Temperatur und Fruchtbarkeit erhöht und das traurige Loos der Rhönbewohner auf bessere Seite gewendet würde, indem dann auch für Holz verarbeitende Geschäfte hinlänglich Rohstoff vorhanden wäre, und Anlagen von Fabriken ihren Unterhalt sichernde Beschäftigung gewähren könnten; so wird andererseits mit nicht weniger Bestimmtheit behauptet, daß dieses Unternehmen zu keinem Zwecke leiten könne, man hiebei von unrichtigen Anschauungen und Voraussetzungen ausgehe, für die Rhön und ganz Franken eine nachtheilige, und dem beabsichtigten Zwecke gerade entgegengesetzte Wirkung hervorbringen würde, und man nennt es der Phantasie entsprossen, daß diese Waldungen auf größere Entfernungen dem Winde Einhalt gebieten sollten.

Abgesehen von all' diesen Ansichten steht so viel fest, daß die nun kahlen Bergrücken früher mit schönen Laubwaldungen gekrönt waren, wie sich von einigen derselben noch alte Leute zu erinnern wissen, daß die Vegetation eine freudigere, mannichfaltigere, das Gedeihen von Reben und Obst häufiger war, die Temperatur einen für die Agrikultur günstigeren Standpunkt einnahm, die Regenmenge gleichmäßiger vertheilt war, Wolkenbrüche, Ueberschwemmungen, Erdrütsche seltener vorkamen, die Gewitter nicht so häufig und mit weniger Kraft sich entwickelten, ein abgegränzteres, bestimmteres Auftreten der verschiedenen Jahreszeiten sich zeigte; — aber im Laufe der Zeit die klimatischen Verhältnisse Frankens, wie historisch nachweisbar, eine wesentliche Veränderung erlitten haben.

Es muß zugegeben werden, daß die Waldungen durch Verdunstung Wärme binden, dadurch die Temperatur erniedrigen, Nebel und Kälte erzeugen, die Vegetation zurückdrängen, die Winter länger, die Sommer kühler gestalten, der Schnee später zum Schmelzen kömmt; aber diese nachtheiligen Einflüsse können nur dann, wie unten gezeigt wird, die Vortheile der Waldungen überwiegen, wenn dieselben in unverhältnißmäßiger Ausdehnung vorkommen.

Ebenso wenig kann widersprochen werden, daß die Lage des Rhöngebirges wegen seiner Richtung von Norden nach Süden zur gänzlichen Abhaltung der Nord-Winde nicht geeignet ist.

Auch wurde richtig angeführt, daß das zu produzirende Holz wegen Mangels an Flüssen, Wegen und sonstigen Verkehrsmitteln keinen Absatz und nur geringen Werth besitzen würde, dagegen die Viehzucht und das ihr unentbehrliche Rhöngras die erste Quelle der Existenz ihrer Bewohner ist, Kultivirung der Oedungen aber mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden sey, und Dezennien ohne Erfolg vergeben dürften.

Nach Erwägung aller dieser durch die beabsichtigte Wiederbestockung entstehenden Vor- und Nachtheile, deren Ursachen und Wirkungen, glaubt Schreiber dieses Folgendes, auf Erfahrungen, Beobachtungen und Vergleichungen, auf physikalischen und meteorologischen Theorien beruhend als zu berücksichtigend den öffentlichen Aufsätzen entgegenstellen zu dürfen.

Das Klima, der Inbegriff der Witterungseigenthümlichkeiten, hängt außer der geographischen Breite noch von verschiedenen Faktoren ab, als deren wesentlichste anzunehmen sind die örtliche Gestaltung der Bodenoberfläche, Erhebung über des Meeresnioeau, Richtung der Winde, Kulturart und Bodenbedeckung, und durch alle diese die Lufttemperatur als der vorzüglichste Hebel des an den Boden gekettetten Lebens, und gerade bei diesen Temperaturbestimmungen, besonders der heißesten und kältesten Monate, haben die Waldungen einen wesentlichen Einfluß.

Angestellte Vergleichungen der Temperatur von waldlosen und bewaldeten Gegenden zeigen, daß die Waldungen die Dauer der Winterkälte verlängern, im Sommer die Wärme vermindern, überhaupt die Temperatur erniedrigen; denn durch die ständige Verdampfung und Veränderung vom tropfbar flüssigen in den elastischen Zustand wird ein Theil des freien Wärmestoffs der Luft an diese Wasserdämpfe gebunden, und im Verhältnisse dieser Ausdünstung die Atmosphäre abgekühlt.

Damit aber ist noch keineswegs die nachtheilige Einwirkung des erniedrigten Temperaturzustandes auf die Vegetation der bei uns angebauten Gewächse dargethan, vielmehr wird diese Temperaturerniedrigung bei nicht unverhältnißmäßiger Ausdehnung und zweckmäßiger Vertheilung der Waldungen die Extreme der Witterung einander nähern, die Ab- und Zunahme der Temperatur durch den Einfluß der Waldungen langsamer erscheinen lassen, geringere Ungleichheit bewirken, wodurch die plötzlichen Abwechslungen, die für die Vegetation so verderblich wirken, sich nicht so häufig darstellen, als in von Wäldern belaubten Ländern; dadurch werden vorzüglich im Frühjahre die für's Pflanzenleben nachtheiligen Einflüsse abgewendet, die gesammte Vegetation im Keimen und Blühen zurückgehalten, Spät- und Frühfröste weniger nachtheilig auf sie einwirken, die Sommer kürzer und kühler, die Winter länger aber keineswegs strenger erscheinen.

Zur feuchten Jahreszeit werden die mit Dünsten geschwängerten, durch die Winde herströmenden Wolkenschichten an den bewaldeten Bergen von den hoch in die Luft strebenden Bäumen und deren Zweigen vermöge der bei ihnen herrschenden niedrigen Temperatur genöthigt, sich zu verdichten, Niederschläge zu bilden, und so die Ebenen von allzureichlichem Regen verschont, während zur trockenen und heißen Jahreszeit die in den Wäldern zurückgehaltene Feuchtigkeit, durch die Wärme entbunden, verdunstet. In der Entwicklung und Fortführung dieser Dünste aus den Waldungen liegt aber größtentheils die Ursache der den Pflanzenwuchs begünstigenden Regen, welche zum Gedeihen der Vegetation das Meiste beitragen.

Es ist sohin der Einwurf, als erniedrigen die Wälder die Temperatur, wohl begründet, aber bei einer richtigen Vertheilung nicht zum Nach-, sondern zum Vortheile der Vegetation, zur Erhöhung der Fruchtbarkeit des Bodens und Verbesserung des Klima.

Ein weiterer Vortheil der bewaldeten Höhen ist die Abhaltung und Brechung der rauhen, für den Pflanzenwuchs so schädlichen Winde.

Es bedarf keines Beweises, daß die Gebirge auf die Temperatur der von ihnen begränzten Länder großen Einfluß haben, welche auf den geschützten Lagen eine erhöhte ist, und dies um so mehr, wenn sie bewaldet sind, wo die Bäume gegen die Winde eine Schutzwand bilden, sie durch ihre Masse aufhalten, ihre Richtung verändern, dieselben, besonders die rauhen trockenen Nordwinde, mit den in den Wäldern erzeugten Ausdünstungen schwängern, und ihnen dadurch ihre schneidende Schärfe nehmen.

Sowie die bewaldeten Höhen im Winter durch Brechen der rauhen Winde und dadurch, daß die Bäume das Ausströmen der Bodenwärme hemmen, die Temperatur höher ge-

stalten, als auf freiem Felde, so verlieren die Winde im Sommer beim Durchstreichen durch die Wälder von ihrer Trockene und Wärme und mildern die Hitze gleich den Gewässern der See durch aufgenommene Feuchtigkeit, während jene durch öde kahle Berge streichenden immer brennender werden, dem vegetabilischen und animalischen Leben Verderben bereiten.

Auch nehmen die bewaldeten Bergrücken die mit schädlichen Krankheitsstoffen geschwängerten Dünste auf und tragen zur Zersetzung und Zerstreuung derselben sehr viel bei.

Mithin haben die bewaldeten Höhen auf die Winde, ihre Richtung und Schnelligkeit einen zur Beförderung des Landbaues nützlichen Einfluß, machen eine reichlichere und mannichfaltigere Produktion möglich, gewähren größere Sicherheit der landwirthschaftlichen Unternehmungen, und verhindern die für die Naturprodukte so verderbliche Ungleichmäßigkeit in der Temperatur.

Daß aber gerade die mit Bäumen bewachsenen Höhenpunkte obige Vortheile am meisten gewähren, erklärt sich dadurch, daß mit der Erhebung über die Ebene die Ausdünstung der Wälder, mit ihr zugleich die Feuchtigkeit der Luft zunimmt. Die Höhen und Gipfel der Berge sind dem Windzuge mehr ausgesetzt, werden dadurch von ihren schädlichen Dünsten gereinigt, das Wasser, das zurückgehalten wird, muß allmählig durchsickern, in die niedrigen Gegenden ablaufen, wodurch alles Schädliche beseitigt wird, während bei den niedrig gelegenen Waldungen die Wirkung auf den Dunstkreis gering ist und schädliche Dünste sich anhäufen.

(Schluß folgt.)

Deutscher Bund.

Eisenach, 14. Juli. Es bestätigt sich, daß die Zollkonferenz eine höhere Besteuerung des Rübenzuckers eintreten lassen will. (Magd. Z.)

Bayern. Mit den Erdarbeiten auf den Ostbahnen will es nicht recht vorwärts gehen, weil namentlich die Grunderwerbungen sehr aufhalten, denn die Grundbesitzer haben größtentheils sehr zähe Naturen. Dabei spielt leider auch die Spekulation ihre Rolle: mancher Wohlhabende hat erst in der allerjüngsten Zeit, sobald sie vernommen hatten, welche Richtung die oder die Eisenbahnstrecke erhalten soll, die Gründe angekauft, stellen jetzt bedeutend hohe Preise, und halten so das Ablösungsgeschäft auf. Die „Passauer Ztg." meint, man könne von Glück sagen, wenn heuer überhaupt noch die Linie von München nach Freising in Angriff genommen werden kann. (B. Ldb.)

Durch einen Erlaß das Staatsministerium des Innern vom 7. d. M. sind die Polizeibehörden angewiesen, gegen Heiraths-Bewerbungen in öffentlichen Blättern außer der polizeilichen Einschreitung auch die Anwendung der Art. 16*) und 20**) des Preßstrafgesetzes durch die Gerichte zu veranlassen, weil die Ankündigungen von Heirathsanträgen in öffentlichen Blättern eine Profanirung des Institutes der Ehe, eine Entwürdigung der Grundlagen der sozialen Verhältnisse und einen mächtigen Anlaß zum Verfalle der Sittlichkeit bilden. (N. K.)

Württemberg. Stuttgart, 17. Juli. Auf ergangene Anzeige des Verdachts eines Vergehens verfügte sich gestern Abend die Polizei in die Wohnung eines schon seit mehreren Jahren sich hier aufhaltenden Fremden. Der Verdacht erwies sich als ungegründet. Gleichwohl wurde der Fremde in Haft genommen, wo er sich noch befindet, weil sich durch seine Angaben herausstellte, daß er ein Flüchtling aus der badischen Revolutionszeit sey. (Schw. M.)

Kurhessen. Auf den Antrag der Provinzialregierung von Oberhessen hat das Ministerium dem Bischof von Fulda aufgegeben, zwei aus dem Weimar'schen gebürtige und in hiesiger Provinz fungirende Kapläne aus dem Kirchendienste in Kurhessen zu entfernen, weil sie Ausländer sind und den landesherrlichen Tischtitel nicht besitzen. Eventuell ist deren Ausweisung verfügt. (Fr. J.)

Freie Städte. Bremen, 16. Juli. Emil Meyer, bekanntlich in Sachen des Todtenbundes verurtheilt, ist vom Senat begnadigt und heute seiner Haft entlassen worden. (W.-Z.)

Oesterreich. Wien, 15. Juli. Die „Wiener Ztg." veröffentlicht das Verzeichniß derjenigen Personen, welchen die „Auflassung der Vermögens-Konfiskation" bewilligt worden ist. Es füllt mehr als zwei Seiten des amtlichen Blattes und enthält in der Mehrzahl gewesene Militärs, aber auch Personen in verschiedenen Privatstellungen, katholische Priester, Advokaten, Gutsbesitzer und Bauern und auch den Schauspieler Euk v. Padzoup. Die Zahl der auf diese Weise Begnadigten übersteigt 600.

---

*) Handelt u. A. von Angriffen auf die Rechtsinstitute der Ehe und der Familie.

**) Enthält Strafbestimmungen gegen Denjenigen, welcher in einer Schrift die Religion oder Sittenlehren durch Ausdrücke der Verachtung oder Verspottung angreift.

Schweiz.

Bern, 15. Juli. Heute ist der Nationalrath in die Berathung des Landesverrathsprozesses eingetreten. Die Mehrheit der Kommission (Dufour, Martin und Gonzenbach) beantragte, dem langwierigen, nutzlosen Prozeß ein Ende zu machen und die Mitglieder des ehemaligen sonderbündischen Kriegsrathes, die durch Tagsatzungsbeschluß vom 8. Febr. 1848 dem Kriminalgericht von Luzern überwiesen wurden, von jeder weiteren Verfolgung zu befreien. Die Minderheit dagegen (Keller und Häberlin) beantragte Tagesordnung, weil sie keine genügenden Gründe zur Niederschlagung des Prozesses finde. Mit 72 gegen 25 Stimmen wurde der Mehrheitsantrag verworfen. Der Ständerath hat den Vorschlag des Bundesraths auf Verabfolgung von 30,000 Fr. an die nächstjährige schweizerische Ausstellung in Bern zum Beschluß erhoben. (Bund.)

Großbritannien.

London, 15. Juli. So eben (Nachmittags) hat Sir C. Wood die bereits angekündigte Coast-Guard-Service-Bill zur zweiten Lesung gebracht. Die Maßregel ermächtigt den Marineminister, die Küstenwache auf die Höhe von 15,000 Mann zu bringen, welche als geübte Matrosen zur Bemannung der Kriegsflotte, so oft ein plötzliches Bedürfniß eintritt, herangezogen werden können. Die ganze Küstenwache soll künftig unter der Admiralität stehen, und in Verbindung mit den Küsten-Freiwilligen, den Invaliden und Seejungen-Schulen eine Matrosenreserve bilden. Sir J. Graham und andere Mitglieder geben der Maßregel ihren vollen Beifall, und die Bill wird ohne Widerspruch zum zweiten Mal verlesen, um in nächster Sitzung durch die Komites zu gehen. (N. Z.)

London, 16. Juli. Die Motion des Hrn. Oliveira für eine Herabsetzung der Zölle auf Wein, namentlich den französischen, wurde zurückgezogen, da der Schatzkanzler erklärte, daß er diese Einnahme nicht entbehren könne. (Fr. J.)

Nach einer Depesche vom Kontre-Admiral Stopford aus Malta, 8. Juli, hat der Transportdampfer „Spartan" am südwestlichen Ende der Rohrfelsen, an der Küste der Berberei, Schiffbruch gelitten. Mannschaft und Truppen nebst einer Dame und einem Kind — zusammen über 800 Seelen — retteten sich auf eine kleine felsige Insel, wo sie an Wasser Mangel litten. Zum Glück wurde das Transportschiff „Edina" zufällig ihre Lage gewahr und versah die Schiffbrüchigen mit Lebensmitteln, und da es ihr an Raum zu ihrer Aufnahme fehlte, meldete er ihre Noth nach Malta, von wo Admiral Stopford drei Dampfer aussandte, um die Verunglückten sammt Bagage abzuholen. (A.Z.)

Frankreich.

* Paris, 16. Juli. Der „Moniteur" veröffentlicht die Namen der englischen Offiziere, Soldaten und Seeleute, welchen der Kaiser durch Dekret vom 16. Juni den Ehrenlegions-Orden verlieh. Es sind fast 600.

Die französische Gendarmerie soll, wie man sagt, bedeutend vermehrt und in ihrer Uniformirung das bisherige blaue, durch das rothe Beinkleid, wie es die Linie trägt, ersetzt werden. Gleichzeitig sollen in allen Departements die Gardes-Champetres organisirt und mit der Gendarmerie einigermaßen verschmolzen werden.

Italien.

In Neapel soll, wie von sardinischen Blättern gemeldet wird, die Unklugheit der Polizeibehörde Anlaß zu einer Demonstration gegeben haben, welche leicht die Vorläuferin wichtiger Ereignisse seyn könnte. Der Polizeikommissär Campagna hatte in der Vorstadt Santa Lucia eine Demonstration organisirt, welche mit dem Feldgeschrei: „Evviva il re assoluto!" (Es lebe der absolute König!), die Zufriedenheit der Neapolitaner und ihre Abgeneigtheit gegen Reformen und gegen die Wiedereinführung der Konstitution ausdrücken sollte. Diese Demonstration aber machte nicht allein Fiasko, sondern rief unmittelbar eine Gegendemonstration hervor, indem Volk und Arbeiter, man sagt auch, Militär in großen Massen mit einer dreifarbigen Fahne durch die Straßen zogen. Die Rufe: „Es lebe die Konstitution! Es leben die Alliirten!" erschollen in kurzen Pausen, und schon fingen die Magazin-Inhaber an, ihre Läden zu schließen. Die Polizei, welche die Massen auseinander treiben wollte, mußte sich zurückziehen, und erst nachdem Truppen anrückten, zogen sich die Haufen zurück. Der Polizeidirektor Bi-

anchini soll außer sich seyn, daß sein Unterbeamter eine solche unerwünschte Geschichte hervorgerufen hat. (Schw. M.)

Nach weiteren Nachrichten aus **Neapel**, soll Gährung und Unzufriedenheit, die längst in der Bevölkerung herrschten, sich jetzt mehr und mehr auch der Truppen bemächtigen. Belege hierfür sind die Insubordination eines Jägerbataillons in Caserta gegen den Kommandanten Barbalunga und die Unruhen der Mannschaft auf der königlichen Fregatte „Amalia". Aehnliche Auftritte sind in dem zu Neapel garnisonirenden zweiten Garderegiment vorgefallen. Oberst Pucci, der durch die Camarilla zu diesem Range befördert worden, wollte zwei Soldaten, die sich mit Erlaubniß ihres Offiziers einige Augenblicke aus Reihe und Glied entfernt, 50 Stockprügel geben lassen; trotz der Erklärung des Offiziers zu Gunsten der Soldaten wurde die Prügelstrafe vollzogen. Einer der Soldaten wurde für todt ins Spital geschleppt. Der Oberst wohnte der Exekution in Person bei und diktirte einem Korporal, der ihm nicht fest genug zu hauen schien, auf der Stelle zehn Hiebe. Da fingen die Soldaten alle an zu schreien: „Nieder mit dem Obersten!" Vor diesem aus allen Reihen des Regiments erhobenen Rufe zog der Oberst sich zurück und ging nach Hause. Als Graf Trapani, des Königs Bruder und Garde-Inspektionsgeneral, dies erfuhr, verlangte er, daß das Regiment ihm die Urheber dieser Insubordination binnen zwei Stunden ausliefere. Als die befohlene Anzeige der Urheber unterblieb, ließ Graf Trapani das ganze Regiment nebst den Offizieren desselben in Arrest bringen. (?) Der Kommissär des Königs macht dem Regiment jetzt den Prozeß; aber wie dem auch sey, solche Vorfälle sind schlimme Dinge für eine Regierung, die sich einzig und allein auf die bewaffnete Macht stützt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Ueber die jüngsten bedauerlichen Vorgänge bei **Giurgewo** geht der „Pr. C." nachstehender Bericht zu, dessen Angaben im Wesentlichen mit den bereits durch französische Blätter veröffentlichten Mittheilungen übereinstimmen: „In dem eine Stunde von Giurgewo entfernten Dorfe Doja ist seit der Eröffnung der französischen Telegraphenlinie ein Wachtposten französischer Soldaten aufgestellt. Am Abend des 30. Juni machte ein von Bucharest kommender österreichischer Militärtransport in Doja Halt. Die Zimmer des einzigen dort vorhandenen Wirthshauses wurden von den diesen Zug führenden Offizieren okkupirt, und so geschah es, daß einer der französischen Soldaten in das Zimmer eines Offiziers trat, um seinen dort gebliebenen Hund zu holen, als der Offizier eben beim Abendessen war. Der französische Soldat grüßte nicht und stieß noch zufälligerweise an den Tisch, so daß einige Gläser umgeworfen wurden. Der Offizier hierdurch gereizt, griff zu seiner Reitpeitsche und prügelte den Soldaten damit ab. Der französische Soldat zog sich in seine Wohnung zurück. Später, als zwei französische und mehrere österreichische Soldaten im Wirthshause saßen, entspann sich wiederum zwischen beiden Theilen ein Streit, und ein herzugetretener österr. Thierarzt erhob gegen den bereits geprügelten französ. Soldaten den Stock. Dieser aber zog sein Pistol und drohte den Arzt niederzuschießen, falls er nicht sofort seinen Stock entfernte. Der Arzt zog seinen Stock zurück, und die französischen Soldaten begaben sich in ihre Wohnung zurück, mit der Absicht, die einem ihrer Kameraden widerfahrene Behandlung von Seiten des k. k. Offiziers noch in derselben Nacht ihrem Vorgesetzten in Giurgewo anzuzeigen. Ehe sie jedoch ihr Vorhaben ausführen konnten, wurde das Haus bereits von 7 österr. Soldaten umstellt. Diese Leute hatten scharf geladen und den Befehl, den erwähnten Soldaten zu arretiren. Die beiden französischen Soldaten verrammelten jedoch die Thür so gut als möglich und weigerten sich, sich zu ergeben. Als die österr. Truppen nach zweistündiger Belagerung sahen, daß sie, ohne Gewalt anzuwenden, nicht zum Ziele kommen würden, rannten sie die Thür ein, und einer von ihnen schoß durch die entstandene Oeffnung den zu arretirenden französischen Soldaten nieder. Der Tod erfolgte, wie die Obduktion herausgestellt, augenblicklich. Feldmarschall Coronini hat, als ihm dieser traurige Vorfall gemeldet wurde, sofort eine Untersuchungskommission an Ort und Stelle geschickt. Der österr. Offizier und der Soldat, welcher schoß, befinden sich in Haft."

Rußland und Polen.

Nach einer telegraphischen Depesche aus **St. Petersburg** vom 13. Juli ist der frühere Kriegsminister Fürst Dolgorucki zum Chef der Gendarmen und der 3. Abtheilung der eigenen Kanzlei des Kaisers ernannt worden. (Fr. J.)

Amerika.

* Die jüngsten Berichte aus **Vera-Cruz** schildern die Zustände **Mexikos** mit sehr düsteren Farben. Mehrere Gutsbesitzer wurden auf ihren Landhäusern ermordet. Zu Vera-Cruz brachte das Erscheinen des spanischen Geschwaders im Hafen, große Aufregung hervor und man hörte vielfach den Ruf: „Tod den Spaniern!"

Afrika.

Der sardinische Vizekonsul in Chartum, Brun-Rollet, hat sich zur Aufsuchung der Nilquellen aufgemacht. In einem Brief an den Ritter Negri in Turin schreibt derselbe, er sey in Begleitung seiner jungen Frau, einer muthigen Marseillerin, nach vierwöchentlicher Reise an einen See gelangt, der 50 Wegstunden im Durchmesser habe. Er sey mit 23 ägyptischen Soldaten in den Mistelar eingelaufen, der in diesen See münde. Brun-Rollet hält den Mistelar für den eigentlichen Nil.

Handels- und Börsen-Berichte.

London, 16. Juli. Für englischen Waizen zeigte sich heute mehr Kauflust und man bezahlte dafür etwas höhere Preise; in fremdem Waizen ging dagegen sehr wenig um, indem es an Käufern fehlte. Frühjahrsgetraide fest. (T.D.d.H.N.)

Liverpool, 16. Juli. (Wollbericht.) Die Stimmung war heute angenehmer und es fanden 5000 Ballen Baumwolle zu den gestrigen Preisen Nehmer. (T.D.d H.N.)

Berlin, 12. Juli. Roggen fest, per Juli-August 68¾, Sept.-Oktober 65, April-Mai 60 Thlr.

Rüböl stark weichend, loko 18, pr. Sept.-Okt. 17 Thlr.

Spiritus fest, loko ohne Faß 41, per Juli 41, Aug.-Sept 37½, Sept.-Oktbr. 35, Okt.-Novbr. 33¾ Thlr.

London, 11. Juli. Von Kolonialwaaren bleibt Zucker zu steigenden Preisen lebhaft gesucht, Preise sind im Laufe der Woche gut 1 sh. 6 d. gegen Freitag gestiegen. Kaffee animirt. Reis fest. Salpeter 6 d. höher. Talg und Fellwaaren sehr fest.

Am Viehmarkt Preise unverändert.

† **Antwerpen**, 12. Juli. (Privat-Korrespondenz.) Kaffee. Unser Markt hat in der verflossenen Woche wenig Thätigkeit dargeboten; von Brasil bleiben die Notirungen für schönere Qualitäten völlig behauptet, dahingegen finden geringere Sorten nur zu wenig festeren Preisen Absatz; ca. 3000 B. wechselten die Eigner. Etliche hundert Säcke sind für den Bedarf genommen. Für Java trat mehr Begehr auf und wurden ca. 1000 B. meistens blanke und gelbliche Waare zu den Preisen von 36½ a 37½ Cens umgesetzt. Die Brasil-Post welche im Laufe der Woche eintraf und einen kleinen Rückgang berichtete, hat keinen Einfluß auf unseren Markt ausgeübt, da die Preise in Rio fortwährend außer Verhältniß mit den unsrigen bleiben.

Unser Vorrath besteht aus 32,000 B. Brasil, 19,000 B. St. Domingo und 13,000 B. Java-Kaffee.

Rohzucker. Die Besserung hat diese Woche fernere Fortschritte gemacht und war die Frage hauptsächlich während der letzten Tage sehr rege, es bleiben indeß die Umsätze mäßig, da unsere reduzirten Bestände nur zu höheren Preisen erhältlich sind. Somit sind nur folgende Abschlüsse anzuführen:

108 Kist. Havanna ex Bourse d'Anvers Nr. 10/10½ a fl. 19¾ Cnt.
160 „ „ „ „ „ 15 „ 22 „
340 „ „ „ „ „ 11/11½ „ 20⅝ „
136 „ „ „ Pepita in Wiederverkauf Nr. 11 a fl. 20 „

Raffinirter Zucker hat diese Woche bei lebhaftem Begehr einen raschen Aufschwung bekommen. Circa 400,000 Kil. wurden theils für Export und theils auf Spekulation umgesetzt.

Frankfurt, 18. Juli. Spanische Fonds, insbesondere 3pCt. erholten sich von ihrem gestrigen Rückgang, auch spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire wurden besser bezahlt.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 104¼ ⅛ in Posten umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1295P. 1290G. Neue Bankaktien 425 P. 420 G. Credit-Actien à 5pCt. 236½ P. 234½G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83⅞P. 83⅝G. 5pCt. Lombard-Ven. 90⅛ P. 89⅞ G. Metall. alte à 5pCt. 82¼ P. 82 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90¼ P. 89¾ G.; à 4½pCt. 72¼P. 72 G.; à 4pCt. 65¼P.64¾G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛G. Loose à 500 fl. von 1834 —P. —G. à fl. 250 von 1839 — P. 117G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103¼ P. 102¾ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 279 P. 277 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. 89 P. 88½ G.; 4pCt. 94¾P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101⅛P.100⅝G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 104⅞ P. 101⅝ G. 5pCt. 101¼P.100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 149½ P. 149 G. Neustadt-Weissenb. 111 P. 110¾ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119¼P. 118¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91 P. 90½ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-

Loose b. R. $39\frac{5}{8}$ P. $39\frac{3}{8}$ G. **Friedr.-Wilh.-Nordbahn** o Z. 63 P. $62\frac{1}{2}$ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. $100\frac{1}{4}$P. $99\frac{3}{4}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{3}{4}$P. $102\frac{1}{4}$ G.; Loose à fl. 50 — P. 114 G.; à fl. 25 34 P. $33\frac{3}{4}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 418 P. 416 G.; junge 363 P. 361 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank $109\frac{3}{8}$P. $108\frac{7}{8}$G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 P. $47\frac{3}{4}$G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{4}$ P. $89\frac{3}{4}$ G., Loose à fl. 25 $32\frac{1}{4}$ P. 32 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $84\frac{1}{4}$P. — G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $93\frac{3}{8}$P. $92\frac{7}{8}$G.; Bankaktien $120\frac{1}{2}$ P. 120 G.; Taunus-Aktien 324 P. 322 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 86 P. $85\frac{1}{2}$ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. $87\frac{3}{4}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 558 P. 553 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $38\frac{1}{8}$ P. $37\frac{7}{8}$ G.; 1pCt. neue 24 P. $23\frac{7}{8}$ G. **Holland.** Integrale $64\frac{1}{2}$ P. $63\frac{1}{2}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S.	$100\frac{1}{8}$P. $99\frac{7}{8}$G.	Lond. Lst. 10 k.S.	$118\frac{3}{4}$P. $118\frac{1}{2}$G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$120\frac{1}{8}$P. $119\frac{7}{8}$G.	Mail. i.S. Lr. 250 k.S	$101\frac{1}{4}$P. 101G
Berlin Thlr. 60 k.S.	$104\frac{7}{8}$P. $104\frac{5}{8}$G.	Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{4}$P. $93\frac{1}{2}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S.	$104\frac{7}{8}$P. $104\frac{5}{8}$G.	Lyon Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{4}$P. $93\frac{1}{2}$G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS	$96\frac{3}{8}$P. $96\frac{1}{8}$G.	Wien fl. 100 C. k S.	117 P. $116\frac{3}{4}$G.
Hamb. MB. 100 k.S.	89 P. $88\frac{3}{4}$G.	Wien 3 M. mit 4%	$116\frac{7}{8}$P. $116\frac{5}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60 k.S.	$104\frac{7}{8}$P. $104\frac{5}{8}$G.	Disconto	— P. 4pCt. G.

Wien, 17. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{5}{16}$; 5pCt. Metall. $83\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 $120\frac{1}{2}$; von 1854 ——; Bankaktien 1100; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $379\frac{3}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 599; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2835. Wechselkurse: Augsburg uso $102\frac{3}{4}$. London 10. $3\frac{1}{4}$. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München, 17. Juli. (Privat-Korrespondenz.) Bei gefülltem Saale fand heute am Schwurgericht Verhandlung statt gegen den Redakteur des „Volksboten", Ernst Zander wegen Mißbrauchs der Presse. Der Beklagte war selbst erschienen. Der Anklage liegt Folgendes zu Grunde. Herr Regierungsdirektor Du-Prel hat in einem Regierungsschreiben an das Ordinariat Passau dasselbe aufmerksam gemacht, daß in der „Landshuter Zeitung" und im „Volksboten" über die sittlichen Zustände Niederbayerns „häufig" unrichtige Nachrichten erscheinen, die nur geeignet seyen, die niederbayerische Bevölkerung auswärts in Verruf zu bringen. Hr. Zander warf nun in Nr. 67 seines Blattes dem genannten Hrn. Regierungsdirektor vor, daß er im Geheimen und grundlos gegen den „Volksboten" eine schwere Anschuldigung vorgebracht habe, die er nicht öffentlich zu beweisen im Stande gewesen. Hierin erblickte nun das Appellationsgericht Freising eine Verletzung des Art. 31 Abs. 2 des Preßgesetzes und verwies die Sache vor das Schwurgericht. Herr Zander widersprach nicht, den angeführten Artikel geschrieben zu haben, glaubte aber diese Art des Auftretens seiner Ehre und der Existenz seines Blattes schuldig gewesen zu seyn. Die Anschuldigung, daß in seinem Blatte häufig solche Artikel vorkommen, widerlegte er durch die Nachweisung, daß seit einem vollen Jahre nur zwei Artikel aus Niederbayern Aufnahme fanden, welche durchaus nichts Unrichtiges enthielten. Er habe lediglich die Absicht gehabt, sich von einer Anschuldigung, welche durch ein bischöfliches Cirkular dem gesammten niederbayerischen Clerus bekannt geworden war, zu rechtfertigen, was er lediglich auf dem betretenen Wege zu erreichen gewußt habe. Er habe sich hiebei lediglich an die Person des Hrn. Regierungsdirektors Du-Prel gehalten, weil derselbe das angeführte Regierungsschreiben unterzeichnet hatte, also auch dafür verantwortlich war. Den Punkt der Anklage, daß er den Herrn Regierungsdirektor v. Du-Prel der Oeffentlichkeit „verfallen" erklärt habe, widerspricht Hr. Zander; er habe lediglich gesagt, das Publikum werde sich sein Urtheil selbst bilden können und hiebei habe er lediglich die Anschuldigung, nicht aber die Person im Auge gehabt.

Herr Staatsanwalt v. Reichert hielt die Anklage aufrecht, indem er im Zusammenhalte mit früheren Ausführungen des „Volksboten", z. B. man wolle der katholischen Presse einen schweren Schlag versetzen, ihr gute Mitarbeiter entziehen ꝛc. zu dem Schlusse kam, daß der Angeklagte durch den Vorwurf einer im Geheimen und grundlos gemachten Anschuldigung einen kgl Beamten einer Handlung bezichtigt, welche, vorausgesetzt, daß sie wahr wäre, denselben dem Hasse und der Verachtung seiner Mitbürger aussetzen würde. Hr. Vertheidiger Adv. Barth von Augsburg plaidirte auf Nichtschuldig, da der Abs. 2 des Art. 31 des Preßgesetzes nur dann Anwendung finden könnte, wenn Zander geschrieben hätte, daß der fragliche Beamte die Anschuldigung gegen ihn absichtlich „im Geheimen und grundlos" gemacht hätte, eine solche Absicht habe aber der „Volksbote" nicht unterstellt, folglich sey hier ein strafrechtliches Merkmal nicht gegeben. Hr. Vertheidiger führte weiter aus, daß der „Volksbote" „tief im Volke wurzele" und ihm daher alles angelegen sey, jede Anschuldigung von sich abzuweisen. (Bei dieser Gelegenheit führte Vertheidiger an, daß der „Volksbote" für Abgebrannte, Ueberschwemmte ꝛc. bereits 97,000 fl. zusammengebracht habe.) Zum Schlusse führt er an, daß sogar der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter keinen Grund fanden, einen Untersuchung einzuleiten, und daß diese lediglich auf Antrag des Ministerium eingeleitet worden sey. Die Geschworenen erklärten den Angeklagten nach einstündiger Berathung für Nichtschuldig. Zander wurde frei- und vom Gerichtshofe die Unterdrückung der benannten Nummer des „Volksboten" nicht ausgesprochen.

Am 15. wurde im Kloster Metten der hochwürdige Pater Otto Lang, seitheriger Vorstand des bischöflichen Knabenseminars und Chorregent, zum Abte gewählt. (Münch. B.)

Ueber die Vorgänge in Spanien wird der „Köln. Z." aus Paris geschrieben: Der Marschall Espartero hatte sich den Projekten O'Donnells nicht anschließen wollen. Turgot, französischer Gesandter in Madrid, überzeugte die Königin, daß Espartero gegen ihre Regierung konspirire. (?) Die Königin ließ deßhalb Espartero vor sich kommen, überhäufte ihn mit Vorwürfen und kündigte ihm seine Absetzung, sowie seine Verbannung aus Madrid binnen 24 Stunden an. Zugleich wurde O'Donnell mit der Bildung eines neuen Ministerium beauftragt.

Das neue Ministerium wollte sein Werk mit der Entwaffnung der Nationalgarde beginnen. Es stieß aber auf energischen Widerstand. Schon am 14. fanden zwischen dem Volk und den Truppen Kämpfe statt. Am 16. erhob sich die Nationalgarde, an deren Spitze sich der General Infante, Präsident der Cortes, stellte. Ein heftiger Kampf entspann sich. Die Truppen wurden von O'Donnell kommandirt. Auf beiden Seiten wurde für die Königin gekämpft. Von der Proklamation der Republik war keine Rede.

Madrid, 17. Juli, Vormittags. Der Aufstand ist nach dreißigstündigem erbittertem Kampfe, welcher viele Todte kostete, erstickt worden. Die Nationalgarde ist entwaffnet. Vierzehn Deputirte, die sich vereinigt hatten, um gesetzlich die Cortes zu berufen, wurden durch die Truppen zerstreut. Wo sich Espartero aufhält, weiß man noch immer nicht; vielleicht befindet er sich in Saragossa. An letzterem Orte ist der Aufstand siegreich, da die Besatzung mit dem Volke zusammenhält. Man behauptet, daß Catalonien sich im Aufstande befinde. (K. Z.)

Konstantinopel, 11. Juli. Es wird ein Handels-Codex für gemischte Angelegenheiten erwartet. Den zu ernennenden russischen Konsuln sind Konsularsitze angewiesen worden. Die Telegraphenlinie zwischen Konstantinopel und den Dardanellen wird nächstens dem Verkehr übergeben werden. General Codrington, der Odessa und Kinburn besucht hat, wird heute hier erwartet. — Trapezunt, 3. Juli. In Agiara ist eine Emeute ausgebrochen; der Gouverneur hat deßhalb zwei Bataillone aus Batum dahin geschickt. (T.D.d.A.Z.)

Athen, 12. Juli. Die griechische Regierung hat gegen die Maßnahme Rußlands, wodurch die in seinem Solde gestandene griechische Legion aufgelöst ward und die Legionäre nach Griechenland geschickt wurden, Verwahrung eingelegt, und die Beihülfe des französischen Admirals in Anspruch genommen. — Marschall Pelissier wird in Piräus erwartet. (T.D.d.A.Z.)

Alexandrien, 9. Juli. Nezib Pascha hat am 4. d. M. einen kaiserlichen Firman verlesen, worin der Sultan seinen Dank für die ihm durch die ägyptischen Truppen zu Theil gewordene Unterstützung ausspricht und dem Sohn des Vizekönigs den Rang eines Pascha ertheilt. (T.D.d.H.N.)

Bombay, 10. Juni. Es sind Gerüchte von einem Santalaufstande in Umlauf. Die Regierung von Ostindien befürchtet eine Finanzkrisis und hat deßhalb alle über 1000 L. kostenden Arbeiten suspendirt. (T.D.d.H.N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 200.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 20. Juli 1856

Einfluß des Rhöngebirges und dessen Entwaldung auf das Klima der Umgebung und ganz Frankens.

(Schluß.)

Obgleich es hier nicht möglich ist, sich über den besprochenen Gegenstand weiter zu verbreiten, so glaubt Schreiber dieses dennoch durch das Gesagte genügend dargethan zu haben, von welch' vortheilhaftem Einflusse die beabsichtigte Wiederbewaldung der kahlen, verwilderten Höhenpunkte des Rhöngebirges auf Klima und Fruchtbarkeit, sowohl der unmittelbaren Umgebung, als auch für jene der angränzenden Ebenen und ganz Frankens sich gestalten müsse; denn, wie größere Gebirge ihren Einfluß auf ganze Länder zeigen, so gewähren kleinere Gebirge um so mehr, wenn sie bewaldet sind, Schutz für den kleineren Kreis ihrer Umgebung, und ist auch die Richtung des Rhöngebirges nicht vollkommen geeignet, die rauhen Nordwinde gänzlich von den Fluren Frankens fern zu halten, so kann in Anbetracht obiger Gründe nicht in Abrede gestellt werden, daß die Wiederbestockung der kahlen Bergrücken, abgesehen von sonstigen Vortheilen, eine wesentliche Veränderung in den klimatischen Verhältnissen herbeizuführen geeignet seyn dürfte, wodurch man im Hinblick auf die physischen Erscheinungen und Maßregeln in anderen Ländern noch mehr bestärkt werden muß. — So wurden die Schweizeralpen in Folge von Entwaldungen verschlechtert, das Klima rauher — so im Departement der Niederalpen große Länderstriche unfruchtbar, und werden durch Wiederbepflanzung der höheren Stellen wieder nutzbar zu machen gesucht, — deßgleichen ist in der Provence vorgeschlagen, die Berge, welche die letzten Terrassen der Alpen bilden, wieder zu bewalden, um durch Bepflanzung die Anziehung herzustellen, welche die höheren Alpen auf die Dünste ausüben, welche Anziehungskraft aber nicht stark genug ist, die Dünste festzuhalten, wenn die Bergspitzen von Wäldern entblößt sind.

Besteht aber in Bezug der Nützlichkeit der zu erzielenden Wiederbestockung des Rhöngebirges hinsichtlich der vortheilhaften Aenderung des Klima und der Fruchtbarkeit kein Zweifel mehr, und steht die Absicht der kgl. Staatsregierung fest, diesen Plan zu verwirklichen, so ist allerdings die Hauptaufgabe, wie derselbe am zweckmäßigsten ermöglicht werden kann.

Darüber aber eine Meinung auszusprechen, setzt eben so gründliche Kenntniß der dortigen, örtlichen Verhältnisse, als langjähriges Wirken und hierdurch gemachte Erfahrungen an Ort und Stelle voraus.

Das Erste dürfte wohl seyn, die kahl gewordenen Plateaux, die schlecht berasten Bergrücken und Hänge den Händen der Gemeinden und Privaten zu entwinden, um sie der Holzzucht wiederzugeben, welche mit weit größerem Nutzen als Wald, wie als magere Weiden und schlechte Wiesen bewirthschaftet werden können.

Der Bauer hat weder Lust noch Fähigkeit, Kulturen zu unternehmen, die selbst dem Manne vom Fach oft fehlschlagen, da er seine Arbeit und seinen Kulturaufwand nicht solchen Wechselfällen preisgeben kann, denen selbst der Forstmann nicht zu entgehen vermag.

In anderen Gegenden wurde der Anfang zur Wiederbestockung damit gemacht, daß man die Waldungen zu Wiesen anlegte, um Humusschichte und einen festeren Boden zu gewinnen, was fast allein die Möglichkeit gewährt, solche Stellen später mit Wald anbauen zu können; alsdann dürfte sich die Fichte des Bodens bemeistern, die als Vorläuferin edlerer Holzarten besser als eine andere geeignet ist, in solchen Lagen den Boden produktionsfähig zu machen, und Schutz zu geben.

Auch die Arve ist zur Erreichung solcher Zwecke vorzüglich geeignet, sie bricht die Windzüge, widersteht ihnen am besten, und wächst höher im Gebirge, als jeder andere Baum.

Daß die kgl. Staatsregierung hier thätig eingreifen will, um diese Flächen ihrer natürlichen Bestimmung gemäß zu Wald zu bringen, gehört mit zu den großartigen Landesverbesserungen, und ist eben so wichtig und erfolgreich, wie die Anlagen von Kunststraßen, Kanälen und Eisenbahnen, und glücklich das Land, wo auf der einen Seite der Agrikultur gewidmet wird, was für sie nutzbar ist, auf der anderen Seite die Waldungen ihren natürlichen Standpunkt einnehmen, und beide, im rechten Verhältniß zu einem schönen Mittelwege verschmolzen, segenbringend sich vereinigen, und ihrem Bebauer und Pfleger der Hände Arbeit lohnen.

Deutscher Bund.

Der „Zeit" zufolge hätte sich in der Zollvereinskonferenz schon früher eine große Verschiedenheit in den Ansichten über die Tabaksbesteuerung gezeigt und wäre damals beschlossen worden, genaue statistische Erhebungen über den Tabakbau in sämmtlichen Zollvereinsstaaten zu veranstalten. Diese Erhebungen seyen nun beendigt und auf Grund derselben habe die preuß. Regierung eine höhere Tabaksbesteuerung vorgeschlagen, welcher Vorschlag auf Anregung der bayerischen Regierung noch auf der diesjährigen Generalkonferenz des Zollvereins berathen werden sollte. Von einem Tabaksmonopol scheint also für jetzt keine Rede zu seyn.

Bayern. Der neuernannte Hr. Erzbischof für München-Freising, Gregor Scherr, ist zu Neuenburg geboren am 22. Juni 1804, also ein Landsmann des Seb. Job, des einstigen Beichtvaters der Kaiserin-Mutter von Oesterreich. Am 29. August 1829 empfing er vom hochseligen Weihbischof Wittmann zu Regensburg die Priesterweihe und fungirte sofort drei Jahre lang mit hingebendem Seeleneifer als Hülfspriester. Unter Zustimmung des Bischofs Wittmann trat der junge Priester in's Kloster Metten, wo er am 29. Dezember 1833 den Ordensprofeß ablegte. Hier wirkte er besonders durch die Gewalt seiner Vorträge, bis im Jahre 1838 von seinen Mitbrüdern zum Prior und, nachdem Metten vom König Ludwig zur Abtei erhoben war, 1840 zum ersten Abt des Stiftes ernannt wurde. Es sind nun nahezu 16 Jahre, seit er dieser Würde dem Kloster vorgestanden ist. Es ist eine allgemeine Stimme, daß die junge Abtei unter seiner Leitung zum segensreichsten Flore gekommen. Die im hohen Alter stehende Mutter des neuen Erzbischofs hat noch die Freude erlebt, ihren Sohn mit der hohen Kirchenwürde geschmückt zu sehen. (B. Landbötin.)

* Die Beilage der „Augsb. Postz." vom 17. Juli wurde wieder mit Beschlag belegt.

Preußen. Aus Breslau, 16. Juli wird berichtet. Am verwichenen Freitag wurden die Verhandlungen wegen Bildung der studentischen Körperschaft auf hiesiger Universität zum Abschluß gebracht. Die Statuten für das Ehrengericht werden dem Ministerium für geistliche, Unterrichts, und Medizinal-Angelegenheiten zur Genehmigung eingereicht, während die Statuten für den Verwaltungsausschuß der allgemeinen Studentenschaft nur der Prüfung der akademischen Behörden unterliegen. Wie die „Bresl. Z." hört, wollen die Mitglieder der Studentenschaft als allgemeines Abzeichen die Farben weiß-roth-gold annehmen, und in entsprechenden Formen öffentlich tragen.

Berlin, 16. Juli. Wie der „Deutschen Reichszeitung" geschrieben wird, soll Herr Professor Stahl den Plan zu einem Diakonen-Stifte, analog der Anstalt der Diakonissen, ausgearbeitet haben. Dieses Diakonenstift würde eine Art protestantisches Mönchskloster seyn; doch ist die den Diakonen zugewiesene Beschäftigung, z. B. Ueberwachung der Presse und der Blumenzucht, sehr mannichfaltig.

Hannover. Hannover, 16. Juli. Heute kam Herr Breusing in der 2. Kammer beim Budget des Auswärtigen auf die Militärsachen zu sprechen. Verminderung der stehen-

den Heere sey jetzt die Forderung aller Völker. Aus der allgemeinen Weltlage suchte er die Berechtigung dieser Forderung nachzuweisen. Die gegenwärtigen Minister hätten den Muth zu einer Verfassungs-Oktroirung gehabt, die sie um alles Vertrauen im Lande gebracht hätte; ob sie nicht auch den Muth zu einer Maßregel haben möchten, die ihnen Vertrauen vielleicht verschaffen könnte: Instruirung des Bundestagsgesandten, auf Verminderung der Militärlast anzutragen? — Der Minister des Innern bedankte sich für die Anerkennung des bewiesenen Muthes, über dessen Vertrauenswürdigkeit er nur der Zukunft ein Urtheil gestatten wollte, und erklärte sich dann gegen Anträge, die gar keinen Erfolg haben würden. Schließlich gab Herr v. Münchhausen anheim, den Ausdruck der Landeswünsche bis zur Verhandlung der Militärvorlagen zu vertagen; dort würde es sich nach dem, was bereits im Militärausschuß verhandelt sey, wohl empfehlen, die Regierung zu ersuchen, daß sie etwaigen weiteren Erschwerungen der Militär-Haltungspflicht in Frankfurt ihre Zustimmung versage. Breusing gab diesem Vorschlage nach. — Schatzrath **Lang**, der Vorkämpfer der Linken in den Bewegungsjahren, hat sich durch seinen Uebertritt zu der ministeriellen Partei um das einflußreiche Amt eines ständischen Eisenbahnkommissärs gebracht, das er bisher immer bekleidete und das im Beginn jedes Landtages durch die Wahl auf sechs Jahre zuertheilt wird. Die Kammer wählte heute statt seiner den Exminister Windthorst mit 54 Stimmen; für Lang blieben nur 31 Stimmen der Rechten. (K. Z.)

Aus **Hannover** vom 15. Juli schreibt man dem „Hamburger Korrespondent": „Vorgestern wurde, wie wir vernehmen, unsere **Bankfrage** so weit erledigt, als der König den Statuten, welche zu diesem Zweck von den Unternehmern in Gemeinschaft mit dem Finanzminister aufgestellt waren, seine Genehmigung ertheilt hat, jedoch mit einigen, indessen nicht wesentlichen Abänderungen. Wie wir vernehmen, soll die Bank vorerst auf 6 Millionen Thaler fundirt werden, welche durch Aktien zu 250 Thaler herbeizuschaffen sind; eine spätere Ausgabe von Noten zu dem Belaufe von abermals 6 Mill. Thlrn. ist vorbehalten."

§ **Oesterreich.** **Wien**, 17. Juli. (Privat-Korresp.) Der russische Gesandtschafts-Attaché Hr. Donawroff hat vorgestern dem russ. Botschaftsrathe Hrn. v. Balabine eine Note überbracht, welche derselbe dem Grafen Buol mitgetheilt hat, und deren Inhalt sich auf die **Donaufürstenthümerfrage** bezieht, rücksichtlich welcher sich eine Annäherung Rußlands an Oesterreich vorbereitet. Mit dem Eintreffen des Baron Budberg wird das gesammte Personale der **russ. Gesandtschaft** gewechselt. Herr v. Balabine und Herr v. Oubril werden Gesandtschaftsposten in Italien übernehmen, Herr v. Mohrenheim aber soll nach Madrid bestimmt seyn, sobald der diplomatische Verkehr zwischen Rußland und Spanien wieder hergestellt seyn wird (bekanntlich ist Isabella II. erst in neuester Zeit von Rußland als rechtmäßige Königin von Spanien anerkannt worden). Sicherem Vernehmen nach soll der Erstere durch einen Sohn des Fürsten Gortschakoff ersetzt werden. — Der französische Gesandtschafts-Attaché, Graf de Moulinon, ist aus Paris hier angekommen, und der hiesigen französischen Gesandtschaft beigegeben worden. — Die **Creditanstalt** beginnt ihrem Geschäftsbetriebe eine immer größere Ausdehnung zu verleihen, und wendet in neuer Zeit ihre Aufmerksamkeit namentlich Ungarn zu, wo ihrer Thätigkeit jedenfalls ein weites Feld offen steht. Durch die Verleihung eines Credites von 300,000—500,000 fl. an die ungarische Commerzialbank in Pesth hat sie sich um den Pesther Platz sehr verdient gemacht, weil die letztere dadurch in die Lage versetzt worden ist, ihren Geschäften die durch die Verhältnisse gebotene Ausdehnung zu geben.

In **Wien** ist es, wie ein Berichterstatter der „Hamb. Nachr." klagt, arg geworden mit der Projektenmacherei und den Schwindeleien gewinnsüchtiger Spekulanten, die nur recht schnell reich werden möchten, und den soliden Unternehmungen viel schaden. Obendrein überlaufen solche Projektenmacher zudringlich die Regierung, suchen alle industriellen Unternehmungen für sich allein auszubeuten, die öffentliche Konkurrenz auszuschließen, wodurch Einzelnen Hunderttausende geradezu in den Schoß geschüttet würden. Der Artikel schließt mit folgenden Sätzen: „Das große Publikum in und außer Oesterreich ist animirt für diese und ähnliche Unternehmungen, und jeder Anruf von Seiten der kaiserl. Regierung fände ein tausendfaches Echo. Um die Ausbringung des Kapitals ist heutzutage keine Sorge zu haben, und desto weniger, wenn die Bevorzugungen der Projektanten entfallen und den Aktien gleiches Recht wie gleiche Pflicht bemessen wird. Das Kirchthurmrennen bei der Betheiligung, so wie bei der Wahl der Direktion und Verwaltung würde in ein natürliches Bett geleitet. In die Verwaltung namentlich kämen Männer von Kenntniß und Einsicht mit fixem Einkommen, angestellte Beamte, die ihre ganze Zeit und Erfahrung dem Unternehmen widmen würden, während gegenwärtig eine Hand die andere wäscht und das Interesse der Gesellschaft weit hintenan dem Interesse der Persönlichkeiten gestellt wird. Das sind offene Uebelstände, die nicht länger zu bemänteln sind. Es ist ein Krebs, der immer weiter um sich greift und selbst die besten Intentionen vereiteln kann. Der Egoismus sieht sich beschützt und streckt daher die Hand immer weiter aus; er sieht sich belohnt und hält sich für berechtigt. Wenn nicht bald eine Gränze gezogen wird, werden Skandale mancher Art das Vertrauen und die Prosperität der Unternehmungen erschüttern. Man will nicht als daß den Projektanten das Heft entwunden werde, und die Regierung selbst, zu der man in dieser Hinsicht das vollste Vertrauen hat, als Gründer die ersten Bestimmungen treffe. Dann hofft man, daß die Projektanten, die Bankiers und einige Firmen gehörig bedacht, aber die große Masse des sich betheiligenden Publikum ebenfalls berücksichtigt, und nicht dem Wucher und der Agiotage preisgegeben seyn wird."

Wien, 14. Juli. Ihre Majestät die Kaiserin Elisabeth hat zu Gunsten des Kronlandes Tyrol und Vorarlberg einen Freiplatz in der Erziehungsanstalt der Ordensfrauen vom heil. Herzen Jesu in Riedenburg bei Bregenz, gestiftet. — Es hat sich ein Verein gegründet, der den Zweck hat, einen Unterstützungsfond für arme Töchter von k. k. Staatsbeamten und zwar durch Privatmittel und milde Beiträge zu bilden. Der Zweck dieses Unterstützungsfonds, welcher aus Anlaß der Entbindung Ihrer Maj. der Kaiserin in das Leben treten würde, soll ein doppelter seyn: erstlich die Erziehung und Bildung armer Töchter von Staatsbeamten, dann die Ertheilung von Handstipendien an erwerbsunfähige Beamtentöchter oder an solche, die ihren Aeltern als Pflegerinnen in den alten Tagen unentbehrlich sind. (Deutschland.)

Aus **Hamburg**, 16. Juli, wird dem „Schwäb. Merk." geschrieben: „Obgleich der Wiener **Münzkongreß** kein Resultat gehabt hat*), so ist die österreichische Regierung doch entschlossen, mit dem 1. Januar 1857 zum 21fl.-Fuß überzugehen, so daß 1 Gulden österreichischer Währung gleich ist ⅔ Thlr. preuß. = 2⅓ Fr. = 1⅙ rhein. Zum Behuf der Prägung des neuen Geldes gehen von hier große Sendungen Silberbarren nach Frankfurt und durch Vermittlung des Hauses Rothschild von dort in die kaiserliche Münze nach Wien."

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Juli. „Fädrelandet" behauptete vor einigen Tagen, daß die deutschen Noten wegen der holstein-lauenburgischen Domainen-Angelegenheit von der dänischen Regierung bereits beantwortet seyen, und die Einmischung der deutschen Großmächte in die innern Angelegenheiten der Monarchie abgewiesen wurden. Dem wird nun von „Flyveposten" widersprochen, welches Blatt nach einer nicht weniger zuverlässigen Quelle als „Fädrelandet" behauptet, daß bis dato in dieser Angelegenheit nichts als die beiden Noten hier eingegangen, worüber die Blätter bereits berichtet, und daß um so weniger von Seiten der deutschen Kabinete fernere Schritte hätten geschehen können, als von hieraus noch keinerlei Antwort abgesandt worden. (Hamb. N.)

Großbritannien.

Jetzt bildet in **London** die Nachricht von der Ankunft des Königs von Oude, dessen Land bekanntlich erst jüngst den britischen Besitzungen in Ostindien einverleibt wurde, ein heiteres Intermezzo. Derselbe nennt sich Wajid-Ali-Schah und ist ein junger Mann von dreißig Jahren, der vor acht Jahren seinem Vater auf den Thron folgte. Er ist auf seiner Reise nach England von 14 Frauen begleitet, welche die Auswahl seines Harems bilden, der nicht weniger als 150 Weiber zählen soll! Uebrigens kommen mit diesem Könige noch eine Menge Prinzen und Höflinge sammt ihren Frauen nach England, und die Gesammtzahl des Zuges ist so groß, daß Ein Dampfer der ostindischen Kompagnie zu seinem Transport nicht genügte. Die Zahl der Eingebornen, welche dem Exkönig von Oude (Audh) nach Europa folgen, soll über 600 Köpfe betragen, wobei sich noch als Reisebegleiter und Dolmetscher der Major Wilberforce-Brid der ostindischen Kompagnie und der Kaufmann Menzies von Meizapore am Ganges befinden. (D. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 17. Juli. Die Divisionsgenerale haben in diesem Jahre wieder die Weisung erhalten, den Landleuten für die Aerntearbeiten Soldaten zur Verfügung zu stellen, sobald sie dieser Beihülfe bedürfen würden. (Fr. Jour.)

*) Ist dies schon entschieden? Die Red.

Spanien.

Der „Independance Belge" schreibt man aus Madrid, vom 11. Juni (also noch vor dem Ministerwechsel und vor dem Madrider Aufstand): „Seit anderthalb Tag hat man hier von neunzehn Volksaufständen in den Provinzen Kunde erhalten, die anscheinend durch die Theuerung, in der That aber durch die polaco-carlistischen Agenten hervorgerufen wurden. Drei catalonische Priester, die man beschuldigt, zu den Aufwieglern in dieser Provinz zu gehören, sind wohlbewahrt nach Barcellona gebracht worden. Den Pater Culvas hat man gegen Kaution einstweilen freigelassen; die Regierung hielt dies für rathsam, um nicht Dinge, welche das Publikum zuletzt gegen die ganze Geistlichkeit erbittern würden, zu sehr bekannt werden zu lassen. Zu Saragossa wurde ein Würdenträger der Kirche vom Polizei-Kommissär überrascht, als er eben eine Gruppe von Arbeitern aufreizte."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Aleppo in Syrien wird dem „Malteser Portafoglio" geschrieben: „Zweitausend Mann Soldaten, die in Alexandrien ausgeschifft worden, sind von dort nach Kilis marschirt und haben da Halt gemacht, um den beständigen Empörungen ein Ziel zu stecken. Von dort sind sie dem Vernehmen nach auf Marasch (wo vor einiger Zeit arge Christen-Verfolgungen vorkamen) gerückt, um auch hier eine Demonstration zu machen. Achmet Pascha, der allgemein für todt galt, ist noch am Leben, und ihm vornehmlich ist die Verhaftung des Kadi und der 150 Einwohner in Marasch zu verdanken. Der Kadi weilt, unter Bewachung von 200 Mann, in einem zwei Stunden von Marasch gelegenen Dorfe; die übrigen Gefangenen sitzen theils dort im Kerker, theils in Aleppo. Die Pforte hat strenge Weisungen ertheilt; dagegen zeigen die Lokalbehörden wenig Eifer. Den nach Kilis in Marsch befindlichen Truppen ist von hier eine Batterie nachgerückt."

* Man schreibt aus Konstantinopel, 7. Juli: Der letzte Convoi mit allem, was sich an diensttauglichen, kranken und genesenden Leuten, Administrativbeamten u. s. w. von der fremden Okkupation noch auf russischem Boden befand, ist heute eingetroffen. Die beiden Oberkommandanten, Marschall Pelissier und Sir William Codrington befinden sich an Bord der eingelaufenen Fahrzeuge. Der Sultan hat Befehl ertheilt, die beiden Feldherrn mit den ihrem Range und der Wichtigkeit der geleisteten Dienste gebührenden Ehren zu empfangen. Revuen, Bankette, Ehrensäbel, Brillantsterne des Medjidje Ordens, prächtige kaiserliche Equipagen, worin die tapfern Generale bei ihrer Landung abgeholt werden, nichts wird fehlen, die Annahme zu einer glänzenden zu machen. Das Bankett wird in dem neuen prächtigen kaiserlichen Palast von Dolma-Baghtsche gegeben werden, man erzählt sich Wunder von den Vorbereitungen zu diesem Feste, zu dem die türkischen Minister, die Gesandten, die otomanischen und alliirten Generale und Offiziere, einheimische und fremde Notabilitäten eingeladen sind und werden und wozu Köche und Kellner des Palastes, der Minister, Gesandten und Beamten und ein Heer von Leuten requirirt ist. Der neue Palast des Sultans, in welchem dieses „Friedensfest" — wie man es benannte — veranstaltet wird, ist äußerst prachtvoll und namentlich soll der Thronsaal mit seinen vielen Säulen von verschiedenem Marmor und seiner fast verschwenderischen Goldausschmückung, einer der schönsten der Erde seyn.

Nachrichten aus Bucharest vom 15. d. M. melden, daß der Hospodar der Moldau, Fürst Ghika, die Regierung niedergelegt habe, und daß derselbe zum Kaimakam, (Verweser, bis wieder ein Fürst ernannt worden ist) für die Wallachei ernannt worden sey, woselbst er die Regierung sofort übernehmen solle. Als Kaimakam für die Moldau ist der Bojar Theodor Balsch ernannt worden. Der bisherige Fürst der Wallachei, Stirbey, hat seine Würde bereits niedergelegt. Er, wie auch Fürst Ghika, war auf 7 Jahre ernannt, die nun abgelaufen sind. (N. Z.)

Griechenland.

Athen, 9. Juli. Der Minister Christopulos eröffnete eine Subskription zum Besten der französischen Ueberschwemmten. Die Königin zeichnete 10,000 Fr.

Amerika.

Nach Berichten aus der Havanna vom 25. Juni waren dort die Cholera und das gelbe Fieber ausgebrochen. Mehrere Cubaner waren verhaftet worden, weil sie angeblich die Freibeuter von Nicaragua unterstützt hatten. Einer der Verhafteten soll ihnen 50,000 Dollars vorgestreckt haben. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Das „Remscheider Volksblatt" Nr. 53 enthält eine den jetzigen Aktienschwindel geißelnde Aufforderung zum Beitritte zu einer neuen großartigen „Aktien-Unternehmung zur Ausbeutung der Haidestrau und Besen-Fabrikation". Nachdem die unterirdischen Schätze dortiger Gegend sämmtlich in sicheren Händen und Aktien für die Ausbeutung derselben zu enormen Kursen an den Börsen nicht mehr zu haben seyen, sollen nun die bisher vernachlässigten überirdischen Schätze dieser Gegend ausgebeutet und die in Quantität und Qualität so ausgezeichnete Haidestrau möglichst hoch verwerthet werden. Für diesen Urhandelsartikel in Besen soll nun der ausgedehnteste Absatz erzielt werden; es sollen nämlich Niederlagen dieses Fabrikates in London, wo deutsche Besen bekanntlich sehr beliebt sind, in Konstantinopel, wo die Verbündeten so viel Dreck zurückgelassen haben, in Paris, welches bekanntlich früher die Kothstadt hieß, und in New-York, wo sich der Schmutz aus der halben Welt zusammen findet, baldigst errichtet werden. Es stehe ein enormer Absatz und mithin eine bedeutende Dividende, wenigstens 79 $\frac{3}{11}$ pCt., in sicherer Aussicht. Das Grundkapital ist auf 200,000 Sgr. in Aktien à 2¼ Sgr. festgesetzt. Das Komite ist unterzeichnet: Nimmersatt, Bankier. Schwindler, Kaufmann. Preller, Advokat. Gauch, Spekulant.

Paris, 16. Juli. Kürzlich wurde hier ein Gauner verhaftet, dessen Spitzbubereien an die Heldenthaten der berühmtesten Leute seines Gelichters erinnern. Eine vorzügliche Erziehung, ein angenehmes Gesicht, ein elegantes Aeußere machten ihn den Frauen angenehm, so daß er in Paris, wo er den Namen Baron v. Sainville führte, nicht weniger als vier Maitressen hatte, darunter zwei Schauspielerinnen von den Boulevardtheatern. Unter seinen Papieren, welche in seiner Wohnung ergriffen wurden, befindet sich auch ein Liebesbriefwechsel, der seine Beziehungen zu sehr hochgestellten Damen an's Licht bringt. Im Augenblick seiner Verhaftung stand er in Unterhandlung wegen des Ankaufs eines Schlosses bei Nanterre, an dessen Verkäufer er durch sehr angesehene Personen empfohlen war. Aus der Untersuchung geht jetzt hervor, daß er ein Desserteur Namens B. ist, der bereits als Soldat viele Betrügereien begangen hatte, die aber lange unentdeckt blieben. Früher nannte er sich auch Baron v. Menais.

Paris, 17. Juli. Ein im „Journal du Loiret" veröffentlichtes Schreiben aus Mascara (Algier) berichtet, daß in der Nacht vom 2. auf den 3. Juli um 2 Uhr 20 Minuten Morgens ein heftiges Erdbeben verspürt wurde. Die von den Jägern, den Spahis und dem Train bewohnte Kaserne wurde tüchtig geschüttelt. Die Betten spazierten in den Zimmern, die Waffen an den Hackenleisten herum; es war ein furchtbares Getöse und Jeder sprang die Stufen hinab, so rasch er konnte, da man dachte die Kaserne stürze ein. Glücklicherweise beschränkte es sich auf diese Rüttelung. (Pf. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

London, 12. Juli. Zucker. In Rohzucker war das Geschäft diese Woche sehr lebhaft. Preise sind in rascher Steigerung begriffen, es ist aber zu fürchten, daß durch die Steigerung der Consum wieder wie im vorigen Jahre ins Stocken gerathe. Nach dem Zirkular der Herren Carrey und Brown betrug der Gesammtvorrath von Rohzucker in den sechs europäischen Haupthäfen am 1 Juli 135.800 Tons, gegen 138,500 Tons in 1855 und 181,200 Tons 1854, davon kamen auf England 105.000 Tons, Holland 23,250 Tons, Antwerpen 780 Tons, Hamburg 4250 Tons, Haver 290 Tons, Triest 230 Tons. In England beträgt das Defizit gegen vorig Jahr circa 35,000 T. wenn man die damaligen Vorräthe versteuerten Zuckers mit in Anschlag bringt. Von Mauritius und Englisch Westindien sind bereits so starke Zufuhren eingetroffen, daß die späteren Sendungen sicher um 30,000 Tons gegen das Vorjahr zurückbleiben werden. In Louisiana ist die Aernte schlecht und die Amerikaner kaufen schon bedeutend an den ostindischen Märkten. Dabei ist durch die Herabsetzung des Einfuhrzolles in Rußland auch eine stärkere Frage für dieses Land zu erwarten. In London war die Zufuhr vorige Woche sehr bedeutend, der Vorrath stieg auf 65,726 Tons. gegen 57,211 Tons, gleichzeitig 1855, wogegen der Absatz zum Verbrauch bis jetzt 18,500 Tons weniger als zur selben Zeit 1855 betrug.

In Kaffee ist das Geschäft ebenfalls lebhafter, der Gesammtvorrath in den sechs europäischen Haupthäfen betrug am 1. Juli 76,850 Tons, gegen 66,700 Tons zur selben Zeit 1855 und 74,070 Anfangs Juli 1854.

Frankfurt, 19. Juli. Das Geschäft war von geringer Bedeutung, die Börse jedoch in flauer Stimmung. Oesterr. Kreditaktien, National und spanische Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire wurden insbesondere davon berührt.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien blieben auch heute preishaltend, sie wurden zu 104⅛ und 104 in starken Posten umgesetzt.

Berliner Bankverein-Aktien wurden zu 110 1/4 und 110 3/8 umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1288 P. 1283 G. Neue Bankaktien 422 P. 418 G. Credit-Actien à 5pCt. 235 P. 233 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83 1/2 P. 83 1/4 G. 5pCt Lombard-Ven. 90 P. 89 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 82 P. 81 3/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89 1/2 G.; à 4 1/2 pCt. 72 P. 71 3/4 G.; à 4pCt. 65 P. 64 1/2 G.; à 3pCt. 48 3/4 P. 48 1/4 G.; à 1pCt. 16 1/4 P. 16 G. Loose à 500 fl. von **1834** ——P. ——G. à fl. 250 von **1839** — P. 117 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 103 1/4 P. 102 3/4 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 278 P. 276 G.

Preussen. 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 112 1/2 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 P. 88 1/2 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/4 P. 100 3/4 G.; 4 1/2 pCt. Ostbahn-Aktien 104 7/8 P. 104 5/8 G. 5pCt. 101 1/4 P. 100 3/4 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 148 7/8 P. 148 3/8 G. Neustadt-Weissenb. 111 P. 110 3/4 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119 1/4 P. 118 3/4 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 1/4 P. 90 3/4 G.; 4 1/2 pCt. 103 P. 102 1/2 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42 3/4 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82 1/2 G. **Kurhessen.** **40** Thaler-Loose b. R. 39 5/8 P. 39 3/8 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. 62 1/2 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2 pCt. 92 1/2 P. 92 G.; à 4pCt. 100 1/4 P. 99 3/4 G.; 4 1/2 pC. 102 3/4 P. 102 1/4 G.; Loose à fl. **50** — P. 114 G.; à fl. **25** 34 P. 33 3/4 G.; Darmstädter Bankaktien alte 417 P. 415 G.; junge 360 P. 358 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109 1/4 P. 108 3/4 G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1815 48 P. 47 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G., Loose à fl. **25** 32 1/4 P. 32 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84 1/4 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 93 1/8 P. 92 5/8 G.; Bankaktien 120 1/2 P. 120 G.; Taunus-Aktien 324 P. 322 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 86 1/2 P. 86 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87 3/4 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 558 P. 553 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38 P. 37 3/4 G.; 1pCt. neue 23 3/4 P. 23 5/8 G. **Holland.** Integrale 64 1/2 P. 63 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118 3/4 P. 118 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 101 1/4 P 101 G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 3/4 P. 93 1/2 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 3/4 P. 93 1/2 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96 3/8 P. 96 1/8 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 117 P. 116 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 P. 88 3/4 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 7/8 P. 116 5/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 18. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 1/2; 5pCt. Metall. 83 5/16; 4 1/2 pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 120 1/2; von 1854 105 1/16; Bankaktien 1100; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 381; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 611; österr. Staatsbahnaktien 322 1/2; Nordbahnaktien 2848 3/4. **Wechselkurse:** Augsburg uso 102 3/4. London 10. 3 1/2. **B. Geldkurs:** Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

München, 18. Juli. In der zweiten Hälfte des kommenden Monats wird sich Ihre k. H. die Frau Herzogin Max mit Familie nach Ischl begeben, wo um diese Zeit auch die kais. österr. Majestäten einzutreffen gedenken. — Viele hiesige Gewerbsleute sind für die Hofhaltung Sr. k. Hoh. des Prinzen Adalbert mit ansehnlichen Arbeiten beauftragt worden, bie bis Anfang September vollendet seyn werden. Man nimmt an, daß im genannten Monate bereits die Vermählung Sr. k. Hoheit erfolgen wird. — Für die österreichische Gesandtschaft wurde das gräflich Seefeld'sche Palais in der Promenadestraße gemiethet, welches gegenwärtig neu und glänzend her- und eingerichtet wird. (N. B.)

Berlin, 16. Juli. Die unter dem Protektorate des Prinzen von Preußen stehende gemeinnützige Baugesellschaft läßt auch in diesem Sommer mehrere Gebäude aufführen; die Gesammtzahl der von der Gesellschaft erbauten Häuser hat die Zahl von zwanzig bereits überschritten. — Der hiesige Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen hat gegenwärtig den größten Theil seines Vermögens, das derselbe bekanntlich der Munifizenz Sr. Majestät verdankt, in Aktien der gemeinnützigen Baugesellschaft angelegt.

Kopenhagen, 16. Juli. Unterm 3. d. ist eine Kommission, in welcher der Etatsrath und Generalprocureur Ussing als Vorsitzender fungiren wird, ernannt worden, der ein Gutachten über einen vom königl. Gesundheitskollegium ausgearbeiteten Vorschlag zu einer Reform der Gesundheitspolizei im Königreich Dänemark abgeben soll. — Nach den wöchentlich veröffentlichten Listen hat der Gesundheitszustand hieselbst sich bedeutend verschlechtert, da die letzte Liste eine Vermehrung der Krankheitsfälle von ca. 20 pCt. gegen die vorletzte angibt. (H. N.)

Christiania, 15. Juli. Die Sitzungen der 7. Naturforscher-Versammlung wurden am 12. d. hieselbst im Universitätsgebäude eröffnet. Am 13. machten die fremden Naturforscher und einige Norweger einen Ausflug per Eisenbahn und Dampfschiff nach Hamar; Se. k. Hoh. der Vizekönig nahm an diesem Ausflug Theil. (Hamb. Nachr.)

London, 17. Juli. Der Prinz und die Prinzessin von Preußen, sowie auch die Prinzessin Louise wohnten mit der königlichen Familie gestern der Revue in Aldershot bei. (T. D. d. Nat.-Ztg.)

Madrid, 16. Juli. Saragossa hat sich einstimmig gegen O'Donnell ausgesprochen. Volk und Garnison halten dort zusammen. Valladolid, Burgos und Sevilla sollen sich ebenfalls gegen O'Donnell erklärt haben. Ueber Barcellona weiß man noch nichts Bestimmtes. Doch ist es sicher, daß Catalonien sich fast ganz erhoben hat. (K. Z.)

Berichtigung. In den Artikel über die Rhönbewaldung in Nr. 195 d. Bl. haben sich einige sinnstörende Druckfehler eingeschlichen, die wir hiermit verbessern. Auf Kol. 1 Spalte 2 Zeile 24 von unten muß es nämlich heißen: „des Wiesenbaues" statt „des Weinbaues"; ferner Zeile 19 v. u. „Wiesen wieder" statt „Wiesenweiden".

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 201. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 21. Juli 1856

Madrider Aufstand.

* Allmählich bekommen wir einige, wenn auch noch sehr dürftige Aufklärung über die Ursache des Madrider Aufstandes und dessen Zusammenhang mit dem vorausgegangenen Wechsel des Ministerium. Der Madrider Korrespondent der Agentur Havas meldet: „Als O'Donnell mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt wurde, war das erste Geschäft des neuen Ministerium, ganz Spanien in den Belagerungszustand zu erklären. Die in Madrid anwesenden Deputirten, 91 an der Zahl, versammelten sich und erklärten, daß die neue Regierung nicht ihr Vertrauen habe, und sie ließen die Königin davon in Kenntniß setzen." Bekanntlich ließ O'Donnell sie dann durch Militär auseinander jagen. Es ist demnach der Belagerungszustand über das Königreich nicht, wie man bisher wohl glauben mochte, nach Ausbruch des Madrider Aufstandes verhängt worden, sondern zuvor, und gerade diese Maßregel scheint eben erst den Anstoß zu dem Ausbruch des Aufruhrs gegeben zu haben. Dies wird auch bestätigt, dadurch daß das vom 14. Juli datirte königl. Dekret, welches den Belagerungszustand verhängt, und zugleich verspricht, die Regierung werde den Cortes Rechenschaft über diesen Schritt ablegen, mit keiner Silbe eines Aufstandes in Madrid erwähnt; vielmehr wird als Grund angegeben: „damit das Ministerium im Stande sey, den verderblichen Umtrieben der Parteien, die sich in letzterer Zeit in verschiedenen Theilen des Reiches in so furchtbarer Weise kundgegeben, in energischer und wirksamer Weise ein Ende zu machen." Erst am 14. Juli Abend brach dann der Aufstand aus. Am 16. Morgens war derselbe zwar unterdrückt. Bedenklich ist es aber, daß die weiteren telegraphischen Nachrichten aus Madrid nur bis zur Nacht vom 16. auf den 17. gehen. Seitdem hat man nichts aus Madrid erfahren, während wir doch, wenn die Verbindung nicht unterbrochen wäre, schon Nachrichten vom 19. haben könnten.

Was die Zusammensetzung des neuen Ministerium betrifft, so wird hierüber der „Köln. Ztg." nach Berichten aus Madrid vom 14. d. (noch vor dem Aufstand) gemeldet: „Die Herren Luzuriaga und Bayarri sind nur dem Namen nach Mitglieder desselben. Sie figuriren in dem Ministerium ohne ihre Zustimmung, haben aber dieselbe keineswegs gegeben, denn sie sind zur Zeit gar nicht in Madrid. Man benuzte nur ihre Namen, um dem neuen Ministerium den Anschein zu geben, als gehöre dasselbe der liberalen Partei an."

Deutscher Bund.

Bayern. München, 19. Juli. Se. Maj. der König haben den Ministerialräthen v. Schubert im Staatsministerium des Innern, v. Friedrich im Staatsministerium der Finanzen und v. Pfeufer im Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten die bisher von denselben bekleidete Funktion ständiger Mitglieder des zur Entscheidung der Competenzkonflikte zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden bestimmten Senates des obersten Gerichtshofes, — und ebenso den Ministerialräthen v. Sperl im Staatsministerium der Finanzen, Koch im Staatsministerium des Innern und v. Coulon im Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern die dermalen von ihnen bekleidete Funktion stellvertretender Mitglieder genannten Senates auf weitere drei Jahre übertragen.

Von der Plenarversammlung des obersten Gerichtshofes sind zu Mitgliedern dieses Senats auf die Dauer von drei Jahren gewählt worden: A. Für die Competenzkonflikte in den Landestheilen diesseits des Rheins a) als ständige Senatsmitglieder die Oberappellationsgerichtsräthe Schwertfelner, Encumus und Dr. Lauck; b) als Stellvertreter für Verhinderungsfälle die Oberappellationsgerichts-Räthe Dr. Glück, Schmelcher und Steyrer. B. Für Competenzkonflikte in der Pfalz a) als ständige Senatsmitglieder die Oberappellationsgerichtsräthe Zink, Pixis und Hilgard; b) als Stellvertreter für Verhinderungsfälle die Oberappellationsgerichtsräthe Schrauth, Metz und Friedreich. (N. M. Z.)

** München, 19. Juli. (Privat-Korrespondenz.) Sicherm Vernehmen nach werden der neue Erzbischof v. München, Scherr und der neue Bischof von Augsburg Dr. Deinlein am 10. August den im Art. 15 des Concordats vorgeschriebenen Eid der Treue in die Hände Sr. Maj. des Königs ablegen und zwar hier im Thronsaal der kgl. Residenz. — Die feierliche Enthüllung des Denkmals des Generals v. Deroy wird an dessen Todestag, den 18. August, dem Jahrestag der Schlacht bei Polozk, in welcher Deroy fiel, hier stattfinden.

München, 19. Juli. Nachdem am vergangenen Dinstag in Paris die Auswechslung der Heirathsratifikationen Sr. kgl. Hoheit des Prinzen Adalbert von Bayern und Ihrer k. Hoheit der Infantin Amalia von Spanien erfolgt ist, ist der k. Kämmerer, Staats- und Reichsrath Graf v. Waldkirch gestern wieder hier eingetroffen. (N. M. Z.)

München, 19. Juli. Wie zur Zeit bestimmt, würde Se. Maj. König Otto von Griechenland nicht vor Anfang September hier eintreffen, dann aber vor der Rückreise nach Athen einige Wochen hier verweilen. — Wie es heißt, sollen zu den diesjährigen Herbstexerzitien der Infanterie nur sehr wenige Beurlaubte einberufen werden. — In Betreff der projektirten Rhönbahn vernimmt man, daß ein großer Theil des Baukapitals von Sr. k. Hoh. dem Kurfürsten von Hessen übernommen würde. (A. Abdz.)

Bayern zählt dermalen folgende Benediktiner-Klöster: 1) in der Diözese Regensburg: Metten, Abtei, mit einem Gymnasium, lateinischer Schule, zwei Kloster-Studien-Seminarien und dem bischöflichen Knabenseminar; außerdem versehen Patres dieses Klosters das k. Erziehungsinstitut für Studirende und das k. Ludwigs-Gymnasium in München und vier Pfarreien. Weltenburg, Priorat, mit einer Pfarrei. Das Schottenkloster zu St. Jakob in Regensburg, Priorat, mit einer Erziehungs-Anstalt für junge Schotten; 2) in der Diözese Augsburg: Augsburg, Abtei, mit einem Lyzeum, Gymnasium, lateinischer Schule und zwei Studien-Seminarien; Ottobeuren, Priorat, eine Filiale der Abtei St. Stephan in Augsburg, mit einer Pfarrei und einer Erziehungsanstalt für verwahrloste Knaben; — 3) in der Diözese München-Freising: Scheyern, Abtei, mit einer lateinischen Schule, zwei Studienseminarien und einer Pfarrei; München, Abtei, mit einer Pfarrei; Andechs, Priorat, eine Filiale des vorgenannten Klosters, mit einer Pfarrei. Außerdem zählt der Orden zwei Frauenklöster: in Eichstädt und Frauenchimsee, je mit Schulen und Pensionaten für die weibliche Jugend. (N. M. Z.)

Dillingen, 17. Juli. Gestern wurde das hiesige, seit dem Jahre 1252 für arme und erwerbsunfähige Bürgersleute bestehende Hospital feierlich dem Orden der barmherzigen Schwestern zur Leitung übergeben. (N. N.)

Preußen. Die Sonntagsfeier wird in strenger Weise von den Behörden gehandhabt. Die Gesuche, welche an das Handelsministerium gerichtet werden, um eine Abänderung der Bestimmung, nach welcher während der Zeit des Gottesdienstes am Sonntag eine Briefausgabe nicht stattfinden soll, herbeizuführen, sind sämmtlich zurückgewiesen worden. Wie der Sonntagsfeier bei dem Postverkehr Rechnung getragen wird, so geschieht es auch bei der Benutzung der Eisenbahnen. Es fallen des Sonntags auf den Staatseisenbahnen alle Züge fort, die entbehrt werden können, wohin namentlich die Extrazüge, welche dem Vergnügen dienen, zu rechnen sind. (Fr. Pstz.)

In vielen Blättern war kürzlich berichtet worden, daß neuerdings in Preußen der bisherige Gebrauch, die Ertheilung von Paßkarten von der politischen Gesinnung abhängig zu machen, aufgehoben worden sey, so daß künftig dieses bequeme Legitimationsmittel auch Denen ertheilt werde, welche es troß ihres

sonstigen ehrenwerthen Charakters bisher ihrer liberalen Gesinnung halber versagt geblieben sey. Das „Dresdner Journal" glaubt jetzt aus guter Quelle versichern zu können, daß obige Nachricht völlig unbegründet ist. (D.A.Z.)

Erfurt, 17. Juli. Der frühere Redakteur der „Deutschen Reform" und wegen seiner Schrift: „Von Warschau bis Olmütz", bekannte Privatgelehrte Selig Cassel, jetzt Paulus Cassel, ist vom Ministerium des Unterrichts in Anerkennung seiner Verdienste zum Professor ernannt worden. (Dtschl.)

Württemberg. Die „Karlsruher Ztg." meldet, daß der kgl. Geheimrath gegen das Projekt, der Verlegung der Universität v. Tübingen nach Stuttgart, sich ausgesprochen habe. Man hofft damit, die ganze Frage, wenn nicht für immer, so doch für lange Zeit beseitigt.

Baden. Heidelberg, 19. Juli. Heute Nachmittag wurde für die Studirenden das Verbot, Waffen und Abzeichen zu tragen, streng wiederholt. Es sollen bereits etwa 100 Studenten ihre Zeugnisse verlangt haben, um von hier abzuziehen. (Fr. Pstz.)

Dem „Fr. Journ." sind, wie es sagt, von unterrichteter Seite über die Heidelberger Vorfälle, nachstehende Angaben zugekommen. Im Laufe dieses Sommers seyen die Reibereien zwischen Korps- und Nichtkorpsstudenten immer heftiger geworden. Der Berichterstatter des „Frankf. J." mißt den Korps die Schuld bei, diese Reibereien hervorgerufen zu haben, in deren Folge am 5. Juni die akademische Disziplinarbehörde sich zu den ernstesten Ermahnungen und einem scharfen Erlasse gegen nächtliche Ruhestörungen genöthigt sah. „Schon damals, sagt derselbe, gingen die Korpsstudenten so weit, daß sie eine „Verwahrung" gegen den Senatserlaß eingaben und die Behauptung aufstellten, daß sie eine Art von Disziplinaraufsicht über die übrigen Studirenden auszuüben hätten. Gleichzeitig erließen sie eine Verrufserklärung gegen eine achtbare hiesige Gesellschaft, die sich in die Nothwendigkeit versetzt gesehen hatte, einige Korpsstudenten wegen unanständigen Betrageus auszuschließen, und es kamen gegen mehrere Nicht-Korpsstudenten so grobe Exzesse vor, daß die Behörde sich in der Lage sah, drei bei diesen Exzessen betheiligte Korpstudenten (einen mit Relegation, zwei mit dem Concilium abeundi) von hier wegweisen zu müssen. Man hatte von dieser Maßregel einen günstigen Eindruck gehofft; anstatt dessen rief sie eine großartige Demonstration, ein sogenanntes Komitat aller hier befindlichen Korpsstudenten hervor, welche die Verwiesenen nach Ladenburg begleiteten und daselbst Excesse begingen, die zum Sturmläuten und einer heftigen Schlägerei führten. In Heidelberg wurden diese Excesse Abends unter Andern auch vor der Wohnung des Prorektors fortgeführt; auch wollten die Korpsstudenten die sog. Kneipe einer Gesellschaft von Nicht-Korpsstudenten stürmen. Als die akademische Behörde die Senioren der Korps mit einer verhältnißmäßig geringen Strafe belegte, verlangten die Korpsstudenten, daß keiner oder alle gestraft würden. Unter diesen Umständen schritt man zur Auflösung dieser Verbindungen."

Freie Städte. Hamburg, 17. Juli. Der Kaiser von Rußland hat in Anerkennung der Mitwirkung des Herrn John Helbert bei Artikeln in der englischen Presse, welche für die Herbeiführung der Beendigung des Krieges und Erreichung eines Friedens strebten, Herrn H. einen prachtvollen Diamantring zum Geschenk gesandt. (H. N.)

Dänemark.

Drei Bankiers, darunter Herr v. Haber aus Karlsruhe, haben bei der dänischen Regierung einen Plan eingereicht, zur zur Gründung einer Kreditbank in Altona mit einem Kapitale von 12 Mill. Thlr. Bislang hat die dänische Regierung noch keinen Entschluß gefaßt. (Fr. J.)

Großbritannien.

London, 17. Juli. John Frost, der Chartist, ist Sonnabend in Liverpool aus vieljähriger Verbannung angekommen. Er sieht obgleich ein Siebziger sehr frisch und gesund aus. Seine Familie lebt in der Nähe von Bristol. Wie er erzählt, haben seine Schicksalsgefährten Williams und Jones keine Lust, von der königlichen Erlaubniß zur Heimkehr Gebrauch zu machen, da es beiden in Tasmanien sehr gut geht. (Fr. Pstz.)

London, 19. Juli. Vorgestern fielen in Alderhot zwischen Engländern und deutschen aus der Türkei angekommenen Legionären neue blutige Schlägereien vor. Von beiden Seiten gab es bedenkliche Verletzungen; Kavalleriechargen stellten zuletzt die Ruhe her. (T.D.d.A.Z.)

Italien.

Aus Turin, 12. Juli, wird der „Independ. Belge" geschrieben: „Es ist eine Thatsache, daß in letzter Zeit zwischen Rom, Neapel, Florenz und Modena Verhandlungen stattfanden und noch fortdauern, bei denen es sich um die Bedingungen zu einer Art Liga dieser Staaten unter Oesterreichs Schutze handelt. Ebenso ist es außer Zweifel, daß in Folge der Zusammenkunft des Papstes mit dem König von Neapel die Widerstandspolitik des Kardinals Antonelli vollständig in der Haltung des Kirchenstaates den Sieg davon getragen hat."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Antivari wird der „Agr. Ztg." geschrieben, daß die Türken in der Nacht vom 28. auf den 29. Juni sämmtliches Material, das zur Verzierung der im Bau begriffenen neuen katholischen Kirche bestimmt war, zerstört haben.

Griechenland.

Athen, 12. Juli. Auch der Senat bewilligte die Pension für den ehemaligen Ministerpräsidenten Maurokordatos. (Fr. Journal.)

Amerika.

Aus Philadelphia liegen Berichte über ein fürchterliches Unglück vor, welches sich durch den Einsturz einer der dortigen Landungsplätze ereignete. Derselbe ruht auf Pfählen und geht weit ins Wasser vor, so daß er von den Bewohnern der Stadt vielfach zu Abendspaziergängen benutzt wurde. In dem Augenblicke, als das Pfahlwerk einstürzte, sollen sich an 200 Personen auf der Brücke befunden haben. Die Meisten davon fielen ins Wasser und wurden durch hinzueilende Boote gerettet, aber Andere stürzten in den Mauerschutt, der theilweise zwischen dem Pfahlwerk angehäuft war, und wurden von diesem unrettbar verschlungen. Die Zahl der auf diese Weise zu Grunde gegangenen wurde Anfangs auf 30 bis 50 angegeben, doch scheint diese Zahl übertrieben, und sind bis jetzt nur zehn Todesfälle konstatirt. (Fr. J.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Heilbronn. (Wollmarkt.) Mit Einschluß der vom Kirchheimer Markte hierher gebrachten Partien hat das Quantum über 5000 Zentner, in einem Werthe von etwa 555,000 fl. betragen — Die Wäsche war durchschnittlich schön

Die Durchschnittspreise stellten sich für feine Bastard auf 120 bis 125 fl., mittel Bastard auf 100 bis 115 fl., rauh Bastard auf 90 bis 100 fl. und deutsche Wolle auf 80 bis 88 Gulden.

Bei weitem der größere Theil der Wollen gehörte den feineren Sorten an, von Landwolle war nicht viel am Markt. (Schw. M.)

London, 18. Juli. Getraide. Englischer Waizen gefragt und zu Montagspreisen fand ein gutes Geschäft darin statt; fremder Waizen fast ohne Umsatz geblieben, indem Inhaber eher höhere Preise dafür fordern. In Mehl wurden zu festen Preisen ziemlich bedeutende Geschäfte gemacht. (T. D. d. Hamb. N.)

Liverpool, 18. Juli. Zu den bisherigen Preisen war Baumwolle heute gefragter und 8000 Ballen wurden umgesetzt. (T. D. d. Hamb. N.)

Frankfurt, 20. Juni. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. 81¾; 4½pCt.Met. 71¾; Wiener Bankaktien 1280; 5pCt. Lomb. 89¼; Wiener Wechsel l. S. 116¾; 3pCt. inl. span. 37¾; 1pCt. neue 23¾. Oesterr. Kreditaktien 234½. Darmstädter Bankaktien 410. Bayerische Ostbahn 104¾. Luxemburger internationale Kreditbank 551.

Wien, 19. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85½; 5pCt. Metall. 83½; 4½ pCt. 73¼; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 —; von 1854 105 7/8; Bankaktien 1099; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 381¼; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 602; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2855. Wechselkurse: Augsburg uso 102½. London 10. 3. P. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 202. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 22. Juli 1856

Die Vorgänge in Spanien.

* Noch ist das Dunkel nicht gelichtet, in das die Vorgänge gehüllt sind, welche den Rücktritt Espartero's von der Leitung der Staatsgeschäfte einleiteten, und dem neuen Ministerium unter O'Donnell die Bahn öffneten. Wir haben darüber nur sparsame Privatnachrichten, über deren eigentliche Quelle wir zu wenig wissen, um für ihre Glaubwürdigkeit einen Maßstab zu haben, und außerdem eine amtliche Kundmachung in der Madrider „Gaceta" vom 14. Juli. Aber es ist nur zu wohl bekannt, welchen geringen Werth amtliche Kundmachungen dieser Art unter solchen Umständen haben: sie verschweigen das Meiste, und das Wenige, was sie noch sagen, wird gewöhnlich nach Talleyrand's Satz gemodelt: Das Wort sey dazu da, die Gedanken des Menschen zu verhüllen. Dennoch wollen wir bei den Mangel anderer Aufschlüsse unsern Lesern diese lückenhaften und unsicheren Daten nicht vorenthalten. Die Kundmachung der Madrider „Gaceta" lautet: „In Folge von Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Mitgliedern des von Espartero präsidirten Kabinets haben der Kriegsminister Graf von Lucena (O'Donnell) und der Minister des Innern Palicio de la Escosura der Königin ihre Entlassung eingereicht. Nachdem die Frage ein Langes und Breites in dem vom Siegesherzog präsidirten Rathe verhandelt war, und der Herzog die Befehle der Königin erhalten hatte, wurde ein neuer Ministerrath unter dem Vorsitze der Königin abgehalten. In dieser Versammlung sprach der Präsidentent die Meinung aus, daß die Herren O'Donnell und Escosura sich gleichzeitig zurückziehen oder daß alle beide ihre Porteseuilles behalten müßten. Da dies Resultat unmöglich war, so reichten der Siegesherzog und die übrigen Minister ihre Entlassung ein. Die Königin, von versöhnlichen und weisen Gefühlen beseelt, wovon sie immer so glänzende Beweise gegeben hat, und besonders während des letzten Ministerium, hat geruht, den Konseilpräsidenten ein-, zwei und dreimal zu bitten, er möge am Ruder bleiben, und den Zwiespalt zwischen dem Kriegsminister und dem Minister des Innern auf die ihren verantwortlichen Rathgebern am passendsten scheinende Weise oder auf dem leichten und klaren Wege, welche hohe und in die Augen springende Erwägungen vorschreiben, zu lösen suchen. Der Siegesherzog bestand auf seiner Entlassung, und alle seine Kollegen folgten seinem Beispiele. Die Königin, schmerzlich ergriffen von diesem Ausgange, hielt es nach drei Stunden, welche die Sitzung dauerte, für angemessen, die Entlassung des Generals Espartero und der übrigen Minister, mit Ausnahme O'Donnell's anzunehmen, welchen letzten sie mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragte. General O'Donnell, durchdrungen von der Nothwendigkeit, die Nation nicht ohne Regierung zu lassen in der ernsten Lage der Dinge, während welcher das Ministerium abtrat, hat die Befehle der Königin angenommen." (Daß er sein Ministerium seitdem zusammengebracht hat, wissen wir.) Man sieht es dieser Kundmachung sofort an, daß sie einseitig im Sinne der früheren Kollegen, nunmehrige Gegner Espartero's, abgefaßt ist, jedes Wort zeugt von ihrer heftigen, lange verhaltenen Gereiztheit.

Eine Art von Commentar zu dieser amtlichen Kundmachung gibt ein Schreiben, das der „Indep. belge" aus Madrid vom 13. Juli zugekommen ist, und offenbar von einem mehr auf Espartero's Seite sich hinneigenden Mann herrührt. „Der Ministerrath, heißt es darin, war an diesem Tage bei Espartero versammelt, der das Zerwürfniß zwischen O'Donnell und Espartero beilegen zu können hoffte, ohne daß einer von ihnen abzutreten brauche. Alle Bemühungen jedoch waren umsonst, und Escosura zog ein Papier hervor, das, wie er sagte, seine Amtsniederlegung enthielt. Er wollte es Espartero überreichen, besann sich aber und sagte, er wünsche zu wissen, ob O'Donnell einfach abtrete oder ob er Gründe seines Rücktrittes angeben werde. O'Donnell sagte: „Ich trete ab, weil meine Grundsätze mit denen Escosura's durchaus im Widerspruche stehen, weil, während ich eine konservative Politik vertrete, die allein für das Land zu passen scheint, Sie, Herr Escosura, ein revolutionäres Element sind." Mit Heftigkeit erwiderte Escosura: „Kein Spiel mit Worten! Was verstehen Sie unter konservativer Politik? Sagen Sie, daß Sie liberal sind, oder daß Sie es nicht sind, so ist Alles abgethan." Es folgte ein ärgerlicher Auftritt; beide Minister warfen sich Abtrünnigkeiten und Verwaltungsfehler aller Art vor, so daß zuletzt Espartero erklärte, er könne nicht umhin, die Entlassungsgesuche der beiden Herren anzunehmen; er verlangte sie sogar auf der Stelle. Escosura gehorchte, obwohl mit Widerstreben, erklärte aber, daß er trotzdem Anhänger Espartero's bleibe. O'Donnell dagegen beschränkte sich auf die Erklärung, daß er die ihm übertragenen Vollmachten einzig der Königin verdanke und daher auch ihr allein seine Dimission überreichen werde. Er begab sich sodann nach dem Palaste, nachdem er vorher dem Konseils-Präsidenten angezeigt hatte, daß im Laufe des Tages Ruhestörungen bevorständen, und daß er die nöthigen Vorsichtsmaßregeln zur Bekämpfung der Meuterer getroffen habe. Espartero folgte dem Kriegsminister ziemlich bald."

Wie es dann weiter kam, daß Espartero von seinem Posten abtrat und O'Donnell zur Bildung eines neuen Ministerium berufen wurde, das läßt sich hieraus noch nicht entnehmen.

Deutscher Bund.

Bayern. Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß die bestehenden Vorschriften über die Zulassung von Advokaten, über die Berichtigung des Vollmachtpunktes und über die Einreichung von schriftlichen Eingaben bei den Polizei- und Verwaltungsbehörden in neuerer Zeit vielfach außer Acht gelassen werden. Das Staatsministerium des Innern sieht sich daher veranlaßt, die desfalls bestehenden Vorschriften in Erinnerung zu bringen und insbesondere folgende Bestimmungen zur genauesten Beachtung einzuschärfen: 1) In allen reinen Polizei- und Administrativsachen, mit Ausnahme der administrativ-kontentiösen Gegenstände ist bei den Unterbehörden die Zuziehung von Advokaten und die Einreichung schriftlicher Ausführungen durch die Verordnungen von 1815 und 1816 unbedingt verboten. 2) Nur siegelmäßigen und ihnen gleichgeachteten Personen ist gestattet, ihre Angelegenheiten auch den untern Polizei- und administrativ-Behörden in schriftlichen Vorstellungen vorzutragen. 3) Soweit Eingaben nicht siegelmäßiger und ihnen gleich geachteter Personen an Polizei- und Administrativ-Behörden gerichtet werden dürfen, müssen dieselben von einem recipirten Anwalt als Verfasser oder zur Legalisation unterzeichnet seyn und die Vollmacht oder das Ratifikatorium der Eingabe angefügt, oder bei der Unterbehörde vor der Einsendung an die Oberbehörde berichtigt werden. Eingaben nicht Siegelmäßiger oder ihnen Gleichgeachteter ohne Unterschrift eines recipirten Anwaltes, sowie Eingaben und Verhandlungen ohne Vollmacht oder Ratifikatorien sind unberücksichtigt zu lassen, insoweit nicht eine Einschreitung wegen Winkelagentie veranlaßt ist. 4) Von der Vorschrift Ziffer 3 hinsichtlich der Unterschrift der Eingaben durch einen rezipirten Anwalt, sind nur Gesuche um Anstellung und Beförderung 2c., oder um Unterstützung, dann Eingaben auf Grund dienstlicher Verhältnisse und Vorschriften, endlich Beschwerden und Anzeigen wegen Verletzung von Amtspflichten ausgenommen. (B. Bl.)

Preußen. Berlin, 17. Juli. Im Jahre 1831 betrug die Einwohnerschaft in Berlin 272,000 Seelen, während sie bei der letzten allgemeinen im Dezbr. v. J. vorgenommenen Zählung 436,602 Seelen umfaßte. In dem zehnjährigen Zeitraum von 1831 bis 1840 wurden durchschnittlich 700 Menschen mehr geboren, als starben. Die Zunahme durch Geburten würde in dieser Zeit noch größer gewesen seyn, wenn nicht die beiden Cholerajahre 1831 und 1837 so große Opfer gekostet hätten, daß die Zahl der Geburten hinter denen der Sterbefälle um

mehr als 2000 zurückblieben. Durch Zuzug von außerhalb wuchs die Bevölkerung durchschnittlich um etwa 5000 Seelen jährlich. In den folgenden 15 Jahren vermehrte sich die Einwohnerschaft durch Geburten um mehr als 2000 jährlich. Der Zuzug gab jährlich durchschnittlich ein Mehr von 5000 Personen und darüber. Die Vermehrung durch Zuzug würde in diesem Zeitraum noch umfangreicher gewesen seyn, wenn nicht die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 eine außerordentlich starke Auswanderung hervorgerufen hätten. Im Jahre 1848 ging die Zahl der ausgehenden Personen über die der einziehenden hinaus, und in den folgenden Jahren steigerte sich die Zahl der Eingewanderten nur allmählig. In Folge der gesetzlichen Bestimmungen, durch welche an die Niederlassung in Berlin sehr erschwerende und mit starken Geldopfern verbundene Bedingungen geknüpft werden, hat die Einwanderung ihren frühern Umfang noch nicht wieder erlangt. (A. Z.)

Hannover. Hannover, 18. Juli. Der Verfassungs-Ausschuß der 2. Kammer hat heute sein Gutachten über die sogenannten Nothgesetze überreicht. Er hat sich nicht davon überzeugen können, daß genügender Anlaß vorgelegen, die Zuständigkeit der Schwurgerichte zu beschränken, empfiehlt aber im Hinblick auf den Bundesbeschluß über die Presse den Erlaß eines im Entwurf beigelegten Gesetzes, dagegen die ausdrückliche Erklärung, daß Stände zu Fortbestehen des einseitig erlassenen Gesetzes vom 22. Dezbr. v. J. ihre verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung unbedingt abzulehnen sich genöthigt sehen und es als selbstverständlich betrachten, daß dasselbe, falls die modifizirenden Beschlüsse der Stände Bedenken finden sollten, vordersamst außer Wirksamkeit gesetzt werde. Das andere aus Anlaß des Auricher Erkenntnisses erlassene Gesetz über Errichtung eines Staatsgerichtshofes u. s. w. empfiehlt der Ausschuß zu unbedingter Ablehnung, weil 1) jenes vereinzelte Erkenntniß den in der Verfassung vorausgesetzten Nothfall nicht hinreichend begründe; 2) weil es sich jedenfalls nicht in den erforderlichen Gränzen gehalten; 3) weil gar keine Veranlassung vorhanden, es fortdauern zu lassen. (K. Z.)

Württemberg. Tübingen. Professor Roßbach hat einen Ruf nach Breslau als ordentlicher Professor der alten Philologie und Vorstand des dortigen philologischen Seminars erhalten und angenommen. Er wird diesen Herbst Tübingen verlassen. (Schw. M.)

Kurhessen. Wie der „Allg. Ztg." aus Kassel, 16. Juli geschrieben wird, dürfte die Wiedereinberufung der vertagten Kammer schon mit Anfangs Septembers stattfinden. Als das erste Geschäft der Ständeversammlung bei ihrem Wiederzusammentritt bezeichnet man die Beschlußfassung auf die letzte Eröffnung der Regierung und auf die Berichte der Verfassungs-Ausschüsse über die Geschäftsordnung und das Wahlgesetz. Außerdem sind noch andere wichtige Gesetzesvorlagen vorbereitet. Hinzugesetzt wird, daß, wenn die Stände in der Verfassungsfrage eine entgegenkommende ist*), die Regierung, um eine Vereinbarung zu ermöglichen, noch die eine oder die andere Konzession machen würde.

Oesterreich. Wien, 18. Juli. Der Kaiser hat, wie die „Wiener Ztg." meldet, aus Anlaß der glücklichen Entbindung Ihrer Maj. der Kaiserin dem Bezirksvorsteher von Mödling den Betrag von 1000 fl. mit dem Befehl übergeben lassen, daß hievon würdige Arme des Bezirks und die im Frühjahr durch Feuer beschädigten Bewohner des Marktes Mödling betheilt werden. Die Kaiserin hat den zu Wien und in der nächsten Umgebung bestehenden Kinderbewahranstalten den Betrag von 400 fl., ferner dem St. Anna-Kinderspital 100 fl., dem St. Joseph-Kinderspital 100 fl., dann den in Wien bestehenden Krippen 400 fl., zusammen 1000 fl., sowie den Wiener Frauen-Wohlthätigkeitsvereinen den Betrag von 1600 fl. bewilligt.

Großbritannien.

London, 19. Juli. Der „Times" zufolge wäre Herr Dallas, nordamerikanischer Gesandter in London, ermächtigt, nachstehende Vorschläge zur Beilegung der centralamerikanischen Differenz zu machen. San-Juan würde ein Freihafen unter der Souveränität Nicaraguas werden. Die Mosquitos-Indier würden auf ein genau abzugränzendes Gebiet konzentrirt und ihren Chefs eine jährliche Pension bezahlt werden. England würde Island-Bey an Honduras zurückgeben. Balize, mit den Gränzen d. J. 1850, würde englische Besitzung bleiben. Endlich würde ein Gebietsstrich durch Centralamerika zur Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen beiden Ozeanen genommen werden. (Tel. Dep. d. Dép.)

*) Da fragt sich's eben, wie weit entgegenkommen?

Frankreich.

* Paris, 19. Juli. Das „Siecle" empfängt nachstehende Mittheilung: „Paris, 18. Juli. Herr Redakteur! Ich empfange die Nachricht, daß zufolge einer telegraphischen Depesche aus New-Orleans vom 18. Juni, die Differenz zwischen Mexico und Spanien in einer für beide Staaten befriedigenden und ehrenvollen Weise beseitigt ist. — Die Klugheit der mexicanischen Regierung und der Mäßigung der Presse führten dieses glückliche Resultat herbei. Genehmigen Sie ec. — Der erste Sekretär der mexik. Gesandtschaft. Osguerra." (Wiederholt.)

* Alle in Paris befindlichen Spanier von politischer Bedeutung, welcher Partei sie angehören mögen, Christinos und Progressisten, sind nach der spanischen Gränze abgegangen. Da denkt Jeder, es gibt für ihn etwas im Trüben zu fischen. Hr. Olozaga, der spanische Gesandte in Paris, reiste nach Eaux-bonne, einem Bad in den Pyrenäen, ab.

Paris, 19. Juli. Der „Moniteur" veröffentlicht ein Gesetz, wodurch dem Minister der öffentlichen Arbeiten zur Herstellung der durch die Ueberschwemmungen angerichteten Beschädigungen an Deichen und Dämmen, Flußstraßen, Wegen und Brücken und zum Studium der Fragen bezüglich des Schutzes des Landes gegen die Verheerungen des Wassers, ein außerordentlicher Credit von 10 Mill. Fr. eröffnet wird.

Spanien.

* Der Vortrag, welchen das neue Ministerium an die Königin richtete, um die Verhängung des Belagerungszustandes zu erwirken, läßt einen tiefen Einblick thun in die gegenwärtige Lage Spaniens, durch das sowohl was er sagt, als auch durch das, was er zwischen den Zeilen lesen läßt. Wir drucken ihn deßhalb vollständig hier ab. Er lautet: „Madame, da das Ministerium, welchem der Herzog de la Vitoria präsidirte in Folge ausgebrochener Mißhelligkeiten aufgelöst wurde, und die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten durch Eure Maj. den verantwortlichen Ministern anvertraut worden ist, welche die Ehre haben, Eurer Maj. Gegenwärtiges vorzutragen, — so war es die erste Pflicht des Kabinets die Lage in welcher die Nation sich durch ein unglückliches Zusammentreffen unzähliger älterer und neuerer Ursachen befindet und die sie in die vielleicht ernsteste und gefährlichste Situation drängten in welcher sie in diesem Jahrhunderte noch gewesen, — genau und unparteiisch zu prüfen. — Der Aufreizung der Leidenschaften, dem Zusammenstoße sich widersprechender Interessen, dem hitzigen Parteien-Kampfe die jeder politischen Revolution vorangehen und folgen, gesellten sich seit dem Triumphe der Bewegung von 1854, noch die Abwesenheit jeder systematischen, politischen und administrativen Gesetzgebung, die Erneuung und der Wechsel aller Zivil-Staatsdiener, die Anhäufung immenser Fragen sozialen und religiösen Anstrichs, der Wiederausbruch des dynastischen Kriegs in Aragonien, Epidemien, Mißärnten, und die fortdauernde geringere oder stärkere Störung der öffentlichen Ordnung in allen Theilen der Monarchie. Um dieses nur zu traurige Bild zu vollenden, Madame, führen wir die jüngsten offenbar socialistischen Insurrektionen an, die im großen Maßstabe die friedlicher Zentral-Provinzen der Halbinsel heimsuchten und sich in geringerer Ausdehnung aber nicht weniger schrecklich und unerhört über die Provinzen des Littorals und des Innern geißelartig ausbreiteten. Es ist schmerzlich es sagen zu müssen, Madame, aber vergebens bemühten sich die konstituirenden Cortes in ihrer Weisheit und Voraussicht, und das abgetretene Kabinet mit Eifer und Patriotismus, das Eindringen, das Wachsen, die Verbreitung dieser Uebel und Unheile zu verhindern. Weder die Anwesenheit, die Autorität und Mitwirkung des Parlaments noch die Anwendung der Vollmachten, mit welchen das vorige Ministerium bis zum letzten Augenblicke ausgestattet war, weder der auf großen Gebietsstrecken aufrechtgehaltene oder hergestellte Kriegszustand, noch das summarische exemplarische Strafverfahren der Militär-Justiz, welches man anzuwenden genöthigt war, konnten bisher die soziale und politische Ordnung herstellen, den öffentlichen Frieden erhalten und die materielle Ordnung für einige Zeit befestigen. Diese Crise, Madame, erfordert offenbar eine Aenderung im Staatsregierungssystem; sie fordert eine Politik der Einigkeit und der Versöhnung zwischen allen Männern und gegenüber allen Parteien der konstitutionellen Monarchie; sie erfordert eine gerechte und genügende Unterdrückung aller auflösenden Elemente, welche in der Tiefe agitiren, wo der Abschaum der Gesellschaft arbeitet; sie erfordert, Madame, ein momentanes Conzentriren und die unumstößliche Vereinigung der öffentlichen Gewalt, welche gleichzeitig mit Klugheit und Mäßigung, aber mit Kraft handeln muß, damit sie, durch Unterbrechungen nicht gelähmt, durch getheilte fruchtlose Bemühungen sich nicht aufzehre, damit ein großer gewaltiger Stoß den Prinzipien die Autorität, den Gesetzen Achtung wieder verschaffe, daß den heiligen Rechten der Bürger die Sicherheit, die moralische Ord-

nung der Bevölkerung und der innere Friede der Monarchie wieder gegeben werde. Nur auf diese Weise, Madame, konnte man sowohl in Spanien als im Auslande, unter weit weniger gebieterischen Verhältnissen, die Gesellschaft vor Auflösung, die Nation vor Verfall retten. — Die Regierung, Madame, hegt die feste Hoffnung, daß, Dank dem Hauptmittel, welches sie Eurer Majestät vorschlägt, und durch die andern Maßnahmen, welche sie, wegen der Eile mit welcher sie Gegenwärtiges der hohen Einsicht Eurer Majestät unterstellt, und flüchtig andeutete — die Regierung hofft, sagen wir, daß es ihr gelingen wird, das vorgesteckte hohe Ziel bald zu erreichen, in welchem sich die natürlichsten, heiligsten, nothwendigsten und lebensfähigsten Pflichten der konstitutionellen Macht resümiren. Wenn sie, mit der unbesiegbaren Stütze der laut zu ihren Gunsten sprechenden öffentlichen Meinung, dieses Ziel erreicht haben wird, wird sie sich beeilen eine nicht minder heilige und gebieterische Pflicht zu erfüllen: nämlich die normale Ordnung herzustellen und ihr Betragen dem Urtheil der Cortes zu unterwerfen und so in der Verwaltung des Staates und in den Beziehungen zum Parlament stets die Achtung für das Gesetz, die Liebe für die Freiheit bethätigen, welchen Ihre gegenwärtigen Räthe durch das ganze Leben huldigten. Von diesen Gefühlen belebt, auf diese Gründe gestützt, haben wir die Ehre der Genehmigung Eurer Majestät nachfolgenden Dekret-Entwurf gehorsamst zu unterbreiben. Gez. Leopold O'Donnell, Nicomedes Pastor Diaz, Manuel Cantero, Antonio de Los Rios y Rosas, José Manuel de Collado*).

Italien.

Turin, 12. Juli. Die Antwort auf das Rundschreiben des Ministers des Innern, Ratazzi, die Ueberwachung der Geistlichkeit betreffend, hat nicht lange auf sich warten lassen. Die Bischöfe Savoyens haben an den Grafen Cavour eine Erklärung abgegeben, worin sie feierlich gegen die Ratazzischen Zumuthungen protestiren. Sie erklären, keine andern Regeln in der Ausübung ihres Amtes anzuerkennen, als einzig und allein die Regeln der Kirche. Kirche und Staat sind hier auf einer gefährlichen Gränze angekommen und es ist nicht abzusehen, wie dies enden soll. Ratazzi ist nicht allein gesonnen, seine Gesetze ganz und streuge durchzuführen, sondern dieselben noch durch weitere zu ergänzen, im Vergleiche mit denen die ersten in Beziehung auf Geist und Tragweite mild genannt zu werden verdienen. Einige sind der Meinung, Graf Cavour werde sich hier versöhnend ins Mittel legen, allein es heißt dieses ein Verkennen des ganzen Systems. Graf Cavour würde nicht weniger schroff verfahren, wenn er das Ministerium des Innern zu verwalten hätte; so aber zeigt er sich öffentlich versöhnlicher gestimmt, während er sich im Stillen die Hände reibt, daß der ganze Groll auf Freund Ratazzi fällt. Ich bin fest überzeugt, daß binnen Kurzem auch die übrigen Bischöfe des Landes sich rühren werden; was das Ministerium dann weiter thun wird, ist abzuwarten. (Tr. Ztg.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

§ Wien, 19. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Während Fürst Stirbey in einer unter seinen Auspizien ausgearbeiteten Denkschrift gegen die Vereinigung der Fürstenthümer Moldau und Wallachei sich ausspricht hat der gewesene Hospodar der Moldau Fürst Ghika ebenfalls eine Denkschrift an den Höfen von Wien, Petersburg, Paris, London und Berlin überreichen lassen, in welcher er sich für die Vereinigung der Fürstenthümer ausspricht, indem er zugleich darauf hinweist, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in beiden Ländern die Vereinigung zu Einem Fürstenthume unter der Regierung eines eingebornen Hospodars auf das Lebhafteste wünsche, weil sie darin die einzige Garantie einer entsprechenden Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse der Fürstenthümer erkenne. Der Fürst beabsichtigt diese Ansicht persönlich am Hofe der Tuillerien zu vertreten, wie er dies vor seiner Abreise nach Paris den Großbojaren versprochen hat, die Ernennung des gewesenen Fürsten Alexander Ghika zum Kaimakan der Wallachei ist dort mit vieler Befriedigung aufgenommen worden. Man rühmt an ihm seine glänzende Beredtsamkeit, und seine hochphilosophische Weltanschauung, so wie seyn bedeutendes Talent für die unmittelbar, praktische Tagespolitik. So wie Stirbey und Bibesko gehört er der Reformpartei an.

Nichtpolitische Zeitung.

Aachen, 17. Juli. Die Theilnahme an der hiesigen Speise-Anstalt war in der letzten Zeit fortwährend im Wachsen begriffen, wie denn in der letzten Zeit vom 8. Juni bis 5. Juli, also in 24 Wochentagen, ungefähr 28,000 Portionen abgesetzt wurden und dadurch sich die Anstalt in den Stand gesetzt sieht, ohne Einbuße arbeiten zu können. (A. Z.)

*) Man wird bemerken, daß diese Darlegung von den Herren Luzuriaga und Pedro Bayarri nicht unterzeichnet ist.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 14. bis 19. Juli.)

Die Börse war diese Woche vorzüglich von der Rückwirkung der Ereignisse in Spanien beherrscht. Diese Vorgänge haben auf die ohnehin schon matte Stimmung der Börse fühlbar eingewirkt. Wir sind weit entfernt, im jetzigen Augenblick die Spekulation in spanischen Fonds anzurathen; ebensowenig möchten wir aber den Besitzer, der mit denselben wohl schon härtere Krisen durchgemacht, dazu veranlassen, sie jetzt auf den Markt zu werfen, da eine günstigere Wendung, die ja doch nicht ausbleiben wird, die Kurse sehr bald auf die hiesige Höhe zurückführen und den voreiligen Verkäufer überflügeln kann. — Die in Spanien eingetretene politische Krisis wirkte außer auf die dortigen Fonds auch auf spanische Kredit-Aktien ein. Die Schwankungen darin waren namentlich bei den Pereire'schen sehr bedeutend, der Umsatz in spanischen Effekten überhaupt in dieser Woche lebhafter als seit langer Zeit. Dagegen blieben österreichische Staatspapiere vernachlässigt und gleich den meisten andern Effekten gedrückt. — Die nun zur Thatsache gewordene Gründung von neuen Kreditinstituten in Berlin (zur Umgehung der landesherrlichen Konzession als „Kommanditgesellschaften" konstituirt) hat an der dortigen Börse die Aufmerksamkeit von andern Kreditaktien abgelenkt. So sahen wir Meininger nach Frankfurt wandern, österreichische Kreditaktien stationär und selbst Darmstädter trotz des glänzenden Semesterberichtes in stagnirendem Zustande. Unsere Börse folgte hierin der Berliner Parole nur mit Meininger schien sie selbständiger zu bleiben und nahm sie willig auf. Aus gleichen Ursachen wie in Berlin haben bayerische und würtembergische Häuser einen Mobiliarkredit in St. Gallen geschaffen, der aber seinen Hauptsitz in Stuttgart und Augsburg haben wird. Leipziger haben sich im Kurse gebessert, da die Resultate der bisherigen Geschäfte, namentlich der Betheiligung an der Gothaer, Züricher und Lübecker Bank, sich als sehr günstig herausstellen sollen; die Anstalt wird nun auch industrielle Unternehmungen unterstützen, was auch ihrer Stellung inmitten eines Industrie- und Fabrikreichen Landes vollkommen entspricht. Sie hat sich namentlich bei der Fabrik von künstlichem Fischbein — Wallosin — in Köln bei Meissen betheiligt und die Thode'sche Papierfabrik in Hainsberg bei Dresden angekauft. — Der Umsatz in Eisenbahnaktien war noch unerheblicher als in den früheren Wochen. Staatsbahnen fast ohne Variation, da Paris und Wien damit nicht vorwärts gingen. Hanauer ebenfalls auf den Kurs von 85—86 festgebannt. Die von Seite Bayerns nun erfolgte Konzession der Rhönbahn wird die Interessen der Hanauer Bahn wesentlich fördern. Bayerische Ostbahn und Rhein-Nahe Bahn bei niedrigeren Kursen ziemlich fest. Letztere geben nun mit kleinem Avance nach Berlin. Bexbacher und Weissenburger Aktien leiden fortwährend unter der unserer Ansicht nach nicht verdienten Ungunst. — Der Geldstand war für die Börse nicht sehr güstig. Es ist für Einzahlungen auf Westbahn u. s. w. manches Geld fortgegangen. — Wechsel mit Ausnahme von Hamburg und Amsterdam angeboten. (Aktionär.)

Frankfurt, 21. Juli. Für österr. und span. Kredit-Aktien, sowie für span. Fonds zeigten sich Käufer zu höheren Kursen; auch Darmstädter Bank und mitteldeutsche Kreditaktien, waren beliebter. Bexbach und Neustadt-Weißenburger wurden neuerdings billiger abgegeben.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 104 verhandelt.

Berliner Bankverein-Aktien wurden zu 109¾ bis 110 umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1286 P. 1281 G. Neue Bankaktien 421 P. 416 G. Credit-Actien à 5pCt. 238 P. 236 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83½ P. 83¼ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81¾ P. 81½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 72⅛ P. 71⅞ G.; à 4pCt. 65 P. 64½ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 — P. 117 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102¾ P. 102½ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einzahl. 279 P. 277 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. 89 P. 88½ G.; 4pCt. 94¾ P. 91½ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101⅗ P. 100⅞ G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 104¾ P. 104½ G. 5pCt. 101¼ P. 100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 147½ P. 147¼ G. Neustadt-Weissenb. 109½ P. 109 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118¾ P. 118¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91¼ P. 90¾ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100¼ P. 99¾ G.; 4½pC. 102¾ P. 102¼ G.; Loose à fl. **50** 113 P. 112½ G.; à fl. **25** 34 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 414 P. 412 G.; junge 359 P. 357 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 109¼ P. 108¾ G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G., Loose à fl. **25** 32¼ P. 32 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 93⅙ P. 92⅚ G.; Bankaktien 120½ P. 120 G.; Taunus-Aktien 324 P. 322 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 85½ P. 85 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 554 P. 551 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38½ P. 38¼ G.; 1pCt. neue 24⅛ P. 24 G. **Holland.** Integrale 64⅛ P. 63⅞ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛ P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅞ P. 118⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i.S.Lr.250k.S. 101¼ P 101 G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96⅜ P. 96⅛ G.	Wienfl. 100 C. k.S. 116⅞ P. 116⅝ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 P 88¾ G.	Wien 3 M. mit 4% 116¾ P. 116½ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Mannheim, 12. Juni. Die Frage für Getraide hat in den letzten Tagen sekr zugenommen, Vorräthe sind aber sehr reduzirt und mußten bei den stattgefundenen Abschlüssen bedeutend höhere Preise angelegt werden; bezahlt wurde: Waizen fl. 18 a 19, Roggen fl. 13½, Gerste fl. 10½ a ¾, Hafer fl. 8½ a ¼, Erbsen fl. 11½, Bohnen fl. 12½ per 200 Zollpfund. Rüböl fl. 32½ per 50 Kil.

Kartoffelspiritus fl. 84, Rübensprit fl. 80 per badische Ohm.

Tabak sehr gesucht. Die Aernte fällt sehr schön. Bezahlt wurde bestes Deckblatt fl. 32 a 34, applattirte Blätter fl. 50 a 70.

Worms, 11. Juli. Getraide ist im Laufe der Woche bedeutend gestiegen. Zufuhren waren nicht stark, Frage aber sehr lebhaft. Bezahlt wurde: Waizen fl. 19½, Roggen fl. 14½ a ½, Gerste fl. 11 a ½, Erbsen fl. 12 a ½, Linsen fl. 10 a 11, Speizkern fl. 10½ a 19, rohe Hirse fl. 13, gerollte Hirse fl. 18 a ½ per 100 Kil.

Rüböl fest, fl. 32⅔ a 33, Mohnöl fl. 40 a 41 per 50 Kil.

Rappsaat fl. 21 a 22.

Tilsit, 13. Juli. Trotzdem die bisherige Witterung dem Wachsthum der Feldfrüchte nicht günstig erschien, kann man doch im Allgemeinen deren Stand befriedigend nennen. Waizen ist leider wieder an den Blättern vom Rost befallen und soll auch an den Stengeln nicht ganz frei davon seyn. Die sonst schönen Aehren, scheinbar noch gesund, sind jedenfalls der verderblichen Einwirkung dieser Krankheit noch nicht entgangen. Auch selbst am Roggen fanden sich einzelne mit Rost befallene Blätter; im Allgemeinen steht diese Frucht in unserer Provinz ziemlich gut und lassen die vollen Aehren eine befriedigende Aernte erwarten. Freilich sind einige Kreise stark vom Hagelschlag mitgenommen. Sommersaaten stehen auf nicht zu nassen Aeckern gut, im Allgemeinen ziemlich gut. Klagen über Kartoffel-Krankheit sind nur sehr vereinzelt und gewährt auch diese Frucht gute Aernte-Aussichten.

London, 15. Juli. Am heutigen Kolonialmarkt war das Geschäft in Rohzucker der starken Auktionen wegen weniger lebhaft, Preise aber sehr fest und anscheinend eine neue Steigerung zu erwarten. Gestern Abend wurde bereits 1 sh. mehr als Freitag bezahlt. Kaffee sind drei Ladungen Brasil und Domingo schwimmend verkauft, Preise sehr fest. Thee matt. Reis still. Salpeter höher gehalten. 3½pCt. Refr. 35 sh., 6—10½ pCt. Refr. 32—33 sh. Rum fest. Leinöl stieg gestern auf 36 sh. und wird heute 3 a 6 d. mehr gefordert. Cocosöl, Ceylon 45, Cochin 46 a 48 L.

Neueste Nachrichten.

Aus der Pfalz, 19. Juli. In der gestern zu Ludwigshafen abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsraths der pfälzischen Ludwigsbahn wurde, wie wir hören, eine Reihe von wichtigen Beschlüssen gefaßt. Zuvörderst wurde die Frage bezüglich des Direktorium dahin erledigt, daß der Verwaltungsrath Herrn v. Denis, dem bisherigen Direktor der pfälzischen Bahnen, einen Urlaub von sieben Jahren ertheilte und an seine Stelle den bisherigen zweiten Direktor, Herrn Alb. Jäger wählte; zum zweiten Direktor wurde Herr Maschinenmeister Mündler mit Beibehaltung seiner bisherigen Funktionen ernannt. Da diese Herren seit der Abwesenheit des Herrn v. Denis die Leitung der Bahn mit der größten Sorgfalt und Energie führten, so ist die Wahl in jeder Beziehung eine glückliche zu nennen. Gegen die Projekte einer Bahn von Kaiserslautern nach Kirchheimbolanden und Alzei, sowie von Neustadt über Dürkheim nach Frankenthal, über welche der Verwaltungsrath von der k. Regierung zur Abgabe eines Gutachtens veranlaßt worden war, sprach sich derselbe mit Entschiedenheit aus und richtete an das Staatsministerium die Bitte, die Konzessionen zum Baue dieser Bahnen, die für die Provinz kein Bedürfniß seyen und der Ludwigsbahn bedeutende Konkurrenz machen würden, zu verweigern. An der Zweigbahn von Homburg nach Zweibrücken wird emsig gearbeitet; die Grundarbeiten sind auf der ganzen Linie schon ziemlich weit gefördert, und man ist der festen Hoffnung, daß schon im kommenden Sommer die Bahn dem Verkehr wird übergeben werden können. — Die Korn- und Gerstenernte hat, in der letzten Zeit vom Wetter sehr begünstigt, überall begonnen und ist in manchen Gemarkungen der Vorderpfalz bereits beendigt. Mit dem Ertrag sind unsere Bauern im Allgemeinen sehr zufrieden; trotzdem haben in dieser Woche auf allen Märkten der Pfalz die Früchte einen nicht unbeträchtlichen Aufschlag erfahren, wie dies gewöhnlich kurz vor und während der Ernte, wo die Landleute den Markt zu befahren keine Zeit haben, der Fall ist. (N. C.)

Die „Regensb. Ztg." schreibt aus Regensburg, 19. Juli: Mit Freuden begrüßt unsere Stadt die Begründung einer mechanischen Spinnerei, wie solche bereits in den meisten größeren Städten unsers bayerischen Vaterlandes bestehen. Die Namen, welche an der Spitze stehen, bürgen für das Gelingen und gute Gedeihen dieses Unternehmens.

Aus Wien, 18. Juli wird der „Allg. Z." geschrieben: „Die Abberufung des k. k. Brigadiers Grafen Crenneville vom Kommando der in Parma stationirten kaiserl. Truppen und dessen Ersetzung durch den Feldmarschall-Lieutenant v. Paumgarten, bisherigen Kommandanten in Mainz, bestätigt sich, da, wie ich höre, General Crenneville zum Divisionär befördert werden soll. (Dadurch kommt das Wiener Kabinet der Regierung von Parma wieder entgegen, die sich bekanntlich mit dem Grafen von Crenneville überworfen hatte.)

Paris, 19. Juli. Wir sind hier ohne alle direkten Nachrichten aus Madrid. Die telegraphischen Verbindungen sind unterbrochen. Es bestätigt sich jedoch, daß Logrono, Bilbao und Saragossa sich gegen O'Donnell erklärt haben. Die Gerüchte von der Aufstellung eines französischen Observationskorps an der spanischen Gränze bestätigen sich. Mehrere Regimenter, u. A. das 22. Linienregiment, das in Charenton bei Paris in Garnison lag, hat Befehl erhalten, sofort nach der spanischen Gränze aufzubrechen. Diese Truppen werden auf der Eisenbahn befördert. An offizieller Stelle versichert man, daß es sich nur um eine Besetzung der Gränze handle, um zu verhüten, daß die spanischen Insurgenten den französischen Boden betreten.

Nachschrift. So eben erhalte ich folgende wichtige Depesche: „Saragossa, Freitag. Ganz Aragonien hat sich gegen die Regierung O'Donnel's erklärt. Der General Gurrea steht an der Spitze der Bewegung. Die Cortes versammeln sich in Saragossa. 85 Deputirte sind bereits angekommen." (Köln. Z.)

Paris, 19. Juli. Der „Courrier de Bayonne" will von einem Manifeste Espartero's wissen, worin dieser die Spanier auffordert, die Waffen zu strecken und sich der Politik von O'Donnel anzuschließen. (?)

Turin, 18. Juli. Die „Italienische Korrespondenz" zeigt an, daß Sardinien zu der Kommission zugelassen, die in diesem Augenblick mit der Erforschung des gegenwärtigen Zustandes der Donaufürstenthümer beschäftigt ist, um Vorschläge für die Basen ihrer künftigen Organisation zu machen.

Aus Asien. General Murawieff ist in Tiflis erwartet. Es werden dort Truppen konzentrirt, um gegen den Kaukasus zu operiren. (Fr. J.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 203. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 23. Juli 1856

Die Vorgänge in Spanien.

* Gerade zwei Jahre sind jetzt verflossen, seitdem durch eine Militär-Revolution das absolutistisch gesinnte Ministerium Sartorius gestürzt wurde. General O'Donnell von der Partei der Moderados und Espartero, der alte Liebling der Progressisten, schlossen damals da keine von beiden Parteien für sich allein stark genug war, der Bewegung Meister zu werden, ein Kompromiß miteinander, demzufolge sie gemeinsam die Leitung der Staatsgeschäfte übernahmen, Espartero als Ministerpräsident, O'Donnell als Kriegsminister, und ihre Kollegen im Ministerium zu gleichen Theilen aus beiden Parteien erlasen. Isabella II. war doch nur dem Namen nach Königin. Das eine solche Mischlingsregierung auf die Dauer nicht gut thun konnte, war leicht einzusehen; ein Wunder ist's vielmehr, daß sie so lange zusammenhielt. Denn die gegenseitigen Eifersüchteleien, Intriguen und Vorwürfe im Schooße des Ministeriums selbst nahmen kein Ende, und war da mühsam der Friede auf einige Wochen hergestellt, so ging's in den Cortes los; die ultra-liberale Partei befehdete den General O'Donnell und beschuldigte ihn, daß er sich zur Reaktion hinneige, während die Rechte dem General Espartero vorwarf, er halte es im Herzen mit den demokratisirenden Liberalen, und ihn im Verdacht hatte, er denke an eine Diktatur. Dazu kamen dann die ewigen Unruhen im Land, deren Grundursache jede Partei der andern in die Schuhe schob. Galt es, einen entschiedenen Schritt zu thun, so nahmen die Parteihäupter ihre Anhänger und was irgendwie mit diesen zusammenhing in Schutz, und nach langem Reden und Eifern geschah — nichts. Auf Kosten der Stärke wurde eine äußerliche, trügerische Einigkeit der Regierung erhalten.

So wurden die unruhigen Köpfe sicher und keck gemacht. Da kam der Aufruhr in Valladolid, ernster und schwerer als alle Unruhen seit zwei Jahren; dazu Symptome ähnlicher Gährung in andern Provinzen. Hier mußte energisch, konsequent gehandelt werden; darüber waren die Minister einig. Gegen wen? Ueber dieser Frage riß das schwache Band, welches bisher noch sie zusammengehalten hatte. Der progressistische Minister Escosura, welcher es übernahm, die Untersuchung selbst zu führen, erklärte, nachdem er in energischer Weise gegen die Aufrührer verfahren und nach Madrid zurückgekehrt war, um dem Ministerrathe Bericht zu erstatten: die gesammte Partei der Moderados sey für die Unordnungen in Valladolid verantwortlich. O'Donnell schlug dagegen vor, den Belagerungszustand über ganz Spanien auszudehnen und verlangte außerdem Escosura's Rücktritt; war einmal der Belagerungszustand erklärt, so konnte O'Donnell, der als Kriegsminister längst alle ihm ergebenen Generale und Regimenter in und um Madrid zusammengezogen hatte, den Progressisten schon nach Belieben den Daumen auf's Auge drücken. Das dachte Espartero auch, und darum wollte er von Belagerungszustand nichts wissen. Endlich traten, da keine Einigung zu erzielen war, alle Minister ab; O'Donnell wurde von der Königin mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, und dessen erstes Geschäft war es nun, den ersehnten Belagerungszustand zu verhängen.

Man hat O'Donnell vorgeworfen, er habe es offenbar auf einen Staatsstreich abgesehen und seinen Plan schon lange vorher schlau angelegt gehabt. Dies ist sicher wahr; aber nicht minder wahr ist es, daß Espartero seinerseits dasselbe gethan hatte; er wäre eben so rasch fix und fertig mit seinem ganzen Apparat von Maßregeln herausgerückt, wenn er die Zügel der Regierung allein in seine Hände bekommen hätte. Der Unterschied ist nur der, daß O'Donnell diesmal feiner gespielt zu haben scheint, als sein Gegner; scheint, sagen wir; denn die Bewegung ist noch nicht am Ende, und ob O'Donnell sich auf die Truppen in den übrigen Provinzen eben so gut verlassen kann, wie auf die in Madrid, ist noch sehr zweifelhaft.

Deutscher Bund.

Bayern. Nürnberg, 21. Juli. Das Programm zu den Festlichkeiten des 15. September, an welchem Tage vor 50 Jahren die freie Reichsstadt Nürnberg der Krone Bayern einverleibt wurde, ist entworfen. (N. C.)

München, 20. Juli. Aus den amtlichen Berichten über den Stand und Fortschritt des gewerblichen Unterrichts im Königreiche Bayern ersieht man, daß mit Einführung des Unterrichts in der Stenographie, für deren allgemeine Verbreitung und Anwendung sich der König persönlich interessirt, gleichwie an den Gymnasien, auch bereits an gewerblichen Anstalten der Anfang gemacht wurde. (Schw. M.)

Preußen. Berlin, 20. Juli. Es ist jetzt bestimmt, daß die Kaiserin-Mutter von Rußland sich, für dieses Jahr wenigstens, nicht nach Sizilien begeben wird. Sie begibt sich von hier nach Petersburg zurück und von dort nach Moskau, wo sie den Krönungsfeierlichkeiten beiwohnt; der Aufenthalt in Sizilien ist ihr zwar angerathen, doch ist es die Länge und die Beschwerlichkeit der Reise, was sie von der Ausführung des anfänglichen Plans zurückhält.

Sachsen. Leipzig, 18. Juli. Vor Kurzem wurde auf dem hiesigen Sommertheater das Lustspiel „Das Wachsfigurenkabinet auf der Leipziger Messe" gegeben. In diesem Stück kommen Menschen als Wachsfiguren aus dem Untergrunde, denen man die Köpfe abnehmen und andere aufsetzen kann. Da hiebei eine nicht eben feine Anspielung auf Napoleon stattfindet, so sah sich der französische Generalkonsul hierselbst veranlaßt, den Theaterdirektor und Regisseur bei dem Kriminalamt zu verklagen, doch hat derselbe die Klage gegen das Versprechen des Theaterdirektors, das mißliebige Stück nie wieder zur Aufführung zu bringen, wieder zurückgenommen. (Schw. M.)

Oesterreich. (Aussicht, auf Verdienst.) Der Banus von Croatien und Slavonien hat sich wegen der in diesen beiden Ländern überhandnehmenden Räubereien veranlaßt gesehen, in einer Proklamation für die Einbringung von Räubern erhöhte Geldbelohnungen auszuschreiben; diese sind: für die Anzeige eines gewöhnlichen Straßenräubers 100 fl. C.-M., für die Anzeige eines besonders gefährlichen Räubers 300 fl. C.-M., für die eines Räuberbande-Häuptlings 500 fl. C.-M., und für die Anzeige einer wenigstens aus 10 Mitglieder bestehenden Räuberbande 1000 fl. C.-M. Und dabei wird die strengste Geheimhaltung dem Angeber zugesichert. (B. Z.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 19. Juli. Die Bundesversammlung hat heute die Anträge des Bundesraths: a) die Besoldung des schweizerischen Geschäftsträgers in Paris von 24,000 auf 32,000 Fr. zu erhöhen, b) die Besoldung des Geschäftsträgers in Wien auf 18,000 Fr. festzusetzen, c) dem Generalkonsul in Washington für Kanzleiauslagen 500 Fr. zu vergüten in der Art genehmigt, daß bei Paris die Besoldung auf 36,000 Fr., mit vollkommener Sportelfreiheit für alle Schweizer festgestellt worden ist, wonach die beiden andern Anträge einfach angenommen wurden. (Fr. Pst.)

Bern, 19. Juli. Gestern ist hier zwischen hiesigen und Berliner Häusern die Gründung eines Credit mobilier mit 40 Millionen Kapital beschlossen worden. Wahrscheinlich wird sich diese Gesellschaft der Juragewässerkorrektion auch ohne schwimmende Eisenbahnen bemächtigen, wobei immerhin ein glänzendes Geschäft zu machen ist. Es handelt sich um nichts weniger als Gewinnung und Verbesserung von 10 Quatratmeilen des besten Landes, das die Schweiz hat. (Schw. M.)

Großbritannien.

Aus London, 14. Juli, wird der „Allg. Z." geschrieben: „Die letzten Verhaftungen, welche die französischen Behörden in und um Lyon vorgenommen, haben unter den hiesigen Ge-

heimbündlern eine große Bestürzung hervorgerufen. Dem aufmerksamen Beobachter konnte in letzterer Zeit die mysteriöse Thätigkeit nicht entgehen, welche unter allen Gruppen der flüchtigen Franzosen herrschte, und diese im Verein mit den verschiedenartigsten Gerüchten über einen neuen Insurrektionsversuch mochten wohl die französischen Behörden zu einer besonderen Wachsamkeit veranlaßt haben. Es ist für die neue Taktik der französischen Geheimbündler charakteristisch, daß sie ihr Augenmerk mehr auf die Departements als auf Paris richten, und die wiederholten Verhaftungen in den verschiedenen Theilen Frankreichs beweisen auch, daß man sich vorerst der Departements bemächtigen, und auf diese Art die Hauptstadt mit einem Revolutionsnetz umstricken will, das man nach vollendeter Gliederung — um sich der Hauptstadt selbst zu versichern — nur zuzuziehen braucht. Wenn ich recht unterrichtet bin, so ist von den hiesigen Verschwörern und jenen, die sich in Belgien, Spanien und Jersey aufhalten, ein militärischer Insurrektionsausschuß gewählt worden, an dessen Spitze der bekannte Oberst Charras stehen soll. Dieses Comite hat den Operationsplan zu dem Aufstand zu entwerfen, für Waffen und Munition zu sorgen, und beschäftigt sich auch mit der Propaganda unter den französischen Soldaten. Es theilt die geheimen Vereine in Frankreich in förmliche Bataillone ein, ernennt die Anführer, und bezeichnet die ersten Operationspunkte im Fall des Aufstandes. Die südlichen Departements sollen von den Mariannisten im hohen Grade unterwühlt seyn und man hoffte, binnen Kurzem den Putsch in Lyon ausbrechen zu lassen. Indessen sollen bei den letzten Verhaftungen nicht weniger als sechs Vereine den französischen Behörden in die Hände gefallen seyn. Die aufgefundenen Schriften enthalten zum Theil die Korrespondenz mit den Flüchtlingskomite's von London, Belgien, der Schweiz, Spanien und Jersey. — Ueber den jüngst in Hamburg verhafteten polnischen Emissär Olszewski, der bekanntlich von hier aus abgeschickt wurde, erfahre ich aus ganz zuverlässiger Quelle, daß hier derselbe der extremsten polnischen Emigrationspartei, d. i. den Communisten angehörte, deren oberstes Revolutionsprinzip die Ausrottung des polnischen Adels und die Herrschaft der Bauern und des Proletariats ist. Olszewski war hier in der revolutionären Druckerei und Buchhandlung eines gewissen Zeno Swetoslawski thätig, wo auch die in Hamburg ergriffenen Proklamationen und Flugschriften gedruckt wurden, und die hauptsächlich im Großherzogthum Posen verbreitet werden sollten. Die polnischen Communisten, zu welchen hier die Flüchtlinge Worzell, Swetoslawski, Oborski, Dambrowski u. a. zählen, verwendeten den genannten Olszewski und einen gewissen Tchorczewski wiederholt zu geheimen Sendungen nach Posen, wo man, dem Vernehmen nach, je nach gewissen Eventualitäten einen neuen Aufstand organisiren wollte. Olszewsky flüchtete sich im Jahre 1848 vor der russischen Rekrutirung nach Galizien und dort nach Ungarn, wo er während des Kriegs in die magyarische Insurrektionsarmee trat."

Aus Dublin schreibt man der „Times", daß der heimgekehrte Smith O'Brien fest entschlossen sey, sich vom politischen Parteitreiben ferne zu halten, wogegen seine Freunde noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, ihn bei der nächst vorkommenden Wahl in's Parlament zu bringen. Er soll übrigens von den sozialen Veränderungen, die Irland während seiner Verbannung durchgemacht hat, sehr überrascht seyn und offenherzig gestehen, daß die Fortschritte zum Bessern, die das Land gemacht habe, die kühnsten Erwartungen weit überträfen.

* Der kürzlich von den General-Inspekteuren der Gefängnisse Irland's veröffentlichte Bericht ergibt eine wesentliche Besserung in der Moralität der Bewohner dieser Insel. Am 1. Januar 1856 befanden sich in den irischen Gefängnissen nur 3561 Gefangene, während sich am 1. Januar 1855 5080 dort befanden. 1855 wurden nur 53,531 Personen verhaftet, während 1854 73,733; 1853 83,805; 1852 92,638; 1851 113,554 und 1850 115,871 Individuen eingesperrt worden sind.

Frankreich.

In den Salons von Paris geht gegenwärtig das Gerücht, gewisse hochgestellte Beamten hätten Schritte gethan, damit dem Hauptredakteur des „Siecle," eines Oppositionsblattes, zwar nicht plötzlich, denn dies wäre zu auffallend, sondern nach zwei bis drei fein eingeleiteten Evolutionen ein Senatorsitz eingeräumt werde. Derselbe wurde kürzlich von rothen Londoner und Brüsseler Blättern heftig angegriffen und da sah er ein, daß ein Mann mit Renten und in einer bedeutenden socialen Stellung im Verein mit den Anhängern Cabets und Louis Blancs nichts gewinnen kann. (Fr. Pstz.)

Paris, 18. Juli. In den Thälern der Loire und Rhone arbeiten die Leute aufs emsigste, um den durch die Ueberschwemmungen verursachten Schaden so viel als möglich wieder gut zu machen. Mit den vom Staate bewilligten 12 Millionen und den bis jetzt eingegangenen 5 Millionen Beisteuern konnte wenigstens der dringendsten Noth abgeholfen werden. In den überschwemmt gewesenen Feldern säen die Bauern namentlich Hanf und hoffen noch eine gute Aernte hiervon zu erhalten. (Fr. Postztg.)

General Canrobert ist im savoyischen Bade Aix eingetroffen.

Spanien.

† Die „Espana" vom 13. Juli erzählt die Minister-Krise in nachfolgender Weise (d. h. in O'Donnell's Sinn): Die Verlesung der Einleitung zum Gesetze bezüglich der Repressiv-Maßregeln gegen die Presse, hat im Ministerrathe eine heftige Kollision hervorgerufen. In dem Texte dieses vom Minister des Innern (Escosura) redigirten Dokuments, waren die Vorfälle zu Valladolid, Palencia und Rioseco und alle sozialistischen Versuche, welche das Land bewegten, dem übelwollenden Einflusse des Klerus und der reaktionären Partei zugeschrieben. General O'Donnell, welcher kürzlich in den Cortes erklärt hatte, daß die in mehreren Provinzen ausgebrochene Anarchie das ausschließliche Werk des Sozialismus sey, protestirte gegen diese Auffassung, welche der vom General öffentlich gegebenen Erklärung total widersprach. Da diese Protestation eine persönliche Diskussion zwischen O'Donnell und Escosura zur Folge hatte, so erklärte Ersterer schließlich, daß er mit Letzterm nicht einen Augenblick länger zusammen bleiben werde, nahm seinen Hut und verließ den Ministerrath. — Den folgenden Tag blieb O'Donnell zu Bette und ließ Espartero benachrichtigen, daß er dem Rathe nicht beiwohnen werde. Der Herzog de la Vitoria erwiderte, daß er ihn besuchen werde; begab sich auch in der That in den Palast Buenavista, wo er mit dem Kriegsminister eine lange Unterredung hatte. Da im Ministerrathe trotz O'Donnells Abwesenheit äußerst wichtige Angelegenheiten debattirt wurden, so stand dieser, auf die Kunde davon vom Bette auf, und begab sich in den Palast des Herzogs, als eben der Ministerrath dort versammelt war. — Er erklärte, daß er seine Unterschrift auf einem öffentlichen Dokumente nie neben jene Escosura's setzen werde, worauf General Zabala sogleich erklärte, daß die Wahl zwischen General O'Donnell und Escosura nicht einen Augenblick zweifelhaft sey. Alle anderen Minister traten dieser Erklärung bei. — Nur der Herzog de la Vitoria blieb ruhig und beschränkte sich auf einige versöhnende Worte. Der Kriegsminister entfernte sich und blieb seitdem gegen alle Bemühungen, ihn zu einer Annäherung an Escosura zu bewegen, taub, da er ihm seine Ausfälle gegen die gemäßigte Partei, den Klerus und die Jesuiten nicht verzeihen konnte, denn er klagt die Apostel der Revolution und des Sozialismus, als Anstifter der Ereignisse in Castilien an.

Aus Madrid, 15. Juli, wird dem „Journal des Debats" Folgendes über die Veranlassung zum dortigen Aufstand mitgetheilt: „Die Bildung des neuen Kabinets (am 14. Juli) rief eine große Sensation hervor. Die in Madrid anwesenden Abgeordneten wurden eingeladen, sich unter Vorsitz des Generals Infante im gewöhnlichen Sitzungslokal einzufinden. Alle, welche der Einladung Folge leisteten, gehörten der Oppositionspartei an. Man beantragte drei Dinge: 1) sofortige Einberufung der Versammlung auf Grund der beim Schlusse der Sitzungen ausgesprochenen Vorbehalte; 2) daß die Versammlung ihre Meinung über das neue Kabinet darlege und gegen O'Donnell und seine Kollegen ein scharfes Mißtrauens- und Tadelsvotum ausspreche, und 3) daß man die Königin bitte, ein neues, der Nation willkommeneres Kabinet zu berufen und die zu dem Zweck von der Versammlung selbst aufgestellte Liste zu genehmigen. Der Name Espartero's stand (wohl ohne seinen Willen) oben an, dann folgte Madoz. Eine Deputation war beauftragt, der Königin die Wünsche der Versammlung vorzutragen. Diese Kommission, die von einem Detachement Nationalgarde eskortirt war, wurde, als sie in den königl. Palast eintreten wollte, durch die Linientruppen zurückgestoßen, die schließlich auf die Abgeordneten und Escorte feuerten. Das gab das Signal zum Ausbruch der Insurrektion."

Italien.

Turin, 15. Juli. Aus allen Winkeln Italiens hört man von nichts als von Räubereien und Mordthaten, wie sie der in dieser Beziehung doch klassische Boden selten aufzuweisen hatte. In der Romagna streift Peskatores großer Schüler Lazzarini, der in der Umgegend von Fano mit etlichen 20 Personen seiner Bande die Diligence anhielt und derselben und den Passagieren 8000 Thaler abnahm. Kleinere Ortschaften werden buchstäblich gebrandschatzt. So mußte die vier Meilen von Forli gelegene Gemeinde Terra del Sole 2000 Thaler erlegen. In der Lombardei tauchen ebenfalls Banden auf. Die letzte Woche wurde der Eilwagen, der von Mantua nach Mailand fährt, eine Stunde von Cremona von 12 bis 14 Räubern

angehalten und alles Geldes und Geldeswerthes beraubt. In der Gegend von Brescia streift Stringhini's Bande, welche kürzlich einem Herrn Pastore von Castiglione 8000 Franken abpreßte. Hier in Turin genießen wir wöchentlich das Schauspiel einen hängen zu sehen. So sind die Zustände in Italien. (Schw. Merk.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 10. Juli. Marschall Pelissier ist aus der Krim hier angekommen. Er wurde dem Sultan vorgestellt, der ihn aufs herzlichste empfing und in den wärmsten Ausdrücken seinen Dank für die mächtige Unterstützung aussprach, welche der Kaiser der Franzosen und der Marschall der Türkei während des letzten Kriegs zur Wahrung ihrer Rechte geliehen haben. (Fr. Pstz.)

Nichtpolitische Zeitung.

* Mannheim, 17. Juli. Der hier bestehenden „Deutschen Tonhalle" haben die Herren Markgrafen Wilhelm und Maximilian von Baden, kürzlich auch König Ludwig von Bayern Ihre Anerkennung des löblichen Zweckes dieses Vereins, durch sehr förderliche Geschenke an dessen Kasse ausgesprochen.

Aus London wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Friede und Wohlfeilheit! war die Losung der Manchester-Männer, als sie gegen den Krieg zu Felde zogen. Friede haben wir nun; von der verheißenen Wohlfeilheit ist aber in England noch nichts zu spüren. Durch eine sonderbare Ironie des Schicksals fingen die Getraidepreise unmittelbar nach dem Friedensschlusse an zu steigen, und sind seitdem fortwährend in die Höhe gegangen. Das Quarter Waizen, das Anfangs April 69 sh. kostete, gilt jetzt in London 81½ sh., also fast eben so viel wie im vorigen Winter. Da England gegenwärtig das Zentrum des europäischen Getraidehandels ist, so hat das deutsche Publikum ein direktes Interesse an den Stand der hiesigen Märkte. Die Gründe der Theuerung sind hauptsächlich: 1) die Unzulänglichkeit der vorjährigen, und 2) die Verspätung der heurigen Aernte. In England, das unterliegt keinem Zweifel, sind die Kornvorräthe höchst gering, und aus dem Ausland wird verhältnißmäßig nur wenig importirt. Im zweiten Quartal des laufenden Jahres (April bis Juni) wurde in dem Hafen von London bloß 143,000 Quart fremder Frucht eingeführt, d. h. 106,000 Quart. weniger als 1855. Nach dem Zirkular der Herren Luey und Comp. waren die Vorräthe in den auswärtigen Häfen seit langen Jahren nicht so unbedeutend wie jetzt. Aus Rußland ist kaum etwas zu bekommen. Die Donauprovinzen können beinahe nichts entbehren, und die Einfuhren aus Amerika sind bei weitem nicht so beträchtlich als man erwartet hatte. Was die Aussichten für dieses Jahr betrifft, so läßt sich nicht läugnen, daß die Saaten in England durchweg trefflich stehen; allein in Folge des kalten Frühlings sind sie mindestens um einen Monat zurück, und sie müssen also im besten Fall vier Wochen länger als in gewöhnlichen Jahren von den alten Vorräthen zehren. Außerdem lauten die Berichte von dem Kontinent nicht gerade günstig. Namentlich in Frankreich sieht es schlimm aus. Die Ueberschwemmungen haben dort größern Schaden angerichtet, als die Regierung zugeben will, und nach der diesjährigen Aernte wird Frankreich wahrscheinlich noch mehr importiren müssen als nach der letzten. In den Vereinigten Staaten erwartet man allerdings wieder einmal eine „unerhörte" Aernte; aber wir wissen, die Amerikaner können nur dann namhaft ausführen, wenn in Europa Hungerpreise herrschen. Unter solchen Umständen pflichten wir dem „Economist" bei, der die Hoffnung auf ein baldiges Fallen der Getraidepreise für illusorisch erklärt."

Handels- und Börsen-Berichte.

Liverpool, 19. Juli. Bei festem Markt wurden heute 6000 Ballen Baumwolle zu den gestrigen Preisen begeben. (T.D.d.Hamb.N.)

London, 14. Juli. Getraidehandel. Die Hoffnungen auf sehr reichliche Aernte-Erträge, welche durch das herrliche Wetter der vorigen Woche hervorgerufen wurden, sind durch den plötzlichen ungünstigen Wechsel wieder etwas herabgestimmt; man glaubt, daß das rauhe Wetter der ersten Tage der vorigen Woche bei dem in Blüthe stehenden Waizen bewirkte, daß die Befruchtung nur unvollkommen geschehen ist, deßungeachtet glauben wir, daß bei dem seitdem wieder eingetretenen günstigeren Wetter der Ertrag nicht wesentlich kleiner werden wird als man erwartete. Sollte Sommerwitterung vorherrschend bleiben, so erwartet man, daß in den günstiger gelegenen Distrikten das Reifen in 14 Tagen beginnen wird. Ueber Waizen hört man wenig Klagen, über Gerste sind die Berichte weniger günstig; dieselbe ist an vielen Orten vom Brande befallen. Hafer wird nicht über Durchschnitt lohnen. Den Bohnen und Erbsen fing an Regen zu fehlen, und war der seitdem gefallene denselben sehr wohlthätig. Kartoffeln bleiben gesund und kräftig, die neuen sind sehr schön auch sind noch viele alte vorräthig. Die Zeit zum Säen der Turnips war der Trockenheit wegen ungünstig. Das Heumachen ist durch den Regen unterbrochen. Von Schottland und Irland lauten die Berichte über die Saaten günstig, besonders vom letzteren Lande, wo die alten Vorräthe außerordenlich erschöpft sind. Die Getraidemärkte waren im Allgemeinen sehr unthätig, die höhern Preise für Waizen wurden von den Müllern nur sehr zögernd bewilligt, da Preise zur Spekulation viel zu hoch sind. In den benachbarten Continentalhäfen hielten sich Preise bei ruhigem Markt nur in Folge der kleinen Vorräthe. An den englischen Provinzialmärkten war das Waizengeschäft sehr klein und von entschiedenem Charakter je nachdem Wetter oder Zufuhren an den verschiedenen Lokalitäten wirkten. Die schottischen Märkte waren eher träger, Glasgow meldet Waizen höher, Mehl unverändert. Mais fest. In Edinburgh brachte Waizen und Sommergetraide volle Preise. Die guten Aernteaussichten in Irland, sowie die Güte der neuen Kartoffeln dienten dazu, einer weitern Steigerung den sehr kleinen Zufuhren gegenüber, entgegenzuarbeiten. In Waterford brachte Waizen volle Preise, Mais eher flauer, Sommerkorn billiger. Ebenso ging es in Cork mit Waizen, Mais war dagegen fest.

Frankfurt, 22. Juli. Mit Ausnahme von span. Fonds, die preishaltend blieben und Neustadt Weißenburg und Bexbach die besser bezahlt wurden, waren sämmtliche Effekten etwas mehr angeboten, insbesondere Darmstädter Bankaktien beider Gattungen, span. Kreditaktien von der Gesellschaft Pereire, bayer. Ostbahn und Frankfurt-Hanau.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 103¾ ⅝ ½ ⅝ ¾ und Berliner Bankverein-Aktien zu 109¾ umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1283 P. 1278 G. Neue Bankaktien 411 P. 409 G. Credit-Actien à 5pCt. 237½ P. 235½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83⅝ P. 83⅛ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81¾ P. 81½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71⅞ P. 71⅝ G.; à 4pCt. 65 P. 64½ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — P. — G. à fl. 250 von 1839 — P. 117 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102⅝ P. 102⅜ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 278 P. 276 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. — P. 88½ G.; 4pCt. 91¾ P. 91½ G.; 4pCt. Grundrente 91¾ P. 91¼ G.; 4½pCt. 101½ P. 101 G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 104¼ P. 104 G. 5pCt. 101¼ P. 100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 148½ P. 148 G. Neustadt-Weissenb. 110¾ P. 110¼ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118⅜ P. — G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91¼ P. 90¾ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100¼ P. 99¾ G.; 4½pC. 102¾ P. 102¼ G.; Loose à fl. 50 114¾ P. 114¼ G.; à fl. 25 34 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 411 P. 409 G.; junge 357 P. 355 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 108⅞ P. 108⅜ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G., Loose à fl. 25 32¼ P. 32 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 93⅛ P. 92⅝ G.; Bankaktien 120¼ P. 119¾ G.; Taunus-Aktien 325 P. 323 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 84½ P. 84 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 551 P. 548 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39 P. 38¾ G.; 1pCt. neue 24⅛ P. 24 G. **Holland.** Integrale 64½ P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛ P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅞ P. 118⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i.S. Lr. 250 k.S 101¼ P 101 G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96⅜ P. 96⅛ G.	Wien fl. 100 C. k.S. 116⅞ P. 116⅝ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 P 88¾ G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅝ P. 116⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 21. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85; 5pCt. Metall. 83⅛; 4½ pCt. 83; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121; von 1854 105 1/16; Bankaktien 1096; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 381¾; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 597; österr. Staatsbahnaktien

— —; Nordbahnaktien 285⅜. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅜. London 10. 2¼. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Paris, 20. Juli. Die neuesten Nachrichten aus Spanien sind aus Barcellona von gestern Abends. Ein Aufstand war dort am 18. Abends ausgebrochen. Die Truppen hatten jedoch die Oberhand behalten. Die Garnison dieser Stadt ist 15,000 Mann stark. Der General Zapatero, dem Marschall O'Donnell ganz ergeben, kommandirt dort. Die Bewegung von Barcelona ist aber doch ernst genug, da die dortigen Truppen bei der in dieser Stadt und ganz Catalonien herrschenden Aufregung nicht hinweggezogen werden können. Ein Theil der Städte der Provinz Catalonien hat sich gegen O'Donnell ausgesprochen. Dazu gehören die Festung Jaca und die kleine Stadt Junquera am Fuße der Pyrenäen und durch ihre Lage nicht unwichtig. Der Hauptpunkt des Widerstandes ist Saragossa. Es hat sich eine Junta gebildet, an deren Spitze General Falcon steht, der zugleich die ungefähr 2000 Mann starke Garnison befehligt.*) General Gurrea steht an der Spitze der Nationalgarde und des Volkes. Die Junta hat die Cortes nach Saragossa berufen. Zugleich hat dieselbe eine Proklamation veröffentlicht, worin sie alle guten Bürger Spaniens zu den Waffen ruft und ankündigt, daß sie sich bis auf den letzten Mann vertheidigen werde.

Aus Madrid selbst hat man hier nur Nachrichten bis zum 18. Juli. Denselben zufolge war die Entwaffnung der Nationalgarde beendet. Der Kampf in den Straßen von Madrid war ein äußerst hartnäckiger. Die ganze Nationalgarde von Madrid, mit Ausnahme von zwei Kompagnien, hatte an demselben Antheil genommen. Aus den Depeschen, die der Gouverneur von Guipuzcoa an den spanischen Konsul in Bayonne gerichtet hat, geht hervor, daß die Ruhe in Madrid am 16. um 2½ Uhr Nachmittags vollständig hergestellt war. Eine Unzahl von den Nationalgarden und dem Volke vertheidigter Barrikaden war überall errichtet worden. Die erste Barrikade, welche die Truppen angriffen, war die der Straße Mayor. Der General Concha befehligte dort, und die Nationalgarde verlor viele Leute. Die Zahl der Truppen war zu groß, und die Insurgenten wurden genöthigt, nach einem hartnäckigen, aber nutzlosen Kampfe alle ihre Positionen aufzugeben. Letztere verlangten darauf eine Suspension der Feindseligkeiten, die ihnen auch zwei Stunden bewilligt wurde. Nicht ohne Interesse ist der Brief, den der Ministerpräsident O'Donnell an den Präsidenten der Cortes gerichtet hat. Derselbe lautet:

„Präsidentschaft des Ministerrathes. An den Präsidenten der Cortes. Mein Herr! Es ist mir nicht möglich, dem Wunsche meine Zustimmung zu geben, den Sie in Ihrem heutigen Schreiben ausdrücken. Es ist notorisch bekannt und die Regierung weiß es durch die offiziellen Berichte, daß in Madrid keine hinreichende Anzahl von Deputirten anwesend ist, um die Cortes zu konstituiren; die Regierung Ihrer Majestät kann deßhalb in der Versammlung, die heute stattfand, den gesetzlichen Charakter nicht erkennen, welchen Ew. Exzellenz ihr beilegt; denn sie bestand aus einer Minorität der konstituirenden Cortes, die nicht die zur Berathung nothwendige Freiheit hatte in Folge des Druckes, den die Insurrektion auf sie ausüben konnte. Dieses ist gerade der Grund, warum die Ernennung des neuen Ministeriums der Kammer nicht mitgetheilt wurde. Durch eine im Ministerium beschlossene königliche Ordonnanz ermächtigt, theile ich Ihnen diese Antwort mit, und ich benachrichtige Sie zugleich, daß in Zukunft kein anderer Brief, den Sie oder andere Deputirte im Namen der Cortes an mich richten, bis zur legitimen Constituirung derselben beantwortet werden wird. Gott erhalte Ew. Exzellenz viele Jahre!

Madrid, 14. Juli. Leopold O'Donnell."

Aus einer Note, die ein trotz des Belagerungszustandes in Madrid geduldetes Journal mittheilt, geht deutlich hervor, daß der französische Gesandte einen thätigen Antheil an den letzten Ereignissen in Madrid genommen hat. Diese Note lautet: „Se. Exzellenz der Gesandte Frankreichs, der trotz der großen Hitze in der Voraussicht der ernsten Ereignisse auf seinem Posten geblieben ist, hat Befehl gegeben, daß alle Verwundeten in dem Hospital St. Louis der Franzosen aufgenommen werden. Er hat die Königin während der letzten Tage nicht verlassen. Das diplomatische Korps begab sich ebenfalls in das Palais. Man bemerkte allgemein die Abwesenheit Lord Howden's." Der französische Gesandte in Madrid ist Marquis de Turgot, der bekanntlich französischer Minister des Aeußern zur Zeit des Pariser Staatsstreiches war. — Unter den Generalen die O'Donnell unterstützt haben, befinden sich Concha, Ros de Olano, Dulce und Serrano. Espartero befindet sich noch in Madrid. Nach der „Patrie" hat er sich auf die englische Gesandtschaft begeben. — Die „Korrespondenz Havas", die jedoch wenig Glauben verdient, gibt die Zahl der in Madrid Gefallenen auf 200 an.

Nach den letzten in Paris angekommenen Nachrichten waren die Provinzen Navarra, Biscaya und Guipuzcoa ruhig. In Sevilla war dagegen ein Aufstand ausgebrochen, über dessen Ausgang man nichts Bestimmtes wußte. Von Madrid waren 500 Mann gegen Saragossa abgesandt worden. Ein Theil der Garnison von Pampeluna war ebenfalls dahin aufgebrochen. — Der „Patrie" entnehme ich noch Folgendes über die Ereignisse in Spanien: „Die Entwaffnung der Nationalgarde in Barcellona geht schnell von Statten. Es wurden viele Waffen abgeliefert. Die Nachrichten aus San Sebastian sind vom 19. Juli 9½ Uhr Abends. Die telegraphische Verbindung mit Madrid war fast fortwährend unterbrochen. Die Post von dort war aber am Morgen angekommen. Der Generalkapitän Echayu war zu Tudela mit einigen Bataillonen, deren Treue man nicht bezweifelte." Wenn ich recht unterrichtet bin, so ist der Befehl nach Malta abgegangen, ein englisches Geschwader an die spanischen Küsten zu senden. (Köln. Z.)

Paris, 21. Juli. Der „Moniteur" sagt an der Spitze einer Mittheilung über Spanien: „Die Nachrichten aus Spanien sind beruhigend."

Madrid, 18. Juli. Die Entwaffnung der Bürgerwehr wurde heute vollständig beendet. (T. D. d. Fr. J.)

Aus der Schweiz, 19. Juli. Vor einiger Zeit erhielt in Genf eine Dame von unbekannter Hand einen Blumenstrauß sammt mehrerer Meringues und als sie und ihr Kammermädchen von letztern genossen, erkrankten und starben beide sogleich an den Folgen einer Vergiftung. Aus der Prozedur ergaben sich schwere Inzichten gegen eine unverheirathete Person Namens Brunet; die Geschwornen erklärten sie trotz ihres beständigen Leugnens schuldig und das Gericht verurtheilte sie zum Tode. Nach Eröffnung dieses Urtheils gerieth sie in furchtbare Nervenaufregung, in deren Folgen sie sich in umfassenden Geständnissen als die Thäterin bekannte. Sie kommt nun beim großen Rath um Begnadigung ein. (Fr. Pstz.)

*) Demnach wäre die neuliche Nachricht, die Truppen in Saragossa hätten sich dem Aufstand nicht angeschlossen falsch.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bodmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 204.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 24. Juli 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 21. Juli. Die feierliche Consekration des neu ernannten Erzbischofs von München-Freising, Hrn. Gregor Scherr, findet dahier kommenden Sonntag in der St. Bonifaciuskirche statt. Inzwischen wird sich der Herr Erzbischof nach Bamberg begeben, um vom dortigen Herrn Erzbischof das Pallium in Empfang zu nehmen. (N. Nchr.)

Bayreuth, 20. Juli. Eine erfreuliche Erscheinung ist die neuerlich sich steigernde Belebung des industriellen Geistes in Oberfranken. Eines der schönsten, patriotischesten nnd zugleich rentabelsten Unternehmen, das Eisenhüttenwerk in Hof, ist bereits durch die Konstituirung der Gesellschaft gesichert. Man gedenkt gleich nach der Erbauung des ersten Hochofens an die Errichtung des zweiten zu gehen, für den schon die Hälfte des Kapitals aus dem Ueberschusse der Zeichnungen für den ersten vorhanden ist. Die Wahl des technischen Leiters, sowie die übrigen Beschlüsse der Generalversammlung zeugen von der Einsicht der an der Spitze stehenden Männer. Diesem Unternehmen soll ein anderes in hiesiger Stadt an die Seite gestellt werden, worüber bereits Unterhandlungen gepflogen worden sind, nämlich ein großartiges Eisenwalzwerk. Das Gründungskapital wird auf drei Millionen angegeben. Zu zwei Millionen verflichten sich die Unternehmer, das Fehlende soll die Kreditbank einer nahen Stadt vorstrecken. Diese soll auch ihre Dienste der hiesigen Baumwollenspinnerei zur Erhöhung der Spindelzahl angeboten haben, welche in Folge der vortrefflichen Geschäfte dieses Etablissements zur Nothwendigkeit wird. Die Aktien des letzteren wurden in diesen Tagen in größeren Partieen zu 111 gekauft. (N. C.)

Preußen. Berlin, 21. Juli. In den kirchlichen Kreisen zeigt sich jetzt eine große Mißstimmung gegen die Rittergutsbesitzer, weil sie durch den Betrieb der Landwirthschaft und namentlich der damit verbundenen Nebengewerbe der Sonntagsheiligung nicht minder Abbruch thun wie die Fabrikanten. (C.-B.)

Marienbad, 19. Juli. Se. M. der König v. Preußen stattete gestern Nachmittag dem Fürsten Metternich, welcher auf seiner Besitzung Königswart angekommen ist, dort einen Besuch ab und verweilte bei dem Fürsten eine halbe Stunde. (N. Pr. Z.)

Hannover. In Hannover hat sich außer der Bank auch eine Commandit-Gesellschaft konstituirt, welche die Firma: „Norddeutsche Bank Compagnie" führen wird. (Dschl.)

Nassau. Wiesbaden, 21. Juli. Die 2. Kammer der Ständeversammlung hatte in ihrer heutigen Sitzung die Rechtfertigung des Braun'schen Antrags auf der Tagesordnung. Dieser Antrag geht dahin, die herzogl. Regierung zu ersuchen, bei dem Bundestage verschiedene Bundesreformen zu erwirken, resp. anzubahnen. Abg. Braun rechtfertigte den erwähnten Antrag. Abg. Rau beantragte, daß sofort ein Ausschuß für denselben gewählt werden solle. Dem wurde entsprochen und die Abgg. Heidenreich, Rau und Lang als Ausschußmitglieder gewählt. (Nass. Z.)

Freie Städte. Frankfurt, 22. Juli. Der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Walewsky, hat Homburg wieder verlassen und sich gestern nach Paris zurückbegeben. (Fr. J.)

Oesterreich. Aus Anlaß der glücklichen Entbindung der Kaiserin hat, wie der „P. H." meldet, die Stadt Kaschau in Ungarn beschlossen, zu dauerndem Beweis der unerschütterlichen Anhänglichkeit der Stadt an das kaiserl. Haus zur Gründung einer Oberrealschule in Kaschau außer den erforderlichen Oertlichkeiten ein Kapital von 40,000 fl. und die Interessen der von der Stadt auf das Nationalanlehen subskribirten 100,000 fl. zu widmen.

Prag, 16. Juni. Der Kaiser hat die definitive Konzession zum Bau der Eisenbahn von Aussig nach Teplitz dem Teplitzer Comite verliehen. Die Vollendung der Bahn ist mit Ende des Jahres 1857 zu erwarten. (Boh.)

Großbritannien.

London, 19. Juli. Die rebellische Miliz in Tipperary ist dadurch besänftigt werden, daß man ihr versprochen hat, die 10 Schillinge und die 14tägige Löhnung zu zahlen, die ihr zukommen und deren Einhalten den Krawall veranlaßt hat. (Nat. Ztg.)

London, 19. Juli. Die Kanonenboote, die so rasch gebaut werden mußten, daß man bei der Wahl des Materials nicht allzuwählerisch seyn konnte, sollen demnächst auf eigens dafür gebauten Schienenwegen aufs Trockene gebracht werden, um im fertigen Zustand den nothwendigen Trockenprozeß durchzumachen, dem man die einzelnen Bestandttheile nicht hatte unterwerfen können. Ein gleiches geschieht mit den eisernen Booten, und zwar bei diesen um den frühzeitigen Rost, bei den hölzernen Fahrzeugen um die Trockenfäule zu verhüten, die sich nach ein bis zwei Jahren zuverlässig in das grüne Holz eingeschlichen hätte. Das Experiment, fertige Schiffe dem Trockenprozesse auszusetzen, ist schon vor Jahren in Vorschlag gebracht, bisher jedoch noch nie ausgeführt worden, da die Apparate dazu einen großen Kostenaufwand erfordern. (Sch.M.)

Frankreich.

Paris, 21. Juli. Der Kaiser empfiehlt in einem heute vom „Moniteur" veröffentlichten vier Spalten langen Brief an den Arbeitsminister das Teichsystem zum Schutze gegen Ueberschwemmungen und will Studien darüber an den betreffenden Punkten angestellt wissen. Das Dammsystem sey auf der einen Seite kostspielig und weitläufig und schütze auf der andern doch nicht. Der Kaiser geht in seinen Erwägungen von der Thatsache aus, daß die Hochgewässer von den Gebirgen kommen; während die Ebenen wie ein Schwamm sich vollsaugen und das Wasser nur allmählig abgeben, finde im Gebirge das Gegentheil statt, und darum seyen diese die Quelle der Hochwasser. Es liege nun Alles daran, beim Ausfluß der Gewässer, der kleineren wie der größeren, Anstalten zur Verzögerung des Wasserabflusses anzubringen. Das Mittel dazu seyen Teiche, durch welche die Flüsse beim Verlassen des Gebirgs geleitet werden, und an die sie ihren Ueberschuß zu beiden Seiten abgeben können, um ihn erst bei eintretendem Fallen abzuführen; es sey dies das System, das die Natur bei mehreren großen Flüssen in großartigem Maßstabe, z. B. im Bodensee für den Rhein, ausgebildet habe, und das auch durch die Kunst dann mit Erfolg angewendet werden könne, wenn man auch alle kleinen Nebenflüsse, nicht bloß die Hauptflüsse in's System hereinziehe. Die Verteichungen seyen zugleich nützlich durch Aufnahme des Schlamms, Sandes und Gerölles, wodurch die Tiefe des Thalweges der Flüsse erhalten werde. Der interessante Brief ist aus Plombieres vom 19. Juli datirt. (Schw. M.)

* Zu Puy (Haute-Loire) trifft man große Vorbereitungen zur Aufstellung der kolossalen Statue der Mutter-Gottes der Engel auf dem Corneille-Felsen. Die Beiträge zu diesem religiösen Unternehmen betragen bereits mehr als 180,000 Fr.

Spanien.

Madrid, 16. Juli. Gestern erließ das gesammte neue Ministerium folgende Proklamation: „Einwohner Madrids: Kritisch und feierlich ist gewiß die Lage, in welcher die Regierung offen und loyal das Wort an Euch richtet. Eure Haltung hat sie in eine ziemliche Verlegenheit versetzt. Opfer der schlechten Leidenschaften einer Handvoll verwegener Männer, seid Ihr fortgerissen zu Konsequenzen, welche Euer persönliches Gewissen tadelt; und die Regierung, der gebieterischen Pflicht nachgebend, welche ihr die Erhaltung Eurer Interessen und der Prinzipien der Freiheit auferlegt, sieht sich in der Nothwendigkeit, zu Mitteln ihre Zuflucht zu nehmen, welche nicht mit den Gefühlen ihres Herzens übereinstimmen. Höret daher die

freundschaftliche und ernste Stimme, überlegt, daß zwischen der Regierung und Euch nicht nur das Urtheil einer späten Nachwelt, sondern auch die Vernunft, das Bewußtseyn der Nation und Europas entscheiden werden. — Nicht ein kindischer Ehrgeiz noch ein Bastardinteresse einer Partei nöthigen die Regierung der Königin, die geschraubte Stellung einzunehmen. Das heutige Ministerium hat seine Heilsmission übernommen, weil das vorige Kabinet, unter kritischen Umständen, die Nation ohne Schutz und die Königin allein gelassen hat. Das neue Ministerium überzeugt, Echo der öffentlichen Meinung und das Organ dringender Nothwendigkeit zu seyn, welche die letzten Ereignisse so fühlbar gemacht hatten, schreckte mehrere Stunden lang vor dem Blutvergießen zurück. Da seine Hoffnung getäuscht oder vielmehr gesunken ist, so sieht es sich in der Nothwendigkeit, seine Streitkräfte aufzubieten gegen einen Angriff, welcher anfänglich nur das Delirium einer verirrten Minorität war, der aber jetzt die Ausdehnung der zügellosesten und verkehrtesten Revolution annimmt. — Es handelt sich nicht um das Ministerium, sondern um die Sache der Freiheit, der Prinzipien, welche die Basis der Gesellschaft ausmachen, um Euren Wohlstand, Eure Stellung unter den europäischen Staaten. Das vergossene Blut wird über Euch kommen, und Euch wird die Geschichte alles Unglück aufladen. Bewohner von Madrid! Die große Mehrheit der Nationalgarde kennt die praktische und schreckliche Wahrheit, daß der Triumph der Armee gesichert. — Aber in dieser Lage gibt es eine noch schrecklichere Wahrheit, daß die traurigste Calamität, deren Opfer Ihr seyn könntet, und daß die Lage der Dinge, welche Euch zur tiefsten Erniedrigung und zur blutigsten Anarchie hinabziehen würde, Euer eigener Triumph seyn würde. Bewohner und Nationalgardisten von Madrid, erspart der Regierung diesen harten Konflikt und Euch selbst diesen blutigen Schimpf. Unterscheidet und trennt die Anmaßungen einiger verwirrten Unzufriedenen von den legitimen Rechten und den gerechten Freiheiten, welche die Königin nie angreifen wird, und setzt sie in die Lage, das Prinzip der Regierungsmacht zu retten, ohne Blut zu vergießen. Gewiß, diese Lösung ist leicht. Entfernt von Euch Diejenigen, welche unsere verbrecherischen Feinde sind. Wir verlangen nicht von Euch, sie zu bekämpfen; es reicht hin, daß Ihr sie im Stich lasset.“ (Folgen die Unterschriften der Minister.)

Nach dem Kampfe erließ der Gouverneur von Madrid eine neue Proklamation, worin er allen ehrlichen Leuten Schutz verspricht, und erklärt, daß die Nationalgarde vertrauensvoll ihre Waffen ausliefern könne. (Fr. J.)

* Was eigentlich den nächsten Anlaß zum Beginn des Kampfes in Madrid gegeben habe, darüber liegen bis jetzt ganz widersprechende Berichte vor. Während nämlich die Einen behaupten, die Wachen am kgl. Palast hätten, als die von Nationalgardisten geleitete Cortes-Deputirten bei der Königin vorgelassen zu werden begehrten, auf sie gefeuert, sagen wieder andere, ein Bataillon Bürgerwehr, welches das dem k. Palast gegenüber liegenden Theater besetzt hielt, habe ohne Anlaß auf die Jägerbataillone zu feuern begonnen, die O'Donnell zum Schutze des Palastes anrücken ließ. Das sey das Zeichen zum Ausbruch des erbitterten Kampfes gewesen, welcher vom 14. Juli Nachmittags 4 Uhr bis zum 16. Nachmittags währte. Ueber die Einzelnheiten desselben bringt der „Messager de Bayonne“ folgende Angaben, die freilich nur zu sehr das Gepräge der Aufregung tragen, inmitten deren sie niedergeschrieben wurden, und daher, sowie wegen ihrer offenbaren Parteilichkeit zu Gunsten der neuen Regierung, durchaus nicht unbedingt Glauben verdienen.

„Madrid, 15. Juli. Die Insurrektion besteht nur noch auf Einem Punkte, wohin sie gedrängt wurde: auf dem Haupt-Platze (Mayor). Dort ist sie zernirt und kann nicht lange widerstehen. Der Kampf war hart, die Lektion fürchterlich. — Man sagt, der Aufweg Santo-Domingo dem Palaste gegenüber, sey von Leichen bedeckt. Ein Drittel der Nationalgarde war gerne oder ungerne dabei. Die Aufrührer nöthigten die Leute ihrer Kompagnien sich auf die angewiesenen Posten zu begeben. Die Vorübergehenden wurden unter der Drohung erschossen zu werden genöthigt, beim Barrikadenbau zu helfen und die Waffen zu nehmen. . . . .“

„Die Sitzung der Abgeordneten wurde um 4½ Uhr eröffnet, 91 Deputirte, lauter Esparteristen oder von der äußersten Linken, mit Ausnahme eines Einzigen, hatten dem Rufe Folge geleistet. Nach einigen Augenblicken verlas der Sekretär einen Antrag des Inhalts, das die Kammer erkläre, das neue Ministerium verdiene ihr Vertrauen nicht. — Durch Hrn. Pascual Madoz unterstützt und von Marquis Tabuerniga als unlogisch, unkonstitutionell und revolutionär bekämpft, ging der Antrag mit Einstimmigkeit mit Ausnahme Einer Stimme, jener des Marquis, durch. — Eine Kommission wurde ernannt um die Cortes-Beschlüsse der Königin zu überbringen. Sie wurde nicht vorgelassen und ihr erwidert: „Sich an den Konseil-Präsidenten zu wenden.“ . . . . Unterdessen hatte sich die Miliz der Zugänge zum Palaste, des Theaters und des Senatsaales bemächtigt. — Das neue Jägerbataillon mit Miniébüchsen und die Artillerie hielten den Palast besetzt. . . . . Das Feuer begann in den letzten Stunden des Tages, und dauerte bis Mitternacht. . . . . Am 15. begann die Füsillade mit Tagesanbruch. Um 10 Uhr erhielten die Truppen Befehl anzugreifen. . . . .“

„Den 15. 8 Uhr Abends: Der Platz „Mayor“ hat sich ergeben. Der Kampf dauert dort fort Man schlägt den Generalmarsch um die Miliz zu reorganisiren. Niemand stellt sich. — Um jeder gefährlichen Verleitung zu begegnen, führte die Regierung nur drei Jägerbataillone, Genie und etwas Artillerie in den Kampf. — Die übrigen Truppen blieben in den Kasernen und Kantonnements. — 2000 Mann Kavallerie umgaben Madrid und schnitten alle Verbindung nach Außen ab. — Indessen versichert man, sie ließen einige Vorstadt-Kompagnien herein, welche am Kampfe Theil nehmen wollten. Man wollte sie nicht erzürnen. General Serrano Dominguez ist General-Kapitän von Madrid.“

„Den 16. Pucheta hat einige Leute zusammengerafft, mit welchen er das Feuer, von Haus zu Haus fliehend, unterhält. — Die Barrikaden sind zerstört. Schildwachen halten die Eingänge der Straßen besetzt Ein Bando wurde veröffentlicht: „Die Munizipalität, welche die Miliz zusammenrief, ist aufgelöst; die Nationalmiliz, mit Ausnahme zweier Kompagnien des 3 Inf.-Bat, welches im Schlosse auf Wache war, ist gleichfalls aufgelöst (doch wird die Miliz reorganisirt) und die Waffen sind binnen fünf Stunden abzuliefern.“ — Alle Positionen sind genommen. Die Aufrührer wurden aus den Häusern, aus dem Hauptplatz, Santa Anna und dem Cebada-Platze mit dem Bajonnet gejagt. — Die drei Stockwerke des Hotel von Villaharmosa an der Ecke des Prado wurden vollständig zerstört, alle Möbel durch die Gewehrfeuer zerbrochen. — Es ist nicht wahr, daß der Herzog de la Vitoria das Haus des Generals Gurrea, wo er wohnt, verlassen hat. Aber wenn er sich nicht an die Spitze der Aufrührer stellte, so that er wenigstens nichts den Aufruhr zu dämpfen. Die Königin zeigte die größte Ruhe. Sie stieg zweimal in die Straßen herab, um die Truppen anzufeuern. — Die Regierung war im Palaste vereinigt. . . . .“

„4 Uhr Pucheta in der Nähe des Cebada-Platzes in die Enge getrieben, wurde von Männern aus dem Volke erkannt und den Soldaten in dem Augenblicke bezeichnet, wo er durch das Toledothor (die Toledobrücke heißt es im „Messager“) entwischen wollte. Er wurde gefangen genommen und auf dem Cebada-Platze, an derselben Stelle, wo er vor zwei Jahren seinen würdigen Rivalen Francisco Chico füsilliren ließ, erschossen. Seine Leiche wurde auf einen Karren durch die Stadt gezogen und so öffentlich ausgestellt. — Die Militärmusik ließ Fanfaren ertönen. Die Ruhe ist so ziemlich überall hergestellt. Doch hört man in den untern Theilen der Stadt noch Schüsse fallen. — Ein neues Ayuntamiento mit Perales und dem Herzog von Alba an der Spitze wurde ernannt. — Um 10 Uhr hörte das Feuer überall auf und die Truppen gingen in die Kasernen zurück. — Die, jedenfalls bedeutende Zahl der Todten ist noch nicht bekannt. . . . . Nach einer andern Version ist Pucheta zu Villaverda entdeckt und einige Augenblicke darauf erschossen worden. — Die Civilgarde hält das Schweizer-Kaffeehaus umringt und läßt Niemanden ein noch aus.“

* Daß die Versammlung der Cortes oder vielmehr der linken Seite derselben durch Militär auseinander getrieben worden sey, wie es Anfangs hieß, scheint nicht richtig zu seyn. O'Donnell weigerte sich bekanntlich dieselben, wegen ihrer Minderzahl, als gesetzlich konstituirte Cortes anzuerkennen, und daraufhin verzichteten sie, wie es scheint, freiwillig darauf, als geschlossene Körperschaft zu handeln; wenigstens sagt ein amtlicher Artikel in der „Gaceta“ vom 16. Juli: „Die parteigängerische Minderzahl der Deputirten, welche vorgestern widergesetzlich im Cortespalast getagt und die sich noch heute Morgen zur Sitzung versammelt, willigt ein, sich aufzulösen, nachdem sie die von der Regierung gegebene Erklärung über ihre Anmaßung und Gewaltsamkeit empfangen.“

Italien.

Neapel, 10. Juli. In dem wieder aufgenommenen politischen Prozeß ist eine Episode eingetreten, die der Anklage große Verlegenheit bereiten muß. Vorgestern wurde vor dem großen Kriminalhofe zur Untersuchung der Papiere geschritten, welche die Polizei bei Mignona und seinen Mitangeklagten gefunden haben will. Die von der Regierung ernannten Sachverständigen, der Notar Martinez, ein Beamter des Finanzministeriums Namens Bura und ein Kalligraph erklärten, daß diese

Papiere weder von der Hand Mignogna's noch eines der andern Sachverständigen geschrieben seyen. Der Präsident des Hofes hielt den Sachverständigen vor, daß ihre Erklärung die ernstesten Folgen haben könne; sie beharrten aber bei ihrem Urtheil und bezeichneten dasselbe als das Ergebniß einer gewissenhaften und skrupulösen Untersuchung der besagten Papiere. (Nat.-Ztg.)

Eine Abtheilung des Geniekorps geht von Turin ab, um die Befestigungs-Arbeiten in Alessandria in Angriff zu nehmen. (Fr. Pstz.)

Griechenland.

Athen, 12. Juli. Die Bestimmungen, welche Baron Sina in Wien über die Verwendung der an Griechenland geschenkten Million Drachmen der griechischen Regierung mitgetheilt, lauten nach den hiesigen Blätter folgenderweise: 540,000 Drachmen für die Erbauung eines Akademiegebäudes, dessen Plan von dem genialen Architekten Herrr Theophilus Hansen, zur Zeit in Wien, früher in Athen, der Erbauer der Otto-Universität und der Sternwarte daselbst, bereits angefertigt ist; 300,000 Drachmen, auf Interessen gelegt, sollen als Gehaltszulage für die Mitglieder der Akademie diene; 60,000 Drachmen sind bestimmt für das Mädchenwaisenhaus, „Amalion"; 60,000 Drachmen für den Ausbau der Metropolitankirche; 30,000 Drachmen für das Augenkrankenspital und andere 30,000 Drachmen zur Unterstützung der durch die Cholera verarmten Wittwen und Waisen. Eine andere große Schenkung hat in diesen Tagen der in Bucharest lebende Phalanx-Major Zapas an Griechenland gemacht — 60,000 holländische Dukaten! Die Bestimmung ist noch unbekant. In Bucharest haben noch überdies wohlhabende Griechen eine Summe von 100,000 Drachmen zusammengelegt, und ein Gebäude errichtet dessen eine Hälfte für das dortige griechische Konsulat, die Einkünfte der andern Hälfte aber für die griechische Universität in Athen bestimmt sind. (A. Z.)

Athen, 12. Juli. Die russische Regierung hatte bekanntlich während des letzten Krieges eine sogenannte griechische Legion in Sold, welche, ohne sich überhaupt durch besondere Heldenthaten auszuzeichnen, viel von sich reden machte. Diese Legion, auf welche Rußland selbst nicht viel zu halten scheint, ist nun aufgelöst worden und die russische Regierung sucht um jeden Preis diese Leute los zu werden. In Odessa wurden 7 Kauffahrer gemiethet, um die Leute mit Waffen und Bagage nach Griechenland zu bringen. Man kann sich die Verlegenheit der griechischen Regierung vorstellen, der es nicht angenehm seyn kann, den Banditen im Lande auf diese Weise Verstärkung zuführen zu sehen. Nach langen Berathungen faßte die Regierung den Entschluß, dieses russische Geschenk mit Protest zurückzuweisen, die Landung der erwähnten Schiffe in den griechischen Häfen zu verhindern und sie nach Odessa zurückzuschicken. Da jedoch die verabschiedeten Legionäre alle bewaffnet sind und zu befürchten steht, sie würden von den Kapitäns die Landung an irgend einem Punkte der griechischen Küste erzwingen, so wandte sich die Regierung an den französischen Admiral-Kommandanten im Piräeus um Hülfe. Dieser entschuldigte sich mit der momentanen Abwesenheit des französischen Gesandten, ohne dessen Gutheißung er nichts unternehmen könne. Schwer zu begreifen ist übrigens diese Handlungsweise Rußlands einem kleinen Lande gegenüber, wo es seit Jahren sich Sympathien zu erwerben sucht und dem es nun neue Schwierigkeiten bereitet statt die alten ebnen zu helfen. Unter solchen Verhältnissen denkt man auch hier nicht daran, daß die fremden Truppen uns so bald verlassen dürften. (Z.f.Ndd.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 12. Juli. Murawieff sendet fortwährend Verstärkungen nach den kaukasischen Festen. Der „Kaukasus" meldet den Abgang des einen oder des andern Bataillons, bald nach der Festung Grosnaja, bald nach der von Wladikawkas. Man scheint ernstlich den den Kaukasus einschließenden Cordon zu verstärken. Nicht nur am Kaukasus sondern auch am Jaxartes (Sir-Tarja) und am Oxus ist man nicht müßig. Der „Invalide" brachte neulich den an den Ingenieur-General Bruot gerichteten Dank des Kaisers für die erfolgreiche Erfüllung der ihm gewordenen Aufträge, die darin bestanden, daß eine Reihe Festungen an diesen beiden Flüssen erbaut worden sind, wodurch Rußland den Hauptwasserweg des Handels und den strategischen Mittelpunkt beherrscht, von dem aus es seinen Einfluß auf Persien und Turan geltend machen kann und das weitere Vordringen nach Indien sich erleichtert hat. Die Steppenvölkerschaften, welche diese Ströme benutzen, sind auf diese Weise von Rußland abhängig geworden. Bekannt ist die Organisation der Militärdistrikte und Kolonien längs der asiatischen Gränze bis nach Sibirien, wo man am Amur in voller Thätigkeit ist, nicht nur zu Lande, sondern auch zu Wasser.

Nichtpolitische Zeitung.

Der in Bremen erscheinende „Courier an der Weser" vom 17. Juli enthält folgenden Artikel über die Aernteaussichten: „Mit dem heute von New-York über Liverpool eingegangenen Dampfschiff sind über die bevorstehenden Aernten von Cerealien in den Vereinigten Staaten von Amerika überaus glänzende Nachrichten eingegangen. Die Aernte war in den westlichen Staaten als vollkommen gesichert anzusehen, und mit dem Mähen des Roggens der Anfang gemacht worden. Die ältesten Leute wissen sich nicht einer so reichlichen und gesegneten Aernte zu erinnern; namentlich Roggen, welcher in dem letzten Herbst sehr viel gesäet war, verspricht ein überaus brillantes Resultat."

Eine Explosion fand in den Steinkohlenminen von Cummer statt. Es erhellt aus den ersten Aussagen, daß den 15. Juli Morgens 116 oder 117 Männer und Kinder in den Schacht von Cummer hinabgestiegen waren, ohne Ahnung der schrecklichen Katastrophe, die sich zutragen sollte. Die zwei Pompiers, die beauftragt sind, den Schacht zu untersuchen, ob keine Gasverflüchtigung stattfindet, kamen um 6 Uhr herauf und erklärten, daß der Schacht in gutem Zustande sey. Kaum eine Stunde nachher, ehe noch alle Arbeiter Zeit gehabt hatten, ihre Kleider abzulegen, erfolgte ein furchtbarer Gasausbruch. Als die Nachricht davon sich nach außen verbreitete, zweifelte man nicht, daß ein schreckliches Unglück stattgefunden. Diese Voraussicht bestätigte sich, und von den 200 Arbeitern, die sie in den Minen von Cummer befanden, wurde die Hälfte augenblicklich getödtet; 116 lebende Wesen waren hinabgestiegen, und bloß 6 kehrten zurück. Das Geschrei der Mütter und Gattinnen, während man die Leichname zu Tage förderte, war herzzerreißend. (Times.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 23. Juli. Der Hauptumsatz konzentrirte sich heute in span. Fonds, die bedeutend besser bezahlt wurden. Oesterr. Bankaktien beider Gattungen machten wiederum einen kleinen Rückgang, während Bexbach und Neustadt-Weißenburg abermals etwas besser bezahlt wurden.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 103¾ und Berliner Bankverein-Aktien zu 109 verhandelt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1280P. 1275G. Neue Bankaktien 409 P. 404 G. Credit-Actien à 5pCt. 237½ P. 235½G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83½P. 83¼G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81¾P. 81½G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 72 P. 71¾ G.; à 4pCt. 65P. 64½ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 — P. 117G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102½ P. 102 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 279½ P. 277½ G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. — P. 88½ G.; 4pCt. 94¾P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94¼ G.; 4½pCt. 101½ P. 101G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 104¼ P. 101 G. 5pCt. 101¼P. 100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 149¼ P. 148¾G. Neustadt-Weissenb. 110⅞ P. 110⅜ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. —— G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅞P. 90⅜ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100¼P. 99¾G.; 4½pC. 102¾P. 102¼ G.; Loose à fl. 50 114¾ P. 114¼ G.; à fl. 25 34 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 409 P. 407 G.; junge 355 P. 353 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109P. 108¾G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G., Loose à fl. 25 32¼ P. 32 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼P. — G.; à 3½pCt. 93⅛P. 92⅝G.; Bankaktien 119¾ P. 119¼G.; Taunus-Aktien 326 P. 324 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 85½ P. 85 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial —P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 549 P. 544 G. **Spanien.** 3pCt. Inl. Schuld 39⅜ P. 39⅛ G.; 1pCt. neue 24 9/16P. 24 7/16 G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅞P. 118⅝G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i.S.Lr. 250k.S. 101¼P101
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¾P. 93½G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾P. 93½G.

Brem. 50Thlr.Lsd.kS.96$^{3}/_{8}$P.96$^{1}/_{8}$G. Wienfl. 100C. k.S.117$^{1}/_{8}$P.116$^{7}/_{8}$G.
Hamb. MB. 100 k.S.89$^{1}/_{8}$P.88$^{7}/_{8}$G. Wien 3 M. mit 4$^{0}/_{0}$116$^{7}/_{8}$P.116$^{5}/_{8}$G.
Leipz. Thlr.60k.S. 104$^{7}/_{8}$P.104$^{5}/_{8}$G. Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 22. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85$\frac{15}{16}$; 5pCt. Metall. 83$\frac{3}{16}$; 4$\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121$\frac{3}{8}$; von 1854 105$\frac{1}{16}$; Bankaktien 1095; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 381; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 593; österr. Staatsbahnaktien — —; Nordbahnaktien — —. **Wechselkurse**: Augsburg uso 102$\frac{5}{8}$. London 10. 3. B. **Geldkurs**: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Bamberg, 23. Juli. Die Pfarrei Königsfeld, Landg. Hollfeld, wurde dem bisherigen Pfarrer Gg. **Geuß** zu Kirchschletten, Ldg. Scheßlitz und die Pfarrei Memmelsdorf, Landg. Bamberg I., dem bisherigen Pfarrer Kasp. **Zapf** zu Autenhausen, Ldg. Seßlach, verliehen. Die von dem Fürsten v. Schwarzenberg für Pfarrverweser A. **Muß** ausgestellte Präsentation auf die Pfarrei Dornheim, Ldg. Markt-Bibart, erhielt die oberhirtliche Bestätigung. (Bamb. Z.)

Berlin, 20. Juli. Aus den östlichen Provinzen erhalten wir in diesem Sommer abermals die traurigsten Nachrichten über die durch Raupen hervorgebrachten **Waldverwüstungen**. In der Straßburger Gegend war der Raupenfraß der Art, daß der größte Theil der dortigen Wälder vernichtet wurde und abgeholz werden muß. Der Forstbezirk Einöde ist in bedeutendem Grade bereits angegriffen und aus Elbing wird gemeldet, daß sich in dem bei Pr. Holland gelegenen Reichenbacher Forst die Nonnenraupe eingefunden hat. (Hamb. N.)

Von der **Oder**, 20. Juli. Die Nachstellungen und polizeilichen Verfolgungen polnischer Flüchtlinge, die sich dem russischen Militärdienst entziehen und außer Landes gehen, machen den preußischen Gränzbehörden in den östlichen Provinzen, da diese Behörden das Auslieferungsgeschäft zu betreiben haben, viel zu schaffen. In Krieges- wie zu Friedenszeiten muß Rußland alljährlich einen sehr erheblichen Verlustsatz in seinen Gränzprovinzen von der Zahl derer regelmäßig in Abrechnung bringen, die zur Einreihung in das russische Heer bestimmt sind; man kann mit Recht behaupten, die Desertionen in Polen haben einen vollständig permanenten Charakter und alle Kriegslist, welche russischer Seits zur Einfangung polnischer Rekruten angewendet wird, vermag der Sache nicht Eintrag zu thun. Gegenwärtig erfahren wir aus den neuesten Publikationen des preußischen Landrathsamtes Pleß vom 17. Juli, daß im ersten Quartal dieses Jahres aus dem einzigen Gubernium Radom nicht weniger als 145 Polen, darunter fast der fünfte Theil verheirathete Männer, im Alter von 21 bis 35 Jahren desertirt sind, die auch durch preußische Behörden steckbrieflich verfolgt werden und im Fall ihrer Verhaftung durch den in Beuthen stationirten „Auslieferungs-Kommissarius", Landrath v. Tieschowitz den Händen russischer Behörden übergeben werden. (H. N.)

Danzig, 18. Juli. Seitdem am 30. Juni unsere Stadt der Schauplatz eines bedauerlichen Straßentumultes gewesen, kann sie noch immer nicht so recht zur Ruhe kommen. Fast jeder Morgen bringt auf den verschiedenen Marktplätzen kleine Kartoffelkrawalle. Der große Andrang von Käufern, oder vielmehr sehr aufgeregten Käuferinnen, veranlaßt die immer noch sehr spärlich zu Markte kommenden Verkäufer auf hohe Preise zu halten, ja oft während des Marktes die Preise zu steigern, und die dann folgende Erbitterung des Publikums hat einige Male sogar zu Thätlichkeiten geführt. Doch hat die Sache keinen irgendwie ernstlichen Charakter, und das Einschreiten der Polizei hat stets genügt, jeder größern Ungesetzlichkeit vorzubeugen. (K. H. Z.)

Kassel, 20. Juli. Durch Beschluß des Ministerium des Innern vom 28. v. M. sind die Beschränkungen hinsichtlich des An- und Verkaufs oder der Verwendung der Kartoffeln zum Branntweinbrennen und zur Stärkemehlsfabrikation aufgehoben und die deßhalb erlassenen Strafverbote vom 8. August, 26. September und 31. Oktober 1853 sind zurückgezogen worden. (Z. f. Nordd.)

London, 21. Juli. Im Unterhaus belobt Lord Palmerston das bisherige Betragen der deutschen Legion außerordentlich und fügt bei: ihre Entlassung stehe sehr nahe bevor, nur müsse die Regierung über die Weise derselben erst Beschluß fassen. (T.D.d.A.Z.)

Die „Allg. Z." erhielt folgendes Schreiben aus **Madrid**: „Die beiden Brüder Escosura sind aus dem Kloster de los Basilios entkommen. General Dulce ist zum Nachfolger des kassirten Generals Fatkon ernannt. — Die Truppen stehen in Madrid auf den Plätzen und Hauptpunkten bis die Milicianos (Bürgerwehr) ihre Waffen abgeliefert haben. Dies ist bis auf wenige geschehen. — General Infante, der Präsident der Cortes, hat dem Ministerpräsidenten offiziell angezeigt, daß er die Gesetzlichkeit seiner Handlungen und die Ungesetzlichkeit der faktiösen Fraktion jener Deputirten anerkennt, die sich versammelt hatten und den Thron für vacant erklärten." (Davon hat man bisher nichts gehört; es scheint auch in der That nicht wahr. Die Redaktion.)

Paris, 20. Juli. Wir haben heute Nachrichten aus **Barcellona** vom 19. d. Es hat in jener Stadt gestern Unruhen gegeben, die jedoch keinen ernstlichen Charakter hatten. Veranlassung dazu gab die Entwaffnung der Nationalgarde, ein Akt, der nicht ohne Tumult und Zusammenrottungen ablief. Indessen zerstreuten die Truppen die Volkshaufen, ohne daß es zum Blutvergießen kam. Navarra und Guipuzcoa sind ruhig, wogegen in und um Logrono die Stimmung entschieden für Espartero ist. Daß in Saragossa ernste Ereignisse stattfinden, daran zweifelt man hier heute um so weniger, als man aus jener Stadt auch nicht die geringste Nachricht erhalten hat. Ständen die dortigen Truppen auf Seiten der neuen Regierung, so wäre es für sie ein Leichtes gewesen, die gestörte Telegraphenverbindung herstellen zu lassen. Man hat z. B. in St. Sebastian telegraphische Nachrichten aus Madrid vom 18. erhalten, ein Beweis, daß diese Linie nach wie vor fungirt, während man in Spanien selbst nichts von Saragossa weiß. — Der Erfolg O'Donnell's ist zunächst ein momentaner, und man traut hier noch nicht auf seinen Bestand. Es ist klar, daß der neue Diktator weniger an Spanien als an sich gedacht hat; alle Welt weiß, daß die „Rettung des Landes" beschlossen war, noch ehe sich ein Pflasterstein in Madrid regte und die Anspielung im Rapport an die Königin auf die „Rettungen in anderen Ländern", womit ohne Zweifel zunächst Frankreich gemeint ist, ist nur zu sehr geeignet, die Anmaßung O'Donnell's in Relief zu stellen. Von allem Uebrigen abgesehen, ist doch ein Unterschied, ob man sich Napoleon oder ob man sich Graf Lucena nennt. Um ein so großes Reich wie Spanien im Kriegszustand zu erhalten, dazu bedarf es doch vor allen Dingen einer Armee. Zur Zeit des orientalischen Krieges hätte die spanische Regierung sehr gern 25—30,000 Mann Hülfstruppen den westlichen *Mächten* gestellt; es ist notorisch, daß man diese Zahl nicht auftreiben konnte. Wie wird man jetzt 100,000 Mann finden, um den Kriegszustand aufrecht zu erhalten? Mit einem Worte, hier in Paris sieht man den Sieg O'Donnell's als noch nicht gesichert an, während seine Niederlage allerdings den Thron selbst in Gefahr setzen dürfte; es werden in dieser Beziehung hier sogar unwahrscheinliche Projekte, wie das einer Verlobung der kleinen Prinzessin von Asturien mit dem König von Portugal, ernstlich diskutirt. (Nat.-Z.)

Ein Schreiben aus **Saragossa** vom 15. Juli in der „Independance Belge" meldet im Wesentlichen, daß gleich nach Eintreffen der Nachrichten aus Madrid alle Behörden der Stadt und Provinz, so wie die Führer der Nationalgarde im Palaste des Generalkapitäns versammelten. In einer unter dessen Vorsitz gehaltenen Sitzung wurde eine Junta mit General Falcon als Präsidenten gebildet und sofort eine Proklamation an die Einwohner der Provinz unterzeichnet, welche dieselben auffordert, mit Madrid gemeinsame Sache gegen die Regierung O'Donnell's zu machen und sich bewaffnet zu erheben, aller Exzesse aber sich streng zu enthalten.

Aus **St. Sebastian** wird dem „Moniteur" unter dem 21. Juli telegraphirt: „**Santander** machte einen Aufstands-Versuch, aber Alles ist dort wieder zur Ordnung zurückgekehrt. **Navarra** und die **nördlichen Provinzen** sind ruhig. Man versichert, daß die Dinge in **Saragossa** auf gutem Wege zur Ordnung sind. Die Truppen sind, ohne Widerstand zu finden, in **Logrono** eingerückt. Man entwaffnet die Nationalgarde." (Fr. Pstz.)

Warschau, 19. Juli. Vorgestern ist auf dem amtlichem Wege hier die traurige Nachricht eingetroffen, daß die Stadt **Lask** im Kreise Kalisch fast ganz ein Raub der Flammen geworden ist. Ein heftiger Sturmwind machte alle Rettungsversuche vergeblich. Die Noth der Einwohner ist schrecklich, sie haben Alles verloren. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 205. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 25. Juli 1856

Deutscher Bund.

In dem von den Frankfurter Blättern veröffentlichten Auszug aus dem Protokoll der Bundestagssitzung vom 19. Juli findet sich u. a. folgende Stelle: „In der Reklamationssache der im Königreiche Württemberg begüterten Standesherren wegen Beeinträchtigung ihres Rechtszustandes sind, in Folge des Bundesbeschlusses vom 25. Oktbr. v. J., seither Vergleichungsunterhandlungen zwischen den Vertretern der kgl. württembergischen Regierung und dem Bevollmächtigten der Reklamanten gepflogen worden, und es haben dieselben zum Abschlusse einer Uebereinkunft geführt, welche eine befriedigende Erledigung der Sache in Aussicht stellt, und welche von Seiten der Standesherren bereits ratifizirt worden ist, zur Zeit aber der Genehmigung der kgl. Regierung entgegensieht."

In **Frankfurt** fand am 21. d. eine Versammlung von Tabaksfabrikanten und Tabakshändlern Frankfurts und Umgegend statt, um über gemeinsame Schritte zur Abwendung der auf der Generalkonferenz des Zollvereins in Eisenach beantragten Erhöhung der Zölle von Tabak zu berathen. Gleiche Versammlungen werden dem Vernehmen nach in Kurzem auch in der Pfalz, im Großherzogthume Hessen, in Kurhessen, Nassau und Baden stattfinden.

---

* **Bayern.** Bekanntlich dürfen bei uns **kosmetische** (Schönheits-) und **Geheim-Mittel** nicht ohne Regierungs-Erlaubniß verkauft werden; diese selbst aber wird erst nach Anerkennung der angegebenen heilsamen Wirkung des Mittels durch die Medizinalbehörden ertheilt. Für Letztere sind durch Ministerialreskript vom 9. d. Mts. folgende Normen, die denselben bei ihrem Gutachten als Richtschnur dienen sollen, aufgestellt worden: 1) Die Prüfung der kosmetischen Mittel, so wie der sog. Geheimmittel hat von den zuständigen Medizinalbehörden jederzeit mit aller Umsicht und Strenge zu geschehen, und ist von denselben niemals eine Verkaufs- und resp. Privilegiumsbewilligung zu beantragen, wenn irgend bezüglich der Mischung und Bereitung eines kosmetischen Mittels oder in Ansehung der heilsamen Wirkung eines sog. Geheimmittels ein Zweifel besteht; 2) bei der gutachtlichen Aeußerung über den für solche Mittel zu bestimmenden Verkaufspreis ist nicht nach den für die Apotheker gegebenen Taxen, sondern nach jenen Preisen sich zu achten, um welche die betreffenden Ingredienzien aus chemischen Fabriken und sonst im Handel regelmäßig zu haben sind, für die Bereitung ist der möglichst billigste Ansatz zu bestimmen; 3) die Prüfung, dann die Bewilligung zum Verkaufe von kosmetischen und von Geheimmitteln unterliegt der Taxe unter nachfolgenden Bestimmungen: 4) für die Untersuchung der kosmetischen Mittel und ebenso für die Erprobung der Geheimmittel ist die Taxe nach Ziff. 16 der Medizinaltax-Ordnung vom 31. März 1836 (Regierungblatt S. 209 2c.) mit 2 fl. 30 kr. bis 4 fl. (ausschließlich der Auslagen für Reagentien, die besonders anzusetzen sind), dann für das hierüber abzugebende Gutachten nach Ziff. 7 ibidem weiter die Taxe mit 3 — 8 fl. je nach der Schwierigkeit der Arbeit vom Gesuchsteller zu entrichten, es mag das gestellte Gesuch hiernach bewilligt werden oder nicht; 5) die Taxirung der amtlichen Ausfertigung auf das bezügliche Gesuch ist von dieser Untersuchungstaxe unabhängig und richtet sich nach der allgemeinen Taxordnung; 6) die Einhebung der sub 4 bezeichneten Taxe geschieht mit den übrigen in Folge solcher Gesuche anfallenden Taxen und Kosten; erstere sind jedoch als Medizinaltaxen, welche den bei den betreffenden Prüfungen beschäftigt gewesenen Mitgliedern des Medizinal- und beziehungsweise Obermedizinal-Ausschusses auszubezahlen sind, gesondert zu verrechnen; 7) die Bewilligung zum Verkaufe kosmetischer Mittel und ein Privilegium für sog. Geheimmittel darf dem Betheiligten vor Bezahlung der Taxe nicht ausgehändigt werden.

* **München.** (Verhandlung am **Kassationshof** für die Pfalz in der Reklamationssache des Rentners **Frölich** am 21—23 Juli d. J.) Der Rentner Frölich aus Zweibrücken, der bekanntlich eine Reklamation über die Pfälzer Wahlen an die Abgeordnetenkammer gerichtet hat, wurde wegen der in der Reklamation gemachten Behauptungen wegen Amtsehrenbeleidigung und Schmähungen vor das Zuchtpolizeigericht verwiesen. Frölich machte die Einrede der Inkompetenz geltend, die aber vom Zuchtpolizeigerichte und vom Appellationsgerichte verworfen wurde. Gegen das letztere Urtheil hat er die Kassation ergriffen, worüber gestern am Kassationshof für die Pfalz dahier verhandelt wurde. Der Vertreter Frölichs, Advokat Gulden von Zweibrücken, erörterte zunächst in seinem sehr umfassend angelegten Plaidoyer die persönlichen Verhältnisse seines Klienten und schildert denselben als einen der angesehensten Privatleute, der, durch den Besitz eines größern Vermögens vollkommen unabhängig gestellt, diese seine Unabhängigkeit nur in loyaler Weise geltend zu machen gewohnt sey. Er sey konservativ im ächten Sinne, und als solcher gehöre er allerdings nicht zu den exklusiv Konservativen der Pfalz. Er gehöre aber zu denen, die in den gefährlichsten Momenten der Jahre 1848 und 1849 sich nicht scheuten, die konservative Farbe zu bekennen, während andere es für gerathener hielten, das Feld zu räumen. Die Regierung selbst habe ihm wegen seiner allbekannten Loyalität und seiner Einsicht fortwährend bis auf die letzten drei Jahre, wo er sich habe zu Schulden kommen lassen, einen durch Entlassung in bittere Noth versetzten Familienvater zu unterstützen, ihr volles Vertrauen bewiesen. Zwanzig Jahre sey er durch die Achtung, die er genoß, in seiner Stellung als Stadtrath geblieben; im Jahre 1844 zum Bürgermeister ernannt, habe er dieses Amt wegen anderweitiger Geschäfte abgelehnt, und so groß sey das Vertrauen der Regierung zu ihm gewesen, daß er hierauf vom Landkommissär angegangen worden, Kandidaten für das Bürgermeisteramt vorzuschlagen. Er sey ferner Mitglied des Scholarchats gewesen und sey mehrfach auch sonst in öffentlichen Angelegenheiten als Vertrauensmann beigezogen worden. Sein Charakter bürge für die gesetzliche und ehrenhafte Absicht, die ihn bei Einreichung der Wahlbeschwerde geleitet habe, und es müsse daher um so mehr auffallen, daß gerade er verfolgt werde, während doch die von dem Wahlbezirk Landau-Neustadt-Germersheim mit 47 Unterschriften und die von Kaiserslautern mit 29 Unterschriften eingereichten Reklamationen, die dieselben Behauptungen mitunter noch schärfer ausgesprochen enthielten, unangefochten geblieben seyen. Das Plaidoyer geht hiernach auf die Begründung und Rechtfertigung des zunächst gegen die Kompetenz des Zuchtpolizeigerichts in Zweibrücken gerichteten Kassationsrekurses über. Hauptsächlich ward der Rekurs auf Verletzung des Art. 3 des Gesetzes, den Geschäftsgang des Landtags betr., gestützt. Jedem Staatsbürger stehe das Recht zu, sich mit Beschwerden an die Kammern zu wenden, wenn er sich an seinen konstitutionellen Rechten verletzt fühlt. Nur hievon habe Frölich Gebrauch gemacht, als er die bei den Pfälzer Wahlen vorgekommenen Ungesetzlichkeiten der Kammer anzeigte. Die Kammer sey die einzige kompetente Autorität, welche über die Wahrheit und Falschheit der in der Reklamation enthaltenen Thatsachen zu untersuchen hat, weil sie die Wächterin zur Aufrechthaltung der Verfassung ist. Bevor aber die Falschheit der von Frölich behaupteten Angaben nicht ausgesprochen sey, könne auch Frölich durchaus nicht verfolgt werden. Die Kammer habe das Recht der Entscheidung und könne verlangen, daß die Zeugen, welche bei den Wahlen anwesend waren, welche von den Umtrieben hörten 2c., vernommen werden. Für die Veröffentlichung der Reklamation in den Kammerverhandlungen könne Frölich, der durch Verweisung der Sache an das Zuchtpolizeigericht Landau seinem ordentlichen Richter, dem Bezirksgericht in Zweibrücken, entzogen worden sey, nicht verantwortlich gemacht werden. Der Antrag Guldens geht demnach dahin, das Verfahren gegen Frölich einzustellen. (Forts. f.)

München, 22. Juli. Die „N. Nachr.“ berichtigen ihre neuliche Mittheilung bezüglich der Consecration unseres neuen Herrn Erzbischofs Gregorius in der St. Bonifaziuskirche dahin, daß dieser feierliche Akt nicht nächstens, sondern am darauffolgenden Sonntag den 3. August, und zwar durch den Herrn Nuntius vollzogen werde.

Dänemark.

Es ist männiglich bekannt, welche weittragenden Beschlüsse der letzte dänische Reichstag über die Veräußerung von Domänen in den deutschen Herzogthümern gefaßt hat. Die deutschen Großmächte haben dagegen Protest erhoben, und schleudern mit diplomatischen Noten gefüllte Bomben über den Sund. Ueber den Inhalt dieser Noten verlautet Vieles: sie sollen energisch lauten, sie sollen beinahe drohen, den wirklichen Inhalt aber kennen wir leider nicht. Wir fürchten nur, Noten allein werden nichts vermögen; denn Dänemark ist zwar als Staat klein, als energisch wollendes und mit imponirender Rücksichtslosigkeit handelndes Volk aber stärker als manche Großmacht. Von großer Wichtigkeit in diesem Augenblicke ist eine so eben erschienene Schrift unter dem Titel: „Die Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg in dem dänischen Gesammtstaat“. Diese Schrift, welche leidenschaftslos geschrieben ist, und mit Zahlen einen Nachweis von der dänischen Finanzwirthschaft gibt, die auch einem Halbblinden die Augen öffnen muß, wird nicht verfehlen, großes Aufsehen zu machen. Die nur 82 Seiten starke Broschüre trägt das sehr bezeichnende Motto: „Zu drücken sind sie, nicht zu unterdrücken!“ Möchte sie an geeigneter Stelle beherzigt werden und gute Früchte tragen! Ihr Zweck ist, „im Zusammenhange einen Ueberblick zu gewähren über die neuen staatsrechtlichen Veränderungen in der dänischen Monarchie, damit sich ein vollständiges Urtheil begründen lasse über den Schaden, den Deutschland erleidet durch Dänemark.“ Die Quellen, aus denen geschöpft worden, sind die Protokolle der deutschen Ständeversammlungen, des dänischen Reichstags und des Reichsraths. Die Flugschrift löst ihre Aufgabe in trefflicher Weise. Die Darstellung fesselt durch den bald derben, bald feineren Sarkasmus, welchen der Gegenstand von selbst herausfordert, sowie durch die überraschenden Enthüllungen, welche durch die Herstellung des wahren Zusammenhangs zwischen den bis jetzt nur bruchstückweise bekannten und veröffentlichten Thatsachen sich ergeben.

Belgien.

Brüssel, 21. Juli. Der „Moniteur“ füllt mehrere Spalten mit der Liste der bei Gelegenheit der Jubelfeier vom König vorgenommenen Beförderungen und Ernennungen im Leopoldorden. — Der „Moniteur“ bringt ferner einen königlichen Erlaß, welcher bei Gelegenheit des Jubiläums allen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten, die 25 Jahre aktiven Dienstes zählen, zum Andenken an den heutigen Tag, eine besondere Dekoration zuerkennt.

Großbritannien.

London, 21. Juli. Nach dem Pariser Korrespondenten des „Advertiser“ erhalten in Frankreich die reaktionären spanischen Flüchtlinge ohne alle Formalität Pässe in die Heimath, während die Polizei den Liberalen die größten Schwierigkeiten macht. (Ob der Advertiser seine Angabe auch verbürgen kann?)

Frankreich.

In Marseille sind viele Flüchtlinge aus Barcellona eingetroffen. Sie verließen letztere Stadt während der heftigen Aufregung, welche dort am 19. Juli herrschte.

Paris, 21. Juli. Aus Glasgow, Danzig und Liverpool sind, wie der „Moniteur“ anzeigt, ansehnliche Geldspenden für die Ueberschwemmten eingetroffen. (K. Z.)

* Daß General Prim von Paris nach Spanien zurückgekehrt sey, bestätigt sich nicht. Er ist entschiedener Progressist und wird O'Donnell sicher nie unterstützen. Dagegen ist Narvaez allerdings von Paris nach Bayonne abgegangen, von wo aus er um die Erlaubniß, nach Spanien zurückzukehren, nachgesucht hat.

Spanien.

Madrid, 17. Juli. Ein kgl. Dekret, von der Regierung veröffentlicht, ertheilt allen bei dem Aufstand verwundeten Kommandanten und Offizieren des Heeres augenblickliche Versorgung und den Soldaten das Kreuz der Isabel Luisa mit 30 Realen monatlicher Pension auf Lebenszeit (1 Real ist etwa 8 kr.); die Verwundeten sollen 60 Realen und die Invaliden 6 Realen täglich erhalten; weitere Belohnungen behält sich die Regierung vor. (A. Z.)

Madrid, 18. Juli Das unter dem Vorsitze des Generals Falcon in Saragossa zusammengetretene Komite hat, wie die „Gazette de France“ meldet, folgende Proklamation an die Bevölkerung erlassen:

„Bewohner der Provinz Saragossa! In der Hauptstadt des Königreichs ist gegen die Freiheit ein verderbliches Attentat verübt worden. Der Mann, der im Jahr 1854 im Namen des Gesetzes das Schwert zog, hat sich demselben Gesetze zum Trotze der Regierung der Nation bemächtigt. Er hat sich nicht gescheut, das Blut des Volkes zu vergießen, um seine willkürliche Gewalt an die Stelle der nationalen Souveränetät zu setzen. Die stets heldenmüthige Stadt Saragossa, das festeste Bollwerk der Freiheit, konnte einem solchen Attentate gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Sie ist in offene Opposition gegen das Ministerium mit dem festen Entschlusse getreten, die Waffen nicht eher, als bis sie die Freiheit des Vaterlandes gesichert sieht abzulegen. Die Junta von Saragossa, indem sie so ernste und wichtige Ereignisse und Entschlüsse zu Eurer Kenntniß bringt, fordert Euch auf, Euch wie Ein Mann zu erheben, Euch um sie zu schaaren, Euch bereit zu halten, der Gewalt, die uns ihren absoluten Willen mit Kartätschen aufdringen will, zu widerstehen. Allein die Junta kann nicht umhin, Euch gleichzeitig anzuempfehlen, mit der größten Mäßigung zu Werke zu gehen und Alles, was die heilige Sache, zu deren Vertheidigung Ihr berufen seyd, gefährden kann, zu vermeiden. Denket an den Vortheil, den unsere Feinde aus dem kleinsten Exzeß (mas pequeus desmen) unfehlbar ziehen und an ihre Freude, wenn sie die Anarchie unter uns einreißen sehen würden. Es wären dies eben so viele Gelegenheiten, um ihre Intervention zu rechtfertigen (por hacer necessario su mando). Eintracht und Widerstand gegen das Ministerium des Grafen von Lucena, und wir werden die Freiheit von den sie bedrohenden Gefahren retten. Präsident: Antonio Falco, Vizepräsident: Feliciano Polo. Mitglieder: Manuel Gorriga, Joachim Marin, Jose Cano Manuel, Lorenzo Maria Schmid, Candido Conde, Simon Gimeno, Geronimo Borao.“

† Die Madrider Journale vom 17. und 18. Juli geben nachstehende Details über die Madrider Vorgänge: Unter den Generalen, welche sich zur Vertheidigung der neuen Regierung sofort in den Palast und nach Buena-Vista (zu O'Donnell) verfügten, zählt man San Miguel, D. Santos und D. Evaristo, Hoyes, Iriarte, La Rocha, Urbistondo, Santiago u. s. w. General Urbistondo und Brigadier Serrano, welche mit allen Operationen in der Umgebung des Palastes beauftragt waren, leisteten große Dienste. Der alte General San Miguel stellte sich der Königin Montag frühe vor. Er machte aus seinem Bedauern über den Rücktritt Espartero's kein Hehl, beeilte sich aber der Königin seinen Degen zur Verfügung zu stellen. Er befehligte das Hellebardierer Detachement, welches den Palast bewachte. — Man liest in der „Epoca“: Montag um 7 Uhr Abends. Als das Feuer am heftigsten war, verließ die Königin, tief bewegt, aber mit einem nicht zu beschreibenden Muthe, den Palast, um, vom König, den Ministern, Generalen und andern politischen Männern, welche ihr in diesem traurigen Augenblicke zum Schilde dienten, begleitet, die Truppen und die Miliz zu mustern, welche den Palast vertheidigten. Mit wahrhaft männlichem Muth ging sie bis zum Bogen de la Armeria vor; ihre Gegenwart brachte auf die Truppen großen Eindruck hervor, die sie mit Enthusiasmus begrüßten. Die Königin besuchte die Verwundeten mit mütterlicher Sorgfalt und gestern zeigte sie sich während der größten Sonnenhitze und ohne Sonnenschirm auf dem Balkone des Palastes, um die Generale und Offiziere der Brigade des tapfern Generals Ros de Olano zu begrüßen, und als Ihre Majestät die junge Prinzessin von Asturien in ihre Arme nahm, um sie den Truppen zu zeigen, erreichte der Enthusiasmus den höchsten Punkt. — Gestern baten eine Menge Militärs und Staatsmänner um die Gunst, Ihrer Majestät Hand küssen zu dürfen, was auch sofort bewilligt wurde, und heute Abend, 6 Uhr, wird Handkuß für alle Offiziere der Garnison seyn.“

Die „Independance Belge“ enthält zwei Schreiben aus Madrid vom 15. und 16. Juli, deren wesentlichen Inhalt wir nachstehend mittheilen: „15. Juli. Um Mitternacht eröffneten die am kgl. Theater, vor dem Palaste 2c. aufgestellten Truppen ein starkes Feuer gegen die Miliz; wiederholt eingestellt, dauerte dasselbe seit 4 Uhr Morgens ununterbrochen fort. Die Milizen haben die Nacht über alle Häuser am Platze Mayor und in den nächsten Straßen besetzt; zwei Bataillone unter Madoz haben den Cortes-Palast inne; die Artillerie unter Calvo Asensio und die beiden Escosura, so wie die Infanterie stehen am Sonnenthor, in den Straßen Toledo und Alcala und auf den Plätzen Cebado und Toledo. Die Truppen sind in ihren gestrigen Stellungen, und O'Donnell hat ihnen befohlen, nicht vorzurücken. Bloß während der Nacht drangen sie auf kurze Zeit in die Alcala-Straße, um auf die Milizen zu feuern, welche die Balkone besetzt hielten. Es gab dort viele Todte und

Verwundete. Heute früh 8 Uhr feuerte die Artillerie der Truppen von zwei Punkten aus gegen die Mitte der Stadt, und stundenlang ergoß sich ein Kugelregen auf die Häuser des Platzes Major und am Sonnenthor. Die Artillerie der Miliz erwiderte das Feuer bis 3 Uhr Nachmittags. Inzwischen hatten sich 30 Deputirte im Sitzungssaal versammelt. Der Herzog de la Vittoria (Espartero) war gegenwärtig. Escosura, Madoz, Sagasta ꝛc. erinnerten ihn an sein so oft erneutes Versprechen, seinen Degen von Lugana an dem Tage, wo die Freiheit in Gefahr seyn würde, wieder anzulegen. Der Herzog de la Vittoria erging sich in Betheuerungen, und man dachte, daß er nach dem Schlusse der Sitzung die Miliz auf dem Platze Mayor haranguiren werde; aber man wartete vergeblich auf ihn, und um 2 Uhr begaben sich fast alle Miliz-Führer, die Abends vorher ihre Leute zum Kampfe angefeuert hatten, in der Stille nach Hause. Um 3½ Uhr versammelte General Valdes, der seit einigen Stunden den Befehl über die Milizen führte, Letztere auf dem Platze Mayor und erklärte ihnen, daß er es Jedem freistelle, sich zurückzuziehen, da Espartero, der von Rechtswegen ihr Anführer seyn sollte, sich nicht zeige. Sofort zerstreuten sich die meisten Milizen und eilten nach Hause; manche zogen dort die Uniform aus und mischten sich unter die Haufen Pucheta's, der mit einigen Hundert Mann auf dem Platze Mayor Stand hielt und auf die Truppen feuerte. Hier, so wie auf dem Platze San Domingo, dauerte der Kampf bis 11 Uhr Abends fort."

„Den 16. Juli: O'Donnell hat gesiegt. Heute früh 4½ Uhr bemächtigten sich Dulce und Serrano mit starker Truppenmacht des Platzes Mayor; Pucheta zog sich mit seiner Schaar in die Straße Toledo, wo sofort das Gewehrfeuer begann. Die Soldaten drangen mit Gewalt in die Häuser, besetzten die Balkone und feuerten auf die Aufständischen, gegen die bald auch ein Kanonenfeuer eröffnet wurde, das bis Mittag dauerte, wo die Truppen die Kirche San Isidor besetzten und die Meuterer zwischen zwei Feuer nahmen. Diese leisteten noch eine Zeit lang Widerstand; um 1 Uhr aber wurden Pucheta und sein Bruder durch das Gewehrfeuer der Soldaten getödtet, und die Insurgenten verlangten zu kapituliren. O'Donnell versprach, daß ihr Leben geschont werden solle. Die Truppen bemächtigten sich sofort aller Stellungen, und man schritt zur Entwaffnung. Ein schon Vormittags angeschlagener Erlaß des General-Kapitäns hatte allen Milizen befohlen, binnen sechs Stunden ihre Waffen abzuliefern, widrigenfalls man sie vor ein Kriegsgericht stellen werde; viele gehorchten dem Befehle, und einige wurden, als sie sich an die bezeichneten Orte begaben, aus Versehen von den Truppen getödtet oder verwundet. Um 3 Uhr konnte man schon ungehindert durch die Straßen gehen. Madrid gleicht einer mit Sturm genommenen Stadt; viele Häuser haben durch die Kugeln gelitten. Es ist jetzt 10 Uhr Abends; die Stadt ist militärisch besetzt; tiefe Stille herrscht in den Straßen."

* Wie man aus vorstehendem Bericht der „Indep. belge" ersieht, sind die Progressisten mit Espartero's Benehmen sehr unzufrieden, und werfen ihm vor, im entscheidenden Augenblick, wo Aller Augen auf ihn gerichtet waren, eine Unentschlossenheit und Kraftlosigkeit gezeigt zu haben, die ihm allerdings nicht zur Ehre gereichen würde. Indessen ehe wir ein Urtheil fällen, wollen wir doch auch noch Berichte von anderer Seite hören.

Ein Madrider Blatt hat es mit Unrecht auffallend gefunden, daß der britische Gesandte Lord Howden sich während der letzten Vorgänge nicht im königlichen Palaste habe sehen lassen. Lord Howden war schon mehrere Tage vor dem Ausbruche der Unruhen von Madrid abgereist, um sich in Urlaub nach England zu begeben. Herr Otway, der Repräsentant der britischen Legation während der Abwesenheit des Gesandten, war gleich beim Beginne der Empörung in den königlichen Palast geeilt.

Die zu Bayonne eingelaufene Nachricht von der Vereinigung von 85 Deputirten zu Saragossa findet sich in keiner Depesche bestätigt. Uebrigens ist es auch durchaus nicht wahrscheinlich, daß die Kavallerie Odonnell's, welche die Umgegend Madrids durchstreift, eine so große Zahl Cortes-Deputirter habe passiren lassen, da es ganz natürlich ist, ihre Wiedervereinigung auswärts nicht zu dulden, nachdem man sie in Madrid als ungesetzlich erklärt. (Pf. Z.)

Der „Patrie" entnehmen wir Folgendes über die spanischen Ereignisse: „Was die drei baskischen Provinzen betrifft, so ist sicher, daß dieselben keinen Antheil an der Bewegung nehmen werden. Navarra ebenfalls nicht. Diese Provinzen haben sich über die letzte Revolution zu beklagen, die ihre politischen, ökonomischen und religiösen Interessen verletzt hat. Es ist ein großes Glück für die neue Regierung, den moralischen Beistand dieser kriegerischen Provinzen zu besitzen. Der General Echague konnte deßhalb auch über die dortigen Truppen verfügen und mit denselben nach Toledo am Ebro marschiren, um die Bewegung von Saragossa zu überwachen.

Italien.

Turin, 19. Juli. General Lamarmora hat der Presse keine Zeit gelassen, ihn zu mahnen; schon arbeitet die Pionierschaufel vor Alessandria, und die Linie zieht täglich in Bataillonen hinaus zum Schanzen. Ehe der Spätherbst herangerückt seyn wird, werden die dringendsten Erdarbeiten vollendet seyn. Allein auch jenseits des Po und des Tessin arbeiten die Oesterreicher rüstig. Die hier sehnsüchtig erwarteten Interpellationen im englischen Ober- und Unterhaus und die dabei stattgefundenen Erklärungen sind wohl im Stande, die Cavour'schen Blätter zu begeistern; doch kühlere Charaktere sind gewohnt, tiefer zu schauen, und die es also thun, sehen nichts als eitel Wortgepränge. Die Oppositionspresse ist wenig mit Clarendon und Palmerston zufrieden, denn sie glaubt: Oesterreich werde sich wegen der Erklärung Palmerston's, daß es eine Ehrenschuld Englands und Frankreichs sey, Piemont beizuspringen, von nichts abhalten lassen. Ein Wort von der Seine im gleichen Sinne und gleich laut und vernehmlich dazu gesprochen, ändere aber Alles; dieses aber werde schwerlich erschallen, und so sey Italien eben auf sich selbst angewiesen. (Schw. M.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

§ **Wien**, 19. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die Ernennung des Fürsten Alexander **Ghika** und des Bojars Theodoritza **Balsch** zu Kaimakamen der Wallachei und der Moldau ist hier hauptsächlich darum mit vieler Befriedigung aufgenommen worden, weil es sicher ist, daß beide Herren nicht für das Unionsprojekt gesinnt sind, und im Gegentheile ihren ganzen Einfluß anwenden werden, um die Partei, welche die Beibehaltung des Status quo wünscht, zu vermehren. Der Umstand, daß Frankreich gegen die Ernennung der beiden genannten Herren keine Einwendung erhoben hat, wird hier als ein günstiges Zeichen angesehen, und in der That erfährt man auch, daß Frankreich, obwohl die Vereinigung der Fürstenthümer von ihm gewünscht wird, nicht gewillt sey, auf die Verhandlungen der nunmehr von der Pforte einzuberufenden Divans ad hoc einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Erst dann, wenn das Resultat dieser Verhandlungen bekannt seyn wird, soll die mit der Reorganisation der Donaufürstenthümer betraute Kommission ihre Thätigkeit beginnen; bis dahin hat die Agitation für und gegen das Unionsprojekt ein weites Feld. Gewiß ist einstweilen so viel, daß die Kommission mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird, insbesonders wenn sich die in Kreisen, welche mit den dortigen Verhältnissen vertraut sind, ausgesprochene Behauptung bestätigt, daß sich die Wallachei gegen, die Moldau für das Unionsprojekt aussprechen wird.

Nichtpolitische Zeitung.

„Ein **Taucher** aus Buffalo", so erzählt der „Detroit Advertiser", „hat vor Kurzem die Cassette aus dem Meeresgrunde bei Long Point hervorgeholt, die mit dem „Atlantic" daselbst im Jahre 1852 verloren gegangen war. Der Taucher, der 40 Minuten lang unterm Wasser war, und welcher für die Wahrheit seines Berichts einstehen mag, erzählt nun, im Schiff sey noch Alles in derselben Ordnung, als in dem Augenblicke, als es versank. Als er das Deck betrat, war der erste Gegenstand, den er sah, eine schöne wohlfrisirte Dame, deren Kopf ihm, gleichsam begrüßend, entgegennickte. Sie stand aufrecht, mit einer Hand sich an einem Seile des Takelwerks festhaltend, und um sie herum gruppenweise, wie im ruhigen Schlaf, Freunde, Mütter und Kinder gelagert. Auch alles Andere auf dem Fahrzeuge will er wohlerhalten gefunden haben. Die Cassette, die er aus der Cabine holte, enthielt Geld und Papiere von etwa 36,000 Dollars Werth, von denen nur die ältern Papiere durch das Wasser verdorben waren."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 24. Juli. Span. Fonds konnten in Folge mehrfacher Verkäufe ihren gestrigen Standpunkt nicht behaupten, auch Bexbach wurde etwas niedriger abgegeben, während Neustadt-Weißenburger höher bezahlt wurde. Elisabethenbahnaktien, die heute den Hauptumsatz der Börse bildeten, nahmen einen sehr bedeutenden Aufschwung, schlossen am Ende jedoch etwas matter. Bayer. Ostbahn und span. Kreditaktien, Emission Rothschild, waren ebenfalls beliebter.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 103⅝ ½ ⅜ und Berliner Bankverein-Aktien zu 109¼ verhandelt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1285 P. 1280 G. Neue Bankaktien 415 P. 410 G. Credit-Actien à 5pCt. 237½ P.

235½G. **5pCt.** Nationalanleihe von 1854 83⅜P. 83⅛G. **5pCt.** Lombard.-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81¾P. 81½G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71⅞P. 71⅝ G.; à 4pCt. 65P. 64½ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von **1834** ——P. ——G. à fl. 250 von **1839** — P. 117G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 102¾ P. 102¼ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 278½ P. 276½ G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. — P. 88½ G.; 4pCt. 91¾P. 91½G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101½ P. 101G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105¼ P. 105 G. 5pCt. 101¼P. 100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 148⅞ P. 148⅜G. Neustadt-Weissenb. 111¾ P. 111¼ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. —— G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91¼P. 90¾ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82½ G. **Kurhessen.** **40** Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100¼P. 99¾G.; 4½pC. 102¾P. 102¼ G.; Loose à fl. **50** 115 P. 114½ G.; à fl. **25** 34 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 411½ P. 409½ G.; junge 356 P. 354 G.

Meiningen. MitteldeutscheCreditbank 109⅜P. 108⅞G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G., Loose à fl. **25** 32⅜P. 32⅛G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼P. — G.; à 3½pCt. 93⅛P. 92⅝G.; Bankaktien 119½ P. 119 G.; Taunus-Aktien 327 P. 325 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 85½ P. 85 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial —P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 552 P. 548 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39 P. 38¾ G.; 1pCt. neue 24 5/16P. 24 3/16 G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118¾P. 118½G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i.S. Lr. 250k.S 101¼P 101G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¾P. 93½G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾P. 93½G.
Brem. 50Thlr. Ld. k.S. 96⅜P. 96⅛G.	Wien fl. 100C. k S. 117P. 116¾G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛P. 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅞P. 116⅝G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 23. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85; 5pCt. Metall. 83⅛; 4½ pCt. 72¾; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 ——; von 1854 ——; Bankaktien 1094; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 381; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 594; österr. Staatsbahnaktien ——; Nordbahnaktien 2850. **Wechselkurse:** Augsburg uso 102⅝. London 10. 3. B. **Geldkurs:** Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 23. Juli. Die Berathungen, welche in den jüngsten Tagen hier zwischen zwei Kommissarien verschiedener bei der Ueberwachung des industriellen und finanziellen Verkehrs konkurrirenden Behörden in Betreff der Commandit-Gesellschaften stattgefunden haben, resultiren dahin, vorläufig von allen beschränkenden Maßregeln in dieser Richtung abzustehen. Man war der Ansicht, daß die Lage der Dinge nicht von der dringlingen Natur sey, um schon jetzt, zumal da mehrere Mitglieder des Staatsministerium in Berlin nicht anwesend sind, mit Anordnungen vorzugehen. (Dschl.)

Höxter, 20. Juli. Wieder hat ein Holsteiner ein Vaterland bekommen; dem Dr. jur. Elvers, vor wenigen Tagen auf Grund bestandener Prüfung zum Assessor beim königl. Appellationsgerichte zu Frankfurt a. d. O. ernannt, ist eine rechtmäßige Richterstelle beim hiesigen königl. Kreisgerichte verliehen worden. (Westph. Z.)

Wien, 20. Juli. Man schreibt uns, daß die Konzessions-Urkunde der **Franz-Josephs-Bahn** vom Kaiser unterzeichnet ist. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Brüssel, 22. Juli. Der König hat auf den Antrag des Justizministers durch Dekret vom 21. Juli 704 Verurtheilte begnadigt; 272 derselben hatten ihre Strafe noch gar nicht angetreten. Unter den Begnadigten befindet sich auch Herr **Esselens**, der letzte wegen politischer Vergehen von der Geschichte des Prado her noch Verhaftete. (K. Z.)

London, 22. Juli. In heutiger Sitzung des Unterhauses verweigerte **Palmerston**, über die Ernennung eines Gesandten für Amerika Auskunft zu geben. (T.D.d.Nat.-Z.)

Paris, 22. Juli. Der Marineminister hat auf Befehl des Kaisers ein Kriegsschiff zur Verstärkung der Station vor Barcellona und ein zweites nach Cadix abgeschickt, das daselbst zu kreuzen bestimmt ist. Die Truppensendungen an die Gränze werden sich vorläufig auf eine Brigade beschränken, die in den zwei Pyrenäen-Departements kantonniren wird. (K. Z.)

Der „Köln. Z." wird aus **Paris**, 22. Juli, geschrieben: „O'Donnell fürchtet die Rückkehr des Marschalls Narvaez nach Madrid. Er hat deßhalb dessen Unterwerfung unter die neue Madrider Regierung gar nicht abgewartet, sondern ihn sofort zum Botschafter in Paris an Olozaga's Stelle ernannt. Es ist jedoch noch unbekannt, ob Narvaez diesen Posten annehmen wird. Man glaubt hier, daß er abschlägig antworten und Alles aufbieten wird, um von der Königin nach Madrid zurückberufen zu werden. Der Marschall soll sich mit der Königin Christine ganz ausgesöhnt haben. Die Truppen, welche am Kampfe in Madrid Theil nahmen, bestanden aus 13 Bataillonen Infanterie und 2000 Mann Reiterei mit 50 Kanonen."

Der „Patrie" entnehme ich Folgendes nach Nachrichten aus **Madrid** vom 18. Juli: Am 17. haben zahlreiche Verhaftungen in Madrid Statt gefunden. Die Meuterer sollten unter starker Bedeckung nach den Forts außerhalb Madrid gesandt werden. Unter den Verhafteten befand sich Madoz. Er sowohl wie Escosura befehligten während der Emeute ein Bataillon der Nationalgarde. Den Letzteren hatte man noch nicht aufgefunden.

Aus **Madrid**, 17. Juli, schreibt man der „Ind. belge: „Die Stadt gewährt heute dasselbe düstere Aussehen wie gestern. Die meisten Läden sind noch geschlossen und die Plätze mit Kanonen besetzt. Die Königin zeigte sich heute Morgens beim Defiliren der Truppen ausnehmend heiter. Diesen Vormittag sind mehrere Mordthaten vorgefallen. Ein Infanterie-Kapitän wurde im Hotel de Saragossa ermordet, wo er sich einige Minuten ausruhen wollte. Einen Artillerie-Kapitän tödtete vor der Artillerie-Kaserne ein Schuß, der aus einer Mansarde kam. Etwa 1000 Milizen haben bis jetzt ihre Waffen noch nicht abgeliefert. Der Generalkapitän hat ihnen noch den heutigen Tag zugestanden; morgen sollen die Haussuchungen beginnen. Ein heute Nachmittags in den Straßen angeschlagener Erlaß verbietet das Zusammenstehen von sechs und mehr Personen; jeder, der Waffen irgend einer Art trägt, soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Der französische Botschafter hat gestern Mittags die Königin und O'Donnell beglückwünscht."

Madrid, 18. Juli. Nach der „Epoca" hat die Königin gestern 30,000 Cigarren unter die Soldaten der hiesigen Besatzung vertheilen lassen.

Eine Depesche aus Paris vom 22. Juli in der „Independance Belge" lautet: „Nach den heute hier angelangten Berichten aus **Madrid** vom 18. Juli ist die Ruhe völlig hergestellt. Man schätzt die Zahl der während des Aufstandes kampfunfähig gewordenen Soldaten auf 300; die Nationalgarde hat mehr gelitten, und die Zahl ihrer Verluste ist größer, jedoch noch nicht bekannt. Es ist nicht wahr, daß Espartero sich in das britische Botschafts-Hotel flüchtete. Er ist am 18. nach Almagro abgereist. — Die dem Credit Mobilier zugeschickten 57 Millionen sind glücklich angelangt. Wachen waren während des Aufstandes in den Palasthof entsandt worden, um über dieses reiche Depot zu wachen. Man erwartet wichtige Beförderungen in der Armee."

Von **Madrid** aus sind Befehle zur sofortigen Absendung von Truppen aus den baskischen Provinzen, aus Navarra und aus Catalonien nach Saragossa ergangen. Aus der Hauptstadt selbst waren ebenfalls Truppen nach Saragossa beordert.

Der Agentur Havas schreibt man aus **Madrid** vom 18. Juli: „Herr Bayarri ist hier eingetroffen und hat das Marineministerium übernommen. — In einigen Gegenden von Castilien dauern die Feuersbrünste fort. Zu Valladolid sind zahlreiche Hinrichtungen erfolgt; zu Rioseco sollen 16 Personen erschossen werden." (Fr. Postz.)

St. Sebastian, 21. Juli. Die Aufständischen in **Saragossa** haben, wie es heißt, Unterhandlungen Behufs eines Arrangements angenommen oder angeknüpft. (T.D.d.Fr.Z.)

Der „Czas" will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß die Miethe des Palastes in Moskau für Lord Granville auf die Dauer der Krönungszeit 20,000 Silberrubel beträgt, während ein viel kleineres Haus für Herrn v. Morny auf dieselbe Zeit 17,000 Silberrubel kostet.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 206.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 26. Juli 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Ein Erkenntniß des obersten Gerichtshofes entschied jüngst eine mehrfach nicht unwichtige Frage. Ein kathol. Landwirth hatte seinen Pfarrer geschmäht, weil dieser es versäumt habe, sein neugeborenes Kind, welches am Tage nach der Geburt wieder gestorben war, zu rechter Zeit zu taufen. Durch zwei Instanzen wurde der Uebelthäter wegen Privatehrenkränkung zu dreitägiger Polizeiarreststrafe verurtheilt, jedesmal aber ergriff die Staatsanwaltschaft die Berufung an die höhere Instanz, weil die Untergerichte angenommen hatten, die Diener der Kirche und namentlich die Pfarrer in ihren reinkirchlichen Berufsgeschäften seyen nicht als Staatsdiener anzusehen und darum eine Amtsehrenbeleidigung nicht gegeben. So kam die Sache vor den höchsten Gerichtshof zur Entscheidung. Die Staatsanwaltschaft führte aus, daß die christlichen Kirchen wegen der im Staate ihnen eingeräumten Stellung zugleich den Charakter einer Staatsanstalt in sich trügen, daß auch deßhalb die Pfarrer als Träger eines Staatsamtes, als Staatsdiener erachtet werden, und daher auch bei allenfallsiger Beleidigung derselben die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über Amtsehrenbeleidigung in Anwendung gebracht werden müßten. Der Gerichtshof verwarf diese Anschauung als unbegründet. Die Pfarrer seyen als solche nicht Diener des Staats, sondern lediglich Diener der Kirche. Der Umstand, daß sie vom König ernannt oder bestätigt werden, sey hier von keinem Belang. Die kathol. Kirche bilde trotz des Oberaufsichtsrechts des Staats und des ihr vom Staate zugesicherten Schutzes eine selbständige und vom Staate unabhängige Korporation, sie sey keine Staatsanstalt und ihre Aemter könnten auch nicht als Staatsämter betrachtet werden. Wenn den Pfarrern manchmal auch Funktionen übertragen würden, welche zur Förderung von Staatszwecken dienen, z. B. Inspektion der Schulen 2c., so könne hieraus doch nicht gefolgert werden, daß sie auch in Bezug auf rein geistliche Funktionen als Staatsdiener anzusehen seyen. Demnach liege in der Beleidigung eines Pfarrers auch in Bezug auf seine kirchlichen Funktionen nicht eine Amts-, sondern nur eine Privatehrenkränkung. (D. Allg. Z.)

* **München.** (Verhandlung am Kassationshof für die Pfalz in der Reklamationssache des Rentners Frölich am 21—23 Juli d. J. Forts.) Der kgl. Generalstaatsprokurator trat sämmtlichen Kassationsmitteln, welche der Advokat Gulden als Vertheidiger des Rentuers Frölich aus Zweibrücken geltend gemacht hat, entgegen. Die Ausführung des Adv. Gulden, daß die Kammer die zuständige Autorität zur Untersuchung der Wahrheit oder Falschheit der in der Reklamationsschrift behaupteten Thatsachen sey, wurde von ihm als vollkommen unrichtig bezeichnet. Die Kammer habe lediglich darüber zu entscheiden, ob die Wahlformalitäten eingehalten wurden, das Materielle, die Sache, die Ungesetzlichkeiten zu untersuchen, welche sich Beamte zu Schulden kommen ließen, stehe nur den Administrativbehörden zu, während die Untersuchung der Wahrheit und Falschheit der behaupteten Thatsachen den Strafgerichten zukömmt. Enthält eine Eingabe, die an die Kammer gerichtet wird, Verunglimpfung von Beamten, so muß der Eingeber der Schrift dafür einstehen; das Privilegium, nur vor der Kammer für das einzustehen, was in der Kammer gesprochen wird, haben lediglich die Kammermitglieder. Aber auch ein Beschwerdeführer kann nicht verfolgt werden, wenn er die Gründe für seine Beschwerde über Gesetzesverletzungen wieder im Gesetz sucht und wenn er in der Darstellung der Gründe Niemanden beleidigt. In dem vorliegenden Fall könnte, selbst die Wahrheit der behaupteten Thatsachen vorausgesetzt, Frölich sich der gerichtlichen Verfolgung nicht entziehen, weil mehrere Beamte durch die gemachten Behauptungen verletzt sind. Wollte man diese Schrift straffrei erklären, so würde man ein Privilegium erlassen, daß man in schriftlichen Eingaben an die Kammern sagen könnte, was man nur wollte. Dadurch, daß die Anschuldigung als Amtsehrenbeleidigung klassifizirt und Frölich verwiesen wurde, sey kein Gesetz verletzt worden. Ebensowenig sey ein Preßvergehen vorhanden, da es sich hier nicht um ein Erzeugniß der Presse, sondern um eine geschriebene an die Kammer gerichtete Eingabe handelt. Wenn dieselbe später auf Veranlassung der Kammer gedruckt wurde, so hat dies keinen Einfluß auf das Vergehen der Calumnie, welches mit dem Augenblick verübt war, in welchem die Eingabe bei der Kammer eingelaufen ist. Der Generalstaatsprokurator beantragte daher, den Kassationsrekurs zu verwerfen und den Frölich zur Tragung der Kosten und zur Zahlung einer Geldstrafe von 70 fl. zu verurtheilen. — Advokat Gulden suchte die Kassationsmittel in seinem zweiten Vortrage vollkommen aufrecht zu erhalten. (Schluß f.)

In Nummer 14 des Gesetzblattes wird das Gesetz, die Gewerbsteuer betr., verkündigt.

Augsburg, 24. Juli. Die „Augsb. Postzeitung" ist gestern abermals, sonach seit dem 7. Juli das fünfte Mal mit Beschlag belegt worden.

Grünstadt (Rheinpfalz), 21. Juli. Seit einigen Tagen hat sich hier, als aus zuverlässiger Quelle kommend, das Gerücht verbreitet, der Ausführung der schon längst projektirten Zweigbahn zwischen hier und Frankenthal stehe nun kein wesentliches Hinderniß mehr im Wege. (Pf. Z.)

Preußen. Eine nicht unbedeutende Anzahl junger Handwerker aus dem Regierungsbezirk Merseburg und den angränzenden thüringischen Staaten haben in diesen Tagen ihre Heimath verlassen, um infolge eines Engagement bei den in Rußland projektirten Eisenbahnbauten thätig zu seyn. (D.A.Z.)

Aus **Berlin**, 21. Juli wird der „Zeitung für Nordd." geschrieben: „Sie werden wahrscheinlich in der „Reichszeitung" gelesen haben, daß man die Ausführung eines vom Professor Stahl ausgearbeiteten Planes, der durch die Herren v. Hengstenberg und von Gerlach befürwortet worden, die Errichtung eines Diaconenstifts für Männer, die satt und müde des Weltgetriebes ein beschauliches Leben führen wollten, beabsichtige. In der bezüglichen Korrespondenz waren auch einige durchaus nicht beschauliche Thätigkeiten der Diaconen angedeutet, wie z. B. Ueberwachung der Presse, Ausbildung tüchtiger Staatsmänner ohne die wissenschaftliche, verwirrende Freiheit der Universität 2c. Diese Korrespondenz aus Berlin muß wohl ganz falsch seyn, denn die „Volkszeitung," welche sie der „Reichszeitung" nachdruckte, ist dieserhalb in Beschlag genommen. Es ist gewiß, daß dem Polizeipräsidium bezüglicher höherer Befehl zugegangen ist, und es ist ein günstiger Zufall, daß andere Blätter noch zeitig von dem Befehle erfuhren, weil sie sonst in dieselbe Verlegenheit wie die „Volkszeitung" gerathen konnten. — Ueberhaupt hat man auswärts keine Ahnung davon, wie vorsichtig ein hiesiger Korrespondent seyn muß. Eine oft anscheinend unverfängliche Nachricht muß er wiederholt darauf ansehen, ob sie auch nicht versteckt oder entfernt Vorfallenheiten oder Persönlichkeiten berührt, die ein sofortiges polizeiliches Einschreiten zu bewirken wissen. Dieser Zustand gibt daher der hiesigen Presse auch etwas Unsicheres, da hiernach das Gesetz nicht die alleinige Richtschnur ihrer Schritte seyn kann. So muß man sich besonders in Acht nehmen, wenn es heißt, daß auf diesem oder jenem Gebiete jetzt freiere Grundsätze maßgebend seyn würden. Der „Publicist" hat auf diese Weise eine Menge Einwohner Berlins in den April geschickt. Er brachte die Nachricht, daß die politische Gesinnung nicht mehr für die Ertheilung von Paßkarten maßgebend seyn sollte, sondern Jedermann bei sonstiger Rechtlichkeit Paßkarten erhalten würde. Die Gläubigen gingen in großer Zahl auf's Polizeipräsidium, kehrten aber mit abschläglichen Antworten zurück. Die hiesigen Blätter hüteten sich wohl, etwas darüber zu sagen, weil offiziell noch nicht ausgesprochen war, daß die politische Gesinnung ein Grund seyn solle, keine Paßkarte zu erhalten, wenn auch dies nach den Vorgängen und Personen unzweifelhaft schien. So ist es denn gekommen, daß kein Ver-

liner Blatt den „Publizisten" dementirt hat, sondern dies durch das „Dresder Journal" geschehen ist. Auf diese Weise ist unsre eigene Presse behindert, Irrthümer unsrer Journale zu berichtigen und ist sie damit in ihrer nützlichsten Wirksamkeit gehemmt.

Württemberg. Stuttgart, 21. Juli Die „Neue Münchn. Z." schreibt über die Zugeständnisse der Standesherren: Das erste Zugeständniß soll darin bestehen, daß auch andere Majoratsbesitzer als die standesherrlicher Güter, sofern sie ein Majoratsgut haben, das mindestens 6000 fl. freie Rente abwirft, ohne Rücksicht darauf, ob die Besitzer dem Adelsstand angehören oder nicht, in der 1. Kammer zugelassen würden. Das zweite Zugeständniß würde sich darauf beziehen, daß das bisherige unbedingte Vertretungs-, oder vielmehr Stimmübertragungsrecht wesentliche Beschränkung erfahren würde. Das Stimmübertragen soll in Zukunft nur dann stattfinden können, wenn der Stimmberechtigte durch Dienstverhältnisse in anderen Staaten oder durch eine schwere Krankheit nachgewiesenermaßen abgehalten ist.

* **Hannover.** Hannover, 22. Juli. Die 2. Kammer berieth heute über das von der Regierung im vorigen Herbst ohne Beirath der Stände erlassene, jetzt nachträglich ihnen zur Genehmigung vorgelegte Gesetz über Errichtung eines Staatsgerichtshofs. Veranlaßt war dasselbe bekanntlich durch das freisprechende Erkenntniß des Auricher Kriminalgerichts in der bekannten Untersuchung gegen den Obergerichts-Assessor Plank; und sein Zweck war, die Beamten, insbesondere aber die Richter mehr in die Gewalt der Regierung zu bringen. Der Ausschuß der 2. Kammer empfahl unbedingte Ablehnung des Gesetzes, weil 1) jenes vereinzelte Erkenntniß den in der Verfassung vorausgesetzten Nothfall nicht hinreichend begründe; 2) weil es sich jedenfalls nicht in den erforderlichen Gränzen gehalten; 3) weil gar keine Veranlassung vorhanden, es fortdauern zu lassen. Die Kammer nahm den Ausschuß-Antrag mit 64 gegen 20 Stimmen an. Dieser Ausgang war so sicher vorhergesehen, daß der Minister des Innern darauf verzichtete, durch sein Wort und seine Anwesenheit eine günstigere Wendung zu bewirken, ja daß er wohl abwesend war, um die Vorwürfe der Opposition nicht zu vernehmen oder um nicht Zeuge des Abfalls sonstiger Bundesgenossen zu seyn; denn man kann aus dem vorstehenden Zahlenverhältniß abnehmen, daß die Opposition heute von der Rechten her wesentlich verstärkt war.

Baden. Die „Allg. Z." veröffentlicht folgendes Schreiben: „Heidelberg, 22. Juli. Wir ersuchen alle wohllöblichen Redaktionen in der Aufnahme von Artikeln, welche die akademischen, zumal die Verhältnisse der Korpsstudentenschaft Heidelbergs betr., vorsichtig und zurückhaltend zu seyn, indem über die letzten Vorgänge dahier, und namentlich in Ladenburg, eben so lügenhafte als übertriebene Berichte veröffentlicht worden sind. Man warte im Interesse der Wahrheit das Resultat der Untersuchung ab, die bis jetzt noch nicht stattgehabt hat. Folgen die Unterschriften von 183 Studenten" Hierzu bemerkt die „Allg. Z.": Diese Erklärung ist uns von einem der angesehensten Professoren Heidelbergs befürwortet, mit dem Bemerken, daß keineswegs alle Lehrer der Universität die in Nr. 200 der „All. Ztg." ausgesprochene Ansicht über den leidigen Vorfall theilen, und daß ein öffentliches Urtheil darüber noch zurückzuhalten seyn dürfte.

Sachsen-Koburg-Gotha. Koburg, 21. Juli. Letzten Freitag reiste der hiesige Bürgermeister Oberländer mit den Magistratsräthen Kraiß und Appel als Magistratsdeputation, dann der Schützenmeister Bahmann als Schützendeputirter nach Brüssel, um den König Leopold zu seinem 25jährigen Regierungs-Jubiläum zu begrüßen. Als der König erfuhr, daß von hier eine Deputation komme, ließ er derselben wissen, daß er sie als seine Gäste im Schlosse bewirthen und sogleich vom Bahnhofe mit königlicher Equipage abholen lassen werde. (N. Nachr.)

Belgien.

Antwerpen hat mit einer dem König zu errichtenden Statue die Initiative ergriffen. Der Vorschlag, von der dortigen Handelskammer ausgehend, deren Mitglieder gleich 15,000 Franken unterzeichneten, wurde dem Gemeinderath in außerordentlicher Sitzung mitgetheilt und einstimmig angenommen. Alle Bewohner von Antwerpen sind eingeladen, sich an der Errichtung eines Monuments zu betheiligen, welches die Dankbarkeit der Antwerpener Bürger verewigen soll. Die Kosten werden vorläufig auf 100,000 Fr. angeschlagen. (A. Z.)

Frankreich.

° Paris, 23. Juli. Da der Bruch der Brücke zu St.-Germain des Fossés (wo durch das letzte Wachsen der Allier sechs Bogen weggerissen wurden) die große Eisenbahnlinie von Paris nach Clermont mit einer langen Unterbrechung bedrohte, stellte der Kriegsminister, bis zur Vollendung der provisorischen Holzbrücke, die eben gebaut wird, der Grand Central-Gesellschaft eine Schiffsbrücken-Equipage zur Verfügung. Die mit der Schlagung dieser Brücke beauftragte Pontoniers-Compagnie langte am 15. Abends zu St.-Germain des Fossés an, verwendete den 16. und 17. zu dem schwierigen Abladen des Materials und baute am 18. die ganze Brücke von 255 Metres Länge mit 36 Booten und 10 Stützpfeilern.

° Man schreibt aus Plombières: „Von der Armuth der Gemeinden der Umgebung Plombières, namentlich von Clerjus und Bellefontaine gerührt, hat der Kaiser dem Maire jeder dieser Gemeinden 10,000 Fr. zur Begründung einer Unterstützungskasse behändigt, wodurch es den Lokalbehörden nun möglich seyn wird, dem Betielwesen kräftigst zu steuern. Zur Annehmlichkeit der Badegäste läßt der Kaiser einen der schönsten Spaziergänge Plombières, jenen nach Tréfilerie, bedeutend verlängern. Er kaufte das erforderliche Terrain aus eigenen Mitteln an und bestreitet auch die Kosten der Arbeiten, zu welchen die Soldaten des 38. Linien-Regiments verwendet werden."

Aus einem vom „Journal l'Akhbar" veröffentlichten Schreiben geht hervor, daß in Algier jedes Jahr ⅓ der Frucht, den Vögeln und den Südwinden zur Beute, auf den Feldern stehen bleibt. Im vorigen Jahre exportirte Algier 2 Millionen Hektoliters Getraide und konsumirte deren wenigstens 4 Millionen. Der Verlust an Frucht aus Mangel an Arbeitskräften kann sohin auf 3 Mill. Hektolitres oder (à 30 Fr. pr. Hektol.) auf 90 Millionen Fr. angeschlagen werden.

* Dieser Tage verkündigte der „Moniteur" das Gesetz über Reichsregentschaft, wonach die Kaiserin Regentin ist, falls der Thronfolger beim Tod des Kaisers noch nicht volljährig, d. h. 18 Jahre alt seyn sollte. Lebt die Kaiserin nicht mehr, oder schreitet sie zur zweiten Ehe, so kommt die Regentschaft, wenn der Kaiser durch öffentlichen oder geheimen Akt nicht anders verfügt, dem ersten französischen Prinzen und nach ihm einem der andern französischen Prinzen nach der Thronerbfolge zu. Wenn kein zur Ausübung der Regentschaft fähiger Prinz vorhanden ist, so vereinigen sich die funktionirenden Minister zu einem Rathe und leiten die Staatsgeschäfte bis zur Ernennung des Regenten. Sie berathen nach Stimmenmehrheit. Sofort nach dem Tod des Kaisers ruft der Regentschaftsrath den Senat ein. Auf Antrag des Regentschaftsrath erwählt der Senat den Regenten unter den ihm präsentirten Kandidaten.

Spanien.

Aus Paris, 22. Juli wird der „D. A. Z." geschrieben: „Die hier anwesenden Spanier betrachten den Widerstand Saragossas als den Knoten der Situation. Sie glauben, daß, wenn derselbe noch eine Woche dauern könne, Alles in Spanien umschlagen würde. O'Donnell hat bisher viel Schlauheit und Geschick an den Tag gelegt. Am 14. Juli Nachmittags, als die Nationalgarde die Feindseligkeiten eröffnete (von 20,000 sind bloß 3000 auf die Straße gegangen), gab er den gemessenen Befehl, daß die Truppen erst am folgenden Tag die Feindseligkeiten erwidern sollten. Er wollte dadurch jeden Anschein einer Provocation vermeiden, aber zugleich die Truppen erbittern, damit sie sich am folgenden Tage nur um so besser schlügen. Dies ist auch in der That geschehen, und allen Berichten zufolge haben die Truppen sehr tapfer dreingehauen. Es ist auch sehr viel Blut geflossen und leider die Anzahl der Todten von beiden Seiten eine sehr große. O'Donnell, der sehr wohl weiß, daß ihn die vicalveristischen Generale nur solange unterstützen, als er der gemäßigten constitutionellen Richtung treubleibt, dem Programm von Vicalvera gemäß, das bekanntlich auch das Programm der liberalen Union geworden ist, thut Alles, um seine Bundesgenossen zu beruhigen. Die Freunde O'Donnells fürchten daher auch die Ankunft des streng konservativen Narvaez', weil sie wohl fühlen, daß eine Vereinigung mit dem Marschall die Vicalveristen stutzig machen würde. Espartero ist durch sein unschlüssiges Betragen in der Meinung Spaniens für immer verloren, und seine Unthätigkeit hat keinerlei Entschuldigung. War er gegen den Aufstand, so mußte er sich offen dagegen aussprechen, und das hätte genügt, um jeden Konflikt zu verhindern. War er von dem guten Rechte seiner Freunde überzeugt, so mußte er für diese Partei nehmen, und dann wäre der Widerstand allgemeiner geworden, und O'Donnell hätte in diesem Falle wahrscheinlich sehr bald kapitulirt. Für uns, die wir außerhalb der Ereignisse stehen, ist dieses Betragen Espartero's geradezu unbegreiflich. Die Insurgenten in Saragossa haben nun eine sehr schwierig gewordene Stellung, weil es keinen Mann mehr gibt, der Popularität genug besitzt, um O'Donnell mit Erfolg entgegengestellt werden zu können."

Mehr oder minder ist das centralistische Prinzip Frankreichs in allen Staaten Europa's das herrschende geworden. In den meisten ist der Besitz der Hauptstadt von dominirender Gewalt in allen politischen Kreisen. Nicht so in Spanien, wo der Provinzialgeist sich seit jenen Zeiten erhalten hat, wo die Königreiche Castilien, Arragonien, Leon, Asturien u. s. w. ihre Freiheit durch unsterbliche Thaten dem Schwerte der Mauren abgerungen haben. Der Föderativgeist, der in diesem Lande mehr als in irgend einer Monarchie Europas sich erhalten hat, erhebt in bestimmten Zeitabschnitten sein Haupt, um gegen das von Madrid ausgehende Prinzip der Zentralisation sich zu stemmen. Bei einer Bevölkerung, die zum größten Theil so wenig Bedürfnisse des Luxus und des Wohllebens hat, die selbst zur Stillung der primitiven Lebensbedürfnisse an Nahrung und Kleidung so frugale Ansprüche macht, hat ein Bürgerkrieg so wenig Schrecknisse, wie er zur Zeit der Kriege der weißen und rothen Rose in England hatte. Hierin liegt der Schlüssel des mit kurzen Unterbrechungen fortdauernden Bürgerkrieges auf der pyrenäischen Halbinsel. Hierin liegt die Erklärung des unbesiegbaren Widerstandes, den die Napoleonischen Waffen dort fanden, und hierin das Motiv, welches jede fremde Intervention unräthlich und gefährlich macht. Ein Vulkan ist nicht von Außen zu löschen, man muß ihn austoben und ausbrennen lassen. Eine Intervention der Westmächte in Spanien würde das französisch-englische Bündniß lockern. Der Nationalgeist in England würde sich, durch historische Erinnerung angeregt, gegen eine solche Intervention sträuben. Eine Lockerung der westmächtlichen Allianz wäre aber in diesem Augenblicke für den Frieden Europa's eine gefährliche Prüfung. Die Verbindung Englands mit Frankreich sichert die Ordnung in Italien. Lord Palmerston muß sich darauf beschränken, einige kokette Phrasen der Cavour'schen Politik zuzuwerfen; thatsächlich muß er jede aufregende Politik mit Rücksicht auf die Prinzipien seines nächsten Alliirten vermeiden. Von dem Augenblicke an, wo Frankreich seine Militärkraft in Spanien verwenden würde, begänne die Intrigue in Italien, die wir aus den Zeiten des Lord Minto noch im Gedächtniß haben. (Ostd. Post.)

† Madrid, 18. Juli. Nach einem vom 15. Juli, also noch vor Bewältigung des Aufstandes, datirten königl. Erlaß rückten alle im Kampf verwundeten Generale und Offiziere des Heeres um einen Grad vor.

Das „Pays" bringt folgende Mittheilung über den Aufstand in Saragossa: „Die Insurrektion in Arragonien ist auf die Hauptstadt beschränkt. Man versichert, daß die Regierung beschlossen hat, ohne Verzug diesen Herd der Revolution zu ersticken. Dulce, zum Generalkapitän von Arragonien ernannt, hat deßhalb die nöthigen Befehle erhalten. Er soll mit 12,000 Mann und zwei Belagerungskompagnien gegen Saragossa marschiren und sich zunächst der Positionen von Monte Terrero und des Forts Albuferia, die den Platz beherrschen, bemächtigen. Diese Stellungen sind nur schwach vertheidigt. Er wird zugleich die Linie des Ebro besetzen und die Stadt zur Uebergabe auffordern. Falls eine abschlägige Antwort erfolgt, wird er das Feuer eröffnen Man zweifelt in Madrid keineswegs am Gelingen dieses Planes. Falcon hatte nur 3000 M. und einige Bataillone Miliz. Einer seiner Generale, welcher der Regierung treu geblieben, hielt das flache Land an der Spitze von 1300 Mann. Dulce hat den Befehl, die Stadt nicht anzugreifen, sondern seine Artillerie spielen zu lassen."

Griechenland.

Athen, 12. Juli. In Betreff unserer Räubergeschichten ist das Neueste, daß das Dorf Sulinari, zwei Stunden von Livadien, von der Bande des Kalambaliki rein ausgeplündert und zum Theil angesteckt wurde. In der Nähe derselben Stadt raubten fünf Mann von den Irregulären ein Wirthshaus aus, worin sie einquartirt waren, und gingen dann zu den Räubern über, nachdem sie vorher erklärt hatten, daß sie so thäten, weil die Regierung sie seit mehreren Monaten nicht bezahlt habe. Mehrere kleine Gefechte fanden theils unweit Megara, theils in den Gränzbezirken zwischen Soldaten und Räubern statt, wobei es einige Todte und Verwundete von beiden Seiten gegeben hat. Aus den Berichten über diese Gefechte ersieht man, daß es auch Räuber zu Pferde giebt. Bei Palama führten 15 Räuber zwei wohlhabende Bürger dieses Ortes gefangen mit sich fort und sie verlangten 2000 Thaler Lösegeld. Bei Korinth hat sich eine neue Bande gezeigt. (Nat.-Z.)

Amerika.

New-York, 9. Juli. Oberst Fremont hat die Präsidentschaftskandidatur angenommen und bekämpft in dem Sendschreiben, worin er die Annahme anzeigt, die gegenwärtige Vergrößerungspolitik der Vereinigten Staaten, deren Hauptzweck die Verdrängung der freien Arbeit sey, mit großer Entschiedenheit. (Fr. Pstz.)

Unsere Nachrichten aus Haiti gehen bis zum 11. Juni. Der Aufstand gegen den Kaiser Soulouque ist vollkommen unterdrückt. Die Rädelsführer sind eingezogen und werden wahrscheinlich hingerichtet. (Allg. Ztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 23. Juli. Selten mag die Thespisbude der Isarvorstadt eine so zahlreiche und so aus allen Ständen gemischte Gesellschaft versammelt gehabt haben, als heute, da Franz Bacherl's so viel besprochenes Trauerspiel dort aufgeführt wurde. Herren und Damen vom höchsten Adel, hochgestellte Beamte, Studenten, Offiziere, Künstler, Professoren waren mit dem täglichen Publikum jenes Theaters beim düsteren Oellampenscheine vereint, um ihre Neugierde zu befriedigen. Auch die Schauspieler des Hoftheaters hatten ihr Kontingent in den Zuschauerraum geschickt. Nach bekannter, löblicher Gewohnheit geben unsere Vorstadttheater jedes Stück täglich zweimal, zuerst Nachmittags 4 Uhr, dann Abends 8 Uhr; so wurden auch Bacherl's „Cherusker in Rom" heute zweimal gespielt, jedesmal vor vollem Hause, und jedesmal mit großem Beifall. Bacherl ward zehnmal hervorgerufen, 4 Mal bei der ersten und 6 Mal bei der zweiten Aufführung; er scheint aber sehr bescheidener Natur zu seyn, denn er leistete dem Rufen Anfangs nur ungern Folge, so daß zweimal bei schon erhobenem Vorhange der Dichter von nicht sehr sanften Händen ganz unpoetisch auf die Bühne hinaus und vor das Publikum geschleudert wurde. Da stand er dann vor unsern profanen Blicken, deutscher Barde mit den langen Haaren, einem etwas grämlichen, faltigen Gesicht, — eine vorgebeugte kurze Gestalt, mit krummen Beinen. Später ward ihm der Ehrengang etwas geläufiger, er trat beherzt heraus und machte auch eine etwas freundlichere Miene dazu. — Es kann nun gewiß die Aufgabe Ihres Berichterstatters nicht seyn, auf Vergleichung einzugehen zwischen dem „Fechter" und den „Cheruskern", von all' den Unterschieden und Aehnlichkeiten beider Dichtungen oder überhaupt von der literarischen Fehde zwischen Halm und Bacherl zu sprechen, obwohl in Zwischenakten und vor und nach dem Theater gesammtes hochlöbliches Publikum von nichts anderem sich unterhielt, in dem Resultat seiner Besprechungen aber im voraus schon ziemlich einig war; überdies ist Bacherl's Stück im Buchhandel erschienen, ebenso wird Halm's „Fechter" so eben versendet, und Jedermann kann die Vergleichung sich selber machen. Aber wie die „Cherusker" auf der Bühne sich ausnehmen, das fiele sicher in den Bereich meines Referats, aber ich muß Ihnen leider gestehen, daß ich, obschon in beiden Aufführungen mit großer Aufmerksamkeit dem Trauerspiel folgend, dennoch dasselbe nicht völlig zu verstehen vermag. Die Personen kommen und gehen, gehen und kommen wieder, ohne daß man erfährt oder erräth, was sie hier, was sie dort zu thun haben, was sie bewegt, wohin sie eilen, woher sie eintreten. Sie sprechen jetzt von Liebe, dann von Haß und Rache, jetzt wieder von Liebe, ohne daß für den Wechsel der Gefühle ein Motiv gegeben wäre. Wenn man in Wien eine so große Anzahl von Ach! und O! in den „Cheruskern" gezählt hat, so müssen sie bei der Aufführung wohl gestrichen worden seyn, aber wenn man ausrechnen wollte, auf wie viel oder wie wenig anderer Worte das Wort „Deutsch" kommt, so würde man auch ein staunenswerthes Resultat finden; namentlich am Ende des drittes Aktes muß das deutsche Deutschthum auch dem deutschesten Deutschen zu deutsch werden. Herr Bacherl, der deutsche Schwärmer, weiß nun auf „Deutsch" keinen anderen Reim, als „Peitsch", und gerade von ihm wirkt es komisch, daß auf „Deutschen" immer „peitschen" folgt. Wie oft er, um den Rythmus zu gewinnen, die Anfangsworte eines Satzes wiederholt, wie oft er, wann er fast in Schwung geriethe, plötzlich in ganz profane Redensarten herunterfällt, wie oft er namentlich von „so was" spricht (Thumelikus liegt ermordet, voll Entsetzen ruft Flavius aus: Erschrecklich, wer so was gethan!) das mag dem Leser des Buches noch mehr auffallen, als dem Hörer der Deklamation. (Augsb. Abdz.)

Offenburg, 20. Juli. Dem Vernehmen nach wird am 14. August in Offenburg eine Versammlung der Vertreter sämmtlicher Bahnen des mitteldeutschen Eisenbahn-Verbandes statthaben und dürften diese Konferenzen einen Tag dauern. (Ortl. B.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 25. Juli. Ohne große Veränderung der Kurse wurden für österr. Effekten, mitteldeutsche Kredit- und Darmstädter Bankaktien bessere Kurse bewilligt. Der Umsatz war nicht bedeutend.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 103⅝ ¼ und Berliner Bankverein-Aktien zu 109¼ verhandelt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1280P. 1284G. Neue Bankaktien 419 P. 414 G. Credit-Actien à 5pCt. 237½ P 235½G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83½P. 83¼G. 5pCt. Lombard-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81¾P. 81½G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71¾P. 71½ G.; à 4pCt. 64½P. 64 G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 — P. 116½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102¾ P. 102¼ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 279 P. 277 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. — P. 88½ G.; 4pCt. 94¾P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 95⅜ P. 94⅞ G.; 4½pCt. 101½ P. 101G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105 P. 104¾ G. 5pCt. 101¼P. 100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 149⅜ P. 148⅞G. Neustadt-Weissenb. 112 P. 111½ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118½P. 118 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91¼P. 90¾ G.; 4½pCt. 103⅛ P. 103 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82⅛ P. 82 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100¼P. 99¾G.; 4½pC. 102¾P. 102¼ G.; Loose à fl. 50 115 P. 114½ G.; à fl. 25 34 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 418P. 416G.; junge 359 P. 357 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109½P. 109G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1815 48⅛ P. 47⅞G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90⅛ P. 90 G., Loose à fl. 25 32⅜P. 32⅛G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼P. — G.; à 3½pCt. 93⅛P. 92⅝G.; Bankaktien 119¾ P. 119¼G.; Taunus-Aktien 327 P. 325 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 85⅛ P. 85 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial —P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 557 P. 552 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38⅞ P. 38⅝ G.; 1pCt. neue 24 5/16P. 24 3/16 G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118¾P. 118½G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i.S.Lr. 250k.S. 101⅛P 100⅞G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Paris Frs. 200 k.S 93¾P. 93½G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾P. 93½G.
Brem. 50Thlr. Lsd. kS. 96⅜P. 96⅛G.	Wien fl. 100C. k.S. 116⅞P. 116⅝G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛P. 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 116¾P. 116½G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 24. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅛; 5pCt. Metall. 83⅝; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121½; von 1854 ——; Bankaktien 1096; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 381½; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 593; österr. Staatsbahnaktien ——; Nordbahnaktien ——. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅝. London 10. 3½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Paris, 23. Juli. Unsere telegraphische Verbindung mit Madrid ist fortwährend unterbrochen. Man hat aus der Hauptstadt nur Nachrichten bis zum 19. Dieselben enthalten einige Aufschlüsse über das Programm der neuen spanischen Regierung, wonach dieselbe kein Blut zur Bestrafung politischer Verbrechen vergießen will. Die moderirten Progressisten, welche sich durch gute Eigenschaften auszeichneten, sollen nicht von den öffentlichen Funktionen ausgeschlossen werden. Die konstituirenden Cortes werden aufgelöst und gewöhnliche Cortes zusammenberufen werden. Die letzteren sollen eine Art spanisches Corps législatif bilden. Was die Nationalgarde betrifft, so wird man dieselbe reorganisiren, jedoch so, wie sie in Frankreich nach dem Staatsstreich wieder ins Leben gerufen wurde. Die Prozesse gegen die Juli-Minister und die Königin Christine werden nicht fortgeführt werden. Was die Verfassung betrifft, so hat O'Donnell die Absicht, bedeutende Aenderungen an der von den konstituirenden Cortes votirten vorzunehmen, und zwar ohne vorherige Zustimmung der Kammer. Dieses Programm beweist übrigens die falsche Stellung O'Donnells. Sein Kabinet besteht kaum einige Tage, und er ist schon nahe daran, die Gunst des Hofes zu verlieren, weil er nicht sofort die Königin Christine und ihren Anhang zurückberufen hat. O'Donnell fühlt, daß er unnütz ist, wenn er die alte Politik, die vor den Julitagen am Ruder war, befolgen will. Narvaez hat ihm auch sofort einen argen Streich gespielt. O'Donnell wollte sich desselben versichern, ohne ihn als Nebenbuhler fürchten zu müssen. Er ernannte ihn deßhalb zum Botschafter in Paris an Olozaga's Stelle. Narvaez schlug aber diesen Posten aus, und es ist klar, daß, wenn die Widerstandspartei in Spanien unterliegen sollte, Narvaez zum Nachfolger O'Donnell's ausersehen wäre. — Günstige Nachrichten sind aus den Provinzen von Spanien seit der Unterdrückung des Aufstandes in Madrid nicht eingetroffen. Man hat dagegen Nachrichten, daß überall große Aufregung herrscht. So hat ein Bataillon, das von Pampeluna nach Soria gesandt wurde, sich unterwegs gegen O'Donnell erklärt und ist, statt nach seinem Bestimmungsorte nach Saragossa abmarschirt. Was Saragossa betrifft, so fehlen von dort alle bestimmten Nachrichten. Nach den hier verbreiteten Gerüchten soll man entschlossen seyn, die Truppen O'Donnells nicht zu erwarten, sondern ihnen entgegen zu marschiren. Was die Lage der Dinge in Spanien noch verwickelt, ist der Umstand, daß unter den Marschällen und Generälen, die in Madrid gesiegt haben, keine Einheit herrscht. O'Donnell, der keine Partei hat, imponirt seinen Kollegen nicht, und diese benutzen gegen ihn die Unzufriedenheit, die durch die neuen Beförderungen entstanden ist und wobei viele vergessen wurden, die bis jetzt zur neuen Regierung hielten. (K. Z.)

Dem „Messager de Bayonne" schreibt man aus Madrid vom 19. Juli: „Alle Straßen sind fortwährend militärisch besetzt. Haussuchungen, um Waffen aufzusuchen, finden ohne Unterlaß statt. Man fürchtet Privatrache, wenn man nicht sofort energische Maßregeln nimmt. Das Gerücht geht, daß auf den Generalkapitän von Madrid, Serrano Dominguez, als er heute Morgens mit Frau und Adjutanten durch die Straße Nortarbre fuhr, geschossen wurde. Er entging glücklich der Gefahr, der Adjutant wurde aber angeblich getödtet. Wie man versichert, wurden Sixto Comara und Becera während des Kampfes getödtet. Emil Castelar, der junge und glänzende Redner der Demokratie, ist verwundet und gefangen. Die Redakteure der demokratischen Journale sind auf der Flucht oder versteckt."

(Köln. Z.)

Man schreibt der „D. Reichs-Ztg." aus Berlin, 21. Juli: „In Betreff der Sundzoll-Angelegenheit habe ich Ihnen früher von Repressalien geschrieben, welche die Regierung der Vereinigten Staaten gegen Dänemark zu ergreifen gedenke. Seitdem schien die ganze Sache durch die inzwischen unter Vermittlung Rußlands eingetretene Prorogation bis zum 16. Juni 1857 vertagt zu seyn. Aber so schien es nur. Amerika hat den Plan nicht aufgegeben, während dieses Jahres Dänemark den Sundzoll durch Dänemark selbst bezahlen zu lassen. Zwar die Regierung in Washington wird kein allgemeines Gesetz darüber erlassen, da ein solches erst von dem Senate gutgeheißen und angenommen seyn müßte; aber sie sorgt dafür auf andere Weise. Es gibt in Nordamerika sog. Real Laws, Lokalverordnungen möchte ich das Wort übersetzen, die von den einzelnen Staaten-Governors erlassen werden können und so lange Gültigkeit haben, bis sie in legislativer Weise angegriffen, resp. aufgehoben werden. Dergleichen Laws sind nun von den Gouverneuren der sämmtlichen fünf Uferstaaten erlassen worden, und nach ihnen ist Dänemark hinsichtlich der Zoll- und Hafengebühren vom 15. Juli d. J. ab den mindest begünstigten Nationen gleichgestellt worden."

London, 25. Juli. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Palmerston, eine Intervention Frankreichs in Spanien sey nicht im Geringsten zu besorgen. (Fr. J.)

Konstantinopel, 18. Juli. Marschall Pelissier ist gestern abgereist. Die Landesprodukte werden besteuert, eine Quarantänegebühr und eine Gerichtsportelordnung für Handelsprozesse eingeführt. Die Russen haben die Schlangeninsel besetzt. Gerüchtsweise haben 12,000 Russen Kars verstärkt (ist höchst wahrscheinlich falsch. D. Red.). Der russische Gesandte, Herr v. Bouteniew wird erwartet. Eine Feuersbrunst zerstörte am 12. d. M. zwei Dritttheile Salonichs, 58 Pulverfässer explodirten, mehrere Menschen und alle Getraidemagazine sind verbrannt. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Athen, 19. Juli. Hr. Condostalo hat seine Entlassung genommen, der Kammerpräsident Cumonduros ist Finanzminister. Die russische Griechen-Legionfrage ist geschlichtet. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 207.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 27. Juli 1856

O'Donnell.

° Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Camarilla, welche dem Ministerium Espartero's das Leben so sauer gemacht, in O'Donnell nur ein Werkzeug sieht, um ihre weiter gehenden Plane einzuleiten. O'Donnell ist ihr Mann nicht, er ist ihr viel zu freisinnig. Das Ministerium Sartorius, das war ein Ministerium nach ihrem Herzen; da konnte sie nach Lust und Belieben wirthschaften, und nie wird sie es dem General O'Donnell vergessen, daß eben er im Jahr 1854 dies Ministerium gestürzt hat. Aber für den Augenblick ist er ihr gut genug, den Uebergang zur vollen Reaktion zu vermitteln, weniger schroff und damit leichter zu machen. Bald aber wird es heißen: „der Mohr hat seine Arbeit gethan, der Mohr kann gehen"; und dann wird sich's zeigen, daß O'Donnell, der zu schieben wähnte, selbst der Geschobene war.

Wie sprach O'Donnell im Juli 1854, als er sich an die Spitze der gegen das Ministerium Sartorius gerichteten Bewegung stellte? „Wir wollen, sagte er damals in seiner Ansprache an das spanische Volk, die Erhaltung des Thrones, aber ohne die Camarilla, welche ihn entehrt. Wir wollen die strenge Ausführung des Grundgesetzes, vor allen Dingen mit einem verbesserten Wahl- und Preßgesetze. Wir wollen durch genaue Sparsamkeit die Verminderung der Abgaben erzielen. Wir wollen, daß man in den Zivil- und Militärstellen die Rechte der Anciennität und des Verdienstes achte. Wir wollen die Gemeinden der Zentralisation entreißen, welche sie vernichtet und ihnen die zur Entfaltung ihres Wohlstandes erforderliche lokale Selbständigkeit geben. Wir wollen endlich als Bürgschaft für alle diese Güter die Nationalmiliz auf dauerhaften Grundlagen einrichten. Das sind unsere Absichten, wir legen sie offenbar, ohne sie der Nation aufdringen zu wollen. Die Regierungsjunten, welche sich in den freien Provinzen zu bilden haben werden, die allgemeinen Cortes, welche unverzüglich zusammentreten müssen, die ganze Nation wird die definitiven Grundlagen der Wiedergeburt des Landes in liberalem Sinne, welche unser Ziel ist, bestimmen." Und jetzt? Wenn es war ist, daß die konstituirenden Cortes aufgelöst, daß die Bürgerwehr vermindert, daß die Verfassung ohne Zuziehung der Cortes abgeändert, daß der Prozeß gegen die Mitglieder des Ministerium Sartorius und gegen die Königin Christine niedergeschlagen werden sollen: so zeigt das zur Genüge, daß O'Donnell schon nicht mehr vollkommen Herr der Lage ist, daß er vielmehr einer gewissen reaktionären Strömung nachgegeben hat, die viel weiter nach Rechts zu geht, als er im Herzen will.

Es ist von manchen Seiten als ein Verdienst O'Donnells hervorgehoben worden, daß er Thron und Land vor den Wühlereien des Sozialismus und Kommunismus gerettet habe. Aber es sprechen gewichtige Gründe für die Annahme, daß die Unruhen zu Valladolid, Palencia ꝛc., die freilich einen sozialistischen Anstrich trugen, vielmehr künstlich durch die Camarilla angestiftet und unterstützt waren, um dadurch dem liberalen Ministerium einen Prügel zwischen die Füße zu werfen, worüber es stürzen müßte. Und es ist gestürzt.

Darf aber Spanien jetzt rosige Tage erwarten? Wie soll einem Lande Heil und Glück kommen, wo solche Wirthschaft gang und gäbe ist? Und die Geistlichkeit? Wie wird sie sich jetzt verhalten? Noch fehlen uns genügende Anhaltspunkte, um hierüber ein verläßiges Urtheil auszusprechen; soviel aber ist jedenfalls gewiß, daß die Geistlichkeit von dem neuen Regiment nicht bloß mehr Schonung ihrer Interessen als vom vorigen Ministerium erwartet, sondern auch mehr Berücksichtigung derselben fordern wird.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 24. Juli. In der Untersuchung gegen den quieszirten Landrichter König in Bamberg wegen Amtsehrenbeleidigung hat der oberste Gerichtshof ausgesprochen, daß weder die bischöflichen noch erzbischöflichen Konsistorien Staatsämter, noch die die Ehescheidungssachen leitenden Geistlichen Staatsdiener seyen, somit auch an Letztern in solcher Eigenschaft eine Amtsehrenbeleidigung nicht begangen werden könne. Der Beschuldigte, in einer Ehescheidungssache als Zeuge in Vorschlag gebracht, sollte bei dem geistlichen Ehescheidungsgerichte vernommen werden, allein er erschien nicht und erst später, als seine Remonstration dagegen verworfen wurde, erschien er zwar, gab jedoch eine Protestation zu Protokoll, in der man eine Amtsehrenbeleidigung erblickte, und die Sache dem zuständigen Untersuchungsrichter zuwies. Dieser jedoch, wie das k. Appellationsgericht in Oberfranken, sahen hierin keine solche gegeben, weßhalb der Oberstaatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde erhob und ausführte, daß auch die Gerichtsbarkeit der katholischen Ehegerichte unter Tit VIII. der Verf.-Urk. zu subsumiren und auch der geistliche Richter bei Ausübung des Richteramtes in Ehescheidungssachen in der Ausübung eines ihm vom Staate übertragenen Dienstgeschäftes des Staates begriffen und daher der Beleidigende nach den Bestimmungen des Art. 405 Th. I des St.-G.-B. zu bestrafen sey. Der Hr. Generalstaatsanwalt beantragte Kassation des appellationsgerichtlichen Erkenntnisses, der oberste Gerichtshof jedoch verwarf die Beschwerde. Die bischöflichen und erzbischöflichen Konsistorien geistlicher Ehegerichte seyen keine Staatsämter und die bei denselben fungirenden Mitglieder der Domkapitel seyen keine Staatsbeamten, und ebenso wenig könne die Ausübung des geistlichen Richteramtes als die Ausübung eines vom Staate übertragenen Dienstgeschäftes des Staates betrachtet werden. Die Ausübung der Gerichtsbarkeit in rein geistlichen Sachen gehöre nach §. 33 lit. h. des Edikts vom Jahre 1818 zu den innern kirchlichen Angelegenheiten und komme nach §. 60 des Edikts ausschließlich der Kirchengewalt zu. Zu den Gegenständen der geistlichen Gerichtsbarkeit gehören auch Ehescheidungsprozesse, die sie verhandeln und zu entscheiden hätten. Durch das zwischen dem König und Papst abgeschlossene Konkordat sey die geistliche Gerichtsbarkeit in Ehesachen nicht von Sr. Maj. dem König der Geistlichkeit übertragen und belassen, sondern nur anvertraut worden. Wenn daher die geistliche Gerichtsbarkeit im Staate ausgeübt werde, so könne hieraus doch nicht gefolgert werden, daß der im Titel VIII. §. 1 der Verf.-Urk. ausgesprochene Satz, daß die Gerichtsbarkeit vom König ausgehe, sich auf die geistliche Gerichtsbarkeit erstrecke, da das als Staatsgesetz erklärte Konkordat anerkenne, daß die geistliche Gerichtsbarkeit von der Kirchengewalt und nicht von der obersten Staatsgewalt ausgehe. Aus diesen Gründen könne Art. 405 Thl. 1 des St.-G.-B. auf die vorliegende That wegen Amtsehrenbeleidigung keine Anwendung finden. (A. Abdz.)

Preußen. Magdeburg, 24. Juli. Uhlich war vor drei Monaten in Burg bei einem Freunde; er wurde durch einen Polizeidiener auf's Rathhaus geführt und sofort ausgewiesen. Es half ihm nichts, daß er seinen Paß vorwies, den er sich vorher bloß für eine Reise nach Burg, und zwar auf ein ganzes Jahr hatte ausstellen lassen; der Paß — hieß es — müsse ausdrücklich für diese Reise visirt seyn. Er führte sogleich Beschwerde und hat nun von der Regierung den Bescheid erhalten, daß die Polizei recht gethan habe; denn „es sey dem Ermessen der Polizeibehörde überlassen, darüber zu befinden, ob einem Fremden der Aufenthalt in ihrem Polizeibezirke zu gestatten, oder aus besonderen, in der Person des Fremden liegenden, die polizeiliche Ordnung und Sicherheit gefährdenden Gründen zu versagen sey." (Fr. J.)

° **Hannover.** Am 23. Juli berieth die 2. Kammer zum zweiten Male über das von der Regierung im vorigen Jahre ohne Zuziehung der Stände erlassene Gesetz, wodurch politische und Preßvergehen den Schwurgerichten entzogen wurden. Schließlich wurde der Antrag des Ausschusses angenommen, welcher in Erwägung der bekannten Bundesbeschlüsse in

der hannoverischen Verfassungsfrage den modifizirten Entwurf eines neuen Gesetzes gleichen Betreffs der Regierung vorschlägt, das von der Regierung einseitig erlassene aber ablehnt. Nach dem Entwurf, den der Ausschuß vorschlägt, sollen leichtere politische und Preßvergehen den untern Instanzen, schwere den großen Senaten der Obergerichte mit Berufung an den Urtheilssenat des Oberappellationsgerichts zugewiesen werden. Mit 44 gegen 41 Stimmen wurde ein Antrag Oppermanns verworfen, nach welchem die allgemeinen Vorschriften der Strafprozeßordnung in Kraft treten, mithin für schwere politische ꝛc. Vergehen die Zuständigkeit der Schwurgerichte begründet bleiben sollte. Damit man aber über die Gründe sich klar werde, von welchen die Kammer bei diesen Abstimmungen sich leiten ließ, führen wir vor Allem eine Stelle aus der Rede des Berichterstatters Windthorst an, dessen Erwägungen wohl so ziemlich für die Mehrheit maßgebend gewesen seyn mögen. Er sagte: „Die Frage, ob die Einrichtung der Schwurgerichte überall maßgebend und denselben zweckmäßig politische und Preßvergehen zu übertragen seyen, wolle er hier unerörtert lassen; das Für und Wider sey erschöpfend auf wissenschaftlichem Gebiete erwogen. Daß die Frage nicht überall verneint werde, lehre die Thatsache, daß viele Länder und auch solche, die uns oft als Muster vorschweben, die Einrichtung mit treuer Liebe pflegen und den Geschwornen ohne Anstand und Gefahr politische Anklagen zur Entscheidung vorlegen. Er für seine Person habe im Jahre 1849 nicht gebilligt, daß alle politische und Preßvergehen der Zuständigkeit der Schwurgerichte ausnahmslos überwiesen worden seyen. Er habe vielmehr dafür halten müssen, und halte noch jetzt dafür, daß man am richtigsten jede Ausnahme fallen lasse und die hier fraglichen Fälle gleich allen übrigen nach den allgemeinen Regeln der Strafprozeßordnung behandle; die leichtern den untern Instanzen ꝛc. die schweren den Schwurgerichten zuweise. Für einen entsprechenden Antrag könne er jedoch bei der widerstrebenden Ansicht der Regierung Erfolg nicht hoffen, und er sehe davon ab, da er es für die jetzige Aufgabe der Ständeversammlung halte, Einverständniß mit der Regierung zur Wiederherstellung der Ruhe und des Friedens zu erstreben. Der Ausschuß sey deßhalb an die äußerste Gränze der Zugeständnisse gegangen; er habe das Prinzip gebilligt, daß den Schwurgerichten politische und Preßvergehen ganz entzogen werden, nicht jedoch das von der Regierung gewählte Verfahren, mit welchem er ausreichende Bürgschaft für eine gerechte Urtheilsfindung nicht gegeben glaubte. Er habe vielmehr auch in schweren Fällen die Berufung nicht ausschließen zu dürfen geglaubt, und deßhalb an die Stelle der Schwurgerichte die großen Senate der Obergerichte treten lassen und gegen deren Urtheile die Berufung an das Oberappellationsgericht zulässig erklärt.“

So viel über das Materielle der Sache. Was das einseitige Vorgehen der Regierung in Erlassung des Gesetzes vom Okt. v. J. betrifft, so fand dasselbe von keiner Seite Billigung, vielmehr wurde allgemein anerkannt, daß eine dringende Nothwendigkeit, dasselbe so eilig ohne Zuziehung der Stände zu erlassen, nicht obgewaltet; daß insbesondere die Freisprechung Planks durch das Auricher Schwurgericht keinen gegründeten Anlaß dazu gegeben.

Sachsen. Dresden, 24. Juli. Eins der großartigsten Fabriketablissements unserer Gegend, die große Papier-Fabrik in Hainsberg (im Plauenschen Grunde), ist in diesen Tagen in die Hände der Leipziger Kreditgesellschaft übergegangen. (D. A. Z.)

Freie Städte. Frankfurt, 23. Juli. Der Verfasser der „Grundzüge der Nationalökonomie“ und der „Zinswuchergesetze“, Max Wirth (Sohn des verstorbenen Historikers), beabsichtigt, wie schon früher erwähnt, vom 1. Oktober d. Js. an eine neue Wochenschrift: „Der Arbeitgeber“, Centralorgan für die Arbeiter und Unternehmer aller Stände und Erwerbsklassen, hier herauszugeben. Der Herausgeber bezweckt damit eine Regulirung und Centralisirung des Arbeitsmarktes. Die Schwankungen des Kapitalmarktes werden durch die Börsen- und Bankberichte, die des Getraide- und Kolonialwaarenmarktes durch die Markt- und Handelsberichte bekannt gemacht; über die Nachfrage nach und das Angebot von Arbeit gibt es bis jetzt nirgends ein besonderes Organ. Es ist ein bekannter Uebelstand, daß es in der einen Gegend an Arbeitern, in der andern an Arbeit fehlt, ohne daß dies zur öffentlichen Kenntniß gelangt; es ist ferner eine bekannte Klage, daß viele junge Leute nicht wissen, welche Beschäftigung sie erlernen sollen, weil es ihnen an genügender Auskunft über den Stand der verschiedenen Erwerbszweige fehlt, daß viele aus Mangel an solcher Kenntniß einen Beruf ergreifen, der in der nächsten Zukunft übersetzt ist oder in Verfall geräth, daß viele dadurch ihre Carriere verfehlen. Der „Arbeitgeber“ soll durch vielseitige, gründliche Nachweise und Rathschläge diesem Uebelstande abzuhelfen suchen. Wirth hat zu seinem Plane seit einer Reihe von Jahren statistisches Material gesammelt und die einschlagenden Studien gemacht; er hat sich mit landwirthschaftlichen, statistischen und Gewerbevereinen, mit Handelskammern, statistischen Bureaux und einer großen Anzahl von Verwaltungsbehörden in Verbindung gesetzt. Viele der Genannten, sowie der bedeutendsten Nationalökonomen Deutschlands haben ihm ihre Mitwirkung zugesagt.

Oesterreich. Wien, 22. Juli. Man ist höheren Orts mit Maßregeln beschäftigt, um namentlich der Diebs- und Räuberliteratur und verwandten Auswüchsen eines verdorbenen Geschmackes und einer verwerflichen Gesittung in der Presse zu Leibe zu gehen, und es sind gegen mehrere Blätter Verwarnungen, wo nicht schon ergangen, doch bereits im Zuge. (N.Pr.Z.)

Schweiz.

Bern, 23. Juli. Die gestrige Sitzung des Nationalrathes war eine der interessantesten, namentlich in Beziehung auf unsere Verhältnisse zum Ausland. Ein Antrag der mit dem Bericht über das politische Departement beauftragten Kommission ging dahin, den Bundesrath einzuladen, die auf Lostrennung der Kantone Graubünden und Tessin von den Diözesen Como und Mailand gerichteten Bestrebungen der betreffenden Kantone so weit an ihm bestmöglichst zu unterstützen. Bekanntlich ist die Verbindung dieser Kantone mit ausländischen Bischöfen eine stete Quelle von Händeln und Reibungen aller Art. Der Bundesrath hat das Begehren der Kantone schon vor längerer Zeit an Rom übermittelt und erhielt darauf die Antwort, daß die Trennung bewilligt werde, wenn Tessin ein eigenes Bisthum errichte und seine kirchenfeindlichen Gesetze aufhebe. Segesser und Lusser verlangten, daß man hierüber zur Tagesordnung schreite, weil die Sache den Bund nichts angehe. (Tessin rief aber dessen Hülfe an.) Hungerbühler versicherte, mehrere schweizerische Prälaten hätten das Bestreben Tessins gebilligt, und der neu gewählte sehr kirchlich gesinnte Nationalrath Müller von Wyl mußte das Nationale desselben anerkennen; nur beantragte er, daß die Sache auf dem Wege der Unterhandlung mit dem hl. Stuhl durchgeführt werde. Bundespräsident Stämpfli und Dr. Furrer bemerkten ihm aber, daß die Antwort des päpstlichen Hofes eine Verständigung nicht hoffen lasse, daß man daher die staatlichen und pekuniären Mittel zur Lösung der Frage nicht von der Hand weisen dürfe. Gerade das Gleiche, was die Schweiz hier von österreichischen Bischöfen verlange, habe sich Oesterreich gegenüber von schweizerischen Bischöfen erlaubt; es habe Vorarlberg vom Bisthum Chur getrennt, als der Bischof von Chur sich nicht fügen wollte. General Dufour erinnerte daran, daß die staatliche Trennung der katholischen Genfer von Savoyen auch von der kirchlichen Trennung vom Bisthum Chambery begleitet gewesen sey. Die Versammlung genehmigte den Antrag der Kommission mit sehr großer Mehrheit. (Schw. M.)

Aus dem Berner Emmenthal und dem Kanton Schwyz gehen betrübende Nachrichten von den großen Verheerungen ein, welche die Gewitter in den letzten Tagen verursacht haben. Einerseits hat die Emme, andererseits die Muotta ihre Ufer überstiegen und die Thalgelände weithin unter Wasser gesetzt. Ueberall hörte man Sturmgeläute und Nothschüsse. Schwellen, Stege, Brücken wurden zum größern Theil fortgerissen, große Strecken von Pflanzungen, die bis dahin in voller Pracht standen, wurden durchwässert, mit Gries, Sand und Holz überführt, oder sogar mit Grund und Boden fortgerissen. Man meldet, von dem für die Solothurner Gesellschaft in Emmenthal aufgerüsteten Holz, wovon jedoch bloß die Hälfte gemessen war, sey bei 3000 Klaftern weggeschwemmt worden. — Der große Rath von Genf hat die über die Giftmischerin Brunet verhängte Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt. (Fr. Pstz.)

Großbritannien.

London, 23. Juli. Gestern gelangte die Nachricht hierher, daß die Hertford- und Ware-Bank ihre Zahlungen eingestellt hat. An der Spitze derselben stand die Firma Samuel Adams u. Comp., die stark in Malz machte. Die Bank selbst war vor 43 Jahren etablirt worden. Was für Aussichten für eine Abwickelung vorhanden sind, läßt sich noch nicht sagen. (Fr. J.)

Frankreich.

* Prinz Louis Lucian Bonaparte ist dieser Tage nach Spanien abgereist, um die baskischen Provinzen zu bereisen. Bekanntlich hat er sich dem Studium der baskischen Sprache mit vielem Eifer gewidmet.

Spanien.

* Die ministeriellen Blätter in Frankreich, welche O'Donnell's Staatsstreich anfangs nicht gerade günstig beurtheilten, bereiten sich, wie es scheint, zu einer Schwenkung vor, indem sie seiner Person und seinen Verdiensten um das spanische Heer Lob ertheilen.

Griechenland.

Baron Sina ist zum Generalkonsul von Griechenland in Wien ernannt, und mit dem Großkreuz des Erlöserordens geschmückt worden. (A. Z.)

Montenegro.

Fürst Daniel hat zu Anfang d. M. ein Heer von etwa 6000 Mann unter seinem Bruder Mirco Petrowitsch gegen die Einwohner des Bezirks Kuci abgeschickt, um mit Gewalt dieselben der montenegrinischen Herrschaft zu unterwerfen und die Steuern von ihnen einzutreiben. Der felsige und gebirgige Bezirk Kuci gränzt im Osten an Türkisch-Albanien, im Westen an den Bezirk von Piperi, im Norden an Monaca und die Berge von Vasovitsch und im Süden an die Ebene von Zetta. Der Bezirk Kuci hat etwa 3300 Bewaffnete. Die Majorität dieser Bevölkerung bekennt sich zur griechisch nicht-unirten Religion, überdies sind einige Katholiken und Türken unter ihnen. Ihr Dialekt ist der rein serbische, Kleidung und Bewaffnung die montenegrinische. Sie sind ein Hirtenvolk und anerkennen weder die türkische noch die montenegrinische Oberherrschaft, sondern hängen der einen oder der andern Partei an, je nachdem es die momentanen Interessen erheischen. Wenn der Pascha von Skutari oder seine Zabties kommen, um die Abgaben zu erheben oder neue aufzulegen, so werden dieselben gemißhandelt, indem die Kucier sagen, sie wären von Montenegro abhängig; wenn aber der Fürst versucht, irgend eine Verwaltungsmaßregel einzuführen oder den ihm gebührenden Tribut zu verlangen, so thun sie dasselbe, indem sie behaupten, türkische Unterthanen zu seyn. Zu wiederholten Malen hat es Montenegro versucht, diesen Bezirk definitiv zu erobern, oft kamen Häuptlinge von dort nach Cetinje, um den Herren von Montenegro ihre Huldigung darzubringen, aber ein eigentlicher Unterthansverband hat thatsächlich nie bestanden, obwohl er von montenegrinischer Seite behauptet wird. Nach den neuesten Berichten haben die Montenegriner am 10. d. Morgens die von den Kucinern errichteten Verschanzungen angegriffen, jedoch nach dreimaligem Sturm nicht nehmen können. Auf die Länge aber werden die Kuciner kaum im Stande seyn, der Uebermacht zu widerstehen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Der französische „Moniteur" bringt nachstehende interessante Erzählung über den Aufenthalt Pelissier's in Konstantinopel: „Auf den ihm ausgesprochenen Wunsch hatte der Sultan dem Intendanten des Palastes Top-Kapu, Mehmed Bey, befohlen, die Reichthümer besichtigen zu lassen, welche der Schatz und die verschiedenen Kiosken enthalten, welche die Vorsteher Sr. Majestät im Innern des Serails aufführen ließen. — Donnerstag den 10. Morgens begaben sich der Gesandte, der Marschall, der Vizeadmiral Tréhuart und ihr Gefolge nach Jaly-Kioschk, wo sie Wagen und Pferde aus den kaiserlichen Ställen und eine, von einem Kapitän befehligte, Kavallerie-Eskorte fanden. Man begab sich in's Innere des Serail in den von Mehemed Bey bewohnten Pavillon. Dieser Beamte bot seinem Besuche ein splendites Frühstück auf alte türkische Weise an. — Nach dem Frühstücke wurde man in den Kiosk von Bagdad geführt. Dieses liebliche Gebäude rührt vom Sultan Amurath IV. her und steht auf dem höchsten Punkt des alten Serail. — Man kann sich nichts anmuthigeres und eleganteres vorstellen, als diesen Kiosk, dessen Pracht eine Vorstellung von dem Reichthum und dem Luxus Konstantinopels im 16. und 17. Jahrhundert gewährt. — Es ist von Außen und Innen mit lakirten Fayenceplatten bekleidet, welche man in der Levante „Kiachi" nennt und die früher in der Stadt Kascha in Persien am schönsten fabrizirt wurden. — Alle Thüren, Läden und Schränke sind von Cypressenholz mit Schildkrot, Elfenbein und Perlmutter auf's reichste eingelegt. — Der Plafond der Kuppel ist mit leichten Goldzeichnungen auf rothem Grunde bedeckt, dessen Glanz die Zeit nicht vermindert hat; oberhalb der beiden Ecken, wo die Divans stehen, kommen die Zeichnungen und Vergoldungen des Plafond, an Feinheit und Harmonie den feinsten Mosaiken gleich. — Mehemed Bey führte seine Gäste sodann in den Privatschatz des Sultans. Bis in den letzten Jahren waren die von den otomanischen Herrschern angesammelten Reichthümer in Kästen eingeschlossen, welche in Kellern byzantinischer Konstruktion aufgestellt waren. — In der Erwartung einer Reise des Kaisers (Napoleon) nach Konstantinopel hatte der Sultan Befehl ertheilt, einen Saal herzurichten, wo alle jene Gegenstände aufgestellt werden können, welche würdig erachtet würden, dem hohen Verbündeten gezeigt zu werden. — Der Auftrag des Sultans wurde ausgeführt und Dank den Kenntnissen und der Thätigkeit Mehemed Bey's kann jetzt ein Theil der Wunder, welche der Schatz in sich schließt, besehen werden. Vor Allem wird der Blick durch den Thron Kei-Kaus (Sultan von Konia 1245) auf sich gezogen, welchen Vorhänge in Perlen und Smaragden gestickt umgaben, die jetzt unter Glas ausgestellt sind. Dieser silberne, mit dem zartesten Email und schönsten Zeichnungen bedeckte Thron hat die Form der Throne der ehemaligen Könige von Persien, wie sie auf den Vignetten der alten Manuskripte abgebildet sind; er ist mit Brocat-Teppichen bedeckt und die Kissen sind von rothem Sammt mit Perlen und Edelsteinen gestickt. — In einem andern Schranke bemerkt man den Schild und den Säbel, welchen Sultan Amurath bei seinem triumphirenden Einzuge in Konstantinopel trug, als er von der persischen Expedition zurückkehrte. Diese Waffen sind von Gold und Brillanten strahlend. Neben ihnen befindet sich das Kästchen, welches den Koran enthielt, den Sultan Suleyman während seiner Feldzüge bei sich trug. Der Deckel ist von Edelsteinen bedeckt, unter welchen man einen Türquis in Mandelform, 2 Zoll lang und 2 Finger breit, bemerkt. Am Ende der Schnur, welche zum Aufhängen dieses Kästchens diente, ist ein Smaragd von der Größe eines Huhn-Eies angebracht. Noch ein anderer Schrank enthält die Reiherbüsche, mit welchen die Sultane an Zeremonientagen früher ihre Turbane schmückten. Die Smaragde, Rubine und Berylle der Sterne sind von staunenerregender Größe und Schönheit und man kann behaupten, daß man in Europa wenig Kostbarkeiten finden wird, welche mit jenen verglichen werden können, die von den frühern Herrschern der Familie der Osmanen hinterlassen wurden. Wir werden nichts weiter über alle diese Reichthümer sagen und nur noch die Schaalen von Naphrit, die chinesischen Vasen, die antiken Stoffe, die Masse von Waffen aus edlem Metall, die Pfeile und modernen Waffen, sowie eine zahlreiche Sammlung Pendülen des 17. Jahrhunderts, Geschenke der europäischen Souveräne, anführen. Nachdem der Platz besichtigt war, begab man sich in die Serails-Bibliothek, welche von Sultan Achmet erbaut ist und eine Sammlung orientalischer Handschriften enthält, wie man sie vergebens anderswo suchen würde; dann in den alten Harems-Saal dessen Baldachin und Kamine mit Silber-Platten belegt sind, in die man Türkise Achate und Granaten eingefügt hatte. Vom alten Serail verfügte man sich zur Pforte. Zwei Garde-Bataillone, Musik an der Spitze, waren im Hofe aufgestellt und präsentirten das Gewehr. Der Großvezir Aali Pascha empfing den französischen Repräsentanten, den Marschall und den Vizeadmiral im großen Divansaale. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Präsident des Tansimatrathes empfingen gleichfalls den Besuch des Marschalls, der sich sodann auf das Seraskierat begab. Auf dem Wege vom Platze Sultan Bayazid bis zur Sankt-Sophien-Kirche erwiesen alle Posten die militärischen Ehren und die Bevölkerung eilte herbei, den berühmten General zu sehen, dem es vergönnt war, den letzten Schlag zu schlagen, der dem Krieg ein Ende machte. Nach kurzer Unterhaltung mit dem Kriegsminister bezeugte der Marschall den Wunsch, die Truppen zu mustern, welche auf der großen Esplanade des Seraskierats aufgestellt waren. Von Mehemed-Ruschdy-Pascha und den Offizieren seines Stabes begleitet, passirte der Marschall die Fronte, und nachdem er den Minister über die gute Haltung und Manövrirfertigkeit beglückwünscht hatte, fand das Défilé statt und endete der Besuch beim Seraskier.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 25. Juli. Das Geschäft war ohne Bedeutung und die Kurse größtentheils stationär, mit Ausnahme von span. Fonds und Frankfurt-Hanauer Eisenbahnaktien, die billiger abgegeben wurden.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 103⅜ ¼ ⅛ ¼ und Berliner Bankverein-Aktien zu 109 108¾ verhandelt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1249P. 1284G. Neue Bankaktien 417 P. 412 G. Credit-Actien à 5pCt. 237 P. 235 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83½P. 83¼G. 5pCt. Lombard-Ven. 90 P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81¾P. 81½G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71⅞P. 71⅝ G.; à 4pCt. 64½P. 64 G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16¼ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 — —P. — —G. à fl. 250 von 1839 — P. 116½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102¾ P. 102¼ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 279 P. 277 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 112½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. — P. 88½ G.; 4pCt. 94¾P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 95⅜ P. 94⅞ G.; 4½pCt. 101½ P. 101G.; 4½pCt. Ost-

bahn-Aktien 104¾ P. 101½ G. 5pCt. 101¼ P. 100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 149 P. 148½ G. Neustadt-Weissenb. 111½ P. 111 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118¾ P. 118¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91 P. 90½ G.; 4½pCt. 103 P. 102½ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82½ P. 82 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅝ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100¼ P. 99¾ G.; 4½pC. 102¾ P. 102¼ G.; Loose à fl. **50** 115 P. 114½ G.; à fl. **25** 31 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 416 P. 414 G.; junge 359 P. 357 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109⅞ P. 109⅜ G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 48¼ P. 48 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G., Loose à fl. **25** 32⅜ P. 32⅛ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 93⅛ P. 92⅝ G.; Bankaktien 119¾ P. 119¼ G.; Taunus-Aktien 327 P. 325 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 84½ P. 84 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 552 P. 548 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38½ P. 38¼ G.; 1pCt. neue 24 P. 23⅞ G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛ P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118¾ P. 118½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i.S.Lr. 250 k.S 101⅛ P 100⅞ G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Paris Frs. 200 k. S 93¾ P. 93½ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96⅜ P. 96⅛ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 116¾ P. 116½ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛ P. 88⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅝ P. 116⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅝ P. 104⅜ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 25. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅛; 5pCt. Metall. 83½; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121¾; von 1854 105 7/16; Bankaktien 1096; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 380¾; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 594; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2847½. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅝. London 10. 4. B. Geldkurs: Dukaten —.

* **Amsterdam**, 24. Juli. (Privat-Korrespondenz.) **In der heutigen Auktion über 91,000 Kranjangs Java-Zucker wurden unter starker Kauflust für Rußland für braune Sorten 5¼—7 fl., für blonde und weiße 7—10 fl über Mai-Ablauf erzielt. Die holländischen Raffinerien entnehmen vom Quantum allein 45,000 Kranj.**

Prag, 19. Juli. Hopfen. Unter allen Hopfengegenden steht im Saazerland die neue Hopfenpflanze bis jetzt am günstigsten, daher die Produzenten und Spekulanten auf Saazer Waare um so mehr stolzer sind, als die so häufig einlaufenden ungünstigen Berichte über die Hopfenärnte des Auslandes immer mehr Wahrscheinlichkeit gewinnen; obwohl diese Woche noch kein höherer Preis als die vorige gemacht wurde, so müssen Käufer, wenn sie kaufen wollen, schon um 10 fl. mehr bezahlen. In der Roth-Auichauer Gegend ging diese Woche das Geschäft sehr lebhaft, und wurde zu 35 a 39 fl viel verkauft, und man verlangt heute in Folge zu großer Nachfrage schon 45 a 50 fl. Auch ist die Hopfenpflanze dieser Gegend meist mit Ungeziefer bedeckt. In Grünland ist das nämliche der Fall, und die alte Waare dieser Gegend, welche früher mit 23 a 25 fl gerne verkauft wurde, will man unter 30 a 34 fl. nicht mehr abgeben.

London, 21. Juli. Getraide. Wir hatten am heutigen Markte eine gute Zufuhr von engl. Waizen, und da das Wetter schön und heiß war, bewegte sich der Handel sehr träge. Englischer Waizen bedang die letzten Preise und blieb Mehreres beim Schluß der Börse unverkauft; fremder hatte nur beschränkten Absatz zu ungefähr den Preisen von heute vor 8 Tagen. Mehl ging langsam ohne Werthveränderung ab. Gerste bei knapper Zufuhr begehrt zu vollen Preisen. Bohnen und Erbsen unverändert. Von fremdem Hafer hatten wir eine große Zufuhr und hält guter frischer Pferdehafer die letzten Montagspreise.

Sämereien. Kanariensaamen begehrter und bei beschränkter Zufuhr heute 5 a 6 s. höher notirt.

Guano. Die Zufuhren betrugen in voriger Woche 700 Tons und 550 Tons sind exportirt worden. Preis für Peruanischen 12 L. 5 s. a 13 L.

London, 22. Juli. Zucker matt, man erwartet den Ablauf der holländischen Auktion. Kaffee fest.

Fein gesiebt Sumatra-Pfeffer zu 5 d. verkauft.

Schwefel flau, secunda L. 5½.

Leinsaat fest, ostindisch 55 sh., Odessa 56 sh. Rapssaat 63 sh. Schottisch Roheisen fester, frei an Bord in Glasgow ist für gemischte Nummern 72 sh. 9 d. bezahlt, mit 3 Monat Empfangzeit und Angeld hat man 73 sh. 9 d. bewilligt. Zink in kleinen Platten W. H. L. 24⅞, ordinaire Marken L. 24 a 24½ per Ton bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Aus **Paris**, 24. Juli wird der „Köln. Z." geschrieben: „Wir haben noch immer keine telegraphischen Nachrichten aus Madrid; die Berichte auf gewöhnlichem Wege reichen bis zum 20. Juli und lauten für O'Donnell gerade nicht sehr günstig. Madrid ist zwar ruhig, aber der Marschall steht mit der Königin auf schlechtem Fuße. Dieselbe bediente sich seiner nur, um Esparteros und seines Anhanges los zu werden, und ist jetzt ungeduldig, sich ihres Werkzeuges zu entledigen. Die „Epoca", ein ihm ergebenes Journal, bemühte sich auch deßhalb schon Propaganda für O'Donnell zu machen, den sie den Repräsentanten der liberalen Monarchie nennt. Was die Provinz **Catalonien** betrifft, so befindet sich dieselbe in vollständiger Insurrektion. Zapatero ist nur Herr von Barcellona. Die festen Plätze von Girona und Inquiera sind in den Händen der Insurgenten. In ersterer Stadt kommandirte Ruiz, einer der tapfersten Generale der Progressisten. Aus Saragossa fehlen alle neuen Nachrichten. Die letzten Nachrichten, die man in Madrid über die dortige Bewegung erhalten hatte, waren vom 16. Eine Korrespondenz in der amtlichen Zeitung von Madrid stattet Bericht ab über die Bildung der Junta. Alle Behörden von Saragossa waren um 5 Uhr Abends zusammenberufen worden. Die Sitzung dauerte bis 8 Uhr Abends. Man stattete in dieser Versammlung Bericht ab über die Ereignisse von Madrid, und es wurde erklärt, daß Espartero an der Spitze der Regierung bleiben müsse. Die Versammlung constituirte sich darauf als Junta und erließ eine Proklamation an die Spanier, welche die Epoca bringt mit dem Zusatz, daß die Veröffentlichung dieses Aktenstückes keine Gefahr darbieten könne für die Regierung O'Donnell's, die auf einer festen Basis constituirt sey. — Nach der Pariser Patrie waren nicht allein Truppen von den baskischen Provinzen aus gegen Saragossa gesandt worden, sondern auch von Neu-Castilien, Burgos, Alt-Castilien und Catalonien."

Der Independance Belge schreibt man aus **Madrid** vom 19. Juli: „Espartero ist noch hier; da ihm der verlangte Paß verweigert wurde, so hat er heute Morgens ein Haus in der Gredastraße bezogen. (Nach andern Nachrichten wäre er freiwillig geblieben). Die Regierung hat ihm untersagt, für den Augenblick die Hauptstadt zu verlassen. Mehrere Beamte, die hohe Stellen im Finanz-Ministerium bekleideten, haben ihre Entlassung begehrt und erhalten; andere Beamte hat man abgesetzt."

Madrid, 20. Juli. Der neue Machthaber Spaniens tritt leise auf, leiser, als es seine Freunde und Feinde vermuthet hätten, leiser, als man es von manchen Seiten her wünscht. Er hat die zwei Erklärungen fortwährend im Munde, daß der Sieg vom 14., 15. und 16. Juli 1856 ebenso wenig ungemessenen Rückschritt bedeuten solle, als der Sieg vom 17., 18. und 19. Juli 1854 ungemessenes Voranschreiten bedeuten durfte, und ferner: Wenn uns nicht besondere Umstände zwingen, wollen wir kein Blut vergießen. Selbst wenn das Kriegsgericht zum Tode verurtheilen sollte, ist O'Donnell entschlossen, Begnadigung, zum mindesten Milderung der Strafe bei der Königin auszuwirken. Die Polaccos und Moderados, welche sich jubelnd durch die geöffneten Thüren in den Palast zu den Füßen der „emancipirten" Königin stürzten, sind mit diesem Gange der Dinge bei Weitem nicht einverstanden; sie blicken verdutzt auf die Haltung des Triumphators, der trotzig und mit strenger, zurückstoßender Miene an ihnen vorübergehend in deutlicher Hofsprache ihnen sagt: „Wir schließen keinen Bund miteinander." Bis jetzt antworten sie mit demüthigem Schweigen, und sie haben Recht. Einer der Kammerherren der Königin, Herr Miranda, der sich in diesem Augenblicke der Glorie O'Donnells vermaß, von der Zurückkunft des Generals Narvaez zu sprechen, wurde alsbald aus der Burg entlassen. Zu beklagen ist es, daß sich die Erbitterung des Volkes durch meuchlerische Ermordungen, an Offizieren der Armee Luft macht. Die Zahl der Truppen, welche binnen drei Tagen vor Saragossa stehen werden, beläuft sich nahe an 10,000 Mann. (K. Z.)

Paris, 24. Juli. Gestern Abends wurden fünfundvierzig Verhaftungen in Faubourg St. Antoine vorgenommen.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 208.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 28. Juli 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Neustadt, a. d. H., 25. Juli. Gestern Abend hatte der Gutsbesitzer Lichtenberger in Hambach wiederholt König Ludwig und seine hohen Gäste zu Besuch, die längere Zeit in dem Garten desselben verweilten. (Fr. J.)

Preußen. Berlin, 24. Juli. Es wird hier versichert, daß unsere sowie die österreichische Regierung auf den Wunsch des Königs Otto Schritte gethan haben, um Frankreich und England zur Zurückziehung der Okkupationstruppen aus Griechenland zu bewegen. — Zuverlässigen Privatnachrichten aus New-York zufolge kommt die Repressalie der nordamerikanischen Regierung gegen den Sundzoll vom 1. August zur Ausführung. (N. C.)

Berlin, 26. Juli. Der „Staatsanz." bringt einen kgl. Erlaß vom 7. Juli, betr. den Nachlaß der herkömmlichen Prinzessinnen-Steuer bei der Vermählung der Prinzessin Louise.

Kurhessen. Kassel, 18. Juli. Das hiesige Appellationsgericht hat in letzter Woche die Beschwerde des Redakteurs Wilhelm Obermüller wegen Eingriffs der Regierung in das Eigenthum der von ihm gegründeten „Kasseler Zeitung", gleich dem Obergerichte zurückgewiesen. (Dtschl.)

Freie Städte. Frankfurt, 26. Juli. Die ständige Bürgerrepräsentation beschloß in ihrer gestrigen Sitzung mit allen gegen fünf Stimmen die Einlegung eines Protestes gegen die Errichtung der Wasserverbindungsbahn. (Fr. Pstz.)

§ **Oesterreich.** Wien, 25. Juli. (Privat-Korresp.) Das diesseitige Kabinet hat, wie man erfährt, den befreundeten deutschen Höfen im Wege der diplomatischen Negoziation ausführliche Mittheilungen über den Standpunkt machen lassen, welchen es in der holstein-lauenburgischen Angelegenheit einzunehmen sich berufen fühlt. Es soll bei dieser Gelegenheit namentlich darauf hingewiesen worden seyn, daß die im Oktober 1855 oktroirte Gesammtstaatsverfassung von den Mächten, die das Londoner Protokoll unterzeichneten, nicht anerkannt sey, und die Privilegien der Herzogthümer durch ganz präzise Verpflichtungen gegen den Bund und die beiden mitteleuropäischen Großmächte bestimmt und begränzt werden, was so durchaus wahr sey, daß der König-Herzog erst durch das Londoner Protokoll 1852 von Seiten Deutschlands das Recht erhalten habe, eine engere Verbindung zwischen diesen beiden Theilen seiner Besitzungen anzubahnen, für welche Konzession Oesterreich und Preußen bestimmte Gegenbedingungen stipulirt hätten. Es könnten demnach auch nur die europäischen Traktate von 1850 bis 1852 als Basis der internationalen Verbindungen angesehen werden. Wie ich höre, haben bereits mehrere deutsche Regierungen, und namentlich die bayerische den österreichischen Anschauungen beigestimmt. Von Letzterer war dies übrigens um so eher vorauszusetzen, als sie bekanntlich seiner Zeit trotz mehrfachen Andrängens eine Ratifikation des Londoner Protokolls vom Jahre 1852 auf das entschiedenste verweigert hat, und den Hauptanlaß dazu gab, daß in Frankfurt nie auch nur der Antrag auf die Ratifikation des Londoner Protokolls gestellt ward.

Belgien.

Brüssel, 24. Juli. Am 27. d. M. wird der König sich nach Brügge begeben, wo eine neue Reihe von Festlichkeiten seiner harrt, und alsdann mit nur kurzen Unterbrechungen das ganze Land durchziehen, da eine jede belgische Stadt es als einen Ehrenpunkt betrachtet, der geliebten Monarchen bei dieser Jubilarfeier in ihren Mauern zu begrüßen. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 25. Juli. Nach dem „Globe" wird nächsten Dinstag das Parlament geschlossen. (Fr. J.)

London, 24. Juli. Die Königin wird zu Portsmuth die zum Andenken an die Ostsee-Feldzüge gestiftete Medaille in Person vertheilen. (T.D.d.H.N.)

Frankreich.

Paris, 22. Juli. Auf den ausdrücklichen Befehl des Kaisers hat der Minister des Innern an alle Präfekten ein Rundschreiben gerichtet, worin diesen die Weisung gegeben wird, die religiöse Freiheit der Protestanten in allen Gemeinden aufrecht zu erhalten. Der übertriebene Eifer einiger Präfekten und Maire's ist so weit gegangen, daß diese Ermahnung als eine dringend nothwendige betrachtet werden muß. (Hamb. N.)

Paris, 26. Juli. Aus Bilbao wird berichtet, daß die Junta in ihrer Sitzung vom 17. d., auf einen von sämmtlichen Apoderados oder Repräsentanten der Städte und Gemeinden unterzeichneten Antrag, unter größtem Enthusiasmus den Sohn des Kaisers der Franzosen zum Landesbürger von Biscayen (citoyen originaire de Biscaye) erklärt habe.

Spanien.

Paris, 25. Juli. Die Nachrichten aus Spanien folgen, aber gleichen sich nicht. Nachdem angeblich Alles vorüber gewesen war, erfahren wir täglich von neuen Aufständen. — Was die Bewegung von Arragonien betrifft, so gilt dieselbe für eine ziemlich allgemeine. Huesca, Barbastro, Teruel und Calatayud sind dem Beispiele von Saragossa gefolgt und haben sich gegen die neue Regierung erklärt. Was die Bewegung im übrigen Spanien betrifft, so entnehme ich darüber einem Privatbriefe aus Madrid vom 21., daß die ganze Provinz Asturien, mit den Städten Oviedo und Leon an der Spitze, sich gegen O'Donnel erhoben habe. Demselben zufolge kündigte man am 20. „Aufstände in Cordova, Granada und Jaen (Andalusien)" an. Gewiß ist, daß Oviedo sich gegen die Madrider Regierung ausgesprochen hat. Man hat darüber offizielle Kunde. Die Erhebung von Corunna (Galizien) ist ebenfalls offiziell. Diese Stadt ist von großer Wichtigkeit; sie zählt 20,000 Einwohner und wird von vier starken Forts vertheidigt. (K. Z.)

Madrid, 20. Juli. Ein Decret in der heutigen Madrider Zeitung genehmigt das Entlassungsgesuch Infante's als General-Direktor der Miliz. Ein neuer Erlaß des General-Capitäns bestimmt, daß jeder, in dessen Besitze man bei den seit gestern Abends begonnenen Haussuchungen Waffen oder Munition findet, sechs Stunden nach der Verhaftung erschossen werden soll. — Der Civil-Gouverneur beschied gestern die Redakteure aller politischen Journale zu sich und forderte sie auf, sich jeder Verbreitung falscher Nachrichten zu enthalten, damit die Regierung der Nothwendigkeit überhoben werde, Unterdrückungs-Maßregeln, die ihrem liberalen und duldsamen Geiste durchaus zuwider seyen, gegen die Presse zu ergreifen. — Man weiß jetzt, aus amtlichen Listen, daß die hiesigen Truppen am 16., Morgens, — der Kampf dauerte noch bis 4 Uhr Nachmittags — 1764 Todte und Verwundete zählten, während die Miliz, die freilich in sehr gedeckten Stellungen focht, nur 600 Mann eingebüßt haben soll. — O'Donnell hat die nicht angeschuldigten Befehlshaber der Miliz zu sich berufen und sie gefragt, ob man, geeigneten Falles, auf eine große Anzahl Exmilizen zählen und demnach zu einer Neubildung der Miliz schreiten könne. Die Antwort war eine unbedingt verneinende." (Ind. Belge.)

Briefe aus Madrid vom 21. Juli sprechen von Spaltungen, die im Schooße des Hofes einzutreten begonnen hätten. Gewisse Personen verlangen die Anwendung von Maßregeln, die sich mit der von einigen Mitgliedern des Cabinetes angekündigten Politik nicht vertragen; derartige Maßregeln wären die Suspendirung des Güterverkaufs-Gesetzes und die Nicht-Reorganisirung der Madrider Miliz. Zwischen O'Donnell und der Partei der Gebrüder Concha sollen Uneinigkeiten ausgebrochen seyn. Ersterer stände zwischen dem Hofe und den Generalen, welche die Reaktion unterstützt oder ihn auf eine seinen Grundsätzen widerstrebende Bahn gedrängt haben. (Ind. Belge.)

Die Pariser „Patrie" meldet: „Die Nationalgarden der Umgegend von Barcellona waren dem Aufstande zu Hülfe gezogen. In dem Dorfe Gracia überraschte ein Theil derselben ein Infanterie-Regiment. Der Oberst desselben fiel, und dessen Offiziere wurden decimirt. Am 21. und 22. hatte man in Barcellona und der Umgegend 350 Insurgenten begraben. Die Cavallerie Zapatero's hielt die Umgegend des Platzes (wie weit?) besetzt und hieb alle Insurgenten nieder, welche die Stadt zu verlassen suchten. — Die Insurgenten von Girona lassen die Posten nicht durch, welche von Barcellona nach Frankreich gehen."

Madrid, 21. Juli. O'Donnell's Politik stößt bereits auf Schwierigkeiten in seiner nächsten Umgebung. Die Moderados im Cabinette wollen alle hohen und niederen Stellungen und Aemter von Leuten ihrer Partei besetzt und die Progressisten ohne Schonung und Rücksicht entfernt wissen. O'Donnell seinerseits aber ist durchaus nicht gesonnen, seinen jetzigen „Freunden" die Situation in die Hände zu spielen, und beharrt bei seinem System der Ausgleichung und Versöhnung. Ferner sind die Moderados im Cabinette der Reorganisation der Bürgerwehr in Madrid entschieden entgegen und verlangen, daß von diesem Vorhaben, als einem schädlichen, abgegangen werde, obgleich es von der siegreichen Regierung den Besiegten feierlich angekündigt wurde. (K. Z.)

Madrid, 21. Juli. Man liest in der „Epoca": „Der Herzog de la Vittoria (Espartero) verlangte vor zwei Tagen einen Paß nach Logrono. Die Regierung entsprach sofort seinen Wünschen, ließ ihm aber den Zustand der Rioja wissen, es seinem Ermessen anheimstellend, was er unter den Verhältnissen, in welchen Spanien sich befindet, thun wolle. Demzufolge und bis alle Provinzen der Monarchie wieder ruhig seyn werden, beschloß der Herzog in Madrid zu bleiben und miethete eine Wohnung in der Straße de la Greda."

Paris, 27. Juli. Der heutige „Moniteur" enthält einen Artikel, der sich günstig über das Ministerium O'Donnell ausspricht. Ferner theilt er folgende Depeschen mit:

„Perpignan, 26. Juli. Die Junta von Girona hat sich aufgelöst. General Ruiz (welcher die Aufständischen in Girona befehligte) und andere Deputirte sind nach Frankreich geflüchtet. Die insurgirten Milizen haben sich unterworfen."

„St. Sebastian, 26. Juli. General Echague hat die Telegraphenverbindung wieder hergestellt und sendet Nachrichten vom 25., wonach die Aufständischen von Saragossa einen fünftägigen Waffenstillstand verlangt haben, der Brigadegeneral Smith hat seine Unterwerfung angezeigt und sich bereit erklärt, die unter seinem Befehl stehenden Truppen der Regierung zuzuführen. Dulce ist angekommen (vor Saragossa). [Nach Berichten aus St. Sebastian, 24. Juli, hätte Dulce damals schon vom Berg Serzero (Terrero?) aus das Feuer gegen Saragossa eröffnet, nachdem einer Aufforderung zur Uebergabe kein Gehör gegeben worden war.]"

Italien.

Genua, 22. Juli. Zu Montiers wird unter dem Vorsitz des hiesigen Erzbischofs eine Zusammenkunft der Bischöfe von Piemont und Savoyen stattfinden, um über die der Regierung gegenüber in Kirchensachen zu beobachtende Haltung zu berathen. (Oesterr. C.)

In Massa und Carrara (gehören zum Herzogthum Modena) haben Unruhen stattgefunden. Details fehlen. (T. D. d. Fr. J.)

Griechenland.

Athen, 19. Juli. Vierzig griechische Freischärler sind aus Rußland zurückgekehrt, entwaffnet und nach ihren Heimathsinseln geschickt worden. (Dies ist, wie es scheint, die von der Allg. Ztg. gemeldete „Lösung".) (Tel. D. d. Oest. Korr.)

Nichtpolitische Zeitung.

Wien, 23. Juli. Auf einem der wichtigsten Gebiete der österreichischen Industrie ist von einem Wiener Fabrikanten, Herrn J. Bossi, eine Erfindung gemacht worden, die eine wahre Revolution auf diesem Gebiete hervorbringen wird. Es ist dies die Erfindung, Shawls mittelst der Maschine zu drucken. Bekanntlich geschieht das Drucken der Shawls bisher allenthalben mit der Hand, durch Platten, deren Zahl je nach dem Reichthume des Musters und der Menge der Farben verschieden ist. Um tadellose Shawls herzustellen, ist es nöthig, daß die beim Drucken beschäftigten Arbeiter geschickt, geduldig und stark sind. Ein Fabrikant, welcher täglich 200 Shawls herstellen will, muß 100 gute Arbeiter und 100 Kinder anstellen. Bei 200 Shawls muß man im Durchschnitt auf 10pCt. unvollkommener Shawls rechnen. Mit der Bossi'schen Maschine ist jeder Arbeiter im Stande zu arbeiten, selbst wenn er nicht die geringste Kenntniß von der Fabrikation hat. Es genügt, wenn er gewandt und stark genug ist, um eine fortdauernde Arbeit zu verrichten, welche keine besondere Genauigkeit und Anstrengung erfordert und der Gesundheit nicht nachtheilig ist. In jedem Saale kann ein guter Drucker das Resultat der Arbeit der Maschinen, deren Zahl sich auf zwanzig und darüber erheben kann, beobachten und überwachen. Der Arbeiter wird daher selbst eine wahre Maschine, ein Mentor, dessen Existenz von der Fortdauer der Arbeit der Fabrik abhängt, in welcher er verwendet wird, und der in jeder Stunde ersetzt werden kann; er ist bei dem Gedeihen der Fabrik interessirt und zu einer guten Führung verpflichtet. Die Arbeit einer Fabrik wird nicht nur von der Zahl und den Launen der Arbeiter, sondern auch von den Jahreszeiten, vom Zustande der Atmosphäre, von dem Lichte sogar unabhängig seyn, denn diese Maschine arbeitet bei Nacht so gut wie bei Tage und mit einer nie fehlenden Genauigkeit. Die Zahl ihrer Produkte wird nicht mehr nach Tagen, sondern nach Minuten berechnet werden. Die Bossi'sche Maschine druckt an einem Tage von 10 Stunden 30 Shawls in 12 Farben und dabei braucht man nicht mehr als einen Arbeiter und ein Kind. Die Bossi'sche Maschine ist daher ein großer Fortschritt für eine Fabrikation, die bisher stationär geblieben war oder es bleiben zu müssen schien. (Ostd. Post.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 27. Juni. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 81¼; 4½pCt. Met. 71⅞; Wiener Bankaktien 1288; 5pCt. Lomb 89¼; Wiener Wechsel l. S. 116¾; 3pCt. inl. span. 38⅝; 1 pCt. neue 23 1/16. Oesterr. Kreditaktien 235¼. Darmstädter Bankaktien 413. Bayerische Ostbahn 104½. Luxemburger internationale Kreditbank 547.

Wien, 26. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 1/16; 5pCt. Metall. 83⅜; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121; von 1854 105⅜; Bankaktien 1095; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 381¼; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 591; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien — —. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅝. London 10. 4. B. Geldkurs: Dukaten —.

Magdburg, 22. Juli. In den ersten Tagen der vergangenen Woche war die Witterung heiter, warm und angenehm, seit Freitag aber ist es stets drohend bei starken Wolkenzügen aus Westen, und da die Sonne nur selten einmal die dicken Wolkenschichten durchbrechen kann, so ist die Temperatur seitdem kühl geworden, früh 10 bis 12 Uhr Mittags nicht über 16 Grad +. Bei dieser ungewöhnlichen Witterung um jetzige Jahreszeit kommt es den Landleuten noch zu statten, daß nur wenig Regen in den letzten Tagen gefallen ist; und die noch im Felde verbliebenen Oelsaaten haben eingebracht werden können. Sollte das Wetter sich besser gestalten, so wird in dieser Woche noch mit dem Schneiden des Roggens in der Umgegend der Anfang gemacht werden, und da die Vorräthe von altem Korn sehr zusammengeschmolzen sind, so wird man sehr bald neues Korn an den Markt gebracht sehen.

Im Getraidehandel ist es seither recht still geblieben, jeder deckt nur den allernöthigsten Bedarf und die Zufuhr vom Lande ist kaum nennenswerth, Konsumenten kaufen hier entweder von den Bodenlagern, oder beziehen per Eisenbahn aus der Mark oder dem Anhaltischen, man bewilligt für Waizen von 100 a 110 Thlr., für Roggen 78 a 83 Thlr., für Gerste von 54 a 60 Thlr. nach Qualität und für Hafer von 33 a 35 Thlr. per Wspl. — Nach Hülsenfrüchten ist der Begehr noch stets gut verblieben, er bleibt jedoch nur auf den Handel im Kleinen beschränkt und da die Vorräthe schon sehr reduzirt sind, so hat man in letzterer Zeit etwas höhere Preise erlangen können. Von Oelsaaten wird Rapps und Rübsen auf dem Lande stark gekauft, weßhalb wenig zur Stadt kommt, man legt dafür von 105 a 114 Thlr. nach Qual. an. Von Schlagleinsaamen ist noch ein Posten zu 72 a 74 Thlr. am Markte. Mit dem Stande der Mohnpflanzen ist man bis jetzt im ganzen zufrieden, vor Mitte August wird aber selbst vor Eintritt besserer und wärmerer Witterung kein neuer Mohnsaamen zu haben seyn. Rohes Rüböl sehr knapp, wird auf 18½ a 18¾ Thlr. gehalten, raff. Oel 19½ Thlr. Leinöl auch knapp, hiesiges 15½ a 15¾ Thlr., fremdes 15 Thlr. Mohnöl 22 a 22½ Thlr., fängt auch bereits an zu mangeln. Baumöl fester, 17½ a 20 Thlr. trans. Hamb. Thran 18 a 18½ Thlr. per Ztr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 209.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 29. Juli 1856

⁘ Hinter der Rhön.

Die beiden Artikel über Bewaldung der hohen Rhön geben uns Veranlassung, auch unsere Ansicht der Beurtheilung des Publikum zu unterstellen, da solch' eine wichtige Sache, wie sie die Bewaldung einer großen Hochebene auch in weiteren Kreisen seyn muß, einer mehrseitigen Beleuchtung und Besprechung würdig erscheint. Während aber der Artikel in Nr. 195 d. Bl. den vorausgegangenen Angriff mit der in solchen Fällen, wenn auch nicht schärfsten, doch gewiß sichersten Waffe der Erfahrung zurückschlägt, wollen wir versuchen, die Zweckmäßigkeit einer Wiederbewaldung der Rhön mehr vom theoretischen Standpunkte aus zu vertheidigen. Die Wirkung eines großen Waldes auf einem Bergrücken oder auf einer Hochebene äußert sich in zweifacher Richtung: die eine Wirkung ist mehr eine dynamische, die andere dagegen eine stoffliche. Sie ist dynamisch in so fern, als der Wald seine Widerstandsfähigkeit ausübt und besonders auch sich den Strömungen der Atmosphäre entgegenstellt; und stofflich, weil er die Bestandtheile der Atmosphäre und des Bodens und insbesondere deren Feuchtigkeitsgehalt ändert.

I. In ersterer Beziehung fällt die Aufhaltung des Schnee's durch die Waldung am meisten in die Augen. Es ist Thatsache, von welcher sich Jeder nicht allein im Winter, sondern auch im Sommer durch die zusammengedrückten Waldungen überzeugen kann, daß in der Rhön der Schnee von der ausgedehnten Hochebenn, da sie in ihrem gegenwärtigen kahlen Zustande nicht den mindesten Gegenstand zum Aufhalten desselben darbietet, fast gänzlich abgeweht und gegen die nächstgelegenen Waldungen, in deren Ermanglung aber in die Thäler gejagt und hier in Massen von oft 30 Fuß Höhe aufgethürmt wird. Wechselt dann Thauwetter mit Frost ab, so wird dieser massenhaft zusammengeschichtete Schnee zu einer kompakten Eismasse, welche selbst bei der besten Frühlingswitterung sehr lange der Wirkung der Sonnenstrahlen widersteht und nothwendigerweise die Luft, welche darüber hinstreicht, abkühlt. Diese abgekühlte Luft bleibt aber nicht allein in der nächsten Umgebung, sondern sie wird in weitere Ferne getrieben und erniedrigt somit allenthalben die Temperatur. Wäre dagegen die Rhön bewaldet, so würde der Schnee, wie er eben fiel, liegen bleiben müssen, er würde eine Höhe von vielleicht oder höchstens 3 Fuß erreichen, lockerer bleiben und im Frühjahre leicht schmelzen. Wie aber ein Wald auf der Rhön den früheren Eintritt des Frühlings für seine Umgebung bewirken würde, ebenso würde er auch die kühlen Nächte, wenn auch nicht gänzlich beseitigen, doch jedenfalls in Menge und Vehemenz vermindern. Bekanntlich ist die Temperatur auf den Bergen immer eine niedrigere, als jene der Thäler. Besonders aber erkaltet nach Sonnenuntergang die Luft auf den Bergen um so rascher und um so mehr, je leichter dieselbe fortwährend abströmen und je schneller die Wärme ausstrahlen kann. Beides ist aber dann der Fall, wenn es an erwärmten Körpern und an solchen Gegenständen fehlt, welche das Abströmen der Luft verhindern oder vermindern könnten. Der Rhön aber gebricht es in ihrem dermaligen kahlen Zustande an solchen Mitteln. Ihre Oberfläche ist mit einem Grasfilz überzogen und dieser meistens mit stehendem Wasser bedeckt, so daß die kräftigste Sonnenhitze nicht vermag, den Boden auch nur auf einige Zoll Tiefe zu erwärmen, besonders auch da das verdunstende Wasser immer die Wärme bindet und so den nebenliegenden Gegenständen entzieht. Trotzdem daher die Sonne bei uns so warm scheint, als in den Weingegenden Frankens, haben wir sofort nach ihrem Untergang in den Thälern kühle Luft, welche auf den Bergen erzeugt wurde, und natürlicher Weise als die spezifisch schwerere nach den tiefer gelegenen Orten abfloß. Bloß hiedurch war es möglich, daß wir in den Nächten vom 2. auf den 3. und von diesem auf den 4. Juli l. J. Eis in den Niederungen hatten, so daß sogar unsere Fichtentriebe erfroren. Wäre die Rhön bewaldet, so würde die im Walde befindliche, erwärmte Luftschichte nicht so leicht aus ihrer Stelle verschiebbar seyn, es würde ferner die ungeheuere Menge von Aesten, Zweigen und Blättern vom Boden bis zu den Wipfeln der Bäume, einmal am Tage erwärmt, als schlechte Wärmeleiterin ein so rasches Abkühlen der Luft nicht zulassen; es würde der Boden und das auf demselben befindliche Laub oder Moos in gleicher Weise wirken. Daß aber die Waldungen die Nordwinde aufhalten sollten, dieser Ansicht können wir uns natürlich nicht anschließen (ebensogut müßten sie dann auch die Südwinde aufhalten). Sie mindern aber aus den angeführten Ursachen die schneidende Kälte derselben und deßhalb spricht das Volk, unbekannt mit diesen Verhältnissen, in gleichsam allegorischer Weise von einem Aufhalten der Nordwinde durch die Waldungen. Deßwegen ist auch nach unserem Dafürhalten weniger Werth auf die Gestalt und die Richtung des Zuges der hohen Rhön zu legen; denn nicht diese hohen Berge halten die kühle Luft auf, was aus physikalischen Gründen bei diesem elastischen Körper nicht so leicht geschehen könnte; sondern diese hohen Berge sind es, welche die kühle Luft erzeugen. Verändern wir ihnen aber das Laboratorium dieser Kälteerzeugung in ein erwärmendes, so wird auch die umliegende Gegend selbst im weiteren Kreise diese Veränderung wahrnehmen.

II. Die Pflanzenwelt hat die wichtige Aufgabe, das Gleichgewicht in den Bestandtheilen der Atmosphäre zu erhalten; während die Thiere den Stickstoff ausathmen, athmen die Pflanzen unter Umständen den Sauerstoff, die Lebensluft, aus. Doch wir wollen absehen von Eigenschaften, welche allen Pflanzen, allen Waldungen zukommen, die Waldungen der Höhen haben noch ganz andere Bestimmungen. In einem normalen Walde ist der Boden mit einer Laub-, Nadel-, oder Moosdecke versehen, in einem wunden Zustande und den zersetzenden und bildenden Einflüssen der Atmosphäre ausgesetzt. Es wird deßhalb beständig neuer Boden gebildet, die Steine zerklüften und verwittern und ersetzen mit Leichtigkeit immer wieder den Boden, welcher, wenn wir von Bergrücken und Höhenzügen sprechen, durch die Regen und Schneewässer abgeschwemmt und den tieferliegenden Feldern und Wiesen zugeführt wurde. Die abfließenden Wasser sind mit pflanzlichen Nahrungsstoffen geschwängert und wirken deßhalb befruchtend auf ihrem ganzen Wege.

Ganz anders ist es mit den unbewaldeten Höhen. Ist der Boden auf ihnen wund, so wird er rasch abgespült, ohne daß sich bei den der Zersetzung ungünstigeren Verhältnissen in dem Maße neuer Boden bilden könnte, so daß nach kurzer Zeit Sterilität eintreten müßte. Alle bebauten Bergrücken geben Zeugniß hierüber. Ist aber der Boden, wie auf der Rhön, mit Grasfilz und stehendem Wasser überdeckt, so ist er den atmosphärischen Einwirkungen entgegen, er wird erschöpft durch den jährlichen Entzug des erzeugten Grases, es sinkt seine Produktivität auf ein Minimum herab und die angränzenden Aecker erhalten gar keinen Zuwachs an Boden von oben, geben aber bei jedem Regen Boden an die tiefer gelegenen Orte ab und werden hierdurch selbst steril. Diese Sterilität geht nach und nach immer weiter an den Bergen herab und daher kommt es, daß am Ende ganze Gegenden verwüsten können. Wäre es uns vergönnt, wir könnten alle Zweifler an den Werth bewaldeter Höhen von der Richtigkeit des Gesagten an Ort und Stelle in der Rhön überzeugen. Viele frühere Aecker an den Abhängen liegen jetzt wüst oder werden von den Eigenthümern zu Wald kultivirt.

Was den Feuchtigkeitsgehalt der Atmosphäre in Waldgegenden gegenüber jenem der unbewaldeten Gegenden betrifft, so

ist dessen Uebergewicht im ersteren Falle nicht zu bestreiten. Allein ein gewaltiger Unterschied liegt darin, ob die Thäler oder die Höhen diesen größeren Feuchtigkeitsgehalt haben. Während dort die wässerigen Dünste als stagnirende Nebel die Sonne verhüllen, werden hier die gebildeten Wolken durch den starken Luftzug fortgetragen, und in dieser Hinsicht dienen daher die Waldungen als Regulatoren der Witterung. Die stehenden Wasser in der Rhön, diese Feinde der Vegetation und der Wärme werden bei deren Bewaldung verschwinden; die große Menge der angebauten größeren Pflanzen, der Bäume nämlich, bedarf zu ihrem Wachsthume eine ungeheure Menge zersetzten Wassers und wird das übrige durch die vielen Spitzen und überhaupt durch die ausgedehnte Oberfläche des Pflanzenkörpers der Atmosphäre zuführen; sie wird hierdurch bewirken, daß das Wasser nicht mehr in flüssiger Gestalt unter der Bodenoberfläche alles Bauland in einem Maße durchsickert, wodurch dem Landmann erst vier Wochen später als in anderen Gegenden gestattet ist, den Pflug auf den Acker zu fahren; diese großen Bäume, welche mit ihren Zweigen und Wipfeln öfters in die Wolken hineingreifen, werden die Spannung der Elektrizität zwischen den Wolken und der Erde auf eine einfach vermittelnde Art lösen, und werden daher die Heftigkeit der Gewitter und der damit verbundenen Regengüsse mindern, sohin auch die meist noch schädlicheren Nachwehen starker Gewitter lindern.

Wir müssen wegen Mangels an Raum hier auf eine Zusammenstellung der finanziellen, nationalökonomischen und landwirthschaftlichen Vortheile, welche eine Bewaldung der Rhön mit sich bringen würde, verzichten; behalten uns aber vor, dieselben als Konsequenzen vorstehender Prämissen später aufzuzählen, wie nicht minder über deren Zusammenhang mit den Zuständen der Rhönbewohner, sowie über den Umfang und die Art und Weise der Ausführung der Bewaldung unsere Ansicht auszusprechen. Vorerst genüge die Bemerkung, daß diese unsere Ansicht, soferne unsere Prämissen nicht mit gleichen Waffen werden besiegt worden seyn, zu Gunsten einer Bewaldung ausfallen wird.*)

Großbritannien.

London, 25. Juli. Der Bericht der sieben Generale, welche als Kommissäre im Hospital zu Chelsea tagten, um ihr Urtheil über die beiden Krimkommissäre, Sir John M'Neil und Oberst Tulloch, abzugeben, ist veröffentlicht worden. Dieses Aktenstück, welches in der Times über acht Spalten füllt, ist vom 4. Juli datirt und behandelt der Reihe nach die gegen den General-Lieutenant Earl von Lucan, gegen den General-Major Earl von Cardigan, den General-Major Sir Richard Airey, den Obersten Gardon und den General-Intendanten Filder erhobenen Anklagen. Die Angeklagten kommen darin im Ganzen sehr gut weg. Der Earl von Lucan zuvörderst wird von jedem Tadel freigesprochen, und der Art, wie er für die unter seiner Obhut stehende Reiterei Sorge getragen habe, wird reiches Lob gespendet. Die Commissäre erklären ihn für vollkommen unschuldig an den Verlusten, welche die britische Kavallerie im Orient erlitten hat. Was den Earl von Cardigan betrifft, so beschränken sich die Kommissäre so ziemlich darauf, die gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen und seine Vertheidigung neben einander zu stellen. Die auf die angeblichen Mißgriffe und Versäumnisse des General-Quartiermeisters Sir Richard Airey bezügliche Untersuchung hat die Herren in Chelsea zu dem Schlusse geführt, daß weder der General, noch seine Untergebenen für die klägliche Lage des britischen Krimheeres verantwortlich gemacht werden dürften. Obgleich die Kommissäre über den Obersten Gordon kein entscheidendes Verdict fällen, so darf man doch ihren Ausspruch über die Nichtschuld des Departements, welchem er angehört, als eine indirekte Entlastung des erwähnten Offiziers betrachten. Die Schwierigkeiten, mit welchen der General-Intendant Filder zu kämpfen hatte, werden in dem Berichte ausführlich hervorgehoben, und die von ihm unter den mißlichsten Verhältnissen bewiesene Energie und Umsicht wird gepriesen. Die Times, welche von Anfang an nichts von der Chelseakommission wissen wollte, ist wüthend über den Bericht, von welchem sie sagt, daß er ihre schlimmsten Erwartungen aufs vollständigste erfülle. Sie erblickt in der ganzen Untersuchung nichts weiter, als einen kläglichen Kunstgriff, um eine Anzahl unfähiger Menschen vor den verdienten Folgen ihres Mißverhaltens zu schützen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus allen Theilen Bosniens ertönen jetzt wieder Klagen über Gewaltthaten, welche die Türken, oder besser gesagt die Partei der Alttürken, gegen die wehrlosen Rajahs sich erlauben. So lange der Krieg währte, war der Zustand der Christen in der Türkei, wenn auch nicht besonders befriedigend, doch erträglich; auch ließen die Hoffnungen, welche der Hat-Humayum heraufbeschwor, so manche Unbill schweigend hinnehmen, weil man die Abhilfe nahe wähnte und in der That sich die Türken viel verträglicher als früher erwiesen. Während einerseits die türkischen Beamten redlich bemüht sind, ein gutes Einvernehmen zwischen den Unterthanen des Sultans zu erhalten und Gerechtigkeit in der Türkei jetzt kein leerer Schall mehr ist, so muß andererseits eingestanden werden, daß seit einigen Monaten, wenigstens in Bezug auf Bosnien, die Zustände sich sehr verschlimmert haben und die Türken mit einem Hochmuth den Christen gegenüber auftreten, wie er sich kaum zur Zeit der Janitschaarenherrschaft oder der Blüthezeit des Islam stärker kundgab. (Ostd. Post.)

Spanien.

† Ueber das Benehmen Espartero's während des Madrider Aufstandes sind die verschiedensten Angaben im Umlauf. Nachstehendes ist die inhaltsschwere Aeußerung des „Diario": . . . . „Mehrere Journale erzählen, der Herzog de la Vittoria habe während des Kampfes die Barrikaden und die von den Insurgenten besetzt gewesenen Punkte besucht. Wir konnten dies nicht glauben, weßhalb wir selbst genaue Erkundigungen einzogen und Nachstehendes erfuhren: „Auf die Gefahr hin, die hohe Stellung zu entehren, zu welcher das blinde Glück ihn berufen hatte, hat Espartero die unglücklichen Verirrten besucht und ermuthigt, welche ihr Leben aussetzten, um das im Herzog de la Vittoria personifizirte Interesse zu vertheidigen. — Der Ex-Regent des Königreichs, der Generalkapitän der Armee, der ci-devant Präsident des Kronraths, durchlief die Straßen, welche der Zentralpunkt der Revolution waren (wo aber in jenem Augenblicke nicht gekämpft wurde), von einer niedrigen Volksmasse umgeben, unter dem Beifallsrufen einer Truppe Gassenbuben. Wir rufen auf das Haupt des Mannes, dessen Untüchtigkeit schon so vieles Unheil verursachte, nicht die Strafe herab, welche seine gänzliche Pflichtvergessenheit verdient; es genügt uns, ihm von seinen exaltirtesten Anhängern geflucht zu sehen, die die Schande nicht verbergen können, einen solchen Führer gewählt zu haben. — Wäre Marschall Espartero loyal gewesen, so hätte er entweder die Regierung der Königin vertheidigen, oder sich an die Spitze der Insurgenten stellen sollen, die seinen Eingebungen folgten, er that weder das Eine noch das Andere und rechtfertigte die Meinung, welche Alles über ihn faßte. Man sah ihn in der Pradostraße am Arm des Torero (Stierkämpfers) Lavi. Gottes Hand ist unverkennbar in der Espartero gewordenen fürchterlichen Abbuße; er ist ein Gegenstand des Hasses und des Abscheues für alle Klassen der Gesellschaft geworden." So das „Diario"; ob aber Alles, was es sagt, auch wahr ist, ob es sich nicht durch seine Vorliebe für das neue Regiment in dieser Schilderung mehr als billig hat bestimmen lassen, das ist eine Frage, die sich Einem beim Durchlesen dieses Artikels sofort aufdrängt. Noch sind die Nachrichten aus Madrid zu unzuverlässig und lückenhaft, als daß wir dieselbe mit Sicherheit beantworten könnten.

Rußland und Polen.

Warschau. Der kaiserlich russische Statthalter im Königreich Polen hat neuerdings den vollständigen Wegfall der Beschränkungen angeordnet, welche im Jahre 1854 für den Gränzverkehr über die preußisch-polnische Gränze verfügt worden waren. (Allg. Ztg.)

Amerika.

Aus New-York sind Nachrichten eingetroffen, welche abermals die Aufmerksamkeit der die Auswanderung überwachenden Behörden in Anspruch nehmen. So schreibt der Agent der deutschen Gesellschaft zu Milwaukee: „Die Klagen über verlorene Bagage nehmen noch immer kein Ende, trotzdem, daß von der Castlegarden-Direktion in Newyork versichert ward, daß die Einwanderer für die Beförderung ihrer Gepäcke vollständige Sicherheit haben. Es sind mir im letzten Monate fünfzehn Klagen über Gepäckverluste von Einwanderern, die von Castlegarden aus befördert wurden, zugekommen, und in einigen Fällen war es unmöglich, das Verlorne wieder aufzufinden. Obwohl nun nicht zu läugnen ist, daß Castlegarden den Einwanderern in Newyork einen sehr kräftigen Schutz gegen die früheren Mißhandlungen gewährt, so bleibt doch zu bedauern, daß bisher für die richtige Beförderung des Gepäcks nicht hinreichende Sorge getragen ist. Das Gepäck der Einwanderer wird allerdings von Newyork aus richtig abgesandt, bleibt aber gewöhnlich schon auf den ersten Umladestationen liegen, weil es den Einwanderern unmöglich ist, Aufsicht darüber zu führen. Leider sind das nicht die einzigen Klagen, welche in den letzten Tagen über Castlegarden laut geworden; es sind uns mehrere Fälle mitgetheilt, daß Einwanderern höhere Preise für Passage

---

*) Weitere Mittheilungen des geehrten Hrn. Einsenders werden uns willkommen seyn. Die Red.

abgenommen wurden, als in den Passagebureaux gefordert werden. Nach dem Jahresberichte der deutschen Gesellschaft zu Neworleans kamen während des am 31. Mai beendeten Jahres im dortigen Hafen an: in 73 Schiffen 10,752 Personen gegen 27,012 Personen in 1854—55; 35,965 in 1853—54; 32,703 in 1852 bis 1853; 25,264 in 1851—52; 13,029 in 1850—51; 12,707 in 1849—50; 166 in 1848—49 und 17,548 in 1847—48." (Köln. Z.)

In der Newyorker Times vom 9. Juli liest man Folgendes: „Eine von gestern datirte telegraphische Depesche aus Sydney (Kap Breton) meldet, daß ein großer Theil des unterseeischen Kabels, der im vergangenen August versank, wieder aufgefischt worden ist. Dieses schon verloren gegebene Kabelstück mißt 74 Meilen und war in London vor seiner Verschiffung nach Amerika für 75,000 Dollars versichert worden. Als die betreffende Kompagnie später das Geld bei der Londoner Versicherungsgesellschaft erheben wollte, machte diese Schwierigkeiten, die Summe zu zahlen, weil doch, wie ihre Advokaten komisch genug behaupteten, der Kabel nicht zu Grunde gegangen und die Stelle, wo er ins Meer versank, sehr wohl bekannt sey. (Das war allerdings richtig; aber es handelt sich darum, ihn herauf zu holen.) Nach mannigfachem Prozessiren kam ein Ausgleich zu Stande; die Versicherungsgesellschaft verstand sich dazu, 69,000 Dollars zu zahlen und jeden Anspruch auf den Kabel aufzugeben. Kaum war dieser Vergleich abgeschlossen, so machte die betreffende Telegraphen-Kompagnie einen neuen Versuch, den schweren Kabel (er mißt einen Zoll im Durchmesser und enthält vier isolirte Drähte) aus der Tiefe zu holen, was ihr nun gelungen zu seyn scheint, und wobei sie ein gutes Geschäft gemacht hat. Mittlerweile ist ein neuer Kabel angefertigt worden. Der wiedergewonnene wird anderweitig zur Verwendung kommen."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 26. Juli. Seit Donnerstag ward am hiesigen Schwurgerichte wieder ein Verbrechen des qualifizirten Mordes verhandelt, dessen der verheirathete Gütler Jos. Graf von Gietelsdorf, Gerichts Moosburg, angeklagt ist. Dieser Mensch, welcher schon 28 Jahre verheirathet und Vater von sieben zum Theil schon erwachsenen Kindern ist, war in seiner Heimat allen Weibern und Mädchen ein Gegenstand des Schreckens, da er sie auf jede Art mit den unehrbarsten Anträgen verfolgte und seine zügellose Wollust durch jedes Mittel zu erreichen suchte. Doch nicht allein von dem weiblichen Geschlechte sondern auch von den Männern war Graf so gefürchtet, daß Niemand eine Anzeige bei dem Gericht zu machen wagte; denn er scheute sich nicht, wenn ihm nicht willfahrt wurde, den Leuten in die Fenster zu schießen. Auf eine Bauersfrau, welche sich mit Recht über ein Concubinatsverhältniß des Graf mißbilligend äußerte, schoß dieser Unmensch am hellen Tage auf offner Straße sein Gewehr ab, so daß sie von mehreren Schroten getroffen wurde. Seine Frau, welche sich über ein solches Wüstlingsleben aufhielt, mißhandelte er so, daß sie von Haus und Hof flüchten mußte. Es würde gegen die öffentliche Sittlichkeit verstoßen und Aergerniß gegeben werden, wollte man näher auf die zahlreichen Verführungen dieses der Wollust zügellos ergebenen Wüstlings eingehen. Am 3. Nov. v. Js. wurde die ledige Näherin Katharina Müller in der Nähe des Dorfes Gietelsdorf erdrosselt aufgefunden. Da sich die Gemordete in gesegneten Umständen befand und das ehebrecherische Verhältniß des Graf zu der Katharine Müller bekannt war, wurde sogleich der Verdacht rege, daß Jos. Graf diesen Mord verübt habe. Obgleich er hartnäckig läugnet, so sind die Indicien doch so gravirend, daß eine Verurtheilung darauf hin erfolgen mußte. Um nur einen Beweis von der Verworfenheit desselben zu geben, führe ich an, daß er in der Frohnfeste sich mit einem Mitgefangenen berieth, ob es nicht besser sey, wenn er seinen eigenen Sohn als Mörder der Kath. Müller angebe; denn ihm selbst koste es den Kopf, sein Sohn aber würde als Soldat vom Militärgericht abgeurtheilt und könnte höchstens lebenslänglich verurtheilt werden. Dieses wollte Graf zum Schein sogar beichten und der Keuchengenosse sollte sich zum Verhör melden, um das angebliche Geständniß dem Untersuchungsrichter mitzutheilen. Der Keuchengenosse, welcher nun zum Zuchthaus verurtheilt ist, meldete sich auch zum Verhöre, gab das Geständniß des Graf auch an, erklärte jedoch, daß es von Graf rein erlogen sey, um seinen Sohn hineinzubringen, von sich aber den Verdacht des Mordes abzuwenden. — Die Geschwornen sprachen den Jos. Graf des Verbrechens des qualifizirten Mordes für schuldig, worauf ihn der Gerichtshof zur Todesstrafe verurtheilte. Die größte Gleichgültigkeit, welche Graf während der ganzen Verhandlung beobachtete, verließ ihn auch in diesem ernsten Augenblicke nicht. (B. Bl.)

Bei dem bevorstehenden Kirchentage in Lübeck werden auch die nordamerikanische Kirche und die schottische durch Abgeordnete vertreten seyn. Aus Nordamerika erwartet man drei Deputirte der deutsch-reformirten Synode in Pennsylvanien, zwei Prediger und einen Kaufmann aus Baltimore.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 21. bis 26. Juli.)

Samstag. Die Geschäftsstockung dauerte fort und machte nur an einzelnen Tagen etwas regeren Umsätzen Platz. Mehr noch als die vorhergegangene war die letzte Woche von dem Eindruck der spanischen Nachrichten beherrscht. — Die Kredit-Aktien Pereire, die ihre Pflanzen in die spanische Erde setzten und die nun vorerst nicht zur Blüthe treiben werden, litten empfindlich; weniger die Rothschild'schen, die schon vorher stark herabgesetzt wurden. In beiden scheint Spekulation à la baisse vorhanden zu seyn. — Was neben den spanischen Verhältnissen und der durch die Jahreszeit gebotenen Stille bis jetzt hauptsächlich die Spannkraft der Börse lähmte, war die Stagnation in Berlin, veranlaßt durch das Gerücht von bevorstehendem Einschreiten der Regierung gegen die Kommandit-Gesellschaften. Diese Furcht, die gleich einem Damoklesschwert über der Berliner Börse schwebte und jeden Aufschwung derselben darniederhielt, ist für jetzt beseitigt, und die Wirkungen davon sind bereits in den letzten 2 Tagen sichtbar gewesen. — Von dem Verkehr in österreichischen Staatspapieren ist auch in dieser Woche nicht mehr zu sagen, als daß einige Ankäufe für Kapitalanlage stattfanden. — Von den Kreditaktien ist im Allgemeinen wenig Neues zu berichten. Der glänzende Semesterbericht der Darmstädter Bank scheint eskomtirt gewesen zu seyn, und man fragt sich jetzt, ob das zweite Halbjahr dem ersten entsprechen werde. Das Vertrauen in das Glück und Geschick des Institutes ist allgemein, obgleich man nicht verkennen darf, daß das erste Semester 1856 für die Spekulation überhaupt ein ausnahmweise günstiges war. — Für Meiningen hat sich hier die Aussicht günstig gestaltet, und die von Berlin wegen der Einzahlung hergesandten Stücke sind leicht untergebracht worden. In Luxemburgern ist es still, da über die Thätigkeit des Institutes nichts verlautet. — Oesterreichische Kredit-Aktien behaupten sich fest. — Zu den Eisenbahnaktien übergehend haben wir zunächst bei den pfälzischen eine durch die niedrigen Kurse hervorgerufene Kauflust hervorzuheben. Frankfurt-Hanau bleibt fest zu den Eröffnungskursen. In Livornesern war der Umsatz gering. Lucca-Pistoja haben wir, seitdem die Notirung im Syndikats-Kursblatt eingestellt worden, aus unserer Kurstabelle ebenfalls gestrichen. Auf gestellte Anfragen können wir jedoch erwidern, daß für dieselben 40% zu bedingen ist. Ferner vernimmt man, daß die von einer Anzahl Aktionäre anhängig gemachte Klage ihrer Erledigung in erster Instanz im Laufe des nächsten Monats entgegensieht. Staatsbahnen ohne namhafte Veränderung. Die bedeutenden Mehr-Einnahmen werden durch den Stillstand an der Berliner Börse neutralisirt. In Westbahn trat dagegen in den letzten Tagen ein starker Aufschwung ein, der hauptsächlich durch bessere Wiener Kurse veranlaßt war. Auch bayerische Ostbahn war beliebter. Diese Bahn steht $104\frac{1}{4}$—$104\frac{1}{2}$, während die $4\frac{1}{2}$% Staatsobligationen zu 101 gesucht sind. — Nach industriellen Aktien fortdauernd lebhafte Nachfrage, besonders nach badischen und württembergischen Zucker-Aktien. Auch Deutscher-Phönix-Aktien bleiben sehr gesucht und wird 143 vergebens geboten. — Der Geldstand ist gut. Doch sind fast alle Devisen mehr oder minder angeboten. Bei den theuren Fruchtpreisen und dem wahrscheinlich nicht wohlfeilen Hopfen wird der Herbst jedenfalls mit einer stark vermehrten Geldnachfrage kommen. (Aktionär)

Frankfurt, 28. Juli. Bexbacher Eisenbahnaktien wurden neuerdings zu höheren Kursen vom Markte genommen, während bayerische Ostbahn und österr. Kreditaktien niedriger abgegeben wurden. Die übrigen Kurse ohne wesentliche Veränderung. Das Geschäft ziemlich belebt.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu $102\frac{3}{4}$ $\frac{7}{8}$ und Berliner Bankverein-Aktien zu $108\frac{3}{4}$ verhandelt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1290P. 1285G. Neue Bankaktien 418 P. 413 G. Credit-Actien à 5pCt. 236 P. 234 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 $83\frac{3}{8}$P. $83\frac{1}{8}$G. 5pCt. Lombard-Ven. $89\frac{3}{4}$ P. $89\frac{1}{2}$ G. Metall. alte à 5pCt. $81\frac{3}{8}$P. $81\frac{1}{8}$G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. $89\frac{1}{2}$ G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $71\frac{7}{8}$P. $71\frac{5}{8}$ G.; à 4pCt. $64\frac{1}{2}$P. 64 G.; à 3pCt. $48\frac{3}{4}$ P. $48\frac{1}{4}$ G.; à 1pCt. $16\frac{1}{4}$ P. 16 G. Loose à 500 fl. von 1834 ——P. ——G. à fl. 250 von 1839 $117\frac{1}{2}$ P. 117G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $102\frac{5}{8}$ P. $102\frac{1}{8}$ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 280 P. 278 G.

Preussen. $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 87 P. $86\frac{1}{2}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $112\frac{1}{2}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. $88\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$P. $94\frac{1}{2}$G.; 4pCt. Grundrente $95\frac{3}{8}$ P. $94\frac{7}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $101\frac{1}{2}$ P. 101G.; $4\frac{1}{2}$pCt. Ostbahn-Aktien $104\frac{1}{2}$ P. $104\frac{1}{4}$ G. 5pCt. $101\frac{1}{4}$P. $100\frac{3}{4}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $150\frac{3}{8}$ P. $149\frac{7}{8}$G. Neustadt-Weissenb. $111\frac{1}{2}$ P. 111 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. $117\frac{3}{4}$G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. 91 P. $90\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{3}{4}$P. $102\frac{1}{4}$G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. $42\frac{3}{4}$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $82\frac{3}{4}$ P. $82\frac{1}{4}$ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 40 P. $39\frac{1}{2}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. $62\frac{1}{2}$ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. 100P. $99\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{1}{2}$P. 102 G.; Loose à fl. **50** 115 P. $114\frac{1}{2}$ G.; à fl. **25** 34 P. $33\frac{3}{4}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte $415\frac{1}{2}$ P. $413\frac{1}{2}$ G.; junge $357\frac{1}{2}$ P. $355\frac{1}{2}$ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank $109\frac{7}{8}$P. $109\frac{3}{8}$G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1815 $48\frac{1}{4}$ P. 48G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{3}{4}$ P. $90\frac{1}{4}$ G., Loose à fl. **25** $32\frac{1}{4}$P. 32 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $84\frac{1}{4}$P. — G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $93\frac{1}{8}$P. $92\frac{5}{8}$G.; Bankaktien $119\frac{7}{8}$ P. $119\frac{3}{8}$G.; Taunus-Aktien 330 P. 328 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien $84\frac{1}{2}$ P. 84 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. $87\frac{3}{4}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 550 P. 546 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $39\frac{1}{8}$ P. $38\frac{7}{8}$ G.; 1pCt. neue $24\frac{3}{16}$ P. $24\frac{1}{16}$ G. **Holland.** Integrale $63\frac{1}{2}$ P. 63 G.; Certificate 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. $100\frac{1}{8}$P. $99\frac{7}{8}$G.	Lond. Lst. 10 k. S. $118\frac{3}{4}$P. — G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{8}$P. $119\frac{7}{8}$G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. $101\frac{1}{8}$P — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Paris Frs. 200 k. S $93\frac{3}{4}$P. $93\frac{1}{2}$G.
Cöln Thlr. 60 k. S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Lyon Frs. 200 k. S. $93\frac{3}{4}$P. $93\frac{1}{2}$G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k S. $96\frac{3}{8}$P. $96\frac{1}{8}$G.	Wien fl. 100 C. k. S. $116\frac{7}{8}$P. $116\frac{5}{8}$G.
Hamb. MB. 100 k. S. $89\frac{1}{8}$P $88\frac{7}{8}$G.	Wien 3 M. mit 4% $116\frac{5}{8}$P. $116\frac{3}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. $104\frac{5}{8}$P. $104\frac{3}{8}$G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Leipzig, 23. Juli. Für die schweizerische **Kreditanstalt in Zürich** wurde auch hier bei der allgemeinen deutschen Kreditanstalt gezeichnet. Die Zeichnung sollte drei Tage dauern, wurde aber schon am ersten Tage geschlossen, aus welchen Gründen ist nicht bekannt. Die Betheiligung war eine sehr große, denn die Meinung für die Kreditanstalt in Zürich ist hier eine sehr günstige, was schon daraus hervorgeht, daß deren Aktien, obschon sie noch nicht ausgegeben sind, doch mit 7pCt. Agio bezahlt werden. Die allgemeine deutsche **Kreditanstalt** hat durch den Verkauf der Aktien im Betrag von $3\frac{1}{2}$ Millionen Thaler noch auswärts mit einem ansehnlichen Aufgeld gegen 250,000 Thlr. gewonnen; außerdem hat sie durch glückliche Spekulation im Eisenbahnaktienhandel ziemlich bedeutende Gewinne gemacht. Ihre Hauptunternehmungen sind die Betheiligung an den Banken in Gotha, Zürich und Lübeck. Dazu kommt jetzt noch der Ankauf einer Fabrik künstlichen Fischbeins bei Meißen, einer sehr großen Papierfabrik in Sachsen und die Betheiligung an der erzgebirgischen Vereins-Bäckerei und Brauerei in Zwickau. (Schw. M.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. Juli. Die schon in den Hintergrund getretene Angelegenheit des **Potsdamer Depeschen-Diebstahls** fängt — wie der Bresl. Z. von hier berichtet wird — von Neuem an, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Wie man bestimmt hört, ist jetzt die Disciplinar-Untersuchung gegen den Direktor in der Oberrechnungskammer, Hrn. Seiffart, wegen seiner Betheiligung bei dieser Angelegenheit eröffnet worden, und zwar auf einen Specialbefehl Sr. Majestät des Königs selbst, der kurz vor der Allerhöchsten Abreise nach Marienbad gezeichnet wurde. Veranlassung zu diesem, die ganze Angelegenheit entscheidenden Befehle soll besonders der Umstand gegeben haben, daß Hr. Seiffart, nachdem der am Landtage eingebrachte Antrag fruchtlos verlaufen, die Sache in dem Maße für beendigt ansah, um auf Wiedereinsetzung in sein Amt, von dem er bekanntlich suspendirt worden, antragen zu können.

Die Königsb. „Hart. Z." meldet: „Am 23. Juli, Nachmittags, endete der Staatsminister a. D., Ritter des schwarzen Adlerordens, Heinrich Theodor v. **Schön** auf Arnau. Bis vor wenigen Tagen erschien er noch vollkommen geistesfrisch, zeigte für den Lauf der Zeitereignisse die regste Theilnahme; indeß forderte die Natur (v. Schön ist 1773 geboren) ihren Tribut. Es trat seit einigen Monaten eine fühlbare Abnahme seiner Kräfte ein, welcher Zustand sich allmählig steigerte und dem er endlich erlag."

Berlin. Unser Botschafter in Madrid, Marquis **Turgot**, ist nach Paris beschieden worden, um über sein jüngstes Verhalten Erläuterungen zu geben; nach den neuesten Berichten hatte er bereits bei der Königin sich beurlaubt. Während seiner Abwesenheit versieht der erste Secretär die Geschäfte. (K. Z.)

Paris, 26. Juli. Der hiesige Gemeinderath, der fortwährend mit der Frage wegen Beschaffung billigerer Lebensmittel sich beschäftigt, hat gestern eine ansehnliche Summe zur Errichtung einer Brod-Bäckerei nach einem angeblich sehr vervollkommneten System bewilligt und mehrere seiner Mitglieder mit Prüfung der in dieser Beziehung vorzunehmenden Versuche beauftragt. (K. Z.)

Paris, 27. Juli. Der heutige „Moniteur" spricht sich billigend darüber aus, daß O'Donnell „ohne Staatsstreich" die Ordnung in Spanien wiederhergestellt habe, welche Espartero entweder nicht aufrecht erhalten gekonnt oder gewollt habe. — Das amtliche Blatt meldet ferner, Prinz **Louis Lucian Bonaparte**, der eben eine Reise in die baskischen Provinzen angetreten hat, ist aus Spanien zurückberufen worden.

Die **Bank von Frankreich** soll im Verlaufe der letzten Tage für hundert Millionen Franks Gold in England gekauft haben.

Konstantinopel, 18. Juli. Das Haus Rothschild hat dem Vernehmen nach die Konzession zum Bau einer Eisenbahn nach Adrianopel und Semlin erhalten. (Oesterr. C.)

Briefe aus **Erzerum** vom 3. Juli berichten, daß die Russen sich weigern, **Kars** den Türken zurückzugeben, daß sie dahin sogar Verstärkungen schicken. Der englische Kommissär beim britischen Heer, Oberst Giles, wurde von den Russen nicht nach Kars eingelassen. Man bedeutete ihm, daß man Kars nicht eher räumen werde, bis die Franzosen und Engländer das türkische Gebiet werden verlassen haben, und daß sie nur **dann** ihm erlauben würden, nach Kars zu kommen. [Und die Besetzung der Schlangen-Inseln (gerade vor der Donaumündung) durch die Russen?]

Die lith. Wiener Korrespondenz schreibt von der **montenegrinischen Gränze**, 12. Juli: „Am 11. haben die Kucier, nachdem sie vergebens auf türkische Hülfe gehofft und endlich doch einsahen, daß es eine Unmöglichkeit sey, die Stellung zu behaupten, die Verschanzungen verlassen und die Flucht ergriffen. Zum Aufgeben ihrer Position wurden sie auch noch dadurch bestimmt, daß sie sich von 800 Mann unter dem Kommando des Serdar Cerovic bedroht sahen. Die Montenegriner rückten in die Ortschaften ein, tödteten ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht alles, was ihnen gerade in den Weg kam, und plünderten die Wohnungen der unglücklichen Kucier. Man kann sich nicht leicht einen Begriff von all' dem Gräuel, von all' den Gewaltthaten machen, welche diese undisziplinirten Truppen aller Orten anrichteten. Von Kuci existirt nichts mehr, es ist ödes wüstes Land geworden. Wer dem Tode entfliehen konnte, begab sich ins türkische Gebiet; mehr als 2000 Gewehre wurden erbeutet, die Heerden waren jedoch schon vor dem Kampfe zu den nächsten türkischen Gemeinden in Sicherheit gebracht. Greise und Kinder mußten mit dem Tode für ihre entflohenen Verwandten büßen. Die Schuld an dem unglücklichen Schicksale der Kucier wird einzig und allein dem Pascha von Skutari beigemessen. Er war es gewesen, der durch Versprechungen und Geschenke die Kucier dahin zu bewegen wußte, daß sie aus dem Stande der Neutralität, in dem sie bisher lebten, heraustraten, sie aber dann ihrem Geschicke überließ. Die türkischen Gemeinden von Klimenti, Grundela u. a. m. hatten vom Pascha nur einen Wink erwartet, um den Kuciern zu Hülfe zu eilen; aber dieser Wink erfolgte nicht oder vielleicht zu spät. Eine Hülfe zur rechten Zeit hätte über die künftige Unabhängigkeit der Kucier entschieden oder hätte doch wenigstens eine günstige Kapitulation gesichert. So war diese Expedition schnell beendet, hat aber den Siegern keinen andern Vortheil verschafft, als die Befriedigung einer rohen Leidenschaft.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☛ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „**Würzburger Anzeiger.**"
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 210.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 30. Juli 1856

Die Lage in Spanien.

* Die Nachrichten aus Spanien lauten, je nachdem sie von den Anhängern der jetzigen Regierung oder den Aufständischen kommen, widersprechend und bald diesen, bald jenen günstig. Der Mittelpunkt des Aufstandes ist noch immer Saragossa; doch sind die Angaben über die Streitkräfte, welche ihm hier zu Gebote stehen, sehr verschieden; ebensowenig weiß man über die Stärke der Kriegsmacht, welche General Dulce gegen Saragossa führte, und über die Anzahl, mit der Echague aus den baskischen Provinzen anrückte. Nach Berichten aus Bayonne bestätigte es sich, daß am 24. Juli der Brigadier Smith, Mitglied der revolutionären Junta von Saragossa, in Begleitung seines Sekretärs zu dem General Echague gekommen war, um sich zu unterwerfen; er theilte mit, daß die Truppen der Garnison dieses Platzes geneigt seyen, sich der Regierung zu unterwerfen. Es sollen auch zwei Compagnien der Besatzung von Saragossa zu Dulce übergegangen seyn. Daß nach Eröffnung des Feuers die Aufständischen einen fünftägigen Waffenstillstand verlangten und bewilligt erhielten, ist schon bekannt. Noch viel spärlicher sind die Berichte über die Aufstände und Aufstandsversuche an andern Orten. In Lugo und Carthagena sollen die Militärgouverneure versucht haben, die Truppen zum Aufstand zu bewegen, aber vergebens. In Albacete und Reus war es die Bürgerwehr, die sich gegen O'Donnell erklärte, sie wurde aber von den Truppen überwältigt und entwaffnet. In Oviedo und Murcia soll auch wieder Ruhe gemacht seyn. Vom Süden hat man keine neueren verlässigen Nachrichten. Gleich unklar wie das Bild, das diese Nachrichten vom Zustand der Provinzen gewähren, ist auch das Bild der politischen Lage in Madrid, nur mit dem Unterschied, daß die Unklarheit über die Lage in der Hauptstadt weniger in dem Mangel und der Kürze der Berichte ihren Grund hat, als in der Unklarheit und Verworrenheit der Verhältnisse selbst. Bald heißt es, Espartero sey freiwillig, bald, er sey auf Befehl der Regierung in Madrid geblieben. Die Progressisten sollen unter sich uneinig, ein Theil von ihnen gesonnen seyn, O'Donnell zu unterstützen, damit nur nicht die reaktionäre Hofpartei mit den Brüdern Concha das Heft in die Hände bekomme; ja es wird sogar davon gefabelt, Espartero wolle sich mit O'Donnell versöhnen und wieder in die Regierung eintreten u. s. w. So viel aber geht aus all' dem doch hervor, daß alle Parteien in voller Thätigkeit sind, ihre sich durchkreuzenden Plane möglichst zu verwirklichen und in der allgemeinen Unordnung für sich thunlichst viel zu profitiren oder doch zu retten.

Deutscher Bund.

Bayern. Aus dem Staatsministerium des Innern, dann dem des Handels und der öffentlichen Arbeiten ist unterm 13. Juli folgende Entschließung an die Kreisregierung von Unterfranken und Aschaffenburg ergangen, und zwar: „Es ist zur Kenntniß der unterfertigten Staatsministerien gekommen, daß in der neueren Zeit wieder mit der öffentlichen Ankündigung und Anpreisung von kosmetischen und anderen Geheimmitteln viel Mißbrauch getrieben, daß häufig das Publikum durch übertriebene und unwahre Angaben über den Werth und die Wirkungen solcher Geheimmittel in den öffentlichen Anpreisungen getäuscht und zu seinem Nachtheile zum Ankaufe verleitet wird. Derlei Uebergriffe sind nur dann möglich, wenn von den Polizeibehörden die über die Veröffentlichung von Anpreisungen geheimer Arzneimittel bestehenden Vorschriften nicht gehörig beachtet und vollzogen werden. Die unterfertigten Staatsministerien nehmen deßhalb Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nach der Ministerial-Entschließung vom 31. Mai 1832 eine öffentliche Ankündigung und Anpreisung von Geheimmitteln durch vorgängige polizeiliche Erlaubniß bedingt ist. Diese Vorschrift besteht zur Zeit noch in Kraft, und ihre Handhabung ist nicht nur durch Ziffer 4 der Verordnung vom 13. Mai 1838, sondern auch in neuerer Zeit durch Ministerial-Entschließung vom 2. Jan. 1853 wiederholt eingeschärft worden. Der kgl. Regierung, K. d. J., wird nun die Ueberwachung des pünktlichen Vollzuges der Ministerial-Entschließung vom 31. Mai 1832 mit dem Auftrage zur Pflicht gemacht, allen ihr untergebenen Polizeibehörden und den in ihrem Bezirke befindlichen Zeitungsredaktionen die genaueste Beachtung obiger Vorschrift in Erinnerung zu bringen und hiemit die Anordnung zu verbinden, daß die Polizeibehörden vor Bewilligung zur Aufnahme einer Ankündigung von Geheimmitteln, und zwar der arzneilichen wie der kosmetischen, die Form der Ankündigung im Benehmen mit dem Gerichts- und beziehungsweise Polizeiarzte prüfen, und sofort jede Abweichung von der einmal genehmigten Ankündigungsweise als unstatthaft bezeichnen, gegen Zuwiderhandelnde aber nach Maßgabe der Ministerial-Entschließung vom 2. Januar 1853 verfahren."

München, 27. Juli. Nummer 177 des „Volksboten", welche gestern Mittag ausgegeben werden sollte, ist kurz nach dem Erscheinen, auf Grund des Artikels 26 des Preßgesetzes, mit Beschlag belegt worden. (A. Pstz.)

München, 28. Juli. Bei dem ungeheuren Aufschwung, den der Verkehr mit Wechseln genommen, ist es gewiß Ihren Lesern von großem Interesse, von einer Entscheidung Kenntniß zu erlangen, welche das kgl. Wechsel- und Merkantilgericht II. und letzter Instanz von Ober- und Niederbayern und der Oberpfalz vor einigen Tagen getroffen. Nicht selten nämlich kommt der Fall vor, daß ein Girатar den Wechsel zu Gunsten des Schuldners prolongirt, ohne die Genehmigung desjenigen zu erholen, von welchem aus der Wechsel auf ihn überging. Ein solcher Fall war auch derjenige, welcher die fragliche Entscheidung hervorrief. Ein Wechsel war von A durch Giro auf B übergegangen. B prolongirte den Wechsel und als nach Ablauf der Prolongationsfrist der Schuldner C nicht zahlte, erhob B Protest und machte in einer bei dem hiesigen Wechselgerichte eingereichten Klage seinen Regreßanspruch gegen A geltend, ohne in der Klage zu behaupten oder zu beweisen, daß A zur Prolongation die Zustimmung ertheilt habe. Die Sache kam an die oberste Instanz und bei dieser wurde A von der Klage in der angebrachten Art aus nachstehenden Gründen entbunden: „Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß jede Klage im Wechselprozesse mit dem betreffenden Original-Wechsel und den sonstigen den Anspruch begründenden Urkunden, z. B. den erhobenen Protest-Urkunden, belegt seyn müsse; insbesondere ist bei einer Regreßnahme gegen einen Giranten erforderlich, daß der Kläger welcher den Wechsel nach Ausstellung des Giro prolongirt, also in einem sehr erheblichen Punkte abgeändert hat, entweder einen urkundlichen Nachweis über die Zustimmung des Giranten oder seiner Erben zur Prolongation beibringe oder wenigstens in der Klage unter Antretung des Beweises die Behauptung aufstelle, daß die Zustimmung zur Prolongation oder doch die Genehmigung dieser Prolongation von Seite des Giranten und beziehungsweise dessen Erben erfolgt ist, da nur unter dieser Voraussetzung der Girant wechselpflichtig ist." Diese Entscheidung ist auch vollkommen begründet, weil der Girant der Natur der Sache nach seine Haftbarkeit nur so weit erklärt, als die im Wechsel zur Zeit der Girirung angegebene Zahlzeit verlangt und entgegengesetzten Falles es dem Wechselinhaber möglich wäre, zum Nachtheil seiner Vormänner so lange zu prolongiren, bis der zur ersten Verfallzeit zahlungsfähige Schuldner die Zahlungsfähigkeit verliert. Denjenigen, welche an diese Konsequenzen

bis jetzt nicht dachten, ist daher besondere Vorsicht anzurathen und namentlich erfordert diese, daß Niemand eine Prolongation ohne die urkundlich erklärte Zustimmung seiner sämmtlichen Vormänner erkläre. (Augsb. Abdz.)

Preußen. Berlin, 27. Juli. Das Berliner „Corr.-Bureau" sagt: „Wenn das „Dresdn. Journal" die mehrseitig mitgetheilte Notiz, daß bei der Ausgabe der Paßkarten hier jetzt liberalere Prinzipien platzgegriffen hätten, für falsch erklärte, so ist es, wie wir bestimmt versichern dürfen, sehr falsch unterrichtet gewesen. Der jetzige Berliner Polizeichef geht von andern Ansichten in dieser Beziehung aus als sein Amtsvorgänger. Paßkarten sollen, nach dem Wortlaute der betreffenden ministeriellen Verordnung, nur an selbständige „zuverlässige" Personen gegeben werden. Diesen Begriff festzustellen, mußte freilich dem Polizeichef überlassen bleiben, namentlich ob das politische Verhalten des betreffenden Individuum mit hineinzuziehen sey. Dadurch, daß in dieser Beziehung eine größere Nachsicht eingetreten, hat auch das drückende Gefühl manches hiesigen Bürgers, Geschäfts- und Grundeigenthümers aufgehört, der, ausschließlich seines politischen Verhaltens wegen, bisher von der Vergünstigung der Paßkarte ausgeschlossen war. Von einer Erhöhung der Gebühren für die Ertheilung einer solchen ist bis jetzt nirgends die Rede gewesen."

Berlin, 25. Juli. Es ist von mehreren Seiten berichtet worden, daß im Justizministerium weittragende Abänderungs-Vorschläge in Bezug auf die Wuchergesetzgebung vorlägen und daß man beabsichtige, den erlaubten Zinsfuß bis auf 10pCt. auszudehnen, eine Ueberschreitung desselben aber als Betrug zu bestrafen. Diese Vorschläge sind im Schooße der betreffenden Kommission auf so entschiedenen Widerspruch gestoßen, daß wir entweder der vollständigen Aufhebung oder Beibehaltung des sogenannten Wuchergesetzes entgegensehen müssen. (C.-B.)

Aus Berlin, 26. Juli, berichtet das „Corr.-Bureau": „Das Erscheinen einer großen Anzahl von Schutzmännern in der Umgebung der Getraidebörse brachte heute sowohl an dieser als an der mit derselben räumlich verbundenen Fondsbörse eine ungewöhnliche Bewegung hervor. Die Offiziere der detaschirten Mannschaften erschienen im Lokal selbst und nahmen einzelne der in der kaufmännischen Welt als Spekulanten à la hausse vorzugsweise bezeichneten Börsenmitglieder unter spezielle Observation. Die Aeltesten, die als Börsenkommissäre zu fungiren hatten, die HH. Brose, Hertz und Mendelssohn, luden die Offiziere ein, in ihrem Berathungszimmer Auskunft über die Zwecke dieser Maßregel zu ertheilen, erhielten jedoch nur die Erklärung, daß es der Behörde darauf ankomme, an Ort und Stelle von den Operationen Kenntniß zu nehmen, die auf die Preise Einfluß übten. Man befürchtete ein starkes Sinken der Preise; da indessen andererseits die Besorgniß rege gemacht wurde, daß von auswärts hierher konsignirte Posten infolge derselben Befürchtung zurückgezogen werden möchten, so trat die entgegengesetzte Wirkung ein, die Preise wurden durchschnittlich bei übrigens sehr mattem Geschäft um 2 Thaler höher bedungen."

Württemberg. Plochingen, 28. Juli. Heute ist mit der Aussteckung der Neckarthalbahn von Plochingen aufwärts gegen Nürtingen-Reutlingen begonnen worden. (Schw. M.)

Heilbronn, 27. Juli. Der hiesige Weingärtnerverein hat sich mit einem Gesuch um Schutzmaßregeln gegen die künstliche Weinbereitung an das Ministerium des Innern gewendet, welches aber darauf erklärte, daß es sich zur Zeit nicht in der Lage befinde, auf dieses Gesuch eine Verfügung zu treffen. Diese Entschließung stützt sich auf ein Gutachten der „Zentralstelle für Landwirthschaft", welche Stelle erklärte, daß sie es für einen großen Nachtheil halten würde, wenn der in neuerer Zeit in Uebung gekommenen Gall'schen Weinbereitungsmethode durch beengende Bestimmungen irgend welcher Art entgegengetreten würde, indem die fragliche Methode, welche keinerlei schädliche Substanzen in Anwendung bringe, das Mittel sey, die Weine ungünstiger Jahre zu verbessern und verkäuflicher zu machen. (Schw. M.) (Ja, wenn nur das Fabrikat nicht für reinen Wein ausgegeben würde!)

Oesterreich. Wien, 26. Juli. Ein Consumverein, wie bereits solche in mehreren Städten Deutschlands bestehen, soll auch hier gebildet werden. Mehrere Fachmänner haben sich vereinigt, um die Vorarbeiten zu leiten. Der Zweck dieses Vereins wäre, die Lebensmittel im Großen einzukaufen und solche wieder zu möglichst billigen Preisen an die Mitglieder verkaufen, oder mit Geschäftsleuten Verträge abzuschließen, damit solche die Lebensmittel an die Vereinsmitglieder zu billigen Preisen verabfolgen. Wie man hört, wird die Kommune diesem Verein die nöthige Unterstützung angedeihen lassen. (Ostd.Pst.)

Aus Wien, 23. Juli, wird der „Bresl. Ztg." geschrieben: „Gestern ist mittels des Telegraphen in Graz der Befehl angekommen, aus den dortigen Magazinen drei Millionen Patronen nach Italien zu expediren; gleichzeitig hat das Kriegsministerium den Befehl ertheilt, die Pferdeverkäufe von der auf den Friedensfuß gesetzten Kavallerie und Artillerie zu sistiren, und endlich ist an alle in Italien, Krain, Kärnthen und Steyermark kantonirten Truppen-Kommando's Ordre ergangen, sich in Marsch zu setzen und vorzurücken." (Viel Glauben darf man aber den Wiener Korrespondenzen der „Bresl. Zeitung" nicht schenken; sie sind dafür bekannt, daß sie mitunter gewaltig aufschneiden und es mit der Wahrheit nicht sonderlich genau nehmen. Nach der „Allg. Z." wäre an den Gerüchten von Truppenbewegungen in Oberitalien nichts Wahres, als daß Ausgediente und Beurlaubte in die Heimat zurückkehren und an ihre Stellen Rekruten nachrücken.)

Großbritannien.

London, 15. Juli. Mr. Murrough richtete gestern Abend im Unterhause an den Premier die Frage, ob die Regierung gesonnen sey, irgend welche Schritte zu thun, um eine bewaffnete Einmischung Frankreichs in die inneren Angelegenheiten Spaniens zu verbüten. Lord Palmerston: „Ich denke, es ist gegenwärtig in Bezug auf Spanien nichts vorhanden, was zu irgend einer Einmischung von Seiten der französischen Regierung führen könnte. Der Kaiser der Franzosen ist ein Mann von großem Rechtsgefühl, der, wie ich denke, jedenfalls einsieht, daß eine auswärtige Einschreitung in den Angelegenheiten der spanischen Nation, außer unter Umständen, die wir nicht voraussehen können, eine Ungerechtigkeit wäre. Er ist auch ein Mann von großem Scharfblick, und die Lehren der Vergangenheit zeigen, daß jene Herrscher Frankreichs, die sich zu einer Intervention in Spanien verleiten ließen, stets früher oder später gefunden haben, daß sie ihnen selbst mehr oder weniger Unheil brachte (hört, hört!). Es kann keinen Grund zur Befürchtung geben, daß die französische Regierung irgendwie eine Einmischung in Spanien beabsichtigt (hört, hört!)." Lord Palmerston vergaß also nicht, hinzuzufügen: „außer unter Umständen, die wir nicht voraussehen können."

Frankreich.

Paris, 26. Juli. Die französische Regierung sieht den Vorgängen in Spanien mit einiger Unruhe zu. Man fürchtet, daß Marquis Turgot sich übereilt habe, und bedauert den üblen Eindruck, den dessen Betragen in London erregte. Es scheint nämlich, daß Herr Otway, der Sekretär der englischen Gesandtschaft in Madrid, sich arg über Herrn de Turgot beklagte. Der Marquis hat Befehl erhalten, nach Paris zu kommen, und diese neuerlichen Umstände mußten die Ungnade des übrigens ganz talentlosen Mannes nur beschleunigen. Es war Herr de Turgot, der, als er früher einmal schon wegen Abwesenheit eines Kollegen zugleich zwei Porteseuilles zu führen hatte, einem Freunde, der ihn so großer Lasten und Schwierigkeiten wegen beklagte, die merkwürdige Antwort gab: „Das ist nicht so schwer, als sie sich vorstellen. Man hat nur immer Turgot, Turgot, Turgot zu schreiben und das ist Alles." Diese Anschauung von der Wichtigkeit eines Ministers war keine ironische; Herr de Turgot sprach sich ganz naiv aus. Die veränderte Haltung des „Moniteur" und auch die veränderte Haltung der Regierung rührt zum Theil vom englischen Einfluß her. Denn so furchtsam sich die Presse in England ausspricht, so entschieden ist, wie wir nun aus gut unterrichteter Quelle erfahren, die Sprache des englischen Kabinets. Lord Clarendon hat auf seine Vorstellungen eine sehr befriedigende Antwort erhalten und diese Lord Palmerston in den Stand gesetzt, die förmliche Erklärung abzugeben, daß von keiner Intervention französischerseits die Rede sey. Das Beobachtungsheer ist aber doch noch über die ursprünglich beabsichtigte Anlage hinaus bis auf 30,000 Mann vergrößert worden. (D. Allg. Ztg.)

Paris, 26. Juli. Der „Moniteur" promulgirt heute das Gesetz, welches den Verwundeten der Juni-Tage von 1848 und den Wittwen und Waisen der an diesem Tage bei der Vertheidigung der Ordnung gefallenen Bürger Pensionen bewilligt.

* Der Marineminister hat Berichte von der Dampf-Korvette „Reine-Hortense" erhalten, an deren Bord Prinz Napoleon seine Reise in die Nordmeere unternimmt. Die „Reine-Hortense" ging am 30. Juni zu Reikiavik (Island) vor Anker. Einige Tage später, am 7. Juli reiste der Prinz weiter, um in Gesellschaft der ihn begleitenden wissenschaftlichen Kommission auf der Insel Mayen Forschungen anzustellen, wo sich der dem Pol nächste Vulkan befindet, und deren Zugänge stets von einer fast unübersteiglichen Eis-Barriere umgeben sind. Am 9. Juli

drang die Korvette, 30 Stunden N.-O. vom Nord-Cap von Island, in das Eis ein und folgte der Bank mehr als 90 Stunden weit inmitten des schimmernden Eises. Nachdem sie den Meridian von Mayen überschritten und sich der Insel bis auf 18 Stunden genähert hatte, überzeugte sich der Kommandant der „Reine-Hortense“, daß die Insel noch von Eis umgeben war. Der Prinz und die Kommission erkannten sohin mit Bedauern die Unmöglichkeit die Insel zu erreichen und die „Reine Hortense“ mußte den Rückweg nach Island einschlagen, indem sie bis 20 Stunden vom Nord-Cap, wo man die ersten Eisschollen bemerkte, immer die (Eis-) Bank entlang fuhr. Am 15. Juli war der Prinz wieder in Reikiavik.

* Wir haben bereits gestern erwähnt, daß der „Moniteur“ sich sehr günstig über die neue Regierung in Spanien ausgesprochen hat. Diese Aeußerung des amtlichen französischen Blattes ist unter den gegenwärtigen Umständen so bedeutsam, daß wir nicht unterlassen wollen, dieselbe vollständig mitzutheilen, der Artikel lautet: „Wir haben mit Interesse die jüngsten Ereignisse in Spanien verfolgt, ihnen bis zu einem gewissen Punkt Beifall gezollt, da wir darin ein günstiges Anzeichen zur festen Herstellung der konstitutionellen Regierung sehen zu dürfen glaubten; denn Frankreich, welches in Europa die Ideen von 1789 repräsentirt, kann keinen andern Wunsch haben, als einen Nachbarstaat, an dessen Wohlfahrt es lebhaften Antheil nimmt, die Anarchie und den Despotismus, diese beiden Klippen jedes Fortschritts, jeder Freiheit, vermeiden zu sehen, und da das Ministerium Espartero weder die Kraft zu haben schien, Exzessen vorzubeugen, noch die nöthige Energie, ein großes Land zu führen, so ist es natürlich, daß ein Wechsel mit Sympathie aufgenommen wird, der den Thron Isabellas II. befestigen wird. Einige durch ihre wenig begründete Vorliebe für einen Namen verblendeten Journale bezeichneten die von der Königin nach wiederholten Weigerungen einfach und lediglich angenommene Abdankung eines Ministers als Staatsstreich. Wäre es die Abdankung O'Donnell's gewesen, so hätten sie das vollkommen konstitutionell gefunden. Der Parteigeist sollte aber Thatsachen nie so weit entstellen und sich auf diese Weise bemühen, die öffentliche Meinung irre zu führen. Seit zwei Jahren befand sich Spanien in einem höchst traurigen Zustande. Dieses große Land, so lange der Schiedsrichter Europas, dessen Bündniß vormals mit so großem Eifer gesucht wurde, war auf eine niedere Rangstufe gesunken. Es hatte weder Finanzen, noch Armee, noch Marine, weder Handel, noch Verwaltung, noch äußern Einfluß mehr. In dieser schwierigen Lage versuchten die Ehrgeizigen, anstatt das Bestehende zu befestigen, es zu erschüttern, entweder um den Leidenschaften der Menge zu schmeicheln, oder gefährliche Chimären (utopies) zu verwirklichen. Die Unruhen, welche Spanien seit einigen Jahren bewegten, rühren gerade von dem unheilvollen Gedanken gewisser Minister her, vor vier Jahren, als Spanien ruhig und glücklich war, einen Staatsstreich machen zu wollen, ohne daß irgend ein erheblicher Grund sie zwang, die Gesetze des Königreichs plötzlich zu ändern. Ein Staatsstreich kann vor dem Urtheil der Nachwelt nur dann als gesetzlich erscheinen, wenn eine hohe Nothwendigkeit ihn rechtfertigt und er in den Augen Aller das einzige Mittel zur Rettung des Staates ist. Wir kennen diejenigen, welche an Staatsstreiche dachten, nicht um einige Institutionen zu modifiziren, sondern um den Thron umzustoßen oder die Dynastie zu ändern, entweder durch Vereinigung Portugals mit Spanien unter dem Hause Braganza, oder durch Errichtung einer Regentschaft. Wir wissen deßhalb dem Marschall O'Donnell Dank, daß er es ohne Staatsstreich versuchte, in Spanien die Ordnung herzustellen, welche die erste und unerläßliche Grundlage der Freiheit ist. Wir wissen ihm Dank, daß er es sich während der ersten Augenblicke der Anarchie angelegen seyn ließ, die spanische Armee moralisch und materiell zu reorganisiren; denn es war nicht genügend, die Bataillone und Eskadronen wieder formirt zu haben, man mußte vor allem den so tapfern, großer Dinge so fähigen Soldaten die einzigen Triebfedern zur Aufrechthaltung der Armeen geben: die Pflicht, die Treue gegen den Herrscher und die Disziplin. Wir hoffen demnach, daß die jüngsten Aenderungen den Staatsstreichen und den so traurigen Pronunciamientos ein Ende machen werden, denn wir wünschen aufrichtig, daß Spanien, welches so viele Elemente der Kraft und des Gedeihens in sich schließt, inmitten der Ruhe den ihm gebührenden Rang wieder erringe, anstatt auf das Niveau gewisser Republicken Südamerikas herabzusinken, wo man weder Patriotismus, noch Bürgertugend, noch erhabene Prinzipien, sondern nur einige Generale findet, die sich mit Hilfe der durch falsche Versprechungen verleiteten Soldaten um die Macht streiten.“ Das wäre nun also die Ansicht der französischen Regierung von der Sache, oder vielmehr es läßt sich aus dem Gesagten abnehmen, wie die französische Regierung in nächster Zeit sich gegenüber den spanischen Vorgängen zu verhalten gedenkt.

Spanien.

Madrid, 23. Juli. Die Königin hat aus ihrer Privatschatulle die Summe von 150,000 Realen an die Verwundeten ohne Rücksicht auf die politischen Gesinnungen derselben vertheilen lassen. Die heutige amtliche Zeitung veröffentlicht ein k. Dekret, wodurch den Truppen der Madrider Garnison, die an dem am 14., 15. und 16. d. stattgehabten Kampfe theilgenommen haben, eine Gehaltserhöhung bewilligt und zugleich in Aussicht gestellt wird, daß diese Begünstigung auch den Truppen anderer Ortschaften, die sich auf ähnliche Weise verdient machen, bewilligt werden solle.

Eine Madrider Korrespondenz der „Indépendance“ berichtigt die bekannten Irrthümer der ersten telegraphischen Botschaften, welche über den Madrider Aufstand in's Ausland gingen. Darunter gehört namentlich die sonderbare Nachricht, die Königin habe sich zwischen die Truppen und die Aufständischen geworfen; sie ging bloß zwei bis drei Mal in einen Waffenplatz oder vielmehr einen mit hohen Mauern umgebenen Waffenhof, wo Truppen standen, und setzte sich also nicht im Mindesten aus. Ebenso falsch war die Nachricht von einem Waffenstillstand zwischen Truppen und Aufständischen.

Einer Korrespondenz des „Sémaphore“ aus Barcellona vom 23. Juli entnehmen wir Folgendes: „Während fünf Tagen hat der Kampf zwischen den Insurgenten und den Truppen angedauert. Er begann am 18. Juli bei Tagesanbruch und endete in der Nacht vom 22. auf den 23. Juli. Die Barrikaden erhoben sich wie durch Zauber, wurden aber ebenso schnell von den Truppen genommen. Der Verlust auf beiden Seiten war fürchterlich und beläuft sich auf 1500—2000 Todte. Am 21. Juli zwangen die Truppen nach einem hartnäckigen Kampfe einen Theil der Insurgenten, sich in's freie Feld zurückzuziehen; dort wurden sie verfolgt und erlitten bedeutende Verluste. Am 22. Juli Abends unterwarfen sich alle Insurgenten, die noch in der Stadt waren. Die Nationalgarden, die nicht am Kampfe theilgenommen hatten, lieferten sofort ihre Waffen ab. Am 23. Juli war die Stadt ruhig. Die Truppen hielten aber noch ihre Positionen besetzt und lagerten in den Straßen.“

Amerika.

New-York, 12. Juli. In Kansas dauert die leidige Wirthschaft wie seither noch immer fort. Am 4. Juli versammelte sich die Territorial-Gesetzgebung und wollte zu den Geschäften schreiten, als Oberst Sumner an der Spitze von 200 Dragonern in den Saal der Repräsentanten drang, und nach einer kurzen Erklärung die Mitglieder aufforderte, auseinander zu gehen. (In dem Augenblick, sagt ein anderer Bericht, wo der Senat (welcher?) die Aufnahme von Kansas als Sklavenstaat in die Union beschlossen hatte.) Sie gehorchten dem Befehl ohne Widerstand. In derselben Weise löste Oberst Sumner nachher die Versammlung der Senatoren auf. In Topeca kam den 2. Juli ein Konvent von Gegnern der Sklaverei, 800 Abgeordnete zählend, alle bewaffnet, zusammen, und nahm Beschlüsse an, wodurch sie ihre Freunde im Kongreß auffordern, die Subsidien zu verweigern, bis Kansas mit der (Anti-Sklaverei-) Verfassung von Topeca in die Union aufgenommen ist.

(Frankf. Postz.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 29. Juli. Die Börse war in günstiger Stimmung. Oesterreichische Bankaktien, bayerische Ostbahn, Bexbacher Eisenbahnaktien und spanische Fonds beider Gattungen wurden besser bezahlt, Darmstädter-Bankaktien eröffneten zu niedrigen Kursen schlossen jedoch fest.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien waren heute etwas beliebter, eröffneten zu 103 und blieben zu 103⅛ bis zum Schlusse gesucht. Berliner Bankverein-Aktien wurden zu 108¼ umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1292 P. 1287 G. Neue Bankaktien 415 P. 410 G. Credit-Actien à 5pCt. 236 P. 234 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83½ P. 83¼ G. 5pCt. Lombard-Ven. 89¾ P. 89½ G. Metall. alte à 5pCt. 81⅜ P. 81⅛ G.; à 5pCt. in Silberb. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 72 P. 71¾ G.; à 4pCt. 61¾ P. 61¼ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G. à fl. 250 von 1839 118½ P. 118 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102¾ P. 102½ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 279 P. 277 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. — P. 88½ G.; 4pCt. 94¾ P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 95⅜ P. 94⅞ G.; 4½pCt. 101½ P. 101 G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 105 P. 104¾ G. 5pCt. 101¼ P. 100¾ G. Lud-

wigshafen-Bexbacher ex. D. 151 P. 150$\frac{3}{4}$ G. Neustadt-Weissenb. 111$\frac{1}{2}$ P. 111 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118$\frac{3}{8}$P. 117$\frac{7}{8}$G. **Württemberg.** 3$\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. 90$\frac{7}{8}$P. 90$\frac{3}{8}$ G.; 4$\frac{1}{2}$pCt. 102$\frac{7}{8}$P. 102$\frac{4}{8}$G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42$\frac{3}{4}$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82$\frac{1}{2}$ G. **Kurhessen.** **40** Thaler-Loose b. R. 40 P. 39$\frac{1}{2}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. 62$\frac{1}{2}$ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3$\frac{1}{2}$pCt. 92$\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. 100P. 99$\frac{1}{2}$G.; 4$\frac{1}{2}$pC. 102$\frac{1}{2}$P. 102 G.; Loose à fl. **50** 115$\frac{1}{4}$ P. 114$\frac{3}{4}$ G.; à fl. **25** 34 P. 23$\frac{3}{4}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 415 P. 413 G.; junge 358 P. 356 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109$\frac{3}{4}$P. 109$\frac{1}{2}$G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 48$\frac{3}{8}$ P. 48$\frac{1}{8}$G. **Nassau.** Obligationen à 3$\frac{1}{2}$pCt. 90$\frac{3}{4}$ P. 90$\frac{1}{4}$ G., Loose à fl. **25** 32$\frac{3}{8}$P. 32$\frac{1}{8}$G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84$\frac{1}{4}$P. — G.; à 3$\frac{1}{2}$pCt. 93$\frac{1}{8}$P. 92$\frac{5}{8}$G.; Bankaktien 119$\frac{7}{8}$ P. 119$\frac{3}{8}$G.; Taunus-Aktien 335 P. 332 G.; Hananer Eisenb.-Aktien 84$\frac{1}{2}$ P. 84 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87$\frac{3}{4}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 552 P. 548 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39$\frac{5}{8}$ P. 39$\frac{3}{8}$ G.; 1pCt. neue 24$\frac{3}{16}$ P. 24$\frac{1}{16}$ G. **Holland.** Integrale 63$\frac{1}{2}$ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100$\frac{1}{8}$P. 99$\frac{7}{8}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118$\frac{3}{4}$P. — G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120$\frac{1}{8}$P. 119$\frac{7}{8}$G	Mail. i.S. Li. 250 k.S. 101$\frac{1}{8}$P — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104$\frac{3}{4}$P. 104$\frac{1}{2}$G.	Paris Frs. 200 k.S. 93$\frac{3}{4}$P. 93$\frac{1}{2}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104$\frac{3}{4}$P. 104$\frac{1}{2}$G.	Lyon Frs. 200 k.S. 93$\frac{5}{8}$P. 93$\frac{3}{8}$G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96$\frac{3}{8}$P. 96$\frac{1}{8}$G.	Wien fl. 100 C. k.S. 116$\frac{7}{8}$P. 116$\frac{5}{8}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89$\frac{1}{8}$P. 88$\frac{7}{8}$G.	Wien 3 M. mit 4% 116$\frac{5}{8}$P. 116$\frac{3}{8}$G.
Leips. Thlr. 60 k.S. 104$\frac{5}{8}$P. 104$\frac{3}{8}$G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 28. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85$\frac{1}{16}$; 5pCt. Metall. 83$\frac{9}{16}$; 4$\frac{1}{2}$ pCt. 73$\frac{1}{4}$; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121$\frac{1}{2}$; von 1854 105$\frac{1}{4}$; Bankaktien 1093; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 381; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 590; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2850. Wechselkurse: Augsburg uso 102$\frac{5}{8}$. London 10. 4. B. Geldkurs: Dukaten —.

Magdeburg, 25. Juli. Rohzuckern wenig gehandelt, da es an Abgebern fehlt, zu 14 Thlr. pr. Oktober—November scheint viel Kauflust. Für raffinirte Zuckern werden nach dem günstigen Verlauf der gestrigen holländischen Auktion höhere Preise gefordert und zwar für Raffinaden 21$\frac{1}{2}$ a 22 Thlr., für Melis in Broden 20$\frac{3}{4}$ a 21 Thlr. excl. Faß. für gemahlenen Melis 20 a 20$\frac{1}{2}$ Thlr. Rübensyrup da seyend und für nächste zwei Monate 2$\frac{1}{4}$ Thlr. pr. Zntr.

Stettin, 25. Juli. Die von der gestern stattgefundenen Amsterdamer Auktion über das außergewöhnlich große Quantum von ca. 91,000 Körben Java-Zuckern gehegten Erwartungen haben sich nicht allein vollständig realisirt, sondern sind noch bei weitem übertroffen worden, indem alles bei reger Kauflust schlank genommen wurde und zwar: die gelben und braunen Sorten 6 a 7 fl., die weißen 8 a 9 fl. über Maiauktion. Dieses günstige Resultat etablirt einen Werth, welcher den Ablauf über Novemberauktion, die nicht allein die höchsten Preise im vorigen Herbst, sondern auch in dem Zeitraum der letzten 20 Jahre brachte, nur 2 fl. übersteigt. In Folge dessen haben die hiesigen Raffinerien heute ihre Notirungen vom 24. Juni um 1$\frac{1}{2}$ Thlr. pr. Zntr. durchschnittlich erhöht und man erwartet, da diese Werthausgleichung nur als eine nur wenig annähernde gegen den Stand der Preise im Auslande ist, auch in Rücksicht auf die vorhandenen kleinen Bestände fernere Werthsteigerungen. Lieferungsabschlüsse in Rohzuckern sind in Erwartung des obigen Auktionsablaufes inzwischen nicht vorgekommen. Syrup dürfte in Folge der höheren Zuckerpreise wohl Beachtung verdienen, Kölner knapp 12$\frac{1}{2}$ Thlr., Königsberger 11$\frac{3}{4}$ a 12$\frac{1}{4}$ Thlr. zu notiren.

London, 25. Juli. Englischer Waizen unverkauft, fremder etwas billiger bei geringem Geschäft. Gerste 1 s. höher als am vergangenen Montage. Haier $\frac{1}{2}$ s. Norfolker Mehl 2 s. billiger.

Amsterdam, 25. Juli. Waizen poln. 10 fl. niedriger. Roggen unverändert. Rapps pr. Herbst 88 Lvl. Rüböl pr. Herbst 50$\frac{3}{8}$ fl.

Neueste Nachrichten.

München, 28. Juli. Der oberste Gerichtshof kassirte in der heutigen Sitzung das gegen den Rentner Karl Frölich aus Zweibrücken wegen Amtsehrenbeleidigung und Calumnie erlassene appellationsgerichtliche Urtheil, gegen welches derselbe den Kassationsrekurs ergriffen hatte, seinem vollen Umfange nach wegen unrichtiger Anwendung des Gesetzes und verordnete die Einstellung des Verfahrens gegen Frölich. In den sehr umfassenden Entscheidungsgründen ist ausgeführt, daß das k. Appellationsgericht die gesetzlichen Bestimmungen über Calumnie und Amtsehrenbeleidigung auf die vorliegenden Thatsachen irrig angewendet und mithin die Art. 367. 368. 370. 371 und 222 des Strafgesetzbuches vom Jahre 1810 verletzt habe. (N.M.Z.)

Magdeburg, 27. Juli. Bald nach Verurtheilung der freien Gemeinde in dritter Instanz hatte sich eine Anzahl Familien verständigt, zu einer neuen Religions-Gesellschaft zusammenzutreten, und in ihrem Auftrage zeigte Prediger Uhlich der Polizei eine Versammlung Behufs der Constituirung an. Aber das Polizei-Direktorium hat diese Versammlung verboten, und die Beschwerde darüber liegt jetzt der königl. Regierung vor. (Magdeb. Ztg.)

Der „Indép. belge" schreibt man aus Madrid vom 22. Juli: „Mehrere Deputirte, die den Tadelsantrag unterzeichnet hatten, waren bei O'Donnell und boten der Regierung ihre Unterstützung an. Der Marschall erklärte ihnen, daß er zwar die Zügellosigkeit und Anarchie bekämpfen, sich aber nie zum Werkzeuge der Reaktion hergeben werde. — Ueber den Hof sind unerfreuliche Nachrichten im Umlaufe. Es scheint, daß die Königin, ohne Zweifel von ihrer Umgebung überredet, dem Kabinet ihren Wunsch ausgesprochen hat, das Güterverkaufsgesetz und andere von den Cortes genehmigte Gesetze widerrufen zu sehen, was angeblich zwischen O'Donnell und dem Hofe eine bedeutende Verstimmung herbeigeführt hat. Die Königin soll dem Marschall sogar, falls er ihren Wünschen nicht entspreche, damit gedroht haben, Concha mit Bildung eines willfährigeren Kabinets zu beauftragen. Es soll sich auch um für Spanien wenig ehrenvolle Zugeständnisse gehandelt haben, durch die man bei dem römischen Hofe wieder in Gunst gelangen möchte. Es wird ferner stark darauf hingearbeitet, die Auflösung der konstituirenden Cortes zu bewirken, und es wird mich, da die Regierung dieser Maßregel ziemlich geneigt zu seyn scheint, gar nicht überraschen, wenn die Königin in Kurzem, von ihrem Vorrechte Gebrauch machend, die Auflösung der jetzigen Versammlung ausspricht. Schade dann nur, daß das Wahlgesetz nicht noch vor der Vertagung votirt worden ist! — General Rios hat der Regierung gemeldet, daß er zu Valencia eine furchtbare Verschwörung, in die viele Landleute verwickelt waren, entdeckt und zur Aufrechthaltung der Ordnung sein Vorsichtsmaßregeln verdoppelt habe. — Das hiesige Kriegsgericht hat erklärt, daß es die Befehlshaber der Milizbataillone nicht bestrafen werde, da sie bloß pflichtgemäß die Befehle ihrer Oberen befolgt hätten, auf denen allein die Verantwortlichkeit laste. — Die angeblichen Ermordungen einzelner Soldaten werden von der „Epoca" für unwahr erklärt." (Köln. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 211.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 31. Juli 1856

Deutscher Bund.

Auch die badische Pfalz hat ihr Votum gegen die Erhöhung der Tabakssteuer in einer Denkschrift abgegeben, welche manche interessante Aufschlüsse über die Stellung der inländischen Tabaksproduktion und über den Konsum von ausländischem Tabak im Inlande enthält. Nach Angabe dieser Denkschrift produzirt das Großherzogthum Baden jährlich an Tabak 160,000 Zentner, Rheinbayern 90,000 Zentner, Großherzogthum Hessen 30,000 Zentner, zusammen 280,000 Zentner. Dies ist das Quantum des unter dem Namen „Pfälzer" in den Handel übergehenden inländischen Tabaks. Es werden davon exportirt: 110,000 Ztr. als Zigarren im Werthe von 4 Mill. fl., 70,000 Ztr. in Blättern im Werthe von 2 Mill. fl., 100,000 Ztr. vertheilen sich im freien Verkehr des Zollvereins und haben einen Werth von 2 Mill. fl. Es kommen also auf den Tabaksdistrikt des Pfälzers 8 Mill. fl. jährlich, wovon 6 Mill. aus dem Auslande. (Augsb. Abdz.)

Die „Berl. Börsen-Zeitung" vom 27. Juli schreibt über die Erhöhung der Tabakssteuer: „Die Anträge, welche Preußen in der Zollkonferenz zu Eisenach hierauf gerichtet hat, werden dahin angegeben: 1) daß im ganzen Zollverein eine übereinstimmende, auf 1½ Thlr. per Ztr. ankommende Steuer von dem einheimischen Tabak eingeführt werde, wogegen die jetzt für inländischen Tabak in den Zollvereinsstaaten bestehenden Uebergangsabgaben wegfallen würden. (In Preußen beträgt jetzt die innere Steuer für Tabak im Durchschnitt der dort bestehenden verschiedenen Klassen circa 1 Thlr. pr. Ztr., während Bayern, Württemberg und Baden eine eigentliche Steuer von inländischem Tabak bis jetzt gar nicht erhoben.) 2) Daß der Zoll für fremden namentlich amerikanischen rohen Tabak von 4½ auf 6 Thlr. pr. Ztr. erhöht werde." (D. A. Z.)

Bayern. München, 28. Juli. Das Urtheil des Kassationshofes der Pfalz in der bekannten Untersuchungssache des Rentners und Kaufmanns Karl Frölich aus Zweibrücken wurde nach viertägiger Verhandlung heute publizirt und geht (wie schon gemeldet) dahin, daß dem Antrage des Kassationsklägers stattgegeben und das appellationsgerichtliche Urtheil vom 4. Mai l. Js. seinem vollen Umfange nach kassirt werde. Frölich reichte am 4. Sept. v. Js. die allgemein bekannte Reklamationsschrift bei der Kammer der Abgeordneten ein, in Folge deren die Wahlen in Zweibrücken-Pirmasenz vernichtet wurden. In dieser Schrift, worin er Thatsachen aufführte, wornach der Art. 25 des Gesetzes, „die Landtagswahlen betr.", verletzt wurde, soll er sich gegen mehrere Beamte der Pfalz der Amtsehrenbeleidigung und 6 Vergehen der Verleumdung schuldig gemacht haben. Nach durchgeführter Voruntersuchung stellte das Bezirksgericht in Zweibrücken das Strafverfahren ein, weil Frölich lediglich von einem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht habe und auch demgemäß keine Amtsehrenbeleidigung vorliege. Der Staatsanwalt erblickte jedoch in dieser Schrift die erwähnten Vergehen und erhob Opposition, worauf das Appellationsgericht die Sache zur Aburtheilung an das Zuchtpolizeigericht verwies und, nachdem daselbst die wegen der Inkompetenz dieses Gerichtes erhobenen Einreden verworfen worden waren und zugleich auf denselben Nachmittag Termin zur weiteren Verhandlung der Sache angesetzt war, ergriff Frölich den Kassationsrekurs gegen die kgl. Staatsbehörde, so daß also die weitere Verhandlung am Zuchtpolizeigericht suspendirt wurde. (Ueber die Verhandlung vor dem Kassationshof haben wir früher ausführlich berichtet.) Nachdem die Sache in mehreren geheimen Sitzungen berathen war, wurde heute Vormittags 9 Uhr das Urtheil publizirt und dem Antrage des Kassationsklägers konform das appellationsgerichtliche Urtheil kassirt. Die Entscheidung des Appellationsgerichts, daß im gegebenen Falle eine Amtsehrenbeleidigung und Kalumnie vorliege, wird als eine unrichtige bezeichnet, da man hiernach einerseits die Wahlreklamationen zulasse und demgemäß jedem Wahlmanne das ihm gesetzlich zukommende Recht bewahre, anderseits aber wieder einschreite, sobald man Thatsachen hiebei angebe. Jedenfalls passe aber auf die vorliegenden Thatsachen weder das Vergehen der Amtsehrenbeleidigung noch das der Verleumdung, sondern höchstens der falschen Denunziation, und daher habe auch das k. Appellationsgericht die Art. 222, 367, 368, 370, 371 falsch angewendet und verletzt. Ehe daher eine förmliche Untersuchung über die vorliegenden Thatsachen resp. deren Vorhandenseyn durchgeführt sey, erscheine jede weitere Verfolgung des Frölich als verfrüht und völlig unstatthaft. Daher sey das appellationsgerichtliche Erkenntniß in allen Punkten zu kassiren, die gegen Frölich angestellte Voruntersuchung ihrem ganzen Umfange nach zu vernichten und demselben die bereits erlegten 70 fl. Kassationsstrafe zu restituiren. (A. Abdz.)

° Aus Anlaß der von uns neulich veröffentlichten Artikel über die Bewaldung der Rhön ist uns von geehrter Hand die Notiz zugegangen, daß ein sehr guter Aufsatz unter der Ueberschrift: „Einiges über die bessere Bebauung der hohen Rhön" in der landwirthschaftlichen Zeitschrift für Unterfranken und Aschaffenburg 2. Jahr. 1838, Heft 1 S. 11—33 enthalten ist. Dieser Aufsatz, auf den wir diejenigen, welche sich für die Sache interessiren, aufmerksam zu machen nicht verfehlen wollen, weist auf der einen Seite auf die bessere Bebauung der Ardennen hin, welche mit der Rhön eine auffallende Aehnlichkeit haben, auf der andern Seite die Lokalkenntniß eines alten Rentamtmanns benützt, der sein Leben in und vor der Rhön zugebracht hat. Der Verfasser des Aufsatzes hat selbst mehrere Jahre in den Ardennen zugebracht und kennt auch die Rhön.

Aus Speyer, 28. Juli schreibt man der „Pfälz. Ztg.": „Ein Gerücht, das hier von Mund zu Mund geht, und jedenfalls nicht ganz aus der Luft gegriffen ist (aber doch auch, wie es scheint, der Bestätigung bedarf. D. Red.), darf ich ihnen nicht verschweigen. Es handelt sich um nichts weniger, als um die Erbauung eines zweiten großartigen Domes an der Stelle des ehemaligen Retschers, desjenigen Gebäudes, in welchem ehemals die Reichstage in der freien Reichsstadt Speyer abgehalten wurden, und im Jahre 1529 die der Lehre Luther's anhängenden Reichsstände gegen den Reichstagsabschied, welcher alle weitere Verbreitung des evangelischen Kultus verbot, eine Protestation einlegten, wober bekanntlich der Name „Protestanten" entstanden ist. Dieses Projekt soll in England seinen Ursprung gefunden haben, von einer englischen Gesellschaft betrieben und unterstützt werden, und zu diesem Behufe bereits von einem Einzigen die Summe von 100,000 fl. gezeichnet seyn."

Aus der Pfalz, 27. Juli. Am 21. d. M. hielten die protestantischen Diözesansynoden ihre Versammlungen. Bis jetzt bringen die „Evangelischen Blätter" bloß Berichte über die Synoden von Speyer und Germersheim. Aus den Beschlüssen der ersteren theilen wir mit: 1) Die Synode legt einstimmig den Wunsch dar, das Konsistorium möge sich dafür verwenden, daß in den öffentlichen Anzeigeblättern die Namen der Mütter unehelicher Kinder nicht mehr, wie bisher, verschwiegen würden, da dies nur zur Abstumpfung des Schamgefühls, nicht zu dessen Hebung diene; 2) die Mitglieder der Synode vereinigten sich dahin, daß gemischte Ehen, wobei die Brautleute der katholischen Geistlichkeit einen Revers auf katholische Erziehung der Kinder ausgestellt hätten, protestantischerseits nicht eingesegnet werden sollten; 3) dem Konsistorium soll der Wunsch zu erkennen ge-

geben werden, daß es alljährlich an die Genossen der unirten Kirche einen oder mehrere Hirtenbriefe erlassen möge, welche an einem bestimmten Sonntage von allen Kanzeln verlesen und auch durch Abdrücke in den Gemeinden verbreitet werden möchten. In der Synode zu Germersheim wurde der Wunsch beschlossen, „daß in der neu einzuführenden Agende lectio biblica und Sündenbekenntniß eine wesentliche Stelle erhalten und endlich ein Sabbatgesetz, dessen Forderungen jedoch nicht unter denen des Wortes Gottes bleiben dürften, baldigst zur Einführung kommen möge.“ Die Synode (heißt es in dem Bericht) versäumte nicht, gelegentlich des letztern Antrages „ihre ernsteste Entrüstung darüber auszusprechen, daß die pfälzische Eisenbahngesellschaft, durch Ermäßigung der Fahrtaxe am Sonntag, wesentlich zur Sabbathschändung, Entkirchlichung und Entsittlichung des Volkes beitrage! Wahrlich, solch' Unwesen fehlte uns noch!“ — Anderweitigen Nachrichten zufolge hat auch die Bergzaberer Synode beschlossen, bei dem Konsistorium zu Speyer wegen der zur Sonntagsentheiligung und Kirchenflucht veranlassenden sonn- und feiertäglichen Vergnügungszüge der Eisenbahnen Beschwerde zu führen. Dasselbe geschah auch in Obermoschel.

Die „Pfälzer Zeitung“ schreibt mit Bezug hierauf: „Die Ermäßigung der Taxen zu Sonntagsfahrten erstreckt sich bei unserer Bahn nur auf wenige, außerpfälzische Stationen und nur im Auslande werden Karten nach einigen diesseitigen Orten ausgegeben. Diese Ermäßigung wurde nur auf wiederholtes Ansuchen benachbarter Eisenbahnverwaltungen, mit denen die unsrige im Interesse der Bahngesellschaft das gute Einvernehmen pflegen muß, zugestanden. Dagegen hat die Direktion, in Uebereinstimmung mit dem Verwaltungsrath, das mehrseitig an sie gerichtete Ansuchen, auch innerhalb der Pfalz Sonntagsfahrten zu ermäßigten Preisen einzuführen, entschieden abgelehnt.“

Preußen. Die preußische Regierung hat die Genehmigung zum Beginn der Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Magdeburg nach Erfurt gegeben und es ist die Linie über Aschersleben, Eisleben, Artern und Sömmerda angenommen worden.

Berlin, 28. Juli. Wie die „Preuß. Corr.“ meldet, sind dem Frauenverein zur Unterstützung verschämter Armen in Berlin durch allerh. Kabinetsordre Corporationsrechte, soweit solche zur Erwerbung von Grundstücken und Kapitalien erforderlich sind, verliehen worden.

Anhalt. Der „Anhalt'sche Staatsanzeiger“ meldet aus Dessau unterm 26. d. die auf dessen Ansuchen bewilligte Entlassung des Staatsministers Goßler „unter Anerkennung seiner ersprießlichen Wirksamkeit und unter Vorbehalt seiner ferneren Dienste und seines Raths in besonders wichtigen Angelegenheiten.“ Einstweilen bleibt ihm auch noch die Verwaltung des Schuldenwesens. (Herr Goßler übernimmt bekanntlich die Generaldirektion der Dessauer Kreditbank.)

Oesterreich. Wien, 27. Juli. Wie bekannt, wurde in einem kaiserl. Patente vom 17. Januar 1850 festgestellt, daß Selbstmördern zwar in aller Stille, aber doch eine Ruhestätte auf dem Friedhof einzuräumen sey. Aus einem unterm 8. Juni an die politischen Behörden erlassenen Zirkular der böhmischen Statthalterei erhellt, daß diese Bestimmung in Folge der Art. 4, 10, 34 und 35 des Konkordates als aufgehoben zu betrachten sey. Nach diesen Artikeln sind auch alle Fälle, welche Begräbnisse betreffen, dem Ausspruch der Geistlichen anheimgestellt. Um jedoch den Seelsorgern die Mittel zur Beurtheilung eines jeden Falles an die Hand zu geben und den Anordnungen des Kirchenrechtes Rechnung zu tragen, werden die Behörden zur Sicherstellung der That und der freien oder gebundenen Ueberlegungskraft des Selbstmörders jedesmal eine ärztliche Obduktion einzuleiten und deren Resultat dem Seelsorger mitzutheilen haben. (Fr. J.)

Wien, 27. Juli. Der Fürst und die Fürstin Ghika sind bereits in unserer Stadt eingetroffen und der Fürst Stirbey wird erwartet. Der Letztere hat kurz vor seinem Scheiden von der Regierung der Wallachei mehrere Bojaren befördert und befohlen, seinen beiden Schwiegersöhnen, dem einen 4000, dem andern 3000 Stück Dukaten als Gratifikation auszuzahlen. Der außerordentliche Verwaltungsrath hat jedoch die Ernennungen und Schenkungen annullirt, und als Grund angeführt, daß diese erst geschehen seyen, nachdem von der hohen Pforte bereits die Enthebung des Fürsten von seinem Amte ausgesprochen worden sey. (Fr. Postz.)

§ Wien, 28. Juli. (Privat-Korrespondenz.) Die Linzer Handelskammer bereitet eine Eingabe an das Ministerium vor, in welcher dasselbe um Schutz der österreichischen Staatsbürger gegen die Schwierigkeiten im Getraideverkehr angegangen wird, welche sie in Bayern zu erfahren haben. Laut dem Vertrage vom 4. April 1853 hat die österreichische Regierung in allen Punkten die Förderung des freien Verkehrs gepflogen. Der Getraidehandel ist insbesondere ganz frei. Jeder Ausländer kann in Oesterreich frei mit Getraide handeln, einkaufen und ausführen, so viel er und wo er will. Jeder Bayer kann in Oesterreich Grundstücke erwerben und ungehindert seine ganze Fechsung nach Bayern führen, angekaufte Vorräthe ausführen, und, ohne ansäßig zu seyn, mit allen Gattungen von Produkten Handel treiben. — In Bayern hingegen muß der Oesterreicher dort ansäßig seyn, um mit Getraide handeln zu dürfen.*) Er muß es dann erst auf eine bayerische Schranne führen und dort feilbieten und darf es auf dem Wege zur Schranne an Niemanden verkaufen. Zur Ausfuhr seines selbstgebauten Getraides nach Oesterreich bedarf er der Erlaubniß des kgl. bayerischen Landgerichts, welche nicht selten verweigert wird, und muß sich hierbei ausweisen, wie viel er producirt hat. Auch darf die Ausfuhr nur mittelst bayerischer Fuhrwerke geschehen. Ausgenommen von diesen scharfen Bedingungen ist nur die Menge von zwei Scheffeln. Diese darf aber der österreichische in Bayern begüterte Grundbesitzer auch nur in dem Gränzbezirk nach Oesterreich ungehindert ausführen.**)

Aus Oberösterreich vom 18. Juli schreibt man der „Oesterr. Z.“: „Wiener Blätter enthielten vor einiger Zeit die Mittheilung, daß jüngst ein Schlepper aus Bayern mit circa 3000 Zentner Ladung direkt nach Wien expedirt worden sey. Diese Notiz hat zu der Ansicht geführt, als sey die besagte Expedition bereits eine Folge der Aufhebung des Privilegium der Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft. Die Sache verhält sich indeß anders. Zwischen dem Betriebsamte der k. bayer. Dampfschifffahrt und der Verwaltung der österreich. Dampfschifffahrts-Gesellschaft wurde in diesem Winter ein Uebereinkommen geschlossen, kraft dessen die Schleppkähne (Schlepper) der beiden Unternehmungen mit Ladung von oder nach Bayern von nun an direkt an den Bestimmungsort der Waare, also ohne Umladung, in Passau oder Linz von den Remorqueurs gegenseitig expedirt werden. Die genannte obige Expedition war nun eine solche direkte Schleppladung. Wie von Bayern nach Oesterreich, so haben auch aus Oesterreich (Pesth und Wien) bereits mehrere solche direkte Frachtfahrten stattgefunden. Die erwähnte irrige Auffassung scheint dadurch entstanden zu seyn, daß es in jener Notiz hieß Schlepper (Schlepper ist Schleppdampfer) statt Schleppkahn.“

Schweiz.

In Saxon, Kantons Wallis, wußten Unverständige und Böswillige das leichtgläubige Landvolk gegen die Eisenbahnbauten aufzureizen, so daß es die Signale der Ingenieure zerstörte und am 23. unter Sturmläuten die Arbeiter vertrieb. (Sch.M.)

Belgien.

Brüssel, 27. Juli. An allen Straßenecken macht ein großer Maueranschlag ein Schreiben des Herrn de Decker an den Bürgermeister bekannt, worin derselbe im Namen des Königs für die bei den Julifesten bewiesene Theilnahme und Liebe des Volkes dankt. Ebenso meldet der heutige „Moniteur“ eine neue Gnadenbezeigung, wonach aus Anlaß jener Feier 61 wegen Disciplinarvergehen verurtheilten Militärs ihre Strafe erlassen ist. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 27. Juli. Es wird Sie wundern zu hören, daß, während die Revolution ganz hart an unserer Gränze sich kundgibt, die Orleanisten, Fusionisten und Legitimisten noch Zeit und Muße finden, darüber zu streiten, ob der Graf von Chambord als Haupt der Fusion die weiße oder tricolore Fahne zu wählen habe. In einem Provinzialblatte wurde mitgetheilt, Berryer und Falloux hätten es beim Grafen v. Chambord durchgesetzt, daß derselbe sich endlich zur Anerkennung der Nationalfahne entschlossen habe. Kaum war diese Mittheilung

---

*) Das ist nicht richtig. Wer mit Getraide handeln will, muß ein Zeugniß über seine Ansässigkeit, gleichviel wo, beibringen. Die Red.

**) Es ist nicht zu erwarten, daß den Beschwerden der Oesterreicher abgeholfen wird, außer etwa in einigen Punkten von untergeordneter Bedeutung. Denn die Beschränkungen, worüber sie sich beklagen, gelten bei uns im Allgemeinen auch für die Inländer, und durch den Vertrag von 1853 hat Bayern den Oesterreichern allerdings gewisse Rechte zugestanden, aber natürlich nicht mehr Freiheit, als seine eigenen Unterthanen im eigenen Land genießen. Erfreulich ist bei der ganzen unerfreulichen Geschichte nur die Wahrnehmung, daß Oesterreich, auf das man sich so gerne beruft, wenn es gilt, an veralteten Einrichtungen festzuhalten, auf der Bahn freisinniger Behandlung des Verkehrs uns weit voran ist. Vielleicht geht bei uns doch auch einmal ein Licht auf. Die Red.

bekannt, als auch sofort alle legitimistischen Blätter gegen den „Moniteur du Loiret", gegen Hrn. Falloux und die Fusionisten zu Felde zogen. Wir erinnern uns seit Jahren keiner so heftigen Polemik. Eins dieser Blätter erklärt geradezu, daß selbst, wenn Graf v. Chambord, wie das doch im Bereiche der Möglichkeit liegt, auch ohne direkte Nachkommenschaft stürbe, die Royalisten den Grafen von Paris niemals anerkennen würden, falls sich dieser mit der dreifarbigen Fahne in der Hand dem Lande vorstellte. Der Graf von Paris muß Buße thun, und die Sünden seiner Vorfahren durch das weiße Unschuldskleid der Lilie sühnen. Glauben Sie ja nicht, daß wir scherzen. Die Leute machen auch keinen Spaß. „Der Graf von Paris", sagt der „Indépendant de l'Ouest", „der Graf von Paris ohne weiße Fahne ist nichts; er ist noch weit weniger als nichts in diesem katholischen und monarchischen Lande. Man kann nicht zugleich die Usurpation und die Legitimität vertreten, und man muß wählen. Man muß wählen zwischen der Tricolore und dem Drapeau blanc!" Man muß diese Kundgebungen lesen, um es zu glauben, wie wenig diese armen Menschen ihr Land verstehen, wie ganz sie ihre Zeit verkennen. (D.A.Z.)

* Paris, 28. Juli. Der „Moniteur" veröffentlicht einen Bericht des Ministers des Ackerbaues und des Handels bezüglich der beabsichtigt gewesenen Aufhebung der Zoll-Prohibitionen. Da die Kommission des gesetzgebenden Körpers nicht Zeit hatte, ihre Arbeiten über diese Frage zu vollenden und einige Fabrikanten die Resultate der permanenten Untersuchung der Administration in Zollsachen bestreiten und eine neue Untersuchung speziell zu dem Zwecke beantragt haben, den ihnen gegen die Konkurrenz des Auslandes nöthigen Schutz festzustellen, so genehmigt die Regierung auf Vortrag des Ministers diesen Wunsch, und setzt zu diesem Behufe eine Kommission ein, bestehend aus den Mitgliedern des Ober-Raths des Handels, des Ackerbaues und der Industrie. Am Schluß seines Berichts erinnert der Minister, daß die Regierung s. Z. beschlossen habe, daß die statt der Prohibitionen einzuführenden Zölle, erst vom 1. Juli 1858 in Wirksamkeit zu treten hätten. (Die Regierung hat also dem Geschrei der Fabrikanten nachgegeben.)

* Paris, 28. Juli. Der „Siecle" kommentirt heute den Artikel des „Moniteur" über Spanien in folgender Weise: „Der Artikel des „Moniteur" hat, unserer Ansicht nach, eine große Tragweite. Er gibt allen Regierungen einen ausgezeichneten Rath; er wird den Ehrgeiz jener Männer zurücktreiben, die auf die erste Kunde von den neuen Unglücken Spaniens hin sich gegen die Gränze, gegen jene Pyrenäen stürzten, die nur vor dem freien Gedanken-Austausch der spanischen und französischen Völker sinken, verschwinden werden. Der „Moniteur" erzählt mit vollkommen richtiger Würdigung die Crisen, welche Spanien schon seit vier Jahren durch die unüberlegten, unintelligenten Minister durchmachte, die im vollen Frieden, als es sich nur darum handelte, entschlossen den Weg des Fortschritts zu betreten, der tapfern, empfindlichen Nation den Handschuh hinwarfen. Auf diesen Theil der gouvernementalen Note werden wir ein anderes Mal zurückkommen, wir werden ihn benützen, um der französischen Regierung unsere vaterländischen Rathschläge zu ertheilen. Heute wollen wir nur von Spanien sprechen. Wir konnten nicht ohne Vergnügen die Wünsche lesen, welche die offizielle Note zu Gunsten eines konstitutionellen, auf die von Despotismus und Anarchie gleich weit entfernten Prinzipien von 89 basirten Gouvernements enthält, aber es scheint uns schwer zuzugeben, daß der Versuch O'Donnell's kein „Staatsstreich" gewesen sey. Zweifelsohne stand der Königin Isabella das volle Recht zu, ihr Ministerium zu modifiziren; die Ersetzung Esparteros und seiner Kollegen ist durchaus loyal, aber die darauf folgenden Maßnahmen sind eine Konstitutions-Verletzung. Diese Verletzung beginnt in dem Augenblicke, wo man die Cortes-Mitglieder auseinanderjagt, die sich auf Grund des Gesetzes versammelten und der Königin ihre ehrerbietigen Klagen vortragen wollten. Indem der „Moniteur" diesen Morgen das Wort nimmt, gibt er zweifelsohne eine Umschreibung der dem franz. Gesandten zugegangenen Instruktionen und offenbart die von O'Donnell zu befolgende Politik. Indem er den Akten und Tendenzen der der Königin Marie Christine ergebenen Minister eine verdiente Mißbilligung zu Theil werden läßt, deutet er genügend an, daß sich die Reaktion Narvaez' eben so wenig der Sympathien der französ. Regierung erfreuen wird, als eine carlistisch-mönchische Reaktion. Ohne der guten Absicht zu nahe treten zu wollen, müssen, bei dem Anblicke so großen Unheils, so vielen vergebens vergossenen Blutes, alle ehrlichen Leute mit uns beklagen, daß O'Donnell nicht verstanden habe, wie sehr die konstitutionelle Regierung durch die Entfernung Espartero's an Kraft verliere, und Unglück entstehen werde; sie werden bedauern, daß er nicht erkannte, daß die unversöhnliche Camarilla sich seiner nur als Werkzeug bedient, und sich seiner nach errungenem Siege zu entledigen streben wird. Schon weisen die Thaten, die zugestandenen Absichten O'Donnell's, sowie die Note des „Moniteur" eine Protestation gegen die unsinnigen Anforderungen der unverbesserlichen Camarilla auf. Nachdem wir unsere Ansicht über diese politische Seite der Note des „Moniteur" äußerten, bedarf es keiner Erwähnung, daß wir seine Würdigung des Ministerium Espartero nicht theilen. Das offizielle Blatt trägt der schwierigen Stellung dieses Ministerium, die aus dem traurigen Zustande der Halbinsel ersichtlich ist, nicht genügend Rechnung. Wir billigten die liberalen und demokratischen Tendenzen Espartero's und denken, daß der „Moniteur" vorgestern so besorgt, heute zu hoffnungsvoll an die baldige Wiederherstellung der Ruhe im Lande der „Lokalfreiheiten und der Pronunciamientos" glaubt."

Spanien.

† Madrid, 23. Juli. Die „Epoca" berichtet, daß die Königin zu den 150,000 Realen, welche sie an die verwundeten Militärs und Nationalgarden vertheilen ließ, noch 48,000 R. zu gleichem Zwecke fügte.

† Man liest in der „Epoca" vom 23. Juli: „Man schreibt uns vom 19. aus Granada, daß die Truppen, welche seit zwei Tagen unter den Waffen waren, sich zurückgezogen haben, da zwischen ihnen und den Insurgenten ein Waffenstillstand abgeschlossen wurde, bis man den Ausgang der Madrider Ereignisse kennen werde.

† Ueber die Vorfälle in Barcellona erhielt man heute offizielle Berichte. — Der Straßenkampf dauerte 30 Stunden; er wurde namentlich durch eine falsche telegraphische Depesche veranlaßt, welche berichtete, zu Madrid habe die Revolution gesiegt. — Die Truppen schlugen sich ausgezeichnet. — General Basols verließ, trotz seiner wohlbekannten progreßistischen Ansichten, seinen Posten keinen Augenblick und das Benehmen General Zapatero's ist um so bewunderungswürdiger, als er ohne alle Verbindung mit der Hauptstadt war und nicht wußte, was in Madrid vorging.

† Nach Briefen aus Saragossa v. 20.*) fuhr man in dieser Stadt mit Vertheidigungs-Vorbereitungen fort und unterhielt die Aufregung des Volkes durch eine Menge von Lügen. Jede halbe Stunde veröffentlichte man ein Bulletin mit einem Pronunciamiento aus irgend einem Punkte Spaniens. Niemanden war es gestattet, Saragossa ohne Spezial-Erlaubniß der Junta zu verlassen. Zwei Beamten des Gerichtshofes von Saragossa, den Herren Careaga und Barcenas, gelang es, nachdem sie ihre Entlassung genommen hatten zu entwischen. Alle Offiziere der reitenden Batterie der 5. Division und jene der beiden Fuß-Batterien der 2. Division sind zu Madrid angelangt, da sie sich nicht mit den Rebellen verbinden wollten. Die Offiziere des Stabs, welche zu Saragossa waren, zogen sich nach Valencia zurück. Die Junta hatte die Errichtung von Freikorps dekretirt, und am 19. publizirte sie eine Proklamation, um die Einwohner Saragossas zu veranlassen, die Heldenthaten von 1808 nachzuahmen.

† Malaga und Jaen sind noch immer friedlich pronuncirt, d. h. daß in diesen zwei Städten die Miliz und das Volk mit der Garnison nicht handgemein wurden. Die Regierung hat beschlossen, vorerst noch nicht zur Wiederorganisation der aufgelösten Bürgerwehr Madrid's zu schreiten.

Rußland und Polen.

Warschau, 25. Juli. Nach einem kaiserlichen Ukas vom 3. Juli, ist der Gerichtsstillstand in Zivilsachen, welcher des Kriegs halber im Mai v. J. für Militärpersonen angeordnet worden ist, jetzt wieder aufgehoben worden. (H. N.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Hamburg, 27. Juli. Die letzthin so ungünstigen Geldverhältnisse unseres Platzes haben sich entschieden gebessert. Der Diskonto ist von 7½pCt. auf 5pCt. wieder herunter gegangen und Geld reichlich vorhanden. (Köln. Ztg.)

Köln, 25. Juli. Heutige Börsen-Notirungen: Rüböl loko faßweise 45¾ Thlr. Br., in Partien 44¾ Thlr. Br., per. Oktbr. 44½ Br. 44 G. Waizen per Scheffel eff. 234pfd. 137½ a 43 Sgr., per 2⅝ Scheffel 12 a 12⅔ Thlr. Br.

Roggen per Scheffel in Partien 103 a 109 Sgr., per Novbr. 83 Sgr., do. 81 a 82 Sgr., per März 85 Sgr., do. 84 Sgr., per 2⅝ Scheffel in Partien 9 a 9½ Thlr. Br., per Novbr. 7⅓ Thlr. Br., do. 7 1/12 a ⅛ Thlr. Br., per März 7 2/12 Thlr. Br., do. 7⅓ Thlr. bez.

Spiritus, loko 42½ Thlr. Br., in Partien 42 Thlr. Br., rektif. 48 a 49 Thlr. per. 130 Quart a 90pCt.

---

*) Telegraphische Berichte gehen schon weiter.

Oel gut behauptet. Waizen in schöner Waare gesucht, ordinäre Qualitäten still. Roggen fest. pr. Herbst vermehrte Kauflust. Spiritus still. — Wetter warm, abwechselnd Gewitterregen.

Am Thore bezahlte man heute: Waizen pr. 236pfd. 12⅓ Thlr. Roggen pr. 220pfd. 9⅓ Thlr. Gerste pr. 180pfd. 5⅙ Thlr. Hafer pr. 2⅔ Scheffel 3⅔ Thlr. Aweelsaat pr. 2⅝ Scheffel 13⅓ Thlr. Kartoffel pr. Pfd. 4 Pfennig. — Es waren heute zum ersten Male einige kleine Fuhren neuen Roggens am Markte, der zu verschiedenen Preisen je nach Beschaffenheit der Waare verkauft wurde. Samen etwas flauer.

In Folge des hohen Ablaufs der Amsterdamer Auktion, welcher für braunen Zucker 6 a 6½ fl., für weißen 8 a 8½ fl. Erhöhung gegen Mai-Werth zeigt, haben die hiesigen Raffinerien Notirungen für Melis, Kandis und Farin um ⅔ Thlr. pr. 101 Pfd. erhöht, so daß sekunda Melis heute 20⅔ Thlr., prima 21⅓ Thlr., ord. sekunda 20⅓ Thlr., halbweiß Farin 19⅓ Thlr., gelb 16⅔ Thlr., halbweiß Kandis 23⅓ a 24 Thlr., gelb 22 Thlr. notirt wird.

Frankfurt, 30. Juli. Bei ziemlich stillem Geschäft waren die meisten Kurse etwas niedriger, insbesondere wurden österr. und Luxemburger Kreditaktien, National, sowie span Fonds beider Gattungen billiger verhandelt.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 102¾ ⅝ und Berliner Bankverein-Aktien zu 108½ umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1289P. 1281G. Neue Bankaktien 414 P. 409 G. Credit-Actien à 5pCt. 235½ P 233½G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83¼P. 83 G. 5pCt. Lombard-Ven. 89¾ P. 89½ G. Metall. alte à 5pCt. 81⅜P. 81⅛G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71⅝P. 71⅜ G.; à 4pCt. 63¾P. 63½G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛G. Loose à 500 fl. von **1834** — — P. — — G. à fl. 250 von **1839** 118 P. 117½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 102¾ P. 102½ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 278 P. 276 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. — P. 88½ G.; 4pCt. 94½P. 94G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94½ G.; 4½pCt. 101½ P. 101G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 101¾ P. 101½ G. 5pCt. 101¼P. 100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 150¾ P. 150¼G. Neustadt-Weissenb. 111½ P. 111 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117½G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91 P. 90½ G.; 4½pCt. 102⅞P. 102⅝G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 42¾ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¾ P. 82¼ G. **Kurhessen.** **40** Thaler-Loose b. R. 40 P. 39½ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 63 P. 62½ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100P. 99½G.; 4½pC. 102½P. 102 G.; Loose à fl. **50** 115½ P. 115 G.; à fl. **25** 34 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 413½ P. 411½ G.; junge 358½ P. 356½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109⅜P. 109⅛G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 48⅜ P. 48⅛G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 91 P. 90½ G., Loose à fl. **25** 32⅜P. 32⅛G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼P. — G.; à 3½pCt. 93⅛P. 92⅝G.; Bankaktien 119⅞ P. 119⅜G.; Taunus-Aktien 332 P. 330 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 85¼P. 84¾G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 518 P. 514 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39⅜ P. 39⅛ G.; 1pCt. neue 24⅜ P. 24¼ G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅝P. 118⅜G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G	Mail. i.S.Lr. 250k.S 101⅛P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S 93¾P. 93½G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝P. 93⅜G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96⅜P. 96⅛G.	Wien fl. 100 C. k.S. 116⅞P. 116⅝G.
Hamb. MB. 100 k.S 89⅛P 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅝P. 116⅜G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 29. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅛; 5pCt. Metall. 83 1/8; 4½ pCt. 73¼; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 — —; von 1854 105⅞; Bankaktien 1091; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 381⅞; Donau-Dampfschifffahrtsaktien —; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 285 2½. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅞. London 10. 4 B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München, 29. Juli. (Privat-Korrespondenz.) Für die fränkischen Kreisregierungen sind folgende Ernennungen erfolgt: Zu Regierungsräthen von Oberfranken wurden die Herren Regierungsassessor Herm. Faber und der kgl. Landrichter Bucher von Kissingen, zu Regierungsräthen von Mittelfranken der Herr Landrichter Nar von Eichstädt (der Abgeordnete und 1. Kammersekretär) und Herr Regierungsassessor Dubois von Ansbach, und zu Regierungsräthen von Unterfranken die Herren Regierungsassessor Henner, Regierungsassessor Meßerer und Landrichter v. Hörmann von Brückenau ernannt.

(Post-Dienstes-Nachrichten.) Der Assessor und Betriebs-Inspektor bei dem Kanalamte Nürnberg, W. Deppert, wurde zum Assessor bei der Generaldirektion der kgl. Verkehrsanstalten, der Ingenieurassistent J. G. Laubmann zum Betriebsingenieur 3. Klasse bei dem Oberpost- und Bahnamte München und der Eisenbahn-Assistent F. Rambauer zum Eisenbahn-Offizial 3. Klasse bei gleichem Oberamte ernannt. — Auf Ansuchen wurden die Ingenieur-Assistenten A. Rahm, Franz v. Stockar, G. Mack, J. Hilgard und L. v. Schlichtegroll ihrer bisherigen Dienstesverhältnisse enthoben. Dieselben werden bei der Ostbahn beschäftigt.

Wien, 29. Juli. Der Kaiser war um 2 Uhr Nachmittags mit dem toskanischen Erbprinzen nach Aussig abgereist, sodann nach Teplitz, wo sicherem Vernehmen nach eine Zusammenkunft mit dem König von Preußen bevorsteht. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Der „Indep. Belge" schreibt man aus Madrid den 23. Juli: „Gestern sprach man allgemein von einem durch Thätlichkeiten gewürzten Streite zwischen O'Donnell und Concha im Beiseyn der Königin und des Generals Serano. Die Staats-Anwaltschaft fängt an, gegen die Journale eine gewisse Strenge zu entfalten. Die „Iberia" und zwei demokratische Journale wurden gestern und erstere auch heute mit Beschlag belegt. Die progressistischen und demokratischen Blätter beschränken sich daher einstweilen fast ganz auf den Abdruck der Nachrichten und Artikel, welche von den regierungsfreundlichen Blättern veröffentlicht werden. Der General-Kapitän von Sevilla hat das Forterscheinen eines religiösen und absolutistischen, so wie eines demokratischen Journals untersagt. — In Folge der zu Valencia entdeckten Verschwörung sind dort zahlreiche Verhaftungen erfolgt; die wichtigste ist die des bekannten Demokraten Orense, Marquis d'Albaida, den man in die Zitadelle eingesperrt hat."

Aus Carrara, 20. Juli, bringt die „Italienische Corr." folgenden Brief, der einige Auskunft über die Veranlassung zu den Unruhen gibt, deren Ausbruch vorgestern in einer *telegr.* Depesche gemeldet wurde: „Bekanntlich wurde in Folge der vor einigen Monaten in hiesiger Stadt vorgefallenen Ermordungen eine Militärkommission in Massa ernannt, damit dieselbe durch gerichtliche Maßnahmen diese Verbrechen bestrafen und ähnlichen Missethaten vorbeugen solle. Als diese Kommission, die aus streng der herzogl. Regierung ergebenen Männern zusammengesetzt, erklärte, daß bei diesen Verbrechen die Politik nicht in's Spiel komme, und daß namentlich die liberale Partei weder mit den Mördern, noch mit den Ermordeten in mittelbarer oder unmittelbarer Beziehung stehe, so wurde ein österreich. Auditeur, mit Namen Ghol, geschickt, der an der herzogl. Kommission in Massa Theil nehmen sollte. Dieser Ghol hat in den politischen Prozessen zu Comorn, Mantua und Verona eine Rolle gespielt. Ein Mensch aus Reggio gab sich für einen politischen Flüchtling aus, kam nach Toskana, spielte den politischen Martyrer, täuschte Manche und entwarf nun eine Liste der Liberalen im Herzogthume Modena. Diese Liste wurde dem Auditeur Ghol eingehändigt, der nun sofort zahlreiche Verhaftungen vornahm. Die Gefängnisse sind mit diesen vermeintlichen Verbrechern überfüllt. Der Advokat Brizzolari ist schon seit 16 Monaten in Haft und weiß heute noch nicht, warum, da man noch nicht einmal das erste Verhör mit ihm vorgenommen hat." (Was die „Ital. Corr." da von dem Verfahren des österreichischen Auditors erzählt, wäre eine so grobe Verletzung der Souveränetät Modena's, wie man sie der österr. Regierung kaum zutrauen kann. Eher ist anzunehmen, daß die „Ital. Corresp.", wie in manchen andern Dingen, so auch hier entweder übel berichtet war, oder mit Fleiß Falsches für wahr ausgibt.)

Walker hat den Präsidenten von Nicaragua, seine Creatur, Don Patrizio Rivas, abgesetzt und sich selbst an seiner Stelle zum Präsidenten gemacht. In Costa Rica sind General Mora, Oberbefehlshaber des Heeres, und der Staatssekretär an der Cholera gestorben. (K. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 212. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 1. August 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Ludwigshafen, 30. Juli. Ueber die Entstehung des Gerüchts bezüglich der Erbauung eines großen protestantischen Domes zu Speyer erfahren wir aus zuverlässiger Quelle folgendes Nähere und Berichtigende: Die unschöne protestantische Kirche in Speyer sollte einer durchgreifenden Reparatur unterworfen werden, zu welchem Zwecke auch Se. Maj. der König von Preußen bei seiner Anwesenheit in Speyer im vorigen Herbst einen ansehnlichen Beitrag gewährt hatte. Bei Berathung der Pläne und Kostenanschläge tauchte im dortigen Presbyterium die Frage auf, ob es nicht vortheilhafter wäre, die Kirche ganz niederzureißen und neu aufzubauen. Diesen Gedanken hat, wie es scheint, ein Geistlicher weiter ausgesponnen und bei Gelegenheit einer Synodalversammlung im Ernste den Vorschlag gemacht, in der alten Reichsstadt Speyer an der Stelle, wo die Protestanten ihren Namen erhielten, als bleibendes Denkmal einen großen Dom zu erbauen. Die Geldmittel dazu sollten durch Sammlungen in Deutschland nicht nur, sondern auch in Frankreich, Holland, England, überhaupt in der ganzen protestantischen Welt aufgebracht werden. Ein Beschluß über diesen gewagten Vorschlag wurde natürlich nicht gefaßt und derselbe ist demnach jetzt bloß Projekt. Was in Speyer über die bereits zugesagte Unterstützung des Unternehmens von Seiten der Engländer, von denen auch der Plan ausgegangen sey, erzählt wird, das gehört in den Bereich jener Ausschmückungen, mit denen jedes unbestimmte im Volk umlaufende Gerücht verziert wird. (Pf. Z.)

Preußen. Berlin, 29. Juli. Die Berliner „Börsen-Zeitung" sagt: „Wir hören, daß das Handelsministerium auch einzelne Kaufleute zur gutachtlichen Aeußerung über die Ausdehnung des Verbots der Zahlenleistung in fremdem Papiergeld auf die Appoints von 10 Thlrn. und darüber aufgefordert hat. Soweit uns bekannt geworden ist, haben alle die Stimmen, die sich hier in Berlin infolge jener Veranlassung auszusprechen hatten, gegen eine solche Ausdehnung votirt."

Sachsen. Neustadt, 28. Juli. Gestern verließ der Advokat Dr. Schaffrath, bekannt als früherer Landtags- und Reichstagsabgeordneter, unsere Stadt, um sich als Advokat in Dresden niederzulassen. 1842 trat er, noch sehr jung, als Advokat hier auf, wurde sehr bald Mitglied, beziehentlich Vorsteher der Stadtverordneten und blieb dies bis jetzt fast ununterbrochen, indem er nur von 1846—49 erst Mitglied des Stadtraths, dann Stadtrichter war." (D.A.Z.)

Oesterreich. Wien. Die „Presse" schreibt: „Sehen wir uns ein wenig die Tantièmen der Verwaltungsräthe bei der Kredit-Anstalt an. Der Reingewinn dürfte dort nach den bisherigen Ergebnissen im ersten Jahre weit über 12 Mill. betragen. Acht Millionen waren schon Ende Juni, also in der ersten Hälfte des Jahres gewonnen. Nehmen wir aber zur Abrundung der Rechnung nur 10 Millionen. Davon entfällt auf den ganzen Verwaltungsrath statutenmäßig ein Zehntel oder eine Million. Der Verwaltungsrath hat gegenwärtig nur 18 Mitglieder; wäre er aber auch vollzählig, so hätte er 20, und somit kämen auf jedes mindestens 50,000 fl. Die Sitzungen sind bei dieser Anstalt halbmonatlich, also im ganzen Jahre 24. Jede zu 2 Stunden macht 48 Stunden jährlich, oder über 1000 fl. per Stunde für die Leistungen eines fleißigen Verwaltungsrathes. Von jenen Herren, die sich die Sache etwas bequemer machen und ein halbes Jahr auf ihren Gütern oder in einem Bade zubringen, oder sonst mitunter von Zahnschmerzen geplagt werden, beträgt aber gar die Entschädigung für ihre Mühe 2000, sage zweitausend Gulden per Stunde."

Dänemark.

Holstein. Der Herausgeber der „Elmshorner Nachrichten", eines kleinen Lokalblattes, benutzte die durch die Unterdrückung des „Itzehöer Wochenblatt" eingetretenen günstigen Umstände zur Vergrößerung des Formats seines Blattes und veränderte überdies den Titel desselben in: „Elmshorner Wochenblatt und Nachrichten". Seit zwei Monaten erschien nun dieses Blatt unangefochten, eines immer größer werdenden Leserkreises sich erfreuend. Da kam Minister v. Scheele in's Land, und schon am zweiten Tage seiner Anwesenheit wurde dem Buchdrucker Dieck der ministerielle Befehl zugestellt, das Elmshorner Wochenblatt nicht weiter in dem neulich vergrößerten Format erscheinen zu lassen, und fügte der Minister sehr naiv hinzu, daß es dem Buchdrucker Dieck jedoch erlaubt bleibe, die Elmshorner Nachrichten in der frühern Weise (wie sie seit fünf Jahren erschienen waren und als solche in einen sehr beschränkten Leserkreis Eingang fanden) wieder herauszugeben. Hr. Dieck hat sich dem Befehle gefügt, weil er noch Aergeres zu befürchten hatte, nämlich die Entziehung des Druckereiprivilegium; der Verlust, den er durch die Gewaltmaßregel erlitten, ist jedoch kein geringer. (D. A. Z.)

Großbritannien.

London, 28. Juli. Smith O'Brien hat es dem Andringen seiner Freunde gegenüber wiederholt abgelehnt, die politische Laufbahn wieder zu betreten und sich um irgend eine erledigte Parlamentsstelle zu bewerben.

Frankreich.

Paris, 29. Juli. Die neuesten telegraphischen Berichte von der spanischen Gränze theilen mit, daß mehrere Mitglieder des revolutionären Ayuntamiento von Saragossa ihre Entlassung gegeben haben, und daß die Einwohner, als sie sich von den Führern der Aufständischen getäuscht sahen, die ihnen fälschlicher Weise die Versicherung gegeben hatten, daß die Insurrektion in Madrid und auf anderen Punkten des Landes gesiegt habe, sich zu unterwerfen verlangten. Zwischen den Einwohnern und einer von Außen gekommenen Kompagnie Milizen war es zu einem Kampfe gekommen, wobei die Letztere entwaffnet wurde. (Fr. J.)

Paris, 29. Juli. Der „Moniteur" verkündet heute das Gesetz für Einschreibung dreier Renten von zusammen 600,000 Franks zu Gunsten der Prinzessinnen von Orleans und ihrer Erben. (Es scheint demnach keine derselben diese Schenkung zurückgewiesen zu haben.) Das kaiserliche Promulgationsdekret ist aus Plombieres vom 10. d. datirt.

Paris, 29. Juli. Der „Moniteur algérien" meldet, daß die Getraideärnte in Algerien ausgezeichnet ausgefallen sey.

* Für das Napoleonsfest am 15. August ist dem Staatsminister ein außerordentlicher Kredit von 110,000 Fr. eröffnet; ein anderes Dekret bewilligt einen Supplementarkredit von 120,000 Fr. zu den für die Tauffestlichkeiten des Prinzen bestimmt gewesenen 700,000 Fr.

Das Gerücht von der Abberufung des Marquis Turgot aus Madrid ist keineswegs aus der Luft gegriffen, schreibt der „Allg. Z." einer ihrer Pariser Berichterstatter; aber den Anlaß dazu erzählt er anders, als neulich die „D. A. Z." Er sagt nämlich: „Seit längerer Zeit war es hohen Orts bekannt, daß Turgot an der Förderung des Kredits und der öffentlichen Arbeiten in Spanien ein sehr großes Interesse nimmt, und insbesondere der spanischen Unternehmungen des großen Credit mobilier sehr nahe steht. Bekanntlich sieht der Kaiser solche Vertraulichkeiten zwischen Staatsbeamten und Aktiengesellschaften sehr ungerne. Da man mit den diplomatischen Leistungen des Marquis Turgot nicht unzufrieden zu seyn scheint, und doch über seinen Posten zu verfügen wünscht, so soll obiger Umstand als Vorwand dazu herhalten. Die Ernennung seines Nachfolgers wird eine politische Manifestation seyn, sie wird nämlich einen Mann treffen, welcher noch schärfer als der Marquis Turgot das imperialistische System vertritt, und zugleich eine eclatante Bürgschaft der Sympathien des Kaisers für Spanien und dessen Königin ist." (Herr Turgot befindet sich jedoch zur Zeit noch in Madrid.)

General Ruiz, Ex-Gouverneur von Girona, der sich dort gegen die neue Regierung erhoben hatte, ist in Perpignan angekommen, das ihm zum Aufenthaltsorte angewiesen worden. Er wurde, als er auf französischem Boden anlangte, verhaftet.

Spanien

† Madrid, 25. Juli. Getödtet wurden während der Insurrektion zu Madrid an Milizen und Bürgern 69. Die Zahl der Verwundeten kann nicht angegeben werden, da die meisten sich nicht in den Spitälern, sondern zu Hause befinden.

Von O'Donnell's Persönlichkeit entwirft ein Augenzeuge mit Beziehung auf die im Jahre 1854 durch ihn erregte Revolution nachstehendes Bild: „O'Donnell ist eine ganz aristokratische Erscheinung. In seiner Haltung und seinen Manieren liegt viel edelmännische Distinktion. Er ist in allem das vollständige Gegenbild von Espartero. Während dieser in seinem ganzen Wesen den stark ausgesprochenen Typus des Spaniers trägt, weist die stattlich korpulente Figur, das runde volle Antlitz, das lichte Auge und die frische fast blühende Gesichtsfarbe des Erstern auf dessen nordische Abkunft hin. Sein Haar ist vor der Zeit gebleicht, zum wenigsten stimmt sein noch jugendliches Aussehen nicht mit jenem Schmuck des Greisenalters. In seinem Aeußern spricht sich viel Kraft und Entscheidung aus; um seine Mundwinkel spielt ein feiner, sarkastischer Zug und in seinen meist niedergeschlagenen Augen lauert ein aufmerksam beobachtender, fast tückischer Blick. O'Donnell besitzt viel Gewandtheit in den Staatsgeschäften, und auf der Tribune hat er ein Rednertalent, eine Geistesgegenwart und eine Kaltblütigkeit entfaltet, an welcher die spitzigsten Pfeile seiner Gegner erfolglos abprallten. Die Cortes fühlten sein Uebergewicht und fürchteten seinen überallhin reichenden Einfluß. Dessenungeachtet hat O'Donnell keine einzige politische Partei für sich, auf die er sich in einer entscheidenden Krisis stützen, auf deren aufopfernde Hingebung er mit Zuversicht rechnen dürfte. Er hat sich so ziemlich in allen Lagern herumgetummelt und ist durch das häufige Wechseln seiner Farbe natürlich allen Parteien verdächtig geworden. Niemand traut ihm, weder die Moderados noch die Progressisten, weder Volk noch Heer, und vielleicht gerade deßhalb, weil man ihm nicht traut, traut man ihm Alles zu."
(D. Allg. Ztg.)

Barcellona, 26. Juli. Es herrscht hier wieder die gewöhnliche Ruhe. Die meisten Fabriken haben schon ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Es befindet sich hier jetzt eine Truppenmacht von 16,000 Mann unter dem Kommando des Generals Zapatero. In den Umgegenden aber ist die Ordnung noch nicht ganz gesichert. Die Aufständischen, welche am 21. sich aus Barcellona flüchteten, durchstreiften das flache Land, zwangen die Bauern, ihnen zu folgen, und haben sich nun mit diesen auf die Gebirge in der Nähe Barcellona's zurückgezogen.

Die „Epoca" schreibt: Eine aus Paris empfangene Depesche berichtet, daß der Infant Don Juan de Borbon (Sohn von Don Carlos) am 19. aus London verschwunden ist, nachdem man dort Nachrichten über die Vorgänge in Madrid erhalten hatte. Die Carlisten, sagt man uns, beginnen sich zu regen, indem sie auf Krieg zwischen den liberalen Parteien ihre Hoffnung bauen. Diese Hoffnungen werden aber bald verschwinden.

Portugal.

Lissabon, 22. Juli. Am 19. d. schloß der König die Cortes mit einer Thronrede, die dem Lande Glück wünscht zu seiner politischen Ruhe und die durch die Cholera angerichteten Verheerungen beklagt.
(Fr. Pstz.)

Italien.

Wien, 28. Juli. Das kaiserl. Kabinet ist in Einem Zuge mit den neapolitanischen Angelegenheiten im vollsten Maße beschäftigt. Besonders lebhaft ist derentwegen seit den letzten Tagen der Depeschenwechsel zwischen Paris und Wien. Das Tuilerienkabinet, das sehr gerne jeder für Oesterreich aus der hartnäckigen Haltung des neapolitanischen Gouvernements erwachsenden Verlegenheit aus Rücksichten für den Wiener Hof, welche neuestens stärker denn je hervortreten, begegnen möchte, hat dem Wiener Kabinet die an die Westmächte ergangene letzte Note der neapolitanischen Regierung in Abschrift mitgetheilt, und gleichzeitig die Erklärung abgegeben, daß das Gouvernement des Kaisers Napoleon mit den in dieser Note ausgesprochenen Grundsätzen im höchsten Grade unzufrieden sey, und man in Gemeinschaft mit England allen Ernstes zur Anwendung von Maßregeln entschlossen sey, die den gerechten Ansprüchen der Westmächte, sowie ihrem von Neapel bestrittenen Rechte, sich in die innere Regierungspolitik dieses Staates, welche nach den Anschauungen des Tuilerienkabinets einem gewaltsamen Heraufbeschwören der Revolution über ganz Italien gleichkommt, volle Geltung verschaffen sollen. Die Mittheilung der „innersten Absichten" des Tuilerienkabinets ist abermals als eine indirekte Aufforderung an Oesterreich zur wirksamen Intervention in dieser Frage anzusehen, die in langsamer Weise mehr und mehr einer mit der Zeit schwer lösbaren Verwickelung entgegenschreitet. Natürlich kann man hier in Wien, theils schon aus Rücksicht für das sich gegen Oesterreich so delikat zeigende Frankreich, theils wirklich aus Besorgniß vor der höchst bedenklichen Situation, in die Oesterreich bei einer in Aussicht gestellten westmächtlichen Intervention in Neapel gerathen würde, nicht gleichgültig bleiben, und wird die Vorstellungen am neapolitanischen Hofe, und zwar diesmal in der Weise fortsetzen, daß das neapolitan. Kabinet kaum länger darüber im Zweifel seyn dürfte, wie ernstlich es Oesterreich daran gelegen sey, daß Neapel seinen Konflikt mit den Westmächten ausgleiche, und im Falle es solches doch unterließe, daß es weder auf den moralischen noch anderweitigen Beistand Oesterreichs einen ferneren Anspruch mehr hätte. (?) In diesem Sinne wird nun von dem Wiener Kabinet eine neue Note vorbereitet, die der kaiserl. österr. Gesandte General Martini mit nächstem bereits dem Hofe von Neapel kommuniziren dürfte. Man schmeichelt sich hier mit der Hoffnung, daß König Ferdinand von Neapel, sobald er die Ueberzeugung erlangt haben wird, nicht länger auf die moralische Unterstützung Oesterreichs pochen zu dürfen, gewiß nicht länger die Saiten so straff spannen werde. [In Neapel aber denkt man: Worte, Worte, nichts als Worte! Vielleicht verspricht man am Ende auch etwas; aber in Wirklichkeit wird doch Alles beim Alten bleiben. In Neapel weiß man gar wohl, daß Frankreich und Oesterreich nicht mehr thun kann und will, als — Vorstellungen machen.]
(Deutschl.)

In Neapel sollen einige Verhaftungen stattgefunden haben, u. A. die eines Handlungskommis, der schon bei den Unruhen im Jahre 1848 stark betheiligt war und Lazzaroni für das damals gebildete Freikorps anwarb.
(Fr. Pstz.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 18. Juli. Die Regierung nimmt allem Anschein nach einen ernsten Anlauf, um mit einer Menge materieller Neuerungen und Reformen rasch vorwärts zu gehen. Es ist zunächst bemerkenswerth, daß sie der Dampfschiffahrt eine große Aufmerksamkeit zugewendet und durch rasch auf einanderfolgende Ankäufe von dergleichen Fahrzeugen aller Größen die Absicht durchblicken läßt, auf eigene Hand See- und Flußlinien zu etabliren. Seit längerer Zeit spricht man von einer Befahrung des Euphrat mit Dampfschiffen. Es soll nun auch im Werke seyn, inwiefern die kleinsten Flüsse des Reichs für solchen Verkehr zugänglich zu machen seyen. In dieser Hinsicht spricht man von der Maritza, dem Kisil- und Jeschil-Irmak, dem Sangariastrome und anderen.
(Nat. Z.)

Man liest in der „Presse d'Orient" über die beiden nach telegraphischen Depeschen aus Marseille bereits bekannten Vorfälle: „Zwei ernste Berichte kommen uns von Trebizond und dem schwarzen Meere zu. Der englische Oberst Giles, welcher Kommissär seiner Regierung bei der otomanischen Regierung von Anatolien war, wurde von Kertsch nach Kars geschickt, um dort die Uebergabe von Kertsch mitzutheilen und Kars von den Russen zu Uebernehmen. Die Russen erklärten ihm, daß Kars erst nach Abreise der letzten französischen, englischen und sardinischen Truppen zurückgegeben werde. (Demnach scheint es, die Russen wollen mit der Herausgabe von Kars warten, bis das russische Gebiet gänzlich von fremden Truppen geräumt ist, nicht aber das türkische, wie es neulich hieß.) Außerdem verwehrte der in Kars kommandirende russische General dem Oberst Giles die Stadt zu besichtigen. Oberst Giles schickte sofort einen Kourier nach Konstantinopel ab. Im schwarzen Meere boten die Schlangeninseln den Vorwand zu einer noch sonderbareren Prätention. Seit mehr als einem Monat hatte die Pforte eine Kompagnie Soldaten mit dem zur Erbauung eines Leuchtthurms nöthigen Material dahin abgeschickt, der auch aufgestellt und beleuchtet wurde. Vor 6 Tagen, sagt man nun, kamen russische Truppen auf der Hauptinsel an, zwangen die Türken sich zurückzuziehen und löschten das Leuchtfeuer aus. Ein englischer Kommissär, der General Mansfield, geht heute (17.) nach den Schlangeninseln ab.

Aegypten.

• Eine Korrespondenz aus Alexandrien, 12. Juli, erzählt nachstehenden Vorfall: Sechs Kisten mit Depeschen, zur indischen Post (europ. Post vom 27. Juni) gehörig, fehlten, als der Dampfer von Suez abging und können nun erst mit dem nächsten Dampfboote befördert werden. Eine dieser Kisten ist für Calcutta, 2 für Madras, 1 für Bombay, 1 für Maurica, die letzte für die Reunion-Insel bestimmt. Die Verzögerung fällt Niemand zur Last und ist ganz zufällig. Diese Kisten waren auf ein Kameel der Karabane geladen worden, welche die Depeschen von Alexandrien nach Suez brachte, aber das

Thier verließ, vom Schwindel befallen, die Karabane, ohne daß man es wieder erwischen konnte und ergriff sammt den Depeschen, die es trug, die Flucht. In Suez angekommen hat man den Kapitän des „Caire", seine Abfahrt zu verschieben, während man das verlaufene Kameel suchte; da er aber vergebens vom 7. auf den 8. Abends gewartet hatte, mußte er abgehen Das Kameel wurde erst 24 Stunden später gefunden, glücklicherweise trug es noch alle Kisten unbeschädigt auf dem Rücken.

Rußland und Polen.

Man schreibt der „Deutschen Reichs-Zeitung": „Seit der Thronbesteigung Alexander's II. hat die Presse in Rußland und Polen einer ungewohnten Freiheit genossen Die Journale wagten schon, in ziemlich liberalem Geiste sich einer Erörterung öffentlicher Fragen hinzugeben, die Jedermann erstaunen machte; auch sah man die ausländischen Zeitungen nicht mehr mit ausgeschnittenen Löchern oder mit schwarzen Trauerfarben die Abonnenten besuchen. Diese Milde und Nachsicht hat nur kurze Zeit gedauert. Nach den neuesten Befehlen vom Ober Censur-Collegium des Reiches soll wieder streng auf die alte Ordnung gesehen, sollen also alle Blätter wieder wie früher vor der Vertheilung von der Censur genau untersucht werden."

* Der „Moniteur de la Flotte" berichtet, daß die russische Regierung beabsichtigt, eine wissenschaftliche Reise um die Welt ausführen zu lassen, deren Leitung einem der ausgezeichnetsten Offiziere der kaiserlichen Marine anvertraut werden soll. Es ist dies die 39. Reise um die Welt, welche die Russen seit 1803 machen. Die erste fand unter der Leitung des Schiffskapitäns Krusenstern statt, der die „Nadejda" befehligte und seitdem Admiral wurde. Die berühmtesten Reisen nach der Krusenstern's waren seitdem: Golovine, auf der „Diana" von 1807 bis 1809; Lazareff auf dem „Suwarow" von 1813 bis 1816; Kotzebue auf dem „Rurick" von 1815 bis 1818; Wassilieff auf der „Découverte" von 1819 bis 1822; v. Wrangel auf der „Helene" von 1825 bis 1827; Lütke auf dem „Seniavin" von 1826 bis 1829; Schantz auf dem „Amerika" von 1834 bis 1836. Die letzte war jene, welche Nevaskoi auf dem „Baikal" von 1848 bis 1851 unternahm. Alle Offiziere, welche diese Fahrzeuge befehligten, wurden Generale in der Flotte. Die diesmalige Expedition wird im nächsten September von Kronstadt abgehen und aus 2 Corvetten bestehen.

Amerika.

Centralamerika. Der Ton der Proklamation, welche Walker am 20. Juni veröffentlicht hat, charakterisirt ihn so sehr, daß wir den Wortlaut hier folgen lassen: „An das Volk von Nicaragua. Ich bin nach Nicaragua gekommen, um dessen Frieden und Wohlstand zu befestigen. Zu diesem Zwecke unterschrieb ich den Traktat vom 23. Oktober vorigen Jahres und half die kraft desselben organisirte Regierung aufrechterhalten. Die Regierung jedoch, weit entfernt, mir beizustehen, diesen Traktat zu verwirklichen, hat Hindernisse in den Weg gelegt, und ist so weit gegangen, daß sie sich bemüht, einen Bürgerkampf im Freistaat heraufzubeschwören. Es mag sonderbar erscheinen, aber die frühere Verwaltung von Rivas hat versucht, Unruhen und Schwierigkeiten und Krieg zwischen dem Volke und den hierher gerufenen Amerikanern anzustiften. Nicht genug, daß die Amerikaner alle Krankheiten von Grenada ertragen mußten, um die frühere provisorische Regierung zu konsolidiren, und für die Dienste, die sie mit so viel Krankheiten und Verlusten geleistet haben, keinen Lohn erhielten — nicht genug, daß sie ihr Blut vergossen haben, um dem Staate den Frieden und die Ehre zu wahren, um dafür von der Regierung nicht einmal das Allernothwendigste zur Fristung ihrer Existenz zu erhalten, — Undankbarkeit allein genügte nicht, um den Heißhunger nach Niederträchtigkeit zu befriedigen, der die Eingeweide der Regierung verzehrte, sondern Verrath war nothwendig, um der Gier nach Verläumdung und Verachtung zu genügen. Sie trachten ihre Schuld den Amerikanern dadurch heimzuzahlen, daß sie das Volk gegen ihre Wohlthäter aufstacheln. Somit ist es offenbar, daß die bisherige provisorische Regierung nicht allein ihre, den Amerikanern geleisteten Versprechungen und dem Volke schuldigen Pflichten nicht erfüllt hat, sondern des ungeheuren Verbrechens schuldig ist, die Bürger zum Bürgerkrieg aufgereizt zu haben. Sie hat sich zu diesem Zwecke mit den offenen, bewaffneten Feinden der Republik, mit den Truppen ungebildeter Wilden verbündet, um die Ebenen Nicaraguas zu überschwemmen. Ueberdies hat die Regierung versucht, ihre Existenz zu verlängern, indem sie dem Volke das Vorrecht entzog, seine eigenen Regierer zu wählen. Und um noch mehr ihren Haß gegen die Freiheit zu beweisen, hat sie einen Patrioten aus Cuba ausgewiesen, der, an seinem eigenen Vaterland in diesem Augenblicke verzweifelnd, in diesem Lande die Ehre anstrebte, für Freiheit und Fortschritt fechten zu dürfen. Bei solch' gehäuften Verbrechen, ist die bisherige provisorische Regierung nicht würdig, weiter zu bestehen. Im Namen des Volkes habe ich somit ihre Auflösung erklärt und eine provisorische Regierung eingesetzt, bis das Volk seine angestammten Rechte ausübt, sich seine Regierung wählen zu dürfen. Will. Walker." Vier Tage später war Walker begreiflicher Weise „gewählt". In der That war er es doch schon längst, was er jetzt auch dem Namen nach ist.

° Es wurde schon gemeldet, daß Oberst Sumner auf Befehl des Präsidenten der Vereinigten Staaten die zu Topeca in Kansas tagende Versammlung von Abgeordneten der Freistaatsmänner (Gegner der Sklaverei) auseinander trieb. Diese Versammlung betrachtete sich als die rechtmäßige Volksvertretung von Kansas, nachdem vorher unter dem Einfluß bewaffneter Banden aus dem benachbarten Missouri schon eine andere derartige Versammlung gewählt worden war, die bloß aus Freunden der Slaverei bestand. Der Präsident aber will, gestützt auf die Beschlüsse des Kongresses zu Washington, eine neue Versammlung wählen lassen, die endgültig bestimmen soll, ob Kansas mit oder ohne Sklaverei in die Zahl der Staaten der Union eintreten wolle.

Nichtpolitische Zeitung.

Dessau, 26. Juli. Der Bankpräsident Nulandt hat außer dem der Kommune gemachten Geschenk von 40,000 Thlr. jedem der zwölf Stadtverordneten 300 Thlr. und einer großen Anzahl verschämter Armen die Summe von 12,000 Thlr. in Posten von 100—200 Thlrn. geschenkt. (Sind denn die Stadtverordneten etwa auch verschämte Arme? Auch die „N. Pr. Z.", der wir diese Nachricht entlehnen, findet die Sache unklar.)

Handels- und Börsen-Berichte.

London, 28. Juli. Englischer Waizen 3d. und fremder 2d. pr. Quarter niedriger; Gerste gesucht und wegen Mangels an Abgebern neuerdings um 1d. gestiegen. Hafer 1d. niedriger. (T.D.d.Hamb.Nachr.)

Liverpool, 28. Juli. Der Markt war heute fest und zu den bisherigen Preisen wurden 7000 Ballen Baumwolle umgesetzt. (T.D.d.Hamb.Nachr.)

Frankfurt, 31. Juli. Der Umsatz war im Ganzen ziemlich bedeutend. Darmstädter Bank- und österr. Kreditaktien wurden besser bezahlt, während Bexbach ohne bekannte Ursache, einen bedeutenden Rückgang erlitt. In den übrigen Effekten keine wesentliche Veränderung. Die Ultimoliquidation ging gut von Statten.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu $102\frac{1}{2}$ $\frac{3}{8}$ $\frac{1}{4}$ und Berliner Bankverein-Aktien zu $108\frac{1}{4}$ umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1287 P. 1282 G. Neue Bankaktien 412 P. 407 G. Credit-Actien à 5pCt. 237 P. 235 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 $83^{1}/_{8}$ P. $82^{7}/_{8}$ G. 5pCt. Lombard-Ven. $89^{1}/_{2}$ P. $89^{1}/_{4}$ G. Metall. alte à 5pCt. $81^{1}/_{4}$ P. 81 G.; à 5pCt. in Silber b. fl. 90 P. $89^{1}/_{2}$ G.; à $4^{1}/_{2}$pCt. $71^{5}/_{8}$ P. $71^{3}/_{8}$ G.; à 4pCt. $63^{3}/_{4}$ P. $63^{1}/_{2}$ G.; à 3pCt. $48^{3}/_{4}$ P. $48^{1}/_{4}$ G.; à 1pCt. $16^{3}/_{8}$ P. $16^{1}/_{8}$ G. Loose à 500 fl. von 1834 — — P. — — G. à fl. 250 von 1839 118 P. $117^{1}/_{2}$ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $102^{3}/_{4}$ P. $102^{1}/_{4}$ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 277 P. 275 G.

Preussen. $3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldscheine 87 P. $86^{1}/_{2}$ G. $3^{1}/_{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $113^{1}/_{2}$ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. — P. $88^{1}/_{2}$ G.; 4pCt. $94^{1}/_{2}$ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 95 P. $94^{1}/_{2}$ G.; $4^{1}/_{2}$pCt. $101^{1}/_{4}$ P. $100^{3}/_{4}$ G.; $4^{1}/_{2}$pCt. Ostbahn-Aktien $101^{1}/_{2}$ P. $101^{1}/_{4}$ G. 5pCt. $101^{1}/_{4}$ P. $100^{3}/_{4}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $149^{1}/_{2}$ P. 149 G. Neustadt-Weissenb. $110^{1}/_{2}$ P. 110 G.

Sachsen. Leipziger Credit-Bank-Aktien 118 P. $117^{1}/_{2}$ G. **Württemberg.** $3^{1}/_{2}$pCt. Obligationen b. R. 91 P. $90^{1}/_{2}$ G.; $4^{1}/_{2}$pCt. $102^{3}/_{4}$ P. $102^{1}/_{4}$ G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. $42^{3}/_{4}$ G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $82^{3}/_{4}$ P. $82^{1}/_{4}$ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. $39^{7}/_{8}$ P. $39^{4}/_{8}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 63 P. $62^{1}/_{2}$ G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. $92^{1}/_{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. 100 P. $99^{1}/_{2}$ G.; $4^{1}/_{2}$pC. $102^{1}/_{2}$ P. 102 G.; Loose à fl. 50 $115^{3}/_{4}$ P. $115^{1}/_{4}$ G.; à fl. 25 31 P. $33^{3}/_{4}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte 415 P. 413 G.; junge $357^{1}/_{2}$ P. $355^{1}/_{2}$ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank $109^{1}/_{4}$ P. 109 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 $48^{3}/_{8}$ P. $48^{1}/_{8}$ G. **Nassau.** Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. 90 P. $89^{1}/_{2}$ G., Loose à fl. 25 $32^{3}/_{4}$ P. $32^{1}/_{4}$ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $84^{1}/_{4}$ P. — G.; à $3^{1}/_{2}$pCt. $93^{1}/_{8}$ P. $92^{5}/_{8}$ G.; Bankaktien $119^{7}/_{8}$ P. $119^{3}/_{8}$ G.; Taunus-Aktien 334 P. 332 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien $84^{1}/_{2}$ P. 84 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. $87^{3}/_{4}$ G. **Luxemburg.** Internationale

Creditbank 551 P. 516 G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 39½ P. 39¼ G.; 1pCt. neue 24 7/16 P. 24 5/16 G. Holland. Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl 100 k.S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118 5/8 P. 118 3/8 G.
Augsb. fl.100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G	Mail. i.S Lt. 250 k.S 101 1/8 P —G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 3/4 P. 93 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 5/8 P. 93 3/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS. 96 1/8 P. 96 1/8 G.	Wieuß. 100 C. k.S. 116 5/8 P. 116 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 1/8 P 88 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 1/2 P. 116 1/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 30. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 3/16; 5pCt. Metall. 83 3/8; 4½ pCt. 73 3/8; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 — —; von 1854 105 3/4; Bankaktien 1092; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 381½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 588; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 288 2/4. Wechselkurse: Augsburg uso 102 3/4. London 10. 5. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. Juli. Am vorigen Sonntag ist, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, zwischen Vertretern der Darmstädter Bank, der Dessauer Kredit- und der Dessauer Landesbank, der Luxemburger Bank und einer großen Anzahl namhafter Bankiers aus Köln, Frankfurt und Berlin ein Vertrag über Zentralisirung der Geschäfte dieser einzelnen Banken und Häuser zum Abschluß gelangt. Das Organ dieser Zentralisation ist eine unter der Firma: „Deutsche Zentralbank" zu begründende Bank, welche zunächst mit einem Betriebskapital von 50 Mill. Thalern ausgestattet werden, zugleich aber die Befugniß erhalten soll, dieses Kapital bis auf 100 Mill. Thaler zu erhöhen. Die Zentralbank wird ihren Sitz in Dessau haben, die Leitung übernimmt Herr Nulandt. (Nürnb. Korr.)

Brügge, 27. Juli. Um 1½ Uhr traf der König in der Uniform eines Generallieutenants, mit allen seinen Orden geschmückt, hier ein, die Prinzen erschienen als Obersten der Regimenter, denen sie angehören. Nachdem der König über die Bürgergarde von Brügge Revue gehalten hatte, ruhte er sich kurze Zeit aus und erschien dann auf dem Balkon des Hotels der Provinzial-Regierung. Darauf überreichten die Bürgermeister der Provinz, mit ihrem Aeltesten an der Spitze, dem König das Album, das die 248 Gemeinden Westflanderns dem König gewidmet haben. Abends fand ein Gastmahl statt, woran der König, die Prinzen, der Provinzialrath und die hier versammelten Gemeinderäthe Theil nahmen. Der Saal war herrlich dekorirt und die Tafel für 500 Personen gedeckt. Um 11 Uhr war die Stadt glänzend illuminirt; der Glockenthurm wurde u. A. durch bengalisches Feuer erhellt, das einen herrlichen Anblick bot. Später brannte man Feuerwerk ab. (Düss. J.)

Paris, 29. Juli. Alle neueren Nachrichten aus Spanien fehlen. Ueber Saragossa erfährt man nichts. Die Nachrichten aus Madrid vom 25. schildern die Lage der Provinzen im Allgemeinen als sehr beruhigend. Ein Brief aus Corunna vom 22. stellt die Lage der Provinz Galizien als befriedigend dar; die Entwaffnung der Miliz ist dort ohne Schwierigkeit vor sich gegangen. In Granada, das sich noch nicht unterworfen, befand eine Junta, an deren Spitze sich der Zivilgouverneur dieser Stadt, Monedero, befand. Die dortige Nationalgarde hatte sich gegen die Regierung erklärt, während die Garnison zu O'Donnell hält. Am 18. ward ein Waffenstillstand abgeschlossen; es war noch kein Blut geflossen. Die Widerstandspartei hatte viele Zuzüge vom flachen Lande erhalten. Malaga befand sich ebenfalls in der Gewalt der Insurgenten. Die Truppen hatten dort gemeinschaftliche Sache mit der Bürgergarde gemacht; der Zivilgouverneur dieser Stadt befand sich an der Spitze der Bewegung. Die Nachrichten aus Kadix lauten O'Donnell günstig. Der dort kommandirende General Munoz hatte sofort energische Maßregeln ergriffen. — Die Pariser „Patrie" schiebt dem spanischen Exminister des Innern, Escosura, die Hauptschuld an den verschiedenen Aufständen in den Provinzen zu. „Es scheint," sagt dieselbe, „daß, als Herr Escosura sich davon überzeugt hatte, daß ein Ministerwechsel stattfinden sollte, er die Zivil-Behörden in den Provinzen durch den Telegraphen davon in Kenntniß setzte, indem er die Lage der Dinge in einer für O'Donnell ungünstigen Weise darstellte, und dadurch wurden die verschiedenen Aufstände hervorgerufen." Die „Patrie" schreibt dem neuen Kabinet die Absicht zu, eine große Nationalpartei zu organisiren, die „eben so weit von den revolutionären Utopien, als von einer ungeschickten und gefährlichen Reaktion entfernt stehe". Meine Privatnachrichten aus Madrid stellen es übrigens nicht als ganz unmöglich dar, daß es O'Donnell gelingen werde, sich eine Partei zu bilden. Seine Absicht ist, so versichert man mir wenigstens, eine konstitutionelle und liberale Regierung zu gründen. Ein Theil der Progressisten hat sich ihm deßhalb schon angeschlossen und es ist nicht unmöglich, daß er Espartero's Stelle einnehmen wird, da dieser durch seine Unentschlossenheit viel an Popularität verloren hat. (K. Z.)

Paris, 30. Juli. Der heutige „Constitutionnel" enthält Nachrichten aus Barcellona vom 26. Saragossa bildete, indem daselbst Abtheilungen meuterischer Soldaten und eine große Zahl von Bauern aus Nieder-Arragonien eingetroffen waren, einen Hauptsitz des Widerstandes. (T.D.d.K.Z.)

Paris, 31. Juli. Der „Moniteur" meldet 1) aus Barcellona vom 29.: Ganz Katalonien hat sich unterworfen. Die Nationalgardisten liefern ihre Waffen aus und kehren in die Heimath zurück. 2) Madrid, 30. Juli. Die Autorität ist überall wieder hergestellt, mit Ausnahme von Saragossa. Die Nachrichten von Uneinigkeit im Kabinet werden halboffiziell in Abrede gestellt. Espartero hält sich unangefochten in Madrid auf. (T.D.d.N.Korr.)

Der „Indép. belge" schreibt man aus Madrid vom 24. Juli: „Unzweifelhaft ist in diesem Augenblicke die konstitutionelle Freiheit in Spanien sehr ernstlich bedroht. Die Partei, die man hier die gemäßigte nennt, hat gegenwärtig zahlreiche Anhänger; sie ist aber thatsächlich die eigentliche reaktionäre Partei, die erklärte Feindin jeder konstitutionellen Freiheit, und ihr wahrer Führer ist Narvaez. Aus persönlichem Interesse müssen O'Donnell und sein Kabinet es unterlassen, in die Bahn dieser Partei einzutreten, die sehr bald den Revolutionär von 1854 aufgeben würde, um Narvaez an ihre Spitze zu stellen. Dies ist auch der Grund, weßhalb die Regierung Letzteren angewiesen hat, in Paris zu bleiben, da seine Anwesenheit in Spanien nur neuen Anlaß zu Verwicklungen geben könnte. — Die amtliche Zeitung bringt einen Bericht des Generalkommandanten von Galicien, aus dem hervorgeht, daß derselbe den Generalkapitän der Provinz verhaften ließ, weil er das neue Kabinet nicht anerkennen wollte. General Blanco, der nach Granada unterwegs war, um seinen Posten als Generalkapitän anzutreten, wurde durch die Aufständischen von Jaen gefangen genommen, an deren Spitze die Gebrüder Merino stehen."

Madrid, 25. Juli. Der General O'Donnell hat sich bereits veranlaßt gesehen, von dem politischen Programme, das er sich vorgezeichnet, abzugeben, und nur durch diese Zugeständnisse ist es ihm gelungen, die Ministerkrisis zu beseitigen. In einem Ministerrathe, der vorgestern Nachts im Palast unter dem Vorsitze der Königin stattgefunden, wurde nach einigen lebhaften Debatten entschieden, daß die Nationalgarde, weit entfernt, ein Element der Ordnung zu seyn, ein Element der Widersetzlichkeit bildet, und daß somit ihre Reorganisation im Interesse des allgemeinen Wohlergehens unterbleiben müsse; daß an eine Einberufung der konstituirenden Cortes nicht zu denken sey, da von dieser Körperschaft für die Gesellschaft eher Schaden als Nutzen zu erwarten stehe; daß eine neue Verfassung, wie sie die Umstände erheischen, in's Leben gerufen werde; daß dem Lande eine Institution der Stabilität noth thue, und daß durch Bildung eines Senates mit Erblichkeit oder mindestens auf Lebenszeit diesem Bedürfniß abgeholfen werde. (?) Sobald Saragossa, wo sich die letzte Widerspänstigkeit der Regierung entgegenstellt, besiegt ist, wird man amtlich mit all' diesen Beschlüssen hervortreten. Und daß die Hauptstadt von Arragon unterliegen müsse, erscheint nicht mehr zweifelhaft. Die fünf Tage Bedenkzeit, welche der General Dulce der Kommission von Saragossa zugestanden, sind von der Regierung, wie ich höre, bestätigt worden, damit nicht unnütz edles Blut vergossen würde. — Der General Prim hat sich heute um 2 Uhr Nachmittags dem Ministerpräsidenten vorgestellt, um ihm zu dem Vollbrachten Glück zu wünschen und Versicherungen seiner Ergebenheit zu machen. Er wurde von dem Manne des Tages mit großer Freundlichkeit aufgenommen. (K. Z.)

London, 29. Juli. In der City war gestern wieder die Rede davon, daß Rußland ein neues Anlehen im Betrage von 50 Millionen Rubel abschließen wolle.

Die Nightingal-Stiftung hat vom Sultan ein Geschenk von 1000 L. erhalten.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 213.	Vorausbezahlung: halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreyspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 2. August 1856.

Deutscher Bund.

Preußen. Der Potsdamer Depeschendiebstahl hat seiner Zeit ungemeines Aufsehen gemacht. Die letzte Thatsache, welche in dieser Angelegenheit bekannt geworden, war, daß Jemand in einer vielverbreiteten Flugschrift den Hrn. Ministerpräsidenten v. Manteuffel beschuldigte, von dem Treiben Techens und seiner Genossen gewußt zu haben. Polizeiliche Nachforschungen ließen vermuthen, daß dieser Jemand ein Herr Seiffart sey, ehemals im Polizeiministerium beschäftigt, jetzt Mitglied der preuß. Kammer. Diese Vermuthung war um so eigenthümlicher, als ein ministerielles Blatt eine Reihe von Thatsachen aufzählte, die alle Herrn Seiffart als den Mitschuldigen Techens erscheinen ließen. Neuestens bringt nun ein Pariser Blatt in einem Briefe aus Berlin folgende, angeblich nach den verläßlichsten Quellen gemachte Enthüllungen:

Zur Zeit des orientalischen Kriegs zerfiel Preußen in drei Parteien: die Demokratie, d. h. die kleinen Bürger und die literarische Welt, war dafür, gemeinsame Sache mit dem Westen zu machen; die Aristokratie, d. h. der Adel und das hohe Beamtenthum, wünschte eine Allianz mit Rußland; die Regierung, d. h. die vornehmere Klasse der Bürger mit dem Ministerpräsidenten, Hrn. v. Manteuffel, an der Spitze, bestrebte sich, um jeden Preis die Neutralität zu erhalten, — der König endlich schwankte zwischen dem russischen Bündniß und seinem Ministerpräsidenten. Mittlerweile suchten die Führer der Aristokratie, die HH. v. Gerlach und v. Niebuhr, die gleichzeitig die Vertrauten des Königs waren und mit dem Kaiser Nikolaus in geheimer Korrespondenz standen, erst Hrn. v. Manteuffel für ihre Ansicht zu gewinnen. Nachdem aber ihre diesfallsigen Bemühungen gescheitert, wirkten sie direkt auf den König ein, um ihn zu einer Aenderung seiner Politik zu bewegen — meldeten auch die Hoffnungen, welche sie in dieser Beziehung hegten, nach St. Petersburg.

Daraus ergab sich eine Doppelkorrespondenz, welche die entgegengesetztesten Nachrichten nach Rußland meldete: „Rechnen Sie nicht auf uns — schrieb Manteuffel amtlich — wir bleiben neutral und können Ihnen nicht folgen — können Sie Ihr Beginnen nicht allein zu Ende führen, so halten Sie inne!“ Gerlach und Niebuhr, durch den König fortwährend von allen Schritten und Depeschen des Kabinets in Kenntniß gesetzt, meldeten dagegen ihrerseits: „Se. Majestät gibt dem Einflusse Manteuffels nur mit Schmerz nach, und wird zweifelsohne bald eine andere Politik einschlagen. Das Ende muß seyn, daß wir auf Rußlands Seite treten. Alle Sympathien des Königs sichern Ihnen binnen kurzer Frist den Beistand Preußens.“ Der preuß. Ministerpräsident merkte bald, wie alle seine Warnungen in Petersburg auf taube Ohren stießen; er fühlte, daß man ihm unter Hand Schach bot — aber wie und wer? Der Polizeipräsident Hr. v. Hinckeldey, ein entschiedener Anhänger des Ministerpräsidenten, nahm es über sich, dies Geheimniß aufzuklären, und zog zu dem Zweck einen seiner Bureaubeamten zu Rathe, es war dies eben der vielgenannte Hr. Seiffart.

Seiffart's Verdacht fiel sogleich auf die HH. Gerlach und Niebuhr; er legte sich seine Netze demgemäß zurecht und beauftragte den ehemaligen Polizeikommissär Techen mit der Ueberwachung der beiden Männer. Techen wählte abwechselnd Potsdam und Berlin zu seinem Aufenthaltsorte, und überzeugte sich bald, daß weder Gerlach noch Niebuhr durch die Post Briefe nach Rußland beförderten. Er knüpfte deßhalb Verbindungen mit ihren Bedienten an, suchte deren Gesellschaft auf und schenkte ihnen Geld zum Trinken; besonders wußte er das Herz von Gerlachs Kammerdiener zu gewinnen, indem er sich für einen Bittsteller ausgab, der die Protektion des Domestiken nachsuchte. Dieser, entzückt, den Patron zu spielen, ließ sich in seiner Vertraulichkeit bald vollkommen gehen und gestattete Techen, Gerlachs Zimmer während der Abwesenheit des Herrn zu besichtigen. Bei Besichtigung der dort aufgestellten Gemälde nahm Techen die Miene eines leidenschaftlichen Liebhabers an und bat um Erlaubniß, die Sammlung noch öfter bewundern zu dürfen.

Der Kammerdiener paßte zuletzt dem kunsteifrigen Besucher nicht mehr so genau auf; sobald daher dieser sich eines schönen Tages unbeachtet sah, schlich er sich in das an die Gallerie stoßende Geheimkabinet Gerlachs, öffnete das dort befindliche Pult mit seinem Dietrich, durchstöberte die Papiere und fand endlich die gesuchte Korrespondenz. Als ihn der Kammerdiener hiebei überraschte, gab Techen sich als Polizeiagent zu erkennen und brachte seinen Freund durch Drohungen, die von Geldversprechungen begleitet waren, so weit, daß er sich entschloß, Techens Mitschuldiger zu werden. Von jetzt an wanderten alle Briefe Gerlachs auf die Polizei, wo sie entweder für Hrn. v. Manteuffel kopirt, oder auch im Original zurückbehalten und dem Ministerpräsidenten zugeschickt wurden. Diese Korrespondenz ward durch Vermittlung der russ. Gesandtschaft betrieben, welche die Briefe an Frau v. Münster schickte, die Gattin des preuß. Militärbevollmächtigten bei dem Petersburger Hofe. Gerlachs Kammerdiener gewann bald auch denjenigen Niebuhrs, so daß die Polizei alle Fäden in ihren Händen hielt.

Die amtlichen und nichtamtlichen Korrespondenzen nach Rußland gingen inzwischen ruhig ihren Gang fort; die russenfreundliche Partei am Hofe erfuhr durch den König, was Manteuffel dorthin schrieb, und dieser erfuhr durch die Polizei, was Gerlach und Niebuhr berichteten. Aber Manteuffel hatte den Vortheil voraus, daß er einen vollen Einblick in die Sachlage besaß, während seine Gegner sich immer noch einbildeten, unter dem Schleier des Geheimnisses zu handeln. Die Briefe der Letzteren boten aber, da sie die innersten Stimmungen des Hofes abspiegelten, ein so großes Interesse dar, daß Techen beschloß, sich durch ihren Verkauf an eine auswärtige Regierung ein Nebengeschäft zu machen, und sich zu diesem Behufe mit einem alten Kameraden Hasencamp einigte, der früher gleich ihm selber Polizeibeamter gewesen war. Endlich bemerkte aber ein preußischer Bevollmächtigter an dem betreffenden Hofe, daß man dort Dinge wußte, die er allein zu kennen glaubte, oder auch wohl gar nicht kannte, und daß die Absichten seiner Regierung völlig entschleiert waren. Er schrieb deßhalb an Manteuffel; der Verdacht fiel auf Techen, der verhaftet wurde, und bald Geständnisse machte, — aber auch zugleich den ganzen Handel aufdeckte, und alle dabei Betheiligten nannte.

Das ist die Sache, deren parlamentarische Untersuchung die äußerste Rechte in der 2. Kammer bekanntlich dadurch abzuwenden gewußt hat, daß sie die Sache hinzog, bis der Schluß der Sitzung vor der Thüre stand.

Die preußische Regierung läßt sich in dem großen Brückenbau zwischen Köln und Deutz durch die Klagen des oberrheinischen Schiffer- und Handels-Standes nicht beirren. In den Häfen am Unterrhein zeigt sich jetzt ein auf Rechnung der preußischen Regierung erbautes Schiff, das mit den Vorrichtungen zum Senken und Heben des sehr hohen Mastes versehen und als eine demonstratio ad oculos zu betrachten ist. Das Schiff soll bestimmt seyn, auch den Mittel- und Oberrhein zu besuchen, damit die Leute dort sehen, daß es durch Umlegen der Masten für Schiffe jeder Art wohl möglich sey, die zu erbauende steinerne Brücke zu passiren.

Sachsen-Weimar. Weimar, 30. Juli. Die so eben erschienene Nummer 21 des „Regierungsblattes“ enthält das von der Regierung, mit Zustimmung des Landtags, erlassene Gesetz wegen Wiedereinführung der Todesstrafe für gewisse Verbrechen. (Deutschl.)

Schleswig Holstein. (Fortsetzung des Feldzugs gegen die Presse.) Dem Herausgeber des in Preetz erscheinenden Wochenblattes, der sein Blatt in letzter Zeit „Holsteinisches Wochenblatt“ benannte, ist diese Veränderung untersagt worden, und ist auch bereits die letzte Nummer wieder wie früher als „Preetzer und Lütjenburger Wochenblatt“ erschienen. Der seit Kurzem in Itzehoe erscheinende „Itzehöer und

Wilstermarschanzeiger" ist untersagt worden. Das Blatt hat nur 4 Nummern erlebt. (H. N.)

Oesterreich. Prag, 30. Juli. Gestern Abend ist hier der böhmische Schriftsteller und ehemalige Reichstagsabgeordnete, Karl Hawliczek, gestorben. Die czechisch-nationale Partei verliert in ihm einen ihrer tüchtigsten und talentvollsten Vorkämpfer. Hawliczek war noch ein junger Mann (er war 1821 in der Gegend von Deutschbrod im östlichen Böhmen geboren) und genoß bei dem czechischen Landvolk eine Popularität, wie kein zweiter Mann seiner Partei. Er hatte, nachdem er das theologische Studium aufgegeben, einige Jahre in Rußland zugebracht, war von da, von panslawistischen Ideen durch und durch erfüllt, um das Jahr 1845 zurückgekehrt und redigirte dann die böhmische „Prager Zeitung" nebst dem Unterhaltungsblatt „Wcela" (die Biene). Im Jahre 1848 gründete er die „Narodni Nowiny" (Nationalzeitung), welches Blatt binnen der kürzesten Zeit eine enorme Verbreitung fand und der Zentralpunkt der czechisch-nationalen Bestrebungen ward. Als im Mai 1849 Prag in Belagerungszustand erklärt wurde, und Hawliczek in seiner gewohnten kaustischen Weise zu schreiben fortfuhr, wurde seine Zeitung von der Militärbehörde unterdrückt. Er zog sich nun außerhalb des Belagerungsrayons nach Kuttenberg und gab daselbst eine neue Zeitschrift „Slowan" (der Slawe) heraus. Er befand sich gegenüber dem Regierungssystem, wie es sich damals entwickelte, in der heftigsten Opposition. Die außerordentliche Verbreitung seines Blattes, die Gier, mit der allenthalben im ganzen Lande Hawliczek's Worte vom Volke verschlungen wurden, machten die Regierung besorgt. Man benutzte einen seiner heftigsten Artikel, um gegen ihn die Anklage auf gehässige Aufreizung gegen die Regierung zu erheben. Damals bestanden noch die Schwurgerichte in Oesterreich. Hawliczek wurde vor die Assisen in Kuttenberg gestellt. Er wurde einstimmig freigesprochen und diese Freisprechung wurde von den Landleuten der Umgebung mit den lärmendsten Freudendemonstrationen aufgenommen. Hawliczek feierte einen wahrhaften Triumph und fühlte sich jetzt in seiner Oppositionsstellung nur noch mehr gekräftigt. Doch die Regierung machte dieser Sachlage mit einem Gewaltschlage ein Ende. Eines Nachts erschien ein Polizeikommissär in Hawliczek's Wohnung; der gefürchtete Oppositionsmann wurde in eine Kutsche gebracht und ohne Aufenthalt geradenwegs nach Brixen in Tyrol befördert, um dort seinen Aufenthalt zu nehmen. Er verlebte mehre Jahre unter den drückendsten Verhältnissen in der tyroler Stadt, bis er endlich vor Kurzem die Erlaubniß erhielt, nach seinem Vaterlande zurückzukehren. Leider brachte er auch den Keim eines Lungenleidens mit, das ihn jetzt in dem besten Mannesalter dahinzuraffen bestimmt war. Es ist noch kein Jahr her, daß ihm seine junge Gattin in das Reich des Todes vorangegangen ist. Hawliczek war ein Mann von leidenschaftlichem Naturell, derb und roh in seinem Auftreten; besaß aber ein für das Wohl und Weh seines Volks glühendes Herz und eine Ehrlichkeit der Gesinnung, wie man sie leider selten trifft. Er war mit einer starken Dosis Witz begabt, den er trefflich als Waffe zu brauchen wußte. Er verstand es besser, als irgend ein Mann seiner Nation, zum Herzen des Volks zu sprechen, und man kann dreist behaupten, mit Hawliczek ist der einzige tüchtige Journalist, den die Czechen aufzuweisen haben, zu Grabe gegangen. (D. A. Z.)

Großbritannien.

London, 29. Juli. Die Vertagung des Parlaments fand heute Nachmittag durch eine kgl. Kommission statt. Der Lord-Kanzler verlas die kgl. Rede, deren Inhalt der Hauptsache nach folgender ist: „Die Königin dankt zuerst den Mitgliedern beider Häuser für den Eifer, mit welchem dieselben der Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten nachgekommen sind. Als Ihre Majestät die Königin dieselben zum letzten Male um sich versammelt gesehen, befand sich das Land mit seinen Verbündeten in einen schweren Krieg verwickelt, der die wichtigsten Interessen Europas zum Zwecke hatte; sie war dadurch veranlaßt, von dem Patriotismus und der Hingebung des Parlaments die Mittel zur Fortführung dieses Krieges zu verlangen. Das Parlament entsprach diesem Ruf in edler Weise. Glücklicherweise hat der wieder hergestellte Friede die Anwendung größerer Streitkräfte unnöthig gemacht. Durch den ehrenvollen Friedensabschluß ist alles erreicht, wofür das Land den Krieg unternommen, und sind demselben die Kalamitäten eines längeren Krieges erspart. Ihre Majestät hofft, daß die Wohlthat des Friedens groß und dauernd seyn werde und daß die loyale Ausübung der eingegangenen Verpflichtungen die unvermeidlichen herben Leiden des Krieges mildern werde. Die Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten werden fortgesetzt, und die Königin hofft, daß die Differenzen in befriedigender Weise geschlichtet werden. Ihre Majestät drückt ihren Dank gegen die Bevölkerung Indiens aus für die patriotischen Gesinnungen, die dieselbe während des Krieges bewiesen. Die Königin geht hierauf zur Aufzählung der die inneren Angelegenheiten des Landes betreffenden Gesetze über, welche im Laufe dieser Session angenommen worden sind. Sie wünscht sich Glück zu der günstigen Lage der Finanzen des Landes, dem Aufschwunge, den alle Zweige der Industrie genommen, und endlich zu der Wiederherstellung des Friedens und der Ruhe in allen Theilen des Reiches." (K. Z.)

Ueber die eben abgelaufene Sitzung des Parlaments schreibt die „Times": Heute geht eine Session zu Ende, die reich an Debatten, aber arm an Gesetzen war, in der man alles Mögliche versuchte, aber Nichts zu Stande brachte. Die Session hat gesehen, wie wir aus dem Kriege in den Frieden übergegangen sind, jedoch keineswegs den Beweis geliefert, daß wir von den uns durch den Krieg ertheilten Lehren profitirt, oder uns den Anforderungen des Friedens angepaßt haben. Für jeden Erfolg hat sie eine entsprechende Niederlage aufzuweisen, und für jede Niederlage bot wiederum irgend ein bescheidener Erfolg einen Ersatz. Die Regierung blieb von diesem bunten Wechsel des Schicksals nicht unberührt. Griff man sie direkt an, so ward sie stets von einer gewaltigen Mehrheit unterstützt; aber dieser fortwährenden Unterstützung hielt eine Reihe kränkender Niederlagen gelegentlich untergeordneter Fragen, so wie die Aufopferung fast aller von ihr eingebrachten Gesetzvorschläge das Gegengewicht. Die Opposition kann sich in gleicher Weise ihrer Triumphe rühmen. Allein schwerer in die Wagschale fallen nicht nur die zu ihrem Nachtheile ausgeschlagenen Abstimmungen, sondern auch die vollständige Desorganisation, in welche sie gerathen ist, und welche sich beinahe täglich in hellausbrechenden Zwistigkeiten und Zänkereien geltend machte. An Intelligenz war die Torry-Partei nie stark; aber sie besaß doch wenigstens Disziplin, und diese machte alle anderen Mängel gut. Mit der Disziplin ist es vorbei, und es gibt jetzt nirgendwo unzuverlässigere Haufen, als die exprotektionistische, exprotestantische Partei, deren nomineller Führer Disraeli ist, während Walpole, Sir John Pakington und Henley ihn von seinem Platze zu verdrängen und dabei einander ein Bein zu stellen suchen." Die „Times" wirft hierauf einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse der Session.

Frankreich.

Paris, 30. Juli. Man liest im „Journal des Pyrenees-Orientales: „In diesem Augenblick wird zu Carcassonne eine fliegende Division organisirt. Diese aus mehreren Infanterie- und Kavalleriedivisionen bestehenden Truppen werden unter Befehl des Divisionsgenerals Lafontaine gestellt. Für den Fall gewisser Ereignisse werden dieselben entweder durch das Ariege-departement oder durch die Ostpyrenäen an die Gränze marschiren, um das französische Gebiet zu schützen."

Gonzales Bravo wird demnächst von Paris nach Madrid zurückkehren. Bekanntlich wurde er unter dem vorigen Kabinet verbannt. (Fr. Pstz.)

Italien.

Turin, 26. Juli. Der kleine „Corriere Italiano", ein hier erscheinendes neues Blatt, ist in sämmtlichen österreichischen Staaten verboten, und die „Italia e Popolo", der Moniteur Mazzini's, mit Beschlag belegt worden. Der „Armonia" zufolge hat man in einem Hause zu Novara eine Menge Kisten mit Gewehren, Pistolen, Dolchen und Patronen weggenommen; der Eigenthümer oder Miether jenes Hauses aber hat noch Zeit gewonnen, sich zu flüchten. Wohin er sich gewendet, ist nicht bekannt. — Dem „Risorgimento" schreibt man aus Rom: An der ganzen Meeresküste werde auf Mazzini gefahndet, und man nehme dort wie hier als ausgemacht an, daß seine Abwesenheit von London mit der Verabschiedung der englisch-italienischen Legion, die er für die Sache der Revolution zu gewinnen strebe, in Verbindung stehe. Auch unsere Polizei hat in Spezzia und im Genuesischen Nachforschungen angestellt. Die gleiche Befürchtung hegt man in Neapel; der Telegraph zwischen letzterer Stadt und Rom ist in ununterbrochener Thätigkeit. In Neapel halte man sich überdies auf die Landung von 3000 Legionären Mazzini's gefaßt. Alle Küsten würden deßhalb sorgfältig bewacht; dem Fürsten von Castelcicala sey die Obhut über Sizilien, dem General Filangieri über Calabrien zugetheilt, der König selbst habe die Vertheidigung des Litorals von Gaeta übernommen. Die toskanische Regierung soll, wie man vernimmt, die Absicht haben, gegen alle in genannte Legion Eingereihten bei ihrer Rückkehr gerichtlich einzuschreiten, und diesen Entschluß durch ihre Neutralitätserklärung zu begründen suchen. (Allg. Ztg.)

Turin. In Folge einiger Exzesse und Störungen, deren sich einige erst kürzlich zur anglo-italienischen Legion Angeworbene zu Schulden kommen ließen, kamen mehrere Verhaftungen vor. Die Regierung war auf ihrer Hut und konnte somit dem weitern Umsichgreifen dieser Ruhestörungen vorbeugen.

Im Herzogthum Modena sind keine weiteren Ruhestörungen vorgekommen. (Fr. Pstz.)

Griechenland.

Athen, 20. Juli. Vor einigen Tagen kamen in Piräeus zwei Schiffe mit 165 Helden von der aufgelösten griechisch-russischen Legion von Odessa an. Es waren mehrentheils Griechen und Albanesen aus den türkischen Gränzdistrikten, aber auch eine Anzahl kgl. griechischer Unterthanen befand sich unter ihnen. Demungeachtet wurden beide Schiffe genöthigt, unter Eskorte eines französischen Dampfers den Hafen wieder zu verlassen, ohne daß irgend Einem dieser schlimmen Gäste gestattet worden wäre, das Land zu betreten. Der Befehl dazu ging, sagt man, unmittelbar von der Königin aus. Wahrscheinlich ist es allerdings, daß viele dieser Ankömmlinge unsere Räuberbanden alimentirt hätten, aber die Freunde der Konstitution schrieen über Verletzung derselben. Man habe so viele ungarische, polnische und italienische Flüchtlinge in Griechenland aufgenommen, und diesen Landsleuten und Glaubensbrüdern weise man ungastlich die Thür. Die gegenwärtigen Minister, welche diese Leute als Helden besangen, so lange der Krieg währte, hätten besser gethan, sie nicht zum Eintritt in den russischen Dienst aufzumuntern. Daß diese ganze Affaire vom größeren Publikum fast unbeachtet vorüber gegangen, ist ein Zeichen, wie sehr die frühere politische Erregtheit der Restauration Platz gemacht hat. (N.-Z.)

Asien.

Bombay, 26. Juli. Ein Aufstand in Audh (das bekanntlich vor Kurzem den Besitzungen der englisch-ostindischen Kompagnie einverleibt worden ist) ist ohne Blutvergießen unterdrückt worden, der Hauptanführer gefangen. Seine Truppen verweigerten zuletzt mit ihm zu kämpfen. (Ostd. Post.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Breslau. Die Roggen- und Gerstenärnte geht bei der günstigen Witterung rasch vor sich. Ueber das Ergebniß, dem Bunde nach, spricht man sich überall mit großer Zufriedenheit aus. Dazu kommt die gute Schüttung, die so ziemlich um die Hälfte stärker ist, als im vorigen Jahre. Alsdann ist die Qualität des diesjährigen Roggens vorzüglich und er wird, wenn er ganz trocken seyn wird, 90 Pfd. und darüber wiegen, wo er im vorigen Jahre nur 82—86 Pfd. wog. So schweres Gewicht aber gibt mehr Mehl und es berechnet sich folglich der eigentliche Mehrertrag in dreifacher Art. Die Gerste ist ebenso, ja in noch höherem Grade ausgiebig. In Kurzem steht nun auch die Waizenärnte bevor. Wird diese auch im Ertrage der vom Roggen und der Gerste nicht gleichkommen, so wird sie dennoch besser ausfallen, als wie man das früher erwartet hat. Rost zeigt sich nur auf wenigen vereinzelten Stellen, im Allgemeinen aber hat sich das Korn des Waizens aufs vollkommenste ausgebildet. Wird nun auch die Stockzahl zurückstehen, so wird sich das durch sehr reichliche Schüttung ausgleichen. — Der Mehlthau, von dem die Erbsen früher befallen waren, hat sich verloren. Auch den Hafer kann man als gut bezeichnen, obgleich er an manchen Stellen etwas zurückgeblieben ist. — Wie gering jedoch der Ertrag der Oelsaaten ausgefallen, das beweist sich in dem rapiden Steigen derselben.

Aus der Gegend von Thorn in Westpreußen hört man Qualität und Quantität des Roggens sehr rühmen. Ebenso reichlich verspricht die Kartoffelärnte zu werden. Nach Mittheilungen aus dem angränzenden Landstrich Polens ist dort ein gleiches Resultat zu erwarten. Waizen hat durch Rost gelitten.

Hamburg, 25. Juli. Im Waarengeschäft war verflossene Woche die Stimmung fest und Umsätze ziemlich lebhaft. Kaffee war gefragter und wurden starke Posten Brasil und Domingo etwas besser bezahlt, heute war reell ord. Brasil 4⅞ a 5⅝, ord. bis reell ord. Domingo 5¼ a 6¼ sch. notirt. Zucker fest, aber nicht höher. Reis unverändert, fest.

Tabak sind im Laufe der Woche 388 Sur. Havana, 48 Sur. Guiza, 1361 B. Brasilblätter, 50 K. Seedleaf und 505 B. Ukraine begeben, ferner 369 Faß Stengel verkauft.

Gewürze fest.

Thran fest, Berger Leber- 59, Medizin- 67 a 68 Mk. per Ton, Grönländer klarer 68 Mk. per 6 Steckkan, Schwed. 3 Kronen- 82 Mk. per Faß, auf Gebinde 67 Mk. per 224 Pfd.

Hamburg, 29. Juli. Das Wetter ist veränderlich geblieben, war aber nicht der Art, um ernstliche Besorgnisse zu erregen und deßhalb blieb die Stimmung für Getraide bei den hohen Preisen im Allgemeinen eine flaue.

Aus Böhmen, Ende Juli. Der Roggen ist nur in einzelnen Kreisen Böhmens mehr als gut, größtentheils wird er eine gute Mittelärnte geben; dagegen ist die Gerste in ganz Böhmen so vorzüglich gerathen, wie seit dem Jahre 1834 nicht wieder. Waizen ist diesmal wohl schön, viel besser als im vorigen Jahre, aber dürfte nur eine Durchschnittsärnte liefern, freilich in Qualität und Quantität sehr gut, da ihn kein Rost noch Mehlthau getroffen und er frei von Unkraut zum Schnitt kommt. Hafer ist schön vollkörnig und in Stroh und Aehren reif. Kartoffeln schöner als seit lange und noch keine Spur von Krankheit. Erbsen und Wicken sehr schön und körnerreich. Klee durch ganz Böhmen nichts zu wünschen übrig lassend. Oelfrüchte im Allgemeinen mißrathen und viel ausgeackert.

Amsterdam, 26. Juli. Java Kaffee war in den letzten Tagen gefragter, gut ord. grünlich wurde coulant mit 32½ cs. bezahlt, auch blanke und gelbliche Sorten sind gesucht und hoch gehalten; Brasil still.

Thee unverändert.

Von Rohzucker seit der Auktion noch keine weiteren Abschlüsse gemacht, raffinirter Zucker bedeutend höher; Stampfmelis N. S. R. Nr. 1 49½ fl., Nr. 2 48 fl., A. S. R. Nr. 1 48 fl., W. u. Z. 46 fl., B. u. H. Nr. 1 47 fl. notirt.

Für geschälten Arrakan Reis wird flott 8¼ a 8¾ fl. bezahlt, geschält Java gilt 9 a 10½ fl, Tafel 13½ a 14½ fl., Carolina 17 a 17½ fl.

Cocosöl 29 a 31 fl. Talg 35 a 37 fl. Brauner Leberthran 54 fl., blanker 62½ fl. notirt.

Häringe 60 fl. per Tonne. Sardellen 15 a 15½ für 1856r und 14½ a 15 fl. für 1853r per Anker notirt.

London, 26. Juli. Rohzucker lebhaft gefragt, gestern sind mehrere schwimmende Ladungen verkauft, unter andern 2500 Kisten Havana Nr. 12½ zu 35 sh., 4400 Kisten blond dito Nr. 11 a 11½ zu 33 sh. 6 d., 1444 Kisten dito Nr. 10 zu 33 sh., 1670 Kisten Nr. 15 zu 35 sh. 6 d. a 36 sh., 14,500 S. terrirt Manilla zu 40 a 41¾ sh., alles incl. Assekuranz. Seit 1. Juni bis Dato sind in England 16,936 Tons weniger konsumirt als zur selben Zeit im vorigen Jahr. Der Vorrath in London beträgt 63,982 Tons.

Reis war loko stiller, schwimmend aber gesucht. Der Vorrath am hiesigen Platze besteht aus 41,472 Tons. Gewürze sehr preishaltend.

Salpeter unverändert, einzelne gute Qualitäten 6 d. besser bezahlt.

Tabak sehr fest, Vorräthe unbedeutend.

Für Häute lebhafte Frage bei stark abnehmenden Vorräthen, eine Preissteigerung ist sehr wahrscheinlich; in Auktion ostindische Kipse ¼ a ½ d. per Pfd. höher als vorige Woche bezahlt.

Englisch Terpentinöl 30 sh. 6 d., amerikanisch 31 sh. 6 d. per Zentner.

Seide ruhig aber fest. Hanf gesucht.

Die Stimmung für Wolle ist günstiger, Preise in Auktion fest, aber nicht höher als bei Eröffnung der Verkäufe.

Leinsaat steigend.

Leinöl heute auf 38 sh. per Zentner gestiegen.

London, 28. Juli. Von fremdem Waizen und Mehl sind große Zufuhren eingetroffen, auch waren die von engl. ebenfalls beträchtlich. Der Handel bewegte sich sehr träge für alle diese Artikel.

Frankfurt, 1. August. Das Geschäft war nicht sehr belebt, für die meisten Effekten jedoch höhere Kurse zu bedingen, insbesondere wurden Darmstädter Bankaktien beider Gattungen, Elisabethenbahn und span. Fonds merklich höher bezahlt.

Rhein-Nahe Eisenbahnaktien wurden zu 102¾ ⅝ und Berliner Bankverein-Aktien zu 108¼ umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1289 P. 1284 G. Neue Bankaktien 414 P. 410 G. Credit-Actien à 5pCt. 237 P. 235 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83¼ P. 83 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 89½ P. 89¼ G. Metall. alte à 5pCt. 81¼ P. 81 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71⅝ P. 71⅜ G.; à 4pCt. 63¾ P. 63½ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G. à fl. 250 von 1839 118 P. 117½ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102⅝ P. 102⅛ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 279½ P. 277½ G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. — P. 88½ G.; 4pCt. 94½ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 95¾ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101¼ P. 101 G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 104⅝ P. 104⅜ G. 5pCt. 101¼ P. 100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 150¼ P. 149¾ G. Neustadt-Weissenb. 110½ P. 110 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91 P. 90½ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¾ P. 82¼ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅞ P. 39⅝ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. 62½ P. 62 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 100P. 99½G.; 4½pCt. 102½P. 102 G.; Loose à fl. **50** 115¾ P. 115¼ G.; à fl. **25** 31 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 416P. 414G.; junge 362 P. 360 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109⅝P. 109⅜G. **Baden.** fl. **35** Loose von 1845 48⅜ P. 48⅛G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. — G., Loose à fl. **25** 32¾P. 32¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼P. — G.; à 3½pCt. 93P. 92½G.; Bankaktien 119¾ P. 119¼G.; Taunus-Aktien 332 P. 330 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 84⅜P. 84¼G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial —P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 553 P. 548 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39¾ P. 39½ G.; 1pCt. neue 24½ P. 24⅜ G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅝P. 118⅜G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i.S.Lr. 250k.S. 101⅛P —G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¾P. 93½G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝P. 93⅜G.
Brem. 50Thlr. Lsd. kS. 96⅜P. 96⅛G.	Wienfl. 100C. k.S. 116¾P. 116¼G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛P 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅝P. 116⅜G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 31. Juli. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅜; 5pCt. Metall. 83⅞; 4½ pCt. 73⅞; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121¼; von 1854 105⅛; Bankaktien 1094; Bank-Interimsaktien —; 4pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 384½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 587; österr. Staatsbahnaktien 324; Nordbahnaktien 2885. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅞. London 10. 3½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

München. Der an die hiesige Universität neu berufene Professor der Geschichte, Herr Karl Cornelius von Bonn, wird seine Vorlesungen an der Münchener Hochschule nicht schon mit dem nächsten Semester, sondern erst später beginnen, da ihm für archivalische Studien in Belgien und Holland ein allerhöchster Urlaub bewilligt worden.

Mainz, 31. Juli. Was die Bahn nach Alzey betrifft, so steht eine Fusion der Alzeyer Gesellschaft mit der hessischen Ludwigsbahn in sicherer Aussicht und auch die Fortführung der Bahn von Alzey nach Kaiserslautern wird mit der Zeit nicht ausbleiben. (Mainz. J.)

§ Wien, 28. Juli. (Privat-Korrespondenz.) Obwohl bestimmte Angaben über den Verlauf der Verhandlungen der Münzkonferenz nicht gegeben werden können, da von allen Seiten das Geheimniß sehr gut bewahrt wird, so ist doch so viel gewiß, daß der Gang der Verhandlungen Vieles zu wünschen übrig läßt, und man diesseits mit den bisher errungenen Resultaten nichts weniger als zufrieden ist. Namentlich wird darüber geklagt, daß die Erörterungen der tagenden Konferenz sich sehr in die Länge ziehen dürften, da noch immer in den meisten Hauptpunkten sehr bedeutende Meinungsverschiedenheiten herrschen sollen. Hier in Wien fühlt man sich dadurch um so unangenehmer berührt, weil man besorgt, daß durch die noch ziemlich ferne Münzkonvention zwischen den deutschen Staaten und die daraus resultirende Münzreform in Oesterreich die Wiederaufnahme der Notenrealisirung durch die Bank abermals eine unliebsame Verzögerung erleiden dürfte, obwohl von Seite dieses Institutes nichts versäumt wird, um sich in den Besitz der zur Wiederaufnahme der Baarzahlungen erforderlichen Fonds zu setzen. Das Institut wird hierbei von der Staatsverwaltung auf das beste unterstützt, und sind von Seite der letzteren eben jetzt wieder die geeigneten Schritte eingeleitet worden, um der Bank bedeutende Summen zufließen zu lassen.

Die Theißbahnaktien werden, wie man vernimmt, erst Ende September ausgegeben werden, da erst um diese Zeit das während der Sommermonate sehr laue Geschäftsleben wieder beginnt.

Aus der Schweiz, 29. Juli. Am besten unter den in unserm Lande sich aufhaltenden Deutschen (polit. Flüchtlingen) scheint Wesendonk aus Düsseldorf zu floriren, der sein bedeutendes Vermögen als Seidemakler sehr vermehrt und am Züricher See ein Landhaus von grandiosem Luxus baut. Herwegh, sehr gealtert, hört Collegien über Sanscrit. (Fr. Pstz.)

London, 30. Juli, Abends. „Globe" so wie „Morning Post" widersprechen dem Gerüchte, daß sich die Königin von England nach Berlin begebe. Die Königin werde bis Ende August in Osborne bleiben, und gehe dann nach Balmoral. (T.D.d.Nat.-Z.)

Paris, 31. Juli. Dem heutigen „Moniteur" wird aus Madrid vom 30. Juli gemeldet: „Nachrichten aus San Sebastian vom selben Tage zufolge stand General Dulce zu Mulea, zwei Stunden von Saragossa. — Die Börse ist ohne Leben." (T.D.d.Köln.Z.)

Aus Paris, 29. Juli, wird dem „Nord" geschrieben: „Marschall Narvaez hat sofort nach seiner Rückkunft nach Paris eine lange Konferenz mit den ehemaligen Ministern Marie Christinens gehabt und Rechenschaft über die Aufschlüsse ertheilt, die er über den Stand der Dinge in Spanien erhalten hat. Diese Aufschlüsse sind nichts weniger als ermuthigend für die Hoffnungen von Narvaez und von dessen Freunden. Die Stellung der Königin Isabella wird als im höchsten Grade bedenklich geschildert, falls O'Donnell gestürzt werden sollte."

Der „Indép. belge" schreibt man aus Madrid vom 25. Juli: „Außer vieler Belagerungs-Artillerie sendet die Regierung große Massen von Kriegsmaterial aller Art, 800 Maulthiere, 1000 Karren und mehrere Sappeurkompagnien heute nach Saragossa ab. Es scheint, daß der General Marquesi, Generalkapitän von Navarra, der mit zwei Linienbataillonen und einer starken Abtheilung Reiterei gegen Saragossa maschirte, unweit Huesca auf ein Corps der Aufständischen stieß und nach mehrstündigem Kampfe zu eiligem Rückzuge genöthigt ward. An Geld fehlt es den Insurgenten im Norden nicht; ein Kapitalist zu Saragossa hat der revolutionären Junta 9,000,000 Realen vorgestreckt. Man schätzt die Zahl der bewaffneten Milizen zu Saragossa auf 30,000, die Freikorps und die aus den Gebirgen angelangten Mannschaften eingerechnet. Die Insurgenten von Barcellona haben sich, von dort vertrieben, auf die nächsten Berge und nach Gracia zurückgezogen, wo sie bedeutenden Truppenmassen Schach bieten können. Nach Privatbriefen sind sie Willens, mit Saragossa und Teruel gemeinsame Sache zu machen. — Das sehr große Vermögen des Kardinal-Erzbischofs von Toledo, der beschuldigt ist, die zu Gehaltszahlungen an die gesammte Pfarrgeistlichkeit des Landes bestimmten Summen, über die er als Primas verfügen konnte, zur Anstiftung der bekannten Exzesse in Valladolid ꝛc. verwendet zu haben, ist mit Beschlag belegt worden. Die Pfarrgeistlichkeit hat einstweilen eine Abschlagszahlung und das Versprechen einer zweiten für die nächste Woche empfangen."

In einer anderen Madrider Korrespondenz der „Indép. belge" heißt es unter dem nämlichen Datum: „Man vertheilt massenweise in den Straßen Proklamationen, die das Volk von Neuem zu den Waffen rufen und die Soldaten unter Versprechung vollständigen Erlasses der noch übrigen Dienstjahre einladen, zu desertiren und sich den Vertheidigern von Saragossa anzuschließen. — Es wird dahier gegenwärtig ein Freikorps von 800 Mann errichtet, daß nach Arragonien bestimmt ist."

Der Pariser „Presse" wird aus Madrid geschrieben: „Trotz der Festigkeit, welche O'Donnell bei den ersten Bestürmungen zeigt, haben gewisse Einflüsse keineswegs das Feld geräumt. Die Königin verlangte vor einigen Tagen unumwunden vom Marschall die Rückkehr ihrer Mutter. Dieser antwortete nur mit ehrerbietigem Schweigen. Auch der König rückte mit Skrupeln über die „„Desamortisation"" heraus und gab zugleich seine Bedenken gegen die Nationalmiliz kund. O'Donnell erklärte jedoch kurz, das Desamortisirungs-Gesetz müsse in Kraft bleiben, und die Nationalmiliz werde überall, wo sie der Sache der Regierung treu geblieben, fortbestehen, wie bisher, sonst jedoch überall aufgelöst, doch reorganisirt werden. Der König hat seitdem kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben. Die Hauptfrage ist die wegen der Cortes. Erst aus ihrer Lösung läßt sich ein richtiger Schluß auf die Stellung der neuen Regierung zu den Parteien ziehen."

Aus Madrid, 29. Juli, wurde nach Paris gemeldet: In Saragossa ist zwar die Ordnung noch nicht wieder hergestellt. Man glaubt indeß an eine demnächstige Kapitulation dieser Stadt; die Mehrheit der Einwohner verlangt die Uebergabe; eine exaltirte Minorität, aus den untersten Klassen der Gesellschaft, versucht allein zu widerstehen. (Fr. J.)

Damaskus, 10. Juli. In Nablus sind neue Unordnungen ausgebrochen; man hat Truppen dahingeschickt. — Athen, 26. Juli. Marschall Pelissier landete am 20. d. M. im Piräeus, besuchte am 21. Athen, und reiste Abends weiter. (T.D.d.Allg.Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Röhtmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 214. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 3. August 1856

Deutscher Bund.

Betreffs der jüngsten in Dresden abgehaltenen liturgischen Konferenz von Abgeordneten lutherischer Kirchenregimente, wird der „Allg. Ztg." Folgendes aus authentischer Quelle mitgetheilt: „In der Eisennacher Konferenz von 1852 erklärten sich die Abgeordneten dahin einverstanden, daß es „ein wünschenswerter Fortschritt sey", wenn zunächst die Regierungen der in der Konfession gleichartigen Landeskirchen zur Herstellung möglichster Gleichmäßigkeit in der Liturgie unter sich Einleitung träfen. Hierauf fanden zu diesem Zweck zwei solche Konferenzen von Abgeordneten lutherischer Kirchenregierungen in Dresden statt, und hatten die Aufgabe der Konferenz dahin präcisirt: Prinzipien und Canones aufzustellen, beziehentlich die nöthigen Formulare darzubieten für die Ordnung des Kirchenjahres, die Perikopenreihe, die liturgische Anordnung der Gottesdienste, die Verwaltung der Sakramente und die übrigen kirchlichen Handlungen, mit welcher Aufgabe zusammenhängend betrachtet ward: die Einrichtung und Ausstattung der Kirchen, soweit solche durch die Liturgie bedingt ist, so wie die liturgische Vorbildung der Kandidaten der Theologie und die Gewöhnung der Gemeinden zu liturgischem Gesang. Die letzte Dresdener Konferenz war die dritte, und es nahmen Theil an ihr: für Sachsen: Oberhofprediger Dr. Liebner und Hofprediger Dr. Langbein; für Bayern: Oberkonsistorialrath Dr. Böckh; für Hannover: Generalsuperintendent Dr. Niemann; für Württemberg: Oberhofprediger und Oberkonsistorialrath Dr. von Grüneisen; für Mecklenburg-Schwerin: Oberkirchenrath Dr. Kliefoth, und für Mecklenburg-Strelitz: Konsistorialrath Dr. Ohl. Gegenstände der Berathung waren: Beichte und Absolution, Konfirmation, Einrichtung der Kirchen, liturgische Bildung der Geistlichen und Gemeinden, und der Hauptgottesdienst in seinen wesentlichen Bestandtheilen und deren Aufeinanderfolge. Das Ergebniß der Verhandlungen ist in den Protokollen und deren Beilagen niedergelegt."

Preußen. Berlin, 30. Juli. In den verschiedenen Versammlungen evangelischer Geistlichen von prägnant lutherischer Färbung, welche in den letzten Wochen stattbatten, ist als ein Ziel, wonach zunächst gestrebt werden müsse, die Reorganisation des Oberkirchenraths bezeichnet worden. Von dem früheren Konsistorialpräsidenten Göschel ist in dieser Richtung die Trennung des Oberkirchenrathes in gesonderte lutherische, reformirte und unirte Senate vorgeschlagen. (C. B.)

Hannover. Die Gesetzsammlung enthält eine kgl. Verordnung, durch welche die hannoverische Bank für Handel und Gewerbe bestätigt wird. (Z. f. Ndd.)

Hannover, 29. Juli. Die Berathung des Finanzkapitels umfaßte in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer die §§. 6—15, welche sämmtlich nach den Abänderungsvorschlägen des Ausschusses von der Kammer genehmigt wurden. Die Hauptpunkte der Vorlage sind damit wider die Ansichten der Regierung entschieden. (Z. f. Ndd.)

Hannover, 31. Juli. Die 2. Kammer hat gestern die Berathung des Finanzkapitels beendet. Alle Vorschläge des Verfassungsausschusses zu der Regierungsvorlage sind von der Kammer gutgeheißen und das Werk der Regierung ist vorläufig ein nichtiges. Trotzdem daß der Minister des Innern mehrfach auf die gewichtigen Folgen hinwies, welche das gänzliche Ablehnen der Regierungsanträge nach sich ziehen könnte, daß er im gehobenen Ton bemerkte: das Werk der Vereinigung zwischen Ständen und Regierung würde so scheitern und die letzte Hoffnung auf ein gütliches Uebereinkommen schwinden, erhob sich stets dieselbe Majorität für die Ausschußanträge und warf die Regierungspropositionen ab. Auch in der 1. Kammer nimmt die Verhandlung dieser wichtigen Vorlage einen der Regierung ungünstigen Verlauf und die Modifikationen, welche dort gemacht werden, sind gerade die, welche der Minister als völlig unwesentlich bezeichnete. Daß in der dritten Berathung noch andere Resultate erzielt werden sollten, ist durchaus nicht anzunehmen. Die Frage liegt nun recht nahe, was soll ferner werden? Die Antwort, welche man hier in den politischen Kreisen darauf gibt, ist ein stummes Achselzucken, und wie es scheint, ist auch in Regierungskreisen noch nicht das Geringste beschlossen. Wie man hört, hat ein achtstündiger Ministerrath unter Vorsitz des Königs jüngst stattgehabt, ohne daß ein Resultat erzielt worden sey. (D. A. Z.)

Sachsen. Dresden, 31. Juli. Der König und die Königin von Sachsen nebst der Prinzessin Margaretha sowie die verwittwete Frau Großherzogin von Toskana sind gestern Abend von Teplitz in Pillnitz wieder eingetroffen, und heute ebenda der König und die Königin von Preußen.

Freie Städte. Ueber die vor Kurzem in Hamburg erfolgte Verhaftung des Schriftstellers und Dichters Bernhard Endrulat geht der „Allg. Z." folgende Angabe zu: „Bernhard Endrulat, ein geborner Preuße, war vor Beginn seiner Universitätsstudien freiwillig in die preußische Armee eingetreten, um darin sein gesetzmäßiges Jahr abzudienen. Als in Schleswig-Holstein die Auflehnung gegen Dänemark begann, setzte es der jugendliche Ethusiast durch, daß er in den von Preußen dahin entsendeten Armeetheil eintreten durfte, und zwar als Artillerist. Nach vier Monden guter Führung avancirte er zum Bombardier, mit der Aussicht auf noch weitere Erfolge, allein kurz nach dieser für ihn so glücklichen Wendung, wurde das preußische Heer zurückberufen, und Endrulat, der sich in diese Zurückberufung nicht finden konnte, verließ heimlich die Fahne seines Königs, und trat in den Dienst der Herzogthümer bis zu Ende des ganzen schleswig-holsteinischen Feldzugs. Der Ausgang desselben traf ihn doppelt hart, je feuriger er für die deutsche Sache enthusiasmirt war, und je drohender die Zukunft auf ihn hereinbrach. Sich durch fleißiges Studium zum Naturforscher ausbildend, nahm er gleichzeitig in Holstein ein Hauslehrerstelle an, die er später mit einer andern an einer angesehenen Mädchenschule in Hamburg vertauschte. Hier begann er aufs neue sich literarischen Arbeiten zu widmen, denen er schon in Berlin im Verein mit Paul Heyse und andern obgelegen. Das illustrirte Familienbuch des österreichischen „Lloyd", die Unterhaltungen am häuslichen Herde, die Hamburger Jahreszeiten und andere angesehene belletristische Blätter brachten die Erzeugnisse seiner Muse, während seine persönliche Erscheinung ihm in Hamburg viele Freunde erwarb. Da ihn aber seine Stellung zu Preußen niederdrückte, wo er als Deserteur galt, und er sich moralisch wegen seines Vergehens verantworten zu können glaubte, so wandte er sich freiwillig und vertrauensvoll mit einer Eingabe an den König von Preußen, dem Monarchen sein Vergehen und die Bitte um Gnade offen darlegend. Die Begnadigung erfolgte nicht, statt ihrer die legale Forderung vor das Kriegsgericht, dem durch die Flucht zu entgehen Bernhard Endrulat verschmähte, obwohl er vorher von seiner Verhaftung Kunde erhielt. Gleichwohl hofft man, daß der großmüthige Monarch Gnade für Recht ergehen lassen werde."

Oesterreich. Wien, 30. Juli. Frhr. v. Hübner, der auf eine Urlaubsreise befindliche kaiserlich österreichische Botschafter am Tuilerienhofe, hat sich im Laufe der verflossenen Woche in Triest nach Corfu eingeschifft. Dem Vernehmen nach wird derselbe einige Zeit auf den jonischen Inseln verweilen, und sodann von dort aus sich nach Neapel begeben, wohin er an den dortigen Hof mit einer besonderen Mission beauftragt ist. Sicherem Vernehmen nach hat die Mission nichts Anderes zum Gegenstande, als eine neue, mit dringenden Vorstellungen an den neapolitanischen Hof abgehende Note des Wiener Kabinets durch seine mit jener des kaiserlichen Gesandten am dortigen Hofe, des General von Martini, vereinte persönliche Intervention auf das Nachdrücklichste zu unterstützen. Wie es scheint, ist bei der Wahl des Frhrn. v. Hübner für diese nichts weniger

als leichte Mission, der Einfluß Frankreichs einerseits, wie nicht minder jener des österreichischen Diplomaten am französischen Hofe von wesentlicher Entscheidung gewesen. Wie mir mitgetheilt wird, soll Baron Hübner auf seiner Rückreise noch mehrere andere italienische Höfe zu besuchen den Auftrag haben. (Deutschl.)

Wien, 30. Juli. Die Arbeiten an der Kaiser-Franz-Joseph-Ostbahn sollen demnächst in Angriff genommen, und binnen sieben Jahren die Bahn bis Semlin mit den Zweigbahnen dem Verkehr übergeben werden. Wie wir hören, hat die Gesellschaft mit dem als Ingenieur und Techniker bekannten Regierungsrath v. Unruh aus Magdeburg (dem Erbauer der Magdeburg-Berliner Bahn und der herrlichen Eisenbahnbrücke über die Elbe bei Magdeburg) Verhandlungen wegen Uebernahme der technischen Generaldirektion des ganzen Baues angeknüpft. Herr v. Unruh war vor einigen Tagen zu einer Besprechung in Wien, und es dürfte der Abschluß der Verbindung mit ihm kaum mehr auf Hindernisse stoßen. (Fr. Pstz.)

Frankreich.

Aus Paris, 29. Juli schreibt man dem „Schw. M.": Der Besuch, den der Kaiser von Oesterreich dem König von Preußen in Töplitz macht, scheint zwar von der Höflichkeit geboten; man glaubt jedoch, daß demselben auch politische Beweggründe nicht fern liegen. Man will hier nämlich eine neue Annäherung zwischen den beiden deutschen Großmächten wahrgenommen haben oder eigentlich ein unverkennbares Streben Oesterreichs sich Preußen wieder zu nähern, seitdem die Meinungsdifferenz in der Fürstenthümerfrage das intime Verhältniß gelockert hat, das sich nach dem Friedensschluß zwischen hier und Wien zu bilden schien. (Daß sich das Verhältniß gelockert habe, wird von anderer Seite widersprochen. Gemerkt hat man davon wenigstens noch nichts.)

Paris, 30. Juli. Großes Aufsehen in der Regierungswelt erregt ein Werk: „Der Krieg und die stehenden Heere", worin sich der Verfasser mit großer Unerschrockenheit für die Abschaffung derselben ausspricht. Derselbe ist durch seine republikanische Grundsätze bekannt und man glaubt, daß ohne seine Verschwägerung mit Vaillant das genannte Buch jedenfalls verboten worden wäre, da er einen so delicaten Punkt in so freimüthiger Weise berührt. (A. Z.)

Paris, 31. Juli. Depeschen, die der heutige „Moniteur" veröffentlicht, widersprechen den Gerüchten von einem Zwiespalte im spanischen Kabinet. (N. Z.)

Spanien.

Es tritt immer deutlicher hervor, daß eine am Hof sehr einflußreiche Partei hoffte, durch Espartero's Sturz werde auch für die Königin-Mutter Marie Christine die Rückkehr möglich werden. Allein diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt; denn O'Donnell, so nachgiebig er in manchen andern Dingen ist, zeigt gerade in diesem Punkt eine unbeugsame Festigkeit. Er weiß, daß ihre Rückkehr nur das Zeichen zu neuen Ränken seyn, und daß Spanien, welches so sehr der Ruhe bedarf, durch sie sofort in neue unheilvolle Verwirrung gestürzt werden würde. Ein längerer Artikel der „Köln. Z." sagt über sie u. A. Folgendes: Marie Christine ist Spaniens böser Dämon, und man thut ihr gewiß nicht Unrecht, wenn man ihr bei allem Unheil, dem die pyrenäische Halbinsel seit 25 Jahren zur Beute gewesen, die Hauptschuld beimißt. Sie war es, welche dem schwachen Ferdinand VII. den Zankapfel der weiblichen Succession abschmeichelte; sie war es, welche vom ersten Tage ihrer Regentschaft an, trotz ihres Hasses gegen eine lieberale Regierungsform, sich auf die liberalen Elemente zu stützen und die freien Institutionen dann dadurch in Mißkredit zu bringen suchte, daß sie dieselben mißbrauchen ließ; sie war es, welche, nachdem sie durch die Ayacuchos gerettet worden, das junge Gemüth der Königin Isabella gegen die Liberalen vergiftete und namentlich gegen Espartero mit einer Zähigkeit intriguirte, die eines besseren Zieles werth gewesen wäre; sie war es, welche mit Louis Philippe die unglückselige Heirath Isabella's II. mit Don Franzisco de Assissi durchsetzte und jene Wirthschaft herbeiführte, welche weder der Dynastie, noch dem Lande zum Heile gereichen konnte, doch der Königin-Mutter erwünscht war, weil sie gern im Trüben fischte. Wie sie gewirthschaftet und auf welchem Wege sie die vielen Millionen zusammengescharrt, die ihr eben so geiziger Gemahl, der ehemalige Leibgardist Munoz, jetzt freilich durch bornirtes Börsenspiel in Paris zum guten Theile wieder in andere Hände brachte, ist bekannt. Hans Wachenhusen erzählt in der „Voss. Zeitung" eine Reihe „buchstäblich treuer Details", aus denen wir beispielsweise nur folgende Züge ausheben wollen:

„Durch ihre Habsucht getrieben, bemächtigte sie sich sogar der Kronjuwelen, zahlloser Pretiosen, und wußte sich von dem Ministerium und den Cortes enorme Summen anweisen zu lassen. Marie Christine verschmähte nichts, was ihr Geld einbrachte, selbst nicht das Unbedeutendste, und verstand sich meisterhaft auf das Oekonomisiren. Gab sie Bälle, so ließ sie die Erfrischungen aus dem königl. Palaste requiriren, in ihrem Hause herrschte die größte Sparsamkeit, und ihre Töchter erhielten ein wirklich klägliches Taschengeld. Marie Christine ging als Königin-Mutter in ihrer Oekonomie so weit, daß sie ihre alten Hüte bei Madame B., der ersten Modistin von Madrid, aufputzen und waschen ließ, daß sie die alten Livreen ihrer Diener verkaufte, die Bäume königl. Lustschlösser als Brennholz niederbauen ließ und Gold- und Silberklumpen aus dem Naturalienkabinetten der Nation zu baarem Gelde machte. Auf welche Weise Marie Christine 80 der schönsten Gemälde des Escorial für eigene Rechnung verkaufen ließ, das habe ich schon früher erzählt."

Bei diesen Geschäften war Francisco Chico ihre rechte Hand, der vom Contrebandisten, Räuber und Mörder zum Chef der geheimen Polizei vorrückte und endlich 1852 gestürzt und bei der Revolution von 1854 von demselben Stierfechter Pucheta erschossen wurde, der in den letzten Julikämpfen als Pöbelführer gefallen ist. Marie Christine hatte sich 1852 bei Ordonnez, dem damaligen Civilgouverneur von Madrid für ihren Geschäftsagenten verwandt; als ihr jedoch die bei dem Verhafteten gefundenen Juwelen gezeigt wurden, die er ihr und der Königin Isabella gestohlen hatte, überließ sie ihren Schützling seinem Richter. Durch Chico's Hände waren die 180 Gemälde des Escorial gegangen, von denen nur 100 in das Museum von Madrid gelangten, während die übrigen „für hohe Privatrechnung" in England verkauft wurden; durch seine Hände sollen auch der mexikanische Goldklumpen, die Smaragde und Diamanten gegangen seyn, die seitdem aus dem Museum verschwunden sind. Es sind dies Dinge, die, selbst wenn nur der kleinste Theil davon wahr wäre, vollkommen genügen, um die Haß zu erklären, mit der in Madrid, Saragossa u. s. w. selbst solche sich mit Erbitterung erhoben, die O'Donnell seit 1854 näher als Espartero standen.

Madrid, 26. Juli. Die Madrider Journale sind mit Berichten über die Depronunciamentos der Städte, welche sich gegen das Ministerium O'Donnell aufgelehnt hatten, angefüllt. „Depronunciamiento" ist ein von der Madrider Presse zur Bezeichnung freiwilliger Rückkehr zum Gehorsam neu erfundenes Wort.

Ueber die gegenwärtige Lage der Dinge in Spanien äußert sich ein längerer Artikel der „Hamb. Nachr." u. a., wie folgt: „Der Hof, der O'Donnell bloß als Werkzeug der lang ersehnten Reaktion zu gebrauchen beabsichtigt hatte, steuerte nach der Bezwingung Madrids seinen Wünschen mit vollen Segeln zu: er beabsichtigte sogleich Narvaez zurückzurufen, der das Haupt nicht der Militärmacht, sondern der eigentlichen Reaktionspartei und der Camarilla ist, und der in seinem Gefolge auch Marie Christine mit zurückgebracht hätte; außerdem beabsichtigte der Hof, um jeden Preis das gute Vernehmen mit Rom wiederherzustellen und zu diesem Zweck sogleich das Desamortisationsgesetz rückgängig zu machen, das den Verkauf so vieler Kirchengüter gebietet und deshalb dem Klerus auf das Aeußerste verhaßt ist. O'Donnell widersetzte sich dem einen wie dem andern Plan. Sein Zweck war einfach als Chef der Militärmacht zu herrschen, und er konnte dies nur, wenn er weder die Camarilla, noch den Klerus zur Gewalt, wenn er vor Allem Narvaez nicht in die Nähe der Königin kommen ließ. Dem Hof gegenüber setzte er in dieser Beziehung seinen Willen eben deshalb durch, weil am 15. Juli nur die republikanische Partei, nicht auch die konstitutionelle gewaltsam erdrückt war und weil daher für den Augenblick der Hof es nicht wagen durfte, Angesichts der nur geknickten, aber nicht gebrochenen Haltung der konstitutionellen Opposition des Bürgerthumes auch die Militärmacht auf die Seite der Opposition zu drängen. Zugleich aber versuchte O'Donnell, sich der konstitutionellen Opposition des Bürgerthums durch liberale Versprechungen und — so weit man bis jetzt urtheilen kann — durch Schonung ihrer hervorragenden Persönlichkeiten wiederum bis auf einen gewissen Grad zu nähern; und vielleicht wird diese Opposition trotz alles Vorgefallenen gegen seine lockenden Annäherungen nicht ganz taub bleiben. Während sie mit ihm über die Herrschaft des Bürgerthums und des Militärs streitet, hegt sie einen noch größern Haß als gegen die Militärherrschaft gegen Narvaez, gegen die Kamarilla, gegen Marie Christine und gegen die Unterwürfigkeit der Regierung unter Rom. Gelingt es O'Donnell, Saragossa auf dem Wege der Unterhandlungen für sich zu gewinnen, so hat er damit eine Stellung für sich gewonnen, in der er sich möglicher Weise noch einige Zeit halten kann, indem er sich auf das Bürgerthum im Kampf gegen die Reaktion stützt, auf den Hof und das Heer im Kampf gegen den Liberalismus, und zu-

gleich durch eiserne Aufrechthaltung der Ruhe, die materiellen Interessen für sich gewinnt. Aber das ist eine sehr schwierige Stellung, die auf die Länge schwerlich gut thut."

Italien.

Aus Sizilien. Weit entfernt davon, den energisch ausgesprochenen Wünschen der Westmächte endlich nachzukommen, hat die Regierung ihre Strenge neuerdings nur noch vermehrt. Spionage, Brieferöffnungen, Denunziationen, Hausdurchsuchungen und Einkerkerungen sind wieder in vollstem Schwunge, und selbst der hier wohnende Fremde, welcher bekanntlich, durch den Schutz der Gesandtschaften, hier seit Jahren eine exclusive, den polizeilichen Mächten ziemlich unnahbare Stellung einnahm, wird gegenwärtig nicht mehr so respektirt als früher; Lauscher und Späher umgeben ihn auf Schritt und Tritt, horchen seinen zufällig hingeworfenen Meinungsäußerungen, denunziren und entstellen dieselben und führen ihn endlich in allernächste Berührung mit der Polizei, die ihm sodann mit höflicher Energie zu verstehen gibt, daß seinem längern hiesigen Aufenthalte politische Bedenklichkeiten entgegenständen und daß man sich auf Grund dessen gemüßigt finde, ihn zur sofortigen Abwickelung seiner Geschäfte und zur möglichst baldigen Abreise aufzufordern. Auf solche Weise sind von hier ein Schweizer Uhrenhändler, Franz Wilderer, ferner der Agent mehrerer genuesischen Handelshäuser, Antonio Piretti, und ein junger schwedischer Reisender, v. Lundström, ausgewiesen worden; Proteste fruchteten nichts, die sizilische Sindice ist gegen dieselben gepanzert, und sie trieb ihre Aufmerksamkeit so weit, die Ausgewiesenen bei ihrer Abreise bis zum Schiff durch Polizeidiener begleiten zu lassen, welche sich nicht eher entfernen durften, als bis der Dampfer in See gestochen war. Die Ausgewiesenen haben sich zuvörderst nach Palermo begeben, um dort unter dem Beistand ihrer Konsulate vor dem Generalgouverneur der Insel, Fürsten Casteleicala, Klage zu führen und auf Entschädigung, resp. Revanche, anzutragen. Mit Respektirung des Briefgeheimnisses sieht es ebenfalls nicht zum besten aus, ein sehr wahrscheinliches Gerücht behauptet, daß seit Kurzem auch auf den Nebenpoststationen und auf den Postschiffen sogenannte schwarze Kabinette etablirt worden wären, in welchen sämmtliche ins Ausland gerichtete Briefe — mit Ausnahme der nach Oesterreich bestimmten — geöffnet und ex officio durchgelesen würden. Die jetzt wieder mit Riesenwucht auf der Insel lastende Reaktion hat insofern ihren Zweck erfüllt, als alle politischen Leidenschaften im Volke nunmehr wie getödtet erscheinen; es ist gänzliche Stille eingetreten, die Stille des Friedhofs. Aber dieser Friedhof birgt keine Leichen, sondern lebende, heißklopfende, freiheitsehnsüchtige Menschenherzen in seinem Schooße. Das Sizilien der Gegenwart gleicht einem vollen Dampfkessel, dessen Ventile sämmtlich hermetisch verschlossen worden; man darf sich also nicht wundern, wenn früher oder später in seinem Innern eine Explosion eintritt, gewaltig genug, um die ganze Staatsmaschine in Trümmern in die Luft zu sprengen! Sie werden gewiß vernommen haben, wie es der sizilischen Polizei gelungen sei, eine Menge heimlicher Waffenniederlagen aufzufinden; offizielle Blätter und offiziöse Korrespondenten haben dieses Faktum mit großer Geläufigkeit und nicht ohne gewissen Aplomb in alle Welt ausposaunt, aber sie haben andererseits vorsätzlich verschwiegen, wie es mit diesen Entdeckungen beschaffen gewesen, es sei uns daher vergönnt, zur Ergänzung ihrer Angaben Folgendes hinzuzufügen: Zu Mirillo wurde ein Küstenfahrer aufgegriffen, der Waffen und Munition an Bord führte (80 Bayonnetflinten und 1200 scharfe Patronen); es sollte diese gefährliche Contrebande angeblich von Mitgliedern der Bewegungspartei bestellt worden seyn; die betreffende Untersuchung, anfänglich mit großem juristischen Pomp bewerkstelligt, ward bald darauf unterbrochen und später gänzlich sistirt; weßhalb? deßhalb schweigt die Untersuchungskommission, schweigt natürlich auch die durchaus geknebelte Presse, und zwar weil — wie wir aus dem Munde einer unschuldig in den Prozeß verwickelt gewesenen Persönlichkeit erfahren — es sich herausgestellt, daß diese Waffensendung nach Noto bestimmt war, von wo aus sie durch karlistische Agenten weiter nach Spanien verladen werden sollte. In einem Kloster zu Messina entdeckte die Polizei eine Kiste mit Mousquetons, Pistolen und Dolchen; die Untersuchung ergab, daß ein Gartenknecht des Klosters der Denunziant gewesen, daß er im Dienste der Polizei stehe und endlich, daß er mit Hülfe eines andern Polizeiagenten jene Kiste selbst in den Klosterkeller transportirt habe; von woher er selbst sie empfangen, darüber ward nicht weiter inquirirt; man kann es sich aber sehr wohl denken, und man kann ferner daraus abnehmen, was es mit diesen Entdeckungen überhaupt für eine Bewandtniß habe. Zu Catanea sind zwei Advokaten, Beide verdächtig, sich bei der Unterschrift einer an den sardinischen Premierminister, Grafen Cavour, gerichteten Adresse betheiligt zu haben, eingekerkert worden. (D. A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die fünf wallachischen Bojarensöhne, welche in den Jahren 1853 und 1854 durch die russische Regierung nach Bender und später in's Innere von Rußland verbannt wurden, sind wieder nach Bucharest zurückgekommen.

Amerika.

Unter den „politischen Miscellen" schreibt die „New-Yorker Abendzeitung": Friedrich Hecker auf dem „Stumpe"! Verflossenen Sonnabend, den 28. Juni, sprach Fr. Hecker vor einer zahlreichen republikanischen Versammlung in Maseoutah (Ill.) zu Gunsten der Kandidatur von Oberst Fremont für die Präsidentschaft und Oberst Bissell, für das Amt des Gouverneurs von Illinois. Seine Rede fand ungetheilten enthusiastischen Beifall. Am Sonnabend, den 12. Juli, wird eine republikanische Massenversammlung in Belleville abgehalten werden, in welcher Fr. Hecker abermals zum Volke sprechen wird. Wir hören, daß Hr. Hester der von Philadelphia und Cincinnati an ihn ergangenen Einladung entsprechen und in diesen Städten Reden für Fremont und die republikanische Partei halten wird.

Nichtpolitische Zeitung.

Köln, 29. Juli. Im Ahrthal, das so voll von Naturschönheiten und so voll von Winzernoth ist, hat man, und zwar eine halbe Stunde unterhalb Ahrweiler bei dem Dorf Beul, in einer Tiefe von 17 Fuß eine überaus starke heiße Mineralwasserquelle erbohrt, die etwas intermittirend, einen so mächtigen Sprudel hat, daß mindestens 600 Bäder täglich bereitet werden können. Die Temperatur ist 32 Gr. R., also schon zu warm um ohne Abkühlung zum Baden verwendet zu werden. Nach den angestellten Analysen ist das erbohrte Wasser dem von Ems beinahe völlig gleich. Morgen wird in Königswinter eine Versammlung stattfinden und wahrscheinlich eine Aktiengesellschaft zur Anlegung eines Kurortes gegründet werden. (A. Z.)

Der wegen qualifizirten Mordes zum Tode verurtheilte Bauer Joseph Graf von Gietelsdorf hat seinem Vertheidiger und dann vor einer Gerichtskommission das Geständniß abgelegt, daß er die Katharine Müller ermordet hat. (Münch. Bl.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Leipzig, 29. Juli. Die Roggenärnte ist bei uns nun ziemlich beendigt. Nach Probedreschen ergiebt sich, daß der diesjährige Roggen gegen den vorjährigen mindestens um 6 pCt. gehaltreicher ist und gegen 50 pCt. Körner und 25 pCt. Stroh mehr liefert. Noch ausgezeichneter als die Roggenärnte wird die Gerstenärnte werden. Auch die Kartoffelärnte kann nun als gesichert betrachtet werden; die Krankheit ist nur auf wenigen Aeckern aufgetreten. Die Kartoffelärnte wird in Menge eine sehr reiche, in Güte eine ausgezeichnete werden; deßhalb gehen auch auf jedem Marktage die Preise der neuen Kartoffeln zurück. Während man hiernach für die Getraide- und Katoffelpreise günstige Aussichten hat, sind die Aussichten auf die Oelpreise die ungünstigsten, denn der Dresdener Scheffel Reps kostet bereits 9 bis 10 Thlr., ein selten erlebter Preis. Unter diesen Umständen wird viel Lein-, Palmöl und andere Oele verbraucht werden. — Wie große Verheerungen in diesem Jahre der Hagel angerichtet hat, geht daraus hervor, daß die hiesige Hagelvergütungsanstalt wegen der bis jetzt angemeldeten Schäden noch 100 pCt. der schon gezahlten Prämie ausschreiben muß. (Schw. M.)

Frankfurt, 2. August. Span. Fonds setzten ihre steigende Bewegung fort, auch Darmstädter Bankaktien beider Gattungen und Livorno Florenz Eisenbahnenaktien waren heute beliebter, während österr. Bankaktien billiger abgegeben wurden; der Umsatz im Ganzen war gering.

Für Rhein-Nahe Eisenbahnaktien zeigte sich heute mehr Kauflust und wurden dieselben zu 102¼ ⅜ ½ ¾ ⅞ 103 und 102⅞ und Berliner Bankverein-Aktien zu 108 umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1286 P. 1281 G. Neue Bankaktien 412 P. 408 G. Credit-Actien à 5pCt. 237 P. 235 G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83¼ P. 83 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 89½ P. 89¼ G. Metall. alte à 5pCt. 81⅛ P. 81 G.; à 5pCt. in Silberb. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71⅝ P. 71⅜ G.; à 4pCt. 63¾ P. 63½ G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G. à fl. 250 von 1839 118 P. 117½ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102⅞ P. 102⅜ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 278 P. 276 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. $88\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. $94\frac{3}{8}$P. $94\frac{1}{8}$G.; 4pCt. Grundrente $95\frac{1}{2}$ P. 95 G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $101\frac{1}{4}$ P. 101 G.; $4\frac{1}{2}$pCt. Ostbahn-Aktien $104\frac{5}{8}$ P. $104\frac{3}{8}$ G. 5pCt. $101\frac{1}{4}$P. $100\frac{3}{4}$ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $149\frac{3}{4}$ P. $149\frac{1}{4}$G. Neustadt-Weissenb. $110\frac{1}{2}$ P. 110 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. $117\frac{1}{2}$G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. 91 P. $90\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{1}{2}$P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $83\frac{3}{8}$ P. $82\frac{7}{8}$ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. $39\frac{7}{8}$ P. $39\frac{3}{8}$ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o Z. $62\frac{1}{8}$ P. 62 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. 100P. $99\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{1}{2}$P. 102 G.; Loose à fl. 50 $115\frac{3}{4}$ P. $115\frac{1}{4}$ G.; à fl. 25 34 P. $33\frac{3}{4}$ G.; Darmstädter Bankaktien alte $418\frac{1}{2}$ P. $416\frac{1}{2}$ G.; junge $361\frac{1}{2}$ P. $362\frac{1}{2}$ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank $109\frac{3}{4}$P. $109\frac{1}{4}$G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 $48\frac{5}{8}$ P. $48\frac{1}{8}$G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $89\frac{3}{4}$ P. — G., Loose à fl. 25 $32\frac{3}{4}$P. $32\frac{1}{4}$G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $84\frac{1}{4}$P. — G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. 93P. $92\frac{1}{2}$G.; Bankaktien $119\frac{3}{4}$ P. $119\frac{1}{4}$G.; Taunus-Aktien 334 P. 332 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien $84\frac{3}{4}$P. $84\frac{1}{4}$G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial —P. $87\frac{3}{4}$ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 552 P. 547 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. $39\frac{3}{4}$ G.; 1pCt. neue $24\frac{11}{16}$ P. $24\frac{9}{16}$ G. **Holland.** Integrale $63\frac{1}{2}$ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. $100\frac{1}{4}$P. 100G.	Lond. Lst. 10 k.S. $118\frac{5}{8}$P. $118\frac{3}{8}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{8}$P. $119\frac{7}{8}$G	Mail. i. S. Lr. 250 k.S $101\frac{1}{8}$P —G
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Paris Frs. 200 k. S. $93\frac{3}{4}$P. $93\frac{1}{8}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Lyon Frs. 200 k. S. $93\frac{5}{8}$P. $93\frac{3}{8}$G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. $96\frac{3}{8}$P. $96\frac{1}{8}$G.	Wien fl. 100 C. k.S. $116\frac{7}{8}$P. $116\frac{5}{8}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. $89\frac{1}{8}$P. $88\frac{7}{8}$G.	Wien 3 M. mit 4% $116\frac{5}{8}$P. $116\frac{3}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. $104\frac{5}{8}$P. $104\frac{3}{8}$G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 1. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{5}{16}$; 5pCt. Metall. $83\frac{3}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. $73\frac{3}{4}$; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 ——; von 1854 ——; Bankaktien 1097; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen $92\frac{1}{2}$; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 382; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 589; österr. Staatsbahnaktien 324; Nordbahnaktien 2880. **Wechselkurse:** Augsburg uso $102\frac{3}{4}$. London 10. $3\frac{1}{2}$. B. **Geldkurs:** Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Heidelberg. Von dem akademischen Direktorium der **Universität Heidelberg** ist an die sämmtlichen deutschen Universitäten das folgende Zirkular ergangen, das wir hier, mit Weglassung des Eingangs, in seinem Wortlaut folgen lassen:

„Schon seit einigen Jahren mußten wir mit Bedauern wahrnehmen, daß von den Mitgliedern der Korpsverbindungen der eigentliche Beruf der Studirenden: die wissenschaftliche und sittliche Ausbildung vernachlässigt wurde. Der weitaus größte Theil der Zeit wurde von denselben der Pflege des Duells und geselliger Vergnügungen, anstatt der Pflege des Geistes und Gemüthes zugewendet. Die Einfachheit des geselligen Tones, in welcher die Studirenden sich früher bewegt hatten, ging immer mehr verloren; die Ausgaben überstiegen bei Manchem die ihm zu Gebote stehenden Mittel, und das Einschreiten der akademischen Behörde zur Ordnung der gestörten ökonomischen Verhältnisse gegen Corpsmitglieder ward in neuerer Zeit immer öfter geboten. Zu diesen Uebelständen gesellten sich noch mehrere andere, die in der letzten Zeit immer unverkennbarer hervortraten. Erstens thaten sich die Korps ihren nicht zu den Korpsverbindungen gehörenden Kommilitonen gegenüber durch ein so anmaßendes und herausforderndes Betragen hervor, daß eine zusehends tiefer werdende Kluft die beiden Klassen von Korpsstudenten und Nicht-Korpsstudenten innerhalb der Studentenschaft trennte und auch für das künftige Leben eine höchst bedauerliche Spannung unter Solchen befürchten ließ, welche einem gemeinsamen Lebens- und Berufszwecke angehören. Zweitens zeigte sich unter den Mitgliedern der Korpsverbindungen schon seit längerer Zeit eine Zügellosigkeit, welche weit über die Schranken des erlaubten jugendlichen Lebensgenusses hinausführte, wie denn z. B. im Laufe des vorigen Winters das Weihnachtsfest in einer Heidelberg benachbarten Dorfgemeinde zu einem Commerce benützt wurde, bei welchem es zu großen Exzessen kam, die den Theilnehmern eine Untersuchung zuzogen. Endlich verband sich damit noch eine wachsende Unbotmäßigkeit gegen die akademische Behörde, die in ihrem Fortschreiten die Auflösung aller Bande der Disziplin unvermeidlich zur Folge haben mußte."

„Insbesondere im Laufe dieses Sommers traten diese Uebelstände in so markanter Weise hervor, daß wir endlich zur Auflösung der Corpsverbindungen uns genöthigt sahen. Mit dem Beginne dieses Sommersemesters konnten wir die Wahrnehmung machen, daß die Zahl der sog. Corpsstudenten sich im Verhältnisse zu früheren Semestern um ein Nambaftes, etwa bis auf 150 vermehrt hatte, und daß das Auftreten derselben gegen die übrigen Studirenden bald einen aufreizenden und geradezu provozirenden Charakter zeigte. Zu stärkeren Conflikten kam es jedoch erst, als sich das Gerücht verbreitet hatte, daß sich unter dem Namen „Saxonia" eine Verbindung von Nicht-Corpsstudenten gebildet habe, welche damit umgehe, landsmannschaftliche Farben und Symbole anzunehmen. Die Corpsstudenten erhoben sich gegen die angebliche Saxonia und gegen die ebenfalls gesellschaftlich vereinigten hier studirenden Schweizer in Masse und riefen dadurch jene tumultuarischen Auftritte und nächtlichen Ruhestörungen vom 2. bis zum 4. Juni hervor, welche den engeren Senat zu energischem Einschreiten und dem Erlasse vom 5. Juli veranlaßten. Nun trat auch in Folge der ergriffenen Maßregeln für einige Wochen Ruhe ein, ohne daß jedoch die zwischen Korpsstudenten und Nicht-Korpsstudenten entstandene Spannung und Gereiztheit sich verloren hätte. Die Korpsstudenten äußerten sich insbesondere auch über die von der Behörde ergriffenen Maßregeln unzufrieden und hielten sich sogar für berechtigt gegen dieselbe beim Senate eine in corpore unterzeichnete Verwahrung einzulegen, aus welchem Aktenstücke klar hervorgeht, daß die Korpsstudenten von ihrer Stellung, den akademischen Behörden sowohl als ihren, den Korpsverbindungen nicht angehörenden Commilitonen gegenüber eine durchaus verkehrte Vorstellung hatten. Sie halten sich nämlich jenem Aktenstücke zufolge für befugt, Erlassen des Senates die Anerkennung zu versagen und die Ordnung unter der Studentenschaft nach denjenigen Begriffen, welche sie von studentischer Ordnung haben aufrecht zu erhalten. Der engere Senat gab dem Prorektor den Auftrag, den sogenannten Senioren auf jene Verwahrung eine zurechtweisende schriftliche Antwort zu ertheilen, welche der Prorektor noch mündlich eindringende Vorstellungen und die ernste Verwarnung beifügte, daß wenn sich die Korpsverbindungen noch irgend welche erhebliche Gesetzwidrigkeiten sollten zu Schulden kommen lassen, dem Senate nichts anderes mehr übrig bleiben würde, als ihre sofortige Auflösung zu verfügen. Diese eindringende Vorstellung war um so nöthiger geworden, als unter dem 22. Juni die Korpsstudenten eine neue Gesetzwidrigkeit begangen hatten. Zwei Mitglieder der Verbindung Vandalia waren nämlich wegen unanständigen Betragens von der hiesigen Harmoniegesellschaft ausgeschlossen worden. Als sich der Vorstand dieser Gesellschaft auf Andringen des sogenannten Seniorenkonvents nicht dazu verstehen wollte die ausgestossenen wieder aufzunehmen, wurde diese Gesellschaft vom Seniorenkonvente in Verruf erklärt. Die akademischen Gesetze bedrohen ein solches gesetzwidriges Verfahren mindestens mit der Strafe des Consilium abeundi, welcher Strafe sich die Korps nur durch schleunige Zurücknahme der beschlossenen Maßregel, nach von unserer Seite vorausgegangener abermaliger ernstlicher Ermahnung, entzogen. Außerdem hatten sich in der Nacht vom 26. Juni die früheren Ruhestörungen, und zwar, wie sich bei der Untersuchung herausstellte, in abermaliger provozirender Handlungen und beleidigenden Auftretens von Seite der Corpsstudenten gegen Nicht-Corpsstudenten erneuert. Für ein solches Auftreten hatten die Corpsstudenten um so weniger auch nur eine Entschuldigung, als die sog. Verbindung Saxonia vom Senat untersagt, namentlich das Annehmen von Farben und Symbolen verboten worden war, und dieselbe ohne Widerrede sich diesem Verbote gefügt hatte."

„Alle Ermahnungen, in wie ernstem und wohlwollendem Tone sie auch ertheilt werden mochten, hatten jedoch nicht den geringsten Erfolg. Noch am Abend des Tages, an welchem der Prorektor den Senioren den Vorhalt im Auftrage des engeren Senates gemacht hatte, kam, und zwar im Gesellschaftshause des hiesigen Museum, von Seiten der Korpsstudenten einer der empörendsten Exzesse vor." (Schluß f.)

Madrid, 1. August. Saragossa hat sich der Regierung unterworfen. Der General Dulce ist mit seinen Truppen in die Stadt eingezogen. (T.D.d.Fr.Postz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 215.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 4. August 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 2. August. Der 18. August war der Tag, an welchem General Deroy verwundet wurde, weßhalb auch dieser Tag für die feierliche Enthüllung seines Monumentes in der neuen Maximiliansstraße gewählt wurde. Es werden bei dieser Gelegenheit alle hier garnisonirenden Truppen anwesend seyn, sowie König Max der Feierlichkeit in eigener Person beiwohnen wird. Das Kommando der Truppen wird Fürst von Thurn und Taxis an diesem Tage führen. (Augsb. Abdz.)

Das Gesetzblatt Nr. 18 enthält das Gesetz, einige Bestimmungen über die Gerichtsverfassung und das gerichtliche Verfahren in den Landestheilen diesseits des Rheins betr.

Aus der Pfalz, 2. Aug. Die „evangelischen Blätter" bringen in ihrer letzten Nummer die Berichte über die jüngsten Diözesansynoden zu Bergzabern und Pirmasens. In Bergzabern wurden folgende Anträge an das Konsistorium beschlossen: 1) Dasselbe möge in Erwägung, daß mehrmals Protestanten zur kath. Kirche übergetreten seyen, ohne daß die kath. Geistlichen das vorgeschriebene Entlassungszeugniß des protest. Pfarrers verlangt hätten, geeigneten Orts dahin wirken, daß „gegen solche Ungesetzlichkeiten strafrechtliche Bestimmungen erlassen werden;" 2) es möge eine Verordnung erlassen werden, nach welcher jeder Protestant bei seinem Ein- oder Austritt aus der Pfarrgemeinde sich dem einschlägigen Pfarramt vorzustellen und ein kirchliches Entlassungszeugniß zu erwirken oder zu präsentiren habe; 3) das Konsistorium wolle alljährlich am Buß- und Bettage oder sonst bei passenden Gelegenheiten die Gemeinden seines oberhirtlichen Sprengels mit einem Hirtenbriefe erfreuen. Schließlich legte die Synode auf Antrag des Pfarrers Hoffmann in Annweiler noch Zeugniß ab wider die neue Art der Sonntags-Entheiligung durch die Vergnügungszüge auf den Eisenbahnen bei herabgesetzten Preisen. Die Synode von Pirmasens beantragte, daß eine kgl. Verordnung erlassen werde, welche die Abhaltung von Tanzmusiken und Bällen an den Sonntagen verbietet und die Verlegung der bürgerlichen Feier der Kirchweihen und der Jahrmärkte auf Werktage gebietet, obgleich „die Synode sich die Fruchtlosigkeit des Antrages nicht verhehlte." Außerdem erklärte sie, daß die Verwaltungskommissionen der Eisenbahnen durch Herabsetzung der Fahrtaxen an den Sonntagen „sich nicht weniger an dem Volke versündigten", als Wirthe, die an den Sonntagen Tanzmusiken halten; daß Bälle an den Samstagabenden, welche besonders da häufig stattfänden, „wo Beamte den Ton angeben, die, da einmal getanzt seyn müsse, lieber ihrem himmlischen Herrn den Sonntag Vormittag, als ihrem irdischen den Montag verschlafen," ebenso verwerflich seyen; endlich, daß die Verachtung dieses göttlichen Gebotes „der Herr jetzt schon sichtlich räche und immermehr rächen werde."

Württemberg. Stuttgart, 1. August. Auf den Lehrstuhl des Kriminalrechts zu Tübingen ist ein ausgezeichneter Praktiker von zugleich gründlicher theoretischer Bildung, Stadtrichter Geßler von hier, berufen worden. (K. Z.)

Baden. (Rundschreiben des akademischen Senats zu Heidelberg. Schluß.)

„Ein Student aus Gießen, Namens Dittmar, der einer vom dortigen Senat erlaubten Verbindung „Germania" angehört, wurde, obgleich er die Abzeichen der Verbindung augenblicklich entfernt hatte, sobald er bemerkte, daß sie unter den anwesenden Corpsstudenten Aufregung verursachten, dennoch ohne irgend eine Provokation von seiner Seite auf's gröbste verhöhnt. Nun schien es dem Senate denn doch an der Zeit, mit strengeren Maßregeln nicht länger zurückzuhalten. Nachdem auch ein anderer Corpsstudent gegen einen Nicht-Corpsstudenten auf unverantwortliche Weise sich thätliche Beleidigungen hatte zu Schulden kommen lassen, beschloß der Senat in seiner Sitzung vom 9. Juli, einen Hauptschuldigen mit Relegation auf zwei Jahre, zwei andere mit dem Concilium abeundi, einen vierten minder Gravirten mit der Unterschrift des Cocilium abeundi zu bestrafen. Die Strafe hätte unstreitig auf noch mehrere ausgedehnt werden können, und der Senat ließ auch hier wieder Rücksichten der Milde walten."

„Die Corpsstudenten dagegen, anstatt diese Rücksichten der Milde anzuerkennen und sich ihrer mit vollem Rechte bestraften Mitglieder zu schämen, beschlossen, durch ein feierliches Comitat, das sie den drei Verwiesenen Freitags den 11. d. nach Ladenburg gaben, den Senatsbeschlüssen Trotz zu bieten. In 42 Chaisen, die Religirten von den sog. Chargirten begleitet in vierspännigen Wagen voran, zogen sie nach Ladenburg. Dort überließen sie sich den schändlichsten Exzessen, und riefen insbesondere durch empörende Angriffe auf Frauen und Töchter unter der Bevölkerung eine solche Erbitterung hervor, daß Sturm geläutet und Gewalt mit Gewalt abgetrieben werden mußte."

„Allein auch dieser Vorfall vermochte nicht, den frechen Uebermuth zu dämpfen. Nach Heidelberg zurückgekehrt, zogen sie im Gänsemarsche vor die Wohnung des derzeitigen Prorektors und brachten ihm ein höhnisches Lebehoch. Auch in der Nacht setzten sie ihre Ruhestörungen fort, indem sie das Wirthshaus zum Einhorn, in welchem die Saxonia ihre gesellschaftlichen Zusammenkünfte hielt, belagerten und das Gesellschaftszimmer zu stürmen versuchten. Der Senat, noch bevor er von diesen neuesten Exzessen unterrichtet seyn konnte, hatte beschlossen, es dem großherzoglichen Universitätsamte vorläufig zu überlassen, die sogenannten Senioren als Urheber des gesetzwidrigen Komitates mit einer nachdrücklichen Strafe zu belegen. Die Frage, ob nicht eine sofortige Auflösung der ruhestörerischen Verbindungen anzurathen sey, war im Senate alles Ernstes angeregt, aber noch nicht erledigt worden. Auch in der Nacht vom 12. auf den 13. kamen neue Angriffe von Seiten der Corpsstudenten auf die Nicht-Corpsstudenten vor. Unter den Letzteren war die Aufregung eine außerordentliche. Den unausgesetzten Beleidigungen und Verhöhnungen durch die Corpsstudenten preisgegeben, gingen sie uns immer dringender um Schutz gegen dieselben an, und es steigerte sich mit jedem Tage ihr Unwille zu immer drohender werdenden Ausbrüchen; es war allmählig ein Zustand eingetreten, der als ein anarchischer bezeichnet werden muß und welchen rasch zu Ende zu führen höchste Pflicht der akademischen Behörden war. Diese Pflicht war uns nun auch noch durch einen neuesten Vorgang nahe gelegt worden. Auf die von dem großherzoglichen Universitätsamte gegen die Senioren der Corps in Folge der Demonstration vom 11. d. Mts. ausgesprochene Bestrafung war nämlich von denselben, nicht etwa nur aus eigener Anregung, sondern, wie aus dem Inhalte der Rekursschriften hervorgeht, in Folge einer gemeinschaftlichen Verabredung der Corpsmitglieder Berufung eingelegt und in trotziger Weise gefordert worden, daß der Senat entweder alle Theilnehmer an dem strafwürdigen Komitat oder keinen bestrafe. Es waren hier nicht mehr die Einzelnen, welche auf eine gesetzwidrige Bahn sich verleiten ließen, es war eine organisirte Masse, welche den akademischen Behörden Trotz bot und der von ihnen bisher eingeschlagenen Milde Mißachtung und offenen Hohn entgegen stellte."

„Die Schuldigen in dieser Angelegenheit waren — das ist außer allem Zweifel — die Corpsstudenten. Die Ursache der Ruhestörungen war nicht nur in einzelnen Individuen, die durch Verweisung beseitigt werden könnten, sondern in der Organisation und dem Geiste der Verbindungen selbst zu suchen. Die Corpsverbindungen mußten aufhören, wenn es besser werden sollte. Wie die Corps jetzt beschaffen waren, so müssen wir sie geradezu als Pflanzschulen der Unsittlichkeit und als Herde der Gesetzlosigkeit bezeichnen. Diese gründlich zu beseitigen, lag nicht nur im Interesse, sondern war auch eine Forderung der Ehre unserer Universität. Ja, wollten wir auch nur den untergeordneten Gesichtspunkt der Frequenz in's Auge fassen, so liegt am Tage, daß, wenn die anarchischen Zustände noch länger fortdauerten und eine große Anzahl Studirender unausgesetzt und ohne durchgreifenden Schutz sich einer schnöden Behandlung von Seite

einer anmaßenden und provozirenden Minorität preisgegeben sehen sollte, die Frequenz gerade nach der Seite der Studentenschaft abnehmen würde, welche um des Studirens und nicht um des Tumultuirens willen die Universität bezogen hat. Unter diesen Verhältnissen mußten wir die sofortige Auflösung der Corpsverbindungen für eine nicht nur durch die Umstände gerechtfertigte, sondern auch dringend gebotene halten."

So das Rundschreiben des akademischen Senats in Heidelberg, das mancherlei zu denken gibt, nicht bloß über den niedern Bildungsgrad, welchen die dortigen Corps bewährt haben, sondern auch über die moralische Mitschuld an jenen schmachvollen Vorfällen, die zweifellos dem Senat zur Last fällt. Denn, fragen wir, warum ließ er es zu diesem Aeußersten kommen? Warum hätschelte er seit Jahren die Corps, daß sie am Ende, wie verwöhnte Kinder, glaubten, sie dürften sich ungestraft Alles erlauben? Warum hat eine Universitätsbehörde, welcher so viel Mittel persönlichen Einflusses, so große diskretionäre amtliche Gewalt zu Gebote steht, davon nicht bei Zeiten und mit dem gehörigen Ernst Gebrauch gemacht? Daß arge Mißbräuche im Heidelberger Studentenleben seit Jahren eingerissen waren, das war allgemein bekannt, und die wiederholten Exzesse lieferten hinlänglichen Beweis hiefür. Statt aber bei Zeiten im Einzelnen und mit richtiger Auswahl einzugreifen, wartete das patriarchalische Regiment, bis es zum Biegen zu spät war, bis es brechen mußte.

Großbritannien.

London, 31. Juli. General Codrington ist aus der Krim zurückgekehrt. (T.D.d.Nat.-Ztg.)

Frankreich.

Paris, 31. Juli. Ueber die in dem Departement des deux Sèvres entdeckte Verschwörung erfahren wir, daß die Verschworenen die Absicht hatten, das Getraide auf dem Felde in Brand zu stecken. — Die Paterson'sche Angelegenheit ist geregelt. Der vom Kaiser eingesetzte Familienrath hat entschieden, daß die Ehe des Prinzen Jerome mit Miß Paterson nicht als eine gültige betrachtet werden könne, weil sie geschlossen worden, obgleich Napoleon I. durch seinen Konsul in Amerika dagegen protestiren ließ, kein Mitglied der kaiserl. Familie sich aber ohne Einwilligung des Oberhauptes derselben vermählen durfte und darf. (Schw.M.)

Spanien.

* Das spanische Dampfboot „El Barcino" ist in Marseille eingetroffen. In Barcellona wurden am 28. Juli Abends 28 Insurgenten erschossen. Sie waren angeschuldigt, den Obersten Alocés und 6 Offiziere der Garnison ermordet zu haben.

Ueber die Lage der Dinge zu Saragossa in den letzten Tagen vor Uebergabe der Stadt wird dem „Pays" gemeldet: „Saragossa war fortwährend blokirt, und zahlreiche Desertionen fanden unter den Truppen der Garnison Statt. Die Bewohner sprachen sich täglich mehr für eine Unterwerfung aus, ungeachtet der Opposition einiger Exaltirten, die ein avancirtes Blatt gegründet haben, um die öffentliche Meinung aufzureizen. Dieses Blatt hatte jedoch keinen Erfolg. Der General Falcon schien sehr beunruhigt in Folge der Nachrichten, die er erhielt; denn er erwartete, daß ganz Spanien sich gegen O'Donnell erheben würde, und nun war er auf die Garnison allein beschränkt, ohne Hoffnung auf Hülfe von Außen. Einige Parteiführer haben versucht, das flache Land in Aufstand zu versetzen; sie hatten aber keinen Erfolg; von den 1300 Gemeinden Arragoniens wollte keine einzige marschiren. Mehrere jener Individuen wurden von den Bewohnern entwaffnet und mußten die Flucht ergreifen, um einer Auslieferung an den General Echague zu entgehen."

Gurrea hat sich zu Logrono eingestellt; es bestätigt sich, daß er dem Aufstande fremd geblieben ist. — Am 23. Juli fand zu Sevilla eine neue Meuterei Statt, gegen die jedoch General Alejon sofort einschritt. Der Kampf dauerte an mehreren Punkten bis Mitternacht; um 2 Uhr kehrten die Truppen in ihre Kaserne zurück, und der Rest der Nacht verlief ruhig.

Die Besatzung von Barcellona hat, nach der „Madrider Zeitung", in den Kampstagen an Todten 3 Oberoffiziere, 8 Offiziere und 32 Soldaten, an Verwundeten 22 Offiziere und 177 Soldaten verloren. Die Aufrührer beerdigten auf den Kirchhöfen 244 Leichen; viele wurden aber anderswo begraben.

† Marschall O'Donnel ordnete die Bildung zweier neuer Tirailleurs-Regimenter, zu 2 Bataillons jedes, an. Diese neuen Regimenter, welche mit gezogenen Büchsen aus der Fabrik von Tudela bewaffnet werden, sollen aus den best-beleumundeten Leuten anderer Regimenter gebildet werden.

Italien.

Nach der „Allg. Ztg." wäre der verunglückte Aufstandsversuch im Modenesischen wieder ein von Mazzini und seinen Helfershelfern angestifteter Streich gewesen, wie solche nach seiner Versicherung von Zeit zu Zeit nöthig sind, „um das italienische Volk wach zu halten."

Tarent, 20. Juli. Die Mehrheit der gegen Ende Juni als Hochverräther hier Inhaftirten befindet sich seit vorgestern wieder auf freiem Fuße, weil das erste Untersuchungsverhör auf das schlagendste herausstellte, daß sämmtliche wider sie erhobenen Anschuldigungen durchaus und in jeder Beziehung unbegründet seyen. Derjenige, von dem die betreffende Denunciation und gleichzeitig auch der Verhaftsbefehl ausging, war und ist der königl. Polizeikommissär von Lecce, der, wahrscheinlich um des Hofes Blicke auf sich zu lenken, ein thronfeindliches durch die Terra d'Otranto und Apulien verzweigtes Komplott entdeckt haben wollte, und sich nun als Lügner und Verleumder bloßgestellt sieht; denn selbst gegen die zur Zeit noch in Haft befindlichen Personen (zwei Advokaten, zwei Edelleute und vier Bürger) liegt kein anderer Belastungsgrund vor, als daß sie heimliche Abonnenten und Leser der seit drei Jahren *in Turin* erscheinenden, von dem exilirten und zum Protestantismus übergetretenen Neapolitaner Albarella de Aflitto herausgegebenen religiösen Zeitschrift: „La luce evangelica", sind. So besorgt die sogenannte öffentliche Sicherheitsbehörde plötzlich in allen wenn auch nur entfernt nach Politik riechenden Dingen ist, so lässig zeigt sie sich in Unterdrückung des Raubunwesens auf dem Lande, wo Miranta mit zehn Spießgesellen den Herrn spielt und die Straße von hier über Massafra nach Castellaneta unsicher macht, ohne daß man es der Mühe für werth hält, Truppen zu seiner Verfolgung auszusenden, was überhaupt nach altem Herkommen wohl nicht eher stattfinden dürfte, als bis die Wegelagerer sich einmal der Person eines höheren Beamten oder einer für die Regierung bestimmten Summe bemächtigt haben; vermeiden sie dies, so läßt man ihnen gegenüber das Sprichwort „Leben und leben lassen" gelten und bequemt sich zu keinen außergewöhnlichen Verfolgungsmaßregeln; hat man ja doch schon mit Verfolgung „politischer Verbrecher" und mit der Nachspürung nach solchen alle Hände voll zu thun! (D. Allg. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 1. August. Der Geheimerath Butenieff begibt sich in außerordentlicher Mission und als Leiter der russ. Gesandtschaft nach Konstantinopel. (T. D. d. Fr. Bl.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Das Geschäft der Berliner Getraidebörse nimmt fortgesetzt einen das Interesse im höchsten Grade spannenden Gang. Die Preise bleiben in einem schnellen und sprungweise fortschreitenden Fallen, da einerseits die günstigen Berichte über den Ausfall der Aernte und anderseits die starken Zufuhren auf dem Landmarkte (auf dem z. B. am 2. Aug. ca. 200 Wspl. erschienen und die Preise um ca. 15 Thlr. herabdrückten) auf eine Preisermäßigung gemeinsam hinwirken. Leider aber nehmen unter dem Eindruck dieser jähen Preisermäßigung die am Ultimo fällig gewesenen Regulirungen nur eine sehr langsame Erledigung. (B. B.-Z.)

Frankfurt, 3. August. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. 81$\frac{1}{4}$; 4$\frac{1}{2}$pCt.Met. 71$\frac{3}{8}$; Wiener Bankaktien 1283; 5pCt. Lomb. 89$\frac{1}{2}$; Wiener Wechsel l. S. 116$\frac{3}{8}$; 3pCt. inl. span. 39$\frac{1}{4}$; 1 pCt. neue 24$\frac{3}{4}$. Oesterr. Kreditaktien 237$\frac{1}{2}$. Darmstädter Bankaktien 416$\frac{1}{2}$. Bayerische Ostbahn 104$\frac{3}{8}$. Luxemburger internationale Kreditbank 549.

Wien, 2. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85$\frac{5}{8}$; 5pCt. Metall. 83$\frac{3}{4}$; 4$\frac{1}{2}$ pCt. 73$\frac{3}{4}$; Lotterie-Anlehens-Looſe v. 1839 124; von 1854 105$\frac{3}{4}$; Bankaktien 1098; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-vener. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 383; Donau-Dampfschifffahrtsaktien —; österr. Staatsbahnaktien 239; Nordbahnaktien 289. Wechselkurse: Augsburg uso ——. London 10. 3. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 216. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 5. August 1856

Deutscher Bund.

Anhalt. Aus Anhalt-Dessau-Köthen vom 29. Juli wird der „Voss. Ztg." geschrieben: „In Folge eines neuen Ministerialerlasses sind die künftigen Geistlichen dieses Landes unter eine bisher nicht gekannte Controle gestellt. Es beginnt diese nämlich schon mit dem Bezug der Universität und wird dann auch vor der Anstellungszeit fortgesetzt. In ersterem Betreff ist befohlen, daß schon bei der ersten Prüfung vor dem Consistorium u. A. das Zeugniß eines Geistlichen über Theilnahme am heil. Abendmahl während der Studienzeit beizubringen, und in letzterem Betreff ist jeder geprüfte Candidat unter Aufsicht desjenigen Superintendenten, welchem er seinem Geburts- oder Wohnort nach untergeben ist, gestellt und hat demselben alljährlich wenigstens einmal über seine Lebensverhältnisse und wissenschaftlichen Beschäftigungen Nachricht zu geben."

Rußland und Polen.

Aus Finnland theilen Privatberichte, deren Zuverlässigkeit wir jedoch nicht zu beurtheilen vermögen, mit, daß die russ. Regierung verschiedene Anstalten getroffen hat, die auf einen Plan hindeuten, Kaskö (nördlich von Christinestad, und Sulzvall gegenüber) in ein großes befestigtes Marine-Etablissement umzuwandeln, wozu diese Insel sich sehr wohl eignen soll, theils in Folge der Tiefe des Wassers, theils deßhalb, weil dieser Hafen länger als irgend ein anderer im bothnischen Meerbusen für die Schifffahrt offen ist. (Nat.-Z.)

Großbritannien.

London, 1. August. Der heutigen „Times" zufolge verweigert England die Kapitalisirung des Sundzolls und schlägt statt derselben die Erhebung gewisser Gebühren bei dem Einlaufen der Schiffe in die Häfen und bei ihrer Abfahrt vor. Die Times ist der Ansicht, daß es besser seyn würde, die Sache durch eine Abfindungssumme ein- für allemal zu reguliren. (K. Z.)

Spanien.

† Madrid, 29. Juli. Es scheint außer Zweifel, daß die Carlisten sich in der Provinz Burgos unter der Führung der unermüdlichen und ungreifbaren Brüder Hierros von Neuem zeigten. Für den Augenblick sind sie nur 14 Mann stark, aber gut gekleidet und gut bewaffnet. Man spricht auch vom Erscheinen einer andern zahlreichern Bande (150 Mann) auf dem Gebiet der baskischen Provinzen, doch ist diese Nachricht zweifelhaft, da die Regierung bisher keine Kunde davon erhielt.

* Ueber die Ursachen, welche eigentlich den Sturz Espartero's herbeigeführt haben, sind wir noch immer im Unklaren, und über die Ereignisse, welche demselben vorangingen, hört man noch immer die widersprechendsten Angaben. Denn während die Einen behaupten, vom königl. Hof sey längst Alles hierauf vorbereitet gewesen, und als Beleg anführen, daß lange vorher die spanische Gesandtschaft in Paris Kunde von einem Schreiben der Königin Isabella an ihre Mutter erhielt, worin es u. A. hieß: O'Donnell hat mir versprochen, den General Espartero bei Seite zu schaffen *); schieben andere Berichte hinwiederum alle Schuld auf Espartero's Eigensinn. So bringt die „Oesterr. Ztg." nach der Mittheilung eines Palastbeamten eine Schilderung der Ministerkrise und der Vorgänge im Palaste. Die letzten Momente dieser kritischen Stunden schildert die „Oesterr. Ztg." folgendermaßen: „Ihre Majestät ergriff das Wort und sprach: „Meine Herren, wenn es möglich wäre, die Person Maria Isabella von der der Königin zu trennen, so würden Sie sehen, daß es mir die größte Freude seyn würde, mein Leben auf dem Altare des Landeswohls zu opfern, zum Beispiel für die, die ihre Eitelkeit und ihren unnützen Stolz in solch' kritischen Momenten nicht zu verläugnen wissen." Auch diese so beredten eindringenden Worte verhallten ungerührt an Espartero's Fühllosigkeit. Noch einmal würdigte sich die Königin herab, ihn zu bitten, noch einmal erinnerte sie ihn an sein Versprechen, noch einmal appellirte sie an seinen Patriotismus. Alles war vergebens, der Herzog bestand hartnäckig auf seiner Weigerung. Nunmehr hob die Königin entrüstet die Sitzung auf, und befahl dem General O'Donnell, ein neues Ministerium zu bilden. Dieser erklärte der Königin, sie nicht zu verlassen. Die Camara, alle Minister, kehrten in die Gemächer J. Maj. zurück, und dieselbe, in der Meinung, daß Espartero, nach reiflicherer Erwägung der Umstände, nunmehr seine Entlassung zurücknehme, näherte sich demselben und hörte eine neue Weigerung. Nun sagte die Königin in Gegenwart einiger ihrer Kammerherren und Damen zu Espartero: „Also kein Hülfsmittel mehr, du verläßt mich?! Wohlan denn, General O'Donnell, so bilde du so schnell als möglich das Kabinet, und deinem Patriotismus lasse ich das Schicksal des Thrones und des Vaterlandes anempfohlen seyn."

*) Dies klingt sehr unwahrscheinlich. Olozaga hätte sicher nicht gesäumt, wenn ihm etwas dergleichen zu Ohren gekommen wäre, es sofort an Espartero zu melden.

† Marschall Leopold O'Donnell, auf den jetzt Aller Augen gerichtet sind, ist der nachgeborene Sohn des Grafen Abispol und jetzt 42 Jahre alt. — Wie schon sein Name andeutet, stammt er aus einer irländischen Familie ab, die erst seit Mitte des 18. Jahrhunderts Spanien bewohnt. Während des sog. (zweiten) Erbfolgekrieges im Jahre 1833 wurde er zum Divisionsgeneral erhoben. — Trotz seiner Familie, die sich ganz der Sache des Prätendenten anschloß, erklärte sich O'Donnell für die junge Königin Isabella und seine Treue für die konstitutionelle Sache wankte nie. — Zwei seiner Brüder fielen in unbekannten Kämpfen für Don Carlos. O'Donnell erwies der Regierung Maria Christinen's durch seine Energie, seinen Muth und seine militärischen Kenntnisse unbestreitbare Dienste und blieb ihr sogar ergeben, als Espartero im Jahre 1840 die Regentin zwang, die Zügel des Staates niederzulegen. Um sich den Verfolgungen der Reaktion zu entziehen, mußte er in's Ausland zurückgehen. Mit Narvaez kehrte er nach Spanien zurück, und wurde Generalkapitän der Insel Cuba. Von diesem Zeitpunkte datirt sein persönliches Glück. — Von Cuba zurückberufen wurde er Senator und Direktor der Kavallerie. Unter dem Kabinet Bravo Murillo in Ungnade gefallen, ging O'Donnell zur Opposition über. — Die Ereignisse von 1854, welche ihn an die Spitze der Staats-Geschäfte brachten, sind bekannt.

Aus Madrid schreibt man der Agentur Havas unter dem 28. Juli: „Die Ereignisse in Barcellona sind wahrhaft grausenerregend gewesen. Die Empörer mordeten Soldaten, Offiziere und Oberoffiziere; nachdem sie die Leichen entkleidet hatten, hingen sie dieselben an den Terrassen und Balkonen der Häuser auf; dagegen gaben die Truppen während 6 Tagen keinen Pardon. Am 24. stiegen 2 Milizbataillone vom Gebirge herab, um Barcellona zu Hülfe zu kommen; in der Ebene stießen sie auf königl. Kavallerie und nicht Ein Mann entkam. Alle wurden niedergehauen. Im Vergleich zu den Gräueln Barcellona's waren die Madrider Vorfälle Kinderspiel."

Portugal.

* Portugal, dessen innere Ruhe jetzt mit den ewigen Wirren des angränzenden Spanien vortheilhaft kontrastirt, hat, dem Budget 1856/57 zufolge, eine Armee von nur 24,000 M., wovon überdies wenigstens 4000 M. beurlaubt werden.

Italien.

(Nachtrag zu dem Aufstands-Versuch im Modenesischen.) In der Nacht vom 25. auf den 26. Juli hatten sich gegen 2 Uhr Morgens etliche 60 Individuen dicht an der modenesischen Gränze unbewaffnet versammelt, und waren von da übergetreten, um sich dort zu bewaffnen, und mit mehreren hundert dortigen Insurgenten zu vereinigen. Sie überfielen vier modenesische Zollposten und plünderten die Duanenkasse von Parmignola, welche gegen 2000 Zwanziger enthielt; auch der Telegraphendraht wurde zerstört; weiter weiß man

nichts von den Heldenthaten dieser Regeneratoren; die meisten der Eindringlinge befinden sich schon in den Händen der modenesischen Behörden, oder haben sich versteckt. Etliche zwanzig, die sich wieder auf sardinisches Gebiet zurückflüchteten, wurden verhaftet und befinden sich gegenwärtig in den Gefängnissen von Sarzana. (A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel. Das Gerücht, betreffs einer weiteren Okkupation des türkischen Gebiets durch die Truppen der Westmächte hat sich, wie vermuthet, als grundlos erwiesen; die Einschiffungen nehmen ihren Fortgang, so daß binnen wenigen Wochen so gut wie nichts mehr von den Hülfstruppen der Türken in Konstantinopel zu sehen seyn wird. (A. Z.)

Amerika.

New-York, 19. Juli. Allabendlich werden an allen Ecken und Enden der Stadt republikanische Versammlungen gehalten, deren stürmischer Enthusiasmus einen auffälligen Kontrast zu der Stille und Muthlosigkeit der Demokraten bildet. Niemand ist mehr durch die plötzlich zu Tage tretende Stärke der jungen republikanischen Partei überrascht, als diese selbst. Tausende und aber Tausende von Männern, die sich bisher gänzlich von der Politik fern hielten, werfen sich jetzt mit frischer Kraft in die republikanische Bewegung, die bei ihrer Jugend noch frei von jenen widerwärtigen Ausartungen ist, welche die älteren Parteien kennzeichnen — auch bei der republikanischen, wenn sie erst älter werden wird, nicht ganz ausbleiben werden. Es ist eine wohl zu beachtende Thatsache, daß alle bedeutende Schriftsteller, Dichter, Gelehrte, Künstler und Philosophen in den Reihen der republikanischen Partei kämpfen. Die sogenannte demokratische (Proßklaverei-) Partei hat in den nördlichen Staaten nur noch in dem Bundesbeamtenpersonal, den Aemterjägern, den Irländern und der älteren deutschen Einwanderung ihre Basis. Von der deutschen Einwanderung der letzten 10 Jahre hat sich der bei weitem größte Theil zur republikanischen Partei gewendet, deren Grundsätze und Kandidaten durch nahe an 60 Zeitungen in deutscher Sprache befürwortet werden. — Auch Friedrich Hecker, der sich während seines siebenjährigen Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten gänzlich von der Politik fern gehalten hatte, ist jetzt aus seiner Zurückgezogenheit hervorgetreten und „arbeitet" in öffentlichen Versammlungen für die Partei, welche sich den Kampf gegen die weitere Ausbreitung der Sklaverei zur Losung erkoren hat. Von der gesammten jüngeren Emigration ist nur eine bekanntere Persönlichkeit, die sich, durch äußerliche drückende Verhältnisse dazu getrieben — zum Anwalt des Sklavenzüchtlerthums und aller von demselben verübten Gewaltthaten hergegeben hat, es ist dies Dr. G. Kellner, ehemaliger Mitredakteur der „Hornisse" in Kassel.

Die republikanische Partei ist schon jetzt eine volljährige, ebenbürtige nationale Partei, allermindestens nach der demokratischen Partei die stärkste, vielleicht sogar stärker als diese. Wenigstens rechnen ihre Anhänger mit einer festen Zuversicht auf den Sieg für ihren Kandidaten Fremont, die an und für sich schon eine gewisse Garantie für den Erfolg ist. Die Partei, welche James Buchanan als ihren Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, nennt sich die demokratische, obgleich ihr Hauptzweck kein anderer ist, als der Oligarchie der kleinen Sklavenstaaten, durch welche die Union bis jetzt regiert wurde, zu Hülfe zu kommen, damit durch den Anschluß eines weiteren Sklavereistaates (Kansas) das Uebergewicht des Südens im Senat gesichert werde. Jeder Staat hat bekanntlich ohne Unterschied der Größe oder Volkszahl zwei Senatoren im Kongreß, während die Anzahl seiner Kongreßglieder im Haus der Repräsentanten den Bevölkerungsverhältnissen entspricht, und dadurch die nördlichen freien Staaten sehr in Vortheil bringt. Die neugebildete „republikanische" Partei ist Eine Koalition aller der Ausbreitung der Sklaverei feindlichen Elemente, und ihr Programm beschränkt sich ausdrücklich auf diese eine Frage. Es lautet: „Auf allen dem Bunde als solchem gehörenden Gebieten (d. h. die noch nicht als Staaten konstituirt sind) werde die Sklaverei von Bundeswegen verboten!" Auf einem im vergangenen Winter zu Pittsburg gehaltenen Konvent hat sich diese Partei definitiv organisirt.

Man erinnert sich ohne Zweifel noch des brutalen, mörderischen Anfalles, den am 22. Mai der Repräsentant (nicht Senator) Brooks von Süd-Carolina auf den Senator Sumner von Massachusetts machte. Die Schläge, welche er diesem versetzte, haben Hrn. Fremont mindestens hunderttausend Stimmen eingebracht. Denn sie gaben der demokratischen Partei im Kongresse Veranlassung zu einer so cynischen Selbstschändung, daß sich alle demokratischen Mitglieder des Hauses mit Beharrlichkeit der Ausstoßung, ja sogar einem einfachen Tadelsvotum widersetzten, sondern sie erklärten zum Theil während der betreffenden Debatten mit frechster Offenheit, daß Brooks ganz recht gehandelt habe, und daß es allen „Abolitionisten" (Gegner der Sklaverei) so geschehen müsse, wie Hrn. Sumner. Ein gewisser Savage von Tennessee verkündete: Brooks habe sich Anrecht auf eine Ehrendenksäule erworben. Von Volksversammlungen im Süden erhielt Brooks dutzendweise goldbeschlagene Stöcke, goldene und silberne Ehrenpokale ꝛc. Für den Antrag auf Ausstoßung sprach sich zwar nur eine einfache Majorität aus (zwei Drittel sind erforderlich), doch hielt Brooks es einer solchen Meinungsäußerung gegenüber für angemessen, sein Mandat niederzulegen, um einstimmig sich wieder wählen zu lassen. In der Rede, in der er seinen Austritt verkündigt, sagte er mit dürren Worten heraus, daß es seine Absicht gewesen sey, Hrn. Sumner todt zu schießen, falls derselbe Miene gemacht hätte, sich zu wehren. — Vom Gerichte ward Brooks zu 300 Dollar Geldbuße verurtheilt. Dieses unter den obwaltenden Umständen empörend gelinde Urtheil hat in den nördlichen Staaten wo möglich eben so große Entrüstung erregt, als das Attentat selbst.

Das strafrechtliche Verfahren gegen den Mörder Herbert hat den vorauszusehenden Verlauf genommen. Die Geschworenen konnten sich nicht zu einem Wahrspruche einigen, da 10 für gänzliche Freisprechung (!!!) und 2 für Schuldigerklärung waren. Sie mußten entlassen werden; und es hat nun ein neuer Prozeß vor einer neuen Jury begonnen. — Unterdessen melden die neuen kalifornischen Zeitungen hierher, daß Herbert nicht mehr und nicht weniger als ein ganz gemeiner Verbrecher ist, zu einer Klasse des verworfensten Gesindels gehörend, deren seit Jahren geübte Schreckensregimente die Bürgerschaft von San Francisco durch eine Art von Revolution (Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses ꝛc.) so eben ein Ende gemacht.

In Bezug auf Kansas (wo am 4. Juli die Freistaatsgesetzgebung, als sie zu Topeka zusammentrat, durch Bundestruppen auseinandergejagt ward!) haben die Sklavereifreunde kürzlich eine neue Taktik eingeschlagen. Sie haben an allen Landungsplätzen am Missourifluße Kanonen aufgepflanzt, halten die Boote an und zwingen alle Einwanderer aus nördlichen Staaten zur Umkehr. (Nat.-Z.)

Da die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nahe ist, dürfte es nicht überflüssig seyn, einige Andeutungen über die Zusammensetzung des Wahlkollegium zu machen. Die Präsidentschaftskandidaten werden nicht direkt durch das Volk gewählt, sondern jeder Staat wählt so viele Wahlmänner, als er in beiden Häusern des Kongresses Mitglieder hat, und diese bilden das Kollegium, welches den Präsidenten und Vicepräsidenten wählt. Der Theorie nach bilden diese Wahlmänner eine berathende Körperschaft, um ihre Wahl auf einen der anerkannten Staatsmänner im Lande zu lenken, faktisch aber wählen die verschiedenen Parteien ihren Kandidaten, und solche Wahlmänner, von denen sie wissen, daß sie diesen Kandidaten unterstützen. Somit ist die Kandidatenwahl am Ende doch nichts anderes als eine direkt vom Volke ausgehende. Die Wahlmänner eines jeden Staates kommen in der Hauptstadt desselben an einem bestimmten Tage zusammen, treffen die Wahl, und händigen das Ergebniß dem Sprecher des Repräsentantenhauses in Washington ein. Dort werden in Gegenwart beider Häuser die Wahlzettel geöffnet. Das Wahlmännerkollegium besteht gegenwärtig aus 296 Votirenden, die sich folgendermaßen vertheilen:

16 freie Staaten:

Maine 8, New-Hampshire 5, Vermont 5, Massachusetts 13, Rhode Island 4, Connecticut 6, New-York 35, New-Jersey 7, Pennsylvanien 27, Ohio 23, Indiana 13, Illinois 11, Michigan 6, Wisconsin 5, Jowa 4, Californien 4, zusammen 176.

15 Sklaven-Staaten:

Delaware 3, Maryland 8, Virginia 15, Nord-Carolina 10, Süd-Carolina 8, Georgia 10, Florida 3, Alabama 9, Mississippi 7, Louisiana 6, Texas 4, Tennessee 12, Kentucky 12, Missouri 9, Arkansas 4, zusammen 120.

Zur gültigen Wahl sind von diesen 296 Stimmen 149 erforderlich. Zersplittern sich aber die Stimmen so, daß keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenmehrheit erhält, fällt die Wahl dem Repräsentantenhause anheim, und in diesem gibt dann jeder Staat seine Stimme für sich ab. (Z.f.Ndd.)

Die „Debats" geben eine aus sichern Quellen (den annales du comm. exter.) geschöpfte Uebersicht über den Stand der Gold-Ausbeute in Kalifornien. Seit der ersten Entdeckung im November 1848 bis Ende 1853 ist die Goldausbeute fortwährend gestiegen. 1853 hatte sie 56 Millionen 560,569 Dollars, also etwa 302 Millionen Franks erreicht. 1854 weisen die Zollisten nur eine Ausfuhr von 274 Millionen nach, die 1855 selbst auf 237 Millionen fiel. Hier ist jedoch nur von der Ausfuhr zur See die Rede; die übrige — nicht genau zu kontrolirende — Ausfuhr, kann auch auf 30—40 Millionen veranschlagt werden. Jedenfalls ergibt die offizielle Ausfuhr

von 1853 — 1855 eine Abnahme von 65 Millionen Franks, also fast 22%. Der Ackerbau Kaliforniens ist dabei im fortwährenden Steigen und bereits erzeugt dieses Land den größten Theil der für seine 200,000 Einw. nöthigen Cerealien selbst und das sonst dafür hingegebene Gold bleibt im Lande. So wurden z. B. im Jahre 1853 aus Chili 50 Mill. Kilogr. Mehl eingeführt (1 Kilogr. = 2 Pfd.); im Jahre 1855 nur 20 Mill.; wogegen die Einfuhr von Luxus- und Modegegenständen, Manufakturen aller Art, fortwährend steigt. Neben seinem Hauptreichthume Gold ist die Quecksilberproduktion äußerst bedeutend. Die Minen von New-Almaden lieferten eine Ausfuhr von 1 Mill. 449,000 englische Pfunde (656,397 Kil.) was, das Pfund zu 50 Cents (2 Fr. 67 c.) angeschlagen, 3 Millionen 854,000 Fr. ergibt.

New-York, 19. Juli. Die **deutschen Turnvereine** der Verein. Staaten, im Ganzen 60,000 Mann zählend, darunter 7000 in den Sklavenstaaten, haben sich für Fremont, den Präsidentschafts-Kandidaten der republikanischen Partei, ausgesprochen. (Fr. Pstz.)

Nichtpolitische Zeitung.

Die Insel **Sangir**, welche zwischen Celebes und Magnidana in der Sulu-See liegt, wurde am 2. und 17. März von einem Vulkan-Ausbruche heimgesucht, wie dergleichen nur in den malayischen Gewässern möglich sind. Auf der Nordwestseite der Insel Sangir liegt der Awu, auf dessen Mitte mehrere Vulkankegel etwa 1300 — 1400 Metres über die Meeresfläche sich erheben. Die Westseite dieses Gebirges fällt bis zum Dorfe Kandhar, das auf einem sehr hohen Vorgebirge liegt, steil ab. Die Nordseite des Awu besteht aus fruchtbaren Hügeln mit reichen Pflanzungen. Mit Ausnahme einiger unbedeutenden Erdbeben hatte man auf Sangir seit viel Jahren kein Anzeichen beobachtet, das einen Vulkan-Ausbruch befürchten ließ. Vor einigen Jahren hatte ein Spanier den Awu bestiegen und denselben für vollständig erloschen erklärt. Da erfolgte am 2. März zwischen 7 und 8 Uhr Abends urplötzlich und ohne das geringste Vorzeichen eine furchtbare Eruption; Lavaströme rollten zum Meere, und die Gebirgsbäche und Quelle verwandelten sich in kochendes Wasser, welches nun alles zerstörte, was der Lauf der Lava verschont hatte. Das Meer, das zuerst zurückgetreten war, kehrte mit ungeheuren Wogenmassen zurück, welche gegen den Awu und dessen Lavaströme anprallten. Jetzt erhob sich eine schwarze Rauch- und Aschensäule; schwarze Nacht trat ein. Ein furchtbarer Steinregen dauerte bis Mitternacht. Dann trat Ruhe ein bis zum Mittag des 3. März. Am 17. erfolgte der dritte Ausbruch. Im Distrikt Taruna sind 722 Menschen in Folge dieser Ausbrüche umgekommen, in dem Kandhar 45 und in dem von Tabukan 2039. (K. Z.)

* Die blutigen Annalen der amerikanischen Eisenbahnen, wo Leichtsinn und Tollkühnheit schon so manches Opfer forderten, haben sich abermals um einen schrecklichen Vorfall vermehrt.

Ueber das schon neulich kurz erwähnte Unglück auf der **nordpensylvanischen Eisenbahn** liest man im „Kourrier des Etats Unis“ vom 19. Juli Folgendes: „Die Direktoren der mit der katholischen Kirche von St. Michael verbundenen Sonntagsschule in der Vorstadt von Kensington hatten ein Picknick veranstaltet, an welchem alle Zöglinge der Anstalt mit den Professoren, Aeltern u. s. w. Theil nehmen sollten. Fort Washington, 14 Meilen von Philadelphia auf der Linie von Nord Pensylvanien gelegen, wurde für dieses Familienfest ausersehen. Donnerstag um 5 Uhr Morgens ging ein, ausschließlich für diese Excursion bestimmter, Extrazug mit 1100 Personen in 12 Waggons ab. Man fuhr zuerst ziemlich langsam, aber nach einiger Zeit ließ der Kondukteur den Lauf der Lokomotive beeilen, um den Zug nicht zu behindern, der zu gleicher Zeit von der entgegengesetzten Seite kommen sollte. So erreichte man nach und nach eine Schnelligkeit von 35 Stunden per Stunde. Unterdessen hatte der entgegengesetzte Zug die Station Gwyned um 6 Uhr 14 Minuten verlassen. Um 6 Uhr 18 M. war er zu Fort Washington. Hier bemerkte man dem Kondukteur, Banstavoren, daß er zu frühe daran sey und sich, wenn er weiter gehen werde, der Gefahr aussetze, dem Excursionstrain zu begegnen. Dieser jedoch gab, taub gegen diese Rathschläge, den Befehl zur Abfahrt. Einige Minuten später begegneten sich die beiden Locomotiven an einer Krümmung der Bahn und aus diesem Zusammenstoße, der Folge einer blinden Unvernunft, entstand eines der schrecklichsten Unglücke, dessen die Geschichte der Eisenbahn erwähnt.

Die Heftigkeit des Zusammenstoßes war so groß, daß die beiden Lokomotiven sich in die Höhe stellten, um sodann seitwärts umzustürzen. Gleichzeitig wurden die Bagage-Wagen und die ersten Waggons aneinander zermalmt. Der nach Philadelphia hinabfahrende Zug enthielt nur etliche Passagiere, die mit stärkern oder leichtern Contusionen davon kamen. Aber der Excursionstrain, der wie wir sahen, ungeheuer schnell fuhr und schwer beladen war, mußte an dieser Zerstörungsscene einen furchtbaren Tribut zahlen. In weniger Zeit als es zum Niederschreiben bedarf, waren die ersten 5 der 12 Wagen nur noch ein gräßlicher Haufen von Trümmern und menschlichen Wesen. Um das Unglück voll zu machen, entstand durch das aus den Lokomotiven geschleuderte Feuer in dieser „Anhäufung lebender Trümmer“ noch eine Feuersbrunst. Das Unheil fand auf einem ungefähr 10 Fuß hohen Damme, ohne Bäume, ohne Wasser, fern von jeder ergiebigen Hülfe statt. Eine glühende Sonnenhitze vermehrte die Leiden der Einen und lähmte die Hülfeleistungen der Andern. Das Schreien der Unglücklichen unter den Holztrümmern flehte um Hülfe, welche die Flammen zu leisten verhinderten. Ehe man zu ihnen gelangen konnte, mußte man eine Kette bilden, um sich Wasser zu verschaffen und Spritzen, um den Brand erfolgreich bekämpfen zu können, und als man endlich nachdrücklich zum Rettungswerke schreiten konnte, war das Schreien seit langer Zeit verstummt.... Mehr als 100 Verwundete und Leichen wurden nach und nach nach Philadelphia gebracht. Aber dies ist leider nicht die volle Zahl der Todten-Bilanz. Die verkohlten Ruinen des Convois enthielten noch andere Opfer, die — schrecklich — noch 50 übersteigen sollen. Dieser Vorfall — sagt ein Augenzeuge — war das fürchterlichste, was ich je gesehen habe. Von 5 „cars“ blieben nur die Räder auf den Schienen. Das Holzwerk war bis auf die geringste Spur verschwunden. Die Leichen waren so entsetzlich verbrannt aufgehäuft, daß man nicht mehr unterscheiden konnte, ob es Männer oder Frauen waren.... Unter den Trümmern sah man die Körper von 15 bis 18 Menschen. Aber man konnte nur zu einzelnen Gliedern gelangen, hier lag ein Arm, dort ein Fuß, da ein Kopf!... Den Schein des Feuers sah man 4 Meilen weit. Nun denke man sich dazu die Schreckens- und Verzweiflungs-Scenen im Bahnhofe zu Philadelphia! Die entsetzten Aeltern und Verwandten, wie sie mit grauenhafter Angst die Ankunft der Todten und Lebenden erwarten, um zu wissen, ob sie ein Kind, ein theures Wesen beweinen müssen oder umarmen dürfen.... Die Schuld des Unglücks fällt einstimmig dem Führer des andern Zugs zur Last, der unter allen Umständen die Ankunft des Extrazuges zu Fort Washington hätte erwarten müssen. Dieser aus dem Unfalle ohne sichtbare Verwundung hervorgegangene Mensch starb dennoch plötzlich am selben Abend. Nach Einigen erlag er einer innern Verletzung, Andere denken, daß Verzweiflung und Gewissensangst ihn dazu brachten, sich zu vergiften. Wie dem auch sey, der menschlichen Gerechtigkeit ist er entgangen. Der ihm untergebene Lokomotivführer wurde verhaftet.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 4. August. Der Hauptumsatz konzentrirte sich heute in span. Fonds, Darmstädter Bankaktien beider Gattungen, Elisabethenbahn und Taunusbahnaktien, die sämmtlich zu steigenden Kursen verhandelt wurden, auch in mitteldeutschen Kreditaktien war viel Geschäft; dieselben eröffneten um beinahe 1pCt. niedriger als gestern, besserten sich jedoch im Laufe der Börse und schlossen fest. Bexbacher Eisenbahnaktien waren mehr angeboten.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1285 P. 1280 G. Neue Bankaktien 412 P. 409 G. Credit-Actien à 5pCt. 239 P. 237 G. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83 3/8 P. 83 1/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 1/4 P. 89 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 81 1/4 P. 81 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89 1/2 G.; à 4 1/2pCt. 72 P. 71 3/4 G.; à 4pCt. 63 1/2 P. 63 1/4 G.; à 3pCt. 48 3/4 P. 48 1/4 G.; à 1pCt. 16 3/8 P. 16 1/8 G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G. à fl. 250 von 1839 118 P. 117 1/2 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102 7/8 P. 102 3/8 G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 279 1/2 P. 277 1/2 G.

Preussen. 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 113 1/2 G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3 1/2pCt. — P. 88 1/2 G.; 4pCt. 94 5/8 P. 94 1/8 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/2 P. 95 G.; 4 1/2pCt. 101 1/4 P. 101 G.; 4 1/2pCt. Ostbahn-Aktien 104 5/8 P. 104 3/8 G. 5pCt. 101 1/4 P. 100 3/4 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 148 1/4 P. 147 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 110 1/2 P. 110 G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 1/2 P. 118 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 90 7/8 P. 90 3/8 G.; 4 1/2pCt. 102 1/2 P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 3/8 P. 82 7/8 G. **Kurhessen.** 40 Thaler-

Loose b. R. 39 7/8 P. 39 3/8 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn b Z. 62 1/2 P. 62 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2 pCt. 92 1/4 P. 91 3/4 G.; à 4pCt. 99 3/4 P. 99 1/4 G.; 4 1/2 pC. 102 1/2 P. 102 G.; Loose à fl. 50 115 3/4 P. 115 1/4 G.; à fl. 25 34 P. 33 3/4 G.; Darmstädter Bankaktien alte 420 P. 418 G.; junge 366 P. 364 G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109 P. 108 3/4 G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 48 5/8 P. 48 3/8 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 3/4 P. — G., Loose à fl. 25 32 3/4 P. 32 1/4 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84 1/4 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; Bankaktien 119 3/4 P. 119 1/4 G.; Taunus-Aktien — P. 342 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 84 3/4 P. 84 1/4 G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87 3/4 G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 551 P. 549 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39 3/4 G.; 1pCt. neue 24 15/16 P. 24 13/16 G. **Holland.** Integrale 63 1/2 P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. — — P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118 5/8 P. 118 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 101 1/3 P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 3/4 P. 93 1/2 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 5/8 P. 93 3/8 G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96 3/8 P. 96 1/8 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 116 7/8 P. 116 5/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 1/8 P. 88 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 5/8 P. 116 3/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Vieles Aufsehen haben — bei den in der jüdischen Gemeinde jetzt herrschenden Zwistigkeiten über die Neuerungen im Gottesdienste — die Erklärungen gemacht, welche der orthodoxe Rabbiner Levin aus Landsberg in Oberschlesien kürzlich hier veröffentlicht hat. Die Anwesenheit des Mannes, der auch viel mit dem Abg. Wagener verkehrte, steht in Bezug zu des letzteren Anträgen auf Aenderungen der Artikel 12 und 14 der Verfassung. Herr Levin behauptet, daß eine weiter gehende Emanzipation der Juden, namentlich ihre Zulassung zu Staatsämtern, im Interesse des Judenthums nicht wünschenswerth erscheine, weil die dadurch herbeigeführte Verschmelzung zum Rationalismus führe. Herr Levin hat in diesem Sinne ein Promemoria an hoher Stelle eingereicht. (K. Z.)

Dresden, 1. August. Die Mormonen haben wir nun auch in unserer schönen Stadt. Sie treten aber nicht öffentlich auf, um jede unsanfte Berührung mit der Polizei zu vermeiden; auch ist die Vielweiberei nur erst ein angenommener Lehrsatz und hier noch nicht in die Praxis übergegangen. Die Heiligen vom jüngsten Tage entfalten eine ganz außerordentliche Thätigkeit, welche nun auch in Deutschland mit Erfolg gekrönt zu werden scheint. In Dänemark fanden sie einen sehr fruchtbaren Boden, von dort kamen sie nach Hamburg, wo sie eine deutsche Uebersetzung ihrer „Bibel" druckten, und ihren „Aposteln" stehen beträchtliche Geldmittel zu Gebote, die aus England beschafft werden; hier haben sie Individuen, welche ihrer Lehre sich anschlossen, sehr freigebig mit Mitteln versehen, und einige sächsische Mormonen sind bereits über Liverpool nach Neu-Jerusalem im großen kalifornischen Binnenbecken abgegangen. Wie schon angedeutet, bilden diese Dresdener Mormonen eine Gemeinde, sie halten sich still, und Niemand kann ihnen etwas anhaben. Aber daß sie vorhanden sind, ist Thatsache, nicht minder, daß die etwa 60 Köpfe, denn so hoch soll die Zahl der Anhänger sich belaufen, sehr verschiedenen Berufsklassen angehören und daß Manche darunter Leute von Erziehung sind, denen es an wissenschaftlichem Unterrichte nicht gefehlt hat. Auch einige Frauen und Mädchen gehören, wie man mir sagte, den wunderlichen Heiligen an. Die meisten treffen Vorbereitungen, um sich bald möglichst „der Sklaverei unter den Heiden" zu entledigen; sie wollen auswandern, und daran thun sie wohl. (Köln. Z.)

Hannover, 2. August. Als heute vor Beginn der letzten Lesung des Finanz-Kapitels der Minister des Innern sich bedenklich äußerte, wurde vom Obergerichts-Anwalt Dinkelmann die Erklärung beantragt, daß die Regierung nimmer befugt sey, auf Grund des Bundesbeschlusses und des Ausschuß-Gutachtens, wonach „gegen einzelne Bestimmungen des Finanz-Kapitels von 1848 Erinnerungen vielleicht zu machen seyn möchten", einseitig von dem frei vereinbarten Finanzvertrage von 1848 zurückzutreten. Der Minister hielt es für seine Pflicht, zu warnen und bemerkte, wie man seit drei Jahren die Einmischung des Bundes, wie im vorigen Jahre selbständiges Handeln der Regierung auf Grund des Bundesbeschlusses für unmöglich gehalten habe, und wie beides dennoch erfolgt sey! Man solle heute nicht wieder an Unmöglichkeit glauben, die dargebotene Hand der Verständigung nicht abweisen. Nie für physisch unmöglich, erwiderte Horst, aber moralisch! Auch jetzt habe die Regierung die physische Macht, aber für moralisch unmöglich halte er einen Umsturz des Vertrages von 1848 auch jetzt. Das Vertrauen, daß die Regierung die ständischen Beschlüsse annehmen oder das Gesetz von 1848 bleiben müsse, stütze sich auf das Wort des Königs. Die Kammer beschloß die beantragte Erklärung. Es blieb dann die Abstimmung über das Finanzgesetz im Ganzen, und wie es durch die Beschlüsse der Kammer modifizirt ist, übrig. Der Minister gab sein weitläufig motivirtes Votum dagegen schriftlich zu den Akten, er that dies, wie er hinzufügte, zur Rechtfertigung etwaiger weiterer Schritte! Die Kammer sanktionirte dann die sämmtlichen Beschlüsse der zweiten Berathung gegen die unerhebliche Minderheit von 28 Stimmen. (K. Z.)

Frankfurt, 2. Aug. Wir vernehmen, daß der Bundestag am 2. d. seine Sitzungen bis zum 30. Oktober vertagt hat. Mit besonderem Vergnügen können wir mittheilen, daß nach übereinstimmenden Aeußerungen in den diplomatischen Salons in derselben Sitzung die Rastatter Festungsangelegenheit durch einstimmigen Beschluß erledigt und dadurch den Interessen des südlichen Deutschland, die verlangen, daß Rastatt ein verschanztes Lager und nicht bloß eine Festung sey, genug gethan worden ist. (Fr. Postz.)

Paris, 2. August. Die Unterwerfung von Saragossa am 1. August Nachmittags hat hier eine gewisse Sensation erregt. Man hatte geglaubt, daß diese Stadt einen längeren Widerstand leisten würde. Es scheint jedoch, daß die Behörden und Bewohner dieser Stadt den Muth verloren, als sie sich von ganz Spanien verlassen sahen. Die Rathschläge, die einige bedeutende progressistische Persönlichkeiten dem General Falcon gaben, sollen übrigens ebenfalls nicht ohne Einfluß geblieben seyn. Die letzten Nachrichten aus Spanien melden, daß der General Falcon, Generalkapitän von Arragonien und Chef der dortigen Bewegung, die Stadt sofort nach Unterzeichnung der Uebergabe verließ und sich nach der franz. Gränze begab. Der Präsident des Ajuntamiento und die am meisten kompromittirten Mitglieder desselben hatten in der Nacht vom 31. Juli auf den 1. August die Stadt verlassen. Der General Dulce übernahm nach seinem Einzug in die Stadt sofort das Kommando der Provinz. (K. Z.)

Aus Madrid schreibt man unterm 28. Juli: „Das Jägerbataillon von Las Navas hat sich gestern Abends in seiner Kaserne empört. Um Thätlichkeiten zu verhüten, mußte man jedem Soldaten 20 Realen geben. Das Genie-Regiment hat in ähnlicher Weise sich eine Gratifikation erzwungen. Diese an Bestechung gewohnten Truppen sind unzufrieden darüber, daß man ihnen statt zwei Jahre nur sechs Monate ihrer Dienstzeit erläßt. (K. Z.)

St. Petersburg, 26. Juli. Das jüngste Heft des Marinejournals bringt eine Verordnung in Betreff der Bildung einer Kommission zur Untersuchung der Mißbräuche und Ungerechtfertigkeiten, welche in der Krim und im Süden des Reichs bei Verpflegung der Truppen und Verwaltung der Hospitäler stattgefunden haben.

Der „Bresl. Ztg." schreibt man aus Petersburg, 12. 24. Juli: „Se. Maj. der Kaiser haben unterm 5. Juli zu befehlen geruht, daß jüdische Aerzte und andere Juden (?), welche auf einer russischen Universität den Doktorgrad erlangt haben, fortan zu allen Staatsämtern zugelassen werden sollen. Die Tragweite dieses Befehls für unsere Juden ist unberechenbar. Es gibt bei uns allein wohl 6- bis 7000 Aerzte im Dienste der Armee, und wenn ein Jude Arzt geworden, so braucht er nicht erst eine Stelle zu suchen, sondern bekommt sie jetzt, wie jeder Arzt, sofort nach Ablegung seines Examens".

Der „Deutschen Reichszeitung" wird aus Berlin geschrieben: „Nach brieflichen Mittheilungen, die mir aus Petersburg geworden sind, kann ich Ihnen versichern, daß an eine Befreiung aus dem Gefängnisse für Bakunin nicht zu denken ist. Er gilt in Rußland als einer der gefährlichsten Köpfe, nicht bloß wegen seiner Betheiligung an den revolutionären Bewegungen der Franzosen, Polen und Deutschen zu Ende der vierziger Jahre, sondern auch wegen seiner panslawistischen Reden und philosophischen Schriften. Eine Milderung seiner Gefangenschaft war daher alles, was sein Oheim Murawieff von dem Czaren hat erlangen können. Dem Vernehmen nach soll derselbe auch gar nicht mehr erbeten haben."

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 217.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 6. August 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Aus dem k. Staatsministerium der Justiz ist unterm 23. Juli nachstehende Entschließung ergangen:

„In Gemäßheit Art. 217 des Strafprozeßgesetzes vom 10. November 1848 ist jedes verurtheilende Erkenntniß binnen 24 Stunden nach eingetretener Rechtskraft desselben in Vollzug zu setzen und den Gerichten ist nur in den drei im Art. 379 Thl. II. des Strafgesetzbuches bezeichneten Fällen gestattet, die Vollstreckung eines verkündeten rechtskräftigen Strafurtheils über diese Dauer zu verschieben. Die Unterbrechung einer bereits begonnenen Freiheitsstrafe darf von den Gerichten aus eigener Befugniß niemals gestattet werden. Nur dem allerhöchsten Kronrechte der Begnadigung ist es vorbehalten, eine rechtskräftig erkannte Strafe ganz oder theilweise zu erlassen, den Aufschub der Vollstreckung einer rechtskräftig erkannten Strafe aus anderen Gründen zu bewilligen, Unterbrechung und fristenweise Erstehung einer Strafe zu gestatten, oder Aenderungen in der durch das Strafgesetz vorgezeichneten Art der Straferstehung eintreten zu lassen. Um die Ausübung dieses allerhöchsten Kronrechtes in keiner Weise zu beeinträchtigen, ist den Gerichten, resp. Staatsanwälten durch mehrfache Anordnungen der leitende Grundsatz bekannt gegeben worden: „daß den Begnadigungsanträgen und den Begnadigungs-Gesuchen die aufschiebende Wirkung in allen denjenigen Fällen beizulegen sey, in welchen durch den sofortigen Vollzug der Strafe die Wirkungen der Begnadigung vereitelt würden."

„Die unbedingte Befolgung dieses Grundsatzes äußerte jedoch die Wirkung, daß in vielen Fällen die verurtheilten Personen durch Einbringung gänzlich ungegründeter Begnadigungsgesuche die ungesäumte Vollstreckung der Strafurtheile zu umgehen, oder Strafunterbrechungen sich zu verschaffen, also hiedurch sich bereits faktisch einer von dem Gesetze abweichenden Vergünstigung theilhaftig zu machen wußten, welche aus allerhöchster Gnade wegen Abgangs eines bewegenden Moments nicht bewilligt worden wäre. Seine Majestät der König sahen deßhalb Allerhöchst Sich, um einerseits derartige Mißstände zu beseitigen, andererseits auch keinem mit Grund die allerhöchste Gnade anrufenden Verurtheilten die Würdigung des Gesuches zu entziehen, veranlaßt, in Bezug auf die Wirkung der Begnadigungs-Anträge und Begnadigungs-Gesuche auf den Strafvollzug laut allerhöchsten Signats vom 19. ds. Mts. anzuordnen, was folgt:

„I. Bei Offizial-Begnadigungs-Anträgen ist der Strafvollzug alsdann zu verschieben, wenn entweder die Milderung in eine andere Strafgattung beantragt ist, oder wenn bis zum Eintreffen der allerhöchsten Entschließung voraussichtlich die inzwischen erstandene Strafe die Dauer der beantragten Strafe überstiegen haben würde."

„II. Bei Freiheitsstrafen, welche wegen eines Verbrechens erkannt wurden, darf auf dem Grunde eines gestellten Begnadigungsgesuches der Antritt der Strafe alsdann verschoben werden, wenn das Gesuch entweder a) auf gänzlichen Nachlaß der Strafe oder b) auf Milderung der Strafe durch Umwandlung in eine andere Strafgattung gerichtet ist. Befindet sich in einem dieser Fälle der Verurtheilte auf freiem Fuße, und liegt der Verdacht vor, daß sich derselbe während des Aufschubes der Strafe durch die Flucht der Strafe entziehen werde, so ist dessen Verhaftung nach Art. 114 und 119 Nr. 2 Thl. II des Strafgesetz-Buches zu veranlassen und die Haft bis zum Eintreffen der allerhöchsten Entschließung fortzusetzen. Sollte den Anträgen auf Verhaftung von Seite des Gerichts keine Folge gegeben werden, so haben die Staats-Anwälte durch Einwirkung von polizeilicher Beaufsichtigung vorzubeugen, damit nicht die durch ein Begnadigungsgesuch bewirkte Suspension des Straf-Vollzugs dem Verurtheilten die Gelegenheit zur Flucht bietet."

„III. Bei Freiheitsstrafen, die wegen eines Vergehens, oder wegen einer den Gerichten zur Aburtheilung zugewiesenen Polizei-Uebertretung erkannt wurden, ist der Antritt der Strafe in den unter Nr. II a und b bezeichneten Fällen unbedingt und bei einem Gesuche um Minderung der Strafe ihrer Dauer nach nur alsdann zu verschieben, wenn die erkannte Strafe so gering ist, daß dieselbe bis zum wahrscheinlichen Eintreffen der allerhöchsten Entschließung entweder ganz, oder doch wenigstens so weit erstanden wäre, daß im Hinblicke auf die gestellte Begnadigungsbitte eine Beeinträchtigung des allerhöchsten Begnadigungsrechtes eintreten könnte."

„IV. Gesuche um Strafaufschub bis auf die Dauer von einem Monat entscheidet der Oberstaatsanwalt des betreffenden Appellationsgerichts in eigener Zuständigkeit. Wird der Aufschub auf längere Zeit erbeten, so ist die allerh. Entschließung zu erholen, jedoch in diesem Falle nur alsdann der Strafantritt auszusetzen, wenn dem Oberstaatsanwalte hinreichende Momente gegeben erscheinen, welche einen Aufschub auf die Dauer bis zu einem Monat zu begründen vermögen. Die betreffenden Oberstaatsanwälte haben bei Bescheidung der einkommenden Strafaufschubgesuche stets den Grundsatz im Auge zu halten, daß die Strafe nur alsdann ihren Zweck vollkommen erreiche, wenn dieselbe der strafbaren That baldmöglichst nachfolge. Den Strafaufschubgesuchen ist daher nur alsdann eine Folge zu geben, wenn einerseits erwiesen ist, daß die ungesäumte Straferstehung für den Verurtheilten, für dessen Familie, oder dessen Nahrungsstand besonders nachtheilig seyn würde, und wenn gleichzeitig dem Verurtheilten solche Umstände zur Seite stehen, welche denselben zu einem Gnadenakte würdig machen. Sämmtliche von den Oberstaatsanwälten beschiedene Strafaufschubgesuche sind in ein Verzeichniß zu bringen, das den nach Art. 27 des Strafprozeßgesetzes vom 10. Novbr. 1848 zu erstattenden Berichten beizulegen ist."

„V. Der begonnene Vollzug einer Verbrechensstrafe darf wegen eines gestellten Begnadigungsgesuches vor erholter allerh. Entschließung niemals unterbrochen werden. Den Staatsanwälten, dann den Vorständen der Strafanstalten, beziehungsweise den Festungs-Kommandanten, wird übrigens gestattet, in besonders dringenden Fällen ausnahmsweise ein Gesuch um Strafunterbrechung unter Anlegung der zur Bescheinigung dienenden Dokumente unmittelbar an das kgl. Staatsministerium der Justiz einzusenden."

„VI. Der begonnene Vollzug einer Gefängniß- oder Arreststrafe darf auf den Grund eines Begnadigungs-Gesuches vor dem Eintreffen der allerhöchsten Entschließung nur alsdann unterbrochen werden, wenn solche Umstände eingetreten sind, welche bei Fortsetzung der Strafe eine Gefahr für das Leben des Verurtheilten oder für dessen Familie oder Hauswesen einen großen unwiderbringlichen Schaden bewirken würden, und wenn das Abwarten der allerhöchsten Entschließung das Gesuch vereiteln würde. Die Bewilligung zu einer derartigen Strafunterbrechung steht dem Staatsanwalte an dem betreffenden Kreis- und Stadtgerichte, oder wenn der Verurtheilte an einem Orte detinirt ist, an welchem sich kein Staatsanwalt befindet, dem Vorstande des betreffenden Gerichts zu. In jedem Falle einer bewilligten Strafunterbrechung sind die Akten zum Zwecke der nachträglichen Genehmigung ungesäumt dem k. Staatsministerium der Justiz vorzulegen."

„VII. Wenn eine bereits abgewiesene Begnadigungsbitte wiederholt wird, so darf derselben ein Einfluß auf den Beginn oder die Fortsetzung des Strafvollzugs nur in dem Falle eingeräumt werden, wenn solche neue Thatsachen vorgebracht sind, welche einen allerhöchsten Gnadenakt in Aussicht stellen. Ob, und in wie ferne dieses der Fall seyn dürfte, hat der Oberstaats-Anwalt des betreffenden Appellationsgerichts zu entscheiden."

„VIII. Den Staatsanwälten wird zur besonderen Pflicht gemacht, die ihrer Zuständigkeit vollständig überwiesene Instruktion der Begnadigungsgesuche möglichst zu beschleunigen, wobei hiemit die Anordnung getroffen ist, daß künftig in der Regel nur die Untersuchungs-Akten in Vorlage zu bringen sind, in welchen die in Frage befindliche Strafe ausgesprochen wurde,

und daß Borakten nur dann beigelegt werden sollen, wenn dieselben zur Prüfung des Begnadigungs-Gesuchs von Einfluß erscheinen."

„IX. Die unter Nr. I. mit VIII. getroffenen Anordnungen finden auch auf Begnadigungen wegen der von Gerichten erkannten Polizeistrafen Anwendung. Die den Staatsanwälten eingeräumte Zuständigkeit wird bei denjenigen Polizei-Uebertretungen, bei deren Aburtheilung kein Staatsanwalt thätig ist, dem Vorstande des betreffenden Gerichtes übertragen."

Preußen. Berlin, 1. August. Seit einigen Tagen ist der Durchzug der aus den böhmischen und rheinischen Bädern nach Petersburg zurückkehrenden hohen russischen Staatsbeamten und der zur Krönung nach Moskau reisenden Fürsten und Diplomaten sehr bedeutend. (Ostd. Post.)

Berlin, 3. August. Durch einen Spezialfall veranlaßt, ist in einem Reskripte des Ministerium des Innern vom 2. Juli d. J. neuerdings ausgesprochen worden, daß jüdische Rittergutsbesitzer zur Ausübung der Polizeiverwaltung nicht zuzulassen seyen. Denn der allgemeine Grundsatz des Artikel 12 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850, aus welchem man in jenem Falle das Gegentheil herleiten wollte, habe nicht die Kraft, ein bestimmtes partikulares Recht, wie ältere Gesetzgebung über die Verhältnisse der Juden in Ansehung der Ausübung der Polizei solches enthalte, ohne weiteres aufzugeben; vielmehr würde es hierzu einer ausdrücklichen besonderen Gesetzesvorschrift bedürfen. Ueberdies kämen nach der besonderen Vorschrift des Artikels 4 der Verfassungsurkunde hinsichtlich der Erlangung öffentlicher Aemter die in den Gesetzen diesfalls festgestellten Bedingungen zur Anwendung. (Fr. Pstz.)

Das Berliner „Korrespondenz-Bureau" sagt: „Die „Hamburger Nachrichten" hatten verbreitet, es würden in Hamburg bedeutende Quantitäten preußischer Thaler- und Zweithalerstücke umgeschmolzen, und das Silber exportirt. Diese Nachricht hat, wie wir vernehmen, von kompetenter Seite Ermittlungen hervorgerufen, die denn den völligen Ungrund jener Nachricht herausgestellt haben."

Württemberg. Heidenheim, 2. Aug. Die Vermessungen und übrigen Vorarbeiten auf der Heidenheim-Nördlinger Bahnlinie werden emsig betrieben. (Schw. M.)

Freie Städte. Wie bekannt, hat die Hitze dieses Sommers in zahlreichen deutschen Städten und Städtchen das Ei irgend einer Kreditbank oder doch wenigstens eines Kommanditbänkchens ausgebrütet. Das Großartigste in dieser Beziehung leistete jedoch ohne Zweifel in den letzten zwei Tagen die sonst so solide, ehrenfeste und besonnene Stadt Hamburg. Dinstag, 29. Juli, überraschten die „Hamb. Nachr." durch ein kolossales Inserat die dortige kaufmännische Welt, durch den „Prospekt einer Vereinsbank in Hamburg," zu deren Gründung acht der angesehensten Firmen sich associirt hatten und zwar mit so strenger Geheimhaltung des ganzen Vorhabens, daß die plötzliche Veröffentlichung die Hamburger Börse wie ein elektrischer Schlag traf. Vierundzwanzig Stunden vergehen und Mittwoch am 30. Juli kündigt die „Börsenhalle" bereits eine Konkurrenz an! Dieses zweite Unternehmen führt den Titel: „Norddeutsche Bank in Hamburg" und hat wo möglich noch respektablere und bekanntere Firmen zu Gründern. Man muß gestehen, die Banken reiten schnell. Noch vor wenigen Monaten hat der Hamburger Senat die Gründung einer Aktienbank daselbst um keinen Preis dulden wollen und plötzlich hat der Geist der Zeit die ehrenwerthen Herren Senatoren so übermannt, daß innerhalb einer Nacht und eines Tages zwei Banken losbrechen. (Ostd. Post.)

Belgien.

Brüssel, Ende Juli. Die französischen Vorstellungen wegen der angeblichen Gefahr, welche die als solche bezeichneten Ausschreitungen einiger Blätter darbieten sollen, sind hier in der letzten Zeit, wie man hört, wieder lebhafter geworden. (Köln. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 30. Juli. Die letzten Vorgänge an den Gränzen der Türkei, ganz neuerdings die Besetzung der Schlangeninsel von russischer Seite, geben den Westmächten wieder einen neuen Beweis, wie nothwendig die Einigkeit mit Oesterreich sey und wie sehr Rußland bereit ist, seine alte Politik, wo es kann, zu erneuern, wenn irgendwo dazu eine Pforte geöffnet wird. Die Weigerung Kars zu räumen kann offenbar nur eine Neckerei genannt werden und sie wäre wahrscheinlich nicht erfolgt, wenn anstatt eines englischen ein französischer Offizier dahin gesendet worden wäre. Die Russen scheinen sich ein eigenthümliches Vergnügen daraus zu machen, die Briten wo nur irgend möglich zu necken, sie haben ihnen gewisse Enthüllungen noch nicht vergessen. (Dann gelingt es vielleicht auch nach und nach das westmächtliche Bündniß zu lockern.) Man hat hier in Regierungskreisen über das Verhalten und die Ansprüche Rußlands in Asien keine nähern Daten, bloß das „Pays" will wissen, daß Rußland auf der schnellen Entfernung Sefer Pascha's aus Cirkassien bestehe und daß dessen Rückkehr baldigst erfolgen werde, vorausgesetzt, daß der türkische Soldat nicht vorzieht unabhängiger Häuptling der Bergvölker als Diener der Pforte zu seyn. Die Pforte kann ihm heimzukehren gebieten, sie kann ihn seines Amtes entsetzen, aber wenn er dennoch nicht zurückkehrt, so kann deßhalb Rußland doch Kars nicht behalten.

Aus Paris wird der „Allg. Ztg." geschrieben: Der diesseitige Gesandte in Neapel, Baron Brenier, hat gestern mittelst des Telegraphen die erfreuliche Meldung seiner Regierung übermacht, der König beider Sicilien habe endlich beschlossen, mildern Gefühlen Raum zu lassen. Unter dem 28. Julius hat König Ferdinand mehrere Gnadenakte zu Gunsten politischer Verbrecher erlassen, und Baron Brenier spricht die volle Zuversicht aus, es würden in Bälde noch belangreichere Beweise einer versöhnenden Politik erfolgen. Damit sind die zwischen dem Hofe von Neapel und den beiden Westmächten obwaltenden Differenzen in ein sehr günstiges Stadium getreten, was zunächst dem Einfluß des Wiener Hofes zugeschrieben werden muß. Die abschlägige Antwortsnote Neapels enthielt einige persönliche Beziehungen, die König Ferdinand selbst eingerückt haben soll, welche aber für den französischen Kaiser ziemlich verletzende Wahrheiten waren. Das österreichische Kabinet erkannte darin einen Mißgriff der neapolitanischen Regierung, welcher schwere Folgen nach sich ziehen konnte. Graf Buol beeilte sich daher dem kaiserlichen Gesandten in Neapel die Weisung zu ertheilen, Alles aufzubieten, auf daß die neapolitanische Regierung jene Persönlichkeiten schnell wieder gut machte, bevor der Kaiser Louis Napoleon sich entschlossen, gegen Neapel in energischer Weise aufzutreten. Die wohlgemeinten Rathschläge Oesterreichs sind am Hofe beider Sicilien gehörig beherzigt worden. Durch die am 28. Juli, nämlich vor fünf Tagen, vom König Ferdinand gewährten politischen Begnadigungen ist ein besseres Einverständniß zwischen den streitenden Mächten glücklich angebahnt, und durch die weitere ersprießliche Vermittlung Oesterreichs steht ihre endliche Aussöhnung in nächster Zukunft zu gewärtigen.

Paris, 3. August. Ueber den Empfang, welcher dem Marschall Pelissier in Marseille zu Theil geworden, schreibt man aus letzterer Stadt: „Der „Roland" ging früher, als man erwartet hatte, vor Anker. Um jedoch in den getroffenen Anordnungen keine Störung hervorzurufen, verzögerte der Marschall seine Ausschiffung, bis die Vorbereitungen zu dem veranstalteten Ehrenempfange vollendet waren. Sobald der „Roland" in den Hafen eingelaufen war, bemannten die Kriegsfahrzeuge ihre Schaluppen, der „Caradoc" von der englischen Marine hißte die französische Flagge am großen Mast auf und schickte einen Offizier zur Begrüßung des Marschalls ab. Eine ungeheuere Menschenmenge bedeckte trotz der glühenden Hitze die Quais und unzählige Boote durchkreuzten den Hafen. Ein zahlreicher Stab war auf dem Deck des „Roland" versammelt, wo ein Detachement Fußjäger die Ehrenwache hatte, und die Musik des mit dem Marschall von Konstantinopel gekommenen 94. Infanterieregiments Symphonien spielte. Um 2 Uhr begaben sich die Civil- und Militärbehörden an Bord, um den Marschall zu begrüßen. Um 2½ Uhr erwiderte die Artillerie der Forts die Salven des „Roland", und der Marschall bestieg in Begleitung des General Grafen Roguet, Adjutanten des Kaisers, das große Boot des „Roland", das ihn an den Quai Napoleon brachte. Ueberall ertönte der Ruf: „Es lebe der Kaiser! Es lebe der Marschall!" Alle Truppen der Garnison und einige kürzlich erst ausgeschiffte Krimbataillone bildeten Spalier. Am Quai bestieg der Marschall einen offenen Wagen und begab sich in das Hotel des Herrn Lucy inmitten des größten Enthusiasmus der Bevölkerung."

Italien.

In Florenz, und Toskana überhaupt, sollen Subskriptionen eröffnet worden seyn, um den General Lamarmora mit einem Ehrendegen zu beschenken.

Turin, 31. Juli. Die kürzlich in Novara sequestrirte Waffenquantität war Schmugglerwaare, wie man vernimmt, für die Schweiz bestimmt. (Oest. K.)

Spanien.

Privatbriefe aus Madrid theilen mit, daß Espartero sich gegen Alles, was vorgehe, völlig gleichgültig zeige. Man vermuthet, daß sich in Madrid noch geheime Waffendepots befinden. Zum wenigsten sollen mehr als 5000 (nach einer anderen Angabe mehr als 7000) Flinten der Nationalgarde nicht abgeliefert worden seyn.

Madrid, 30. Juli. Der Gouverneur des Schlosses von Gibrelfaro und Kommandant der Civilgarde meldet, daß er sich am 27. Juli um 7 Uhr Morgens der Stadt Malaga ohne Widerstand bemächtigt habe; er wurde bei dieser Operation vom Kriegsdampfer „Castilla“ und der Division der Küstenwächter unterstützt. Der Gouverneur ließ ohne Zeitverlust die wichtigsten Punkte besetzen und die Stadt in Belagerungszustand erklären. Zugleich verordnete er die Wegräumung der Barrikaden und die Wiederherstellung der Kommunikationen. Beim Abgang des Kuriers beschäftigte sich Gouverneur mit der Entwaffnung der Nationalgarde. — General Sans, Kommandant von Zamora, hat sich am Morgen des 25. Juli getödtet. Man kennt den Beweggrund nicht; es läßt jedoch ein bei ihm gefundener Brief vermuthen, daß die letzten Ereignisse der Hauptgrund seines Entschlusses waren. — Die Cholera ist aus Sevilla vollständig verschwunden.

Aus Madrid wird den französischen Blättern unter dem 30. Juli geschrieben: Die Regierung beschäftigt sich ausschließlich mit Herstellung und Sicherung der allgemeinen Ruhe. Alle anderen Angelegenheiten sind vertagt. Indessen verschwindet das im ersten Augenblick des Sieges zurückgekehrte Vertrauen mehr und mehr, da man fürchtet, die Ordnung abermals gestört zu sehen. Mehr als 5000 Gewehre der Nationalgarde wurden nicht abgeliefert, und dumpfer Haß brütet im Innern der entwaffneten Massen. Der neue Gemeinderath macht große Anstrengungen, um den Brodpreis unter der eigentlichen Taxe zu erhalten. Unglücklicherweise ist die Aernte nur mittelmäßig ausgefallen, und die Brandstiftungen haben bedeutende Vorräthe vernichtet, so daß ein Steigen der Brodpreise nicht lange verhindert werden kann. Dabei haben Fleisch, Wein, Früchte, Gemüse u. dgl. unerhörte Preise erreicht. — In Madrid wurden gestern zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es scheint, daß man einer Verschwörung auf die Spur kam, die unter dem Vorwande der Theuerung die Bäckereien der Stadt anzünden wollte. Auf Befehl der Regierung müssen alle Kaffeehäuser um Mitternacht geschlossen werden. Graf v. Altamira, Herzog von Montemart, geht an Bord des Kriegsdampfers „Santa Isabella“ am 6. mit zahlreichem Gefolge nach Marseille ab, um dort den Prinzen Adalbert von Bayern zu empfangen, der behufs seiner Verheirathung mit der Infantin Amalia nach Spanien kommt.

Saragossa, 2. August. General Dulce hat die Bürgerwehr von Saragossa mit Ausnahme eines einzigen Bataillons, sowie 11 Bataillone der Provinzial-Bürgerwehr von Arragonien aufgelöst. Die verabschiedeten Milizen müssen binnen 24 Stunden ihre Waffen an die Behörden abliefern. Die Regimenter, welche die Garnison von Saragossa bildeten, werden sofort nach anderen Orten verlegt werden.

Rußland und Polen.

Nach dem „C. B.“ hat der Kaiser den Befehl ertheilt, Geistliche aller im russischen Reich vorhandenen Konfessionen, und auch der nichtchristlichen Religionsparteien, offiziell zur Krönungsfeier einzuladen. (A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Konstantinopel sind folgende Nachrichten vom 24. Juli in Marseille eingetroffen: „Die englischen, österreichischen und französischen Kommissäre sind der Ansicht, daß Bolgrad der Moldau gehören solle. Rußland protestirt. (Die Frage dreht sich nämlich darum, ob die Gränzlinie des von Rußland an die Moldau abzutretenden Landstrichs südlich oder nördlich von Bolgrad gezogen, mit andern Worten, ob dies Städtchen mit abgetreten werden soll oder nicht. Im Pariser Vertrag ist ausdrücklich gesagt, die Gränzlinie solle südlich von Bolgrad gezogen werden, und darauf stützen sich die Russen. Die andern Kommissäre aber behaupten dem Vernehmen nach, es sey nicht möglich, die Gränze anders zu reguliren, als indem man die Linie nördlich von Bolgrad vorbei ziehe; warum, ist uns nicht recht klar.) — Zu Konstantinopel war das Gerücht verbreitet, die Russen hätten 18,000 Mann nach Kars geschickt und mit Wiederaufführung der Befestigungen begonnen. (Nicht glaublich!) — Auf den Höhen von Inkermann ist ein russ. Lager von 6000 Mann gebildet worden. — Man glaubt, daß englische Geschwader werde vor Neapel kreuzen. — Said Pascha hat Herrn Benedetti 30,000 Fr. für die Ueberschwemmten in Frankreich behändigt.“ (Fr. Postz.)

Montenegro.

Von der montenegrinischen Gränze wird der „Agr. Ztg.“ unterm 21. d. geschrieben: „Vorgestern wurde die hier eingetroffene Mittheilung der nach Petersburg und Paris gesendeten zwei Adjutanten, Medakovic und Vukovic, der zu Folge Montenegro binnen Kurzem in seine früher innegehabten Gebiete mit den alten Gränzen der ehemaligen Ivanbegowina wieder eingesetzt werden soll, in Montenegro veröffentlicht und mit Kanonensalven begrüßt. Innerhalb dieser Gränzen befinden sich die Städte Skutari, Antivari, Alessio, Podgoriza ꝛc. Die montenegrinische Bevölkerung hat diese Nachricht mit Enthusiasmus aufgenommen. (Das lautet ja ganz abenteuerlich! Wie kann denn Rußland den Montenegrinern dazu verhelfen?)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 3. August. Das hier erscheinende „Aerztliche Intell.-Blatt“ enthält in Nr. 27 betreffs der in früheren Jahren vielfach ausposaunten sog. Landolfischen Wunderkuren an Krebsleidenden (welche auch in d. Bl. geeignete Beleuchtung, resp. Entlarvung fanden) folgende Korrespondenz: „Paris, 4. Juni. Endlich ist auch hier die Landolfische Tragikomödie durchgespielt worden und der Abgang des sauberen Helden ist unter brillantem Fiasko erfolgt. Paris ist diesmal verständiger gewesen als die beiden deutschen Metropolen, in denen mancher gute Mann, der sich bis dahin für eine wissenschaftliche Autorität gehalten hat, von dem schlauen Italiener hinlänglich dupirt worden ist und beim Erwachen aus seinem Taumel mit Schrecken seine unsterbliche Blamage wahrgenommen hat. Hier fand Landolfi's pomphaftes Auftreten keine Bewunderer, da man eben hier mit allen Wegen des Charlatanismus aufs Intimste vertraut und dem vielgewandten Sohn der hesperischen Gefilde in Bezug auf Schlauheit und mise en scène reichlich überlegen ist. Ohne daß Landolfi's Ruhm im Publikum widertönte, führte man ihn alsbald aufs Glatteis der klinischen Prüfung, und deren Ergebnisse waren erbärmlich genug, um ihm jede weitere Wirksamkeit in Paris abzuschneiden. Ich glaube, es dürfte den deutschen Lesern interessant seyn, einige Resumés aus dem betr. Berichte zu erfahren, da derselbe die nackte Wahrheit enthält, während ein deutsches amtliches Referat sich vielfach drehte und wendete, um die eigene Beschämung mancher Kommissions-Mitglieder mit etwelchen Floskeln zu verhüllen und abzuschwächen. Der Pariser Bericht sagt Folgendes: „Die innere Anwendung des Chlor-Broms gegen den Krebs hat nicht die geringste therapeutische Wirksamkeit. Die äußere Behandlung besteht in der Anwendung folgender Paste: Chlor-Brom 3 Theile, Chlor-Zink 2 Theile, Chlor-Antimon 1 Theil, Pulvis rad. liquiritiae 1 Theil. Von diesen Mitteln sind das Chlor-Zink und das Chlor-Antimon längst als Aetzmittel bekannt und bilden die Canquoin'sche Paste, die von Landolfi mittels eines stark riechenden und färbenden Körpers, des Chlor-Brom, verunreiniget ist. Die Paste hat dadurch zwar ihr kauterisirende Eigenschaft bewahrt, aber die mathematische Sicherheit ihrer Wirkung verloren, da sie durch das Chlor Brom flüssiger, schwerer zu handhaben und ungewisser in ihren Resultaten geworden ist. Das Landolfi'sche Aetzmittel ist keineswegs, wie behauptet wird, gefahrlos, da es ebensowohl Erysipel als Hämmorhagie nach sich ziehen kann; es ist schmerzhafter, als die meisten andern Aetzmittel; die Art seiner Anwendung ist irrationell, da, statt die Geschwulst auf einmal zu zerstören, eine schichtweise Ertödtung derselben durch oftmals wiederholte Applikation erstrebt und somit dem Kranken eine enorme Summe von Schmerz (mehr als bei irgend einer bisher bekannten Operation) bereitet wird; außerdem wird durch diese Behandlungsweise die Kur verlängert und aller Wahrscheinlichkeit nach durch die bedeutende Irritation die Neigung zu Recidiven gesteigert. Die von Landolfi selbst an 9 Fällen von Brustkrebs und 3 Cancroiden ausgeführte Behandlung hatte folgende Resultate: von 9 Brustkrebsen 2 Todesfälle, 4 bedeutende Verschlimmerungen, 3 Vernarbungen mit unmittelbar nachher wieder erfolgtem Aufbruche — mithin keine Heilung; von 3 Cancroiden: eine Heilung, eine Vernarbung mit unmittelbarem Wiederaufbruche, eine bedeutende Verschlimmerung, die eine Amputation des Gliedes nothwendig machte. Landolfi's Methode ist mithin eine durchaus unsichere, schmerzhafte, allen bisherigen Applikationsweisen nachstehende, und — so schließt der Bericht — „loin de constituer un progrès, elle n'est qu'une illusion de plus à ajouter à celles, dont l'histoire du cancer offre de si nombreux exemples.“ Man kann nicht umhin, einzugestehen, daß man diesmal an den Ufern der Seine besser „deutsch zu reden“ verstanden hat, als an den Ufern der Donau. Mit diesem Schluß-Akte dürfte Landolfi's Rolle endlich ausgespielt seyn und kein weiteres Feld für seine Thätigkeit sich mehr bieten. Er aber, froh der errungenen Resultate, wird mit Orden geschmückt und mit gefüllten Taschen unter den Pinien Sorrents vom deutschen Michel träumen und ihm ein liebevolles Angedenken bewahren!“

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 5. August. Oesterr. Creditaktien und span. Fonds konnten ihren gestrigen Standpunkt nicht behaupten, während österr. Staatsbahn-, Bexbach, Neustadt-Weißenburg und mitteldeutsche Creditaktien zu höheren Coursen verhandelt wurden; auch für Taunusbahn zeigte sich viel Kauflust, ohne daß sich Abgeber fanden. Berliner Bankverein wurde zu 107 umgesetzt.

Oesterreich. Bankaktien o. D. alte 1285 P. 1280 G. Neue Bankaktien 412 P. 409 G. Credit-Actien à 5pCt. 236½ P. 235½ G. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83⅜ P. 83⅛ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90¼ P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81¼ P. 81 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 72 P. 71¾ G.; à 4pCt. 63½ P. 63 G.; à 3pCt. 48¾ P. 48¼ G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. Loose à 500 fl. von 1834 —— P. —— G. à fl. 250 von 1839 118 P. 117½ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102⅞ P. 102⅜ G. 5pCt. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einzahl. 282 P. 280 G.

Preussen. 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G.

Bayern. Bankaktien o. D. — P. — G. Obligationen à 3½pCt. — P. 88½ G.; 4pCt. 94⅝ P. 94⅛ G.; 4pCt. Grundrente 95½ P. 95 G.; 4½pCt. 101¼ P. 101 G.; 4½pCt. Ostbahn-Aktien 104½ P. 104¼ G. 5pCt. 101¼ P. 100¾ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 148¾ P. 148⅜ G. Neustadt-Weissenb. 112¾ P. 112¼ G.

Sachsen. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 119 P. 118½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅞ P. 90⅜ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Sardinien.** Loose bei G. Bethmann — P. 43 G. **Toscana.** Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82½ G. **Kurhessen.** 40 Thaler-Loose b. R. 39⅞ P. 39⅜ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn o. Z. 62½ P. 62 G.

Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3½pCt. 92¼ P. 91¾ G.; à 4pCt. 99¾ P. 99¼ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G.; Loose à fl. 50 115¾ P. 115¼ G.; à fl. 25 34 P. 33¾ G.; Darmstädter Bankaktien alte 418 P. 416 G.; junge 362½ P. 360½ G.

Meiningen. Mitteldeutsche Creditbank 109⅜ P. 108⅞ G. **Baden.** fl. 35 Loose von 1845 49 P. 48½ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G., Loose à fl. 25 32¾ P. 32¼ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; Bankaktien 119¾ P. 119¼ G.; Taunus-Aktien — P. 318 G.; Hanauer Eisenb.-Aktien 84¾ P. 84¼ G. **Homburg.** Bankaktien — P. — G. **Polen.** fl. 500 Partial — P. 87¾ G. **Luxemburg.** Internationale Creditbank 551 P. 549 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39¾ P. 39⅝ G.; 1pCt. neue 24¾ P. 24⅝ G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. — — P. 100⅛ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118¾ P. 118½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 100⅞ P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¾ P. 93½ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝ P. 93⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96¼ P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 116¾ P. 116½ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89⅜ P. 89⅛ G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅝ P. 116⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅝ P. 104⅜ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 4. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 7/16; 5pCt. Metall. 83 1/16; 4½ pCt. 73¾; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121⅛; von 1854 105⅞; Bankaktien 1098; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 383½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 590; österr. Staatsbahnaktien 327; Nordbahnaktien 2882½. Wechselkurse: Augsburg uso 125⅝. London 10. 3. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Der „Allg. Ztg." wird aus dem Seekreis, 2. August, geschrieben: „Vor Kurzem wurde Literat Christian Gottlieb Abt von Eßlingen, im Königreich Württemberg, zu Freiburg verhaftet, wo er neun Monate mit Wissen der Polizeibehörde sich aufgehalten hatte. Abt, der schon im Jahre 1848 den revolutionären Bewegungen in Baden sich angeschlossen und nach Ausbruch des Mai-Aufstandes in Baden im Jahre 1849 für die Revolution durch die Presse gewirkt hatte, betheiligte sich an den hochverrätherischen Unternehmungen insbesondere dadurch, daß er am 8. Juli 1849, mit einer Doppelflinte bewaffnet, an der Spitze eines Korps bewaffneter Freischaaren aus Württemberg in dem Schlosse des Frhrn. v. Bodmann erschien, und daselbst zur Unterstützung der Freischaaren Frucht und Vieh gewaltsam erpreßte. Deßwegen wurde vom Bezirksamte Stockach Untersuchung gegen Abt eingeleitet, welche aber bis auf Betreten desselben beruhte, da er sich beim Einzug der Reichstruppen in Konstanz flüchtig gemacht hatte. Obgleich er nicht amnestirt, sondern ihm von der badischen Regierung nur die Zusicherung ertheilt worden war, daß man seine Auslieferung nicht verlange, im Fall er sich in einem der deutschen Bundesstaaten aufhalte, so ließ er sich doch in Freiburg nieder. Sobald das Bezirksamt Stockach hievon Kenntniß erhalten hatte, wurde die Untersuchung wieder aufgenommen, und nach gepflogener Untersuchung Abt vom großh. Hofgericht zu Konstanz durch Urtheil vom 26. v. Mts. der Theilnahme an den hochverrätherischen Unternehmungen vom Jahre 1849 für schuldig erklärt, und deßhalb zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr oder von acht Monaten Einzelhaft und zum Ersatz des dadurch verursachten Schadens unter solidarischer Haftbarkeit mit den übrigen Theilnehmern verurtheilt."

Hamburg, 3. August. Gestern wurde hier der Schriftsteller Martin Mai (aus Rosenberg in Schlesien), der im Jahre 1848 in Breslau und später in Berlin lebte und vor ein paar Jahren hierher übergesiedelt war, wo ihm indeß von der Polizei der Aufenthalt nicht gestattet wurde, nachdem er erst vor Kurzem die Redaktion des „Kieler Korrespondenzblatts" auf Anfordern der dänischen Regierung hatte niederlegen müssen und wieder hierher zurückgekehrt war, von 2 Polizeioffizianten in einer Droschke nach der Raboisenwache geführt. Vorher soll man eine Haussuchung bei ihm vorgenommen und seine Papiere mit Beschlag belegt haben. (N. Z.)

Paris, 1. August. Aus den vorzüglichsten Fabrikstädten gehen Klagen über die Zusammensetzung des von der Regierung ernannten Prüfungsausschusses in Prohibitionssachen ein. Die Protektionisten machen der Regierung den Vorwurf, daß diese fast nur Freihändler dazu ernannt habe, und treffen Anstalten, Deputationen nach Paris zu schicken, um im Schooße der Kommission ihre Interessen zu vertreten. Gleichzeitig beginnen mehrere Provinzialblätter sich zu Gunsten der Protektionisten zu regen. Die in den letzten Tagen in Paris eingetroffenen Blätter von Rouen, Lille, Lyon, Metz, Straßburg, Besançon u. s. w. kündigen sämmtlich eine Reihe von Artikeln über den Zolltarif, und zwar meist zu Gunsten der Protektionisten, an. (Hamb. Nachr.)

Paris, 5. August. Der heutige „Moniteur" enthält die Mittheilung, daß der Kaiser am 9. August von Plombières nach Paris zurückkehren werde und die Hauptstadt vor dem 16. d. Mts. nicht wieder zu verlassen beabsichtige. Bis dahin wird jedoch kein offizieller Empfang stattfinden. In Spanien herrscht Ruhe. Der Kaiser Napoleon hat befohlen, die Truppensendungen nach der spanischen Gränze einzustellen. (F. P.)

Madrid, 29. Juli. General O'Donnell hat von seiner anfänglichen Zuversicht ein Beträchtliches eingebüßt und bekennt, daß es nicht so leicht sey, wie er gedacht, die Situation zu beherrschen. Madrid ist unzufriedener und schwieriger denn je. Es werden keine Stiergefechte mehr gegeben, und die Regierung hat sich veranlaßt gesehen, an mehreren Orten Verhaftungen vorzunehmen. (K. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 218.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 7. August 1856

Bemerkungen über die Einwürfe gegen Aufforstung der hohen Rhön.

Aus dem Aufsatze in Nr. 199 und 200 dieses Blattes, über den Einfluß des Rhöngebirges und dessen Entwaldung auf das Klima der Umgebungen und ganz Frankens, welcher sich naturgemäß für die Wiederbewaldung dieser Hochebene ausspricht, ist mit Befremden zu entnehmen, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo sich die schädlichen Folgen der unverhältnißmäßigen Verminderung der Wälder in unserer Zone so allgemein kundgeben, Unternehmungen, welche dahin zielen, die Vernachlässigung und Mißgriffe wieder gut zu machen, welche im Verlaufe der letzten Jahrhunderte in Behandlung der Waldungen stattgefunden haben, noch Widersacher finden. Daß die Waldungen vorzüglich auf den Berghöhen es sind, welche die Gewalt der Winde brechen, ihren schädlichen Charakter mildern, die Wechselwirkung mit der Atmosphäre vermittelnd unterhalten, durch das Anziehen des elektrischen Fluidum und der Wasserdünste die Fruchtbarkeit der sie umgebenden Region befördern, derselben die der Vegetation erforderliche Feuchtigkeit zuführen: hiefür liefern uns die durch die Waldrodungen entstandenen Veränderungen in den örtlichen Klimaten unserer nächsten Umgebungen allseitige Erfahrungen zum Ueberflusse, durch welche jeder Zweifler sich faktisch überzeugen kann.

Der analogen Anwendung dieser Erfahrungen im Kleinen auf größere Länderstriche, ja ganze Welttheile, dürfte aber um so weniger ein gegründeter Einwurf entgegengestellt werden können, als auch uns hierfür die Geschichte hinlängliche Bestätigung gibt.

Zuverlässig liegt den sich in Zahl und Heftigkeit stets wiederholenden klimatischen und metheorischen Erscheinungen, welche in der Neuzeit so großes Unheil veranlaßt haben, naturwidrige und zu weit gegangene Verminderung der Waldungen zu Grund.

Wir sind auf dem Wege den Schleiden in folgendem Satze so wahr bezeichnet hat: „Von Ost nach West zieht der Mensch mit seiner Bildung und läßt hinter sich Wüste!“ Die Verwüstung der Wälder geht schnell, die Wiederherstellung geschlossener hochstämmiger Waldungen bedarf aber Generationen, und deßhalb dürfte es an der Zeit seyn, der schädlichen Verminderung und Devastation der Wälder Einhalt zu thun, die von der Natur zu Wald bestimmten, dieser Bestimmung aber entzogenen Flächen wieder aufzuforsten.

Die Zeiten, wo in Europa Ueberfluß an Wald das Klima feucht und kalt machte, sind längst vorüber, wir befinden uns an dem entgegengesetzten Kulminationspunkt.

Es finden sich überall Flächen, welche zur Verbesserung des Klima, zum Besten der Vegetation, Erhöhung der Fruchtbarkeit der Umgebungen zu Wald angelegt werden sollten.

Hierzu gehören vor Allem die Gebirgshöhen, welche, gehörig bewaldet, einzig und allein im Stande sind, die Gewalt der Windzüge zu brechen und unschädlich zu machen, weil im Gegentheile bei ungehindertem Streichen über kahle Flächen sich ihre Gewalt bis zum unaufhaltsamen Sturme steigert.

Bei der Wiederbewaldung der hohen Rhön insbesondere erscheint der Einwurf wegen Verlust des Grases für die dortige Viehzucht und des geringen Werthes des erzielt werdenden Holzes für denjenigen, welcher jenes ärmliche Futter und die Landwirthschaft der Rhönbewohner kennt, nicht erheblich.

Der Ertrag dieses Grases ist äußerst gering, weil, wenn auch die mineralische Beschaffenheit des Bodens gut ist, dasselbe der mangelnden Feuchtigkeit wegen doch nur einmal des Jahres gemähet werden kann und nur handhoch wächst.

Geschlossener Wald auf dieser Hochebene würde unbezweifelt den Umgebungen eine kräftigere Vegetation zuführen, so daß auf der bleibenden geringern Kulturfläche durch künstlichen Futterbau doppelt und dreifach ersetzt werden könnte, was durch die Aufforstung an Futter verloren geht.

Höchst sonderbar, wenn gleich dem Zeitgeiste gemäß, welcher dem Mammon huldigt, ist der Einwurf des geringen Werthes des erzielt werdenden Holzes. Ist denn Ueberfluß an einem nützlichen Produkte ein Uebel?

Es hat bisher davon noch nichts verlautet, daß es in dortiger Gegend an Absatz der Waldprodukte fehle, wohl aber ist bekannt, daß der Rhönbewohner aus Mangel an tüchtigem Bauholze gezwungen ist, mit Buchen- und Birkenholz zu bauen.

Es dürfte daher mit der Zeit der dortigen Bevölkerung sehr wohl zu statten kommen, wenn durch Anbau der Fichte und Lärche in Verbindung mit der Weißtanne das nöthige Bau- und Gerätheholz erlangt würde, und jede Besorgniß, sich dieses Produktes zu entledigen, in's Reich der Träume gehören.

Auf welche Entfernung übrigens die Wiederbewaldung der hohen Rhön ihre Wirkung erstrecken werde, erscheint für die Ausführung dieses Vorhabens gleichgültig, genug daß es nur vortheilhaft auf Klima und Vegetation zu wirken vermag.

Die schon vor länger als 40 Jahren vorgenommenen Fichten- und Lärchensaaten auf kahlen Bergköpfen der Rhöngebirge haben übrigens auch schon den Beweis geliefert, daß fragliches Unternehmen nicht mit allzu großen Hindernissen verknüpft sey. Als belehrendes Beispiel, welchen Werth die Bewaldung der Berghöhen hat, verweise ich auf den Aufsatz in der Beilage zu Nr. 328 und 329 der „Allgemeinen Zeitung“ vom 24. und 25. November 1851 über die Ueberschwemmungen in Kärnthen, der ganz geeignet ist, über den hohen Werth der Waldungen am geeigneten Orte für das materielle Wohl der Bevölkerung eines Landes zu belehren.

Deutscher Bund.

Bayern. Bei der Porzellanmanufaktur Nymphenburg soll bekanntlich der Kunstbetrieb aufhören und der rationell industrielle Betrieb eingeführt werden, zu welchem Behufe in Nymphenburg die erforderlichen Bauten demnächst ausgeführt werden. An die Stelle des gegenwärtigen Kassiers bei oben genannter Manufaktur soll ein kaufmännisch gebildetes Individuum kommen.

Preußen. Trier, 27. Juli. Der Prediger an der hiesigen evangelischen Gemeinde, W. Beischlag, ist von dem Regenten von Baden zum Hofprediger nach Karlsruhe berufen worden und hat den Ruf angenommen. (Fr. J.)

Sachsen. Leipzig, 3. Aug. In der letzten Zeit sind auf den Märkten die Roggenpreise rasch herabgegangen, womit auch ein bedeutendes Sinken der Kartoffelpreise im Zusammenhange steht. Alle athmen jetzt wieder freier, nachdem der drückende Alp in Gestalt der Korntheurung von ihnen genommen ist; Handel und Industrie, gar sehr abhängig von den Preisen der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, werden sich nun noch stärker entfalten, und besonders gehen unsere Fabrikgegenden einer so heiteren Zukunft entgegen, wie seit vielen Jahren nicht. Alle Industriezweige erfreuen sich daselbst eines Aufschwunges, wie früher in den besten Jahren. So groß ist dieser Aufschwung, daß den massenhaft eingehenden Bestellungen nicht genügt werden kann, weil es an arbeitenden Händen mangelt. Daß sich unter diesen Umständen auch die Lohnverhältnisse der Arbeiter wesentlich gebessert haben, versteht sich von selbst. Kommen nun noch zu dem höheren Lohne wesentlich billigere Getraidepreise und eine in Aussicht stehende reiche Kartoffel-Aernte, so gehen die Fabrik-Arbeiter nach jahrelanger großer Entbehrung wieder einmal guten Zeiten entgegen, und sicher wird auch der Typhus, der noch hie und da im Gebirge herrscht, der bessern Ernährung des Volkes bald weichen müssen. Von der bevorstehenden Michaelismesse glaubt man, daß sie eine in jeder Beziehung ausgezeichnete seyn werde. Insbesondere hofft

man auch eine stärkere Betheiligung der Oesterreicher, weil die Ursache der bisherigen nur verhältnißmäßig geringen Betheiligung derselben an unseren Messen, nämlich der niedrige Stand der österreichischen Banknoten, jetzt weggefallen ist. (Schw. M.)

Hannover. Die „Voss. Ztg." gibt folgende Uebersicht über die Zerwürfnisse in Hannover: „Die zweite Kammer der hannover'schen Landstände hat eine Reihe ihr von der Regierung vorgelegter abändernder Verfassungs-Bestimmungen und provisorisch erlassener Gesetze abgelehnt. Die ablehnenden Beschlüsse betreffen theils das veränderte Wahlgesetz, theils das von der Regierung erlassene Ausnahmegesetz, wonach ein besonderer Staatsgerichtshof für Beamte eingesetzt wurde, welche die Rechtmäßigkeit von Verfassungs-Aenderungen anzweifeln sollten, theils die Finanzvorlagen und theils endlich das Bundespreßgesetz. Es ist bekannt, daß der in anerkannter Wirksamkeit bestandene Verfassungs-Zustand des Königreiches Hannover, bei dem sich das Land wohl befand, Ruhe und Gesetzlichkeit herrschte und allgemeines Gedeihen emporblühte, durch die Ritterschaften in Frage gestellt wurde, welche sich beschwerend an den Bundestag wandten und zugleich mehrere in dem Verfassungsgesetz vom 5. September 1848 gegebene, von der Krone sanktionirte Bestimmungen als das monarchische Prinzip verletzend denunzirten. In Folge dessen, sowie auf Grund des Bundesbeschlusses vom 23. August 1851 erließ die Bundesversammlung, nachdem sie von der hannover'schen Regierung selbst für kompetent erklärt worden, die Beschlüsse vom 12. und 19. April 1855, wodurch die Beschwerde der Ritterschaft für begründet und das Verfassungsgesetz vom 5. September 1848 in vielen Punkten mit der Bundesverfassung nicht in Einklang erklärt wurde. In Folge dessen beeilte sich die königl. hannover'sche Regierung, und nachdem die bisherigen Minister inzwischen durch neue ersetzt worden, eine Reihe von Verfassungs-Bestimmungen den Ständen vorzulegen, wodurch der frühere, durch Vereinbarung zwischen Krone und Ständen auf völlig legalem Wege beseitigte Verfassungszustand von 1840 wieder hergestellt wurde, und als ein Gericht diesen Zustand für einen nicht verfassungsmäßig begründeten erklärte, wurde ein besonderer Gerichtshof für solche gewissenhaft zweifelnde Beamte oktroyirt. Der Bundestag ging aber noch einen Schritt weiter und ließ im Hintergrunde Bundeskommissarien, wie weiland in Kurhessen und Bremen, sowie Bundes-Exekutionen durchblicken. Schon früher hat die zweite hannover'sche Kammer auf die Nothwendigkeit eines Bundes-Gerichtshofes hingewiesen, das einzig befriedigende Mittel in der That, wodurch entstandene Irrungen und verschiedene Auslegung von Verfassungs-Bestimmungen zwischen Regierung und Ständen auf den alleinigen Standpunkt richterlicher Entscheidung gehoben und ausgeglichen werden können, ein Weg, den der Bundesbeschluß vom 30. Oktober 1834 selbst als den legalen durch Einsetzung eines Bundes-Schiedsgerichtes bezeichnete. In seiner Adresse an die Krone vom 15. Juni 1855 äußerte sich der Verfassungs-Ausschuß über die Bundesbeschlüsse und Regierungs-Vorlagen dahin, daß „von dem Ministerium der Kompetenz der hohen deutschen Bundesversammlung eine Ausdehnung zugestanden worden sey, welche mit den Grundgesetzen und den dermaligen Verfassungsformen des Bundes nicht in Einklang zu bringen sey und welche den bisherigen Grundsätzen der Regierung des Landes, namentlich den von Sr. Majestät dem König Ernst August festgehaltenen Grundsätzen entschieden widerspreche. Die hohe deutsche Bundesversammlung aber, durch diesen Gang ihrer verfassungsmäßigen Wirkungs-Sphäre entrückt, habe durch ihre Beschlüsse alle Verhältnisse, Gesetze und Verfassung des Königreichs in Frage gestellt, gleichzeitig alle Mittel, um auf einem die unschätzbare Rechts-Kontinuität erhaltenden Wege zur Feststellung zu gelangen, angefochten und daneben Bundes-Kommissionen und Exekutionen für den Fall in Aussicht gestellt, wenn den von ihr zugleich verworfenen und in rechtlicher Weise unerreichbar gemachten Anforderungen keine Genüge geleistet würde." In Folge dessen hat der Verfassungs-Ausschuß, daß Maßregeln ergriffen würden, „um die Souveränetät der Krone, die Selbständigkeit des Königreichs und die Rechtsbeständigkeit der Verfassung aufrecht zu erhalten und gegen jeden Eingriff zu schützen." Welche Maßregeln statt dessen von der hannover'schen Regierung ergriffen wurden, ist hinlänglich bekannt, und nachdem die zweite Kammer die eben erwähnten Beschlüsse gefaßt, auch sich namentlich dahin erklärt hat, daß das Bundes-Preßgesetz ohne die Bestimmung publizirt werde, wonach Konzessions-Entziehungen auf administrativem Wege zu erfolgen haben, daß vielmehr solche Konzessions-Entziehung nur durch richterliches Urtheil erfolgen dürfe, ist der weitere Entschluß der Regierung und des Bundes zu gewärtigen. Die Konsequenz der erwähnten Bundesbeschlüsse müßte die Entsendung eines Bundes-Kommissärs nach Hannover seyn, um sich „mit den dortigen Verfassungszuständen zu beschäftigen", und eventuell eine Bundes-Exekution. Welche verhängnißvolle Folgen daraus für das Land erwachsen würden, liegt auf der Hand."

Frankreich.

Aus Paris wird der „Köln. Z." geschrieben: „Hier in Paris befindet sich gegenwärtig eine Dame, die in letzter Zeit durch ihre Propaganda zu Gunsten der Emanzipation der Frauen in Nordamerika eine gewisse Sensation erregte. Sie präsidirte dort mehreren Meetings, worin diese Frage diskutirt und Beschlüsse gefaßt wurden. Madame Rose ist von Geburt eine polnische Jüdin und hat sich während ihres Aufenthalts in Amerika mit einem Bürger der Vereinigten Staaten verheirathet. Sie steht im Begriff, nach Deutschland zu reisen, wo sie ebenfalls für die Emancipation der Frauen auftreten will."

* Paris, 4. August. Der „Moniteur" veröffentlicht heute einen sehr umfangreichen Bericht des Justizministers über Civil- und Handels-Justizpflege im Jahre 1854. Die Zahl der vor den kaiserl. Gerichtshöfen, den Civil- und Friedensgerichten im Jahre 1854 gelangten und abgeurtheilten Prozesse ist, wie der Minister einleitend erwähnt, fast gleich mit der des vorgehenden Jahres 1853. Die Zahl der Handelsangelegenheiten dagegen hat in Folge der Ausdehnung der Handels- und Industriegeschäfte merklich zugenommen, während die Zahl der Zwangsverkäufe von Immobilien abermals abnahm. Die 27 kaiserliche Gerichtshöfe hatten im Jahre 1854 über 15,286 Civil-Angelegenheiten zu richten. Den 361 Civiltribunalen kamen im Jahre 1854 114,592 neue Angelegenheiten zur Schlichtung zu, wozu noch 49,469 Rückstände aus den Vorjahren traten. Gerichtliche Versteigerungen fanden 1854 18,803 statt, die eine Summe von 184,314,837 Fr. betrugen und 8,797,615 Fr. Kosten verursachten. Die Zahl der Handelsangelegenheiten stieg von 156,922 neuen Klagen im Jahr 1853 auf 196,191 im Jahre 1854, wozu noch 10,282 Rückstände aus dem Vorjahre traten. Fallimente kamen im Laufe des Jahres 1854 3691 vor (1853, 2671. 1852, 2305). Vor die Friedensgerichte wurden 2,803,047 Parteien geladen, 1,340,088 erschienen und 1,019,671 Angelegenheiten wurden vor denselben außergerichtlich beigelegt. In's Schuldgefängniß kamen 1854 1732 Schuldner, wovon 1629 Männer, 103 Frauen; 1617 Franzosen und 115 Fremde waren. — Die Naturalisation als Franzosen wurde im Jahre 1854 an 35 Ausländer ertheilt.

Spanien

† Madrid, 1. August. Man fängt an zu glauben, daß die Feuersbrünste in Spanien das Werk einer geheimen Gesellschaft sind. Vor einigen Tagen überraschte man ein 13jähriges Kind, welches das Getraide in der Nähe von Santovenia in Brand steckte. Nach Valladolid geführt und verhört, sagte es, daß es auf Anstiften eines Mannes so handelte, der ihm einige Geldmünzen gab, wovon es noch einige Quartos bei sich hatte. Jedenfalls ist es auffallend, daß keiner der Angeklagten, meistens niedriges Volk, die Gründe seines Verbrechens bekennen wollte.

Der „Indépendance belge" schreibt man aus Madrid vom 29. Juli: „Die Exzesse, die am 15. und 16. Juli von gewissen Truppen unserer Besatzung verübt worden, veranlassen sehr ernste Erörterungen. Die Gräfin Montijo, Mutter der Kaiserin Eugenie, hat der Königin schriftlich angezeigt, daß die Milizen, die ihren Palast besetzt hatten, sich sehr ordentlich benahmen, daß jedoch die später bei ihr einziehenden Truppen eine Menge werthvoller Möbel zertrümmerten und sich 20 Bankbillets von 1000 Realen, mehrere silberne Bestecke und eine Menge Pretiosen aneigneten. Die Gräfin hat keinen Ersatz gefordert, sondern sich darauf beschränkt, der Königin eine genaue Liste aller ihrer geraubten Gegenstände einzuschicken. Der Herzog von Medina-Celi seinerseits soll in den derbsten Ausdrücken an O'Donnell geschrieben und für die Verluste, die er durch die in sein Hotel eingezogenen Truppen erlitten hat, eine Schadloshaltung gefordert haben, die 9 Mill. Realen übersteigt. Seine reiche Gemäldegallerie wurde gänzlich vernichtet. O'Donnell und Rios Rosas sollen über die ihnen von allen Seiten über die Exzesse der Soldateska zugehenden Beschwerden höchst mißmuthig seyn."

Madrid, 29. Juli. Im Ministerium herrscht mehr Spannung und Unruhe als Thätigkeit. Der Moment erweist sich schwieriger, als es nach dem erfochtenen Siege der Soldaten über die Hauptstadt den Anschein hatte. Der Polizei wurde verschärfte Wachsamkeit aufgetragen; denn es ist ausgemacht, daß an einer Erhebung im Geheimen gearbeitet wird. Was die Provinzen betrifft, so wurden die Redaktionen aller Blätter ersucht, eine völlige Zurückhaltung bei ihren Mittheilungen zu beobachten, und das offizielle Organ als Richtschnur zu nehmen. So kommt es denn, daß man hier von den Pronunciamientos meist dann erst Kenntniß erlangt, wenn dieselben schon zu nichte

gemacht sind. Es gibt allen Parteien, allen Klassen der Gesellschaft und auch den Lenkern des Staates zu denken, daß in folgenden Städten Spaniens theils ein Widerstehen zu überwinden war, theils dem Ausbruche desselben durch Entwaffnung der Nationalgarde und andere geeignete Maßregeln zuvor gekommen werden mußte. Ich zähle sie ohne irgend eine Ordnung auf, weil schon die Quantität derselben ihre Bedeutung ausdrückt: Corunna, Oviedo, Cartagena, Almeria, Leon, Salamanca, Jaen, Huesca, Malaga, Barcellona, Valencia, Logrono, Reus, Murcia, Gracia, Granada, Cadiz, Tarragona, San Sebastian, Santander, Albacete, Villarobledo, Guarnica, Guijon, Irense, Gerona, Ateca, Teruel, Castillon de la Plano, Calatayud, Sevilla, Junquera, Albarracin, Zamora, Saragossa, Labisbal ꝛc. Um die herrschende Beunruhigung noch zu vermehren, gelangen seit gestern aus fast allen Provinzen an die Regierung die Hiobsposten, daß die Verbrechen am Eigenthum wieder ihre Haupt erheben, und daß allenthalben wieder Verwüstungen durch Feuer angerichtet werden. In diesen Berichten wird zugleich ausgesprochen, daß diese Frevel von den Carlisten herrühren, und höhern Orts fängt man an, zur Ueberzeugung zu gelangen, daß die Beurtheilung dieser Vorfälle durch Escosura keine ganz unrichtige gewesen. (Köln. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Smyrna, 25. Juli. Die englische Schweizerlegion ist nun vollkommen aufgelöst. 225 Soldaten und 17 Offiziere, unter Kommando des Major Winton, haben sich an Bord des Dampfers „Cumberland“ nach England eingeschifft. 160 Mann aber sind auf ihren Wunsch hier entlassen worden, von denen Viele ihren künftigen Wohnsitz hier aufschlagen werden. Vorläufig erfreuen sie sich mit den 18½ Pfd. Sterl., die jeder bekommt, eines gemüthlichen freien Lebens. (Tr. Z.)

Amerika.

Die nordamerikanische Regierung stellt in Abrede, daß sie 6 Mill. Dollars für eine Gebietsabtretung von Mexiko geboten habe. Nichtsdestoweniger glaubt man, daß desfallsige geheime Verhandlungen stattgefunden haben, die sich auf die kalifornische Eisenbahn beziehen. (Fr. Z.)

Das „New-York Journal of Commerce“ enthält nachstehende Mittheilung: „Der Sklavenhandel wird von New York aus fortwährend in größerem Maßstabe betrieben, als sich die meisten wohl träumen lassen. Die Thatsache ist konstatirt und dennoch sind die Beamten der Vereinigten Staaten nur selten im Stande, einzuschreiten. Denn gewöhnlich ändert der Sklavenhändler, wenn er nur erst auf offner See ist, seinen Cours, wechselt Cargo und Papiere und ist nicht mehr zur Haft zu bringen. Die Behörde selbst weiß, daß im Laufe des verflossenen Jahres mindestens 15, in den letzten drei Wochen allein drei Sklavenschiffe aus New York ausgelaufen sind. Die Behörde weiß, daß vor einigen Wochen ein Fahrzeug um 1500 D. gekauft, in einen Schooner umgetackelt wurde und unter dem Kommando eines Kapitäns auslief, der erst vor Kurzem in Philadelphia überführt worden war, sich am Sklavenhandel betheiligt zu haben. Und doch fehlten die Beweise, um das Auslaufen verhindern zu können. Von den Amerikanern selbst betheiligen sich nur Wenige an diesem schändlichen Handel, desto mehr Ausländer und unter diesen zumeist Portugiesen, die das Geschäft so geschickt zu betreiben wissen, daß im vergangenen Jahr nur ein einziger Fall vorgekommen ist, daß ein Sklavenschiff als solches verurtheilt werden konnte. Es ist nicht lange her, daß der britische Generalkonsul in Cuba, Mr. Crawford, die Aufmerksamkeit des englischen Gesandten, Mr. Crampton, auf die notorische Ausrüstung von Sklavenschiffen in New-York, New-Orleans und andern Häfen der Union lenkte, aber Alles das hat nichts gefruchtet. Die Fahrzeuge sind gewöhnlich von mittlerer Größe, kosten nicht mehr als 5000 Dollars oder höchstens 7000 Dollars und sind dazu bestimmt, zerstört zu werden, wenn sie eine Reise nach Afrika und zurück glücklich zurückgelegt haben. Der große Profit läßt diesen Verlust verschmerzen. In Afrika bekömmt man nämlich Neger für 10 bis 40 Dollars per Stück, die in Amerika mit 300 bis 800 Doll. bezahlt werden, so daß eine Ladung von 500 Schwarzen dem Händler nach Bestreitung aller Auslagen noch immer einen Gewinn von 170 bis 180,000 Doll. bringt. Um so großen Profits wegen wagen die Händler gern ihr Geld, zumal da sie mit allen Schlichen, dem Gesetze eine Nase zu drehen, wohl vertraut sind. So führen sie in neuerer Zeit, um nur ein Beispiel ihrer Verschmitztheit zu geben, keine eisernen Handschellen für die heimzubringenden Sklaven mit sich, was sonst jeder Sklavenhändler gethan hatte, und wodurch das Sklavenschiff sich den untersuchenden Beamten als solches zu erkennen gab, sondern sie haben andere unverfänglich aussehende Apparate und laden unter Anderm gewöhnlich eine große Anzahl kleiner Eisennägel mit aufwärts gebogenen Spitzen, die den Zweck haben, bei einer etwaigen Empörung der Schwarzen massenweise auf's Deck ausgestreut zu werden, so daß die barfüßigen Neger sich die Sohlen zerfleischen und ihren Herren nicht recht zu Leibe kommen können. Gegen diese und ähnliche teuflische Kniffe vermag das Gesetz in New-York, wo übrigens die Advokaten sich für Geld zu Allem hergeben, so viel wie nichts. In seltenen Fällen kommt es zum Prozeß, in den allerseltensten zu einer Verurtheilung.“

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 25. Juli bis 2. August.)

Der Ultimo ist gut ausgefallen, besser sogar als man nach der Physiognomie, welche die Börse am Dinstag oder Mittwoch trug, erwarten konnte. War indessen die Abwicklung auch nicht schwierig, so mußte dagegen die Spekulation, namentlich die kleinere, sich zu ziemlich hohen Reports verstehen, und unter dieser Bedingung ist denn allerdings bei uns immer Geld vorräthig. — In österr. Fonds war das Geschäft wieder von geringer Bedeutung; nur in National ansehnliche Barkäufe, immer in gleicher Richtung. Holland und Deutschland sind die Käufer, Wien der Abgeber. Im Uebrigen ist von Spekulation wenig Rede. — Lebhafter war das Geschäft in spanischen Papieren. Diese haben sich wieder erholt. — Unter den hier eingebürgerten Kreditaktien erfreuen sich die Meininger neuerlich besonderer Gunst. — Der Umsatz in spanischen Kreditaktien von Rothschild und Pereire war sehr bedeutend, besonders in den letzteren, da bei den Rothschild'schen fortwährend der Uebelstand besteht, daß größere Abschnitte nicht lieferbar und kleinere nicht zu beschaffen sind. Hoffentlich wird dem bald geholfen. In österr. Kreditaktien haben die frühern großen Schwankungen einem gewissermaßen stabilen Kurse Platz gemacht, der aber gerade für ihre Tüchtigkeit Zeugniß ablegt. Die Aussichten für die Dividende sind günstig. Das Papier hat sich auch nach Ablösung des Anrechts auf Westbahn-Aktien fast unverändert behauptet. — Frankfurter Bank ohne Leben mit Briefkurs von 119¼. — Darmstädter Bankaktion, für welche das Stichwort wieder von Berlin ausging, haben neue Faveur gewonnen. Bekanntlich hat sich die Darmstädter Bank sehr ansehnlich (bis 6 Mill.) bei der Theißbahn betheiligt. Wir hören, daß die bereits realisirten Beträge das bezahlte Agio ganz decken, so daß für den Verkauf des Restes unverkürztes Benefice zu Gute kommt. — Von Eisenbahnen haben Bexbacher sich zu Anfang der Woche besser gestellt, sind am Schluß aber wieder gewichen. Neben der vorübergehenden Störung in der Grube Reden macht sich neuerdings eine immer weiter dringende Konkurrenz der Ruhrkohle gegen die Saarkohle bemerkbar, die nicht eher aufhören dürfte, als bis die königlich preußischen Werke einestheils ihre Produktion zu vermehren im Stande sind, anderntheils aber auch zur Ermäßigung der Preise sich bequemen. Die Gerüchte von Verschmelzung der Alzeyer mit der Bexbacher Bahn u. s. w. sind grundlos. Das Papier bleibt gut, und die Kontremine, die sich darin gebildet, dürfte ein gewagtes Spiel treiben. Die Besitzer werden bei der schönen Rentabilität nicht leicht losschlagen. In Taunusbahn-Aktien ist das längst erwartete Steigen eingetreten. Die Einnahmen geben Aussicht auf eine viel bessere Dividende. Anschlüsse aller Art stehen bevor und die Bahn wird bald aus den Reparaturkosten herauskommen. Nahebahn-Aktien hielten sich auf dem Kurs von 102 — 103, ohne daß das Erscheinen der Stücke sonderlichen Einfluß äußerten. Für bayerische Ostbahn zeigten sich gute Käufer. In österr. Westbahn war starker Umsatz zu festen Kursen. In Livornesern hat der Trieb sehr nachgelassen und sie erhalten sich mühsam auf 82¼. Seit der kleine Kapitalbesitz sich derselben mehr und mehr entledigt hat und sie in starken Beträgen in wenige Hände übergehen, mußte der Umsatz an Lebendigkeit verlieren. — Süddeutsche Fonds halten sich fortwährend. Der Geldstand bleibt ziemlich günstig. Wechsel im Allgemeinen gut zu lassen. Hamburg besonders in kurzer Sicht fehlte gestern, da sich viele Häuser zur Deckung der bevorstehenden Zeichnungen auf die dortigen Kreditanstalten damit versehen wollten. Alle Goldsorten sehr flau. (Aktionär.)

Frankfurt, 6. August. Mit Ausnahme von spanischen Fonds, die sich von ihrem gestrigen Rückgang erholten, waren beinahe sämmtliche Effekten bei sehr schwachem Umsatz etwas mehr angeboten. — Berliner Bankverein wurde zu 107¼ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83½ P. 83¼ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90¼ P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81⅛ G.; à 5pCt. in Silberb. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71⅞ P. 71⅝ G.; à 4pCt. 63½ P. 63 G.; à 3pCt. 48¾ P.

48¼ G.; à 4pCt. 16⅜ P. 16⅛G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87 P. 86½ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88½ G.; 4pCt. 94⅝P. 94⅛G.; 4pCt. Grundrente 95½ P. 95 G.; 4½pCt. 101¼ P. 101 G.; 5pCt. 101¼P.100¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅞P. 90⅜ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 92¼P. 91¾ G.; à 4pCt. 99¾P.99¼G.; 4½pC. 102⅜ P. 101⅞ G. **Nassau.** Obligationen a 3½pCt. 90 P. 89½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼P. —G.; à 3½pCt. 92¾P. 92¼G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39¾ G.; 1pCt. neue 24⅞ P. 24¾ G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1284P. 1279G. Neue Bankaktien 410 P. 406 G. Credit-Actien à 5pCt 237 P. 235 G. Darmstädter Bankaktien alte 419 P. 417 G.; junge 361½ P. 359½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 549 G. Mitteldeutsche Creditbank 109 P. 108¾G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118¾P. 118¼G. Frankf. Bankaktien 119⅞ P. 119⅝G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 282 P. 280 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 148 P. 147½G. Neustadt-Weissenb. 112¼ P. 111¾ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104¾ P. 104½ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 62½ P. 62 G. Taunus-Aktien — P. 343 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 84¾ P. 84¼ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118 P. 117½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 104¼ P. 103½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G. Badische fl. 35 Loose von 1815 48⅞P. 48⅝G. Darmst. Loose à fl. 50 115¾ P. 115¼ G. à fl. 25 34 P. 33¾ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅞ P. 39⅜ G. Nass. Loose à fl. 25 32⅞P. 32⅜G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 43½G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. 87¾ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. — — P. 100⅛G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118¾P. 118½G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G	Mail. i.S.Lr.250k.S. 100⅞P — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S 93¾P. 93½G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝P. 93⅜G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 96¼P. 96G.	Wienfl. 100C. k S. 116⅝P. 116⅜G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅜P 89⅛G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅛P. 116¼G
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 5. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅝; 5pCt. Metall. 83 1/16; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121⅞; von 1854 106⅞; Bankaktien 1096; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 382½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 588; österr. Staatsbahnaktien 328; Nordbahnaktien — —. **Wechselkurse:** Augsburg uso 102⅞. London 10. 3. B **Geldkurs:** Dukaten —.

Liverpool, 4. August. Der Markt war heute lebhafter und wurden 10,000 Ballen Baumwolle zu festen Preisen umgesetzt. (T.D.d.H.N.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. August. Die Vorbereitungen zu den Hochzeitsfeierlichkeiten vom 20. Septbr. werden nun bald beginnen, und die nächsten Tage dürften einen Aufruf des zu diesem Zwecke zu bildenden Komite bringen. Während so ein großer Theil der Bevölkerung der Festlichkeiten und des Schaugepränges harret und schon an den umfangreichen Zurüstungen sich ergötzt, schlagen in andern Kreisen zahlreiche Herzen dem Tag der Vermählung mit erwartungsvoller Hoffnung entgegen, mit der Sehnsucht nach einer Amnestie. (H. N.)

Berlin, 3. August. Die Gesellschaft zur **Beförderung des Christenthums unter den Juden** hat an alle evangelischen Geistlichen einen Aufruf erlassen, dessen Wortlaut folgender ist: „Um Zions willen, so will ich nicht inne halten, bis daß ihre Gerechtigkeit aufgehe wie ein Glanz und ihr Heil entbrenne wie eine Fackel. Jesaia 62, 1. Nimmer schweigen, nimmer inne halten, verheißt der Herr! Der Ewige schläft nicht, der Ewige schlummert nicht. Sein Rathschluß muß durchgeführt werden. Weder die düstere Stille des Todes noch die wilde Erregtheit falscher Lebensentwickelung wirken abändernd auf denselben ein. Rastlos schreitet die Geschichte fort. Vorwärts, ist der auf allen Gebieten des geistigen Lebens zu vernehmende Ruf. Mächtig ertönt er zumal heute in der Kirche. „Wache auf, der Du schläfst", schallt es wie in den Tagen der Reformation den Gemeinden entgegen. Und überraschend: Dieser Ruf findet ein Echo in dem jüdischen Volke. Mächtig bewegt es sich; zu einem Centrum sich zu vereinen, ist es bemüht in Deutschland (?), arbeitet es in Amerika. Literarische, soziale Vereinigung neben merkantilischer tritt an die Spitze der Frage; und nicht ohne Erfolg sind die Bemühungen. Der Reformer wie der Altgläubige lernt sich tiefer fühlen als Jude; immer noch verachtet, immer noch zurückgesetzt, ist er von Neuem bemüht, bereichert mit den Schätzen christlicher Wissenschaft und Ausbildung, aus seinem angestammten Wesen heraus nicht bloß eine entsprechendere Weltanschauung, sondern eine entsprechende Weltgestaltung herauszuschaffen. Keine Epoche der Geschichte eines Volkes ist günstiger für Einflüsse von außen als derartige neue Lebensregungen. Darum, christliche Brüder, lassen sie uns das Werk der Mission unter Israel nicht fallen lassen, greifen wir es in brünstigem Gebet nachdrücklicher an. „Wer beharret bis ans Ende wird selig" gilt fürs ewige Leben, — der Gedanke dieses Ausspruchs für jedes Werk. Erlauben Sie uns die Bitte nicht bloß um Gaben, um Gebete, um Missionsstunden für Israel, sondern die Bitte um Unterricht der Gemeinden in den streitigen Punkten, in den Beweisen für das Christenthum aus dem alten Testament, in der Geschichte dieses Volkes, in seiner einzig dastehenden Weltstellung." (H. N.)

Gegenüber der kürzlich von uns der „Fr. Pstz." entlehnten Nachricht in Betreff der Erweiterung der Festung Rastatt zu einem verschanzten Lager berichtet nun das „Fr. J.", daß dem erwähnten Beschluß gerade eine entgegengesetzte Tendenz zum Grunde liege, indem von einem verschanzten Lager in demselben nicht nur nicht die Rede sey, sondern sogar ausdrücklich ausgesprochen werde, daß der Bau der Festung mit der am 3. August 1854 bewilligten Summe zum Abschluß zu bringen sey.

Rom, 29. Juli. Die päpstliche Regierung hat die Getraideausfuhr aus den Häfen des adriatischen und mittelländischen Meeres bis auf weitere Anordnung **verboten**. (O. C.)

Von der **italienischen Gränze**, 2. August. Um die Bewaffnung Alessandrias möglichst bald zu Stande bringen zu können, wurde eine Nationalsubskription eröffnet. Es handelt sich darum, 100 Kanonen für diesen Platz zu kaufen. (Fr. Postztg.)

Wien, 5. August. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die polnische Legion ist aufgelöst worden. In den Provinzen herrscht Ruhe. (T.D.d.K.Z.)

Das „Journal de Const." enthält folgende Mittheilungen über die **Pazifikation Arabiens**: „Der ehemalige Sheriff von Mekka, Montalib, war bekanntlich wegen sehr tadelnswerther Handlungen abgesetzt worden. Seinen Posten erhielt Ben-Aoun, der bereits vor drei Monaten von Konstantinopel behufs der Uebernahme desselben abgegangen war. Sobald der ehemalige Sheriff von seiner Absetzung Kenntniß erhielt, stellte er sich an die Spitze von 40,000 Mann, welche er durch falsche Berichte und Versprechungen irre führte und zog gegen Mekka, wo er jedoch Seitens der regulären Truppen und der Bevölkerung auf unüberwindlichen Widerstand stieß. Er mußte sich nach dem Taif zurückziehen, wo ihm die Stämme ergeben waren; dort traf er Vorbereitungen, um sich gegen den neuen Sherif zu vertheidigen, der ihn seiner Pflicht gemäß angreifen und zur Ehrfurcht vor den Landesgesetzen zwingen mußte. Der Aufrührer verbreitete das Gerücht, sein Nachfolger sey auf der Reise gestorben. Die Zahl und Hartnäckigkeit seiner Anhänger wurde hierdurch noch mehr gesteigert. Der neue Sheriff kam im Mai nach Djedda, setzte sodann die Reise nach Mekka fort und wurde daselbst auf's freudigste empfangen, wo er in früherer Zeit bereits dem Sheriffamte vorgestanden und großen Einfluß geübt hatte. Er ließ einen allgemeinen Aufruf ergehen und alle Nachbarstämme schaarten sich sofort unter den Fahnen des Sultans. Am 20. Mai stellte er sich an die Spitze der tapferen und treuen Bevölkerung und zog gegen den Taif, wo er Montalib in einer sehr blutigen Schlacht aufs Haupt schlug. Der Rebellenführer ergriff die Flucht und verschanzte sich in der Festung Taif. In den ersten Tagen des Juni rückte Lora Aoun vor dieselbe und forderte zur Uebergabe auf. Diese wurde hartnäckig verweigert. Mittlerweile brach die Cholera unter den Rebellen aus. Am 14. Juni wurde die Festung gestürmt und erobert und der Rebellenführer gefangen genommen; die von ihm irregeleiteten unterwarfen sich sofort. So endete dieser Aufstand, der bereits ein drohendes Aussehen gewonnen, den aber der Muth und die Treue der Truppen und der Bevölkerung bald zu Nichte gemacht hatte. Montalib wird nach Konstantinopel transportirt und wahrscheinlich nach Salonichi exilirt werden."

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 219.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 8. August 1856.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 6 August. (Priv.-Korresp.) Se. Maj. der König von Griechenland wird sich nach beendeter Badekur in die zweite Hälfte dieses Monats zu dem königlichen Vater nach der Ludwigshöhe in der Pfalz begeben und dann wahrscheinlich mit König Ludwig bis 1. September hierher kommen. In der zweiten Hälfte des Septembers, nach der Ankunft Sr. kgl. Hoh. des Prinzen Adalbert und seiner hohen Neuvermählten aus Spanien, werden hier mehrere größere Hoffeste stattfinden. Der Herr Generalpostdirektor, Frhr. v. Dörnberg aus Frankfurt, der Vertreter des Fürsten Taxis im Verwaltungsrathe der bayerischen Ostbahnen, verweilt seit einigen Tagen abermals in unserer Stadt. Vom königlichen Handelsministerium sind auch für die diesmalige Aernte umfassende Erhebungen des Ertrages angeordnet worden, so daß wir auch dieses Jahr wieder eine umfassende Aerntestatistik erhalten werden.

Preußen. Berlin, 5. August. Wie man hört, hat die Staatsanwaltschaft die kürzlich wegen Beleidigung der russ. Regierung erfolgte polizeiliche Beschlagnahme der „Voss. Ztg" für nicht gerechfertigt erachtet. Es soll jedoch vonSeiten der Behörde der Rekurs an die Oberstaatsanwaltschaft eingelegt seyn. (Deutschl.)

Berlin, 6. August. Man meldet der „Düsseld. Ztg." aus Magdeburg vom 3. August: „Bekanntlich sind von vielen Seiten Anträge auf Aufhebung der Zinswucher-Gesetze gestellt worden. Wie wir zuverläßig berichten können, hat der Herr Handelsminister jetzt alle Handelskammern zum Gutachten über diesen Gegenstand aufgefordert und die Punkte angedeutet, welche hauptsächlich dabei in Betracht kommen." (Nat.-Ztg.)

Württemberg. Stuttgart, 6. August. Se. königl. Hoh. der Prinz Friedrich wird den württembergischen Hof bei der Krönung in Moskau repräsentiren. (Heilb. Tagbl.)

Oesterreich. Wien, 4. Aug. Die ordentlichen Staatseinnahmen Oesterreichs der ersten Hälfte dieses Jahres weisen gegen die gleiche Epoche des vorigen Jahres ein Mehr von nahe an 6 Millionen aus. (Ostd. Pst.)

Wien, 4. August. Eben ist die Schlußverhandlung des von M. G. Saphir gegen die Schriftsteller Rudolph Baldeck und L. J. Semlitsch, sowie gegen die Redakteure der „Presse", Hrn. Aug. Zang, und der „Donau", Hrn. Ernst v. Schwarzer, wegen Vergehens der Ehrenbeleidigung durch die bekannten Artikel in der „Ostd. Post", in der „Presse" und in der „Donau", worin Saphirs literarisches Treiben mit scharfen Worten gegeißelt wurde, beendet. Das Urtheil des Landgerichts lautet bei sämmtlichen auf schuldig, und wurde Baldeck zu 4 Wochen, Semlitsch zu 6 Wochen, Zang und Schwarzer jeder zu dreiwöchentlichem Gefängniß verurtheilt, die beiden letztern nebstdem noch zu 100 fl. Kautionsverlust. Sämmtliche Verurtheilte werden die Berufung anmelden. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 5. August. Der Pariser Korrespondent der „Times" meldet, daß von Seiten Oesterreichs eine neue Note an Neapel gerichtet worden sey. (Nat.-Z.)

London, 2. August. General Williams von Kars empfing gestern in der Guildhall das Ehrenbürgerrecht der City und einen prachtvollen Ehrensäbel. Aus seiner Rede, in welcher er für die ihm zu Theil gewordene Auszeichnung dankte, erwähnen wir hier den Schluß:

„Ob ich dieses Schwert je im Kriege gebrauchen werde, können wir nicht wissen. Die Völker Europas ruhen nach dem Schlusse des blutigen Krieges, aber sie entwaffnen nicht. Im Gegentheil sie sind in der Verfassung, sich einander binnen Wochenfrist im Todeskampfe entgegen zu stellen. Dieser Zustand kann von dem englischen Volke nicht mit Gleichgültigkeit angesehen werden. Es wird, ich bin dessen gewiß, auf der Erhaltung seiner gegenwärtigen Wehrverfassung bestehen, um eine Wiederholung jener furchtbaren Verluste und gewaltigen Enttäuschungen zu vermeiden, die wir in Folge des Verfalles unserer militärischen Anstalten und der Unterdrückung des militärischen Geistes vor Beginn des letzten Krieges zu beklagen hatten. (Ungeheurer Beifall.) Da ich kein Amt bei der Regierung bekleide, und weder unter dieser noch unter einer späteren eines anzunehmen denke, werde ich mir die Freiheit bewahren, meine Ansichten über die Größe unserer Rüstungen sowohl wie über die militärische Ausbildung unserer Offiziere im Parlamente auseinander zu setzen. Ich werde dies mit der vollen Ueberzeugung thun, daß das Land jene billige Ausgabe zur Bildung eines bleibenden Stabes gutheißen wird, der dazu bestimmt ist, die Angelegenheiten des Heeres in Friedenszeiten zu verwalten und in Kriegszeiten den Generalen eine rasche und wissenschaftliche Ausführung ihrer Pläne und Gedanken zu sichern. (Beifall.) Wir besitzen die tapfersten Soldaten der Welt, und die ritterlichste Gesellschaft von Offizieren, sie zu führen, aber es fehlen uns militärische Werke ersten Ranges, es fehlt an militärischen Erziehungsanstalten zur Heranbildung von Stabsoffizieren, ohne welche wir immer den Wechselfällen kriegerischer Ereignisse und großer Beschämung ausgesetzt seyn werden." (Anhaltender Beifall.)

Wir machten schon früher darauf aufmerksam, daß General Williams, der einzige von den englischen Generalen, der sich die ungetheilte Achtung des Landes erworben hat, dieses Thema anschlägt, so oft sich ihm nur eine Gelegenheit dazu bietet, und wir dürfen wohl hinzufügen, daß die herrschenden Parteien im Lande — Whigs sowohl wie Tories — seine Ansicht theilen, und seine Anträge unterstützen werden, die er bald zu Anfang der nächsten Parlamentssession behufs mancherlei Neuerungen im Heerwesen einbringen wird. (N. Z.)

Frankreich.

° Man schreibt aus Marseille: „Samstag begab sich Marschall Pelissier in Begleitung mehrerer Autoritäten und einiger Damen nach Roquefaveur, um die Wasserleitung zu besichtigen. Die Eisenbahn-Gesellschaft hatte einen besondern Train zu seiner Verfügung gestellt. Abends besuchte der Marschall das Theater, wo er vom Publikum mit enthusiastischem Beifall empfangen wurde. Nach Aufführung des Stücks „Brelande Troupiers", sprach die Schauspielerin Daulien eine Ode zu Ehren des Marschalls, wobei sie seine Büste mit einem Goldkranze schmückte, während die Damen vom Chor Lorbeerkränze an deren Fuß niederlegten. Sonntag Morgens besuchte der Marschall den zoologischen Garten und Abends fand das große Bankett im Freien statt. Die Tische der Soldaten und Seeleute waren in den Alleen Meilhan und Capucines und mit Masten und Trophäen aus russischen Waffen und Geschossen reich geschmückt. Der Eroberer Sebastopols nahm um 6 Uhr unter dem abgesondert stehenden prächtigen Zelte Platz; zu seiner Linken saß der Maire, der Bischof zu seiner Rechten. Der Zutritt zum Zelte war Jedermann verboten. Eine ungeheure Menschenmenge drängte sich trotz eines leichten Regens von allen Seiten herbei, wo man das schöne Schauspiel besehen konnte."

* Die aktive Pariser-Armee unter Marschall Magnan hat die frühere Benennung „Pariser-Armee", die sie während des orientalischen Kriegs gegen jene als „Ost-Armee" aufgegeben hatte, wieder angenommen.

Spanien

† Der französische „Moniteur" läßt sich aus Madrid, 31. Juli schreiben: „Um die in Spanien stattgehabten Ereignisse gehörig würdigen zu können, ist es wichtig, nicht zu vergessen, unter welchen Umständen der letzte Ministerwechsel vor sich ging und man kann den glücklichen Einfluß dieses Wechsels erst dann bemessen, wenn man sich an den anarchischen Zustand

erinnert, welchem die Halbinsel entging. — Was das Königthum betrifft, ging die Angelagenheit vollkommen den konstitutionellen Weg. Der Entschluß, durch welchen die Macht dem Marschall O'Donnell anvertraut wurde, ist in der gesetzlichen Ausübung der Kron-Prärogative gefaßt worden. — Nachdem das Ministerium in Folge innerer Zwistigkeiten seine Entlassung genommen hatte, hoffte Ihre Maj. zuerst, daß es möglich seyn werde, die beiden Marschälle in die neue Kombination mit aufzunehmen. Da aber Espartero Bedingungen stellte, welche O'Donnell nicht zulassen konnte, so glaubte der Graf von Lucena, bevor er die Mission zur Bildung eines neuen Kabinets annahm, die Königin aufmerksam machen zu sollen, welchen großen politischen Einfluß der Herzog de la Vitoria habe, und rieth Ihrer Maj., diesen damit beauftragen zu wollen. — Der Graf von Lucena wendete sich selbst an seinen Kollegen und bemühte sich aufrichtig ihn zu veranlassen, das Präsidium zu behalten, indem er ihm die wahrscheinlich ernsten Folgen seines Abtretens schilderte. Die Königin faßte daher erst einen Beschluß, nachdem sie es vergebens versucht hatte, den Herzog im Rathe zu behalten, und es ist erwiesen, daß Marschall O'Donnell, weit entfernt, seinen Nebenbuhler verdrängen zu wollen, nichts vernachläßigte, seine Mithülfe zu erhalten. Espartero schlug es aus, und erst nachdem sich die Königin über seinen deßfallsigen Beschluß versichert hatte, bildete sie, kraft der ihr zustehenden konstitutionellen Rechte, ein neues Ministerium, um Denjenigen zu ersetzen, der sie inmitten der ernstesten Schwierigkeiten verließ. — Die Berichte einiger auswärtigen Journale, nach welchen dieser ganz ordnungsmäßig vor sich gegangene Wechsel ein Staatsstreich war, sind sonach auf eine durchaus irrige Würdigung der Details der Krise gegründet. — Allerdings mußte Marschall O'Donnell zur bewaffneten Gewalt greifen, um der königlichen Entschließung Achtung zu verschaffen; aber sein Betragen in diesen Umständen war keine Verletzung der Landes-Gesetze. Er that nichts, als eine Insurrektion unterdrücken lassen, welche nicht einmal durch irgend eine Maßnahme, durch kein Wort des neuen Ministerium erklärt werden konnte. — In der That wurde dieses Ministerium, ehe es einen Akt vollführen konnte, durch ein Mißtrauens-Votum der Cortes-Minorität und die Flintenschüsse der Nationalmiliz im Verein mit den Vorstadts-Aufrührern empfangen. — Statt anzugreifen, wurde er angegriffen, und wenn dieser durchaus nicht hervorgerufene Streit es in die Lage versetzte, der auflösenden, revolutionären Politik siegreich eine konservative Politik substituiren zu können, so hatte er diese Stellung doch nur durch legitime Vertheidigung errungen. — Jene, welche wirklich die konstitutionelle Bahn verließen, sind Diejenigen, welche, den Beschluß der Königin mißachtend, es versuchten, das gesetzmäßig errichtete Ministerium, dessen Programm sie noch gar nicht kannten, durch Revolte umzustoßen. So — wir sind dessen sicher — wird die Geschichte das Betragen der beiden Parteien beurtheilen, die sich in den Straßen Madrids und Barcellonas einander gegenüber standen. — Uebrigens ist es unbestreitbar ein Glück für die Halbinsel, daß die exaltirte Fraktion der Progressisten-Partei ihren eigenen Untergang selbst herbeiführte und diesen Anlaß bot, um mit diesem System der Desorganisation und Anarchie zu enden. Es ist in der That unmöglich die Schwere der Lage zu verkennen, welche die der Demagogie gewährte Toleranz in Madrid und mehr noch in der Provinz schuf. Unter dem Schutze der Ohnmacht der Verwaltung wurden seit zwei Jahren aufrührerische Lehren unbehindert unter das fleißige Landvolk und in den Städten ausgestreut. Schon im vorigen Jahr machten sich deren Früchte zu Barcellona und an anderen Orten bemerkbar. Was aber damals nur als ein vorübergehendes, lokales Resultat der Aufregung, veranlaßt durch die Wiedergelangung der Progressisten-Partei zur Macht, angesehen wurde, wurde bald eine fortdauernde, allgemeine Sache. — Abgesehen von den Vorfällen, welche stets von dem Bestehen eines Sozialisten-Herdes in Catalonien zeugten, sahen wir, noch vor Kurzem, gleichartige Fälle sich in größerem Maßstabe zu Valladolid, wie auch in Palencia und Rioseco sich wiederholen. Die Bedrohung und Verletzung des Eigenthums, die Zerstörung zahlreicher Fabriken und Mehl-Magazine, die in den industriellsten Provinzen der Monarchie ausgestoßenen Todesrufe gegen die Reichen sind eben so viele charakteristische Beweise nicht nur von den Fortschritten des Sozialismus während der letzten 6 Monate, sondern von einer mehr und mehr starken Organisation der diese Bewegungen leitenden Junten. Es ist sicher, daß, wenn diese Bewegungen von den Militärbehörden überall unterdrückt wurden, der schlechte Geist der Zivilverwaltungen für sie eher ermuthigend als behindernd war. Selbst dort, wo diese Administration geneigt gewesen wäre, das Eigenthum und die öffentliche Ruhe energisch zu schützen, selbst da war sie durch die in den Cortes herrschenden falschen Ansichten und durch die weichen unsichern Anordnungen, welche ihr von Madrid aus zugingen, paralisirt. So waren die Individuen, welche zu Valladolid am meisten plünderten und mordeten, freigelassene Sträflinge, die durch die Schuld der Polizei dort waren. Deßhalb hat es uns auch nicht gewundert, daß die Madrider Insurgenten die Gefängnisse öffneten, um Verstärkung zu erhalten. Das Ergreifen dieses sonderbaren Hülfsmittels, um eine Konstitution zu vertheidigen, die nicht verletzt worden war und einen „Staatsstreich" abzuweisen, der nie statt hatte, beweist zur Genüge, welchen Inspirationen die Insurrektion gehorchte, welches ihr wirklicher Zweck war und wie sehr sie nicht nur die königliche Gewalt, sondern die ganze soziale Ordnung bedrohte, wenn sie gesiegt hätte. Die Thatsachen sprechen also lauter als alle Deklamationen der besiegten Partei und ihrer auswärtigen Bewunderer. Aber das geht aus der einfachsten Prüfung des Betragens dieser Partei vom Machtantritt Espartero's bis zu seinem Sturze hervor, daß der letzte Wechsel in der spanischen Verwaltung den zweifachen Charakter der unbestreitbarsten Loyalität und der dringendsten Nothwendigkeit in sich vereint."

Madrid, 31. Juli. Die gewöhnliche Briefpost macht von der Lage der Hauptstadt nachstehende Schilderung: Wenig wahre Nachrichten; viel Lügen, die Unzufriedenen hoffen, man weiß nicht was. Die Regierung bleibt unbeweglich, man weiß nicht warum. — Die Regierung beschäftigt sich mit der Wiederbesetzung der disponibel gewordenen Gesandtschaftsposten, man soll Hrn. Olozaga die englische Gesandtschaft angeboten haben, und für Paris an den General Prim, Grafen v. Reus oder den Marschall Narvaez denken. (A. Z.)

† **Madrid**, 1. August. Die „Espana" berichtet aus Rioja, daß General Gurrea sich, nachdem es ihm nicht gelungen war, die Massen in Haro und Logrono für sich zu gewinnen, nach dem Bade Azola ging. — Die Lebensmittelfrage ist eine der ernstesten des Augenblicks. Seit einigen Tagen schießt die Stadt Madrid, um das Steigen der Brodpreise um ¼ Real zu vermeiden, täglich 20,000 bis 30,000 Realen zu. Dieser Zustand kann aber nicht lange dauern. In einigen Provinzstädten ist es noch weit ärger als in Madrid. Zu Vicalvaro gab es heute kein Brod, die Madrider Behörde schickte, als sie dies erfuhr, sogleich Morgens früh einen Kommissär dahin ab, der im Verein mit den Gutsbesitzern und Arbeitern die Subsistenz der Stadt, wo ein Kavallerie-Regiment in Garnison liegt, sichern konnte. — Das Ceremoniell für die Hochzeitsfeier der Infantin mit dem Prinzen von Bayern ist bereits festgestellt. — Die „Espana" berichtet, daß die Herausgeber der Journale „Estella" und „Regeneracion" in Freiheit gesetzt wurden. Jene der anderen Journale werden folgen. Einige sind seit 15 Monaten im Gefängniß. — Der französische Gesandte, Marquis v. Turgot, hat in Rücksicht auf die politischen Vorfälle Spaniens die beabsichtigte Bade-Reise aufgegeben.

Außerordentliche Gacetta vom 1. August. Offizieller Artikel: Se. Exzell. der Ministerpräsident und Kriegsminister hat vom Generalkapitän von Arragon folgende telegr. Depesche aus **Saragossa** vom Heutigen 1½ Uhr erhalten: „So eben zog ich in die Stadt ein, wo ich mit den üblichen Ehren empfangen wurde. Die Nationalmiliz liefert in diesem Augenblick ihre Waffen an die resp. Kommandanten ab, die sie dann im Ganzen abgeben. Die größte Ruhe herrscht in der Stadt, und wenn Ew. Exzellenz es für angemessen erachten, kann man den Belagerungstrain zurückschicken. Die Truppen, welche von Catalonien und Valencia gekommen waren, sind in ihren resp. Distrikte zurückgekehrt. Ich habe den Brigadier Burnuaga inter. zum 2. Kommandanten ernannt."

Italien.

Turin, 1. August. Die Beschlagnahme klerikaler und mazzinistischer Blätter, die Verhaftungen politischer Flüchtlinge und die Ausweisungen einiger dieser Leute sind noch fortwährend an der Tagesordnung. So sind der in Genua erscheinende „Cattolico," der hier herauskommende klerikale „Campanone" und die ultraradikale genuesische „Maga" konfiszirt worden. Seit der Sarzaner Bewegung ist (der „Italia e popolo" zufolge welche so eben von gleichem Loose betroffen worden) unsere Polizei sehr geschäftig; sie nimmt Hausdurchsuchungen über Hausdurchsuchungen vor, in Gasthöfen und Privatpensionen, ja selbst an Orten, die sich nicht nennen lassen. (A. Z.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 5. August. General **Murawieff**, Oberbefehlshaber und Statthalter im Kaukasus, ist auf seinen Wunsch entlassen, und wird Mitglied des Reichsraths. An seine Stelle tritt Generallieutenant Fürst **Baryatinsky**.

(T. D. d. A. Z.)

Es bestätigt sich, daß die russische Regierung ihren Repräsentanten im Auslande die Weisung gegeben, Erleichterungen im **Reiseverkehr nach Rußland** eintreten zu lassen. Als

gewiß wird ferner mitgetheilt, daß auf besondere Anordnung des Kaisers Alexander mehrere andere beschränkende Maßnahmen, welche noch vor den letzten politischen Verwicklungen getroffen worden waren und den Handelsverkehr mit Rußland vielfach hemmen, in Kurzem wieder zurückgenommen werden.

(Nürnb. Korresp.)

Australien.

Einer aus Adelaide uns zugegangenen Mittheilung zufolge wohnen in Süd-Australien gegenwärtig etwa 10,000 Deutsche neben 80,000 Engländern und Irländern. Von den Deutschen sind ungefähr zwei Drittheile ehemalige preußische Unterthanen. Mehr als 5000 derselben stammen allein aus Schlesien und der Lausitz. Das letzte Drittheil besteht vorzugsweise aus Hannoveranern, Mecklenburgern, Hamburgern und Bremern. Süddeutsche befinden sich darunter nur sehr wenige. Im Allgemeinen genießen die deutschen Kolonisten eines sehr guten Rufs. Sie zeichnen sich durch Moralität, Arbeitsamkeit und Wirthschaftlichkeit vor der großen Masse der britischen und namentlich der irischen Bevölkerung sehr vortheilhaft aus. In den letzten sieben Jahren enthielt der Kriminal-Kalender nur 3—4 schwere Verbrechen, die von Deutschen verübt wurden. Ebenso kam von den zur Beurtheilung des Strafgerichtshofes gelangten Verbrechen und Vergehen noch nicht der hundertste Theil auf die Deutschen, während dieselben den neunten Theil der Bevölkerung ausmachen. Auf der andern Seite befinden sich die deutschen Kolonisten im Durchschnitt in sehr geordneten ökonomischen Verhältnissen. Sie nehmen fast niemals die Hülfe der Regierung in Anspruch. Unter den 2000 Personen, die in Folge der schlechten Auswahl der auf Kosten der Kolonie aus England herbeigezogenen Einwanderer direkt oder indirekt aus öffentlichen Fonds Unterstützungen erhielten, befinden sich nicht mehr als 20 Deutsche, und zwar meistens Skorbutkranke, die erst eben in der Kolonie angekommen waren. In der deutschen Bevölkerung nehmen wieder die Schlesier sowohl durch ihre Zahl, als durch ihre Qualifikation zur Ansiedelung in Süd-Australien eine hervorragende Stelle ein. Die Schlesier konstituiren sich fast durchgängig sofort zu kirchlichen und bürgerlichen Gemeinden und nehmen in der Regel von Anfang an große Länderstrecken in Besitz. Bei ihrem landsmannschaftlichen Zusammenhalten leistet nicht bloß ein Nachbar dem andern in jedem Nothfall Hülfe; es werden auch durch die Begründung von Ortschaften und die Anlage von Verbindungswegen die Ländereien alsbald nicht wenig im Werthe gesteigert. Dabei sind die Schlesier im Ganzen genügsam und an Entbehrungen gewöhnt. Sie bedürfen für ihre Person meistens nicht den dritten Theil so viel als ein englischen Einwanderer. Ihre Nüchternheit und Sparsamkeit verschafft ihnen nicht selten einen persönlichen Kredit, welcher es möglich macht, auch bei nur geringer baarer Anzahlung ausgedehntere Landankäufe zu machen. Unter solchen Umständen haben die schlesischen Kolonisten in Süd-Australien schon sehr Bedeutendes geleistet. Die Ersten derselben kamen im Jahre 1838 an. Dieselben waren zum großen Theil das Passagegeld schuldig und mußten gleich neue Schulden machen, um das Inventar zur Bearbeitung des von ihnen gepachteten Landes zu beschaffen. Seitdem sind die Meisten Eigenthümer ihrer Ländereien geworden. Sie haben in der Kolonie den schönsten Viehstand, besonders an Pferden und Ochsen, und sind großentheils schon wohlhabend. Als ein Beweis ihres wachsenden Wohlstandes ist es anzusehen, daß sie im Jahre 1854 allein von der Regierung in öffentlichen Auktionen für etwa 45,000 Pfd. Sterl. Land kauften. Im Jahre 1855 langten in der Kolonie nicht weniger als 700 neue schlesische Einwanderer an, deren Passage ganz oder theilweise von ihren schon länger dort weilenden Landsleuten bezahlt war. Weniger günstig ist im Ganzen die Lage der hannover'schen Kolonisten. Die hannover'sche Berghauptmannschaft sendet schon seit dem Jahre 1849 harzer Bergleute zur Ansiedlung nach Südaustralien. Sie trägt für dieselben die Ueberfahrtskosten, welche kontraktlich von den Betheiligten nach drei Jahren zurückerstattet werden müssen. Auf diese Weise sind seit dem genannten Jahre mehr als 1100 Harzer nach Adelaide befördert worden. Dieselben wissen aber zum Theil nicht, sich durch Thätigkeit rasch emporzuschwingen und sind unzuverlässig und anspruchsvoll.

(Pr. C.)

Nichtpolitische Zeitung.

* Demnächst wird im Verlage von Meidinger Sohn und Comp. zu Frankfurt a. M.: „Aus Herders Nachlaß. Ungedruckte Briefe von Herder, Göthe, Schiller, Klopstock zc. herausgegeben von Pr. Dr. H. Düntzer und Ferd. G. v. Herder" erscheinen. Dasselbe zerfällt in 3 Bände von je 30 Bogen 8°. Der Preis dieser drei Bände ist 10 fl. 48 kr. Dieses Werk ist geeignet, eine in diesem Fach bestehende bedeutende Lücke auszufüllen. Herder's Sohn Herr Regierungsrath Dr. Emil Gottfried v. Herder in Erlangen hatte vor einem Jahrzehnt in „Johann Gottfried v. Herders Lebensbild", den chronologisch geordneten Briefwechsel Herders mit Benutzung aller gedruckten und ungedruckten Briefe und Belege herauszugeben unternommen. Aber das Werk gerieth gerade da ins Stocken, wo es am anziehendsten und lehrreichsten zu werden begann. Schwierige Zeiten kamen dazwischen und der Herausgeber selbst trat von dem Schauplatz ab, ehe er sein Werk vollenden konnte oder die werthvollen ungedruckten Briefe in anderer glücklicherer Form veröffentlichen konnte. Die Verlagshandlung hat nunmehr von dem Enkel des großen Mannes das Recht acquirirt, aus dem vorliegenden Nachlaß das Bedeutendste zu veröffentlichen, was zur Kenntniß der klassischen Periode von Wichtigkeit und Interesse ist. Von den vorhandenen Briefsammlungen haben einzelne nur einen sehr bedingten Werth, so daß sie nur als Quellen zu einer ausführlichen Lebensbeschreibung Herders zu benutzen seyn dürften, wie die Briefwechsel Herders mit Hartknoch, Gleim, Heyne, von Einsiedel, den beiden Dalbergs u. A., wogegen der andere Theil durch die geistige Bedeutung der Briefsteller und ihrer Beziehungen sowie durch vielfache Andeutungen über einzelne literarische Ereignisse und Erscheinungen von höchster Wichtigkeit sind. Die Eintheilung des Werkes wurde von den Herausgebern wie folgt festgestellt: I. Band: Die Briefe von Göthe, Schiller, Klopstock, Lenz, Jean Paul, Claudius. II. Band: Die Briefe von Lavater, Jakobi, Mendelssohn, Hamann, G. Forster, Zimmermann. III. Band: Der Briefwechsel zwischen Herder und seiner Braut (Karoline Flachsland). Die 3 Bände werden vor Ende August zur Ausgabe kommen. Format, Satz, Papier und Druck lassen nichts zu wünschen übrig.

Handels- und Börsen-Berichte.

Magdeburg, 1. August. Rübensyrup daseyend 2 Thlr. pr. Ztr. Im Zuckerhandel in den letzten Tagen still, in Rohzuckern fast kein Umgang; für raffinirte Zuckern dieselben Forderungen, die wir in voriger Woche meldeten, als: für Raffinaden 21½ a 22 Thlr. Melis 20¾ a 21 Thlr., gemahlenen Melis 20 a 20½ Thlr., Käufer scheinen aber nicht recht schlüssig diese Preise anzulegen.

Breslau, 1. August. Wir hatten im Verkehr mit raffin. Zuckern einiges Leben. Die vorgekommenen Umsätze von Brod-Zuckern wie Farins geschahen zu festen, mitunter zu höhern Preisen. Seit dem günstigen Ausfall der holländischen Auktion aber notiren fast sämmtliche Raffinerien ihre Fabrikate um 1½ a 2 Thlr. über unsere gegenwärtige Notiz. Befänden sich nicht noch ansehnliche Bestände in 2. und 3. Hand und die Konsumenten hätten vollständiger aufgeräumt, so dürften wahrscheinlich auch wir die neuen höhern Forderungen der auswärtigen Raffinerien erreichen können. Bis heute wurde bezahlt: Raffinade 22 a 22½ Thlr., Melis 21 a 21½ Thlr., weißer Farin 20½ Thlr., gelber 15 a 18½ Thlr.

Amsterdam, 1. August. Das Wetter war in dieser Woche warm und trocken, den Aernteaarbeiten in Gegenden, wo man damit beschäftigt ist, außerordentlich günstig. Ueber den Ertrag der Aernte lauten die Berichte noch verschieden und widersprechend; es ist noch zu früh, um ein einigermaßen bestimmtes Urtheil darüber abgeben zu können.

Getraide. Hier war die Tendenz in den letzten Tagen eine recht flaue, und das Geschäft ein höchst unbedeutendes. Für Preise von Waizen sowohl als Roggen ist durchgehends ein Rückgang von ca. 20 fl. anzunehmen, und beziehen sich die untenstehenden Notirungen auf kleine Posten an Konsumo, für größere Partieen fehlten Käufer, und hätte man solche nicht plaziren können, selbst wenn man sich in einen neuen erheblichen Nachlaß gefügt; es zeigen dies deutlich die jüngsten stattgehabten Auktionen, in denen verschiedene Partieen Waizen kein Gebot erlangten und zurückgezogen werden mußten. Auch für schwimmende Ladungen Archangel-Roggen, die man auf 250 fl. Kost, Fracht und Assekuranz hält, besteht wenig Frage. Gerste und Buchwaizen waren ohne Geschäft; auch mit Hülsenfrüchten und Kleesaat war es stille.

Frankfurt, 7. August. Die Börse war in etwas flauerer Stimmung. Darmstädter Bankaktien beider Serien, Bexbach und Neustadt-Weißenburger wurden billiger verhandelt, während für Rhein-Nahe Eisenbahnaktien höhere Kurse bewilligt wurden.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83½ P. 83¼ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90¼ P. 89¾ G. Metall. alte

à 5pCt. 81½ P. 81¼G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71⅞ P. 71⅝ G.; à 4pCt. 63½ P. 63 G.; à 3pCt. 48½ P. 48 G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88½ G.; 4pCt. 94⅝P. 94⅛G.; 4pCt. Grundrente 95½ P. 95 G.; 4½pCt. 101¼P. 100¾G.; 5pCt. 101¼P. 100¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅞P. 90⅜ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 92¼P. 91¾ G.; à 4pCt. 99¾P. 99¼G.; 4½pC. 102 P. 101½ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼P. —G.; à 3½pCt. 92¾P. 92¼G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39¾ P. 39½ G.; 1pCt. neue 24¾ P. 24⅝ G. **Holland.** Integrale 64 P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1282P. 1277G. Neue Bankaktien 410 P. 406 G. Credit-Actien à 5pCt. 236½P 234½G. Darmstädter Bankaktien alte 416 P. 414¼ G.; junge 360 P. 358 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 552 P. 517 G. Mitteldeutsche Creditbank 108⅞ P. 108⅝G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117½G. Frankf. Bankaktien 119⅞ P. 119⅝G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 281 P. 279 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 147 P. 146½G. Neustadt-Weissenb. 111 P. 110½G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104⅝ P. 104⅛ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 62½ P. 62 G. Taunus-Aktien — P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 84¾ P. 84¼ G. Florenz-Livorno E. B. A. 4pCt. 83 P. 82½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118½ P. 118G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 101⅜ P. 103⅞ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G. Badische fl. 35 Loose von 1815 49 P. 48¾G. Darmst. Loose à fl. 50 115¾ P. 115¼ G. à fl. 25 34½P. 33⅞G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅞ P. 39⅜ G. Nass. Loose à fl. 25 33 P. 32¾G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 43½G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. 87⅜ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. —— P. 100⅛G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118¾P. 118½G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i. S. Lr. 250k. S. 100⅞P —G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¾P. 93½G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝P. 93⅜G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S 96¼P. 96G.	Wien fl. 100 C. k.S. 116½P. 116¼G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅜P. 89⅛G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅜P. 116⅛G
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 6. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 1/16; 5pCt. Metall. 84; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121⅜; von 1854 106 9/16; Bankaktien ——; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 382½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 589; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2877½. **Wechselkurse:** Augsburg uso 102⅞. London 10. 2½. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 4. August. Dem Brüsseler „Nord" wird aus Kopenhagen vom 30. auf das bestimmteste mitgetheilt, daß eine Antwort des dänischen Kabinets an die Höfe von Wien und Berlin noch nicht abgegangen sey; vor Ende August, bis wohin man die Rückkehr des Konseilpräsidenten Bang erwartet, wird eine Antwort, nach der Versicherung des Korrespondenten, nicht abgesandt werden. — Ende d. M. erwartet man in Kopenhagen den Prinzen Napoleon.

Berlin. Nachstehende Mittheilung der „Feuerspr." gibt einem bereits seit mehreren Tagen verbreiteten Gerücht Ausdruck: „Eine durch Vehse's Prozeß in Berlin sehr bekannte Persönlichkeit, einem fremden Fürstenhause nahe verwandt, hat Berlin plötzlich verlassen und soll nach Petersburg gegangen seyn. Als nächste Ursache wird Wechselverbindlichkeiten angegeben, die momentan nicht getilgt werden konnten. In diesem Augenblick befindet sich jedoch schon ein Bevollmächtigter des Betreffenden hier in Berlin, um diese Angelegenheit im Wege des Akkords auszugleichen. Da die Wechsel mit etwas sehr hohen Prozentsätzen diskontirt wurden, so ist eine Einigung um so wahrscheinlicher, als im Weigerungsfalle möglicherweise die Angelegenheit nicht ganz glatt und nicht ohne Einschreiten des Staatsanwalts zu Ende geführt werden dürfte."

Bern, 4. August. Es ist nun bestimmte Thatsache, daß die Unterhandlungen zwischen der Regierung von Freiburg und dem Bischof gescheidert sind, und zwar an dem Widerstande des Letzteren, sich die gleichen Bestimmungen über das Verhältniß zwischen Staat und Kirche gefallen zu lassen, wie die Bischöfe von Basel, Chur, St. Gallen. Hr. Marilley glaubt, er könne das österreichische Konkordat durchsetzen. (Schw. M.)

London, 5. August. Den letzten Nachrichten aus New-York, vom 28. Juli zufolge befürworten „Herald" und „Tribune" die Kandidatur Fremonts. (T. D. d. H. N.)

London, 6. August. Die heutige „Morning Post" spricht die Ansicht aus, daß man Schiffe in der Umgebung von Cuba kreuzen lassen müsse, um den Sklavenhandel zu verhindern, da Spanien seiner Pflicht in dieser Hinsicht nicht nachkomme. Es werde dies vielleicht verletzend für jene Macht seyn, doch könne sie sich nicht darüber beklagen. (T. D. d. K. Z.)

Paris, 6. August. Wie der heutige „Moniteur" meldet, hat der Kaiser gestern Abends in Anbetracht seiner bevorstehenden Abreise die Gesellschaft von Plombières empfangen. Se. Maj. befindet sich in vollkommen guter Gesundheit. Der Prinz Jerome weilt gegenwärtig zu Meudon. Die Haltung der Börse ist ziemlich fest. (T. D. d. K. Z.)

Modena. Der „Messagere di Modena" vom 28. Juli gibt nun selbst einen Bericht über die auf modenesischem Gebiete vorgefallenen Unruhen, indem er sagt: „Eine Bande von 70 oder 80 Köpfen schlich sich, von Piemont kommend, um 2 Uhr vor Tagesanbruch an das Zollhaus von Parnignola, in dem sich ein Beamter mit sieben Finanzwächtern befand, löschte die Laterne aus, rief einen Wächter, wie Dienstes halber, heraus, fiel über ihn her, drang dann in's Innere ein und bemächtigte sich, da die übrigen Wächter schliefen, ohne den geringsten Widerstand der Waffen und des Kassengeldes. Bald darauf wurde der Finanzposten in Fontia von demselben oder einem andern Haufen überrascht, welcher in den nahen Häusern einen Offizier der Reservemiliz und einige derselben angehörende Personen entwaffnete. Verschiedene dieser Angreifenden trugen die Montur der Bürgerwehr von Sarzana. Bei diesen banditenmäßigen Ueberfällen hörte man aufrührerische Reden und die Anzeige, daß im Laufe des Tages eine Regierungsveränderung vorgehen werde. Kaum hatte das Kommando die Anzeige von dem Ueberfall erhalten, als die estensischen Truppen, von der Reservemiliz in lobenswerther Weise unterstützt, sich in drei Abtheilungen in Bewegung setzten, um die Ruhestörer zu ergreifen, die jedoch in solcher Eile gegen das piemontesische Gebiet, woher sie gekommen, flohen, daß man sie nicht erreichen konnte. Eine Truppenverstärkung wurde sogleich nach der bedrohten Richtung entsendet. Auf estensischem Gebiete war nicht die leiseste Bewegung oder irgend ein Einvernehmen mit den Banden bemerkbar."

Von den Gränzen der **Romagna** den 28. Juli. Die Aufregung der Gemüther steigt in der ganzen Halbinsel, hauptsächlich in Mittelitalien. Die österreichischen Truppen in Bologna, Ferrara, Modena halten sich stets bereit; drei Tage lang waren sie in ihren Kasernen konsignirt aus Anlaß der Unruhen von Sarzana. Die Behörden sind auch jetzt noch nicht beruhigt trotz der Botschaften, welche die Unterdrückung des Aufstandsversuchs verkündigen; sie scheinen Bewegungen auf anderen Punkten zu fürchten. Mehrere Bataillone und einige Batterien haben den Po passirt, um die Truppenabtheilungen in Modena und den römischen Staaten zu verstärken. Die Gesandten Frankreichs, Englands und Piemonts in Toskana bewegen sich unabläßig zwischen Florenz und Modena, um sich über die Truppenbewegungen zu unterrichten; diese setzen aber ihre Märsche fort, ohne sich im Geringsten um die Beobachtungen der Vertreter der fremden Mächte zu kümmern. (Schw. M.)

Liverpool, 2. August. Mit der „Magdalena" sind Berichte von dem Ausbruch einer heftigen Revolution in Costa Rica eingetroffen. Am 12. Juni sah man der Verhaftung und Exekution des Präsidenten Morro durch die Insurgenten entgegen. Die Revolution ist das Werk einer Partei, die sich der Invasion Nicaragua's durch die Armee des Präsidenten Morro widersetzte.

Dem 2000 Mann starken Heer des Staates Guatemala, welches zum Angriff gegen Walker ausgerückt war, ist von San Salvador der Durchmarsch durch das Gebiet dieses Staates verlegt. — Walker bereitete sich zum Angriff auf Costa Rica vor. Sein Hauptquartier befand sich in Virgin Bay. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 220. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 9. August 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 6. August. Heute sind die Nummern 21, 22, 23 und 24 des Gesetzblattes erschienen, worin die Gesetze a) den §. 19 der Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822, b) die Aufnahme eines Anlehens zur Deckung der Kosten für Herstellung einer Kreisirrenanstalt in Oberbayern, c) die exekutorischen Urkunden betr., sowie d) die gemischtgerichtlichen Untersuchungen betr., erlassen worden sind.

Baden. Heidelberg. Die Auflösung der Corpsverbindungen in Heidelberg, amtlich dargestellt von dem akademischen Direktorium und dem großherzoglichen Universitätsamte:

„Die Maßregel der Auflösung der Corps, welche der engere Senat unter der Autorität und mit Genehmigung großherzogl. Ministeriums des Innern ergriffen hat, ist, wie nicht anders zu erwarten stand, auf das verschiedenste ausgelegt worden. Wir sind der Ueberzeugung, daß eine genaue Kenntniß der jener Maßregel zu Grunde liegenden Thatsachen und Ansichten nur Eine Auslegung übrig läßt, die nämlich, daß die Auflösung der Corps unumgänglich nothwendig, und zwar, daß sie nothwendig aus polizeilichen wie aus sittlichen Gründen gewesen ist. Bei dem Interesse, welches der Gegenstand für jedes der verehrlichen Mitglieder unserer Universität hat, erlauben wir uns demselben eine Darstellung zu geben, welche in thatsächlicher Beziehung auf möglichst genauen amtlichen Erhebungen beruht, und deren nähere Erwägung, wie wir erwarten dürfen, nicht verfehlen wird, bei allen Mitgliedern unserer Universität dieselbe Ueberzeugung wie bei uns hervorzurufen, und sie mit den Absichten, welche die großherzogl. Regierung bei Billigung der von dem engern Senat gefaßten Beschlüsse geleitet haben, in freundliche Uebereinstimmung zu setzen. Bevor wir indeß zur Schilderung der Einzelnheiten übergehen, werden wir versuchen, den Standpunkt zu zeichnen, welchen die akademische Disziplinarbehörde und insbesondere das großherzogliche Universitätsamt bei Handhabung der Disziplin eingenommen hat. Es läßt sich nicht verkennen, daß auf den deutschen Hochschulen vielfach eine Richtung zum Vorschein kommt, nach welcher dem studentischen Leben vor dem studentischen Beruf der Vorrang gegeben wird. Das studentische Leben in seinem guten Sinn soll und darf nicht verkümmert werden; der Jüngling soll die ihm zum ersten Mal vergönnte Zeit der freien Selbstbestimmung auch dazu benützen, mit jugendlicher Frische und Munterkeit erlaubten geselligen Vergnügungen sich hinzugeben, und die ungekünstelte Heiterkeit, welche vorzugsweise die Frucht eines sittlich reinen Sinnes ist, soll ihn vor frühzeitigem Altern bewahren. Aber die akademische Freiheit hat auch ihre großen Gefahren, die dann unzweifelhaft eintreten, wenn der studentische Beruf über dem studentischen Leben in Vergessenheit zu gerathen droht. Der eigentliche Beruf des Studenten ist unstreitig der, den Stoff der wissenschaftlichen Ausbildung, der ihm auf unsern Universitäten in reichem Maß geboten wird, mit freier geistiger Selbstbestimmung in sich aufzunehmen, sich dann insbesondere auch sittlich heranzubilden, und auf diesem Wege zu einem Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft von hervorragender Nützlichkeit und Tüchtigkeit sich vorzubereiten. Wo dieser Gesichtspunkt von den Studenten außer Acht gelassen, wo die ganze Jugendkraft auf Pflege des studentischen Lebens verwandt, die Neigung für studentische Vergnügungen überwiegend, und beinahe die volle Universitätszeit vermeintlichen gesellschaftlichen Pflichten geopfert wird: da ist die Gefahr bereits drohend geworden, und in der Regel führt erst spät — wenn überhaupt — ein männlicher Entschluß oder das Gebot der Nothwendigkeit auf den Weg der Pflicht zurück. Eine ganz rüstige Natur mag auch aus solchem Getriebe später ungeschwächt hervorgehen, für mäßig geistige und sittliche Begabung dagegen bleibt gewöhnlich nichts mehr übrig, als eine kümmerliche Vorbereitung zu dem künftigen Beruf, und um so größere Charaktererschlaffung nach der vorübergegangenen künstlichen und ungesunden Ueberreizung. Und es gilt dies mit gleicher Schärfe von jenen, welche durch die Nothwendigkeit des Erwerbs einen bestimmten Beruf zu ergreifen gezwungen sind, wie von jenen, welche in der glücklichen Lage sind, ihre allgemeine sittliche und menschliche Bestimmung nach freier Wahl zu verfolgen. Die Rücksicht auf den Akademiker selbst, wie auf die Kreise, in welchen er künftig zu wirken hat, machen es demnach seiner Aufsichtsbehörde zur Pflicht, ihn nach Kräften seiner eigentlichen akademischen Aufgabe zuzuwenden, und zwar um so mehr, als jedes Abkommen von der ernsten Lebensarbeit noch zudem eine Kette von üblen Folgen nach sich zieht: denn Müßiggang und Verschwendung werden dadurch nothwendig in hohem Grade gefördert, und dem Ueberwuchern einer oberflächlichen und selbst frivolen Lebensauffassung freier Spielraum gegeben. Die akademische Behörde erfüllt aber durch ernste Handhabung der Disziplin auch eine Pflicht gegen die Universität selbst. Die schlaffe Nachsicht gegen übermäßige Pflege von Vergnügungen müßte unter den Akademikern, namentlich unter denen, welche hinreichender Besitz der Sorge für die Zukunft überhebt, und auch in weiten Kreisen die Ansicht erzeugen, als wäre die Universitätszeit vorzugsweise und ausschließlich zum sinnlichen Lebensgenuß bestimmt. Die Universität darf aber keinen ihrer Zöglinge in dem Licht einer bloßen Vergnügungsanstalt erscheinen, es verträgt sich dies nicht mit dem ehrwürdigen Charakter der deutschen Hochschulen, deren reines Wirken für die Wissenschaft eine gebildete Nation geschaffen und den Ruhm des deutschen Namens in alle Lande verbreitet hat. So [illegible] es schon in den allgemeinen Universitäts-Verhältnissen begründet, daß einer Richtung, welche dem eigentlichen akademischen Berufszweck hindernd in den Weg tritt, von Seite der akademischen Behörde ein Damm gesetzt werden mußte. Wenn dies nur zögernd, nach langer und reiflicher Erwägung, und gleichsam unter dem Drang der Nothwendigkeit geschah, so hat uns dabei noch eine besondere Rücksicht geleitet. Wir wollten zuerst versuchen, ob, was Pflicht und Ehre der Universität und der wohlverstandene Vortheil der Akademiker und ihrer Angehörigen erfordert, nicht durch Anknüpfung an die bestehenden Zustände zu erreichen seyn sollte. Wir wollten der hergebrachten Form der akademischen Freiheit so wenig als möglich nahe treten, und nur durch die Umstände gezwungen, haben wir uns endlich zur Herbeiführung ernsterer Maßregeln im Dienste unserer Pflicht bewogen gesehen. Seit längerer Zeit konnte man nämlich auf hiesiger Universität wahrnehmen, daß von Mitgliedern der dahier nie anerkannten, sondern nur geduldeten Corps-Verbindungen der eigentliche Beruf des Studenten zu wissenschaftlicher und sittlicher Ausbildung vernachlässigt wurde, indem die Pflege des Duells und geselliger Vergnügungen den größten Theil der Zeit raubte, welche der Pflege des Geistes hätte vorbehalten seyn sollen. Dabei war die Einfachheit des geselligen Tons, in welcher früher der Student sich bewegt hatte, allmählich verloren gegangen; die Ausgaben überstiegen sehr häufig die dem Einzelnen zu Gebote stehenden Mittel, und gerade bei Corpsmitgliedern war das Einschreiten der akademischen Behörde zur Ordnung der gestörten ökonomischen Verhältnisse vielfach geboten. Es wäre zu weitläufig, die Klagen der Eltern alle anzuführen, welche in dieser Beziehung alle erhoben wurden. Es genügt hier die Mittheilung der Thatsache, daß sehr häufig der direkte und indirekte Vorwurf hörbar wurde, als wenn das ökonomische Verhalten der Studirenden nicht mit dem gehörigen Nachdruck beaufsichtigt werde. Dabei wurde zu verstehen gegeben, daß der große Ton, welcher in Heidelberg herrsche, viele Eltern abhalten müsse, ihre Söhne hierher zu senden. Außerdem unterlag auch die übrige Haltung der Corpsstudenten gegründetem Tadel; denn die disziplinären Exzesse fielen wohl zu neun Zehntheilen den Mitgliedern von Corpsverbindungen zur Last, obwohl diese kaum ein Fünftheil der gesammten Studentenschaft bildeten; namentlich wurden schwere Exzesse beinahe ausschließlich von Corpsstudenten begangen. Die Behörde hatte daher allen Anlaß, dem Treiben dieser Verbindungen die gemes-

senste Aufmerksamkeit zu widmen. Aus schonender Rücksicht für langhergebrachte, der Jugend lieb gewordene Verhältnisse schritt man zunächst nicht gegen die Verbindungen selbst ein, sondern begnügte sich durch strenge Handhabung der Disziplin und im Wege der Ermahnung auf Abstellung jener beklagenswerthen Mißbräuche hinzuwirken, bis die im Laufe dieses Semesters sich entwickelnden Zustände eingreifendere Maßregeln nöthig machten. Seit längerer Zeit schon befanden sich hier außerhalb der Corps stehende Studentengesellschaften, welche aber ohne alle Form des Vereins nur — wie z. B. die Schweizer — durch das Band der Landsmannschaft oder auch lediglich durch das Bedürfniß der Geselligkeit zusammengehalten wurden. Zu Anfang dieses Semesters verbreitete sich das Gerücht, es werde eine dieser Gesellschaften, welche den Standpunkt der Corps nicht einnehme, äußere Abzeichen annehmen. Nachdem man den Corps nachgesehen hatte, öffentlich mit Abzeichen zu erscheinen, so lag an und für sich kein Grund für die akademische Behörde vor, die gleiche Nachsicht nicht auch gegen die andern, vollkommen gleichberechtigten Studirenden eintreten zu lassen. In der Erwägung indeß, daß nach der einmal hergebrachten studentischen Anschauung dieses Bestehen gleichartiger Abzeichen mit verschiedenen Tendenzen eine Quelle von Ruhestörungen und Zwistigkeiten sey, hielt man es, um eine Ruhe widriger Auftritte abzuschneiden, für zweckmäßig, jener Gesellschaft die Annahme äußerer Abzeichen zu untersagen. So unbillig dies einerseits erscheinen mochte, so wollte man doch andererseits dem bisherigen thatsächlichen Besitz der Korps einige Rechnung tragen: auch hielt man dafür, daß vernünftige junge Männer nicht in der bloßen Aeußerlichkeit eines Abzeichens die Lebenskraft und die Aufgabe ihrer Verbindung erblicken würden. Jene Gesellschaft kam auch der Aufforderung der Behörde mit anerkennenswerthem Gehorsam nach, die äußern Abzeichen, welche übrigens nur im Lokale und nie auf der Straße erschienen waren, verschwanden sofort, und sind seither nicht mehr zum Vorschein gekommen. Die Corps warteten aber das Einschreiten der Behörde nicht ab, sie erblickten in jener Annahme von Abzeichen einen Eingriff in ihre vermeintlichen Rechte, zogen Nachts in Masse auf den Straßen umher, und insultirten mehrere nicht zu den Corps gehörige Akademiker in der grellsten Weise. So nannten sie ihre Kommilitonen Schweinbunde, Kaffern, Bummler, stießen, traten sie und schlugen sie mit Stöcken. Es ist nothwendig, dieses Begegnen genau zu zeichnen, da sich die Corps deßhalb, weil sie sich um jeder Kleinigkeit willen duelliren, für Hüter des Anstands und des guten Tons erklären. Die Gerechtigkeit erfordert es aber zu erklären, daß von Seite der übrigen Studenten keine Handlung zur amtlichen Kenntniß gekommen ist, die in gleicher Art den Anstand und den guten Ton verletzt hätte, wie Handlungen, die sich Corpsstudenten an den Abenden des 2., 3. und 4. Juni erlaubten. Mehrere Ermahnungen von Seite des großherz. Universitätsamtes an die Senioren zur Abstellung dieses Unfugs zeigten sich erfolglos, und da die Aufregung und Erbitterung unter der übrigen Studentenschaft über die wiederholt widerfahrene üble Behandlung wuchs, so sah sich der Senat am 5. Juni veranlaßt, eine Verordnung dahin zu erlassen, daß jede Zusammenrottung und jedes Verweilen auf der Straße nach der Polizeistunde die strengste Ahndung erfahren würde. Die Nothwendigkeit dieser Verordnung mag auch daraus sich ergeben, daß das großh. Oberamt dahier in einer Zuschrift an das akademische Direktorium vom 5. Juni sich dahin erklärt hatte, daß es bei längerer Fortdauer der nächtlichen Ruhestörungen selbständige Maßregeln zum Schutz der bedrohten Ordnung ergreifen müsse. Um seinem Erlasse desto größeren Nachdruck zu verleihen, hatte der engere Senat zugleich den derzeitigen Prorektor beauftragt, die Senioren der Corpsverbindungen unverzüglich vorzuladen, in Abwesenheit des Universitätsamtmanns den Senatserlaß persönlich zu eröffnen, und sie auf's ernsteste zur Ruhe und Ordnung aufzufordern, sowie von allen Beleidigungen gegen ihre den Corps nicht angehörigen Kommilitonen abzumahnen. Als einer der Senioren, bevor der Prorektor seinen Vortrag geendigt hatte, demselben in's Wort fiel, erklärte dieser ganz bestimmt, daß er vom Senate nicht beauftragt sey, mit den Corps zu unterhandeln, sondern ihnen den ernsten Willen der Behörde kund zu thun. Durch jene Verordnung des Senats wurde die Ruhe auf den Straßen auf kurze Zeit wieder hergestellt, jedoch keineswegs die Ruhe in den Gemüthern. Die Corps sahen sich in der bisherigen Ungebundenheit ihres Lebens beschränkt, sie kamen durch den strengen Vollzug jener Anordnungen in häufigere Berührung mit der Gendarmerie und der Polizeimannschaft, deren Einschreiten der Akademiker immer mit Abneigung betrachtete und hierdurch mancherlei Konflikte hervorrief. Im Unwillen über die Maßregel vergaßen sich die Corps so weit, daß sie in Gesammtheit eine Protestation und Verwahrung dagegen bei dem Senat einreichten und deren unverzügliche Aufhebung verlangten. — Beinahe gleichzeitig mit diesem ungebührlichen Auftreten gegen die akademische Behörde hatten sich die Corps nach einer andern Seite hin in corpore eine gesetzwidrige Handlung zu Schulden kommen lassen. Eine bürgerliche Gesellschaft dahier hatte zwei Corpsstudenten ausgeschlossen, weil sie sich in dem Balllokal Unschicklichkeiten gegen Mädchen erlaubt hatten. Der sog. Seniorkonvent, das Vollzugsorgan der Corps, verlangte Zurücknahme des Beschlusses, und als sich jene Gesellschaft nicht hiezu beiließ, wurde dieselbe durch den Seniorenkonvent in Verruf erklärt, eine Handlung, die nach den akademischen Gesetzen mindestens mit der Strafe der Wegweisung von der Universität zu belegen ist. Nach dem in beiden Handlungen zu Tag getretenen Trotz und Uebermuth hatte die Behörde schon jetzt zu erwägen, ob es nicht Zeit sey, diesem Verbindungswesen ein Ende zu machen, zumal dasselbe durch seine feste, den Willen des einzelnen unterjochende, Gliederung gerechtes Bedenken erregte. In den Verhältnissen des gewöhnlichen bürgerlichen Lebens hätte nach dem Gebote des strengen Rechts die Auflösung derartiger Vereine sofort eintreten müssen. Die akademische Behörde gab aber so lange als thunlich den Vorgängen eine milde Auslegung, da man sich gern der Ueberzeugung hingab, daß *weniger* böser Wille als jugendliche Unbesonnenheit und *Mangel an* Charakterreife jene Schritte veranlaßt habe. Man versuchte deßhalb nochmals den Weg der Güte, man erzwang durch moralische Mittel die Zurücknahme der Verrufserklärung, und ertheilte wegen der Form der an den Senat gerichteten Eingabe den Corps in der Person ihrer Senioren einen Verweis, indem man ihnen den Grund der von ihnen angegriffenen Maßregel und die Nothwendigkeit ihrer Fortdauer erläuterte. (Forts. f.)

Niederlande.

* Man schreibt dem „Moniteur" aus dem **Haag**, 2. Aug. Das niederländische Kabinet ist endlich durch den Eintritt eines Marine-Ministers und eines Ministers des katholischen Kultus vervollständigt. Der König betraute mit der Direktion der Marine den Kapitän-Lieutenant Eicher und gab das Portefeuille Herrn Lotsy, Mitglied der ersten Kammer und Bürgermeister von Dordrecht. Herr Van Remunde, Rath am Provinz-Hofe von Nord-Holland, wurde zum Minister des katholischen Kultus ernannt.

Frankreich.

Paris, 6. August. Der „Moniteur" veröffentlicht ein Dekret, womit — auf Antrag des Kriegsministers — im Departement Algier, auf der Straße von Algier nach Dellys, an den Ufern des Rubuan, eine Ortschaft von 72 Feuerheerden unter dem Namen „Alma" gebaut werden soll.

Spanien

† **Madrid**, 2. August. Der Generalkapitän von Catalonien meldet unter dem 28. Juli: „Der Chef des Jäger-Bataillons von Alba und Tormes kam gestern, nachdem er die Entwaffnung der Nationalmiliz von San Pedor vorgenommen und zu Sellent 18 vom dortigen Militärkommandanten gefangene Barcelloner Insurgenten und 6 andere Individuen, welche sich zu Artes ergaben, übernommen hatte, nach Manresa zurück. — Die andern Insurgenten, welche die Waffen in der Hand gefangen wurden und jene, welche aus Graeia kamen, sollen, sobald die von den Bandos vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt sind, vor dem Stadthause erschossen werden, wo die Insurgenten die sieben Chefs und Offiziere der Armee, die sich ergeben hatten, ermordeten. — Derselbe Generalkapitän meldet unter dem 29. Nachdem die 18 Individuen, von denen ich gestern sprach, durch die Militärkommission gerichtet und zum Tode verurtheilt wurden, sind dieselben gestern Nachmittag am Eingange der Stadt Gracia vor dem Hause erschossen worden, wo die Nationalmiliz der empörten Stadt den Militärkommandanten D. Magen Ravell und sechs Offiziere, die sich dort eingeschlossen und dann ergeben hatten, mordeten. Weder vor noch nach der Hinrichtung fiel etwas Neues vor." — Es scheint, daß Espartero, sobald er die Uebergabe von Saragossa erfuhr, seine Pässe nach Logrono verlangte. — Mangel von Civilgarden auf den Landstraßen in Folge der jüngsten Ereignisse hat den Straßenraub so stark gemacht, daß man noch nie Aehnliches erlebte. Es ist Befehl ertheilt die Gardisten wieder auf ihre Posten zurückzuschicken. — Die Provinzen sind ruhig. — Gestern ist eine kgl. Kommission nach Valencia abgegangen, um den Prinzen **Adalbert von Bayern**, Verlobten der Infantin Amalia, in Marseille zu empfangen. — Das Ceremoniell der Hochzeit, die gegen den 20. d. M. statthaben soll, ist von der Königin bereits genehmigt.

† **Madrid**, 5. August. Die catalonischen Banden sind theils eingeschlossen, theils zerstreut. — General Falcon zog sich nach Frankreich zurück.

† Man liest im „Journal des Pyrenées Orientales": „Die meisten der spanischen Flüchtlinge, Unteroffiziere und Soldaten, welche jüngst nach Perpignan geführt wurden, haben bei der spanischen Regierung um Erlaubniß nachgesucht, in die Heimath zurückkehren zu dürfen und diese Erlaubniß auch erhalten. Demzufolge haben sie vor ihrer Abreise von Perpignan den Unterwerfungs- und Treue-Eid zu Handen des spanischen Konsuls geleistet."

* Die mexikanischen Journale vom 5. Juli bringen die offizielle Bestätigung von der Lösung der spanisch-mexikanischen Differenz. Nachfolgende, vom Minister des Aeußern an den Finanzminister unter dem 2. Juli gerichtete Mittheilung gibt Näheres über die Art der Beilegung an: „Exzellenz, da das spanische Geschwader sich aus den Gewässern von Vera-Cruz, wo es einige Zeit geblieben war, zurückgezogen hat, so sieht der Herr Präsident darin einen Beweis des Wunsches der Legation Ihrer kathol. Majestät, die zwischen Spanien und Mexiko unglücklicherweise bestehenden Differenzen in friedlicher, freundschaftlicher Weise beilegen zu wollen. Da auch Seine Exzellenz der Präsident zu zeigen wünscht, daß auch die mexikanische Regierung von freundschaftlichen und versöhnlichen Gefühlen gegen Spanien beseelt ist, so verfügt Seine Exzellenz, daß man die Beschlagnahme aufhebe, welche auf Befehl ihres Ministerium vom 12. April auf die Besitzthümer einiger Gläubiger der spanischen Konvention gelegt wurde, was ein definitives rasches Ordnen der fraglichen Angelegenheit nur fördern kann, was für beide Regierungen würdig und angemessen wäre." Man sieht aus diesem Dokument, daß das Zugeständniß ein gegenseitiges ist. Einerseits wird das Geschwader zurückgezogen, andererseits die Beschlaglegung aufgehoben. Der erste Schritt ist der schwerste und es ist anzunehmen, daß eine volle Verständigung leicht und bald erfolgen werde.

Italien.

Rom, 30. Juli. Einer anonymen Gesellschaft ist das zehnjährige ausschließliche Privilegium zur Errichtung einer Dampfschifffahrtslinie im Kirchenstaate ertheilt worden.

Rom, 30. Juli. Die vor Kurzem gemeldete Beraubung der von Ancona kommenden Fahrpost, wobei bedeutende Geldsummen verschwanden, veranlaßte zu weitläufigen Untersuchungen. Doch nicht die Untersuchungen, sondern der Zufall, der von einer gar nicht dabei betheiligten Person absichtslos hingeworfene Scherz in zweideutigen Worten, schlug gewaltig an das böse Gewissen, und brachte in der Stadt Fano die That an's Licht. Das Raubgesindel bestand aus einer Bande von 26 Mitgliedern aus Fano und der Umgegend; alle sind bereits in den Händen der Richter. (A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 1. Aug. Sever Effendi, jetziger französischer Gesandtschaftsattaché, ist zum Generaladjutanten des Sultans statt Eohem (Edhem?) Pascha ernannt. Wegen der Besetzung der Schlangeninsel hat zwischen den Gesandten eine Konferenz stattgefunden, und soll dieselbe neutral erklärt werden. Frankreich wird Kanonenboote, England eine kleine Escadre hinschicken. Der türkische Kommandant der Insel hat sich der Landung neuer Russenverstärkungen widersetzt, weßwegen der russ. Dampfer nach Ausladung des Leuchtthurmmaterials die Insel wieder verlassen hat. Feruk Khan, der persische Gesandte für Paris, wird hier erwartet, er geht auch nach London, wo er Genugthuung versprechen wird, wenn seinerseits der englische Gesandte, Murray, abberufen wird. Der Mufti Aleppos, Tacketim Pascha, ist zum Gouverneur von Kars ernannt. Bei Erzerum sind viele Gebeine antidiluvianischer Thiere entdeckt. (T. D. d. Allg. Z.)

Griechenland.

Athen, 27. Juli. Großer Sieg über die Räuber. Triumph im ministeriellen Lager. Einer Abtheilung von Truppen, Gendarmen und bewaffneten Einwohnern, mehrere hundert Mann stark, ist es gelungen, unter Führung des Mirarchen (Gendarmerie-Chefs) Bakaloglu, den Versteck der Räuberchefs Davelis und Zaphirlis zu überfallen, diese Räuberchefs nebst 17 oder 18 ihrer Spießgesellen zu tödten und die übrigen, 4 oder 5, gefangen zu nehmen. Diese große Begebenheit trug sich unweit Arachova, sechs Stunden von Livadia, zu. Palmerston konnte keine größere Freude über die Schlacht an der Alma haben, als Minister Bulgaris über diesen glücklichen Ueberfall. Ein griechischer Kapitän wurde dabei getödtet und mehrere Soldaten verwundet. Die Räuber, heißt es, hatten keine Munition und konnten nur wenige Schüsse geben. Von den Räuberchefs von Ruf behauptet jetzt nur noch der famose Kalambalikis das Feld. Die Race wird aber deswegen nicht aussterben. (Nat.-Z.)

Athen, 2. August. Bis jetzt sind 72 Räuber getödtet, 42 hingerichtet, 140 gefangen. Ein Gesetzvorschlag bestimmt die Vollendung der Kammerarbeiten binnen sechs Monaten. Kalergis ist angelangt. Ein Gerücht bezeichnet den jungen Bruder der Königin als Thronfolger. In Jonien ist die Korinthenärnte günstig. (T. D. d. A. Z.)

* Der griechische „Moniteur" vom 30 Juli theilt mit, daß 20 Räuber, nebst ihrem Anführer Davelis, bei Chersonese durch die dortigen Bewohner und einem Truppen-Detachement getödtet wurden. Die Freude darüber ist groß. Ein griechischer Dampfboot-Dienst wurde im Archipel eingerichtet.

Amerika.

* Man schreibt dem „Courrier des Etats Unis" aus Mexiko vom 5. Juli über die von der dortigen Regierung hinsichtlich der Kirchengüter angewendeten Maßregeln: „Sie wissen, in welcher gegenseitigen Stellung in Mexiko Kirche und Staat sich befinden; Sie wissen, daß der Staatsschatz leer ist und die Einkünfte der Geistlichkeit fabelhaft sind; unter diesen Umständen ist leicht begreiflich, wer am besten dran ist. Herr Lerdo de Tejada, seit Kurzem Finanzminister, erkannte diese wichtigen Staatsrücksichten und wich vor den Schwierigkeiten des Unternehmens nicht zurück. Das Mittel, das er anwandte, um seinen Zweck zu erreichen, ist fast ein Geniestreich. Er konfiszirte die Güter nicht, was bei dem gegenwärtigen Geistesstand nicht möglich war; eine furchtbare Opposition würde sich gegen diesen Plan gebildet haben, der bereits zweimal scheiterte. Was Hr. Lerdo that, ist originell. Er zwang die Geistlichkeit zum Verkaufe aller ihrer Immobilien, indem er ihr den Erlös ließ. Die bisherigen Miether, welche Anhänger des Klerus waren, weil sie gute Häuser für billigen Preis inne hatten, werden dadurch Freunde der Regierung, die sie unter prächtigen Bedingungen zu Eigenthümern macht, so daß nicht nur die Miethsleute, sondern alle Klassen der Gesellschaft aus dem neuen Gesetze mehr oder minder großen Nutzen ziehen; die Interessen sind sonach der Maßregel hold und nur noch der religiöse Skrupel zu beseitigen. Wie weit das bei den Mexikanern geht, muß sich erst zeigen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 8. August. In letzterer Zeit ist ein ziemlicher Stillstand im Handel eingetreten, der sich besonders heute bemerkbar machte. Livorno-Florenz und österr. Staatsbahnaktien waren beliebter, die übrigen Effekten ohne Kursveränderung. — Norddeutsche Bankaktien in Hamburg wurden heute an den Markt gebracht und zu 106½ ¾ ½ umgesetzt. Dieselben scheinen hier Anklang zu finden.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83½ P. 83¼ G. 5pCt Lombard-Ven. 90½ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71⅞ P. 71⅝ G.; à 4pCt. 63½ P. 63 G.; à 3pCt. 48½ P. 48 G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16¼ G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59⅛ P. 58⅝ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼ P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88⅝ G.; 4pCt. 91¾ P. 91¼ G.; 4pCt. Grundrente 95½ P. 95 G.; 4½pCt. 101¼ P. 100¾ G.; 5pCt. 101¼ P. 100¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91 P. 90½ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 92½ P. 92 G.; à 4pCt. 99¾ P. 99¼ G.; 4½pC. 102 P. 101½ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39½ P 39¼ G.; 1pCt. neue 24¾ P. 24⅝ G. **Holland.** Integrale 64 P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1283 P. 1278 G. Neue Bankaktien 410 P. 408 G. Credit-Actien à 5pCt. 236½ P 234½ G. Darmstädter Bankaktien alte 416 P. 414 G.; junge 362 P. 360 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 552 P. 547 G. Mitteldeutsche Creditbank 108⅞ P. 108⅝ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117½ G. Frankf. Bankaktien 119¾ P. 119½ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 284 P. 282 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 147½ P. 147 G. Neustadt-Weissenb. 110⅞ P. 110⅜ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104¾ P. 104¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 62⅛ P. 62 G. Taunus-Aktien 342 P. 339 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 84¾ P. 84¼ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¾ P. 83⅜ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 101¾ P. 101⅜ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118¼ P. 117¾ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 101½ P. 104 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49⅛ P. 48⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 115¾ P. 115¼ G. à fl. 25 34⅛ P. 33⅞ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 P. 39½ G. Nass. Loose à fl. 25 33 P. 32¾ G. Sard. Loose

bei. G. Bethmann — P. 44 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. 87¾ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¼ P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118¾ P. 118½ G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120⅛ P. 119⅞ G	Mail. ö.S.Lr. 250 k.S 100¾ P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾ P 104½ G.	Paris Frs. 200 k.S 93¾ P. 93½ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅜ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k.S. 93⅝ P. 93⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96¼ P. 96 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 116⅝ P. 116⅜ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89¼ P. — G.	Wien 3 M. mit 4% 116½ P. 116¼ G
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅝ P. 104⅜ G.	Disconto — P. 4 pCt. G.

Wien, 7. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅞; 5pCt. Metall. 84⅛; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 122¼; von 1854 106⅝; Bankaktien 1096; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 382⅞; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 593; österr. Staatsbahnaktien 328; Nordbahnaktien 2876¼. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅞. London 10. 2¼. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

München, 7. August. Außer den gestern gemeldeten Veränderungen in der Armee enthält das „Verordn. Blatt" noch folgende: Der Generalmajor und Brigadier der Artillerie, J. v. Pöllath, wurde pensionirt. — Versetzt wurde: der Oberstlieutenant Rich. Frhr. Weismann v. Weißenstein vom 3. zum 2. Artillerie-Reg. — Dem Oberst Fried. Merkel vom 13. Inf.-Reg. wurde das Ehrenkreuz des Ludwigordens verliehen; der Fahnenkadet Rud. Schwarz zum Junker im Kadetenkorps ernannt. — Zu Junkern wurden befördert: die Unteroffiziere Jul. Reinath im 2. Art.-Reg., K. Ammon vom 2. im 1. Art. Reg., Ph. Passavant vom 1. im 3. Art.-Reg., Ludw. Pilstl vom 1. Art.-Reg. im Ingenieurkorps, und M. Bernatz vom 1. im 2 Art.-Reg.; der Hauptmann Alexander Schröder vom 3. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; der temporär pensionirte Unterlieutenant P. Hock bleibend im Ruhestand belassen; der Unterveterinärarzt Constantin Weiß vom Gen.-Reg. zum 4. Chev.-Reg. und der veterinärärztliche Praktikant Jos. Kordler vom 2. Chev.-Reg. zum 1. Kür.-Reg. versetzt; der Soldat Anton Böck vom 3. Chev.-Reg. zum veterinärärztlichen Praktikanten in provisorischer Eigenschaft im 2. Chev.-Reg. ernannt; dem pensionirten Oberst G. von Fahrbeck der Charakter als Generalmajor mit dem Range vom 1. Juli 1856 verliehen; dem pensionirten Hauptmann G. Schmitt die nachgesuchte Entlassung aus dem Heeresverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; dem Unterlieutenant August Graf v. Spreti vom 12. Inf.-Reg. aus dienstlichen Erwägungen die Entlassung aus dem militärischen Dienst- und Standesverhältnisse ertheilt; das Diensttauschgesuch der Regimentsärzte Dr. Karl Fruhmann vom 14. Inf.-Reg. und Dr. Albert Schuster vom 2. Inf.-Reg. genehmigt; dem Hauptmann R. Frhr. v. d. Tann vom Generalquartiermeisterstab die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des Ritterkreuzes der kaiserlich französischen Ehrenlegion ertheilt; der Unterlieutenant Ad. v. Stegmayer vom 1. Kür.-Reg. auf ein Jahr mit der Hälfte der Normalpension seines Grades in den Ruhestand versetzt; der temporär pensionirte Unterlieutenant Joh. Riehl auf ein weiteres Jahr im Ruhestande belassen; dem Oberlieutenant Joh. Heilmann vom 7. Inf.-Reg. die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des silbernen Ritterkreuzes vom königl. griechischen Orden des Erlösers ertheilt; der temporär pensionirte Hauptmann Ad. Zink auf ein weiteres Jahr im Ruhestand belassen; der Hauptmann Heinr. Ertel vom 2. Jäger-Bat. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; der temporär pensionirte Major K. Eyßel bleibend im Ruhestande belassen; der Werkmeister Nasso Schmid von der Kommandantschaft München in den Ruhestand versetzt.

Durch Ministerialreskript vom 21. v Mts. wurde die Wahl des Unterlieutenant Christian Frhrn. Haller v. Hallerstein vom 4. Inf.-Reg. zum Bataillons-Adjutanten bestätigt. Durch Ministeralreskript vom 23. v. Mts. wurde der Junker Ludwig Pilstl vom Ingenieur-Korps bei der 2. Genie-Direktion eingetheilt.

Hannover, 5. August Die 1. Kammer hat nun auch die Berathung des Finanzkapitels beendigt. Begreiflich ist sie den Vorschlägen der Regierung viel näher gekommen als die zweite, und so konnten dort die Minister am Schlusse für das Gesetz in der ihm von der Kammer verliehenen Form stimmen, jedoch nicht ohne den Vorbehalt, daß sie nicht in allen Punkten einverstanden wären. Die Grundsätze der 2. Kammer wurden durch den Schatzrath v. Bothmer, der im Verfassungsausschuß mit der Majorität gestimmt hat, vertreten; wie sehr er dabei allein stand, mag beispielsweise der charakteristische Fall bezeugen, daß er für den Antrag auf namentliche Abstimmung über die Regelung der Ministerverantwortlichkeit die erforderliche Unterstützung nicht fand. Darnach wird es kaum noch der Bemerkung bedürfen, daß ihm der Versuch, den Anträgen der Majorität des Ausschusses Geltung zu verschaffen, in allen Fällen fehlschlug, und so sind die sehr gemäßigten, lediglich auf Wahrung der ständischen Rechte und der Verfassung berechneten Vorschläge der Ausschußmehrheit in der ersten Kammer ohne Ausnahme gefallen, eine Kluft zwischen den Beschlüssen beider Häuser öffnend, die schwerlich zu schließen ist. Neben dem Schatzrath v. Bothmer zeigte der Landsynd. v. Lenthe ein gewisses Streben nach Erhaltung altständischer Rechte. Beide Herren gehörten vor dem 1. August v Js. zu den eifrigen Agitatoren für die ritterschaftlichen Ansprüche. Heute zeigt es sich, daß der Erfolg dieser Agitation ihre Wünsche nicht krönt. Sie haben, wie ihre Aeußerungen in der Kammer zu verstehen geben, das ständische Wesen in seiner alten Form, aber auch in seiner alten Kraft herstellen wollen, und sehen es jetzt der Gefahr einer Schwächung ausgesetzt. So kommt es, daß Herr v. Bothmer, als er vergebens die Befugnisse des Schatzkollegs gegen die Beschränkungsabsicht der Regierung zu retten sich bemühte, es sehr denkbar fand, „daß solche ständische Organe für die Regierung unbequem seyen", und das ziemlich bittere Wort hinzufügte, „vielleicht sey es noch unbequemer, überhaupt Stände zu haben". Und so kam es, daß Herr v. Lenthe die Entdeckung machte, daß, um den Widerstand der 2. Kammer zu brechen, die ständischen Rechte verkürzt werden, also die erste für die Hartnäckigkeit der andern büßen sollte. Da hielt er das preußische Heilmittel für empfehlenswerther, die 2. Kammer zu reformiren. Mit Berichten aus den Beschlüssen des 1. Hauses will ich Ihre Leser nicht ermüden, es genüge zu wissen, daß alle wesentlichen Anträge des Ausschusses, wie sie unverändert zu Beschlüssen der zweiten Kammer wurden, drüben abgelehnt sind, sogar der Schlußantrag, wornach Stände ihre gesammten Beschlüsse zum Finanzkapitel als ein Ganzes betrachten. (H. N.)

Hamburg, 6. August. Gestern ist aus Wien hier die authentische Nachricht eingetroffen, daß der Kaiser von Oesterreich den hiesigen Bürger und Schneidermeister Ignaz Ruscsák, einen gebornen Ungar, vollständig begnadigt hat. (Die „Wiener Zeitung" enthält bereits die Bestätigung.) Der Verlauf dieser, vor mehreren Jahren großes Aufsehen erregenden Angelegenheit war in Kürze folgender. Ruscsák verkehrte viel mit hier durchreisenden ungarischen Flüchtlingen, zum Theil mit Männern höheren Ranges, sowie später mit hier bei der damaligen österreichischen Garnison stehender Honveds. Gerüchtweise hieß es, er habe eine Anzahl derselben zur Desertion verleitet und sey Einzelnen zur Flucht nach England behülflich gewesen. Er begab sich im Herbste des Jahres 1851 in Begleitung des ungarischen Flüchtlings Obersten Patacky nach Rendsburg, wo das Regiment Schwarzenberg (Ungarn) in Garnison lag und Feldmarschall-Lieutenant Signorini als Festungskommandat fungirte. Beide wurden dort festgenommen und darauf Ruscsák auf die von Oesterreichern besetzte Hauptwache in Altona gebracht, wo er mehrere Verhöre zu bestehen hatte. Patacky, nach Oesterreich zurückgeführt, wurde ein paar Monate später, laut öffentlich ergangener Anzeige, hingerichtet, Ruscsák aber noch bis zum Abzuge der Oesterreicher aus dem Norden (Spätwinter 1852) in Altona bewacht, dann nach Wien transportirt, und nicht lange darauf zu achtzehnjähriger Schanzarbeit in Eisen verurtheilt. Zuerst saß er in Wien, den übrigen Theil seiner jetzt 4¾ Jahre währenden Haft in den Kasematten zu Olmütz. Schon zu Pfingsten 1852 hatte sich hier, selbst in offiziellen Kreisen das Gerücht verbreitet, er sey begnadigt; aber erst jetzt hat er wirklich seine Freiheit wiedererlangt. Seine Frau, geb. Leisewitz, hat in ihren unendlichen Bemühungen, ihrem Mann die Freiheit zu erwirken — sie war u. A. selbst beim Kaiser — einen wahrhaft heroischen Sinn und eine seltene Ausdauer bewährt. (Nat.-Z.)

Wien, 4. August. Seit vorgestern Abends befindet sich hier der kgl. sächsische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Frhr. v. Beust, in außerordentlicher Sendung an unserm kaiserlichen Hof. (Allg. Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pözlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 221. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 18 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 10. August 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 8. August. Die Rückkehr JJ. MM. des Königs Max und der Königin, welche auf den 10. d. festgesetzt war, ist telegr. Nachrichten aus Kissingen zufolge verschoben worden. Die Majestäten beabsichtigen am 25 August mit noch mehreren Gliedern unseres königl. Hauses auf Ludwigshöhe im Vereine mit Sr. Maj. König Ludwig allerhöchstdessen 70. Geburtsfest zu feiern, und werden erst gegen Ende dieses Monats hier eintreffen. (Landbötin.)

Preußen. Berlin, 7. August. Die hiesige Telegraphenverwaltung, welche im Jahre 1852 noch mit einem Defizit von 79,831 Thlrn. abschloß, hat im Jahr 1855 mit einem Ueberschuß von 101,431 Thlrn. abgeschlossen und ist für das Jahr 1856 sogar ein Ueberschuß von 202,467 Thlrn. veranschlagt. Im Jahr 1855 wurde jener Ueberschuß noch durch die darauf angewiesenen außerordentlichen Ausgaben zur Anlegung neuer Telegraphenlinien vollständig in Anspruch genommen. (D. A. Z.)

Baden. Heidelberg. Beschluß der amtlichen Darstellung über die Auflösung der Corpsverbindungen.

„Unter den übrigen Studenten hatte sich nämlich durch die ihnen fortwährend von den Corps widerfahrene geringschätzige Behandlung, was namentlich auch bei Gelegenheit einer allgemeinen studentischen Angelegenheit zum Vorschein gekommen war, die Erbitterung gegen jene Verbindungen in immer weiteren Kreisen verbreitet. Sie entschlossen sich daher, sich von Zeit zu Zeit zu versammeln, um durch engeres Aneinanderschließen größere Sicherheit zu gewinnen. In der zweiten Hälfte des verflossenen Monats fand die erste derartige Versammlung statt; sie soll von etwa dreihundert Studenten besucht worden seyn, welche beim Nachhausegehen die Corps auf der Straße fanden. Aus Neckereien und Insulten, die nach dem Ergebniß der Untersuchung zunächst von den Corpsstudenten ausgegangen waren, entspannen sich an verschiedenen Orten der Hauptstraße heftige Zwistigkeiten, welche die öffentliche Ruhe und Ordnung im höchsten Grade beeinträchtigten, und denen kaum durch das kräftigste Einschreiten der Sicherheitsbediensteten ein Ziel gesetzt werden konnte. Als den Senioren die Antwort des Senats auf die „Protestation“ eröffnet worden war, hatte man sie eindringlichst ermahnt, nunmehr das Gesetz zu wahren, und sich namentlich ein verträglicheres und bescheideneres Auftreten gegen ihre Kommilitonen anzueignen; es wurde ihnen dabei von dem Prorektor aufs unzweideutigste in Aussicht gestellt, daß man sich bei erneuerten Ruhestörungen genöthigt sehen werde, eine oder die andere, oder erforderlichen Falles auch alle Corpsverbindungen aufzulösen. Die Corps sind mithin rechtzeitig und ernstlich gewarnt worden. Es ist dies am 1. Juli mit allem Nachdruck in entschiedener, aber auch freundlich ermahnender Weise von dem Prorektor in Anwesenheit des Hrn Universitätsamtmannes und des Hrn. Universitätssekretärs geschehen. Gleichwohl wurde am Abend desselben Tages ein zum Besuch dahier befindlicher Student einer auswärtigen Universität, Namens Dittmar, im Museumslokale von Mitgliedern verschiedener Corpsverbindungen durch Worte und Handlungen in so schwerer Weise beleidigt, daß hierdurch die allgemeinste Indignation ruhiger und unbefangener Zuschauer erregt wurde. So hielt z. B. einer der Corpsstudenten zwei brennende Fidibus ihm so nahe an das Gesicht, daß beinahe die Haare in Brand geriethen und rief dabei: „Hier meine Herren, sehen sie einen ganz gemeinen Kaffer.“ Derselbe holte einen Spucknapf, hielt ihn Dittmar vor das Gesicht, und ein anderer spie hinein. Andere spritzten ihn mit Bier, und von vielen wurde er Vieh, Kaffer, Bummler, Büchsier genannt. Ein älterer Herr, welcher den Vorfall mit ansah, äußerte sich, daß Dittmar mit aller Würde sich benommen, und weder in Wort noch in der That sich die mindesten Unschicklichkeiten habe zu Schulden kommen lassen. Dittmar sey so empfindlich beschimpft worden, daß es zu wundern gewesen, daß er so gefaßt geblieben und nicht zugeschlagen hätte. Den Anlaß zu diesem Auftreten hatte der Umstand gegeben, daß jener Studirende einer Verbindung angehörte, welche von den Corps abweichende Tendenzen verfolgt. Er hatte zwar zur Vermeidung aller Aufregung die Abzeichen seiner Verbindung möglichst verborgen gehalten, aber dennoch wurde er nicht allein an jenem Abende angegriffen, sondern auch des folgenden Tages Mittags um 1 Uhr von Corpsstudenten auf der Straße angehalten und nochmals geschmäht. Einer von ihnen sagte zu ihm: „Sie haben nicht das Recht bei Tage sich auf der Straße zu zeigen.“ Als Dittmar ihn aufforderte, sich zurückzuziehen, so erwiderte der gleiche: „Nicht wahr, Sie meinen weil es heller Tag ist, werde ich einem Büchsier keine Ohrfeige geben; wenn es dunkel wäre, so würde ich Ihnen eine tüchtige geben.“ Dabei wurde er Knote, Kutscher, Bummler, Büchsier genannt, und ihm gesagt, er solle sich nach Arbeit umsehen. Zuletzt trennten sich die Corpsstudenten von ihm, mit der Bemerkung, sie könnten, ohne sich zu blamiren, nicht länger an der Seite eines Büchsier gehen. Schon früher hatte ein Corpsstudent, welcher sich in hervorragender Weise an Exzessen betheiligt und bereits mit der Unterschrift des consilium abeundi belegt worden war, wiederholt die Gesetze gröblich verletzt. Er hatte des Abends an zwei Orten Mädchen in ihre Wohnung verfolgt, und einen zu deren Hülfe herbeieilenden Bürger mißhandelt; er hatte wenige Tage darauf mit einem andern Studirenden Streit begonnen, und diesen sodann thätlich beleidigt. Nun war es für die Behörde dringende Pflicht den vollen Ernst des Gesetzes walten zu lassen. Am Mittwoch, den 9. v. Mts., wurde vom Senat die Relegation des letzterwähnten Studenten beschlossen, und außerdem drei von denjenigen, welche sich vorzugsweise bei den Auftritten im Museumslokal kenntlich gemacht hatten, theils mit dem consilium abeundi, theils mit der Unterschrift desselben bestraft. Diese Beschlüsse sollten alsbald zum Vollzug gebracht werden. Am Freitag sammelten sich etwa 42 Droschken in der Anlage; die drei vordersten derselben waren mit vier Pferden bespannt, in jeder derselben saß einer der Verwiesenen und neben ihm ein Vorstand seiner Verbindung. In den übrigen Droschken befanden sich beinahe sämmtliche Corpsstudenten, ungefähr 150 an der Zahl. Die erste Droschke hatte ihren Stand in der Nähe der Wohnung des derzeitigen Prorektors genommen, von wo aus der Zug sich in Bewegung setzte. Die Droschken fuhren in geschlossener Reihe durch die Hauptstraßen, kehrten, nachdem sie dieselben beinahe ganz durchmessen hatten, auf demselben Weg zurück und verließen alsdann die Stadt. Diese Demonstration gegen einen Beschluß der akademischen Behörde ist durch die akademischen Gesetze mit Strafe bis zur Wegweisung von der Universität bedroht. — Es sollte jedoch an jenem Tage das schon lange im Einzelnen zur Erscheinung gekommene Uebel noch grell in seiner ganzen Gestalt ans Licht treten. Die vereinigten Corps begaben sich von hier aus über Edingen nach Ladenburg, kamen daselbst schon zum Theil in betrunkenem Zustand an, und überließen sich Nachmittags alldort den gröbsten Exzessen. Das Detail der dortigen Vorgänge ist am besten geschildert in einem Artikel, der, von Ladenburg datirt, die Runde durch die Blätter des Landes gemacht hat. Nach sorgfältigen Erhebungen und Vergleichung mit den amtlichen Akten enthält jene Erzählung nur die reine Wahrheit; wir fügen ihn daher unserer Darstellung an diesem Ort ein. Mehrere angesehene Bürger Ladenburgs erklären: Die Studenten kamen größtentheils in berauschtem Zustand gegen 2 Uhr von Edingen hierher. Ein Theil davon durchzog alsbald die Stadt, drang in viele Häuser ein, benahm sich unter andern in den Behausungen der Kaufleute Schäfer, Scola, Lippmann, bei Accisor Janson, Seifensieder Wagner auf die unartigste Weise, insultirte Frauen und Mädchen, drohte z. B. der Frau des abwesenden Kaufmanns Schäfer mit Demolirung des Ladens, höhnte und schimpfte ruhig auf der Straße stehende Bürger, und jene, welche sich derselben annehmen wollten, überfiel solche, welche, wie der in seine Wohnung

eilende Lippmann, ihr Hausrecht wahren wollten, versuchte bei Accisor Jansen, der vor ihnen die Thür schloß, die Thür einzutreten, und belästigte überhaupt viele Einwohner auf den Straßen und in den Wohnungen auf mannichfache Weise; wie wir nur noch erwähnen wollen, daß sie mehrere Schulkinder in der kathol. Volksschule, wohin sie auch kamen, durch einige Kreuzer Geld veranlassen wollten, aus der Schule zu laufen. Wir dehnen die Begriffe von akademischer Freiheit und jugendlichem Uebermuth nicht so weit aus, daß wir uns schuldig glaubten, die Ruhe der Stadt, die Heiligkeit des Hauses, Sitte und Ordnung einer Anzahl betrunkener, auf ihre Corpsrechte pochender Studenten zum Opfer bringen zu müssen; die Polizei war zu schwach, diesen Rohheiten zu wehren, und nicht Studenten, sondern Bürger waren es, welche, nachdem der Skandal über zwei Stunden dauerte, endlich zu ihrem Schutze die Hülfe des Beamten erbaten. Diesem, der auf begütigende und vermittelnde Weise einschreiten wollte, begegnete man von Seite der Studenten mit Spott, Hohn und Insulten, so daß er sich genöthigt sah, zur Wiederherstellung der Ruhe eine Anzahl Bürger aufbieten lassen zu wollen, und nur die Dazwischenkunft zweier besonnener Studenten schützte ihn vor Mißhandlungen, womit die andern ihn bedrohten. Die Studenten trieben ihren Hohn so weit, daß sie diesen Beamten angingen, den Kaufmann Schäfer, welcher, um ferneren Unbilden vorzubeugen, beim Nachhausekommen seinen Laden geschlossen hatte, zu veranlassen, dringenden Bedarfs wegen wieder zu öffnen, und nun spöttischerweise kreuzerswerth hier kauften und vor des Beamten Augen wieder wegwarfen; es war nur die Ruhe des Letzteren einem solchen Betragen gegenüber, welche verhinderte, daß nicht da schon auf kräftige Weise dem Skandal ein Ende gemacht wurde; inzwischen mußte auch der Laden von Lippmann, in dessen Behausung sich ein Hause Studenten fortwährend in Gegenwart achtbarer, auswärtiger Zeugen mit empörender Rohheit gegen die anwesenden Frauen benahm, geschlossen werden, und als nun auf offenem Marktplatz ein vorübergehender junger Mann von einem Studenten nicht allein „bewitzelt", sondern ihm auf hier nicht zu erzählende Weise begegnet wurde*), dieser nun sich gegen eine solche Begegnung vertheidigte, und es endlich, was lange vorherzusehen war, zu Schlägereien kam, so kann man es nur einen Akt der äußersten Nothwehr nennen, wenn nicht Jungen, sondern Bürgern, die einsahen, daß ohne thätiges Einschreiten keine Ruhe mehr zu schaffen, sich nun den, auf den Ruf „Bursche heraus", zusammenströmenden Studenten entgegenstellten, und mit den ihnen zunächst zu Gebote stehenden Wehrmitteln die Studenten zur Stadt hinaus, und auf diese Weise Gewalt mit Gewalt vertrieben. Die Letzteren nahmen hierauf die Vermittlung des Beamten in Anspruch, und gegen ihr Ehrenwort sich ruhig zu verhalten, ließ man sie unbelästigt aus der Stadt ziehen, so daß die Sache schon ein Ende hatte, als die Leute aus dem Felde, in Folge des Sturm-Läutens, das wegen Insultirung des Bürgermeisters und der fortdauernden Unruhen halber von diesem gebilligt worden war, herbeikamen. Die Erzählung, wie wir sie hier geben, ist durch eine schon des folgenden Tages bei dem hiesigen Bürgermeisteramt abgegebene Erklärung einer Anzahl hiesiger Bürger, durch die Berichte des hiesigen Beamten bestätigt — wir stehen für dieselbe sowohl, als für jede unserer Handlungen, die zum Zweck hatten, die Ruhe der Stadt, die Heiligkeit des Hauses, die Autorität und das Ansehen der Behörden, Sitte und Bildung zu vertheidigen, an geeignetem Orte ein. — Von Ladenburg begab sich die ganze Schaar hierher zurück, zog vom Bahnhof vor die Wohnung des Prorektors, dort wurde ein mehrmaliges offenbar ironisches Hoch ausgebracht; einem allgemein verbreiteten Gerücht nach sollen diesem Hoch auch Pereat zugesellt worden seyn. Von dort zogen sie im sogenannten Gänsemarsch in die Stadt und auf den Universitätsplatz, den sie mehrfach umkreisten und sich dann zerstreuten. Am Abend desselben Tages, etwa um 10 Uhr, wurde von Corpsstudenten versucht, in das Lokal jener Gesellschaft einzudringen, die zu Anfang des Semesters die Aufmerksamkeit der Corps auf sich gezogen hatte. Die Angreifenden wurden hinausgedrängt, das Lokal geschlossen und polizeilich bewacht; es schaarten sich aber eine Menge Corpsstudenten um dasselbe, hielten es förmlich belagert, und erst ungefähr um halb zwölf Uhr war es möglich, die darin Eingesperrten nach Hause zu entlassen. Des andern Morgens — Samstag, den 12. v. M. — wurden die Vorstände der einzelnen Verbindungen, die man schon früher für das Verhalten derselben verantwortlich gemacht hatte, vorgeladen; sie wurden, da die andern Vorfälle noch nicht hinreichend konstatirt waren, wegen des Komitates zur Verantwortung gezogen und jeder mit der Unterschrift des consilium abeundi belegt. Gegen diesen Bescheid rekurrirten die Bestraften, indem sie anführten, daß ihre Corpsbrüder die gleiche Strafe auch für sich in Anspruch nähmen, wenn überhaupt jene Handlung strafbar seyn sollte, und die Beschränkung der Strafe bloß auf einzelne nicht zugeben wollten. Man hatte die Verbindungsvorstände bei ihrer Einvernahme nochmals zur Ordnung gemahnt, und sie mit ernsten Worten auf die Folgen fernerer Ordnungswidrigkeiten hingewiesen. Am Abende dieses Tages wurde demungeachtet wieder ein Fremder, welcher Farben an seiner Mütze trug, von Corpsstudenten auf der Straße angehalten; es entspann sich abermals ein heftiger Wortwechsel, bei dem sogar ein Student zu einer Thätlichkeit gegen einen Corpsstudenten sich hinreißen ließ; nur mit äußerster Anstrengung gelang es dem Sicherheitspersonal die Straße zu säubern. Die akademischen Behörden waren schon mehrmals von den Mitgliedern der übrigen Studentenschaft um Schutz angegangen worden; jetzt wurden sie wiederholt und dringend von denselben gebeten, Sicherheit gegen die unaufhörlichen Belästigungen durch die Corpsstudenten zu gewähren, da eine längere Fortdauer des bisherigen Zustandes für die übrige Studentenschaft unerträglich und diese genöthigt sey, entweder zur Selbsthülfe zu schreiten oder die Universität zu verlassen. Die Behörde war auf's lebhafteste überzeugt, daß eine Fortdauer der bisherigen Zustände absolut unzulässig sey. Diese Brutalisirung einzelner Einwohner, diese Vergewaltigung von Kommilitonen, dieser Trotz gegen die Autorität der Behörde mußte rasch beseitigt werden, wenn nicht die Interessen der Ordnung und der Sittlichkeit ernstlich Gefahr laufen sollten. Die letzten Vorgänge hatten hinreichend gelehrt, welcher Geist der Unsitte und der Gesetzlosigkeit in den Corpsverbindungen herrsche; man war in Kenntniß gesetzt worden, wie äußerst mangelhaft gerade im laufenden Semester Corpsstudenten die Vorlesungen besuchten. Die Pflichten gegen die öffentliche Ordnung, wie die Pflicht, die der akademischen Behörde gegenüber den Akademikern und deren Eltern und Familien obliegt, mußten gleich stark zur Heilung der an's Licht getretenen Gebrechen antreiben. Mit dem Einschreiten gegen einzelne war aber nichts gethan; man hatte erfahren, daß man bei jedem energischen Einschreiten gegen Einzelne es nicht mehr mit ihnen, sondern mit den Massen zu thun habe; es mußte daher folgerichtig gegen die Massen, d. h. gegen die Corpsverbindungen selbst, vorgeschritten werden. Auch konnte die Bestrafung einzelner nur vorübergehend einige Abhülfe gewähren; die Gebrechen selbst mußten immer wieder auf's neue zum Vorschein kommen, so lange das Institut, in welchem diese Gebrechen ihren Sitz hatten, das Corpswesen, stehen blieb. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß die Corpsverbindungen Schulen des Müssigganges und aller dem Müssiggang entspringenden verderblichen Folgen waren, daß sie dazu dienten, ein Gefühl überreizter Standeseitelkeit zu nähren, das bei jedem geringfügigen Anlaß gegen Kommilitonen und andere Kreise der bürgerlichen Gesellschaft in verletzender Weise sich Luft machte, und sich allmählig bis zur trotzigen Auflehnung gegen die öffentliche Ordnung gesteigert hatte. Jeder Zweifel, der über diese nachtheiligen Einflüsse des Corpswesens noch etwa vorhanden seyn mochte, wurde durch die in rascher Folge sich drängenden Ereignisse der jüngsten Zeit zerstreut. Die Behörde hatte sich überzeugt, daß zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, wie zur Hebung des sittlichen und wissenschaftlichen Geistes der Universität, die Auflösung der Corpsverbindungen nothwendig sey, und sobald diese Ueberzeugung festgestellt war, erschien es als ein Gebot der Pflicht dem als schädlich erkannten Zustande nun rasch ein Ende zu machen. Am Dienstag, den 15. l. Mts., beschloß der Senat im Beiseyn eines Regierungskommissärs die Auflösung der Corps. Der Vollzug des Beschlusses ward sofort angeordnet, und man hielt es für zweckmäßig zur Sicherung desselben, und um gegen alle Eventualitäten gerüstet zu seyn, die Gendarmerie zu verstärken und eine Compagnie Militär von Mannheim zu requiriren. Am Mittwoch früh mit Tagesanbruch rückte das Militär ein; sofort wurden die Waffen auf der Hirschgasse, allwo die Duelle gewöhnlich stattfinden, auf den Fechtböden und in einzelnen Verbindungslokalen weggenommen, und die zu Duellen bestimmten Waffen an die Zeughausdirektion in Karlsruhe abgeliefert. Neun als besonders excessiv bekannten Studirenden wurde das akademische Bürgerrecht aufgekündet, und deren alsbaldige Entfernung aus der Stadt angeordnet. Die Auflösung der Corpsverbindungen wurde durch Anschlag an's schwarze Brett und durch Eröffnung an die Seniores bekannt gemacht, und Letzteren dabei noch zu erkennen gegeben, daß bis 9 Uhr Vormittags alle Abzeichen der Verbindungen abzulegen seyen, und daß jedes Fortsetzen der Verbindungen und jede Auflehnung gegen die ergangenen Maßregeln — z. B. ein sog. Auszug — sofort mit geschärfter Relegation gestraft werden

*) Die Rücksicht auf die Schamhaftigkeit hindert die unterzeichneten Stellen das aus zuverlässiger Quelle ihnen mitgetheilte Detail anzuführen.

würde. Bis neun Uhr waren alle Verbindungssymbole der Einzelnen sowohl, wie der bisherigen Verbindungslokale verschwunden. Einige massenhafte Versammlungen, die im Laufe des Vormittags versucht wurden, zerstreuten sich nach der ersten Aufforderung zum Auseinandergehen. Im übrigen wurde keine Ordnungswidrigkeit sichtbar, und nachdem die erste Aufregung sich gelegt hatte, trat Ruhe ein, die seitdem nicht wieder gestört wurde. Wir glauben es dem raschen und kräftvollen Vollzug des einmal Beschlossenen zuschreiben zu dürfen, daß diese zur Begründung einer bessern Ordnung unserer Universität so wichtige Maßregel ohne weitere Strafe und ohne Anwendung irgend welcher physischen Gewalt verwirklicht worden ist. Aus dieser Darstellung geht mit unzweifelhafter Nothwendigkeit hervor, daß ein weiterer Fortbestand der hiesigen Corpsverbindungen zur Unmöglichkeit geworden war. Nicht die einzelnen Individuen allein waren unbotmäßig geworden, das Institut der Corps selbst war in ein Stadium der Zuchtlosigkeit und Verwilderung gerathen, dessen längere Fortdauer die Zerrüttung unseres Universitätslebens hätte nach sich ziehen müssen. Es ist nunmehr für die akademischen Behörden die ernste Pflicht vorhanden, an der Stelle der früheren verkommenden Zustände bessere und gesittetere zu schaffen, und die Behörden werden sich mit Eifer und Hingebung in Zukunft dieser Pflicht zu widmen haben. Unter allen Umständen wird aber zweierlei an unserer Universität nie mehr stattfinden können: 1) daß eine anmaßliche Minderheit unter der Studentenschaft sich das Privilegium der Ausschließlichkeit und Unantastbarkeit den übrigen Kommilitonen gegenüber herausnimmt, und 2) daß künftighin in einer Weise die Pflege der Wissenschaft und Sitte vernachlässigt und das Gesetz offen übertreten wird, wie dies von den Mitgliedern der Corpsverbindungen unbestrittener Weise längere Zeit hindurch geschehen ist. Heidelberg, 29. Juli 1856. Akademisches Direktorium: Schenkel. Großh. Universitätsamt: L. Stößer."

Anhalt. Aus Dessau ward unlängst gemeldet, der Bankpräsident Nulandt habe jedem Stadtverordneten dieser Stadt 300 Thlr. „geschenkt." Mit diesem Geschenk hat es, wie die „Elberfelder Zeitung" erfährt, folgende Bewandtniß. Hr. Nulandt hatte bei der Gründung der Dessauer Bank das Stadtverordnetenkollegium mit einer bedeutenden Summe al pari betheiligt und kaufte sodann von demselben sämmtliche Aktien zu dem Kurs von 112 zurück, so daß jedem Stadtverordneten ein „Gewinn von 300 Thlrn." zufiel.

Frankreich.

* Paris, 7. August. Der „Moniteur algerien" veröffentlicht einen neuen ausführlichen Bericht der seit Anfangs Mai bis Ende Juni in den Baboren ausgeführten Operationen. Durch eine Reihe von Niederlagen überzeugt, daß ein längerer Widerstand nur ihren Untergang herbeiführen könnte, haben die ununterworfenen Kabylenstämme Friedensanträge gestellt. Während der Verhandlungen und bis die Bedingungen des Aman erfüllt seyen, wurden neue Straßen angelegt, was es den Franzosen möglich macht, in kürzester Zeit und ohne Mühe von Setif aus in Mitte der Baboren-Stämme zu erscheinen und die Ruhe in diesen Gegenden aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig ist durch dieselbe Straße den Produkten des inneren Landes, namentlich den Cerealien, ein Weg nach dem Meere geöffnet, um von da, zum großen Vortheile der Bevölkerungen von Djidelly und Bugie, nach Frankreich versendet zu werden. Diese beiden Gegenden werden durch diese neuen Abzugswege sicherlich bald eine bedeutende Entwicklung gewinnen.

Spanien.

Madrid, 6. August. Die Generale Echague und Garcia sind zu Großkreuzen spanischer Militärorden ernannt und die Generale Zapatero, Marchessi, Macrohan und Mantillon zu Generallieutenants befördert worden. — Zu Rioseco wurden drei Brandstifter hingerichtet. — Der General Ros de Olano hat die Generaldirektion der Infanterie übernommen. (Fr.Pstz.)

Italien.

Turin, 4. August. Die Sammlung zur Beschaffung von hundert Kanonen für die neuen Festungswerke von Alessandria ist in vollem Gange, und alle Körperschaften betheiligen sich dabei. Die Munizipalität von Turin hat in ihrer Sitzung vom 2. d. zu diesem Zweck 2000 Fr. ausgeworfen; die Kollekten in den Bataillonen der Nationalgarde fallen reichlich aus, und auch in den Provinzen erheben sich Prediger für die Ausrüstung des „italienischen Bollwerks". Die uralten Todfeinde Friedrich Barbarossa's, die oberitalienischen Städte, zeigen auf's neue die Zähne, und eine jede will dem deutschen Helden gramer gewesen seyn. Die alten Devisen ihrer Städtewappen sind zumeist die Begleiterinnen der Spenden, und der Gedanke einer Städte-Union wird nahe gelegt. Doch mag der alte Rothbart ruhig im Kyffhäuser weiter träumen; es hat noch keine Gefahr; es gibt selbst Italiener, die glauben, es stäcke viel Phraseologie hinter der Sache. — In Betreff des neuesten Putschversuchs stellt es sich heraus, daß das Vorhaben schon seit Wochen bekannt war, und daß es lediglich Mazzinisten und nichts weniger denn österreichische Provokateurs waren, welche dazu aufforderten. Dieses gesteht dieselbe Opinione, die anfänglich die Tollheit steif und fest auf österreichische Rechnung schrieb. Sie gibt sogar zu verstehen, daß Mazzini noch an der Riviera weilt, und auf eine Repetition dieser Heldenthat studirt. In Carrara selbst ist es seither völlig ruhig; leider sind die Gemüther immer sehr aufgeregt, und es fiel die letzten Tage wieder ein neues Opfer der Parteiwuth und der Dolchtheorie. Nach der Versicherung des „Corriere mercantile" ist dieses seit zwei Jahren der 130ste, sage ein hundertdreißigste politische Mord, der in den Herzogthümern verübt wurde. Und da wird Manin von den hiesigen Blättern auf's bitterste angefeindet, wenn er seinen Landsleuten vor allen andern Nationen die Handhabung der feigen Waffe des Dolches zum Vorwurf macht. Ist es möglich, daß andere Völker, Angesichts einer solchen Notiz, vor der italienischen Nation Achtung haben können? Wollte Gott, man könnte den „Corriere mercantile" Lügen strafen! (A. Z.)

Rußland und Polen.

Der „Oesterr. Ztg." schreibt man aus Stockholm, vom 29. Juli: „Aus Finnland erfahren wir, daß in Folge von Denunziationen, welche seit dem Frieden recht schwunghaft dort betrieben wurden, zahlreiche Verhaftungen sowohl in Städten als auf dem Lande vorgenommen wurden."

Handels- und Börsen-Berichte.

Stettin, 1. August. Unsere hiesigen Zucker-Raffinerien, welche wegen Expedirung früherer Ordres immer noch zu keinen Vorräthen gelangen können, halten fest auf Preisen und verlangen für Raffinaden 22¾ a 24½ Thlr., Melis 22¼ a 23 Thlr., Lompen 22 a 22½ Thlr., Farin 16½ a 22 Thlr. nach Qualität. Inzwischen räumt die zweite Hand ihre Vorräthe zu etwas mäßigeren Preisen als vorstehende rasch auf. Der Artikel befindet sich in einer durchaus günstigen Lage, und läßt sich für die nächsten Monate eine fernere Steigerung mit Bestimmtheit erwarten. In Rohzucker auf Lieferung aus nächster Kampagne sind keine weiteren Abschlüsse bei den hohen Forderungen der Eigner zu Stande gekommen. Syrup, Kölner 12¾ Thaler gehalten, Königsberger war gefragt und mit 11¾ a 12 Thlr. bezahlt.

Magdeburg, 5. August. Die Erntearbeiten wurden bisher von der Witterung, die trocken und warm verblieb, sehr begünstigt, Roggen ist fast überall geschnitten und eingescheuert, von Gerste ist auch bereits ein großer Theil geschnitten und Waizen und Hafer gehen ihrer Reife schnell entgegen. Man hat in diesem Jahre in der hiesigen Feldmark ungewöhnlich viel Frühkartoffeln ausgebaut, welche gute Frucht und reichlichen Ertrag brachten, es wird dies hoffentlich bei den Spätkartoffeln auch der Fall werden, da von Krankheit noch keine Spuren zu finden sind. Im Getraide-Geschäft geht es sehr still zu, man sieht nur Konsumenten den nöthigen Bedarf decken und erwartet später einen größern Rückgang in den Preisen; vom Lande kommt fast gar nichts zu Markte und auch von neuem Roggen und Gerste kommen bis jetzt nur unbedeutende Pöstchen. Die Preise von allen Sorten Getraide lassen sich schwer aufgeben. Für Waizen ist der nominelle Preis 80 a 96 Thlr., für Roggen 58 a 64 Thlr., für Gerste 52 a 58 Thlr., Hafer 32 a 35 Thr. Hülsenfrüchte räumen sich komplett zu früheren Preisen auf. Von Erbsen erwartet man guten Ertrag, nicht so von Bohnen und Linsen, die durch Kälte und Nässe im Frühjahr gelitten haben. — Oelsaaten werden auf dem Lande stark aufgekauft und werden sich schnell aufräumen, für Rübsen wird 112 a 115 Thlr., für Rappsaat bis 120 Thlr. pr. Wspl. angelegt, die noch im Felde stehende Sommersaat verspricht bis jetzt einen guten Ertrag, von Dotter ist hier wenig angebaut. Von Schlagleinsaat ist noch ein Posten a 74 Thlr. am Platze. Neuer Mohnsaamen wird in der zweiten Hälfte dieses Monats am Markte erwartet. Mit rohem Rüböl ist es im Preise sehr fest auf 18¾ Thlr. verblieben, raffin. Oel 19½ Thlr, Leinöl 15 a 15½ Thlr., Mohnöl 22 a 22½ Thlr., Baumöl 19 a 20½ Thlr. transito pr. Ztr.

London, 4. August. Getraide. Das Wetter bleibt sehr heiß und daher äußerst erwünscht, um die Ernte in dem besten Zustande einzubringen; an vielen Orten hat man mit dem Schneiden schon begonnen. Wir hatten heute eine bedeutende Zufuhr von englischem Waizen am Markte, welcher mit dem unverkauften Quantum von voriger Woche eine große Auswahl bildete. Die Faktoren würden sich willig zu einem Preisabschlage von 10 s. bequemt haben, um Verkäufe zu bewirken, allein die Müller begnügten sich mit dieser Preiserniedrigung nicht und rechneten auf nahe an 15 s., weßhalb kaum ein Handel zu Stande gekommen ist. In fremdem Waizen ist

sehr wenig umgegangen und das wenige, was begeben wurde, geschah zu einer Preisreduktion von 5 a 6 f. Schwimmende Ladungen müssen 4 f. niedriger als im vorigen notirt werden. Faßmehl 1 a 2 f. und Sackmehl 5 f. wohlfeiler. Schöner Hafer behauptete die Montagspreise, geringe Sorten aber waren 6 d. a 1 f. niedriger.

† Amsterdam, 4. August. (Privat-Korrespondenz.) Kaffee-Auktionen der Niederländischen Handels-Maatschappy. Am 1. Sept. in Amsterdam, 288,804 Ballen in Java in Amsterdam, 33,913 B. in Dortrecht gelagert; am 4. Septbr. in Rotterdam, 205,111 Ballen Java, 5736 B. Padang in Rotterdam gelagert, 28,257 B. Java in Schiedam gelagert; am 9 Septbr. in Middelburg, 63,129 B. Java in Middelburg gelagert; zusammen 624,950 Ballen; welche Quantitäten noch mit Zufuhren bis zum 10. d. einschließlich auf ein Total-Quantum von 675,000 Ballen erhöht werden können. Die Maatschappy gibt zugleich die Versicherung, keine weiteren Kaffees vor den gewohnten Frühjahrsauktionen an den Markt zu bringen. Ausnahme hiervon macht eine Partie Ceylon-Kaffee von ca. 2200 B. und 775 Faß, die von der Maatschappy erwartet wird, worüber sie sich freie Disposition vorbehält, und die sie bei zeitigem Eintreffen den Auktionen beifügen wird. Die Muster der gelöschten Kaffees werden am 9. d. ausgegeben.

Frankfurt, 9. August. Oesterreichische Bank- und Staatseisenbahnaktien wurden höher verhandelt, während bayerische Ostbahnaktien billiger abgegeben wurden. Das Geschäft war im Ganzen nicht belebt.

Norddeutsche Bankaktien in Hamburg wurden zu 106 verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 $83\frac{3}{8}$ P. $83\frac{1}{8}$G. 5pCt Lombard-Ven. $90\frac{1}{2}$ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. $81\frac{3}{8}$ P. $81\frac{1}{8}$G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. $89\frac{1}{2}$ G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $71\frac{7}{8}$ P. $71\frac{5}{8}$ G.; à 4pCt. $63\frac{1}{2}$ P. 63 G.; à 3pCt. $48\frac{1}{2}$ P. 48 G.; à 1pCt. $16\frac{3}{4}$ P. $16\frac{1}{4}$G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen $59\frac{1}{8}$ P. $58\frac{5}{8}$ G. **Preussen.** $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine $87\frac{1}{4}$P. $86\frac{3}{4}$ G. **Bayern.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. $88\frac{5}{8}$ G.; 4pCt. $91\frac{3}{4}$P. $91\frac{1}{4}$G.; 4pCt. Grundrente $95\frac{1}{2}$ P. 95 G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $101\frac{1}{4}$P. $100\frac{3}{4}$G.; 5pCt. $101\frac{1}{4}$P. $100\frac{3}{4}$ G. **Würtemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. 91P. $90\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{1}{2}$ P. $102\frac{1}{4}$G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{1}{2}$P. 92 G.; à 4pCt. $99\frac{3}{4}$P. $99\frac{1}{4}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. 102 P. $101\frac{1}{2}$ G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 90 P. $89\frac{1}{2}$ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $84\frac{1}{4}$P. —G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{3}{4}$P. $92\frac{1}{4}$G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $39\frac{1}{2}$ P. $39\frac{1}{4}$ G.; 1pCt. neue $21\frac{11}{16}$P. $21\frac{9}{16}$G. **Holland.** Integrale 64 P. $63\frac{1}{2}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1289P. 1284G. Neue Bankaktien 411 P. 409 G. Credit-Actien à 5pCt $237\frac{1}{2}$P $235\frac{1}{2}$G. Darmstädter Bankaktien alte $415\frac{1}{2}$ P. $413\frac{1}{2}$ G.; junge $361\frac{1}{2}$ P. $359\frac{1}{2}$ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 553 P. 548 G. Mitteldeutsche Creditbank $108\frac{3}{4}$ P. $108\frac{1}{4}$G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $118\frac{3}{8}$P. $117\frac{7}{8}$G. Frankf. Bankaktien $119\frac{3}{4}$ P. $119\frac{1}{2}$G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. $287\frac{1}{2}$P. $285\frac{1}{2}$G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $147\frac{1}{2}$P. 147 G. Neustadt-Weissenb. $110\frac{7}{8}$ P. $110\frac{3}{8}$G. $4\frac{1}{2}$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien $104\frac{1}{8}$ P. $103\frac{7}{8}$ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 63 P. $62\frac{1}{2}$ G. Taunus-Aktien 342 P. 331 G. Hanauer Eisenb.-Aktien $85\frac{1}{4}$ P. $84\frac{3}{4}$ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $83\frac{3}{4}$P. $83\frac{3}{8}$G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $100\frac{3}{4}$ P. $100\frac{1}{4}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 $118\frac{1}{4}$P. $117\frac{3}{4}$G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $104\frac{1}{2}$ P. 104 G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $113\frac{1}{2}$ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 $49\frac{1}{4}$P. 49G. Darmst. Loose à fl. 50 $115\frac{3}{4}$ P. $115\frac{1}{4}$ G. à fl. 25 $34\frac{1}{8}$P. $33\frac{7}{8}$G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. $40\frac{1}{8}$ P. $39\frac{5}{8}$ G. Nass. Loose à fl. 25 33 P. $32\frac{3}{4}$G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. $87\frac{3}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. $100\frac{1}{4}$P. 100 G.	Lond. Lst 10 k. S. $118\frac{5}{8}$P. $118\frac{3}{8}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{8}$P. $119\frac{7}{8}$G.	Cal. i. S. Lt. 250 k. S. $100\frac{3}{4}$P. — G
Berlin Thlr. 60 k. S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Paris Frs. 200 k. S. $93\frac{3}{4}$P. $93\frac{1}{2}$G.
Cöln Thlr. 60 k. S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Lyon Frs. 200 k. S. $93\frac{5}{8}$P. $93\frac{3}{8}$G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. $96\frac{1}{4}$P. 96G.	Wien fl. 100 C. k. S. $116\frac{7}{8}$P. $116\frac{5}{8}$G.
Hamb. MB. 100 k. S. $89\frac{3}{8}$P $89\frac{1}{8}$G.	Wien 3 M. mit 4% $116\frac{3}{4}$P. $116\frac{1}{2}$G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. $104\frac{5}{8}$P. $104\frac{3}{8}$G.	Disconto — P. 4pCt. G

Wien, 8 August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{1}{16}$; 5pCt. Metall. $84\frac{1}{2}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 $123\frac{1}{2}$; von 1854 $106\frac{3}{8}$; Bankaktien 1097; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $383\frac{1}{2}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 600; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien $287\frac{1}{2}$. Wechselkurse: Augsburg uso $102\frac{7}{8}$. London 10. $2\frac{1}{2}$. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München, 8. August. (Privat-Korrespondenz.) Se. k. Hoh. Prinz Luitpold wird das Kommando der ersten Armee-Division erst in einigen Wochen antreten, da derselbe als bisheriger Chef der Artillerie vorerst noch die diesjährigen Artillerie-Inspektionen hier, in Augsburg und Ingolstadt vornehmen wird. Der bisherige Kommandant der 1. Armeedivision, Generallieutenant v. Flotow, wird dagegen sofort das Kommando der 4. Armeedivision in Würzburg antreten, weßhalb heute der Brigadier und Generalmajor v. Ott, einstweilen das Kommando der 1. Armeedivision übernommen hat. — Da Se. Maj der König seinen Aufenthalt in Unterfranken verlängert hat und vorerst noch nicht hieher zurückkehrt, so ist die auf den 10. d. anberaumt gewesene Beeidigung der beiden neuen Bischöfe verschoben werden.

Paris, 7. August. Marschall Pelissier ist heute um drei Uhr hier eingetroffen und wurde auf dem Straßburger Bahnhofe von den Generalen, die in Paris anwesend sind, empfangen. Der Marschall hat sein Quartier im Kriegsministerium genommen. Die schnelle Rückkehr des Marschalls hat hier einige Verwunderung erregt. Man sagt nicht Herzog von Sebastopol, sondern „Marschall Herzog Pelissier". (K. Z.)

Turin, 4. August. Dem „Cattolico" zufolge hat man in Novara ebenfalls Waffen und Schießbedarf, die für den Sarzaner Putsch bestimmt waren, weggenommen. Auch ist diesem Blatte aufgefallen, daß sich zur Zeit des hirnlosen Versuchs die Gesandten Englands und Frankreichs in der Riviera, d. h. dem Schauplatz selbst ganz nahe befanden. Ein anderes klerikales Blatt will wissen, unsere Regierung habe dem Herzog von Modena 2000 Mann Hülfstruppen zur Aufrechthaltung der Ruhe in seinen Staaten angeboten.

Aus Petersburg, 2. August, wird dem „Nord" geschrieben: „Das Ereigniß des Tages ist die offizielle Bestätigung der definitiven Ernennung des Grafen Kisseleff zum Gesandtschaftsposten in Paris. Das „Journal de St. Petersbourg" meldet dieselbe mit dem Zusatze: „„Bis zu seiner Abreise bleibt derselbe mit Führung des Domainen-Ministerium betraut."" — Die Krönung ist bestimmt bis zum 7. Septbr. vertagt. Fürst Paul Esterhazy traf heute hier in Petersburg ein."

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 222.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 11. August 1856

Deutscher Bund.

Frankfurt, 7. August. Es wurde von Zeitungen mitgetheilt, die Bundesversammlung habe in ihrer letzten Sitzung beschlossen, daß Rastatt ein verschanztes Lager und nicht bloß eine Festung sey. Ich glaube Ihnen mittheilen zu können, daß es sich bei dieser Angelegenheit hauptsächlich um die Befestigung des sog. Rastatt dominirenden Retherer Bergs handelt, also um den Bau eines die Festung deckenden starken Außenfort, dessen Nothwendigkeit aus strategischen Gründen allgemein anerkannt worden ist. Ueber weitere große Bauten, wie die Umwandlung der ganzen Festung in ein verschanztes Lager, wurde nichts beschlossen, etwaige später dahin zielende Anträge vielmehr weitern neuen Verhandlungen vorbehalten. (A. Z.)

Bayern. München, 9. August. Die Bestätigung der Wahl des Professors v. Lasaulx zum Rektor der Universität München, sowie der Senatorenwahlen ist bereits erfolgt. Die Stimmzettel wurden diesmal vom Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zur Einsicht abverlangt, nicht ohne Protest von Seite der Universität, da der bisherige Usus nichts davon weiß. (N. K.)

Der „Münchner Bote“ enthält Folgendes: „In Bezug auf eine von der Berliner „Börsen-Zeitung“ ausgegangene Nachricht sind wir im Stande, Folgendes zu erwidern: „Den in russischen Diensten stehenden deutschen Doktoren ist von der betreffenden Regierung niemals eine lebenslängliche Pension in Aussicht gestellt worden. Laut des von denselben bei ihrer Aufnahme eingegangenen Kontraktes steht es ihnen nach beendigtem Kriege frei, gegen Entschädigung des Reisegeldes heimzukehren oder im Militär- oder Civil-Medizinaldienste des russischen Kaiserreichs zu verbleiben. Dies letztere ist denn auch, wie wir bestimmt wissen, erfolgt, und zwar mit Erhöhung ihres bisherigen Ranges. Ebenso unwahr ist es, daß die Mehrzahl derselben gegenwärtig auf dem Punkte stehe, nach Deutschland zurückzukehren, um so mehr, als so manche derselben in Rußland bereits durch Verheirathung mit Töchtern des Landes ihre bleibenden Wohnsitze aufgeschlagen haben. Dies zur Steuer der Wahrheit.“

Preußen. Berlin, 8. August. Die in dem Vehse'schen Werk erwähnte „hochstehende Persönlichkeit“, deren Entfernung jetzt von sich reden macht, hat, wie es heißt, den preußischen Kriegsdienst quittirt. Die zurückgelassenen Wechselschulden belaufen sich auf 100,000 Thaler; dem Vernehmen nach werden den Gläubigern 40 pCt. geboten. Es mag übrigens bei dieser Gelegenheit erwähnt werden, daß fast gleichzeitig zwei andere Garde-Offiziere, die freilich keiner fürstlichen, aber doch sehr angesehenen adeligen Familien angehören, in der Form eines Urlaubs mit Hinterlassung von einigen 30,000 Thlrn. Schulden, nach Amerika gegangen sind. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 7. August. Der „Messager de Bayonne“ erklärt die Reise des Prinzen Louis Lucian Bonaparte nach Biscaya folgendermaßen: „Prinz Louis Lucian Bonaparte hielt sich einige Zeit in den französischen und spanischen Basken-Provinzen auf, um an Ort und Stelle die Dokumente und seltenen Aufschlüsse zu sammeln, deren er bedarf, um die letzte Hand an die beiden wichtigen Werke zu legen, die der Prinz veröffentlichen will. Nach seiner Rückkehr nach Paris wird der Prinz mit Herausgabe des Evangelium des heil. Mathias in baskischen Dialekten beginnen; dann eine prächtige Karte der Gegenden veröffentlichen, wo das Baskische noch gesprochen wird. Jeden Tag — fügt dasselbe Journal bei — vereinigt der Prinz an seiner Tafel zu Saint-Jean de Luz Repräsentanten der zahlreichen in Spanien und Frankreich bestehenden Mundarten. Mehr als einmal kam es vor, daß die Gäste, obwohl sie alle baskisch sprachen, sich aneinander nicht verstanden; aber der Prinz konnte, Dank der tiefen Kenntniß aller Dialekte, denselben stets in ihrem eigenen Idiom das Wort und den Gedanken erklären, der ihm in dem nachbarlichen Idiome unverständlich war.

Paris, 7. August. Man hat entdeckt, daß eine sehr bedeutende Anzahl falscher Hundert-Franksnoten der Bank im Betrag von vielen Millionen in Umlauf gesetzt wurden. Sie ähneln den ächten auf das täuschendste. Unter hundert Noten von diesem Betrag, welche ein Handlungshaus zur Auswechslung in die Bank geschickt hat, fand man nicht weniger als 85 nachgemachte. Alle Sicherheitsbehörden fahnden nach den Fälschern, von denen noch keine Spur zu entdecken war. (A. Z.)

Paris, 10. August. Der Kaiser ist zu Paris angekommen. (T.D.d.A.Z.)

Spanien.

Paris, 8. August. Die letzten offiziellen Nachrichten aus Barcellona melden, daß sich dort gar keine Insurgentenbanden mehr befinden. Ein Theil derselben hat sich nach Frankreich begeben, und die übrigen haben sich nach Arragonien geflüchtet. Eine der letzten Banden, 200 Mann stark, hatte sich der Stadt Fraga bemächtigt, mußte dieselbe aber wieder verlassen, da sie von dem Korps des Brigadiers Maldanado verfolgt wurde. Diese Bande, und eine zweite, aus Saragossa, die 300 Mann stark ist, sind diesem Berichte zufolge jetzt die einzigen, welche die Ruhe Spaniens stören. Man hat hier noch immer keine Einzelheiten über die Uebergabe von Saragossa. Es scheinen jedoch bis am Tage vor der Uebergabe keine ernsten Unruhen in dieser Stadt vorgefallen zu seyn. Am Tage des Einzugs der Truppen veröffentlichte die Junta folgendes, jedenfalls sehr merkwürdige Aktenstück:

„Die oberste Vertheidigungs- und Bewaffnungs-Junta der Provinz Saragossa hat aufgehört, zu bestehen. Sie hat sich unter der edlen Inspiration gebildet, die Freiheit, welche sie bedroht glaubte, zu vertheidigen. Sie erhielt diese Stadt in der bewunderungswerthesten Ordnung, und sie arbeitete aufs eifrigste an der Vertheidigung des Platzes für den Fall eines Angriffes. Später, als sie erfuhr, daß die Nation auf ihre erste Erhebung nicht geantwortet hatte, und daß „das Kabinet O'Donnell die Freiheit nicht in Gefahr bringe, sondern im Gegentheil sie gegen ihre anerkannten Feinde beschützen wolle“, hielt sie es für ihre Pflicht, einen fruchtlosen und zwecklosen Kampf nicht fortzusetzen und die Ehre Saragossa's im Einverständniß mit dem neuen Generalkapitän der Provinz sicher zu stellen. „Die Nationalgarde von Saragossa wird nicht aufgelöst werden, aber alle, welche Delikatesse und Ehre haben, werden begreifen, daß man kein Korps aufrecht erhalten kann, das sich gegen eine anerkannte Regierung erhoben hat.“ Die Nationalgarde von Saragossa wird diese Pflicht nicht unerfüllt lassen; diejenigen, welche sie kennen, können es versichern. Heute besteht der Patriotismus und die Ehre darin, die Waffen niederzulegen. Die Junta ertheilt diesen schmerzlichen Rath, und sie hofft, daß die Nationalgarde das Schicksal derjenigen theilen wird, die bis heute ihr Führer in dieser kurzen, aber interessanten Periode unserer Revolutionen gewesen ist. Saragossa, 31. Juli 1856. Der Präsident, Falcon. Der Sekretär, Emilio Miro.“

Der General Falcon ist bekanntlich bereits in Frankreich angekommen. Derselbe begab sich zuerst nach Pau, ist jedoch jetzt von der französischen Regierung in Tours internirt worden. Die Hauptschwierigkeit bei den Unterhandlungen war das Schicksal des Generals Falcon. Die Regierung drang auf dessen Stellung vor das Kriegsgericht. Die Junta, im Widerspruche mit dem bedrohten General selbst, der kein Hinderniß der friedlichen Ausgleichung seyn wollte, erklärte, den Kampf aufzunehmen, wenn nicht allen Betheiligten ohne Ausnahme gänzliche Straflosigkeit zuerkannt würde. Der General Dulce berichtete der Regierung am 31. Juli, daß sich die Saragossaer in die-

sem Punkte unbeugsam zeigten, und daß ihm also nichts übrig bleibe, als zu kämpfen oder nachzugeben. „Dann geben Sie nach," lautete die Antwort der Regierung. (K. Z.)

† Madrid, 2. August. Die „Epoca" sagt, daß man gestern eine große Anzahl verabschiedeter Soldaten in den Straßen Madrids sah, die stolz das durch ihren Muth eroberte Isabellen-Kreuz trugen. Die „Espana" sagt, daß, sobald der Herzog de la Vittoria Kenntniß von der Uebergabe Saragossa's hatte, er sich an die Regierung Ihrer Maj. wendete und um einen Paß nach Logrono bat. Das Gouvernement ließ ihm denselben sogleich zustellen, was zu der Vermuthung veranlaßt, daß der Herzog baldigst abreisen wird. Es scheint, daß der Herzog bei der Königin um eine Abschieds-Audienz nachgesucht hat. Demselben Journale zufolge hat man mit den Arbeiten zum neuen Artillerie-Park begonnen, für welchen die Cortes die Fonds genehmigten. Auch scheint es, daß man in den gesündest gelegenen Quartieren von Madrid mehrere Kasernen zu bauen beabsichtige. Alle seit 3 Tagen verhaftete Personen mit Ausnahme der Herren Merele und Goicieria, welche vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen, sind — der „Epoca" zufolge — in Freiheit gesetzt worden. Diesen Morgen, erzählt dasselbe Journal, vertheilte man kleine geschriebene Zettel, worin den Bewohnern Madrids angezeigt wurde, daß die Uebergabe Saragossa's unwahr sey, und 40,000 Mann in dieser Stadt seyen. Zwei Individuen, welche sie vertheilten, wurden verhaftet. Zur Hochzeit der Infantin und des Prinzen Adalbert sollen Deputationen der Cortes, der Grandezza, der Armee und aller hohen Korporationen eingeladen werden. — Die Regierung hat noch nicht entschieden, wer Hrn. Luzuriaga im Ministerium der Justiz ersetzen soll. Man glaubt, daß die Regierung den Staatsrath wieder herstellen werde. — An vielen Orten werden die Waffen sogar mit sichtbarem Vergnügen abgegeben. — Die „Gacetta" berichtet, daß am 29. Juli die Zahl der in Barcellona begrabenen Opfer der dortigen Vorfälle 279 betrug. Truppen-Detachements streifen in den Gebirgen.

Madrid, 9. August. Der neuernannte Gesandte zu Paris, General Serrano, hat seine Abreise nach Frankreich hinausgeschoben. (T.D.d.A.Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Nach Berichten aus Konstantinopel vom 28. Juli ist dort die Rede davon, außerordentliche Kommissäre mit unumschränkten Vollmachten und genügenden Truppen in die Provinzen zu schicken, namentlich um die Ausführung aller Dispositionen des Hatti-Humayum zu veranlassen. Auf allen Linien, welche mit den elektrischen Telegraphen in Verbindung stehen, hat der Verkauf der Zehnten einen Mehrertrag von über 100 Millionen Piaster ergeben, da die rasche Communikationsweise die Konkurrenz erleichterte und die Konstantinopolitaner Spekulanten sich an den Versteigerungen zu Adrianopel, Schumla, Silistria und der ganzen Linie mittelst des Telegraphen betheiligen konnten. Dieses Resultat veranlaßte die Minister Befehl, zur Herstellung neuer und zur Verlängerung alter Linien zu ertheilen.... Die Regierung ist wegen Ankaufs des englischen Krim-Eisenbahnmaterials in Unterhandlung, das man zu einer Linie von Pera nach Bujukdere verwenden wollte. Man hielt die Angelegenheit für beendet, aber es scheint, daß sich dem Abschlusse Schwierigkeiten entgegenstellten. Die Regierung beschäftigt sich fortwährend mit der finanziellen Lage, man glaubt noch immer, daß die Herren Rothschild in den zu ergreifenden Operationen den Vorzug haben werden. Die Räumung des türkischen Gebiets geht rasch vorwärts; eine am 26. Juli bei der Pforte eingelaufene telegraphische Depesche zeigt an, daß die letzten französischen Soldaten Adrianopel und Varna an diesem Tage verlassen hatten. Auch in Konstantinopel war Alles bereit und man erwartete zur vollständigen Einschiffung nur noch Befehl von Paris. Was noch vom tunesischen Kontingent in Konstantinopel war, ist, mit Ausnahme einiger bei dem bekannten Kriminalprozesse betheiligter Individuen, am 26. abgegangen. Die Engländer sind, außer einigen Administrationsbeamten, gleichfalls fort und Admiral Lyons sollte Konstantinopel mit den wenigen Fahrzeugen, die er bei sich behielt, in wenigen Tagen verlassen. Reschid Pascha ist zurückgekommen und nicht nur von seinen Freunden, sondern auch von den meisten hohen Beamten besucht worden. — Die Soldaten der griechisch-slavischen Legion, 2—300 an der Zahl, welche in Rußland dienten, und nach erhaltenem Abschiede nicht in Griechenland landen durften, sind im Seraskierat eingesperrt, bis über ihr Schicksal entschieden seyn wird. Diese sind alle griechische Rayas mit meist wenig ehrenvollen Antezedentien. Nach Art. 5 des Pariser Vertrags können diese Individuen wegen ihrer Betheiligung an den Kriegsereignissen nicht verfolgt werden; da es aber fast durchgängig nicht empfehlenswerthe Leute sind, so sucht die türkische Regierung sich ihrer zu entledigen, indem sie Rußland veranlassen will, sie in seinem Dienste zu behalten. — Halil-Bey, Sohn Scherif-Pascha's, geht als Minister nach Athen, da Ab-Nehad-Effendi definitiv zum Defterdar zu Smyrna ernannt ist.

Konstantinopel, 9. August. Der russische Kommandant von Kars hat den türkischen Behörden angezeigt, daß er bereit sey, den Platz ihnen zu überliefern. Anapa ist von den Russen besetzt worden; die Einwohner sind entflohen. (T.D.d.A.Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

† Amsterdam, den 4. August. (Privat-Korrespondenz.) Unser Kaffeemarkt zeigt in der letzten Zeit in Folge stärkerer Bedarfsfrage merkliche Besserung, und dieselbe dürfte bei den sehr reduzirten Vorräthen in zweiter Hand und anhaltender Frage noch weitere Fortschritte machen. Gut ord. grün Java Nr. 11, 12 A ꝛc. der letzten Auktion ist a $32\frac{3}{4}$ cs. gesucht, blanke Sorten sind äußerst selten und nur zu hohen Preisen zu finden, sowie überhaupt die Auswahl sehr gering ist. Am 31. po. waren auf Zettel nur noch 54,045 B. Java übrig.

Der heutige Anschlag der Herbstauktionen umfaßt Quantitäten, wie man sie nach der früheren Ernteaufgabe erwartet hatte. Dieselben erscheinen zugleich in jeder Hinsicht den Verhältnissen angemessen, indem sie dem regelmäßigen Bedarf reichlich genügen und doch nicht so groß sind, um erwarten zu lassen, daß starke Lager später auf unsere Lager drücken werden. Wir haben bei rechtzeitigem Eintreffen der erwarteten Schiffe für das Geschäft bis zum nächsten Frühjahr:

675,000 Ballen Herbstauktionen.
54,045 „ Zettelvorrath am 31. Juli
729,045 Ballen gegen.
643,107 Ballen Herbstauktionen.
29,815 „ Zettelvorrath am 31. Juli.
672,922 B. 1855, 673,002 B. 1854, 723,032 B. 1853.

Die ruhige Weise, in der das Kaffeegeschäft seit langer Zeit betrieben wurde, indem sich Spekulation ganz festhielt und man den Artikel ganz seinem natürlichen Gang überließ, läßt erwarten, daß auch in den Herbstauktionen Preise bezahlt werden, die in der Lage begründet sind. Wenn dieselben bei dem zunehmenden Verbrauch von Kaffee und kleinen Lagern im Innern auch kaum merklich niedriger als die jetzigen seyn, und wenig nutzbare Fluktuationen zulassen dürften, so bieten sie doch, als in den Verhältnissen gerechtfertigt, dem Handel eine sichere Grundlage. — Nach offizieller Aufgabe wird die diesjährige Ernte von Java auf 928,857 B. für die Regierung und 49,210 B. für Private geschätzt, gegen einen Ertrag von ca. 1102/m B. und 90/m B. im vorigen Jahr. Es scheint demnach, daß durch die lange Dürre hauptsächlich die niedriger gelegenen Privatpflanzungen gelitten haben. — Ueber das Sortiment der Auktionen werden wir sie bei Musterausgabe unterhalten.

Von Padang sind in Rotterdam 5/m B. eingetroffen, aber noch nicht am Markt. Es verdient bei Uebersicht der Lage Beachtung, daß von Privat-Javas und Padangs sehr wenig an unsere Märkte kommt.

Rio-Kaffe dürfte bei dem bedeutenden Preisunterschied gegen Java viel Beachtung verdienen, und es zeigt sich auch bereits viel Frage. Der große Ausfall in den Abladungen von Rio nach Europa gegen voriges Jahr wird sich bald fühlbar machen. Wir besitzen aus den letzten Abschlüssen per „Ata Thor" einige Pöstchen ord. a 23 bis 24 cs., reel ord. dunkelfarbig bis freundlich a 25—26 cs., gut ord. $26\frac{1}{2}$—$27\frac{1}{2}$ cs, fein ord. a 28—29 cs.

Frankfurt, 10. August. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. $81\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Met. $71\frac{5}{8}$; Wiener Bankaktien 1282; 5pCt. Lomb. 90; Wiener Wechsel l. S. $116\frac{3}{8}$; 3pCt. inl. span. $39\frac{1}{4}$; 1 pCt. neue $24\frac{9}{16}$. Oesterr. Kreditaktien 236. Darmstädter Bankaktien $413\frac{1}{2}$. Bayerische Ostbahn $103\frac{7}{8}$. Luxemburger internationale Kreditbank 547.

Wien, 9 August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{9}{16}$; 5pCt. Metall. $84\frac{1}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. $73\frac{11}{16}$; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 — —; von 1854 — —; Bankaktien 1099; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $383\frac{3}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 599; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien $2872\frac{1}{2}$. Wechselkurse: Augsburg uso $102\frac{5}{8}$. London 10. $2\frac{1}{4}$. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 223. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 12. August 1856

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 8. August. Ueber die Sundzollfrage wird auch von Seiten unserer Regierung nichts eher geschehen, bis England seinen Entschluß kund gegeben hat. Daß eine Kapitalisirung derselben stattfinden soll, ist ziemlich allseitig anerkannt worden. Dagegen dürfte die, obwohl bedeutend herabgesetzte, dänische Forderung um so mehr auch in England noch immer viel zu hoch befunden werden, als dasselbe mehr denn die Hälfte daran zu zahlen hat. Preußen ist in der Reihefolge der Staaten, welche den Tribut entrichten sollen, der nächste; allein wir haben den Dänen eine bedeutende Gegenrechnung zu machen; und man beschäftigt sich jetzt mit genauer Feststellung dessen, was die Dänen seit langer Zeit zu viel bekommen haben. Kolberg und Cammin waren durch Privilegien vor dem Sundzoll geschützt, auch Stettin hat dergleichen geltend zu machen, woran die Herren vom Sunde aber längst sich nicht kehrten. Somit werden die speziellen Unterhandlungen nicht eben sehr leicht seyn, selbst im Fall das allgemeine Arrangement zum Abschluß gelangt. Die Dänen sind inzwischen erfreut über die Willfährigkeit aller Völker, den Zoll abzukaufen, verfehlen aber nicht, zumeist ihre eigene uneigennützige Großmuth zu preisen, die mit zwei Drittheilen dessen zufrieden ist, was ihnen, wie sie sagen, von Rechtswegen gebührt. Sie können doch damit die gesammte dänische Staatsschuld decken und ihre zerrütteten Finanzen in Ordnung bringen; mit der ihnen eigenen klugen Ueberlegung verfolgen sie dies Ziel als das beste, da sie sehr wohl wissen, wie der Sundzoll über kurz oder lang in den Stürmen verschwinden muß, und im Falle ihrer Unionspläne je zur Wahrheit werden sollen, nicht aufrecht erhalten werden kann. (Ztg. f. Ndd.)

Berlin, 6. August. Folgendes sind einige Anträge, die fast einstimmig von unsern Handelskammern an die Regierung gerichtet worden sind, und deren wenigstens theilweise Berücksichtigung im Interesse des gesammten deutschen Verkehrs seyn dürfte: Möglichstes Gewährenlassen des inländischen Unternehmungsgeistes und darum Aufhebung und resp. Modifizirung jener Gesetze, welche den Kapitalumlauf beschränken und besorgen lassen, daß Kapital und Kredit und die durch sie entstehenden Anstalten sich dem Auslande zuwenden werden; die Vermehrung der Drahtleitungen und die weitere Ermäßigung des Tarifes für telegraphische Depeschen, welche die Nutzbarmachung und damit die Einkünfte jenes Institutes nur erhöhen würden, und endlich die Errichtung von aus sachverständigen Mitgliedern kombinirten Handelsgerichten in allen verkehrsreichen Städten, da sich das Bedürfniß derselben immer dringender herausstellt. (Dresd. J.)

Freie Städte. Hamburg, 9. August. Der vom Kaiser von Oesterreich begnadigte hiesige Schneidermeister Ignaz Ruszczak empfing, wie hierher berichtet worden, die freudige Nachricht von seiner Befreiung am 4. d. in Olmütz, wo er sich in Haft befand, am 5. wurde er in Freiheit gesetzt und am 6. reiste er, mit einem Passe hierher versehen, von dort ab. Da jedoch seine Gesundheit gelitten hat, so wird er die Reise wohl schwerlich ohne Aufenthalt zurückzulegen im Stande seyn. Ruszczak, der bekanntlich von den Oesterreichern in Rendsburg verhaftet wurde, ist seit Mitte November 1851 von hier abwesend. Bis gegen Ende Februar 1852 brachte er in Altona im Gefängniß zu und wurde dann beim Abmarsche der österreichischen Truppen nach Wien abgeführt. Sein Mitgefangener in Rendsburg, ein unter dem angenommenen Namen Pataki bekannter ungarischer Emissär und früherer Advokat in Pesth, welcher von England hierher gekommen war, wurde in Wien standrechtlich erschossen. Die erste Nachricht von Ruszczak's Begnadigung gelangte am Mittwoch dieser Woche durch den Hrn. Generalkonsul E. Merck von Wien aus auf telegr. Wege an den hiesigen Syndikus Hrn. Dr. Merck, auf dessen Veranlassung die Polizeibehörde in geeigneter Weise Ruszczak's Frau von der frohen Botschaft in Kenntniß setzte. Die offizielle Bestätigung derselben überbrachte jedoch der hiesige österreichische Gesandte, Herr Baron v. Meusbengen, der freudig bewegten Familie des Begnadigten in eigener Person, indem er Nachmittag 6 Uhr, in Abwesenheit der Madame Ruszczak, deren Tochter mit einigen Worten herzlicher Theilnahme die so eben hier angelangte Nummer der „Wiener Zeitung“ vom 5. einhändigte, welche die amtliche Bekanntmachung des Gnadenaktes enthielt. (Hamb. N.)

Oesterreich. Wien, 4. August. Gestern hat hier eine Konferenz zwischen unserm Minister des Auswärtigen und dem neapolitanischen Gesandten, Fürsten Petrulla, stattgefunden, nachdem kurz vorher Baron Bourqueney eine längere Unterredung mit dem Grafen Buol gepflegen. Dem sizilianischen Gesandten an unserm Hofe ist nochmals auf das eindringlichste der Ernst der Situation dargelegt und auf das bestimmteste versichert, daß Frankreich sowohl wie England es ihrer Würde entsprechend halten würden, bei fortgesetzter Weigerung Neapels, auf die Wünsche der Westmächte Rücksicht zu nehmen, zunächst den diplomatischen Verkehr mit dem neapolitanischen Kabinet abzubrechen und sich die weiteren Schritte vorzubehalten. Graf Buol fügte hinzu, daß Oesterreich, nachdem es alle Mittel und Wege erschöpft habe, um eine Ausgleichung und Lösung herbeizuführen, sich außer Stande sehe, den eventuellen Schritten der Westmächte ein anderes als passives Verhalten entgegenzusetzen. Der Fürst Petrulla wurde nochmals auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welche die Zustände Neapels nicht für das Königreich beider Sizilien selbst, sondern für die ganze apenninische Halbinsel im Gefolge haben müßten, Gefahren, bei denen Oesterreich schließlich ein ruhiger Zuschauer nicht würde bleiben können. Der neapolitanische Gesandte zeigte sich von der Wahrheit der Bemerkungen Graf Buols tief durchdrungen, versprach Alles aufzubieten, was in seiner Macht stände, um die drohende Situation zu beschwören, und ließ durchblicken, daß das neapolitanische Kabinet bereits in seiner bisher inne gehaltenen Politik schwankend zu werden beginne und er daher nicht bezweifle, binnen Kurzem Ueberbringer wesentlicher Konzessionen zu seyn, welche den Wünschen der Westmächte in den Hauptpunkten entsprechend sich erweisen dürften. Nach dieser Unterredung sind sofort Depeschen aus dem Ministerium des Aeußern, sowie aus der Kanzlei der neapolitanischen Gesandtschaft nach Neapel expedirt worden. (B. B.-Z.)

Großbritannien.

London, 6. August. Die neueren Berichte aus Amerika, welche einstimmig dahin gehen, daß Buchanan's Kandidatur denn doch nicht so gesichert ist, wie seine Partei Anfangs geglaubt hatte, erregen in hiesigen Regierungskreisen kein geringes Wohlgefallen. Auch in Deutschland darf man sich mit gutem Recht für Fremont interessiren, denn mit seiner Erwählung zur Präsidentschaft wird der weitern Ausbreitung der Sklaverei in den Vereinigten Staaten zuversichtlich für längere Zeit eine Schranke entgegen gebaut. In ihm darf das gebildete Europa den Repräsentanten der freien Menschenwürde im „Welttheil der Zukunft“ erblicken. Das alte Deutschland wird der republikanischen Partei und ihrem Kandidaten Fremont seine Sympathieen nimmermehr versagen, nachdem auch das ausgewanderte junge Deutschland jenseits des Ozeans zu seiner Fahne geschworen hat. England aber hat noch einen andern Grund, sich für Fremont zu interessiren. Buchanan ist nicht nur ein Freund der Sklaverei, sondern ein erbitterter Feind Englands, und es wird an geheimen und offenen Fehden nicht fehlen, wenn er im weißen Hause von Washington Tafel hält. (Schw. M.)

London, 9. August. In New-York ist die Nachricht vom Abschluß eines wichtigen Handelsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Venezuela eingetroffen. (T.D.d.Nat.-Z.)

Frankreich.

Paris, 8. August. Die Oeffnung der russischen Häfen im schwarzen Meere, die wieder erlaubte Kornausfuhr aus den italienischen Staaten und der voraussichtliche Bedarf fremden Korns für Frankreich in diesem Jahre hat im Laufe einer einzigen Woche Schiffsladungen von fast 200,000 Hektoliter Getraide dahin geführt. Außerdem werden nach Marseille gerade jetzt die Munitions- und Rüststücke nicht nur unserer Armee, sondern auch die, in den Arsenalen von Sebastopol erbeutet wurden, transportirt. Privatbriefe, die vor uns liegen, machen von den letzteren ins Fabelhafte gehende Schilderungen. Alle Quais, heißt es, sind von russischen Geschützen, Kugeln, Flinten und sonstigen Armaturstücken voll; es ist, schreibt man, als ob ein Magazin, zur Welteroberung angehäuft, entleert worden wäre. (Ostd. Post.)

Paris, 5. August. Der Seinepräfekt, als Vertreter der Stadt Paris, hat gegen den bekannten Luftschiffer Godard einen Prozeß verloren. Das Faktum an sich ist schon nicht ohne Interesse, und das Plaidoyer, welches einen Nachklang des orientalischen Krieges bot, mag als Exempel dienen, welche Ansichten damals über die Haltung Deutschlands bei uns herrschten. Godard hatte von der Stadt den Auftrag erhalten, am 15. August 1854 einen Ballon mit vier allegorischen Figuren, Darstellungen von vier Nationen, gegen einen Betrag von 1600 Franken aufsteigen zu lassen. Die vier Nationen waren Frankreich, England, Türkei und Deutschland. Herr Godard ließ sich also einen vortrefflichen Ballon aus Wien kommen, ließ seine Frauenzimmer schön herausputzen und Alles war zur Abfahrt bereit. Aber im Moment, wo der Ballon steigen sollte, wurde auf höheren Befehl Deutschland auf die Erde gesetzt, denn es hatte die weitere Mitwirkung nach dem Rückzuge der Russen von Silistria verweigert. Nun kam aber eine dritte Macht, die bei der Luftfahrt auch ein Wort mitzureden hat. Gott Aeolus lüftete nämlich ein Bischen den Deckel seiner Höhle, der Wind wurde heftig und Godard erklärte, mit so viel Last, wie sie die drei Nationen bieten, nicht emporsteigen zu können, und ließ eigenmächtig die Türkei auf der Erde zurück und nur England nebst Frankreich nahmen den Flug ins Weite. Für die zurückgebliebene Türkei wollte nun die Stadt Paris 600 Fr. abziehen. Godard plaidirte force majeure, und die Stadt Paris, welche der Advokat Godards undankbar und unbarmherzig nannte, wurde vom Gerichte verurtheilt. Nur konnte man Herrn Godard die Beseitigung der Türkei nicht ganz verzeihen und er mußte sich 100 Fr. Abzug gefallen lassen. (Ostd. Post.)

° Paris, 9. August. In ihrer öffentlichen Sitzung vom 8. d. hat die Akademie der Inschriften und schönen Wissenschaften, den numismatischen Preis Hrn. François Lenormant für seinen „Essai de classement des monnaies d'argent des Lagides", und an den Konservator des Thorwaldsen'schen Museum zu Kopenhagen, Müller, für seine „Numismatique d'Alexander le Grand", zuerkannt. Für „Französische Alterthumsforschungen" erhielt die 1. Medaille Henri de Laplane für: „Les Abbés de Saint-Bertin d'après les anciens monuments de ce monastère." Die zweite Rabanis für: „Les Mérovingiens d'Aquitaine"; die dritte gemeinschaftlich Deloche für 2 Memoiren über die „Lémovices" und Louis Paris über seine: „Histoire et description de l'intérieur de l'église de Notre-Dame de Reims."

° Prinz Adalbert von Bayern traf gestern Abend, von Straßburg kommend, von vier Personen begleitet, in Paris ein. Se. k. Hoheit reist inkognito.

* Professor Regeard, vom Pariser Gerichtshof in der Studentenaffaire zu 4 Monaten Gefängniß und 100 Fr. Geldbuße verurtheilt, ist, nachdem er Cassation des Urtheils erlangt, vom Gerichtshof zu Rouen freigesprochen worden. Dieses Urtheil stützt sich auf den Umstand, daß den gesetzlichen Bestimmungen zuwider der öffentlichen Anklage wegen Beleidigung eines Staatsdieners keine Beschwerde dieses Letzteren vorangegangen war. Für die Debatten wurde auf Antrag des Staatsanwalts die Oeffentlichkeit untersagt.

° Die Wahlstimm-Zettel-Angelegenheit wurde bekanntlich der Ansicht des Kassationshofs entgegen von dem Lyoner Appellationsgerichte in einer der freien Vertheilung der Wahlbulletins günstigen Weise entschieden. Auf Grund der vom General-Prokurator zu Lyon eingelegten Verwahrung kam die Angelegenheit vor die Kriminalkammer des Kassationshofs, die sich jedoch in dieser Sache als nicht-kompetent erklärte und sie vor vereinigte Kammer verwies, welche diese Frage in corpore nun zum zweiten Male zu prüfen berufen ist.

° Marseille, 9. August. Mit der Ankunft von Getraide ist es still und der Stock nimmt zu. Der „Thabor" bringt Konstantinopler Nachrichten vom 31. Juli. Baron Talleyrand war von Bukarest, wo ihm zu Ehren ein großes Bankett stattgefunden hatte, daselbst angekommen. Eine Depesche hatte angezeigt, daß der Kriegsminister von Frankreich den barmherzigen Schwestern 300 Betten, sowie ein bedeutendes Material nebst Baracken zum Geschenk macht, die für die Kranken aller Nationen zu Konstantinopel dienen sollen. Die französische Intendantur hatte zahlreiche Vorräthe verkauft. Varna ist völlig geräumt. Ein Regiment Oesterreicher war zu Crajowa eingetroffen. Die polnische Legion kehrt nach Konstantinopel zurück, um daselbst verabschiedet zu werden; man versichert, daß die Soldaten dieser Legion an der Anlage von Landstraßen arbeiten werden. Admiral Stewart war am 29. mit 3 Dampfern nach dem schwarzen Meere abgegangen. Man versichert, daß er bis zur völligen Räumung von Kars und der Lösung der Streitfrage wegen der Schlangeninsel bei Baltschik kreuzen wird. Auch behauptet man, daß französische Dampfer sich hierbei der englischen Flottille hinzugesellen werden. In der otomanischen Pforte ist Ministerrath gehalten worden, wozu die englischen und französischen Admirale ebenfalls eingeladen waren.

° Die Ernteberichte aus dem Norden, Westen und Mittel-Frankreich lauten ausgezeichnet und auf den Getraidemärkten, welche bereits reichlich mit neuer Frucht befahren werden, läßt sich bereits ein Sinken der Preise wahrnehmen, das man als den Anfang zur Wiederherstellung eines Normalzustandes betrachten kann. Auch auf den Getraidemärkten zu Lille und Caen sanken die Fruchtpreise um 4 — 5 Fr. per Hektolitres. Uebrigens soll das neue Getraide so schön seyn, wie man dessen seit lange keines gesehen und das durchschnittliche Gewicht von 84 Kilogr. per Hektolitres spricht mehr als alle Commentare für diese Behauptung. Auch in der Umgegend von Havre sind die Ackerbauer sehr zufrieden und ein Sinken der Preise von 2 Fr. 81 bis zu 5 Fr. 50 Cent. per Sack von 200 Kilogr. ist auf allen Märkten des Rayons bereits eingetreten. Die Berichte von Mißernte u. dgl., welche gewisse belgische Blätter mit einer Art von Wohlgefallen bringen, werden sich demnach hoffentlich nirgends bestätigen.

Spanien.

† Madrid, 8. August. Die „Gaceta" veröffentlicht die Dekrete, die Hrn. Alvarez zum Justizminister, General Serrano zum Botschafter in Paris und General Echaque zum Generalkapitän von Neu-Castilien ernennen. Herr Luzuriaga bleibt Präsident des ersten Justiz-Tribunals. Allgemein herrscht Ruhe.

† Rußland hat einen bevollmächtigten Minister ernannt, um sich am spanischen Hofe vertreten zu lassen, wodurch die Beziehungen zwischen Rußland und Spanien wieder hergestellt werden, die seit dem Tod Ferdinands VII. unterbrochen waren.

Italien.

Rom, 2. August. Msgr. Flavius Chigi, Erzbischof von Mira, römischer Fürst, ist zum außerordentlichen Gesandten Sr. Heiligkeit beim Kaiser von Rußland ernannt worden. Der offizielle Ernennungsakt gibt den Zweck dieser Sendung nicht an; man weiß aber, daß Chigi berufen ist, dem Kaiser Alexander II. bei seiner feierlichen Krönung Aufwartung und Beglückwünschung zu ertheilen. Es ist übrigens beschlossen, daß er, wegen Verschiedenheit der religiösen Genossenschaft, den Zeremonien der Krönung in der Metropolitankirche zu Moskau nicht beiwohnen soll. Im Jahre 1826 wurde bei gleicher Gelegenheit, zur Krönung des Kaisers Nikolaus I., Msgr. Thomas Bernetti von Fermo, Gouverneur von Rom und Vize-Schatzmeister des heil. Stuhls, gewählt. Diesmal wurde ein Prälat aus fürstlicher und päpstlicher Familie und bischöflicher Würdenträger ernannt. Chigi wird vom Abate Vespasiani, Professor der Kirchengeschichte im Kollegium der Propaganda, vom jungen Ritter Artavani von Tivoli, welcher in der slavischen Sprache und Literatur sehr bewandert ist, von seinem Bruder Oberst D. Johann de Vigili und von einem Zeremonienmeister begleitet werden. Man glaubt, die Ernennung Chigi's zum Nuntius in München werde sich erhalten, obwohl auch die Meinung herrscht, derselbe werde nach der Rückkehr von seiner außerordentlichen Sendung zum Kardinal erhoben werden, in welchem Fall ein anderer Nuntius bezeichnet würde. (A. Z.)

Das „Journal de Genève" bringt d. d. Turin, 2. August einen interessanten Bericht aus Neapel. Es waren neulich 17 Mitglieder in einem abgelegenen Hause versammelt, da wurde dieses plötzlich von Polizeimannschaften umzingelt. Ihr Anführer trat unter die Verschwornen, und redete sie mit den Worten an: „Meine Herren! Wir haben Sie schon längst im Auge, und wir wissen genau, daß sie Neapel revolutioniren wollen. Doch sind wir nicht so schlimm, wie Sie glauben. Ich habe vom König den Befehl erhalten, Sie frei zu lassen. Sie können gehen! Nur merken Sie sich dies: bei dem geringsten Aufstandsversuch wird man die kräftigsten Mittel anwenden, und Sie dürfen dann keine Gnade hoffen. Wir haben sie fort-

während im Auge, und bei der nächsten Gelegenheit erwartet Sie nicht Gefangenschaft, wohl aber der Tod." (A.Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Dem Fürsten Ghika ist von Konstantinopel aus der Auftrag zugegangen das Fürstenthum nicht zu verlassen. Der Fürst hat demnach auch die bereits beschlossene Reise nach Paris aufgegeben und seinen Sohn dahin abgesandt. Der Entfernung des Fürsten Stirbey ist dagegen von Seiten der Pforte kein Hinderniß in den Weg gelegt worden, und wird sich derselbe nach Wien begeben, wo er im Laufe der nächsten Woche erwartet wird. (Köln. Z.)

Amerika.

Das „San-Franzisko Journal" meldet in Bezug auf die weitern Maßregeln des Sicherheitsausschusses Folgendes: „Thomas B. Cuningham wurde auf Anordnung des Vigilancekomite in seiner Wohnung verhaftet. Cuningham setzte sich mit einer Pistole in der Hand zur Wehre. Die Wohnung war dunkel und als die Männer in dieselbe eintraten, wurden drei Schüsse auf dieselben abgefeuert, von denen einer einen Deutschen, Hrn. Mohr, verwundete. Die Wunde ist nicht gefährlich, die Kugel drang ins dicke Fleisch hinter dem rechten Schenkel und wurde mit leichter Mühe entfernt. Cuningham war des Mordes von Col. Weymouth in New Orleans angeklagt, wurde unter Bürgschaft gestellt, entwischte aber nach Kalifornien, wo er sich geraume Zeit mit Falschmünzereien und andern Schwindeleien beschäftigte. In den Wahlen war Cuningham stets ein hervorragendes Mitglied unter unsern Fälscherbanden, seine Antecedentien hatten ihn für dieses Geschäft präparirt. Die gefälschten Stimmkasten sollen namentlich seine Erfindung gewesen seyn. Vor nicht langer Zeit hatte sich derselbe als Mitglied zum Vigilancekomite gestellt. Wir sind nicht genau informirt, ob er aufgenommen wurde oder ob er sich von selbst zurückzog, ehe man ihn erkannte. Auf eine kleine Anzeige hin, welche nur wenige Stunden vorher angeklebt war, und welche die Unterstützung des Vigilancekomite zum Zwecke haben sollte, kamen die Bürger aus allen angränzenden Städten in solchen Massen in Sonora zusammen, daß in kurzer Zeit ungefähr 1500 Theilnehmer die Versammlung bildeten, welche die Anerkennung und Unterstützung des Vigilancekomite in San Franzisko beschlossen. Die Verzweiflung der Verbrecherpartei hat sie gezwungen, die indirekte Hülfe der Fremden, so auch des französischen Konsuls in Anspruch zu nehmen. General Sherman und der Governor warnten Konsul Dillon, die französischen Unterthanen an der gegenwärtigen Bewegung Antheil nehmen zu lassen, worauf derselbe eine Warnung an dieselben ergehen ließ und ihnen allen Schutz versagte, im Falle sie Antheil an den Revolutionen nehmen würden." Die „New Yorker Abendzeitung bemerkt zu diesen Mittheilungen: „So anerkennenswerth im Allgemeinen diese spontane Volkserhebung gegen die schmachvolle Korruption ist, welche in Kalifornien alle politischen und gesellschaftlichen Kreise durchdrungen hat, so scheint doch vorerst die Zahl der Verbrechen nicht sehr wesentlich vermindert worden zu seyn. Es hieße eben zu weit gehen, wenn man alle Gewaltthaten und Verbrechen, deren Schauspiel Kalifornien gewesen, ausschließlich den handwerksmäßigen Rowdies zuschreiben wollte. Das wilde ungestüme Treiben, das die bisherige Geschichte des Goldlandes bezeichnet, erklärt auch eine beträchtliche Anzahl von Gesetzlosigkeiten, wie sie in ältern Gemeinwesen nicht leicht vorkommen. Mag daher der Sicherheitsausschuß noch so gründlich verfahren, zu einem Paradiese für ruhige Bürger wird er Kalifornien immer nicht machen können. Um das zu bewirken, müßten erst die gesammten Verkehrs- und Erwerbsverhältnisse eine ganz neue Basis erhalten." (Noch den neuesten Nachrichten hat sich der kalifornische Sicherheitsausschuß schon am 24. Juni aufgelöst.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 4. bis 9. August.)

Samstag. Nachdem der Ultimo abgewickelt war, schien eine etwas frischere Luft die Börsenräume zu durchwehen und das Geschäft sich ein wenig besser gestalten zu wollen. Es blieb aber bei einer rasch vorübergehenden Bewegung und die Geschäftslosigkeit hat eher zu- als abgenommen. Die heiße Jahreszeit und die theilweise Abwesenheit der Spekulanten sind dabei nur mitwirkende Ursachen; der tiefere Grund liegt in den vielen neuen Papieren, die noch zu verdauen und unterzubringen sind. Wie übersättigt aber die Börse in dieser Beziehung ist, mag daraus entnommen werden, daß die ersten Hamburger Häuser vom reinsten Wasser ihre neuen Aktien nicht über 7 pCt. Agio bringen. Man hat von Berlin aus in letzter Zeit tendentiöse Nachrichten in Umlauf gesetzt, von der Begründung einer großen deutschen Centralbank in Dessau, von der Konzessionirung einer Kreditanstalt in Oldenburg u. s. w. Alle diese Nachrichten, sowie die mit großer Ostentation verkündigten Hin- und Herreisen gewisser, zu Matadoren des Bankwesens hinaufgeschraubten Herren gehören einfach in das Gebiet des Humbug. — Von österr. Fonds waren Metalliques, National und Bankaktien etwas lebendiger, aber immer zu gleichen Preisen. Dagegen haben sich 250 fl. Lose von 1854 um fast 2 pCt. gehoben, sie sind übrigens bei Weitem nicht so billig als 3 pCt. Loose der Stadt Paris, die ungefähr 78 stehen und in Deutschland nur nicht genug bekannt sind. — In spanischen Fonds war Anfangs der Woche lebhafter Handel zu höhern Kursen, noch die Nachwirkung der Unterwerfung von Saragossa. Seitdem ist zwar eine kleine Pause eingetreten, ist aber an einer baldigen weiteren Besserung der spanischen Fonds nicht zu zweifeln. — Kreditaktien mehr oder minder gewichen, was nicht Wunder nehmen darf, da der Markt fortwährend mit frischer Waare versehen wird, so daß man das Alte losschlägt, um an dem Neuen zu verdienen. Unter der Vernachlässigung der älteren guten Kreditpapiere leiden zunächst die österr., die in dieser Woche fast unbeachtet blieben, während Wien damit, wenn auch nicht bedeutend, besser ging. Darmstädter weniger beliebt, jedoch bloß in Folge des Druckes, der auf der Berliner Börse lastet. Meininger und Luxemburger verhältnißmäßig fest; für letztere fanden sich gute Käufer. Nicht so gut behaupteten spanische Krediaktien ihren Standtpunkt Angesichts der besseren Berichte aus Spanien. Sie scheinen theilweise in schwachen Händen zu seyn. — Von Eisenbahnen ist Bexbach in Folge der nun offiziell bekannten Mindereinnahme pro Juli um mehre Prozent gefallen. Wenn man indessen bedenkt, daß Köln-Minden, welches für 1855 nur 8½ pCt. Dividende gab und pro 1856 sicher nicht mehr geben wird, 162 steht, so ist Bexbach mit seinen 9 pCt. pro 1855 zu 147 billig, selbst wenn es dieses Jahr ein Proz. weniger gelten sollte, was aber, bei dem Ueberschuß der ersten 10 Monate von 52,000 fl. nicht wohl anzunehmen ist. — Weissenburger sind verlassen, wie im ersten Betriebsjahr die Bexbacher. Wir erwarten steigende Einnahmen und analoge Kursbesserung mit und von der Zeit. — Der Skontro in den Nahebahnaktien ging am 7. leicht von Statten. — Die Generalversammlung der Hanauer Eisenbahngesellschaft am 12. d. M. wird zu entscheiden haben, ob für 1855 Dividende bezahlt werden soll oder nicht. Taunusbahn in Folge der bedeutenden Mehreinnahme sehr gesucht. Sie sind in festen Händen und die Nachfrage konnte nur zu steigenden Preisen befriedigt werden. Staatsbahnen sind in den letzten Tagen auf die höheren auswärtigen Notirungen, namentlich von Paris (das sie trotz der Stagnation seiner Börse bisher schon festhielt) rasch gestiegen und scheinen einer weitern Besserung entgegenzugehen. Neben der zunehmenden Frequenz gewinnt auch das Gerücht, daß die Ablösung der Tantième von der österr. Regierung nicht genehmigt werde, an Verbreitung. — Werfen wir noch einen Blick auf die lange nicht erwähnten Prioritäten. Die Reduktion der Nordbahn ist geglückt, und die 4½ pCt. sind über pari begehrt. In Staasbahn-Prioritäten werden noch hie und da bedeutende Summen angelegt. Eine neue Priorität, die alle Beobachtung verdient, ist die der Paris-Straßburgerbahn (Ostbahn). Sie sind zu 500 Fr. mit 5 pCt. Zinsen ausgestellt, werden mit 650 zurückbezahlt und stehen noch unter pari auf 96. Dabei ist das Unterpfand vortrefflich. — Unsere Geldverhältnisse sind nicht glänzend. Der Bankausweis mit 4,333,100 fl. Silber gegen 3,216,600 fl. Schuld an Giro-Kontos gibt eigentlich nur eine Million Silber als Saldo. Die Giro-Kontos können freilich die Bank nicht entbehren; wenn aber Geld abfließt (wie zur Erntezeit immer der Fall) so ist eine bestimmte Diskonto-Erhöhung unausbleiblich, welche allein den Zufluß wieder bewirken kann. (Aktionär)

Frankfurt, 11. August. Die Kourse waren ohne Veränderung und das Geschäft nicht sehr belebt. Wechsel pr. Wien wurden höher verhandelt.

Norddeutsche Bankaktien in Hamburg wurden zu 106¼ 106 umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83 3/8 P. 83 1/8 G. **5pCt.** Lombard.-Ven. 90 1/2 P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 81 3/8 P. 81 1/8 G.; à 5pCt. in Silberb. R. 90 P. 89 1/2 G.; à 4 1/2pCt. 71 3/4 P. 71 1/2 G.; à 4pCt. 63 1/2 P. 63 G.; à 3pCt. 48 1/2 P. 48 G.; à 2pCt. 16 3/4 P. 16 1/4 G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59 1/8 P. 58 5/8 G. **Preussen.** 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 1/4 P. 86 3/4 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2pCt. — P. 88 5/8 G.; 4pCt. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94 1/2 G.; 4 1/2pCt. 101 1/4 P. 100 3/4 G.; 5pCt. 101 1/4 P. 100 3/4 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 91 P. 90 1/2 G.; 4 1/2pCt. 102 1/2 P. 102 1/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; à 4pCt. 99 3/4 P. 99 1/4 G.; 4 1/2pC. 102 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt.

90 P. 89 1/2 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84 1/4 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39 3/4 P. 39 1/2 G.; 1pCt. neue 24 11/16 P. 24 9/16 G. **Holland.** Integrale 64 P. 63 1/2 G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1288 P. 1283 G. Neue Bankaktien 412 P. 410 G. Credit-Actien à 5pCt. 237 1/2 P 235 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 415 P. 413 G.; junge 361 1/2 P. 359 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 552 P. 547 G. Mitteldeutsche Creditbank 108 3/4 P. 108 1/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117 5/8 G. Frankf. Bankaktien 119 1/2 P. 119 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 293 P. 291 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 147 1/2 P. 147 G. Neustadt-Weissenb. 110 7/8 P. 110 3/8 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/2 P. 101 1/4 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 63 1/2 P. 63 G. Taunus-Aktien 342 P. 339 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 86 1/4 P. 85 3/4 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 3/4 P. 83 3/8 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100 3/4 P. 100 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 —— P. 119 1/4 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 101 3/4 P. 101 1/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 113 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 1/4 P. 49 G. Darmst. Loose à fl. 50 115 3/4 P. 115 1/4 G. à fl. 25 31 1/8 P. 33 7/8 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 1/8 P. 39 5/8 G. Nass. Loose à fl. 25 33 P. 32 3/4 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 44 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. 87 3/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/4 P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118 5/8 P. 118 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. i. S. L. 250 k. S 110 7/8 P. — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S 93 3/4 P. 93 1/2 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 5/8 P. 93 3/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 96 3/8 P. 96 1/8 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117 P. 116 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 3/8 P 89 1/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 7/8 P. 116 5/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 9. August. In der Sitzung des großen Raths vom 5. d. Mts. wurde beschlossen, daß mit dem 1. Januar 1857 die unsere Verfassung abändernden neuen organischen Gesetze in's Leben treten sollten, wovon dem gesetzgebenden Körper Mittheilung zu machen sey. Ferner wurde Beschluß gefaßt über Amnestirung aller bei dem Barrikadenkampf vom 18. September 1848 Betheiligten, mit Ausnahme derjenigen, welche am Mord Lichnowsky's und Auerwald's Theil genommen. — Der gesetzgebenden Versammlung wurde in ihrer heutigen Sitzung mitgetheilt, daß der Senat das Preßgesetz mit den von der gesetzgebenden Versammlung beschlossenen Abänderungen genehmigt und zur Einführung der neuen Gerichtsorganisation den 1. Januar kommenden Jahres in Aussicht genommen habe. Zugleich wird die demnächstige Vorlage über die näheren Modalitäten der Einführung zugesagt. (Fr. Postz.)

Wien, 8. August. Die hiesige russische Gesandtschaft hat heute die offizielle Weisung erhalten, daß, nachdem die Räumung der Krim vor sich gegangen ist, die russischen Quarantäne-Anstalten an den Ufern des schwarzen und asow'schen Meers wiederhergestellt worden sind. Die Frist derselben ist bekanntlich auf vier Tage festgesetzt. Dem Vernehmen nach hofft man hinsichtlich des Verkehrs zwischen Konstantinopel und Odessa die gewöhnliche Ueberfahrtszeit von 36 Stunden in die Quarantänefrist mit eingerechnet zu sehen, so daß die eigentliche Quarantäne in Odessa nur drei Tage betragen dürfte. Es darf übrigens als ein erfreuliches Ergebniß, sowohl der fortschreitenden europäischen Kultur überhaupt als der sorgfältigen Ueberwachung und Handhabung der Quarantänen insbesondere betrachtet werden, daß man seit einer Reihe von Jahren gottlob von keiner Pest in Europa etwas gehört hat; denn die letzten Pestfälle, deren man sich erinnert, sind vor etwa zehn bis zwölf Jahren in der Quarantäne von Konstantinopel vorgekommen. Daß die Quarantäne-Anstalten in der türkischen Hauptstadt, bei deren Organisirung von Seiten Oesterreichs die thätigste Mitwirkung stattfand, auch trefflich bestellt sind, ist allgemein anerkannt, und gereicht auch der osmanischen Regierung zur Ehre. (Aug. Ztg.)

London, 7. August. Die verwittwete **Königin von Audh**, die mit dem nächsten Dampfer hier eintreffen wird, um die Rechte ihres Hauses dem Parlament und der ostindischen Kompagnie gegenüber zu vertreten, ist 45, ihr Sohn, der entthronte König, 28, und ihr Enkel, der mit ihr reist, ungefähr 16 Jahre alt. Letzterer ist schon verheiratbet, und hat einen Sohn. Der Bruder des entthronten Königs, der ebenfalls mit seiner Mutter nach England kommt, ist ein General in der Armee von Audh und scheint seinerseits Ansprüche auf den Thron zu machen, so daß die Familie hier nicht nur einen Streit mit der ostindischen Kompagnie, sondern auch unter sich erledigen zu wollen scheint. Die Exkönigsfamilie hat für die Reise von Indien bis England der Peninsular- und Oriental-Compagny nahe an 8000 L. zu zahlen, und doch besorgte sie ihre Verköstigung, die meist aus Reis und Ziegenfleisch bestand, größtentheils für sich. Die Königin Mutter erschien fast nie auf dem Verdeck. Bei der Fahrt auf dem rothen Meere ließ sie ein für die Königin Viktoria bestimmtes Halsgeschmeide fallen, das 10,000 L. werth gewesen seyn soll und das bis jetzt vergebens von Tauchern gesucht wurde. Weder die Königin noch ihr Gefolge hatten, bevor sie die Reise antraten, je das Meer oder ein Schiff gesehen. (Fr. J.)

London, 8. August. Der gestern gemeldete Beschluß der Bankdirektion, das Disconto nicht zu erhöhen, findet allgemeine Anerkennung. „Morn. Post" berichtet im City Artikel, die Direktoren seyen der Meinung, daß der Druck auf den Geldmarkt nur vorübergehend sey, und mit dem Schluß der laufenden Woche aufhören werde. Was aber auch der Beweggrund sey, werde der Beschluß in den Handelskreisen sowohl als liberale wie als verständige Maßregel aufgenommen. (A. Z.)

London, 10. August. Dem heutigen „Observer" zufolge wird eine Konzentrirung der englischen und französischen Flotte vorbereitet, um Rußland zur Ausführung des Friedensvertrages zu nöthigen.*) — Der **kalifornische Sicherheits-Ausschuß** hat sich am 24. Juni aufgelöst. (T. D. d. K. Z.)

Paris, 8. August. Der Graf Walewski wird sich von seinem Posten nicht wieder entfernen. Die laufenden Angelegenheiten haben, wenn sie auch keine Unruhe einflößen dürfen, doch einen gewissen ernsten Charakter, und erfordern eine geschickte Hand, um sicher mit Erfolg geleitet zu werden. Im Orient steht die Frage in Betreff der Schlangeninsel noch immer auf demselben Flecke; d. h. das englische Geschwader, das den Befehl erhalten hatte, in das schwarze Meer einzulaufen, hat im Widerspruch mit den hier angelangten telegraphischen Mittheilungen bis jetzt noch keinen Gegenbefehl erhalten, was hinlänglich beweist, daß die von den Russen erhobenen Schwierigkeiten noch nicht geebnet sind. (Fr. Pstz.)

Paris, 9. Aug. Die „Debats" enthalten eine überaus traurige Nachricht, die nach allem das schlimmste befürchten läßt. Regnault, unter den lebenden Forschern im Gebiete der exakten Wissenschaften unbedingt der vielseitigste, unter den Franzosen der erste, hat in seinem Laboratorium zu Sèvres (er war auch Direktor der dortigen Porzellan-Fabrik) einen so schweren Fall gethan, daß er am 8. d. noch nicht zur Besinnung gekommen war. Die Aerzte haben jedoch noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, und ein Schein von Besserung soll bemerkbar seyn.

Paris, 10. August. Der heutige „Moniteur" meldet: „Der Kaiser ist gestern angekommen; die Kaiserin wartete auf Se. Majestät in den Tuilerien." (T. D. d. Köln. Z.)

St. Petersburg, 9. August. Herr v. Tymoffsky ist zum Minister-Staatssekretär für Polen, Graf Stackelberg zum Gesandten in Turin, Graf Bludoff zum ersten Legationssekretär in London, Fürst Wjazemski zu derselben Stelle in Wien ernannt. Fürst Esterhazy und Graf Morny sind angekommen. (T.D.d.A.Z.)

*) Es scheint demnach, daß Rußland in Ausführung des Pariser Friedensvertrages sich nicht so bereitwillig zeigt, als die letzten Nachrichten entnehmen ließen. Ein Korrespondent der „Fr. Postz." schreibt aus Paris, daß das **ganze** englische Geschwader sich noch im schwarzen Meere befindet, das so lange dort bliebe, bis kein russischer Soldat mehr in Kars sey. Auch die Schlangeninselangelegenheit ist noch nicht gelöst, ja nach neuesten Nachrichten landete dort wieder eine Abtheilung von 10—15 russischen Soldaten.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."

Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 224. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 15 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 13. August 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 11. August. Se. Maj. der König haben dem Priester Wenzeslaus Ranert aus Kumerau in Böhmen und dem Prof. Dr. K. Hegel das Indigenat des Königreichs verliehen; dem Pfarrer Franz Xav. Sedlmaier in Engelberg und dem Hauptzollamtsdiener Fr. Markstein zu Neuburg a/Rh. die Ehrenmünze des kgl. bayerischen Ludwigs-Ordens verliehen; dem Kirchenrathe, Dekan und ersten Pfarrer zu Hersbruck, Joh. Sim. Bullemer, und dem Landgerichtsdiener Gg Wirth zu Roggenburg, dem Unteraufschläger Lud. Wenz in Wallerstein und dem Schullehrer Rochus Fuchs zu St. Rochus, die Ehrenmünze des kgl. bayerischen Ludwigordens verliehen, und genehmigt, daß die Ministerialsekretäre II. Klasse extra statum Fr. Ser. Leinfelder und Rud. Gombart zu Ministerialsekretären I. Klasse extra statum in dem königl Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern vorrücken. (N. M. Ztg.)

Sachsen. Leipzig, 11. August. Der bayerische Ministerpräsident Frhr. v. d. Pfordten, der seit dem 31. Juli sich hier aufhielt, hat vorgestern Leipzig verlassen. Er geht ins Seebad nach Kiel.

Oesterreich. Wien, 7. August. Wenn das kaiserliche Kabinet die Kompetenz des Bundestages über die Vorgänge in Holstein und Lauenburg für unzweifelhaft, und eine eventuelle Vorlage in dieser Angelegenheit an den Bund für gerechtfertigt und nothwendig hält, so wird gleichwohl das Maß und die Tragweite dieser Vorlage von den Entschließungen abhängen, zu welchen sich die kgl. dänische Regierung in Folge der von Wien und Berlin bei ihr geschehenen Schritte inzwischen bewogen finden möchte; es wird aber auch nicht wenig auf die Stellung ankommen, welche das kgl. preußische Kabinet zur Sache einzunehmen geneigt ist. Wenn Oesterreich sich berufen und verpflichtet gefunden hat, in der orientalischen Frage für die Machtstellung und die Interessen Deutschlands einzutreten, so erkennt es um so williger den Beruf der norddeutschen Großmacht an, im Norden das Recht und die Ehre des Gesammtvaterlandes zu wahren. Es hält sich um so weniger zu einem Vorgang berechtigt, der diese natürliche Prärogative Preußens zu beirren geeignet wäre, als das Berliner Kabinet in der That von der Gunst seiner Lage Gebrauch gemacht und in der holstein-lauenburgischen Frage den ersten Schritt gegen Dänemark unternommen hat. Ueberdies ist es aus nahe liegenden Gründen erklärlich, daß Oesterreich zu seinem Bedauern wenig Aufmunterung zu prägnanten Entschließungen fühlen könnte, wenn das näher betheiligte Preußen Anstand nehmen sollte, sich auf gleiche Linie zu stellen. Man darf sich also darüber nicht täuschen, daß in der Frage der Herzogthümer viel davon abhängen wird, welchen Werth Preußen darauf legt, in dieser rein deutschen Sache einmüthig mit Oesterreich zu handeln. Die kaiserlich österreichische Regierung hat nichts versäumt, um dieses Einverständniß mit dem Berliner Kabinet zu rechter Zeit anzubahnen; ehe die Stellung Preußens genügend abgeklärt ist, liegt für Oesterreich keine Einladung zu weiteren Maßnahmen vor. Gleichwohl ist man in Wien auch bisher in der Sache nicht müßig gewesen, und wenngleich die Schritte, die unser Kabinet in Kopenhagen gethan hat, vorerst nur vorbereitender Natur waren, so haben sie doch dazu gedient, hier die nöthigen Informationen zu verschaffen, und dort über die Gesinnungen Oesterreichs keinen Zweifel zu lassen. (A. Z.)

Wien, 8. August An der Börse hieß es heute, die Regierung sey über die der Donaudampfschifffahrtsgesellschaft für den Verlust ihres Privilegium zu gewährende Entschädigung in so weit schlüssig geworden, daß ein Antrag auf Leistung einer 8 proz. Zinsengarantie für die Aktien der allerhöchsten Genehzung vorgelegt wurde. Die Aktien sind deßhalb gestiegen. (Allg. Ztg.)

Großbritannien.

London, 9. August. Die „Morning Post“ enthält einen drohenden Artikel in Bezug auf die Verletzungen des Pariser Friedensvertrags, welche sich Rußland, wie sie sagt, habe zu Schulden kommen lassen. Sie meldet außerdem, Admiral Lyons habe Befehl erhalten, zum Geschwader des Admirals Stewart im schwarzen Meere zu stoßen. Auch der „Globe“ enthält einen ziemlich geharnischten Artikel über die russischen Vertragsverletzungen, wohin er die Schleifung der Befestigungen von Ismail und Reni, die verzögerte Räumung von Kars, sowie die theilweise Sprengung der Festungswerke dieser Stadt und endlich die Besetzung der Schlangeninsel rechnet. Auf den letzten Punkt legt er bei weitem das meiste Gewicht. „Die Handlung an und für sich“, bemerkt er, „ist nicht einmal unverantwortlich, wie die Erklärung, welche den Verbündeten darüber, natürlich bloß, um verworfen zu werden, abgegeben wurde. Rußland sagt, die Schlangeninsel sey in dem Vertrage nicht erwähnt und falle deßhalb nicht unter die Bestimmung desselben. Es ist das ein beinahe unglaublich klingendes Argument. Hätte irgendein Feind der russ. Regierung behauptet, sie sey gesonnen, sich der Erfüllung des Vertrags unter einem solchen Vorgeben zu entziehen, so würden wir nach dem Abschlusse des Pariser Friedens eine solche Behauptung als eine Verleumdung entrüstet zurückgewiesen haben. Der ganze Zweck des Vertrags und der ihm vorhergehenden Verhandlungen war der, die Neutralität und Desarmirung des schwarzen Meeres zu sichern. Rußland bleibt im Besitz seiner Küste; aber es kann weder die Nothwendigkeit noch das Recht geltend machen, irgend einen militärischen Vorposten außerhalb des ihm von Rechtswegen gebührenden Gebiets innezuhaben. Im Gegentheil, der Vertrag nöthigte Rußland, seine militärischen Befestigungen von der Küste zurückzuschieben. Da die Schlangeninsel ein ganz nacktes Eiland ist, so ist sie nur zu militärischen Zwecken oder zu Zwecken, welche mit der Donauschifffahrt zusammenhängen, zu gebrauchen. Behufs der Regelung jener Schifffahrt aber werden sämmtliche Mächte durch eine gemischte Kommission vertreten seyn und keine derselben, am wenigsten von allen aber Rußland, darf sich das Recht eines ausschließlichen Besitzes im Centrum dieser Gegend anmaßen. Das Vorgeben, daß die Schlangeninsel im Vertrage nicht erwähnt sey, ist geradezu monströs. Wenn es sich je einmal ereignen sollte, daß England die Grafschaft Kent an Rußland abträte, so würde in dem betreffenden Vertrage vermuthlich die Insel Thanet nicht erwähnt werden, und noch weniger die Insel Sheppy. Wir brauchen kaum zu sagen, daß man von Seiten der englischen Regierung das russische Argument nicht gelten läßt, und hoffentlich wird es bald unsere Pflicht seyn, zu melden, daß eine Okkupation, durch welche der Vertrag so gröblich verletzt worden ist, aufgehört hat.“

Frankreich.

Paris, 8. August. Vorgestern ist bei der hiesigen päpstlichen Nuntiatur in Anwesenheit des Nuntius Sr. Heiligkeit der Vertrag unterzeichnet worden, laut dessen Hr. Mirès die Anlegung eines vollständigen Eisenbahnsystems im Kirchenstaat auf eigene Rechnung übernimmt. Dasselbe begreift folgende Hauptlinien: Von Rom nach Ancona; von Ancona nach Bologna; von Rom nach Florenz, und von Rom nach Civitavecchia. Die Konzession war ursprünglich mehreren Kapitalisten, worunter der Herzog v. Riancares, Graf Antonelli, Direktor der päpstlichen Bank u. s. w., ertheilt. Da aber das Unternehmen ein Gesammtkapital von 150 Mill. Fr. erfordert, haben jene Kapitalisten mit Hrn. Mirès sich einverstanden, und ihm das Auftreiben des gesammten Kapitals überlassen, ein allerdings kühnes Unternehmen, dem jedoch Hr. Mirès vollkommen gewachsen ist. So z. B. braucht Hr. Mirès binnen zwei Jahren gar keine Aktien, da er nicht weniger als 30 Mill. baar bloß dem französischen Minister des Aeußern als Kaution für die pyrenäischen Eisenbahnlinien zur Verfügung gestellt hatte. Da aber die Adjudikation davon auf unbestimmte Zeit vertagt bleibt, braucht

Hr. Mirès nur jene Gelder zurückzunehmen, und sie auf die römischen Eisenbahnen zu verwenden. Da ferner die päpstliche Regierung den Aktionären ein Minimum der Interessen von 6 pCt. garantirt, werden die Kapitalien sich mit besonderer Vorliebe auf das Unternehmen des Herrn Mirès werfen, dessen Erfolg somit im voraus gesichert erscheint, um so mehr, als der Kaiser der Franzosen dem Unternehmen seinen besondern Beifall und Schutz zollt. Da man glaubt, daß die Beschäftigung, welche die arbeitenden Volksklassen im Kirchenstaat dabei finden werden, das beste und sicherste Mittel ist, um der Revolution entgegenzuarbeiten, so dürften die Aktien der päpstlichen Eisenbahnen am allerersten die Befugniß erwirken, auf der Pariser Börse notirt zu werden. Alle politischen Rücksichten vereinigen sich, um die Anlegung der Eisenbahnen im Kirchenstaat von hier aus möglichst zu fördern, um so mehr als Hr. Mirès die Verbindlichkeit übernommen hat, die Eisenbahnlinien von Civitavecchia nach Rom und Florenz, die für Frankreich die wichtigsten in mehrfacher Beziehung sind, alsogleich in Angriff zu nehmen und rasch zu vollenden. Herr Mirès, auf den sowohl die Rothschilde als die Vereine noch vor Kurzem mit einer gewissen Geringschätzung blickten, nimmt bereits in der hiesigen Finanzwelt eine jenen beiden Matadoren der Börse ebenbürtige Stellung ein. (Allg. Ztg.)

Paris, 9. August. Es herrscht jetzt in Paris eine eigenthümliche **politische Atmosphäre**. Wir erinnern uns nicht, seit der ersten Zeit nach dem Staatsstreich ein so allgemeines Unbehagen in der politischen Welt bemerkt zu haben. Es fehlt irgendwo, ohne daß sich sagen ließe, wo. Dieses Symptom scheint uns noch viel bedeutsamer als die hier und da entdeckten Verschwörungen, die zu Verhaftungen führen. Gegen diese kann sich das Regime wehren, hat doch ohnehin die Polizei bei Allem ihre Hand im Spiele. Anders verhält es sich mit der Stimmung, die auf keinen unmittelbaren Umsturz ausgeht, sondern vielmehr einem natürlichen Auswachsen entspricht. Niemals hat eine Regierung (wir sprechen natürlich von den Mitgliedern derselben außerhalb der Person des Kaisers) mit soviel Macht in Händen sich so wenig sicher gefühlt. Wir lassen hier ganz unberücksichtigt, ob dieses Gefühl ein gerechtfertigtes ist oder nicht, denn darauf kommt es hier nicht an. Man begreift, wie viel in wichtigen entscheidenden Momenten auf solche Gefühlsbeschaffenheit der Mitglieder der Regierung ankommen kann. Was zur oben erwähnten Stimmung in den politischen Kreisen unfehlbar beigetragen hat, das sind die vielleicht auf ein Quentchen Wahrheit beruhenden Gerüchte, die sich plötzlich über den Gesundheitszustand des Kaisers verbreitet haben. Wir haben Jemand gesprochen, der einen sehr nahen Verwandten in Plombières beim Kaiser hat, daß Ludwig Napoleon in diesem Augenblick sich besser befinde als seit langer Zeit, daß er Promenaden von einigen Stunden zu Fuß mache. Das Prinzip einer bedeutenden Krankheit mag er darum doch in sich haben, wie dies aus den Erklärungen aller Aerzte, die zu Rathe gezogen werden, hervorgeht. Gewiß ist, daß der Kaiser sich noch lange Zeit der Geschäfte enthalten will. Er wird am 17. August nach Bordeaux reisen, um daselbst die neue Eisenbahnstrecke von Bordeaux nach Toulouse zu eröffnen. Hierauf geht er mit der Kaiserin und dem kaiserl. Prinzen nach Biarritz, wo die Kaiserin sich für einige Wochen aufhalten wird, der Kaiser selbst wird schon nach einem Aufenthalt von einigen Tagen Biarritz verlassen und nach St. Cloud zurückkehren, von wo aus mehrere Ausflüge nach Fontainebleau und Compiègne vorbereitet werden sollen.

* **Paris**, 10. August. Der **Kaiser** traf gestern Abend um 6½ Uhr in Paris ein. — Seine Majestät wurde am Straßburger Bahnhofe von den Ministern, dem Seine-Präfekten und seinem Generalsekretär, dem Polizei-Präfekten und den Administratoren der Ostbahn empfangen. — Der Kaiser stieg in einen offenen Wagen, wo auch der Adjutant General Espinasse, der Ordonnanz-Offizier Fürst de la Tour d'Auvergne und der Stallmeister, Marquis de Lagronge, Platz nahmen und begab sich in die Tuilerien, wo ihn Ihre Maj. die Kaiserin erwartete. — II. MM. fuhren sodann nach St. Cloud ab. — Die Menschenmenge, welche sich vor dem Bahnhofe und auf den Boulevards (über welche der Kaiser in Civilkleidung fuhr) drängte, ließ den ganzen Weg entlang wahrhaft freudige Zurufe erschallen. — Se. Maj. befindet sich vollkommen wohl.

* Die Spezialkommission zur Vertheilung der für die Hinterlassenen der im Orient gefallenen Militärs und Seeleute geflossenen Spenden, theilt mit, daß sie von den eingelaufenen 15,250 Gesuchen 8360 sofort erledigen und 789,081 Franken bereits an die Berechtigten auszahlen konnte. Die übrigen 6870 Gesuche, für welche eine Summe von 640,000 Franken verwendet werden kann, sind in der Prüfung begriffen. — Die Kommission zeigt ferner an, daß die eingegangenen Beiträge es ihr erlauben, einer größeren Zahl Bedürftiger zu Hülfe zu kommen, als ursprünglich festgesetzt war, und verlängert deßhalb den Anmeldungstermin bis zum 1. Oktober.

* Der Zustand des Direktors der Porzellainfabrik zu Sèvre, Herr **Regnault**, dessen Unfall wir berichteten, flößt noch immer große Besorgniß ein. Gestern war noch keine Besserung bemerkbar.

* Man liest im „Moniteur Algérien": Trotz der ihnen wiederholt zugegangenen Abmahnungen, hatten einige nicht unterworfene Fraktionen des großen Stammes der Nemencha dieses Jahr die Felder von Haracta verwüstet. — Anfangs Juli, als sie nun am Fuße des Djebel-Mhamet lagerten, schickte General Desvaux (Kommandant der Unterdivision Batna), der hievon Kenntniß erlangte, zwei Eskadronen Jäger, eine Eskadron Husaren, 51 Spahis der zweiten Eskadron und 320 Reiter des Goums der Haracta's nach dieser Richtung ab. — Am 18. Juli bei Tagesanbruch griffen diese vereinigten Streitkräfte diese unbändigen Fraktionen in der Ebene von Sebikha an. — Auf mehreren Punkten leisteten sie energischen, aber gegen die Tapferkeit der Soldaten nutzlosen Widerstand. Mittags war der Kampf zu Ende; wobei der Feind 46 Todte hatte und 180 Zelte mit Allem, was sie enthielten, 2500 Hämmel, 500 Ziegen, 20 Pferde, 65 Kameele und 40 Flinten in unsere Hände fielen. — Wir unsererseits hatten unter den Jägern und Spahis 9, darunter 2 schwer Verwundete, und im Goum 2 Todte, 7 Verwundete. — Die von Batna abgegangene Unterstützungskolonne kam auf dem Schlachtfeld in dem Augenblicke an, wo der Kampf zu Ende war; worauf die Truppen, nachdem der Feind verschwunden war, ohne auf ihrem Marsch beunruhigt zu werden, nach Kanschala zurückgingen. — Bis jetzt waren diese Fraktionen der Nemencha's gegen alle Versöhnungsvorschläge taub geblieben; es ist aber zu erwarten, daß die ihnen ertheilte strenge Züchtigung sie eines Bessern belehren und in ihrer Art zu denken und zu handeln eine günstige Aenderung hervorrufen wird.

* Nach der vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten heute veröffentlichten Uebersicht des Erträgnisses der französischen Eisenbahnen im ersten Semester dieses Jahres erreicht dieses 123,961,416 Fr., was um 12,607,466 Fr. mehr ist, als in der gleichen Zeit des vorhergehenden Jahres.

Spanien.

† **Madrid**, 5. August. Man erzählt, daß bei der Abschieds-Audienz, welche **Espartero** am Sonntag hatte, die Königin, deren neckischer Charakter eine so gute Gelegenheit nicht unbenützt vorüber gehen lassen wollte, sich beeilte den Marschall ganz unbefangen zu fragen, wo er denn während der Tage, wo man ihn nicht sah, gesteckt habe. Diese einfache Frage — sagt man — brachte den berühmten General in eine solche Verlegenheit, daß er nicht nur nichts antworten konnte (was auch in der That?), sondern alle Mühe hatte, sich anständig zurückzuziehen und die Treppe zu finden. Er ist heute (5.) nach Logrono abgegangen. Vor zwei Jahren, fast am selben Tage zog er triumphirend in Madrid ein. Niemand fragt heute, wann und wohin er reist.

Italien.

Turin, 6. August. Die Strenge gegen die politischen Emigranten dauert unausgesetzt und in großem Maßstabe fort. In San Pieto d'Arena folgen sich polizeiliche Besuche und Hausdurchsuchungen auf dem Fuße, bei jedermann und allerwärts; man durchstöbert die Papiere, zieht die Leute in's Verhör, weist sie aus; wen man nicht zu Hause findet, den greift man auf den Straßen oder in öffentlichen Häusern und auf Spaziergängen auf. Auch Advokat Ghisolfi, dieser erbitterte Widersacher Cavours und Redakteur des „Vero amico del Popolo", ist eingesteckt und den Gerichten überantwortet. — Ein sardinischer Dampfer kreuzt noch fortwährend an der Mündung der Magra und in den Gewässern von Massa und Carrara. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 29. Juli. Der „N. Pr. Ztg." wird geschrieben: „Das Bankierhaus **Stieglitz** und Comp. bekommt jetzt täglich Avisbriefe für Kredite, welche den zur Krönung nach Rußland kommenden hohen Fremden eröffnet werden. Nach dem immensen Betrage dieser Kredite scheinen sich einige Gesandte an Pracht und Luxus überbieten zu wollen. Unter einander mag das seyn; wer Rußland aber kennt, wird wissen, daß es jedem Fremden, auch dem reichsten, denn doch schwer fallen dürfte, gleichen Schritt mit dem zu halten, was hier zu Lande bei solchen Gelegenheiten geschieht und in diesem Jahre mehr als je zuvor in Moskau geschehen wird." Etwas prahlerisch!

Nachrichten aus **Tiflis** melden: General Fürst Bebutow, Verweser der Zivilverwaltung am Kaukasus und in Transkaukasien, hat sich in Begleitung des Gouverneurs von Tiflis, Generals Lukasch, nach dem Distrikte Mouglis begeben. In der Nacht vom 19. auf den 20. Mai versuchten die Kistinger von der Gemeinde Maist, welche sich 1844 den Russen ergeben hatten

und im Engpasse Poukin angesiedelt wurden, nach dem Gebirge in ihre früheren Wohnstätten zu „entfliehen". Von den Milizen verfolgt, verschanzten sie sich auf dem Berge Kaischdal, setzten sich zur Wehre und tödteten den Russen den Kapitän Elisbaridse und zwei Soldaten der Miliz, wurden indeß schließlich überwältigt und entwaffnet. (K. Z.)

Petersburg, 4. August. Se Majestät der Kaiser hat angeordnet, daß eine Untersuchungskommission unter dem Präsidium des General-Adjutanten Fürsten Wassiltschikoff die Bücher der General-Intendatur der krimschen Armee zu untersuchen habe. Wenn irgend etwas geeignet ist, die riesenhaften Anstrengungen der Regierung während des letzten Feldzuges in das wahre Licht zu stellen, so sind es die von der Kommission gemachten Erhebungen. Man sieht daraus, daß das Gouvernement keine Opfer scheute und vor keinen Anstrengungen zurückschrack, um den tapfern Vertheidigern Sebastopols ihre Lage zu erleichtern. Anderseits jedoch wird die Schattenseite dieses Verwaltungszweiges so grell hervorgestellt, daß es schwer hält, den augenscheinlichsten Beweisen Zutrauen und Glauben zu schenken. Die Summe der unterschlagenen Gelder und des Defizits im Allgemeinen wird auf die runde Summe von 90 Millionen Silberrubel (etwa 150 Millionen Gulden Konv.-M.) veranschlagt. Hier drängt sich unwillkürlich Jedermann der Gedanke auf: Wie groß muß in diesem Falle die assignirte Summe gewesen seyn? Doch dies ist eine Frage, die zu beantworten wir nicht berechtigt sind, wenn auch die öffentliche Meinung die Kosten der Vertheidigung Sebastopols und des ganzen Krimfeldzuges überhaupt auf 1000 Millionen Silberrubel veranschlagt. (Fr. Pstz.)

Amerika.

New-York, 26. Juli. Im Senate zu Washington ist eine Bill durchgegangen, kraft welcher, falls bisher noch nicht okkupirte Guano-Inseln von amerikanischen Bürgern entdeckt werden, dieselben als Eigenthum der Vereinigten Staaten betrachtet werden sollen. Die Bill gewährleistet ferner den Entdeckern den ausschließlichen Gebrauch der Guanolager und setzt den Preis fest, zu welchem der Guano verkauft werden soll.

Wie dem „Intelligencer" aus Kansas geschrieben wird, war Oberst Lane an der Spitze von 600 Bewaffneten am 21. Juli in Kansas eingerückt.

Der „New-York Herald" berichtet den Einsturz einer **Eisenbahnbrücke** auf der amerikanischen Hauptbahn, gerade als ein Lastzug darüber wegfuhr. Der Lokomotivführer kam noch glücklich hinüber, die angehängten Wagen und drei Bahnbeamte wurden in die Tiefe gerissen und zerschmettert. Wäre die Brücke eine Stunde später eingestürzt, so hätte sie einen Zug mit 300 deutschen Auswanderern unter ihren Trümmern begraben. — Daß an die **telegraphische Verbindung zwischen Europa und Amerika** die erste Hand angelegt wurde, ist vor Kurzem mitgetheilt worden. Wir lesen darüber Folgendes in der „New-York-Times": Ein kleiner Dampfer, der „Arctic," ist unter dem Kommando von Lieutenant Berrman von hier in See gegangen, um Behufs der Drahtlegung zwischen Neufoundland und der Valenciabai im Westen Irlands die nöthigen Sondirungen vorzunehmen. Es dürfte nicht allgemein bekannt seyn, daß zwischen diesen beiden Punkten das Bett des Ozeans sich zu einem langen ebenen Plateau von namhafter Breite erhebt, das aus Sand und Muscheln gebildet ist und eine merkwürdige gleichförmige Oberfläche hat. Es scheint unabhängig von Strömungen und Eisbergen zu seyn, denn es finden sich auf dem Rücken dieses Plateau Muschelkalkschaalen, die offenbar viele Jahre auf derselben Stelle gelegen haben müssen. Es handelt sich jetzt nur darum, genauere Sondirungen anzustellen, dann kann mit der Drahtlegung sofort begonnen werden. Zu derselben werden zwei Dampfer verwendet werden, die bis zur Mitte des Ozeans zwischen beiden Küsten fahren; dort angelangt, verbinden sie den Kabel, von dem jeder eine Hälfte an Bord hat, und derselbe wird, während das eine Schiff nach Europa das andere nach Amerika fährt, abgewickelt und in die Tiefe versenkt; — **Herbert**, der kalifornische Senator, der einen irischen Bedienten ermordet hatte, ist freigesprochen worden.

Nichtpolitische Zeitung.

Die **Holzschneidekunst** (Xylographie) hat bekanntlich in den letzten zwanzig Jahren eine außerordentliche Vervollkommnung erreicht, und in Bezug auf Verallgemeinerung mancher Wissenschaft, namentlich der naturhistorischen im weiten Sinne, einen großen Einfluß gehabt. Von London aus wird jetzt der Vorschlag gemacht, eine allgemeine Ausstellung von Holzschnitten zu veranstalten, in welcher Englands, Frankreichs und Deutschlands Xylographen konkurriren können. Staunenswerth sind die Leistungen englischer Künstler in diesem Fache. Man will auch dort eine Nationalgallerie für Kupferstiche und Holzschnitte gründen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Tilsit 5. August. Seit Ende vergangener Woche hat die Roggenernte theilweise und Anfangs d. W. allgemein begonnen. Die Witterung ist der Ernte überaus günstig und ist das Resultat, so viel man jetzt sehen kann, zufriedenstellend. Die Landwirthe rechnen auf mehr als eine Durchschnittsernte. Weniger gute Hoffnung knüpft sich an den Stand des Winterwaizens, der überdem an manchen Orten erheblich durch Rost gelitten hat; viel versprechender stehen die Sommerwaizenfelder, und hat sich der Brand in denselben größtentheils verloren. Auch die Sommersaaten versprechen eine gute Mittelernte, nur zeigt sich in den Schoten der Erbsen, sowie in den früheren Jahren, wieder viel Gewürm und sind die Bohnen noch immer nicht vom Mehlthau befreit. Dagegen läßt sich über den Stand der Kartoffeln nichts hoffnungsvolles berichten. Dieselben sind durch den Mangel an Regen in letzter Zeit fast überall in unserm und den benachbarten Kreisen sehr im Wachsthum zurück und leider macht die Kartoffelkrankheit mit jedem Tage mehr und mehr Fortschritte, so daß viele Felder mit ihrem schwarzen Kraut nur noch einen traurigen Anblick gewähren. Da die Fäulniß sich nicht nur am Kraut, sondern mit ihrem üblen Geruch auch an den Knollen zu zeigen beginnt, so wird die Kartoffelernte eine nur geringe werden.

Posen, 2. August. Die Ergiebigkeit der Ernte übersteigt alle Erwartungen. Es sind durch glaubwürdige Zeugnisse überraschende Thatsachen konstatirt worden. Im Dorfe Ilanaj fand man an einer Kartoffelstaude 64 ausgebildete Früchte; im Dorfe Jezyce erntete ein Bauer auf fünf Magdeburger Morgen Gartenland von 18 Scheffeln Aussaat 389 Scheffel Kartoffeln, mithin beinahe das 22. Korn. Großes Aufsehen erregte neulich ein Landwirth, der auf hiesigem Markt 9 poln. Viertel (à 18 Metzen) und 2 Metzen Frühgerste, welche von 8 Metzen Aussaat gewonnen worden, zum Verkauf brachte und bei der schönen Qualität bald Abnehmer fand. Gegenwärtig beschäftigen sich die hiesigen Landwirthe bereits mit der Waizenernte welche bei weitem mehr erwarten läßt, als man hoffen durfte, und in 8 Tagen ist auch der Hafer zum Mähen geeignet.

Schneidemühl, 4. August. Die Ernte ist hier noch nicht beendigt. Dieselbe liefert so bedeutende Erträge in quantitativer und qualitativer Hinsicht, daß nach Versicherung der Landwirthe schon seit vielen Jahren eine so reiche Ernte nicht vorgekommen. Das Wetter ist fortwährend derselben sehr günstig, doch sehnt man sich auch wiederum nach Regen, da die Kartoffeln, Gerste, Tabak 2c. desselben nun mehr sehr bedürfen. Auch bei uns zeigen sich bereits Spuren von der allgemein gefürchteten Kartoffelkrankheit; dieselbe zeigt sich jedoch in einem so ungleichen Grade und nur auf einzelnen Stauden, daß wir, unserer Ansicht nach, diese Erscheinung noch immer anderen Ursachen zuschreiben möchten. Denn es steht fest, daß die Erscheinung nur da sich zeigt, wo die Pflanze an sich nie den normalen Gesundheitszustand erreicht hat, nämlich auf ganz trockenem und ganz nassem Boden. Eine an sich kranke Pflanze wird aber von der drückenden Hitze und von der in den Nächten stets herrschenden Kälte ohnedies nachtheilig berührt.

Antwerpen, 8. August. Getraide flau. Amerik. Roggen zu 9 fl angeboten.

In Brasil Kaffee lebhaftes Geschäft, circa 2600 B. sind heute zu festen Preisen verkauft.

Havana Rohzucker Nr. 15½ mit 23¼ fl. Entrep. bezahlt.

Tabak im Laufe der Woche 132 Orh. Virginy, 90 B. Havana und 34 Orh. Kentucky begeben.

Frankfurt, 12. August. Bei ziemlich stillem Geschäft waren bayerische Ostbahn und österr. Staatseisenbahn-Aktien begehrter. Oesterr. Bankaktien und Rhein-Nahe-Eisenbahnaktien wurden etwas billiger begeben.

Für Norddeutsche Bankaktien in Hamburg zeigte sich heute rege Kauflust, dieselben eröffneten in kleinen Partien zu 106¼, hoben sich rasch auf 106½ und schlossen zu 106¾ gefragt, ohne daß sich Abgeber zeigten. Der Umsatz darin war von großer Bedeutung.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83½ P. 83¼ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90½ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 81⅔ P. 81⅕ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71¾ P. 71½ G.; à 4pCt. 64 P. 63½ G.; à 3pCt. 48½ P. 48 G.; à 1pCt. 16¾ P. 16⅛ G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn Obligationen 59¼ P. 58¾ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼ P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88⅝ G.; 4pCt. 91¾ P. 91¼ G.; 4pCt. Grundrente 95⅙ P. 94⅝ G.; 4½pCt. 101¼ P. 100¾ G.; 5pCt. 101¼ P. 100¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91P. 90½ G.;

4½pCt. 102½ P. 102¼G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 92¾P. 92¼ G.; à 4pCt. 100P. 99½G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90¼P. 89¾G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼P. —G.; à 3½pCt. 92½P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39⅝ P. 39⅜ G.; 1pCt. neue 24 11/16P. 24 9/16G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1284P. 1279G. Neue Bankaktien 416 P. 412 G. Credit-Actien à 5pCt. 237P 235 G. Darmstädter Bankaktien alte 419 P. 414 G.; junge 361 P. 359 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 552 P. 547 G. Mitteldeutsche Creditbank 109¼ P. 108¾G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118P. 117⅝G. Frankf. Bankaktien 119½ P. 119 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 293 P. 291 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 147½P. 147 G. Neustadt-Weissenb. 110⅞ P. 110⅜G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104⅝ P. 104⅜ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 63¾ P. 63¼ G. Taunus-Aktien 343 P. 340 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 86¼ P. 85¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 5pCt. 83¾P. 83⅜G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100⅜ P. 100⅛ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 — — P. 121½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106 P. 104½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 113½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49½P. 49¼G. Darmst. Loose à fl. 50 115¾ P. 115¼ G. à fl. 25 31⅛P. 33⅞G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40¼ P. 39¾ G. Nass. Loose à fl. 25 33 P. 32¾G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 44¼G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. 87¾ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¼P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118⅝P. 118⅜G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G	Mail. i. S Lr. 250 k. S 100⅞P —G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S 93⅝P. 93⅜G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝P. 93⅜G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S 96⅝P. 96⅛G.	Wien fl. 100 C. k. S. 117⅛P. 116⅞G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89¼P 89G	Wien 3 M. mit 4% 117P. 116¾G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 11. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅝; 5pCt. Metall. 84½; 4½ pCt. 73¼; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 126½; von 1854 106⅞; Bankaktien 1099; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 383⅛; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 597; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2872½. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅞. London 10. 2½. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 11. August. (Privat-Korrespondenz.) Die heute erfolgte Verloosung, zuerst der älteren und dann der Eisenbahnschuld, ergab folgendes Resultat:

I. **Aeltere Staatsschuld** (Kapitalsbetrag der zur Heimzahlung gelangt, eine Million Gulden). Von den 3½pCt. und beziehungsweise auf 4pCt. arrosirten Mobilisirungs-Obligationen au porteur wurden gezogen die Endnummern 67 und 95, dann von jenen auf den Namen lautend die Endnummern 78 und 53.

II. **Eisenbahnschuld** (zur Heimzahlung gelangen 450,000 Gulden) und zwar:

Von der 4pCt. Eisenbahnschuld, au porteur:

Hauptserie		Endnummer		Hauptserie		Endnummer	
Hauptserie	9	Endnummer	71.	Hauptserie	7	Endnummer	23,
„	10	„	50.	„	4	„	98.
„	6	„	34.	„	5	„	13.
„	1	„	55.	„	11	„	80.

Von der 4pCt. Eisenbahnschuld auf Namen lautend:

Hauptserie		Endnummer		Hauptserie		Endnummer	
Hauptserie	3	Endnummer	80.	Hauptserie	2	Endnummer	91.
„	1	„	62.				

Von der 5pCt. Eisenbahnschuld au porteur:

Hauptserie		Endnummer		Hauptserie		Endnummer	
Hauptserie	3	Endnummer	28.	Hauptserie	4	Endnummer	46.
„	9	„	39.	„	7	„	40.
„	1	„	82.	„	6	„	39.
„	8	„	71.				

Von der 5pCt. Eisenbahnschuld auf Namen lautend:
Hauptserie 1 Endnummer 21. Hauptserie 2 Endnummer 77.

Von der 4½pCt. Eisenbahnschuld au porteur:

Hauptserie		Endnummer		Hauptserie		Endnummer	
Hauptserie	26	Endnummer	77.	Hauptserie	11	Endnummer	29.
„	7	„	78.	„	33	„	88.
„	17	„	70.	„	16	„	07.
„	27	„	97.	„	21	„	83.
„	30	„	13	„	31	„	59.
„	34	„	95.	„	3	„	28.
„	11	„	24.	„	2	„	79.
„	12	„	90.	„	18	„	31.
„	23	„	58.	„	19	„	44.
„	10	„	74.	„	5	„	91.
„	6	„	11.	„	28	„	29.
„	24	„	87.				

Von der 4½pCt. Eisenbahnschuld auf Namen lautend:
Hauptserie 3 Endnummer 20. Hauptserie 1 Endnummer 06.

Die Rückzahlung dieser verloosten Obligationen beginnt sofort und sie treten am 1. Novbr. jedenfalls außer Verzinsung. Den Besitzern der verloosten Obligationen ist die Wiederanlage sowohl bei dem neuen 4½ pCt. Eisenbahn-Anlehen von 1856, als bei den 4 pCt. Eisenbahn-Anlehen mit und ohne Arrosirung (al pari und ohne weitere Zinsbonifikation) gestattet.

München, 11. August. Herr Kultusminister v. Zwehl hat eine Erholungsreise in's Gebirg angetreten, so daß gegenwärtig keiner der k. Staatsminister hier verweilt. (M. Bote.)

* Wie man den „Hamb. Nachr." aus **München** schreibt, beabsichtige man im Ministerium des Innern eine durchgreifende Reorganisation der Vertretung der Regierung in der Presse.

Regensburg, 9. August. Die Frage über die Stellung des Eisenbahnhofes dahier ist nun erledigt. Glaubwürdigen Mittheilungen zufolge wird derselbe auf der sog. Emmerauer Breite, der Länge nach zwischen dem Eltele-Keller und dem Vitusbache erbaut. Dieser Platz muß als ein für die Interessen der Einwohnerschaft vortheilhafter bezeichnet werden, indem er ziemlich im Mittel der Stadtlänge befindlich, die Gelegenheit zur Verlängerung der Straße vom Maxthore bis hinter das Keppler'sche Monument, dessen Versetzung eine leicht ausführbare ist, also zur Verlängerung der neuen Straße selbst bietet, und zugleich durch Anlage von Wegen mit dem Jakobusthore, dem Peters- und Ostenthore in Verbindung gebracht, somit dem Verkehr aus allen Theilen der Stadt leicht zugänglich gemacht werden kann. Der Verwaltungsrath der bayerischen Ostbahnen, nachdem er von der Genehmigung der Frankfurter Verbindungsbahn Kenntniß erhalten, hat den Bau der **Nürnberg-Regensburger Strecke** zuerst auszuführen beschlossen, um auf diese Weise Güter von der mittleren Donau zum untern Main und Rhein mit nur zweimaliger Umladung zu befördern. (Rgsb. Z.)

Alexandria, 6. August. Der Vizekönig hat das Großkreuz des Erlöserordens erhalten. Die Birmanenkönigin ist angelangt und geht nach Paris, um die Vermittlung der französischen Regierung wegen des britischen Vertrags nachzusuchen; nach anderer Angabe nach London, um direkt mit der Königin zu unterhandeln. Der Telegraph bis Suez ist eröffnet. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 225.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 14. August 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Ludwigshafen, 12. August. Gestern Abend nach 7 Uhr kamen Se. Maj. König Otto von Griechenland mit einem Extrazuge von Worms hier an und setzten nach kurzem Aufenthalten die Reise nach Ludwigshöhe fort. Nach Worms, wo Se. Maj. von Sr. kgl. Hoh. dem Großherzog von Hessen empfangen wurde, war auch der Regierungspräsident, Hr. v. Hohe, geeilt, um den Bruder unseres geliebten Königs ehrfurchtsvoll zu begrüßen. Der hiesige Bahnhof war zu Ehren des hohen Reisenden mit bayerischer und griechischen Flaggen geschmückt: die Beamten, sowie ein zahlreiches Publikum, hatten sich daselbst eingefunden und begrüßten Se. griechische Majestät bei Ankunft und Abgang des Zuges mit enthusiastischen Zurufen. (Pf. Ztg.)

München, 11. August. Der bei Gelegenheit der Ernennung des Prinzen Luitpold zum Kommandanten der ersten Armeedivision zur vierten Division nach Würzburg versetzte Generallieutenant von Flotow hat diese Versetzung den Truppen in einem Tagesbefehl angezeigt, der nicht verfehlt, einiges Aufsehen zu erregen, indem daraus eine gewisse Empfindlichkeit und Verstimmung hervorleuchtet. Man sagt sogar, daß ein oder der andere Abtheilungskommandant Anstand genommen habe, den ganzen Inhalt seinen Truppen mitzutheilen. Der alte General sagt z. B. ohne Umstände: „Diese allerhöchste Verfügung hat mich schmerzlich berührt, jedoch ich will mich aller weiteren bezüglichen Aeußerungen enthalten. Ich habe in einer langen Dienstzeit nicht nur gehorchen, sondern auch meine Gefühle beherrschen gelernt ꝛc." Zum Schluß spricht er den Truppen die Anerkennung bezüglich ihrer Thüchtigkeit in Disziplin und Ausbildung und zugleich im Hinblick auf diese Tüchtigkeit die Ueberzeugung aus, daß sein hoher Nachfolger hieran bald gewahren werde, „welches Opfer er ihm bringen mußte."
(Schw. M.)

Preußen. Berlin, 11. August. Nach der schließlich getroffenen Bestimmung beabsichtigt die Kaiserin-Wittwe von Rußland ihre Rückreise morgen von hier nach Stettin mit der Eisenbahn und dann mit dem Kriegsdampfer „Olaf" zur See nach Petersburg zu machen. — Wie man hört, fährt die Regierung, welche im vorigen Jahre über 30,000 Wispel Getraide im Auslande zur Füllung der Magazine angekauft hatte, mit der weisen und überaus günstig wirkenden Maßregel fort, diese reichen Vorräthe zum Verkauf auf dem Getraidemarkt anzubieten, wodurch die Preise auf ihren naturmäßigen Stand zurückgeführt werden. (D. A. Z.)

Das „Correspondenz-Bureau" schreibt: „Die russische Diplomatie hat in letzterer Zeit ihr Augenmerk wiederum auf die deutsche Presse gerichtet. Wir erfahren aus einer unbefangenen, aber wohlunterrichteten Quelle, daß mit mehreren größeren preußischen Provinzialzeitungen neuerdings Verhandlungen eingeleitet worden sind, um dieselben dem russischen Einfluß zugänglich zu machen. Der Eifer der russischen Diplomaten, ihren politischen Interessen und Tendenzen zu dienen, ist übrigens größer als ihre Kenntniß der Personen und der Verhältnisse. Hierfür spricht wenigstens der Umstand, daß sie ihr Augenmerk gerade auf solche Blätter gelenkt haben, von welchen Jeder, der in der Presse einigermaßen orientirt ist, wissen müßte, daß der Einfluß und die Geltung derselben gleich Null sind.

Baden. Karlsruhe, 9. August. Dem Vernehmen nach dürfte in nächster Zeit die Einberufung eines außerordentlichen Landtags zu gewärtigen seyn. Nothwendige Vorlagen in Betreff des Baues von Eisenbahnen werden als Veranlassung dazu bezeichnet. (B. L.-Z.)

Freie Städte. Hamburg, 9. August. Die Zeichnungen zur Vereinsbank sind jetzt geschlossen und haben ein Kapital von 578,502,600 M.-B. ergeben, während nur 15 Mill. M.-B. zu begeben waren. Da die Direktoren sich die Vertheilung nach einem billigen Ermessen vorbehalten haben, so ist anzunehmen, daß auch die kleineren Zeichnungen berücksichtigt werden. Die ersten Beamten beider Banken werden 20,000 M.-B. Gehalt und außerdem Antheil an der Dividende haben. — Die Norddeutsche Bank hat gestern die zum Besten der Bank reservirten 7 Millionen an mehre deutsche Kreditbanken zum festen Preise von 104 vergeben und damit einen Gewinn von 280,000 Mark-Banko realisirt. (K. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 10. August. (Privat-Korresp.) Die von mehreren Seiten gemachten Angaben, nach welchen die Differenzen zwischen Neapel und den Westmächten bereits als vollständig gehoben betrachtet werden können, haben sich bis zur Stunde nicht bestätiget, im Gegentheile muß bemerkt werden, daß in dem zwischen dem Königreiche beider Sizilien und den Westmächten bestehenden Verhältnisse keine Aenderung eingetreten ist, welche zur Hoffnung berechtigen könnte, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Staaten so bald wieder aufgenommen würden. Es wird dies übrigens leicht erklärlich, wenn man weiß, daß die Westmächte von dem neapolitanischen Gouvernement mehr fordern, als die Amnestirung einzelner, politischer Gefangener, auf welche sich Alles reduzirt, wozu sich Neapel bis jetzt verstanden hat. Frankreich und England verlangen im Gegentheile eine, den gegenwärtigen europäischen Verhältnissen entsprechende Modifizirung des bisherigen Regierungssystems, eine vollständige Amnestie und genügende Garantien für eine weise und die politische so wie die materielle Entwickelung des Königreiches fördernde Regierung. Sie verlangen endlich eine strikte Beobachtung der die internationalen Beziehungen betreffenden Verträge, und fordern hinreichende Bürgschaften dafür, daß dieselben nicht mehr, wie dies im letzten orientalischen Kriege zum öfteren der Fall war, nach Willkür interpretirt werden. Von allen diesen Forderungen hat aber Neapel bis jetzt nicht eine einzige erfüllt, von einer vollständigen Befriedigung der Westmächte kann demnach auch keine Rede seyn. Letztere sind aber entschlossen, ihre Forderungen durchzusetzen. Welche Maßnahme zu diesem Ende in Anwendung gebracht werden sollen, darüber gehen verschiedene Muthmaßungen; gewiß ist jedoch so viel, daß die Westmächte übereingekommen sind, den Erfolg der Mission des Hrn. v. Hübner abzuwarten, ehe sie sich zu weiteren Schritten entschließen werden.

§ Wien, 11. August. (Privat-Korrespondenz.) Die Arbeiten der Gränzregulirungs-Kommission gehen so langsam von Statten, daß die Auflösung derselben von den Mächten sehr wahrscheinlich für nothwendig erachtet werden wird. Es liegt bis jetzt noch gar kein nennenswerthes Resultat vor, da man selbst mit der Ausarbeitung der bezüglichen Karte nicht fertig geworden ist. Der russische Bevollmächtigte hat keinen der von den übrigen Bevollmächtigten gemachten Vorschläge für annehmbar gefunden, ohne jedoch selbst einen Antrag zu stellen, dagegen hat er erklärt, daß seine Regierung in die Abtretung der Stadt Bolgrad nicht willigen könne. — Aus Jassy wird die Bildung eines neuen Vereines gemeldet, welcher für die Union zu wirken entschlossen sey. Derselbe gedenkt eine Deputation nach Paris zu schicken, um dort die Schritte des Fürsten Ghika zu unterstützen. — An den neuen Eisenbahnen wird bereits mit regem Eifer gearbeitet. An der Westbahn, der süd-norddeutschen Verbindungsbahn und der Franz-Josephs-Ostbahn haben die Erdarbeiten bereits vor zwei Monaten begonnen. Bei der Theißbahn geschah der erste Spatenstich am letzten Juli. Die definitive Konzessionirung der letzteren wird im Laufe der nächsten Woche erfolgen, da alle darauf bezüglichen Verhandlungen in einigen Tagen endgültig erledigt seyn werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. August. Die Kommission, welche beordert war, gegen 59 Personen auf Fühnen wegen schwerer Verbrechen die Kriminaluntersuchung zu führen und das Urtheil zu sprechen, hat ihre Arbeiten zu Ende gebracht

und vier der schwersten Verbrecher sind zum Tode verurtheilt. Von diesen sind zwei, C. H. Sofmed und A. N. Pranger, durch die Gnade des Königs von der Todesstrafe befreit und zu lebenslänglicher Zuchthausarbeit abgeführt; die zwei anderen, P. Olsen und J. Boye, sollen dagegen die Todesstrafe erleiden.

(Hamb. Nachr.)

Schweiz.

Die „Berner Ztg.", welcher der Bundespräsident Stämpfli noch immer nahe steht, führt eine sehr ernste Sprache über die modernen Kreditanstalten. Ihr bangt vor der Zukunft. „Wir sprechen — sagt sie — viel von unserer Armennoth, und brauchen viel, um ihr Front zu machen. Lasset aber euren Credit mobilier der neuesten Façon in unsern Eingeweiden wühlen, lasset ihn den Schwindel in unsere Bevölkerung bringen, lasset ihn Leute in kurzer Zeit reich und in noch kürzerer Zeit zu Bettlern werden, lasset ihn die kleineren Kapitalien verschlingen und den Mittelstand dezimiren, lasset ihn so 10. 15 Jahre lang sein Spiel treiben — und wir werden ein Armenwesen haben, gegen welches das jetzige ein Spaß ist; wir werden ein soziale Lage haben, der kein Armengesetz gewachsen seyn dürfte. Es ist Zeit zum Ruf: Caveant consules! Es ist Zeit, daß den öffentlichen Interessen allgemeine Aufmerksamkeit geschenkt werde. Wenn wir in die schweizerischen Räthe und die Regierungen hineinsehen, so wird uns ganz kurios zu Muth." Das Blatt mag die Dinge etwas zu schwarz ansehen, oder mit zu grellen Farben schildern, der Rath, den es unsern Magistraten gibt, sich von den neuen Kreditinstuten fern zu halten, ist jedenfalls der Beachtung werth. Wer in der Politik frei und selbständig bleiben will, wird wohl thun, sich in Geschäfte nicht einzulassen, die zu Kollisionen zwischen den Pflichten des Staatsmannes und der Geranten führen könnten. — Ueber die schweizerischen Credits mobiliers sagt die „Berner Ztg." ferner: „Bayern hatte die Bewilligung eines solchen verweigert, in Folge dessen erkoren sich die Augsburger Häuser St. Gallen zu ihrem Sitz; Sachsen mit seinem Leipziger Credit mobilier besorgte die Konkurrenz des bayerisch St. Gallen'schen Bundes, deßhalb warf sich diese Partei auf Zürich; Sachsen-Zürich weckte die Berliner, welche eine dritte Station suchten — Bern —, da die preußische Regierung ebenfalls eine Konzession verweigerte."

Genf, 7. August. General Tottleben soll vorgestern in Aix-les-Bains eingetroffen seyn. Canrobert, Bourqueney und Tottleben in Aix, Nesselrode und Russell in Genf und Lausanne, Walewski in Chamouny. Sie sehen, daß die Thäler vom Genfersee bis zu den Penninischen und Grajischen Alpen gegenwärtig eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, in deren Händen noch vor kurzer Zeit das Schicksal eines großen Theils von Europa lag, beherbergen. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 10. August. In West-Hartlepool ist dieser Tage ein Skandal vorgefallen, der in der englischen Kirchengeschichte Epoche machen dürfte und hier nicht wenig Aufsehen erregt. Die Geschichte wird von dem dortigen Lokalblatt folgendermaßen erzählt: „In West-Hartlepool steht eine Kirche, sie heißt Christ-Church, deren Gründer und Patron ein Hr. Jackson ist. Pfarrer der Kirche ist der hochwürdige Hart Burges, und zwischen diesem und dem Patron war ein Streit ausgebrochen, dessen Ursprung zu erörtern kaum der Mühe werth seyn dürfte. Genug von dem, daß alle Bemühungen des Patrons, den Pastor vom Amte zu entfernen, fehlschlugen, und daß er als ultima ratio beschloß, die Kirche ganz zu schließen. Das that er nun wirklich am 5. August und ließ an der Kirchenthür ein Plakat anschlagen des Inhalts, daß bis auf weiteres keine Taufhandlungen, Trauungen u. dgl. in der Kirche stattfinden dürfen. Die Freunde des Pastors waren mittlerweile auch nicht träge, und bald war im ganzen Distrikt die große Neuigkeit im Umlauf, daß am folgenden Tage (Mittwoch) die Kirchthüren mit Gewalt geöffnet werden würden. Und so geschah es auch. Die Thüren wurden gesprengt, der hochwürdige Herr zog an der Spitze seiner Freunde in das Heiligthum, ein Haufe Männer, Weiber und Kinder mit Triumphgeschrei. Es dauerte nicht lange, so erfuhr Hr. Jackson, daß der Feind mit Gewalt in die Festung eingezogen sey; jetzt erschien er auch mit Freunden auf dem streitigen Terrain; es kam zwischen ihm und dem Pastor zu einem heftigen Wortwechsel (nach einer andern nicht verbürgten Version sogar zu Handgreiflichkeiten), und das Ende davon war, daß sich Hr. Jackson mit der Drohung entfernte, er werde die Kirchenthür zumauern lassen, wogegen das Gefolge des geistlichen Herrn und die Weiber am lautesten schworen, sich lieber lebendig einmauern zu lassen, als die Kirche zu räumen. Um 2 Uhr erschienen nun in der That mehrere Maurer mit Hammer und Kelle und Ziegeln, um die Thüren zu vermauern. Sie wurden, wie sich dies denken läßt, nicht mit Hurrahs begrüßt, ließen sich jedoch durch das Keifen der Weiber nicht stören und machten sich an die Arbeit. Der Pastor amtirte mittlerweile auf dem Kirchhofe bei einem Begräbnisse. Und schon hatten die fatalen neuen Mauern eine Höhe von anderthalb Fuß erreicht, als der Haufe im Innern der Kirche, zu dem sich einige handfeste Bursche gesellt hatten, den Ruf erhob: „Nieder mit den Mauern; rennt sie ein, reißt sie um." Das war das Werk eines Augenblicks; eine Leiter wurde als Sturmwidder herbeigeschleppt; die Stärkern stemmten sie vor, die Schwächern schoben mit, die Steine zerstoben, die Mauer fiel, die Weiber räumten mit tollem Geschrei die Bruchstücke bei Seite, und der Enthusiasmus stieg aufs höchste, d. h. er fing an, sich aufs allergemeinste zu äußern. Der tolle Haufe begann, um das Verbot des Patrons zu verhöhnen, allerlei kirchenschänderische Possen zu treiben; der Eine hielt eine Predigt von der Kanzel herab, ein Anderer verrichtete eine spaßhafte Trauung, und wieder an einem andern Ende des Gebäudes tauften sie parodirend ein Kind. Gelegentlich wurde mit allen Glocken geläutet, wurde eine schwarze Fahne auf dem Thurme aufgezogen, wurde nach Bier gebrüllt. So ging es fort bis am Abend, und die Nacht hindurch wo möglich noch wüster. Was weiter geschieht, wird sich zeigen. Der Handel kommt ohne Zweifel vor die Gerichte."

Frankreich.

Paris, 10. August. England soll fest entschlossen seyn, seine Flotte nicht aus dem schwarzen Meere zurückzuziehen, so lange noch ein russischer Soldat in Kars steht. Nöthigenfalls sind sogar Vorbereitungen zur Verstärkung des Geschwaders getroffen. Anders steht es mit der Schlangeninsel. Rußland behauptet, auf dieselbe so viel Anrecht zu haben als die Türkei, oder eigentlich, daß sie beide kein Anrecht auf dieselbe haben, sondern dieselbe der Moldau gehöre. Daß Rußland sie lieber in den Händen der von ihr beeinflußten Moldau als der unabhängigen Türkei sehe, ist sehr natürlich. Diese Frage läßt sich aber nicht durch eine bloße Demonstration entscheiden, und man soll hier geneigt seyn, sie der Kommission zuzuweisen, die bereits mit verwandten Fragen, mit der bessarabischen Gränzregulirung, beauftragt ist. Dieser versöhnende Antrag soll von hier ausgehen, wo man jetzt nichts weniger als kriegerisch gesinnt ist, und um jeden Preis eine neue, wenn auch unblutige Störung des Friedens vermeiden will. Bisher soll aber England nicht sehr geneigt seyn, auf diesen Vorschlag einzugehen. Es fürchtet nicht mit Unrecht, daß, wenn die Frage einmal auf den Weg der Diplomatie und auf die lange Bank verschoben ist, Rußland sich gewiß den Sieg zu erringen versteht. Die Geschichte der letzten 50 Jahre scheint diese Befürchtung allerdings im hohen Grade zu rechtfertigen. Wenn man hier nachgiebiger gestimmt ist, so soll dies hauptsächlich im persönlichen Zustand des Kaisers begründet seyn. Trotz der alltäglichen gegentheiligen Versicherungen des „Moniteur" läßt der Gesundheitszustand des Kaisers, namentlich seine Geistes- und Gemüthsstimmung, viel zu wünschen, und jede Störung des ruhigen europäischen Geschäftsganges, wodurch der Kaiser wieder selbst zur erhöhten Thätigkeit genöthigt würde, käme höchst ungelegen. — General Serrano hat sich lange gegen Annahme des hiesigen Gesandtschaftspostens gesträubt. Er hätte es vorgezogen, an Ort und Stelle zu bleiben, um bei der ersten besten Gelegenheit den Geniestreich seines Freundes O'Donnell auf dessen eigene Kosten nachzuahmen. Eben aus diesem Grunde bestand der Graf v. Lucena auf seiner Entfernung. Serrano hat endlich angenommen, behält sich aber vor, bis zur völligen Konsolidirung der neuen Situation in Madrid zu bleiben, d. h. er tritt den Gesandtschaftsposten nur an, wenn die voraussichtlichen Schwierigkeiten der nächsten Wochen ihm nicht im Lande selbst die Gelegenheit zu Höherem bieten und O'Donnell sich durchaus am Ruder behauptet. Offenbar ist Spanien noch kaum am Anfang vom Ende seiner letzten Revolution, wenn selbst die hervorragendsten Männer des neuen Regimes noch so wenig Vertrauen für dessen Bestand auch nur für die nächste Zukunft hegen. (Schw. M.)

* Paris, 11. August. Ueber den Empfang des Kaisers zu Lünneville berichtet man unter dem 8., 11 Uhr Nachts: „Der Kaiser kam einige Minuten vor 5 Uhr in offener Calesche an. Der General Graf v. Geyon, die Brigade-Generale Courby de Cognord, Saint-Mars und Jacquemin und ihr Stab ritten dem Kaiser entgegen, der die Uniform eines Marschalls und den Groß-Cordon der Ehrenlegion trug. Ein Piket Kavallerie und einige Cent-Gardes eröffneten und schlossen den Zug. Die Zivilbehörde wartete im Schlosse. Die auf dem Wege des Souverains angehäufte Bevölkerung ließ warmen Beifallsruf erschallen. Alle Häuser waren mit Fahnen, Laub und Inschriften geschmückt und am Eingange der Villerstraße erhob sich ein sehr geschmackvoller Triumphbogen. Vor dem

Gitter der neuen St. Maur Kirche ließ Napoleon anhalten. Der Pfarrklerus war in Chorkleidern in der Vorhalle versammelt; der ehrwürdige Pfarrer nahete sich dem Kaiser und hielt eine Anrede, worauf dieser einige Worte erwiderte. Unter dem Donner der Kanonen, dem Geläute der Glocken setzte der Cortége seinen Weg durch die Hauptstraße fort; der Enthusiasmus steigerte sich mit jedem Schritte. Nach kurzer Rast beim General Goyon stieg der Kaiser zu Pferd und begab sich nach dem Marsfelde, wo die Kavallerie-Division, bestehend aus den 5. und 7. Lanziers- und 3. und 11. Jäger-Regimentern und einer Batterie Artillerie, seit zwei Stunden lagerte. Die Inspektion dauerte mehr als eine Stunde, während welcher die durch dieses denkwürdige Ereigniß herbeigelockte Menschenmenge laute Vivats erschallen ließ. Bei eingetretener Nacht kehrten die Truppen in ihre Quartiers zurück. Um 7 Uhr fand Diner im Schlosse statt und trotz des Regens, der die Illumination und das Feuerwerk beeinträchtigte, stand eine dichte Volksmasse auf dem Schloßplatze und in den Alleen, und die äußern Zeichen der allgemeinen Freude gaben sich allerwärts kund.“

* Nachdem die Türkei beschlossen hatte, einen Gesandten zur Kaiserkrönung nach Moskau zu schicken, fehlte es an einem Gala-Wagen für den otomanischen Repräsentanten, weßhalb sogleich an die Pariser Gesandtschaft telegraphirt wurde, einen für den Zweck passenden Wagen nach Moskau zu expediren; ein Auftrag, der, in Anbetracht der kurzen Zeit, schwer auszuführen gewesen wäre, wenn man nicht zufällig eine prächtige, für den Pascha von Aegypten bestimmte, Gala-Equipage fix und fertig gefunden hätte. Der Sultan geht vor den Pascha, weßhalb die bereits emballirte Equipage wieder ausgepackt, mit den Wappen des Großherrn bemalt und — für den Preis von 42,000 Frs. — nach Moskau expedirt wurde. Pferde, Kutscher und Lakaien waren, Dank der Gefälligkeit der Stallmeister des Kaisers, welche der Gesandtschaft zu Hülfe kamen, leichter zu finden. —

* Eine Zahl der im Monat Mai unter der Anschuldigung der Betheiligung an der geh. Gesellschaft „Marianne“ zu St. Etienne Verhafteten steht jetzt vor dem Correktions-Tribunale dieser Stadt.

Spanien.

† Die „Epoca“ vom 7. meldet: „Heute traf in **Madrid** der Brigadier D. Lorenzo Maria **Smith** ein, der in den Saragossaer Ereignissen eine wichtige Rolle spielte. Wahrscheinlich kommt er in die Hauptstadt, um sich vor der Regierung wegen des Benehmens zu rechtfertigen, zu welchem er sich bis zu dem Augenblick gezwungen sah, wo er die Dolche und Gewehre der Insurgenten nicht mehr zu fürchten hatte.“ — Das „Parlamento“ seinerseits sagt: „Brigadier Smith, ehemaliger Oberst des Regiments von Saragossa, ist in Ruhestand nach den Kanarien geschickt worden.“ Es scheint, daß die andern Korpschefs, welche zu Saragossa blieben und sich durch Handlungen zu Gunsten der Insurrektion bemerklich machten, mit den ihnen zustehenden Pensionen in Ruhestand versetzt werden sollen.

Italien.

Rom, 4. August. Freiherr v. Ow, welchen außer einem ministeriellen Beamten auch ein katholischer Geistlicher von Stuttgart hierher begleitete, andererseits Staatsrath Brunner sind für ihre Mission sehr thätig. Wie die Sachlage gegenwärtig ist, dürfte die badische Differenz vor dem Winter ausgeglichen seyn, was gewiß nicht ohne Rückwirkung auf die Beschleunigung der Unterhandlungen mit Württemberg bleiben kann. Daß die Kirche beider Länder Angesichts der Bureaukratie eine nach jeder Seite hin unabhängige Stellung durch die neuen Verträge gewinnen, die Peripherie des kirchlichen Lebens und der kirchlichen Verfassung ausgeweitet und schärfer abgegränzt, der Unterschied ohne Einmischung gubernativer Zwecke den Bischöfen überlassen werden wird, bei völliger Glaubensfreiheit, und in letzter Beziehung ohne alle Beaufsichtigung durch eine fremde Autorität, so viel kann ich Ihnen schon jetzt als zuverlässig berichten. (K. Z.)

Chambery, 7. August. Auf Einladung des Erzbischofs von Genua fand dieser Tage ein **Kongreß** der Bischöfe von Piemont und Savoyen statt, um über das gegenüber der piemontesischen Regierung einzuhaltende Benehmen der Geistlichkeit zu berathen. Auch der Bischof von Orleans war zugegen. (Oest. Corr.)

Genua, 8. August. Der „Corriere mercantile“ meldet, daß mehrere Kapitalisten aus Paris, London, Brüssel und Genua ansehnliche Summen für die Kolonisirung der Insel Sardinien unterzeichnet haben. (Oest. Corr.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel nimmt täglich mehr eine neue, oder vielmehr die alte Physiognomie an. Vor allen werden die Engländer seltener und seltener; ihre ganze hier noch befindliche Truppenstärke hat sich bis auf 200 Mann reduzirt. Von den Franzosen existirt außer einem Theile des Train nur noch die Brigade Bosquet (1. und 84. Infanterieregiment) im Lager von Maslak. Ihr letztes Militärhospital wird in den nächsten Tagen soeurs de charité übergeben, und außer den in ihm befindlichen Intransportabilien bis zum 12. d. M. nichts mehr von der französischen Armee in Konstantinopel seyn. Auch die letzten Kommando's von Varna sind hier auf ihrem Wege nach Frankreich eingetroffen, nachdem sie beim Abschiede die unzweideutigsten Beweise der Sympathie mit sich nahmen, da sie sich beliebter zu machen gewußt haben, als die Engländer, an die man sich nur gern durch das Bild der Königin auf den Münzen erinnert, die sie allerdings bedeutend mehr in Umlauf gebracht haben als die sparsamen Franzosen ihre Napoleons. Vor einigen Tagen ist auch die polnische Division Zamoyski's behufs ihrer Auflösung hier eingetroffen, und theilweise in dem von den Engländern geräumten Galata Serail untergebracht werden. Wie ich Ihnen früher schrieb, war der Legion vom Sultan das Versprechen gemacht worden, als Stamm eines zukünftigen christlichen, meist slavischen, Korps benutzt und deßhalb nicht aufgelöst zu werden. Wie man hört, ist jedoch dagegen seitens einer nachbarlichen Macht Einsprache geschehen. Thatsache ist, daß das Korps ungeachtet des großherrlichen Versprechens vollständig aufgelöst wird, und man die getäuschten Heimatlosen dadurch zu entschädigen gedenkt, daß sie, Offiziere wie Mannschaften, mit ihrem bisherigen Militärgehalt bei den projektirten Straßenbauten verwendet werden sollen. Dieses Anerbieten ist jedoch von den meisten ausgeschlagen worden. Der Grund der Weigerung ist schwer einzusehen, da die geringe Gratifikation, die ihnen England bei der Entlassung auszahlt, nur für kurze Zeit zum Lebensunterhalt ausreichen wird, und ihnen somit das alte Elend in London und Paris, wohin sie sich meist zurückbringen lassen, bald wieder bevorsteht. Die englische Regierung ist freigiebig genug, den Offizieren des Korps die ihnen gestellten Dienstpferde, und Offizieren wie Unteroffizieren die ihnen gelieferten Revolvers zu überlassen. — Wie es vielfach heißt, werden nächstens sehr energische Polizeimaßregeln gegen die hier befindlichen Malteser, Römer und Neapolitaner ergriffen werden, da es sich durch statistische Angaben seitens der französischen Gendarmeriekommandantur herausgestellt hat, daß die meisten Verbrechen durch das Gesindel dieser Nationalitäten verübt werden, so daß z. B. bei 100 Morden 92 allein auf sie kommen. (Allg. Ztg.)

Es sind jetzt gerade drei Monate seit dem Ausbruche der Raub- und Mordauftritte in **Nablus** verflossen, und der Pascha daselbst hat inzwischen rein **nichts** gethan, um entweder die Verbrecher zur Strafe zu ziehen oder sie auch nur für die Zukunft einzuschüchtern. Die Folge davon ist, daß die Nabluser, welche in den ersten Tagen nach der That vor den Folgen derselben zitterten, seitdem vollkommen guten Muthes geworden sind, oder vielmehr noch hochmüthiger als vorher, so daß die Christen dort bei der geringsten Veranlassung das Schlimmste zu befürchten haben. Die Mehrzahl der kleinen protestantischen Gemeinde dort wurde durch Drohungen veranlaßt, zur griechischen Kirche zurückzukehren, weil die griechische Rajah natürlich mit keinen Genugthuungsforderungen aufgetreten ist, während wegen der Zerstörung der Schule des protestantischen Bischofs und der Plünderung des Hauses des protestantischen Missionärs, der unter preußischem Schutze steht, von Anfang an das Einschreiten der betreffenden Konsuln erwartet wurde. Wie mir vor einigen Tagen einige Christen von Nablus versicherten, will man jetzt sogar die Ermordung des Vaters des preußischen Gesandten ableugnen, deren schauerliche Umstände durch Augenzeugen erhärtet sind, und von den Mohamedanern selbst eingestanden waren. (A. Z.)

Korrespondenzen aus **Konstantinopel**, 31. Juli bringen nachstehende Details über die Rückkehr eines Theils des englischen Geschwaders in's schwarze Meer:

„Infolge einer dieser Tage in Therapia zwischen den Gesandten Englands und Frankreichs und dem österreichischen Internuntius gehaltenen Konferenz, welcher auch Admiral Lyons beiwohnte, gingen am 29. Juli einige Dampfer der englischen Flotte unter Contre-Admiral Houston Stewart nach dem schwarzen Meere ab. Admiral Lyons sollte ihre Rückkehr in Konstantinopel abwarten. Die Rückkehr dieser kleinen Escadrille in's schwarze Meer in dem Augenblicke, wo die englische Flotte sich segelfertig machte, um den Bosporus definitiv zu verlassen, hat eine gewisse Sensation verursacht und zu unendlichen Konjekturen Anlaß gegeben.“ Außer diesem Vorfall ist aus Konstantinopel nichts von Interesse zu berichten. Zwar spricht man von einem Gesuche, welches die Einwohner Bessarabiens in Massen an den Sultan gerichtet haben sollen, um gegen die Disposition des Pariser Vertrages zu protestiren, die ihre Provinz theilt,

und beantragen, daß ganz Bessarabien zum otomanischen Gebiet geschlagen werde, aber ein solcher Schritt wäre zu zwecklos, daß er kaum wahrscheinlich ist. Die Räumung der Türkei von den Truppen wird in etwa 14 Tagen beendet seyn. In verflossener Woche hat man abermals eine große Quantität Materials und einige Hundert Mann vom Spital- und Verwaltungsdienste eingeschifft.

Handels- und Börsen-Berichte.

Amsterdam, 8 August. Waizen und Roggen flau und still. 125pfd. bunt. poln. Waizen 250 fl. Roggen, 121pfd. pommerischer 244 fl., 119pfd. holstein. 240 fl.

Kohlsaat effekt 3 L. höher, Termine sehr gesucht, effekt. Polder $17\frac{3}{8}$ fl., Harlemer 17 a $17\frac{1}{4}$ fl pr. Muid, Petersb. Apeel mit 73 L. bezahlt.

Rüböl höher, schließt flau, kompt. 52 fl. pr. Sept. 51 a $50\frac{3}{4}$ fl. Okt. $49\frac{3}{4}$ a $49\frac{1}{2}$ fl., Dezbr. $49\frac{3}{4}$ a $\frac{1}{4}$.

Leinöl angenehm, kompt. $38\frac{3}{4}$ a 39 fl., per September 38 a $\frac{3}{4}$ a $\frac{1}{4}$ fl.

Hanföl kompt. 46 fl.

In Auktion wurde Roggen bedeutend niedriger verkauft.

Wien, 12. August Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{1}{8}$; 5pCt. Metall. $84\frac{3}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. $73\frac{1}{4}$; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 $127\frac{1}{4}$; von 1854 $107\frac{1}{2}$; Bankaktien 1100; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $383\frac{7}{8}$; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 593; österr. Staatsbahnaktien $331\frac{1}{2}$; Nordbahnaktien $2861\frac{1}{4}$. Wechselkurse: Augsburg uso $102\frac{7}{8}$. London 10. $2\frac{1}{4}$. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

*** Würzburg, 14. August. Das Frankfurter Kursblatt ist ausgeblieben.

München, 10. August. (Post Dienstes Nachrichten.) Se. Maj. der König haben den Postverwalter Frhrn. v. Montigny in Memmingen und den Offizialen Joseph Thurmbichler in Augsburg in den Ruhestand versetzt und den Offizialen Jul. Vetterlein daselbst aus dem Staatsdienste entlassen. Entlassen wurde der Telegraphengehülfe Eugen Mitterhuber bei der Station Hof.

Berlin, 10. August. Dem neuesten „Militär-Wochenblatte" zufolge hat der dem Garde-Kürassier-Regimente aggregirte Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin seinen Abschied erhalten.

Wien, 10. August. Die „Oesterr. Ztg." veröffentlicht heute eine interessante Korrespondenz aus Turin vom 4. d., welche in Betreff des letzten Putsches und Einfalles in's Modenesische durch Mazzinistische Freischaaren (am 26. v. M.) berichtet, es stelle sich bis zur Evidenz heraus, daß die sardinischen Gränzbehörden von dem Vorhaben Kenntniß hatten, und daß sie auf eine unverzeihliche Weise jede ernstliche Vorsichtsmaßregel vernachläßigten. Schon seit einer Woche früher, heißt es, trug man sich allenthalben mit der Nachricht von einem stattfindenden Ausmarsch der Republikaner, und der 26ste wurde laut als der Tag bezeichnet, an welchem die Befreiung Italiens vor sich gehen sollte.

Petersburg, 6. August. Die kaiserliche Familie ist vor einigen Tagen aus Hapsal zurückgekehrt und residirt wieder in Peterhof. Die Inspektion der Flotte in Kronstadt ist auf acht Tage hinausgeschoben worden; vielleicht will man abwarten, bis noch mehrere der auswärtigen Krönungsgesandten hier sind, um diese an dem Schauspiel Theil nehmen zu lassen. In der vorgestrigen Nacht ist auch der französische Gesandte, Graf Morny, nebst Gefolge hier eingetroffen, darunter auch der Schneidermeister Chevreuil, der für die Dienerschaft des Grafen hier brillante Livréen anfertigen soll. Der österreichische Gesandte, Fürst Esterhazy, der (wie bereits gemeldet) vorigen Sonnabend hier angekommen ist, hat schon am folgenden Tage Gelegenheit gehabt, Petersburg im Festgewande zu sehen. Es war nämlich am 3. August der Namenstag der Kaiserin, welcher u. A. durch ein prachtvolles Feuerwerk und die übliche Volkspromenade auf Jelgin- und Kamennoi-Ostrow gefeiert wurde. Für den Geburtstag der Kaiserin, am nächsten Freitag, sollen ganz besondere Festlichkeiten in Aussicht stehen Auch soll zu Ehren der bereits anwesenden und noch erwarteten fremden Abgesandten hier manches öffentliche Schauspiel veranstaltet werden, zumal der Tag der Krönung noch nicht so nahe zu seyn scheint, als man geglaubt hat. Außer der Bekanntmachung, daß die Krönung im August stattfinden solle, ist noch keine weitere offizielle und bestimmte Angabe darüber veröffentlicht worden. Inzwischen ist auch der Großfürst Nikolai wieder aus Moskau hierher zurückgekehrt, während die höheren Beamten, die mit den Vorbereitungen zu den Festen in Moskau beauftragt sind (z. B. der Minister des kaiserl. Hauses, Graf Adlerberg, und der Direktor der kaiserl. Theater, wirklicher Staatsrath Gedronow), fast immerwährend auf Reisen nach oder aus Moskau begriffen sind. Der Nachfolger des Generals Murawieff im Kommando in Kaukasien, der Generallieutenant Fürst Barjatinsky, hatte im jüngsten Kriege das Kommando über die Garde-Kavallerie-Reserve, welche bekanntlich nach Abschluß des Friedens aufgelöst worden ist. Früher war General Barjatinsky unter dem Fürsten Woronzoff Stabs-Chef der Kaukasus-Armee, er ist daher mit den Zuständen des Landes, das jetzt seiner Verwaltung übergeben ist, vertraut. — In Betreff des Imports ausländischer Waaren ist eine wesentliche Erleichterung durch die Verordnung eingetreten, daß alle Waaren, welche auf dem Landwege eintreffen, erst fünf Tage nach Ankunft an die Zollkammer deklarirt zu werden brauchen, so wie dadurch, daß überhaupt das Niederlagsrecht eine größere Ausdehnung erfährt. (H. N.)

Triest, 11. August. Mit der so eben eingetroffenen Ueberlandspost wird aus Bombay vom 10. Juli gemeldet: Im Deccan sind blutige Konflikte zwischen den einheimischen Fürsten ausgebrochen. Die Regierung hat Schutzmaßregeln gegen die vielfachen Angriffe der Santals auf die Eisenbahnbauten ergriffen. Die indische Reisernte verspricht einen großen Ertrag. — Aus Alexandrien wird vom 6. gemeldet, daß der Telegraph in diesen Tagen von Suez nach Alexandrien in Wirksamkeit treten werde, und daß dem Vizekönig von Aegypten vom König von Griechenland das Band des Erlöserordens ertheilt worden sey. Die tunesische Flottille mit dem tunesischen Expeditionskorps am Bord ist, auf der Rückfahrt von Konstantinopel nach Tunis begriffen, in Malta eingetroffen. (T.D.d.N.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 226. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 15. August 1856.

Deutscher Bund.

Baden. Vom Neckar, 11. August. Vor einiger Zeit wurde in mehreren öffentlichen Blättern, obwohl nur als Gerücht, mitgetheilt, es hätte eine Zusammenkunft der Heidelberger Corpsstudenten mit Corpsdeputirten aus Freiburg, Würzburg, München, Gießen, Marburg rc. stattgefunden, deren Zweck gewesen, eine gewisse solidarische Verpflichtung aller Corpsmitglieder der südwest-deutschen Universitäten herzustellen, wornach jeder Corpsstudent verpflichtet seyn soll, nicht in Heidelberg zu studiren. Diesem Gerüchte reiht sich nun ein anderes an, das dahin geht, es seyen von Heidelberger Corpsstudenten an alle deutsche Universitäten, resp. an die dortigen Corpsverbindungen, Zuschriften ergangen, und in deren Folge hätten sich die sämmtlichen an deutschen Universitäten bestehenden Corpsverbindungen dahin vereinigt, zuzuwarten, ob bis zum Anfange des nächsten Wintersemesters die Corps in Heidelberg wieder hergestellt würden; geschehe dieses nicht, sondern blieben sie vielmehr aufgehoben, dann solle kein Corpsstudent in Heidelberg studiren. Indem wir dieses Gerücht als ein solches hier wieder geben, sind wir keineswegs geneigt, demselben Glauben beizumessen, sondern halten vielmehr dafür, daß weder die gewesenen Heidelberger Corpsstudenten noch die auf andern Universitäten studirenden Corpsmitglieder sich herbeilassen werden, einen solchen Beschluß zu fassen. (Schw. M.)

§ **Oesterreich.** Wien, 12. August. (Privat-Korresp.) Die Theißbahnaktien, dieses bisher so arg vernachlässigte Zukunftspapier, sind endlich in den Vordergrund getreten, und obgleich nicht so bevorzugt, wie die Pardubitzer, dürften sie dessenungeachtet doch bald eine bedeutende Steigerung erfahren. Staatspapiere, die für Rechnung Amsterdamer und Harburger Häuser von der Creditanstalt stark aufgekauft werden, sind neuestens um nahezu ¾ pCt. gestiegen und würden gewiß höher gehen, wenn aus den Provinzen nicht fortwährend belangreiche Posten auf den Markt kämen.

Die Geldverhältnisse sind fortwährend sehr günstig und erstes Papier wird mit 4½ pCt. begeben, was seit dem Jahre 1848 nicht mehr der Fall war. Daß dieser Geldüberfluß den bereits etwas lebhafter gestalteten Geschäften, sowie dem Börsen-Verkehre sichtlich zu Gute kommt, ist eine unbestreitbare Thatsache, und anerkennt man es allgemein, daß sich die Kreditanstalt ausschließlich und allein um den hiesigen Platz, so wie um die Provinzen das große Verdienst erworben hat, die Geldquellen flüssig gemacht zu haben.

Gerüchtweise verlautet, daß die hiesigen Baumwollspinner mit dem Plane umgehen, eine großartige Maschinenweberei auf Aktien zu gründen, zu welchem Zwecke sie die Kreditanstalt auch bereits um ihre Mitwirkung angegangen. Der große Aufschwung, den dieser Industriezweig in den letzten Jahren genommen, rechtfertigt diese Idee in jeder Beziehung. Auch in Triest will — ebenfalls als Protege der Kreditanstalt — eine Konkurrenzgesellschaft des „Lloyd" ins Leben treten.

Wien, 10. August. Rücksichtlich der holstein-lauenburgischen Domänenangelegenheit ist die höchst erfreuliche Thatsache zu berichten, daß nunmehr in dieser Hinsicht das beste Einverständniß zwischen den beiden deutschen Großmächten herrscht, was ohne Zweifel die unmittelbare Folge der persönlichen Zusammenkunft der beiden Monarchen in Teplitz ist. Wie bekannt ist, soll diese Frage erst im Oktober nach Wiedereröffnung der Session zur Verhandlung kommen; man gibt sich jedoch hier der, wie es scheint, begründeten Hoffnung hin, daß bis dahin vielleicht doch eine Verständigung zu Stande gebracht werden dürfte, da, sicherem Vernehmen zu Folge, die deutschen Großmächte entschlossen sind, während dieser Zeit im Wege der diplomatischen Unterhandlungen für eine den bestehenden Verträgen entsprechende Verständigung zu wirken. (Schw. M.)

Wien, 11. August. Der Generalgouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs, FM. Graf Radetzky, hat dem exilirten Eustachio Conte Vicola die straflose Rückkehr in die österreichischen Staaten und dem Flüchtling Dr. Bartolomeo Benvenuti die Aufhebung des auf seine Habe gelegten Sequesters bewilligt. (Ostd. Post.)

Schweiz.

Das „Echo du Montblanc" berichtet, daß Graf Walewski den „Frères de la doctrine chrétienne" zu Genf eine dauernde Jahresrente von 1000 Fr. als Entschädigung zugesichert habe, weil Minister Cavour ihnen eine von Sardinien bezogene jährliche Beisteuer von 1500 Fr., die sie für den etwa 200 bis 300 Savoyardenkindern in Genf ertheilten Unterricht erhielten, entzogen habe.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 6. August. Wie neulich von „Aftonbladet", so ist gestern auch von „Svenska Tidningen" plötzlich und unerwartet ein Redaktionswechsel angekündigt worden. Obrist J. H. Hazelius tritt vom 1. September an zurück und ein bisheriger Mitarbeiter, Hörner, wird die Redaktion übernehmen. Die Tendenz der Zeitung wird nach der Anzeige dieselbe bleiben. Wie es scheint, ist bei Herrn Hazelius eine Kollision mit seinen militärischen Pflichten eingetreten. (N. Z.)

Großbritannien.

London, 11. August. Guatemala, Salvador, Honduras und Costa Rica sollen sich fest mit einander verbunden haben, um Walker zu bekämpfen. Die Armee von Guatemala rückt gegen die Gränzen Nicaraguas vor. (F. Pstz.)

Die Londoner „Illustrated News" enthalten die Abbildung eines sehr werthvollen Armbandes, welches Fräulein Joh. Wagner von dem Direktor Lumley zum Geschenk erhalten hat. Letzterer hat die Sängerin aufgefordert, unter seiner Direktion eine Kunst Reise durch die englischen Provinzialstädte in den Monaten Septbr. und Oktbr. zu machen.

Frankreich.

Paris, 8. August. Es liegen bei 10,000 nachträgliche Gesuche um Verleihung der englischen Krim-Medaille vor. Alle Soldaten, welche erst nach gethaner Arbeit in der Krim anlangten, alle Angestellten und Schreiber in den Kanzleien der Krimarmee so wie zahlreiche Arbeiter und Bedienstete von Transportgesellschaften u. s. w., welche für den kaiserlichen Dienst verwendet wurden, kurz, wer nur immer Sebastopol oder seine Ruinen aus der Ferne gesehen hat, verlangt die Medaille. Dies erklärt sich aus der Sucht der Franzosen, mit einem Bändchen im Knopfloch dekorirt zu seyn. Man will dem Mißbrauche schon jetzt vorbeugen, indem man das Tragen des Bändchens ohne Medaille untersagt; aber mit Ausnahme der noch dienenden Soldaten fügt sich dem Niemand. Nach wiederholten Berathungen hat endlich der Kriegsminister festgesetzt, daß nur solche Militärpersonen, die vor dem 8. Sept. 1855 in der Krim waren, die Medaille erhalten sollen. (H. N.)

Paris, 11. August. In der Sorbonne fand heute unter Vorsitz des Kriegsministers Vaillant, der provisorisch mit der Leitung des Unterrichtsministerium beauftragt ist, die feierliche Vertheilung der Preise der Lyceen und Collegien von Paris und Versailles für 1856 statt. Nachdem die lateinische Rede gelesen war, erhob sich Marschall Vaillant und hielt eine oft von Beifall unterbrochene Anrede, in welcher er Fortouls gedachte und den Marschall Herzog Pelissier, welcher der Festlichkeit beiwohnte, als das Vorbild eines unermüdlich thätigen, ausdauernden Mannes aufstellte, durch welche Eigenschaften das Höchste zu erreichen sey. (Fr. Pstz.)

Der Staatsminister veröffentlicht nachstehendes Programm des Nationalfestes vom 15. August:

„Am 15. August Morgens 6 Uhr werden Artillerie-Salven der Kanonen der Invaliden die Feier des Tages verkünden. Abends 6 Uhr werden diese Salven wiederholt. Um 12 Uhr wird in der Metropolitankirche von Paris, in Gegenwart von

Deputationen der großen Staatskörper und der Zivil- und Militärbehörden, ein Hochamt gefeiert, welches mit dem Te Deum schließt. In allen andern Kirchen wird das Te Deum am Schlusse des Hochamts gesungen."

„Tages Fest: Das Tagsfest wird von 2 bis 6 Uhr Nachmittags gleichzeitig auf der Invaliden-Esplanade und an der Barriere du Trone abgehalten. Auf der Invaliden-Esplanade werden 2 Theater abwechselnd militärische Scenen, andere acrobatische und gymnastische Kunststücke aufführen. Vier mit Preisen versehene Kletterbäume werden für die Liebhaber bereit stehen. Um 5 Uhr wird vom Ufer der Seine vor der Esplanade ein großer Ballon aufsteigen. Dieser Ballon, auf dessen Thierkreis der Name des Kaisers eingeschrieben ist, wird mit Nationalflaggen und mit Wimpeln und Fahnen mit den Anfangsbuchstaben Sr. Maj. geschmückt seyn. An der Barriere du Trone, werden abwechselnd 2 Theater abwechselnd militärische Scenen und Kunststücke aufführen und 2 Kletterbäume mit Preisen zu beiden Seiten stehen. Nacht-Fest: Abends um 6½ Uhr wird im Tuilerien Garten in der Mitte der großen Allee in der Nähe der Terasse an der Rivoli-Straße von 200 Instrumentisten und 250 Sängern ein Conzert aufgeführt. Nachts werden der Tuileriengarten, der Concorde-Platz, die große Avenüe und der Rundpunkt der Elyseeischen Felder mit Portiken, Guirlanden, Lüstern und Vasen geschmückt und mit bunten Gläsern und Laternen beleuchtet werden. Auch der Quai d'Orsay, die Invaliden-Esplanade, der Cours-la-Reine, die Allee d'Antin (Elysee'sche Felder) und die Barriere du Trone, sowie der Triumph-Bogen (de l'Etoile), die Vendome-Säule, die Saint Genevieve-Kirche (Pantheon), der Thurm von St. Jacques de la Boucherie, die Thore St. Denis und St. Martin, die Pont-neuf-Insel, die Concorde-, Invaliden- und Alma-Brücke und alle anderen öffentlichen Gebäude werden gleichfalls beleuchtet seyn. Das am Tage mit Flaggen geschmückte Hotel de la Ville wird bei eintretender Nacht mit einer Gas-Beleuchtung, das Wappen der Stadt Paris vorstellend, dekorirt werden. Um 9 Uhr Abends werden 2 Feuerwerke, eines auf dem Triumphbogen und auf den Oktroi-Gebäuden der Barriere de l'Etoile, das andere an der Barriere du Trone abgebrannt werden. Das Haupt-Bouquet des Feuerwerks an der Barriere de l'Etoile wird der großen Girandole des Forts Saint-Ange zu Rom nachgebildet seyn."

Spanien.

Madrid, 6. August. Seit der neuesten telegraphisch hier angelangten Nachricht über die Ergebung Saragossa's hat die Regierung über dies Ereigniß nichts bekannt gemacht; dieser Umstand wurde von Böswilligen als Zeichen ausgelegt, daß die Ergebung nicht gewiß sey; zugleich wurden Gerüchte von einem Ausfall aus jener Stadt verbreitet, durch den die Truppen eine Niederlage erlitten haben sollten u. dgl. Es ist offenbar, daß die Feinde der Regierung die Gährung durch dergleichen Mittel noch immer zu unterhalten suchen; bald werden Gerüchte in Umlauf gesetzt, daß noch nicht alles vorüber sey; bald heißt es, daß zahlreich verborgene Waffen wieder zur rechten Zeit an's Licht kommen werden u. dgl. O'Donnell nach seiner Art spricht nichts, und handelt nur bei solchem Treiben; er läßt die Wachen überall verstärken, des Nachts die Stadt von zahlreichen Patrouillen durchziehen, und wird die Kraft seines Armes bei allen Ueberschreitungen fühlen lassen. Die mit Ausnahme von Barcellona überall in den Provinzen mit Ruhe ausgeführte Entwaffnung der Miliz, ohne daß das beklagenswerthe Unglück jener Stadt sich wiederholte, beweist die friedliche Stimmung des spanischen Volkes, seine Achtung vor der Autorität und seine Unterwerfung unter sie; noch mehr ergibt sich dieselbe aus dem Umstand, daß alle Ortschaften, welche sich bei der kürzlichen Gelegenheit pronunzirt hatten, nur in Folge der Befehle so verfuhren, die sie von denjenigen erhielten, welche an der Spitze der Provinzialregierung standen. Das Heer benahm sich überall gut, denn sogar in Saragossa, wo drei Regimenter sich der Auflehnung anschlossen, geschah dies nur aus Gehorsam gegen den Generalkapitän; als ihnen aber bekannt wurde, daß die Angabe vom Sieg des Aufstandes in Madrid falsch sey, begab sich der größere Theil der Offiziere zum General Dulce. — Es ist Schade, daß die Regierung nicht mit größerer Energie einige Bestrafungen eintreten läßt, um die Meuterer in Schrecken zu setzen; anstatt dessen hat sie den größten Theil der zu Madrid Gefangenen in Freiheit gesetzt. Anders verfuhr der General Zapatero, der die Mörder von 7 Offizieren in Gracia, die sich ergeben hatten, erschießen, und die meisten der am Aufstand betheiligten Behörden, sowie die Anführer der Insurgenten nach den Philippinen und andern entfernten Orten transportiren ließ. Die Offiziere der Armee sind über diese Milde O'Donnell's unzufrieden; sie werden bei einem ähnlichen Straßengefecht keinen Pardon geben. Was die Demokratenhäupter betrifft, so weiß man noch immer nicht, ob Becerra wirklich gefallen ist; Sisto Camara und andere haben sich in's Ausland geflüchtet. Von dem Exminister Escosura weiß man nichts; sein Bruder ist noch in Haft, sowie auch der Marquis v. Albaida. — Espartero erklärte in seiner Abschiedsaudienz der Königin, daß Alter und Kränklichkeit ihn zwingen, sich zurückzuziehen; wenn ihn eine Partei berufe, würde er sich eher in Stücke hauen lassen, als daß er in einem weiteren Kampf zum Sammelzeichen dienen sollte. Die Königin erwiderte ihm mit wohlwollendem und etwas spöttischem Lächeln: sie wünsche ihm eine glückliche Reise; er möge Ruhe und Glück genießen. — Die Verabschiedung von 10,000 Mann, die jetzt eintritt, wird durch neue Korps von Freiwilligen gedeckt werden, die sich in verschiedenen Theilen Spaniens organisiren, bis die Reserve hergestellt ist. Von den verabschiedeten Soldaten soll ein Bataillon von 500 Mann angeworben und bei der Stadtpolizei verwendet werden. — Prinz Adalbert von Bayern wird erst am 14. in Madrid eintreffen, und die Vermählung deßhalb bis zum 16. verschoben bleiben; in der Zwischenzeit jener zwei Tage wird er im Palast Salamanca wohnen. Die Vorbereitungen zu seiner Aufnahme geschehen mit großem Aufwand im Palast, in welchem er nach der Vermählung wohnen wird. Wahrscheinlich wird die Senorita de S. die Infantin nach Deutschland als Kammerdame begleiten; sie übt schon seit zwei Monaten bei ihrer kgl. Hoheit das Hofamt, um ihr das Studium des Deutschen zu erleichtern. (Allg. Ztg.)

Madrid, 11. August. Der Generalkapitän der baskischen Provinzen meldet, daß sich der Cabecilla Gomez mit 19 Individuen gestern gestellt habe, um sich zu unterwerfen. Die „Gaceta" enthält keine offizielle Verfügung. (Fr. Pstz.)

Italien.

Daniel Manin hat wieder einen Brief geschrieben. Die „Gazzetta del Popolo" veröffentlicht folgendes ihr zugegangene Schreiben aus Paris vom 2. August:

„Der Gedanke des Herrn Norberto Rosa (100 Kanonen für Alessandria anzuschaffen) scheint mir vortrefflich zu seyn. Ich gebe Ihnen meine Zustimmung mit ganzer Seele. Freund Pallavicino wird Ihnen für meine Rechnung das Scherflein eines Heimatlosen, fünf Franken, übergeben. Muth und vorwärts. Rühren wir uns und andere! Es lebe Italien. Einen herzlichen Händedruck. Ihr ergebener Manin."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 1. August. Letzthin verbreitete sich hier das Gerücht, daß auf Kreta mehrere hundert Türken zum Christenthum übergetreten seyen. Wie man erfährt, verhält sich die Sache indeß anders. In dem Dorf Episkopi auf Kreta befinden sich an 60 Familien, gegen 300 Individuen, die, obgleich seit langer Zeit äußerlich zum Islam übergetreten, doch heimlich immer noch Christen geblieben waren. Im Vertrauen auf den Hat-Humayum haben diese Leute nun die Maske abgeworfen, und sich auch öffentlich wieder zum Christenthum bekannt. Hoffentlich werden die christlichen Mächte nicht dulden, daß sie wegen dieses Schrittes Verfolgungen erleiden. — Herr Skilitzi, der griechische Kaufmann in Salonich, der das unheilvolle Pulver in seinem Gewölbe hatte, ist immer noch in Haft. In seinem Landhaus hat man ebenfalls noch 1200 Fässer Pulver gefunden. Der Gouverneur von Salonich hatte früher gehört, daß Herr Skilitzi Pulver in seinem Gewölbe habe, und hatte denselben darüber zur Rede gestellt, und auch, als Hr. Skilitzi es längnete, den französischen Konsul, unter dessen Schutz Herr Skilitzi stand, ersucht, eine Haussuchung vornehmen zu lassen. Der französische Konsul hatte das jedoch verweigert, weil Hr. Skilitzi erklärte, dies würde seinem Kredit schaden. Die Pforte möchte nun gern Hrn. Skilitzi den Prozeß machen, besonders weil er auch während des Aufstandes in Albanien den Aufrührern das Pulver geliefert haben soll. Eine kriminelle Untersuchung möchte jedoch kaum statthaft seyn. Dagegen ist Hr. Skilitzi mit vielen Zivilklagen auf Entschädigung bedroht, weil die Explosion viele ganz feuerfeste Gewölbe sprengte, und die darin befindlichen Waaren dann durch das Feuer zerstört wurden. So wird er wenigstens mit seinem Vermögen das Vergehen büßen müssen. (Allg. Zt.)

Griechenland.

München, 12. August. Der griechische „Moniteur" vom 31. Juli bringt die Nachrichten über die Besiegung und Vertilgung der letzten großen Räuberbande, welche sich aus den Ueberresten der Banden des Davelis, Belutios, Zephires und Phimlukis, der tapfersten und verwegensten aller Räuberhaufen, gebildet und von allen Seiten gedrängt in das Innere des Parnassus auf dem Weg verschanzt hatte, der von Daulis aus nach dem Dreiwege des Laios, und von dort empor unter Arachova vorüber nach Delphi führt. Er heißt, wie bekannt, σχιστή, weil hier die von Delphi nach Osten gehende Straße, da wo

sie sich aus dem langen Hochthal des Parnassus zwischen Felsen herabsenkt, in zwei Wege spaltet, von denen der eine links ab um steile Felswände nach dem hochgelegenen Daulis, der andere in die Ebene des Kephissos und nach Chäronea herabführt. Einen guten Rath möchten wir dem französischen Uebersetzer griechischer Briefe im „Moniteur" nicht ersparen: daß er seine Uebersetzung einem beider Sprachen kundigen Griechen vorlegen möge, der ihn gewiß vor Uebersetzungsfehlern wie der Le village d'Arachova et celui de Daulidos bewahren wird, weil er weiß, daß der ehedem berühmte Ort Δαυλίς heißt, und Δαυλίδος der Genitiv ist. Nach dem verwegenen und glücklichen Streich, den Davelis gegen die Post von Piräeus ausgeführt hatte, verdoppelte das Ministerium Bulgaris seine Anstrengungen. Es war nicht nur eine Frage seiner Existenz, sondern der Unabhängigkeit des Reichs gegenüber den Westmächten geworden, ob man endlich im Stande seyn würde, mit den Räubern zu Ende zu kommen, und mit der Ruhe die Ehre von Griechenland herzustellen. Das Ministerium hatte es an Aufmunterungen, an Drohungen, Absetzungen und Belohnungen nicht fehlen lassen, die Gensdarmerie, die regulären Truppen, die Milizen, die Ortschaften kamen in raschere Bewegung, die Hirten und Bauern, da sie endlich Ernst sahen, waren mit Nachrichten über den Aufenthalt, über die Schlupfwinkel und Zuzüge der Uebelthäter bei der Hand, und wie bei einem Bürgerkriege, dessen Entscheidung naht, war alles in der gespanntesten Erwartung. Vor Allen ragte in ihrer Verfolgung der Lieutenant Megas hervor, den man früher beschuldigt hatte, daß er die Räuber aus Trägheit oder Mitschuld entschlüpfen lasse, während er durch seine Leute und Verbindungen ihre Einschließung vorbereitete. Nachdem dieses geschehen, trieb er sie von Fels zu Fels in jene Stellung, gab Gelegenheit, die Gendarmen, das Militär und die Bürgergarden von Theben, Livadia u. s. w. um den Parnes her gegen diesen Schlupfwinkel in konzentrische Bewegung zu setzen. Am 24. Juli hatte man ihre Positionen vollständig eingeschlossen. Die Truppen standen unter den Befehlen bewährter Führer, und ein großer Haufen von Bauern unter Demarchen oder Gendarmen. Das Gefecht gegen die starken Verschanzungen dauerte bis nach Mittag ohne bedeutenden Erfolg. Um 5 Uhr kam der Gendarmeriekommandant von Livadien mit einer Abth. Infanterie unter dem Lieutenant Tsiros. Der Kampf erneuerte sich; die Angriffe prallten ab an der heroischen Abwehr dieser zur Verzweiflung getriebenen Männer; die Sonne war im Untergehen, und die Gefahr dringend, daß sich die Bande unter dem Schleier der Dunkelheit zerstreuen und anderwärts wieder sammeln würde; da stürzt sich F. Megas mit gezogenem Schwert, und nur gefolgt von dem jungen Ulysses Maurodemos von der Landmiliz gegen die Schanzen des Belonlias. Sein Beispiel entzündete die andern. Alles drängt ihm nach, die Wälle werden erstiegen, Soldaten und Bauern im drängenden Gemisch. Nach einer halben Stunde sind die Steinwälle genommen, die Leichen von 18 Räubern bedecken den Boden, unter ihnen ihre vier Hauptleute, vier Schwerverwundete fielen in die Hände der Sieger, nur einer entwischte, ward aber am folgenden Morgen eingefangen; doch das Land hatte den Verlust des Helden zu beklagen, dem man diesen Sieg und die Vertilgung der Räuberüberreste verdankte. Megas war gleich beim Eindringen in die Schanze von Beloulias verwundet und niedergeworfen, und von Raubgenossen vollends getödtet worden. Der junge Maurodemos kam mit leichter Verwundung davon. Die Freude über diesen entschiedenen Erfolg ist überall gränzenlos. In Livadia Jubel, Tänze, Gesänge, Gelage die ganze Nacht. In Athen umarmt man sich auf den Straßen. Die Königin hat der Wittwe des gefallenen Megas als augenblickliche Unterstützung aus ihrer Privatkasse die Summe von 2000 Dr. geschickt. Das Ministerium bereitet für die beiden Kammern ein Dekret vor, nach welchem der Wittwe Megas ein beträchtlicher Jahresgehalt und ihren Kindern Erziehung und Versorgung auf Kosten des Staates gesichert wird. Man fühlt sich allgemein wie von einem Alp befreit, und selbst die ärgsten Feinde des Ministerium singen das Lob seiner Energie und des Erfolgs, der seine Entschlossenheit gekrönt hat. (A. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Von der Elster, 13. August. Wir erhalten briefliche Nachricht von einer Erfindung, welche von dem Pfarrer Giebelhausen in Volkstedt bei Eisleben ausgeht. Diese Erfindung betrifft die Konstruktion eines **Taucherschiffes** oder Boots, wie solches jüngst als Erfindung eines gewissen Bauer, von der russischen Regierung acquirirt, in den öffentlichen Blättern dargestellt wurde. Inwiefern sich beide Erfindungen ähnlich sind, läßt sich aus der einfachen Zeitungsnachricht nicht beurtheilen, doch ist die Erscheinung der Idee und ihre Verwirklichung von zwei einander ganz unbekannten Personen, welche sehr entfernt von einander wohnen, immerhin interessant. Das von Herrn Giebelhausen erfundene Taucherschiff ist geeignet, der aus drei oder nach Befinden aus mehreren Personen bestehenden Bemannung das Fahren auf und unter der Oberfläche des Wassers in beliebiger Tiefe und nach jeder Richtung mit großer Leichtigkeit zu gestatten, so daß z. B. ein mit schwerem Geschütz armirtes Boot ganz unbemerkt einem feindlichen Schiffe nahen und dasselbe in den Grund bohren kann. Die Mannschaft kann auf dem Grunde des Wassers bis auf die zur Leitung erforderlichen Personen aus- und einsteigen, bei einer von dem Boot ausgehenden Beleuchtung auf dem Grunde des Wassers Gegenstände aufsuchen, in beliebiger Zeitdauer sich außer dem Boote im Wasser ungehindert aufhalten und von dem Boote aus Licht, Luft und Handreichung erhalten. Die Einrichtung des Boots gestattet, Gegenstände von ziemlich bedeutender Schwere ohne große Mühe und ohne Hülfe eines anderen Schiffes zur Oberfläche zu erheben. Die Anzüge machen es den betreffenden Arbeitern möglich, auch außerhalb des Taucherboots im Wasser auf- und abzusteigen und sich mit dem Boote auf dem Grunde wegen der nöthigen Luft beliebig in Verbindung zu setzen. Das Taucherboot läßt sich auch mit geringen Mitteln zur Aufhebung gesunkener Schiffe benutzen, welche, wenn Lecke der Grund ihres Sinkens waren, dahin gebracht werden können, wo sie flott gemacht werden sollen. Ein solches Aufheben der Schiffe erfordert einen nur verhältnißmäßigen Kraft- und Kostenaufwand. Die preußische Admiralität, welcher diese Erfindung zur Acquisition angeboten wurde, hat erklärt, keinen Gebrauch davon machen zu können. Ob sie schon ähnliche Apparate hat, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls ist aber die Erfindung wichtig genug, daß sie die Aufmerksamkeit auf sich zieht, und dies haben wir durch unsere Mittheilungen bezwecken wollen. Wir bemerken nur noch, daß Herr Giebelhausen auch schon andere Maschinen mit vielem Glück konstruirt hat, unter anderen eine neue Wage, eine neue Säemaschine rc. (D.A.Z.)

Wien, 11. August. Unter mehreren anderen großen und zukunftreichen Unternehmungen, welche die letzte Zeit hier geweckt hat, verdient namentlich das von einer in Düsseldorf konstituirten deutschen Gesellschaft hier so eben angeregte Projekt zur Ausbeute der reichen Kohlenlager bei Fünfkirchen in Ungarn hervorgehoben zu werden, da es eine Unternehmung betrifft, welche in diesem so wichtigen Industriezweig als Konkurrentin mit der Ostbahngesellschaft auftritt. Die erwähnte Düsseldorfer Gesellschaft, an deren Spitze sich die HH. Scheyer und der Generaldirektor der unter der Benennung „Vulcan" bestehenden Kohlen- und Hüttenwerksgesellschaft in Duisburg befinden, disponiren vorläufig über ein Kapital von fünf Millionen Gulden, welches jedoch nach Maßgabe des Unternehmens vergrößert werden soll.

Pfäfers (Dorf), 11. August. Gestern ist an unserm Galanda-Ausläufer Eck ein Bergsturz erfolgt, der an Masse und Ausdehnung den von Ihnen berichteten vom 6. Juni weit überholte. Ich beschränke mich wegen Mangels an Raum nur auf die andeutende Beschreibung einer Hauptepisode des eben so großartigen als prachtvollen Schauspiels, dessen Entwickelung man in voller Sicherheit ganz in der Nähe abwarten konnte, das von Vielen aber auf eine stundenweite Entfernung beobachtet wurde. Die große Hitze seit mehreren Wochen scheint die schieferige und morsche Gebirgsmasse ganz ausgedörrt zu haben; es folgten in der letzten Woche die Stürze kleinerer Massen sich mehr und mehr, und die Hauptkatastrophe rückte sichtbar immer näher heran. Von Freitag war keine Ruhe mehr; am Samstag waren die weit tönenden Stürze oft hinter Nebelbildungen oder Staubwolken verborgen; die Sonntagssonne ließ uns bei klarem Himmel die Schlag auf Schlag und öfters an mehreren Stellen zugleich erfolgenden Stürze neidlos betrachten. Es hatte sich allmählig an dem Ostende der Ablösungsfläche des Berges eine Schlucht gebildet; in der letzten Woche traten auch Ablösungen an deren westlichem Ende auf, so daß in der Mitte ein 250 Fuß hoher, etwa 40 Fuß tiefer und 100 Fuß breiter Kegel stehen blieb. Die östlichen und westlichen Losbrüche waren besonders in den letzten Tagen häufig, am Sonntag betrafen sie aber auch neben jenen den mittleren Kegel, welchen man nur den Bauch nannte. Die ganze Fläche war in Bewegung; es bildeten sich unten und oben, rechts und links Spalten, aus denen kolossale Steine und Schuttmassen hervorstürzten; die Felsmassen knallten in den verschiedensten Tönen, und wer nicht dieses scheinbare Leben auf die Wirkungen des ungeheuren Druckes einer in Bewegung befindlichen Stein- und Schuttmasse zurückführen konnte, glaubte hier vulkanische Kräfte vermuthen zu müssen. Gegen 3 Uhr Nachmittags neigte sich der grüne und mit Gesträuch bewachsene Kopf des genannten Kegels oder

Bauches und stürzte mit fürchterlichem Donner hinunter; noch aber hatten seine Massen die 500 Fuß tiefer liegende Soole des engen Thales nicht erreicht, als der Bauch sich nach allen Seiten öffnete, Steine von der Größe kleiner Häuser hinausschleuderte, schwarzgrauen Staub aufwarf, krachte und knallte, wie das Feuer von mehreren Batterien, sich in seiner ganzen Masse von dem Berge ablöste und unter einem mehrere Stunden weit gehörten Rauschen, Donnern und Brausen, wie es sich die lebhafteste Einbildungskraft nur von der stürmischsten Meeresbrandung vorstellen kann, sich majestätisch den Abhang hinunterwälzte und, ein tiefer stehennes gelichtetes Wäldchen zusammendrückend in den Bach hinunter vor sich herschob. Weitere Stürze folgten nach, und wenn nun auch der größere Theil der gelösten Masse am Fuße des Berges liegt, so werden doch noch manche dieser schauerlich prachtvollen Ereignisse zu beobachten seyn. Es hat sich nun eine Fläche von etwa acht Morgen abgelöst, und eine Waldfläche von zehn Morgen ist von dem Schutt und den Felsblöcken, deren mehrere beim Fluge durch die Luft (wahrscheinlich vermöge der Zentrifugalkraft) in Stücke auseinander fuhren, bedeckt; heute nun zeigen sich Erdspalten und Schlipfe in der Thalsoole als Folge des Druckes des Schuttkegels von wenigstens 36,000 Kubikruthen Inhalt und neue Losbrüche an dem bis jetzt für solid gehaltenen Felsenrand am östlichen Ende der Sturzfläche. Würden diese Ablösungen der Eck sich auf den hinter und vor derselben unmittelbar aufsteigenden St. Margarethenberg fortpflanzen, dann wäre große Gefahr für St. Piemiensberg und Dorf Pfäfers; bis jetzt ist diese nicht vorhanden.
(Schw. M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 14. August. Oesterr. Staatsbahnaktien konnten ihren gestrigen Standpunkt nicht behaupten, Neustadt-Weißenburg wurde wiederum billiger abgegeben. Das Geschäft fortwährend still. In Folge der beispiellosen Subscription auf die Hamburger Norddeutsche Bank (man spricht von 2000 Mill.) nahmen heute diese Aktien einen neuen Aufschwung, sie wurden zu 107½ ¾ 108 ¼ ½ ⅝ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83⅝ P. 83⅜ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90½ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 81⅜ P. 81⅛ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 71⅞ P. 71⅝ G.; à 4pCt. 64¼ P. 63¾ G.; à 3pCt. 48½ P. 48 G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59⅜ P. 58⅞ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼ P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88⅝ G.; 4pCt. 94¾ P. 94¼ G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94½ G.; 4½pCt. 101¼ P. 100¾ G.; 5pCt. 101¼ P. 100¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91½ P. 91 G.; 4½pCt. 102½ P. 102¼ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90⅛ P. 89⅝ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼ P. — G.; à 3½pCt. 92½ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39⅞ P. 39⅝ G.; 1pCt. neue 24¾ P. 24⅝ G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1283 P. 1278 G. Neue Bankaktien 416 P. 412 G. Credit-Actien à 5pCt 239 P 237 G. Darmstädter Bankaktien alte 415½ P. 413½ G.; junge 361 P. 359 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 552 P. 517 G. Mitteldeutsche Creditbank 108½ P. 108¼ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117¾ G. Frankf. Bankaktien 119¼ P. 118¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 289 P. 287¼ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 147¾ P. 147¼ G. Neustadt-Weissenb. 108½ P. 108¼ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104⅝ P. 104⅜ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64¼ P. 64 G. Taunus-Aktien 343 P. 340 G. Hannover Eisenb.-Aktien 88 P. 87¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 99⅞ P. 99⅜ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 125 P. 124 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 104⅞ P. 104⅝ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 115½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49½ P. 49¼ G. Darmst. Loose à fl. 50 116 P. 115½ G. à fl. 25 34½ P. 34 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40⅜ P. 39⅞ G. Nass. Loose à fl. 25 33⅛ P. 32⅞ G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44¼ G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. 87¾ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. — P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅝ P. 118⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. ·S Li. 250 k.S. 100⅝ P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝ P. 104⅜ G.	Paris Frs. 200 k. S. 93⅝ P. 93⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅝ P 104⅜ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝ P. 93⅜ G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S 96½ P. 96¼ G.	Wien fl. 100 Ö. k.S. 116⅝ P. 116⅜ G.
Hamb. MB. 100 k.S 89¾ P 89 G.	Wien 3 M. mit 4% 116½ P. 116¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅝ P. 104⅜ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 13. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅞; 5pCt. Metall. 84½; 4½ pCt. 74; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 128⅝; von 1854 107½; Bankaktien 1100; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 385; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 592; österr. Staatsbahnaktien 331; Nordbahnaktien 2859⅞. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅞, London 10. 2½. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. August. Der König hat die Kaiserin-Mutter von Rußland zum Chef des 6. Kürassier-Regiments ernannt.

Aus Wien wird gemeldet, daß sich der Gewinn der Kreditanstalt für dieses Jahr auf 12 Mill. Gulden belaufe, was den Verwaltungsrath in den Stand setzt, eine Dividende von 40 fl. auf jede mit 60 fl. eingezahlte Aktie zur Vertheilung in Antrag zu bringen. (N. K.)

London, 12. August. Der Pariser Korrespondent der „Times" meldet, daß in Neapel große Unzufriedenheit und große Aufregung herrsche. (T. D. d. H. N.)

Paris, 14. August. Rouland ist zum Unterrichts- und Cultusminister ernannt worden. Dem Marschall Pelissier hat der Kaiser den Titel eines „Herzog von Malakoff" verliehen. Dem gesetzgebenden Körper wird ein Gesetz vorgelegt werden, wonach mit jenem Titel eine Dotation von 100,000 Franken Rente verbunden seyn wird. — Aus Anlaß des Napoleonstages hat der Kaiser 1077 Verurtheilte entweder ganz begnadigt oder deren Strafe gemildert.
(T. D. d. Fr. Pstztg.)

Turin, 9. August. Man spricht von einer Note, welche die modenesische Regierung nach den Vorgängen in Massa und Carrara an unser Kabinet gerichtet habe, worin sie Erklärungen hierüber verlange, und ihr Erstaunen ausdrücke, daß man hier so wenig Voraussicht gezeigt. Die Antwort unserer Regierung wird nicht lange auf sich warten lassen, und darin wohl nur hervorgehoben werden, daß Sardinien bloß Verpflichtungen zur Vertheidigung der Gränze habe, und daß es diesen Verpflichtungen in allem nachgekommen sey. Die modenesische Regierung verweigert jetzt den in Piemont lebenden Modenesen die Pässe, und nimmt die bereits bewilligten wieder zurück — eine Maßregel, welche hauptsächlich modenesische Offiziere und Soldaten trifft, die im sardinischen Heere Dienst genommen und den Feldzug nach der Krim mitgemacht hatten. Die „Corrispondenza", welche obige Nachrichten bringt, meldet zugleich, daß sie im Großherzogthum Toscana verboten worden, und will auch wissen, daß Masimo d'Azeglio, der sich gegenwärtig in Florenz befindet, von der dortigen Polizei beaufsichtigt werde. (A. Z.)

Wie die „B. H." aus Petersburg berichtet, ist einer französischen Gesellschaft die Konzession für den Bau von Eisenbahnen mit einer Länge von 4000 Werst, deren Richtung die russische Regierung bestimmt, auf 99 Jahre mit 5pCt. Zinsgarantie bewilligt worden. Baron Rothschild steht an der Spitze dieser Gesellschaft.

Auf den Wunsch des Großfürsten Admirals wird im nächsten Jahr eine große Expedition zur hydrographischen Vermessung des kaspischen Meeres vorgenommen werden. Diese Vermessung ist deßhalb ungemein schwierig, weil das Meer im Verhältniß zu seiner Ausdehnung eine so lange Küstenlinie hat, daß von 350,000 Q.-Werst, die es ungefähr Flächeninhalt hat, 50,000 vermessen werden müssen. Einen deutlichen Begriff von der Schwierigkeit eines solchen Unternehmens kann man sich dadurch machen, daß im finnischen Meerbusen und der Ostsee seit zwanzig Jahren erst 18,000 Q.-Werst vermessen sind, obgleich jedes Jahr 40 bis 50 Schaluppen mit 600 Gemeinen und 50 bis 60 Offizieren dazu verwendet werden. Bei dem immer lebhafter werdenden Verkehr mit Persien auf dem kaspischen Meere ist eine solche Vermessung jetzt zu einer unbedingten Nothwendigkeit geworden.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bohmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 227. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 16. August 1856.

Noch ein Wort über die beabsichtigte Bewaldung der Rhön.

II. Eine Reihe zum Theil wissenschaftlich gehaltener Artikel in den letzten Nummern der „Neuen Würzburger Zeitung" und des „Würzb. Journ." brachten uns Kontroversen über die beabsichtigte Bewaldung der Rhön. Während nun der größte Theil dieser Artikel seine Stimme dem erwähnten Projekte leiht, kann man doch nicht umhin, zur allseitigen Beleuchtung dieser Frage noch einige Gründe anzuführen, welche gegen ein solches Projekt sprechen.

Ohne Zweifel sind die Wälder die Regulatoren der klimatischen Verhältnisse; durch die Anwesenheit derselben werden alle Extreme ausgeglichen, sie bringen dieselbe Wirkung hervor, welche anderseits durch die Nähe des Meeres bedingt ist. Es gilt dies namentlich von tropischen und subtropischen Ländern, in denen die Wälder die einzigen Kondensatoren der Feuchtigkeit sind, und die Devastation derselben hat schon oft die empfindlichsten Veränderungen im Klima hervorgebracht. In den kälteren, gemäßigten Klimaten ist jedenfalls dieser Einfluß zweifelhafter; die Ansichten der Naturforscher sind nicht so übereinstimmend, wie im vorigen Falle; denn während die Mehrzahl derselben der Zerstörung der Wälder Frankreichs bedeutend schädliche Veränderungen im Klima zuweist, so läßt sich doch anderseits auch nicht läugnen, daß dies nicht die einzigen Gründe der Veränderung im Klima Frankreichs sind; wir entnehmen einem gehaltreichen Werke (Des changemens dans le climat de la France, histoire de ses revolutions meteorologiques; par Fuster) einige Notizen, welche für unsern Punkt spezielles Interesse haben.

Das Klima des alten Gallien war nach Cäsar, Diodor, Cicero, Livius, Plinius und Plutarch ein sehr rauhes. Cäsar sagt ausdrücklich, daß sich der Winter sehr früh einzustellen pflegt, Diodor erzählt uns, daß alle schiffbaren Flüsse, ja sogar die Rhone mit Leichtigkeit zufrören und Plutarch meldet uns, daß die Kultur der Weinrebe erst nach Ausrodung der großen Wälder und Sümpfe möglich gewesen wäre. Erst zu Ende der Römerherrschaft, und als später die Klöster die Brennpunkte der Zivilisation waren, gestalteten sich die klimatischen Verhältnisse so günstig, daß die Pflege der Weinrebe und der Olive eine bedeutend nördlichere Verbreitung als jetzt hatte. Mit der Regierung Karls des Großen scheint ein Wendepunkt eingetreten zu seyn, und beide Pflanzen müssen seit dieser Zeit langsam sich nach Süden zurückziehen.

Wir können nicht annehmen, daß die Einfälle der Normannen, die Kreuzzüge 2c. eine Devastation der Wälder zur Folge hatten, sondern es ist geschichtlich nachgewiesen, daß vielmehr der früheren Blüthe der Kultur, eine theilweise Auslichtung der Wälder und Austrocknung der Sümpfe vorausgegangen war. Jedenfalls sieht man aus diesen Notizen, daß die Vertilgung der Wälder zur Revolutionszeit nicht der einzige Grund der Veränderung im Klima Frankreichs ist, sondern daß es auch noch unbekannte Ursachen gibt, welche, wie auf Island, eine sekuläre Veränderung des Klima erzeugen können.

Während wir also für heiße Klimate, die Wälder als Hauptfaktoren zur Erzeugung eines nicht exzessiven Klima ansehen müssen, so ist dies für kältere Klimate durchaus noch nicht nachgewiesen, zumal auch dieselben nicht als einzige Condensatoren der atmosphärischen Feuchtigkeit angesehen werden können; sondern im Vergleich zu den Mooren, wir möchten sagen, eine untergeordnete Bedeutung haben.

Doch nehmen wir dies vorläufig an, und sehen nun, ob das Klima der Rhön exzessiv ist oder nicht. Mehrjährige Temperaturbeobachtungen beweisen nicht das erstere, auch ist uns während eines zehnjährigen Aufenthaltes an der Rhön nur Ein Wolkenbruch bekannt geworden, der in der Herrschaft Gersfeld sich entladen, und einige Zerstörung der Felder und Wiesen hervorgebracht hat.

Die Wirkung von frühen und späten Nachtfrösten ist bei uns, im südwestlichen Theile der Rhön, weniger ersichtlich, und dürfte im Mainthale verhältnißmäßig häufiger eintreten und gewiß mehr schaden, da die Obstbaum- und feinere Gemüsezucht bei uns durch die übrigen klimatischen Verhältnisse nicht bedingt ist.

Sehen wir also jetzt, was eine Bewaldung der hohen Rhön für einen Nachtheil auf das Klima der Rhön ausüben wird. Sicher ist, daß durch die größere Verdunstung von Wasser mehr Wärme gebunden, folglich die Winter länger und milder, die Sommer kühler, feuchter und kürzer werden. Nun ist es aber ein bekanntes Erfahrungsgesetz, daß jede Pflanze zu ihrer Fruchtreife eine bestimmte Summe von Wärmegraden verlangt; aber jetzt schon sehen wir häufig in feuchten und kurzen Sommern, daß der Hafer auf den Höhen der Rhön nicht zur Reife gelangt! Wie würde sich aber dann die Kultur der Cerealien gestalten, wenn die Sommer noch kürzer und feuchter werden?

Die Jahrestemperatur wird ohne Zweifel durch die Bewaldung der Rhön gehoben werden, aber nicht diese, sondern die Sommertemperatur bedingt die Kultur der Getraidearten, wie wir dies sehr schön bei Jakuzk in Sibirien sehen, wo die mittlere Jahrestemperatur — 9,7 ist, während Waizen und Roggen auf einem Boden, welcher in einer Tiefe von 3 Fuß beständig gefroren ist, zur Reife gelangt.

Indem wir also dieselben Veränderungen im Klima von einer Bewaldung der Rhön erwarten, wie dies in mehreren Artikeln ausgeführt worden ist, glauben wir aber, daß dieselben der Kultur der Cerealien nicht günstig sind, sondern Veranlassung in der Zukunft geben werden, daß der Anbau der Getraidearten sich von den Bergen in die Thäler zurückzieht, die Bevölkerung der Höhen sich andere Wohnsitze suchen muß, und dem Staate hiedurch schöne Kräfte entzogen werden. Aber nicht allein hierdurch, sondern schon früher, wenn die ärarialischen Wiesen, die der k. Regierung eine schöne Rente abwerfen, zur Heranziehung des Waldes benutzt werden, wird die Viehzucht, namentlich das Aufziehen von jungem Vieh, leiden, und die Bevölkerung der Höhen sich eine neue Heimath jenseits des Meeres suchen müssen. —

Nachdem wir unsere Ansicht über die Folgen der Bewaldung für das Klima der Rhön entwickelt haben, so wollen wir auch sehen, was dieselbe für einen Einfluß auf die klimatischen Verhältnisse Frankens ausüben könne. Es wird sicher nicht behauptet, daß das Rhöngebirge als Vormauer dienen könnte, um Franken die rauhen Winde aufzuhalten, sondern ein Einfluß kann nur in dem veränderten Feuchtigkeitszustande der Atmosphäre bedingt seyn.

Während die Sommer kühler 2c. werden, wird sowohl der Wein- als Getraidebau nicht gehoben werden können. Es wird namentlich die Reife nie erlangt werden können, welche der Weinrebe jetzt in ausgezeichnet günstigen Jahren zu Theil wird; dagegen aber der Vortheil bei dem Weinbau entstehen, daß Nachtfröste weniger nachtheiligen Einfluß haben. Im Ganzen aber gleichen sich Vortheil und Nachtheil für Franken aus; für die Rhön steht der erstere aber zum letzteren in keinem Verhältnisse.

Deutscher Bund.

Aus Wien, 9. August, geben dem „Nord" über die Arbeiten der Münzkonferenz Angaben zu, welche derselbe als „aus authentischen Quellen" bezeichnet. Ein Annex zum 23. Protokolle der Münzkonferenz enthält die Artikel, die den Vorentwurf bilden sollen, welcher der definitiven Konvention des Münzvereins zur Basis dienen wird. Die Hauptbestimmungen sind laut dem „Nord" folgende: Als Basis der Vereinsmünze ist das Pfund von 500 Grammen angenommen worden, das auch die Gewichtseinheit für den Zollverein bildet. Diese Gewichtseinheit

zerfällt in 1000 Theile nach dem Dezimal Systeme. Das neue Münzsystem beruht also auf der Einheit des Gewichtes und des Silberwerthes. In den Ländern, wo jetzt der 14-Thalerfuß gilt, wird der 30-Thalerfuß als Werth eines Pfundes feinen Silbers angenommen; da, wo der 20-Guldenfuß gilt, wird der 45-Guldenfuß, und da, wo der $24\frac{1}{2}$-Guldenfuß gilt, der $52\frac{1}{2}$-Guldenfuß angenommen. Es soll in Zukunft also geben: norddeutsche Münzen nach dem 30-Thaler-, österreichische nach dem 45-Gulden-, und süddeutsche nach dem $52\frac{1}{2}$-Guldenfuße. Es verpflichtet sich jede der kontrahirenden Regierungen, in Zukunft nur Münzen nach obigem System schlagen zu lassen. Die kleinsten Vereinsmünzen sollen $\frac{1}{6}$ Thaler, $\frac{1}{4}$ Gulden und $\frac{1}{4}$ Gulden für die drei Münzkreise seyn. Um den Austausch zu erleichtern, sollen zwei Vereinsmünzen geprägt werden: 1) Vereinsthaler im Werthe zu $\frac{1}{30}$ Pfund feinen Silbers, gleich 1 norddeutschen Thaler, $1\frac{1}{2}$ österreichischen und $1\frac{3}{4}$ süddeutschen Gulden; 2) Doppel-Vereinsthaler gleich zwei norddeutschen Thalern, 3 österreichischen Gulden und $3\frac{1}{2}$ süddeutschen Gulden. Die Vereinsmünzen haben Zwangskurs und werden an allen Kassen angenommen. Die in Folge des Vereins vom 30. Juli 1838 geschlagenen Doppelthaler und $3\frac{1}{2}$-Guldenstücke behalten denselben Werth, wie die Vereinsthaler, und die Thaler, welche nach dem 14-Thalerfuße vor 1839 geschlagen wurden, haben in allen Unionsstaaten denselben Werth, wie die Münzen dieser Staaten. Das Legirungsverhältniß ist zu $\frac{9}{10}$ feinen Silbers und $\frac{1}{10}$ Kupfer festgesetzt, so daß $13\frac{1}{2}$ Doppel-Vereins- oder 27 Vereins-Thaler 500 Grammen oder 1 Pfd. wiegen. Jeder Vereinsstaat behält das Recht, Scheidemünzen in Silber und Kupfer nach einem mit dem Münzsystem des Landes im Verhältniß stehenden Nominalwerthe zu prägen, während zur Prägung von einfachen und doppelten Vereinsthalern die Regierungen sich verpflichten, von 1857 bis 1862 incl. und von dort an in vierjährigen Perioden eine Summe zu prägen, die für die erste Periode 24 Thaler, für jede folgende 16, also jährlich nur 4 Thlr. auf 100 Seelen der Einwohnerzahl eines jeden Staates beträgt. Jedem Staat steht es frei, die Ausgabe von Doppel-Thalern zu beschränken oder zu erweitern. Die Scheidemünze trägt auf der Rückseite die Bezeichnung „Scheidemünze". Der Werth darf bei den Silbermünzen nicht unter den kleinsten Bruchtheil der Vereinsmünze, bei den Kupfermünzen nicht unter den Werth von 5—6 Pfennigen und 2 Kreuzern hinabsteigen. Zur Prägung von Kupfermünze soll der Nominalwerth von 105 norddeutschen Thalern, $157\frac{1}{2}$ österreichischen und $183\frac{3}{4}$ süddeutschen Gulden für 1 Kupfer-Centner gelten. Niemand braucht in Zahlung an Scheidemünze mehr als den Werth des kleinsten Theiles der Vereinsmünze anzunehmen.

Um den Austausch im Inneren und mit fremden Ländern zu erleichtern, werden die Vereinsstaaten auch eine Handels-Vereins-Goldmünze prägen: 1) die Krone von $\frac{1}{50}$ Pfund feinen Goldes, 2) die halbe Krone von $\frac{1}{100}$ Pfund feinen Goldes. Die kontrahirenden Regierungen werden in Zukunft keine anderen Goldmünzen prägen, doch behält sich Oesterreich die Freiheit vor, noch bis zum Jahre 1865 Golddukaten prägen zu dürfen. Der innere Werth der Vereinsgoldmünze richtet sich nach dem Preise des Goldes im Handel; diese Münze hat daher keinen Zwangskurs und braucht bei Zahlungen nicht unweigerlich angenommen zu werden. Das Verhältniß der Legirung der Vereinsgoldmünze ist auf neun Zehntel Gold und ein Zehntel Kupfer festgesetzt, so daß 45 Kronen oder 90 Halbkronen ein Unionspfund wiegen. Kein Staat hat das Recht, Papiergeld mit Zwangskurs auszugeben oder die Emittirung von solchem Gelde zu gestatten, woferu nicht Maßregeln getroffen sind, daß zu jeder Zeit das Papier gegen das Vereinssilbergeld ausgetauscht werden kann. Jedem Staate steht es frei, Zahlungen mit Vereinsgold- statt mit Silbergeld nach vorher bestimmtem Kurse zuzulassen, doch soll dieser Kurs in halbjährigen Fristen festgesetzt und von 6 zu 6 Monaten erneuert werden. Der Goldkurs soll nach der Mittelsumme der offiziellen Quotirungen der Börse bestimmt und vier Wochen vor Ablauf des vorhergehenden Termins bekannt gemacht werden. Der Vertrag tritt in Kraft und wird bindend von dem Tage an, wo die Ratifikationen ausgewechselt wurden; als Dauer des Vertrages ist das Ende von 1878 festgesetzt.

Diesem Entwurfe von 24 Artikeln sind 16 Separatartikel beigefügt, welche sich auf Einführung und Anwendung der Münz-Reform beziehen. Der dritte Artikel bestimmt unter Anderem, daß die Staaten, welche das neue gegen das alte System vertauschen, gleichzeitig zur Einschmelzung der alten Münzen schreiten werden, und daß die Prägung der neuen Münzen sich gleichzeitig auf sämmtliche Sorten von Vereinsmünzen beziehen soll. Die Regierungen, welche den 30-Thalerfuß annehmen, wollen nicht eher definitiv zum Dezimalmünzsystem übergehen, als bis sie sich mit den Regierungen vereinbart haben, deren Münzbasis nach dem 45-Guldenfuße geregelt ist. Die Länder des 45-Guldenfußes können 2-Gulden-, 1 Gulden- und $\frac{1}{4}$-Guldenstücke prägen. Oesterreich wird an doppelten und einfachen Vereinsthalern eine dreimal so starke Summe, als die der 2-Guldenstücke, prägen. Die österreichische Regierung reservirt sich die Freiheit, ihren Münzen eine Nominalbezeichnung zu ertheilen, welche der in dem Dezimalmünzsysteme des lombardisch-venetianischen Königreiches entspricht, auch wird sie nach wie vor Maria-Theresien-Thaler mit der Jahreszahl 1780 prägen, die jedoch nur kommerziellen Werth haben. Die Länder des $52\frac{1}{2}$-Guldenfußes werden 1-, $\frac{1}{2}$- und $\frac{1}{4}$-Gulden prägen. Die kontrahirenden Länder reserviren sich die Freiheit, Denkmünzen, welche gesetzlichen Kurs haben, im Werthe von 1 oder 2 Thalern oder zwei süddeutschen Gulden prägen zu dürfen. Die Ergebnisse, welche von der Wiener Münzkonferenz angenommen wurden, sind folgende: 1) Der Silberwerth regulirt die Vereinsmünzen; 2) das Gewicht von 500 Grammen oder dem Zollvereinspfunde ist das allgemeine Münzgewicht; 3) der Thaler ist die Einheit der Unionsmünze, wofern er den gesetzlichen Silberwerth von neun Zehntel hat; 4) ist eine gemeinsame Unionsgoldmünze angenommen worden.

Bayern. Finanzgesetz für die VII. Finanzperiode 1855/61. Maximilian II. &c. &c. Wir haben auf den Antrag Unseres Staatsministerium der Finanzen, nach Vernehmung Unseres Staatsrathes mit dem Beirathe und, soviel die Erhebung der direkten und die Veränderung der indirekten Steuern, dann die Fortdauer des Lotto und die Festsetzung der Maximalbeträge der Tarife für den Transport auf den Staatseisenbahnen und mittelst der Dampfschiffahrt auf der Donau, sowie der Kanalgebühren auf dem Ludwigs-Donau-Main-Kanale anlangt, mit der Zustimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten über die Staatseinnahmen und Ausgaben für die sechs nächsten Verwaltungsjahre und resp. die VII. Finanzperiode vom 1. Oktober 1855 bis letzten September 1861 beschlossen und verordnen, wie folgt:

Tit. I. Bestand der Vorjahre.

§. 1. Die bisher angeordnete und nach §. 1 des Finanzgesetzes vom 28. Mai 1852 auch für die letzten 4 Jahre der VI. Finanzperiode noch beibehaltene gesonderte Behandlung der Einnahmen und Ausgaben auf den Bestand der IV. und V. Finanzperiode hat nach dem Eintritte der VII. Finanzperiode aufzuhören, und es sollen nunmehr sämmtliche Einnahmen und Ausgaben der obigen beiden Perioden unter dem Kollektiv-Titel auf den Bestand der Vorjahre der V. Finanzperiode et *retro* vereinigt, mit Beobachtung der übrigen rechnungsinstruktionsmäßigen Bestimmungen vorgetragen werden. Die Kredite für Beträge, welche von den auf die Ueberschüsse der mehrgedachten Perioden hingewiesenen Verwendungen bisher noch nicht vollständig zur Realisirung gelangt sind, werden hiemit für aufgehoben und wirkungslos erklärt, und sind in den Rechnungen abzuschreiben; ausgenommen hievon sind lediglich die Kredite: 1) für den Ausbau der Festung Germersheim, 2) für Erbauung und Vollendung des Ludwigs-Kanals, welche aufrecht erhalten und bis zu deren gänzlicher Erschöpfung dem in vorbemerkter Weise vereinigten Bestande der Vorjahre zur Last bleiben. Dagegen sind die Einnahmen und Ausgaben aus der VI. Finanzperiode getrennt zu behandeln und für sich ausgeschieden fortzuführen.

§. 2. Die Summe von 300,000 fl., welche zu Folge des Finanzgesetzes vom 25. Juli 1850 Tit. I. § 3 der VI. Finanzperiode zur Deckung des in dem ersten Jahre sich ergebenden Entganges an Ausständen zugewiesen worden ist, geht zu gleichem Behufe auf die VII. Finanzperiode über, wogegen am Schlusse dieser Periode ein gleicher Betrag für den Dienst der nächstfolgenden Periode verfügbar zu stellen ist.

Titel II. Festsetzung der Staatsausgaben.

§. 3. Die sämmtlichen Staatsausgaben für den laufenden Dienst sind auf die jährliche Durchschnittsumme von 41,396,862 fl. festgesetzt. Vorgriffe auf diese Durchschnittssumme für Rechnung nachfolgender Jahre finden nicht statt.

§. 4. Die besondere Verwendung und die für die einzelnen Staatsministerien und Staatsanstalten bestimmten Etatssummen enthält die Beilage lit. A. Die Etats sind in der Regel unüberschreitbar. Jeder Staatsminister ist dafür verantwortlich, daß die für seinen Geschäftskreis festgesetzten Summen zu den bestimmten Zwecken verwendet werden; er hat die Etats seines Ministerium und der demselben untergebenen Staatsanstalten und Stellen zu vertreten und für unvermeidliche Mehrausgaben die nachträgliche Genehmigung zu erwirken.

§. 5. Zur Deckung des Bedarfes der Staats-Schulden-Tilgungsanstalt werden bestimmt und zwar: 1) Für die alte

Schuld. a) Zins-Kasse. aa) Der schon von jeher dieser Anstalt überlassene Malzaufschlag mit der auf 5,700,000 fl. veranschlagten Reineinnahme, bb) eine Dotationsmehrung wegen Entschädigungsleistung für die eingelösten Gerichtsbarkeiten, durch einen nach Art. 15 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der auf die Gerichtsbarkeit verzichtenden Standes- und Gutsherren vom 28. Dezember 1831 aus den Taxgefällen zu schöpfenden und auf jährliche 100,000 fl. veranschlagten Zuschuß der Staatskasse. b. Tilgungskasse. Der für die alte Schuld ausschließlich der Sparkasse-Kapitalien bestimmte Tilgungsfonds von ⅓ Prozent in der bisherigen Aversal-Summe von jährlichen 880,000 fl., welcher, insoweit er nicht aus dem Ueberschusse der Zinskasse gedeckt ist, durch Zuschüsse der Zentral-Staatskasse aus den schon in den Gesetzen vom 11. Sept. 1825 und 28. Dez. 1831 bestimmten Gefällen ergänzt werden soll. Die Verloosungen anlangend, sollen aus den disponiblen Beständen der Tilgungskasse alljährlich wenigstens eine, wenn möglich zwei durch das Loos zu ziehende Endziffern der verloosbaren alten Schuld auf Inhaber und Namen heimbezahlt werden, und diese Verloosung und Heimzahlung an einem bestimmten, von der Verwaltung der Schuldentilgungsanstalt festzusetzenden Termine stattfinden. Die im Art. 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1848, die Verhältnisse der Sparkassen und beziehungsweise der bei der Staatsschuldentilgungsanstalt anliegenden Sparkassekapitalien betreffend (Gesetzblatt S. 177), auf eine Million bestimmte Rückzahlungssumme an besagten Sparkassenkapitalien wird unter desfallsiger Abänderung des vorgedachten Gesetzartikels vom 1. Okt. 1855 anfangend auf jährliche 500,000 fl. (Fünfmalhunderttausend Gulden) festgesetzt, wodurch im Laufe der VII. Finanzperiode diese Kapitalien aus dem Schuldenstande der Staatsschuldentilgungsanstalt ganz verschwinden werden. Die bei der Schuldentilgungsanstalt verzinslich anliegenden Staats-aktiv-Kapitalien werden mit dem am 1. Oktober 1855 bestandenen Betrage von 1,380,461 fl. der Eisenbahnbau-Dotationskasse zugewiesen, und mittelst Abschreibung des gleichen Betrages an dem Guthaben der alten Schuld bei der gedachten Dotationskasse dieser letzteren vergütet. Damit übereinstimmend hat vom Beginne der VII. Finanzperiode an die allseitig erforderliche rechnerische Behandlung zu geschehen und die Verzinsung des obigen Betrags aufzuhören. Der Rest der Schuld der Pensions-Amortisationskasse an die Tilgungskasse der alten Schuld (wie sich derselbe am Schlusse der VI. Finanzperiode rechnungsmäßig festgestellt) ist als Aktivum der letzteren — und Passivum der ersteren abzuschreiben, und dessen Verzinsung und Tilgung hat gleicher Weise mit Beginn der VII. Finanzperiode zu endigen. Die Haftung der Eisenbahnbau-Dotationskasse an die alte Schuld, welche sich in Folge der im Absatz 4 verfügten Ueberweisung und Vergütung am Anfange der VII. Finanzperiode auf die Summe von 8,006,539 fl. reduzirt, soll in einem durch Baarzahlung auf die Summe von 8 Mill. abzurundenden Betrage mittelst einer Annuität von 4½ pCt., wovon 3½ pCt. auf Verzinsung und ¾ pCt. auf Tilgung zu rechnen sind, heimbezahlt werden. (Schluß folgt.)

Aus Franken, 10. August. Mit besonderem Interesse hat man diesseits die Nachricht von der Führung einer Bahn von Prag nach Carlsbad und Culmbach (einer Station der Hof-Bamberger Bahn) vernommen, da sie der Bebra-Schweinfurter Bahn, welche man nunmehr als gesichert erachten zu dürfen glaubt, und weil die von Fulda ausgehende mit einer Zweigbahn nach Gießen zum Anschluß an die von dort nach Siegen und Köln führende versehen werden wird, all' den Verkehr zuführen würde, welcher sich, der früheren Poststraße folgend, von Prag, resp. Krakau dorthin und bis zu den Häfen der Nord-See bewegt. Nach Vollendung des Schienenweges von Dresden, resp. Tharand, direkt über Chemnitz und Zwickau zur Einmündung in die Leipzig-Hofer Bahn, würde aber auch der Verkehr, welcher bis jetzt von Warschau, Breslau und Dresden den Weg nach Köln über Leipzig, Eisenach und Westphalen nahm, jene Richtung einschlagen. Alles dieses ist aber natürlich auch im Interesse des ganzen europäischen Verkehrs, der in der Richtung von Osten nach Nordwesten eine viel kürzere Linie, als die bisherige gewinnt. (Allg. Ztg.)

Sachsen. Dresden, 10. August. Im oberen Saal des Belvedere auf der Brühl'schen Terrasse versammelte sich heute eine ziemlich starke Anzahl homöopathischer Aerzte und Verehrer der homöopathischen Heilmethode aus allen Theilen Deutschlands. Der derzeitige Präsident des homöopathischen Centralvereins, Hofrath Dr. Wolf aus Dresden, sprach, nachdem er die Versammlung begrüßt und Dr. Hirschel von hier über die neuesten Erscheinungen der homöopathischen Literatur referirt hatte, über den Einfluß der Mineralbäder, und besonders über äußere Anwendung homöopathischer Mittel. Eine im vorigen Jahre von einem französischen Homöopathen gestellte Preisaufgabe war von einem Hallenser zweckentsprechend und würdig gelöst worden, und hatte den ausgesetzten Preis von 500 Fr. erhalten. Dr. Meyer aus Leipzig gab ein Referat über die Leipziger homöopathische Klinik. Von 2318 Behandelten sind nur 5, also nur ¼ pCt. gestorben. Zum Schluß beantwortete derselbe Redner die Frage: in welchem Verhältniß die physiologische Schule zur Homöopathie stehe? Im nächsten Jahre wird der homöopathische Centralverein am 10. Aug. seine Jahresversammlung in München abhalten. (A. Z.)

Leipzig, 14. August. Wie das heutige Tageblatt mittheilt, hat Professor Dr. Karl Naumann hier vor kurzem einen sehr ehrenvollen Ruf nach München als Oberbergrath, Direktor der geognostischen Anstalt von Bayern und Professor unter den vortheilhaftesten Anerbietungen erhalten, aber abgelehnt. (D. A. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 13. August. (Privat-Korresp.) Unsere Optimisten, welche bereits in dem süßen Gefühle einer baldigen Wiederherstellung der heiligen Allianz schwelgten, und jeden Zweifel an Rußlands Aufrichtigkeit für Landesverrath erklärten, haben eine schmerzliche Täuschung erfahren, doppelt schmerzlich, je unerwarteter sie kam. Oesterreich, das sie auf dem besten Wege glaubten, mit Rußland ein Freundschaftsbündniß zu schließen, hat im Gegentheile die Anschauungen Englands adoptirt, und die von Rußland gemachten Konzessionen in Bezug auf die streitigen Punkte für unzureichend erklärt. Frankreich hat sich ebenfalls angeschlossen, und so stehen wir denn auf dem Punkt, den zwischen Oesterreich, Frankreich und England vereinbarten Aprilvertrag früher, als man glaubte, in's Leben treten zu sehen.

Frankreich.

Paris, 12. August. Die Ernennung des Marschalls Pelissier zum Herzog brachte neuerdings alle Ehrgeizigen in Bewegung, welche als Lohn ihrer Verdienste die Erhebung in den Adelsstand erwarten. Der Staatsminister wird von ihnen förmlich überlaufen. Diesmal, heißt es, wird ihrem Andringen nicht mehr zu widerstehen seyn, und man wird bald Näheres über die Reorganisation des Adels zu hören bekommen. Die Regierung wünscht die Majorität des hohen Klerus, welche ihr ganz ergeben ist, als politische Partei zu konstituiren und sie zu einer zuverlässigen Stütze des Thrones zu machen. Der Kardinal Donnet hat die Besorgung dieser Aufgabe auf sich genommen. Er hat zu Perigueux über 15 Bischöfe und Erzbischöfe versammelt unter dem Vorwande, religiöse Fragen zu behandeln, in der That aber, um obiger Absicht der Regierung zu entsprechen. Dem Kardinal Donnet steht hiebei der Erzbischof von Marseille sehr eifrig zur Seite. Diese Versammlung hat eine oppositionelle Demonstration im Klerus selbst hervorgerufen. Pie, der junge Erzbischof v. Poitiers, leitet dieselbe. Seinen Gesinnungen nach gilt er für einen Republikaner, und seinem Geiste nach für einen der witzigsten Köpfe Frankreichs. Ueber seine Unabhängigkeit, seine Freimüthigkeit und seinen Witz zirkuliren insbesondere bei Hofe sehr pikante Anekdoten. Auf einer Reise war er einst mit dem Grafen Chambord zusammengetroffen. Auf dem Rückwege kam er durch Paris und machte dem Kaiser seine Aufwartung, der gerade damals an Appetitlosigkeit litt. Ueber die Erlebnisse auf seiner Reise befragt, gestand er seine Zusammenkunft mit Heinrich V. Hinkt er noch immer? fragte der Kaiser. Ja, Sire, antwortete der Bischof; aber er speist viel und gut. Er hat in diesem Augenblick in Poitiers eine zahlreiche Versammlung von Geistlichen um sich, welche zwar keine Kirchenfürsten sind, jedoch durch ihre hervorragende Bildung und ihren Charakter einen großen Einfluß üben. Auch diese Versammlung nimmt die Diskussion religiöser Gegenstände zum Vorwande. In Wirklichkeit beschäftigt sie sich hauptsächlich mit den geeigneten Mitteln, um die Bestrebungen der Versammlung von Perigueux zu neutralisiren. (H. N.)

Paris, 12. August. Nachdem das „Univers" schon öfters die bedauerlichsten Parteiungen selbst im hohen Klerus hervorgerufen hat, wird es seine Sache sogar vor das Zuchtpolizeigericht bringen. Hr. Louis Veuillot verfolgt nämlich den Abbe Cisson als den Verfasser der Broschüre „Das durch sich selbst gerichtete Univers" wegen Ehrenbeleidigung. Dieser Prozeß macht um so größeres Aufsehen, als Jedermann weiß, daß hinter dem Abbe der berühmte Erzbischof von Orleans, Hr. Dupanloup, steht, welcher der eigentliche Verfasser ist. Als Beweis für diese Behauptung führt man zahlreiche Stellen der Broschüre an, welche einem erzbischöflichen Schreiben Dupanloups entlehnt sind, von dem nur sehr wenige Exemplare ins Publikum kamen und das hauptsächlich für Rom bestimmt war. — Die Königin Isabella wird sich in Moskau durch den Marquis El-Duero und nicht durch den Marschall Narvaez, wie hie-

sige Blätter sagten, vertreten lassen. Der letztere hat sich dem O'Donnell bis jetzt nicht angeschlossen, und wurde eher eingeladen von Madrid fern zu bleiben, als dahin zurückzukehren. Dieser Umstand allein würde obige Angabe widerlegen. (A.Z.)

* Paris, 13. August. Letzten Montag bemerkte man eine Unterbrechung in den elektrischen Drähten zwischen Karlisle und Dienfries. Man untersuchte die Linie und fand, daß nahe bei Grebna, wo ein Theil der eisernen Röhre, in welcher der Draht läuft, nicht mit Erde bedeckt war die große Hitze das Metall derart erhitzt hatte, daß das Gutta-Percha um den Draht aufgeweicht und durch den Contakt der elektrische Strom unterbrochen war. Man beeilte sich diesem Uebel abzuhelfen.

* Die furchtbare Hitze, welche seit einigen Wochen in Paris herrscht, veranlaßt häufige Schlag- und Wahnsinnsanfälle. Gestern, als ein Regiment über den Pont-Neuf marschirte, warf sich ein Individuum inmitten der Soldaten, indem er schrie: „Ihr wollt die Freiheit vernichten und sollt nicht über diese Brücke kommen!" Gleichzeitig versuchte er einem Offizier einen Stoß beizubringen. Man bemächtigte sich seiner und führte ihn zum Polizeikommissär. Dort angekommen, verschluckte er eiligst ein Papier. Man dachte, es sey ein wichtiges Dokument und zog es ihm aus der Gurgel, aber es zeigte sich, daß es ganz bedeutungslos war. Bald erkannte man, daß dieses Individuum ein Kaufmann aus der Straße Fosses-montmartre, ganz närrisch sey. Am selben Tage stürzte sich die Inhaberin eines Hotel-garni in der Rue Vanneau in einem Wahnsinns-Anfalle aus dem 4 Stockwerke und blieb sogleich todt.

* Marseille, 12. August. Die Berichte aus Konstantinopel vom 4. theilen mit, daß, da Frankreich und die Türkei keine Fahrzeuge im Bosporus verfügbar hatten, 4 neue englische Kriegsfahrzeuge zu dem vor Baltschik kreuzenden Geschwader des Admirals Stewart stoßen sollen. — Toleddin-Pascha wurde zum Gouverneur der Stadt Kars ernannt. Kibrisli-Pascha war auf dem Punkt, mit seinem Gefolge zur Krönung nach Moskau abzugehen. — Die aus Europa einlaufenden Zerealien-Nachfragen steigern die Getraidepreise zu Konstantinopel. — Die Ernte in Asien ist in Folge der furchtbaren Trockenheit schlecht; aber die im Jahre 1855 angehäuften starken Vorräthe sind noch unberührt. Uebrigens kommen 1 Million Hektoliters Getraide an und große Zusendungen aus dem asow'schen Meere sind erwartet. — Die Odessaer Behörden widersetzen sich der Zulassung fremder Juden. — Die zu Sebastopol ankernden Schiffe „Hannibal", „Gladiator" und „Snake" bereiteten sich vor, im schwarzen Meere zu kreuzen.

Spanien.

† Madrid, 9. August. Wie die „Gacetta" berichtete, sagt die „Epoca", herrscht jetzt in Spanien die vollständigste Ruhe. Die Banden, welche von Barcellona, Reus, Saragossa und anderen Punkten in der Absicht ausgezogen waren, einen Versuch im platten Lande zu machen, mußten ihr Vorhaben aufgeben und Bellera, der unter dem Schutze des Schlosses Monzon, dessen Gouverneur er war, stand, war genöthigt, nach der französischen Gränze zu gehen, und in dem benachbarten Reiche eine Zuflucht zu suchen. Der größte Theil seiner Begleiter hat sich ergeben. — Als Beweis, daß in Arragon Alles zu Ende ist, können wir anführen, daß die Regierung Befehl ertheilt hat, die Operations-Division unter General Dulce aufzulösen; die Chefs und Stabsoffiziere der verschiedenen Waffengattungen werden an ihre früheren Posten zurückkehren und die Korps, welche die Division zusammensetzten, gehen in die verschiedenen Distrikte ab.

† Madrid, 12. August. Einige zu Barcellona verhaftete Individuen wurden zu den Präsidios oder zur Deportation in die Kolonien verurtheilt. Die Lebensmittelfrage ist auf dem Wege der Besserung. Die Ruhe ist allgemein.

Nichtpolitische Zeitung.

* Paris, 13. August. Der Riesen-Ballon, welcher übermorgen, am Napoleonsfeste, aufsteigen wird, hat bisher nicht seines Gleichen. Er hat einen Durchmesser von 21 und eine Höhe von 33 Metres. Seine Nähte haben eine Länge von 8 Kilometres. Zu dem ganz in rother Seide gebauten Netze wurden 4000 Kilogr. Faden verwendet. Er vermag 15—20 Personen zu tragen und in seinem weiten Schiffe werden mehrere Passagiere 3—4000 Metres über der Erde an einem komfortablen Diner theilnehmen, welches der Luftschiffer Alfred Boussoit gibt.

* Der mittelländische elektrische Telegraph meldet: „Bonifacio, 12. August, 2 Uhr 45 Minuten. Wir sind zu Baja vor Chia; wir haben die Wiedererhöhung des Taues mit der Hoffnung begonnen, unsern Weg nach Algier fortzusetzen. Die französische Equipage theilt unsere Hoffnung auf Erfolg. Die Maschine hat doppelte Kraft und arbeitet vortrefflich. Alles ist bereit; morgen früh gehen wir ab."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 15. August. Mit Ausnahme von österr. Kredits- und Staatseisenbahnaktien, die bedeutend besser bezahlt wurden, waren beinahe sämmtliche Effekten ohne wesentliche Veränderung.

Hamburger Norddeutsche Bankaktien waren auch heute bei lebhaftem Umsatz beliebt, sie wurden zu 108¾ ⅝ ½ ¾ ⅞ 9 8¾ verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83¾ P. 83½G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90½ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼G.; à 5pCt. in Silberh. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 72 P. 71¾ G.; à 4pCt. 61½P. 61G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16½P. 16¼G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59½ P. 59 G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88⅝ G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 95⅛P. 94⅝G.; 4½pCt. 101½P. 101G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91½P. 91 G.; 4½pCt. 102½ P. 102¼G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100P. 99½G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90⅛P. 89⅝G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 84¼P. — G.; à 3½pCt. 92½P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39¾ G.; 1pCt. neue $24\frac{13}{16}$P. $24\frac{11}{16}$G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1284P. 1279G. Neue Bankaktien 414 P. 410 G. Credit-Actien à 5pCt 241½P 239½G. Darmstädter Bankaktien alte 416 P. 414 G.; junge 361½ P. 359½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 553 P. 548 G. Mitteldeutsche Creditbank 108½ P. 108¼G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118P. 117¾G. Frankf. Bankaktien 119¼ P. 118¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 293 P. 291 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 147¼P. 146¾G. Neustadt-Weissenb. 108⅜ P. 108¼G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104⅝ P. 101¾ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64¼ P. 64 G. Taunus-Aktien 343 P. 340 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 89¼ P. 88¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83P. 82¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 99¾ P. 99¼ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 124½ P. 123½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105¼P. 104¾ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 115½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49½P. 49¼G. Darmst. Loose à fl. 50 116¼ P. 115¾ G. à fl. 25 34½P. 34G. Kurh. 40 Thaler-Loose b R. 40⅜ P. 39⅞ G. Nass. Loose à fl. 25 33⅛P. 32⅞G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 44¼G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. 87¾ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¼P. 100G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅝P. 118[illegible]G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120⅛P. 119⅞G	Mail. i.S. Lr. 250k S. [illegible]P — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Paris Frs. 200 k.S. 93⅝P. 93⅜G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅝P 104⅜G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝P. 93⅜G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S 96½P. 96¼G.	Wien 3. 100 C. k S. 116⅝P. 116⅜G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89¼P 89G.	Wien 3 M. mit 4% 116½P. 116¼G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104⅜G	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 14. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85¼; 5pCt. Metall. $84\frac{3}{16}$; 4½ pCt. 73¾; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 127; von 1854 107¼; Bankaktien 1100; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 384½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 592½; österr. Staatsbahnaktien 330; Nordbahnaktien 285⅞. Wechselkurse: Augsburg uso 103. London 10. 2½. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 229. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 18. August 1856

Deutscher Bund.

Sachsen. Dresden, 16. August. Nach dem „Dresdener Journal" hat gestern in Pillnitz die Verlobung der Prinzessin Anna, vierten Tochter des Königs (geb. am 4. Jan. 1836), mit dem anwesenden Erbgroßherzog von Toskana stattgefunden. (T. D. d. Allg. Ztg.)

* **Nassau.** Wiesbaden, 16. August. In der heutigen Sitzung der vereinigten Kammern kam die Eisenbahnfrage zur Verhandlung. Es hatte sich zur Uebernahme sämmtlicher Eisenbahnbauten Nassau's eine französische Gesellschaft erboten. Der Majoritätsantrag ging nun dahin, die Gesellschaft zuzulassen unter Revision ihrer Statuten und mit der Erklärung, daß die Erzlager unter der Bahn, so weit die Tagebauten sich nicht im Eigenthum der Gesellschaft befinden, nicht gehindert werden. Abg. Eck beantragte außerdem, daß der Gesellschaft noch das Aufbringen einer weiteren Million in Aktien zur Pflicht gemacht werde. Diese beiden Anträge wurden angenommen und somit der Bau der Rhein- und Lahnbahn durch die Wiesbadener Gesellschaft mit Zinsgarantie des Staats von 2½pCt. für das Gesammtbaukapital von 20 Mill. fl. entschieden.

§ **Oesterreich.** Wien, 15. August. (Privat-Korresp.) Was ich Ihnen vor einigen Tagen über die Stellung Neapels zu den Westmächten geschrieben habe, wird nun durch einen offiziösen Artikel im „Constitutionnel" bestätiget. Sie ersehen hieraus, daß die neapolitanische Frage noch nicht von der Tagesordnung gestrichen ist, und daß man in Paris vorläufig nur sehr bescheidene Hoffnungen rücksichtlich einer baldigen Aenderung des neapolitanischen Regierungssystems hegt.

Die Einberufung der beurlaubten Mannschaften sowie der Reserven bildet hier noch immer das Tagesgespräch und gibt zu manchen Conjekturen Anlaß. Auffallend ist es immer, daß selbst diejenigen Leute, welche nur mehr drei oder vier Monate bis zur Vollendung ihrer Dienstzeit hatten, und als zur Reserve gehörend beurlaubt waren, ebenfalls einberufen worden sind. In militärischen Kreisen vernimmt man zwar, daß diese Maßregel nur auf die italienische Armee Bezug habe, welche auf den Kriegsfuß gesetzt werden soll, heute aber höre ich, daß auch die beurlaubten Mannschaften der in Galizien stationirten Regimenter einberufen worden sind; ebenso ist es gewiß, daß namentlich in Böhmen eine große Anzahl Batterien ausgerüstet werden. — Der preußische Handelsminister, Herr v. d. Heydt, hat die Rückreise nach Berlin bereits wieder angetreten. Während seiner Anwesenheit in Wien hatte er zum öftern Konferenzen mit dem Frhrn. v. Bruck, und wird das Resultat dieser Besprechungen als ein für beide Theile befriedigendes bezeichnet.

Wien, 13. August. Se. Maj. der Kaiser hat folgendes von Laxenburg den 5. d. M. datirte allerh. Handschreiben an den Finanzminister Frhrn. v. Bruck gerichtet:

„Ich habe beschlossen, Meinem Marine-Oberkommando die Stellung einer unmittelbaren Zentralbehörde zu verleihen, sonach die bisher von Meinem Armee-Oberkommando besorgten Marine-Angelegenheiten in dessen selbständigen Wirkungskreis zu übertragen. Sämmtliche Zentralstellen haben nun in allen Marine-Angelegenheiten mit Meinem Marine-Oberkommando in Verhandlung zu treten."

Mit dieser allerh. Entschließung wird ein eigenes Marineministerium unter Form einer Zentralbehörde kreirt, und dadurch der wichtigste Schritt gethan zur Emporbringung unserer Kriegsmarine, welche schon lange das Bestreben unserer Regierung und namentlich Sr. k. k. Hoh. des Marine-Oberkommandanten, Erzherzogs Max, war, indem nun dem Marinewesen die ungetheilte Aufmerksamkeit eines selbständigen obersten Organs zugewendet ist. (Allg. Z.)

Großbritannien.

London, 16. August. Der heutige „Morning Advertiser" kündigt die schließliche formelle Ausgleichung der englisch-amerikanischen Streitfrage an. General Walker, meldet er ferner, sey in Nicaragua mit großer Mehrheit zum Präsidenten erwählt worden. Von Seiten der Unions-Regierung wird kein amerikanisches Heer gegen den Sicherheits-Ausschuß zu San Franzisko geschickt werden (der also im Widerspruch mit einer frühern Nachricht noch existirt). (T. D. d. K. Z.)

London, 16. August. Prinz Adalbert von Preußen attakirte mit der „Danzig" ein Piratenschiff*), aber erfolglos. Er erhielt eine Wunde, die bereits besser ist. Sein Adjutant und 7 Mann wurden getödtet, 17 verwundet. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 14. August. Ein interessanter Prozeß zwischen den Erben Lamenais und Herrn Emil Forgues, welchem der Verstorbene seinen schriftstellerischen Nachlaß zur Herausgabe überlassen hatte, machte hier Aufsehen. In dem Testamente des Herrn Lamenais war gesagt, daß diese Papiere sich theilweise in einer Kiste, theilweise in dem Bibliotheksschranke befänden; darauf gestützt, verweigerte der Neffe und die Nichte des Verstorbenen, welche, wie es sich aus den Verhandlungen deutlich ersehen läßt, von der Geistlichkeit influenzirt waren, die Herausgabe der in anderen Händen befindlichen Papiere, die Herr Emil Forgues, den mündlichen Instruktionen des Verstorbenen und dem Sinn der litterarischen Verlassenschaft gemäß, für sich in Anspruch nahm. Der Prozeß ist jetzt zu Gunsten des Herrn Emil Forgues entschieden.

Kaiser Napoleon hat durch eine telegraphische Depesche den Unteroffizieren und Soldaten der polnischen Legion, die bekanntlich als solche aufgelöst und zum Straßenbau verwendet werden sollte, den Vorschlag gemacht, in die französische Armee überzutreten — ein Anerbieten, das die Mehrzahl ohne Bedenken angenommen hat, ohne die angekündigten weiteren Details des Anerbietens abzuwarten. (Allg. Ztg.)

Paris, 15. August. Man hatte erwartet, daß die Bank als Festgeschenk eine Herabsetzung ihres Zinsfußes geben würde. Man sah sich bereits gestern getäuscht, und als Begründung dafür mag der heutige Bankausweis angesehen werden. Das Verhältniß des Baarvorrathes in diesem großen Geldreservoir ist zu jenem des Notenumlaufes beinahe wie 1: 2, 7, im vorigen Monate war es ungefähr 1: 2, 8. Es hat sich also um ein geringfügiges gebessert. Die Summe der vorhandenen edlen Metalle beläuft sich nun in den Bankkassen auf 247¼ Millionen, etwa 15½ Mill. mehr als vor 4 Wochen, hingegen hat auch die Notenemission um 7 Mill. zugenommen; sie beträgt nun 639 Millionen. Diese kleine Besserung ist mit ziemlichen Anstrengungen erkauft worden. Man hat auf fremden Märkten mehr als 100 Millionen in Gold angeschafft, das Portefeuille um 9, die Vorschüsse auf Staatspapiere um 13, die auf Valleurs um 7 Mill. verringert. Dazu gab der Stillstand im Börsengeschäfte die Möglichkeit. Aber selbst bei geringerem Börsenverkehr nimmt heute der Papiermarkt weit mehr Geld als vor einem Jahre in Anspruch. Es hängt dies mit dem Maße zusammen, in welchem die Einzahlungen auf die im vorigen Jahre kontrahirten Anlehen sich vervollständigen; brauchte man z. B. im Januar zu 3 Franken Rente bei einem Kurse von 72 nur 24 Fr. Kapital, so brauchte man schon im Juli 48, weil damals 6 und heute 18 Raten einzuzahlen sind. Wenn also die Bank die Vorschüsse dennoch beschränkt, so nimmt natürlich der Papierhandel zu Privaten Zuflucht, und auf diese Weise ist der Contocorrente derselben auf 169 Mill., also um 32 Mill. gesunken. Der

---

*) So steht in der Depesche und würde auf einen Angriff gegen die Marokkopiraten schließen lassen. Daß ein Piratenschiff gemeint, ist nicht wahrscheinlich, denn dem Dampfer „Danzig" würde ein solches nicht entgehen.

Staatscontocorrente hingegen ist um 12 Millionen und bis auf 102 Millionen gestiegen. Der Staat sammelt bereits die Summen für die nächst fällige halbjährige 4½ proz. Rente an. Der außerordentliche Bedarf an Baarmünze auf unserm Markt muß um so mehr in Erstaunen versetzen, als jener von London damit immer mehr überfüllt wird, und man mag daraus mit Recht schließen, daß der Geldabgang während des Krieges viel größer gewesen seyn müsse, als er bisher erschien. Zum Theil, wenn auch nicht ganz, ist auch darin die Differenz unserer und der englischen Staatsfonds zu suchen. Man hat neulich in London diesen Unterschied wahrgenommen, und die Engländer haben in Folge dessen einige Einkäufe auf unserm Papiermarkt gemacht, doch scheint es nicht, daß man jenseits des Kanals Lust habe ernste Anlagen in französischen Fonds zu machen. Man kauft sie bloß, um sie mit Vortheil wieder zu verkaufen. Deßhalb geschehen auch die Transaktionen in französische Fonds für Rechnung englischer Häuser an der Pariser und nicht an der Londoner Börse. In Geldsachen sind die Engländer sehr positiv, und troß dem Gerede der Journale, troß den Aeußerungen der Minister, trauen sie dort, wo es sich um ihren Geldbeutel handelt, weder der alliance intime, noch den Zuständen in Frankreich überhaupt.

(Allg. Ztg.)

Spanien.

Madrid, 11. August. Nach einer Mittheilung, die mir aus guter Quelle zugeht, wird an einer zweckmäßigen Verschmelzung der drei Verfassungen aus den Jahren 1837, 1845 und 1854 mit Eifer gearbeitet. Das Gemeindegesetz dürfte in seinen Hauptzügen so beibehalten werden, wie es die letzten Cortes votirt. Jedenfalls wird man sich beeilen, eine Gemeinde-Ordnung ins Leben zu rufen, da diese Maßregel als eine dringende erscheint und man schon im Oktober die Reorganisation der Ayuntamiento's vorzunehmen gedenkt. (K. Z.)

Italien.

Die Militärkommission in Massa hat von 23 Individuen, welche der Theilnahme an geheimen Gesellschaften angeklagt waren, 20 aus Mangel an Beweisen in Freiheit gesetzt, 2 zu 20jährigem Kerker und 1 zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurtheilt.

Montenegro.

Wien, 13 August. Wie der „Agramer Ztg." von der montenegrinischen Gränze geschrieben wird, sind die beiden Adjutanten des Fürsten Danilo, Vukowic und Medakowic, von denen der erste nach Paris und der andere nach St. Petersburg gesendet worden war, von ihrer Mission zurückgekehrt. Vukowic hat vom Kaiser Napoleon einen herrlichen Stutzen im Werth von 5000 Fr. erhalten, und überdies kaiserliche Geschenke an den Fürsten und die Fürstin, die in ausgezeichneten Bijouterien im Werth von 50,000 Fr. bestehen, überbracht. Medakowic hat vom Czaren den St. Alexander-Newsky-Orden dritter Klasse erhalten. Ueber den Erfolg dieser Missionen ist bis jetzt nichts bekannt, doch hegt man in Montenegro große Hoffnungen. (A.Z.)

Amerika.

In den westlichen Ebenen der Vereinigten Staaten kam es kürzlich zwischen den vereinigten Stämmen der Saks- und Fox-Indianer und den Camanche-Indianern zu einem blutigen Treffen, wobei die Letztern ganz vernichtet worden seyn sollen. Geht das Gemetzel der Indianer so fort, so wird in kaum 50 Jahren wohl kein Indianerstamm mehr in Nordamerika gefunden werden können; vor zwei Jahren wurde an dem nämlichen Ort eine Schlacht geliefert, wobei die Camanches ebenfalls unterlagen. In Neumexiko sammeln sich jetzt Truppen der vereinigten Staaten, um mit vereinter Kraft gegen die rothen Männer loszubrechen, um sie zu vernichten oder in das Felsengebirge zu treiben, wo sie dann, wahrscheinlich theils durch Mangel, theils durch Krankheit zu Grunde gehen müssen. — Am Abend des 10. Juli wurde in St. Louis eine große Versammlung gehalten, um eine katholische Organisation anzubahnen, deren Zweck seyn soll, katholische Auswanderer aller Nationen zur Ansiedlung auf den noch vakanten Ländereien in Missouri zu bestimmen. Die katholische Kirche in St. Louis besitzt ein außerordentliches Vermögen, meistens durch Erbschaften zusammengebracht.

Nichtpolitische Zeitung.

Professor **Burmeister** in **Halle** wird dem Vernehmen nach ungeachtet seines durch den Bruch geschwächten Beines, das er von seiner ersten südamerikanischen Reise heimgebracht, in nächster Zeit eine zweite antreten. Diesmal beabsichtigt der Reisende die Rio-de-la-Plata-Strecken, die noch kein deutscher Naturforscher erforscht hat, zu untersuchen, indem er sich über Rio de Janeiro nach Buenos Ayres und von da bis in das Innere durch die Pampas nach Mendoza begeben will. Nach einem mehrmonatlichen Aufenthalt in den Umgebungen letztgenannten Ortes wird er dem östlichen Fuße der südamerikanischen Andeskette in nördlicher Richtung über S. Juan de la Frontera, S. Fernando de Catamarca und Tucuman bis zum Rio Salado folgen, dessen langer Lauf bekanntlich im vorigen Jahre zum ersten Male bis fast zu den Gränzen der Republik Bolivia durch einen Dampfer befahren worden war. Diese Erfahrung benutzend, beabsichtigt der Reisende, sich auf dem Strome einzuschiffen und so nach Buenos-Ayres zurückzukehren.

Leipzig, 13. Aug. Wie reich an unterirdischen Schätzen unser Erzgebirge ist, davon gibt wieder ein vor nicht langer Zeit gemachter bedeutender Fund den vollgültigen Beweis. Beim Bau einer Straße ist man nämlich auf eine fast oberflächlich lagernde **Silberader** gestoßen. Um weiter nachzuforschen, wurden Kuxe zu 1½ Thaler angeboten, und jetzt stehen dieselben schon über 500 Thlr., da man auf ein sehr reiches, fast gar keinen Abbau erforderndes Silberlager gestoßen ist. Reiche Steinkohlenlager werden auch immer mehr aufgefunden; trotzdem werden die Steinkohlen nicht billiger, ja gegenwärtig mangelt es daran, so daß die Grubenbesitzer in Zwickau und Umgegend eine bedeutende Lieferung Steinkohlen nach Württemberg nicht haben beschaffen können. (Schw. M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 17. August. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. 81½; 4½pCt.Met. 71⅓; Wiener Bankaktien 1284; 5pCt. Lomb. 89½; Wiener Wechsel l. S. 116⅓; 3pCt. inl. span. 39¾; 1 pCt. neue 24 1/16. Oesterr. Kreditaktien 239½. Darmstädter Bankaktien 413. Bayerische Ostbahn 104½. Luxemburger internationale Kreditbank 547.

Wien, 16. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85¾; 5pCt. Metall. 84⅝; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 127; von 1854 107½; Bankaktien 1098; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 385½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 590½; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2885. **Wechselkurse:** Augsburg uso 102⅞. London 10. 2½. B. **Geldkurs:** Dukaten —.

Stettin, 11. August. Getraide. Seewärts sind in voriger Woche hauptsächlich von Rußland einpassirt: 1931 Wispl. Roggen. Wir hatten gestern und vorgestern anhaltendes Regenwetter, heute aber wieder klare Luft. Die Berichte über die Ernte lauten noch fortwährend äußerst günstig, besonders scheint Schlesien einen außerordentlichen Ertrag gehabt zu haben. In unserer Provinz ist der Roggen mit Ausnahme weniger Küstenstriche jetzt fast allgemein gesichert und man ist jetzt mit der Ernte des Sommergetraides beschäftigt. Für Waizen ist in England wieder eine bessere Meinung eingetreten und in Folge davon sind einige hundert Wispl. zu 63 s. K. und F. für Schottland gekauft. Man fordert heute für 88—89 Pfd. gelben neuen pr. Sept.—Okt. 85 Thlr., 84 Thlr. Gld., ungar. ist loko 86 Pfd. mit 78 Thlr., 89 Pfd. mit 80 Thlr. pr. 90 Pfd. bez. und und Br. Roggen. Die günstigen Ernteberichte haben noch immer nicht den von allen Seiten erwarteten ferneren Druck der Preise herbeigeführt, da noch längere Zeit vergehen muß, ehe die Märkte ausreichend mit neuer Waare befahren werden. Ueberdies soll die neue Ernte, welche keine alten Bestände von irgend welcher Bedeutung vorfindet, den ganzen Konsum bis zur nächsten Ernte decken. Heute sind die Preise 1 Thlr. niedriger als Sonnabend. 82 Pfd. pr. August ist 58 Thlr. bez. und bleibt ferner zu bedingen, pr. August—September 57 Thlr. Br., 56½ Thlr. Gld., pr. Sept.—Okt. 56 Thlr. Br., pr. Okt. — Nov. 53½ Thlr. bez. und Br., pr. Frühjahr 52 Thlr. bez. Russischer ist loko pr. 82 Pfd mit 54 Thlr. bez. Von Erbsen ist eine kleine Partie von Schottland eingetroffen, welche detaillirt wird.

Rüböl ziemlich unverändert.

Spiritus. Die Berichte über den Stand der Kartoffeln lauten sehr widersprechend; im Allgemeinen jedoch günstig. Es heißt, daß die Pflanzen viele Knollen angesetzt haben, die Ausbildung derselben wird jedoch durch die Krankheit gehemmt. Die Steigerung der Spirituspreise hat in der letzten Zeit einen Halt bekommen, heute ist per Sept. — Okt. 11⅓ pCt. Br.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 228. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 17. August 1856

Aus dem Steigerwalde.

Von allen Seiten tauchen heutzutage Projekte auf, sowohl von Eisenbahnen wie Straßen-Verbindungen, um den Geschäfts-Verkehr auf kürzesten Wegen zum Ziele zu führen, und Gegenden neu zu beleben. Es kann daher nicht ohne Interesse seyn, auf eine Gegend hinzuweisen, wo eine Straße schon längst gefühltes Bedürfniß ist, um nicht gegen alle vaterländischen Gauen ganz zurückstehen zu müssen.

Es ist dies der schöne Strich Ebrachgrund in ganz ebener Lage, mit vielen ansehnlichen Marktflecken und Ortschaften, welcher diese Wohlthat entbehrt, indem allda nicht einmal eine Vizinal- oder Verbindungsstraße besteht, daher aller Verkehr gehemmt ist.

Bereits im Jahre 1830 wurde von kgl. Regierung des vormaligen Obermainkreises die hohe Entschließung erlassen, daß eine Kommunikationsstraße durch den reichen Ebrachgrund von Sassenfahrt bis an die Kreisgränze (Heuchelheim) angelegt, und mit der neu zu bauenden Straße über Geißelwind, Wiesentheid nach Kitzingen, dortselbst aber mit der Hauptstraße von Bamberg nach Würzburg in Verbindung gebracht werden soll.

Die Ausführung dieses Straßenbaues wurde im Kreise Unterfranken vollständig — und auch in Mittelfranken bis auf eine kleine Strecke von nur ¾ Stunden mit Kostenaufwand von den treffenden Gemeinden durch Distriktsumlagen sogleich nach hoher Aufforderung bewerkstelligt, und es ist diese Straßenstrecke zur Distriktsstraße erhoben worden. Im Bezirk des Kreises Oberfranken ist der angeordnete Straßenbau durch vieles Hin- und Herschwanken der treffenden Gemeinden leider in's Stocken gerathen, nur hier und da wurden versuchsweise ganz kleine Strecken chaussirt, obgleich die erforderlichen Brücken und Durchläße im Landgerichtsbezirke Höchstädt a/A. größtentheils hergestellt sind.

Es ist nun besonders von jenen Orten, wo die gebaute Straße durchführt, die allgemeine Klage, daß der Aus- und Weiterbau der durch hohen Regierungsbefehl angeordneten Kommunikationsstraße Seitens der oberfränkischen Gemeinden so verzögert und nicht ins Leben gerufen wird, mithin die Verbindung gehemmt bleibt, während die Distriktsgemeinden von Unter- und Mittelfranken den hohen Auftrag schon seit mehreren Jahren vollzogen und die desfallsigen Lasten getragen haben.

Sehr schmerzlich fällt es den Punkt des abgebrochenen Straßenbaues erreicht zu haben, und das Weiterfortkommen so erschwert zu finden, daß bei ungünstiger Witterung nicht nur viele Vorspannskosten und Versäumnisse verursacht werden, sondern selbst Thierquälereien nicht zu vermeiden sind. Durch die bis jetzt in's Leben getretenen Eisenbahnverbindungen stellt sich heraus, daß die Ausführung der erwähnten Straße zum besonderen Vortheil gereichen und von hoher Wichtigkeit seyn würde; man kann daher nicht umhin die Sachlage genauer darzustellen.

Diese Ebrach- (Steigerwald-) Straße würde als Mittel-Straße gelten, da auf den beiden Seitenstraßen jene von Würzburg über Burgwindheim und Bamberg, dann von Nürnberg über Neustadt a/A. und Würzburg durch die Eisenbahnverbindung über Bamberg, Schweinfurt, Würzburg, der Handels- und Personenverkehr bedeutend abgebrochen wird. Diese Mittelstraße würde als nächste Wegstrecke beide Städte, Erlangen und Würzburg, verbinden, wenn nämlich der früher projektirte Plan, die Straße statt über Sassenfahrt, über Höchstädt a/A., wo schon bedeutende Strecken gebaut sind, und von da zu der bestehenden Distriktsstraße über Pommersfelden und Steppach zu leiten, in Ausführung gebracht werden könnte. Bei letzterem Orte hätte die Ebrachstraße einzumünden, und der ganze Straßenzug im Ebrachgrund durch den Landgerichtsbezirk Höchstädt a/A. würde eine Ausdehnung von 4 Stunden, und jene Strecke im Kreise Mittelfranken von nicht ganz einer Stunde, mithin nur 5 Stunden neuer Straßenbau zur Vollendung reichen.

Es würde dieses einen der schönsten und frequentesten Straßenzüge bilden. Nicht nur allein durch die gewonnene bedeutende Nähe, sondern auch durch die schöne ebene Lage — mit Ausnahme einiger unbedeutenden Anhöhen — die vielen schönen Landstädtchen, Marktflecken und Ortschaften von Erlangen über Höchstädt, Wiesentheid, Kitzingen und Würzburg, würde diese Straße höchst nützlich, angenehm und bequem seyn, besonders durch den schwunghaft betrieben werdenden Handel und Lieferung mit Holländer Bau-, Nutz- und Brennholz nebst anderen Holzgattungen und verschiedenen anderen Handelsprodukten würde die Steigerwald- und Ebrachgegend neu belebt werden, selbst der Staat, die Gutsherrschaften und Gemeinden würden aus ihren Forsten und Waldungen noch höhere Erlöse erzielen, sowie auch die Bräuer der Ebrach- und Aischgegenden ihren alljährlichen Gerstenbedarf aus Unterfranken wegen Ersparung des weiten Umweges mit einem weit geringeren Kostenaufwand sich verschaffen könnten.

Möge daher von Seite einer wohlweisen kgl. Regierung und sonstigen Gönnern dieser wichtige Gegenstand Berücksichtigung finden, da auf allen Seiten hingewirkt wird, Gegenden aufzuhelfen, und es früher schon im Plane war, die Eisenbahn von Hirscheid über den Ebrachgrund, Kitzingen, Würzburg zu führen.

Deutscher Bund.

Bayern. Finanzgesetz für die VII. Finanzperiode 1855/61. (Schluß.)

2) Für die neue Schuld. Wegen der Verzinsung des durch das Gesetz vom 22. Mai 1850 für außerordentliche Bedürfnisse der Armee bewilligten III. Subskriptionsanlehens, dann des durch das Finanzgesetz von 25. Juli 1850 §. 16 lit. f. genehmigten Kredites resp. der aus dessen Realisirung und der Umwandlung des I. Subskriptions-Anlehens-Restes in Gemäßheit des Vollzugsgesetzes vom 31. März 1852 (Gesetzblatt Seite 169—172) hervorgegangenen, sowie der in Folge des Gesetzes vom 16. März 1855, den Vollzug der Schlußbestimmung in Art. 1 des Gesetzes über die Aufnahme des II. freiwilligen Subskriptionsanlehens vom 23. Dezbr. 1849 u. a. betreffend, und auf Grund der Gesetze vom 15. Januar 1854 über die Aufbringung der Mittel zur Bewilligung momentaner Unterstützungen für gering besoldete Bedienstete (Gesetzblatt Seite 9) und vom 22. Febr. 1855 über die Deckung der bei der Kriegskasse bestehenden Zahlungsrückstände und über einen Kredit für außerordentliche Bedürfnisse der Armee (Gesetzblatt Seite 33) noch weiter entstandenen neuen Anlehen ein Zuschuß von der Zentralstaatskasse in dem veranschlagten jährlichen Bedarfe von 1,239,000 fl. Unter der vorstehenden Bedarfs- und resp. Zuschußsumme mit 1,239,000 fl. ist auch das Erforderniß zur Tilgung nach ½ pCt. des Kapitalienbetrages für das aus dem Gesetze vom 22. Februar 1855 entstandene neue Militäranlehen schon begriffen; die Tilgung und resp. Heimzahlung der Anlehen aus den weiter allegirten Gesetzen vom 25. Juli 1850 und 31. März 1852, vom 15. Jan. 1854, dann 16. März 1855 geschieht fortwährend in Gemäßheit der Art. 3 und 4 des eben gedachten Gesetzes vom 31. Mai 1852 aus den anfallenden Ablösungsschillingen der grund-, zins- und zehentherrlichen Gefälle des Staates. 3) Für die Pensions-Amortisationskasse. Vom 1. Okt. 1855 an die Jahressumme von 1,029,000 fl., welche nach den Bestimmungen der Gesetze vom 11. Sept. 1825 und 28. Dez. 1831 aus den daselbst genannten Gefällen erhoben und nöthigenfalls aus der Zentralstaatskasse ergänzt wird. Damit hat die Pensionsamortisationskasse nebst ihren Verwaltungskosten zu bestreiten: a. die älteren, derselben schon vor Beginn der VII. Finanzperiode zur Last fallenden Pensionen und Alimentationen (Ende Sept. 1855 in einem beiläufigen Betrage von 670,000 fl.); b. die Pensionen und Bezüge von 42 Indi-

viduen der k. Steuer-Katasterkommission, welche derselben kraft gegenwärtigen Finanzgesetzes vom 1. Okt. 1855 an in einem Betrage von 22,963 fl. 55 kr. überwiesen werden; c. von den älteren, seit dem Jahre 1825 angefallenen Militärpensionen den derselben gleicherweise überwiesenen Betrag von 400,000 fl. endlich d. die in derselben Art an sie übertragenen Pensionen der Universität Würzburg in einer Summe von 4296 fl. Den nach Umfluß der ersten Jahre der VII. Finanzperiode sich voraussichtlich ergebenden Ueberschuß an der Dotation hat die Amortisationskasse an die Tilgungskasse der alten Schuld abzugeben, wogegen ihr aus dieser letzteren der Mehrbedarf der ersten Jahre zu vergüten ist. 4) Für die Eisenbahnbaudotationskasse. a. Der dieser Kasse bereits durch frühere Gesetze, zumal das Finanzgesetz vom 28. Mai 1852 §. 5 Ziff. 4 (Gesetzblatt Seite 227) zugewiesene Nettoertrag der Bahnrente im voranschlägigen Jahresbetrag von 3 Millionen Gulden, aus welchem vorerst die Verzinsung und gesetzliche Tilgung aller (nach dem Gesetze vom 25. August 1843, 23. Mai 1846, 4. Mai 1851, 26. Dezember 1851 und 19. März 1856) für den Eisenbahnbau aufgenommenen und aufzunehmenden Anlehen mit Ausnahme des nach den Gesetzen vom 7. Mai 1852 und 19. März 1856 für die im Bau begriffene Bahnstrecke von München über Rosenheim nach Kufstein realisirten Kredits von 10,630,000 fl. zu bestreiten sind. b Für den durch obige Bahnrente nicht gedeckten Mehrbedarf ein Zuschuß von der k. Zentralstaatskasse mit dem veranschlagten Jahresbetrage von 633,500 fl. c. Die bis zur Vollendung und Eröffnung der Eisenbahn von München nach Kufstein zur Verzinsung des Baukapitals für diese Bahn ad 10,630,000 fl. erforderlichen Mittel ist das k. Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, durch eine entsprechende Erhöhung des in dem Dotationsgesetze vom 19. März 1856 gewährten Kredites zu beschaffen. 5) Für die Grundrenten-Ablösungskasse. Dieselbe erhält die in den nachbemerkten Beträgen veranschlagten Zuschüsse, als a. für die Zinsleistung zum Vollzuge des Gesetzes vom 4. Juni 1848 über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten rc. 901,800 fl. b. für Verwaltungs- und Erhebungskosten aa. der Grundrenten-Ablösungs-Kasse 30,000 fl. bb. bei den kgl. Rentämtern 86,000 fl., 116,000 fl., zusammen mit jährlichen 1,017,800 fl. aus der k. Zentralstaatskasse. Alle Grundrenten der Privaten und Stiftungen, welche behufs der Ueberweisung bei der Grundrenten-Ablösungskasse bis zum Schlusse der VII. Finanzperiode nicht angemeldet sind, bleiben von der Ueberweisung an die Grundrenten-Ablösungskasse des Staats ausgeschlossen. §. 6. Dem Etat für die aktive Armee werden die Preise der Naturalien für die darunter begriffenen und wirklich anzuschaffenden 52,631 Scheffel Roggen zu 11 fl. und 107,135 Scheffel 2 Vierling Haber zu 5 fl. in der Art garantirt, daß geringere Preise dem Reichs-Reservefond, zu gut und höhere Preise demselben zur Last geschrieben werden sollen.

Titel III. Staats-Einnahmen.

§. 7. Zur Bestreitung der sub Titel II. bestimmten Staatsausgaben sind dem Staatsminister der Finanzen die in der Beilage Lit. B. aufgeführten und einschließlich der nach §. 2 aus dem Bestand der Vorjahre herübergehenden und resp. von den jeweiligen Ausständen aufzubringenden 300,000 fl. voranschlägig auf 41,396,862 fl. festgesetzten Einnahme zugewiesen. Das Zahlenlotto, dessen Ertrag unter der obigen Einnahms-Summe mitbegriffen ist, hat bis zum Schlusse der VII. Finanzperiode, d. h. bis zum 1. Oktober 1861 fortzubestehen und mit diesem Tage aufzuhören — falls nicht früher ein Ersatz dafür ermittelt werden sollte. §. 8. An direkten Steuern sind für jedes Jahr der VII. Finanzperiode zu erheben: a. an Grundsteuer und zwar: 1) in denjenigen Landestheilen, wo das Steuerprovisorium oder das unrevidirte Definitivum besteht, vier Simpla; 2) in den nach dem Gesetz vom 15. August 1828 definitiv besteuerten oder während der VII. Finanzperiode noch zu besteuernden Landestheilen, zwei ganze und zwei Zehntel Simpla vorbehaltlich der Veränderung, welche sich etwa nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juli 1834, den §. 114 des Grundsteuergesetzes betreffend, ergeben könnte. Die Staatsregierung wird ermächtigt, mit der successiven Einführung der definitiven Steuern fortzufahren, sobald die neuen Kataster hiezu vorbereitet sind. Eine neue Berechnung der zu erhebenden Simplenzahl tritt nur dann ein, wenn eine Vermehrung oder Verminderung des gesetzlichen Gesammtbetrages der Grundsteuer sich herausstellt, welche ein Zehntel des Gesammtsteuersimplums erreicht. b. An Haussteuer und zwar: 1) im Gebiete des Steuerprovisorium drei Simpla, 2) in den nach den Gesetzen vom 15. August 1828 und 25. Juli 1850 besteuerten oder im Laufe der VII. Finanzperiode noch zu besteuernden Landestheilen sechs Simpla der Areal- und zwei Simpla der Miethsteuer; c. an Dominikalsteuer, soweit solche noch nicht in der Grundsteuer aufgegangen ist, vier Simpla; d. die Gewerbsteuer nach dem Gesetze vom heutigen Tage; e. die Kapitalrentensteuer nach dem Gesetze vom 31. Mai 1856; f. die Einkommensteuer nach dem Gesetze vom 31. Mai 1856; g. der Steuerbeischlag der Pfalz mit 100,000 fl. nach Art. XII des Gesetzes vom 23. Mai 1846 über die Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten, und die Bildung der Kreisfonds; h) außerdem sind an Beischlägen zu erheben: aa von der Grundsteuer 33⅓pCt. oder 20 kr. vom Gulden, bb. von der Haussteuer 15pCt. oder 9 kr vom Gulden, cc. von der Dominikalsteuer 33⅓pCt. oder 20 kr. vom Gulden, dd. von der Gewerbsteuer 5pCt. oder 3 kr. vom Gulden, ee. von der Kapitalrentensteuer 5pCt. oder 3 kr. vom Gulden, ff. von der Einkommensteuer 10pCt. oder 6 kr. vom Gulden. §. 9. Die den Staatsdienern und andern Angestellten, dann den Quieszenten und Pensionisten obliegenden Wittwen- und Waisenfondsbeiträge sind nach den Bestimmungen der Verordnung vom 8. Juni 1807 zu entrichten. §. 10. Die Zollgefälle werden nach dem bestehenden Vereins-Zolltarif mit Rücksicht auf die diesfalls vertragsmäßigen und gesetzlichen Bestimmungen und Vorbehalte erhoben. Die Erhebung der übrigen indirekten Abgaben hat nach den bisherigen Normen oder gegebenen einschlägigen Bestimmungen zu geschehen. §. 11. Für den Personen-, Waaren- und anderen Transport auf den Staatseisenbahnen haben die unterm 15. Mai 1845 (Regierungsblatt vom Jahre 1845 Seite 291) bekannt gemachten provisorischen Tarife als Maximalsätze auch für die VII. Finanzperiode ihre Geltung beizubehalten. Dasselbe ist der Fall in Ansehung der bisherigen provisorischen Tarife für

---

Zettelbanken und Nichtzettelbanken.

Bisher ist in Deutschland den Gewinnen gegenüber, welche die Emission von Zetteln gewährt, ein anderer durch das Bankwesen zu erzielender Vortheil nur allzu sehr vernachlässigt worden. Immer wieder waren die neu entstehenden Banken Zettelbanken und ihre Thätigkeit vorzugsweise darauf gerichtet, möglichst große Mengen von Papier in Umlauf zu bringen. Das Papier ist ein ökonomerischeres Geld als das edle Metall und so suchte man denn den Vortheil der Wirthschaft vor Allem in immer weiterer Ausdehnung des Gebrauchs dieses ökonomerischeren Geldes.

Vielleicht um nichts geringer aber sind die Gewinne, welche nicht sowohl aus dem Gebrauche eines ökonomischen Geldes, als vielmehr aus einem ökonomischen Gebrauche des Geldes sich erzielen lassen. Tagtäglich fließen in die Einzelkassen der tausend und abertausend bestehenden Geschäfte aller Art Geldsummen, die theils von zu kleinem Betrage sind, theils für zu kurze Zeit von ihrem Eigner entbehrt werden können, um von diesem produktiv benutzt zu werden. Tagtäglich liegen also in den verschiedenen getrennten Einzelkassen größere oder geringere Summen müssig und des Momentes harrend, da aus ihnen Zahlungen bestritten werden sollen. Alle einzelnen Summen dieser Art mögen an und für sich geringe und die Frist des müssigen Daliegens jeder eine kürzeste seyn, die verschiedenen Summen und die Dauer der Nichtverwendung einer jeden zusammengerechnet, ergeben sich aber daraus ganz ungemein große Kapitalien, welche Jahr aus Jahr ein produktiver Verwendung entzogen bleiben.

Diesen Verlusten der Wirthschaft vorzubeugen ist das Mittel die Concentration der vielen kleinen Einzelkassen in wenige große Gesammtkassen. Die Einzelkassen übertragen die Zahlungen, die sie zu empfangen und zu leisten haben, an eine solche Gesammtkasse und es zeigt sich, daß eine eingezahlte Summe, die in der betreffenden Einzelkasse eine kürzere oder längere Frist bis zur entsprechenden Auszahlung aus derselben müssig hätte liegen bleiben müssen, sofort für von einer andern Einzelkasse zu leistende Auszahlung nutzbar gemacht werden kann. Die verschiedenen Einzelkassen haben ferner eine der andern Zahlungen zu leisten und das Resultat ihrer Vereinigung zu einer großen Gesammtkasse ist, daß hierfür kein Schilling Geld in Bewegung gesetzt zu werden braucht. Für eine Menge Zahlungen der Einzelkassen ist die Gesammtkasse also überhaupt der Nothwendigkeit, Geld zu verausgaben, überhoben, und was die übrigen Zahlungen betrifft, dient die Einnahme der einen mehr oder minder zur Bewerkstelligung der Ausgabe der andern. Statt der in tausend und abertausend Einzelkassen gleichzeitig müssig liegenden Summen bewirkt in der Gesammtkasse ein aliquoter Theil den Geldverkehr derselben, der übrige Theil wird erspart und kann somit produktiver Verwendung zugeführt werden.

die Donau-Dampfschifffahrt. Die Tarife der Kanalgebühren auf dem Ludwigs-Donau-Main-Kanale, wie solche unterm 8. Oktober 1846 (Regierungsblatt 1846 Seite 705) bekannt gemacht worden, haben als Maximalsätze für die VII. Finanzperiode gleichfalls ihre Geltung beizubehalten.

Preußen. Berlin, 13. August. Die durch mehrere norddeutsche Blätter telegraphisch verbreitete Nachricht von einer in St. Petersburg beschlossenen Herabsetzung der Eingangszölle für ausländische Handelsartikel findet hier bis jetzt noch keinerlei Bestätigung. Sonst wohl unterrichtete Personen hegen ernste Zweifel an der Bewahrheitung der ganzen Nachricht, indem sie auf den exclusiven Geist der russischen Handelspolitik verweisen. So viel wird überdies als zuverlässig mitgetheilt, daß Rußland im Verlauf der in neuerer Zeit von Preußen angeknüpften Unterhandlungen dem diesseitigen Import noch keine irgend wesentlichen Konzessionen gemacht hat. — Wir haben schon vor einiger Zeit den Tod Max Stirners (Dr. Schmidt) gemeldet. Der Verstorbene hat ein ziemlich weitläufiges literarisches Material hinterlassen und Ludwig Bühl, vormärzlichen Andenkens, hat es übernommen, dasselbe zu ordnen und nach Umständen dem Druck zu übergeben. (A. Z.)

Sachsen. Dresden, 12. August. Heute ist hier der Prospektus für eine neue akademische Lehranstalt ausgegeben worden; verwirklicht sich derselbe, so wird unser Dresden die Nomenclatur der deutschen Studentenschaft um eine neue Spezies bereichern: wir werden „Schneider-Studenten" liefern. Die Begründer der seit sechs Jahren hier bestehenden sogenannten „deutschen Bekleidungsakademie", die Herren Müller und Klemm (deren Organ die „Europäische Modezeitung" ist) haben eine „Reorganisation" ihrer Anstalt für zeitgemäß erachtet, und derselben „als integrirender Theil" ein „Lehrinstitut" einzuverleiben beschlossen, um „mit der dem Marchand-Tailleur nöthigen wissenschaftlichen und mercantilischen Ausbildung künftig auch die des technischen Arbeitsgebiets zu verknüpfen." Nach dem von der Regierungsbehörde genehmigten Unterrichtsplane zerfällt der Unterricht der so reorganisirten Bekleidungsakademie künftig in drei Abtheilungen, von denen die erste den wissenschaftlichen, die zweite den „fachkünstlerischen" und die dritte den technischen Unterricht, d. h. „alle Stadien der Bearbeitung und Dressur von Herrengarderobe-Artikeln bis zu ihrer künstlerischen Vollendung" umfassen soll. Beim wissenschaftlichen Unterricht ist die „mathematische Geographie" besonders berücksichtigt; sollte dies in der Voraussetzung geschehen seyn, daß mancher der Herren „Studenten" auf seiner Wanderschaft in den Fall kommen könnte, seine Reiseroute nach dem Laufe der Himmelskörper reguliren zu müssen? Daß dem Unternehmen „nicht spekulative sondern nur gemeinnützige Motive zu Grunde liegen, die leicht mit Opfern verknüpft seyn können," wollen wir gern glauben. (Allg. Ztg.)

Baden. Aus Baden, 11. August. Wenn öffentliche Blätter kürzlich aus andern Staaten Nachrichten über frühere Größen am politischen Himmel gebracht haben, welche durch die Ereignisse vom Jahre 1849 gezwungen waren, ihre Heimath zu verlassen, so bin ich im Stande, rücksichtlich der badischen Flüchtlinge Einiges zu berichten, doch soll es nicht Anspruch auf Authentizität machen, da die meisten Nachrichten über unsere Flüchtlinge von indirekter Quelle abstammen. Hecker befindet sich zu Belleville in Illinois mit Frau und Kindern, besitzt ein großes Landgut, ist aber im Ganzen mit seiner Lage nicht zufrieden, noch weniger seine Frau. Brentano gibt im Norden eine Zeitung heraus, seine Frau hat er zurückgelassen; sie lebt in Eberbach. Struve weilt meistens in New-York, beschäftigt sich literarisch, findet aber kein Publikum. Kiefer lebt gleichfalls in New-York und betreibt daselbst mit vielem Erfolg eine Gastwirthschaft. Siegel gefällt sich mit Vater und Bruder im Cigarrenhandel und eigenhändiger Fabrikation. Rindeschwender ist verschollen und ließ sich zum letzten Mal in sehr dürftigen Umständen in Amerika erblicken. Richter leistet seinem Bruder in der Bierbrauerei zu New-York Dienste. Welcker (Sohn) lebt dort als Arzt, doch ohne Praxis. Tiedemann dagegen besitzt in Philadelphia eine gute Praxis. Stay soll sich in der Schweiz unter einem andern Namen noch immer aufhalten. Sachs macht Geschäfte in Tabak und durchreist Frankreich und Spanien. Peter sitzt in Paris. Blind hat sich in Belgien durch Verheirathung mit einer Jüdin gut gebettet. Junghanns lebt in Brüssel; er ist sehr zu bedauern. (Schw. M.)

Großbritannien.

London, 13. August. Ueber den Aufenthalt von Sir Charles Napier in Petersburg bringt der Korrespondent der „Morning Post" einige nicht uninteressante Mittheilungen (wobei zu bemerken, daß Sir Charles nie ein Liebling der Post war). Die Begegnung, so heißt es in diesem Briefe, die Sir Charles vom russischen Hofe, der durch seine Ankunft nicht wenig überrascht war, zu Theil wurde, war überaus höflich, und doch mit einer Dosis sehr feiner Ironie versetzt, von der allerdings der Admiral wegen seiner eben nicht überzarten Gefühlsfäden wenig berührt ward. So wurde ihm gleich bei seiner Ankunft in Petersburg auf's allerhöflichste angezeigt, daß es ihm freigestellt sey, ganz Kronstadt zu besichtigen, und „daß ihm dabei nicht die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden würden." Gleichzeitig wurde ihm auf Befehl des Großfürsten Konstantin ein eigener Dampfer zur Verfügung gestellt, und gerade unter den Fenstern des Admirals, am englischen Quai, vor Anker gelegt, damit er ihn bei seinen etwaigen Ausflügen benützen könne. Früher hatte er eine Einladung zum Großfürsten in den Marmorpalast erhalten und hatte daselbst, mit dem russischen Georgsorden geschmückt, den er bei St. Jean d'Acre erhalten hatte, eine feierliche Audienz. Am drolligsten war die Art, wie der alte Herr, als er auf seiner Reise nach Petersburg zuerst vor Kronstadt ankam, den Behörden seine Anwesenheit kundgab. Der Dampfer, auf dem er fuhr, hatte nämlich vor Kronstadt ungebührlich lange vor Anker liegen müssen, weil die Offiziere auf dem russischen Wachtschiff am Hafeneingang gerade beim Mittagessen waren. Ungeduldig, wie Sir Charles nun einmal ist, schickte er den Offizieren mit einem Boote seine Visitenkarte hinüber, worauf in der That die Offiziere ihre Tafel gleich verließen und seine Visite nach Kronstadt und Petersburg telegraphirten. Er sah sich Alles genau an und es scheint wirklich nicht, daß man ihm dabei Hindernisse in den Weg legte. (Fr. Postz.)

Der Vortheil der Zettelbanken von den Zetteln besteht in dem Zins, den sie von dem ihnen selbst eine unverzinsliche Nutzung gestattenden Papiergeld erhalten. Der Vortheil vor Banken, die keine Zettel ausgeben und dafür die eben dargelegte Concentration des Geldverkehrs der Einzelkassen der Wirthschaft zu ihrer Aufgabe machen, beruht auf einem ganz ähnlichen Verhältniß. Die Einzelkassen, die ihre Fonds einer solchen Bank überweisen, begeben sich dadurch nicht der freien Disposition über dieselben, und haben vielmehr nur den Vortheil, bequemer über sie disponiren zu können. Sie beanspruchen und erhalten daher auch keine Zinsen für die der Bank überwiesenen und jeden Augenblick zurückziehbaren Gelder, und indem letztere behufs Vollziehung des Geldverkehrs der Einzelkassen nur eines aliquoten Theils dieses Geldes bedarf, den übrigen aber statt für den Tausch, für die Produktion nutzbar machen darf, profitirt sie, ganz eben so wie eine Zettelbank, die Zinsen eines ihr selbst unverzinslich zu Gebote stehenden Kapitals.

Und dabei bedingen die derartigen Gewinne einer Nichtzettelbank durchaus nicht die Gefahren für die Wirthschaft, deren Möglichkeit an die Zettelbanken sich knüpft. Der gesteigerte Bedarf wirthschaftlich erregter Zeiten nach Kapital findet in dem Papier dieser ein Angebot sich gegenüber, dem unmittelbar jede feste Begrenzung fehlt und dessen Elastizität der Willkür nur zu großen Spielraum bietet. Daher denn die Möglichkeit, daß in solchen Perioden die Zettelemission ihre Maße überschreitet, der Ueberreiztheit der Spekulation statt dämmend fördernd entgegenkommt und somit wesentlich dazu beiträgt, der endlichen Reaktion einen um so verderblicheren Charakter zu leihen. Ganz anders das unverzinsliche Kapital der Nichtzettelbanken! Dieses ist ein gegebenes, fast begrenztes und von der Willkür der Bank unabhängiges. Daß mehr Kapital von der Spekulation gefordert wird, setzt die Bank nicht in den Stand, ihr unverzinsliches Kapital willkürlich zu vergrößern, denn die konstante Größe des von ihr zu vermittelnden Geldverkehrs der Einzelkassen läßt sich darum nicht schmälern.

Jedenfalls ist es ein nicht geringes Verdienst der Hamburger Vereinsbank, daß sie durch die herrschende Richtung des deutschen Bankwesens auf die aus der Zettelemission fließenden Gewinnste sich nicht hat mit fortreißen lassen, sondern ihre Gewinne in einer selbständigen Richtung, d. i. in der Anbahnung einer Organisation der Geldwirthschaft sucht, die für die organisirenden Institute nicht minder lukrativ seyn dürfte und jedenfalls für die Gesammtheit minder gefahrvoll ist. Gewiß ist freilich, daß solche Organisation sich nicht mit einem Zauberschlage urplötzlich fix und fertig herstellen läßt, aber Geschicklichkeit und Geduld vollenden auch das Größeste, und der Moment wird hoffentlich nicht ausbleiben, da diese Bank das zur Zeit herrschende Vorurtheil, als seyen durch Zettel-Emissionen hohe Dividenden zu erzielen, thatsächlich widerlegen wird. (Hamb. N.)

Frankreich.

* Paris, 14. August. Der „Moniteur" zeigt an, daß aus Anlaß des Festes vom 15. August 274 Militairs die Strafe ganz, 310 Anderen theilweise nachgelassen wurde. Ebenso begnadigte der Kaiser aus gleichem Anlaß 493 Verurtheilte, die vom Justizminister, wegen ihrer Reue oder der Lage ihrer Familie halber, als dieser Gnade würdig bezeichnet wurden. 240 derselben wurde die Strafe ganz, den Andern theilweise nachgelassen. Aus Anlaß der Entbindung der Kaiserin, der Taufe des kaiserlichen Prinzen und des Namensfestes des Kaisers sind demnach mehr als 2300 Verurtheilte begnadigt worden.

* Mehrmals in den letzten Tagen umzog sich der Himmel, und drohte den Parisern mit Gewitter; aber bald wurde der Himmel wieder heiter und der Thermometer, der um einige Grade gefallen war, stieg immer wieder um das doppelte. Andere Orte Frankreichs kamen nicht so billig weg. Zu Arras brach Montag Nachmittag (bei 32 Grad Hitze) ein furchtbarer Sturm aus, der an allen nach Süd-Ost gelegenen Gebäuden die Scheiben zerschlug, Dächer wegriß, Kamine umstürzte und Bäume von mehr als 4 Decimetres Durchmesser abbrach. Auch zu Rouen richtete dieser Sturm, wobei Hagel von der Größe einer Kugel fiel, gewaltigen Schaden an. Aerger aber wüthete er zu Ferrière-d'Allevard, wo der Hagel die Erde 15 Centimetres dick bedeckte und die so groß wie Eier, 50 — 60 Gr. schwer fallenden Steine alle Felder zerstörten, Raben, Fasanen und andere Vögel erschlugen und noch sonst großen Schaden anrichteten.

* Zu St. Etienne wurden 10 Individuen wegen Betheiligung an der geheimen Gesellschaft Père de famille zu acht Monat bis zu zwei Jahr Gefängniß verurtheilt.

Spanien.

Madrid, 10. August. Die „Gaeetta" berichtet, daß der Gouverneur von Biscaya durch telegr. Depesche vom 9. meldet, daß Bonifacio Gomez und seine aus 21 Mann bestehende Bande die Waffen gestreckt und sich ergeben haben. Die „España" berichtet, daß General Ruiz, Ex-General-Kommandant von Gerona, auf Anrufen des General-Kapitäns von Catalonien, aus der Politik ganz fremden Ursachen zu Perpignan von den französischen Behörden verhaftet wurde.

Rußland und Polen.

* Dem „Courier du Havre" wird aus Kronstadt geschrieben, daß dem Kaiser von Rußland während einer seiner See-Exkursionen ein Unfall begegnete, der schlimme Folgen hätte haben können. — Der Kaiser befand sich am Bord der Dampf-Fregatte „Groziastchi" im Golf von Finnland, als diese während der Nacht ein holländisches Handelsschiff anfuhr und es stark beschädigte. Dem „Groziastchi" selbst wurde ein Rad zerbrochen und er konnte seine Reise nicht fortsetzen. Er hatte seit 4 Stunden beigelegt, als es Tag wurde. Da er sich gegenüber von Sweaborg befand, so machte er Nothsignale. Der Gouverneur ließ sogleich einen Dampfer heizen, welcher den Kaiser und sein Gefolge an Bord nahm und nach Kronstadt zurückführte. Der Kaiser verordnete, daß das holländische Fahrzeug auf seine Kosten hergerichtet werde und ließ an dessen Mannschaft 500 Rubel vertheilen.

Nichtpolitische Zeitung.

Bamberg, 16. August. In der gegen den Sekretair der k. Verkehrsanstalten, Herrn Joseph Schlägel in München, früher funktionirenden Eisenbahnbetriebs-Inspektor dahier, wegen fahrlässiger Tödtung und Körperverletzung anhängigen Untersuchung wurde heute am k. Appellationsgerichte das Urtheil publizirt, der Beklagte unter Vernichtung des erstinstanzlichen Erkenntnisses von Schuld und Strafe freigesprochen und die erwachsenen Kosten der k. Staatskassa überwiesen. (B.Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 17. August. Der Umsatz war heute nicht von Belang und die Kurse blieben stationär, mit Ausnahme von kurhessischen Loosen, für die sich vielfach Käufer zu höhern Preisen zeigten.

Hamburger Norddeutsche Bankaktien wurden bei nicht sehr belebtem Geschäft zu 108¼ ½ ¾ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82¾ P. 83½G. 5pCt. Lombard-Ven. 90½ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 72 P. 71¾ G.; à 4pCt. 64½P. 64G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16½P. 16¼G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts Eisenbahn-Obligationen 59½ P. 59 G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼P. 86¾ G **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88⅝ G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 95¼P. 94⅝G.; 4½pCt. 101½P. 101G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91½P. 91 G.; 4½pCt. 102½ P. 102¼G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100P. 99½G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90¼P. 89⅝G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83¼P. — G.; à 3½pCt. 92 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39¾ G.; 1pCt. neue 24 13/16P. 24 11/16G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1285P. 1281G. Neue Bankaktien 414 P. 410 G. Credit-Actien à 5pCt 241½P 239½G. Darmstädter Bankaktien alte 416P. 414G.; junge 361½ P. 359½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 547 G. Mitteldeutsche Creditbank 108½ P. 108¼G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118P. 117¾G. Frankf. Bankaktien 119¼ P. 118¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 292 P. 290 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 147¼P. 146¾G. Neustadt-Weissenb. 108¾ P. 108¼G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104⅝ P. 104⅜ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64¼ P. 64 G. Taunus-Aktien 343 P. 340 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 89¼ P. 88¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83P. 82¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 99¼ P. 98¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 125 P. 124G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105½P. 105 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 115½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49½P. 49¼G. Darmst. Loose à fl. 50 116½ P. 116 G. à fl. 25 34½P. 34G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40½ P. 40¼ G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 44¼G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. 87¾ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k.S. 100¼P. 100G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅝P 118⅜G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G	Mail. i.S.Li. 250k.S 100¼P — G
Berlin Thlr. 60 k S. 104⅝P. 104⅜G.	Paris Frs. 200 k. S 93⅝P. 93⅜G.
Cöln Thlr. 60 k S. 104⅝P. 104⅜G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝P. 93⅜G.
Brem 50 Thlr. Lsd. k.S 96½P. 96¼G.	Wien ö. W. 100 fl. k.S. [illegible] 116⅜G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89¼P 89G.	Wien 3 M. mit 4% 116½P. 116¼G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto P. 4pCt. G

Neueste Nachrichten.

Paris, 15. August. Der heutige „Moniteur" berichtet, Herr v. Brunnow habe gestern im Auftrage seines Souverains dem Kaiser das Halsband des St.-Andreas Ordens überreicht. — Nach dem eben erschienenen Monatsberichte über die Lage der Bank von Frankreich hat sich der Baarvorrath um 15½ Mill., die laufende Rechnung des Schatzes um 12 Mill. vermehrt, dagegen das Portefeuille um 8 und der Notenumlauf um 7 Mill. vermindert. (T.D.d.K.Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

[illegible] Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 230.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 19. August 1856

Deutscher Bund.

Berlin, 16. August. In mehreren Blättern war wiederholt von einer der Eisenacher **Zollkonferenz** angeblich zugegangenen Vorlage wegen Erhöhung der **Rüben-Zucker-Steuer** die Rede. Zur Bekräftigung dieser Mittheilung, gegen deren Richtigkeit die thatsächlich bestehenden Gesetze und Vorschriften sprachen, wurde auf eine an die Konferenz gelangte Vorlage über den Ertrag der Zuckersteuer im Gesammtgebiete des Zollvereins in der Zeit vom 1. April 1855 bis Ende März 1856 hingewiesen. Das „Dresd. Journal" findet sich in Folge dessen veranlaßt, eine Darstellung des Sachverhalts mit der wiederholten Versicherung zu geben, „daß die Nachricht, als gebe die Absicht dahin, gegenwärtig (gleich der Tabaksteuer) auch die Rübenzuckersteuer zu erhöhen, zur Zeit alles Grundes entbehren möchte." Das „Dr. J." sagt weiter: „Die angebliche Konferenzvorlage wird kaum etwas Anderes seyn, als die Nachweisung der Einnahmen von ausländischem Zucker und Syrup, sowie an Rübenzuckersteuer für den erwähnten Zeitraum, welche das Zentralbureau des Zollvereins, in Gemäßheit der Vereinbarung im Separatartikel 2 zur Uebereinkunft wegen Besteuerung des Rübenzuckers vom 4. April 1853 für jedes Jahr vom 1. April des vorhergehenden bis Ende März des laufenden Jahres aufzustellen und jeder Vereinsregierung mitzutheilen hat. Die hier fragliche Nachweisung ist bereits Anfangs Juni dieses Jahres den Vereinsregierungen zugegangen und, weil eben die Konferenz zusammengetreten, auch dieser, wie solches üblich, mitgetheilt worden. Für den zweijährigen Zeitraum, vom 1. September 1855 bis mit Ende August 1857, ist die Steuer vom inländischen Rübenzucker gesetzlich mit 6 Sgr. vom Zoll-Zentner der zur Zuckerbereitung bestimmten rohen Rüben festgestellt. Ob nach Ablauf dieser zwei Betriebsjahre dieser Satz um ½ Sgr. zu erhöhen seyn werde, würde von den Voraussetzungen abhängen, welche zu diesem Behufe, wie bekannt, in der obengedachten Uebereinkunft Artikel 3 zu Separatartikel 2 ausgesprochen worden sind, läßt sich daher im Voraus nicht bestimmen und würde, eintretenden Falls, eines Konferenzbeschlusses gar nicht bedürfen."

Hannover. Sitzung der zweiten Kammer am 16. Aug. **Windthorst** erstattet Bericht aus der verstärkten Konferenz wegen der **Nothgesetze**. Zu seinem Bedauern ist die Befürchtung wahr geworden, welche er am Schlusse seines vorigen Berichtes aussprach; es ist eine Einigung nicht erreicht; die erste und zweite Kammer stehen sich mit Ja und Nein absolut einander gegenüber, ein Ergebniß, was die Mitglieder dieses Hauses, was das Land tief beklagen werde. Was zunächst das Gesetz über Verminderung der Zuständigkeit der Schwurgerichte betrifft, so haben die Mitglieder erster Kammer die Modifikationen, welche hier unter Aufgeben des strengen als richtig erkannten Prinzips und aus Gründen der Nachgiebigkeit beschlossen sind, rein ablehnen zu müssen geglaubt. Der Schlußerklärung, daß die Regierung zur Aufhebung des Gesetzes verpflichtet sey, falls auch nur Eine Kammer demselben ihre Zustimmung versage, habe sie nicht beitreten wollen und jede Aeußerung über diese Frage vermieden. Bezüglich des die **Preßzustände** betreffenden Beschlusses scheine man nach den Aeußerungen der Mitglieder erster Kammer im andern Hause eine administrative Beaufsichtigung der Presse für absolut nothwendig und durch den Bundesbeschluß erforderlich zu halten. Der Hinweis auf Braunschweig habe diese Meinung nicht berichtigen können. **Breusing** bedauert, daß die erste Kammer nicht so gehandelt, wie sie sollte; die Sachlage selbst scheine ihm nicht so heillos zu seyn. Er halte es für unzweifelhaft, daß ein Gesetz, welchem die ständische Zustimmung fehle, aufgehoben werden müsse. Sollte bei der Regierung eine andere Ansicht maßgebend seyn, so würde damit das ständische Wirkungsrecht völlig beseitigt und die Regierung unter Hingreifen auf den Nothparagraphen zu jedem einseitigen Vorschreiten in die Lage gesetzt seyn. — Bezüglich des Gesetzes über den Staatsgerichtshof ist eine Einigung ebenfalls nicht erfolgt, die Mitglieder erster Kammer sind bei der Genehmigung desselben stehen geblieben, die der zweiten bei der Ablehnung. Windthorst, indem er dies mittheilt erklärt sich einverstanden mit der Ansicht Breusings, daß die Aufhebung der Gesetze, falls ihnen die Zustimmung auch nur Einer Kammer fehle, erfolgen müsse, falls nicht dem ständischen Rechte jeder Werth genommen werden sollte. **Oppermann** bemerkt, die erste Kammer halte die Angelegenheit für eine actio non nata. Man habe gemeint, es sey zu vermuthen, daß die Regierung das Staatsgerichtshofs-Gesetz aufheben werde; da jedoch der Justizminister sich darüber nicht geäußert, so habe man sich Seitens der ersten Kammer jeder Entscheidung enthalten wollen und gemeint, dieselbe sey noch nicht zeitig und werde vielleicht erst einer künftigen Kammer zustehen. Er, der Redner, aber meine: vielleicht auch wohl dem höchsten Gerichtshof. (N. Z.)

Kurhessen. **Aus Kurhessen**, 13. August. Die „neueste Eröffnung der Regierung an die Verfassungsausschüsse des dermaligen Landtages" ist besonders auch um deßwillen von Interesse, weil die Regierung darin in Betreff des wichtigsten konstitutionellen Rechts der ständischen Mitwirkung auf dem Gebiete der Gesetzgebung noch weiter gehende Zugeständnisse macht, als sie in der ersten „Denkschrift" gethan. So genehmigte sie nicht nur, daß im §. 75 die Bestimmungen über die Landeskreditkasse und die Brandkasse mit unter den in das Bereich der Gesetzgebung (und also auch in das der ständischen Mitwirkung) fallenden Gegenständen aufgezählt würden, sondern auch daß, um Mißdeutungen zu begegnen, jener Spezialisirung noch der allgemeine Zusatz angefügt werde, „und die sonstigen in den ständischen Wirkungskreis fallenden Gegenstände", nicht minder daß, um nicht die — früher von ministerieller Seite geltend gemachte — Ansicht als genüge zur gesetzlichen Gültigkeit provisorischer Anordnungen ihre nachherige bloße Vorlage an die Ständeversammlung, wieder aufkommen zu lassen, vor dem Schluß des betreffenden Paragraphen ausdrücklich das Wort „Beistimmung" eingeschaltet werde. (Allg. Ztg.)

Mecklenburg. **Aus Schwerin**, im August. Seit einiger Zeit ist wiederholt auf die Verschleppung des sogenannten Berlin-Rostocker Hochverrathsprozesses, soweit derselbe in Mecklenburg geführt wird, hingewiesen worden, nachdem diese Angelegenheit, soweit sie vor die preußischen Gerichte gehörte, bekanntlich längst ihren Abschluß erhalten hat. Der „Nordd. Korresp." hat eine Rechtfertigung aus den Mecklenburgischen Prozeßformen unternommen, die jedoch die Thatsache unangetastet läßt, daß, obwohl die Untersuchung seit dem April 1853 geführt wird, und die Angeklagten schon vorher zur Haft gebracht wurden, bis jetzt die Abgabe des Erkenntnisses nicht ermöglicht worden ist. Die „Ztg. f. Nordd." gibt folgendes Verzeichniß der unter Anklage stehenden Personen: 1) Advokat Moritz Wiggers, s. Z. Präsident der Abgeordnetenkammer; 2) dessen Bruder, der Professor und Dr. der Theologie, Julius Wiggers; 3) Advokat Hane; 4) Arzt Dr. Dornblüth; 5) Advokat Uterhart; 6) Professor Türk; 7) Kaufmann Schwarz; 8) Kommis Bluhme; 9) Advokat Müller; 10) Advokat Ehlers; 11) Advokat Weckmann; 12) Professor Wilbrandt; 13) Ackerbürger Düwel; 14) Schiffszimmergesell Börger; 15) Werkführer Iben; 16) Rentier Hoth. Die acht Erstgenannten sitzen noch im Gefängniß; der Rentier Hoth hat sich der Untersuchung durch die Flucht entzogen; die Uebrigen sind im Verlauf derselben zum Theil gegen bedeutende Kautionssummen provisorisch der Haft entlassen. Von den Entlassenen ist inzwischen einer, der Ackerbürger Düwel, gestorben.

Oesterreich. **Wien**, 14. August. Bekanntlich soll die **Kaiserin-Elisabeth-Bahn** von Linz bis Lambach parallel mit der Linz-Budweiser Bahn laufen, weßhalb die erstere statu-

tengemäß eine Entschädigung oder gar Ablösung der Linz-Budweiser Bahn zu leisten hat. Nun wurde in der über diese Angelegenheit stattgehabten Generalversammlung der Linz-Budweiser Bahn beschlossen, als Minimum der Ablösung von der Kaiserin-Elisabeth-Bahn die Einlösung der Linz-Gmundner- und Budweiser Aktien zu 300 fl. und zwar in Baarem oder auch in Elisabeth-Aktien al pari zu verlangen, was für die beiden Strecken der Linz-Budweiser und Linz-Gmundner Bahn beiläufig fünf und eine halbe Million Gulden betragen würde. Der streitige Punkt wird der Entscheidung der hohen Ministerien unterlegt, deren Ausspruch sich die Betheiligten unterwerfen müssen. (Ostd. P.)

Frankreich.

Paris, 14. August. Die Jahressitzung der fünf Akademien war viel weniger belebt, als man es seit einigen Jahren gewohnt ist. Die Akademiker selbst hatten das Beispiel sparsamen Erscheinens gegeben, da ein großer Theil derselben auf dem Lande und in den Bädern ist. Das Reizmittel der letzten großen Sitzungen — die politischen Anspielungen, fehlte, da weder Villemain noch Guizot, Thiers, Salvandy und andere politische Persönlichkeiten auf dem Festprogramm figurirten. Die Eröffnungsrede wurde von Berenger, dem Präsidenten der Akademie für politische und moralische Wissenschaften, gehalten. Der Redner beschränkte sich auf einen kurzen geschichtlich statistischen Rückblick der jüngsten Wirksamkeit der Akademie, um dann zu dem neuen großen Preis von 30,000 Fr. überzugehen, den der Kaiser durch Dekret vom 14. April 1855 für das bedeutendste literarische oder wissenschaftliche Verdienst ausgesetzt. In der Zentralkommission ist der Preis den von der Akademie der Wissenschaften empfohlenen Entdeckungen Füzau's zuerkannt worden. Berenger suchte dieses Urtheil zu begründen, indem er in kurzer aber schlagender Weise die unermeßliche Wichtigkeit auseinander setzte, welche Füzau's Entdeckungen über die Schnelligkeit und über die Verbreitung des Lichtes für die Wissenschaft überhaupt, und speziell für die Astronomie bieten dürften. (Allg. Ztg.)

° Paris, 15. Aug. Durch Dekret vom 14. wurde der General-Prokurator am Kassationshofe, Hr. v. Royer, zum Groß-Offizier der Ehrenlegion ernannt.

* Durch Dekret vom 25. Juni ermächtigte der Kaiser den Marschall Pelissier das ihm verliehene Großkreuz des spanischen St. Ferdinand-Ordens, das Großkreuz des Ordens von Savoyen und den türkischen Medjidia Orden 1. Klasse annehmen und tragen zu dürfen, ebenso den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers Grafen v. Morny zur Annahme und Tragung des Großkreuzes des spanischen Ordens Carl III. und des türkischen Medjidie Ordens 1. Klasse.

* Der Polizeipräfekt hat eine Verordnung bezüglich der Verlängerung des ermäßigten Transportsatzes für Getraide, Mehl, trockene Gemüser, Reis, Kartoffeln, Hafer 2c. auf der Paris-Lyoner Bahn bis Ende Dezember erlassen.

° Aus Anlaß des St.-Napoleonstages und auch zu Ehren des Marschalls Herzog von Malakoff war gestern Abend großes Diner im Hotel de Ville. — Für das heutige Fest sieht man bereits auf allen Seiten Vorbereitungen. Die Boulevards „Montmartre" und „des Italiens" sind mit bunten, beflaggten venetianischen Masten mit blauen Schilden und goldenen N geschmückt; ein großer Theil der Privat- und öffentlichen Gebäude haben mit den Dekorationen und den Vorbereitungen zu der heute Abend stattfindenden Illumination begonnen; auf der Invaliden-Esplanade vollendet man einen schönen Triumphbogen und am Ufer der Seine richtet man den Gasapparat vor, um den großen Ballon zu füllen, der heute Nachmittags dort aufsteigen soll. Das Wetter ist schön; ein kurzer Regen hat die furchtbare Hitze wohlthätig gemindert.

* Man liest im „Moniteur de l'Armee": „Aus einem vom Kriegs-Staatssekretär dem englischen Parlamente vorgelegten Dokumente geht hervor, daß zu London für die französischen, englischen, sardinischen und otomanischen Armeen 370,000 Medaillen mit dem Bildniß der Königin Viktoria geprägt wurden. Diese Anzahl der unter dem Namen „Krim-Medaillen" bekannten Medaillen zeigt unbestreitbar, daß 370,000 Mann, den Land- und See-Armeen der vier Mächte angehörend, aus dem Orient-Kriege zurückkehrten, dessen — leider zu zahlreiche Opfer, so bedauerlich übertrieben wurden.

° Man liest in der „Gazette de Savoye" vom 12. August: „Dem großen Diner, das General Biscaretti gestern dem Marschall Canrobert im großen Salon des Schlosses von Chambery gab, wohnten ungefähr 17 der Vornehmsten unserer Stadt und der Badegäste zu Aix bei. Das Tafelgeschirr war ganz in Gold und Silber. Nach dem Diner begab sich der Marschall, der den Groß-Cordon des Militärordens von Savoyen trug, in die Theaterloge des Generals. Beim Eintreten des Siegers von Inkermann klatschte das Publikum mit den Händen und die Militärmusik stimmte die französische Arie „Partant pour la Syrie" an.

* Paris, 16. August. Die Feier des Himmelfahrts- und Napoleon-Festes rief gestern eine unzählbare Masse in alle Kirchen von Paris. Das Hochamt, dem das Te Deum folgte, wurde nicht nur in der Kathedrale, wo der offizielle Gottesdienst stattfand, sondern in allen Kirchen mit einer Prachtentfaltung gefeiert, die man außer in Rom nirgends findet. Religion und Anhänglichkeit an die herrschende Dynastie gehen Hand in Hand, weßhalb Andacht und Ordnung überall bemerkbar waren. Das Volksfest war vom günstigsten Wetter begleitet; ein wohlthätiger Regen hatte am Abend vorher die unerträgliche Hitze gemildert. In der That strömte schon in den frühen Nachmittagsstunden eine ungeheure Menschenmenge den beiden Centralpunkten des Festes der Esplanade vor dem Invaliden-Hotel und der Barrière du Trone zu, wo die aufgeschlagenen Theater, in welchen die Freuden und Leiden der französischen Soldaten in Afrika und Asien bei halb und ganz Wilden dargestellt wurden, die Jongleur- und Akrobaten-Spiele, die Kletterstangen mit schönen Gewinnsten, die Eß-, Trink- und Spielbuden, Jedermann Gelegenheit boten, sich à sa façon zu amüsiren. Unterdessen bereitete sich am Ufer der Seine ein anderes Schauspiel für die schaulustige Menge vor. Ein Riesenballon, wie Paris noch keinen sah, sollte sich von da aus in die Lüfte erheben. Bedauerlicherweise bekam der Ballon beim Füllen — und mit ihm das Festprogramm — einen Riß und das Publikum war um den Anblick, sowie die zur Luftfahrt Eingeladenen um das Diner, das sie, 3—4000 Metres über das Treiben der Hauptstadt erhaben, so recht con amore einzunehmen im Sinne hatten. Den Glanzpunkt des Nachmittags bildete jedoch unstreitig die großartige Aufführung der Symphonie „Apotheose Napoleon I." von Angely im Tuileriengarten. Es war wirklich erfreulich zu sehen, mit welcher Stille, mit welcher Ruhe diese Tausende und Tausende von Menschen aller Klassen den Tönen der 450 Musiker und Sänger lauschten, so entfernt sie auch standen. JJ. MM. waren um 5 Uhr von St. Cloud gekommen und wohnten dem Konzerte von den Tuilerien aus bei Bei einbrechender Nacht bedeckten sich der Tuileriengarten und die Champs-Elysees mit jener feenpalastgleichen Beleuchtung, die man bereits bei der Taufe des kaiserl. Prinzen bewunderte und den Schluß bildete ein Feuerwerk, das von der Höhe des Triumphbogens, daher für Jedermann und auf ungeheure Entfernung sichtbar, abgebrannt wurde, und dessen Finale der großen Girandole der Engelsburg zu Rom nachgebildet war. Doch blieb dasselbe weit hinter jenem zurück, mit welchem die Pariser am Tage der Taufe des Prinzen verwöhnt wurden, und der dicke Rauch beeinträchtigte den Totaleindruck. Eine im Festprogramm nicht vorgesehene Episode war das Ausbrechen eines Brandes in einem Kohlenmagazine ganz in der Nähe des Triumphbogens. Das Publikum hielt die hochaufschlagende Flamme für einen Theil des Feuerwerks, den wachsamen Sappeurs-Pompiers entging das Unheil jedoch nicht und es gelang ihnen bald, des Feuers Herr zu werden, das nichtsdestoweniger bereits erheblichen Schaden angerichtet haben soll. Die Ordnung, mit welcher der Menschenknäuel sich entwirrte, die Sicherheit, mit der Frauen und Kinder unter diesen Hunderttausenden sich bewegten, bietet einen erfreulichen Kontrast zu dem wilden Gedränge und den häufigen Unglücksfällen, durch welche derartige Pariser Feste sonst stereotyp jedesmal getrübt wurden.

Spanien.

† Madrid, 11. August. Die „Epoca" sagt, daß der neue spanische Gesandte am französischen Hofe General Serrano y Dominguez am 20. d. nach Paris gehen wird. Dasselbe Journal meldet aus Bayonne, daß in verschiedenen Häusern von Eibonne und Urunna Haussuchung nach dem Prinzen Juan von Bourbon gehalten wurde, der London am 19. vor. Monats heimlich verließ. Man theilt mit, daß auch die französ. Regierung desfallsige Maßregeln traf und an der Gränze die strengste Wachsamkeit übt. Alle Chefs der Armeekorps, welche bis zur Uebergabe Saragossa's dort verblieben, wurden ihrer Dienste enthoben. — Die „Discussion" theilt mit, daß die französische Malle-Post, welche am 3. von Madrid abging, und in der sich der Herzog v. Glücksberg und Don Andrez Goday befanden, auf französ. Gebiete, etwas oberhalb der Brücke von Behobia, angefallen wurde. Die französ. Behörden trafen sofort thätigste Maßnahmen, um sich der Räuber zu bemächtigen, aber es scheint, daß diese Zeit hatten, nach Spanien zurückzugehen.

Nachschrift: Die Räuber, welche den Eilwagen auf der Straße nach Frankreich anfielen, wurden zu Aranda de Duero gefangen.

† Madrid, 12. August. Die Regierung hat erfahren, daß der Ex-Infant Juan de Bourbon nach Bordeaux zurück ist. — Man liest in der „Epoca": die Presse beschäftigt sich heute mit der Lebensmittel-Frage. Die Steigerung der Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse auf dem Madrider Markte erfüllt Alles mit Besorgniß. Dieser Zustand hat zwei natürliche Ursachen. Die Höhe der Brodpreise, die gewissermassen die Preise der anderen Artikel bestimmt, und die neue von den Cortes votirte Verzehrungssteuer. Da es aber nicht so bleiben kann und es bedenklich wäre, wenn diese Lage bis zum Herbst fortdauern würde, so beschäftigt sich die Regierung im Einklang mit der Madrider Munizipalität thätigst mit dieser Angelegenheit. Man beabsichtigt von den spanischen Häfen über Santander und Alicante sofort 100,000 Fanegues Getraide kommen zu lassen und dadurch die Spekulanten zum Losschlagen zu zwingen. 80,000 Fanegues Getraide decken den Madrider Bedarf für einen Monat. Die Regierung muß Alles aufbieten, um Konflikte zu beseitigen, welche die Lebensmittelfrage hervorrufen könnte. — General Falcon, Chef der Saragossaer Insurrektion, hat sich zu Cambo in Frankreich niedergelassen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Nach Berichten aus Konstantinopel vom 4. August war es an diesem Tage dort noch nicht bekannt, daß der Kommandant von Kars sich bereit erklärt hatte, die Stadt den Behörden zu übergeben; doch schien man über diese Uebergabsverzögerung sich gerade keine Sorgen zu machen und auch die Schlangeninsel-Angelegenheit schien Niemanden Unruhe einzuflößen.

Rußland und Polen.

In Folge des Steigens der Kornpreise hat der Petersburger Generalgouverneur eine Bekanntmachung erlassen, in der den Bewohnern der Residenz angezeigt wird, daß unter Genehmigung der Minister des Innern und des Krieges aus den hiesigen Privatmagazinen Getraide, Grütze und Hafer käuflich abgelassen werden sollen. In der Bekanntmachung sind die näheren Bedingungen, unter denen der Verkauf stattfindet angegeben und hinsichtlich der Preise bestimmt worden, daß dieselben 10pCt. niedriger als bei freien Verkäufen festzustellen seyen. Vorläufig sollen sieben Magazine in verschiedenen Stadttheilen und zwar mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, täglich dem Publikum geöffnet werden. (H. C.)

Asien.

Briefliche Nachrichten aus Palästina melden Folgendes über die Mission des jüdischen Schriftstellers Ludwig Aug. Frankl in Wien zur Gründung der von der Frau Elise Herz Lämel gestifteten Unterrichtsanstalt für Religion, Wissenschaft und Moral in Jerusalem, woraus hervorgeht, daß ein Theil der dortigen Juden selbst diesem Unternehmen Hindernisse zu bereiten suchte, und nichts weniger als Freude über dasselbe empfand. Schon am Abend des zweiten Tages nach der Ankunft Frankl's in Jerusalem nahte sich ihm, bei der Westmauer des Tempels, ein von vielen anderen begleiteter Jude mit dem Worten: „Wir verlangen keine Schule. Hier auf dem heiligen Boden darf nichts Neues eingeführt werden, bis der Messias kommt." In der hierauf folgenden Sitzung der Rabbiner und Vorsteher der sämmtlichen Judengemeinden Jerusalems (österreichische, polnische, deutsche) stimmten von 25 Anwesenden 8 gegen diese Anstalt, die also nur mit einer schwachen Majorität angenommen ward. Allein bald hernach erfolgten zahlreiche Plakate dagegen, verbunden mit dem Aufruf, sich an der Westseite des Tempels zu versammeln und Gott um Abhülfe des hereinbrechenden Unglücks zu bitten. Erst ein Schreiben des österreichischen Konsuls an die jüdischen Vorsteher, in welchem mit strenger Ahndung jedweder Demonstration gedroht wurde, sohin ein Belobungsdekret des Kiamil-Pascha an den Oberrabiner, welcher für die Anstalt gestimmt, bewirkten, daß der erste Schritt für Ausführung derselben durch die Miethe eines hierzu erforderlichen Hauses geschah. (Allg. Ztg.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 11. bis 16. August.)

Samstag. Obgleich wir auch diesmal noch nicht von einem lebendigen Geschäftsverkehr zu berichten haben, so sind doch wenigstens Symptome hervorgetreten, daß das Geschäft sich wieder zu beleben beginnt. Die Umsätze sind zahlreicher, die Variationen in einzelnen Effekten bedeutender geworden, als in den letzten Wochen, und es zeigt sich wieder Kauflust bei den Kapitalisten. Angeregt und unterstützt wurde diese Tendenz durch die bessere Haltung der Pariser Börse, die guten Ernteberichte und den Umstand, daß die kleinen Wolken, die sich am politischen Horizont zu sammeln schienen, spurlos verschwunden sind. — Von österr. Staatspapieren sind National, die seit Wochen an den Kurs von 83 — ¼ festgenagelt schienen, in den letzten Tagen etwas gestiegen. Das Steigen ist aber ein langsames und man bemerkt deutlich, daß es nicht Spekulation, sondern effektive Kapitalanlage ist. Von den 500 Mill. schwebt wenig mehr; die Kisten haben das Meiste aufgenommen. Von 4½ pCt. Metall. war ein starker Posten am Markt, der zu billigem Preise genommen wurde. — Oesterr. Bankaktien bleiben angeboten. — Spanische Fonds waren die ganze Woche, wie an der Börse stationär. Wir haben für spanische Fonds, wenn auch keine steigende, doch eine feste Tendenz zu konstatiren. — Süddeutsche Fonds fest und fehlend; die Nachfrage übersteigt gewöhnlich das Angebot. — Was die Hamburger Banken betrifft, so haben sie mit Recht auch die Aufmerksamkeit der Kapitalisten auf sich gezogen; denn dort sind dieselben ein Bedürfniß, eine langgefühlte Nothwendigkeit. Ihr Wirkungskreis ist gesichert und verspricht gute Resultate; der Name Hamburgs hat einen großen und wohlverdienten Klang durch die ganze Handelswelt; was Wunder also, wenn Millionen über Millionen Zeichnungen geschahen, und je mehr die Wahrscheinlichkeit einer sehr geringen Vertheilung wuchs, desto größer die Anstrengungen zur Zeichnung wurden. In Hamburg ist die Konstituirung anonymer Gesellschaften, ohne spezielle Konzession des Senats, vollkommen gesetzlich, die Protokollirung auf dem Firmabureau genügt. — Der norddeutschen Bank ist ein weit aussehender Wirkungskreis angewiesen und namentlich hat man auch mit Betheiligung der Aktien das Ausland heranzuziehen gesucht, ob in geschickter Weise lassen wir dahin gestellt. Indessen hat sich das Ausland in entschieden größerem Maße betheiligt, als bei der Vereinsbank, welche mehr den Charakter eines speziell Hamburgischen Instituts trägt und dessen Statuten beiläufig gesagt, nach dem Muster der Union-Bank gemacht sind. Angeregt durch die Vereinigung einiger hiesiger Häuser, welche einen Posten Aktien der Norddeutschen Bank übernommen hatten, entwickelte das Geschäft sich darin sehr bedeutend und viele Kaufordres mußten bis 108¼ ausgeführt werden, während die Kurse von Hamburg nur 107¾ kamen, was zum Theil daher rührt, daß bei dem enormen Waarengeschäft der Platz beständig Kapital braucht und daher die Aktien nicht allzulange halten kann und will. — In österr. Kreditaktien ist nach langer Stockung die von uns vorgesehene Bewegung früher als wir erwartet eingetreten, und der Kurs bei lebhaftem Verkehr um etwa 5 fl. gestiegen. Die muthmaßliche hohe Dividende von 1856 wird bereits eskomptirt. Es fragt sich freilich, ob jene von 1857 ebenso groß ausfallen werde. Weimarische gingen bedeutend besser. Die angebliche Ausdehnung des Kapitals ist eine neue Berliner Ente. Es sind hiefür allerdings Schritte geschehen, die aber noch zu keinem unmittelbaren Resultat geführt haben. Die Geschäfte der Bank gehen übrigens, wie man vernimmt, sehr gut, und ist namentlich vor Kurzem ein größeres Geschäft abgeschlossen worden, das einen schönen Gewinn verspricht. Darmstädter und Luxemburger behaupten ebenfalls ihre Kurse. Von ersteren ist Berlin der größte Besitzer und scheint die Stücke festhalten zu wollen. Meininger hier wie in Berlin die Woche hindurch ziemlich stationär. — Spanische Kreditaktien beider Kategorien scheinen vorerst in den Hintergrund getreten zu seyn. Kaum daß an einzelnen Tagen noch Einiges darin umgeht. — Oesterr. Loose haben sich gehoben, wie überhaupt alle Loose einen bedeutenden Aufschwung genommen. und in Partien kaum zu haben sind. Am höchsten stiegen badische 35 fl. Loose und preuß. Prämienscheine, besonders die letzteren, die einer schlechten Ziehung entgegengehen, bei welcher die herauskommenden Loose noch an 15% verlieren. — Von Eisenbahnen sind Staatsbahnaktien ansehnlich gestiegen und lassen eine weitere Besserung erwarten. Pfälzische Bahnen mit ziemlichem Umsatz, aber ohne Besserung der Preise. Der Bericht des Verwaltungsrathes in der Frankfurter-Hanauer General-Versammlung und die von letzterer beschlossene Zinsenzahlung haben günstig auf die Aktien gewirkt. Die Bahn hat eine gute Zukunft, welche durch die in entfernter Aussicht stehende Aschaffenburg-Darmstadt-Mainzer-Bahn nur wenig getrübt wird. Nordbahnaktien dürften Aufmerksamkeit verdienen, seitdem die Bahn durch die Verbindung mit Hannover neue Anschlüsse erhalten hat. Das Geschäft in Rhein-Nahebahn-Aktien hat mit dem Ablieferungstag keineswegs aufgehört, vielmehr findet seitdem noch starker Umsatz, freilich zu weichenden Kursen statt. Starke Verkäufe besonders für Berliner Rechnung haben das Papier unter Pari gedrückt. Die Aussichten auf Rentabilität sind weder größer noch geringer geworden seit der kurzen Zeit, wo man in Berlin auf 1 Mill. nicht weniger als 60 Mill. Thlr. zeichnete und dort wie hier 7—8% Agio bezahlte. Sämmtliche österr. Eisenbahnaktien haben einen Aufschwung genommen und der Wiener Markt zeigt eine Elasticität, welche Verwunderung erregt, und von ihr aus

geht jeder neue Impuls zur Hausse. Dem Stande der 4½% bayerischen nach sind die Kurse der 4½% garantirten bayr. Ostbahnaktien eine Anomalie, welche sich gewiß mit der Zeit ausgleichen wird; wir glauben die Kapitalisten auf dieses Effekt hinweisen zu müssen. — Der Geldstand ist gut zu nennen; Wechsel sind alle billig, namentlich Pariser gedrückt, preußische Devisen etwas fester. Diskont willig und zu 4% zu lassen.
(Aktionär.)

Frankfurt, 18. August. Die Börse war in ziemlich matter Stimmung. Oesterr. Bankaktien wurden billiger verhandelt, während bayerische Ostbahn und Rhein-Nahe-Eisenbahnaktien etwas beliebter waren.

Norddeutsche Bankaktien in Hamburg wurden zu 108⅛ 108 107¾ umgesetzt.

Für Züricher Kreditaktien zeigte sich heute viel Begehr zu 104, ohne daß sich Abgeber dazu fanden.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83¾ P. 83½G. 5pCt. Lombard-Ven. 90½ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼G.; à 5pCt. in Silber b. H. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 72½ P. 71⅞ G.; à 4pCt. 64½P. 64G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16½P. 16¼G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59½ P. 59 G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88⅝ G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 95¼P. 94¾G.; 4½pCt. 101¾P. 101¼G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91⅜P. 90⅞ G.; 4½pCt. 102½ P. 102¼G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100P. 99½G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90¼P. 89¾G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83½P. — G.; à 3½pCt. 92 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39⅞ P. 39⅝ G.; 1pCt. neue $24\frac{11}{16}$P. $24\frac{9}{16}$G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1285P. 1280G. Neue Bankaktien 414 P. 410 G. Credit-Actien à 5pCt 242 P 240G. Darmstädter Bankaktien alte 415 P. 413 G.; junge 362 P. 360 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 547 G. Mitteldeutsche Creditbank 108⅝ P. 108⅜G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien — P. — G. Frankf. Bankaktien 119¼ P. 118¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 291 P. 289 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 147 P. 146½G. Neustadt-Weissenb. 108¾ P. 108¼G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104⅞ P. 104⅝ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64¼ P. 64 G. Taunus-Aktien 343 P. 340 G. Hananer Eisenb.-Aktien 88 P. 87½ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83P. 82¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 99⅝ P. 99⅛ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 125 P. 124G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105½P. 105 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 115½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49½P. 49¼G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117½ G. à fl. 25 34½P. 34G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40⅝ P. 40⅜ G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44¼G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. 87¾ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¼P. 100G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118⅝P. — — G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G	Mail. ö. S. L. 250 k. S. 100¾P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅝P 104⅜G.	Paris Frs. 200 k. S. 93⅝P. 93⅜G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅝P. 104⅜G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93⅝P. 93⅜G.
Brem. 50 Thlr Lsd. k. S. 96½P. 96¼G.	Wien fl. 100 C. k. S. 116⅜P. 116⅛G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89¼P 89G.	Wien 3 M. mit 4% 116¼P. 116G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto — P. 4pCt. G

Neueste Nachrichten.

Aus der Pfalz, 17. August. Am 15. d. werden in Zweibrücken die Assisenverhandlungen des 3. Quartals beginnen und bereits am 3. Septbr. beendigt seyn. Unter den 10 zur Aburtheilung kommenden Fällen befinden sich 3 Anklagen wegen Preßvergehen; nämlich außer dem auf den 29. August vorgeladenen Redakteur des „Deutschen Volksblattes“, Herrn Bucher aus Stuttgart, werden Buchdrucker Hogreve aus Mannheim und Buchhändler Groß aus Heidelberg, die gegen das Urtheil der vorigen Assisen, wodurch über jeden von ihnen eine Gefängnißstrafe von 4 Monaten, eine Geldbuße von 100 fl. und die Kosten des Verfahrens verhängt wurden, Opposition eingelegt haben, an demselben Tage abermals abgeurtheilt werden.
(N. Kor.)

Ein Kopenhagener Korrespondent der „Neuen Preußischen Zeitung“ läßt zwischen Herrn v. Scheele und seinen Kollegen eine große Spannung eingetreten seyn; man spreche schon stark von einem Ministerium Scheele-Bluhme-Bardenfleth.

Ueber den gestern von uns gemeldeten Zusammenstoß des Prinzen Adalbert von Preußen mit einem Piratenschiff bringt nun die „Allg. Ztg.“ eine Depesche anderer Version aus London vom 16. August: „Nach Berichten aus Gibraltar vom 9. ist ein Theil von der Schiffsmannschaft der „Danzig“, vom Prinzen Adalbert von Preußen persönlich geführt, bei Melilla gelandet, und wurde von Mauren aus einem Hinterhalt angefallen. Lieutenant Niesemann und 5 Matrosen wurden getödtet, der Prinz leicht verwundet; außerdem 2 Offiziere, 15 Matrosen. Der Prinz gedenkt anfangs nächster Woche nach London abzureisen.“

London, 16. August. Die gestern zu Spithead aus dem Orient angekommenen englischen Transportschiffe „Assistance“ und „Resolute“ melden die am 9. d. M. zu Gibraltar erfolgte Ankunft der preußischen Fregatte Danzig, des Flaggenschiffes Sr. k. Hoh. des Prinzen Adalbert von Preußen. Zugleich berichten sie über ein Gefecht zwischen den Preußen und den Riff-Piraten. Der Prinz wollte die Stelle in Augenschein nehmen, wo vor ein paar Jahren ein preußisches Schiff geplündert worden war, und versuchte daselbst in einem der Boote des Schiffes zu landen, ward jedoch daran gehindert, indem vom Lande aus auf ihn gefeuert wurde. Er kehrte hierauf zur Fregatte zurück, bemannte und armirte die Boote, landete und machte einen kühnen Angriff auf die auf einer Anhöhe postirten Piraten. Die Angreifer wurden jedoch vollständig von letzteren umzingelt und sahen sich genöthigt, sich in ihre Boote unter den Schutz der Kanonen der Fregatte zurückzuziehen. Se. kgl. Hoh. erhielt einen Schuß in den Schenkel, sein Adjutant ward tödtlich verwundet und starb bald, nachdem er am Bord der Fregatte angekommen war; ein Bootsmann der „Danzig“ ward durch den Ellbogen geschossen, 7 Mann wurden getödtet und 17 verwundet. Drei Mann mußte man auf dem Kampfplatze zurücklassen; die übrigen Gefallenen wurden zu Gibraltar mit militärischen Ehren beerdigt und die Verwundeten an's Ufer in's Militärhospital gebracht. Mit der Heilung der Wunde des Prinzen hatte es einen günstigen Fortgang. Die englische Dampf-Schaluppe „Vesuvius“ war von Gibraltar abgesandt worden, um den geeigneten Behörden einen Bericht über den Vorfall zu überbringen. (K. Z.)

Paris, 16. August. Man fängt an zu glauben, daß es möglich seyn werde, Regnaults Leben zu erhalten. Eben die lange Dauer der Krisis läßt hoffen, daß sie nicht tödtlich seyn werde. Auch wollen die Aerzte bereits die Gewißheit haben, daß keine innere körperliche Verletzung mit Ausnahme des Gehirns vorhanden. Was letztere betrifft, so sieht es leider damit und mit dem Geisteszustand des Kranken noch trostlos aus. Er hat wohl den Gebrauch der Sprache wieder erlangt, aber nicht den des Verstandes. Er spricht viel, und zwar ausschließlich von wissenschaftlichen Experimenten, aber ohne allen Zusammenhang. Auch hat er bisher selbst seine intimsten Freunde und Angehörigen nicht zu erkennen vermocht. Alle Hoffnung, dieses hohe Geisteslicht der Wissenschaft wieder zu gewinnen, ist jedoch noch nicht aufgegeben. (Neulich hieß es einmal, er sey bereits gestorben.)
(A. Z.)

Turin, 12. August. Die hundert Kanonen für die neuen Festungswerke Alessandria's sind noch immer die große Angelegenheit des Tags — alles drängt sich zur Unterschreibung. Mittlerweile hat das amtliche Blatt das Programm für die Befestigungen, welche das Kriegsministerium ausführen zu lassen gedenkt, veröffentlicht, und die Unternehmer aufgefordert, ihre Angebote für den Bau derselben sobald als möglich zu stellen. Man hatte das Gerücht verbreitet, Oesterreich habe im Verein mit den Westmächten hiegegen Verwahrung eingelegt. Dieses Gerücht scheint indeß grundlos. Oesterreich beschränkte sich auf die Verstärkung Piacenza's und des linken Poufers, und die mit der Bewachung dieser Plätze beauftragten Generale haben hiezu die gemessensten Befehle. — Briefe von der Insel Sardinien melden, daß Hr. Brett mit der Legung des unterseeischen Telegraphendrahts abermals gescheitert ist, und daß die Legung von neuem begonnen werden muß. — Die Magnetiseure und Somnambulen sind nun auf höheren Befehl auch aus Savoyen ausgewiesen worden. (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 231. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 20. August 1856.

Deutscher Bund.

Sachsen. Aus Sachsen. Es sind zwei neue Unternehmungen ins Leben getreten, die nur mit Freuden begrüßt werden können, und auch anderwärts zur Nachahmung auffordern. Es sind dies die beiden Aktienunternehmungen zur Anfertigung guten reinen Roggenbrodes in Cainsdorf bei Zwickau und in Leipzig. Beide haben den Zweck das vornehmste Nahrungsmittel, das Brod, welches leider mit nur wenig Ausnahmen in so schlechter ungesunder Qualität hergestellt wird, rein und wohlschmeckend zu liefern. Der Leipziger Aktienverein hat zu diesem Zweck die bekannte Platzmann'sche Mühle angekauft, der Zwickauer wird eine ganz neue Mühle und Bäckerei anlegen, beide aber werden zur Verfertigung sich der neuerfundenen Knetmaschinen bedienen, welche Art der Bereitung von der seitherigen wenigstens den Vorzug größerer Reinlichkeit und Appetitlichkeit hat. Bei beiden Etablissements werden gleichzeitig Backöfen neuester Konstruktion in Anwendung gebracht werden, welche bedeutende Heizmittel ersparen. Die beiden besprochenen Unternehmungen haben über große Geldmittel zu verfügen, und werden deßhalb gewiß gute Vorbilden auch für kleinere derartige Etablissements werden, die sich mit geringeren Mitteln das Beste und Praktische aneignen können, ohne die Erfahrung erst theuer erkaufen zu müssen. (A. Z.)

Baden. Vom Neckar, 16. August. Wenn einige Male in öffentlichen Blättern das Gerücht auftauchte, es würden die Studentenkorpsverbindungen, wie sie bis zu ihrer kürzlich erfolgten Auflösung an der Universität Heidelberg bestanden, wieder in ihrer alten Form rekonstituirt werden, so wird sich dieses für die nächste Zeit als ungegründet erweisen. Von unterrichteter Seite wird uns mitgetheilt, daß die hohe Staatsbehörde wiederholt ihre Zufriedenheit über die von dem Prorektor und engeren Senate der Universität Heidelberg ergriffene Maßregel ausgesprochen habe und die Bemühungen um Rekonstituirung der alten Korps ohne den gewünschten Erfolg seyn würden. (Schw. M.)

Freie Städte. In einer der letzten Nummern der „Berlingschen Zeitung" lesen wir: „Wie wir erfahren, soll die Cholera in Lübeck ausgebrochen seyn und ziemlich ernst auftreten, und die neueste Nummer der Stockholmer Post och Inrikes Tidningar vom 8. d. bringt sogar eine von diesem Tage datirte offizielle Bekanntmachung des Kommerzkollegium, nach der Lübeck in Folge eingelaufenen offiziellen Berichts für von der Cholera angesteckt erklärt worden ist. Leider gebietet dem schwedisch-norwegischen Konsul in Lübeck das warnende Beispiel, das durch die Absetzung seines Vorgängers vor zwei Jahren wegen angeblicher Unterlassung rechtzeitiger Anzeige gegeben worden, lieber zu früh und bei noch nicht als asiatische Cholera konstatirten sporadischen Fällen als zu spät den Ausbruch der Cholera in Lübeck nach Stockholm zu melden. Diese Meldung und die darauf fußende Bekanntmachung des Kommerzkollegium erneuert sich nun schon seit einigen Jahren regelmäßig. Leider wird dadurch dem Lübeckischen Handel nach Schweden kein geringer Nachtheil zugefügt.

§ **Oesterreich.** Wien, 17. August. (Privat-Korresp.) Von Zeit zu Zeit wiederholt sich immer wieder das Gerücht, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich und den Westmächten einen Theil des freundschaftlichen Charakters eingebüßt haben, der sie noch vor Kurzem ausgezeichnet. Auch jetzt begegnet man wieder in verschiedenen Blättern ähnlichen Angaben, die jedoch abermals jedes stichhaltigen Grundes entbehren, und rein aus der Luft gegriffen sind. Die Verhältnisse zwischen Oesterreich und den Westmächten lassen nichts zu wünschen übrig, und fehlt es nicht an Thatsachen, welche dafür sprechen.

Als nämlich England und Frankreich in Folge der von Rußland gegen die strikte Ausführung des Pariser Friedens erhobenen Bedenken den Beschluß faßten, einen Theil der englischen Flotte in das schwarze Meer einlaufen zu lassen, wurde selbstverständlich auch das diesseitige Kabinet, auf Grundlage des Separat-Vertrages vom 15. April 1856, davon in Kenntniß gesetzt und eingeladen, diesen Schritt der Westmächte zu unterstützen. Oesterreich billigte seinerseits nicht nur den Entschluß seiner Alliirten, sondern erklärte auch, daß die für diesen Fall im Aprilvertrage enthaltenen Festsetzungen nunmehr in der That zur praktischen Geltung zu gelangen hätten. Da man es nun diesseits nicht bei diesen Worten bewenden ließ, sondern alle Anstalten traf, um denselben durch die geeigneten militärischen Maßregeln den entsprechenden Nachdruck zu verleihen, so ist es klar, daß Oesterreich an der neuesten den diesseitigen Intentionen entsprechenden Wandelung der russ. Politik keinen geringen Antheil hat. — Die Completirung der in Italien stationirten Regimenter geht rasch vor sich; man sagt, daß der Marquis Cantona, der interimistische Vertreter Sardiniens, Wien verlassen wird.

Großbritannien.

London, 14. August. Der Schaden, den Broadwoods Pianofortefabrik durch die gestrige Feuersbrunst erlitten hat, wird nicht mehr auf 100,000, sondern auf 150,000 Pfd. Sterling geschätzt, und sollen die Versicherungssummen bei weitem nicht groß genug seyn, den Verlust zu decken. 200 von beinahe fertigen Instrumenten (jedes derselben hat einen Werth von 80 bis 150 Pfd.) konnten gerettet werden; drei- bis viermal so viel blieben der Firma in ihren andern Magazinen; gegen 1000 Stück sind verbrannt. Es dürfte zu einem Prozeß mit einer unserer größeren Wasserleitungskompagnien kommen, da es beim Ausbruch des Brandes an dem nöthigen Wasser in den Leitungen fehlte, die von Seiten dieser Gesellschaft hätten gespeist werden sollen. — Der vor wenigen Tagen erwähnte Kirchenskandal in Westhartlepool hat bisher keine weiteren Folgen gehabt. Die angesehenenen Einwohner des Ortes wünschen, daß das durch die schändlichsten Orgien entweihte Gotteshaus bis auf Weiteres geschlossen bleibe; der Erzdechant des Sprengels dagegen hält sich nicht für berechtigt, eine derartige Verfügung zu erlassen, und schlägt daher, um einen weiteren Skandal zu vermeiden, einen gütlichen Ausgleich vor. — Die britische Naturforscherversammlung in Cheltenham hat gestern ihre Schlußsitzung gehalten. Prof. Phillipps verlas den Ausschußbericht, worin eine Verausgabung von etwas über 600 Pfd. zur Unterstützung mannigfacher wissenschaftlicher Studien empfohlen. Die Wiener Reisende Ida Pfeifer ist mit 20 Pfund (hiezu bloß 20 Pfd.!) bedacht worden, um ihr die Erforschung von Madagascar zu erleichtern. (Schw. M.)

London, 15. August. Unter den jetzt veröffentlichten Blaubüchern befindet sich auch der Bericht eines Untersuchungsausschusses des Unterhauses über die endlose Frage des Verhältnisses zwischen Fabrikherren und Arbeitern und deren Streitigkeiten über Taglohn, die nicht durch allgemeine Gesetze und Formeln schon wegen der empfindlichen Natur des Handels zu lösen ist; auch ist dieser Bericht bereits der fünfte, und gibt eben so wenig, wie die vorhergehenden, ein Resultat der Abhülfe, höchstens einige Empfehlungen zur Errichtung von Vermittlungstribunalen, ähnlich denen des conseils des Prud-hommes in Frankreich, von welchen behauptet wird, daß sie Erfolg gehabt haben. Auch meint die „Times": Jene Streitigkeiten seyen eine Krankheit, welche die Patienten selbst heilen müssen; einige Selbstbeherrschung und Rücksicht auf andere müssen die Bedingungen herstellen, auf welche hin die streitenden Parteien mit einander unterhandeln sollten; eine erleuchtete Auffassung des eigenen Interesses müsse dasjenige erwirken, was Statute vergeblich versuchen würden. — Der Bericht bedauert die Entfernung, welche den Arbeiter von den Fabrikherrn trennt, sowie den Mangel an Einverständniß zwischen beiden Theilen,

die Zeugenaussagen gehen ebenfalls darauf hinaus. Die Fabrikherren suchen so viel wie möglich Gewinn aus ihrem Kapital zu ziehen und im Arbeitslohn zu sparen, die Arbeiter denselben so hoch wie möglich hinauf zu schrauben, und nehmen ihre Zuflucht zur Association. Die ersten protestiren dagegen, die Assoziationen legen Bedingungen vor, welche die Herren verwerfen, beide suchen einander durch den Schaden zur Nachgiebigkeit zu zwingen, welcher durch Einstellung der Arbeit entsteht. Diejenige zu Preston erweist, was Hartnäckigkeit auf beiden Seiten durchführen kann. Damals verloren die Arbeiter 100,000 Pfd. Sterling an Lohn, die Herren fünfmal den Betrag an entgangenem Gewinn. Die Fabrikherren litten Schaden, der sich nicht in Monaten ausgleichen ließ, die Arbeiter einen solchen, welcher während ihres ganzen Lebens fühlbar seyn wird. Andere Arbeitseinstellungen werden in dem Bericht angeführt, wobei die Arbeiter ihre gewohnte Existenz verloren und ihre Vereine bis zum letzten Heller verarmten. Das allgemeine Resultat besteht darin, daß die Fabrikherren viel leiden, daß sie aber, weil sie Kapital besitzen, die Arbeitseinstellung aushalten, während die Arbeiter, die nur aus den Fonds ihres Vereines ziehen können, zuletzt zur Annahme der von den Herren gestellten Bedingungen gezwungen sind, oder daß ein für sie magerer Vergleich zur scheinbaren Ehrenrettung zu Stande kommt. Diese Streitigkeiten sind jedoch nicht bloß von individuellem Uebel; sie können bei häufigem Vorkommen und deßhalb bei Stockungen der Ausfuhr eine gefährliche Konkurrenz fremder Industrien auf den Weltmärkten hervorrufen, und dadurch dem englischen Handel empfindlichen Schaden zufügen. Meist liegt die Schuld an den Arbeitern, deren Köpfe durch Aufreizung rücksichtsloser Phantasten erhitzt sind, oft aber auch an den Fabrikherrn. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 15. August. Die kaiserliche Großmuth für den Besieger Sebastopols wird um so mehr angestaunt, als dieser ein verhältnißmäßig uneigennütziger und bescheidener Charakter seyn soll. Er wird als Marschall 40,000 Fr., als Senator 30,000 Fr., als Herzog 100,000 Fr., als Gouverneur von Algier etwa 60,000 Fr., zusammen wenigstens 230,000 Fr. jährlich beziehen. Außerdem erwartet man vom Sultan ebenfalls eine Dotation von 100,000 Fr., so daß des Herzogs Jahresgehalt nicht unter 330,000 Fr. bleiben würde. Dieser Anfang der Dotationen stößt Besorgnisse wegen des Budgets ein, da Ansprüche ähnlicher Art keineswegs mangeln. Der gesetzgebende Körper wird, nach allem was ich vernehme, jene Dotation sehr lebhaft diskutiren. (A. Z.)

* Paris, 17. August. Der „Moniteur" zeigt an, daß der Justizminister Abbatucci während der Abwesenheit des Herrn Fould interimistisch das Ministerium des Staats und des kaiserl. Hauses, und Marschall Vaillant, während der Abwesenheit des Admirals Hamelin, das Marine- und Kolonien-Ministerium übernehmen wird.

* Der Kaiser verlieh dem englischen General Sir William Codrington — und dem sardinischen General, Kriegsminister Alphonse de la Marmora, die Militärmedaille.

* Der Kaiser wird Saint-Cloud heute Abend verlassen, um sich mit der Kaiserin und dem kaiserl. Prinzen nach Biarritz zu begeben. Um den kaiserl. Prinzen nicht zu sehr zu ermüden, wird die Reise in zwei Tagen zurückgelegt werden. In der Villa Eugenie ist Alles zum Empfang der Majestäten fertig. Der Kaiser wird schon vor Ende nächster Woche in Paris zurück seyn.

* Die Pariser Bäckereikasse wird vom 16. bis 30. August abermals eine Summe von 1 Million von der Stadt garantirter verzinslicher Bons ausgeben.

* Der „Constitutionnel" bespricht heute in seinem Premier Paris die Sund-Zoll-Angelegenheit. Das geeignetste Mittel zur Schlichtung dieser Frage scheint Hrn. Dubois eine Ablösung resp. Kapitalisirung, wenn Dänemark keine übertriebenen Forderungen stellen und nicht vergessen wird, daß sein Recht bestritten werden kann, und ihm nur schwache Mittel zu Gebote stehen, es aufrecht zu erhalten. Aber wenn — wie zu hoffen ist — Dänemark sich mit einer billigen Entschädigung zufrieden stellen — und Europa sich dann zur Bezahlung einer Ablosungssumme der Sundzölle verständigen wird, so dürfte dies nicht nur für Dänemark vortheilhaft seyn, dessen Einkünfte dadurch gegen jede Einsprache sicher gestellt werden, sondern es würde dadurch auch der Welthandel von einer Steuer befreit werden, die, stets zunehmend die Einkünfte Dänemarks in eine Weise vermehren würde, die in keinem Verhältnisse zu den Diensten stehen, welche dieser Staat der Schifffahrt in der Meerenge erweisen konnte.

Spanien.

† Madrid, 13. August. Die „Gacetta" vom 13. veröffentlicht die Ernennung des bisherigen Gesandten zu Rom, Francisco Pacheco, zum Gesandten in London, dann die Ersetzung Pastor Diaz am Turiner Hof durch D. Gerardo de Souza. Dasselbe Blatt veröffentlicht ferner eine k. Verordnung, wonach auf Vortrag des Ministers de Fomento die freie Einfuhr von Getraide und Mehl bis 1. Juni 1857 verlängert wird.

Portugal.

Lissabon, 9. August. Die Cholera hat nur in geringem Grade abgenommen, und die Liste der letzten zehn Tage weist 1710 Erkrankungen, darunter 530 Todesfälle nach.

Lissabon, 9. August. Kraft eines neuen kgl. Dekrets ist der Einfuhrzoll auf Reis, Kartoffeln, Bohnen, Erbsen und Mehl namhaft herabgesetzt worden, um der täglich mehr überhand nehmenden Theuerung zu steuern. So groß ist diese, daß in der Provinz Alentejo, der Getraidekammer des Landes, jetzt inmitten der Erntezeit Korn thatsächlich eingeführt und die Ausfuhr von Brodfrüchten aus mehren Städten der genannten Provinz verboten werden mußte, daß man, wie es heißt, gezwungen war, für ein in Evora stehendes Kavallerieregiment Fourage aus Lissabon herbeizuschaffen. Die ärmeren Klassen sind unzufrieden und in vergangener Nacht durchzogen Hunderte unter dem Rufe nach wohlfeilem Brod die Hauptstraßen, ohne daß es jedoch zu weitern Auftritten gekommen wäre. (A. Z.)

Lissabon, 11. August. Ueber die gestern von uns gemeldeten Unruhen in Lissabon vom 8. bis 12. August erfahren wir folgendes Nähere: Gegen 10 Uhr Abends des 8. d. zogen drohende Haufen von Proletariern auf den Platz Don Pedro und rüsteten sich daselbst, verhetzt und aufgewiegelt, zu einem Sturm auf die Bäckerläden. Nachdem sie von den Bäckern Brod um die Hälfte des Preises erpreßt hatten, zogen sie vor das Hotel eines Privatmannes, bewarfen es mit Steinen, zertrümmerten alle Fenster und zogen erst nach 2 Uhr Morgens ab. Andere Haufen, die sich in dem Stadtviertel Buenos-Ayres gebildet hatten, forderten die Truppen vergeblich auf, zu ihnen überzugehen. Der Samstag war ziemlich ruhig vorübergegangen, aber am Sonntag den 10. nahmen die Unordnungen einen viel gefährlicheren Charakter als am Freitag zuvor. Vom frühen Morgen an durchzogen viele Haufen die Stadt unter dem Ruf: „Es lebe der König! Es lebe das Volk! Tod den Wucherern!" Zuerst hatten die Meuterer von mehreren Bäckern Brod erpreßt, zogen hierauf wieder vor das Hotel, dessen Fenster sie in der Nacht vom Freitag auf den Samstag eingeworfen hatten, stießen die Thüre ein, drangen in die Zimmer, plünderten Alles, was ihnen unter die Hände gerieth, und steckten endlich das Gebäude, dessen Eigenthümer sich geflüchtet hatte, an vier Ecken in Brand. Die Lanciers, das einzige Korps, dessen Haltung Lob verdient, löschten das Feuer und verhafteten mehrere Individuen. Auf dem Handelsplatze wurde ein Beamter des Fruchtmarkts, der sich gegen das auf ihn losgehende Gesindel zu wehren versucht hatte, auf das grausamste ermordet. Am 11. war der König von Cintra nach Lissabon gekommen, am Abend aber wieder dahin zurückgekehrt. Indessen sah Jedermann ein, daß gegen die verführten Massen energisch eingeschritten werden müsse. Die Infanterie, auf die man nicht sicher zählen zu können glaubte, war in ihre Kasernen konsignirt worden, und die Bürgergarde hatte ihren Chefs mehrere Male den Gehorsam verweigert. Die Lanciers allein erfüllten ihre Pflicht. Auch der 11. August verging nicht, ohne einige Besorgniß einzuflößen. Von 12 Uhr Mittags bis 8 Uhr Abends zogen abermals Volkshaufen durch die Stadt, griffen mehrere Bäckerläden an, und zerstreuten sich erst, nachdem die Behörde einige Energie gezeigt hatte. Alle wichtigeren Punkte der Hauptstadt wurden von den Truppen besetzt und viele Verhaftungen an diesem und dem folgenden Tage vorgenommen. Die Brodtheuerung ist offenbar nur ein Vorwand für die Unruhen. Leider aber verleihen die Umstände diesem Vorwand einen bedenklichen Charakter. Der Ausfall des heurigen Ernteertrages in Portugal soll bedeutend seyn, woraus sich für die Regierung eine höchst kritische Lage ergibt, deren Gefahren nur durch weise Maßregel einer- und eine eiserne Festigkeit anderseits abgewendet werden können. (Allg. Ztg.)

Italien.

Modena, 14. August. Wegen vorkommender Raubverbrechen, die von sehr jungen Leuten verübt werden, sind die Bestimmungen des Kriminalcodex auch auf junge Leute von über 18 Jahren, wenn sie auch noch nicht 21 Jahre erreicht haben, ausgedehnt worden. (T.D.d.Ostd.Post)

Turin, 14. August. Ein Brief Garibaldi's an den „Movimento", datirt Genua den 6. Aug., macht im Moment die Runde durch die gesammte piemontesische Presse und hat eine schwer zu beschreibende Aufregung hervorgerufen. Da dieses Aktenstück wahrscheinlich zu einer Journalfehde Veranlassung geben wird, theile ich es Ihnen im Auszuge mit, die Wahrheit

desselben natürlich sehr in Frage stellend: „Seit meinem Rückzug aus Rom bis heute hatte ich der Hoffnung gelebt, daß sich Ciceruachio mit seinen Söhnen in einem Schlupfwinkel der Apenninen befinden könne, allein heute kommt mir die schmerzliche Gewißheit zu, daß der wackere römische Volksmann zu Contarina nahe an der Mündung des Po von österreichischen Soldaten, die von einem Offizier der kaiserl. Familie (?) befehligt waren, erschossen worden ist; der Erschossenen waren es sieben: Ciceruachio, seine zwei Söhne, der eine 19, der andere 13 Jahre alt, der junge Kaplan Stephan Ramorino, der Kapitän der italienischen Legion von Montevideo Lorenzo Parodi und zwei andere Individuen, deren Namen ich nicht kenne . . . Ich bemerke, daß kein einziger der in der Romagna, sowie zu Luino gemachten österreichischen Gefangenen erschossen worden ist, und daß weder Ciceruachio, noch sein jüngster Sohn, noch Ramorino, wo sie mich immer auf meinem Rückzug begleiteten, Waffen getragen haben. G. Garibaldi.“ Die Ergüsse der Erbitterung, welche die meisten Organe an diese Mittheilung knüpfen, lassen sich nicht wiedergeben.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Marseille, 16. August. Der Dampfer „la Clyde“ bringt Nachrichten aus Konstantinopel vom 7. August: Die Montenegriner bedrohen mehrere Punkte der Türkei und Kurschid Pascha hat um Verstärkung nachgesucht. In einem zu Podgoriza stattgehabten Kampfe wurden Kirchen und Moscheen zerstört. Der Aufstand in der Provinz Van wurde unterdrückt. Die Konstantinopolitaner Journale melden eine Hausse von 5 Piaster der Preise des Getraides von der Donau und dem Azowschen Meer; dennoch wird — außer in Asien — die Ernte als gut betrachtet.

Jassy, 9. August. Der Direktor der moldauischen Bank ist, wie ich letzthin bereits gemeldet, hier angekommen. Man war seit seiner Ankunft in Spannung, ob die Bank werde sofort eröffnet werden. Heute bin ich in der Lage, Ihnen diesfalls bestimmtere Daten zu liefern. — Wie die Sachen wegen der Bank standen, muß es den Kaimakam offenbar einen harten Kampf gekostet haben, um zu einem Entschlusse zu kommen. Er hat ihn gefunden, indem er die Operationen der Bank einstellte und die Eröffnung dieses Instituts von dem Willen der Pforte abhängig machte. Aus diesem Anlasse wurde der „Zimbrul“, der eine Annonce bezüglich der Eröffnung der Bankoperationen brachte, die Wiederholung derselben untersagt, und in Nr. 59 der „Gazeta de Moldavia“ erhielt das genannte Journal eine Zurechtweisung, wobei auch der „Donaustern“ wegen seiner Protestation, die er bei diesem Falle erhob, bedacht wurde. (Ostd. Post.)

Nichtpolitische Zeitung.

Schleiz, 8. August. Bei dem hiesigen Brande ist ein Fall vorgekommen, der für Geschäftsmänner beachtenswerth ist. Im Hause der Handlung C. R. Weißker und Comp. stand ein eiserner Geldschrank, mit Papieren und Metall gefüllt. Obwohl er sich in der größten Flammengluth befunden und zwei Tage lang unter glühenden Trümmern hat gelassen werden müssen, so haben sich doch bei der Eröffnung sämmtliche Papiere, mögen sie nun offen darin oder in Mappen gelegen haben, und sämmtliches Metallgeld noch unversehrt vorgefunden. Der Schrank war aus der Fabrik von Sommermeyer und Comp. in Magdeburg.

Bei der in London jetzt eröffneten Konkurrenz für die Denkmalkirche in Konstantinopel können alle Baumeister ohne Ausnahme theilnehmen. Die Entwürfe müssen nach der im westlichen Europa als kirchlich anerkannten Bauart, im gothischen oder Spitzbogenstyl, jedoch mit Abänderungen, welche das Klima erheischt, angefertigt seyn. Es soll die Kirche, ohne Gallerie, eine Gemeinde von nicht weniger als 700 Personen fassen und bei deren Bau auch auf die Gefahr der in Konstantinopel vorkommenden Erdbeben Rücksicht genommen werden. Die Kosten des Baues dürfen 20,000 Pfd. Sterling nicht überschreiten. Der späteste Einsendungstermin in London ist für die Entwürfe der 1. Januar 1857. Für den ersten Preis werden 100 Pfd. Sterl. und für den zweiten und dritten 70 und 50 Pfd. St. bezahlt.

Handels- und Börsen-Berichte.

Magdeburg, 12. August. Die Erntearbeiten, vom Wetter begünstigt, machen rasche Fortschritte. Roggen ist bereits gänzlich eingebracht, Gerste zum Theil, Frühhafer wird jetzt geschnitten; über den Erdrusch des Getraides läßt sich etwas Bestimmtes noch nicht sagen, die Nachrichten darüber laufen sehr verschieden ein, eben so über die Qualität des neuen Gewächses, nur darüber stimmt man überein, daß an Garbenzahl pro Acker reichlich geerntet wird. — Im Getraidegeschäft ist es trotz der vorhandenen Kauflust noch stets still geblieben, da die Zufuhren vom Lande ganz ohne Bedeutung geblieben sind, Konsumenten müssen daher ihren Bedarf noch stets von den Bodenlagern decken oder Beziehungen per Eisenbahn machen. Unter solchen Umständen konnten die Preise des Getraides hier noch nicht, wie an anderen Orten bereits geschehen, erhebliche Rückschritte machen, sondern haben sich so ziemlich behaupten können, man zahlte für Waizen von 88 a 96 Thlr., für neuen Roggen 62 a 64 Thlr., für alte Waare 58 a 60 Thlr.; nach Gerste blieb die Frage noch stets gut, und gut schwere Sorten bedingen 55 a 58 Thlr., neue Gerste ist 48 a 52 Thlr. gehandelt, auch Hafer hat sich bei schwachen Vorräthen auf 33 a 35 Thlr. behaupten können. Hülsenfrüchte werden sich im Kleinen wohl ganz aufräumen, man erwartet von Erbsen einen Mittelertrag, von weißen Bohnen und Linsen aber steht ein Ausfall bevor, da diese durch Witterung und Ueberwucherung von Unkraut sehr gelitten haben. Winterölsaaten räumen sich auf dem Lande schon sehr auf, man legt für Rappsaat 120 a 122 Thlr., für Rübsen 115 a 118 Thlr. an. Schlagleinsaat 74 a 75 Thaler pr. Wspl. ist noch vorräthig. Mohn ist theilweise bereits gezogen, jedoch ist noch kein neuer Saamen zu Markte gebracht. Rohes Rüböl behauptet sich ferner auf 18½ a 18⅔ Thlr., raffin. Oel auf 19½ Thlr., Leinöl höher, 15½ a 16 Thlr. Mohnöl, wovon die Vorräthe sehr geschmolzen sind, wird auf 22 a 22½ Thlr. gehalten.

Frankfurt, 19. August. Oesterr. Kreditaktien, worin heute der Hauptumsatz stattfand, wurden zu bedeutend höheren Kursen umgesetzt, das Geschäft war lebhafter als in den jüngsten Tagen. Mit Ausnahme von Elisabethbahn, die billiger abgegeben wurde, waren die meisten Effekten ohne wesentliche Veränderung.

Norddeutsche Bankaktien erholten sich von ihrem gestrigen Rückgang, sie wurden zu 108½ ¾ ¼, und Züricher Kreditaktien zu 104¾ 105 verhandelt, dieselben blieben begehrt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83¾ P. 83½G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90½ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 81½ P. 81¼G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 P. 89½ G.; à 4½pCt. 72⅛ P. 71⅞ G.; à 4pCt. 64½P. 64G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 4pCt. 16½P. 16¼G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59½ P. 59 G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88⅝ G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 95¼P. 94¾G.; 4½pCt. 101⅝P. 101⅜G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91⅜P. 90⅞ G.; 4½pCt. 102½ P. 102¼G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100P. 99½G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½P. 90G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83½P. — G.; à 3½pCt. 92 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39¾ P. 39½ G.; 1pCt. neue 24⅝P. 24½G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1285P. 1280G. Neue Bankaktien 417 P. 412 G. Credit-Actien à 5pCt. 242 P 240G. Darmstädter Bankaktien alte 416 P. 414 G.; junge 361½ P. 359½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 550 P. 545 G. Mitteldeutsche Creditbank 108¾ P. 108¼G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien — P. — G. Frankf. Bankaktien 119¼ P. 118¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 290½P. 289½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 147 P. 146½G. Neustadt-Weissenb. 109⅛ P. 108⅝G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101⅞ P. 101⅝ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64½ P. 64¼ G. Taunus-Aktien 348 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 87¾ P. 87¼ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82½P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 99¾ P. 99¼ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von **1839** 125 P. 124G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 105⅝P. 105⅛G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 115½ G. Badische fl. **35** Loose von 1845 49½P. 49¼G. Darmst. Loose à fl. **50** — P. 118½ G. à fl. **25** 34¼P. 34G. Kurh. **40** Thaler-Loose b. R. 40⅝ P. 40⅜ G. Nass. Loose à fl. **25** 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 44¼G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. 87¾ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¼P. 100G. Lond. Lst. 10 k. S. 118½P. 118¼G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G. Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 100¾P — G

Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 5/8 P. 93 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 5/8 P. 93 3/8 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S. 96 1/2 P. 96 1/4 G.	Wien ?. 100 C. k S. 116 3/8 P. 116 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 1/4 P. 89 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 1/4 P. 116 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Disconto — P. 4 pCt. G.

Wien, 18. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 13/16; 5pCt. Metall. 84 1/4; 4 1/2 pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 127 1/2; von 1854 108; Bankaktien 1099; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 389; Donau-Dampfschifffahrtsaktien — —; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 288 1/4. Wechselkurse: Augsburg uso 102 3/4. London 10. 3. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München, 18. August. (Privat-Korrespondenz.) Die bereits erwähnte Anrede, welche Se. k. Hoh. Prinz Luitpold bei der heutigen Enthüllung des Deroy-Monuments hielt, lautet: „Eine schöne, das Soldatenherz erfreuende Feier vereint uns heute; es gilt die Enthüllung des Ehrendenkmals, welches die Offiziere der bayerischen Armee, mit Genehmigung Sr. Maj. des Königs, unsers allergnädigsten Kriegsherrn, dem General der Infanterie, Grafen v. Deroy, errichtet haben. Seit frühester Jugend in den Reihen der Armee dienend, zeichnete sich Graf Erasmus v. Deroy in allen Feldzügen aus, welche vom Jahre 1794 bis 1812 in den Annalen unserer Kriegsgeschichte mit Ruhm verzeichnet sind. Nachdem der Gefeierte von Stufe zu Stufe in der militärischen Laufbahn empor gestiegen, nachdem er bei Paß Strub in Tyrol schwer verwundet für sein Vaterland geblutet hatte, erbat er sich anno 1812 im hohen Alter von 70 Jahren von seinem König die Gnade, auch nach dem fernen Norden die Armee als General noch begleiten zu dürfen. Se. Majestät, mein vielgeliebter Großvater, suchte den alten General zurück zu halten, doch umsonst. Heute vor 44 Jahren erhielt General v. Deroy bei Polotzk an der Spitze seiner Division die tödtliche Wunde, die wenige Tage später seine Heldenlaufbahn beendete. Seine letzen Worte athmeten Ergebung in den Willen Gottes, Liebe und Treue für seinen König. Geachtet als General war er zugleich bei seinen Untergebenen so beliebt, daß er in dem Munde seiner Soldaten der Vater Deroy hieß, der schönste Ehrentitel, der erworben werden kann; daß sein Name nach fast einem halben Jahrhunderte noch jetzt in dankbarer Erinnerung der Armee fortlebt, dafür ist dies Monument der sprechende Beweis. Möge Leben und Tod des Heldengreises Deroy, möge seine Liebe, seine Treue für König und Vaterland uns allen zur Nachahmung dienen!"

München, 18. Aug. Nach Briefen aus Marseille vom 13. August war Se k. Hoh. der Prinz Adalbert, der am 12. Vormittags Paris verließ und die folgende Nacht in Lyon zubrachte, am erstgenannten Tage Nachmittags um 5 Uhr wohlbehalten daselbst angekommen. Höchstdieselben wurden schon im Bahnhofe von einer auf dem Kriegsdampfer „Isabella" nach Marseille gesandten spanischen Deputation, bestehend aus den HH. Graf Altimira, Oberstхofmeister der Königin und Grand 1. Klasse, Marquis de los Llamos, Oberstхofmeister des Königs, Brendergast, Attaché des Ministerium des Aeußern in Madrid, Schiffskapitän Mella und E. Montemar, spanischer Generalkonsul in Perpignan und Marseille, in feierlichster Weise empfangen. Im Hotel d'Orient, wo Appartements für den Prinzen und sein Gefolge auf Kosten der Königin von Spanien in Bereitschaft gehalten waren, hatten sich, obschon Se. k. Hoh. bei Ihrem Besuche in St.-Cloud dem Kaiser Napoleon bemerkt hatten, daß Höchstihre Reise ganz inkognito stattbaben werde, sowohl der kommandirende General als auch der Präfekt eingefunden, um den Prinzen zu begrüßen. Der Graf Altamira überreichte Sr. k. Hoheit ein eigenhändiges Schreiben J. Maj. der Königin von Spanien, worin Allerhöchstdieselbe die Freude über die baldige Ankunft ausspricht. Am 14. Morgens gedachte Se. k. Hoh. sich einzuschiffen und wird wahrscheinlich Samstag (16.) Abend in Valencia eintreffen, wo ein festlicher Empfang Höchstdieselben erwartet. (N. M. Z.)

Das Direktorium der Ostbahnengesellschaft hat nun einen Obergeometer aufgestellt in der Person des bisherigen kgl. Bezirksgeometers Hrn. Karl Spielberger von Kellheim mit einem Gehalt von 1200 fl. rh. 4 1/2 fl. Diäten. (B. Bl.)

Berlin, 16. August. Ueber den bei dem Potsdamer Depeschendiebstahl nur indirekt betheiligten Hassenkrug meldete in diesen Tagen der „Publizist", er habe aus Cayenne seiner hier wohnenden Frau einen Brief zugehen lassen. Die Gründe der Verhaftung dieses Agenten auf französischem Boden sind unseres Wissens noch nirgends angegeben worden. Hassenkrug bot sich während des Krieges dem hiesigen französischen Gesandten zu Mittheilungen über das russische Lager an, in dem er Beziehungen zu haben vorgab. Der Gesandte glaubte sich dann von Hassenkrug beobachtet und ließ die Komödie gewähren. Später wünschte Hassenkrug nach Paris zu gehen. Ein Paß ward ihm auch bewilligt, die französische Regierung zu gleicher Zeit aber benachrichtigt. In Paris ging er mit Leuten um, die im Verdacht standen, Berichte nach Petersburg zu schicken. Er ward verhaftet und, wie Zeitungen jetzt zu bestätigen scheinen, deportirt. So ward der Vorgang vielfach in politischen Kreisen erzählt und geglaubt.

Berlin, 16. August. Der General der Kavallerie, Frhr. von Wrangel, der gestern sein 60jähriges Dienstjubiläum feierte, ist vom König zum General-Feldmarschall ernannt worden. (Hamb. Nachr.)

London, 15. August. Lord Palmerston, der seit vorgestern wieder in London ist, hat nach dem Manchester Guardian ein Rundschreiben an alle parlamentarischen Ministerialchefs erlassen, mit der Bitte, bis Ende November die Gesetzentwürfe, die sie eingebracht sehen möchten, bei ihm einzureichen, damit sich bei Zeiten bestimmen lasse, ob sie im Ober- oder Unterhaus vorgelegt werden sollen, und damit sich nicht wieder eine Legion Regierungsbills gegen Ende der Session anhäufe.

London, 16. August. Wie der „Advertiser" wissen will, sind die englisch-amerikanischen Differenzen endgültig geschlichtet, und soll die Auswechslung der Ratifikationen binnen wenigen Tagen erfolgen. Wie schon früher wiederholt erwähnt, fallen die Bai-Inseln an Honduras, unter der Bedingung, daß sie von dieser Republik niemals an irgend eine andere Macht abgetreten werden. Zwischen England, Amerika und Honduras wird ein dreitheiliger Vertrag geschlossen. Frankreich soll dem Ausgleich seine Billigung ertheilt und sich bereit erklärt haben, dem Vertrag seine Unterschrift zu geben, falls dieselbe für nöthig erachtet werden sollte.

Paris, 14. August. Die rumänische Agitation gewinnt hier täglich festeren Boden. Bekanntlich wird sie von der französischen Presse, die sich ausnahmslos für die Vereinigung der Donaufürstenthümer ausgesprochen hat, möglichst befördert. Jetzt glaubt sie auch auf den direkten Beistand des hiesigen Kabinetes und einer Fraktion bei Hofe und in der kaiserlichen Familie selbst rechnen zu dürfen. Im Augenblicke dreht sich Alles um die Person oder um den Namen des Prinzen Piere Bonaparte, der aus Corsika zurückgekommen ist. Bisher wußte man von ihm nicht viel mehr, als daß er spurlos in der Nationalversammlung figurirt und seine spätere Ernennung zum Obersten in Algier großen Widerspruch in der Armee hervorgerufen hat. Unter den hiesigen Rumänen heißt es nun, daß der Kaiser aus ihm den künftigen Regenten der vereinigten Fürstenthümer machen will. Seit längerer Zeit wird die öffentliche Meinung in den Fürstenthümern in diesem Sinne bearbeitet. Man läßt die dortigen Patrioten Lieder singen, zu welchen ein rumanisirter Franzose einen Zusatzartikel gemacht hat, der als Refrain stets den Namen Bonaparte mit Ruhm und Glanz u. s. w. wiederholt. Ich hatte mehrere solcher Lieder in Händen. Französischerseits wird die Unternehmung insbesondere von solchen Personen eifrigst betrieben, welche bei einer Bucharester Filiale einträgliche Stellen hoffen, die sie hier schon besetzt fanden. Man versichert, die Sache sey sehr ernst, und der Kaiser wolle es trotz aller diplomatischen Schwierigkeiten durchsetzen, daß, wenn die Majorität der Moldau-Wallachen sich einen Prinzen seines Hauses als Regenten erbitte, „der Wille der Nation" erfüllt werde. Indeß habe ich doch vor der Hand Grund zu vermuthen, daß das ganze Projekt bis jetzt doch nur als Projekt einer gewissen Fraktion besteht, welche auf die französischen Sympathien der gebildeten Klassen in den Fürstenthümern spekulirt und später, je nach den Umständen, vom Kabinete anerkannt oder desavouirt werden wird. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 232. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 21. August 1856.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 17. August. Bekanntlich soll im nächsten Jahre in Berlin eine Versammlung von Protestanten aus allen Theilen der Welt stattfinden. Der König interessirt sich persönlich lebhaft für das Zustandekommen dieser Versammlung, und der Hofprediger Krummacher ist erst vor wenigen Tagen nach Glasgow abgereist, wo in den Tagen des 20., 21. und 22. August die englische Abtheilung des großen „evangelischen Bundes" zusammentritt, um dort der Dolmetscher der Theilnahme und der Intentionen seines Monarchen zu seyn. Definitiv dürfte das Ganze erst im Anfang des nächsten Monats in Frankfurt a. M. geordnet werden, auf einer Zusammenkunft, in welcher namentlich auch der Vorsitzende der oben gedachten englischen Abtheilung Sir Colling Eardley sich betheiligen wird. Was man übrigens auf dem großen nächstjährigen Bundestag in Berlin eigentlich anzuregen und zu beschließen beabsichtigt, darüber scheinen selbst die Leiter bis jetzt nicht viel festgestellt zu haben. Vorderhand sieht es aus, als gedächte man nur im Allgemeinen durch einen gelungenen Versuch zu imponiren, die evangelische Kirche im großen und ganzen als eine geschlossene Einheit sich repräsentiren zu lassen. (Allg. Ztg.)

Oesterreich. Wien, 13. August. Ueber die Veranlassung der letzten Zusammenkunft der Monarchen von Oesterreich und Preußen gibt ein Korrespondent des „Nord" folgende Andeutungen: Sowohl in Oesterreich als in Preußen hat sich eine zahlreiche und mächtige Partei gebildet, deren Losungswort die Wiederherstellung der „heiligen Allianz" ist. In Oesterreich interessiren sich einige Mitglieder der kaiserl. Familie lebhaft für diesen Plan. An der Spitze der Partei befindet sich Windischgrätz. In Preußen sind es die Männer der Kreuzzeitung. Dieser Partei soll es nun gelungen seyn, das letzte Zusammentreffen in Teplitz zu bewirken. Man soll damit vorerst nur bezwecken, die Personen näher zu bringen, und gewisse bittere Gefühle, welche in der politischen Atmosphäre der Kabinete entstanden und von da in die Herzen der Souveräne übergegangen sind, auszulöschen. Das persönliche Einverständniß soll dann zur engeren Verschmelzung der beiden politischen Systeme, und besonders dazu dienen, Rußland in die heilige Allianz zurückzubringen. Man verbirgt sich die Schwierigkeiten dieser Aufgabe nicht, aber mit der Beharrlichkeit und Thätigkeit, welche diese Partei auszeichnet, hofft man endlich zum Ziele zu gelangen.

Wien, 16. August. Wien rüstet sich, um bei der im nächsten Monat hier stattfindenden 32. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte seine zahlreichen fremden Gäste würdig zu empfangen. Unter mehreren anderen Vorbereitungen wird auch zu Ehren der Versammlung, vom 1. Septbr. angefangen, eine große Bilderausstellung österreichischer Künstler stattfinden, zu welcher Se. Maj. eigens die Benützung der Lokalitäten im Ballhause gestattet hat. Das Interesse dieser Ausstellung dürfte dadurch gehoben werden, daß mancher Künstler, der sich sonst von dem Schlagwort „Exposition" gern ferne hielt, sich diesmal dem Kontingent nicht entziehen wird. (Allg. Ztg.)

Schweiz.

Schwyz, 15. August. Ein weiteres merkwürdiges Aktenstück über die schwebende religiöse Streitfrage im Kanton Tessin, die Trennung von den lombardischen Bisthümern betreffend, veröffentlicht die „Schwyzer Zeitung", die besonders in der Ur-Schweiz eine sehr starke Verbreitung hat. Es ist ein Schreiben des gesammten Tessiner Klerus an den Bundesrath, worin am Schluß folgende bemerkenswerthe Stelle: „Im Namen des Tessiner Klerus können wir den Bundesrath respektvoll versichern — und wir rühmen uns dessen — daß wir die schweizerische Nationalität lieben, aber immer und einzig im katholischen Sinn: wir sind Schweizer, aber wir sind Katholiken mit dem Papst, und niemals ohne den Papst, welcher der Grundstein unserer Religion und das Zentrum der katholischen Einheit ist." (Allg. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 17. Aug. In St. Cloud war gestern Abends Familienzirkel, dem der Graf Walewski beiwohnte. Die Gesellschaft blieb ungewöhnlich kurze Zeit; denn die Ermüdung des Kaisers war nur zu sichtbar. Der Befehl, den Telegraphendienst zwischen hier und Biarritz zu verdoppeln, ist bereits gegeben. Die Abreise des Kaisers kann daher nicht mehr bezweifelt werden. Da er sich alle wichtigen Depeschen telegraphiren läßt, wird das Personal auf seiner Route wegen des angestrengten Tag- und Nachtdienstes jedesmal verdoppelt. In offiziellen Kreisen ist man erstaunt, ich möchte sagen betroffen, über die fortwährende Agitation in England zu Gunsten Italiens, namentlich über die dort eröffnete Subskription für die hundert piemontesischen Kanonen, und über einen aufsehenerregenden Artikel in der „Daily-News." Zwischen Piemont und England bestehen Anknüpfungen, die zwischen ersterem und dem kaiserl. Regime nicht bestehen. Frankreich will und kann jener Agitation sich nicht anschließen. Wenn sie fortdauert und das Londoner Kabinet sie nicht dementirt, so wird die Allianz mit England und Sardinien in einen Widerspruch mit den innern Zuständen Frankreichs gerathen, welcher den Bestand derselben gefährden kann. Diese Anschauung der sogenannten italienischen Frage wiegt gegenwärtig hier vor. — Gestern um 4 Uhr versammelte Hr. Collet-Meygret, Direktor der Polizei, die Direktoren sämmtlicher kleinen, ebenso unpolitischen als unliterarischen Blätter. Er erklärte ihnen, daß der von allen Seiten in Folge gegenseitiger Beschimpfungen hereinbrechende Skandal die öffentliche Meinung zu beunruhigen beginne, und daß er diese Art von Störung der Ruhe nicht dulden werde. Wenn die Herren, schloß er, sich nicht im Stillen vor Ehrengerichten gegenseitig abthun wollen, so werde er zur Unterdrückung der Blätter schreiten. Villemessant vom „Figaro", dessen Klage gegen Le Prince verhandelt werden sollte, ließ sich durch seinen Schwiegersohn Bourdin vertreten. Dieser erklärte, die Sache wäre zu stark, um von einem Ehrengericht entschieden zu werden. Die übrigen Herren gelobten für die Zukunft Stille und Verträglichkeit. — Paris wird endlich ernsthaft einen Hafen erhalten. Statt der zwei Brücken bei Asnières, welche die Schiffahrt auf der Seine hemmen, wird man unweit Clichy, wo der Fluß am breitesten ist, eine prachtvolle Brücke bauen, die über die aus Sues Geheimnissen von Paris bekannte Insel des Ravageurs gehen wird. Unweit davon wird ein großer Hafen angelegt, welcher selbst für Seeschiffe zugänglich seyn wird. (A. Z.)

Paris, 17. August. Wie es heißt, fängt die hohe Pforte an, sich in Sachen der Vereinigung der Donaufürstenthümer weniger hartnäckig zu zeigen; Hr. Thouvenel hat hierher berichtet, daß er Aussicht habe, sie für die Meinung Frankreichs zu gewinnen. Dann aber würde Oesterreich sich ebenfalls fügen müssen. Ob und in wie fern das Gerücht, der Kaiser der Franzosen hege den Wunsch, einen von seinen zahlreichen Vettern an der Spitze der vereinigten Donaufürstenthümer zu sehen, Beachtung verdient, lassen wir vorderhand dahingestellt seyn. (Schw. M.)

* Paris, 18. August. Ueber den — nach spanischen Journalen bereits erwähnten — Aufstandsversuch zu Lissabon enthält der „Moniteur" nachfolgende Details vom 11. August: Am Abend vom 8. wurde in Lissabon ein Aufstandsversuch gemacht. Am 11. schien die Ruhe wieder hergestellt. Seit einigen Tagen herrschte unter den niedern Klassen der Stadt, welche den außerordentlich hohen Brodpreis ausbeutend und ihn den Spekulanten und Wucherern zuschreibend, aufgereizt war, eine gewisse Unruhe. Es hatten bereits einige Arbeiter-Versammlungen stattgefunden und die „Revolução de Setembre" hatte in ihrer Nummer vom 6. eine demnächstige Bewegung angekündigt, als am 8. um 10 Uhr Abends Gruppen aus verschiedenen

Theilen der Stadt sich auf dem Dom-Pedro-Platz bildeten und von da aus, durch einige Individuen angereizt, eine Bäckerei angriffen, deren Thüren sie aufbrechen wollten, als das friedliche Einschreiten des Generals Graf von Francos, Kommandant der Munizipalgarde, sie davon abhielt. Der Haufe, zog sodann unter dem Rufe: „Es lebe Dom Pedro V.", „Tod den Wucherern!" vor das Haus des H. Maria Eugenio von Almenda, eines der Generalpächter der Tabak-Regie und Eigenthümer mehrerer Dampfmühlen und Bäckereien, welche einen Theil der Stadt versorgen. Sie zerschlugen mit Steinwürfen alle Fenster des Hauses und zogen sich erst um 2 Uhr Morgens beim Einschreiten der Munizipalgarde zurück. Während dieses im Zentrum der Stadt vorfiel, durchstreiften andere Horden das Viertel von Buenos-Ayres und hielten — jedoch erfolglos — an allen Kasernen an, um durch die Rufe: „Es lebe der König, es lebe die Armee!" die Truppen für sich zu gewinnen. Am 9. blieb die Stadt vollkommen ruhig, aber am 10. um 5 Uhr Nachmittags durchliefen zahlreiche Gruppen abermals die Straßen, immer unter dem Rufe: „Es lebe der König, es lebe das Volk, Tod den Kornwucherern." Um 10 Uhr brachen sie auf dem Dom-Pedro-Platze und in den dahin führenden Straßen in mehreren Bäckereien ein und zogen dann wieder vor das bereits vorgestern angegriffene Wohnhaus des Herrn Almenda. Nachdem es einigen mit Hacken und Beilen versehenen Männern gelungen war, das Eisengitter vor dem Hotel loszubrechen, drang das Volk ein, plünderte, was es erreichen konnte und steckte, als es abzog, das Haus in Brand. Glücklicherweise gelang es einem Detachement Lanciers das Feuer zu löschen und die Massen, unter denen einige Verhaftungen vorkamen, zu zerstreuen. Auf einem andern Punkt, auf dem „Handelsplatze", wurde ein kgl. Mauthbeamter von einigen Bewaffneten angefallen. Um sich zu vertheidigen, machte er von seinen Pistolen Gebrauch, wurde aber von den Aufrührern sogleich niedergemetzelt, die erst spät in der Nacht auseinander gejagt wurden. Am 11. Morgens kam der König von Cintra an. Sein erster Akt war den Kommandanten der Municipalgarde wegen der bewiesenen Schwäche abzusetzen. Während des Tages durchliefen noch Gruppen die Stadt und zwangen die Bäcker Brod um den halben Preis herzugeben; aber Abends schien die Behörde entschlossen energisch zu handeln. Die Plätze und Hauptstraßen waren von Truppen unter Befehl des Grafen Ponte de Santa-Maria, interimistischen Oberbefehlshaber der Armee, besetzt und die Gruppen, von der Haltung der Armee eingeschüchtert, gingen auseinander. Abends kehrte der König nach Cintra zurück.

* Eine vom römischen Handelsminister nach Paris gerichtete telegraphische Depesche meldet, daß die Statuten der Gesellschaft der römischen Eisenbahnen vom Papste bestätigt worden sind und das deßfallsige Dekret mit dem ersten direkten Schiffe abgehen wird. (Bekanntlich werden diese Bahnen, welche das Mittel- und das adriatische Meer verbinden, über Civita-Vecchia Rom, Ankona und Bologna gehen.)

* Gestern brachte bereits eine telegraphische Depesche die Mittheilung von einem zwischen dem Prinzen Adalbert von Preußen und den Seeräubern des Riffs an der afrikanischen Nordküste stattgehabten Gefechte. Der „Expreß" gibt folgende Details über diese Affaire: „Es scheint, daß Prinz Adalbert, Großadmiral der preußischen Flotte, der sich an Bord der preußischen Fregatte „Danzig" am 10. zu Gibraltar befand, persönlich die Küste des Riffs zu besichtigen wünschte, wo vor einiger Zeit die Bemannung eines preußischen Fahrzeuges von den wilden Horden des Riffs niedergemetzelt wurde. Demzufolge begab sich der Prinz an Bord seiner Schaluppe auf den Schauplatz. Die Seeräuber aber widersetzten sich seiner Landung und eröffneten das Feuer gegen ihn. Der tapfere Seemann kehrte an Bord der Fregatte zurück, deren Boote er sofort armiren ließ und ging gegen die Küste ab. Die Seeräuber waren in diesem Augenblicke in großer Zahl auf diesem Punkt vereinigt und entwickelten eine furchtbare Stärke, aber in seinem Muthe beachtete der Prinz-Admiral die Zahl der Gegner nicht; er landete und griff, den Degen in der Hand, die Räuber an, welche ein hochliegendes Terrain inne hatten. Das Resultat dieses Angriffs war traurig; bald stürzte der Prinz, durch eine Kugel im Schenkel getroffen, nieder. Sein Adjutant, Fahnenträger, wurde tödtlich verwundet, der Kapitän erhielt einen Schuß im Arm, 7 Mann wurden getödtet, 17 verwundet. Letztere wurden auf dem Schlachtfelde gelassen (?), weil es nicht mögwar, sie fortzuschaffen; fast das ganze Detachement, welches der Prinz führte, wurde aufgerieben. Die Ueberlebenden konnten die Fregatte wieder erreichen und wurden sodann ins Spital zu Gibraltar gebracht. Die Gefallenen wurden mit allen militärischen Ehren begraben. Beim Abgang der letzten Nachrichten war die Wunde des Prinzen in gutem Zustande. Das engl. Kriegsschiff „Vesuvius" wurde sogleich nach Marocco abgeschickt, um von den Behörden Aufschluß und Genugthuung zu verlangen. In Gibraltar — sagen die „Assistance" und die „Resolute", welche diese Nachricht nach Portsmouth brachten — hat dieses Ereigniß große Indignation verursacht.

* Das „Journal des Debats" sagt, daß der Zustand des Herrn Regnault weit beruhigender sey. Der berühmte Gelehrte erlangte nicht nur seine Besinnung wieder, sondern konnte sich, ohne allzugroße Anstrengung, mit mehreren Personen unterhalten. Man hofft, daß die eingetretene heilsame Krise, eine nachhaltige Besserung nach sich ziehen werde und Hr. Regnault bald seinen Arbeiten, der Kunst und den Wissenschaften zurückgegeben seyn wird.

Italien.

* Dem „Constitutionnel" wird aus Genua, 14. August, geschrieben: „In einigen Tagen wird der russische Gesandte, Graf Stackelberg, eintreffen. Er wird die gleiche Funktion am Hofe von Parma ausfüllen. Er wird zu Turin wohnen und nach Uebergabe seiner Beglaubigungsschreiben auch seine Gemahlin (eine Französin), die er zu Paris ließ, dahin bringen. Seit Sardinien durch seinen Eintritt in die französisch-englische Allianz eine wichtige Stellung errang und an den Kongreß-Berathungen Theil nahm, vervollständigt sich das diplomatische Korps am Turiner Hofe. Holland schickte den Grafen van Duin und die Türkei ist seit 6 Monaten durch Hrn. Mussurus, Bruder des türkischen Gesandten zu London, vertreten. — Die durch das kaiserliche Dekret vom 8. Februar 1856 für die Unterwerfung der lombardischen Emigranten gestellte Frist läuft am 31. Dezember ab. Man fürchtet, daß den Dispositionen dieser Notifikation entsprechend ihr Eigenthum öffentlich versteigert werde. Wir hoffen jedoch, daß Oesterreich nicht zu dieser ernsten Maßnahme schreiten werde. Die piemontesische Regierung, resp. die sie vertretende „geistliche Kasse" hatte das Recht, die auf dem rechten Ufer des Tessino gelegene Besitzung des Erzbischofs von Mailand mit Beschlag zu belegen, that es jedoch nicht, um Oesterreich jeden Vorwand zu nehmen. — Die Subskription für die 100 Kanonen Alexandrien's schreitet vor. Die Vergrößerung dieses festen Platzes ist kein neuer Gedanke. Er rührt von Napoleon I. her, der dazu 25 Millionen verwenden wollte. Piemont eignete sich hier und in la Spezzia die großen Ideen Napoleons an, aber die Frage ist, ob seine Mittel dem Vorhaben entsprechen. Nichtsdestoweniger wird Alexandrien mit vier Forts gekrönt werden, die, ihr Feuer kreuzend und durch Contrescarpe-Graben verbunden, der sardinischen Armee zum Stützpunkt im Fall einer Niederlage oder zum Ausgang ihrer Operationen auf Pavia und Piacenza dienen können.

In Parma wurden neuerdings 11 Individuen in Freiheit gesetzt, welche anfänglich nach Mantua geführt und von dort wieder zurückgekommen waren. Natürlich werden diese jungen Männer, so wie ihre früher schon freigelassenen Kollegen als Märtyrer betrachtet und sie verfehlen keineswegs als solche zu wirken. (Schw.M.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 8. August. Wie man versichert, hat der Gouverneur von Odessa, General Strogonoff, nachdem er durch den Telegraphen von St. Petersburg Instruktionen eingeholt hatte, erklärt: Kars, Ismail, Reni und Kilia würden noch vor Ablauf des im Pariser Frieden festgesetzten sechsmonatlichen Termins von den Russen geräumt werden. Von den Schlangeninseln wird nichts erwähnt. Will man sie also vielleicht den Russen lassen? (Allg. Ztg.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 9. August. Für den Czaren, die Czarin und ihren unmittelbaren persönlichen Hof allein sind zur Krönung 32 Wagen bestellt worden, doch heißt es, daß fünf davon kaum zur rechten Zeit fertig seyn werden, nur etwa zwei Drittel der Zahl sind ganz neu gebaut, der Rest bedurfte bloß einiger Ausbesserung und Vergoldung, doch schätzt man die Kosten auf 275,000 Silberrubel (47,000 Pf. St.), an 1500 Pf. der Wagen. Abgesehen von ihrer Pracht und Kostbarkeit werden die 32 Karossen Harmonie des Styls mit Mannigfaltigkeit der Verzierung verbinden. Frobelius, ein Deutscher, erhielt die Bestellung, und ein Engländer, Mr. Bannister, führt sie aus. Zu all' den orientalischen Verzierungen ist eine Menge Künstler verwendet worden. Schon die Räder sind eine merkwürdige Kunstarbeit, die Speichen strahlen nicht geradlinig, sondern in phantastischer und doch regelmäßiger Launenhaftigkeit vom Centrum aus und bringen beim Fahren die Wirkung eines farbigen flammenden Fensters hervor; das Getäfel ist nicht bemalt, sondern selbst ein Gemälde; das Innere gleicht einem feenhaften Boudoir. Alles an den Wagen, was nicht dem Auge ein Märchen erzählt oder die Phantasie an ein Gedicht erinnert, scheint aus solidem Gold. Ebenso strahlen Geschirr und Schabraken von Gold und Edelgestein, und die Vollblutpferde des Gespanns

werden der Wagen würdig seyn. Vielleicht wird jedoch eine alte Kutsche mehr Aufsehen erregen, als alle die neuen Wagen. Es ist nämlich dieselbe Karosse, in welcher Kaiserin Elisabeth vor 115 Jahren zur Krönung fuhr, und die für die jetzige Czarin restaurirt worden ist. Solche Dinge haben in Rußland eine wirkliche Wichtigkeit. Wenn je ein Volk sich durch Pomp und Ceremonien Ehrfurcht einflößen ließ, sind es die Russen. Lord Palmerston wird erstaunt seyn, zu hören, daß die hiesigen Droschkenkutscher ihre Pferde mit seinem gefürchteten Namen zur Eile antreiben; sind die Thiere sehr widerspenstig, so wird ihnen gedroht, der edle Lord werde gleich da seyn. Als ich das sonderbare Faktum erzählte, wurde mir von Leuten aus dem Innern versichert, daß in ganz Rußland, von Petersburg bis zu den donischen Kosaken, vom Ladogasee bis zum kaspischen Meer dieselbe Mode herrscht. Der britische Gesandte hat sich durch eine ganz einfache Maßregel das Wohlwollen der russischen Geschäftswelt im Voraus gewonnen. Seine Wagen und Pferde sind zwar englisch, werden aber auf russisch angeschirrt erscheinen. All' die Zuthat ist in Rußland bestellt worden. — Der französische Gesandte, Herr v. Morny, wählte eigens die Route über Lübeck, um der Kaiserin-Mutter seine Aufwartung machen zu können, was ihm natürlich sehr hoch angerechnet wird. Eine Dame von hohem Rang, eine russische Russin, bemerkte, sie halte von einer solchen Einfahrt in Rußland viel mehr, als wenn der französische Gesandte im schönsten Linienschiff zur See angelangt wäre. Herr v. Morny ist schon sehr beliebt, er weiß die rechte Saite im Herzen des russischen Volkes anzuschlagen. Ein kleines Beispiel wird zeigen, nach welchem Maßstab sein Haushalt eingerichtet ist: regelmäßig jeden Morgen werden 100 Flaschen Medoc für seine Dienerschaft abgeliefert. Lord Granville hat vollkommen Recht, daß er es für wichtig hielt, sich von hundert Bedienten zu Fuß bei der Krönung begleiten zu lassen. Die Russen begreifen nicht, wozu ein Gesandter herkommt, wenn nicht, um recht viel Geld auszugeben und viel weniger als anderswo dafür zu haben. Vom Droschkenkutscher, der Einen fährt, bis zum Hausbesitzer, der Einem seine Wohnung vermiethet, sucht Jeder den Andern in aller Gemüthlichkeit zu prellen. Entdeckt Einer den Betrug, so achtet der Andere seinen Scharfblick und denkt sich: auf besser Glück ein andermal. Gelingt der Betrug, so wird der Geprellte respektirt, weil er so reich ist, es nicht zu spüren. Nur der wird verachtet, an dem nichts zu rupfen ist. Lord Granville wird in Moskau verehrt werden; er hat ein Haus dort auf einen Monat gemiethet. Dasselbe hat Fürst Dolgoruki, der Kriegsminister, gethan. In Bezug auf innere Einrichtung ist kein Unterschied zwischen beiden Häusern (außer daß Lord Granville's Wohnung keinen rechten Ballsaal hat), und was denken Sie, macht die Miethe? Lord Granville zahlt 40,000 Silberrubel, Fürst Dolgoruki 8000 Silberrubel; jener 7000 Pfund, dieser 1400 Pfd. (Schw. M.)

Aegypten.

* Man schreibt aus Alexandrien vom 5. August: „Vor einigen Tagen fiel eine ziemlich dumme Geschichte vor, von der man viel spricht. Wie man sich erinnert, hat die ägyptische Regierung vor Kurzem eine Dampf-Schleppschifffahrts-Gesellschaft auf dem Nil konzessionirt. Natürlicherweise hat diese Gesellschaft ein Privilegium, da die Regierung allein die Dampfer halten darf. Nun fiel es einem ziemlich schlecht berathenen deutschen Kaufmann ein, für seine Rechnung und ohne Ermächtigung remorquiren zu wollen. Er verschaffte sich, man weiß nicht recht wie, zwei alte Dampfboote in Cairo und ließ sie, eine Anzahl Barken schleppend, den Nil hinabgehen. Er hatte auf diesen Booten eine enorme preußische Flagge aufgehißt. In den Schleusen von Mahmudah ließ man sie durch, weil man keine Verhaltungsbefehle hatte, aber seitdem wurde es förmlich untersagt, sie zirkuliren zu lassen. Nichtsdestoweniger mußte sich der preußische Generalkonsul, Baron v. Preuß, in diesen lächerlichen Streich mischen, in den man die höchsten völkerrechtlichen Fragen mengen möchte. — Die Arbeiten der Eisenbahn von Cairo nach Suez werden auf Befehl des Vizekönigs mit doppelter Thätigkeit von 5—6000 Arbeitern betrieben und es scheint gewiß, daß die Linie in der ersten Hälfte des nächsten Jahres fertig seyn wird. Unterdessen ist der elektrische Telegraph von Cairo nach Suez vollendet und konnten bereits einige Depeschen befördert werden, was für die indische Post von großem Vortheil wird."

Nichtpolitische Zeitung.

* Darmstadt. Folgendes ist das Programm des ersten mittelrheinischen Musikfestes zu Darmstadt im Großherzoglichen Zeughause am 31. August und 1. September 1856, veranstaltet von den verbündeten Gesangvereinen der Städte Darmstadt, Mainz, Mannheim und Wiesbaden, unter der Leitung des Hofkapellmeisters Hrn. Schindelmeisser zu Darmstadt und des Hofmusikdirektors Hrn. C. A. Mangold daselbst, und unter gütiger Mitwirkung einiger Gesangvereine zu Gießen und Offenbach, der kgl. Kammersängerin Frau Dr. Leisinger aus Stuttgart (Sopran), der Frl. Chr. Diehl aus Frankfurt (Alt), des Hofsängers Hrn. Grill zu Darmstadt (Tenor) und des Opernsängers Hrn. Julius Stockhausen aus Paris (Baß); dann des Violinvirtuosen Hrn. Henry Vieuxtemps und des Pianisten Hrn. Ernst Pauer aus London; ferner der Herren Mitglieder der Hofkapellen zu Karlsruhe, Darmstadt und Mannheim, der Kapelle zu Mainz, sowie vieler anderer bedeutender Künstler und Dilettanten. (800 Sänger und 150 Instrumentalisten.) Erstes Konzert: Sonntag, den 31. August, Nachmittags halb 3 Uhr (Dirigent: Hr. Mangold): Messias, Oratorium von Händel. Zweites Konzert: Montag, den 1. September, Nachmittags halb 3 Uhr (Dirigent: Hr. Schindelmeisser): Sinfonia eroica von Beethoven. Loreley, Finale, von Mendelssohn. Ouverture aus Zauberflöte von Mozart. Arie, vorgetragen von Stockhausen. Großes Konzert für die Violine, komponirt und vorgetragen von Vieuxtemps. Bachuschor aus der Herrmannsschlacht von C. A. Mangold. Rondo von C. M. v. Weber und La cascade von Pauer, vorgetragen von Pauer. Lieder von Schubert, vorgetragen von Stockhausen. Fantasie über russische Lieder, komponirt und vorgetragen von Vieuxtemps. Chor aus der Schöpfung von Haydn. — Dinstag, den 2. Septbr. werden Vormittags ein Wald- und Nachmittags ein Volksfest mit Festzug die Festlichkeit beschließen.

Leipzig, 19. August. Einem Bericht von Dr. Herrm. Schlagintweit an den König von Preußen, datirt Gowahatty am Brahmapootra, 19. Dezember 1855, im Auszuge mitgetheilt in der Berliner „Zeitschrift für Erdkunde", entnehmen wir Folgendes: „Dr. Herrmann Schlagintweit, der älteste der Brüder, verließ Kalkutta am 5. April 1855 und ging über Kishnaghar, Dinagepore und Titalyha nach Darjeeling im britischen Sikkim. Von Kalkutta aus waren mit dem Rajah von Sikkim Unterhandlungen eingeleitet worden, um die Erlaubniß zu erhalten, auch in seinem Gebiete die wissenschaftlichen Untersuchungen fortsetzen zu dürfen; sie führten indessen zu keinem Erfolg. Diese halbwilden Völker sind dem wissenschaftlichen Reisenden durchaus nicht hold und lähmen und erschweren seine ohnedies mühevollen Bestrebungen in jeder Weise. Von Darjeeling aus ging die Expedition nach dem Tongloberg, wo eine Reihe von Beobachtungen gemacht wurde, und begab sich dann nach den Chundanungeebergen. Am 18. Mai erreichten die Reisenden Phuloat (11,900 englische Fuß hoch); die geographische Lage dieses Punktes wird als besonders günstig zur Ausführung von trigonometrischen Beobachtungen bezeichnet und Dr. Herrmann Schlagintweit entwarf hier einige detaillirte Zeichnungen. Man begab sich von hier nach Darjeeling zurück, besuchte dann einige geologisch interessante Punkte in den Thälern von Rungut und Mahamuddy und wendete sich nach den Kossiahbergen. Hier fand Dr. Schlagintweit die magnetischen Beobachtungen von besonderem Interesse, indem die Richtung der Nadel nach Westen abweicht, was mit den bedeutenden Massen des magneteisenhaltigen Gneis und Granits im Innern zusammenhängt. Von Cherra Poonjee in den Kossiahbergen brach Dr. Herrmann Schlagintweit nach Assam auf, indem er die Kossiah von Süden nach Norden durchzog, und erreichte am 16. Novbr. Gowahatty nach Zentralassam. Von hier wird sich der kühne Reisende nach der Gränze von Bhoatan und Assam wenden und demnächst über Kalkutta nach dem westlichen Himalaja aufbrechen. Von seinen Brüdern Adolf und Robert waren keine neuen Nachrichten eingegangen."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 20. August. Die Börse war heute in sehr günstiger Stimmung. Oesterr. Kreditaktien, Darmstädter Bankaktien beider Gattungen und 1½pCt. Spanier fanden Käufer zu bedeutend höheren Kursen.

Auch Norddeutsche Bankaktien waren beliebt, sie wurden zu 108½ ⅝ ½, und Züricher Kreditaktien zu 104¾ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83¾ P. 83½ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90½ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 81⅞ P. 81⅝ G.; à 5pCt. in Silberb. R. 90¼ P. 89¾ G.; à 4½pCt. 72¼ P. 72 G.; à 4pCt. 64½ P. 64 G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16½ P. 16¼ G. 2pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59½ P. 59 G. **Preussen.** 3½pCt. Staats-

schuldscheine $87\frac{1}{4}$P. $86\frac{3}{4}$ G. **Bayern.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. $88\frac{5}{8}$ G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$P. $94\frac{1}{4}$G.; 4pCt. Grundrente $95\frac{1}{4}$P. $94\frac{3}{4}$G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $101\frac{5}{8}$P. $101\frac{3}{8}$G.; 5pCt. $101\frac{1}{2}$ P. 101 G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $91\frac{3}{8}$P. $90\frac{7}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{1}{2}$ P. $102\frac{1}{4}$G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 93 P. $92\frac{1}{2}$ G.; à 4pCt. 100P. $99\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{1}{2}$ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{2}$P. 90G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $83\frac{1}{2}$P. — G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. 92 P. $91\frac{1}{2}$G. **Spanien.** 3pCt. int. Schuld $39\frac{3}{4}$ P. $39\frac{1}{2}$ G.; 1pCt. neue $24\frac{13}{16}$P. $24\frac{11}{16}$G. **Holland.** Integrale $64\frac{1}{4}$ P. $63\frac{3}{4}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 93 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1283P. 1278G. Neue Bankaktien 410 P. 406 G. Credit-Actien à 5pCt $252\frac{1}{2}$P $250\frac{1}{2}$G. Darmstädter Bankaktien alte 418 P. 416 G.; junge 367 P. 365 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 546 G. Mitteldeutsche Creditbank $108\frac{7}{8}$ P. $108\frac{3}{8}$G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $118\frac{3}{8}$P. $117\frac{7}{8}$G. Frankf. Bankaktien $119\frac{1}{2}$ P. 119 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 290 P. 288 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $146\frac{3}{4}$P. $146\frac{1}{4}$G. Neustadt-Weissenb. $108\frac{1}{2}$ P. 108 G. $4\frac{1}{2}$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 105 P. $104\frac{3}{4}$ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn $65\frac{1}{4}$ P. $64\frac{3}{4}$ G. Taunus-Aktien 348 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien $87\frac{3}{4}$ P. $87\frac{1}{4}$ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $82\frac{3}{4}$P. $82\frac{1}{4}$ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $101\frac{1}{8}$ P. $100\frac{5}{8}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 125 P. 124G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $105\frac{7}{8}$P. $105\frac{3}{8}$G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $115\frac{1}{2}$ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 $49\frac{3}{4}$P. $49\frac{1}{2}$G. Darmst. Loose à fl. 50 — P. $118\frac{1}{2}$ G. à fl. 25 $34\frac{3}{8}$P. $34\frac{1}{8}$C. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. $40\frac{3}{4}$ P. $40\frac{1}{2}$ G. Nass. Loose à fl. 25 $33\frac{1}{4}$ P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 46 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial — P. $86\frac{3}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. $100\frac{1}{4}$P. 100G.	Lond. Lst. 10 k.S. $118\frac{1}{2}$P. $118\frac{1}{4}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120\frac{1}{8}$P. $119\frac{7}{8}$G.	Mail. i. S. Lr. 250k. S $100\frac{3}{4}$P —G.
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Paris Frs. 200 k. S. $93\frac{5}{8}$P. $93\frac{3}{8}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Lyon Frs. 200 k. S. $93\frac{5}{8}$P. $93\frac{3}{8}$G.
Brem. 50Thlr. Lsd. k.S. $96\frac{3}{8}$P. $96\frac{1}{8}$G.	Wienfl. 100C. k.S. $116\frac{1}{2}$P. $116\frac{1}{4}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. $89\frac{1}{8}$P. $88\frac{7}{8}$G.	Wien 3 M. mit 4% $116\frac{3}{8}$P. $116\frac{1}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. $104\frac{3}{4}$P. $104\frac{1}{2}$G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 19. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{13}{16}$; 5pCt. Metall. $84\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 $127\frac{3}{16}$; von 1854 $108\frac{1}{8}$; Bankaktien —; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $392\frac{3}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien ——; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2885. Wechselkurse: Augsburg uso $102\frac{3}{4}$. London 10. 3. B Geldkurs: Dukaten —.

Cours von Steinkohlen-Aktien.

Leipzig, 19. Aug. Mitgetheilt von Heinr. Küstner u. Co.

Aktien der Steinkohlenbau-Vereine:		Cours incl. Einzahl.		Einzahlung.
Zwickauer (Vereinsglück)		320	—	46
Erzgebirgischen	im Ausb.-Betrieb	295	—	100
Bürgergewerkschaft zu Zwickau. (Scheffelschein)	im Ausb.-Betrieb	950	—	64
Nieder-Planitz und Vorder-Neudörfel. (Himmelsfürst)	im Ausb.-Betrieb	151	—	30
Herrmannsgrube zu Reinsdorf (früher Gräfl. Solm'scher Schacht.)	im Ausb.-Betrieb	—	—	—
Oberhohndorf-Forst		—	54	45
Oberhohndorf-Schader	im Bau	—	36	25
Zwickau-Lugau (Neue Fundgrube)	im Bau	—	18	18
Lugau-Nieder-Würschnitzer	im Bau	105	—	100
Nieder Würschnitz-Kirchberger	im Bau	—	27	30
Zwickau-Oberhohndorfer	im Bohrversuche	14	—	5
Wildenfels mit Härtensdorfer	im Bohrversuche	—	6	8
Pölbitzer	im Bohrversuche	—	—	13
Weissenborner	im Bohrversuche	—	—	4
Bockwaer	im Bohrversuche	—	3	$1\frac{1}{2}$
Zwickau-Schönauer	im Bohrversuche	—	3	$1\frac{1}{2}$
Zwickau-Vielauer	im Bohrversuche	—	—	3
Zwickau-Reinsdorfer	im Bohrversuche	—	6	4
Zwickau-Oberreinsdorf. I. Complex.	im Bohrversuche	—	$4\frac{1}{2}$	4
do. do. II. Complex.	im Bohrversuche	—	$2\frac{1}{2}$	2
Oberhohndorf-Vielauer	im Bohrversuche	—	$2\frac{1}{2}$	2
Zwickau-Brückenberger	im Bohrversuche	—	7	2
Planitzer	im Bohrversuche	—	$2\frac{1}{2}$	2
Zwickau Leipzig	im Bohrversuche	$2\frac{3}{4}$	$3\frac{1}{4}$	2
Ortmannsdorfer	im Bohrversuche	—	—	3
Steegenschacht bei Nieder-Würchnitz	im Bohrversuche	—	5	5

Neueste Nachrichten.

*** Würzburg, 21. Aug.*) Nach einer gestern Mittags hier eingetroffenen telegraphischen Depesche steht unserer Stadt für heute der allerhöchste Besuch Seiner Majestät des Königs Maximilian bevor. Se. Maj. werden mit einem Extrazuge um 11 Uhr 30 Min. hierselbst eintreffen und nach Aschaffenburg reisen, um daselbst dem Vernehmen nach mit Sr. Maj. dem König Otto von Griechenland zusammenzutreffen. (S. Anzeiger.)

Aschaffenburg, 20. August. Nach so eben eingetroffener telegraphischer Depesche wird Se. Maj. König Otto von Griechenland heute Abend nach 8 Uhr hier eintreffen und im kgl. Schlosse übernachten, um morgen allerhöchstdessen erlauchten Herren Bruder, Se. Maj. König Maximilian, allerhöchst welcher morgen Mittag gegen 1 Uhr ebenfalls hier eintreffen wird, zu bekomplimentiren. (Asch. Ztg.)

Berlin, 19. August. Die „Preuß. Corr." theilt mit, daß direkte amtliche Berichte über das Ereigniß bei Melilla noch nicht angelangt sind. Die 17 Verwundeten befinden sich im Hospital zu Gibraltar, und nur die Verwundung eines derselben, welchem der Ellbogen zerschossen wurde, erscheint bedenklich. Prinz Adalbert hat einen Schuß in den Oberschenkel erhalten; die Kugel ist indessen glücklicherweise durchgegangen, ohne den Knochen zu berühren und ohne eine Operation nöthig zu machen; der Prinz hoffte daher in den ersten Tagen der kommenden Woche bereits nach England zurückkehren zu können.

§ Wien, 18. August. (Privat-Korrespondenz) Obwohl bis jetzt durchaus keine positive Thatsache vorliegt, wodurch die ursprünglich aus Berlin gemeldete Nachricht von einem bevorstehenden Kongresse in der italienischen Angelegenheit begründet würde, so findet dieselbe doch vielen Glauben, hauptsächlich wohl, weil man weiß, daß schon zur Zeit der Pariser Konferenzen von Seite Frankreichs ein ähnlicher Antrag gestellt worden war. Derselbe wurde jedoch damals nur in ganz vertraulicher Weise dem Herrn Buol mitgetheilt, welcher jedoch eine bestimmte Antwort zu geben nicht in der Lage war, da er mit keinen Instruktionen versehen war. Es ist nun allerdings möglich, daß diese Frage neuerdings angeregt und auf dem Wege der diplomatischen Negoziation in einer den Intentionen der Westmächte entsprechenden Weise erledigt worden ist. — Ueber den Erfolg der Mission des Herrn von Hübner in Neapel sind bis heute noch keine bestimmten Nachrichten eingetroffen. Es ist übrigens gewiß, daß die Haltung des Hofes von Neapel fortwährend eine solche ist, daß man keine große Hoffnungen rücksichtlich dieser Mission hegen darf. Die Rüstungen werden eifrigst fortgesetzt, dagegen aber keine Anstalten getroffen, welche darauf hindeuten, daß sich die Regierung zu einer Aenderung ihres Systems entschlossen hätte. — Die hiesige Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft beabsichtigt, ihre Flotte um 10 Ruder- und 10 Schrauben-Dampfern und 150 eisernen Lastschiffen zu vermehren.

In Bezug auf den (auch in die „N. W. Ztg." übergegangenen) Artikel des „Nord" über die Arbeiten der Wiener Münzkonfenz erhält die „A. Z." von auctoritativer Seite, d. d. Wien, 16. August, eine Zuschrift, worin es heißt: Ich mache sie aufmerksam, daß in diesem Artikel Angaben enthalten sind, welche allerdings nur durch einen Vertrauensbruch aus einem Entwurfe der Konferenz entnommen seyn können. Abgesehen davon, daß darin viele Unrichtigkeiten und Mißverständnisse enthalten sind, ist jener Entwurf, der vom 14. April datirt, nur ein vorläufiger gewesen, der einerseits bereits mehrfache wesentliche Abänderungen erlitten und andererseits nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten gelassen hat, deren Ausgleichung noch theilweise zu erwarten steht. Daß die Konferenz durch diese unzeitige Veröffentlichung sehr unangenehm berührt worden ist, können Sie wohl denken. Uebrigens bin ich im Stande Ihnen mitzutheilen, daß eine glückliche Lösung unserer schwierigen Aufgabe in kürzester Zeit zu erwarten steht.

London, 19. August. Dem heutigen „Morning Advertiser" zufolge hat der amerikanische Staatssekretär Marcy dem Gesandten der Union in Paris bezüglich der das Seerecht betreffenden Erklärung der Westmächte die Instruktion ertheilt, zwar den das Kapersystem angehenden Artikel nicht zu genehmigen, den drei übrigen jedoch seine Zustimmung zu geben. Die Instruktion ist vom 28. Juli datirt. (T.D.d.K.Ztg.)

*) Wiederholt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 233. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 22. August 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Im „Regierungsblatt" Nr. 32 wird eine kgl. allerhöchste Verordnung, die Vereinbarung sämmtlicher Rheinuferstaaten über gemeinsame Grundsätze in Ansehung der Ertheilung von Rheinschifffahrtspatenten betreffend, veröffentlicht, welche lautet: „Nachdem mit Unserem und der übrigen Rheinuferstaaten Einverständniß durch Beschluß der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt eine Vereinbarung wegen Ertheilung von Rheinschifffahrtspatenten zu Stande gekommen ist, gemäß welcher Rheinschifffahrtspatente nur an solche Bewerber ertheilt werden sollen, die sich auszuweisen vermögen: 1) über erreichte Großjährigkeit oder erlangte Emanzipation, 2) über hinlängliche Fähigkeit im Lesen, Schreiben und Rechnen, 3) über untadelhafte Aufführung insbesondere in Bezug auf Nüchternheit, 4) über den Besitz des Vertrauens des Handelsstandes in dem betreffenden Hafenplatze, welchen die Landesregierung bestimmt, 5) über praktische Uebung und Ausbildung in dem Betriebe des Schiffergewerbes (wobei das Minimum der Lehrzeit mindestens 4 Jahre betragen und der Bewerber die Hälfte dieser Zeit in der Eigenschaft als Lehrling, Schiffsknecht oder Geselle auf Schiffen zugebracht haben muß, welche entweder den Rhein in seiner ganzen Länge oder wenigstens jene Strecke befahren, die der Bewerber voraussichtlich künftig befahren wird), und welche überdies eine besondere Prüfung bestanden haben: a) über die Kenntnisse welche die gehörige Behandlung der Ladung erfordert, sowie über die sonstigen Obliegenheiten eines Schiffers nach den bestehenden allgemeinen Bestimmungen, b) über die Befähigung zur Führung eines Schiffes überhaupt, sowie über die erforderliche Kenntniß des Fahrwassers auf dem Rhein, wenigstens derjenigen Strecken, welche der Bewerber zu befahren gedenkt, verordnen Wir zur Erzielung einer gleichmäßigen Behandlung, daß obige Grundsätze auch bei Ertheilung von Schiffspatenten an jene Mainschiffer beobachtet werden sollen, welche nicht bloß auf die Schifffahrt auf dem Main sich beschränken, sondern auch den Rhein befahren wollen."

Preußen. Berlin, 19. August. Zur Vervollständigung der bisherigen Nachrichten über den Kampf mit den Riffpiraten gibt die „N. Preuß. Ztg." Mittheilungen aus einem Schreiben, dessen Verfasser an demselben Theil nahm, und dem wir Folgendes entnehmen: „Schon auf der Westküste Afrikas rekognoszirte Prinz Adalbert die marokkanische Küste, landete bei Mogador, Saleh und einigen anderen Punkten, und fand nirgends ein feindliches Entgegentreten. Am 7. d. M. längs der nordafrikanischen Küste steuernd, wurden wiederum zwei Boote bemannt, in deren einem sich auch der Prinz mit seinem Adjutanten befand, um die Stelle kennen zu lernen, an welcher 1852 die preußische Brigg „Flora", Kapt. Witt von den Beni-Fuellas, den wildesten der Riffpiraten, geplündert und ihre Mannschaft gemordet wurde. Auch Tags vorher war eine ähnliche Boots-Expedition ohne jegliche Störung ausgeführt worden, doch sollte diese (am 7.) mit traurigen Verlusten beendigt werden. Die Mauren, zahlreich an der Küste versammelt, wehten gleichsam zum Gruß mit weißen Flaggen, in Folge dessen der Prinz befahl, der Küste näher zu steuern; da pfiff eine Kugel zwischen die Mannschaften und verletzte einen Ruderer, worauf einige Schüsse zur Erwiderung abgegeben wurden, denen eine Gewehrsalve Seitens der Piraten à tempo folgte. Zur Korvette zurückgekehrt, befahl der Prinz-Admiral, empört über die freche Herausforderung und Insultation der Flagge, die sofortige Bemannung der Boote (mit Ausnahme der Radkasten-Boote) mit 90 Mann, dem irgend disponiblen Theil der Schiffsbemannung, welche unter dem Befehl ihres fürstlichen Führers, trotz dem heftigen Feuer der 600 Mann starken Piraten, ihre Landung ausführten, während die Korvette die feindliche Aufstellung mit Kartätschen und Bomben bewarf. — Hart an der Küste erhebt sich ein 600 Fuß hoher, fast senkrecht aufsteigender Berg, dessen Gipfel als Ziel bezeichnet wurde, um die preußische Flagge zu hissen. Prinz Adalbert stürmte, den Adjutanten (Lieut. Niesemann) zur Seite, mit dem Säbel in der Faust, den Berg hinan, und nach drang ihm hart auf den Fersen das 65 Mann starke Detachement mit lautem Hurrah! Es war eine riesenhafte Anstrengung, das Erklimmen des mit Feldsteinen und Kalk gemischten Felsenbodens, auf dessen Rücken die Stürmenden Schritt für Schritt sich festen Boden erkämpfen mußten; oft rückwärts gleitend, von den herabrollenden Steinen behindert, durch den Widerstand des Feindes aufgehalten, erstieg dennoch in kürzester Zeit die tapfere Schaar, der Prinz mit seinen Adjutanten an der Spitze, begeistert den Gipfel, und pflanzte den Flaggenstock mit den preußischen Farben in den Grund. Der Prinz verfolgte die Piraten noch bis zu ihren Wohnungen — hier war es, wo er im rechten Oberschenkel verwundet wurde und fast gleichzeitig sein Adjutant, tödtlich in der Brust getroffen, an seiner Seite niedersank. Nun erst, nachdem Unglaubliches geleistet worden, befahl der Prinz den Rückzug, der wohlgeordnet und unterstützt vom Feuer der Korvette ausgeführt wurde. Der gestern angegebene Verlust ist richtig. Die meisten Verwundungen hatten in den Booten statt, und nur wie durch Wunder sind die Lieutenants zur See v. Bothwell, Batsch und Grapow, der Fähndrich zur See Chüden, die Kadetten Zirzow, Donner, Knorr und Kühne und der Arzt (Dr. Bercht), welcher selbst thätig am Kampfe theilgenommen und den Prinzen im heftigsten Feuer verbunden hatte, gerettet. Die mit 5 Fuß langen, weittragenden Büchsen bewaffneten Piraten, sonst gewohnt, aus sicherm Hinterhalt zu fechten, waren zum offenen Kampfe gezwungen; die Zahl des Verlustes zeugt am besten für die Heftigkeit des Gefechtes, dessen Verlauf nach authentischen Mittheilungen hier in Kürze angegeben ist. Die Rückkehr der Boote erfolgte unter dem Feuer der „Danzig", welche sich auf Flintenschußweite an die gefährliche Küste gelegt hatte und noch ein mörderisches Kartätschenfeuer eröffnete, dessen Wirkung unter den in dichte Haufen zusammengeströmten Piraten entsetzlich gewesen ist. Der Lieutenant Niesemann starb im Augenblicke, als er zu Bord gebracht war. Er war der Erste der Stürmenden nach seinem Chef, und viele Hoffnungen sind mit dem braven Offizier in's Grab gesunken. Selbst zum Tode getroffen, wies er die ihm zuspringenden Mannschaften an, dem Prinzen beizustehen. Dem gestrigen Berichte haben wir nur noch hinzuzufügen, daß Se. kgl. Hoheit noch vierzehn Tage in Gibraltar verweilen wird."

Berlin, 18. August. Der Sekundant des Hrn. v. Rochow in dem Duell, in welchem Hinkeldey fiel, ebenfalls ein Herr v. Rochow, und der Unparteiische bei diesem Duell, Hr. v. d. Marwitz, sind zu dreimonatlichem Festungsarrest verurtheilt und haben ihre Strafe in Stettin angetreten. (Allg. Ztg.)

Sachsen. Die „Sächsische Constitutionelle Zeitung" schreibt: „Wie wir so eben erfahren, ist gestern wieder ein politischer Gefangener durch die Gnade Sr. Maj. des Königs aus dem Zuchthause zu Waldheim entlassen worden. Es ist dies der Dr. med. Günther aus Potschappel."

Württemberg. Ulm, 19. August. Gestern Abend hatten wir einen nicht unbedeutenden Volksauflauf in der Dreiköniggasse. Der Hergang wird folgendermaßen erzählt: Am Sonntag Abend wurde ein Soldat des 1. Infanterieregiments, der bei Einbringung der Ernte geholfen hatte, in dem Wirthshause zu den drei Königen von dem Brauknecht, unter Mitwirkung des Wirthes und dessen Frau, bei einem sich erhobenen Streit sehr mißhandelt und namentlich im Gesicht arg verletzt, und von einigen Kameraden in seine Kaserne getragen. Der Brauknecht wurde von der Polizei und einer herbeigerufenen Militärpatrouille, als der Hauptthäter, noch an demselben Abend verhaftet. Gestern Abend fanden sich nun viele Soldaten und Zivilpersonen in diesem Wirthshause zusammen; der Wirth, der ohne Zweifel nichts Gutes ahnte, versteckte sich, worauf viele Gläser und Fensterscheiben zerschlagen, das vorräthige Bier ohne Bezahlung ausgetrunken und Anstalt gemacht

wurde, noch größere Beschädigung vorzunehmen, um solchergestalt den mißhandelten Soldaten zu rächen. Polizei- u. Militärpatrouillen eilten nun aber bald herbei, der Herr Stadtschuldheiß Schuster war zugegen, sogar der Herr Gouverneur, Graf v. Sontheim, erschien, und ohne Widerstand war das Haus schon vor ihrer Ankunft geräumt und das Haus geschlossen. Etwas länger dauerte es, die schaarenweise herbeigeströmten Neugierigen zu entfernen und damit gegen 10 Uhr die Ruhe vollständig herzustellen.

Baden. Mannheim, 19. August. Der „Schw. M." und durch denselben die „N. Würzb. Ztg." brachte unter Anderm die Nachricht, „Hecker befindet sich zu Belleville in Illinois, besitzt ein großes Landgut, ist aber im Ganzen mit seiner Lage nicht zufrieden, noch weniger seine Frau." Wir sind zur Widerlegung ermächtigt und autorisirt, folgenden Auszug aus einem Briefe der Gattin des Friedrich Hecker vom 10. Juli d. J. zu veröffentlichen:

„Daß Fritz von allen Seiten Anträge erhielt, doch eine Staatsstelle anzunehmen (man ließ ihm die Wahl), hat er, glaube ich, Ihnen schon geschrieben; glücklicherweise lehnte er es ab, nun haben sie ihn zum Elektor gemacht, um den Präsidenten zu wählen, und er ist der erste Deutsche, welchem solche Ehre widerfuhr, er weiß aber noch nicht, ob er auch diese Stelle annehmen will. Von allen Seiten laufen neue Briefe ein, von New-York, Philadelphia, Buffalo, Städten, ja Staaten, um in den Ratifikationsmeetings zu sprechen u. s. w. — Wir leben zufrieden und glücklich auf unserer Farm (nicht in dem 8 Meilen entfernten Belleville). Die Kinder gedeihen und machen uns Freude, das Geschäft geht gut, Gesellschaft haben wir immer in Ueberfluß, also auch gar keine Ursache unzufrieden zu seyn."

Kurhessen. Aus Kurhessen, 17. August. Wie Sie wissen, hat das jetzige Ministerium mit Genehmigung des Kurfürsten die zur Zeit, wo Vilmar noch Referent in den Kultusangelegenheiten war, erlassene Verordnung, vermöge welcher die meisten Befugnisse der Konsistorien auf die Superintendenten übergingen, aus formellen Gründen wieder aufgehoben, und die frühere Einrichtung hergestellt. Ich darf Ihnen jedoch jetzt die verbürgte Mittheilung machen, daß man seitens des Ministerium eine andere definitive Regulirung jenes Verhältnisses beabsichtigt, und daß namentlich Hr. geheime Regierungsrath Stiernberg mit der deßfallsigen Arbeit beauftragt ist. Wie ich nun höre, soll die Abkränzung zwischen der rein geistlichen Gewalt, wie sie die Superintendenten, und zwischen der gemischten, wie sie die aus weltlichen und geistlichen Mitgliedern zusammengesetzten Konsistorien repräsentiren, in der Weise erfolgen, daß den ersteren alle inneren Angelegenheiten, den letzteren hingegen alle gemischten, einschließlich der Disziplin, übertragen werden sollen. Als Motiv soll besonders geltend gemacht worden seyn, daß die Kirchenordnung von 1657, auf welche sich die Vilmar'sche Abgränzung stützte, nicht mehr maßgebend seyn könne, weil damals in Ermangelung eines Ministerium, das unmittelbar unter dem Landesherrn stehende Konsistorium die oberste Kirchenbehörde des Landes war, und daher auch der Superintendent als deren Organ mit all' den Geschäften betraut werden konnte, welche später (nach Errichtung eines Ministerium) zwischen dem letzteren und dem ersteren getheilt wurden. (A. Z.)

Freie Städte. Frankfurt, 19. August. Am 3. Sept. wird auf dem nahe gelegenen Sandhof die freie Konferenz evangelischer Geistlichen aus Frankfurt und den Nachbarländern stattfinden. Gegenstand und Grundlage der Verhandlung bilden Thesen über die Bekämpfung des Materialismus durch die Kirche, vorgelegt von Dr. Kalb, Pfarrer in Frankfurt. (Schw. M.)

§ **Oesterreich.** Wien, 19. August. (Privat-Korresp.) Die Nachrichten aus Konstantinopel lauten nicht sehr befriedigend. Herr v. Prokesch hat, wie man vernimmt, einen Bericht eingesendet, aus dem hervorgeht, daß die Pforte mit der Einführung der Bestimmungen des Hat-Humayum noch sehr im Rückstande ist, und daß im Divan die Partei, welche den Erlaß des Hat-Humayum für einen großen Fehler betrachtet, immer mehr die Oberhand gewinnt. — Aus Neapel erfährt man, daß der Brigadegeneral Herzog Nunziante, dem vor nicht langer Zeit erst das Kommandeurkreuz des k. österreichischen Leopoldordens verliehen worden ist, in Ungnade gefallen sey, weil er die Politik des Hofes gegenüber den Ansprüchen der Westmächte einer scharfen Kritik unterzogen, und zur Nachgiebigkeit gerathen hatte. — Die Reform der Baugesetze, welche nun schon seit Jahren in der Schwebe sich befinden, soll nun, wie ich vernehme, in nächster Zeit zur Entscheidung gelangen, da fortwährend Gesuche bei den Behörden einlangen, in denen von Seite der Bauunternehmer Ausnahmsbewilligungen angesucht werden, die jedoch in Hinblick auf die bestehenden Gesetze nicht genehmiget werden können. Was uns daher noth thut, ist die totale Reform der Letzteren, die nicht nur den Bau vertheuern, sondern auch die Anwendung neuer Erfindungen und besserer Methoden verhindern. Die Klage, daß die Baulust erloschen sey, ist ganz unbegründet. wahr ist es nur, daß sie in Hinblick auf die darauf bezügliche mangelhafte Gesetzgebung nicht befriediget werden kann.

Wien, 18. August. Der spanische Infant Don Juan, den auswärtige Zeitungen theils in London, theils in Neapel eine Rolle spielen lassen, befindet sich seit vier Wochen nebst seiner Mutter der Prinzessin von Beira in dem Kurorte Baden bei Wien. (Ostd. Post.)

Wien, 17. August. Der kaiserl. russ. Staatsrath, Herr v. Basily, hat die offizielle Nachricht nach Wien gebracht, daß seine Regierung nicht Willens ist, einer oder der andern Bestimmung des Pariser Friedens sich zu entziehen, im Gegentheile werde dieselbe alle Verpflichtungen, die sie in dem gedachten Friedensschlusse übernommen habe, in ihrer ganzen Ausdehnung erfüllen. Diese Nachricht ist hier mit großer Befriedigung aufgenommen worden, und es fand gestern eine Konferenz zwischen dem Grafen Buol und den Gesandten von England und Frankreich statt. Wie man vernimmt, wird die englische Flotte das schwarze Meer vor der gänzlichen Erfüllung der Friedensbedingungen durch Rußland nicht verlassen, ebenso wird auch die von Oesterreich getroffene Verfügung, die Ergänzung der Armee betreffend, nicht kontremandirt werden. Diese letztere Maßregel geht hinsichtlich der in Italien stationirten Regimenter, welche auf den Kriegsfuß gesetzt werden, rasch vor sich. Diese Maßregel ist durch die Haltung Sardiniens, so wie durch die in Toskana, in dem Kirchenstaate, in Neapel und den Herzogthümern herrschende Gährung hinlänglich gerechtfertigt. — Von verläßlicher Seite hört man, daß die Regierung in nicht ferner Zeit abermals einige nicht unwesentliche Zollherabsetzungen ins Leben treten zu lassen die Absicht hat. (Schw. M.)

Pesth, 16. August. Was die Protestanten in Ungarn seit sechs Jahren sehnlichst wünschten, was mehrere Deputationen derselben an den Stufen des Thrones ehrfurchtsvoll erbaten; was die im verflossenen Jahr für Kultus und Unterricht nach Wien berufenen evangelischen Vertrauensmänner beider Konfessionen redlich vorbereiten halfen; was die protestantische Gesammtkirche Ungarns seitdem mit erhöhtem Vertrauen, mit unerschütterlicher Zuversicht erwartete, ist nun der Erfüllung nahe. Der Gesetzvorschlag des hohen Ministerium für Kultus und Unterricht, die Organisation der protestantischen Landeskirche Augsburger und helvetischer Konfession betreffend, wird dieser Tage — wahrscheinlich am 18. August, dem Geburtstag Sr. Maj. des Kaisers — zur öffentlichen Kunde gelangen. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 19. August. Die drei Sanitäts-Lager im Var-Departement wurden am 16. August definitiv aufgehoben, die Baracken abgebrochen und das Material — mit Ausnahme einer einzigen zu Cavalaire — eingeschifft.

* Der „Moniteur" meldete gestern, daß das Mittelmeer-Telegraphen-Tau bis Galita gesenkt sey und demnach vor Ende des Jahres Algier mit Frankreich in direkter Verbindung seyn wird. Die Verwaltung des Mittelmeer-Telegraphen ihrerseits theilt darüber Nachstehendes mit: „In einer von Herrn Brett eingelaufenen, aus der Umgebung der Insel Galita an der algierischen Küste Samstag den 16. August abgesandten Depesche zeigt er an, daß er mit dem Taue in vollständigst bestehender Verbindung angekommen sey, nachdem er Tiefen von 2000 Metres mit bestem Erfolg überschritten hatte. Zwischen diesem Punkt und Bona ist nur 150 Faden Tiefe. Strömungen und Nebel hatten das Schiff gezwungen, von seiner Linie abzuweichen, so daß es statt um 8 Uhr Morgens erst um 6 Uhr Abend zu Galita eintraf. Hr. Delamarche und der Kommandant des „Tartare" sind nach Bona abgereist, um sich die erforderlichen Gegenstände zur Befestigung des Taues auf der Insel Galita zu verschaffen, und nach London ging eine Depesche ab, um die bis nach Bona nöthige Taulänge zu bestellen."

* Der Marineminister hat verordnet, daß die drei Dienstjahre zählenden Manövrir- und Kanonier-Quartiermeister der Flotte, sowie die 4 Dienstjahre zählenden Bootsleute, Zimmerleute und Kalfaterer entlassen werden sollen. Ebenso ordnete der Kriegsminister die Entlassung der Seeleute der Klassen 1850 und 1851 an und erlaubte, daß jenen der Klasse 1852 von 6 zu 6 Monaten zu erneuernde Urlaube ertheilt werden, was für die Handelsmarine, wo es an Matrosen gebricht, von großem Vortheil ist.

* Marschall Canrobert soll — sagt man — den Marquis v. Turgot auf dem Madrider Gesandtschaftsposten ersetzen.

* Marseille, 19. August. Die Russen verlangen von Frankreich eine Entschädigung von 400,000 Fr. für die an dem zu einem Spital verwendeten russischen Gesandtschaftspalaste zu Konstantinopel verursachten Beschädigungen (?!). Anstatt das demnächstige Eintreffen des Hrn. v. Butenieff dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten anzuzeigen, notifizirte Fürst Gortschakoff es dem Großvezir, was bei der Pforte Aufsehen erregte. Rußland, welches zwei der fruchtbarsten Provinzen ausbeutet, die nur nominell noch zu Persien gehören, scheint nach Khiva lüstern zu seyn, weßhalb zahlreiche Ingeniure dorthin geschickt wurden, um es in den Vertheidigungszustand zu setzen. Persien schickt Feruth-Khan als Repräsentanten nach Paris. Nach Berichten aus Athen vom 13. d. haben die erschreckten Räuber die Gränze überschritten.

Spanien.

† Madrid, 15. August. Die „Epoca" berichtet, daß die ständige Kommission der spanischen Grandezza, um ihrerseits zu einer baldigen Lösung der Lebensmittel-Frage beizutragen, beschlossen hat, an alle Granden Spaniens und die der hohen Klasse angehörigen Personen eine Aufforderung ergehen zu lassen, daß sie ihre Getraidevorräthe auf allen Märkten der Halbinsel dem öffentlichen Verkauf übergeben. Uebrigens hat die Regierung gleichfalls alle Maßnahmen getroffen, um die Besorgniß zu beseitigen, welche diese wichtige Angelegenheit hervorrufen mag. — Die „Espana" meldet, daß der Cabecilla Villalain von einem Offizier des Kavallerie-Regiments des Königs in einem Treffen mit seiner Bande nach 4stündiger Verfolgung getödtet wurde. — Man liest in der „Epoca" vom 15.: Heute ging mit der Mittelmeer-Eisenbahn von Madrid der königliche Train ab, der den Prinzen Adalbert von Bayern zu Albacete empfangen soll. Se. k. Hoheit sollte heute Abend in Valencia eintreffen und übermorgen in die Hauptstadt einziehen. Der Train besteht aus einem königlichen Waggon und zwei anderen Galawagen. Ersterer ist mit bayerischen und spanischen Flaggen geschmückt. Die Bahnhöfe von Madrid und Albacete werden prächtig verziert seyn. Der Bahndirektor Herr Weisweiller und der Betriebschef, welche den Verwaltungsrath repräsentiren, sind dem Prinzen mit diesem Train entgegengefahren. Hr. Salamanca wird in Albacete zu ihnen treten. Der Hochzeitstag ist noch nicht bestimmt festgesetzt, doch denkt man, daß diese Feier Dinstag (19.) statthaben wird. Freitag findet großes Bankett und Samstag Ball in der Residenz JJ. MM. statt. — Die „Discussion" bemerkt: Einige Journale wollen den Herzog v Valencia mit dem Herzog de la Vittoria vergleichen. Wir glauben, daß Espartero für immer vom politischen Schauplatz verschwunden ist; aber so, wie wir ihn bekämpften, als er am Ruder stand, so erinnern wir uns heute, wo er in Ungnade ist, einer vorzüglichen Eigenschaft desselben, einer Eigenschaft, die Gott Napoleon verweigert und Washington bewilligt hatte. Espartero, ruhig mit seinem Gewissen und ein Freund des freien Denkens, litt nie durch die Urtheile der Presse, ihre Anklagen und Beleidigungen. Für einen Republikaner des 19. Jahrhunderts ist diese Eigenschaft sehr wichtig.

Italien.

Turin, 15. August. Seit einigen Tagen spricht man, der „Opinione" zufolge, hier und in Genua viel von einer abermaligen Aufstandsbewegung; diesmal aber sollen die toskanischen Maremmen der Schauplatz derselben werden. In der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag ward, wie die „Italia e Popolo" meldet, auf der Aquasola, einem öffentlichen Ergehungsplatze in Genua, Graf Brembati, der dort ruhig spazieren ging, verhaftet; er war mit einem regelmäßigen Paß versehen. Das gleiche Loos traf einen andern politischen Emigranten aus der Lombardei, sowie einen Genueser Bürger. Letzterer wurde Tags darauf wieder in Freiheit gesetzt, die beiden andern blieben in Haft Aus Neapel lauten die Nachrichten fortwährend sehr ernst: es soll große Gährung im Lande herrschen — man stehe am Vorabend einer Volks- und Truppenbewegung — König Ferdinand wolle zu Gunsten seines Sohnes abdanken — er wolle sich Piemont nähern, von Oesterreich entfernen, das ihn um Reformen bedränge! Endlich behauptet man: ein engl. Geschwader stehe auf dem Punkt vor Neapel zu erscheinen. Kurz, das Tages-Gespräch dreht sich seit einigen Tagen nur um das Königreich beider Sicilien.

Der Turiner „Risorgimento" berichtet in einem Briefe aus Parma: Eine vollständige Batterie österreichische Artillerie sey am 11. August bei Borgo San Domino in's Herzogthum eingerückt, Verstärkungen ungarischer Kavallerie treffen fortwährend ein.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Das „Pays" sagt: „Unsere letzten Berichte vom schwarzen Meer theilen mit, daß Contreadmiral Stewart, der am 5. auf der Rhede von Trebizonda war, die Uebergabe von Kars erfahren hat, und sich segelfertig machte, um in den Bosporus zurückzugehen. Auch seitens der Westmächte wurde Alles vorbereitet, um die Räumung des otomanischen Gebiets zu beenden. General Storcks, Kommandant der englischen Truppen zu Konstantinopel, sollte am 11. nach England abgehen. Die französische Militär-Intendantur zeigte in Folge einer telegraphischen Depesche von Paris an, daß am 18. d. Alles, was von der französ. Armee an Chefs, Soldaten, von der Verwaltung und dem ärztlichen Personal noch in Konstantinopel ist, eingeschifft werden wird. Contreadmiral Pellion, an Bord der „Pandore" und der „Belle-Poule" war auf dem Punkt, von Beikos nach Toulon abzugehen. Man berichtete von ernsten vor einiger Zeit zu Van ausgebrochenen Unruhen, und daß einer der Caimacams dieser Gegenden von Tahir-Agha getödtet worden war, der auf persisches Gebiet flüchtete. Diese Unruhen sind vollständig beigelegt. Tahir-Agha, der auf türkisches Gebiet zurückgekehrt war, wurde gefangen und wird wohl bewacht.

Pera, 8. August. Während die Truppen der Alliirten alle Anstalten treffen, sich in dem ewigen Frieden gütlich zu thun, ist es den stark mitgenommenen Resten der türkischen Armee noch lange nicht gestattet, die Hände in den Schooß zu legen. Wie bekannt, ist Bosnien von Montenegro aufs neue bedroht, und zwar haben diese Feindseligkeiten einen so gefährlichen Charakter angenommen, daß sich die Regierung genöthigt gesehen hat, 10,000 Mann der hiesigen Gardetruppen zu einer Expedition gegen Montenegro zu bestimmen, die in diesen Tagen zu der bereits in Bosnien von dem Gouverneur Kurschid Pascha konzentrirten Armee abrücken werden. (A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Erfurt, 16. August. Oel. In Rüböl ist das Geschäft immer noch ziemlich still. Die benachbarten Müller mit theurer Saat versehen, können zu 18¾ Thlr., wozu Käufer sind, nicht abgeben und wollen bessere Zeiten abwarten. Es haben sich daher unsere Raffinerien nach entfernteren Gegenden wenden müssen und werden in genanntem Preisverzeichniß ziemlich belangreiche Zufuhren eintreffen. Rapps wird bei alledem immer noch über Verhältniß zum Oelpreis bezahlt mit 125 Thlr., doch kommt wenig mehr vor. In neuer Mohnsaat beginnt der Handel nun auch. Bei der großen Ergiebigkeit der Ernte würde ein Preis von 100 Thlr. angemessen seyn, man muß aber auf die Rappspreise gestützte Forderungen von 120 a 125 Thlr. hören. Bei dem gänzlichen Mangel an alten Vorräthen, und weil die kleinen Mühlen, die keinen Rapps haben bekommen können, beschäftigt seyn wollen, wird vielleicht Anfangs einiges zu hohen Preisen gekauft. Es wird aber große Vorsicht zu empfehlen seyn. Leinöl wird ab hier 2 Mon. Ziel noch 17 Thlr. notirt.

Naumburg a. d. S., 16. August. Getraide. Ueber den überaus herrlichen Ausfall der Ernte in allen Fruchtgattungen herrscht hier nur eine Stimme. Der Roggen schockt und schüttet nicht nur, wie man sich hier ausdrückt, ungewöhnlich reichlich, sondern man ist auch mit dem Mehlgehalte ungemein zufrieden. Von 1 Schock und 40 Garben wurden 3 Sack Körner gewonnen. Der Ertrag des vorigen Jahres verhält sich zu dem diesjährigen fast allgemein wie 13 zu 30 Auch mit der Gerste, die ebenfalls schon zu Markte gebracht worden ist, spricht man durchgängig die vollste Zufriedenheit aus. Waizen und Hafer haben das schönste und kräftigste Aussehen, stehen aber zur Zeit noch auf dem Halme. Ueberall erblickt man nur freudige Gesichter über den reichen Erntesegen, die sich mit der Hoffnung auf endliches billiges Brod wiegen, zumal die Kartoffeln keine Spur von der übeln Krankheit zeigen, vielmehr nach Qualität und Quantität ausgezeichneten Ertrag versprechen. — Der preuß. Scheffel Waizen wurde mit 3 Thlr. 15 Sgr. a 3 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. bezahlt, Roggen mit 2 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. a 2 Thlr. 20 Sgr., Gerste mit 2 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. a 2 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf. und Hafer mit 1 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. a 1 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.

Köln, 18. August. Rüböl loko faßweise 44½ Thlr. Br., in Partien 44 Br., per Oktober 43¾ B. 43 G., per Mai 1857 41 B.

Waizen per Scheffel eff. 234pfd. 114 a 107 Sgr., per Novbr. 111 Sgr., per 2⅔ Scheffel effekt. 10 a 9⅓ Thlr. B., per Novbr. 9⅔ Thlr. B.

Roggen per Scheffel in Partien 82 a 76 Sgr. per Novbr. 73 Sgr., do. 72 Sgr., per März 72 Sgr., do. 71½ Sgr., per 2⅔ Schfl. in Partien 7½ a 6⅔ Thlr. B., per Novbr. 6½ Thlr. B., do. 6¼ Thlr. B., per März 6½ Thlr. B., do. 6⅓ Thlr. B.

Spiritus loko 38 Thlr. B., in Partien 38 Thlr. B., rektif 44 a 45 Thlr. per 130 Quart a 90pCt.

Oel unverändert. Waizen still. Roggen fest.

Rotterdam, 16. August. In Kaffee ging diese Woche außer den bereits gemeldeten 5000 B. Padang nichts um, Preise sind aber

fest, gut ord. reinschmeckend Java nicht unter 32½ ct. per ½ Kil. zu finden. Domingo fehlt, von Brasil ist nur wenig Vorrath.

Thee still.

Tabak sind im Laufe der Woche 76 F. Maryland und 64 F. Virgini zu unveränderten Preisen verkauft.

Rohzucker still, unter Mittelpreis der letzten Auktion aber nicht zu kaufen; raffinirte Zucker sehr still, nur Candis fortwährend gesucht.

Reis flau, geschält Arrakan 8 a 8½ fl., Java 9½ a 10 fl., Tafel 13 a 14 fl.

Frankfurt, 20. August. Oesterr. Kreditaktien wurden bei sehr starkem Umsatz billiger verhandelt, während Darmstädter Bank- und mitteldeutsche Kreditaktien einen bedeutenden Aufschwung nahmen; auch österr. National waren beliebt.

Norddeutsche Bankaktien wurden bei sehr geringem Geschäft zu 108¼ 108 umgesetzt, blieben jedoch zu letzterem Kurse vielfach angeboten.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83 7/8 P. 83 5/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 1/2 P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 82 P. 81 3/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 90 3/8 P. 89 7/8 G.; à 4 1/2 pCt. 72 1/4 P. 72 G.; à 4pCt. 64 1/2 P. 64 G.; à 3pCt. 49 P. 48 1/2 G.; à 1pCt. 16 1/2 P. 16 1/4 G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59 1/2 P. 59 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 87 1/4 P. 86 3/4 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 88 5/8 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 5/8 P. 101 3/8 G.; 5pCt. 101 1/2 P. 101 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 3/8 P. 90 7/8 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/2 P. 102 1/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 93 P. 92 1/2 G.; à 4pCt. 100 P. 99 1/2 G.; 4 1/2 pC. 102 1/2 P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 1/2 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 92 P. 91 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39 3/4 G.; 1pCt. neue 25 P. 24 3/4 G. **Holland.** Integrale 64 1/4 P. 63 3/4 G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1285 P. 1280 G. Neue Bankaktien 410 P. 405 G. Credit-Actien à 5pCt. 250 P 248 G. Darmstädter Bankaktien alte 425 P. 423 G.; junge 377 P. 375 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 546 G. Mitteldeutsche Creditbank 108 7/8 P. 108 5/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117 1/2 G. Frankf. Bankaktien 119 1/2 P. 119 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 290 P. 288 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 146 3/4 P. 146 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 107 3/4 P. 107 1/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 3/4 P. 101 1/4 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 65 1/4 P. 64 3/4 G. Taunus-Aktien 348 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 87 3/4 P. 87 1/4 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82 1/2 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100 5/8 P. 100 3/8 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 125 P. 124 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 3/4 P. 105 1/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 115 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 7/8 P. 49 5/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 — P. 118 1/2 G. à fl. 25 34 3/8 P. 34 1/8 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 5/8 P. 40 3/8 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 46 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87 1/2 P. 87 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 3/8 P. 100 1/8 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118 1/2 P. 118 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 100 3/4 P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/2 P. 93 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 1/2 P. 93 1/4 G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96 3/8 P. 96 1/8 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 116 5/8 P. 116 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 1/8 P. 88 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 1/2 P. 116 1/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 20. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅞; 5pCt. Metall. 84; 4½ pCt. 74⅛; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 ——; von 1854 —; Bankaktien 1096; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anleben 92½; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 395¾; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 587; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2860. **Wechselkurse:** Augsburg uso 102¾. London 10. 3. B **Geldkurs:** Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. August. Man schreibt aus Kopenhagen, vom 18. Abends: „Faedrelandet" bringt heute einen Leitartikel über den gegenwärtigen Stand der in der Sundzoll-Angelegenheit schwebenden Unterhandlungen. Der englische Gesandte Herr **Buchanan**, der nach England berufen worden war, um seiner Regierung Aufklärungen über den Sundzoll zu geben, sey vorgestern (16.) wieder hier eingetroffen und habe, dem Vernehmen nach, die frohe Nachricht mitgebracht, daß **England jetzt auf die dänischen Vorschläge wegen der Kapitalisirung und Ablösung des Sundzolles einzugehen gewillt sey.** Auch von Berlin, wo sich Herr Buchanan auf der Rückreise hierher aufgehalten, habe er die Mittheilung überbracht, daß man dort ebenfalls sich den dänischen Vorschlägen, unter Aufgebung der früher gegen den Modus und einzelne Bedingungen erhobenen Einwendungen anzuschließen geneigt sey. „Faedrelandet" gibt sich nun der Hoffnung hin, daß, nachdem Rußland und Schweden-Norwegen (sowie Oldenburg) bereits früher und England und Preußen, wie man zu glauben berechtigt sey, jetzt auf die dänischen Vorschläge eingegangen seyen und auch Nordamerika ein bereitwilliges Entgegenkommen gezeigt habe, der Sundzoll demnächst fallen werde, ohne daß Dänemarks materielle Interessen wesentlich darunter leiden würden. Freilich hänge noch die Entscheidung zum guten Theile vom britischen Parlament ab. (Nat.-Z.)

Hannover. Einem Gerüchte zufolge, das jedoch noch der Bestätigung bedarf, ist der Bürgermeister **Schow** aus Leer, einer der vertriebenen Schleswig-Holsteiner, zum königl. Bank-Kommissarius bestellt und zugleich als Referent in das Finanz-Ministerium berufen worden. (Z. f. Ndd.)

Paris, 19. August. Große Sensation erregen **massenhafte Verhaftungen**, die heute Nachmittags an den Ufern der Seine stattgefunden. Vom Pont Neuf an bis an den Pont, der sich dem Stadthause gegenüber befindet, wurden alle Personen, Blousenmänner und auch gut gekleidete Leute, die sich unten am Wasser befanden, von Polizeisergeanten verhaftet. Die Zahl der so verhafteten Personen schätzt man auf nahe an 200 (?). Nach 5 Uhr fanden noch weitere Verhaftungen statt. Die Ersteren wurden alle nach Mazas abgeführt, ein Theil der Letzteren nach der Polizeipräfektur. Die Ursachen, welche zu diesen Verhaftungen Veranlassung gegeben, sind bis jetzt unbekannt geblieben. In den betreffenden Quartieren herrscht große Aufregung. — Eine neue Schwangerschaft der **Kaiserin** wird als gewiß betrachtet. (K. Z.)

St. Petersburg, 19. August. Graf **Morny** hat dem **Kaiser von Rußland den Orden der Ehrenlegion überreicht.** (T. D. d. Allg. Ztg.)

Zentralamerika. Aus Jamaica wird die Abfahrt eines britischen Geschwaders nach der Küste von Nicaragua (San Juan del Norte) gemeldet, nämlich des Schraubenlinienschiffs „Orion" (91 Kanonen), der „Imperieuse" (51), „Arrogant" (40), „Tartar" (21), „Inflexible" (6), „Pioneer" (6), „Victor" (6). — Das Geschwader wird sich dem bei San Juan stationirten anschließen und unter dem Befehlshaber des Linienschiffs „Orion", Cap. Erskine, stehen. — Meldungen aus Guatemala vom 3. Juli bestätigen die Angabe einer von dort aus gegen Walker abgesandten Truppe. Dieselbe sollte von der Hauptstadt ausmarschirt über Salvador die Gränzen von Nicaragua erreicht haben. Man erwartet ein Zusammentreffen mit Walker bei Leon. (Allg. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 234. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 23. August 1856.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 19. August. Zu welchen energischen Schritten unsere Polizei greift, um die jungen Offiziere und Adeligen vor Wucher zu schützen, zeigen einige, so eben vorkommende auffällige Beispiele. Ein hiesiger Kaufmann, welcher gern Geschäfte mit solchen jungen Herren macht, hat in der gewöhnlichen Weise von einem derselben einen Wechsel über 2500 Thlr. an sich gebracht. Dies geschieht derartig, daß ein solches Papier durch die dritte Hand, meist durch einen sogenannten Kommissionär, zum Verkauf angeboten und dann häufig nur die Hälfte gezahlt wird. Dies Verfahren ist nicht straffällig, da Jedermann Wechsel so billig kaufen kann, wie er sie bekommen mag. Auch in diesem Fall zahlte der Kaufmann nur 1200 Thlr., welche aber obenein von dem Kommissionär dem jungen Offizier und Wechselaussteller nicht abgeliefert wurden. Die Polizei nahm auf Anzeige den Kommissionär fest und verlangte von dem Kaufmann die Herausgabe des Wechsels. Dieser weigerte sich jedoch und hat nun an seiner Thür einen Schutzmann, der von Morgens bis zur Nacht dort postirt ist, von jedem Besucher des Kaufmanns Namen und Stand fordert, nebst Angabe, welche Art Geschäft er mit ihm abzumachen hat. Einen andern Kommissionär, der mit Offizieren und Adeligen viel zu thun hat, begleitet schon seit einigen Tagen ein Schutzmann auf Schritt und Tritt wie sein Schatten, drängt sich überall da mit ein, wo jener zu thun hat und verlangt Auskunft von Jedem, der mit dem Kommissionär spricht. Man muß gestehen, daß dieses Verfahren neu und eigenthümlich ist, auch zum Schutz verschwenderischer Mandarinen- oder Paschasöhne recht passend wäre, in Deutschland aber immer einiges Erstaunen erregen muß. — Durch viele Zeitungen ging kürzlich die Nachricht, daß die russische Regierung eine große Zahl deutscher Arbeiter für den Wiederbau von Sebastopol anwürbe, welche täglich einen Thaler Lohn empfangen. Darauf hin ward die hiesige russische Gesandtschaft von zahlreichen Meldungen bestürmt, welche jedoch sämmtlich abgewiesen wurden, weil die Gesandtschaft nichts von einer solchen Absicht ihrer Regierung weiß. (Z. f. Ndd.)

Berlin, 20. August. Was bisher als Sage den Kreislauf durch die öffentlichen Blätter machte und von Vielen als das Gebilde einer fruchtbaren Phantasie verschrieen ward, wird, wie zuverlässige Nachrichten verkünden, nun zur ernsten Wahrheit werden. Die russische Regierung hat ein vollständiges Netz der dem Reiche nothwendigen Eisenbahnen aufstellen lassen und hat sich in Verbindung mit Bankhäusern gesetzt, um das erforderliche Kapital von 200 Millionen Silberrubel anzuschaffen. Gegen eine Zinsgarantie von 5pCt., zu der sie bereit ist, wird ihr dasselbe nicht fehlen und es werden die Geldkräfte von Westeuropa seyn, deutsche, französische und englische Kapitalien, die sich ihr dienstbar machen. Geld ist der größte Kosmopolit! So wird das westliche Europa, welches eben erst Rußland zum Geständnisse gebracht hat, daß es sich ihm nicht gewachsen fühle, dem mächtigen Reiche geben, was ihm fehlt, um seine wirthschaftlichen Kräfte zu entfalten und in rascher Entwickelung seine Staatskräfte in einem nicht gekannten Maße zu erhöhen. (Fr. Pstz.)

Sachsen. Im „Dresdener Journal" wird die gestrige Nachricht von der Entlassung eines politischen Gefangenen bestätigt. Man schreibt dem Blatte aus Waldheim vom 19. August: „Wiederholt verließ heute nach vierjähriger Detention ein politischer Gefangener die hiesige Strafanstalt. Es ist dies der wegen Hochverraths zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe ersten Grades verurtheilt gewesene, jedoch vor seiner Einlieferung zu Zuchthausstrafe zweiten Grades in der Dauer von zehn Jahren begnadigte Dr. med. Günther aus Pottschappel. Der vor einigen Jahren im Gnadenwege fernerweit erfolgten Strafherabsetzung auf fünf Jahre hat jetzt Se. Maj. der König gänzlichen Straferlaß folgen lassen."

Dresden, 19. August. Die „Köln. Ztg." brachte neulich die Nachricht von einer in Dresden bestehenden Mormonengemeinde. Bei der anscheinenden Sicherheit, mit der sie gegeben wurde, fand sie sogar in den hiesigen Kreisen Glauben, obwohl man sich wunderte, daß man gerade hierorts von diesen Mormonen etwas nicht wahrgenommen habe. Auch den Behörden scheint diese Nachricht überraschend gekommen zu seyn, denn wie das hiesige offizielle Blatt meldet, sind deßhalb (jedenfalls auf Anordnung des Ministerium des Innern) „die genauesten Erörterungen" gepflogen worden, und diese haben ergeben, daß die gedachte Nachricht der „Köln. Ztg." rein aus der Luft gegriffen ist. (Allg. Ztg.)

§ **Oesterreich.** Wien, 20. August. (Privat-Korresp.) Die diesseitige Regierung täuscht sich durchaus nicht über die Schwierigkeiten, welche einer ihrer Intentionen entsprechenden Lösung der Donaufürstenthümerfrage im Wege stehen, und obwohl sie noch immer gegen das Unionsprojekt zu wirken bemüht ist, so ist es doch gewiß, daß sie ziemlich alle Hoffnung aufgegeben hat, mit ihrem Projekte durchzudringen. Thatsache ist es, daß das diplomatische Exposé, in welchem die Pforte die Unionsidee bekämpft, sowohl in Paris als auch in London gar keinen Eindruck gemacht hat, eben so ist es gewiß, daß der von hier aus gemachte Einwurf, daß nämlich durch die Vereinigung der Fürstenthümer Rußland in die Hände gearbeitet würde, von Frankreich dahin beantwortet wurde, daß dieser Gefahr am besten dadurch vorgebeugt werden könne, wenn ein fremder Prinz an die Spitze der zu Einem Reich vereinigten Fürstenthümer gestellt würde, welcher Vorschlag, nebenbei gesagt, auch den Beifall Preußens gefunden haben soll, obwohl über die Wahl der Persönlichkeit keine Einigkeit zwischen diesen beiden Staaten herrscht, da Frankreich einen französischen Prinzen, Preußen hingegen einen deutschen Prinzen an die Spitze des neuen Reiches gestellt wissen will. Auch in der Bevölkerung erfreut sich der Vorschlag, einen fremden Prinzen zum erblichen Fürsten zu erhalten, vieler Sympathien, und gilt dies namentlich von der Moldau, wo überhaupt auch die Agitation für die Vereinigung der Fürstenthümer weit größere Fortschritte gemacht hat, als in dem Nachbarlande.

Dem „Pesther Lloyd" wird aus Wien geschrieben: „Aus achtbarer Quelle vernehme ich, daß Frhr. v. Hübner sehr gemessene Instruktionen von Seiten unserer Regiernng mitgenommen hat, in Neapel sehr schonend und mild aufzutreten und ja die Gränzen eines von einer befreundeten Regierung zu ertheilenden freundschaftlichen Raths nicht zu überschreiten. Oesterreich wird sich nie den etwas energischen Anschauungen der neapolitanischen Frage von Seiten Englands anschließen. Ich glaube Ihnen mit Rücksicht auf meine Quelle diese Nachricht geben zu müssen, obwohl sie geeignet ist, manche sanguinischen an die Sendung des Frhrn. v. Hübner und das Einschreiten Oesterreichs bei der neapolitanischen Regierung geknüpften Hoffnungen herabzustimmen."

Nach den Bestimmungen des Pariser Friedensvertrages sollen zur Regelung der Donauschifffahrt bekanntlich zwei Kommissionen ins Leben treten. Die eine, europäische, aus Kommissarien Preußens, Oesterreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands, Sardiniens und der Türkei bestehend, wird den speziellen Zweck haben, die Mündungen der Donau von dem dort sich anhäufenden Sande zu befreien und die Ausführung der dazu nothwendigen Arbeiten so wie die zur Bestreitung dieser Arbeiten erforderlichen Abgaben zu bestimmen. Die andere internationale und permanente Kommission wird aus Bevollmächtigten Oesterreichs, Bayerns, Württembergs, Serbiens, der Wallachei, der Moldau und der Türkei zusammengesetzt seyn. Diese wird die Schifffahrts- und Polizei-Reglements auszuarbeiten und die Hindernisse zu beseitigen haben, welche sich der Anwendung der Bestimmungen der Wiener Kongreßakte auf die Donau und ihre Nebenflüsse entgegenstellen möchten. Die Mitglieder der erstgedachten Kommission sind von den betreffenden

Staaten bereits ernannt und werden voraussichtlich ihre Arbeiten aufnehmen, sobald die der Gränzregulirungs-Kommission beendet seyn werden. Ernennungen zu der erwähnten zweiten, internationalen Kommission sind noch nicht bekannt geworden. Die „Pr. C." verweist zur Erklärung dieses Umstandes auf die durch die Sachlage selbst gegebenen Gründe. Es sey die zweite Kommission noch nicht ernannt, da die Arbeiten derselben sich an die Festsetzungen anzuschließen haben würden, welche die europäische Kommission zu treffen hat. Etwaige Dispositionen über die Freiheit der Schifffahrt auf der Donau würden von sehr geringer Bedeutung seyn, wenn nicht zuvor Sorge dafür getragen würde, daß diese wirklich an der Stelle frei werde, welche bisher die wesentlichsten Hindernisse in dieser Beziehung geboten habe. (N. Z.)

Frankreich.

Paris, 19. August. Der Herzog v. Malakoff hat sich im Hotel des Kriegsministerium mit einem seinem neuen Rang angemessenen Militär- und Civilstaat umgeben. Er ist fortwährend Gegenstand der schmeichelhaftesten Zudringlichkeit. Um ihr zu entgehen, empfängt er und gibt er Audienz nur am frühen Morgen von 7 bis 9 Uhr. Jedermann findet ihn anspruchslos und wohlwollend, noch keine Spur vom Herzog in seinem Benehmen. Bis jetzt hört man in allen Kreisen, die seit seiner Rückkehr mit ihm in Berührung kamen nur die günstigsten Aeußerungen über seinen Charakter und seine Manieren. Vorbereitende Studien über Algier halten ihn einen großen Theil des Tages in seinem Gemach zurück. Die algierischen Behörden, darunter der Civilgouverneur und die Präfekten von Mascara und Oran, stellten sich ihm gestern vor.

Paris, 19 August. Ich bin durch Mittheilung eines Briefes von Graf Morny in den Stand gesetzt, Ihren Lesern einige Einzelnheiten über dessen Empfang am Petersburger Hofe zu geben, die unter den jetzigen Umständen nicht ohne Interesse seyn dürften. Se. Excellenz der Graf Morny hat Berlin am 30. Juli mit seinem Gefolge, dem Grafen Murat, Vicomte Siméon, Vicomte Espinasse und dem Herrn Weller de Levalette, verlassen, und ist, nachdem er sich nur eine Nacht in Kowno aufgehalten hatte, Dinstag den 5. August in aller Frühe in der Hauptstadt Rußlands glücklich ohne allen Unfall angelangt. Ich setze diesen Ausdruck absichtlich bei, indem man behauptet, es sey dem Grafen unterwegs ein kleines Unglück begegnet; die ganze Landreise ging aber so glücklich von Statten, daß ich vergebens auch nur den geringsten Vorfall suche, der zu diesem Gerüchte hätte im Entferntesten Veranlassung geben können. Am Tage seiner Ankunft machte der außerordentliche Botschafter des Kaisers Napoleon seine Aufwartung beim Fürsten Gortschakoff, der ihm, nach diplomatischem Gebrauch, den Besuch einige Stunden später heimgab. Die feierliche Privataudienz bei Sr. Maj. dem Kaiser Alexander wurde sogleich zwei Tage später, auf den 7. August festgesetzt. Bekanntlich verlangt die Etikette, daß der außerordentliche Bevollmächtigte bei allen Mitgliedern der regierenden Familie seine Aufwartung mache, sobald er von dem regierenden Haupte empfangen worden ist. Um dies bei einer zahlreichen, im Sommer oft verschiedene Lustschlösser bewohnenden Familie abzukürzen und zu erleichtern, hatte Seine Majestät der Kaiser von Rußland den Grafen v. Morny mit seinem ganzen Gefolge nach Peterhof, wo gerade alle Großfürsten mit ihren Gemahlinnen und Kindern vereinigt waren, sehr huldreich einladen und ihm den nahen dabei liegenden englischen Palast zur Wohnung einräumen lassen. Der Empfang, den der Graf vom Kaiser sowohl, als vom Großfürsten Konstantin erfuhr, war äußerst zuvorkommend. Bei einem Familienballe, der am Abend des Audienztages in Peterhof zu Ehren des Geburtsfestes der Kaiserin Mutter und des Namensfestes des Großfürsten Nikolaus gegeben wurde, hatte Graf Morny die Ehre, den Ball mit Ihrer Majestät der Kaiserin zu eröffnen und nachher noch mit der Gemahlin des Großfürsten Konstantin und der Großfürstin Alexandra Josephowna zu tanzen. Beim Souper nahm der französische Gesandte den Ehrenplatz zur Rechten der Kaiserin ein. Ich muß hinzufügen, daß der französische Gesandte und sein Gefolge die einzigen diplomatischen Personen waren, die die Ehre hatten, diesem Familienfeste beizuwohnen. Diese zuvorkommende Behandlung von Seiten aller Mitglieder der kaiserlichen Familie dauerte während der ganzen Zeit des Aufenthalts der Gesandtschaft in Peterhof fort. Diese ausgezeichnete Zuvorkommenheit ist um so bedeutungsvoller, wenn man daneben das hämische Lächeln und die Schadenfreude stellt, mit welcher die russische hohe Welt den Unfall des Fürsten Esterhazy mit den vergessenen Beglaubigungsbriefen bespricht, wodurch derselbe um seinen Vorrang gebracht wurde. (Sch. M.)

* Paris, 20. August. Der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserl. Prinz verließen gestern Abend um 6 Uhr Paris, um sich nach Biarritz zu begeben. Der Orleans-Bahnhof war zum Empfang II. MM. prachtvoll dekorirt. Ein Bataillon Linien-Infanterie bildete Spalier, und die vor dem Bahnhofe dicht gedrängte Menge begrüßte die hohen Reisenden mit dem wiederholten Rufe: „Es lebe der Kaiser, die Kaiserin, der kaiserl. Prinz!" Alle in Paris anwesenden Minister, der Seine- und Polizei-Präfekt und die Bahn-Administratoren erwarteten II. MM. am Einsteigeplatz. Der kaiserl. Convoi, den die Gesellschaft Ihren Majestäten anbot, besteht aus 5 Waggons, mit Speisesaal, Schlafzimmer und 2 Salons, wovon der eine offen ist und eine Blumenterrasse bildet. Alle diese Gemächer stehen mit einander in Verbindung und vereinigen Bequemlichkeit mit Reichthum und Eleganz. Den Zug führte der Ingenieurs-Chef der Gesellschaft Herr Polenceau, und der Präsident sowie mehrere Mitglieder des Verwaltungsrathes begleiteten Ihre Majestäten bis Bordeaux.

* Eine telegr. Depesche vom 18. d. meldet dem Marschall-Kriegsminister, daß die letzten französischen Orienttruppen Konstantinopel verlassen hatten, und daß Militär-Kommandant General Pariset selbst und sein Stab sich am 18. einschiffte, so daß nun die Türkei vollständig geräumt ist.

* Die seit einigen Tagen im Befinden des Hrn. Regnault bemerkliche Besserung hält an und läßt eine baldige Herstellung hoffen.

* Eine Privat-Korrespondenz des „Constitutionnel" aus Gibraltar vom 9. d. meldet: „Am 8. d. um 5¼ Uhr Abends landete Se. k. Hoh. der Prinz Adalbert von Preußen zu Waterport, wo sie vom preuß. Generalkonsul Hrn. Wormann empfangen und in's Hotel des „Club-House" geführt wurden. Die Leichen des unglücklichen Lieutenants Niesemann und der 3 Matrosen wurden von der Corvette in Barken gebracht und um 6½ Uhr an's Land gesetzt, wo sie von einem Trauerzuge empfangen wurden, der sich, nachdem das Gewehr präsentirt worden war, in nachstehender Ordnung in Bewegung setzte: 100 Mann des 92. Hochschotten-Regiments, die preußische Truppe mit umgekehrten Gewehren, und die Musik einen Trauermarsch spielend. Sodann kam die Leiche des Lieutenants Niesemann auf einer mit der preuß. Fahne bedeckten, von 4 schwarzen Maulthieren gezogenen Bahre. Artillerie-Soldaten zu Pferd bildeten die Eskorte, und 6 englische und 2 französische Offiziere hielten das Leichentuch. Hierauf folgten die gleichfalls mit der preuß. Flagge bedeckten Leichen der 3 Seeleute. Jeder der Särge wurde von 9 ihrer Kameraden getragen. Sodann folgten die Unteroffiziere und Soldaten des „Danzig" und die Matrosen der englischen Schaluppe „Vesuve". Se. Hoh. Prinz Wilhelm v. Hessen führte den Trauerzug, die Offiziere des „Danzig", des „Vesuve" und des französ. Dampfers „Phönix", die englischen und fremden Konsuln hatten sich ihm angeschlossen, und der Gouverneur von Gibraltar und sein Stab schlossen den Zug. Diese imposante Ceremonie hatte von der Stadt eine zahlreiche Menge herbeigezogen, die dem Zuge bis zum Kirchhofe folgte und der Beerdigung beiwohnte. Die 5 verwundeten Seeleute des „Danzig" wurden in's Marine-Spital gebracht. Diesen Morgen wurden 7 andere Matrosen und ein Offizier dahin geführt." (Wenn auch unglücklich, war diese erste Waffenthat der preuß. Flotte nichtsdestoweniger ehrenvoll und ist diese auch stark genug, eventuell die einem preuß. Prinzen widerfahrene Unbill rächen zu können. Unwillkürlich denkt man bei diesem Anlaß wehmüthig an die schönen Anfänge einer deutschen Flotte und an ihren episoden Verkauf durch ... Hrn. Fischer!)

* Erzbischof von Paris hat eine Kommission eingesetzt, um in der Diözöse die Einführung der römischen Lithurgie vorzubereiten.

Spanien.

Aus Madrid schreibt man unterm 14. August: „Die Lebensmittelfrage steht fortwährend obenan, da die Nachrichten aus mehreren Provinzen höchst traurig lauten. Der Provinz Caceres droht förmliche Hungersnoth. Zwei Deputirte sind in Begleitung des Cortesmitglieds Mortemart hier angelangt, um die Regierung um Hülfe anzugehen. Der Minister des Innern hat kräftigsten Beistand versprochen und einstweilen eine Geldunterstützung bewilligt. Die Stadtbehörde von Valladolid, dem Mittelpunkt der sonst kornreichen Provinz, hat der Königin eine Adresse eingeschickt, worin versichert wird, daß es gänzlich an Korn fehle. Im Escurial hatte man vorgestern nicht Waizen genug für die nächsten zwei Tage. Vor den Bäckerläden raufte man sich um das Brod. Trotz dieses Mangels dauerten, namentlich in Andalusien, die Brandstiftungen fort. Zu Buendia verbrannte man mehr als 200 mit Korn beladene Wagen; zu Andujar mehrere Gebäude und 8000 Olivenbäume; zu Cordova den Palast des Marquis v. Bemajemi und

seinen unweit gelegenen Meierhof mit der ganzen Ernte; zu Jaen 200 Oliven- und 400 Mandelbäume; zu Lucena das Stadthaus, wobei der Bürgermeister schwer verwundet wurde. Zu Sevilla wurde die Niederbrennung der Gasfabrik nur mit Mühe verhindert."

Madrid, 14. August. Die „Gaceta" veröffentlicht ein (durch den Telegraphen schon unbestimmt gemeldetes) Zirkular des Ministers des Innern an die Gouverneure gegen die Wiedereinsetzung der Korporationen in den Städten und Provinzen von reaktionärer Farbe, welche durch die Revolution im Juli 1854 beseitigt wurden, sowie auch gegen die Absetzung von Alcalden bei Erhaltung der Korporationen. Wie es scheint, hat sich die Regierung zu den in einzelnen Stellen gegebenen Erklärungen veranlaßt gesehen, um Besorgnisse über Reaktion zu beschwichtigen. Der Minister erklärt: die Regierung habe mit großem Widerwillen erfahren, daß ihr Zirkular vom 26. Juli 1856 (in Betreff aufständischer Korporationen) nicht gut begriffen und genau ausgeführt sey. Dann heißt es weiter:

„An einigen Orten sind nach den der Regierung zugekommenen Mittheilungen die Korporationen wieder hergestellt, welche in Folge der Juli-Ereignisse 1854 beseitigt wurden, als wenn die gegenwärtige Lage die damals herrschende Politik fortsetzen sollte, und als die Erinnerung an gewisse Thatsachen und beklagenswerthe Ereignisse, welche damit in Verbindung stehen, nicht einen offenbaren Gegensatz zu den umfassenden Zwecken darböte, welche die gegenwärtige Regierung zu verwirklichen sich vornimmt. An andern Orten sind ausschließlich die Alcalden abgesetzt, so daß ein beschränkter und verhaßter Charakter der Persönlichkeit den Vorsichtsmaßregeln eingeflößt ist, die nach Absicht der Regierung nur durch unparteiische und höhere Rücksichten auf die öffentliche Ordnung eingegeben werden sollten. Endlich hat es auch nicht an Orten gefehlt, worin mit Verletzung des Buchstabens und der Tendenz des erwähnten Zirkulars Personen derselben und bestimmten Farbe an die Stelle der aufgelösten Korporationen eingesetzt wurden. In Folge dieser Thatsachen befiehlt Ihre Majestät u. s. w."

Es folgen die Befehle über Auflösung der wieder eingesetzten Korporationen von 1854, und deren Ersetzung nach Art. 3 des Zirkulars vom 20. Juli durch „Personen, welche durch Besitz, Rechtschaffenheit und Liebe zur Ordnung bekannt sind, ohne Rücksicht auf politische Farbe;" ferner über Wiedereinsetzung der beseitigten Alcalden. Alsdann heißt es weiter:

„Ich halte es für nutzlos hinzuzufügen, daß die Regierung fest entschlossen, die erschütterte Kraft dem Prinzip der Autorität zurückzugeben, und nicht zu gestatten, daß man es ungestraft verletzt, über die strenge und ausdauernde Erfüllung aller von ihr getroffenen Vorkehrungen wachen, und mit strenger unerbittlicher Hand alle Versuche erdrücken wird, durch welche das Land wieder in den Zustand der Verwirrung und Unordnung gerathen würde, aus welchem es glücklicherweise herausgekommen ist. Der politische Gedanke, welchen die Regierung zu verwirklichen sich vorsetzt, begreift alle mit dem monarchisch-konstitutionellen und regierenden System verträglichen Meinungen. Wie die Regierung jede Gemeinschaft mit Lagen zurückweist, welche früher verschwunden sind, kann sie eben so wenig gestatten, daß unter dem Schutz ihrer Mäßigung und Toleranz auf's neue jene Einflüsse vorherrschen, welche kürzlich die Sache der Ordnung, der Gesellschaft und der Freiheit bloßstellten. Diejenigen, welche durch Beweggründe, wie sie sicherlich nicht zum allgemeinen Besten führen, von Restaurationen träumen, nicht denen der Prinzipe, sondern der sowohl unheilvollen, wie absurden egoistischen Interessen, welcher Art auch die von ihnen aufgepflanzte Fahne seyn mag, können darauf rechnen, daß die Regierung unwiderruflich entschlossen ist, jede Art von Machinationen zu vereiteln, welche die Führung der öffentlichen Geschäfte in die Repräsentation oder den ausschließlichen Gewaltbesitz irgend einer politischen Partei zu verwandeln streben."

Schließlich verweist die Regierung auf die Verantwortlichkeit ihrer durch die Ereignisse hervorgerufenen Stellung, und erklärt: daß sie einen unverzeihlichen Irrthum, ja ein Verbrechen begehen würde, wenn sie, so lange der Tag noch nicht komme, an welchem sie das ihrer Verwahrung übergebene heilige anvertraute Gut unverletzt und sicher zurückgeben könne, „die Macht in die Hände der Faktionen niederlegen würde, die sie zu deren Zügelung ausüben müsse," und wenn diese Macht durch unheilvolle und willkürliche Energie auflösender und anarchischer Kräfte ersetzt werden sollte.

† Madrid, 16. August. Ueber die Lösung, welche die Regierung den politischen Fragen geben wird, ist etwas Zuverlässiges noch nicht bekannt, doch soll in den letzten Ministerberathungen so ziemlich beschlossen worden seyn, die Constituante aufzulösen, — die unvollendete Constitution zurückzuziehen und jene von 1845 zu promulgiren. Der Herzog von Medina-Celi widerlegt in einem im „Diario espagnol" veröffentlichten Schreiben die vom belgischen Journal „Indépendance" den Truppen, welche sich am 15. und 16. Juli im Salon seines Hotels befanden, aufgebürdeten Thaten; ebenso leugnet er, von der Regierung irgend eine Vergütung für an seinem Palast geschehene Beschädigungen gefordert zu haben. Zwei biscay'sche Deputirte sind nach Paris abgereist, um dem Kaiser das Naturalisations-Dokument des Prinzen Napoleon als biscay'schen Bürger zu überbringen. Das Dokument ist auf Pergament geschrieben, mit dem großen Siegel der biscay'schen Seniora gesiegelt und mit einem Kranze der französischen und spanischen Farben umgeben.

Madrid, 17. August. Die „Epoca" berichtet, daß der Militär-Gouverneur von Madrid, General Pierrad, und eine Kompagnie Jäger de las Navas nach Albacete abgingen, um den Prinzen Adalbert von Bayern zu empfangen. Eine Génie-Kompagnie und der Generalkapitän werden Se. k. Hoheit am Bahnhof erwarten. Ein Journal — sagen „Las Novedades" — bemerkt, daß im Hochzeits-Ceremoniell des Prinzen Adalbert der Cortes mit keinem Worte erwähnt sey, und das ganze Dokument in einem nicht konstitutionellen Staat geschrieben scheint.

Portugal.

* Die „Espagna" bringt Nachrichten aus Lissabon: „Die Ruhe in dieser Hauptstadt ist wieder hergestellt; die Truppen jedoch noch in den Kasernen konsignirt. Nach den von den Agitatoren an den Straßenecken angeschlagenen Proklamationen bezwecken sie, sich zu vereinigen, um im Namen des Volks eine Adresse einzureichen, und Maßregeln zur Verminderung der Preise der nöthigsten Lebensbedürfnisse zu fordern.

Rußland und Polen.

Das Moskauer Krönungszeremoniell ist nun vom Kaiser bestätigt worden. Dasselbe zerfällt, wie bereits gemeldet worden, in 5 Abtheilungen. Ueber die zwei ersten, den feierlichen Einzug in Moskau und die Kundmachung des Krönungstages, ist bereits ausführlich berichtet worden. Die dritte Abtheilung betrifft die Ausschmückung des Ußpenski-(Himmelfahrts-) Doms, in welchem die Krönung stattfindet. Folgendes ist der Wortlaut des Zeremoniells über diesen Gegenstand, wie ihn die „N. Preuß. Ztg." mittheilt: „In der Ußpenski-Domkirche wird ein Baldachin aus karmoisinrothem Sammet mit Aufschlägen von Goldsilberstoff (Glaset), geschmückt mit goldenen Borten, Fransen, Schnüren und Quasten errichtet werden. Der Vorhang ist von Goldstoff (Partscha), das Karnies von vergoldetem Schnitzwerk mit vergoldeten kais. Kronen an seinen Ecken und vergoldeten Adlern in der Mitte jeder seiner 4 Seiten. An den vorzüglichsten Schnitzwerken Straußfedern in den Reichsfarben; in der Mitte jeder Seite des Behanges Wappenschilder mit den kronengeschmückten Namenszügen Sr. kais. Majestät; in den Ecken des Behanges goldene Adler, an den Festons desselben Kreuze aus Goldglaset. Am Plafond des Baldachins das kais. Wappenschild mit den Wappen der Reiche Kasan, Astrachan, Polen, Sibirien, Cherson-Taurien und Grusien, so wie den Abzeichen der Großfürstenthümer Kiew, Nowgorod, Wladimir und Finnland und der im kais. Titel genannten Herrschaften. In den Ecken des Plafonds der verschlungene Namenszug des Herrn und Kaisers unter der Krone und rings um jeden der Namenszüge die Ordenskette des h. Apostels Andreas, des Zuerstberufenen. Unter dem Baldachin ist ein Thron von karmoisinrothem Sammet mit Goldborten aufgeschlagen. Die zwölf zu ihm führenden Stufen sind durch vorspringende Absätze in zwei Abtheilungen gesondert. Rings um den Thron und an den Seiten der Stufen bis unten hinab läuft ein goldenes Geländer; oberhalb und unterhalb der Stufen vier goldene Adler auf Pfeilern. Auf einer besonderen, mit karmoisinrothem Sammet und Goldborten beschlagenen Erhöhung in der Mitte des Thrones der Thronsitz Czar Johann's III. für Se. kais. Maj. und der Thron Czar Michaels Feodorowitsch für die Herrin und Kaiserin Maria Alexandrowna. Links davon die mit karmoisinrothem Sammet, Borten und Fransen beschlagene Tafel mit den kais. Insignien, mit Goldstoff (Partscha) und eben solchen Fransen behangen. Rechts vom Throne unter einem Baldachin der Thronsitz des Czaren Alexis Michaelowitsch für die Herrin und Kaiserin Alexandra Feodorowna. Der Baldachin ist von karmoisinrothem Sammet mit Goldstoffbehängen und der goldenen Krone darüber; an den Ecken, von Goldschmuck gehalten, Straußfedern in den Reichsfarben. In der Mitte jeder Seite des Behanges, unter Kronen und von der Ordenskette des h. Andreas, des Zuerstberufenen, umschlossen, der goldverschlungene Namenszug Ihrer kais. Majestät. An den Ecken des Behanges goldene Adler; am Saume Verzierungen von Goldstoff (Glaset), Fransen und Quasten. Der Plafond des Baldachins ist von karmoisinrothem Sammet, darin das kais. Wappen in Goldstickerei, am Saume Verzierungen von Goldstoff (Glaset) und

Schnüren. In den Ecken des Plafonds der Namenszug Ihrer kais. Majestät mit der Ordenskette des h. Andreas, des Zuerstberufenen, und Kronen. Ein gemeinschaftlicher kaiserlicher Sitz wird im Dome hergestellt werden, von Außen mit karmoisinrothem Sammet, Goldborten und Fransen, von Innen mit Goldstoffen (Pratscha) behangen, auf dessen Mitte sich das kleine kaiserliche Wappen befindet. Die beiden Säulen des Domes, zwischen welchen der Thron errichtet ist, werden zur Höhe des Baldachins mit karmoisinrothem Sammet drapirt und mit Goldkarnies, Fransen und Quasten versehen werden. An der Drapirung Adler von getriebenem Golde. An zwei andern Säulen des Domes befindet sich rechts ein mit karmoisinrothem Sammet und Goldborten beschlagener Platz für die Allerhöchsten Personen mit besonderem Aufgang und vergoldetem Geländer; links, ein wenig niedriger als der erwähnte Platz, ein mit hochrothem Tuch und Goldborten behangener und mit vergoldetem Geländer versehener Platz für Ehrenpersonen. An den Wänden des Domes die mit hochrothem Tuch und Goldborten beschlagenen Plätze für die fremden Gesandten und Gesandtinnen, Hofdamen und übrigen Personen. Die Plätze für die Geistlichen und Sänger, die Stufen vor dem Altar und der Fußboden der Kirche sind ebenfalls mit hochrothem Tuche belegt. Außerhalb der Kirche sind Zuschauerplätze längs des Gitters am Iwanowski- u. Blagoweschtschenski- (Mariä-Verkündigungs-) Dome, und zwischen letzteren und der rothen Freitreppe ebenfalls mit rothem Tuche belegt. (Schw. M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Rotterdam, 16. August. Gewürze ohne Umsatz.

Gute Zante-Korinthen 48 fl., schöne 53 fl. Smyrna-Rosinen 26 fl.

Indigo sehr fest. Krapp gesucht und wenig am Markt. Domingo Blauholz loko 3½ fl., schwimmend 3⅜ fl. Laguna 5⅛ fl.

New-Yorker neue Potasche 24 fl., Petersburger 19¼ fl.

Banka-Zinn wird auf 74 fl. gehalten, in Posten dürfte aber zu 73¾ fl. zu kaufen seyn. Stolberger Blei 13¾ fl., Bleiberger 13½ fl.

Fellwaaren still. Brauner Berger Thran 54 fl., blanker 63 fl. Prima Palmöl mit 25¾ fl., do. Nr. 1 mit 25 fl. bezahlt. Am 3. Septbr. kommen 210,000 Kil. zur Versteigerung.

Frankfurt, 21. August. Darmstädter Bankaktien beider Gattungen wurden zwar etwas niedriger umgesetzt, schlossen jedoch fest, auch span. Fonds und bayerische Ostbahn wurden etwas höher bezahlt. Rhein-Nahe Eisenbahnaktien waren ebenfalls beliebt. Nassauer 25-fl. Loose wurden dagegen bedeutend billiger abgegeben.

In Norddeutschen Bankaktien war das Geschäft heute sehr träge; ein unbedeutendes Pöstchen wurde zu 107¾ abgegeben, dieselben blieben jedoch zu 107¼ offerirt, die Kauflust für dieses Papier scheint für hiesigen Platz aufgehört zu haben. — Züricher Kreditaktien wurden zu 104¾ verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83⅝ P. 83⅜ G. 5pCt Lombard-Ven. 90½ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 82 P. 81¾ G.; à 5pCt. in Silberb. R. 90⅜ P. 89⅞ G.; à 4½pCt. 72⅛ P. 71⅞ G.; à 4pCt. 64½ P. 64 G.; à 2pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16½ P. 16¼ G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59½ P. 59 G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼ P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88⅝ G.; 4pCt. 94¾ P. 94¼ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101⅝ P. 101⅜ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91⅛ P. 90⅞ G.; 4½pCt. 103 P. 102¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83½ P. — G.; à 3½pCt. 92 P. 91½ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39¾ G.; 1pCt. neue 21 15/16 P. 21 13/16 G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1283 P. 1278 G. Neue Bankaktien 405 P. 400 G. Credit-Actien à 5pCt 248 P 246 G. Darmstädter Bankaktien alte 423 P. 421 G.; junge 372 P. 370 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 547 G. Mitteldeutsche Creditbank 108⅞ P. 108⅝ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117½ P. 117 G. Frankf. Bankaktien 119¼ P. 118¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 288 P. 286 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 146¾ P. 146¼ G. Neustadt-Weissenb. 108¼ P. 107¾ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104⅞ P. 104⅝ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 61¾ P. 61¼ G. Taunus-Aktien 318 P. 314 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 87½ P. 87 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¼ P. 82¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100⅝ P. 100⅜ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 125 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105⅞ P. 105⅝ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 115½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50 P. 49¾ G. Darmst. Loose à fl. 50 118¼ P. — G. à fl. 25 34¼ P. 34 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40¾ P. 40¼ G. Nass. Loose à fl. 25 33 P. 32½ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 46 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87½ P. 87 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅜ P. 100⅛ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118½ P. 118¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G	Mail. i.S.Lr. 250 k.S 100¾ P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S 93½ P. 93¼ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93½ P. 93¼ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96⅜ P. 96⅛ G.	Wien fl. 100 C. k S. 116½ P. 116¼ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛ P 88⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅜ P. 116⅛ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 21. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅞; 5pCt. Metall. 84 3/16; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 126⅞; von 1854 108¾; Bankaktien 1095; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 394; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 585; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2866¼. Wechselkurse: Augsburg uso 102¾. London 10. 3 B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München, 21. August. (Privat-Korrespondenz.) Die Ankunft Ihrer Maj. der Königin ist diesen Abend mit dem Eilzuge der Eisenbahn erfolgt. Die erlauchte kgl. Frau erfreut sich des besten Wohlseyns. Se. Maj. der König treffen erst morgen Abend hier ein und demzufolge ist auch die Abreise der königl. Maj. nach Berchtesgaden, die am Sonntag erfolgen sollte, auf Montag verschoben werden. II. MM. werden während des kurzen Aufenthalts nicht, wie bestimmt war, in Nymphenburg, sondern in der kgl. Residenz dahier wohnen und deßhalb sind auch Ihre kgl. Hoheiten der Kronprinz und Prinz Otto heute von Nymphenburg hieher übergesiedelt. — Vorgestern ist der kgl. Kriegsminister Generalmajor v. Manz aus Marienbad wieder hier eingetroffen. Derselbe hat sich noch auf kurze Zeit nach dem nahen Starnberg begeben und wird erst am 1. Sept. sein Portefeuille wieder übernehmen. — In den nächsten Tagen sollen durch allerhöchstes Reskript mehrere Beförderungen in der Artillerie zu erwarten seyn.

Paris, 21. August. Wie der heutige „Moniteur" berichtet, hat der Kaiser befohlen, daß eine erste Vertheilung der zu Gunsten der durch die Ueberschwemmungen Beschädigten erfolgten Unterzeichnungen geschehen soll; die Vertheilung wird ein Zehntel der nach den amtlichen Abschätzungen erlittenen Verluste betragen. (K. Z.)

Konstantinopel, 15. August. Die Unionspartei der Donaufürstenthümer hat der hiesigen Diplomatie einen Prinzen von Schweden, von Belgien oder von Savoyen vorgeschlagen. Zu den 500 Mill. Kapital der Nationalbank, jede Aktie zu 3000 Piaster, sind gegen 300 Millionen bereits unterzeichnet. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Athen, 16. August. Türkische Räuberbanden sind zurückgeworfen. Die Nationalbank hat der Regierung 2 Millionen Drachmen zur Hebung des Ackerbaues angeboten, gegen 6pCt. Zinsenvergütung. Die Westmächte sollen Kommissäre zur Finanzregulirung herschicken. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 235.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 24. August 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 21. August. Als ich vor zwei Tagen in einem hiesigen Blatte las, daß an dem Deroydenkmal, vor welchem man zu jeder Stunde des Tages Personen aus allen Ständen versammelt sieht, die Sporen verkehrt angeschnallt seyen, hielt ich es für unglaublich, daß auch Künstler ein solches Versehen begehen könnten. In der That ist es aber so: die Sporen zeigen sich nämlich statt auf der äußern, an der innern Seite angeschnallt. In jener Zeit, als Graf Deroy lebte, hat man die Schnallen wie jetzt noch auf der äußern Seite angeschnallt. — In Anerkennung der Nothwendigkeit einer weiteren Anstalt zur Erziehung verwahrloster Jugend, worin die Zöglinge unter geistlicher Leitung in heilsamer Zucht und Ordnung zu einer thätigen Lebensweise gewöhnt, zu guten Christen erzogen und zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft herangebildet werden, hat der hochw. Herr Abt von St. Bonifaz in den Klostergebäuden zu Andechs eine neue solche Erziehungsanstalt gegründet, welche heute eröffnet worden ist. Zunächst für Oberbayern heimathberechtigte Kinder bestimmt, wird das unter die Leitung der Herren Benediktiner gestellte Institut auch eine bestimmte Anzahl verwahrloster Kinder aus der hiesigen Anstalt aufnehmen, was um so anerkennenswerther ist, als die hiesige Anstalt einer gesicherten Leitung durch eine geistliche Korporation entbehrt und den Kindern auch nicht die Gelegenheit zu ländlicher Beschäftigung und Lebensweise bieten kann. Da Beides in Andechs vorhanden ist, wird die dortige neue Anstalt gewiß von den segensreichsten Folgen begleitet seyn. Mögen nur auch recht viele edlen Menschenfreunde sich finden, welche durch milde Gaben diesen zeitgemäßen Instituten recht kräftig unter die Arme greifen. — An den Vorbereitungen zur Durchführung der theilweisen Gerichtsorganisation wird sehr eifrig gearbeitet. Ein geheimer Ministerialsekretär bereist gegenwärtig die sieben diesrheinischen Provinzen, um die Gebäude ausfindig zu machen, theils abzulösen, theils neu zu erwerben, in welche die Bezirksgerichte verlegt werden. In Schwaben und Neuburg hat er bereits seine Kommission vollendet und befindet sich gegenwärtig in Niederbayern. Für jede Provinz sind ihm ungefähr 10 Tage bestimmt. (Augs. Postz.)

Preußen. Berlin, 20. Die heutige „Voss. Ztg." bringt, aus der Feder von Hans Wachenhusen, einige nähere Nachrichten über die maroccanischen Riff-Piraten, aus denen wir, als für den Augenblick besonders interessant, Nachstehendes herausheben: „Als ich zu Anfang Juni d. Js. die spanische Küste von Malaga aus befuhr, waren die kleinen Küstenfahrer sowohl in Malaga als in Gibraltar und Cadix wieder in großer Besorgniß vor den Riffianern, die während des Frühjahrs verschiedene Schiffe angefallen und geplündert, auch die Mannschaft entweder über die Klinge haben springen lassen, oder in's Gefängniß geschleppt hatten; man fürchtete die östliche Küste Marocco's wie eine Räuberhöhle, ja, in Malaga erzählte man, daß verschiedene Fahrzeuge der Riffianer sich in der letzten Zeit ungenirt bis an den Hafen gewagt hätten, zu dem offenkundigen Zweck, hier nach Beute zu suchen. Es ist mir unbekannt, welchen Erfolg die Reklamationen Spaniens bei den maroccanischen Behörden fanden, ich erinnere mich jedoch gelesen zu haben, daß diese ihr Zugeständnisse machten, und man sich Mühe gab, die Sache auszugleichen; auch zwischen England und Marocco wurde während der Zeit wegen Kaperung eines englischen Fahrzeuges ein Hühnchen gepflückt, gleichzeitig jedoch auch wegen des Lösegeldes für den geraubten Schiffskapitän verhandelt. Welchen Ausgang die Sache genommen hat, das ist mir unbekannt, da ich bald darauf ein Terrain betrat, auf welchem Zeitungen durchaus nicht zum Bedürfniß gehören. Auf dem Weg von Cadix nach Tanger hatte ich Gelegenheit, mit dem französischen Geschäftsträger in Tanger, der sich mit mir an Bord des „Phare" befand, über diese Dinge zu sprechen; da ich die Absicht hatte, durch Marocco nach Algerien, namentlich in die Sahara zu gehen, mußte mir daran gelegen seyn, über die Verhältnisse des Landes Erkundigungen einzuziehen, die aber leider von der Natur waren, daß sie mir jede Hoffnung, Marocco nach dieser Richtung hin zu durchstreifen, gänzlich abschnitten. Die Mittheilungen des französischen Geschäftsträgers wurden mir auch in Tanger von zwei andern Konsuln bestätigt; man sagte mir, der Weg durch den Riff sey so unmöglich, daß selbst der Kaiser von Marocco, wenn er die Absicht hätte, seine Riffianer zu besuchen, eines Geleitbriefes von Seiten des Marabout der Riffstämme bedürfe, da einzig und allein dieser Schutzbrief des Marabout vor Anfällen und Plünderungen zu schützen vermöge. Da ich nun nicht einmal der Kaiser von Marocco war, so zog ich es vor, meine Haut nicht zu Markte zu tragen, sondern zu Schiffe entlang zu gehen und von dem nächsten französ. Posten Djoma-Ragaouat (Nemours), sieben Stunden von der maroccanischen Gränze, meinen Weg nach dem Innern zu nehmen, — ein Weg, der ebenfalls von den Offizieren meines Schiffes noch als sehr gefahrvoll geschildert wurde, weil eben die Riffstämme gewohnt seyen, ihre Razzias über die Gränze hinaus in die Provinz Oran zu machen . . ." Herr Wachenhusen glaubt, daß die Franzosen bereits seit längerer Zeit eine Expedition gegen die Riffianer vorbereiten. Ohne Zweifel wird die neue verrätherische Gewaltthat gegen die preuß. Flagge und den preuß. Prinzen dahin führen, die Ausrottung des von den Seemächten schon viel zu lange geduldeten Piratenwesens zu beschleunigen.

* **Freie Städte.** Frankfurt, 22. Aug. (Pr.-Korr.) Nach dem gestern in der Generalversammlung der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde erstatteten Rechenschaftsberichte betrug am 25. Juli v. J. die Seelenzahl derselben 749. Während des Jahres sind 38 hinzugekommen, worunter 15 neu übergetretene Personen sich befinden; 4 sind gestorben. Mithin beträgt der jetzige Stand der Gemeinde 783 Seelen. Das Gemeindevermögen hatte sich im abgelaufenen Rechnungsjahre um beinahe 3000 fl. vermehrt.

Oesterreich. Wien, 20. August. Im Laufe der letzteren Zeit sind der Regierung wieder von mehreren Seiten Gesuche um Bewilligung von Aktienunternehmungen unterbreitet worden, von denen jedoch die Mehrzahl abschlägig beschieden wurde, da die Regierung gegenwärtig von dem Grundsatze ausgeht, daß vorerst den bestehenden und erst ins Leben tretenden Unternehmungen eine Periode der ruhigen Entwickelung gegönnt und die Unterbringung der vielen Tagspapiere in feste Hände abgewartet werden müsse, ehe man zu neuen Aktienemissionen die Konzession ertheilt. (Fr. Pstz.)

Belgien.

Antwerpen, 20. August. Das gestern Abends stattgehabte venetianische Fest beschloß auf glänzende Weise den Cyklus unserer Feierlichkeiten. Nachdem Nachmittags eine Cavalcade vor der königl. Familie vorbei defilirt, die weniger durch ihren Reichthum und ihre Pracht, als durch das darin vorwaltende komische Element, das den früheren vlaemischen Traditionen so sehr entspricht, die Menge ergötzte, und selbst der Herzogin von Brabant und der Prinzessin Charlotte manches Lächeln entriß, drängte und stürzte sich eine zahllose Menge nach dem Hafen hinaus, wo sich gegen Abend ein wahrhaft feenhafter Anblick den erstaunten und geblendeten Blicken bot. Ein Feuermeer, vom Kopf von Flandern an, bis tief hinunter an den beiderseitigen Ufern. Hier Theerlonnen, die durch ihre rothe Gluth mit dem von Zeit zu Zeit aufflackernden bengalischen Feuer einen, ich möchte fast sagen, schrecklich schönen Eindruck machten dort unzählige, mit chinesischen Laternen, Feuerballons aller Art schimmernde kleine Boote in der Mitte des Stromes, imposante große Dampfschiffe vorbei segelnd, deren Seitenwände von Lichtern strahlten und deren Masten und Segel sich leuchtend auf dem dunkeln Horizont abzeichneten. Dabei das beständige Rollen der Kanonen, die von allen Schiffen erschallende Musik,

die tausendfältige Wiederholung der Nationalhymnen, in welche die Menge begeistert einstimmte, den sprühenden Feuerregen der römischen Raketen, und endlich zum Schlusse des Ganzen das prachtvolle Feuerwerk, wozu zuletzt der Name des Königs, mit den Jahreszahlen 1831 und 1856, den Jubel und die Begeisterung der Menge bis zum Aeußersten steigerte. Der König wohnte nebst seiner erlauchten Familie bis zuletzt diesem wahrhaft magischen Schauspiel in einer eigens dazu errichteten Tribune bei. — Diesen Morgen verließen die königl. Gäste unsere Stadt und trafen, nach eben erhaltener telegr. Depesche, um 11 Uhr in Brüssel ein. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 19. August. Als die „Pariser Erklärung über das Seerecht" veröffentlicht wurde, sagte man voraus, daß die Vereinigten Staaten gegen den neuen Kodex eine sehr gefährliche Opposition machen würden. In der That verwirft die Regierung der Vereinigten Staaten den ersten der vier Erklärungspunkte, die Abschaffung des Kaperwesens, unbedingt, die andern drei ist sie gern bereit zu unterschreiben; allein da der Pariser Kongreß die vier Punkte als ein „untrennbares" Ganze hingestellt hat, so kommt die entschiedene Verwerfung des ersten Satzes einem Protest gegen das Ganze gleich. — Diese interessante Nachricht theilt der „Advertiser" mit. Mr. Marcy, der amerikanische Staatssekretär, hat eine Note an Hrn. v. Sartiges, den französischen Gesandten in Washington gerichtet, deren Inhalt im Obigen vollkommen erschöpfend angegeben ist.

Die Gründe, warum Amerika am Kaperwesen festhält, sind keinem Kundigen ein Geheimniß; man braucht nur zu wissen, daß die Republik eben so wenig eine stehende Kriegsflotte wie eine stehende Landmacht hat, um ihre Ablehnung begreiflich zu finden. Trotzdem hat Mr. Marcy's Motivirung ein hohes Interesse, und wir werden uns daher einige Auszüge aus dem ungewöhnlich langen Aktenstück erlauben. Mr. Marcy bemerkt, daß es nur zwei Verträge gibt, in denen die Kontrahirenden sich verpflichteten, keinen Gebrauch vom Kaperrecht zu machen, und beide seyen in der Praxis todter Buchstabe gewesen; den einen schloß der König von Schweden mit Holland im Jahre 1675, den andern der König von Preußen mit den Vereinigten Staaten 1785; der letztere wurde 1799 erneuert, aber mit Weglassung der gegen die Kaperei gerichteten Klausel. Er führt darauf zwei französische Autoritäten, Valin's Kommentar zur Ordonanz von 1681, und Pistoye et du „verdu" des „Prises Maritimes," für den Gesichtspunkt an, von welchem die Kaperei als ein rechtmäßiges Kriegsmittel zu betrachten ist, welches gleich andern Kriegsmitteln gewisse Uebelstände mit sich bringe, allein Uebelstände, ohne die der Krieg überhaupt undenkbar sey, und die durch wichtige Vortheile aufgewogen werden. Da der Kongreß seinen Beschluß nicht näher motivirt hat, so setzt Mr. Marcy voraus, daß sich die Vertreter der europäischen Mächte lediglich von Rücksichten der Menschlichkeit und Religion bestimmen ließen. In diesem Falle seyen sie jedoch auf halbem Wege stehen geblieben. Sie hätten konsequenter Weise erklären müssen, daß das Privateigenthum des Feindes, wenn es nicht Kriegsschmuggel ist, auf hoher See für eben so unverletzlich zu gelten hat, wie zu Lande. Wenn der Kongreß diese Theorie aufstellen wollte — das gibt Mr. Marcy deutlich zu verstehen — dann würden die Verein. Staaten ohne Bedenken auch der Abschaffung des Kaperwesens ihre Zustimmung geben. Er weiß sehr wohl, daß die europäischen Seemächte, durch Anerkennung einer solchen Doktrine ihre Meerherrschaft bedeutend schwächen oder gar aufheben würden. Andererseits beruht Amerikas Stärke zur See lediglich auf der Leichtigkeit, mit der es seine zahlreichen Kauffahrer in bewaffnete Kreuzer verwandeln kann. Begäbe es sich des Rechts, diese improvisirten Kriegsschiffe gegen den Feind und dessen Handel zu verwenden, so wäre es darauf angewiesen, in die Fußtapfen Europas zu treten und eine große Kriegsflotte mitten im Frieden zu halten. Ueber diesen Punkt äußert Mr. Marcy:

„Die Verein. Staaten halten dafür, daß gewaltige Kriegsflotten und große stehende Heere als dauernde Einrichtungen der Volkswohlfahrt zum Schaden gereichen und der bürgerlichen Freiheit Gefahr bringen. Die Kosten der Instandhaltung sind eine Bürde für das Volk, sie sind in den Augen dieser Regierung bis zu einem gewissen Grade eine Drohung gegen den Frieden zwischen den Nationen. Eine große Streitmacht, die stets bereit ist, sich den Kriegszwecken zu widmen, ist eine Versuchung, sich in Krieg zu stürzen. Die Politik der Verein. Staaten ist stets und niemals mehr als jetzt gegen solche Einrichtungen gewesen; und man wird sie nie bewegen können, irgend eine Abänderung des Völkerrechts zu genehmigen, wodurch ihnen die Nothwendigkeit auferlegt würde, in der Friedenszeit eine starke Kriegsflotte oder eine große reguläre Armee zu halten. Wenn sie in die Lage kommen, ihre Rechte mit Waffengewalt vertheidigen zu müssen, so genügt es ihnen, bei dem gegenwärtigen Stand internationaler Beziehungen, in Hinsicht auf die Militäroperationen zu Lande vorzugsweise auf ein Freiwilligen-Heer, und zum Schutz ihres Handels in nicht geringem Maß sich auf ihre Handelsmarine zu verlassen. Wäre dies Land dieser Hilfsquellen beraubt, so würde es sich gezwungen sehen, seine Politik zu ändern und eine militärische Haltung vor der Welt anzunehmen."

Mr. Marcy appellirt zugleich an das Interesse der Seemächte zweiten und dritten Ranges: „Indem sie sich dem Versuch zur Abänderung des geltenden Seerechts widersetzt, blickt die Regierung der Vereinigten Staaten über ihr eigenes Interesse hinaus und umfaßt in ihrem Gesichtskreis das Interesse aller jener Staaten, welche nicht leicht Aussicht haben, seeherrschende Mächte zu werden. Ihre Stellung ist in diesem Punkt der Stellung der Vereinigten Staaten ähnlich, und für sie liegt in der Sicherheit des Handels und der Aufrechthaltung internationaler Friedensbeziehungen eine eben so starke Aufforderung wie für dieses Land, den vorgeschlagenen Aenderungen des Völkerrechts sich zu widersetzen. Für solche Staaten wäre der Verzicht auf das Kaperrecht von Folgen begleitet, die ihrer kommerziellen Wohlfahrt den größten Nachtheil und keinen entschädigenden Vortheil bringen würden. Ganz gewiß gibt es für einen solchen Verzicht keine bessern Gründe als für die Aufgebung des Rechtes, die Dienste von Freiwilligen anzunehmen; und der Vorschlag, das erstere Recht zu opfern, verdient nach dem Urtheil des Präsidenten, keine geneigtere Berücksichtigung, als ein ähnlicher Vorschlag in Bezug auf letzteres verdienen würde."

Noch deutlicher klingt die nachfolgende Stelle:

„Es sollte eigentlich nicht das geringste Erstaunen erregen, daß die starken Seemächte Willens sind, die ihnen vergleichsweise unnöthige Kaperpraxis unter der Bedingung zu opfern, daß die schwächern Mächte sich dazu verstehen, ihr wirksamstes Mittel zur Vertheidigung ihrer Seerechte fahren zu lassen. Es steht, nach der Ansicht dieser Regierung, ernstlich zu befürchten, wenn die Benutzung von Kaperschiffen aufgegeben wird, daß die Herrschaft über die Meere jenen Mächten überantwortet werden, welche die Politik befolgen und die Mittel besitzen, große Kriegsflotten zu halten. Jener Staat, der eine entschiedene maritime Ueberlegenheit besitzt, erhebt sich faktisch zum Herrn des Ozeans, und durch die Abschaffung der Kaperei würde diese Herrschaft noch mehr befestigt. Ein solcher Staat, im Kriege mit einem andern von geringerer maritimer Stärke begriffen, hätte für die Sicherheit und zur Beschützung seines Handels weiter nichts zu thun, als die Schiffe der regulären feindlichen Flotte zu beobachten. Diese könnte er mit der einen Hälfte, oder einem geringern Theil, seiner eigenen Seemacht in Schach halten, und der Rest könnte den Handel des Feindes vom Ozean wegfegen. Die schädlichen Folgen einer ungeheuern maritimen Uebermacht für die kleinern Staaten würden auch nicht sehr durch den Umstand verringert, daß vielleicht drei oder vier Großmächte sich in jene Seeherrschaft theilen würden. Es liegt ohne Frage im Interesse solcher schwächern Staaten, eine Maßregel, welche das Wachsthum regulärer Kriegsflotten befördert, zu mißbilligen und zu bekämpfen."

Frankreich.

*Paris, 21. Aug. Der „Moniteur" veröffentlicht heute einen fünf Spalten füllenden Bericht des Vizepräsidenten Rouher an den Kaiser über den Stand der gegenseitigen Unterstützungs-Gesellschaften im Jahre 1855. Aus diesem Berichte geht hervor, daß 1855, 3123 Gesellschaften mit 386,562 Mitgliedern (und zwar 41,434 Ehrenmitglieder und 345,128 Theilnehmer) bestanden. Die Einnahmen dieser Gesellschaften im Jahre 1855 beliefen sich auf 6,170,114 Franken 70 c., die Ausgaben auf 4,925,777 Franken 60 c., was einen Ueberschuß von 1,244,336 Franken 47 c. ergibt und das Reservekapital auf 14,578,318 Franken hebt.

* Ueber die Reise Ihrer Majestäten nach Biarritz veröffentlicht der „Moniteur" nachstehende Depesche:

„Biarritz, 20. August 11 Uhr 15 Min. So eben treffen Ihre Majestäten und der kaiserliche Prinz im besten Wohlseyn ein. Die Reise ging glücklich von statten."

* Ein junger Soldat des 1. Regiments der Fremdenlegion Namens Bluth, der sich in der Krim die Füße erfroren hatte und deßhalb — als zum Militärdienst untauglich — entlassen wurde, kam nach Paris in der Hoffnung eine Unterstützung zu finden. Er konnte aber nichts erlangen, als eine Marschkarte in die Heimat und beschloß deßhalb einen letzten Versuch zu machen und sich an die Gnade des Kaisers zu wenden. Bluth begab sich sohin vorgestern nach St. Cloud und war so glücklich vor den Kaiser gelassen zu werden. Bluth, ein geborner Preuße, sprach den Kaiser auf deutsch an und legte seine unglückliche

Lage dar. Der Kaiser hörte den fremden Soldaten mit der ihm eigenen Güte an, antwortete ihm in seiner Heimatssprache, gab ihm Beweise seiner Freigebigkeit und behändigte ihm die Militärmedaille, welche Bluth voll Dankbarkeit und Thränen in den Augen, sogleich neben der englischen Krim-Medaille auf seine Brust befestigte.

* Der Marseiller Hafen ist dermaßen überfüllt, daß dadurch namentlich im Ausladen von Getraide nachtheilbringende Verzögerungen entstehen. Die Behörde hat deßhalb angeordnet, daß alle Fahrzeuge, welche ausgeladen haben, den Hafen binnen 24 Stunden zu verlassen und nach dem Hafen von Frioul zu gehen haben, wo auch alle nach Marseille kommende Schiffe ihre Reihe in den Stadt-Hafen einzufahren abwarten müssen.

* Dem „annuaire militaire" für 1856 zufolge besteht die aktive französische Armee, d. h. jene, welche im Felde steht oder jeden Augenblick ausrücken kann, oder im Innern Korpsdepots oder Arbeits- und Konstruktionsateliers bildet, aus 335 Bataillonen Linien Infanterie, 44 Bataillonen leichter Infanterie, Zouaven und Tirailleurs, 386 Eskadronen Kavallerie, 245 Batterien Artillerie, welche 1470 Geschütze bedienen können, 16 Kompagnien Pontonniers, 33 Cadres von Regimentsdepots und Artillerie-Ouvriers-Kompagnien, 6 Bataillons Genie-Truppen, 2 Kompagnien Genie-Ouvriers, 7 Eskadronen Train, 5 Kompagnien Park- und Konstruktions-Ouvriers, 14 Sektionen Militär-Ouvriers.

Spanien.

† Madrid, 17 August. Die „Espana" berichtet, daß die Bande der Hierros abermals eine aus Burgos kommende Diligence anfiel. Sie bemächtigte sich einer Kiste Kleinodien und einer anderen mit 2000 Duros (90,000 Fr.), behandelte aber wie immer die Reisenden mit Rücksicht und Artigkeit, indem sie ihnen nicht einmal das Geld nahm, welches sie bei sich führten. Dieses Mal aber war das Glück den Kühnen nicht hold. Von einer der zahlreichen sie verfolgenden Truppen eingeholt, verloren die Räuber in einem Treffen den Neffen Villalain's, bei welchem man 17,000 Realen fand.

† Madrid, 17. August. Durch kgl. Dekret vom 15. ist General Don Antonio Ros de Olano in Anerkennung seiner Dienste unter dem Titel eines Grafen von Almina, Vicomte von Ros, für sich und seine rechtmäßigen Nachkommen kostenfrei in den castilischen Adelsstand erhoben. Ein zweites Dekret gleichen Datums verleiht aus demselben Grunde und unter gleichen Bestimmungen dem G.-L. Don Atanatio den Titel eines Grafen de la Pena del Moro, Vicomte von Alesón. Den Cortes, schließen die Dekrete, wird von dieser Gnadenertheilung gebührende Rechenschaft ertheilt werden.

Madrid, 20. August. Die „Gaceta" veröffentlicht ein königl. Dekret, womit dem Prinzen Adalbert von Bayern das goldene Vlies verliehen wird.

Portugal.

* Der „Gaceta" wird aus Lissabon, 11. August berichtet, daß die Regierung Vorsichtsmaßregeln traf und fest entschlossen sey, nöthigenfalls Gewalt anzuwenden. Am 9. wurden zwei Aufrührer-Cheis verhaftet. Die Regierung ordnete an, daß sie an die Gerichte ausgeliefert werden und eine Untersuchung über den Anlaß der Bewegung angeordnet werde. — Da sich auf dem Platze von Figuera Zusammenrottungen bildeten, so wurden sie aufgefordert, auseinander zu gehen, da dies nicht geschah, mit Gewalt eingeschritten. — Die Stadt ist ruhig, die Magazine offen. Alle Gutgesinnten fordern die Bestrafung derer, welche sich des Namens „Portugiesen" unwürdig machten. — Eine ernstliche Ruhestörung ist nicht zu befürchten. —

Aus Lissabon, 12. August, wird den „Times" geschrieben: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bürgerwehr, und zwar namentlich die Infanterie, geneigt war, mit den Ruhestörern gemeinsame Sache zu machen. Der König erließ deßhalb gestern ein Dekret, welches jenen ganzen Truppenkörper vorläufig unter den Befehl des Grafen da Ponte de Santa Maria stellt, welcher den Herzog von Saldanha während dessen Abwesenheit als Oberbefehlshaber vertritt. Außerdem ward verfügt, daß Gruppen von 10 oder mehr Personen mit Gewalt zerstreut oder, wenn sie 15 Minuten nach erhaltener Aufforderung nicht auseinander gegangen sind, verhaftet werden sollen. Während diese Verfügungen angenommen und gedruckt wurden, begannen gestern die Ruhestörer auf das passive Verhalten der Bürgerwehr rechnend, sich auf verschiedenen Straßen und Plätzen zu sammeln. Sie wurden jedoch am Abend von den Truppen, welche an Stelle der Bürgerwehr getreten waren, vollständig zerstreut, und um 10 Uhr war die Stadt noch ruhiger, als gewöhnlich. Die Truppen nahmen keinen Anstand, sich ihrer Säbel und Musketen, dem Gesindel gegenüber — denn so darf man die Ruhestörer wohl nennen — zu bedienen, und die Wiederherstellung der Ruhe ward mit einigen Säbelwunden erkauft, von denen jedoch, wie ich höre, keine einzige tödtliche Folgen haben wird. Man behauptet noch immer, der Pöbel sey durch politische Intriguen aufgestachelt worden, und obwohl in dieser Hinsicht keine bestimmten Beweise vorliegen, so ist es doch möglich, daß jede der Parteien, welche an's Ruder gelangen wollen, sowie die Miguelisten, die stets bei der Hand sind, wo es gilt, der Regierung Ungelegenheiten zu bereiten, unter den Ruhestörern Anhänger hatten, welche die Verwirrung für Parteizwecke auszubeuten suchten. Der französische Dampfer „Prinz Jerome" ist das einzige gegenwärtig im Tajo liegende fremde Kriegsschiff.

Nichtpolitische Zeitung.

Prag, 17. Aug. Sämmtliche Schriften Moriz Hartmann's sind hier neuerlich verboten worden. (K.Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

** Von der hessischen Bergstraße, 21. Aug. (B.-K.) Der Tabak hat sich auf die seit einigen Tagen fallenden warmen Gewitterregen noch bedeutend gestreckt. Diese Witterung ist überhaupt für die ganze noch auf dem Felde befindliche Vegetation höchst gedeihlich.

Stettin, 18. August. Das Wetter war in den letzten Tagen veränderlich, meist regnig bei kühler Luft. Die Erntearbeiten erfahren wenig Unterbrechungen, und die Berichte lauten noch immer im Allgemeinen günstig. Nur aus Dänemark werden Klagen laut, daß durch Wurmfraß der Waizen an den Wurzeln beschädigt ist und nicht viel verspricht. Der große Mangel in Portugal kann bei der Kleinheit und beschränkten Konsumtionsfähigkeit jenes Landes nicht in's Gewicht fallen.

Im Getraidegeschäft bleibt es sehr leblos, da die Spekulation in Abwartung der weiteren Entwickelung des Geschäftes zurückhaltend bleibt. Von Waizen geht noch immer Einiges nach Schottland, per Septbr.—Oktbr. ist 84 Thlr. G. Von Roggen haben wir bereits das große Quantum von 35,000 Wispel allein seewärts in diesem Jahre erhalten. In dieser Woche kamen 1774 Wspl. von Rußland. Heute ist es ziemlich unverändert wie Sonnabend. Neuer ist ziemlich gefragt, loko ist bis 63½ Thlr. bez., 82pfd. pr. August 57 Thlr. G., per Septbr.—Oktbr. 55 Thlr. Br. 54 Thlr. G., per Oktbr.—Novbr. 52 Thlr. G., per Frühjahr 50½ Thlr. G. Außer nach Schweden, wohin, wie wir bereits berichtet, kürzlich eine Ladung verkauft, fehlt Abzug von Belang fast ganz. Gerste loko fast ganz geräumt, loko wird 55 Thlr. gefordert, per Septbr.—Oktbr. 74 bis 75pfd. 45 Thlr. G.

Frankfurt, 21. August. Einnahme der kurfürstl. F. W. Nordbahn im Monat Juli 1856 Thlr. 65,884 gegen Monat Juli 1855 Thlr. 55,880. 20. 3.

Mit Ausnahme von spanischen Fonds und Bexbacher Eisenbahnaktien, die preishaltend blieben, wurden beinahe sämmtliche Effekten billiger abgegeben.

Norddeutsche Bankaktien waren zu 107¼ angeboten, der Umsatz darin Null. Züricher Kredit-Aktien blieben zu 104¼ begehrt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83 3/8 P. 83 1/8 G. 5pCt Lombard-Ven. 90 1/2 P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. 81 5/8 P. 81 3/8 G.; à 5pCt. in Silberb. R. 89 1/2 P. 89 G.; à 4 1/2 pCt. 71 3/4 P. 71 1/2 G.; à 4pCt. 61 1/2 P. 61 G.; à 3pCt. 49 P. 48 1/2 G.; à 1pCt. 16 1/2 P. 16 1/4 G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59 1/2 P. 59 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 87 1/4 P. 86 3/4 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 88 5/8 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 5/8 P. 101 3/8 G.; 5pCt. 101 1/2 P. 101 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 8/5 P. 90 7/5 G.; 4 1/2 pCt. 103 1/2 P. 103 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 93 P. 92 1/2 G.; à 4pCt. 99 5/8 P. 99 3/8 G.; 4 1/2 pC. 102 1/2 P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 1/2 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 92 P. 91 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39 3/4 G.; 1pCt. neue 24 15/16 P. 24 13/16 G. **Holland.** Integrale 64 1/4 P. 63 3/4 G.; Certificats 4pCt. — P. 94 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oester'r. Bankaktien o. D. alte 1275 P. 1270 G. Neue Bankaktien 401 P. 399 G. Credit-Actien à 5pCt 246 P 245 G. Darmstädter Bankaktien alte 422 P. 420 G.; junge 370 P. 368 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 518 P. 514 G. Mitteldeutsche Creditbank 108 1/4 P.

108¼G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117½ P. 117G. Frankf. Bankaktien 118¾ P. 118¼ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 286 P. 284 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 146⅝P. 146⅛G. Neustadt-Weissenb. 108¼ P. 107¾G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104⅞ P. 104⅝ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64¾ P. 64¼ G. Taunus-Aktien 348 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 87½ P. 87 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¼P. 82¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100½ P. 100 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 125 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105¾P. 105¼G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50 P. 49¾G. Darmst. Loose à fl. 50 118½ P. 118G. à fl. 25 34⅜P. 34⅛G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40¾ P. 40¼G. Nass. Loose à fl. 25 33⅛ P. 32⅞ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 46 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87½ P. 87 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118½P. 118¼G
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i.S.Lr. 250k.S 100¾P —G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S 93½P. 93¼G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93½P. 93¼G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96⅜P. 96⅛G.	Wien fl. 100 C. k S. 1:6¼P. 116
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛P 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 116⅛P. 116⅞G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 22. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅞; 5pCt. Metall. 84⅛; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 126½; von 1854 108¾; Bankaktien 1096; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen 92½; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 393⅞; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 585; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2855. Wechselkurse: Augsburg uso 102⅞. London 10. 3. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

München, 22. August. Nach Berichten aus Pirmasens hat Ihre Maj. die Kaiserin Karoline Auguste von Oesterreich dem Armenkinderhaus daselbst 1000 fl., und der Filialanstalt zu Sils 100 fl. geschenkt. (A. Z.)

Berlin, 20. August. Es heißt hier allgemein, daß unsere Regierung sich mit dem britischen Kabinet ins Einvernehmen setzen werde, um für den bekannten Vorfall bei Melilla die genügende Satisfaktion zu erlangen. (H. N.)

Berlin, 22. Aug. Die von hier aus an das dänische Kabinet gerichteten Vorstellungen sind, soviel bekannt, bis jetzt nicht beantwortet worden. Die preußische Regierung hatte, wie gemeldet, zwei Aktenstücke nach Kopenhagen gesandt, eine ziemlich kurze Note und eine längere begleitende Denkschrift. Wie die „Weser-Ztg." berichtet, erinnert die letztere in unumwundener Weise an die von Dänemark übernommenen Verpflichtungen, setzt dieselben näher auseinander und fordert ihre Erfüllung. Die Note enthält die Aeußerung, daß man sich nicht gern mit dieser Angelegenheit von neuem befasse, und daß man bedaure, dazu genöthigt zu seyn. Es kommen auch Wendungen darin vor, welche den Wunsch ausdrücken, daß die dänische Regierung durch ihre Politik das Vertrauen der konservativen Kabinete erwerben möge. Die dänische Regierung hat sich, wie man versichert, bisher damit begnügt, daß sie eine ihre Auffassung der Sache ausdrückende Denkschrift hat ausarbeiten und einigen bei ihr beglaubigten Gesandtschaften mittheilen lassen. (N.-Z.)

Wie die „Nordd. Ztg." vernimmt, wird die aufgehobene Rückvergütung für Spiritus vom 1. September d. J. ab wieder gewährt werden.

Berlin, 22. August. Die „Pr. C." sagt: „Durch mehrere Zeitungen ist die Nachricht verbreitet worden, daß nach von der Postverwaltung neuerlich getroffenen Bestimmungen die von Buchhandlungen in Preußen mit der Post abgesandten oder für dieselben eingehenden Bücherpakete unter einem Pfunde gegen das für Kreuzband-Sendungen bestimmte Porto zugelassen würden, wenn dieselben in üblicher Form verpackt, jedoch unversiegelt zur Post geliefert würden und nur von einer eingelegten Preisnote begleitet wären. Aus zuverlässiger Quelle kann mitgetheilt werden, daß diese Angaben unrichtig sind, daß vielmehr in Absicht auf die in Rede stehenden Bestimmungen in neuerer Zeit eine Aenderung nicht getroffen worden ist.

Von der preußisch-russischen Gränze, 18. Aug. Nach amtlichen Ermittelungen ist die Rinderpest im Königreich Polen noch allgemein verbreitet und hat neuerdings auch in den russischen Gränzdistrikten wieder an Heftigkeit zugenommen. In Folge dieser beunruhigenden Wahrnehmung sind in den neun Gränzkreisen des Regierungsbezirkes Gumbinnen durch Erlaß vom 16. d. Mts. sämmtliche Vieh- und Pferdemärkte für die Monate September und Oktober aufgehoben worden. (K. H. Z.)

Stuttgart, 22. August. Der Hofkapellmeister Peter v. Lindpaintner ist, einer diesen Morgen von Friedrichshafen hieher gelangten telegr. Botschaft zufolge, in Nonnenbach bei Friedrichshafen an der Herzbeutelwassersucht, 65 Jahre alt, gestorben. (Fr. J.)

Haag, 20. August. Die Mächte, welche den Pariser Vertrag vom 30. März d. J. unterzeichnet haben, sind bekanntlich in der Aufstellung des Grundsatzes übereingekommen, daß jede Streitfrage zweier Mächte vor einer Kriegserklärung dem Schiedsgerichte einer dritten Macht vorgelegt werden müsse. Damit dieser (in dem 14. Protokoll enthaltene) Grundsatz in das europäische Völkerrecht Aufnahme finde, sind alle Regierungen zum Beitritt aufgefordert worden. Die hiesige Regierung hat ihren Beitritt vorläufig verweigert, weil andere Staaten sich über jenen Grundsatz gleichfalls noch nicht ausgesprochen hätten.

London, 27. August Die Königin von Oude ist gestern Morgen in Southampton angelangt. — Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Washington haben die Repräsentanten 11 Millionen für die Marine bewilligt. Darunter 87,000 Dollars für schwimmende Batterien zum Schutze für New-York. — Der Senat hat den Präsidenten befugt, das Heer der Verein. Staaten zur Pacifikation von Kansas zu verwenden.

Paris, 17. Aug. Die Ernennung eines österreichischen Marineministerium hat hier in ministeriellen Kreisen vollen Beifall erhalten. Man gewöhnt sich immer mehr daran, Oesterreich als den Staat anzusehen, der in Zukunft den Wall im Osten bilden soll und sieht mit Befriedigung, daß es sich vorbereitet, diese Rolle auch durch seine Marine zu erfüllen, besonders da man weiß, welche außerordentliche Thätigkeit auf den russischen Werften herrscht. Man arbeitet jetzt besonders in Kronstadt daran, sich in Zukunft gegen die Wirkung der Bombarden und schwimmenden Batterien zu schützen, und man kann sich nicht erwehren, wenn man sieht, wie nach einem erschöpfenden Kriege, während England und Frankreich ihre Heeresmittel vermindern, in Rußland Vorbereitungen getroffen werden, als gelte es einen Angriff zu bestehen. (Ostd. Pst.)

Ueber das Verhalten des russischen Kabinets in Bezug auf die Räumung des türkischen Gebiets in Asien, die Okkupation der Schlangeninsel und die Befestigungsbauten auf der Insel Kaskö sind einem Briefe zufolge, der einer allgemeinen Pariser Korrespondenz aus St. Petersburg vom 9. August zugegangen ist, bei Gelegenheit der Zusammenkunft des Grafen Morny mit dem Fürsten Gortschakoff am 8. d. M. Erklärungen gegeben worden, welche diese Punkte als vollkommen erledigt betrachten lassen. In Bezug auf die Schlangeninsel versichert man, daß die russische Regierung nicht im Entferntesten die Absicht hatte, der Ausführung der Bestimmungen des Vertrages vom 30. März sich entgegen zu stellen, als es die Wiedererrichtung des Leuchtthurms zur Sicherung der Seefahrer anordnete. Das russische Gouvernement hat sich sogar bis zu diesem Augenblicke enthalten, über den Modus der Organisation der Donaufürstenthümer, sey es im Sinne der Union oder in dem einer getrennten Verwaltung, eine Meinung auszusprechen. In demselben Briefe wird die Nachricht dementirt, als denke Rußland daran, im bothnischen Meerbusen einen befestigten Platz zu errichten, welcher bestimmt wäre, Bomarsund zu ersetzen. General v. Berg hat in Finnland eine Inspektionsreise gemacht, wie General Murawieff im Kaukasus oder General Strogonoff in der Krim, aber nichts berechtigt dazu, diese Exkursionen mit großen Projekten in Verbindung zu bringen. Richtig ist dagegen, daß man die Reorganisation der Armee und der Flotte im baltischen Meere vornehmen und Kriegsschiffe im stillen Ozean bauen wird. — Es steht fest, daß Herr Kisseleff unmittelbar nach der Krönung sich nach Paris begeben werde.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 236.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 25. August 1856.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 24 August. (Priv.-Korresp.) Se. Maj. der König, Allerhöchstwelcher vergangene Nacht 11 Uhr im besten Wohlseyn wieder hier eintraf, hat diesen Morgen bestimmt, daß die feierliche Beeidigung der beiden neuen Bischöfe, Erzbischof Scherr von München Freising und Bischof Deinlein von Augsburg, heute Mittag dahier im kleinen Ehrensaale der kgl. Residenz stattfinden soll. Se. Maj. wird hiebei von den Herren des kleinen Cortége und von dem kgl. Cultusminister Herrn v. Zwehl, welch' Letzterer den verfassungsmäßigen Eid zu verlesen hat, umgeben seyn. — Se. kgl. Hoh. Prinz Luitpold begibt sich morgen früh zur Artillerie-Inspektion nach Ingolstadt und dann nach Augsburg, von wo Se. k. Hoheit zu Anfang September zurückkehrt und dann das Commando der ersten Armeedivision übernehmen wird.

München, 23. August. Die magistratische Deputation, welche heute zu Sr. Maj. dem König Ludwig abgeht, wird eine Glückwunschadresse überreichen, die in Hinsicht auf Kalligraphie und Ausstattung ein wahres Kunstwerk ist. Das prachtvolle Portefeuille der Adresse schmücken verschiedene Wappen und Arabesken von Silber, Gold und Elfenbein in erhabener Arbeit (das Münchener Kind in der Mitte). Auch die großen Kunstschöpfungen König Ludwig's sind bildlich dargestellt und selbst die Erfindungen der Neuzeit, die noch unter seiner Regierung in Bayern in's Leben traten, wurden nicht vergessen. König Ludwig wird diese Huldigungsgabe gewiß freudig entgegennehmen. (M. Bote.)

Sachsen. Dresden, 22. August. Die ökonomische Gesellschaft des Königreichs Sachsen hat in ihrer 71. Hauptversammlung zu Dresden, am 30. Juli l. J., den so eben in die Oeffentlichkeit gelangten Entschluß gefaßt, die Beantwortung zweier Fragen von einer für unsere Zeit besonders wichtigen nationalökonomischen Bedeutung, welche auch die demnächst bevorstehende achtzehnte Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe zu Prag beschäftigen werden, zum Gegenstand einer Preisbewerbung zu machen. Die erste Frage — Preis 30 Dukaten — lautet: „Welche Ursache liegt der Theuerung der landwirthschaftlichen Produkte zum Grunde? Gibt es einen Kornwucher? Erscheinen gesetzliche Verkehrungen, als: Ausfuhrverbote, Einstellung der technischen Verarbeitung landwirthschaftl. Produkte, Magazinirungen (Nothspeicher) u. s. w., für Zeiten der Theuerung wünschenswerth und von entsprechender Wirkung? oder was sonst?" Die andere Frage — Preis 25 Dukaten — hat folgende Form: „Welche Nachtheile sind aus der Verwüstung der Privatwaldungen hervorgegangen, und welche Maßregeln sind aus staats- und volkswirthschaftlichen Rücksichten wünschenswerth, um solche zu verhindern?" Die bezüglichen Abhandlungen sind unter der Adresse der ökonomischen Gesellschaft im Königreich Sachsen zu Dresden längstens bis Ende dieses Jahres in der bei Preisbewerbungen üblichen Form hierher einzusenden. (Allg. Ztg.)

Baden. Heidelberg, 19. August. Wie man vernimmt, hat das Ministerium des Innern die Bitte der Minderzahl hiesiger ordentlicher Professoren um Einberufung des großen Senats oder Zusage einer Wiederherstellung der aufgehobenen Corps abgelehnt. Es ist jedoch eine neue Anordnung über das Verbindungswesen mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten und da von den Theilnehmern an jener Eingabe das Bedürfniß einer Beseitigung der bisherigen Mißbräuche und Auswüchse schwerlich in Abrede gestellt wird, von anderen Seiten aber nirgends ein Verbot aller Verbindungen empfohlen worden ist, so ist die Meinungsverschiedenheit über die Sache selbst geringer, als man bei der Heftigkeit der Angriffe auf die Personen, die zum Handeln amtlich berufen waren, vermuthen sollte. (Bd. L.)

§ **Oesterreich.** Wien, 22. August. (Privat-Korresp.) Im Widerspruche mit einer vor Kurzem aus Konstantinopel hier eingetroffenen telegraphischen Depesche vernimmt man von einer andern sehr gut unterrichteten Seite, daß die Räumung des Königreiches Griechenland neuerdings verschoben worden sey, und soll es selbst von einer in neuester Zeit beschlossen gewesenen Verminderung der in dem Königreiche stationirten westmächtlichen Truppen sein Abkommen erhalten haben. — In Civitavecchia sind zwei Bataillone Chasseurs gelandet, welche zur Verstärkung der französischen Besatzung in Rom bestimmt sind. Dieselben werden übrigens als Vorboten weiterer schon auf See befindlicher Verstärkungen betrachtet. Der Angabe, daß die französische Regierung ein Memoire über die Okkupation des Kirchenstaates durch fremde Truppen vorbereite, wird sehr bestimmt widersprochen, dagegen ist es gewiß, daß der französische Botschafter, Herr v. Bourqueney, vor Kurzem erst weitere Eröffnungen über diesen Gegenstand gemacht hat, die mit Befriedigung aufgenommen worden sind. In Neapel soll dagegen die Nachricht von der Fortdauer der französischen Okkupation die ohnehin schon sehr gereizte Stimmung gegen die Westmächte noch erhöht haben und zwar 1. weil man in derselben eine Drohung gegen Neapel selbst erblicken will, und dann, weil die neapolitanische Regierung schon seit längerer Zeit dahin gewirkt hatte, daß die französische Okkupation durch eine neapolitanische ersetzt werde.

Schweiz.

Von der schweizerischen Gränze, 20. August. In den letzten Tagen wurde die Expertise der HH. Pauli und l'Eveille vorgelegt. So sehr diese Experten bei den vorhandenen westlichen Eisenbahnen der Schweiz die Zweckmäßigkeit und Berechtigung einer Bahn von Freiburg nach Lausanne anerkennen, so sind sie dennoch genöthigt zu erklären, daß die Trace von Oron nach Lausanne zur Errichtung einer Bahnlinie durchaus ungünstig sey, da der Bergabhang von Oron nach Lausanne hinunter aus beweglicher Molasse (verwesten Stoffen) bestehe, welche die Errichtung einer Bahn unmöglich mache. Wenigstens würde von den Experten eine solche Bahnführung nie unternommen werden. (N. M. Z.)

Frankreich.

Paris, 21. August. Wie es scheint, werden die Engländer die französische Regierung in ihrem Bestreben, das von den Piraten des Riffs begangene Verbrechen an der Person des Prinzen Adalbert von Preußen zu rächen, unterstützen, und es soll bei Gelegenheit der Zusammenkunft des Kaisers mit der Königin von England von einer Expedition nach den marokkanischen Küsten gesprochen werden. Der Kaiser wird die Königin von England in einigen Wochen im Hafen von Cherbourg empfangen und ihr daselbst die Honneurs machen. Ludwig Napoleon begleitet die Kaiserin bloß nach Biarritz und wird sich dort nach der Einrichtung der Kaiserin in dem genannten Badeorte auf die Reise nach den französischen Häfen begeben. (D. A. Ztg.)

Der „Köln. Ztg." schreibt man aus Paris vom 21. Aug.: „Die vorgestern hier stattgehabten Verhaftungen sollen fast ausschließlich Personen getroffen haben, die sich auf dem Wege des Kaisers nach dem Bahnhofe aufgestellt hatten; in einigen Fällen wurde angeblich Widerstand versucht, den die Polizei mit leichter Mühe bewältigte."

Spanien.

Madrid, 16. Aug. In der „Corona de Arragon" lesen wir: „Vor einigen Tagen nahmen wir eine Korrespondenz aus Paris in unsere Spalten auf, in der u. A. auch von der Bereitschaft die Rede war, in welcher sich die Carlisten befänden, um den Bürgerkrieg in unserm unglücklichen Lande von neuem anzufachen. Heute erhalten wir von der Gränze einen Bericht des nämlichen Inhalts, und wie unser Korrespondent sehr gut sagt, jetzt, wo wir entwaffnet, jetzt, wo unsere Landbewohner nicht die Mittel haben, sich gegen nur vier bewaffnete Männer zu vertheidigen, würden, wenn auch nur die unbedeutendste In-

vasion zustande kommen sollte, diejenigen, die im Jahre 1855 die von Marsal und andern Häuptlingen befehligten Feindeshaufen mit solcher Hartnäckigkeit verfolgt haben, gänzlich der Sache der Carlisten anheimgegeben. Wir verlangen nicht, daß sich die Nationalmiliz wieder bewaffne; die Behörden haben gut gethan, sie zu entwaffnen, und wir achten deren Entscheidungen; allein da sie nun nicht mehr organisirt wird, scheint uns, daß man auch an der Gränze thun könnte, was man im Gebirge gethan hat, nämlich Freiwillige organisiren und bewaffnen, so daß sie die Anstifter des Bürgerkriegs im Schach halten und sich vor den Feinden vertheidigen könnten, die ihnen niemals die Verfolgung verzeihen werden, welcher sie von Seiten der Landbevölkerung bei dem letzten Versuche ausgesetzt waren. Auf diese Weise würde unser tapferes Heer unterstützt und in kurzem müßte die Ausrottung aller Carlisten erfolgen."

Portugal.

Ueber die letzten Brodkrawalle in Lissabon schreibt der dortige Korrespondent der „Times" vom 11. Aug. Folgendes: „Die Unruhen, die vor zwei Tagen begannen, haben gestern eine drohendere Gestalt angenommen und es ist höchste Zeit, kräftig dagegen einzuschreiten. Die Hauptangriffspunkte des Pöbels waren die Privatwohnung von Hrn. Eugenio de Almeida nebst seinen an verschiedenen Außenpunkten der Hauptstadt gelegenen Dampfmühlen und Bäckereien. Gegen diese Punkte rückten während der verflossenen Tage drei getrennte Haufen an. Das Außenthor der Privatwohnung wurde erbrochen, und der Pöbel hatte eben das innere Thor in Brand gesteckt, als zur rechten Zeit die Feuerglocke ertönte, Spritzen und Kavallerie angeflogen kamen und den wüsten Haufen zersprengten. Die zweite Abtheilung hielt sich von Gewaltthaten fern und begnügte sich, wie es scheint, mit drohenden Ausrufen gegen die „Brodmonopolisten", bis sie ebenfalls von Kavallerie der Munizipaltruppen am weitern Vordringen gehindert wurden. Der Conseilpräsident, Marquis de Loulé, hatte diesem Haufen, wie es scheint, vergebens zugeredet, friedlich nach Hause zu gehen und die weitern Maßregeln der Regierung abzuwarten; auch hier mußte die Kavallerie ihre Schuldigkeit thun. Aber soviel ist klar, daß man sich auf diese Truppen nicht auf die Dauer wird verlassen können, da sie aus dem Volk angeworben sind, mit diesem sympathisiren und wie dieses von den hohen Brodpreisen getroffen werden. Am Morgen war Alles ruhig; die Plätze und Hauptstraßen waren die ganze Nacht von Truppen besetzt geblieben. Ob die Aufstände von politischen Parteien angestiftet und genährt werden, läßt sich mit Bestimmtheit noch nicht sagen. Was den genannten Almeida betrifft, dessen Besitzthum zumeist bedroht war, so ist er derjenige, der das wohlfeilste Brod verkaufte und durch seine ausgedehnten Etablissements dem Monopol der Bäcker entgegen arbeitete. Natürlich mußte er infolge der hohen Mehlpreise in der letzten Zeit auch seine Preise höher stellen, und daher die Wuth des Pöbels gegen ihn."

† Die „Gacetta" berichtet aus Lissabon, 12. August: Während des Aufstandes bemerkte man ein großes Zuströmen von Landleuten. Auf viele Punkte wurden (wie man erfuhr) Emissäre geschickt und Alles deutet darauf hin, daß ein Aufruhrsplan bestand, dessen Details man noch nicht kennt. Da die Aufrührer verlauten ließen, daß sie Verstärkung durch die Eisenbahn- und Fabrik-Arbeiter erwarten, so ließ der General-Kommandant an mehreren Punkten Truppen aufstellen und die Gewehre laden, was ein Zunehmen der Zusammenrottungen verhinderte. Der General-Kapitän verdient großes Lob, durch seine Klugheit und seinen Ueberblick einen furchtbaren Aufstandsplan zernichtet zu haben. Die Reorganisation der Munizipal-Garde, sowie die Absetzung des Oberkommandanten derselben stellt sich als unumgänglich heraus. Dieses Korps kostet dem Staate jährlich 4,347,826 Realen. Man könnte den Polizei-Dienst durch die Truppen der Garnison versehen lassen und ihnen dafür eine kleine Gage-Zulage gewähren. Da der König will, daß kein Korps länger als Ein Jahr in derselben Garnison bleibe, so würde diese Zulage successive Allen zu Gute kommen.

Rußland und Polen.

Sir Charles Napier, der von seinem Ausfluge nach St. Petersburg glücklich wieder in England eingetroffen ist, hat dem „Morning Advertiser" seine flüchtig hingeworfenen Reisenotizen zur Verfügung gestellt, und wir heben das Bemerkenswerthere derselben heraus. Nachdem der Admiral sich über die Zuvorkommenheit der russischen Behörden sehr dankbar ausgesprochen, erwähnt er kurz einen Besuch im Fort Mentschikoff und auf einer russischen Fregatte, deren Einrichtung er sehr lobt. Die Redouten auf dem Lande findet er nicht sehr stark, und seiner Ansicht nach könnten die Landwerke keine längere Belagerung aushalten. Dagegen meint er, daß vermöge der Leichtigkeit, mit der man aus Petersburg Truppen in beliebiger Menge heranziehen kann, jeder Versuch, Kronstadt von der Landseite aus beizukommen, vergebens sey, selbst dann, wenn eine Landung schon glücklich bewerkstelligt worden sey; denn bis man zur Eroberung gelangte, wäre der Winter da. Die Docks findet Sir Charles durchgängig unzweckmäßig gebaut, weil sie an den Einfahrten so eng, daß nur eben das zuletzt eingelaufene Schiff wieder auslaufen kann, ohne zu derangiren. Doch wird bekanntlich jetzt an der Erweiterung der Bassins gearbeitet. In Kronstadt fand er 75 Dampfkanonenboote, deren jedes zwei 68-Pfünder und einen 36-Pfünder führt, sehr schöne, zur Vertheidigung trefflich geeignete Fahrzeuge. Dasselbe Lob spendet er den 14 schwimmenden Batterien, deren jede mit vier 68-Pfündern armirt ist. Nur hier und da findet er am Bau Eins oder das Andere auszusetzen. Die Nordseite von Kronstadt ließ man nicht sehen; dorthin ist Jedermann der Zugang verwehrt. Er glaubt aber, daß es jetzt von dieser Seite nicht mehr wie 1854 möglich seyn dürfte, Bomben bis in die Docks zu werfen, da seitdem der Nordkanal durch kolossale Versenkungen verrammelt worden ist, und ist der Ansicht, daß Admiral Dundas, und hätte er doppelt so viel Mörserboote gehabt, als er wirklich besaß, nicht das Geringste gegen Kronstadt hätte ausrichten können. Im südlichen Kanal zählte Sir Charles 11 gute Linienschiffe, darunter 1 Schraubendampfer, 4 schöne Fregatten, 10 Raddampfer und 20 kleinere derselben Sorte mit mehreren Briggs, Korvetten 2c. Im Bassin fand er 2 Drei- und 5 Zweidecker, 4 unbrauchbare Linienschiffe und 4 schlechte Fregatten mit 8 bis 9 Korvetten. Außerdem erwähnt er noch mehrere Kriegsschiffe ersten Ranges, die bei Fort Alexander ankerten. Von letzterem nicht minder wie von den anderen um Kronstadt gruppirten Forts spricht er mit unverholenem Respekt. Nun zu dem Resultat seiner Beobachtungen: „Wenn 50 Linienschiffe," schreibt er, „und 50,000 Mann auf Dampfern einen Angriff auf Kronstadt versuchen sollten, so wäre es allenfalls eine Möglichkeit zu reussiren, vorausgesetzt, daß die Russen nicht zwischen Fort Mentschikoff und Kronschlott Schiffe versenken, und vorausgesetzt, daß die angreifende Flotte nicht auffährt. Die führenden Schiffe müßten den Batterien gegenüber ankern, die folgenden müßten die Schranke durchbrechen. Gelingt ihnen dies, dann würden wir wahrscheinlich die Flotte überwältigen, und die Dampfer könnten ihre Truppen bei der Mauer ans Land setzen. Wenn es aber mißlingt, die Barre zu durchbrechen, dann würde große Verwirrung entstehen, und wer weiß, was da weiter geschieht. Auch eine Reserve wäre erforderlich, um die den Batterien ausgesetzten Schiffe abzulösen, wenn jene nicht zum Schweigen gebracht werden können, was das Wahrscheinlichere ist. Wenn Alles in der Ordnung gelingt, könnte auf diese Weise Kronstadt genommen werden, und wenn Alles fehlschlüge, wäre die Flotte verloren."

Warschau, 19. August. In einer der jüngsten Sitzungen des Administrationsrathes brachte ein Mitglied die Hoffnungen zur Sprache, welche das Land auf die Krönungsfeierlichkeit und die damit verknüpften Gnaden setze. Der Statthalter erwiderte, des Kaisers Gnade sey unerschöpflich, das könne Niemand bezweifeln; allein das Land sey nicht berechtigt, Bevorzugung zu erwarten. Im Uebrigen habe der Kaiser durch die Amnestie und seine gnädigen Aeußerungen einerseits versprochen, das Land mit gleicher Liebe, wie das gesammte Vaterland, zu umfassen, aber auch, von der Regierungs-Maxime des unvergeßlichen Vaters, die er vollkommen anerkenne, nicht abzuweichen. „Nur das Unrecht der Vergangenheit ist vergessen, dessen müssen wir hier stets eingedenk seyn!" schloß der Fürst. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 24. August. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. $81\frac{3}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Met. $71\frac{5}{8}$; Wiener Bankaktien 1275; 5pCt. Lomb. 90; Wiener Wechsel l. S. $116\frac{1}{8}$; 3pCt. inl. span. $39\frac{5}{8}$; 1 pCt. neue $24\frac{3}{4}$. Oesterr. Kreditaktien $246\frac{1}{4}$. Darmstädter Bankaktien 418. Bayerische Ostbahn $104\frac{3}{8}$. Luxemburger internationale Kreditbank 545.

Wien, 23. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{3}{4}$; 5pCt. Metall. $84\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. $73\frac{7}{8}$; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 ——; von 1854 $108\frac{1}{2}$; Bankaktien 1099; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $391\frac{3}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 588; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2850. Wechselkurse: Augsburg uso $102\frac{7}{8}$. London 10. 3. B Geldkurs: Dukaten —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 237. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 26. August 1856.

Deutscher Bund.

Die „Hamb. Nachr." bringen zur deutschen Münzfrage folgenden Artikel: „Wenn sich die jetzt in öffentlichen Blättern verlautenden Resultate der Münz-Konferenz in Wien bestätigen, so hat der Berg nach langem Kreisen eine Maus zur Welt gebracht.

Die edlen Metalle anstatt wie bisher mit der Kölnischen Mark mit dem Zollpfunde zu wiegen, ist zwar eine Vereinfachung, aber kaum eine Verbesserung zu nennen. Jedenfalls ist diese Veränderung bei den Hauptfragen, um welche es sich handelt, nur Nebensache. Wir verstehen unter Hauptfragen:

1) Ob Gold- oder Silberwährung als Werthmesser aller beweglichen und unbeweglichen Güter angenommen werden soll? Denn daß beide nicht lange neben einander als solche bestehen können, ist allgemein anerkannt. — Wir haben schon früher wichtige Autoritäten citirt, die sich für Annahme der Gold-Valuta, troß vielen Widerspruchs, erklärten, und das geschah zu einer Zeit, wo weder die kalifornischen noch die australischen Goldfelder entdeckt waren, noch eine so gewaltig starke Silberausfuhr nach China und Indien, wie sie seit einigen Jahren stattfindet, geahndet werden konnte. Daß sich kein fester Satz zwischen beiden Metallen bestimmen läßt, sieht man zwar ein, die Silberwährung also soll fortbestehen, mithin muß der Werth des Goldes schwankend bleiben. Wer daher deutsche Goldgepräge in Zahlung nehmen muß, setzt sich dabei eben so großen Verlusten aus wie bei ausländischen Jetzt wird zwar der Mangel an Silber durch Papier ersetzt. Letztgenanntes edle Metall wird aber, wenn der Begehr für Asien anhält, eben so aus Deutschland verschwinden, wie es bereits aus Frankreich und den Vereinigten Staaten verschwunden ist. Wir werden dann Papiergeld haben, das auf Silber lautet, aber nicht realisirt werden kann, weil Silber in hinlänglicher Qualität nicht vorhanden ist, und Goldgeld, dessen Kurs durch solches Verhältniß noch schwankender würde, zur fraglichen Realisation untauglich ist. Tritt nun eine Krisis ein, durch welche das Papiergeld das ihm jetzt geschenkte Vertrauen einbüßt, so läßt sich die Verwirrung nicht absehen. Noch ist es Zeit, eine solche Calamität zu verhüten, wenn man Gold zum Werthmesser bestimmt, Silbergeld aber nur Behufs kleinerer Zahlungen mit Festsetzung eines Gehalts ausprägt, welcher den Export verhindert.

Bremen hatte von jeher eine Gold-Valuta, was ihm unter gegenwärtigen Umständen zu Statten kömmt. Anderen Staaten wäre zu empfehlen, diesem Beispiele zu folgen, dabei aber größere Silbermünzen als Groten zu prägen, und statt so winziger Silberstücke lieber kupferne zu schlagen.

2) ist die Münz-Einheit ein Haupterforderniß?

Was hilft es uns, daß Oesterreich nunmehr auch Vereinsthaler prägt. Es nennt sie 3 Guldenstücke, in andern Ländern werden sie Doppelthaler und in noch anderen 3½ Guldenstücke genannt. Und nun die Eintheilung dieser verschiedenen Gulden und Thaler! — Wir versuchten früher die Namen der vielen deutschen Münzen herzuzählen, verloren aber die Geduld, ehe wir damit zu Ende kamen. Soll diese lächerliche Vielseitigkeit beibehalten werden? Ist es denn nicht möglich, sich über eine Münze zu verständigen, die überall denselben Namen führt und überall gleich eingetheilt wird? Die Dezimalrechnung ist so bequem wie keine andere, deßhalb denkt man auch in Rußland, in den Verein.-Staaten, in Frankreich, in Holland, in Belgien, wo sie nach einander eingeführt ward, nicht daran, sie wieder fahren zu lassen, wohl aber geht man in England damit um, sie herzustellen, und sind zu diesem Endzwecke bereits längst Zweischillingsstücke geschlagen, weil diese den zehnten Theil eines Sovereigns bilden. Theilt man dann die Zweischillingsstücke (Florins genannt) in hundert, so würde das Tausendtheil (mille) ungefähr so viel werth seyn, wie die dermalige kleinste Kupfermünze, der Farthing, deren 960 auf den Sovereign gehen.

Aehnliches ließe sich auch in Deutschland bewirken. (Die königlich sächsische Regierung bahnte den Weg zur Dezimal-Rechnung an, indem sie den Neugroschen in 10 Pfennige theilte; viele dortigen Kassen erleichtern sich seitdem die Buchführung durch Annahme einer fingirten Einheit: die Mark zu 100 Pfennigen. Sie müssen die Marken mit 3 dividiren, um Thaler auszuwerfen, was sie sparen könnten, wenn es eine wirkliche Einheit gäbe.) Man präge ein Goldstück, das etwa 10 fl. oder 6⅔ Thlr. im 14 Thlr.-Fuß werth ist und nehme es als Einheit an. Den Gulden in Silber zur Ausgleichung kleinerer Werthe, sowie des Guldens Bruchtheile bis auf hundert (cents oder mille in Kupfer) und da, wo man noch kleinere Scheidemünze braucht, Halbe und Viertheile der letzteren. Nur müßten alle diese Gepräge vom gleichen Gehalte und das Publikum gegen Ueberschwemmung mit Scheidemünze gesichert seyn. Man wird bemerken, daß weder die doppelten noch einfachen Thaler, noch deren ⅓-, ⅙- und $^1/_{12}$-Stücke durch solche Veränderung außer Circulation kommen würden, nur ihre Namen müßten sie verändern.

Preußen. Berlin, 21. August. Die preußische Armee war bekanntlich nicht die erste, welche Miniébüchsen führte, aber nicht sobald war der Ruhm dieser Büchsen durch die Welt erschollen, als die preußischen Gewehrfabriken Befehl erhielten, in kürzester Frist die Armee damit zu versehen, und ein großer Theil ist zur Zeit bereits so bewaffnet. Plötzlich macht man die Entdeckung, daß die Vortheile der größeren Tragfähigkeit dieser Waffe so ziemlich durch den Nachtheil paralysirt werden, daß der einzelne Mann von den weit schwereren Patronen kaum den dritten Theil der feldmäßigen Zahl fassen kann, und das hat denn Veranlassung gegeben, einstweilen, und bis etwa später irgend ein gleichförmiges System sich zur allgemeinen Einführung empfiehlt, mit der Anfertigung jener Büchsen inne zu halten. Gleichzeitig macht ein neues Artilleriegeschütz von sich reden, ganz leichte Feldgeschütze, die auf kleinen Rädern ruhen, von einem einzigen Mann gezogen und bedient werden, und auf 1000 Schritt sicher treffen — sollen. Diesmal scheint man indeß vorsichtiger zu Werke gehen zu wollen, denn es heißt, daß zunächst das Gardekorps Versuche damit machen, und daß erst, wenn diese Versuche glücklich ausfallen, der gesammten Infanterie eine bestimmte Anzahl jener Geschütze beigegeben werden wird Das Hinckeldey'sche Duell wird in der nächsten Zeit noch einen Nachhall haben. Man erinnert sich, daß damals auf der Seite, welcher der „edle" Hans v. Rochow angehört, große Entrüstung herrschte über die Art und Weise, wie die Polizei dessen Verhaftung bewirkt haben sollte. Die Kreuzzeitung deutete es nur an, aber das Blättchen, welches die Partei unter den Auspicien des Hrn. Peters in Minden besitzt, brachte die erforderlichen Details, und zwar, wie seitdem ermittelt worden, aus der Feder des Hrn. Gödsche, der freilich, seitdem gewisse „Enthüllungen" sich in unangenehmer Weise gegen ihren Urheber kehrten, nur noch ein verschämter Mitarbeiter, aber doch noch immer ein eifriger und ständiger Mitarbeiter der „Kreuzztg." ist. Der betreffende Polizeibeamte — Hr. Stieber — hat jetzt gegen Hrn. Gödsche denunzirt, und die Staatsanwaltschaft hat demgemäß Anklage erhoben. Daß in der auf den 4. Septbr. angesetzten Verhandlung, vielleicht beiderseits, allerlei wunderbare Dinge zur Sprache gebracht werden, kann nicht füglich ausbleiben. (D. A. Z.)

Berlin, 23. August. Hiesigen Blättern zufolge, sind über das Befinden des Prinzen Adalbert die beruhigendsten Nachrichten aus Gibraltar hier eingetroffen. Die Wunde des Prinzen ist nach der wiederholten Versicherung des Marine-Arztes Dr. Berckt durchaus nicht gefährlich, da die Kugel glücklicherweise nicht den Knochen, auch keine Arterien verletzt hat, so daß, wenn die Heilung günstig fortschreitet, der Prinz vielleicht noch vor Ablauf dieses Monats im Stande seyn wird, die Reise nach Berlin anzutreten. (Nat.-Ztg.)

Berlin, 23. August. Die „Preuß. Corresp." sieht sich heute veranlaßt, als Beleg großartiger Naivetät folgende Korrespondenz aus Berlin in der „Deutschen Reichszeitung" zu zitiren: „Wie ich eben höre, hat der König einen Befehl an das Kriegsministerium erlassen, dahin lautend, daß eine Kompagnie des Gardejägerbataillons (in Potsdam), eine Kompagnie des 4. Jägerbataillons (in Magdeburg) und eine Kompagnie des 8. Jägerbataillons (das in verschiedenen Orten der Rheinprovinz vertheilt steht), sowie eine Kompagnie des Marine-Bataillons, zusammen also ein ganzes Bataillon = 600 Mann sofort auf den Kriegsfuß gestellt werde, um zur Vergeltung der erlittenen Unbill nach dem Riff geschickt zu werden. Zugleich soll eine 13pfündige Haubitzenbatterie mitgehen. — Das Garde-Jägerbataillon besteht bekanntlich aus lauter Förstersöhnen, die mit ihren Zündnadelbüchsen auf 800 Schritte nie ihr Objekt fehlen; das 4. Jägerbataillon besteht aus Harzern und das 8. aus Gebirgsbewohnern der Saarbrücker Grenze, deren Auge scharf und deren Hand sicher ist, so daß wir wohl einer tüchtigen Lektion jener frechen Piraten entgegensehen können. Es wird ein förmlicher Vernichtungskrieg geführt werden. Die Truppen werden auf gemietheten Transportschiffen an die afrikanische Küste geschafft. — Auch Lord Palmerston soll die kräftigste Unterstützung zugesagt haben. Eben so sind, wie man mir erzählt, gemessene Befehle abgegangen an den preußischen Vizekonsul in Fez, der marokkanischen Regierung die Unterbrechung jeder diplomatischen Verbindung anzukündigen, wenn der Landung dieser Truppen auf dem marokkanischen Gebiete zur Züchtigung jener Räuber von Seiten der Regierung das geringste Hinderniß entgegengestellt würde."

Dänemark.

Nach der in Kopenhagen erscheinenden Mormonenzeitung „Skandinaviens Sterne" zählte man am 30. Juni in allen 3 skandinavischen Reichen 2287 Mormonen; davon kamen 7 auf Island, 232 auf Norwegen, 409 auf Schweden, 2229 auf Dänemark. Vom 31. Dezember 1855 bis zum 30. Juni 1856 wurden getauft 484, excludirt 176 (!), waren ausgewandert 113, gestorben 16.

Großbritannien.

London, 18. August. Ein Reiter auf schwarzem Roß streicht über die Flur, und wo des Rosses Huf das Feld berührt, steigen die giftigen Dünste der Cholera empor. Das ist die indische Erklärung der schrecklichen Seuche, die in diesem Augenblick in dem Land ihrer Wiege neue Verheerungen anrichtet. Wir haben in London keine so poetischen Deutungen für das Uebel, aber das Uebel scheint wieder da zu seyn, noch nicht in so bedrohlichem Grad als in Portugal, aber Niemand vermag, bei dem Zustand des Londoner Trinkwassers, von seinen geringen Anfängen auf einen gleich günstigen Ausgang zu schließen. — Die Familie O'Connell, wir meinen den direkten Angehörigen des gewesenen Agitators Daniel O'Connell, den die Redeweise der armen bethörten Irländer noch immer den „Liberator" betitelt, wird also in Zukunft nicht mehr unter den Gegnern der englischen Herrschaft erscheinen. Von drei Söhnen hat der eine, Moriz, sich vor drei Jahren selbst entleibt; ein zweiter, James, ist längst und zwar schon bei Lebzeiten des Vaters mit einem einträglichen Staatsamt versehen. Der dritte, eigentlich der älteste Sohn, der sogenannte Liebling des Vaters, das bisherige Parlamentsglied für Clonmel, John O'Connell, hat soeben eine finanzielle Anstellung von der Regierung angenommen und tritt somit aus der parlamentarischen Bahn ab. Wir können ihm übrigens bezeugen, daß er von jeher ein loyalster Unterthan seiner Königin war, wie ja der Vater auch. Und die Noth, die Noth ist der größte aller Agitatoren und Reformer!

(D. Allg. Ztg.)

London, 20. August. Wie bereits auf telegraphischem Wege mitgetheilt, berichtigt „Morning Post" die unlängst vom „Advertiser" gebrachte Nachricht, daß die Differenzen zwischen England und den Vereinigten Staaten gänzlich beigelegt worden, dahin, daß dies nur in Bezug auf die Werbungsangelegenheit der Fall sey. Rücksichtlich der zentral-amerikanischen Frage dagegen, wegen welcher die Unterhandlungen noch obschweben, schreibt das ministerielle Organ: „Abseiten der Republik Honduras ist das Anerbieten gemacht, unter der gemeinschaftlichen Garantie Englands und der Vereinigten Staaten Freihäfen zu eröffnen und den Transitverkehr über den Isthmus von allen und jeden Zöllen zu befreien. Aber dies hieße zum Besten von Honduras, als Rechtsnachfolger der Krone Spanien, Territorialrechte aufgeben, die England stets als ihm zuständig angesehen hat. Ueberdies erlauben die Zustände Zentralamerikas nicht, auf eine derartige Lösung der Frage einzugehen, welche keineswegs den Zweck erfüllt, den man in's Auge fassen muß, die Sicherheit des Verkehrs über den Isthmus zu erzielen." Eben so wenig vermag sich „Morning Post" mit einem Vorschlage des „New-York Herald" einverstanden zu erklären, wonach gewisse Punkte des Isthmus von amerikanischen Truppen besetzt werden, während an der Küste amerikanische Kriegsschiffe kreuzen sollen. „Wenn es," meint „Morning Post", „um den Waarenverkehr und die Personen und Güter von Reisenden gegen Gewaltstreiche zu schützen, erforderlich ist, den Isthmus militärisch zu besetzen, so müßte eine derartige Besetzung gleichmäßig durch Truppen Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten und selbst sämmtlicher übrigen Seemächte geschehen, welche ein Interesse an der Sicherheit dieser so wichtigen Transitlinie haben. Unter allen Umständen aber ist es offenbar, daß eine ausschließliche Besetzung durch die Vereinigten Staaten vollständig auf die selbst von der Regierung der Vereinigten Staaten zugegebene Auslegung des Bulwer-Clayton-Vertrages verzichten hieße."

* Eine heute Nachmittag 2 Uhr von Duzder (Schottland) eingelaufene Depesche meldet das Eintreffen der „Reine Hortense" zu Ferwick, Schottlands-Insel. Sie geht nach Bergen in Norwegen. Prinz Napoleon und die Equipage waren wohl.

Frankreich.

* Paris, 23. August. Der unterseeische Telegraph zwischen Europa und Afrika, der nun bis zur Insel Galita vollendet ist, wird, von Afrika ausgehend, seine Stützpunkte auf der Insel Galita, auf der Insel Sardinien, auf Corsika haben und das europäische Kontinent bei La-Spezzia erreichen. Es wird vier Mal in's mittelländische Meer tauchen, zuerst zwischen Bona und Galita, dann zwischen Galita und dem Cap Teulada an der südlichen Spitze der Insel Sardinien. Sodann ist er in die Meerenge von Bonifacio gesenkt und geht sodann nach Bastia nach der Küste der Lunigiana und kommt nach La-Spezzia. Kein unterseeischer Telegraph liegt in solcher Tiefe, wie jener zwischen Sardinien und Galita. Jener der unter der atlantischen See von Neu-Foundland nach Irland gehen soll, wird wahrscheinlich nicht so tief in den Abgrund hinabsteigen.

* Dr. E. Barthey, Arzt am hl. Eugenien-Spital zu Paris, ist zum Doct. ordin. des kaiserlichen Prinzen ernannt worden.

* Der Inspektor der öffentlichen Arbeiten in Rußland, Docknovosky, ist in Paris angekommen, um das System der französischen Eisenbahnanlagen zu studieren, da die russische Regierung beabsichtigt, die Bahnbauten in großartigem Maßstab anzuareifen.

Paris, 23. August. Das heutige „Pays" theilt mit, daß die Russen die Schlangeninseln geräumt haben, und daß die Türken das Feuer auf dem Leuchtthurme unterhalten.

(T.D.d.N.Z.)

Spanien.

† Madrid, 19. Aug. Da die Anerkennungs-Angelegenheit der Königin Isabella durch Rußland noch nicht geordnet ist, so wird — sagt die „España" — wahrscheinlich kein spanischer Gesandte der Krönung des Kaisers beiwohnen. — Zu Saragossa, Malaga und an der pyrenäischen Gränze wurden große Quantitäten Schmuggelwaaren weggenommen. Die Regimenter, welche sich in Saragossa befanden, bekommen neue Sergeanten aus anderen Korps gleicher Waffe gegen Austausch. — Die „Espagna" sagt, daß Marschall Narvaez demnächst seine Pässe zugeschickt erhalten wird, um, wo es ihm beliebt, in Spanien wohnen zu können. —. Die „Epoca" berichtet, daß der Artilleriecberst Don Casimiro Canedo, der sich seit den Juli-Ereignissen in Madrid verborgen hielt, sich der Behörde als Gefangener stellte. Er soll unter der Anschuldigung thatsächlicher Theilnahme an der Insurretion vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Demselben Journal zufolge ging dem Generalkapitän der Balearen, Hrn. Ametler, der Befehl zu, auch auf diesen Inseln zur Auflösung der Nationalmiliz zu schreiten. — Die „Gacetta" berichtet, daß Hr. Leon Gonzalez, zu Hellin wohnend, dem Generalkapitän von Neu-Castilien die Summe von tausend Realen zur Vertheilung unter die Verwundeten der Madrider Garnison zuschickte. Die Königin ordnete an, daß Hrn. Gonzalez in ihrem Namen gedankt und seine That veröffentlicht werde. Der Civilgouverneur von Madrid hat eine Verordnung erlassen, wonach jeder, der einen Waffenpaß zu haben wünscht, die desfallsige Bitte durch seinen Alcaden (die solche Erlaubnißscheine auszutheilen nicht mehr befugt sind) an ihn zu richten hat, die der Alcade mit den nöthigen Aufschlüssen über das Betragen und die Antecedentien der Gesuchsteller über ihre Lebensweise, ob sie verhaftet oder vor Gerichten waren, Schleichhandel trieben u. s. w., begleiten wird. Gestern wurde den Kommandanten der Madrider Nationalgarde ein Befehl des Kriegraths-Fiscals insinuirt, wonach sie in Hausarrest zu ver-

bleiben haben. Keines der Individuen, welche ihren Wohnort verlassen mußten, wird auch die Halbinsel zu verlassen haben. Nach den Kolonien werden nur Jene gebracht werden, die des Aufruhrs überführt und danach abgeurtheilt sind.

† Madrid, 22. August. Prinz Adalbert ist gestern Abend angekommen. Feierlicher Empfang. Die Hochzeitsfeier wird Montag am 25. statthaben. — Die „Gacetta“ veröffentlicht das Dekret bezüglich der definitiven Auflösung der Nationalmiliz. Die Regierung wird den Cortes über diese Maßregel zur Zeit Rechenschaft geben. Allgemeine Ruhe. — Die Königin wird Morgen die Ernennungen von 47 Provinz-Civilgouverneuren unterzeichnen. 26 sollen der moderirten Partei, 19 den Progressisten angehören.

Portugal.

* Die „Espagna“ sagt, zu den aus Lissabon eingelaufenen Nachrichten könne sie noch hinzufügen, daß die Lage Lissabon's wenig befriedigend ist, und man in der Armee schwere Anzeichen einer bestehenden Agitation bemerkt.

Italien.

Wien, 22. August. Man wird wohl thun, alle Gerüchte, die über den Zustand in Neapel, sowie über die Verhandlungen der Mächte in dieser Angelegenheit zirkuliren, als halbe Wahrheiten aufzunehmen. Zwei Dinge stehen fest: England ist Neapel gegenüber die drängende Macht und im Königreiche herrscht in den höheren Schichten Unzufriedenheit. Aber wem es darum zu thun ist, die neapolitanische Sache ohne Beunruhigung des übrigen Europa in ein befriedigendes Geleise gebracht zu sehen, der muß sich hüten, diese beiden Thatsachen allzu grell auszumalen. König Ferdinand II. ist ein auf seine Autonomie bis zum höchsten Argwohn eifersüchtiger Monarch. Die Exaltation, die in seinem Charakter liegt, wird durch Drohungen von Außen, durch Regungen im Innern des Landes nur gesteigert. Je drohender die Mienen sind, die England anzunehmen für gut findet, um so weniger wird der König sich gestimmt fühlen, nachzugeben; je stärker die Presse die Farben aufträgt, wenn sie von der Stimmung der neapolitanischen Bevölkerung spricht, um so mehr wird der König auf seiner Ansicht beharren, daß ein Einlenken eine Nachgiebigkeit gegen die Revolution wäre. Da diesen beiden Ansichten unstreitig Prinzipien zu Grunde liegen, welche andere Regierungen anerkennen müssen, so würde man Konflikte mit Gewalt herbeiziehen, wenn man dem Könige nicht Zeit gönnen wollte, ohne Anschein äußern Zwanges die Prärogative seiner Würde selbständig auszuüben. Ob England gerade einen solchen Konflikt herbeizuführen beabsichtigt, wollen wir nicht entscheiden. Die Interessen dieses Reiches sind in sehr wesentlichen Punkten von den materiellen Interessen des Kontinents verschieden und die Trübung der letzteren ist seinen Handelsinteressen in gewissen Perioden sehr erwünscht. Wir haben sicherlich keine Vorliebe für die Strenge, die in Neapel herrscht, und wenn man in unseren Zeitungen fast täglich von Amnestien liest, welche lombardischen Emigranten zu Theil werden, so wird man uns glauben, daß wir die Auffassung, welche die Gnadenakte des Landesfürsten als eine Beförderung der Revolution betrachtet, nicht zu vertheidigen haben. Auch Napoleon III. ist ein Machthaber, der auf die Autonomie seiner Gewalt, auf die Würde seiner Regierung und auf die Niederhaltung der Revolution bedacht ist. Aber auch er hat zahlreiche Amnestien erlassen und der Emigration die Heimkehr gestattet, sobald sie der Regierung sich unterwirft. Diese Beispiele sind prägnant genug und der König Ferdinand II. dürfte ohne Selbstverläugnung ihnen folgen. Auch in Beziehung auf die Prinzipien der innern Verwaltung dürfte dieser Monarch auf Oesterreich und Frankreich hinblicken und seine Reformen darnach einrichten. Die Mißstimmung, deren Existenz wir nicht leugnen wollen, geht in Neapel, wie uns verläßige Nachrichten sagen, mehr von jenen höheren Klassen aus, welche die Revolution und daher auch alles Extreme, was ihr Nahrung gibt, fürchten, als von den untern Volksschichten. Es ist nicht denkbar, daß ein Monarch, der in allen Zweigen der Regierung selbst die Zügel führt und die Verantwortlichkeit für die ganze Administration auf sich zu laden keinen Anstand nimmt, nicht diese inneren und äußeren Gegensätze erkennt und auszugleichen wünscht, sobald dieser Ausgleich als ein Akt der Spontaneität und der Selbstbestimmung erscheinen kann. (Ostd. Post.)

Amerika.

* Der „Constitutionnel“ enthält eine Betrachtung über den Sklavenhadel in den Vereinigten Staaten. Herr Dubois ist zwar weit entfernt, es den Vereinigten Staaten zum Verbrechen anrechnen zu wollen, Sklaven zu haben, da das Institut der Sklaverei bei Gründung der amerikanischen Republik bereits bestand und in Rücksicht auf die Interessen einer großen Zahl der Bürger der Vereinigten Staaten trotz des Widerspruchs mit den herrschenden demokratischen Prinzipien beibehalten werden mußte. Aber zwischen dem Beibehalten, so lange es nothwendig ist, und dem Bestreben, die Sklaverei in's Unendliche zu verlängern und zu verbreiten, ist ein Unterschied und Hr. Dubois fürchtet, daß wenn Hr. Buchanan der Nachfolger des jetzigen Präsidenten (der sich solche Tendenzen bereits zu Schulden kommen ließ) seyn wird, es wahrscheinlich ist, daß die antiabolitionistischen Leidenschaften des Südens in Washingtoner Kabinet Stütze, Sympathie und eine traurige Parteilichkeit finden werden. Von der Sklaverei zum Sklavenhandel aber — fährt Hr. Dubois fort — ist nur Ein Schritt. Allerdings bestehen in den Vereinigten Staaten strenge Gesetze gegen den Negerhandel, und wer in Afrika gekaufte Sklaven in die Republik einführen würde, liefe Gefahr als Seeräuber behandelt zu werden; aber man hilft sich dadurch, daß man die Menschenhandels-Operationen, welche in New-York eingeleitet werden, nach fremden Ländern z. B. Cuba richtet. Ein lediger starker Neger soll an der afrikanischen Küste 8—10 Dollars, die Frauen und Kinder 3—4 Dollars in Rum und Glaswaaren zahlbar kosten. Auf Cuba verkauft man sie bis zu 800 Dollars — ein Profit, der allerdings genügen dürfte, manche Bedenklichkeit zu heben. Um dem die amerikanische Civilisation beschimpfenden Sklavenhandel ein Ende zu machen, bedarf es des Entgegenwirkens der neuen Verwaltung, deren Wahl bevorstehend ist. Schon von diesem Standpunkt aus ist die Wahl des Präsidenten von so großem Einfluß auf die Beziehungen der Republik mit den fremden Mächten, daß die europäische Meinung der Kandidatur des obersten Fremont Gelingen wünscht, der neben anderen ausgezeichneten Eigenschaften gerechte und gerade politische Ansichten hat, der Sklaverei entgegen und ein erklärter Gegner der Flibustier ist. Wer auch der erwählte Präsident sey — schließt Hr. Dubois — Frankreich verlangt nichts mehr, als mit den Vereinigten Staaten in gutem Einvernehmen zu bleiben. Diese sind am meisten dabei betheiligt, daß in einer Lebensfrage, wie die Wahl eines Regierungschefs, nicht die Leidenschaften Meister werden.

Nichtpolitische Zeitung.

Mannheim, 23. August. Vorgestern kam das Schiff hier an, welches die Kölner Brückenbaukommission anfertigen ließ, um dem Schifferstand am Rhein zu zeigen, wie man an großen Rheinschiffen mit Leichtigkeit den Mast umlegen könne. Das Schiff trägt etwas über 3000 Ztr., während die großen, auf dem Rheine fahrenden 7—10,000 Ztr. tragen. Gestern war nun eine Kommission von Sachverständigen, Inspektoren und Schiffern versammelt, um der Probe des Umlegens anzuwohnen. Ihr Ausspruch fiel nicht günstig aus, denn sie hielt die Einrichtung für viel zu schwerfällig, zeitraubend, sehr mühsam und unsicher, da der Bruch einer Rolle oder sonst eines Stückes das ganze Schiff in Gefahr brächte. Ueberhaupt ist an dieser Einrichtungsart nichts Neues noch Vortheilhaftes. Angenommen aber auch, es ließe sich die Einrichtung leicht bewerkstelligen; wer zahlt die Kosten? Eine solche Einrichtung kömmt an großen Schiffen auf 7—800 fl., an kleineren immer auf 400 fl., und manche kleinere Schiffer sind nicht in der Lage, dies aufzuwenden. Will man an der Brücke durchaus keinen Durchlaß anbringen, so grabe man um Deutz herum einen Kanal, der kaum ½ Stunde lang den Schiffern die gewünschte Durchfahrt gewährt, ihnen keine Kosten verursacht, und jedenfalls nicht so viel kosten kann (?), als die Mastumlegeeinrichtung an dieser Masse von Schiffen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 25. August. Der sich nähernde Ultimo wirkte nachtheilig auf den Stand der meisten Effekten, die beinahe sämmtlich niedriger umgesetzt wurden, mit Ausnahme von Mitteldeutschen und Luxemburger Kreditaktien, die preishaltend blieben. Die Geschäftsstille dauerte heute auch fort.

Norddeutsche Bankaktien wurden bei sehr schwachem Umsatz von $107\frac{1}{8}$ — $106\frac{7}{8}$ und Züricher Kredit-Aktien zu $104\frac{1}{2}$ verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 $83\frac{3}{8}$ P. $83\frac{1}{8}$ G. 5pCt Lombard-Ven. $90\frac{1}{2}$ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. $81\frac{5}{8}$ P. $81\frac{3}{8}$ G.; à 5pCt. in Silberb. R. $89\frac{1}{2}$ P. 89 G.; à

4½pCt. 71¾ P. 71½ G.; à 4pCt. 64½P. 64G.; à 3pCt. 49 P. 48½ G.; à 1pCt. 16½P.16¼G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59½ P. 59 G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 95¼P. 94¾G.; 4½pCt. 101⅝P. 101⅜G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91⅜P. 90⅞ G.; 4½pCt. 103¼ P. 102¾G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 99⅝P. 99⅜G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83½P. — G.; à 3½pCt. 92 P. 91⅝G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39¾ P. 39½ G.; 1pCt. neue 24⅞P. 24¾G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1277P. 1272G. Neue Bankaktien 398 P. 393 G. Credit-Actien à 5pCt. 246½P 241½G. Darmstädter Bankaktien alte 421 P. 419 G.; junge 370 P. 368 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 546 G. Mitteldeutsche Creditbank 109 P. 106½G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117½ P. 117G. Frankf. Bankaktien 119 P. 118¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 283 P. 281 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 146½P. 146 G. Neustadt-Weissenb. 108 P. 107½G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104⅞ P. 104⅝ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64¾ P. 64¼ G. Taunus-Aktien 349 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 86½ P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83¼P. 82¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100½ P. 100 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 125 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105½P. 105 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50 P. 49¾G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117½G. à fl. 25 34⅜P. 34½G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40¾ P. 40¼G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44½G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87½ P. 87 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100½P. 100¼G. — Lond. Lst. 10 k.S. 118½P. 118¼G
Augsb. fl. 100 k.S. 120⅛P. 119⅞G. — Mail. i.S.Lr. 250k.S 100¾P —G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G. — Paris Frs. 200 k.S. 93½P. 93¼G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G. — Lyon Frs. 200 k.S. 93½P. 93¼G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96½P. 96¼G. — Wien fl. 100 C. k.S. 116⅛P. 115⅞G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛P 88⅞G. — Wien 3 M. mit 4% 116P. 115¾G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104¾P. 104½G. — Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München. Es ist schon seit einiger Zeit — berichtet die „Allg. homöop. Ztg." — der von höchster Stelle ausgegangene Erlaß in Ausführung gebracht, daß zu den Medizinalkollegien der Kreisregierungen ein homöopathischer Arzt als Referent der bezüglichen Angelegenheiten beigegeben worden. Jedenfalls ist damit das gewonnen, daß nun wenigstens der allgemeine Rechtsgrundsatz: „es werde auch der andere Theil gehört" seine Anwendung findet.

Das kgl. Appellationsgericht von Mittelfranken hat in Anwendung der Art. 13 und 2 des Preßstrafgesetzes vom 17. März 1850 die Unterdrückung der Abendausgaben der Nummern 2276, 2277 und 2278 der hannöver'schen „Zeitung für Norddeutschland" verfügt, „weil der mit der Ueberschrift: „Bayern" versehene Aufsatz gegen ein Mitglied des königlichen Hauses, von dessen früheren Regierungshandlungen darinnen herabwürdigend gesprochen wird, Schmähungen enthält."

* Am 7. und 8. August fand in Trunstadt eine militärische Exekution statt, worüber die Mittheilungen hinsichtlich des Grundes so verschieden und abweichend waren, daß wir damit unsere Leser nicht behelligen wollten. Nun kommt aber dem „Nürnb. Korresp." eine amtliche Darstellung des Sachverhaltes zu, die wir hiermit folgen lassen: „Zufolge der Bestimmungen des Forstgesetzes vom 28. März 1852 müssen für alle Gemeindewaldungen Wirthschaftspläne hergestellt werden. Ein solcher Wirthschaftsplan sollte auch für den Gemeindewald von Trunstadt angefertigt werden. Allein da 40 Gemeindemitglieder, die sog. Großbegüterten daselbst, erklärten, daß das Eigenthum an diesem Walde nicht der Gemeinde, sondern ihnen als Privaten zustehe, so wurde von Gemeindekuratelwegen die hierauf bezügliche Erhebung gepflogen und auf deren Grund Kuratelbeschluß dahin gefaßt, daß fraglicher Wald als Privateigenthum einzelner Gemeindeglieder nicht anerkannt werde, vielmehr als wirklicher Gemeindewald in so lange zu erachten und zu behandeln sey, bis das behauptete Privateigenthum durch die Prätendenten im Zivilrechtswege ausgetragen seyn werde. Andererseits wurde in demselben Beschlusse ausgesprochen, daß es bei den bisherigen Nutzungsverhältnissen, wonach die Walderträgnisse den Großbegüterten ausschließlich, ohne Antheilnahme der Kleinbegüterten, zufließen, sein Bewenden habe. Dieser Beschluß, wogegen die Großbegüterten Beschwerde ergriffen, wurde von der k. Regierung und vom k. Staatsministerium des Innern bestätigt und zugleich von höchster Stelle die ungesäumte Herstellung des Wirthschaftsplanes angeordnet. Die Großbegüterten, welche inzwischen eine in zwei Instanzen abgewiesene Provokationsklage gegen die Gemeinde wegen Berühmung des Eigenthums am Walde erhoben hatten, drohten aber dem zur Vornahme der Vermessungen in den fraglichen Wald abgeordneten Forsttechniker nicht nur Gewalt an, so daß sich solcher unverrichteter Dinge zurückziehen mußte, sondern dieselben nahmen auch im Walde ohne Erholung forstamtlicher und polizeilicher Genehmigung Holzfällungen vor, weßhalb ein zweiter Forsttechniker nach Trunstadt abgeordnet wurde, um zu konstatiren, wie viel Holz gefällt sey. Allein auch dieser Techniker wurde an Vornahme des ihm aufgetragenen Geschäftes gehindert, indem eine Schaar von zehn Großbegüterten ihn umzingelte und unter Zurückdrängen, sogar theilweise mit zum Zuschlagen erhobenen Fäusten, erklärte, daß sie, nach einer schriftlichen Anweisung ihres Anwaltes, des königl. Advokaten Schlesing dahier, der Vornahme eines jeden amtlichen Geschäftes in ihrem Walde mit Gewalt, ja thätlich ein für alle Mal sich widersetzen. Da die Devastation des Waldes zu befürchten und durch das Benehmen der Großbegüterten das öffentliche Interesse und die gesetzliche Ordnung gefährdet war, so wurde aus Auftrag der königlichen Kreisregierung einem zu Amt vorgerufenen Ausschusse der Großbegüterten eröffnet, daß auf Anfertigung des fraglichen Wirthschaftsplanes und auf Erhebung der eigenmächtig vorgenommenen Holzfällung, womit übrigens ihren vermeintlichen Rechten nicht im Entferntesten eine Beeinträchtigung zugehen und ein nachtheiliger Einfluß auf den das Eigenthum am Walde betreffenden Rechtsstreit nicht bewirkt werden solle, bestanden und diese Maßregel mit allen der Staatsgewalt zu Gebote stehenden Exekutionsmitteln, nöthigenfalls mit Beihülfe der bewaffneten Macht in Vollzug gesetzt werden müsse. Statt diesen Anordnungen der kgl. Kreisregierung sich zu fügen erklärten 29 Großbegüterte in einer schriftlichen Eingabe, daß sie fest entschlossen seyen, allenfallsiger Gewalt wieder Gewalt entgegenzusetzen. Hierauf wurde von hoher Kreisregiernng angeordnet, daß bei fraglichen Gemeindegliedern zu Trunstadt ein Militärkommando als wirkliches Exekutionskommando in so lange eingelegt werde, bis sich dieselben der angeordneten Herstellung eines Wirthschaftsplanes und der Konstatirung der in der Waldung vorgenommenen eigenmächtigen Holzfällung fügen würden. Diese höchste Anordnung wurde am 7. d. Mts. vollzogen und nach Beendigung der nöthigen technischen Arbeiten bereits am 8. d. M. das eingelegte Militärkommando wieder zurückgerufen."

London, 24. August. Die Königin reist am Donnerstag nach Balmoral im schottischen Gebirg. Graf Clarendon ist der begleitende Minister. Es sey falsch, berichtet der „Observer", daß England die Vereinigung der Fürstenthümer befürworte. (T. D. d. Allg. Z.)

Paris, 23. Aug. Das „Pays" theilt mit, Rußland habe, wie man versichere, seinen Beistand angeboten, um an einer Expedition gegen die Riffpiraten Theil zu nehmen; es wolle zu diesem Zweck ein Geschwader von 2 Fregatten und 2 Dampfkorvetten stellen; diese zu Kronstadt armirten Schiffe seyen bereit, ins Meer zu gehen, und würden sich der im Hafen von Stralsund ansammelnden preuß. Flottille, die im Anfang des nächsten Monats abgehen würde, anschließen. (?) (Fr J)

Athen, 16. August. Am 16. wurde der Kammer ein Gesetzvorschlag vorgelegt, kraft dessen die Regierung ermächtigt werden soll, gewisse Staatsgüter zu veräußern. (Frankf. Journal.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 238.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 27. August 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Lindau, 23. August. Ueber das Denkmal, das König Maximilian II. von Bayern dem in Ragaz am 30. August 1854 verstorbenen Philosophen Schelling aufstellen ließ, wird Folgendes in der Schweizer Presse berichtet: „Das Gewicht des Marmors u. s. w. beträgt 215 Zentner; das Ganze besteht aus 36 Stücken, die durch eigene Vorrichtung besonders fest in einander gefügt sind; die Gesammtkosten werden zu 10,000 Fr. angegeben. Es waren während acht Monaten acht bis zwölf verschiedene Künstler und Arbeiter daran beschäftigt. Die Aufstellung ward am 16. vollendet. Auf dem mit Blumen bepflanzten Grabe steht ein Kreuz, und an diesem hing am 20. August ein Lorbeerkranz und ein Kränzchen aus verschiedenen Gartenblumen. Andere Festlichkeiten unterblieben. Das schöne Denkmal gefällt und erfreut Jedermann. Auf dem Sockel befindet sich eine Inschrift, weiter oben eine Darstellung in vertiefter Arbeit, Schelling im Kreise von sieben Schülern, darunter König Max selbst, im Hintergrunde eine Säulenreihe, ferner oben in einer Nische die Büste des Philosophen; zu beiden Seiten unter dieser Büste und einem breiten Querstein stehen zwei weibliche Figuren, die in der einen Hand einen Griffel, in der andern eine Schreibtafel halten, auf welcher der Geburts- und Sterbetag u. s. w. angegeben ist." (A. Z.)

Vom Main, 20. August. Bei den Eisenacher Zollvereinskonferenzen hat die bayerische Regierung ein Memorandum übergeben, dessen Inhalt auch in Mittel- und Norddeutschland billigende Beachtung und Beifall findet. Es weist darauf hin, daß der Zollverein noch immer unbeweglich auf seiner alten Stelle stehe, seine Einheit sey nur noch eine Einheit des Gebundenseyns, ein Verzichtleisten auf alle handelspolitische Entwickelung. Er bedürfte daher einer totalen Reform, welche der Stagnation ein Ende macht, die auf allen seinen Verhältnissen lastet, und den naturgemäßen Fortschritt hemmt. Vor allem Anderen sey es nothwendig, daß künftighin an die Stelle des Prinzips der allseitigen Zustimmung das Prinzip der Stimmenmehrheit trete, eine Aenderung, welcher sich gewiß jede Macht gerne unterwerfen würde, da sie im allseitigen Interesse gelegen sey. An ein Ausscheiden dieser oder jener Macht aus dem Zollvereine sey nicht zu denken, denn das Beharren in demselben sey nicht nur eine nationalökonomische, sondern auch eine politische Nothwendigkeit, und Niemand werde freiwillig ein Band lösen, das sich bereits so fest geschlungen hat. Der österreichischen Handelspolitik gedenkt das Memorandum mit warmer Anerkennung, und weist darauf hin, daß diese das Ziel, das sie sich gesteckt, die Zolleinigung mit Deutschland nicht aus den Augen verlieren werde, sondern im Gegentheil mit aller Energie und lobenswerther Beharrlichkeit verfolge. (D.d.B.)

Kirchheimbolanden, 18. August. Auf Einladung des provisorischen Komite zum Zwecke einer gemeinsamen Besprechung über die projektirte Eisenbahn von Alzey über Kirchheimbolanden nach Kaiserslautern versammelte sich in dem benachbarten Standenbühl eine sehr zahlreiche Gesellschaft aus den Kantonen Kirchheim, Winnweiler und Göllheim, in welcher auch mehrere Herren aus Alzey anwesend waren. Nach Verlesung der Nivellirungs-Konzessionsurkunde, welche nach ihrem wörtlichen Inhalte den Meisten noch unbekannt gewesen, und durch die Mittheilung des Herrn Anwalts Dr. Klein aus Alzey, über den Stand der Rhein-Alzey-Bahn-Angelegenheit, worin er namentlich aufmerksam machte, wie die großherzoglich hessische Staatsregierung dem diesseitigen Projekte gewogen sey, ja für dasselbe bei der kgl. bayerischen Staatsregierung sich verwende, und nachdem hierauf mit lebhafter und regster Theilnahme die für das Fördern des Unternehmens wesentlichsten Punkte besprochen waren, stellte sich die ungetheilte Ansicht in der Versammlung fest, daß an dem Gelingen des Planes nicht zu zweifeln sey, wonach die freiwilligen Beiträge für die Nivellirungskosten, welche bloß in der Stadt Kirchheimbolanden in sehr kurzer Zeit 2300 fl. ergaben, durch Auflage der Subskriptionsliste in der Versammlung auf ca. 4000 fl. stiegen. (Pf. Ztg.)

Preußen. Berlin, 22. August. Wir gedachten neulich der im nächsten Jahr in Aussicht genommenen Berufung einer Generalsynode der evangelischen Landeskirche Preußens. Dieser Berufung liegt die Absicht des Kirchenregiments zu Grunde, mehrere wichtige Fragen der Liturgie und des Rechts zum würdigen und festen Abschluß zu bringen. Damit ein so bedeutsamer Schritt mit desto größerer Sicherheit erwogen und ausgeführt werde, hat der König die Bestimmung getroffen, daß vorerst sowohl die Frage wegen der Zusammensetzung der Synode als die zur Beschlußnahme dieser Versammlung zu bringenden Gegenstände einer zwiefachen Berathung unterliegen sollen. In Folge dessen sind im letzten Frühjahr durch den evangelischen Oberkirchenrath zunächst die in unserm früheren Bericht erwähnten Gutachten einsichtsvoller und erfahrener Männer eingefordert worden, mit deren Zusammenstellung gegenwärtig der Professor Richter beschäftigt ist. Die Gutachten nebst einer dieselben erörternden Denkschrift des Oberkirchenraths sollen nunmehr einer aus den verschiedenen Theilen der Landeskirche zu berufenden Konferenz zur weiteren Berathung übergeben werden. Die Aeußerungen der Konferenz endlich werden mit einem Votum des Oberkirchenraths dem König zur schließlichen Entscheidung in Betreff der Synodalbildung wie in Betreff der einzelnen Berathungsgegenstände vorgelegt. Bei der Umfänglichkeit dieser vorbereitenden Arbeiten steht die Berufung der Synode selbst schwerlich vor der Mitte des nächsten Jahres zu erwarten. (Allg. Ztg.)

Oesterreich. Wien, 23. August. Die „Oesterreich. Korrespondenz" schreibt: Glaubwürdigen Nachrichten aus Bologna zufolge reduzirt sich die von verschiedenen Journalen gebrachte Nachricht von Verhandlungen, welche bei dem dortigen Munizipium stattgefunden haben sollen, um durch eine an die päpstliche Regierung gerichtete Adresse die Entfernung der k. k. Okkupationstruppen aus dem Lande zu erwirken, auf die einfache Thatsache, daß Conte Carlo Marsili gelegentlich der Vorlage des Rechenschaftsberichtes von Seite der mit Besorgung der militärischen Angelegenheiten betrauten Kommission den Dank für das Bestreben, Ersparungen zu erzielen, ausdrückte, am Schlusse jedoch den Wunsch beifügte, daß die Regierung durch geeignete Maßregeln es zu ermöglichen suche, die fremden Truppen entbehrlich zu machen. Die weiters verbreiteten Gerüchte, als ob die Munizipien der übrigen Städte dem Beispiele von Bologna zu folgen beabsichtigten, ja es zum Theile schon gethan hätten, entbehren vollends jeder Begründung und beweisen gleich dem Vorausgehenden nur neuerdings, mit welcher Vorsicht und Zurückhaltung die Angaben gewisser Blätter aufzunehmen sind.

Wien, 22. August. Aus Rom erfährt man, daß der König von Neapel neuerdings den Papst zu bestimmen gewußt habe, zu verlangen, daß die französischen Okkupationstruppen durch neapolitanische Regimenter ersetzt werden möchten. Die Antwort Frankreichs auf dieses Begehren soll sehr einfach gelautet haben: „Man könne diesen Vorschlag nicht für annehmbar halten, da eine neapolitanische Garnison keine hinreichenden Garantieen für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit darbiete." (Schw. M.)

Wien, 23. August. Ihre Majestät die Kaiserin hat heute ihre Appartements verlassen und nach erhaltener Einsegnung die erste Ausfahrt gemacht. Nachmittags war im Schlosse zu Laxenburg Hoftafel, an der die kaiserliche Familie und mehrere Staatswürdenträger Theil nahmen. (Ostd. Post)

Die jüngsten Allarmnachrichten aus Wien beschränken sich auf folgendes: „Das fünfte Armeekorps in Italien ist auf den Kriegsfuß gesetzt, d. h. die 6 Infanterieregimenter dieses Korps werden je 900 Mann (per Kompagnie 50) Urlauber und Ersatzmannschaften an sich ziehen, die Kavallerie war schon vorher nahezu komplet, so daß die ganze Vermehrung die Stärke von

6000 Mann kaum übersteigen dürfte. Die erforderlichen Feldlazarethe sind von Wien abgegangen, ebenso zwei Pferdetransporte in den letzten Tagen; bei der in allen Militärangelegenheiten hier obwaltenden Energie wird des Kaisers Befehl in Kurzem vollzogen seyn. Diese Vermehrung wird vollkommen genügen, um allen Eventualitäten entgegen zu treten: was auch die Zukunft bringen möge, die Qualität wie die Stimmung der Armee bürgen für große Erfolge. Diese Stimmung anlangend, erinnern wir an die Scene, welche Schönhals in seinen „Erinnerungen eines österreichischen Veteranen" sehr anschaulich schildert. Es war am 16. März 1849, Nachmittags 2 Uhr, als ein piemontesischer Stabsoffizier in Radetzky's Hauptquartier eintraf und den Waffenstillstand vom 20. Mittags 12 Uhr an, kündigte. Als der Feldmarschall mit den Worten: „Sie haben uns den Waffenstillstand gekündigt", zu seinen Ordonnanzoffizieren heraustrat, fielen sich diese voll Jubel in die Arme; einer derselben sprengte auf den Exerzierplatz, theilte die Freudenbotschaft den Truppen mit, welche in unbeschreiblichem Jubel durch die Stadt zogen. Sogleich wurde das grüne Reis als Feldzeichen aufgesteckt, jedem begegnenden Offizier ein solches ausgetheilt, und auch Radetzky mußte sich diesen Aufputz gefallen lassen, als er am Abend, wo ihm die Garnison ein Ständchen brachte, zu seinen begeisterten Kriegern sich gesellte. Radetzky ist noch in Italien und seine Armee ist nicht weniger hingebend und kriegsmuthig als Anno 1849. (A. Z.)

Von der untern Donau. Bekanntlich ist das französische Dampfschiff „Lyonnais" das erste Dampfschiff, welches unter einer andern als österreichischen Flagge das eiserne Thor glücklich passirt hat. Bald darauf verbreitete sich das Gerücht, das Schiff sey gescheitert. Der Unternehmer, Herr Parrot, widerlegt nun dasselbe im „Niederrh. Kurier" und theilt hiebei Folgendes über die Fahrt und die Schicksale des Schiffes mit: Am 22. Juli von Galacz auf dem „Lyonnais" die Donau hinauf fahrend, langten wir den nämlichen Tag in Silistria an, wo die im Solde des österreichischen „Lloyd" stehenden Steuermänner uns Hülfe und Schutz versagten. Wir fuhren ohne Hinderniß bis Turnu Severin weiter, wo wir einen Steuermann suchten, der mit uns durch das eiserne Thor passirte. Allein alle Steuerleute weigerten sich, auf unsere Anträge einzugehen, einige ergriffen bei unserer Annäherung sogar die Flucht. Wir wandten uns an den Statthalter und Polizeidirektor, und so gelang es uns endlich einen alten Türken aufzutreiben, welcher einwilligte, unser Schiff zu lenken. Viermal versuchten wir es, den schrecklichen Paß hindurch zu kommen, und viermal mußten wir unverrichteter Sache umkehren. Endlich gelang es uns mit Hülfe von serbischen Steuermännern, die uns ihre Dienste anboten, und nachdem wir das Steuerrad durch eine Stange ersetzten, vermochten wir das eiserne Thor zu passiren. Am nämlichen Tage kamen wir in Neu-Orsova an. Anfänglich verweigerte uns der Mauthdirektor die Durchfahrt und erst nach langwierigen Unterhandlungen konnten wir weiter fahren und erhielten einen Steuermann. Dieser führte uns absichtlich auf zwei Klippen, und es bedurfte unerhörter Mühe und Arbeit, ehe wir nach Trenkova gelangten, wo wir übernachteten. Am folgenden Tag luden wir Kohlen in Nuziasch, wo der österreich. Major, der den Platz kommandirt, anfänglich Händel mit uns suchte. Endlich am 31. Juli begrüßten wir Belgrad unter dem Jubel der Bevölkerung, welche an das Gestade herbeigeeilt war, unter dem Donner der Artilleriesalven und dem wiederholten Rufe: „Es leben die Franzosen!" Die Konsuln von Frankreich und Oesterreich kamen an Bord, um uns zu bewillkommen. Tags darauf besuchten uns die Behörden, der Pascha und die Mitglieder des Senats in Gala; 21 Kanonenschüsse von der Artillerie des Pascha begrüßten unsere Flagge. Am 15. August befand sich der „Lyonnais" in Belgrad, ohne irgend einen Unfall erfahren zu haben. Hiemit ist Alles widerlegt, was in den deutschen Zeitungen über das angebliche Scheitern des „Lyonnais" gesagt wurde. Dieser wird nun die Donau weiter hinauffahren und jedenfalls bis Pesth gehen.

Großbritannien.

* London, 23. August. Der Pariser Korrespondent der „Morning Post" versichert, daß die von der „Köln. Zeitung" veröffentlichte neapolitanische Note erfunden sey. — Der amerikanische Senat hat zur Ausführung der Eisenbahn zwischen Kalifornien und den Vereinigten Staaten 1,500,000 Morgen Land im Mississippistaate zugesichert.

Frankreich.

Paris, 22. August. Die Kommission zur Herausgabe der Werke und Briefe Napoleons I. hat bereits 25,000 Dokumente geordnet. Das Material ist so stark, daß sie ihre Arbeit nicht vor zwei oder drei Jahren beendigen wird. Gegenwärtig beschäftigt sie sich mit den famosen rothen Büchern, die der Kaiser 1815 dem König Joseph zur sorgfältigsten Aufbewahrung anvertraut hat. Sie enthalten in rothem Einbande die merkwürdigsten Briefe, die an den Kaiser während seiner Laufbahn, insbesondere von regierenden Fürsten, gerichtet worden sind. Es ist unbekannt, ob der Text der Korrespondenz Napoleons I. wird veröffentlicht werden, oder ob man nur Auszüge und Summarien in den Druck geben wird. Ersteres liegt offenbar im Interesse der Geschichte, letzteres wird von vielen hochgestellten Familien gewünscht, welche mehr oder weniger durch Enthüllungen verletzt werden können.

Paris, 23. August. Ich habe Ihnen bereits vor mehreren Tagen die Gerüchte über ernste russisch-westmächtliche Differenzen, über Rüstungen u. s. w. als grundlos bezeichnet, mit dem Hinzufügen, daß Rußland selbst die einzige noch obwaltende Meinungsverschiedenheit dem schiedsrichterlichen Ausspruche der Unterzeichner des Friedensvertrags unterworfen. Ich glaube heute aus guter Quelle hinzufügen zu dürfen, daß dieses Schiedsgericht bereits gefunden ist. Die zweiten Vertreter der sieben Mächte am Pariser Kongreß, d. h. also deren resp. hiesige Gesandte, werden zu Konferenzen zusammentreten, um die Frage der Schlangeninsel zu regeln. Der Zusammentritt dieser Konferenzen kann als gewiß betrachtet werden, wenn auch der Zeitpunkt noch nicht festgesetzt ist. Wahrscheinlich dürften darüber noch fünf bis sechs Wochen hingehen, da der russische Vertreter nicht vor der Krönung des Kaisers Alexander II. hier eintreffen wird, der österreichische in Italien reist. Man betrachtet es als sehr wahrscheinlich, daß diesen „Konferenzen" (das ist der vorläufig für jene Gesandtenberathungen angenommene Name) auch die neapolitanische Frage, falls sie bis dahin nicht einen befriedigenden Austrag gefunden, und eventualiter die italienische Frage überhaupt zur Berathung unterbreitet wird. Andere Gegenstände werden sich dann natürlich herandrängen, wenn einmal die Vertreter der bedeutendsten europäischen Mächte wieder zu ernster Konferenz vereint sind. In erster Linie unter diesen Gegenständen dürfte die in Marcy's letzter Depesche von den Vereinigten Staaten beantragte Erweiterung der vom Pariser Kongreß bezüglich der Schifffahrt im Kriege ausgesprochenen liberalen Grundsätze seyn. Im Interesse des Handels und zur Ehre unserer Civilisation, mit der das mehr oder weniger maskirte Piratenwesen des heutigen Seekriegs immerhin unverträglich bleibt, wäre dem amerikanischen Antrage gewiß die baldigste und schnellste Annahme zu wünschen.

* Paris, 24. August. Dem Kommandanten des amerikanischen Handelsschiffes „Helvetia", Kapitän Marh, verlieh der Kaiser die goldene Ehrenmedaille 2. Klasse und den Lieutenants Bell und Tompkins desselben Fahrzeugs die silberne Medaille 1. Klasse, in Anerkennung der am 21. März der französischen Brigg „Ardent" geleisteten Hülfe, deren Mannschaft sie, im Augenblicke des Sinkens, an Bord aufnahmen.

* Der „Moniteur" veröffentlicht eine drei Spalten füllende Reihe von Namen der Militärs der englischen Armee, die sich im Krim-Feldzug am meisten auszeichneten und vom Kaiser die Militär-Medaille erhielten.

* Paris und seine Vorstädte nehmen gegenwärtig (in runden Zahlen) eine Oberfläche von 3400 Hecktaren oder 34 Mill. Quadratmetres ein. In dieser Ausdehnung zählt man 2142 Brunnen oder hydrologische Apparate, die täglich eine Wassermasse von 69,480,000 Litres liefern, die sämmtlich aus der Seine, der Wasserleitung von Arcueil, dem Ourcq-Kanal und dem Greneller artesischen Brunnen kommen. Die 2142 Wasserspender bestehen in 68 öffentlichen und 35 monumentalen Fontainen, 62 Röhren zum Begießen der Straßen, 119 Schläuchen (für Feuersbrünste u. dergl.) und 1858 Brunnen. Dazu kommen noch 6700 Privat-Wasser-Abonnements, 174 Waschanstalten, 178 Bäder (ohne die Schwimmanstalten).

* Der Streit zwischen „Constitutionnel" und „Siècle", resp. zwischen Hrn. v. Cesena und Hrn. Havin wird immer persönlicher und droht dabei gleich den Discussionen des „Univers" und der Tricolor-Angelegenheit sich in's Unendliche zu verlängern. Einer abermaligen Erwiderung auf die Antwort des „Constitutionnel" läßt Hr. Havin nachstehendes P. S. folgen: „Herr Amadée de Cesena droht uns, das Gesetz in der Hand, mit einer 5spaltigen Erwiderung über sein Privatleben und seine politischen Variationen. — Fünf Colonnen! Wir sind — ohne dazu gezwungen zu werden — bereit, die politische Biographie des Hrn. v. Cesena einzurücken; aber wir glauben, daß der ehrenwerthe Schriftsteller die Geschichte seiner Variationen übertreibt. Jedenfalls könnten wir seinem Gedächtnisse zu Hülfe kommen, und wenn wir Aufschlüsse bedürfen, so würden wir sie bei Hrn. Duchatel, Minister des Innern Louis Philipps und bei Hrn. Proudhon einholen.

* Gestern gaben die „Zouaven des Theaters von Inkerman" in Paris ihre erste Vorstellung. Die Posse: „Les Anglaises pour rire", ist nicht neu, aber sie hatte für das ungemein zahlreiche Publikum besonders Reiz, weil sie ganz so gegeben wurde, wie sie von den tapferen Schauspielern (deren 20 vor dem Feinde geblieben seyn sollen) unter dem Donner der Sebastopoler Kanonen aufgeführt worden ist. Besondern Beifall ernteten die bärtigen Liebhaberinnen. Im Augenblick des Vorhangfallens wird Allarm geschlagen, man hört schießen — und die Künstler greifen zu ihren Flinten, um — wie dort — dem Feinde entgegenzueilen. — Für die heutige zweite Vorstellung ist kein Platz mehr zu haben.

* Mit den hölzernen Häusern des Herrn Seiler — welche den immer theurer werdenden Wohnungsmiethen ein Gegengewicht und der arbeitenden Klasse Logis bieten sollen — werden gegenwärtig Versuche angestellt. Auf einem unbebauten Terrain an der Barrière des Martyrs (Montmartre) und anderen Punkten hat man deren eine Anzahl aufgestellt. Doch wird erst die Erfahrung lehren, ob diese „Schweizer-Häuschen", selbst wenn sie quantitativ genügen würden, zu allen Jahreszeiten bewohnbar seyn und nicht im Sommer zu heiß, im Winter zu kalt seyn werden. Und die Feuersgefahr? Doch spricht man auch von einem größern Unternehmen gleicher Richtung, welches darin bestehen soll, einem Theil der Böschung der Festungswerke, intra muros, und der strategischen Straße entlang, in Gruppen von je 50, 2500 Häuser zu bauen, deren jedes sechs Wohnungen zu je 150 Fr. Miethe enthalten soll. Diese, eine von den andern getrennte Gruppen, sollen 50 Dörfer in der Art der Londoner Squares bilden und Dorf Fontenoy, Dorf Austerlitz, Alma, Inkerman u. s. w. heißen.

* In der Angelegenheit der Betheiligung an geheimen Gesellschaften, die z. Z. zahlreiche Verhaftungen zu Lyon, Macon und Vienne veranlaßte, fällte der Gerichtshof zu Lyon vorgestern das Urtheil. Von 40 Angeklagten wurden 35 zu 4monatlicher bis zu 4jähriger Gefängnißstrafe verurtheilt.

* Zu Toulon wurde am 21. Aug. abermals eine Dampffregatte „l'Impératrice Eugénie" von 800 Pferdekraft vom Stapel gelassen.

* Der Generalkapitän von Navarra, General Marchesi, ist mit seinen Adjutanten in Bayonne eingetroffen, um im Namen der Königin Isabella Ihre Majestäten zu begrüßen. — Der zum Botschafter am französischen Hofe ernannte Marschall Serrano wird in einigen Tagen in Paris erwartet und dem Kaiser seine Beglaubigungsschreiben auf der „Villa Eugenie" überreichen.

* Der „Constitutionnel" macht, aus Anlaß der jüngst erschienenen, für den Fürsten von Monaco beleidigenden Publikationen, aufmerksam, daß durch Traktat vom Jahre 1814 das Fürstenthum Monaco seinen vorherigen Souveränen, die im Jahr 1793 entsetzt worden waren, zurückgegeben wurde, und seitdem die gegenwärtige Dynastie wie früher von allen europäischen Regierungen fortwährend anerkannt war.

Spanien.

† Madrid, 20. August. Der Präfekt von Madrid berief die Redakteure der Hauptjournale zu sich und veranlaßte sie in höflichster Weise, sich in ihren Provinzeditionen aller Diskussionen zu enthalten, die Aufregung oder Besorgniß verursachen könnten, bis — was nicht lange dauern werde — die politischen Fragen gelöst seyn werden und gleichzeitig der Belagerungszustand aufgehoben seyn wird. — Die „Gacetta" widerlegt die irrige Behauptung der „Independ. belge", zwei ihrer Madrider Korrespondenten hätten Seitens der Behörde willkürliche Behandlungen erfahren. Wahr ist nur, das zwei Korrespondenten dieses Journals zum Gouverneur gerufen wurden, sich auch wirklich dorthin begaben und erklärten, der sonderbaren Korrespondenz des belgischen Blattes ganz fremd zu seyn. — Die Militär-Kommission hat gegen Hrn. Guell, Gemahl der Infantin Josefa, gegen Madoz, Sayasta, Sala Asensio und Matheu Untersuchungen eingeleitet. Ersterer und Letzterer sollen verhaftet seyn. — Man bemerkt, daß zur Hochzeitsfeier des Prinzen Adalbert von Bayern keiner der verheiratheten Infanten oder Infantinnen eingeladen ist.

Italien.

Turin, 21. August. Hier ist zu der Subskription für die hundert Kanonen auf die Wälle von Alessandria nun noch eine neue hinzugetreten. Mazzini, den man unter der Last seiner lächerlichen Streiche todt, oder wenigstens begraben glaubte, hat die Schellenkappe von Neuem aufgesetzt. Er ladet auch seine Getreuen zu einer Subskription ein, und da es ihm ein Gräuel wäre, wenn republikanisches Geld zu konstitutionellen Kanonen verwendet würde, so schlägt er vor, 10,000 Gewehre anzuschaffen und solche für jene Provinz zu bestimmen, „die sich zuerst gegen den gemeinsamen Feind erhebt." Aus diesen wenigen Zeilen scheint hervorzugehen, daß er für künftighin wenigstens darüber aufgeklärt wurde, daß man keine Revolution aus dem Boden stampfen kann. Die Subskription für die hundert Kanonen gewinnt an Ausdehnung und Bedeutung, seitdem nun gemeinsam mit der englischen auch die französische Presse der Demonstration das Wort redet. (Schwäb. M.)

Amerika.

Aus einem in Kansas erscheinenden Organe der Sklavenhalterpartei theilen wir folgende Proben mit: „Wir sind der Meinung, daß, wenn die Bürger von Leavenworth oder Weston eine oder zwei Schiffsladungen voll Abolitionisten aufhängen wollten, dadurch mehr für die Sicherung des Friedens in Kansas gethan seyn würde, als durch alle Reden, die während der gegenwärtigen Session im Kongresse gehalten worden sind. Mache man einmal einen Versuch!"

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 18. bis 23. August.)

Samstag. Paris hat auch diesmal wieder die Erwartungen getäuscht. Die dortige Börse ist fast in die alte Lethargie zurückgekommen und wenn nicht abermals ein Stück Baisse aufgeführt wurde, so scheint uns mehr der Mangel an handelndem Personal als an Anlage dazu die Aufführung hintertrieben zu haben. Wir möchten daraus die Lehre ziehen, daß es doch gerathen erscheint, sich in Bezug auf französische Zustände vor optimistischen Auffassungen zu hüten, zu welchen besonders die dortige (nichts weniger als freie) Presse verleiten kann. — An unserer Börse nahm das Geschäft größere Lebhaftigkeit an und je mehr die schöne Jahreszeit — diesmal so wenig genossen — von uns scheidet, desto mehr werden die Börsenräume sich wieder füllen. Was in dieser Woche hauptsächlich den Impuls zu größern Umsätzen gab, war die unerwartete Steigerung der österreichischen Kreditaktien. Wir sagen unerwartet, weil sie nach einer fast Monate langen Stagnation gleichsam über Nacht herantrat, und selbst die entschiedensten und ausdauernsten Liebhaber dieser Papiere überraschte. Der aufmerksame Beobachter freilich konnte aus der merkwürdigen Festigkeit des Kurses namentlich an der Wiener Börse und selbst in der flauesten Geschäftszeit schon längst das Prognostikon stellen, daß die nächste Variation eine Bewegung aufwärts seyn würde. — Die Umsätze waren in den Tagen vom 19. bis 21. sehr beträchtlich. — Auch in Darmstädter Aktien war die Hausse stark. Es ist fast Sitte geworden, daß jede Verwaltungsraths-Sitzung durch ein Steigen bezeichnet wird, weil man dem thätigen Sinne der Lenker immer neue Gedanken und Schöpfungen zutraut. Diesmal ist es die Vermehrung des Aktienkapitals zu Gunsten der Aktionäre und nicht der Gründer.

Von den übrigen Kreditaktien ist wenig Neues zu berichten. Meininger scheinen vorläufig ihren festen Standpunkt zwischen 108 und 109 nehmen zu wollen. Weimarer und Luxemburger behaupten sich ebenfalls gut. In der Sitzung der Luxemburger Bank sollten wichtige Beschlüsse, betreffs Uebernahme von Eisenbahnen und Reziprocität des Umtausches von Noten anderer Banken gefaßt worden seyn. Die von Berlin aus verbreitete Nachricht einer großen „Deutsch-amerikanischen Bank zur Ausdehnung und Ausbeutung der internationalen Handelsbeziehungen" entbehrt jeder Begründung. Spanische, sowohl Pereire als Rothschild sind stark in den Hintergrund getreten, ebenso St. Galler (532), wogegen Zürcher mit einigen Umsätzen zu 523 auftraten. Das Geschäft in den (Hamburger) norddeutschen Aktien hat die ursprüngliche Lebhaftigkeit verloren, und auch der Kurs ist bereits unter 108 gewichen. Hannoversche Bankpromessen tauchten ebenfalls auf, wir versprechen ihnen aber kein langes Leben, zumal ein Agio von 14—16pCt. bei der großen Auswahl von Kreditpapieren eben nicht zum Ankauf reizt. — Von Staatspapieren waren österreichische bei stillem Umsatz wenig verändert. Fortwährende Verkäufe für Wiener Rechnung lassen die Nationalanleihe zu keinem rechten Aufschwung kommen. Loose von 1854 sehr fest. Wir sind überzeugt, daß sie unserer Empfehlung Ehre machen und nicht lange mehr gegen andere Gattungen zurückstehen werden. Diese steigen bei jedem Bedarf, und so sehen wir badische, sardinische u. s. w. fast täglich höher. Spanische Fonds fester in Folge starker Ankäufe für Paris. Die auswärtigen Börsen scheinen überhaupt aus ihrer bisherigen Gleichgültigkeit gegen diese Fonds heraustreten zu wollen. Man kündigt uns das nahe Erscheinen wichtiger Beschlüsse über die innere Organisation des Landes. Wir wollen sehen und dann urtheilen. Wenn irgendwo, ist bei Spanien die Gränzlinie zwischen pessimistischer und sanguinischer Auffassung schwer aufzufinden. — Bexbacher und Weißenburger Aktien

sind abermals gewichen. Die Einnahmen der ersteren Bahn sollen auch im August sich nicht günstiger als in den vergangenen Monaten gestalten, während der Weißenburger Linie der in Aussicht gestellte Verkehr nach Frankreich jetzt wirklich zu werden scheint, merkwürdiger Weise aber nicht von Saar-, sondern von Ruhrkohlen.

Ostbahn fest und beliebt, und namentlich in den letzten Tagen stark per komptant gesucht. Man sagt, die böhmische Konzession zum Anschluß an diese Bahn sey gegeben. Rhein-Nahe haben in Folge bedeutender Aufkäufe, theils für Berliner Rechnung, theils zur Contremine-Deckung, den Pari-Kurs wieder erreicht und sogar etwas überstiegen. — Der Geldstand ist nicht besonders gut. Unsere Beziehungen zu den Ländern, wo preuß. Courant nicht geht, sind wirklich schwierig geworden, da wir von Gulden und Kronenthalern fast ganz entblößt und Baarsendungen daher kaum ausführbar sind. Schade daß unsere Banknoten nicht in ganz Deutschland Kurs haben, und doch wäre dies (wir kommen auf unser früheres Thema zurück) durch Filiale, welche die Einlösung besorgen, leicht zu bewirken. — Wechsel, mit Ausnahme Amsterdam und Augsburg, flau, besonders London und Paris. (Aktionär.)

Frankfurt, 26. August. Die niedrigere Notirung von Paris wirkte nachtheilig auf den Stand der Börse ein, die meisten Effekten besserten sich jedoch im Laufe des Geschäftes und schlossen ziemlich fest.

Norddeutsche Bankaktien wurden zu $107\frac{1}{8}$ 7 $107\frac{1}{8}$ und Züricher Kredit-Aktien zu 104 umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $83^1/_4$ P. 83 G. 5pCt. Lombard.-Ven. $90^1/_2$ P. 90 G. Metall. alte à 5pCt. $81^3/_8$ P. $81^1/_8$G.; à 5pCt. in Silberb. R. $89^1/_2$P. 89 G.; à $4^1/_2$pCt. $71^3/_4$ P. $71^1/_2$ G.; à 4pCt. $64^1/_2$P. 64G.; à 3pCt. 49 P. $48^1/_2$ G.; à 1pCt. $16^1/_2$P. $16^1/_4$G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen $59^1/_2$ P. — G. **Preussen.** $3^1/_2$pCt. Staatsschuldscheine $87^1/_4$P. $86^3/_4$ G. **Bayern.** Obligationen à $3^1/_2$pCt. — P. 89 G.; 4pCt. $94^3/_4$P. $94^1/_4$G.; 4pCt. Grundrente $95^1/_4$P. $94^3/_4$G.; $4^1/_2$pCt. $101^5/_8$P. $101^3/_8$G.; 5pCt. $101^1/_2$ P. 101 G. **Württemberg.** $3^1/_2$pCt. Obligationen b. R. $91^3/_8$P. $90^7/_8$ G.; $4^1/_2$pCt. $103^1/_4$ P. $102^3/_4$G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3^1/_2$pCt. 93 P. $92^1/_2$ G.; à 4pCt. $99^5/_8$P. $99^3/_8$G.; $4^1/_2$pC. $102^1/_2$ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à $3^1/_2$pCt. $90^1/_2$ P. 90G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $83^1/_2$P. — G.; à $3^1/_2$pCt. $92^1/_4$P. $91^3/_4$G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $39^7/_8$ P. $39^5/_8$ G.; 1pCt. neue $24^7/_8$P. $24^3/_4$G. **Holland.** Integrale $64^1/_4$ P, $63^3/_4$ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1270P. 1265G. Neue Bankaktien 395 P. 391 G. Credit-Actien à 5pCt. $245^1/_2$P $243^1/_2$G. Darmstädter Bankaktien alte 420 P. 418 G.; junge 370 P. 368 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 546 G. Mitteldeutsche Creditbank 109 P. $108^1/_2$G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $117^1/_2$ P. 117G. Frankf. Bankaktien 119 P. $118^1/_2$ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 284 P. 282 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $146^1/_4$P. $145^3/_4$G. Neustadt-Weissenb. 108 P. $107^1/_2$G. $4^1/_2$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien $104^3/_4$ P. $104^1/_2$ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn $64^3/_4$ P. $64^1/_4$ G. Taunus-Aktien 349 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien $85^1/_2$ P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $83^1/_4$P. $82^3/_4$ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $100^1/_2$ P. $100^1/_4$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 124 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $105^1/_4$P. $104^3/_4$G. $3^1/_2$ pCt. neue Prämienscheine $116^1/_2$P. 116G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50 P. $49^3/_4$G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. $117^1/_2$G. à fl. 25 $34^3/_8$P. $34^1/_8$G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. $40^3/_4$ P. $40^1/_4$G. Nass. Loose à fl. 25 $33^3/_8$ P. $33^1/_8$ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. $44^1/_2$G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial $87^1/_2$ P. 87 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. $100^1/_2$P. $100^1/_4$G.	Lond. Lst. 10 k.S. $118^1/_2$P. $118^1/_4$G
Augsb. fl. 100 k.S. $120^1/_8$P. $119^7/_8$G.	Mail. i.S.Lr. 250k.S. $100^3/_4$P —G
Berlin Thlr. 60 k.S. $104^3/_4$P. $104^1/_2$G.	Paris Frs. 200 k.S. $93^1/_2$P. $93^1/_4$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104^3/_4$P. $104^1/_2$G.	Lyon Frs. 200 k.S. $93^1/_2$P. $93^1/_4$G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. $96^1/_2$P. $96^1/_4$G.	Wien fl. 100 C. k.S. 116P. $115^3/_4$G.
Hamb. MB. 100 k.S. $89^1/_8$P $88^7/_8$G.	Wien 3 M. mit 4% $115^7/_8$P. $115^5/_8$G.
Leipz. Thlr. 60k S. $104^3/_4$P. $104^1/_2$G.	Disconto — P. 4pCt. G

Wien, 25. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{1}{2}$; 5pCt. Metall. 84; $4\frac{1}{2}$ pCt. $73\frac{1}{4}$; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 126; von 1854 $108\frac{3}{8}$; Bankaktien 1098; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $391\frac{3}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 590; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2845. Wechselkurse: Augsburg uso 103. London 10. $3\frac{1}{2}$ B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

München, 25. August. Se. Maj. der König hat den pens. charakterisirten Oberst Herrn Heinrich v. Claus in Nürnberg zum Landwehroberstem und Kommandanten des dortigen Landwehr-Regiments ernannt. — Zum Direktor der kgl. Hof- und Staatsbibliothek, zugleich zum Professor der Philologie an der philosophischen Fakultät dahier, wurde Rektor und Professor Dr. Halm dahier ernannt. (N. C.)

Paris, 22. August. Man erzählt mir, daß Pelissier durchaus nicht geeignet ist, bei der Umgebung des Kaisers Glück zu machen. Er ist dazu zu ungenirt und zu rücksichtslos. Der Kaiser und die Kaiserin fahren jedoch fort, ihm ihr Wohlwollen zu beweisen, und so ist es auch wahrscheinlich, trotz verschiedener Gegenreden, daß er die gewünschte Stelle in Algier erhält. Die Kaiserin hat an das häusliche Glück des Herzogs gedacht und will ihn mit der Wittwe des Admirals Bruat, der Gouvernante des kaiserl. Prinzen, verehelichen. Es sind auch schon die ersten Schritte geschehen und die Gouvernante wurde aus diesem Grunde von der Reise nach Biarritz dispensirt. Marschall Magnan gab Dinstag ein Fest auf seinem Landsitz in Lucienne (bei Marly), dessen Held der Herzog v. Malakoff war, und bei dem auch die Admiralin Bruat unter den Gästen war. Letztere hat keine Töchter und nur Einen Sohn, der jetzt etwa vierzehn Jahre alt ist; ihr verstorbener Mann war ungefähr im gleichen Alter mit Pelissier. Auch der Kaiser soll es wünschen, daß der Herzog die Admiralin heirathe. In der Donaufürstenthümerfrage tritt Frankreich zu Gunsten der Vereinigung auf. England folgt ihm und Oesterreich bekämpft diese Idee, während Rußland hinter dem Berge hält. Aus den Provinzen lauten die Nachrichten nicht gut. Man sieht einem sehr harten Winter entgegen und ist nicht ohne Unruhe für die Zukunft. Der Handel liegt darnieder und die Kapitalisten sind seit einiger Zeit insbesondere in der Provinz sehr zaghaft geworden. Herr Huylmann, der bonapartistische Convertit, Redakteur des französischen Journals in Madrid, hat eine Broschüre über die letzten Ereignisse geschrieben. Dieselbe versucht eine Anwendung der Napoleonischen Ideen zum Besten der Halbinsel zu empfehlen. (H. N.)

Paris, 23. Aug. Mit der Aufhebung der zwei größeren Lager im Departement du Var ist das letzte Kriegsanzeichen auf französischem Boden verschwunden. Das Heer ist beinahe schon auf das Minimum reduzirt und wird es demnächst vollends seyn. Die Nothwendigkeit von Ersparnissen im Staatshaushalte wird gefühlt. Dem Kaiser soll kurz vor seiner Abreise nach Biarritz eine sehr anzügliche und mit zahlreichen, aber unbekannten, Unterschriften bedeckte Adresse mittelst der Post zugekommen seyn, welche das laufende Jahr als ein kritisches für ihn bezeichnet und auf viele Uebelstände in der Lage der Volksklassen, der Landwirthschaft und der Staatsverwaltung seine Aufmerksamkeit lenkt. Da Abschriften von diesem sonderbaren und trotz seiner vielen Unterschriften anonymen Aktenstück im Publikum zirkuliren, dürfte es leicht von einem auswärtigen Blatte zur Oeffentlichkeit gebracht werden. Es ist ausgesprochener Wille des Kaisers, daß das Heer so lange auf dem niedrigsten Friedensstand bleibe, bis das Budget beträchtlich erleichtert seyn wird. Hieraus folgt, daß Frankreich bis dahin in seiner auswärtigen Politik sich auf nichts einlassen wird, was neue Rüstungen veranlassen dürfte. Mit dem Petersburger Kabinet steht man hier nicht auf einem so vorzüglich freundschaftlichen Fuße, daß dadurch die Bevorzugung des Grafen Morny bei den bevorstehenden Krönungsfesten erklärt werden könnte. Er verdankt dies, wie man hier behauptet, dem Zufalle. (H. N.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 239.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 28. August 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Aus Mittelfranken, 21. August. Der neue, von der letzten Generalsynode beantragte Agenden-Kern für die evangelisch-lutherische Kirche diesseits des Rheins ist nunmehr überall „hinausgegeben". Gleichzeitig ward auf höchsten Befehl bestimmt, daß die als unbrauchbar erkannte Seiler'sche und Jung'sche Agende sofort außer Gebrauch gesetzt werde, daß zugleich mit der Liturgie des Hauptgottesdienstes der die nothwendigsten Gebete und Formulare enthaltende Agenden-Kern den Pfarrämtern zum provisorischen und fakultativen Gebrauche hinausgegeben, und daß den Geistlichen ausdrücklich zur Pflicht gemacht werde, bei dem fakultativen Gebrauch des Agenden-Kerns mit Pastoralklugheit zu verfahren. Die höchste Kirchenbehörde bezeichnet zugleich diesen Agenden-Kern als die für die nächste Generalsynode bestimmte agendarische Vorlage behufs des Zustandekommens einer vollständigen Agende, und fordert die Diözesansynoden zur Darlegung ihrer Wahrnehmungen nach gemachtem Gebrauch auf. — Ich brauche wohl nicht erst zu erwähnen, daß diese maßvolle Einführung des Agenden-Kerns, und die Berücksichtigung, welche bei dessen Erweiterung zu einer „vollständigen Agende" dem Votum der Kirchengemeinde durch das Organ der Diözesan- und Generalsynode im Voraus zugesichert ist, überall den befriedigendsten Eindruck gemacht. (Allg. Ztg.)

Preußen. Berlin, 24. August. Es ist in der Natur der Dinge begründet, daß die kleinen Seemächte sich ganz vorzugsweise für die allgemeine Anerkennung der von dem Pariser Friedenskongresse aufgestellten Prinzipien des Seerechtes interessiren. Die Sache liegt bekanntlich so, daß die Vereinigten Staaten allerdings bereit sind, diesen Prinzipien im übrigen beizupflichten, nur nicht demjenigen Grundsatz, welcher das Kaperrecht für ewige Zeiten abschafft, oder richtiger, daß sie diesen Grundsatz unter der Bedingung acceptiren, daß das Recht zur Wegnahme von Privateigenthum im Seekrieg, Kriegskontrebande ausgenommen, ganz in Wegfall kommt. Andererseits hat der Pariser Kongreß, wie namentlich in den betreffenden Depeschen der französischen und englischen Ministerien des Auswärtigen an die Gesandten Frankreichs und Englands am deutschen Bund hervorgehoben wird, jene Deklaration über das Seerecht als ein untheilbares Ganze erklärt, die ein Staat nur entweder ganz annehmen könne oder ganz verwerfen müsse. Die Interessen der Vereinigten Staaten und (vorzugsweise) Englands, laufen hier vollständig auseinander. Amerika hört nahezu auf, eine Seemacht zu seyn, sobald es auf das Recht verzichtet, im Fall eines Krieges seine große Handelsflotte zu einer Kaperflotte umzugestalten; England andererseits zieht keinen entsprechenden Nutzen aus seiner ungeheuren Kriegsflotte, wenn es das Recht aus den Händen gibt, die Blokade zu üben; es steht also kaum zu hoffen, daß einer oder der andere Theil nachgibt, und so wird Amerika voraussichtlich in Zukunft außerhalb der in der Deklaration aufgestellten Grundsätze, das heißt nach dem oben Bemerkten außerhalb aller ihrer Grundsätze stehen. Preußen, mit richtiger Erfassung des Interesses aller kleineren Seemächte, die einestheils von der Kaperei wenig zu hoffen und viel zu fürchten, und anderentheils eine wirksame Blokade wohl zu erdulden haben, aber kaum eine solche je selbst werden üben können, ist fortwährend bemüht gewesen, eine Einigung herbeizuführen; es scheint aber neuerdings die Hoffnung auf ein Gelingen aufzugeben, wenigstens hat es seit einiger Zeit an allen direkten Verhandlungen sich nicht mehr betheiligt. — Die Herausgeber des in ungefähr 20,000 Exemplaren verbreiteten landwirthschaftlichen Kalenders (wirklicher geheimer Kriegsrath Mentzel und Landes-Oekonomierath Dr. Lüdersdorf) haben einen Preis von 300 Thaler für eine Abhandlung über den Gräserbau ausgesetzt. Die Abhandlungen sind spätestens bis zum 1. Juni 1857 an die Verlagshandlung (Karl Bosselmann, früher Karl Wiegandts Verlagshandlung) einzusenden. (Allg. Ztg.)

Württemberg. Stuttgart, 24. August. Wie bekannt, wurde vor einigen Wochen der badische Flüchtling Rau von Semsheim, welcher seit einigen Jahren unter dem Namen Höck hier lebte, festgenommen und, weil sich herausstellte, daß er politisch angeschuldigt und verurtheilt sey, nach Karlsruhe abgeliefert. Der Anlaß, aus welchem Rau zunächst verhaftet wurde, ist ein sehr bedauerlicher, denn Rau wurde von einem hiesigen Menschen, welcher nach allen Beziehungen der niedersten gesellschaftlichen Stufe anzugehören scheint, denunzirt, er habe einen Diebstahl begangen. Das Kriminalamt überzeugte sich aber bald von dem Ungrund dieser Beschuldigung und ließ Hrn. Rau wieder gehen. Allein vor der Thür wurde er abermals angehalten und um seinen Paß gefragt, und als er sich nicht ausweisen konnte, auf die Stadtdirektion abgeführt, wo natürlich seine politische Vergangenheit ans Licht trat und seine Auslieferung zur Folge hatte. Wir wollen hoffen, daß die unbedingte Amnestie für politisch Verfolgte, welche gegenwärtig in Baden zu erwarten steht, auch ihn einschließe.

Frankreich.

* Paris, 25. August. Dinstag gegen 6 Uhr Abends — sagt der „Messager de Bayonne" — ging der Kaiser, die Kaiserin am Arm, über eine Stunde am Strand spazieren. Die starke Fluth vom vorigen Tage hatte einige Badehütten umgerissen. Der Kaiser erkundigte sich nach dem Ursprung der umher liegenden Trümmer und ordnete an, daß die zum Wiederaufbau der Baraken nöthige Summe den Leuten zugestellt werde. Abends wurde das ganze Dorf Biarritz unvermuthet beleuchtet, worunter namentlich das Haus des Hrn. O'Thea und die dazu gehörigen Gärten, sowie mehrere andere Privathäuser, Gasthöfe u. s. w. sich durch den Glanz und den Geschmack der Illuminationen bemerklich machten. Donnerstag Nachmittag nach dem erfrischenden Gewitterregen verließen der Kaiser und die Kaiserin das Schloß ohne Escorte. Sie stiegen durch die Felsen an den Strand hinab, den sie, inmitten der ehrerbietig grüßenden Badenden, entlang gingen. Der Kaiserin den Arm gebend, stieg der Kaiser den gekrümmten Fußpfad am Gestade hinauf und kam nach Atalaye. Hier setzten sich Ihre Majestäten auf eine Bank und betrachteten das Meer zu ihren Füßen und die Küsten Spaniens, die zu ihrer Linken am bläulichen Horizonte sichtbar waren. Nachdem sie dieses prächtige Panorama lange Zeit bewundert hatten, setzten Ihre Majestäten den Spaziergang fort und kamen durch die Mazagranstraße auf den neuen Platz, wo sie die neue Kirche besichtigen und durch den andern Theil von Biarritz nach der Villa zurückkehrten. Auf diesem langen Spaziergange wurden der Kaiser und die Kaiserin mit inniger Herzlichkeit begrüßt. Jeder freute sich des Glücks und der Zufriedenheit, deren die hohen Gäste von Biarritz sichtlich genossen.

* Nach der Veröffentlichung des Schreibens des Kaisers über die Mittel zur Verhütung der Ueberschwemmungen richtete der Minister der öffentlichen Arbeiten, Hr. Rouher, an die Präfekten ein Cirkular, worin er ihnen zur Mittheilung an die Oberingenieure ein Programm zustellt, das der General-Rath des Brücken- und Straßenbaues, unter zu Grundelegung der im „Moniteur" vom 21. Juli dargelegten Ansichten des Kaisers, ausgearbeitet hat, und auf welches die Antworten der Ingenieure bis Ende September einzulaufen haben. „Zu häufige Beispiele und namentlich das Unheil dieses Jahres — schließt das Schreiben des Ministers — zeigten nur zu sehr die Unzulänglichkeit der entlang der Flußbette bestehenden Dämme, die unaufhörlich befestigt und erhöht werden müssen, ohne daß man anzugeben vermöchte, wo man mit Sicherheit stehen bleiben kann. Der Wiederkehr solchen Unheils, wie wir es erlebten, kann man aber nur vorzubeugen hoffen, indem man die zu rasche Anhäufung des Wassers im „Thalweg" der Thäler verhütet, indem man entweder im Hauptstrom oder in den Nebenflüssen

Wehren anbringt, den Ablauf des Flußwassers an den Bergabhängen verringert und so den Verlauf der großen Wasser auf eine längere Zeit ausdehnt, indem man sich befleißt, so viel als möglich das Zusammentreffen des Wassersteigens der verschiedenen Zuflüsse mit dem Hauptthale zu vermeiden und endlich, indem man, wenn die Oertlichkeiten es erlauben, in diesem Thale selbst Wasser-Ablässe und Neben-Ableitungen zur Aufnahme des überflüssigen Wassers herstellt. In dieser Weise werden die Dämme sodann den Andrang des Wassers nicht mehr auszuhalten haben, dem nichts widerstehen kann. Vor Allem muß durch ein mit der größten Festigkeit ausgeführtes Arbeitensystem die volle Sicherheit der großen Bevölkerungs-Centren hergestellt werden und die großen Städte endlich gegen eine Geißel geschützt werden, die mit dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaften im bedauerlichen Widerspruche steht."

* Heute ist der 586. Todestag Ludwig des Heiligen. Die legit. „Union" glaubt das Andenken an denselben am höchsten dadurch zu ehren, indem sie eine Stelle aus den seinem Sohne hinterlassenen Lehren anführt. „Mein Sohn — sagte u. A. der heldenmüthige Fürst — mein lieber Sohn, wenn Gott dir die Gnade verleiht, zur Krone zu gelangen, so übe dich in den für diesen hohen Beruf erforderlichen Tugenden. Befleißige dich in Allem der Rechtschaffenheit und Billigkeit. Erkläre dich eher für den Armen, als für den Reichen. Erlaube deinen Räthen ihre Meinungen frei zu äußern und gegen dein Interesse, wenn es sich um das Recht handelt. „Gebe unverzüglich zurück, was nicht dein ist, oder was deine Vorfahren sich widerrechtlich aneigneten." Hasse das Schlechte überall, besonders aber an Jenen, welchen du irgend eine Macht verliehen hast und die sie mißbrauchen. Lasse es dir zur Ehre gereichen, ein Diener Gottes und ein Vater des Volks zu seyn."

* Der königl. Prinz v. Oude wird mit seinem Onkel und seinen Haus-Offizieren Paris besuchen. Man erwartet ihn in Frankreich Mitte künftiger Woche.

* Man liest im „Courrier de Marseille": „Man sprach viel von einem Seitens der Kinder erster Ehe des Prinzen Jerome (mit Miß Patterson) beabsichtigten Prozesse, worin sie das Recht verfechten wollten, den Namen „Bonaparte" führen zu dürfen. Bekanntlich wollte der Papst die Auflösung dieser Ehe nicht aussprechen. Der kaiserl. Familienrath soll nun [illegible] den Kindern des Prinzen Jerome und der Miß Patterson das beanspruchte Recht zuerkannt haben."

* Marseille, 24. August. Das „Journal de Constantinople" erklärt die Vereinigung der Donaufürstenthümer als eine illegale Sache. — Die „Presse d'Orient" zeigt eine Petition der Bulgaren gegen griechische Schulen und Geistlichkeit an, welche die nationale Hierarchie und Sprache vertreiben. — Türkische Kosaken bewachen die griechischen Gränzen. — Die Häfen Marseille's sind überfüllt. Der Handelsstand klagt über die Unzureichenheit der Eisenbahnen. Die Zufuhr von Getraide dauert fort. Der „Courrier de Marseille" schätzt die Quantität der seit 1. August eingetroffenen Frucht auf 900,000 Hektolitres. Dennoch halten sich die Preise fest.

Spanien.

Madrid, 20. August. In dem von der „Gaceta" vom 19. mitgetheilten Zirkular des Ministers des Innern über Verschiebung der Wahlen der Munizipalitäten, welche in den ersten Tagen des Septembers nach dem Gesetz der letzten Cortes stattfinden sollten, rechtfertigt derselbe die Maßregel in folgender Weise, nachdem er zuerst auf die Aufregung der letzten Ereignisse als Hindernisse einer geeigneten Wahl hingewiesen hat:

„Die Regierung, im lebhaften Wunsch, so viel wie möglich den Kreis der außerordentlichen Gewalten zu beschränken, welche der verhängnißvolle Gang der Ereignisse ihr übertragen hat, würde trotzdem kein Bedenken getragen haben, das Gesetz und das Zirkular, welches über die betreffenden Wahlen Anordnungen gibt (vom 5. Juli), zur Ausführung zu bringen, wenn sich ihr nicht ein materiell unüberwindliches Hinderniß dargeboten hätte. Jene Schwierigkeit besteht in dem Umstande, daß jenes Zirkular wegen der besonderen und schwierigen Lage, durch welche das Land seit einem Monat mühsam hindurch gegangen ist, sowie wegen des mehr oder weniger ausgesprochenen Insurrektionszustandes, worin sich verschiedene Hauptstädte und Ortschaften versetzten, nicht passend, gebührend und allgemein angewandt werden konnte, indem der größere Theil der erwähnten Ortschaften die bestimmten Zeitpunkte vorübergehen ließ, ohne die nothwendigen Arbeiten zur Vorbereitung zu treffen, wodurch eine unbedingte Unmöglichkeit zur Beobachtung des Gesetzes und der erwähnten Vorkehrungen hergestellt ist."

† Madrid, 21. Aug. Das Dekret, womit die Königin dem Prinzen Adalbert von Bayern den Orden des goldenen Vließes verleiht, lautet: „Um meinem vielgeliebten Vetter dem Prinzen Adalbert Wilhelm Georg Ludwig von Bayern einen glänzenden und besonderen Beweis meiner königlichen Achtung zu geben, ernenne ich ihn zum Ritter des hohen Ordens des goldenen Vließes; dies zu Eurer Darnachachtung, und habt Ihr die Ausführung des Gegenwärtigen zu veranlassen. Gegeben 2c." — Die „Gaceta" berichtet aus Melilla vom 11. August: „Endlich, am 31. Juli, langte der Schiffer Joquin Vidal hier an. Er war vier volle Monate in einer furchtbaren Sklaverei, ohne andere Nahrung als ein wenig Gerste mit Wasser, in der traurigsten Entblößung, angekettet und in einem Stalle inmitten des Vieh's schlafend. Die zu Markte kommenden Mauren erzählen, daß kürzlich eine Landung an der Küste versucht wurde (wahrscheinlich jene des Prinzen Adalbert von Preußen), daß die Gelandeten sich zurückziehen mußten und 4 Todte, Flinten und Säbel hinterließen; 24 bis 26 Todte oder Verwundete wurden fortgetragen. Die Mauren hatten 2 Todte und Verwundete.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Nach einer Korrespondenz der „Times" aus Konstantinopel vom 11. August wünscht der Pascha von Aegypten eine Verstärkung der Armee, sowohl um die innere Ruhe zu bewahren, wie auch um die Grenzen nach Sudan hin zu schützen, und die Beduinen in Ordnung zu halten; er behauptet ferner, daß er wenigstens 15,000 bis 20,000 Mann braucht, um den beabsichtigten Kanal durch den Isthmus von Suez zu schützen, ein Werk, welches wie er sagt, durch die öffentliche Meinung Europas geboten ist. Dieser letztere Umstand hat in Konstantinopel starke Aufregung hervorgerufen, weil er gänzlich die Souveränetätsrechte der Pforte in Bezug auf die Konzession des Kanals zu ignoriren scheint. Auch haben alle, die bei dem Entwurf betheiligt waren, die Unterhandlungen direkt mit dem Vizekönig geführt, als sey derselbe ein unabhängiger Souverän, und bedürfe nicht der Einwilligung der Regierung von Konstantinopel, die doch ein Wort mitzureden hat. Auch aus anderm Grund sind die Türken dem Kanalbau abgeneigt; der Kanal würde die Verbindung zwischen den asiatischen und afrikanischen Besitzungen zu Land unterbrechen; es würde ferner eine Art neutralen Gebietes dadurch hergestellt werden müssen. Letztere Bestimmung wäre wegen der Unzuverlässigkeit der türkischen Regierung und als Bürgschaft gegen ungesetzmäßige und eigennützige Einmischung der türkischen Behörden zwar nothwendig, erregt aber zugleich den Argwohn der Pforte, daß die fremden Kompagnien, wenn sie ein Vorrecht erhalten haben, dasselbe mißbrauchen und über das Maß hinaus ausdehnen werden.

Konstantinopel, 15. August. Ueber die Vorgänge in Montenegro hat nichts zuverlässiges verlautet. Ein Gerücht, wonach Omer Pascha das Kommando einer nach den schwarzen Bergen zu dirigirenden Expedition übernehmen würde, scheint sich nicht zu bestätigen. Dagegen ist es begründet, daß die Errichtung eines Gendarmeriekorps im Belaufe von 80,000 Mann Hindernisse gefunden hat und muthmaßlich unterbleiben wird. In der Nacht vom Montag zum Dinstag fand hier eine bedeutende Feuersbrunst, im eigentlichen Konstantinopel, nahe bei der Moschee des Sultans Mohammed statt. Man berechnet die Zahl der niedergebrannten Häuser auf mehr als dreihundert. Während auf der Pera-Seite die Hauptstadt unablässig durch neue An- und Ausbauten vergrößert wird, geschieht es neuerdings nur in seltenen Fällen, daß die weiten Aschenfelder in Stambul wieder überbaut werden. Beim Umhergehen in der eigentlichen Dreiecks-Stadt trifft man auf Ruinen von Straßen und ganzen Vierteln, die nun schon eine Reihe von Jahren unangerührt liegen. Es wäre ein großes und dankenswerthes Werk, im Sinne einer großen und durchgreifenden Restauration eine feste Norm für den Wiederaufbau festzustellen. Im Allgemeinen ist die Architektur eine schwache Seite des heutigen Konstantinopel. (N. Z.))

Pera, 15. August. Die polnische Legion hat bis auf das Kosakenkorps Sadik Pascha's (Czaikowski) ihrem Auflösungsprozeß nicht entgehen können. Im ganzen sind Offiziere wie Mannschaften von der englischen Regierung sehr generös bedacht worden, und dadurch fürs Erste vor Mangel geschützt. Hoffentlich werden es sich die Betheiligten angelegen seyn lassen, baldmöglichst nach einer neuen Stellung sich umzusehen, wozu ihnen, wie es scheint, die türkische Regierung gern behülflich seyn will. So haben mehrere Offiziere und Unteroffiziere bereits die Zusicherung erhalten, bei dem in der Errichtung begriffenen (?) Gendarmeriekorps verwendet zu werden, wo sie allerdings gute Dienste zu leisten vermöchten, da man in Rumelien nur Individuen wird brauchen können, die neben der türkischen auch der slavischen Sprache vollkommen mächtig sind. Das oben erwähnte Kosakenkorps unter Sadik Pascha soll an der griechischen Grenze verwendet werden, um im Verein mit den griechischen Truppen dem bestehenden Traktat zufolge dem Räuberunwesen endlich ein Ende zu machen. (Allg. Ztg.)

Amerika.

Washington, 1. August. Der Kongreß wird sich am 19. August vertagen, und es ist wirklich hohe Zeit, daß er auseinandergeht; denn Vernünftiges kann er jetzt nichts mehr schaffen. Alles rüstet sich auf die bevorstehenden Wahlen, namentlich auf die Wahl des Präsidenten, die im November dieses Jahres stattfindet. Prinzipiell stehen drei Parteien einander gegenüber: 1) die national-demokratische Partei, an deren Spitze jetzt James Buchanan steht, und welcher sich der ganze Süden fast ohne Ausnahme angeschlossen; 2) die Partei der Nichtswisser, welche es hauptsächlich auf die Fremden abgesehen hat, und letztere erst nach einer Reihe von Jahren als stimmfähige Bürger gelten lassen will; und endlich 3) die Partei des Obersten Fremont, welcher alle Abolitionisten des Nordens anhängen, die sich aber erst in letzter Zeit von den Knownothings losgesagt, und zur schwarzen Negerfahne geschworen hat. Die Knownothing-Partei hat sich nämlich durch die Konvention von Philadelphia in zwei Theile gespalten, wovon der nationale Theil, welcher die konstitutionellen Rechte des Südens anerkennt, dem Hrn. Millard Fillmore sich zuwendet; der andere aber sich mit den Abolitionisten des Nordens vereint, und Fremont zu ihrem Führer auserkoren hat. Käme Fremont ans Ruder, so wäre zwar sein erstes Augenmerk auf Kansas, sein zweites aber gewiß auf die Eingewanderten gerichtet; denn in seinen Reihen befinden sich zu viele Knownothings, als daß er ihrem Andringen widerstehen könnte. Die Freunde Fillmore's sind in dieser Beziehung noch gemäßigter und hassen höchstens die Irländer, weil sie im Papstthum den Erbfeind aller Republiken zu wittern meinen. Die Wahl Buchanans ist daher der einzige Ausweg für diejenigen Deutschen, welche sich selbst Zweck sind, und welchen die Union mehr am Herzen liegt, als einseitige Parteizwecke. Denn es ist leicht abzusehen, daß zwischen den zwei Kandidaten, auf welche die Wahl durch das Volk fallen kann — Buchanan und Fremont — letzterer offenbar der ausschließliche Kandidat des Nordens, das heißt der Abolitionistenpartei des Nordens ist, während schon das Faktum, daß Buchanan der Kandidat des freien Staats von Pennsylvanien ist, ihn vor der Zumuthung schützt, daß er ausschließlicher Kandidat des Südens ist. Nichts ist für den Fortbestand der Union von größerer Gefahr als das Aufstellen von geographischen Kandidaten, oder die Herrschaft von Parteien, welche sich durch Längen- und Breitengrade bestimmen lassen. Davor warnte schon Washington in seiner Abschiedsrede das amerikanische Volk, und diese Warnung können sich unsere deutschen Landsleute in den Vereinigten Staaten nicht genug zu Herzen nehmen. Gewiß haben die Deutschen in den Vereinigten Staaten eine wichtige Mission; gebe Gott, daß sie dieselbe erfüllen. Wenn sie nicht das Bindungsmittel zwischen Norden und Süden zu seyn bestimmt sind, so sind sie wenigstens durch ihre Zähigkeit, Mangel an politischen Leidenschaften und Ruhe ganz besonders dazu geschaffen, in die Mitte der Vereinigten Staaten hineingedrängt, den Zusammenstoß zwischen Norden und Süden so viel wie möglich unschädlich zu machen. Das Beharrungsvermögen ist eine große Tugend der Deutschen. Aus **Kalifornien** sind die Nachrichten keineswegs beruhigend. Das Sicherheitscomite beherrscht den Staat völlig, und Gouverneur und Legislatur sind bloß zu Schatten herabgesunken. Der Gouverneur bot zwar Truppen auf; allein diese sind von dem Comite entwaffnet oder gefangen genommen worden, und das Comite besitzt nicht nur Waffen der früheren Milizen, sondern es hat auch die der Vereinigten Staaten selbst in Besitz genommen. Dies ist mehr als gewöhnliches Lynchgesetz; dies ist Aufruhr und braucht nur noch einen Schritt weiter zu gehen, um zur förmlichen Verschwörung zu werden. Das Comite hatte es anfangs nur mit Vagabunden, Taugenichtsen, falschen Spielern, Dieben und Mördern zu thun, und da war ihm energisches Eingreifen sehr ersprießlich; jetzt aber geht es weiter und ist in vollem Aufruhr gegen die Regierung des Staats. Der Gouverneur von Californien, der in Sacramento seinen Sitz hat, wagt sich nicht nach San Francisco, und der Wirkungskreis der öffentlichen Beamten ist auf nur unbedeutende Lokalitäten beschränkt; das Haus, wo das Comite tagt, ist förmlich in eine Festung umgestaltet, reichlich mit Kanonen umgeben, und auf das erste Zeichen stehen Infanterie, Kavallerie und Artillerie bereit, seine Befehle zu vollstrecken. Ein solcher Zustand kann nicht lange dauern, und doch hegt man hier in Washington nicht die geringsten Besorgnisse. Der Gouverneur von Californien hat den Präsidenten der Verein. Staaten ersucht, ihm Truppen zur Unterdrückung des Aufstandes zu senden; allein der Präsident hat dies verweigert, weil nach der Konstitution der Präsident nur dann die Bundestruppen zur Unterdrückung von Emeuten aufbieten darf, wenn die gesetzgebende Versammlung des Staats, und nicht bloß das Oberhaupt des Staats dieses Nachsuchen an ihn stellt. Merkwürdig ist, daß trotz aller dieser Vorgänge die Geschäfte doch regelmäßig ihren Gang gehen, und daß im Verkehr zwischen New-York und San Francisco durchaus keine Unterbrechung stattfindet. Ueberhaupt können Amerikaner gar nicht begreifen, was Aufstand oder Empörung heißt. Sie regieren sich momentan nur ein wenig zu sehr selbst, und da die Zentralregierung nur überall schützend und vermittelnd, selten aber befehlend oder herrisch auftritt, so betrachtet man sie als einen Schatz, den man nicht so leicht bei Seite setzt, ohne sich selbst den empfindlichsten Schaden zuzufügen. Wenn das Comite ausgetobt haben wird, oder wenn die Wahlen vorüber seyn werden, wird es wohl von selbst zu existiren aufhören, und dann wird auch der Präsident eine allgemeine Amnestie ergehen lassen, welche die Tausende von Schuldigen jeder gerichtlichen Verfolgung überhebt. Nach allem zu urtheilen, befinden sich das Comite und seine Anhänger in der Majorität, und dies, nach unsern Begriffen, rechtfertigt zwar nicht sein Verfahren, verhindert aber, daß man es wegen des Vorgefallenen bestrafen kann. (A. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Man schreibt aus **London** vom 23. August: Eine neue Methode hämmerbares Eisen und Stahl ohne Brennmaterial herzustellen, scheint berufen, eine große Revolution in der Eisen- und Stahlfabrikation hervorzubringen. Ihr Entdecker heißt Bessemer; die ersten Versuche im Großen wurden im Beiseyn Sachverständiger gestern mit dem besten Erfolge gezeigt, und wir wollen versuchen den Prozeß in Kürze zu schildern. Die Wichtigkeit dieser neuen Methode (auf die übrigens schon seit einem Jahre die Aufmerksamkeit des Kaisers der Franzosen gelenkt ist), besteht darin, daß durch sie Roheisen unmittelbar aus dem gewöhnlichen Hochofen binnen 30 Minuten in vollkommen hämmerbare Eisen- oder Stahlstangen verwandelt werden kann, daß dadurch Zeit und Kosten der bisher angewandten Uebergangs-Prozesse vermieden werden. Das Interessanteste bei dem neuen Verfahren ist, daß diese Verwandlung des Roheisens durch Erzeugung eines ungeheuren Hitzegrades, ohne Brennmateriale, sondern lediglich durch ein kaltes Gebläse bewerkstelligt wird. Der Erfinder geht von der Voraussetzung aus, daß Roheisen ungefähr 5pCt. Kohlenstoff enthält, daß dieser in der Weißglühhitze neben Sauerstoff nicht bestehen kann, ohne sich mit diesem zu verbinden und zu verbrennen; daß die Raschheit des Verbrennens von der Oberfläche des exponirten Kohlenstoffs abhängt; endlich, daß die zu erreichende Temperaturhöhe des Metalls von der Schnelligkeit abhängt, mit der sich der Sauer- und Kohlenstoff verbinden kann. Daraus folgt, daß man diese beiden so zusammenbringen müsse, daß ihre Oberflächen möglichst stark auf einander einwirken, um einen Hitzegrad zu erzeugen, von dem man bisher in unseren größten Oefen keine Ahnung hatte. Um diese Theorie praktisch zu bewahrheiten, hat Bessemer ein unseren Kuppeöfen ziemlich ähnliches Gefäß von 5′ Höhe und 3′ Fuß Durchmesser gebaut. Es ist mit feuerfesten Ziegeln gefüttert. Ungefähr 2″ vom Boden führte er fünf Tuyère-Röhren ein, deren Enden aus gutgebranntem feuerfestem Ton bestehen, und deren Mündungen ungefähr 3″ messen. An einer Seite des Gefäßes, ungefähr in der Hälfte seiner Höhe, befindet sich eine Oeffnung, durch die das Roheisen einfließt, und gegenüber ein mit Lehm geschlossenes Zapfloch. Außerdem befindet sich beim Apparat ein cylindrisches Gebläse, stark genug, um 8 bis 10 per Quadrat-Zoll zu komprimiren. Nachdem dieses mit den Tuyère-Röhren in Verbindung gebracht ist, beginnt der Prozeß. So wie das Roheisen aus dem Schmelzofen in das Gefäß einströmt, und das Gebläse zu arbeiten anfängt, hört man aus dem Innern des Gefäßes ein mächtiges Aufbrausen, das Metall wird heftig an den Wänden herumgeworfen, so daß es das ganze Gefäß erschüttert. Das währt 15—20 Minuten, während dieser Zeit verbindet sich der Sauerstoff der atmosphärischen Luft mit dem Kohlenstoff im Eisen, und erzeugt eine gewaltige Hitze; die sich vermindernde Quantität Kohlenstoff gestattet einem Theil Oxygen sich mit dem Eisen zu verbinden, das in ein Oxyd verwandelt wird. In Folge des hohen Temperaturgrades schmilzt dieses Oxyd so wie es gebildet ist, und bildet ein mächtiges Lösungsmittel für jene erdigen Basen, die mit dem Eisen verbunden sind. Durch das ununterbrochene heftige Aufkochen werden Schlacken und Metalle aufs innigste gemischt, jeder Theil des Letzteren kommt mit dem flüssigen Oxyd in Berührung, welches das Metall von allen erdigen Basen des Roheisens aufs wirksamste reinigt, während Schwefel und andere flüssige Bestandtheile, die in gewöhnlichen Temperaturen so fest am Eisen hangen, — Ersterer als schwefelsaures Gas — ausgetrieben werden. — Das Hauptersparniß bei diesem Verfahren bleibt in der Ersparniß des Brennmaterials, und Besse-

mer hat ausgerechnet, daß auf diese Weise Eisen um 2 L. wohlfeiler als das bisherige ordinäre englische Eisen erzeugt werden kann, und zwar von derselben Güte wie das beste importirte schwedische oder russische Eisen, das in England mit 20—30 L. pr. Tonne bezahlt wird.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 27. August. Bei ziemlich lebhaftem Geschäft wurden Rhein-Nahe Eisenbahnaktien und österr. Bankaktien im Laufe der Börse besser bezahlt, sonst nichts Bemerkenswerthes. Die Börse schloß fest.

Norddeutsche Bankaktien wurden zu 106 3/4 angeboten.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83 1/8 P. 82 7/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 3/8 P. 89 7/8 G. Metall. alte à 5pCt. 81 3/8 P. 81 1/8 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 1/2 P. 89 G.; à 4 1/2 pCt. 71 1/2 P. 71 1/4 G.; à 4pCt. 64 1/4 P. 63 3/4 G.; à 3pCt. 49 P. 48 1/2 G.; à 1pCt. 16 1/2 P. 16 1/4 G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59 3/8 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 87 1/4 P. 86 3/4 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 93 3/4 P. 93 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 93 3/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 5/8 P. 101 3/8 G.; 5pCt. 101 1/2 P. 101 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 3/8 P. 90 7/8 G.; 4 1/2 pCt. 103 P. 102 1/2 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 93 P. 92 1/2 G.; à 4pCt. 99 5/8 P. 99 3/8 G.; 4 1/2 pC. 102 1/2 P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 1/2 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 92 1/4 P. 91 3/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39 7/8 P. 39 5/8 G.; 1pCt. neue 25 P. 24 7/8 G. **Holland.** Integrale 64 1/4 P. 63 3/4 G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1272 P. 1267 G. Neue Bankaktien 399 P. 394 G. Credit-Actien à 5pCt. 245 1/2 P 243 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 423 P. 421 G.; junge 370 P. 368 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 516 G. Mitteldeutsche Creditbank 109 1/8 P. 108 5/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117 7/8 P. 117 3/8 G. Frankf. Bankaktien 118 1/4 P. 117 3/4 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 284 1/2 P. 282 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 145 1/2 P. 145 G. Neustadt-Weissenb. 108 1/4 P. 107 3/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104 3/4 P. 104 1/2 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64 1/4 P. 63 3/4 G. Taunus-Aktien 349 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 85 1/2 P. 85 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 1/4 P. 82 3/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 101 1/4 P. 100 3/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 121 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 1/4 P. 104 3/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 116 1/2 P. 116 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50 P. 49 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117 1/2 G. à fl. 25 34 3/8 P. 34 1/8 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 3/4 P. 40 1/4 G. Nass. Loose à fl. 25 33 3/8 P. 33 1/8 G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44 1/2 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87 1/2 P. 87 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118 1/2 P. 118 1/4 G
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P 119 7/8 G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 100 3/4 P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/2 P. 93 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. 93 1/2 P. 93 1/4 G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 1/2 P. 96 1/4 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 116 P. 115 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 1/8 P 88 7/8 G.	Wien 3 Si. mit 4% 115 7/8 P. 115 5/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 26. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 1/8; 5pCt. Metall. 83 11/16; 4 1/2 pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 125 3/8; von 1854 108 1/8; Bankaktien 1095; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 389 1/4; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 589; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2827 1/2. **Wechselkurse**: Augsburg uso 103. London 10. 4. B Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

London, 26. August. Die heutige „Morning Post" berichtet über das Aufhören der französischen und englischen Besetzung Griechenlands; der französische Admiral habe den Befehl erhalten, die Räumung vorzubereiten; der Tag sey aber noch unbestimmt. Die Westmächte forderten vor der Räumung die Bildung eines neuen Ministerium. (T.D.d.K.Z.)

Louis Blanc veröffentlicht in der „Times" einen Brief über die Lage der französischen politischen Gefangenen in **Cayenne** und sucht aus dem Inhalte verschiedener ihm von dorther zugegangener Schreiben darzuthun, daß die Verurtheilten daselbst eine unwürdige und grausame Behandlung erfahren. Unter Anderm bringt er eine von 38 Deportirten unterzeichnete, an ihn gerichtete Adresse, in welcher erzählt wird, wie zwei Gefangene wegen mißliebiger Worte an einen Pfahl gebunden und geprügelt, wie ihnen der Bart ausgerissen, wie sie mit Stricken so fest zusammengeschnürt worden seyen, daß das Blut aus dem Körper gespritzt 2c. Außerdem wird über die achtstündige Arbeit in pestilentialischen Morästen geklagt. (K. Z.)

Paris, 25. August. Wie man versichert, ist die baldige Ausgabe einer **neuen französischen Anleihe** sehr wahrscheinlich. Die heutige Börse war in Folge dieser Angabe sehr flau. Nach Briefen aus Madrid scheint man dort Alles nach französischem Muster einrichten zu wollen. Es werden dort jetzt auch große und befestigte Kasernen gebaut, wie in Paris, wo seit dem Staatsstreiche an zehn solcher Forts errichtet wurden. Drei sind im Bau begriffen: die große Kaserne am Boulevard du Temple, welche Kaserne das Château d'eau genannt werden wird, die in der Nähe der Börse gelegene Kaserne der Petits Pères und die für die Hundert-Gardisten bestimmte und in der Rue Belle Chasse gelegene Kaserne von Panthemont. Aus Madrid meldet man ferner die Wiederaufnahme der Unterhandlungen zwischen Spanien und Rom. O'Donnell soll gerade nicht die Absicht haben, großartige Konzessionen zu machen; die Hofpartei aber, an deren Spitze der Gemahl der Königin steht, intriguirt in dieser Beziehung sehr stark, und man hält ein Nachgeben des Ministerium für um so weniger unmöglich, als mehrere Mitglieder desselben die Ansichten der Hofpartei theilen.

Rom, 18. August. Durch einen Gnadenakt Sr. Heiligkeit wurden politische Gefangene aus Pagliano ihren hier wohnenden Familien in der vorigen Woche zurückgegeben. Auch Ruyz, oft genannt bei der im August 1853 entdeckten weitverzweigten Verschwörung, hat Hoffnung auf Begnadigung. — Vorgestern und gestern ließ die Polizei Haussuchungen bei verschiedenen im Rufe von Zeitungskorrespondenten stehenden achtbaren Männern vornehmen, unter denen auch einige päpstliche Beamte des Staatssekretariats waren. Man hatte die Inquirirten in Verdacht der Autorschaft jener fulminanten Artikel, welche die liberale piemontesische Presse in der letzten Zeit in nicht geringer Zahl gegen Rom brachte. Doch die Haussuchungen führten nicht zu dem gehofften Ergebnisse. (K. Z.)

Konstantinopel, 20. August. Das Bankprojekt **Balazi's** ist ins Stocken gerathen, **Rothschild** hat ein günstigeres Anerbieten gestellt. **Butenieff**, der russische Gesandte ist gestern angekommen und zu Bujukdere gelandet. Mehemed Kriprisli Pascha wird morgen abreisen. Die Bajasidstraße ist von den Russen noch nicht geräumt. (T.D.d.Allg Ztg.)

Aus **Athen** vom 16. August wird geschrieben: „Der Brand im Pyräeus bildet noch immer das Tagesgespräch. Man sagt, daß seit sechs Jahren keine Revision im Zollamte vorgenommen worden sey, und als eben eine solche vorgenommen werden sollte, brach die Feuersbrunst aus und verzehrte mit den Gebäuden auch alle Bücher, alle Conto, alle Dokumente u. dgl. m.; nur die Angestellten im Sanitäts-Departement waren so glücklich, ihre Schriften zu retten. (Bezüglich darauf versichert der „Moniteur Grec", es habe sich nach gepflogener Untersuchung herausgestellt, daß das Unglück keineswegs einem Akte der Böswilligkeit zuzuschreiben sey; über die Entstehungsursache wird aber gar nicht gesprochen.) (K. Z.)

Warschau, 23. August. Aus St. Petersburg ist die Nachricht eingegangen, daß die Verhandlungen der Regierung mit der Gesellschaft französischer Kapitalisten wegen der **Eisenbahnbauten** in Rußland endlich **zum Abschluß gekommen sind**. Die Gesellschaft hat die Erlaubniß zum Bau der Eisenbahnen von Moskau über Kiew und Nikolajeff nach Odessa und von Odessa über Dubno nach Warschau erhalten. Das Privilegium zur Benützung der Bahn ist der Gesellschaft auf 99 Jahre bewilligt und ihr gleichzeitig 5 pCt. an Zinsen garantirt. (Allg. Ztg)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 240. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreyspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 29. August 1856.

Ueber die

Gehalte der Gerichtsbeamten in Bayern

und

das Gesetz vom 1. Juli 1856,

die Gerichtsverfassung rc. betr.

* Aus Franken, Ende August 1856. In Nr. 127 ds. Blattes haben wir im bezeichneten Betreffe unsere Ansichten und zugleich billigen Erwartungen von der Zukunft — für den Fall gemeinsamen Zusammenwirkens des damals versammelten Landtags mit der Staatsregierung — ausgesprochen. Seitdem ist die Landtagsversammlung mit Abschied geschlossen worden, und das Ergebniß desselben in Bezug auf die oben bezeichneten Punkte ist Folgendes:

Das neuerdings vereinbarte und verkündete Gerichts-Verfassungsgesetz, welches wesentlichen Gebrechen abhelfen wird, ist längstens bis 1. Okt. 1857 in Vollzug zu setzen. Die Gehalte der Gerichtsbeamten an den Kreis- und Stadtgerichten (Bezirksgerichten) sind in Gemäßheit der vom Landtage hiefür genehmigten Mittel, vom 1. Okt. 1856 anfangend, in der Art festzustellen, daß die Protokollisten (Bezirksgerichtssekretäre) 6—700 fl., die Assessoren 600—750 und 900 fl., und die Räthe 1000 bis 1200 fl. an jährlichen Besoldungen zu beziehen haben, während der Gehalt der Landgerichtsassessoren in 600, 750, 900 und 1000 fl. bestehen soll.

Wenn es hiernach einem unbefangenen Beurtheiler einigermaßen auffallen könnte, wie die Assessoren der Bezirksgerichte, welche, abgesehen von allen Anforderungen an sie in Bezug auf Prüfungsnoten und sonstige Voraussetzungen rc., zu bei weitem größten Theile (wohl zu wenigstens zwei Drittheilen) den Dienst als Sekretäre zu durchlaufen haben — auch in der höchsten Besoldungsklasse geringeren Gehalt als die ältesten Assessoren der Landgerichte beziehen, (wenn oder weil diese zu Landgerichtsvorständen nicht geeignet sind) und deren Besoldung derjenigen gleich ist, welche — abweichend von der in oben angeführter Nummer dieses Blattes von uns als billig bezeichneten Gleichstellung mit den Besoldungen der Vorstände des gemischten Dienstes der Finanz- und Forstverwaltung, oder der Bezirksgerichte in der Pfalz, (welche Letztere doch 11- bis 1300 fl. an Besoldungen beziehen) als der Anfangsgehalt der Räthe an den einschlägigen Collegial- und zur Zeit wenigstens in Uebertretungssachen als Berufungs-Instanz für Einzelrichter bestimmten Gerichten vorgesehen ist, — was unseres Erinnerns bei der deßfallsigen Verhandlung am Landtage von einem der ausgezeichnetsten Mitglieder desselben auch hervorgehoben wurde, so ist in allen einschlägigen Besprechungen und Erwartungen noch durchaus nicht gehörig beleuchtet worden, daß nach unbestrittener Erfahrung und in Folge von Anschauungen und Ansichten, über die sich der Einzelne nicht wohl hinwegsetzen darf, da auch die Einschränkungen namentlich des Beamten — ein gewisses Maß nicht überschreiten dürfen, das Leben der Beamten in den Städten ungleich kostspieliger als derjenigen auf dem Lande ist, und die Ersteren (abgesehen von den Lebensmitteln) in Kleidung und Wohnung geringsten Falles wohl die Hälfte mehr als die Letzteren aufzuwenden haben, und daß diese überdies, was bei den reinen Justizbeamten nicht der Fall ist — in der Lage sind, an Kommissionsgebühren einen immerhin erklecklichen Beitrag zu den Kosten ihres — an sich weit geringeren Bedarfs zu erübrigen, so daß dieser aus dem Diensteinkommen jedenfalls vollkommen gedeckt werden kann, während die Beamten in der „reinen Justiz" fortwährend sehr bedeutende finanzielle Opfer zu bringen oder Schulden zu machen gezwungen sind, da man dermalen nicht in einer größeren Stadt Bayerns die Kosten des halbanständigen Auskommens einer Beamtenfamilie der hier in Frage kommenden Rangklasse auf weniger als 15—1600 fl. anschlagen kann. Gleichwohl dürften auch die Beamten der Kreis- und Stadtgerichte die nun wirklich und thatsächlich ausgesprochene Gleichstellung der sonst I. und II. Klasse, namentlich die der Räthe mit den Appellgerichtsassessoren, welche der Gleichstellung der Direktoren an den Kreis- und Stadtgerichten mit den Appellgerichtsräthen nunmehr nachgefolgt ist, zu würdigen wissen und das Bessere von der Zukunft hoffen!

Da die auf die Gehalte bezügige Vollzugsverordnung für die landgerichtlichen Beamten am 22. Juli ds. Js. bereits erschienen und (wie vorgeschrieben) vom Staatsministerium der Justiz mit unterfertigt ist, so möchte wohl kaum zu bezweifeln seyn, daß die auf die Beamten der sog. reinen Justiz bezügige Verordnung alsbald nach Rückkunft ihres, unseres Wissens noch im Urlaub befindlichen, Herrn Staatsminister der Justiz erfolgen, und die Besorgnisse Wohl- oder Uebelgesinnter beseitigen wird, welche glauben machen wollen, daß man die für den genau bezeichneten besonderen Zweck gesetzlich genehmigten Mittel fremdartigen Zwecken zuzuwenden versuchen wolle, — eine Befürchtung, die wir in keiner Beziehung zu theilen vermögen.

Deutscher Bund.

Hannover. Hannover, 26. August. Wie wir aus verläßlicher Quelle hören, belaufen sich die Zeichnungen für die Bank heute bereits auf mehr als 400 Millionen Thaler.

(Ztg. f. Ndd.)

Schleswig-Holstein. Kiel, 22. August. Der Anklagereceß in Sachen des Präsidenten der holsteinischen Ständeversammlung, Kammerherr C. v. Scheel-Plessen, wider den Minister ad interim für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg rc., Geh. Konferenzrath v. Scheele, wegen Verletzung der Verordnung vom 11. Juni 1854, betreffend die Verfassung des Herzogthums Holstein, verfaßt von Friederici und datirt vom 1. August, umfaßt mit den Anlagen 52 Folioseiten, wovon etwa die Hälfte eine sehr umständliche Motivirung, die andere Hälfte eine Reihe von Belegen enthält. Der Antrag des Anklägers lautet dahin: „Ein königl. Oberappellationsgericht wolle für Recht erkennen, daß zur Erlassung folgender, ohne die verfassungsmäßig erforderliche vorgängige Zustimmung der Versammlung der Provinzialstände erlassenen gesetzlichen Verfügungen: 1) der Resolution vom 9. Mai v. J., betreffend die Trennung der Justiz von der Administration in den Aemtern Kiel, Cronshagen und Bordesholm, 2) der Instruktion für den Curator der Universität zu Kiel, wie auch Oberdirektor der gedachten Stadt und Kommissar für den benachbarten Güterdistrikt vom 9. Mai v. J., 3) der Verfügung vom 9. Mai v. J., betreffend die Organisation der Verwaltung und der Rechtspflege in der Herrschaft Pinneberg, 4) der Bekanntmachung für das Herzogthum Holstein vom 29. August v. J., betreffend die fremde Courant-Scheidemünze, 5) der Resolutionen vom 13. und 25. September v. J., betreffend die Trennung der Justiz von der Administration in den Aemtern Reinbeck, Trittau und Tremsbüttel, 6) der Instruktion für den Kommissar für die adeligen Güter Ahrensburg, Blumendorf, Borstel, Höltenklinken, Hohenholz, Hoisbüttel, Jersbeck mit Stegen, Krumbeck, Schulenburg, Wulcksfelde, den gräflich Schimmelmann'schen Antheil des Guts Wandsbeck und die Kanzleigüter Silck und Tangstedt und den nicht landesherrlichen Theil von Wellingsbüttel vom 27. September v. Js., 7) des Ministerialschreibens vom 29. Sept. vorigen Jahres, betreffend die dem Amthause für die Aemter Kiel, Cronshagen und Bordesholm zustehende Polizeistrafgewalt, 8) der Bekanntmachung für das Herzogthum Holstein vom 22. Dezember v. Js., betreffend die Ausdehnung des gegen den Gebrauch der fremden Courant-Scheidemünze erlassenen Verbots auf den Gränzzolldistrikt, ein dringender Grund nicht vorhanden gewesen sey, daß diese Verfügungen verfassungswidrig erlassen

seyen, und daß daher der angeklagte Minister ad interim für das Herzogthum Holstein sein Amt verbrochen habe. (H. C.)

Oesterreich. Die „Oesterr. Zeitung" enthält eine Mittheilung, welche die neuliche Nachricht der „Allg. Ztg." aus Belgrad, daß die Direktion der Oesterreichischen Donaudampfschifffahrtsgesellschaft durch ein Zirkular allen ihren Beamten eingeschärft habe, Schiffen anderer Gesellschaften unter keinen Umständen irgendwelchen Beistand zu leisten, zu berichtigen sucht. Sie sagt: „Wir hatten Gelegenheit, dieses Zirkular selbst einzusehen, und können zur Berichtigung der Meinung, die man sich etwa über den Inhalt desselben bilden könnte, mittheilen, daß, wenn die gedachte Direktion sich veranlaßt gesehen hat, in dieser Hinsicht gewisse Bestimmungen festzusetzen, auf Das, was die Humanität und der Verkehr unter zivilisirten Nationen erfordert, sehr wohl Rücksicht genommen und ausdrücklich angeordnet wurde, daß in Fällen der Noth, wo Menschenleben in Gefahr kämen, jede mögliche Hülfe seitens der gesellschaftlichen Schiffe und Organe bereitwilligst zu leisten sey. Daß man sich sonst aber nicht veranlaßt sieht, einen, wenn auch unbedeutenden, Konkurrenten mit eigenen Mitteln zu unterstützen, ist begreiflich genug."

§ Wien, 25. August. (Privat-Korrespondenz) Die Arbeiten am Laibacher Sumpf schreiten nur langsam vorwärts, aus natürlichen Hindernissen, welche die Menschenhand hier zu überwinden hat. Ungeheure Massen von Schutt sind an diesem Punkte schon verwendet worden, und noch immer finden Einsenkungen statt, welche den Beweis liefern, daß der Damm sich noch nicht breit und tief genug in dem Moraste festgelagert hat, welcher letztere ungefähr 16 Klafter tief ist. — Um sich übrigens von der Großartigkeit der Eisenbahnbauten am Karste einen Begriff machen zu können, möge hier die Thatsache Erwähnung finden, daß dort in einer Ausdehnung von nur einer deutschen Meile nicht weniger als sechs Tunnels gebrochen und Dämme aufgeworfen werden mußten, von denen einer die ungeheure Masse von 32,000 Kubikklaftern Schutt in Anspruch nahm. Von den Tunnels sind zwei 280 Klafter lang. — Die von dem Brüsseler „Nord" gemachten Mittheilungen über angebliche Beschlüsse der Münzkonferenz sind nicht Reproduktionen eines Privatvorschlages. Das Aktenstück rührt vielmehr schon aus dem Monat April her, und wurde damals den nicht direkt bei den Verhandlungen betheiligten deutschen Regierungen mitgetheilt, damit dieselben hierüber entweder zustimmend oder im andern Sinne sich äußern. Diese Regierungen haben sich nun nicht durchgehends zustimmend geäußert, in Folge dessen der Entwurf Modifikationen erfahren wird.

Großbritannien.

London, 24. August. Die „Times" stellt in einem Leitartikel die Uebelstände kurz zusammen, die sich in der Praxis des britischen Criminalrechts aus dem Umstand ergeben, daß die Anklage über Verbrechen nicht die Sache des Staates durch einen Generalanwalt, sondern die der verletzten Parteien ist — ein Uebelstand, der im Parlament während der letzten Sitzung mehreremals zur Sprache kam und auch in diesen Blättern erwähnt wurde. Die Uebelstände sind folgende nach dem allgemein üblichen Verfahren: Der Verletzte begibt sich zu einem Anwalt um denselben um Rath zu fragen; die Anwälte indeß, die sich mit dem Criminalverfahren beschäftigen, gehören nach der allgemeinen Meinung nicht zu der höchsten Klasse dieses Standes. Mag das Vorurtheil begründet seyn, oder nicht, so sind Arme wie Reiche auf dem Lande von der Entscheidung des Anwaltes abhängig. Entmuthigt sie Letzterer, oder schlägt er einen Vergleich vor, so geht der Client sicherlich auf den Vorschlag ein. Somit ist von Anfang an korrupten Vergleichen die Thür geöffnet. Nimmt ein achtbarer Anwalt die Anklage an, so erwarten die Magistratspersonen, die Parteien und das Publikum, daß er dieselbe fortführt; gibt er dieselbe auf, so entsteht darüber allgemeine Unzufriedenheit. Wenn nun die verletzte Partei arm ist, so muß der Anwalt alle Auslagen tragen, z. B. die Zeugen auf seine Kosten kommen lassen und ernähren u. s. w.; die vom Staat für dieselben gezahlte Entschädigung ist so gering, daß er schwerlich auf ein Honorar, meist auf Schaden rechnen muß. Es wird das Beispiel eines Anwalts angeführt, welcher nach Aufforderung der Magistratspersonen eine Anklage wegen Mordes, unter allgemeiner Aufregung der Grafschaft, übernahm und 45 Pfd. St. bei Durchführung derselben verlor. Unter solchen Verhältnissen läßt es sich erwarten, daß arme Leute nicht leicht Anwälte finden; daß ferner von diesen Leuten schmachvolle Vergleiche häufig vorgeschlagen und angenommen werden, um den Geldverlusten zu entgehen, kurz, daß die Gerechtigkeit in ihrem Gange gehemmt wird. Abhülfe ist nur durch Einsetzung eines Staatsanwaltes möglich, oder durch ein Verfahren, wie es schon in einigen Colonien sich vorfindet, nach welchem der Generalanwalt Vollmacht besitzt, jüngere Advokaten zu dem Zweck der Anklage anzuordnen, wo alsdann die Uebernahme des Auftrags zu den Lasten des Standes gehört.

Belgien.

Brüssel, 23. August. Das Civiltribunal der Seine in Paris hat einen Prozeß abgeurtheilt, worin als Kläger alle Mitglieder der Familie Orleans ohne Ausnahme, den König Leopold und seine Kinder einbegriffen, figuriren. Es ist so ziemlich unbekannt geblieben, daß Ludwig Philipp sich von 1807 bis 1820 damit beschäftigt hat, eine genealogische und chronologische Geschichte des königl. Hauses von Frankreich, der Pairs &c. zu schreiben, eine Fortsetzung der Geschichte in zwei Quartbänden, welche der Pater Anselme de Sainte-Marie über denselben Gegenstand im Jahr 1674 herausgegeben hat. Die Patres Ange de Sainte Rosalie und Simplicien gaben von 1726 bis 1733 eine dritte bedeutend vermehrte Edition in 9 Foliobänden heraus. Das königl. Manuskript bildete im Jahre 1848 drei große Foliobände, in Chagrinpapier mit dem königl. Wappen gebunden. Der König führte sie immer mit sich, wenn er die Residenz wechselte. Diese Manuskripte verschwanden im Sturm des Februars. Vor einigen Monaten bot sie ein Herr Valette dem Herzog v. Aumale zum Kauf an und bemerkte in seinem Briefe, daß die Person, welche sie besitze, der legitime Eigenthümer davon sey, was er beweisen könne. Die Antwort des Prinzen war wahrscheinlich eine abschlägige, denn am 1. d. M. zeigte Hr. Valette öffentlich an, daß diese Manuskripte zu verkaufen seyen. Hr. Bocher, Verwalter der Güter der Familie Orleans, begab sich zu diesem Individuum; er verlangte einen der Bände, um ihn der Königin Marie Amelie vorzulegen, und lud ihn zugleich ein, sich zu erklären, wie sie in seinen Besitz gekommen. Valette weigerte sich, diesem doppelten Begehren zu entsprechen. Hr. Bocher kam am 7. Aug. bei dem Tribunal um die Erlaubniß ein, das Manuskript in Beschlag nehmen zu lassen, was denn auch geschehen, und das Tribunal hat jetzt ein Urtheil erlassen, das die Uebergabe an Hrn. Bocher verordnet. Valette hatte gegen die Beschlagnahme aus dem einzigen Grund protestirt, daß bei Mobilien der Besitz für den Titel gelte. In der Audienz war er nicht erschienen, um seine Opposition aufrecht zu halten. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 26. August. Man schreibt aus Marseille: „In den letzten 14 Tagen sind in unserm Hafen 160 Fahrzeuge mit 450,000 Hektolitres Getraide eingelaufen, wodurch die Zufuhr des Monats August bis heute 814,000 erreicht und bis Ende des Monats wenigstens auf 1,200,000 Hektolitres steigen wird. Die Häfen des azow'schen Meeres, Berdianska, Marianopol und namentlich Taganrock nehmen in diesen Zufuhren den ersten Rang ein; sie lieferten 45 Fahrzeuge mit 182,000 Hektolitres Getraides. Odessa zählt für 11 Schiffe mit 44,000 Hektol. polnischen Getraides. Die Donauhäfen Ibraila, Galatz und Ismail figuriren mit 11 Ladungen mit 46,000 Hektolitres. Auch die Sendungen aus dem Königreich Neapel (adriatisches und mittelländisches Meer) machen noch einen wesentlichen Theil der Zufuhr aus und beträgt nicht weniger als 53 Schiffe mit 130,000 Hektolitres. Das Uebrige kam aus dem Mittelmeere. Algier schickte bis jetzt erst 5 Schiffe mit 10,000 Hektol. Doch schlägt man die Quantität Cerealien, die Algier den Märkten des Mutterlandes zuführen wird, auf ungefähr 5 Millionen Hektolitres.

° Dem „Phare de la Manche" zufolge scheint es, daß man dem Schiffsbau zu Cherbourg einen bedeutenden Aufschwung zu geben beabsichtigt. Der Bau des Dampf-Linienschiffs „la ville de Nantes", 90 Kanonen und 900 Pferdekraft wird thätigst betrieben, ein weiteres Dampf-Linienschiff „Sebastopol", 70 Kanonen und 900 Pferdekraft, wird auf den Stapel gestellt und die Transformation des Linienschiffs „Donauwörth" in Angriff genommen. Außerdem sollen die Fregatten „Clorinde" und „Resolue" mit Schrauben versehen und die Dampf-Transportschiffe „Loiret" und „la Somme" im Laufe der nächsten zwei Monate vom Stapel gelassen werden, während die Ausrüstung der Dampffregatte „l'Impétueuse", die jüngst in's Wasser gesetzt wurde, thätigst betrieben und dieses Schiff demnächst seefertig seyn wird.

Paris, 26. August. Der heutige „Moniteur" enthält einen Bericht aus Lissabon vom 17. August, wonach die Ruhe daselbst vollständig wieder hergestellt ist. Seit dem 11. hatte keine Ruhestörung mehr Statt gefunden. (T.D.d.K.Z.)

Spanien.

† Madrid, 22. Aug. Auf einen Vortrag des Ministeraths über die Nothwendigkeit, die Nationalgarde aufzulösen, worin dieselbe als steter Anlaß der Unruhen dargestellt,

und namentlich auf die Haltung dieses Instituts während der letzten Ereignisse hingewiesen ist, erließ die Königin nachstehendes königl. Dekret: „In Anbetracht der mir von meinem Ministerrathe dargelegten Gründe über die Angemessenheit und Nothwendigkeit, die Nationalgarde aufzulösen, habe ich verordnet wie folgt: Art. 1. Die Nationalgarde des Königreichs ist aufgelöst und bleibt für immer aufgehoben. Art. 2. Die Regierung wird den Cortes in der nächsten Versammlung über die Annahme und die Gründe dieser Maßregel Rechenschaft ablegen. Gegeben im Palaste, 15. August 1856. (gez.) Die Königin." — Ueber den Empfang des Prinzen Adalbert v. Bayern liest man in der „España" vom 22. d.: Der Prinz Adalbert von Bayern langte gestern Abends 8 Uhr in Madrid an. Seit 2 Uhr Nachmittags erwarteten die Civil- und Militärbehörden Madrids, der Herzog v. Bailen, General Fitor, der Brigadier Barcaiztegui und der dienstthuende Major-Domus, Hr. Perez de Castro Se. k. Hoheit am Bahnhof, wo eine Kompagnie des Geniekorps mit Fahne und Musik und zwei Detachements Kavallerie aufgestellt waren. Beim Aussteigen wurde der Prinz mit den ihm gebührenden Ehren empfangen und die Musik spielte den Infanteriemarsch. Der Prinz trug die Uniform eines Obristen der bayerischen Armee mit einem römischen Helm (wahrscheinlich dem Cuirassierhelm) und den Groß-Cordon Karls III. Nachdem der Prinz einige Augenblicke ausgeruht hatte, bestieg er eine offene Calesche und sein Gefolge drei Hofwagen. Der Generalkapitän ritt am linken Wagenschlag des Prinzen und eine starke Kavallerie-Escorte schloß den Cortège. Der König kam seinem künftigen Schwager bis unten an die Treppe entgegen und die Königin ging ihm in den königl. Gemächern entgegen. In dem königl. Gemache angelangt, wo die jungen Schwestern des Königs, der Vater, die Ehrendamen, der Ministerrath und die hohen Palastbeamten versammelt waren, küßte der Prinz die Hand seiner Verlobten mit sichtlicher Bewegung, worauf, nachdem die Minister abgetreten waren, die königliche Familie noch einige Zeit vereinigt blieb. Um 9 Uhr zog sich Prinz Adalbert, nachdem er JJ. MM. für den ihm zu Theil gewordenen glänzenden Empfang gedankt, unter demselben Ceremoniell in den Palast der verstorbenen Fürstin v. Salm-Salm, Mutter des Herzogs de l'Infantado, zurück, wo seine Gemächer hergerichtet waren, von welchen aus sich eine herrliche Aussicht über den Prado bis nach Sierra de Guadarama bietet. Die Hochzeit wird, wie wir bereits angezeigt, am 25. Abends stattheben. Montag und Donnerstag ist großer Ball in den königl. Gemächern und Morgen um 2 Uhr großer Empfang beim Prinzen.

Portugal.

* Der französ. „Moniteur" berichtet aus Lissabon, 17. August. Die Ruhe ist zu Lissabon vollständig hergestellt und die von der Regierung ergriffenen klugen Maßnahmen scheinen Portugal eine ruhigere Zukunft zu sichern. Das „Diario" vom 15. veröffentlichte eine Verordnung des Civil-Gouverneurs Graf da Ponte, welche Zusammenrottungen untersagt, den Einwohnern Klugheit anräth, die Schuldigen mit strenger Strafe bedroht und den festen Entschluß ausspricht, die Ordnung um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Wie bereits mitgetheilt, schien am Abend des 11. der Aufruhr unterdrückt. In der That wurde, mit Ausnahme eines Lärmens von wenigen Augenblicken, die Ordnung nicht weiter gestört. Ein Offizier, der die Gewaltthätigkeiten einiger Soldaten gegen einen Bäcker, vielleicht zu handgreiflich, abgewehrt, wurde von den Aufständigen mißhandelt, die ihm seine Epaulettes abrissen und ihn schlugen. Doch wurden die Schuldigen von den dazukommenden Lanziers verhaftet und in die Kaserne des 1. Jägerregiments eingesperrt, ohne daß dieser Vorfall weitere Folgen hatte. Auf dem Lande ist die Bevölkerung dem König Dom Pedro ganz ergeben und es ist zu hoffen, daß die Entschlossenheit und Energie, welche dieser junge Souverän bereits bewies, die Schwierigkeiten bewältigen wird, die der Empörungsgeist und der schlechte Stand der Ernten seiner Regierung bereiteten.

Griechenland.

* Die „Morning-Post" äußert, daß, bevor die Okkupation Griechenland's aufhören wird, die Westmächte von der griechischen Regierung einen Kabinetswechsel verlangen sollten.

Amerika.

* Zu New-York befürchtet man — wie die „Arabia" berichtet — ein Ausbrechen des gelben Fiebers. — Die Präsidentschafts-Chancen Buchanan's nehmen zu. — Zu San-Domingo soll eine furchtbare Revolution ausgebrochen seyn.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 25. August. Ueber den heutigen Ablauf der Generalversammlung der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft erhalten wir auf telegraphischem Wege aus Breslau die Nachricht, daß mit der erforderlichen Zwei-Dritttheil-Majorität die Abtretung der Bahn an den Staat beschlossen worden ist.

(Nat. Ztg.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 28. August. Spanische Fonds wurden heute wiederum höher bezahlt, auch für österr. Kreditaktien wurden etwas bessere Kurse bewilligt, die übrigen Effekten preishaltend und das Geschäft ziemlich belebt. Die Ultimo-Liquidation ging gut von Statten.

Norddeutsche Bankaktien wurden zu 107 1/4 3/8 1/2 umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83 1/8 P. 82 7/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 3/8 P. 89 7/8 G. Metall. alte à 5pCt. 81 3/8 P. 81 1/8 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 3/4 P. 89 1/2 G.; à 4 1/2 pCt. 71 1/2 P. 71 1/4 G.; à 4pCt. 64 P. 63 1/2 G.; à 3pCt. 49 P. 48 1/2 G.; à 1pCt. 16 1/2 P. 16 1/4 G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59 3/8 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 87 1/4 P. 86 3/4 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 5/8 P. 101 3/8 G.; 5pCt. 101 1/2 P. 101 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 3/8 P. 90 7/8 G.; 4 1/2 pCt. 103 P. 102 1/2 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 93 P. 92 1/2 G.; à 4pCt. 99 5/8 P. 99 3/8 G.; 4 1/2 pC. 102 1/2 P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 1/2 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 92 1/4 P. 91 3/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39 3/4 G.; 1pCt. neue 25 1/4 P. 25 G. **Holland.** Integrale 64 1/4 P. 63 3/4 G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1269 P. 1264 G. Neue Bankaktien 395 P. 390 G. Credit-Actien à 5pCt. 247 P. 245 G. Darmstädter Bankaktien alte 422 P. 420 G.; junge 371 P. 369 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 519 P. 514 G. Mitteldeutsche Creditbank 108 5/8 P. 108 3/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 P. 117 1/2 G. Frankf. Bankaktien 118 1/4 P. 117 3/4 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 286 P. 284 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 144 P. 143 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 108 P. 107 1/2 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 3/4 P. 101 1/2 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64 P. 63 1/2 G. Taunus-Aktien 349 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 86 P. 85 1/2 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82 1/2 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100 3/4 P. 100 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 124 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 1/4 P. 104 3/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 117 P. 116 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50 P. 49 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 118 1/4 P. 117 3/4 G. à fl. 25 34 1/2 P. 34 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 3/4 P. 40 1/4 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/2 P. 33 1/4 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 44 3/4 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87 1/2 P. 87 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k S. 100 1/2 P. — — G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118 3/4 P. 118 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. i. S Lr. 250 k. S 100 3/4 P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 5/8 P. 93 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k S. 96 1/2 P. 96 1/4 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 116 P. 115 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S. — — P 88 7/8 G.	Wien 2 M. mit 4% 115 7/8 P. 115 5/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 27. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 9/16; 5pCt. Metall. 83 11/16; 4 1/2 pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 126 1/8; von 1854 108 1/8; Bankaktien 1092; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 391; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 589; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2840. Wechselkurse: Augsburg uso 103. London 10. 4 1/2. B Geldkurs: Dukaten —.

Magdeburg, 22. August. Wir hatten in dieser Woche fast vorherrschend nasses Wetter, wodurch nicht allein das Einbringen der noch im Felde stehenden Früchte erschwert und verzögert, sondern auch schon Nachtheil herbeigeführt worden, indem Gerste vielfach ausgewachsen und in Farbe verdunkelt ist.

Im Getraidehandel ist es nicht unbelebt, besonders im kleinen Geschäfte, denn unsere Konsumenten, die alte Vorräthe nicht besitzen, müssen fleißig ihren Bedarf kaufen. Waizen, alter, wird wenig an-

geboten, Bendthigte müssen 94 a 96 Thlr. für 2160 Pfd. bezahlen; von neuem Waizen waren Kleinigkeiten an dem Markte, die zwar ein schönes Aussehen hatten, aber nicht sehr trocken waren, 90 a 92 Thlr. per 24 Scheffel hat man dafür gezahlt. Roggen, obwohl nicht stark zugeführt, ist doch vom Handel gänzlich vernachlässigt, weil sich noch nach keiner Gegend ein Abzug gebildet hat, Konsumenten zahlen für neue Waare 56 a 58 Thlr. nach Qualität, alter Roggen ist zu 55 Thlr. zu kaufen. Gerste wird zur Versendung nach Hamburg sehr flott gekauft und mit 50 a 54 Thlr. nach Qualität bezahlt. Hafer, alter, knapp und begehrt mit 35 a 37 Thlr. gut verkäuflich, von neuem Hafer sind Kleinigkeiten am Markte gewesen und mit 34 Thlr. bezahlt worden. Kartoffelspiritus, der nur sparsam an den Markt kommt, wird heute auf 50 Thlr. gehalten, 49 Thlr. sind willig zu machen, pr. Septbr.—Dezbr. zu 44 Thlr., pr. Oktbr.—Dezbr. zu 43 Thlr. käuflich. Rübenspiritus loko 46 Thlr., pr. Septbr. 45 Thlr., per Oktbr. 43½ Thlr. bezahlt.

Halle, 21. August. Getraide. Unsere Zufuhren von Roggen fangen an sich zu mehren und Preise geben deßhalb täglich etwas mehr nach. Neuer Waizen wird bis jetzt etwas spärlich offerirt und scheint die Qualität zu befriedigen; nur für England vielseitige Kauflust, so daß Preise aufs neue etwas anzogen. Bezahlt ist heute: Waizen 84—89pfd. 86 a 94 Thlr., Roggen 80—84pfd. 50 a 56 Thlr., Gerste 70—74pfd. 46 a 50½ Thlr., Hafer 50—54pfd. 39 a 32½ Thlr.

Köln, 22. August. Rüböl loko faßweise 44¼ a 44 Thlr. B., in Partien 43¾ Thlr. B., per Oktbr. 43 Thlr. B., 42⅞ G., per Mai 1857 40 a 39½ Thlr. B.

Waizen per Scheffel eff. 234pfd. 116 a 112 Sgr., per Novbr. 109 Sgr., per 2⅝ Scheffel eff. 10⅛ a 9⅞ Thlr. B., per Novbr. 9½ Thlr. B.

Roggen per Scheffel in Partien 82 a 76 Sgr., per Novbr. 72 Sgr., do. 71 Sgr., per März 71 Sgr., do. 70 Sgr., per 2⅝ Schfl. in Partien 7⅛ a 6¾ Thlr. B., per Novbr. 6¼ Thlr. B., do. 6⅛ G., per März 6⅛ Thlr. B., do. 6 1/15 G.

Gerste, hiesige 200pfd. per Scheffel 69 Sgr., per 2⅝ Scheffel 6 Thlr. B.

Hafer per Schfl. 38 Sgr., per 2⅝ Schfl. 3¼ Thlr. B.

Spiritus loko 39½ Thlr. B., in Partien 39½ Thlr. B., rectif. 45 a 46 Thlr. per 130 Quart a 90pCt.

Oel eff. flau, per Herbst fest. Waizen eff. höher. Roggen niedriger. Spiritus fest.

Bei schwacher Zufuhr am Landmarkt war die Stimmung sehr animirt und wurde bezahlt: Waizen per 236 Pfd. 9⅔ a 9⅞, Roggen per 220 Pfd. 6⅞ a 6⅝, Gerste per 200 Pfd. 5½ a 5⅔, Hafer per 2⅝ Scheffel 3 Thlr.

Rotterdam, 20. August. Heute sind 2000 B. Brasil Kaffee zu 26 cs., 6340 B. Necransie Reis zu fl. 6⅝ und 116 Fr. Kentucky Tabak zu geheimen Preisen verkauft

Antwerpen, 21. August. Getraide fest, Waizen und Roggen höher. Kabanka Waizen 14 a 14¼ fl., dänischer 17½ fl. per 80 Kil., auf Lieferung per August für dänischen Waizen 16 fl. bezahlt. Archangel Roggen mit 10 fl., amerikan. mit 9¼ fl. per 70 Kil. bezahlt.

Leinsaat still, Petersb. 12¾ fl. pr. Hekt.

Kaffee und Zucker ohne Umsatz.

Tabak 73 B. Havanna zum Export begeben.

In St. Nicolas heute bei guter Zufuhr Waizen und Roggen 20 Sols höher.

Amsterdam, 21. August. Der Gesammtvorrath von Rohzucker in den holländischen Entrepots betrug am 15. d. 23,657,860 Pfund. Das in Auktion vorkommende Quantum Kaffee besteht jetzt aus 655,807 B., Nr. 18 R. ist um 9319 B., A. 9 um 1500 B. vermehrt; in Schiedam sind Nr. 5 3740 B., Nr. 6 6670 B., Nr. 7 1700 B. zugefügt.

Vorgestern sind in Auktion 150 Faß und 37/2 Bote 1855er Korinthen zu fl. 20 a 22¼ verkauft.

London, 21. August. Zucker stiller. Kaffee fest. Thee matt. Reis 6 d. höher. Gewürze fest. Salpeter flau. Fettwaaren unverändert.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Mit den Verkäufen der Kornvorräthe aus den Staatsmagazinen wird in den Provinzen fortgefahren. In Breslau sind, wie wir hören, in den letzten Tagen 400 Wispel zu 38 Thlr. verauktionirt worden. Man glaubt, daß bei dem bevorstehenden Ultimo auch in Berlin wiederum ein namhaftes Quantum zum Verkauf gestellt werden wird. (H. N.)

Heidelberg, 25. August. Die durch mehrere Blätter verbreitete Nachricht, als hätte vor einigen Wochen eine Versammlung von Abgeordneten der Corpsstudenten verschiedener süddeutscher Universitäten unsere Universität wegen der Auflösung der Corpsverbindungen in Verruf erklärt, ist durchaus aus der Luft gegriffen, und wird am deutlichsten durch den Umstand widerlegt, daß die Mitglieder der aufgelösten Corps, deren hiesige Studienzeit nicht an sich schon abgelaufen war, für das nächste Semester ihre Wohnungen beibehalten, zum Theil auch bereits Collegien belegt haben. Ueberhaupt gehen fortwährend von auswärts Aufträge zur Miethe von Wohnungen, so wie auch zum Belegen guter Plätze in den Hörsälen für Studirende an deren hiesige Bekannte ein, so daß man für die Frequenz der Universität im nächsten Winter keinerlei Besorgniß Raum zu geben Veranlassung hat. (Allg. Ztg.)

Hamburg, 26. August. Ueber den am 25. ds. begonnenen Ministerprozeß schreibt die „N. Z.": Die Sitzung des Oberappellationsgerichts — die erste öffentliche — wurde um 11 Uhr Vormittags eröffnet. Der nicht sehr geräumige Gerichtssaal war fast überfüllt und es herrschte in demselben eine drückende Hitze. Nicht bloß die intelligenteren Kreise der Kieler Bevölkerung waren zahlreich vertreten, es waren auch aus andern Städten besonders aus Glückstadt, dem Sitze des Obergerichts, Viele zu den Verhandlungen herbeigeströmt. Zuerst motivirte Advokat Friederici aus Kiel die Anklage gegen Herrn von Scheele; ihm folgte die Vertheidigung Bargums für den Minister (beide Dokumente sind, als Manuskript gedruckt, schon in Vieler Händen). Nachdem Bargum seinen Vortrag geschlossen, trat seinen Argumenten Friederici in einer dreistündigen improvisirten Rede entgegen, die an verschiedenen Stellen durch so starke Akklamationen unterbrochen wurde, daß der Präsident zur Ruhe mahnen mußte. Am Nachmittag fand eine Pause statt, worauf die Verhandlungen von Neuem aufgenommen und bis 10½ Uhr fortgesetzt wurden. Das Urtheil des Oberappellationsgerichts dürfte erst in einigen Tagen publizirt werden.

London, 25. August. Was die „Post" vorgestern über die Unannehmbarkeit der Marcy'schen Seerechts-Vorschläge äußerte, findet man im „Observer" beinahe Wort für Wort wiederholt. Da auch der „Globe" die Note des amerikanischen Staatssekretärs im ablehnenden Sinne besprochen hat, so läßt sich wohl annehmen, daß in den Regierungskreisen darüber nur Eine Meinung herrscht.

London, 27. August. Vierhundert österreichische Flüchtlinge, welche zur britischen Legion in Malta gehörten, benützen des Kaisers Erlaubniß um straflos heimzukehren. Sie gehen vermuthlich größtentheils nach Venedig; andere werden sich nach England begeben. (T.D.d.Allg Ztg.)

Paris, 24. August. Der Toast und die Zuversicht des Hrn. Belmontet beim neuerlichen Zweckessen der Dezembristen bei einem Gastwirth vor den Barrieren, „daß der Ruhm, den Pauperismus auszurotten, Napoleon III. vorbehalten sey", bezogen sich auf einen Plan, der demnächst zur Ausführung kommt. Die nächsten Generalräthe der Departements werden aufgefordert werden, über die Bettelei in den Städten und auf dem Lande Gutachten abzugeben rc., da Klagen über die Ausbreitung derselben der Regierung von allen Seiten zukommen. Die Gutachten werden das Material zu einem Gesetze liefern, welches der Bettelei theils durch politische, theils durch Wohlthätigkeitsmaßregeln Abbruch thun soll. Von da bis zur Ausrottung des Pauperismus liegt freilich noch mehr als ein Abgrund. — Der Straßenkampf zwischen den schweizerischen Söldnern und den neapolitanischen Soldaten in Palermo, in Folge dessen der Belagerungszustand über die Stadt verhängt wurde, soll den König von Neapel zum Nachdenken gebracht und zu weiteren Konzessionen geneigt gemacht haben. Sein Selbstvertrauen schwindet, und er fürchtet jetzt mehr als eine Intervention das, daß ihn die Großmächte seinem Schicksale überlassen. (H. N.)

Paris, 27. August. Aus Algier vom 21. und 22. August wird gemeldet: es fand ein starkes Erdbeben in Constantine und Bona statt. Schrecklich wüthete es in Philippeville. Man beklagt kein Menschenopfer, aber viele Häuser sind beschädigt. Die Bevölkerung lagert im Freien oder ist ausgewandert. Mehrere französische Dörfer sind stark beschädigt. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. R. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 241.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 30. August 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 28. August. Die jüngste Nummer des Kreisamtsblattes enthält den Abschied für den Landrath von Oberbayern über dessen Verhandlungen in den Sitzungen vom 1. bis 14. Mai 1855, woraus wir Folgendes entnehmen: Dem von dem Landrathe geprüften Voranschlage der Kreis-Ausgaben und Kreiseinnahmen für das Jahr 1855/56 ist die allerhöchste Genehmigung ertheilt worden. Auf die bei der Prüfung des Voranschlags der Kreisausgaben und Kreiseinnahmen für das Jahr 1855/56 erfolgten Aeußerungen und Anträge werden folgende Entschließungen erlassen: Der Bitte des Landrathes um Gewährung eines Zuschusses aus Centralfonds zur Aufbesserung der Congrual-Ergänzung für selbständige Schulverweser ist durch die Erhöhung des Aerarial-Zuschusses für Aufbesserung der Congrua im Budget der VII. Finanzperiode die entsprechende Berücksichtigung zugewendet worden. Der Landrath hat den Beitrag zu den Kosten, welche der Zusammentritt der Kreisgewerbs- und Handelskammer veranlaßt, abgelehnt. Da sich das Gewerbswesen den wichtigsten Angelegenheiten des Kreises anreiht, und da die Summe, welche die lang angestrebte und nunmehr ins Werk gesetzte Vertretung der gewerblichen Interessen in Anspruch nimmt, nur gering ist, so vermögen Se. Majestät diese Ablehnung nicht als gerechtfertigt zu erachten, und verfügen vielmehr, daß die betreffende Position in den nächsten Kreisetat wiederholt eingestellt werde. Dem Antrage des Landrathes wegen Aufnahme eines Anlehens von 336,000 fl. behufs der Herstellung einer Kreisirrenanstalt in Oberbayern ist durch die Sanktion des Gesetzes vom 1. Juli laufenden Jahres entgegengekommen, durch welches der oberbayerischen Kreisgemeinde die Ermächtigung zur Aufnahme eines Anlehens von 250,000 fl. für diesen Zweck ertheilt ist. Auch wird genehmigt, daß nach den Anträgen des Landrathes der Kreisirrenstalt außer dem in dem Voranschlag der Kreisausgaben eingesetzten Betrage von 6000 fl. der weitere Betrag von 24,000 fl., und zwar der noch verfügbare Aktivrest der Kreisfondsrechnung des Jahres 1853/54 mit 10,656 fl. 34 kr., ferner 10,299 fl. 30½ kr. aus der den oberbayerischen Kreisfonds für Ausgaben auf das Schullehrerseminargebäude in Freising aus Zentralfonds rückersetzten Summe von 14,879 fl. 30½ kr., dann die im Landrathsabschiede von 1854 ausgesprochenen Vergütungen der Kreisschuldotation der letzten Finanzperiode mit 2400 fl. und die hienach noch zur Kompletirung des obigen Betrages erforderliche Summe aus dem Aktivreste der Kreisfondsrechnung des Jahres 1854/55 zugewiesen werden. Nachdem übrigens die Kosten für die Herstellung einer Kreisirrenanstalt auf 500,000 fl. veranschlagt sind, und die bisher für diesen Zweck admassirten Mittel mit den bis zum Schlusse des Jahres 1855/56 zur Admassirung gelangenden nur auf circa 180,000 fl. sich belaufen, so erscheint der Bedarf mit diesen Mitteln und dem aufzunehmenden Anlehen noch nicht gedeckt. Es wird daher die Regierung von Oberbayern beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die hiernach noch erforderlichen Mittel für diesen Zweck rechtzeitig in anderer Weise ansgebracht werden. Ob hiezu ein Beitrag durch die beantragte Refundirung derjenigen Ausgaben flüssig werden wird, welche zur Adaptirung der Klostergebäude in Indersdorf für eine Irrenanstalt aus Kreisfonds bestritten worden sind, darüber sind z. Z. die eingeleiteten Unterhandlungen noch nicht zum Abschlusse gediehen. Dieselben vermochten übrigens bisher die Annahme nicht zu begründen, als wären jene Ausgaben ohne Mitwirkung des Landrathes gemacht worden. Auf den Antrag des Landrathes wegen Vereinigung des Irrenhauses zu Giesing mit der neuen Kreisirrenanstalt, dann wegen Uebertragung der Krankenpflege in letzterer an eine religiöse Genossenschaft wird entsprechend Bedacht genommen werden, wenn die Herstellung der Anstalt so weit gediehen seyn wird, daß diese Fragen ihrer Lösung zugeführt werden können. Ferner wurden die von dem Landrathe zu dem Verwendungsnachweise der zu Wasserbauten im Jahre 1853/54 bestimmten Zuschüsse aus Kreisfonds gestellten Anträge und Wünsche genehmigt. Für Wasserbauten, welche den Gemeinden obliegen, ist die Summe von 5000 fl. und für Uferschutzbauten an schiff- und floßbaren Flüssen die Summe von 84,000 fl. den Anträgen des Landraths entsprechend unter die Ausgaben des Jahres 1855/56 aufgenommen. Die Kreisregierung wird für die vollständige planmäßige Ausführung der einzelnen Bauten Sorge tragen.

Auf die außerdem erfolgten Anträge und Aeußerungen des Landrathes, insoweit sie zu dessen Wirkungskreis gehören, wird erwidert was folgt: Der Fortbau der Eisenbahnen in Oberbayern, welcher durch Verhältnisse in Stillstand gekommen war, an denen die Staatsregierung keine Schuld trägt, ist wieder in Angriff genommen. Die von der Kreisregierung getroffene Anordnung der zeitweisen Sistirung von Tanzmusiken und Freinächten in Gemeinden, in welchen Körperverletzungen und Raufexzesse vorgekommen sind, hat zur Verminderung derartiger Exzesse sich wirksam gezeigt. Dem von dem Landrathe gestellten Antrage, diese Anordnung überhaupt nicht für größere Gemeinden in Anwendung bringen zu lassen, kann daher in dieser Allgemeinheit eine Folge nicht gegeben werden. dagegen wird die Kreisregierung angewiesen, in vorkommenden Fällen nach Lage der näheren Umstände und örtlichen Verhältnisse auch fernerhin Ausnahmen von dieser Anordnung eintreten zu lassen und den deßhalb an sie gelangenden Bitten oder Beschwerden jeder Zeit genaue Würdigung zuzuwenden. Der Schluß lautet: „Indem Wir dem Landrathe den gegenwärtigen Abschied ertheilen, gereicht es Uns zum Vergnügen, demselben Unsere Anerkennung seines Berufseifers und seiner ausgesprochenen dankbaren Gesinnung auszudrücken, womit Wir zugleich die Versicherung Unserer königlichen Huld und Gnade verbinden."

Der Abschied für den Landrath von Mittelfranken enthält unter Anderem Folgendes: Aus den auf die Aeußerungen und Anträge des Landrathes ertheilten allerhöchsten Entschießungen heben wir die folgenden hervor: „Wir glauben nicht besorgen zu müssen, daß der Landrath durch fernere Kürzung oder Ablehnung des bisherigen Zuschusses für die Kreishülfskasse diese täglich unentbehrlicher werdende wohlthätige Anstalt zu gefährden beabsichtige, vielmehr berechtiget Uns die von dem Landrathe gewohnte warme Auffassung der wahren Bedürfnisse des Kreises zu der Erwartung, daß derselbe diesem segensreichen Institute seine Bedachtnahme künftig in gleichem Maße wie früher zuwenden werde." . . . . „Bezüglich des landräthlichen Antrages auf strenge Ueberwachung der häuslichen Erziehung der Lehrlinge durch ihre Lehrherren hat Unsere Kreisregierung von Mittelfranken in eigener Zuständigkeit die den Umständen entsprechende Verfügung zu treffen." . . . . . „Nachdem dem Wunsche des Landrathes wegen unentgeltlicher Benützung der für das Maximilians-Hülfsmagazin ausersehenen Aerarialspeicher keine Folge gegeben werden konnte, so hat Unsere Kreisregierung von Mittelfranken den eventuellen landräthlichen Antrag auf Abschließung der Pachtverträge nunmehr in Vollzug zu setzen." . . . . „Dem Antrage des Landrathes, bezüglich der Klassifikation der Straßenzüge der Landtags-Versammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, ist bereits entsprochen worden, ohne daß jedoch eine Vereinbarung hierüber zu Stande gekommen ist. Hierdurch ist denn auch die Möglichkeit entzogen, die Lasten der Distriktsgemeinden bezüglich der Unterhaltung von

Distriktsstraßen aus Staatsbaufonds zu erleichtern, da die budgetmäßige Dotation der Letztern lediglich für die nothwendige Unterhaltung der Staatsstraßen bemessen ist. Wir genehmigen hierbei, daß die zur Herstellung und Unterhaltung von Distrikts-Straßen eingestellte Summe von 12,000 fl. pro 1855/56 nach dem Antrage des Landrathes bis zum Betrage von 20,000 fl. aus dem gesammten Aktivreste der Jahre 1854/55 und 1855/56 soweit möglich ergänzt werde."

Dänemark.

Holstein. Bereits in unserm gestrigen Blatte haben wir die acht Punkte mitgetheilt, wie sie in der Anklage gefaßt worden sind, welche der Präsident der holsteinischen Ständeversammlung gegen den interimistischen Minister für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg, L. N. v. Scheele, wegen Verletzung der holsteinischen Verfassung erhoben hat, und es ist gleichfalls unsern Lesern bekannt, daß der Prozeß in diesem Augenblick bei dem Oberappellationsgericht in Kiel verhandelt wird.

Als die holsteinischen Stände im letzten Winter beisammen waren, machten sie mehrere vergebliche Versuche, ihrer eigenen gedrückten Lage und der des Landes aufzuhelfen. Es wurde ein Antrag gestellt, daß der König ersucht werden sollte, die Veränderungen in der verfassungsmäßigen Stellung des Herzogthums zu veranlassen, welche zur Wahrung der Interessen desselben unumgänglich seyen, aber der Vertreter der Regierung erhob sich dagegen in der gewohnten, barsch abfertigenden Weise. Herr v. Scheele protestirte erst auf seine eigene Hand, und als nichts destoweniger zur Wahl eines Ausschusses geschritten wurde, verschaffte er sich ein königliches Reskript, worin das Vorgehen der Stände für „ordnungswidrig", ja für eine „Nullität" erklärt wurde. Es ist die Lieblingswendung dieses Ministers, jeden legalen Widerspruch gegen sein Belieben zur „Nullität" zu stempeln. Die Stände wahrten darauf ihr Petitionsrecht in einer besonderen Eingabe an den König, was Herr v. Scheele ruhig geschehen ließ; als sie aber dann beinahe einstimmig in einer neuen Adresse dem König erklärten, daß der derzeitige Minister für Holstein das Vertrauen des Landes nicht besitze, bescheinigte sich derselbe eigenhändig in dem den Ständen vorgelegten k. Bescheide, daß die Adresse „Unser Vertrauen zu dem Minister für Holstein zu schwächen nicht vermocht habe." Vielleicht war es ein Glück zu nennen, daß das konstitutionelle Mißtrauensvotum — ein Gewächs, das in Holstein doch mit gar zu ungünstigem Boden zu ringen hat — so zwanglos beseitigt wurde; die Stände fanden sich nun veranlaßt, sich nach einer etwas solideren Waffe umzusehen; sie beschlossen den Minister wegen bestimmter und offenbarer Verfassungsverletzungen gerichtlich zu belangen. Die vom Ministerium Oerstedt oktroyirte Provinzialverfassung vom 11. Juni 1854 räumt ihnen hierzu die Befugniß ein. Es sollen nach derselben Veränderungen in der Gesetzgebung, so weit dieselbe Provinzialsache ist, nicht anders als nach vorgängiger Zustimmung der Provinzialstände vorgenommen werden. Ausnahmsweise in dringenden Fällen, wenn die Stände nicht versammelt sind und ihre Einberufung nicht so schnell stattfinden könnte, wie die Umstände es erheischen würden, behält die Krone sich vor, auch ohne ihre vorgängige Zustimmung Verfügungen, nicht aber organische Gesetze, provisorisch zu erlassen, welche so lange Gesetzeskraft behalten sollen, bis rücksichtlich ihrer ein verfassungsmäßiger Beschluß gefaßt worden ist; tritt aber ein zustimmender ständischer Beschluß nicht hinzu, so soll die Gesetzeskraft aufhören.

Die acht Anklagepunkte ordnen sich in drei Klassen; der Minister hat für verschiedene Landestheile eigenmächtige Rechtspflege und Verwaltung auf neuem Fuße eingerichtet, beide Dienstzweige, wo sie bisher verbunden waren, getrennt, neue Behörden zur Ausübung berufen, die Gesetze auch materiell verändert; er hat die Zahlungsleistung mittelst fremder Scheidemünze verboten und drittens die Befugnisse des Kurators der Universität und des Oberdirektors der Stadt Kiel (beide Aemter sind in origineller Verbindung Einer Person übertragen worden) erweitert. Von diesen Verordnungen war die gegen die fremde (Hamburger und Lübecker) Scheidemünze gerichtete jedenfalls nicht dringlich; wäre ein paar Wochen bis zum Zusammentritt der Stände gewartet worden, so lag keine Gefahr im Verzuge, wenigstens nicht für das Land; freilich für Hrn. v. Scheele, der diese unzweckmäßige und nachtheilige Maßregel schwerlich im Ständesaal durchgesetzt haben würde. Für ihn und sein Regierungssystem ist es bezeichnend, daß er sein Verbot unter der Form der bloßen Wiederveröffentlichung mehrer alter Gesetze vor das Publikum brachte, die aber zum Theil längst aufgehoben sind, zum Theil gar nicht das enthalten, was nach Scheele'scher Versicherung darin stehen soll. Mit den übrigen Verordnungen hatte es nicht nur ebenfalls keine Eile im öffentlichen Interesse, dieselben durften nach der Verfassung überhaupt gar nicht provisorisch und ohne vorgängige Zustimmung der Stände erlassen werden, da sie sich auf organische Einrichtungen beziehen.

Die vor uns liegende Anklageschrift hält für nöthig, eine Sophisterei im voraus abzuwehren, auf welche sie, wie es scheint, glaubt gefaßt seyn zu müssen. Sie hält für möglich, daß man behaupten werde, daß ein Minister zwar die Anklage auf Amtsentsetzung zu gewärtigen habe, wenn er eine Verordnung provisorisch erlassen und die nachträgliche Zustimmung der Stände nicht erlangen könne; daß er aber nach der Verfassung vor jeder gerichtlichen Verfolgung frei sey, wenn er das Gesetz nicht provisorisch, sondern definitiv erlassen, also das ständische Recht zur Mitwirkung ganz und gar außer Acht gelassen hat. Daß Herr von Scheele zu einer ähnlichen Ausrede Neigung hat, ist immerhin möglich, ja beinahe wahrscheinlich. Von den in Rede stehenden Verordnungen hat er einen Theil den Ständen in ihrer letzten Session gar nicht vorgelegt und mag diese Formalität vielleicht nicht für nöthig halten; die auf die Trennung der Justiz von der Verwaltung in gewissen Landestheilen bezüglichen Verordnungen hat er in der Form, in der sie erlassen worden, ebenfalls nicht vor die Stände gebracht, dagegen denselben ein allgemeines Gesetz einer neuen Gerichtsverfassung für das ganze Herzogthum unterbreitet. In diesem allgemeinen Gesetz würden die betreffenden Verordnungen als integrirender Theil aufgehen; die Stände haben aber dasselbe nicht gut geheißen, sondern abgelehnt. Die getroffenen Einrichtungen bestehen natürlich trotzdem fort; die Absicht des Ministers ist deutlich, er hat vor den Ständen drei Jahre Ruhe. Nimmt man übrigens den §. 14 der Verfassung beim Wort, so sollte man dafür halten, daß gar nicht darauf ankomme, ob der Minister nachträglich die Verordnung den Ständen vorlegt oder nicht; es wird darin die Einleitung der gerichtlichen Klage lediglich davon abhängig gemacht, ob nach dem Erachten der Stände zum Erlaß einer Verordnung dringender Grund gewesen ist; die Stände können an die Berathung gehen und die Dringlichkeit in Abrede stellen, ohne daß sie auf eine Vorlegung der Verordnung Seitens des Ministerium zu warten brauchen. (N. Z.)

Frankreich.

Paris, 26. August. Der Brief der Guyaner Deportirten, an Louis Blanc gerichtet und mit dessen Einleitung im heutigen „Morning Herald" abgedruckt, bildet den allgemeinen Gegenstand des Tagsgesprächs. Die Regierung hat den guten Takt gehabt, das Blatt nicht konfisziren zu lassen; das verräth einen gewissen Grad von Muth und Unschuldsbewußtseyn, und bahnt der Zurückweisung und Rechtfertigung, die gewiß nicht ausbleiben wird, leichtern Eingang beim Publikum. Der Eindruck ist nichtsdestoweniger ein peinlicher und tiefer. Es ist nicht das erste Mal, daß dieser Weheruf der Deportirten nach Frankreich herüber klingt; und die auf den verschiedensten Wegen von Zeit zu Zeit ins Publikum gelangenden Nachrichten von dem Loose der Deportirten lassen vermuthen, daß ihn wirkliche Leiden und Ungerechtigkeiten erpreßt. Die offiziöse Presse wird nicht ermangeln, die angeführten Thatsachen als aus der Luft gegriffen zu bezeichnen, vielleicht den ganzen Brief als eine Erdichtung L. Blancs auszugeben.

Paris, 26. August. Aus Italien theilt man uns mit, daß der König von Neapel um keinen Preis nachgeben werde, dagegen geneigt sey, zu Gunsten seines Sohnes, des Herzogs von Calabrien, dem Throne zu entsagen. (Fr. Pstztg.)

* Paris, 27. August. Aus Cagliari vom 17. Aug. wird dem „Moniteur" geschrieben: Die Senkung des unterseeischen Telegraphen-Taues, das Sardinien mit dem afrikanischen Kontinent verbinden soll, scheint diesmal erfolgreich ausgeführt zu seyn. Unglücklicherweise verhinderte es der beim Beginn der Operation stattgehabte Vorfall, über eine ausreichende Taulänge zu verfügen und Hr. Brett mußte auf der Insel Galita anhalten. Nachdem er dort das Tau befestigt hatte, mußte Hr. Brett wieder nach England abreisen, um dort in möglichst kurzer Zeit das noch mangelnde Tau anfertigen zu lassen. Er denkt diese Operation noch vor Schluß des Jahres zu Ende zu führen. Jetzt schon kann man dieses Unternehmen als gelungen ansehen, denn die Schwierigkeiten, welche man unübersteiglich glaubte, sind besiegt. Von der Insel Galita zum Kontinent ist nur noch eine Entfernung von 15—16 Meilen, deren größte Tiefe 207 Metres nicht überschreitet.

*Der „Constitutionnel" erhielt über die Reise des Prinzen Napoleon ein Schreiben von den Shetlands-Inseln, wo der Prinz am 19. von seiner gefahrvollen und interessanten Grönlandsreise angekommen war. Die „Reine Hortense" hatte Reikiavik (Island) am 17. Juli verlassen. Am 20. hatte sie das Cap Farewell in Sicht, das sie am folgenden Tage um

2 Uhr Morgens, eine Meile von der Eisbank entfernt, die sie bis Nachmittags 3 Uhr entlang fuhr, passirte. Am 22. sah man die Eisbank von Neuem, das Wetter war bedeckt, der Nebel dicht. Am 23. Juli 3 Uhr Morgens glaubte man sich auf der Höhe von Frederickshaab, da aber auf die abgefeuerten zwei Schüsse kein Pilote sichtbar wurde, so beschloß man nördlich bis Godthaab, dem Hauptorte der südlichen Inspektion Grönlands, vorzugehen. Gegen Mitternacht langte man zwischen den Inseln der Einfahrt an. Nach wiederholtem Schießen kamen gegen 5 Uhr Morgens endlich 2 Eskimos in ihren Kopaks und um 7 Uhr ging die „Reine Hortense" in dem natürlichen Bassin Godthaabs vor Anker. Der Prinz benützte den Aufenthalt auf Godthaab bis zum 26., um mehrere Ausflüge zu machen. Die „Reine Hortense" war das erste Kriegsschiff und der erste Dampfer, der nach Godthaab gekommen war; die Eskimos (die man frei an Bord kommen ließ, ohne daß sie das geringste berührten) konnten nicht begreifen, wie die Korvette ohne Segel gehen könne, und nannten es deßhalb „ein Schiff mit Floßfedern". Am 26. 9 Uhr Abends setzte die „Reine Hortense", von einer großen Zahl Eskimos in ihren Kopaks begleitet, ihren Weg nach Fiskernoeß fort; die Frauen hatten sich auf den benachbarten Höhen versammelt und winkten der Korvette wehmüthig Lebewohl zu. Am 27. ging die „Reine Hortense" zu Fiskernoeß vor Anker; dieser Ort besteht — wie fast alle Niederlassungen der Küste — aus 4 bis 5 dänischen Häusern, um welche die Eskimos-Hütten geschaart sind. Dort erfuhr der Prinz die Ankunft des „Cocyte" und des Dampfers „Tasmania" mit Kohlen beladen in Frederickshaab, wodurch die Rückfahrt (in Hinsicht auf den Kohlenbedarf) gesichert war. Am 28. 3 Uhr Morgens ging die Korvette nach dem Sammelplatze Frederickshaab ab, kam am selben Tage um 1½ Uhr dort an und ging am folgenden Tage nach Arksak-Fiord weiter, wo sie bis zum 2. August blieb. Am Nachmittag fuhren wir vor dem Cap Desolation (entdeckt von Jean Davis 1585) vorbei, und umsegelten am folgenden Tage das Cap Farewell (auf dem Wege nach Ferröe und Bergen über die Shetlands-Inseln). — Bis zum 3. August war das Wetter herrlich, aber in der Nacht, wo wir das Cap umsegelt hatten, änderte sich der Wind, und die See fing an, sehr hoch zu gehen. Vom 5. bis 10. dauerte die stürmische Witterung fort, und man mußte befürchten, mit dem Kohlenvorrathe, der sehr zusammengeschmolzen war, nicht mehr auszureichen. Nach verschiedenen Versuchen und ängstlichem Zuharren entschloß man sich auf das 100 Stunden entfernte Island loszusteuern und am 12. August fuhr die „Reine Hortense" in die Rhede von Reikiavik ein, wo man die holländische Dampffregatte „Merapi", an deren Bord sich der königl. Prinz von Holland befand, antraf. Am 15. wurde das Fest des Kaisers an Bord der „Reine Hortense" gefeiert und am 16. Morgens ging die Korvette nach der Insel Ferröe ab, wo sie am 18. Mittag anlangte. Um 10 Uhr Abends ging sie nach den Shetlands-Inseln weiter und ankerte am 19. auf der Rhede von Lerwick. Am 21. ging sie nach Bergen und dem Nord-Pol ab.

* Der „Messager de Bayonne" spricht von einer Junta verbannter Liberalen, die in Bayonne tagen soll und sich damit befassen wird, „sobald als möglich eine neue Revolution" zu veranlassen. Unter den Mitgliedern dieser angeblichen Junta nennt der „Messager de Bayonne" die HH. Olozaga, Gurrea, Sagasti et Calvo Ascencio (die Wahrheit dieser Mittheilung möchte der Bestätigung bedürfen).

Spanien

† Madrid, 23. August. Der Haupturheber des Juwelendiebstahls in der kgl. Schloßkapelle wurde festgenommen. Sein Mitschuldiger hat sich umgebracht. — Prinz Adalbert von Bayern stattete gestern in Gala-Uniform und von seinem Adjutanten begleitet, dem Infanten Don Francisco de Paula Besuch ab. Unmittelbar darauf begab sich der Prinz zu der Infantin Donna Isabella, wo er sehr lange blieb. Eine große Menschenmenge — sagt das „Parlamento" — wartete, um den Prinzen zu sehen, der bald unser Landsmann seyn wird. — Die „Espana" sagt, daß die Hochzeitsgeschenke der Infantin Amelia mehr als 4 Millionen Realen werth sind. Die Aussteuer soll ein Muster der Vollkommenheit seyn. — General Zapatero hat durch Bando alle Fabrikanten- oder Arbeiter-Associationen Cataloniens aufgelöst. — Fünf Mann der Bande von Hiero überfielen am 14. einen Eilwagen in der Umgebung von Pancorbo. Natürlich waren alle Reisende über das unerwartete Erscheinen sehr bestürzt, aber der Führer der Bande beeilte sich sie zu beruhigen, indem er sie versicherte, er werde ihnen durchaus kein Leid zufügen und beabsichtige nur zwei seiner ermüdeten Pferde gegen zwei andere des Postwagens umzutauschen. Er befahl demnach diese auszuspannen und durch seine zu ersetzen; während dies geschah, bat er die Reisenden mit ihm und seinen Leuten in das benachbarte Wirthshaus gehen zu wollen. Die Reisenden glaubten sich todt; aber wie groß war ihr Erstaunen, als sie im Wirthshause ein durch die Carlisten bestelltes gutes Frühstück fanden; die Einen ließen sich's schmecken, die Anderen aßen aus Furcht. Als das Frühstück genommen war, wollten die Reisenden bezahlen; aber Hierro widersetzte sich, indem er sagte, er sey der Amphitrion, sie seyen die Gäste. — Wo — fügt die „Espana", welche diese Historia erzählt, bei — wo waren die Civilgardisten und die Kavallerie des Distrikts von Burgos?

Italien.

Den falschen Angaben Garibaldis in englischen Blättern gegenüber versichert ein an die „Mailänder Zeitung" gerichteter Brief positiv, Ciceruacchio sei bei dem Versuch, über den Po zu setzen, mit seinen beiden Söhnen ertrunken.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Wien, 25. August. Aus Belgrad vernimmt man, daß die serbische Regierung nunmehr sehr umfassende Vorkehrungen trifft, um den nationalen Handel zu heben. Wie es heißt, werden eben jetzt Verhandlungen wegen des Baues einer Eisenbahn und der Befahrung der Morava mittelst Dampfschiffe gepflogen und sind unter Anderem auch mehrere Straßenbauten sowie Flußregulirungen angeordnet worden. Die Donaudampfschifffahrtsgesellschaft hat vor einigen Monaten und zwar in Folge eines Ansuchens der fürstlichen Regierung ein seicht gehendes Dampfschiff zu einer Probefahrt in die Morava entsendet, und wird das Resultat derselben als ein höchst günstiges bezeichnet, da sich herausgestellt hat, daß dieser Fluß, welcher das Fürstenthum durchzieht und bei Semendria in die Donau sich ergießt nicht regulirt zu werden braucht, um Dampfschiffe zu tragen. Die fürstliche Regierung beabsichtigt nun, mit der Donaudampfschifffahrtsgesellschaft in Unterhandlung zu treten, um auf diesem Flusse eine Dampfschifffahrt zu begründen. Zu gleicher Zeit sind auch die entsprechenden Einleitungen wegen des Baues einer das Fürstenthum durchziehenden Eisenbahn getroffen worden. Dieselbe soll in dem Flußthale der Morava bis an die bulgarische Gränze gezogen werden, da man hier nur sehr geringe Terrainschwierigkeiten zu überwinden haben wird, während andererseits gerade diese Linie zur Erreichung des Zweckes, den nationalen Handel zu heben, wesentlich beitragen würde.

(Schw. Merk.)

Amerika.

Die politischen Parteien gerathen immer heftiger aneinander, die besten Redner lassen sich täglich auf der Tribüne hören, das Beifallrufen, das Hurrahgeschrei von allen Seiten, gibt dem Land ein Ansehen, als sey es in ein mächtiges Fieber gerathen. Alle alte Männer, welche im Volke in Ansehen stehen, werden von der einen oder der andern Partei so zu sagen zum Versammlungsort geschleppt, um ihre Meinungen abzugeben, und dann wird in den Zeitungen Furore gemacht. Für den neutralen und ruhigen Zuschauer ist diese Wahl eine wahre Posse, und es kommen Scenen darin vor, die auch bei Kältesten Lachlust erregen. So lange man nicht handgreiflich wird, geht der Spaß an, allein ich befürchte, daß der Parteihaß am Ende zu weit getrieben wird. Am eifrigsten bekämpfen sich seit neuerer Zeit die Deutschen, die sich in die Grauen und Grünen oder Buchanan- und Fremont-Leute theilen und ganz die Witze der Amerikaner nachäffen, ja oft noch weiter gehen, und in ihren Versammlungen vor den Augen der Amerikaner sich selbst beschmutzende Beschlüsse fassen, was leider sehr zu bedauern ist. Karrikaturen über die Führer der Grauen und Grünen sieht man hier zur Ergötzung vor den Buchhandlungen ausgestellt. In New-York haben die Hart- und Weichsaal-Demokraten ganz einstimmig beschlossen, Herrn Buchanan zu unterstützen, dennoch scheint die Fremontpartei den Sieg daselbst zu erlangen. — Die Leichenjury, welche die Ursachen des schrecklichen Eisenbahnunglücks auf der Nordbahn untersuchte, stattete den Bericht ab, daß dasselbe vornämlich der verbrecherischen Nachlässigkeit von Alfred Hoggel, dem Kondukteur des Exkursionszuges, zuzuschreiben sey. Derselbe wurde auf Anklage des Mords nach der Untersuchung sogleich in's Gefängniß gebracht. — Am 30. Juli fand in Cincinnati eine Versammlung von 3 bis 400 Bürgern statt, um sich über die Gründung eines Sicherheitsausschusses zu berathen. Es wurden gegen die Mißachtung der Gesetze, gegen die Bestechungen der Richter und Winkelzüge der Advokaten scharfe Reden gehalten und dann beschlossen, den Gerichtsgang über Arrison, den Mörder einer Frau, abzuwarten und dann zu handeln. Noch mehrere solche Versammlungen in den Vereinigten Staaten werden bald eine Reform in das Gerichtswesen bringen, das seit einigen Jahren so tief gesunken ist. — In dem Staat Tenessee und andern südlichen Staaten der Union zerstört ein kleiner Käfer ganze Kartoffelfelder. Alle Bemühungen, denselben un-

schädlich zu machen, waren bis jetzt vergebens, er ist bereits in die Keller gedrungen und setzt dort sein Zerstörungswerk fort.
(Schw. M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Amsterdam, 22. August. Waizen fest, Roggen 10 fl. niedriger. Rappsaat fest, per Herbst 87 L. Rüböl fest, per Herbst 49 fl. Leinöl fest, compt. 39 fl. 2½pCt. wirkliche Schuld 63 1/16, Metall. 78 3/8, National 79 3/4.

London, 22. August. Waizen 3 sh., Hafer 1 sh höher als Montag. Consols 95 1/4.

Liverpool, 22. August. Baumwolle flauer, Umsatz 6000 Ballen.

Bordeaux, 9. August. Der Stand des Weinstocks ist fortwährend sehr traurig und die Hoffnungen, welche einige begünstigte Lokalitäten auf den Ertrag der nächsten Lese sich gemacht hatten, werden von Tag zu Tag geringer. Das Oidium hat sich mit einer merkwürdigen Schnelligkeit verbreitet und wüthet mit mehr oder weniger Stärke in allen unseren Weinbergen, so daß man nicht einen einzigen Ort findet, der davon verschont geblieben wäre. Man kann annehmen, daß im Durchmesser etwa ein Viertel einer gewöhnlichen Lese auf dem Stocke sitzt; aber dieses Viertel ist bereits von der Krankheit bedeckt und sollte letztere die wenigen nachgebliebenen Trauben vernichten, worauf wird sich dann die 56er Lese reduziren? Man hat ca. 700 bis 800 Faß von dem schlechten 1853er Medoc in den Preisen von 500 a 600 Fr. für Paris genommen; 1851er St. Seurin de Cadourne und St. Estephe sind mit 1000 a 1200 Fr. bezahlt. 1855er Cotes werden auf 600 a 700 Fr. gehalten.

Frankfurt, 29. August. Oesterr. alte Bankaktien, National und spanische Fonds wurden besser bezahlt, während Bexbacher Eisenbahnaktien zu bedeutend niedrigeren Kursen verhandelt wurden. Die Börse war in günstiger Stimmung.
Norddeutsche Bankaktien wurden zu 107 1/2 umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83 3/8 P. 83 1/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 3/8 P. 89 7/8 G. Metall. alte à 5pCt. 81 3/8 P. 81 1/8 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 3/4 P. 89 1/4 G.; à 4 1/2pCt. 71 3/4 P. 71 1/2 G.; à 4pCt. 64 1/4 P. 63 3/4 G.; à 3pCt. 49 P. 48 1/2 G.; à 1pCt. 16 1/2 P. 16 1/4 G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59 3/8 P. — G. **Preussen.** 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 1/4 P. 86 3/4 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95 P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4 1/2pCt. 101 5/8 P. 101 3/8 G.; 5pCt. 101 1/2 P. 101 G. **Würtemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 91 1/2 P. 91 G.; 4 1/2pCt. 103 P. 102 1/2 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2pCt. 93 P. 92 1/2 G.; à 4pCt. 99 5/8 P. 99 3/8 G.; 4 1/2pC. 102 1/2 P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 1/2 P. — G.; à 3 1/2pCt. 92 1/4 P. 91 3/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 3/8 P. 40 G.; 1pCt. neue 25 5/16 P. 25 3/16 G. **Holland.** Integrale 64 1/4 P. 63 3/4 G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1278 P. 1273 G. Neue Bankaktien 396 P. 394 G. Credit-Actien à 5pCt. 246 P. 244 G. Darmstädter Bankaktien alte 425 P. 423 G.; junge 371 1/2 P. 369 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 550 P. 545 G. Mitteldeutsche Creditbank 109 1/4 P. 108 3/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 1/4 P. 117 3/4 G. Frankf. Bankaktien 118 P. 117 1/2 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 286 P. 281 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142 P. 141 1/2 G. Neustadt-Weissenb. 108 P. 107 1/2 G. 4 1/2pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 7/8 P. 101 5/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64 1/4 P. 64 G. Taunus-Aktien 349 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 86 1/2 P. 86 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82 1/2 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100 1/2 P. 100 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 124 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106 P. 105 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 119 1/2 P. 119 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50 P. 49 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 118 1/4 P. 117 3/4 G. à fl. 25 34 1/2 P. 34 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 3/4 P. 40 1/4 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/2 P. 33 1/4 G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44 3/4 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87 1/2 P. 87 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k.S. 100 1/2 P. — G. Lond. Lst. 10 k.S. 118 3/4 P. 118 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G. Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 100 3/4 P. — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G. Paris Frs. 200 k. S. 93 1/2 P. 93 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G. Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96 1/2 P. 96 1/4 G. Wien fl. 100 C. k. S. 116 1/8 P. 115 7/8 G.
Hamb. M. B. 100 k.S. — P. 88 7/8 G. Wien 3 M. mit 4% 116 . 115 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G. Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 28. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 9/16; 5pCt. Metall. 83 3/4; 4 1/2 pCt. 73 3/4; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 126 7/8; von 1854 108 3/4; Bankaktien 1092; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 390 1/4; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 590; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2842 1/2. **Wechselkurse**: Augsburg uso 103 1/4. London 10. 4. B. **Geldkurs**: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 28. August. (Privat-Korrespondenz.) Die Einführung des hochwürdigen Herrn **Gregorius**, Erzbischofs von München-Freising, in die Metropolitankirche zu U. L. Frau dahier hat soeben stattgefunden, es war eine eben so glänzende, als erhebende Feierlichkeit, welcher eine ungeheure Menschenmenge beigewohnt hat. Der Herr Erzbischof ging von der Ludwigskirche aus nach dem Platze der Theatinerkirche, wohin ihm die gesammte Geistlichkeit, der Magistrat, die Bruderschaften, die Schuljugend rc. in feierlicher Prozession entgegen gezogen war. Vor der Kirche, nachdem der Herr Erzbischof den Reisehut und die Capa magna abgelegt hatte, fand dann die Bekleidung mit der feierlichen Pontifikalkleidung statt, worauf der Herr Erzbischof mit Inful und Stab unter den Thronhimmel trat. Die großartige Prozession setzte sich dann durch die dichtgedrängten, den Segen des Herrn Erzbischofs empfangenden Menschenmassen, nach der Mariensäule in Bewegung, an welcher heute der Jahrestag des vor zwei Jahren an derselben um Abwendung der Cholera stattgehabten Hochamts besonders feierlich begangen wurde und die deßhalb heute auch im festlichsten Schmucke prangt. Der Erzbischof, umgeben von der gesammten Geistlichkeit, verrichtete dort ein Gebet, worauf die Prozession den Weg nach der ebenfalls festlich geschmückten Domkirche fortsetzte. Die Feierlichkeit daselbst nahm längere Zeit in Anspruch und sie dauerte deßhalb bis gegen 7 Uhr Abend. Nach Beendigung der Feier wurde der Herr Erzbischof von der Geistlichkeit, dem Magistrat und der Schuljugend in das erzbischöfliche Palais begleitet.

Brüssel, 25. August. Die spanische Regierung soll sich über die Sprache beklagt haben, welche die Mehrzahl der belgischen Blätter in Bezug auf die Ereignisse in Spanien führt. Der Marschall O'Donnell scheint im Nachahmen Konsequenzen zu besitzen. Zuletzt wird noch Faustin I. kommen, der sich bekanntlich auch auf das Nachahmen versteht, und sich gleichfalls über die belgische Presse beklagen. (Allg. Ztg.)

Paris, 25. August. Die **Adresse der Studenten** an „La Presse“, „Siécle“ und „Estafette“ in Anerkennung der von diesen Blättern verfolgten Politik hinsichtlich der italienischen Angelegenheiten hat den genannten Journalen eine Konfiskation der betreffenden Nummern zugezogen und dem „Univers“ eine Konfiskation wegen Abdrucks dieser Adresse. Man hat in den Bureaux der erstgenannten Blätter eine Untersuchung angestellt, um dort das Manuskript mit den Original-Unterschriften aufzufinden, was aber nicht gelungen ist. Die Inkrimination lautet auf Anstiftung zum Hasse und zur Verachtung gegen die Regierung. Die Blätter sind ersucht worden, den Schritt der Polizei geheim zu halten, doch glaube ich Ihnen die Genauigkeit meiner Angabe verbürgen zu können.

Aus **Konstantinopel** vom 22. August wird gemeldet: Die **Pforte bereitet eine Expedition gegen Montenegro unter Abdi Pascha vor.** Die britische Flotte verließ Trapezunt. Butenieff ist am 19. angelangt. Kiprisli Pascha reist heute über Odessa nach St. Petersburg.
(T. D. d. Allg. Ztg.)

Bombay, 29. Juli. In **Peshawer** waren Unruhen, jedoch ohne große Bedeutung, ausgebrochen. — In **Rangun wurde der Thronfolger von Birma ermordet.**
(T.D.d.H.N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 242.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 31. August 1856.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 27. August. Seit einiger Zeit ist viel von einer neuerfundenen kleinen Kanone die Rede, welche von außerordentlicher Wirkung seyn soll, dabei aber so leicht ist, daß ein Mann sie bedienen und auch ziehen kann, wozu eine gabelförmige Einrichtung angebracht ist. Der Erfinder dieses Geschützes, das einpfündige Kugeln oder auch eine Anzahl kleiner Kartätschen schießt, ist der General Willisen in Erfurt, welcher damit jetzt bei Sömmerda Versuche anstellen läßt, deren Resultate sehr geheim gehalten werden. Man denkt diese kleinen Geschütze der Infanterie beizugeben und jedem Bataillon einige zuzutheilen; unsere Artillerie-Offiziere scheinen jedoch nicht viel von diesem furchtbaren Geschütz zu halten, das den Spottnamen Hunde-Kanone bekommen hat, weil, als am zweckmäßigsten, eine Bespannung von Hunden dafür vorgeschlagen wurde, da der eine Mann, der sie ziehen soll, auf die Dauer doch schwerlich dafür hinreicht. (Z.f.Ndd.)

Berlin, 28. August. Durch eine am 18. d. M. ergangene, im amtlichen Theile des „Staatsanzeigers" publizirte königl. Verordnung wird die, durch Verordnung vom 26. November v. J. festgesetzte „zeitweise Aufhebung der Steuervergütung für ausgehenden Branntwein," vom 1. Novbr. d. J. ab, außer Kraft gesetzt. Von diesem Tage ab tritt also die Rückvergütung wieder ein. (N. Z.)

Aus der Uckermark, 24. August. Die Landeskollekte in den evangelischen Kirchen, welche heute in Berlin begonnen hat, ist zur Förderung des protestantischen Schul- und Kirchenbaues in Ungarn bestimmt, und auf des Königs Befehl durch den Oberkirchenrath angeordnet. Wie dringend das Bedürfniß seyn muß, ergibt sich daraus, daß ein einziger Distrikt für beinahe 25,000 evangelische Kinder etwa 300 Lehrer braucht, zu deren Ausbildung gar kein Institut dort besteht. (A. Z.)

Hannover. Hannover, 27. August. Heute sind die ständischen Erwiderungsschriften auf die Nothgesetze ausgefertigt; zu umfangreich, um auch nur annähernd vollständig hier ausgezogen werden zu können, darf ich mir doch nicht versagen, das hervorzuheben, was die zweite Kammer zur Begründung ihres ablehnenden Beschlusses über den aus Anlaß des Auricher Erkenntnisses errichteten Staats-Gerichtshof in Nachstehendem sagt:

„Zweite Kammer hat dafür halten müssen, daß ein so vereinzeltes, von dem kleinen aus drei Personen bestehenden Senate eines Obergerichts abgegebenes Erkenntniß, welches annoch durch die ordentlichen Rechtsmittel hätte angefochten werden können, an sich nicht als ein „das Staatswohl, die Sicherheit des Landes oder die Erhaltung der Ordnung in Gefahr bringender Nothfall" angesehen werden konnte, — daß der Vorgang aber am wenigsten irgend geeignet war, zu einer so außerordentlichen, der Geschichte unseres Landes bisher fremden Institution Veranlassung zu geben, wie sie in der Beseitigung des ordentlichen Gerichtsstandes und in der Niedersetzung eines Spezial-Gerichtshofes für die gesammte Staatsdienerschaft und die Kirchendiener, wegen jeder dienstlichen Anzweiflung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Verordnungen unverkennbar enthalten ist. Dem kommt aber hinzu, daß die einzelnen Bestimmungen jenes Gesetzes sich nicht innerhalb der durch den §. 122 selbst ausdrücklich gegebenen Schranke der Verfassungsmäßigkeit gehalten haben. Namentlich wird nach den Worten des §. 1 die Rechtsverbindlichkeit der Gesetze und königlichen Verordnungen von der bloßen Verkündigung derselben abhängig gemacht, während doch nach §. 4 der Verordnung vom 1. August v. J. eine Verkündigung in der gehörigen Form erfordert wird, wie denn außerdem auch nach §. 1 das Vorhandenseyn der Kontrasignatur des Ministers, der Prüfung der Behörden und der Unterthanen offen gelassen ist. Ferner sind auch die Kirchendiener, welche doch nach §. 74 des Landes-Verfassungs-Gesetzes nur nach vorgängiger Untersuchung durch ihre Kirchenbehörde im Disziplinarwege von ihrer Stelle entfernt werden können, gleichfalls ohne Weiteres dem fraglichen Staats-Gerichtshofe unterworfen worden. Das fragliche Gesetz erscheint aber zumal in der höchst unbestimmten Fassung des §. 1 um so gefährlicher, als jedes Zuwiderhandeln unbedingt mit sofortiger Dienstentlassung bedroht und zugleich jede Berufung, ja, selbst die Nichtigkeitsbeschwerde gegen ein verurtheilendes Erkenntniß völlig ausgeschlossen seyn soll, und es kann daher nicht auffallen, wenn eine solche Maßregel im Lande, zumal bei dem zunächst davon betroffenen Richter- und Beamtenstande den schmerzlichsten Eindruck hervorgebracht hat. Je loyaler und pflichtgetreuer die Haltung des letzteren von jeher gewesen ist, und je friedlicher und ruhiger die Zustände unseres Landes auch nach dem Erlaß der Verordnung vom 1. August v. J. fortwährend geblieben sind, desto weniger ist nach der entschiedenen Ueberzeugung der zweiten Kammer noch jetzt irgend eine Veranlassung vorhanden, um Verfügungen von so außerordentlicher Beschaffenheit fernerhin bestehen zu lassen."

Der folgende sehr ausführliche Theil der Schrift rechtfertigt die Erklärung der zweiten Kammer, daß das Gesetz bei mangelnder Zustimmung der Stände zurückgenommen werden müsse, und weist aus einer Reihe von Gesetzesstellen überzeugend nach, warum ein derartiges Gesetz nicht fortdauern kann, auch wenn, wie geschehen, nur Eine Kammer ihre Zustimmung versagt hat. (Köln. Ztg.)

Hannover, 28. August. Die Höhe der Zeichnungen auf die Bankaktien ist in bestimmten Zahlen noch nicht anzugeben; indessen belaufen sich dieselben nach einer verläßlichen Uebersicht auf plus minus 1000 Millionen Thaler. Heute werden noch Zeichnungen mit Hinterlegung von baarem Gelde angenommen. Der Andrang zu den Zeichnungen war übrigens gestern so groß, daß Militär zur Aufrechterhaltung der Ordnung requirirt werden mußte. (Z.f.Ndd.)

Großbritannien.

London, 25. August. Die königliche Familie von Audh tritt auf ihrer thörichten Fahrt nach England mit orientalischem Pomp in einer Weise auf, die geeignet ist, den größten Theil ihres Schatzes zu verschlingen; die Prinzen hielten am 23. ein Lever in einem Hotel, wobei u. A. der Marquis v. Conyngham, Graf Hardwicke, nebst einem Gewühl von Militärs, Flotten-Offizieren, Würdenträgern der Corporation, Landedelleuten 2c. gegenwärtig waren, während Träger von goldenen und silbernen Sceptern, riesenhafte schwarze Eunuchen, der unglückliche „vermuthliche" Thronerbe, mit einer Art Krone und einer Masse von Juwelen nebst andern Beigaben eines orientalischen Hofes, paradirten — natürlich nur als sog. „Löwen", denn schwerlich hat irgend jemand von allen Anwesenden wirkliches Mitgefühl empfunden oder die Absicht gehegt, sie im Ernst zu vertreten, und die Erwartung gehegt, daß die Zwecke jenes Hofes sich erreichen ließen. Während die Königin von Audh in Southampton durch das mysteriöse Ceremonial um ihre Person, durch ihre Eunuchen und ihre schwarzen weiblichen Hofdamen die allgemeine Neugierde ist, bilden sich Parteien in der Londoner Presse für und gegen sie. Die letztere Partei, im voraus über das vergebliche Unternehmen der fernher kommenden Bittstellerin spottend, ist vorerst die zahlreichste, wird es auch wahrscheinlich bleiben, wiewohl niemand mit Sicherheit die Wirkung der Juwelen und indischen Shawls unter ihren Argumenten jetzt schon berechnen kann. Eine Supplikantin, die während der Reise für

50,000 Pfd. Juwelen verlieren, oder der man diesen Betrag entwenden kann, ohne daß sie den Schaden nur im geringsten zu empfinden scheint, ist wohl nicht ganz ohne Recht. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 27. August. In Bayonne soll sich eine aus spanischen Deputirten, Generalen und Diplomaten bestehende Junta gebildet haben, deren Aufgabe es wäre, die nächste Revolution vorzubereiten. Wenigstens meldet darüber der „Messager de Bayonne": „Eine wirkliche Junta ist in diesem Augenblicke in Bayonne gebildet und wirkt auf sehr thätige Weise. Die bedeutendsten Mitglieder dieser von Herrn Olozaga präsidirten Versammlung sind der General Gurrea und die Deputirten Sagasta und Calvo Asensio, die bekanntlich als Bataillonschefs der Nationalgarde beim Aufstande von Madrid kommandirten. Die beiden Letzteren werden wegen ihrer Theilnahme an diesen Ereignissen gerichtlich verfolgt. In einer der letzten Versammlungen war, wie man uns versichert, die Rede davon, einen Führer der rein demokratischen Partei an Espartero's Stelle zu wählen. Ein berühmter Diplomat bot sich dazu an, wurde aber für den Augenblick nicht angenommen. Die Versammlung beschloß, geheime Gesellschaften in ganz Spanien zu errichten und durch diese den Mann bezeichnen zu lassen, der ihnen am fähigsten erscheine, um an die Spitze der Partei gestellt zu werden. Zugleich sollen die Gesellschaften die Aufgabe erhalten, Alles aufzubieten, um eine neue Revolution in Spanien so schnell als möglich hervorzurufen." So weit der „Messager", der bekanntlich ein halbamtliches Blatt ist und wahrscheinlich die Mission erhalten hat, die Ausführung der von der jetzigen spanischen Regierung verlangten Maßregeln gegen Olozaga und die übrigen Progressisten möglich zu machen. Dieses ist um so wahrscheinlicher, als man Olozaga, bekanntlich einen intimen Freund Louis Napoleon's in London, nicht wie einen gewöhnlichen Demokraten behandeln kann. (K. Z.)

* Paris, 28 August. Ueber die durch Privat-Telegraphie bereits gemeldeten Erdbeben in Algier veröffentlicht der „Moniteur" nachstehende, dem Kriegsminister zugegangene Depeschen:

„Philippeville, 22. Aug., 7 Uhr 50 Min. Morgens. Gestern Abend um 9 Uhr 50 Min. ließ sich ein heftiges Erdbeben verspüren. Die Schwankungen von Süd-Ost nach Nord-West dauerten ungefähr Eine Minute. Ein zweiter, nicht so starker Stoß erfolgte gegen 11 Uhr, endlich ein dritter 20 Minuten vor Mitternacht. — Die öffentlichen und Privatgebäude haben gelitten. Unglücksfälle hat man bis jetzt nicht zu betrauen."

„Philippeville, 22. August, 4 Uhr Abends. Im Verfolg meiner Depesche, habe ich die Ehre Sie zu benachrichtigen, daß diesen Morgen um 11 Uhr 35 Minuten abermals ein Stoß verspürt wurde. Die Richtung war dieselbe, die Bewegung war kürzer aber heftiger als gestern. — Der gestern erschütterte Kirchthum stürzte heute ein. Die Kirche ist ganz gespalten. — Eine große Zahl Häuser wurde unbewohnbar. — Das Civil- und das Militär-Spital sind geräumt. — Niemand kam um."

* Der „Constitutionel" bespricht heute in einem vom Redaktionssekretär unterzeichneten Artikel die vom Washingtoner Kabinet an den Grafen v. Sartiges gerichtete Antwort bezüglich der vom Pariser Kongresse angenommenen Deklaration über das See-Recht. . . . . Es handelt sich nicht darum — heißt es in diesem Artikel — zu entscheiden, ob die Deklaration vom 15. April der jetzigen Politik der Vereinigten Staaten konvenirt, sondern darum, festzustellen, daß die vom Pariser Kongresse angenommenen Prinzipien den unveränderlichen Gesetzen der Gerechtigkeit entsprechend sind. . . . . Wenn der Pariser Kongreß, um bedauerlichen Contestationen über das Seerecht ein Ende zu machen, eine gleichförmige Auslegung annehmen zu sollen glaubte, so dachte er nie daran, deren Einführung anders als durch den freien Hinzutritt der Staaten allgemein zu machen, indem er lediglich die „Loyalität" seiner Maßnahmen proklamirte und es den nicht-kontrahirenden Mächten ganz anheimstellte ja oder nicht beizutreten. . . . . Herr Marcy seinerseits stellte die Loyalität der Kaperei als einen unbestrittenen und unbestreitbaren Grundsatz des Seerechts hin, indem er sich dabei auf die Autorität Valin's stützt, der in seinem berühmten Kommentar über die Ordonnanz von 1681 den Kaperschiffen in der That das Wort spricht. . . . . Es ist aber um so sonderbarer, einen Minister der Vereinigten Staaten als warmen Kämpen der Kaperei auftreten zu sehen, als man, — nach dem Zeugnisse des Staatsmannes, auf welchen Nordamerika am stolzesten ist (Franklin), die ersten Versuche zur Abschaffung des Kaperwesens den anhaltenden Bestrebungen der Vereinigten Staaten verdankt. . . . Der Pariser Kongreß — schließt der Artikel nach einer längeren Erörterung über die fortlaufende Entwickelung der bestehenden Seerechts-Verträge — der Pariser Kongreß hat sicherlich nicht die Absicht, eine so ungeheure internationale Reform mit Einem Federstrich zu beenden — er begnügte sich die Grundpfeiler zu setzen. — Aber gerade dadurch, daß er sich auf die Gränzen des Möglichen beschränkte, durfte er nicht erlauben, daß andere Nationen dessen Erfolg vereiteln, indem sie dies oder jenes festgesetzte Prinzip in Frage stellen. Mit Einem Wort, der Kongreß hatte zu erklären, daß die vier Punkte der Deklaration vom 16. April von nun an ein unzertrennliches Ganzes bilden sollen. —

* Nach einem vom Verein des heil. Vinzens von Paula veröffentlichten Berichte über sein Wirken im Jahre 1855 hat derselbe 347 neue Konferenzen, 168 in Frankreich und 179 im Auslande gegründet. Die Zahl aller seiner Zweig-Konferenzen erreicht fast 2000.

Spanien

† Madrid, 24. August. Gestern um 5 Uhr — sagt die „Epoca" vom 24. d. — fand im Gemache der Königin die feierliche Unterzeichnung des Heirathsvertrags des Prinzen Adalbert von Bayern mit der Infantin Dona Maria Amalia statt. II MM. saßen auf Fauteuils in der Mitte des Saales. Zur Rechten befanden sich die Prinzessin v. Asturien, die Infantin Donna Amalia und ihre Schwester Donna Christina. Zur Linken der Infant D. Francisco de Paula und Prinz Adalbert. Die Minister, das diplomatische Korps, die Granden von Spanien, die Chefs des Palastes, die Ehrendamen der Königin, der General Kommandant der Hellebardiere, der Kardinal-Erzbischof von Toledo, die in Madrid wohnenden Erzbischöfe und Bischöfe, die Ritter des goldenen Vließes, die Generalkapitäne der Armee und der Flotte, die Präsidenten des obersten Justiz-, Kriegs- und Marine-Tribunals und eine Menge anderer Personagen wohnten dieser Ceremonie bei. Die Zeugen: der Conseilpräsident, der Finanz-, der Arbeits- und Marine-Minister, der Erzbischof von Toledo und der Großmajor-Domus der Königin, stellten sich hinter die Tische an der rechten Seite des Gemachs und der Justizminister, als Großnotar des Königreichs, verlas den Heirathsvertrag. Nach beendigter Verlesung wurde das Dokument Ihren Majestäten durch den Justiz-Minister zur Unterschrift vorgelegt und sodann vom Prinzen Adalbert, der Infantin und schließlich vom königlichen Notar unterzeichnet. Die Infantin trug ein himmelblau und weißes Kleid, ohne Spitzen noch Schmuck; aber ihre Schönheit füllte die Einfachheit ihres Anzugs aufs Vortheilhafteste aus und Alle die sie sahen, spendeten ihrer Schönheit Lob. Der Prinz war in rother (?) Uniform und weißen Beinkleidern, er trug den Groß-Cordon Karls III. Nach dem vom Justizminister verlesenen Vertrag bringt die Infantin eine Mitgift von 7 Mill. Realen ein. Der Prinz gibt seiner zukünftigen Gemahlin ein Nadelgeld von vierteljährlich 11,000 Fr.

† Madrid, 27. August. Die von General San Miguel nachgesuchte Entlassung vom Kommando der Hellebardiere wurde endgültig angenommen. — Gestern fand die Trauung der Infantin Donna Amalia und des Prinzen Adalbert von Bayern statt. — Allgemeine Ruhe.

Italien.

Rom, 20. August. Bei der im Unverhältniß steigenden Zahl der Verbrechen sind in letzter Zeit an manchen Orten die Asylrechte vielfach mißbraucht worden, so daß diese Angelegenheit der reiflichen Erwägung der Congregation für kirchliche Immunität von Sr. Heiligkeit zur Reform überwiesen ward. Ein heutiges Rundschreiben an die bischöflichen Ordinariate regelt diese für eine schnelle Prozedur der Civilgesetzgebung immerhin sehr mißliebigen Privilegien im Wesentlichen folgendermaßen. Das Zirkular bemerkt: „Wenn auch der heil. Stuhl die geheiligten Rechte der kirchlichen Immunität stets mit Eifersucht überwachte, so ermäßigt er doch auch bei den größten Verbrechen die kanonischen Verordnungen, und zwar aus Rücksicht gegen das geweihte Asyl selber, oder im Interesse einer geregelteren Prozedur der Strafgewalt, oder wenn es der öffentliche Nutzen durchaus verlangte. Zu dem Ende pflegte er und pflegt noch durch die Congregation der kirchlichen Immunität die Erzbischöfe, Bischöfe und andere Ordinarien des Kirchenstaats für bestimmte Zeit mit eigenen Vollmachten zu versehen." Diese Vollmachten kann die Umsicht und Klugheit der Bischöfe auch andern übertragen. Sie bestehen in Folgendem: 1) Wenn die im Asyl eines Klosters, einer milden Stiftung oder sonst eines immunen Orts oder dessen Territorialumhegung aufgenommenen Verbrecher sich mit neuen Missethaten besudeln und sich des Asyls dadurch unwürdig machen, so sind sie in den geistlichen Gefängnissen zu verwahren. Falls die Congregation ihre Auslieferung an die weltliche Strafgewalt beschließt, so soll doch noch so viel Rücksicht geübt werden, daß man ihnen drei Tage Zeit gibt zu freiwilliger Flucht. Unterdessen hat der Delinquent freilich hin

reichende Zeit, auf einen sichern Rückzug zu denken; 2) bei den in der Asylumbegung vorkommenden tödtlichen Verwundungen oder Mordthaten sollen jedoch die Ordinarien dem sofortigen Acceß der weltlichen Gerichtsbarkeit behufs einer legalen Rekognition kein weiteres Hinderniß in den Weg legen; 3) kommt im Asyl ein Diebstahl vor, oder findet sich darin ein corpus delicti verborgen, so schreiten die Sachwalter der bischöflichen Curie ein; die weltlichen nur nach ausdrücklicher Genehmigung der Congregation für die kirchliche Immunität, welche in gewissen Fällen hiezu von Sr. Heil. dem Papst selber bevollmächtigt seyn muß. — Meister Civettola ward vergangene Woche auch in zweiter Instanz zum Tode verurtheilt. Er soll den Versuch gemacht haben, sich im Gefängniß zu tödten. (Allg. Ztg.)

Neapel, 20. August. Die hiesige Handelswelt fühlte schon längst das Bedürfniß eines Freihafens, und gewiß vielfache Wünsche sind in dieser Beziehung seit einer Reihe von Jahren laut geworden. Mit Ausnahme Messina's besteht keiner im ganzen Königreich. Gegenwärtig hat die Regierung beschlossen, diesen Wünschen entgegen zu kommen und das Bedürfniß zu erledigen. Der neue Freihafen wird hier in Neapel selbst seinen Platz finden. Wie verlautet, dürfte der nächst der Straße, die nach Posilipo führt, hart am Ufer, aber noch im Meere liegende, halbverfallene sog. Palast der „Königin Johanna“ zu Freihafendocks hergerichtet werden.

Als neu aufzuführende Befestigungswerke der Festung Alessandria sind projektirt: 1) eine Ringmauer von dem rechten Ufer des Tanaro oberhalb der Eisenbahnbrücke bis zu dem sogenannten Degowerke; 2) eine Ringmauer von diesem Werk bis zu jenem von Mondovi; 3) eine Festungsmauer von diesem Werk bis zu dem rechten Ufer des Tanaro der Insel gegenüber; 4) ein Fort jenseit der gewöhnlichen Brücke über die Bormida in der Nähe der Stadt; 5) ein Fort an der Eisenbahn zwischen der Stadt und der Brücke über die Bormida; 6) ein Fort an der Provinzialstraße nach Acqui in der Nähe von Alessandria. (D. Allg. Z.)

Amerika.

Der „New-York-Herald“ vom 12 August veröffentlicht nachstehenden vom Komite der revolutionären Arbeiter an die Universal-Revolutions-Republikaner gerichteten Aufruf: „Bürger! Angesichts der Ereignisse in Europa (!?) müssen wir uns vereinigen, um die den obwaltenden Umständen entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Zu diesem Behufe seyd Ihr zu einer Generalversammlung berufen, um uns über die Mittel einer demnächstigen und ungesäumten Abreise nach dem Lande zu berathen, wo zuerst die Sturmglocke der Revolution erschallen wird. Der Versammlungsort ist Hester-Street, Sonntag 10. August 2 Uhr Nachmittags“ — Ungefähr 300 Personen kamen diesem Aufrufe nach. Man diskutirte viel auf französisch und auf deutsch, um zu dem Entschlusse zu gelangen, daß die verschiedenen Nationalitäten sich zu Gruppen formiren und Delegirte wählen und sich folgenden Freitag wieder versammeln sollen, um die zur Erreichung des beabsichtigten Zwecks erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Den Freiwilligen wurde folgendes Dokument zur Unterschrift vorgelegt: „Die Unterzeichneten verpflichten sich, beim ersten Zeichen einer demokratischen oder sozialistischen Revolution nach Europa abzureisen.“ Die Franzosen versammelten sich gestern (11.) nochmals. 25 von den 30 Anwesenden unterschrieben und erwählten 3 Delegirte.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 28. August. Der vielbesprochene Prozeß der Hofschauspielerin Frl. Denker gegen die kgl. Hoftheaterintendanz wegen Kontraktserfüllung ist zwar, wie wir bereits früher mitgetheilt haben, im Monate Juli l. Js. zu Gunsten der Klägerin entschieden worden, allein trotzdem ist die Sache bis jetzt noch nicht erledigt, vielmehr brachte die Intendanz gegen den Zahlungsauftrag Einreden vor, so daß die Sache in ein neues Prozeßstadium überzugehen schien. Der Ausspruch des hiesigen Kreisgerichtes als Compromißgerichtes ging bekanntlich dahin, die Beklagte sey schuldig, die angeklagte Forderung von 83 fl. für Monat Dezember 1854 an die Klägerin zu bezahlen, und habe zugleich sämmtliche Kosten des Streits zu zahlen. Die beklagte Hoftheaterintendanz kam auch diesem Ausspruche nach, allein da vom Monat Jänner 1855 bis Juni 1856 der Klägerin allmonatlich 108 fl. 20 kr., die Hälfte ihrer Gage abgezogen wurde, so verlangte sie auch den Ersatz resp. die Nachzahlung dieser Summe, die nahezu 2000 fl. beträgt. Sie stützte sich hiebei auf das rechtskräftige Urtheil, in dem ausgesprochen wurde, daß sie nicht schuldig sey, die Rolle der Madame Foster in den „Gebrüder Foster“ zu spielen, da diese Rolle eine chargirte sey und solche zu spielen ihrem Kontrakte zuwider laufe. Auf diesen Antrag hin wurde die beklagte Hoftheaterintendanz auch beauftragt, diese Summe zu bezahlen, brachte jedoch hiegegen neuerdings Einreden vor, welche verworfen wurden und zugleich dem beklagtischen Anwalt eine Frivolitätsstrafe zuzogen. Allein auch für Monat Juli erhielt die Klägerin immer noch Abzug und es soll auch bereits ein wiederholter Antrag auf Nachzahlung gestellt seyn, so daß es den Anschein gewinnt, daß die Klägerin, um in den vollen Genuß ihrer Gage zu kommen, jedesmal richterliche Hülfe in Anspruch nehmen muß, was bei gegenwärtiger Sachlage der beklagten Hoftheaterintendanz nur Kosten verursachen, keineswegs aber für sie ein günstiges Resultat zur Folge haben wird. (A. Abdz.)

Wien, 20. August. In der hiesigen Staatsdruckerei sind zwei wichtige Entdeckungen gemacht worden. Einer ihrer Stereotypisten machte die Wahrnehmung, daß die Gypsplatte schon bei öfterem Auswaschen mit Wasser, noch mehr aber bei der Behandlung mit Weingeist in gleichmäßigem Grade sich zusammenziehe. Hierauf gründete er das Verfahren, durch Verkleinerung der Gypsfläche in beliebig zu bestimmendem Verhältniß sowohl Drucksachen in mannichfaltiger Größe des Formats und der Lettern als auch Xylographien verschiedentlich reduzirt darzustellen. So werden mehrere derlei Drucke und Bilder, unter anderm Napoleons-Medaillons, in zwölffacher Abstufung von etwa 3 auf 1“ Durchmesser reduzirt vorgewiesen; dabei behält Bild und Druck auch bei der äußersten Verkleinerung ganz die frühere Schärfe und Vollständigkeit. — Eine andere Entdeckung aus dem Gebiete der Photographie ist von nicht geringerer Tragweite. Einer der Arbeiter dieser Branche hat eine zuverlässige Methode erfunden um die Collodiumschichte gänzlich unversehrt von der Glasplatte abzunehmen, so daß die negativen Bilder künftig ganz unabhängig von letzterer sind, und auch durch deren Springen, das bei größeren häufig geschah und seither immer eine frische Aufnahme erforderte, nicht gefährdet werden. Er zeigt schon jetzt Collodiumflächen von 4 □' Ausdehnung, welche auf solche Art losgelöst wurden. Ueberhaupt wird man staunen, in welchem Umfang die Photographie hier betrieben wird; die neueste Aufnahme des Arsenals liefert photographische Bilder von 3' Fuß Höhe und noch bedeutenderer Breite, und dabei von einer Klarheit, einer Wärme des Tons, einer Vollendung des Ganzen, daß man glauben sollte, das non plus ultra dieses Kunstzweigs sey schon jetzt erreicht. (A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Köln, 27. August. Rüböl loko faßweise $44\frac{1}{2}$ Thlr. B., in Partien $43\frac{3}{4}$ a 44 Thlr. B., per Oktbr. $43\frac{3}{4}$ a 44 Thlr. B., $43\frac{1}{2}$ G., per Mai 1857 41 Thlr. B, 40 G.

Waizen eff. per 234pfd. $10\frac{1}{2}$ a $11\frac{1}{8}$ Thlr. B., per Novbr. do. $10\frac{7}{8}$ a 10 Thlr. B. 10 Thlr. bez.

Roggen eff. per. 220pfd. 7 a $7\frac{1}{3}$ Thlr. B., per Novbr. per 214pfd. $6\frac{7}{12}$ Thlr. B., $6\frac{1}{2}$ bez. u. G., per März do. $6\frac{1}{2}$ Thlr. B., $6\frac{5}{12}$ bez.

Gerste hiesige per 200pfd. $5\frac{3}{4}$ Thlr. B., Hafer per 131pfd. $3\frac{1}{3}$ Thlr. B.

Spiritus loko $40\frac{1}{2}$ Thlr. B., in Partien $40\frac{1}{2}$ Thlr. B., reelf. 47 Thlr. per 130 Quart a 90pCt.

Oel fest. Waizen und Roggen höher. Spiritus ebenfalls steigend.

Am Thore blieben alle Artikel zu höheren Preisen sehr gefragt. Zufuhren von Roggen anhaltend bedeutend. Es wurde bezahlt: Waizen $10\frac{2}{3}$ a 11 Thlr, Roggen $6\frac{5}{6}$ a 7 Thlr., Gerste $5\frac{5}{6}$ a 6 Thlr., Hafer $3\frac{1}{6}$ a $3\frac{1}{3}$ Thlr.

Breslau, 23. August. Im Zuckergeschäft war diese Woche bedeutende Stille vorherrichend und ist als käuflich zu notiren: ff. Raffinaden $22\frac{1}{3}$ Thlr., 2te Sorte 22 a $21\frac{2}{3}$ Thlr. fein Melis $21\frac{1}{2}$ Thlr., Melis $21\frac{1}{3}$ a 21 Thlr., Farine, weiß 20 a $19\frac{1}{3}$ Thlr., gelb $18\frac{1}{3}$ a $16\frac{2}{3}$ Thlr, braun $15\frac{1}{2}$ a 15 Thlr. nach den verschiedenen Qualitäten.

Amsterdam, 23. August. Der Umsatz von Java-Kaffee beschränkte sich in den letzten Wochen auf Ausführung kleiner Bedarfs-Ordres, wofür $32\frac{1}{2}$ C. in gut ord. Sorten bezahlt wurde; denselben Preis bedangen Kleinigkeiten gute Privat-Javas. Graue Sorten von mangelhaftem Geschmack fanden neuerlich mehr Beachtung von $27\frac{1}{2}$ a 32 C., da in den neuen Auktionen nicht sehr viel davon vorkomme. Für Rio-Kaffee hat sich seit Eintreffen der letzten Berichte Spekulationsfrage entwickelt und Preise haben $1\frac{1}{2}$ C. angezogen. Unser Markt bietet nur mäßige Auswahl zu dem heutigen Werthe von $25\frac{1}{2}$ C. für ord., $26\frac{1}{2}$ a $27\frac{1}{2}$ für reell ord. und 28 a 29 C. für gut ord., in welchem Verhältnisse diese Woche ca. 8000 B. umgesetzt wurden.

Zucker. Die Maatschappy hat 41,705 Kranjangs Java per 22. September zum Verkauf ausgeschrieben; der Markt ist noch stilt,

doch wird wohl bald wieder neuer Bedarf auftauchen und man muß in der Septemberauktion auf volle Preise rechnen.

Gewürze. Wir notiren heute Muskatnüsse Nr. 1 158 C., Nr. 2 145 C., Macis 135 a 136 C., Nelken 35 a 36 C., Java-Canehl Nr. 3 70 a 72 C.

Reis zieht seit einigen Tagen mehr Beachtung auf sich; man machte 6400 B. rohen Arrakan zu 3 2/3 fl. und waren zu diesem Preise größere Quantitäten zu placiren. Geschälter Arrakan mit 8 1/4 a 8 3/4 fl. nach Qualität. Die Verwendung von Reis zur Destillation wird wohl nicht ohne erheblichen Einfluß auf den Werth von ordinären Sorten bleiben. Die Versendungen von Banca-Zinn sind sehr bedeutend und der Preis von 73 1/4 fl. ist ferner bei Partie zu bedingen.

Rotterdam, 25. August. Heute sind 20 F. Virgini Tabak begeben.

Waizen 1 a 1 1/2 fl. per Muid (45 fl. per Last) höher als vorige Woche, 132pfd. hochländ. Clev 550 fl., 129pfd. Nassau-Dietz 490fl., 127pfd. Braunschw. 480 fl.

Roggen höher, 118pfd. Archangel 255 fl., 121pfd. do. 260 fl.

Erbsen höher, 8 fl. 40 a 10 fl. Weiße Bohnen 10 a 12 fl., braune 11 a 12 fl.

Kohlsaat höher, schön Vlämisch in Säcken 82 L., gestürzt 82 1/2 a 83 L. Inländ. Hanfsaat 265 a 260 fl.

Antwerpen, 26. August Kaffee fest, heute sind 2350 B. Rio zu 30 cs. versteuert, begeben.

Getraide still.

Morchansky Leinsaat mit 12 3/4 fl., Kohlsaat mit 18 1/4 fl. per Hekt. bezahlt.

Zucker still. Reis behauptet, Carolina 15 1/2 fl.

1855er bayerischer Hopfen 40 fl.

Frankfurt, 30. August. Bei nicht sehr bedeutendem Umsatz wurden österr. 4pCt. neue Loose, Kredit- und Darmstädter Bankaktien beider Gattungen höher bezahlt; auch mitteldeutsche Kreditaktien waren beliebt, während Bexbacher Eisenbahnaktien zu den gestrigen Kursen viele Käufer fanden.

Norddeutsche Bankaktien wurden zu 107 1/2 umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 83 3/4 P. 83 1/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 3/8 P. 89 7/8 G. Metall. alte à 5pCt. 81 3/8 P. 81 1/8 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 3/4 P. 89 1/4 G.; à 4 1/2 pCt. 71 5/8 P. 71 3/8 G.; à 4pCt. 64 P. 63 1/2 G.; à 3pCt. 48 P. —— G.; à 1pCt. 16 1/2 P. 16 1/4 G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59 3/4 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 87 1/4 P. 86 3/4 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 5/4 P. 101 3/8 G.; 5pCt. 101 1/2 P. 101 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 1/2 P. 91 G.; 4 1/2 pCt. 103 1/4 P. 102 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 93 P. 92 1/2 G.; à 4pCt. 99 3/4 P. 99 1/2 G.; 4 1/2 pC. 102 1/2 P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 1/2 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 92 1/4 P. 91 3/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 3/8 P. 40 G.; 1pCt. neue 25 1/4 P. 25 1/8 G. **Holland.** Integrale 64 1/4 P. 63 3/4 G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1276P. 1271G. Neue Bankaktien 395 P. 393 G. Credit-Actien à 5pCt 217 1/2 P 245 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 427 P. 425 G.; junge 374 P. 372 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 546 G. Mitteldeutsche Creditbank 109 1/4 P. 108 3/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 118 1/4 P. 117 3/4 G. Frankf. Bankaktien 118 P. 117 1/2 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 285 P. 283 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141 1/2 P. 141 G. Neustadt-Weissenb. 108 P. 107 1/2 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 3/4 P. 101 1/2 G. Kurf. Friedr.-With.-Nordbahn 64 1/4 P. 64 G. Taunus-Aktien 349 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 86 1/2 P. 86 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 83 P. 82 1/2 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100 1/2 P. 100 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 — P. 121 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 1/2 P. 107G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 118 3/4 P. 118 1/4 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 — P. — G. Darmst. Loose à fl. 50 118 1/4 P. 117 3/4 G. à fl. 25 34 1/2 P. 34 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 3/4 P. 40 1/4 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/2 P. 33 1/4 G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44 3/4 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87 1/4 P. 87 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 3/4 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118 3/4 P. —— G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 100 3/4 P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S 93 1/2 P. 93 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem 50 Thlr. Lsd. k S 96 1/2 P. 96 1/4 G.	Wien fl. 100 C. k S. 116 1/8 P. 115 7/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. — P. 88 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 P. 115 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Disconto 4 pCt.

Wien, 29. August Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 3/4; 5pCt. Metall. 83 3/4; 4 1/2 pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 ——; von 1854 108 1/4; Bankaktien 1091; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 391 3/4; Donau-Dampfschiffahrtsaktien —; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2845. Wechselkurse: Augsburg uso 103. London 10. 4 P. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Paris, 28. August. Der Prozeß gegen die Journale wegen der Studentenadresse ist zurückgenommen; die Studenten haben ihre Namen selbst angegeben. Wir erfahren aus guter Quelle, daß eine ziemliche Anzahl von Departementalräthen sich gegen das Prohibitiv-System aussprechen werde, und daß es der Regierung somit um so leichter fallen dürfte, bei ihrem Vorsatze, die Prohibition durch hohe Tarife zu ersetzen, zu verharren. (K. Z.)

Paris, 28. August. Der Seine-Präfekt hat, wie üblich, an den Straßenecken einen Auszug der in den Monaten März und April vom Assisenhofe der Seine gefällten Urtheile anschlagen lassen. Das Publikum wundert sich nicht wenig, erst jetzt auf diesem Wege zu erfahren, daß der Assisenhof am 16. März einen Ausspruch fällte, der fünf Individuen (Regnier, Caron, Broussin, Alavoine und Poisson) wegen Attentats auf das Leben des Kaisers und wegen Betheiligung an einem Komplott, das den Umsturz der Regierung bezweckte, in contumaciam zum Tode verurtheilte. Ueber die Heimath der Angeklagten, sowie über Zeit und Ort des angeblichen Attentats, welches das fünfte bisher bekannt gewordene wäre, fehlt jede nähere Angabe. Die Journale haben nie von dieser Angelegenheit und von dem Urtheil gesprochen.

Rom, 22. August. Nach zuverlässigen Berichten soll zwischen dem Kardinal-Staatssekretär und dem Finanzminister eine gewisse Meinungsverschiedenheit herrschen. Die Lebensmittelfrage wäre die Ursache dieser Uneinigkeit. Der Kardinal-Staatssekretär, der vor allem andern die politische Lage im Auge hat, welche unter dem Vorwand des Mangels und der Theuerung der Lebensmittel oft getrübt wird, verbot nämlich im Namen des Souveräns die Ausfuhr des Getraides aus dem Staate, während er den innern Verkehr zwischen den Provinzen frei ließ. Der Finanzminister dagegen, welcher großen Werth auf die ökonomischen Verhältnisse legt, und glaubt, die Ernte sey mehr als genügend für den Bedarf, drang auf die Freiheit der Getraideausfuhr bis auf ein gewisses Maß, da der Staatsschatz 1 Thlr. Zoll vom Rubbio des ausgeführten Getraides bezieht. Man sagt ferner, ein vom Finanzministerium redigirtes Kreisschreiben an die Präsidenten der Provinzen, bezüglich der Einziehung der Taxe für Handwerke und Gewerbe, habe dem Kardinal mißfallen, welcher dasselbe für zu stark und kompromittirend hielt. Zufolge dieser Uneinigkeit, welche in einen wahren Konflikt ausgeartet seyn soll und dem gegenwärtigen Kabinet die nöthige Einheit benehmen würde, ist es die Meinung vieler, Monseigneur Ferrari werde vom Ministerium entfernt werden. Nachdem aber Monseigneur Grassellini zum Kardinal befördert worden, erhielt Monseigneur Ferrari den Grad eines Prelato di Fiocchetto mit der Eigenschaft eines Staatsschatzmeisters und Finanzministers. Es ist daher klar, daß er nach dem alten jus quaesitum der römischen Curie von der Würde eines Staatsschatzmeisters sofort ins Kardinalkollegium übertreten würde. (A. Z.)

Athen, 23. August. Eine Ministerkrisis ist im Anzuge. (T. D. d. H. N.)

Konstantinopel, 22. August. Die englische Flottille hat Trapezunt verlassen, weilt aber noch im schwarzen Meere. Mit dem Feldzuge gegen Montenegro wird es ernst.

(T. D. d. H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 243. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 1. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 30. August. Die „N.N." bringen aus Berchtesgaden folgende Zeilen: „Liebe Münchener! Dem König Ludwig, dem Unvergeßlichen ein Monument! Wie ein elektrischer Funke durchzuckte es die Gemüther und doch schlich dabei ein Schatten sich ein — der Gedanke, Ihr allein wollt es errichten. Seyd gerecht! Das ganze Land empfand König Ludwigs Größe, das ganze Land will helfen, ein großartiges Erinnerungszeichen Ihm zu weihen! Dem großen Sohne des besten Vaters ein Monument, würdig des ganzen Landes, würdig seiner Schöpfungen, würdig seiner kgl. Wohlthaten, gleich groß der Liebe seiner Bayern! — Berchtesgaden, wo gewiß jedes Herz so denkt und fühlt!"

München, 30. August. Eine von der „Frankf. Pstztg." ausgesprochene frivole Beschuldigung, daß das Bier bei den Eisenbahnunfällen in Bayern eine große Rolle spiele, hat hier allgemeine Entrüstung hervorgerufen; denn daß eine solche Behauptung nur eine böswillige Verdächtigung ist, wird Niemand in Abrede stellen können, der je in Bayern die Eisenbahn benützt hat. Es kommen auf allen Eisenbahnen Unfälle vor, und wenn der Rausch der Grund davon seyn soll, so bleibt sich's gleich, ob derselbe vom Bier oder Wein, vom Aepfelwein oder Schnaps komme.

Die Wege-Lokomotive.

Wir haben früher schon Erwähnung gethan über Lokomotiven, deren Zweck nicht die Befahrung von Eisenstraßen, sondern die Verrichtung von Feldarbeit ꝛc. sey. Die „Zeitung für Norddeutschland" bringt einen Aufsatz über Wege-Lokomotiven, den wir hier folgen lassen:

Wir hatten Gelegenheit eine im Bau begriffene und der Vollendung nahe Dampfmaschine, welche der Maschinen-Ingenieur Herr Windhausen nach eigener Erfindung und unter seiner Leitung in Duderstadt bauen läßt und die jetzt bis auf ihr letztes Zusammensetzen vollendet ist, zu sehen und Erläuterungen der Theorie wie der Bestimmung derselben aus dem Munde des noch jungen Erfinders zu hören. Zur Veröffentlichung der theoretischen Mittheilungen fehlt uns die Befugniß, dagegen können wir die Bestimmung der Maschine dahin angeben, daß diese

1) als Lokomotive auf Chausseen Lasten bis zu 1000 Zentner ziehen, resp. fördern soll, zu Preisen, welche die Eisenbahnfrachtsätze nicht übersteigen;

2) als transportable Dampfmaschine, Lokomobile, im volkswirthschaftlichen Interesse zum Umbrechen unbebauter Flächen, zur Trockenlegung von Sümpfen und Morästen ꝛc.,

3) als Motor der verschiedensten landwirthschaftlichen und Industrie-Maschinen, sowie einer Anzahl von Feuerspritzen, und endlich

4) als selbstwirkende Dampfspritze und als Wasserzubringer für andere Spritzen dienen soll.

Ob die Maschine diese Bestimmung vollständig erfüllen wird, wagen wir zwar nicht mit apodiktischer Gewißheit zu behaupten, zweifeln nicht daran und sind, sofern einem Nichttechniker hier ein Urtheil zusteht, auch überzeugt, daß das Befahren der Chausseen mit dieser Maschine aus sicherheitspolizeilichen Gründen nicht beanstandet werden wird, da die angewandte Konstruktion jedes Funkenwerfen verhütet, einen ruhigen Gang garantirt und die leichte Lenkbarkeit der Maschine jederzeit das Ausweichen gestattet.

Was die Konstruktion der Maschine betrifft, so weicht sie von der Eisenbahn Lokomotive sehr wesentlich ab. Die Windhausensche Chaussee Lokomotive hat nämlich, und darin bestehen ihre Eigenthümlichkeiten,

1) nur einen Zylinder,

2) keine gekröpfte Axen und kein Schwungrad und doch kontinuirliche Drehung der Triebräder,

3) keine Excentrics und was dazu gehört,

4) einen Lenkapparat, welcher jede Biegung, selbst die um den Mittelpunkt der Maschine, sowie das Umsetzen der vorwärts gehenden in eine rückwärts gehende Bewegung mit Leichtigkeit und sofort ermöglicht, und endlich

5) eine mechanische Vorrichtung, durch welche unabhängig von der Dampfspannung, bei vorkommenden Steigungen während der Fahrt die Kraft von der Hand des Führers bis zu einem gewissen höchsten Grade beliebig verstärkt werden kann.

Die ganze Maschine mit Kessel und angeschlossenem Tender wiegt, mit dem nöthigen Wasser versehen, 120 bis 130 Zentner und ruht elastisch in Federn auf den Axenlagern der Triebräder und dem Reitnagel der Laufräder.

Die Anordnung der feinern Mechanismen ist der Art, daß dieselben während der Fahrt vor Schmutz und dergl. geschützt sind, und die Maschine verspricht deßhalb, so wie überhaupt ihrer einfachen Bauart wegen die Gewißheit seltener und geringer Reparaturen.

Das mäßige Gewicht der Maschine, ihre solide Konstruktion und die starke Felgenbreite ihrer Räder lassen keinen Zweifel darüber, daß die neue Wegelokomotive die Chausseen bei Weitem weniger, als das mit Pferden bespannte Fuhrwerk angreifen wird.

Nach allen diesen Eigenschaften der Maschine halten wir es für unzweifelhaft, daß dieselbe in der Geschichte der Dampfmaschinen, resp. der Dampfwagen, Epoche machen, und daß, falls sie den gehegten Erwartungen von vornherein oder später entspricht, die Chaussee-Lokomotive mit der Eisenbahn-Lokomotive in wirksame Konkurrenz treten wird. Denn sie kann der Vortheile der Dampfbeförderung auch diejenigen Gegenden theilhaftig machen, welche der Eisenbahnen entbehren, aber Chausseen besitzen; und sie wird dort ihren Betrieb finden können, wo die Herstellung von Eisenbahnen nicht eine unbedingt zu fordernde Wichtigkeit ist, und wo die Terrain-Verhältnisse keine Eisenbahnanlagen zulassen oder die Rentabilität dieser nicht hinlänglich sichern.

Im allgemeinen ökonomischen Interesse verspricht daher die Wegelokomotive von größter Wichtigkeit zu werden. Wenn ihr Nutzen in seinem Umfange für jetzt auch kaum zu überblicken ist, so darf man doch bereits die einfachen Thatsachen ins Auge fassen, daß

1) eine bedeutende Zahl von Pferden entbehrlich wird und das zur Erzeugung der Fütterung für dieselben nöthige Areal direkt zur Produktion von Nahrungsstoffen für die Menschen benutzt werden kann. Die Erhaltung eines Pferdes erfordert aber so viel, wie zur Ernährung von 4—6 Menschen hinreicht.

2) Daß in den vorhandenen Chausseen ein ungeheures Kapital steckt, welches seine Nutzbarkeit in dem Verhältnisse verliert, wie die Eisenbahnen zunehmen, und daß

3) Eisenbahnen in ihrer ohne Wegelokomotiven unaufhaltsam ins Unabsehbare fortschreitenden Ausdehnung unberechenbare Kapitalien für einen Zweck fordern, die möglicher und wahrscheinlicher Weise für andere Zwecke im Interesse des Allgemeinwohls nützlicher verwandt werden können.

Wir sind also wohl berechtigt, dem Erfinder das vollständige Gelingen seiner Maschine zu wünschen, und dem Manne von Herz und Kopf, welcher, durch seine Vereinigung mit dem Erfinder, diesem die materiellen, an sich bedeutenden Mittel zur Ausführung seiner wichtigen Erfindung gewährte, den wärmsten Dank zu zollen.

Preußen. Berlin, 30. Aug. Die hiesige „Gerichtszeitung“ meldet: „Die vielbesprochene Wechselangelegenheit des Herzogs Wilhelm v. Mecklenburg ist seit einigen Tagen vollständig geordnet. Der Bevollmächtigte des Herzogs hat alle Wechsel eingelöst und zwar mittelst eines Akkordes, bei dem jeder Wechselinhaber zwar nicht die volle Summe, aber doch so viel bekommen hat, daß er noch etwas bei diesem Geschäft verdient hat.“ (Fr. J.)

§ **Oesterreich.** Wien, 29. August. (Privat-Korresp.) Alle Details, welche man über das von der Pforte an die Kontrahenten des Pariser Vertrages abgesendete Exposé vernimmt, beweisen neuerdings, daß man in Konstantinopel nicht daran denkt, in der Donaufürstenthümerfrage seine Ansichten zu ändern. Die Pforte nimmt darin vor Allen das Recht in Anspruch, daß ihre Anschauungen, als die derjenigen Partei, welche an der Donaufürstenthümerfrage am meisten betheiliget sey, als die entscheidende berücksichtiget werden, und weist darauf hin, daß der Art. 2 des Protokolls, welches in Konstantinopel am 11. Febr. l. J. zwischen der Pforte einer- und Frankreich, England und Oesterreich andererseits in Bezug auf die Donaufürstenthümer vereinbart wurde, und welches der Pariser Konferenz als Material in ihren Arbeiten vorlag, — wörtlich dahin lautet: „Die Moldau und Wallachei werden jede, wie in der Vergangenheit, eine getrennte und unabhängige Verwaltung unter der Suzeränetät Sr. kaiserl. Majestät des Sultans haben.“ Auch habe die Pariser Konferenz ausdrücklich beschlossen, daß die Fürstenthümer fortfahren sollen, jene Rechte und Privilegien zu genießen, die sie besitzen. Unter diesen befinde sich aber auch jenes, sie getrennt zu verwalten. Schließlich behauptet die Pforte, daß die Fürstenthümer, würden sie vereinigt werden, nur um desto mehr das Ziel wetteifernder Einflüsse von Außen seyn würden.

Großbritannien.

London, 25. Aug. Den aus Oesterreich gebürtigen Legionären der britisch-italienischen Legion, die entweder von der kaiserl. Armee zur Legion desertirten, oder ohne Genehmigung ihrer Regierung in britische Dienste getreten waren, wäre bei der Versendung der bisher in Malta gestandenen Legion an ihre verschiedenen Bestimmungsorte nichts übrig geblieben, als für's erste in England eine Zuflucht zu suchen. Doch hat mittlerweile der österreichische Konsul von Malta im dortigen Lager bekannt machen lassen, daß österreichische Unterthanen vom gutem Charakter in ihre Heimath zurückkehren dürfen, daß ihr väterlicher Kaiser, tief betrübt wegen der ihnen in Malta zu Theil gewordenen unwürdigen Behandlung ihnen nicht nur den unerlaubten Eintritt in die italienische Legion verzeihen, sondern ihnen auch die Ehre gestatten wolle, unter seiner Fahne zu dienen. Gegen 400 Oesterreicher, so wird aus Malta berichtet, haben das Anerbieten angenommen und erhielten Pässe nach Venedig, oder sie werden sie erst erhalten. Die Uebrigen werden bald möglichst nach England gehen. (Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 28. August. In der bekannten Erbschaftsangelegenheit Peskatore (Erbschaftsprozeß der in ziviler Beziehung als rechtmäßige Gattin des Verstorbenen angefochtenen Wittwe gegen die Miterben) hat das Tribunal endlich folgenden Urtheilsspruch gefällt: „Das Tribunal erklärt die am 8. Novbr. 1854 zwischen Peskatore und Katharine Weber zu Renteria vollzogene Heirath für bürgerlich nichtig, erklärt Katharine Weber nicht berechtigt in ihrer Forderung einer regelmäßigen Erbgemeinschaft, weist die Erben und Legatare Peskatores an, die beiden Testamente desselben auszuführen.“ Das Tribunal bestimmt also, daß binnen 14 Tagen von der Fällung gegenwärtigen Urtheilspruches an die Katharine Weber die in dem eigenhändig geschriebenen Testamente vom 5 Okt. 1853 und in dem authentischen vom 8. Dezbr. 1855 enthaltenen Vermächtnisse ausgeliefert werden sollen, und verurtheilt die Katharine Weber zu sämmtlichen Kosten. Das Urtheil erregt hier großes Aufsehen, weil man sich allgemein für den Prozeß interessirte, in welchem Sympathieen und Antipathieen für und gegen die Zivilehe einander auf juristischem Boden begegneten. Es unterliegt übrigens keinem Zweifel, daß die Wittwe appelliren wird. (Schw. M.)

° Paris, 29. August. Im Verfolg der vom Kaiser in seinem Schreiben über die Ueberschwemmungen ausgesprochenen Ansichten hat der Minister der öffentlichen Arbeiten verfügt, daß die auf der Seine, der Garonne, Loire, Rhone und den Hauptflüssen auszuführenden Studien und Arbeiten zur Verhinderung der Ueberschwemmungen künftig einen besonderen Dienstzweig bilden sollen, deren Leitung entweder einem General-Inspektor oder einem Oberingenieur des Straßen- und Brückenbaues anvertraut werden soll, deren Ernennungen im „Moniteur“ mitgetheilt sind.

* General Serrano, der neuernannte spanische Botschafter, traf Mittwoch in Bayonne ein und wurde am folgenden Tage vom Kaiser empfangen. Der Adjutant des Generals, Hr. Potestad, ist ein Artillerieoffizier, der dem Krimfeldzug als Freiwilliger mit Auszeichnung beiwohnte.

* Das Korrektions-Polizeigericht zu Dijon entschied am Samstag in Sache der „Société des bons cousins charbonniers“. Von den 22 Angeschuldigten wurde Einer zu zweijähriger Gefängnißstrafe und zu 500 Geldbuße, 2 zu 100 Fr., die Uebrigen zu 25 Fr. Geldstrafe verurtheilt.

Spanien.

† Madrid, 25. Aug. Diesen Abend wurde die Heirath der Infantin Amalia mit dem Prinzen Adalbert v. Bayern gefeiert. Morgen wird die Trauung und Donnerstag oder Freitag der Hofball stattfinden. Wie wir bereits mittheilten, wurde zu dieser, mit größter Pracht zu feiernden Vermählung keine der verheiratheten Schwestern der Infantin: Donna Josefa, welche Hrn. Jose Guel y Rente von der Havanna heirathete und Donna Isabella, die Gemahlin eines polnischen Grafen, eingeladen. Diese Ausschließung erklärt sich dadurch, daß die königl. Familie diese beiden Heirathen, obwohl in allen Beziehungen ausgezeichnet, doch unter der Würde der beiden Prinzessinnen fand. — Die von der Regierung bisher getroffenen Anordnungen, aus welchen ihre Politik deutlich ersichtlich ist, werden sowohl in Madrid als in den Provinzen von den Moderirten und Konservativen und sogar von den moderirten Progressisten gebilligt. Alle geben zu, daß der Nationalgarde, dieser Miliz, die weder Truppe noch Volk war, der Schutz der eigenen Freiheit nicht gefahrlos anvertraut werden konnte.

Amerika.

Nach Berichten aus der Havanna vom 5. (durch den „Arabia“) war dort das gelbe Fieber ausgebrochen. Das spanische Geschwader war von Vera-Cruz vollständig nach der Havanna zurückgekehrt.

Durch dieselben Briefe erhält man Nachricht über einen am 25. Juli zu Sanktus-Esperitus ausgebrochenen Aufstand. Man feierte das Fest der heiligen Anna und das Landvolk war massenhaft zur Stadt gekommen, um seine Andacht zu verrichten und die Prozessionen zu sehen. Im Gedränge biß ein einem Offizier gehöriger Hund einen Bauern und dieser gab ihm dafür einen wohl verdienten Schlag. Der Offizier aber, entrüstet über die seinem Hunde widerfahrene Ehrenkränkung, rief die in der Nähe befindlichen Soldaten auf, sein Thier zu rächen und bald waren die Parteien handgemein. Die aus einer so nichts sagenden Ursache hervorgegangenen Ruhestörung drohte jedoch am folgenden Tage ernst zu werden. In dem Handgemenge mit den Soldaten waren drei Bauern geblieben und die Landleute kamen nun zu Tausenden herbeigezogen, um auch ihrerseits Rache zu nehmen. Der Gouverneur Castego konsignirte die Truppen. Die ganze Umgebung ist in Gährung.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 31. August. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 81$\frac{3}{8}$; 4$\frac{1}{2}$pCt. Met. 71$\frac{3}{8}$; Wiener Bankaktien 1270; 5pCt. Lomb. 89$\frac{7}{8}$; Wiener Wechsel l. S. 115$\frac{3}{4}$; 3pCt. inl. span. 40; 1pCt. neue 25$\frac{1}{16}$. Oesterr. Kreditaktien 247$\frac{1}{4}$. Darmstädter Bankaktien 424$\frac{1}{2}$. Bayerische Ostbahn 104$\frac{1}{8}$. Luxemburger internationale Kreditbank 546.

Wien, 30. August. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85$\frac{9}{16}$; 5pCt. Metall. 83$\frac{3}{4}$; 4$\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 128$\frac{3}{4}$; von 1854 110$\frac{3}{8}$; Bankaktien 1092; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 393$\frac{3}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 591; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2847$\frac{1}{2}$. Wechselkurse: Augsburg uso 103. London 10. 4. P. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhtmann.

☛ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 244. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 2. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Berlin, 29. August. Die „Ostsee-Ztg." bespricht den bayerischen Antrag wegen Einführung der Stimmenmehrheits-Entscheidung im Zollverein. Sie erwartet keine Genehmigung des Antrags und sie meint zugleich, es würde eine Aenderung des Abstimmungs-Modus wahrscheinlich geradezu in einem reformfeindlichen Sinn ausfallen, wie ja eben jetzt der Antrag auf Erhöhung der Tabaksteuer nur an der nothwendigen Stimmeneinheit zu scheitern scheine. „Ueberhaupt ist nicht zu vergessen — sagt sie — daß nach den bisherigen Erfahrungen die Stabilität des Zollvereins weit weniger seinen handelspolitischen Fortschritt als seinen weiteren Rückschritt verhindert hat; oder könnte man etwa die unbedeutende Ermäßigung der Eisenzölle, wie sie von Preußen vorgeschlagen ist, sowie die Ermäßigung der Getraidezölle einen Ersatz nennen für die Erhöhung der Garnzölle und der Tabaksteuer oder gar für die Einführung des Tabaks-Monopols? Wenn wir hiernach einer Aenderung des Abstimmungsmodus in Zollvereinsangelegenheiten für sich allein genommen nur einen sehr zweifelhaften Werth zuschreiben können, ja, wenn wir der Ansicht seyn müssen, daß sie eher zu einer Verschlechterung der Handelspolitik des Zollvereins führen würde, als zu einer Verbesserung, so müssen wir doch andererseits zugeben, daß sie um deßhalb in der That wünschenswerth wäre, weil sie die Krisis des Zollvereins, die diesem in Folge des preußisch-österreichischen Handelsvertrages bevorsteht, ohne Zweifel beschleunigen würde. Nur dadurch, daß Oesterreich die Initiative der handelspolitischen Reform, welche von Preußen längst aufgegeben ist, ergriffen hat, und daß alle Verhältnisse des Zollvereins auf die Herstellung der Zolleinigung mit Oesterreich hindrängen, könnte der angeblich von Bayern gestellte Antrag eine positive Bedeutung erhalten. Doch gerade deßhalb halten wir seine Annahme, zu der ja Stimmen-Einheit erforderlich wäre, für höchst unwahrscheinlich. Mag nun Preußen, mögen überhaupt die norddeutschen Vereinsstaaten die Zolleinigung mit Oesterreich wollen oder nicht, so werden sie doch im Hinblick auf dieses, wie es heißt, von Bayern in seinem Memorandum so ausdrücklich hervorgehobene Ziel nicht auf den bayerischen Antrag eingehen können. Denn obgleich sie selbst nicht die Initiative zu einer Reform der Handelspolitik zu ergreifen vermögen, so können sie, so kann namentlich Preußen nicht zugeben, daß sie denjenigen Staaten zufällt, welche bei ihrer Handelspolitik kaum noch ein anderes Interesse haben, als im Interesse Oesterreichs zu wirken."

Preußen. Berlin, 28. August. Der Verkauf der großen Borsigschen Maschinenbau-Anstalt an eine Aktiengesellschaft ist rückgängig geworden, da der Eigenthümer für seine gesammten drei Anstalten 5 Millionen forderte und ein letztes Gebot von 4,200,000 Thaler ablehnte. Die Gesellschaft will nun eine neue Maschinenfabrik hauptsächlich für Lokomotiven errichten, von denen in den Borsigschen Werkstätten jetzt jährlich über hundert angefertigt werden. Da die berühmte Fabrik bis jetzt hier keine Konkurrenz für diesen kostbaren Artikel hat, so ist eine solche um so mehr zu wünschen. Die Geschäfte in unseren zahlreichen Maschinenfabriken sind durch den industriellen Aufschwung so gewachsen, daß die meisten auf lange Zeit hinaus keine Aufträge mehr annehmen können. Dies ist auch in der Borsigschen Fabrik der Fall, obwohl dieselbe 3000 Arbeiter beschäftigt, welche wöchentlich eine Lohnzahlung von 14,000 Thaler nöthig machen. Um zu beweisen, welchen Gewinn diese großen Fabriken abwerfen, erzählt man, daß den Käufern, welche die Borsigsche Fabrik erstehen wollten, nachgewiesen wurde, daß der letzte Jahresabschluß einen Gewinn von 600,000 Thlr. herausstellte. (Z. f. Ndd.)

Berlin, 29. August. Wie bereits mitgetheilt, ist die Verordnung vom 26. November v. J. wegen zeitweiser Aufhebung der Steuervergütung für ausgehenden Branntwein bis zum 1. Nov. d. J. außer Kraft gesetzt. Es ist dies in Folge eines mit den Regierungen von Sachsen, Kurhessen und der Thüringenschen Vereinsstaaten für den nunmehr eingetretenen Fall, daß die diesjährige Erute eine befriedigende seyn werde, getroffenen Abkommens geschehen. Auch über die Höhe der künftig zu gewährenden Vergütung ist, wie wir vernehmen, unter den betheiligten Staaten eine Vereinbarung getroffen. Nach dem Betrage der gegenwärtig zur Erhebung kommenden Branntweinsteuer würde dieselbe von 8 Pfg. für das Quart Branntwein zu 50 pCt. Alkohol nach Tralles, als wie viel bis zum Jahre 1854 vergütet wurde, auf 12 Pfg. zu erhöhen gewesen seyn. Die eingehendsten Erörterungen haben jedoch ergeben, daß in den vorzugsweise zur Ausfuhr arbeitenden Brennereien unter normalen Betriebs-Verhältnissen nur etwa 10 Pfennigen Steuer auf das Quart Branntwein von der angegebenen Stärke ruhen, der Betrag von 12 Pfg. mithin, im Widerspruch mit den bestehenden Verträgen, theilweise eine Ausfuhr-Prämie erhalten würde. Es ist deßhalb unter den betheiligten Staaten beschlossen, es bei dem im Nov. 1854 festgesetzten Vergütungssatz von 10 Pfg. für das Quart Branntwein bis auf Weiteres bewenden zu lassen. (K. Z.)

Oesterreich. Wien, 29. August. Die neue Organisation der Marineadministration wird auf das thätigste betrieben. So ist das Archiv von dem Armeeoberkommando bereits an die kaiserliche Central-Kanzlei übertragen worden, und in derselben das betreffende Bureau unter dem Obersten Hautz vom Matrosenkorps errichtet worden. Dasselbe hat jedoch weder einen referirenden, noch kontrollirenden Wirkungskreis, sondern ist nur zur vermittelnden Behörde zwischen dem Kaiser und dem Marinekommandanten bestimmt. Der neue Geschäftsgang wird mit dem 1. Novbr., als dem Beginn des neuen Militärjahrs, in Wirksamkeit treten. (Fr. Pstz.)

Dänemark.

Das Berliner „Correspondenz-Bureau" vom 29. August schreibt: „Ein Beispiel von der Verleugnung aller Rechtsgefühls bei der dänischen Verwaltung der deutschen Herzogthümer wird uns aus Kiel mitgetheilt. Der Altona-Kieler Eisenbahngesellschaft stehen infolge eines mit der obersten Zivilbehörde des Herzogthums Holstein abgeschlossenen rechtlich unanfechtbaren Vergleichs für die in den Jahren 1849 und 1850 bis zum 1. Febr. 1851 dem Postwesen geleisteten außerordentlichen Wagentransporte privatrechtliche Ansprüche von einer sehr beträchtlichen Höhe zu. Die oberste Zivilbehörde war damals die Statthalterschaft, und das dänische Gouvernement behauptet bekanntlich, daß den Handlungen derselben eine über die Dauer der Wirksamkeit hinausreichende Gültigkeit nicht beigelegt werden könne. Das holsteinische Ministerium und resp. das Finanzministerium in Kopenhagen haben diesen Einwand auch der Altona-Kieler Eisenbahngesellschaft und ihren Ansprüchen entgegengesetzt. Die Ministerien haben erklärt, daß, wenn die Statthalterschaft die Zahlung geleistet, so würden sie dieselbe nicht zurückfordern, da die Zahlung indessen nicht erfolgt sey, so hielten sie ihrerseits sich nicht verpflichtet zu zahlen. Es ist mehrfach von den Direktoren der Gesellschaft an das Ministerium, neuerdings auch an den König petitionirt und nur um eine außergerichtliche Anerkennung der Ansprüche gebeten worden, aber Alles vergeblich. Als die Gesellschaft infolge hiervon den Rechtsweg gegen den Fiskus beschreiten wollte, wurde dieser sogar verweigert. Abermals Petitionen nach Kopenhagen, doch wenigstens die richterliche Entscheidung eintreten zu lassen; auch dies nicht minder erfolglos. Die Direktoren haben gegenwärtig die Schritte bei dem Ministerium für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie erneuert, und da vorauszusehen ist, daß der Erfolg kein anderer seyn wird, so wird als letzte Zuflucht nur eine Beschwerde bei der Bundesversammlung ob denegatam justitiam

übrig bleiben. Es muß wiederholt werden, daß es sich um nichts als um die rechtliche Anerkennung eines mit der von der Bundesgewalt anerkannten obersten Staatsbehörde geschlossenen Vergleichs handelt."

Frankreich.

Paris, 26. August. Heute wurden abermals im Atelier der Nordbahn Versuche mit der Stahlbereitung nach der Methode des österreichischen Artilleriehauptmanns Uchazius vorgenommen. Eine große Anzahl Hochofenbesitzer, Ingenieurs und Abgeordnete der größten Bergwerkekompagnien Frankreichs waren anwesend. In einem Zeitraum von 1½ Stunden war das in den Schmelztiegel gelegte Eisen in den feinsten Gußstahl verwandelt, der sich vollkommen streckbar zeigte; der Bruch war feinkörnig und zeigte die schönsten Linien, unter dem Mikroskope zeigten sich die Körner als vollkommen rund. Das zu schmelzende Roheisen war theils aus algierischem Magneteisenstein, theils aus Eisenhydrat von Berry, also der geringsten Eisenerzsorte von Frankreich gewonnen. Bei diesem ersten Prozesse wird das Roheisen in kaltes Wasser gebracht, welches durch eine Walze oder Rad in rotirende Bewegung versetzt wird; dadurch wird es gekörnt. In diesem gekörnten Zustande versetzt man es zu einem ⅓—½ der Gewichtsmenge mit Oxyden. Die Schmelzung geht sehr leicht vor sich und das auf den mehr als fünffachen Werth gebrachte Produkt erfordert in den Auslagen nur wenig mehr als sein ursprünglicher Werth beträgt. Die Auslagen summiren sich aus dem Kaufpreise des Roheisens, einer doppelt so großen Gewichtssumme von Coax's, einem Drittel derselben in Oxyden, dem Arbeitslohne bei der Schmelzung und dem nachfolgenden Schmieden. In Frankreich, wo die Tonne Eisen etwa 200 Franks kostet, würden sich die Gesammtauslagen auf etwa 500 Franks per Tonne belaufen. Dagegen die Tonne des schlechtesten Gußstahls auf 1100 Franks zu stehen kommt, was mit dem Gewinnste von 10 pCt. an Gewicht 1210 Franks, also 150 pCt. Gewinn macht. Die bei diesem Prozesse angewandten Oefen erfordern außerdem wenig Raum, was in Orten, wo der Raum zu Gebäudeanlagen theuer ist, keinen geringen Vortheil bildet. Während des Prozesses läßt sich die in Fluß gerathende Materie vollkommen reguliren. Der Tiegel wird nicht geschlossen, er kann nach Bedarf angefüllt und der Härtegrad des Stahls durch die Quantität der Oxyde von vornherein bestimmt werden. Man hatte dergestalt vor unsern Augen in Zeit von kaum zwei Stunden aus Roheisen einen harten Stahl bereitet, der zu Achsen, Widerlagen u. dgl. vortrefflich geeignet war. Die Gesellschaft, welche sich zur Ausbeutung dieser Erfindung konstituirte, hat ihre frühere Verfassung geändert. Die Hochofenbesitzer und die Bergwerksgesellschaften versuchten Anfangs dagegen anzukämpfen. Bald überzeugt jedoch, daß sie den Kürzern ziehen würden, haben sie sich an die Gesellschaft gewandt, um von ihr die Erlaubniß zu erwirken, nach diesem Verfahren fabriziren zu dürfen. Zwölf der größten Gewerke haben auf diese Weise um Theilnahme angesucht. Darunter sind einige, die mit 10—20 Millionen Kapital arbeiten. (Ostd. Post.)

Paris, 27. August. Die Kommission zur Herausgabe der Werke und Briefe Napoleons I. hat wegen der Aufnahme des geheimen Testaments des Kaisers angefragt. Der sterbende Kaiser hat es ohne Wissen der Engländer dem Abbe Vignalli anvertraut, in dessen Familie es blieb, bis Louis Napoleon Präsident der Republik wurde. Es wurde diesem zurückgestellt und in einer Familienversammlung für echt befunden. (H.N.)

* In der ersten Sitzung des Generalraths des Departements Buches-du-Rhone gab Hr. Crévecoeur (fatalistischer Name) den durch die Ueberschwemmungen in diesem Departement angerichteten Schaden auf die Summe von 13,488,429 Fr. an, und zwar: verlorene Ernte 11,383,106 Fr., Mobilien 747,063 Fr., Miethen 170 Fr., verdorbenes Land 1,320,775 Fr., zerstörtes Land 37,315 Fr., im Ganzen 13,488,429 Fr. — Der Präfekt des Gironde-Departements unterzog sich einer gleichen Aufgabe. Nach seinen Angaben wurden in diesem Departement 76 Gemeinden von den Ueberschwemmungen betroffen, und theilen sich 7894 Personen in einen Schaden von 4,262,285 Fr.

* Paris, 30. Aug. Der amtliche Theil des „Moniteur" veröffentlicht die Ernennung des Grafen v Larrisch-Mönnich, Gutsbesitzer aus Schlesien, Präsidenten der Jury (für Hornvieh) bei der Ackerbau-Ausstellung zum Commandeur der Ehrenlegion; fünf anderer Jurymitglieder und Kommissäre (darunter der österreichische Generalkommissär Edler v. Mayer, der preuß. Kommissär Weyhe) zu Offizieren, und zehn Kommissäre und Jurymitglieder (darunter der österreich. Kommissär Dr. Arenstein, Ritter v. Suttner aus Wien, württembergischer Kommissär) zu Rittern desselben Ordens.

* Aus Biarritz wird dem „Moniteur" geschrieben, daß die Seebäder der Kaiserin sehr gut bekommen und daß das Klima der Gesundheit des kaiserl Prinzen sehr zuträglich ist. Der Kaiser beschäftigt sich mit regem Interesse mit der Verbesserung des Bayonner Hafens, über welche die Handelskammer dieser Stadt ihm eine sehr wichtige Denkschrift überreichte. Nach einer langen Unterredung mit dem Hafen-Ingenieur ordnete der Kaiser den sofortigen Beginn der Arbeiten zur Wegschaffung der Sandbank an, indem er sich für das von den italienischen Ingenieuren erfundene und mit dem besten Erfolg an der Mündung des Regii-Lagui bei Neapel angewendete System entschied. Der Kaiser beschäftigt sich auch mit dem Anschluß der franz. Eisenbahnen an die spanischen und unterhielt sich darüber lange mit dem in Biarritz eingetroffenen neu ernannten Botschafter Marschall Serrano.

Der „Constitutionel" fährt mit der Widerlegung der Note des Herrn Marcy über das Seerecht durch die eigenen traditionellen Grundsätze der Vereinigten Staaten fort. Der „Constitutionel" kann nicht begreifen, wie ein so ernster, so praktischer Geist, wie der Staatssekretär der amerikanischen Union, es einen Augenblick versuchen konnte, die Kaperei mit der von Kriegsschiffen bewirkten Wegnahme verwechseln konnte. Die Kaperschiffe, Corsaren, sind nichts als von Privaten im rein persönlichen Interesse ausgerüstete Kauffahrer, während im Gegentheil die Kriegsschiffe vom Staat und zu seiner Vertheidigung ausgerüstet, so zu sagen seine Repräsentanten im Auslande sind. Gott bewahre — schließt dieser zweite Artikel — daß, „weil wir die Note des Hrn. Marcy, insoweit sie die Legalität der Kaper-Ausrüstungen zu rechtfertigen sucht, mit der Strenge beurtheilen, welche sie verdient", und die Inkonsequenz hervorheben, in welche der Staatssekretär durch Vertheidigung einer schlechten Sache verfällt, die sowohl durch die traditionelle Politik der Vereinigten Staaten, als durch die allgemeine Praxis der Haupt-Seemächte längst verurtheilt ist; — Gott bewahre, daß wir deßhalb den edlen Beweggrund verkennen, der ihn leitete, als er den Wunsch aussprach, daß das Privateigenthum auf dem Ocean von jeder feindlichen Beschlagnahme frei seyn solle. Aber gerade weil wir diesen Wunsch theilen, sind wir der Ansicht, daß, wenn das Washingtoner Kabinet — wie wir annehmen — bereit ist, die vom Pariser Kongreß unternommene große internationale Reform aufrichtig zu unterstützen, es dies wirksamer durch einen Beitritt in dem versöhnlichen Geiste der Deklaration vom 16. April vermöchte, als indem es sich entfernt hält und seine Weigerung „durch Argumente zu beschönigen sucht, die keine gründliche Prüfung ertragen."

Hr. Regnault, sagt die „Verité", tritt in Convalescenz. Der Kranke konnte vor Kurzem in sein Gemach gebracht werden. Der Zustand, in dem man ihn fand, war der Art, daß es nicht möglich war, ihn auf ein anderes Bett zu bringen, als wohin man ihn nach seinem Sturze gelegt hatte und dieser Sturz war um so furchtbarer, als Herr Regnault aufrecht auf die Füße fiel, wodurch sich auch die gänzliche Zernichtung erklärt, in welcher der gelehrte Chemiker so lange verblieb. Jetzt aber ist von der Zeit und von der ihn Tag und Nacht umgebenden Sorgfalt Alles zu hoffen.

* Gestern wurde der Industrie-Palast dem Kommissär der Regierung, die ihn um 10,400,000 Fr. zu 80 pCt, in 3prozentiger Rente zahlbar, ankaufte, übergeben. Ueber die Verwendung dieses Gebäudes ist noch nichts bestimmt. Früher sagte man, es solle niedergerissen werden.

Der „Akhbar" vom 24. August sagt, daß man gestern Freitag ein abermaliges Erdbeben verspürte, aber schwächer als am Abend vorher. Diesmal war jedoch der Stoß anstatt von Nord nach Süd von Ost nach West. Die Erdstöße vom 21. spürte man auch gegen 9½ Uhr Nachts zu Mahon auf den Balearen. Am nächsten Tag 11½ Uhr Morgens folgte ein zweiter schwächerer Stoß von Ost gegen West.

Spanien.

† Madrid, 26. August. Die Desamortisationskommission fährt mit ihren Operationen im großen Maßstabe fort. — In der Sitzung vom 23. August — der wichtigsten, welche die Junta seit ihrer Einsetzung hielt — wurden 1441 National-Immobilien zugeschlagen. Bereits sind 44,614 National-Güter verkauft, die auf 266,088,276 Realen geschätzt, einen Erlös von 670,399,902 Realen lieferten. — In der Provinz Malaga wurden den Waldungen angezündet. — Die Journale von Bilbao erwähnten einer am 18 vorgekommenen außerordentlichen Naturerscheinung. Die Fluth erhob sich zu einer seit Menschengedenken unerhörten Höhe. Das Wasser bedeckte die Quais und überschwemmte einen in bedeutender Entfernung gelegenen Marktplatz. —

Die „Espana" sagt: Gestern Abend, 10 Uhr, begaben sich die Zeugen der Verehelichung der Infantin Donna Amalia mit dem Prinzen Adalbert von Bayern, in den Palast. Heute um 1 Uhr werden sie in der Schloßkapelle in Gegenwart derselben Personen getraut werden, die den anderen Akten beiwohnten.

Um 9. Uhr wird das große Bankett stattbaben; welches die Majestäten den Neuvermählten geben und Freitag der große Ball, zu welchem bereits zahlreiche Einladungen ergangen sind. — Die „España“ berichtet, daß der Telegraph der kgl. Familie von Bayern zu München das Ereigniß anzeigte, welches die zwischen den kgl. Familien von Bayern und Spanien bestehenden Bande noch inniger knüpfte.

† Madrid, 28. August. Die „Gacetta“ veröffentlicht die Ernennung des Herrn Queredo zum spanischen Gesandten zu Venezuela.

Italien.

Die „N. Pr. Z.“ meldet, daß sich die Sachlage zwischen Neapel und den Westmächten in der ganz neuesten Zeit verschlimmert habe, denn sie höre, daß das englische Kabinet eine sehr lebhafte Note an Neapel gerichtet habe, in der abermals von einer „Demonstration“ die Rede sey. Die französische Regierung habe sich bis jetzt diesem Schritt noch nicht angeschlossen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 25. bis 30. August.)

Samstag. Die Börse verharrt in derselben schweren und schleppenden Stimmung, in welcher wir sie nun schon seit Wochen sehen, es ist keine Elastizität weder im Steigen noch im Fallen. Die Kräfte zersplittern sich dazu auf so vielseitige Elemente, es sind der Artikel in und außer dem Kurszettel so viele geworden, daß es weit kräftigerer Hebel bedarf, um eine Tendenz hervorzurufen und dauernd zu stützen, als früher. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die neuen Unternehmungen sich gegenseitig halten und daß ihr Kursstand eng verknüpft ist, daran bricht sich aber auch die Kraft, welche dieselben auf ältere Unternehmungen ausüben könnten. — Der Ultimo selbst ist im Ganzen befriedigend ausgefallen, zumal der Anfangs gefürchtete Ueberfluß an Stücken sich zuletzt als Täuschung erwies. — Oesterr. Bankaktien stagniren fortwährend. Man vergißt, daß die Bank sich in einem Uebergangszustand befindet, zu Neujahr aber mit 100 Mill. Silber dastehen und kräftig genug seyn dürfte, die Baarzahlungen wieder aufzunehmen. Der Uebergangszustand erheischt große Vorsicht und die Bank geht ruhig ihren Weg fort. Eine österr. Bankaktie, die mindestens 840 fl. Kapital hat, dünkt uns mit 1250 oder ca. 50pCt. Agio nicht zu theuer bezahlt, bei einem Privilegium in einem Lande von beinahe 40 Mill. Einwohnern. Sobald die jungen Aktien voll einbezahlt und in festen Händen sind, wird sich der Kurs sicherlich heben. Spanische Effekten sollen (ein neuer Beleg für das oben Gesagte) von den span. Kreditgesellschaften gekauft werden, welche noch das theure 3pCt. Anlehen haben und deßhalb wohlfeil dazu kaufen müssen. Der Kapitalist macht aber doch lieber mit National und Metall. 6, als mit Spaniern 7pCt. Auch die 4½pCt. franz. Rente trägt (zu 93. 60, wovon der Coupon von 2¼ Fr. am 7. Septbr. abgeht) beinahe 5pCt. Zinsen. Wir haben früher zu wiederholten Malen auf österr. Loose aufmerksam gemacht und sehen jetzt unser Prognostikon in Erfüllung gehen. — Kreditaktien blieben, nach mehrfachen Variationen, fast zu gleichen Kursen wie vorige Woche. Nur span. Vereire gingen etwas zurück, doch ohne großen Umsatz. Der Grund, warum diese so bedeutend über den anderen span. und noch mehr über den deutschen Kreditaktien stehen sollen, ist nicht abzusehen. Zweck und Mittel bleiben dieselben; unsere Verhältnisse und unsere einheimischen Verwaltungen flößen aber jedenfalls mehr Vertrauen ein. Oesterr. Kreditaktien, ungeachtet des Rückganges in Wien, sehr fest und namentlich am Ultimo begehrt. Die Umsätze waren die Woche hindurch sehr ansehnlich. Darmstädter behalten ihre frühere Beliebtheit, aber der Kurs scheint sich vorerst gestellt zu haben. Dagegen ist von Meiningern eine wenn auch kleine Besserung zu berichten. Hamburger Norddeutsche waren Anfangs der Woche stark angeboten, haben sich aber seitdem etwas gehoben, ohne jedoch über den Kurs von 107¼ hinauszukommen. Auch für hannoversche war die Kauflust nicht sehr groß und wir zweifeln, ob die allerdings kolossale Subskriptionssumme von 1190¼ Mill. Thlr. ein hinreichendes Reizmittel seyn wird, den Appetit unserer Kapitalisten für die neue Speise rege zu machen. Frankf. Bankaktien matt, jedoch ohne Grund, da unsers Erachtens die stete, wenn auch langsame Entwickelung des Instituts für eine ergiebige Zukunft hinlänglich Gewähr leistet.

Von Eisenbahnen ist Bexbach wieder stark gewichen, wahrscheinlich in Folge der den Eingeweihten bekannten Mindereinnahme vom August. Der Rückgang der Bexbacher beträgt jetzt 25 pCt., während die Total-Einnahmen des Jahrs hinter den vorjährigen nicht zurückbleiben werden, da das Minus der letzten drei Monate durch das Plus der vorhergangenen ausgeglichen wird. Das französische Publikum ist andauernder; die enorme Minder-Einnahme einiger franz. Bahnen haben kaum 25 Fr. auf den Kurs gewirkt. Daß übrigens die fortdauernden Ausfälle im Ertrage der Bexbacher Bahn zunächst aus dem verminderten Transport der Saarkohlen entsprungen, ist ein öffentliches Geheimniß. Es wäre im Interesse der Aktionäre, daß man über dieses Sachverhältniß und besonders über die angebliche Weigerung der preuß. Behörden, die Kohlenpreise herabzusetzen, glaubwürdigen Aufschluß erhielte. Weißenburger folgten der rückgängigen Tendenz der Bexbacher, während Nahe-Bahn den Pari-Kurs, wenn auch etwas mühsam, behauptet. Staatsbahnen kommen allmählich in festere Hände, ebenso bayerische Ostbahn, für welche jetzt auch von Bayern aus Käufer auftreten.

Wechsel bleiben flau, namentlich Paris und London, theils wegen Abfluß von Staatspapieren, theils (und dieser Grund dürfte nachhaltiger seyn) wegen unsrer günstigen Ernte-Ergebnisse, während Frankreich schon jetzt, und voraussichtlich für längere Zeit, Getraide von uns bezieht. Ein ernstes und nicht zu übersehendes Moment aber ist der täglich sich fühlbarer machende Mangel an wirklichem baaren Geld (Silber). Große Sendungen nach Rußland, Oesterreich und Frankreich (nach letztem Staate gehen viel Kronenthaler) haben schon seit einigen Monaten einen großen Silbervorrath vom Platz genommen, nunmehr aber erfordern die Herbstsendungen namentlich nach Bayern ausschließlich Gulden und Kronen, und so kommen wir in den Fall, um den Anforderungen zu entsprechen, auf unser eigenes Geld Agio zu zahlen. Augenblicklich ist dies Agio noch gering, allein wir stehen auch im ersten Anfang des Herbstes; wie aber soll es werden, wenn der Bedarf sich mehrt?! Wir haben schon zu wiederholten Malen auf den einzigen Ausweg, die Tarifirung des Goldes aufmerksam gemacht. Will die Regierung die Sache nicht selbst in die Hand nehmen, so muß es durch die Vereinigung der ersten Kaufleute geschehen, wie z. B. bei den preußischen Thalern. Wir sehen keinen andern Ausweg. (Aktionär.)

Frankfurt, 1. September. Die Börse war heute in günstiger Stimmung. Mitteldeutsche Kreditaktien nahmen besonders einen bedeutenden Aufschwung; auch neue Loose waren beliebter, der Umsatz sehr beträchtlich.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83¼ P. 83 G. 5pCt Lombard-Ven. 90⅜ P. 89⅞ G. Metall. alte à 5pCt. 81⅜ P. 81⅛ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89¾ P. 89¼ G.; à 4½pCt. 71⅜ P. — G.; à 4pCt. 64 P. 63½ G.; à 3pCt. 48 P. — G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59¾ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼ P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95¼ P. 94¾ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101⅝ P. 101⅜ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91½ P. 91 G.; 4½pCt. 103⅜ P. 102⅞ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83½ P. — G.; à 3½pCt. 92¼ P. 91¾ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅛ P. 39¾ G.; 1pCt. neue 25 1/16 P. 24 15/16 G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1278 P. 1273 G. Neue Bankaktien 400 P. 396 G. Credit-Actien à 5pCt 250 P 248 G. Darmstädter Bankaktien alte 427 P. 425 G.; junge 375 P. 373 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 546 G. Mitteldeutsche Creditbank 110⅛ P. 109⅞ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117¾ P. 117¼ G. Frankf. Bankaktien 118 P. 117½ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 285 P. 283 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 143½ P. 143 G. Neustadt-Weissenb. 108½ P. 108 G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104½ P. 104¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64¼ P. 64 G. Taunus-Aktien 349 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 86½ P. 86 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 5pCt. 82¾ P. 82¼ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100⅛ P. 99⅞ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 — P. 124 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107½ P. 107 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 118¾ P. 118¼ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 — P. — G. Darmst. Loose à fl. 50 118¼ P. 117¾ G. à fl. 25 34½ P. 34¼ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40¾ P. 40¼ G. Nass. Loose à fl. 25 33½ P. 33¼ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 44¾ G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87¼ P. 87 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 3/8 P. 100 1/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118 1/4 P. 118 G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120 1/8 P. 119 7/8 G.	Mail. o. B. Lr. 250 k.S. 110 3/4 P. — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k.S. 93 1/2 P. 93 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k.S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96 1/2 P. — G.	Wien d. 100 C. k.S. 116 1/8 P. 115 7/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S. — P. 88 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 116 P. — G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 29. August. Das 25jährige Jubiläum unserer Konstitution wird an dem eigentlichen Jahrestage (4. Sept.) nur hier in der Residenz besonders gefeiert werden; in der Provinz soll desselben, ganz wie bisher, am letzten dem 4. Septbr. vorangehenden Sonntage (31. Aug.) in den Kirchen in der Predigt „gedacht" werden. (Allg. Z.)

Hannover, 30. August. Der Schluß der Ständeversammlung ist auf den 4. September festgesetzt. Das Interesse für dieselbe war in letzter Zeit bedeutend erlahmt, nachdem eine Einigung zwischen den beiden Kammern über die wichtigsten Gegenstände unmöglich zu seyn schien. Gestern wurde das Resultat aus der verstärkten Konferenz über das Finanzkapitel verkündet. Keine Einigung und somit eine unsägliche Mühe umsonst! Möge die erste Kammer nie in ihrer ganzen Schwere für ihre Hartnäckigkeit zur Verantwortung gezogen werden, die Liebe des Landes hat sie wahrlich nicht. Welch ein unbeschreiblicher Geist in ihr herrscht, geht aus dem Beschlusse hervor, der neulich bei Gelegenheit des Häusersteuergesetzes von ihr gefaßt wurde dieser Beschluß wurde mit einer Entrüstung aufgenommen, die sich in lauten Worten kundgab, und selbst der Staatsminister v. Borries konnte sich nicht enthalten, diesen Beschluß jenes Hauses zu beklagen. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß die Regierung, nachdem sie so ihr Werk scheitern sieht, zu der Einführung der Verfassung von 1840 greift. Damit würde denn auch die Kassentrennung verbunden seyn, und in weiterer Folge ein schrecklicher Wirrwarr. Quod deus bene vertat! (Allg. Ztg.)

Berlin, 30. August. Den Mittelpunkt aller Verhandlungen der Eisenacher Zoll-Konferenz wird die Eisenzollfrage bilden, und es wird sich daran zugleich eine Verhandlung über die Handels- und Zoll-Verhältnisse zu Oesterreich knüpfen. Nach dem Art. 3 des österreichischen Vertrages vom 19. Februar 1852 sollten nämlich Kommissarien der kontrahirenden Theile schon im Jahre 1854 zusammentreten, um sich über weitere Verkehrserleichterungen zu vereinigen, als die, über welche man schon im Vertrage selbst übereingekommen war. Auf dem Wunsch der österreichischen Regierung veranlaßte Preußen in den letzten Monaten des Jahres 1855 eine derartige Konferenz zu Berlin, und es wurden eine Reihe von Gegenständen für die betreff. Verhandlungen mit Oesterreich bezeichnet, als Abänderungen und Ergänzungen zu dem Vertrage vom 19. Febr. 1856. Darunter befinden sich auch die Aufhebung des Zwischenzolls für Roheisen bei unmittelbarer Versendung von den Hüttenwerken, mit Ursprungszeugnissen der Bergbehörden, sowie Einiges über seine Eisen- und Stahlwaaren. (N. Z.)

Aus der Schweiz, 30. August. Endlich hat man definitive Berichte über das Schicksal der Schweizertruppen im englischen Dienste: sämmtliche sind entlassen worden. Die Offiziere erhalten als Retraitegehalt weniger, als ihnen versprochen worden ist, statt eines fünfzehnmonatlichen Betrages nur einen dreimonatlichen. Es herrscht große Aufregung unter den Legionären. Binnen drei Wochen werden die Leute wieder in ihrem Vaterlande seyn. (Fr. Pstz.)

London, 29. August. Der „Globe" bestätigt die schon mitgetheilten Angaben hinsichtlich der beabsichtigten Uebersiedlung der deutschen Legion nach dem Cap mit der Hinzufügung, daß eine Ueberfahrt der Familie von Verheiratheten gewährt werden wird. Die Legion soll also nicht weiter als eigentlicher zusammenbleibender Militärkörper, sondern als zerstreute Militärkolonie auf einer ausgedehnten Gränze verwendet werden.

Warschau. Von dort geht der „B. B. Z." die Mittheilung zu, daß Herr Leopold Kronenberg die Absicht hatte, in Warschau eine Kommandit-Gesellschaft zu errichten. Nachdem der Fürst-Statthalter von den dort stattgehabten Versammlungen Kenntniß erhalten, ließ derselbe Hrn. Kronenberg vor sich rufen. Kronenberg erklärte dem Fürsten-Statthalter, daß er sich auf dem Boden des Gesetzes befinde, da das polnische Gesetz (Code Napoléon) die Errichtung von Privat-Handels-Gesellschaften gestatte. Der Fürst erwiderte hierauf: „Wenn Sie glauben, sich so fest auf das Gesetz stützen zu können, so muß ich bald und zwar heute noch ein Gesetz erlassen, welches Ihr Vorhaben beschränkt." Tags darauf war ein Gesetz publizirt, daß jede Gesellschaft, welche ein größeres Vermögen als 150,000 Rubeln besitzt, der landesherrlichen Konzession bedürfe. (A. Z.)

Aus **Canton** wird vom 10. v. M. gemeldet, daß sich der Gouverneur und Vizegouverneur von Suchan getödtet hätten, weil ihre Truppen vor dem Rebellenheere entflohen waren. (Oesterr. Corr.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: W. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 245.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 3. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 31. August. Auch für die Theilnahme an dem diesjährigen Oktoberfest ist wieder eine Fahrpreis-Ermäßigung allerhöchst gewährt worden, und zwar abermals in der Art, daß wer am Samstag den 4. Oktober von irgend einer Eisenbahnstation hierher fährt, mit der gelösten Fahrkarte bis einen Tag nach dem Feste auch die Rückfahrt machen kann. — Die Generalversammlung des süddeutschen Apothekervereins hat in der Freitagssitzung Heidelberg als den Ort der nächstjährigen Versammlung gewählt.

Edenkoben, 25. August. Se. Maj. König Ludwig empfing bei seinem 70jährigen Geburtsfeste ausnahmsweise nur die magistratische Deputation von München, weil gerade vor 70 Jahren bei seiner Geburt eine Deputation aus München an seiner Wiege gestanden sey. Die „Neuesten Nachr." bringen nun folgendes Nähere über letztgenannte Abordnung, sodann auch, wie es überhaupt in München damals herging. Im Namen des Magistrates begaben sich die Stadträthe Kaufmann Joseph Hepp und Weingastgeber Florian Stürzer nach Straßburg, um dem damaligen Pfalzgrafen Maximilian im Namen aller Bayern zur Geburt des ersten Prinzen Glück zu wünschen. Der hocherfreute Vater nahm den Prinzen aus dem Korb, und legte ihn diesen zwei Bürgern in die Arme mit den Worten: „Sagt euern Bürgern zu Hause, daß ich sie so liebe, wie ich diesen meinen Sohn liebe." — Allgemein war in ganz Bayern wie in München der Jubel über diese Herzlichkeit und trostreichen Hoffnungen. Mehrere Bürger ließen hierauf den Pfalzgrafen Max im Costume des Georgi-Ritter-Ordens auf Pergament malen, auf der rechten Hand den Prinzen Ludwig, auf der linken das sog. Münchner-Kind oder den Mönch, als Stadtwappen haltend. — Mehr als acht Tage lang dauerte der Jubel in München und wurde die Nacht zum Tag gemacht, es gab der Diners und Soupers in Fülle, bei welchen stets auch für die Armen gesammelt, wobei es Thaler regnete. Auch gab die Haupt-Schützengesellschaft ein großes Schießen, das vier Tage dauerte, wobei herzliche, den bayerischen Patriotismus und die Freude, daß Wittelsbachs Eiche frische Zweige trieb, aussprechende Devisen zum Vorschein kamen, denn in dem nämlichen Jahre wurde dem Hause Bayern noch ein zweiter Prinz geboren, nämlich Pius (Linie Pfalz-Birkenfeld), der Vater Sr. kgl. Hoheit des Herzogs Max in Bayern. — Was Pfalzgraf Max damals versprochen, hat König Maximilian Joseph auch seinen Bürgern treulich gehalten. (Taufpathen waren: des Prinzen Ludwig König Ludwig XVI. von Frankreich, des Prinzen Pius Papst Pius VI.)

Zweibrücken, 29. August. Vor den Assisen kamen heute 3 Preßprozesse zur Verhandlung und zwar 1) gegen Karl Groos, 35 Jahre alt, Buchhändler von Heidelberg, 2) Heinrich Hogrefe, 35 Jahre alt, Buchdrucker aus Bremen, wohnhaft in Mannheim. Beide Angeklagten waren und zwar Groos am 23. Mai und Hogrefe am 21. Mai d. J. wegen Preßvergehen durch das kgl. Assisengericht ein Jeder zu einer Gefängnißstrafe von 4 Monaten und einer Geldbuße von 100 fl. verurtheilt worden. Beide waren damals nicht erschienen und es hatte deßwegen das Contumazialverfahren gegen sie stattgehabt. Dagegen legten beide Opposition ein und so kam die Sache heute nochmals zur Verhandlung. Beide waren auch heute wieder nicht erschienen und es wurde deßwegen deren Opposition verworfen und dieselben in die Kosten verurtheilt. 3) Joseph Bucher, 27 Jahre alt, Literat aus Oeffingen, Oberamtes Kannstadt in Württemberg, in Stuttgart wohnhaft. Derselbe ist Redakteur des in Stuttgart erscheinenden „Deutschen Volksblatts". In Nr. 73 dieses Blattes vom 28. März 1856 war ein Artikel enthalten mit der Ueberschrift: „Aus der bayerischen Rheinpfalz, 24. März" und anfangend mit den Worten: „wir trauten kaum unsern Augen" und schließend mit: „zu dem gegenwärtigen Chef der Verwaltungsbehörde wieder herzustellen." Wegen dieses Aufsatzes wurde nun eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet, und Bucher wegen Schmähung und Beleidigung des königlichen Regierungspräsidenten der Pfalz bezüglich seiner Amtshandlungen und Berufsverhältnisse durch Veröffentlichung und Verbreitung dieses Zeitungsblattes vor die Assisen verwiesen. Da der Beschuldigte trotz gehöriger Ladung nicht erschienen war, so wurde in contumaciam ohne Zuziehung von Geschwornen gegen ihn verfahren. Nach Verlesung der Aktenstücke durch den Gerichtsschreiber und Begründung der Beschuldigung durch die königliche Staatsbehörde wurde derselbe in eine Gefängnißstrafe von zwei Monaten und eine Geldbuße von 25 fl. verurtheilt. Ferner wurde die Beschlagnahme der besagten Nr. 73 des „Deutschen Volksblattes", sowie das Verbot des Erscheinens dieses Blattes in Bayern verordnet. (Pf. Z.)

Sachsen. Aus dem Königreich Sachsen, 27. August. Nicht noch vier, wie mehrere Blätter meldeten, sondern zwanzig Maiverurtheilte befinden sich im Zuchthause zu Waldheim, darunter: Bernhard, Advokat aus Mitweida; Binder, Buchhändler aus Leipzig; v. Glümer, Lieutenant aus Magdeburg; Meier, Bürgermeister aus Stolpen; Oelkers, Schriftsteller aus Leipzig; Richter, genannt Rosen, Literat aus Pulswitz; Röckel, Musikdirektor aus Dresden. Bei dieser Gelegenheit können wir nicht umhin, der seit einigen Jahren in ununterbrochener Progression steigenden Zahl der Todesfälle unter den Zuchthausgefangenen zu gedenken. Nach den von Zeit zu Zeit im offiziellen „Dresdener Journal" veröffentlichten statistischen Notizen ist die Zahl der im Zuchthause und in der damit verbundenen Korrektionsanstalt Befindlichen seit mehreren Jahren ziemlich gleich geblieben: 1100, einige darunter, einige drüber. Die Zahl der dort Gestorbenen aber, die im Jahr 1853 32 betrug, stieg im Jahr 1855 auf 65 und im Jahre 1855 auf 90. (A. Z.)

Oesterreich. Wien, 30. August. Nachdem den Jesuiten zum Bau und Einrichtung ihrer in dem zunächst Wien gelegenen Kalchsburg errichteten Privat-Erziehungsanstalt von dem Kaiser 30,000 fl., weitere 35,000 fl. aber nur als ein in Raten rückzahlbares Darleihen bewilligt wurden, so hat dem Vernehmen nach der Erzherzog Maximilian v. Este, Großmeister des deutschen Ordens, einer der entschiedensten Gönner der Jesuiten, welchen er bereits vor Jahren einen der nach ihm benannten Befestigungsthürme bei Linz überließ, denselben zu diesem Zwecke ein Geschenk von 100,000 fl. gemacht. (Fr. Journ.)

Dänemark.

Vom Justizministerium ist am 21. August ein Zirkular ergangen, aus dem hervorgeht, daß sich in der letzten Zeit mehrere Individuen im Herzogthum Schleswig, aus Deutschland kommend, eingefunden haben, deren Pässe von deutschen Behörden zur Reise nach „Schleswig-Holstein" ausgestellt waren. Das Ministerium für Schleswig hat daher sämmtliche Polizei-Obrigkeiten in gedachtem Herzogthum dahin instruiren lassen, daß in Zukunft Personen mit solchen Pässen wieder nach ihrer Heimath zurückzuschicken und der Grund davon auf dem Paß anzugeben sey. Das Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg hat erklärt, in Betreff gedachter Landestheile eine ähnliche Maßregel treffen zu wollen. Da es sich nun in einzelnen Fällen gezeigt hat, daß Pässe obiger Art von Behörden im Königreich visirt worden sind, so werden die Amtleute aufgefordert, die betreffenden Polizeibehörden zu einem ähnlichen Verfahren, wie oben angegeben, hinsichtlich der Personen, die sich in ihrem Distrikt mit solchen Pässen einfinden, anzuhalten. (H. C.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 20. August. Zufolge eines auf der neulichen skandinavischen Studentenversammlung gefaßten Planes trachtet unser Liberalismus, die altehrwürdige Upsala-Universität der „provinzialstädtischen Einsamkeit" zu entreißen und auf den „Boden des praktischen Lebens", in die moderne Ge-

sellschaft Stockholms zu versetzen. Man macht kein Geheimniß daraus, daß die politische Ausbildung der Studenten im Verkehre des „nordischen Paris" die bewegende Ursache des Planes sey. (R. Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, 30. Aug. Die durch den Brief Louis Blancs gemachten Enthüllungen über die Lage der Deportirten in Cayenne sind nicht richtig. Die politischen Deportirten in Cayenne befinden sich in einer möglichst guten Lage. 90 weilen auf der sogenannten Teufelsinsel, 49 in Cayenne und 42 wurden nach der Ackerbaukolonie in Bererda geschafft. Wenigstens die Hälfte von ihnen lebt in voller Freiheit, und die meisten durften weil sie sich stets gut aufführten, mit Privaten Geschäftskontrakte abschließen. Gewöhnlich treiben sie ein Gewerbe und in Wahrheit sind sie ebenso frei und haben vielleicht bessere Kost und weniger Mühe als mancher französische Bauer. Anfänglich, als noch alle auf der Teufelsinsel beisammen waren, lebten sie nicht so zufrieden als jetzt. Die Kost ist sehr gesund. Zwei bis dreimal wöchentlich erhalten sie Fleisch und statt des Weins Tafialiqueur, der magenstärkender und für das dortige Klima angemessener ist. (Fr. Pstz.)

* Paris, 31. August. Man liest im „Constitutionnel": Dem Gesetze entsprechend hat man den Contumacial-Erlaß gegen die Individuen angeschlagen, die in der sog. Angelegenheit des Hippodrom's und der komischen Oper verurtheilt wurden, welche, wie bekannt, aus dem Jahre 1853 herrührt. Die Böswilligkeit versäumte nicht, sich dieser Veröffentlichung zu bedienen, um das Gerücht zu verbreiten, daß Todesurtheile wegen auf die Person des Kaisers begangener oder versuchter Attentate gefällt wurden. Durch das Lesen der Bekanntmachungen hätte man sich jedoch überzeugen können, daß es sich um einen auf ältere Angelegenheiten bezüglichen Contumacial-Beschluß handelt.

* Die Administration der West-Bahnen hat auf allen ihren Linien einen ärztlichen Dienst für ihr zahlreiches Personal eingeführt. Auf allen Bahnhöfen sind Konsultations-Kabinette eingerichtet, und häufige Besuche bei den Kranken werden gemacht. Die Angestellten, ihre Frauen und Kinder erhalten, mit den Arzneien, die kostenfreie Behandlung der geschicktesten Aerzte. Solche Institutionen, fügt der „Moniteur" an, werden auf den moralischen und sanitätischen Zustand des Bahnpersonals vom glücklichsten Einfluß seyn.

* Das Gerücht von einem abermaligen Bruch des elektrischen Taues zwischen Europa und Afrika ist nur zu begründet. Bekanntlich war man mit dem Tau bis auf einige Meilen von Galitta angelangt, nachdem man Tiefen von mehr als 2000 Metres überschritten hatte. Die Sache konnte sohin als gelungen betrachtet werden. Es handelte sich nur noch darum, das Eintreffen des in London bestellten Ergänzungstaues abzuwarten. Unglücklicherweise stellte eine unerwartete Katastrophe wieder Alles in Frage, da am 19. Morgens 8 Uhr, während eines Sturms, das Tau 500 Faden von der Küste, durch einen Felsen aufgehalten, abermals riß. Herr Brett ist seit diesem Unglücksfalle von einem Nervenzittern befallen, das ihn keinen Augenblick verläßt. Es ist in der That leicht begreiflich, so nahe dem Ziele ein Unternehmen scheitern zu sehen, das viele Gelehrte ersten Ranges, darunter der berühmte Ingenieur Stephenson, als unausführbar erklärten und dessen Hauptschwierigkeiten bereits glücklich überwunden waren. Jedenfalls hat man die Möglichkeit des Erfolgs kennen gelernt und nur außerordentlichen Umständen ist es zuzuschreiben, daß die Ausführung nun um ein Jahr hinaus geschoben ist (das abgerissene Tau war beim Lloyd um 30,000 L. versichert).

* Marseille, 30. August. Die Getraidezufuhr ist still. Das Projekt einer Rhonebahn gewinnt an Aussicht. Der Departements-General-Rath sprach sich mit großer Majorität für das Unternehmen aus und der Handelsstand, welcher die Unzulänglichkeit der Transportmittel mehr als je empfindet, nahm dieses Resultat mit Befriedigung auf. — Admiral Lyons wird den Bosporus nach Räumung der von den Russen besetzten Gebietstheile verlassen. Contreadmiral Stewart wendet sich gegen Anapa und kreuzt ohne bestimmten Zweck im schwarzen Meere. — Admiral Achmet ist aus Trebizonde angelangt. Die Armee von Batum wurde aufgelöst.

Spanien.

* Der offiziöse „Constitutionnel" enthält heute einen bemerkenswerthen Artikel über die spanischen Verhältnisse: ein Vertrauensvotum für O'Donell, eine strenge Beurtheilung Espartero's und einen unverholenen Tadel gegen die halboffizielle „Morning-Post." Die Aufmerksamkeit der europäischen Staatsmänner — sagt Herr v. Cesena — ist auf Spanien gerichtet. Man kann nicht sagen, daß die alte Verbündete Frankreichs ganz gerettet sey, aber bis jetzt wenigstens kann man hoffen, daß es dem neuen Madrider Kabinet, wenn es auch ferner mit Klugheit und Energie verfährt, gelingen wird, die alten Wunden der Monarchie nach und nach zu heilen und den Geistern Ruhe, den Interessen Sicherheit zu verschaffen. Die Aufgabe des Kabinets ist schwer und seine Mission ist ebenso schwierig als groß. Bis heute hat O'Donnell, in seiner Politik der Ordnung und Konservation, von seinem Kollegen des Innern, Herrn Rios-Rosas, mächtig unterstützt, durch Wort und That dargethan, daß er durchdringend zu urtheilen und klug zu handeln verstehe. Die Reaktionäre und Revolutionäre boten sich ihm gleichzeitig dar, um ihn an sich zu ziehen. Marschall O'Donnell hat sie vermieden; beide Mitschulden hat er abgelehnt. Man schreibt O'Donnell verschiedene Pläne zu; wir können seine Politik nur durch die ausgeführten und bekannten Akte beurtheilen und darunter sind zwei bezeichnend: das Aufschieben der Munizipalwahlen und die Auflösung der Nationalmiliz in ganz Spanien. Um aber den Charakter und die Angemessenheit dieser Maßnahmen unparteiisch zu prüfen, muß man sich auf den eigenthümlichen Standpunkt Spaniens stellen und namentlich den materiellen und moralischen Zustand des Landes berücksichtigen, welches schon so lange fortwährenden Agitationen und ununterbrochenen Insurrektionen zum Raube dient. Die Nothwendigkeit dieser Maßnahmen ist traurig, aber wenn das Madrider Kabinet anders gehandelt hätte, als es that, so hätte es genau die revolutionäre Politik Esparteros verfolgt und man würde dann mit einigem Grund fragen, warum der Graf von Luzena und nicht der Herzog de la Vittoria Conseil-Präsident ist. Deßhalb können wir die Unzufriedenheit und das Staunen auswärtiger Journale, die aus dieser Maßnahme des Heils einen Gegenstand bitterer Klage gegen Marschall O'Donnell machen, nicht theilen. Ja man geht so weit, die Loyalität der Akte des gegenwärtigen Madrider Kabinets aus dem sonderbaren Grunde in Abrede zu stellen, weil die Abdankung Espartero's das Resultat der Ueberzeugung gewesen sey, daß der spanische Hof für Freiheit und populäre Interessen feindliche Absichten hege. Wenn dem wirklich so war, so hat Espartero entweder seiner der Nation gehaltenen Sprache uneingedenk, den Posten verlassen, wo er diese Freiheiten und Interessen vertheidigen konnte und war dann ein Verräther dieser Sache, oder er verließ diesen Posten nur anscheinend in der Hoffnung und mit dem Wunsche, daß eine insurrektionelle Bewegung zu seinen Gunsten erfolgen und ihn zum absoluten Herrn der Lage machen werde, und dann war er ein Verräther gegen das Königthum. Wir glauben — schließt der „Constitutionnel" — daß Marschall Espartero, befragt, antworten würde, daß seine der Königin gehaltene Sprache aufrichtig war und er deßhalb abdankte, weil er seine Aufgabe, die gefährdete Monarchie zu vertheidigen, für vollendet hielt. Was also sollen die Prophezeiungen der „Morning-Post" bedeuten, worin sie dem Marschall O'Donnell mit dem Widerstande der spanischen Milizen droht? Was will dieses Journal sagen, wenn es behauptet, der jetzige Ministerpräsident der Isabella II. werde vor dem 5. Akte seines Drama anerkennen müssen, daß, obwohl er die Nationalgarde auflöste, die Männer noch immer bestehen? Wäre es in das Geheimniß der Vorbereitungen zu einem neuen Insurrektionsversuch eingeweiht? Dann stünde uns die Frage zu, wie es sie kennen lernte, und mit welchem Rechte es darin eingeweiht ist.

† Madrid, 25 August. Ein Dekret der Enthebung des Herrn Alvarez von der Stelle eines Gesandten bei der merikanischen Republik, enthält keine Darlegung des Grundes dieser unerwarteten Maßnahmen. — Das „Journal de Madrid" drückt seine Ansicht in nachstehender Weise aus: „In Folge des in der heutigen „Gacete" enthaltenen Dekrets desavouirt und entsetzt die Regierung ihren Repräsentanten Herrn Miguel Alvarez, ohne Zweifel, wegen gemachter Zugeständnisse, welche mit dem Nationalstolze und dem Spanien zur Seite stehenden guten Rechte unvereinbar sind. — Die, im Einverständniß beider Parteien, von Frankreich angebahnte Ausgleichung scheint nach einem Bericht des kaiserlichen Geschäftsträgers zu Mexiko fruchtlos zu bleiben und der Zwist erwacht sohin in der frühern Erbitterung wieder und dürfte seine Lösung nur durch Waffengewalt finden." — Auch die „Epoca" ihrerseits betrachtet die Absetzung des Herrn Alvarez als eine Desavouirung der Regierung.

Italien.

Rom, 22. August. Im apostolischen Hospiz San Michele ist es zu Auflehnungen gekommen. San Michele ist in Italien vielleicht die umfangreichste polytechnische Schule, wenn auch nicht die beste. Einflüsterungen und Beschränkung des Ausgabenbudget für die Alumnen brachten es unter diesen zum Aufstande, wobei der Kardinal persönliche Verunglimpfungen erlitt. Die Schuldigen sind durch Gefängniß und Verweisung

bestraft, wodurch die beabsichtigte Auflösung des Alumnats vermieden ward. Erst sieben Jahre sind verflossen, seit sie wirklich erfolgte, weil die meisten Polytechniker in der mobilisirten Civica auf dem Janiculus gegen die Franzosen oder bei Vicenza gegen die Oesterreicher mitgefochten hatten. Se. Heil. Papst Pius IX. war einst Lehrer an der Anstalt, und hat sie auch jetzt noch sehr lieb. (K. Z.)

Rom, 19. August. Der Fürst Chigi, Bischof von Mira in partibus, ist gestern nach Moskau abgereist, wo er aus bekannten Gründen erst am Tage nach der Krönung eintreffen wird. Abgesehen von den Glückwünschen, die er dem Kaiser Alexander darbringen soll, und von seiner geheimen Mission, die den Zweck hat, von der russischen Regierung die Errichtung einer Nuntiatur in Petersburg und die Einsetzung von Bischöfen im Innern des Reichs zu erlangen, soll der Legat die Kaiserin Mutter einladen, den Winter in Rom zuzubringen. Vor seiner Abreise besuchte der Gesandte Pius' IX. das von Herrn von Kisseleff gemiethete Palais auf dem Corso. Auch die Königin Marie Christine wird dem Vernehmen nach den ganzen Winter in Rom verweilen. Wenigstens hat ihre Tochter, die seit Kurzem verheirathete Fürstin del Drago, diese Zusage erhalten. — Die Politik des Königs von Neapel hat durchaus keine Veränderung erlitten. Seine Majestät hat vor Kurzem Gaeta verlassen, um in der Hauptstadt dem Feste des heiligen Cajetan beizuwohnen, welcher der Tradition zufolge die Stadt im Jahre 1786 von der Pest befreite. Gegenwärtig befindet sich der König zu Castellamare. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß im ersten neapolitanischen Grenadierregimente eine ernsthafte Meuterei stattgefunden hat. Die Truppen wurden, nachdem sie sich des Vergehens der Widersetzlichkeit schuldig gemacht hatten, zuerst nach Capua und dann in das Land jenseits des Garigliano geschickt, wo sie jetzt bei den Erdarbeiten der von Neapel nach der römischen Gränze führenden Eisenbahn beschäftigt sind. Wenn diese Linie zur Ausführung kommt, so wird das ein großer Vortheil für die Bahn von Rom nach Frascati seyn, die jetzt keinen ordentlichen Endpunkt hat. Der einen Augenblick eingestellte Betrieb derselben ward zur Zeit der neulichen großen Hitze wieder aufgenommen. Die Hitze war in der That so drückend, daß Alles, was Rom verlassen konnte, die schattige Kühle der Thäler von Latium aufsuchte; dadurch kam wieder einiges Leben in die Eisenbahnfahrten. (Ostd. Post.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 20. August. Nach Nachrichten aus Erzerum vom 6. d. haben die Russen am 4. d. M. endlich Kars geräumt, und wie aus Galatz gemeldet wird, sind sie auch im Begriff Ismail und Reni zu räumen. Die „Medina" jedoch, ein englischer Kriegsdampfer, der im schwarzen Meer und in der Donau mit hydrographischen Arbeiten beschäftigt war und dieser Tage hier ankam, hat in der Richtung von Ismail starke Explosionen gehört, und dann in Tulischa vernommen, die Russen hätten nicht bloß die Festungswerke von Ismail in die Luft gesprengt, sondern, was freilich kaum glaublich, auch die Stadt selber. Die vor der Sulina liegende Bank haben sie auch noch nicht verlassen, und auf dem linken Donauufer stehen immer noch die russischen Schildwachen. Ebenso halten sie die Schlangen-Insel fortwährend besetzt. Es heißt, Herr v Butenieff habe Vollmachten, hier mit der Pforte diese Angelegenheit zu arrangiren. Hoffentlich werden England und Frankreich, und vor allem Oesterreich nicht zugeben, daß ohne ihre Theilnahme bloß zwischen Rußland und der Pforte darüber verhandelt werde, und so vielleicht diese äußerst wichtige Position, der Schlüssel der Donaumündungen, am Ende dennoch in der Gewalt Rußlands bleibe. Es ist das natürlich eben so sehr auch ein allgemein deutsches wie ein österreichisches Interesse. Aber es ist fast unnütz die Theilnahme Deutschlands für deutsche Interessen wecken zu wollen. (Allg. Ztg.)

Aegypten.

Die das Ausland wohl am meisten interessirende Frage aus Egypten — der Durchstich des Isthmus von Suez — scheint immer mehr Chancen für ihre günstige Lage zu bekommen. Eine der Hauptschwierigkeiten beim Bau des Kanals selbst wäre der Wassermangel für die dabei beschäftigten Arbeiter gewesen, und es wird bereits begonnen, diesem Uebelstand durch die Anlegung eines Süßwasserkanals vom Nil durch die Scharkie nach dem Birke-Temsach (Krokodilsee) und von dort nach Suez selbst abzuhelfen. Ein solcher Kanal hat bekanntlich längst existirt, er wurde, wenn ich nicht irre, durch Pharao Thothmes-Moeris angelegt, von Psammetich und den Ptolomäern restaurirt und sogar von den Kalifen (vorzüglich von Amru) wieder eröffnet, existirt aber seit Jahrhunderten nur noch in Trümmern. Durch Restauration dieses Werkes wird eine ungeheure Landstrecke wieder kulturfähig gemacht und Suez selbst gewinnt außerordentlich, sobald Trinkwasser in großer Menge herbeigeschafft werden kann. Die Wasserlieferung für die Arbeiter am Isthmuskanal selbst vom Nil aus für die ganze Länge seiner Ausdehnung wäre sonst fast ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. — Gleichzeitig geht man damit um, eine Gesellschaft zum Remorquiren auf dem rothen Meere zu Stande zu bringen, welche Unternehmung jedenfalls einen ganz außerordentlichen Ertrag abwerfen wird, auch ehe der Isthmuskanal fahrbar gemacht ist, und es sollen bereits einige mächtige Dampfer zu diesem Zwecke in Frankreich bestellt werden. — Ein anderer Plan der egyptischen Regierung, der allerdings in noch weiterem Felde steht, der aber nicht weniger Einfluß auf den österreichischen Handel ausüben wird, als vielleicht die Durchstechung des Isthmus, ist vom Generalgouverneur von Sudan, dem Prinzen Halim Pascha, entworfen worden. Es ist dies die Anlegung einer Eisenbahn zwischen Suakim am rothen Meere nach dem Nil bei Berber und die Einführung von Dampfschleppschiffen von dort bis Chartum. Leider mußte Halim Pascha aus Gesundheitsrücksichten von Sudan nach Aegypten zurückkehren, und wird demnach auch seine Stellung als Generalgouverneur von Sudan, dessen Gränze nach Süden er längs dem Bahr-el-abiad bedeutend erweitert hat, niederlegen. Seine Stelle dort vertritt jetzt ein ganz unfähiger Mann Ali Pascha Tscherkeß. (Ostd. Post.)

Ostindien.

Die Ermordung eines birmanischen Prinzen, oder wie es heißt, „des vermuthlichen Thronerben", geschah am 27. Juni zu Rangun in einem dichtbevölkerten Stadttheil, ohne daß die Mörder durch die Polizei oder die Einwohner verhaftet wurden. Nach einer Angabe wäre der Ermordete wahrscheinlich ein Mitglied einer früheren Dynastie von Ava. „Englishman" berichtet dagegen, daß vor einigen Jahren der Vater des jetzigen Fürsten von Birma bei seiner Thronbesteigung den Befehl gab, den vermuthlichen Thronerben und dessen Kinder zu tödten; ein Diener jedoch entkam mit dem jüngsten und verbarg denselben einige Jahre lang; von dort kam dieser nach Rangun, wo er in großer Zurückhaltung, und seit Kurzem bei einem der älteren Beamten des Zollamts wohnte. Am 27. drang ein Haufen Mörder in seine Wohnung, als er schlief, enthauptete ihn und zerfleischte sonst den Leichnam. Der Beamte und ein Nachbar, die auf das Geräusch herbeikamen, wurden niedergemacht. Das Verbrechen wäre somit dem Anscheine nach ein Mord der nach Befehl des birmanischen Hofes auf britischem Gebiet an einem Kronprätendenten vollzogen wurde. — ein Fall, der, wenn erwiesen, für Birma von den ernstlichsten Folgen seyn müßte. (A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 2. September. Mitteldeutsche Kreditaktien und Darmstädter Bankaktien beider Gattungen nahmen abermals einen bedeutenden Aufschwung, österr. Kreditaktien dagegen konnten ihren gestrigen Kurs nicht behaupten.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83 P. 82¾ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90⅜ P. 89⅞ G. Metall. alte à 5pCt. 81¼ P. 81 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89½ P. 89 G.; à 4½pCt. 71½ P. 71¼ G.; à 4pCt. 64 P. 63½ G.; à 3pCt. 48¼ P. 48 G.; à 1pCt. 16⅜ P. 16⅛ G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59¾ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼ P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95¼ P. 94¾ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101⅝ P. 101⅜ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91½ P. 91 G.; 4½pCt. 103⅜ P. 102⅞ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 99¾ P. 99¼ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83½ P. — G.; à 3½pCt. 92¼ P. 91¾ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅛ P. 39¾ G.; 1pCt. neue 25 P. 24⅞ G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1277 P. 1272 G. Neue Bankaktien 400 P. 396 G. Credit-Actien à 5pCt. 248½ P 246½ G. Darmstädter Bankaktien alte 427½ P. 425½ G.; junge 376½ P. 374½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 546 G. Mitteldeutsche Creditbank 111¼ P. 110¾ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117⅜ P. 116⅞ G. Frankf. Bankaktien 118¼ P. 117¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 288 P. 286 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 143 P. 142½ G. Neustadt-Weissenb. 108½ P. 108 G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104½ P. 104¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64¼ P. 64 G. Taunus-Aktien 350 P. 347 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 86 P. — G. Florenz-Li-

vorno E. B. A. à 4pCt. 82¾ P. 82¼ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100⅜ P. 99⅞ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 124 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 107 P. 106¾ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 117¾ P. 117¼ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49¼ P. 49 G. Darmst. Loose à fl. 50 118¼ P. 117¾ G. à fl. 25 34½ P. 34¼ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40¾ P. 40¼ G. Nass. Loose à fl. 25 33½ P. 33¼ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 41¾ G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87½ P. 87 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100¼ P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118¼ P. 118 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛ P. 119⅞ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 100⅝ P — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S. 93½ P. 93¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¾ P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 116⅛ P. 115⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S. — P 88⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 115⅞ P. — G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 1. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85$\frac{9}{16}$; 5pCt. Metall. 83¾; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 129; von 1854 111¼; Bankaktien 1092; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 392¾; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 590½; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien ——. Wechselkurse: Augsburg uso 103. London 10. 4. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 30. August. Das amtliche Blatt meldet heute, daß der König am 27. d. M. dem Baron v. Budberg eine Privat-Audienz ertheilt und aus dessen Händen ein Schreiben des Kaisers von Rußland entgegengenommen habe, wodurch derselbe von seinem hiesigen Gesandtschaftsposten abberufen wird. Hr. v. Budberg, dem vom König der rothe Adlerorden erster Klasse in Brillanten verliehen wurde, gedenkt der „N. Pr. Z." zufolge am 6. September nach Wien abzureisen. (H. N.)

Der zugleich mit dem Direktor Deichmann verhaftete Rendant des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters, Arndt, ist, wie wir hören, von dem Stadtpolizeigefängniß in die Irren-Station des Charité-Krankenhauses abgeführt worden. Die Untersuchung gegen Deichmann dauert fort und soll wiederum neue Belastungsmomente ergeben haben, so daß die Erwartung seiner Angehörigen, ihn gegen Kaution freigelassen zu sehen, nicht in Erfüllung gegangen ist. (H. N.)

Berlin, 1. Septbr. Die „Neue Münch. Ztg." enthält Folgendes: „Aus dem „Deutschen Verkehr" geht fast in alle Blätter die „in Voraussetzung ihrer Richtigkeit wichtige" Nachricht über, die bayerische Regierung habe bei den Eisenacher Zollkonferenzen ein Memorandum übergeben, in welchem das Prinzip der Stimmenmehrheit (statt des bisher geltenden Prinzips der allseitigen Zustimmung) als nothwendig erwiesen werde. Beigefügt wird noch, daß der Inhalt dieses Memorandums „auch in Mittel- und Norddeutschland billigende Beachtung und Beifall" finde. Das Letztere ist nicht zu bestreiten und nur in Betreff des Memorandums selbst zu berichtigen, daß dasselbe kein neues Aktenstück, sondern schon im Jahre 1853 zur Vorlage gekommen." So viel wir wissen, ist die betreffende Vorlage des Jahres 1853 eine preußische gewesen und hat das Prinzip der Einstimmigkeit nicht für alle zu fassende Beschlüsse, sondern nur für solche aufheben wollen, welche die Verwaltung und authentische Auslegung der Gesetze und nicht die Grundverträge und Grundgesetze des Zollvereins selbst einschließlich der Tarife betreffen.

Hannover, 29. August. Auch das Nothgesetz vom 22. Dezember v. J. über die Beschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichtshöfe ist von den Ständen sehr ausführlich beantwortet. Wir resumiren den wesentlichen Inhalt. Erste Kammer ist mit der Regierung einverstanden, daß aus Rücksichten des Staatswohls die Untersuchung und Aburtheilung der politischen und Preßvergehen den Schwurgerichten zu entziehen sey, und hat dem Gesetze vom 22. Dezbr. ihre Zustimmung zu ertheilen beschlossen. Die zweite Kammer sagt: Obgleich die Schwurgerichte und das öffentliche mündliche Verfahren in ihren praktischen Ergebnissen im Allgemeinen nach den bisherigen 6jährigen Erfahrungen auch hier im Lande sich bewährt haben, und obgleich zweite Kammer auch bei Aburtheilung der den Schwurgerichten überwiesenen sogenannten politischen Verbrechen und Preßvergehen einen spezifischen Vorzug der rechtsgelehrten Richter in dem Maße, wie die kgl. Regierung dafür hält, nicht anerkennen kann, — am wenigsten aber, bei der Seltenheit dieser Art im hiesigen Lande, sich davon hat überzeugen können, daß schon die bisherigen Erfahrungen und zunächst der hervorgehobene einzelne Vorgang einen so eilbedürftigen Nothfall begründeten, um auf Grund des §. 122 des L. V.-G. zu so tief eingreifenden Abänderungen des Gerichtsverfahrens vorzuschreiten, — so hat die zweite Kammer trotz dieser Bedenken doch nichts unterlassen, um zu einer den Ansichten der königl. Regierung entsprechenden vermittelnden Auskunft zu gelangen, und sich bereit gefunden, beide Arten von Vergehen den Schwurgerichten allgemein zu entziehen. Die politischen Vergehen ohne Unterschied aber, wie geschehen, durch ein einziges Gericht, in so unbestimmter Zusammensetzung von 7 und möglicherweise 5 Mitgliedern, ohne alle Berufung aburtheilen zu lassen, und zwar bei Fällen, wo es sich um die schwersten Kriminalstrafen handeln kann, dazu würde die zweite Kammer nie ihre Zustimmung haben geben können. Die Herstellung zweier regelmäßiger Instanzen und eine mehr gesicherte und stärkere Komposition der Berufsinstanz beim Oberappellationsgerichte haben vielmehr als unerläßlich angesehen werden müssen. Da aber zu ihrem aufrichtigsten Bedauern die erste Kammer auch auf diese Beschlüsse nicht eingegangen ist, so bleibt zweiter Kammer schließlich nur übrig, ausdrücklich zu erklären, daß sie die zum Fortbestehen des Gesetzes vom 22. Dezember erforderliche Zustimmung ihrerseits unbedingt abzulehnen sich genöthigt sieht, und daß sie nach dem, was bei dem Gesetze über den Staatsgerichtshof ausgeführt worden, es als selbstverständlich ansieht, daß das fragliche Gesetz förderamst außer Wirksamkeit zu setzen seyn wird. (H. N.)

Salzburg, 1. Septbr. Ihre Maj. die Kaiserin Karoline Auguste ist vorgestern den 30. August Nachmittags halb 5 Uhr im besten Wohlseyn hier eingetroffen. Bald darauf, um halb 7 Uhr, kamen JJ. MM. der König und die Königin von Bayern von Berchtesgaden herüber und fuhren um 7 Uhr Abends wieder zurück. An demselben Abend ist Se. Eminenz der Kardinal Fürsterzbischof v. Schwarzenberg in dem nahen Aign eingetroffen. (A. Z.)

London, 1. Sept. Die heutige „Morning-Post" sagt, daß die alliirten Heereskräfte noch nicht aus Griechenland werden zurückgezogen werden. — Die Königin von Audh ist zu London angekommen. — Die „Asia" ist mit Nachrichten aus New-York vom 20. August in Liverpool eingetroffen. Sie melden, daß eine außerordentliche Sitzung des Kongresses auf den 21. einberufen war. (T. D. d. Köln. Z.)

Damaskus, 14. August. Am 4. d. wurden die Häupter der christlichen und jüdischen Gemeinden im Serail versammelt, um ihnen einen Firman der hohen Pforte mitzutheilen des Inhalts, daß auf die Bitten der Häupter der nicht muselmännischen Kirchen in Konstantinopel, ihre im Kaiserreich wohnenden Glaubensgenossen vom Militärdienst zu befreien, der Sultan in seiner hohen Gnade beschlossen habe, seine Rajah-Unterthanen des besagten Kriegsdienstes zu entbinden — gegen Erlegung einer Steuer von 5000 Piaster für jeden Militärpflichtigen, welche in den resp. Gemeinden von 5 pCt. der männlichen Bevölkerung zu entrichten wäre. Hiernach würde der Steuerantheil der Rajahs von Damaskus bei einem Kontingent von 35 Männern — 175,000 Piaster betragen. Die Gemeindevorsteher reservirten sich das Recht einer Entgegnung auf diesen Vorschlag, nachdem sie diesen vorher unter sich erwogen. Am folgenden Morgen fand eine lange Sitzung im katholischen Patriarchat statt, wo man den einstimmigen Beschluß faßte, der Konskription in Person statt mit Geld zu genügen. Denn dieser Versuch, den Militärdienst in eine Geldsteuer zu verwandeln, machte auf die Christen einen höchst unangenehmen Eindruck, trotz ihrer früher bewiesenen Abneigung gegen den Kriegsdienst. Einige meinen, die resp. Patriarchen in Konstantinopel hätten nicht den Auftrag gehabt zu verlangen, daß man sie von der Theilnahme an der Rekrutirung entbinde oder dispensire, welche zu den eben gewährten Prärogativen gehört. Andere gehen so weit zu behaupten, daß die vorgeblichen Bitten der Patriarchen und Rabbiner von Konstantinopel keineswegs freiwillig, sondern von den osmanischen Ministern unter der Hand erzwungen seyen, um die Rajah gegenüber der in dem Hat-Humayum veröffentlichten Assimilirung in eine falsche Stellung zu bringen. (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 246. | **Vorausbezahlung:** Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | **53. Jahrgang.** | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | **Donnerstag, 4. Septbr. 1856.**

Deutscher Bund.

Bayern. Speyer, 1. Sept. Am nächsten Samstag wird der hochw. Hr. Bischof Dr. Weis seine Reise nach Rom über Straßburg, Basel, Luzern und den Gotthard antreten. Begleiten werden ihn die HH. Dompropst Dr. Thinnes von Würzburg, die Domkapitulare Busch und Dr. Remling, geistlicher Rath Molitor und Domvikar Hällmeyer. Die Abwesenheit wird etwa zwei Monate dauern. (Pf. Z.)

Ludwigshafen, 1. Septbr. Von heute an werden in den Stationen zu Frankfurt (Taunusbahn), Mainz und Ludwigshafen direkte Billets 1. und 2. Klasse nach Basel, Mühlhausen und Straßburg ausgegeben; ebenso nach Paris, Chalons und Nancy über Weißenburg. Letztere sind einen Monat gültig und berechtigen zum Aufenthalt an den darin genannten Stationen. Das Reisegepäck, wovon 60 Pfund frei befördert werden, wird nach diesen Stationen direkt eingeschrieben und von Bahn zu Bahn kostenfrei und ohne Mitwirkung des Reisenden besorgt. (Pfälz. Ztg.)

Preußen. Berlin, 1. Sept. Heute als am Geburtstage des verewigten Herrn v. Hinckeldey war dessen Grabhügel mit Kränzen und Guirlanden geschmückt, und wurde von seiner nachgelassenen Familie besucht. Noch in diesem Jahre wird das Denkmal errichtet werden, welches die Beamten des Polizei-Präsidium ihrem frühern Chef zu widmen beschlossen haben. (N. Z.)

Der „Weser-Zeitung" schreibt man aus Hamburg vom 30. August: „Ueber das Schicksal des unlängst auf preußische Requisition wegen Fahnenflüchtigkeit ausgelieferten jungen Schriftstellers Endrulat ist seinen hiesigen Freunden nunmehr die Nachricht zugegangen, daß das ursprüngliche Urtheil des Kriegsgerichts auf Degradation, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und viermonatliche Festungsstrafe erkannt, der König von Preußen aber dasselbe dahin gemildert habe, daß der Verlust der Ehrenrechte vollständig wegfalle und die strenge Festungsstrafe in leichten Festungsarrest von gleicher Dauer umgewandelt werde. Außerdem ist noch Hoffnung auf eine gänzliche Begnadigung vor Ablauf jener Frist gemacht worden."

Nassau. Wiesbaden, 1. Sept. Dem Vernehmen nach hat Herr Rigaud von Frankfurt die Konzession zur Errichtung einer Bank unter der Firma: „Nassauischer Kreditverein für Handel, Industrie und Gewerbe" erhalten und sollen sich die herzogliche Landesbank, die Stuttgarter Hofbank, der Berliner Bankverein und mehrere angesehene Frankfurter Häuser bei der Gründung betheiligen. (Fr. Bl.)

§. **Oesterreich.** Wien, 1. Septbr. (Privat-Korresp.) Die Eisenbahnarbeiten an der Strecke von Verona bis Botzen wurden seit einiger Zeit nicht mit dem, einen raschen Ausbau verbürgenden Eifer betrieben, welchem Uebelstande jedoch in neuester Zeit in genügender Weise abgeholfen worden ist, so daß man die besten Erwartungen in Betreff einer baldigen Vollendung dieser Bahn hegen darf. Dieselbe muß laut des mit Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages bis Herbst 1858 dem öffentlichen Verkehre übergeben werden, und erfordert der Bau daher um so größere Anstrengungen, je bedeutender die Hindernisse sind, welche noch bewältigt werden müssen, und deren vorzüglichste in drei Etschdurchstichen, mehren Brücken über Wildbäche, namentlich über den bei 500 Klafter breiten Schuttkegel des Avisiobaches oberhalb Trient, und in dem mächtigen Einschnitte in den berühmten Bergsturz bei Marco bestehen. — Wie man aus Belgrad vernimmt, sollen die Anerbietungen englischer Kapitalisten, Ländereien von der Regierung zu kaufen, und daselbst Kolonisationen im Großen zu gründen, von der Regierung angenommen worden seyn. Eben so hört man, daß die von dem Hause Lafitte im Namen einer französischen Kapitalistengesellschaft eingereichten Offerte wegen Uebernahme des Bergbaues in Serbien von dem Fürsten und der Regierung günstig aufgenommen worden sind, so daß ein nach beiden Seiten hin befriedigender Abschluß zu gewärtigen steht.

Im vertraulichen Wege, heißt es, sey in Wien die Nachricht eingegangen, daß die Pforte den letzten Raubzug der Montenegriner zu ahnden beschlossen habe und deßhalb eine ansehnliche Expedition gegen das Volk der Cernagorzen vorbereite. Diese Expedition soll aus einem mehrere tausend Mann starken Korps mit zahlreicher Artillerie bestehend gegen Montenegro operiren und demselben eine derbe Lektion geben, sowie dem Fürsten Danilo ein für alle Mal seine Eroberungsgelüste aus dem Kopfe treiben. Da der voraussichtliche Kriegsschauplatz die österreichische Gränze hart berühre, so sey es sehr wahrscheinlich, daß die österreichische Regierung sich veranlaßt sehen dürfte, mit Nächstem dort ein Observationskorps zu postiren, zu welchem Behufe eben General von Mamula, welcher seinen Sitz in Zara hat, hierher berufen worden sey. Nebstdem glaube man auch, daß in der Verwaltung des Königreichs Dalmatien einige wesentliche Veränderungen in nächster Zeit vorgenommen werden dürften, welche mit dem Plane einer wesentlichen Vergrößerung unserer Kriegsmarine im Zusammenhange stehen. Das ganze Kronland Dalmatien, welches bekanntlich ein treffliches Küstenland ist, soll mit dem illyrischen Litorale zu einem Gouvernementsbezirke unter den Befehlen des Admirals Erzherzog Ferdinand Maximilian vereinigt werden und sodann zur Anlegung einiger Kriegshafenplätze an der dalmatischen Küste unverzüglich geschritten werden. Die dalmatische Bevölkerung würde für die Folge den Bedarf für die Kriegsmannschaften der kaiserlichen Kriegsmarine allein decken und sonach von jedem Dienste im Landheere befreit seyn. Daß die Dalmatier sich besonders für den Seedienst eignen, ist eine bekannte Thatsache, und den Beweis hierfür liefert, daß der größere Theil der Seeleute auf der österreichischen Handelsmarine sich aus der dalmatischen Küsten-Bevölkerung rekrutirt. Der letzte Besuch des Ministers Frhrn. v. Bach in Zara und Cattaro soll einer vorbereitenden Untersuchung der in dem genannten Kronlande zu erwartenden administrativen Veränderungen gegolten haben. (Nat. Ztg.)

In Folge Organisirung des Staatstelegraphenwesens wurden dem Handelsministerium folgende Geschäftszweige ausschließlich vorbehalten: Abschließung der auf das Telegraphenwesen bezüglichen Verträge mit dem Auslande und den Eisenbahngesellschaften; Bestimmung der Richtung der Telegraphenlinien und des Ortes, wo Telegraphenstationen errichtet werden sollen; Festsetzung der Tarife für Beförderung der Depeschen, Aufstellung des alljährlichen Voranschlages für die Ausgaben und Einnahmen der Telegraphenverwaltung; Ernennung aller Beamten der Telegraphendirektion, dann der Inspektoren, Kommissäre und Stationsverwalter (ausgenommen ist der Telegraphendirektor, welcher von dem Kaiser ernannt wird.) (N. Z.)

Der „Köln. Ztg." schreibt man aus Wien: „Die militärischen Vorkehrungen, welche unsere Regierung in den italienischen Provinzen trifft, und die sich nicht allein darauf beschränken, daß das 5. Armeekorps auf den Kriegsfuß gesetzt wird, haben der in Piemont herrschenden, Oesterreich feindlichen Stimmung einen neuen Impuls gegeben, und spricht man von weiteren Demonstrationen, welche gegen Oesterreich vorbereitet werden. Wie es heißt, soll die sardinische Armee vermehrt und bereits eine neue Note des Grafen Cavour an die an den verschiedenen Höfen beglaubigten sardinischen Agenten abgegangen seyn, in der erklärt wird, daß diese Maßregel lediglich durch die Politik Oesterreichs herbeigeführt worden ist. Zugleich soll darin in sehr bestimmten Ausdrücken der Entschluß Sardiniens kundgegeben seyn, keine einseitige österreichische Intervention in Italien zu dulden."

Niederlande.

Batavia, 10. Juli. Neulich hat der Kriegsdampfer „Amsterdam", Kapitän Lieutenant de Vries, einer Flottille soloe'scher Seeräuber eine tüchtige Niederlage beigebracht. Eine Aufforderung, sich zu ergeben, beantworteten die Räuber mit einer heftigen Salve. Diese Zurückweisung ließ das Geschütz des „Amsterdam" nicht unbeantwortet; es sprach ein kräftiges Wort und bohrte die meisten Räuberbarken in den Grund. Diejenigen der Räuber, welche dem Kugelregen entkommen, trachteten nun schwimmend das Land zu erreichen und flüchteten in die Wälder; an ein Verfolgen war jetzt weiter nicht zu denken. Das Gefecht fiel auf der Nordspitze der Residentschaft Menado (Nordspitze von Celebes) vor. Man beeilte sich, Menado mit dem Vorgefallenen bekannt zu machen, und traf durch Bewachung der Küste Vorsorge, den Räubern ein weiteres Entkommen nach der Insel Bungka unmöglich zu machen. Nun waffnete sich unter Anführung der kleinen Militärbesatzung von Menado die ganze dortige Bevölkerung zu Land und zur See mit dem glücklichen Erfolge, daß nach mehrtägigem Durchstöbern der Wälder die an allem Mangel leidenden Räuber gänzlich aufgerieben und viele geraubte und als Sklaven weggeführte Eingeborene befreit wurden. (D. A. Z.)

Großbritannien.

London, 31. August. Louis Blanc antwortet in der „Times" auf die offizielle Berichtigung, die sein neuliches Schreiben hevorgerufen hat. „Ich zweifle nicht, sagt er, „daß der König von Neapel, obgleich viel ungünstiger gestellt, ebenso bereit ist zu versichern, daß die gegen ihn erhobenen Anklagen nichts als Lüge enthalten." Ob es denkbar sey, daß 38 Personen, die sich in der Gewalt ihrer Feinde befinden, so toll seyn würden, die Wuth ihrer Peiniger durch eine nachweisbare Verleumdung zu rechtfertigen? Der Times-Korrespondent habe sich in amtlichen Kreisen sagen lassen, daß die nach der Ile du diable Verbannten im August 1855 auf das feste Land geschafft und unter militärische Disziplin gestellt wurden. Nun sey schon im Oktober 1854 ein Brief eines Transportirten mit seiner Unterschrift veröffentlicht worden, worin gezeigt wurde, daß die politischen Verbannten ganz wie die Galeerensklaven zur Zwangsarbeit angehalten, geprügelt, gefoltert und ausgehungert werden, und daß binnen ein paar Monaten 35 unter 200 Unglücklichen „den Haifischen zum Fraß hingeworfen wurden, weil es für die Gefangenen auf der St.-Josephs-Insel keinen andern Friedhof gebe als das Meer". Zur Zeit, als diese Thatsachen vor die Oeffentlichkeit kamen, habe sich keine Stimme zum Widerspruch erhoben. Wenn man dem Times-Korrespondenten in Paris bemerkte, daß sieben unter den 38 gemeine Verbrecher seyen, was noch dahinstehe, so bestätige man eben nur die Anklage, daß Ludwig Napoleon's Regierung ihre politischen Feinde absichtlich mit Galeerensklaven an Eine Kette binde. Sie solle ja nicht zu behaupten suchen, daß die republikanische Partei sich vorzugsweise im Bagno rekrutirt habe; denn alle Welt wisse, daß auch Orleanisten und Legitimisten wegen ihres Widerstandes gegen den coup d'état transportirt wurden; und sie werde wohlthun, sich zu erinnern, daß Lahr, der in den Junitagen 1848 den General Brea meuchlings umbrachte und dafür auf dem Schaffot starb, seinem eigenen Bekenntniß zufolge ein bonapartistischer Werber war. Zum Schluß erwähnt L. Blanc, daß das System der heimlichen Transportation noch immer fortdauere; erst vor Kurzem sey ein Pariser Arbeiter verschwunden, und als seine Familie Erkundigungen einzog, erfuhr sie, man habe ihn in aller Stille nach Cayenne geschickt.

Frankreich.

. Paris, 31. August. Die Dinge in Neapel scheinen nun doch einer Entscheidung entgegen zu gehen. Nach unseren heutigen Erkundigungen wird die Angelegenheit, welche, wie gestern gemeldet, Kälte zwischen den beiden alliirten Mächten erzeugt hat, dazu beitragen, das herzliche Einverständniß wieder herzustellen. Die letzte Antwort des Kabinets von Neapel hat selbst die Geduld der französischen Regierung auf eine zu harte Probe gestellt und Graf Walewski, der bisher versichert hatte, daß man in keinem Falle andere als diplomatische Mittel anwenden werde, führt nun eine andere Sprache. Es ist wahrscheinlich, daß der Grund zu dieser Veränderung in Biarritz zu suchen ist. Es sollen nämlich so entschiedene Maßregeln getroffen werden, wie sie der Minister der auswärtigen Angelegenheiten gewiß nicht auf eigene Faust zu unternehmen wagte. Die französische Besatzungsarmee wird um eine Brigade vermehrt und zwei Kriegsfahrzeuge nach den Gewässern von Neapel geschickt werden. Wir dürfen hinzufügen, daß diese Nachrichten uns aus guter Quelle zukommen, doch ist es möglich, daß augenblicklich nur eine Einschüchterung durch diese Drohung beabsichtigt wird. Aber schon die Bereitwilligkeit zu dieser Drohung wird genügen, um England seinem Bundesgenossen diesseits des Kanals um ein Bedeutendes näher zu bringen. (A. Z.)

Paris, 31. August. Verschiedene Anzeigen scheinen die Versicherung zu bestätigen, daß in der französischen Politik bezüglich der Donaufürstenthümer ein Stillstand eingetreten ist, welcher vielleicht einer Wendung vorausgeht. Thatsache ist es, daß der Eifer des Marquis Talleyrand in den Fürstenthümern und seine Aufmunterungen an die dortigen Patrioten plötzlich nachgelassen haben. Seit Kurzem machen sich hier verstärkte Einflüsse geltend, die mit eindringlichen Beweisen und mächtigen Mitteln die französischen Staatsmänner von ihrer Liebhaberei für die Vereinigung abzubringen suchen. Auch England hat noch seinen unwiderruflichen Entschluß gefaßt und soll noch weniger Gründe als Frankreich haben, die Vereinigung zu befürworten. Sollte es, was freilich nur von den Separatisten für wahrscheinlich gehalten wird, auf der Vereinigung nicht bestehen, so würde auch Frankreich von seinen bisherigen Ideen abgehen und sich in dieser Sache von seinem Alliirten nicht trennen. (A. Z.)

* Paris, 1. Septbr. Wie man allenthalben hört, scheint es mit der bevorstehenden gemeinschaftlichen Expedition Frankreichs, Englands und Preußens zur Bestrafung der Piraten vom Riffe seine Richtigkeit zu haben. Es werden Studien über diesen Gegenstand im Kriegs- wie im Marineministerium vorgenommen und man soll sich angeblich auch über das Maß der Theilnahme englischer- und französischerseits verständigt haben. Es wird ferner gesagt, daß Frankreich, welches in Folge seiner algirischen Besitzungen größeren Einfluß beim Kaiser von Marokko hat, zunächst auf diplomatischem Wege Genugthuung für Preußen zu verlangen und die Expedition erst im Verweigerungsfalle einer solchen Genugthuung Statt finden sollte. Man fügt endlich hinzu, daß die Unternehmung gegen die Riffpiraten in keinem Falle vor Ende des gegenwärtigen Jahres zu Stande kommen dürfte. Es bedarf keiner Erwähnung, daß wir hiermit mehr on dits als verbürgte Nachrichten zu geben beabsichtigen.

* In seinem halbamtlichen Theile führt der „Moniteur" nach den „Annales du commerce extérieur" an, daß durch eine neuere Verordnung der otomanischen Regierung der Werth der türkischen Gold-Lire, namentlich für Mauthzahlungen, auf 100 Piasters festgesetzt und dies den fremden Repräsentanten mitgetheilt wurde.

* Die Nothwendigkeit eines Ackerbaucodex in Frankreich wird von Niemanden mehr geläugnet; die letzten unglücklichen Ereignisse und die Theuerung beweisen klar, wenn dies überhaupt noch nöthig ist, daß die einzelnen über den Ackerbau bestehenden Gesetze, welche größtentheils noch aus vorigen Jahrhunderten stammen, keineswegs ausreichen. Schon seit vorigem Jahrhundert beschäftigt man sich mit Ausarbeitung des Codex, ohne daß sie weit vorgerückt ist. Als Prinzipien wurden natürlich die Freiheit des Ackerbaues und die freie Verfügung über das Grundeigenthum an die Spitze gestellt; anders verhält es sich mit der Theilbarkeit des Grundeigenthums, welche schon seit 1808 die Regierung beunruhigt, und deren Folgen sich am besten durch Zahlen nachweisen lassen. Der Bericht des Hrn. v. Casalianca gibt die Zahl der Steuerposten des Cataster im Jahre 1815 auf 10,083,731 an, im Jahre 1839 auf 10,998,730, im Jahre 1851 auf 12,393,954, im Jahre 1855 auf 12,822,738 und diese darf man nicht mit den Parcellen verwechseln, deren Zahl sich am 1. Januar 1851 auf 126,000,000 belief. In vier Jahren also hat sich die Zahl der Catasterposten um 428,372 vermehrt, welches eine Zerstückelung von 263,893 Grundstücken nachweist. — Von den 7,846,000 Eigenthümern bezahlen drei Millionen aus Armuth keine Personensteuer, und für 600,000 beläuft sich die jährliche Steuer nur auf 5 Centimen; die Hälfte der Grundbesitzer Frankreichs sind also arme Leute. — Diesen Zahlen lassen sich indessen andere gegenüberstellen, welche nicht so schlimmer Natur sind. Von 1821 bis 1851 ist der Kaufwerth des Grund und Bodens von 39,514 Millionen Fr. auf 83,744 Millionen Fr. gestiegen und das Nettoeinkommen von 1,580,597,000 auf 2,643,366,000 Fr.; und zwar fällt der bei weitem größere Theil dieser Verbesserung auf den kleinen Grundbesitz. Die Frage ist nun, ob man dies der Zerstückelung des Bodens zuzuschreiben hat, oder der Vervollkommnung des Feldbaues und anderen günstigen Umständen. Der Bericht entscheidet sich für das Erstere, obgleich er wiederum die Uebelstände der zu großen Zerstückelung anerkennt.

Spanien.

† Madrid, 28. Aug. Die „Gaceta" veröffentlicht einen Erlaß des Minister-Präsidenten an den General-Kapitän von Neu-Castilien, worin er demselben eröffnet, daß die Königin — dem Ansuchen mehrerer Korpschefs entsprechend — genehmigte, daß die Regimenter, welche am 14., 15. und 16. Juli in der Hauptstadt kämpften, sich fortan auf ihren Fahnen und Stand-

arten der Schleife des kgl. Militärordens des heil. Ferdinand bedienen.

Durch ein weiteres Dekret endet das Kommissorium des General-Lieutenants D. Domingo Dulce als Kommandant des Militär-Distrikts von Arragon und übernimmt derselbe wieder die Generaldirektion der Kavallerie. Endlich werden durch kgl. Dekrete der bisherige Generalkapitän von Navarra, General-Lieutenant José Marie Marchesi, zum Generalkapitän von Arragon; der Generalkapitän von Burgos, Luis Garcia, zum Generalkapitän von Navarra; der Generalkommandant des Lagers von Gibraltar, Feldmarschall Jose Martinez, zum Generalkapitän von Burgos; der Militärgouverneur des Platzes und der Provinz Cadix, Eugenio Muncy, zum Generalkommandant von Gibraltar und zum Militärgouverneur von Cadix Feldmarschall Enrico O'Donnell ernannt werden. Außerdem erfolgten zahlreiche Beförderungen und Ordensverleihungen unter den während der letzten Ereignisse treu gebliebenen Generälen.

Die „Gacetta" veröffentlicht ein Communique, worin die Mittheilung ausländischer Journale, als hätten an der französischen Gränze Forschungen nach dem Aufenthalt des Ex-Infanten Don-Juan stattgefunden, als gänzlich falsch erklärt werden. Die „Revista Militar" widerspricht der Nachricht, daß die Abdankung General San Miguels angenommen sey.

Madrid, 27. August. Die Regierung vermehrt fortwährend die Armee, organisirt die Reserve, ernennt die Gouverneure mit äußerster Vorsicht und hält sich für jedes Ereigniß bereit. Der Gehalt der Hauptleute ist um 1000 Realen, der der Lieutenants um 600 und der der Fähnriche um 500 Realen vermehrt. (Schw. M.)

Italien.

Rom, 25. August. Man trifft Vorbereitungen zu einem geheimen und öffentlichen Konsistorium. Dasselbe soll nicht im Vatican, sondern im apostolischen Palast auf Monte Cavallo gehalten werden. Kardinäle will der heilige Vater bei diesem feierlichen Anlasse nicht creiren, wogegen die Präconisirung vieler Bischöfe erwartet wird. (Fr. Pstz.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Pera, 20. August. Für General Williams ergeben sich in Folge seiner Thätigkeit oder Unthätigkeit in Kars täglich neue Angriffe und Schwierigkeiten. Dieselben sind eigentlich weniger durch sein damaliges Verhalten als durch seine spätere Anmaßung hervorgerufen, mit der er für sich und seine landsmännischen Assistenten allen Ruhm in Anspruch nimmt, während der türkischen Offiziere, die sich, wie sich das täglich mehr herausstellt, größtentheils untadelhaft, oft musterhaft benommen haben, in den Mittheilungen jener englischen Herren nur vorübergehend und gar nicht gedacht wird. Für die Ehre der türkischen Partei ist nunmehr, wie ich aus einer glaubwürdigen Quelle erfahren habe, der Serdar Omer Pascha selbst in die Schranken getreten, indem er an Williams Pascha ein eigenhändiges Schreiben gerichtet hat, in welchem er ungefähr sagt, daß er den General dringend ersuche, nunmehr auch die Beweise der Thätigkeit seitens der Türken zu veröffentlichen, was um so gründlicher geschehen könne, da sich noch eine Menge darauf bezüglicher offizieller Aktenstücke in seinen Händen befinden müßten. Falls jedoch der ehemalige Kommissär seinem Ansuchen kein Gehör schenken würde, so sehe sich der Serdar in die Nothwendigkeit versetzt, zur Ehre der türkischen Befehlshaber seinerseits eine Veröffentlichung gewisser offizieller Aktenstücke vorzunehmen, die zu verschiedenen Zeiten, während und nach jener Epoche in seine Hände gelangt wären. (A. Z.)

Aus der Türkei schreibt man, daß der neue russische Gesandte in Konstantinopel dem Rufe, den er sich während seiner langen diplomatischen Thätigkeit erworben hat, Ehre zu machen und das von Rußland verlorene Terrain schnell wieder zu gewinnen sucht. Seine verspätete Ankunft erklärt er aus dem Umstande, daß sein Gesandtschaftshotel in Pera nicht früher in Stand gesetzt werden konnte. Kiprisli Pascha gibt als Grund der Verzögerung seiner Abreise nach Rußland an, daß es ihm an den nöthigen Equipagen fehlte (also wenigstens nicht an Ausreden). Der türkische Gesandte am Petersburger Hofe hat übrigens die Absicht, nicht weiter als Moskau zu gehen.

Ostindien.

Bombay, 29. Juli. Nach dem „Lahore Cronicle" wäre es Esa-Khan, dem alten Perserfeind, gelungen, seine Gegner aus Herat zu verjagen. Darauf, heißt es, sendete er Boten an Dost-Mohammed in Kandahar mit dem Erbieten, ihm die Stadt zu überlassen, und der dringenden Aufforderung, eine Streitmacht zur Behauptung des Orts abzusenden oder selbst herbeizuführen. Dost-Mohammed soll die ganze Angelegenheit den britischen Behörden in Peshawer anheim gestellt und sie um ihren Rath ersucht haben, da es ihm nicht an Lust, aber an Macht fehlt, denen in Herat gegen die Perser beizustehen.

Handels- und Börsen-Berichte.

* Amsterdam, 1. September. (Privat-Korrespondenz.) In der heute Statt gehabten Kaffee-Auktion liefen die Preise 1 bis 1½, braun und gelb Java sogar 2 bis 2½ cs. über die schon ziemlich hohe Taxe und es wurde Alles mit Lebhaftigkeit gekauft.

Magdeburg, 29. August. Wir hatten auch in dieser Woche oft Regen, besonders in letzter Nacht starken Gewitterregen. Das häufige nasse Wetter hat denn auch augenscheinliche Nachtheile zur Folge gehabt, denn es zeigen sich an unserm Markt Gerste stark gemischt mit Auswuchskörnern, neuer kammer Waizen und feuchter Hafer.

Im Getraidehandel ist es lebhaft, insofern für die Konsumtion und auch zur Versendung stark gekauft wird.

Waizen, alter ist sehr knapp und allseitig gesucht. Benöthigte mußten hohe Preise von 102 a 105 Thlr. anlegen; von neuer Waare kommen nur geringe Kleinigkeiten an den Markt, die, obwohl nicht recht trocken, mit 92 a 96 Thlr. bezahlt werden. Roggen wird genügend zugeführt und wird mit 56 a 59 Thlr. pr. 2016 Pfd. je nach Beschaffenheit der Waare bezahlt; bis jetzt hat sich ein Abzug nach anderen Gegenden noch nicht eröffnet, so daß der Handel sich wenig oder gar nicht mit dieser Kornart zu schaffen macht. Gerste dagegen wird bedeutend nach Hamburg verschifft und die Preise dafür sind nicht unwesentlich höher gegangen, man zahlte gestern willig für 74 bis 76pfd. Gerste ohne Auswuchskörner 54 a 56 Thlr. per 24 Schfl. Die Nachrichten vom gestrigen Hamburger Markt lauten Geschäftsstille bei etwas mäßigeren Preisen. Dies dürfte auch hier die enorme Kauflust ein wenig zügeln. Hafer, trockener alter mit 36 a 37 Thlr. für 1248 Pfd. bezahlt; von neuem Hafer kommen bis jetzt sehr vereinzelte Zufuhren, wofür man nach Qualität 30 a 34 Thlr. zahlt.

Kartoffelspiritus loko 51 Thlr. gefordert, zu 50½ Thlr. wohl zu kaufen; pr. Septbr. 47½ Thlr., per Septbr.—Dezbr. 43½ Thlr., per Oktbr—Dezbr. 42½ Thlr. Alles offerirt, wenig Nehmer. Rübenspiritus loko 46½ a 46 Thlr., auf Lieferung nichts gehandelt. Das Spiritusgeschäft überhaupt war in dieser Woche recht matt, hoffentlich wird die zum 1. Novbr. wieder eintretende Steuer-Bonifikation unsern Spritfabriken und dem Exporthandel einen neuen Aufschwung geben. Termine sind im Laufe des Tages noch um 1 Thlr. höher bezahlt worden und dazu gesucht geblieben.

Frankfurt, 2. September. Die Börse war in etwas flauer Stimmung, insbesondere für österr. und mitteldeutsche Kredit- sowie für Darmstädter Bankaktien, die bei sehr bedeutendem Umsatz etwas billiger abgegeben wurden, Bexbacher Eisenbahnaktien dagegen beliebter.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 83 P. 82¾ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90¼ P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81¼ P. 81 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89½ P. 89 G.; à 4½pCt. 71½ P. 71¼ G.; à 4pCt. 64 P. 63½ G.; à 3pCt. 48¼ P. 48 G.; à 1pCt. 16¾ P. 16⅛ G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59¼ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼ P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95¼ P. 94¾ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101⅝ P. 101⅜ G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91⅜ P. 90⅞ G.; 4½pCt. 102⅞ P. 102⅜ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 99¾ P. 99¼ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83½ P. — G.; à 3½pCt. 92 P. 91½ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39⅞ P. 39⅝ G.; 1pCt. neue 25 P. 24⅞ G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1275 P. 1270 G. Neue Bankaktien 395 P. 390 G. Credit-Actien à 5pCt. 246 P 244 G. Darmstädter Bankaktien alte 427 P. 425 G.; junge 375 P. 373 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 546 G. Mitteldeutsche Creditbank 110⅛ P. 109⅞ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117 P. 116⅛ G. Frankf. Bankaktien 118¼ P. 117¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 286 P. 283 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 143¾ P. 143¼ G. Neustadt-Weissenb. 108¼ P. 107¾ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104½ P. 104¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64¼ P. 64 G. Taunus-Aktien 350 P. 347 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 86 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¾ P. 82¼ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100 P. 99½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 123½ P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106⅞ P. 106⅜ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 117¾ P. 117¼ G. Badische fl. 35 Loose von 1845

49¼P. 49 G. Darmst. Loose à fl. 50 118¼P. 117⅜G. à fl. 25 34½P. 34¼G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40¾ P. 40¼G. Nass. Loose à fl. 25 33½ P. 33½ G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44¾G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87½ P. 87¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¼P. 100G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118¼P. 118G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120⅛P. 119⅞G.	Mail. i.S.Lr. 250k.S 100⅝P —G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k.S. 93½P. 93¼G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Lyon Frs. 200 k.S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96⅜P. — —G.	Wien fl. 100C. k.S. 116P. 115¾G.
Hamb. MB. 100 k.S. — —P 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 115⅞P. —G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104¾P. 104½G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 2. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85½; 5pCt. Metall. 83¼ ⅛; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 128¾; von 1854 110⅛; Bankaktien 1091½; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 392¾; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 590; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2846¼. **Wechselkurse**: Augsburg uso 103⅛. London 10. 4½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 2. Septbr. Aus einer in Hannover amtlich von Seiten des kgl. Oberzollkollegium ergangenen, vom 31. August datirten Bekanntmachung entnehmen wir die für den Getraide-Import wichtige Nachricht, „daß nach einer zwischen den Regierungen der sämmtlichen Zollvereinsstaaten stattgefundenen Vereinbarung die bis zum 1. k. M. bestandene Einstellung der Erhebung des Eingangszolles für Getraide und Hülsenfrüchte, Mehl daraus, und andere Mühlenfabrikate, nämlich geschrotene und geschälte Körner, Graupen, Gries und Grütze, ingleichen gestampfte und geschälte Hirse **bis Ende dieses Jahres ausgedehnt worden ist**. (Nat.-Ztg.)

Kiel, 1. Sept. Eben, 2½ Uhr, hat sich das **Ober-Appellationsgericht** im Ministerprozeß gegen Scheele für **inkompetent** erklärt, weil es nach §. 13 und 14 der Verfassung nur berufen sey, zu entscheiden, ob ein Dringlichkeitsgrund zur Erlassung provisorischer Gesetze vorhanden, nicht aber sich kompetent halte, wenn die Regierung und die Stände nicht darüber einig seyen, ob die betreffenden Verfügungen im Sinne der Verfassung provisorische und der Mitwirkung der Stände bedürftig seyen, über eine solche Meinungsdifferenz zu entscheiden. Da die Publikationszeit bis zum letzten Moment nicht bekannt, auch den Parteien erst eine Stunde vorher eröffnet war, hatte sich nur ein verhältnißmäßiges geringes Publikum eingefunden. (H. N.)

Wien, 2. Septbr. Der Kaiser hat gestern den Fürsten **Kalimachi** empfangen. Ehestens wird er nach Heiligenblut in Kärthen abreisen. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Aus **Konstantinopel**, 27. August wird berichtet: Herr v. Butenieff hatte Audienz beim Sultan. Der spanische Gesandte, Souza, abberufen. Der Kriegsminister hat angeblich seine Entlassung eingereicht. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Von der **montenegrinischen Gränze** wird der „Agramer Ztg." unterm 14. August geschrieben: „In meinem letzten Schreiben vom 8. sprach ich die Ansicht aus, daß sich der von den Montenegrinern besetzte feste Ort Medun (in Kuci) kaum halten werde. Dem ist so; die montenegrinische Besatzung mußte den Ort an die Albanesen übergeben. Auf die Nachricht davon sandte der Fürst Danilo 5500 Mann in das Gebiet von Podgorizza, um die eingedrungenen Albanesen wieder herauszutreiben. Am 7. kam es zu einem Vorpostengefecht, in welchem von Seiten der Montenegriner 21 Mann gefallen sind. Es wäre wieder zu einer Hauptaktion gekommen, wenn nicht der englische und der französische Konsul von Scutari zwischen beiden feindlichen Parteien einen Waffenstillstand von einem Monat zu Stande gebracht hätten. Die Bedingungen desselben sind: die Albanesen räumen das Gebiet von Kuei binnen sechs Tagen und geben Medun zurück. Der Pascha von Skutari zahlt für die bei Medun und Podgorizza gefallenen 40 Montenegriner eine Entschädigung von 130 Dukaten per Kopf. Die Getraide- und Wahrenausfuhr auf dem See von Skutari darf nicht gehindert werden, und namentlich muß die Verbindung zwischen Kraguina und Sestendro (Insel des genannten See's) und der montenegrinischen Küste hergestellt werden. Schließlich wird bemerkt, daß die Nichteinhaltung auch nur Eines dieser Punkte den Waffenstillstand aufhebt." — Dasselbe Blatt meldet vom 16. August: „Eine Kundmachung des Fürsten Danilo, d. d. Cettinje, 14. d., fordert alle Montenegriner, die sich außerhalb ihres Vaterlandes befinden, auf, bis Ende Septbr. l. J. zurückzukehren, widrigenfalls sie der Rechte eines montenegrinischen Staatsbürgers verlustig erklärt werden und ihr Vermögen konfiszirt wird. Annäherungsweise gibt man die Zahl der im Auslande befindlichen Montenegriner auf 4000 an, wovon mindestens zwei Drittheile in Konstantinopel weilen."

Ueber die Gerüchte wegen der Zerstörungen, die von den Russen in **Kars** vorgenommen wurden, bringt die „Presse d'Orient" nach Briefen aus Trapezunt vom 10. August folgendes **Zuverlässige**: „Die Zitadelle von Kars deckt die Festung auf der Nordseite. Auf dem rechten Ufer des Kars-Tschai (Fluß) bestanden die Festungswerke auf der Front aus drei englischen Batterien: Zobrab-, Thompson- und Teesdale-Tabia, auf der Ostseite waren auf den Anhöhen die Redouten Arab und Kara-Dagh-Tabia errichtet; auf dem rechten Ufer auf der Front der Zitadelle, Churchill-Tabia und gegen Westen Williams-Pascha-Tabia, Vely-Pascha-Tabia, Tamasch-Tabia und auf dem nächsten Hügel Felzim Tabia. Von diesen sämmtlichen Werken waren zwei namentlich von Wichtigkeit: Kara-Dagh- und Vely-Pascha-Tabia. An letzterem Punkte, der den Angriff der Russen vereitelte, holten sich am 29. Septbr. 1855 Murawieff's Truppen ohne Erfolg blutige Köpfe. Gerade diese beiden wichtigsten Werke haben die Russen zerstört, während die übrigen unversehrt blieben. In der Zitadelle haben die Russen die zweite Redoute, also auch hier wieder die drohendste Position, durch Minen gesprengt. Von diesem Punkte aus beherrschte die Artillerie ein weites Terrain. Auf der Nordseite der Redoute war nur ein weniger wichtiges Mauerstück gesprengt. Alle übrigen Werke der Zitadelle blieben verschont. Da gerade alle wichtigsten Werke zerstört wurden, so wird die türkische Regierung zum Neubau schreiten müssen." (N.-Z.)

Petersburg, 27. August. Heute haben wir die Aufhebung des **Kriegszustandes in der Krim und Bessarabien** zu melden; diese Landstriche standen bekanntlich bisher noch in dem durch Ukas vom 1. Dezember 1853 verhängten Kriegszustande. Nachdem endlich die letzten verbündeten Truppen das Land verlassen, wurde am 19. d. M. die Wiederherstellung der regelmäßigen Verhältnisse angeordnet. Weiter ist die Emission von **drei neuen Serien-Staatsobligationen** (Ser. 46, 47 und 48) im Betrage von je 3 Millionen Rubel Silber verfügt worden, als Austausch gegen die im Jahre 1848 emittirten Serien 17—19, welche eingezogen werden. Die Zinsen der neuen Serien werden vom 1. (13.) Sept. dieses Jahres an berechnet. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 247. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 5. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Wien, 1. Septbr. Die Münzkonferenzen wurden auf kurze Zeit unterbrochen, indem einige Mitglieder in ihre Heimat abgegangen sind, um in Betreff der Verhandlungen die Beschlüsse der eigenen Regierungen einzuholen. (Ostd. Post.)

Oesterreich. Im zomborer Kreis (in der Baeska) nimmt seit einiger Zeit das Räuberunwesen so sehr überhand, daß im ganzen Umfange des Kreises das Standrecht proklamirt werden mußte. Am vergangenen Julimarkt wurden daselbst nicht weniger als 40 von Baja heimkehrende Wagen auf der Straße nach Bikics angehalten und geplündert.

Dänemark.

Das dänische Generalpostamt veröffentlicht eine Liste von 500 schleswigschen Ortsnamen, welche in Zukunft amtlich nur in dänischer Version gebraucht werden dürfen. (D. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 2. Septbr. Die „Königin Hortense“ und der „Cocyte“ sind am 31. August in Christiania angekommen. Die anhaltenden Nordwinde und die vorgerückte Jahreszeit haben den Prinzen Napoleon veranlaßt, seine Reise nach Nordcap aufzugeben; er wird sich von Christiania nach Gothenburg und Stockholm begeben. (Fr. Bltt.)

Paris, 2. Sept. Herr Manin, der ehemalige Präsident der Republik Venedig, hat hier in seiner Wohnung eine Subskriptionsliste für die Anschaffung von 100 Kanonen für die Festungswerke Alessandria's aufgelegt. In einem diesfälligen Schreiben, welches er an englische und belgische Journale gerichtet, sagt er unter Andern: „Es handelt sich um keine Partei-Manifestation, nicht um die Billigung der Politik dieser oder jener Regierung, sondern ganz einfach um eine nationale Kundgebung. Jeder, der wünscht, daß Italien von der Fremdherrschaft befreit werde, kann und soll unterzeichnen, welche Meinung er auch sonst über die andern Punkte der italienischen Frage haben mag.“ (Fr. Journ.)

* **Paris**, 2. Sept. Der „Constitutionnel“ bespricht heute den jüngsten Vorfall am Riff in einer für die junge preußische Flotte sehr ehrenden Weise. „Die kleine Schaar — heißt es — welche den Prinzen bei diesem Unternehmen begleitete, zeigte, gleich ihm, den glänzendsten Muth und die Riffianer werden der preußischen Tapferkeit eingedenk bleiben.“ Dennoch hält das offiziöse Journal die Nachricht einer, von Preußen unter Mitwirkung Rußlands, Frankreichs, Englands und Spaniens beabsichtigten Expedition gegen die Seeräuber für verfrüht. Eine Stadt kann besetzt, ein Hafen zerstört werden, aber es ist nicht leicht, mit Räubern fertig zu werden, die sich bei nahender Gefahr in die unzugänglichen Berge flüchten und morgen vom Neuen beginnen. Doch wie dem sey — schließt der „Constitutionnel“ — eine Expedition gegen das Riff ist nur in der guten Jahreszeit vom Mai bis Oktober möglich. Es ist also zu spät, als daß Preußen noch in diesem Jahr etwas Ernstes unternehmen könnte. Was uns betrifft, so haben wir im nächsten Frühjahr die gänzliche Pacifizirung Kabyliens zu vollenden. Bereits wird Alles zu diesem Unternehmen, welches die Eroberung Algiers vervollständigen und 30,000 Mann beanspruchen wird, in Bereitschaft gesetzt. Den Entschluß der kaiserlichen Regierung bezüglich des Riffs kennen wir nicht und enthalten uns jeder Vermuthung; jedenfalls aber wäre die Land- und Seemacht Frankreichs genügend, allen Anforderungen zu entsprechen. Wir wollten lediglich zeigen, welche eigenthümlichen Verhältnisse diese Frage darbietet, um die öffentliche Meinung aufzuklären und wünschen, daß im Interesse des Rechts und der Zivilisation die scheußlichen Räuberhöhlen gesäubert werden.“

Spanien.

Ueber die Vermählungsfeier des Prinzen Adalbert von Bayern und der Infantin Amalia wird der „Indépendance belge“ aus Madrid, 26. August, Folgendes mitgetheilt: „Die Gemächer des Königs waren mit großer Pracht geschmückt und ihre Dekoration durch eine glänzende Beleuchtung gehoben. Sie sind schon an sich die schönsten des Palastes und wurden stets von den Königen von Castilien bewohnt. Die Wände sind mit reichen Tapeten aus weißem, gold- und silbergesticktem Atlas bekleidet. In einem der Säle war ein tragbarer Altar mit den kostbarsten Reliquienkästchen der königlichen Kapelle errichtet. Präzis 10 Uhr Abends nahmen alle Eingeladenen in den Gemächern, wo die Feierlichkeit vollzogen werden sollte, Platz; die Geistlichkeit wartete, mit ihren reichsten Gewändern angethan. Um 10¾ Uhr verkündeten Trompetenklänge die Ankunft des Prinzen Adalbert. Das ganze Hellebardierkorps in großer Uniform bildete vom Haupteingang an Spalier. Die Königin, der König, die Infantin Amalia, der Infant Don Francisco, ihr Vater und ihre Schwester, das diplomatische Korps, die Minister, der Kardinal und die höchsten Staatsbeamten hatten sich in dem Saale, wo der Altar sich befand, versammelt. Der Prinz Adalbert war in der rothen Uniform des St.-Georgi-Ordens; er trug den Großkordon des Ordens Karl II. und das Goldene Vließ und war vom bayerischen Gesandten, seinen Adjutanten und seinem Sekretär begleitet. Der Kardinal-Erzbischof legte am Altar selbst seine priesterliche Kleidung an, der Prinz und die Infantin knieten vor dem Altar nieder, die Königin war zur Rechten der Infantin, der König an der Seite des Prinzen. Als der Kardinal dem römischen Ritus gemäß die Trauungsformel gesprochen, küßte der Prinz die Hand der Infantin und die Hand der Königin, die Infantin küßte die Hand ihres Vaters. Die Königin und die Infantin waren fast in derselben Toilette erschienen. Die Infantin hatte ein weißes, mit reichen Spitzen besetztes und mit blauen Blumen geschmücktes Kleid an; sie trug außerdem das Ordensband der adeligen Damen Marie Louisens, ferner ein Diadem von Brillanten, ein Halsband und kostbare Armbänder. Nach der Zeremonie fand in den Gemächern der Königin ein Empfang statt. Der Prinz Adalbert nahm die Glückwünsche aller demselben Beiwohnenden entgegen; er drückte sich sehr gut auf Spanisch aus. Um 12¼ Uhr verließen die Eingeladenen den Palast, und jedes Mitglied der königlichen Familie zog sich in seine Appartements zurück.“ (D. A. Z.)

† **Madrid**, 29. August. Man sagte, der Auflösung der Nationalgarde würden rasch andere wichtige Maßnahmen zur Vollendung der politischen Organisation Spaniens folgen. Wenn dies bis jetzt nicht geschehen ist, so möchte der Grund hiefür in den Zwistigkeiten zu suchen seyn, die im Kabinet ausgebrochen seyn und dasselbe nunmehr in zwei Parteien scheiden sollen, auf der einen Seite O'Donnell, Cantero, Bagarri — Rios-Rosas, Collado, Pastor-Dias auf der andern stehen. — Montag ließ die Königin den Ministerpräsidenten rufen und erklärte ihm, daß sie den Augenblick gekommen erachte, wo man den Verkauf der Kirchengüter einstellen müsse. O'Donnell widersetzte sich auf's Entschiedenste, mußte aber darauf verzichten, Ihre Majestät zu seiner Ansicht zu bekehren und es bedurfte den vollen Einfluß des Marschalls de la Concha, um die Königin von der Gefahr zu überzeugen, unter den obwaltenden Umständen diese wichtige und schwierige Frage von neuem anzuregen. — Die „Epoca“ sagt: Vorerst wird die Regierung keinen Gesandten nach Mexiko schicken und wahrscheinlich die friedliche und befriedigende Lösung der mit der Republik schwebenden Unterhandlungen abwarten. Man glaubt, daß die spanischen Repräsentanten zu Berlin und Washington ihrer Funktionen enthoben oder auf andere diplomatische Posten versetzt werden.

Madrid, 29. August. Die „Epoca“ bringt telegraphisch über England die Meldung des Generalkapitäns von Cuba (Havanna, 4. August), daß die Regierung von San Domingo

die geforderte Genugthuung gegeben hat. Sie bemerkt dabei, das Erscheinen dreier Kriegsdampfer und die Festigkeit des spanischen Repräsentanten haben genügt, um die dominikanische Republik zum Nachgeben zu zwingen. Die Veranlassung ist ein zwischen der dominikanischen Republik und Spanien abgeschlossener Vertrag. Im 7. Artikel dieses Vertrages wird den Nachkommen von Spaniern das spanische Bürgerrecht zugestanden. Da nun die Bevölkerung der Republik der Mehrheit nach aus solchen spanischen Descedenten besteht, so liegt die Besorgniß nahe, daß dieselben über kurz oder lang die spanische Flagge an die Stelle der Flagge der Republik zu setzen beabsichtigen werden, und das um so mehr, da in Folge jener Uebereinkunft Soldaten wie Civilisten sich bereits massenweise zum spanischen Konsul begeben haben, um sich als Spanier immatrikuliren zu lassen. Bei Abgang des Berichts hatten sich bereits 5000 Individuen dieser Formalität unterzogen und Viele waren im Begriff, ihrem Beispiel zu folgen. Arger Tumult ist die Folge davon gewesen, die Gerichte haben ihre Sitzungen eingestellt, alle Geschäfte liegen darnieder und der Präsident und seine Minister haben die Absicht ausgesprochen, ihr Amt niederzulegen. Der Herausgeber einer Zeitung hatte einen Spanier auf offener Straße getödtet und sich auf die Flucht begeben, worauf der spanische Konsul einen Preis von 25,000 Fr. auf seine Einbringung ausgesetzt hatte. — Einen traurigen Kontrast bietet damit die Nachricht aus Mexiko; aus telegr. Depeschen und den in Europa bereits angelangten Dokumenten ergebe sich die Thatsache, daß Hr. Alvarez seinen Instruktionen nicht nachgekommen sey. Aus dem, was die „Epoca" weiter mittheilt, und aus den Angaben einer andern Zeitung „Hojas Autografas" ergibt es sich, daß diese Beschuldigung sich auf die Zurückziehung des Geschwaders vor Veracruz, bevor Alvarez noch sein Beglaubigungsschreiben abgegeben hatte, und auf seine Nachgiebigkeit in der Hauptsache bezieht; er habe nämlich die von Mexiko verlangte Revision der traktatmäßig anerkannten Ansprüche spanischer Unterthanen auf Entschädigung durch Mexiko zugestanden. Dabei wird auf den Umstand hingewiesen, daß Spanien ähnliche Ansprüche gegen andere amerikanische Republiken zu erheben hat, daß also eine gegen Mexiko gezeigte Nachgiebigkeit Ersteren zum bösen Beispiel dienen muß. Andererseits erinnert aber auch die „Epoca" die Regierung an die gefährlichen Verwicklungen, die aus einem Kriege mit Mexiko für Spanien entstehen können; solche seyen nicht wegen der Fäulniß und Schwäche Mexiko's, sondern wegen des sehr lebhaften Interesses zu erwarten, das die Vereinigten Staaten haben, „um mit Spanien Streit (wegen Cuba) zu suchen". Die „Epoca" tröstet sich freilich, wie ohne Zweifel auch die Regierung, für solchen Fall mit der Sympathie Englands und Frankreichs; Spanien könnte sich aber im Vertrauen auf eine von dort zu erhaltende Hülfe sehr verrechnen.

Italien.

* Der „Courriere mercant." sagt, daß die Nachricht von der Verbreitung einer Muratistischen Proklamation in Neapel sich bestätigt. Sie soll aus Savoyen datirt und ohne Unterschrift seyn.

* Aus Rom vom 26. August wird geschrieben, daß man den Unterzeichnern für die 100 Kanonen nach Alessandrien eifrigst — aber bis jetzt vergebens — nachforscht.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Zu Konstantinopel wird in diesem Augenblicke die für alle Offiziere der verbündeten Armeen, welche die Belagerung von Sebastopol mitmachten, bestimmte Medaille geprägt. Auf der einen Seite sind die Fahnen der vier Verbündeten, mit einer Kanone und einer halb aufgerollten Karte der Krim, auf einem erlegten russischen Adler liegend, dargestellt. Unten ist das französische Wort „Sebastopol" zu lesen. Auf der Kehrseite ist der Name des Sultans und das Wort „Sebastopol" auf türkisch angebracht. Für die Offiziere aller Grade ist die Medaille in Silber, nur für die Generäle in Gold., Sie wird sowohl an die Land- als Seearmeen vertheilt werden.

Pera, 22. August. Es scheint, als wollte die türkische Regierung den nunmehr beginnenden Kampf gegen die streitsüchtigen Montenegriner mit bedeutenderen Kräften und in größerem Maßstabe unternehmen, als vor dem letzten türkisch russischen Kriege. Die leitende Idee des Feldzuges scheint vorderhand eine möglichst strenge Cernirung des aufständischen Landes zu seyn, zu welchem Zweck für die kleinen türkischen festen Plätze in der Nähe desselben, sowie für die noch zu errichtenden Fortifikationen eine nicht unbedeutende Anzahl von Positionsgeschützen in den letzten Tagen von hier abgegangen ist. Täglich werden Truppen aller Waffengattungen von hier nach dem Rendezvous-Lager in Bosnien abgeschickt, und dabei besonders auf eine genügende Anzahl Artillerie Bedacht genommen, die, nach ihrer durchweg neuen Remontirung in Folge des letzten Feldzuges achtunggebietender als je dasteht, und somit den leichtsinnigen Montenegrinern praktische Beweise ihrer hinreichenden Zurechnungsfähigkeit zu geben im Stande ist. Zu den weitern Zurüstungen für diese kleine Campagne gehört auch die tägliche Verladung von bedeutenden Quantitäten der nöthigen Munition und Winterbedürfnisse aller Art, da man sich nicht wieder so überraschen lassen will, wie seiner Zeit in Asien.

(Allg. Ztg.)

Griechenland.

* Man schreibt dem „Nouvelliste de Marseille" aus Athen, 23. August: Die Rückkehr des Königs wird für die erste Hälfte des nächsten Monats angezeigt, obgleich seine Abwesenheit fünf Monate dauern sollte, und sich somit um die Hälfte abgekürzt findet. Diese Nachricht wurde vor einigen Tagen hohen Orts bestätigt mit der Beschränkung, daß der König nur in dem Fall so schnell zurückkommen würde, wenn er von München aus sich nicht nach andere Städte Europas begibt. Dies soll wohl die Möglichkeit einer Reise nach London und Paris andeuten, an welche jedoch hier Niemand glaubt. Der Zweck dieser Reise ist allerdings klar, aber der voraussichtliche Erfolg erscheint als um so zweifelhafter. Die Camarilla verbreitet indessen das Gerücht, die deutschen Regierungen hätten die Westmächte für ihre Ansichten über die griechischen Fragen gewonnen. Die bayerische Dynastie habe allen Grund zufrieden zu seyn und die Räumung des Pyräeus sey als eine ausgemachte Sache zu betrachten, darum wäre auch die Konferenz in London überflüssig geworden. Die Rückkehr des Hrn. Wendland, Sekretärs des Königs, wird jede Stunde erwartet.

* Athen, 26. August. Alles ruhig. Die Regierung läßt mehrere Seen trocken legen und andere Arbeiten vornehmen. Der „Moniteur" kündigt an, daß französische Arbeiter zur Einführung der französischen Weinbereitungsmethode nach Griechenland berufen sind.

Amerika.

Aus Nicaragua meldet der „Panama Star and Herald" nach verläßlichen Privatnachrichten: Walkers Stellung ist eine sehr prekäre. Er hat nur 1200 Leute — wenn man alle zusammenzählt, während Rivas, der noch immer behauptet, daß er Präsident ist, sich in Canendagua befestigt und bereits 3000 Mann kommandirt. Er hat die Sympathien des ganzen Landes für sich und von allen Seiten strömen seine Landsleute unter seine Fahne; nur einige Amerikaner halten es mit Walker. Honduras und Guatemala organisiren eine Streitmacht, und sobald die trockene Jahreszeit da ist, denken sie mit Rivas gegen Walker zu operiren, der jetzt allgemein als Usurpator betrachtet wird. Anfangs begrüßte man ihn als Befreier, aber seine zahlreichen Mißgriffe und Grausamkeiten haben dem Volk die Augen über sein öffentliches Streben geöffnet. Die amerikanischen Gefangenen in Costa Rica haben ein Rundschreiben unterzeichnet, worin sie die Ursachen von Walkers Unpopularität auseinandersetzen, und welches den einzigen wahrhaften Bericht über sein Treiben enthält, der bis jetzt nach den Vereinigten Staaten gegangen ist. Selbst die weniger erbitterten Gegner von Walker sagen, daß die Ursachen, die ihn nach Nigaragua führten, nicht mehr vorhanden seyen; da er selbst erkläre, auf die Einladung des Volkes gekommen zu seyn, so solle er auch auf ihre Bitten wieder gehen, da das Volk seiner nicht mehr bedürfe und einen Landsmann als Präsidenten vorziehe. Die Ruhe wird auch in Nicaragua nicht wiederkehren, bis Walker sich entfernt hat oder weggejagt ist. Einer seiner Generale und vertrauten Rathgeber, den er als Agenten oder Minister nach England schickte, ist ein mißvergnügter Kubaner, der seit Jahren Verschwörungen zur Eroberung Cubas durch Freibeuter anzettelt. In seinen Handelsbeziehungen ist Nicaragua furchtbar zerrüttet; alle Geschäfte stocken, und es gibt wenig oder gar kein Geld im Lande.

Valparaiso, 16. Juli. Don Manuel Montt ist ohne Widerspruch wieder auf 5 Jahre zum Präsidenten gewählt.

(Fr. Postztg.)

Aegypten.

Alexandria, 18. August. Auf dem Nil fahren seit einer Reihe von Jahren Barken in nicht unbedeutender Anzahl, Unterthanen europäischer Staaten eigenthümlich angehörend und daher auch mit der Flagge ihrer Nation versehen, um die Produkte des Landes von einem Ort zum andern zu befördern. Niemand sah darin, und sieht darin auch jetzt noch, einen Eingriff in die Rechte des Pascha dieses Landes. Denn die Verträge seines Souveräns mit den europäischen Staaten sprechen das Recht der freien Schifffahrt auf den Gewässern des osmanischen Reichs in unzweifelhafter Weise aus. Said Pascha hatte nun kürzlich einigen seiner Lieblinge das Privilegium ertheilt, auf dem Nil die Landesprodukte vermittelst Dampfer ausschließlich zu remorquiren. Eine so weit gehende Konzession wurde als eine Verletzung der freien Schifffahrt angesehen, zahlreiche Re-

klamationen erhoben sich gegen das Monopolisiren dieses Verkehrs. So wandte sich unter andern der preußische Kaufmann Hr. Löffler, an den kgl. Generalkonsul mit einem Protest gegen dieses Verfahren des Pascha. Dieser erwiderte dem Beschwerdeführer, daß nach seiner Ueberzeugung die Verträge über diese Frage sich zu deutlich aussprächen, um die Ansicht der ägyptischen Regierung theilen zu können, und daß er daher auch keinen Anstand nehmen würde, in diesem Sinn der ägyptischen Regierung gegenüber die Rechte des Reklamanten nicht beeinträchtigen zu lassen. Dieselbe habe durch die Zulassung der europäischen Flaggen auf dem Nil das hier in Frage stehende Prinzip bereits anerkannt, und der Umstand, daß der Beschwerdeführer mit Dampf statt mit Rudern, mit Hülfe des Windes oder andern bewegenden Kräften seine Fahrzeuge fortschaffen wolle, könne auf die rechtliche Beurtheilung dieser Angelegenheit keinen Einfluß ausüben. Etwa in diesem Ideengang wurde denn auch eine Note an die ägyptische Regierung eingereicht, die indessen für gut fand, die Antwort darauf möglichst weit hinauszuschieben. Inzwischen hatte Hr. Löffler in Kairo ein Dampfboot von einer Privatperson käuflich erstanden, und fuhr damit Getraide remorquirend nach Alexandria, ohne auf dieser Fahrt irgendwie behelligt zu werden. Als er jedoch hier eintraf, erklärte die ägyptische Regierung, daß sie fernere Reisen mit diesem Dampfboot verhindern würde, ohne für einen solchen unerwarteten Beschluß andere Gründe anzugeben, als die dem Pascha von der Pforte verliehene Gewalt und die Berufung auf bestehende innere Reglements dieser Provinz. Ungeachtet der wiederholten dringenden Aufforderung des Generalkonsuls, auf die Frage selbst einzugehen und sich nicht auf ganz sekundäre Betrachtungen zu beschränken, war es dennoch nicht möglich, den Pascha zur Beantwortung derjenigen Punkte zu bewegen, welche den Kern der Frage bilden. Angesichts dieser Haltung des Vizekönigs blieb dem Vertreter Preußens, dem Frhrn. v. Pentz, nichts anders übrig, als den ganzen Vorfall der Entscheidung der hohen Pforte zu unterbreiten, was denn auch bereits mit einem der letzten Dampfboote stattgefunden hat. (A. Z.)

Ostindien.

Der Bombay-Korrespondent hebt in Bezug auf den Mord zu Rangun ebenfalls den Umstand hervor, daß derselbe wahrscheinlich auf den Befehl des birmanischen Hofs, aus Staatsgründen geschehen ist, daß also ein Meuchelmord auf britischem Gebiet durch eine fremde Macht begangen wurde — eine Thatsache, im Vergleich mit welcher das Verbrechen selbst, die Ermordung eines barbarischen Häuptlings zurücktritt. Unbezweifelt ist der Umstand, daß der Prinz der regierenden Familie angehörte; man weiß jedoch nichts genaues über seine Persönlichkeit. Man meint, er sey der einzige Ueberlebende aus seiner Familie gewesen, welche der Vater des jetzigen Kaisers, als diejenige des rechtmäßigen Thronerben, bei seiner Usurpation umzubringen befahl. Der Kalkutta-Korrespondent berichtet in Bezug auf innere Einrichtungen, daß die (schon früher von uns erwähnte) Bill des Hrn. Grant, über Abschaffung der Polygamie (mit Ausnahme des Falls, wo ein Hindu keinen Sohn in seiner Ehe erhält, was für Jeden religiöse Pflicht ist) im legislativen Rath die vollste Unterstützung der Regierung finden, aber nur für Bengalen gültig seyn wird. (A. Z.)

Handels- und Börsen-Bericht.

§ Rotterdam, 1. September. (Privat-Korrespondenz.) Waizen pr. Last = 13⅓ bayer. Scheffel im Anfang des Marktes 60 fl., am Ende 90 fl., Roggen 15 fl. — billiger! —

* Den „Annales du commerce extérieur" zufolge wurden zu London vom 8. Mai bis 3. Juni 1856, 56,167 Ballen Kolonial- und andere Wolle versteigert. — Australien und das Cap lieferten zusammen 51,531 Ballen, die übrigen kamen von Ostindien, Buenos-Ayres, von Peru, Chili, Magador, von Egypten und aus Rußland. — Da die Waare gänzlich fehlte, so blieb Schafwolle hoch im Preise.

Amsterdam, 26. August. Kaffee im Allgemeinen ohne Veränderung. In Brasil kamen einige kleine Umsätze zu Stande. Die Versteigerungen der N. H.-M. sind nun mit 30,857 B. Java vermehrt, so daß die Auktionen nun zusammen 655,806 B. umfassen.

Zucker unverändert. Forderungen und Gebote sind zu weit von einander entfernt, als daß Umsätze in roher oder raffinirter Waare hätten zu Stande kommen können.

Reis ohne größeren Abzug. Die Preise von geschältem Arrakan haben sich behauptet.

Metalle. Banca-Zinn wenig am Markte, auf 74 fl. gehalten. Paschkoff-Kupfer bei Partien mit 68 fl. bezahlt, kleinere Quantitäten nicht unter 69 fl. erhältlich. Blei ohne Geschäft.

Magdeburg, 29. August. Im Zuckergeschäft wenig verändert. Rohzuckeren per Herbst 14⅓ a 15 Thlr. für erste Produkte. Raffinaden 21⅓ a 22 Thlr. Melis in Broden 19⅔ a 20⅓ Thlr. ohne Faß. Gemahlener Melis 19⅓ a 20 Thlr.

Stettin, 29. August. Zuckern haben sich wenig verändert, im Allgemeinen fängt Frage nach raffinirter Waare an lebhaft zu werden. Von Rohzuckern ist nichts offerirt. Syrup stille, Kölner 12⅓ Thlr., Königsberger 11⅔ Thlr. gef.

Frankfurt, 4. September. Beinahe sämmtliche Effekten, mit Ausnahme von mitteldeutschen- und Luxemburger Kreditaktien, die preishaltend blieben, wurden zu niedrigern Kursen verhandelt, wozu sich jedoch vielfache Käufer fanden.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82½ P. 82¼G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90¼ P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 81 P. — G.; à 5pCt. in Silberb. R. 90¼ P. 89¾G.; à 4½pCt. 71½ P. — G.; à 4pCt. 63½ P. — G.; à 3pCt. 48¼ P. — G.; à 1pCt. 16½P. —G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59¼ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95½P. 94¾G.; 4pCt. Grundrente 95¼P. 94¾G.; 4½pCt. 101⅜P. 101⅛G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91⅜P. 90⅞ G.; 4½pCt. 102½ P. — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 99¾P. 99¼G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90⅝P. 90⅛G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83½P. — G.; a 3½pCt. 92P. 91½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39¾ G.; 1pCt. neue 24 13/16P. 24 11/16G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1268P. 1263G. Neue Bankaktien 385 P. 383 G. Credit-Actien à 5pCt. 244½P 242½G. Darmstädter Bankaktien alte 425 P. 423 G.; junge 373½ P. 371½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 516 G. Mitteldeutsche Creditbank 110 P. 109¾G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117 P. 116½G. Frankf. Bankaktien 118 P. 117½ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 283 P. 281 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142½P. 142 G. Neustadt-Weissenb. 108 P. 107½G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104⅜ P. 104⅛ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64¼ P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 347 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 85½ P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¾P. 82¼ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 100 P. 99½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 123 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106⅔P. 106⅓G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 117¾P. 117¼G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49⅝P. 48⅞G. Darmst. Loose à fl. 50 118P. 117¾G. à fl. 25 34½P. 34¼G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40⅝ P. 40⅛G. Nass. Loose à fl. 25 33½ P. 33¼ G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44¾G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87½ P. 87¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100¼P. —G.	Lond. Lst. 10 k.S. 118⅛P. —G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G	Mail. f.S.Lr. 250k.S. 100½P —G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G	Paris Frs. 200 k. S. 93½P. —G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S 96⅔P. — —G.	Wien fl. 100 C. k S. 115⅞P. 115⅝G.
Hamb. Mk. 100 k.S 89¼P 89G	Wien 3 M. mit 4% 115¾P. —G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104¾P. 104½G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 3 Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 9/16; 5pCt. Metall. 83¾; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 128; von 1854 110¼; Bankaktien 1092; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 391¾; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 590½; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2846¼. Wechselkurse: Augsburg uso 103¾. London 10. 4½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

München, 2. Sept. Von der Geißschen Zinkgießerei für Architektur in Berlin ist aus Auftrag des Königs Max in jüngster Zeit ein kolossaler Schwan angefertigt und hierhergeliefert worden, der wie schon seiner Zeit gemeldet, für die kgl. Burg zu Hohenschwangau bestimmt ist, wo er auf der Spitze des Daches angebracht werden soll. Um die ziemlich schwere Last auf das Schloß zu heben, sind Gerüste erforderlich,

zu deren Anfertigung und Ausbau 3—4 Wochen kaum hinreichen. Der mit den Bauten zu Hohenschwangau beauftragte Architekt des Königs ist auch daselbst bereits mit Anordnung dieser Arbeiten beschäftigt, so daß die romantische Schwanenburg, wo der König und die Königin oft und gerne weilen, und die wohl jeder kennt, der die bayerische und schwäbische Gebirgskette bereist hat, noch diesen Herbst eine neue nicht unbedeutende Zierde erhält. (Schw. M.)

** München, 3. Septbr. (Privat - Korrespondenz.) Se. Maj. der König von Griechenland wird morgen oder übermorgen hier eintreffen. Prinz Luitpold, kgl. Hoh. hat als Kommandant der I. Armeedivision heute einen Tagesbefehl an die untergebenen Abtheilungen erlassen, der soweit er bereits bekannt wurde, unter den Truppen einen sehr guten Eindruck macht. Heute hat Se. kgl. Hoh. mit der Inspektion der hiesigen Infanterie begonnen und wird dieselbe morgen fortsetzen. Se. Maj. König Ludwig ist so freundlich, die Adresse, welche ihm zum 70. Geburtsfeste von den hiesigen Gemeindebehörden überreicht wurde, einige Tage im hiesigen Kunstverein ausstellen zu lassen, wo nun dieses Prachtwerk im vollen Sinne des Wortes bewundert wird. — Auf der München-Salzburger Eisenbahn soll die Strecke von hier bis Rosenheim jedenfalls bis kommenden Sommer befahren und deßhalb die Arbeiten auf dieser Strecke beschleunigt werden.

Hannover, 2. Septbr. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer stellte Schläger die Anfrage an den Minister des Innern, ob die Regierung gesonnen sey, die Gesetze über Beschränkung der Schwurgerichte und über Errichtung eines Staatsgerichtshofs — denen die 2. Kammer ihre Zustimmung versagt hat — zurückzunehmen, oder ob die Ständeversammlung eine Mittheilung darüber noch im Laufe dieser Diät zu erwarten habe. v. Borries erwidert, daß die Regierung eine endgiltige Entschließung über den beregten wichtigen Gegenstand noch nicht gefaßt habe.

Vom Main, 3. Sept. In gutunterrichteten Kreisen wird versichert, das österreichische Kabinet werde seine Vermittlung eintreten lassen, um einen förmlichen kriegerischen Konflikt zwischen der Türkei und Montenegro zu verhüten; in diesem Sinne soll der k. k. Internuntius bei der otomanischen Pforte, Herr v. Prokesch-Osten, von Wien aus bereits instruirt worden seyn. (N. K.)

Wien, 2. Septbr. Feldmarschall Graf Radetzky hat dem exilirten Francesco Baldisserotto die straflose Rückkehr in die k. k. österreichischen Staaten und die Aufhebung des auf seine Habe gelegten Sequesters bewilligt. (Fr. Pstz.)

Wien, 3. Septbr. Die „Ostd. Post" sagt: Eine neue Note Neapels an die Westmächte laute begütigend, und suche den Eindruck der ersteren zu verwischen. Der französische Gesandte in Neapel, Brennier, soll sich über dieselbe zufriedenstellend geäußert haben. Eine diplomatische Sendung des Baron von Hübner, des österreichischen Botschafters in Paris, nach Neapel wird von der „Ostdeutschen Post" bezweifelt. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Altona, 2. Septbr. Der Scheel'sche Prozeß in Kiel hat also den Ausgang genommen, daß das Oberappellationsgericht sich für inkompetent erklärt hat. Nachdem man in den letzten Tagen mit ziemlicher Sicherheit die Freisprechung Scheele's vermuthet hatte, gereicht dieser Beschluß den Anhängern des Ministers nicht gerade zur besonderen Befriedigung. Indessen sind seine Gegner, die ihn gern für schuldig erklärt und abgesetzt gesehen hätten, doch abgewiesen. Das Oberappellationsgericht selbst hat es sich jedenfalls leicht und bequem gemacht. Es hat bei keiner Partei anstoßen wollen, und doch beide verletzt. Nur genau in die Personalverhältnisse Eingeweihte konnten schon errathen, daß der Prozeß so etwas wie eine Inkompetenzerklärung zu Tage fördern werde. Man weiß nämlich, daß die unter Scheele's Regiment ernannten Oberappellationsräthe, Konferenzrath Dumreicher, früher bloß Verwaltungsbeamter, zuletzt Amtmann in Holstein, Franke, früher Obergerichtsrath in Glückstadt und durch Hrn. v. Scheele gegen den Willen der Majorität im O.-A.-Gerichte demselben aufgezwängt (der Präsident Schmidt und die Räthe Preusser und Brinkmann wurden in Folge ihrer Opposition gegen Franke entlassen), Schreiter und Schmidt, früher Professoren in Kopenhagen, sämmtlich für den Minister waren. Die übrigen vier: Malmroß, in den Kriegsjahren eine Zeit lang Departementschef der Justiz, Fonteray, Burchardi, Präsident der holsteinischen Provinzialständeversammlung von 1854 und Vize-Präsident des Reichsraths von 1856 und Prehn, früher Syndikus in Altona, 1851 bis 1852 Departementschef der Finanzen unter der obersten Zivilbehörde, waren gegen Hrn. v. Scheele. Es war daher die Stimmenzahl auf beiden Seiten gleich (4 gegen 4) und da mag denn die Stimme des Präsidenten, Hrn. Dumreicher, den Ausschlag zu Gunsten der Inkompetenzerklärung gegeben haben. Im vorigen Jahre fiel etwas Aehnliches und doch wieder Verschiedenes bei dem Ministerprozesse vor dem Reichsgerichte in Kopenhagen vor. Auch dort waren 8 Stimmen, die der Höchstengerichtsassessoren, für, und 8, die der vom Landsthing erwählten Richter, gegen die Inkompetenzerklärung; aber die Stimmen des Präsidenten des Reichsgerichts, Konferenzrath J. E. Larsen, der seitdem zum Mitgliede des Höchstengerichts ernannt worden ist, entschied für die Inkompetenzerklärung. Erst im letzten Stadium des Prozesses, in welchem wiederum dieselben 8 Stimmen, die gegen die Kompetenz gestimmt hatten, für die Freisprechung der Exminister, und dieselben 8 Stimmen, die sich zu Gunsten der Kompetenz ausgesprochen hatten, für die Verurtheilung der Angeklagten votirt hatten, und in welchem die Stimme des Präsidenten des Reichsgerichts den Ausschlag nicht geben konnte, erfolgte die Freisprechung der Exminister. (Nat.-Ztg.)

Bern, 4. Sept. Aus Neuenburg erhalten wir die Mittheilung, daß dort ein royalistischer Putsch zum Ausbruche gekommen ist. Das Schloß wurde von den Aufständischen besetzt und drei Staatsräthe der republikanischen Regierung gefangen genommen. Der Polizeipräsident ist entflohen. Eine bundesräthliche Intervention zur Wiederherstellung der Ordnung wird stattfinden. Das Bundesmilitär ist zu diesem Zwecke aufgeboten. (T.D.d.Fr.J.)

Eine neuere, dem „Fr. Journ."zugegangene Depesche aus Bern, 4. Sept. sagt: „Die neuenburgischen Republikaner haben heute das Schloß Neuenburg mit Sturm genommen. Es gab Todte auf beiden Seiten. Beide Fraktionen der Republikaner sind gegen die Royalisten.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 248.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 6. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 3. Septbr. Soviel das „Corr.-Bureau" über die Konferenzverhandlungen in Eisenach vernimmt, hat die Vorberathung über den die höhere Besteuerung des Tabaks betreffenden Antrag dem kgl. bayerischen Bevollmächtigten Veranlassung gegeben, auf die Entwickelung hinzuweisen, welche diesem Gegenstande bei der „nunmehr in nicht zu ferner Zeit bevorstehenden Wiederaufnahme der Einigungsfrage" mit Oesterreich zu prognostiziren sey. Im Uebrigen aber hat eine Anregung der „Einigungsfrage", die von vielen Seiten behauptet wird, niemals stattgehabt. — Den kirchlichen Akt der Trauung JJ. kk. HH. der Prinzessin Louise mit dem Prinz-Regenten von Baden wird, wie die „Zeit" berichtet, der Hofprediger Thitlen aus Koblenz, welcher die hohe Prinzessin konfirmirte, in der hiesigen königl. Schloßkapelle am 20. d. vollziehen.

Oesterreich. Wien, 1. Septbr. Als Baron Hübner, der österreichische Botschafter in Paris, seine Reise nach Italien antrat; brachten mehrere öffentliche Blätter die Nachricht, er sey mit einer sehr heikligen Mission an den König von Neapel betraut. Damals war diese Nachricht falsch. Erst jetzt ist dem genannten Diplomaten der Auftrag zugegangen, sich von Venedig, wo er sich zuletzt Gesundheits halber aufhielt, an den Hof von Neapel zu begeben, wohin er sich vor einigen Tagen eingeschifft hat. (Schwäb. M.)

Wien, 2. Sept. Der neuernannte türkische Botschafter, Fürst Kallimaki, hat seine offizielle Thätigkeit in Wien damit eröffnet, daß er eine Note seiner Regierung übergeben, deren Inhalt sich auf die Angelegenheiten in Montenegro bezieht. Die Pforte ist entschlossen, den Angriffen dieses Volkes ein für allemal ein Ziel zu setzen, und hat zu diesem Ende die umfassendsten Anstalten getroffen. Graf Buol hat sich zwar über die ihm zugegangene Mittheilung der Pforte noch nicht ausgesprochen, da ihm dieselbe erst vorgestern durch den Fürsten Kallimaki gemacht worden ist; so viel man jedoch über die Absichten der diesseitigen Regierung vernimmt, ist dieselbe nicht gewillt, sich dem Einschreiten der Pforte zu widersetzen. Die Berichte des derzeit in Wien anwesenden Gouverneurs von Dalmatien, F.-M.-L. v Mamula, dürften auf diesen Entschluß unserer Regierung nicht ohne Einfluß geblieben seyn, da, wie ich vernehme, diese Berichte nicht günstig für die Montenegriner gelautet haben sollen. (Schw. M.)

Schweiz.

* Der Eingangszoll auf gehämmertes oder gewalztes Schmiedeeisen ist in der Schweiz auf 1 Fr. per Zentner herabgesetzt. Dieser Tarif ist vom 1. August an in Kraft getreten.

Zürich, 3. Sept., 8 Uhr 45 Minuten Nachmittags. Heute Morgen 3 Uhr überrumpelten dreihundert Royalisten das Schloß in Neuenburg, verhafteten fünf Staatsräthe. Tausend Royalisten zogen gegen la Chauxdefonds. Die Republikaner rüsten sich. Waadt und Bern senden vier Bataillone. Der Bundesrath schickte als Kommissäre seine Mitglieder: Fornerod und Frei. Graf Pourtales (Neuenburgischer Royalist) erläßt Proklamationen, worin es heißt, der Tag der Freiheit sey gekommen, den preußischen König zu restituiren. (Schw. M.)

Zürich, Donnerstag den 4. Sept., 7 Uhr 40 Minuten Vormittags. Locle ist gestern noch den Royalisten entrissen worden. Die Independenten (Republikaner, aber bisher Gegner der Regierungspartei) des Traversthales ziehen mit denen von la Chauxdefonds nach Neuenburg. Dieses wird bald eingeschlossen seyn. Oberst Bourgeois ist eidgenössischer Kommandant. (Schw. M.)

Zürich, 4. Sept., 10 Uhr 25 Minuten Vormittags. Die Bewohner der Bergbezirke (die Republikaner) haben gesiegt. Der Aufstand ist unterdrückt. Eidgenössische Truppen besetzen das Schloß Colombier (südwestl. von der Stadt, am See). Man spricht von 12, andere sogar von 100 Todten und Verwundeten. Rädelsführer der Aufständischen waren Oberstlieutenant Meuron und Graf Friedrich Pourtales. Der Bundesrath theilte den Kantonen das glückliche Ereigniß der Unterdrückung des Aufstandes in ruhiger Sprache mit. (Schw. M.)

Zürich, 4. Sept., 12 Uhr Mittags. Bei dem Sturm der vereinigten Republikaner unter Oberst Denzler auf Schloß Neuenburg fielen 15 Todte, worunter zwei Pourtales und Widehlen, ein Preuße. Die bestehende Verfassung ist gerettet. (Schw. M.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 23. August. Die Grenzstreitigkeiten zwischen unsern Lapp- und Finnmarken und denen Rußlands sind noch immer nicht geregelt — und nur in jüngster Zeit am Varangerfjord in ein neues Stadium getreten; vornehmlich sind die Reibungen der Grenzbewohner im hohen Norwegen viel ernster, als man dies im Auslande vermuthet. Zur nähern und besseren Verständigung muß ich auf eine etwas ältere Zeit noch zurückgehen. Diese Streitigkeiten haben sich nämlich bis in die Jahre 1853—1854 hinausgezogen und zwar durch die Schuld Rußlands, das sich hartnäckig geweigert, auf die Grundlage des Traktats von 1751 zu unterhandeln. Dieser, zwischen der schwedischen und dänischen Regierung (damals war Dänemark im Besitz Norwegens und Schweden im Besitz Finnlands) abgeschlossene Vertrag stellt in Betreff der Nutzung der norwegischen und finnischen Weideplätze eine vollständige Gegenseitigkeit her, die auch immer zwischen den norwegischen und schwedischen Grenzgebieten besteht. Ein Theil dieser Grenzgebiete kam aber durch die Abtretung Finnlands an Rußland, dessen Regierung zuerst 1834 die früher stipulirte Gegenseitigkeit aufgab, nachher aber (1839) die Verhandlungen mit der norwegischen Regierung aufnahm, die zum Vertrag von 1841 führten, wodurch die gegenseitige Nutzung der betreffenden Gebiete auf 15 Jahre festgestellt wurde. Rußland erhob aber nachher Klagen über die von den Rennthierheerden der norwegischen Finnländer auf seinem Gebiete angerichteten Verwüstungen, und es wurden deßhalb im Jahre 1851 neue Unterhandlungen eröffnet. Bei dieser Unterhandlung trat Rußland mit seinem eigenthümlichen Plane hervor, die förmliche Abtretung eines schmalen Gebietes am Meere verlangend, um daselbst Magazine, Depots anzulegen und die Fischerboote stationiren zu können, während die norwegische Regierung die Fischerei der russischen Finnländer nur in norwegischen, bei der ansässigen Bevölkerung gemietheten Fahrzeugen gestatten wollte. Die russische Regierung setzte am 15. Septbr. 1852 eine Grenzsperre diesem Anerbieten entgegen, und bei der in 1853 und 1854 hier in Stockholm anberaumten Wiederaufnahme der Verhandlungen erschien kein russischer Bevollmächtigter. Diese Frage ist nun neuerdings von unserm Gesandten Nordin in St. Petersburg in Anregung gebracht — doch bis zur Stunde mit leeren Ausflüchten, daß das Ganze nichts zu bedeuten habe, abgespeist worden. Daß Rußland etwas in den an uns angränzenden Gewässern vor hat, was uns beunruhigen muß, liegt neuerdings mit dem Plane vor, gerade unserer Stadt Sundvall gegenüber auf der Insel Kaskö eine dritte Seefestung, die Bomarsund ersetzen und übertreffen soll, zu erbauen. Doch hoffen wir, daß durch den Vertrag vom 22. Novbr. v. J., der mit den Westmächten abgeschlossen wurde, diese Bestrebungen Rußlands, neuen Boden zu gewinnen, neutralisirt werden, und es sind diesfalls bereits auf diplomatischem Wege die erforderlichen Schritte geschehen. (Donau.)

Frankreich.

* Paris, 3. Sept. Die Donaufürstenthümerfrage ist die einzige politische Frage von Wichtigkeit, welche die Presse gegenwärtig noch beschäftigt. Wie weit die Mächte noch von einer Entscheidung fern müssen, dies geht aus den widersprechenden

Mittheilungen der bestunterrichteten Organe hervor. Es ist also in keinem Falle Bestimmtes zu melden und selbst die Behauptung von „Morning Post“, England habe dem Beispiele Rußlands folgend, seine Meinung über die Vereinigung der Donaufürstenthümer vorbehalten, bedarf der Bestätigung. Das britische Kabinet hatte während des Kongresses von Paris, als die Frage zum ersten Male zur Verhandlung kam, allerdings gegen die Verschmelzung sich ausgesprochen, als gegen eine der Pforte zuwidre Maßregel. Seither haben sich die Dinge gewandt und England hat den Vertretern der moldau-wallachischen Interessen sowie seinem Alliirten, Frankreich, versprochen, die Wünsche der betheiligten Bevölkerung berücksichtigen zu wollen. Wenn also gegenwärtig Lord Palmerstons Blatt wissen will, England sey von seinen Ansichten über diesen Gegenstand zurückgekommen, so kann es sich nur um eine augenblickliche Bouderie handeln. Lord Redcliffe war der Vereinigung in der That niemals geneigt, weil er für die Willfährigkeit Englands in dieser Frage die Hintertreibung der Durchstechung des Suezkanals durchzusetzen hoffte; aber auch in dieser Beziehung sind Aenderungen eingetreten, auf die wir uns nicht weiter einlassen können. Bisher stehen die Sachen noch immer so, wie sie beim Schlusse der Pariser Congresses standen. Frankreich ist entschieden für, England und selbst Rußland zum Theile für die Vereinigung gewonnen, Preußen hat sich nicht dagegen ausgesprochen und nur Oesterreich und die Pforte sind entschiedene Gegner des von Frankreich bevorworteten Systems. Die Entscheidung wird dem Pariser Vertrage gemäß hier stattfinden und wenn die Vereinigung auch heftig bekämpft werden dürfte, so ist es doch wahrscheinlich, daß die französische Regierung ihren Willen durchsetzen wird. — Man versichert, daß der Herzog von Brabant und der Herzog von Cambridge eingeladen worden seyen, den Jagden von Fontainebleau und Compiègne beizuwohnen und diese Einladung angenommen haben. Auch Prinz Napoleon, dessen Rückkehr schon für die erste Hälfte des gegenwärtigen Monats angekündigt wird, soll unter den Gästen sich befinden.

* Der Kaiser und die Kaiserin, nebst dem kaiserl. Prinzen werden am 20. d. M. aus Biarritz nach Paris zurückkehren und dann St. Cloud bis Anfangs Dezember bewohnen, während dieser Zeit aber mehrtägige Ausflüge nach Fontainebleau und Compiègne machen.

* Aus Marseille wird berichtet, daß die widrigen Winde die Getraidezufuhr während der letzten Woche etwas beeinträchtigten. Nichtsdestoweniger erreicht die Masse des im verflossenen Monate angekommenen Getraides ungefähr 1,100,000 Hektolitres. Seit dem 23. August langten im Hafen nicht weniger als 70 Schiffe mit 280,000 Hekt. Frucht, aller Sorten, aller Länder an. Von Neapel — dessen Zufuhr nun endet — erhielt Marseille nur 6 Ladungen aus Barletta und Manfredonia mit 26,237 Hekt. Am meisten lieferten die Häfen des asow'schen Meeres. Berdiansk, Marianopol, Taganrog sendeten 18 Fahrzeuge mit 82,000 Hekt sehr gesuchter Frucht. Die Zufuhr aus Odessa hat zugenommen, sie figurirt mit 12 Ladungen von 52,000 Hekt. polnischen Getraides. Von der Donau brachten 15 Schiffe aus Braila, Galatz und Sulina ungefähr 65,000 Hektolitres Frucht, wovon mehr als die Hälfte Mais. Die europäische Türkei schickte 5 Fahrzeuge mit 21,000 Hekt. (ein einziges Fahrzeug aus Alexandrien brachte 4200 Hekt., Marocco (Casabianca) 3200 Hekt.; mehrere Häfen des Mittelmeers und des Oceans 7 Fahrzeuge mit ungefähr 20,000 Hektol. Gerste, Roggen und Hafer. Die afrikanischen Besitzungen schickten noch immer erst 5 schwache Ladungen von 6030 Hekt Die dortigen Grundbesitzer kennen die Ernte-Ausfälle in Europa genau und glaubten den Orient und namentlich Rußland nach mehrjährigem Kriege zu erschöpft, um dem Westen so ergiebig nachhelfen zu können, weßhalb sie, ein weiteres Steigen der Getraidepreise erwartend, mit ihrer Frucht bis jetzt zurückhielten.

* Die Eisenbahnlinie von Bordeaux nach Toulouse ist nunmehr vollständig dem Betrieb übergeben.

Man schreibt aus Bayonne: Freitag gegen 4 Uhr kamen der Kaiser und die Kaiserin mit ihrem Gefolge in offener Kalesche in Bayonne an. Sie fuhren im Schritte durch die Stadt und von da bis Boucau. Dort angelangt, stiegen Ihre Majestäten und ihre Begleitung aus und gingen zu Fuß durch das Nadelgehölz, welches sich bis an die Meeresküste erstreckt. Der Kaiser betrachtete lange Zeit die Sandbank von Adour, welche den Hafen von Bayonne gefährdet. Nach dem Diner war Empfang und Soirée dansante. Unter den Geladenen bemerkte man den Marschall und die Marschallin v. Serrano, den vormaligen spanischen Gesandten Olozaga, der eigens von Guétbary gekommen war, Hr. Pacheco, spanischer Geschäftsträger zu London und einen russischen Gardekapitän in voller Uniform. Der Tanz, der wie gewöhnlich mit einem muntern Cotillon schloß, war sehr belebt.

Am Sonntage fanden in Moulins einige Unruhen auf dem Marktplatze statt, wobei Weiber und Kinder die Hauptrollen spielten. Schuld daran war der unersättliche Magen der großen Stadt Paris, welcher auf 20 und mehr Meilen in der Runde alles Eßbare verschlingt, und für die armen Landbewohner nichts übrig läßt. So hatten auch in Moulins die Pariser Obsthändler die Preise der Früchte durch die Nachfrage dermaßen gesteigert, daß die Einwohner von Moulins dem Genusse des Fruchtessens entsagen mußten, was besonders die Frauen und Kinder ärgerte, welche nun nichts Besseres zu thun wußten, als sich auf die vollen Obstkörbe zu stürzen, die Früchte in alle vier Winde zu zerstreuen und aus den Körben ein lustiges Freudenfeuer zu machen. Einige Gendarmen stellten die Ruhe bald wieder her.

Spanien

† Man erinnert sich, daß die spanische Regierung schon am 11. Juli allen importirten Waizen und das Waizenmehl von jedem Eingangszoll befreit hatte. In Anbetracht der fortdauernden Theuerung bleibt das Dekret bis zum 1. Juni 1857 in Kraft, während seine Dauer anfänglich nur auf 6 Monate festgesetzt war. Um die Einfuhr von Getraide noch mehr zu erleichtern, sind für diejenigen Schiffe, welche Waizen, Mehl und Mais aus dem Auslande importiren, alle Hafen- und andere Abgaben bis gleichfalls zum 1. Juni 1857 abgeschafft. Nur das unter ausländischer Flagge eingeführte Getraide bezahlt eine geringe Abgabe, und zwar das Mehl 4 Realen per Zentner oder 92 Zollpfunde, und der Waizen 3 Realen per Fanega oder 55 Litres.

† Nach den Madrider Korrespondenzen des „Journal des Débats“ vom 29. August zu urtheilen, scheint die Lage des O'Donnell'schen Ministerium eine sehr schwierige zu seyn. „Je mehr die Absichten des Ministerium bekannt werden, schreibt der Korrespondent, desto mehr Widerstände erheben sich, und es läßt sich voraussehen, daß ihr Gelingen auf größere Schwierigkeiten stoßen wird, als man vermuthet hatte. Zuerst waren die extremen Parteien und eine kleine Zahl Royalisten die einzigen Gegner; allein jetzt fangen liberale und konservative Royalisten gleichfalls an, den Plan des Ministers Rosas lebhaft zu kritisiren; sie fürchten, daß man die königliche Autorität zu sehr schwäche und so die Zukunft der Monarchie und die Ruhe Spaniens kompromittire; diese Gegner sind nicht ohne Gefahr, da sie ihre Bedenken in unmittelbarer Nähe der Königin äußern. Die Liberalen bilden in Spanien eine zahlreiche Partei, die besonders die höheren Klassen, Grundbesitzer, Banquiers, Kaufleute und Industrielle zu ihren Mitgliedern zählt. Seit Ferdinand VII. haben alle ihre Fraktionen der Reihe nach das Staatsruder geführt, mit dem meisten Glück (?) aber die Fraktion der konstitutionellen Royalisten, welche die konstitutionelle Monarchie durch die Verfassung von 1845 inaugurirte. Herr Rosas gehört dieser Partei an, und es ist daher ganz natürlich, daß er zu dieser Verfassung zurückkehren will; allein er verlangt wichtige Modifikationen, und hierin weicht seine Ansicht von der seiner Partei ab, welche 8 Jahre lang mit Hülfe dieser Verfassung das Land auf das Glücklichste regiert hat, und daher alle Neuerungen fürchtet. Letztere wünscht nur eine Ausdehnung und Befestigung der königlichen Autorität, während Rosas auch zugleich bessere Garantien für die öffentlichen Freiheiten, namentlich das Wahlrecht und die Preßfreiheit will. Die Konstitutionellen theilen sich in zwei Fraktionen, von denen eine die Verfassung von 1845 unverändert lassen, die andere sie aber im Sinne einer Ausdehnung der königlichen Prärogative verändert wissen will; es ist daher sehr möglich, daß der Plan des Herrn Rosas scheitert, selbst wenn er die Genehmigung der Königin erhält, was noch sehr ungewiß ist. Herr Rosas täuscht sich nicht über die Gefahr dieser Spaltung in seiner eigenen Partei und thut Alles, um die Einigkeit herbeizuführen; das ist seine Hauptsorge, da die Auflösung der Cortes die baldige konstitutionelle Organisation Spaniens dringend erheischt. Nach dem Siege über die Insurrektion hätte er wohl die Cortes wieder zusammen berufen wollen; allein er hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß die Majorität ihn auf keine Weise unterstützen und sich als souveräne Macht ansehen würde. Nichts ist unseliger als diese Spaltung der Royalisten; vereinigt könnte diese Partei sicher seyn, Spanien zu regieren; gespalten ist sie ohnmächtig. Die erste Folge ist schon die, daß die Regierung noch nicht die Corteswahlen für eine bestimmte Zeit auszuschreiben wagt. Die einen wollen sofortige Wahlen, da das Ministerium, welches erst soeben die Insurrektion besiegt hat der Majorität versichert seyn würde. Die andern rathen, erst eine vollständige Einigkeit in der royalistischen Partei herbeizuführen; es scheint, als habe diese Meinung den Sieg davon getragen, und die Wahlen werden höchst wahrscheinlich für nächsten Februar ausgeschrieben.“

† Madrid, 30. Aug. Die „Epoca“ gibt eine ausführliche Schilderung des glänzenden Balles, den Ihre Majestäten zu Ehren des Prinzen Adalbert veranstaltet hatten und schließt in nachstehender Weise: „Der Ball dauerte bis 5 Uhr Morgens. Ihre Majestäten waren äußerst befriedigt und unterhielten sich mit gewohnter Huld mit einer großen Anzahl Gäste. General O'Donnell blieb die ganze Nacht an der Seite der Königin und erntete, sowie Herr Rios Rojas und die anderen Minister, zahlreiche Beweise der Sympathie von allen politischen Männern, welche dem Balle beiwohnten. Alle, die bei diesem Feste, durch welches Ihre Majestät die Verheirathung ihrer Schwägerin und Cousine, der schönen Prinzessin von Bayern, feiern wollte, anwesend waren, werden sich desselben lange Zeit mit Freude erinnern.“ — Die „Espana“ sagt: Der Waarentransport auf der Mittelmeerbahn hat eine beträchtliche Ausdehnung gewonnen; unglücklicherweise wurde, wie uns von allen Punkten der Linie berichtet wird, der Dienst nie unregelmäßiger betrieben, als eben jetzt. Als Beispiel könnten wir anführen, was dem Extrazug begegnete, welcher den Prinzen Adalbert von Albacete nach Madrid brachte und der, obgleich von französischen Ingenieuren geleitet, vielleicht der schlechtest dirigirte war, der sie seit ihrer Eröffnung befuhr (bekanntlich kam der Prinz statt um 2 Uhr Nachmittags um 8 Uhr Abends in Madrid an). — Man liest in der „Epoca“: Die jungen Eheleute, der Prinz Adalbert und die Infantin Amalia erhalten täglich neue Beweise der allgemeinen Sympathie. Gestern empfingen sie die Besuche zahlreicher hoher Personen, und begaben sich Nachmittags zur Infantin Isabella und von da aus in den Prado, wo die Menge sich herbeidrängte, um sie zu sehen und zu begrüßen. Abends fand Hofball statt. Heute, Samstag, gehen II. kk. HH. nach La-Granja und Segovia und werden Montag wieder in Madrid seyn, um den großen Stiergefechten anzuwohnen. Dinstag werden sie wahrscheinlich nach Toledo gehen und nächsten Samstag die Reise nach Deutschland antreten. Demselben Blatte zufolge wird der Kriegsdampfer „Fernando Cortez“ von Malaga nach den afrikanischen Besitzungen kreuzen. Die Regierung überwacht dieselben auf's Genaueste. Man sagt, die Auflösung der Cortes sey auf unbestimmte Zeit verschoben. Diese Nachricht bedarf jedoch der Bestätigung.

Italien.

Wien, 2. Septbr. Ueber den neuen Stand der neapolitanischen Angelegenheiten ging uns heute eine zuverlässige briefliche Mittheilung zu, aus der wir jedoch nur einige Notizen zu veröffentlichen berechtigt sind. Es ist Seitens des Kabinets von Neapel in den letzten Tagen eine neue Note an die Kabinette von Paris und London übergeben worden. Sie ist begütigender Natur und sucht den Eindruck der vorangegangenen zu beschwichtigen. Dieselbe ist dem französischen Gesandten in Neapel, Hrn. v. Bremer, mitgetheilt worden und dieser soll seine Befriedigung darüber geäußert haben. Da gegenwärtig bekanntlich kein englischer Gesandter am neapolitanischen Hofe sich befindet, so war man bezüglich Englands nicht in gleicher Lage und man ist nicht ohne Sorge, ob das britische Kabinet durch diese neue Note sich befriedigt finden werde. In Bezug auf die Note, welche die Westmächte an die neapolitanische Regierung erlassen, wird die Thatsache zitirt, daß darin eine Stelle sich befand, die ungefähr folgendermaßen lautete: Die Namen der jüngstens von Sr. Maj. dem Könige Ferdinand II. Amnestirten seyen zwar nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen, aber man zweifle nicht, daß darunter der Name Brofferio (der ehemalige Minister) sich befinde!! — Die Ankunft des Frhrn. v. Hübner in diplomatischer Mission wird in Neapel bezweifelt. (Oestd. Post.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Die Besatzungen Bosniens und Albaniens werden verstärkt, um die Montenegriner im Zaum zu halten. Herr Bach, Mitglied des österr. Kabinets, ist zu Cattaro angelangt um dem Fürsten Danilo friedliche Rathschläge zu ertheilen. Noch wird aus Konstantinopel berichtet, daß die Russen vorerst den projektirten Feldzug nach Circassien aufgegeben haben, und daß Feruth Khan, persischer Gesandte zu Paris, sich nach London begeben werde, um den englisch-persischen Konflikt beizulegen. England soll vollständige Genugthuung haben, wenn es seinerseits H. Murray abberufen wird.

Rußland und Polen.

Der Korrespondent der Londoner „Post“ aus Moskau scheint ganz verblüfft darüber, daß unter der neuen Regierung die Heiligkeit des Briefgeheimnisses noch nicht anerkannt ist. Wie er vom 22. schreibt, sandte er den Tag vorher ein Programm der Krönungsfeierlichkeiten ab. Als er damit auf das Postbureau kam, mußte er vor Allem seinen Paß vorzeigen und auf die Frage, wie viel der etwas dicke Brief Porto koste, erfolgte die Gegenfrage: „Sagen Sie erst, was drin steht?“ Ferner sagte man ihm, daß kein Brief denselben Tag von Moskau abgehen dürfe, an dem er auf die Post gegeben wurde, um für die etwa nöthige Erbrechung und Durchlesung des Briefes Zeit zu lassen. Die Beamten bemühten sich durchaus nicht, das geringste Geheimniß daraus zu machen. (Fr. Journ.)

Amerika.

Aus Greytown (San Juan de Nicaragua) wird dem „Pays“ geschrieben, daß am 25. Juli ein englisches Geschwader, aus 11 Kriegsschiffen mit 294 Kanonen bestehend, ganz unerwartet in den dortigen Hafen eingelaufen sey. Zu welchem Zweck dies Geschwader nach Greytown gekommen ist, vermag Niemand zu sagen; dem Vernehmen nach soll dasselbe daselbst bleiben, bis die zentral-amerikanische Frage gelöst ist. (Fr. Postztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

Brüssel, 1. Septbr. Die Ausstellung von Gegenständen der Hauswirthschaft, die von dem Komite des in 14 Tagen zusammentretenden Wohlthätigkeitskongresses im botanischen Garten veranstaltet und am 25. August dem Publikum eröffnet worden ist, erregt die lebhafteste Theilnahme. Der daraus für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen zu ziehende Nutzen entgeht Niemand; das Hauptstreben bleibt freilich für den Gebildeten dahin gerichtet, daß den untern Klassen nicht nur die Möglichkeit, ihre Lage zu verbessern, anschaulich gemacht, sondern auch der Drang dazu eingeflößt, der Wille in dieser Richtung gestärkt werde. Aber auch dazu verleihen Ausstellungen, wie die gegenwärtige, Gelegenheit und Lust. Die ausgestellten Gegenstände sind in sechs Klassen getheilt, nämlich: 1) Wohnung und Bauwesen: a. Architektur: Plane von Stadt- und Dorfwohnungen für zusammen oder einzeln wohnende Arbeiter; Grundrisse von Schulhäusern, Bade- und Waschanstalten u. s. w. b. Baumaterialien. 2) Möbel und Hausgeräthe nebst Vorkehrungen für Heizung, Beleuchtung, Reinlichkeit und Gesundheit. 3) Kleidung, Leibwäsche und einschlagende Gegenstände. 4) Nahrung betreffende Gegenstände oder Vorrichtungen: allerlei Arten von Körnern, Grütze, Mehl, Teig; Gemüse, Früchte, Fleisch; Getränke; Mühlbeutel, Backtröge, Backofen, ökonomische Kochöfen; Seiher, Butterfässer u. s. w. 5) Handwerkszeug für Acker- und Gartenbau, wie für verschiedene andere Gewerke. 6) Erziehung und Unterricht: Mobiliar und Geräthschaften für Schulen, Kindergärten u. s. w.; Karten, Erd- und Himmelsglobus, Bilderbücher, populäre encyclopädische Werke oder sonstige Volksschriften; Gymnastik, Spiele; musikalische Instrumente. Vorläufig erwähne ich als besonders anziehend, das Modell eines vollständig ausgestatteten Erdgeschosses einer nach den Planen der Herren Ducpétiaux (des bekannten Staatswirths und Statistikers) und Dumont (Architekt dahier) gebauten Arbeiterwohnung. Es besteht dieses Erdgeschoß aus zwei Zimmern nebst Hofraum; der Preis für Gebäude nebst Inhalt ist mir für den Augenblick aber nicht bekannt; er soll aber fabelhaft niedrig gestellt seyn. (Schw. M.)

* Paris, 2. Septbr. In Folge der theuren Preise der Steinkohlen werden Versuche gemacht um die Vortheile nachzuweisen, welche aus der Heizung von Dampfern mit Holz erzielt werden können. Aus den betreffenden Erfahrungen geht hervor, daß durch Holzheizung im Verlaufe von 12 Stunden eine Ersparniß von 0,70 erreicht wird, zu welchem noch 7 Fr. für die gewonnenen 5 Hekt. Kohlen geschlagen werden muß, ferner der Preis der Asche und die Verminderung der Ausbesserungskosten. Endlich muß berücksichtigt werden, daß man eine ganze Stunde braucht, einen mit Steinkohlen geheizten Dampfer in Bewegung zu setzen, und nur 11 Minuten, wenn Holz angewandt wird. Die Generalräthe der Mosel-, Meurthe- und Meuse-Departemente haben sich veranlaßt gefühlt, den Schutz der Regierung für ihre Waldungen anzusprechen.

* Paris, 3. Septbr. Der bekannte Zoologe Prinz Karl Bonaparte, welcher sich seit längeren Jahren mit der einfacheren und logischeren Klassifikation der Vögel beschäftigt, kehrt so eben von einer Rundreise durch die deutschen, holländischen und belgischen Museen zurück, welche ihm eine reiche Ausbeute neuer Arten geliefert haben. Er zollt den deutschen Museen und den deutschen Gelehrten die größte Achtung, und kann nicht genug seine Verwunderung darüber aussprechen, welche Schätze selbst die kleineren Städte, wie Braunschweig, Wiesbaden rc. beherbergen. Das herrliche Berliner Museum, wo ihm die Herren Lichtenstein und Cabanis mit der größten Zuvorkommenheit ihren gelehrten Beistand liehen, hat ihn mit einer Menge neuer Arten bekannt gemacht, die es ihm gelungen ist gehörig zu klassifiziren, obgleich, wie er sagt, die berühmte Nomenclatur des Museum durch die Aufzählung einer Menge angeblich

neuer Arten die Ornithologie wieder für einige Zeit in ein Chaos zu stürzen drohte. Zu Braunschweig fand er eine der besten Vögelsammlungen Europas, geleitet vom Dr. Blasius, dieser „Geißel der nominellen Arten."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 5. September. Bei nicht sehr bedeutendem Umsatz waren beinahe sämmtliche Effekten etwas mehr angeboten, mit Ausnahme von hannoverschen Bankaktien, die zu 115¼ beliebt waren.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82½ P. 82¼G. 5pCt. Lombard-Ven. 89⅞ P. 89⅝ G. Metall. alte à 5pCt. 80½ P. — G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89½ P. — G.; à 4½pCt. 70¾ P. — G.; à 4pCt. 63 P. — G.; à 3pCt. 48 P. — G.; à 2pCt. 16⅛P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59 P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95¼P. 94¾G.; 4pCt. Grundrente 95¼P. 94¾G.; 4½pCt. 101½P. 101¼G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91⅜P. 90⅞ G.; 4½pCt. 102¾ P. 102¼ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100 P. 99½G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90⅝P. 90⅛G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83½P. — G.; à 3½pCt. 92P. 91½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39¾ G.; 1pCt.-neue 21 15/16P. 21 13/16G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1266P. 1261G. Neue Bankaktien 391 P. 387 G. Credit-Actien à 5pCt. 243½P 241½G. Darmstädter Bankaktien alte 420P. 418 G.; junge 372½ P. 370½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 551 P. 546 G. Mitteldeutsche Creditbank 110½P. 109⅝G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 117 P. 116½G. Frankf. Bankaktien 117⅞ P. 117⅜ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 282 P. 280 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142½P. 142 G. Neustadt-Weissenb. 107¾ P. 107¼G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101¼ P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 61¼ P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 347 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 84 P. 83 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¾P. 82¼ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 99¾ P. 99¼ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 123 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 106¼P. 106 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 117¾P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49⅛P. 48⅞G. Darmst. Loose à fl. 50 118P. 117¾G. à fl. 25 34½P. 34¼G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40⅝ P. 40⅛G. Nass. Loose à fl. 25 33½ P. 33¼ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 44¾G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87½ P. 87¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S. 100½P 100G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118¼P. — G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120⅛P. 119⅞G	Mail. i. S. Lr 250 k. S 100½P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S 93⅝P. 93⅜G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾P 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S 96¾P. — G.	Wien d. 100 fl. k. S. 115⅞P. 115⅝G.
Hamb. 100 B. 100 k. S 88⅛P 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4%115⅝P. — G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾P. 104½G.	Disconto — P. 4pCt. G.

Wien, 4. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 5/16; 5pCt. Metall. 83¾; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 128; von 1854 110; Bankaktien 1093; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 389¼; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 590½; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2835. **Wechselkurse:** Augsburg uso 103¼. London 10. 4½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. Sept. Von der katholischen Kirche werden jetzt Anstalten getroffen, sowohl in Oesterreich wie auch in Frankreich, eine strenge Sonntagsfeier einzuführen, während aus Württemberg und andern protestantischen Ländern gemeldet wird, daß auch dort die Geistlichkeit Anträge auf Einführung einer sehr strengen Sonntagsfeier gestellt. Eben so ist in Preußen ein ministerieller Erlaß bekannt geworden, durch welchen die Konsistorien aufgefordert werden, den Pfarrern anzuempfehlen, über die Heilighaltung des Sonntags in allen Gemeinden mit Eifer zu wachen, zugleich wird uns die Einführung strengerer gesetzlicher Bestimmungen in Aussicht gestellt. (Z f. Ndd.)

§ **Wien, 3. September.** (Privat-Korrespondenz.) Vor längerer Zeit habe ich Ihnen im Widerspruch mit anderen Mittheilungen gemeldet, daß die Truppen der Westmächte das Königreich **Griechenland** noch nicht so bald räumen werden. Heute kann ich Ihnen diese Mittheilung dahin ergänzen, daß bereits vor ungefähr 14 Tagen eine Note aus London hier eingetroffen ist, in der behauptet wird, daß die Zustände in Griechenland eine weitere Verzögerung des Abmarsches des westmächtlichen Observationskorps als nothwendig erscheinen lassen, und dasselbe dort daher so lange verbleiben wird, bis die entsprechenden Bürgschaften dafür vorhanden seyn werden, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit nach keiner Seite hin eine Störung zu erfahren haben werde. Wie man aus **Athen** vernimmt, wird dieser Entschluß der Westmächte einen Ministerwechsel zur unmittelbaren Folge haben, und hält man es nicht für unwahrscheinlich, daß General Kalergis in Amt und Würden eintritt, durch welches Arrangement jedoch die Differenzen zwischen dem griechischen Hof und den Westmächten einer befriedigenden Lösung kaum entgegengeführt werden dürften. Ebenso steht es nicht zu bezweifeln, daß man sich in Petersburg durch das weitere Verbleiben der westmächtlichen Truppen unangenehm berührt fühlen wird, da der russische Hof bekanntlich schon vor längerer Zeit für die Räumung des Königreichs sich verwendet hat.

Chauxdefonds, 3. Sept., 3 Uhr 20 Minuten Nachmittags. Neuenburg ist im Besitz der royalistischen Aufständischen, die die preußische Fahne aufpflanzten. Locle ist wieder gewonnen und frei; Truppen verfolgen die Rebellen gegen Lasagne. Starke bewaffnete Kolonnen ziehen gegen Neuenburg. Die Bundesräthe Frey und Fornerod sind als eingenössische Kommissäre nach Neuenburg abgesandt worden, um den Staatsrath wieder einzusetzen, mit der Vollmacht bewaffnete Hülfe herbeizuziehen. Von Neuenburg sind keine telegraphische Nachrichten über den Stand der Dinge zu erhalten, da an das hiesige (Basler) Telegraphenbureau von dort berichtet worden ist, man dürfe nichts Politisches melden. (A. Z.)

Der „Allg. Ztg." wird aus **Bern, 4. Septbr.** telegraphirt: Daß Schloß von Neuenburg ist durch 1500 Republikaner unter Oberst Denzler eingenommen; man zählt 8 todte, 13 verwundete und 158 gefangene **Royalisten**. Graf Pourtales ist gefangen. Die republikanische Regierung führt das Ruder.

London, 4. Septbr. Wie das „Chronicle" heute meldet, bereitet die griechische Regierung eine, die griechische Thronfolge betreffende **Note** an Frankreich und England vor (T. D. d. K. Z.)

Aus **Konstantinopel** vom 29. August meldet man: Butenieff verlangt die **Bosporuspassage für 10 russische Kriegsschiffe nach dem Norden**. Die britische Flotte ist gestern aus Trapezunt angelangt. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Athen, 30. August. Griechenland beginnt mit der Zurückzahlung des Anlehens. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 249.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 7. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Ansbach, 3. Sept. Seit vorgestern findet die Aufnahmsprüfung der protestantischen Pfarramtskandidaten für das laufende Jahr am Sitze des kgl. Konsistorium dahier statt. Es nimmt diese Prüfung wieder 2 Wochen in Anspruch, und sind zu derselben für die erste Woche 12, für die zweite wieder 12 und für die dritte noch 10, im Ganzen sonach 34 Kandidaten, welche dieses Jahr die Universität verlassen, einberufen. Die Prüfungskommission besteht außer dem Vorsitzenden (einem Rathe des k. Konsistorium) aus den HH. Stadtpfarrer Doktor Puchta von Augsburg, Studien-Rektor Doktor Metzger von dort und Licentiat Pfarrer Wiesinger von Untermagerbein.

Preußen. Die Provinziallandtage der Provinzen Preußen, Posen, Schlesien, Sachsen, Westphalen und Rheinland sind auf den 5 Oktbr. d. J. zusammenberufen. Die Einberufung der Provinziallandtage Brandenburg und Pommern ist weiterer Bestimmung vorbehalten.

Berlin. Die hiesige Polizeibehörde hat vom 1. Septbr. an eine vortreffliche Einrichtung getroffen. Die hiesigen Delikatessenkeller haben ihre Räume in kleine Zellen eingetheilt, in welchen zwei bis drei Personen speisen können. Diese Zellen wurden häufig zu unsittlichen Zusammenkünften benutzt, weßhalb sich im bessern Theile der Bevölkerung oft ein wahrer Unwille gegen jene Kellerwirthschaften Luft machte. Die Polizei hat nun verordnet, daß vom 1. Septbr. an aus sämmtlichen Zellen die Thüren weggeschafft seyn müssen. Somit ist hier, wegen der heilsamen Oeffentlichkeit, der Unsittlichkeit das Handwerk gelegt. (D. Allg. Ztg.)

Hannover. Hannover, 3. Septbr. Erst heute hat die ständische Antwort auf die Militär-Angelegenheit an die Regierung abgehen können. Keine Versammlung ist je freigebiger in Bewilligungen gewesen, als die gegenwärtige in dieser Sache. Daß sie weit über die Bundesforderungen hinausgehn, bestreitet selbst die Regierung nicht; eben deßhalb haben die Kammern sich vorbehalten, auf das Maß der Bundespflicht zurückzugehen, falls, wider Erwarten, die Regierung das Abkommen, wie die Stände es gegenwärtig darbieten, nicht annehmen sollte. Und man meint beinahe, daß die Regierung nicht damit befriedigt seyn würde. So groß ist die Summe der außerordentlichen Bewilligungen, zu welchen die Kammern sich in dieser Diät entschließen mußten, daß alle Ueberschüsse der Vorjahre zu ihrer Deckung nicht ausreichen werden, und heutigem Beschlusse zufolge eventuell, d. h. jedenfalls, eine Anleihe zu Hülfe genommen werden muß. Es gehört übrigens mit in die Zerrüttung unserer Zustände, daß eine Landvertretung, die auf den Trümmern einer werthgehaltenen Verfassung und am Uebergang aus der glücklichsten Finanzlage in ein Defizit steht, mehr an Geldbewilligungen leisten mußte, als je eine vorher. Sie that das, um die Konflikte mit der Regierung nicht zu vermehren, ohne auf Anerkennung zu rechnen. (K. Z.)

Schleswig-Holstein. Kiel, 2. Sept. Der „H. C." theilt unter diesem Datum den Wortlaut des Erkenntnisses des Oberappellationsgerichts im Ministerprozeß nebst Motiven mit. Dasselbe rekapitulirt zuerst in den Hauptpunkten die Anklage und die Vertheidigung. Es wird dann bemerkt, daß die Anklage ausdrücklich erhoben sey, „in Gemäßheit des Antrages des Ausschusses der Ständeversammlung" vom 25. Jan. vorigen Jahres; der bezeichnete Antrag inkriminire jedoch nur 7 Verfügungen des Ministers v. Scheele, dagegen sey die in der Anklage unter 8 aufgeführte Bekanntmachung, betreffend die fremde Courantscheidemünze, in dem Ausschußbericht nicht genannt, und habe daher auch von dem Gericht nicht in Betracht gezogen werden können. In den Motiven ist dann ausgeführt, daß das Oberappellationsgericht lediglich bei provisorischen Verfügungen über die Dringlichkeitsfrage zu entscheiden habe. Es heißt am Schlusse:

„In Erwägung, daß dagegen die Erledigung einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und der Ständeversammlung über die Frage, ob eine erlassene Verfügung von der Art sey, daß sie überall der ständischen Zustimmung zu ihrer definitiven Gültigkeit bedürfte, eben so wenig, wie eine Entscheidung über anderweitige, etwa von der Ständeversammlung behauptete Verfassungsverletzungen von Seiten des Ministers, innerhalb der Gränzen der dem Oberappellationsgerichte durch den §. 14 der Verfassungsverordnung beigelegten Kompetenz liegt und daß, wenn auch demnach der durch den §. 14 der Verfassungsverordnung gewährten Garantie insofern, als sie lediglich gegen einzelne der verschiedenen möglichen Verletzungen der Verfassung durch den Minister gegeben ist, eine große Bedeutung nicht solle beigelegt werden können, diese Erwägung doch nicht zu dem Schlusse berechtigt, daß der Ständeversammlung durch die Einräumung des Rechts zur Klage bei dem Oberappellationsgerichte eine ausgedehntere Befugniß beizulegen sey, als die Worte des Gesetzes in Verbindung mit den Motiven ergeben, zumal da der übrige Inhalt der Verfassung und die deren Erlassung vorhergegangenen ständischen Erörterungen weit mehr den Schluß begründen, daß eine so umfassende Garantie, wie die Anklage in Anspruch nimmt, zu gewähren nicht beabsichtigt worden sey; in Erwägung, daß eine Kompetenz des Oberappellationsgerichts zur Erledigung der Frage, ob eine ohne Genehmigung der Ständeversammlung erlassene Verfügung nur als provisorische hätte erlassen werden dürfen, sich ebenfalls aus der Regel, daß der für die Hauptfrage kompetente Richter auch zur Entscheidung der in Betracht kommenden Präjudizialfragen befugt ist, deßhalb nicht herleiten läßt, weil dem Obigen nach die Kompetenz des Oberappellationsgerichts zur Erledigung der Dringlichkeitsfrage dadurch bedingt ist, daß die Regierung und Stände darüber einverstanden sind, daß eine provisorische Verfügung im Sinne des §. 13 der Verfassungsverordnung vorliegt, und mithin lediglich die Frage, ob zur provisorischen Erlassung einer solchen Verfügung ein dringender Grund vorhanden gewesen sey, eine Entscheidung bedarf, auch die angeführte prozessualische Regel bei der dem Oberappellationsgerichte hier zugewiesenen außerordentlichen Funktion überall keine Anwendung finden kann; und in Erwägung, daß die gedachten, unter 1—7 angeführten Verfügungen weder als provisorische bezeichnet sind, noch die Zustimmung der Ständeversammlung vorbehalten haben, auch der Vertheidiger des Angeklagten die Qualität derselben als provisorischer Verfügungen im Sinne des §. 13 der Verfassungs-Verordnung ausdrücklich in Abrede stellt, und vielmehr behauptet, daß für die Erlassung der fraglichen Verfügungen in Uebereinstimmung mit dem §. 11 der Verfassungsverordnung die Zustimmung der Ständeversammlung überall nicht erforderlich gewesen sey; in schließlicher Erwägung, daß demnach im vorliegenden Falle die dem Oberappellationsgerichte durch den §. 14 der Verfassungsverordnung vom 11. Juni 1854 beigelegte Kompetenz für begründet nicht zu erachten ist, hiemit für Recht erkannt: daß das Oberappellationsgericht nicht kompetent sey, eine Entscheidung für die erhobene Anklage abzugeben. Von Rechts Wegen." (N.-Z.)

Oesterreich. Die am 8. September beginnende Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe zu Prag wird außer den technischen Fragen, welche die regelmäßigen Gegenstände der Berathungen bilden, auch wirthschaftliche Prinzipien allgemeiner Art behandeln. Unter Anderm ist die allgemein interessante Frage auf die Tagesordnung gesetzt: „Welche Ursache liegt der Theuerung landwirthschaftlicher Produkte zum Grunde? Gibt es einen Kornwucher? Erscheinen gesetzliche Vorkehrungen, als Ausfuhrverbote, Einstellung der technischen Verarbeitung landwirthschaftlicher Produkte, Magazinirungen, Nothspeicher rc., für Zeiten der Theuerung wünschenswerth und von entsprechender Wirkung?"

Schweiz.

* Ueber die Vorgänge in Neuenburg wird dem „Schw. Merkur" aus Bern folgendes berichtet: „Mitten in tiefster Sorglosigkeit und ohne äußere Veranlassung bemächtigten sich 300 Verschworene des Schlosses Neuenburg, wo die Regierung und der Präfekt des Bezirks ihren Sitz haben, und des daselbst befindlichen Zeughauses. Die Regierung war augenblicklich außer Stand, sich zu halten, und hat sich ohne Zweifel in einem Dorfe des Kantons gesammelt. Auf ihren Ruf boten Bern und Waadt zwei Bataillone auf, und sandte der Bundesrath die HH. Bundesräthe Fornerod und Frey-Herose als eidgenössische Kommissäre nach dem Kanton Neuenburg ab. Das Unternehmen ist ein ganz unüberlegtes zu nennen." (Vergl. die gestrigen telegraphischen Nachrichten, wonach der Putsch äußerst rasch wieder unterdrückt wurde.) Die Aufständischen verkündeten sofort, nachdem sie das Schloß Neuenburg in ihrer Gewalt hatten, den Belagerungszustand mittelst folgender Bekanntmachung: „Mit Gott für König und Vaterland. Neuenburger! Die Stunde der Befreiung hat endlich geschlagen. Eure Losung zur Sammlung sey: „Vive le roi!" Zu den Waffen die Getreuen! Ich erkläre das Gebiet des Fürstenthums in Belagerungszustand. Jede Gemeinde hat für die sofortige Aufstellung eines Komite zu sorgen, welches im Namen des Königs verwalten und von seinem Amtsantritt dem Schloß in Neuenburg Kenntniß geben wird. La Sagne (in den Bergen, zwischen Locle und Neuenburg) den 2. Sept. 1856. Der Oberkommandant: Graf Friedrich v. Pourtales, Oberst."

Zum Verständniß der Neuenburger Vorgänge möge nachfolgender, zum Theil der „Pfälzer Ztg." entnommene, geschichtliche Rückblick dienen. Bekanntlich gehörte der Kanton Neuenburg, mit einer kurzen Unterbrechung, seit dem Jahre 1707 als Fürstenthum Neuenburg zu Preußen, dem er durch den Pariser Frieden neuerdings zugetheilt wurde. Trotz dieses Verhältnisses trat er dennoch im Jahre 1814 in die Eidgenossenschaft, und damit in eine Zwitterstellung, welche auf die Dauer allerdings nicht haltbar seyn konnte. Fast gleichzeitig mit der französischen Februarrevolution 1848 lehnte La Chauxdefonds (nebst Locle der Hauptsitz der Uhrenfabrikation im Kanton) sich gegen die preußische Oberhoheit auf und am 1. März 1848 rückten die Freischaaren in die Kantonshauptstadt Neuenburg ein, erklärten die bestehende Regierung für abgeschafft, verhafteten deren Mitglieder und setzten dafür eine provisorische Regierung aus ihrer Mitte ein. Die Zustände in Frankreich und Deutschland begünstigten damals das Unternehmen, dem preußischen Gesandten in der Schweiz blieb nichts übrig, als zu protestiren." Der damalige schweizerische Bundesrath erkannte die faktisch in Neuenburg herrschende republikanische Regierung als zu Recht bestehend an und behandelte den Kanton wie jeden andern Kanton der Eidgenossenschaft. Preußen hat seine Ansprüche inzwischen nie aufgegeben, aber bis jetzt bei keinem der umliegenden Staaten die nöthige Unterstützung gefunden, um dieselbe zu verwirklichen. Indeß war die Zahl der Anhänger der preußischen Herrschaft, Royalisten genannt, im Kanton Neuenburg nicht unbedeutend, und es waren darunter sehr viele reiche und angesehene Familien; außerdem hatten die Republikaner in letzter Zeit sich selbst wieder in zwei Parteien gespalten. Dies namentlich scheint den Royalisten den Muth zu dem mißglückten Aufstand gegeben zu haben.

Zürich, 1. Septbr. Das Kadettenfest hat heute begonnen. So eben rücken sie, die Gymnasiasten und höhern Bürgerschüler, stämmige Primaner bis zu kleinen schwyzer Tertianern herab, wohl equipirt, mit ihren Kanonen, der eigenen Musik, den Fahnen von allen Seiten ein, aus dem Aargau, Thurgau, St. Gallen, Appenzell, Glarus, Schwyz, Uri, Luzern, Bündten, selbst die italienischen Gesichter aus dem Tessin; zusammen mit den hiesigen 3200 zwar nicht Mann doch Schützen*). Es ist doch eine Freude, die Jugend um eine Idee, das Vaterland, das theure, so vereinigt zu sehen, die verschiedensten Kantone auch dabei in aller Eigenheit und doch Einheit; bald Musketiere, bald Jäger, bald Kanoniere, selbst Sappeurs; jede Riege mit ihren Käppis, jeder Kanton mit seiner Fahne, aber unter dem Einen Kreuz des alten und neuen Bundes. Ich habe manche deutsche Thräne dabei rinnen sehen. Die Unteroffiziere sind selbst Kadetten, die Leitenden aber eidgenössische Instruktoren und Oberoffiziere. Der Anführer des Hauptkorps an der Gislikonbrücke im Sonderbundskriege, Oberst Ziegler, hat es nicht verschmäht, die kleine Armee bei ihrem Herbstmanöver zu kommandiren. Heute Morgen hat er einen musterhaften Tagsbefehl erlassen, in dem er die ernste Seite bei diesem Spiel von Knaben, die einmal Männer und Brustwehren werden sollen für das Vaterland, hervorhebt, und gemessene Befehle bis zu dem Quartier- und Sanitätswesen herab gibt. Es waren Anfangs sehr viele Stimmen gegen ein solches Jugendfest; man fürchtete, die Jungen möchten zu früh alt, übermüthig, schlaff gemacht werden; man fürchtete Verlockung zur Vergnügungssucht. Aber die hiesige Oberleitung nahm die Sache so verständig und fest zur Hand, die obersten Militärs auch der konservativsten Kreise waren so sehr dafür, daß allmählig jedes Mißtrauen schwand und jetzt Alles einig ist im freudigsten Willkomm der kleinen Mannschaft, bei der das Kleinseyn und doch so disziplinirt zum Großen mitgehört. Es ist nicht zu läugnen, Zürich bewährt dabei eben einmal wieder den Ruhm einer richtigen eidgenössischen Politik. Es ist und bleibt einer der Vororte; die kleine Mannschaft wird einmal ihr Lebelang das schöne und liebe Zürich als eine Hauptstadt für alle Kantone im Herzen behalten, und die Eltern hängen schon jetzt umsomehr an diesen Eidgenossen, die es mit ihren Buben „so ordentlich" machen. Ein kluger Gedanke war es auch, die Tessiner trotz der deutschen Zunge, ja eben deßwegen mit in die deutsch-schweizerischen Freuden und Strapazen hineinzuziehen; die können dabei brav lernen, und das leidenschaftliche Italienergeblüt, das sich einmal wieder so toll in dem Degiorgiprozeß gezeigt hat und durch die allgemeine Indignation von der deutschen Schweiz aus nur noch giftiger geworden war, hat so ein gar gutes Denkzeichen erhalten; es gilt hier keinerlei italienischer Schwindel, sondern schweizerische Prosa, die doch auch einige Poesie hat. Von St. Gallen sind denn auch schon die herzlichsten Zurufe an den „alten wie neuen gleich lieben" Vorort Zürich erschallt. Heute Abend großer Zapfenstreich, morgen Feldgottesdienst und kleine Uebungen, übermorgen Feldmanöver nach einem Plan von einem wirklichen Treffen bei Zürich aus der französischen Operationszeit. (D. Allg. Ztg.)

Zürich, 2. Septbr. Gestern von 3 — 5 Uhr verkündete Kanonendonner die glückliche Ankunft sämmtlicher Kadetten, darunter die am gespanntesten erwarteten 84 Tessiner, die über den Splügen gezogen und sich den Bündnern angeschlossen hatten. Sämmtliche Korps marschirten sofort unter Trommelschlag und mit klingendem Spiel auf den Kasernenplatz, übergaben ihre Fahnen, ihre 18 Geschütze und ihre Munition, und nach einiger Zeit, während der die Quartiere besucht werden, sammeln sich sofort alle 3140 Mann, um in 18 Halbbataillonen mit 4½ Batterien, je mit einer Bande Musikern und Tambouren, für die Dauer des Festes organisirt zu werden und etwa noch nöthige Instruktionen zu erhalten. Damit schloß der Empfangstag, wenn man nicht etwa noch der Versammlung der sämmtlichen Milizoffiziere unter dem Vorsitze des Oberkommandanten zur Vertheilung des Kommando besonders gedenken will. Indeß hatte jetzt um so manchfacher das Leben in den Quartieren und auf den Straßen sich gestaltet; um 8½ Uhr brauste ein von mehr als 200 Musikern und Tambouren ausgeführter Zapfenstreich nach allen Seiten durch die Stadt, und mit nicht minderem Getös und Gedränge, überrascht vom klingenden Spiele der Festmusik und durchtönt vom Gläserklang und Liedersang, hatte eine zahlreiche Theilnehmerschaft aus allen älteren Ständen und Geschlechtern in der Festhalle bis spät in die Nacht hinein ihr Leben und Daseyn aufgeschlagen; man sah hier die Kadetten, theils unter einander fraternisirend, meistentheils aber in Gemeinschaft ihrer Quartiergeber und deren Familien, und der Berichterstatter weiß zu rühmen, daß die Jugend, wie sich's gehörte, zu rechter Zeit den Schauplatz geräumt hat; Manchem mochte freilich auch die Größe des Ruhebedürfnisses nach der ungewöhnlichen Hitze dieses Tages zum rechtzeitigen Aufbruch geholfen haben. (Schw. M.)

Zürich, 3. Sept. Das gestrige Regenwetter hat leider heute das Manöver der Kadetten unmöglich gemacht. Das steigende Barometer bewog die Kommission, das Fest um einen Tag auszudehnen und das Manöver morgen halten zu lassen. Allein diesen Nachmittag regnet es wie gestern und hagelt sogar mitweilen. Es ist ein Jammer. Ueber den gestrigen Ausflug nach Winterthur sind die sämmtlichen Kadetten und ihre Leiter ganz entzückt. Die ganze Stadt war im höchsten Festschmucke. Die Häuser beflaggt und bekränzt und Alles auf den Beinen. Die Gastfreundschaft wurde auf's Glänzendste geübt. Ein Thurgauer, Hr. Grätter, bewirthete das gesammte Thurgauer Kontingent, etwa 130 Mann, Hr. Wäffler-Egli, ein geborener Baseler, bekam 40 Tamboure, weil die Trommel das Lieblingsinstrument der Basler ist. Auch hier konnte des schlechten Wetters wegen nicht manövrirt werden, dagegen defilirte die

---

*) Zum Verständniß dieser Festlichkeit möge die Notiz dienen, daß in der Schweiz die Schüler der Gymnasien und der Gewerbschulen regelmäßig an einem oder zwei Wochentagen Unterricht im Infanterie- und Artilleriedienst erhalten. Diese jungen Leute heißt man dort Kadetten. In den ersten Tagen des September war nun eine große Anzahl derselben aus der Ost-Schweiz in Zürich zu einem gemeinsamen Fest und Manöver versammelt.

Truppe durch die ganze Länge der Stadt in vollkommenster Ordnung und Haltung. (Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 3. Septbr. Der Kaiser von Brasilien hat Hrn. v. Lamartine, der zu Macon an einem Gichtübel leidet, als Betrag von 5000 Abonnements auf den „Cours familier de littérature" 100,000 Franken zustellen lassen. — Seit Kurzem befindet sich dahier Emir Mansur Ismail Kadi Bey, künftiger Fürst der Maroniten des Libanon, in Begleitung seines Hofmeisters Kadra. Der Prinz ist nämlich erst 14 Jahre alt und soll dahier erzogen werden. Auf Veranstaltung des Erzbischofs wurde er in eine katholische Schule aufgenommen.(K.Z.)

* Paris, 4. Sept. Man ist in diesem Augenblicke mit Expropriation von 39 Häusern zur Eröffnung einer neuen Sektion des Boulevard von Sebastopol (von der Rue Rambuteau bis zur Rue Grenétat, mit 450 Metres) beschäftigt. Dann bleibt noch eine letzte Sektion von 150 Metres von der Rue Grenétat bis zum Boulevard St. Denis durchzubrechen, um das Boulevard auf dem rechten Seine-Ufer, von der Pont-au-Change bis zum Straßburger Bahnhofe, in einer Länge von 2700 Met. vollendet zu haben.

* Den Wittwen der Generäle Bizot, Brunet und Mayran hat der Kaiser eine Pension von je 3000 Fr. bewilligt.

* Auf Anregung des Kaisers, der sich lebhaft für den Anschluß der französischen an die spanischen Eisenbahnen interessirt, ist eine große Anzahl von Ingenieuren mit Vermessungen und Studien beschäftigt, um sich von der Möglichkeit zu überzeugen, einen Tunnel durch die Pyrenäen zu graben.

* Wie wir berichteten, besteht die Absicht, rings um Paris, den Festungswerken entlang, eine Anzahl von Ortschaften anzulegen, wo die unbemittelte und arbeitende Klasse billigere Wohnungen finden könnte. Nun hat sich zu diesem Behufe Herr Paulin, Herausgeber der „Illustrations" und Hr. Lesourd an der Spitze, eine Gesellschaft gebildet, doch ist es noch zweifelhaft, ob sie die Zustimmung der Militärbehörden erlangen wird.

* Man ist damit beschäftigt, auf der sogen. Königgallerie oberhalb des Portals der Notre-Dame Kirche die Statuen der französischen Könige bis zu Philipp August wieder aufzustellen, die während der Revolution, ein Opfer der Volkswuth, herabgestürzt wurden. 7 der 28 Statuen wurden heute bereits an ihre Plätze gebracht.

Spanien

† Madrid, 31. August. Man liest (trotz der Gegenbehauptungen) in der „Espana" vom 31.: „Unsere gestrige Nummer, Provinz-Ausgabe, wurde auf Befehl des Civilgouverneurs mit Beschlag belegt und wir sahen uns genöthigt eiligst einen neuen Abzug zu veranstalten und eine Stelle auszulassen, in der wir den Herzog v. Valencia gegen die Angriffe in einem anonymen Schreiben aus Loja, das die gestrige „Nacion" veröffentlichte, vertheidigten. Der — heute von der „Iberia" reproduzirte — Angriff war glücklicher als die Vertheidigung. Wir können nichts thun, als den Vorfall berichten." — Dasselbe Blatt sagt: Donnerstag Abend wurden die „Espana, El Leon espanol, Las Novedades, La Iberia, La Association und La Discussion" mit Beschlag belegt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Die Korrespondenzen von Konstantinopel bringen einige Details über das wichtigste Tagesereigniß, die Ankunft des russischen Gesandten Hrn. v. Butenieff, welche um so mehr Interesse haben, da das erste Auftreten des Vertreters von Rußland von dem seines stolzen und hochfahrenden Vorgängers Mentschikoff sehr absticht. Er kam auf einem kleinen russ. Dampfer an, welcher die Flagge der früheren Postschiffe aufgezogen hatte, und daher von den Kriegsschiffen im Hafen nicht einmal begrüßt wurde. Es ist der einzige Dampfer, der den Russen im schwarzen Meere noch übrig geblieben war, und von dem Admiral Bruat sagte: „Ein einziger Dampfer ist ihnen noch übrig geblieben; ich habe ihn allenthalben gesucht, ohne ihn entdecken zu können; ich begreife nicht, wo sie ihn versteckt haben." Am 23. machte der russ. Gesandte seine Besuche in Begleitung des Fürsten Labanoff und des ersten Dollmetschers, nebst Gefolge, sämmtlich in Uniform. Es waren ihm zwei Hofwagen und 8 Reitpferde entgegengeschickt, welch' letztere von dem Gefolge bestiegen wurden. An der Pforte angelangt, wo ihm der Zeremonienmeister Kiamil-Bey und der erste Dragoman empfingen, begab er sich sogleich zu Fuad-Effendi, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, für den dieser zuvorkommende Besuch, welcher sehr lange dauerte, eine glänzende Genugthuung war, wenn man sich an das Auftreten Mentschikoff's erinnert. — Man spricht noch immer von einer ministeriellen Krisis, ohne Genaueres darüber zu wissen. Es sind besonders die Fragen der Donaufürstenthümer und des Isthmus von Suez, welche der Regierung große Verlegenheiten bereiten oder bereiten werden. Obgleich das Ministerium vorläufig darüber einig ist, es beim status quo zu lassen, so wird es doch nicht lange gegen die dringenden Wünsche der Bevölkerung ankämpfen können, welche letztere trotz aller Gegen-Bemühungen sich mehr und mehr für die Vereinigung ausspricht. Es geht das Gerücht, Reschid Pascha werde bald das Ministerium des Aeußern wieder übernehmen und, wie man sagt, ist er der Vereinigung der Fürstenthümer nicht entgegen. Was die Frage des Isthmus betrifft, so hofft man Alles von der persönlichen Anwesenheit des Vize-Königs von Aegypten, welche als nahe bevorstehend angekündigt wird. — Die letzten Reste der verbündeten Armee werden nun auch Konstantinopel verlassen; der Armeeintendant Blanchot und das Personal der Intendanz sollten sich am 4. Septbr. auf einem sardinischen Dampfer einschiffen.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 3. Septbr. Die Stadt Berlin hat endlich alle Vorbereitungen getroffen, ein ihrer würdiges Rathhaus zu erbauen. Das ganze Viereck der Häuser, bei welchem das alte Rathhaus steht, dessen älteste Theile aus dem 15. Jahrhundert stammen, ist vollständig angekauft und man hat dafür gegen 700,000 Thlr. verausgabt. Der Bau soll im Frühjahr 1858 beginnen. (Z. f. N.)

Tübingen, 2. Septbr. Gestern Abend brannten sämmtliche Straßenlaternen unserer Stadt zum ersten Mal mit Schieferöl. Das Licht, das sie verbreiten, war so schön, hell und stark, daß man in ihrer unmittelbaren Nähe bequem lesen konnte; von einem üblen Geruch ist nichts zu verspüren. Damit ist das Problem der Straßenbeleuchtung mit Schieferöl, welche der Gasbeleuchtung nur wenig nachsteht, vollständig gelöst.

Frankfurt, 3. Septbr. Ein kürzlich hier verstorbener Rentner, Hr. J. G. C. Däms, hat der Stadt seine Gemälde-Gallerie und den milden Stiftungen die Summe von 17,000 fl. vermacht. (Allg. Ztg.)

* Paris, 4. Septbr. Graf v. Escayrac de Lauture, der von dem Vizekönig von Aegypten mit der Leitung der internationalen Expedition zur Erforschung Sudan's und zur Aufsuchung der Nil-Quellen beauftragt ist, ist nach Triest abgereist, wo er sich einschiffen wird. In Alexandrien werden sich die Gelehrten versammeln, welche sich diesem gefahrvollen Unternehmen anschlossen, das an die Entdeckungsreisen des 19. Jahrhunderts erinnert. — Dampf und Segelboote und eine zahlreiche Eskorte werden die kühnen Forscher unterstützen, deren Führer sich seit zehn Jahren ununterbrochen mit Studien über das Innere Afrikas beschäftigt

* Dem „Moniteur du Loiret" zufolge hat sich das Wasser der Loire, seitdem der Fluß in sein Bett zurückging, in seinem chemischen Gehalte dermaßen verändert, das die Analyse eine dem künstlichen Selterswasser (eau de Seltz) gleiche Zusammensetzung ergab, nämlich 20 Theile Sauerstoff, 68 Theile Azote-Gase und 12 Theile Kohlensäure.

London, 2. Sept. Bei der Todtenschau über zwei ermordete Mädchen ist es zum ersten Mal in England vorgekommen, daß ein erklärter Atheist als Zeuge vor Gericht vernommen worden ist. Seine Vernehmung, in den Tagesblättern unterdrückt, wird von ihm selbst im Reasoner erzählt. Nachdem erklärt, daß er den Eid nur für einen bürgerlichen, nicht für einen religiösen Akt halte, befragte der Coroner ihn, ob er an ein höchstes Wesen und an eine Bestrafung der Sünden nach dem Tode glaube. Zeuge verneinte die Fragen. Der Coroner drückte seine lebhafte Entrüstung darüber aus, daß er „nach 36jähriger Amtsführung zum ersten Male einem solchen Elenden begegnen müsse", erklärte aber, in Folge eines neuerlich ergangenen Gesetzes das Zeugniß annehmen zu müssen. Bei der Verhandlung vor der großen Jury wurde der Zeuge ohne weitere Bemerkungen abgehört. (Schw. M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

† Amsterdam, 1. September. (Privat-Korrespondenz.) Bei der Meinung, die für Kaffee in den letzten Wochen an allen Mäklern hervortrat, darf man den Ablauf der heutigen Auktion noch als ganz gemäßigt beschauen. Es sind hauptsächlich die leeren Lager, die sich geltend gemacht haben; für Spekulation scheint wenig oder nichts gekauft zu seyn

Nach den Kürzungen, wie sie in allen Nummern gut ord. stattfanden, und den Preisen, welche für Beschädigung bezahlt wurden, dürfte man in der Rotterdamer Auktion vom 4. d. Mühe haben besonders für grünliche Sorten etwas höhere Preise zu vermeiden. Alles

deutet darauf hin, daß wir einem großen Herbstgeschäft entgegen gehen.

Rio's hatten vorige Woche ansehnlichen Umsatz zu steigenden Preisen, den wir hier aus zweiter Hand auf ca. 6/m B. schätzen. In Rotterdam hat die erste Hand durch den Verkauf von 2/m B., durchschnittlich reell ord. 26 3/4 cs., nun gleichfalls geräumt. Man bezahlte hier ord. mit 25 1/2 cs. hübsch ord. und reell ord. mit 26—27 1/4 cs., gut ord. mit 28—28 1/2 cs. Durch beträchtliche Verschiffungen nach vielen Seiten räumen die Vorräthe hier stark bei. Einige Partiechen farbige gute Rio's besitzen wir a 27 und 27 1/2 cs., bleich grünlich, reell Java Art a 27 1/2 und 28 cs.

Frankfurt, 6. Septbr. In Folge der Erhöhung des hiesigen Bankdiskonto auf 5pCt. verkehrte die Börse in flauerer Stimmung und wurden bei nicht sehr belebtem Geschäft beinahe sämmtliche Aktien und Fondsgattungen niedriger verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 82 1/8 P. 81 7/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 89 7/8 P. 89 5/8 G. Metall. alte à 5pCt. 80 1/4 P. — G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. — G.; à 4 1/2pCt. 70 1/4 P. — G.; à 4pCt. 63 P. — G.; à 3pCt. 48 P. — G.; à 1pCt. 16 1/4 P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59 P. — G. **Preussen.** 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 87 1/4 P. 86 3/4 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4 1/2pCt. 101 1/2 P. 101 1/4 G.; 5pCt. 101 1/2 P. 101 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 91 1/2 P. 91 G.; 4 1/2pCt. 102 3/4 P. 102 1/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2pCt. 93 P. 92 1/2 G.; à 4pCt. 100 P. 99 1/2 G.; 4 1/2pC. 102 1/2 P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 90 5/8 P. 90 1/8 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 1/2 P. — G.; à 3 1/2pCt. 92 P. 91 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39 3/4 G.; 1pCt. neue 21 13/16 P. 21 11/16 G. **Holland.** Integrale 64 1/4 P. 63 3/4 G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1263 P. 1258 G. Neue Bankaktien 387 P. 382 G. Credit-Actien à 5pCt 237 1/2 P 235 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 420 P. 418 G.; junge 369 1/2 P. 367 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 550 P. 545 G. Mitteldeutsche Creditbank 109 7/8 P. 109 3/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 116 3/4 P. 116 1/4 G. Frankf. Bankaktien 117 3/4 P. 117 1/4 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 279 P. 277 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141 3/4 P. 141 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 107 3/4 P. 107 1/4 G. 4 1/2pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104 1/4 P. 104 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 61 P. — G. Taunus-Aktien 347 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 84 P. 83 1/2 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82 3/4 P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 99 3/4 P. 99 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 123 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 7/8 P. 105 5/8 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 117 1/2 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 1/8 P. 48 7/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117 3/4 G. à fl. 25 34 1/2 P. 34 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 5/8 P. 40 1/8 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/2 P. 33 1/4 G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44 3/4 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87 1/2 P. 87 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/4 P. — G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118 P. 117 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 7/8 G.	Mail. ö. S. Lr. 250 k. S 100 1/2 P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/4 P. 93 .
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 3/4 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 3/8 P. 96 1/8 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 115 1/2 P. 115 1/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S 89 1/8 P 88 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 115 1/2 P. — G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Wien, 5. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85 1/4; 5pCt. Metall. 83 3/4; 4 1/2 pCt. 73 3/4; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 129; von 1854 109 3/4; Bankaktien 1091; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 389; Donau-Dampfschiffahrtsaktien 589; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2835. Wechselkurse: Augsburg uso 103 5/8. London 10. 4 1/2. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Hannover, 4. Sept. In der heutigen Sitzung der 2 Kammer wurde ein Schreiben der Regierung verlesen, das die Erwiderung auf die ständischen Beschlüsse wegen der Erlaubnißverweigerungen zum Eintritt in die allgemeine Ständeversammlung enthält. Die Regierung beharrt darauf, daß sie in ihrem vollen Recht gewesen sey, als sie den HH. Stüve und Grumbrecht den Urlaub zum Eintritt in die Ständeversammlung verweigerte. „Denn, sagt sie in dem Schreiben, selbst wenn in dem §. 96 des Landesverfassungsgesetzes von 1840 ein Mehres als das Erforderniß des Urlaubs nicht bestimmt seyn sollte, so gehört die Beurtheilung der Zulässigkeit des Urlaubs im einzelnen Falle doch ausschließlich zu den Zuständigkeiten der Regierung und es findet dabei eine Beschränkung derselben durch eine verfassungmäßige Mitwirkung der Stände nicht statt. Wir genügen daher nur den Pflichten ungeschmälerter Aufrechthaltung der Rechte der Krone, wenn wir jeden Versuch der allgemeinen Ständeversammlung, bei der Ausübung jener Zuständigkeit einzuwirken, damit ablehnen und eine Kritik der Stände darüber, ob im einzelnen Falle der Urlaub einem öffentlichen Diener zu ertheilen gewesen wäre, oder nicht, für verfassungsmäßig unzulässig erklären." Am Schlusse des Schreibens heißt es: „Wenn die Regierung hiernach sich nicht in der Lage befindet, auf die in der Verfassung nicht begründeten Anträge der allgemeinen Ständeversammlung eingehen zu können, so werden Wir doch auch für die Zukunft, wie bisher, von dem unbeschränkten Rechte der Versagung der Erlaubniß zur Theilnahme an der Versammlung nur nach der sorgfältigsten Erwägung aller dabei in Berücksichtigung kommender Umstände Gebrauch machen."
(Z. f. Nordd.)

Hannover, 5. Septbr. Die allgemeine Ständeversammlung wurde heute 10 3/4 Uhr Vormittags vertagt.
(Ztg. f. Ndd.)

Mannheim, 6. Septbr. So eben trifft die Nachricht hier ein, daß Großherzog Ludwig zu Gunsten Sr. k. Hoh. des Prinz-Regenten Friedrich, seines Bruders, die Regierung niedergelegt hat. Die Truppen sind unter Waffen, dem Großherzog Friedrich den Eid der Treue zu schwören. (Nach dem Tode des Großherzogs Leopold im Jahre 1852 hatte Prinz Friedrich die Regierung sofort an Stelle seines älteren Bruders Ludwig, welcher an einer Geistesstörung litt, übernommen und dieselbe seitdem in dessen Namen geführt.)
(T. D. d. Fr. J.)

Wien, 3. Sept. Die an die parma'sche Gränze vorgeschobene kaiserlich österreichische Brigade wird, wie ich höre, ehestens wieder in ihre gewöhnliche Garnison nach Cremona zurückkehren. Ich kann Ihnen bei dieser Gelegenheit bestätigen, daß von den unter dem Oberbefehl des Marschalls Radetzky stehenden zwei Armee-Korps das eine für alle Fälle auf den Kriegsfuß gesetzt werden soll. Der greise Feldherr hat zwar unlängst den Kaiser wiederholt um seine Enthebung vom Ober-Kommando gebeten, da ihm das Reiten vor der Fronte schwer falle; allein Se. Maj. erwiderten demselben in einem äußerst huldvoll abgefaßten eigenhändigen Schreiben, daß, so lange Radetzky lebe, die Armee in Italien keinen andern Chef haben werde, und daß, wenn er auch nicht zu Pferde vor der Armee erscheinen könne, der Geist und das Wort des von seinen Soldaten so geliebten Feldherrn genüge, um auch zu Wagen die Truppen kommandiren zu können. Seitdem kommandirt Radetzky in der That, in einem eigens hiezu verfertigten Phaeton sitzend, die Truppen.
(A. Z.)

London, 4. Septbr. Prinz Adalbert von Preußen ist heute früh am Bord des „Ava" von Gibraltar in Southampton angekommen.
(T.D.d.Allg.Ztg.)

London, 4 Septbr. Neueren Berichten aus New-York zufolge hat der Kongreß in Washington in seiner Extra-Sitzung trotz der Botschaft des Präsidenten das Armee-Budget nur mit dem frühern Vorbehalt genehmigt, wodurch dasselbe thatsächlich unerledigt und die Armee genöthigt ist, auf ihren Sold vielleicht noch ein halbes Jahr zu warten.

New-York, 23. August. Der Senat hat sich nach Erledigung administrativer Geschäfte wieder vertagt, ohne das Budget der Armee angenommen zu haben.

Aus Kansas wird von weiteren blutigen Konflikten berichtet. Die Abolitionisten (Gegner der Sklaverei) sollen Lecompton eingenommen haben.
(T. D. d. H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 250.	Vorausbezahlung: halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 8. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Aus dem Abschied über die Verhandlungen des Landrathes von Niederbayern heben wir Folgendes hervor: „Der Antrag des Landrathes mit dem Kreise Oberbayern, welcher eine Irrenanstalt zu errichten im Begriffe steht, einen Vertrag behufs der Unterbringung der niederbayerischen Irren mittelst Angebotes einer bestimmten jährlichen Aversalsumme abzuschließen, kommt Unseren Absichten entgegen, und Wir beauftragen daher Unsere Regierung von Niederbayern, rechtzeitig eine solche Vereinbarung wegen Mitbenützung der oberbayerischen Kreis-Irrenanstalt einzuleiten, damit wo möglich sofort mit Eröffnung dieser Anstalt auch den geisteskranken Angehörigen Niederbayerns eine Aufnahmsstätte gesichert werde. Bei Beschwerden, welche der Landrath wegen übertriebener Ausdehnung der Verordnungen über Beschränkung des Besuches von Hochzeits-Tanzmusiken, dann wegen nicht entsprechenden Benehmens äußerer Beamten gegen die Amtsangehörigen erhoben hat, vermissen Wir die nach Art. 15 lit. I. des Gesetzes vom 28. Mai 1852 vorgeschriebene Anführung der begründenden bestimmten Thatsachen. Wir vermögen daher auch eine nähere Würdigung dieser Beschwerden über Außerachtlassung Unserer Verordnungen nicht zu verfügen, so lange jener gesetzlichen Norm nicht genügt ist. Uebrigens sind die bezüglichen Vorschriften wiederholt eingeschärft worden, und es ist Unser Wille, daß dieselben eingehalten werden, und daß die Beamten jederzeit den Amtsbefohlenen wohlwollend begegnen.

München, 6. September. Seine Majestät der König haben dem kgl. Kriegskommissär Jos. Frank in Rücksicht auf seine mit Einrechnung von 3 Feldzügen fünfzigjährigen ehrenvoll geleisteten Dienste das Ehrenkreuz des kgl. bayerischen Ludwigs-Ordens verliehen; die am Kreis- und Stadtgerichte Augsburg erledigte Rathsdienerstelle dem Kreis- und Stadtgerichtsboten Wolfgang Maier in Wasserburg verliehen, und an dessen Stelle den pensionirten Oberkanonier Balth. Fischer von Hattersdorf, dermal zu München, ernannt; die Pfarrei Raitenbuch, Ldg. Schongau, dem Priester Vitus Schmitt, Cooperator in Landshut, und die Pfarrei Oberhaunstadt, Ldg. Ingolstadt, dem Verweser derselben, Priester Franz Xaver Grazer übertragen; zur Verwirklichung des von den Priestern Valentin Witt, Pfarrer in Mähring, Ldg. Tirschenreuth, und Joseph Kirndorfer, Benefiziat an der Stadtpfarrkirche zu St. Martin in Amberg, eingeleiteten Pfründetausches die Pfarrei Mähring dem Priester Joseph Kirndorfer übertragen, und genehmigt, daß die Pfarrei Güßbach, Ldg. Scheßlitz, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester Lukas Herrmann, Pfarrer in Frauendorf, Ldg. Lichtenfels, verliehen werde. (N. M. Z.)

** **München**, 8. Septbr. (Privat-Korrespondenz.) Se. M. König Otto von Griechenland, Höchstwelcher gestern Nachts 11 Uhr über Stuttgart hier ankam und im Bahnhof ehrfurchtsvoll begrüßt wurde, hat schon heute Morgen 6 Uhr die Reise nach Berchtesgaden fortgesetzt. König Otto wird im Kreise unserer königl. Majestäten einige Zeit verweilen und dann nochmals hierher kommen. Beim gestrigen Empfang Sr. Maj. im hiesigen Bahnhofe war auch der aus Wien hier eingetroffene königl. griechische Gesandter Herr Schinas zugegen, der trotz der späten Stunde noch eine längere Audienz bei seinem Monarchen hatte. Auch die Deputation des Infanterie-Regiments König Otto begrüßte noch gestern Nachts ihren erlauchten Oberst-Inhaber.

Preußen. Berlin, 5. Septbr. In der Sundzollfrage hat Frankreich sich England zu Gunsten der Ablösung angeschlossen. — Der dänische Bundestagsgesandte, Hr. v. Bülow, wird täglich erwartet. (T. D. d. H. N.)

Berlin, 7. Septbr. Der bayerische Ministerpräsident Frhr. v. d. Pfordten ist auf der Durchreise von Holstein (wo derselbe Seebäder genommen) hier eingetroffen und hat gestern dem Ministerpräsidenten Frhrn. v. Manteuffel einen längeren Besuch abgestattet.

Hannover. Hannover, 3. Septbr. Die „Ztg. f. Nordd." schreibt: „Unter dem Siegel des kgl. Ministerium des Innern ist an verschiedene Abgeordnete ein Schreiben, ohne Angabe des Druckers gedruckt, gelangt, in welchem die Frage: „Schreibt der §. 96 des Landes-Verfassungs-Gesetzes von 1840 das Erforderniß des Urlaubs für die zur allgemeinen Ständeversammlung gewählten Staatsdiener vor? einer ausführlichen Erörterung unterzogen wird. Das Schreiben erscheint als ein Versuch der Widerlegung des betreffenden ständischen Schreibens wegen der Petitionen von Osnabrück und Harburg, worin über die Nichterlaubnißertheilung des Eintritts des Dr. Stüve und Bürgermeisters Grumbrecht in die zweite Kammer Beschwerde geführt wurde. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir das in Rede stehende Schriftstück der Feder des Staatsministers v. Borries zuschreiben. Nach dieser Autorschaft muß denn auch ein Gewicht auf die ganze Ausführung gelegt werden. Wir haben uns freilich von der Richtigkeit derselben nicht überzeugen können, vermeinen aber, wenn sie für die Regierung maßgebend bleibt, den Schluß ziehen zu müssen, daß es bei dem mannigfachen Wechsel der Ministerien und ihrer Grundsätze für die Staatsdiener, wenn sie nicht mit allen Ministerien gehen wollen, was doch nur wenige vermögen — mißlich bleibt, sich in die Ständeversammlung wählen zu lassen, und daß es uns auch im Interesse der Regierung mehr zu liegen scheint, wenn sie durch unabhängige Männer unterstützt wird, als durch Beamte, denen sie das Maß der Opposition vorschreiben kann." (Das Einfachste und Natürlichste wäre eben, wenn, wie in anderen Ländern, Beamte überhaupt gar nicht wählbar wären in die Ständeversammlung.)

Baden. Mannheim, 6. Septbr. Folgende Bekanntmachungen wurden heute hier öffentlich angeschlagen:

1. „Wir Friedrich, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen, thun hiermit öffentlich kund: Als bei dem Hinscheiden Unsers unvergeßlichen Herrn Vaters, des Großherzogs Leopold königliche Hoheit und Gnaden, die Agnaten Unseres Hauses in Uebereinstimmung mit Unserer durchlauchtigsten Frau Mutter ausgesprochen hatten, daß Unser innigst geliebter älterer Herr Bruder, der Erbgroßherzog Ludwig „nicht fähig sey, die Regierung des Großherzogthums zu übernehmen und zum Wohle des Hauses und Landes zu führen", haben Wir, durch Gottes Gnade und das Recht Unseres Hauses dazu berufen, laut Unseres Patentes vom 24. April 1852 die Regierung des Großherzogthums mit allen der Souveränetät inwohnenden Rechten und Pflichten angetreten und die Huldigung des des Landes für Uns empfangen, jedoch, von brüderlichen Gefühlen geleitet, die großherzogliche Würde anzunehmen damals unterlassen. Wir vermögen Uns aber nach den Erfahrungen von mehr als vier Jahren nicht zu verhehlen, daß wir zur Wahrung aller Interessen Unseres geliebten Landes, sowie zur vollen Ausübung Unserer Rechte und Pflichten, Uns der Annahme der großherzoglichen Würde auf die Dauer nicht entschlagen können, und dürfen Uns der Erwägung nicht entziehen, daß, wenn Wir ein Uns hausgesetzlich zustehendes Recht auch fernerhin ruhen lassen, hierdurch nicht mehr Unsere Person allein berührt werden würde."

„Indem Wir daher Unsere persönlichen Gefühle den Rücksichten auf die Zukunft Unserer eigenen Familie und Unseres Landes unterordnen, finden Wir Uns in diesem Entschlusse bestärkt durch die wiederholt und noch ganz neuerlich an Uns gelangten Wünsche Unserer gedachten Agnaten: Durch Annahme der großherzoglichen Würde alle mit ihrem frühern Ausspruche hausgesetzlich verbundenen Folgen zur Anwendung zu bringen. Demnach erklären Wir, daß Wir die mit dem Thronanfalle Uns überkommene großherzogliche Würde nebst allen ihren Rechten und Vorzügen andurch annehmen und den Titel „Großherzog von Baden" führen werden. Wir befehlen Unseren sämmtlichen Unter-

thanen, sich hiernach zu achten. Gegeben unter Unserer eigenhändigen Unterschrift und vorgedrucktem Staatssiegel, in Unserer Residenz Karlsruhe, am fünften September 1856. (gez.) Friedrich. v. Meysenbug, Regenauer, v. Stengel, v. Wechmar, Ludwig."

„II. Wir Friedrich, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen, thun hiermit öffentlich kund, daß durch Unser Patent vom Heutigen, womit Wir den Titel Großherzog angenommen haben, keinerlei Aenderung an dem Titel eingetreten ist, welchen Unser innigstgeliebter älterer Bruder, Seine königl. Hoheit der Großherzog Ludwig, zufolge Unseres Patents vom 24. April 1852 führt. Gegeben ꝛc."

§ **Oesterreich.** Wien, 5. Septbr. (Privat-Korresp.) Der k. k. österreichische Botschafter in Paris, Frhr. v. Hübner, wird schon Ende der nächsten Woche wieder in Wien eintreffen, ohne in Neapel einen Besuch abgestattet zu haben. Da der Baron allerdings mit einer Mission für den Hof von Neapel betraut war, so ergeht man sich nun in den verschiedensten Vermuthungen darüber, warum dieselbe unterblieben ist. — Die montenegrinischen Angelegenheiten haben bis jetzt zu einem diplomatischen Austausch zwischen den Unterzeichnern des Vertrages vom 15. April noch keine Veranlassung gegeben. Was die Angabe betrifft, daß Oesterreich eine Vermittlung zwischen dem Fürsten Danilo und der Pforte versuchen wolle, so reduzirt sich dieselbe sicherem Vernehmen nach darauf, daß man diesseits entschlossen ist, einen solchen Versuch nur für den Fall zu unternehmen, daß sich auch die Westmächte daran betheiligen. Letztere haben sich aber hierüber noch nicht ausgesprochen. — In der Donaufürstenthümerfrage haben hier vor Kurzem neue Besprechungen stattgefunden und behauptet man, daß sich in neuester Zeit die Chancen für die von Oesterreich und der Pforte vertretenen Ansichten günstiger gestalten. Gewiß ist es auch, daß die Kaimakane der Moldau und Wallachei, HH. C. Balsch und Fürst Ghika den Vereinigungsbestrebungen kräftig entgegenwirken.

Schweiz.

Ueber den weiteren Verlauf der Neuenburger Ereignisse gibt der „K. Z." aus Bern, 4. Sept. folgender Bericht zu: „Bereits war eine Abtheilung Königlichgesinnter von La Sagne aus nach Locle dirigirt, um daselbst Verhaftungen vorzunehmen; allein die Republikaner von Chauxdefonds hatten kaum Kunde davon, so zogen sie mit Geschütz nach Locle und brachten die Royalisten zur Ruhe. Abends 5 Uhr kamen die Bundeskommissäre in Neuenburg an und erließen sofort eine Aufforderung zur Uebergabe des Schlosses ohne Erfolg. Es war von 450—500 Mann besetzt. Bei einbrechender Nacht war die Stadt bereits von heranrückenden Bergbewohnern eingeschlossen, und es zeigte sich unter der Besatzung des Schlosses Lust zum kapituliren; zuversichtliche Erwartung eines Zuzuges vom Lande hielt ihren Muth indeß noch eine Weile aufrecht. Zuzug kam während der Nacht, aber nur für die Republikaner, und zwar nicht allein aus den Bergen, sondern auch von Val de Ruz und Val de Travers, — wohl bewaffnete Mannschaft, welche Oberst Denzler auf ihre Posten vertheilte und anführte. Oberst Denzler gehört zu den Independants, wie Viele der Mannschaft — ein Beweis, daß diese Fraktion nur in Eisenbahnsachen, keineswegs aber in politischen Dingen gegen die Regierung ist. Heute früh nach 5 Uhr griffen die Republikaner unter Denzler, 1500 Mann stark, das Schloß an. Der Kampf war kurz, aber scharf. Nachdem 8 Royalisten gefallen und noch mehr verwundet worden, ergab sich die Besatzung; 150 Mann blieben als Gefangene, darunter ein Graf v. Pourtales. Man versichert aber bestimmt, es sey nicht der Unterzeichner der gestern mitgetheilten Proklamation, sondern ein Verwandter. Die meisten Leute der Besatzung verdanken ihr Leben der Energie des Obersten Denzler, der sie vor der Erbitterung seiner Leute schützte. De Meuron ist entflohen. Unter den Todten befindet sich ebenfalls ein Pourtales. Eine Kompagnie Militär, die darum aus der Schule von Colombiers entlassen worden, soll die preuß. Armbinde angelegt haben. Neben La Sagne sind es besonders Locle, Buevine u Chaux-de-Milien, die ihre Kontingente für Pourtales lieferten. Die gefangenen Mitglieder der Regierung wurden sofort in Freiheit gesetzt, und die Regierung trat ihr Amt wieder an. Dafür wurde eine Anzahl Royalisten der Hauptstadt in Haft gesetzt. Die eidgenössischen Truppen, welche zu der Hauptaffaire zu spät kamen, besetzten das Schloß, andere Abtheilungen ziehen in die am meisten betheiligten Gegenden des Kantons. — Oberst Denzler, ein Züricher von Geburt, ist Kommandant en chef der eidgenössischen Artillerie, kommandirte die letzte Militärschule in Thun und wohnt seit Jahren im Kanton Neuenburg, wo er Großrathsmitglied ist. Graf Friedrich v. Pourtales gehört einer der angesehensten Royalistenfamilien Neuenburgs an, bewohnt aber schon lange einen Landsitz in der Nähe Berns."

Frankreich.

Paris, 5. Sept. Die Rückkehr des Kaisers wird auf den 20. Sept. angesagt, und die Jagden, welche in Fontainebleau und später in Compiegne stattfinden sollen, werden am 25. Sept beginnen. Prinz Napoleon wird von seiner nordischen Reise am 14. Sept. hier eintreffen. (K. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 3. Septbr. In der Stadt Rzyszkow, welche niederbrannte und nach Kiew die zweite Handelsstadt in Volhynien ist, wurde eine Million Scheffel Waizen ein Raub der Flammen. Ein empfindlicher Schlag für die ganze Ukraine. Am 15. August verzehrten die Flammen die größere Hälfte der Stadt Uscilug, die, inmitten der fruchtbarsten Landstriche im Kreise Wladimir, am Bug und am Knotenpunkte dreier Heerstraßen belegen, ein Haupt-Handels- und Depotplatz für Ausfuhrprodukte Volhyniens ist. Von hier aus wurden die Erzeugnisse auf dem Bug und der Weichsel nach Preußen und der Ostsee und umgekehrt die Einfuhrartikel nach Volhynien befördert. Mehr als anderthalb hundert Häuser und Magazine liegen in Asche. Niederlagen von Getraide, Wolle, Eisen, Porzellan- und Glaswaaren sind verbrannt. Der Schaden wird auf 14,000,000 poln. Gulden berechnet. In der Gegend von Lublin hat ein Waldbrand ungeheure Verwüstungen angerichtet. — Es soll im Jahre 1857 eine Ausstellung von Landeserzeugnissen hier Statt finden, an welcher sich auch das Großherzogthum Finnland betheiligen wird. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Salzburg, 5. Sept. Das nachstehende Gedicht wurde von Sr. Maj. dem König Ludwig auf des großen Tonmeisters morgen beginnende Säkularfeier verfaßt.

An Mozart.

Zwei Menschenalter sind verflossen,
Seitdem dein letzter Ton erklang,
Dein Geist, dem hier er schon erschlossen,
Für immer sich zum Himmel schwang.

Und wie auf des Olympos Höhen
Der Götter Jugend ewig blüht,
Wird blühend, was du schufst, bestehen,
Bist Sonne, welche ewig glüht.

Es sind die Leiden längst verschwunden,
Die auf der Erde dich gedrückt;
Die Wonne doch wird stets empfunden,
Von welcher wir durch dich entzückt.

Vermählet ist in deinen Tönen
Die Melodie mit Harmonie;
Es lebt das Ideal des Schönen
Im Zauber deiner Phantasie.

König Ludwig.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 7. Septbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. $81\frac{3}{4}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Met. $70\frac{1}{4}$; Wiener Bankaktien 1258; 5pCt. Lomb. $89\frac{5}{8}$; Wiener Wechsel l. S. $115\frac{3}{4}$; 3pCt. inl. span $39\frac{1}{4}$; 1 pCt. neue $24\frac{3}{4}$. Oesterr. Kreditaktien 239. Darmstädter Bankaktien 418. Bayerische Ostbahn 104. Luxemburger internationale Kreditbank 546.

Wien, 6. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{7}{16}$; 5pCt. Metall. $83\frac{13}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 130; von 1854 $109\frac{7}{8}$; Bankaktien 1090; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $388\frac{1}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 590; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien $2827\frac{1}{2}$. Wechselkurse: Augsburg uso $103\frac{3}{8}$. London 10. $4\frac{1}{2}$. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 251.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 9. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 4. Sept. Eine eigenthümliche Kundschaft haben verschiedene unserer Goldschmiede jetzt an Bauern, welche sich zur Erinnerung an die ausgezeichneten letzten Jahre goldene Löffel machen lassen. „Mit dem goldenen Löffel essen" ist ein altdeutsches Gedenkwort. Die Bauern essen nun zwar nicht mit denselben, aber sie heben sie für ihre Kinder und Enkel als Wahrzeichen in irgend einer wohlverwahrten Lade auf. Die Zahl dieser Erinnerungssüchtigen ist nicht gering und vermehrt sich fortgesetzt, da der Stolz mitwirkt, es Andern gleich zu thun. Größtentheils sind es Hofbesitzer aus unseren reichen Oder- und Warthe-Niederungen, den sogenannten Brüchen. Der Morgen Land wird dort jetzt mit 200 Thaler und höher bezahlt, und Bauern auf Höfen, welche nicht selten 4 bis 500 Morgen halten, sind schuldenfreie reiche Leute. Diebe würden dort eine hübsche Anzahl schwerer Geldkasten finden, denn die meisten, wenn sie nicht Land kaufen können, behalten am liebsten die Säcke voll harter Thaler im Hause. Im Uebrigen sind es Schlauköpfe im Handel und Wandel, obwohl trotzige und eigensinnige Leute. Schöne Pferde sind meistens ihre einzige Liebhaberei und ihr Luxus und sie geben ihre Lieblinge um keinen Preis fort. (Z. f. Ndd.)

Berlin, 5. Sept. Die jüngst in so auffallender Weise bekannt gewordenen speziellen Fälle in Betreff des Schuldenmachens der Offiziere haben entsprechende Schritte zur Vorbeugung ähnlicher Vorkommnisse für die Zukunft zur Folge gehabt. Einestheils werden die Wohnungen gewisser Geschäftsleute polizeilich überwacht. Polizeibeamte stehen da den ganzen Tag und nehmen von den kommenden und gehenden Personen ꝛc., zur Information der Behörde, genaue Notiz. Anderntheils sollen den Offizieren die Bestimmungen gegen das Schuldenmachen wieder scharf eingeprägt worden seyn. Inzwischen hört man, daß jüngst wieder ein sehr vornehmer Offizier wegen einer bedeutenden Schuld, man spricht von 40,000 Thlrn., seine Entlassung genommen habe. (D. A. Z.)

Berlin, 6. Sept. Der Staatsgerichtshof des königlichen Kammergerichts trat heute zum dritten Male, seitdem er in's Leben gerufen ist, zu einer Sitzung zusammen. Es handelte sich um die so viel besprochene Anklage gegen den ehemaligen Agenten Techen, wegen dessen Betheiligung bei dem Potsdamer Depeschen-Diebstahl. Die Anklage lautete auf Landesverrath und zwar auf den §. 71 des Strafrechts, welcher, wie folgt, lautet: „Wer vorsätzlich Staatsgeheimnisse, Festungspläne, oder solche Urkunden, Aktenstücke und Nachrichten, von denen er weiß, daß das Wohl des Staats deren Geheimhaltung einer fremden Regierung gegenüber erfordert, dieser Regierung mittheilt, wird mit Zuchthaus von 5—20 Jahren bestraft." Hiernach würde die Anklage von der Annahme ausgehen, daß Techen mit einer auswärtigen Macht in Verbindung gestanden und im Auftrage dieser die Bedienten des Generals Gerlach und Kabinetsraths Niebuhr veranlaßt habe, gewisse wichtige Papiere zu entwenden. Die mündliche Verhandlung vor dem Staatsgerichtshofe, bei welcher die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war, währte sehr lange. (N. Z.)

Berlin, 7. September. Eine innere Frage, die gegenwärtig unsere Staatsregierung in hohem Grade beschäftigt, ist die kümmerliche und oft trostlose Lage unserer Subaltern-Beamten, deren Gehalte zu einer Zeit normirt worden sind, wo der Preis der Lebensmittel und der Wohnungen weit unter dem in den letzten Jahren eingetretenen stand. Die zahlreichen im vorigen Jahre aus diesen Beamtenkreisen hervorgegangenen Petitionen an das Haus der Abgeordneten, die einen lebhaft befürworteten Antrag des inzwischen verstorbenen Abg. v. Kleist-Techow hervorriefen, konnten ein unmittelbares Resultat nicht bewirken, doch genügten sie, um die Nothwendigkeit einer Abänderung und Besserung allgemein zu constatiren. Wenn es jetzt heißt, daß Seitens der Staatsregierung schon in der nächsten Session des Landtages eine auf diesen Gegenstand bezügliche Vorlage gemacht werden würde, so ist doch bei aller Geneigtheit zur Abhülfe die gegenwärtige Lage des Budget in Erwägung zu ziehen, welche eine Erhöhung der Gehalte in dem gewünschten Umfange nicht gestattet. (H. N.)

Hannover. Das Regierungschreiben zum Militär-Etat lautet: „Die Erwiderung der allgemeinen Ständeversammlung vom 2. d. Mts. auf unser Schreiben vom 2. April dieses Jahres, die Erhöhung und neue Regelung des Militair-Etats betr., drückt wiederholt den dringenden Wunsch aus, diese wichtige Angelegenheit dem allseitigen Interesse entsprechend im Wege der Verständigung erledigen zu wollen und bethätigt auch diesen Wunsch durch verschiedene auf den Fall eines solchen Einverständnisses hinzugefügte Bewilligungen. Von demselben Wunsche geleitet sind wir daher bereit, ohne jedoch unsere Ueberzeugung von dem nothwendigen Umfange der militärischen Mittel zu vollständiger Erfüllung der Bundespflichten und zu dem Dienste im Lande von dem Dafürhalten der allgemeinen Ständeversammlung abhängig zu machen, die ausgesprochenen Bewilligungen, obgleich solche verschiedene dringende Bedürfnisse unberücksichtigt lassen, als ein dauerndes Abkommen anzunehmen und lassen nun der allgemeinen Ständeversammlung mit Genehmigung Sr. Maj. des Königs die beantragte Erklärung dahin zugehen, daß gestrebt werden soll, mit der Gesammtbewilligung von 2,520,820 Thlr. 7 Gr. 2 Pf. die im Budget der königl. Generalkasse unter VI. „Kriegsministerium" aufgeführten Bedürfnisse des Militärhaushalts bestreiten zu können." (Folgen nun noch einige Einzelnheiten über Verwendung dieser Summe ꝛc., die für unsere Leser von keinem Interesse seyn dürften.) (Z. f. Nordd.)

Württemberg. Stuttgart, 4. Septbr. Die Unterhandlungen mit Bayern wegen eines Anschlusses der projektirten württembergischen Staatseisenbahn von Amstetten über Aalen, Wasseralfingen und Heidenheim an die bayerische Staatseisenbahn bei Nördlingen haben eine entschiedene Weigerung bayerischerseits zur Folge gehabt, wogegen die Geneigtheit ausgesprochen wurde, an einem anderen nördlicher gelegenen Punkte anzuschließen, der sich etwa durch eine über Ellwangen fortgesetzte Remsthalbahn ergeben würde. Ob aber die württembergische Regierung nicht trotz der bayerischen Weigerung doch die ganze beabsichtigte Bahn bauen, oder aber sich nur auf eine Zweigbahn von Amstetten oder Lonsee nach Wasseralfingen beschränken wird, darüber ist, soviel ich vernehme, im Schooße des Staatsministerium noch kein definitiver Beschluß gefaßt.

Großbritannien.

London, 5. Sept. In der Musikhalle zu Sheffield fand vorgestern Abends unter Vorsitz des Mayors der Stadt ein Meeting der Wähler des Parlamentsmitgliedes Arthur Roebuck statt zu dem Zwecke, dem Vertreter von Sheffield ein Zeichen der Anerkennung zu geben. Dieses Zeichen bestand in einer 1100 Guineas enthaltenden Börse und in der Bitte, daß Roebuck zu einem in irgend einem öffentlichen Lokale der Stadt aufzuhängenden Portrait sitzen möge. In den ihn feiernden Reden ward besonders sein Eifer in Enthüllung der auf der Krim stattgehabten Uebelstände und Mißgriffe hervorgehoben.

Die „Times" enthält einen aus Leipzig, 1. Sept., datirten, für Hamburg sehr ehrenrührigen Brief eines „Engländers". Der Briefsteller behauptet, daß die Prostitution nirgends, auch in London nicht, so schamlos auftrete, wie in gewissen Straßen Hamburgs, das er als ein wahres Sodom bezeichnet.

Helgoland, 4. Sept. Gestern wurde plötzlich auf Befehl des Gouverneurs die Spielbank geschlossen, nachdem dieselbe seit dreißig Jahren unangefochten alljährlich hier ihr Lager aufgeschlagen hatte. (B. H.)

* Die Nachricht von der Verleihung des Hosenbandordens an den Sultan bestätigt sich.

Frankreich.

Paris, 5. Sept. Der Kampf zwischen den Protectionisten und den Freihändlern, der nun in den Sitzungssälen der Generalräthe ausgekämpft werden soll, ist bekanntlich von der Regierung ausgegangen. Es wird darum nicht uninteressant für den Leser seyn zu erfahren, daß Herr Billault, der Minister des Innern, seine Anwesenheit in der Hauptstadt des Norddepartements dazu benutzte, die vorzüglichsten Fabriken der Stadt zu besuchen. Der Minister widmete diesem Besuche einen ganzen Tag und hörte alle Einwendungen an, die gegen den von der Regierung unterstützten Gesetzvorschlag gemacht wurden. Herr Billault discutirte mit den Fabrikanten von Lille über sämmtliche Fragen, welche mit dem Prohibitivsystem in Verbindung stehen. Wir erfahren aus guter Quelle, daß der Minister bei dieser Gelegenheit sich ungefähr in folgender Weise aussprach: Die kaiserliche Regierung habe keinen Augenblick aufgehört, der Entwickelung der Nationalarbeit günstig zu seyn. Was die Opposition betreffe, die sich aus Anlaß der von der Regierung beabsichtigten Form in der Handels- und Industriewelt bemerkbar gemacht habe, so beziehe sich dieselbe auf die Mittel, denn die Prohibition sey ein Mittel und kein Princip. Es handle sich bloß darum, das eine Mittel durch ein anderes zu ersetzen und durch bedeutende Schutzzölle alle Interessen zu wahren. Es sey demnach nur noch zu untersuchen, wie hoch die Zölle gestellt werden müßten, um die heimische Industrie vor aller Concurrenz zu schützen. Die Regierung lasse in dieser Beziehung die genauesten Untersuchungen anstellen, und der Schutz, welcher der Nationalindustrie gewährt werden solle, werde ein vollständiger seyn.

(Frkf. Postz.)

* Paris, 5. Septbr. Graf Walewsky erhielt von der Königin von England zur Erinnerung an den Friedensvertrag eine mit dem Bildnisse der Königin und mit Brillanten geschmückte Tabatière.

Paris, 5. Sept. Die halbamtlichen Provinzialblätter sind immer noch voll von dem freundlichen Auftreten des Kaisers und der Kaiserin in Biarritz. Eines derselben erzählt, daß die Kaiserin bei ihrem Spaziergange am letzen Montage eine arme Frau mit einem kranken Kinde auf ihrem Wege getroffen und sich von derselben nach der Villa Eugenia hatte begleiten lassen, damit das Kind vom Arzte des kaiserl. Prinzen geheilt werde. Die Gesundheit des kaiserl. Ehepaares und des kaiserl. Prinzen ist diesen Blättern zufolge ausgezeichnet. — Das Lager, das im Marne-Departement errichtet wird, soll sehr großartig werden. Die Regierung wird zu diesem Zweck 12,000 Hektaren Landes, die jetzt brach liegen, ankaufen. Das Lager selbst wird ein permanentes seyn, und dort Wohnungen für 8 — 10,000 Mann Kavallerie und 15,000 Mann Fußvolk errichtet werden.

(K. Z.)

» Die im Messager de Bayonne mitgetheilte Nachricht, daß die kais. Familie ihren Aufenthalt in Biarriz bis 1. Oktober verlängern will, wird bestätigt.

Spanien.

Die Mitglieder der castilianischen Grandezza haben in Berücksichtigung der Lebensmitteltheuerung und in der Absicht, sich vor jedem Verdachte ungerechtfertigter Kornspekulation zu sichern, in einer bei dem Grafen v. Altamira gehaltenen Versammlung beschlossen, ihr sämmtliches Getraide zu verkaufen. Die Königin Isabella hat ihnen hierfür in der offiziellen Zeitung ihren Dank aussprechen lassen.

Madrid, 30. August. Seit dem Belagerungszustande haben die Meutereien zwar aufgehört, die Diebstähle und Mordthaten aber haben zugenommen, und die Brandstiftungen vervielfachen sich aller Orten. Gestern wurde die Central-Universität erheblich bestohlen, ohne daß bisher eine Spur der Diebe aufgefunden werden konnte. Unter den gestohlenen Gegenständen befinden sich ein silberner Becher des Kardinals Ximenes, ein kostbarer Siegelring und ein reich gebundenes Manuskript der Predigten des heiligen Thomas von Villanuova.

Madrid, 31. August. Es kann kaum eine Regierung geben, welche in sich schwächer, haltloser, unsicherer im Auftreten, schwankender in ihren Meinungen und Grundsätzen ist, als die jetzige, von dem Grafen v. Lucena (O'Donnell) vertretene. Vor einigen Tagen kam es zwischen O'Donnell und Rios Rosas zu so heftigem Streite, daß sie sich duelliren wollten, und es bedurfte der eindringlichsten Vorstellungen ihrer Freunde, um sie von dem unerhörten Skandal zurückzuhalten. Die Moderados jubeln; die Herrschaft scheint ihnen gewiß. Natürlich, daß die moderaden Gobernadoren und Generalkapitäne in den Provinzen von diesen Zuständen Kenntniß erhalten; noch natürlicher, daß sie sich um Befehle und Dekrete, die ihnen aus der Hauptstadt zugehen, wenig kümmern, wenn dieselben mit ihren politischen Ansichten, mit ihren Parteileidenschaften im Widerspruche stehen. Sie üben Verfolgungen gegen Progressisten und Demokraten auf eigene Faust, sie setzen nach eigenem Belieben Ayuntamientos (Gemeindebehörden) zusammen und schließen nach ihrem Gutachten Personen von denselben aus, die nach den wiederholt und eindringlich ausgesprochenen Grundsätzen der Regierung der Aufnahme in die Körperschaft würdig wären.

(K. Z.)

Italien.

Die Regierung in Turin hat die Beschlagnahme sämmtlicher Blätter verfügt, welche Listen der Subskriptionen zum Ankauf von 10,000 Gewehren (wozu bekanntlich Mazzini aufgefordert hatte) veröffentlichten.

(N. K.)

Turin, 1. September. Der sardinische Klerus hat nun von Rom aus seine Verhaltungsbefehle erhalten, die ihm in allen jenen Fällen zur Richtschnur dienen sollen, in welchen er in der Ausübung der Pflichten seines Amtes, namentlich bei Taufen, Vermählungen und Begräbnissen mit Individuen zusammenstößt, welche für Einführung des Klostergesetzes, welches die Aufhebung der meisten Klöster und den Verkauf ihrer Güter anordnet, stimmten, oder bei dessen Veröffentlichung und Vollziehung betheiligt waren. Das Aktenstück ist von der römischen Sacra Poenitentiaria ausgegangen und ertheilt auf sieben vom sardinischen Klerus gestellte Fragen ausführliche Antwort. Ohne daß die Kurie von ihrem Recht im Geringsten etwas aufgibt, hat sie doch in diesem Falle sehr nachgiebige und dehnbare Normen aufgestellt, und namentlich sind für alle jene Regierungsbeamten, welche sich in der kitzlichen Alternative befinden, entweder der Kirche untreu zu werden, oder ihr Brod aufgeben zu müssen, Wege offen gelassen, welche eine Ausflucht übrig lassen. Als solche werden angegeben: Abbitte bei der Kirche Widerruf und thunlicher Schaden-Ersatz. Damit aber dem Widerrufenden in keinerlei Weise Schaden erwachse, kann der Widerruf in die Hände des Bischofs niedergelegt werden. Dieses Pfand der Kirche verbleibt der bischöflichen Kanzlei, und es darf nur zu rechter Zeit mit allen möglichen Rücksichten, und ohne daß irgend Jemand Schaden erwachse, veröffentlicht werden. Außer diesen sieben Antworten fand die Sacra Poenitentiaria für gut, noch weitere vier Anordnungen beizufügen, die sich auf die verkauften Klostergüter selbst und ihre Käufer, jetzigen Besitzer oder Verwalter beziehen. Alle diese Personen sind von den Kirchenstrafen freizusprechen, nachdem ihnen eine heilsame Buße und Wiedergutmachung des Aergernisses, welches sie gegeben haben, auferlegt ist. Es ist auch allen Gläubigen die Erlaubniß zum Ankauf ehemaliger Klostergüter, oder wenn schon angekauft, zum Fortbesitz derselben zu ertheilen, wenn sie folgende Bedingungen einzuhalten versprechen: 1) diese Güter zur Verfügung der Kirche bereit zu halten, und daher ihren Befehlen zu gehorchen; 2) diese Güter zu bewahren, und sie in nutzbringender Weise zu verwalten; 3) allen frommen Stiftungen zu genügen, mit welchen diese Güter belastet sind, und die Personen oder die Kirche, welchen dieselben gehörten, zu unterstützen, besonders wenn der Ertrag dieser Güter den dafür bezahlten Preis übersteigt; doch kann dieses Mehrerträgniß auch zu Abtilgung des Kaufpreises verwandt werden. Handelt es sich um den Verkauf von Kirchen oder der Kirche gehörigen Gebäulichkeiten, und es wäre Gefahr vorhanden, dieselben könnten in die Hände von Nichtkatholiken fallen, so können die Vorgesetzten der Kirche den Katholiken erlauben, diese Gebäude anzukaufen, auch ohne die ausdrückliche Bedingung, daß dieselben der Kirche zurückzuerstatten sind, zumal wenn sie geneigt, sind anderweitigen Bedingungen, insbesondere aber den Befehlen der Kirche zu gehorchen; 4) die Erben oder Nachfolger sind von diesen Bedingungen durch ein Schreiben zu unterrichten, welches von ihnen zu unterzeichnen ist, damit dieselben wissen, welche Verpflichtungen sie übernehmen. Vorstehende Bedingungen sind auch gegen die Pächter solcher Güter zu handhaben.

(Allg. Ztg.)

Die in Livorno am verflossenen 24. August stattgehabten Unruhen waren nach dem „Corriere mercantile" zugekommenen Nachrichten, welche derselbe aus vollkommen zuverlässiger Quelle haben will, bedeutender, als sie der „Monitore Toskano" erzählte. Nach dem „Corriere" wurden mehrere Soldaten entwaffnet und verwundet, die Gendarmen wurden mit Steinwürfen empfangen und mit Messerstichen zurückgetrieben; zuletzt ließ der Kommandant der Garnison, Rousselot, die Truppen ausrücken; doch verliefen sich die Haufen erst, als eine Abtheilung Schützen, freilich nur blind, gefeuert hatte. Der ganze Spektakel hatte seinen Grund darin, daß man junge Leute verhaften wollte, die angeblich patriotische Lieder sangen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß vor etwa anderthalb Jahren vielfach die Rede war, einen Kanal von Czernawoda nach Kustendsche zu bauen, um die Donau mit dem schwarzen Meere auf einem kürzeren Wege zu verbinden und die von Rußland der Verschlammung geweihten Donaumündungen zu vermeiden. Der mittlerweile abgeschlossene Friedenstraktat, der

die Donaumündungen der Gewalt der Russen entriß, hob das politische Motiv vollständig auf, das früher den Bau jenes Kanals empfahl. Ein Hr. Wilson in London hat nun eine Aktiengesellschaft gebildet, die das Projekt ausführen will, die Krümmungen und Beschwerlichkeiten der Wasserfahrt zwischen Czernawoda bis Kustendsche durch eine Eisenbahn, die beide Punkte verbinden soll, zu beseitigen. Die Kosten sind auf 3 Millionen (Gulden? Pfd. Sterl.?) berechnet, und dieses Kapital ist durch Zeichnungen in London bereits gedeckt. Ein englischer Rechtsfreund und mehrere Ingenieure sind an Ort und Stelle gereist, um die nöthigen Aufnahmen vorzunehmen, während gleichzeitig in Konstantinopel um die Umwandlung des ertheilten Fermans für den projektirten Kanalbau in eine Eisenbahnkonzession nachgesucht wird. (Ostd. Post.)

Rußland und Polen.

Moskau, 30. August. Gestern Nachmittag hat der Einzug des Kaisers aus dem Petrow-Palais nach Moskau ganz dem Programme gemäß stattgefunden. Der Zug setzte sich in folgender Ordnung in Bewegung. Der Polizeimeister und 12 Gensdarmen, je zwei in der Reihe; sodann das höchsteigene Convoi Sr. kaiserl. Majestät, und eine Eskadron der Leibgarde der tschernomorischen Kosaken-Division und der Leib-Eskadron des Leibgarden-Kosaken-Regiments; hierauf der vornehmste Adel zu Pferde, je zwei in der Reihe, in Uniform, mit dem moskauischen Kreis-Adelsmarschall an der Spitze; die Deputirten der asiatischen, Rußland unterworfenen Völkerschaften zu Pferde, je zwei in der Reihe: Diesen folgte eine große Zahl Hofbediensteter aller Klassen theils zu Pferde, theils in offenen Phaetons. Hierauf kamen die ersten Würdenträger des Hofes, in viersitzigen vergoldeten Parade-Wagen, die Glieder des Reichsraths, in eben solchen Wagen, die Leib-Eskadron des Chevaliergarde-Regiments und die Leib-Eskadron des Leibgarde-Regiments zu Pferde.

Unmittelbar nach diesen Truppen kam der Kaiser zu Pferde, gefolgt vom Kriegsminister und dem Minister des kaiserlichen Hofes, sowie den Generaladjutanten. Diesen schlossen sich sämmtliche Großfürsten und die auswärtigen Prinzen an. Hierauf kamen die Kaiserin und die Kaiserin-Mutter, jede in einem vergoldeten mit acht Pferden bespannten Paradewagen; bei jedem Pferde ein Stallbedienter, an jeder Seite des Wagens ein Stallmeister zu Pferde, und vor demselben ein Stalloffizier, ebenfalls zu Pferde; hintenauf zwei Pagen; an den Seiten schritten vier Kammerkosaken in Paradeanzug; hinter dem Wagen folgten sechs Kammerpagen zu Pferde, und diesen nach zwei Reitknechte, ebenfalls beritten. Den Kaiserinen folgten in vergoldeten Paradewagen sämmtliche Großfürstinen, je zwei in einem Wagen; dann kam die Leibeskadron Leibgarde-Kürassier-Regiments des Kaisers und die Leibeskadron des Leib-Kürassier Regiments der Kaiserin. Die Staatsdamen, Kammerfräulein, Hofmeisterinen und Fräulein, in viersitzigen vergoldeten Paradewagen; endlich die Leibeskadron des Leibgarde-Husaren-Regiments und die Leib-Eskadron des Leibgarde-Uhlanen Regiments.

Beim Betreten der Residenz wurden 71 Kanonenschüsse gelöst, und beim Einzuge in dieselbe bewillkommnete Se. Majestät der moskauische Kriegs General-Gouverneur mit den unter seinem Befehle stehenden Würdenträgern und schloß sich der Suite Sr. Maj. an. Beim Einzuge in Semljanoi-Gorod bewillkommneten die Stadt-Duma und die Magistrate; in der Weißen Stadt der moskau'sche Gouvernements-Adels-Marschall; bei dem Woskressenski-Thore der moskau'sche Civil-Gouverneur mit den Autoritäten der amtlichen Behörden. Bei diesem Thore geruhten Ihre kaiserlichen Majestäten und Ihre Hoheiten vom Pferde zu steigen und die Equipagen zu verlassen, um vor dem Heiligenbilde der iwerischen Mutter Gottes ihre Andacht zu verrichten. Beim Spasskischen Thore bewillkommnete der Commandant von Moskau mit den unter seinem Befehle befindlichen Stabs- und Oberoffizieren; bei der Uspenskischen Kathedrale der Dirigirende Senat. Ihre Majestäten und Ihre Hoheiten sowie auch alle Personen, welche den Allerhöchsten Herrschaften im Cortege folgten, hielten gegenüber der rothen Paradetreppe an, woselbst sie von den Pferden stiegen und die Equipagen verließen. Der heiligste Synod und die Geistlichkeit bewillkommneten nach vorausgegangener Abhaltung eines Dankgebets in der Uspenskischen Kathedrale über die glückliche Ankunft des Kaisers und unter dem Gesange für das Wohl des ganzen kaiserlichen Hauses auf die Vorhalle der Kirche herausgetreten, Ihre Majestäten und Ihre Hoheiten mit dem Kreuze und dem Weihwasser, und schritten Ihnen zur Kathedrale voran . . . . Nach dem Eintritt in den Tempel wurde eine Salve von 85 Kanonenschüssen gelöst. Ihre kaiserl. Majestäten geruhten die heiligen Ikonen und Reliquien zu küssen und hierauf unter dem Vortritt des Metropoliten von Moskau in die Archangel'sche und Blagowetschtschenskische Kathedrale zu gehen, in welchen, ebenfalls bis zur Allerhöchsten Ankunft, Dankgebete celebrirt wurden. Nachdem Ihre Majestäten auch in diesen Kathedralen die heiligen Ikonen und Reliquien geküßt und in der ersteren an den Gräbern Ihrer Vorfahren ihre Andacht verrichtet hatten, begaben sie sich nach dem Kreml-Palais. Beim Eingange in den Kremel stand die Hof-Geistlichkeit mit dem Kreuze und dem Weihwasser, der Ober-Marschall mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des moskau'schen Palais-Comptoirs überreichten hier Sr. Majestät Salz und Brod. In diesem Moment erfolgten 101 Kanonenschüsse und begann in allen Kirchen das Glockengeläute, welches den ganzen Tag hindurch währte, am Abend wurde die Stadt illumirt.

Wie verlautet sollen die weiteren Festlichkeiten in nachstehender Reihenfolge vor sich gehen. Am 30. August Einweihung der Reichsfahne; am 1. September Revue sämmtlicher Truppen auf dem Hodinichen Felde; am 4. September feierliche Proklamation der Kröung; am 7. September Krönung; am 8. Sept. Morgens Gratulation und Abends Ball. Die folgenden Tage sind für Bankette aller Art bestimmt. Am 19. September soll Zurückführung der Reichskleinodien in die Rüstkammer erfolgen. Am 20. wird der Geburtstag des Großfürsten Thronfolgers und am 21. der des Großfürsten Constantin festlich begangen. Am 24. soll ein Volksfest und am 26. ein Maskenball im Schlosse stattfinden. Am 30. September wird die Reihe der Feste durch ein Feuerwerk geschlossen.

Der zur Krönungsfeier nach Moskau entsandte Korrespondent der „Daily-News" zieht eine Parallele zwischen Petersburg und Moskau. Nach der riesigen und kalten Stadt Petersburg findet er die alte Czarenresidenz behaglich, mannigfaltig, eigenthümlich und dabei „so volkreich wie London und so heiter wie Paris". Lord Granville's Wohnung, ein früherer Palast des Fürsten Graziano, enthalte Gesellschaftszimmer, in denen nach Londoner Weise 2000 Personen untergebracht werden könnten. Da aber die Russen zu ihren Tänzen Platz brauchten, sich auch beim Abendessen zu setzen pflegten, anstatt wie in England die Damen zu bedienen, so werde man höchstens 600 Gäste einladen. Auf dem Felde, wo das Volksfest stattfinden soll, sind bereits drei (engl.) Meilen lange Tische aufgeschlagen mit Fontainen dazwischen, die Quaß und Wodka spenden werden, jedoch, wie dem Berichterstatter zu seiner Beruhigung versichert wurde, in so homöopathischer Verdünnung, daß die Heiterkeit nicht gefährlich werden könne. (Nat. Z.)

Moskau, 30. August. Mit dem Einzuge der kaiserlichen Majestäten in den Kreml ist der erste, einleitende Akt des großartigen Krönungs-Schauspiels beendigt. Es treten jetzt einige Tage der Ruhe ein, bis an den letzten drei Tagen vor der Vollziehung der Krönung, also am 4., 5. und 6. September die öffentliche Verkündigung des Krönungstages, der auf den 7. September angesetzt ist, stattfindet. Auch diese Zeremonie geschieht mit großem Pomp. (H. N.)

Amerika.

* Die letzten Nachrichten aus Nordamerika sind beunruhigend, indeß ist doch zu hoffen, daß der Streit, welcher dort zwischen den Staatsgewalten ausgebrochen ist, auf gesetzlichem Wege von diesen ausgefochten werden wird. Die Repräsentantenkammer hat trotz der jammernden Botschaft des Präsidenten Pierce, welcher klagend ausruft, man wolle die Armee desorganisiren, wie am Schlusse der ordentlichen Session, das Kriegsbudget wieder mit derselben Beschränkung votirt, als das erste Mal. Die positiven Nachrichten gehen nicht weiter, aber es liegt ein Brief von einem sehr sachkundigen Manne vor uns, worin die endliche Ausgleichung des Streites in Aussicht gestellt wird, und zwar glaubt unser Gewährsmann, daß die Zugeständnisse von der Repräsentantenkammer gemacht werden dürften. Noch erregt unsere Aufmerksamkeit die selbständige Kundmachung, welche die Deutschen in New-York zum ersten Male aus Anlaß der Präsidentenwahlen gemacht haben. Das Meeting derselben, an welchem Fröbel, Kapp und mehrere andere Flüchtlinge Theil genommen haben, erregte Aufsehen und es wurde namentlich bemerkt, daß der Hauptredakteur der „New-York-Tribune" eine deutsche Rede gehalten hat, was von Seite eines Amerikaners als ein großes Zugeständniß angesehen werden muß. Es ist selbstverständlich, daß das deutsche Meeting zu Gunsten Fremonts sich ausgesprochen hat und einer der Antragsteller hat verlangt, den Beitritt der Deutschen an die Bedingung zu knüpfen, daß Fremont die Knownothings von sich weise, welcher Antrag jedoch nicht angenommen worden war. Der Ausfall des Meetings ist übrigens ganz gleichgültig; wichtig ist bloß, daß die Deutschen in Amerika sich zu fühlen anfangen. Bei ihrer Bildung und auch bei der Anständigkeit, welche der großen Mehrzahl von ihnen nachgesagt werden muß, wären die Deutschen seit lange zu einer wichtigeren Rolle gelangt, wenn sie auch nur ihre Macht zu würdigen und durch Zusammenwirken geltend zu machen wüßten.

Nichtpolitische Zeitung.

Paris, 4. September. Großes Aufsehen erregt hier das Verschwinden zweier Kassirer der Administration der Nordbahngesellschaft. Mit ihnen zugleich soll für 1,800,000 Fr. baares Geld verschwunden seyn. Diese bedeutende Summe war für Aktien eingegangen, die während des letzten Monats verkauft und am 31. August abgeliefert worden waren. (K.Z.)

* Schon vor mehreren Monaten machten wir auf ein neues Unternehmen aufmerksam, welches wir als der gegenwärtigen Zeit sehr entsprechend bezeichneten. Es ist dies die von dem bekannten Nationalökonomen Max **Wirth** zu Frankfurt a/M. herausgegebene periodische Schrift: **Der Arbeitgeber**. Wie M. Wirth in der 1. Nummer seines Blattes sagt, hat jede Geschäftsbranche mehr oder weniger ihre Regulirung und Organisation; mit dem Ueberfluß auf der einen Seite lasse sich durch die gegenwärtigen Communikationsmittel auf der andern, die Mangel leidet, leicht Abhülfe erzielen; nur das Feld der Arbeit, das Verhältniß der Arbeitgeber zu den Arbeitsuchenden (Arbeiter im national-ökonomischen Sinn, d. h. wer durch geistige oder körperliche Anstrengung Werthe schafft) entbehre zur Zeit noch jeder Regulirung. Das ist nun der Zweck des genannten Unternehmens; es wird den Ueberfluß von Arbeitern in der einen Gegend in jene Gegend verweisen, wo man deren bedarf und wo erhebliche Löhne zu erzielen sind; es wird vermöge seiner statistischen Quellen im Stande seyn, über Aussichten in irgendeiner Carriere Aufschluß zu geben und dadurch Eltern und Vormündern die Wahl des Berufes der ihnen Anvertrauten erleichtern, u. s. w. Das Unternehmen ist, wie der Herausgeber in der 1. Nummer erklärt, materiell gesichert. Er zahlt auf Verlangen für entsprechende Beiträge 50 bis 100 fl. Honorar per Druckbogen. Vorderhand erscheint der Arbeitgeber bloß einmal wöchentlich, nach Bedürfniß aber auch öfter.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 8. September. Die Flauheit, die sich schon seit geraumer Zeit an der Börse geltend machte, war heute besonders an der Tagesordnung und blieb kaum ein einziges Effekt davon verschont, auch die Devisen waren sämmtlich mehr oder minder angeboten.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82 P. 81¾G. 5pCt. Lombard-Ven. 89⅞ P. 89⅝ G. Metall. alte à 5pCt. 80¼ P. — G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. — G.; à 4½pCt. 70¼ P. — G.; à 4pCt. 63 P. — G.; à 3pCt. 48 P. — G.; à 1pCt. 16⅛P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 58⅛ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼P. 86¾ G **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95¼P. 94¾G.; 4pCt. Grundrente 95¼P. 94¾G.; 4½pCt. 101½P. 101¼G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91⅛P. 90⅞ G.; 4½pCt. 102⅝ P. 102⅛ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100P. 99½G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90⅝P. 90⅛G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83⅛P. — G.; à 3½pCt. 92P. 91½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39¾ G.; 1pCt. neue 21⅞P. 21⅝G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1261P. 1256G. Neue Bankaktien 380 P. 375 G. Credit-Actien à 5pCt. 231 P. 237G. Darmstädter Bankaktien alte 418P. 416 G.; junge 366 P. 361 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 550 P. 545 G. Mitteldeutsche Creditbank 109¾P. 109¼G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 116¾P. 116¼G. Frankf. Bankaktien 117½ P. 117 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 279 P. 277 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142½P. 142 G. Neustadt-Weissenb. 106½ P. 106 G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 104 P. 103¾ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 61 P. — G. Taunus-Aktien 345 P. 342 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¼P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 99¼ P. 99 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 123¾P. 123¼G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105½P. 105 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 117½P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49⅛P. 48⅞G. Darmst. Loose à fl. 50 118P. 117½G. à fl. 25 34½P. 34¼G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40⅜ P. 39⅞G. Nass. Loose à fl. 25 33⅓ P. 33¼ G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44¾G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87¼ P. 87¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117⅞P. 117⅝G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120⅛P. 119⅞G	Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 100P 99¾G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Paris Frs. 200 k.S 93¼P. 93 .
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅝P. — —G.	Lyon Frs. 200 k.S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Ld.kS 96¼P. 96G.	Wien fl. 100 C. k S. 115¼P. — —G.
Hamb. MB. 100 k.S 89P 88¾G.	Wien 3 M. mit 4% 115P. —G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104¾P. 104½G.	Disconto P. 4pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 8. Septbr. Der Staatsgerichtshof verurtheilte den wegen des Potsdamer Depeschendiebstahls angeklagten Techen als Landesverräther (wegen seiner Verbindung für politische Zwecke mit Agenten auswärtiger Regierungen) zu achtjähriger Zuchthausstrafe und zehnjähriger Stellung unter Polizeiaufsicht. (Frankf. J.)

Paris, 6. Sept. Neu-Caledonien (australische Insel) ist nun definitiv als Deportirungsort angenommen. Der Kaiser hat seine Zustimmung gegeben, daß die Strafkolonie von Cayenne dahin verlegt werde. (K. Z.)

Neapel, 1. Septbr. Es werden im Königreich beider Sizilien großartige Vertheidigungsmaßregeln getroffen. Vor drei Monaten waren alle Kommandanten der festen Plätze des Mittelmeeres nach Neapel berufen worden. Man erfuhr damals nicht, welches der Zweck dieser Konferenz war. Heute hört man nun, daß es sich um ausgedehnte Befestigungen, die auf den Küsten angelegt werden sollen, handelte. Die betreffenden Arbeiten sind bereits mit ungewöhnlicher Energie auf allen Punkten der Küste begonnen worden. Auf der Insel Capri wird am eifrigsten gearbeitet. Dieselbe soll beinahe uneinnehmbar gemacht werden. (K. Z.)

Moskau, 7. Sept. Heute Mittag wurde die Krönung des Kaisers in feierlichster Weise und mit aller Pracht vollzogen. Das Fest ist von dem schönsten Wetter begünstigt. Endloser Jubel herrscht überall. (T.D.d.Fr.J.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 252.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 10. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 6 Septbr. Gestern wurden hier die ersten Sitzungen von Abgeordneten des evangelischen Bundes und andern Freunden desselben gehalten. Vertreten waren Preußen (zwei Provinzen), mehrere süddeutsche Staaten, Frankreich und England, so daß die Versammlung im Ganzen sechzehn Personen umfaßte. Kaum hatte die Morgensitzung begonnen, so lief auf telegraphischem Wege eine Nachricht ein, welche die Versammlung wohl hätte veranlassen können, auseinander zu gehen und die ganze Sache fallen zu lassen. Da man aber jedenfalls nach Kräften dazu beitragen wollte, daß Menschen, die durch Glauben und Gesinnung zusammengehören, sich nicht in gegenseitigem Kampfe aufreiben, wurde in den Verhandlungen fortgefahren. Ich enthalte mich einer weiteren Darlegung aller Einzelnheiten und beschränke mich darauf, die einhellig gefaßten Beschlüsse mitzutheilen, die indessen durch Obiges ihre Bedeutung bekommen. 1) Die Versammlung drückt das lebhafteste Verlangen aus, daß im nächsten Jahre eine Konferenz von Christen aller Länder zu Stande komme. 2) Diese Versammlung wird an näher festzusetzenden Tagen in Berlin zusammen treten. 3) Sollten sich aber hiergegen (Nr. 2) irgend welche unüberwindliche Hindernisse herausstellen, so wollen die Freunde des Bundes die Bildung eines Komite veranlassen, welches die Versammlung in einer anderen großen Stadt Deutschlands vorbereitet. (Schw. M.)

Bayern. Ein der „Allg. Ztg." aus Mittelfranken 5. Sept. zugegangener Bericht trägt aus dem neuen „Generale" unseres protestantischen Oberkonsistorium das nach was die höchste kirchliche Behörde über die Genesis und den Gebrauch des neuen „Agenden-Kerns" äußert, und was daher ein allgemeines kirchliches Interesse anspricht. „Das Bedürfniß — heißt es in diesem Betreff u. a. wörtlich — die in den alten Kirchenordnungen niedergelegten agendarischen Schätze unserer Kirche den Gemeinden, die sie zum Theil noch in guter Erinnerung haben, in unverkümmerter Gestalt zurückzugeben, ist, wie überall, so auch unter uns, zugleich mit dem stärker wieder erwachenden kirchlichen Bewußtseyn in weiten Kreisen hervorgetreten, und von der letzten Generalsynode ausdrücklich ausgesprochen worden. Aus diesem Bedürfniß ist der Agenden-Kern erwachsen. Derselbe ist unter sorgfältiger Benützung der bewährtesten alten Kirchenordnungen und Agenden zu Stande gekommen. Von den bei der vorletzten Dresdener Konferenz proponirten Formularen über Ordination, Installation, Taufe, Kopulation und Begräbniß hat unter einigen Modifikationen um so eher Gebrauch gemacht werden können, als sie in gleicher Weise nur eine Zurückstellung der in den besten alten Kirchenordnungen vorkommenden agendarischen Schätze sind, und dem Streben nach einer unter den lutherischen Landeskirchen Deutschlands zu bewirkenden liturgischen Einigung nach dem Wunsche der letzten Generalsynode entspricht." „Was den Gebrauch des Agenden-Kerns anlangt, so soll er nicht als definitiv und allgemein verbindlich, sondern nur als provisorisch und fakultativ betrachtet werden, als provisorisch, weil er nur bis zur Einführung einer definitiven Agende zulässig seyn soll, und als fakultativ, weil zu dessen ausschließlichem und vollständigem Gebrauch Niemand verpflichtet, vielmehr nur angeordnet seyn soll, daß er neben dem Agenden-Entwurfe von 1852 und den zur Zeit gesetzlich geltenden, oder in anerkannter Uebung stehenden Agenden, jedoch mit Ausschluß der sofort überall zu beseitigenden Seiler'schen und Jung'schen Agende, gebraucht werde." — „Es ist anerkannt, daß die Anwendung der Abrenunciation (Teufelsbeschwörung) bei der Taufe ein bis jetzt nirgends gesetzlich abgeschaffter bedeutungsloser Brauch der ganzen lutherischen Kirche sey, und ihre Einsetzung findet sich schon in dem bayrischen Agenden-Entwurf von 1836. Gleichwohl ist bei der wirklichen Anwendung der Abrenunciationsformel mit aller Vorsicht in der Erwägung zu Werke zu gehen, daß Sinn und Bedeutung derselben vielen Gemeinden ganz verloren gegangen, und, daß ehe das Verständniß derselben auf dem Wege der Belehrung wieder gewonnen seyn wird, die vorzeitige Anwendung einer nicht mehr verstandenen Form der Erbauung eher schaden als nützen muß. Deßgleichen ist nicht zu läugnen, daß die Ertheilung einer Absolution mit Handauflegung an die einzelnen Confitenten ein altkirchlicher Brauch ist; aber seine Einführung in die Beichthandlung hat an manchen Orten bis jetzt unüberwindliche Schwierigkeiten."

Preußen. Bekanntlich hat der Direktor des ökonomisch-patriotischen Vereins zu Oels in Schlesien, Landesältester Herr von der Berswordt auf Schwierse, ein Rundschreiben wegen Wiedereinführung der Prügelstrafe an die Vorstände der landwirthschaftlichen Vereine Preußens erlassen. Die Antwort, welche von der Direktion des landwirthschaftlichen Vereins in Crefeld auf jenes Anschreiben ergangen ist, lautet: „Ew. Hochwohlgeboren erlaube ich mir auf Dero Rundschreiben zu erwidern, daß wir, Gott sey Dank, am Rheinstrome Zustände, wie Sie sie anführen, nicht kennen. Unsere Bevölkerung erfreut sich eines Wohlergehens, welches die Folge fleißiger, meist selbständiger Arbeit und dafür hinlänglichen Lohnes ist. Dieselbe bedarf keiner entehrenden Strafe, wie Ew. Hochwohlgeboren und Andere sie für zweckmäßig erachten. Eine Petition an den Landtag, eine solche wieder zu schaffen, wird nur der Rheinländer unterschreiben, welcher es anstreben mag, den Unmuth und Widerwillen seiner Landsleute auf sich zu laden." Sehr viele andere landwirthschaftlichen Vereine des Rheinlandes und Schlesiens haben sich ebenfalls schon gegen die Wiederherstellung der Prügelstrafe ausgesprochen, die auch von der Regierung nicht gewünscht wird.

Aus Berlin, 6. Septbr., schreibt man dem „Schwäb. Merk": „In dem Neuenburger Vorgange ist vor Allem festzuhalten, daß hier in einflußreichen Kreisen keine Einverständnisse bestanden haben, und von Unterhandlungen, die auf eine gewaltsame Wiederherstellung der preußischen Autorität gerichtet gewesen wären, nicht die Rede war. Die auf dem Pariser Kongreß kundgegebene Zurückhaltung der übrigen Mächte Angesichts der von Preußen angeregten Frage hatte der Regierung gezeigt, wie ein militärisches Vorgehen von preußischer Seite zur Besitzergreifung Neuenburgs sehr geringen Sympathien bei den andern Staaten begegnen würde. Ein Sieg der Royalisten, auf die Zustimmung der Mehrheit des Kantons gegründet und diese kundgebend, hätte der Regierung augenscheinlich große Verlegenheiten bereitet. Sie konnte die durchgesetzte Wiedereinsetzung der preußischen Herrschaft, so weit diese früher bestanden, sich nicht selbst überlassen und hätte zwischen einer Ehrenpflicht und einem wahrscheinlichen Kriege mit der Schweiz zu wählen gehabt. Die Niederlage der Royalisten konnte Preußen dagegen zu ihrer weiteren Unterstützung nur in der Voraussetzung verpflichten, daß das Unternehmen von hier aus gefördert worden wäre, was thatsächlich nicht der Fall ist. Wie die Dinge liegen, gibt Preußen sein bei jeder Gelegenheit gewahrtes Recht nicht auf, aber es wird zur Geltendmachung desselben seine Stunde wählen."

Oesterreich. Prag, 5. Septbr. Es wird an der Spitze der Gesellschaft, welche sich um die Konzession zu einer Eisenbahnverbindung der böhmischen Bäder bewirbt, der Kardinal Fürst Schwarzenberg genannt. (D. A. Z.)

Klagenfurt, 5. Septbr. Ihre. k. k. Majestäten sind heute Morgens 7¾ Uhr von hier im besten Wohlseyn nach Oberkärnthen abgereist. (T. D. d. Ostd. Post.)

Schweiz.

Ueber die Neuenburger Ereignisse wird der „K. Z." aus Bern, 5. Sept. noch Folgendes geschrieben: „Neben Neuen-

burg war Locle der Hauptschauplatz des Geschehenen. „Es lebe der König! Nieder mit der Republik!" Dieser Ruf erscholl gleichzeitig wie in Neuenburg, auch in den Straßen von Locle, wo sich, unterstützt von Parteigenossen aus La Sagne, die Königlichgesinnten schnell des Stadthauses bemächtigt und die preuß. Fahne aufgepflanzt hatten. Der Präfekt und der Gerichtspräsident wurden nebst anderen Republikanern verhaftet. Eine vom Grafen Pourtales unterzeichnete Proklamation forderte Ablieferung aller Waffen vor 10 Uhr und erklärte die Herrschaft des Königs als wiederhergestellt. Der Ruf: „Es lebe die Republik! Zu den Waffen! Befreit die Gefangenen!" brachte die Royalisten zur Bestürzung, denn ihre Gegner hatten sich ebenfalls gesammelt. Als eine republikanische Schaar unter dem Kommando des Hauptmanns Ami Girard von Chauxdefonds anrückte, verwandelte sich die Bestürzung in Schrecken. — Die Royalisten zogen nach La Sagne zurück. Die eidgenössische Fahne nahm die Stelle der preußischen ein, und die Gefangenen wurden befreit. In La Chauxdefonds wurde schon am frühen Morgen des 3. d. Generalmarsch geschlagen und Sturm geläutet. Das Volk sammelte sich, die in die Miliz eingetheilten Bürger reihten sich alsbald ein, junge Leute bildeten Korps von Freiwilligen; ein provisorischer Kriegsrath erklärte sich auf dem Gemeindehause permanent und traf Anordnungen zum Widerstande. Die Milizen mit zwei Geschützen marschirten um Mittag schon gegen Neuenburg. Alle Waffen wurden auf das Gemeindehaus geliefert, um die Freiwilligen zu bewaffnen. Unterdessen hatte der Präfekt des großen Rathes, Eugen Huguenin, die in Locle und Chauxdefonds wohnenden Mitglieder dieser Behörde zu einer außerordentlichen Versammlung in Cret du Locle einberufen. Die Führer der Royalisten hatten ihre Organisation begonnen; einer derselben, Mathey-Doret, veröffentlichte bei den Ponts einen von Pourtales unterzeichneten Erlaß, nach welchem der Graf Petitpierre-Wesdählen zum Präsidenten, der genannte Mathey zum Kommissär der provisorischen Regierung ernannt war. Der Präfekt von Neuenburg, der verhaftet werden sollte, war nach Val de Ruz entflohen, wo er die Republikaner sammelte und mit ihnen den Paß von Valangin besetzte. Wie sehr Neuenburg selbst von den Leuten, welche es bewachen sollten, im Stiche gelassen wurde, beweist der Umstand, daß kein Eingang der Stadt verbarrikadirt war, die Wachen schon in der Nacht des 3. die Flucht ergriffen hatten, und sogar der Eingang des Hafens unbesetzt blieb. Unter der Besatzung des Schlosses zeigte sich daher, obschon sie an Allem Ueberfluß hatte, Niedergeschlagenheit. Wohl standen eine Menge prächtiger Pferde bereit, aber es fehlte an Leuten, welche die Kanonen bedienen konnten. Unter solchen Umständen konnte es keinen langen Kampf geben. Alle Führer der Royalisten sind gefangen, auch Graf Friedrich von Pourtales (erhielt einen Schuß in den Nacken) und Oberst-Lieutenant de Meuron, welcher sich einige Zeit hatte verbergen können. Ein junger Offizier, Namens von Pourtales, ist an seinen Wunden gestorben. Am 4. Mittags langte der Oberkommandant der Bundestruppen in Neuenburg an, und am nämlichen Abende rückte daselbst auf Befehl der Bundes-Kommission ein Bataillon Berner ein. Außer den Truppen, welche für das Lager von Yverdon bestimmt waren, werden den bereits eingerückten folgen: 2 Bataillone Berner, 1 Bataillon Solothurner, 1 Kompagnie Artillerie und 1 Kompagnie Scharfschützen von Bern. Wirklich sind diese Truppen heute von hier abmarschirt. Leider sind auch einige Exzesse vorgefallen. So wurde gestern die Druckerei des „Neufchatelois" in welcher die royalistischen Erlasse gedruckt wurden, zerstört. Das Unternehmen war so geheim gehalten, daß es hätte gelingen müssen, wenn der Anhang des Herrn v. Pourtales im Kanton Neuenburg nicht so wenig zahlreich gewesen wäre. Das ist eine konstatirte Thatsache, daß die Neuenburger in Masse sich gegen das Unternehmen erklärten. Nachschrift: Am 3. d. M. um Mitternacht waren Fr. v. Pourtales und de Meuron bei den Bundeskommissaren erschienen, um für einen ehrenvollen Abzug zu kapituliren; die Kommissäre verlangten einfache Ergebung. Um 2½ Uhr wurde dasselbe Begehren durch einen als Parlamentär gesandten Offizier wiederholt mit dem Beisatze, die Gefangenen freigeben zu wollen, gegen freien Abzug; mit demselben Erfolge, wie früher. Eine Proklamation der Bundeskommissäre forderte die Bürger auf, ruhig zu bleiben und sich jeder anarchischen Handlung zu enthalten. Daß und mit welchem Erfolg der Sturm geschah, ist bekannt. Endresultat: die Royalisten haben 23 Kampfunfähige, wovon 9 Todte; die Republikaner einige Verwundete. Die Zahl der Gefangenen beträgt 340 Mann, 150 entwichen, mit ihnen de Meuron, welcher aber in Freiburg eingeholt wurde. Durch eine Proklamation zeigten die Bundes-Kommissäre die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes an und forderten die Bürger auf, zur Ruhe zurückzukehren. Die Bergbewohner kehren in ihre Wohnsitze zurück."

Vom 6. September schreibt der „Bund": „Pourtales liegt schwer verwundet darnieder; man zweifelt an seinem Aufkommen. Einer, der ihn gesehen, erzählt uns, er mache den Eindruck eines Marterbildes, an Geist und Körper niedergeschlagen, eines nach seiner Anschauungsweise loyalen, aber traurig mißbrauchten Mannes. Der Oberkommandirende der Infanterie ist Graf Pourtales-Steiger von Mettlen bei Bern, bekannt durch seine unbedingte Verehrung und Hingebung an den König von Preußen. Es soll von je her einer seiner charakteristischen Aussprüche gewesen seyn: „Der König kann von mir verlangen, was er will, ich werde es thun."

Die Schweizer Blätter erzählen allerhand Exzesse und Mißhandlungen, welche die Royalisten wie Republikaner bei dem Neuenburger Putsch begangen haben sollen. Mehr oder minder tragen aber alle diese Angaben den Stempel der Uebertreibung so unverkennbar, daß wir darauf verzichten, unsere Leser mit offenbar Unwahrem zu behelligen. Daß bei einer Ueberrumpelung und einem Kampf nicht Alles fein säuberlich ablaufen kann, und allerhand vorkommt, was sich nicht ganz rechtfertigen läßt, weiß man ohnehin.

Aus der Schweiz, 6. Septbr., wird dem Journal „Deutschland" geschrieben: „Der Versuch der Bauern von Verrières, die Regierung in Neuenburg zu stürzen, hat nicht bloß royalistische oder preußische, sondern auch materielle Beweggründe. Wahr ist es, daß die Bauern im Kanton Neuenburg am treuesten der altbergebrachten fürstlichen Verfassung anhangen, dagegen die Stadtbürger und Industriellen die eigentlichen Stützen des republikanischen Systems sind. Die jetzige Regierung begünstigt vorzugsweise die Letzteren. Es mag also wohl der politische Gegensatz gegen die herrschende Ordnung der Dinge für die vornehmen Royalisten-Führer die Hauptursache zur Ueberrumpelung des Schlosses Neuenburg und zum augenblicklichen Sturze der Regierung gewesen seyn. Allein die nächste und wirksamste Ursache war bei den Bauern von Verrières allem Anscheine nach eine Eisenbahnangelegenheit. Es verlangten nämlich die Bewohner des Bergthales von Verrières, daß die Verbindung der schweizerischen mit der französischen Bahn durch ihr Thal gezogen würde, während die Industriellen von Locle und Lachauxdefonds diese Verbindung durch ihre Gegend bewerkstelligt wissen wollten. Die Letzteren mochten bei der Regierung mehr Begünstigung gehofft oder gehabt haben, als die Bauern von Verrières. Daher die Aufregung, die bis zum offenen Ausbruch gedieh (oder vielmehr von den Royalistenführern für ihre Zwecke benutzt wurde). Der Ausgang ist bekannt. Wird aber Preußen sich seiner Partei annehmen? Schwerlich. Die Zeit zu einer wirksamen Einmischung ist längst vorüber."

Zürich, 5. Sept. Das Kadettenfest ist beendigt und darf als vollkommen gelungen betrachtet werden. Nachdem das Wetter schon vorgestern eine Vorübung der kleinen Armee (die aus 3300, nicht 2300 Mann bestand) auf der Wollishofer Allmand gestattet hatte, welche die große Menge von fremden und einheimischen Zuschauern vollkommen befriedigte, heiterte sich gestern der Himmel völlig auf, und eine scharfe Brise trocknete den Boden rasch, ohne die Hitze lästig werden zu lassen. In der glücklichsten Stimmung sammelten sich die jungen Leute zum Ausmarsch auf den eine Stunde entfernten Kampfsplatz bei Wallisellen Oerlikon. Der Plan des obersten Kommandanten, Hrn. Oberst Ziegler, bestand darin, das zwischen den Oesterreichern und Franzosen im Jahr 1799 daselbst stattgefundene Gefecht darzustellen. Zu diesem Zwecke wurden die Kadetten in zwei Abtheilungen getheilt, jede mit 8 Kanonen. Die Angreifenden unter Kommandant Oberst Ott stellten sich jenseits der Glatt bei Wallisellen auf, die Vertheidiger von Escher besetzten die Abhänge des Zürichberges zwischen Schwammendingen und Oerlikon, um die Zugänge zu der Stadt Zürich zu vertheidigen. Eine zahllose Menschenmenge von allen Ständen, Altern und Geschlechtern folgten überall und erschwerten zum Theil die Bewegungen. Man schätzte die Zahl der Zuschauer auf 20 bis 30,000. Jedermann konnte das ganze Gefecht mit Leichtigkeit erfassen und überschauen. Ein schöneres und getreueres Bild zu liefern, dürfte schwer seyn. Auch kein Unglück war zu beklagen. Nur 3 Kadetten hatten sich die Hände und Gesicht ein wenig verbrannt. Heute Morgen wurden die Kadetten von Hrn. Oberst Ziegler mit Dank für die gute Haltung und Ausdauer entlassen. Der Abgeordnete von Aargau, Herr Regierungsrath Hanauer, dankte hinwieder dem Leiter des Festes, Hrn. Oberst Ziegler, dem Urheber desselben, Hrn. Diakonus Fries, und den Behörden und Einwohnern von Zürich und Winterthur. Den jungen Leuten empfahl er, dem Beispiele des Oberst Ziegler zu folgen, welcher im Felde und Rathsaal dem Vaterland gleich ausgezeichnete Dienste leiste. (Schw.M.)

Nach dem Exerzitium der Kadetten auf der Wollishofer Allmend bei Zürich ist am 5. Septbr. das Fest glücklich zu

Ende gegangen und die jungen Krieger kehren sehr befriedigt in ihre Heimath zurück. (Fr. Postz.)

Frankreich.

Paris, 3. Septbr. Ueber die baldige Rückkehr des Prinzen Napoleon von seiner Expedition nach dem Norden werden die wunderlichsten Kommentare gemacht. So viel steht fest, daß es dem Prinzen vollständig überlassen geblieben ist, das Ende seiner Reise zu bestimmen, und daß er nicht vom Kaiser veranlaßt worden ist, so bald sich auf den Heimweg zu begeben. (Ostd. Post.)

Spanien.

Berlin, 4. Septbr. Nach den neuesten hier eingegangenen Briefen aus Madrid, unter denen sich auch ein sehr zuverlässiges Schreiben von achtbarer Hand befindet, macht man dort in den Hofkreisen kein Geheimniß daraus, daß man im vollen Einverständnisse mit großen Mächten zu dem festen Entschlusse gekommen sey, es koste, was es wolle, mit den Progressisten zu brechen und sich gänzlich der Leitung der Moderados zu überlassen. Die Unterstützung, welche die gegenwärtige Regierung in Spanien bei der Veränderung ihres politischen Systems in der Meinung des Kaisers von Frankreich, der anderen Monarchen beipflichten, fand, übt ihre natürliche Gegenwirkung in dem jetzt unbestrittenen Ansehen und Einfluß, den Frankreich auch nach anderen Seiten hin gewinnt. (Ostd. P.)

Der „Indép. belge" schreibt man aus Madrid vom 1. Septbr.: „Im Innern des Palastes bestehen gegenwärtig zwei gesonderte Parteien, die aber beide reaktionär und gegen O'Donnell feindlich gesinnt sind. Die Königin steht an der Spitze der einen, der König an jener der anderen. Letztere will Concha als Präsidenten des Ministerrathes; die Reaktion würde dann vollständig seyn, und die Herstellung der Klöster, die Aufhebung des Kirchen- und Gemeinde-Güterverkaufs-Gesetzes, die Erneuerung des Einflusses der Geistlichkeit wären gesichert. Die erste Partei will Narvaéz, und sie ist eines mehr oder weniger nahen Sieges gewiß; sie bietet auch die äußersten Bemühungen auf, um ihr Ziel bald zu erreichen. Die Königin sprach auch dieser Tage in einer Unterhaltung mit einigen Vertrauten die Hoffnung aus, daß Narvaez in nicht ferner Zeit wieder an die Spitze der Geschäfte treten werde. Serrano gehört ebenfalls zu denen, die für Narvaez intriguiren. — Der Prinz Adalbert und seine Gemahlin wohnen heute Nachmittags dem Stiergefechte bei, das eine ungeheure Menschenmenge versammeln wird. Schon Vormittags waren 10,000 Eintrittskarten verkauft. Zur Aufrechthaltung der Ordnung hat man starke Truppen-Abtheilungen aufgestellt."

Madrid, 2. Septbr. Die Berichte aus den Provinzen, welche der Regierung zugehen, lauten wenig trostreich. Es herrscht allzumal eine tiefe Verstimmung, am meisten in der That durch die Feuersbrünste, die nicht aufhören, und durch Gesetzlosigkeiten aller Art hervorgebracht. Nichts kann begreiflicher Weise unerwünschter kommen, als diese überhandnehmenden Verbrechen, die man so bemüht gewesen ist, der vorigen Regierung in die Schuhe zu schieben, und aus denen man ein Verdammungsurtheil für das gestürzte Kabinet geschmiedet hat. Man fürchtet höheren Orts mit Recht die einfache Logik des Volkes, das leicht die Frage thun könnte: „Wo ist denn die rettende Kraft des Ministerium O'Donnell, von dem uns so viel Sicherheit und Ordnung in Aussicht gestellt wurde?" Auch bleibt das Geheimniß auf dieser teuflischen Verschwörung ruhen. Keinem der erhaschten Feuerleger ist ein Wort des Geständnisses abzuzwingen, schweigend dulden diese Verbrecher den Tod, als bände ihnen eine heimliche Gewalt die Zunge. (K. Z.)

† Madrid, 3. Septbr. Die „Epoca" berichtet nach Pariser Mittheilungen, daß der Kaiser Napoleon dem General O'Donnell den Großkordon der Ehrenlegion verliehen habe oder verleihen werde, und daß Se. Majestät die Absicht habe, ihm diese Insignien mit einem für den Staatsmann, „welcher in Spanien die Sache der Monarchie und der Gesellschaft rettete," äußerst schmeichelhaften Handschreiben zu übersenden. — Dasselbe Blatt theilt ferner mit, daß Marquis v. Albaida (Orense), von der demokratischen Partei, in Freiheit gesetzt wurde und sich über Vigo und La Corogna auf seine Besitzung nach Ramales begab. Ende dieses Monats wird bei Madrid eine große Revue über alle Truppen der Madrider Garnison und der Umgebung stattfinden, wobei die Königin wahrscheinlich an die Fahnen der Korps, die sich während der letzten Ereignisse auszeichneten, die Schleife des San Fernando-Ordens eigenhändig anheften wird. — Die Getraide-Vorräthe fangen an, sich in den spanischen Häfen durch die starke Zufuhr zu häufen.

Italien.

Der Aufenthalt des Prinzen Murat in Aix-les-Bains bildet noch immer den Gegenstand von allerlei Konjekturen. Es ist sogar von Proklamationen die Rede, die der Prinz an die Neapolitaner gerichtet haben soll. Ich kann Ihnen versichern, daß die Gerüchte ungegründet sind. Der Prinz, der Aix vor ein paar Tagen verließ, empfing den Besuch seiner Schwestern und der übrigen in Italien wohnenden Mitglieder seiner Familie. Das ist Alles. Mittlerweile sprechen die letzten Nachrichten aus Neapel von der dort herrschenden Aufregung. An mehreren Orten ist die Garnison gewechselt worden, und man hat die Besatzung der bedeutendsten Städte und Festungen des Königreichs verstärkt (aus Furcht von einer muratistischen Schilderhebung? Oder etwa gar vor einem Angriff der Westmächte? (Letzterer ist wohl nicht zu besorgen). Zu Rom haben in letzter Zeit Verhaftungen aus politischen Gründen statgefunden. Der Polizei macht die für die hundert Kanonen von Alessandria eröffnete Subskription, die im Kirchenstaate einen guten Fortgang hat, sowie der Brief des Herrn Farini über die italienische Frage, der begierig verschlungen wird, viel zu schaffen. Das bloße Lesen desselben ist in den Augen der römischen Polizei ein Verbrechen. (K. Z.)

Rußland und Polen.

Man hat jetzt Gelegenheit zu bemerken, daß die neue russische Regierung, indem sie die Verbindung mit dem Auslande zum Hebel des Fortschrittes der innern Kultur und des Einflusses auf die fremden Staaten macht, nicht allein große Veränderungen in den Gesandtschaften an den verschiedenen Höfen, sondern auch eine wesentliche Vermehrung des Personals derselben durch Anstellung verschiedener Agenten für administrative und selbst wissenschaftliche Zwecke vornimmt. Einen Anfang dazu machte bereits der Kaiser Nikolaus, der in Berlin dem Militärkommissär, Graf Benkendorf, die Herren v. Hagemeister und Rennenkampf zur Beobachtung oder als Agenten der Angelegenheiten des Handels und der Industrie beigesellte und in Rom den General v. Niel zu gleicher Wirksamkeit im Bereiche der Kunst und Wissenschaften anstellte. (Ostd. Post.)

Der Oberpolizeimeister von Warschau hat eine Verordnung gegen die Vorkäuferei von Seiten der Juden erlassen, in der es heißt: „Wegen der Vermehrung der Schacherer, namentlich der Juden, die außerhalb der Stadt und in den Straßen die zu Markte gebrachten Produkte aufkaufen, und den Konsumenten alsdann zu viel höheren Preisen verkaufen, hat die exekutive Polizei zur Steuerung dieses Mißbrauchs verschärfte Befehle erhalten, die in Stunden, wo es nicht gestattet ist, bei der Aufkäuferei vor den Thoren, in den Straßen und auf den Märkten der Stadt Betroffenen zu verhaften und nach dem Stadthause zur Bestrafung abzuliefern. In Folge dieser Maßregel sind am vorgestrigen Tage sechs Juden arretirt und werden nach der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft.

Nichtpolitische Zeitung.

Vom Haardtgebirg (Rheinpfalz), 7. Septbr. Im Weinhandel herrscht wieder ein ziemlich reges Leben und die Preise sind seit dem Frühjahr bedeutend gestiegen. Besondere Nachfrage ist in ordinären und feinen Sorten; doch sind die Vorräthe von letzteren nur mehr gering. Die Preiserhöhung hat ihren natürlichen Grund in den Herbstaussichten; so glänzend die Hoffnungen im April waren, so tief sind sie jetzt herabgestimmt. Das feuchte Wetter bis in den Juli hatte nicht nur die Entwickelung der Trauben zurückgehalten, sondern auch das quantitative Ergebniß sehr geschmälert; in vielen Weinbergen dauerte das Abfallen der Beeren bis Mitte August. Die Hitze im Juli und August hat zwar Vieles nachgeholt, allein da wir gegen besonders gute Jahre immer noch um 14 Tage bis drei Wochen zurück sind, so ist kaum mehr eine ausgezeichnete Qualität zu erwarten. Am mittleren Gebirg und an Spalieren auch anderwärts zeigt sich die Krankheit, ohne jedoch große Fortschritte zu machen. Im Allgemeinen läßt sich auf einen Viertelherbst und jedenfalls auf die Qualität eines 52er, der bekanntlich ein angenehmer Wein ist, rechnen. (Pfälz. Z.)

Mainz, 4. Septbr. Wenn uns Frost und Regen nicht einen Strich durch die Rechnung machen, so dürfen wir einem befriedigenden Herbst entgegensehen. Daß aber die Konsumenten auch wohlfeile Preise haben werden, ist nicht zu erwarten. Die Conjunktur wird zum großen Theile von dem Hauptweinlande der Welt, Frankreich, beherrscht, zu dessen Produktion sich die deutsche verhält, wie der Bach zum Strom. Da nun auch Spanien und Italien an's Ausland nichts abzugeben haben, Frankreich aber im günstigsten Fall einen Viertelherbst haben wird, da ferner in Folge des herrschenden Wohlstandes die feineren Sorten immer begehrter seyn werden, so wird auch ein guter Herbst die Weinpreise wenig herabdrucken. Ueberdies erwartet man in vielen Gegenden der Quantität nach nur einen geringen Herbst. Dennoch würde der Vortheil einer auch nur

qualitativ reichen Ernte ein großer seyn. Das Publikum würde doch wenigstens den Geschmack am edlen Rebensaft nicht verlieren, der durch die vielen Schmierereien und die Seltenheit guter Weine nach gerade völlig verloren geht. (D. Verkehr.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 9. September. Die Börse, die wiederum flau eröffnete, besserte sich im Laufe des Geschäftes und schlossen beinahe sämmtliche Effekten, wenn auch zum Theil etwas niedriger als gestern, ziemlich fest.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82 P. 81¾G. 5pCt. Lombard.-Ven. 89⅞ P. 89⅝ G. Metall. alte à 5pCt. 80¼ P. — G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. — G.; à 4½pCt. 70½ P. 70¼ G.; à 4pCt. 63 P. 62½ G.; à 3pCt. 48 P. — G.; à 1pCt. 16⅛P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 58¾ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 87¼P. 86¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94½G.; 4½pCt. 101½P. 101¼G.; 5pCt. 101½ P. 101 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91⅛P. 90⅞ G.; 4½pCt. 102⅝ P. 102⅛ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 93 P. 92½ G.; à 4pCt. 100P. 99½G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90⅝P. 90⅛G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83½P. 83 G.; à 3½pCt. 92P. 91½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40¼ P. 40 G.; 1pCt. neue 25 P. 24⅞G. **Holland.** Integrale 64¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1255P. 1250G. Neue Bankaktien 375 P. 371 G. Credit-Actien à 5pCt. 239 P. 237G. Darmstädter Bankaktien alte 419 P. 417 G.; junge 366 P. 364 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 548 P. 543 G. Mitteldeutsche Creditbank 109 P. 108¾G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 116½P. 116 G. Frankf. Bankaktien 117½ P. 117 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 280 P. 278 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142½P. 142 G. Neustadt-Weissenb. 106¼ P. 105¾G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 103¾ P. 103½ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64 P. — G. Taunus-Aktien 345 P. 342 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82¼P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 99⅛ P. 98⅞ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 123½P. 123 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105½P. 105 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 117½P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49⅛P. 48⅞G. Darmst. Loose à fl. 50 118P. 117½G. à fl. 25 34½P. 34¼G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40⅜ P. 39⅞G. Nass. Loose à fl. 25 33½ P. 33¼ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 44¾G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87½ P. 87¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. 99¾G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117¾P. 117½G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120¼P. — — G	Mail. i.S. Lr. 250k.S 93¾P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Paris Frs. 200 k. S 93⅛P. 92⅞G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅝P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96¼P. 96G.	Wien fl. 100 C. k S. 115⅛P. 114⅞G.
Hamb. MB. 100 k.S 89P 88¾G	Wien 3 M. mit 4% 114¾P. 114½G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto — P. 5pCt. G

Neueste Nachrichten.

München, 7. Sept. Die Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten hat das Handlungshaus L. F. Mathis in Hamburg als Generalagentur für durch sie zu vermittelnde Sendungen nach Amerika aufgestellt, in der Weise, daß dieses Haus die gesammte Spedition dorthin übernimmt und über Tarifirung, Garantie u. s. w. die erforderlichen Nachweise und Aufschlüsse ertheilt. Die Generaldirektion hofft, durch diese Maßregel dem Verkehr zwischen Bayern und Amerika ein zweckentsprechendes Mittel geboten zu haben, das demselben durch verlässige und prompte Beförderung jeglichen ihr anvertrauten Gutes Erleichterung und erhöhtes Leben gewähren werde. (N.K.)

Dem „Fränk. K." wird aus München, 7. Septbr., folgendes geschrieben: „In den hiesigen Gewerbskreisen findet das Projekt eines namhaften Industriellen, im Wege der Assoziation die Arbeitspreise mit den Preisen der Lebensmittel und der Rohstoffe in Einklang zu versetzen, lebhafte Theilnahme. Da es keinem Zweifel unterliegt, daß insbesondere der kleinere Gewerbstand unter dem Mißverhältnisse des Arbeitslohnes gegenüber den gesteigerten Auslagen für den Geschäftsbetrieb leidet, so verdient das in Rede stehende Projekt die wärmste Unterstützung." Abhülfe wäre freilich hier sehr nöthig, aber ob sie durch eine solche Vereinigung zu erzielen ist, scheint uns sehr zweifelhaft; begierig wären wir jedenfalls, Näheres über das Arkanum zu hören.

** München, 9. Septbr. (Privat-Korrespondenz.) Das hohe Namensfest J. M. der Königin wurde heute in unserer Stadt in der festlichsten Weise gefeiert; die Festparade der Linie und der Landwehr, wozu diese sehr zahlreich ausrückte, war vom guten Wetter begünstigt und hatte eine ungeheure Menschenmenge nach dem Dultplatze geführt, wo alle die verschiedenen Abtheilungen vor dem von der gesammten Generalität umgebenen Hrn. Kriegsminister defilirten. — Der königl. bayerische Gesandte in Berlin, Hr. Graf v. Montgelas, ist hier eingetroffen; auch Professor Dr. Phillipps aus Wien ist zur Zeit hier anwesend. — Dem Vernehmen nach wird der Referent der 2. Kammer über das Strafgesetzbuch, Hr. Abg. Prof. Weis, schon 14 Tage vor dem Zusammentritt der Gesetzgebungs-Ausschüsse, sohin schon Mitte Oktober hier eintreffen.

Kopenhagen, 7. Sept. Der Reichsrath ist auf den 4. Oktober d. J. zusammenberufen. (T.D.d.H.N.)

Aus Neuenburg, 7. Sept. bringt der „Bund" folgende telegraphische Depesche: „Der Bourgeoisierath ist aufgelöst und eine provisorische Munizipalität bestellt. Durchgreifende Reformen in Aussicht. Der eidgenössische Untersuchungsrichter entläßt die niedere Mannschaft der Insurgenten. Angeblich hat die fremde Diplomatie Schritte gethan gegen Veröffentlichung gewisser verfänglicher Berliner Korrespondenzen. (?) Locle ist von eidgenössischen Truppen besetzt. Ueberall unterwirft sich der Royalismus."

London, 8. Septbr. Den letzten Nachrichten aus Amerika zufolge herrschte noch fortwährend ein Bruch zwischen dem Präsidenten Pierce und dem Kongreß. Es ging das Gerücht, Campbell bereite eine neue Army-Bill (Heer-Budget-Bill) ohne beschränkendes Proviso vor. Die Annahme eines die Territorialgesetze von Kansas beschränkenden Gesetzentwurfes hielt man für wahrscheinlich. Die Stadt Franklin in Kansas war von den Gegnern der Sklaverei eingenommen worden. (T.D.d.K.Z.)

Paris, 5. Sept. Hr. Thiers hat wieder einmal bewiesen daß er ein geschickter Diplomat ist. Er ließ die Fusionisten schreiben und arbeiten und that, als ob ihn all dieses Gerede, all dieses Getreibe gar nicht berührte. Er wartete ruhig die Großjährigkeit des Grafen von Paris ab, ehe er sich in Bewegung setzte. Nun that er es aber auch mit aller ihm eigenen Thätigkeit und Lebendigkeit. Der Herzogin von Orleans war er schon lange gewiß, aber er fürchtete den Einfluß seiner Oheime auf den jungen Prinzen, und er fürchtete namentlich, daß jene, durch ihre früheren Schritte in Frohsdorf sich verbunden glaubend, eine Spaltung in der Familie Orleans hervorrufen könnten. Hr. Thiers hat alle Gefahren zu seinem Besten gelenkt, und ich kann Ihnen als verbürgt anzeigen, daß sämmtliche Mitglieder der orleanistischen Linie mit der Linie der älteren Bourbons in politischer Beziehung aufs Entschiedenste gebrochen haben. Man steht wieder so zu einander, wie man vor der Februar-Revolution stand. Man hat einander förmlich den Abschied gegeben, obgleich man gegenseitig erklärte, man wolle darum nicht auch die Familien-Beziehungen aufgeben. Die französische Regierung sieht den Bruch nicht gern, da sie wohl weiß, die Orleanisten allein seyen ihr viel gefährlicher, als die mit den Legitimisten fusionirten Orleanisten. Daß die Orleans unter der Armee nicht ohne Anhänger sind, habe ich schon früher gemeldet. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 253. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 11. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Der „Schwäb. Merkur“ bringt noch eine weitere Angabe über die Zwecke des „evangelischen Bundes“, welcher in den letzten Tagen zu Frankfurt Berathung hielt. Diese Angabe ist offenbar aus der Feder eines Mitglieds geflossen, und dazu bestimmt, den Bestrebungen desselben in weiteren Kreisen Anklang und Eingang zu verschaffen. Wir entnehmen diesem Artikel folgende charakteristische Stellen: „Der „evangel. Bund“, heißt es u. A. darin, hat zu seiner positiven Grundlage diejenigen Hauptpunkte des Christenthums, welche, über konfessionelle Schranken hinaus, allen evangelischen Kirchengemeinschaften gemeinsam sind und daher das Band der Bruderliebe ausmachen. Aus diesem Grunde kann er auch keine feindselige Stellung gegen einzelne evangelische Landeskirchen einnehmen wollen. Wie er sich dem Katholizismus im Wesentlichen abwehrend gegenüberstellt, so würde er auch den Muth haben, protestantischen Körperschaften zu sagen, was ihre Pflicht wäre, wenn sie sich verfolgungssüchtig gebärden sollten. Er ist auch von den sog. Unionsbestrebungen wohl zu unterscheiden. Nicht im Geringsten denkt man daran, verschiedene Kirchengesellschaften in Eins zu verschmelzen; worauf er dringt, ist, daß das Unterscheidende, als das menschlich Trennende, nach seinem wahren Werthe gewürdigt und das allgemein Einigende darüber nicht vergessen werde. Und für diese Bestrebungen will er nicht mehr als ein Organ seyn.“

Bayern. München, 9. September. Se. Maj. der König haben dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kais. russ. Hofe, Staatsminister a. D. Otto v. Bray-Steinburg, die Bewilligung zur Annahme und Tragung des ihm von Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen verliehenen Groß-Offizierkreuzes der kaiserlichen Ehrenlegion ertheilt. (N. M. Z.)

Preußen. Die „Neue Preuß. Ztg.“ sagt: „Der neben dem Grafen Friedrich v. Pourtales als Führer der royalistischen Partei der jüngsten Erhebung in Neuenburg mehrerwähnte Oberstlieutenant v. Meuron stand längere Zeit hindurch als Offizier im hiesigen Garde-Schützenbataillon und schied im Jahre 1826 als Kapitän aus dem aktiven Dienst. Hr. v. Meuron erhielt durch kgl. Gnade später den Charakter als Oberstlieutenant. Es dienen zur Zeit noch drei Grafen v. Pourtales in der preußischen Armee, ebenso ein Mitglied der Neuenburgischen Familie der Grafen v. Wesdehlen.“

Wie die Berliner „Volkszeitung“ hört, wird der Herzog Wilhelm von Meklenburg-Schwerin, nachdem derselbe aus dem preußischen Militärdienst ausgeschieden ist, eine längere Reise außerhalb Europas antreten und sich zunächst nach Afrika begeben. Das kann gut seyn, damit inzwischen Gras wächst über manches Unliebsame, was in letzter Zeit zu Tage gekommen war. Als Begleiter auf dieser Reise wird Oberstlieutenant a. D. von Alvensleben bezeichnet.

Berlin, 5. Sept. Die Ritterakademie in Brandenburg wird am 1. Okt. wieder eröffnet werden, nachdem sie 1848 als ein für die Zeit nicht mehr passendes Institut aufgehoben wurde. Sie war in tiefem Verfall; die damaligen Minister weigerten sich, sie aus den Staatsmitteln fernerhin zu unterstützen, und wiesen dies Geschäft dem Domkapitel der Ritterschaft zu. Jetzt ist die adelige Lehr- und Erziehungsanstalt wieder hergestellt auf Grund einer Kabinetsordre, der Plan aber dahin erweitert, daß auch Söhne des höheren Bürgerstandes in dieselbe aufgenommen werden können. Der König hat eine Anzahl Freistellen, jedoch ausschließlich für die Söhne kurmärkischer adeligen und bürgerlicher Rittergutsbesitzer gestiftet, doch sollen deren Söhne und die Söhne bürgerlicher Offiziere den Unterricht in der Ritterakademie besuchen können. Die Anstalt ist somit eine Standesschule für die Familien von Rittergutsbesitzern und Offizieren, das bürgerliche Element darin dürfte jedenfalls nur sehr schwach vertreten bleiben; und der Vorwurf des Unzeitgemäßen, welchen man der Wiederbelebung dieses exklusiven Gymnasium gemacht hat, dürfte schwerlich durch die angegebenen Konzessionen aufgehoben werden. (B. Bl.)

Posen, 7. Sept. Der Grenzverkehr ist in der letztern Zeit sehr lebhaft gewesen, da die polnischen Damen den Putz, den sie bei den Krönungsfestlichkeiten in reichstem Maße zur Schau getragen haben, meist diesseits der Gränze, wo er freilich um fast 50 pCt. billiger ist, eingekauft haben. Die Schmuggler haben dabei ein äußerst lucratives Geschäft gemacht. (D. Allg. Ztg.)

Freie Städte. Frankfurt, 8. Septbr. Die maßlose Vermehrung des Papiergeldes hat bereits auch hier das Silbergeld so verdrängt, daß Silberzahlungen von unseren ersten Häusern nur noch in preuß. ⅙ Thlr. geleistet werden wollen. Dieses Verschwinden des Silbers macht es wahrscheinlich, daß auch Gold an Wechselzahlung angenommen werden muß. Bei den Berathungen hierüber soll namentlich vorgeschlagen worden seyn, 20 Frankenstücke zu 9 fl. 20 kr. zu tarifiren. (Schw. M.)

Schweiz.

Bern, 6. Septbr. Gleich nach ihrer Befreiung haben die Mitglieder des Neuenburgischen Staatsraths die Zügel der Regierung wieder ergriffen, und folgende Proklamation erlassen: „Bürger von Neuenburg! Noch einmal haben die Feinde unserer republikanischen Institutionen das Werk, das eure Hände zu Stande gebracht, umzustürzen und uns von der Eidgenossenschaft zu trennen versucht, um uns unter fremde Herrschaft zu bringen. In der Nacht vom 2. auf den 3. Septbr. ist eine bewaffnete Bande unter Führern, deren Namen wohl bekannt sind, in das Schloß gedrungen und hat, nachdem sie vier Mitglieder des Staatsraths gefangen genommen, die preußische Fahne aufgepflanzt und im Namen des Königs die Wiederherstellung des Fürstenthums proklamirt. Gleichzeitig wurde ein Einfall von Locle und mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die ganze Bewegung wurde von Graf Friedrich v. Pourtales und dem Alt-Bannerherrn v. Meuron geleitet. Allein schon im Verlauf des Tags vom 3. gelang es den Republikanern von Chauxdefonds, Locle zu räumen, und sofort mit den Republikanern von Val-de-Travers, Val-de-Ruz und Vignoble vereinigt, marschirten sie auf Neuenburg, unter dem Befehl des Obersten Denzler, und diesen Morgen 6 Uhr nach einem Kampf, der einige Opfer kostete, machten sie sich zum Meister des Schlosses, und ließen die Fahne der Republik von neuem auf den Zinnen desselben wehen. Mehrere der vorzüglichsten Führer sind gefangen, und die Gerechtigkeit wird über sie walten. Im ganzen Kanton war die Erhebung einmüthig, um diesen Angriff zurückzuweisen, und der alte Geist von 1828 fand sich bei den Republikanern aller Farben wieder, welche im Moment der Gefahr würdig ihre Zwistigkeiten vergaßen und nur Einen Ruf kannten, denjenigen: „Es lebe die Republik!“ und nur Eine Pflicht, diejenige, sie zu retten und brüderlich in den gleichen Reihen für sie zu kämpfen. Bürger! Blut ist geflossen, und zum ersten Male drohte dem Lande ein Bürgerkrieg. Möge dieses Blut auf diejenigen zurückfallen, die es vergießen ließen, und möge uns dieses Ereigniß zur Lehre dienen, daß wir alle nun die Kinder des ersten März sind, und daß wir niemals ein anderes Ziel haben sollen, als unsere Kräfte gemeinsam zu vereinigen, um unsere Institutionen zu befestigen und zu entwickeln, und unsere Freiheit zu bewahren! Obschon wir glücklich genug waren, der Schweiz zu zeigen, daß das Neuenburgische Volk, das die Republik konstituirt hat, stark genug ist, sie zu vertheidigen, so hat uns die Eidgenossenschaft in diesem Moment der Gefahr doch nicht vergessen. Seit dem 3. Septbr. sind die Bundesräthe Fornerod, Vizepräsident, und Frei Herose, Oberst, in der Eigenschaft als

eidgenössische Kommissäre abgeordnet, und eidgenössische Truppen werden heute noch den Kanton besetzen und beweisen, daß das Neuenburger Gebiet ein schweizerisches Gebiet, und die Bundesverfassung kein leeres Wort ist. Die Ruhe ist nun wieder hergestellt. Während die Kantonaltruppen im Dienst sind, stehen sie unter dem Befehl des Obersten Denzler. Seyd ruhig und würdig, wie ihr es immer gewesen seyd. Der große Rath wird sofort einberufen, und die durch die Umstände gebotenen Maßregeln werden mit Energie ergriffen werden. Es lebe die Republik! Ehre ihren Kindern, die immer die von ihnen errungene Freiheit zu vertheidigen wissen! Ehre dem Gedächtniß derjenigen, welche in diesem kurzen Kampfe gefallen sind und ihre Liebe zu der Fahne vom 1. März mit ihrem Blut besiegelt haben. Namens des Staatsraths: der Präsident Piaget; der Sekretär Aimé Humbert." Meuron, der über den See entfloh, wurde durch den Telegraphen verfolgt und in Freiburg ertappt. Hrn. v. Montmollin fand man unter einem Bett. Pfarrer Guilbert, ein bekannter Royalist, wurde auf einem Abtritt entdeckt. — Daß nicht alle Royalisten mithalten wollten, schließt man unter anderm aus dem Umstand, daß mehrere bedeutende Männer dieser Partei vorher verreisten, um sich nicht durch den Schein der Theilnahme an einem Komplott, das sie zum voraus als hoffnungslos ansehen mußten, zu kompromittiren. — Die preuß. Fahnen wurden vom Volk verbrannt. — Die immer noch wiederholte Behauptung, daß preuß. Offiziere in Uniform dabei waren, ist wohl dadurch herbeigeführt worden, daß Portalès und Andere Uniformen mit preuß. Orden trugen. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 6. Sept. Nach einer gründlichen Durchlesung der Erklärungen sämmtlicher Generalräthe der Departements kann man nicht in Abrede stellen, daß die Protektionisten viel Terrain verloren haben. Das Schutzzollsystem wurde in einigen Departements lebhaft angegriffen, und in keinem einzigen unbedingt befürwortet. Die Prohibitivzölle fanden nirgends mehr einen Vertheidiger. (Allg. Ztg.)

Marseille, 8. Sept. Die Getraidevorräthe im Entrepot mehren sich fortwährend. (Fr. J.)

Spanien.

† Die Madrider Korrespondenzen des „Journal des Debats" geben Auskunft über die Lage des Ministerium. Man sieht daraus, daß es auf sehr schwachen Füßen steht, trotz der in halbamtlichen Blättern wiederholten Versicherung von der Einigkeit der Minister. Zwar versichern die Berichterstatter des „Journals des Debats", daß die Auflösung der Nationalgarde und der Cortes, sowie die Ernennung der neuen Zivil-Gouverneure für die Provinzen vom Ministerrath einstimmig beschlossen worden seyen; aber dies geschah, wie zugleich bemerkt wird, doch erst nach langen Debatten, weil mehrere der Minister mehr zur Politik der reinen Progressisten sich hinneigen und der Regierung eine nicht so große Gewalt zuerkennen. Wie in diesen Fragen die Grundsätze der Moderados den Sieg davon getragen haben, so suchen sie in einer andern, ebenfalls sehr wichtigen ihre Absichten jetzt auch durchzusetzen. Der Entschluß des Finanzministers, das Gesetz über den Verkauf der Kirchen- und Gemeindegüter, stößt, in aller Strenge und rasch durchzuführen, auf sehr hartnäckigen Widerstand, namentlich in den höchsten Regionen, wo man mit der Geistlichkeit und dem römischen Hofe in gutem Einvernehmen zu bleiben wünscht. Es ward eingewendet, daß die Maßregel rein ökonomischer und finanzieller Natur sey, und daß, da die Güter der Geistlichkeit verhältnißmäßig nur einen sehr geringen Theil der zu verkaufenden Liegenschaften ausmachen, man die erstern füglich schonen könne, um so mehr, da man hierdurch den politischen Gewinn einer freundschaftlichern Beziehung zu Rom erlange, und dem Staatsschatze kein großer Schaden daraus erwachse. Der Finanzminister Cantero, ein Progressist, hält aber an seinem Schlusse fest, und betrachtet das Desamortisirungsgesetz auch als eine politische Maßregel, deren Zweck ist, den Einfluß der Geistlichkeit durch den Verkauf ihrer Besitzthümer und durch das Verbot, Liegenschaften zu erwerben, auf immer zu nichte zu machen; diese politische Bedeutung scheint ihm weit größer, als die ökonomische und finanzielle. Der Marineminister, Bavarri, steht auf Cantero's Seite. Da die andern Minister entgegengesetzter Ansicht sind, und die Ausführung des Gesetzes bezüglich der Besitzungen der Geistlichkeit aufgeschoben wissen wollen, um erst wieder bessere diplomatische Beziehungen mit Rom anzuknüpfen, so ist der Austritt der beiden genannten Minister sehr wahrscheinlich. Inzwischen wird auf Befehl des Finanzministers der Verkauf der Kirchen- und Gemeindegüter eifrigst fortgesetzt und geht seit den jüngsten von ihm ergriffenen Maßnahmen nun auch in den baskischen Provinzen regelmäßig vor sich. Dagegen versäumt Herr Cantero nichts, um den Feinden der Desamortisirung keine Blöße zu geben und erließ in alle Provinzen den bündigsten Befehl, die Besoldungen der Geistlichen und überhaupt alle Kultus-Kosten vor allen andern Ausgaben zu bestreiten.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Konstantinopel, 1. Sept. Der englische Admiral Stewart hat bei den Schlangeninseln zwei Kreuzer zurückgelassen. — Die Erlaubniß zum Bau einer Eisenbahn von Smyrna nach Aiddin (einer von der Küste etwas entfernten Stadt des vordern Klein-Asien) ist einer englischen Gesellschaft ertheilt worden.

Griechenland.

Die „Triester Ztg." meldet aus Athen, 30. August, von einer Differenz, die sich zwischen der griechischen Regierung und dem französischen Admiral Bouet-Villeaumez wegen der vom Kriegsminister angeordneten Untersuchung gegen den Major Melingos, Stadtkommandanten von Piräeus (eines Schützlings des Admirals), auf dem starker Verdacht wegen des Brandes des Mauthgebäudes in Piräeus lastete, erhoben hatte. Der Admiral ließ sich durch seine Leidenschaftlichkeit hinreißen, mit der gewaltsamen Entfernung jedes etwa von der Regierung zu sendenden neuen Kommandanten von Piräeus zu drohen und in einem öffentlichen Kreise in Athen gegen den dortigen Stadtkommandanten in die Worte auszubrechen: „Sagen Sie ihnen, daß ich der König des Piräeus bin!" In Folge dieses Vorganges berief der König einen Ministerrath, der die Versetzung des Majors Melingos nach Lamia, die Ernennung des Rittmeisters Angelopus zum Kommandanten von Piräeus und die Erlassung einer Note an den französischen Gesandten beschloß. In letzterer wurde lebhaft gegen das Benehmen des Admirals protestirt und dem Gesandten die oben erwähnten, zur Wahrung der Souverainetätsrechte ergriffenen Maßregeln angezeigt. Der neuernannte Kommandant des Pyräeus, ein früher von dem Kaiser Napoleon ausgezeichneter Offizier, hat, wie die „Elpis" meldet, dem französischen Admiral bereits seinen Besuch abgestattet, bei dem er von demselben sehr freundlich empfangen worden seyn soll.

Rußland und Polen.

Moskau, 7. Sept. Graf Orloff ist zum Fürsten ernannt worden. Fürst Woronzoff hat den Rang eines Feldmarschalls erhalten, Graf Adlerberg den St. Andreasorden in Diamanten. Die Generale v. Berg und Sumarokhoff sind zur Grafenwürde erhoben worden. (Fr. Pstz.)

Der „Nord" meldet von einer nach London übersandten Note des Petersburger Kabinets, welche die Antwort auf eine Vorstellung der englischen Regierung über die neuesten Differenzpunkte in der orientalischen Frage enthält. Fürst Gortschakoff weise darin Punkt für Punkt die Anklage zurück, daß Rußland sich in Ausführung der Friedensbedingungen widerwillig und säumig zeige; vielmehr erweise es sich überall bereit, die übernommenen Verpflichtungen buchstäblich zu erfüllen. Dies sey aus der Räumung von Kars ersichtlich, die so rasch und verbindlich erfolgt sey, daß die Konstantinopler Blätter selbst dies anerkannt hätten. Was die Schlangeninsel betrifft, so erklärt Fürst Gortschakoff, daß er einer der Mächte, welche den Pariser Vertrag unterzeichnet, für sich allein das Recht nicht zugestehen könne, eine Frage zu entscheiden, über welche alle unterzeichneten Mächte die Entscheidung hätten. Die neue Gränzbestimmung in Bessarabien solle ja nach dem Pariser Vertrage von einer Kommission getroffen werden, welche der Kongreß zu diesem Zwecke eingesetzt habe, und diese Kommission sey bereits in Thätigkeit. Was endlich die Regelung der Donauschifffahrt und die russische Gränze in Asien betreffe, so befänden sich die russischen Kommissäre längst an Ort und Stelle und erwarteten nur die Ankunft der andern Mitglieder, um an's Werk zu gehen. Im Ganzen sey der Sinn dieser Note, daß, wenn Rußland mit England in freundschaftlichen Beziehungen zu stehen wünsche, es doch nicht geneigt sey, „sich von ihm auf die Zehen treten zu lassen."

Nach Privatnachrichten aus Moskau vom 24. August hat sich das gesammte diplomatische Korps am 22. von St. Petersburg in die alte Hauptstadt Rußlands in einem besonders hiezu bestimmten Zuge begeben, welcher die gewöhnlich 22 Stunden dauernde Fahrt in nur 17 Stunden zurücklegte. Jeder Wagen war in drei reich verzierte und möblirte Salons abgetheilt, und das während der Reise eingenommene Frühstück und Mittagessen war auf Kosten des Czars bereitet worden. Einige Tage vor seiner Abreise von Petersburg hatte Graf Morny, der fortwährend vom Kaiser und dem ganzen Hof mit der größten Auszeichnung behandelt wird, die Ehre, mit dem ganzen Gesandtschaftspersonal zu einem Besuche nach Kronstadt eingeladen zu werden, um diesen berühmten Seehafen in seiner ganzen Ausdehnung auf's genaueste zu besichtigen. Großfürst Konstantin geruhte selbst, den Grafen Morny bei diesem

Besuche zu begleiten und erregte durch diese Gunst, seine Lebhaftigkeit und seine interessante Unterhaltung die allgemeine Aufmerksamkeit des gesammten Gesandtschaftspersonals. Der Großfürst drückte sein Bedauern darüber aus, daß kein französisches Kriegsschiff im Hafen von Kronstadt sich befinde, wo seit Kurzem ein englisches Kriegsschiff Anker geworfen hatte, und der Prinz drückte den Wunsch aus, daß Kaiser Napoleon ihm doch bald Gelegenheit verschaffen möchte, eines seiner Kriegsschiffe im Hafen von Kronstadt zu bewundern. In Moskau bewohnt die französische Gesandtschaft zwei neben einander liegende große Paläste, welche zu diesem Zwecke um ein fabelhaftes Geld gemiethet wurden. Dies sind der Palast Korsakoff und der von Rachmanoff. Diese beiden Paläste sind durch besonders in den Seitenmauern eröffnete Thüren mit einander verbunden worden, so daß sie nur Einen kolossalen Palast bilden. Die drei Gesandtschaften von Frankreich, England und Oesterreich, deren jeder die Ehre der persönlichen Anwesenheit des Czars bei einem zu gebenden Balle zugesagt worden ist, wetteifern in ihren Vorbereitungen, um sich gegenseitig an Glanz, Reichthum und Geschmack zu überbieten. Graf Morny läßt in diesem Augenblick in den genannten Palästen einen riesenartigen Tanzplatz erbauen, welchen besonders hierzu von ihm aus Paris mitgebrachte Künstler und Arbeiter auf's reichste verzieren. Welche ungeheure Summen hierbei ausgegeben werden müssen, davon kann man sich bei der außerordentlichen Vertheuerung der geringsten Gegenstände in Moskau einen Begriff machen. Der geringste Lohnkutscher verlangt für eine einfache Fahrt einen Silberrubel, vier Franken. Ein bürgerlicher Wagen kostet 25 Franken per Stunde. Ein schlechtes Zimmer in einem Hotel 7 Rubel, 28 Franken, eine Bouteille Champagner 5 Rubel oder 20 Fr. Die Zimmerleute, welche sich nur 3 Tage wöchentlich zur Arbeit hergeben, verlangen 3 oder 4 Silberrubel täglich. Man kann sich also hiernach vom Preis der Luxusartikel einen ungefähren Begriff machen. Die französische ist so zu sagen die einzige fremde Sprache, die man in den Straßen und in den Hotels von Moskau in diesem Augenblick reden hört, und alle Franzosen konnen nicht genug die zuvorkommende herzliche Art loben, mit der sie von den Russen aufgenommen werden. Besonders aber gilt dies von dem Begegnen der französischen und russischen Offiziere. (Schw. M.)

Amerika.

Buenos-Ayres, 2. August. In der Provinz Santa Fe hat Juan Lopez den Gouverneur Cullen abgesetzt und die Regierung an sich gerissen. Man ist auf einen Bürgerkrieg gefaßt. (Fr. Pstz.)

Nichtpolitische Zeitung.

In dem preußischen Oberschlesien, mit Ausnahme einiger höher belegenen Distrikte an der österreichischen Gränze, ist die Getraideernte beendigt, da nur hier und dort noch ein wenig Hafer draußen liegt. Auf vielen großen Gütern hat auch bereits das Aufnehmen der Kartoffeln begonnen, um die Spiritusbrennereien wieder in Thätigkeit setzen zu können, wozu die fortwährend hohen Spirituspreise und der Mangel an Futter für das Rindvieh drängen. Das Ergebniß der diesjährigen Ernte wird im Ganzen genommen ein gutes genannt. Der erste Schnitt vom Klee gab nur eine mittelmäßige Ernte, und der zweite Wuchs ist fast ganz mißrathen. Ein gleiches Schicksal wie der zweite Kleeschnitt hat der zweite Wuchs in den Wiesen, weßhalb man hin und wieder um so mehr mit Besorgniß auf die Durchwinterung der Viehstämme sieht. (Fr. Pstz.)

* Im Verlage der Buchner'schen Buchhandlung zu Bamberg ist von J. G. Stenglein, der schon früher einige brauchbare Werke über mehrere Gegenstände der bayerischen Finanzverwaltung veröffentlicht hat, eine übersichtliche Zusammenstellung der nach dem Gesetz von 1856 in Bayern geltenden „Bestimmungen über die Besteuerung der Gewerbe" erschienen, die durch ihre praktische Einrichtung zum Handgebrauch für Beamte und Private vorzüglich geeignet erscheint. Nach einer kurzen Vorbemerkung über die gesetzlichen Bestimmungen, welche über die Gewerbesteuer bei uns bis 1852 und seitdem in Kraft waren, folgt der Text des Gewerbsteuergesetzes vom 1. Juli d. J. in extenso. Hieran reiht sich ein Auszug aus den vom Finanzministerium ertheilten Vorschriften zum Vollzug dieses Gesetzes, und zwar so, da die neue Instruktion von 1856 auf der alten von 1852 beruht, letztere zur Grundlage nimmt, und nur die nöthigen Aenderungen beifügt, der Verfasser, um ein durchweg gültiges, praktisches und übersichtliches Ganzes zu erhalten, beide halbbrüchig gegenüber gestellt, und aus der alten die aufgehobenen Stellen, aus der neuen die Bezugnahme hinweggelassen. Als Anlagen beigegeben sind: 1) das Formular einer rentamtlichen Gewerbesteuerliste, 2) die Gewerbsteuer-Skala, 3) der Gewerbsteuertarif. Letzterer wird auch apart abgegeben.

* Vor einiger Zeit bereits wurde in diesen Blättern das sehr zeitgemäße Werk: „Die Wissenschaften im 19. Jahrhundert, ihr Standpunkt und die Resultate ihrer Forschungen", erwähnt, welches in Romberg's Verlag zu Leipzig von einem Verein von Gelehrten, Künstlern und Fachmännern unter der Redaktion des Dr. J. B. Romberg herausgegeben wird. Das vor Kurzem erschienene dritte Heft des zweiten Bandes enthält wieder verschiedene sehr gründliche Aufsätze, so zwei von Hofrath Dr. Gräße über Geister- und Gespenster-Glauben im klassischen Alterthum, einen von Hofrath Dr. E. Lösche über Strahlung und Leitung der Wärme. Angefangen ist darin ferner eine Abhandlung über Geschichte des europäischen Ordenswesens vom Appellations-Gerichtsrath G. Ackermann.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 1. bis 6. September.)

Samstag. Wir können mit unserm Bericht nur an das in unserem jüngsten Gesagte anknüpfen. — Das Geschäft hat zwar etwas an Lebhaftigkeit, aber die Kurse haben nicht an Elastizität gewonnen. Die Geldverhältnisse treten fortwährend störend in den Weg. In jüngster Zeit ist unser Hauptsilberkäufer die österr. Nationalbank. Die Regierung scheint der Bank einen Termin gesetzt zu haben, binnen welchem sie einen hinreichenden Baarfonds haben muß, um den Zwangskurs der Noten aufzuheben, und es geht nun von allen Seiten Silber nach Oesterreich, da das mit dem Ankauf beauftragte Bankhaus wie es scheint sehr hohen Preis für das Silber bezahlen kann. — Starke Verkäufe von National von Seite eines großen Bankhauses wohl für Rechnung der österr. Regierung haben den Kurs sehr gedrückt. Diesen Verkäufen liegt mehr oder weniger die Bankmaßregel zu Grunde. Wir sehen in dem Fallen der österr. Fonds keinen Grund zur Aengstlichkeit, glauben vielmehr, daß dieses nur die Anbahnung der Bezahlungen ist, welche das Zutrauen befestigen wird. Auch österr. Loose, welche einen guten Anlauf genommen hatten, konnten der allgemeinen flauen Tendenz nicht widerstehen und blieben angeboten. Einer entschieden besseren Situation erfreuen sich span. Effekten, das Geschäft darin hat sich gegen früher bedeutend belebt und wenn auch eine kleine Reaktion in Paris eingetreten war, so hat doch dieselbe neue Wärme im Geschäft hervorgerufen. Süddeutsche Fonds behaupten ihre Festigkeit und ihre relativ hohen Kurse; ihre einzige und ernstliche Konkurrenz den Kapitalisten gegenüber sind die billigen Eisenbahn-Prioritäten. — Span. Kreditaktien von Vereire sind stark gefallen und dürften sich im Kurs nach und nach gleichstellen. Oesterr. Kreditaktien drückten sich in Folge eines, wenn auch nicht starken Rückganges in Wien, um beiläufig 6 fl. Meininger waren von 108¼ auf 111 gestiegen, und schlossen 109¼. Darmstädter Aktien Anfangs der Woche steigend, jetzt rasch rückgängig. Am besten von den drei Kategorien hat sich Zettelbank gehalten. Luxemburger bleiben stabil, aber in Nachfrage. In Weimarschen Aktien einiger Umsatz; der letzte Monatsausweis gibt einen erfreulichen Blick in die Geschäftslage der Bank. In norddeutschen immer noch reges Geschäft. Von Schweizer Kreditaktien ist wenig mehr die Rede, St. Gallen 526. — Von Eisenbahnaktien sind Hanauer durch forcirte Verkäufe gewichen. In Bexbacher war die Anfangs der Woche eingetretene Besserung nicht von Dauer; doch ist wenigstens der Entmuthigung Einhalt geschehen. Die Bahn hatte bis ultimo August ihre diesjährige Plus-Einnahme gegen das Vorjahr bis auf 22,600 fl. aufgezehrt. Wenn demnach auch der Septbr., der letzte Monat des Betriebsjahres, um diesen Betrag hinter dem vorjährigen zurückbliebe, würde die Jahreseinnahme sich doch immer noch jener von 1854/55 gleichstellen. Der Ausfall trifft nur den Kohlentransport, während Personen- und Gütertransport zunehmen. Diese Abnahme des Kohlentransportes würde indessen nur dann beunruhigen können, wenn sie als eine nicht bloß vorübergehende anzusehen wäre. Man darf wohl in dieser Hinsicht einer Aufklärung von Seite der Verwaltung entgegensehen. Die Einnahmen der Weißenburger Bahn haben sich gehoben. Staatsbahnaktien, Anfangs der Woche fester, sind wieder gewichen. In Nordbahn hat das Geschäft beinahe aufgehört; die Aktien sind vergriffen. Bei dem jetzigen Kurs erscheint mit Rücksicht auf die Mehreinnahme und den Anschluß an die hannoverische Bahn das Papier spekulativ. Livorno-Florenz fortwährend stagnirend. (Aktionär.)

Frankfurt, 10. September. In Folge der günstigeren Notiz von Paris machte der größte Theil der Effekten, mit Ausnahme von österr. Bankaktien, die billiger verhandelt wurden, eine kleine Steigerung; auch das Geld war etwas flüssiger.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $82^{3}/_{8}$ P. $82^{1}/_{8}$G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 P. $89^{3}/_{4}$ G. Metall. alte à 5pCt. $80^{3}/_{4}$ P. $80^{1}/_{4}$G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. — G.; à $4^{1}/_{2}$pCt. 71 P. $70^{1}/_{2}$ G.; à 4pCt. $63^{1}/_{4}$ P. $62^{3}/_{4}$ G.; à 3pCt. 48 P. — G.; à 1pCt. $16^{1}/_{8}$P. —G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen $58^{3}/_{4}$ P. — G. **Preussen.** $3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldscheine $86^{3}/_{4}$P. $86^{1}/_{4}$ G. **Bayern.** Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. — P. 89 G.; 4pCt. $94^{3}/_{4}$P. $94^{1}/_{4}$G.; 4pCt. Grundrente $95^{1}/_{8}$P. $94^{5}/_{8}$G.; $4^{1}/_{2}$pCt. $101^{3}/_{8}$P. $101^{1}/_{8}$G.; 5pCt. $101^{1}/_{2}$ P. 101 G. **Württemberg.** $3^{1}/_{2}$pCt. Obligationen b. R. $91^{1}/_{8}$P. $90^{7}/_{8}$ G.; $4^{1}/_{2}$pCt. $102^{5}/_{8}$ P. $102^{1}/_{8}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. $92^{1}/_{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. 100P. $99^{1}/_{2}$G.; $4^{1}/_{2}$pC. $102^{1}/_{2}$ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. $90^{5}/_{8}$P. $90^{1}/_{8}$G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $83^{1}/_{4}$P. $82^{3}/_{4}$ G.; à $3^{1}/_{2}$pCt. 92P. $91^{1}/_{2}$G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $40^{1}/_{4}$ P. 40 G.; 1pCt. neue $25^{1}/_{2}$ P. 25G. **Holland.** Integrale $64^{1}/_{4}$ P. $63^{3}/_{4}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1248P. 1244G. Neue Bankaktien 374 P. 369 G. Credit-Actien à 5pCt. 240P $238^{1}/_{2}$G. Darmstädter Bankaktien alte 419 P. 417 G.; junge 369 P. 367 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 548 P. 543 G. Mitteldeutsche Creditbank $109^{3}/_{8}$P. $109^{1}/_{8}$G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $115^{3}/_{4}$P. $115^{1}/_{4}$G. Frankf. Bankaktien $117^{1}/_{2}$ P. $117^{1}/_{4}$ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 284 P. 282 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142 P. $141^{3}/_{4}$G. Neustadt-Weissenb. $106^{1}/_{4}$ P. $105^{3}/_{4}$G. $4^{1}/_{2}$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien $103^{3}/_{4}$ P. $103^{1}/_{2}$ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 64 P. — G. Taunus-Aktien 345 P. 342 G. Hanauer Eisenb.-Aktien $83^{1}/_{4}$ P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 5pCt. $82^{1}/_{4}$P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 99 P. $98^{1}/_{2}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von **1839** 123P. $122^{1}/_{2}$G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** $105^{1}/_{2}$P. 105 G. $3^{1}/_{2}$ pCt. neue Prämienscheine —P. $116^{1}/_{4}$ G. Badische fl. **35** Loose von 1845 $49^{1}/_{8}$P. $48^{7}/_{8}$G. Darmst. Loose à fl. **50** 118P. $117^{1}/_{2}$G. à fl. **25** $34^{1}/_{2}$P. $34^{1}/_{4}$G. Kurh. **40** Thaler-Loose b. R. $40^{3}/_{8}$ P. $39^{7}/_{8}$G. Nass. Loose à fl. **25** $33^{1}/_{2}$ P. $33^{1}/_{4}$ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. $44^{3}/_{4}$G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial $87^{1}/_{2}$ P. $87^{1}/_{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. $99^{3}/_{4}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. $117^{3}/_{4}$P. $117^{1}/_{2}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. $120^{1}/_{8}$P. ——G.	Mail. i. S. Lr. 250k.S $99^{3}/_{4}$P —G
Berlin Thlr. 60 k.S. $104^{5}/_{8}$P. $104^{3}/_{8}$G.	Paris Frs. 200 k. S. $93^{1}/_{4}$P. 93 [illegible]
Cöln Thlr. 60 k.S. $104^{5}/_{8}$P. ——G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS. $96^{1}/_{4}$P. 96G.	Wien fl. 100C. k S. $115^{1}/_{8}$P. $114^{7}/_{8}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P $88^{3}/_{4}$G.	Wien 3 M. mit 4% $114^{3}/_{4}$P. $114^{1}/_{2}$G.
Leipz. Thlr. 60k.S. $104^{5}/_{8}$P. $104^{3}/_{8}$G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Wien, 9. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{3}{16}$; 5pCt. Metall. $83\frac{13}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. $73\frac{1}{8}$; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 129; von 1854 $109\frac{9}{16}$; Bankaktien 1086; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $387\frac{1}{2}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 585; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien $2827\frac{1}{2}$. Wechselkurse: Augsburg uso $103\frac{5}{8}$. London 10. 5. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

München, 6. Septbr. Wie uns aus Berchtesgaden vom 8. d. berichtet wird, ist Se. M. König Otto von Griechenland am 7. erst spät in der Nacht am dortigen königl. Hoflager eingetroffen, indem sich zwischen München und Peiß der Unfall ereignete, daß die Achse des Wagens, in dem Se. Majestät fuhr, glühend wurde und dadurch das Holz in Brand gerieth. Durch den hiedurch auf offener Landstraße verursachten Aufenthalt, bis ein anderer Reisewagen zur Stelle geschafft werden konnte, wurde die Ankunft Sr. Majestät in Berchtesgaden verzögert. (N. M. Z.)

Dem „Fr. Journ." schreibt man aus Berlin, 9. Sept.: „Ein bestimmt auftretendes Gerücht spricht von einer sehr ernsthaften Intervention Frankreichs in die Angelegenheiten der Schweiz. Keine der Großmächte werde dulden, daß die gefangenen Royalisten nach den neuen Schweizer Gesetzen (in Bern) gerichtet würden." (Diese Nachricht scheint uns sehr unglaubwürdig.)

London, 9. Sept. Der in Liverpool angekommene Dampfer „Etna" bringt Nachrichten aus New-York vom 27. August. Ein von Mac Qucens gestellter Antrag auf Vertagung des Kongresses war nicht angenommen worden. (T. D. d. K. J.)

Turin, 5. Septbr. Das neue Unternehmen Mazzini's, mittelst Subskription die Mittel zur Anschaffung von 10,000 Gewehren zusammen zu bringen, ist aus zweierlei Gründen als gescheitert zu betrachten. Bekanntlich schnürt nichts die Börsen fester zusammen als souveräne und noch dazu geheime Verwendung der Gelder bei verweigerter späterer Rechenschaftsablegung; kommt dann noch ein Funke von Verdächtigung hinzu, so fangen plötzlich alle Zuflußkanäle an zu stocken, und man sitzt im Trockenen. An Verdächtigung in Bezug auf die Verwendung des von Mazzini vor einigen Jahren ausgeschriebenen Revolutionsanlehens fehlt es nun nicht, und man findet Niemand, der nicht der Meinung wäre: von den Millionen desselben dürfte schon noch so viel übrig seyn, um 10,000 Flinten anschaffen zu können. — Vorgestern ereignete sich hier auf dem Platze San Carlo ein Vorfall, der alle Anwesenden peinlich ergriff. Man hatte ein Begräbniß gefeiert und, nach italienischem Ritus, den Sarg bis zur Beerdigung des Tags darauf in der Kirche beigesetzt. Als nun die Leichenfrauen von dem Ospizio di Carita, an der Spitze die Kreuzträgerin, aus der Kirche heraustraten, schritt ein unbekanntes Individuum auf die erste zu, entriß ihr unter Mißhandlungen das Kreuz, und ehe die Umstehenden es verhindern konnten, lag es in Stücken zerschlagen am Boden. Ein starker Lastträger packte den Wüthenden und hielt ihn so lange fest, bis er von den Soldaten des nächsten Postens arretirt und der Gendarmerie übergeben war. Die liberalen und klerikalen Blätter streiten sich nun darum, ob das Individuum bei gesunden Sinnen war oder nicht. (A. Z.)

Petersburg, 2. Sept. Der Kaiser hat mittelst Reskripts an den Kriegsgouverneur von Riga und Generalgouverneur von Lief-, Esth- und Kurland, Fürsten Suwarow, nicht nur in gleicher Weise, wie laut Ukas des Kaisers Nikolaus vom 2. Juli 1845 geschehen ist, die Patentbriefe von Riga, Reval, Dorpat unterzeichnet, sondern allen Städten der Ostsee-Provinzen erklären lassen, daß er deren Rechte und Privilegien, sofern dieselben im Einklange mit den allgemeinen Staatsgesetzen stehen, bestätige, und erwarte, daß dieselben in Ordnung und Wohlstand gedeihen werden. (N.-Z.)

Dem „Nord" wird telegraphirt, daß Hr. v. Tschewkin, der Nachfolger des Grafen Kleinmichel im Departement der Verkehrswege, an Herrn v. Brocks Stelle zum Finanzminister ernannt werden, und daß General Doublet als Direktor der Kanzlei 3. Abtheilung (hohe Polizei) gleichfalls einen Nachfolger erhalten wird.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 254. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 12. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München. Für die wissenschaftlichen Sammlungen des Staats ist neuerlich die berühmte Petrefaktensammlung des Landarztes Häberlein in Papenheim erworben worden, deren Zugang in Verbindung mit der Leuchtenbergischen und der Münchnerin, welche schon die Graf Münster'sche besitzt, diese zu einer der ersten, in manchen Zweigen zur ersten von Europa erhebt. (B. Ldbötin.)

München, 9. Septbr. Das, wie die „N. M. Ztg." mittheilt, dem kgl. bayer. Gesandten in Petersburg, Hrn. Grafen v. Bray, von dem Kaiser der Franzosen verliehene Großoffizierkreuz der Ehrenlegion erscheint wohl als eine Anerkennung der Dienste, welche der Graf während des orientalischen Krieges der französischen Regierung geleistet, da demselben bekanntlich während jener Zeit die Vertretung der französischen Interessen in Rußland übertragen war. (N. E.)

Württemberg. Stuttgart, 9. Sept. Der auf der Durchreise hier befindliche evangelische Bischof von Jerusalem, Gobat, hielt gestern Abends einen Missionsvortrag in der Stiftskirche, welche die Menge der Zuhörer kaum fassen konnte. Er gedachte zumeist der Mission der dortigen Juden, welche nur sehr langsame Fortschritte mache. Erst in neuester Zeit, theilte er mit, habe die Bedrückung von Seite der muhamedanischen Behörden aufgehört, welche den armen Juden in Jerusalem die ersammelten Almosen wieder abnehmen ließen. An die von der Mission seit zwölf Jahren gestifteten Schulen knüpfte der Redner die meisten Hoffnungen einer Besserung der dortigen Zustände. Das reichliche Kirchenopfer wurde zu den bezeichneten Zwecken bestimmt. (Fr. Bltz.)

Freie Städte. Hamburg, 9. Sept. Prinz Adalbert von Preußen traf gestern Abend mit dem engl. Dampfschiff „Delphin" hier ein. Am Hafen wurde er von seiner Gemahlin, die schon einige Tage hier verweilt hatte empfangen. Der Prinz (bekanntlich im Gefecht gegen die Riffpiraten verwundet) konnte nur in Schritt fahren und wurde vom Bord des Schiffes zum Wagen, so wie bei seiner Ankunft im Hotel de l'Europe aus demselben in einem Lehrsessel getragen. Nach kurzem Aufenthalt reiste der Prinz nach Berlin ab. (H.N.)

§ **Oesterreich.** Wien, 9. Septbr. (Privat-Korresp.) Das Pesther Handelsgericht ist in der die Aufhebung der bestehenden Wuchergesetze betreffenden Frage mit gutem Beispiele vorangegangen. Es haben sich nämlich nicht, wie es in einigen Blättern heißt, die meisten Mitglieder, sondern vielmehr sämmtliche Beisitzer des Handelsgerichtes einstimmig für die gänzliche Aufhebung der bestehenden Wuchergesetze erklärt. Bloß in Bezug auf die Art der Ausführung wird von der Minderzahl der Beisitzer beantragt, für hypothecirte Kapitalien ein Moratorium (verzögernde Frist) von drei Jahren anzurathen, und zwar aus dem Grunde, weil sonst, wenn bei Aufhebung der Wuchergesetze, wie der Fall leicht eintreten könnte, viele hypothecirte Kapitalien auf einmal gekündigt werden sollten, momentan eine sehr große Nachfrage nach Geld eintreten, hierdurch aber natürlich das Geld selbst vertheuert oder, was gleichbedeutend, der Zinsfuß bedeutend erhöht werden würde. — Der letzte Bankausweis zeigt eine Verminderung des Wechselportefeuille, die gegen den Dezemberausweis des vorigen Jahres nahezu 10 Millionen Gulden beträgt, ein deutlicher Beweis, welche eine bedeutende Konkurrenz die Kreditanstalt der Bank bereitet. Letztere ist zwar in den letzten Monaten in ihren Eskomptebewilligungen liberaler geworden, allein da die Kreditanstalt noch weniger Diffikultäten macht, so strömt ihr erstes und zweites Papier so reichlich zu, daß sie der Bank eine mit jedem Tage stärker hervortretende Konkurrenz macht.

Wien, 7. Septbr. Ein gewandter Spekulant, der über große Geldkräfte disponirt, hat die Börse in dieser Woche durch seine gut kombinirten Manöver gewaltig stutzig gemacht. Durch seine soziale Stellung, sowie durch sein großes Vermögen häufig in der Lage, gut unterrichtet zu seyn, sind seine Operationen zumeist mit Glück gekrönt. Nun hat sich in der letzten Zeit in unserer Haute finance die Ansicht geltend gemacht, daß die Rentabilität der beiden ersten Spielpapiere: der Nordbahn- und Kreditaktien, überschätzt worden ist. Diese Ansicht, welche dem weiteren Aufschwunge dieser beiden Effekten in der letztern Zeit Einhalt gethan, wurde von diesem Spekulanten mit großem Geschick ausgebeutet und gab den Impuls zu sehr nambaften Contremineverkäufen, die in diesem Moment, wo die niedrigen Pariser Rentenkurse ohnedies deprimirend auf die Börse wirken, einen Rückgang in diesen Effekten hervorbrachten. Anfangs hielt die Börse tapfer Stand, allein als Agenten, von denen kein Mensch wußte, auf wessen Befehl sie verkaufen, Kreditaktien in großen Posten ausboten, da entsank der Kouliße der Muth und sie begann bereits ihre Stücke herzugeben. Wären am 6. Sept. nicht erste Häuser als Käufer aufgetreten, so hätten die Kreditaktien einen großen Rückgang erlitten; allein nachdem sie bereits auf 386¼ geworfen wurden, erholten sie sich auf 389 und schlossen nach einem erneuerten Angriff um ½pCt. billiger. Um seine Operationen zu unterstützen, bot der oben erwähnte Spekulant Dividendenkoupons der Kreditaktien um 25—27 G. per Stück aus, als ob man jetzt, wo das Verwaltungsjahr noch nicht zu Ende ist, die Ziffer der in vier Monaten fälligen Dividende anzugeben im Stande wäre. (D. A. Z.)

Wien, 7. Septbr. Wie die heutige „Presse" mittheilt, versammelte sich die zur Berathung der Wuchergesetze berufene Kommission vorgestern Nachmittag um 4 Uhr im Lokale der Handelskammer. Diese Kommission bestand aus den Herren Dr. Neumann und Zugschwert, und aus acht Mitgliedern der Kammer, welche alle einstimmig die gänzliche Aufhebung der Wuchergesetze, die Freiheit des Kapitals befürworteten. In Konkursfällen soll, Hypothekarforderungen mit 5pCt., Handelsforderungen mit 6pCt. zu berechnen, gesetzlich bestimmt werden.

Aus Salzburg wird der „Allg. Ztg." geschrieben: Dr. Xaver Schmid, ehemals Weltpriester und Mitbesitzer der Duyle'schen Buchdruckerei in Salzburg, welcher sich durch seine poetischen und gelehrten Schriften, namentlich durch seine „Katholische Dogmatik", dann durch sein in der Günther'schen Philosophie pro et contra geführtes Wort und durch manches Andere hier und auswärts bemerkbar gemacht, ist vor einiger Zeit „im Ausland" zur lutherisch-evangelischen Religion übergetreten, und will im nächsten Semester an der Universität zu Erlangen — ich glaube über Geschichte und Philosophie lesen.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 7. Sept. Nachdem die erste Aufregung sich gelegt, ist jetzt die Aufmerksamkeit auf den Gemeinderath von Neuenburg gerichtet, welcher sich sogleich beim Ausbruche der Bewegung versammelt hatte. Aus gemäßigten Royalisten zusammengesetzt, erklärte sich zwar diese Behörde permanent, enthielt sich aber jeder aktiven Betheiligung am Aufstande. Jetzt ist der Rath aufgelöst und ein provisorischer Ausschuß an seine Stelle getreten. Daß die freigebliebenen Royalisten sich nicht in einer beneidenswerthen Lage befinden, bedarf keiner Bemerkung. Viele royalistische Familien wandern aus, da sie in der hereingebrochenen Katastrophe den Todesstoß für ihre Hoffnungen sehen. (K. Z.)

Basel, 8. Septbr. Dr. K. E. Vehse von Freiberg in Sachsen hat nebst seiner Tochter vom Regierungsrath von Baselland die Bewilligung erhalten, sich in Sissach niederlassen zu dürfen. — Der Bischof von Basel hat einigen Fabrikanten in Unterägeri, Kanton Zug, erlaubt, an zehn minder wichtigen Feiertagen in ihren Etablissements arbeiten zu lassen. Dafür haben sie zu dem Neubau der dortigen Kirche 40,000 Fr. beizutragen. (Schw. M.)

Bern, 10. Septbr. Der preußische Gesandte ist gestern von Sigmaringen hier eingetroffen, verlangte sofortige Audienz beim Bundespräsidenten, aber umsonst. Morgen versammelt sich der große Rath (gesetzgebende Versammlung) in Neuenburg. (T. D. d. Schwäb. M.)

Großbritannien.

* Die Königin von England hat beschlossen, eine Medaille für die Grönlandsfahrer, zur Erinnerung an ihre langen und gefährlichen Dienste, prägen zu lassen.

Frankreich.

Paris, 8. Sept. Wie man in wohlunterrichteten Kreisen versichert, wird die Königin Christine diesen Winter nicht nach Rom gehen, sondern ihren Aufenthalt in Madrid nehmen. Einstweilen geht ihr Narvaez nach Madrid voran. Ihr Einfluß in der spanischen Hauptstadt ist im Steigen begriffen. Nicht allein Serrano sucht ihre Gunst zu gewinnen, sondern auch Narvaez, der dieser Tage eine vierstündige Unterredung mit ihrem Gemahl, dem Herzog von Rianzares, hatte. Am hiesigen Hofe soll man übrigens weder für die Königin Christine, noch für Narvaez eine besondere Vorliebe hegen.

* Paris, 9. Sept. Gestern am Jahrestage der Einnahme Sebastopols, wurde in der Magdalenen-Kirche ein feierlicher Trauergottesdienst für die im Orient gestorbenen Offiziere des Generalstabs abgehalten.

Paris, 9. Sept. Hr. v. Kisseleff, der neue russische Botschafter am Tuilerienhofe, wird nächstens in Paris eintreffen. Mehrere Mitglieder eines sehr zahlreichen Bothschaftspersonals gehören den berühmtesten und reichsten Familien Rußlands an; unter andern nennt man einfache Attaches, die Millionäre sind. Außerdem werden unmittelbar nach den Krönungsfeierlichkeiten viele Russen nach Paris kommen, denn der Kaiser Alexander sieht diese Reisen sehr gerne und muntert sogar dazu auf, gleich als ob er dadurch zeigen wollte, daß die Reichthümer Rußlands troß der ungeheuren Opfer, die für den Krieg gebracht wurden, noch lange nicht erschöpft sind. (Fr. Pstz.)

* Wie aus Algier berichtet wird, ist von Anlegung eines unterseeischen Telegraphen direkt von Marseille nach Algier die Rede.

Italien.

Turin, 4. Sept. Mazzini, welcher der Nationalsubskription für die hundert Kanonen nach Alessandria eine andere für 10,000 Gewehre entgegensetzt, welche er jener Provinz Italiens verspricht, welche zuerst die Fahne der Revolution erhebt, hat sich in einem Brief an die hiesigen Minister — ministri di un re non tiranno, wie er sagt — gewandt, in welchem er sich bitter beschwert, daß die Polizei ihm die betreffenden Subskriptionslisten wegnimmt, und sein Blatt, die „Italia e Popolo," jedesmal mit Beschlag belegt, so oft sie diese Listen veröffentlichen oder Rechenschaftsberichte ablegen will. Der Brief ist freilich aus London datirt, kann aber diese Stadt nie gesehen haben, denn zwischen der Beschlagnahme der „Italia e Popolo" in Genua und dem Eintreffen des genannten Briefes in Turin sind kaum 5 Tage Zwischenraum, während welcher Zeit die Post die Strecke von Genua nach London nicht zweimal zurückzulegen vermag. Uebrigens ist es auch ohne diesen Anachronismus wohl bekannt, daß der nimmer ruhende Agitator an der Riviera di Levante weilt und auf neue Abenteuer sinnt. (N.-Z.)

Griechenland.

* Man liest in einer Korrespondenz des „Constitutionnel" aus Athen, 25. August: Admiral Bouet-Villaumez entwickelt fortwährend große Thätigkeit und läßt fast keinen Tag vorübergehen, ohne die griechischen Behörden anzugehen, auch ihrerseits die Räuber Attika's zu verfolgen. Am 21. August kamen im Piräeus abermals 2 Räuber-Köpfe 2. Klasse an. Ich wiederhole 2. Klasse, denn um die Vertilgung dieser Landplage war es nothwendig unerläßlich, diese neue sonderbare Hierarchie einzuführen. Die Räuber sind demnach in 3 Klassen getheilt worden. Für einen Kopf 1. Klasse werden 3000 Drachmen bezahlt, 2000 für ein Haupt 2. Klasse und 1000 für einen gewöhnlichen Räuberschädel. Auf die Staatskasse geschickt und dort von Zeugen als identisch erkannt, werden diese Köpfe baar bezahlt und sodann weit von den zu ihnen gehörenden Rümpfen eingescharrt. Dieses ist eines der probatesten Mittel gegen die Räuber, denn obwohl sie fast überzeugt sind, nach dem Tode geraden Weges zur Hölle zu fahren, beunruhigt sie doch der Gedanke, diese Reise kopflos unternehmen zu müssen. Die beiden obenerwähnten Räuber hatten einen Demarchen bei Poros ermordet, nachdem sie ihm vorher die Augen ausgestochen und die Ohren u. s. w. abgeschnitten hatten; in der That ist nur die Geldklemme schuld, daß ihnen nicht die Ehre der ersten Klasse zu Theil wurde.

Rußland und Polen.

Moskau, 30. August. (Einzug des Kaisers und der Kaiserin.) Wer gestern durch das Twer-Thor nach Moskau gekommen ist — so meldet ein Berichterstatter — der hat von da bis zum Kreml-Schlosse ein wundervolles, nie gesehenes Schauspiel genossen. Die ganze Twer-Straße ist auf beiden Seiten von fast ununterbrochenen amphitheatrisch gebauten Zuschauertribünen umsäumt; die Fenster, Balkone, Terrassen vereinigen sich mit diesen Amphitheatern zu einem bezaubernden Ganzen. An anderen Stellen sind ganze Häuser und Plätze von Gerüsten verdeckt, auf welchen 25 bis 28 Sitzreihen über einander angebracht sind. Alle diese Sitze und Balkone sind mit den schönsten Teppichen und Decken ausgeschlagen und mit bunten Flaggen verziert. Besonders zeichnen sich die Häuser der Fürstin Bjeloserskv, das der HH. Guriew, Beketow aus, deren Façaden und Säulen auf's geschmackvollste und glänzendste verziert sind. Moskau hat innerhalb eines Monats eine ganz andere Gestalt angenommen; hier, wo es nur freie Plätze gab, sind prachtvolle Gebäude hervorgewachsen, dort sind dagegen ganze Häuserreihen verschwunden und erblickt man statt dessen breite Straßen. Der Platz vor dem aus der Asche wieder erstandenen großen Theater bietet ein entzückendes Bild dar. An den vier Seiten dieses Platzes stehen sich vier großartige Gebäude von ganz gleicher Architektur gegenüber; das kleine Theater, das Tschelischew'sche Haus, die Senats-Druckerei und das Haus des Kaufmanns Bronnikoff. Auf dem freien Platz gegenüber dem Theater erhebt sich jetzt ein großes hölzernes Haus für Musikanten und Schauspieler und für die Illumination sind alle diese Häuser durch Bögen mit dem großen Theater verbunden. In der Mitte des Platzes, auf dem sich auch zwei Fontainen befinden, ist eine Estrade für ein Musikchor von 150 Mann errichtet. Wahrhaft Außerordentliches versprechen die Vorbereitungen zur Illumination des Kreml. Wie bereits gemeldet, sind alle Thürme desselben und selbst der Glockenthurm des „Großen Iwan" mit Gerüsten umgeben, welche mit Lämpchen und bunten Laternen förmlich besäet sind. Ebenso reich und prächtig ist die Ausschmückung des Alexander-Gartens, der sich an die Mauer des Kreml anlegt; hier sieht man ganze Gruppen natürlicher Wälle und Gesträuche mit Tausenden von Beleuchtungsgegenständen behangen. Auf dem „Großen Iwan" sollen an drei Abenden 15 Pud (1 Pud = 32 Zollpfund) verschiedenfarbiger bengalischer Flammen verbrannt werden, was leicht glaublich, wenn man sieht, daß an dem 37½ Saschenen (1 Saschene 7½ Fuß) hohen Glockenthurm von unten bis zum Kreuze nicht ein Fuß ohne Lampe u. dgl. geblieben ist. Unter dem Kreuze selbst ist eine Krone angebracht, von der ringsum schwebende Halbbögen ausgehen, an welchen an 70 bunte Laternen von außerordentlicher Größe hängen. Unter den übrigen Verzierungen im Kreml ist besonders noch die geschmackvolle Ausschmückung des Arsenals zu erwähnen. Zwischen einer ununterbrochenen Kette von Kanonen, welche um das Arsenal herumliegen, erheben sich ungeheure aus Trommeln, Büchsen, Bayonneten und Säbeln errichtete Pyramiden, welche, mit unzähligen Fahnen drappirt, einen kostbaren Anblick gewähren. Das Arsenal wie überhaupt die Kremlmauer vom Nicolskoi- bis zum Troizkoi-Thor waren am 29. Abends schon illuminirt und der Effekt der Illumination ein großartiger. Die Feuerlinien, welche die Fenster, Säulen und Giebel der Gebäude einschlossen, gewährten eine romantische, seltene Dekoration, und doch war dies offenbar eine Kleinigkeit gegen den Anblick, den die Erleuchtung des ganzen Kreml darbieten wird. . . . . Sehen wir uns jetzt auf dem Felde von Chodynsk um, wo der Volksschmaus und die Volksbelustigungen stattfinden werden. Hier ist in der Nähe des Petrowski-Palastes ein kaiserl. Lusthäuschen errichtet und rings umher stehen Tribünen für die Zuschauer. Vor diesen ziehen sich im Halbkreise unzählige lange Tafeln hin, zwischen denen künstliche Fontainen stehen, die am Tage des Schmauses breite Strahlen Weins und andere Getränke hervorsprudeln werden. Hier ist auch ein offener Cirkus zu den öffentlichen Spielen, Rutschberge, Flaggenstangen, Schaukeln 2c. Den äußersten Rand dieses Feldes nehmen die Lager der hier versammelten Garden ein, die zu dem schönen Bilde einen eben so bunten als eigenthümlichen Rahmen bilden. . . Nun noch etwas vom Theater. Das Theater ist natürlich auch im Innern auf's glänzendste ausgeschmückt; weiß mit goldenen Baguettes, Festons, die Bekleidung der Sitze und Logen von rothem und blauem Sammt. Im neuen Theater soll sich vor jeder Loge ein Kabinet mit einem kleinen Divan und ein Tisch mit einer Lampe befinden, das von der Loge durch eine leichte Drappirung getrennt ist. Für die Zeit der Anwesenheit des Hofes hat die Theaterdirektion ein Abonnement auf die italienische Oper und das Ballet im „Großen Theater" und auf die französischen Vorstellungen im „Kleinen Theater" eröffnet. Opernvorstellungen sollen 18, Ballette 12 und französische ebenfalls 18 gegeben werden; zu erstern kostet eine Loge im 1. Rang 25 Rubel, ein Sessel in der ersten Reihe 8 Rubel, zum Ballet die Loge 12 Rubel, der Sessel 5

Rubel; zur französischen Vorstellung die Loge 9 Rubel, der Sessel 3 Rubel — für jeden Abend natürlich. (H. N.)

Moskau, 3. Sept. Eine alt russische Art der Huldigung ist das Ueberreichen von Brod und Salz auf einem Teller. Bei den bevorstehenden Festlichkeiten wird diese Zeremonie auch von Seiten der Kaufmannschaft in Moskau stattfinden. Ein Korrespondent aus Moskau gibt über den Teller, auf dem die Kaufmannschaft von Moskau dem Kaiser jene Gaben überreichen wird, die folgende ausführliche Beschreibung: Der Teller ist aus feinem Golde von der 84. Probe und wiegt 25 Pfund. Er ruht auf drei kleinen Füßen und besteht aus einem flachen Boden, der an der Seite und am Rande leicht eingebogen ist. Der Boden ist vollkommen rund, während der Rand in eben so schöner als geschmackvoller Weise wellenförmig gearbeitet ist. Der Boden ist von einem grünlichen Relief-Blumengewinde eingefaßt. In der Mitte desselben ist, ebenfalls im Relief vom schönsten Mattgold, der Kreml abgebildet, eine an Treue und eleganter Ausführung wahrhaft bewundernswerthe Arbeit. Das Feld des Bildes ist glatt, glänzend, mit einem grünlichen Schimmer überzogen, die helle, volle Sonne steht über dem Kreml und sendet ihre Strahlen auf die ganze Umgebung aus. Hinter dem Blumengewinde des Bodens beginnt die leicht gebogene Seite des Tellers; diese Seite zeigt, ebenfalls in Relief-Arbeit und von mattem Golde den zweiköpfigen Adler über der Krone, Scepter und Reichsapfel, auf der Brust ein Schild mit dem Siegbringer Georg. Dem gegenüber erblickt man das Wappen von Moskau. Zwischen den beiden Theilen befinden sich Vertiefungen mit den allegorischen Figuren der Barmherzigkeit und der Gerechtigkeit; ferner, zwischen dem Adler und der Barmherzigkeit die Embleme der industriellen Macht des Reiches — Fabriken, Maschinentheile, eine Waage, Sichel 2c.; zwischen der Barmherzigkeit und dem Moskauer Wappen: die Embleme der Kunst — Masken, musikalische Instrumente, Palette 2c.; zwischen dem Moskauer Wappen und der Gerechtigkeit: die Embleme der Wissenschaft — Bücher, Teleskop, Globus 2c., und endlich zwischen der Gerechtigkeit und dem Adler: Waffen, Fahnen 2c., als Embleme der kriegerischen Macht des Reiches. Der Rand des Tellers trägt oben ein Schild von blauem Email mit den Namenszügen des Kaisers und der Kaiserin, dem gegenüber befindet sich ein gleiches Schild auf dem in gothisch-slavonischer Schrift die Jahreszahl und die Namen der Ueberbringer verzeichnet sind. An den Seiten sind der Symmetrie wegen ähnliche Emailschilde angebracht und dazwischen die schönsten Relief-Blumengewinde. Die Ausführung wird als eine außerordentlich kunstvolle gerühmt. Die Verfertiger dieses Tellers sind die Gebrüder Gubkin in Moskau, Besitzer einer Fabrik von Gold- und Silbersachen. (Zeit.)

Wie Pariser Blättern aus Warschau gemeldet wird, ist ein Mitglied der polnischen Emigration, Stanislaus Ostrowski, einer angesehenen polnischen Familie angehörig und während seines Aufenthalts in Paris bis zur Februar Revolution als Bureau-Chef im Ministerium der öffentlichen Bauten beschäftigt, nachdem er die Rückkehr in sein Vaterland erhalten hatte, auf Befehl des Kaisers von Rußland in seine Adelsrechte und in sein Vermögen wieder eingesetzt worden.

Amerika.

New-York, 26. Aug. Beide Häuser des Kongresses zu Washington vertagten sich heute, ohne im Stande gewesen zu seyn, ihre Differenzen in Bezug auf die Heer-Budget-Bill auszugleichen. Clayton brachte eine Resolution ein, welche zum Behufe der Schlichtung der Streitfrage die Einsetzung eines aus sieben Senatoren und elf Mitgliedern des Repräsentantenhauses bestehenden Sonder-Ausschusses bestimmt. Im Repräsentantenhaus sind die entgegenstehenden Parteien ziemlich gleich stark, doch die Gegner der Sklaverei, also auch des jetzigen Regierungssystems etwas stärker. Im Senat herrschen die Sklavenhalter. Man erinnert sich noch, daß beim Beginn der Session die Wahl des Sprechers oder Präsidenten sich 64 Tage verzögerte. Aehnlich ging es am Schluß bei Berathung des Militärbudget, über das sich die beiden Häuser nicht einigen konnten. Sie vertagten sich daher am 18. August, ohne jenes Budget bewilligt zu haben. Der streitige Punkt war eine von dem Repräsentantenhause der Budgetbewilligung hinzugefügte Klausel, worin es heißt: „vorausgesetzt, daß kein Theil der militärischen Streitkräfte, für deren Unterhalt im gegenwärtigen Akte Gelder bewilligt sind, dazu verwandt werden soll, irgend welchen Beschluß der sich als Territorial-Legislatur von Kansas gerirenden Körperschaft ohne Genehmigung und Bestätigung seitens des Kongresses gewaltsam durchzuführen." (In Kansas liegen nämlich die Gegner und die Anhänger der Sklaverei mit einander in erbittertem Kampfe um die Herrschaft des Landes. Letztere werden auf wirklich empörende Weise von dem Präsidenten Pierce und seiner Regierung unterstützt, deren Zweck ist, durch Aufnahme von Kansas, als einem Sklavenstaate, in die Union die Macht der Sklavenbesitzer zu vermehren und zu befestigen.) Durch die Nichtbewilligung des Militärbudget sah sich der Präsident veranlaßt, auf den 21. August eine außerordentliche Session des Kongresses anzuberaumen. In der betreffenden Botschaft entwickelt er weitläufig die Uebelstände, welche die Auflösung der Armee in dem Territorium von Washington und Oregon und in Texas gegenüber den feindlichen Indianern erzeugen müßten, scheint aber dabei ganz zu übersehen, daß ihm in jener Klausel nicht die Vertheidigung der Gränzen, sondern nur die gewaltsame Unterdrückung der Gegner der Sklaverei in Kansas verboten wird. Das Repräsentantenhaus nahm in der außerordentlichen Session das Militärbudget abermals nur mit dem Vorbehalte wegen Kansas an; der Senat vertagte sich jedoch, ohne das Budget angenommen zu haben. Campbell, Vorsitzender der Ausschusses der Mittel und Wege, hat eine neue Army Bill erlassen, die, wie man glaubt, vielleicht durchgehen wird. Der beschränkende Artikel der nicht durchgegangenen alten Army Bill — das Repräsentantenhaus wollte das Heer-Budget nur unter der Bedingung bewilligen, daß die im Interesse der Sklavenhalter wirkenden Bundes-Exekutions-Truppen aus Kansas zurückgezogen würden — würde dann wegfallen, und die Territorial-Gesetze von Kansas würden aufgehoben werden. Ein Abgeordneter der Freiboden-Partei aus Kansas, Mr. Arny befindet sich in Washington, um den Präsidenten um Beistand gegen die Anhänger der Sklaverei in Kansas zu ersuchen. Der Präsident soll ihm die Antwort haben ertheilen lassen, daß er bei seiner gegenwärtigen Ueberhäufung mit Geschäften keine Zeit habe, sich mit dergleichen Dingen zu befassen. Als Herr Arny diesen tröstlichen Bescheid erhalten hatte, ließ er die aus Kansas mitgebrachten Dokumente in den Händen des Privatsekretärs des Hrn. Pierce, warf einen letzten wehmüthigen Blick auf das weiße Haus und trat die Rückreise in die Heimat an. Die besagten Aktenstücke bestehen in einem Briefe an den Präsidenten und in einem halbamtlichen Berichte über den Angriff auf das Städtchen Franklin in Kansas. Brief und Bericht laufen darauf hinaus, daß es, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, nöthig sey, von Seiten der Bundesregierung dem Unfuge der in Kansas aus Missouri und anderen Staaten des Südens einfallenden sklavereifreundlichen Räuberbanden zu steuern.

Handels- und Börsen-Berichte.

△ Frankfurt, 10. Septbr. (Privat-Korrespondenz.) Die hiesige Ledermesse hat gestern ganz so geschlossen, wie es vorauszusehen war. Die Preise sind in Folge der nicht sehr starken Zufuhren und des Mangels an rohem Leder durchschnittlich gegen die vorige Ostermesse um 15—25pCt. höher gegangen. Die Vorräthe genügten dem Bedarf kaum bis Hälfte und waren größtentheils, noch ehe sie in Frankfurt ankamen, bereits in die zweite Hand übergegangen. Diejenigen, die gleich beim Beginne der Messe zulangten, kauften am billigsten. Gutes Wildsohlleder wurde verkauft zu 60—67 Rthlr. (à fl. 1. 30 kr.) per Zollzentner; deutsches (zahmes) Sohlleder à 52—58 Rthlr.; braunes Kalbleder 96—110 Rthlr.; schwarzes Kalbleder 88—107 Rthlr.; Rindleder 66—76 Rthlr.; Bacheleder (Waschleder) 62—69 Rthlr. und Jaffaleder 60—72 Rthlr. — Von Kalbleder wurden die leichtern Felle am theuersten bezahlt; lohgares und alaungares Schafleder wurde zu überhoben Preisen verkauft, die sich über 50pCt. höher gegen die vorige Ostermesse stellten. Ausländer und österreichische Käufer fehlten diesmal, dagegen fanden sich desto mehr aus Würtemberg und namentlich aus Bayern ein.

Aus Berlin, Leipzig, Köln, Halle wird übereinstimmend gemeldet, daß die Stille im Zuckergeschäft andauert.

Frankfurt, 11. September. Die Börse bewegte sich in flauer Stimmung insbesondere in Bank- und Kreditaktien, die bedeutend unter den gestrigen Kursen abgegeben wurden, der Schluß war jedoch fester.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 82 1/8 P. 81 7/8 G. 5pCt Lombard.-Ven. 90 P. 89 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 80 3/4 P. 80 1/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. — G.; à 4 1/2pCt. 70 7/8 P. 70 3/8 G.; à 4pCt. 63 1/4 P. 62 3/4 G.; à 3pCt. 48 P. — G.; à 2pCt. 16 1/8 P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 58 3/4 P. — G. **Preussen.** 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 86 3/4 P. 86 1/4 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 5/8 G.; 4 1/2pCt. 101 1/4 P. 101 G.; 5pCt. 101 P. 100 3/4 G. **Würtemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 91 P. 90 3/4 G.; 4 1/2pCt. 102 5/8 P. 102 1/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2pCt. 92 1/2 P. 92 G.; à 4pCt. 100 P. 99 1/2 G.; 4 1/2pC. 102 1/2 P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 90 5/8 P. 90 1/8 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 3/4 P.

82¾ G.; à 3½pCt. 92P. 91½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40⅛ P. 39⅞ G.; 1pCt. neue 25 P. 24⅞G. **Holland.** Integrale 63¼ P. 63¾ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1239P. 1234G. Neue Bankaktien 365 P. 360 G. Credit-Actien à 5pCt. 238P 236 G. Darmstädter Bankaktien alte 416 P. 414 G.; junge 367½ P. 365½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 544 P. — G. Mitteldeutsche Creditbank 109¼P. 108¾G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 116¼P. 115¾G. Frankf. Bankaktien 117½ P. 117¼ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 282 P. 280 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142 P. 141¾G. Neustadt-Weissenb. 106½ P. 106G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 103¾ P. 103½ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 63½ P. — G. Taunus-Aktien 347 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82⅛P. 81⅝ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 99¼ P. 98¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 122¾P. 122¼G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105½P. 105 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine —P. 116¼ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49⅛P. 48⅞G. Darmst. Loose à fl. 50 118P. 117½G. à fl. 25 34½P. 34¼G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40¼ P. 39¾G. Nass. Loose à fl. 25 33½ P. 33¼ G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 45¼G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87½ P. 87¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. 99¾G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117⅞P. 117⅝G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120 P. 119¾G	Mail. i.S.Lr. 250k.S 99¾P —G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Paris Frs. 200 k.S. 93¼P. 93 .
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅝P ——G.	Lyon Frs. 200 k.S. —P. —G.
Brem. 50Thlr. Ld.kS. 96⅜P. 96⅛G.	Wienfl. 100C. k.S. 115⅛P. 114⅞G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P 88¾G.	Wien 3 M. mit 4% 115P. 114¾G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Wien, 10. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85¼; 5pCt. Metall. 83⅞; 4½ pCt. ——; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 129⅛; von 1854 109⅝; Bankaktien 1082; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 386; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 578; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2807½. Wechselkurse: Augsburg uso 104. London 10. 6. P. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München, 10. Septbr. (Privat-Korrespondenz.) Se. Maj. König Ludwig ist diesen Abend 9½ Uhr aus Lindau wieder hier eingetroffen. Der noch so rüstige 70jährige König will nur wenige Tage hier verweilen und sich am Samstag nach Salzburg begeben, um bis zur Ankunft des Prinzen Adalbert dahier dort zu verweilen. Der Oberhofmeister des Prinzen Adalbert und die Oberhofmeisterin und die Hofdamen der Frau Prinzessin Adalbert werden sich mit einem Theile der Dienerschaft am nächsten Samstag nach Paris begeben, um JJ. kk. HH. dort zu empfangen und hierher zu geleiten, wo Höchstderen Ankunft, wie jetzt bestimmt ist, nicht vor Ende dieses Monats erfolgen dürfte.

Hannover, 10. Septbr. Die heutige Gesetzsammlung bringt eine Proklamation, betr. die Abänderung des Finanzkapitels vom 5. Septbr. 1848 und eine Verordnung, betr. die weitere Ausführung des Bundesbeschlusses vom 19. April 1855 wegen Abänderung des Verfassungsgesetzes vom 5. Septbr. 1848.*) Die Proklamation lautet:

„Georg V. ꝛc.

„Als Wir durch §. 24 Unserer Verordnung vom 1. August v. J. auf Grund des Bundesbeschlusses vom 19. April 1855 zwar das Recht Uns vorbehielten, das ganze die Finanzen betr. sechste Kapitel des Landesverfassungsgesetzes vom 6. Aug. 1840 wieder herzustellen, Uns aber vorläufig nur auf die Einführung der §§. 154, 155 und 156 beschränkten, gaben wir Uns der Hoffnung hin, daß zwischen Uns und der allgemeinen Ständeversammlung eine Vereinbarung über ein neues Finanzkapitel, welchem das System der Kassenvereinigung zu Grunde läge, zu Stande kommen werde."

*) Also einseitig von der Regierung ohne Zustimmung der Stände erlassen.

„In dieser Erwartung ließen Wir den allgemeinen Ständen des Königreichs unterm 4. April d. J. den Entwurf eines solchen Finanzkapitels, welches die Bundeswidrigkeiten des Finanzkapitels von 1848 meidet, zur verfassungsmäßigen Berathung und Zustimmung zugehen."

„Unser auf Verständigung gerichteter Wunsch ist aber unerfüllt geblieben. Während die erste Kammer der allgemeinen Ständeversammlung die Absicht entschieden bethätigte, auf eine Vereinbarung einzugehen, ist die Majorität der zweiten Kammer in wesentlichen Stücken bei den Prinzipien des Finanzkapitels von 1848 stehen geblieben. In Folge dieses Verhaltens der 2. Kammer ist die Vereinbarung gescheitert."

„Da Wir Uns nunmehr hinsichtlich des Finanzkapitels von 1848 nicht länger der Ausführung des Bundesbeschlusses vom 19. April 1855 entziehen können und wollen, welcher vorschreibt, die Uebereinstimmung der Verfassung mit den Grundgesetzen des Bundes ohne Verzug zu bewirken, so haben Wir durch Unsre Verordnung vom heutigen Tage jenes Finanzkapitel aufgehoben und das Finanzkapitel des Landesverfassungsgesetzes von 1840 wieder hergestellt."

„Bei dem Mangel einer Vertheilung der Ausgaben zwischen der königl. Kasse und Landeskasse, welche nach den Grundsätzen der Kassentrennung abgesondert von einander bestehen, haben Wir vorläufig nur die Ausführung eines Theils des Finanzkapitels von 1840 anordnen können und ein Provisorium einführen müssen."

„Mit der Herstellung des Finanzkapitels von 1840 treten Wir in Unsere oberlehensherrlichen Rechte wieder ein. Auch gehören die Lehenseinkünfte, welche dem §. 86 des Verfassungsgesetzes von 1848 einverleibt waren, weder zu den Einnahmen der königl. Kasse, noch zu denen der Landeskasse. Dennoch haben wir in Rücksicht auf das angeordnete Fortbestehen des Budget der laufenden Finanzperiode auf die Lehenseinkünfte bis zum 1. Juli 1858 zu Gunsten der Generalkasse verzichtet."

„Unsere königl. Bestätigung für neugewählte ständische Mitglieder des Schatzkollegium haben Wir auch während des Provisorium für nothwendig erachtet und durch §. 5 der Verordnung vorbehalten. Das zeither hinsichtlich des Schatzkollegiums von 1848 bestandene Verhältniß, wonach ständische Erwählte lediglich kraft des von den Kammern der allgemeinen Ständeversammlung übertragenen Rechtes und ohne Unsre Bestätigung als votirende Mitglieder in Unsere Verwaltungsbehörden eintraten, widerspricht zu sehr dem monarchischen Prinzipe und dem Wesen der kgl. Exekutivgewalt, als daß Wir es länger dulden könnten." (Schluß folgt.)

Wien, 10. Sept. Die „Wiener Ztg." bringt einen Erlaß des Unterrichtsministers, wodurch die Distriktualkonvente, als Vertreter die Superintendenzen Ungarns, zu unbedingt freier Meinungsäußerung über den Gesetzentwurf, der die protestantischen Konfessionszustände Ungarns allseitig befriedigend regelt, aufgefordert werden. — Die „Ostd. Post" berichtet: die zweite Note Neapels an die Westmächte sey formell begütigend, wesentlich aber des gleichen Inhalts wie die erste. Oesterreich habe bisher ein stärkeres Andringen verhindert. (T.D.d.A.Z.)

New-York, 28. August. Heute hat sich Senat und Repräsentantenhaus abermals versammelt, um über das Armeebudget zu berathen. (Fr. Pstz.)

Petersburg, 9. Septbr. Ein kaiserl. Manifest verkündet die Verleihung einer bronzenen Medaille an alle Militärpersonen, welche den letzten Krieg mitgemacht haben; für die Chefs adeliger Familien ist dieselbe erblich. Verdiente Mitglieder des Klerus erhalten Kreuze und Medaillen. Für Taurien, Bessarabien, einen Theil der Provinz Archangel und die Ostseeländer werden Verkehrserleichterungen vorbehalten. Behufs der Steuerregulirung soll eine Volkszählung, in den nächsten vier Jahren aber keine Rekrutirung vorgenommen werden. Rückstände und Bußen werden erlassen und die politischen Verbrecher aus den Jahren 1825, 1827 und 1831 amnestirt, jedoch bleibt das Vermögen konfiszirt. Andere Kategorien von Verbrechern werden begnadigt. Alles aus Anlaß der Krönung. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 255.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 13. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Aus Mittelfranken, 8. Septbr. Das letzte Generale unseres protestantischen Oberkonsistorium, dessen ich jüngsthin in Betreff des Agenden-Kerns gedachte, umfaßt auch die neue Ordnung und Form des Hauptgottesdienstes. Es heißt in diesem Generale unter Anderem: „Was die dem Agenden Kern vorausgehende Ordnung und Form des Hauptgottesdienstes betrifft, so ist dieselbe fortan nicht mehr als fakultativ, sondern als definitiv zu betrachten. Demnach ist deren Einführung nicht in das Belieben oder in die willkürliche Entscheidung der Geistlichen und Gemeinden gestellt, sondern es hat dieselbe nunmehr überall zu geschehen. Sind jedoch in der einen oder andern Gemeinde besondere Rücksichtsnahme erfordernde Verhältnisse, welche eine sofortige Einführung der neuen Gottesdienstordnung als unräthlich oder unthunlich erscheinen lassen, wirklich und nicht bloß eingebildet vorhanden, so hat das betreffende Pfarramt nicht etwa gewaltsam und gegen den Willen der Gemeinden vorzuschreiten, sondern nach vorgängigem Benehmen mit dem Kirchenvorstand durch das Dekanat an das vorgesetzte Konsistorium Bericht zu erstatten. Ueberall aber wird es sich für die Einführung der neuen Gottesdienstordnung als förderlich erweisen, wenn die Geistlichen vor allem sich selbst in das volle Verständniß dieser altkirchlichen Ordnung einzuleben suchen. Leicht werden sie dann nachzuweisen vermögen, wie die zur allgemeinen Einführung hinausgegebene Gottesdienstordnung nur das zurückgebe, was von jeher in unserer Kirche in Gebrauch gewesen, an vielen Orten noch jetzt besteht, und von den Gemeinden, die es nicht mehr haben, als ein unveräußerliches Gut und Recht, als die ihr zustehende Mitbethätigung an der Feier des Gottesdienstes zurückgefordert werden kann." (Allg. Ztg.)

München, 10. Septbr. Der hiesige Herr Erzbischof hat den Herrn Domprobst Dr. Prand zum Generalvikar ernannt. (N. Nachr.)

Den nach Rom reisenden Celebritäten Herrn Bischof Weis von Speyer und Domkapitular Thinnes von Würzburg wird sich in Mailand auch der Prof. der Theologie der Münchner Universität Priester Reithmayer anschließen.

Sachsen. Leipzig, 9. Sept. Die letzthin eingetroffene, bereits gemeldete Erhöhung des Diskonto hat ihren Grund wohl in dem bedeutenden Aufkauf von Silber behufs der Ausfuhr desselben nach Hamburg und Wien. Man kauft nicht nur Thaler-, sondern auch Drittel- und Sechstelsstücke auf und zahlt für die Thalerstücke ½ pCt. Agio. Die Banken befinden sich in Folge dessen in einer mißlichen Lage, indem die Noteneinwechslung so bedeutend ist, daß die Banken kaum genug Silber beischaffen können. (Schw. M.)

Hannover. (Schluß der königl. Proklamation.) „Wir haben auch schon jetzt eine neue Bestimmung über die königliche Bedarfssumme*) treffen müssen. Durch die Aufhebung des §. 81 des Verfassungsgesetzes von 1848 wird die Feststellung der Summe hinfällig, welche in diesem Paragraphen angeordnet war. Und jene Bestimmung, welche von Unserem in Gott ruhenden Herrn Vater, des Königs Ernst August Majestät, unterm 15. Februar 1839 in dem Schreiben an die allgemeine Ständeversammlung über die Verfassungsangelegenheit des Königreichs getroffen und hierauf bis zur Kassenvereinigung von Allerhöchstdenselben beibehalten wurde, hatte theils ihre rechtliche Grundlage mit dem Eintritte des §. 81 des Verfassungsgesetzes von 1848 und durch den Wegfall der Ausgabenvertheilung von 1840 verloren, in Bezug auf welche sie beibehalten worden war, theils enthielt sie die Voraussetzung, daß keine Veranlassung zu einer Erhöhung der Summe eintreten werde, während die seitdem veränderten Verhältnisse ein Bedürfniß der Erhöhung, wie auch in der diesjährigen ständischen Diät anerkannt ward, erzeugt haben."

„Unserer königlichen Gerechtsame und Bundespflicht Uns bewußt, werden Wir demnächst auf dem nunmehr betretenen Wege der Kassentrennung weiter fortschreiten. Wir wollen daher baldthunlich Verhandlungen mit den allgemeinen Ständen des Königreiches über eine Vertheilung der Ausgaben auf beide Kassen anordnen. Sollten wider Erwarten diese Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnisse führen, so behalten Wir Uns die weiteren Schritte zur vollen Ausführung des Bundesbeschlusses vom 19. April 1855 vor."

„Indem Wir jedoch auch noch gegenwärtig Unsere Geneigtheit erklären, wenn die allgemeine Ständeversammlung auf Wiedereinführung der Kassenvereinigung gerichtete Wünsche Uns bezeugen sollte, darauf unter der Voraussetzung einzugehen, daß Unsere zu machenden Vorschläge eine genügendere Berücksichtigung finden, als es in der letzten ständischen Diät, namentlich nach den Beschlüssen der zweiten Kammer der Fall gewesen ist: so erwarten Wir, daß sowohl die allgemeinen Stände, als Unsere getreuen Unterthanen darin Unser landesväterliches Bestreben erkennen werden, bis zum letzten Wendepunkte eine solche Vereinbarung über eine Kassenvereinigung möglich zu machen, wie sie den Interessen der Krone und des Landes entspricht."

Der zugleich mit vorstehender Proklamation erschienenen Verordnung vom 7. Sept., betreffend die weitere Ausführung des Bundesbeschlusses vom 19. April 1855 wegen Abänderung des Verfassungs-Gesetzes von 1848, entnehmen wir nachstehende bedeutsamen Stellen:

„Nachdem über die Vorschläge, welche Wir unterm 4. April d. J. der allgemeinen Ständeversammlung wegen Herstellung eines neuen Finanzkapitels gemacht haben, keine Vereinbarung zwischen Uns und der allgemeinen Ständeversammlung zu Stande gekommen und demnach der Fall eingetreten ist, für welchen Wir im §. 24 Unserer Verordnung vom 1. August v. J., auf Grund des Bundesbeschlusses vom 19. April 1855, Uns das Recht vorbehielten, die Mängel des Finanzkapitels im Verfassungsgesetze vom 5. September 1848 durch Allerhöchsteigene Bestimmung zu beseitigen, so verordnen Wir hiermit als weitere Ausführung des Bundesbeschlusses vom 19. April 1855 wie folgt:

§. 1. „Die §§. 78 bis 94 incl. und 97 bis 100 incl. des Verfassungsgesetzes vom 5. September 1848 werden hierdurch aufgehoben."

§. 2. „Die §§. 129 bis 153 incl. und 157 bis 167 incl. des Landesverfassungsgesetzes vom 6. August 1840 sind hiermit wieder hergestellt, jedoch tritt deren sofortige Ausführung nur soweit ein, als diese nicht durch die nachfolgenden Bestimmungen ausgesetzt oder beschränkt worden ist."

§. 3. „Da die wirkliche Auflösung der gegenwärtigen kgl. Generalkasse in die vor der Kassenvereinigung bestandene kgl. Kasse und Landeskasse nicht früher geschehen kann, als bis eine Vertheilung der Ausgaben auf beide Kassen geregelt ist, so finden Wir Uns bewogen, für die Zeit, wo die wirkliche Absonderung jener beiden Kassen noch nicht erfolgt seyn wird, folgende Bestimmung zu treffen: Die Einkünfte der Domänen und Regalien, so wie die sonstigen Einnahmen, zu welchen die königl. Kasse nach dem Landesverfassungsgesetze von 1840 berechtigt ist, sollen bis auf Unsere weitere Anordnung noch ferner mit den Einkünften der Steuern und sonstigen Einnahmen der Landeskasse in der gegenwärtigen kgl. Generalkasse zusammenfließen, letztere demnach in ihrem faktischen Bestande einstweilen fortdauern." (Folgen einige spezielle Aenderungen von untergeordneter Bedeutung.)

§. 4. „Hinsichtlich der Vereinnahmung und Verausgabung der kgl. Generalkasse während des Provisorium setzen Wir Folgendes fest:

1) Für die gegenwärtige Finanzperiode bildet das mit den allgemeinen Ständen für die Jahre 1856/58 vereinbarte Budget die Richtschnur, soweit dies mit Unseren aus dem §. 135 des

*) Bekanntlich hat die Ständeversammlung die verlangte Erhöhung der Zivilliste verweigert.

Landesverfassungsgesetzes fließenden Rechten vereinbart ist, und ohne Uns durch diese Erklärung Beschränkungen auferlegen zu wollen, welche Unseren verfassungsmäßigen Befugnissen oder Bundespflichten widerstreiten.

2) Sollte innerhalb der gegenwärtigen Finanzperiode eine Vereinbarung über eine Ausgabenvertheilung nicht zu Stande gekommen seyn, so behalten Wir Uns die weiteren Anordnungen über die Aufstellung des Budget und namentlich auch vor, für sämmtliche Ausgaben, welche Wir aus den Aufkünften der Domänen und Regalien dann bestreiten werden, die Dispositionsfreiheit auszuüben, welche in dem Systeme der Kassentrennung begründet ist."

§. 5 der Verordnung bestimmt, daß das gegenwärtige Schatzkollegium, welchem die Aufsicht auf die Verwendung der Staatsgelder obliegt, noch so lange in Wirksamkeit bleibe, bis mit der Ständeversammlung eine Ausgaben-Vertheilung vereinbart und die Kassentrennung vollzogen ist. Sodann heißt es weiter:

§. 6. „Da durch die Herstellung des Finanzkapitels von 1840 von Unserer Seite eine neue Bestimmung über die Summe nothwendig geworden ist, welche die Bestreitung Unserer Hofhaltung (dritter Absatz des §. 136 des Landesverfassungs-Gesetzes) erfordert und aus den Einkünften der Domänen und Regalien entnommen wird, so setzen Wir hiermit fest, daß, außer den Zinsen des in den englischen 3prozentigen Stocks belegten Kapitals von 600,000 Pfd. Sterl., die königliche Bedarfsumme 600,000 Thaler Landesmünze betragen soll. Hinsichtlich der Bedarfsumme der nicht regierenden Mitglieder des königl. Hauses bleibt einstweilen §. 87 des Verfassungsgesetzes von 1848 in Wirksamkeit."

§. 7. „Während der Dauer des Provisorium verzichten Wir auf das durch §. 142 des Landesverfassungsgesetzes begründete Recht, die Ueberschüsse zu verwenden, die auf Seiten des königl. Antheiles an der gegenwärtigen königl. Generalkasse entstehen. Indem Wir uns schließlich alle weiteren Verordnungen Vorschriften und Verfügungen, die zur vollständigen Ausführung des Finanzkapitels erforderlich sind, namentlich auch die Aufhebung des Gesetzes vom 12. Septbr. 1848, das Schatzkollegium betr., und die Herstellung des Gesetzes vom 24. Dezbr. 1840 vorbehalten, befehlen Wir den Gerichts- und Verwaltungsbehörden, sowie allen Unseren Unterthanen, die vorstehenden Anordnungen zu beachten und zu befolgen."

Baden. Karlsruhe, 10. Septbr. Das Programm über die Feierlichkeiten der hiesigen Stadt bei der Vermählung und beim Einzuge S. k. Hoh. des Großherzogs mit Höchstdero Gemahlin ist erschienen. Den 20. Septbr., dem Vermählungstage, Morgens 7 Uhr, Choralmusik vom Rathhausthurme, 11 Uhr Austheilung einer Aussteuer an drei an demselben Tage getraute Paare (ein evangelisches, ein katholisches, ein israelitisches), von je 200 fl. auf dem Rathhaus. Während der Trauungsstunde Abends feierlicher Gottesdienst in den Kirchen. Die auf telegraphischem Wege hierher gelangende Nachricht von der vollzogenen Trauung (in Berlin) wird der Einwohnerschaft durch das Geläute sämmtlicher Glocken und 101 Kanonenschüssen verkündet. Am Nachmittag des 27. September werden II. kk. HH. im Bahnhof dahier eintreffen und von dem Oberbürgermeister und Gemeinderath begrüßt und empfangen; der Einzug geschieht unter Geschützdonner und dem Geläute aller Glocken durch das zur Ehrenpforte gebildete Ettlinger Thor, in Begleitung berittener Bürger durch die Spalier stehenden Zünfte in das großherzogliche Schloß. Vor der evangelischen Kirche trägt die Schuljugend auf einer Tribüne beim Vorüberziehen der allerhöchsten Herrschaften ein Festlied unter Musikbegleitung vor. Am Schloßportale Empfang durch die Jungfrauen der hiesigen Stadt. Bei eintretender Dunkelheit allgemeine Festbeleuchtung der Stadt. Sonntag Vormittag Dankgottesdienst, Nachmittags Musik im Pavillon auf dem Marktplatze, Abends im großh. Hoftheater die Festoper Euryanthe, bei festlich beleuchtetem Hause. Montag, Vormittags 11 Uhr, Aufsteigen eines Luftschiffers in einem großen Ballon. Nachmittags Musik auf dem Marktplatze, Abends Festbälle in der Eintracht und im Bürgerverein. Dinstag Abends nach der Festvorstellung Tasso Fackelzug der Bürgergesellschaft mit den Sängerchören hiesiger Stadt an der Spitze. Mittwoch Abends Abbrennen eines großen Feuerwerks auf dem Schloßplatze; Donnerstag, den 2. Oktbr., Abends, großes Konzert des Cäcilienvereins, das Alexanderfest. (Schw. M.)

Schweiz.

Die in Neuenburg gefangenen Royalistenchefs werden vom „Indep." in folgender Liste zusammengefaßt: Pourtales-Steiger, Pourtales-Sandoz, Perret von La Sagne, Meuron-Térisse, (Oberstlieut.), Perregaux, Alt-Staatsrath, Wesdehlen, Vater und Sohn, Chambrier, gew. Maire von Chauxdefonds, Chambrier, gew. Maire von Valengin, Pourtales-Gorgier, Rougemont von St. Aubin, Brüder Bovet von Areuse, Térisse von Cottendar, Adv. Lardy, Fr. Jeanjaquet (Banquier), Wolfrath, Buchdrucker, die Pfarrer Sauvain und Guillebert.

Bern, 11. Sept. Der preußische Gesandte, Hr. v. Sydow, verlangte gestern beim Bundespräsidenten Aufschub des Prozesses gegen die gefangenen Neuenburger-Royalisten wegen schwebender internationaler Frage und milde Behandlung der Gefangenen. Antwort: ersterer abgeschlagen, letztere ohne Mahnung eingetreten. (Schw. M.)

Frankreich.

* Der „Constitutionnel" erhielt Berichte über die Reise des Prinzen Napoleon in den Polarmeeren vom 22. August bis 8. September. Am 22. August verließ der Prinz die Shetlands-Inseln und langte nach einer äußerst schwierigen Ueberfahrt in Bergen (Norwegen) an, wo seiner der freundlichste Empfang harrte. Abends wollte der Prinz inkognito einen Spaziergang durch die Stadt machen, wurde aber sogleich erkannt und von der Vivat rufenden Menge durch die Straßen begleitet. Am nächsten Tage empfing der Prinz die Behörden in dem auf Befehl der schwedischen Regierung hergerichteten Lokale. Die Damen der Stadt hatten es übernommen, das Schulhaus in eine Fürstenwohnung umzugestalten, die reichsten Einwohner lieferten ihre schönsten Möbel, und Guirlanden und Blumen waren in Hülle und Fülle vorhanden. Nach einer Besichtigung der Kirche und anderer merkwürdigen Gebäude, einer Exkursion in die an die Schweiz erinnernde Umgebung und nach einem Bankett und Ball, machte sich die Expedition von Bergen nach Hammerfest auf den Weg. Ein furchtbarer Sturm zwang jedoch die Corvette und den „Cocyte", in den Hafen von Bergen zurückzukehren. Dort erkannte man nach den übereinstimmenden Aeußerungen der Seefahrer, daß es zu spät sey, nach dem Nord-Cap zu gehen, da die in diesen Gegenden sehr heftigen und gefährlichen Aequinoktial-Stürme, die fast beständigen Nebel und rasches Abnehmen der Tage die Schifffahrt fast unmöglich machen. Man entschloß sich demnach Lappland und Hammerfest aufzugeben und nach Frankreich heimzukehren. Am 27. August langte der Prinz in Christiansand an, wo er nur eine Nacht blieb und am 29. erreichte man Arendal, eine kleine, lieblich im Hintergrunde eines Fiords gelegene, gleich Venedig von Kanälen durchschnittene Stadt von 3000 Einwohnern. Am 31. endlich langte der Prinz in Christiania an, wo er vom Vicekönig selbst am Landungsplatze empfangen wurde. Der Prinz reiste am 6. Septbr. Abend nach Gothenburg weiter, wo er am 7. um 4 Uhr eintraf, und am 8. seine Reise durch die Kanäle nach Stockholm fortsetzte.

Paris, 10. Sept. Der Kaiser hat dem Biarritz benachbarten Dorfe Anglet 30,000 Frs. zum Geschenke gemacht zur Urbarmachung der Dünen dieses Ortes.

* Die Gesammtsumme der bis jetzt eingegangenen Beiträge für die Ueberschwemmten erreicht 10,462,557 Fr. 33 C.

Aus Algerien wird berichtet, daß die Kabylen, welche von der gegen sie beabsichtigten Expedition Kenntniß erhalten haben, Bewegungen machten, die darauf deuten, daß sie dem Angriffe zuvorkommen wollen. Der General-Gouverneur Marschall Randon hat indeß bereits die erforderlichen Vorkehrungen zu gebührendem Empfange der Kabylen getroffen.

Spanien.

* Paris, 7. Sept. Wie die Nachrichten aus Spanien melden, ist die Stellung des Marschalls O'Donnell noch immer eine schwierige und obgleich seine angeblich bevorstehende Entlassung, an welche der „Messager de Bayonne" trotz der halboffiziellen Widerlegungen aus Madrid glaubt, noch nicht in den nächsten Tagen stattfinden dürfte, könnte uns doch die Nachricht von seinem Sturze nicht außerordentlich überraschen. Man legt in hiesigen politischen Kreisen Gewicht darauf, daß Marschall Narvaez und der Herzog von Rianzares (Munoz) sich wieder ausgesöhnt haben.

Italien.

Rom, 7. Sept. Herr v. Kisseleff, neuer Minister Rußlands, läßt für die Summe von 20,000 Thaler Einrichtungen und Verschönerungen im Palast Capranica, d. Z. Feoli, am Corso, den er ganz gemiethet hat, vornehmen. Ein Theil dieses Palastes soll, so wird fortwährend versichert, für die Kaiserin-Wittwe von Rußland bestimmt seyn, die, wie es scheint, einige Zeit in Rom zubringen will. (A. Z.)

Wir haben vor einigen Tagen die Meldung aus Neapel gebracht, „daß eine neue Note, welche den Eindruck der ersteren zu beschwichtigen suchte", nach London und Paris abgegangen ist und daß der französische Gesandte in Neapel seine Befriedigung darüber ausgedrückt hat. Beide Thatsachen finden ihre

vollkommene Bestätigung; aber eben so begründet zeigen sich die Besorgnisse, die jenes Schreiben darüber äußerte, daß man vor Allem in England auch von dem Inhalte dieser zweiten Note wenig befriedigt seyn werde. Neuere Nachrichten ergänzen uns heute die frühere Mittheilung. Indem die Regierung von Neapel den Fehlgriff hinterher erkannte, den sie durch den barschen Ton ihrer ersten Note begangen hatte, suchte sie — dem Zureden wohlmeinender Freunde folgend — durch ein zweites Aktenstück dasjenige, was in der Form des ersteren verletzen konnte, zu beseitigen. Es ist natürlich, daß Herr Baron von Brenier die Intention dieses Schrittes, und als ihm die Note vorgelesen wurde, auch den Ton derselben billigte. Aber weiter als über die Billigung der Absicht und der neuern bessern Form hat sich — wie uns versichert wird — die Aeußerung des französischen Diplomaten mit keiner Sylbe erstreckt! In der That ist der Widerstand gegen die Anforderungen der Westmächte, wenn auch gemäßigter und begütigender im Ausdrucke, der Sache nach in der zweiten Note eben so festgehalten als in der ersten. Die Bemerkungen voll Wohlwollen, Mäßigung und Würde, die von Oesterreich ergingen, scheinen kein glücklicheres Gehör gefunden zu haben, als die Bitten und Vorstellungen eines der eifrigsten und aufrichtigsten Diener des Königs Ferdinand, der als sein bevollmächtigter Minister in Wien residirt. Wir wiederholen hier nur, was alle Welt sich erzählt. Nur den ausdauernden Bemühungen des Kabinetes von Wien im Vereine mit den vermittelnden Bestrebungen der dort lebenden Repräsentanten der betheiligten Mächte hat man es zu danken, daß die „Pression" der Westmächte bis jetzt nicht stärker und unmittelbarer geworden ist. Nur in Neapel ist keiner der vermittelnden Schritte bisher gelungen und doch rückt der Moment der Entscheidung immer näher. Die Sachen könnten sich sehr gefährlich gestalten, wenn die Westmächte eine Demonstration, wie die Abberufung der Gesandten und Abholung derselben durch Kriegsschiffe, zu der sie entschlossen sind, auch in Ausführung brächten. Die Frage ist dann, ob der König Ferdinand auch des Gehorsams seiner sämmtlichen Truppen für den Fall einer Bewegung sicher ist. Wenn dies irgendwie bezweifelt werden kann, so hat das neapolitanische Kabinet nichts Klügeres zu thun, als durch Konzessionen weiteren Schritten der Westmächte zuvorzukommen. (Ostd. Post.)

Turin, 7. Septbr. Die Cavour'schen Blätter haben nicht allein gegen Mazzini anzukämpfen, auch andere Nebenbuhler stehen vor den Schranken, bereit, im italienischen Turnier Sardinien die Siegespalme streitig zu machen. Es ist Hr. Murat, der Enkel, dem der französische Militärdienst entleidet zu seyn scheint. Zwar steht der junge Prätendent noch im heißen Afrika, allein die Seinigen bereiten ihm die Wege vor. Zu Aix in Savoyen wurde jüngst ein Kongreß abgehalten, bei welchem Prinz Lucian Murat, die angesehensten Mitglieder der Familie, sowie einige der einflußreichsten italienischen Emigranten zugegen waren. Nach ihren Aeußerungen zu urtheilen, hat sich die Partei der Sympathien des französischen Kaisers zu erfreuen, mit dessen Erlaubniß sie auch aufzutreten vorgibt. Wir wollen nicht untersuchen, was sich daran Wahres befinden mag;*) auffallend mag es aber immer scheinen, daß diese Familie mit ihren sogenannten dynastischen Ansprüchen ihr Haupt gerade in dem Augenblick erhebt, in welchem die Verhältnisse zwischen Neapel und Paris brüchig zu werden beginnen. Dieses verursacht auch hierorts gar manches Bedenken, und der täglich größer werdende Lärm mit den hundert alessandrinischen Kanonen vermag dieselben nicht zu übertäuben. Auch die furchtbaren aber geräuschlosen Rüstungen und Kompletirungen jenseits des Tessin sind eine stille aber beunruhigende Antwort auf all' den Krakehl, der diesseits nun einmal in Fleisch und Blut übergegangen ist, mit dem man aber nach männiglicher Ueberzeugung weder Heere aus dem Boden stampft, noch Schlachten gewinnt. Nach Versicherung militärischer Reisenden hat die österreichische Regierung in den letzten sechs Jahren mehr denn hundert Mill. Lire an Festungswerke aller Art in dem vereinigten lombardisch-venetianischen Königreich verwandt. Festungswerke der neueren und neuesten Zeit sind: ein Fort am Gardasee und ein anderes in der Nähe des Orts, wo 1848 die Schlacht bei St. Lucia vorfiel. Im Innern der Stadt Verona selbst sind fortähnliche Werke aufgeführt worden. Die schon an sich umfassenden Werke von Mantua und Legnano wurden noch vergrößert oder da, wo dieselben schadhaft zu werden drohten, neu hergestellt. Die durch namhafte Zuzüge verstärkten Truppen werden so viel als thunlich in die festen Plätze zusammengezogen, während die anderen Garnisonen, selbst die Mailands nicht ausgenommen, schwach genannt werden können. (Schw. M.)

*) Die halbamtlichen französischen Blätter erklären das Gerücht von muratistischen Umtrieben in Neapel für ganz falsch.

Rußland und Polen.

Die russische Regierung hat ihre Gesandtschaften beauftragt, in den Raritäten- und anderen Läden nach geweihten Gegenständen, wie Heiligenbilder, Kirchhofskreuze u. s. w., welche die Soldaten der Verbündeten aus der Krim mitnahmen, suchen und sie ankaufen zu lassen.

Petersburg, 4. Sept. Es sind endlich Berichte über die Uebergabe von Kars eingetroffen. Am 10. August verließen die russischen Truppen die Umgegend von Kars und bezogen ein Lager auf dem linken Ufer des Arpatschai bei Alexandropol auf russischem Territorium, nachdem vorher die Uebergabe der Festung mit allen Förmlichkeiten und unter der freundlichsten gegenseitigen Begegnung der Bevollmächtigten bewerkstelligt worden war. (K. Z.)

Amerika.

New-York, 27. August. Im Senate zu Washington legte Herr Cass Briefe des Generals Persifer F. Smith vor, die er vom Kriegsministerium erhalten hatte. Dieselben berichten über die Bewegungen der Bundestruppen im Gebiete Kansas. General Smith erklärt darin eine Menge Zeitungs-Berichte für grobe Unwahrheiten und behauptet, die Truppen hätten sich durchaus keines ungebührlichen Einschreitens schuldig gemacht, vielmehr ihre Thätigkeit nur auf Bewachung der des Landesverraths angeklagten Gefangenen beschränkt. — Berichte aus Nicaragua vom 9. August lauten nicht günstig für Walker. Zu Leon standen Truppen aus San Salvador und Guatemala unter Befehl von Cabanano. Die Zahl der Desertionen aus dem Heere Walkers war bedeutend; in einem Falle desertirte eine ganze Kompagnie. Dem englischen Konsul zu Leon hatte Walker das Exequatur entzogen. — In Costa-Rica war wiederum ein Revolutions-Versuch unterdrückt worden. Der Dampfer „Illinois," welcher die neueste kalifornische Post bringt, ist am 19. von Aspinvall nach New-York abgesegelt. Zu San Franzisko war der Sicherheits-Ausschuß noch immer in voller Thätigkeit und hatte seit der vorhergehenden Post viele Verhaftungen vornehmen und zwei Hinrichtungen vollziehen lassen. Der Richter Terry war seiner Haft noch immer nicht entlassen, obgleich der von ihm verwundete Hopkins genesen war. Es waren mehrere Versuche gemacht worden, San Franzisko und Sakramento durch Brandlegung zu vernichten. Zu Sierra Nevada war durch eine Feuersbrunst ein Schaden angerichtet worden, den man auf 2,000,000 Dollars schätzte. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Der Prozeß Bacherl, vertreten durch Dr. Otto v. Schorn gegen Halm und Laube, ist leider noch nicht zu Ende, er scheint das Schicksal aller Prozesse zu haben, er zieht sich abscheulich in die Länge. Von Plänkeleien, schreibt man aus Wien, ist man jetzt zu einem Massenangriff übergegangen. Der Verleger des Hrn. Schorn hat die Duplik dieses Herrn: „Die Autorschaft des Fechters von Ravenna" betitelt, versendet, welche 121 Seiten stark ist. Sie enthält zumeist Bekanntes. Herr v. Schorn kommt darin zu Schlüssen und Behauptungen, welche so herausfordernder Art sind, daß die Herren Halm und Laube irgend etwas zur Wahrung ihrer Ehre wohl werden unternehmen müssen. Wir theilen hier die bezüglichen Stellen mit, damit man Einsicht in die Klagen des Hrn. von Schorn bekomme. Herr v. Schorn behauptet Seite 109: „So kommen wir auf den ursprünglichen Weg zurück, auf dem die bezeichneten Manuskripte zum Zwecke freier Benützung in die Hände des Halm gelangen konnten und gelangt seyn müssen, nämlich durch die Direktion des k. k. Hofburgtheaters, der dieselben vertrauensvoll eingesendet worden." — Seite 111 sagt Herr v. Schorn: „Alle, die bis hieher dem Laufe der Polemik aufmerksam gefolgt sind, müssen zu der Ueberzeugung gelangt seyn, daß in dem „Fechter von Ravenna" eine hinterlistige Ausbeutung der Manuskripte Bacherls stattgefunden hat, und daß die Erklärungen der Herren Laube und Halm nicht im Stande waren, einen gültigen Beweis für das Gegentheil dieser Behauptung beizubringen." — Endlich sagt Herr v. Schorn Seite 113: „Herr Halm hat es vorgezogen, sich der Bearbeitung eines dem Hrn. Laube im Vertrauen auf seine amtliche Diskretion übergebenen Manuskripts ohne vorher getroffene Uebereinkunft mit dem Verfasser desselben zu unterziehen, und sich nicht gescheut, die Erfolge seiner Bearbeitung allein zu beanspruchen." (B. Bl.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Breslau, 4. Septbr. Getraide. Wiewohl es auch am heutigen Markte an Käufern nicht fehlte, so war doch eine gewisse Zurück-

haltung nicht zu verkennen und gestrige Preise sind schwer zu erreichen gewesen. Roggen erhielt sich ziemlich unverändert und ging Mehreres, besonders in den guten Gattungen bei mäßigen Forderungen in die Hände der Käufer über. Waizen vermochte sich auf gestrigem Standpunkte nicht zu behaupten und mußte etwas billiger erlassen werden. Dasselbe müssen wir von Gerste berichten, wofür die Kauflust ebenfalls keine allgemeine war. Hafer heute mehr berichtet, aber nur bei billigen Preisen waren Umsätze von Belang zu ermöglichen. Erbsen ohne Geschäft. Mais bei niedrigen Preisen einige Frage. Hirse in feiner Qualität bei Kleinigkeiten gesucht. Wir notiren: weißer Waizen 100, 105 a 110 Sgr., gelber 95, 100, 105 a 108 Sgr., Brennerwaizen 70, 75 a 85 Sgr., Roggen 84pfd. 61 a 63 Sgr., 85pfd. 63 a 64 Sgr., 86pfd. 65 a 66 Sgr., 88pfd. 66 a 67 Sgr., 90pfd. 69 a 70 Sgr., Gerste 50, 54 a 57 Sgr., Hafer 30 a 32 Sgr., Erbsen 65 a 75 Sgr., Mais 50 a 52 Sgr., Hirse 5 a 6 Silbergroschen.

Oelsaaten gegen gestern unverändert. Wir notiren; Winterrapps 130, 140 a 149 Sgr. Sommerrübsen 120, 125 a 130Sgr. Sommerrapps 126, 130 a 136 Sgr.

Kleesaamen gesucht, wegen Mangel an Zufuhr ohne Geschäft. Wir notiren: rothen 18, $18\frac{1}{2}$ a 19 Thlr., weißen hochfeinen 20 a $20\frac{1}{2}$ Thlr., fein und fein mittel 19 a $19\frac{2}{3}$ Thlr., mittel $16\frac{1}{2}$, $17\frac{1}{2}$ a 18 Thlr.

Rüböl unverändert.

Zink nichts angeboten.

Pesth, 1. Septbr. Auf dem Getraidemarkte sind heute 7000 Metzen Kukurutz für den Platzkonsum, und eine Partie von 1000 Metzen schönsten 88pfd. Theißwaizen zur Notiz begeben worden. Alte Früchte ganz vernachlässigt, werden auch unter Notiz abgelassen. Notirungen: Theißwaizen, neuer 83—88pfd. 3 fl. 48 kr. a 5 fl., Bacser do. 83—86pfd. 4 fl. 24 kr. a 4 fl. 50 kr., Weißenburger do. 83—86pfd. 4 fl. 30 kr. a 5 fl. 6 kr. Korn, neues 77—80pfd. 2 fl. 48 kr. a 3 fl. Gerste, alte 63—68pfd. 1 fl. 48 kr. a 2 fl. 16 kr. Hafer, neuer 1 fl. 26 kr. a 1 fl. 28 kr. Kukurutz 79—84pfd. 2 fl. a 2 fl. 28 kr.

Wien, 1. Septbr. Wolle. Bei ziemlich reger Kauflust wurden in voriger Woche von Fabrikanten und Händlern aus Brünn und Reicherberg bei 500 Ztr. guter und feiner Einschuren in den Preisen von 144 a 158 fl. vom Platze genommen. Die Preise waren fast den vorjährigen gleich.

Moskau, Mitte August. Poltava-Juli-Woll-Markt 1856. Der Markt ist entschieden noch nie so befahren gewesen wie dieses Mal; das Gesammtquantum belief sich auf etwa 200,000 Pud. Das Geschäft dauerte bald lebhafter bald ruhiger vom 15 bis 25. Juli und es wurde Alles geräumt, mit Ausnahme von 7—8000 Pud Produzentenwollen, die von den Eigenthümern bei der Kompagnie versetzt worden. Die Hauptkäufer in Poltawa waren Breslauer, Brodyer und Lemberger Häuser. Der Durchschnittsaufschlag des diesjährigen Marktes gegen den 1855er ist mit $1\frac{1}{2}$ Rubel Silber per Pud nicht zu hoch angenommen; — er beträgt ferner einen vollen Silber-Rubel gegen den diesjährigen Juni-Markt in Charkow. (1 Silber-Rubel = 1 fl. 53 kr.; 1 Pud = 32 Zollpfund.)

Frankfurt, 12. September. Ungeachtet der niedrigen auswärtigen Notirungen verkehrte die Börse in ziemlich angenehmer Stimmung. Spanische Kreditaktien, sowohl Pereire als Emission Rothschild, wurden sogar bedeutend höher bezahlt. Die übrigen Effekten fanden bei mäßigem Umsatz, wenn auch zu niedrigen Kursen, bereitwillige Abnehmer.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $81\frac{7}{8}$ P. $81\frac{5}{8}$G. 5pCt. Lombard.-Ven. 90 P. $89\frac{3}{4}$ G. Metall. alte à 5pCt. $80\frac{3}{4}$ P. $80\frac{1}{4}$G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. — G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $70\frac{7}{8}$ P. $70\frac{3}{8}$ G.; à 4pCt. $63\frac{1}{4}$ P. $62\frac{3}{4}$ G.; à 3pCt. 48 P. — G.; à 1pCt. $16\frac{1}{8}$P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen $58\frac{3}{4}$ P. — G. **Preussen.** $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine $86\frac{3}{4}$P. $86\frac{1}{4}$ G. **Bayern.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. 89 G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$P. $94\frac{1}{4}$G.; 4pCt. Grundrente $95\frac{1}{4}$P. $94\frac{5}{8}$G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $101\frac{1}{4}$P. 101 G.; 5pCt. 101 P. $100\frac{3}{4}$ G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $91\frac{3}{8}$P. $90\frac{7}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{5}{8}$ P. $102\frac{1}{8}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. 100P. $99\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{1}{2}$ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{2}$P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $83\frac{1}{4}$P. $82\frac{3}{4}$ G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. 92P. $91\frac{1}{2}$G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $40\frac{1}{4}$ P. 40 G.; 1pCt. neue $25\frac{1}{16}$P. $24\frac{15}{16}$G. **Holland.** Integrale $64\frac{1}{4}$ P. $63\frac{3}{4}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1230P. 1225G. Neue Bankaktien 353 P. 348 G. Credit-Actien à 5pCt. $231\frac{1}{2}$P $232\frac{1}{2}$G. Darmstädter Bankaktien alte 414 P. 412 G.; junge 365 P. 363 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 546 P. — G. Mitteldeutsche Creditbank $109\frac{1}{8}$P. $108\frac{5}{8}$G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $115\frac{3}{4}$P. $115\frac{1}{4}$G. Frankf. Bankaktien $117\frac{1}{2}$ P. 117 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. östeir. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. — P. 277 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142 P. $141\frac{3}{4}$G. Neustadt-Weissenb. $106\frac{1}{2}$ P. 106G. $4\frac{1}{2}$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien $103\frac{5}{8}$ P. $103\frac{3}{8}$ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn $63\frac{1}{2}$ P. — G. Taunus-Aktien 347 P. 315 G. Hanauer Eisenb.-Aktien $83\frac{1}{2}$ P. 83 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $82\frac{1}{8}$P. $81\frac{5}{8}$ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $98\frac{5}{8}$ P. $98\frac{3}{8}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 $122\frac{3}{4}$P. $122\frac{1}{4}$G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $105\frac{1}{2}$P. 105 G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine —P. $116\frac{1}{4}$ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 $48\frac{3}{4}$P. $48\frac{1}{2}$G. Darmst. Loose à fl. 50 118P. $117\frac{1}{2}$G. à fl. 25 $34\frac{1}{2}$P. $34\frac{1}{4}$G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. $40\frac{3}{8}$ P. $39\frac{7}{8}$G. Nass. Loose à fl. 25 $33\frac{1}{2}$ P. $33\frac{1}{4}$ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. $45\frac{3}{4}$G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial $87\frac{1}{2}$ P. $87\frac{1}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. $99\frac{3}{4}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. $117\frac{7}{8}$P. $117\frac{3}{8}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. $119\frac{3}{4}$G	Mail. i.S. Lr. 250k.S. $99\frac{3}{4}$P —G
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{5}{8}$P. $104\frac{3}{8}$G.	Paris Frs. 200 k. S. $93\frac{1}{4}$P. 93 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{5}{8}$P. — —G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50Thlr. Ld. k.S. $96\frac{3}{8}$P. $96\frac{1}{8}$G.	Wien fl. 100C. k S. $115\frac{1}{4}$P. $114\frac{7}{8}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. $89\frac{1}{8}$P $88\frac{7}{8}$G.	Wien 3 M. mit 4% $114\frac{7}{8}$P. $114\frac{3}{4}$G.
Leipz. Thlr. 60k.S. $104\frac{5}{8}$P. $104\frac{3}{8}$G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Wien, 11. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{1}{16}$; 5pCt. Metall. $83\frac{9}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 — —; von 1854 $109\frac{3}{4}$; Bankaktien 1078; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $384\frac{1}{2}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 575; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2785. Wechselkurse: Augsburg uso $104\frac{3}{4}$. London 10. 7. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

* Frankfurt, 12. September. (Privat-Korrespondenz) Ueber die Stellung des Bundestags zu den Landesgerichten dürfte sich nächstens eine interessante Streitfrage erheben. Aus einer hier umlaufenden Broschüre: „Das Vertheidigungsrecht in Deutschland und die Königsberger Juristenfakultät, Leipzig 1856", mit dem Motto: „Hodie mihi, cras tibi", ist zu ersehen, daß die koburgischen Gerichte in Sachen des bekannten Geheimeraths Hannibal Fischer, jetzt in Freiburg sich aufhaltend, die Akten an die Juristenfakultät in Königsberg versandt haben, und diese Fakultät den Angeklagten wegen Majestätsbeleidigung in eine mehrwöchentliche Gefängnißstrafe verurtheilt hat. Da die inkriminirte Vertheidigungsschrift in einer beim Bundestage schwebenden Beschwerdesache eingereicht und von dieser höchsten Behörde eine Verweisstrafe erkannt worden ist, so scheint nach den Andeutungen jenes Schriftchens die Sache nunmehr an den Bundestag gelangen zu sollen. Die Frage selbst scheint im Prinzip nicht ohne allgemeine Bedeutung.

Wien, 9. Sept. Die „Wiener-Ztg." wiederholt eine Mittheilung der „Pesth-Ofener Ztg.", daß Se. Maj. der Kaiser gegen des Ende Monats eine Truppen-Inspizirung in Ungarn vornehmen und bei diesem Anlaß auch sich kurze Zeit in Pesth-Ofen aufhalten wird. (A. Z.)

London, 11. Sept. Der New-Yorker Dampfer „Baltic" mit Nachrichten vom 30. August ist eingetroffen. Der amerikanisch Konsul in Nicaragua wurde durch Rivas' (des abgesetzten Präsidenten) Parteigänger erschossen. In Washington war die Armee-Bill noch unerledigt. Die Kongreß-Konferenz hat nichts ausgerichtet. (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 256.	Vorausbezahlung: halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 14. Septbr. 1856

Deutscher Bund.

Preußen. Magdeburg, 11. Sept. Am 1. ds. M. wurde die am 31. v. M. ausgegebene Nr. 9 des Uhlich'schen „Sonntagsblattes" mit Beschlag belegt. Die Veranlassung dazu soll der am Schlusse abgedruckte offene Brief des Dr. Rupp in Königsberg an Uhlich gegeben haben. Wie wir heute erfahren, ist das wegen Veröffentlichung dieses Artikels gegen Uhlich eingeleitete gerichtliche Verfahren nicht von Fortgang gewesen, so daß demnächst die Freigebung der saisirten Nummer, deren meisten Exemplare übrigens bereits versandt waren, erfolgen dürfte. (M. C.)

Berlin, 10. Sept. Se. Maj. der König wird am 16. dieses Monats aus dem Uebungslager bei Heilsberg hier zurück erwartet. Nach den bisher getroffenen Bestimmungen würde Se. Maj. sich am 24. d. Mts. nach Breslau begeben, um dort die Kaiserin-Mutter von Rußland zu begrüßen, welche nach Nizza zur Kräftigung ihrer Gesundheit reist. Weiterem Vernehmen nach würde des Königs Majestät am 27. d. eine Reise nach den hohenzollern'schen Landen antreten. (K. Z.)

Köln, 10. Sept. Sicherm Vernehmen nach werden Seitens der Staats-Regierung in den nächsten Tagen mehrere Hundert Wispel Roggen an den hiesigen Markt gebracht werden.

Oesterreich. Wien, 9. Sept. Der „Pesther Lloyd" theilt aus dem „Entwurf zu einem Gesetze über die Vertretung und Verwaltung der Kirchen-Angelegenheiten der Evangelischen beider Bekenntnisse im Königreiche Ungarn, in der serbischen Woiwodschaft und dem Temeser Banate," welcher vom Ministerium für Kultus und Unterricht den Evangelischen zur Begutachtung vorgelegt wurde, u. A. Folgendes mit: „Die Vertretung und Verwaltung der evangelischen Kirche gliedert sich nach Pfarrgemeinden, Bezirksgemeinden (Senioraten) und Superintendential-Gemeinden (Superintendenzen). Die Organe des Kirchenregiments sind: für die Pfarrgemeinde das Presbyterium und die größere Gemeinde-Vertretung; für die Bezirksgemeinde das Senioral-Konsistorium und der Senioral-Convent; für die Superintendential-Gemeinde das Superintendential-Konsistorium und der Superintendential-Convent; für die Gesammtheit der Superintendenzen endlich die Generalkonferenzen sämmtlicher Superintendenzen. Der Staatsregierung steht das Recht der Oberaufsicht zu. Als oberste Kirchenbehörde wird für jede Konfession ein besonderer k. k. Oberkirchenrath eingesetzt. Die kirchliche Gerichtsbarkeit wird durch das Senioral-Konsistorium, durch das Superintendential-Konsistorium, durch die General-Konferenz sämmtlicher Superintendenzen und durch den k. k. Oberkirchenrath ausgeübt. Die Superintendenturen erhalten bleibende Amtssitze und sind, wie die Gebiete der Seniorate, unter Berücksichtigung der politischen Verwaltungsbezirke neu einzutheilen. Jede Gemeinde ist berechtigt, ihre besonderen Angelegenheiten durch die Beschlüsse ihrer in gesetzmäßiger Weise versammelten Vertretung zu regeln. Jede der beiden Konfessionen kann abgesondert alle sechs Jahre eine Generalsynode halten. Die von der Synode zu entwerfenden Gesetze bedürfen der Bestätigung des Kaisers. Die Verfassung der Kirche kann nur auf Antrag der Synode abgeändert werden.

Wien, 8. Septbr. Wie ich vernehme, wird der wichtige Gesetzentwurf der Kirchenverfassung der Protestanten beider Konfessionen in den deutschen Kronländern von dem Kultusministerium binnen kurzer Zeit ebenfalls an sämmtliche Superintendenzen dieser Provinzen zur Begutachtung versendet werden. Gutem Vernehmen nach hat das Wiener Konsistorium eine Vereinigung sämmtlicher Protestanten der österreichischen Monarchie unter einer gemeinsamen für ganz Oesterreich gültigen Kirchenverfassung angestrebt, was gewiß der Einheitstendenz, die sich in unserm staatlichen Leben überall manifestirt, am besten entsprochen hätte; mehrere Umstände jedoch traten der Reüssirung dieser Bestrebungen hindernd in den Weg. Erstens ist die Trennung der ungarischen, siebenbürgischen und deutschländischen Protestanten in den staatlichen Verhältnissen früherer Jahrhunderte begründet, besteht bereits seit Jahrhunderten und ist daher mit den Anschauungen der protestantischen Gemeinden auf das innigste verwoben; zweitens sahen die ungarischen und siebenbürgischen Protestanten für den Fall einer gemeinsamen Verfassung mit Besorgniß auf die eventuelle Zentral-Kirchenbehörde in Wien, indem sie den Einfluß fürchteten, den der in der Metropole übermächtige Katholizismus auf dieselbe gewinnen könnte, daher sie eine abgesonderte Verfassung vorzogen. Die neue Organisation der protestantischen Kirche in Oesterreich wird deßhalb auf Grundlage des alten Prinzips der Trennung der deutschländischen, ungarischen und siebenbürgischen Protestanten unter eigenen Kirchenverfassungen durchgeführt. Der von ungarischen Blättern gebrachte Entwurf für Ungarn (s. oben) wurde von den Protestanten mit großem Beifall aufgenommen, indem durch denselben die Autonomie der protestantischen Kirche im Wesentlichen hergestellt wird. Neu ist die Kreirung eines k. k. Oberkirchenraths, welcher vom Kaiser ernannt wird, während die Kirche fast alle ihre Beamten selbst wählt. Diese oberste Kirchenbehörde hat einen doppelten Wirkungskreis: einen überwachenden, innerhalb dessen sie die Oberaufsicht des Staates und einen richterlichen, innerhalb dessen sie die kirchliche Gerichtsbarkeit in dritter und letzter Instanz ausübt. (Allg. Z.)

Der Generalgouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs, FM. Graf Radetzky, hat dem politischen Flüchtling Alessandro Vitalis die straflose Rückkehr in die österreichischen Staaten, die Wiederzulassung zur österreichischen Staatsbürgerschaft und die Aufhebung des auf seine Habe gelegten Sequesters bewilligt. Seit dem 1. April d. J. sind 44 solche von dem Feldmarschall kraft der ihm übertragenen Prärogative geübte politische Gnadenakte bekannt geworden. (Ostd. Post.)

Schweiz.

In einem aus Locle an den großen Rath von Neuenburg eingegangenen Bittschrift wird verlangt: 1) Die Urheber des Aufstandes seyen für allen Schaden und alle Kosten der Erhebung verantwortlich gemacht; 2) es soll durch sie ein Fonds dotirt werden zum Zwecke der Erhaltung der Verwundeten und Waisen; — auch derjenigen auf ihrer Seite; 3) alle direkten oder indirekten Theilnehmer am Aufstand sollen nach dem Hochverrathsgesetze bestraft und ihrer bürgerlichen Rechte beraubt werden; 4) jede Verbindung der Royalisten, die gefährlich werden könnte, soll aufgelöst werden. (Pf. Z.)

Großbritannien.

London, 8. Sept. Dem „Morning-Chronicle" zufolge beabsichtigt die Regierung, dem Herzoge von Wellington in der St. Paulskirche ein Monument zu setzen und fordert die Künstler aller Länder auf, Zeichnungen für dieses Denkmal einzusenden.

Frankreich.

* Paris, 11. Septbr. Die Lotterie von Ausstellungsgegenständen zum Besten der Verwundeten, der Wittwen und Waisen der Orientarmee ist um einen sehr werthvollen Beitrag reicher geworden. Der Bey von Tunis nämlich hat eine große Menge orientalischer Industrieprodukte, deren Gesammtwerth die Summe von 100,000 Fr. weit übertrifft, eingesandt, darunter Teppiche, Decken, Kleidungsstücke, Shawls, Waffen, Lederarbeiten, Metallarbeiten 2c. Es sollen nun 100,000 neue Loose ausgegeben werden, so daß die Gesammtzahl derselben 500,000 betragen wird. Die Anzahl der Gewinne wird sehr beträchtlich seyn; die tunesische Sendung wird allein etwa 2700 Gewinne begreifen.

Paris, 11. Septbr. Der heutige „Moniteur" enthält folgende Mittheilung: „Bei der ersten Nachricht von dem Unglücke, das einen Theil der Bevölkerung Algiers letzthin betraf, ist der Kaiser den Opfern des Erdbebens sofort zu Hülfe gekommen. Ein Kredit ist dem Generalgouverneur eröffnet

worden, um die Kolonisten für den erlittenen Verlust zu entschädigen. Er hat Befehl erhalten, ihnen Zelte, Baracken und Lagerzeug zu verabfolgen, und die Intendanz der Armee ist angewiesen worden, sofort die nöthigen Lebensmittel zu vertheilen.

* Paris, 11. Septbr. Seit mehreren Tagen wird es an der Börse fühlbar, daß die Nordbahngesellschaft Aktien ihrer Bahn an sich kaufen läßt, denn hieraus schließt man, daß man den bestohlenen Hinterlegern den Ersatz für die entwendeten Aktien herbeizuschaffen sich beeile. Die Untersuchung in Angelegenheiten dieses beträchtlichen Diebstahls dauert fort und wurden bereits mehre Verwalter der Gesellschaft, Börsenmäkler und Beamte der Gesellschaft verhört.

Spanien.

† Die Meinungsverschiedenheit im spanischen Kabinet, die schon bereits bei den letzten Regierungsmaßregeln existirte, brach mit noch größerer Lebhaftigkeit bei der Discussion der Maßregeln aus, welche die Regierung behufs der künftigen Organisation des Landes ergreifen würde. Dem „Journal des Debats" zufolge waren die Minister zwar sehr bald über die Wiedereinführung der Verfassung von 1845 mit einem von den Cortes zu berathenden Zusatze ganz einig; allein nur mit Mühe konnten sie sich über die Frage, ob dies Sache der gewöhnlichen aus zwei Kammern bestehenden Cortes sey, oder ob man eine einzige Versammlung außerodentlicher, mit einer Art konstituirender Gewalt begleiteten Cortes berufen solle, verständigen. Die erstere Meinung hat endlich den Sieg davongetragen. Der Auflösung der Cortes von 1854 würde also die Ausschreibung der Wahlen für den künftigen Kongreß folgen, der mit dem Senat zusammen über den Zusatz der Konstitution von 1845 zu berathschlagen hätte. Nun sind aber die Minister noch nicht einig darüber, ob man den vor Juli 1854 bestehenden Senat rekonstituiren oder einen neuen Senat bilden soll, und besonders über die Art und Weise, aus welchen Elementen derselbe bestehen solle. Der alte Senat wurde nur so schwach vertheidigt, daß der Entschluß, einen neuen zu bilden, ziemlich fest steht. Wie aber soll er konstituirt werden? Die Majorität der Minister will den Modus von 1845 beibehalten, wonach die Königin allein das Recht hat, eine unbegränzte Anzahl von Senatoren auf Lebenszeit zu ernennen; die Minorität dagegen, die heftigen Widerstand leistete, wollte zuerst zur Konstitution von 1837 zurückgehen, nach welcher die Kandidaten zur Senatorwürde von Wahlkollegien vorgeschlagen und von der Regierung ernannt werden; und suchte dann den Mittelweg durchzusetzen, daß die Hälfte der Senatoren nach Belieben und die andere Hälfte aus den von den Wahlkollegien vorgeschlagenen Kandidaten ernannt werde. Die Minorität beharrt in ihrer Ansicht und behält sich vor, die Meinung der Majorität in Zeit und Art wieder anzugreifen. Die Verschiedenheit in den Ansichten des Ministerium ist um so wichtiger, da es sich nicht um administrative Akte, sondern um Regierungsprinzipien handelt. Daß unter solchen Umständen eine Trennung und Umformung des Ministerium wahrscheinlich ist, scheint keinem Zweifel zu unterliegen.

† Madrid, 5. Septbr. Die „Nacion" berichtet, daß der Ministerrath mit Bedauern beschließen mußte, eine Vermehrung der Civilgarde (Gensdarmie) vorerst noch zu unterlassen, doch hofft man, daß hiefür im nächsten Budget eine namhafte Summe ausgesetzt werden wird.

Italien.

Wien, 9. Sept. Man erfährt jetzt, daß die Westmächte, nachdem sie von der neapolitanischen Regierung so derb abgewiesen worden, nun in einer Kollektivnote (einem seit gestern zirkulirenden Gerüchte zufolge soll dieselbe bereits nach Neapel abgegangen seyn) beabsichtigen, mit bestimmt formulirten Forderungen an den König von Neapel heranzutreten, die vorläufig auf folgende vier Punkte — omen et nomen — sich beschränken werden: 1. Aufhebung der polizeilichen Willkürherrschaft und Einstellung der arbiträren polizeilichen Abstrafungen. 2. Verbesserung der politischen Administration und Modifizirung der Justizpflege in Bezug des bei Untersuchungen und Aburtheilungen bestehenden richterlichen Verfahrens. 3. Belebung des im ganzen Königreiche darnieder liegenden Handels und der Industrie durch Errichtung zweckgemäßer Bank- und Kreditinstitute. 4. Straffreie Rückkehr und Wiedereinsetzung in früher besessene Stellen und bürgerliche Rechte aller Emigrirten oder Exilirten, wenn sie Unterwerfungsakte einsenden. Nebst der eindringlichen Motivirung dieser im Hinblick auf die Gesammtlage von ganz Europa zu Recht bestehenden Forderungen, durch deren Gewährung allein den revolutionären Umtrieben die Spitze abgebrochen werden könne, soll es auch an dem Hinweis nicht fehlen, daß die Souveränetät des einzelnen Herrschers durch die gleiche Souveränetät der übrigen ihre Beschränkung finden müsse, ein Argument, das, wie bekannt, auch von Hrn. Drouin de l'Huys in einer seiner Noten gebraucht wurde, als das Petersburger Kabinet die von den Westmächten ihm zur Annahme vorgelegten vier Punkte als einen Eingriff in die Souveränetätsrechte des Kaisers Nikolaus bezeichnete. So wie damals Rußland gegenüber das österreichische Kabinet unablässig thätig war, um den Kaiser Nikolaus von der Nothwendigkeit der unbedingten Annahme der an ihn gestellten Forderungen zu überzeugen, läßt dasselbe es auch jetzt an eindringlichen Ermahnungen an den König Ferdinand durch den kaiserl. österreichischen Gesandten in Neapel, Baron Martini, nicht fehlen, um ihm begreiflich zu machen, daß er den Forderungen der Westmächte nachgeben müsse und er auf den Beistand und Schutz Oesterreichs nicht zählen könne. (K. Z.)

(Der Staatsprozeß in Neapel.) Das Königreich Neapel ist jetzt derjenige Punkt, welcher vor allen andern die Aufmerksamkeit Europas auf sich zieht. Die Vorgänge im Innern dieses Landes haben einen bereits drohend gewordenen diplomatischen Konflikt hervorgerufen. Die britische Presse hat namentlich die Justizverwaltung dieses Landes hart angegriffen, ein obschwebender Hochverrathsprozeß vor dem neapolitanischen Gerichtshofe hat in letzter Zeit vorzüglich Anlaß zu Angriffen geboten. Das „Univers" tritt jetzt mit Enthüllungen aus diesem Prozesse auf und belegt sie mit Schriftstücken, welche, wenn sie authentisch sind, die Sache anders erscheinen lassen, als sie in englischen Blättern dargestellt wurde. Die Darstellung des „Univers" füllt vier enggedruckte Spalten dieses Blattes; wir können daraus nur einen sehr gedrängten Auszug geben. Wir lassen dem „Univers" und seiner Quelle die Verantwortlichkeit für ihre Mittheilungen. — Der Prozeß heißt: „Prozeß Mignona", von dem Hauptangeklagten, der diesen Namen führt, bei dem man auch die Korrespondenz fand, welche den Leitfaden zur Enthüllung des Komplotts gab. Die Korrespondenz ist sehr sorgfältig in Jargon- und Chiffresprache geführt. Es bedurfte einer langsamen ins Kleinliche gehenden Untersuchung, vieler Vergleiche und Versuche, um zum Ziele zu gelangen und die Ausdrücke und Bezeichnungen zu errathen. Einer der Angeklagten besaß den Schlüssel zu dieser Chiffresprache, mittelst dessen man hinter das Geheimniß kam. Uebrigens war man den Verschworenen bald auf der Spur. Anfangs des Jahres 1855 begann die Organisation des Komplottes und im Juli v. J. war dasselbe entdeckt und Mignona wurde verhaftet. Etwa 30 Personen waren in Verdacht; 11 erschienen auf der Anklagebank. Vier davon sitzen bereits wegen früherer politischer Vergehen im Bagno von Procida, zwei sind Weltgeistliche, zwei Advokaten, Einer ein kleiner Grundbesitzer, ein Anderer Augustinermönch und auch ein Mädchen, Antoniette Parce, ist betheiligt, die Verlobte eines der politischen Sträflinge, der nur von der Revolution seine Befreiung hoffte. Sie vermittelte die Korrespondenz der Gefangenen mit den Verschworenen außerhalb des Gefängnisses, da sie häufig nach Procida kommen durfte, um ihren Geliebten zu sehen. Der Augustinermönch heißt Raffaele Ruggiero und ist einer der am schwersten Gravirten; denn seine Zelle bildete den Ort der Zusammenkunft, wo man die geheimen Korrespondenzen und Proklamationen austauschte, dort war es auch, wo einer der Weltpriester, Roze v. Cosenza den Mignona kennen lernte. Zwei andere inkulpirte Mönche sind wieder freigelassen worden. Man hat in der Zelle keines der Schriftstücke vorgefunden. Sämmtliche Inkulpaten mit geistlichem Charakter sind der Bewachung der Polizei entzogen, selbst Ruggiero ist im Kloster unter Aufsicht seines Obern verwahrt. — Zentrum des Komplottes ist London. Dort besteht außer dem Revolutionären Nationalkomite, an dessen Spitze Mazzini steht, eine Gesellschaft von Engländern, genannt Freunde Italiens. Sie geben Geld und bringen Artikel in die Journale, „damit das englische Volk das Thun und Treiben der italienischen Regierungen kennen lerne und sein Möglichstes thue, um uns im Falle einer Revolution beizustehen," so heißt es in einen Briefe, dem man bei einem der Angeklagten fand. Das revolutionäre Nationalkomite gesteht offen, daß man keine fremde Hülfe erwarten dürfe, aber Italien könne allein den Krieg gegen seine Feinde führen und siegen. Italien müsse das Signal zur Revolution geben, alle anderen Völker werden ihm nachfolgen. Es komme nur darauf an, den Punkt zu bestimmen, wo man anfangen solle, dieser müsse von den fremden Armeen möglichst entfernt seyn, die stärkste Bevölkerung und wenn die Regierung gestürzt ist, die meiste militärische Kraft besitzen. Dieser Punkt ist Neapel. —

„Vor Allem ist nothwendig", heißt es in dem Briefe weiter, „eine geheime Presse zu besitzen, wodurch im Geheimen die Schriften, die ihr nöthig habt, gedruckt und das Losungswort verbreitet werden können. Dann ist es nöthig, daß eine Kasse vorhanden sey, um die zu unterstützen, die gefangen sind oder fliehen müssen. Diese Kasse kann vorerst mit dem Gelde aus

London gebildet werden. Hat man dieses nicht oder reicht es nicht aus, mittelst der Kontribution eines Soldo, den jeder der Patrioten wöchentlich zahlt." So lautet ein Brief von Mazzini, der sich dem „Univers" zufolge bei den Akten findet. — Vor Allem liegt Mazzini daran, die Soldaten zu gewinnen. Er glaubt, die Revolte eines Regiments werde hinreichen, Italien zu elektrisiren. — Seinen Namen verbietet Mazzini auszusprechen, so lange die Revolution nicht vollendet ist, denn „das würde Alles zu Grunde richten." Das beweist, bemerkt das „Univers", wie wenig der Name dieses Großmoguls der Revolution im Lande populär seyn muß. Die Korrespondenz Mazzini's ging durch den Kanal neapolitanischer Flüchtlinge zu Genua, heißt es in einem andern dieser Briefe. — Die Verschworenen kannten einander nicht beim Namen, obgleich sie miteinander korrespondirten, so daß Einer, im Falle er in die Hände der Strafgerichtsbarkeit fiel, die Andern nicht bezeichnen konnte. Sie gaben sich Namen von Weibern, sprachen von Cousinen und Basen, auch von Geliebten und Liebschaften; freilich hatte das stets seine eigenthümliche Bedeutung. Mignona scheint eine Art Chef gewesen zu seyn, durch den Briefe und Proklamationen an die Agenten der Provinz gelangten. Es liegt ein Brief vor, der eine solche Proklamation als das Programm der Revolution bezeichnet, Personen nennt, an welche man sich wenden muß, einen revolutionären Commis voyageur empfiehlt. Aus all' dem geht hervor, daß die neapolitanische Regierung allerdings Ursache hatte, auf ihrer Hut zu seyn, daß man in Neapel nur einen Angriffspunkt sucht und daß die Westmächte, wenn sie es ernst mit der Ruhe Europa's nehmen, sehr behutsam bei ihren Schritten seyn müssen. Man erkennt zu gleicher Zeit, daß die Deklamationen häufig aus sehr trüber Quelle kommen. Aber man kann zu gleicher Zeit den Nachtheil nicht verkennen, den die Geheimthuerei und die Knechtung der Presse zur Folge hat. Das Gerichtsverfahren in Neapel ist öffentlich und mündlich. Dort konnte man über den Stand der Dinge nicht im Unklaren seyn. Wären aber jene Vorfälle, wie sie jetzt dargestellt werden, früher durch die Presse Neapels bekannt geworden, so wären vielleicht die Kabinete von Frankreich und England nicht so weit gegangen; wahrscheinlich hätten sich im Parlamente selbst Stimmen erhoben gegen jenes Treiben, welches das Vorgeben des englischen Kabinets in gewisser Weise beförderte. Jedenfalls wären dann die Schilderungen der englischen Presse in einem anderen Lichte erschienen. Die Oeffentlichkeit mag ihre Unbequemlichkeit haben; aber sie hat auch eine Unzahl von Vortheilen. (Oestd. Post.)

Rußland und Polen.

Aus Petersburg, 4. Septbr., wird dem „Nord" geschrieben, daß es heiße, das Haus Rothschild habe die Konzession zum Bau von 4000 Werst (7 Werst = einer deutschen Meile) Eisenbahnen erhalten. Der Berichterstatter wagt für die Richtigkeit der Nachricht nicht einzustehen, da jedenfalls erst nach den Krönungsfeierlichkeiten Amtliches darüber erfolgen werde. Derselbe Berichterstatter spricht von Veruntreuungen, die sich ein höherer Beamter einer dortigen Aktien-Gesellschaft habe zu Schulden kommen lassen; es handle sich um 60,000 Rubel Silber (1 Silber-Rubel = 1 fl. 53 kr.), doch suche man die Sache möglichst zu vertuschen.

Amerika.

Nach einem in San Franzisko erscheinenden Blatte hat der dortige Sicherheitsausschuß seiner fortdauernden Wirksamkeit folgende Statuten zu Grunde gelegt:

„Nachdem die Bürger von San Franzisko zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß weder unter den jetzt bestehenden gesellschaftlichen Zuständen, noch unter den Gesetzen, wie sie jetzt verwaltet werden, das Eigenthum und Leben gehörig geschützt sind, und daß durch eine Vereinigung schlechter Subjekte unsere Wahlkasten gestohlen, andere dafür an die Stelle gesetzt oder mit Stimmzetteln gefüllt sind, die nie abgegeben waren, folglich unsere Wahlen zu nichte gemacht, unsere theuersten Rechte verletzt sind und keine andere Weise übrig geblieben ist, den Volkswillen kund zu geben."

„Deßhalb verbinden sich die Bürger, deren Namen hierunter verzeichnet sind, zu einem Verein für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, zur Sicherstellung des Lebens und des Eigenthums, und um zu bewerkstelligen, daß in der Folge unsere Wahlkasten den wirklichen und unverfälschten Willen der Mehrheit der Bürger kund geben; und deßhalb verpflichten wir uns gegen einander durch einen feierlichen Eid, jede rechtmäßige Handlung zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung zu vollbringen und die Gesetze, wenn sie treu und gewissenhaft gehandhabt werden, zu unterstützen. Aber wir sind fest entschlossen, daß kein Dieb, Räuber, Brandstifter, Fälscher der Wahlkasten oder irgend ein anderer Störer der Ruhe und der Ordnung seiner Strafe entgehen soll, weder durch Spitzfindigkeiten in der Auslegung der Gesetze, Unsicherheit der Gefängnisse, Sorglosigkeit und Bestechlichkeit der Polizei oder Nachlässigkeit der Personen, welche die Gerechtigkeit zu handhaben beauftragt sind; und um die Zwecke dieses Vereins zu erreichen, genehmigen wir hiermit:

1) daß dieser Verein der Ueberwachungs-Ausschuß (Comitee of Vigilance) genannt werden soll, und daß er zum Zweck haben soll, die Wahlkasten, das Leben, die Freiheit und das Eigenthum der Bürger und der Einwohner von San Franzisko zu schützen; 2) daß in den dazu bestimmten Räumen des Vereins einige dazu ernannte Mitglieder fortwährend Tag und Nacht gegenwärtig seyn sollen, um von irgend einem Mitgliede des Vereins oder von irgend andern Personen Anzeigen von Ungebühr oder Gewalt, die gegen die Person oder Eigenthum eines Bürgers von San Franzisko begangen seyn möchte, entgegenzunehmen, und wenn die angezeigte That der Art sey, daß sie in der Meinung der anwesenden Mitglieder ein Einschreiten des Vereins rechtfertigt, entweder um die Ausführung der Gesetze zu unterstützen, oder um den Verbrecher unverzüglich zu bestrafen, so soll der Verein sogleich zusammenberufen werden, damit das Verfahren in Ausführung gebracht werden kann, welches die Mehrheit in der Versammlung beschließen wird; 3) daß die in den Räumen des Vereins Wache haltenden Mitglieder die Versammlung in solchen Fällen auf die vorzuschreibende Weise zusammenberufen sollen; 4) daß, nachdem ein vollziehender Ausschuß erwählt ist, derselbe über alle wichtigen Fragen berathen und über die zu nehmenden Maßregeln beschließen soll, welche dazu dienen, die Zwecke des Vereins zu erfüllen; 5) daß, da dieser Verein in mehrere Divisionen getheilt ist, der vollziehende Ausschuß bei Angelegenheiten von wesentlicher Wichtigkeit sich mit drei Abgeordneten jener Devision berathen soll, um einen Beschluß zu fassen; 6) daß alle Bestimmungen, die diesem Verein zur Richtschnur dienen, in einem besondern Kodex verzeichnet werden sollen; 7) daß die Handlungen dieses Vereins durchaus und gänzlich frei seyn sollen von allen Nebenrücksichten auf Verdienste oder Fehler, Meinungen oder Thaten, religiöse, konfessionelle oder politische Parteien, und daß jeder rechtschaffene Bürger, unberücksichtigt seiner Religion, seiner politischen Meinung oder seines Geburtslandes Mitglied dieses Vereins werden kann. Keine Berathungen über politische Parteifragen oder über religiöse oder konfessionelle Meinungen sollen in den Hallen des Vereins erlaubt seyn; 8) daß keine Person, welche von diesem Verein angeklagt wird, verurtheilt werden soll, außer nach einer billigen und unparteiischen Untersuchung und Schuldigsprechung; 9) daß die in den Generalversammlungen gefaßten Beschlüsse für Alle bindend seyn sollen, ausgenommen jedoch, daß, wenn die Abgeordneten über die einem Verbrecher zuzuerkennende Strafe berathen, die auf Todesstrafe lautende Abstimmung nicht bindend seyn soll, wenn sie nicht von wenigstens zwei Drittheilen der stimmberechtigten Mitglieder ausgesprochen wird; 10) daß, wenn unwürdige Leute Zutritt zu dem Verein erlangen, dieselben ausgestoßen werden sollen."

„Und da wir glauben, daß wir die Vollstrecker des Willens der Mehrheit der Bürger sind, so verpfänden wir unsere Ehre, uns einander in der Ausführung der Beschlüsse des Vereins beizustehen mit Gefahr unseres Lebens und unserer Habe."

Nichtpolitische Zeitung.

* Ein Korrespondent des Journals von Pawtuckett (Vereinigte Staaten von Amerika) läßt sich über die herrschende Damenmode folgendermaßen vernehmen. Die Damen werden immer umfangreicher; es ist, wenn man sich so ausdrücken darf, eine wahre Unterrocks-Manie; keine Rede mehr davon, daß ein ehrlicher Gentleman auf einem Trottoir gehen könnte, denn überall stößt man auf, und wird man von Fischbein gestoßen und gekrazt. — Vor einigen Tagen — klagt der unglückliche Correspondent weiter, — kaufte meine Frau, trotz meiner lebhaften Einsprache, eine dieser monströsen Erfindungen; ich benützte ihren Schlummer um mir Rock und Unterrock einmal recht genau zu besehen. Himmel, welches Aufwands von Arbeit und Genie bedurfte, es um ein solches Gebäude zu errichten! Sicherlich die Crinoline hat — wenn sie auch nicht schön ist — doch auch ihre gute, ihre moralische Seite: in diesem Gehäuse ist eine Frau so sicher wie in einem Kloster vor den Zudringlichkeiten dieser eitlen Welt. — Ein anderes amerikanisches Journal begnügt sich mit den nachstehenden wenigen Worten: Man hat eine glänzende Eigenschaft der Crinoline entdeckt, nämlich, daß die Frauen, welche sie tragen, nicht von wüthenden Hunden gebissen werden können. Also: „Die Crinoline als Schutz gegen Wasserscheu."

Handels- und Börsen-Berichte.

New-York, 19. August. Baumwolle still und ohne Preisveränderung.

Brodstoffe still und theilweise weichend. Waizenmehl, westliche und südliche Sorten nicht ferner gewichen, Canada vernachlässigt.

Reis ohne Umsatz aber fest.

Fettwaaren und Oele. Thran hoch. Spermöl still. Leinöl sehr lebhaft und täglich höher, heute 95 C. vergebens geboten.

Frankfurt, 13. September. Bei sehr trägem Geschäft blieben die meisten Kurse ohne große Veränderung.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $81\frac{3}{4}$ P. $81\frac{1}{2}$G. 5pCt. Lombard.-Ven. $89\frac{3}{4}$ P. $89\frac{1}{2}$ G. Metall. alte à 5pCt. $80\frac{3}{4}$ P. $80\frac{1}{4}$G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. — G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $70\frac{3}{4}$ P. $70\frac{1}{4}$ G.; à 4pCt. 63 P. $62\frac{1}{2}$ G.; à 3pCt. 48 P. — G.; à 1pCt. $16\frac{1}{2}$P. —G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen $58\frac{3}{4}$ P. — G. **Preussen.** $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine $86\frac{3}{4}$P. $86\frac{1}{4}$ G. **Bayern.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. 89 G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$P. $94\frac{1}{4}$G.; 4pCt. Grundrente $95\frac{1}{8}$P. $94\frac{5}{8}$G.; $4\frac{1}{2}$pCt. 101P. $100\frac{3}{4}$ G.; 5pCt. 101 P. $100\frac{3}{4}$ G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $91\frac{3}{8}$P. $90\frac{7}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{5}{8}$ P. $102\frac{1}{8}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{1}{2}$ P. 92 G.; à 4pCt. 100P. $99\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{1}{2}$ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{2}$P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $83\frac{1}{4}$P. $82\frac{3}{4}$ G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. 92P. $91\frac{1}{2}$G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $40\frac{1}{4}$ P. 40 G.; 1pCt. neue 25 P. $24\frac{7}{8}$ G. **Holland.** Integrale $64\frac{1}{4}$ P. $63\frac{3}{4}$ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1227P. 1222G. Neue Bankaktien 353 P. 348 G. Credit-Actien à 5pCt. $233\frac{1}{2}$P $231\frac{1}{2}$G. Darmstädter Bankaktien alte 414 P. 412 G.; junge 363 P. 361 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 546 P. — G. Mitteldeutsche Creditbank $108\frac{7}{8}$P. $108\frac{3}{8}$G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $115\frac{3}{4}$P. $115\frac{1}{4}$G. Frankf. Bankaktien $117\frac{1}{2}$ P. 117 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 281 P. 279 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $141\frac{3}{4}$P. $141\frac{1}{4}$G. Neustadt-Weissenb. 107 P. $106\frac{1}{2}$G. $4\frac{1}{2}$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien $103\frac{3}{4}$ P. $103\frac{1}{2}$ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 63 P. — G. Taunus-Aktien 347 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien $83\frac{1}{2}$ P. 83 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 5pCt. $82\frac{3}{8}$P. $81\frac{7}{8}$ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $98\frac{3}{8}$ P. $98\frac{1}{8}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von **1839** $122\frac{3}{4}$P. $122\frac{1}{4}$G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 105P. $104\frac{1}{2}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $116\frac{1}{4}$ G. Badische fl. **35** Loose von 1845 $48\frac{3}{4}$P. $48\frac{1}{2}$G. Darmst. Loose à fl. **50** 118 P. $117\frac{1}{2}$G. à fl. **25** $34\frac{1}{2}$P. $34\frac{1}{4}$G. Kurh. **40** Thaler-Loose b. R. $40\frac{3}{8}$ P. $39\frac{7}{8}$G. Nass. Loose à fl. **25** $33\frac{1}{2}$ P. $33\frac{1}{4}$ G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. $45\frac{1}{4}$G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial $87\frac{1}{2}$ P. $87\frac{1}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. $99\frac{3}{4}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. $119\frac{3}{4}$G.
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{5}{8}$P. $104\frac{3}{8}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{5}{8}$P. — — G.
Lond. Lst. 10 k.S. $117\frac{7}{8}$P. $117\frac{5}{8}$G.
Mail. i. S. Lr. 250 k.S. $99\frac{3}{4}$P —G
Paris Frs. 200 k. S. $93\frac{1}{4}$P. $93\frac{1}{8}$.
Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Frkf. m. 50 Thlr. Lsd. k.S. $96\frac{3}{8}$P. $96\frac{1}{8}$G.
Hamb MB. 100 k.S $89\frac{1}{8}$P $88\frac{7}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. $104\frac{5}{8}$P. $104\frac{3}{8}$G.
Wien fl. 100 C. k.S. $115\frac{1}{8}$P. $114\frac{7}{8}$G.
Wien 3 M. mit 4% $115\frac{7}{8}$P. $114\frac{5}{8}$G.
Disconto — P. 5pCt G

Wien, 12. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{1}{16}$; 5pCt. Metall. $83\frac{9}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. $72\frac{7}{8}$; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 $128\frac{3}{4}$; von 1854 109; Bankaktien 1076; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $380\frac{1}{2}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 575; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2740. Wechselkurse: Augsburg uso $104\frac{1}{4}$. London 10. $7\frac{1}{2}$. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. Septbr. Zur Begutachtung über den im Justizministerium ausgearbeiteten Entwurf eines Handelsgesetzbuches wird aus jeder Provinz ein kaufmännischer Sachverständiger nach Berlin geschickt werden, dessen Wahl daher nur von einzelnen großen Korporationen und Handelskammern erfolgen kann. (Schles. Ztg.)

Aus Anhalt, 10. Sept. So eben wird im anhaltischen „Staats-Anzeiger" ein Gesetz, die Einführung des Zollgewichts als Landesgewicht betreffend, veröffentlicht. Es wird, mit Ausnahme der Bestimmung wegen des ebenfalls fortfallenden Medizinalgewichts, deren Inkrafttretung noch vorbehalten wird, mit dem 1. Juli 1858, also mit demselben Termin wie in Preußen in Kraft treten.

Wien, 10. Septbr. Nach einer hier soeben angelangten telegraphischen Mittheilung aus Moskau hat der k. k. österreichische Krönungsbotschafter Fürst Paul Esterhazy von Sr. Maj. dem Kaiser Alexander die Insignien des St. Andreasordens in Brillanten erhalten. Es ist dies bekanntlich die höchste Ordensauszeichnung in Rußland. Uebrigens war der Fürst bereits früher mit dem großen Band des Andreasordens geschmückt. (Allg. Ztg.)

Wien, 12. Sept. Die Quarantäne für Bessarabien, schwarzes und azow'sches Meer für 1856 ist aufgehoben. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Aus Turin vom 11. Sept. wird berichtet: Der König hat die den aufständischen Genuesern von 1849 gewährte Amnestie bis auf 10 ausgeschlossene Personen ausgedehnt. (T. D. d. A. Z.)

Aus Konstantinopel, 5. Sept. wird gemeldet: Die britische Flotte ist wieder ins schwarze Meer eingesegelt. Der „Gladiator" bleibt bei der Schlangeninsel, bis die Räumung von den Russen erfolgt ist. Frankreich verlangt eine Präsidentschaftskommission für die Donau-Fürstenthümer. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Aus Athen vom 6. Sept. wird berichtet: Die Alliirten würden nur nach einem Ministerwechsel abgehen. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 257.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 15. Septbr. 1856

Deutscher Bund.

Nach dem nunmehr bekannt gemachten Protokoll über die am 21. und 22. Juli d. J. in Frankfurt a/M. gehaltene Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen sind von derselben u. a. folgende Beschlüsse gefaßt worden: 1) Annahme eines für den ganzen Verein gültigen Güterreglement und eines gemeinsamen Frachtbriefformulars, wodurch in der Einheit des deutschen Eisenbahnwesens ein sehr wichtiger Fortschritt gemacht und den allgemeinen Verkehrsinteressen großer Vorschub geleistet wird. 2) Zur Vorbereitung geeigneter Anträge auf Abänderung der bestehenden Zollordnung, wie sie durch den Eisenbahnverkehr bedingt wird, ist die Ernennung einer Kommission beschlossen. 3) Die schon der Generalversammlung zu Baden-Baden im Jahr 1854 und neuerdings der diesjährigen zur Erledigung vorgelegten verschiedenen auf den Bau und Betrieb der Eisenbahnen bezüglichen technischen Fragen haben zu dem Antrag auf Einberufung eines neuen Technikerkongresses im Laufe dieses Jahres nach dem Vorbilde des 1850 in Berlin stattgefundenen Anlaß gegeben, welcher Antrag einstimmige Annahme gefunden hat. Hiernach soll eine Versammlung deutscher Eisenbahntechniker zur Revision und Ergänzung der 1850 vereinbarten einheitlichen Bestimmungen ꝛc. demnächst in Wien zusammentreten. 4) Durch Akklamation wurde zur geschäftsführenden Direktion des Vereins für die nächsten zwei Jahre die Direktion der Berlin-Anhaltischen Eisenbahngesellschaft wieder gewählt. 5) Die Wahl des Orts für die nächste Generalversammlung des Vereins fiel auf München. (Schw. M.)

Bayern. München, 12. Sept. Der Präsentstand der Ouvrier-Kompagnie ist von 111 Mann auf 65 reduzirt worden. Viele Arbeiten, welche sonst dieser Militärabtheilung zugetheilt waren, kommen nun dem bürgerlichen Gewerbestand zu, der sie jedenfalls eben so gut und gewiß auch eben so billig, wenn nicht noch billiger, als die militärische Anstalt liefern wird. Die bedeutenden Abstriche, welche die Kammer der Abgeordneten an dem Militärbudget gemacht hat, mag zunächst die Ursache dieser Maßregel seyn. Sey dem aber, wie es wolle, freuen wir uns, daß wir einen Kriegsminister haben, der auch gar keine Gelegenheit zum Sparen übersieht und dadurch die vielbestrittene Möglichkeit schafft, daß mit dem dermalen bewilligten Militär-Budget den Bundespflichten vollkommen Genüge geleistet werden kann. Den Vortheil, welchen die hiesigen und auswärtigen Gewerbsmeister von den Ouvrier-Soldaten, welche ganz zuverlässige und tüchtige Arbeiter sind, ziehen, will ich nur einfach erwähnen. (A. Postz.)

** München, 13. Septbr. (Privat-Korrespondenz.) Ihre kgl. Hoh. die Frau Großherzogin von Hessen, welche gestern Nachts aus Darmstadt hier eintraf, hat diesen Nachmittag die Reise nach Berchtesgaden fortgesetzt, von wo Ihre kgl. Hoheit mit den kgl. Majestäten zu der Ankunft Ihrer kgl. Hohh. des Prinzen und der Frau Prinzessin Adalbert, und zum Oktoberfest wieder hier ankommen wird. Bei diesem Fest wird unsere ganze kgl. Familie wieder hier vereint seyn. Se. Maj. König Ludwig hat die beabsichtigte Reise nach Salzburg aufgegeben, weil im Laufe der Woche der Herzog und die Frau Herzogin von Modena hier eintreffen werden. — Zur heutigen Schranne hatten sich nicht mehr so viele auswärtige (rheinische) Käufer eingefunden, als zu der letzten, und die, welche da waren, zeigten zu den bisherigen Preisen wenig Kauflust. In Folge dessen blieben die Preise gegen die letzte Schranne heute wenig verändert und sind von 13,164 Scheffel 1932 unverkauft geblieben.

Baden. Karlsruhe, 10. Septbr. Die Staatsräthe Frhr. v. Stengel, Regenauer und v. Wechmar sind zu Geheimenräthen 1. Klasse mit dem Prädikat „Exzellenz" ernannt.

Karlsruhe, 13. Septbr. Sicherem Vernehmen nach ist der seitherige Präsident des Ministerium des Innern und der Justiz, Geheimerath v. Wechmar, um seine Pensionirung eingekommen und ihm dieselbe höchstenorts bewilligt worden. Die interimistische Leitung der beiden Ministerien ist dem Geheimerath v. Stengel übertragen worden. (B. L.)

§ **Oesterreich.** Wien, 12. Septbr. (Privat-Korresp.) Obwohl über die künftige politische Gestaltung der Donaufürstenthümer noch keine definitiven Beschlüsse vorliegen, so ist doch so viel gewiß, daß sich die Großmächte für die Erblichkeit der Fürstenwürde aussprechen werden. Wie man vernimmt, sind auch von Seite der serbischen Regierung Schritte gethan worden, damit auch in diesem Fürstenthume die Erblichkeit der höchsten Würde eingeführt oder eigentlich wiederhergestellt werde, da bekanntlich bis zur Staatsumwälzung vom Jahre 1842 das Fürstenthum ein erbliches Vasallenreich war, und erst in diesem Jahre die bloß lebenslängliche Dauer der Herrschaft ausgesprochen wurde. In Konstantinopel soll man nicht abgeneigt seyn, diesem Wunsche Serbiens zu willfahren, und da es gewiß ist, daß die Großmächte den Grundsatz aufgestellt haben, daß sämmtliche Donaufürstenthümer zu dem gleichen Schicksale verbunden sind, und eine einseitige Bevorzugung des einen oder des andern Landes nicht eintreten dürfe, so steht allerdings zu erwarten, daß auch in Serbien die Erblichkeit des Fürstenstuhls ausgesprochen werden wird. Was dann die übrigen Beziehungen des Fürstenthums zur Pforte betrifft, so sollen dieselben schärfer abgegränzt und namentlich die bis jetzt noch offenen Fragen definitiv erledigt werden, ob das Fürstenthum und die Pforte sich gleichberechtigt gegenüber stehen, wenn es sich um die Errichtung von im türkischen Interesse liegenden Anstalten auf serbischem Boden handelt, ob ferner, den Fall vorausgesetzt, daß zwischen der Pforte und der fürstlichen Regierung Mißverständnisse entstehen, die Großmächte die Entscheidung an sich ziehen werden, und ob die von den Letzteren gefällte Entscheidung von beiden Theilen ohne Widerspruch angenommen werden muß, d. h. eine zwingende Kraft besitzt

Wien, 13. Septbr. Die „Oesterr. Z." beschwichtigt in einem halboffiziellen Artikel die Befürchtung, als werde die Regierung eine übermäßige Ausgabe neuer Aktienpromessen gewähren, namentlich seyen die projektirte ungarische Landeskulturbank sind analoge Projekte unzulässig. (T.D.d.A.Z.)

Schweiz.

Bern, 11. Septbr. Der Bundesrath und sein Präsident nehmen in der Neuenburger Angelegenheit eine feste Haltung an. Auf die Rechtsverwahrung des Hrn. v. Sydow wurde schriftlich geantwortet, daß der Bundesrath dieselbe nicht annehmen könne und die Gegenverwahrung des Vororts vom 6. März 1848 wiederholen müsse. Zugleich wurde das Bedauern ausgesprochen, daß Hr. v. Sydow den gegenwärtigen Augenblick zur Wiederholung des Aktes gewählt habe. In der Audienz bei dem Bundespräsidenten Stämpfli empfahl Hr. v. Sydow milde Behandlung der Gefangenen und nicht zu schnelle Betreibung und Beendigung der Untersuchung, da dies die internationale Frage nur noch mehr verwickeln dürfte. Stämpfli erklärte, eine Empfehlung der Milde von einer auswärtigen Regierung um so weniger annehmen zu können, da die Schweiz bezüglich politischer Vergehen und Verbrechen die humanste Gesetzgebung habe. Was die Untersuchung betreffe, so werde man Recht und Gerechtigkeit ihren Lauf lassen; deßhalb lehne er jede diplomatische und internationale Einmischung in diese Angelegenheit mit Entschiedenheit ab. (Fr. Pstz.)

Bern, 12. Septbr. In der Neuenburger Angelegenheit befolgt der Bundesrath einen anderen Modus bezüglich der Veröffentlichung wichtiger Aktenstücke als bei früheren ähnlichen Anläßen, indem er dieselben gleich der Oeffentlichkeit übergibt. Man schreibt dieses dem Einfluß Stämpfli's zu. So ward heute

die Note des kgl preußischen Gesandten veröffentlicht, deren Inhalt der vorstehende Artikel angibt. (Fr. Pstz.)

Großbritannien.

London, 10. Septbr. Der irische Census für 1856 zeigt eine weitere Abnahme der Bevölkerung um fast eine halbe Million. Aus den vorläufigen Berichten der Journale läßt sich nicht ersehen, welche andere Gründe, außer der Auswanderung zu diesem Resultate beigetragen haben mögen. (Fr. Pstz.)

London, 11. Septbr. Die Direktoren der Bank von England beschlossen in ihrer heutigen Sitzung, eine Erhöhung des Disconto nicht eintreten zu lassen. (T. D. d. Fr. J.)

Spanien.

Aus Madrid schreibt man unterm 7. Septbr.: „Die der Infantin Amalia zugetheilte bedeutende Mitgift hat von Seiten der anderen Kinder des Infanten Don Francisco, die weit spärlicher bedacht worden sind, lebhafte Beschwerden veranlaßt. Dieselben sollen erklärt haben, daß sie, nöthigenfalls auf gerichtlichem Wege, ihren Vater zwingen würden, über die Verwendung der Mitgift seiner ersten Frau, der Infantin Charlotte, Schwester von Marie Christine, Rechenschaft abzulegen. Es gab sehr ärgerliche Auftritte im Palaste, die jedoch, echt spanisch, durch Wegweisung des Infanten Don Enrique und der Infantinen Isabella und Josefa beendigt wurden.

Griechenland.

Aus Konstantinopel haben wir Nachricht erhalten, daß die Pforte, um dem Räuberunwesen zu steuern, den Pascha die Erlaubniß ertheilt hat, gegen die Räuber und Hehler ohne weiteren Prozeß die Todesstrafe zu verhängen und sie augenblicklich zu vollziehen, mit andern Worten, das Militärgesetz anzuwenden. (Triest. Z.)

Rußland und Polen.

Auch in Petersburg und Warschau wurde das Krönungsfest mit großem Pomp begangen. Ueber das Volksfest in Warschau zur Feier der Krönung schreibt ein Korrespondent der „Bresl. Ztg." Folgendes: Auf dem weiten Ujasdower Exerzierplatze hatte man gegen 360 Tische aufgestellt, die mit Tischlaken und Speisen aller Art in größter Menge bedeckt waren. Hundert und fünfzig Ochsen, zweihundert Schweine und eine große Anzahl Dammhirsche waren geopfert worden, und die Häupter dieser Thiere mit vergoldeten Hörnern und Hauern verzierten die Tafeln, welche außerdem noch mit einer großen Menge von Salaten aller Art, von Broden und von zahlreichen, mit Meth und allerlei farbigem Branntwein angefüllten Karaffen besetzt waren. Außerdem standen an jedem Tisch zwei Biertonnen mit Krügen. Man hatte das Publikum in Kenntniß gesetzt, daß Alles, selbst die Schüsseln und hölzernen Präsentirteller, auf welchen das Fleisch und die Gemüse lagen, zur Verfügung der Festesser gestellt sind, und allerdings wurde diese Erlaubniß auf das beste benützt. Punkt 12 Uhr wurde das Zeichen gegeben, und die Gendarmen und Polizeidiener, welche bis dahin die Massen noch von einem Zudrang abgehalten und sie in einer Entfernung von 50 Schritten von den Tischen zurückgedrängt hatten, gingen vor und die Linie ward plötzlich und mit einer erstaunlichen Schnelligkeit durchbrochen. In nicht vollen fünf Minuten waren alle Tische und Schüsseln leer; wer konnte, griff zu, und packte ganze Fleischberge, oder auch mehrere Schnaps- und Methkaraffen, oder Ochsen- und Schweinsköpfe u. s. w., und als schon nichts mehr da lag, machte man sich an die Tischtücher, an die Bierfässer, welche man, sobald sie geleert waren, ja oft selbst gefüllt mit hinwegnahm. Nichts wurde verschmäht, Gläser, Krüge, und zuletzt kam die Reihe an die Tische selbst. Eine Menge Carroussels, Klettermasten, Buden mit Gauklern 2c., die ebenfalls auf demselben Platze aufgestellt waren, vergnügten die Menge bis zum späten Abend. Nun erglänzte die Stadt in einem wahren Feuermeer. Alle Privathäuser waren erleuchtet, in vielen Privatwohnungen die Fenster und Balkons mit Transparenten und Teppichen geschmückt.

Amerika.

New-York, 30. August. Im Senat wurde das Armeebudget ohne den Vorbehalt in Bezug auf Kansas eingebracht. Der Senat beschloß aber mit einer Majorität von 3 Stimmen, den Vorbehalt aufrecht zu halten. Eine Versammlung von Senatoren hat einstimmig beschlossen, die Sitzung bis zum 4. März fortzusetzen, wenn das Armeebudget nicht früher bewilligt werden sollte. — Der Antrag, das von den Engländern aufgegebene und von Amerikanern geborgene Entdeckungsschiff „Resolute" (es war bestimmt, den verlorenen Franklin aufzusuchen) der englischen Regierung zum Geschenk zu machen, ist auf eifriges Betreiben Marcy's angenommen worden.

China.

Die chinesischen Rebellen haben am 6. Juli Tanyang genommen und bedrohen Souchow. Die kaiserliche Flotte von 40 Segeln ist unweit Nanking eingeschlossen.

Nichtpolitische Zeitung.

Der „D. Allg. Ztg." ging folgender Bericht zu: „Wenn man unter perpetuum mobile nicht ein Unding, welches allerdings nicht herstellbar, sondern eine Maschinerie versteht, welche ihre Triebkraft selbst ergänzt oder das dazu nöthige Material selbstthätig zuführt, so hat eine solche Maschine der Pfarrer Giebelhausen in Volkstedt bei Eisleben erfunden. Die Erfindung besteht in einer auf Benutzung mechanischer, aërostatischer und hydraulischer Gesetze beruhenden Maschine oder eigentlich Maschinenzusammenstellung, deren gemeinschaftliches miteinander eng verbundenes Wirken einen von dem perpetuum mobile erwarteten Erfolg hat; sie erhält sich nämlich in fortwährender Thätigkeit und ist der größten Ausdehnung fähig. Das treibende Element ist Wasser. Ein solches Triebwerk kann, mit sog. lebender Wasserkraft verbunden, die Wirkung bedeutend vermehren, aber auch an solchen Stellen in bedeutendem Umfange angewendet werden, wo der ursprünglich erforderliche Wasserstand in dem Maße, als das Wasser bei der Arbeit verdunstet, ergänzt werden kann, wozu ein einigermaßen ergiebiger Brunnen oder Teich, oder auch eine kleine Quelle lebendigen Wassers das Material geben kann. Insofern ist also diese Construktion nicht ein vielfach erstrebtes perpetuum mobile, kommt ihm aber so nahe, daß sie für seinen Halbbruder gelten kann. Die Anwendung dieser Maschine würde sich zunächst auf alle mit Räderwerk zu treibenden Anlagen beziehen und das leisten, was Mühlen und Dampfmaschinen leisten, insofern die Fabrik nicht die Hitze benutzen muß. Die Anlage würde kaum mehr kosten, als ein einfaches Mühlengetriebe, und die Unterhaltung bei vorhandenem Wasservorrath kaum der Beachtung werth seyn. Es können einzelne Theile oder das Ganze nach Belieben in oder außer Thätigkeit gesetzt werden. Solange nicht ein wesentlicher Theil beschädigt wird oder das Wasser nicht zufriert, kann die Thätigkeit eine fortwährende seyn. Auch für Lokomotiven dürfte die Erfindung anwendbar seyn. Besonders dürfte sie sich für Fabriken, wo leichtentzündliche Stoffe verarbeitet werden, und für solche Fabriken empfehlen, wo die Leistungen mehr vereinzelt und getheilt sind."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 14. Septbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. $81\frac{5}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Met. $70\frac{1}{4}$; Wiener Bankaktien 1235; 5pCt. Lomb. $89\frac{3}{4}$; Wiener Wechsel l. S. $114\frac{5}{8}$; 3pCt. inl. span $39\frac{7}{8}$; 1 pCt. neue $24\frac{15}{16}$. Oesterr. Kreditaktien $235\frac{1}{2}$. Darmstädter Bankaktien 412. Bayerische Ostbahn $103\frac{1}{2}$. Luxemburger internationale Kreditbank 545.

Wien, 13. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{1}{16}$; 5pCt. Metall. $83\frac{1}{2}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. $72\frac{1}{2}$; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 $128\frac{3}{4}$; von 1854 $119\frac{1}{16}$; Bankaktien 1074; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 383; Donau-Dampfschifffahrtsaktien $575\frac{1}{2}$; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2765. Wechselkurse: Augsburg uso $104\frac{5}{8}$. London 10. $7\frac{1}{2}$. B. Geldkurs: Dukaten —.

Köln, 10. September. Rüböl loko faßweise $41\frac{1}{2}$ Thlr. B., in Partien 44 Thlr. B., per Oktbr. 44 Thlr. B., $43\frac{3}{4}$ G., per Mai 1857 41 Thlr. B.

Waizen eff. per 234pfd. 10 a $10\frac{1}{4}$ Thlr. B., per Novbr. do. 10 Thlr. B., do. mit Garantie von 88 Pfd. per Schfl. $10\frac{5}{8}$ Thlr. B.

Roggen eff. per. 220pfd. 7 a $7\frac{1}{8}$ Thlr. B., gedörrter do. $7\frac{1}{3}$ Thlr. B., per Novbr. per 214pfd. $6\frac{1}{2}$ Thlr. B., $6\frac{5}{12}$ G., per März do. $6\frac{1}{3}$ Thlr. B., $6\frac{1}{4}$ G.

Gerste hiesige per 200pfd. 6 Thlr. B.

Hafer per 151pfd. $3\frac{1}{6}$ Thlr. B.

Spiritus loko 41 Thlr. B., in Partien 41 Thlr. B., rectif. $47\frac{1}{2}$ Thlr. per 130 Quart a 90pCt.

Oel schwach behauptet. Waizen still. Roggen und Spiritus unverändert.

Colonialwaaren unverändert auf Notirungen von letzter Woche.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 258.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 16. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Preußen. Köln, 13. Sept. Die Generalversammlung des christlichen Kunstvereins für Deutschland die in den letzten Tagen hier ihre Jahressitzung gehalten hatte, wurde heute geschlossen. Der Herr Kardinal-Erzbischof wohnte deren Schluß bei.

Wittenberg, 11. Sept. Ein Aufruf im hiesigen „Kreisblatte" erinnert daran, daß der 19. April 1860 die 300jährige Todesfeier Magister Philipp Melanchton's sey, und fordert die protestantische Welt auf, Beiträge zu sammeln, um ihm ein Denkmal gleich Luthers in Wittenberg zu setzen.

Sachsen. Das „Dresd. J." enthält eine landesherrliche Verordnung, durch welche die in Folge einer Verordnung vom 30. Nov. 1855 verfügte Aufhebung der Steuervergütung für ausgeführten Branntwein mit 6½ Pfennigen von je einer Dresdener Kanne von 50 pCt. Alkohol nach Tralles, gleich wie in Preußen, vom 1. November dieses Jahres an wieder gewährt werden soll.

Schweiz.

Nach übereinstimmenden Nachrichten haben sich die gemäßigten Royalisten bei den Vorgängen vom 3. in Neufchatel nicht betheiligt. Schweizerische liberal-konservative Blätter sind der Ansicht, die Leiter der Bewegung hätten jenen gemäßigten Theil der Partei, zu dem sie in meist gespanntem Verhältniß standen, sprengen oder mit fortreißen wollen. Die Gemäßigten hatten den Kultus der Erinnerungen nie bis zu dem Versuch thätiger Verwirklichung gepflegt und sich seit geraumer Zeit der Republik in so fern angeschlossen, als sie sich bei allen Staatsgeschäften betheiligten. (Nach neuesten Nachrichten schweizerischer Zeitungen sucht bekanntlich die gemäßigte royalistische Partei beim Könige um Entbindung von ihrer Unterthanenpflicht nach und will sich als konservative schweizerische Partei konstituiren. D. R.)

(Hamb. Nachr.)

Frankreich.

* Paris 12. Sept. Man hatte bekanntlich gesagt, daß die von Manin hier eröffnete Subskription zur Beschaffung von hundert für die Festung Alessandria bestimmten Kanonen, von der französischen Regierung untersagt worden sey. Wir haben einen Brief von Manin vor Augen, aus dem wir entnehmen, daß dieses ungenau ist, und daß die Subskription nach wie vor fortbesteht.

* Die Stunde der Eisenbahnen in Algier hat endlich geschlagen. Der Regierungsrath in Algier hat so eben die Trace und die Studien zu einer Eisenbahn von dieser Stadt nach Oran gebilligt.

Spanien.

† Madrid, 9. Sept. Während seines Aufenthalts in Madrid — liest man in der „Espana" — spendete Prinz Adalbert von Bayern zahlreiche Almosen und bei seiner Abreise hinterließ er eine beträchtliche Summe zur Vertheilung an arme Familien, die Unterstützungsgesuche an ihn gerichtet hatten. Die Infantin Amalia machte hochgestellten Personen, welche sich ihre Achtung erwarben, prächtige Schmuckgegenstände zum Geschenk und hinterließ bei der Abreise gleichfalls eine bedeutende Summe zur Vertheilung unter die Leute ihres Hauses. Die „Espana" theilt mit, daß die Regierung beschlossen habe, die Zinsen der Staatsschuld vom 1. Januar ab, ohne vorherige Anzeige, einfach auf Vorzeigung der Coupons, wie dies in Frankreich und andern europäischen Staaten üblich ist, zahlen zu lassen. Es ist dies ein Beweis, daß der Finanzminister überzeugt ist, bis zum nächsten Jahre das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe, die wahre Grundlage des National-Kredits, hergestellt zu haben.

Italien.

Der Provinzialrath von Brescia (congregazione provinciale) tritt jetzt mit einer Adresse an den Staathalter der Lombardei, Hrn. v. Burger, auf, welche die materielle Belastung der italienischen Provinzen des österreichischen Kaiserstaats betrifft. Nach den Angaben dieser Adresse repräsentirt die Provinz Brescia, deren Einwohnerzahl 334,000 Personen beträgt, ein Einkommenskapital von 12,240,000 österreichischen Liren. Auf diesen 12 Millionen Einkommen lastet, nach der speziellen Aufstellung des Provinzialraths, eine Abgaben- und Zinsenlast von 13,310,000 Liren, also ein Mehr von 1,069,000 Liren Abgaben. Die Unterzeichner versichern von der Vollwichtigkeit ihres Schrittes überzeugt zu seyn, und daß sie kein anderer Beweggrund habe dazu vermögen können, als einzig und allein nur das Gefühl ihrer Pflicht und ihre eigene Ehre. Man ist gespannt, ob und welche Entgegnung seitens der Regierung oder der offiziellen Presse diesem Aktenstück zu Theil werden wird. (A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Man erinnert sich, daß vor einiger Zeit per telegraphische Depesche angezeigt wurde, der russische Gesandte in Konstantinopel habe bei der Pforte darum nachgesucht, daß mehreren aus der Ostsee kommenden russischen Schiffen der Eintritt ins schwarze Meer gestattet werde. Mehrere Blätter hatten die Ansicht geäußert, es walte hier ein Irrthum vor und es handle sich vielmehr um das Auslaufen russischer Schiffe aus dem schwarzen Meere. Das „Pays" erfährt aber jetzt, daß die Unterhandlungen allerdings den Zweck haben, die Erlaubniß der Durchfahrt durch den Bosporus für 10 russische Kriegsschiffe aus der Ostsee, welche als Küstenwächter im schwarzen Meere dienen sollen, zu erlangen. Diese Fahrzeuge würden von zwei Dampffregatten begleitet werden, welche zwei in Nikolaijeff liegende Segelfregatten und ein rasirtes Linienschiff nach der Ostsee bugsiren sollen.

Griechenland.

* Wir haben vor einigen Tagen den unangenehmen Vorfall erwähnt, der sich zwischen der französischen Militärbehörde im Piräeus und der griechischen Regierung zugetragen, und zwar ist dies nach den Berichten und der Darstellung griechischer Blätter geschehen. Die Sache hat indeß noch eine andere Seite, wie dies folgender, der „Ostdeutschen Post" von einem unbetheiligten Augenzeugen zugegangener Bericht zeigt: „Dem kommandirenden Admiral der alliirten Flottenabtheilung, im Piräeus, Admiral Bouet, war von der griechischen Regierung bedeutet worden, daß ein anderer Platzkommandant ernannt sey worauf dieser erwidern ließ, er hoffe, diese Stelle werde nicht besetzt werden, ohne daß man früher mit den Kommandanten der alliirten Streitkräfte Rücksprache nehme. Die Ernennung erfolgte nichtsdestoweniger und zwar wurde der Posten so besetzt, daß der französische Admiral sich mit dem englischen Kommandanten verständigte, dagegen zu protestiren. Der neue Platzkommandant erhielt zwei Schildwachen vor seine Thüre, welche ihn in der Ausübung seines Amtes hemmten, das provisorisch von einem Franzosen versehen wird. Diese Maßregel mag mit zu wenig Schonung von Seiten des Starken gegen den Schwachen vollzogen worden seyn; es kann aber von der andern Seite keinem Kommandanten von Okkupationstruppen gleichgültig bleiben, wer Kommandant des betreffenden Platzes ist. Wenn die griechische Regierung ein Recht hat ihre Autorität zu wahren, muß sie doch zugleich einsehen, daß sie sich in Fällen, wie der obige, mit dem Kommando der Okkupationstruppen ins Einvernehmen zu setzen hat."

Nachdem dies vorgefallen war, erließ die griechische Regierung an den französischen Gesandten in Athen eine Note, worin sie entschieden gegen jede Antastung der Souveränetät der griechischen Krone protestirte, und die Aeußerung des Admirals Bouet, er sey König im Piräeus, und er werde nie dulden, daß die griechische Behörde ihm wider seinen Willen einen andern Platzkommandanten in den Piräeus schicke, als eine Ver-

letzung des der Krone schuldigen Achtung bezeichnet war. So wenig nun das heftige und anmaßende Auftreten des französischen Admirals zu entschuldigen ist, so mag die griechische Regierung ihrerseits bei reiflicher Ueberlegung wohl eingesehen haben, daß sie auch zu weit gegangen sey; denn, wie es heißt, hat später der griechische Minister des Auswärtigen sich veranlaßt gesehen, noch einen Brief an Admiral Bouet zu richten, worin er von dem Vorfall in bedauernden und entschuldigenden Ausdrücken spricht. Damit wäre die Sache beigelegt; die gereizte Stimmung aber, welcher der Vorfall eigentlich entsprang, bleibt. Die Westmächte verlangen, daß Griechenland nicht fortwährend eine feindliche Gesinnung gegen die Mächte zeige, die seine Schulden bezahlen, daß es sich nicht fortwährend das Ansehen gebe, als warte es nur den Moment ab, wo es neuerdings Pläne schmieden könne, um die alten russischen Absichten zu verwirklichen. Aber in Athen scheint man von der klugen Politik, die Westmächte freundlich zu stimmen, wenig begriffen zu haben; man vergißt dort eben, daß Rußland keine Flotte schicken kann, während jene der Westmächte stets zur Hand sind.

Rußland und Polen.

Ueber die Krönung zu Moskau am 7. Septbr. entnehmen wir dem hierüber veröffentlichten Programm folgendes: „Am 7. September Morgens 7 Uhr erfolgte ein Signal von 21 Kanonenschüssen aus den auf dem Platze und auf den Mauern des Kreml aufgestellten Kanonen. Alsdann beginnt das Geläute von der Himmelsfahrtskirche; die zu den verschiedenen Funktionen bestimmten Personen versammeln sich auf den ihnen angewiesenen Plätzen. Auf dem ganzen Wege, den der kaiserliche Krönungszug bis zur Himmelfahrtskirche und bis zu den andern im Kreml belegenen Kathedralen durchschreiten wird, bilden Truppen ein Spalier. Am demselben Morgen werden rechtzeitig die kaiserlichen Regalien aus der Rüstkammer in den Thronsaal gebracht, was durch die Assistenten derjenigen Personen geschieht, welche diese Regalien bei der feierlichen Prozession nach der Kathedrale zu tragen haben. Die Ordnung des Zuges ist folgende: ein Zug Schloßgrenadiere, zwei Ceremonienmeister mit dem Stabe, die Krönungs-Ober-Ceremonienmeister mit ihren Stäben, die zum Tragen der Regalien bestimmten Personen, der Groß-Ceremonienmeister mit dem Stabe, der Ober-Krönungsmarschall mit dem Stabe, zwei Herolde in Amtstracht. Hierauf folgen die Regalien, die auf Kissen von Goldbrokat, mit Agramanten und Quasten in den Reichsfarben geschmückt, getragen werden; die Ordenskette des heil. Apostels Andreas des Erstberufenen für die Kaiserin Maria Alexandrowna, die Reichsfahne, das Reichssiegel, das Reichsschwert, der Purpurmantel der Kaiserin, der Purpurmantel des Kaisers, der Reichsapfel, das Scepter, die kleine kaiserl. Krone und die große kaiserl. Krone. Zu beiden Seiten jeder Regalie gehen zwei Schloßgrenadiere, und ein Zug dieser Kompagnie bildet den Schluß des Ganzen. Im Thronsaale empfängt der Ober-Krönungsmarschall jede Regalie aus den Händen ihrer Träger und legt sie auf einen besonderen, links vom Throne aufgestellten Tisch; die Reichsfahne aber pflanzt er auf einen besondern Sockel auf; als Ehrenwache werden Posten von der Schloßgrenadier-Kompagnie aufgestellt und Beamte aus dem Personal des Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten dejouriren. Mittlerweile wird in der Kathedrale ein feierliches Gebet für den Kaiser abgehalten und nach Verlesung der durch den Ritus vorgeschriebenen Horen erwartet die Geistlichkeit in pontificalibus die Ankunft Ihrer kaiserlichen Majestäten. Sechszehn Stabsoffiziere tragen auf die „Rothe Freitreppe" den für die Kaiserin Alexandra Feodorowna bestimmten Baldachin hinaus; er ist von Goldbrokat mit eingestickten Adlern und ruht auf acht vergoldeten Stangen; die Draperie des Baldachins ist mit den Reichsfarben geschmückt und auf jeder Seite steht der Namenszug Ihrer kaiserl. Majestät unter einer Krone und umgeben von der Ordenskette des hl. Apostels Andreas des Erstberufenen; auf jeder Seite des Kamießes befindet sich ein goldener Adler; ferner acht Büsche von Straußfedern in den Reichsfarben. Auf der mit Goldglacet ausgeschlagenen Decke des Baldachins ist das kleine Reichswappen angebracht, an den Ecken der Namenszug Ihrer kaiserl. Majestät, umgeben von der Ordenskette des heiligen Apostels Andreas des Erstberufenen."

„Nachdem der Kaiserin gemeldet worden, daß die Horen in der Kathedrale gelesen sind, und daß der Baldachin bereit ist, begibt sich Ihre Majestät auf den Weg, geschmückt mit der Krone und dem Purpurmantel, zwei Assistenten zu ihren Seiten und in Begleitung des Großfürsten-Thronfolgers, der Mitglieder des Kaiserhauses (diejenigen ausgenommen, welche am Zuge des Kaisers Theil nehmen), der ausländischen Prinzen, der Staatsdamen, eines Kammerfräuleins, der Hoffräulein Ihrer Majestäten und der Hofmeisterinen und Hoffräulein Ihrer Hoheiten. Am Eingange der Kathedrale wird Ihre Majestät von der Geistlichkeit mit dem Kreuz und mit Weihwasser empfangen."

„Ehe sich der Zug des Kaisers in Bewegung setzt, naht sich mit dem Kreuze ein Protopresbyter in Begleitung zweier Diakonen, die auf einer goldenen Schüssel das Weihwasser tragen, und besprengt mit demselben den Weg; 32 Stabsoffiziere bringen auf die rothe Freitreppe den Baldachin, der während des Zuges über Ihren kaiserl. Majestäten getragen wird. Dieser Baldachin besteht aus Goldbrokat mit eingewirkten Adlern; er ruht auf 16 silbernen, reichvergoldeten Stangen, die mit den Reichsfarben verziert sind. Auf der Draperie ist an jeder Seite unter einer Krone der Namenszug des Kaisers angebracht, umgeben von der Ordenskette des hl. Apostels Andreas des Erstberufenen, am Karnieße befinden sich 16 Büsche von Straußfedern in den Reichsfarben, und an den Ecken goldene Adler. An dem Plafond, der ebenso wie das Dach mit Goldglacet ausgeschlagen ist, prangt das Reichswappen, und unter diesem neun andere Wappen, nämlich die der Königreiche Kasan, Astrachan, Polen, Sibirien, des taurischen Chersones und Grusien's nebst den Gebieten; und der Großfürstenthümer Kiew, Wladimir, Nowgorod und Finnland; endlich das Familienwappen des Kaisers. In den Ecken des Plafonds steht der Namenszug Seiner kaiserl. Majestät mit der Ordenskette des heil. Apostels Andreas des Erstberufenen. — Nachdem der Groß-Ceremonienmeister die Meldung hinterbracht, daß Alles zum Zuge bereit sey, tritt der Kaiser aus den innern Gemächern des Palastes in den Thronsaal und läßt sich hier auf dem Throne unter dem Baldachin nieder."

„Auf ein mit Trompeten und Pauken gegebenes Signal setzt sich nun der Zug in Bewegung. Vor dem Kaiser kommen sämmtliche Civil-, Militär- und Gemeindebehörden von Moskau; ein Theil des Hofstaats; die Dorfältesten der Kronbauern, Ein Mann aus jedem Gouvernement; die Aeltesten der Kaufmannschaft aus allen Gouvernementstädten des Kaiserreichs, die ausländischen Kaufleute, die Deputirten der Kosakenheere, die Adelsmarschälle aus dem ganzen Reich und eine große Anzahl höherer Beamten aus den verschiedenen Gouvernements. Unmittelbar vor dem Kaiser werden die Zeichen der kaiserl. Würde getragen. Der Kaiser und die Kaiserin gehen unter einem Baldachin, den 16 Generaladjutanten mit Generalmajorsrang tragen, die Schnüre aber werden von 16 Generaladjutanten mit Generallieutenantsrang gehalten. Hierauf folgt wieder ein Theil des Hofstaats, der hohe Adel Rußlands, die Manufakturisten und Fabrikanten, endlich die angesehene Kaufmannschaft Moskau's. So wie die Prozession das Schloß verlassen hat, beginnt das Geläute aller Kirchenglocken, und während des Zuges machen die in Parade aufgestellten Truppen die militärischen Honneurs, mit Musik und Trommelschlag. Wenn sich die kaiserlichen Regalien der Kirchenthüre nähern, tritt die ganze Geistlichkeit in pontificalibus in die Vorhalle heraus, und der Metropolit von Moskau spendet ihnen Weihrauch, während der Metropolit von Nowgorod sie mit Weihwasser besprengt. So wie Ihre Majestäten das Innere der Kirche betreten haben, verrichten sie drei Kniebeugungen vor der Pforte des Allerheiligsten und küssen die Heiligenbilder, worauf sie sich zu der für sie in der Mitte der Kirche errichteten Thron-Estrade begeben und sich auf den Thronsesseln der Czaren Iwan III. und Michael Feodorowitsch niederlassen. Dann stellt sich die Archihiereis, die Archimandriten und die ganze übrige Geistlichkeit, welche den Gottesdienst zu verrichten hat, von den Stufen des Thrones bis zu der Pforte des Allerheiligsten zu beiden Seiten auf, die Sänger aber stimmen auf dem Chor den Psalm Davids an: „Von Gnade und Recht will ich singen, und Dir, Herr, lobsingen." — Während Ihre Majestäten sich dem Throne nähern und die Heiligenbilder küssen, legen die Personen, welche die Regalien tragen, diese auf den dazu bestimmten Tisch und nehmen die ihnen angewiesenen Plätze ein."

(Forts. f.)

Am 2. Sept. hielt der Kaiser auf dem Feld von Chodynsk bei Moskau große Heerschau über die ganze dort versammelte Truppenmasse, worunter sich auch Lesger, Bergvölker und sonstige asiatische Truppen in schweren Panzerhemden und Helme befanden.

Petersburg, 6. Septbr. Dem Generalgouverneur von Neu-Rußland und Bessarabien, Grafen Stroganoff, sind aus dem Reichsschatze 30,000 Rubel Silber angewiesen worden, um die Bewohner der genannten Gubernien, die durch die Kriegsverhältnisse um ihren Erwerb gekommen, zu unterstützen. Eine gleiche Hülfe wird den Einwohnern der Städte Kertsch und Jeni-Kale zu Theil, denen 9606 R. S. zu diesem Zweck angewiesen sind. (N. Pr. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Aus Petersburg, 7. Septbr., wird dem „Nord“ geschrieben, daß das am 11. Juli um 5 Uhr Nachmittags erfolgte Erdbeben im Kaukasus zwar kaum 30 Sekunden anhielt, aber doch in der Stadt Schemaka allein 300 Häuser und über 100 Läden theils vollständig zerstörte, theils stark beschädigte. Da das Erdbeben bei Tage erfolgte, so ward nur Ein Bewohner getödtet; vier wurden verwundet. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Hamburg, 10. Septbr. Waizen und Roggen durchaus geschäftslos. Oel flau, pr. Herbst 31¼. Kaffee unverändert, aber still, da Inhaber zu fest halten. Zink 500 Ztr. loko 16⅝, 500 Ztr. 16¾.

Amsterdam, 10. Septbr. Waizen und Roggen still und unverändert. Rapps pr. Herbst 85½ Lvl. Rüböl pr. Herbst 49¾ fl.

London, 8. Sept. Getraidehandel. Das fast ununterbrochen schöne Wetter der letzten Woche hat zur Sicherung der Ernte sehr bedeutend beigetragen. Bei dem besseren Erntewetter blieben die Märkte in unregelmäßigem Zustande, aber besonders schlecht konditionirte neuer Waizen, wich rapide im Preise. Die successive Abnahme der Wochenverkäufe spricht zu deutlich für die Erschöpfung der letzten englischen Ernte, und es ist wenig feiner alter fremder vorhanden, um ihn zu ersetzen. Die Preise mögen bei Fortdauer trocknen Wetters noch weiter weichen. Ungünstigere Berichte vom Norden Irlands über die Waizenernte müsse Frage dorthin hervorrufen, wir müssen erst erwarten, was Schottland produzirt. Wenn wir uns erinnern, daß wir schon neues Produkt stark gebraucht haben, und daß fast alle Getraide produzirenden Länder mit verhältnißmäßig kleinen Lagern begannen und einige, welche uns sonst reichlich versorgten, eine mangelhafte Ernte hatten, so können wir, selbst wenn Amerika reichlich geerntet hat, niedrige Preise nicht erwarten. Die Kartoffelkrankheit hat bei dem plötzlichen Witterungswechsel hier und in Irland rasche Fortschritte gemacht, obgleich in letzterem Lande weniger; man fürchtet auch, daß sie das Lagern nicht vertragen.

London, 10 Septbr. In englischem wie fremdem Waizen waren die Preise wie am vergangenen Montage; Bohnen, Erbsen, Hafer und Mehl waren ebenfalls unverändert. Gerste hingegen flau.

Bordeaux, 7. Septbr. Neu Kleesaat wird auf Frs. 150 per 100 Kil. incl. Sack gehalten, für England wird aber höchstens Frs. 130 geboten.

Mandeln gerathen schlecht, süße werden auf Frs. 80 per 50 Kil. gehalten, auf Lieferung per Oktbr. Frs. 78 geboten, Prinzeßmandeln Frs. 115 a 120, süße Bruchmandeln Frs. 110, bittere Frs. 100.

Pflaumen sind gut gerathen, beste Wahl 82 bis 85 Stück per ½ Kil. zu Frs. 58 per 50 Kil., 90 bis 92 Stück Frs. 52, 120 Stück Frs. 37½, 130 Stück Frs. 32½ zu notiren. Frelins von 150 Stück in Fässern Frs. 26 a 27 per 50 Kil.

Terpentinöl in einfachen Fässern Frs. 78, in doppelten Frs. 82 per 100 Kil.

Terpentin au Soleil Frs. 420 a 430 per 4 Faß.

Gummi bas du fleuve Frs. 62½ per 50 Kil. Entr.

Guayaquil Cacao Frs. 75 a 80 per 50 Kil. Entr.

Weißer Weinstein in Tafeln Frs. 95½, rother Frs. 80 a 82½. Cremor tartari Frs. 125 a 130. Krystallisirter Weinstein Frs. 115

° Man liest im „Cour. de Marseille“: Unser Getraide-Vorrath nimmt täglich im größten Maßstabe zu; in den ersten zehn Tagen dieses Monats vermehrten ihn 137 Fahrzeuge durch eine Zufuhr von 600,000 Hektolitres. — Die Häfen des azowschen Meeres stehen immer in erster Linie und zwar mit 49 Fahrzeugen, die 211,000 Hekt. geladen hatten. — Auch die Zufuhr aus Odessa war wieder 99,530 Hekt. polnischen Getraides stark. — Die Donau und die türkischen Häfen lieferten 24 Schiffe mit 108,000 Hekt.; Alexandrien nur 8000 Hekt. geringerer Qualität, auch die Zufuhr aus Afrika ist noch nicht bedeutend und besteht in 2450 Hekt. die in kleinen Theilen auf sechs Fahrzeugen eintrafen. Das Mittelmeer schickte 6200 Hekt. und außerdem Neapel (wahrscheinlich zum Schlusse) noch sieben Schiffe mit 24,814 Hekt.

Frankfurter Börse (vom 8. bis 13. September.)

Samstag. Der Herbst naht heran; die Börsenleute, welche auf Reisen oder in Bädern waren, kehren zurück: das Geschäft nimmt an Lebhaftigkeit zu, aber zum Nachtheil der Kurse. Wir leiden noch immer an denselben Gebrechen; es fehlt uns am Besten, dem Gelde, diesem Fundament der Gesundheit der Börsen. Man hatte Paliative vorgeschlagen, und in der That schien auch eine Vereinigung zu Stande gekommen, allein man ist vom Thun wieder in das Ueberlegen gefallen, ein Hauptzug unseres nationalen Charakters. — Daß im tiefen Frieden beinahe alle Staatspapiere und Aktien weichen, hat außer der Metallentleerung seinen Grund in der auf den Frieden gefolgten Ueberstürzung und Dampffabrikation von neuen Sachen. Zu bedauern ist nur, daß im Fallen solide und unsolide Papiere gleich leiden müssen, vielleicht Erstere noch mehr, weil man mit National, Metalliques und Bankaktien und sogenannten schweren Papieren viel Geld bekommt und damit eine Masse von leichten Quittungsbogen beziehen kann. Anders ist das Fallen jener Papiere nicht zu erklären; denn wenn auch die österr. Bank zur (sehr ungeschickt ausgeführten) Beischaffung des Silbers Opfer bringen muß, so wird andererseits die Wiederaufnahme der Baarzahlungen den innern Werth und die Solidität der Bankaktien gewiß vermehren. Der niedrige Kurs und die herannahende Dividende der österr. Bankaktien haben übrigens starke Ankäufe von Kapitalisten veranlaßt. Mitten in der allgemeinen Mattigkeit bleiben süddeutsche Fonds fest und namentlich württembergische sehr gefragt. Spanische Fonds kamen bei der Spekulation wieder einigermaßen zu Ehren; doch hinderten die Geldverhältnisse ein nachhaltigeres Steigen. — In Kreditaktien haben wir durchgängig starkes Fallen zu berichten. Die Berliner Börse, welche fortwährend kaufte und hohe Reporte bezahlte, fängt an loszuschlagen; Frankfurt wird aber nicht leicht aufnehmen. Den Kreditgesellschaften scheinen die eigenen Aktien so gut, daß sie solche selbst kaufen. Diese Woche war die Reihe an der Gesellschaft Pereire, welche dem Fallen durch starke Ankäufe Einhalt that. In zwei Tagen erlebten wir in diesen und den Rothschild'schen Kreditaktien Fluktuationen von 40 bis 50 Fr. Ist das Publikum durch die Verluste, die es an diesen über alle Gebühr zur Agiotage ausgebeuteten Papieren erlitten, noch nicht gewitzigt? Die Darmstädter Bank, die als das Muster aller bisherigen Kreditgesellschaften gilt, hat ebenfalls ihre eigenen Aktien gekauft, aber zu der Zeit, als sie 15pCt. unter Pari standen und das volle Kapital da war. Die Leipziger Kreditgesellschaft, welche bisher einen ruhigen, sicheren Gang ging, will sich bei einer „ungarischen Immobiliengesellschaft“ betheiligen. Gelegentlich möchten wir hier die harte Maßregel der deutschen Kreditgesellschaften, welche die nicht eingezahlten Aktien ohne Weiteres zu Gunsten der Gesellschaft annulliren, zur Sprache bringen. In Frankreich verbietet das Gesetz eine solche Maßregel; die nicht eingezahlten Aktien werden dort öffentlich versteigert, der Mindererlös dem Aktionär zur Last gebracht, der Mehrerlös ihm gutgeschrieben. Die Strafe für Nachlässigkeit ist (besonders da sie meistens nur Private trifft) zu hart, der Gewinn der Kreditgesellschaft nicht legitim, wenn auch statutengemäß. Frankfurter Bankaktien stagnirend, aber doch nicht ausgeboten. Die für die Geldverhältnisse ungünstige Bilanz ist für die Aktien günstig. Bayerische Bankaktien gesucht und ohne Verkäufer. Hannoversche sehr fest. Ein Versuch, Lübecker hier einzuführen, ist gescheitert. Die Verbindung der Bank mit einer See- und Feuerversicherung will nicht gefallen. — Von Eisenbahnaktien haben wir zuerst der Bexbacher zu erwähnen, die sich beiläufig auf dem vorwöchentlichen Kurs behaupteten. Eine von Berlin ausgegangene Nachricht, daß die preuß. Regierung vom 1. Dezember an die Preise der Saarkohlen zu ermäßigen beschlossen, haben wir bis jetzt nicht bestätigt gefunden. So sehr die Maßregel willkommen wäre, so sehr wäre es andererseits zu bedauern, wenn sie soweit hinausgeschoben würde. „Bis dat, qui cito dat!“ Taunusaktien sind in Folge der glänzenden Einnahmen gestiegen, für Livorno-Florenz dagegen hat die Mehreinnahme des August kein Steigen veranlassen können, Angesichts der starken Verkäufe für inländische Rechnung, da in Florenz großer Geldmangel herrscht, sowie der Ungewißheit der Resultate der bevorstehenden Gen.-Versammlung. Oesterr. Westbahn mußte der weichenden Wiener Tendenz folgen. In der Angelegenheit der Lucca-Pistoja Prioritätsaktien ist das Urtheil erster Instanz von Seite des hiesigen Stadtgerichts am 10. d. erfolgt. — Es haben diese Woche Betheiligungen mit Aktien für Angebote auf das russische Eisenbahngeschäft (Kapital 200 Mill. Silberrubel mit 5pCt. Garantie) stattgefunden. Bei diesem Geschäft wird die ganze europäische Haute Finance konkurriren, und falls keine Vereinigung stattfindet, dasselbe zu (in Betracht der Zeitverhältnisse) sehr günstigen Bedingungen für Rußland abgeschlossen werden. — Die Geldverhältnisse an der Börse selbst sind nicht ungünstig. Die Bank soll verhältnißmäßig wenig Diskonto erhalten haben, da die Privatdiskonteurs unter dem Bankfuße diskontiren. Fremde Wechsel sind indessen mit Ausnahme von Augsburg und Hamburg sehr matt. Paris ist zu der niedrigen Notiz in großen Posten umgesetzt worden. (Aktionär.)

Frankfurt, 15. September. Bei ziemlich lebhaftem Umsatz war die Stimmung der Börse fester, besonders wurden für österr. Bankaktien höhere Kurse bewilligt, österr. Staatsbahn dagegen billiger umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81 7/8 P. 81 5/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 89 3/4 P. 89 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 80 1/2 P. 80 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. — G.; à 4 1/2pCt. 70 1/8 P. — G.; à 4pCt. 63 P. 62 1/2 G.; à 3pCt. 48 P. — G.; à 1pCt. 16 1/8 P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 58 7/8 P. — G. **Preussen.** 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 86 3/4 P. 86 1/4 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/8 P. 94 5/8 G.; 4 1/2pCt. 101 1/2 P. 101 G.; 5pCt. 101 P. 100 3/4 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2pCt. 102 5/8 P. 102 1/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2pCt. 92 5/8 P. 92 1/8 G.; à 4pCt. 100 P. 99 1/2 G.; 4 1/2pC. 102 1/2 P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 P. 82 1/2 G.; à 3 1/2pCt. 92 P. 91 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 1/4 P. 40 G.; 1pCt. neue 25 1/16 P. 24 15/16 G. **Holland.** Integrale 64 1/4 P. 63 3/4 G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1248 P. 1243 G. Neue Bankaktien 371 P. 366 G. Credit-Actien à 5pCt. 237 1/2 P 235 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 414 1/4 P. 412 1/2 G.; junge 365 P. 363 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 545 P. 540 G. Mitteldeutsche Creditbank 108 7/8 P. 108 3/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 116 P. 115 1/2 G. Frankf. Bankaktien 117 1/2 P. 117 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 280 P. 278 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141 3/4 P. 141 1/4 G. Neustadt-Weissenb. — P. 107 1/4 G. 4 1/2pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 103 3/4 P. 103 1/2 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 63 P. — G. Taunus-Aktien 349 P. 346 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 83 1/2 P. 83 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 82 P. 81 1/2 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 98 3/4 P. 98 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 122 3/4 P. 122 1/4 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 1/2 P. 105 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 116 1/4 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 3/4 P. 48 1/2 G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117 1/2 G. à fl. 25 34 1/2 P. 34 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 3/8 P. 39 7/8 G. Nass. Loose à fl. 25 33 5/8 P. 33 3/8 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 45 1/4 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87 1/2 P. 87 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k.S. 99 7/8 P. 99 5/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117 3/4 P. 117 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119 3/4 G	Mail. i.S.Lt.250 k.S 99 3/4 P — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Paris Frs. 200 k.S 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Coln Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96 1/2 P. 96 1/4 G.	Wien fl. 100 C. k S. 114 3/4 P. 114 1/2 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 1/8 P. 88 7/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 114 1/2 P. 114 1/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Disconto - P. 5pCt. G

Neueste Nachrichten.

Nürnberg, 15. Septbr. Seit gestern prangt Nürnberg im Schmucke der Fahnen, Kränze und Laubgewinde. Die Stadt feiert heute den 50. Jahrestag ihrer Vereinigung mit der Krone Bayern. Eine Reihe von Festlichkeiten, aus dem freien Antriebe der Bürgerschaft und ihrer Gemeindevertretung hervorgegangen, wird diesen Tag bezeichnen, unter welchen wir vorläufig die Eröffnung des neuen Thores am nordöstlichen Theile der Umfangsmauer, welchem die Kommune den Namen „Marienthor" bestimmt hatte, dem aber nach einer gestern hier eingetroffenen telegraphischen Depesche Se. Maj. der König seinen allerhöchst eigenen Namen beizulegen befohlen hat, und den Zug der Schützengesellschaft unter Vorantritt sämmtlicher Behörden durch verschiedene Straßen der Stadt und durch dieses neue Thor aus dem alten Schießhause durch die Johannisvorstadt nach dem neuen auf dem Maxfelde hervorheben. (N.K.)

Berlin, 13. Septbr. Der Festball, welcher zur Feier der Vermählung der Prinzessin Louise mit dem Großherzoge von Baden hier veranstaltet werden sollte, unterbleibt auf besonderen Wunsch des Letzteren. Am 24. d. wollen die Neuvermählten Berlin schon verlassen und über Mannheim nach Karlsruhe sich begeben.

Sicherem Vernehmen nach soll die k. hannover'sche Sommer-Residenz Monbrillant dadurch eine Verschönerung erfahren, daß das an Räumlichkeiten nicht mehr ausreichende Schloß durch ein neues und zwar in großartigem Style erbautes ersetzt wird. Wahrscheinlich wird noch in diesem Herbste mit dem Baue begonnen werden.

§ Wien, 13. September. (Privat-Korrespondenz.) In den entscheidenden Kreisen wird mit Bestimmtheit versichert, daß die österreichische Diplomatie in der Donaufürstenthümerfrage einen vollständigen Sieg errungen habe, dessen erstes und vorzüglichstes Resultat darin besteht, daß die Unionsfrage von der zur Regelung der Donaufürstenthümerfrage berufenen Kommission gar nicht verhandelt werden wird. Da es ferner gewiß ist, daß namentlich mit Hülfe der gegen die Unionsidee gestimmten Kaimakane der Moldau und Wallachei die Divans ad hoc zum größten Theile aus Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche die Unionsidee nicht befürworten werden, so entfällt hiermit auch das Motiv, welches die Westmächte so wie Rußland und Preußen zu Gunsten der Unionsidee angeführt haben, daß sie nämlich dieselbe unterstützen würden, wenn sich die Divans ad hoc, deren Entscheidung als der Ausdruck der öffentlichen Meinung in den Donaufürstenthümern zu bezeichnen wäre, für die Union aussprechen würden. — Die in diesen Blättern bereits erwähnte Unternehmung, die Begründung einer ungarischen Landeskultur- und Hypothekenbank in Pesth scheint in sehr ausgedehnten Kreisen die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. So sind mehrere Firmen in Pesth sowohl von Kölner als auch von Amsterdamer Häusern angegangen worden, ihnen die bezüglichen Statuten einzusenden. Das von allerhöchster Stelle abgeforderte Gutachten ist bereits in Wien eingetroffen, und liegt in diesem Augenblicke im Finanzministerium zur Berathung vor.

Genf, 10. Septbr. Man spricht hier von einer Protestation der Regierung von Freiburg gegen die Wegführung der Neuenburger Royalisten v. Meuron und Louis Pourtalès. Dieselben saßen bekanntlich in Estavayer (Stäffis) in Haft, wo wo sie durch den Präfekten von Neuenburg und 50 Mann Berner Soldaten mit dem Dampfschiff „Cygne" abgeholt und nach Neuenburg abgeführt wurden, ohne daß die Erlaubniß der Freiburger eingeholt war. Der Staatsrath soll in dieser Handlung eine Gebietsverletzung erblicken. Nachträglich wird unter den im Schloß von Neuenburg verhafteten Royalisten auch ein Engländer Beatson genannt, der als Adjutant des Herrn v. Pourtalès figurirte. (A. Z.)

Die fortwährenden Insinuationen einer beabsichtigten muratistischen Bewegung in Neapel und die Behauptung des „Corriere Mercantile", daß muratistische Proklamationen von Savoyen aus in Neapel verbreitet worden seyen, haben den Prinzen Lucian Murat veranlaßt, im „Siecle", welcher die Notiz aus dem „Corriere Mercantile" abdruckte, eine Erklärung durch seinen Sekretär Ranzoni einrücken zu lassen, der erklärt, daß, wenn Proklamationen der gedachten Art verbreitet seyn sollten, sie nur von den Feinden des Prinzen ausgehen könnten, dessen Freunde und Anhänger aber weder aus Savoyen noch von irgend einem andern Orte oder zu irgendwelcher Zeit Proklamationen erlassen und verbreitet hätten.

Petersburg, 13. Septbr. Der in den Fürstenstand erhobene Graf Orloff ist bereits zum Gouverneur von Finnland ernannt, Graf Woronzoff zum Feldmarschall, Fürst Bariatynski zum Statthalter im Kaukasus. Der Generallieutenant B. Dubelt ist als Gendarmeriechef entlassen. (T. D. d. A. Z.)

New-York, 30. August. Eine Petition des von dem Sicherheitsausschuß in San Franzisko gefangen gesetzten Richters Terry gab im Senate Veranlassung zu einer Besprechung über die Zustände in Kalifornien, in der von einem bevorstehenden Angriff der Regierungstruppen auf die revolutionären Behörden die Rede war. — Es wird bestätigt, daß die Truppen aus San Salvador und Guatemala unter dem General Cabonano eingefallen sind und Leon besetzt haben. Obrist Salisar und mehrere Eingeborne sind wegen Verrätherei gegen die Walker'sche Regierung erschossen worden; Papiere, die bei Salisar gefunden worden, sollen Walker bewogen haben, dem englischen Konsul in Leon das Exequatur zu entziehen. Ein Bericht sagt, daß der amerikanische Konsul als Repressalie für die Hinrichtung Salisars erschossen sey. Von Walker war ein anderer Gesandter nach Washington unterwegs. (Fr. Postz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 259.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 17. Septbr. 1856

Deutscher Bund.

Wien, 13. Septbr. Gestern hat wieder eine Sitzung der Münzkonferenzbevollmächtigten stattgefunden. Die Sitzungen waren bekanntlich einige Zeit unterbrochen. (Oestd. Post.)

Bayern. Aus München berichtet das „Univers“ als ein Gerücht, der Hr. Erzbischof sey von Sr. Heiligkeit beauftragt worden, die wirkliche Durchführung des bayerischen Concordats sich angelegen seyn zu lassen; es fügt aber gleich bei, daß diesem Auftrag große Schwierigkeiten entgegenstehen dürften.

München, 13. Sept. Se. Maj. der König haben den Unterlieutenant Reinh. Margraf vom Genie-Reg. auf zwei Jahre in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Oberlieutenant Friedr. Ritter von Dall'Armi auf ein weiteres Jahr im Ruhestande belassen; desgl. den temporär pensionirten Unterlieutenant Ludw. Weinig auf ein weiteres Jahr — den temporär pensionirten Oberlieutenant Ernst Angerer auf weitere zwei Jahre; dem Bataillonsquartiermeister Felix Gerlinger von der Kommandantschaft Passau für ehrenvoll zurückgelegte fünfzig Dienstjahre das Ehrenkreuz des Ludwigsordens verliehen; den pensionirten Unterlieutenants Jos. Neuburger und Wilh. Eckerd die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den Oberlieutenant Otto Frhrn. v. Truchseß-Wetzhausen vom 1. Art.-Reg. zum Adjutanten des Generalmajors und Brigadiers der Artillerie Karl Ritter v. Brodesser ernannt; den Hauptmann Karl Frhr. v. Horn vom 1. Art.-Reg. zum 1., und den Oberlieutenant Jos. Keller Frhrn. v. Schleitheim vom 3. reitenden Art.-Reg. zum 2. Adjutanten des Artillerie Korps Kommandanten Generalmajors Frhrn. v. Brandt ernannt; den Oberlieutenant Peter Holl, vom 12. Inf.-Reg. in den Ruhestand versetzt; dem Kriegskommissär Jos. Frank von der Zeughaus-Haupt-Direktion für zurückgelegte fünfzig Dienstjahre das Ehrenkreuz des Ludwigordens verliehen; den temporär pensionirten Oberlieutenant Ferd. v. Heusler bleibend und den temporär pensionirten Regimentsquartiermeister Joh. Harrer auf ein weiteres Jahr im Ruhestand belassen; den Oberlieutenant Clem. Graf v. Holnstein aus Bayern vom 4. Inf.-Reg. auf ein Jahr in Ruhestand versetzt; dem pensionirten Unterlieutenant Leonh. Schneider die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den Edelknaben M. v. Baligand zum Junker im 2. Inf.-Reg. ernannt; den pensionirten Unterlieutenant Jos. Batsch bleibend im Ruhestande belassen; den Hauptmann Albr. Rottbafft Frhrn. von Weißenstein vom 10. Inf.-Reg. auf zwei Jahre in den Ruhestand versetzt. (Verordn. Bl.)

Oesterreich. Wien, 13. Septbr. Nach dem Abschlusse der bischöflichen Berathungen wurden, wie bekannt, die Protokolle mit einer Denkschrift unserer Regierung nach Rom gesendet. Diese Denkschrift enthielt mehrere, in den wichtigsten Beschlüssen der Bischöfe abweichende Anschauungen, und es hat den Anschein, als ob das Ministerium nur mit bedeutenden Modifikationen den Beschlüssen der Bischöfe beizutreten die Absicht hätte. In Rom dagegen besteht man auf den Bestimmungen der bischöflichen Konferenzen. Der Kaiser hat nun dem Vernehmen nach den Kardinal-Erzbischof von Wien aufgefordert, die Reise nach Rom zu unternehmen, um daselbst eine Vereinbarung zwischen der Regierung und dem päpstlichen Stuhle herbeizuführen. Kardinal Rauscher hat noch die Ankunft des Kultus- und Unterrichtsministers, Grafen Leo Thun, abgewartet, um einige Besprechungen mit ihm abzuhalten und dürfte in ungefähr 14 Tagen seine Reise nach Rom antreten. — Das Knabenseminarium der Jesuiten bei Wien wird Anfangs Oktober eröffnet werden. Die Zahl der aufgenommenen Zöglinge beläuft sich für kommendes Jahr auf 60. Die Anstalt ist mit allem Comfort eingerichtet, und erst jüngst haben die Jesuiten vom Erzherzog Maximilian-Este eine Schenkung von 100,000 Gulden für ihre Lehranstalt erhalten. Von einem Kavalier wurde ihnen eine ganz neue Equipage sammt Pferden zur Verfügung gestellt. (Fr. J.)

Wien, 13. Septbr. Nach den einer hiesigen Gesandtschaft zugekommenen Mittheilungen kann die die Schlangeninsel betreffende Frage als durch den Abzug des russischen Postens von der Insel gelöst angesehen werden. (Fr. J.)

Belgien.

Aus Gent schreibt man französischen Blättern, daß gerüchtweise verlautet habe, der hl. Vater habe die Universität von Gent so lange mit dem Interdekt belegt, bis die antikirchlichen Professoren Laurent und Brasseur von ihr entfernt würden. (Augsb. Pstz.)

Schweiz.

Bern, 12. Sept. Die Petition um Entbindung vom preußischen Unterthaneneid, die schon zahlreiche Unterschriften zählte, ist von den Neuenburger Royalisten selbst unterdrückt worden. (A. Z.)

Bern, 13. Sept. Vor einigen Tagen theilte Baron von Krudener, russischer Gesandter bei der Eidgenossenschaft, dem Bundesrath ein Manifest seiner Regierung an alle auswärtige Mächte mit, worin sich Rußland über die von ihm zu befolgende äußere und innere Politik ausspricht. In erster Beziehung will es, so heißt es darin, die Unabhängigkeit aller Staaten, der kleinen wie der großen, geachtet wissen, in letzter Hinsicht will es sein Hauptaugenmerk auf Fortschritt und Verbesserungen richten. (Fr. Pstz.)

Aus der Schweiz, 13. Sept. Der Chef der kantonalen Truppen, Major Girard, und der Kommandant der eidgenössischen Brigade in Neuenburg, Oberst Denzler, thun allen seit dem 2. bis 4. ds. Mts. flüchtigen Neuenburgern zu wissen, daß sie unbelästigt in den Kanton zurückkehren können, unvorgreiflich den Maßregeln, zu welchen sich die regelmäßige Justiz veranlaßt sehen mag. (Fr. Pstz.)

* Aus der Schweiz, 13. Septbr. Es bestätigt sich, daß die auf Befehl des Bundesraths gegen die Häupter des Neuenburger Aufstands eingeleitete Untersuchung nicht wegen Landesverraths (Versuch, einen Theil des eidgenössischen Gebiets fremder Herrschaft zu unterwerfen) geführt wird, sondern nur wegen Versuchs zum Umsturz einer Kantonverfassung, welcher eidgenössisches Einschreiten nöthig machte.

* Ein Wiener Berichterstatter der „Fr. Postz.“ versichert, wenn Preußen jetzt sein Recht auf Neuenburg wahren und durchsetzen wolle, werde Oesterreich seinem nachdrücklichen Vorgehen nicht im geringsten im Wege seyn; dasselbe dürfte vielmehr sowie der gesammte deutsche Bund das kräftige Auftreten Preußens kräftig unterstützen, nöthigenfalls mit ganzer Macht. Ob diese Angabe begründet ist, mag dahin gestellt seyn; aber schwerlich dürfte die „kräftige“ Unterstützung über Worte hinausgehen.

Großbritannien.

London, 13. Sept. Das Chartistenblatt „Peoples Paper“ enthält das Programm zu der feierlichen Einholung von John Frost, dem aus der Verbannung zurückgekehrten Chartistenführer, die am Montag stattfinden soll. Die Chartisten (Radikalen) werden sich auf Russell Square, Lincolns Inn Fields und Finsbury Square mit Fahnen und Musikbanden versammeln. Frost wird in einer vierspännigen Equipage von der Bastion bei London Bridge abgeholt und nach Finsbury Square geführt, wohin sich inzwischen die übrigen Abtheilungen begeben. Von dort geht der Zug durch Cheapside, Strand, Regents Street, Portland Place nach Primrose Hill, wo um 2 Uhr ein Monstermeeting stattfinden soll.

Frankreich.

Paris, 12. Sept. Drohbriefe an die Hauseigenthümer wurden in den zwei letzten Nächten an die meisten Häuser des Faubourg St. Martin und mehrerer anderer Viertel angeschlagen. Ein bedenklicher Uebelstand ist nicht abzuläugnen. Leider haben alle bisherigen Maßregeln der Regierung, neue und nicht unerschwinglich theure Wohnungen herzustellen, keinen merklichen Erfolg gehabt. Man denkt jetzt an Aktiengesellschaften mit mächtigen Kapitalien, denen der Staat, wie ehemals bei den Eisenbahnen, ein Minimum von Interessen garantiren würde. Die Nachricht von der Verminderung des Heeres auf den niedrigsten Friedensfuß ist entweder ungenau gewesen, oder die Umstände haben die beabsichtigte Maßregel nicht zugelassen. Nach sichern Erkundigungen ist der Effektivbestand des Heeres zu keiner Zeit im Frieden so stark wie gegenwärtig gewesen. Die Bestellungen von Materialien aller Art für die Kriegsmarine haben seit dem Ende des Kriegs nicht aufgehört. Sie erklären sich aus dem Bestreben durch fortgesetzte Arbeiten und Anschaffungen die französische Marine der englischen gleich zu machen. (A. Z.)

Paris, 13. Sept. Dem Gerücht von einer Reise des Königs von Griechenland nach Paris, sobald der Kaiser von Biarritz zurückgekehrt seyn wird, schenkt man aufs neue Glauben. (Fr. Postztg.)

* Ackerbaufragen und Zoll-Reformen bildeten heuer die Hauptbeschäftigung der Departementalräthe; in Betreff der erstern scheint eine größere Einstimmigkeit vorzuherrschen, als in der Freihandelsfrage. Die Departementalräthe von Gers, Finisterre, den Rhonemündungen verlangen freie Einfuhr des Düngers, namentlich von Guano; das Departement der Manche wünscht Herabsetzung der Zölle auf Ackerbaumaschinen und Instrumente. Die Departements der untern Pyrenäen, des Ober- und Niederrhein, der Rhonemündungen, der Charente, der untern Loire wünschen Aufhebung der Prohibition, dagegen mehr oder weniger hohe Schutzzölle. Der Departementalrath des Oberrhein drückt den Wunsch aus, daß jeder Aenderung im Zollsysteme die Aufhebung der Eingangszölle auf Rohstoffe vorhergehe, daß man im allgemeinen starke Schutzzölle beibehalte, und daß der Regierung das Recht verbleibe, die Einfuhr gewisser Produkte zeitweise zu verbieten, wenn dies nöthig sey, um das Gleichgewicht zwischen der Produktion des Inlands, der Einfuhr und der Consumtion wieder herzustellen. Der Generalrath von Finisterre dankt der Regierung dafür, das neue Zollgesetz zurückgezogen zu haben, und hat „das feste Vertrauen, daß absolute Theorien niemals den Sieg über die Rechte der nationalen Arbeit davontragen werden." (O, Krähwinkel!)

Spanien.

† Madrid, 10. Sept. Der Preis des Getraides und anderer Körnerfrüchte fällt in Spanien. — Zwei spanische Kommissäre werden sich nach Brüssel begeben, um an dem Kongresse Theil zu nehmen, welcher sich in dieser Stadt versammeln wird, Handels- und Zollfragen zu besprechen. — Die Cholera hat sich in Cordova gezeigt, aus Madrid und fast aus ganz Spanien ist sie vollständig verschwunden.

Rußland und Polen.

(Das Krönungs-Ceremoniell. Fortsetzung.) Jetzt beginnt der eigentliche Krönungsakt, der in folgender Weise vor sich geht: „Der Metropolit von Moskau tritt auf die obere Plattform des Thrones, stellt sich vor den Kaiser und ersucht ihn, allen getreuen Unterthanen vernehmbar das Bekenntniß des orthodoxen Glaubens zu lesen, und nachdem der Kaiser dies aus dem ihm dargereichten aufgeschlagenen Buche gethan, spricht der Metropolit: „Der Segen des heiligen Geistes sey mit Dir", und verläßt die Thron-Estrade. — Der Kaiser legt nun die gewöhnliche Kette des Andreas-Ordens ab und läßt sich den kaiserlichen Purpurmantel mit der dazu gehörigen brillantenen Kette dieses Ordens anlegen; die Metropoliten überreichen dieselbe Sr. Majestät auf zwei Kissen und sind bei der Anlegung behülflich, wobei der Metropolit von Moskau spricht: „Im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes Amen." Nach Anlegung des Purpurmantels neigt der Kaiser das Haupt, der Metropolit von Moskau segnet ihn mit dem Zeichen des Kreuzes, legt ihm die Hände in Kreuzesform auf das Haupt und spricht die beiden von dem Ritus vorgeschriebenen Gebete. Nach Beendigung des zweiten Gebets läßt sich der Kaiser die Krone reichen. Der Würdenträger, der dieselbe in der Prozession getragen, bringt sie auf einem Kissen dem Metropoliten von Moskau und dieser bietet sie Sr. Majestät dar. Der Kaiser nimmt die Krone vom Kissen und setzt sich dieselbe auf das Haupt, worauf der Metropolit eine Rede hält, die er aus einem Buche abliest. Hierauf nimmt der Kaiser das Scepter in die rechte, den Reichsapfel in die linke Hand, und setzt sich auf den Thron, und nachdem er beide Regalien auf die Kissen gelegt, welche ihm die Personen darbieten, die jene trugen, ruft er die Kaiserin zu sich. Ihre Majestät läßt sich vor ihrem Gemahl auf einem mit goldenen Tressen verbrämten Carmoisin-Sammetkissen auf die Knie nieder, der Monarch aber nimmt die Krone von seinem Haupte, berührt damit das Haupt der Kaiserin und setzt sie sich dann auf's neue auf. Hierauf wird dem Kaiser die kleine Krone dargereicht; Se. Majestät setzt solche auf das Haupt der Kaiserin und vier Staatsdamen befestigen dieselbe. Nachdem der Kaiserin nun auch der Purpurmantel und die Kette des Andreas-Ordens angelegt worden, kehrt sie auf ihren Thron zurück. Der Kaiser nimmt Scepter und Reichsapfel wieder in Hand, der Protodiakon verliest den ganzen kaiserlichen Titel, spricht das Gebet für das lange Leben Ihrer Majestäten und die Sänger stimmen das „Mnogoletie" an, welcher Gesang von dem Geläute aller Glocken und 101 Kanonensalven vom Kreml begleitet wird. Während dieser Zeit bringen die Geistlichkeit und die weltlichen Personen beiderlei Geschlechts, ohne ihre Plätze zu verlassen, dem Kaiser ihre Glückwünsche durch dreimaliges Verbeugen dar. Die Kaiserinen und sämmtliche Glieder der kaiserlichen Familie beglückwünschen ebenfalls den Kaiser, zu welchem Ende sie die Estrade des Thrones besteigen. Nachdem das Geläute der Glocken und die Kanonensalven verstummt sind, erhebt sich der Kaiser vom Thron, gibt Scepter und Reichsapfel denjenigen Personen zurück, welche dieselben in der Prozession getragen und spricht, sich auf die Knie niederlassend, das hergebrachte Gebet aus dem ihm vom Metropoliten dargereichten Buche. Hierauf verliest der Metropolit (der sich, wie alle in der Kirche anwesenden Personen auf die Knie niederläßt) im Namen des gesammten Volkes ebenfalls ein Gebet, während dessen der Kaiser steht."

Der Krönung folgt die heilige Salbung. Darüber besagt das Ceremoniell: „Nach Absingung der Abendmahls-Collekte und nachdem die Personen, welche die Liturgie vollzogen, das Abendmahl genommen und die Pforte des Allerheiligsten wieder geöffnet wird, treten zwei Archihiereis mit den Protodiakonen aus dem Altar, um Sr. kaiserlichen Majestät anzuzeigen, daß der Augenblick der heiligen Salbung gekommen. Hierauf übergibt der Kaiser seinen Degen einem Assistenten, steigt vom Thron herunter und schreitet im Purpurmantel zur Pforte des Allerheiligsten; ihm folgt die Kaiserin. Sobald der Kaiser sich der Pforte des Allerheiligsten nähert, stellt er sich auf die ausgebreitete Golddecke, die Kaiserin aber bleibt zwischen dem Thron und den Altarstufen stehen. Nachdem der Metropolit von Moskau das kostbare Gefäß mit dem heiligen Salböl genommen, tritt er zu Sr. kaiserl Majestät, taucht den dazu angefertigten Goldzweig ein und vollzieht die heilige Salbung auf Stirn, Augen, Nasenlöchern, Lippen, Ohren, Brust und Händen, indem er spricht: „Das Siegel der Gabe des heiligen Geistes"; der Metropolit von Nowgorod und St. Petersburg aber trocknet die gesalbten Stellen mit Baumwolle ab. Nachdem der Kaiser die Salbung empfangen, während welcher Glockengeläute und 101 Kanonensalven stattfinden, stellt er sich rechts dem Heiligenbilde des Erlösers gegenüber. Alsdann nähert sich die Kaiserin der Pforte des Allerheiligsten und stellt sich auf dieselbe Golddecke. Der Metropolit von Moskau salbt mit dem heiligen Salböl jedoch nur die Stirn Ihrer Majestät, indem er gleichfalls spricht: „Das Siegel der Gabe des heiligen Geistes"; der Metropolit von Nowgorod aber trocknet die gesalbte Stelle mit Baumwolle ab. Jetzt führt der Metropolit von Moskau den Kaiser durch die Pforte des Allerheiligsten in das Innere des Altars; die übrigen den Gottesdienst verrichtenden hohen Geistlichen halten die Zipfel des Purpurmantels. Se. Majestät bleibt auf der goldenen Decke vor dem Altartische stehen und nimmt alsdann das heilige Abendmahl vermöge des kaiserlichen Ranges in der Weise, wie die Geistlichkeit es thut, nämlich den Leib Christi besonders und das Blut Christi besonders. Nach dem Genusse des heiligen Abendmahls reicht einer der Archihiereis Sr. Maj. das Antidoron und das erwärmte Wasser dar, und ein zweiter ist behülflich beim Abwaschen der Lippen und der Hände. Wenn der Kaiser aus dem Altar tritt, geht er auf's neue zum Heiligenbild des Erlösers, die Kaiserin aber nähert sich der Porte des Allerheiligsten, um das Abendmahl in gewöhnlicher Ordnung durch den Metropoliten von Moskau zu empfangen, wobei Ihre Majestät von zwei anderen Archihiereis bedient werden, welche das Antidoron und das erwärmte Wasser zum Waschen der Lippen und der Hände darbringen. Hierauf begeben sich Ihre Majestäten mit einander auf die Thron-Estrade und lassen sich auf den Thronsesseln nieder. Die Regalien werden in derselben Ordnung, wie sie zu der Pforte des Allerheiligsten gebracht wurden, voraus getragen."

„Jetzt hält der Protopresbyter Beichtvater vor Ihren kaiserlichen Majestäten die Kommunions-Dankgebete, und wenn die Liturgie beendigt ist, stimmt der Protodiakonus das Gebet um

ein langes Leben des Kaisers und der Kaiserin an, und die Sänger singen drei Mal: „Auf viele Jahre". Zum Schluß wird Ihren Majestäten das heilige Kreuz zum Kusse dargereicht. Der Kaiser setzt sich die Krone auf's Haupt und nimmt Szepter und Reichsapfel. Hierauf bringen alle geistlichen und weltlichen Personen durch dreimalige Verneigung ihre allerunterthänigsten Glückwünsche zur glücklichen Vollziehung der Krönung und geweiheten Salbung dar — Nachdem dies geschehen, kehrt die Kaiserin Alexandra Feodorowna mit der ganzen kaiserlichen Familie und den ausländischen Prinzen durch die südliche Thür in das Schloß zurück. Ihre kaiserlichen Majestäten jedoch schreiten durch die nördliche Thür der Kathedrale über die dazu erbaute und mit scharlachrothem Tuch beschlagene Diele und unter einem Baldachin in die dem Erzengel Michael geweihte Kathedrale. Hier küßten sie die Heiligenbilder und Reliquien und verneigten sich vor den Gräbern ihrer Ahnen. Der Protodiakonus verliest dem Ritus gemäß die Ektenie, nach deren Beendigung das Gebet um langes Leben des Kaiserhauses angestimmt wird. In derselben Ordnung begeben sich ihre Maj. in die Verkündigungs-Kathedrale, wo von der Geistlichkeit derselbe Gottesdienst wie in der Kathedrale des Erzengels Michael abgehalten wird. Bei jeder Kathedrale befinden sich zum Empfange Ihrer Majestäten zur Darreichung des Kreuzes zum Kusse und zur Besprengung mit Weihwasser Archiereis mit der gehörigen Anzahl von Geistlichen. Während dieser ganzen Prozession hält der Kaiser, Krone und Purpurmantel tragend, den Szepter und Reichsapfel in der Hand; sobald er jedoch die Heiligenbilder küßt, übergibt er diese Regalien denjenigen Personen, die sie getragen haben. Während dieser Prozession ertönen Glockengeläute und 101 Kanonensalven, und die zur Parade aufgestellten Truppen machen die Honneurs mit Musik und Trommelschlag. Aus der Kathedrale zur Verkündigung Mariä begeben sich ihre Majestäten zur rothen Treppe, woselbst alle Personen, die zur Prozession gehörten, stehen bleiben, ausgenommen die Hofchargen, die in vorgeschriebener Ordnung bis zu den innern Gemächern folgen, wo Ihre Majestäten so lange verweilen, bis Alles in der Granowitaja-Palata zur Mittagstafel hergerichtet ist." (Schluß folgt.)

Die „Milit. Ztg." gibt über den Wiederaufbau Sebastopols folgende interessante Details: Es wurde auf Befehl des Kaisers eine Kommission ereirt, welche den Wiederaufbau von Sebastopol nach einem neuen zu Petersburg berathenen Plane zu leiten hat. In der Matrosenstadt soll, wie man vernimmt, statt der kleinen Hütten eine Reihe großer, symmetrisch gebauter Häuser errichtet werden, die man unbeschadet des Ersatzes über die Verluste der einzelnen Familien, zu drei pCt. des Kostenanschlags an die Besitzer der ehemaligen Lokale vermiethen will. Die Kommunikation zwischen der Nord- und Südseite soll eine großartige Kettenbrücke zwischen den Forts Nikolaus und Michael vermitteln und an die Stelle der sechs Bastionen der äußern Vertheidigungslinie eine Zahl von Spitälern und Invalidenhäusern für die Leidenden aus den letzten Jahren erbaut werden.

Amerika.

New-York, 30. August. Gestern traf der Postdampfer „Illinois" mit der kalifornischen Post bis zum 5. d. M. ein. Als der Dampfer San Franzisko verließ, war der Sicherheitsausschuß noch in Thätigkeit; doch glaubte man, daß er sich seiner militärischen Funktion bald entledigen würde. Zwei neue Taugenichtse sind hingerichtet worden; der eine, Joseph Hetherington, ein Spieler von Profession, hatte den Dr. Randall, einen alten und geachteten Bürger der Stadt, auf die brutalste Weise ermordet. Der Mörder hatte mit dem Doktor einen Streit wegen Geschäftssachen gehabt und, nachdem er Rache geschworen, ihn lange Zeit verfolgt und anzugreifen gesucht. Es gelang dem Doktor jedoch, ihm auszuweichen. Endlich wurde er von dem Bösewicht im Hotel überrascht und öffentlich angefallen. Mit beiden Händen ihn am Barte fassend, schleppte ihn derselbe wüthend und fluchend durch das Schenkzimmer. Es kommt in solchen Fällen zu selten vor, daß sich dritte Personen ins Mittel legen; man überläßt es Jedermann, selbst sich seiner Haut zu wehren, und geht entweder fort, oder beschränkt sich auf die Rolle des Zuschauers. Dr. Randall, seit der Drohung seines Feindes stets bewaffnet, zieht seinen Revolver; ehe er ihn aber noch gerichtet, hat Hetherington schon auf ihn gefeuert. Nun entspinnt sich ein wahrhaft thierischer Kampf zwischen Beiden, die auf einander schießen, springen, sich an die Köpfe schlagen, bis endlich eine Kugel den Doktor niederstreckt. Der Thäter wurde verhaftet und folgenden Tages in Gesellschaft eines anderen Desperado Namens Brace aufgeknüpft. Sie können nach dem Gesagten beurtheilen, in wie fern die Auflösung des Sicherheitsausschusses, welche einige unserer Blätter anrathen, an der Zeit ist. Der Nächste, welcher das Urtheil des Ausschusses erwartet, ist Richter Terry. Das Verfahren des Ausschusses ist übrigens folgendes. Zuerst werden von einem Untersuchungskomite, bestehend aus neun Mitgliedern, alle Beweismittel für und gegen aufgenommen. Diese werden sodann der Exekutive von 29 Mitgliedern vorgelegt, welche das Urtheil spricht, und hierauf wählen die 66 Sicherheitskompagnien, jede von durchschnittlich 100 Mann, drei Abgeordnete per Kompagnie, welche das Obergericht bilden und das Urtheil bestätigen oder verwerfen. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Die Generalversammlung des christlichen Kunstvereins für Deutschland hat als Versammlungsort für das nächste Jahr Regensburg bestimmt.

* Die 18. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe, welche am 8. Sept. d. J. in Prag unter dem Vorsitz des Fürsten Johann von Schwarzenberg eröffnet wurde, zählte über 1900 Mitglieder, darunter viele sowohl aus der höchsten Aristokratie (Thurn und Taxis, Schwerin, Nostiz, Schwarzenberg) als von anerkannten Kapazitäten der Wissenschaft. U. a. sprach die Versammlung einstimmig die Ansicht aus, daß die Einheit der Maße, Gewichte und Münzen in Deutschland den günstigsten Einfluß auf die Beschaffenheit billiger Lebensmittel üben müsse. Am 11. wurde die Versammlung geschlossen und als Ort der Zusammenkunft für nächstes Jahr Koburg bestimmt, wohin sie der Herzog von Koburg durch den Präsidenten Franke hatte einladen lassen.

* „Die Chemie des Weines von G. J. Mulder. Aus dem Holländischen von K. Arenz. Leipzig, Verlag von J. J. Weber 1856." Zwar ist der Wein oft schon zum Gegenstande wissenschaftlicher Forschungen gemacht worden, und es sind die auf diesem Wege gewonnenen Resultate in so mancher verdienstlichen Schrift niedergelegt; nichtsdestoweniger bleibt noch gar Vieles aufzuklären, wie z. B. der ursächliche Zusammenhang, welcher besteht zwischen der Mannigfaltigkeit des Weines und der Verschiedenheit seiner Bestandtheile, ferner die Menge und Beschaffenheit einiger Stoffe, die in allen Sorten des Weines vorkommen, die Mittel zu seiner Untersuchung wie zur Aufklärung der Verfälschungen u. s. w. Rechtfertigt sich demnach hierdurch schon eine neue wissenschaftliche Untersuchung dieses Gegenstandes hinlänglich, so ist dies wohl noch mehr der Fall im Hinblick auf den Umfang, in welchem in jetziger Zeit die Verfälschung des Weines betrieben wird, wie auf die Keckheit, womit sie zum Theil im Gewand der Wissenschaft einherschreitet und sich den Namen der Verbesserung des Weines beilegt. Obwohl der Verfasser, da er sich mit Untersuchung des wirklichen Weines beschäftigt, nur beiläufig auf den gemachten zu sprechen kommt, wird es doch interessant seyn, den Standpunkt kennen zu lernen, welchen er gegenüber diesen angeblichen Verbesserungen einnimmt. Er sagt Seite 381: „Anderwärts fügt man dem Traubensaft Zucker hinzu, es sey Rohrzucker oder Fruchtzucker, wofür gegenwärtig der wohlfeile Kartoffel-Syrup vielfach angewandt wird. Dieses ist ohne Widerrede Verfälschung. Und doch ist diese Bereitungsweise in ungünstigen Jahren oder auch an Orten, wo die Trauben wenig Zucker enthalten, so allgemein, daß man ihr nicht mehr den Namen Verfälschung beilegt." Weiter in's Einzelne einzugehen, erlaubt der uns hier zu Gebote stehende Raum nicht; im Allgemeinen bemerken wir nur, daß der Verfasser die Fortschritte, welche die Kenntniß des Weines bis in die neuste Zeit (das Originalwerk ist im vorigen Jahre erschienen) machte, fleißig benützt hat, und bei seiner Arbeit mit gewissenhafter Gründlichkeit zu Werke gegangen ist. Die Uebersetzung ist gut.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 15. September. Die Börse verkehrte heute in ungünstiger Stimmung, und wurden beinahe sämmtliche Fonds und Aktien billiger verhandelt. Der Umsatz jedoch war ziemlich lebhaft.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 81½ P. 81¼ G. 5pCt. Lombard-Ven. 89 P. 88¾ G. Metall. alte à 5pCt. 80¼ P. 79¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 89 P. — G.; à 4½pCt. 69¼ P. — G.; à 4pCt. 63 P. 62½ G.; à 3pCt. 48 P. — G.; à 1pCt. 16 P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 59⅞ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 86¼ P. 85¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94¾ P. 94¼ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94⅝ G.; 4½pCt. 101½ P. 101 G.; 5pCt. 101 P. 100¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91½ P. 91 G.; 4½pCt. 102⅝ P. 102⅛ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 92⅝ P. 92⅛ G.; à 4pCt. 100 P. 99⅝ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt.

90½P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 P. 82½ G.; à 3½pCt. 92P. 91½G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 40 P. 39¾ G.; 1pCt. neue 24⅞ P. 24¾ G. **Holland.** Integrale 64 P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1235P. 1230G. Neue Bankaktien 360 P. 355 G. Credit-Actien à 5pCt. 232½P 230½G. Darmstädter Bankaktien alte 410½ P. 408½ G.; junge 361 P. 359 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 542 P. — G. Mitteldeutsche Creditbank 108⅜P. 107⅞G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 114½ P. — G. Frankf. Bankaktien 117 P. 116½ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 277 P. 275 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141 P. 141½G. Neustadt-Weissenb. — P. 107½G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 103¾ P. 103½ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 63 P. — G. Taunus-Aktien 349 P. 346 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 83½ P. 83 G. Florens-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80½ P. 80 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 98¼ P. 97¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von **1839** 122¾P. — —G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 105P. 104½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine —P. 116¼ G. Badische fl. **35** Loose von 1845 48¾P. 49½G. Darmst. Loose à fl. **50** 118P. 117½G. à fl. **25** 34½P. 34¼G. Kurh. **40** Thaler-Loose b. R. 40⅜ P. 39⅞G. Nass. Loose à fl. **25** 33⅝ P. 33⅜ G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 45 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87½ P. 87¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 99⅞P. 99⅝G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117¾P. 117½G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾G.	Mail. i.S.Lr. 250k.S. 99¾P —G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝P. — —G.	Paris Frs. 200 k.S 93P. 92¾G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅝P. — —G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50Thlr. Lsd. kS. 96½P. 96¼G.	Wien fl. 100C. k S. 114¼P. 114G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛P 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 114P. 113¾G.
Leips. Thlr. 60k.S. 104⅝P. — —G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Wien, 15. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 85⅛; 5pCt. Metall. 83$\frac{5}{16}$; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 128¼; von 1854 109; Bankaktien 1077; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 385¼; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 572; österr. Staatsbahnaktien 325; Nordbahnaktien 2765. **Wechselkurse:** Augsburg uso 104. London 10. 7½. W. **Geldkurs:** Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Bei dem jüngsten Garde-Korps-Manöver in der Nähe von Cremmen bediente man sich zum ersten Male des transportablen elektrischen Telegraphen. Derselbe ward zwischen Stolpe und Schultzendorf auf eine Entfernung von zwei Meilen in außerordentlicher Geschwindigkeit errichtet. Der Versuch gelang vollkommen.

Die Nr. 250 und 253 der „Neuen Züricher Ztg." sind am Freitag in den öffentlichen Lokalen, in denen sie auslagen, wegen eines Artikels über Neuenburg in Beschlag genommen worden. (Berl. Bl.)

Hannover, 13. Septbr. Die Gesetzsammlung für das Königreich Hannover bringt zwei, aus Monbrillant vom 7. d. datirte königl. Verordnungen, von denen die eine eine Aenderung des §. 171 des Landesverfassungsgesetzes vom 6. August 1840 und die zweite Bestimmungen über die Umgestaltung des Staatsraths enthält. (Nat.-Z.)

Wien, 13. Sept. Mit dem zuletzt abgegangenen Lloyddampfer haben sich mehrere Mitglieder der zur Erforschung der Nilquellen bestimmten wissenschaftlichen Expedition, nämlich die Herren Graf d'Escayrac de Lauture, R. E. Tasmelli, Sekretär, E. Mayer (Mineralog), die k. k. Genielieutenants v. Boleslawsky und della Sala, der technische Assistent Hr. C. Geng und G. Eisenhart nach Alexandrien eingeschifft. (Oest. Korr.)

London, 13. Septbr. Die heutige „Times" glaubt, Preußen werde in der Neuenburger Angelegenheit auf ein Arrangement eingehen und zur Bedingung desselben die Amnestie der Kompromittirten machen. (T. D. d. Hamb. Nachr.)

Paris, 12. Septbr. Mit Preußen scheint man hier auf sehr gutem Fuße zu stehen. So wie die Kunde von dem Ausbruche der Revolution in Neuenburg nach Berlin gelangt war, ließ das preußische Kabinet hierher telegraphiren, um zu erklären, daß es den Ereignissen in Neufchatel ganz fremd sey. Dieser Schritt soll hier eine sehr gute Wirkung hervorgebracht haben. Auch hat die französische Regierung, als später von Berlin aus die Andeutung gemacht wurde, daß Frankreich wohl Mäßigung und Milde in der Schweiz empfehlen könnte, sich beeilt, diesem Wunsche zu willfahren. Das hiesige Kabinet hat an die eidgenossenschaftliche Regierung durch den französischen Vertreter in Bern die Bitte stellen lassen, die Sache ja nicht als eine eidgenössische zu behandeln *), um auf diesem Wege jedem Konflikt aus dem Wege zu gehen; es sey jetzt eine Pflicht für Europa, nichts aufkommen zu lassen, was irgendwie Zündstoff für die noch immer wachen Leidenschaften bieten könnte. (H. N.)

*) Bekanntlich wird die eingeleitete Untersuchung auch nicht wegen Landesverraths an der Eidgenossenschaft, sondern bloß wegen Versuchs zum Umsturz einer Kantonalverfassung geführt.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. C. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 260.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 18. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Die Arbeiten auf den Strecken Rosenheim-Aibling-Holzkirchen und Rosenheim-Kuffstein machen energische Fortschritte. Im nächsten Jahr dürfte schon eine bedeutende Strecke von Rosenheim nach München zu fahrbar seyn, Rosenheim-Kuffstein soll bis dahin bestimmt befahren werden. Die Inn-Dampfschiffe schleppen große Lasten von Schienen nach Rosenheim. (B. Ldbt.)

Baden. Karlsruhe, 14. Sept. Vom 25. Septbr. bis 5. Okt. werden die Garnisonen Mannheim, Bruchsal, Rastatt und Freiburg in hiesiger Stadt und Umgegend zu größeren Uebungen zusammengezogen. (Schw. M.)

Karlsruhe, 15. Sept. Die Pensionirung des Ministers des Innern und der Justiz, Frhrn. v. Wechmar, wird je nach dem verschiedenen Parteistandpunkt und den verschiedenen Standesinteressen beurtheilt. Sie beruht in der That auf seinem angegriffenen Gesundheitszustand, und es ist eitel Gerede, wenn die Kirchenfrage oder andere Dinge damit in Verbindung gesetzt werden. (Schw. M.)

§ **Oesterreich.** Wien, 15. Septbr. (Privat-Korresp.) Aus Belgrad vernimmt man, daß daselbst eine Gesellschaft in der Bildung begriffen ist, welche den Bau einer Eisenbahn durch das Fürstenthum Serbien, Alt-Serbien bis Skutari, unternehmen will, die sich an die zu bauende Kaiser Franz-Joseph-Orient-Bahn anschließen wird. — Der bevollmächtigte Ingenieur des Suez Skutarer „Lloyd", Herr Kara M. Ljubibratics, arbeitet schon einige Zeit in Belgrad für den Bau einer Eisenbahn nach Skutari. Wenn diese Bahn von Nissa aus — als Seitenbahn der Belgrad-Konstantinopler — durch türkisches Terrain gezogen wird, so müßten nebst der bestehenden Unsicherheit noch viele Terrainschwierigkeiten überwunden werden, und die europäischen Waaren gingen schon in der Türkei auf zweier Herren Bahnen. Durch Serbien soll die projektirte Skutarer Bahn von der Gegend bei Serbisch-Mitrowitz an der Save gezogen werden, wahrscheinlich um die Bahnroute kürzer zu machen; also wäre nöthig, daß man von Semlin aus, eine Zweigbahn nach österreichisch Mitrowitz zöge, diese letztere könnte dann durch Slavonien und Kroatien mit der Wien-Triester-Bahn verbunden werden. — Graf Zichy-Ferraris hat sich nach Belgrad begeben, um im Namen der die Franz-Joseph-Orient-Bahn bauenden Gesellschaft wegen Anschluß an die projektirte Belgrad-Skutarer-Bahn in Unterhandlung zu treten. Für die Franz-Josephs-Bahn wäre eine Anknüpfungsbahn durch Serbien und die europäische Zentraltürkei jedenfalls von hoher Bedeutung, denn die Masse von Rohprodukten, welche aus dem Innern der Türkei dem Westen zuströmt, müßte sich dann mehren, weil die Wohlfeilheit der Transporte ihre Erzeugung begünstigen möchte, und die vorhandenen Rohprodukte gingen nicht, wie jetzt, größtentheils zu Grunde, weil die Transportkosten (auf Pferderücken) ihren innern Werth nicht decken.

Schweiz.

Bern, 15. Septbr. Ueber das Alter der Neuenburger Staatsgefangenen erfährt man Folgendes: Oberst Pourtales-Steiger ist 57, Oberstlieutenant Meuron 54, Pourtales-Sandoz 60, Lieutenant Ibbetson 56, Kaufmann Jean-Jaquet 48, Lieutenant Petitpierre de Wesdehlen 65, Professor der Theologie Perret-Gentil 59, Breguet 61, Bernard Ritter 60 Jahre alt. (Fr. Postz.)

Der große Rath von St. Gallen hat laut telegraphischer Meldung die Fusion der St. Galler Südost- und Glattthalbahnen ratifizirt und einstimmig den Anschluß der Südostbahn an die Gürtelbahn nach Lindau gewährleistet. Gleichzeitig vernimmt man, daß der große Rath Tessins die Konzession für die Lukmanierbahn mit 80 gegen 7 Stimmen dem Turiner Credit mobilier ertheilt hat. Damit scheint nun wohl das Zustandekommen der kürzesten Schienenverbindung zwischen Süddeutschland und Italien über und durch die Alpenkette gesichert. (Allg. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 10. Septbr. In den letzten Tagen erging Seitens des hiesigen Kabinets an mehrere Kabinette eine Eröffnung in dem Sinne, daß Frankreich die Berufung eines fremden Fürsten an die Spitze der Donaufürstenthümer — gleichviel aus welcher Dynastie der europäischen Herrscherfamilien — keineswegs in den Kreis seiner Ideen ziehe, daß es eine solche Kombination für unpraktisch und unausführbar erachte. (Ostd. Post.)

Paris, 13. Septbr. Wir vernehmen aus glaubwürdiger Quelle, daß Lord Palmerston, allerdings nur in halbamtlicher Weise, sich neulich dahin ausgesprochen, daß die englische Regierung, nach einem näheren Studium der Angelegenheit, zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Vereinigung der Donaufürstenthümer weder im Interesse der dortigen Bevölkerungen noch der europäischen Großmächte läge. (Oesterreich und die Pforte waren bekanntlich von Anfang an gegen diesen Plan.) Alles in Allem scheinen also die Aussichten für die Vereinigung bedeutend im Abnehmen. Eine Korrespondenz der „Presse" vom 4. Septbr. bestätigt dies, jedoch mit einem Beisatz; sie sagt, daß Lord Redcliffe die Pforte in ihrem Widerstande gegen die Vereinigung unterstützen wird, wenn diese dem Durchstich der Landenge von Suez ihre Genehmigung versagt.

* Paris, 15. Septbr. Die Diplomatie ist zwar noch immer auf Reisen, doch wird die Rückkehr der vorzüglichsten Gesandten für den 1. Oktober angesagt und somit mit der Ankunft des Kaisers zusammenfallen. Man wird sich sogleich mit den Vorbereitungen für die Nachtragssitzungen zum Pariser Kongresse beschäftigen, welchen bekanntlich sehr wichtige Fragen zur Entscheidung vorbehalten sind. Man glaubt hier, es werden bei Gelegenheit der feierlichen Vereinigung der Vertreter aller Großmächte auch noch andere noch nicht auf dem Programm befindliche Gegenstände zur Sprache kommen, indem man hofft, daß der Weg der mündlichen Berathung eine große Zeitersparniß gewähren würde. Während der letzten beiden Monate dieses Jahres sieht man überhaupt einer größeren politischen Thätigkeit entgegen. Die zwischen Neapel und den Westmächten hängenden Unterhandlungen sollen zu einem Resultate gebracht werden und eine Ausgleichung zwischen Griechenland und den Westmächten angebahnt werden.

Der Departementalrath der oberen Saone hat die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Bevölkerungsabnahme gelenkt, welche die letzte allgemeine Zählung in mehreren Departementen dargethan hat. Die Regierung soll mit dieser Abnahme sich um so mehr beschäftigen, als dieselbe zum großen Theile Folge der Bewegung der Landbewohner nach den Städten ist. Das genannte Departement z. B. zählte am 1. Jan. d. J. um 35,072 Einwohner weniger als im Jahre 1851. Von diesen sind ungefähr 4000 nach Afrika und 1100 nach Amerika ausgewandert. Die Sterbefälle haben die Geburten um 9654 überstiegen und 3913 Einwohner wurden durch Vermehrung der Militärkontingente in Anspruch genommen, es bleiben somit 16,372 Einwohner, welche das flache Land verlassen und sich nach den verschiedenen Städten von Frankreich und vorzüglich nach Paris gewendet haben.

* Paris, 15. Septbr. Gestern Morgens zog eine sonderbare Versammlung bei einem Weinhändler im Quartier St. Marcal die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich, doch bald zeigte es sich, daß diese Vereinigung, welche aus 48 Delegirten der Lumpensammler (Chiffoniers) der zwölf Pariser Arrondissements bestand, von der Behörde genehmigt war. — In dieser Versammlung, welche eine Revision der Gesellschaftsstatuten bezweckte und in mancher Beziehung an die Schilderung des Wunderhofes in Victor Hugo's Notre-Dame erinnert, wurde die Kasse (in einer irdenen Sparbüchse) nachgesehen und 77 Fr. 25 C.

darin gefunden. Hierauf folgte ein Bankett, wo zum Erstenmale alle drei Klassen der Lumpensammler ohne Unterschied vereinigt waren und der Präsident einen Toast auf die Presse, „von der die Chiffoniers leben", ausbrachten. — Nach einer Sammlung für die Kranken, die 9 Fr. 75 C. eintrug, trennte sich die Gesellschaft in größter Ordnung.

Gestern, sagt der „Nouvelliste de Marseille", wurde der Zuschlag zur Uebernahme der großen Arbeiten am Napoleons-Hafen mit 2pCt. unter dem Voranschlagspreise von 8,575,000 Franken ertheilt. Sofortiges Beginnen mit den Arbeiten ist Bedingung.

* In Paris trägt man sich mit dem Gerücht, die Gesundheit des Kaisers Napoleon sey durch den Aufenthalt in Biarritz nicht so befestigt worden, wie er es gehofft hatte; ja der Kaiser habe sogar vor, aus Gesundheitsrücksichten auf einige Monate nach Italien zu gehen.

* Bei dem Diner, welches Prinz Adalbert von Bayern während seines Aufenthaltes in Bayonne gab, und wozu die dortigen Zivil- und Militärbehörden sowie der dort anwesende span. Gesandte Serrano geladen waren, brachte Prinz Adalbert einen Toast auf den Kaiser Napoleon und die Kaiserin Eugenie aus, der von einem französischen General durch einen Toast auf den König von Bayern und den Prinzen und die Prinzessin Adalbert erwidert wurde. Der „Mess. de Bayonne", welcher dies berichtet, fügt bei, Prinz Adalbert habe bei dieser Gelegenheit, vom Kaiser Napoleon sprechend, u. A. geäußert: „Dieser große Mann, dessen Regierung das Glück Frankreichs sichert, verdient und hat den Dank von ganz Europa, weil er, durch die Weise, wie er den Orientkrieg führte und endete, seine Ruhe befestigte, seine Zukunft wahrte." —

Spanien.

† Madrid, 11. Septbr. Die „España" sagt: Wir können unsern Lesern aufs bestimmteste mittheilen, daß dem Herzog von Valencia (Narvaez), der in Paris lebt, die Pässe zur Rückkehr nach Spanien verweigert worden sind. (Bisher hieß es immer, Narvaez werde bald nach Spanien zurückkehren.) — Von dem Herzoge deßhalb selbst befragt, erwiderte unser Gesandter, General Serrano, daß die Instruktionen der Regierung ihm die Ausstellung eines Passes nicht gestatten, so lange die im Lande obschwebenden Fragen nicht geordnet sind. — Die Weigerung des Gesandten war von dem Andeuten begleitet, daß die Regierung beabsichtige, dem General Narvaez einen diplomatischen Posten im Auslande zu übertragen. Die Unterredung endete mit der Erklärung des Herzogs, daß er von der jetzigen Regierung keinerlei Amt annehmen werde. Unser Ausnahmszustand, fügt die „España" bei, verhindert uns, näher auf diese ernste Sache einzugehen.

Italien.

* Der „Corresp. Stefani" zufolge hat die siebenjährige Besetzung der päpstlichen Staaten 32,160,000 Franken gekostet. Frankreich nahm hiervon nur 391,000 Fr. jährlich für Kasernirungskosten, Alles Andere bekam Oesterreich. Auch was die österr. Okkupation Toskana kostete, theilt die erwähnte Turiner Korrespondenz mit. Vom Mai 1849 bis Juni 1850 zahlte Toskana 4,031,304 Fr., 1851 3,064,141 Fr. und seitdem jährlich eine ähnliche Summe, im Ganzen also mehr als 12 Mill. Franken.

Turin, 12. Septbr. Da das Verbot der Mazzinistischen Subskription auf 10,000 Flinten in seiner Handhabung zu allerlei Verstößen Veranlassung gab, so hat das Ministerium des Innern als Norm festgestellt, daß auf dem Privatwege gemachte Subskriptionen nicht zu verfolgen oder zu verhindern sind, daß aber an öffentlichen Orten, in Cafés, Wirthshäusern, Theatern, keine Listen aufgelegt werden dürfen, und daß, wenn solche aufliegen, die Besitzer des Lokals zu deren Wegnahme aufzufordern und im Weigerungsfalle anzuzeigen sind. (Allg. Ztg.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 6. Septbr. (Das Krönungs-Ceremoniell. Schluß.) Nach glücklich erfolgter Krönung und Salbung findet in dem Palaste, welcher „Granitowaja palata" genannt wird, das Krönungsmahl statt. Die Ausschmückung dieses Speisesaals ist eine wahrhaft prachtvolle. Der Pfeiler, welcher das Gewölbe des Saales stützt, ist mit alterthümlichen goldenen und silbernen Gefäßen verziert. Die Wände sind mit karmoisinrothem Sammet und mit den kaiserlichen Adlern ausgeschlagen; über den Fenstern sämmtliche Wappen des kaiserl. Titels mit Trophäen, und zwischen den untern Fenstern bronzene vergoldete Wandkandelaber in Form zweiköpfiger Adler; der Fußboden ist mit hochrothem Tuch belegt. Den kaiserlichen Sitz, ein Thron zu dem drei Stufen führen, umgibt ein Baldachin mit einem hohen Dach aus Goldbrokat, in welchen kaiserliche Adler gestickt sind; hinten zu beiden Seiten entfaltet sich der k. Purpur mit Hermelin, in der Mitte desselben das kleine Wappen im Schilde, darum eine Goldbordüre mit dem Namenszuge des Kaisers verziert; über dem Dache die kaiserl. Krone auf einem Polster von Goldbrokat, mit Franzen und Quasten in den Reichsfarben verziert; der Karnieß mit vergoldetem Schnitzwerk, in der Mitte ein mit der kaiserlichen Krone gekrönter Schild mit der Ordenskette des heiligen Apostels Andreas und mit Fähnlein in den Reichsfarben, auf dem Schilde der Namenszug Sr. kaiserl. Majestät; auf jeder Seite des Schildes ein kleinerer Schild, ebenfalls mit dem Namenszuge Sr. Maj., mit kriegerischen Verzierungen, welche von der Ordenskette des Apostels Andreas umgeben sind; in den Ecken des Karnießes je ein Bouquet von Straußfedern in den Reichsfarben, von denselben Farben sind die Franzen und Quasten. Die Estrade und die Stufen des Throns sind mit karmoisinrothem Sammet, der goldene Tressen hat, ausgeschlagen, in jeder der beiden vordern Ecken des Thrones steht auf einem Piedestal eine alterthümliche silberne Vase. Auf der Thron-Estrade unter dem Baldachin, statt des gewöhnlich dort stehenden Thronsessels, die drei alten aus der Maria-Himmelfahrts-Kathedrale hieher gebrachten Throne. Links von der Thron-Estrade, zwischen derselben und dem Fenster, ein Tisch, auf welchen Krone, Scepter und Reichsapfel niedergelegt werden; er ist mit karmoisinrothem goldbetreßtem Sammet bedeckt und hat einen Ueberzug von Goldstoff ebenfalls mit Goldtressen. In einiger Entfernung vom Throne stehen Tische für die zur Tafel geladenen Personen. Links von der Eingangsthür ist eine Estrade für das Orchester, die ebenfalls mit karmoisinrothem Sammet ausgeschlagen ist, mit goldenen Franzen, rechts ein mit silbernem Geschirr besetztes Buffet. Der Kaiser nimmt mit der Kaiserin und der Kaiserin-Mutter abgesondert von der übrigen Gesellschaft das Mahl ein; der Kaiser sitzt in der Mitte, die Kaiserin-Mutter zu seiner *Rechten* und die regierende Kaiserin links. Die übrigen Mitglieder der kaiserl. Familie speisen mit den ausländischen Prinzen in dem sogenannten Tainik oder Geheimzimmer. Der Metropolit spricht das Tischgebet, worauf die Majestäten zu essen beginnen. Erst nachdem das erste Gericht vorüber und der Kaiser zu trinken begehrt, setzen sich die Mitglieder des Reichsraths, die höhere Geistlichkeit und die Beamten erster und zweiter Klasse, die zur Tafel geladen sind, zum Mahle nieder; die übrigen bisher Anwesenden verlassen den Saal, darunter auch die auswärtigen Gesandten, die schon früher mit einem Frühstück bewirthet worden sind. Die Personen der 3. und 4. Klasse, die Adelsmarschälle, Personen des russischen Adels, die am Zuge Theil genommen, die Generaladjutanten, Generalmajore von der Suite Sr. Majestät, die Flügeladjutanten, Staatssekretäre und Hofkavaliere speisen in dazu auf dem Hof des großen Kreml Schlosses aufgeschlagenen Zelten. — Bei Tafel wird getrunken auf das Wohl des Kaisers, wobei 61 Kanonenschüsse gelöst werden; der Kaiserin Alexandra Feodorowna — 51 Schüsse; der Kaiserin Maria Alexandrowna — 51 Schüsse; des ganzen kaiserl. Hauses — 31 Schüsse; der geistlichen Personen und aller getreuen Unterthanen — 21 Schüsse. — Oberschenken reichen die Pokale umher und Kammerherrn warten auf; die Toaste werden unter Paucken- und Trompetenschall ausgebracht; während des Mahles Vokal- und Instrumental-Musik. Nach Beendigung der Tafel begeben sich der Kaiser und die Kaiserinen in der frühern Ordnung in die inneren Gemächer zurück. (H. N.)

Aus dem Krönungs-Manifeste, dessen Inhalt wir neulich mittheilten, tragen wir noch folgenden Auszug nach. Der Kaiser verkündet zuvörderst seine Absicht, eine Denkmünze zum Andenken an den letzten Krieg zu *stiften*, die Allen, welche denselben mitgemacht haben, verliehen werden soll. Um die Nothstände, die sich im Gefolge des Kriegs einstellten, zu lindern, beginnt der Kaiser damit, den Provinzen Taurien, Cherson, Ekaterinoslaw und Archangel, sowie dem gesammten Küstenlande der Ostsee und im Allgemeinen allen Provinzen, die vorzugsweise die Last der letzten Feldzüge getragen haben, große Befreiungen zu bewilligen. Außerdem wird das ganze Reich auf 4 Jahre von der Rekrutirung befreit, falls nicht ein neuer Krieg einträte. Ferner befiehlt der Kaiser dem Finanzminister, unverzüglich eine neue Zählung der Bevölkerung des Reiches zu bewerkstelligen, um die Kopfsteuer billig zu vertheilen, die sonst in unverhältnißmäßiger Weise auf gewissen Klassen lasten könnte, deren Zahl mehr oder weniger bedeutend durch den Krieg oder durch die ansteckenden Seuchen abgenommen hat, wovon gerade sie am meisten betroffen wurden. Ueberdies verfügt er, daß verschiedene rückständige Steuern, deren Gesammtbetrag sich auf nicht weniger als 24 Millionen Silberrubel beläuft, sowie die Geldstrafen denen huldreich erlassen werden sollen, welche dazu aufzukommen haben. Endlich geruht er, durch die nämliche Verfügung die bisher von den Pässen für das Ausland erhobene Abgabe aufzuheben, unter

bloßer Beibehaltung einer Stempelgebühr zum Vortheile der Invaliden. Weiter heißt es in dem Manifest: „Seine Herrschermilde sodann von der öffentlichen Gerechtigkeit bestraften Schuldigen zuwendend, bewilligt Se. Majestät allen reuigen Verbrechern, deren Aufführung seit ihrer Verurtheilung untadelhaft gewesen ist, theils gänzlichen Erlaß, theils eine beträchtliche Umwandlung ihrer Strafen. Was die politischen Verurtheilten anbelangt, und zwar sowohl jene, die den zu verschiedenen Zeiten in Rußland entdeckten geheimen Gesellschaften angehörten, als jene, welche bei dem polnischen Aufstande von 1831 betheiligt waren, so verfügt der Kaiser bezüglich Einiger, daß ihr Loos an den Orten ihrer Verbannung selbst bedeutend gemildert werde, bezüglich Anderer, daß sie ermächtigt werden, sich in den innern Provinzen des Reiches niederzulassen, und bezüglich des Restes, daß sie ihre volle Freiheit erhalten mit der Erlaubniß, nach Belieben ihren Aufenthaltsort in allen Städten des Reichs sowohl, als des Königreichs Polen zu wählen, mit Ausnahme der zwei Hauptstädte Moskau und St. Petersburg. Endlich geruht der Kaiser, um seiner Milde das Siegel aufzudrücken, allen begnadigten politischen Verurtheilten ihre Adelsrechte zu bewilligen, sowie auch allen ihren ehelichen Kindern, die seit der Verurtheilung ihrer Eltern geboren wurden, gleichviel, ob diese todt sind, oder sich noch am Leben befinden. Die dem israelitischen Kultus angehörenden Unterthanen Sr. Majestät sind gleichfalls Gegenstand der allerhöchsten Gnade des Kaisers gewesen, der sie von den besonderen Lasten, die ihnen bisher die Rekrutirung brachte, zu entbinden geruhte. Endlich sollen die Kinder von Soldaten, Matrosen ꝛc., welche während der Dienstzeit ihrer Väter geboren wurden und bisher der Armee angehörten, fortan ihren Eltern zurückgegeben werden, auch soll es ihnen gestattet seyn, in Verhältnisse einzutreten, in die sie zu treten wünschen" An dieses Manifest des Kaisers schließt sich in 38 einzelnen Artikeln noch eine Reihe von andern Gnaden und Erlassen, sowohl finanzieller wie administrativer Art, die ein Berichterstatter des „Nord" als solche bezeichnet, „die zwar eine hohe nationale Wohlthätigkeit seyen, aber für das Ausland kein Interesse haben."

Nach Berichten aus dem Königreich Polen war dort bekannt gemacht worden, daß der Kaiser Alexander, in Betracht der den Bewohnern dieses Königreichs durch die in demselben jetzt bestehenden zahlreichen Unterrichtsanstalten, in welchen die russische Sprache und Literatur und die ersten Grundsätze der Rechtswissenschaft gelehrt werden, hinlänglich gegebenen Gelegenheit, sich in diesen Gegenständen auszubilden, seinen dortigen Unterthanen fortan verstatten will, auch im ganzen russ. Kaiserreich, mit Einschluß der westlichen Provinzen, in den Civilstaatsdienst einzutreten, sowie von einem Orte zum anderen sich überzusiedeln und aus dem Bereich der einen obrigkeitlichen Gewalt in den der andern überzugehen, wobei nur die allgemeinen in diesen Beziehungen geltenden Rechtsvorschriften beobachtet werden sollen. (K. Z.)

Amerika.

New-York, 3. Septbr. Die Session des Kongresses ist, wie aus Washington gemeldet wird, geschlossen worden, nachdem die Armee Bill ohne beschränkendes Proviso von den beiden Häusern angenommen worden. — Der Präsident Pierce hat einer Deputation aus Kansas versprochen, er werde sich jeder Invasion (von Sklavereigegnern aus anderen Staaten der Union) widersetzen und die Territorialgesetze vollziehen lassen. — Aus Nicaragua wird berichtet, daß Walker's Lage immer kritischer wird. (Fr. J.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 16. September. Die meisten Effekten machten heute neuerdings eine rückgängige Bewegung. Das Geschäft war ohne Leben.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 81½ P. 81 G. 5pCt. Lombard-Ven. 87½ P. — G. Metall. alte à 5pCt. 80 P. 79½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88¾ P. — G.; à 4½pCt. 69 P. — G.; à 4pCt. 63½ P. — G.; à 3pCt. 47½ P. — G.; à 1pCt. 16 P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts Eisenbahn-Obligationen 58¾ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 86¼ P. 85¾ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95 P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101½ P. 101 G.; 5pCt. 101 P. 100¾ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91½ P. 91 G.; 4½pCt. 102⅝ P. 102⅛ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 P. 82½ G.; à 3½pCt. 91⅝ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39⅞ P. 39⅝ G.; 1pCt. neue 24⅝ P. 24½ G. **Holland.** Integrale 64 P. 63½ G.; Certificats 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien n. D. alte 1226 P. 1221 G. Neue Bankaktien 355 P. 350 G. Credit-Actien à 5pCt 229 P 227 G. Darmstädter Bankaktien alte 399 P. 396 G.; junge 353 P. 351 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 541 P. 436 G. Mitteldeutsche Creditbank 107¾ P. 107¼ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 114 P. — G. Frankf. Bankaktien 117 P. 116½ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 276 P. 274 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141 P. 140½ G. Neustadt-Weissenb. — P. 107¼ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 103½ P. 103 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 349 P. 346 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81 P. 80½ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 97⅛ P. 96⅝ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 122 P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103½ P. 103 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 110¼ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48½ P. 48¼ G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117½ G. à fl. 25 34½ P. 34¼ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40¼ P. 39¾ G. Nass. Loose à fl. 25 33⅝ P. 33⅜ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 45 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 87½ P. 87¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 99⅞ P. 99⅝ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117¾ P. 117½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99¾ P — G
Berlin Thlr. 60 k. S 104⅝ P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S. 92⅞ P. 92⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅝ P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem 50 Thlr. Lsd. k. S 96½ P. 96¼ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 114 P. 113¼ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89⅛ P 88⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 114 P. — — G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅝ P. — — G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Wien, 16. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $85\frac{1}{16}$; 5pCt. Metall. $83\frac{1}{16}$; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 128⅛; von 1854 108⅞; Bankaktien 1079; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 382½; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 574; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien — —. Wechselkurse: Augsburg uso 104⅛. London 10. 7½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München, 16. Septbr. (Privat-Korrespondenz.) Die Abreise Ihrer kgl. Hoh. der Frau Herzogin Max, der Prinzessin Helene und des Prinzen Karl Theodor nach Wien ist heute Morgen erfolgt. Die Reise geht heute auf der Landstraße bis Straubing, die hohen Herrschaften werden dann morgen die Reise auf der Donau fortsetzen. — Ihre königl. Hoheiten der Herzog und die Frau Herzogin von Modena sind diesen Abend mit dem Eilzug der Eisenbahn hier eingetroffen und von dem kgl. Vater auf die herzlichste Weise empfangen worden. — Dem Vernehmen nach hat König Ludwig sich seine Entschließung über die ihm gestern von einer Magistratsdeputation gemachte Vorlage bezüglich des ihm zu errichtenden Monuments noch vorbehalten; Se. Maj. will seine Bemerkungen dem Magistrat schriftlich ertheilen. Der Magistrat soll eine auf dem Odeonsplatze aufzustellende Reiterstatue beabsichtigen, so wenigstens wird heute erzählt. Wird der allerdings sehr passende Odeonsplatz für des Königs Monument gewählt, so würden die dort befindlichen Monumente Glucks und Orlando di Lasso einen andern Platz erhalten müssen.

Berlin, 16. Septbr. Gestern begann die Ausstellung des Trousseau der Prinzessin Louise, der auch heute und morgen noch ausgestellt bleiben wird. Der Andrang des Publikum war sehr stark. Die Ausstellung selbst befindet sich in den nach der Breitenstraße zu liegenden Kammern der Königin Elisabeth; im vierten Zimmer die vielen und prachtvollen Roben, in der Mitte das Brautkleid von Drap d'Argent, reich mit Silber gestickt, mit der herrlichen Brautschleppe ebenfalls von Drap d'Argent mit Silber gestickt (ein Geschenk der Königin), daneben die Courrobe von purpurrothem Sammet, gleichfalls mit Silber gestickt Ein besonders durch seine Kostbarkeit auffallender indischer Shawl ist ein Geschenk der Königin Viktoria. Das aus dem Atelier von Demessieur hervorgegangene Brautdiadem ist

ein Geschenk des Königs. Daneben befindet sich der mit einer Marmorplatte versehene Toilettentisch von Wichmann, mit einer aus dem neuen Atelier der Gebr. Friedberg hervorgegangenen Silber-Garnitur. Der Prinz und die Prinzessin von Preußen schenkten einen prachtvollen Halsschmuck in Brillanten, die Großherzogin Mutter von Weimar eine Brosche in Blumenflor, ebenfalls in Brillanten. (Nat.-Z.)

Wien, 15. Septbr. Eine hier aus Konstantinopel eingetroffene Privatnachricht meldet, daß die Pforte auf Buteneff's und anderweitige Verwendung die Expedition gegen Montenegro vertagt habe. Die Angelegenheit werde der Pariser Konferenz (die in den nächsten Monaten wieder zusammentreten soll) vorgelegt werden. — Der österreichische Gesandte in Paris, Frhr. v. Hübner, ist in Brindisi eingetroffen; derselbe reist also doch nach Neapel. (T. D. d. Nat.-Ztg.)

Eine Pariser Korrespondenz des „Le Nord" behauptet, der Kaiser von Frankreich habe dem schweiz. General Dufour, der bekanntlich eng mit ihm liirt ist, einen Brief geschrieben, in dem er ihn auffordere, seinen Einfluß dahin zu verwenden, daß der Bund gegen die gefangenen Neuenburger Royalistenchefs mit Mäßigung verfahre. Zugleich heißt es in dieser Korrespondenz, Napoleon wünsche die Neuenburger Frage zum Gegenstand der Verhandlungen des wieder zusammentretenden Pariser Kongresses zu machen, damit ein Uebereinkommen zwischen Preußen und der Schweiz zu Stande komme.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Ein Mahnruf.

(Eingesandt.)

Unsere Zeitverhältnisse sind wirklich so ernst und gefahrdrohend, daß wir uns veranlaßt sehen, dieselben zu besprechen. Wir wollen dieses ohne Leidenschaft thun; weit entfernt, uns Drohungen erlauben zu wollen, wollen wir vielmehr nur eine ernste Mahnung bezwecken, und wünschen zum Heile unserer bedrängten Mitmenschen, daß wir gehört werden möchten. Von allen Seiten hören wir, daß wir namentlich in Waizen und Gerste, sowohl in quantitativer als qualitativer Hinsicht eine ausgezeichnete Ernte gehabt haben, und dennoch mußten wir erleben, daß die Preise von diesen Fruchtgattungen seit zwei Markttagen unnatürlich in die Höhe getrieben wurden. Es mußte uns dies um so mehr befremden, da die Käufer größtentheils vom Rheine kamen, während gerade da die Preise niedriger gingen, wenn wir nicht an diesen Schwindel gewöhnt wären.

Wir sahen Leute hier und in der Umgegend gleich 25 fl. für Waizen anbieten, ohne daß nur ein Preis gefordert wurde, und so wurde es dann möglich, daß der Waizen auf der letzten Schranne bis auf 27 fl. pr. Scheffel in die Höhe getrieben wurde. Wir müssen diesen Preis im Angesichte einer so reichen Ernte als unnatürlich hoch bezeichnen, obgleich wir schon seit einigen Jahren an diese unnatürlichen Verhältnisse gewöhnt sind. Mußte es z. B. nicht auffallen, daß unser Getraide nach dem Rhein verführt wurde, wo die Preise im Verhältnisse niedriger als hier standen?

Wurde im vorigen Jahre nicht der Reps für Frankfurter Häuser aufgekauft, während das Oel von Mainz billiger zu beziehen war, als es nach den Repspreisen hier zu kaufen war? Man kann zwar einwenden, das waren eben fehlgeschlagene Spekulationen; wir glauben aber nicht zu fehlen, wenn wir die Sache von einer andern Seite beurtheilen. Um an 100,000 Tonnen eine Differenz von 1 fl. pr. Tonne zu erzielen, konnte man später schon circa 10,000 fl. an ein paar tausend Scheffel verlieren, es blieben ja immer noch 90,000 fl. übrig.

Wir glauben unsere Ansicht dadurch bekräftigen zu können, indem wir aufmerksam machen, welcher Schwindel mit Sprit und Zucker getrieben wurde. Welche Mittel wurden von den Haussiers angewendet, um den Preis künstlich in die Höhe zu treiben? Wir sind weitentfernt, dem Oekonomen die hohen Preise zu mißgönnen, die er jetzt erzielt, wir bedauern vielmehr, daß der Landmann sich durch die jetzigen hohen Getraidepreise verleiten läßt, die Güter zu all zu hohen Preisen anzukaufen, was eine große Calamität für die Zukunft werden wird. — Eben so sind wir weit entfernt, ansprechen zu wollen, daß dem ordentlichen Getraidehandel Schranken gesetzt werden. Nur gegen den verächtlichen Differenzschwindel ergreifen wir das Wort. Was wir bezüglich des Oels anführten, gilt auch hier, und charakteristisch war es, daß gerade gegen Ende August die Käufer vom Rheine sich hier einfanden; denn bekanntlich werden die Käufe und Verkäufe meistens mit Ende des Monats abgeschlossen. Um die Preise höher zu treiben, schickt man seine Agenten an die fränkischen Schrannen, läßt ein paar 1000 Scheffel aufkaufen, und wenn auch an diesen verloren wird, die den Baissiers abgenommene Differenz deckt dies nicht nur, sondern es bleibt noch ein schöner Gewinn.

Wie es früher die Generalpächter mit dem Volke trieben, so treiben es jetzt die Getraide- und sonstigen Schwindler, nicht daran denkend, daß gleiche Verhältnisse dadurch herbeigeführt werden können, wie in den achtziger Jahren in Frankreich. Es gibt jetzt schon Getraide- und Sprit-Börsen bei uns; wir werden noch Leder-, Tabak-, Zucker-, Hopfen- und andere Börsen in Deutschland erhalten, damit auch diese Artikel ordentlich ausgebeutet werden können. — Wie soll man aber diesem Schwindel entgegen wirken, wie soll man herausfinden, was Handel, was Schwindel ist? Die Antwort ist nicht so schwer. Glaubt man, daß an großen Seeplätzen ꝛc. die Getraidebörsen durchaus nöthig sind, so überwache man sie, und dulde keine Scheinkäufe mehr, die wirklich nur zum Verderben der Menschheit existiren.*) Denn wie jetzt die Haussiers die Preise künstlich in die Höhe treiben, so können bei anderen Verhältnissen die Baissiers die Preise zum Verderben der Landwirthe unnatürlich herab drücken. Auch diese Zeiten werden wieder kommen. — Der verderbliche Differenzschwindel dürfte doch wahrlich zu beschränken sein. Man kann dies auf die einfachste Weise dadurch erreichen, wenn man bei vorkommenden Streitfällen das Klagerecht entzieht**). Dieses glauben wir von den Regierungen bei einer solchen Lebensfrage ansprechen zu dürfen. Die darüber erscheinenden Gesetze müssen aber nicht von einzelnen Staaten, sondern von der deutschen Gesammtheit ausgehen. Es wäre gut, wenn der hohe Bundestag wieder einmal ein Lebenszeichen von sich gäbe; die Sache ist wichtig genug, um diese hohe Stelle in Thätigkeit zu versetzen.

Gut wäre es überhaupt, wenn aller Schwindelhandel beseitigt werden könnte, denn am allerwenigsten können wir es gutheißen, wenn hohe Staatsbeamten sich mit in die Höhe getriebenen Aktien abspeisen lassen, oder sich bei industriellen Unternehmungen betheiligen, die vom Staat mit Geld unterstützt werden.

Dergleichen Sachen rächen sich auf furchtbare Weise. Napoleon hat seinen Ministern alles Börsenspiel untersagt, Louis Philipp mußte dagegen sehen, wie seine Minister wegen Corruption in Anklagestand gebracht und verurtheilt wurden, und ihm selbst hat die Begünstigung dieses Spiels die Krone gekostet und den Fluch der Nation mit ins Grab gegeben.

Wir beklagen sehr, wenn hartherzige Private das Volk aussaugen, noch vielmehr aber, wenn hochgestellte Personen daran Theil nehmen.

Solche Verhältnisse können nicht lange andauern und rächen sich oft fürchterlich; deßwegen wollen wir unsern Mahnruf an Alle richten, die auf diese Weise das Volk benachtheiligen, namentlich an Diejenigen, die durch den schädlichen Differenzschwindel die nöthigen Lebensbedürfnisse unnatürlich höher treiben. Die Verhältnisse der arbeitenden Klasse, die unbemittelten Gewerbtreibenden, niedrig besoldete Beamte, müssen sich so immer mehr verschlimmern, und wir möchten deßhalb wünschen, daß unser Mahnruf gehört werden möchte.

---

*) So leicht, wie dem Herrn Einsender, dünkt uns die Abhülfe nicht. Auch wir wünschen von ganzem Herzen, daß ein Mittel ausfindig zu machen wäre, wodurch die Scheingeschäfte (von welchen man die reellen Liefergeschäfte wiederum sorgfältig unterscheiden muß) ganz könnten abgestellt werden. Aber wir haben uns nicht überzeugen können, daß die verschiedenen polizeilichen Ueberwachungsmaßregeln, welche zu diesem Behuf bisher vorgeschlagen und theilweise angewandt worden sind, ihren Zweck zu erreichen im Stande wären; im Gegentheil werden sie zumeist nur den redlichen Getraidehandel beengen und dadurch dem Verkehr schwere Wunden schlagen, während die Spekulanten in Scheingeschäften doch noch Mittel und Wege genug haben, ihr Treiben dem Auge der Polizei zu entziehen oder in gesetzliche Formen zu kleiden. Die Redaktion.

**) Dies Mittel ist schon öfters vorgeschlagen worden; zwar wären auch hier immer noch erhebliche Schwierigkeiten zu besiegen und müßte mit großer Vorsicht zu Werke gegangen werden, wie Jeder einsieht, welcher das Wesen der Scheingeschäfte und den Prozeßgang kennt. Aber doch scheint hier der einzige Anhaltspunkt zu liegen, von wo aus man mit Erfolg den Scheingeschäften beikommen könnte. Die Redaktion.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 261.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 19. Septbr. 1856.

Abonnements-Einladung.

Zum Abonnement auf das mit dem 1. Oktober beginnende 4te Quartal der täglich (auch an den Sonn- und Festtagen) erscheinenden

Neuen Würzburger Zeitung,

nebst dem gleichfalls täglich erscheinenden Beiblatt „**Würzburger Anzeiger**" und dem wöchentlich zweimal beigegebenen belletristischen Unterhaltungsblatt „**Mnemosyne**", laden wir ergebenst ein.

Wie bisher werden wir über alle vorkommenden Ereignisse möglichst rasche und zuverlässige Berichte geben, die neuesten Handels- und Börsen-Berichte in möglichst umfassender Weise liefern, und besonders wichtige Vorkommnisse nach telegraphischen Mittheilungen, nöthigenfalls in Extra-Beilagen zur Kenntniß unserer Leser bringen.

Während der Theater-Saison bringt die „Mnemosyne", wie in früheren Jahren, fortlaufende Theaterkritiken.

Bestellungen werden bei allen königlichen Postämtern und in der unterzeichneten Expedition entgegengenommen, und wird gebeten, dieselben rechtzeitig zu machen. Der Abonnements-Preis für die Zeitung nebst „Mnemosyne" und „Anzeiger" beträgt hier wie in ganz Bayern vierteljährlich 2 fl., auswärts mit geringem Aufschlag. Auf den „Würzburger Anzeiger" kann man sich auch allein abonniren, und kostet derselbe vierteljährlich 24 kr.

Würzburg, im September 1856.

Expedition der Neuen Würzburger Zeitung.
(Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Deutscher Bund.

Nassau. Wiesbaden, 16. Sept Wie man vernimmt, ist die auf einen förmlichen Staatsvertrag mit Finanzrath Rigaud zu Frankfurt a. M. beruhende Konzession zur Errichtung einer Bank in Verbindung mit der Herstellung eines Winterhafens und von Hochöfen und Hammer-Werken ertheilt worden und wird dieselbe in diesen Tagen ausgefertiget werden. (Fr. Postztg.)

Oesterreich. Wien, 16. Sept. In dem Studienwesen werden demnächst bedeutende Neuerungen eingeführt werden, und namentlich alle jene Bestimmungen sorgfältig ausgeschieden seyn, welche den Hochschulen eine freiere und unabhängigere Bewegung auf dem Gebiet der Wissenschaften zu gewähren schienen. (D.A.Z.)

Wien, 13. Sept. Die „Oesterr. Ztg." brachte neulich einen anscheinend offiziösen Artikel, welcher der Absicht der Regierung Worte lieh, die wirthschaftliche Entwicklung der einzelnen Kronländer und namentlich Ungarns ihrer Initiative und zentralisirenden Leitung nicht entschlüpfen zu lassen. Natürlich genügt zu diesem Behufe ein bloß abwehrendes Verhalten gegen diejenigen Gesellschaften und Private nicht, an welche die Regierung die Initiative und ihr Beglückungsmonopol zu verlieren besorgt; man muß vielmehr selbstthätig vorgehen, und da, wo man die andern nicht zulassen will, selbst eintreten. Und so folgt denn schon heute eine Ankündigung der demnächst vom Zentrum ausgehen sollenden Schritte. Die Direktion der hiesigen Kredit-Anstalt, heißt es in einer gleichlautenden Publikation der heutigen Blätter, ist von dem Verwaltungsrath ermächtigt, vorbereitende Schritte zu thun, 1) zur schleunigen Errichtung von Filialen, vor allem zuerst in Ungarn, 2) zur Aufnahme des Vorschußgeschäftes auf Waaren, 3) zur Errichtung eines großartigen Versicherungsinstituts, endlich 4) zur Inbetrachtnahme aller Vorschläge, welche sich auf die Gründung von montanistischen und industriellen Unternehmungen, speziell auf die Errichtung von Maschinenwerkstätten beziehen.

Schweiz.

Bern, 15. Sept. Heute ist die Bundesversammlung hier wieder zusammengetreten, um die im Sommer unerledigt gebliebenen Sachen vollends abzuthun. In der Eröffnungsrede berührten die Präsidenten der beiden Räthe den Neuenburger Vorfall, der, so beklagenswerth er sey, doch auch gezeigt habe, wie tief die republikanische Gesinnung im Herzen der Neuenburger wurzle.

Der große Rath von Neuenburg ist am 15. Sept. zusammengetreten. Die bisher uneinigen Zweige der dortigen republikanischen Partei haben sich verständigt, gemeinsam gegen die Royalisten zusammenzuhalten.

Die Anrede des eidgenössischen Untersuchungsrichters in Neuenburg, Hrn. Duplan-Veillon, an die circa 460 Gefangenen, die noch in der Schloßkirche liegen, bringen wir in Nachstehendem vollständig, da sie ein charakteristisches Licht auf den Geist der waltenden Untersuchung wirft:

„Von der Eidgenossenschaft beauftragt — so hob Hr. Duplan-Veillon in Gegenwart mehrerer eidgenössischer Beamten, des Neuenburgischen Staatsrathspräsidenten, einiger Offiziere und einer Kompagnie eidgenössischer Truppen an — von der Eidgenossenschaft beauftragt, über die vor einigen Tagen in diesem Kanton vorgefallenen unglücklichen Ereignisse die Untersuchung anzuheben, hätten wir gerne gleich nach unserer Ankunft Euch alle einvernommen und Euch so schnell wie möglich Euren Familien und der Freiheit wiedergegeben. Ihr habt begriffen, daß die Sache nicht möglich war. Schon sind einige Eurer Kameraden auf freien Fuß gesetzt und heute wollen wir Euch insgesammt sagen, was wir Denen sagten, die nicht mehr hier sind, damit unsere Arbeit beschleunigt und die Dauer Eurer Gefangenschaft abgekürzt werde. Wir sind da, um den Antheil zu konstatiren, den ein Jeder von Euch an der Insurrektion genommen hat, und Euch Eure Vergehen vorzuhalten. Täuschen wir uns, wenn wir annehmen, daß Ihr Reue empfindet über dieselben? Ihr kennet sie alle; heute seht Ihr der Wahrheit ins Angesicht und keine perfiden Räthe verwirren Euch mehr. Ihr wisset, daß die Eidgenossenschaft Eure That nicht nur nicht billigt, sondern diese blutigen Tage aufs tiefste beklagt. Heute begreift Ihr, welche schwere Verantwortlichkeit auf dem Haupte Derer lastet, die Euch aufgefordert, ihnen zu folgen. Statt Eure Fahne zu vertheidigen, habt Ihr sie zerrissen. Statt Eure Wappen zu ehren, habt Ihr es zerbrochen und mit Füßen getreten. Statt Eure Behörden zu vertheidigen, habt Ihr Hand an sie gelegt und sie ihrer Freiheit beraubt. Mehr noch: Ihr

habt Bürgerblut vergossen, sogar das einer wehrlosen Frau; und beinahe hättet Ihr auf Euer gesammtes Vaterland unberechenbares Unheil gewälzt. Dies sind die Vergehen, deren man Euch anklagt, und welche höchst strafbare Führer Euch haben begehen lassen. Doch die Zukunft bleibt Euch, um diese Tage vergessen zu machen und das vergossene Blut auszulöschen. Ihr werdet, nicht wahr? inskünftig am Glück Eures Landes, an seiner Wohlfahrt, an der Entwicklung seiner Institutionen arbeiten. Ihr werdet künftig Euren letzten Blutstropfen für die schweizerische Eidgenossenschaft vergießen, und nachdem Ihr das Werkzeug des Bürgerkrieges gewesen, werdet Ihr mit Gottes Hülfe das Eurige thun, daß aus dem Uebel ein Gutes entsprieße. Das vergossene Blut ist vielleicht eine Quelle des Glücks für Euer Land. In diesem Tempel, in dem Ihr gefangen seyd, und in Gegenwart Gottes nehmt das feierliche Gelübde auf Euch. Wenn man Euch noch einmal auf Irrwege leiten wollte, so stoßet die Verführer von Euch, erklärt sie zu Verräthern des Vaterlandes und laßt ihre Plane scheitern. Laßt sie fortziehen, die sich auf republikanischem Boden nicht wohl fühlen, und dienet nicht ihrem persönlichen Ehrgeiz. Achtet Eure Behörden; unterstützet ihr Ansehen, statt es zu untergraben. Führet Eure betrogenen Brüder zurück und so werdet Ihr einig und stark seyn. Diese Worte genügen, um Euch zu sagen, wer wir sind; und wenn Ihr auf unsere Fragen zu antworten habt, so thut es loyal, freimüthig und offenen Herzens. Tretet zu uns nicht mit Furcht vor dem Richter, sondern mit Vertrauen, mit dem Bewußtseyn Eures Vergehens, mit der Sehnsucht nach Verzeihung. Erblicket in uns Eidgenossen, die Euch als unglückliche verirrte Brüder betrachten. Dies ist, was ich Euch zu sagen hatte Behaltet meine Worte im Gedächtniß."

Als der Untersuchungsrichter, dessen Rede auf die Gefangenen einen tiefen Eindruck machte, geschlossen, vernahm man von allen Seiten den Ruf: „Danke! danke!" (Bund.)

Belgien.

* Der internationale Zollkongreß, der sich am 22. Septbr. in Brüssel versammeln wird, erfreut sich von allen Seiten der wärmsten Sympathien, und obgleich er von den Regierungen nicht als offizielles Organ anerkannt wird, so sind doch alle jene Länder, deren Industrie auf dem Wege des Fortschritts begriffen ist, durch Delegirte der Handelskammern oder anderer Corporationen, oder durch unabhängige Industrielle und Nationalökonomen vertreten, so daß man auf eine Versammlung von 450—500 Mitglieder rechnen kann, ein Beweis, daß die Idee der Handelsfreiheit sich mehr und mehr Geltung verschafft, denn im Jahre 1847 zählte der Kongreß nur 200 Mitglieder. Die handelspolitische Bedeutung des bevorstehenden Kongresses ist nicht zu verkennen; um so mehr muß man sich darüber wundern, daß Frankreich, wo in diesem Augenblicke Freihandel und Prohibition die Tagesfrage bilden, sich jeder Vertretung beim Kongreß enthalten zu wollen scheint; einige berühmte Nationalökonomen bilden für den Augenblick sein ganzes Kontingent; allein es fehlt gerade an solchen Männern, die besonders zu einer derartigen Sendung berufen zu seyn scheinen, nämlich an Vertretern der Handelskammern, an großen Industriellen und Kaufleuten. Das „Journal des Debats" ist der Ansicht, daß diese Enthaltung einer zahlreichern Betheiligung am Kongreß auf einem Mißverständniß über den Charakter desselben beruhe, und zitirt als Beweis eine Stelle aus dem Briefe einer der ersten Handelskammern Frankreichs, worin dieselbe die Theilnahme am Kongreß ablehnt. Es heißt darin: „Es ist zu vermuthen, daß die absoluten Prinzipien des Freihandels die Grundlage der Debatten im Kongreß bilden werden; die Nationalökonomen werden von neuem ihre Theorien proklamiren, und das Wort Freihandel, das in unserem Lande schon so viel Aufregung hervorgerufen hat und so viele Interessen beunruhigt, wird oft ausgesprochen werden. Es werden das Waffen seyn, von denen die Prohibitionisten einen um so gefährlichern Gebrauch machen, da man in Frankreich sehr furchtsam und zurückhaltend ist, wenn es sich um Zollreformen handelt." Die „Debats" halten dies für unrichtig und glauben vielmehr, daß der Kongreß, weit davon entfernt, graue Theorie zu verfechten, nur das Eine Bestreben haben werde, möglichst praktisch zu seyn, alle Thatsachen zu sammeln und festzustellen, und nur mit Zugrundlegung der Letztern die Zweckmäßigkeit von Zollreformen zu debattiren. Es ist noch ein anderer Umstand, der Frankreich von der Betheiligung abhält, nämlich der, daß der Kongreß keinen offiziellen Charakter hat. Der Franzose, trotz seiner Freiheitsliebe und trotz seines bisweilen energischen Eingreifens in das Rad der Staatsangelegenheiten, liebt es doch sehr, erst von Oben angetrieben zu werden und der Regierung den ersten Schritt thun zu lassen. Dennoch ist gerade diese Frage: Freihandel oder nicht, eine Sache des self-government und kann nicht der bloßen Entscheidung einer Regierung überlassen bleiben; auch erkennt das die französische Regierung wohl und appellirt daher an alle Departementalräthe, an Staatsökonomen, an Industrielle und Kaufleute; sie wünscht gerade von der öffentlichen Meinung zu Reformen getrieben zu werden, und das sollte für alle Betheiligten ein Grund seyn, auf dem Brüsseler Kongreß neue Aufklärungen und Belehrungen zu sammeln.

Niederlande.

Haag, 15. Septbr. Heute wurde die Session der Kammern eröffnet. In der Thronrede kündigt der König u. A. an, daß im Laufe der diesjährigen Session ein Gesetz über die Emanzipation der Sklaven in Westindien vorgelegt werden soll, und daß einstweilen Maßregeln zur Verbesserung ihres jetzigen Zustandes genommen werden. Eine Staatsunterstützung wird beansprucht werden für verschiedene Eisenbahn-Unternehmungen, welche ohne solche nicht zu Stande kommen würden. Dessen ungeachtet wird die Regierung auch dieses Jahr eine Schuldentilgung beantragen. Zur Regelung des höheren, mittleren und niederen Unterrichts werden gleichzeitig Gesetzentwürfe vorgelegt werden. „Die Sorge", sagt der König, „für alles, was zum Gebiete der Gewissensfreiheit gehört, ist eine der ältesten Ueberlieferungen Meines Stammhauses. Sie hat auch Mich bewogen, Mittel zu suchen, um so viel als möglich die Beschwerden von Vielen gegen die jüngst entworfene Regelung des Volksunterrichts aus dem Wege zu räumen. Mit Ihrer Hülfe wünsche Ich dem Lande den Besitz von Schulanstalten zu sichern, in welchen der seit Jahrhunderten durch das Christenthum gebildete und entwickelte religiöse Volkscharakter respektirt und zugleich den Forderungen der Wissenschaft und dem Prinzip der Volkseinheit Rechnung getragen wird." (Die Worte sind schön, ob die Thaten ihnen entsprechen, das wird sich bald zeigen; vermuthet hat man wenigstens bisher von den jetzigen Ministern nicht, daß sie eine liberale Richtung einschlagen werden.)

Frankreich.

Paris, 16. Septbr. Gestern wurden zwei Beamte der Nordbahn verhaftet.

* Folgende Angaben der „Revue municipale" geben einen Begriff von der Umgestaltung, welche Paris in Folge der fortwährenden Neubauten erleidet. Zur Vergrößerung der Zentralhallen wurden 20 enge und finstere Gassen mit 249 Häusern niedergerissen. Die Verlängerung der Rivolistraße, welche schon jetzt 3146 Metr. lang ist, erforderte die Niederreißung von 32 Straßen mit 587 Häusern. Man begreift leicht, daß zwischen der Zahl der Neubauten und Demolirungen ein großer Unterschied besteht aus dem einfachen Grunde, weil beträchtlich weitläufiger als früher gebaut wird, und die Häuser nicht mehr so eng und beschränkt wie die des alten Paris sind. Im Durchschnitt kommt auf das Terrain von drei alten Gebäuden nur ein neues Haus, so daß für die seit 6 Jahren zerstörten 2000 alten Häuser nur 650 neue an die Stelle getreten sind. Mehr als 80,000 Personen haben in Folge dieser Bauten neue Wohnungen aufsuchen müssen.

* Der General Kasimir Skarzynski, eines der Häupter des polnischen Aufstands von 1831 und damals Kommandirender einer Kavallerie-Division, ist nach 25jährigem Exil in Boulogne am Meere in Folge eines Schlagflusses gestorben.

Spanien.

Madrid, 15. Septbr. Graf Benkendorff wird der Königin die Thronbesteigung des Czar anzeigen. Es ist dies der erste Schritt der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Spanien; die Königin Isabella war bisher von Rußland nicht anerkannt, sondern Don Carlos und dessen Sohn, der Graf v. Montemolin, als rechtmäßige Nachfolger des Königs Ferdinand betrachtet worden.

(T. D. d. D. Allg. Z.)

Italien.

Rom, 8. Sept. Die apostolische Kammer ist durch ihre Finanzlage genöthigt, den Rest der ihr von der Erbschaft Kardinal Albani's noch unveräußert gebliebenen aktiven Zehnten, Hypotheken, Ländereien und anderer liegenden Besitze an den Meistbietenden zu verkaufen. (A. Z.)

Ciceruacchio, der bekannte römische Volksanführer von 1848, ist, wie jetzt die „Oesterr. Ztg." meldet, kein Martyrer, er ist — Marketender geworden. (Englische Zeitungen hatten vor längerer Zeit behauptet, er sey durch österreich. Soldaten auf schauerliche Weise um's Leben gekommen.) Landsleute Ciceruacchios, worunter einer, der bei ihm in Diensten stand, brachten nach Toulon die Nachricht, daß der Volksmann in Konstantinopel lebt und sich in glänzenden Verhältnissen befindet. Während der Dauer des Krimfeldzugs befand er sich in Balaklawa, später vor Sebastopol als Marketender und hat viel Geld verdient. Seine Frau wohnt in Rom und hofft ihren Mann recht bald zu sehen.

* Es scheint, daß die Westmächte noch einige Hoffnung hegen, die neapolitanische Regierung werde in der letzten Stunde doch noch den Ermahnungen Oesterreichs, die jetzt durch Hrn. v. Hübner in eindringlicher Weise wiederholt werden, Gehör schenken. Sie haben deßhalb vorderhand eine Antwort auf die letzte neapolitanische Note noch nicht abgeben lassen.

* Aus Bologna wird wieder ein frecher Raub berichtet. Sechs bis an die Zähne bewaffnete Räuber drangen in ein Privathaus der Gemeinde San Martino ein; während zwei von ihnen die im Hause befindlichen Personen bewachten, plünderten die andern in aller Gemüthsruhe das Haus rein aus. Das Räuberunwesen hat überhaupt im Kirchenstaat so überhand genommen, daß die Postwagen immer von zahlreichen Gendarmerie-Eskorten begleitet werden müssen; diese außerordentlichen Maßregeln kosten dem Staate jährlich 18 Millionen Scudi. — Die Geistlichen von Bologna haben verlangt, daß man dem Riesen, der auf dem Markte steht, Kleider anziehe oder wenigstens Anstalten treffe, um seine Nacktheiten zu verbergen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Vor Kurzem wurde in Konstantinopel ein junger schöner Armenier ermordet. Man erfährt darüber jetzt Folgendes aus einem Marseiller Blatt: „Die Verwandten des unglücklichen Opfers wandten sich an das Ministerium, das ihnen antwortete, das Verbrechen gehe den Palast an und es, das Ministerium, könne nichts in der Angelegenheit thun. Sie richteten dann ein Gesuch an den Sultan, der dadurch in große Verlegenheit gesetzt zu seyn schien. Hierauf wurde ein neues Gesuch an die englischen, französischen und russischen Gesandten geschickt, welche auch versprachen, eine Untersuchung anzustellen. Der junge Armenier war Kaufmann im Bazar von Konstantinopel, und seit einiger Zeit begaben sich mehrere Frauen des Sultans in seinen Laden, blieben hier mehrere Stunden lang und machten bedeutende Ausgaben. Nach der einen Erzählung geschah die Ermordung auf Befehl einer Sultanin, eifersüchtig darüber, daß der junge Mann, den sie liebte, auf dem Punkte stand, sich zu verheirathen. Nach einer andern Erzählung war der junge Mann von zwei Sultaninen geliebt, und die eifersüchtige vernachläßigte Schöne rächte sich auf die bekannte Weise." Der Korrespondent des Marseiller Blattes glaubt seinerseits, daß die Sache sich folgendermaßen verhalte: Der junge Armenier hatte Beziehungen mit einer der ersten Sultaninen, die häufig lange Stunden im Laden des Heißgeliebten zubrachte. Ein Eunuche des Palastes hatte die Sache angezeigt und wurde verbannt. Andere Sultaninen hatten ähnliche Verhältnisse, so daß das Ding endlich zu arg wurde, und man sich entschloß einzuschreiten. Die Frauen wurden verschont, und man hielt es für besser, gegen die Verführer der Haremstugenden zu verfahren, zuerst gegen einen jungen Griechen, der verfehlt wurde, dann gegen den Armenier, dessen Tod, wie man hoffte, andere schöne Männer vor jedem Staatsverbrechen dieser Art abschrecken würde. Es ist zu fürchten, daß in der Affaire so hoch gestellte Personen kompromittirt sind, daß man genöthigt seyn wird, einen Schleier darüber zu decken.

Konstantinopel, 8. Septbr. Der russische Gesandte, Herr v. Butenieff, hatte jüngst eine längere Rücksprache mit Fouad Effendi. Es wurde des beabsichtigten Feldzugs gegen Montenegro erwähnt und Herr v. Butenieff machte auf die Folgen aufmerksam, welche daraus entstehen könnten, wenn die hohe Pforte, ohne den Verlauf der diplomatischen Verhandlungen abzuwarten, ihre vermeintlichen Rechte mit den Waffen geltend machen wollte. Da auch die andern Gesandten der Kongreßmächte eine gleiche Sprache führten, so wurde der montenegrinische Feldzugsplan aufgegeben. Es bestätigt sich vollkommen, daß diese Angelegenheit nach der Regelung der Dinge in Bucharest und Bessarabien bei der nächsten Konferenz zu Paris in Berathung gezogen werden wird, um welche Gunst Fürst Danilo selbst gebeten hat.

Griechenland.

Athen. Neue Vermächtnisse sind in Griechenland angekommen. Der in Petersburg seit langer Zeit wohnhafte Kreter Vernagaki — schon früher ein großmüthiger Geber — hat vor kurzer Zeit weitere 90,000 Drachmen (1 Drachmen = 25 kr.), in zehnjährigen Raten zahlbar, dem unter dem Schutz der Königin stehenden Waisenhaus für Mädchen zum Geschenk gemacht. Aus Alexandria sind neuerdings durch den dortigen griechischen Generalkonsul 8000 Drachmen für das Amaleon eingesendet worden, als das Ergebniß freiwilliger Beiträge dortiger Griechen. An der Spitze steht der dortige Erzbischof mit 1000 Drachmen. (Allg. Z.)

Rußland und Polen.

Alle Ausfuhr von Getraide und anderen Mehlfrüchten aus Finnland ist bis Ende 1856 verboten, dagegen die Einfuhr solcher Waaren bis dahin zollfrei gestattet.

Amerika.

* Wir haben jetzt einige Aufklärung darüber, wie es kam, daß im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten die Armee-Bill zuletzt doch noch ohne den früheren Vorbehalt in Bezug auf Kansas durchging (mit 101 gegen 98 Stimmen). Die Sklavereiegner, vorher in der Mehrzahl, ließen sich dadurch aus ihrer Stellung verdrängen, daß der Kriegsminister Jefferson Davis alle in seinem Departement angestellten Arbeiter entließ unter dem Vorgeben, er habe kein Geld, sie zu bezahlen. Sie fürchteten die Wirkung dieses Schrittes und rückten deshalb nicht mit allen ihren Streitkräften ins Feld, so daß die Ueberzahl auf Seiten ihrer Gegner war. Der „New-York Herald" äußert sich folgender Maßen über das Ereigniß: „Der Präsident kann jetzt über das Heer in Kansas nach Belieben verfügen. Einflußreiche demokratische Senatoren haben eingeräumt, daß die Missouri-Kansas-Gesetze infam und grausam sind, und haben deren Aufhebung beantragt. Allein sie sind ihren Parteigenossen gegenüber unterlegen, und die Gesetze von Kansas, so wie die Gränzer-Banden bleiben unangetastet. Jeder Unbefangene wird diese verbrecherische Vernachläßigung der Angelegenheiten von Kansas als eine ewige Schmach für den gegenwärtigen Kongreß und als ein klägliches Zugeständniß betrachten, welches man einem schwachen und achselträgerischen Präsidenten gemacht hat, dem der Muth und die Fähigkeit zur Unterdrückung eines Gränzkrieges völlig abgeht." (Die demokratische Partei in den Vereinigten Staaten verficht den Grundsatz, daß die Bundesregierung sich möglichst wenig in die Angelegenheiten der einzelnen Staaten einmischen solle; wenn also ein Staat sich als Sklavenstaat bei seiner Entstehung erkläre, so solle das gelten, ohne daß die Bundesbehörden etwas darein reden dürften.)

Handels- und Börsen-Berichte.

* Auf den inländischen Zuckermärkten ist der Umsatz noch immer ohne Bedeutung.

Stettin, 12. Septbr. In Pommern ist die Getraideernte befriedigend ausgefallen.

Den günstigen Ernte-Resultaten in den meisten Haupt-Produktions-Ländern gegenüber müssen unsere Getraidepreise im Vergleich mit früheren Jahren viel zu hoch erscheinen. Man darf aber nicht vergessen, daß seit Entdeckung der neuen Goldländer der Geldwerth um ca. ¼ gesunken ist, daß gerade jetzt die durch den Krieg zurückgehaltene industrielle Thätigkeit einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat, und daß wir, fast ganz von alten Vorräthen entblößt, allein auf die neue Ernte angewiesen sind. Schon seit einigen Jahren war dies regelmäßig der Fall; und fortwährend war spätere Lieferung billiger als Lokowaare käuflich. Man hielt die hohen Preise, an welche man sich nicht so schnell gewöhnen konnte, nur durch die augenblicklichen Verhältnisse der Gegenwart gerechtfertigt und ein Fallen derselben für die Folge unausbleiblich. Eine Ansammlung großer Vorräthe, wie sie früher durch das häufig umgekehrte Verhältniß der Lieferungen zu den Lokopreisen veranlaßt wurde, fand deßhalb, da die Kapitalsanlage darin sehr prekär geworden war, nur in höchst beschränktem Maßstabe statt, und es stellte sich immer mehr heraus, daß in unserm Lande, so wie in manchen andern Ländern, welche früher einen großen Theil ihres Produkts an das Ausland abzugeben pflegten, die Produktion hinter der Konsumtion zurückgeblieben war.

Die Waizenpreise blieben hier bei den anhaltend günstigen Ernteberichten unter dem Drucke der englischen Märkte rückgängig, per Frühjahr 88—89pfd. gelber 81 Thlr. bez. Roggen war in den letzten beiden Tagen wieder eine Kleinigkeit fester, unser Markt bleibt immer noch höher als die Berliner Notirungen. Heute ist 82pfd. pr. Septbr. 58 Thlr. Br., pr. Septbr.—Oktbr. 57 Thlr. Br., pr. Frühjahr 52 Thlr. Br.

× London, 13. Septbr. (Privat-Korresp.) Der Geschäftsgang hat sich bis jetzt nicht so gut entwickelt, als man unter den günstigen Aussichten, welche für die Ernten bestehen, erwarten durfte. — Die Geldverhältnisse drohen sich schwieriger gestalten zu wollen und man befürchtete schon diese Woche eine Erhöhung des Diskonto-Satzes auf 5pCt, die jedoch nicht eingetreten ist. — Die Waarenpreise verfolgen indessen noch immer mit wenigen Ausnahmen eine steigende Richtung.

Kaffee ist völlig 1 s höher gegangen, feine Sorten wurden selbst noch theurer bezahlt; farbige Plantagen Ceylon sind 60 s 6 d bis 66 s werth, native gut ord. 53 s bis 52 s 6 d. Costa-Rica, es ist wenig davon an den Markt gekommen, gut farbige Waare ist 60 s bis 62 s 6 d werth, ein Posten fein bis 77 s bezahlt. Von Rio war eine Partie von ca. 2200 S. in Auktion, welche für gut ord. bis gut farbig eingezogen, nachher aber theilweise dazu begeben wurde. — Total-Vorrath 177,500 Ztr. gleichzeitig voriges Jahr.

Cacao ist wieder höher zu notiren: Guayaquil a 56 s geräumt, Trinidad a 57 s bis 60 s zu notiren. Grenada mit 55 s bis 57 s 6 d bezahlt. Zufuhren bleiben schwach. Vorrath 7100 Ztr. gegen 17,000 Ztr. in 1855.

Reis ist etwas niedriger, findet aber guten Abzug, besonders die geringen Sorten für Destillation. Bengal cargo 9 s bis 9 s 9 d, mittel bis gut weiß 10 s 6 d bis 12 s 6 d, Madras 9 s 6 d. bis 10 s, Arrakan 9 s bis 9 s 6 d, Carolina 25 s bis 25 s 6 d, gereinigt Patna 15 s bis 19 s 6 d. Madras 13 s bis 14 s 6 d, Arrakan 15 s bis 19 s, Rangoon Paddy 15 s bis 17 s 6 d. Vorrath 45,300 Tons gegen 10,500 Tons im vorigen Jahr.

Pfeffer. Es waren kürzlich mehrere Posten in Auktion, welche a $4\frac{7}{8}$ bis 5 d. für Singapore und $4\frac{3}{4}$ bis $4\frac{7}{8}$ d Penang zum größten Theil Nehmer fanden, für niedrigere Preise besteht wenig Aussicht, weißer Singapore 7 d. Vorrath 2040 Tons gegen 1580 Tons.

Piment, gesunde Waare ist auf $5\frac{1}{4}$ gehalten, aber wenig gefragt. Vorrath 5100 S. gegen 3900 S. in 1855.

Nelken etwas fester a $4\frac{1}{4}$ bis $4\frac{3}{8}$ d.

Frankfurt, 18. September. Oesterr. und span. Kreditaktien, National, sowie die meisten übrigen Effekten wurden abermals, durch mehrfache Verkäufe gedrückt, bedeutend billiger verhandelt; österr. Staatsbahn und Darmstädter Bankaktien dagegen erholten sich etwas von ihrem gestrigen Rückgang. Der Umsatz war heute von großer Bedeutung.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $80\frac{7}{8}$ P. $80\frac{5}{8}$G. 5pCt. Lombard-Ven. 87 P. — G. Metall. alte à 5pCt. $79\frac{1}{2}$ P. — G.; à 5pCt. in Silber b. R. $88\frac{1}{4}$P. — G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $69\frac{3}{4}$P. $69\frac{1}{4}$G.; à 4pCt. $62\frac{1}{2}$ P. 62 G.; à 3pCt. $47\frac{1}{4}$ P. — G.; à 1pCt. 16 P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen $58\frac{3}{4}$ P. — G. **Preussen.** $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine $86\frac{1}{4}$P. $85\frac{3}{4}$ G. **Bayern.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95 P. $94\frac{1}{2}$G.; 4pCt. Grundrente $95\frac{1}{2}$P. $94\frac{3}{4}$G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $101\frac{1}{2}$P. 101 G.; 5pCt. 101 P. $100\frac{3}{4}$ G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $91\frac{1}{2}$P. 91 G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{5}{8}$ P. $102\frac{1}{8}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{3}{4}$P. $92\frac{1}{4}$ G.; à 4pCt. 100P. $99\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{1}{2}$ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{2}$P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 83 P. $82\frac{1}{2}$ G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $91\frac{5}{8}$P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $39\frac{3}{4}$ P. $39\frac{1}{2}$ G.; 1pCt. neue $24\frac{9}{16}$ P. $24\frac{7}{16}$ G. **Holland.** Integrale 64 P. $63\frac{1}{2}$ G.; Certificate 4pCt. — P. 95 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1223P. 1218G. Neue Bankaktien 350 P. 345 G. Credit-Actien à 5pCt. $226\frac{1}{2}$P $224\frac{1}{2}$G. Darmstädter Bankaktien alte 400 P. 398 G.; junge 356 P. 354 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 530 P. 525 G. Mitteldeutsche Creditbank $107\frac{1}{2}$P. $107\frac{1}{4}$G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 113 P. — G. Frankf. Bankaktien 117 P. $116\frac{1}{2}$ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 277 P. 275 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $140\frac{1}{4}$P. $139\frac{3}{4}$G. Neustadt-Weissenb. — P. 107 G. $4\frac{1}{2}$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 103 P. $102\frac{1}{2}$ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 343 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81 P. $80\frac{1}{2}$ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $96\frac{3}{4}$ P. $96\frac{1}{4}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 122 P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $103\frac{1}{4}$P. $102\frac{3}{4}$G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $116\frac{1}{4}$ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 $48\frac{1}{2}$P. $48\frac{1}{4}$G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. $117\frac{1}{2}$G. à fl. 25 $34\frac{1}{2}$P. $34\frac{1}{4}$G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. $40\frac{1}{8}$ P. $39\frac{5}{8}$G. Nass. Loose à fl. 25 $33\frac{5}{8}$ P. $33\frac{3}{8}$ G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 45 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial $87\frac{1}{2}$ P. $87\frac{1}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. $99\frac{7}{8}$P. $99\frac{5}{8}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. $117\frac{3}{4}$P. $117\frac{1}{2}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. $119\frac{3}{4}$G	Mail. i.S.Lr.250k.S. $99\frac{3}{4}$P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{5}{8}$P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S $92\frac{7}{8}$P. $92\frac{5}{8}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{5}{8}$P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd.k.S. $96\frac{3}{8}$P. $96\frac{1}{8}$G.	Wien fl. 100 C. k.S. $113\frac{7}{8}$P. $113\frac{5}{8}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. $89\frac{1}{8}$P $88\frac{7}{8}$G.	Wien 3 M. mit 1% $113\frac{3}{4}$P. $113\frac{1}{2}$G.
Leipz. Thlr. 60k.S. $104\frac{5}{8}$P. — — G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Wien, 17. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $84\frac{1}{16}$; 5pCt. Metall. $83\frac{1}{16}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 — —; von 1854 $108\frac{3}{8}$; Bankaktien 1074; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $380\frac{1}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 573; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien $2752\frac{1}{2}$. Wechselkurse: Augsburg uso $104\frac{5}{8}$. London 10. 9. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 15. Sept. Unsere Sittenpolizei hat in neuester Zeit verschiedene Maßregeln nach allen Seiten hin genommen, um die sittliche Ordnung zu unterstützen. Seit Jahren haben sich viele elegante Kellerlokale nach Hamburger Art gebildet, wo es üblich geworden ist, nach Schluß der Theater zu soupiren. Jedes dieser Lokale hat eine Anzahl eleganter Kabinets, in welchen nicht selten unsittliche Scenen vorgekommen sind. Die jungen Herren aus der Gesellschaft pflegten mit Damen hier bei verschlossenen Thüren zu verweilen, was während des letzten Winters zu mehren Duellen führte, in deren einem sogar ein Herr v. H. erschossen wurde. Auf Befehl der Polizei sind jetzt sämmtliche Thüren dieser Kabinette, wie schon gemeldet, fortgeschafft worden. Eine andere Maßregel richtet sich gegen die große Zahl der zweideutigen oder oft sehr unzweideutigen Damen, welche in Damastkleidern und Federhüten *als* Vertreterinen der feinsten Moden unsere Straßen füllen und häufig auch in den glänzendsten öffentlichen Vergnügungsorten erscheinen. Ein sehr vornehmer Herr soll vor einiger Zeit im Theater im ersten Range eine sehr unangenehme Begegnung mit einer solchen Dame gehabt haben, welche neben seiner Tochter Platz genommen hatte. Von Oktober ab sollen alle der Polizei bekannte Mädchen der Art weder Schleier noch Hüte mehr tragen dürfen, was allerdings sehr entscheidend für ihre gesellschaftlichen Ansprüche seyn muß. (J.-f.-Ndd.)

Kopenhagen, 15. Septbr. Vom Studentenverein wurde beschlossen, dem heute angekommenen norwegischen Vice-König (Kronprinz von Schweden) heute Abend eine Serenade mit Fackelzug zu bringen, woran nur akademische Bürger Theil nehmen können. „Gerade aus dieser Begrenzung darf man den Schluß ziehen", schreibt die „B. T.", „daß der Willkommsgruß, der dem Vicekönige Norwegens gebracht wird, nur als ein Dank von Seiten der Studenten und der Naturforscher für den gastfreien Empfang, den sie im verflossenen Sommer in Schweden und Norwegen genossen haben, zu betrachten ist, und daß keine andere Bedeutung, und am allerwenigsten eine politische darein gelegt werden kann. Daß die Regierung zum wenigsten den Fackelzug nicht als eine politische Demonstration betrachtet wissen will, geht deutlich daraus hervor, daß die königl. Erlaubniß, einen solchen Aufzug zu veranstalten, wie wir erfahren, nur unter der ausdrücklichen Bedingung ertheilt worden ist, daß das Komite dafür haftet, daß derselbe nicht den Charakter irgend einer politischen Demonstration erhält." (Hamb. N.)

Paris, 16. Sept. Wie verlautet, wird binnen Kurzem eine Versammlung von hohen offiziellen Personen in Paris stattfinden. Der Zweck dieser Versammlung soll eine Besprechung der allgemeinen Lage der Dinge in Frankreich seyn. Zugleich soll in dieser Versammlung diejenige Person bestimmt werden, die nöthigenfalls (wenn z. B. der Kaiser aus Gesundheitsrücksichten auf einige Zeit nach Italien gehen sollte) unter dem Titel eines Generallieutenants von Frankreich die Regierung übernehmen wird. Die Nachricht macht hier das größte Aufsehen. Man fügt noch hinzu, daß eine gänzliche Aenderung der Politik im In- und Auslande die Folge dieser Konferenz seyn könnte, zu der Männer berufen sind, die mit dem bisherigen Gang der kaiserlichen Politik keineswegs einverstanden waren. Näheres verlautet noch nicht über diese Angelegenheit. (K. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 262.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 20. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Stuttgart, 14. Sept. Das hier erscheinende „Deutsche Volksblatt" veröffentlicht in wortgetreuen Auszügen aus den Protokollen einen Theil der Verabredungen der **Dresdener Konferenzen**, welche vom 19.–28. Mai d. J. zwischen Abgeordneten der evangelisch-lutherischen Kirchenregimente von Sachsen, Bayern, Hannover, Württemberg und der beiden Mecklenburg stattgefunden haben. Was in Betreff der „Beichte und Absolution" verabredet worden, theilt das „Deutsche Volksblatt" in 23 Abschnitten mit: 1) Es sey gemäß der schon von den Bekenntnißschriften geforderten Ordnung Niemand ohne vorgängige Beichte und Absolution zum Abendmahl zuzulassen. 2) Die jetzige Art der Behandlung von Beichte und Absolution sey mangelhaft „die Rückkehr zur Privatbeichte und Privatabsolution ist als heilsam und nothwendig anzuerkennen." Abschnitt 3–9 betrifft die Mittel zur geeigneten Anbahnung des richtigen Verständnisses über die eigentliche Bedeutung von Beichte und Absolution und der geordneten und umfassenden Benutzung dieser Gnadenmittel. Nach Abschnitt 10 sollen die Pastoren an die alte Sitte fleißig erinnern, daß der Beichtwillige zuvor seinen Nächsten um Vergebung bitte. 11) „Wo irgend möglich, muß man es zu erreichen suchen, daß sich die Gemeindemitglieder in der Woche vorher persönlich zur Beichte anmelden, damit der Pastor wisse, was er in der Beichte zu erwarten hat." 12) Bei Ertheilung der Absolution ist die Hand aufzulegen und zwar nicht Zweien zugleich, sondern jedem Einzelnen die rechte Hand. Die Absolution ist nicht mittelst eines Bibelspruchs oder sonst eines den Sinn der Absolution nicht scharf aussprechenden Wortes zu sprechen, sondern stets und Jedem einzeln unter Handauflegung mit einer ordentlichen Absolutionsformel. (Die Absolutionsformel lautet: „Der allmächtige Gott hat sich deiner erbarmt, und ich auf den Befehl unsers Herrn Jesu Christi als sein Diener spreche dich frei, ledig und los von allen deinen Sünden im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen! Gehe hin in Frieden! Amen." Die Beichtformel lautet: „Ich armer, sündiger Mensch bekenne vor Gott, meinem Schöpfer und Erlöser, daß ich viel gesündigt habe, nicht allein mit Gedanken, Worten und Werken, sondern daß ich auch in Sünden empfangen und geboren bin. Ich habe aber Zuflucht zu Gottes grundloser Barmherzigkeit, suche und begehre Gnade um des Herrn Jesu Christi willen. Herr, sey gnädig mir armen Sünder. Ich will mit Gottes Hülfe mein Leben gern bessern." 13) „Diese Privatabsolution kann sofort allgemein wieder aufgenommen werden, auch da, wo man noch nicht zugleich auch die Privatbeichte wiederaufzunehmen im Stande ist, und wird dies der erste Schritt zur Zurückführung der Privatbeichte seyn müssen." 14) Die Absolution ist nur dem Bußfertigen, d. h. demjenigen rc. zu gewähren. Demgemäß (Abschnitt 15) „darf und soll der Pastor die Absolution versagen, bis er sich bessert, a) dem in christlichen Dingen grob Unwissenden, b) dem, der frecher, das Evangelium umstürzender und verhöhnender Lehre bewußt anhängt und sich nicht belehren lassen noch bekehren will, c) dem, der, wie der Trunkfällige, Dieb, öfter nach erhaltener Absolution wieder rückfällig geworden ist, d) dem, der in dauernden sündlichen Verhältnissen (dauernder Feindschaft, schandbarem Gewerbe, Ehebruch, Concubinat, wilder Ehe rc.) dahinlebt und mit diesen sündlichen Verhältnissen nicht brechen will". 16) „Die Versagung der Absolution hat stets heimlich in seelsorgerlichem Gespräch zu geschehen; doch hat der Pastor stets gleich bei dieser Versagung der Absolution den Abgewiesenen auf die Folgen derselben hinzuweisen, wie er z. B. nicht werde als Taufzeuge zugelassen werden können." 17) Diese heimliche Abweisung steht dem Pastor allein zu, jedoch mit Regreß des Abgewiesenen an die kirchlichen Obern. 18) „Dagegen steht die Handhabung der öffentlichen Kirchendisziplin (durch den Nominalelenchus, durch die öffentliche Verkündigung des Sünders vor der Gemeinde, durch die Ausschließung desselben aus der Gemeinde) dem Pastor für sich allein nicht zu, sondern erfordert ordentlichen Prozeß und gerichtlichen Spruch. Aber die Kirchenregierungen sollten Sorge tragen, daß die Konsistorialkirchengerichte, beziehungsweise ihre Kompetenzen wieder hergestellt würden." Abschnitt 19 bis 21 enthält Vorschriften für den Pfarrer für eine gewissenhafte Behandlung des Beichtsiegels. Abschnitt 22 und 23 lautet: „Die Wiederaufnahme der Beichtunterredung wird damit wieder angebahnt werden können, daß der Pastor in der übrigens nach der Form der allgemeinen Beichte gehaltenen Beichte nicht die Beichte vorspricht, sondern dieselbe von einem Beichtenden, den er vorher hierzu bestimmt hat, statt der andern Konfitenten sprechen läßt, damit die Leute nur erst den Gedanken fassen, daß eigentlich sie selber die Beichte sprechen müssen. Und wenn die Gemeinde sich hieran wieder gewöhnt hat, dann mag die ordentliche Beichtunterredung wieder aufgenommen werden, jedoch nicht so, daß der Pastor plötzlich aufhörte, allgemeine Beichte zu halten. Man wird also, um zu der ordentlichen Beichte und Absolution zurückzugelangen, zunächst die Privatabsolution wieder einführen, auch das Versagen der Absolution wieder aufnehmen, danach aber die Beichtunterredung wieder in Gang bringen und zwischen der Wiederherstellung der Privatabsolution und der Wiederaufnahme der Privatbeichte die Massenhaftigkeit der Kommunionen zu gewissen Zeiten beseitigen und die Sonnabendbeichte wieder herbeiführen müssen." Schließlich die Bemerkung, daß der württembergische Konferenzdeputirte, Oberhofprediger Dr. Grüneisen, diesen Verabredungen, so überzeugt er sey „von der Heilsamkeit und Nothwendigkeit einer Rückkehr zur Privatbeichte", nur „in beschränkter Weise beitreten konnte."

Bayern. **Lindau**, 16. Sept. Letztvergangenen Sonntag war der riesige **Löwe**, welcher als bayer. Hoheitszeichen am südöstlichen Ende des hiesigen Molo prangen wird, auch der Löwe des Tages. Große Gruppen der ländlichen und städtischen Bevölkerung umstanden das ernste Haupt des kolossalen Löwen, welches mit einem Blumenkranze geziert mit der trotzigen Miene und grimmigen Gestalt kontrastirte. Die Fundamente und das Piedestal des Hoheitszeichens sind vollendet und es werden in diesen Tagen die kolossalen Massen zusammengesetzt werden. Auch die Fundamentirungsarbeiten des **Monuments** Seiner Maj. des Königs sind bereits vollendet und wird mit Aufstellung des großartigen Denkmals in diesen Tagen begonnen werden. Das Monument wird die Höhe von 33 bayer. Fuß erreichen; das aufrechtstehende Königs-Bild in vergoldeter Bronze 11 Fuß hoch seyn. Die Aufstellung ist unmittelbar vor dem Hotel zum bayerischen Hofe und wird das großartige Monument sowohl von der Länge des Quai als der neuen Bahnhofstraße sich präsentiren. Am Namensfeste Sr. Maj. des Königs, den 12. Okt, wird das Denkmal enthüllt werden. Die hiesige Bevölkerung gibt sich der Hoffnung hin, Se. Majestät in den Mauern Lindaus im Laufe des nächsten Monats anwesend zu sehen. Schweizer Blätter sprechen die Vermuthung aus, Se. Majestät werden auch zur Besichtigung des Schelling-Denkmals nach Ragatz kommen. (A.Pstz.)

Preußen. **Berlin**, 16. Sept. Man erinnert sich des Gerüchts, das Hrn. v. d. Pfordten bei seiner neulichen Anwesenheit in Berlin eine Besprechung wegen der festen Rheinbrücke bei Köln wünschen ließ. Man kennt jetzt den Ursprung dieses Gerüchts. Am 17. Januar d. J. machte der bayerische Gesandte eine diplomatische Mittheilung über die süddeutschen Schifffahrtsbedenken hinsichtlich der Brücke. Es wurden darauf technische Gutachten eingefordert. Die Sache blieb auf sich beruhen und der Bau ward fortgesetzt. Preußen soll sich geneigt erklärt haben, für die Kosten der Mastenänderung, die beim Durchfahren herabgelassen werden müssen, eine Entschädigung zu geben. Es konnte nun nicht ausbleiben, daß man Herrn v. d. Pfordten die

Absicht einer Konferenz wegen dieser Sache zuschrieb. Der Handelsminister soll zufällig von Berlin abwesend gewesen seyn. (Schw. M.)

Sachsen. Dresden, 16. Sept. Heute war der kgl. bayerische Ministerpräsident Frhr. v. d. Pfordten hier anwesend. Derselbe traf nebst seiner Gemahlin gestern Abend, aus Berlin und Schlesien kommend, hier ein, hatte heute Vormittag eine Besprechung mit Hrn v. Beust und ist Abends nach Leipzig abgereist, von wo er sich nach einem Aufenthalt von einigen Tagen nach München zurückbegeben wird. (A. Z.)

Baden. Mannheim, 17. Septbr. Das Programm zu den Festlichkeiten bei der Ankunft des Großherzogs und seiner jungen Gemahlin aus Berlin ist nunmehr erschienen Am 26. Mittags fahren festlich geschmückte Dampf- und Schleppboote Ihren k. Hoheiten bis gegen Worms entgegen, wo sie dieselben an der badischen Stromgränze erwarten und dann hierher begleiten. Auf einem der Dampfer befinden sich die sämmtlichen Gesangvereine Mannheims. Beim Landen des Dampfbootes Ihrer k. Hoheiten beginnt das Glockengeläute sämmtlicher Kirchen der Stadt und es ertönen 100 Kanonenschüsse. Am reich geschmückten Landungsplatze findet unter einem Pavillon die Begrüßung durch die höchsten Staatsbehörden, den ersten Bürgermeister und Deputationen des Gemeinderathes und der Handelskammer statt. Unter Vorantritt zweier Herolde, des Wagens des ersten Bürgermeisters und einer Abtheilung berittener bürgerlicher Ehrengarde fahren dann die königl. Hoheiten nach der Stadt, gefolgt von einer zweiten Abtheilung der Ehrengarde, dem ganzen Hofstaat, den Staatsbehörden, städtischen Deputationen und einem Korps berittener hiesiger Landwirthe. Beim Eintritt durch das Rheinthor in die Rheinstraße, bis zu deren Mitte die gesammten Volksschulen aufgestellt sind, erfolgt die Begrüßung durch den zweiten Bürgermeister, die Ueberreichung des Ehrentrunkes von Seiten des ältesten Bürgers, sowie Begrüßung mit Blumen und Gedichten durch ein kleines Mädchen als Vertreterin der Kindheit. In der Mitte der Rheinstraße erhebt sich eine riesige Ehrenpforte (35 Fuß breit, 66 F. hoch). Hinter derselben erwarten weißgekleidete Mädchen die königl. Hoheiten, deren Weg sie von da an mit Blumen bestreuen. Auf beiden Seiten der Flanken und der breiten Straße bis zum Schluß sind die höheren Bürgerschulen, die zünftigen und nicht zünftigen Gewerbe, die Fabrikanten mit ihren Gehülfen und Arbeitern und der Handelsstand 2c. aufgestellt. Im Schloßhofe selbst befindet sich Militär. Am Schlosse angekommen, werden Ihre kgl. Hoheiten von Jungfrauen der Stadt begrüßt und in den Rittersaal geleitet. Beim Erscheinen auf dem Balkon beginnt der Vorbeizug des Militärs und all' der bereits genannten Vereine und Körperschaften. Abends Festoper und beim Eintritt der Nacht festliche Beleuchtung der ganzen Stadt. Während derselben große Retraite. Am 27. in der Frühe wird den königl. Hoheiten von sämmtlichen Männergesangvereinen der Stadt unter Mitwirkung des Opernpersonals ein Ständchen dargebracht. Später ist großer Empfang und gegen 12 Uhr die Abreise, die wieder unter Glockengeläute und 101 Kanonenschüssen erfolgt. Das Militär bildet dabei Spalier vom Schloß an, Kavallerie bildet die Ehren-Eskorte und eine Deputation der Gemeindebehörde hat die Ehre, die königl. Hoheiten durch die große Ehrenpforte am Heidelberger Thore bis zum Bahnhofe zu geleiten, wo Höchstdieselben wiederum von den Staatsbehörden, städtischen Behörden 2c. empfangen werden. (H. Tgbl.)

Kurhessen. Kassel, 17. Sept. Der amtliche Theil der „Kass. Ztg." bringt eine Verkündigung, betreffend den mit Preußen, Hannover und der freien Hansestadt Bremen am 26. Januar 1856 abgeschlossenen Vertrag, wegen Suspension der Weserzölle. Wir ersehen daraus, daß dem Vertrag Braunschweig, Oldenburg und Lippe durch Accessionserklärungen beigetreten sind. — Der zu Berlin erscheinenden „Nationalzeitung," die seit 1852 zu den im Kurfürstenthum verbotenen Blättern gehörte, ist der Postdebit wieder gestattet worden.

Nassau. Wiesbaden, 16. Sept. Wie wir vernehmen, war gestern der Bischof von Limburg in Biebrich bei Sr. Hoheit dem Herzog, wie man vermuthet in kirchlichen Angelegenheiten. Die Audienz dauerte an dreiviertel Stunden.

Freie Städte. Lübek, 13. Septbr. Unter den Beschlüssen des hiesigen Kirchentags lautet der über den Materialismus dahin: „daß jeder Geistliche recht ernst diesem neuen, vielleicht letzten Gräuel entgegentreten, durchaus nicht mit ihm akkordiren, sondern ihn in der Kraft des Geistes auf Leben und Tod bekämpfen müsse." (Fr. Pstz.)

§ **Oesterreich.** Wien, 16. Septbr. (Privat-Korresp.) Zu den Gründern des für das Königreich Ungarn projektirten Landeskultur-Kreditvereins gehören im Auslande; die Dessauer, Darmstädter, Berliner und Breslauer Bank. Im Inlande: der Kardinalprimas von Ungarn, die Grafen Stephan Karolyi, Andrässy, Hunyadi, die Fürsten Palffy, Bretzenheim, und die Barone Gableutz und Wenkheim Béla. — Das Stammkapital wird aus 50 Millionen Gulden in 250 Stück Aktien bestehen von denen vorerst nur die Hälfte ausgegeben werden und zwar 75,000 Stück im Nominalwerthe den Gründern, die andern dem Publikum überlassen werden. Von der zweiten Emittirung wird die Hälfte der neuen Aktien den Gründern, die übrige aber den alten Aktionären pro rata vertheilt. Der Sitz des Vereins wird in Wien oder Pesth seyn. Vom Gewinnste gehören 5 pCt. Zinsen den Aktionären, vom Reste werden 3 pCt. als Reservefonds bei Seite gelegt, und das Uebrige so vertheilt, daß 8 pCt. dem Manipulationsrathe, 8 pCt. dem Direktorium, 4 pCt. den Beamten und 80 pCt. den Aktionären als Superdividende anheim fallen. In Bezug auf den Zinsfuß ist der Verein von jedem Drucke befreit — Von Seite der Creditanstalt werden dem Zustandekommen dieses Vereins zwar manche Hindernisse bereitet, man zweifelt jedoch nicht, daß er allen Intriguen zum Trotz von der Allerhöchsten Stelle konzessionirt werden wird, da es auf der Hand liegt, daß nur Neid und Mißgunst allein die hohe Wichtigkeit eines solchen Vereins, die wohlthätige Einwirkung desselben auf die gesammte Bodenproduktion und damit auch auf die Gewerbe und den Handel zu läugnen vermögen.

Schweiz.

Die Untersuchung gegen die Neuenburger Insurgenten wird durch plötzlich eingetretene Krankheit des eidgenössischen Untersuchungsrichters, Hrn. Duplan-Veillon, einige Verzögerung erleiden, was um so mehr zu bedauern ist, als dieselbe sich wider Erwarten noch weiter ausdehnt, als man anfänglich vermuthen konnte. So ist dieser Tage auch ein Pfarrgeistlicher aus einer benachbarten Ortschaft des Kantons Bern verhaftet und in Untersuchung gezogen worden. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 16. Septbr. Das Hauptereigniß des Tages ist die Bestätigung des Gerüchts über das päpstliche Aktenstück gegen die Landesuniversität zu Gent. Am gestrigen Tage ist von den Kanzeln Gents ein Hirtenbrief des Bischofs verlesen worden, in welchem folgendes Schreiben Sr. Heiligkeit an den Bischof mitgetheilt wurde:

„Ehrwürdiger Bruder! Wir loben, wie sie es in so hohem Grade verdient, die kluge und weise Maßregel, derzufolge Sie die Priester Ihrer Diözese ermahnt haben, mit Kraft und Nachdruck die Eltern von der sehr ernsten Gefahr zu unterrichten, denen ihre Söhne durch den Besuch der Universität Gent sich aussetzen, und es ist Uns erwünscht gewesen, durch Ihr Schreiben zu erfahren, daß Unsere ehrwürdigen Brüder, die Bischöfe von Tournay und Brügge, ähnliche Schritte gethan haben. Wir sind innig überzeugt, daß Ihre Wachsamkeit sie anspornen wird, mit verdoppelter Aufmerksamkeit, Sorge und Kraft alle Mittel in Bewegung zu setzen, auf daß die Verheerungen dieser schrecklichen Seuche Ihre Heerde nicht anstecken und zerstören mögen. Wir ergreifen sehr gern diese Gelegenheit u. s. w.

Pius IX., Papst."

Der Hirtenbrief beklagt sich allerdings aufs bitterste über die verderblichen antikatholischen Lehren, welche von drei der Professoren verbreitet würden, so wie über die Richtung und den Ton der Zöglinge der Universität im Allgemeinen. Das Ministerium ist durch diesen Schritt des Bischofs in eine sehr ernste Verlegenheit gesetzt worden, doch ist es noch nicht bekannt, welche Maßregeln es demselben gegenüber ergreifen wird. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 17. Septbr. Der heutige „Moniteur" enthält ein Schreiben aus Biarritz, dem zufolge der Marschall Serrano gestern dem Kaiser und der Kaiserin die Deputation aus Biscaya vorgestellt hat, die beauftragt war, Sr. Majestät das Diplom zu überreichen, durch das dem kaiserl. Prinzen das Bürgerrecht von Biscaya verliehen wird. Auf die Ansprache der Deputation erwiderte der Kaiser, er erkenne es mit dem größten Dank an, daß die Königin von Spanien erlaubt habe, daß die Deputation ihm vorgestellt werde; er sey sehr gerührt über diesen Beweis der Sympathie von Seite der Provinz Biscaya für die Kaiserin und für seinen Sohn; derartige Demonstrationen könnten nur dazu beitragen, die Bande, welche die beiden Länder vereinen, noch enger zu knüpfen, und er fühle sich glücklich, zu denken, daß in den Adern des kaiserl. Prinzen auch spanisches Blut rolle, da er für dies ritterliche und kriegerische Volk stets ebenso viel Liebe als Achtung gehegt habe. Sodann wurden die Biscayer Deputirten zur Tafel gezogen. Bei Tische waren sie, in der Nähe Ihrer Majestäten sitzend, Gegenstand zuvorkommendster Aufmerksamkeit und nach der Tafel wur-

den sie in einen Neben-Salon gerufen, wo der Kaiser und die Kaiserin sich mehr als Eine Stunde über Spanien mit ihnen unterhielten. Am Schluß der Unterhaltung behändigte der Kaiser den baskapischen Deputirten das Kreuz der Ehrenlegion und benachrichtigte sie, daß die kaisert. Porzellaine-Manufaktur Auftrag erhalten habe, drei Vasen mit den Bildnissen des Kaisers, der Kaiserin und des kaiserl. Prinzen anzufertigen, welche als Zeichen der Dankbarkeit der General-Deputation von Biscaya zugehen werden. — Sonntag nach der Messe kamen der Kaiser und die Kaiserin in offener Kalesche ohne alle Eskorte zu den Stiergefechten nach Bayonne, welchen sie bis zum Ende beiwohnten.

Die zwei Beamten der Nordbahn, welche vor einigen Tagen in Paris verhaftet wurden, sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

* Die Departementalräthe haben ihre Arbeiten beendet. Eine große Anzahl derselben, welche die Sache unmittelbar berührte, hat sich mit der Frage der Prohibition (d. h. des Absperrungs-Systems gegen ausländische Waaren) beschäftigt, andere beschränkten ihre Wünsche auf Modifikationen des Zollgesetzes von größerer oder geringerer Tragweite. Das allgemeine Resultat der ganzen Session ist, daß der bekannte Gesetzesvorschlag der Regierung, welcher die Prohibition aufheben will, in den Manufakturdistrikten auf sehr lebhaften Widerstand gestoßen ist. Unter den Widersachern zeichnet sich besonders das Norddepartement aus; es wünscht, daß nichts an der Zollgesetzgebung geändert werde, daß die Prüfung der Fragen, welche den Gegenstand statistischer Untersuchungen bilden, so lange aufgeschoben werde, bis der Eingangszoll auf Salz, Baumwolle, Farbestoffe und alle nicht verarbeiteten Stoffe, die man in Frankreich nicht findet, aufgehoben werde. Aehnlich sprechen sich das Aisne- und Somme-Departement aus; letzteres wünscht die Beibehaltung des Einfuhrverbots namentlich für Baumwollensammete und Strumpfwirkerwaaren. Das Aisne-Departement fürchtet, daß eine Aenderung der Zollgesetze ein Fallen der Arbeitslöhne verursachen werde. Andere Departements greifen die Frage nicht direkt an, sondern schlagen den Ausweg ein, statt der Einfuhrverbote so hohe Schutzzölle zu setzen, daß an der Lage der Dinge kaum etwas geändert würde. Der Unterrhein verlangt die Aufhebung der Prohibition, und an ihrer Stelle geeignete Schutzzölle, welche wie im deutschen Zollverein periodischen Revisionen unterworfen seyen und erst ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung in Kraft treten würden. Aehnlich sprechen sich die Departements der Unter-Charente und der Unter-Loire aus, welches letztere noch besonders die Aufhebung des Steinkohlenzolls und die Verminderung der Zuckerzölle befürwortet. Von allen Departementalräthen hat sich also nur der des Herault-Departements für den Freihandel ausgesprochen. Einige Generalräthe begnügen sich mit den Modifikationen des Zolltarifs, namentlich in Bezug auf Steinkohlen, Kaffee, Wolle und Baumwolle im unverarbeiteten Zustande, Düngungsmittel und Ackerbaumaschinen. Trotz allen Bedenken der Generalräthe wird sich doch die Regierung wenig daran kehren, und auf ihre früheres Projekt, die Aufhebung der Prohibition und Einführung von Schutzzöllen (d. h. Zulassung ausländischer Waaren gegen Entrichtung eines Zolls, der die inländische Industrie in Stand setzt, mit dem Ausland Konkurrenz zu halten) zurückkommen.

Spanien.

† Madrid, 13. Septbr. Der „Epoca" zufolge werden an den Ende dieses Monats in der Umgebung Madrids stattbabenden Manövern 12—13,000 Mann Theil nehmen. — Die „Espana" berichtet, daß die Regierung den Bischof von Urgel von seiner (vom vorigen Kabinet aus unbekannten Gründen verfügten) Verbannung auf die Balearen zurückberufen hat.

Asien.

* Man liest im „Pays": Eine Privatkorrespondenz aus den indischen Gewässern vom 25. Juni versichert, daß Herr v. Montigny, der französische Konsul in Shang-Hai, welcher sich beim Abgange der letzten Nachrichten in Bankok befand, seine Mission beim Hofe von Siam glücklich zu Ende gebracht habe. In Folge der mit England und Rußland bereits abgeschlossenen Verträge und des Gelingens der französischen Mission werden also jetzt das Königreich Siam, das Cambodjaland und Malacca dem Handel dreier großen Nationen Europas offen stehen.

Nichtpolitische Zeitung.

☐ Wien, 16. Septbr. Heute Nachmittag 10½ Uhr wurde die 32. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte im Redoutensaal feierlich eröffnet. Schon geraume Zeit vor der festgesetzten Stunde füllte sich der reich geschmückte Saal mit einer ansehnlichen dichtgedrängten Versammlung, in deren Mitte die Minister Frhr. v. Bach, Frhr. v. Bruck, Graf Thun, Frhr. v. Krauß und Ritter v. Toggenburg, der Fürsterzbischof Othmar v. Rauscher und eine große Anzahl der höchsten Staatswürdenträger bemerkt wurden. Professor Hyrtl, als der erste Geschäftsführer, eröffnete die Versammlung mit einer von begeistertem Beifall aufgenommenen Rede. Hierauf begrüßt Ritter v. Seiler, Bürgermeister von Wien, die Gäste im Namen der Residenzstadt. Professor Schrötter, als zweiter Geschäftsführer, machte sodann die Mittheilung, daß durch die Munifizenz, mit welcher Se. Maj. unser Kaiser die nothwendigen Auslagen der Versammlung zu bewilligen geruhten, die Möglichkeit eingetreten sey, den Betrag der Einlagsgelder, der sich schon beinahe auf 8000 fl. K. M. beläuft, zu einem rein wissenschaftlichen, von der Versammlung selbst zu bestimmenden Zwecke zu verwenden. Endlich trug Prof. Hyrtl folgendes Schreiben Sr. Exzellenz des Hrn Ministers des Innern an die Geschäftsführer vor, wodurch derselbe die Versammlung im Namen der allerhöchsten Regierung begrüßt:

„Wien, am 15. September 1856.

Wohlgeborene Herren! Ich nehme Ihre gütige Vermittlung in Anspruch, um der gegenwärtig in Wien tagenden Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte im Namen der kaiserlichen Regierung das freundlichste Willkommen auszudrücken. Unsere Zeit verdankt einen namhaften Theil der großen Fortschritte, welche sie kennzeichnen, der gelebrten Forschung auf dem Gebiete der Naturwissenschaften. Die kaiserliche Regierung würdiget mit lebendiger Theilnahme die Verdienste jener Männer, welche für die Wissenschaft und das praktische Leben so Wichtiges und Folgereiches zu Stande gebracht, und in so vielen Richtungen der menschlichen Gesellschaft eine neue Bahn der Entwickelung geöffnet haben. Zu diesen Erfolgen haben deutsche Forschung und deutsche Gelehrsamkeit ihren ehrenreichen Beitrag geliefert; die gegenwärtige Versammlung zählt aus allen Zweigen derselben eben so zahlreiche als würdige Vertreter. Die kaiserliche Regierung rechnet es sich zur Ehre, diesen Kreis von Gelehrten wieder in der Hauptstadt des Kaiserreichs versammelt zu sehen und sie betrachtet es als eine angenehme Pflicht der hochachtbaren Versammlung allseitig ihre wärmste und kräftigste Unterstützung zu gewähren. Eure Wohlgeboren werden mich besonders verbinden, wenn Sie die Güte haben, diese Mittheilung zur Kenntniß der ersten allgemeinen Versammlung zu bringen. Genehmigen Eure Wohlgeboren den Ausdruck meiner hochachtungsvollen Ergebenheit

Alexander Freiherr v. Bach."

Drei wissenschaftliche Vorträge bildeten den Schluß der Versammlung, nämlich von Hofrath Prof. Sartorius v. Waltershausen: über geologische Geschichte des Aetna; von Dr. K. Scherzer: über die weiße, rothe und schwarze Bevölkerung Nordamerikas; von Geheimrath Prof. Noeggerath: über das ungarische Trachytgebirge.

Nachmittags 1 Uhr fand im k. k. politechnischen Institut die Bildung der Sektionen statt, und zwar theilte sich die Versammlung in folgende Sektionen: 1) Mineralogie, Geognosie, und Paläontologie. 2) Botanik und Pflanzenphysiologie. 3) Zoologie und vergleichende Anatomie. 4) Physik. 5) Chemie. 6) Erdkunde und Meteorologie. 7) Mathematik und Astronomie. 8) Anatomie und Physiologie. 9) Medizin. 10) Chirurgie, Ophthalmiatrik und Geburtshülfe.

Um 2½ Uhr Nachmittags vereinigten sich die Theilnehmer der Versammlung zu einer gemeinschaftlichen Tafel in den Sälen zum Sperl.

Schließlich noch eine geschichtliche Notiz über die Entstehung der „Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte". Dieselbe wurde gebildet im Jahre 1822 zu Leipzig, wo am 18. September eine Anzahl deutscher Naturforscher und Aerzte zu einer Gesellschaft zusammentraten, als deren Hauptzweck sie bestimmten: Den Naturforschern und Aerzten Deutschlands Gelegenheit zu verschaffen, sich persönlich kennen zu lernen. Als Mitglied wird jeder Schriftsteller im naturwissenschaftlichen und ärztlichen Fache betrachtet. Eine besondere Ernennung zum Mitgliede findet nicht Statt, und Diplome werden nicht ertheilt. Beitritt haben Alle, die sich wissenschaftlich mit Naturkunde oder Medizin beschäftigen. Stimmrecht besitzen ausschließlich die bei den Versammlungen gegenwärtigen Mitglieder. Die Versammlungen finden jährlich, und zwar bei offenen Thüren Statt. Der Versammlungsort wechselt. Bei jeder Zusammenkunft wird derselbe für das nächste Jahr vorläufig bestimmt. Ein Geschäftsführer und ein Sekretär, welche im Ort der Versammlung wohnhaft seyn müssen, übernehmen die Geschäfte bis zur nächsten Versammlung. Die Gesellschaft legt keine Sammlungen an, und besitzt, ihr Archiv ausgenommen, kein Eigenthum. Wer etwas vorlegt, nimmt es auch wieder zurück. Die vielleicht statthaben-

den geringen Auslagen werden durch Beiträge der anwesenden Mitglieder gedeckt.

Brüssel, 16. Sept. Aus dem Berichte über den gestrigen Eröffnungstag des Wohlthätigkeits-Kongresses hebe ich folgende Einzelheiten aus: Herr Rogier wird als Präsident fungiren, während die Minister des Innern und der Justiz, die Herren De Decker und Nolhomb, das Amt als Ehrenpräsidenten angenommen haben. Sämmtliche Länder, welche Abgeordnete zum Kongresse gesandt haben, sind durch eine je nach ihrer Wichtigkeit größere oder geringere Anzahl von Vize-Präsidenten im Bureau der Versammlung vertreten, deren Ernennung durch Akklamation genehmigt wurde. Für Deutschland fungiren die Herren Prof. Mittermayer von Heidelberg und Prof. Schubert von Königsberg; für Oesterreich die Hrn. Dr. Moritz, v. Stubenrauch, Prof. an der Universität zu Wien, Abgeordneter der österr. Regierung. Zum deutschen Sekretär des Kongresses ist Hr. Dr. Varrentrapp von Frankfurt a/M. erwählt worden. Herr Ward, Abgeordneter der englischen Regierung, setzte die Maßregeln aus einander, welche in hygienischer Beziehung in England in Anwendung sind; man hat vor Allem für Entfernung von Unrath, für Herbeischaffung klaren, gesunden Wassers und für Verbesserung alter Wohnhäuser, sowie für die Herstellung von Modelwohnungen gesorgt. Wolowski berührte alsdann die Alimentationsfrage und erinnerte an die segensreichen Folgen des in Frankreich befolgten Systems der freien Einfuhr von Lebensmitteln. Professor Schubert aus Königsberg und Dr. Neumann aus Berlin erwähnten die wohlthätigen Anstalten Preußens; dasselbe thaten in Bezug auf ihre Länder die Abgesandten Oesterreichs und der Niederlande. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 19. September. Die Börse eröffnete in flauer Stimmung und wurden sämmtliche Effekten, mit Ausnahme von österr. Bankaktien, für welche sogar höhere Kurse bewilligt wurden, bedeutend billiger verhandelt. Die Kurse erholten sich jedoch im Laufe des Geschäfts, der Schluß war sehr fest.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 79½ P. 79¼G. 5pCt. Lombard-Ven. 86 P. 85½ G. Metall. alte à 5pCt. 78 P. — G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 P. — G.; à 4½pCt. 66¼P. 66 G.; à 4pCt. — P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 58¼ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 85¾P. 85¼ G **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88¾ G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 94⅜P. 94⅛G.; 4½pCt. 101P. 100½ G.; 5pCt. 100¾P. 100½G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91½P. 91¼ G.; 4½pCt. 102⅝ P. 102⅛ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 92¾P. 92¼ G.; à 4pCt. 100P. 99½G.; 4½pC. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82½P. 82 G.; à 3½pCt. 91¼P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39⅝ P. 39⅜ G.; 1pCt. neue 24 3/16 P. 24 3/16 G. **Holland.** Integrale 63½ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 94 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1239P. 1234G. Neue Bankaktien 350 P. 345 G. Credit-Actien à 5pCt 217P 215 G. Darmstädter Bankaktien alte 402 P. 400G.; junge 356 P. 354 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 530 P. — G. Mitteldeutsche Creditbank 107¼P. 107 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 112½P. — G. Frankf. Bankaktien 117 P. 116½ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 275 P. 273 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 140 P. — G. Neustadt-Weissenb. — P. 106½G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 103 P. — G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 342 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80½ P. 80 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 96¼ P. 96 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 122 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102¾P. 102¼G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 115½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 45⅜P. 45⅛G. Darmst. Loose à fl. 50 117¾P. 117¼G. à fl. 25 34½P. 34¼G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40⅛ P. 39⅝G. Nass. Loose à fl. 25 33⅝ P. 33⅜ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. 45 G. Poln. Anlehen fl. 500, Partial 87½ P. 87¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 99⅞P. 99⅝G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117⅝P. 117⅜G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾G.	Mail. i.S.Lr. 250k.S. 99¾P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝P. — G.	Paris Frs. 200 k. S 92⅞P. 92⅝G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 96⅜P. 96⅛G.	Wien fl. 100 C. k S. 113½P. 113¼G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89⅛P 88⅞G.	Wien 3 M. mit 4% 113⅜P. 113⅛G
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅝P. — G.	Disconto — P. 5 pCt. G

Wien, 18. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 84 7/16; 5pCt. Metall. 83; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 127⅜; von 1854 108½; Bankaktien 1070; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 377¾; Donau-Dampfschifffahrtsaktien —; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2735. Wechselkurse: Augsburg uso 105¼. London 10. 15. W. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. Sept. Am 20. d. M. werden JJ. MM. nach dem Rhein reisen, zunächst in Trier der Einweihung der Basilika beiwohnen und dann eine Zeitlang auf dem Schloß Stolzenfels bleiben, schließlich aber noch nach Burg Hohenzollern gehen. (A. Z.)

London, 17. Sept. Wie die heutige „Times“ meldet, sind England und Frankreich einig in der Neapel, den Donaufürstenthümern und Spanien gegenüber zu beobachtenden Politik. (T.D.d.H.N.) (Andere Berichte (namentlich aus Paris) behaupteten nämlich, daß die Westmächte sowohl in der italienischen und spanischen Frage, als auch wegen der Donaufürstenthümer uneinig seyen. D. R.)

Aus Konstantinopel, 12. Sept., wird berichtet: Der Sultan hat den österr. Stephans-Orden erhalten. Naib (?) ist mit 30 Tscherkessen angelangt, während Sefer Pascha die Oberhand gewann, der 30,000 Mann befehligt, und die Tscherkessen aufgefordert hat, sich unter seine Fahne zu stellen.*) (T.D.d.A.Z.)

Nach einer Mittheilung der „Oesterr. Ztg.“ aus Kalisch vom 13. Septbr. ist es im Werke, den Grundbesitz der katholischen Kirche im Königreich Polen für den Staat einzuziehen und dafür der Geistlichkeit eine angemessene Dotirung auszusetzen. Letztere ist angeblich bereits aufgefordert worden, ihre bisherigen Einkünfte zu spezifiziren und sämmtliche Bücher und Akten behufs der bevorstehenden Revision in Bereitschaft zu halten. — Mit noch größerer Vorsicht ist folgendes Gerücht aufzunehmen, das der „B. H.“ von der preußisch-russischen Gränze mitgetheilt wird: „Dem Vernehmen nach sollte das vom Kaiser aus Anlaß der Krönung erlassene Manifest für Rußland die Bestimmung enthalten: „Alle Kinder von Leibeigenen, welche vom Krönungstage an geboren werden würden, sollten fortan nicht als Leibeigene betrachtet werden.“ Dieselbe soll indeß wegen eines Vorfalles in Petersburg weggelassen worden seyn, in Folge dessen einige und dreißig Verhaftungen unter dem angesehensten russischen Adel vorgenommen worden seyen.

*) Sefer Pascha wurde während des letzten Kriegs abgeschickt, um die unabhängigen Stämme des Kaukasus zum gemeinsamen Krieg gegen Rußland im Interesse der Türkei zu vereinigen; er gewann dort großen Anhang, den er für seine persönlichen Zwecke benützte, und als nach dem Friedensschluß die Pforte ihn zurückrief, gehorchte er nicht, sondern setzte auf eigene Faust mit den ihm anhängenden circassischen Stämmen die Feindseligkeiten gegen Rußland fort.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 263. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 21. Septbr. 1856.

Abonnements-Einladung.

Zum Abonnement auf das mit dem 1. Oktober beginnende 4te Quartal der täglich (auch an den Sonn- und Festtagen) erscheinenden

Neuen Würzburger Zeitung,

nebst dem gleichfalls täglich erscheinenden Beiblatt „**Würzburger Anzeiger**" und dem wöchentlich zweimal beigegebenen belletristischen Unterhaltungsblatt „**Mnemosyne**", laden wir ergebenst ein.

Wie bisher werden wir über alle vorkommenden Ereignisse möglichst rasche und zuverlässige Berichte geben, die neuesten Handels- und Börsen-Berichte in möglichst umfassender Weise liefern, und besonders wichtige Vorkommnisse nach telegraphischen Mittheilungen, nöthigenfalls in Extra-Beilagen zur Kenntniß unserer Leser bringen.

Während der Theater-Saison bringt die „Mnemosyne", wie in früheren Jahren, fortlaufende Theaterkritiken.

Bestellungen werden bei allen königlichen Postämtern und in der unterzeichneten Expedition entgegengenommen, und wird gebeten, dieselben rechtzeitig zu machen. Der Abonnements-Preis für die Zeitung nebst „Mnemosyne" und „Anzeiger" beträgt hier wie in ganz Bayern vierteljährlich 2 fl., auswärts mit geringem Aufschlag. Auf den „Würzburger Anzeiger" kann man sich auch allein abonniren, und kostet derselbe vierteljährlich 24 kr.

Würzburg, im September 1856.

Expedition der Neuen Würzburger Zeitung.
(Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Deutscher Bund.

Bayern. München, 18. Septbr. Heute vernahm ich von einem Projekte, welches, wie wenig äußere Wahrscheinlichkeit es auch zur gegenwärtigen Stunde für sich haben mag, doch einer gewissen inneren Berechtigung nicht entbehrt. Es betrifft die Errichtung einer zweiten evangelischen Pfarrei in der Hauptstadt, und die Erbauung einer Kirche für sie in der neuen Maximiliansstraße. München zählt zur Zeit 15,000 Protestanten, deren geistlichen Bedürfnisse die einzige bestehende Kirche um so weniger zu genügen vermag, als dieselbe weit aus dem Mittelpunkte der Stadt gelegen, den entfernter Wohnenden schwer zugänglich ist. Noch empfindlicher trifft die evangelischen Konfessionsgenossen der Mangel eines zweiten Schulgebäudes, indem das jetzt im Gebrauch befindliche weder räumlich ausreichend ist, noch sein Besuch, besonders zur Winterszeit von allen Kindern ermöglicht werden kann. Durch Errichtung einer zweiten Pfarrei im jenseitigen Theile der Stadt, würde den vielen Klagen in dieser Richtung abgeholfen, da die zahlreichen protestantischen Bewohner sowohl der dort angränzenden Viertel der innern Stadt, als der Vorstädte, namentlich auch der Vorstadt Au und Haidhausen, nicht nur ihren Gottesdienst, sondern auch den Schulunterricht für ihre Kinder, dessen sie jetzt fast entbehren müssen, zugewiesen erhielten.

Zu dem gegen Mitte Oktober beginnenden Abiturienten-Examen der Juristen an der Münchener Hochschule haben sich 155 Kandidaten gemeldet, also bedeutend weniger als voriges Jahr (in Würzburg einige achtzig). (Augsb. Abdztg.)

Preußen. Berlin, 16. Septbr. Wir erwähnten bereits die Veränderungen, die mit dem Uebertritt des Hrn. Dr. Wichern in den preußischen Staatsdienst erfolgen würden. Einem Montagsblatte zufolge wird der bisherige Direktor des hiesigen Zellengefängnisses, Hr. Bermann, am 1. Oktober d. J. pensionirt werden und soll alsdann das strenge pensylvanische System (absolute Isolirhaft mit Arbeit, Einzelspaziergänge in engen abgesperrten Räumen, Schulunterricht und religiöse schriftliche Ausarbeitungen) daselbst in Anwendung kommen. Uebrigens hatte sich schon unter Leitung des Herrn Bormann die Moabiter Gefängnißanstalt einen europäischen Ruf erworben. Bekannt ist, daß auf der großen Pariser Ausstellung sich zahlreiche, in jenem Gefängnisse von Sträflingen angefertigten Arbeiten befanden und mit dem ersten Preise gekrönt wurden. (H. N.)

Gewisse Aeußerungen des Professor Heinrich Leo über den evangelischen Bund, der neulich in Frankfurt versammelt war, haben an höchster Stelle ein nicht geringes Mißfallen erregt, das, wie man erfährt, dem Urheber derselben jetzt wohl zur Kenntniß gelangt seyn dürfte. (H. N.)

Hannover. Hannover, 17. Sept. Die in diesen Tagen erfolgten Ernennungen des neugeschaffenen Staatsraths wurden heute publizirt. Zum Präsidenten ist der (vormaliche) Staatsminister a. D. von der Wisch, Minister des Innern unter König Wilhelm IV. und Ernst August ernannt. Der Staatsrath hat u. A. über die Kompetenzkonflikte zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden zu entscheiden. Die Zusammensetzung desselben ist daher von großer Bedeutung. Der neue Staatsrath ist zum großen Theil aus andern Persönlichkeiten, als der frühere, zusammengesetzt.

Hannover, 17. Sept. Dem Obergerichtsassessor v. Bennigsen in Göttingen ist die von ihm nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt worden. Hr. v. Bennigsen ward im Dezember v. J. auf den Vorschlag seines Freundes Planck an dessen Stelle in Aurich zum Abgeordneten für die zweite Kammer erwählt. Allein Hr. v. Bennigsen befand sich unter denjenigen Persönlichkeiten (Stüve, Ellissen, Neubourg, Detering, Grumbrecht 2c.), welchen die Erlaubniß, in die zweite Kammer als Abgeordnete einzutreten, nicht ertheilt wurde. Schon damals hieß es, daß Obergerichtsassessor v. Bennigsen beabsichtige den Staatsdienst zu verlassen. Was jener Zeit gesagt wurde, ist gegenwärtig eingetroffen. Es ist kaum zu bezweifeln, daß für die nächste Diät ihm Gelegenheit geboten wird, seinen Platz in der zweiten Kammer einzunehmen.

Thüringen. Am 15. Septbr. ist der Fürst Reuß-Köstritz, Heinrich LXIV., der bisherige Inhaber des dieser Nebenlinie Reuß jüngerer Linie zugehörigen Pariagiats, mit Tod abgegangen. Sein Nachfolger im Pariagat ist Fürst Heinrich LXIX., welcher von jeher seinen Sitz in dem benachbarten Köstritz gehabt hat, während der nun verstorbene Fürst in Wien lebte. (D. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 18. Septbr. Seit der Abreise des Grafen v. Hatzfeld nach Biarritz ist man in der offiziellen Welt in Betreff der Neuenburger Frage sehr zurückhaltend. Man ist überzeugt, daß diese Konferenzen des Kaisers mit dem preuß. Gesandten zu irgend einem Resultate führen werden, hat aber keine genaue Vorstellung von dem, was am Fuße der Pyrenäen vorgeht, weßhalb man auf Depeschen von dort her sehr gespannt ist. (Fr. Pstz.)

Der birmanische Gesandte, General Orgoni, ein geborner Franzose, ist in Marseille angekommen, nachdem er fast zwei Monate in Alexandrien auf Antwort aus Paris auf die Anfrage, ob er angenommen werden würde, gewartet hatte. Ein Adjutant des Kaisers wird den birmanischen Gesandten in Marseille begrüßen.

* Es bestätigt sich, daß der Kaiser und die Kaiserin gegen den 28. d. M. von Biarritz abreisen, 2 Tage in Bordeaux bleiben, wo sie ein Diner und einen Ball annehmen und dann für 14 Tage nach Saint Cloud ziehen werden. Dann erst, also gegen Mitte Oktobers, würden Ihre Majestäten nach Compiegne gehen. Die Reise nach Fontainebleau wird erst Mitte November, nach einem abermaligen Aufenthalte in Saint-Cloud erfolgen und gegen den 1. Dezember werden Ihre Majestäten nach Paris zurückkehren.

* In einem „das Brod" überschriebenen Artikel billigt das „Siècle" die von der Regierung angeordnete Verlängerung aller, behufs der Erleichterung der Getraide-Einfuhr getroffenen Maßnahmen, bis 1857 aus dem allerdings triftigen Grunde, daß Frankreich nicht genug Getraide für seinen Bedarf erzeugt. Von 1815 bis 1855 — sagt das „Siècle" — hat Frankreich 9,014,369 Hektol. Getraide ein- und 1,978,179 Hektol. ausgeführt, was eine Differenz von 7,036,190 Hektol. ergibt. Von 1825—1836 wurden 28,775,246 Hektol. ein- und nur 9,484,915 Hektol. ausgeführt, was eine Mehreinfuhr von 12,290,331 Hekt. oder 1,607,527 Hektol. jährlich ergibt. Von 1836—1846 belief sich die Einfuhr auf 11,923,896 metr. Zentner, die Ausfuhr auf 3,638,245 metr. Zentner. Von 1846—1854 erreichte die Einfuhr 42,452,201 metr. Zentner, die Ausfuhr 41,767,034 metr. Zentner; sohin überstieg die Einfuhr die Ausfuhr abermals um 685,167 metr. Zentner oder 901,539 Hektol., oder jährlich im Durchschnitt 112,693 Hektol. Dieses Defizit — heißt es weiter — ist nicht so beträchtlich als jenes der Vorjahre, aber dagegen wird jenes von 1855 und 1856, deren genaue Zahlen wir noch nicht angeben können, alle bisherigen Differenzen zwischen Ein- und Ausfuhr übersteigen. Angesichts solcher Verhältnisse sey es — meint dasselbe Blatt — nicht genügend, die Einfuhr zu erleichtern, Prohibitiv-Maßregeln aufzuheben, — in solchen Verhältnissen bedarf es der Einführung des Systems des völligen freien Austausches.

Italien.

Florenz, 11. Septbr. Die im vergangenen Juni wegen angeblich politischer Verschwörung Verhafteten sind unlängst nach zweimonatlicher strenger Einzelhaft ohne Urtel, und ohne daß vom Staatsanwalt eine Anklage erhoben worden wäre, sämmtlich wieder in Freiheit gesetzt. Kein einziger von ihnen weiß eigentlich, warum er verhaftet worden, da der Untersuchungsrichter von jedem nur über seine Beschäftigung und seine Bekanntschaften Auskunft verlangt hatte. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 16. Sept. Ueber die neue Organisation der Kaukasus-Armee wird der „Schles. Ztg." geschrieben: „Dieselbe besteht nach diesem Entwurf aus vier vollständigen Infanterie-Divisionen, der 19. (unter Kolowski), der 20. (unter Jewdokimoff), der 21. (unter Orbeliani) und der Grenadier-Division (unter Baron Wrewski), also aus mindestens 24,000 Mann der vortrefflichsten Kerntruppen, wozu noch drei Regimenter reguläre Kavallerie, 18 grusinische Linienbataillone und eine Menge für den Krieg im Kaukasus trefflich geeigneter irregulärer Truppen kommen. Bis jetzt steht sogar noch die 18. Division dort, mit der sich die Gesammtstärke der regulären Infanterie auf 80,000 Mann erheben würde. Die neue Eintheilung der verschiedenen Oberbefehls-Rayons, namentlich auch die neue Stellung des tschernomorischen Distriktes, scheint offenbar den Zweck zu haben, ein einheitliches Zusammenwirken für den Fall umfassender Operationen mehr als bisher zu sichern, und vielerlei Anzeichen deuten darauf hin, daß diese nicht ausbleiben werden."

Amerika.

* Das „Pays" bringt eine interessante Korrespondenz aus Greytown vom 19. August. Walker's Verfahren in Nicaragua wird von Tag zu Tag terroristischer. In San Juan del Sur bemächtigte er sich einer Goelette, ließ sie vollständig ausrüsten und schickte sie in den Golf von Fursa, wo er der Tigerinsel gegenüber einen der reichsten Kaufleute von Nicaragua gefangen nehmen und entführen ließ; unter dem Vorwande des Hochverraths wurde dieser in Granada verurtheilt und erschossen. Die letzten Verwaltungsmaßregeln Walker's sind die Konfiskation fast des ganzen Grundbesitzes der Nicaraguenser von allen Parteien, die Ausgabe von Papiergeld mit Zwangscours, eine allgemeine strenge Blokade aller Küsten von Central-Amerika, das Ausschreiben einer Anleihe von 2 Mill. Dollars, garantirt durch 625 Quadratstunden im schönsten Theile von Nicaragua. Der frühere Präsident Estrado und der zuletzt von Walker gestützte, dann aber von ihm abgesetzte, Rivas, haben Frieden geschlossen, sich mit ihren Truppen in Leon vereinigt, und haben gemeinsam einen neuen Präsidenten, Don Fernando Guzman, ernannt. Zu Leon befinden sich außerdem 3000 Mann Soldaten aus den Staaten, und General Carrera wurde erwartet. Ein in Costa-Rica durch Walker's Agenten angezettelter Aufstandsversuch ist sofort unterdrückt worden.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 17. Sept. In der heutigen Sitzung des Stadtschwurgerichts standen unter der Anklage vorsätzlicher Tödtung und bezüglich der Theilnahme daran, vor den Schranken: 1) Der Tischlergesell Johann Christian Theodor Pfab, 27 J. alt aus Berlin und bereits zwei Mal wegen Diebstahls bestraft; 2) der Bursche Julius Albert Adolph Schultz, 14½ Jahr alt, aus Berlin, bereits konfirmirt, der Sohn eines erst vor wenigen Tagen wegen Diebeshehlerei zu 2 Jahren Strafe verurtheilten Schneidermeisters. Pfab ist klein und untersetzt, mit blassem Gesicht und unstätem Blick. Schultz ist ein kleiner Knabe, der für sein Alter durchaus nicht ungewöhnlich entwickelt ist. Der Mord, auf den die Anklage sich bezieht, war am 20. April d. J. Jahres an der ledigen Wilhelmine Bunge, Haushälterin des Bauraths Anders zu Berlin, verübt worden, und zwar zu einer Zeit, wo ihr Herr verreist und sie allein zu Haus war. Den Mitbewohnern des Hauses fiel es auf, daß die Bunge sich einige Zeit nicht hatte sehen lassen, sie schickten zur Polizei und diese öffnete die mit einem Drückerschloß versehene Küchenthür. Die von der Küche in's Schlafzimmer der Bunge führende Thür war verschlossen, der Schlüssel lag auf dem Küchentisch, die Thür wurde damit geöffnet. Im Zimmer fand man die Bunge todt. Sie lag am Kopfende ihres Bettes mit ihrem Sonntagskleide, Hut und Mantel an der Erde, ihr Kopf hing in einer einmal um den Hals geschlungenen Schlinge, welche von einer Rouleauschnur des Fensters gemacht war. Die Enden der Schlinge waren an den Bettstellpfosten festgebunden. Unterm Gesicht auf dem Fußboden befand sich ein großer Blutfleck. Auf dem Bett lag ein Gesangbuch, eine seidene Mantille und ein paar Handschuhe. Auf der Kommode und einem Stuhle lagen zwei Küchenmesser. Beim weiteren Durchgehen der Wohnung fand man im Arbeitszimmer des Anders das Schreibbureau geöffnet. 4 Kasten standen herausgezogen und ein Beil lag auf dem Fußboden. Mehrere Fächer und Thüren waren durch Zerstören des, das Schloß umgebenden Holzwerkes geöffnet und anscheinend das Beil dazu verwendet. Es war offenbar ein gewaltsamer Diebstahl verübt. Spuren im Gesicht und am Kopf der Leiche deuteten auf einen Kampf der Bunge mit den Dieben, in welchem sie getödtet worden. Der Angeklagte Pfab hat nach anfänglichem Läugnen in der Voruntersuchung ein Geständniß der That abgelegt, welches den Hergang also darstellt: „Bis zum 1. April 1856 wohnte der Schneider Kage mit seiner Frau und die Arbeitsmann Röbling'schen Eheleute Potsdamerstraße 20. Von hier zogen sie nach derselben Straße Nr. 82a., die Röbling war mit der Bunge bekannt geworden und von ihr beauftragt, täglich das Essen für Anders aus einer Restauration zu holen. Pfab verkehrte viel bei Kage, welcher in Geldnoth lebte und am 20. April dem Verfall einer Menge verpfändeter Sachen entgegensah. Am Donnerstag den 17. April kam Pfab zu Kage. Die Kage und Röbling erzählten, daß Anders am Sonnabend den 19. April auf längere Zeit verreise, — die Bunge hatte dies Röbling gesagt — und daß er 6—8000 Thaler Geld in seinem Hause habe, daß am Sonntag Vormittag die Bunge zur Kirche gehe und dann ein Diebstahl leicht auszuführen sey. Die Frauen beredeten ihn den Diebstahl zu unternehmen, die Röbling beschrieb ihm die Räumlichkeiten und gab ihm einen, zuerst auf Seife, dann auf Wachs genommenen Abdruck des Küchenschlüssels nach dem Pfab einen Schlüssel fertigte. Diesen versuchte er am Sonnabend an der Küchenthür und fand, daß er schloß. Am Sonnabend befand sich der Mitangeklagte Schultz bei Kage. Mit diesem begab sich Pfab zur Stadt, erzählte ihm vom beabsichtigten Diebstahl und verabredete mit ihm dessen gemeinschaftliche Ausführung. Am Sonntag begaben sich Beide nach der Potsdamer Straße 20, gelangten unbemerkt an die Küchenthür,

welche Pfab mit dem Schlüssel öffnete und, nachdem er sich überzeugt, daß Niemand in der Wohnung, hinter sich schloß. Mit einem Beil, das in der Küche lag, öffnete Pfab mehrere verschlossene Thüren des Schreibbureaus im Arbeitzimmer, indem er das Holz am Schloß losschlug. Er nahm mit Schulz eine Durchsuchung vor, und sie hatten eine Menge Geld, Staatsschuldscheine und Coupons, sowie Gold- und Silberwaaren daraus bei Seite gelegt. Sie hatten Alles schon zusammengepackt, als plötzlich Bunge im Mantel und Hut hinter ihnen stand. Pfab sprang auf, bat Bunge, sie laufen zu lassen und versprach alles Gestohlene zurückzugeben. Schultz suchte fortzulaufen, die Bunge ergriff ihn jedoch, als er ins Balkonzimmer gelangt, schlug die Thür vom Balkon zum Arbeitszimmer zu, um Pfab einzusperren. Pfab hinderte dies durch Zwischenlegen seines Arms, die Bunge lief, Schultz festhaltend, durch das Balkon- und Schlafzimmer nach ihrem hinten gelegenen Zimmer an das Fenster. Sie schrie laut um Hülfe und war im Begriff das Fenster zu öffnen. Pfab stürzte ihr nach, ergriff sie mit einer Hand von hinten beim Halse, mit der andern am Munde und riß sie vom Fenster fort. Jetzt begann zwischen Pfab und der Bunge, einer sehr kräftigen, 22jährigen Person, ein heftiges Ringen, wobei Pfab sich bestrebte, ihr die Kehle zuzudrücken und den Mund zuzuhalten, damit sie durch ihr Geschrei nicht die Hausbewohner herbeilockte. Er bat sie mehrfach ruhig zu seyn und sie laufen zu lassen, sie schrie jedoch, so oft sie sich von Pfab's Händen frei machte. Beim Ringen fielen beide hin, die Bunge unten mit dem Gesicht zur Erde, Pfab oben liegend und Mund und Kehle der Bunge zusammendrückend. Weil die Bunge noch immer schrie, ließ sich Pfab von Schultz eine Schürze geben, mit welcher er der Bunge den Mund binden wollte. Er befahl dem Schultz ein Ende Rouleauschnur abzuschneiden, was dieser that. Sodann band Schultz mit einem Theil der Schnur die Füße, mit dem andern die Hände der Bunge zusammen. Pfab versuchte, ihr mit der Schürze den Mund zu verbinden, sie war zu kurz, die Bunge schrie laut und Pfab faßte nun den Entschluß, sie zu erwürgen, da er kein anderes Mittel sah, zu entkommen. Pfab ließ von Schultz ein zweites Ende Rouleauschnur abschneiden, dies legte er, wie er sich zu erinnern glaubt, unter Beihülfe des Schultz um den Hals der Bunge, während er mit einer Hand deren Mund fortwährend zuhielt. Die um den Hals der Bunge gelegte Schnur nahm Pfab hinten am Nacken an beiden Enden zusammen, so daß der Hals in einer Schlinge steckt, zog sie fest zu und würgte so wohl 5 Minuten lang die noch lebende Bunge. Nach dieser Zeit gab sie kein Lebenszeichen mehr von sich. Pfab befestigte die Enden der Schnur an den Bettpfosten und brachte die Leiche in die Stellung, in der sie gefunden ist. Er löste von den Füßen und Armen die Schnur und überzeugte sich vom Tode der Bunge. Hierauf blieben Pfab und Schultz noch in der Wohnung, nahmen die gestohlenen Sachen und Gelder mit und entfernten sich dann durch die Küche, schlugen deren Thür ins Schloß und gelangten unbemerkt aus dem Hause."

Schultz hat im Wesentlichen in der Voruntersuchung die Angaben des Pfab bestätigt und seine Theilnahme gestanden. Er will nur von dem Vorsatz die Bunge mit der Rouleauschnur zu tödten nichts gewußt haben. Die Geständnisse wurden durch den Befund der Leiche und der Wohnung und die übrigen Ermittlungen unterstützt, indem das gestohlene Geld theils bei Kage's, der Wirthschafterin des Schultz, Rolle, theils an Orten wo diese es versteckt haben, gefunden ist; die Kage, Röbling und Rolle gestehen, die Sachen von Pfab und Schultz sofort erhalten zu haben. Die Kage und die Röbling sind geständig, den Pfab zum Diebstahl beredet zu haben und stimmen ihre Angaben mit denen des Pfab und Schultz. Das Geständniß des Letztern erscheint in sofern mangelhaft, als er jede Betheiligung am Kampf mit der Bunge läugnet außer, daß er die Schnüre und die Schürze gereicht und ihre Füße und Arme gebunden hat, er auch nicht von dem Vorsatz des Pfab, die Bunge zu tödten, gewußt haben will. Ihm steht der Befund der Leiche entgegen, an der am Hals und Kopf sich Zerkratzungen von Nägeln gezeigt haben, welche Pfab nach Beschaffenheit seiner Fingernägel nicht veranlaßt haben kann, während die des Schultz wohl dazu geeignet sind.

Nach Vorlesung der Anklageschrift legte Justizrath Gall als Vertheidiger des Pfab Protest dagegen ein, daß die Anklagen wegen des Diebstahls und der dabei stattgefundenen Tödtung getrennt worden seyen, und hält dies im Interesse der Vertheidigung sowohl im Allgemeinen als im Besonderen für gefährlich. Die vorliegende Anklage sey durch diese Trennung lückenhaft geworden und er stelle deßhalb den Antrag beide Anklagen zu vereinigen und sämmtliche bei dem Verbrechen konkurrirenden Personen vor die Geschwornen zu stellen. Der Staatsanwalt Niem erwiederte darauf, daß er es für zweckmäßig erachtet, die beiden Anklagen zu trennen, und stützt sich dieserhalb auf den §. 25 des Gesetzes vom 3. Mai 1852. — Der Gerichtshof beschloß, die vorliegende Anklage getrennt und selbständig zu verhandeln.

Auf die von dem Präsidenten an den Pfab gerichtete Frage: ob er sich schuldig bekenne? erklärte derselbe: „Ja, aber ich kann mir nicht denken, daß ich den Vorsatz gehabt habe, die Bunge zu tödten.“ Zur Erzählung des ganzen Vorfalls aufgefordert, modifizirt er seine Geständnisse in der Voruntersuchung heute dahin, daß er kurz vor der That für 1½ Sgr. Branntwein getrunken habe und hierdurch in einen höchst aufgeregten Zustand versetzt worden sei. Im Uebrigen bleibt er bei seinem früheren Geständniß. — Auch Schultz bekannte sich für schuldig, will aber von dem Vorsatz des Pfab, die Bunge zu tödten, nichts gewußt haben. Er räumt seine Theilnahme an dem Verbrechen in der in der Anklage erwähnten Weise ein und entschuldigt sich damit, daß er dem Pfab hätte ruhig zusehen müssen, weil er demselben nicht wehren gekonnt. Er schließt seine Erklärungen mit den Worten des Pfab nach der That, die dahin gelautet hätten: „Na, das hätte ich auch nicht gedacht; ich wollte bloß hier stehlen und nun habe ich das Mädchen kalt machen müssen.“ — Schultz hat von dem gestohlenen Gute nur 10 Thlr. baares Geld bekommen. Er bestätigt übrigens, daß Pfab vor der That für 1½ Sgr. Branntwein getrunken und daß er auch einen Schluck davon bekommen habe. Daß Pfab angetrunken gewesen sei, davon sagt er nichts.

Die Beweisaufnahme, die durch die Vernehmung von nur 11 Zeugen erfolgte, bestätigte die Anklage in allen Punkten. Unter den Zeugen befindet sich auch die Schwester der Ermordeten. Bemerkenswerth sind allein die Aussagen der Frauen Kage und Röbling. Es sind dies bekanntlich diejenigen Personen, welche zu dem Diebstahl bei Anders den ersten Impuls gegeben haben. Die Kage ist eine in der Diebeswelt berüchtigte Frau, und macht seit Jahren aus der Hehlerei ein förmliches Gewerbe. Als sie in den Sitzungssaal trat, fiel sie in Ohnmacht, von der sie sich indeß bald erholte. Beide Frauen gestanden die Verabredung des Diebstahls in der Kage'schen Wohnung zu und räumte auch die Röbling ein, den Abdruck des Schlosses zur Küchenthüre der Anders'schen Wohnung dem Pfab verschafft zu haben. Sie bestätigen auch die Angabe des Pfab, daß derselbe nach der That, etwa um 2 Uhr Nachmittags angetrunken gewesen sey, was indeß darin seine Erklärung findet, daß Pfab und Schultz nach dem verübten Verbrechen sich in einen Schnapskeller begeben haben. Nach geschlossener Beweisaufnahme nahm der Staatsanwalt zur Aufrechthaltung der Anklage das Wort. Er führte aus, daß hier der Thatbestand des in §. 178 des Strafgesetzes gedachten Verbrechens vorliege, daß die Thäterschaft des Pfab unzweifelhaft und sein Einwand der Trunkenheit nach dem Vorgange bei der That selbst hinfällig sey. In Bezug auf den 2c. Schultz deduzirt der Staatsanwalt daß seine Mithülfe bei dem Verbrechen eine wissentliche und wesentliche gewesen sey, sowie daß er nach den ermittelten Umständen und seiner eigenen Auslassung mit Unterscheidungsvermögen gehandelt haben müsse. — Der Justizrath Gall suchte mit Rücksicht auf seinen beim Beginn der Verhandlung eingelegten Protest die Richtigkeit des Pfab'schen Geständnisses sowie darzuthun, daß bei dem Verbrechen noch eine dritte Person thätig gewesen seyn müsse. Der Justizrath Fretzdorff, Vertheidiger des Schultz, macht zunächst geltend, daß sein Klient die tödtliche Absicht des Pfab nicht gekannt und sucht auszuführen, daß er nicht mit Unterscheidungsvermögen gehandelt habe. Den Geschworenen werden drei Fragen vorgelegt: In Bezug auf die Thäterschaft jedes Angeklagten eine und die dritte dahin gehend, ob der Angeklagte Schultz mit Unterscheidungsvermögen gehandelt habe.

Nach länger denn einstündiger Berathung erfolgte das Verdikt derselben, das sämmtliche Fragen bejahte. Das Urtheil des Gerichtshofes lautet dahin: Daß der Angeklagte Pfab der vorsätzlichen Tödtung eines Menschen bei Unternehmung eines Diebstahls schuldig und demgemäß mit dem Tode durch Enthauptung mit dem Beil, der Angeklagte Schultz der Theilnahme an dem gedachten Verbrechen schuldig und mit 12 Jahren Gefängniß zu bestrafen.

Die Verkündigung des Urtheils machte auf die Angeklagten keinen äußerlich sichtbaren Eindruck. Der Bursche Schultz, der während der Verhandlung mehrmals heftig geweint hatte, war sogar gegen das Ende derselben ruhiger geworden. (Nat.-Ztg.)

* Die Versammlung „der deutschen Geschichts- und Alterthumsvereine in **Hildesheim**“ hat in ihrer Sitzung vom 16. d. M. eine kräftige Unterstützung der **Ulmer Münsterrestauration** beschlossen, und insbesondere den Antrag angenommen, „daß der Zentralverein nicht nur als Vertreter sämmtlicher Vereine die hohen und höchsten Regierungen der Staaten, in denen

sie bestünden, um die Erlaubniß bitten solle, öffentliche Sammlungen zum Besten des Münsterbaues in Ulm, am liebsten vielleicht in Form von Kirchenkollekten, zu gestatten, sondern daß auch von Seiten der einzelnen Vereine in ihren speziellen Kreisen Gleiches geschehe." (Schw. M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 20. September. Der Hauptumsatz bestand heute, wie in den jüngsten Tagen in österr. Kreditaktien, die am Anfang der Börse zu höheren Kursen verhandelt wurden, jedoch am Schlusse matter blieben. In den übrigen Effekten wenig bemerkenswerthes.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $79\frac{3}{8}$ P. $79\frac{1}{8}$ G. 5pCt. Lombard-Ven. 86 P. $85\frac{1}{2}$ G. Metall. alte à 5pCt. 78 P. — G.; à 5pCt. in Silberb. R. 88 P. — G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. 67 P. $66\frac{3}{4}$ G.; à 4pCt. — P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen $58\frac{1}{4}$ P. — G. **Preussen.** $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine $85\frac{3}{4}$ P. $85\frac{1}{4}$ G. **Bayern.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. $88\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$ P. $94\frac{1}{4}$ G.; 4pCt. Grundrente $94\frac{3}{4}$ P. $94\frac{1}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. 101 P. $100\frac{1}{2}$ G.; 5pCt. $100\frac{3}{4}$ P. $100\frac{1}{2}$ G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $91\frac{1}{2}$ P. $91\frac{1}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{5}{8}$ P. $102\frac{1}{8}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{3}{4}$ P. $92\frac{1}{4}$ G.; à 4pCt. 100 P. $99\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{1}{2}$ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{2}$ P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $82\frac{1}{2}$ P. 82 G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $91\frac{1}{4}$ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $39\frac{5}{8}$ P. $39\frac{3}{8}$ G.; 1pCt. neue $24\frac{5}{16}$ P. $24\frac{3}{16}$ G. **Holland.** Integrale $63\frac{1}{2}$ P. 63 G.; Certificats 4pCt. — P. 94 G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1239 P. 1230 G. Neue Bankaktien 358 P. 353 G. Credit-Actien à 5pCt 214 P. 212 G. Darmstädter Bankaktien alte 401 P. 399 G.; junge 354 P. 352 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 530 P. 525 G. Mitteldeutsche Creditbank $106\frac{3}{4}$ P. $106\frac{1}{2}$ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $112\frac{1}{4}$ P. 112 G. Frankf. Bankaktien 117 P. $116\frac{1}{2}$ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 275 P. 273 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $140\frac{1}{4}$ P. — G. Neustadt-Weissenb. $106\frac{1}{2}$ P. — G. $4\frac{1}{2}$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien $102\frac{1}{4}$ P. 102 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 82 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81 P. $80\frac{1}{2}$ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $96\frac{3}{4}$ P. $96\frac{1}{4}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 122 P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $102\frac{3}{4}$ P. $102\frac{1}{4}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. $115\frac{1}{2}$ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 $48\frac{1}{4}$ P. — G. Darmst. Loose à fl. 50 $117\frac{3}{4}$ P. $117\frac{1}{4}$ G. à fl. 25 $34\frac{1}{2}$ P. $34\frac{1}{4}$ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. $40\frac{1}{8}$ P. $39\frac{5}{8}$ G. Nass. Loose à fl. 25 $33\frac{5}{4}$ P. $33\frac{3}{8}$ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. $44\frac{1}{4}$ G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial $87\frac{1}{4}$ P. $87\frac{1}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. $99\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. $119\frac{3}{4}$ G
Berlin Thlr. 60 k. S. $104\frac{5}{8}$ P. — — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. $104\frac{5}{8}$ P. — — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. $96\frac{3}{8}$ P. $96\frac{1}{8}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S. $89\frac{1}{8}$ P. $88\frac{7}{8}$ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. $104\frac{5}{8}$ P. — — G.
Lond. Lst. 10 k. S. $117\frac{5}{8}$ P. $117\frac{3}{8}$ G.
Mail. i. S. Lr. 250 k. S. $99\frac{3}{4}$ P. — G
Paris Frs. 200 k. S. $92\frac{7}{8}$ P. $92\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Wien fl. 100 C. k. S. $113\frac{3}{4}$ P. $113\frac{1}{2}$ G.
Wien 3 M. mit 4% $113\frac{5}{8}$ P. $113\frac{3}{8}$ G.
Disconto — P. 5pCt. G.

Wien, 19. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $84\frac{1}{2}$; 5pCt. Metall. $82\frac{3}{4}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 $127\frac{1}{2}$; von 1854 108; Bankaktien 1068; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $368\frac{3}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 569; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien $2737\frac{1}{2}$. **Wechselkurse**: Augsburg uso 105. London 10. 12. P. **Geldkurs**: Dukaten —.

Saaz, 12. Septbr. Hopfen. Zur Probeversendung wurde neue trockene Waare mit 50 a 60 fl. gekauft. Dieser Preis dürfte sich jedoch nicht halten, da noch ein namhafter Bestand von 1855er Waare auf dem Lager ist und zu 40 fl. noch keine Nehmer fand. Roth Auschaer wurde mit 50 fl., und grün mit 30 a 35 fl. gekauft.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 19. Septbr. (Privat-Korrespondenz.) Der k. Staatsrath im außerordentlichen Dienste, Karl Ferdinand Frhr. v. **Closen**, das älteste Mitglied der Kammer der Abgeordneten, ist heute Morgen 2 Uhr im 70. Lebensjahre gestorben. Mit ihm schied ein Mann von hohen und vielfachen Verdiensten, ein Mann von ächt konstitutioneller Gesinnung, der dieser seiner politischen Richtung, wie bekannt, so große Opfer gebracht hat und der als Abgeordneter, als Staatsmann, wie besonders auch als Gutsbesitzer in landwirthschaftlicher Beziehung gleich ausgezeichnetes geleistet hat. Der Dank des Vaterlandes folgt ihm in's Grab. Frhr. v. Closen starb kinderlos, seine Besitzungen gehen an Seitenverwandte über. Heute morgen wurde die Leiche in das hiesige Leichenhaus gebracht, um von dort nach dem Gut des Verstorbenen, nach Gern in Niederbayern zur Beisetzung gebracht zu werden.

Die „Hannov. Ztg." meldet: „Dem Abschluß der **Münzkonferenz** wird innerhalb 14 Tagen entgegengesehen. Dem Vernehmen nach ist eine allseitig befriedigende Einigung erzielt worden, deren Bedeutung bis auf Weiteres durch die Kompetenz der betreffenden Kommissarien, welche nur als Sachverständige der verschiedenen Münzsysteme fungiren, beschränkt ist, da das Resultat der Konferenz unmittelbar den betheiligten Regierungen vorgelegt werden wird, von deren Annahme oder Verwerfung seine Anwendung für die abzuschließende Münzkonvention abhängig ist."

Berlin, 19. Sept. Die „Hamb. Börsenhalle" berichtet aus St. Petersburg: Der Kaiser hat die Statuten dreier großer Dampfschifffahrtsgesellschaften bestätigt, welche die Plätze des schwarzen Meeres mit den Hauptplätzen des mittelländischen und adriatischen Meeres verbinden. (T.D.d.A.Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: W. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 264.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 22. Septbr. 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 20. Sept. Karl Frhr. v. Closen, welcher gestern hier starb, war geboren in Zweibrücken im Jahre 1786, stammte aus einem der ältesten bayerischen Geschlechter und war der einzige Sohn des Ludwig v. Closen, welcher in dem amerikanischen Freiheitskriege 1780—1783 als Adjutant Rochambeau's unter Washington kämpfte. Die ersten Studien machte Karl v. Closen an der Studienanstalt in München; 1802—1804 besuchte er die Universitäten in Wien und Landshut und wurde 1805 Accessist bei der Landesdirektion München. 1806 bayerischer Kammerherr geworden, zeigte er sich bis 1808 oft bei Hofe in der Eigenschaft als Landmarschall von Niederbayern, ein Erbamt seiner Familie seit dem 16. Jahrhundert, das 1808 mit Aufhebung der alten Verfassung erlosch. 1805 hatte er sich als erster Freiwilliger zu den berittenen Jägern gemeldet und eine Offizierstelle erhalten, die er nach beendigtem Kriege wieder niederlegte. Im Jahre 1809 folgte er als Mitglied der Hofkommission den Grafen Rechberg und Türkheim nach Tirol, und im Feldzuge von 1814 begleitete er den Fürsten Wrede in die Schlachten bei Bar-sur-Aube, Arcis und Fère-Champenoise. Im Jahre 1817 wurde er als Regierungsrath in das Ministerium des Innern berufen und im Jahre 1819 zum Ministerialrath befördert. In seinen Musestunden beschäftigte er sich mit landwirthschaftlichen Studien. Er war einer der Stifter des landwirthschaftlichen Vereins im Jahre 1810 und gehörte bis 1830 dessen General-Komite an. Auch lieferte er eine kritische Zusammenstellung der bayerischen Kulturgesetze (1818). Vom ersten Landtage im Jahre 1819 an, wohnte er als Abgeordneter aus der Klasse der adeligen Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit, allen Ständeversammlungen bis 1831 bei. Da er nach dem Tode des Königs Maximilian Joseph Ende 1825 mit Rücksicht auf sein Wirken als Abgeordneter (er gehörte stets der sog. liberalen Richtung an) quieszirt wurde, folgte er nun ganz seiner Neigung für landwirthschaftliche Unternehmungen. Er gründete auf seinem Gute Gern veredelte Schafszucht, eine Runkelrübenzuckerfabrik, eine Damastweberei, und vor Allem segensreich war die von ihm gestiftete landwirthschaftliche Erziehungsanstalt für arme Waisen. Nur die Landtagsverhandlungen im Jahre 1828, wo er alle Gesetzentwürfe bekämpfte, die ihm die ständischen Rechte zu gefährden schienen, unterbrachen seine Lieblingsbeschäftigung als Gutsbesitzer. Im Februar 1831 wurde ein großer Theil seiner Gebäude und Einrichtungen ein Raub der Flammen; 2 Tage später erhielt er die Eröffnung, daß ihm die Regierung die zum Eintritte in die Kammer damals jedem Staatsdiener nöthige Bewilligung nicht ertheile, worauf er sogleich dem Staatsdienste und seinem Gehalt entsagte; dessenungeachtet berief die Regierung nicht ihn, sondern einen Ersatzmann ein, bis die Kammer mit 115 gegen 5 Stimmen für Closens Eintritt entschied. Bei allen Landtagsverhandlungen zeichnete er sich ausgerüstet mit mannichfaltigen Kenntnissen, durch freimüthigen populären Vortrag aus, sowie durch oft kühne und scharfe Sprache, durch reine Vaterlandsliebe und thätige Theilnahme an dem Schicksale und der Veredlung der mittlern und untern Volksklassen. Im Jahre 1831 wurden seine Anträge über den Militäretat und die Festung Ingolstadt angenommen. Sein Antrag auf bessere Sicherstellung der persönlichen Freiheit, begleitet von einer umfassenden Darstellung der sog. Dezemberunruhen in München, erhielten die Zustimmung der Abgeordneten, aber nicht der Reichsräthe. Um ihn für das Opfer seines Gehaltes zu entschädigen, wurde 1832 eine Subskription eröffnet und schnell war der Beitrag gezeichnet. Closen lehnte aber jede Entschädigung ab und überwies einige ihm gleich Anfangs überschickte Gelder einer Stiftung. Im Jahre 1833 wurde gegen ihn vom Appellationsgerichte in Landshut eine Kriminal-Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung in Folge angeblicher Verbreitung eines von Dr. Große verfaßten Gedichtes eingeleitet. Eine Kommission von München kam auf sein Gut, um seine Papiere zu durchsuchen und ihn zu verhaften. Closen war eben abwesend, stellte sich aber selbst und wurde in die Frohnveste nach München abgeführt, erhielt jedoch auf seine Beschwerde beim obersten Gerichtshof nach vier Monaten die Freiheit wieder. Erst am 26. Juni 1840 wurde ihm ein Urtheil des Oberappellationsgerichtes eröffnet, wornach er vollkommen freigesprochen war. Später wurde er zum Bundestagsgesandten und Staatsrath ernannt. Im vorigen Jahre zum Abgeordneten des gegenwärtigen Landtags erwählt, entwickelte er in dieser Stellung eine große Thätigkeit, hatte aber mit seinen Anträgen weniger Glück als früher. Bald nach dem Schluß des Landtages besuchte er ein Bad, wurde aber auf der Rückreise dahier von einem schon länger im Keime mit sich getragenen Leiden an das Krankenlager gefesselt, das er nicht mehr verließ. Frhr. v. Closen war niemals verheirathet, und mit ihm erlischt ein altes, in Bayerns Geschichte oft und rühmlich genanntes Geschlecht; der Name aber, der mit dem letzten Sprößling zu Grabe getragen und das Wappen, das darüber zerbrochen wird, werden unvergeßlich seyn durch die Tugenden, welche ihre Besitzer ehrten. (B. Bl.)

Baden. Karlsruhe, 20. Sept. Die hiesige Zeitung macht heute aus Anlaß der Vermählung des Großherzogs Friedrich eine Reihe von Ordens- und Medaillenverleihungen bekannt. Ferner hat der Großherzog das Fest seiner Vermählung durch Amnestie- und Gnadenakte verherrlicht. Mittelst eines Generalpardons wurden nämlich allen Deserteuren, welche sich keines weitern Vergehens schuldig gemacht, auch wenn sie an den politischen Verirrungen der letzten Jahre Theil genommen, aber nicht zu deren Leitern gehört haben, die straffreie Rückkehr in das Vaterland zugesichert. Nicht minder wurden allen denjenigen, welche sich früher gestellt und eine Strafkapitulation zu dienen haben, diese sammt der von ihnen verwirkten Geldstrafe, so weit sie noch nicht eingezogen, nachgelassen. Außerdem wurden 13 Sträflinge der Strafkompagnie, einem aus dem Arbeitshaus und 13 Züchtlingen (darunter sämmtliche noch verhaftete politische Verbrecher) die Pforten des Kerkers geöffnet, während 4 weiteren, welche wegen militärischer Verbrechen zu lebenslänglichem, beziehungsweise 20jährigem Zuchthause verurtheilt sind, die Auswanderung nach Amerika gestattet ist. Endlich wurden die Truppenkommandanten ermächtigt, die verwirkten Arreststrafen allen denjenigen Soldaten, die sich dieser Begünstigung nicht unwerth gezeigt, nachzulassen. Ferner wurden, soweit der Kriegsverwaltung hierzu Mittel zu Gebot standen, Unterstützungen an 50, durch Gebrechlichkeit, Alter und Dürftigkeit ganz besonders geeignete Pensionäre vom Soldatenstand bewilligt und die Anordnung getroffen, daß diese Unterstützungen heute an die betreffenden Leute ausbezahlt werden.

Ein Korrespondent der „Hamb. Nachr." behauptet, daß der Rücktritt des Präsidenten des badischen Ministerium des Innern und der Justiz, Frhr. v. Wechmar, seinen eigentlichen Grund nicht in den vorgeschützten Gesundheitsrücksichten habe, sondern, daß der Grund jenes Rücktrittes lediglich die kirchliche Frage sey, hinsichtlich deren der nun durch Verwandtschaftsgrade liirte königl. preußische Hof angelegentlichst ein, den Ansprüchen des Episkopats der oberrheinischen Kirchenprovinz entgegenkommenderes Verhalten gewünscht habe. v. Wechmar, der den Forderungen des Episkopats einen so entschiedenen Widerstand entgegensetzte, habe daher resigniren müssen und man werde wohl in nicht ferner Zeit von Zugeständnissen hören, welche die badische Regierung dem oberrheinischen Episkopat gemacht habe.

Kurhessen. Kasel, 18. Septbr. Die „Kass. Ztg." meldet, daß der Staatsrath Frhr. v. Hanstein-Knorr, von der Stelle eines Vorstandes des Finanzministerium enthunden ist. (Allg. Ztg.)

§ **Oesterreich.** Wien, 18. Septbr. (Privat-Korresp.) Die allerneuesten Beschlüsse des Verwaltungsrathes der Kreditanstalt werden, wenn energisch und mit Sachkenntniß durchgeführt, besonders für Ungarn von großer Bedeutung seyn. So-

bald in Pesth, Temeswar, Filialen errichtet seyn werden, wird Ungarn billiges Geld bekommen und die Pulsader des Landes, der Ackerbau, wird besser gedeihen, als bisher. Der ungarische Produktenhändler, der seine Waaren nach Wien schickt, kann dieselben mit vollkommener Sicherheit bei der Creditanstalt „einlegen", sobald das erwähnte Institut das Vorschußgeschäft eröffnet, und da er einen entsprechenden Vorschuß entnehmen können wird, so kann er in Arad oder in Szegedin ruhig den Verkauf seiner Wolle oder seines Leders abwarten, den die Credit-Anstalt nach seinem Limito besorgt. Zu bedauern ist nur, daß man mit der Errichtung von Filialen so lange gewartet. Während die kleine, vor etwa zwei Jahren von Hrn. v. Naber gegründete Darmstädter Bank bereits Filialen und Kommanditen in New-York, Berlin, St. Petersburg, Frankfurt a. M., Mainz, Mannheim und Heilbronn besitzt und auch in Wien, Prag, Paris, Konstantinopel und Alexandrien Kommanditen zu errichten beabsichtigt, tritt die Creditanstalt erst jetzt mit der Idee hervor, Filialen zu errichten. Indessen ist es noch immer nicht zu spät, und es ist nur zu wünschen, daß sich die Anstalt mit der Verwirklichung ihres Entschlusses möglichst beeilen möchte.

§ Wien, 19. September. (Privat - Korrespondenz.) Die heftigen Artikel, welche die „Oesterr. Ztg." gegen die für Ungarn projektirten landwirthschaftliche Creditbank veröffentlicht, haben die Theilnahme an diesem, von der öffentlichen Meinung sehr günstig aufgenommenen Projekte, nicht schwächen können, und man wird gut thun, wenn man diesen Expektorationen keine besondere Bedeutung beimißt, da sie durchaus keinen Anspruch auf einen halboffiziellen Charakter machen können, und nur insofern von einigem Interesse sind, weil sie die Ansichten jener Clique aussprechen, die auf die Operationen der österreichischen Creditanstalt den hauptsächlichsten Einfluß und durchaus keine Konkurrenz dulden will. Uebrigens sind die Auslassungen der „Oesterr. Ztg." neuerdings ein Beweis, wie schnell man in gewissen Kreisen seine Ansichten über die wichtigsten national-ökonomischen Prinzipien zu ändern geneigt ist, denn während noch vor der Gründung der österreichischen Creditanstalt und der Ueberlassung des größten Theiles der Staatseisenbahnen an die französische Gesellschaft, die „Oesterr. Ztg." nicht genug Worte finden konnte, um die Vortheile auseinanderzusetzen, welche die Betheiligung ausländischer Kapitalisten an inländische Unternehmungen für ganz Oesterreich haben müßte, eifert sie heute gegen Betheiligung, und sieht in ihr eine große Gefahr für den Kaiserstaat. Was übrigens die Haltung des Finanzministerium betrifft, so ist dieselbe dem gedachten Projekte nicht ungünstig.

Schweiz.

Leider ist es nunmehr außer allem Zweifel, daß wirklich eine Frau, Namens Bessert, Mutter von sieben Kindern, von den Neuenburger Royalisten auf deren Marsch von Locle nach Neuenburg erschossen worden. Es waren 2 Sagnarden, Vater und Sohn, der erstere gegen 60 Jahre alt, welche die unglückliche Frau anhielten und befragten. Auf die Antwort, sie wolle auf den Markt nach LaChauxdefonds, ließen sie dieselbe gehen, aber nur einige Schritte war sie entfernt, als der Jüngere sie niederschoß. Die Kugel drang im Rücken ein. Diese feige Bluthat wird zuverläßig strenge Bestrafung finden. Dagegen rettete ein Royalist, der Uhrenfabrikant Hauptmann Roulet aus Locle bei Peseux, mehreren republikanischen Scharfschützen, die von Sagnarden gefangen genommen waren, und welche sie sofort erschießen lassen wollten, dadurch das Leben, daß er sie mit seinem Körper deckte. Der „Bund" sagt mit Bezug auf diesen Ehrenmann: „Roulet ist Royalist aus Dankbarkeit gegen den König von Preußen. Der Vater Roulets war in bedrängten Verhältnissen und hatte eine zahlreiche Familie. Der König von Preußen, der als Pathe des jüngeren Bruders Roulets vom Vater erbeten worden war, unterstützte die Familie mit Geschenken und Jahresgehalten bis 1848, als der jüngere Roulet volljährig geworden. Die Gebrüder Roulet schwangen sich zu unabhängigen Männern empor. Sie verdanken ihr Glück dem Wohlwollen des Königs."

(Fr. Postztg.)

Bern, 18. Septbr. Auf Requisition des eidgenössischen Untersuchungsrichter in Neuenburg ist in hiesiger Stadt Buchhändler Mathy verhaftet worden, weil er sich bei der Erhebung betheiligt und am Tage des Aufstandes in Neuenburg gewesen seyn soll. Die Untersuchung wird noch einige Wochen dauern. (Fr. Postz.)

Frankreich.

* Paris, 18. Septbr. Das russische Eisenbahnnetz wurde an eine Gesellschaft von Kapitalisten zum Bau überlassen, an deren Spitze die Leiter des hiesigen Mobilierkredits stehen. Die vorzüglichsten Mitglieder dieser neuen Finanzkoalition sind Hottinguer aus Paris, Stieglitz aus Petersburg, Baring aus London, Sina aus Wien, Hope aus Amsterdam und Salomon Heine aus Hamburg.

* Paris, 19. Septbr. Die hiesige Spekulationswelt ist in der größten Aufregung, seitdem der Grund der Abreise von Pereire nach Rußland bekannt ist. Die Konzession der russischen Eisenbahnen war als der Prüfstein der Macht der hiesigen Finanzkoryphäen betrachtet und der Zweikampf bei dieser Gelegenheit sollte die Ueberlegenheit des glücklichen Siegers endgültig feststellen. Auf hiesigem Platze werden die Leiter des Mobiliarkredits wieder als Genies proklamirt, nachdem sie vor einiger Zeit noch hart beurtheilt wurden. Es geht an der Börse wie überall, man muß Recht behalten. Herr Isak Pereire ist jedenfalls ein Finanzmann von ganz ungewöhnlicher Begabung. Er hat dies schon durch mehrere Operationen an den Tag gelegt. Herr Pereire macht übrigens nicht bloß gute Finanzspekulationen, er ist auch ein gebildeter Diplomat. Die Kombination der Banquierskoalition, welche für Rothschild am empfindlichsten ist, wurde auf so feine und diskrete Weise zu Stande gebracht, daß man nur von dem fait accompli Kenntniß bekam. Ohne diese Koalition aber würde die russische Regierung niemals auf die Anträge der Gebrüder Pereire eingegangen seyn.

Demoiselle Rachel ist wieder in Paris angekommen; doch wird sie in Folge ärztlichen Gutachtens den Winter in Aegypten zubringen und sich in Kairo niederlassen. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, 20. Sept. Auf der Eisenbahn zwischen Madrid und Aranjuez hat sich ein Unglück ereignet; 5 Personen verloren dabei das Leben. (Allg. Ztg.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 21. Septbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. —; 4½pCt.Met. 67¼; Wiener Bankaktien 1222; 5pCt. Lomb 86½; Wiener Wechsel l. S. 113⅝; 3pCt. inl. span. —; 1 pCt. neue 24 1/16. Oesterr. Kreditaktien 210. Darmstädter Bankaktien 396. Bayerische Ostbahn 102¼. Luxemburger internationale Kreditbank 525.

Wien, 20. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 83 3/16; 5pCt. Metall. 82⅝; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 ——; von 1854 108; Bankaktien 1071; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anleben —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 362¾; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 564; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2720. Wechselkurse: Augsburg uso 105⅜. London 10. 11½. B. Geldkurs: Dukaten —.

Hamburg, 16. Septbr. Kaffee behauptete sich sehr fest und die stattgefundenen Umsätze seit Sonnabend, 3500 B. Brasil zu 4⅝ a 5¼ Schill erfolgten zu vollen Preisen.

Zucker ungeachtet der günstigeren englischen Berichte in unveränderter Stellung. Begeben sind seit dem 13. d. M. 1500 K. gelber und brauner Havana zu 19½ a 27½ Mk.

London, 12. Septbr. Zucker der englischen Kolonien war in den letzten Tagen sehr belebt und die Preise schließen sehr ungleich. 6 d a 1 s 6 d nach Qualität höher. Die größte Steigerung ist auf die jetzt sehr seltenen ordinären Sorten unter 27 a 28 s, wofür starke Exportfrage herrscht.

Indigo. Nachrichten aus Calcutta vom 9 August melden etwas reduzirte Schätzungen der Ernte, nämlich ca. 100 a 110.000 Maunds. Die Inhaber unangebrochener Partien wollen einstweilen gar nicht verkaufen und für Restanten aus der Juli-Auktion verlangt man 3 a 4 d Avanz. Die Deklarationen zur Oktoberauktion sind bereits auf 12,512 K. gebracht.

London, 15. Septbr. Getraide. Von englischen Waizen hatten wir am heutigen Markt nur eine mäßige Zufuhr und zwar Alles von der neuen Ernte. Das Ganze wurde von den Müllern zu 2 a 4 s über die Preise von heute vor acht Tagen genommen. In fremdem Waizen fand ebenfalls ein gutes Geschäft zu 2 a 3 s höheren Preisen statt. Sackmehl 3 a 4 s und amerikan. 1 a 2 s theurer als Montag. Gerste sehr träge und feinste Malzwaare 2 a 3 s wohlfeiler als heute vor acht Tagen, Bohnen und Erbsen unverändert. Die Zufuhren von Hafer bleiben sehr knapp und bedang der Artikel die vollen letztwöchentlichen Preise.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 265. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 23. Septbr. 1856.

• Ueber die Richtung einer Eisenbahn von Ansbach nach Würzburg.

Die Frage, in welcher Richtung am zweckmäßigsten die Fortsetzung der Gunzenhausen-Ansbacher Eisenbahnlinie bis Würzburg zu bauen sey, ist so wichtig für unsere Gegend und berührt so verschiedenartige Interessen, daß es gewiß eine gründliche und allseitige öffentliche Besprechung derselben höchst wünschenswerth ist. Wir werden daher, absehend von unserer persönlichen Meinung, jeder ruhigen Erörterung der verschiedenen Ansichten über diesen Gegenstand gerne die Spalten unseres Blattes öffnen. Wir thun dies heute mit der Bittvorstellung, welche unterm 27. August d. J. der Handelsstand von Kitzingen an Se. Maj. den König in diesem Betreff gerichtet hat. Im Voraus machen wir unsere Leser darauf aufmerksam, daß der Kitzinger Handelsstand in dieser Eingabe von dem mehrfach angeregten Projekt, die Bahn von Ansbach über Kitzingen so zu führen, daß sie bei Seligenstadt an die Westbahn sich anschließe, ganz absieht, und nur davon spricht, daß die über Marktbreit nach Würzburg zu führende Bahn auch Kitzingen berühren möge. Dies vorausgeschickt, geben wir nun, dem Gedanken ganz der Eingabe folgend, in Nachstehendem eine Analyse derselben.

Zuvörderst erörtert dieselbe, daß naturgemäß die Bahn von Gunzenhausen nach Ansbach in letzter Stadt nicht abschließen könne und dürfe, sondern nach Würzburg fortgesetzt werden müsse. Darüber kann kein Zweifel seyn. Die Frage aber ist wie die Linie von Ansbach nach Würzburg geführt und ob hiebei die Stadt Kitzingen umgangen oder ob sie in das Bahnnetz mithineingezogen werden soll.

Der Kitzinger Handelsstand unternimmt es nun in der erwähnten Eingabe die Verhältnisse und Thatsachen zu schildern, die nach seinem Dafürhalten zu Gunsten Kitzingens in die Wagschale der Entscheidung gelegt zu werden verdienen. Die Eingabe verbreitet sich hierüber, wie folgt: „Die Stadt Kitzingen mit nahezu 6000 Seelen, ein ehrwürdiger Ort von tausend Jahren, erfreut sich eines alten Rufes als Handels- und Gewerbsstadt und wußte diesen Ruf bis auf die neueste Zeit zu bewahren, obgleich die Herstellung des Ludwigs-Donau-Main-Kanals den sonst auch noch blühenden Speditionshandel fast gänzlich vernichtete. Der Handel dahier besteht, jetzt wie früher, zum großen Theile in Eigenhandel mit vorzüglichem Export ins Ausland, und hat nach sorgfältigen und möglichst genauen Erhebungen noch dermalen einen Umfang, der sich in Ziffern mit circa 3-400,000 Ztr. Gewicht, welche jährlich in enormen Massen verliefert werden, gar nicht zu gedenken. — Der wichtigste Handelszweig ist der Weinhandel, welcher von 25 bis 30 Handlungen nach allen Weltgegenden hin betrieben wird. Das südliche Bayern, das Königreich Sachsen und die sächsischen Herzogthümer, Preußen bis zu seinen äußersten Gränzen werden zum großen Theile von hier aus mit Wein versorgt, auch an den Rhein wird seit Jahren in Massen versendet, und bekannt ist es, daß selbst Frankreich einen Theil seines Bedarfs durch Frankenweine die es von hier und der Umgegend bezieht, seit geraumer Zeit zu decken sucht. Dabei ist vorzüglich in's Auge zu fassen, daß es zumeist fränkisches Landesprodukt ist, was von hier aus entsendet wird, und nicht bloß zum Vortheil Einzelner, sondern vom nationalökonomischen Standespunkte aus betrachtet, zum Nutzen des gesammten Landes als baares Geld nach Bayern zurückströmt. Dieser Handel ist so bedeutend und einflußreich, daß die kgl. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg bei mehreren Gelegenheiten in richtiger Beurtheilung der Sache sich veranlaßt sah, ihn als eine Eigenthümlichkeit der fränkischen Provinz, namentlich Kitzingens, zu bezeichnen und auf die dadurch begründeten, besonderen und bemerkenswerthen Verhältnisse hinzuweisen. — Ein anderer nicht minder wichtiger Handelsartikel ist das Bier, indem die hiesigen Brauereien, unter welchen sich die größte Versandtbrauerei Deutschlands befindet, das weltbekannte Kitzinger Bier nicht nur nach allen Gegenden Deutschlands, sondern auch nach Holland, Belgien, Frankreich, nach Nordamerika und andern überseeischen Ländern in den größten Quantitäten versenden. — Der Großhandel in Kolonial-Waaren, welcher von einigen Häusern betrieben wird, und dessen Thätigkeit namentlich den Verkehr mit dem südlichen Deutschland umfaßt, hat sich seit geraumer Zeit, ungeachtet der Konkurrenz vieler in- und ausländischer Großhandlungen, bedeutend gehoben, den Zu- und Abfluß der Güter, sowie in Folge dessen die Gefälle des kgl. Hauptzollamtes dahier beträchlich vermehrt, und dadurch den Beweis geliefert, daß auch für diese Branche die Lage der Stadt eine äußerst günstige und ein ferneres Wachsthum nicht nur nicht abgeschnitten, sondern sogar bei vermehrten Kommunikationsmitteln, welche dem hiesigen Handel die gleichen Vortheile gewähren, wie sie die vielen ausländischen konkurrirenden Städte, z. B. Frankfurt, Mainz, Mannheim rc. besitzen mit aller Zuversicht zu erwarten ist. — Der Gewerbestand hat so viele thätige und wohlhabende Mitglieder aufzuweisen, wie wohl wenige Städte gleicher Größe. Es könnten hier die Seiler, welche einen ausgedehnten Flachshandel betreiben, die großen Gerbereien und so manche andere Gewerbe angeführt werden, deren Geschäfte schon bei ihrem jetzigen Umfange einer die Stadt Kitzingen berührenden Bahn viele Güter zuführen würden, abgesehen davon, daß diese Bahn selbst wieder hebend und belebend auf viele dieser Geschäfte influiren müßte. Nicht unerwähnt darf an dieser Stelle der ausgebreitete hiesige Gärtnerstand bleiben, welcher charakteristisch in seiner Art, Jahr aus Jahr ein, einen großen Theil der Umgegend, hauptsächlich aber Würzburg, mit Gemüsen und sonstigen Gartenfrüchten versieht, und besonders nach letzterer Stadt allwöchentlich zweimal eine beträchtliche Anzahl von Wagenladungen entsendet. — Der Kitzinger Viehmarkt gewinnt mehr und mehr an Bedeutung, und ist auch die Ausfuhr der in den Brauereien gemästeten Ochsen eine sehr starke. Hiebei wohl darf auch in Betracht gezogen werden, daß bei einer Führung der Bahn über Kitzingen auch dasjenige Vieh, welches auf den starken Vieh-Märkten des benachbarten Kleinlangheim vom Auslande regelmäßig gekauft und dahin verliefert wird, größtentheils hier zur Verladung gebracht würde. — Außerdem ist die Stadt Kitzingen von so vielen wohlhabenden Bürgern und Einwohnern bevölkert, daß dieselbe füglich mit zu den bedeutendsten derjenigen Städte gezählt zu werden verdient, welche von fraglicher Bahn berührt werden können. Es dürfte Kitzingen deßhalb und mit Rücksicht auf die dasselbe umgebende dichte Bevölkerung sicherlich auch einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Personenfrequenz liefern. Gehört doch die Staatsstraße zwischen hier und Würzburg zu den belebtesten Straßen Bayerns. Die erhöhte Personenfrequenz und die dadurch vermehrte Rentabilität ist aber ein Faktor, welcher selbstverständlich bei jedem Eisenbahnbaue mit in Betracht zu ziehen ist, und allenthalben praktisch wohl beachtet wird. — Es ist bekannt, daß die Wohlhabenheit Kitzingen's zum großen Theile noch von jener Zeit herrührt, wo dessen schon oben berührter Speditionshandel in Folge der günstigen geographischen Lage der Stadt — bevor noch Kanal und Eisenbahnen den großen Güterverkehr von der den Osten mit dem Westen verbindenden Hauptstraße abgezogen hatten — noch in vollster Blüthe stand. Gerade im jetzigen Moment aber tritt diese Erinnerung mit aller Lebhaftigkeit wieder in den Vordergrund, in diesem Momente nämlich, wo die verloren gegangene Hauptstraße wieder durch eine Eisenbahn von Ansbach nach Würzburg in's Daseyn gerufen werden soll, wo der Güterverkehr, der so lange seinen Weg über den Norden einerseits und über Heilbronn, Stuttgart, Ulm anderseits zu zu nehmen gezwungen war, wieder in seine natürliche Laufbahn auf eine Strecke von 50—60 Meilen innerhalb des Königreichs Bayern und mitten durch dasselbe wird zurückkehren und folgerichtig bei einer zweckmäßigen, einem thätigen Handelsstande

Vorschub leistenden Tracirung der Bahn dieser wieder in die glückliche Lage wird gesetzt werden können, den Transithandel zwischen Osten und Westen wie früher zu vermitteln und dadurch dem Staate eine ewige, nicht mehr zu raubende Rente zu bieten. Aber nicht die Stadt Kitzingen für sich allein ist es, welche, wie geschildert, Vortheile bietet und empfängt, sondern es reiht sich auch rings um Kitzingen ein blühender Kranz von Städtchen und Ortschaften, die, reich an Produktion, wie selten eine Gegend, selbst wieder bedeutenden Produktenhandel, namentlich Weinhandel betreiben, ihrerseits aber nur durch und mit Kitzingen zum Eisenbahnverbande gelangen können. Wir nennen in dieser Hinsicht nur Mainbernheim, Iphofen, Rödelsee, Großlangheim, Sommerach, Mainstockheim, Buchbrunn, Sulzfeld und Marktsteft. Sie alle und noch andere werden vereint mit uns die Weisheit einer Staatsregierung preisen, welche es mit richtigem Blicke verstanden hat, die ergiebigen Quellen eines Landstrichs zu öffnen, der unstreitig zu den gesegnetsten Gauen Deutschlands gehört und abgesehen von seiner wahrhaft reizenzenden Lage einen Schlag Menschen birgt, welche fränkischen Sinn und fränkische Biederkeit sprüchwörtlich haben werden lassen."

Nach den merkantilen Verhältnissen berührt der Kitzinger Handelsstand in seiner Eingabe sodann noch kurz die topographischen Vortheile, die seiner Meinung nach die Bodenbeschaffenheit der Wegstrecke von Marktbreit über Kitzingen nach Würzburg gegenüber jener von Ochsenfurt nach Würzburg, für den Eisenbahnbau gewähren würde. Diesem nach schließt er mit folgender Bitte. Se. Majestät wolle allergnädigst auszusprechen geruhen, „daß die Verbindungsbahn zwischen Ansbach und Würzburg, sie möge aus Staats- oder Privatmitteln gebaut werden, jedenfalls über Kitzingen zu führen und eine hierauf bezügliche Konzession an diese Voraussetzung zu knüpfen sey."

Deutscher Bund.

Bayern. In dem nunmehr veröffentlichten Landrathsabschied für Schwaben und Neuburg ist u. A. ausgesprochen, daß Se. Maj. der beantragten Errichtung einer Kreisackerbauschule auf dem Oekonomiegute des Frhrn. v. Gaisberg zu Neudeck, Landgerichts Donauwörth, unter Berücksichtigung der bezüglich des Vertragsabschlusses, dann des Programms der neuen Anstalt von dem Landrathe geäußerten Wünsche bereits unter dem 4. Juni v. J. die Genehmigung ertheilt habe; ferner, daß dem Antrage des Landrathes entsprechend, die Errichtung einer Kreiserziehungs- und Beschäftigunsanstalt in Ottobeuern für arme verlassene Knaben unter den in Vorschlag gebrachten Modalitäten bereits genehmigt sey.

Preußen. Die Zeremonie des Fackeltanzes, welche unter den Vermählungsfeierlichkeiten zu Berlin figurirt, ist in dem offiziellen Programm also angegeben: Der König und die Königin, sowie das hohe Brautpaar, nehmen unter dem Thronhimmel Platz. Ihren Majestäten reihen sich zur linken Seite des Thrones die Prinzessinen, zur rechten Seiten desselben die Prinzen an. Nachdem Se. Maj. der König den Befehl zum Beginn der Zeremonie an den Stellvertreter des Oberstmarschall ertheilt haben, nähert sich dieser dem hohen Brautpaare und ladet dasselbe durch eine Verbeugung zum Beginne des Tanzes ein, der in nachstehender Ordnung erfolgt: Der den Oberstmarschall vertretende Oberhof- und Hausmarschall, Graf v. Keller, mit dem großen Oberstmarschallsstabe; ihm folgen die auf allerhöchsten Befehl durch den Oberstzeremonienmeister Frhrn. v. Stillfried hierzueingeladenen zwölf Staatsminister mit weißen Wachsfackeln, paarweise, je nach dem Alter ihres Patents, so daß die jüngsten vorausgehen (es sind außer den acht im Amt befindlichen Ministern, die Minister a. D. Uhden, Flottwell, Graf Arnim und Graf Alvensleben); das hohe Brautpaar. Nachdem Höchstdasselbe einen Umgang im Saale gemacht, nähert sich die Prinzessin-Braut dem König, fordert Allerhöchstdieselben durch eine Verbeugung zum Tanze auf, und es beginnt ein neuer Umgang. In ähnlicher Weise tanzt Höchstdieselbe mit allen Prinzen, nach der von Sr. Maj. für diesen Tag befohlenen Ordnung. Se. k. Hoh. der durchlauchtigste Bräutigam verneigt sich hierauf gegen die Königin, und tanzt mit Allerhöchstderselben, sowie mit allen anwesenden Prinzessinen. Nach beendetem Fackelzug treten die Minister, die allerhöchsten und höchsten Herrschaften bis zum Eingang in das Königinen-Gemach vor, woselbst die Fackeln von den dazu beauftragten zwölf Pagen abgenommen werden, welche Letztere dem Zuge bis zu dem Eingange der für die hohen Neuvermählten eingerichteten Appartements vorleuchten. Nachdem von der Oberhofmeisterin der Prinzessin-Braut das Strumpfband ausgetheilt worden, wird der Hof entlassen.

Belgien.

Brüssel, 19. Sept. Am gestrigen Abend fand das bereits angekündigte Diner bei Hofe zu Ehren der Mitglieder des Wohlthätigkeits-Kongresses statt; der König, der Herzog und die Herzogin von Brabant wohnten demselben bei. Um 10 Uhr begaben die beiden Letzteren sich in die Oper, und empfing der Minister des Innern, Herr De Decker, seinerseits die Herren vom Wohlthätigkeits-Kongresse. — Die Zwanzig-Frankenstücke in Gold (Napoleons) sind wiederum und zwar auf 19 Franken 50 Cent., herabgesetzt worden; diese Maßregel wird im Kleinhandel mannigfache Schwierigkeiten hervorrufen. — In der heutigen Sitzung des Wohlthätigkeits-Kongresses erstattete Herr Vischers Bericht über eine Zuschrift von Frau Friederike Bremer, welche die Stellung der weiblichen Arbeiter beklagt und dieselbe der Aufmerksamkeit des Kongresses besonders anempfiehlt. Die Zustände der Arbeiter männlichen Geschlechts,' sagt sie, haben sich verbessert, während die der weiblichen Arbeiter dieselben geblieben sind. (K. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Sept. „Faedrelandet" brachte gestern Abend die erste detaillirte Beschreibung der dem Vizekönige von Norwegen dargebrachten Ovation, — eine Beschreibung, die man für um so genauer ansehen darf, als Kandidat Ploug, der Redakteur des „Faedrelandet", zugleich der Wortführer der Deputation war, die sich zum Vizekönig begab, um ihn im Namen der akademischen Jugend zu bewillkommen. Herr Ploug erzählt uns nun, daß er an der Spitze der gedachten Deputation die außer ihm noch aus 2 Kandidaten und zwei Studenten bestand, durch den schwedisch-norwegischen chargé d'affaires, Baron Wetterstedt, beim Vizekönig eingeführt, an denselben eine Anrede hielt, die dann wörtlich mitgetheilt wird. Die Anrede selbst zeugt von großem Geschicke; denn, wenn auch die Bezeichnung „skandinavische Einheit" nirgends direkt gebraucht wird, so ziehen sich doch die Hindeutungen auf die skandinavische Einheitsidee, namentlich die Erinnerung an die diesjährigen Upsalafeste, wie ein rother Faden durch die ganze Anrede. Nachdem der König auf das ihm gebrachte Lebehoch mit kurzen Worten gedankt hatte, kam der Vizekönig zu den Studirenden hinunter und richtete eine längere Rede an sie, welche auch „Faedrelandet" wörtlich mitzutheilen außer Stande ist, die aber nach dem in diesem Blatte enthaltenen Auszuge zu urtheilen, ebenfalls an die Upsalafeste anknüpft. Die Absicht, eine politische Demonstration zu verhindern, ist also doch vereitelt. (N.-Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 14. Septbr. Der Kaiser hat, wie schon kurz gemeldet, eine der größten Aktien-Unternehmungen genehmigt, und die Statuten bestätigt, die für den Handel und Handelsverkehr Rußlands und dessen Beziehungen zu dem Ausland von außerordentlicher Tragweite sind. Die Gesellschaft tritt zusammen unter dem persönlichen Schutze des Kaisers, gleich der russisch amerikanischen, und wird von dem Flügel-Adjutanten Kapitän Nikolaus Arkass und dem Kollegienrath Nikolas Nowosilski gegründet. Sie führt den Titel: Russische Schifffahrts- und Handels-Gesellschaft. Es ist ihr ein Anlagekapital von 6 Mill. Silber-Rubel bewilligt, das durch 20,000 Aktien zusammengebracht wird. Die Regierung nimmt sofort Aktien für 2 Mill. S.-R., deren Hälfte sie gleich, die andere nach einem Vierteljahr einzahlt. Binnen fünf Jahren muß die Gesellschaft auf allen Punkten ihre Thätigkeit in Gang gebracht haben, sie beginnt damit aber sofort, nach Maßgabe der herbeigeschaften Mittel. Sie verpflichtet sich, eine regelmäßige Dampfschifffahrts-Verbindung herzustellen zwischen den bedeutenden Häfen des asow'schen und schwarzen Meeres, sowie mit denen des mittelländischen Meeres. Eine zweite Dampfschifffahrts-Gesellschaft, unter dem Namen „Russalka", zur Beschiffung der Oka, Wolga und Kama, wird ihre Dampfer zwischen Serpuchoff, Nischni-Nowgorod und Perm zirkuliren lassen. Anlagekapital 190,000 S.-R., auf 190 Aktien repartirt. Konzession auf 50 Jahre. Eine dritte Dampfschifffahrts-Gesellschaft wird den Don befahren lassen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den im Donlande gewonnenen Anthracit (für die Flotte) zu befördern und die nöthige Anzahl Bugsir-Dampfer und Barken zu erbauen. Anlagekapital 1000 Aktien à 1000 S.-R. Angezahlt wird per Aktie 200 S.-R. Hinsichtlich der ersteren dieser Gesellschaften ist ausdrücklich bemerkt, daß nur russische Unterthanen zeichnen sich dabei betheiligen dürfen.

Die Illumination in Moskau, welche am Krönungs- und dem darauf folgenden Abende stattgefunden (am 9. war keine allgemeine Illumination, sie war auf den 11., dem Namensfeste des Kaisers, verschoben) und die ganz Moskau im wahren Sinne des Worts in eine brennende Stadt (aber anders als 1812) verwandelt hat, wagen selbst Augenzeugen nicht ausführlich zu beschreiben — sie war eben unbeschreiblich glänzend

und übertraf die höchsten Erwartungen an Pracht und Großartigkeit. Am Abend war Ball in der „Granowitaja Palata" für alle hochadeligen Personen, die Stabs- und Oberoffiziere von der Garde, Armee und Flotte, die auswärtigen Gesandten und das diplomatische Korps. — Am 9. nahm der Kaiser, ebenfalls im Thronsaale, die Gratulationen der Militär-, Hof- und Zivilbeamten der ersten vier Klassen, sowie der hoffähigen männlichen Personen entgegen, während die Hofdamen und die Damen der ersten sechs Klassen am 10. um 1 Uhr Mittags empfangen wurden. — Für den 11., dem kaiserlichen Namenstage, war, außer feierlichem Gottesdienst, Festvorstellung im großen Theater und allgemeine Illumination angesetzt. Ferner ist bestimmt, zum 12.: Diner in der „Granowitaja" für die Geistlichkeit, die ersten beiden Beamtenklassen und für die regierenden Personen des kaukasischen und transkaukasischen Landes; zum 13.: Uebertragung der Regalien aus dem Thronsaale in die „Granowitaja", und im Kremlpalaste Diner für die Adelsmarschälle, die Deputirten des Kosakenheers und der asiatischen Völker, die Stadthauptleute und den Hofstaat Ihrer kais. Majestäten; zum 14.: Ball im Alexander-Saale; zum 15.: Diener für die Gesandten, Mitglieder des Reichsraths, den Senat, die regierenden Personen des kaukasischen und transkaukasischen Landes, die zwei ersten Hofchargen, die Generaladjutanten, Generalmajore von der Suite des Kaisers, die Flügeladjutanten, Staatssekretaire, kaiserlichen Adjutanten und alle Staatsdamen, Kammer-Fräulein, Hofmeisterinnen und Fräulein; zum 16.: Ball bei Obermarschall Fürsten S. M Golizyn; zum 17. Maskerade im großen Kreml-Palais, und zum 19. Uebertragung der Regalien aus der „Granowitaja" in die „Oruscheinaja Palata" (Rüstkammer). Am Sonnabend, den 20. wird der Geburtstag des Großfürsten Thronfolgers gefeiert werden und zugleich das große Volksfest auf dem Felde von Chodynsk in der Nähe des Petrowsky-Palastes stattfinden. Auf dem Felde sind bereits acht Tribünen von je 30 Sajhenen Länge erbaut; ferner ein Pavillon für Ihre Majestäten, sechs kleinere und zwei große Fontainen, 662 Tische von je 30 Arschinen (also einen Flächenraum von circa 1½ deutschen Meilen einnehmend), zwei Pavillons und vier Tribünen für die Musiker, im Zirkus dicht vor dem kaiserlichen Pavillon, zwei große Theater und zwei Marionetten-Theater, zwei Rutschberge, eine Menge Schaukeln und andere Vergnügungsgelegenheiten. Das Fest scheint also ein großartiges werden zu sollen. Weiter gibt am 21., dem Geburtstag des Großfürsten Konstantin, der Adel in seinem Ressourcen-Saale einen großen Ball, und am 22 ist Diner für den Generalgouverneur von Moskau und die Aeltesten der Adelsversammlung. Am 23. soll der englische Gesandte, am 26. der österreichische und am 27. der französische einen Ball geben. Den glänzenden Schluß der Festlichkeiten, allem Großartigen und Prachtvollen die Krone aufsetzend, soll das Riesenfeuerwerk bilden, das gegenüber dem sog. Golowin-Palast am 30. Sept. abgebrannt werden wird. Man erzählt von den Vorbereitungen dazu wahrhaft Wunderdinge. Ein Riesen-Orchester von 1000 Musikern und 1500 Sängern wird dabei unter Lwow's Leitung concertiren; das Fortissimo werden nicht Trommeln, sondern 48 Kanonen ausführen, welche vermittelst einer elektrischen Batterie abgefeuert werden sollen. Proben dieses Monstre-Concertes finden bereits statt und ziehen eine große Menge Neugieriger an. (Hamb. Nachr.)

Spanien

† Madrid, 15. Sept. Am 6. d. kam der Bascophile Prinz Louis Lucian Bonaparte, von einem Priester aus Tolosa in Guipuzcoa begleitet, zu Vittoria an. Er machte einen Ausflug nach den Ortschaften von Eigoita, wo baskisch gesprochen wird, um den Dialekt der dortigen Einwohner zu hören und zu studiren. Doktor Vicente Isac aus Madrid, der während seines Aufenthalts in Elorrio als praktischer Arzt große Kenntniß der baskischen Sprache erwarb, begleitete den Prinzen. Der Prinz wird noch mehrere Ortschaften Biscayens besuchen.

Nichtpolitische Zeitung.

□ Wien, 19. Septbr. Seit den 17. d. Mts. haben in der Versammlung der Naturforscher und Aerzte dahier die Sektionssitzungen begonnen. So interessant nun die darin gepflogenen Verhandlungen und erstatteten Vorträge für die Männer von Fach sind, so würden doch die wenigsten derselben für ein größeres Publikum Anziehungskraft genug üben, um einen eingehenden Bericht darüber zu rechtfertigen. Nur beispielsweise erwähnt sey daher ein Vortrag des Dr. Politzer aus Wien über Blutarmuth und Bleichsucht als vorwiegenden physischen Charakter unseres Zeitalters; er schloß mit dem Antrage: Es mögen einige der jetzt hier versammelten Aerzte sich die Aufgabe stellen, in ihren verschiedenen Ländern je 1000 Menschen von dem Gesichtspunkte aus sich zum Gegenstande der Beobachtung machen, wie viele derselben von dem besagten physischen Charakter unseres Zeitalters frei sind, oder daran, und in welcher Weise partizipiren und sodann die Resultate ihrer Beobachtungen der nächsten Versammlung mittheilen, um eine Topographie des Gesunden anbahnen zu können. — Hofrath Osann v. Würzburg sprach über eine Verbesserung der Kohlenbatterie und legte zugleich eine Zeichnung des demgemäß abgeänderten Apparates vor. — Dr. Fitzinger aus Wien zeigte die Abbildung eines vollkommen nackten Pferdes unbekannten Ursprunges vor, das sich dermalen in Wien befindet. Es ist eine vierjährige Stute, die ganz das Gepräge des orientalischen, insbesondere des arabischen Typus an sich trägt, von außerordentlicher Feinheit der Haut und dunkel mausgrauer Farbe. Die gänzliche Haarlosigkeit, sowie die auffallend kleinen, fast vollkommen runden Bastarien zeichnen dieses Thier von allen bisher bekannten Racen aus. Da es das dritte dieser Art ist, das er bisher zu sehen Gelegenheit hatte und alle drei völlig mit einander übereinkamen, so sprach er die Ansicht aus, daß es, sowie das friesische und Zwergpferd, eine besondere Gruppe, vielleicht Art bilde, deren Heimath wohl nur im Innern von Arabien zu suchen sey, woher es durch die Zigeuner nach Europa kam. — Gestern Abend war im königl. kaiserl. Hoftheater auf Anordnung des Kaisers zu Ehren der Versammlung eine Festvorstellung, die mit C. M. v. Weber's Jubelouverture begann. Heerauf folgte „Zu Hause", Lustspiel von Bauernfeld, meisterhaft gespielt von den besten Kräften unseres Burgtheaters; den Schluß bildete die Ouverture und der erste Akt von Don Juan, gesungen von den besten Kräften der Oper. In der letzten Scene wurden spanische Tänze von 2 Tänzerinnen und 2 Tänzern des Balletcorps ausgeführt. Der Kaiser war nicht zugegen, wahrscheinlich um sich einer Ovation zu entziehen. Am Sonntag ist eine Eisenbahnfahrt nach dem Semmering. Es können jedoch laut einer Anzeige der Eisenbahndirektion bloß 1000 Karten ausgegeben werden und da es über 1600 Mitglieder sind, so hat das geschäftsführende Komite bestimmt, daß alle Fremden zuerst mit Karten versehenwerden, hierauf kommen die Oesterreicher aus den Provinzen und was übrig bleibt wird den Wienern zufallen, was man auch recht und billig findet. Ein Dejeuner mit Musik und steierischen Gesang wird auf dem Semmering servirt werden, das die Stadt Wien ihren Gästen bietet.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 15. bis 20. September.)

Samstag. Aus dem anfänglichen Scherz ist bitterer Ernst geworden! Die Geldfrage, welche uns schon seit Wochen beschäftigt und namentlich die Silberfrage, nahm nach und nach einen immer ernsteren Charakter an und ist nun in eine Art Panique ausgeartet, welche so ziemlich alle deutschen Plätze ergriff. Alles ist durcheinander geworfen, die Wechselkurse haben eine nie gesehene Gestaltung angenommen und ein Platz bombardirt den anderen, eine Bank entzieht der anderen ihren Baarvorrath ohne sich zu helfen. Die Sache wird so rasch nicht wieder ins Gleichgewicht kommen; man wird allgemein andere Maßregeln ergreifen müssen, um diese abnormen Verhältnisse zu regeln. — Die Börsen leiden empfindlich unter dem Einfluß der bestehenden Verhältnisse. — Richten wir unser Auge zunächst auf österr. Fonds, so finden wir, daß sie am meisten gelitten haben. Sie waren es im Allgemeinen, welche die Spekulation vorzugsweise hielt. Alles besaß davon und mehr als Jedem zuträglich war, oder besser, mehr als er bezahlen konnte, daher kommt es, daß sie nun auch am schwersten auf den Märkten liegen. Bankaktien, Nation.-Oblig., Metall., sind tüchtig gefallen. — Span. Effekten sind gleich den andern gedrückt, hielten sich jedoch im Verhältniß fester auf ihrem Standpunkt. Süddeutsche Fonds fortwährend fest und gesucht; mit ihnen lassen sich nur solide Prioritäten vergleichen, die der Kapitalist mit Vertrauen kauft und behält; daher auch die Festigkeit ihrer Kurse. — Die österr. Kreditaktien, welche sich Anfangs der Woche von ihren früheren Rückgange erholten, und bei der Medio-Abrechnung per contant sogar ,ehr gesucht waren, sind seitdem durch große Verkäufe stark zurückgegangen, so daß vom Anfang bis zum Schluß der Woche der Kursunterschied 23 fl. (vom Anfang des Monats bis jetzt 36 fl.) beträgt. Man berichtet aus Wien, daß eine Einzahlung von 20pCt. oder 40 fl. K.-M. per Aktie für den November beschlossen sey, welcher etwas später eine weitere fol-

gen würde. Es scheint, daß auf diesen Umstand hin schon seit einiger Zeit mehrere Hauptspekulanten in Wien ein großes Contreminespiel organisirt hatten, wie denn auch hier in den letzten Tagen ungemein starke Posten zum Verkauf kamen. Die Folge davon war, daß namentlich gestern eine Art Panique sich der Börse bemächtigte und den Kurs um 12 fl. herunterwarf, worauf er sich freilich fast eben so schnell um 10 fl. erholte. Die heutige Börse schloß nach einer anfänglichen Besserung abermals flauer. Bei den enormen Gewinnen, die man der Kreditanstalt nachrechnet und den großen Summen, die ihr durch Einzahlung auf die neuen Eisenbahnen etc. zu Gebote stehen, hatte man eine solche Maßregel nicht erwartet, am Wenigsten in dem Augenblick, wo der Geldmarkt ohnedies gedrückt ist. Indessen mag sie immerhin gerechtfertigt seyn. — Von den übrigen Kreditaktien haben namentlich span. einen Rückschritt gemacht. Doch behaupten sich Pereire auf 650, wogegen Rothschild sich auf einen nüchternen Standpunkt stellten. Freilich werden sie auch sehr stiefväterlich behandelt und hülflos unter die Leute geschickt. Die Schooßkinder der Spekulation, die Darmstädter haben die Scheidelinie 400 und 356 rückwärts überschritten. Auch Weimarer, Leipziger, Luxemburger etc. sind arg mitgenommen worden. In solchen kritischen Zeiten erholt man sich an Zettelbanken leichter, als an Kreditanstalten. Jene arbeiten fort, diese müssen bessere Konjunkturen abwarten und verlieren. Von der Meininger Bank vernimmt man, daß sie sich an dem Hamburger Credit mobilier betheiligen werde, nachdem die Leipziger und Darmstädter Banken die Theilnahme abgelehnt haben. — Der grand mousseur aller Credits mobiliers, der russische, kommt wieder einmal in Schußnähe, wenigstens ist so viel als nahezu gewiß anzunehmen, daß Hr. Pereire und Kons. die Glücklichen seyn werden, denen vorerst die Konzession der russischen Eisenbahnen mit Staatsgarantie zufällt. Graf Morny, in Börsenaffairen kein Neuling, hat seiner alten Freunde wohl gedacht und von seiner Mission finanzielle und politische Erfolge erzielt. Die Rothschild'sche Großmacht ist in dem Wettkampf unterlegen, und wenn es sich bestätigen sollte, daß Hr. v. Stieglitz wirklich in den Verwaltungsrath des großen Instituts am Vendomeplatz eingetreten, so wäre dies ein außerordentlicher Zuwachs seiner Größe und seines Einflusses. Bei solchen Aussichten und auf die Nachricht eines ganz inkognito gemachten, aber darum nicht minder erklecklichen Gewinnes in Seidespekulation haben sich die Aktien des Pariser Mobilier inmitten des allgemeinen Rückganges in steigender Tendenz gehalten und daraus auch die anderen von dem Institut abhängigen und influirten Effekten wenigstens die Kraft des Widerstandes gezogen.

Eisenbahnaktien sind durchgehends gefallen. Bexbach 140, Nordbahn 96½, Ostbahn 102 sind Kurse, die nur allzusehr die Kehrseite der sanguinischen Hoffnungen zeigen. Staatsbahnen haben weniger gelitten; sie rangiren eher unter den französischen Effekten. Dagegen sind österr. Westbahn am Meisten gewichen, während Franz Joseph sich besser behaupteten, weil auch sie auf die Pariser Börse gestützt wird. — Wir müssen schließlich noch der Wechsel namentlich der schlechten Kurse der auf Gold lautenden Devisen gedenken. Preuß. Bankplätze sind ebenfalls flau, da von dorther auch kein Silber mehr zu bekommen ist; endlich hat die Wiener Valuta einen großen und ernsten Rückschritt gemacht, der um so mehr auffallen muß, da die Nationalbank der Bareinlösung ihrer Noten näher gekommen ist, als sie es in den letzten 8 Jahren war, und dieser Rückschritt die ganze Entwickelung empfindlicher trifft, als das Weichen der Effekten. Wir hoffen, daß es den angestrengten Bemühungen des umsichtigen Finanzministers gelingen wird, durch eine Reihe von Maßregeln diese Bresche wieder auszubessern. (Aktionär)

Frankfurt, 22. September. Ohne bekannte Ursache eröffnete die Börse in sehr flauer Stimmung und verharrte bis zum Schlusse. Am empfindlichsten zeigte sich der Rückgang in österr. Credit- und Darmstädter Bankaktien beider Gattungen, österr. Bankaktien und National hingegen blieben preishaltend.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79$\frac{5}{16}$ P. 79$\frac{3}{16}$ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 86 P. 85½ G. Metall. alte à 5pCt. 78 P. — G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 P. — G.; à 4½pCt. 67⅝ P. 67⅛ G.; à 4pCt. — P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. —G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 58¼ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 85¾ P. 85¼ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 88¾ G.; 4pCt. 94¾ P. 94¼ G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94½ G.; 4½pCt. 101 P. 100½ G.; 5pCt. 100¾ P. 100½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91½ P. 91¼ G.; 4½pCt. 102⅝ P. 102⅛ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 92¾ P. 92¼ G.; à 4pCt. 100 P. 99½ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82½ P. 82 G.; à 3½pCt. 91¼ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38¾ P. — G.; 1pCt. neue 24⅛ P. 24 G. **Holland.** Integrale — P. 63 G.; Certificate 4pCt. — P. 94½ G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1227 P. 1222 G. Neue Bankaktien 354 P. 349 G. Credit-Actien à 5pCt. 205 P. 203 G. Darmstädter Bankaktien alte 391 P. 389 G.; junge 344 P. 342 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 525 P. 520 G. Mitteldeutsche Creditbank 106½ P. 106 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 112½ P. — G. Frankf. Bankaktien 117 P. 116½ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 269 P. 267 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 139¼ P. — G. Neustadt-Weissenb. 106½ P. — G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 102¾ P. 102¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 81¾ P. 81¼ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 80½ P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 96¾ P. 96¼ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 121 P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102 P. — — G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. 115½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48¼ P. — G. Darmst. Loose à fl. 50 117¾ P. 117¼ G. à fl. 25 34½ P. 34¼ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 P. 39½ G. Nass. Loose à fl. 25 33⅝ P. 33⅜ G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44¼ G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. 99¾ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117½ P. 117¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. 119¾ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99¾ P. — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅝ P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S. 92¾ P. 92½ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅝ P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96½ P. 96¼ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 113⅞ P. 113⅝ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. — G.	Wien 3 M. mit 4% 113½ P. 113¼ G
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅝ P. — — G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Nürnberg, 7. Septbr. Se. Maj. der König haben dem 1. Vorstande des Gewerbvereins zu Fürth, Schuhmacher Brückner, in Anerkennung seiner Verdienste um die gewerblichen Interessen der Stadt Fürth die goldene Medaille des Zivil-Verdienstordens zu verleihen geruht. (N. C.)

Wien, 19. Sept. Die Räubereien, welche in einigen Theilen Ungarns leider wieder zum Vorschein kommen, lassen die vorhandenen Gendarmeriekräfte kaum hinreichend erscheinen. Es ist daher, dem Vernehmen nach, im Antrag, ein neues, zunächst zur Verwendung in Ungarn und Siebenbürgen bestimmtes Gendarmerie-Regiment zu errichten. Deßgleichen soll das Polizeiwachcorps für Wien und Niederösterreich um ein Bataillon vermehrt werden, indem das jetzige Polizeiwachcorps für Wien nur 2000 Mann stark ist, eine ziemlich geringe Zahl, wenn man bedenkt, daß der Polizeirayon von Wien, in welchen auch die stark bevölkerten Ortschaften in der Nähe der Residenz gehören, gegenwärtig nicht unter 600,000 Seelen umfaßt. (A. Z.)

New-York, 5. Sept. Die Missurier (Parteigänger der Sklavenstaaten) und die Abolitionisten (Sklavengegner) haben sich bei Ossawa in Kansas ein Treffen geliefert. Etwa 600 Streiter nahmen an den Gefechten Theil; es wurden 20 getödtet. Die Missurier griffen die Abolitionisten an und nahmen die Stadt mit Sturm; die Güter wurden konfiszirt. Das Zentralgouvernement hat die Einberufung der Milizen wegen der Unzulänglichkeit der Truppen verfügt. Andererseits wurde um Verstärkungen bei den Gouverneuren von Kentucky und Illinois nachgesucht. Die Regierung ist entschlossen, die Unterdrückung der Unruhen kräftigst zu betreiben. (Fr. J.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 266.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 24. Septbr. 1856

Abonnements-Einladung.

Zum Abonnement auf das mit dem 1. Oktober beginnende 4te Quartal der täglich (auch an den Sonn- und Festtagen) erscheinenden

Neuen Würzburger Zeitung,

nebst dem gleichfalls täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger" und dem wöchentlich zweimal beigegebenen belletristischen Unterhaltungsblatt „Mnemosyne", laden wir ergebenst ein.

Wie bisher werden wir über alle vorkommenden Ereignisse möglichst rasche und zuverlässige Berichte geben, die neuesten Handels- und Börsen-Berichte in möglichst umfassender Weise liefern, und besonders wichtige Vorkommnisse nach telegraphischen Mittheilungen, nöthigenfalls in Extra-Beilagen zur Kenntniß unserer Leser bringen.

Während der Theater-Saison bringt die „Mnemosyne", wie in früheren Jahren, fortlaufende Theaterkritiken.

Bestellungen werden bei allen königlichen Postämtern und in der unterzeichneten Expedition entgegengenommen, und wird gebeten, dieselben rechtzeitig zu machen. Der Abonnements-Preis für die Zeitung nebst „Mnemosyne" und „Anzeiger" beträgt hier wie in ganz Bayern vierteljährlich 2 fl., auswärts mit geringem Aufschlag. Auf den „Würzburger Anzeiger" kann man sich auch allein abonniren, und kostet derselbe vierteljährlich 24 kr.

Würzburg, im September 1856.

Expedition der Neuen Würzburger Zeitung.
(Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Deutscher Bund.

Frankfurt. Die Weisungen der preußischen Regierung an ihre Vertreter bei den Großmächten sprechen im Hinblick auf das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 und den in der Pariser Konferenz vom 14. April l. J. ausgedrückten Wunsch bezüglich der Neuenburger Frage die Hoffnung auf die guten Dienste der Mächte und die Erledigung der Frage durch die Thätigkeit der Diplomatie aus. (A. Postz.)

Bayern. München, 22. Septbr. Gestern Vormittag ist König Ludwig einer drohenden Gefahr glücklich entgangen. Als Se. Maj. eben mit der Herzogin Adelgunde vom Wittelsbacher Palast aus in die Kirche absuhren, brach am Gespann das Leitseil, wodurch die Pferde scheuten und den Wagen auf die Seite rissen, so daß ein Fenster in Trümmer ging. Doch wurde man glücklicher Weise der Pferde noch Meister; König Ludwig bestieg hierauf mit der Prinzessin Adelgunde den nachkommenden Wagen seines Gefolges und setzte den Weg zur Kirche fort. (B. Bl.)

Baden. Karlsruhe, 12. Septbr. Aus allen Gegenden des Landes gehen Nachrichten von dem festlichen Begehen des Tages ein, so wie über die Bereitung der Weihegaben, die von vielen Seiten her den hohen Neuvermählten nach ihrer Ankunft in hiesiger Residenz, zu Anfang des Oktobers, dargebracht werden sollen, und wobei namentlich die größeren Städte des Landes sich überbieten zu wollen scheinen. Auch der grundherrliche Adel des Landes und die evangelische Geistlichkeit werden ihre besonderen Festgeschenke, ersterer die Statuette eines Ritters in edlem Metalle gegossen, letztere eine geschmackvoll ausgestattete Bibel mit reichem Silberbeschläge darbringen. Die verschiedenen Geschenke sollen dem Vernehmen nach später zur Besichtigung ausgestellt werden. (Schw. M.)

Baden, 20. Septbr. Der hier ansässige Bankier Karl Daniel Oppenfeld aus Berlin hat den heutigen Festtag nicht vorübergehen lassen wollen, ohne ein bleibendes Denkmal der Erinnerung zu weihen; er machte zu diesem Zweck zwei Stiftungen, die beide den Namen „Auguste-Luisen-Stiftungen" tragen sollen. Zuerst bestimmt er die Summe von 3000 fl., aus deren Zinsen stets zwei verwahrloste junge Mädchen bei den barmherzigen Schwestern, deren Obsorge das hiesige städtische Krankenhaus anvertraut ist, untergebracht und erzogen werden sollen, bis sie im Stande sind, ihr Brod durch Dienen selbst zu verdienen. Sodann machte er dem evangelischen Schulfonds eine Schenkung von 2000 fl. (K. Z.)

Freie Städte. Frankfurt, 20. September. In der heutigen Nummer des „Amtsblattes" werden nachfolgende Gesetze veröffentlicht: 1) Das auf Beschluß der gesetzgebenden Versammlung und der Bürgerschaft angenommene organische Gesetz. Die wesentlichsten die gegenwärtige Verfassung abändernden Bestimmungen sind: Der Senat besteht künftig nur aus 21 (gegenwärtig 42) Mitgliedern, und die Eintheilung in drei Ordnungen hört auf; die Bestimmungen, wonach der Senat zur Justizverwaltung aus sich ein Appellations- und ein Stadtgericht zu bilden hat, sind aufgehoben. Das Gerichtsverfahren ist öffentlich und mündlich; in Straffachen gilt der Anklageprozeß und in schweren Straffachen urtheilen Schwurgerichte. Die gesetzgebende Versammlung besteht aus 57 ans der Bürgerschaft zu wählenden Mitgliedern, aus 20 Mitgliedern der ständigen Bürger-Repräsentation, und 11 der Landgemeinden. 2) Das Gesetz, die Entscheidung über Kompetenz-Konflikte zwischen Verwaltungsbehörden und Gerichten betreffend. Der deßhalb zu bildende Gerichtshof besteht aus sieben Mitgliedern des Senates und des Appellationsgerichtes. 3) Das Gesetz über die Gerichts-Verfassung. 4) Das Gesetz zum Vollzug des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854 zur Verhinderung des Mißbrauches der Presse. Auch dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1857 in Kraft Dieses gleichzeitig mit der neuen Verfassung mit 1. Januar 1857 in Kraft tretende Gesetz zum Vollzug des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854 zur Verhinderung des Mißbrauchs der Preßfreiheit enthält zum Theile Bestimmungen, die von der Preßgesetzgebung anderer Staaten des deutschen Bundes wesentlich verschieden sind, bekundet die Absicht unserer Behörden, beschränkende Bestimmungen in Bezug auf die Presse nur, soweit sie unumgänglich durch das Bundesgesetz bedingt sind, eintreten zu lassen. Für jede dabier erscheinende periodische Druckschrift (Zeitung, Zeitschrift) muß vor deren Herausgabe eine Kaution, und zwar, wenn die Zeitung oder Zeitschrift nicht mehr als dreimal in der Woche erscheint, von 800 fl., wenn sie mehr als dreimal in der Woche erscheint, von 1600 fl. (Das Minimum der im Bundesgesetz be-

stimmten Summe) gestellt werden. Diese Kaution wird, wenn sie in baarem Geld geleistet wird, mit 3½ vom Hundert verzinst. Der Verpflichtung zur Kautionsstellung unterliegen auch die dermalen erscheinenden Zeitungen oder Zeitschriften. Es wird jedoch zur Stellung der Kaution eine Frist von vier Wochen gewährt. Art. 36 knüpft die Ausübung des Gewerbs eines Buch- oder Steindruckers ꝛc. an die Erlangung einer besonderen Erlaubniß, die Keinem, der sich über seine Befähigung zum Betriebe des Gewerbes ausgewiesen hat und unbescholten ist, versagt werden soll. Die Einziehung dieser Erlaubniß kann nach Art. 38 im Falle des Mißbrauchs des Gewerbebetriebs auf administrativem Wege erfolgen, jedoch nur dann, wenn nach vorausgegangener schriftlicher Verwarnung des Polizeiamtes die betreffenden Gewerbtreibenden ihre Beschäftigung beharrlich zur Verbreitung von strafbaren, insbesondere staatsgefährlichen Druckschriften mißbrauchen, und höchstens auf die Dauer eines Jahres. Polizeiliche Verwarnungen dürfen nur ertheilt werden, wenn aus einem Verlage oder einer Druckerei binnen einem Jahre wenigstens zwei Druckschriften hervorgegangen sind, welche eine rechtskräftige Verurtheilung zu einer Gefängnißstrafe wegen amtlich zu verfolgender Preßvergehen nach sich gezogen haben und innerhalb Jahresfrist vom letzten rechtskräftigen Erkenntnisse an aus diesem Verlage oder dieser Druckerei eine neue Druckschrift erscheint, die ein solches Preßvergehen enthält, jedoch nur während dreier Monate von dem rechtskräftigen Urtheile über dieses neue Vergehen an. War die Entziehung dieser Erlaubniß gegen den Verleger oder Drucker bereits einmal verfügt worden und tritt gegen ihn, nachdem er die Fortsetzung des Geschäftes wieder begonnen hat, binnen Jahresfrist nach dem Aufhören der ausgesprochenen zeitlichen Einziehung der Erlaubniß eine nochmalige Bestrafung wegen eines amtlich zu verfolgenden Preßvergehens ein, so kann ihm vom Senate, jedoch nur binnen dreier Monate vom Beginn der Strafverbüßung an, die Erlaubniß für immer entzogen werden. Diese Entziehung tritt erst nach drei Monaten, von dem Tage an gerechnet, an welchem sie verfügt worden ist, in Wirksamkeit. (Frankf. Bl.)

Anhalt. Aus Dessau wird dem Berliner „Korresp.-Bureau" berichtet, daß der Herzog dem Vorgehen des dortigen evangelischen Konsistorium, welches sich in einem Reskript dieser Behörde gegen Rationalismus und Union zu erkennen gegeben hat, entgegengetreten sey

§ **Oesterreich.** Wien, 21. Septbr. (Privat-Korresp.) Es ist begreiflich, daß man in allen Kreisen dem Ausgange der Mission des Frhrn. v. Hübner in Neapel mit großer Spannung entgegensieht, da man weiß, daß dies der letzte Schritt ist, welchen das diesseitige Kabinet versucht, um die zwischen Neapel und den Westmächten bestehenden Differenzen zu beheben. Baron Hübner hatte am 12. und am 14. d M. Audienzen bei dem Könige, und berichtete noch an denselben Tagen auf telegraphischem Wege nach Wien über den Erfolg derselben. Wie ich vernehme, soll man sich diesseits durch die Berichte des Gesandten nicht ganz befriediget fühlen, und die Hoffnung auf ein Einlenken des Königs so ziemlich aufgegeben haben,*) eine Annahme, die um so gerechtfertigter erscheint, wenn die seit einigen Tagen in den hiesigen diplomatischen Kreisen kursirende Nachricht sich bestätiget, daß nämlich der kgl. neapolitanische Gesandte, Duca di Petrulla, von hier abberufen und durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden soll. Dieser Diplomat, welcher die gegenwärtige politische Weltlage vollkommen richtig auffaßt, gehört eben darum nicht zu den unbedingten Bewunderern der Politik des Herrn v. Caraffa, und suchte seinen Einfluß in Neapel bei mehr als einer Gelegenheit in einer den diesseitigen Intentionen entsprechenden Weise geltend zu machen. Seine Abberufung in dem gegenwärtigen Augenblicke wäre daher zweifellos ein neuer Beweis, daß eine Wendung der bis jetzt in Gaëta befolgten Politik nicht beabsichtigt wird. — Der Kredit, welcher dem österreichischen Krönungsbotschafter in Moskau, Fürsten St. Esterhazy, von Seite des Staates eröffnet worden ist, beläuft sich auf 2 Millionen Gulden, welche Summe jedoch in Hinblick auf den großartigen Aufwand, den der Fürst in Moskau macht, kaum ausreichen wird, alle Bedürfnisse zu decken. Von Raab aus hat der Fürst eine eigene Zigeunermusikbande nach Moskau kommen lassen, welche die Tafelmusik versieht und großes Aufsehen macht. Das Tafelgeschirr, welches bei den von dem Fürsten veranstalteten Banketten gebraucht wird, ist durchgehends von Gold und Silber und repräsentirt einen Werth von mehren Millionen.

*) Dies wird auch durch die in den letzten Tagen aus London und Paris gekommenen Nachrichten bestätigt. D. Red.

Schweiz.

Aus Bern, 18. Septbr., schreibt man der „Allg. Ztg.": „Die Neuenburger Republikaner wollen ihren Sieg über die Royalisten zur Vernichtung der „Bourgeoisie" in Neuchatel als Korporation benutzen. Die Stadt zählt etwa 1700 Bürger und 8000 Insassen. Erstere bilden die Bourgeoisie, welche zu den gemäßigten Royalisten gehört und ein Vermögen von 12 bis 15 Mill. Fr. besitzt; aus ihr werden die Verwaltungsbehörden der Stadt zusammengesetzt. Der Plan der Republikaner ist nun, einen Beschluß des großen Raths durchzusetzen, nach welchem die Bourgeoisie als Korporation für aufgehoben erklärt wird; angebahnt ist eine solche Maßregel durch die bereits provisorisch erfolgte Absetzung des bisherigen Munizipalrathes. Im Jahre 1831 wurden in der Stadt Neuenburg 13 Grafen, 17 Barone, 4 Kammerherren, 15 Ritter und 28 bis 30 adelige Familien gezählt. Diese mächtige Aristokratie verdankt ihr Daseyn dem preußischen Regentenhaus; ihr Einfluß, theilweise auch ihr Reichthum, würde durch den in Aussicht gestellten Beschluß des großen Raths völlig gebrochen, was schwerlich ohne eingreifende Folgen geschehen kann."

Bern, 19. Septbr. Die Bourgeoisie in Neuenburg ist von den letzten Ereignissen nicht so eingeschüchtert, daß sie im Hinblick der angedrohten Aufhebung der Korporation sich passiv verhält. Der Verwaltungsrath der Bourgeoisie hat dem Bundesrath ein Memorial behändigt, worin er die Verhältnisse dieser Korporation auseinander setzt und mit aller Energie gegen die vom Staatsrath beschlossene Aufhebung des Bürgerrathes protestirt. Er behauptet darin, daß die städtische Behörde in Verdachtszustand versetzt und in ihren amtlichen Verrichtungen eingestellt worden sey, ohne die vom Gesetz vorgeschriebene vorher anzubringende Klage bei dem conseil répresentatif der Bürgerschaft, ohne irgend eine vorausgegangene Untersuchung, ja selbst ohne ein Motiv zur Erklärung und Rechtfertigung einer so ernsten Maßregel. Vergebens habe der Verwaltungsrath von der Regierung Mittheilung der von Gesetz und Verfassung vorgeschriebenen Untersuchung verlangt. Nun sehe derselbe sich genöthigt, die verfassungsmäßigen Schritte bei dem Bundesrath zu thun. (Fr. Pstz.)

Bern, 20. Septbr. Heute hat endlich nach 6tägiger heftiger Debatte der Nationalrath in dem Streit der Kantone Freiburg und Waadt über die Richtung der projektirten schweizerischen Westbahn sein Wort gesprochen und mit 59 gegen 47 Stimmen zu Gunsten des Kanton Freiburg sich für die Linie Freiburg-Oron-Lausanne entschieden. Demnach würde die Eisenbahn von Genf an den Bodensee über Lausanne-Freiburg-Bern (statt über Peterlingen-Murten-Bern) gehen. Es kommt nun darauf an, ob auch der Ständerath dem Beschluß des Nationalraths beistimmt.

Belgien.

Brüssel, 20. Sept. Heute schloß der Wohlthätigkeits-Kongreß seine diesjährigen Sitzungen, nachdem derselbe noch u. A. der Frau Friederike Brehmer und den übrigen Damen, welche den Berathungen des Kongresses gefolgt waren, den Dank der Versammlung ausgedrückt hatte. Herr Rogier, der Präsident, schloß seine Abschiedsrede mit folgenden Worten: „Die rohe Gewalt, die Gewalt der Kanonen, um unsern Ideen Eingang und Sieg zu verschaffen, besitzen wir nicht; aber von etwas Unwiderstehlicherem werden wir getragen, von der theilnehmenden Gewalt der öffentlichen Meinung und der Zustimmung edelmüthiger Männer und Frauen. Ich erkläre die erste Versammlung des Wohlthätigkeits-Kongresses für geschlossen." Diesen Abend wird der Herzog von Brabant die hervorragendsten Mitglieder des Kongresses u. s. w. zum Souper im Schlosse versammeln.

Frankreich.

Paris, 19. Septbr. Die letzte Stelle eines Börsenmäklers, die hier verkauft worden war, hatte einen Käufer um 1,800,000 Fr. gefunden. Damals wurde großes Aufheben mit diesem nie erreichbaren Preise gemacht. Dies geschah vor einigen Monaten und siehe da, gestern wurden neuerdings zwei solche Chargen verkauft, die eine von Santerre und die andere von Chartier, und beide wurden mit 2,200,000 Fr. bezahlt. Sie würden aber eine Irrung begehen, wenn Sie glaubten, daß hiermit schon die äußerste Gränze erreicht ist, denn Rodrigues wurden 2,400,000 Fr. für seine Charge angeboten und er hat diese Summe als zu gering von sich gewiesen. Wenn die Spekulanten sich diese Preise recht zu Herzen nehmen würden, möchten sie sich vielleicht mäßigen; aber sie werden es erst dann, wenn die Unvorsichtigen infolge einer ganz bedeutenden Katastrophe Lehrgeld bezahlt haben werden.

Die Angabe der „Köln. Ztg." von einer nahe bevorstehenden Versammlung hoher „offizieller Personen" in Paris zum Zweck der „Besprechung der allgemeinen Lage der Dinge in

Frankreich," und zugleich zur Wahl „derjenigen Person die nöthigenfalls unter dem Titel eines Generallieutenants von Frankreich die Regierung übernehmen wird;" und von einer gänzlichen Aenderung der Politik im In- und Ausland, wird von der „Allg. Z." als durchaus grundlos erklärt.

* Man versichert, daß nach allen Häfen Frankreichs Befehl ertheilt wurde, vom 1. September an alle Deportirten-Transporte nach Cayenne einzustellen. Es scheint demnach, daß die philantropischen Rücksichten, welche gegen den verlängerten Aufenthalt in dieser Strafanstalt sprechen, beachtet werden und die Insel Neu-Caledonien die Erbin der amerikanischen Kolonie werden wird.

Spanien

† Madrid, 17. Sept. Die „Novedades" berichten, daß gestern, nach Veröffentlichung der Constitution, dem General Serrano die Ermächtigung zuging, dem Marschall Narvaez — auf Verlangen — einen Paß nach Spanien zu behändigen. (Also nur das konnte oder wollte O'Donnell verhindern, daß er auf die Gestaltung der neuen Verfassung direkt Einfluß übt.)

Die „Epoca" berichtet, daß der Kaiser Napoleon bei seiner neulichen Anwesenheit in San Sebastian zwei französische Flüchtlinge auf ihr Gesuch begnadigte und ihnen zugleich die Mittel zur Rückreise und zu ihrem Unterhalte in der ersten Zeit zum Geschenke machte.

Briefe aus Oporto bestätigen, daß daselbst die Cholera und das gelbe Fieber ausgebrochen sind.

† Eine Korrespondenz des „Journals des Debats" aus Madrid, vom 13. Sept. theilen wir im Auszuge mit. Nach derselben ist nicht mehr O'Donnell als der eigentliche Held der letzten Ereignisse und der energische Vertheidiger des Thrones bei Hof angesehen; sondern der Sieg der Regierung wird dort einzig und allein der kalten Entschlossenheit des Ministers Rios Rojas zugeschrieben, welcher von keinem Vergleich wissen wollte, sondern zu kräftigem Widerstande rieth. Diese Erinnerungen und die letzten Maßregeln, welche alle sein Werk sind, befestigen seinen Einfluß mehr und mehr; ihm ist es auch zu verdanken, daß jetzt die Verfassung von 1845 proklamirt ward. Die neuen Senatoren sollen, der Verfassung von 1845 gemäß, von der Königin auf Lebenszeit und in unbestimmter Anzahl ernannt werden, und zwar, (dies ist ein Zugeständniß für die Liberalen) während der Session und der Versammlung der Cortes, um jede übermäßige Anzahl von Ernennungen durch den moralischen Einfluß der Cortes zu hindern und die Minister von allen der Verfassung feindlichen Ernennungen abzuhalten. Im Anfang wird der Senat aus 140 Mitgliedern der konstitutionnel-monarchischen Partei bestehen, ohne Ausschluß der moderirten Progressisten. — Ferner bestimmt die Zusatzakte, daß die Cortes sich jährlich zu einer viermonatlichen Session versammeln werden; die Regierung hat aber das Recht, sie aufzulösen und zu vertagen, ohne aber die Dauer der jährlichen Session zu vermindern. — Endlich enthält die Zusatzakte noch Bestimmungen über die Presse, wenigstens im Prinzip; man will nämlich dem Schriftsteller seine Freiheit und Unabhängigkeit lassen, und doch die Autorität gegen jeden Mißbrauch schützen.

Italien.

Die zweite Ausgabe der „Morning Post" bringt den Wortlaut einer Depesche des Grafen Cavour an den sardinischen Geschäftsträger in Florenz vom 5. Septbr., in der über die Ausweisung sardinischer Unterthanen trotz regelmäßig visirter Pässe*) Beschwerde geführt und der Vorwurf abgelehnt wird, den der toskanische Premierminister gegen die sardinische Regierung erhoben hatte, daß sie die Ruhe der benachbarten Staaten zu stören suche.

Montenegro.

Aus Wien, 19. Sept. schreibt man der „Köln. Ztg.": In der montenegrinische Angelegenheit ist eine Verständigung zwischen den Unterzeichnern des Vertrages vom 15. April zu Stande gekommen. Dieselbe soll jedoch für die Ansprüche des Fürsten Danilo nicht günstig ausgefallen seyn, da man sich in sehr entschiedener Weise gegen die Wiederherstellung der alten Gränzen des Fürstenthums ausgesprochen hat. Dem Fürsten wird unter diesen Umständen wohl keine andere Wahl bleiben, als nachzugeben, da er in Hinblick auf den Umstand, daß er mit dem Bezuge der Munition lediglich auf Oesterreich angewiesen ist, an einen ernsten Widerstand gegen die Türkei nicht denken kann, wenn, wie zu erwarten steht, die Ausfuhr von Pulver, Blei und Waffen von Seiten des Gouverneurs von Dalmatien demnächst verboten werden wird.

*) Das war erst kürzlich einem sardinischen Professor, der mit etlichen Zöglingen eine Vergnügungsreise nach Toskana machte, passirt.

Wien, 20. Sept. Der Fürst von Montenegro hat in einer Denkschrift den Großmächten die faktischen Verhältnisse seines Landes offen darzulegen versucht und daran einige Vorschläge geknüpft, über deren Tragweite die Politiker in Cettinje wohl selbst nicht klar seyn mögen. Nach der Ansicht des jetzigen Fürsten von Montenegro ließe sich die Existenz seines Landes in materieller und staatlicher Beziehung nur dann für die Zukunft sicher stellen, wenn die Großmächte durch einen diplomatischen Akt die Unabhängigkeit Montenegros von der Pforte anerkennen wollten, wenn eine Gränzregulirung gegen das türkische Gebiet vorgenommen würde, wenn den Montenegrinern ein Theil der anliegenden Niederungen in der Herzegowina und Albanien abgetreten würde und wenn überdies ein Stück Küstenland mit dem Hafen von Antivari für immer an das Reich Montenegro fiele. Diese Anforderungen könnten in Anbetracht der bedrängten Lage, in welcher sich die Czernagora nach der eigenen Darstellung ihres Fürsten befindet, nicht unbescheiden genannt werden. Sobald man es als einen unumstößlichen Grundsatz aufstellen will, daß die staatliche Existenz eines souveränen Fürstenthums von Montenegro für das europäische Gleichgewicht unbedingt nothwendig sey, so wird man auch zugeben müssen, daß die Gränzen des souveränen Staates zu dessen Gunsten berichtigt und das Besitzthum des Fürsten in einer Weise arrondirt werden müsse, die es ihm ermöglicht, auch ohne die Subvention Rußlands im Betrage von 8000 Stück Dukaten jährlich seine neu errungene Würde zu behaupten. Kann aber Fürst Danilo hoffen, daß eine solche Ueberzeugung unter den Kabinetten Platz greifen werde? Könnten nicht mit demselben Rechte, wie heute die Czernagorzen, die schlesischen Bergbewohner den Vorschlag machen, man solle ihnen in den Niederungen Oesterreichs oder Preußens einen Landbesitz schenken, damit sie sich nicht der Noth und der Gefahr eines unehrlichen Lebenswandels preisgegeben sähen? Was würde man diesen armen aber gewerbsamen Schlesiern antworten? Zieht herab von Euren Bergen und sucht eine neue Heimat und neue Erwerbsquellen in den Niederungen, die ganze Welt steht Euch offen, arbeitet und gründet ein neues Hauswesen. Derselben Antwort müssen die Czernagorzen gewärtig seyn, wenn sie verlangen, daß ihnen durch die Großmächte geholfen werde. Es ist nun einmal eine geschichtliche Wahrheit und eine Forderung der Zivilisation, daß eine naturwüchsige Wirthschaft, wie sie in Montenegro sich findet, keine Kulturstufe sey, auf welcher ein Volk Jahrhunderte lang ohne Gefahr für seine eigene Existenz stehen bleiben kann. Nicht die staatliche Frage ist die Hauptfrage, die wirkliche Lebensfrage für Montenegro, sondern die materielle, die rein praktische Frage: Wie können die 120,000 Bewohner Montenegros ihren Lebensunterhalt in dieser Welt auf ehrliche Weise verdienen. Erst müssen die Montenegriner sich selbst erhalten können und nicht mehr, wie bisher, durch Raubzüge auf türkischem Gebiet; dann erst fragt es sich, ob Montenegro sich als selbständiger Staat erhalten könne. (Ostd. Post.)

Amerika.

Nachrichten aus Mexiko vom 19. und Vera Cruz vom 20. August melden, daß eine neue Verschwörung in der Stadt entdeckt und unterdrückt worden. Der Artikel der neuen Constitution, welcher allen Religionsparteien freie Religionsübung zusicherte, war im Kongreß mit 67 gegen 44 Stimmen zurückgewiesen, (die katholische Religion bleibt demnach in Mexiko Staatsreligion) In Vera Cruz herrschte noch das gelbe Fieber. (P. C.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 23. Septbr. Oesterr. Kreditaktien, worin sich heute wiederum das Hauptgeschäft konzentrirte, wurden abermals zu weichenden Coursen abgegeben, auch für die übrigen Effekten war die Börse beinahe durchgängig in flauerer Stimmung, mit Ausnahme von österr. Bankaktien beider Gattungen, die zu höheren Coursen Käufer fanden.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1851 $75\frac{5}{8}$ P. $78\frac{3}{4}$ G. 5pCt. Lombard-Ven. 86 P. $85\frac{1}{2}$ G. Metall. alte à 5pCt. 77 P. — G.; à 5pCt. in Silberb. R. 88 P. — G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $67\frac{1}{2}$P. 67G.; à 4pCt. — P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen $57\frac{1}{4}$ P. — G. **Preussen.** $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine $85\frac{3}{4}$P. $85\frac{1}{4}$ G. **Bayern.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. $88\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$P. $94\frac{1}{4}$G.; 4pCt. Grundrente $94\frac{3}{4}$P. $94\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pCt. 101P. $100\frac{1}{2}$ G.; 5pCt. $100\frac{3}{4}$P. $100\frac{1}{2}$G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $91\frac{1}{2}$P. $91\frac{1}{4}$ G.;

$4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{5}{8}$ P. $102\frac{1}{8}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $92\frac{3}{4}$P.. $92\frac{1}{4}$ G.; à 4pCt. 100P. $99\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pC. $102\frac{1}{2}$ P. 102 G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{2}$P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $82\frac{1}{2}$P. 82 G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $91\frac{1}{4}$P.—G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $38\frac{1}{2}$ P. — G.; 1pCt. neue $23\frac{7}{8}$ P. $23\frac{3}{4}$ G. **Holland.** Integrale — P. 62 G.; Certificats 4pCt. — P. $93\frac{1}{2}$ G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1240P. 1235G. Neue Bankaktien 366 P. 361 G. Credit-Actien à 5pCt. 185P. 183. G. Darmstädter Bankaktien alte 379 P. 377 G.; junge 338 P. 336 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 519 P. 514 G. Mitteldeutsche Creditbank $105\frac{1}{4}$P. $101\frac{3}{4}$G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $111\frac{1}{2}$ P. — G. Frankf. Bankaktien $116\frac{1}{2}$ P. — G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 262 P. 260 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $136\frac{1}{2}$P. — G. Neustadt-Weissenb. 106 P. — G. $4\frac{1}{2}$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien $102\frac{1}{2}$ P. $102\frac{1}{4}$ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 345 P. 343 G. Hanauer Eisenb.-Aktien $81\frac{3}{4}$ P. $81\frac{1}{4}$ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $79\frac{1}{2}$ P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $94\frac{7}{8}$ P. $94\frac{5}{8}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 $120\frac{1}{2}$P. — —G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $100\frac{1}{2}$P. — — G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine —P. $115\frac{1}{2}$ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 $48\frac{1}{8}$P. $47\frac{7}{8}$ G. Darmst. Loose à fl. 50 $117\frac{1}{2}$ P. 117 G. à fl. 25 $34\frac{1}{2}$P. $34\frac{1}{4}$G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 P. $39\frac{1}{2}$G. Nass. Loose à fl. 25 $33\frac{5}{8}$ P. $33\frac{3}{8}$ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann — P. $44\frac{1}{4}$G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. $85\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. $99\frac{3}{4}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. $117\frac{3}{8}$P. $117\frac{1}{8}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. $119\frac{3}{4}$G.	Mail. i. S. Lr. 250 k.S. $99\frac{3}{4}$P —G
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{5}{8}$P. — —G.	Paris Frs. 200 k. S. $92\frac{5}{8}$P. $92\frac{3}{8}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{5}{8}$P. — —G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. $96\frac{1}{2}$P. $96\frac{1}{4}$G.	Wien fl. 100 C. k.S. $114\frac{1}{2}$P. $114\frac{1}{4}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89P. —G.	Wien 3 M. mit 4% $114\frac{3}{8}$P. $114\frac{1}{8}$G
Leipz. Thlr. 60 k.S. $104\frac{5}{8}$P. — —G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Wien, 22. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $82\frac{11}{16}$; 5pCt. Metall. $81\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 — —; von 1854 $106\frac{15}{16}$; Bankaktien 1096; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien $352\frac{1}{4}$; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 559; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2660. Wechselkurse: Augsburg uso $104\frac{1}{4}$. London 10. $7\frac{1}{2}$. B. Geldkurs: Dukaten —.

Köln, 19. September. Rüböl loko faßweise $44\frac{1}{2}$ Thlr. B., in Partien 44 Thlr. B., per Oktbr. $43\frac{7}{8}$ Thlr. B., $43\frac{3}{4}$ G., per Mai 1857 41 Thlr. B., $40\frac{3}{4}$ G.

Waizen eff. per 234pfd. $10\frac{1}{4}$ a $10\frac{5}{8}$ Thlr. B., per Novbr. do. $9\frac{5}{8}$ Thlr. B., do. mit Garantie von 88 Pfd. per Schfl. $10\frac{1}{4}$ Thlr. B.

Roggen eff. per. 220pfd. $6\frac{1}{4}$ a 7 Thlr. B., gedörrter do. $7\frac{1}{6}$ Thlr. B., per Novbr. per 214pfd. $6\frac{7}{12}$ Thlr. B., $6\frac{7}{15}$ G., per März do. $6\frac{1}{3}$ Thlr. B., $6\frac{1}{4}$ G.

Gerste hiesige per 200pfd. $6\frac{1}{6}$ Thlr. B.

Hafer per 131pfd. 3 Thlr. B.

Spiritus loko 40 Thlr. B., in Partien 40 Thlr. B., rectif. 47 Thlr. per 130 Quart a 90pCt.

Oel unverändert. Waizen fest. Roggen etwas höher. Spiritus billiger,

Bei außerordentlich starken Zufuhren an den heutigen Fruchtmärkten war die Frage lebhaft und Preise steigend. Bezahlt wurde schöner Waizen per 236 $10\frac{1}{4}$ a $10\frac{3}{4}$ Thlr., Roggen per 220 Pfd. $6\frac{5}{8}$ a 7 Thlr., Gerste per 200 Pfd. $6\frac{1}{8}$ a $6\frac{1}{4}$ Thlr., Hafer per $2\frac{2}{3}$ Scheffel 3 a $2\frac{3}{4}$ Thlr. Kartoffeln per 100 Pfr. 26 a 27 Sgr.

Breslau, 17. Septbr. Wolle. Wenn es gleich in dieser Woche nicht so lebendig war, als in der vorigen, so haben wir doch wenigstens 1000 Ztr. verkauft, an einheimische Fabrikanten, an sächsische Kämmer und hiesige Kommissionäre. Man zahlte für schlesische Einscharen 105 a 118 Thlr., für dergleichen feine Locken 85 Thlr., für feine gebündelte Sterblinge 95 a 92 Thlr., für polnische und posensche Einschuren nach Qualität 85 a 95 Thlr., für russische Kamm- und Tuchwollen mit Rückenwäsche 70 a 78 Thlr., für dergleichen Fabrikwäsche, feine 110 Thlr., für poln. Locken 67 a 70 Thlr. und für ungar. Ein- und Zweischuren 55 a 65 Thlr. Die Zufuhren waren wiederum sehr bedeutend.

London, 17. Septbr. Getraide. Die Zufuhren von allen Getraidearten und Mehl waren in dieser Woche mäßig. Unser heutiger Markt war nur spärlich besucht und die gemachten Umsätze demzufolge beschränkt, dennoch wurden die Montagspreise sowohl für englischen als fremden Waizen völlig behauptet. Frühjahrsgetraide unverändert. Zufuhren in dieser Woche von außerhalb: Waizen fremder 6270 Qr., Gerste 1310 Qr., Hafer 5480 Qr. Mehl 6830 F.

Wien, 22. Septbr. Die Nationalbank hat den Bankdiskonto auf 5 pCt. erhöht. Die Börse war sehr gedrückt, alle Effekten gingen zurück, mit Ausnahme der Bankaktien, die 1090 bis 1093 schlossen. Kreditaktien matt 345. (T.D.d.A.Z.)

Neueste Nachrichten.

Aus Mitteldeutschland, 22. Septbr. Dem Vernehmen nach würde in nächster Zeit der Nachricht von der Verlobung des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen mit der Prinzessin Marie von Cambridge entgegenzusehen seyn. (N. C.)

Wien, 20. Sept. Se. Maj. der Kaiser ist heute Nachmittags 5 Uhr von Collin hier eingetroffen. (A. Z.)

Wien, 22. Septbr. Der Kaiser ist heute früh nach Ungarn abgereist. Der dänische Bundestagsgesandte Hr. v. Bülow ist in einer Spezialmission heute hier angelangt. Hr. v. Martini, der österreichische Gesandte in Neapel, ist heute hier angelangt. (T. D. d. Allg. Z.)

Petersburg, 16. Septbr. Eine interessante Entscheidung ist in diesen Tagen veröffentlicht worden. Der Großfürst Konstantin hatte gewünscht, den Mechaniker Burton, einen englischen Unterthanen, zum erblichen Ehrenbürger zu erheben. Das Ministerkomite hatte aber bei Vergleichung der Empfehlung Sr. k. Hoheit mit den bestehenden Gesetzen gefunden, daß fremden Künstlern der Rang eines Ehrenbürgers nur persönlich, erblich erst dann gegeben werden kann, wenn das persönliche Ehrenbürgerrecht zehn Jahre besessen worden ist. Deßhalb hatte er die Verleihung nur somit gut geheißen, und der Kaiser hat diesen Entscheid genehmigt. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 267. | Vorausbezahlung: halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | **53. Jahrgang.** | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | **Donnerstag, 25. Septbr. 1856.**

* Neapel und die Westmächte.

Was verlangen die Westmächte vom König von Neapel? Ihre Forderungen beziehen sich, so viel man bis jetzt davon weiß, auf folgende vier Punkte: „1) Aufhebung der polizeilichen Willkürherrschaft und Einstellung der willkürlichen polizeilichen Abstrafungen im Königreich Neapel. 2) Verbesserung der politischen Administration und Modifizirung der Justizpflege in Bezug des in Neapel bei Untersuchungen und Aburtheilungen bestehenden richterlichen Verfahrens. 3) Belebung des im ganzen Königreiche darniederliegenden Handels und der Industrie durch Errichtung zweckmäßiger Bank- und Kreditinstitute. 4) Straffreie Rückkehr und Wiedereinsetzung in früher besessene Stellen und bürgerliche Rechte für alle Emigrirten oder Exilirten, wenn sie Unterwerfungsakte einsenden."

Warum weigert sich König Ferdinand, auf diese Forderungen einzugehen? Weil er, sagt er, allein König von Neapel ist, und eine auswärtige Regierung das Recht nicht hat, ihm Vorschriften zu machen, wie er sein Land regieren solle; denn die Westmächte haben ihm nicht bloß Vorstellungen gemacht, nicht etwa bloß ersucht, er möge sein bisheriges Regierungssystem mit einem bessern vertauschen — nein, sie haben es von ihm geradenwegs gefordert. Und doch ist es Grundsatz des Völkerrechts von Alters her, daß kein Staat in des andern innere Angelegenheiten sich einmischen dürfe.

Wie rechtfertigen nun die Westmächte ihre Einmischung? Sie sprechen viel von ihrem Mitleiden mit den armen Neapolitanern, welche durch eine grausame Willkürherrschaft hart bedrückt, und deren Wohlstand durch die schlechte Verwaltung total zu Grunde gerichtet werde. Da aber das bloße Mitleiden doch keinen stichhaltigen Rechtsgrund abgibt, so berufen sie sich weiter darauf, daß durch dies verkehrte Regierungssystem die Unzufriedenheit in Neapel fortwährend genährt werde, daß eine solche Gährung der Gemüther auch auf das übrige Italien, ja selbst auf andere Länder Europa's zurückwirken könne; deßhalb seyen sie, die Westmächte, gar sehr dabei interessirt, daß Neapel einer bessern Regierung sich erfreue.

Nun ist es allerdings wahr, daß in Neapel nicht Alles so ist, wie es seyn sollte; im Gegentheil wäre dort viel, sehr viel zu bessern, und daraus entnehmen nun die Westmächte einen plausiblen Vorwand, unter dem Schild der Humanität sich in das einzumischen, was sie eigentlich nichts angeht. Wollte man die Gründe der Westmächte im Ernst gelten lassen, so wäre kein Staat mehr sicher, daß nicht jeden Augenblick irgend ein anderer Staat sich in seine innere Angelegenheiten einzumischen für gut findet. An Anlaß dazu würde es nie fehlen, und eine Schranke für solche Gelüste wäre am Ende gar nicht mehr zu finden. Aber wie kommen denn eigentlich die Westmächte zu dieser zärtlichen Theilnahme am Wohlergehen der neapolitanischen Bevölkerung, zu dieser weitausgedehnten Vorsorge gegen politische Maßregeln des Königs Ferdinand, welche Mißstimmung in Italien erzeugen könnten?

In der That brauchen wir den Mantel der Humanität, den sie sich umgehängt haben, nur ein wenig zu lüften, um den Pferdefuß zu entdecken, welcher darunter steckt. Nicht die Justizpflege im Königreich beider Sicilien, nicht die Polizeiverwaltung, nicht die Industrie, nicht die politischen Flüchtlinge sind es, die ihnen so sehr am Herzen liegen, als vielmehr der Handel des Königreichs, und zwar der Ausfuhrhandel. Frankreich kann das sicilianische Getraide nicht wohl entbehren; Frankreich und England bedürfen des sicilianischen Schwefels zu ihrer Pulverfabrikation, von andern Ausfuhrartikeln gar nicht zu reden. Es ist noch in frischem Angedenken, wie empfindlich die Westmächte davon betroffen wurden, als während der letzten Jahre König Ferdinand die Ausfuhr von Getraide und Schwefel verbot, gerade zu einer Zeit, wo durch die Theuerung und den orientalischen Krieg beide Artikel den Franzosen und Engländern nothwendiger als je waren. Es war auch recht gut bekannt, daß König Ferdinand zu jenem Ausfuhrverbot nicht bloß durch falsche national-ökonomische Rücksichten, sondern auch großentheils durch seine Freundschaft für Rußland bestimmt worden war. Gerne wären die Westmächte ihm schon damals zu Leibe gegangen, doch waren sie anderwärts zu sehr beschäftigt und sie mußten sich daher mit Drohungen begnügen. Jetzt aber denken sie, sey es Zeit dafür zu sorgen, daß ihnen nicht später wieder einmal ein solcher Streich gespielt werde. Darum wollen sie solche Männer ins neapolitanische Ministerium bringen, deren politische Richtung ihnen günstig ist. Das sagen sie aber nicht geradezu; zum Glück neigen sich jene Staatmänner, die ihnen genehm wären, auch zu einem liberalen Regierungssystem hin, und so konnte denn das Verlangen nach letzterem einen recht schönen Vorwand abgeben, hinter dem sich die eigentliche Absicht versteckt. Man sieht, im Grund möchten die Westmächte in Neapel dasselbe Spiel anfangen, wie in Griechenland.

Und Oesterreich? Es möchte um jeden Preis verhindern, daß die Westmächte Gelegenheit fänden, sich im Königreich beider Sicilien festzusetzen. Ist ihm doch schon die französische Besatzung in Rom seit Jahren ein Dorn im Auge! Und doch möchte es auch wieder Alles vermeiden, was im jetzigen Zeitpunkt sein gutes Einvernehmen mit Frankreich gefährden könnte. So befindet es sich denn hier in einem mißlichen Dilemma, aus dem es sich nicht herauszuhelfen weiß, als indem es dem König Ferdinand räth, durch Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der Westmächte denselben jeden weiteren Vorwand zur Einmischung zu benehmen. Aber es scheint nicht, als ob König Ferdinand diesen Ermahnungen gern Gehör schenken wolle. Er ist einmal gereizt durch die drohende Demonstration der Westmächte und dadurch um so hartnäckiger in seinem Widerstand geworden.

Deutscher Bund.

✠ **Frankfurt**, 23. September. (Privat-Korrespondenz.) Nach dem kürzlich im Verlag von W. Naundorf in Leipzig herausgekommenen „deutschen Zeitungskatalog für das Jahr 1855" erscheinen in Deutschland, mit Einschluß Dänemarks und der Niederlande, 1216 politische Zeitungen, Tage-, Wochen und Intelligenzblätter in deutscher Sprache. Weiter erscheinen mit Einschluß der Schweiz: 191 theologische Zeitschriften, 68 philologische und pädagogische und 69 Zeitschriften der Rechts-, Staats- und Cameralwissenschaften; 38 Journale der allgemeinen Literatur (Bibliographie, Buchhandel); 85 Zeitschriften für Geschichte; 80 medizinische Zeitschriften; 78 für Naturwissenschaften; 129 landwirthschaftliche; 130 Zeitschriften für Handel und Gewerbe; 99 der schönen Literatur; 111 Zeitschriften vermischten Inhalts und endlich 21 Blätter für die Jugend.

✠ **Frankfurt**, 23. September. (Privat-Korrespondenz.) Durch die Zeitungen geht einmal wieder das Gerücht, daß die öffentlichen Hazardspiele in ganz Deutschland aufgehoben werden sollen. Pium desiderium! Auch das selige deutsche Parlament hob diese Spiele auf und sandte sogar Exekution, aber es fruchtete nichts. Mit dem Verschwinden der dekretirenden Behörde erholten sich auch die Spieler und sie werden fortspielen, bis ein einstimmiger Beschluß der Regierungen diesem schmachvollen Treiben ein Ende machen wird. Dies kann aber noch lange dauern. Es ist Thatsache, daß, außer in den größeren Staaten (Oesterreich, Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen) fast in sämmtlichen kleineren deutschen Staaten das Hazardspiel öffentlich geduldet, ja privilegirt ist. Es liefert diesen eine bestimmte sichere Einnahme außer den Vortheilen, welche der Ort des Spiels davon ziehen mag, und diese Einnahmen werden die betreffenden nicht leicht aufgeben. Die Moral allein ist hier nicht wirksam genug. Nur wer eine höhere Gewalt hat, kann und wird die Hazardspiele aufhören lassen; bis dahin mag die Presse ihre Schuldigkeit thun und stets gegen dieses öffentliche Laster zu Felde ziehen.

Bayern. München, 21. Sept. In der nächsten Zeit wird mit den Vorarbeiten für eine von Kempten über Memmingen zu führende Privateisenbahn, durch welche eine Verbindung mit der Ulm-Augsburger Linie hergestellt werden soll, begonnen werden. Der bayerische Oberingenieur Ruland, gegenwärtig in Schaffhausen bei dem schweizerischen Eisenbahnbau beschäftigt, hat die Leitung der Arbeiten übernommen. Auch zwischen Gunzenhausen und Ansbach werden diesen Herbst die Vorarbeiten für den nächstes Frühjahr zu beginnenden Eisenbahnbau betrieben. (Schw.M.)

Preußen. Berlin, 21. Septbr. Der Prinz und die Prinzessin von Preußen, so wie die Prinzessin Tochter Louise empfingen vorgestern verschiedene Deputationen, welche den hohen Personen zu der Vermählnng ihre Glückwünsche darbrachten. Die Ehre des Empfangs hatten auch der Bürgermeister Naunyn und der Kaufmann Flatau, Mitglieder des Verwaltungsrathes der Louisen-Friedrichs-Stiftung, deren Zweck ist, an dem Vermählungstage und alljährlich wiederkehrend am Jahrestage desselben fünf achtbare, jedoch vermögenslose Brautpaare, ein jedes mit einer Ausstattung von 100 Thalern zu erfreuen. (K. Z.)

Berlin, 21. Septbr. So viel von den Antworten der Mächte hier schon bekannt ist, sollen sie der preußischen Auffassung günstig lauten und eine friedliche Ausgleichung der neuenburger Frage erwarten lassen. Eine kriegerische Wendung gilt übrigens nach allem, was auch in diplomatischen Kreisen verlautet, für sehr unwahrscheinlich. (So schreibt die „Köln. Ztg."; mit anderen Worten heißt das, die Großmächte wollen bei der schweizerischen Eidgenossenschaft dahin wirken, daß diese der preußischen Regierung gewissermaßen entgegenkomme, damit letztere unbeschadet ihrer Ehre das bisherige Zwitterverhältniß des Fürstenthums Neuenburg lösen könne, und dasselbe als einen von ihr unabhängigen Kanton anerkenne, was es thatsächlich seit acht Jahren schon war.)

Nach einer Berliner Korrespondenz der „Indep. Belge" lag der Hauptgrund der Verurtheilung Techen's darin, daß derselbe ein Schreiben des preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg, Grafen Münster, einer auswärtigen Gesandtschaft mitgetheilt hatte. In diesem Schreiben soll gesagt worden seyn, daß es ein wahres Glück sey, daß die Allürten keine Kenntniß von der Schwäche der festen Plätze in Finnland im Jahre 1854 hatten, indem an diesen seit dem Jahr 1810 keine Verbesserungen vorgenommen worden seyen. Diese Mittheilung soll auch zu dem Angriff auf Sweaborg beigetragen haben, wie sie den Sturm auf den Malakoff beschleunigte, da die Lage Sebastopols in dem erwähnten Schreiben als gegen ernste Angriffe unhaltbar bezeichnet war.

* Ein Rundschreiben des evangelischen Oberkirchenraths kündigt an, daß eine „Konferenz von sachkundigen Männern aus den verschiedenen Theilen der Landeskirche" Ende Oktober in Berlin zusammentreten werde zur Berathung mehrerer wichtiger kirchlichen Fragen, insbesondere der Frage: ob und wie eine allgemeine Landessynode zu berufen seyn werde.

Thüringen. Die „D. Allg. Ztg." schreibt: Wir erfahren, daß Kuno Fischer in Heidelberg zum Honorarprofessor der philosophischen Fakultät in Jena ernannt worden ist.

Belgien.

Brüssel, 21. Sept. Der große gothische Saal des Rathhauses ist für die Sitzungen des Kongresses für Zollreform, die morgen um 1 Uhr ihren Anfang nehmen, in Stand gesetzt. Die Zahl der bis jetzt eingeschriebenen Mitglieder ist nahe an 600; doch zweifelt man nicht daran, daß dieselbe nach der Eröffnung auf 700 Theilnehmer steigen wird. Zu bemerken ist, daß während der Kongreß von 1847 größtentheils aus Männern der Wissenschaft und der Theorie bestand, die wesentlich praktische Seite der Frage bei der diesjährigen Versammlung durch eine überwiegende Mehrzahl von Kaufleuten und Gewerbtreibenden vertreten seyn wird. Als offizielle Abgeordnete ihrer Regierungen (von den gleichfalls offiziell vertretenen Handelskammern aus allen Theilen Europa's sehen wir ab) wohnen dem Kongresse bei: Herr Cherbuliez von Zürich; Herr Meyer-Imhof-Reher von Schaffhausen; Herr Franz Borel, schweizer. Consul zu Brüssel, für die Schweiz. Hr. Dr. Ernst Engels von Dresden für Sachsen. Hr. Figuerola für Spanien. Hr. Professor Ant. Scialoja von Turin ist im Namen der sardinischen Regierung beauftragt, dem Kongresse beizuwohnen und derselben darüber Bericht zu erstatten. Das Organisationsbureau wird dem Kongresse als Thema der Berathungen zwei Fragen vorlegen: 1) Welches sind die künstlichen oder natürlichen Hindernisse, die sich der Ausdehnung kommerzieller Verbindungen unter den Nationen in den Weg stellen? 2) Welches sind in jedem Lande die vorgeschlagenen oder vorzuschlagenden Mittel, um die Hindernisse, welche sich der Ausbreitung kommerzieller Verbindungen mit dem Auslande in den Weg stellen, zu zerstören oder zu vermindern? Eine Hauptmaßregel für den Zweck der Zollreform wird der Präsident des Organisations-Bureau Herr Corr Vandermaeren, in Anregung bringen: eine internationale Association für Reform des Zollwesens. (K. Z.)

Frankreich.

* Paris, 22. Septbr. Die neue Stellung, welche die englische und französische Regierung der neapolitanischen gegenüber angenommen haben, ist noch immer die Thatsache, welche die Situation beherrscht. Die von der „Morning-Post" gegebene Nachricht von der beschlossenen Abberufung der westmächtlichen Gesandten in Neapel bestätigt sich, sowie auch die dieser Abberufung zu folgen habende Sendung von Kriegsschiffen als bevorstehend bezeichnet wird. Das Rendez-vous der englisch-französischen Kriegsfahrzeuge wird in Ajaccio stattfinden und die französischen Schiffe sollen, wie auch das „Journal des Debats" berichtet, schon morgen oder übermorgen den Hafen von Toulon verlassen. Die vereinigte Seemacht Englands und Frankreichs wird einen diplomatischen Agenten mit sich führen, der an Baron Brenier ein von Walewski redigirtes Ultimatum zur Ueberreichung an das Kabinet von Neapel überbringen soll. Falls die Antwort, wie befürchtet wird, eine nicht befriedigende wäre, sollen die beiden Gesandten der alliirten Mächte die diplomatischen Beziehungen zu Neapel sofort unterbrechen. Herr Brenier würde sich auf eines der französischen Schiffe zurückziehen, um immer in der Lage zu seyn, seine Landsleute zu beschützen. Die Abreise des Königs von Neapel, welcher die Hauptstadt verlassen und sich nach Gaeta begeben hat, dürfte einige Verzögerungen veranlassen. Das „Journal des Debats" räth jedoch, daß man die Tragweite der von den Westmächten beschlossenen Maßregeln nicht überschätze, wenigstens die unmittelbare Tragweite nicht. Das genannte Blatt fügt hinzu, der „Moniteur" werde in einigen Tagen eine Note veröffentlichen, welche den Zweck und die Bedeutung des von den beiden Höfen gefaßten Beschlusses erklären soll. Diese Note wird wahrscheinlich in Ausdrücken abgefaßt seyn, die nicht geeignet sind, irgend eine revolutionäre Bewegung aufkommen zu lassen. Es ist wahrscheinlich, daß dieselbe stark der Sprache gleichen wird, welche man auf dem Kongresse geführt hat. Man wird darin auf's neue versichern, daß die beiden Regierungen nur in einem konservativen Interesse in die Angelegenheiten sich mischen, und um die europäische Ordnung zu erhalten und nicht, um sie zu stören. Es wird endlich eine energische Protestation gegen jeden Versuch, die Ordnung zu stören, beigefügt werden. Das „Journal des Debats" meint, daß der König von Neapel im Ganzen nicht so sehr bedroht seyn dürfte, als es den Anschein hat, und daß die Demonstration der beiden Mächte ohne Zweifel lange einen negativen Charakter behalten werde. Dasselbe Blatt sucht die Beschleunigung der fraglichen Maßregel, die in diesem Augenblicke nicht erwartet worden sey, aus parlamentarischen Bedürfnissen des englischen Ministerium zu erklären. Frankreich sey hierdurch nur indirekt berührt, da nur England mit dem Parlament und den Parteien im Lande zu rechnen habe. In Frankreich könne man diesen Umstand vergessen, aber Lord Palmerston müsse daran denken, d. h. er müsse etwas thun, um zudringliche Frager abspeisen zu können.

* Paris, 22. Septbr. Hier ist man ebenfalls unruhig geworden und namentlich die Handelswelt zeigt sich ängstlich, nicht nur in Folge der Differenzen in Neapel, sondern auch in Folge der letzten Nachrichten aus Konstantinopel. Das englische Geschwader unter Lyons bleibt im schwarzen Meer und auch die österreichischen Truppen nehmen aus der Schlangeninselaffaire Anlaß, in den Donaufürstenthümern zu bleiben. Wenn man sich auch sagen muß, daß es nun zwischen Rußland und den anderen Mächten kaum zu einem ernsten Konflikte kommen kann, so begreift man doch, daß diese Schwierigkeiten in der letzten Stunde dem Handel einige Unruhe einflößen. Die Ansicht des „Constitutionnel", die Schlangeninsel habe nicht die Bedeutung, welche man ihr gern beilegen möchte, wird weder von der englischen Presse noch von der hiesigen getheilt. Man verhehlt sich nämlich nicht, daß hinter dieser scheinbar unwichtigen Frage Absichten verborgen sind, die nicht geduldet werden können. Der „Constitutionnel" ist überhaupt nicht glücklich mit seinen Prophezeiungen. So erklärt der „Moniteur l'Armee" die Nachricht vom Beginnen der Kabylenexpedition als eine ganz ungenaue.

Italien.

* Die „Corresp. Stefani" berichtet aus Mailand vom 17. Septbr.: „Man arbeitet Tag und Nacht an Restaurirung des kaiserl. Palastes, der sich, da er seit 1849 zur Kaserne diente, wie man leicht denken kann, in einem nicht eben glänzenden Stande befindet. Die bündigsten Befehle sind ertheilt,

diese — zu gering — auf 700,000 Lire veranschlagten Arbeiten in sechs Wochen zu beenden, was die Nachricht von einem demnächstigen Besuche des Kaisers Franz-Joseph zu bestätigen scheint. Am 16. d. kam in den Sälen von „Brera“ ein sehr unerwarteter Vorfall vor. Unter den ausgestellten Kunstwerken befand sich ein großes Gemälde, die Rückkehr Pius IX. von Gaeta darstellend. Alle darauf befindlichen Kardinäle und Würdenträger waren Portraits. Das Gemälde war im Auftrag des Herzogs von Scotti gemalt und mit 25,000 Fr. bezahlt worden. Gestern Morgens, als der Saal von Menschen gefüllt war, gerieth dieses Gemälde in Flammen und wurde vom Feuer verzehrt.“ Die „Corresp. Stefani“ schreibt dieses einer „zufälligen“ Verbrennung zu.

Aus der gestern erwähnten Depesche des sardinischen Ministerpräsidenten Cavour vom 5. Septbr. an den sardinischen Geschäftsträger in Florenz theilen wir nachstehend die bedeutsamsten Stellen mit: „Obgleich die toskanische Regierung seit längerer Zeit das diesseitige Gouvernement an dieselbe dürftige Höflichkeit, um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, gewöhnt hat, welche sie gegen die piemontesischen Unterthanen bezeigt, die das Großherzogthum betreten, so muß ich doch gestehen, daß ich überrascht war, aus Ihrer konfidentiellen Depesche vom 2. d. Mts. die plötzliche Ausweisung des Direktors und der Schüler der Handelsschule zu Genua zu erfahren, die eben in Florenz eingetroffen, nachdem man ihnen gegen Vorzeigung ihrer von dem toskanischen Konsulat in Genua gehörig visirten Papiere gestattet hatte, in Livorno zu landen. Und mein Erstaunen wurde gesteigert durch die ungewöhnliche Sprache, die S. E. Signor Baldasseroni, der Ministerpräsident, in dieser Angelegenheit gegen Sie geführt, der, anstatt ein Benehmen zu entschuldigen, das ich nicht bezeichnen will, Beschwerden und Vorwürfe erhebt, die eben so unzeitig als ungegründet sind und welche mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln zurückzuweisen die Regierung des Königs sich berechtigt und verpflichtet hält. Die toskanische Regierung hat das Recht, jedem Ausländer den Eintritt in ihr Gebiet zu verweigern. Sie mag sich dieses Rechtes gegen sardinische Unterthanen bedienen, so oft es ihr beliebt. Ueber solche Akte will die Regierung des Königs keine vagen Beschwerden erheben, sondern sie dem Urtheil Europa's überlassen. Worüber sie sich aber mit Recht beklagt, ist, daß sardinische Unterthanen, die von den kompetenten toskanischen Behörden in Sardinien die Genehmigung erhielten, an der Gränze ab- oder aus dem Lande gewiesen werden, ohne durch ihr Verhalten Anlaß zu gegründeten Beschwerden gegeben zu haben. Der Präsident der großherzogl. Regierung ist unzufrieden mit der freiwilligen Subskription, die gegenwärtig in Sardinien vor sich geht, um der Regierung ein Geschenk von hundert Kanonen zur Armirung von Alessandria zu machen. Wir bedauern, daß eine Demonstration dieses Vertrauen des sardinischen Volkes zu seinem König bezeugen und bekräftigen soll, nicht die Theilnahme Jemandes findet, der die Regierung eines befreundeten Staats leitet. Wir bedauern, daß die freiwillige und allgemeine Mitwirkung des Volkes zur Bewaffnung eines der Bollwerke der Unabhängigkeit Piemonts, wir dürfen sagen der Unabhängigkeit Italiens, Bemerkungen veranlaßt, die in dem Munde einer italienischen Regierung nicht freundlich sind. Wir können der toskanischen Regierung, weil sie eine italienische, ebenso wenig wie einer andern das Recht zugestehen, Erläuterungen über einen Vorgang zu fordern, der sie nichts angeht und der Niemanden schädigt, am wenigsten das Großherzogthum Toskana, das nicht an die Gränzen stößt, zu deren Vertheidigung Alessandria bestimmt ist. Was die (mazzinistische) Subskription für 10,000 Musketen betrifft, so haben Sie schon gegen S. E. die geeignete Bemerkung gemacht, daß die diesseitige Regierung die Unterzeichnung inhibirt hat, und daß ein gerichtliches Verfahren gegen die Urheber im Gange ist. Der Chevalier Baldasseroni scheint die Besorgniß geäußert zu haben, daß die von der sardinischen Regierung ergriffenen Maßregeln zu milde, und daß unsere Gesetze nicht ausreichend seyen, die Urheber mit verdienter Härte zu strafen. Wir sind anderer Ansicht. Wir glauben, daß unsere Gesetze für unsere innere Sicherheit wie für unsere internationalen Pflichten ausreichen. Die Regierung des Königs weist jede Deutung zurück, die zu dem Glauben führen könnte, als suche sie auswärts, direkt oder indirekt, die Ordnung und Ruhe zu stören, die sie bei sich zu erhalten weiß. Es ist nicht das verständige Gewähren gemäßigter Freiheit, das Unordnungen und Aufstände erzeugt. Die Geschichte Piemonts in den letzten Jahren beweist das zur Genüge.“

Rußland und Polen.

Aus Rom 15. Septbr. wird der „Allg. Ztg.“ berichtet, daß die Unterhandlungen der russischen Regierung mit dem hl. Stuhl über Wiederbesetzung der so lange unbesetzt gebliebenen katholischen Bischofssitze in Polen sicher demnächst zu einem Ergebniß führen werden; gewiß sey jetzt schon, daß Msgr. Wenceslaus Zylinsky, seit 1848 Bischof von Wilna, als Primas der katholischen Kirche Rußlands und Erzbischof von Mohilew präkonisirt wird. Dieser Prälat erfreut sich besonderen Wohlwollens im Vatikan.

Nichtpolitische Zeitung.

* Frankfurt, 23. September. (Privat-Korrespondenz.) Auf unserer Bühne werden in nächster Zeit der zweite Theil von Göthe's „Faust“ und die in Wien mit großem Beifall aufgenommene Tragödie „Klytemnestra“ von E. Tempeltey zur Aufführung kommen.

□ Wien, 22. Septbr. Heute Vormittag wurde die 32. Versammlung der deutschen Naturforscher und Aerzte mit einer glänzenden Abschiedsrede Hyrtl's, einem jovialen Abschiedsgruß von Nöggerath (der mit Kilian von Bonn als Geschäftsführer der nächstjährigen Versammlung gewählt ist) und einem begeisterten Hoch auf den Kaiser Franz Joseph geschlossen, nachdem noch an Alexander v. Humboldt eine Gratulation der Versammlung zu seinem Geburtstage telegraphirt worden war. Sehr schön ist die Medaille, welche die Stadt Wien den Mitgliedern und Theilnehmern der Versammlung widmete, und die bereits zur Vertheilung kam. Die Vorderseite derselben zeigt in der Mitte: Vindobona, festlich geschmückt zum Empfange der Gäste, in der einen Hand das Wappen der Stadt, in der anderen das Wappen Oesterreichs haltend. Im erhöhten Rande sind die vier Hauptepochen Wiens durch Marc Aurel, den Gründer der Stadt, Heinrich Jasomirgott, den Erbauer der Stephanskirche, Leopold I., der Wien zur Residenz erhob, und Franz Joseph, den Regenerator, in Portraitmedaillons repräsentirt, mit den auf die bezeichneten Fürsten bezüglichen und von J. G. Seidl verfaßten Inschriften: „Durch Römergröße fest gegründet, — durch frommen Sinn mit Gott verbündet, — durch Majestät mit Glanz umgeben, — vereinte Kraft — ihr neues Leben.“ Auf der Rückseite der Medaille ist in der Mitte die Widmungsinschrift: „Der 32. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte die Stadt Wien 1856“, angebracht; unterhalb derselben und in erhöhtem Rande, von einer Arabeske umgeben, sind die drei Reiche der Natur durch Repräsentanten aus allen Klassen symbolisch angedeutet. Oben bildet den Abschluß der Arabeske ein Menschenhaupt von einem Sterne umstrahlt, den Alles erfassenden menschlichen Genius darstellend. — Unter allen bayerischen Städten war auf der Versammlung Würzburg am stärksten vertreten.

Handels- und Börsen-Berichte.

London, 22. Septbr. Der heutige Getraidemarkt war nicht belebt, englischer sowohl als fremder Waizen wurde auf den Preisen vorigen Freitags gehalten; geringere Qualitäten Gerste 2 s niedriger, sonst keine Veränderung anzugeben. (T.D.d.H.N.)

Amsterdam, 22. Septbr. Waizen preishaltend mit wenigem Geschäft; Roggen fest; Gerste 2 Schill. höher; Hafer ohne Geschäft; Rapps pr. Herbst 87, Rüböl pr. Herbst 49¼. (T.D.d.H.N.)

London, 17. Septbr. Der Vorrath von Zucker betrug am 1. d. auf den sechs Hauptmärkten Europas total 2,383,000 Zentner, gegen 2,192,000 Ztr. zur selben Zeit im vorigen Jahre. Abgeliefert sind in den ersten acht Monaten dieses Jahres total 8,198,000 Ztr., gegen 8,631,000 Ztr. in derselben Zeit 1855. Die Zufuhren betrugen seit 1. Januar total 8,909 000 Ztr., gegen 7,970,000 Ztr. in derselben Zeit des vorigen Jahres.

Der Vorrath von Kaffe auf den sechs europäischen Hauptmärkten bestand am 1. d. aus total 1,338,000 Ztr., gegen 1,438,000 Ztr. zur selben Zeit 1855. Abgeliefert sind seit 1. Januar bis 1. Septbr. total 2,273,000 Ztr., gegen 2,485,000 zur selben Zeit 1855. Importirt sind bis 1. Septbr. 2,384,000 Ztr., gegen 2,844,000 in derselben Zeit des vorigen Jahres.

Mit Zucker war es heute fest, schwimmend wurde eine Ladung Bahia mit 29 s, eine Ladung Havana Nr. 10 mit 31 s 3 d bezahlt. Kaffee fest, Santos 4815 B. zu 44 a 53 s verkauft. Reis fest. Schwarzer Pfeffer ⅛ d niedriger. Muskatnüsse flau Piment fest, 4⅞ a 5¼ d. pr. Pfd.

Frankfurt, 24. Septbr. Bei ziemlich lebhaftem Geschäft wurden für österr. Kreditaktien bessere Kurse bewilligt, österr. Bankaktien beider Serien und Bank für Süddeutschland dagegen bedeutend billiger verhandelt. Die Börse war in etwas willigerer Stimmung.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78 1/2 P. 78 1/4 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87 P. 86 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 77 P. — G.; à 5pCt. in Silberb. R. 88 P. — G.; à 4 1/2 pCt. 66 1/2 P. 66 G.; à 4pCt. — P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/2 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 83 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 88 3/4 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 101 P. 100 1/2 G.; 5pCt. 100 3/4 P. 100 1/2 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 5/8 P. 90 3/8 G.; 4 1/2 pCt. 101 7/8 P. 101 3/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; à 4pCt. 100 P. 99 1/2 G.; 4 1/2 pC. 102 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 91 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38 P. — G.; 1pCt. neue 23 3/4 P. 23 5/8 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1225 P. 1220 G. Neue Bankaktien 337 P. 335 G. Credit-Actien à 5pCt 195 P 193 G. Darmstädter Bankaktien alte 374 P. 372 G.; junge 338 P. 336 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 520 P. 518 G. Mitteldeutsche Creditbank 103 1/2 P. 103 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 110 1/2 P. — G. Frankf. Bankaktien 114 3/4 P. 114 1/2 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 261 P. 259 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 135 1/2 P. 135 G. Neustadt-Weissenb. 106 P. — G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 102 1/4 P. 102 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 345 P. 343 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 82 P. 81 1/2 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79 1/2 P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95 1/2 P. 95 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von **1839** 119 P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 100 3/4 P. 100 1/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. 115 1/2 G. Badische fl. **35** Loose von 1845 48 1/8 P. 47 7/8 G. Darmst. Loose à fl. **50** 117 1/2 P. 117 G. à fl. **25** 34 1/2 P. 34 1/4 G. Kurh. **40** Thaler-Loose b. R. 39 1/2 P. 39 1/8 G. Nass. Loose à fl. **25** 33 5/8 P. 33 3/8 G. Sard. Loose bei G. Bethmann — P. 44 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 P. — — G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117 1/8 P. 116 7/8 G.
Augsb. fl. 100 k.S. — P. 119 3/4 G.	Mail. i.S. Lr. 250 k.S. 99 3/4 P. — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. — — G.	Paris Frs. 200 k.S. 92 1/2 P. 92 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k.S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96 3/8 P. 96 1/8 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 114 P. 113 1/2 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88 7/8 P. — G.	Wien 3 M. mit 4% 113 3/4 P. 113 1/2 G
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. — — G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Wien, 23. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 82 1/8; 5pCt. Metall. 80 5/8; 4 1/2 pCt. 70 3/4; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 124; von 1854 104 1/4; Bankaktien 1070; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 333 1/2; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 549; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2520. Wechselkurse: Augsburg uso 104 3/8. London 10. 8. P. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München, 23. Septbr. (Privat-Korrespondenz.) Ueber den Empfang des Prinzen Adalbert und dessen erlauchten Gemahlin in unserer Stadt kann ich Ihnen bereits folgendes mittheilen. Ein kgl. Zeremonienmeister und zwei kgl. Kämmerer, dann der kgl. Regierungspräsident begeben sich zum Empfang nach Augsburg. Im Bahnhof dahier, wo JJ. kgl. HH. am 4. Okt. Nachmittags 2 Uhr eintreffen werden, wird eine Kompagnie Infanterie die Ehrenwache bilden, und die Spitzen der kgl. Behörden versammelt seyn. In einem sechsspännigen von einer Eskadron Kürassier eskortirten Gallawagen werden die hohen Ankommenden den Einzug halten, und an einer nicht weit vom Bahnhofe erbauten Ehrenpforte von dem Magistrate ehrfurchtsvollst begrüßt werden. An der Ehrenpforte und von da über den Dultplatz nach der kgl. Residenz werden mehrere Musikkorps aufgestellt. JJ. MM. der König und die Königin werden den Prinzen und seine Gemahlin in der kgl. Residenz empfangen, worauf große Gallatafel zu 64 Gedecken und Abends Festvorstellung im kgl. Hoftheater stattfinden.

Berlin. Seitdem vor zwei Jahren zum besten der Ueberschwemmten in Schlesien von Seiten der Behörde die Initiative zur Bildung kirchlicher „Volksfeste" ergriffen wurde, hat sich der Berliner eine wahre Wuth, Volksfeste zu feiern, bemächtigt. Die Kaffetier's und Tabagiewirthe in den Vorstädten bemühen sich, die lukrative Idee in jeder Weise auszubeuten und so sind wir denn bereits dahin gelangt, in einer Woche drei und an einem Tage zwei solcher Feste angekündigt zu sehen, die unter pomphaften Titeln, wie Flaggen-, Erntefreuden-, Fahnenfeste rc. Tausende zum Verlassen der Arbeit verleiten. Wie es heißt, ist die Behörde Willens, künftig bei Ertheilung der Erlaubniß zu solchen Feierlichkeiten und Aufzügen sparsamer zu Werke zu gehen. (H. N.)

Amsterdam, 20. Septbr. Von der Regierung sind vorerst bei den Kammern einige Gesetzentwürfe eingebracht worden, darunter einer über fünfjährige Verjährung der Coupons der Nationalschuld. (A. Z.)

Paris, 22. Septbr. Der neue russische Gesandte am hiesigen Hofe, Herr v. Kisseleff, ist am Sonnabend hier eingetroffen. (T.D.d.Nat.-Z.)

Paris, 23. Sept. Der „Moniteur" sagt: „Die Steigerung der Wohnungsmiethen und die Theuerung der Lebensmittel, worunter die Einwohner von Paris litten, *hatten die* Aufmerksamkeit des Kaisers erweckt. Es sind seit dem Jahr 1852 1565 Häuser niedergerissen und 6552 aufgebaut worden. Lohnerhöhungen der Arbeiter haben das Gleichgewicht zwischen ihren Ausgaben und Einnahmen wieder hergestellt." (Die Arbeiter scheinen anderer Ansicht zu seyn.) (T.D.d.N.-Z.)

Paris, 23. Sept. Durch Dekrete vom 20. d. sind die Bestimmungen der Dekrete vom 19. Sept. 1855, nach welchen die Ausfuhr von Getraiden aus Algerien ins Ausland verboten und den fremden Schiffen der Transport von Getraiden, Reis und Kartoffeln zwischen Algerien und Frankreich bis zum 31. Dezember 1856 bewilligt war, bis zum 31. Dezbr. 1857 verlängert worden. (Fr. J.)

Moskau, 17. Septbr. In Bezug auf das Volksfest, welches nächsten Sonnabend auf dem Felde von Chodynsk in Moskau stattfinden wird, ermahnt der dortige Generalkriegsgouverneur die Bevölkerung zur Aufrechthaltung der Ordnung und Befolgung der Anordnungen der Polizei, namentlich bevor das Signal gegeben ist, nicht zu den Tischen vorzudringen; „fröhlich zu seyn, zu essen und zu trinken, aber keine Unordnungen zu machen, sich anständig und sittsam zu betragen, wie es dem Russen beim Feste des vielgeliebten Czaren geziemt, damit das Herz des Kaisers sich erfreue in der Familie seiner *treuen* Unterthanen." Was es bei diesem Feste zu essen und zu *trinken* geben wird, zählt ein Berichterstatter des „Inv." in folgender Weise auf: 2496 Pud (99,840 Pfd.) Schinken, 936 Pud (37,440 Pfd.) Wurst, 3120 Hammel, 12,480 Hühner, 49,920 Piroguen (eine Art Pastete), 24,960 Watruschki (Kuchen mit Eier und Käse), 145,088 verschiedene Weißbrode, 312 Pud Butter, 1252 Eimer Wein und 3120 Eimer Bier. Die Illumination am 11. ist wegen des Regenwetters sehr *mangelhaft* ausgefallen; dagegen war die Festvorstellung im Großen Theater, welcher der Kaiser mit Familie beiwohnte, in jeder Beziehung brillant. Es wurde die Oper „L'Elisire d'amore" und das Ballet „La Vivandière" gegeben, in welchem auch Fanny Cerito mitwirkte. (H. N.)

New-York, 12. Sept. Es sind Nachrichten aus Honduras eingetroffen, welche bis 12. August reichen. Die Einsetzung der Regierung Walkers in Nicaragua hatte dort große Besorgnisse erregt und man war beschäftigt, Truppen auszuheben, welche zu den in Guatemala, Costa-Rica und San Salvador gegen Walker aufgebotenen Streitkräften stoßen sollten. Alle Amerikaner wurden als verdächtig betrachtet, und ein Dekret war erlassen worden, welches ihnen die Landung in der Republik untersagte. (Fr. Pstz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 268.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 26. Septbr. 1856.

Abonnements-Einladung.

Zum Abonnement auf das mit dem 1. Oktober beginnende 4te Quartal der täglich (auch an den Sonn- und Festtagen) erscheinenden

Neuen Würzburger Zeitung,

nebst dem gleichfalls täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger“ und dem wöchentlich zweimal beigegebenen belletristischen Unterhaltungsblatt „Mnemosyne“, laden wir ergebenst ein.

Wie bisher werden wir über alle vorkommenden Ereignisse möglichst rasche und zuverlässige Berichte geben, die neuesten Handels- und Börsen-Berichte in möglichst umfassender Weise liefern, und besonders wichtige Vorkommnisse nach telegraphischen Mittheilungen, nöthigenfalls in Extra-Beilagen zur Kenntniß unserer Leser bringen.

Während der Theater-Saison bringt die „Mnemosyne“, wie in früheren Jahren, fortlaufende Theaterkritiken.

Bestellungen werden bei allen königlichen Postämtern und in der unterzeichneten Expedition entgegengenommen, und wird gebeten, dieselben rechtzeitig zu machen. Der Abonnements-Preis für die Zeitung nebst „Mnemosyne“ und „Anzeiger“ beträgt hier wie in ganz Bayern vierteljährlich 2 fl., auswärts mit geringem Aufschlag. Auf den „Würzburger Anzeiger“ kann man sich auch allein abonniren, und kostet derselbe vierteljährlich 24 kr.

Würzburg, im September 1856.

Expedition der Neuen Würzburger Zeitung.
(Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Deutscher Bund.

Bayern. München, 23. Septbr. Der Kultusminister, Hr. v. Zwehl, ist jetzt auch vom Urlaub zurückgekehrt, und hat sein Amt bereits wieder angetreten. (N. M. Z.)

München, 23. Sept. Dem Hauptfeste des Oktoberfestes am 5. Okt. Nachmittags werden beiwohnen: JJ. MM. König Max und Königin Marie, Se. Maj. der König von Griechenland, dann JJ. kk. HH. der Großherzog und die Frau Großherzogin von Hessen, der Prinz und die Frau Prinzessin Luitpold, der Prinz und die Frau Prinzessin Adalbert und Prinzessin Alexandra. (A Abdz.)

* Würzburg, 26. Septbr. Unter den in Wien versammelten Naturforschern war auch unsere Stadt sehr ehrenvoll vertreten; namentlich sind es die Professoren Scherer und Scanzoni, deren Anwesenheit freudigst begrüßt wurde. Ersterer hielt in der Sektion für Chemie einen äußerst interessanten, vom lautesten Beifall gekrönten Vortrag und Letzterer wurde von der Sektion für Gynäkologie und Geburtshülfe einstimmig zu ihrem Vorsitzenden gewählt; auch wurde, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, Beiden die hohe Auszeichnung zu Theil, zu den vom Hrn. Minister des Innern, Frhrn. v. Bach, gegebenen Diner beigezogen zu werden — eine Ehre, deren sich unter den versammelt gewesenen Gelehrten nur sehr wenige zu erfreuen hatten. — Leider schließt sich an diese, für unsere Stadt gewiß erfreuliche Kunde die Besorgniß erregende Nachricht, daß man in Wien eifrigst bemüht ist, Hrn. Hofrath Scanzoni zur Uebernahme der eben erledigten Professur der Geburtshülfe an der Wiener Hochschule zu bewegen.

Preußen. Berlin. Mit dem 1. Okt. d. J. wird bei dem kgl. Gewerbeinstitut hierselbst unter der Leitung eines tüchtigen in Paris ausgebildeten und praktisch bewährten Vorstehers eine Anstalt eröffnet werden,, in welcher junge Leute in der Kunst der Musterbildung für gewebte und gedruckte Waaren, Spitzen, Kanten, Papier-Tapeten u. s. w. Unterweisung erhalten sollen. (N.-Z.)

Kurhessen. Kassel, 22. Septbr. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist das vom Ministerium Hassenpflug im Jahre 1851 über das „Frankfurter Journal“ verhängte Verbot vom Ministerium des Innern wieder aufgehoben und die Zulassung in unserem Kurstaate ausgesprochen worden. (Schw. M.)

Thüringen. Aus Thüringen, 21. Septbr. wird der „Weser-Zeitung“ geschrieben: „Jüngst hat Herr Hassenpflug ein kleines Abenteuer zu bestehen gehabt, das indeß nicht so unangenehme Folgen gehabt hat, als das allbekannte eines seiner Kollegen. Herr Hassenpflug, so wird erzählt, hatte eine Tochter nach Neudietendorf bei Gotha gebracht, um dieselbe in einer Erziehungsanstalt der dortigen Herrnhutergemeinde ausbilden zu lassen. Am Abend befand sich Herr H. im Gasthofe und hatte noch um 11 Uhr in seinem Zimmer Licht, was beiläufig erwähnt in dem stillen Dorfe etwas Außergewöhnliches ist. Der Nachtwächter erkundigt sich deßhalb pflichtschuldigst nach der Ursache dieser seltenen Erscheinung. Herr H. wird, wie man erzählt, etwas hitzig, der Nachtwächter replizirt in nicht sanfter Weise, und es entsteht daraus eine heftige Scene, welche nur durch die Intervention des Wirths ihr Ende erreichte. Ob es bis zu Thätlichkeiten gekommen, wie von mehreren Seiten behauptet wird, darüber fehlt alle sichere Kunde.“

§ **Oesterreich.** Wien, 23. Septbr. (Privat-Korresp.) Was ich Ihnen in meinem letzten Brief über die neapolitanische Frage geschrieben habe, hat sich schnell bestätigt. Nachdem man allseitig die Ueberzeugung gewonnen hat, daß auf dem bisher versuchten Wege der diplomatischen Negoziation eine den Intentionen der Westmächte entsprechende Erledigung der obschwebenden Differenzen nicht möglich ist, haben die Westmächte nunmehr zu ernsten Maßnahmen gegriffen und ihre Flotten in den Golf von Neapel gesendet. Herr v. Bourqueney hat den Grafen Buol von diesem Schritte der Westmächte in Kenntniß gesetzt und weitere Erklärungen über die von den Westmächten beschlossene Politik beigefügt, worauf Graf Buol antwortete, daß die kaiserl. Regierung es tief bedauern müsse, daß Frankreich und England einen solchen Schritt für nothwendig befunden haben, und daß die kaiserl. Regierung beschlossen habe, dem obschwebenden Konflikte gegenüber sich passiv zu verhalten. Man hofft hier übrigens noch immer, daß König Ferdinand, die Gefahr der Situation einsehend, noch zur rechter Zeit einlenken werde, um weitere Verwicklungen zu vermeiden, die sowohl für ihn als auch für ganz Italien leicht von verhängnißvollem Einfluß werden könnten. — Die Denkschrift des Fürsten v. Montenegro hat wenig Eindruck gemacht und ist wohl schon ad acta gelegt worden; gewiß ist wenigstens so viel, daß von allen Wünschen, welche der Fürst in seiner Denkschrift aufstellt, nur

ein einziger erfüllt werden wird, der nämlich von der genauen Abmarkung der Gränzen gegen die Türkei handelt; in jeder andern Beziehung wird an dem status quo durchaus nichts geändert werden.

Dänemark.

Ein von dem königl. Ministerium für das Herzogthum Schleswig zu Kopenhagen erlassenes Ministerialreskript untersagt das Halten und Verbreiten der kürzlich erschienenen Druckschrift: „Schleswig-Holsteinische Briefe von Moritz Busch“ (Leipzig, Gustav Mayer, 1856). (D. A. Z.)

Schweiz.

Durch ein Schreiben aus Bern, 18. Septbr., erinnert die „D. Allg. Z.“ an die Ansprache des Königs von Preußen an die Neuenburger Royalisten, vom 5. April 1848, welche also lautet:

„Neuenburger! Die Ereignisse, welche in eurem Vaterlande stattgefunden, haben mein Herz lebhaft betrübt. Die edle Festigkeit derjenigen unter euch, die ohne Wanken ihren Eiden treu geblieben, hat mich tief gerührt. Ich bezeuge meine Achtung diesen Getreuen, deren Anhänglichkeit nichts zu erschüttern vermochte, und welche Europa das schöne Beispiel von Ehrfurcht vor dem Eide und von bürgerlichen Tugenden gaben. Mein einziger Ehrgeiz, gleich meinen Vätern, ist gewesen, euer Land glücklich zu machen, dessen Geschicke die Vorsehung mir anvertraut hatte. Ich liebe das Volk von Neuenburg und hege eine warme Zuneigung zu demselben. Allein der gegenwärtige Zustand Europas hindert augenblicklich den Erfolg der Gefühle des Wohlwollens, die ich gegen euch empfinde. Die Eide, welche meine Unterthanen an mich binden, haben dieselben verhindert, an den Angelegenheiten ihres Landes sich zu betheiligen unter einer Regierung, die sie als legitim nicht anerkennen konnten. Dieser Entschluß macht ihren Gefühlen von Treue Ehre. Ich kann nicht anders, als ihr Verfahren vollkommen billigen, allein ich halte mich dennoch verpflichtet, im Interesse ihres Landes, wie in ihrem eigenen, sie durch Gegenwärtiges zu autorisiren, ihre ferneren Entschließungen durch nichts als durch die Rücksicht auf die Lage und das Wohl dieses ihres Landes bestimmen zu lassen, ohne davon zurückgehalten zu werden durch die Bande, die sie welches ich für ihr Land empfinde, und die Zuneigung, die ich für sie selbst hege, sind die einzigen Beweggründe dieser meiner Entschließung. Ich werde Kommissäre ernennen und diese mit Vollmacht versehen, um in Verhandlungen mit der Bundesregierung der Schweiz einzutreten und auf diesem Wege, gemäß meinen Instruktionen, Alles vorzusehen, was zu dem Glücke eines Landes dienen kann, dessen Schicksal stets der Gegenstand meiner aufrichtigen Wünsche seyn wird. Gegeben zu Potsdam, den 5. April 1848, im 8. Jahre unserer Regierung. (Gez.) Friedrich-Wilhelm. — Werther.“

Bern, 24. Septbr. Der Ständerath genehmigte die Oronlinie mit 24 gegen 16 Stimmen, wie neulich der Nationalrath; damit wäre also der lange Streit über die Richtung der Westbahn entschieden. — Hr. v. Sydow las letzten Samstag dem Bundespräsidenten Hrn. Stämpfli eine Instruktion vor; er begehrte die Einstellung des Prozesses gegen die Neuenburger, die Freilassung der Gefangenen, was eine Lösung der Neuenburger Frage erleichtere Der König von Preußen gedenke die Vermittlung (der Großmächte) anzurufen. Antwort Stämpflis ablehnend. (Schw. M.)

Belgien.

Am 22. Septbr. wurde die allgemeine Versammlung für Zollreform zu Brüssel im Rathhaussaal durch Herrn Corr Vandermaeren mit einer Rede eröffnet, der wir folgende Stellen entnehmen: „Der Kongreß der Oekonomisten, der sich am 16. September 1847 in dieser Halle versammelte, und dessen Werk wir fortzuführen gedenken, stellte nach dreitägiger Berathung vier Beschlüsse auf, worin er erklärte, daß die Handelsfreiheit ein Bedürfniß für die menschliche Gesellschaft sey, weil sie die Völkerfreiheit vergrößere, die Produktion ausdehne, die Industrie gegen die bei engen Märkten unvermeidlichen heftigen Erschütterungen schütze, das Loos der Arbeiter verbessere und die beständige Quelle der Demoralisation verstopfe. Die politischen Ereignisse von 1848 haben uns verhindert, unsere Arbeiten zu verfolgen. Die seit dieser Zeit eingetretene außerordentliche Entwickelung der Produktion hat, indem sie die Urstoffe absorbirt, zugleich den Preis derselben erhöht. Dies ist der Grund einer andauernden Höhe des Preises, die sich gleichfalls auf die Lebensmittel erstreckt hat. Diese letztere Erscheinung hat überall die Abschaffung der unbilligen Zölle bewerkstelligt, welche den Brodpreis vertheuern, sowie sie eine entschiedene Neigung zur Unterdrückung aller noch vorhandenen Zölle auf die Urstoffe zur Folge gehabt hat. Die Regierungen, gemeiniglich auf einem besseren Standpunkte, als die Völker, um Thatsachen zu würdigen, haben sich bemüht, soweit die Umstände es erlaubten, die Prinzipien der Handelsfreiheit zur Geltung zu bringen. Die Zollreform ist in England nunmehr beinahe vollendete Thatsache, die Niemand mehr zu hemmen sucht. Sardinien hat im Jahre 1849 eine vollständige Revision seiner Tarifsätze vorgenommen; Holland, dieser alte Boden der Freiheit, hat jene Schifffahrtsgesetze abgeschafft, die im Beginne nichts als eine Kriegsmaßregel gewesen; Frankreich, das bisher ein Bollwerk der Schutzzölle gewesen, ist der allgemeinen Bewegung gefolgt. Trotz hartnäckigen Widerstandes haben die Tarifsätze durchgreifende Veränderungen erfahren; die durch hohe Preise herbeigeführte Krisis hat die Suspension der Getraidezölle und bedeutende Erniedrigungen in Bezug auf einige Urstoffe veranlaßt. Endlich hat die Regierung Frankreichs so eben einen Gesetzesvorschlag vollendet, der bestimmt ist, das Wort „Prohibition“ aus seinen Tarifen zu streichen. Rußland, Schweden und Norwegen, der Kirchenstaat, die Königreiche Neapel und Spanien haben sämmtlich liberale Veränderungen in ihren Zollgesetzgebungen eingeführt. In Portugal ist eine Kommission ernannt worden, um eine Revision des Tarifs vorzunehmen. In Deutschland fordern mehrere Staaten des Zollvereins die Ausdehnung jener Sphäre des Freihandels, in die wir alle Völker möchten eintreten sehen In Belgien sind zahlreiche Verbesserungen der Zollgesetzgebung eingeführt worden. Man hat die Einfuhrzölle auf Lebensmittel unterdrückt; die verschiedenen Zölle, denen die unter fremder Flagge importirten Waaren früher unterworfen gewesen, sind mit geringen Ausnahmen ausgesetzt oder abgeschafft worden. Die verschiedenen Ministerien, die seit 1847 einander gefolgt sind, haben mehr oder minder vollständige Gesetzesvorschläge zur Revision unserer Zollgesetzgebung vorbereitet; unglücklicherweise haben hier wie anderswo verbündete Interessen die Unkenntniß und die Vorurtheile des Volkes sich zu Nutze gemacht, um den guten Absichten der Regierung entgegen zu treten.“

„Dies ist, meine Herren, ein summarischer Abriß der Thatsachen, die während der Jahre, welche den Reform-Kongreß von 1856 vom Oekonomistenkongreß von 1847 trennen, sich ereignet haben. Wir haben geglaubt, meine Herren, daß die Zeit gekommen sey, um die in jener Versammlung ausgesprochenen Wünsche zu verwirklichen, oder doch einen Schritt zu ihrer Verwirklichung zu thun; denn gegenüber den finanziellen Systemen, wie sie in den verschiedenen Ländern in Geltung sind, muß der Kongreß, so glauben wir, sich gegenwärtig auf Aufsuchung der Mittel beschränken, um die Schutzzölle allmählich zu verringern und auf diese Weise die Tarifsätze rein fiskalischer Natur und dadurch fruchtreicher zu machen, als sie es sind. So pflegen wir in diesem Lande fortzuschreiten. Die prinzipiellen Fragen sind gelöst, die Wahrheiten, auf welche sich die Kämpfer für Zollreform stützen, werden nicht mehr bestritten, wenigstens in Belgien nicht; der Streit dreht sich nur noch um die Art und Weise, so wie um den Zeitpunkt ihrer Verwirklichung. Die öffentliche Nachforschung, die wir in Belgien vornahmen, hat betrübende Nachrichten nicht nur in Bezug auf Hindernisse geliefert, welche die Höhe der Zölle der Ausdehnung des Handels in den Weg stellt, sondern auch hauptsächlich in Bezug auf die unerhörten Verwicklungen, die unnütz quälerischen Förmlichkeiten, von denen die Gesetze und Regeln des internationalen Verkehrs wimmeln. Den Steuerämtern, den städtischen Oktroi-Behörden mit ihren barbarischen Verlangen und ihren persönlichen Visitationen gesellen sich die Verschiedenheiten von Maß und Gewicht an, so wie die der Münzsorten und das Paßwesen, welche in ihrem gegenwärtigen Bestande, indem sie der persönlichen Freiheit Eintrag thun, nur eine Fiscal-Maßregel sind, um auf den Menschen selbst einen Eingangs- und Ausfuhrzoll an den verschiedenen Gränzen der europäischen Staaten zu legen. So tief eingewurzelte und so zahlreiche Uebelstände bedürfen unverzüglicher Heilung. — Wir sind fest überzeugt, daß die Verhandlung, welche in dieser Versammlung stattfinden wird, wo die Mehrzahl der zivilisirten Völker würdig vertreten ist, uns die praktischen Mittel an die Hand geben wird, um in allen Ländern die allmähliche Verwirklichung dieser Prinzipien der Gerechtigkeit, des Glückes und des Friedens zu verfolgen, welche die Grundlage der Handelsfreiheit bilden.“

Brüssel, 21. Septbr. Der bischöfliche Bann über die Staatsuniversität Gent und andere öffentliche Unterrichts-Anstalten bildet noch immer den Hauptgegenstand des allgemeinen Interesses. Die Genter Société litéraire, auf die sich das Interdikt gleichfalls erstreckt, hat am ersten Tage der Verkündigung desselben fünfzehn Ausnahmsgesuche erhalten. Die wichtigste Seite dieses Konfliktes ist die, daß der Pastoralbrief offen

das Benehmen des Ministers De Decker und der beiden Kammern mißbilligt. (Schw. M.)

Frankreich.

* Wir haben bereits gestern erwähnt, daß die französische Regierung es für nöthig befunden hat, über die seit einigen Jahren in Paris sehr hoch gestiegenen Miethpreise zur Beruhigung der Bevölkerung einen Artikel im „Moniteur" zu veröffentlichen. Da allgemein das Steigen der Miethpreise dem Umstand zugeschrieben wird, daß in Folge der vom Kaiser angeordneten Straßenarbeiten das Niederreißen der alten Häuser schneller und in größerem Maße vor sich ging, als das Bauen neuer Häuser: so sucht der Artikel im „Moniteur" hierüber zu beruhigen, indem er angibt, daß die Zahl und der Werth der Neubauten von 1852—1856 die Zahl und den Werth der niedergerissenen Häuser bei weitem übersteige; er fügt noch hinzu, daß im Jahr 1857 nach den vorliegenden Plänen bei weitem weniger Häuser eingerissen werden würden, als in einem der Vorjahre. Was nun das übermäßige Steigen der Miethpreise anbelangt, so schreibt dies der Moniteurartikel theils der augenblicklichen Verlegenheit der Inwohner in den Stadtvierteln, wo die Demolirungen vorgenommen wurden, theils der Zunahme der Pariser Bevölkerung zu, welche jetzt (ohne die Bannlinie) 1,174,000 Seelen zählt. In der That ergibt die diesjährige Volkszählung, daß sich die Einwohnerzahl in den letzten fünf Jahren um 121,071 Seelen, das ist um mehr als $\frac{1}{10}$ vermehrte. „Aber, sagt der „Moniteur", die seit 5 Jahren ausgeführten Bauten im Betrage von 712 Millionen sichern diesem zweifachen Bedürfnisse eine reichliche Befriedigung. Allerdings sind diese neuen Baulichkeiten nicht alle für kleine Miethpreise eingerichtet, aber, um diesem abzuhelfen, verwilligte der Kaiser bedeutende Subventionen an die Erbauer von Arbeiter-Wohnungen. Bereits zählt man in diesen Spezial-Unternehmungen 604 Wohnungen für Einzelne; 1171 für Familien, im Ganzen 1775 Wohnungen, deren 984 schon bewohnt und 827 in Vollendung begriffen sind. Ebenso sind Subventionen allen Bauherren neuer Häuser und allen Eigenthümern alter Häuser zugesagt, welche die Stockwerke in kleine Wohnungen abtheilen wollen." Hieraus schließt der „Moniteur", daß die Miethpreise der kleinen Wohnungen bald sinken werden. Zuletzt macht er noch darauf aufmerksam, daß durch die zahlreichen Neubauten die Arbeiter in den letzten Jahren einen reichlichen Verdienst gehabt hätten, wodurch sie schon einigermaßen im Stand gewesen seyen, höhere Miethpreise zu bestreiten.

Der „Moniteur de la Flotte" gibt über die Verluste der Flotte während des Feldzuges im schwarzen Meere, in der Ostsee und im großen Ozean folgende Daten. Die eigentliche Seemannschaft hat 50 Offiziere, 3181 Unteroffiziere und Matrosen verloren, die Marineartillerie 5 Offiziere und 262 Unteroffiziere und Soldaten; der Verlust der Marineinfanterie beträgt 21 Offiziere, 1138 Unteroffiziere und Soldaten. Im Ganzen verlor also die Marine 4849 Mann.

* Der Bischof von Arras veröffentlicht einen Hirtenbrief im „Univers", in welchem er auf sein vertrauliches Rundschreiben an die katholischen Schullehrer zurückkommt, das wider seinen Willen in die Oeffentlichkeit gelangte, und hier aus purer religiöser Unwissenheit von der Welt höchst seltsam ausgelegt wurde Es handelt sich um weiter nichts, als die katholischen Schullehrer von direkter Beihülfe zur Ausübung des protestantischen Gottesdienstes abzuhalten, denn das würde eine Unterstützung der Ketzerei und folglich selbst eine Ketzerei seyn. Ein katholischer Lehrer kann, wenn kein Aergerniß daraus erfolgt, seinen protestantischen Zöglingen gestatten, ihre Religion auszuüben; aber er darf sie niemals dazu anhalten; dadurch würde er eine schwere Schuld auf sich laden. — Was die Indiskretion betrifft, mit welcher der vertrauliche Brief der Oeffentlichkeit übergeben wurde, so hat sie für die Betheiligten nur die Folge, das der Brief und sein Inhalt jetzt als Befehl gelten, dem sich Niemand mehr entziehen kann, während die Vertraulichkeit des ersten Schreibens zum Zwecke hatte, persönliche Lösungen der Frage herbeizuführen. — Der Kultusminister hat übrigens ein Schreiben an den Maire von Boulogne erlassen, worin allen protestantischen Eltern Beruhigung eingeflößt wird.

* Die Silberausfuhr aus Frankreich ist jetzt die Tagesfrage in der Pariser Journalistik geworden, und das „Journal des Debats" gibt seinen Beitrag dazu in einem sehr interessanten Artikel, den wir im Auszuge mittheilen wollen. Seit den letzten acht Jahren hat Kalifornien für 1608 Millionen und Australien für 1041 Mill. Frs. Gold produzirt; rechnet man dazu das in Australien vermünzte Gold, die der offiziellen Kontrolle entgangenen Goldmengen, und endlich die Produktion Rußlands, welche man jährlich auch auf 90—100 Millionen schätzt, so kommen weit über 3 Milliarden heraus, von denen etwa $2\frac{1}{2}$ Milliarde in Münzform auf den Weltmarkt gekommen sind, d. h. etwa ein Viertel von allem Golde, welches bis vor 8 Jahren in der Welt unter Münzform zirkulirte, und dessen Totalbetrag man auf 8 bis 10 Milliarden Franken schätzt. Die angegebene Summe stimmt sehr genau mit den authentischen Angaben über die in den Münzen von Paris und London geschlagenen Goldstücke; von 1850—1855 wurden in Paris für 1623 Millionen, und in London für 957 Mill. Frs. Goldstücke geschlagen, also zusammen 2580 Mill.; dazu kommt Amerika noch mit 650 Millionen. Vergleichen wir nun mit dieser außerordentlichen Thätigkeit der Münze die Aus- und Einfuhr des Golds und Silbers während der letzten Jahre. Von 1830—1850 wurde für 1870 Mill. Gold importirt und für 857 Mill. exportirt; auf der anderen Seite wurde Silber für 2229 Mill. exportirt und im Werthe von 4044 Mill. importirt. Für beide Metalle befindet sich also die Importation im Vortheil; und im Ganzen betrug die Importation edler Metalle 5914 Mill. gegen eine Exportation von 3086 Mill.; dies sind die Resultate einer Periode von 25 Jahren. Wenn man sich aber auf die 5 letzten Jahre beschränkt, so stehen die Sachen ganz anders; von 1851 bis 1855 ist Gold für im Werthe von 1356 Mill. eingeführt, und für 331 Mill. ausgeführt. An Silber wurde dagegen exportirt für 1195 Mill., und importirt nur für 693 Mill. Das Land hat also einen Zuwachs von 1025 Mill. an Gold erhalten, und für 502 Mill. an Silber verloren. Die Ursachen dieser Erscheinung sind sehr einfach; vor 1850 hatte das Gold seinen Werth bewahrt in Bezug zum Silber, und das letztere Metall strömte uns zu; seit 1851 hat aber das Silber in Bezug auf das Gold einen höheren Werth, d. h. mit 4 Silberstücken, von 5 Fr. jedes, kann man mehr Gold kaufen, als in einem 20-Frankenstück enthalten ist; darum wird das Silber mit Prämien angekauft, um nach den asiatischen Ländern exportirt zu werden, wo man die Waaren des Landes noch nicht mit andern Produkten, sondern mit edlen Metallen und zwar mit Silber bezahlen muß, weil dieses nicht an Werth verliert. In jedem Fall ist die Silberausfuhr ein Faktum, welches alle Aufmerksamkeit der betreffenden Behörden verdient.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 12. Sept. Eine von hier ihren Ausgang nehmende Eisenbahn soll nun wirklich ehestens in Angriff genommen werden. Es ist die kurze Strecke von Galata nach Bujukdere. Die Regierung interessirt sich lebhaft für das von einer belgischen Gesellschaft zu beginnende Unternehmen. Die Anschlagssumme soll sich auf 100 Millionen Piaster (6 Millionen Thaler) belaufen, was bei einer Länge der Bahn von 25,000 Schritt (zwei und eine halbe Meile) in Ansehung des hier enorm hochstehenden Tagelohnes und der bedeutenden Terrainschwierigkeiten kaum zu hoch gegriffen seyn dürfte. Den Bau selbst denkt man in anderthalb bis zwei Jahren zu beenden. — Die in Aussicht genommenen militärischen Reformen stehen so ziemlich still. Das mit vielem Eclat angekündigte Projekt der Schöpfung einer Reichsgensdarmerie in der Stärke von 80,000 Mann ist kaum so weit gediehen, daß der Leiter dieser neuen Organisation, Omer Pascha, nun etwa 1000 Mann davon unter den Händen hat, und damit wird die Sache muthmaßlich zunächst ihr Bewenden behalten. (N.-Z.)

* Briefe aus Konstantinopel melden, daß der Zwiespalt unter den Mitgliedern des türkischen Ministerium in Folge des Mangels aller Direktion in den Geschäften zunehme. Die Angelegenheit der Donaufürstenthümervereinigung macht auch keinerlei Fortschritte trotz der unaufhörlichen Bemühungen des Hrn. v. Thouvenel. Dieser wird durch den österr. Internuntius und durch den englischen Gesandten sehr energisch bekämpft und die Pforte stützt sich auf diese beiden Vertreter, um Frankreich gegenüber standhaft zu bleiben.

Nichtpolitische Zeitung.

Aehnlich der „Bach-Gesellschaft" haben sich, aus Anlaß der in Aussicht stehenden Säkularfeier von Händel's Todestage (14. April 1859) und auf Anregung und unter Protektion des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha, Tonkünstler und Musikfreunde aus allen Theilen Deutschlands zur Bildung einer Deutschen Händel-Gesellschaft vereinigt, die sich vorgesetzt hat, die vollständigen Werke dieses großen Tonkünstlers in einer historisch geordneten und kritisch geläuterten Partiturausgabe mit den Originaltexten und deutscher Uebersetzung, unter Beifügung eines Klavierauszuges zu allen Gesangwerken, zu sammeln und zu veröffentlichen. Es sollen jährlich drei Bände erscheinen. Das aus den Herren Breitkopf und Härtel, Fr. Chrysander, S. W. Dehn, G. G. Gervinus und M. Hauptmann bestehende Direktorium dieser Deutschen Händel-Gesellschaft ladet unterm 15. Septbr. zur Subskription auf diese Ausgabe ein. Die

Unterzeichner verpflichten sich zu dem Jahresbeitrage von 10 Thalern, der in halbjährigen Raten zu 5 Thlr. entrichtet werden soll.

* Weber's Volkskalender für das Jahr 1857 ist höchst reichhaltig ausgefallen. Namentlich bot der orientalische Krieg genug anziehenden Stoff, der denn auch im vollen Maße benutzt wurde. Außerdem sind aber auch alle anderen irgend bemerkenswerthen Ereignisse des vergangenen Jahres besprochen, desgleichen von den Erfindungen der neueren Zeit einige der bedeutendsten und nützlichsten erklärt; ferner finden wir aus dem Bereich der Naturwissenschaften, der Länder- und Völkerkunde rc. manches Belehrende und Unterhaltende. In den Hand- und Hülfskalender sind diesmal jene Notizen eingereiht, die sonst am Anfang des Kalenders standen; es ist diese Stelle allerdings zweckmäßiger für einen lediglich zum Nachschlagen bestimmten Anhang.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 25. Septbr. Ungeachtet der schwierigen Geldverhältnisse ging die Liquidation ziemlich leicht von Statten und fanden beinahe sämmtliche Effekten, wenn auch zu niedrigen Kursen, bereitwillige Käufer, mit Ausnahme von Elisabethen-Bahnaktien und Bank für Süddeutschland, die heute beinahe unverkäuflich waren. — Hannöverische Bank wurde zu 110 umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $78\frac{5}{8}$ P. $78\frac{3}{8}$ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87 P. $86\frac{1}{2}$ G. Metall. alte à 5pCt. $76\frac{1}{2}$ P. —G.; à 5pCt. in Silber b. R. $87\frac{1}{2}$ P. — G.; à $4\frac{1}{2}$ pCt. $66\frac{1}{4}$ P. $65\frac{3}{4}$ G.; à 4pCt. — P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. —G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 P. — G. **Preussen.** $3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldscheine 83 P. — G. **Bayern.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$ pCt. — P. $88\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$ P. $94\frac{1}{4}$ G.; 4pCt. Grundrente $94\frac{3}{4}$ P. $94\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$ pCt. 101P. $100\frac{1}{2}$ G.; 5pCt. $100\frac{3}{4}$ P. $100\frac{1}{2}$ G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$ pCt. Obligationen b. R. $90\frac{5}{8}$ P. $90\frac{3}{8}$ G.; $4\frac{1}{2}$ pCt. $101\frac{7}{8}$ P. $101\frac{3}{8}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$ pCt. $92\frac{3}{4}$ P. $92\frac{1}{4}$ G.; à 4pCt. 100P. $99\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$ pC. 102 P. $101\frac{1}{2}$ G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$ pCt. $90\frac{1}{2}$ P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à $3\frac{1}{2}$ pCt. $91\frac{1}{2}$ P.—G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38 P. — G.; 1pCt. neue $23\frac{3}{4}$ P. $23\frac{1}{2}$ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1210P. 1205G. Neue Bankaktien 335 P. 321 G. Credit-Actien à 5pCt $191\frac{1}{2}$ P. $189\frac{1}{2}$ G. Darmstädter Bankaktien alte 362 P. 360 G.; junge 326 P. 324 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 513 P. 508 G. Mitteldeutsche Creditbank $103\frac{1}{4}$ P. $102\frac{3}{4}$ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 109 P. — G. Frankf. Bankaktien $115\frac{1}{2}$ P. 115 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 262 P. 260 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $134\frac{3}{4}$ P. $134\frac{1}{4}$ G. Neustadt-Weissenb. $105\frac{1}{2}$ P. — G. $4\frac{1}{2}$ pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 102 P. $101\frac{1}{2}$ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 342 P. 340 G. Hananer Eisenb.-Aktien 82 P. $81\frac{1}{2}$ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $79\frac{1}{4}$ P. $78\frac{3}{4}$ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $95\frac{1}{4}$ P. $94\frac{3}{4}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 $118\frac{1}{2}$ P. —G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $99\frac{3}{4}$ P. $99\frac{1}{4}$ G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine — P. —— G. Badische fl. 35 Loose von 1845 $48\frac{1}{4}$ P. $47\frac{3}{4}$ G. Darmst. Loose à fl. 50 $117\frac{1}{2}$ P. 117 G. à fl. 25 $34\frac{1}{2}$ P. $34\frac{1}{4}$ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 P. — G. Nass. Loose à fl. 25 $33\frac{5}{8}$ P. $33\frac{3}{8}$ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann $44\frac{1}{4}$ P. —G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. $85\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. $99\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. $119\frac{3}{4}$ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. $104\frac{5}{8}$ P. — — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. $104\frac{5}{8}$ P. — — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. $96\frac{3}{8}$ P. $96\frac{1}{8}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S. $88\frac{7}{8}$ P. — G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. $104\frac{5}{8}$ P. — — G.
Lond. Lst. 10 k. S. 117 P. $116\frac{3}{4}$ G.
Mail. i. S. Lr. 250 k. S. $99\frac{3}{4}$ P — G
Paris Frs. 200 k. S. $92\frac{3}{8}$ P. $92\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Wien fl. 100 C. k. S. 114 P. $113\frac{1}{2}$ G.
Wien 3 M. mit 4% $113\frac{1}{4}$ P. 113 G
Disconto — P. 6pCt. G.

Wien, 24. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe $81\frac{11}{12}$; 5pCt. Metall. 80; $4\frac{1}{2}$ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 —; von 1854 $103\frac{3}{4}$; Bankaktien 1072; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 340; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 539; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2580. Wechselkurse: Augsburg uso $104\frac{7}{8}$. London 10. 10. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 23. Sept. Ueber die zu erhöhende Besoldung der Beamten haben im Staatsministerium Berathungen stattgefunden; die Frage ist jedoch zu schwierig, um sogleich damit ins Reine zu kommen. Daß die Erhöhung stattfinden muß, ist wohl allgemein anerkannt; denn bei der gegenwärtigen Theuerung ist die Noth der meisten kümmerlich besoldeten Staatsdiener sehr groß und keine Aussicht vorhanden, daß billige Zeiten zurückkehren. Hochbesoldet sind unsere Offiziere, namentlich die Stabs-Offiziere; von den Zivilbeamten kann dies nur von einem Theil der Oberräthe und Ministerialräthe gesagt werden. Wenn aber jetzt der Vorschlag angenommen werden soll, sämmtlichen Beamten $\frac{1}{4}$ ihres Gehalts zuzulegen, so sind mehre *Millionen* dazu erforderlich, welche nur durch eine vermehrte *Belastung der Steuerzahlenden* aufgebracht werden können, wenn man die *jetzige* Finanzorganisation nicht ändern will und keine Ersparnisse machen kann. Diese beiden Forderungen, welche schon während des letzten Landtages die Fahne für eine neue Opposition wurden, werden diesmal noch schärfer in den Vordergrund treten. Neue Steuern zahlen, ist auch für unsere Ritter ein ungemüthlicher Gedanke; auf die Städte aber läßt sich kaum mehr werfen, als jetzt schon geschehen. (J.f.Ndd.)

Bern, 20. Septbr. Bekanntlich hatte der preußische Gesandte, Herr v. Sydow, am 5. Septbr. aus Anlaß der jüngsten Ereignisse in Neuenburg aufs neue Protest eingelegt gegen die jetzigen Zustände des Fürstenthums. Diesen Protest lehnte der Bundesrath unterm 10. d. Mts. ab. Jetzt hat Herr v. Sydow erklärt, daß er bei demselben lediglich stehen bleibe. Seine Replik lautet wörtlich: „In Erwiderung auf die ihm heute zugekommene Note des hohen Bundesrathes der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 10. d. Mts. hat der unterzeichnete königl. preuß. wirkliche geheime Rath und Gesandte lediglich auf den Inhalt seiner Note vom 5. d. Mts. und die ihr vorhergegangenen, das Fürstenthum Neuenburg betreffenden Rechtsverwahrungen inhärirend Bezug zu nehmen. Der Unterzeichnete benutzt diesen Anlaß, um den hohen Bundesrath auf's neue seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern. v. Sydow." (N. Pr. Z.)

St. Petersburg, 24. September. An die Bewohner von Jekaterinoslaw, Cherson, Taurien und Bessarabien sind für ihren in dem letzten Kriege bewiesenen Patriotismus kaiserliche Dankschreiben ergangen. Graf von Benckendorf ist zum russischen Gesandten in Stuttgart, Fürst Scheremetieff *zum* Domänenminister ernannt worden. Die Kinder der Begnadigten Trubetzkoi, Obolenski und Barjatinski werden wieder Fürsten. In Kronstadt wird ein nautisches Observatorium gegründet und ein technisches Schiffsbaukomite gebildet. (T.D.d.Fr.Pstz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 269. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 27. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Hamburg, 25. Septbr. Von allen Orten Klagen über den immer fühlbarer werdenden Silbermangel, und überall Anstrengungen, demselben zu begegnen und seiner weiteren Zunahme Einhalt zu thun! So hat die preußische Bank, nachdem sie erst vor Kurzem den Diskonto von 4 auf 5pCt. erhöht hatte, zu einer neuen Erhöhung desselben auf 6pCt. sich veranlaßt gefunden. Gleichzeitig sind, wie der „B.B.-Ztg." berichtet wird, in Leipzig die Chefs der dortigen großen Häuser zusammengetreten und haben sich dahin geeinigt, von jetzt an eine Vermittlung aller derjenigen Geschäfte zurückzuweisen, die darauf hinauslaufen, eine weitere Verringerung des dortigen Silberbestandes herbeizuführen. — Endlich haben in Frankfurt mehrere bedeutende Firmen eine Eingabe an das Rechneiamt gerichtet, und diese kompetente Behörde aufgefordert, eine Vereinbarung unter dem Kaufmannstande über die Zulassung von ⅓ und ⅙ Thaler als Wechselzahlung und die Tarifirung der preußischen Friedrichsd'or, 20-Frankenstücke und englische Sovereigns zu gleichem Behufe zu vermitteln und zu veranlassen. — Ob diese verschiedenen einzelnen Maßnahmen sonderlichen Erfolg haben werden, steht jedoch freilich dahin. Die Wiener Münzkonferenz konferirt und konferirt inzwischen, und so dringend die gegenwärtigen Nothstände des deutschen Geldmarktes sind, so rasche Hülfe sie fordern, wenn schwerer Schaden abgewendet werden soll, so beharrlich verzögert sich von Woche zu Woche die Publikation der hülfebietenden Beschlüsse. (H. N.)

Bayern. München, 24. Sept. J. k. H. die Frau Herzogin Adelgunde von Modena ist heute nach Berchtesgaden abgereist, von wo, wie es heißt, der Herzog und die Herzogin kommende Woche nach Modena abreisen wollen. (Augsb. Abdztg.)

Der Redakteur des in Stuttgart erscheinenden „Deutschen Volksblattes", Joseph Bucher, wurde durch Urtheil des königl. Assisengerichts der Pfalz zu Zweibrücken in contumaciam für schuldig erklärt, den Regierungspräsidenten der Pfalz bezüglich seiner Amtshandlungen im Sinne der Artikel 31 und 33 des Preßstrafgesetzes beleidigt und geschmäht zu haben, und deßhalb in eine Gefängnißstrafe von zwei Monaten und eine Geldbuße von 25 fl., sowie in die Kosten, verurtheilt und das Verbot dieser Zeitschrift im Umfang des Königreichs Bayern ausgesprochen auf so lange, bis diese Strafe erstanden seyn wird. (Allg. Ztg.)

Preußen. Berlin, 24. Sept. Heute hat der König in Begleitung des Prinzen von Preußen die Reise nach dem Rhein angetreten. Die Reise geht über Hannover, Ruhrort, Crefeld, Gladbach nach Aachen, am 27. nach Trier, wo am 28. die Einweihung der Basilika erfolgt, und am 29. nach Saarbrücken und am 30. nach Karlsruhe. Heute früh 7 Uhr sind auch der Großherzog und die Großherzogin von Baden, kgl. Hoheiten, von dem Prinzen und der Prinzessin von Preußen nach Potsdam begleitet, von hier abgereist. (Fr. Pstz.)

Der zum Katholizismus übergetretene Dr. Lütkemüller, welcher aus einer protestantischen Bürgerfamilie stammt und evangelischer Geistlicher war, erhält eine Professur an einem österreichischen Lyceum.

Kurhessen. Es bestätigt sich, daß dem „Frankfurter Journal" der Postdebit in Kurhessen wieder gestattet ist.

Oesterreich. Wien, 24. Sept. Die aus dem Abschlusse des Concordats der Regierung entsprungenen Schwierigkeiten haben noch keineswegs ihr Ende erreicht. Die in den bischöflichen Konferenzen gefaßten Beschlüsse sind bekanntlich dem heil. Vater zur Genehmigung und Bestätigung vorgelegt worden. Diese sind nun insgesammt in strengkirchlicher Richtung gestellt. Die Regierung hat sich aber veranlaßt gefunden, gegen jene Punkte, die sie als Uebergriffe in ihre gouvernementalen Rechte betrachtet, Widerspruch zu erheben. Namentlich sollen die in den Ehegesetzen vorzunehmenden Veränderungen, welche die bischöflichen Beschlüsse nach den Bestimmungen des Tridentinischen Concils, mit den 12 kanonischen Verwandtschaftsgraden, gefaßt, Schwierigkeiten veranlassen. Da nun die deßfallsigen Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhl durch den österreichischen Gesandten in Rom bisher keineswegs den erwünschten Fortgang genommen haben, so soll sich gutem Vernehmen nach der Kardinal Fürst-Erzbischof von Wien in Kurzem nach Rom begeben, um als kaiserlicher Spezialbevollmächtigter das Einverständniß mit der römischen Kurie herbeizuführen. Die aus den Koncordatsbestimmungen gefolgerten bischöflichen Beschlüsse könnten sonst in keinem Fall in Ausführung gelangen, da sich die kaiserliche Regierung keineswegs geneigt finden möchte, Maßregeln ins Leben treten zu lassen, die als eine Beschränkung der staatlichen Rechte und der administrativen Befugnisse der Verwaltung betrachtet werden könnten. Die Verhandlungen dürften kaum und um so schwerer zu einem den Wünschen der Regierung entsprechenden Abschluß führen, als der damit zu betrauende Bevollmächtigte bekanntlich den Gedanken an die Umgestaltung der zu Recht bestandenen kirchlichen Verhältnisse zum Staate zuerst angeregt und den Abschluß des Koncordats vollzog. Der Erzbischof von Wien möchte daher kaum vermögen und wohl auch schwerlich gesonnen seyn, der konsequenten Durchführung der einzelnen Bestimmungen des vernehmlich durch seine Wirksamkeit vollbrachten Werks, durch welches die völlige Unabhängigkeit der katholischen Kirche vom Staat ausgesprochen wurde, in einer Weise entgegenzutreten, welche die von der Kirche neuerlangten Zugeständnisse schmälern könnte. (D.A.Z.)

Wien, 22. Sept. Aus der Lebhaftigkeit, mit welcher inspirirte Organe den Kampf gegen die beabsichtigte ungarische Kreditanstalt fortsetzen, geht am deutlichsten hervor, wie ein glücklicher Gedanke in diesem Projekte seinen Ausdruck gefunden hat. Die „Oesterr. Ztg" ging in ihrem Eifer sogar soweit, die notorische Thatsache, daß der Erzbischof von Gran dem Kaiser die erwähnte Petition überreicht habe, in Zweifel zu ziehen, und muß sich nun derbe Zurechtweisungen gefallen lassen. Bei der Gelegenheit ist denn auch öffentlich zur Sprache gekommen, was übrigens hier längst bekannt war, daß nämlich der Erzherzog Albrecht, Statthalter von Ungarn, selbst diesen Plan entschieden protegirt. Ist sonach an dem Zustandekommen des Instituts kaum zu zweifeln, so wird die Polemik keinen andern Erfolg gehabt haben, als das Publikum sehr günstig für dasselbe zu stimmen. Denn daß man gegen eine bodenlose Spekulation nicht gar zu hitzig zu Felde ziehen würde, zählt sich schließlich jeder an den Fingern ab. (J.f.Ndd.)

Der Lehrstuhl an der Wiener Universität, den Oskar v. Redwitz kurze Zeit inne hatte, soll jetzt dem Dr. Eduard Hanslick übergeben werden. Derselbe hat sich rasch durch seine kleine Schrift „vom Musikalisch-Schönen" wie durch seine Musik- und Theaterkritiken in österr. Zeitschriften einen Ruf als Aesthetiker erworben.

Schweiz.

* Die „Pfälz. Z." meint, die diplomatischen Verhandlungen über die Neuenburger Angelegenheit würden schwerlich zu etwas führen, und die Schweiz verlasse sich eben darauf, daß auf dem diplomatischen Gebiet die ganze Angelegenheit sich so lange hinschleppen werde, bis Gras darüber gewachsen sey. Nicht viel mehr sey von der Vermittlung fremder Regierungen zu erwarten. Darin mag sie Recht haben. Kaiser Napoleon wenigstens sieht es gewiß lieber, wenn Neuenburg nicht preußisch ist, als wenn es wieder unter preuß. Herrschaft zurückkehrt. Darum meint die „Pf. Z.", Preußen werde nicht anders zu seinem Recht gelangen können, als wenn es mit 60,000 Mann in die Schweiz einrücke; dann werde der Bundesrath in Bern bald andere Saiten aufziehen. Die „Pf. Z." vergißt aber nur Eines: Wie

sollen denn die 60,000 Preußen nach der Schweiz kommen? Wer wird denn glauben, daß Oesterreich oder andere deutsche Bundesstaaten ihnen den Durchmarsch gestatten würden? So weit geht die Theilnahme für Preußen nicht, und die Zeiten von 1849 sind auch vorbei. Oesterreich z. B. erkennt wohl Preußens Recht an, wird auch wohl ein Wort zu dessen Gunsten reden; aber im Grund ist es schwerlich sehr ungehalten darüber, daß Preußen einen so weit nach Süden vorgeschobenen Posten nicht mehr zurückerhält. Und wie Oesterreich denkt bei aller Bundesfreundlichkeit noch mancher andere Staat; weiß man doch, daß Hohenzollern's Uebergang an Preußen an manchen Höfen nicht gar freudig aufgenommen wurde!

Bern, 23. Septbr. Ueber die Veranlassung, die den Tod der Frau Bessert in den Neuenburger Wirren herbeiführte, erfährt man nun noch folgendes Nähere von royalistischer Seite. Die Genannte wollte mit sichtbarer Eile der in der Nacht nach la Chauxdefonds marschirenden Royalistenkolonne zuvorkommen, wurde aber von derselben angehalten und ihr gesagt, sie müsse zurückkehren. Sie bestand jedoch darauf, ihren Weg fortzusetzen, und wurde mit Gewalt zurückgewiesen. Einige Minuten später wurde sie entdeckt, wie sie, die Dunkelheit benutzend, abermals der Truppe voreilen wollte; es fiel ein Schuß, und diese Frau stürzte todt zu Boden. Von dem Verlangen, sie solle: Vive le roi! rufen, will man nichts wissen.

Bern, 25. Septbr. Der Bundesrath versichert in seinem Bericht an die Bundesversammlung, er werde nur auf vollständige Unabhängigkeit Neuenburg's unterhandeln. Der Nationalrath läßt diesen Bericht durch eine Kommission prüfen. (T. D. d. Schw. M.)

Belgien.

Brüssel, 23. Sept. In der zweiten Sitzung des Kongresses für Zollreform ergriff das Wort zuerst Herr Scialoja, Abgeordneter der sardinischen Regierung. Er sagte u. A.: „Im Jahre 1830 veröffentlichte die sardinische Regierung einen Generaltarif der Steuersätze. Die Schutzzölle beliefen sich damals auf 30—40 pZt. des Werthes und bisweilen darüber hinaus; so kam es, daß die Weine auf 24—60 Fr. angesetzt waren, während der Steuersatz für fremdes Getraide 9 Franken pr. Hektoliter betrug. Das konstitutionelle Regiment ist es, welches offen den Pfad ökonomischer Reformen betreten, so wie es die politischen Reformen begonnen hat. In allen während der letzten Jahre getroffenen internationalen Bündnissen ist eine immer mächtiger hervortretende Verminderung der Zollsätze zu erkennen. Die Einnahme des öffentlichen Schatzes hat sich in Folge dessen nicht etwa verringert, sondern ist im Gegentheil fortwährend gestiegen. Im Verhältniß mit der Erniedrigung der Zollsätze hat die Ein- und Ausfuhr zugenommen, sämmtliche Zweige der sardinischen Industrie, die Seide, die Weberei u. s. w. haben sich in dem Grade gehoben, wie ihnen die Schutzmaßregeln im Zollwesen entzogen wurden. Piemont hat eine große Aehnlichkeit mit Belgien; es genießt, wie Letzteres, politischer Freiheit; es besitzt eine freisinnige und ausdauernde Regierung, einen Fürsten, der ein wackerer Soldat und ein ehrlicher Mann ist. (Stürmischer Beifall.) Es hat von seiner älteren Schwester noch viel zu lernen, aber es schreitet rüstig vorwärts und wird auf solcher Bahn nicht innehalten." (Beifall.) — Nach einigen Worten, worin der Redner mit aller Diskretion, aber dennoch mit glühender Vaterlandsliebe den zerstückelten Zustand Italiens beklagt und denselben als Grund angibt, in kommerzieller Beziehung nichts Näheres darüber angeben zu können, verweilt derselbe im Augenblick bei dem traurigen Bilde des gegenwärtigen Zustandes der Industrie zu Neapel. „Die Natur", so schließt er, „hat Alles gethan, um dieses schöne Land zu einem glücklichen zu machen — aber Sie wissen es eben so gut wie ich, meine Herren, warum der Mensch der Natur nicht beizustehen vermag." (Anhaltender Beifall.)

Nach ihm sprach Garnier, ein Franzose, in höchst geistvoller und unterhaltender Weise, häufig von dem Beifallsrufen und den Heiterkeits-Ausbrüchen der Versammlung unterbrochen, über die in Frankreich umsonst versuchten Schritte, auch nur die freie Einfuhr von Getraide und Schlachtvieh zu erlangen. Erst im Jahr 1853 ist dieselbe für letzteren Artikel gestattet worden. Es handelt sich jetzt um Abschaffung der Einfuhr-Verbote; der Redner thut dar, wie dieselben der französischen Industrie weit eher zum Schaden als zum Vortheil gereichen. „Obgleich", so endet er, „das Korps legislatif den Prinzipien der Handelsfreiheit nur wenig geneigt, so ist doch anzunehmen, daß es bis zu einem gewissen Punkte ihnen Raum geben wird. Ist Frankreich auch heute noch das Bollwerk der Prohibition, so müssen wir deßhalb noch nicht verzweifeln. In Frankreich schlummert man bisweilen lange, macht aber hinterher um so mächtigere Anstrengungen, die verlorene Zeit wieder einzubringen." (Stürmischer Beifall.)

Von den übrigen Rednern erwähnen wir noch Hrn. Müllendorf, Präsident der Handelskammer zu Verviers. „Vorurtheile," äußerte er u. A., „werden durch Thatsachen bekämpft; es ist eine schlimme Seite in der Geschichte Belgiens, auf der die Regierung erklärte, daß sie das Einfuhr-Verbot für schädlich halte, es aber wegen des Vorurtheils im Volke bestehen lassen müsse. — Die Leinenindustrie ist auf Kosten der Tuchindustrie mit einem Verbote begünstigt worden, was ist der Erfolg? Die erstere siecht dahin, während unsere, die Wollindustrie, sich im blühenden Zustande befindet. Ich glaube nicht, daß der Abbe Dufrer jemals unter die Heiligen versetzt werden wird, wenigstens nicht der Wunder halber, die er im Handelswesen zu Stande gebracht. (Gelächter.) Die gemeinen Tuchfabrikate, welche durch mächtige Zölle geschützt sind, werden nicht ausgeführt; die Exportation feiner Tuche, welche jener Vergünstigung nicht theilhaftig sind, ist bedeutend."

Frankreich.

* Paris, 24. Septbr. Der „Moniteur" zeigt an, daß auf Befehl des Kaisers vom 15. Mai bis 15. Juli 1857 eine Ausstellung der lebenden Künstler stattfinden solle.

* Wenige — sagt der „Impartial de la Meurthe" — haben vielleicht bis jetzt daran gedacht, welche Temperaturwechsel manche Menschen, bloß von einem Leinwandzelte geschützt, während der letzten Feldzüge in kurzer Zeit durchzumachen hatten. In der Krim auf den Bergen Fédoukins — erzählt Dr. Riget — wo das 3. Zouaven-Regiment lagerte, zeigte das Thermometer in der Nacht vom 17. Dezbr. 1855 21 Grad unter Null. Am 14. Januar 1856 Morgens 19° unter 0, 3 Uhr Nachmittags hielt es sich auf 9 Gr. bei furchtbarem Schneegestöber, das die Zirkulation im Lager hemmte. In der Nacht vom 18. auf den 19. Febr. 1856 stand das Thermometer 3 Uhr Morgens auf 13° unter 0 und stieg um 9 Uhr unter dem Zelte nur auf 9 unter 0. Am 15. August war dasselbe Regiment in Afrika, wo es bei der Rückkehr von der Expedition der Baboreqs, bei Mila, 67° Hitze zu ertragen hatte. Im Schatten und bei fortwährender Ventilation konnten wir das Thermometer nicht unter 49° herunterbringen, unter dem Zelte zeigte es 55°. Binnen 6 Monaten hatten dieselben Truppen sohin das Thermometer von 21 Grad unter bis 67 Grad über Null, sohin 88 Grade durchzumachen gehabt.

Im „Atlas" erzählt eine Pariser Korrespondenz das Schicksal eines französischen Dorfschulzen, der im Jahre 1854 „aus Versehen" nach Cayenne transportirt wurde. Die unfreiwillige Seereise war seinem Vorgänger wegen einer oppositionellen Maßregel zugedacht, zu der sich die Dorfbehörde verstiegen hatte. Einen oder zwei Tage, bevor der telegraphische Machtspruch von Paris abging, starb der staatsgefährliche Schulze, und die Einwohner wählten einen neuen, der sich durch seine Wohlthätigkeit gegen die Armen empfohlen hatte. Diesen faßten die Gendarmen, denn ihr Befehl lautete einfach, „den Maire und einige andere Individuen zu verhaften." Vor dem Kriegsgericht fragte man den Unglücklichen, ob er der Maire von Soundso sey? — „Ja, aber —". „Kein aber"; herrschte man ihm entgegen; „wir wissen genug." Auf der Ueberfahrt war der Arme, der sein Verbrechen nicht errathen konnte, wie von Sinnen, und bald nach der Landung auf dem gastlichen Gestade von Cayenne gab er seinen Geist auf.

Paris, 24. Septbr. Die Stadt Paris will zum Besten der Arbeiter eine gewisse Anzahl von Häusern miethen, um dieselben wieder an Arbeiterfamilien zu vermiethen. Sie hat sich bereits an mehrere Hauseigenthümer gewendet und u. A. auch dahin zu wirken gesucht, daß dieselben ihre neugebauten Häuser vorzugsweise den arbeitenden Klassen einräumen. Bisher haben die Unterhandlungen noch zu keinem günstigen Resultate geführt. Die Stadt Paris ist aber fast entschlossen, die Sache nicht aufzugeben und kein Opfer zu scheuen, um die aufgeregten Gemüther der Arbeiter-Bevölkerung von Paris zu beruhigen. Das Defizit in ihrem Budget, das schon fast zwei Millionen beträgt, wird auf diese Weise nicht geringer werden. Die Stadt Paris denkt auch daran, sich durch neue Steuern zu helfen.

Offizielle Berichte aus Algerien berichten von wiederholten glücklichen Gefechten einer französischen Truppenabtheilung unter General Jusuff mit den Kabylen. Der Verlust der Franzosen wird als ganz unbedeutend dargestellt.

Die „Berl. Börsenzeitung" schreibt: „Briefen aus Paris zufolge wäre die Anwesenheit des Prinzen Adalbert von Bayern zu Biarritz der Lösung der griechischen Frage in vorzüglicher Weise fördernd gewesen. Insonderheit ist es die Angelegenheit der griechischen Thronfolge, welche durch die Bemühungen des präsumtiven Thronfolgers selbst wesentlich weitergeführt ist, so daß schon aus diesem Grunde das Gerücht völlig grundlos seyn dürfte, wonach König Otto nach Paris kommen würde. Jenen Briefen zufolge leidet es keinen Zweifel mehr,

daß ein Zusatzartikel zu dem Londoner Protokoll dem Prinzen Adalbert die Befugniß einräumen wird, für seine Person auf die griechische Thronfolge zu verzichten, sie dagegen für seine präsumtiven Leibeserben zu reserviren. Wegen Räumung Griechenlands von den westmächtlichen Truppen sind dem Prinzen Adalbert ebenfalls von Seiten des französischen Kaisers die beruhigendsten Zusicherungen ertheilt und die bestimmte Hoffnung ausgedrückt, daß es gelingen werde, das englische Kabinet binnen Kurzem zu gleicher Willfährigkeit zu bestimmen." Das Alles lautet nun zwar sehr schön; aber es ist sehr zu bezweifeln, ob es mehr ist als Konjektur eines müßigen Kopfes.

Dem „Schwäb. M." wird aus Paris geschrieben: „Ob Cayenne als Deportationsort der Galeerensklaven und politischen Verbrecher aufgegeben werden solle, indem Neukaledonien die Stelle letzterer Kolonie vertreten würde, diese Frage wird gegenwärtig genau studirt, aber ist noch weit entfernt, entschieden zu seyn. Ohne Zweifel bietet Neukaledonien größere Vortheile, als das französische Guyana, für den beabsichtigten Zweck dar, aber noch ist jenes Land zu wenig, ja kaum nur auf einigen Küstenstrichen bekannt, als daß die Regierung für ein so wichtiges Unternehmen, wobei es sich namentlich um eine Menschlichkeitsfrage handelt, sich nicht vorher mit allen nöthigen Ausweisen und Belegen rüsten wollte."

Spanien.

† In Barcellona wird — wie „Novedades" erzählen — demnächst eine große Revue stattfinden, wobei an die Corps, welche während der letzten Ereignisse die Garnison bildeten, Fahnen und Orden vertheilt werden. Noch erzählt dasselbe Blatt, daß man mit Erlaubniß der Behörde am Fuß der Brücke von Molino del Rey nach einem angeblich dort verborgenen Schatze gräbt. Man soll bereits 1800 Unzen Goldes aufgefunden haben, die dort, während des Unabhängigkeitskriegs von einer dem französischen Marschall Suchet sehr ergebenen Person vergraben worden seyn sollen.

Montenegro.

Der „Serbski Dnewnik" bringt die Nachricht, daß der Abgeordnete des Fürsten Danilo am österreichischen, russischen und preußischen Hofe gut (liepo) aufgenommen worden sey, daß insonders der Kaiser von Rußland sich dem Abgeordneten gnädig erwiesen und auszusprechen geruht habe, daß er Montenegro als unabhängig anerkenne. (Im Zusammenhalt mit den seitherigen Nachrichten über die wenig günstige Aufnahme der montenegrinischen Begehren bei den Großmächten erscheint diese Angabe wenig glaubhaft.)

Rußland und Polen.

Eine neue Eisenbahn ist dem Baron Stieglitz für die Strecke zwischen Petersburg und Peterhof konzessionirt worden. Derselbe wird 4000 Aktien zu 500 Silberrubel ausgeben.

Die Zahl der Katholiken im Königreich Polen hat seit zehn Jahren um 187,574 Personen abgenommen. Im Jahre 1846 zählte Polen 3,794,887, zu Anfang des Jahres 1856 aber nur 3,607,313 Personen katholischen Glaubens. Auch die Gesammtbevölkerung stand 1846 mit 4,867,129 Einwohnern am höchsten, und ist seitdem um mehr als 200,000 Einwohner gesunken. Die Bevölkerung der Stadt Warschau hat sich seit 1850 um 7000 Einwohner vermindert; damals zählte sie 163,000, jetzt aber zählt sie nur 156,000 Einwohner. Diese Verminderung der Bevölkerung in Polen ist nicht eine Folge des Krieges, sondern ist in der ungewöhnlichen Sterblichkeit zu suchen. Im Jahre 1852 hat die Cholera mehr als 40,000 Einwohner hinweggerafft, und auch im verflossenen Jahre hat die Zahl der Verstorbenen jene der Gebornen um 79,000 überholt. (Allg. Ztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

☐ Wien, 24. Septbr. Den Verhandlungen der einzelnen Sektionen der Naturforscher-Versammlung ist noch zu entnehmen, daß in der Sektion für Chemie unter dem Vorsitze von Dr. Walz aus Heidelberg und durch denselben ein Beschluß des gesammten Apothekervereines zur Sprache gebracht wurde, dahin zielend, den Entwurf zu einer allgemeinen deutschen Pharmacopöa zu verfertigen und dem Drucke zu übergeben. Nach der Aussprache der jüngsten Generalversammlung zu München und Gotha werden in nächster Zeit die Grundsätze bekannt gemacht werden, nach welchen die einzelnen Präparate, die nicht zu den chemischen Verbindungen gehören, bereitet werden sollen, und zur Oeffentlichkeit gelangen. Es wird nun gewünscht, da sich bereits die Vereine des übrigen Deutschland in dieser so wichtigen Sache geeinigt haben, daß auch die in Oesterreich thätigen Gremien mitwirken möchten. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wurde beschlossen, Gremialvorstand v. Würth in Wien soll ersucht werden, im Einverständnisse mit seinen Kollegen die nöthigen Materialien zu sammeln und an die Direktion des deutschen Apothekervereins gelangen zu lassen. — In der Sektion für Erdkunde und Meteorologie sprach Prof. Forchhammer aus Kiel über die meteorologische Bedeutung der ägyptischen Pyramiden und begründete seine Ansicht, daß die inneren Räume derselben zu Wasseransammlungen benutzt worden sind, welche durch den Nil und die atmosphärischen Niederschläge selbst gespeist wurden, durch eine näher eingehende Betrachtung über den inneren und äußeren Bau der Pyramiden. Seine Ansicht, daß die Pyramiden zur Ansammlung von Regenwasser bestimmt waren, rief eine Debatte hervor, an welcher sich die Herren: Dr. Bialoblotzky, Privatdozent in Göttingen, Prof. Dr. Wolfers aus Berlin und Prof. Simony und Hr. Oberlehrer Helmes aus Celle betheiligten, welche die Bestimmung der Pyramiden zur Ansammlung von Regenwasser in Zweifel zogen. — Hieran reihte sich ein sehr interessanter Vortrag des Hrn. Dr. Karl Scherzer über die sogenannten Aztekenkinder, die als angeblich letzte Reste einer fast ausgestorbenen mexikanischen Priesterkaste nicht nur in Wien, sondern in allen Theilen Europas, wo sie öffentlich gezeigt wurden, ein großes Aufsehen hervorriefen. Angeblich sollen die Azteken aus Guatemala stammen. Dr. Scherzer hat sich aber während seines Aufenthaltes daselbst überzeugt, daß das Land von Azteken nie bewohnt worden ist. Auch waren die Azteken ein sehr kräftiger, schöner Menschenschlag, und es ist durchaus unwahrscheinlich, daß es einem Stamme derselben gelungen seyn sollte, sich Jahrhunderte lang unbekannt und unbeachtet ohne allen Verkehr mit der Außenwelt zu erhalten, bis der Zufall einen herumziehenden Krämer in die Nähe jener geheimnißvollen Stadt führte, wo sie lebten und welche nicht einmal existirt. Aus diesen und weiteren Ergebungen stellte sich heraus, daß die Azteken Kinder zweier armen Mulatten sind, welche im Staate San Salvador in Mittelamerika leben und froh waren, ihrer los zu werden, und daher wohl für die Physiologie, keineswegs aber für die Ethnographie von Bedeutung sind.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 26. Septbr. Die flaue Stimmung die schon seit längerer Zeit an der Tagesordnung ist, war auch heute maßgebend, die Börse schloß jedoch am Ende fester.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $77^{3}/_{8}$ P. $77^{1}/_{4}$G. 5pCt. Lombard.-Ven. $86^{1}/_{2}$ P. 86 G. Metall. alte à 5pCt. $76^{1}/_{2}$ P. —G.; à 5pCt. in Silber b. R. $87^{1}/_{2}$P. — G.; à $4^{1}/_{2}$pCt. 66 P. $65^{1}/_{2}$G.; à 4pCt. — P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 P. — G. **Preussen.** $3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldscheine 83 P. — G. **Bayern.** Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. — P. 89 G.; 4pCt. $94^{3}/_{4}$P. $94^{1}/_{4}$G.; 4pCt. Grundrente $94^{3}/_{4}$P. $94^{1}/_{2}$G.; $4^{1}/_{2}$pCt. 101P. $100^{1}/_{2}$ G.; 5pCt. $100^{3}/_{4}$P. $100^{1}/_{2}$G. **Württemberg.** $3^{1}/_{2}$pCt. Obligationen b. R. $90^{5}/_{8}$P. $90^{3}/_{8}$ G.; $4^{1}/_{2}$pCt. $101^{7}/_{8}$ P. $101^{3}/_{8}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. $92^{3}/_{4}$P. $92^{1}/_{4}$ G.; à 4pCt. 100P. $99^{1}/_{2}$G.; $4^{1}/_{2}$pC. 102 P. $101^{1}/_{2}$ G. **Nassau.** Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. $89^{1}/_{2}$P. 88 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à $3^{1}/_{2}$pCt. $91^{1}/_{2}$P. – G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38 P. — G.; 1pCt. neue $23^{7}/_{16}$ P. $23^{5}/_{16}$ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. – P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1202P. 1195G. Neue Bankaktien 329 P. 324 G. Credit-Actien à 5pCt. $185^{1}/_{2}$P $183^{1}/_{2}$G. Darmstädter Bankaktien alte 355 P. 353 G.; junge 318 P. 316 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 509 P. 504 G. Mitteldeutsche Creditbank $100^{7}/_{8}$P. $100^{3}/_{8}$G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 103 P. — G. Frankf. Bankaktien 115 P. $114^{1}/_{2}$ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 260 P. 255 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $132^{3}/_{4}$P. $132^{1}/_{4}$G. Neustadt-Weissenb. 104 P. — G. $4^{1}/_{2}$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien $101^{1}/_{4}$ P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 342 P. 340 G. Hanauer Eisenb.-Aktien $80^{1}/_{2}$ P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 5pCt. 77 P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $94^{3}/_{4}$ P. $94^{1}/_{4}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $99^{1}/_{4}$P. $98^{3}/_{4}$G. $3^{1}/_{2}$ pCt. neue Prämien-

scheine — P. —— G. Badische fl. 35 Loose von 1845 47¾ P. —— G. Darmst. Loose à fl. 50 117½ P. 117 G. à fl. 25 34½ P. 34¼ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 35½ P. — G. Nass. Loose à fl. 25 33⅝ P. 33⅜ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44¼ P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 P. 99¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. 110¾ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. 104⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅜ P. 104½ G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96⅜ P. 96⅛ G.
Hamb. MB. 100 k.S 88¾ P. — G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅝ P. — — G.
Lond. Lst. 10 k.S. 116¾ P. 116½ G.
Mail. i.S. Lr. 250 k.S 99¾ P — G.
Paris Frs. 200 k.S 92¼ P. 92⅛.
Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Wien fl. 100 C. k S. 113⅝ P. — G.
Wien 3 M. mit 4% 112¾ P. — G
Disconto — P. 6pCt. G.

Wien, 25. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 81⅞; 5pCt. Metall. 79⅛; 4½ pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 121; von 1854 103¾; Bankaktien 1067; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 339¼; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 537; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2605. **Wechselkurse**: Augsburg uso 105⅞. London 10. 12. B. **Geldkurs**: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 29. Septbr. (Privat-Korrespondenz.) Der kgl. Gesandte in Paris und Madrid Frhr. v. **Wendland**, der sich auf allerh. Befehl nach Madrid begeben hatte, um der Vermählung Se. kgl. Hoh. des Prinzen Adalbert beizuwohnen, ist von dort vorgestern hier eingetroffen und hat gestern nach Berchtesgaden zu Se. M. dem König sich begeben. Frhr. von Wendland war mit dem Prinzen Adalbert auch im kaiserlichen Hoflager in Biarritz. — Der kgl. Artillerie-Lieutenant **Petzl**, der vor einigen Monaten hier einen Studenten im Duell erschossen hat, stand heute vor dem hiesigen Militärgerichte; die Verhandlung dauerte bis am späten Abend, das Urtheil soll aber heute noch nicht verkündet worden seyn.

Berlin, 25. Septbr. So wichtig wie neu ist die Nachricht, daß ein Gesetz auf eine ziemlich hohe **Besteuerung** der in- und ausländischen **Banken und Aktien-Unternehmungen** im Werke ist und dem nächsten Landtag vorgelegt werden wird. (Fr. Pstz.)

Kassel, 24. Sept. Ein Projekt, das schon seit einiger Zeit auf dem Tapet ist, ist das einer Kasseler Kreditbank, um deren Konzessionirung von mehren Seiten lebhaft ambirt wird. Die Regierung wird sich aber sehr besinnen; keinesfalls wird sie die Lizenz zur Emission von Banknoten ertheilen, da wir des Papiergeldes mehr als zu viel haben. (N.-Z.)

Wien, 25. Septbr. Gerüchtweise verlautet, daß österreichischerseits ein Beobachtungsgeschwader vor Neapel erscheinen soll. Die Börse matt. Bankaktien 1066. Kreditaktien 339. (T.D.d.A.Z.)

Wien, 25. Septbr. Der hiesige neapolitanische Gesandte, Fürst Petrulla, hat seine Entlassung nach Neapel übersandt (weil er mit der Haltung seiner Regierung gegenüber den Westmächten und Oesterreich nicht einverstanden ist). Hiesige Blätter melden: Sardinien wolle sich bei der Expedition nach Neapel zum Schutz sardinischer Unterthanen betheiligen. (T.D.d.A.Z.)

Von der italienischen Gränze, 22. Sept. Die **englische Kriegsflotte** hat Smyrna verlassen; ein Theil geht nach Athen; das Gros sammelt sich in Malta, wo Admiral Lyons durch Kapitän Warren den Auftrag erhielt in den Hafen von Neapel einzulaufen. Graf **Cavour** hat zu der Anschaffung der 100 Kanonen für Alessandria 500 Lire beigesteuert. — Laut polizeilicher Verordnung vom 8. d. dürfen sich die **Sicilianer** nur mit einer Spezialerlaubniß der Regierung nach Neapel begeben. Diese Verordnung erstreckt sich auch auf solche, welche schon mit Pässen für das In- oder Ausland versehen sind. (Fr. J.)

Konstantinopel, 19. Septbr. Gerüchtweise ist die brittische Flotte beauftragt, wieder in den Pontus einzulaufen. Die französische Flotte soll im Bosporus Verstärkung erwarten. Für die Okkupationstruppen im Piräeus sind Proviantlieferungskontrakte bis zum Dezember abgeschlossen. (T.D.d.A.Z.)

Petersburg, 18. Septbr. Der Ukas, welcher die **Rekrutirung unter den Israeliten** betrifft, lautet wörtlich wie folgt: „Da Wir den Hebräern die Erfüllung der Rekrutenpflicht zu erleichtern und die in diesem Stücke vorhandenen Unzuträglichkeiten zu beseitigen wünschen, so befehlen Wir: 1) Rekruten aus den Hebräern sollen ganz wie aus andern Klassen, und vorzugsweise aus nicht ansässigen und keine produktive Arbeit treibenden genommen werden, und nur wenn unter diesen Mangel an geeigneten Leuten ist, soll die fehlende Zahl aus den laut vorgenommener Prüfung für nützlich anerkannten Hebräerklassen ergänzt werden. 2) Hebräische Rekruten sollen von demselben Alter und denselben Eigenschaften genommen werden, wie es für Rekruten aus andern Volksklassen festgestellt ist, und soll demnach die Annahme minderjähriger Hebräer zu Rekruten nicht mehr stattfinden. Bei der Eintreibung rückständiger Rekruten soll nach den allgemeinen Gesetzen verfahren, und die Einforderung von Rekruten, als Strafe für den Rückstand, von hebräischen Gemeinden abgeschafft seyn. 4) Den laut der Revision auf hundert Werst Entfernung von der österreichischen und preuß. Gränze eingezeichneten Hebräern soll, mit Ausnahme derjenigen, welche als in Orten von 50 Werst Entfernung von der Gränze befindlich, durch Allerhöchsten Befehl vom 7. Januar 1850 zur Uebersiedelung bestimmt sind, erlaubt seyn, die Rekrutenpflicht auf gleicher Grundlage mit den übrigen Volksklassen zu leisten in natura, oder in Geld, durch Zahlung von dreihundert Rubel für den Rekruten, falls nur jene Person zur Klasse der Angesessenen oder eine produktive Arbeit Treibenden gehört oder eine Bescheinigung der Gemeinden über ihre Nützlichkeit beibringt, und wenn außerdem der durch Geldzahlung Ersetzte zur Zeit der Einzahlung keine Rückstände an Steuer- und Grund-Abgaben hat. Die Einlieferung des Geldes muß an die örtliche Kreiskasse im Laufe der ersten Hälfte des für die Aushebung bestimmten Termins geschehen; im Fall der Versäumniß wird die Geldablösung nicht gestattet und muß der, an dem die Reihe ist, persönlich unter die Rekruten gehen. 5) Die temporären Vorschriften, welche im Jahr 1853 vorzugsweise erlassen wurden über die Stellung paßloser eingefangener Hebräer zu Rekruten anstatt der Pflichtigen, sind aufgehoben." (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 270.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreyspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 28. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Der „Pfälz. Ztg" zufolge hat in diesem Jahre die heimliche Auswanderung im Verhältniß zur Gesammtauswanderung sehr zugenommen. Den Grund für diese Erscheinung glaubt die „Pfälzer-Zeitung" in den großen Schwierigkeiten und Formalitäten zu finden, die seit einigen Jahren für Auswanderungslustige bestehen.

Preußen. In Greiffenberg (Pommern) hatte der evangelische Geistliche, Archidiakonus Z., sich entrüstet gefühlt über die Theilnahme einer Anzahl von Mitgliedern seiner Gemeinde, darunter mehrerer Beamten, an der Einweihung einer neuen jüdischen Synagoge am Orte. Er predigte über Apostelgeschichte 4, 12. und bezeichnete dabei jene Theilnahme als Sünde und als eine abermalige Kreuzigung Christi, als ein Aergerniß, das um so größer sey, weil sich auch christliche Behörden daran betheiligt hätten. Die Beamten reichten eine Injurienklage gegen diese Predigt ein. Das Consistorium zu Stettin, an das sich der Verklagte wandte, fand in seiner Predigt nur die Erfüllung seiner Berufspflicht eines Geistlichen und erhob den Kompetenzkonflikt, der nun, nachdem er über ein Jahr vor dem Konflikts-Gerichtshofe geschwebt, für unbegründet erklärt worden ist. Die Injurienklage wurde fortgesetzt und der Archidiakonus zu 50 Thlrn. Geld-, eventuel 4 Wochen Gefängstrafe verurtheilt. (K. Z.)

Baden. Aus dem Oberamt Pforzheim vom 22. Septbr. Bei einem Gottesdienst, den der mit Erlaubniß der Regierung von den Altlutheranern angestellte und in Pforzheim wohnende Pastor Rohde unlängst in Ispringen hielt, kam es zwischen ihm und seiner Gemeinde zu heftigen Auftritten, und wurde dabei diesem Geistlichen von einigen seiner Kirchenvorsteher erklärt, daß er ihr Vertrauen verloren hätte, und daß sie ihn deßhalb nicht mehr als ihren Seelsorger betrachten könnten. Dafür wurden dieselben von der kirchlichen Gemeinschaft der Altlutheraner des Bezirks ausgeschlossen, und Pastor Rhode wird nunmehr in Folge der eingetretenen Spaltung seinen Wohnsitz aus der Amtsstadt nach Nöttingen verlegen, um sich mehr im Mittelpunkte derer zu befinden, die ihm getreu geblieben. Die von ihm Abgefallenen sehen sich jetzt nach einem neuen Hirten um, und es machte der bekannte, internirte Pfarrer Eichhorn schon mehrmals Versuche, als solcher zu funktioniren, wurde aber unlängst in Ispringen, vorige Woche auch in Eisingen, wo er eine Taufe vornehmen wollte, (was ihm untersagt ist), durch die Polizei ausgewiesen. Wir haben nun in unserm Bezirke bereits verschiedene Kathegorien von Altlutheranern, und es wird wohl nicht ausbleiben, daß die Spaltungen noch weiter gehen und am Ende die ganze Bewegung wieder in Nichts zerfällt. (Schw. M.)

Hannover. Hannover, 23. Sept.. Unter den erst jetzt vertheilten rückständigen Schriften der vor etlichen Wochen vertagten Stände befindet sich auch die Erwiderung der 2. Kammer in Betreff des Finanzkapitels. Was darin über die etwaige Rückkehr zu dem Finanzsystem von 1840 gesagt wird, hat durch die Verordnung vom 7. d., welche diese Rückkehr einseitig vornimmt, an Interesse eher gewonnen als verloren. Die Bedeutung dieser Oktroyirung wird denen, welche mit den hiesigen Finanzverhältnissen weniger bekannt sind, dadurch erst klar werden. Nachdem das ständische Schreiben die Klage der 2. Kammen darin ausgesprochen hat, daß eine Vereinigung beider Kammern in wesentlichen Punkten und folgeweise auch die erstrebte Verständigung mit der kgl. Regierung für jetzt fehlgeschlagen ist, fährt es also fort: „Bis zu einer anderweiten Verständigung mit den Ständen wird nach den übereinstimmenden Grundsätzen aller bisherigen Verfassungen das gegenwärtig bestehende, auf Vereinbarung zwischen Landesherren und Ständen beruhende Finanzverfassungsrecht des Landes fortzubestehen haben. Im Hinblick jedoch auf die (wiederholt) in Aussicht gestellte Eventualität einer völligen Rückkehr zu dem ganzen Finanzkapitel des Landesverfassungsgesetzes von 1840 hält die 2. Kammer sich dringend verpflichtet. die entschiedene Ueberzeugung auszusprechen, daß sie in keinem Falle die kgl. Regierung für befugt würde erachten können, auf Grund des Bundesbeschlusses vom 19. April vorigen Jahres und der unter Nr. 6 des Berichts des Bundesbeschlusses vorkommenden allgemeinen Bemerkungen und Erinnerungen einseitig von dem verfassungsmäßig bestehenden Finanzsysteme zurückzutreten und statt dessen das die Finanzen betreffende Kap. VI des Landes-Verfass.-Gesetzes von 1840 für wiederhergestellt zu erklären. Zu einem so außerordentlichen Schritte können jene allgemeinen Bemerkungen um deßwillen einen irgend genügenden Anhaltspunkt nicht abgeben, weil sich dieselben allein auf die Annahme einer Möglichkeit von Bedenken gegen das Finanzkapitel von 1848 beschränken, der Bundesausschuß aber

zugleich erklärt, „daß er nicht in der Lage sey, alle die Konsequenzen zu übersehen, welche aus diesen Bedenken fließen und die es vielleicht klar machen könnten, daß auch hier der Souveränetät des Landesherrn wesentlicher Abbruch geschehen, und daß sowohl auch sonst aus andern Gesichtspunkten noch manche Erinnerungen gegen die neuen Bestimmungen zu machen seyn möchten", — und weil der Ausschuß demgemäß und beim völligen Mangel alles Materials zur Prüfung dieser Finanzverfassung im Ganzen jenen möglichen Bedenken auch keine weitere Folge gegeben hat, mit Ausnahme des hiernächst speziell hervorgehobenen und in der Verordnung vom 1. August d. J. bereits geänderten Punktes. Die 2 Kammer kann aber dem Gedanken an eine einseitige Wiederherstellung des Finanzkapitels von 1840 um so weniger Raum geben, als die jetzt bestehende Finanzverfassung und Kassenvereinigung zu ihrer Zeit von Sr höchstseligen Majestät dem Könige Ernst August aus freien Stücken dem Lande angeboten und zwischen Landesherrn und Ständen frei vereinbart, imgleichen auch von Sr. jetzt regierenden Majestät unterm 9. September 1848 und unterm 18. November 1851 anerkannt worden ist. Außerdem wird, den Bedenken gegenüber, welche allererst in neuester Zeit im monarchischen und bundesrechtlichen Sinne gegen das bestehende Finanzrecht vorgekommen sind, darauf hinzuweisen seyn, daß die Verfassungen vieler, wenn nicht der meisten deutschen Bundesstaaten ganz gleiche, nur zum Theil noch weitergehende Bestimmungen wie das Finanzkapitel von 1848 über die ständische Mitwirkung bei den Finanzen, über das Domanialgut, über die sog. „Zivilliste" ꝛc. enthalten, Bestimmungen, welche daher mehr oder weniger als bestehendes deutsches Staatsrecht anzusehen und dort von keiner Seite angefochten sind. Abgesehen von diesen rechtlichen Gesichtspunkten müssen aber auch die über die Wirkungen beider Finanzsysteme, der getrennten und vereinigten Kassen, im hiesigen Lande nach allen Seiten hin gemachten Erfahrungen und die daraus sich ergebenden Zweckmäßigkeitsgründe nach der Ueberzeugung der 2. Kammer nicht bloß im Interesse des Landes, sondern vor Allem der Krone, für die unveränderte Beibehaltung der Kassenvereinigung entscheiden. Denn wenn auch der während derselben vorzugsweise glänzende Stand der hannover'schen Finanz- und Kreditverhältnisse nicht allein von diesen Finanzformen abhängen möchte, so liegt doch so viel zu Tage, daß eine einheitliche und kräftige Finanzverwaltung sowohl erfahrungsmäßig als auch nach der Natur der Sache durch die Kassenvereinigung zweifellos bedingt ist, — daß, weit entfernt, dadurch eine Beschränkung der freien Bewegung der kgl. Regierung in finanzieller Beziehung herbeizuführen, vielmehr zu seiner Zeit durch ständische Beschlüsse die Mittel zu zahlreichen und großartigen Unternehmungen, zur Förderung der Landesinteressen und zur Erhöhung des Besoldungsetat reichlicher und leichter flüssig gemacht worden sind als während der Zeiten der getrennten Kassen. Ebenso wenig läßt sich von der andern Seite verkennen, daß zum empfindlichen Nachtheil für die kgl. Regierung und das Land — wiewohl nicht unmittelbar für die eigentlichen ständischen Rechte — der Versuch einer erneuten Kassentrennung die freie Bewegung der kgl. Regierung in der Disposition über die finanziellen Mittel und folgeweise in der ganzen Verwaltung wieder wesentlich beschränken, alle früheren Konflikte und großen Unzuträglichkeiten wieder hervorrufen würde, welche mit der Trennung des Domanii vom Lande, mit getrennten Regierungs- und Domanialinteressen und mit einer doppelten Verwaltung erfahrungsmäßig verbunden sind. Wird aber daneben noch in Betracht gezogen, daß das außerordentliche Anwachsen der nach der Finanzverfassung von 1840 der kgl. Kasse zur Last liegenden Ausgaben einerseits und die seitdem auf den gemeinschaftlichen Kredit der vereinigten Kassen gemachten neuen großen Eisenbahn-Anleihen von etwa 20 Millionen andererseits die Verhältnisse in einer Ausdehnung verändert haben, die einer Wiedertrennung der Kassen in der Ausführung die größten Verwickelungen und Gefahren entgegenstellen, so kann zweite Kammer den Ausdruck der tiefsten Besorgniß nicht zurückhalten, daß die Ausführung jener Maßregel dem Lande die schwersten Nachtheile bereiten würde."

Offenbar theilt die Regierung die Besorgniß, daß die Ausführung nur zum Nachtheile der Krone gereichen würde, denn indem sie den außerordentlichen Schritt der Rückkehr zum Finanzsystem von 1840 thut, unterläßt sie die sofortige Ausführung, erklärt sich geneigt, die Kassenvereinigung beizubehalten und ladet die Stände ein, einen deßfallsigen Wunsch an sie zu richten. Qui vivra, verra. (H. N.)

Großherzogthum Hessen. Darmstadt, 26. Sept. Das großherzogl. Regierungsblatt bringt heute das auf dem letzten Landtage mit den Ständen verabschiedete neue Wahlgesetz. Der erste Abschnitt handelt von der Zusammensetzung der Ständeversammlung. Bekanntlich kommt diese wieder ganz auf die Bestimmungen der Verfassung von 1820 zurück. Die Stände bilden zwei Kammern. Die erste Kammer besteht aus den Prinzen des großherzoglichen Hauses, den Häuptern der standesherrlichen Familien, dem Senior der Freiherren v. Riedesel, dem katholischen Landesbischof oder dessen Stellvertreter, desgleichen dem evangelischen Prälaten, dem Kanzler der Landesuniversität Gießen und den vom Großherzog auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern, deren nicht über zehn seyn dürfen. Die zweite Kammer zählt 6 Abgeordnete des grundbegüterten Adels des Großherzogthums, der ein bestimmtes Normalsteuerkapital besitzt, 10 Abgeordnete der Städte (aus Darmstadt und Mainz je 2, aus Gießen, Offenbach, Friedberg, Alsfeld, Worms und Bingen je 1) und 34 Abgeordnete der Wahlbezirke der übrigen Städte und Landgemeinden, im Ganzen also 50. Die Ernennung der Abgeordneten der Städte und Wahlbezirke geschieht durch zwei Wahlen; die erste bestimmt die Wahlmänner, welche dann die Abgeordneten wählen. Abschnitt 2 handelt von der Stimmberechtigung, der Wählbarkeit und den Bedingungen für den Eintritt in die Ständeversammlung. Urwähler ist jeder 25 Jahre alte Staatsbürger, welcher Personalsteuer zahlt. Um Wahlmann werden zu können, muß man ein Normalsteuerkapital von 118 fl. haben. Die gebornen Mitglieder der ersten Kammer müssen zum Eintritt in dieselbe 25, alle übrigen, sowie die der zweiten Kammer 30 Jahre alt seyn. Um zum Abgeordneten der Städte oder Wahlbezirke gewählt werden zu können, muß man entweder ein Normalsteuerkapital von 550 fl. oder 1000 fl. fixe Besoldung vom Staate, oder nachweislich ein Einkommen von mindestens 1000 fl. aus großh. Staatspapieren haben. Mitglieder der Ministerien können nicht gewählt werden, ebenso Lokalbeamten nicht in ihrem Amtsbezirke. Aktive Zivil- und Militärbeamte, Offiziere und Geistliche, welche zu Abgeordneten gewählt werden, bedürfen zum Eintritt in die Ständeversammlung des Urlaubs der Staatsregierung. (Fr. J.)

Oesterreich. Die „Leipziger Ztg." schreibt, sowohl die englische wie die französische Regierung hätten sich mit dem Entschluß der österreichischen, ihre Truppen bis zur Erledigung der mit Rußland noch schwebenden Fragen nicht aus den Donaufürstenthümern zurückzuziehen, einverstanden erklärt.

Wien, 23. Septbr. Endlich ist der schon seit längerer Zeit erwartete dänische Abgesandte, Herr v. Bülow, in Wien angekommen und hatte bereits gestern eine Unterredung mit dem Grafen Buol. Wie ich vernehme, sind seine Eröffnungen nicht dazu angethan, die Befriedigung des diesseitigen Kabinets zu erregen, und sollen dieselben sicheren Angaben zufolge auch in Berlin wenig befriedigt haben. Es läßt sich demnach jetzt schon mit Sicherheit melden, daß die schleswig-holsteinische Frage vor den Bundestag gebracht werden wird, und zwar soll der diesfällige Antrag von Seite Preußens gestellt werden. (Schw. M.)

Schweiz.

Bern, 24. Sept. Beide Fraktionen der Neuenburgischen Republikaner haben in einer Versammlung beschlossen, bei dem großen Rath mit aller Entschiedenheit die Aufhebung der Bourgeoisie und die Einführung einer Einwohnergemeinde in Neuenburg durchzusetzen. Auf Aufforderung des eidgenössischen Untersuchungsrichters wurde auch der französische Pfarrvikar Paul Matthieu in Neuenstadt arretirt. (Fr. Pstz.)

Bern, 26. Sept. Der Nationalrath hat heute auf Antrag seiner Kommission einstimmig erklärt: „Die Neuenburger Republikaner haben sich um das Vaterland verdient gemacht; die seitherige Handlungsweise des Bundesraths sey zu billigen und derselbe aufzufordern, auf dieser Bahn zu beharren."

Belgien.

Brüssel, 24. Septbr. In der 3. Sitzung des Kongresses für Zollreform ergriff u. A. Hr. Ackersdyck aus Holland das Wort gegen die fiskalischen und gegen die Schutzzölle; „der beste Schutz, sagt er, den man dem Fabrikwesen und der Industrie zu leisten vermag, ist, ihnen allen Schutz durch Zölle und Steuern zu benehmen. Wird die freie Konkurrenz eröffnet seyn, so werden die Fabriken sich erst zu rechtem Leben entwickeln, und die Arbeitskräfte werden ihnen nicht mangeln. (Beifall.) Ein anderer Mißbrauch, der die Aufmerksamkeit des Kongresses beansprucht, sind die Rheinzölle, welche den kleinen deutschen Fürsten zur Deckung ihrer Mediatisirungskosten dienen; aber selbst Preußen hat dieselben nicht beseitigt. Gleiche Schwierigkeiten werden dem Handel durch den Sundzoll bereitet. Dänemark soll allerdings um die in internationalen Verträgen ihm zugesicherten Rechte nicht betrogen werden; aber eine Kapitalisirung des Zolles wäre im Interesse der freien Verbindung höchst wünschenswerth." — Herr Jules Duval aus Paris beantragt, daß das Komite, welches vorgeschlagen wird, um die

Maßregel der Gleichförmigkeit von Maß, Münze und Gewicht zu fördern, nicht in Paris, sondern in Brüssel niedergesetzt werde, damit man nicht sagen könne, der französische Patriotismus wolle sein, das metrische System aller Welt aufbürden. Verschiedene Redner sprechen für und gegen diese Maßregel, sowie für und gegen das französische System. Der Antrag des Präsidenten, allen Ländern die Niedersetzung derartiger Komite's zu empfehlen da der Kongreß, als ein internationaler, alle Nationen zugleich berücksichtigen müsse, wurde genehmigt.

Niederlande.

Haag, 24. Septbr. Das durch den Finanzminister der 2. Kammer vorgelegte Budget für 1857 veranschlagt die Ausgaben auf 72,746,438 fl. (686,819 fl. weniger als die ordinären Ausgaben des Budget für das jetzt laufende Jahr) und die Einnahmen auf 72,784,421 fl., so daß sich ein vermuthlicher Ueberschuß von 37,982 fl. ergibt. Der bedeutende Minderbetrag der veranschlagten Ausgaben wurde in der Rede des Ministers größtentheils vorgestellt als die glückliche Folge der auch in diesem Jahre kräftig fortgesetzten Schuld-Amortisation, wodurch für die Zinsenzahlung der Staatsschuld in 1857 633,663 fl. 7 Cents weniger erfordert werden, als in dem laufenden Jahre. Im Ganzen ist der Zinsenbetrag seit 1850 durch Schuldtilgung um 2,290,890 fl. 21 Cents vermindert; dieses Resultat wurde erzielt durch Anwendung einer Summe von 56¼ Million. Auch für das folgende Jahr beantragt die Regierung, daß aus dem sich auf nahe an 14 Millionen belaufenden Ueberschuß des Dienstes von 1855, insofern nicht bereits darüber verfügt wurde, eine Summe von 5 Mill. Gulden zur Tilgung von Staatsschuld bestimmt werde. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 22. Sept. Von der Royal British Bank, einer Privatbank, die kürzlich ihre Zahlungen einstellte, wurde gestern der erste Vorhang weggezogen; daß ein zweiter noch manche Dinge verborgen halte, wurde zugegeben. Die Passiva betragen 539,131 L., die Aktiva 188,644. Die Verhandlungen schlossen damit, daß die Aktionäre ein formidables Mißtrauensvotum gegen die Direktoren, gegenwärtige und vergangene (mit Ausnahme der drei am 1. August eingetretenen) annahmen. Uebrigens sind sie natürlich alle unschuldig; kein Individuum ist an dem Bankerott schuld, sondern, wie der Kalkulator es ausdrückte, „die Theorie, den Beamten der Bank Darlehen zu geben, hat den Ruin des Unternehmens herbeigeführt." (N.-Z.)

London, 24 Septbr. Man vernimmt, daß am 4. Oktbr. 1,250,000 L. in Silber nach Indien und China verschifft werden sollen. Die Versicherungsprämie ist von 35 auf 90 Schill. erhöht.

In London wird ein neues anglikanisches Bisthum gegründet. Außer dem Bischof von London erhalten wir noch einen Bischof von Westmünster. Die „Times" spöttelt darüber und meint, daß sich die gottlosen Londoner überhaupt nicht viel um die Bischöfe kümmern. Außerdem hebt sie hervor und beklagt es, daß sich Volk und Geistlichkeit in London so fremd gegenüber stehen. Den neuen Bischof von Westmünster bezeichnet sie als ein „bloß kostspieliges, aber nutzloses kirchliches Dekorationsstück", wenn derselbe nämlich seinen Amtspflichten nicht besser nachkomme, als es in der Regel bisher bei den englischen Bischöfen der Fall sey.

Frankreich.

Paris, 25. Septbr. Wie der „Times" aus Paris geschrieben wird, soll sich die Prinzessin von Chambord in gesegneten Umständen befinden.

Aus Paris wird der „Morning-Post" geschrieben, daß Rußland seine Ansprüche auf die Schlangeninsel nicht aufgeben wolle.

Es sind nicht bloß in Paris, sondern auch in der Umgegend von Biaritz Verhaftungen vorgenommen worden. Letztere beziehen sich auf ein Komplott gegen das Leben des Kaisers und auch ein Theil der in Paris geschehenen Verhaftungen hat eine ähnliche Ursache, obgleich diese zum großen Theil durch Abfassung von aufrührischen Maueranschlägen gegen die Regierung und die Hauseigenthümer veranlaßt worden sind.

Spanien

Madrid, 23. Sept. Die Ausführung des Desamortisirungsgesetzes ist also in Bezug auf die Güter der Weltgeistlichkeit bis auf weiteres suspendirt worden. O'Donnell hat sich den Ansichten von Rios Rosas gefügt und nachgegeben, und man verfehlt natürlich nicht zu sagen, daß nun die vollkommenste Einigkeit zwischen beiden herrsche, sowie man dies ehemals auch von O'Donnell und Espartero behauptet hatte. Narvaez hat die Erlaubniß erhalten, wieder nach Spanien zurückzukehren, eine Erlaubniß, die auf alle Verbannten von 1854 ausgedehnt worden ist, mit Ausnahme der Mitglieder des Kabinets Sartorius. Die beseitigten oder nur aus ihren Diözesen entfernten Bischöfe sind wieder eingesetzt worden. Dasselbe gilt von Geranten mehrerer Journale, die verhaftet oder internirt waren. Nun kommt die Reihe an die Wiederherstellung des Senats, der vorerst aus 140 Mitgliedern bestehen soll. O'Donnell hat zu all' diesen Schritten, die seinen bisherigen Ansichten zuwider sind, seine Einwilligung gegeben in der Hoffnung, seine Stellung zu befestigen, aber es wird sich erst zeigen müssen, ob diese Berechnung auch eine richtige ist. Nach der Ankunft von Narvaez in Spanien wird sich dies bald zeigen.

Italien.

Waizen ist im Kirchenstaate gut, Mais im Ueberflusse gerathen, dessenungeachtet dauert das Ausfuhrverbot noch fort. Die Weinlese verspricht in allen römischen Provinzen befriedigende Ergebnisse; von der Olivenernte ist hingegen nicht viel zu hoffen.

Afrika.

Die räuberischen Stämme der Riffmauren an der Nordküste von Marokko, welche neulich dem Prinzen Adalbert von Preußen so übel mitgespielt haben, beunruhigen auch fortwährend die Besatzung der den Spaniern gehörigen Stadt Melilla, so daß die spanische Regierung sich ernstlich mit den Mitteln beschäftigt, diesen Feindseligkeiten ein für allemal ein Ende zu machen. Da man aus Erfahrung weiß, daß diesen räuberischen Stämmen schwer beizukommen ist, und die spanische Regierung ohnedies im Augenblick nicht über große Mittel zu verfügen hat, so wird sie mit ihrem Vorhaben wohl noch eine Weile warten müssen.

Nichtpolitische Zeitung.

° Im Golf von Panama, zwischen den Inseln del Rey und Taboga ist eine aus 43 Inseln und einigen kahlen kleinen Eilanden bestehende Gruppe, an deren Fuß sich mehrere, jedoch sehr schwer erreichbare Perlmuschel-Bänke befinden, welche für wohlhabende Leute von Panama und Chili durch eigens zu diesem Zwecke erzogene Neger ausgebeutet werden. — Zur gehörigen Jahreszeit schiffen sich 10, 12, oft 20 dieser Unglücklichen unter der Aufsicht eines Intendanten auf Schaluppen ein und suchen und forschen an den Ufern, bis sie 10 bis 12 Klafter tief die kostbaren Austern finden. Jeder der Männer bindet sich hierauf einen Strick um den Leib, dessen anderes Ende an der Schaluppe befestigt ist und taucht dann unter, wobei er sich eines gleichfalls mittelst einer Schnur am Fahrzeuge befestigten Steines bedient, den er, wenn er rasch aufsteigen will, los läßt. — Auf den Meeresgrund angelangt, macht er die Muscheln, oft mit unsäglicher Mühe, los, nimmt eine unter jeden Arm, eine in den Mund, eine zwischen die Beine, steigt wieder auf die Oberfläche des Wassers, legt die Muscheln in den mit seiner Ordnungsnummer bezeichneten Sack, athmet, zieht den Stein herauf, befestigt sich denselben von Neuem und steigt abermals in die Tiefe hinab, bis er sich verwundet, bis er todtmüde ist, oder die erforderliche Anzahl Perlen geliefert hat. — Was ein Neger über die festgesetzte Zahl fischt, gehört ihm, die Perlen seyen schön oder nicht. Doch haben die armen Taucher nicht nur mit dem Losmachen der Austern, mit den unterseeischen Klippen und Felsen zu thun, sondern sie haben sich außerdem stets vor den vielen Tabarones und Tintorettas, ausnehmend starken und gefräßigen Haifischen, vor den Montas und Cuvetas, einer Art von riesenhaften Rochen und Meersternen zu schützen, die sich den Männern nahen, sie umfassen, sich mittelst ihrer ungeheuren Sauger an den Beinen oder dem Körper festklammern und sie ersticken, um ihr Fleisch auszusaugen, und nicht immer gelingt es den Armen, sich mit ihrem kleinen Spieße gegen diese furchtbaren Feinde zu wehren. Während der letzten Fischerei im Monat Juni wurden in Einer Woche 27 Neger das Opfer der scheußlichen Meeresbewohner und die Fischerei mußte eingestellt werden, da die Taucher sich dem Weiterarbeiten widersetzten.

Handels- und Börsen-Berichte.

Braunschweig, 23. Sept. Das Direktorium der hiesigen Bank hat in einer heute stattgehabten Sitzung die Erhöhung des Diskonto für Wechsel bis auf 6pCt. beschlossen. Der Zinsfuß für Lombard (ebenfalls 6pCt.) bleibt unverändert. (D. Reichs-Z.)

Frankfurt, 27. Septbr. In Folge günstiger Notirungen nahmen die Effekten einen bedeutenden Aufschwung, der sich besonders bei den verschiedenen Creditaktien und Bank für

Süddeutschland bemerkbar machte; war der Umsatz von großer Bedeutung.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77 3/8 P. 77 1/5 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87 P. 86 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/2 P. —G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 1/2 P. — G.; à 4 1/2 pCt. 66 1/2 P. 66G.; à 4pCt. 59 3/4 P. 59 1/4 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. —G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/8 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 83 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94 1/2 P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 G.; 4 1/2 pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 5/8 P. 90 3/8 G.; 4 1/2 pCt. 101 7/8 P. 101 3/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 92 3/4 P. 92 1/4 G.; à 4pCt. 100P. 99 1/2 G.; 4 1/2 pC. 102 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 88 1/2 P. 88 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. – G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 7/8 P. 87 5/8 G.; 1pCt. neue 23 3/4 P. 23 1/2 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificate 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1210P. 1205G. Neue Bankaktien 331 P. 326 G. Credit-Actien à 5pCt. 191 1/2 P. 189 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 380 P. 378 G.; junge 337 P. 335 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 510 P. 505 G. Mitteldeutsche Creditbank 104 P. 103 1/2 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 108 1/2 P. — G. Frankf. Bankaktien 116 P. 115 1/4 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 257 P. 255 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 137 P. 135 1/2 G. Neustadt-Weissenb. 103 P. — G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 102 P. 101 1/2 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 342 P. 340 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/2 P. 80 G.. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 1/2 P. 78 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95 1/4 P. 94 3/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 P. 98 1/2 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. —— G. Badische fl. 35 Loose von 1815 ——P. 47 1/2 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 1/2 P. 117 G. à fl. 25 34 1/2 P. 34 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. — P. 38 1/2 G. Nass. Loose à fl. 25 33 5/8 P. 33 3/8 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44 1/4 P. – G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. 99 3/4 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 116 3/4 P. 116 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. 119 3/4 G.	Mail. t.S.Lr. 250 k.S 99 3/4 P —G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Paris Frs. 200 k. S. 92 1/4 P. 92G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96 3/8 P. 96 1/8 G.	Wien fl. 100 fl. k S. 113 1/2 P. 113G.
Hamb. MB. 100 k.S 88 3/4 P. —G.	Wien 3 M. mit 4% 113 1/8 P. 112 7/8 G
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. ——G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Wien, 26. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 80 1/4; 5pCt. Metall. 78; 4 1/2 pCt. —; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 120; von 1854 101 7/8; Bankaktien 1051; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anlehen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 329 1/4; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 530; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2515. Wechselkurse: Augsburg uso 106 3/4. London 10. 16. B. Geldkurs: Dukaten —.

Neueste Nachrichten.

** München, 26. September. (Privat-Korrespondenz.) Bei der gestrigen Verhandlung vor dem hiesigen Kriegsgerichte stand außer Lieutenant Petzl auch Lieutenant Ermath, dann die beiden Sekundanten derselben, ebenfalls Offiziere, vor Gericht, das aus dem Major v. Paschwitz als Vorsitzenden und je vier Hauptleuten, Ober- und Unterlieutenants gebildet war. Als Staatsanwalt fungirte Auditor Görzinger, der für den Hauptangeklagten Petzl auf die Strafe der Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode, der als wahrscheinlich vorauszusehen war, den Antrag stellte (worauf 8 bis 12 Jahre Festungsstrafe steht), während dessen ausgezeichneter Vertheidiger, Oberlieutenant Frhr. v. Lerchenfeld, den Antrag stellte, auf fahrlässige Tödtung zu erkennen. Bezüglich der andern Angeklagten ist auf Entlassung der Antrag gestellt. Eine große Anzahl Offiziere hatte der Verhandlung beigewohnt, die bis Nachts 8 Uhr dauerte: das Urtheil des Kriegsgerichts wird nächsten Montag verkündet.*) — Am kommenden Montag wird hier die Enthauptung des vom hiesigen Schwurgerichte zum Tode verurtheilten Raubmörders Jos. Seitz, Dienstknecht von Malching, stattfinden. — Das dritte Bataillon des Infanterie-Leib-Regiments geht am 3. Oktober von hier nach Germersheim, von wo das zweite Bataillon dieses Regiments am 5. Oktober wieder hier eintrifft. Mit einem größeren Feldmanöver werden morgen die Herbst-Exerzitien der hiesigen Garnison enden und am 30. d. ein Theil der Mannschaft, von jeder Kompagnie zu 50 Mann 20 Mann, beurlaubt werden. — Die bayerische Hypotheken- und Wechselbank will vom 6. Oktober an den Diskonto von 5 auf 6 pCt. erhöhen.

Wien, 26. Sept. Das amtliche „Giornale di Rome" berichtet aus Pesaro vom 19. Sept., daß die Bewohner dieser Stadt eine Demonstration gegen die Gewerbstaxe unternommen; Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung seyen getroffen. (T.D.d.A.Z.)

Kopenhagen, 24. Septbr. Das Entlassungsgesuch des Finanzministers Andrä ist sehr unerwartet gekommen. Allerdings wußte man schon lange von Differenzen im Ministerium, man stellte gewöhnlich die HH. v. Scheele und Andrä einander gegenüber, glaubte aber doch nicht an einen so nahe bevorstehenden Bruch. Ueber die Veranlassung zum Rücktritte des Herrn Andrä verlautet nichts Bestimmtes; doch täuscht man sich kaum, wenn man eine Differenz mit dem Minister des Auswärtigen als die nächste Veranlassung ansieht. Es ist in der That nicht abzusehen, warum Hr. Andrä sich gerade in diesem Augenblicke mit dem Hofe entzweit haben sollte; dagegen soll er über mehrere Gegenstände, z. B. über Anstellung von Diplomaten im Auslande anders denken als der Minister des Auswärtigen. Sie wissen, daß schon längere Zeit von einer Reorganisation des Diplomatenkorps die Rede war. Sollte die Stelle des Herrn Andrä mit einem Freunde der Verordnung vom 26. Juli 1854, z. B. mit Etatsrath David oder Ussing, um von Sponneck nicht zu sprechen, besetzt werden, dürften sich noch mehrere Minister — besonders Hall und Unsgaard — zurückziehen. Vielleicht wird man aber das Portefeuille provisorisch einem der jetzigen Minister, z. B. dem Conseilspräsidenten Bang übertragen. (Hamb. N.)

London, 25. Sept. Feldmarschall Hardinge ist gestern Abend gestorben. Der Vizekanzler hat die Abwickelung der Geschäfte der „Royal British Bank" genehmigt. (T.D.d.N.-Z.)

Aus Konstantinopel vom 19. Sept. schreibt man, der britische Admiral Houston Stewart habe Befehl erhalten, das schwarze Meer nicht zu verlassen. (T.D.d.A.Z.)

*) Wie aus Obigem erhellt, waren die Angaben, die wir nach Münchener Blättern im gestrigen „Anzeiger" brachten, nicht ganz richtig.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 271. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 29. Septbr. 1856

* Das russische Rundschreiben.

Das Rundschreiben, d. d. Moskau, 2. September l. J., welches der russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten an sämmtliche diplomatische Vertreter Rußlands im Ausland gerichtet hat, zeigt wieder einmal so recht, wie Theorien und Grundsätze von der Diplomatie je nach Bedürfniß als Waffe gebraucht oder bei Seite geworfen werden, und das mit einer Unbefangenheit, über die man wirklich staunen muß. „Achtung vor dem Recht und Unabhängigkeit der Regierungen", das ist der Grundsatz, welchen das russische Rundschreiben als die sichere Grundlage des allgemeinen Friedens erklärt. Diesen Grundsatz hätten auch die Westmächte aufgestellt, als sie der Türkei gegen Rußland ihren Arm liehen, und man könne wohl erwarten, daß sie es mit diesem Grundsatz aufrichtig meinten, daß „sie sich jener großen Worte nicht bloß als einer Waffe bedienten, die man augenblicklich gebraucht und dann in den Staub des Arsenals bei Seite wirft."

Der russische Minister fühlt freilich, daß Rußland in seinem Verfahren gegen die Türkei eben auch keine besondere Achtung vor diesem Grundsatz gezeigt, daß es vielmehr geradezu die Unabhängigkeit der türkischen Regierung angetastet hat, und daß eben dies Beginnen den orientalischen Krieg zum Ausbruch brachte. Doch darüber hilft sich der gewandte Diplomat sehr leicht hinweg, indem er sagt: „Die gegen uns verbündeten Mächte hatten die Achtung vor dem Rechte und die Unabhängigkeit der Regierungen zum Wahlspruch genommen. Wir wollen hier nicht noch einmal auf eine historische Prüfung der Frage eingehen, bis zu welchem Grade die Haltung Rußlands den einen oder den anderen dieser Grundsätze gefährdet haben würde. Es liegt nicht in unserer Absicht, eine unfruchtbare Diskussion anzuregen. Es ist uns vielmehr darum zu thun, dieselben Grundsätze zur Anwendung zu bringen, welche die Großmächte Europas proklamirten, als sie sich direkt oder indirekt als unsere Gegner hinstellten."

Und nun liest Fürst Gortschakoff den Westmächten tüchtig den Text, weil sie in Bezug auf Griechenland und Neapel dem von ihnen aufgestellten Grundsatz zuwiderhandeln. Er sagt: „Für die im Widerspruch mit dem Willen des Herrschers und der Stimmung des Volkes stattfindende Occupation des hellenischen Gebietes durch eine fremde Truppenmacht ist gegenwärtig nicht mehr der geringste Grund vorhanden. Politische Gründe konnten bis zu einem gewissen Grade die dem Herrscher angethane Gewalt erklären. Mehr oder weniger begründete Anforderungen des Krieges konnten angeführt werden, um diesen Eingriff in die Autorität des Rechtes zu beschönigen. Aber in diesem Augenblicke, wo man keinen dieser Beweggründe mehr anführen kann, scheint es uns unmöglich, die fortdauernde Gegenwart fremder Truppen auf dem Boden Griechenlands vor dem Richterstuhle der Billigkeit zu rechtfertigen. Was das Königreich Neapel betrifft, so dürfte, wenn es sich auch jetzt noch nicht um Abbüße handelt, doch sehr zu besorgen seyn, daß es die höchste Zeit sey, vorzubeugen. Der König von Neapel ist der Gegenstand eines Druckes, nicht etwa, weil Se. Maj. irgend eine der Verpflichtungen überschritten hätte, welche ihm durch die den fremden Höfen gegenüber eingegangenen Verträge auferlegt sind, sondern weil er in der Ausübung seiner unbestreitbaren Souveränetätsrechte seine Unterthanen regiert, wie es ihm gutdünkt. Es wäre uns begreiflich, wenn aus freundschaftlicher Fürsorge und aus wohlwollendem Interesse eine Regierung einer anderen ihren Rath anböte, sollte derselbe auch den Charakter einer Ermahnung annehmen; aber das scheint uns auch die äußerste Gränze zu seyn, welche nicht überschritten werden darf. Weniger als jemals ist es heute in Europa erlaubt, zu vergessen, daß die Souveräne ebenbürtig unter sich sind, und daß nicht nach dem Flächenraum des Gebietes, sondern nach der Heiligkeit der Rechte eines Jeden sich die Beziehungen richten, welche unter ihnen bestehen können. Will man von dem Könige von Neapel Zugeständnisse in Bezug auf die innere Regierung seiner Staaten durch Drohungen oder feindliche Demonstrationen erlangen, so heißt dies sich gewaltsam an die Stelle seiner Autorität setzen, so heißt dies an seiner Statt regieren wollen, so heißt dies ohne Weiteres das Recht des Starken über den Schwachen proklamiren."

Das alles ist ohne Zweifel ganz wahr und gut gesagt; zu wünschen wäre nur, daß solche schöne Worte auch immer recht beherzigt würden von jenen sowohl, welche sie sprechen, als von denen, an die sie gerichtet sind. So laut aber Rußland das Verfahren der Westmächte gegen Griechenland und Neapel tadelt, so wird es in dem gegenwärtigen Zeitpunkt schwerlich ein Mehreres für sie thun. Rußlands Zeit ist noch nicht gekommen. „Man macht, heißt es in dem Rundschreiben, man macht Rußland den Vorwurf, sich zu isoliren und Angesichts von Thatsachen, welche sich weder mit dem Rechte, noch mit der Billigkeit vertragen, im Stillschweigen zu verharren. Rußland schmolle. Rußland schmollt nicht. Rußland sammelt sich."

Und wenn Rußland sich gesammelt hat, was dann? Auch hierauf läßt das Rundschreiben die Antwort zwischen den Zeilen lesen, indem es sagt: „Diese Depesche zeigt Ihnen, daß unser erhabener Gebieter sich nicht schweigend verhält, wenn er glaubt, seine Meinung aussprechen zu müssen. Es wird das in allen Fällen stattfinden, wo die Stimme Rußlands der Sache des Rechts nützlich seyn kann, oder wo es die Würde des Kaisers erheischt, daß seine Meinung nicht unbekannt bleibe. Was die Anwendung unserer materiellen Kräfte betrifft, so behält der Kaiser dieselbe seinem freien Ermessen vor."

Vorderhand aber bleiben die materiellen Kräfte noch in Ruhe; denn der Kaiser Alexander „will, so sagt das Rundschreiben, mit allen Regierungen in gutem Einverständniß leben." „Der Kaiser, heißt es weiter, ist entschlossen, vor Allem dem Wohle seiner Unterthanen seine Sorge zuzuwenden und auf die Entfaltung der inneren Hülfsquellen des Landes eine Thätigkeit zu verwenden, die sich nur dann nach Außen erstrecken wird, wenn die positiven Interessen Rußlands es unbedingt erheischen." Und sie werden es erheischen, sobald Rußland Kräfte genug wird gesammelt haben, um mit Aussicht auf Erfolg wieder einen Krieg wagen zu können!

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 27. Septbr. (Priv.-Korresp.) Aus Paris ist die Nachricht hier eingetroffen, daß sich die Frau Prinzessin Adalbert etwas unwohl befindet, in Folge dessen die Abreise von dort verschoben ist, so daß die Ankunft Ihrer kgl. Hoheiten dahier nunmehr nicht vor Mitte Oktober erfolgen wird. — Die bayerische Hypotheken- und Wechselbank hat sich wie ich gestern andeutete, in Folge zu großer Anforderungen genöthigt gesehen, den Diskonto zu beschränken. Solche Anforderungen waren in bedeutenden Summen besonders von Auswärts gemacht, weil allenthalben der Diskonto schon 6 pZt. beträgt, jener der hiesigen Bank aber noch 5 pZt. Am 6. Okt. tritt aber auch bei unserer Bank die Erhöhung auf 6 pZt. ein.

Vom Staatsministerium der Finanzen ist folgendes Reskript an die Kreisregierungen ergangen: „Nach einer Anzeige des historischen Vereins von und für Oberbayern vom 3. d. Mts. wurden in jüngster Zeit mehrfache Wahrnehmungen von Beschädigungen an der das Königreich von der Donau bis zur württembergischen Gränze durchziehenden Teufelsmauer oder des Pfahlrankens gemacht, und es ist insbesondere bemerkt worden, daß an mehreren Stellen Steine von diesem Walle sogar innerhalb der Staatswaldungen ausgebrochen und zu verschiedenen Zwecken verwendet worden sind. Nachdem die Erhaltung dieses interessanten und großartigen Römerdenkmales im Interesse der Wissenschaft gelegen ist, so empfängt die k. Regierung, Kammer

der Finanzen, den Auftrag, das sämmtliche Forstpersonale zu beauftragen, nicht nur jede Beschädigung oder Zerstörung auf der ganzen Linie dieses Römerdenkmales, sondern auch sonstiger Alterthümer und Naturmerkwürdigkeiten, als Ruinen, interessanten Felsenpartien rc., sowohl innerhalb der Staatswaldungen nach Kräften ferne zu halten, als auch außerhalb derselben jede etwaige Wahrnehmung von Beschädigungen alsbald zur Anzeige zu bringen."

Baden. Mannheim, 26. Septbr. Heute Vormittag um halb 12 Uhr setzte sich die Dampferflottille, welche den hohen Neuvermählten zum Empfange entgegenfuhr, unter Geschützdonner in Bewegung. Es waren 8 prächtige Schiffe, die im reichsten Flaggenschmucke prangten. Von Ludwigshafen her hatte sich der Dampfer „Maximilian" angeschlossen, mit der trefflichen Musik des 6. bayerischen Infanterieregiments an Bord. Auf dem badischen Ufer waren stellenweise Ehrenpforten errichtet und die Bewohner der naheliegenden Dörfer waren in Masse herbeigeströmt, um dem jungen Fürstenpaar ihre Huldigung darzubringen. An der Einmündung des Frankenthaler Kanals warf die Flotille Anker und wartete die Ankunft des „Hohenzollern" ab, welcher nach 2 Uhr mit den hohen Neuvermählten herandampfte. Als er der Durchfahrt der andern Schiffe sich näherte, begannen die Böller zu donnern, die bayerische Musik spielte und tausendstimmige Lebehochrufe hallten weithin wieder. Das großherzogliche Paar, von diesem glänzenden Empfange freudig überrascht, dankte aufs freundlichste. Die jugendliche Großherzogin, eine schlanke, anmuthige Gestalt von großer Schönheit, wehte ihren Dank und ihre Grüße mit dem Taschentuche zu. Der „Hohenzollern" fuhr zwischen den andern Schiffen hindurch, die ihm dann unter unaufhörlichem Geschützdonner das Geleit gaben. Die Landung am Hafen bot gleichfalls ein prächtiges Schauspiel. Die Rheinbrücke und beide Ufer waren dicht mit Menschen besetzt, welche das neuvermählte Paar mit freudigen Zurufen begrüßten. Nach dem Empfang und den Glückwünschen der Behörden und städtischen Korporationen, fuhren die hohen Neuvermählten ins Schloß zur Tafel und nach derselben ins Theater. Mannheim selbst hatte sich aufs freundlichste geschmückt. Eine prächtige Ehrenpforte erhob sich am Rheinthor, die Häuser waren mit Fahnen, Teppichen, Blumen, Transparenten, Büsten und Bildern aufs reichste verziert. Abends um 9 Uhr wurde die Stadt glänzend beleuchtet, wobei sich besonders das Zeughaus, das Kauf- und Rathhaus, und unter den Privatgebäuden das Bassermann'sche Haus am Markt, durch Reichthum und Geschmack auszeichneten. Nach dem Theater durchfuhren der Großherzog und die Großherzogin die Straßen, welche von einer freudig bewegten Menge wimmelten. Das glänzende Fest lief ohne Störung, aber nicht ohne einen beklagenswerthen Unfall ab. Beim Anzünden der Lampen fiel leider ein Arbeiter vom Rathhause herunter und blieb auf der Stelle todt. (Pf. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 26. Septbr. (Privat-Korresp.) Der Kaiser wird im Laufe der nächsten Woche aus Ungarn zurückkehren und einige Tage in Wien verweilen, um den russ. Gesandten, Frhrn. v. Budberg und den badischen Gesandten, Baron Rüdt v. Collenberg zu empfangen. Ungefähr am 7. Oktbr. werden sich der Kaiser und die Kaiserin nach Ischl begeben, und dort einen zwölftägigen Aufenthalt nehmen. Für Ende Oktober ist dann die Reise nach Triest, Venedig und Mailand bestimmt. Der Aufenthalt in letzterer Stadt wird acht Wochen dauern, und es werden die Majestäten während dieser Zeit theils in Mailand theils in dem benachbarten Monza residiren. Der Kaiser wird während des Aufenthaltes in Italien auch die Städte Padua, Bergamo, Verona und Brescia besuchen, und den bei Sorra stattfindenden Manövern beiwohnen, zu denen auch mehrere fremde Fürsten geladen sind. Was die Nachricht betrifft, daß der Kaiser auch einen Besuch in Rom abstatten wird, so ist es gewiß, daß in dieser Beziehung durchaus nichts bestimmt ist; eben so unbegründet ist das Gerücht von einem Besuche des Kaisers Napoleon in Mailand. — Vorgestern sind neue Nachrichten aus Neapel hier eingetroffen, welche die Situation in einem milderen Lichte darstellen, und die Nachgiebigkeit des Königs d. i. die Annahme des westmächtlichen Ultimatum*) in Aussicht stellen. Man glaubt, daß dem Volk von Neapel, sowie den europäischen Mächten dieser Entschluß des Königs durch ein Manifest kundgemacht werden wird, das aber in einem Tone gehalten seyn dürfte, der ihm den Charakter eines Protestes verleiht. — Graf Buol konferirte in den letzten Tagen zum öfteren mit dem dänischen Gesandten, Hrn. v. Bülow; die Mission des Letzteren wird als ganz erfolglos bezeichnet.

*) Dies Ultimatum ist jedoch noch nicht abgeschickt, und eben der Umstand, daß die Westmächte hiermit noch zögern, läßt annehmen, daß die Sache vielleicht noch in Güte beigelegt wird. Was den Inhalt des Ultimatum betrifft, so ist nicht zweifelhaft, daß dasselbe die Forderungen einer Reform der Justizpflege und der Administration im Königreiche beider Sizilien und einer ausgedehnten Amnestie in Bezug auf diejenigen Kategorien politischer Verurtheilten enthält, welche in allen andern Staaten bereits begnadigt wurden; insbesondere ist der ehemalige Minister Poerio unter den zu Amnestirenden namentlich erwähnt. Dies sind dieselben Forderungen, denen sich Oesterreich, insofern sie in der Form von Rathschlägen an das neapolitanische Kabinet gerichtet wurden, von Anfang an unbedingt angeschlossen hatte. Aber über Rathschläge hinaus bis zum Zwang zu gehen, das hält Oesterreich für unzulässig.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 28. Septbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. 75¾; 4½pCt.Met. 66; Wiener Bankaktien 1205; 5pCt. Lomb 86; Wiener Wechsel l. S. 112¾; 3pCt. inl. span —; 1 pCt. neue 23⅞. Oesterr. Kreditaktien 188. Darmstädter Bankaktien 372. Bayerische Ostbahn 101¼. Luxemburger internationale Kreditbank 505.

Wien, 27. Septbr. Oesterr. 5pCt. National-Anleihe 81⅞; 5pCt. Metall. 79¾; 4½ pCt. 70; Lotterie-Anlehens-Loose v. 1839 125; von 1854 104⅞; Bankaktien 1064; Bank-Interimsaktien —; 5pCt. lomb.-venet. Anleihen —; österr. Kredit-Mobilier-Aktien 337¼; Donau-Dampfschifffahrtsaktien 531; österr. Staatsbahnaktien —; Nordbahnaktien 2580. Wechselkurse: Augsburg uso 105¼. London 10. 10. B. Geldkurs: Dukaten —.

Breslau, 23. Septbr. Getraide. Heute war der Markt entschieden matter und die Preise fast aller Getraidearten gingen 1 a 2 Sgr. pr. Schfl. niedriger als gestern. Selbst die exquisiten Sorten, welche gestern noch gesucht waren, mußten heute billiger erlassen werden, fanden jedoch zu den gewichenen Preisen Nehmer, während Mittelgattungen größtentheils unverkauft blieben. Waizen sowohl als Roggen waren stark zugeführt, da Käufer aber zurückhaltend waren, so blieb Vieles übrig. Gerste behauptete sich ziemlich fest. Haier Erbsen, Mais und Hirse geschäftslos. Wir notiren: weißer Waizen 98, 103, 106 a 110 Sgr.; gelber 96, 99, 103 a 105 Sgr., Roggen 60, 62, 64 a 67 Sgr., Gerste 48, 51 a 53 Sgr., Haier 27, 29 a 30 Sgr, Erbsen 65, 69 a 72 Sgr.

Rostock, 21. Septbr. In Mecklenburg ist die Getraideernte im Ganzen gut ausgefallen. Ebenso hören wir wenige Klage über Kartoffelfäule, und es steht außer Zweifel, daß der Ertrag auch dann größer wird, wie es in den letzten Jahren der Fall war. Wir erhalten bis jetzt nur so viel Zufuhren, wie eben erforderlich ist, den Konsum zu befriedigen, da der Landmann ohnehin vollauf beschäftigt ist.

§ Rotterdam, 23. September. (Privat-Korrespondenz.) Kaffee. Wie gewöhnlich einige Zeit nach den Auktionen, wenn der Bedarf in der Regel für längere Zeit versorgt wird, hat der Abzug jetzt nachgelassen. Indessen bleibt die Haltung fest und die Lage des Artikels völlig gesund, während die Gesammtvorräthe bereits ein Defizit gegen voriges Jahr zeigen, das sich im nächsten Monat stärker herausstellen dürfte.

Grünliche Javas von 32—32½ Auktionswerth sind fast gänzlich aus dem Markte verschwunden und auch in den besseren Nummern wird die Auswahl spärlich. — Die bei der Maatschappy eingetroffenen 733 F. 1229 B. Plantagen Ceylon do. 850 B. Native Ceylon erwarten wir im Laufe des nächsten Monats in Auktion und machen einstweilen darauf aufmerksam.

Reis zeigt etwas steigende Tendenz; für ungeschälten Neeranfie wird f 7 geboten und f 7¼ gefordert. Der Abzug von geschältem für unser Inland ist besser, für Export aber fortwährend sehr schwach. Man bezahlt für geschälten Arrakan f. 8½, und fordert auf Lieferung Oktober und November f 8⅞, was jedoch nicht bewilligt wird. Vorschuß f 9½—10. Java Vorschuß f 12—12¼. Erster Tafelreis f 14½—15.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 272. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 30. Septbr. 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. (Auszug aus dem Kreisamtsblatt von Schwaben und Neuburg Nr. 80 vom 26. Sept.) (Die Erhaltung der Wälder, hier die Ueberwachung des Holzhandels betr.) Die staatspolizeiliche Rücksicht auf die möglichste Erhaltung der Wälder macht es nothwendig, ein besonderes Augenmerk dem Holzhandel zuzuwenden, und die bisher schrankenlose Ausübung desselben von bestimmten Vorbedingungen abhängig zu machen, welche gleichzeitig geeignet erscheinen, den unberechtigten Zwischenhandel mit Holz zu beseitigen. Zu diesem Behufe wird hiermit Nachstehendes angeordnet: 1) Der Verkauf von Holz aus eigenen Waldungen bleibt dem Produzenten unbedingt freigestellt. Dagegen wird der Handel mit Holz, d. h. der Verkauf von gekauftem Holze jeder Art, z. B. Bau-, Brenn-, Bretter- und Werk-Holz, sofern er nicht der Ausfluß einer Gewerbsberechtigung ist, von alljährlich zu erneuenden Lizenzen abhängig gemacht. 2) Nur ansässigen, gut beleumundeten Personen, welche das zum Geschäftsbetriebe erforderliche Vermögen besitzen, dürfen Lizenzen ertheilt werden. 3) Diese Lizenzen hat die Distrikts-Polizeibehörde des Wohnortes auf Protokollaransuchen nach Beibringung giltiger Nachweise über Leumund, Ansässigkeit und Vermögen nach gutachtlicher Einvernahme des einschlägigen königl. Forstamtes auf Grund förmlicher Beschlußfassung auszufertigen. Die beigebrachten Nachweise sind bei den Akten zu behalten. Die unterfertigte Stelle (Kreisregierung von Schwaben) behält sich die Wiedereinziehung ertheilter Lizenzen bei gegebenem Anlasse vor. 4) Die Lizenzen haben außer dem Signalemente der zum Holzhandel befugten Person die ausdrückliche Bestimmung zu enthalten: a) daß die Lizenz alljährlich erneuert werden muß; b) daß jede Ueberschreitung der Befugnisse mit strenger Strafe, selbst mit Einziehung der Lizenz bedroht ist. 5) Von jeder Lizenzertheilung wird in einem fortlaufenden alljährlich abzuschließenden Verzeichnisse, das die Erfüllung der Vorbedingungen entnehmen läßt, Vormerkung gemacht. 6) Jeder Holzhändler muß bei Meidung der Strafe wegen unberechtigten Holzhandels diese auf seinen Namen lautende Lizenz bei sich führen, und auf Verlangen den Forstbediensteten, der kgl. Gendarmerie u. dem Aufsichtspersonale vorzeigen. Stellvertretung ist nur durch Haussöhne und gebrödete Diener gestattet. 7) Frauenspersonen sind im Allgemeinen vom Holzhandel ausgeschlossen; den Wittwen kann die Fortführung des vom Ehemann betriebenen Geschäftes unter Beihülfe eines besonders hiezu lizenzirten Gehülfen bewilligt werden, soferne ihm guter Leumund, Kenntniß und Solidität im Handel zur Seite steht. 8) Auf den ordentlichen Holzmärkten ist die Zufuhr von Holz durch die Waldeigenthümer auf jede thunliche Weise zu erleichtern. Die Marktordnung ist streuge zu handhaben, insbesondere verbotenes Vor- und Aufkaufen von Holz außerhalb des Marktes zu verhüten oder unnachsichtlich zu beahnden, und das gesetzliche Holzmaß genau zu überwachen. 9) Für andere Brennmaterialien wie Torf, Kohlen ꝛc. sind diese Bestimmungen gleichmäßig in Anwendung zu bringen. 10) Jede rechtskräftige Bestrafung eines lizenzirten Holzhändlers wegen Ueberschreitung seiner Befugnisse ist in dem Verzeichnisse der Lizenzen vorzumerken, daher von der strafenden Behörde jedesmal derjenigen Behörde mitzutheilen, welche die Lizenz desselben ausgestellt hat. 11) Gegen Personen, welche den Holzhandel vermöge gewerblicher Berechtigung treiben, ist wegen beharrlichen Mißbrauches, namentlich durch künstliche Steigerung der Holzpreise nach Maßgabe des Art. 6 Nr. 4 der gesetzlichen Grundbestimmungen für das Gewerbswesen vom 11. Sept. 1825 einzuschreiten.*)

Preußen. Berlin, 26. Septbr. Auf höhere Veranlassung ist Herr Lindenberg von der Redaktion der (im Sinne der Kreuzzeitung geschriebenen) „Patriotischen Zeitung" zu Minden zurückgetreten. Herr Lindenberg ist in einen Prozeß verwickelt, der dieser Tage vor dem Potsdamer Kreisgericht verhandelt wird, und mit der Potsdamer Depeschen-Diebstahls-Geschichte zusammenhängt. Gegenstand des Prozesses ist bekanntlich der durch den Depeschendiebstahl an's Licht gekommene und dem Prinzen von Preußen anonym in Abschrift zugeschickte Brief Lindenberg's an Hrn. v. Gerlach über die Reise des Prinzen in Westphalen. Diese Seite des Prozesses liefert den Beweis, daß mit der Verurtheilung Techen's am 6. wegen des Verkaufs eines Theiles der Depeschen an auswärtige Regierungen nicht Alles erschöpft war, da das Ausland bei dem Lindenberg'schen Briefe natürlich nicht betheiligt ist. (H. N.)

---

*) Wie? Eine Kreisregierung sollte befugt seyn, solch' eine Verordnung, welche so tief in die persönliche Freiheit und den Erwerb der Staatsangehörigen eingreift, nach eigenem Gutdünken für ihren Bezirk zu erlassen?

Berlin, 27. Septbr. Die Panique ist an der Börse in Permanenz erklärt, die Angst und die Verwirrung wird von Betheiligten bedeutender als im Jahre 1848 erklärt. Wie man hört, wollte heute Abend der Verwaltungsrath des Bankvereins und morgen derjenige der Handelsgesellschaft zusammentreten, um einen Aufschub der Einzahlungen zu beschließen. Das Traurigste bei dieser auf den mehrmonatlichen Schwindel folgenden Reaktion ist, daß unendlich viele Privatpersonen, die zur Veräußerung ihrer Werthstücke sich gezwungen sehen, einen großen, wenn nicht den größten Theil ihres Vermögens einbüßen. An der Börse selbst äußert sich der Galgenhumor in Wortspielen zwischen reportiren und deportiren rc.; auch heißt es, die Kaufmannschaft könne vom Bau eines neuen Börsengebäudes abstehen, da in nächster Zeit eine nicht geringe Zahl von Jobbern von der Börse wegbleiben würde. (H. N.)

Kurhessen. Kassel, 26. Sept. Auf morgen sind die Mitglieder der im Juni vertagten Stände wieder einberufen und haben sich sehr zahlreich eingestellt. Nächst der Verfassung wird die Berathung des Budget so wie einiger wichtiger Gesetzentwürfe in Sachen der Landwirthschaft, wie ich höre, den vornehmlichen Gegenstand ihrer Thätigkeit bilden. (N.=Z.)

Schweiz.

Bern, 26. Sept. Der Ständerath ist dem Beschluß des Nationalraths, wodurch das Verfahren der Neuenburger Republikaner und des Bundesraths gebilligt wird, einstimmig beigetreten.

Der Bericht des Bundesraths an die Bundesversammlung über die Neuenburger Vorgänge ist sehr ausführlich. Derselbe gibt zunächst einen Ueberblick über das sattsam bekannte Ereigniß, erörtert sodann die aus diesem Anlaß getroffenen Maßregeln und äußert sich über den Ausgang des Putsches wie folgt: „Nachdem sich nun gezeigt hat, daß der Aufstand auf eine wahrhaft kleinliche Grundlage beschränkt war, daß derselbe bei der überwiegenden Bevölkerung durchaus keinen Anklang fand, daß die große Masse der Bevölkerung sofort in sich selbst den nöthigen Halt fand, um mit eigener Kraft dem Gesetz Achtung zu verschaffen: nach diesen Thatsachen allen können auch wir dem Kanton Neuenburg zum Ausgange der Krisis nur aufrichtig Glück wünschen, wenn wir auch die Opfer, welche der Kampf gekostet hat, diese Opfer der Verführung lebhaft beklagen müssen. Aus der Haltung des Neuenburgischen Volkes mag das Ausland manche Zweifel beschwichtigen und mag es eine klare Ueberzeugung sich schöpfen, auf welcher Seite die Mehrheit des Kantons sich befinde, und für welche Interessen, ob für schweizerische oder für fremdländische, sie einzustehen entschlossen sey."

Bezüglich der strafrechtlichen Verfolgung der Aufständischen sagt der Bericht nach Ausführung des bezüglichen, bereits bekannten Beschlusses:

„Wie es scheint, hat es auffallen wollen, daß bei unserer Ueberweisung an die Gerichte nicht auch der Artikel 37 des Gesetzes zur Begründung der Schlußnahme angeführt worden sey. Hierauf müssen wir aber entgegnen, daß, wie bereits erwähnt, unser Beschluß schon am 4. September, also zu einer Zeit gefaßt worden ist, wo wir über den Umfang und die Bedeutung des Aufstandes nur noch unvollständige Berichte haben konnten. Namentlich war es noch nicht so bestimmt erhoben, ob der Aufstand im Interesse einer auswärtigen Macht, oder aber nur im Interesse einer monarchischen Regierungsform des Kantons unternommen worden sey. Es blieb damals nur zu erwägen übrig, ob überhaupt eine gerichtliche Ueberweisung stattzufinden habe, und hierzu lieferten die citirten Gesetzartikel bereits hinlänglichen Stoff. Dagegen wird es aber Sache des Generalanwalts, der Anklagekammer und endlich des urtheilenden Gerichtes seyn, in Erwägung zu ziehen, welche Artikel des Strafgesetzes auf das vorliegende Verbrechen anzuwenden seyn möchten."

Schließlich werden noch die Schritte berichtet, „welche von Seite der Diplomatie in dieser so beklagenswerthen Angelegenheit versucht worden sind." Nach Wiederholung des bereits bekannten Notenwechsels mit Hrn. v. Sydow heißt es weiter:

„Die preußische Gesandtschaft war sodann auch bestrebt, darauf hinzuwirken, daß der angehobene gerichtliche Gang bis auf weitere diplomatische Interventionen sistirt werden möchte, eine Zumuthung, die wir aber, als mit der Würde der Eidgenossenschaft und mit der Würde ihrer freien, unabhängigen Gerichte im Widerspruch stehend, von der Hand gewiesen haben. Von den diplomatischen Vertretern anderer Mächte sind keinerlei Schritte gegen uns, dieser Sache wegen, gethan worden, ausgenommen, daß verschiedene derselben ihre Stellung benutzten, sey es offiziell oder offiziös, Milde gegen die verhafteten Insurgenten zu empfehlen. Wir konnten aber in dieser Beziehung ruhig auf die allseitig konstatirte Thatsache uns berufen, daß gegen die Gefangenen alle unter diesen Umständen nur zulässige Humanität beobachtet werde. Sollen wir schließlich noch den Standpunkt bezeichnen, von dem aus allfällige diplomatische Verhandlungen zu pflegen seyn möchten, so können solche nach unserer Ansicht nur auf der Grundlage stattfinden, daß die vollständige Unabhängigkeit des Kantons Neuenburg von jedem auswärtigen Verbande anerkannt wird. Jede Eröffnung, die nicht auf dieser Basis beruht, werden wir des bestimmtesten zurückweisen. Wir sind ferner der Ansicht, daß es nicht in unserer Stellung liegt, diesfalls die ersten Schritte zu thun. Mittlerweile wird die angehobene Untersuchung ihren gesetzlichen Gang ruhig fortsetzen, und um jede Störung der Justiz von vornherein abzuschneiden und jeden Versuch, in dieselbe einzugreifen, sofort zu beseitigen und im Keime zu ersticken, wird es nöthig und zweckmäßig seyn, den Kanton Neuenburg bis auf Weiteres, namentlich bis zum Schlusse der Untersuchung noch mit eidgenössischen Truppen besetzt zu halten."

Wie schon gemeldet hat die Bundesversammlung das Verfahren des Bundesraths vollkommen gebilligt.

Dänemark.

Der Besuch des Kronprinzen von Schweden in Kopenhagen und die dadurch bewirkte Aufregung unter der dänischen Jugend, welche den hohen Gast mit einem Fackelzuge und festlicher Rede empfing, sind merkwürdige Zeichen einer nahenden Entwickelung der skandinavischen Einheitsideen. Es ist nach und nach ein ziemlich lautes Geheimniß geworden, daß diese dänische Jugend nichts eifriger wünscht, als den jungen Thronfolger von Schweden zum dänischen Thronfolger erwählt zu sehen und derselbe Herr Ploug, Redakteur der Zeitung „Faedrelandet" und einer der eifrigsten Führer des Skandinavismus, welcher jetzt die Rede an den Kronprinzen hielt, hatte schon früher die Kühnheit dem Prinzen die dänische Krone zu verheißen als dem heißersehnten Messias des dänischen Volks. Der jetzige Besuch in Kopenhagen sowohl, wie die Aufnahme des Studentenzuges in Stockholm durch den König von Schweden deuten allerdings darauf hin, daß die Politik selbst sich der skandinavischen Idee bemächtigt hat, und wenn man die Zustände in Kopenhagen erwägt, wo der König mit dem Adel vollständig gebrochen hat und zu seinen nächsten Verwandten in den gespanntesten Verhältnissen lebt, ist es so unmöglich nicht, daß der europäischen Diplomatie eines schönen Morgens eine interessante Ueberraschung bevorsteht. Die alles vermögende Gräfin Danner ist bekanntlich eine eifrige Skandinavistin und mit einer ihrer Töchter hat sich der Sohn des Ministers v. Scheel verlobt. Dagegen ist der von der Londoner Konferenz bestimmte Thronfolger, Prinz Christian zu Dänemark, keineswegs nach dem Geschmack des dänischen Volkes oder doch der dänischen Jugend. Welch' weites Feld zeigt sich hier somit wiederum für die höchste schiedsrichterliche Einmischung der hohen europäischen Politik, im Fall die beiden nordischen Könige und ihre Völker anders über die Aussprüche der Großmächte denken sollten, wie es in London bestimmt wurde?! Man muß hinzufügen, daß der Besuch des Prinzen Napoleon von den Schweden und Dänen nicht als ein zufälliges Ereigniß betrachtet wird, sondern daß sich damit gewisse Gedanken über eine Familienverbindung der beiden jüngsten europäischen Fürstenhäuser verknüpfen. Die Nachricht, daß der dänische Finanzminister Andrä seine Entlassung gefordert hat, wird, da man weiß, daß dieser Minister kein Anhänger der skandinavischen Ideen ist, sondern ein entschiedener Gesammtstaatsvertheidiger, mit Zerwürfnissen in Verbindung gebracht, welche der Besuch des Kronprinzen von Schweden in das dänische Kabinet gebracht habe. (Z.f.Ndd.)

Belgien.

Brüssel, 25. Sept. Der internationale Zollreform-Kongreß hat heute seine Sitzungen geschlossen. Unter den gefaßten Beschlüssen befindet sich einer, in welchem der Kongreß alle Prohibitiv- und Schutzzölle, Ausgangs- und Eingangsprämien, Haussuchungen und Repressalien in Zollsachen verwirft. Ueber die Hindernisse, welche sich der Ausdehnung der Handelsverbindungen in den einzelnen Staaten entgegenstellen, sowie die Mittel, diese Hindernisse zu beseitigen, sprach u. A. Pascal Duprat, ehemaliger Redakteur des Pariser „National" und Mitglied der Nationalversammlung von 1848—49, seit dem Staatsstreiche aus Frankreich verbannt. Er faßte den Gegenstand wesentlich vom philosophischen Standpunkt auf, indem er als Haupthindernisse drei Punkte aufstellte und erörterte, nämlich: die Unwissenheit der Massen in staatswirthschaftlichen Dingen, die Vorurtheile der verschiedenen Nationalitäten, endlich die kleine Fraktion, die zunächst bei der Aufrechthaltung der Privilegien interessirt ist. Auf einen mehr praktischen Standpunkt stellte sich Herr Müllendorf, Abgesandter der Handelskammer zu Verviers; er wies namentlich auf die beiden Hauptfehler hin, welche die meisten Regierungen vor und nach der Theurung der letzten

Jahre begangen haben. Vor der Theuerung, als die Ernte reichlichen und überreichlichen Ertrag lieferte, besteuerte man die Konsumenten zu Gunsten der Landwirthe; während der Theuerung dagegen expropriirte man den Landwirth zum Vortheile der Konsumenten. Zum Schlusse will ich noch einer Broschüre erwähnen, welche dem Kongreß übersandt worden ist, sie hat den Titel: „Les principes du bien-être“, und ihr Verfasser ist der neapolitanische Polizeiminister; als der Sender dieser Schrift genannt wurde, brach die Versammlung in ein homerisches Gelächter aus.

Frankreich.

Paris, 26. Sept. Der spanische Gesandte beim hiesigen Hofe, General Serrano, wird nach Petersburg abreisen und binnen Monatsfrist hierher zurückkehren. Dadurch ist der lang unterbrochene diplomatische Verkehr zwischen Spanien und Rußland wieder hergestellt und Isabella II. als rechtmäßige Königin von Spanien durch Kaiser Alexander anerkannt.

* Der Kaiser und die Kaiserin werden Mittwoch 1. Oktbr. in Paris eintreffen. Dinstags begibt der Hof sich über Bayonne nach Bordeaux.

* General Orgoni und die birmanische Gesandtschaft sind in Paris eingetroffen.

Spanien

Madrid, 23. Septbr. Im Palaste herrscht munteres Leben; die Königin Isabell hat sich nie so vergnügt und so freundlich gegen ihre Umgebung gezeigt. Die Königin liebt, wiederholt zu versichern, daß sie die gänzliche Wiederherstellung der königlichen Gewalt zum größten Theile ihrer Ausdauer und Umsicht zu verdanken habe. Die zwei Jahre während des Ministerium Espartero werden als „eine Zeit der Schmach und der Trauer“ angesehen, und keiner der Hofleute wagt es, in der Gegenwart der Königin oder des Königs eine Anspielung auf diese „unselige Epoche“ zu machen. Als die einflußreichsten Personen am Hofe, deren Rath am meisten beachtet wird, bezeichnet man den Padre Sanz und Hrn. Fuente Taja. Ersterer genießt das besondere Vertrauen der Königin, die vor jedem Ministerrathe, bei dem sie den Vorsitz führt, sowie bei anderen wichtigen Gelegenheiten mit ihm der Unterredung pflegt. Die Königin soll vor Kurzem in einem Kreise der ersten Würdenträger geäußert haben: „Alles, was mir Vater Sanz räth, ist gut und nützlich!“ Ihm wird es zugeschrieben, daß dem Verkaufe der geistlichen Güter ein Ende gemacht wurde. Herr Fuente Taja wird als Unterhändler benutzt und genießt in so fern ein unbegränztes Vertrauen, besonders des Königs. Er hat insbesondere vor dem Staatsstreich erhebliche Dienste geleistet. Beide Rathgeber stimmen für eine absolute Regierung. Täglich hält die Königin auch längere Unterredungen mit Offizieren der Armee, mit Obersten und Kapitäns, und sucht deren Gemüther für sich zu stimmen. An der Rückkehr der Königin Christine wird kaum mehr gezweifelt. Narvaez muß aber vorangehen, die Königin-Mutter besteht darauf. Es wird in einigen Kreisen von einem Schreiben der Königin Christine an ihre Tochter gesprochen, in dem diese beschworen wird, die köstliche Zeit nicht verstreichen zu lassen und ein Ministerium zu beseitigen, das es unmöglich redlich mit der Krone meinen könne und sicherlich bereit sey, sich bei der ersten Gelegenheit gegen dieselbe zu wenden. Es soll in diesem Schreiben ausdrücklich auf die Nothwendigkeit hingewiesen seyn, sich der Person O'Donnell's zu bemächtigen, falls er Verdacht erregt. (K. Z.)

* Paris, 27. Septbr. Wir haben heute wieder einen Brief von einem wohlunterrichteten Mann aus Madrid, in dem wir interessante Einzelheiten über die Situation finden. Die Generäle, welche die Konvention von Bergara unterzeichnet haben, sind zu einem Bunde zusammengetreten, um eine absolute Herrschaft zu Gunsten Isabellas II. herzustellen. Die Konvention von Bergara machte bekanntlich im Jahre 1839 dem Bürgerkrieg ein Ende, indem mehrere Generale von Don Carlos, General Maroto an der Spitze, sich mit Espartero zur Anerkennung der Königin vereinigten. Diesmal wollen die Bergaristen ihren Zweck dadurch erreichen, daß die Prinzessin von Asturien einen der Söhne des Grafen v. Montemolin heirathen soll. Es bedarf keiner Erwähnung, daß diese Kombination, selbst wenn sie bei Hofe, wie man sagt, Anhänger fände, im Lande selbst höchst unpopulär wäre.

Italien.

* Nach dem „Moniteur de l'armée“ wird die Organisation der römischen Armee, mit der es langsam geht, immer noch fortgesetzt. In Folge der zu Florenz stattgehabten Konferenz italienischer Fürsten, welcher der Großherzog von Toskana, Graf Trapani, Bruder des Königs von Neapel, Kardinal Antonelli und Graf Colloredo beiwohnten, hat der Kriegsminister, General Farina, die Anwerbung von 4000 Freiwilligen angeordnet, die auch erfolgte. Da aber die päpstliche Armee auf dem Friedensfuß 10,000 Mann zählen soll, so werden noch weitere Anwerbungen statthaben.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 22. bis 27. September.)

Seit unserm letzten Bericht hat sich die Krisis in ihren Wechsel-Wirkungen gezeigt, sie hat einen allgemeinen Charakter angenommen und deßhalb die einzelnen Börsen um so empfindlicher getroffen. — Immer noch ist die Geldfrage der Hauptgrund dieser Kalamität, die Politik spielt wenig oder keine Rolle. Die Banken sind es, welche am ärgsten bedrängt sind, welche aber auch am wenigsten Hilfe leisten. Unsere Bank hat den Zinsfuß auf 6pCt. gesetzt, allein sie läßt alle möglichen Erleichterungen für den Verkehr eintreten, beschafft sich mit Opfern Geld, und in der That ist bei uns die Noth nicht so drückend geworden, wie in Berlin, um in eine Panique auszuarten; kein Zweifel, daß wir den auswärtigen Notizen folgen müssen, allein es lag darin nicht jene Exekution, wie in den Berliner Realisationen. Die Zustände in Deutschland haben ihre Wirkung nach Außen nicht verfehlt. In Paris ebenfalls Baisse, ebenfalls Diskonto-Erhöhung auf 6pCt und endlich ist auch Wien gefolgt. Die Erhöhung des Bankdiskonto in Wien hat eine vollständige Revolution im Banksystem hervorgerufen, und hoffentlich wird man aus diesem Chaos der Anarchie mit einer besseren Aussicht von den österreichischen Zuständen hervorgehen. — Unter der Schwere der gegenwärtigen Verhältnisse durfte man einen schlechten Ultimo erwarten, zumal die Abwickelung äußerst komplizirt war; allein es ging besser als man hoffte.

Wenige Tage genügten, um die Kurse von einer Höhe herabzuwerfen, zu deren Ersteigung es Monate bedurft hatte. Nachstehende Zahlen sprechen beredter als Worte:

Freitag den 19. bis Freitag den 26. September.

	Höchster Kurs.	Niedrigster Kurs.	
5pCt. Metall. . . .	78¼	75	
4½pCt. „ . . .	66¾	65¾	
National	79⅜	77	
Spanische 3pCt. . .	39¼	38¾	Br.
„ 1¼pCt. . .	24¼	23¼	
Oesterr. Loose . . .	103	99¾	
Kurhessische Loose . .	40¼	38¾	
Oesterr. Bankaktien .	1236	1198	
„ Interimsscheine	360	325	
Leipziger Kreditaktien	112	108½	Br.
Weimarer	133	129	Br.
Oesterr. Kreditaktien .	216	183	
Darmstädter 1. S. .	398	353	
„ 2. „ .	351	316	
Meininger	107	100¼	
Norddeutsch	104¼	102	
Luxemburger . . .	525	504	
Spanische b. Rothsch.	555	528	Br.
„ „ Pereire	649	601	
Frankfurter Bankaktien	116	114½	
Bayerische Ostbahn .	101¾	101	
Frankfurt-Hanau . .	82	80	Br.
Bexbach	139½	132½	
Weißenburger . . .	106	101½	
Staatsbahn	272½	255	
Oesterr. Westbahn .	208½	202	
Rhein-Nahe Bahn .	96⅝	94¾	
Florenz-Livorno . .	80½	77	Br.

Dieses Tableau bietet ein trauriges Bild und zeigt die Krisis, welche so oft geweissagt, aber nie geglaubt wurde. In solchen Zeiten der Ueberstürzung werden alte bewährte Effekten, die im Handel sich befinden, in Einen Topf mit zweifelhaften Zukunftspapieren geworfen. Da auf diese Weise das Gute mit dem Schlechten fällt, so ist dem mit Einsicht unterscheidenden Privaten Gelegenheit geboten, sehr billig zu kaufen. So würden wir bereits länger in Thätigkeit befindliche Zettelbanken mehr empfehlen als Kreditinstitute, da erstere, in engere statutarische Grenzen gezogen, auch größere Solidität in den gemachten Operationen, einen geringeren Effektenbestand und folglich weniger Verlust voraussetzen lassen.

Kreditaktien sind gar sehr in Mißkredit gerathen. Ein Aufschwung von solcher Niederlage kann nicht ausbleiben, aber gewisse Sachen werden so leicht nicht wieder flott zu machen seyn. Darmstädter haben sich für ihren schroffen Rückgang bei Berlin zu bedanken. — Unter den Staatspapieren erlitten österr. den stärksten Rückgang und ist besonders für National sobald keine anhaltende Besserung zu erwarten. Auch süddeutsche Fonds

konnten den allgemeinen Andrang nicht aushalten, wichen zurück und blieben in Briefkurs. Spanische Effekten theilten in dieser Woche das Loos des „Schönen auf der Erde", d. h. sie wurden von der allgemeinen Flauheit mit ergriffen. Bei aller Geneigtheit, den spanischen Zuständen die günstige Seite abzugewinnen, müssen wir doch in den letzten Vorgängen bedenkliche Symptome erblicken. Jedenfalls scheint uns Vorsicht in der Spekulation mit spanischen Papieren mehr wie je geboten. — Nicht minder großartigen Fluktuationen waren Eisenbahnaktien unterworfen. Fast ganz unberührt von der Reaktion blieben Taunus, auch Hanauer nur schwach affizirt. Livorneser mit 77½ bezahlt. — Der hiesige Handelsstand ist im Verein mit der Handelskammer zu einer Berathung zusammen getreten und soll sich bereits für die Annahme der ⅓ und ⅙ Thlr, ferner für die Zulassung der 2½ und 1 Francs-, der holländischen 2½- und 1 fl.-Stücke als Wechselzahlung entschieden, dagegen die Goldfrage einer weiteren Entscheidung vorbehalten haben. Am nächsten Montag wird eine Plenarversammlung endgültig beschließen. Auf jenen Beschluß hin haben Devisen einen nambaften Umschwung genommen und namentlich preußische Bankplätze sich sofort auf Pari gehoben. Indessen sind auch andere Devisen wesentlich fester geworden; ein Beweis, wie viel selbst der moralische Eindruck einer kommenden Hülfe wirkt. Ob aber bei Besserung der Devisen gerade diese in Aussicht genommene Hülfe wirksam werden kann, bleibt der Zukunft — nein, der Kommission überlassen! Die gegenseitige Plünderung des großen oder des kleinen Silbers ist am Ende immer nur ein momentanes Palliativ. Gold ist die Basis, nach der wir streben müssen, Silber muß in seiner jetzigen Prägung eine Waare werden. (Aktionär.)

Frankfurt, 29. Sept. Die Börse eröffnete in flauerer Stimmung, besserte sich jedoch im Laufe des Geschäfts und schlossen die Course der meisten Fonds und Aktien fest.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77 5/8 P. 77 3/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87 P. 86 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/2 P. — G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 1/2 P. — G.; à 4 1/2 pCt. 66 3/4 P. 66 1/4 G.; à 4pCt. 59 3/4 P. 59 1/4 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts Eisenbahn-Obligationen 56 3/4 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 83 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94 1/2 P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 G.; 4 1/2 pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 5pCt. 100 1/4 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 3/4 P. 90 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 7/8 P. 101 3/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 P. — G.; 4 1/2 pC. 101 P. — G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 88 1/2 P. 88 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38 1/4 P. 37 3/4 G.; 1pCt. neue 23 9/16 P. 23 7/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1201 P. 1194 G. Neue Bankaktien 322 P. 317 G. Credit-Actien à 5pCt 189 P 187 G. Darmstädter Bankaktien alte 372 P. 370 G.; junge 332 P. 327 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 510 P. 505 G. Mitteldeutsche Creditbank 103 1/8 P. 102 5/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 109 3/4 P. — G. Frankf. Bankaktien 116 P. 115 1/4 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 254 P. 252 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 137 1/2 P. 137 G. Neustadt-Weissenb. 103 P. 102 1/2 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 3/4 P. 101 1/4 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 342 P. 340 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/2 P. 80 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 P. 77 1/2 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95 1/4 P. 94 3/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von **1839** — P. 118 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** — P. — G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. — G. Badische fl. **35** Loose von 1845 — P. 47 5/8 G. Darmst. Loose à fl. **50** 117 1/2 P. 117 G. à fl. **25** 34 1/2 P. 34 1/4 G. Kurh. **40** Thaler-Loose b. R. 39 P. 38 5/8 G. Nass. Loose à fl. **25** 33 5/4 P. 33 3/8 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44 1/4 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. 99 3/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 116 7/8 P. 116 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. L. 250 k. S 9[illegible] 3/4 P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. 10[illegible] G.	Paris Frs. 200 k. S 92 3/8 P. 92 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. 105 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 3/8 P. 96 1/8 G.	Wien ö. W. 100 C. k. S. 113 1/8 P. 112 7/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. — P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 112 7/8 P. — G
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 27. Sept. Folgendes ist der wesentliche Inhalt einer hannoverischen Depesche, welche bald nach der letzten Oktroyirung an die hannover'schen Vertreter bei einigen (nicht allen) Regierungen und jedenfalls auch abschriftlich an den hannover'schen Bundestagsgesandten Legationsrath Heimbruch gerichtet wurde. Zuvörderst wird gesagt, das Finanzkapitel von 1848 habe nicht nur eine Reihe von Bundeswidrigkeiten und Ungerechtigkeiten gegen das kgl. Haus enthalten, sondern es sey auch so eingerichtet gewesen, daß die Regierung kaum damit weiter gehen konnte, ohne sich den Ständen gänzlich zu unterwerfen oder zum Stillstand gezwungen zu seyn. (?) Der von der Regierung vorgelegte Entwurf sey höchst mäßig gehalten, fordere nur, was unbedingt nöthig, um dem Könige und der Regierung wieder eine solche Stellung zu verschaffen, wie es ihre Würde erheische, namentlich damit die Staatsdienerschaft wieder unter die Botmäßigkeit der Regierung gebracht werde. Leider seyen alle Versuche der Verständigung an der Hartnäckigkeit der 2. Kammer gescheitert. Die Opposition sey vorzüglich von den Exministern geleitet worden, welche die Verwerfung der Regierungsvorlage und das Festhalten an dem Werk von 1848 als ein Mittel angesehen hätten, um sich ihre frühere Posten wieder zu verschaffen! Nur die 1. Kammer habe ein Verständniß der Regierungsvorlage gezeigt. Die anliegende Verordnung vom 7. zeige den Geist größter Mäßigung, der auch in dem Entwurf des Finanzkapitels geherrscht habe. Sie stelle einen großen Theil der Bestimmungen des Finanzkapitels von 1840 nur prinzipiell, nicht reell wieder her. Nur diejenigen seyen schon jetzt praktisch gemacht, die man nothwendig im Voraus besitzen und „in Beschlag nehmen" mußte, um für den Fall, daß wieder über ein neues Finanzkapitel mit Kassenvereinigung mit den Ständen verhandelt werden sollte, eine bessere Basis zu haben, als man sie bei den letzten Verhandlungen besessen. Es sey den Ständen die Möglichkeit nicht abgeschnitten, auf die Kassenvereinigung zurückzukommen. An ihnen allein werde es liegen, darauf einzugehen und zu verhindern, daß die Regierung auf dem Wege der Kassentrennung einseitig vorgehe. Schließlich wird die Hoffnung ausgesprochen, man werde die Mäßigung anerkennen, mit welcher die hannover'sche Regierung zu Werke gegangen sey. (Nürnb. Cor.)

Die „Ostd. Post" sagt am Schlusse eines längern Artikels: „Nachdem der österreichische Gesandte am Hofe von Neapel, F.-Z.-M. v. Martini, bereis auf dem Wege nach Neapel sich befindet, so kann noch immer erwartet werden, daß es den Bemühungen dieses Diplomaten gelingen werde, den freundschaftlichen Vorstellungen Oesterreichs am Hofe von Neapel Gehör zu verschaffen."

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 273. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 1. Oktober 1856.

Die Silbernoth in Deutschland.

Unter dieser Ueberschrift bringen die „Hamburger Nachrichten" einen sehr beachtenswerthen Aufsatz, welcher, ausgehend von der unläugbaren Thatsache des fortwährenden Silberabflusses aus Deutschland (wie auch aus Frankreich), die Ursachen derselben und die Mittel der Abhülfe bespricht. Das Silber fließt jetzt vorzüglich nach Oesterreich ab, wo die Bank für ihre Baarzahlungen ihre Keller füllen muß, sodann nach Rußland und besonders nach Asien, wo Silber mehr gesucht ist als Gold, und wohin durch den orientalischen Krieg dem europäischen Silber der Weg so recht gebahnt wurde. Der Abfluß nach Asien wird für die nächste Zeit sogar noch zunehmen in Folge des Mißglückens der Seidenernte in Europa, welches das Seidenbedürfniß unseres Welttheils auf den asiatischen Markt versetzt.

Ueber die Mittel der Abhülfe äußert sich der erwähnte Aufsatz wie folgt: „Von dem Augenblicke an, da man sich von dem Vorhandenseyn und den dauernden Motiven jener Silberströmung überzeugen mußte, gab es für die Länder mit Silberwährung nur Eine Wahl. Entweder man wollte die Silberwährung festhalten und mußte sich dann entschließen, sie mit aller Kraft gegen die Verhältnisse, welche ihr Material ihr entzogen, zu vertheidigen, oder man gab diesen Einflüssen freien Spielraum, entledigte sich freiwillig des Silbers und ging zur ausschließlichen Goldwährung über. Es ist zu beklagen, daß man in Deutschland weder für das Eine, noch für das Andere sich rechtzeitig zu entscheiden vermocht hat. Wie gesagt, ein zwiefaches Verhalten war möglich und so sehr wir dem thunlichst raschesten Uebergang das Wort reden zu müssen glaubten, so verkennen wir doch ganz und gar nicht das Gewicht der Gründe, welche für den Entschluß, die Silberwährung festzuhalten, geltend gemacht werden durften.*) Denn hat der Uebergang von einer Währung zur andern unter allen Umständen sein Mißliches, so ließ sich gleichzeitig die Ansicht vertheidigen, daß früher oder später und zwar in nicht allzulanger Frist der jährliche Silberabfluß, wenn nicht ganz aufhören, doch mindestens eine konstante Größe annehmen müsse. Trat dies ein und gewann das jährliche Bedürfniß des Weltverkehrs nach Silber eine mehr oder minder fest begrenzte Gestalt, so fixirte sich damit auch wieder ein festes Verhältniß zwischen Verbrauch und Erzeugung, Nachfrage und Angebot. Man gelangte auf diese Weise allerdings zu einem gegen jetzt theurern, aber, und darauf vor Allem kommt es an, doch wieder in seinem Preise stetigen Silber, und indem der erhöhte Preis nothwendig eine gesteigerte Produktion zur Folge haben mußte, war überdies nicht zu besorgen, daß jene Preissteigerung eine allzu jähe werden könne. Aber entweder — oder! Entschied man sich für das Festhalten des Silbers, so mußte man sich auch klar über den Weg zu diesem Ziele seyn. Derselbe lag offen genug am Tage: die, wenn man nur nicht hemmend dazwischen trat, sich von selbst ergebende Erhöhung des Silberpreises. Durch solche erlangte man mit Einem ein Zwiefaches, ebensowohl die Verminderung des Abflusses, als die Vermehrung des Zuflusses durch Steigerung der Thätigkeit der Silberminen. Das Silber floß langsamer und im geringeren Maße ab und was abfloß, wurde leichter wieder ergänzt. Man nahm das kleine Uebel, ein mäßiges Theuerwerden des Silbers, auf sich und schützte die Wirthschaft dadurch vor dem ernsten Uebel eines Silbermangels."

Aber statt das eine oder das andere Mittel der Abhülfe zu wählen, fügte man den bestehenden Ursachen des Silberabflusses selbst noch eine neue hinzu. „Man meinte, sagt der erwähnte Aufsatz, jenem kleinen Uebel dadurch aus dem Wege zu gehen, daß man lustig darauf los — Papier münzte. Selbst bei einer normaleren Lage des Silbermarktes hätte diese plötzlich ausbrechende Papiergeld-Manie ihr Bedenkliches gehabt. Wunderlich genug; während die ökonomische Wissenschaft in der Mehrzahl ihrer heutigen Vertreter längst von der Ueberschätzung des im Papiergeld für die Wirthschaft ruhenden Heils zurückgekommen ist, und den ersten naiven Enthusiasmus über die Größe des Menschenwitzes, der im Papier den von der Goldmacherkunst des Mittelalters vergebens gesuchten Stein der Weisen entdeckt hat, hinter sich hat, wirft die Praxis sich mit wahrem Fanatismus auf die Notenfabrikation, und schießen aller Orten Institute empor, deren durch Zettelemission zu erlangende Gewinnste die Spekulation der Börsen schon im Voraus zu escomptiren sich gierig herbeidrängt! Millionen über Millionen Papierthaler sind auf diese Weise in den Verkehr getreten, haben sich an die Stelle des Silbers gedrängt, dieses für den

*) Wir behandeln diese Frage noch als eine offene. Die Red.

Ein Blick in unsere Zeitverhältnisse.

(Aus dem „Schwäb. Merk.")

Von Jahr zu Jahr, von Woche zu Woche sogar hat die Hoffnung auf bessere, oder mit andern Worten auf wohlfeilere Zeiten nicht bloß die Bewohner Württembergs, sondern man darf wohl sagen des ganzen Deutschland hingehalten; aber diese Hoffnung scheint sich nicht erfüllen zu wollen. Nach einer gesegneten Ernte, der wenigstens in unserem engeren Vaterlande nicht unbedeutende Vorräthe vom vergangenen Jahre zur Seite stehen, wollen die Preise der nothwendigsten Lebensmittel nicht weichen, und wenn man sich nicht gewaltsam selbst täuschen will, so muß man sich gestehen, daß, wenn auch einiges Weichen der Preise eintreten wird, dieses doch nicht nambaft und nicht von Dauer seyn werde. Es ist hier nicht der Platz, die naheliegenden Gründe anzuführen, sondern sie soll nur konstatirt werden. Eine weitere nicht abzuläugnende Thatsache ist die zwar allmählig aber konstant und bei allen Arten von Arbeit nothwendig gewordene Lohnerhöhung für die Arbeiter, die sich selbst auf die Tagelöhne der Schnitter und Mähder herab erstreckt, wie aus verschiedenen Orten unseres Vaterlandes erst jüngst bei Gelegenheit der Erntenachrichten berichtet wurde. Hieran trägt theils der gesteigerte Preis der unentbehrlichsten Nahrungsmittel theils der Mangel an Arbeitern Schuld. Eine weitere Erfahrung zeigt ein allmähliges aber konstantes Steigen der meisten Rohstoffe, einestheils bedingt durch massenhafte Ausfuhr, wie beim Leder, anderntheils durch die gesteigerte Nachfrage, wie beim Holze und bei der Wolle, oder durch Mißrathen des Erzeugnisses, wie bei der Seide.

Möge nun der eine oder der andere Grund die Schuld tragen, Thatsache ist es einmal, daß die drei wichtigsten, am tiefsten in unsere ökonomischen Verhältnisse eingreifenden Faktoren: die Lebensmittel, die Arbeit und die meisten Rohprodukte in bedeutendem Grade seit längerer Zeit und fast anhaltend gestiegen sind, und daß keine Aussicht vorhanden ist, daß dieselben in der nächsten Zukunft wieder auf das früher gewohnte Maß zurücksinken werden. Die nächste Folge hievon kann jeder nur etwas unbefangen Nachdenkende selbst ermessen; es ist ein verhältnißmäßiger Preisaufschlag der Fabrikate. Der Zimmermeister, welcher sein Holz um 15–20 pZt. theurer bezahlen und jedem seiner Arbeiter täglich 6—12 kr. mehr geben muß, als früher, kann ein Haus nicht mehr so billig herstellen, als in früherer Zeit; der Schuhmacher, dessen Leder jetzt 20–30 pZt. mehr kostet als vor zwei und drei Jahren, kann um die damaligen Preise nicht mehr arbeiten u. s. w. In der ganz nämlichen Lage befinden sich auch die Sattler und die Säckler, welch' Letztere außerdem unter den hohen Tuchpreisen leiden, während die Tuchmacher selbst die Wolle um fast die Hälfte höher bezahlen müssen, als vor wenigen Jahren. So ist es bei fast sämmtlichen Gewerben. Greifen wir z. B. ein ganz allgemein verbreitetes und ebenso bekanntes als nothwendiges heraus, die Schneiderzunft. In neuerer Zeit haben nicht nur die Löhne für die Arbeiter, namentlich für gute, verläßige Arbeiter, um etwa 15

deutschen Verkehr überflüssig gemacht und es solchergestalt geradezu gewaltsam in die es hinwegführenden Strömungen hineingetrieben. Statt dem Silberabfluß entgegen zu treten, hat man ihn vielmehr künstlich genährt; statt ihm Schranken zu setzen, hat man umgekehrt gerade nur Alles gethan, was dazu dienen konnte, ihm die möglichst große Ausdehnung zu geben; statt die Preise des Silbers, welches man als Grundlage des Münzwesens festzuhalten entschlossen schien, ihrer natürlichen Steigerung anheim zu geben, hat man es durch Surrogate verbilligt. Wie bekannt, geht aber der Krug nur so lange zu Wasser, bis er bricht. Auch die Papiergeldfabrikation hat ihre Gränze, und kann nicht weiter sich ausdehnen, als ihr das Metallgeld Platz machen kann. Sobald die Silberthaler aus der Zirkulation mehr oder weniger verschwunden oder doch auf ein unentbehrliches Minimum reduzirt sind, hat das weitere Münzen von Papier sein Ende. Wir wollen nicht behaupten, daß dieser Punkt bereits überall in Deutschland erreicht ist; wir müßten uns aber sehr irren, oder man ist diesem Punkte mindestens ziemlich nahe getreten und dabei dauern gleichzeitig die Momente, welche den Silberabfluß erzeugen, nicht nur fort und sind durch zufällige Ereignisse in ihrer Macht noch erhöht worden, sondern man hat durch die künstliche Förderung, die man jenem Silberabfluß mittelst der heimischen Surrogatfabrikation geliehen, auch selbst in bedeutsamster Weise zu ihrer Steigerung beigetragen. Was nun also? Was von Silber entbehrlich gewesen, hat man ohne Weiteres weggegeben und hat an seiner Stelle nur noch Papier. Weit entfernt aber, dadurch wenigstens das Unentbehrliche sich gesichert zu haben, sieht man jetzt auch dieses von den nur um so mächtiger gewordenen silberwegführenden Gewalten bedroht. Zu der ohne Vermehrung des Papiergeldes sich von selbst ergebenden mäßigen Preiserhöhung des Silbers hat man sich nicht zu entschließen vermocht; jetzt steht man am Rande des Silbermangels."

Deutscher Bund.

Bayern. In Folge des mit dem 1. Oktober beginnenden Garnisonwechsels kommt u. A. das 3. Bataillon des 12. Inf.-Reg. von München nach Lindau, das 4. Jäg.-Bat. von da in die Pfalz, das 3. Bat. des Inf.-Leib-Reg. auch in die Pfalz, das 1. Jäg.-Bat. aus der Pfalz nach Augsburg, das 2. Bat. des Inf. Leib-Reg. aus der Pfalz nach München, das 2. Bat. des 12. Inf.-Reg. von München nach Kempten.

Preußen. Berlin, 27. Sept. Aus einer halboffiziellen Darlegung der „Preuß Korr." ergibt sich, daß die Einführung der Einzelhaft in den preußischen Strafanstalten beschlossene Sache ist.

Herr Wagener, der vormalige Redakteur der „Kreuzzeitung" und nunmehrige Mitführer der äußersten Rechte im preußischen Abgeordnetenhaus, gehört zu den Irvingianern, worin seine Redensarten vom ersten Adam und vom zweiten Adam ihre Erklärung finden. Hr. Wagener steht bei seiner Sekte im großen Ansehen, und er bekleidet, wenn wir nicht ganz irren, die „Würde eines Vizeerzengels von der siebenten Stufe."

— In Magdeburg hat sich in letzter Zeit auch eine Gemeinde von Irvingianern gebildet, zunächst in Folge von Vorträgen eines gewissen v. Pochhammer, welcher den nahenden jüngsten Tag verkündet, und im Namen Gottes seinen Anhängern den Zehnten abfordert. — Uhlich, der Prediger der nunmehr aufgelösten „Freien Gemeinde" in Magdeburg, ist auf den 10. Okt. vor Gericht geladen unter der Anklage in Nr. 5 seines Sonntagsblattes die christliche Lehre verspottet und der Verachtung preisgegeben zu haben.

Sachsen. Leipzig, 23. Septbr. Heubner, der an den Maiereignissen im Jahre 1849 in Sachsen sich in so weitgehender Weise betheiligte, daß er in die provisorische Regierung eintrat, infolge dessen er zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt ward, hat während der sieben Jahre seiner Gefangenschaft eine Sammlung englischer Gedichte übersetzt, zu deren Verlag sich Georg Wigand hier entschlossen hat. Das Honorar, welches zwischen Heubner und seinem Verleger vereinbart worden, hat an die Landesanstalt gezahlt werden müssen. (Donau.)

Schweiz.

Bern, 24. Sept. Der Bundesrath hat den Advokat Jules Martin aus Vivis, einen der besten Redner der Bundesversammlung, zum Ankläger gegen die angeschuldigten Neuenburger Royalisten vor den eidgenössischen Assisen ernannt. (D. Allg. Ztg.)

Bern, 27. Septbr. Die Bundesversammlung hat heute ihre Session geschlossen, nachdem sie noch die Konzessionen zum Bau der Bahnstrecke Yverdon Vaumarcus (gegen Neuenburg) und vom Langen See zum Lukmanier ertheilt, sowie die für die Zweigbahn von Muttenz nach Basel-Augst verweigert hatte. (Fr. Pstz.)

Der große Rath in Neuenburg hat am 3. u. 4. Sept. beschlossen, sich bei der bevorstehenden Prozedur als Zivilpartei vertreten zu lassen, d. h. die Angeklagten zur Entschädigung an den Kanton anzuhalten. Die Gewehre des Zeughauses und das Kriegsmaterial wurden nämlich von den Royalisten größtentheils verschleppt. Auch sollen diejenigen neuenburgischen Offiziere, die zur Vertheidigung der Republik die Waffen nicht ergriffen haben, bestraft werden. (Fr. J.)

Belgien.

Brüssel, 27. Sept. Die Einschreibungen zur Genter „Société literaire", welche in dem bekannten Hirtenbrief des Bischofs von Gent auch einer antikatholischen Richtung bezichtigt war, sind in den letzten Tagen auf 132 gestiegen; die Gesellschaft ist genöthigt, ihre Räume vergrößern zu lassen.

Großbritannien.

London, 27. Septbr. Den Mitgliedern der britisch deutschen Legion liegt jetzt außer dem Antrage der englischen Regierung, sie als Militär-Kolonisten nach dem Kap zu schicken, auch ein Kolonisationsantrag der argentinischen Republik (in Südamerika) vor. Jedem Gemeinen werden 10, jedem Unteroffizier 15 Morgen Landes zugesagt, weitere 10 Morgen jedem ihrer nachfolgenden männlichen Anverwandten. Außer diesem

---

Prozent sich erhöht, sondern es ist gegenwärtig auch der Preis für die Seide in Folge des heurigen Mißrathens um 20—30 Prozent gestiegen und wird voraussichtlich noch höher steigen. Zu gleicher Zeit haben auch die Baumwollenwaaren und die Wollenstoffe, wie Flanell, Orleans u. s. w. einen ansehnlichen Aufschlag erlitten, nämlich 10—12 pCt. Abgesehen also davon, daß der Meister wegen der gesteigerten Lebensmittelpreise eine weit höhere Ausgabe für die eigene Familie hat, als früher, muß er zur Herstellung eines Kleidungsstückes für hiezu nothwendiges Material und für Arbeitslohn mindestens 15—20 pCt. mehr aufwenden, als dies sonst der Fall war, und kein Billigdenkender wird verlangen, daß er diese Mehrausgabe aus seiner Tasche zahle, sondern es liegt in der Natur der Sache, daß der Besteller oder Käufer die erhöhten Herstellungskosten zu tragen haben wird.

Bei nur vorübergehenden Preiserhöhungen einzelner oder mehrerer Rohstoffe oder auch des Arbeitslohnes oder endlich der Lebensmittel wird in Folge der Konkurrenz kein einzelner Gewerbetreibender im Stande seyn, seinen Abnehmern die Last aufzuwälzen; wenn aber derartige Verhältnisse sich nicht nur auf einen einzelnen der genannten Faktoren ausdehnen und dauernd zu werden scheinen, wenn wenigstens keine Aussicht vorhanden ist, daß sich solche Zustände in Bälde wieder ändern, dann kann der einzelne Gewerbetreibende die Last nicht allein auf seine Schultern nehmen, er ist gezwungen, sie zum Theil auch den Abnehmern seiner Fabrikate aufzuladen, weil ihn allein dieselbe sonst niederdrücken würde, d. h. er würde, wenn er allein die Last tragen wollte, mehr ausgeben als einnehmen und in nicht langer Zeit ruinirt seyn. Bereits haben die Schuhmacher erklärt, daß sie bei den dermalen bestehenden Lederpreisen nicht mehr wie früher arbeiten können, sondern um einige Prozent aufschlagen müssen; ein ähnlicher Aufschlag wird bei der Schneiderzunft in Folge der theureren diesem Geschäfte nöthigen Rohmaterialien und der gesteigerten Arbeitslöhne wohl gleichfalls in Bälde eintreten müssen; ebenso werden im kommenden Jahre die Bauhandwerker, namentlich die Zimmerleute, höhere Preise ansetzen müssen, und in ähnlicher Lage sind noch manche, ja die meisten andern Gewerbe. Ihre Kunden und Abnehmer sind zum Theil in der Lage, diesen nothwendigen Preisaufschlag leicht hinnehmen zu können, weil auch sie mit ihren Fabrikaten um einige Prozente aufgeschlagen haben und aufschlagen müssen. So kann z. B. der Schuhmacher dem Schneider wohl einige Prozente weiter für Anfertigung von Rock und Hosen geben, weil auch er nunmehr einige Prozente mehr für seine Schuhe und Stiefeln erhält; selbst der Arbeiter und sogar der Taglöhner, die nunmehr einen höheren Arbeitslohn ansprechen und erhalten, können ihre nothwendigen Bedürfnisse, ohne daß ihnen dabei zu wehe geschieht, wohl um einige Prozente höher bezahlen. Ein anderer Theil der Bevölkerung aber wird allerdings sehr schwer durch diese leidigen Zustände getroffen, derjenige Theil nämlich, der bei einem nur spärlichen Einkommen nicht in der Lage ist, seine Produkte oder seine Arbeitskraft gleichfalls zu

Landgebiete im reichen Flußgebiete des Parana verspricht der Geschäftsträger der Republik am hiesigen Platze, Herr Buschenthal, den neuen Ansiedlern für den Anfang die nothwendigen Lieferungen von Vieh und Ackerbau-Geräthschaften, verspricht jedem Legionär im ersten Jahre 6, im zweiten 4, im dritten 2 Pence täglicher Zulage und beansprucht, als Entschädigung für diese Geldauslagen, für seinen Staat bloß den Reinertrag von zwei Morgen Landes während der Dauer von 6 Jahren per Mann. Der Ertrag der anderen acht Morgen, sowie des Viehes, bleibt dem Besitzer, der nach Ablauf von 6 Jahren das unbeschränkte Eigenthumsrecht über den ihm zugewiesenen Boden sammt Vieh und Geräth erlangt. Die Bedingungen lauten ohne Widerrede glänzend, und doch haben sie, so viel ich höre, für die wenigsten Legionäre Anziehungskraft. Sie trauen den wenig gesicherten Zuständen am Laplata nicht mehr.

Frankreich.

* Die neuen Fünffrankenstücke in Gold, in welchen die französische Bank ihre kleineren Zahlungen leistet, seitdem die silbernen Fünffrankenstücke mit ziemlichem Agio bezahlt werden, haben ungefähr die Größe eines Groschens und genau jene der französischen 1 Centime-Stücke in Kupfer. Obwohl sehr dünn, sind dennoch die Buchstaben, das Bildniß des Kaisers und der Rand stark in Relief geprägt. Bekanntlich soll sich die Münze verpflichtet haben, deren (bis zu 50 Millionen) an 2 Millionen täglich zu liefern.

Spanien.

Madrid, 23. Septbr. Das gegenwärtige Ministerium ist seit seinem Emporkommen bemüht, eine geheime Polizei zu organisiren; alle Bemühungen scheitern an dem stolzen, ritterlichen Charakter des Spaniers. Nur der letzte Auswurf gibt sich zur Angeberei her, Leute, auf die man in gar keiner Beziehung zählen kann, die also eben so bereit sind, ihre Besolder zu verrathen, als deren Gegner. Die Herren von der Regierung müssen sich also ohne geheime Polizei behelfen; und so kommt es denn, daß man hier in Rede und Wandel ebenso frei unter O'Donnell ist, wie man unter Espartero gewesen.

† Madrid, 24. Septbr. Das amtliche Blatt veröffentlicht das Dekret, welches den Verkauf der Kirchengüter bis auf weiteres einstellt. Der Text des ganzen Gesetzes besteht nur aus zwei kurzen Paragraphen, und die Regierung folgt dieses Mal nicht ihrer Gewohnheit, ihren wichtigen Dekreten eine Begründung vorauszuschicken; ohne Zweifel, sagt die „Epoca", in der Absicht, den Erfolg der mit Rom angeknüpften diplomatischen Verhandlungen nicht zu gefährden.

* Wie die Vergaristen das Heil Spaniens in der von ihnen projektirten Vermählung der Prinzessin von Asturien (älteste Tochter der Königin Isabella) mit einem der Söhne des Grafen v. Montemolin zu finden glauben, so streben die Progressisten vom reinsten Wasser, denen sich jetzt die Demokraten anschließen, nach Vereinigung Spaniens mit Portugal. Es ist wohl nicht nöthig, zu bemerken, daß dieser Ruf, wie schüchtern derselbe vorläufig auch auftritt, auf nicht weniger denn einen Dynastieenwechsel gemünzt ist, darauf, den König Dom Pedro von Portugal auf den Thron von Spanien zu erheben.

Italien.

Aus Pesaro (Kirchenstaat) wird unterm 19. Sept. über die neulich erwähnten Unruhen geschrieben: „Die Einwohner von Pesaro weigern sich, die seit dem Jahre 1851 eingeführte Steuer für Handwerker und Kaufleute zu zahlen. Am 18. erschien eine Kundmachung, in welcher dieselben aufgefordert wurden, diese Industrie-Steuer zu entrichten. Aber am 19. früh blieben nicht nur, wie an einem Feiertage, alle Kaufläden und sogar die Bäckerläden gesperrt, sondern es wurden sogar hin und wieder aufrührerische Plakate an die Mauern angeschlagen. Um 11 Uhr erschien wieder eine Kundmachung, in welcher die Regierung ankündigte, daß für den Augenblick diese Steuer suspendirt sey. Eine Viertelstunde darnach waren wieder alle Kaufläden geöffnet, und es fand eine Kollision weder mit dem Militär, noch zwischen den Bürgern statt." (K. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 19. Septbr. Die Vorstädte Pera und Galata sind von Missethätern überschwemmt. Die finanzielle Krisis ist sehr ernst; die Münze steckt mit 350 Mill. Piastern in Schulden; die der Zivilliste sind viermal stärker.

Der „Oesterr. Zeitung" schreibt man aus Konstantinopel, 17. Sept.: „Der Bankerott des kaiserlichen Harem mit einem Defizit von circa 80 Mill. Piastern, bei dem die Lieblingsgemahlin Abd-ul-Medschid's, Beschindschi-Hanum, mit mehr als 20 Millionen betheiligt ist, gehört zu den Schlägen, die das alte Gebäude der Serailwirthschaft am ernstesten erschüttern. Ali-Pascha, der vom Sultan um seinen Rath zur Beseitigung dieses Skandals gefragt wurde, hat erklärt: 1) daß er beim besten Willen kein Geld zu verschaffen vermöge, um die Schulden dieser Damen zu bezahlen; 2) daß ein abermaliges Bezahlen derselben, nachdem der Staatskasse erst im verflossenen Jahre 5 Millionen für diesen Zweck aufgebürdet worden, nur dazu dienen werde, das Uebel zu verschlimmern. Der Sultan soll diese freimüthige Aeußerung sehr ungnädig aufgenommen haben. Es kann nicht fehlen, daß der Eclat, den dieser Bankerott gemacht hat, von unausbleiblichen Folgen für das gesammte Haremwesen des Serails und damit hoffentlich für Neuerungen im gesammten Familienleben der Osmanen seyn wird. Der Sultan selbst ist von dieser neuen bittern Erfahrung so angegriffen, daß sein Zustand ernstliche Besorgnisse einflößt. Der Großherr vertreibt sich die Grillen und Sorgen, welche diese Dinge ihm machen, mit seinem Lieblingshang zur Aufführung neuer prachtvoller Bauten, die auch nicht gerade dazu dienen, seine Chatoulle zu füllen."

Rußland und Polen.

In Warschau wurde am 24. Septbr. ein besonderes kaiserl. Manifest für Polen veröffentlicht. Dasselbe datirt wie das für Rußland erlassene vom 7. Septbr., hat einen fast gleichlautenden Eingang mit jenem, und enthält verschiedene Schuld- und Straferlasse, sowie sonstige den Unterthanen im Königreich Polen aus Anlaß der Krönung gewährte Gnadenbezeugungen. (Fr. Pstz.)

---

einem im Verhältniß mit dem allgemeinen Aufschlag stehenden höheren Preise zu verwerthen. Hieher gehören namentlich die vielen gering besoldeten Gemeinde- und Staatsdiener, deren ohnedies zu dem Nöthigsten kaum ausreichender Gehalt derselbe bleibt, obgleich alle die Gegenstände, die ihnen unentbehrlich sind, um 10—20 pZt. im Preise gestiegen sind oder voraussichtlich steigen werden. Es wird daher auch, wenn diese Zustände noch längere Zeit andauern, wie dies allen Anschein hat, zur unabweislichen Nothwendigkeit, daß die einzelnen Korporationen und der Staat diesen gering besoldeten Dienern eine andauernde Aufbesserung geben, wenn man auch noch so sehr vor den hiedurch nothwendigen nicht unbeträchtlichen Ausgaben zurückschrecken mag. Oder gibt es denn etwa ein Mittel, diese Zustände, wie wir sie nach dem Leben geschildert haben, zu ändern? Vorderhand wohl nicht. Aber das ist nothwendig, daß ein Jeder sich der gegenwärtigen Lage klar werde, damit er die Ursache der eingetretenen Zustände erkenne und sie nicht etwa in Bestrebungen suche, die nicht vorhanden sind. Ein allgemeines Verständniß unserer gegenwärtigen Lage herbeizuführen, ist auch der Zweck dieser Zeilen.

---

* „Der französische Adel in seinem Verhältniß zur Revolution und Fusion" ist der Titel eines kürzlich im Verlag von Otto Wigand in Leipzig erschienenen Schriftchens, worin der Verfasser, Th. v. Bernhardi, die vielfach aufgestellte Behauptung bekämpft, daß der französische Adel in uneigennütziger Hingebung während der Revolution Königthum und Legitimität vertheidigt, daß er Blut und Leben und Vermögen im Kampf für die Krone großmüthig und mit ritterlicher Treue zum Opfer gebracht habe. Der Verfasser weist im Gegentheil mit großer Schärfe nach, daß es eigentlich der Adel war, dessen heftiger Widerstand gegen alle Reformvorschläge der Krone die Revolution von 1789 einleitete; daß, so lange die Bewegung wesentlich gegen die Krone gerichtet war oder schien, überall in Frankreich der Adel an der Spitze derselben stand; daß erst von dem Augenblick an, wo der Adel die Bewegung gegen sich selbst gerichtet und seine eigenen Interessen gefährdet sah, er sich von ihr lossagte und sich ihr entgegenstemmte; daß er von dieser Zeit an sich hinter dem Thron zu bergen suchte, den König vorschob und verlangte, dieser solle die Standesinteressen des französischen Adels zu den seinigen machen, was denn auch wirklich geschah; der Adel hatte endlich im weiteren Verlauf und später immer vorzugsweise seine Standesinteressen im Auge. „Im Allgemeinen", so schließt der Verfasser, „geht aus dem Verhalten des französischen Adels eine Lehre hervor, die auch sonst auf vielen Blättern der Geschichte zu lesen ist — die Treue und Hingebung eines besondern, mehr oder weniger geschlossenen und bevorrechteten Standes ist an die Bedingung geknüpft, daß die Regierung sich selbst zum Vertreter und Werkzeug dieses Standes, und dessen Interessen zu den herrschenden mache. Für einen geringeren Preis ist eine solche besondere Standestreue nicht zu haben."

Handels- und Börsen-Berichte.

Berlin, 26. Sept. Der Verwaltungsrath der hiesigen Handelsgesellschaft hat in einer heute Vormittag gehaltenen Sitzung beschlossen, im Laufe dieses Jahres jedenfalls keine neue Einzahlung mehr auszuschreiben. (B.B.-Z.)

Frankfurt, 30. Septbr. Bei nicht bedeutendem Umsatz wurden beinahe sämmtliche Effekten mit Ausnahme von 5pCt. Lomb.-Ven. und National billiger abgegeben.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77 7/8 P. 77 5/8 G. 5pCt Lombard-Ven. 87 1/4 P. — G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/2 P. —G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 1/2 P. — G.; à 4 1/2 pCt. 66 5/8 P. 66 1/8 G.; à 4pCt. 59 3/4 P. 59 1/4 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. —G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 3/4 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 83 1/2 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94 1/2 P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 G.; 4 1/2 pCt. 100 1/4 P. — G.; 5pCt. 100 1/4 P. — G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 3/8 P. 90 1/8 G.; 4 1/2 pCt. 101 7/8 P. 101 3/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 P. — G.; 4 1/2 pC. 101 P. — G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 88P. 87 1/2 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38 1/4 P. 37 3/4 G.; 1pCt. neue 23 9/16 P. 23 7/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1191P. 1186G. Neue Bankaktien 320 P. 315 G. Credit-Actien à 5pCt. 182 1/2 P 180 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 364 P. 362 G.; junge 322 P. 320 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 508 P. 501 G. Mitteldeutsche Creditbank 103 1/4 P. 102 3/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 109 1/4 P. — G. Frankf. Bankaktien 115 1/4 P. 115 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 240 P. 237 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 134 P. — G. Neustadt-Weissenb. 102 1/2 P. 102 1/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/4 P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 342 P. 340 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 81 1/2 P. 81 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78P. 77 1/2 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 94 3/4 P. 94 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 — P. 117 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 1/2 P. — G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 — P. 47 5/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 1/2 P. 117 G. à fl. 25 34 1/2 P. 34 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 P. 38 5/8 G. Nass. Loose à fl. 25 33 5/8 P. 33 3/8 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44 1/4 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. 99 3/4 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 116 7/8 P. 116 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k.S. — P. 119 3/4 G.	Mail. u. S. Lr. 250 k.S 99 3/4 P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	Paris Frs. 200 k.S 92 1/2 P. 92 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 1/4 P. 105 G.	Lyon Frs. 200 k.S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96 3/8 P. 96 1/8 G.	Wien fl. 100 C. k.S. 113 P. 112 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k.S. — P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 112 5/8 P. 112 3/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. 104 5/8 G.	Disconto P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 28. Sept. Unter den Personen, welche in Folge der eingetretenen Beschränkung des Diskontogeschäftes der bayer. Hypotheken- und Wechselbank gestern und vorgestern hier nicht diskontiren konnten, befanden sich auch rheinische Getraidhändler, die denn auch, da ihnen keine Baarmittel zu Gebote standen, auf unserer Schranne aber Alles baar bezahlt wird, gestern nicht einkaufen konnten. Von morgen an soll indessen die Diskonto-Beschränkung der Bank wieder aufhören oder doch nur auf Jene Anwendung finden, die bereits bedeutende Summen diskontirt haben. (N. C.)

** München, 29. September. (Privat-Korrespondenz.) Das hiesige Kriegsgericht hat heute sein Urtheil verkündet: es lautet für Lieutenant Petzl (wegen fahrlässiger Tödtung) auf 18 Monate Festung, und (wegen Umgehung des Ehrengerichts) auf Entlassung aus dem Heere; für Lieutenant Ermath ebenfalls (wegen Umgehung des Ehrengerichts) auf Entlassung, für die beiden Zeugen und resp. Sekundanten auf 4 und 6 Tage Hausarrest als Disziplinarstrafe.

Aus Kurhessen, 26. Sept. Daß das Ministerium Scheffer doch nicht ganz in die Fußstapfen des Hassenpflug'schen Regiments treten wolle, davon haben wir jetzt einen neuen erfreulichen Beleg durch die Aufhebung der Hassenpflug'schen Mandate gegen einen Theil der auswärtigen Presse erhalten. Ich sage, einen neuen Beleg, denn daß Herr Scheffer, ohne ihm darum ein Uebermaß von konstitutionellen Sympathien zuzuschreiben, nicht das seyn würde, was sein Vorgänger gewesen, war von vorn herein nicht bezweifelt. Dazu fehlte ihm glücklicherweise die Schroffheit des Herrn Hassenpflug und — der doktrinäre Absolutismus desselben. Herr Scheffer ist ganz gehörig konservativ, ja selbst mit einer gewissen Beimischung von feudalistischen Sympathien; aber er verachtet die öffentliche Meinung nicht, wie sein Vorgänger, er hat vielmehr den Ehrgeiz, sie sich in einem gewissen Maße zu gewinnen. Ein gleiches ist mehr oder weniger auch bei seinen Kollegen, dem Minister des Aeußern und dem Justizminister, der Fall. Und darum war denn auch das Programm unseres Ministerium, ich verstehe darunter seine „Eröffnung" über die Verfassungs-Angelegenheit, ein von der Richtung und Stellung seines Vorgängers gegenüber der Landesvertretung in mehrfacher Beziehung abweichendes, indem es nicht nur in minder wichtigen Punkten den ständischen Anträgen nachgab, sondern auch in den Kardinalpunkten des bisherigen Verfassungsstreites in Betreff der gerichtlichen Klage gegen administrative Verfügungen, der Zusammensetzung des Gerichtshofs und der Bestimmungen über den Staatshaushalt mindestens den ständischen Forderungen sich näherte. (H. N.)

Wien, 27. Sept. Sicherm Vernehmen nach wird der Kaiser Franz Joseph seinen Aufenthalt in Italien durch zahlreiche Gnaden-Akte bezeichnen. Freiherr von Bach, dessen hellsehender Blick während der letzten Rund-Reise in Mitten der lombardisch-venetianischen Provinzen die Zustände jenes Landes gehörig aufgefaßt hat, findet sich in seiner Ueberzeugung, daß die Milde zur Beruhigung Italiens am wirksamsten beitragen würde, mehr als jemals bestärkt; er arbeitet unermüdet dahin, dem Drange des Herzens seines Monarchen diese erwünschte Richtung zu geben. (A. Z.)

Wien, 29. Sept. Der neue russ. Gesandte, Baron Budberg, überreichte heute dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben. Aus Neapel nichts neues. Börse festere Stimmung, namentlich Metalliques; Nationalanlehen begehrt, höher bezahlt. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. I. Stabel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 274. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 2. Oktober 1856.

* Neapel und die Westmächte.

Daß die Absendung des westmächtlichen Ultimatum an die neapolitanische Regierung und einer englisch-französischen Flotte in den Golf von Neapel aufgeschoben ist, das ist Thatsache. Warum? — Auf diese Frage werden von den verschiedenen Seiten die verschiedensten Antworten gegeben, die aber bei dem Mangel jeder amtlichen Aeußerung alle nur als mehr oder minder begründete Vermuthungen gelten können. Der Vollständigkeit halber wollen wir indessen dieselben in Kürze hier zusammenstellen. Es wird nämlich vielfach behauptet, die Westmächte hätten weitere entscheidende Schritte verschoben, bis das Ergebniß eines neuen Vermittlungsversuches, welchen Oesterreich durch seinen Gesandten Martini beim König von Neapel machen läßt, bekannt seyn wird. Es ist nicht zu verkennen, daß für diese Annahme verschiedene Gründe sprechen. Weniger glaublich ist die von einigen Blättern gebrachte Angabe, der König von Neapel habe sogar schon in Zugeständnisse eingewilligt. Andere wieder wollen wissen, die Absendung des westmächtlichen Ultimatum sey verschoben worden, weil Frankreich und England in Bezug auf die Fassung desselben nicht übereinstimmten. Andere wieder gehen sogar so weit, zu behaupten, dieser Mangel der Uebereinstimmung habe sich ursprünglich durchaus nicht auf die Form, sondern auch auf den Inhalt bezogen und England habe nach und nach die an den König von Neapel zu stellenden Forderungen ermäßigt, um sich Frankreichs Beistand zu sichern. Andere wieder wollen wissen, Kaiser Napoleon befürchte, ein Aufstand in Italien, der durch ein bewaffnetes Einschreiten der Westmächte in Neapel leicht erzeugt werden könnte, möchte auch gefährliche Rückwirkungen auf Frankreich haben. Ein belgisches Blatt endlich zählt zu den Motiven, welche die Westmächte zum Aufschub der entscheidenden Schritte der Regierung von Neapel gegenüber bewogen haben, auch die Betrachtung, daß das Erscheinen einer Flotte im Golf von Neapel Bewegungen unter der dortigen Bevölkerung hervorrufen könnte, welche weniger dem Gouvernement, mit dessen Gebahren die Westmächte unzufrieden sind, als den besitzenden Klassen, bei denen man Sympathien für die von den auswärtigen Mächten beantragten Reformen voraussetzt, zum Schaden gereichen würden. Diese Ansicht schöpft das genannte Blatt aus folgender Schilderung der im Königreich beider Sizilien vorhandenen Parteien, die es einem ihm aus Neapel zugegangenen Brief entnimmt. Das Heil des Königs von Neapel hängt nach diesem Briefe von zwei Dingen ab: von der Armee und von den Lazzaroni. Niemand kann wissen, welches die Meinung der Armee ist. Man darf jedoch nicht vergessen, daß inmitten der heftigsten Krisis, in den Jahren 1848 und 1849, trotz der Revolte es dem König gelang, Sizilien wieder zu erobern, obgleich er von bedeutenden Hindernissen und Schwierigkeiten umgeben war. Möglich, daß die Armee diesmal ebenfalls dem Könige treu bleibt, möglich auch, daß der König in dieser Hinsicht sich Illusionen macht; offenbar aber rechnet er fest auf die Anhänglichkeit des Heeres. Was die Lazzaroni anbetrifft, so sind sie dem Könige ganz ergeben. Am meisten fürchtet der Mittelstand in Neapel den Fall, daß eine Volksbewegung zum Ausbruch kommt, und daß alsdann die Lazzaroni gegen die Stadt losgelassen werden. Die Parteien waren nie so aufgeregt wie jetzt. Es gibt zwei bedeutende Parteien in Neapel: die konstitutionelle Partei, welche König Ferdinand II. auf dem Thron erhalten möchte, wenn er seine Einwilligung zur Wiedereinführung der Konstitution von 1848 und zur Wiederherstellung des parlamentarischen Systems geben wollte; die Partei der Abdikation, welche keinen Wechsel der Dynastie will, aber wünscht, daß der König zu Gunsten seines Sohnes abdanke, in der Hoffnung, daß eine neue Regierung alle Freunde der Ordnung um sich vereinige. Im gegenwärtigen Augenblick haben diese beiden Parteien sich mit einander vereinigt und arbeiten gemeinsam. Sie zählen in ihren Reihen Mitglieder der höchsten Aristokratie von Neapel und erwarten mit Ungeduld den Moment, wo die moralische Intervention der Westmächte eintreten wird. Von geringerer Bedeutung sind die republikanische und die sogenannte konstituirende Partei, welche Volksversammlungen zusammenberufen will, um zu erfahren, ob das Land als Republik oder als Monarchie konstituirt seyn will. Außerdem gibt es eine sizilianische Partei, welche jeden Prätendenten und jedes Gouvernement anzuerkennen bereit ist, unter der Bedingung, daß Sizilien von Neapel losgelöst und ein unabhängiger Staat daraus gebildet werde.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 29. Septbr. Die Mannschaft der hiesigen Gendarmerie-Kompagnie hat heute den neuen Helm erhalten, der demnach wahrscheinlich am 1. Oktober getragen werden muß. (Augsb. Abdz.)

Die neueste Nummer des „katholischen Volksfreundes“ enthält eine Redaktionsbemerkung, der zufolge Hr. Prediger Westermayer von der Redaktion dieses Blattes zurücktreten wird.

Aus der Pfalz, 28. Sept. Herr Direktor v. Denis, welcher gegenwärtig unter uns weilt, hat von der Staatsregierung die Konzession erhalten, in der Gegend von St. Ingbert Bohrversuche auf Steinkohlen anzustellen. Eine französische Gesellschaft hat jenseits der Gränze in der Gegend von Forbach ähnliche Versuche gemacht und bereits drei Kohlenflötze von verschiedener Mächtigkeit erbohrt. (Pfälz. Ztg.)

Preußen. Berlin, 27. Septbr. Ein neuerdings ergangenes Reskript des Kultusministers hebt die Bestimmung von 1839, nach welcher an gemischten Schulen das Alterniren von Lehrern verschiedener Konfessionen gestattet war, auf, und verordnet statt dessen: „Bei jeder neu einzurichtenden, und an schon bestehenden Elementarschulen gemischter Konfession bei eintretendem Lehrerwechsel ist der konfessionelle Charakter der betreffenden Schule festzustellen, und hat nach Maßgabe desselben stets die Anstellung des Lehrers zu erfolgen. Wenn nicht anders für den Religionsunterricht derjenigen Kinder, welche nicht der Konfession des Lehrers angehören, namentlich durch den Pfarrer, gesorgt worden, so ist der Religionsunterricht wo möglich in einigen Stunden der Woche einem benachbarten Lehrer zu übertragen. Wo bei konfessionell-gemischten Schulen die Anstellung eines zweiten Lehrers nothwendig wird, ist wo möglich auf die Einrichtung zweier gesonderter Konfessionsschulen Bedacht zu nehmen.“ (Deutschl.)

Berlin, 28. Septbr. Es ist, wie wir hören, jetzt bestimmt, daß gegen den 7. bis 8. Oktober eine Zusammenkunft unseres Königs und der Königin mit der Kaiserin-Wittwe von Rußland in Stuttgart stattfinden wird. Die Kaiserin-Wittwe wird sich von Warschau über Breslau nach Dresden begeben, dort einen Tag verweilen und dann die Reise nach Stuttgart fortsetzen. In Stuttgart soll ihr Aufenthalt nur 2 Tage währen; dann folgt die Weiterreise, nach den jetzt getroffenen Dispositionen, nach München. Welcher Weg von München aus zur Weiterreise nach Oberitalien gewählt wird, haben wir noch nicht in Erfahrung bringen können. Jedenfalls ist es von Interesse, daß die Kaiserin-Wittwe bei dieser Gelegenheit die Höfe sämmtlicher Mittelstaaten, mit alleiniger Ausnahme Hannovers, besucht, und den bequemeren Weg über Wien nicht benutzt. (Fr. J.)

Berlin, 28. Septbr. Der Prozeß gegen Hrn. Gödsche wegen Verläumdung des Polizeidirektors Hrn. Stieber dürfte noch längere Zeit in suspenso bleiben. Dem Vernehmen nach gründet sich die Anklage auf die Bemerkung, daß Herr Stieber zur Nachtzeit in die Druckerei der „Gerichtszeitung“ eingedrungen sey, um aus der am nächsten Tag auszugebenden Nummer des Blattes einen auf das Hinckeldey-Duell bezüglichen Artikel willkürlich zu entfernen. Der Besitzer der Offizin, R. Gensch, wird ein Hauptzeuge in diesem Prozesse seyn. Bekanntlich ist von dem Angeklagten der Polizeipräsident Frhr. v. Zedlitz als Entlastungszeuge vorgeschlagen; Herr Gödsche, der den Beweis

der Wahrheit führen will, behauptet nämlich, daß der Druckereibesitzer Gensch vor dem Hrn. Präsidenten eine seiner Mittheilung entsprechende Aussage gemacht und dieselbe erst später in einem vor Hrn. Polizeidirektor Stieber unterzeichneten Protokoll zurückgenommen habe. (H. N.)

Ueber den Inhalt des Lindenberg'schen Briefes an den General v. Gerlach wird dem „Schwäb. Merk." aus Berlin geschrieben, man höre gerüchtweise, daß derselbe den Polizeipräsidenten Peters in Minden als die Stütze der patriotischen Partei sehr rühmt und eine Auszeichnung für ihn nachsucht. Ueber den Prinzen von Preußen, der sich damals auf einer Inspektionsreise in Westphalen befand, wird dagegen bemerkt, er setze überall die patriotische Partei herab und verunglimpfe das Berliner Organ derselben, selbst in Gegenwart von Offizieren und Beamten. Seiffard ist geständig, die Abschrift dieses Briefes, welche ihm Techen zugestellt hatte, dem Prinzen von Preußen anonym zugesandt zu haben. Die Aussage des Herrn v. Gerlach vor einer Kommission soll dahin lauten, er habe einen solchen Brief empfangen, dessen Gedankengang im Allgemeinen die Abschrift, so viel er sich erinnere, richtig wiedergebe, könne aber die einzelnen Ausdrücke nicht verbürgen. Als der Prinz von Preußen, welcher auf die Wiederaufnahme des Prozesses und die Oeffentlichkeit der Debatte gedrungen hatte, hörte, daß Lindenberg auf ministerielle Veranlassung seiner Stelle als Redakteur der „Patriotischen Zeitung" enthoben und das Format des Blattes bei derselben Gelegenheit beschränkt worden, sagte er, jetzt lege er auf den Prozeß kein Gewicht mehr. Die Staatsanwaltschaft hatte aber die Sache schon in die Hand genommen. So der Berichterstatter des „Schw. M."

Berlin, 29. Septbr. Bei dem Kreisgericht zu Potsdam stand heute Termin zur Verhandlung der Anklage gegen den Redakteur der „Patriotischen Ztg." in Minden, Emil Lindenberg, wegen Beleidigung des Prinzen v. Preußen an. Dem Prozeß wurde, wie es schien, von allen Seiten eine große Wichtigkeit beigelegt; denn es waren, außer vielen Notabilitäten aus Potsdam von hier mehrere Mitglieder der Staatsanwaltschaft ꝛc. als Zuhörer erschienen; auch die gesammte Zeitungspresse aus Berlin war durch ihre Redakteure resp. Berichterstatter vertreten. Kurz vor 11 Uhr Vormittags wurde der Angeklagte, der, weil er auf erfolgte Ladung unter dem Vorwand der Kränklichkeit nicht freiwillig erschienen war, auf Antrag der Oberstaatsanwaltschaft verhaftet ist und im Schuldgefängniß zu Potsdam detinirt war, in den Gerichtssaal geführt. Derselbe heißt Emil Lindenberg, ist 46 Jahre alt und hat mehrfache Bestrafungen erlitten. Er ist bestraft: 1) wegen Medizinal-Pfuscherei zu 4 Wochen Gefängniß; 2) wegen Erpressung zum Verluste der Nationalkokarde und 6 Wochen Gefängniß; 3) wegen schwerer vorsätzlicher Beleidigung einer höhern Person zu 20 Thlr. Geldbuße; 4) wegen Amtsbeleidigung zu 100 Thlr. Geldbuße und endlich 14 Mal wegen öffentlicher Beleidigung, theils durch die Presse, theils schriftlich, zu verschiedenen Geldbußen. Nachdem die Feststellung der persönlichen Verhältnisse beendigt war, erhob sich der Vertheidiger und stellte auf den Wunsch des Angeklagten den Antrag auf Ausschließung der Oeffentlichkeit. Auf die Bemerkung des Oberstaatsanwalts, daß die Begründung dieses Antrags in geheimer Sitzung geschehen müsse, wurde das Publikum aus dem Gerichtssaal entfernt. Nachdem das Publikum wieder eingelassen worden, erklärte der Präsident, daß der Gerichtshof beschlossen habe, die Oeffentlichkeit bei der Verhandlung auszuschließen, daß er (der Präsident) aber bereit sey, Anträge um Zulassung zu der Verhandlung entgegenzunehmen. Es wurde in Folge dessen einigen 30 Personen der Zutritt gestattet, dagegen ausdrücklich sämmtliche Zeitungsredakteure, Korrespondenten und Berichterstatter ersucht, den Gerichtssaal zu verlassen. Ueber den Verlauf der Verhandlungen können wir daher nicht berichten. Unter den vernommenen Zeugen befand sich dem Vernehmen nach der Geh. Ober-Regierungsrath Seiffart und der Diener des Generals v. Gerlach. Auch der General von Gerlach war als Zeuge geladen, aber nicht erschienen, und hatte sein Ausbleiben aus Gesundheitsrücksichten entschuldigt. Seine Aussage wurde verlesen; auf Antrag des Oberstaatsanwalts beschloß der Gerichtshof indessen, Hrn. v. Gerlach persönlich zu vernehmen und setzte deßhalb die Verhandlungen bis zu einem anderweit anzuberaumenden Termin aus. Nach einer Mittheilung der „N. Pr. Ztg." ist der Angeklagte gegen eine Kaution von 100 Thlrn. seiner Haft entlassen worden.

Württemberg. Stuttgart, 27. Septbr. Unsere Staatseisenbahn rentirt sich bereits zu 5½ Prozent. Es ist damit nicht bloß der Amortisationsfonds sammt Zinsen vorhanden, sondern es bleibt ein reiner Ueberschuß von ½ Prozent. (Heilbr. Tgbl.)

Baden. Mannheim, 28. Septbr. Unsere Regierung hat den Anfang gemacht, die nieder besoldeten Beamten durch Gratifikationen zu unterstützen. Vorerst fand das bei dem Post- und Eisenbahnpersonal statt, bei welchem Unterstützungen von 30, 50, 70, 100 und 120 fl. ertheilt wurden. Man hofft nach diesem Vorgange, daß das auch in anderen Zweigen stattfinden werde. (Schw. M.)

Karlsruhe, 28. Septbr. Gestern Nachmittags 3½ Uhr kündeten der Kanonendonner der Artillerie und das Geläute der Glocken die Ankunft II. kk. HH. des Großherzogs Friedrich und der Großherzogin Louise im hiesigen Bahnhofe an. Der Empfang und der Einzug geschahen ganz nach der im Programm festgesetzten Weise; den Jubel der Bevölkerung vermag ich nicht zu beschreiben. II. kk. HH. dankten allseitig auf's freundlichste. So ging der Zug ganz langsam fahrend in das großherzogliche Residenzschloß, wo die hiesigen höchsten Anverwandten die hohen Neuvermählten empfingen. Mit einbrechender Dunkelheit begann die Stadtbeleuchtung, die durchweg glänzend ausfiel. Einen prachtvollen Anblick gewährte namentlich der Schloßplatz mit der halbrunden Häuserreihe des großen Zirkels und der sinnigen Beleuchtung des Standbildes von Karl Friedrich, dessen Haupt ein Strahlenschein umgab; von diesem Mittelpunkt aus bot sich nach allen Seiten ein Anblick in funkelnde architektonische Linien. Die lange Straße eröffnete eine in's endlose gehende Perspektive vom flimmernden Lichterglanz; auf jedem Durchschnittspunkte, wo sich eine andere Straße damit kreuzt (und es sind dieser Kreuzungen viele), schwebte in der Straßenmitte ein großer Kronleuchter von Flammen in der Luft. Alle Straßen der Stadt waren mit Menschen angefüllt und freudig durchwogt. Abends zeigte abwechselnd die elektrische Sonne ihr hellschimmerndes Licht. Gegen 9 Uhr Abends durchfuhren sämmtliche hohen Herrschaften, in Begleitung der berittenen Bürger, die Stadt. Heute wohnte der großherzogliche Hof dem Gottesdienst in der Schloßkapelle bei, wo der dem Berliner Domchor nachgebildete Hofkirchenchor — auch eine der Schöpfungen des Großherzogs, welche im Stillen aufblühen — einen Psalm von Hauptmann und einen Choral von Johann Eccard (1597) vortrug. Die Predigt hielt Ministerialrath Bähr. Nach den zwei schönen, sonnenhellen Tagen, womit der Himmel die Feier des Einzugs hier und in Mannheim begünstigte, hat sich heute trübes Wetter eingestellt, welches mit Regen und vereinzelten Sonnenblicken abwechselt. Eine ungeheure Volksmenge drängt sich diesen Nachmittag auf dem Marktplatze, wo Musik und Tanz, Karoussel, Kletterbäume und andere Volksbelustigungen dieser Art die Blicke auf sich ziehen.

Großherzogthum Hessen. Darmstadt, 30. Sept. Das heutige Regierungsblatt verkündet ein mit Zustimmung der Stände abgefaßtes Gesetz vom 8. d. M. über die landständische Geschäftsordnung.

Schleswig-Holstein. Altona, 26. Septbr. Wie die „Flensb. Ztg." schreibt, entweicht aus einigen Distrikten Holsteins fast die Mehrzahl der militärpflichtigen jungen Mannschaften und wird in den Blättern zum Erscheinen bei den bevorstehenden Erhebungen mehrentheils vergeblich aufgefordert. Allein aus der hiesigen Stadt sind 362 Militärpflichtige abwesend und in andern Ortschaften verhältnißmäßig noch mehr.

Belgien.

Brüssel, 28. Septbr. Auch der Bischof von Brügge hat einen Hirtenbrief gegen verschiedene Unterrichtsanstalten in der daselbst erscheinenden „Patrie", seinem Organe, veröffentlicht, und wie ich so eben höre, wird sich der Bischof von Tournay binnen Kurzem als Dritter seinen beiden Vorgängern zugesellen. Der Brügger Hirtenbrief ergeht sich in besonders heftigen Ausdrücken gegen die freie Universität zu Brüssel, sowie die Mittelschulen des Landes, und empfiehlt mit starkem Nachdrucke die katholische Universität zu Löwen. Das Aktenstück ist gleichfalls auf den Kanzeln Brügge's zur Kenntniß der Gläubigen gebracht worden. (Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, 27. Septbr. Man hat wieder neue Verhaftungen im Faubourg St. Antoine vorgenommen. Auch ist ein Schiff mit Deportirten nach Nukahiwa (eine australische Insel) abgegangen (?).

* Dem „Pays" scheint das von der „Kölnischen Zeitung" mitgetheilte (auch von uns besprochene) russische Zirkular sehr verdächtig, und es zieht vor, im Interesse der russischen Kanzlei zu glauben, daß das Aktenstück verstümmelt, oder von ungeschickter Hand aus verschiedenen Spezialdepeschen zusammengeflickt sey. Es scheint dem genannten Blatte viel zu undiplomatisch.

* Paris, 29 Septbr. Mehrere mit Waffen befrachtete Wagen kamen diese Woche auf dem Wege nach Kabylien durch Lyon. Unter diesen Waffen befinden sich Carabiner neuer

Konstruktion, welche von hinten geladen werden und einen fünf Fuß langen Lauf haben. Diese, bereits von mehreren Regimentern versuchten, Carabiner sind sehr weittragend und werden wegen ihrer Schwere beim Zielen — gleich den alten Musketen — auf eine Gabel gelegt.

*Der „Moniteur de la Flotte" widerlegt die von den meisten Journalen gebrachte Mittheilung von der Einstellung der Deportation nach Cayenne und der bestehenden Absicht der Verlegung nach Neu-Caledonien. Wir dachten, sagt das erwähnte Journal, dieses Gerücht werde sich durch den neuesten Transport 30 Deputirter an Bord der „Egerie" von Toulon nach Cayenne von selbst widerlegen. Ein weiterer Transport durch die „Africaine" soll Anfangs Oktober von Brest nach gleicher Bestimmung abgehen. Uebrigens dürfte die große Entfernung Caledonien's es schon vom finanziellen Standpunkte aus nicht denkbar machen, daß man es zum Deportations-Orte ersehen habe.

* Der „Courrier de Bayonne" vom 28. Sept. berichtet, daß die „Cuadrilla des toreros" (die 4 spanischen Stierkämpfer, die in Bayonne auftraten) die Ehre hatten, von Ihren Majestäten auf der Villa Eugenia empfangen zu werden, wo sie durch die Bayonner Kaufleute Diffurfubéhère und Moneo vorgestellt wurden. Der Kaiser und die Kaiserin nahmen sie sehr huldvoll auf und behändigten ihnen für den ersten „Spada" (Kämpfer) Dominguez, der noch an seiner Wunde darniederliegt, eine mit einem Smaragd und Brillanten verzierte Busennadel. Auch der zweite „Spada" wurde mit einer reichen Nadel beschenkt und jeder der anderen Toreros erhielt eine Gratifikation von 1000 Realen. Die Kaiserin stellte ihnen sodann den kaiserlichen Prinzen vor, der, durch seine Amme getragen und von einer Hofdame begleitet, in den Saal gebracht wurde. Alle bewunderten sein kräftiges Aussehen. Herr Moneo suchte bei der Kaiserin um die Gunst nach, den kaiserlichen Prinzen umarmen zu dürfen, was ihm auch freundlichst bewilligt wurde.

* Prinz Louis Lucian Bonaparte ist von seiner wissenschaftlichen Reise in Spanien, Samstag nach Bayonne zurückgekehrt und wird Montag weiterreisen.

Spanien.

† Madrid, 25. Sept. Der heutige „Clamor publico", sagt die „Epoca", glaubt versichern zu sollen, daß am 10. Okt. der Kriegszustand in ganz Spanien aufgehoben werden wird. Bis dahin würden alle wichtigen politischen und administrativen Fragen u. s. w. bereits erledigt seyn.

† Der spanische Klerus besteht, den „Novedades" zufolge, derzeit aus 54 Erzbischöfen und Bischöfen, 283 hohen Würdenträgern, 771 Stiftsherren, 804 h. Benefiziaten, 19,825 Pfarrern, 3745 n. Benefiziaten, 345 Kollegiat-Geistlichen, 309 Geistlichen der aufgehobenen Kollegien, 7000 Mönchen, 7025 Nonnen, 427 Kapellänen, 143 Sakristanen, 5000 remunerirte Geistlichen. Zusammen 45,722. Im Jahre 1797 gab es 16,841 Pfarrer, 1 auf 548 Einwohner. Jetzt zählt man deren 19,825, so daß 1 auf 605 Seelen der Gesammt-Bevölkerung Spaniens trifft.

Italien.

* Die Index-Congregation hat u. A. nachstehendes Werk verboten: „Dogmatische Marialogie oder systematische Darlegung aller Doktrinen bezüglich der Jungfrau Maria." Versuch von H. Oswald in deutscher Sprache. (Der Verfasser hat widerrufen.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Paris, 29. Sept. Seit einiger Zeit ist bekanntlich die Rede von einem der großartigsten Projekte, welche die Welt sich je hat träumen lassen, nämlich von dem Bau einer Eisenbahn, welche das mittelländische Meer mit dem Euphrat und so mit dem persischen Meerbusen in Verbindung setzen würde; der Plan scheint allerdings ernst zu seyn, denn bereits hat die Subskription begonnen, obgleich man wohl schwerlich alle Schwierigkeiten der Ausführung gehörig geprüft hat. Der Kostenanschlag der etwa 240 deutsche Meilen langen Bahn ist auf 400 Millionen Franken gestellt, von welchem Kapital die türkische Regierung 6 pZt. garantiren sollte. Für die letztere würde das Unternehmen allerdings von der höchsten Bedeutung seyn, indem es die entlegenen Provinzen des Reiches, wo die Paschas sich wenig um ihren Großherrn kümmern, dem Zentrum näher rücken und zugleich die Elemente der Zivilisation dahin bringen würde, wo jetzt nur räuberische Beduinen ihre freie Industrie betreiben. Selbst für einen Suezkanal könnte die Bahn nur die besten Folgen haben, da der größere Verkehr von Reisenden zwischen Osten und Westen auch eine weitere Ausdehnung der Handelsbeziehungen hervorrufen müßte. Ehe man sich übrigens ein herrliches Bild von all' den schönen Folgen macht, welche das Unternehmen haben könnte, wenn es nämlich ausführbar wäre, thäte man gut, sich über die Schwierigkeiten klar zu werden, welche denn doch mehr oder weniger unüberwindlich bleiben; eine Eisenbahn von Algier nach Tombuktu durch die ganze Sahara möchte kaum weniger Chancen für sich haben als die Euphratbahn, nicht nur der Beschaffenheit des Landes wegen, sondern auch aus Rücksicht für die ehrlichen Beduinen, zu deren Abhaltung eine ganze Armee erforderlich wäre. Wie dem auch seyn mag, die Unternehmung ist auf Aktien gegründet, und welches Projekt würde nicht heut zu Tage Aktionäre finden. Dem „Constitutionnel" gefällt bei der ganzen Angelegenheit nicht, daß man vom Sultan eine Zinsgarantirung verlangt, und noch weniger, daß dies von englischer Seite geschieht, weil dadurch die Unabhängigkeit der Pforte bedroht sey, und letztere, wenn es ihr an Geld zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen mangeln sollte, in eine Art finanzielle Vasallenschaft von England gerathen würde, was Frankreich natürlich nur mit scheelen Augen ansehen könnte.

Amerika.

Die Berichte über die gänzliche Zerstörung der diesjährigen Ernte durch Heuschrecken in dem Mormonen-Staate Utah am großen Salzsee finden durch die letzten Nachrichten von New-York ihre volle Bestätigung. Die Noth muß groß seyn, da die Vorsteher der Gemeinde alle neuen Ankömmlinge dringend auffordern, sich mit Mundvorrath für wenigstens 12 Monate zu versehen, was bei der Länge der Reise durch die Einöden, ehe man nach den Thälern von Utah gelangt, fast zur Unmöglichkeit wird. Ueberhaupt dürfte die abgeschlossene Lage der Ansiedlung der „Heiligen der letzten Tage", die bisher ihrer inneren Organisation Schutz und Sicherheit gewährt hat, unter diesen Umständen zum Verderben gereichen, da es kaum möglich seyn wird, ihnen Brodstoffe zuzuführen. Trotz dieser bevorstehenden Hungersnoth wurde am 24. Juli der 9. Jahrestag ihrer Ankunft in den Thälern am Salzsee von ihnen mit großem Gepränge gefeiert.

Aegypten.

Zur Auffindung der Nilquellen werden außer der ägyptischen Expedition, die jetzt unter dem Grafen Escayrac nilaufwärts geht, auch von englischer Seite gegenwärtig lebhafte Anstrengungen gemacht. Der „Standard" meldet, daß Kapitän Richard Burton, berühmt durch seine Reise nach Mekka und Medinah, sowie durch die Expedition nach Harar, mit Instruktionen von Seiten der königl. geographischen Gesellschaft zu London nach Ost-Afrika abgereist sey, um bis zum See Uniamesi und wo möglich zu den Nilquellen vorzudringen. Der Standard hofft, daß auch Dr. Vogel jetzt die Weisung erhalten werde, daß er zu demselben Zwecke südöstlich vom Tsadsee vorzudringen suchen möge. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Wie der „Independance" aus New-York geschrieben wird, ist das Geheimniß, worin bisher die Lage der neu entdeckten Guanoinsel gehüllt wurde, in Betreff derer der Kongreß unlängst ein eigenes Gesetz erlassen hat, nunmehr gelüftet. Die fragliche Insel New-Nantucket liegt unter 0° 15' nördlicher Breite und 176° 35' westlicher Länge. Es ist eine niedrige, flache Insel von reicher Vegetation, die ungefähr 3 Meilen im Durchmesser halten mag. Die Brandung rings um die Insel ist jedoch so gewaltig, daß sich nirgend's ein gesicherter Ankerplatz oder nur eine Stelle, die eine Landung gestattete, hat entdecken lassen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 1. Oktbr. In Folge der günstigeren auswärtigen Notirungen zeigte sich rege Kauflust, die bis zum Schluß anhielt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78⅞ P. 78⅝ G. 5pCt. Lombard-Ven. 87¼ P. 87 G. Metall. alte à 5pCt. 76¾ P. 76¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87¾ P. 87¼ G.; à 4½pCt. 67⅜ P. 67⅛ G.; à 4pCt. 60 P. 59½ G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts Eisenbahn-Obligationen 56½ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 83¾ P. 83¼ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 91½ P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94 G.; 4½pCt. 100¼ P. 100 G.; 5pCt. 100¼ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅜ P. 90⅛ G.; 4½pCt. 101⅞ P. 101⅜ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 99 P. — G.; 4½pC. 101 P. — G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 88 P. 87½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3½pCt. 91½ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld

38¼P. 37¾G.; 4pCt. neue 23¾ P. 23⅝ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1203P. 1198G. Neue Bankaktien 335 P. 330 G. Credit-Actien à 5pCt 190½P 188½G. Darmstädter Bankaktien alte 371½ P. 369½ G.; junge 331 P. 329 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 508 P. 501 G. Mitteldeutsche Creditbank 104⅛P. 103⅞G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 110 P. 109½ G. Frankf. Bankaktien 115 P. 114¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 245 P. 243 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 137 P. 136½G. Neustadt-Weissenb. 103 P. 102½ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101⅜ P. 101⅛ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 344 P. 342 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 82 P. 81½ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78¼P. 77¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 96¼ P. 95¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 — P. 117 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 100P. 99½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P, — — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. Darmst. Loose à fl. 50 117½P. 117 G. à fl. 25 34½P. 34¼G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅞G. Nass. Loose à fl. 25 33⅝ P. 33⅜ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44¼ P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. 99¾G.	Lond. Lst. 10 k.S. 116⅞P. 116⅝G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. 119¾G.	Mail. .S.Li. 250k.S 99¾P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105¼P. 105G.	Paris Frs. 200 k. S 92⅝P. 92⅜G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼P. 105G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS. 96⅜P. 96⅛G.	Wienfl. 100C. k S. 113⅛P. 112⅞G.
Hamb. MB. 100 k.S. — P 88⅝G.	Wien 3 M. mit 4% 112¾P. 112½G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅞P. 104⅝G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 29. Sept. Se. Maj. der König haben durch allerhöchste Entschließung verfügt, daß die Stadt-Kommandantschaft Straubing vom 1. künftigen Monats an aufgehoben, und deren Bezirk der Stadtkommandantschaft Regensburg zugetheilt werde.

Se. Majestät der König haben den Regimentsquartiermeister Xaver Mayer von der Kommandantschaft Landau in den Ruhestand versetzt; dem Unterlieutenant Karl Breyer vom 6. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Oberapotheker Wilh. v. Sprunner von der Kommandantschaft Nürnburg auf zwei Jahre in den Ruhestand versetzt; den Unterlieutenant Aug. Fallner von Sonnenburg vom 1. zum 3. Chev.-Reg., den Unterlieutenant Otto von Bieber von der Garnisons-Kompagnie Nymphenburg in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Oberlieutenant Friedrich Ritter von Dall'Armi bei der Garnisons-Kompagnie Nymphenburg reaktivirt; den Major Karl Müller vom 14. Inf.-Reg. mit vier Fünftheilen der Normalpension und vorbehaltlich seinerzeitiger anderwärtiger Verfügung in den Ruhestand versetzt.

(Verordnungsbl.)

§ **Wien**, 29. September. (Privat-Korrespondenz.) Rücksichtlich der montenegrinischen Angelegenheit vernimmt man aus verläßigster Quelle, daß sich der Fürst Danilo gegen Oesterreich verpflichtet hat, die Ruhe nicht zu stören und die türk. Gränzen nicht zu überschreiten. Die Pforte trifft ihrerseits fortwährend die umfassendsten Anstalten, um jedem Einfalle mit bewaffneter Hand entgegenzutreten. In Albanien und Bosnien sind mehr als 25,000 Mann konzentrirt, die noch immer neue Zuzüge erhalten. Antivari ist stark befestigt worden und besitzt gegenwärtig eine zahlreiche Garnison, die durchaus aus Kerntruppen zusammengesetzt ist. Wie es scheint, verfolgt die Pforte mit der Aufbietung so zahlreicher Streitkräfte einen doppelten Zweck. Sie sichert dadurch ihre Gränzen nicht nur gegen die Einfälle der Montenegriner, sondern verschafft sich auch die entsprechenden Garantien für die Erhaltung der Ruhe in Bosnien und Albanien, in welchen beiden Provinzen die öffentliche Stimmung namentlich in Folge der hohen Steuern durchaus nicht befriedigend ist. Gegen Montenegro wird übrigens die Pforte den Feldzug nicht eröffnen, da sie sich bereit erklärt hat, die Vermittlung der Großmächte anzunehmen. Letztere nämlich Oesterreich, Frankreich und England, sind in dieser Frage vollkommen einig. Die Gränzen des Fürstenthums werden genau bestimmt, und die Souzeränetät der Pforte über Montenegro von den Mächten anerkannt. — Der englische Gesandte, Sir Seymour, hatte gestern eine längere Konferenz mit dem Grafen Buol, und die Okkupation Griechenlands soll der Gegenstand dieser Besprechung gewesen seyn.

London, 30. Septbr. Der heutigen „Morning Post" zufolge wird das Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff die Westmächte weder von der Besetzung Griechenlands, noch von der Flotten-Expedition nach Neapel abhalten. Die Gefahr einer Störung der englisch-französischen Allianz, sagt das erwähnte Blatt sey beseitigt.

Zum Lord-Mayor von London ist für das nächste Jahr Alderman Finnis erwählt worden. (T.D.d.K.Z.)

Petersburg, 26. Sept. In Moskau hat vorigen Sonnabend das große Volksfest stattgefunden, worüber jedoch noch nichts veröffentlicht ist. Der Berichterstatter des „Inv." weiß nur mitzutheilen, daß zu den bereits aufgezählten Speisen, welche dem Volke präsentirt wurden, noch 50,000 süße Pastetchen, 600 Pud (24,000 Pfd.) Pfefferkuchen und mehr als 800 Metzen Aepfel gekommen sind. Auf jedem der 624 Tische sind 5 bis 6 gebratene Hämmel mit vergoldeten Hörnern aufgestellt, so wie je vier Pyramiden von Würsten Schinken; zwischen ihnen stehen Tannenbäume, die mit Aepfeln, Pasteten und Pfefferkuchen behangen sind und auf der Spitze steckt ein gebratenes Huhn. Von den 16 Fontainen sind die acht größeren mit Rothwein, die acht kleineren mit Weißwein gefüllt.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 275. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 3. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Aus Thüringen, 28. Septbr. Die Mitglieder der deutschen Zollkonferenz haben Eisenach gestern verlassen, um ihre Berathungen morgen in Weimar fortzusetzen. Es soll sich vollkommen bestätigen, daß kein Antrag von Bedeutung Einstimmigkeit erlangte, und die noch erübrigenden Geschäfte sollen meistens das Abrechnungswesen betreffen. (A. Z.)

Bayern. München. Der Minister des Innern Graf v. Reigersberg ist von seinem Urlaub zurückgekehrt und wird in den nächsten Tagen sein Portefeuille wieder übernehmen. (Ldbt.)

München, 28. Sept. Folgende interessante Defraudationssache kam gestern zur Aburtheilung am obersten Gerichtshof. Vitus Vorndran von Oberweißenbrunn, Ldgt. Bischofsheim, hatte eine Müllerswittwe geehelicht, ohne selbst die persönliche Befähigung zum Betriebe der Müllerei zu haben. Um das in realer Eigenschaft bestehende Mühlgewerbe ausüben zu können, ließ er sich bei dem Landgericht Bischofsheim zu Protokoll dahin vernehmen, daß er einen geprüften Werkführer in einem gewissen N. benannte und zugleich erklärte, daß er bei diesem als Lehrling eintrete. Auf diese Protokollarerklärung erfolgte jedoch ein landgerichtlicher Beschluß nicht. Da Vorndran öfters Polleten zum Malzbrechen bei der Aufschlagsstation holte, dies aber später unterließ, so wurde hiedurch der Verdacht einer Defraudation rege, und in der That wurde bei einer Visitation gebrochenes Malz gefunden. Nun ging das Gericht erster Instanz von der Ansicht aus, daß eine heimliche Malzmühle hier als gegeben betrachtet werden müsse, indem Vorndran das Mühlgewerbe ohne distriktspolizeiliche Bewilligung ausgeübt habe, und verurtheilte den Defraudanten in die hohen Strafen des letzten Paragraphen der Verordnung vom 28. Juli 1807, bestehend in 300 Reichsthalern, Abbruch der Malzmühle und öffentlicher Ausschreibung. Auf ergriffene Berufung sprach sich aber das Appellationsgericht für die mildere Ansicht aus, indem es davon ausging, daß ein Besitzer einer realen oder radizirten Mühlgerechtsame, wenn er auch eine Konzession zur Ausübung nicht habe, dennoch keine heimliche Mühle besitze. Heimliche Mühlen seyen bloß diejenigen partikulären Einrichtungen, welche außer den in berechtigter Weise bestehenden Malzmühlen eingerichtet würden. Das Unterbleiben der Verpflichtung des Mühlbesitzers ändere hieran um so weniger etwas, als der steten gesetzlichen Kontrole des Mühlanwesens nichts im Wege stehe. Deßhalb wurde, nachdem das Prädikat der Heimlichkeit gefallen war, die mildere Strafe des §. 21 Lit. a von 20 Reichsthalern ausgesprochen, und trotz der Oberberufung des Fiskalats schloß sich das Oberappellations-Gericht der Ansicht der 2. Instanz an. (N.C.)

Hof, 29. Septbr. Hier ist eine mechanische Weberei ihrer Vollendung nahe, die hauptsächlich auf den Bedarf des sächsischen Voigtlandes berechnet ist. Das Gebäude ist bereits unter Dach und bietet Raum für 800 Webstühle, von denen circa 300 schon im nächsten Frühjahr in Gang kommen werden; in Verbindung mit der seit einem Jahre in Betrieb befindlichen Feinspinnerei sollen hauptsächlich feine Gewebe erzeugt werden. Die hiesige mechanische Baumwollenspinnerei wird bis Ende d. J. circa 30,000 Spindeln zählen; ein größeres Unternehmen ist für's nächste Jahr in Aussicht. (D. A. Z.)

Preußen. Berlin, 30. Septbr. Nachdem verschiedene Berichterstatter der Pariser Industrieausstellung den hohen Standpunkt, welchen die deutsche, insbesondere die preußische Tuchfabrikation daselbst einnahm, nachgewiesen hatten, kam man von den Vorurtheilen zu Gunsten fremder Fabrikate auf diesem Gebiete eben so zurück, als die Londoner Ausstellung Veranlassung geboten hatte, ein ähnliches Vorurtheil zu Gunsten der englischen Eisenfabrikate zu beseitigen. Eines der thätigsten Mitglieder unter den Vertretern unserer Industrie in Paris, Hr. A. Dubois de Lüchet, hat nun eine Mustersammlung der verschiedenen Wollenfabrikate mit den zum Vergleich und Würdigung nöthigen Preisangaben in ein Musterbuch vereinigt und dies dem Handelsminister gewidmet. Es umfaßt dasselbe die in- und ausländischen Fabrikate und beweist, daß unser Fabrikat sowohl in Beziehung auf Güte als Preis keine Konkurrenz zu scheuen hat. (Nat.-Ztg.)

Berlin, 29. Sept. Unsere Presse beschäftigt sich lebhaft mit dir das Land allerdings sehr nahe angehenden Finanzfrage, welche darauf hinausläuft, das Budget wiederum um Millionen zu erhöhen, ohne irgend etwas an dem bestehenden Systeme zu ändern. Die öffentliche Meinung wird besonders durch die Gerüchte erregt, nach welchen in den Debatten im Staatsministerium zunächst der Kriegsminister seine neuen Forderungen durchgesetzt haben soll, welche auf die Wiedereinführung einer vollen dreijährigen Dienstzeit, verschiedene andere neue und vermehrte Ausgaben und endlich auf Erhöhung des Soldes für Unteroffiziere und Offiziere abzielen, so daß im Ganzen eine Erhöhung des Etat um 9 Millionen die Folge seyn müßte. Der entschiedenste Widerstand, den man erwarten durfte, soll nicht vom Finanzminister geleistet worden seyn und das Staatsministerium endlich das Verlangen des Kriegsministers angenommen haben. Wie sich die Kammern dazu verhalten werden, gehört zur letzten Instanz; vorläufig schweben die Fragen zwischen der öffentlichen Meinung und der militärischen Autorität. Die Prinzen und Generale, welche auf Wiedereinführung der vollen Dienstzeit dringen, behaupten, daß ein Soldat nicht in kürzerer Frist jetzt ausgebildet werden könne, das preußische junge Heer somit im entschiedenen Nachtheil gegen alle übrigen großen europäischen Heere sey, die öffentliche Meinung beruft sich auf 1813, wo unsere jungen Soldaten kaum 4 Wochen exerzirten, ehe sie sich auf einen tapfern Feind warfen. Eben so sehr sträubt sich aber auch die öffentliche Meinung gegen eine abermalige Vermehrung des Solds der Offiziere, welcher bekanntlich schon jetzt höher ist, als in irgend einem andern Heere des Kontingents. Das Heer verschlingt im Frieden mehr als ein Drittheil der gesammten Staatsausgaben; charakteristisch genug ist es ohne Zweifel, daß trotz des lauten Rufes nach Ersparnissen, trotz der Noth der Masse der Beamten und der Bedrängnisse im Staatshaushalte, zunächst des Kriegsministers gewichtige Forderungen als nothwendigstes Bedürfniß anerkannt werden. (Z. f. Ndd.)

Berlin, 30. Septbr. In unsere Geldkrisis haben die letzten Tage eine Besserung gebracht. Die Bank hat für einige Millionen Silberbarren in Holland angekauft, um durch Hinterlegung derselben das Doppelte nach ihrem Statut an Papieren ausgeben zu können. Die Privatbanken machen es eben so, wie die preußische Bank: sie diskontiren fast gar nichts mehr, und nun tritt in Preußen der Umstand hinzu, daß gesetzlich das höchste Diskonto nicht über 6pCt. seyn darf, während es in Hamburg auf 9pCt. gestiegen ist. Die Banken fangen an sich damit zu helfen, daß sie die Wechsel bis 2pCt. unter ihrem Werth bezahlen, was mit den allerfeinsten geschieht. In verschiedenen Handelsplätzen, besonders in Stettin ist die Geldnoth noch viel größer. Die ritterschaftliche Bank in Stettin diskontirt nicht mehr, und wenn dieser Zustand noch einige Zeit anhält, fürchtet man eine Reihe von Bankerotten, da die meisten Stettiner Kaufleute tief in Spekulationen stecken und gewöhnlich ihre Geschäfte weit über ihre Kräfte gehen. (Z. f. Ndd.)

Sachsen. Dresden, 27. Septbr. Dem Vorsitzenden des Gesammtministerium und Minister der Justiz, Dr. v. Zschinsky, ist ein aus Gesundheitsrücksichten erbetener Urlaub zu einer Reise in das Ausland (Schweiz und südl. Frankreich) bewilligt worden und für die Dauer seiner Abwesenheit der Vorsitz im Gesammtministerium auf den Staatsminister Frhrn. v. Beust, die Leitung des Departement der Justiz aber auf den Staatsminister v. Behr übergegangen.

Württemberg. Stuttgart, 30. Septbr. In Folge der gegenwärtig allenthalben herrschenden ernsten Geldkrisis hat sich, dem Vernehmen nach, vor mehreren Tagen der hiesige Handelsvorstand veranlaßt gesehen, in einer Eingabe an das k. Staatsministerium dasselbe dringend zu bitten, seinen ganzen Einfluß bei der Wiener Münzkonferenz anzuwenden, um die Einführung der Goldwährung nach einem festen Standard in den sämmtlichen Zollvereinsstaaten möglichst bald zu erzielen, da nur durch die Einführung dieses Werthzeichens dem Mangel an baaren Cirkulationsmitteln abgeholfen werden könne. Das Silber, sagt er, wird immer seltener, und da die fremden Goldmünzen keinen festen Kurs bei uns haben, so werde die Tarifirung derselben eine gebieterische Nothwendigkeit. (Eine ähnliche Bitte haben die Hamburger Kaufleute an das dortige Commercium gerichtet.) (Schw. M.)

Ulm, 27. September. Der König hat aus Veranlassung seines fünfundsiebenzigsten Geburtstages den verschiedenen Truppenkörpern Gratialien zuweisen lassen und zwar jedem Infanterie-Regiment 600 fl., jedem Kavallerie-Regiment 500 fl., der Artillerie 900 fl. und der Garde 200 fl. Zugleich erhält jeder Soldat und Unteroffizier am heutigen Tage eine doppelte Löhnung. (U. Ztg.)

Kurhessen. Kassel, 30. Septbr. Die zweite Kammer hielt heute ihre erste Sitzung, und zwar öffentlich, während die Regierung eine geheime Sitzung verlangt hatte. Zur Berathung kam der von dem Abg. Ziegler aus Hanau erstattete Ausschußbericht über die neue landständische Geschäftsordnung. Die abändernden Anträge des Ausschusses wurden meistentheils angenommen, namentlich die proponirten Beschränkungen in Betreff der Befugnisse des Präsidenten, welche nach dem Regierungs-Entwurf sehr weit gingen. Bemerkenswerth ist sodann u. A. der Protest gegen die in letzterer enthaltene Bestimmung, wonach Versendungen und Beschlüsse des deutschen Bundes nicht zum Gegenstand ständischer Berathungen und Beschlüsse gemacht werden sollen, der neben anderen sachlichen Gründen auf das Argument gestützt wird, daß die dermalige Berathung selbst, die sich mit dem Bundesbeschluß vom 27. März 1852 zu beschäftigen habe, mit der betreffenden Vorschrift im Widerspruch stehen würde. Die Berathung gedieh heute bis zu §. 8 des Entwurfs.

Oesterreich. Ein Wiener Berichterstatter der Zeitung „Deutschland" behauptet, die Nachricht der „D. Allg. Ztg." von einer bevorstehenden Reise des Kardinal-Erzbischofs v. Rauscher nach Rom wegen Ausführung des Konkordates sey ganz unbegründet. Die Verhandlungen zwischen der kaiserlichen Regierung und dem heiligen Stuhl seyen zwar noch im Zuge, würden aber lediglich durch den kais. Botschafter Colloredo in Rom vermittelt.

Dem „Dresdener Journal" schreibt man aus Oesterreich vom 27. Septbr.: „Eben kommt mir ein Erlaß der Konsistorien Augsburgischer und helvetischer Konfession in Wien über das Begräbniß der Protestanten zu Gesicht, worin die Absicht der österreichischen Regierung, ihre protestantischen Staatsangehörigen in der Freiheit ihres Kultus zu erhalten, Seitens einer Behörde anerkannt wird, welcher man am wenigsten ein befangenes Urtheil in diesem Betreff beimessen wird. Jener Erlaß gedenkt nämlich der Aeußerung in einem Reskripte des Kultusministerium, daß die neuen Vorschriften weit entfernt seyen, eine Bedrückung der evangelischen Glaubensgenossen herbeizuführen, und knüpft hieran die Erwartung, es werde insbesondere die evangelische Bevölkerung mit ihrer Kirchenbehörde freudig dem Streben der hohen Staatsregierung zustimmen, einen Zustand herbeizuführen, welcher auch der evangelischen Kirche die freie und volle Entfaltung ihres Kultus und ihrer frommen Gebräuche unverkümmert gestatten wird."

Von der Ofener Stadtgemeinde ist am 25. Septbr. dem Kaiser Franz Joseph während seines Aufenthaltes in der Landeshauptstadt Ungarns eine Riesentraube dargebracht worden, gleichsam als Tribut von dem Weinsegen der Stadt. Diese Riesentraube, an der zwei starke Männer zu tragen hatten, maß 60 Zoll in der Länge und 90 Zoll im Umfang und bestand aus ca. 700 Trauben der haltbarsten Sorten, welche von verschiedenen Weingartenbesitzern der vorzüglicheren Ofener Weingebirge in die Rebschule des ungarischen Landwirthschaftsvereines geliefert und dort von geschickten Händen zu jenem Traubenkoloß kunstvoll zusammengestellt wurden. Von oben herab hingen drei große seidene Schleifen — eine schwarz-gelbe, eine roth-weiße und eine roth-weiß-grüne — und dazwischen waren Maschen von weiß-blauen Bändern angebracht. (Ostd. Post.)

Belgien.

Brüssel, 28. Sept. Die Verhandlungen des internationalen Zollreform-Kongresses liegen jetzt abgeschlossen hinter uns und man kann unbefangenen Auges das Resultat dieser Verhandlungen würdigen, ohne den Fehler zu begehen, sey es einerseits das Resultat zu unterschätzen, sey es andererseits sich übertriebenen Illusionen hinzugeben. Betrachtet man zunächst die Berichte, welche die Abgeordneten der einzelnen Länder über ihre resp. Zollverfassungen erstattet haben, so ergibt sich daraus etwas, was man nicht laut genug konstatiren kann, nämlich, daß fast kein einziger unter den europäischen Staaten ist, der nicht mehr oder minder, seit längerer oder kürzerer Zeit die Bahn der Zollreform, d. h. der freien Handelspolitik beschritten hätte. Der Brüsseler Kongreß, um unsere Schlußbetrachtungen zu resumiren, hatte nicht offizielle Eigenschaften, seine Beschlüsse und Wünsche haben eine nur moralische Bedeutung. Man vergesse indessen nicht, daß mehrere große Industrie- und Handels-Staaten Europas sich durch offizielle Delegirte hatten vertreten lassen, daß andere Regierungen offiziöse Agenten gesandt hatten, daß außerdem viele Handelskammern, Industrie- und Handels-Gesellschaften, landwirthschaftliche Zentralvereine mehrerer Länder Abgeordnete gesandt hatten, während die freien Mitglieder der Mehrzahl nach eben so kompetente als politisch-konservative Notabilitäten aus allen Ländern Europas waren. Wenn nun eine dergestalt zusammengesetzte Versammlung einmüthig erklärt, daß die Prohibition, die Schutzzölle, die Ausgangs- und Eingangsprämien, die Zolldurchsuchungen, die Paßchicanen u. s. w. der materiellen, wie der moralischen Entwickelung der Nationen schädlich sind, so ist dies eine Stimme, die, wir sind dessen gewiß, nicht lange mehr ignorirt werden kann. (Nat.-Ztg.)

Schweiz.

Bern, 28. Septbr. In der gestrigen Sitzung des großen Raths von Neuenburg haben 66 Mitglieder, somit auch einzelne Royalisten, eine Dankadresse an den Bundesrath votirt. Dreizehn royalistische Mitglieder enthielten sich der Beistimmung wegen der Fassung, nicht wegen des Inhaltes der Adresse. Damit hätte also die eine Fraktion der Royalisten, die sog. Conservateurs, sich auf den rein schweizerischen Standpunkt gestellt. Die Nichtbetheiligung dieser Fraktion an der letzten Erhebung ist im Bericht des Staatsraths zugestanden. (A. Z.)

Bern, 29. Sept. Um die Aufhebung der Bourgeoisieverwaltung in Neuenburg zu rechtfertigen, hat der dortige Staatsrath in seinem Bericht an den großen Rath besonders hervorgehoben, daß der Bourgeoisierath den Royalisten auf dem Schlosse Wein, Brod und Käse auf deren Requisition geschickt habe, ohne Protestation einzulegen; daß er ferner Insurgenten in Wohnungen einquartirt habe, die ihm gehören, ohne Widerspruch zu erheben; daß er endlich das in seinem Solde stehende Pompierkorps dem Herrn de Pourtales überlassen habe. Der Staatsrath ist der Ansicht, es sey Pflicht der Bourgeoisie gewesen, sich offen gegen den Aufstand zu erklären. (Fr. Pstz.)

Großbritannien.

London, 28. Sept. Einen bedeutenden Eindruck macht die Ankunft des Schoners „Deant Richmond" direkt von Chicago in Liverpool, nach einer Fahrt durch den Welland-Kanal in den Ontario, und von dort durch den St. Lawrence in die See. Es war eine Versuchsfahrt, welche somit die Möglichkeit dieser Verbindung, wenn auch noch nicht zu jeder Jahreszeit, darlegt, und eine bedeutende Ermäßigung im Preise aller Ausfuhrartikel der nordwestlichen Unionsstaaten in Aussicht stellt, weil zwei oder drei Umladungen nebst der längern Fahrt auf dem Eri-Kanal vermieden werden, auch eine kürzere Seereise eintritt, endlich weil jene Produkte von Chicago aus direkt in Liverpool bezogen werden könnten, anstatt in New-York u. s. w. durch zwei oder drei Hände zu gehen. Die „Times" sieht bereits eine große Revolution im Getraidhandel voraus, der bisher viel zu sehr in den Händen griechischer Häuser gewesen sey. Chicago, im Mittelpunkt der für den Getraidehandel wichtigsten Staaten im Westen der Union gelegen, werde die Waare bedeutend unter dem Preise des Handels im schwarzen Meere verkaufen können.

London, 29. Sept. Kirche und Staat liegen sich wieder einmal in den Haaren. Eine Anzahl Londoner Prediger hatten sich vereinigt, um das Open-air preaching, das Predigen unter freiem Himmel, eine bis vor wenigen Jahren allein bei den Dissenters gebräuchliche Einrichtung, auch im Interesse der Hochkirche zu benutzen, und als Versammlungsort ihrer wandernden Gemeinde sich die Parks ausgewählt. Da kommt ein Befehl Sir Benjamin Hall's, daß er das Predigen in den Parks nicht erlaube. Motivirt war das Verbot dadurch, daß auch allerlei irreligiöse Redner aufgetreten seyen und überhaupt aus allgemeinen Gründen sich die Parks zum Kampfplatze für religiöse Kontroversen nicht eigneten. Während die Prediger sich unter Protest und „in Anbetracht der kalten Witterung" für dieses Jahr gefügt haben, wird der Gegenstand oder vielmehr Sir

Benjamin, von den vielen „religiösen Wochenblättern" gründlich verarbeitet. (K. Z.)

London, 29. Sept. Iwan Golowin, der bekannte russ. Flüchtling, hat die russische Amnestie nachgesucht und erhalten, unter der Bedingung, daß er weder in Petersburg noch in Moskau seinen Aufenthalt nimmt.

Ferdinand Freiligrath ist zum Geschäftsführer der „Bank of Switzerland" erwählt.

Frankreich.

* Ueber den in Paris angelangten birmanischen Gesandten, General Orgoni, finden wir im „Courrier de Lyon" nachstehende Details: „General Orgoni ist in der Vendée geboren und war Offizier in der königl. Garde, als die Revolution von 1830 ausbrach. Später nahm er thätigen Antheil an den Erhebungen in der Vendée und der Bretagne, wurde gefangen und zum Tode verurtheilt, entkam aber und ging in's Ausland. Später amnestirt, begab er sich auf die Insel Bourbon und schuf dort eine ansehnliche Pflanzung, doch die Neger-Emanzipation, in Folge der Februarrevolution, entführte ihm plötzlich seine 3—400 Neger und ruinirte sein Unternehmen. Orgoni ging hierauf nach Indien und trat in die Armee des Kaisers der Birmanen, wo er durch Tapferkeit und Intelligenz sich, gleich dem Generale Allard, Soliman-Bey und andern Abenteurern, hoch emporschwang. Während seiner militärischen Laufbahn hatte General Orgoni mehrere Male Gelegenheit, gegen die Engländer zu kämpfen, weßhalb er auch in Calcutta und wo er sonst noch mit den Britten in Berührung kam, mit sehr zweideutigem Wohlwollen aufgenommen wurde. Auch suchten sie seine Reise durch allerlei indirekte Mittel zu hintertreiben und die englischen Journale veröffentlichten mehrere sehr feindlich gesinnte Artikel über ihn. General Orgoni aber bewahrte — trotz seiner Ergebenheit für sein Adoptiv-Vaterland — ein französisches Herz und sein sehnlichster Wunsch wäre, zwischen den birmanischen Staaten und Frankreich Freundschafts- und Handelsbeziehungen herzustellen."

Paris, 30. Sept. Das „Pays" meldet, daß die Bolgrad-Frage noch keineswegs gelöst ist, (die neuliche Nachricht war also falsch), und daß Rußland diese Angelegenheit vor die bevorstehende Konferenz der europäischen Bevollmächtigten in Paris zu bringen beabsichtigt. (Fr. Pstz.)

Die halboffiziellen Blätter bemühen sich schon seit längerer Zeit, für die so ungünstigen Verhältnisse des Pariser Geldmarktes Erklärungen zu suchen, welche einige Beruhigung einzuflößen vermögen. Auch der „Constitutionnel" stellt sich diese Aufgabe, und findet gleich, daß dem ganzen Zustande der Dinge weder eine politische noch kommerzielle Krisis, sondern lediglich eine vorübergehende finanzielle Krise zu Grunde liege. Der Mangel an Baargeld sey nur durch die Bedürfnisse des Krieges, den Ankauf von Getraide im Auslande 2c. veranlaßt. Jetzt sey aber der Krieg zu Ende, die Ernte sey ziemlich gut ausgefallen und die Bank habe Maßregeln ergriffen, um die Ausfuhr des gemünzten Geldes zu verringern, oder die Einfuhr zu befördern, so daß der Umlauf des Silbers bald seinen Normalstand wieder annehmen wird. Andere Ursachen seyen es, welche besonders auf die Staats- und Eisenbahnpapiere eingewirkt haben. Frankreich hatte seine Kapitalien dem Auslande, besonders Deutschland, zur Verfügung gestellt, und sich auf Kosten der nationalen Geschäfte zum Mittelpunkte cosmopolitischer gemacht. Das Kapital auf dem Pariser Platze wurde seltener, und da nun die Werthpapiere weniger Käufer fanden, so fielen und fallen sie noch zum Erstaunen des Publikums. Aber auch dieses Uebel sey nur vorübergehend, denn die mit dem Auslande kontrahirten Verpflichtungen, meint er, würden bald erfüllt seyn; und gerade der niedrige Stand der französischen Werthpapiere müsse die Kapitalien zurückhalten oder die in ausländischen Papieren angagirten Gelder wieder anziehen, so daß man sich auf eine baldige Hausse gefaßt machen könne. So der „Constitutionnel." Ob er Recht hat?

* Paris, 30. Septbr. Die Geldkrise beunruhigt die Spekulationswelt um so mehr, als in Folge der russischen Depesche zu den rein finanziellen Befürchtungen noch politische hinzugekommen sind. So wie man die Ursachen der Krise verschieden auffaßt, lauten auch die der Regierung ertheilten Rathschläge verschieden. Den meisten sieht man es an, daß die national-ökonomischen Kenntnisse hier noch lange keine so allgemeine Verbreitung gefunden haben, als dies in England der Fall ist. Man macht oft die unsinnigsten Vorschläge und manches, was mit ernsthafter Miene in sehr wichtigen Journalen vorgebracht wird, erinnert an jenes Votum: „Ich stimme mit der Republik, aber mit unserem Großherzoge an der Spitze."

Die von der „Indép. belge" mitgetheilte Nachricht bezüglich der Schwangerschaft der Gräfin Chambord wird in Briefen, die gutunterrichtete Personen hierher geschrieben haben, widerlegt.

Gegen Mitte Oktober soll der junge Kronprinz von Toskana hier eintreffen, um den Jagdfestlichkeiten in Compiègne beizuwohnen.

Eine Marseiller Depesche vom 30. Sept. meldet, daß ungeachtet der ungeheuren Getraidezufuhr das zu liefernde Getraide dennoch plötzlich um 1 Fr. 50 bis 1 Fr. 75 pr. 16 Decalitres stieg. Dieses unerwartete Steigen hat seinen Grund in der Nothwendigkeit, das bereits abgelieferte Getraide zu ersetzen und in den fortdauernd ungünstigen Nachrichten aus dem asow'schen Meere.

Italien.

Den letzten Briefen aus der Romagna zufolge hatte die Haltung der Bewohner von Pesaro einen starken Eindruck auf die päpstlichen Behörden gemacht, da dieselben von einer in der Regel so sanften und friedlichen Bevölkerung eine solche Entschlossenheit keineswegs erwartet hatten. Der Delegat von Urbino hatte, nachdem er telegraphisch in Rom angefragt, den Befehl ertheilt, 6 Kompagnieen — ob Schweizer oder Oesterreicher, wird nicht gesagt — nebst Kanonen nach Pesaro marschiren zu laßen. Zu gleicher Zeit hatte er erklärt, er sey bereit, den Belagerungszustand zu proklamiren. Trotz dieser Drohungen hatten die Einwohner ihren Widerstand nicht aufgegeben. Um Unglück zu verhüten, hatten die reichsten Kaufleute der Stadt sich erboten, den halben Betrag der Steuer zu bezahlen, unter der Bedingung, daß man darauf verzichte, von den armen Gewerbetreibenden die Zahlung dieser Steuer zu verlangen. Für den Fall, daß die römische Regierung diesem von den Ortsbehörden genehmigten Kompromiß ihre Zustimmung versagen sollte, hatten dieselben Kaufleute die Zahlung des Gesammtbetrages der Steuer gewährleistet. (Nach neueren Berichten war die Ruhe in Pesaro wiederhergestellt; durch welche Mittel wissen wir freilich noch nicht. Die Red.)

Die P. P. Piaristen sind vom königl. Kollegium in Oneglia entfernt worden. Als Ursache wird in den sardin. Regierungsblättern angegeben, sie hätten die bestehenden Reglements verletzt und sich geweigert, deren Einhaltung für die Zukunft zuzusagen.

* Man liest im „Espero" vom 26. Sept.: Nach einem Privatschreiben aus Neapel bereitet die dortige Polizei eine bourbonische und sanfedisische Demonstration vor, welche die Lazzaroni aufführen sollen, die bereits zu dem sog. „Widerstands-Komite" gehören, das von Mazza, Morbilli, Merenda, Campagna und Alessandro Albano gebildet ist. Dieses Komite enthält seit langer Zeit eine Subvention von 2 Carlini (21 kr.) für jedes Mitglied und von 4 Carlini für jeden Viertelschef. Der Zweck dieser Demonstration soll seyn, sogleich, wenn die verbündeten Flotten erscheinen, aus Leibeskräften zu schreien: „Es lebe der König, unser unumschränkter Herr!" und — hauptsächlich — dadurch die übrige Bevölkerung einzuschüchtern, die weiß, daß diese Leute bewaffnet und von der Polizei beschützt sind und sogar ein Verzeichniß der Häuser aller Liberalen haben, um sie, für den Fall einer Bewegung, wie am 15. Mai 1848, zu plündern und anzuzünden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Nachrichten aus Konstantinopel, 22. Septbr., besagen, daß der Sultan in kürzester Zeit die höchsten Orden Englands, Preußens (?) und Portugals erhalten wird. Man spricht von einem prachtvollen Schmucke, den der Sultan der Kaiserin von Oesterreich schickt. Albanien ist von Räuberbanden heimgesucht und auch die griechischen Gränzen sind nichts weniger als ruhig.

Die amtlichen Blätter veröffentlichen einen Auszug aus einer Depesche des türkischen Ministerium des Aeußern an den Kaimakam der Moldau vom 10. Septbr. 1856, durch welche die durch den vorigen Fürsten, Ghika, verkündete Preßfreiheit aufgehoben und das Preßgesetz, wie dasselbe vor ihrer Veröffentlichung bestanden, sowie die Censur wieder hergestellt werden.

Damascus, 7. Sept. Kürzlich ereignete sich hier folgender tragische Vorfall: „Ein armes, irrsinniges Christenmädchen war am Freitag in den Vorhof einer Moschee gerathen und warf mit kindischer Freude die hier in Reihe und Glied aufgestellten Pantoffeln der drinnen Betenden durcheinander; der in demselben Moment herzukommende Thürwächter, ein jähzorniger Patron, sprang mit dem Ausrufe: „Allah ilaneh!" (verdamme dich Allah!) auf sie zu und traf sie mit seinem Stabe so unglücklich an die Schläfengegend des Hauptes, daß sie sofort todt niederfiel. Mohammed-Pascha ließ den Thäter verhaften; doch wurde derselbe auf direkte Fürsprache des Vaters der Getödteten wieder in Freiheit gesetzt. (D. A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 2. Oktober. Die günstigere Stimmung von gestern konnte sich in Folge der niedrigeren Pariser Notirung nicht ganz behaupten und wurden die meisten Effekten zu billigeren Kursen verhandelt, fanden jedoch bereitwillige Abnehmer.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1851 78½ P. 78¼ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87 P. 86½ G. Metall. alte à 5pCt. 76½ P. 76 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 P. 87½ G.; à 4½pCt. 67¾ P. 67⅛ G.; à 4pCt. 60 P. 59½ G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56⅜ P. 56⅛ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81¾ P. 81¼ G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94½ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94 G.; 4½pCt. 100¼ P. 100 G.; 5pCt. 100¼ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅜ P. 90⅛ G.; 4½pCt. 102⅛ P. 101⅝ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 99 P. — G.; 4½pC. 101½ P. — G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 88½ P. 88 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3½pCt. 91½ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38⅛ P. 37⅞ G.; 1pCt. neue 23¾ P. 23⅝ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1200 P. 1195 G. Neue Bankaktien 325 P. 320 G. Credit-Actien à 5pCt 188 P. 186 G. Darmstädter Bankaktien alte 373 P. 371 G.; junge 331 P. 329 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 508 P. 501 G. Mitteldeutsche Creditbank 103¼ P. 102¾ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 109½ P. — G. Frankf. Bankaktien 114¼ P. 113¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 237 P. 235 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. L. 137⅛ P. 137 G. Neustadt-Weissenb. 103¾ P. 103¼ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101½ P. 101¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 344 P. 342 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 81 P. 80½ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77¾ P. 77¼ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 96¼ P. 95¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von **1839** — P. 117 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 100 P. 99⅝ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. — — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47⅝ G. Darmst. Loose à fl. **50** 117½ P. 117 G. à fl. **25** 34½ P. 34¼ G. Kurh. **40** Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅞ G. Nass. Loose à fl. **25** 33⅝ P. 33⅜ G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44¼ P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛ P. 99⅞ G.	Lond. Lst. 10 k.S. 116¾ P. 116½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. 119¾ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k.S 99¾ P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 105¼ P. — G.	Paris. Frs. 200 k. S. 92⅝ P. 92⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105¼ P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96⅝ P. 96⅜ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 113 P. 112¾ G.
Hamb. MB. 100 k.S. — P 88⅝ G.	Wien 3 M. mit 4% 112¾ P. 112½ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. — — G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Bamberg, 2. Oktbr. Sicherem Vernehmen nach sind für die mit 1. Oktbr. nächsten Jahres in's Leben tretende Bildung von **Bezirksgerichten** für den Kreis Oberfranken neben den Städten Bamberg und Bayreuth noch die Städte Kronach und Hof als Sitze künftiger Bezirksgerichte allerhöchsten Orts bestimmt worden, und zwar soll das Bezirksamt Kronach mit 1 Direktor, 4 Räthen, 3 Assessoren und 2 Protokollisten, ferner mit 1 Staatsanwalte, — das Bezirksgericht Hof mit 1 Direktor, 6 Räthen, 3 Assessoren, 3 Protokollisten und 2 Staatsanwälten bestellt werden. (Bamb. Z.)

Berlin, 29. Sept. Es hat den Anschein, als ob in den bestimmenden Kreisen wieder strengere Normen bezüglich der Presse Platz griffen; wenigstens hört man von offiziösen Weisungen und Verhaltungsmaßregeln, die in den letzten Tagen hiesigen Journalen zugegangen wären. Die Motive des Verbots der „Allg. Ztg." sind in der Haltung des Blattes in der Neuenburger Frage zu suchen; auch sollen einige Bemerkungen, welche über die neuesten, den hiesigen Hof näher berührenden Vorkommnisse gemacht wurden, mißfällig aufgenommen worden seyn. (Hamb. Nachr.)

Berlin, 1. Okt. Der Rücktritt derjenigen Familien zur evangelischen Landeskirche, welche sich dem Deutschkatholizismus oder der freien Gemeinde angeschlossen hatten, hat bei den kirchlichen Behörden in dem Falle, daß während dieser Zeit gedachten Familien Kinder geboren wurden, Veranlassung zu mannigfaltigen Erörterungen gegeben. Es ist nämlich die Frage erhoben worden, in welcher Art an solchen Kindern die Taufe zu verrichten sey, da die an ihnen während der Trennung von der Landeskirche vollzogenen Taufen nicht als gültig betrachtet werden. Diese Frage bezieht sich vornehmlich auf die Zeit, das Lebensalter und die Entwicklung der dem ersten Lebensalter entwachsenen Täuflinge, und dieselbe ist im allgemeinen dahin entschieden, daß ein Aufschub der Taufe nicht stattfinden möge, wenn die Umstände es irgend gestatten. Als solche sind diejenige Unbefangenheit einerseits, oder andererseits eine bereits so weit vorgeschrittene Entwicklung des Täuflings angeführt, durch welche eine Unterweisung in den einfachsten Hauptwahrheiten der christlichen Religion bedingt ist, damit die Taufe nicht an der ihr gebührenden Würde verliere. An den deßfallsigen Verhandlungen waren nicht nur die betreffende oberste Kirchenbehörde, sondern auch die Provinzial-Konsistorien und verschiedene Geistliche betheiligt. (N.-Z.)

Dresden, 1. Okt. Dem heutigen „Dresdener Journ." wird aus Paris gemeldet, die Anschauung der dortigen Regierung bezüglich der Angelegenheit **Neapels** habe sich wesentlich geändert. Die Flotte werde wahrscheinlich nicht auslaufen. — Das Befinden des Kaisers Napoleon ist ausgezeichnet.

London, 30. Sept. Einer Angabe der „Times" zufolge wird **Narvaez** übermorgen nach Madrid abreisen. (Siehe dagegen den folgenden Artikel.)

Aus **Brüssel** vom 30. Septbr. schreibt man der „Köln. Zeitung": General Narvaez hat am gestrigen Tage in Begleitung von Gonzalez Bravo Paris inkognito verlassen, um sich nach Spanien zu begeben. Seine Pässe, die ihm O'Donnell entschieden zu verweigern die Absicht hatte, sind ihm auf das Dringendste Verlangen der Königin Isabella unmittelbar vor seiner Abreise ausgeliefert worden.

Paris, 30. Sept. Man spricht von einer Vermehrung der kaiserlichen Garde auf 50,000 Mann. Es wird schon Terrain gekauft, um sie auf würdige Weise unterzubringen, da die vorhandenen Kasernen nicht als genügend erscheinen. (K.Z.)

Petersburg, 25. Septbr. Bei dem Hofball in Moskau am Sonntag den 14. September war der große Schloßbalkon in einen Garten verwandelt und glänzend erleuchtet; am Souper nahmen zweitausend Personen Theil, bedient von 800 Hoflakeien und Jägern. Die kaiserliche Familie, die Diplomaten und das ganze zum Hofe gehörige Personal speiste im Andreassaale, dessen drei Tafeln mit dem schönsten Silbergeschirr bedeckt waren, das die Jahreszahl 1856 trug. Auch die von den verschiedenen Ständen als Salz und Brod geschenkten goldenen Schüsseln waren ausgestellt. Am Montag darauf gab Graf Morny seinen ersten Ball. Der Graf bewohnt zwei Häuser. Den Hauptschmuck des Ballraums bildete ein Theil der schönen Gemäldesammlung, welche der Graf aus Paris mitgebracht hat, meist vlämische Schule. Vor jedem Bilde hängt eine Lampe mit schrägem Abat-tour. Die französischen Militärs waren hier in Uniform. Die Großfürsten Konstantin, Nikolaus und nebst vielen fremden Prinzen waren zugegen. Den Ball des Oberkrönungs-Marschalls Fürsten Golizyn am 16. Septbr. beehrte die ganze kaiserl. Familie mit ihrer Gegenwart. Es waren 500 Personen geladen. An demselben Tage gab die Kaufmannschaft den Offizieren der zur Krönung nach Moskau gekommenen Truppen, sowie den Repräsentanten der niederen Grade, 4 Mann aus jeder Kompagnie, ein großartiges Diner im Exerzierhause, das in einen eleganten Festsaal umgewandelt worden war. Der Kaiser beehrte das Fest mit seiner Gegenwart. (N.-Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 276. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 4. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin. Der „N. Preuß. Z." wird geschrieben: „Die jetzige Krise hat das Mißverhältniß der Geldmittel zu den Zwecken des neumodischen Aktiensturmes bloßgelegt und die Lehre gegeben, daß Kapitalien sich nicht herbei schwindeln lassen. Aber sie hat auch den Mantel weggezogen von mancher Börsengröße, welche ihr selbstsüchtiges Thun als hohen Gemeinsinn und Beförderung der staatswirthschaftlichen Interessen geltend zu machen geneigt war. Wir haben hier praktisch erfahren, daß Männer, welche nach ihrer finanziellen Stellung berufen waren, beschwichtigend einzugreifen, Oel in das Feuer gossen und die Drang- und Sturmperiode, die manches sauer erworbene Vermögen wegfegte, benutzten, um im Dunkel ihre Fischzüge zu machen. Wollte man auch gelten lassen, daß es im „Geschäft" keine Freundschaft gibt (d. h. daß „in Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhört"), so kann man doch die Moral nicht zugeben, daß das „Geschäft" über die Standes- und Amtspflicht geht. Es ist hier ein lautes Geheimniß, daß eingeweihte Geschäftsfreunde mancher Geldinstitute, Männer, welche in Bezug auf die Leitung derselben Pflichten haben und für die Erfüllung dieser Pflichten gut bezahlt sind, ihre Kenntniß der Dinge, die da kommen werden, mißbrauchten, um die kleinen Leute niederzurennen und ihr Pröfitchen zu machen. Man erzählt sich an der Börse ohne Scheu, daß zu einer vor Kurzem verflossenen Zeit im Kreise eines gewissen Verwaltungsrathes das Ehrenwort abgefordert und gegeben werden sey, daß gewisse Dinge vor ihrer offiziellen Verlautbarung ein Geheimniß bleiben sollen, und man weist mit Fingern auf die Männer hin, welche nicht der Ansicht waren, daß das Ehrenwort und das angelobte Geheimniß sie auch verpflichte, ihre bevorzugte Kenntniß nicht zu Börsenspekulationen vorweg auszubeuten. Und diese Männer waren die Vertrauensmänner jener Aktionäre, welche durch die erwähnten Börsenspekulationen zu Schaden kamen."

Berlin, 1. Okt. Das hiesige Zentralkomite zur Sammlung von Unterstützungen für die entlassenen Beamten, Geistlichen, Lehrer ꝛc. aus den Herzogthümern Schleswig-Holstein entwickelt gegenwärtig große Thätigkeit. Eine Verloosung von Geschenken zu diesem Zweck wird im November d. J., soweit bis jetzt beschlossen worden ist, hier abgehalten werden. Der Vertrieb der Loose im ganzen preußischen Staate ist vom König gestattet worden. Auf die Gründung von Zweigvereinen in den andern Städten Deutschlands ist das Hauptstreben des hiesigen Centralkomite gerichtet, da nur auf diese Weise die große Noth vieler schwergeprüften Familien aus den Herzogthümern gemildert werden kann. (D. A. Z.)

Berlin, 1. Oktbr. Die heutige „Preuß. Corr." bringt den Schlußartikel zur Strafanstaltsreform. Zunächst wird in der Strafanstalt zu Moabit das Einzelhaftsystem mit ähnlichen Einrichtungen wie in Bruchsal zur Anwendung gebracht. Den Vorwurf der erheblichen Mehrkosten, welche mit Einführung der neuen Einrichtung verbunden sind, weist die „Preuß. Corr." damit ab, „daß dieser Aufwand reichlichen Ersatz verspricht, wenn die wohlbegründete Erwartung in Erfüllung geht, daß die Einzelhaft wesentlich zur Besserung, mithin zur Verminderung der Verbrecher beitragen werde."

Württemberg. Stuttgart, 2. Oktbr. Dem Vernehmen nach fand vorgestern in Cannstatt eine Versammlung der Ritterschaft statt, in welcher eine Beschwerde an die Bundesversammlung in Sachen der Ablösung beschlossen seyn soll. — Hr. Regierungsrath Müller ist von Seiten Württembergs zum Kommissär für die Donaudampfschifffahrt (in Folge des Pariser Friedens) ernannt worden und wird in diesen Tagen nach Wien abgehen. (Schw. M.)

Baden. Freiburg, 30. Septbr. Unter denjenigen, welche durch die Gnade des Großherzogs an dem Tage seiner Vermählung aus der Haft befreit wurden, befindet sich auch der in jüngster Zeit oft genannte Literat Abt aus Württemberg. Derselbe wurde, nachdem er noch einige Tage hier verweilte, in seine Heimath verwiesen. (B. L.)

Mannheim, 30. Septbr. In der hiesigen Handelswelt wurde beschlossen, den von der Darmstädter Bank auszugebenden 10 Millionen-Papiergeld keinen Kurs zu geben. — Die Tabakseinkäufe haben jetzt schon den Anlauf genommen, daß in einer Gemarkung der Tabak so zu sagen auf dem Felde aufgekauft wurde, mit Annahme des höchsten Preises, der in derselben Gemarkung später erlöst wurde. (Schw. M.)

Aus dem badischen Unterrheinkreise, 29. Sept. So viel mit Sicherheit verlautet, werden die Corpsverbindungen der Studenten in Heidelberg in der Weise, wie sie bis zu ihrer vor Kurzem erfolgten Auflösung bestanden, nicht wieder in das Leben treten; wohl aber liegt, dem Vernehmen nach, ein von der Universität Heidelberg ausgegangener Entwurf eines Vereinsgesetzes dem großh. Ministerium des Innern zur Genehmigung vor. Nach diesem werden Studentenvereine unter gegebenen Bedingungen gestattet werden. (Fr. Ztg.)

Kurhessen. Kassel, 1. Oktbr. Die Berathung der landständischen Geschäftsordnung in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer hat sich bis zum § 20 erstreckt und das Ergebniß war im Wesentlichen die unveränderte Annahme der Ausschußanträge. Charakteristisch war namentlich das Widerstreben gegen die Tendenz der Regierungsvorlage, dem Präsidenten eine Anzahl außerordentlicher und wichtiger Geschäftsattribute, die demselben einen überwiegenden Einfluß sichern müßten, beizulegen, indem vielmehr der Schwerpunkt der ständischen Thätigkeit in die Kammern selbst, in Anerkennung und Anwendung des Prinzips der Majoritätsbeschlüsse, gelegt wird. Aus dem zu Anfang der Sitzung verlesenen Verzeichniß der Einläufe verdienen einer besonderen Erwähnung die Petitionen mehrerer Städte um Befürwortung der Uebernahme der Staatszinsengarantie bei der projektirten Eisenbahn von Bebra nach Schweinfurt. — Mit dem gestrigen Tage sind die diesjährigen Herbstmanöver zu Ende gegangen, und die zur hiesigen Garnison nicht gehörenden Truppentheile haben diesen Morgen den Marsch in ihre resp. Garnisonen angetreten. Es ist damit zugleich eine anderweite Dislocation der drei Linienregimenter verbunden, indem das bisher in Hanau garnisonirende erste Regiment (Leibregiment) wieder nach Kassel, das dritte Regiment nach Fulda und das zweite, das bisher theilweise in Fulda, theilweise in Marburg in Garnison stand, nach Hanau verlegt worden ist. (F. J.)

Schweiz.

Der Beschluß der Bundesversammlung, daß die Westbahn auf Freiburg zu führen sey, beginnt den erwarteten Rückschlag in der Waadt zu äußern. Die Stimmung scheint dort eine nicht wenig aufgeregte zu seyn. In Yverdon, Sainte-Croix, Morges und Vevey sind Versammlungen gehalten und Komite's aufgestellt worden, deren eigentlicher Zweck indessen noch nicht recht klar ist. Das wichtigste ist eine Erklärung „An das Waadtländer Volk", datirt aus Bern vom 26. Septbr., und unterzeichnet von sämmtlichen waadtländischen Deputirten der Bundesversammlung. Nachdem sie in kurzen Antithesen aufgezählt, was die Repräsentanten des Waadtlandes in der Westbahnfrage angestrebt, und was die Bundesversammlung beschlossen, schließen sie ihre Erklärung mit folgenden Worten: „Wir fühlten uns durch den Beschluß der Bundesversammlung schwer verletzt; wir begriffen die Erniedrigung und das Unrecht, das dem Kanton Waadt angethan ward. Allein wie peinlich auch die Stellung war, die man uns anwies, wir nahmen stillschweigend unser Verdammungsurtheil entgegen: die Pflicht gegen Euch gebot uns, an unserem Posten zu bleiben. An Euch, liebe Mitbürger, liegt es nun, die Stellung in's Auge zu fassen, die der Kanton Waadt einzunehmen hat. An Euren Behörden liegt es, die

Maßregeln zu treffen, die die Ehre und das Interesse des Landes erheischen. Vertrauet auf ihren Patriotismus. Hoffen wir auf die Zukunft. Bald vielleicht existirt die Koalition der Interessen, welche der Freiburger Linie zum Siege verholfen, nicht mehr, und dann werden wir unser Projekt realisiren, das waadtländische Bahnnetz vollenden zu können."

Belgien.

Die „Magdeb. Ztg." schreibt: „In Gent hat eine Art Weiberemeute stattgefunden, deren Ursprung folgender war: Seit einigen Tagen sprach man in der Stadt, besonders in den armen Quartieren, von sonderbaren Sermonen, die von Damen eines religiösen Vereins in der Kirche vom Poortacker gehalten würden. Der Text eines dieser Sermone drehte sich darum, daß eine Familie von mehreren Personen mit 14 Sous (21 kr.) im Ueberfluß leben könne. Unter den ökonomischen Mitteln, welche die Dame angab, figurirte die Abschaffung des Kaffee, den ein Aufguß von Kräutern ersetzen sollte, welche die Arbeiter Sonntags auf dem Lande zu pflücken hätten. Der Rest, ebenfalls mit Wasser, einem Kuhfuß und einigen Stücken Schwarzbrod gebe für drei Tage Suppe, dazu noch 8 Pfund Kartoffeln mit einer Essigsauce und der Küchenzettel wäre fertig. Die zärtliche Besorgniß der predigenden Dame für das arme Volk ging so weit, daß sie meinte, da Sonntags die Familie nichts verdiene, aber nichtsdestoweniger essen müsse, so rathe sie den Hausfrauen, jeden Tag einige Kartoffeln zur Nahrung für den Sonntag bei Seite zu legen. Doch noch mehr: indem man auf diese Weise nur 14 Sous täglich ausgebe, könne man Geld sparen, daß die Damen in Verwahr nehmen und Zinsen davon zahlen würden. Vor einigen Tagen hat sich nun ein bedeutender Haufe von Weibern, welchen die Recepte zu einem ökonomischen Leben, die von Personen gegeben werden, die in Luxus und Ueberfluß leben, nicht behagten, versammelt und ist, mit Kesseln, Pfannen und Deckeln, die sie an einander schlugen, bewaffnet, nach der Kirche vom Poortacker gezogen, wo gerade wieder Unterricht in der häuslichen Oekonomie ertheilt wurde. Auch Männer in Weiber verkleidet sollen unter dem Haufen gewesen seyn. Mit einer fürchterlichen Lärmmusik drangen sie in die kleine Kirche, wo ein unbeschreiblicher Tumult entstand. Die Damen verschwanden durch eine Hinterthüre. Da keine weiteren Unordnungen vorfielen, so hat sich die Polizei entfernt gehalten, was bei der in Gent herrschenden Aufregung auch wohl das vernünftigste gewesen ist."

Großbritannien.

London, 29. Septbr. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten, Board of Works, macht bekannt, daß es von Architekten aller Länder Pläne entgegennehmen wird, erstens zur Vereinigung der wichtigsten Regierungsbureaux zwischen Whitehall und dem Parlamentsgebäude, und zweitens zu zwei in diesem Plan begriffenen Gebäuden, die sofort ausgeführt werden sollen, das eine für das auswärtige Amt, das andere für das Kriegsministerium. Für die erstere Arbeit sind drei Preise ausgesetzt von 500, 200 und 100 Pfd.; die Preisarbeiten werden Eigenthum der Regierung. — Das auswärtige Amt soll nahe an 200 Zimmer enthalten, darunter zwei Bibliotheken, jede 120 Fuß lang und 30 Fuß breit, ein Speisezimmer für 50 Couverts und eine Reihe von 5 Empfangszimmern, geräumig genug, 1500 Gäste aufzunehmen. Für das Kriegsministerium werden 270 Zimmer erfordert. Für beide ist kein Maximum der Kosten bestimmt; der Preise sind sechs: für die beiden besten Pläne je 800 Pfd., für die zweitbesten 500 Pfd., für die drittbesten 300 Pfd., und endlich noch drei Prämien für jedes der beiden Ministerien von 100 Pfd.

London, 30. Septbr. Der „Malta Beacun" thut eines Gerüchtes Erwähnung, wonach die Besatzung in Malta anfangs Oktober um 10,000 Mann, und die Mittelmeerflotte daselbst um einige Segel verstärkt werden soll, wahrscheinlich um mit größerer Kraft gegen Neapel auftreten zu können. Hier weiß man von diesen Vorbereitungen nichts. — Nach dem „Star" wird die Wiedereröffnung der Pariser Konferenzen nicht lange mehr auf sich warten lassen, und werden auf denselben vor Allem folgende vier Punkte verhandelt werden: Die Organisation einer Verwaltung der Donaufürstenthümer; die Frage in Betreff der Schlangeninsel; die bessarabische Gränzbestimmung; die Feststellung der Gränzlinie und anderer Beziehungen zwischen Montenegro und der Türkei. Die neapolitanische Angelegenheit, die Neuenburger Frage und andere Differenzpunkte von geringerer Bedeutung sollen später ebenfalls vor dieses Forum gebracht werden.

Frankreich.

Paris, 30. Sept. Die erste Nummer der von deutschen Literaten (Hartmann und Kolatschek u. A.) hier gegründeten, in deutscher Sprache geschriebenen „Pariser Zeitung" erscheint am nächsten Samstag, 4. Oktober. Der Bestand dieses rein belletristischen Blattes ist gesichert und täglich melden sich neue Abonnenten. (Deutschl.)

* Der „Independance de Douai" zufolge darf man 1860 das Erscheinen der berühmten Karte von Frankreich erwarten, an der seit einem halben Jahrhundert gearbeitet wird. Die bei der Ausführung dieses großartigen Werkes beschäftigten Gen. Stabs-Offiziere sind jetzt, wo die Felder zugänglich sind, überall mit Vollendung oder Vervollständigung ihrer Aufnahme beschäftigt.

Spanien.

† Madrid, 27. Septbr. Die „Gacetta" veröffentlicht nachstehenden Vortrag des Gnaden- und Justiz-Ministers an die Königin:

„Sennora! Wenn der Clerus seine hohe Mission versteht und durch Wort und Beispiel zur Verbesserung der Sitten beiträgt, so kann er bei dem Verbindungs- und Versöhnungswerke aller begründeten Interessen, an welchem die Regierung Eurer Majestät arbeitet, mächtig mitwirken. Dies ist wenigstens die Ansicht des hier unterzeichneten Ministers, weßhalb er auch Eurer Majestät keine Maßnahmen vorschlagen wird, die nicht geeignet wären, die achtbare Klasse der Geistlichen zu erheben, indem er ihr das frühere Ansehen und die Autorität wiederverleiht, welche sie durch die unseliger Weise im Schwindel der Leidenschaften und der Zeit heraufbeschworenen tausenderlei Ursachen in den Augen des Volkes theilweise eingebüßt hat. Unter den Maßnahmen, welche die Regierung zur Erreichung dieses edlen Zwecks beabsichtigt, ist jene, daß die Präbenden und Kirchen-Würden auf Vorschlag der Patronats-Kammer, den Geistlichen verliehen werden sollen, die sich deren durch Tugend und Fähigkeiten am würdigsten machen. Diese anscheinend unwichtige Maßnahme, wird von großem Einfluß seyn, da sie einerseits die Garantie für eine entsprechende Wahl zu den hohen Stellen der Kirchen-Hierarchie bietet und andererseits die tugendhaften Priester in Ausübung ihres beschwerlichen Berufs stärken und für die studirende Jugend, welche sich für die heilige Laufbahn der Kirche berufen fühlt, eine neue Aneiferung und Hoffnung seyn wird. Auf diesen Rücksichten fußend, beehrt sich der unterzeichnete Minister u. s. w. (gez.) Cerilo Alvarez."

Die Königin erließ hierauf nachfolgendes Dekret: „In Anbetracht der mir von meinem Gnaden- und Justiz-Minister vorgetragenen Gründe verordne ich wie folgt: Art. 1. Die Besetzung der Prälaturen, Canonicate und Benefiziate, welche mir, nach den bestehenden Uebereinkommen, in den Kathedral- und Kollegial-Kirchen zustehen, wird künftig auf Vorschlag — durch dreifache Liste — der Kammer des königl. Patronats erfolgen. Art. 2. Bei Aufstellung der Kandidatenliste wird die Kammer sich an die Verordnungen meines kgl. Dekrets vom 25. Juli 1851 halten, wobei ich mir die durch die Erfahrung als nöthig sich erweisenden Abänderungen vorbehalte. Gegeben im Palaste den 26. Sept. 1856. (gez.) Die Königin. (g. g.) Der Gnaden- und Justiz-Minister Cer. Alvarez."

† Madrid, 27. Sept. Um den Unannehmlichkeiten zu begegnen, welche aus der großen Masse von in der Hauptstadt angehäuften Ersatz- und nonaktiven Generalstabs-Offizieren entstehen könnte, hat die Regierung angeordnet, daß alle Offiziere, welche sich am 14. Juli nicht der Behörde stellten, und jene, welche sich nicht über Vermögen ausweisen können oder ihre Familie in Madrid haben, die Hauptstadt sofort zu verlassen haben. Der ihnen angewiesene Aufenthaltsort ist 20 Stunden von Madrid entfernt; 10 dieser Offiziere wurden die Eisenbahn nach Albacete entlang geschickt und ihnen die Rückkehr nach Madrid, ohne vorhergängige Erlaubniß, verboten.

† Marschall Narvaez ist bereits an der spanischen Gränze angelangt und wir müssen nun darauf gefaßt seyn, bald von einer Ministerkrise in Madrid zu hören. Die Aufhebung der Beschlagnahme der Güter der Königin Christine, die jetzt amtlich verkündet ist, kann als Vorspiel zu deren Rückkehr nach Spanien betrachtet werden.

Rußland und Polen.

Der Handelsstand von Moskau gab am 15. Sept. den Offizieren von der Garde und von den Grenadieren ein Diner in der dortigen Reitschule. Der Korrespondent des „Nord" sagt, es sey dies das Großartigste gewesen, was man in dieser Art sehen könne; und wenn man bedenkt, daß 3000 Offiziere in einem einzigen Lokale an Tischen untergebracht, daß allein 2000 Bouteillen frappirter Champagner servirt worden, und daß die Kosten die Höhe von 290,000 R. S. erreichten, so wird man gern zugestehen, daß es sich keinesfalls um ein alltägliches Schauspiel gehandelt. Der Kaiser führte bei dem Mahle den Vorsitz, bei welchem auch sämmtliche Gesandtschaften vertreten waren.

Asien.

Bombay, 29. Septbr. Auf Befehl aus England wird eine Militärexpedition nach dem persischen Golfe vorbereitet (wahrscheinlich weil die Perser noch immer Herat besetzt halten). (Tel. Nachr.)

Nichtpolitische Zeitung.

Am 28. und 29. September war in Bingen die erste Versammlung der bildenden Künstler Deutschlands. Vertreten bei derselben waren die Kunstkreise der Städte Berlin, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hanau, Mainz, München ꝛc., so daß die Versammlung an 200 Mitglieder zählte, unter denen sich manche der namhaftesten deutschen Bildhauer und Maler befanden. Nach langen Debatten kam es zu dem Beschluß, eine periodisch wiederkehrend allgemeine deutsche Kunstausstellung in noch näher zu bestimmenden Städten in's Leben zu rufen. (D. Allg. Ztg.)

Wir haben wieder eine von Deutschen in London gemachte Erfindung anzuzeigen. Die Herren Weissel und Kukla stellen einen bereits in England, Frankreich, Belgien und Holland patentirten „Glühhitzeverbreiter" zur öffentlichen Ansicht aus. Es ist ein portativer Gasofen, der durch einen dünnen Schlauch mit einem kleinen Kästchen in Verbindung steht, sich mit jeder beliebigen Art von Gas nähren läßt und vermöge einer chemischen Vorrichtung eine vollkommen rauch- und geruchlose, stark konzentrirte und alle im geheizten Raume befindlichen Dünste verzehrende Flamme erzeugt. Bei der außerordentlichen Oekonomie der Gaskonsumtion — eine Flamme von 5 Fuß, die ein 25 Fuß langes und 22 Fuß breites Gemach durchwärmt, soll nur ½ oder höchstens ⅓ Penny (1 Penny = 1 Groschen) per Stunde kosten — müßte die Maschine für große Räume, wie Fabriksäle, Kirchen, Kasernen u. s. w., von großem Werthe seyn. Die Erfinder suchen Patente in Preußen, Oesterreich und den anderen deutschen Staaten zu erlangen.

(Kalifornische Riesenbäume.) London, 28. Septbr. Der große Baum aus Kalifornien ist schon eine ziemlich alte Neuigkeit, muß aber doch einmal beschrieben werden. Ein Stück Borke, in kleinen Rechtecken von dem Stamme losgelöst und dann wieder zusammengestellt, 25 Fuß im Durchmesser und etwa 50 Fuß hoch, hat eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Themse-Tunnel, nicht in der Form, aber darin, daß mehr dabei zu denken als daran zu sehen ist. Dieser kleine Thurm aus einer 18 Zoll dicken, zimmtfarbenen, inwendig faserigen Borke, außen mit demselben goldfarbenen Moose bedeckt, das auf den Tannen in der Schweiz wächst, dazu einige Proben des Holzes, leichter als das magerste Fichtenholz, einige Zweige mit Nadeln, der Cypresse ähnlich, und eine Frucht, nicht viel größer als der Zapfen der Weihmuthskiefer, aber mit einer eigenthümlichen Struktur, die an keiner bisher bekannten Conifere vorkommt, endlich ein Daguerreotyp des Baumes mit dem Gerüst zur Abnahme der Borke, das ist alles, was man sieht, und allerdings genug, um die Beschreibungen zu bekräftigen, welche verschiedene Reisende von der „Washingtonea gigantea" gegeben haben. Der Obrist Sutter soll der erste gewesen seyn, der in einem geschützten Thale der kalifornischen Sierra Nevada, 5000 Fuß über der Meeresfläche, die Familie von riesigen Bäumen entdeckt hat, deren einem ein Yankee unternehmend und vandalisch 116 Fuß Borke abgestreift hat. Es sind ihrer 90, alle in dem Umkreis einer Meile, meistens in Gruppen von zwei und drei bei einander, von 12—31 Fuß im Durchmesser und von 3—400 Fuß hoch. Sie stehen auf einem reichen und tiefen schwarzen Boden, der von einem Bache bewässert ist. Die Goldgräber haben ihnen Namen gegeben. „Miner's Cabin", 300 Fuß hoch, hat eine 17 Fuß breite Höhlung im Stamme; „die drei Schwestern" sind aus Einer Wurzel entsprossen; „der alte Junggeselle" steht einsam, von Stürmen zerzaust; „Mann und Frau" lehnen sich zärtlich an einander; „die Familie" besteht aus einem Elternpaar und 24 Kindern; die „Reitschule", ein umgestürzter Stamm, ist hohl und von solchem Durchmesser, daß man 75 Fuß weit hineinreiten kann. Das Exemplar, von dem die Borke genommen, ist 363 Fuß hoch und hat über der Erde 31 Fuß Durchmesser. Hundert Fuß über der Erde ist der Durchmesser 15 Fuß. Bis zu 140 Fuß hinauf hat er keinen Zweig. Man muß die Höhe an Kirchthürmen und andern Gebäuden vergleichen, um sie zu „realisiren", wie die Amerikaner sagen; das Berliner Schloß hat, wenn ich nicht irre, 99 Fuß. Das Alter des einen, den man gefällt hat, ist aus den Jahresringen auf mehr als 3000 Jahr berechnet, und die amerikanischen Blätter amüsiren sich mit Aufzählung der historischen oder mythischen Personen, die ihren Namen in der Rinde des jungen Stammes hätten verewigen können, voran Vater Homer. Die Herren Veitsch in Chelsea haben bereits Samen und junge Pflanzen erhalten und an einige Parks abgegeben. (N.-Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Das Fallen der Kurse an allen Börsen während der letzten Wochen drohte eine europäische Krisis herbeizuführen, die für Handel und Industrie und, bei der großen Ausdehnung der Spekulation durch fast alle Schichten der Gesellschaft, auch für den Privatwohlstand, der sich nicht unmittelbar auf Handel und Industrie stützt, verderblich werden konnte. Diese Krisis scheint augenblicklich abgewendet zu seyn, da in den letzten Tagen an allen Börsen ein energischer Aufschwung eingetreten ist. Wenn man die Gründe gelten läßt, aus denen die sich nahende Krisis erklärt wurde: so fragt sich, wodurch dieselbe noch aufgehalten werden konnte. Und darauf wird man kaum eine andere Antwort finden, als daß sich wieder einmal als ein gutes Glück erweist, was man als ein Uebel beklagt hat. Wir können als den Grund für den erneuerten Aufschwung der Börsen eben nur die sog. „Ueberspekulation" auffinden. Die große Zahl neuer finanzieller und gewerblicher Unternehmungen, die nach dem Abschluß des Pariser Friedens ins Leben getreten sind, haben eben wegen ihrer großen Zahl und ihres großen Umfanges noch keine Zeit gewinnen können, sich zu konsolidiren, und haben doch bereits die gewaltigsten Kapitalien in ihre Mitleidenschaft gezogen. Nicht nur die großen europäischen Bankierhäuser, sondern das schon mächtiger als jene gewordene associirte Kapital in den Geldinstituten sieht sich nach allen Seiten hin engagirt; und so ist der Stand der Börsen zu einer Lebensfrage in der ernstesten Bedeutung geworden. Die Rothschild, die Pereire, die Oppenheim, die Eskeles und alle die Kredits-Mobiliers und Banken haben dasselbe Interesse, daß die großen Unternehmungen, in welche sie verwickelt sind, nicht von einem allgemeinen Sturze des Geldmarktes erschüttert werden. Und bei diesen gemeinsamen Interessen und bei der großen Konzentrirung der Geldkräfte scheint es ihnen möglich geworden zu seyn, den ungünstigen Verhältnissen, welche auf den Stand des Geldmarktes einwirken, erfolgreich die Spitze zu bieten. Große Ankäufe, Deckungen in Blanco gemachter Verkäufe, Sistirung der Einzahlung fälliger Raten sind die Mittel, mit denen die bedrohten Geldmächte gegen die Baisse aufgetreten sind. Unterstützt wurden sie durch eine befriedigendere Aussicht auf die Abwickelung der neapolitanischen Angelegenheit und durch die Aussicht auf Wiederaufnahme der Baarzahlungen der österreichischen Bank nach der Erhöhung ihres Diskonto, die bei allen Banken eingetreten ist und dem Abfluß des Silbers entgegenwirkt. Dennoch fragt es sich immer, ob sie auf die Dauer einen glücklichen Kampf gegen jene ungünstigen Verhältnisse, namentlich gegen den Abfluß des Silbers, werden bestehen können. (Z.f.Ndd.)

Die „Berl. Börsen-Ztg." schreibt: „Das Staatsleihhaus-Institut in Braunschweig hat nach einer uns eben zugehenden Nachricht den Lombardverkehr einstweilen sistirt, dagegen sind die bei demselben zu 3pCt. Verzinsung hinterlegten Kapitalien fortwährend ohne vorhergehende Kündigung zu beziehen. Die braunschweigische Bank streckt gleichfalls auf Depositen keine Gelder mehr vor, unterhält jedoch mit den am Platze befindlichen Bankiers das Conto-Currentgeschäft gegen Unterpfand. Als durch die Umstände geboten beschränkt sie das Diskontiren von auswärts eingehender Wechsel."

Berlin, 25. Septbr. Die Geldkalamität machte sich heute in ihren nachtheiligen Folgen auch an unserem Getraidemarkt sehr fühlbar. Eine allgemeine Flaue war vorherrschend, und namentlich fehlte es für Lokowaare gänzlich an Kauflust, so daß alles Geschäft darin stockte. Waizen nominell im Werthe. Roggen loko ohne Handel. Hafer geschäftslos. Gerste deßgleichen. Rüböl aus gleichen Ursachen, wie Getraide, stark weichend. Spiritus anfangs fest und besser bezahlt; dann flau und nachgebend.

Getraide. Waizen nach Qualität gelb und bunt 90 a 96 Thlr., hochbunt und weiß 95 a 105 Thlr., untergeordnet 70 a 90 Thlr. Roggen loko pr. 2050 Pfd. nach Qualität 54 a 57 Thlr., Septbr. 54 a 53 Thlr. bez und Geld. $53\frac{1}{2}$ Thlr. Br., Septbr.—Oktbr. $54\frac{1}{2}$ a $52\frac{1}{4}$ Thlr. bez., $52\frac{3}{4}$ Thlr. Br., $52\frac{1}{2}$ Thlr. Geld, Oktbr.—Novbr. $52\frac{1}{2}$ a 51 Thlr. bez. und Geld, $51\frac{1}{2}$ Thlr. Br., Novbr.—Dezbr. $50\frac{1}{2}$ a 50 Thlr. bez. und Geld, $50\frac{1}{2}$ Thlr. Br., pr. Frühjahr 50 a 49 Thlr. bez. und Geld, $49\frac{1}{2}$ Thlr. Br. Gerste große, loko 47 a 51 Thlr. Hafer loko nach Qualität 24 a 30 Thlr.

Oelsaaten. Rapps und Winterrübsen 1 Ladung im Verband $108\frac{1}{2}$ Thlr. pr. 25 Schfl. bez.

Oel. Rüböl loko $18\frac{1}{4}$ Thlr. bez., Septbr. $17\frac{1}{2}$ Thlr. Br., Septbr.—Oktbr. $17\frac{1}{3}$ a $17\frac{1}{4}$ Thlr. bez. und Br., $17\frac{1}{8}$ Thlr. Geld, Oktbr.—Novbr. $16\frac{3}{4}$ Thlr. bez., $16\frac{3}{4}$ Thlr. Br., $16\frac{7}{12}$ Thlr. Geld,

Novbr.—Dezbr. 16⅓ Thlr. bez. und Geld, 16⅔ Thlr. Br., Dezbr. bis Jan. 16⅔ Thlr. bez., April—Mai 16 a 15⅔ Thlr. bez. und Geld, 16 Thlr. Br. Leinöl loko 15 Thlr. bez. und Br., Septbr.—Oktbr. 15 Thlr. Br.

Prag, 20. Septbr. Das Geschäft in Kleesaamen sehr lebhaft, die Zufuhren sehr bedeutend, die Qualitäten im Durchschnitt sehr schön. Weißer Kleesaamen mittl. Qualität von 29 a 30 fl., feine Qualität bis 31 fl. pr. Ztr. Rother Kleesaamen mittlerer Qualität 29 a 31 fl., feine Qual. 31 a 33 fl. pr. Ztr.

Stettin, 26. Septbr. Der seit den letzten acht Tagen eingetretene größere Abzug von raffinirten Zuckern hat die hiesigen Lager merklich gelichtet und wenn die bestehenden hiesigen Geldverhältnisse einem Aufschwung der Preise etwas entgegenstehen, so genügt die vermehrte Frage doch, um einen ferneren Abschlag der Preise zu verhindern, namentlich auch bei den fortlaufend günstigen Berichten vom Auslande. Von Rohzuckern ist aus neuer Campagne noch nichts angetragen, die Klagen über schlechte Resultate bei der Rübenverarbeitung, sowohl in quantitativer wie in qualitativer Beziehung, scheinen sich zu vermehren. Syrup ganz unverändert. Kopenhagener 12⅓ Thlr., Kölner 12⅔ Thlr., Königsberger 11⅔ Thlr., hiesiger 11⅓ a 12 Thlr. nominell

Magdeburg, 26 September. In Zuckern stilles Geschäft, von Roh-Zuckern wenig angeboten, aber auch geringe Kauflust.

London, 1. Oktober. Bei schönem Wetter war es heute mit Getraide stille; Waizen wurde nicht billiger angetragen; Gerste und Hafer ohne wesentliche Preisveränderung.

(T.D.d.H.N.)

Frankfurt, 2. Oktober. Oesterr. Kredit-, Darmstädter Bankaktien beider Serien, Elisabethenbahnaktien, sowie der größte Theil der übrigen Effekten nahmen heute einen bedeutenden Aufschwung, während verschiedene Gattungen von Loosen billiger verhandelt wurden.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 80 1/8 P. 79 7/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 89 P. 88 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 79 P. 78 1/2 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 87 G.; à 4 1/2pCt. 69 1/2 P. 69 G.; à 4pCt. 61 1/2 P. 61 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 P. 56 1/2 G. **Preussen.** 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 85 P. 84 1/2 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94 1/2 P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94 1/2 G.; 4 1/2pCt. 101 P. 100 1/2 G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 90 1/2 P. 90 1/4 G.; 4 1/2pCt. 102 3/8 P. 101 7/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 P. — G.; 4 1/2pC. 101 1/2 P. — G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 88 1/2 P. 88 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3 1/2pCt. 91 1/2 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38 1/2 P. 38 G.; 1 1/4pCt. neue 24 1/8 P. 23 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1219 P. 1214 G. Neue Bankaktien 340 P. 335 G. Credit-Actien à 5pCt. 197 P. 195 G. Darmstädter Bankaktien alte 382 P. 380 G.; junge 344 P. 342 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 520 P. 516 G. Mitteldeutsche Creditbank 101 3/4 P. 101 1/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 111 P. 110 3/4 G. Frankf. Bankaktien 114 1/2 P. 114 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 219 P. 217 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 138 3/4 P. 138 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 103 1/2 P. 103 G. 4 1/2pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 103 P. 102 1/2 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 344 P. 342 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 82 P. 81 1/2 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 1/2 P. 78 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 96 3/4 P. 96 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 — P. 118 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 101 3/4 P. 101 1/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 5/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 1/2 P. 117 G. à fl. 25 34 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 1/4 P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. — G. Sard. Loose bei G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/8 P. 99 7/8 G. Lond. Lst. 10 k. S. 116 5/8 P. 116 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. 119 3/4 G. Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99 1/2 P. — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. — G. Paris Frs. 200 k. S. 92 7/8 P. 92 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. — G. Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 5/8 P. 96 3/8 G. Wien fl. 100 C. k. S. 113 3/8 P. 113 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. — P. 88 5/8 G. Wien 3 M. mit 4% 113 P. 112 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. — G. Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Aus Kurhessen, 29. Sept. Einen der ersten Gegenstände, mit welchen sich unsere wiederzusammengetretene Ständeversammlung zu beschäftigen haben wird, soll ein wenig erfreulicher finanzieller, nämlich die Aufnahme eines Anlehens von circa 200,000 Thlrn. behufs Deckung der durch die jüngste Kriegsbereitschaft entstandenen Kosten seyn. Daß die Regierung damit jetzt noch, resp wiederholt hervortreten muß, hat in der Hassenpflug'schen Finanzwirthschaft seinen Grund. Als nämlich der gegenwärtigen Ständeversammlung diese Proposition voriges Jahr gemacht ward, verlangte der Finanzausschuß vor Allem die Vorlage des Budget, um sich überzeugen zu können, daß weder die Ueberschüsse der letzten Finanzperiode, noch die Einnahmen des Jahres 1855 die nöthigen Mittel zur Deckung jener Summe böten. Allein die Hassenpflug'sche Verwaltung schien die zeitige Vorlage eines Budget nicht zu den Pflichten einer konstitutionellen Regierung dem Lande gegenüber zu zählen, denn es war in diesem Betreff so wenig vorbereitet, daß das Ministerium Scheffer, um seinen Vorgänger zu schonen, sich damals zu der Eröffnung an die Ständeversammlung veranlaßt sah, die Anlehensfrage noch beruhen zu lassen. (H. N.)

Berlin, 2. Okt. Die Postanstalten Preußens wurden von dem Verbote der „Allg. Ztg.“ mit der Anweisung in Kenntniß gesetzt, nicht allein sich der Verbreitung des gedachten Blattes im Wege des Postdebits für die Folge zu enthalten, sondern auch auf das etwaige Vorkommen jener Zeitung unter Band zu achten, und, wenn Exemplare mit der Post eingehen sollten, diese unverzüglich der vorgesetzten kgl. Oberpost-Direktion einzureichen.

Frankfurt, 3 Okt. Die Handelskammer hat durch ein Umlaufschreiben an die hiesigen Bankiers und Kaufleute die Einladung ergehen lassen, sich durch ihre Unterschrift bereit zu erklären, Theilstücke der preußischen bis zu ⅙ und der Fünffrankenthaler bis zu 1 Fr. herab, sowie holländische Gulden- und Zweiundeinhalb Guldenstücke in Wechselzahlung zu nehmen. Auf dem Zirkular stehen bereits die Namen der angesehensten hiesigen Firmen. (Fr. Pstz.)

Wien, 2. Oktbr. Hr. v. Hübner ist gestern in Triest eingetroffen, und wird baldigst hier erwartet. Das „Fremdenblatt“ (das aber nicht selten ganz falsche Nachrichten bringt) meldet: der König von Neapel habe alle Kostbarkeiten nach Gaeta schaffen lassen, was die Bevölkerung Neapels verstimmt habe. Ueber Martini's Wirksamkeit Stille. (T.D.d.A.Z.)

London, 1. Oktbr. Die Bank von England hat heute ihren Diskonto von 4½ auf 5 pCt. hinaufgesetzt. (T.D.d.Fr.J.)

Madrid, 30. Sept. Die Regierung schickt ein starkes Geschwader mit 200 Kanonen in das Mittelmeer. (Fr. Pstzg.)

Konstantinopel, 26. Sept. Omer Pascha hat sich, in Ungnade, mit 50,000 Piastern Monatspension in ein Dorf zurückgezogen. (T. D. d. A. Z.)

Man meldet dem „Nord“ aus Petersburg vom 24. Sept.: Es ist ein Ukas über die Kolonisation der griechischen Freiwilligen, welche im letzten Kriege unter russischen Fahnen gedient haben, veröffentlicht worden. Hauptbestimmungen sind folgende: Die Besitzungen der ausgewanderten Tartaren, so wie andere dem Fiskus verfallene Grundstücke sollen unter die Freiwilligen vertheilt werden, jedem Familienvater unter diesen Letzteren 200 Rubel zu seiner ersten Einrichtung ausgezahlt und seine Kinder auf Staatskosten erzogen werden. Diejenigen Freiwilligen, welche wieder aus Rußland ausgewandert sind, sollen bei ihrer etwaigen Rückkehr in dasselbe aller Bestimmungen dieses Ukas mit theilhaftig seyn.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 277. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 5. Oktober 1856.

O'Donnell.

Was wir vor einigen Monaten voraussagten, ist eingetroffen, schneller beinahe, als sich damals erwarten ließ: O'Donnell hat Schritt für Schritt vor dem ungestümen Andrängen der Madrider Hofpartei zurückweichen, hat seine eigenen Werke eines um das andere zerstören, hat eine Maßregel nach der andern ausführen müssen, die mit seinen ehedem proklamirten politischen Grundsätzen im grellsten Widerspruch stehen.

Der Belagerungszustand ist über das ganze Königreich verhängt, die Nationalgarde ist aufgehoben, die konstituirenden Cortes sind aufgelöst, die berüchtigte Verfassung von 1845 ist mit geringen Aenderungen wieder hergestellt, das Gesetz über den Verkauf der Kirchengüter zurückgenommen, der intriguanten Königin Christine die Rückkehr nach Spanien gestattet, die Beschlagnahme ihrer Güter aufgehoben und endlich selbst dem General Narvaez nach langer Verbannung die Heimat wieder geöffnet worden. Und alles das hat O'Donnell vollbracht oder eigentlich vollbringen müssen, gebilligt oder eigentlich billigen müssen. Derselbe O'Donnell, welcher im Jahre 1854 im Namen der bürgerlichen Freiheit das militärische Willkür-Regiment des Ministerium Sartorius stürzte, welcher damals eine auf dauerhaften Grundlagen errichtete Nationalgarde als sicherste Bürgschaft der Volksrechte forderte, welcher damals die Verfassung von 1845 als freiheitsfeindlich beseitigen half, auf dessen Antrieb die konstituirenden Cortes berufen wurden, um eine neue bessere Verfassung zu schaffen; derselbe O'Donnell, der als Mitglied des Ministerium Espartero seine Unterschrift unter das von den konstituirenden Cortes beschlossene Gesetz über den Verkauf der Kirchengüter setzte, welcher im Jahre 1854 die „ewige" Verbannung der Königin Mutter Christine als einen der Zwecke des von ihm geleiteten Aufstandes verkündete, welcher damals auf die Beschlagnahme ihrer Güter drang, um damit aus denselben die von ihr widerrechtlich aus der Staatskasse bezogenen Summen an letztere wieder zu ersetzen. So hat O'Donnell sich selbst verläugnet als Bundesgenosse oder, besser gesagt, als Werkzeug jener Camarilla, deren Treiben er im Jahre 1854 als eine Entehrung des Thrones in seinen Proklamationen bezeichnete! O'Donnell kann den Geist nicht meistern, welchen er heraufbeschworen: die Camarilla, welche er als sein Werkzeug zu brauchen gedachte, ist ihm über den Kopf gewachsen, und um seine Ministerstelle nicht zu verlieren, beugt er sich jetzt vor ihr, gibt ihr seine eigenen Schöpfungen preis. Wird solche Nachgiebigkeit ihm helfen? Sicher nicht! Die Camarilla dankt es ihm nicht, denn sie weiß, daß er nur widerwillig ihr zu Gefallen ist; ja, seine Entlassung ist schon so gut, wie beschlossen, sein Nachfolger schon so gut, wie bestimmt; es ist der ehrgeizige Narvaez. Um das Maß voll zu machen, hat O'Donnell selbst, wiewohl nach langem Widerstreben, das Dekret unterzeichnen müssen, das diesem seinem Todfeind die Rückkehr nach Spanien erlaubt. Am 1. Oktober hat Narvaez den spanischen Boden betreten, nachdem ihm sein mitverbannter Freund Gonzales Bravo schon zwei Tage früher nach Madrid vorausgeeilt war, in der laut ausgesprochenen Zuversicht, bald wieder Minister unter Narvaez zu seyn. Das Ministerium aber, welches dem jetzigen folgen wird, kann nur ein absolutistisches seyn; darüber kann sich Keiner täuschen, welcher die am Madrider Hof gegenwärtig vorherrschenden Stimmungen und Ansichten zu schätzen weiß. Und Narvaez ist gerade der rechte Mann für ein absolutistisches Regiment! Wie lange es gut thun wird, danach fragt die Hofpartei im Siegesrausch nicht.

Deutscher Bund.

Wien, 30 Septbr. Die Münzkonferenz hat den Präliminarvertrag bereits zum Abschluß gebracht, und ist derselbe an alle deutsche Regierungen abgesendet worden, auch an diejenigen, welche in Wien nicht vertreten waren, da bekanntlich dieser Vertrag erst dann eine volle Gültigkeit erlangt, wenn sich diejenigen Staaten Mitteleuropas, deren Vertreter jetzt hier fehlen, mit demselben einverstanden erklärt haben werden. (Schw. M.)

Bayern. München, 2. Okt. Der vor Kurzem hier gebildete Verein einer „Marienanstalt für junge und alte katholische Dienstboten weiblichen Geschlechts" gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Die Anzahl der Mitglieder ist seit 6 Monaten bis auf tausend gestiegen, obgleich eine verhältnißmäßig nur geringe Anzahl des hohen Adels, achtbarer Beamten und Beamtensfrauen, von Bürgern und Bürgerinnen sich bisher betheiligt hat. In den nächsten Wochen wird diese Anstalt ihre Thätigkeit beginnen, welche darin besteht, daß eine größere Anzahl von Frauen unter der Oberaufsicht und Leitung eines Priesters sich zur Aufgabe stellt, unwissende aber brave Dienstmädchen zu bilden, ihnen gute Herrschaften und entsprechende Dienste zu verschaffen, aus dem Krankenhaus entlassene Mädchen zu beherbergen, durch zuständige Beschäftigung vor Müßiggang zu schützen

Deutsches Beamtenthum.

Der in Frankfurt a. M. erscheinende „Deutsche Verkehr" schreibt: „In seinem werthvollen Buche über Rußland thut Herr von Haxthausen eines Polizei-Präsidenten Erwähnung, welcher, der Verwaltung einer nicht unbedeutenden Provinzialstadt vorstehend, ein Haus macht, Equipage hält und es an keinerlei Ehren-Aufwand fehlen läßt. Alles das bestreitet der gewandte Staatsbeamte mit einem Gehalt von — 350 preußischen Thalern, während ihm Jedermann an den Fingern berechnet, daß Haushaltung 2c. das Zehnfache kosten. Rußland ist der Staat, in welchem Trinkgelder, Bestechungen und Unterschlagungen den Hauptheil des staatsdienerlichen Einkommens bilden und derjenige nicht selten für den geschicktesten Beamten gilt, der ohne Skandal oder Aufsehen sein Gehalt am geschicktesten aufzubessern weiß. Auch Oesterreich steht in dieser Beziehung nicht sonderlich in Ansehen. Allerdings erkennt man an, daß der nachmärzliche Beamtenstand sich von dem der Vergangenheit vortheilhaft unterscheidet, aber immer gilt Oesterreich Vielen noch als ein Land, in welchem vor Allem der gut fährt, der gut zu schmieren versteht. Es ist noch nicht lange her, daß die Reisehandbücher dem Touristen als gewöhnliche Reiseregel empfahlen, dem Zollbeamten einen oder mehrere Zwanziger bei der Visitation der Effekten in die Hand zu drücken. Es gehört zu den erfreulichsten Lichtseiten unserer öffentlichen Zustände, daß der deutsche Beamtenstand an Redlichkeit, Eifer und wissenschaftlicher Bildung in der ganzen Welt seines Gleichen nicht hat. Allerlei Fehler — Dünkel, Vorliebe für Akten und Bücher, allzu potenzirter Drang nach Titeln, Orden 2c. — sind ihm nicht abzusprechen, aber im Allgemeinen ist er eine wichtige Grundlage der ganzen staatlichen Ordnung. Seltene Ausnahme ist ein bestechlicher Staatsdiener, Regel die Rechtlichkeit und Berufstreue, und an Fleiß, wie an wissenschaftlicher Durchbildung übertrifft der deutsche Beamte weit die Männer des vielgerühmten englischen Selfgovernement.

Worin liegt nun der Grund solchen Unterschieds? Zunächst allerdings in der größeren Vollkommenheit der deutschen Bildungs-Anstalten. Jenes System, das der Jugend nur die Bildungsstoffe zukommen lassen will, welche ihr nützen, und die schädlichen in väterlicher Polizei-Fürsorge von ihr fernhalten will, hat der österreichischen Bildung ungeheuren Schaden gebracht; es hat die Wissenschaften kastrirt und verballhornt und den Reiz des Verbotenen in der öffentlichen Erziehung als ein wichtiges Element in die Geister der Tüchtigeren gepflanzt. Noch weiter

und so lange in der Anstalt zu verwahren, bis ihnen ein anständiger Platz zugewiesen werden kann; und endlich alt und dienstunfähig gewordene Mägde in der Anstalt abzunähren. (Augsb. Postz.)

München, 2. Okt. Da nun wieder alle Mitglieder des Gesammtministerium hier anwesend sind, so darf jetzt manchen ministeriellen Entschließungen entgegengesehen werden; man erwartet u. A. die alsbaldige Einberufung der Landräthe zu ihren diesjährigen Sitzungen. (A. Abdz.)

München, 3. Okt. In der gestern ausgegebenen Nummer 44 des kgl. Regierungsblattes wird die von Sr. Maj. dem König genehmigte Erklärung bekannt gemacht, welche den Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen den Staaten des Zollvereins und dem Königreiche beider Sizilien in folgender Weise erweitert: Die vertragenden Theile verpflichten sich, die bisher der direkten Schifffahrt bewilligte Behandlung auf die indirekte Schifffahrt auszudehnen, dergestalt, daß sie hinsichtlich der Schifffahrts- und der Zollabgaben in ihren Häfen künftig keinen Unterschied mehr zwischen den Schiffen des andern Theils und den nationalen Fahrzeugen machen werden. (B.Ldbötin.)

Aus der Pfalz, Ende Septbr. Vor einiger Zeit schon ging in öffentlichen Blättern die Rede, man beabsichtige in Speyer einen protestantischen Dom auf der Stelle zu errichten, wo am 19. April 1529 die evangelischen Fürsten und Stände von dem damals abgehaltenen Reichstag feierliche Protestation einlegten gegen den Reichsabschied, der das im Speyerer Reichsabschied vom 27. August 1526 anerkannte Recht der Evangelischen bedrohte. Nun hört man, daß sich in Speyer wirklich bereits ein provisorisches Komite gebildet, und eine Bitte an Se. Majestät den König um Genehmigung zur Gründung eines Bauvereins gerichtet hat, der einen Aufruf an die Protestanten aller Lande zur Unterstützung des Unternehmens erlassen soll. (A.Z.)

Lindau, 1. Okt. Das Namensfest Sr. Majestät des Königs bildet dieses Jahr für die Inselstadt Lindau ein Fest erhöhter Bedeutung. Mit der feierlichen Enthüllung der kolossalen monumentalen Zierden des hiesigen Molo und Seehafens feiert die hiesige Stadt das 50jährige Jubiläum ihrer Einverleibung in die Krone Bayerns. Zur Erinnerung dieses Tages und der Enthüllung des Monuments finden Festlichkeiten mannichfacher Art statt. Ein Festessen in der schön geschmückten Ladehalle, wo sonst die Schätze des Handels lagern, wird die Gäste bei frohem Mahle vereinigen. Ein Festzug der Gewerbe wird paradiren und Abends findet Illumination des Standbildes und des Quai und Festball in den Sälen der Harmonie vom hiesigen Handelsstande statt. Gestern Nachmittags verkündeten Kanonensalven, daß der riesige Löwe auf dem Piedestal des Molo links der Ausfahrt des Hafens seine Stellung eingenommen habe. Mit dem Abbruche der Gerüste wird in den nächsten Tagen begonnen werden. (D.A.Z.)

Preußen. Berlin, 2. Oktober. Zur Ergänzung unseres Berichts über den vor dem Kreisgericht zu Potsdam geführten Prozeß gegen den Redakteur der „Patriotischen Ztg." E. Lindenberg entnehmen wir der „Patriotischen Ztg." noch Folgendes: „Als das Publikum wieder zugelassen wurde, ward demselben die Eröffnung, daß jeder der Anwesenden seinen Namen und Stand kundzugeben habe, um zum Bleiben berechtigt zu seyn. Bei dem Fortgang der Verhandlung wurde zunächst der Bediente des Generals v. Gerlach, der die Briefe in Abschrift entwendet hat, über die Richtigkeit der vorliegenden vernommen. Derselbe, wenn wir nicht irren, Herter, soll gegenwärtig Arbeiter in einer Berliner Maschinenbaufabrik seyn. Derselbe erkannte zwar den Inhalt bereitwillig an, war aber doch über einzelne Worte zweifelhaft. Der Angeklagte leugnete nämlich die Identität der Abschrift, auf welche die Anklage basirt ist, mit dem Original. Der nächste Zeuge, Direktor der Oberrechnungskammer, Seiffard, erklärte, daß er die Abschrift von Techen bekommen und sie aus patriotischer Gesinnung an den Hofstaatssekretär Vorck gegeben habe. Die Uebereinstimmung der Vorlage mit der von Techen überkommenen Abschrift erkannte er mit dem Vorbehalt an, daß er sich verbotenus natürlich nicht mehr entsinnen könne. Hierauf wurde eine Aussage des Hofraths Vorck verlesen, worin derselbe ausführt, daß er die ihm von Hrn. Seiffard übergebene Abschrift aber wieder an Herrn Seiffard zurückgegeben habe und nicht wisse, wo diese geblieben sey. Der Oberstaatsanwalt beantragte hierauf, die Verhandlung zu vertagen, da der wichtigste Zeuge, General v. Gerlach, nicht erschienen sey und sein Ausbleiben entschuldigt habe, sowie Ansetzung eines neuen Termins, zu dessen persönlicher Beiwohnung der Zeuge geladen werden möge."

Oesterreich. Wien, 1. Oktbr. Herr v. Bülow hat in Folge einer Depesche aus Kopenhagen seinen Aufenthalt in Wien abgekürzt, und wird morgen die Rückreise antreten. Wie es scheint, hat das Kopenhagener Kabinet die Ueberzeugung gewonnen, daß es ihm nicht gelingen werde, das kaiserl. Kabinet zu Gunsten seiner Intentionen zu stimmen, und hält nun eine weitere diplomatische Verwendung für überflüssig.

Die „Oesterreich. Ztg." schreibt vom 1. Oktober: „Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, hat der Vertreter Neapels am hiesigen Hofe, Fürst Petrulla, abermals seine Entlassung eingereicht, nachdem die erste und zweite von dem neapolitanischen Hofe in Anerkennung der ausgezeichneten Dienste dieses Diplomaten nicht angenommen worden war. Seither ist der Verkehr zwischen Neapel und seiner hiesigen Gesandtschaft durch keinen Zwischenfall bezeichnet, der eine Aenderung der Sachlage herbeizuführen geeignet wäre."

Dänemark.

* Die Ministerkrisis dauert noch immer fort, und über ihren Verlauf, sowie über die Gründe, die sie hervorgerufen haben, hört man bis jetzt nichts irgendwie Verlässiges. So sagt man, der Ministerpräsident Bang habe vorige Woche erklärt, er müsse wegen seiner angegriffenen Gesundheit vom Amte zurücktreten, worauf fünf andere Minister erklärten, es sey unter diesen Umständen, nachdem schon der Finanzminister Andrä ausgetreten, nicht möglich, das Ministerium zu ergänzen. Warum? Das hört man nicht, und gerade da möchte der wahre Grund zu suchen seyn; denn Bang's Gesundheitsrücksichten sind doch wohl nur ein Vorwand.

Belgien.

Brüssel, 1. Oktober. Der „Nord" enthält einen Artikel über das Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff, worin er den französischen Blättern, die noch an der Aechtheit dieses Aktenstückes zweifeln, entgegnet: „Was uns betrifft, so hegen wir in dieser Beziehung keinen Zweifel; wir finden weder in der Form noch im Inhalte dieses Aktenstückes etwas, das uns Anstand nehmen ließe, für dasselbe die Ehre und Verantwortlichkeit dem Fürsten Gortschakoff zuzuschreiben."

---

gebt die russische Staats-Pädagogik. Die wahre und gründliche Bildung, zu der man den Deutschen erzieht, ist das sicherste Gegenmittel der Korruption. Sie gibt dem Geist würdigere Stoffe der Arbeit und des Genusses; er sieht in Gold und wohlbesetzten Tafeln nicht das Ideal, und Tausende leben in höchst beschränkten Verhältnissen zufrieden und pflichtgetreu. Aber ein weiterer wichtiger Grund ist unstreitig in dem System der staatsdienerlichen Besoldungen zu suchen. Man hat in instinktartiger Erkenntniß der großen Mängel unserer politischen Verhältnisse den Grundsatz als Richtschnur angenommen, daß der Beamte in seinem Gehalt eine ausreichende Quelle des Lebensunterhaltes finden muß. Seine Besoldungsrente wurde in der Art festgesetzt, daß sie ihm die Mittel gewährte, bei seinem Aufwand hinter den entsprechenden Bürgerklassen nicht zurückbleiben zu müssen, und so das Ansehen zu behaupten, das der Armuth nun einmal in der jetzigen Zeit völlig fehlt. Dem Subaltern-Beamten wurde doch wenigstens so viel Gehalt zu Theil, daß er bei sparsamer Haushaltung nicht genöthigt war, Schulden zu machen. Durch dieses System erlangte der Beamtenstand die äußere Unabhängigkeit, welche allein vor Versuchungen schützen kann, ferner die Mittel zur guten Erziehung seiner Söhne, aus denen größtentheils wieder tüchtige Beamte hervorgingen. In diese hergebrachten Verhältnisse hat die veränderte Zeit eine arge Bresche gebrochen. Man irrt, wenn man in der Theuerung des Brodes und der Hauptlebensmittel den einzigen Grund sieht, weßhalb die Besoldungen nicht mehr ausreichen. Allerdings bilden sie das Hauptmoment, das eine Aufbesserung der Gehalte des untern Beamtenstandes gebieterisch fordert, wenn nicht russ. Zustände allmählich einreißen und die „kühnen Griffe", die Trinkgelder Bettelei, die Unterschleife aller Art auch auf deutschem Boden zur Regel werden sollen. Aber auch den mittleren und höheren Beamten thut eine Besoldungs Erhöhung dringend noth.....

Mit dem Verfall des Beamtenstandes sinkt aber einer der wichtigsten Grundpfeiler des Bestehenden. Achte man das nicht gering! Möglichste Reduktion der Aemter, Verminderung der vielen Schreibereien, der Instanzen, Berichte, Rekurse, aber bessere Dotirung der unentbehrlichen Stellen ist unabweisbar, am allerdringendsten aber die Aufbesserung der darbenden Unterbeamten im Post-, Eisenbahn-, Lehr-, Forst-, Steuer- und anderen Fächern. Mit vorübergehenden Zulagen wird nicht geholfen. Es handelt sich um eine Forderung, deren Nichtgewährung, mit Talleyrand zu reden, mehr als ein Unrecht wäre."

Schweiz.

In Genf hält der bekannte James Fazy, Haupt der dortigen Demokraten, eine großartige Spielhölle, die schon zu skandalösem Gerede Stoff genug geliefert hat. Im „Schweizer Boten" berichtet ein, wie bemerkt wird, in weiteren Kreisen bekannter und geachteter Mann Folgendes: „Wunders halber und um mich über den Grund oder Ungrund des öffentlichen Geredes ins Klare zu setzen, besuchte ich expreß auch den grandiosen Palast des großen Demokraten an der Rhone (James Fazy). Noch in keinem fürstlichen Schlosse habe ich einen gleichen Glanz und Luxus gesehen. Mit Andern ging ich einem großen prachtvollen Salon zu, welcher für die Unterhaltung bestimmt ist. Jede Person bezahlt da zwei Franken Eintritt. Der Saal war ziemlich stark besetzt und bot, großartig meublirt, das Bild einer sehr mannigfaltigen und lebhaften Unterhaltung dar. Nachher zog mich die Neugierde in einen zweiten gleichen Salon hinein. Ich bezahlte wiederum zwei Franken Eintritt. Nach erhaltener Versicherung werden dem Publikum nur an Eintrittsgeldern bei den Thüren der beiden Säle täglich Tausende abgenommen. In diesem zweiten Salon wurde nur gespielt, allerdings nicht Roulette, sondern Karten. Im Erfolg kommt's aber ziemlich auf's Gleiche hinaus. An allen Tischen geht's um schauerliche Summen, um die, wie beim Landsknecht, nur Karten geschlagen werden. Gerade war an einem Tische, zu dem ich hintrat, ein Student aus Norddeutschland mit fünfhundert Franken, die er zum Theil von zwei Freunden geborgt hatte, fertig geworden. Er stand auf und wollte seine Freunde noch weiter in Anspruch nehmen. Sein niedergeschlagener, verzweifelter Blick erregte meine Theilnahme. Ich zog ihn auf die Seite und rieth ihm die Fortsetzung des Spieles ab, weil ihm das Glück heute offenbar nicht günstig sey. Mit einem Fluche nahm er meinen Rath an und verließ, bis auf den letzten Centime ausgeplündert, traurig den Saal. Das Beste war, daß er wenigstens seine Reise nach Italien hinter sich hatte. Freilich schien ihm die weite Heimreise noch Kummers genug zu machen. Um das, was sonst noch in diesem unheilvollen Hause getrieben werde, habe ich mich nicht weiter bekümmert. Meine Neugierde war befriedigt."

Großbritannien.

London, 30. Septbr. Das Kriegsministerium veröffentlicht jetzt die Bedingungen, unter welchen die deutsche Militärkolonie am Kap (aus der englisch-deutschen Fremdenlegion) gebildet werden soll. Die Offiziere, Unteroffiziere und Gemeinen der britisch-deutschen Legion können entweder die Erfüllung der ihnen bei ihrem Dienstantritte gestellten Kapitulationsbedingungen beanspruchen oder sie können als Militärkolonisten nach dem britischen Kaffernlande unter folgenden Bedingungen geschickt werden: Sie sind verbunden, 7 Jahre lang als Militärkolonisten zu dienen; als solche haben sie feindliche Angriffe abzuwehren und die Zivilbehörden zu unterstützen. Die Ansiedler werden kostenfrei nach Südafrika befördert, werden auf der Ueberfahrt verköstigt und nehmen ihre Waffen, Uniformen und Feldequipagen mit sich. Sie erhalten das erste Jahr nach ihrer Ansiedelung hindurch freie Rationen oder ein Aequivalent in Baarem ausgezahlt. Die ersten 3 Jahre hindurch, vom Tage ihrer festen Niederlassung an gerechnet, bezieht jeder Fahnen-Sergeant 1 Shilling 2 D., jeder Sergeant 11 D., jeder Korporal 8 D. und jeder Gemeine 6 D. täglich. Im aktiven Dienst gegen den Feind oder zur Unterstützung der Zivilbehörden erhalten alle Branchen den Sold britischer Truppen. Die Militärkolonisten jedweden Grades, die im aktiven Dienst bei der Vertheidigung der Kolonie verwundet oder dienstunfähig werden sollten, erhalten jene Entschädigung für empfangene Wunden, die zu jener Zeit kraft der Regulationen der Kolonie festgesetzt sind. Jedem Unteroffizier und Gemeinen, der sich in einer bereits von Europäern bevölkerten Stadt niederläßt, wird eine Baustelle zur Errichtung eines Hauses angewiesen. Schlägt er seinen Wohnsitz in einem Dorfe oder in einer neuen Ansiedlung auf, so erhält er nebstdem einen Acker Gartengrund. Zur Errichtung des Wohnhauses wird jedem Unteroffizier eine Summe von 20 Pfd. St., jedem Gemeinen 18 Pfd. angewiesen werden. Haus und Grundstück bleiben dem Legionär während seiner 7 Dienstjahre rentenfrei. Nach Ablauf der 7 Dienstjahre gehört der Boden mit Allem, was darauf ist, dem Kolonisten, und er hat hinfort keine anderen Militärpflichten, als eben von jedem Kolonisten bei der Landesvertheidigung erheischt werden. Stirbt ein unverheiratheter Ansiedler, bevor er das Eigenthumsrecht erwirbt, dann fällt sein Haus und Grundstück wieder der Krone anheim. Während der 7 Dienstjahre haben sich die Ansiedler zum Zwecke der Beaufsichtigung den vom Gouverneur zu entwerfenden Regulationen zu fügen. Wegen schwerer Vergehen kann jeder Offizier und Gemeine auf Befehl des Gouverneurs ausgestoßen werden, wodurch der Betroffene sein Haus und Grundstück zugleich mit allen übrigen Vorrechten der Ansiedler einbüßt. Die Frauen und Familien von Unteroffizieren und Gemeinen werden freie Ueberfahrt und Verköstigung nach Süd-Afrika erhalten und können während des ersten Jahres oder während der ersten Monate auch mit Rationen versehen werden. Für die Unterbringung der Familien, Waffen und Vorräthe werden auf jeder Ansiedlung zeitweilige Lokalitäten eingerichtet werden. Stirbt ein verheiratheter Kolonist, so fällt sein ganzes Besitzthum seiner Wittwe und Familie zu, selbst wenn seine Dienstzeit noch nicht abgelaufen war. Frauen und Kinder von Unteroffizieren und Gemeinen, die sich gegenwärtig in Deutschland befinden, können auf Staatskosten von Hamburg, Bremen, Rotterdam oder Ostende herübergebracht werden, um ihre Angehörigen zu begleiten oder ihnen später zu folgen, wie sich dazu Gelegenheit bietet. Eine geringe Anzahl Offiziere wird zur Begleitung der Legion ausgewählt; nämlich für je 1000 Mann 1 Feldoffizier, 15 Kompagnie-Offiziere, 3 Aerzte und 1 Stabsoffizier als Zahl- und Quartiermeister. Die Offiziere erhalten vom Tage ihrer Landung, 3 Jahre nach Vollendung der festen Niederlassung hindurch, die Hälfte ihres bisherigen Soldes, im aktiven Dienst ihre volle Gage. Jeder erhält Grund- und Boden mindestens doppelt so viel, als den Unteroffizieren zugewiesen wird. Zur Errichtung seines Hauses erhält jeder Feldoffizier 200 Pfd., der Kapitän 150, der Lieutenant, Fähndrich oder Arzt 100 Pfd. St.

London, 1. Okt. Heute soll die Armee-Reduktion zur Ausführung kommen. In jedem der noch auf Kriegsfuß befindlichen Bataillone werden 1 Obristlieutenant, 4 jüngere Kapitäns und die jüngeren Lieutenants, die im Rang unter dem 14. stehen (ausschließlich des Adjutanten) auf Halbsold gesetzt; desgleichen die 2 jüngeren Kapitäns eines jeden Kavallerieregiments, ausgenommen das 6. Dragoner Garden, das 9. und 12. Lanciers und das 14. leichte Dragoner-Reg., die jetzt in Ostindien dienen. (Fr. Pstz.)

Frankreich.

Paris, 1. Oktbr. Der Kaiser hat den Befehl hierher gelangen lassen, daß in der neapolitanischen Angelegenheit nichts geschehe bis zu seiner Rückkehr nach Paris. Die Minister waren nicht einig.

Paris, 2. Oktbr. Graf v. Benkendorff, Ueberbringer eines eigenhändigen Schreibens des Kaisers von Rußland an die Königin von Spanien, ist gestern hier angekommen, wird aber seine Reise nach Madrid erst fortsetzen, nachdem er eine Audienz bei dem Kaiser Napoleon gehabt hat.

Paris, 2. Okt. Der Einzug des Kaisers und der Kaiserin in Bordeaux auf der Rückreise von Biarritz nach Paris, am Abende des 30. Sept. um 5 Uhr, war, wie die dortigen Blätter mittheilen, ein wahrer Triumphzug. Vom Munizipalpalaste bis zum Bahnhofe bildeten die Truppen Spalier; ungeheure Volksmassen drängten sich auf diesem ganzen Wege; der Kaiser und die Kaiserin, welche den kaiserlichen Prinzen auf ihren Knieen hatten, fuhren vom Bahnhofe aus in einem geschlossenen Wagen unter unablässigem enthusiastischem Zurufen nach dem Munizipalpalaste. (Fr. Pstz.)

Spanien.

Madrid, 1. Oktbr. Die verhaftet gewesenen Journalherausgeber sind freigelassen worden. (T. D.)

Nichtpolitische Zeitung.

Auf der Versammlung deutscher Künstler zu Bingen wurde u. A. noch bestimmt, daß die projektirte Kunstausstellung vorläufig abwechselnd in Frankfurt, Wien, Berlin, München, Dresden und Düsseldorf stattfinden solle, und zwar das erste Mal im Jahre 1857 zu Frankfurt. Diese Stadt wurde auch als nächster Versammlungsort bestimmt. Gegenstand der Berathung war u. A. noch ein Antrag Becker's aus Düsseldorf, die deutschen Regierungen im Einzelnen und den Bundestag zum Schutz des geistigen Eigenthums in Kunstwerken ein Gesetz zu geben zu veranlassen. Der Antragsteller brachte in der Motivirung seines Antrages eine Menge der an's Unglaubliche streifenden Beispiele bei, wie gegenwärtig durch einige Subjekte der Handel mit Kunstwerken betrieben wird. Diese Menschen lassen auf den öffentlichen und permanenten Ausstellungen die Bilder der großen Meister, wie Achenbach, Lessing, Leutze u. s. w. in Masse kopiren und verkaufen sie unter dem Namen und dazu mit dem Monogramm derselben zu Spottpreisen, so daß es häufig vorkömmt, daß die Aussteller, wie Kunstvereine und dgl. die Originalbilder als unverkauft zurückschicken, während die Kopieen reißend abgingen. Es wurde dabei bestimmt behauptet, daß in Norddeutschland dieser schändliche Betrug von den Vorständen der Kunstvereine befördert werde. Außerdem werden

im Norden massenhaft Bilder unter dem Namen großer Künstler verkauft, von denen diese nie etwas gesehen, und was sie zum Theil ihrer ganzen Richtung nach gar nicht einmal malen konnten.

Handels- und Börsen-Berichte.

Breslau, 27. Sept. Getraide. Die Zufuhren seit unserm letzten Bericht waren meist belangreich, die auswärtigen Märkte wurden ruhiger, später flau und niedriger, und wenn dies schon allein hingereicht haben würde, auf unseren Markt dieselbe Wirkung hervorzubringen, so trat überdies eine Geldcalamität ein, die einen Druck der Preise nach sich zog. Roggen stark offerirt und durch fortgesetzt niedrigere Notirungen von auswärts auch hier wesentlich billiger käuflich. Das Termingeschäft hier zeigt nur von Deckungen und ist im Laufe der Woche unbedeutend gewesen. Gerste wurde von dem Rückgange weniger betroffen, wurde indeß auch matter, wiewohl sich dafür noch gute Kauflust zeigte. Hafer behauptete sich in Folge schwacher Zufuhren ziemlich gut, die Frage nach weißer reiner Waare für Hamburg konnte nicht befriedigt werden, da die Offerten davon nur sehr unbedeutend waren. Man bleibt zu den letzt berichteten Preisen gut zu lassen; hingegen ist Hirse dringender als bisher zu billigeren Preisen angeboten, während fast alle Kauflust darauf fehlt. Erbsen bei geringem Geschäft haben nominelle Notirungen. Wir notiren: weißer Waizen 96, 103 a 106 Sgr., gelber 96, 101 a 103 Sgr. Brennerwaizen 60, 70 a 75 Sgr., Roggen 57 60 a 63 Sgr., Gerste 46, 48 a 50 Sgr., feinste Qualität 52 Sgr., Hafer 27, 28 a 30 Sgr. und Erbsen 60, 65 a 70 Sgr.

Frankfurt, 2. Oktober. Für österr. Bankaktien beider Gattungen, mitteldeutsche Kreditaktien und Staatsbahn zeigen sich heute Käufer zu höheren Preisen, auch Maxbahn war sehr begehrt, die übrigen Effekten waren preishaltend.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 80 1/8 P. 79 7/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 89 P. 88 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 79 P. 78 1/2 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. 87 1/4 G.; à 4 1/2 pCt. 69 P. 68 1/2 G.; à 4pCt. 61 P. 60 3/4 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 P. 56 1/2 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 85 1/2 P. 85 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 91 1/2 P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 1/4 P. 90 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 P. — G.; à 4pCt. 99 P. — G.; 4 1/2 pC. 102 P. — — G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 P. 88 1/2 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 39 P. 38 5/8 G.; 1 1/4 pCt. neue 24 7/16 P. 24 5/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1233 P. 1228 G. Neue Bankaktien 355 P. 353 G. Credit-Actien à 5pCt 197 P 195 G. Darmstädter Bankaktien alte 381 P. 379 G.; junge 343 P. 341 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 520 P. 518 G. Mitteldeutsche Creditbank 105 1/4 P. 104 3/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 111 1/2 P. 111 G. Frankf. Bankaktien 113 1/2 P. 113 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. östr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 257 P. 255 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 139 3/4 P. 139 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 107 1/4 P. 106 3/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 102 1/2 P. 102 1/4 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 82 P. 81 1/2 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 81 P. 80 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn Aktien 97 P. 96 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 — P. 148 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102 1/4 P. 101 3/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. — — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 5/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 1/2 P. 117 G. à fl. 25 34 1/4 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 1/4 P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 31 1/4 P. — G. Sard. Loose bei G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsd. fl. 100 k. S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 116 1/2 P. 116 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99 1/2 P — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 1/8 P. — G.	Paris Frs. 200 k. S 92 7/8 P. 92 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 1/8 P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S 96 3/4 P. 96 3/8 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 113 3/8 P. 113 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. — P 88 7/8 G	Wien 3 M. mit 4% 113 P. 112 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. — — G.	Disconto — P. 6 pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 3. Okt. In der heutigen Sitzung des Magistrats wurde eine Regierungs-Entschließung bekannt gegeben, worin das Verbot, zur Laichzeit Fische auf den Mark zu bringen, ausgesprochen ist. Diese Entschließung scheint von der Fürsorge des landwirthschaftlichen Vereins für Hebung der Fischzucht influenzirt und geht mit den Bemühungen dieses Vereins für die Pflege künstlicher Fischzucht Hand in Hand (Fränk. K.)

** München, 3. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) Von Berchtesgaden kommend, sind diesen Abend hier eingetroffen JJ. kk. HH. der Großherzog von Hessen, dann unser Kronprinz und sein Bruder Prinz Otto. Die Frau Großherzogin von Hessen wird mit den k. Majestäten morgen Abend hier eintreffen. Auch Prinz und Prinzessin Luitpold mit Familie sind, von Lindau kommend, diesen Abend wieder hier eingetroffen. — Mit der am nächsten Montag eintretenden Erhöhung des Diskonto für Lombard von 5 auf 6 pCt. bei der hiesigen Hypotheken- und Wechselbank wird nach einem gestern vom Bankdirektorium gefaßten Beschlusse auch der Diskonto für Wechsel und zwar von 4 auf 6 pCt. erhöht. Es mag noch bemerkt werden, daß die hiesige Bank ihren Diskonto immer für vier Wochen festsetzt.

Regensburg, 2. Okt. Bei der heute durch das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten vorgenommenen Wahl eines vierten rechtskundigen Magistratsrathes wurde der derzeitige Advokaten-Konzipient Hr. Franz Riesch aus Kehlheim bei Anwesenheit von 35 Wählern mit 28 Stimmen zu dieser Stelle gewählt. (R. Tgbl.)

Berlin, 3. Oktober. Bezüglich der Verhandlungen der Wiener Münzkonferenz ist der „W. G. B." im Stande zu versichern, daß keinerlei Modifikationen der seit mehreren Monaten feststehenden prinzipiellen Bestimmungen der Münzvertragsentwürfe beantragt sind, welche auf dem Festhalten der Silberwährung mit gleichzeitiger Ausmünzung einer allgemeinen Goldhandelsmünze beruhen. Letztere (deren Gewicht und Gehalt für den innern Verkehr sowohl, als für den Welthandel in Betracht kommen wird) soll nicht zum gesetzlichen Zahlungsmittel erhoben werden, jedoch einen nach vertragsmäßigen Normen veränderlichen Kassenkurs erhalten können.

Am 30. September sind in Bremen die Konferenzen mit den Zollvereinsbevollmächtigten über Ausführung des zwischen Bremen und dem Zollverein abgeschlossenen Vertrags wieder aufgenommen worden.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 278.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 6. Oktober 1856

Deutscher Bund.

Wie neuere Mittheilungen aus Weimar besagen, hat die Generalkonferenz des Zollvereins den Antrag auf höhere Besteuerung des Tabaks vollständig abgelehnt. Die betreffenden Vorschläge waren sowohl auf eine Steigerung des Eingangszolls für den importirten Tabak, als auf eine höhere Besteuerung des inländischen Tabaksbaues gerichtet. Auch für die Anträge auf Herabsetzung der Eisenzölle hat sich die erforderliche Einstimmigkeit nicht gefunden. Dagegen bietet sich die bestimmte Aussicht, daß die Vorschläge in Betreff einer Ermäßigung des Eingangszolls für Reis eine allseitige Annahme finden werden. (Fr. Journ.)

Bayern. München, 3. Oktbr. Das weltbekannte aber vielfach verfälschte Eau de Cologne war heute beim Magistrat Anlaß zu einer längeren Verhandlung. Der kgl. Advokat Simmerl hatte nämlich Namens des Destillateur Joh. Maria Farina, gegenüber dem Julichsplatz in Köln, gegen den hiesigen Hofparfümeur Isidor Kron Beschwerde geführt, weil dieser Kron auch Kölnisches Wasser bereite und mit Mißbrauch der Firma des erwähnten Farina als ächt verkaufe. In der That haben der Augenschein und die weiteren Verhandlungen der Untersuchung ergeben, daß Kron sog. Kölnisches Wasser fabrizirt, ganz gleichförmige Gläser und sogar die Etiquette des Joh. Maria Farina selbst mit dem ganz eigenthümlichen Namenszug des Farina benützt, um sein Münchener Fabrikat als ächtes kölnisches Wasser zu verwerthen. Um aber einen, wenn auch ganz werthlosen, Grund zur Einrede zu haben, ließ Kron auf der Etiquette in ganz kleiner, mit bloßem Auge kaum sichtbarer Schrift das Wort „d'après" (nach Farina) beidrucken. Daß hier offenbar eine böse Absicht vorliegt, um das Publikum zu täuschen, andererseits durch den Mißbrauch der Firma des wirklichen Fabrikanten diesem zu schaden, hat das Kollegium des Magistrats in einer bedeutenden Majorität erkannt, und den Kron für den ersten Fall mit einer Geldstrafe von 10 fl. belegt. Die zivilrechtlichen Ansprüche bleiben vorbehalten. (A. Pstz.)

München, 4. Oktbr. Das neueste Bülletin über das Befinden Ihrer k. Hoh. der Prinzessin Adalbert lautet sehr erfreulich. (B. Ldbötn.)

Eichstätt wird, dem „Ansb. Mgbl." zufolge, ein Bezirksgericht mit 1 Direktor, 6 Räthen, 3 Assessoren, 2 Protokollisten und 1 Staatsanwalt erhalten.

Preußen. Berlin, 3. Okt. Am 3. November wird, wie die „N. Pr. Z." meldet, die evangelische Kirchen-Konferenz hierselbst eröffnet werden. Die Sitzungen sollen im kgl. Schloß stattfinden. Der Vorsitz ist dem Vernehmen nach dem Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrathes von Uechtritz übertragen, und der Minister der geistlichen Angelegenheiten v. Raumer ist zum kgl. Kommissarius ernannt.

Alexander v. Humboldt soll bemüht seyn, den Reklamationen des Hrn. v. Cotta beim preußischen Ministerium um Wiederzulassung der „Allgemeinen Zeitung" Geltung zu verschaffen. Die in Preußen abgesetzte Anzahl Exemplare belief sich übrigens in der letzten Zeit auf nicht mehr als höchstens 5—600.

Württemberg. Die württembergische Ritterschaft hat, wie die „Köln. Ztg." erfährt, auf ihrer neulichen Versammlung zu Cannstatt eine Eingabe an den Bundestag unterzeichnet, worin sie Beschwerde führt wegen Beeinträchtigung der Interessen und Rechte des Standes durch die Gesetzgebung seit dem Jahre 1848. Der Sachverhalt ist ungefähr folgender. Die Ritter unterhandelten seit längerer Zeit, seit Jahren sogar, mit dem Ministerium, um nicht bloß eine Entschädigung für die durch die Ablösungsgesetze erlittene Einbuße, sondern eine Reparation der der wirklichen Bedeutung des Standes entsprechenden corporativen Organisation wieder zu gewinnen. Die bevollmächtigten Unterhändler der Ritterschaft waren Allem nach zu einem den Stand befriedigenden Abkommen gelangt und das erzielte Einverständniß sollte in entsprechenden Gesetzes-Vorlagen der ständischen Sanktion unterbreitet werden. Beim Ministerium müssen nun plötzliche Bedenken aufgetaucht seyn, vielleicht auch, daß man der Landesvertretung gegenüber lieber auf den Druck von Frankfurt her wartet. Kurz die Ritterschaft versammelte sich, um eine Beschwerde dorthin zu richten. Sie beruft sich auf Artikel 14 der Bundesakte, auf den Bundesbeschluß vom August 1851, welcher die Umgestaltung der sogenannten revolutionären Gesetze den monarchischen und den bundesrechtlichen Prinzipien gemäß verlangt.

Baden. Vom Mittelrhein, 3. Oktober. Gestern waren der Prorektor und die Dekane der vier Fakultäten der Universität Heidelberg in Karlsruhe und überreichten dem Großherzog und der Großherzogin das Dokument des Friedrich-Luisen-Stipendium. Dieses Stipendium, das in einem Kapital von 4000 fl. besteht, wurde von den Professoren, Beamten und der Studentenschaft der Universität gegründet. Die jährlichen Zinsen sollen an unbemittelte, durch Fleiß und Sittlichkeit sich auszeichnende Studirende der Universität als Stipendium gegeben werden. (Schw. M.)

Karlsruhe, 4. Oktbr. Der Großherzog und die Großherzogin sind heute nach den oberen Landesgegenden abgereist. (Bad. Ldztg.)

§ **Oesterreich.** Wien, 3. Oktbr. (Privat-Korresp.) Baron Budberg wurde vorgestern von dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen und hatte sich einer sehr huldvollen Aufnahme zu erfreuen. Den folgenden Tag wurde er Ihrer Maj. der Kaiserin vorgestellt und erhielt eine Einladung zur kaiserl. Tafel nach Schönbrunn. Die Majestäten sind bereits nach Ischl abgereist, wo sie nur kurze Zeit verweilen und sodann die Reise nach Italien antreten werden. — An den Festungswerken in Galizien wird noch immer mit großem Eifer gearbeitet, und es sind vor Kurzem erst wieder sehr beträchtliche Summen zu diesem Zwecke angewiesen worden, da man die Absicht hat, in Galizien ein Festungssystem einzuführen, welches sowohl in offensiver als in defensiver Hinsicht der Großartigkeit und Wichtigkeit des Festungssystems in Russisch-Polen nicht nachstehen wird. Die bis jetzt an der nordwestlichen Gränze aufgeführten Befestigungen beschränkten sich auf Olmütz und Krakau-Przemysl; die letzteren sollen nun in großartiger Weise ausgedehnt werden, um ebenso wie Verona an der südlichen Gränze als großer Sammelplatz für die Streitkräfte an der nordwestlichen Gränze zu dienen. Der am 1. d. in Krakau erfolgte Tod des durch seine Mission in Konstantinopel bekannten F.-M.-L. Grafen Leiningen hat namentlich in den höheren Kreisen große Theilnahme erregt. Durch seinen Tod ist die Inhabersstelle des Inf.-Regiments Nr. 21 erledigt.

Wien, 2. Oktbr. Nach dem so eben erschienenen Ausweis der Nationalbank beträgt der Silbervorrath 81,034,705 fl. (gegen 75,928,615 fl. vom vorigen Monat). Der Banknotenumlauf ist 386,822,326 fl. (gegen 378,979,919 fl. vom vorigen Monat). — Se. Majestät haben die Konzession zum Bau und Betrieb der Theiß-Eisenbahn ertheilt. (Allg. Ztg.)

Dänemark.

* Kopenhagen, 3. Okt. Gestern war Staatsrathssitzung; aber die Berichte über ihr Ergebniß widersprechen sich. Während die Einen sagen, das Ministerium sey neugebildet, in der Art, daß Andrä Minsterpräsident und Minister des Auswärtigen wird, Fenger die Finanzen übernimmt, Hr. v. Scheele das Portefeuille der deutschen Herzogthümer behält, alle übrigen Minister auf ihrem Posten verbleiben, mit Ausnahme Bang's, der definitiv zurücktritt: sagen die Andern, der König habe die Entlassungsgesuche der Minister nicht angenommen, diese hätten sie aber auch nicht zurückgenommen, und wollten nur vorläufig

weiter amtiren. Die Einberufung des Reichstages ist auf den 1. Dezember verschoben.

Frankreich.

Paris, 2. Oktbr. Das Organ der Regierung bringt einen Versuch zu einer Art Rechtfertigung gegen die durch Louis Blanc veröffentlichte Anklage über die Behandlung der politischen Gefangenen in Cayenne. Der Versuch ist als gescheitert zu betrachten; die von dem Moniteur citirten Daten selbst zeugen gegen das System. Eine andere gelegentliche Anschuldigung, daß Manche ohne Urtheil das Loos jener Verbannung getroffen habe, ist darin nicht erörtert. Ueber die Zahl der politischen Deportirten findet sich folgende Angabe: „Seit Anfang der Deportation bis zu diesem Augenblicke hat sich die Zahl der nach Cayenne deportirten Individuen, welche der sogenannten politischen Kategorie angehören, auf 320 belaufen, eine Zahl, die nach den letzten Berichten auf 180 zusammengeschmolzen war. Diese Abnahme hat als Ursache: 1) Entweichungen in großer Anzahl; 2) allmälige Freilassungen; 3) 52 Todesfälle im Laufe von vier Jahren besonders durch das gelbe Fieber."

Die „Times" gibt an, Baron Brunnow habe, als er das bekannte Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff dem Grafen Walewski vorlas, versöhnliche Erklärungen hinzugefügt. Wie es heißt, hätte bei einer abermaligen Zusammenkunft Hr. von Brunnow das Zirkular als eine an die russischen Vertreter gerichtete Depesche bezeichnet und nicht als eine den Regierungen gemachte Notifikation, vielmehr als eine Darlegung der russischen Politik für das russische Volk und nicht für die fremden Regierungen. Bei seiner Abfassung habe nicht die geringste beleidigende Absicht obgewaltet.

Spanien.

Der „Indép. belge" schreibt man aus Madrid vom 28. Septbr.: „Der Kaiser Napoleon hat ein 8 Seiten langes eigenhändiges Schreiben, voll der ernstlichsten Rathschläge, an die Königin Isabella gerichtet. Nach Belobung mehrerer Maßregeln des jetzigen Kabinets fordert der Kaiser die Königin auf, zu keiner neuen Aenderung des Ministerium zu schreiten, die konstitutionelle Regierungsform als die nach seiner Ansicht allein für Spanien geeignete beizubehalten, den Belagerungszustand möglichst bald aufzuheben und in kürzester Frist den Senat und die Deputirtenkammer zu versammeln. Der Kaiser hebt die Nothwendigkeit hervor, den beiden Kammern völlige Freiheit der Erörterung zu lassen und durch alle Mittel die Rückkehr zu der willkürlichen und despotischen Verwaltung des Kabinets Sartorius zu vermeiden. Das Schreiben ist im Allgemeinen voll Sympathie für die Königin und für die Minister, namentlich für O'Donnell und Rios Rosas. Auf das Gemüth der Königin hat es tiefen Eindruck gemacht, und gleich nach der Lesung ließ sie O'Donnell rufen, mit dem sie eine etwa dreistündige Konferenz hatte. Das Schreiben wurde hierauf im Ministerrath verlesen, auf dessen Politik es nicht ohne großen Einfluß seyn wird. In wenigen Tagen werden wir sehen, ob die Gefühle, die es im Herzen der Königin erweckt hat, mächtig genug seyn werden, um sie den umgebenden Intriguen zu entziehen."

Asien.

Der „Moniteur de la Flotte" bringt folgende wichtige Nachricht: „Der Kaiser von Japan hat am 22. Juni in Jeddo eine feierliche Versammlung der vornehmsten und einflußreichsten Personen seines Hofes abgehalten, um über gewisse Fragen, die kürzlich mit verschiedenen Staaten Europas und Amerikas abgeschlossenen betr. Verträge zu entscheiden. Es wurde in dieser Versammlung beschlossen, daß zwei Häfen, der von Nangasaki und von Hakodade, für die Schiffe aller Nationen geöffnet seyn sollen; es wird den letzteren erlaubt seyn, Ausbesserungen zu machen, sich mit Proviant zu versehen und Kohlenmagazine einzurichten; alle übrigen Häfen des Reichs sollen den in Gefahr befindlichen Schiffen geöffnet seyn, welche letztere dort einen Zufluchtsort suchen, aber nicht sich aufhalten dürfen. Kein Fremder darf ohne besondere Erlaubniß des Staatsoberhauptes ins Innere des Landes reisen. Was die Handelsfrage betrifft, so, ist darüber nichts beschlossen; das Recht, mit Japan Handel zu treiben, ist ausschließlich für die Holländer und Chinesen aufrecht erhalten, welche dies Recht seit langer Zeit besitzen, dafür auch einer sehr lästigen Ueberwachung ausgesetzt sind und für ihre Geschäfte nur einen einzigen Markt, Nangasaki, besitzen. Die neue Bahn, welche die japanische Regierung einschlägt, ist von Wichtigkeit. Bis jetzt konnte kein Schiff in einen Hafen von Japan einlaufen, weder um Ausbesserungen zu machen, noch um Lebensmittel einzunehmen außer Schiffe von den wenigen Nationen, mit welchen Verträge geschlossen waren). Der letzte Beschluß des japanischen Hofes ist ein großer Fortschritt. Wenn Corea, China, Cochinchina, das Reich Anam und alle Nachbarstaaten dieselben Grundsätze annehmen, so würden die Beziehungen des äußersten Orients zu der übrigen Welt eine ganz andere Gestalt erhalten.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 5. Oktober. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. 77¼; 4½pCt.Met. 69; Wiener Bankaktien 1217; 5pCt. Lomb 88; Wiener Wechsel l. S. 112⅞; 3pCt. inl. span. —; 1pCt. neue 24⅛. Oesterr. Kreditaktien 192. Darmstädter Bankaktien 379. Bayerische Ostbahn 102. Luxemburger internationale Kreditbank 519.

† Amsterdam, 1. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) Die Ablieferungen von Java-Kaffee im Septbr. betrugen:

Aus der hiesigen Auktion vom	1. d.	194,603 B.
„ „ Rotterdamer „	4.	116,281 „
„ „ Middelburger „	9.	10,564 „
		321,448 B.
vom früheren Zettel-Vorrath		8,607 „
	zusammen	330,055 „

gegen 323,129 B. im September 1855.
„ 314,483 „ „ „ 1854.
„ 284,340 „ „ „ 1853

Aus den Auktionen waren heute, noch nicht empfangen, übrig:

	335,460 B.
auf Zettel	20,659 „
zusammen	356,119 B.
gegen	336,460 B. 1. Oktober 1855.
	332,238 „ 1. „ 1854.
	407,365 „ 1 „ 1853.

So stark die Ablieferungen im September waren, würden sie dennoch ohne Zweifel eine größere Ziffer erreicht haben, wenn nicht seit Kurzem die schwierigen Geldverhältnisse nachtheilig auf die Geschäfte eingewirkt hätten. Der große Umfang, den mit dem Friedensschluß die Aktien-Unternehmungen aller Art erreichten, ließ eine Krisis voraussehen, zu der die stattgehabten Uebertreibungen nothwendig führen mußten. Das Waarengeschäft, durchgängig auf solider Basis gehalten, kann freilich nur indirekt durch die Geldfrage berührt werden, aber es liegt in der Natur der Sache, daß bei dem hohen Diskonto der meisten Börsen und der vermehrten Frage nach Geld die natürlichen Umsätze gestört werden.

Von allen Waaren erscheint Kaffee in der gesundesten Lage, da nur der Bedarf in den Auktionen die Preise gemacht hatte, und sowohl in der Zunahme des Verbrauchs, als in dem vermuthlichen Ertrag der diesjährigen Ernten, die Wahrscheinlichkeit einer fortdauernden Besserung enthalten ist. Bisher hat auch die Geldklemme hier für Kaffee nichts bewirkt, als Stockung im Umsatz, keinen Druck der Preise, und es ist zu erwarten, daß auch der Empfangstermin keine nachtheiligen Wirkungen zeigt, da nichts in schwachen Händen zu liegen scheint. Nach den Berichten aller Gegenden ist noch kein Wintervorrath gedeckt; wir werden daher noch großen Abzug in den nächsten zwei Monaten, und im Dezember eben so reduzirte Lager haben, als in den letzten Jahren.

Ord. grünl. Javas, seither mit 32½ c. bezahlt, sind zu dem Preis nicht häufig; Nr. 18 A war in den letzten Tagen a 32½ c. vergeblich gesucht. Das preiswertheste von grünen Javas bleiben Nr. 17 A und Nr. 17 R a 33 c., womit wir Ihnen noch aufwarten können.— Von Nr. 15 A a 34 c., 19 A a 33 c, 23 A a 34½ c., 14 R a 35½ c., 15 R a 36 c., 16 R a 35 c. haben wir einiges disponibel. Auch mit den Menados Nr. 6 A a 38½ c. und Nr. 7 A a 37½ c. können wir Ihnen an die Hand geben.

Die Maatschappy hat für den 27. Oktober die eingetroffenen 733 Fässer und 2079 Ballen Ceylon Kaffee in Auktion angeschlagen. Ausgabe der Muster ist noch nicht bestimmt.

Rio Kaffees ohne neue Zufuhren, und mit beschränktem Vorrath in zweiter Hand. Wir notiren ord. bis reell ord. 25—26½ c.; gut ord. und gut ord. farbig 27—28½ c.; gute farbige Qualitäten sind selten.

Eingetroffene 3078 Ballen Santos kommen vermuthlich in Auktion.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 280. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | **53. Jahrgang.** | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 8. Oktober 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Der Stadtgerichtsarzt Dr. Fabrice in Erlangen macht in einer Schrift auf die Nothwendigkeit der Verbesserung der Lage der in Untersuchungshaft sitzenden Gefangenen in sehr zu beherzigenden Worten aufmerksam. Die Humanität der neuen Zeit läßt es sich angelegen seyn, die Straf-Anstalten so viel als möglich neben dem Strafzweck auch zu Besserungs-Anstalten umzuwandeln, während sie sonst nur Leidensorte und selbst Schulen des Lasters und des Verbrechens waren. Aber jene Gefängnisse, wo der im Verdachte eines begangenen Verbrechens Stehende gar oft ganz unschuldiger Weise, Monate lang detinirt wird, sind nach der Versicherung von Fabrice noch lange nicht jener Aufmerksamkeit gewürdigt worden, die sie doch in eben so hohem Grade als die Strafanstalten verdienen. Nach Fabrice wirkt der gezwungene Müßiggang, zu welchem die in Untersuchung sich befindenden Gefangenen verurtheilt sind, sowie der Mangel an frischer Luft höchst nachtheilig auf Geist und Körper. Man sollte daher nach dem Vorschlage des Autors den Gefangenen erlauben, sich irgendwie zu beschäftigen, oder man sollte gemeinsame Arbeitszimmer einrichten. (Augsb. Abdz.)

Dem Vernehmen nach sollen in Weiden, in der Oberpfalz, bereits bauliche Vorkehrungen für das Bezirksgericht, das dahin kommen soll, getroffen werden.

Anhalt. Köthen, 2. Okt. Aus zuverlässiger Quelle wird der „Magd. Ztg." mitgetheilt, daß die Jesuiten den Sitz in Köthen, den sie im Jahre 1848 verlassen haben, in nächster Zukunft wieder einzunehmen beabsichtigen.

Oesterreich. Wien, 4. Okt. In diesem Augenblicke sind die Bemühungen des Episkopats vornehmlich dahin gerichtet, die Uebertragung der Leitung der gesammten Armenpflege an den Klerus von der Staatsverwaltung zu erlangen. (Fr.J.)

* Wir haben neulich von einem Erlaß des k. k. Konsistorium Augsburgischer Konfession an die Prediger über die bekannte Angelegenheit wegen der Friedhöfe Erwähnung gethan. Dieser Erlaß liegt uns nun vollständig vor, und wir ersehen daraus, daß aus Anlaß der katholischerseits erhobenen Anstände gegen Beerdigung der Protestanten auf allgemeinen Begräbnißstätten, wie insbesondere auf katholischen Friedhöfen das Konsistorium sich um Abhülfe an das Kultusministerium wandte, worauf am 23. April d. J. der Bescheid erfolgte, daß bei der Durchführung des in dem allerhöchsten Patente vom 31. Dezbr. 1851 ausgesprochenen Grundsatzes der Selbständigkeit der gesetzlich anerkannten Kirchen- und Religionsgesellschaften, „es auch eine unvermeidliche Konsequenz desselben sey, daß der katholischen Kirche nicht mehr vorgezeichnet werden könne, welchen Gebrauch ihrer Kirchenglocken oder Friedhöfe, bei der Beerdigung von Personen die ihrer Gemeinschaft nicht angehört haben, sie zu gestatten habe; daß daher jene älteren Verordnungen, welche hiebei die Verschiedenheit der Glaubensbekenntnisse unbeachtet ließen, nicht mehr in Anwendung gebracht werden können." Zur Vermeidung von Konflikten schien es aber dem Konsistorium geboten, um Aufstellung einer bestimmten regelnden Vorschrift über die Beerdigung zu bitten. Hierauf ward ihm vom Ministerium Nachstehendes eröffnet: „Die älteren Vorschriften gingen von dem Grundsatz aus, daß die Errichtung gemeinschaftlicher Friedhöfe für Katholiken und Evangelische Augsb. und helv. Conf. zu begünstigen sey, und ordnete dort, wo keine gesonderten Friedhöfe für die verschiedenen Konfessionen bestanden, ein gemeinschaftliches Begräbniß an. Der freien Willkür der Parteien war es überlassen, ob sie den Friedhof unter sich strichweise vertheilen, oder der Reihe nach, ohne Unterschied der Religion, begraben seyn wollten und es sollten, wenn hierüber kein Einverständniß erzielt werden konnte, die Leichen der Reihe nach beerdigt werden. Es sollte den Evangelischen ferners gestattet seyn, sich bei den Begräbnissen ihrer Glaubensgenossen des katholischen Geläutes zu bedienen, und wenn kein Geistlicher der Konfession, welcher der Verstorbene angehört hatte, im Orte vorhanden war, noch aus der Nähe herbeigeholt werden konnte, so sollte der katholische Seelsorger die Leiche des Evangelischen zu Grabe geleiten. Von diesen Anordnungen hat es fortan abzukommen und es sind in Folge Allerhöchster Ermächtigung und im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren für die Länder, auf welche sich der Wirkungskreis der k. k. Konsistorien erstreckt, folgende Normen den politischen Behörden zur Darnachachtung verzeichnet worden: 1. Auf den Gebrauch der Glocken der katholischen Kirchen haben Evangelische in der Regel keinen Anspruch. Sollte ausnahmsweise ein solcher auf Grundlage besonderer Privatrechtstitel behauptet werden, so wäre im Falle eines Streites hierüber die Erhebung zu pflegen, im Einvernehmen mit dem Ordinariat eine Ausgleichung zu versuchen, und falls eine solche nicht gelänge, die Angelegenheit anher zur Entscheidung vorzulegen. 2. Was die Friedhöfe anbelangt, so ist vor allem auf Gemeinsamkeit derselben für Katholische und Evangelische nicht nur nicht zu dringen, sondern vielmehr bei jedem sich darbietenden Anlasse dahin zu wirken, daß für evangelische Gemeinden entweder eigene Friedhöfe neu errichtet werden, oder daß falls hierauf ein billiger Anspruch bestehen sollte, ein Theil des vorhandenen gemeinsamen Friedhofes förmlich abgetrennt und der evangelischen Gemeinde zu ihrem ausschließenden Gebrauche übergeben werde. Diese Theilung ist im kommissionellen Wege zu vermitteln, und die Beilegung der sich hierbei allenfalls ergebenden Streitigkeiten in gütlicher Weise zu versuchen. Gelingt es nicht, die Theilung auf diesem Wege zu Stande zu bringen, so ist die Angelegenheit gleichfalls hierher zur Entscheidung vorzulegen, bei welcher Entscheidung darauf Rücksicht genommen werden wird, falls Ansprüche privatrechtlicher Natur geltend gemacht werden sollten, deren Austragung vor dem ordentlichen Richter den Parteien vorzubehalten. 3) An jenen Orten, wo ein eigener Friedhof für Evangelische nicht besteht, wird zwar, insolange ein solcher nicht hergestellt werden kann, die Beerdigung evangelischer Leichen auf dem katholischen Friedhofe zu geschehen haben. Es ist jedoch über Begehren der Pfarrgeistlichkeit und im Einvernehmen mit derselben ein dem Bedürfnisse angemessener Theil desselben als Begräbnißplatz für Evangelische abzusondern. 4) Wo eine evangelische Gemeinde einen eigenen Friedhof besitzt, sind die Leichen jener Personen, welche ihr angehört haben, nur auf diesen zu begraben. Eine Ausnahme hiervon könnte nur dann stattfinden, wenn einzelne Glieder der evangelischen Gemeinde in so großer Entfernung von dem Orte der Hauptgemeinde, in welcher sich der Friedhof befindet, gestorben sind, daß die Uebertragung der Leichen dahin nicht ausführbar erscheint. In einem solchen Falle wird zwar die evangelische Leiche auf dem katholischen Friedhofe zu beerdigen seyn, es müßte jedoch über Begehren der Pfarrgeistlichkeit der hierzu verwendete Raum ausgeschieden werden. 5) Dasselbe hat in jenen Fällen zu gelten, wo es sich um das Begräbniß vereinzelt in Mitte der katholischen Gemeinde lebender, oder auf der Reise verstorbener Evangelischer handelt. Es versteht sich von selbst, daß es den Evangelischen völlig freisteht, auf ihren eigenen Friedhöfen, sey es, daß solche ursprünglich für sie hergestellt worden sind, oder daß in Folge der Theilung des bestehenden gemeinsamen Friedhofes ein Theil desselben ihnen übergeben worden ist, die Beerdigung nach ihren religiösen Gebräuchen vorzunehmen. Wo aber ein Theil des katholischen Friedhofes zur Beerdigung evangelischer Leichen in Ermangelung eines eigenen Friedhofes für dieselben bestimmt worden ist, ohne daß eine förmliche Theilung stattgefunden hätte, hat sich der evang. Seelsorger, wenn er die Leiche zu Grabe geleitet, nach den für die Beerdigung von Evangelischen auf katholischen Friedhöfen bestehenden Vorschriften zu benehmen, und die Beerdigung hat daher ohne Gesang und Leichenrede zu geschehen. Dem katholischen Seelsorger kann es aber in keinem Falle zugemuthet werden, die evangelische Leiche, sey es auch ohne Zeichen seines kirchlichen Amtes, zu Grabe zu begleiten."

Zu diesen Anordnungen hat das Kultus-Ministerium im obgenannten Erlasse noch hinzugefügt, „daß diese Vorschriften, weit entfernt, eine Bedrückung der evangelischen Glaubensgenossen Augsb. und helv. Bekenntnisses zu bezwecken, vielmehr nur dahin gerichtet sind, einen Zustand herbeizuführen, welcher allen anerkannten Religionsparteien die freie Entfaltung ihres Kultus und ihrer frommen Gebräuche gestattet, während der bisher bestandene einerseits an die katholische Geistlichkeit Anforderungen stellte, welche nicht gerechtfertigt werden können, und andererseits auch den evangelischen Glaubensgenossen sehr beengende Schranken bei der Begräbnißfeier auferlegte."

Indem nun das Konsistorium im obengedachten Erlaß den Predigern von diesen Normen Kenntniß gibt, ermahnt es sie, dieselben im Geist evangelischer Friedensliebe durchzuführen, auch die Gemeinden darüber zu belehren, daß mit den neuen Normen der evangelischen Kirche durchaus nicht wehe geschehen soll, und daß mit ihnen zugleich frühere Beschränkungen wegfallen, wie dieselben nicht nur bei der oftmals gewünschten Errichtung eigener Friedhöfe, sondern auch bei evangelischen Begräbnissen stattfanden. Insbesondere verfügt das Konsistorium, daß die Glocken der evangelischen Kirchen von Seite der Pastorate in christlicher Liebe bei der Beerdigung der Christen aller Konfessionen, welche den Glauben an den dreieinigen Gott und die heilige Taufe in seinem Namen aussprechen, zur Benützung freigestellt seyn sollen. „Ebenso wenig, sagt es, ist evangelisch-kirchlicherseits ein Hinderniß vorhanden, im Namen des Vaters, des Sohnes und heiligen Geistes getauften und im Glauben an den dreieinigen Gott verstorbenen Gliedern anderer christlichen Gemeinschaften die Beerdigung auf evangelisch-christlichen Friedhöfen zu gestatten, und dabei volle Kultusfreiheit für jede im Staat anerkannte christliche Gemeinschaft zuzulassen. Hiebei versteht es sich von selbst, daß es für die Leichen von Christen, deren Taufe die evangelische Kirche anerkennt, keiner abgesonderten Plätze bedarf." Der dritte, vierte und fünfte Punkt des neuen Normale hat die Fälle im Auge, wo bei dem Nichtvorhandenseyn evangelischer Friedhöfe, oder bei der noch nicht vollzogenen Abmarkung eigener evangelischer Friedhofstheile die Beerdigung von Leichen evangelischer Verstorbener auf katholischen Friedhöfen fernerhin zugestanden wird. Hier soll, wenn die alte Begräbnißweise nicht zulässig befunden wird, auf Begehren der katholischen Pfarrgeistlichkeit für die Beerdigung der Leichen evangelischer Christen ein eigener Raum ausgeschieden werden. „Die Herren Prediger, sagt der Konsistorial-Erlaß, werden bezüglich dieser Bestimmungen der Furcht entgegenzutreten haben, als ob möglicherweise das Ansinnen gestellt werden könnte, daß die Leichen ehrbar verstorbener evangelischer Christen auf äußerlich unanständigen, oder durch sonstige Verwendung ein Merkmal der Schande an sich tragenden Räumen beerdiget werden sollen. Abgesehen aber davon, daß das k. k. Konsistorium geneigt ist anzunehmen, daß ein solches durchaus unzulässiges Ansinnen nirgends gestellt, und somit den wohlmeinenden Absichten der hohen Staatsverwaltung nicht entgegen getreten werden wird, müssen sie außerdem noch insbesondere darauf aufmerksam machen, daß der obengenannte Erlaß „auf einen dem Bedürfnisse angemessenen" Theil der Friedhöfe hinweist. Ein dem Bedürfniß angemessener Raum der Begräbnißstätte kann nur derjenige genannt werden, welcher nicht bloß durch seine Größe, sondern auch durch seine übrige Beschaffenheit zur letzten Ruhestätte ehrbar verstorbener evangelischer Christen geeignet ist."

Schweiz.

Bern, 4. Okt. Es besteht jetzt ein lebendiger Verkehr zwischen dem Bundespräsidenten und mehreren Vertretern auswärtiger Mächte bei der Eidgenossenschaft, besonders mit dem französischen Gesandten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Neuenburger Frage und namentlich das Schicksal der Gefangenen Gegenstand der Erörterung ist. Auch der russische Gesandte Baron v. Krüdener, hat im Auftrage seiner Regierung Schritte in dieser Beziehung gethan. (Fr. Postz.)

Großbritannien.

London, 2. Okt. Es scheint nicht, daß die Anwerbungen für die Kolonie am Kap der guten Hoffnung in der deutschen Legion bis jetzt sehr befriedigende Fortschritte gemacht haben. Man verdoppelt die Anstrengungen, und sucht die Soldaten durch jedes Mittel von dem Vortheil der gebotenen Bedingungen zu überzeugen.

Frankreich.

Paris, 3. Oktbr. Man hat in der letzten Zeit sehr viel von eigenhändigen Briefen des Königs von Preußen an Louis Napoleon in Sachen Neuenburgs gesprochen. Wir können nicht wissen, wie es sich damit verhält, das aber wissen wir, daß man sich in Berlin über die Ansichten Louis Napoleons keine Illusionen machen darf. Der Kaiser steht in allen Hauptpunkten auf der Seite der Schweiz; er hat zur Schonung und Milde gegen die Royalisten gerathen; das ist aber auch Alles. Was die Rechtsfrage betrifft, so hat er dem Bundesrath zu wissen gethan, daß er auf seine Unterstützung zählen könne, er hat es sogar gebilligt, daß der Bundesrath die vom König von Preußen gestellte Forderung, die Untersuchung gegen die Royalisten abzubrechen und diese in Freiheit zu setzen, zurückgewiesen hat. (Schw. M.)

Paris, 4. Oktober. Die direkte Verbindung zwischen Paris und Marseille ist endlich hergestellt. Die Lücke, die in Lyon bestand, ist ausgefüllt durch die Vollendung der Quarantänebrücke, welche die beiden Bahnhöfe der genannten Stadt verbindet und die gestern zum ersten Male befahren worden ist.

Paris, 6. Okt. Die Bank beschränkt die Diskontirung der Effekten von über sechszigtägiger Verfallzeit, welche von heute an präsentirt werden. (T. D. d. Schw. M.)

Spanien.

Madrid, 30. Septbr. Graf Benckendorff, der russische Abgesandte, welcher beauftragt seyn soll, der Königin von Spanien die Thronbesteigung Alexanders II. anzuzeigen, wird schon in den nächsten Tagen hier erwartet. Da in diesem Akt eine Anerkennung der Königin enthalten ist, die bekanntlich Kaiser Nikolaus hartnäckig verweigerte, so wird, sobald der diplomatische Schritt erfolgt seyn wird, ein Vertreter Spaniens nach Petersburg geschickt werden.

Den Dieben und Uebelthätern, deren Madrid eine Unzahl beherbergt, wird jetzt eifrig nachgespürt. Die Bandenführer sind fast alle verhaftet; bei einem derselben fand man für 10,000 Piaster Juwelen.

Franz Trautmann.

(Fortsetzung.)

Inzwischen beschäftigte er sich auch mit Malerei. Er hatte längst die Theorie mit der Praxis vertauscht und seit Jahresfrist abwechselnd bei Land- und Stadtgerichten praktizirt. Da finden wir ihn, es war im Jahre 1841, in Possenhofen am Starnberger See wieder, wo er landschaftliche Studien malte. Ein Tourist blieb bei ihm stehen, schaute ihm treuherzig über die Achsel und sprach mit ihm über Dies und Jenes, wodurch sich Trautmann rasch angezogen fühlte. Zwei verwandte Naturen, die lange Jahre in München nebeneinander gelaufen waren, ohne sich zu begegnen, sollten sich hier finden. J. F. Lentner, Sohn des Buchhändlers Lentner in München, hat jetzt einen gefeierten Namen. Damals war er in einem gleichen Kampfe wie Trautmann begriffen. Er schwankte hin zwischen Buchhandel, Kunst und literarischem Streben. Es war im Fischerhause kein freies Stüblein mehr zum Uebernachten übrig. Trautmann theilte sein Lager mit dem neuen Ankömmling, und in derselben Nacht ward zwischen beiden eine innige Freundschaft geschlossen. Die nächste Folge davon war die gemeinschaftliche Herausgabe der „Lesefrüchte." Trautmann ward jetzt wieder literarisch ungemein thätig, und so leicht er auch producirte, so viel Fleiß verwandte er doch immer auf die Ausführung. Im Winter des gleichen Jahres ward von dem großen Künstler-Maskenfeste der Zug Kaiser Maximilians in prachtvoller Weise aufgeführt. Trautmann und Lentner nahmen ebenfalls Theil daran, der Eine als Fackelträger, der Andere als junger Jägersmann. Trautmann hatte überdies „Kaiser Maximilian's Urstände" eigends zu dem Feste gedichtet. Daneben versuchte sich Trautmann auch als dramatischer Schriftsteller. In den „Verstoßenen" behandelte er einen Familienstoff aus der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts. In rascher Aufeinanderfolge schrieb er ein lyrisch-dramatisches Stück, betitelt „Proteus", dessen erste Abtheilung „ein Gang auf den Helikon" heißt und in lyrisch-reizender Apotheose Seidelmann's Hintritt behandelt. Daran schlossen sich mehrere Lustspiele und Dramen, welche auf der Münchener Hofbühne und anderwärts zur Aufführung kamen, so Cagliostro, Schloß Latour, Jugurtha 2c. 2c.

In Folge der literarischen Anerkennung, die Trautmann damals schon fand, fühlte er sich gekräftigt, nunmehr mit dem corpus juris gänzlich zu brechen, und lediglich die schriftstellerische Laufbahn in's Auge zu fassen. Prinz Karl von Bayern suchte gerade einen Sekretär; man richtete sein Augenmerk auf Trautmann. Allein sechs Wochen großer, und in ihrer Art ungewohnter Thätigkeit verliefen, worauf eine nervöse, todesgefährliche,

† **Madrid**, 1. Oktbr. Der „Discussion“ zufolge ist die spanische Regierung, für den Fall das mexikanische Gouvernement sich weigern sollte, den Vertrag bezüglich der Tilgung der Guthaben spanischer Unterthanen zu revidiren, fest entschlossen, mit der größten Energie vorzugehen und auf Ausführung der Konvention zu dringen; eine Flottendivision würde nach St. Juan-Ulloa geschickt werden, um diesen gerechten Reklamationen Nachdruck zu verleihen. Die „Discussion“ behauptet, daß die Expedition aus 2 Linienschiffen, 3 Fregatten, 2 Corvetten und 4 Dampfern bestehen werde.

Italien.

Der Kaiser Franz Joseph hat dem kärglich dotirten niedern Klerus in der Provinz **Pavia** eine Gehaltszulage bewilligt.

Turin, 2. Okt. Am 29. Septbr. starb auf seinem Landgut zu Baveno der Generallieutenant **Giacinto de Collegno**, Senator des Königreichs, ein Mann von seltenen Kenntnissen und ebenso seltener Charakterfestigkeit, Gerechtigkeitsliebe und Geradheit. Er war im Jahre 1794 geboren, und stritt schon jung unter den Fahnen Napoleons I. Er machte den russischen Feldzug als Artillerieoffizier mit. Nach dem verunglückten Umwälzungsversuch von 1821 wanderte er aus und stritt in Portugal, in Spanien, in Griechenland für die Unabhängigkeit dieser Staaten. Als im Jahre 1848 die italienische Revolution ausbrach, nahm er bei der provisorischen Regierung in Mailand die Stelle des Kriegsministers an, welche Stelle er auch später unter dem piemontesischen Ministerium Casati-Gioberti versah. Im Jahre 1852 war er Gesandter Sardiniens am Hofe Frankreichs. (A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus der Herzegowina, 19. Septbr., erfahren wir, daß die Christen der griechisch-schismatischen Kirche wohl die bedauernswürdigsten von ganz Europa seyn dürften. Ihre Erzbischöfe und Bischöfe erlauben sich in den betreffenden Kirchengemeinden Erpressungen, die selbst den türkischen Pascha's als drückend erscheinen. So hat der griechische Metropolit Prokopius in dem Ejalet Bosnien in einem Zeitraum von drei und einem halben Jahre 45,000 St. Dukaten für Kirchensteuern eingetrieben. Die Gemeindeglieder klagten beim Patriarchen, wurden aber abgewiesen, jetzt wandten sie sich an den Sultan und erklärten, daß sie und Viele aus der Gemeinde lieber zum Islam oder zur katholischen Religion übertreten würden, als daß sie sich noch länger vom Erzbischofe Prokopius brandschatzen ließen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 27. Sept. Durch einen Ukas vom 15. d. sind die Gesandtschaften und Konsulate ermächtigt worden, Pässe und Visa Ausländern ohne vorherige Einholung der Regierungserlaubniß zu ertheilen mit Ausnahme derjenigen, denen der Zutritt in die kaiserl. Staaten ausdrücklich verboten, ferner die den russischen Behörden des Auslandes nach ihrem Ermessen und mittelst der ihnen zugegangenen Nachrichten unzuverlässig erscheinen, und endlich Zigeunern, Quacksalbern und ähnlichen Vagabunden. (H. Bh.)

Petersburg, 28. Septbr. Von den kaiserl. Reskripten sind wieder mehrere veröffentlicht worden, unter anderen eines vom 2. September an den Metropoliten von Kiew, worin der Kaiser verheißt: „Binnen Kurzem hoffe Ich, mit Meiner Gemahlin das alte, Gott geweihte Kiew, das Jerusalem Rußlands, zu besuchen, um den heiligen Martyrern in den Katakomben Meine Ehrfurcht darzubringen und Ihren erzpriesterlichen Segen persönlich zu empfangen.“

Amerika.

New-York, 20. Septbr. Jetzt zirkulirt auch ein Präsidentschafts-Programm von der alten Whigpartei, die sich endlich zur Thätigkeit aufgerafft hat. Der Hauptinhalt desselben ist, daß der oberste Grundsatz der Union vor und nach der seyn müsse, alle geographischen Parteifragen zu vermeiden, daß die Regierung diesem Grundsatz in sträflicher Weise untreu geworden sey, daß sich daraus allein die jetzigen Wirren herschreiben, und daß sie **Fillmore**, für den auch die Knownothings stimmen, als den Mann betrachte, der Geist, Muth und Charakter genug besitze, diesem Uebel kräftig entgegen zu treten.

New-York, 24. Septbr. Präsident Pierce hat für die Opfer des gegen Bürger der Vereinigten Staaten auf der Panamabahn verübten Gemetzels eine Entschädigung gefordert. (Man darf aber nicht vergessen, daß die Amerikaner durch ihr anmaßendes Benehmen selbst Anlaß dazu gegeben hatten.)

Die Nachricht von einer Differenz zwischen der mexikanischen Regierung und dem englischen Gesandten zu **Mexiko** bestätigt sich. Ein englisches Geschwader hat Befehl erhalten, nach Veracruz zu segeln und die Forderungen des britischen Gesandten zu unterstützen. — Eine in **Peru** ausgebrochene Revolution ist rasch unterdrückt worden.

Boston, 24. Septbr. Die Bewohner von Ruatan und den andern Theilen Centralamerika's, welche England an **Honduras** abgetreten hat, haben gegen diese Abtretung protestirt und zugleich den General Walker um Hülfe gebeten. — Der Präsident Pierce hat mehreren portugiesischen Konsuln das Exequatur entzogen.

Nach den neuesten Berichten des „Journal de Havre“ aus **Greytown** ist Walker gefährlich erkrankt und zweifelt man an seinem Aufkommen. Die ihn begleitenden Abenteurer desertiren nach allen Seiten und bald wird seine Armee gänzlich aufgelöst seyn.

China.

Die aus **China** gekommene telegraphische Mittheilung, daß der Wechselkurs in Shanghai um 3 pCt. gefallen sey, berechtigt einigermaßen zu der Hoffnung, daß der Silberausfuhr nach dem Osten für's erste eine Schranke gezogen sey.

Afrika.

Berichte aus **Kabylien**, die bis zum 24. Sept. reichen, sind eingetroffen. Die Divisionen Renault und Jussuf haben ein glänzendes Gefecht mit den aufständischen Kabylen gehabt. Die Verluste dieser letzteren waren bedeutend.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 7. Oktober. Trotz der auswärtigen ungünstigeren Notirungen zeigte die Börse eine feste Haltung.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78 7/8 P. 78 5/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 8[illegible]/4 P. 87 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 76 P. 75 1/2 G.; à 5pCt. in Silber b. R. — P. — G.; à 4 1/2pCt. 67 1/2 P. 67 G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P.

---

mehrmonatliche Krankheit eine solche Störung verursachten, daß nach mehreren Rückfällen Trautmann die Stelle dem Prinzen zu Füßen zu legen für gut fand. Der Prinz drückte dem Dichter in einem höchst gnädigen Schreiben sein Bedauern darüber aus, und gab sich der Hoffnung einer baldigen gänzlichen Wiederherstellung hin. Allein die geistige Thätigkeit, der sich Trautmann zu bald hingab, hatte jene Folge, welche in solchen Fällen oft eintritt. Eine tiefe Melancholie, begleitet von der fixen Idee, daß er von Gott verlassen und von den Menschen verfolgt sey, bemächtigte sich des irritirten Gemüthes. Die Angst trieb ihn fort aus München. In einem physisch todtkranken Zustande langte er bei einem befreundeten Advokaten in Pfaffenhofen an. Von tausend Schreckbildern verfolgt, wollte er Hand an sich selbst legen. Aber die bessere Natur siegte endlich. Mählich gekräftigt kehrte er nach München heim. Damals hatten gerade Braun und Schneider in München die „Fliegenden Blätter“ begründet. Die besten Maler und Dichter wetteiferten als Mitarbeiter. Aber Trautmann ging ungerührt daran vorüber. Er war damals mit einer größeren dramatischen Arbeit und dem Plan zu einem romantischen Epos beschäftigt. Den Weg zu jenen Erzählungen aus dem deutschen Mittelalter, in welchen er sich als Meister bekunden sollte, hatte er noch nicht gefunden. Da begegnete ihm eines Tages der treffliche Maler Spitzweg und stellte ihm die Frage, ob er nicht etwas für die „Fliegenden Blätter“ schreiben möge. Ein ungläubiges Kopfschütteln war die Antwort. Weiteres Zureden ward durch die Betheuerung abgeschnitten, daß man sich in den Witzangelegenheiten nicht zurechtfinde. Trautmann schlenderte finster weiter durch den Kapellenhof der alten Residenz. Da tauchte mit einem Male in seiner Erinnerung das Bild der alten Tante Anna auf.

Der Grabhügel, unter dem sie schlummerte, war schon tief eingesunken. Aber er fühlte, wie sie ihn bei der Hand ergriff, und mit sich fortzog bis zum schwarzen Steine des Herzogs Christoph. Dort blieb sie stehen mit ihm. Selige Mahnungen an vergangene Zeiten durchschauerten den Dichter. Der Geist der Tante war über ihn gekommen. Wie damals brach sich seine Phantasie eine Bahn. So recht unmittelbar, gesund und naiv und unbefangen wollte er die Geschichte von Herzog Christoph's Wurf und Sprung schreiben, gerade als wenn er jetzt die selige Tante Anna wäre, und das leuchtende Dichterauge eines Kindes fragend an seinen Lippen hinge. Glühend von dem Entwurf eilte er heim. Es war, als ob er nur niederschreibe, was ihm diktirt werde, als ob eine unsichtbare Gewalt ihm die Hand führe.

(Schluß folgt.)

— G.; à 4pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 3/4 P. — G. **Preussen.** 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 85 1/2 P. 85 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95P. 94 1/2 G.; 4 1/2pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 90 1/4 P. 90 G.; 4 1/2pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2pCt. 91P. 90 1/2 G.; à 4pCt. 99 1/4 P. — G.; 4 1/2pC. 102 P. —— G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 89P. 88 1/2 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3 1/2pCt. 91 1/2 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 3/4 P. 37 1/2 G.; 1 1/4pCt. neue 23 13/16 P. 23 11/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificata 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1215P. 1210G. Neue Bankaktien 327 P. 322 G. Credit-Actien à 5pCt 186 P. 184G. Darmstädler Bankaktien alte 368 P. 366 G.; junge 332 P. 330 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 523 P. 518 G. Mitteldeutsche Creditbank 104 P. 103 1/2 G. Leipziger-Credit- Bank-Aktien 110 1/2 P. 110 G. Frankf. Bankaktian 113 1/2 P. 113 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 242 P. 240 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 136 3/8 P. 136 1/8 G. Neustadt-Weissenb. 104 P. 103 1/2 G. 4 1/2pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 102 3/8 P. 102 1/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 347 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 82 P. 81 1/2 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78P. 77 1/2 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95 1/2 P. 95 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von **1839** 118 1/2 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 101 1/2 P. 101G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine — P. —— G. Badische fl. **35** Loose von 1845 48 1/4 P. 47 3/4 G. Darmst. Loose à fl. **50** 117 1/4 P. 116 3/4 G. à fl. **25** 34 1/4 P. — G. Kurh. **40** Thaler-Loose b. R. 39 1/8 P. 38 7/8 G. Nass. Loose à fl. **25** 33 1/8 P. — G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. 99 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. 119 3/4 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105P. — G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105P — G.
Brem. 50Thlr. Ld.kS. 96 5/8 P. 96 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S — P 88 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104 7/8 P. —— G.
Lond. Lst. 10 k.S. 116 5/8 P. 116 3/8 G.
Mail. i.S.Lr. 250k.S. 99 1/2 P — G
Paris Frs. 200 k.S 93P. 92 3/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Wien fl. 100C. k S. 112 3/4 P. 112 1/2 G.
Wien 3 M. mit 4% 112 1/2 P. 112 1/4 G.
Disconto P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Dem „Nürnb. Corr." wird aus **Berlin**, 5. Oktbr. geschrieben: „Gutem Vernehmen nach ist es im Werke, die Anerkennung der Rechte Preußens auf **Neuenburg** auch von der deutschen Bundesversammlung aussprechen zu lassen. Den „Hamb. N." wird aus **Frankfurt**, 5. Okt. telegraphirt: Wie man vernimmt, hat sich Preußen der Zustimmung deutscher Regierungen behufs einer eventuellen Vorlage am Bunde in der Neuenburger Angelegenheit **versichet**.

§ **Wien**, 5. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) Der Feldzeugmeister Graf **Gyulai** befindet sich seit einigen Tagen in Paris. Seine Anwesenheit in der französischen Hauptstadt hat jedoch keinerlei politischen Zweck, was ich Ihnen zur Berichtigung aller Conjekturen, die an diese Reise geknüpft werden dürften, aus sicherster Quelle mittheilen kann. Der Feldzeugmeister hatte am 1. August einen dreimonatlichen Urlaub erhalten, den er theils zur Reise nach Karlsbad, wo er die Kur gebrauchte, theils zur Reise nach Paris benutzte, von wo er jedoch schon am 20. d. in Mailand zurückerwartet wird, da die bevorstehende Ankunft des Kaisers und der Kaiserin in der Hauptstadt der Lombardei eine Abkürzung seines Urlaubes nothwendig machen. Für die Dauer der Anwesenheit Ihrer Majestäten in Mailand wird die dortige Garnison bedeutend verstärkt werden. Diese Maßregel hat übrigens durchaus keinen politischen Zweck, sondern wird lediglich durch die gegenwärtige numerische Schwäche der dortigen Garnison veranlaßt, die nicht im Stande ist, den in Folge der Anwesenheit der Majestäten verstärkten Wachdienst ausreichend zu besorgen. Vor einigen Monaten bestand die Garnison in Mailand aus drei Infanterie-Regimentern, aus zwei Jägerbataillons, einem Kavallerie-Regiment und den entsprechenden Batterien. Das Infanterie-Regiment Graf Gyulai ist jedoch mit einem Jägerbataillon nach Casale abgerückt, und ein Bataillon v. Heß Infanterie nach Treviso, das andere nach Brescia beordert worden, so daß in diesem Augenblicke die Garnison von Mailand nur aus dem Infanterie-Regiment Ferdinand-Este, einem Bataillon des Infanterie-Regiments Frhr. v. Heß, einem Jägerbataillon und der Kavallerie besteht.

Wien, 6. Okt. Hier eingetroffene Nachrichten aus Genua melden, daß Unruhen an der Gränze zwischen Piemont und Toskana ausgebrochen seyen. Es sind bereits Truppen nach Spezzia abgegangen und hat der Intendant der Ostprovinz Verstärkung verlangt. (T. D. d. Nat.-Z.)

Bern, 7. Oktbr. Die **Eisenbahn-Agitation** im Kanton Waadt ist fortwährend im Wachsen. Sechshundert Volksabgeordnete von 19 Distrikten haben sich in Morges versammelt und die **Volksouverainetät in Gefahr erklärt**. Ferner wurde ein Centralkomite niedergesetzt und eine Adresse an die waadtländischen Behörden und das Schweizervolk beschlossen. (T. D. d. Fr. J.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 281. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 9. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Kürzlich gelangten die Beschlüsse der letzten Konferenz von Abgeordneten lutherischer Kirchenregierungen in Dresden über die Beichte in die Oeffentlichkeit; es wurde dabei der abweichenden Erklärung des sächsischen und württembergischen Abgeordneten Erwähnung gethan. Dieselbe lautet: „Dr. Liebner und Dr. v. Grüneisen erklären, daß sie dem Prinzip der Heilsamkeit und Nothwendigkeit einer Rückkehr zur Privatbeichte mit Ueberzeugung doch nur in dem Maß beizutreten vermögen, daß 1) denjenigen Gemeindegliedern, welche sich aus eigener, innerer Bewegung dazu einfinden wollen, die Privatbeicht angeboten und, damit sie sich gern einfinden, empfohlen werde; 2) solche, welche wegen ihres geringen christlichen Erkenntnißstandes, wegen irreligiöser Grundsätze, wegen unsittlichen Wandels bedenklich erscheinen, von dem Geistlichen zur Privatbeichte berufen werden, und daß mit diesen die in den ältern Verordnungen vorgeschriebene Beichtunterredung (exploratio) vorgenommen werde. Der württembergische Abgeordnete, v. Grüneisen, legte hierbei vorzugsweisen Werth auf durch den 11. Kanon als wünschenswerth bezeichnete Beichtanmeldung bei dem Pastor (Pfarrer) in der dem hl. Abendmahl vorausgehenden Woche und auf die daran geknüpfte Besprechung in freier Form, wie des Vertrauens und Bekennens, so des Vorhalts, Zuspruchs und Trostes. Ob und wie lange auf dem vorerwähnten Wege und unter Anwendung der von der Konferenz mit gewissenhafter Sorgfalt ausgewählten Mittel die dermalen bestehende allgemeine Beichte und Absolution sich mit und neben der wiederkehrenden Privatbeichte und Absolution erhalten, ob und wann jene in diese zuletzt so übergehen werde, daß in der Kirche nur noch Privatbeichte und Privat-Absolution in Geltung und Uebung blieben, und man darin das innerste ideelle Ziel der Beichtanstalt ohne anderweitigen großen Schaden der Kirche verwirklicht sehen könnte — überlassen beide Abgeordnete der weiteren Entwickelung der Kirche und dem sich kundgebenden Bedürfniß der Gemeinden. Auch sprechen dieselben in Bezug auf den 18. Kanon die Ansicht aus, es erscheine ihnen nicht wohl gethan, die daselbst bezeichnete sog. heimliche Versagung der Absolution und Kommunion lediglich dem Pastor (Pfarrer) zu überlassen." (A. Z.)

Nach einer Mittheilung der „Germania" zeigen die Zoll-Einnahmen des Zollvereins vom ersten Halbjahre 1856 eine Mehreinnahme von 1,703,450 Thaler gegen 1854 und von 359,143 Thlr. gegen 1855. Die Hauptsumme für die gemeinschaftliche Theilung betrug nämlich in den sechs ersten Monaten von 1854: 9,170,718, 1855: 10,515,025, 1856: 10,874,168 Thaler oder auf 1000 Köpfe 1854: 281,67, 1855: 322,95, 1856: 333,98.

Bayern. München, 6. Okt. Heute hielt das Generalkomite des landwirthschaftlichen Zentralvereins eine öffentliche Sitzung. Unterfränkische und pfälzische Vereinsmitglieder brachten die Weingallisirungsfrage in Anregung, und es sprachen sich mehrere Stimmen für und wider die „Weinverbesserung" aus. Der Herr Vorsitzende machte hierbei die Bemerkung, daß wohl gerade am meisten von Denen, die selbst Wein gallisirten, der Ruf gegen die Gallisirung ertöne, um so die Aufmerksamkeit von sich abzulenken; und es wurde hierbei zu erkennen gegeben, daß die Akten dieser so wichtigen Frage bezüglich der Zulässigkeit und resp. Nützlichkeit derselben keineswegs als geschlossen betrachtet werden könnten. Besondere Aufmerksamkeit der Versammlung nahm der Vortrag des Hrn. Barons v. Gaisberg über die Hebung des landwirthschaftlichen Kredits in Anspruch. Derselbe beleuchtete zunächst die Gründe, aus welchen die Kapitalien sich vom Grund und Boden ab und der Anlage in Staatspapieren rc. zuwendeten. Es seyen dies vorzüglich 1) die schnelle Umsetzbarkeit der letzteren und 2) die pünktliche und regelmäßige Verzinsung. Diesen Uebelständen könne durch Assoziationen abgeholfen werden, welche als Vermittlerinen zwischen Darlehen-Gebenden und Suchenden einerseits die vereinigten kleinen Kapitalien admassirten, andererseits dieselben wieder in entsprechender Weise an die Borgenden brächten. Die Möglichkeit der Ausführung sey durch derartige prosperirende Institute in Württemberg und Mecklenburg bewiesen. Während die Drainage, dieses so äußerst wichtige Mittel zur Hebung der Agrikultur, viele Kosten und Kapitalien erfordere, mache die Ueberzahl der industriellen Unternehmungen, die gleichsam aus dem Boden hervorwüchsen, ein Gegenwicht, bestehend in Assoziationen zu

---

Franz Trautmann.

(Schluß.)

Trautmann wußte selbst nicht, was und wie gut er geschrieben. Am gleichen Tage ward das Manuskript den Herren Braun und Schneider übergeben, und von denselben acceptirt. Als Herzog Christophs Wurf und Sprung in den „Fliegenden Blättern" zum Abdruck kam, gefiel er allgemein, und der Name des Verfassers ward jetzt zum ersten Male in weiteren Kreisen genannt. Ihm selbst aber war die Bahn geöffnet, auf welcher er vorschreiten mußte. Das erkannte er deutlich, daß die kleine Erzählung in den „Fliegenden Blättern" nur eine Episode aus einem größeren Werke sey, welches er an der Hand der Tante Anna noch zu schreiben habe. So erwuchs ihm die Idee zu seinem später so berühmt gewordenen Buche: „Die Abenteuer Herzog Christoph's von Bayern, genannt der Kämpfer." Ein lebendiges Stück Mittelalter, mit ergreifender Wahrheit geschildert.

Von nun an war Trautmann's ganze Thätigkeit nur Einem Ziele zugewendet. Unablässig verfolgte er dasselbe in allen Erzählungen, die von ihm in den „Fliegenden Blättern", dem „Nürnberger Trichter", der „Hauschronik" oder sonst wo erscheinen mochten. Viele dieser Erzählungen findet man in der „guten alten Zeit" abgedruckt, namentlich „der Wettermacher von Frankfurt," „Thürmers Töchterlein," „Sultan," „Magister Calemälus," „der Meister von Nürnberg." Warum wurden zwei der schönsten Blüthen Trautmann'scher Poesie nicht mit darin aufgenommen? Das Fräulein von Planta, eine Sage wie ein wallendes Rosenblatt, duftig wie goldener Abendschein, und süß melodisch wie der Gesang der Aeolsharfe — und dann Marie Conslans, eine Erzählung aus Frankreichs politisch bewegter Vorzeit, so lebendig und spannend, ja selbst mit französischer Eleganz geschrieben, daneben aber auch wieder mit einem tieferen sittlichen Bewußtseyn, von einem höheren ethischen Gesichtspunkt aus, der den deutschen Autor kennzeichnet. Wir hoffen, daß diese beiden Perlen nicht verloren gehen; sie werden sich den von Trautmann bei Sauerländer erschienenen Schriften würdig anreihen. 1852 kam der Eppelein von Gailingen, 1853 der Herzog Christoph (2. Auflage: 1856), 1855 die gute alte Zeit, 1856 der Petrus Nöckerlein.

Trautmann steht jetzt in seiner besten Manneskraft. Gefördert von der Anerkennung, die er gefunden, wird er noch Herrliches leisten. Er gilt als Gründer einer neuen geschichtlichen Darstellungsweise, welche man am besten als Chronikenstyl bezeichnen dürfte. Seine Verdienste um die Geschichte im Allgemeinen hat die Universität München in glänzender Weise anerkannt, indem sie dem Dichter das Diplom der philosophischen Doktorwürde überreichte. Von der königlichen Familie wird er mit Auszeichnung behandelt. Möge er der Worte allezeit eingedenk seyn, die ihm König Max zurief, als er ihm sein Bild in Gold überreichte: „Denken Sie daran, so oft Sie es betrachten, daß ich ein schönes Buch von Ihnen erwarte."

Gunsten der Landwirthschaft, nothwendig. Ein anderweitiger Antrag, die Errichtung von Magazinen für Lebensmittel betreffend, veranlaßte die Bemerkung Seitens des Herrn Vorstandes, es möge der nur zu allgemein vorgefaßten Ansicht, als ob der Kornwucher resp. der Getraidehandel die Preise vertheure, nicht Vorschub geleistet werden. Bezüglich des Flurschutzes wurde von Hrn. Ministerialrath Wolfanger geäußert, daß zwar Seitens aller Kreisregierungen neuerlich die bestehenden Bestimmungen in Flurordnungen gesammelt und zur Beachtung bekannt gegeben worden seyen, daß aber die Staatsregierung eine Regelung dieser Sache auf dem Wege der Legislation und zugleich eine der in Frankreich bestehenden ähnliche militärische Organisation der Flurwächter wünsche. Dies sey nicht wohl eher möglich, als bis die Organisation der Gerichte sowie die zu erwartenden Polizeistrafgesetze zu definitivem Abschlusse gelangt seyn würden. (N. C.)

Aus der Pfalz, 7. Okt. Professor Riehl aus München weilt seit einigen Tagen wieder in unserer Mitte, um seine im Auftrage Sr. M. des Königs begonnenen Studien über unsere Provinz zu vollenden, und namentlich noch deren architektonischen Denkmalen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sicherem Vernehmen nach wird er die Resultate seiner Beobachtungen wenigstens theilweise auch für das größere Publikum zugänglich machen, indem in nächster Zeit einige wissenschaftliche Jahrbücher Aufsätze von ihm über die pfälzischen Kultur-Zustände bringen werden. (Pf. Z.)

Preußen. Berlin, 6. Oktbr. Die neueste Nummer der „Presse belge“ enthält folgende interessante Einzelheiten über den mehrerwähnten Brief, den der Redakteur der „Patriotischen Zeitung“, Herr Lindenberg, über den Prinzen von Preußen an den Generaladjutanten v. Gerlach geschrieben hat. In dem Briefe soll es heißen, daß der Schreiber (Lindenberg) sich an einen der treuesten Patrioten Preußens wende, um denselben über die Gesinnungen derjenigen Person, welche dem König am nächsten stehe, Aufklärung zu geben. Diese hohe Person habe sich in Minden so wenig patriotisch gezeigt, daß sie Beamte, ja selbst Offiziere davor gewarnt habe, in die Tendenzen der Kreuzzeitungspartei zu fallen, und sie habe sich sogar bis zu sehr harten Aeußerungen über das Organ dieser Partei (die Kreuzzeitung) geben lassen; kurz, diese hohe Person habe sich ausgedrückt wie ein Revolutionär, der mit einer demokratischen Partei kokettirt. Dies beweise, daß die Person, welche dem Throne am nächsten stehe, keine Sympathien habe für die Partei, die doch die Stütze des Thrones selbst und der regierenden Familie sey, und daß man sich unmöglich eine Vorstellung davon machen könne, was eines Tages von einem solchen Manne zu erwarten sey. Ist es nicht stark, daß ein so und so oft und auch mit dem Verlust der Nationalkokarde bestrafter Mensch so über den Prinzen von Preußen zu reden sich erkühnen konnte? Der fragliche Brief soll im Ganzen drei Quartseiten groß seyn. Interessant ist es noch, daß Hr. Lindenberg sich u. A. auch in den größten Lobenserhebungen über den Regierungspräsidenten in Minden, Hrn. Peters, ergeben soll, der ein wahrer Patriot sey, und den er (Lindenberg) dem Generaladjutanten v. Gerlach zu einer ganz besondern Auszeichnung empfehle. Herr Lindenberg, der (wenn wir nicht irren, bereits abgesetzte) Redakteur der „Patriotischen Zeitung“, empfiehlt — empfiehlt den Regierungspräsidenten! Ist das nicht köstlich? (D. A. Z.)

Berlin, 5. Okt. Der jetzt seit drei Monaten in Haft befindliche Theaterdirektor Deichmann wurde vorgestern auf wenige Stunden entlassen, um unter Aufsicht von Polizeibeamten der Beerdigung seines in Köpenik verstorbenen Vaters beizuwohnen. Das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater wird demnächst auf Antrag einiger Gläubiger unter gerichtliche Administration gestellt werden. (H. N.)

Berlin, 6. Okt. Ueber das Verbot der „A. Allg. Ztg.“, das hier fortdauernd große Sensation erregt, bemerkt ein hiesiger Korrespondent der „Bresl. Ztg.“: „Nicht die Artikel der „Allg. Z.“ über Neuenburg, die hier durchaus keinen Anstand erregten, sondern die andauernd preußenfeindliche Haltung eines der Berliner Korrespondenten hat das Verbot der Zeitung in's Werk gesetzt.“ (Nat.-Ztg.)

Die von der Universität Greifswalde getroffene Wahl des Professors Baumstark zum Mitglied des Herrenhauses hat die königl. Bestätigung nicht erhalten.

Mecklenburg. Wie der „Norddeutsche Korrespondent“ vernimmt, ist kürzlich auch in Mecklenburg die Gründung einer Kreditgesellschaft und zwar mit einem Aktienkapital von 10 Mill. Thalern beabsichtigt, die beim Ministerium nachgesuchte Konzession aber von diesem versagt worden.

Anhalt. Dessau, 4. Okt. Der Anhalt-Bernburger Landtag hat gutem Vernehmen nach die Vorlage in Betreff der Anhaltischen Gesammtverfassung ganz so, wie ihn der begutachtende Bericht des deßhalb niedergesetzten Ausschusses zur Annahme empfohlen, genehmigt. (N.-Z.)

Oesterreich. Wien, 3. Okt. Das k. k. Unterrichts-Ministerium gibt sich alle Mühe, im Vereine mit den Bischöfen den Religionsunterricht an den Gymnasien zu heben. Als Folge dieser Bestrebungen ist so eben die Kirchengeschichte für Gymnasien erschienen, von Professor Dr. Feßler verfaßt. (Deutschl.)

Schweiz.

Bern, 3. Oktober. Die Aufhebung der Bourgeoisie in Neuenburg hat in den betroffenen Kreisen eine ziemlich ernstliche Mißstimmung erregt, deren Beschwichtigung Hrn. Bundesrath Frei-Herosé, der als Kommissär wieder nach Neuenburg gereist ist, beschäftigen wird. Da nämlich das großräthliche Dekret über die Vollziehung des Aufhebungsbeschlusses nichts feststellt, sondern sie lediglich dem Staatsrath überweist, so scheinen Besorgnisse bezüglich des Vermögens der Bürgerschaft aufgetaucht zu seyn. In anderen Kantonen, wie z. B. in Bern, bestehen neben den Einwohnergemeinden (der in Neuenburg einzuführenden Munizipalität) auch noch Bürgergemeinden, welche ihre eigenthümlichen Stiftungen und Güter selbständig verwalten. Da von einer solchen im Dekrete nicht die Rede ist, so befürchtet man, das Vermögen der Bürger werde kurzweg den Einwohnern zur Verfügung gestellt werden. Dagegen wird nun aber des bestimmtesten versichert, man denke nicht daran, sich des bürgerlichen Eigenthums und noch weniger frommer Stiftungen zu bemächtigen. (A. Z.)

Bern, 4. Oktbr. Der Bericht des eidgenössischen Untersuchungsrichters Duplan-Veillon an den Bundesrath beschränkt sich auf die Behandlung der Gefangenen in Neuenburg, um eine offizielle Widerlegung der großentheils unwahren Darstellung zu geben, welche in verschiedenen Blättern verbreitet worden ist.

„Heute Nachts von den Bergen zurückgekehrt — so schreibt der Untersuchungsrichter unterm 28. Septbr. 1856 an die in den Schloßgefängnissen verhafteten Gefangenen — wünsche ich zu wissen, ob Sie während meiner Abwesenheit auf angemessene Weise behandelt worden und ob Sie im Allgemeinen etwaige Gesuche an mich zu stellen haben. Wollen Sie, meine Herren, solche in bestimmter Weise aussprechen. Ich zeige Ihnen an, daß Ihnen künftig gestattet seyn wird, jeden Donnerstag und Sonntag Besuche zu empfangen; es versteht sich von selbst, daß diese Erlaubniß in dringenden, Sie oder Ihre Familien betreffenden Fällen stets gewährt werden wird.“

Folgen nun die Zeugnisse der in den Schloßgefängnissen Enthaltenen. Wir beschränken uns darauf, die Erklärungen der zwei hervorragendsten Personen anzuführen. Graf Fr. de Pourtales erklärt mit eigenhändiger Unterschrift:

„Ich danke dem Hrn. Untersuchungsrichter für seine wohlwollende Gesinnung und bin mit der Behandlung von Seiten des Gefängniß-Personals sehr wohl zufrieden. Wegen häufiger Congestionen nach dem Kopfe wünschte ich, wenn es seyn kann, öfter spazieren zu können.“ Fr. de Pourtales.

Graf v. Wesdehlen erklärt:

„Indem ich mich denjenigen Gefangenen anschließe, die vor mir dem Herrn Verhörrichter ihren Dank ausgesprochen für die Theilnahme, die er uns gütigst bezeigt, erkläre ich meine volle Zufriedenheit über die Behandlung, die mir während meines Verhaftes zu Theil wurde.“

Mit der gleichen Sorgfalt und den nämlichen *Rücksichten* sind die in Locle und La Chaux-de-Fonds verhaftet *gewesenen* Personen behandelt worden. Der Briefwechsel der Gefangenen ist frei, immerhin unter dem begreiflichen Vorbehalte der Durchsicht der Briefe durch den Untersuchungsrichter. Wie die Masse der Gefangenen in der Kirche behandelt wurde, mag man daraus schließen, daß durch die Frauen der HH. Staatsräthe Aimé Humbert und Jeanrenaud-Besson eine bedeutende Anzahl von Gegenständen, wie Decken, einige Hundert paar Unterhosen, Hemden, Hosen, Ueberröcke, Handtücher, Mützen und Nastücher an sie ausgetheilt wurden. Denjenigen, denen nicht von ihren Verwandten oder Freunden Wein zukam, wurde solcher in ziemlicher Quantität durch Herrn Jeanrenaud-Besson und andere mildthätige Personen verabfolgt und vertheilt.

Die Gründung eines „Schweizerischen Credit Mobilier in Neuenburg“ wurde vom dasigen Großen Rathe am 2. Oktober einstimmig angenommen. An der Spitze dieser Anstalt stehen neuenburgische Bankiers in Paris, Neuenburg, Locle und La Chaux-de Fonds. (K. Z.)

Dänemark.

* Am 4. Oktober wurde verfassungsgemäß der Reichstag des Königreichs Dänemark zu Kopenhagen eröffnet,

jedoch sofort nach Vornahme der Präsidentenwahl wegen der noch immer nicht gelösten Ministerkrisis bis 1. Dezember wieder vertagt.

Belgien.

Brüssel, 3. Oktbr. Der Gemeinderath von Alost hat beschlossen, eine in sehr energischen Ausdrücken abgefaßte Protestation an die Regierung zu senden, um die „Anschuldigungen" des Bischofs von Gent gegen die Mittelschule und den Lehrkörper jenes Institutes zurückzuweisen. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 6. Okt. Gestern Nachmittag begaben sich der Kaiser und die Kaiserin in offener Kalesche von St. Cloud nach dem Boulogner Wäldchen, wohin das herrliche Wetter eine ungeheure Menschenmenge gezogen hatte.

* Paris, 6. Okt. Man ist auf allen Seiten thätigst beschäftigt, dem Mangel an entsprechenden und verhältnißmäßig billigen Wohnungen für die unbemittelteren Klassen abzuhelfen. Ein sehr großes Terrain, am Eingange der Rue des Ecoles, welches seit drei Jahren als Abbruchs-Bauhof benutzt wurde, bedeckt sich zusehends mit sehr schönen Häusern, die in kleinere Wohnungen abgetheilt werden sollen. Eine Arbeiterstadt wird in der Rue Cherche-Midi gebaut und in mehreren Stadttheilen des 3. Arrondissements am linken Seine-Ufer werden viele Häuser um 1 und 2 Stockwerke erhöht. Auch wird der Gemeinderath demnächst das Abstecken der Straßen Saint-André-des-Artes und Four-St.-Germain vornehmen und dort den Bedürfnissen dieser volkreichen Stadttheile mehr entsprechende Gebäude aufführen lassen. Im 12. Arrondissement endlich wurde kürzlich eine große Arbeiterstadt aufgebaut, die alten Häuser verjüngt und für die neuen Gäste, welche ihnen die Auswanderung zuführt, wohnlich eingerichtet.

° Die Maßregel der französischen Bank, von welcher wir gestern gesprochen haben, ist keine vereinzelte. Eine in diesem Augenblicke aus London ankommende Depesche meldet, daß die englische Nationalbank ihren Diskonto für Wechsel von Verfallszeit von 60 Tagen auf 6 pZt. und für Wechsel von längerer Verfallszeit auf 7 pZt. erhöht hat. Die englische Bank hat mehr im Interesse des Handels ihre Veränderungen eingerichtet, als ihre französische Schwester. Ein Prozent mehr zu bezahlen, ist ein Opfer, das sich der Handel gern gefallen läßt, wenn er nur den auf einen Kredit von drei Monaten begründeten Verpflichtungen Genüge leisten kann, während die Verweigerung dieses Kredits auch für die bedeutendsten Handelshäuser ein sehr harter Schlag bleibt.

Spanien.

Die Madrider Korrespondenz des „Journal des Debats" bestätigt die Aufhebung des auf den Gütern der Königin Christine lastenden Sequesters, und fügt noch einige Details hinzu. Der Vorschlag ging vom neuen Finanzminister Salaverria aus, Rios Rosas unterstützte ihn energisch; Pastor Diaz, Alvarez und Collado gaben ihm bereitwillig ihre Beistimmung; Marschall O'Donnell gab nur das Prinzip zu; Bayarri bekämpfte den Antrag, was nicht zu verwundern ist, da er früher zu der Kommission gehört hatte, welche mit der Untersuchung gegen die Königin beauftragt war. Nach der fast einstimmigen Annahme des Prinzips handelte es sich nur um die Form, und es wurde anerkannt, daß ein kgl. Befehl den Sequester aufheben könne, weil derselbe durch eine ähnliche Maßregel hergestellt gewesen war. Als aber Herr Salaverria mit seinem fertigen Projekt herausrückte, widersetzten sich O'Donnell und Bayarri energisch seiner Redaktion. Derselbe hatte nämlich dem Dekrete ein Exposé vorausgeschickt, in welchem er von der Ungesetzmäßigkeit der Maßregel und dem Zwange sprach, welcher auf der Königin gelastet hätte. O'Donnell wollte davon Nichts wissen, weil hierdurch ein Tadel gegen ihn und Espartero ausgesprochen sey. „Man vergißt heute nur zu sehr, fügte der Marschall hinzu, wie sehr die Umstände damals dringend und gefährlich waren; es ist leicht, zwei Jahre hinterher zu sagen, was man hätte thun sollen, und zu tadeln, was geschehen ist. Das vom Marschall Espartero präsidirte Kabinet hat den revolutionären Strom aufgehalten, welcher drohte, Alles fortzureißen, und der Spanien mit Katastrophen und Ruinen bedeckt haben würde. Die gegen die Königin Christine getroffenen Maßregeln waren eine Nothwendigkeit, und nur durch diese wesentlich temporären Maßregeln haben wir ihr Leben gerettet, vielleicht auch das der Königin Isabella und sicherlich das monarchische Prinzip. Kommen wir auf diese Maßregel zurück, weil wir es heute können, aber kränken wir nicht die, welche, von übermenschlichen Schwierigkeiten beherrscht, den Schmerz hatten, sie der Königin Isabella als letztes Rettungsmittel vorzuschlagen." Der Marschall wollte, daß in den Erwägungen nur gesagt würde, die politischen Verhältnisse, welche den Sequester nöthig machten, hätten jetzt aufgehört. Rios Rosas antwortete dem Marschall: Wenn auch der Urheber des Dekrets in der besten Absicht einem unwiderstehlichen Drucke nachgegeben hätten, so sey doch das Dekret an und für sich schlecht, und könne nicht gerechtfertigt werden; die jetzige Regierung wünsche jede Solidarität mit demselben von sich zu weisen, und dürfe daher sich nicht der Ansicht O'Donnell's anschließen; sie müsse alle Fehler und Irrthümer ihrer Vorgänger verbessern, und mit ihren Prinzipien nichts gemein haben. Man kam endlich überein, das Dekret der Aufhebung des Sequesters ohne weitern Zusatz zu erlassen. Es versteht sich von selbst, daß weder die reinen Progressisten noch die Royalisten mit dieser Abfassung des Dekrets zufrieden sind. Als der Vertreter Englands den neuen Beschluß der Regierung erfuhr, machte er dem Minister Pastor Diaz die Bemerkung, daß eine Rückkehr der Königin Christine von ganz Europa als eine Rückkehr zu der Politik angesehen werden würde, welche in Spanien die unseligsten Wirkungen hervorgerufen hätte und über die sich Europa mit Recht beklagen könne. Herr Pastor Diaz soll aber mit Energie gegen jede Intervention protestirt haben.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Konstantinopel eingetroffene Nachrichten vom 1. Okt. melden, daß die Ankunft des franz. Mittelmeer-Geschwaders, der Schlangeninseln wegen, erwartet werde und daß auch österreichische Schiffe dahin abgegangen seyen. (Nat.-Z.)

Amerika.

* Der Präsident der dominikanischen Republik (auf der Nordseite der Insel Hayti), General Regla Molta, hat eine Amnestie verkündet, wonach allen wegen politischer Rücksichten Verbannten, u. a. auch dem frühern Präsidenten B. Baez die Rückkehr in's Vaterland gestattet ist. „Von nun an, so schließt der Erlaß, soll es keine Parteien, keinen Zwiespalt mehr geben; alle Kinder des Vaterlands seyen Brüder; Ruhe und gemeinschaftliches Glück werde zur Wirklichkeit."

New-York, 20. Sept. Der „New-York Herald" sagt über die englisch-mexikanischen Differenzen: „Vor Kurzem meldeten wir nach Briefen aus Mexiko, daß die Schwierigkeiten zwischen der Republik und dem Madrider Kabinet durch den spanischen Gesandten beigelegt seyen, der dem Präsidenten Comonfort Zugeständnisse gemacht hatte. Die neuesten Berichte aus Spanien aber sagen, daß das Kabinet O'Donnell über jene Zugeständnisse höchst entrüstet gewesen ist, und seinen Gesandten (Alvarez) desavouirt und abberufen hat. Gestern hörten wir nun auch von Schwierigkeiten zwischen dem britischen Gesandten und Comonfort. Ersterer hat seine Pässe verlangt und einen Courier nach Havanna geschickt, um die westindische Flotte nach Veracruz zu beordern, zur Durchsetzung von Forderungen, deren Beschaffenheit uns unbekannt ist. Die gegenwärtige mexikanische Regierung ist einmal nicht beliebt in Europa, und bald hören wir wohl, daß Frankreich es den Engländern und Spaniern nachmacht, und daß Mexiko in eine Verwicklung geräth, welche die schwersten Folgen haben kann."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 6. Oktbr. Die im Glaspalaste befindliche Ausstellung landwirthschaftlicher Produkte und Geräthe war heute äußerst zahlreich besucht. Die Ausstellung ist sehr mannigfaltig, denn alle Sorten von Obst, Garten- und Feldfrüchten, welche in Bayern gebaut werden, alle zum rationellen Betrieb der Landwirthschaft erforderlichen Geräthe und Maschinen sind in den schönsten Exemplaren und Modellen vertreten. Mit dieser Ausstellung ist auch eine Hühnerausstellung verbunden. Der landwirthschaftliche Verein und mehrere Landwirthe haben nämlich ächte Cochinchina, Brahmapoodra, belgische, Straßburger und Zwerghühner, dann mehrere Bastarden von Cochinchina- und Brahmapoodra-Hühner, ausgestellt, welche Beschauer anlocken. (Augsb. Postz.)

Am 4. Okt. kam in München das neue Volksschauspiel von Schleich, dem Herausgeber des „Punsch", „die Bayern in Italien" am Hoftheater zur Aufführung. Die Vorliebe des Münchener Publikum für den einheimischen Dichter hat sich dabei wieder deutlich gezeigt. Denn obschon das Stück gar keine dramatische Handlung hat, keine Verwicklung und Lösung und demnach auch von einer Spannung der Zuschauer keine Rede seyn konnte: so wurde doch dem Verfasser wiederholt der lauteste Beifall gespendet. Dabei muß jedoch anerkannt werden, daß die Sprache des Stückes von Witzen und Wortspielen sprudelt, wie sie Hrn. Schleich so reich und kernig zu Gebote stehen. Das Stück behandelt eine Episode aus dem Leben des bayerischen Kurfürsten Max Emanuel, des Eroberers von Belgrad, als derselbe, dem Herzoge von Savoyen gegen die Franzosen zu Hülfe ziehend, eine von diesen besetzte italienische

Festung belagerte. Einen Fortschritt hat Schleich mit seinen „Die Bayern in Italien“ nicht gemacht, da seine früheren Leistungen ähnlicher Art, wie „Bürger und Junker“ und „Die letzte Hexe“ bei weitem über diesem seinem letzten Werke stehen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Stettin, 3. Oktbr. Zucker. Der Artikel leidet zwar noch unter dem allgemeinen Drucke des Geldmarktes; da der Abzug von fertiger Waare bei den hiesigen Raffinerien dessenungeachtet aber zufriedenstellend bleibt, so sind Preise unverändert und es scheint auch keine weitere Ermäßigung derselben in Aussicht zu stehen. Syrup in matter Haltung, Kopenhagener 12¼ Thlr., Kölner 12 Thlr., Königsberger 11¾ a 11⅞ Thlr., hiesiger 11¼ a 11⅞ Thlr.

Frankfurt, 8. Oktober. Darmstädter Bank- und mitteldeutsche Kreditaktien wurden zu höheren Kursen vom Markte genommen, österr. National, Staatsbahn und span. Fonds blieben preishaltend, österr. Bankaktien und Luxemburger Kreditaktien dagegen wurden billiger verhandelt. Im Ganzen war die Börse in williger Stimmung.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78¾ P. 78½ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 88¾ P. 88¼ G. Metall. alte à 5pCt. 76 P. 75½ G.; à 5pCt. in Silberb. R. — P. — G.; à 4½pCt. 67⅝ P. 67⅜ G.; à 4pCt. 60½ P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56¾ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 85½ P. 85 G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 95P. 94½ G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90¼ P. 90 G.; 4½pCt. 102¼ P. 101¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 99¼ P. — G.; 4½pC. 102 P. —— G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89P. 88½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3½pCt. 90¼ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37¾ P. 37½ G.; 1¼pCt. neue 23¾ P. 23⅝ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1208P. 1203G. Neue Bankaktien 327 P. 322 G. Credit-Actien à 5pCt. 186 P. 184G. Darmstädter Bankaktien alte 381 P. 379 G.; junge 340 P. 338 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 523 P. 519 G. Mitteldeutsche Creditbank 104½ P. 104 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 110½ P. 110 G. Frankf. Bankaktien 113½ P. 113¼ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 243 P. 242 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 136 P. 135¾ G. Neustadt-Weissenb. 103¾ P. 103¼ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 102¾ P. 102¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 347 P. 345 G. Hananer Eisenb.-Aktien — P. 82½ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78P. 77½ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 96 P. 95½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118½ P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 101 P. — G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — P. —— G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅜ P. 47⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 117¼ P. 116¾ G. à fl. 25 34¼ P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39¼ P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 33⅛ P. — G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S. 100P. 99¾ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 116¾ P. 116½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. 119¾ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99½ P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. — G.	Paris Frs. 200 k. S. 93P. 92¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97 P. 96¾ G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112⅞ P. 112⅝ G.
Hamb. MB. 100 k. S. — P 88⅞ G.	Wien 3 M. mit 4% 112½ P. 112¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. —— G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 7. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) JJ. MM. der König und die Königin von Preußen sind mit unseren Majestäten, dem König von Griechenland, dem Großherzog und der Großherzogin von Hessen und unsern höchsten Herrschaften, von Augsburg kommend, diesen Nachmittag 3 Uhr hier eingetroffen, und im Eisenbahnhofe von dem königl. Regierungspräsidenten von Oberbayern, dem kgl. Stadtkommandanten, dem k. Polizeidirektor und dem ersten Bürgermeister begrüßt worden. Die preußischen Majestäten reisen im strengsten Inkognito und haben deßhalb die sonst üblichen Empfangsfeierlichkeiten abgelehnt. Vor dem vor dem Bahnhofe versammelt gewesenen Publikum wurden JJ. MM. mit dreimaligem Hochrufen begrüßt. Der König und die Königin von Preußen wohnen im preußischen Gesandtschaftshotel, wohin sie von unseren Majestäten begleitet wurden. Zu Ehren der hohen fürstlichen Gäste ist diesen Abend Souper bei Sr. Maj. dem König und Theegesellschaft bei Ihrer Maj. der Königin.

Paris, 6. Okt. Die Bank von Frankreich hat weitere Beschränkungen für ihre **Vorschüsse auf Effekten** getroffen; sie schießt bis auf Weiteres nicht mehr als 40 pCt. auf Renten vor und 20 pCt. auf Eisenbahnaktien. Diese Maßnahmen treten von heute an in Kraft. (Fr. J.)

Paris, 7. Oktober. Der heutige „Moniteur“ enthält einen Bericht des Finanzministers **Magne** über die Finanzlage, welcher dieselbe trotz der stattgehabten Kalamitäten als eine gute schildert. Der Bericht rechtfertigt die Maßnahmen der Bank, und stellt die Krisis als eine vorübergehende dar, veranlaßt durch Ueberhäufung von Werthpapieren. Frankreich habe seit 1850 800 Mill. Franken baaren Geldes mehr erhalten, als es ausgeführt habe. Der Bericht sagt ferner, daß die letzte Anleihe zur Deckung der Kriegskosten ausreichen werde, daß die Einnahmen zunähmen und die Abgaben gut einliefen. Die Basis des Budget vom Jahre 1858 werde auf den gewöhnlichen Elementen beruhen. (T. D. d. Nat.-Z.)

Konstantinopel, 29. Sept. Auf telegraphischen Befehl aus London sind 3 Dampfschiffe und 6 Kanonenboote des **britischen Geschwaders** in das schwarze Meer zurückgekehrt. Admiral Lyons bleibt in Konstantinopel. (Fr. J.)

Ueber das **Volksfest in Moskau** am 20. September bringt der Krakauer „Czas“ einen Bericht, nach dem dasselbe nicht ohne bedeutende Unglücksfälle abgelaufen ist. Die Barrieren — so wird dort erzählt — welche die versammelte Menge von den mit den Speisen bedeckten Tischen trennten, sollten auf ein Signal geöffnet werden, welches der General-Polizeimeister mit einer rothen Fahne geben sollte. Das Signal sollte in der zweiten Stunde nach Ankunft des Kaisers und des Hofes erfolgen. Der die ganze Festlichkeit leitende Polizeimeister wollte jedoch zuvor durch eine Probe sehen, wie die ganze Sache gehen werde, und gab deßhalb um 11 Uhr das Zeichen. Aber das Volk verstand keinen Spaß. Die an die Barrieren gedrängten Schaaren hatten seit 5 Uhr Morgens gewartet, mit offenem Munde das bereitete Mahl angestarrt und es mit den Augen verschlungen; kein Wunder daher, daß sie sich das Zeichen des Polizeimeisters zur Nutze machten. Als ob es die Erstürmung einer Festung gelte, so stürzte sich das Volk auf die Tische und keine menschliche Macht konnte es mehr davon zurückhalten. Gebratenes und Gebackenes, Flaschen mit Branntwein und Meth, Stühle und Bänke flogen, wie vom Sturm ergriffen, über den Schaaren der Schmauser umher. Hunderte stürmten gegen die Fontainen los, aus welchen Wein fließen sollte, um schnell einen Trunk zu erhaschen. Die Gerüste, auf welchen diese Wein-Reservoirs angebracht waren, konnten dem Andrange nicht widerstehen, stürzten zusammen und begruben mit ihren Trümmern die Stürmenden. Bei diesem Unfalle blieben viele Todte auf dem Platze, noch mehr wurden schwer beschädigt, Mehrere wurden außerdem im Gedränge erdrückt. Da weder die Polizei noch die Gendarmerie die Ordnung wiederherzustellen vermochten, wurde die Feuerwehr aufgeboten, welche mit Spritzen und Wassereimern den Menschenknäuel entwirren mußte. Mehr als zehn Wagen brachten die Todten und Verwundeten in die Hospitäler. Als der Kaiser gegen 2 Uhr auf dem Festplatze erschien, bot sich ihm der traurige Anblick jener Verwirrung und Vernichtung dar. Er soll dadurch eines erschüttert als erbittert geworden seyn und eine strenge Untersuchung des ganzen Herganges anbefohlen haben.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 282. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 10. Oktober 1856.

* Frankreichs Finanzlage.

Durch die zunehmende Besorgniß der Geschäftswelt wegen der anhaltenden Geldklemme hat sich die französische Regierung endlich veranlaßt gesehen, über die gegenwärtige Finanzlage Frankreichs eine Erklärung zu veröffentlichen, die, in der Form eines Berichtes des Finanzministers an den Kaiser abgefaßt, offenbar darauf berechnet ist, die ängstlichen Gemüther zu beruhigen. Doch dürfte wohl auch hier das Sprichwort zutreffen: „Es ist nicht Alles Gold, was glänzt." Der Bericht rechtfertigt die Maßnahmen der Bank und stellt die Krisis als eine vorübergehende dar, veranlaßt durch Ueberhäufung von Werthpapieren. Der gegenwärtige niedrige Stand der Werthpapiere in Frankreich, behauptet der Finanzminister, rühre lediglich von der übergroßen Anzahl der verschiedensten Arten von Effekten her; die Nachfrage entspreche nicht mehr dem Angebot. Der Minister rechnet aber auf die reichen Hülfsquellen des Landes und auf die Wirkungen der weisen Rathschläge der Regierung. Die Zeit werde bald das Niveau wieder herstellen; denn die Werthpapiere seyen alle solide und ruhten auf ernsten Unternehmungen; nur habe sich die Spekulation vor Uebertreibung zu hüten. Eigentlich hätten die Verlegenheiten der gegenwärtigen Lage ihren Grund in dem Wohlstande selbst und gewissermaßen in dem Uebermaße des Vertrauens, wodurch die Regierung genöthigt gewesen sey, den allgemeinen Anlauf zu zügeln und die Spekulation zurückzuhalten. Nun, das ist eine Ansicht, die wohl Jeder nach seinem Ermessen würdigen mag, die aber jedenfalls an der wirklichen Lage der Dinge kein Jota ändert.

Mehr praktischen Werth hätte wohl das, was der Minister über die Hülfsmittel des Staatsschatzes sagt; denn wenn der Staat wirklich nicht mehr zu neuen Anleihen seine Zuflucht zu nehmen braucht, so bleibt das Nationalkapital ungeschmälert zur Verfügung der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels. Ueber diesen Punkt äußert er sich folgendermaßen: „Das Budget von 1854 wird geregelt; das auf 190 Millionen angeschlagene Defizit reduzirt sich auf 73 Mill. Das Budget von 1855 ist abgeschlossen; es ist zu hoffen, das Defizit werde nicht 50 bis 60 Millionen überschreiten, was im Vergleich mit den fünf vorhergehenden Jahren sehr günstig ist, da hier das Defizit nicht unter 80 Mill. betrug. Man verdankt diese für die schweren Zeiten besonders günstigen Resultate der außerordentlichen Vermehrung der Einkünfte um 63 Millionen, außer den 33 Mill., welche von neuen Steuern herrühren. Zu keiner Zeit offenbarte sich die Produktivkraft der Nation auf glänzendere Weise. Es ist ein Irrthum, dies allein der Ausstellung zuzuschreiben; denn die 6 ersten Monate von 1856 gaben einen beträchtlichen Ueberschuß über die korrespondirenden Monate von 1855. Allerdings gibt der Monat August einen weniger günstigen Vergleich; das rührt aber daher, weil man im vorigen Jahre die Geschäfte beeilte, um die neue Decimensteuer zu vermeiden. Der Monat September wird eine Vermehrung von über 12 Millionen nachweisen. Die Zunahme der früheren Steuer und der Ertrag der neuern belaufen sich für die neun ersten Monaten des laufenden Jahres auf 72 Mill.; auch ist die sehr ernste Hoffnung vorhanden, daß das Budget von 1856 ein wirkliches Gleichgewicht nachweisen werde, ein Beweis, daß das Volksvermögen noch immer im Zunehmen begriffen ist." Das nimmt sich nun auf dem Papier sehr schön aus, ob es auch in Wirklichkeit so ist? Wenigstens wurde der gegenwärtigen Finanzverwaltung Frankreichs schon öfters der Vorwurf gemacht, sie sey ausnehmend geschickt, ein Defizit durch künstliche Rechnerei zu verdecken und ein scheinbares Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe herzustellen.

Sodann ergeht sich der Minister in einer Philippika gegen die Silberausfuhr. „Man hat, sagt er, von Silberexportation gesprochen; das edle Metall ist Gegenstand eines Handels geworden, dessen Zweck ist, aus gewissen Geldstücken ihren Mehrwerth herauszuziehen. Eine solche Operation, welche uns des Baargeldes beraubt, wurde nach den alten Rechten als Münzfälschung streng bestraft; die moderne Gesetzgebung kann nicht ohnmächtig gegen einen solchen Mißbrauch seyn, welcher mit der kommerziellen Freiheit nichts gemein hat. Die Regierung beschäftigt sich ernstlich mit dieser Frage." Mit Strafen ist aber da nicht zu helfen, sondern bloß dadurch, daß man den wahren Grund des Uebels beseitigt, die doppelte Währung. Denn gesetzlich sind in Frankreich 20 Franken in Silber einem Zwanzig-Franken-Stück in Gold gleich. Das war wirklich so, ehe durch die Zufuhren aus Kalifornien und Australien das Gold so bedeutend vermehrt wurde; seitdem aber ist das Gold im Werth gesunken, und nun findet es natürlich Jeder vortheilhaft, in Frankreich Silber gegen Gold zu dem gesetzlichen Tarif einzutauschen und es nach Ländern zu führen, wo es besser bezahlt wird. —

Schließlich faßt der Minister das Ergebniß seiner Erörterung folgendermaßen zusammen: „Die Verlegenheiten sind also nur vorübergehend; die Lage des Schatzes ist ein neuer Beweis dafür. — Die beiden ersten Anleihen sind saldirt, das dritte, welches hinreichen wird, den Krieg zu liquidiren, wird regelmäßig eingezahlt. Die Staatseinkünfte vermehren sich auf niegesehene Weise: die Steuern werden pünktlich eingenommen; das Geld strömt in die öffentlichen Kassen; die Zahlung des letzten Semesters der Rente hat uns mit einer Reserve von 110 Millionen gelassen. Für die Berechnung des Budget von 1858 wird daher der natürliche und normale Zustand des öffentlichen Vermögens zu Grunde gelegt werden."

Deutscher Bund.

Bayern. Speyer, 7. Okt. Seine Majestät der König haben genehmigt, daß — den Anträgen des Verwaltungsrathes entsprechend — die Funktionen des Direktors der pfälzischen Eisenbahnen dem seitherigen Subdirektor, Hrn. Albert Jäger, und die Funktionen des Subdirektors dem Obermaschinenmeister, Hrn. Eugen Mündler, übertragen werden. Gemäß dem Wunsche des Verwaltungsrathes unserer beiden Bahnen wird Hr. v. Denis demselben nach wie vor seinen erprobten Rath und seine reichen Erfahrungen zu Theil werden lassen.

(Pfäl. Ztg.)

Es ist jetzt sicher, daß König Otto von Griechenland nach Athen abreisen wird, ohne zuvor eine Reise nach Paris zu machen. (Fr. Pstz.)

Preußen. Berlin. Mit jedem neuen Quartalwechsel tritt hier von Neuem eine traurige Erscheinung zu Tage, für deren Beseitigung zwar viel fromme Wünsche gehegt werden, aber noch wenig von praktischem Erfolge gethan ist, ich meine den Mangel an kleinen oder sog. Mittelwohnungen und die hierdurch regelmäßig entstehende Obdachslosigkeit zahlreicher Familien. Seit langer Zeit wurde in Berlin nicht so viel gebaut, wie in den letzten Jahren, nie war die Zunahme der Bevölkerung, Dank den gewerberäthlichen Eifersüchteleien und den enormen Steuern für Hausstand ꝛc., so gering als gerade jetzt; doch die in Fülle neu erstehenden Straßen enthalten nichts als Paläste, die kaum im Souterrain und in den Mansarden ein für den „kleinen Mann" erreichbares Asyl gewähren. In der gemeinnützigen Baugesellschaft besitzen wir freilich ein Institut, welches den offenen Schaden zu lindern bestrebt ist; die der Gesellschaft zu Gebote stehenden Mittel sind aber leider in keinem Verhältniß zu der Größe des Uebels, das wohl nirgends schreiender und offener daliegt als in Berlin, wo stets am Quartalsersten eine Menge von Familien in der eigentlichsten Bedeutung des Wortes auf das Pflaster geworfen wird. Nun ist die Behörde zum Einschreiten verpflichtet und man gewährt den Obdachlosen ein einstweiliges Asyl in dem traurigen Aufenthalt des Arbeitshauses, eines in der Volkssprache mit dem Namen „Ochsenkopf" belegten Gebäudes, das der Inbegriff alles Jam-

mers und Elendes ist, wie es nur eine große volkreiche Stadt erzeugen kann. Daß die hier Geborgenen so schnell wie möglich entfliehen und das dumpfeste Kellerloch als Wohnung vorziehen, ist zu erklärlich; nicht selten tritt jetzt auch der Fall ein, daß Handwerker, die mit ihrem Betriebe auf das Innere der Stadt angewiesen, hier aber ein Unterkommen zu beschaffen außer Stande sind, nach Moabit oder einer andern bei Berlin gelegenen Ortschaft ziehen, ihrem Gewerbe aber nach wie vor in Berlin nachgehen müssen. (H. N.)

Großherzogthum Hessen. Aus Darmstadt, 7. Oktbr., wird der „B. B.-Z." berichtet: „Der Verwaltungsrath der Bank hat in seiner Vierteljahrssitzung beschlossen, dem Antrage, die Emission der neuen Aktien mit Rücksicht auf Zeitumstände für jetzt zu suspendiren, nicht nachzugeben, mit der Emission vielmehr schon in allernächster Zeit zu beginnen. Der vorgelegte Rechnungsabschluß wies ein glänzendes Resultat nach, indem er incl. Zinsen einen bis jetzt erzielten Gewinn von über 16 pZt. dokumentirt. Die Gründung mehrerer neuen Kommanditen, wie Smyrna, Konstantinopel, auch Paris ist gesichert."

Baden. Heidelberg, 6. Okt. Der „Schw. Merk." meldet, daß der derzeitige Prorektor, Professor Schenkel, eine Vokation als Prediger an die Ansgari-Gemeinde in Bremen erhalten und angenommen habe.

Kurhessen. Kassel, 7. Oktbr. Die zweite Kammer der Landstände hat in der heutigen öffentlichen Sitzung die Berathung der Geschäftsordnung erledigt und hat der Präsident für die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Sitzung die Berathung des Wahlgesetzes verkündigt mit dem Vorbehalte, nach Maßgabe der endlichen Beschlüsse in Betreff der Verfassung darauf zurückkommen zu können. (Fr.Pstz.)

Oesterreich. Wien, 5. Okt. In den meisten ausländischen Blättern, so sagt heute die „Oesterr. Ztg." in einer zweifelsohne offiziösen Notiz, ist die Nachricht enthalten, daß die kaiserlich österreichische Regierung ein Geschwader aus Pola in das mittelländische Meer abgesendet habe, um an der Demonstration gegen Neapel aktiven Theil zu nehmen. Diese Nachricht ist verfrüht. Bis zur Stunde hat erst der kaiserliche Kriegsdampfer „Elisabeth" den Befehl erhalten, sich in den Golf von Neapel zu begeben, um dort Station zu nehmen.

Frankreich.

Paris, 4. Oktbr. Die Nachrichten, welche die Regierung von Algier erhält, lauten sehr befriedigend. General Jussuff hat durch Bezwingung der Beni-Semail die Gewalt des stärksten Stammes gebrochen. Ein Sturm auf einen hochgelegenen Punkt, wo die Kabylen hinter Steinmauern sich für unbesiegbar hielten, wurde mit Schnelligkeit ausgeführt. Man ist bis in's Herz des unabhängigen Landes eingedrungen; jetzt erst entsteht die Frage, ob man sich mit nomineller Unterwerfung begnügen und heimkehren oder die wirkliche Bezwingung fortsetzen soll; deßhalb geht Marschall Randon auf den Kriegsschauplatz. Indessen sucht man in den bezwungenen Theilen die Herrschaft durch Wohlthaten für die Eingeborenen zu befestigen. Man hat in der Umgegend von Konstantine Quellen aufsuchen lassen, will ein Wasserkastell bauen und die Stadt mit reichlichem Wasser versehen. Sie zählt jetzt bereits 50,000 Einwohner, ist ganz europäisch geworden. Zu dem Zwecke hat die Regierung einen Herrn Gauthremot abgesendet, der mit einem seltenen Talente Wasserquellen zu entdecken begabt seyn soll. Eine andere Wohlthat, welche die Regierung der arabischen Bevölkerung spenden will, sind die Krankenanstalten. Nichts zieht diese in der Naturkunde so unerfahrenen Stämme mehr an, als ärztliche Hülfe. Diese verschafft bei ihnen dem Europäer vor Allem Zutritt, aber sie waren nicht leicht zur Pflege in Spitälern zu verleiten. Im Jahre 1854 hat die Regierung in der Provinz Oran bei Sidi-Bel-Abbas eine Krankenheilanstalt gegründet, welche theils in einem Spitale pflegt, theils den andern Hülfe suchenden Kranken Rath und Arzneimittel ertheilt. Das was die Araber am meisten scheuen, sind Bekehrungen in extremis und verbotene Speisen. Die Regierung hat sich deßhalb aller Einmischung in die Verwaltung enthalten, hat diese Mohamedanern überlassen und übt bloß Kontrole, hat sogar einheimische in Frankreich gebildete Aerzte angewendet. Der Erfolg war gut. Im vorigen Jahre haben 1607 Personen in der Anstalt Hülfe gesucht. Die Kosten werden meist durch Spenden in natura oder in Geld aufgetrieben und fließen reichlich. Frankreich entledigt sich so einer schweren Schuld; es vergilt dem Volke durch Wohlthaten, was es an der Unabhängigkeit des Stammes verschuldete, der ihm durch Lage, Abstammung und Religion mehr als fremd war. (Ostd. Post.)

* Der Tabak-Verbrauch hat von 1839 — 1854 in Frankreich, insbesondere aber in Paris ungeheuer zugenommen. 1839 erreichte der Erlös des Verkaufes dieser Pflanze nur 9,647,783 Fr., 1854 stieg er bereits auf 17,765,236 Fr. Von 1839 — 1854 hat sich in Paris der Verbrauch an Rauchtabak verdoppelt, der Cigarrenverbrauch verfünffacht, dagegen hat sich der Verbrauch von Schnupftabak bedeutend vermindert.

** Das Journal „France-Centrale de Blois" berichtigt die — nach Pariser Journalen von uns mitgetheilte — Biographie des eben in Paris anwesenden birmanischen Gesandten, General v. Orgoni, in nachstehender Weise. Der wahre Name des birmanischen Generalissimus ist Girodon. Er ist nicht in der Vendée, sondern zu Vendôme (im Loire- u. Cher-Departement) geboren, wo er seine Kindheit und seine ersten Jünglingsjahre verlebte, und seine Mutter und seine Tante noch vor wenigen Jahren in fast dürftiger Lage wohnten. Als v. Orgogni, vielmehr v. Orgoni, der Sprößling einer ehrenhaften Familie, die im Jahre 1793 zahlreiche Beweise ihrer Ergebenheit für die Religion gab, vor ungefähr zwei Jahren in Paris war, beeilte er sich, die frommen Frauen zu sich kommen zu lassen und ihnen eine entsprechende Existenz zu sichern. Wir glauben nicht, daß v. Orgoni (Girodon) Offizier in der königl. Garde gewesen sey, noch sonst in irgend einem regulären Corps der französischen Armee diente. Er war noch sehr jung, als er sich gegen 1831 der gefährlichen Expedition der Herzogin v. Berry in der Vendée anschloß. Damals nahm er statt seines Namens Girodon jenen v. Orgoni an, wahrscheinlich um sich den Nachsuchungen der Polizei der Regierung Louis Philipp's leichter zu entziehen. Nach dem unglücklichen Ausgange dieses ritterlichen Unternehmens wurde Orgoni weder eingekerkert noch zum Tode verurtheilt. Er folgte vielmehr dem General Bourmont nach Portugal, wo er an allen Kämpfen dieses kurzen aber mörderischen Kriegs Theil nahm. La Rochejacquelin kam, mit vielen anderen tapferen Vendéern, bei Vertheidigung des legitimen Prinzips unter den Fahnen Dom Miguel's um. Stets der Sache des Unglücks treu, nahm Orgoni sodann spanische Dienste in der Armee Don Carlos' V. und kehrte erst nach Maroto's Verrath — mit dem Grade eines Hauptmanns und mehreren Orden — nach Frankreich zurück. In diese Epoche seines Lebens fallen einige romantische Episoden, die wir übergehen, da das Wahre oft unwahrscheinlich klingt. Kurz darauf ließ er sich, nachdem er die Tochter eines reichen Pflanzers auf der Bourbon-Insel geheirathet hatte, auf dieser Kolonie nieder und hier beginnt die Reihe von Abenteuern, die ihn bis an die Thronstufen eines großen Reichs erhoben, und ihn als ein Hemmniß des Eindringens Englands in Indien hinstellen.

Spanien

Aus Madrid schreibt man vom 1. Oktbr.: „Ein früherer Cortesdeputirter der gemäßigten Partei, Morales Sansestevan, der als politischer Schriftsteller in Ansehen stand, hat sich heute früh durch zwei Pistolenschüsse in den Kopf getödtet. Er spielte seit einiger Zeit an der Börse, und seine Zahlungs-Verbindlichkeiten betrugen angeblich 12 Mill. Realen. Nach der „Epoca" hat man zu Saragossa Falschmünzer, die falsche Billets der Anleihe von 250 Millionen im Betrage von 700,000 Realen verausgabt hatten, sammt ihren Werkzeugen verhaftet."

Madrid, 3. Oktbr. In einem Ministerrathe, dem die Königin präsidirte, wurde beschlossen, die spanischen Unterthanen in Mexiko durch die energischeste Unterstützung vor Schaden zu bewahren. Die ganze Angelegenheit hat nämlich eine neue Wendung genommen. Der Kongreß von Mexiko weigert sich nicht mehr den spanischen Unterthanen die für Sequestration ihrer Güter laut dem Vertrage von 1853 schuldigen Summen zu bezahlen; allein es hat sich herausgestellt, daß die auf dieses Abkommen bezüglichen ausgestellten Schuldscheine durch Verfälschung in's Unglaubliche vermehrt wurden, und daß die mexikanische Regierung somit weit mehr zu zahlen hätte, als wozu sie sich verpflichtet. Sie besteht daher auf Revision des Vertrages von 1853, worauf die spanische Regierung nicht eingehen will. Denn da sich die echten von den falschen Schuldscheinen nicht unterscheiden lassen, so kann die spanische Regierung nicht anders, als auf Bezahlung dringen, will sie es vermeiden, daß spanische Unterthanen empfindlichen Verlusten ausgesetzt sind. Es wird ein beträchtliches Geschwader ausgerüstet, das sich binnen Kurzem in die amerikanischen Gewässer begeben wird. Frankreich hat seine moralische Unterstützung zugesagt, und auch England soll sich in der Sache für Spanien erklärt haben. (K. Z.)

Madrid, 4. Oktober. Die „Madrider Ztg." veröffentlicht nachfolgendes Dekret: „Um meiner vielgeliebten Schwester, der Infantin Donna Maria Luisa Fernanda und ihrem Gemahl Don Antonio Maria Filippe Louis d'Orleans, Herzog v. Montpensier, einen neuen Beweis meiner königlichen Zuneigung zu geben, befehle ich, daß der Prinz oder die Prinzessin, die meine genannte Schwester bei ihrer demnächstigen Entbindung zur Welt bringen wird, der Prärogative eines Infanten von Spanien ge-

nieße, und befehle ich, daß man ihm die dieser hohen Würde gebührenden Vorrechte, Ehren und andere Auszeichnungen gewähre und erweise. Gegeben im Palaste den 1. Oktober 1857. Gez: Die Königin. Gez.: Der Min.-Präs. L. O'Donnell."

Madrid, 5. Oktbr. Der Marschall Narvaez ist heute angekommen.

Italien.

Turin, 3. Okt. Nach einer Mittheilung der „Gazzetta del Popolo" hat die Hundert-Kanonen-Subskription seit der Dauer ihrer zweimonatlichen Eröffnung mehr eingetragen als zur Anschaffung der Hälfte der Stücke, also von 50 Kanonen, erforderlich ist.

Aus **Neapel**, 29. Septbr., wird dem „Sun" geschrieben: „Die sich schon so lange hinziehenden politischen Prozesse sind jetzt ihrem Ende nahe. Das Zeugenverhör ist geschlossen. Gegen vier der Angeklagten hat der Generalprokurator die Todesstrafe, gegen zwei andere 25jährige Gefängnißhaft in Eisen und gegen noch zwei andere Einschließung beantragt, während er für die drei übrigen die Freisprechung verlangt. Die Vertheidigung hat am Samstag Abends begonnen."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 26. Sept. Die vor Kurzem erfolgte Verleihung des Hosenband-Ordens an den Sultan hat ungleich weniger Aufsehen unter den Massen erregt, als im letzten Winter die Uebersendung des Großkreuzes der Ehrenlegion. (N.-Z.)

* Aus **Konstantinopel** wird geschrieben, daß die Aufhebung des dem Kapitän Magnan verliehenen Privilegium für Dampfschifffahrt auf dem Sereth und dem Pruth widerrufen ist. (Auf Oesterreichs Einspruch hatte die türkische Regierung dies vom Fürsten der Moldau ertheilte Privilegium aufgehoben.) Der Finanzminister hat eine neue **Anleihe** von 25 Millionen Piaster (2½ Mill. Gulden) zu 8 pZt. Zinsen und 2 pZt. Kommission mit Rothschild abgeschlossen. — Dem „Journal de Konstantinopel" zufolge wird die **Schlangeninsel**- sowie die **Bolgradfrage** immer ernster, weßhalb denn auch ein großer Theil des Geschwaders unter Lyons Befehl erhalten hat wieder in das schwarze Meer einzulaufen.

Die Euphratesenbahn ist einer englischen Gesellschaft zugestanden worden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 30. Sept. Mittelst Ukas sind den römisch-katholischen Geistlichen vom Militärressort und den zur Armee bestellten Pastoren evangelisch-lutherischer Konfession dieselben Rechte auf Pension für sich und ihre Familien, sowie auf Unterstützungen aus dem Reichsschatze eingeräumt, wie sie für die orthodoxe Feldgeistlichkeit laut Reglement vom Jahre 1832 bestehen. (Nat.-Z.)

Amerika.

William T. Coleman, Kaufmann in San Francisco und gewesener Präsident des **kalifornischen Sicherheits-Ausschusses**, ist in New-York auf Anstehen eines gewissen James R. Maloney, den der Ausschuß aus Kalifornien verbannt, oder dem er, um uns des von ihm gebrauchten euphemistischen Ausdruckes zu bedienen, geboten hatte, „das Land um des Landeswohles willen zu meiden", verhaftet und nur gegen Hinterlegung einer Kautionssumme von 50,000 Dollars wieder in Freiheit gesetzt worden. Die Anklage lautet auf rechtswidrige Ausweisung und auf Ruinirung eines einträglichen Geschäftes.

New-York, 23. Septbr. Der gestern erwähnte Bericht des Vereinigten-Staaten-Kommissärs Corwine, der von Washington aus abgesandt wurde, um eine Untersuchung über die Plünderungen und Ermordungen von Amerikanern auf dem Isthmus von Panama (im vergangenen April) anzustellen, enthält die dringende Aufforderung an die Union, die Landenge von Ufer zu Ufer mit Gewalt in Besitz zu nehmen, als das einzige Mittel, um den Durchgang amerikanischer Reisenden und amerikanischen Eigenthums zu sichern, sowie um Entschädigung wegen der schon erlittenen Unbill zu erhalten. (Das wäre freilich das bequemste für die Amerikaner, wird sich aber doch nicht recht machen.)

Nichtpolitische Zeitung.

Bayreuth, 7. Oktbr. Dieser Tage ist eine Einladung hiesiger Industrieller erschienen zur Theilnahme an einem Unternehmen, das die Vornahme von **Schurfarbeiten nach Kohlen** in hiesiger Gegend bezweckt. Man will Antheilscheine à 10 Gulden ausgeben mit einer Anzahlung von 1 fl. per Stück; der Betrag ist deßhalb so niedrig gestellt, damit der den Einzelnen treffende Verlust, falls die Versuche ohne Resultat bleiben sollten, nicht so schwer trifft. Sobald die nöthige Anzahl Antheilscheine untergebracht ist, wird sich die Gesellschaft konstituiren. (Nürnb. Korr.)

Berlin, 7. Oktbr. Am Kriminalgerichte wird heute und in den nächsten Tagen ein Bild des höchsten Jammers und Schreckens entrollt. Der Tapezierer Schulze war immer ein fleißiger und sparsamer Mann; aber wie sauer er es sich auch werden ließ, so konnte er seine vier Kinder zuletzt doch nicht mehr ernähren. Dabei war die Miethe fällig und der Wirth wollte ihn, da er nicht zahlen konnte, auf die Straße setzen lassen; auch einige Gläubiger drängten den armen Mann hart. Schulze sah keinen Ausweg mehr und in seiner Verzweiflung beschloß er, sich das Leben zu nehmen. Aber seine vier kleinen Kinder, meinte er, könnte er doch nicht hungernd und im Elende zurücklassen. Und nun geschah eine That des Entsetzens. Er brachte zuerst seinen Kindern und dann sich selbst tödtliche Wunden in den Hals bei. Drei Kinder starben schon nach wenigen Stunden, eines und der Vater selbst wurden durch ärztliche Kunst gerettet. Schulze steht nun heute vor dem Schwurgericht Er leugnet nicht. Natürlich bleibt sein Verbrechen immerhin das furchtbarste; aber der soziale Jammer, der sich in den Motiven zur That kundgibt, hat doch auch seine wohlzubeachtende Bedeutung. (D. Allg. Ztg.)

Die an Naturschönheiten reichen, romantischen Alpenthäler von Kappel, nach Vellach und von Seeland nach Krainburg wurden in der Nacht vom 28. auf den 29. Septbr. von einem bedauerlichen Elementarereignisse heimgesucht. Von 10—12 Uhr Nachts entluden sich über die Gemeinden Kappel, Copnig, Lepein, Remschenig, Vellach, Ebriach, Trögern und Seeland Regengüsse und Wolkenbrüche, wie sie selbst den älteren Bewohnern nicht erinnerlich sind. Von unaufhörlichem Donner, Blitz und Hagel begleitet, strömte das Wasser nieder, welches die Vellach, sowie ihre viele Nebenbäche in der kürzesten Zeit derart schwellte, daß der Wasserstand selbst jenen vom 1. Novbr. 1851 weit überragte. Tod und Vernichtung brachen mit dem daherbrausenden, entzügelten Elemente herein. Erd- und Sandlavinen lösten sich von den steilen Berglehnen des engen Vellachthales los; ganze Holzschläge wurden versandet; Häuser, Köhlerhütten, Kohlenmeiler stürzten zusammen und verschwanden spurlos in den Wogen. Andere Gebäude wurden verschüttet; die herrliche, mit so vielem Kostenaufwande erhaltene ärarische Straße von Kappel nach Krainburg ist zerstört und kaum für Fußgänger passirbar; die Brücken sind größtentheils zerstört, die Scarpen zerrissen, die Straße an vielen Stellen geborsten, mit mehrere Klafter hohen, unglaublichen Massen von Kohlen- und Merkantilholz, von Felsblöcken und Lavinengerölle überschüttet. Die Thäler bieten ein trauriges Bild von Verwüstung und Zerstörung. Auch Menschenleben sind zu Grunde gegangen. Am 4. Oktbr. wurden bereits vier Leichen begraben. Die bei dem Unglück umgekommenen wurden mit den Hütten, in denen sie übernachteten, vom Wolkenbruch mit fortgerissen und fanden in den tobenden Fluthen der Vellach den unerwarteten Tod. (D. A. Z.)

* **Paris**, 6. Okt. Diesen Morgen traf die erste — aber ungeheure — Sendung frischer Häringe, in Begleitung einer Unmasse von Makrelen, Plattfischen, Steinbutten und Seealen, in den Pariser Markthallen ein.

Handels- und Börsen-Berichte.

Magdeburg, 3. Oktbr. In Zuckern wegen der Geldkalamität nur wegen der geringen Vorräthe wenig Handel, für Roh-Zuckern erste Produkte sind bei kleinen Posten 13¼ a 13¾ Thlr. bezahlt worden.

Magdeburg, 3. Oktbr. Der Geldmangel hat auf das Engrosgeschäft einen harten Druck ausgeübt, viel weniger aber auf das Detailgeschäft, das bei einem starken Konsumo sich recht lebhaft erhielt Waizen kommt wenig in guter, trockener und schwerer Waare vor. Die Zufahren sind überhaupt nur klein und bestehen gewöhnlich in feuchten, leichten Sorten von 84—86 Pfd. mit etwas Auswuchskörnern; die Preise gehen daher auch weit auseinander von 74 a 84 Thlr. Roggen in guter, schwerer Qualität leicht verkäuflich zu 57 a 59 Thlr. für 2016 Pfd., auch in altem Roggen, wovon wenig am Platze ist, wurde einiges zu 55 a 56 Thlr. pr. 2016 Pfd. umgesetzt. Gerste bei wenigem Angebote gilt 42 a 48 Thlr., schwimmende reell 77 Pfd. wiegende Gerste ist zu 52 Thlr. offerirt. Hafer wird nach Beschaffenheit mit 25 a 27 Thlr. für 24 Scheffel a 52 bis 54 Pfd. bezahlt.

Kartoffelspiritus ist in dieser Woche von den Landbrennereien genügend zugeführt und zu 39 a 38 Thlr. bezahlt worden, pr. Oktbr. bis Novbr. wurde zu 39 Thlr., pr. Novbr.—Dezbr. zu 38 Thlr. gekauft, pr. Januar—Mai und pr. April—Mai k. J. ist zu 36 Thlr. zu haben. Rübenspiritus ist in diesen Tagen sehr verschieden und je

nach dem dringenden oder weniger dringenden Geldbedarf zu 37 a 39 Thlr. loko und pr. diesen Monat abgegeben worden.

Breslau, 2. Oktbr. Getraide. Bei nur mäßigen Zufuhren und ziemlich guter Kauflust war der heutige Markt ziemlich belebt, doch nur bei billigen Preisen sind die offerirten Partien an den Mann zu bringen gewesen. Wir notiren: weißen Waizen 96, 100 a 106 Sgr., gelben 90, 93, 97 a 100 Sgr. Brennerwaizen 70, 75 a 80 Sgr. Roggen 84pfd. 52 Sgr., 85pfd. 53 a 54 Sgr., 86pfd. 55 Sgr., 87—88pfd. 56 a 57 Sgr., 90pfd. 58 a 60 Sgr. Gerste 44, 47 a 50 Sgr. Hafer 27, 29 a 30 Sgr. Erbsen 63, 66 a 70 Sgr.

Oelsaaten stark offerirt und selbst bei herabgesetzten Preisen ohne jede Kauflust.

Köln, 6. Oktober. Rüböl loko faßweise 44½ a ⅞ Thlr. B., in Partien 44 Thlr. B., per Oktbr. 43⅞ Thlr. B, 43⅞ G., per Mai 1857 40 Thlr. B., 40 b.

Waizen eff. per 234pfd. 10½ a 10¾ Thlr. B., per Novbr. do. 9⅞ Thlr. B., do. mit Garantie von 88 Pfd. per Schfl. 10¼ Thlr. B.

Roggen eff. per. 220pfd. 6¾ a 7¼ Thlr. B., gedörrter do. 7¼ Thlr. B., per Novbr. per 214pfd 6⅞ Thlr. B.. 6¼ G., per März do. 6¼ Thlr. B., 6⅛ G.

Gerste hiesige per 200pfd. 6 Thlr. B.

Hafer per 131pfd. 3 Thlr. B.

Spiritus loko 33 Thlr. B., in Partien 32¾ Thlr. B., rectif. 40 a 42 Thlr. per 130 Quart a 90pCt.

Oel angenehm. Waizen fester. Roggen behauptet. Spiritus flau.

Amsterdam, 4. Oktbr. Die Geldkrisis hat insoweit störend auf das Waarengeschäft gewirkt, als die Umsätze sich auf Befriedigung des dringendsten Bedarfs beschränken.

Mit Kaffee blieb es namentlich sehr still, Preise sind aber unverändert.

Thee still, man erwartet den Ablauf der am 23. d. stattfindenden Auktion. Boy ist 50 a 60 cs., Congo 62 a 80 cs., Souchon 62 a 85 cs., Pekko 170 a 250 cs., Ifrim 70 a 120 cs., Joosges 80 a 150 cs. tarirt.

Tabak sehr fest, die Zufuhren waren diese Woche sehr bedeutend. Am 17. d. kommen 100 B. Bisayas, 17 S. Embalema, 15 B. Cuba und 33 B. Java zur Auktion.

London, 4. Oktbr. Der Abschluß der Bank von England ist sehr ungünstig. Bei einer Vermehrung der Staatsdepositen um 1,324,827 L. hat der Baarvorrath um 363,230 L., die Reserve um 846,185 L. ab-, der Notenumlauf um 453,108 L. zugenommen, in Folge dessen war heute die Stimmung für Fonds flau. Consols sanken pr. compt. auf 92⅞, per Novbr. 92⅞—⅞. Die Bank ließ viel verkaufen.

Der heute abgehende Dampfer „Vera" nahm 778,763 L. Silber für China mit, für den Continent sind ebenfalls starke Sendungen abgegangen, auch Gold bleibt für Frankreich und Deutschland gefragt.

Das Kolonialwaarengeschäft Thomas und Henry Gray u. Comp. hat mit 100,000 L Passiva suspendirt.

London, 6. Oktbr. Die Bank hat heute den Diskont auf 2 Monatspapiere auf 6, für 3 Monatspapiere auf 7 Prozent erhöht, in Folge dessen Fonds rasch weichend. Consols pr. Novbr. 91⅞.

Waizen ist 2 sh. gestiegen.

Paris, 6. Oktbr. Die Bank diskontirt von heute an keine Wechsel, die länger als 2 Monat laufen.

Paris, 6. Oktbr. (2 Uhr.) 3pCt. Rente 66,60. Mobiliarbank 1480. österr. Eisenbahn. 785.

Neueste Nachrichten.

** München, 8. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) Zu Ehren der königl. preußischen Majestäten war heute große Tafel bei unseren kgl. Majestäten und wird morgen Familientafel bei König Ludwig seyn. Zu Ehren des Frhrn. v. Manteuffel gibt morgen unser Ministerpräsident Frhr. v. d. Pfordten ein diplomatisches Diner. Herr Ministerialrath Dr. Dazenberger ist zum Mitgliede der Kommission zur Regelung der freien Donau-Schifffahrt, in Folge des Pariser Vertrags, ernannt und wird sich am 11. ds. nach Wien begeben, wo die Kommission ihre Arbeiten alsbald beginnen wird. — Vorgestern ist Herr Legationsrath v. Dönniges wieder hier eingetroffen.

Berlin, 8. Oktbr. Die Preßgesetznormen des deutschen Bundes haben es in den deutschen Herzogthümern Dänemarks zu der eigenthümlichsten Interpretation gebracht. Wie wir in Erfahrung bringen, schreibt das „Buchhändlerbörsenblatt" zur Warnung für deutsche Verleger, sind von Seiten der dänischen Regierung die Zollbeamten daselbst beauftragt, die Zensur hinsichtlich der über Hamburg eingehenden Büchersendungen auszuüben. In Folge dessen werden sämmtliche Pakete gleich jeder sonstigen Waare auf das genaueste auseinander genommen und durchgesehen und wird alles, was die gegenwärtigen Verhältnisse des Landes in antidänischem Sinne (nach zollbeamtlichem Begriff) behandelt, ohne weiteres an die Polizeibehörden zur Konfiskation eingeliefert.

* Frankfurt, 9. Okt. Des jüdischen Feiertages wegen ist heute das Kursblatt von Schwarzschild nicht erschienen. Die Börse war auch nur schwach besucht und der Umsatz von keiner Bedeutung. Darmst. Bankaktien 2. Serie und span. Kreditaktien, Pereire, wurden etwas niedriger abgegeben.

Wien, 8. Oktbr. Die „Oester. Z." hat eine Korrespondenz aus Neapel vom 29. Septbr. Danach hat der König eigenhändig dem Kaiser Napoleon und der Königin Viktoria geschrieben, er wolle die (projektirte) Pariser Konferenz beschicken, um Mittheilung über den Amnestieakt und organische Reformen zu machen. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: P. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 283.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 11. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

In der Zollvereinskonferenz soll u. A. die Bildung von Zollgruppen mit je einer Stimme (z. B. Sachsen und Thüringen, Hannover, Oldenburg und Braunschweig 2c.) zur Sprache gekommen seyn; ob aus Anlaß eines förmlichen Antrags und mit welchem Erfolge habe ich jedoch nicht erfahren.

Bayern. München, 9. Okt. Frhr. v. Wedel-Jarsberg ist als schwedischer außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am hiesigen Hofe ernannt.

(Bayer. Ldbot.)

Annweiler (in der Rheinpfalz), 5. Okt. Die Strohhutfabrik und Strohflechterei, welche hier gegründet wurde, ist bereits in Thätigkeit, und verspricht für unsere Gegend eine Quelle reichlichen Verdienstes zu werden. Neun Lehrerinnen aus dem Schwarzwald, dem Elsaß, Mainz und Wiesbaden geben hiesigen Kindern und Erwachsenen im Flechten von Stroh und Palmblatt, sowie im Zusammenfügen der Geflechte Unterricht, und die vorhandenen Proben zeigen von großer Anstelligkeit und Handfertigkeit der Schüler und Schülerinen. Die Unternehmer wollen alle Sorten Strohhüte, vom ordinärsten bis zum Florentiner und Panamahut liefern. Das Stroh, welches in unserer Gegend wächst, soll zur Fabrikation sehr geeignet seyn. Wenn man bedenkt, daß in den Schwarzwald jährlich hundert Tausende an Arbeitslohn für Strohgeflechte geben, so läßt sich der Vortheil ermessen, welchen die Einführung dieser Industrie dem Westrich bringen wird. Es scheint uns darin das sicherste Mittel zur Beseitigung des Bettels zu liegen. — Die Unternehmer der hiesigen Fabrik gedenken ihr Geschäft so auszudehnen, daß sie 20—30,000 Menschen mit Strohflechten beschäftigen können. Diese Industrie hat vor andern den großen Vorzug, daß die Arbeiten zu Hause, in der Familie, und zur Winterszeit, wo die Feldgeschäfte ruhen, ja sogar während der Bewegung im Freien, gemacht werden können. Dadurch fallen die Nachtheile weg, welche das Zusammengepferchtseyn der Arbeiter in Fabriken für die körperliche und sittliche Gesundheit derselben häufig zur Folge hat. Das im Hause gefertigte Geflecht wird dann in die Fabrik abgeliefert und hier weiter verarbeitet. Manche Familie kann damit während des Winters 80—100 fl. verdienen.

(Pfälz. Ztg.)

Preußen. Berlin, 7. Okt. Der Disciplinarhof beschäftigte sich letzten Samstag den 4. mit dem Prozeß Seiffart. Der Hof urtheilt ohne Geschworene, bei verschlossenen Thüren. Er war präsidirt von Hrn. v. Uhden, erstem Vorsitzenden des Obertribunals. Hr. Seiffart hatte den früheren Abgeordneten Geppert zum Vertheidiger. Wie es allgemein heißt (und wie auch Berliner Blätter bestätigen), ist Seiffart verurtheilt, seine Stelle an der Oberrechnungskammer ohne Pension zu verlieren. Nicht die Wahrheit der Aussagen des Hrn. Seiffart bildete den Gegenstand der Anklage, sondern der Umstand, daß er die ihm bekannt gewordenen Thatsachen der Entwendung der Depeschen nicht dem Gericht oder den Betheiligten mitgetheilt habe. Zu seiner Vertheidigung soll sich Seiffart besonders darauf berufen haben, daß er seinem früheren Chef, dem verstorbenen Ladenberg, Mittheilung gemacht habe. Daß eine disziplinarische Absetzung stattfinden werde, war nach der Veröffentlichung des vielgenannten Seiffart'schen Berichts vorherzusehen. Die Richtigkeit seiner Aussagen in jenem Bericht konnte aber um so weniger in Frage gestellt werden, als der Prozeß Lindenberg dieselben in einem wesentlichen Punkte schon bestätigt hatte. Hr. Seiffart wird noch an das Staatsministerium appelliren, was ihm voraussichtlich wenig helfen wird.

(Schwäb. Merk.)

Die Stadt Potsdam hat dem General von Wrangel das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Schweiz.

Bern, 6. Okt. Die Neuenburger Frage wird an Bedeutung von derjenigen verdrängt, ob Waadt sich dem Bundesbeschlusse, betreffend die Richtung der Westbahn über Oron, zu fügen habe oder nicht. Wer hätte je geglaubt, daß eine solche Frage nur aufgestellt werden dürfte in einem Lande, wo die Mehrheit innerhalb Verfassung und Gesetz König ist? Wirklich scheut sich ein freilich mit der Centralbahn eng verbundenes Blatt nicht, Waadt die Wahl frei zu stellen, ob es sich fügen oder sich wehren wolle.

(Schw. Merk.)

Bern, 6. Oktober. Die Opposition, die sich in einem bedeutenden Theile des Kantons Waadt gegen die Entscheidung des Westbahn-Konfliktes durch die Bundesversammlung gebildet, hat sich förmlich organisirt. Während die Hauptstadt Lausanne Freudenfeuer auflodern ließ, ging von Morsee die Losung zum Widerstande aus, und alsbald bildete sich in verschiedenen Theilen des Kantons eine besondere Organisation des Widerstandes, geleitet von Yverdon und Vivis aus. Auf gestern war eine Versammlung nach Morsee ausgeschrieben, an der etwa 600 Abgeordnete aus 16 Bezirken des Kantons erschienen und den Beschluß faßten, einen Central-Ausschuß niederzusetzen, der aus je einem Abgeordneten der 19 Bezirke bestehen und das Ganze leiten soll. Zugleich ward eine Proklamation an das waadtländer Volk erlassen des Inhalts: „Die Versammlung, stark durch die von 27,000 Waadtländern kundgegebene Meinung und im Anschluß an die einstimmige Protestation der waadtländischen Deputation, erklärt: daß sie den Bundesbeschluß (vom 20. und 23. Sept.) nur als das Resultat einer dem Interesse der Waadt sowohl als den Gesammtinteressen der schweizerischen Eidgenossenschaft feindlichen parlamentarischen Coalition betrachten kann. Das Centralkomite ist beauftragt, die Organisation des Komite den obersten Kantonsbehörden mitzutheilen und denselben im Namen des Landes zu danken für Alles, was sie bis auf diesen Tag gethan, so wie dieselben seiner energischen Unterstützung zu versichern für alle Maßregeln, die sie zum Schutze der Ehre und Souveränetät des Kantons treffen mögen."

Großbritannien.

* Nach Berichten aus London war der Verkehr in Gold und Silber während der letzten Woche sehr bedeutend und zeigt die große Quantität, die ausgeführt wurde, um den Bedürfnissen des Auslandes zu genügen. Die Einfuhr von edlen Metallen bis Samstag betrug im Ganzen ungefähr 370,000 Pfd. Sterl., während die Ausfuhr wenigstens 1,800,000 Pfd., vielleicht sogar 2 Mill. Pfd. St. beträgt. Die assekurirte Ausfuhr allein stieg auf mehr als 1,400,000 Pfd. St., wozu noch das tritt, was bei der Bank von England erhoben wurde und täglich an 40,000 Pfd. St., Samstag sogar 160,000 Pfd. St. beträgt. Sonderbarer Weise wurde vorgestern bei der Bank durchaus kein Gold erhoben.

* Während die englischen Blätter von der Nothwendigkeit sprechen, unverzüglich Fahrzeuge nach Neapel zu schicken, um die englischen Angehörigen zu beschützen, da es keinem Zweifel unterliegt, daß die Hofpartei, an deren Spitze Compagnia steht, Auftrag erhalten habe, die Lazzaronis zu organisiren, und die Lazzaronis gewisser Stadtviertel bereits Geld vom Hofe bekommen haben, um das Eigenthum derjenigen anzufallen, die man ihnen bezeichnen wird — weist ein Korrespondent des „Constitutionnel" (den das offiziöse Journal als einen glaubwürdigen Mann und feinen Beobachter bezeichnet) die Anschuldigung, als habe der König von Neapel — wie dies englische Journale behaupten — den Lazzaronis auch am 15. Mai 24stündiges Plündern versprochen, mit den Worten zurück: „Ein solches Versprechen kömmt nie über die Lippen eines Souverain!" Ebenso verschieden schildern die Korrespondenzen der englischen und französischen Journale die in Neapel herrschende Stimmung. Während erstere von großer Aufregung der Hauptstadt Neapels sprechen, schließt der Berichterstatter des „Constitutionnel" in nachstehender Weise: „So enge das Volk von

der chinesischen Mauer eingeschlossen ist, mit der man es umgab, so drang doch etwas von der gegenwärtigen Krise bis zu ihm. Es weiß aber nur unbestimmt, daß Frankreich und England dem König dringliche Vorstellungen machten und er nicht darauf einging; es hörte sagen, daß vielleicht demnächst ein vereinigtes Geschwader im Golf erscheinen werde. Aus diesen Vorfällen können Friede oder Krieg, die Aufrechthaltung des gegenwärtigen Regiments oder mehr oder weniger wichtige Aenderungen in der Konstitution des Landes hervorgehen. Und dennoch berührt dies das Volk in Neapel (in den Provinzen scheint man empfindlicher) fast nicht; es scheint, als habe es kein Gefühl für das Uebel mehr, das es verschlingt, als habe es im Schiffbruche seiner Illusionen selbst den Schein der Hoffnung aufgegeben."

London, 7. Oktbr. Das Parlament ist heute von neuem vertagt worden, und zwar bis zum 13. November.

Frankreich.

* Paris, 8. Okt. (Revue auf dem Marsfelde.) Das fast sprüchwörtlich gewordene Glück, mit dem die Witterung stets die Napoleon'schen Feste und militärischen Schauspiele begünstigt, bewährte sich auch heute. Die ganze Nacht regnete und wetterte es ganz abscheulich, aber gegen Mittag heiterte sich das Wetter auf und die Pariser Bevölkerung machte sich dies gerne zu Nutzen, um dem Marsfeld und allen Punkten, wo man die Revue oder doch den Kaiser sehen zu können hoffen durfte, in endlosen Zügen zu Fuß, zu Pferd und zu Wagen zuzuströmen. Die Infanterie, bestehend aus den Garde-Jägern, dem Genie, den Zouaven, Voltigeurs und Grenadieren, war in 8 Kolonnen aufgestellt, während die Kavallerie, Guiden, Jäger und Cuirassiere zwei Linien einnahmen. Die Artillerie und der Gardetrain war hinter der Reiterei und die Hundert-Gardes seitwärts vor der Jenabrücke aufgestellt. Der Kaiser, in Generallieutenants-Uniform, erschien wenige Minuten nach 2 Uhr. Zu seiner Rechten ritt Prinz Napoleon, Prinz Adalbert v. Bayern (in Cuirassier-Uniform) zu seiner Linken, ein glänzender Generalstab, worin man die Marschälle Vaillant, Magnan, General Lawoestine u. s. w. bemerkte, folgte. Sodann kam in offener Kalesche, von Guiden eskortirt, die Kaiserin, welche den kaiserlichen Prinzen in ihren Armen hielt. In einer der darauffolgenden Equipagen befand sich die schöne Infantin, Prinzessin von Bayern. Sowohl die Truppen, als die enorme Zuschauermenge begrüßten II. MM. mit dem lautesten Beifallrufe: „Es lebe der Kaiser, die Kaiserin, der kaiserliche Prinz!" Gegen 4 Uhr war die Revue zu Ende. Mehrere Bataillone der Grenadiere und Voltigeurs trugen bereits rothe Beinkleider, die, statt der blauen, auch bei der Garde eingeführt werden sollen.

* Mehemet Ali Pascha, einer der ersten Minister des Sultans, ist so eben in Paris angekommen. Man vermuthet, daß es sich um Unterhandlungen in Betreff der Donaufürstenthümer handle.

Paris, 8. Okt. Der Kaiser empfing gestern den Prinzen Adalbert von Bayern in St. Cloud.

* Die Expedition nach Kabylien verleiht nachstehenden Details über dieses Gebiet Interesse: Dieses prächtig angebaute Land ist mit Olivenbäumen und Frucht Feldern bedeckt und die Gebirge bergen große mineralische Reichthümer. — Von 2 Flüßen durchströmt, im fruchtbarsten Theile Afrikas gelegen, hat es bei einer Oberfläche von mehreren tausend □ Meilen nur 700,000 Einwohner. Die Kabylen sind nichts anderes als die quinque gentes der Ureinwohner, die den Römern so viel zu schaffen machten. — Kaiser Maximian zähmte sie endlich und verringerte ihre 5 Stämme auf 4. — Bis jetzt gelang es keinem Häuptling, ihnen eine geregelte Herrschaft aufzuerlegen; sie bilden so zu sagen, eine kleine Föderativ-Republik und erkennen keine anderen Chefs an, als jene, welche sie gelegentlich wählen. — Die Araber, von welchen sie geplündert und bestohlen werden, verabscheuen sie und rächen sich, wenn sie können, grausam, denn sie sind rachegierig. — Man zweifelt in Algier, ob es gelingen werde, sie so leicht wie die anderen algierischen Völkerschaften, der Civilisation zugänglich zu machen, und es wird, um sie im Zaum zu halten, während der ersten Jahre einer Okkupation von 40—50,000 Mann bedürfen. Deßhalb wäre es vielleicht am besten, das „Transtulisti" des Kaisers Maximian nachzuahmen und sie und ihre Heerden an die Gränze der Sahara zu verpflanzen. Ihr Land wäre ein herrlicher Colonisations-Ort, besonders, wenn es durch die Eisenbahn von Algier nach Philippeville belebt würde, deren Vorarbeiten, gerade wegen der Feindseligkeit dieser Kabylen-Völker nicht vollendet werden konnten.

* Die Compagnie-franco-americaine vermehrt ihr Kapital (von 18 Mill.) auf 60 Mill. durch Ausgabe von 84,000 neuen Aktien zu 500 Fr. jede, zur Uebernahme des transatlantischen Dampfschifffahrts-Dienstes.

Paris, 7. Okt. Seit einiger Zeit ist das Zirkular des Fürsten Gortschakoff das politische Ereigniß des Tages. Die englische Tagespresse hat es sehr strenge beurtheilt, und die Würdigung, welche es von Seiten derjenigen Pariser Blätter erfahren hat, die als Organe der Regierung betrachtet werden, war wenigstens keine freundliche. Wir sind der Ansicht, daß sich der russische Minister allzu sehr von seinen Sympathien für Griechenland und Neapel beeinflußen ließ. Rußland, indem es hintendrein dem Gortschakoff'schen Zirkular einen modifizirten Zweck unterlegte, scheint gefühlt zu haben, daß dieses Zirkular, obwohl keineswegs ohne Geist und Geschick geschrieben, doch geeignet war, seines ersten und letzten Zwecks zu verfehlen: Es hat Rußlands Schützlinge in Italien offenbar nur in eine schlimmere Position versetzt, indem es einer zweifelhaften und sicherlich nicht ganz leeren Demonstration gegen Neapel den verständlichern Sinn einer Aktion zum Schutz Europa's gegen eine neue Verbreitung Rußlands zu Gunsten des absoluten Regierungssystems in seiner Ausartung gegeben hat. (Allg. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Volo, 31. August. Der Zustand unserer Provinz (Thessalien) ist ein beklagenswerther; die Räuber verheeren in mehr oder minder beträchtlichen Banden das Land in allen Richtungen. Der Schrecken der Bewohner ist so groß, daß sie sich aus ihren Dörfern nur gleichsam verstohlen auf das Feld hinauswagen, um ihre Ackerbauarbeiten zu verrichten. Eine Bande

---

Die Grand Jury und das Castle Garden-Emigranten-Depot in New-York.*)

(Ein Leitartikel der „New-York Evening Post.")

Da die Aufmerksamkeit der Grand Jury auf die Verwaltung des Emigranten-Depot zu Castle Garden durch gewisse gegen einige Beamte desselben anhängig gemachte Klagen gerichtet wurde, fühlte sie sich bewogen, dasselbe zu besuchen, um durch persönliche Inspektion sich zu vergewissern, auf welchem Grunde die Beschuldigungen gegen die Commissioners beruhten. Sie nahm die Gelegenheit wahr, als ein Auswandererschiff seine Passagiere in den Garten absetzte und wurde Zeuge von dem bewunderungswürdigen Systeme, welches zum Schutze der Auswanderer gegen die Runner und Gastwirthe, sowie zu deren billigen und schnellen Weiterbeförderung nach ihren Bestimmungsorten im Westen oder anderswohin, angewandt wurde. Diese und andere Züge des dem Publikum zugänglichen Etablissements werden in einem an die Court of Sessions gestatteten Berichte sehr gerühmt.

Während des Besuchs war indessen die Grand Jury Zeuge einer anderen Scene, welche weniger Freude gewährte. Vor den Thoren des Gartens trieben sich Runner, Passage-Mäkler (passage-brokers) und Wirthshaus-Agenten haufenweise umher, bereit über die herauskommenden unglücklichen Auswanderer herzufallen. Wenn sie diese nicht ihres Geldes, ihrer Kostbarkeiten, Tickets, Gepäckmarken und dergl. berauben konnten, suchten sie dieselben, wenn nicht die Polizei dazwischentrat, durch Hohn oder

*) Die schreienden Mißbräuche, welche die sog. Runners in der Behandlung der zu New-York landenden Einwanderer sich zu Schulden kommen ließen, riefen die „Deutsche Gesellschaft," sowie verschiedene andere mit ihr in Verbindung stehende Anstalten zu New-York hervor, die sich den Schutz der dort landenden Einwanderer zur Aufgabe setzten. Zu diesen Anstalten gehört unter Andern auch das Einwanderer-Depot in Castle-Garden, das den Runners freilich längst ein Dorn im Auge ist, da sie ihr elendes Handwerk dadurch stark beeinträchtigt sehen. Ihre Verläumdungen der Anstalt gingen so weit, daß man endlich die Angelegenheit vor die Grand Jury — die in hohen Ehren stehende volkssouveräne, anklagende Körperschaft — brachte und diese veranlaßte, Castle-Garden offiziell zu besuchen, um selbst von den sämmtlichen Einrichtungen, wie der Art des Geschäftsganges Kenntniß zu nehmen, an Ort und Stelle Zeugen zu vernehmen rc. Das ist geschehen, die Grand Jury blieb einen halben Tag und hat das Ergebniß ihrer Wahrnehmungen in einem von ihrem Vormanne in der Court of Sessions abgegebenen, in allen Zeitungen publizirten „Presentement" Jedermann zugänglich gemacht. Letzteres enthält eine getreue Schilderung der Verhältnisse, wie sie wirklich sind, und daneben eine so beißende Kritik der begangenen Pflichtvernachlässigung, eine so nackte Bloßstellung des Motivs der Anklagen, wie in einem amtlichen Dokumente sonst nur selten möglich ist. Der oben stehende Leitartikel der „Evening Post" liefert ein bezeichnendes Beispiel, wie die unabhängige Presse das Faktum auffaßt.

von vierzig Räubern, an deren Spitze sich der berüchtigte Kyriakos befindet, und welche von der türkischen Regierung unter der Bedingung amnestirt worden war, daß sie Janina nicht verlasse, ist aus dieser Hauptstadt von Epirus entflohen, um ihre Verheerungen aufs neue zu beginnen. Sie hat sich in Thessalien mit andern Banden vereinigt und begeht alle Arten von Gräuelthaten. In den letzten Tagen steckten diese Schurken das Dorf Avaritza in Brand und verstümmelten Hirten, indem sie ihnen die Beine bis an's Knie abschlugen, auf die gräßlichste Weise; unsere Regierung aber scheint nicht die Macht zu haben, solche Uebel von uns abzuwehren. (Allg. Z.)

Von der südslavischen Gränze, 29. Sept. In Bulgarien ist die Bevölkerung in großer Aufregung; eine Deputation aus 42 Städten und größeren Gemeinden hat in Konstantinopel dem Großvezir Aali Pascha eine Denkschrift überreicht, in welcher sie bitten, daß ihnen die Bewilligung zu einer großen Volksversammlung gegeben werde. (Fr. J.)

Aus Bulgarien, 27. Sept. Der Kampf zwischen den Fanarioten (Griechen) und dem niedern slavischen Klerus ist nunmehr entbrannt. Seit Jahrhunderten bringen die Fanarioten die schönsten Pfründen käuflich an sich, dulden in ihrem Kirchensprengel keine Bücher in bulgarischer oder serbischer Sprache, ja der Gräcisirungseifer des Metropoliten Neofit von Turnowa geht so weit, daß er die Werke aus der Druckerei des österreichischen Patriarchen Rajacic als ketzerisch öffentlich verbrennen ließ, eben so auch einige bulgarische Inkunabeln aus dem 9 (?) Jahrhundert. Der Turnowaer Lehrer Kosta Gejarewitsch protestirte gegen einen solchen Vandalismus; er wurde sofort eingekerkert, und nur den Bemühungen des österr. Konsuls v. Rößler aus Rustschuk ist es gelungen, daß er frei wurde. Der Aufstand in Grabowa ist das erste Symptom, daß die slavische Geistlichkeit und Bevölkerung das Joch der im Solde der russischen Synode stehenden Fanarioten abzuschütteln gedenke. Der Patriarch von Konstantinopel und die Metropoliten in den Ejalets können dem Uebel nicht mehr steuern, und es hat den Anschein, als ob eine religiöse Erhebung der Slaven den Beweis liefern dürfte, daß nicht die türkischen Reichsgrößen, sondern die hohe fanariotische Geistlichkeit zur Ausrottung des slavischen Elements das Messer an die Wurzel gesetzt habe, welches die Slaven den Fanarioten jetzt aus der Hand reißen wollen. (Oesterr. Z.)

Die zu den Türken haltenden Kutschier haben am 28. Sept. die zu Montenegro haltenden Bewohner des Dorfes Bigoich angegriffen und sollen zehn Köpfe nach Podgorizza gebracht haben. Der Bruch des Waffenstillstandes soll von Skutari (Sitz des türkischen Pascha) ausgegangen seyn. (Deutschl.)

Rußland und Polen.

* Rußland umfaßt nach der beendeten neuesten Volkszählung 63 Millionen Seelen. Darunter figurirt der russisch-griechische Klerus mit der ungeheuren Zahl von 510,000 Seelen; der tolerirten Kulten mit 35,000, der Erb-Adel mit 540,000 Seelen, der Beamten-Adel mit 155,000, der höhere Bürgerstand einschließlich der verabschiedeten Soldaten mit 425,000, die Fremden mit 40,000, die verschiedenen Kosacken-Kolonien am Ural und dem Don, der Wolga, dem schwarzen Meere, dem Baikal, die reg. Baschkiren und Kalmüken mit 2 Millionen. Die Städtebewohner (mittlere und untere Klassen) mit 5 Millionen, die Landbevölkerungen mit 45 Millionen, die nomadischen Stämme mit 500,000 Seelen, die transkaukasischen Besitzungen mit 1,400,000, Polen mit 4,200,000, Finnland mit 1,400,000, die amerikanischen Kolonien mit 71,000 Seelen. Die Volkszählung bei der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus ergab nur 51 Millionen Seelen und wird — wenn diese Progression anhält — 1900 die Einwohnerzahl auf 100 Millionen gestiegen seyn. Das russische Reich enthält 112 verschiedene Völkerschaften, die in 12 Hauptracen zerfallen, deren zahlreichste die slavische ist, welche die eigentlichen Russen, die Polen, Kosacken und serbischen Kolonien des Dnieper umfaßt.

Petersburg, 30. Septbr. Der ganze Reiseplan des Kaisers und der Kaiserin ist geändert; sie haben die früher beabsichtigte Wallfahrt nach Kiew aufgegeben und werden dieselbe vielmehr nach dem Kloster des hl. Sergius in Troitza antreten, das nur 60 Werst von Moskau entfernt ist; von da werden sie sich nach Tula begeben. Am 5. Oktober wird die ganze kaiserliche Familie in Petersburg zurück seyn. Ihr feierlicher Einzug, der dem in Moskau durchaus gleichen wird, wird am 9. oder 10. Oktober stattfinden.

Amerika.

Als ein Beitrag zu der Geschichte der Preßfreiheit in den amerikanischen Sklavenstaaten verdient erwähnt zu werden, daß ein Postmeister in Virginia vor Kurzem in Anklagezustand versetzt wurde, weil er die „New-York Tribune", ein abolitionisches Journal (das gegen die Sklaverei schreibt) an dessen Abonnenten befördert hatte.

Asien.

Nach dem „Moniteur de l'Armee" hat der Schah von Persien ein Militärkollegium für den Unterricht junger Leute errichtet. Es befindet sich in der, in der Nähe seines Palastes gelegenen Citadelle von Teheran. Der dort ertheilte Unterricht besteht in Mathematik, Planzeichnen, den Grundsätzen der Kriegskunst und der französischen Sprache, die unumgänglich nothwendig ist, da das Kommando merkwürdiger Weise in französischer Sprache geführt wird. Die Schule steht unter der besonderen Oberleitung von Aziz Ihan, dem Generalissimus der persischen Armee, Direktor der Anstalt ist der General Mehemet Khan, und Studiendirektor ein französischer Ingenieur, ein ehemaliger Zögling der polytechnischen Schule von Paris. Derselbe ertheilt auch den Unterricht in Mathematik, Zeichnen und Topographie. Die Zahl der Zöglinge ist auf 200 festgesetzt. Der Schah wohnt häufig den Prüfungen bei, stellt Fragen in französischer Sprache, die er kennt, und theilt Preise aus, die in goldenen und silbernen Medaillen bestehen. (K. Z.)

Afrika.

Nach Privatbriefen ging die heurige Verstärkung der innerafrikanischen Mission am 11. Sept. von Alexandria nach Kairo ab. Die Absahrt nach Chartum ist noch nicht bekannt. An letzterem Orte, als dem Hauptsitze der Mission, beabsichtet Dr. Knoblechner eine Dampfmühle zu errichten. So wird Chartum in Kurzem der Heerd christlicher Gesinnung und europäischer,

---

Neckerei zu belästigen, oder sie vergriffen sich sogar an ihnen. Die Grand Jury berichtet: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß von Seiten der Polizei, unter geeigneter Beobachtung der ihr obliegenden Pflicht, dieses bunte, lärmende und gefährliche Gewühl gänzlich auseinander getrieben und an einer Wiederversammlung verhindert werden kann."

Am Schlusse wird gesagt: Nachdem sie (die Grand Jury) die zufriedenstellende Gewißheit erlangt hat, daß das Emigranten-Depot in jeder Hinsicht nicht nur für die Emigranten, sondern auch für das allgemeine Wohl ein Segen ist, würde sie es als eine Vernachlässigung ihrer heiligen Pflicht ansehen, wenn sie es unterließe, dieses wichtige philantropische Etablissement der sorgenden Pflege der Municipal Behörden anzuempfehlen. Sie hat zwei gegen einige Beamte Castle Gardens geführte Klagen abgewiesen, sich damit beruhigend, daß sie durch das Gesetz nicht unterstützt sind und denselben die Absicht zu Grunde liegt, das gute Werk, dessen Inslebenrufen durch eine Akte der Legislatur vom 15. April 1855 bewerkstelligt wurde, zu hindern, statt zu fördern.

Es ist zu hoffen, daß diese ausdrückliche Billigung der von den Commissioners of Emigration eingeschlagenen Weise die kleinliche Verfolgung, auf welche sie neuerdings gestoßen, beendigen wird; denn damit ist der Feindschaft und dem Haß der interessirten Parteien, (welche, wie allgemein bekannt, einige der schlechtesten Charaktere der Bevölkerung in sich schließen) die Spitze für immer gebrochen. Wenn der Charakter der Herren, welche unter großen persönlichen Unannehmlichkeiten und ohne Einen Cent Vergütung zu erhalten, die lästigen Pflichten als Commissioners verwalten, noch nicht hinreichend ist, das Publikum zu beruhigen, daß die Geschäfte in Castle Garden weise und gerecht zum großen Vortheile der Auswanderer verwaltet werden, so müssen die Thaten der Emigranten-Runner, deren Interesse freilich gelitten haben mag, für sie sprechen.

Die Grand Jury legt dar, daß nicht nur eine bessere Klasse Auswanderer, deren Geld und Effekten nicht zuvor in jenen vielen Höhlen der Schande und der Schwelgerei, wohin man dieselben früher lockte, verschlungen wurde, den Westen erreichen, sondern daß auch durch diese Fernhaltung die durch fremde Einwanderung in früherer Zeit verursachte Armuth in dieser Stadt (New-York) sich bedeutend vermindert hat. Das Emigranten-Depot ist erst weniger länger als ein Jahr in Wirksamkeit, und doch zeigt die Statistik von Ward's Island Emigrant Refuge (Zufluchtsstätte für arme oder kranke Einwanderer), woselbst zur Zeit der Gründung Castle Gardens 3000 Insassen waren, daß sich die Zahl derselben in diesem kurzen Zeitraume auf 1000 vermindert hat.

Die armen Unglücklichen, welche früher von den Gastwirthen nachdem man sie um ihr Geld und um ihre Effekten gebracht, auf die Straße geworfen wurden, werden jetzt sicher nach dem Westen befördert, ehe ihre Plünderer einen Finger an sie legen können. Daß dieses für das Publikum von unendlich größerer Folge ist, als der Verlust von Beschäftigung für die Emigranten-Runner, scheint uns außer Zweifel zu seyn. (Der Bericht der Grand Jury folgt morgen.)

insbesonders deutsch-österreichischer Kultur und Bildung für Inner-Afrika werden. (Allg. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 7. Okt. Die Verhandlung gegen den Tapezierer Schulze wegen Ermordung seiner Kinder wurde heute vertagt, da die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten im Augenblicke der That in Frage gestellt wurde, und der Sachverständige Medizinalrath Casper erklärte, er müsse, um ein Gutachten fällen zu können, denselben erst längere Zeit beobachten.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 9. Oktober. Bei ziemlich stillem Geschäfte blieben die Course ohne merkliche Veränderung mit Ausnahme von Staatsbahn-Aktien, die billiger verhandelt wurden.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 $78\frac{3}{4}$ P. $78\frac{1}{2}$G. 5pCt. Lombard-Ven. $85\frac{1}{4}$ P. $87\frac{3}{4}$ G. Metall. alte à 5pCt. 76 P. $75\frac{1}{2}$ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 P. — G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. 67 P. $66\frac{3}{4}$G.; à 4pCt. $60\frac{1}{2}$ P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen $56\frac{3}{8}$ P. — G. **Preussen.** $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine $85\frac{1}{2}$ P. 85 G. **Bayern.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 95P. $94\frac{1}{2}$ G.; 4pCt. Grundrente 95P. $94\frac{1}{2}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $100\frac{1}{2}$ P. 100 G.; 5pCt. $100\frac{1}{2}$ P. 100 G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $90\frac{1}{4}$P. 90 G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{1}{4}$ P. $101\frac{3}{4}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $91\frac{1}{2}$P. 91 G.; à 4pCt. $99\frac{1}{4}$P. — G.; $4\frac{1}{2}$pC. 102 P. — G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 89P. $88\frac{1}{2}$ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{4}$P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $37\frac{3}{4}$P. $37\frac{1}{2}$G.; $1\frac{1}{4}$pCt. neue $23\frac{11}{16}$P. $23\frac{9}{16}$G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1210P. 1206G. Neue Bankaktien 327 P. 322 G. Credit-Actien à 5pCt. 186 P. 184G. Darmstädter Bankaktien alte 379 P. 377 G.; junge 337 P. 335 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 516 P. 513 G. Mitteldeutsche Creditbank 104 P. $103\frac{1}{2}$G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $110\frac{1}{2}$ P. 110 G. Frankf. Bankaktien 113 P. $112\frac{3}{4}$ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 213 P. 211 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $136\frac{3}{8}$P. $135\frac{7}{8}$G. Neustadt-Weissenb. 104 P. $103\frac{1}{2}$G. $4\frac{1}{2}$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien $102\frac{1}{4}$ P. 102 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 347 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 83 P. $82\frac{1}{2}$ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78P. $77\frac{1}{2}$ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $95\frac{3}{8}$ P. $95\frac{1}{8}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 119 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $100\frac{3}{4}$P. $100\frac{1}{4}$G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 $48\frac{1}{8}$P. $47\frac{7}{8}$ G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. $116\frac{1}{2}$G. à fl. 25 $34\frac{1}{4}$P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. $39\frac{1}{4}$ P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 $33\frac{1}{4}$ P. — G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. $85\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. $99\frac{3}{4}$G.	Lond. Lst. 10 k.S. $117\frac{1}{8}$P. $116\frac{7}{8}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120P. $119\frac{3}{4}$G.	Mail. a.S.Le. 250k.S $99\frac{1}{2}$P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. $104\frac{7}{8}$P. — G.	Paris Frs. 200 k. S $93\frac{1}{8}$P. $92\frac{7}{8}$G.
Cöln Thlr. 60 k.S. $104\frac{7}{8}$P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S $97\frac{1}{4}$P. 97G.	Wien fl. 100 C. k S. $112\frac{3}{4}$P. $112\frac{1}{2}$G.
Hamb. MB. 100 k.S. $88\frac{7}{8}$P. — G.	Wien 3 M. mit 4% $112\frac{1}{2}$P. $112\frac{1}{4}$G.
Leipz. Thlr. 60k S. $104\frac{7}{8}$P. — G.	Disconto P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Ansbach, 8. Okt. Auf Grund einer Entschließung der Ministerien des Innern, der Finanzen und des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 28. v. M. hat die kgl. Regierung von Mittelfranken unterm 3. unserem Stadtmagistrate eröffnet, daß Se. Maj. der König dem von der Stadtgemeinde Ansbach am 5. August d. J. mit der Generaldirektion der kgl. Verkehrsanstalten abgeschlossenen Bahnpachtvertrag die Genehmigung auch in den Punkten ertheilt, in welchen derselbe von den mit der Stadtgemeinde Bayreuth vereinbarten Bahnpachtbedingungen abweicht. Es steht sonach der Ausführung der Eisenbahn von Gunzenhausen hierher auch nicht das geringste Bedenken mehr im Wege. Die einleitenden Arbeiten unter dem Hrn. Ingenieur Balbier haben bereits auch schon durch Feststellung der Bahnlinie von Gunzenhausen bis Triesdorf her begonnen und werden nun so rasch als möglich zu Ende geführt werden, damit der Bau selbst jedenfalls sogleich mit dem Eintritte des nächsten Frühjahrs in vollen Angriff genommen werden kann. Einzelne Erdarbeiten dürften wohl auch schon diesen Herbst und Winter zu bewerkstelligen seyn. (Ansb. Mrgbl.)

Berlin, 7. Oktbr. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht folgenden Bescheid, betreffend die Geldzeichen im Handelsverkehr: „In dem Berichte vom 19. v. M. hat die Handelskammer die Ansicht zu begründen versucht, daß die Verlegenheiten, welche in neuerer Zeit an dem Geldmarkt hervorgetreten sind, zum großen Theil durch den Mangel an kleineren Papiergeld-Abschnitten hervorgerufen seyen, welcher durch die Ausschließung fremder Geldzeichen und durch die von der preußischen Bank übernommene Einziehung der preußischen Kassenanweisungen herbeigeführt worden sey. Es werden hieran Anträge geknüpft, welche eine Vermehrung der für den kleinern Verkehr geeigneten Umlaufsmittel zum Zwecke haben. Ohne hier auf eine Erörterung der nicht zu begründenden thatsächlichen Unterstellungen einzugehen, mache ich der Handelskammer bemerklich, daß in der Vermehrung von Geldzeichen, welche im täglichen Verkehr das selten gewordene Silbergeld zu vertreten geeignet wären, nicht füglich ein wirksames Mittel erkannt werden kann, diejenigen Stockungen des Verkehrs mit Kapitalien zu beseitigen oder auch nur zu erleichtern, welche ihre vorzüglichste Veranlassung in einer übertriebenen Ausdehnung von Spekulationen aller Art gehabt haben. Berlin, 5. Oktober 1856. (Gez.) v. d. Heydt."

Frankfurt, 8. Oktbr. Wie verlautet, hat der Kaiser von Rußland dem großherzoglich hessischen Hofe einen Besuch zugesagt. (Nat.-Ztg.)

Vom Main, 9. Okt. Dem Vernehmen nach ist zwischen den Kabineten von London und Paris nunmehr eine Einigung über die Maßnahmen zu Stande gekommen, welche von ihnen Neapel gegenüber zu ergreifen seyn würden, falls die vermittelnden Schritte, die Oesterreich im Augenblicke durch seinen Gesandten Hrn. v. Martini unternimmt, nicht von dem erwünschten Erfolge begleitet seyn sollten. Es würden, wie man versichert, diese Maßnahmen mehr im Sinne der englischen Auffassung ausfallen. (N. C.)

Kopenhagen, 7. Oktober. Obgleich bis jetzt nichts mit Beziehung auf den Ausgang der Ministerkrise festgestellt ist, befindet sich der Auftrag, ein neues Kabinet zu bilden, noch in den Händen des Hrn. v. Scheele. (H. N.)

Paris, 9. Okt. Der heutige „Moniteur" enthält eine Mittheilung, welcher zufolge die Regierung entschlossen ist, das Einschmelzen der Münzen zu dem Zweck, den Mehrwerth aus denselben zu gewinnen, als eine Benachtheiligung des öffentlichen Vermögens und als einen strafbaren Mißbrauch mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu unterdrücken.

Aus Paris wird der „Times" geschrieben, daß in den Ministerkonseils, die seit der Rückkehr des Kaisers stattfanden, beschlossen worden sey, jede feindselig aussehende oder der Ruhe Neapels irgend gefährliche Kundgebung zu vermeiden. Ob die in Toulon liegende Flotte überhaupt auslaufen werde, sey noch sehr zweifelhaft. (Fr. Pstz.)

Turin, 5. Oktbr. Die Gerüchte über neue Unruhen an der Ostgrenze erweisen sich als grundlos. Die Sendung von zwei Bataillonen nach Spezzia bezweckte nichts als einen einfachen Garnisonswechsel. (Nat.-Ztg.)

Konstantinopel, 3. Oktober. Omer Pascha übernimmt das Kommando gegen Montenegro. Drei arabische Regimenter sind nach Syrien (wo es in neuester Zeit auch Unruhen gegeben hat) abgeschickt. Die britische Fregatte „Gladiator" soll nach Neapel abgegangen seyn. (T. D. d. A. Z.)

Athen, 4. Oktober. Die Gesandten der Westmächte protestiren gegen den Staatsgüterverkauf. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 284. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 12. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Die letzte in Dresden abgehaltene Konferenz von Abgeordneten lutherischer Kirchenregimente, über deren Beschlüsse wir bereits Verschiedenes mitgetheilt haben, hat sich in Bezug auf die „Einrichtung der Kirche" u. A. über folgende Grundsätze geeinigt: „Die alte Sitte, daß die Kirchen sich von Westen gegen Osten heben, darf bei Anlegung neuer Kirchen nicht übersehen werden. Der Altar und zwar der Raum vor demselben, in dem der Geistliche steht, muß Schranken haben und diese müssen mit der nöthigen Vorrichtung versehen seyn, daß die zu denselben tretenden Kommunikanten knieen können. Beichtstühle sind zur Seite des Altars im Chor anzulegen. Die Sitze der Gemeinde sind so anzulegen, daß die Fußschemel zugleich als Knieschemel gebraucht werden können. Es sey unrichtig, die Zulassung zur Konfirmation von einem bestimmten Lebensalter ohne Rücksicht abhängig zu machen, und das konfirmationsfähige Alter mit dem schulpflichtigen Alter unbedingt zusammen fallen zu lassen. Vielmehr wäre zu wünschen, daß es möglich würde, die früher abendmahlsfähig werdenden Kinder schon vor Ablauf des schulpflichtigen Alters zur Konfirmation und Kommunion zuzulassen, so daß sie dennoch nach der Konfirmation die Schule weiter besuchten. Die Neigung und Sitte der höheren Stände, ihre Kinder sehr spät konfirmiren zu lassen, habe den schweren Nachtheil einer zu langen Trennung solcher Kinder von dem Tische des Herrn. Die Abendmahlsfähigkeit erfordere nicht mehr als daß der Konfirmand die Grundlehre des Heils erkenne und bekenne. Nicht bloß mit den unkonfirmirten Kindern, sondern auch mit den konfirmirten, namentlich mit der herangewachsenen Jugend, sollte die Kirche den Katechismus treiben, und zu dem Zweck diejenigen Institutionen, welche man im 16. Jahrhundert dafür hatte, in entsprechender Weise wieder aufnehmen. Es sey unerläßliche Pflicht der Kirchenregierungen, die rationalistischen Katechismen, sowie die derartigen Bearbeitungen des lutherischen Katechismus abzuschaffen, auch darauf zu halten, daß alle Schulen, höhere und niedere, den lutherischen Katechismus auswendig lernen lassen." (A. Z.)

Bayern. Aus der südwestlichen Pfalz. Es gibt in unserem Kreise einzelne Gegenden, welche für Pfälzer fast ein unbekanntes Land zu seyn scheinen. Dahin ist namentlich die Gegend von St. Ingbert zu rechnen. Wer in Saarbrücken die Bahn verläßt und das Thal betritt, worin der genannte Ort liegt, wird wahrhaft überrascht, plötzlich eine schwarze Stadt mit einem Walde von rauchenden und feuersprühenden Schlöten und glühenden Essen zu erblicken. Es ist das berühmte Krämersche Eisenwerk, das bedeutendste und großartigste im ganzen Königreich. An dasselbe reihen sich die im Bau begriffenen neuen Hochöfen, in großartigem Maßstabe angelegt, mit Bergen von Erz, dann die königliche Kohlenhalde mit ihrem in das nahe Kohlengebirge führenden doppelten Schienengeleise, welches 2 Millionen Zentner Kohlen jährlich fördert; die Maschinenfabrik, Kesselschmiede und Gießerei von Lamarche und Schwarz, im Vorhofe derselben Maschinen jeder Art, Dampfkessel jeder Größe und unter ihnen ein eiserner Leviathan von 25,000 Pfd. Gewicht; eine neue Glashütte, deren stufenweise Erweiterung für den Aufschwung der Fabrikation zeugt, eine andere der Vollendung nahe, fast zu prachtvoll für solch' russiges Gewerbe. Nicht minder überrascht wird man durch den außerordentlichen Verkehr, der durch die Werke und ihren ungewöhnlichen Betrieb geschaffen ist. Es gibt wohl keine Stadt in der Pfalz, die sich mit der Betriebsamkeit St. Ingberts messen kann, wo dem Schaffen und Regen Tag und Nacht nur der Sonntag Einhalt gebietet. An die 2000 Arbeiter und Fuhrleute werden mindestens 60,000 fl. monatlich ausgelöhnt, und der jährliche Verbrauch an Mehl beträgt die bedeutende Summe von 33,000 Zentnern. Diese junge Stadt, wie man sie nennen kann, zählt über 5000 Einwohner und wird, wenn nicht kriegerische Ereignisse Störung bringen, bald die bevölkertste des Kreises werden, wie sie jetzt schon die betriebsamste geworden ist. (Pf. Ztg.)

Wie Amberg, so besitzt auch Sulzbach die reichhaltigsten Lager des besten Erzes, das wegen der bisherigen ungünstigen Verhältnisse der Eisenindustrie in der Oberpfalz beinahe unbekannt geblieben ist. Während aber ein in Amberg zu errichtendes Eisenwerk die Erze am kgl. Erzberge wird kaufen müssen, hat das in Sulzbach bereits im Werden begriffene Werk den unermeßlichen Vortheil voraus, daß es das Hauptmaterial — das Erz — selbst besitzt, darauf so zu sagen liegt, — daher in dieser Beziehung unabhängig von den Fluktuationen der Erzpreise dasteht. Die Idee zu diesem Unternehmen ist von dem kgl. bayerischen Kämmerer Grafen Poninski ausgegangen und dasselbe bis zur Zeit von ihm mit Beharrlichkeit und Ausdauer durchgeführt worden. Die Bergwerke ziehen sich sämmtlich längs der Ostbahn hin, nirgends weiter als einige tausend Schritte davon entfernt; unmittelbar an derselben liegt die Fabrik selbst. Sämmtliche Gewerke werden dieser Tage erwartet, um den Betrieb des Bergbaues, sowie den Bau der Fabrik definitiv

---

Castle-Garden-Emigranten-Depot.

Bericht der Grand Jury.

Die Grand Jury der Court of Sessions versammelte sich gestern Morgen und lieferte nachstehenden Bericht in Betreff des Emigranten-Depot zu Castle Garden. Dieselbe stellt ein sehr genaues Bild über den Charakter des Instituts auf, in welchem dessen wohlthätige Erfolge sehr gelobt werden. Die von den Emigranten-Runnern, welche unterstützt wurden von Mayor Wood, Senator Sickles, Councilman Schmidt und anderen Politikern ihres Charakters, gemachten Angriffe werden indeß mit scharfen Worten getadelt.

Die Grand Inquest des County von New-York ist zusammenberufen, um gewisse Klagen, welche gegen einige Beamte solcher Eisenbahn-Kompagnien, welche mit dem Landen der Emigranten in Castle Garden in Geschäftsverbindung stehen, zu untersuchen. In Erfüllung dieser Pflicht, hielten sie es für erforderlich, das Landungs-Depot selbst in Augenschein zu nehmen, um sich persönlich von dem Geschäftsgange zu überzeugen. Die Landung und Beförderung von mehr als 400 Passagieren, welche gerade während des Besuchs stattfand, gewährte eine günstige Gelegenheit, das ganze Verfahren zu beobachten.

Die Passagiere wurden mittelst eines, von einem Dampfschiffe geschleppten Kahnes von dem Schiffe geholt, durch dessen Oberdeck die Personen sowohl wie deren Effekten gegen Regen geschützt waren. Sie landeten ordnungsgemäß, da sie augenscheinlich von den Beamten Castle-Gardens in Betreff der Tendenz und Einrichtungen des Landungs-Depot unterrichtet waren. Sie passirten das Dock, beantworteten die Fragen des Untersuchungs-Arztes, dessen Pflicht es ist, solche Fälle zu notiren, wo Alter oder sonstige Umstände im Fall der Noth als Hülfe besondere Verpflichtungen von dem Schiffe erfordern. Ebenfalls hat der Arzt nach Krankheitsfällen zu forschen, welche vielleicht dem Gesundheits-Beamten der Quarantaine unentdeckt geblieben sind.

Beim Betreten der großen Rotunde von Castle-Garden wurden sie von einem Schreiber der Commissioners of Emigration einregistrirt. Dieser verzeichnete die Namen der Familienhäupter und der einzelnen Personen, ferner den Ort, woher sie kamen, die Staaten ihrer Bestimmung, ihre Baarschaft und die Verwandten (wenn solche vorhanden), zu denen sie gehen wollten. Aus diesen Notirungen wird die jährliche Statistik über

festzusetzen. Am 6. d. sah man bereits Bergleute alte Schachte öffnen und so viel man vernommen, soll es in der Absicht liegen, dem allgemeinen Bedürfnisse nach Erzen durch eine reichliche Förderung derselben in der Art zu entsprechen, daß aus den in Angriff genommenen Bergwerken in diesem Etatsjahre noch ein bedeutendes Quantum Erz zum Verkauf komme. (B.Bl.)

Preußen. Berlin, 8. Okt. Der zur Dienstentlassung ohne Gehalt vom Disziplinarhofe verurtheilte Vizepräsident Seiffart beabsichtigt Gerüchten nach seine Vertheidigung zu veröffentlichen und überhaupt Memoiren zu schreiben, welche interessant werden könnten. General v. Gerlach verliert durch diese Depeschendiebstahls-Angelegenheit zwar ebenfalls seine Stellung als Generaladjutant, doch nicht in Ungnade und mit Entlassung, sondern mit hinreichender Entschädigung. Von manchen andern dabei mitspielenden Personen schweigt die Geschichte, nur der Redakteur Lindenberg ist noch zu belangen, und hierzu auf Montag nächster Woche ein neuer Termin in Potsdam festgesetzt. Ob General von Gerlach sich jetzt als Zeuge stellt, und was dann geschieht, wird sich somit bald weiter offenbaren. An Stelle des Generals von Gerlach ist der Generalmajor von Willisen, Bruder des Feldherrn von Idstedt, zum Generaladjutanten ernannt worden. Herr v. Willisen wird als einer der befähigtsten der Armee gehalten und gilt als Liebling des Königs. Der streng kirchlichen Richtung gehört er wenigstens bis jetzt nicht an. Die Betstuben in den Kasernen der Soldaten sind jetzt auch in Potsdam eingerichtet worden, wo nun tägliche Abendandachten gehalten werden, denen auch die Offiziere beiwohnen sollen. (J.f.Ndd.)

Baden. Aus Heidelberg, 9. Okt. schreibt man dem „Schw. M.“ In einer Sitzung des großen Senats, die vor einigen Tagen stattfand, wurden auf Verlangen der großherzoglichen Regierung die Statuten der Korpsverbindungen berathen. Es gab sich dabei fast kein Widerspruch kund, die Korps sind also in Zukunft nicht mehr geduldet, wie bisher, sondern förmlich anerkannt.

Kurhessen. Hanau, 9. Oktbr. Der aus den Jahren 1830 und 1848 dahier und in weiteren Kreisen bekannte Obergerichtsanwalt B. wurde heute vom kurf. Kriminalgericht dahier, einer, im Interesse der Frankfurt-Hanauer Eisenbahngesellschaft versuchten Bestechung schuldig erkannt und zu drei Monaten Festungsstrafe verurtheilt. (Fr. J.)

§ **Oesterreich.** Wien, 8. Oktober. (Privat-Korresp.) Das österr. Kabinet hat eine neue Cirkulardepesche an seine bei den deutschen Regierungen beglaubigten Agenten gerichtet, deren Inhalt sich auf die schleswig-holsteinische Domänen-Angelegenheit bezieht.

Großbritannien.

London, 7. Okt. Ohne dem Anti-Honduras-Meeting der Insulaner von Ruatan (über welches die letzte amerikanische Post berichtet hat) sonderliches Gewicht beizulegen, darf man doch billig zweifeln, ob die zentralamerikanischen Fragen wirklich ihre endgültige Lösung gefunden haben. Liverpooler, New-Yorker und Londoner Blätter gaben nach einander verschiedene Lesarten eines von Lord Clarendon und Senor Herran gezeichneten Vertrages. Derselbe scheint aber noch nicht ratifizirt; seine praktische Gültigkeit hängt noch vom Beitritt mehrerer indirekt betheiligten Mächte ab, und endlich ist Honduras nur ein Theil von Zentralamerika; England und die Vereinigten Staaten haben es auf der großen Landenge, welche die beiden Weltmeere trennt, nicht mit einer einzigen Frage, sondern mit einem Weichselzopfe von Fragen zu thun. Der „Times“, welche so oft die glückliche Beilegung aller dortigen Schwierigkeiten angekündigt hat, dämmert heute eine böse Ahnung auf. Halb im Scherz und halb im Ernst ruft sie: „Will dies zentralamerikanische Gespenst sich nicht zur Ruhe begeben?“ Was die „Times“ so unbehaglich stimmt, ist der Bericht von Mr. Amos B. Corwine über die Zustände der Republik Granada. Mr. Corwine behauptet, daß die Niedermetzelung einer Anzahl Amerikaner in Panama das Werk einer Verschwörung dortiger Pöbelführer und ein schlagender Beweis von der gänzlichen Unfähigkeit der granadischen Regierung, den für die Union so wichtigen Transit zu schützen, gewesen sey. Er empfiehlt, von der Republik einen Schadenersatz von 500,000 Doll. zu fordern und im wahrscheinlichen Fall ihrer Weigerung oder Insolvenz von dem Isthmus von Panama gewaltrechtlich Besitz zu nehmen. Und diesen Vorschlag soll das Kabinet von Washington in ernstliche Erwägung genommen haben. Mr. Marcy habe sich gegen Corwine's Auffassung erklärt, aber beim Präsidenten und dem Kriegssekretär erfreue sie sich einer beifälligen Aufnahme. Verdacht erweckend scheine zumal, daß General Walker in diesem Augenblicke einen Waffentanz mit Granada im Schilde führen solle. Es versteht sich von selbst, bemerkt die „Times“, daß England eine Gewaltthat der angedeuteten Art um keinen Preis dulden könne; von dieser Ueberzeugung sey auch der größte Theil der transatlandischen Presse durchdrungen und von der Möglichkeit eines Krieges könne daher keine Rede seyn. (Fr. Pstz.)

Wieder zu außergewöhnlicher Zeit hat die englische Bank am Montag den 6. d. M. ihren Diskonto erhöht und zwar für zweimonatliche Wechsel auf 6, für länger laufende auf 7 Prozent. Es liegt hierin ein neuer Akt der Nothwehr gegen den fortdauernden Geldabfluß nach dem europäischen Kontinent, namentlich nach Frankreich. Man setzt in England durchaus kein Vertrauen auf den sicheren Fortbestand der Zahlungsfähigkeit der französischen Bank, und wenn auch die neuen Nachrichten aus Deutschland beruhigender lauten, so blickt man auf die Pariser Zustände mit solcher Besorgniß, daß in der Presse fast lediglich Klage darüber laut wird, daß die Diskontoerhöhung nicht schon eher eingetreten sey. (N. Z.)

Frankreich.

* Paris, 9. Oktbr. Der „Moniteur“ erzählt folgende kleine Piratengeschichte, welche der preußischen Regierung als Beispiel dienen kann von dem, was man durch energisches Handeln zu erreichen vermag: „Im Monat April des vorigen Jahres wurde das Handelsschiff „le Jeune-Dieppois“ in der Nähe des Kap Tres Forcas von den Riffpiraten angegriffen. Dieser Gewaltstreich wurde durch die französische Regierung Gegenstand sehr lebhafter Vorstellungen bei der maroccanischen Regierung, und der französische Generalkonsul in Tanger, den ihm zugeschickten Instruktionen gemäß, verlangte außerdem vom Hofe von Marocco eine entsprechende Entschädigung für die Eigenthümer des geplünderten Schiffes und die Seeleute. Die maroccanische Regierung hat jetzt dieser Forderung nachgegeben, und der Statthalter von Tanger hat den Grafen von Castillon benachrichtigt, daß ihm eine Summe von 7,000 Piastern (35,000 Fr.) ausbezahlt werden würde. Man kann darauf rechnen, daß die maroccanische Regierung den eigentlichen Schuldigen die be-

---

die Auswanderung gezogen. Alsdann gingen die Passagiere zum nächsten Tische, woselbst Schreiber der Beförderungs-Kompagnien sich die Bestimmungsorte angeben ließen, ihnen Karten der verschiedenen Reiserouten vorlegten, den Unterschied in Zeit und Reisekosten auf den verschiedenen Routen auseinander setzten. Nachdem von den Passagieren eine Wahl getroffen worden, händigten ihnen die hiezu aufgestellten Schreiber einen Schein an den Kassirer ein, in welchem die gewünschte Anzahl der Billets, die gewählte Route und der Passagepreis, sowie der Preis für Ueberfracht pr. hundert Pfund verzeichnet ward. Der Kassirer gab darauf die ihm bezeichneten Billets aus und empfing das Geld dafür. Dann wurden die Passagiere auf einem andern Wege, als dem, auf welchem sie in die Rotunde hereingekommen waren, nach dem Dock zurückgewiesen, wo sie dem Waagemeister die Marken für Gepäck vorzeigten, die sie am Bord des Schiffs, welches sie in den Hafen brachte, erhielten, ehe sie ihre Koffer den Händen der Offizianten von Castle-Garden überlieferten. Die Sachen, mit entsprechenden Marken bezeichnet, wurden aus dem Kahne genommen, gewogen und jedes Stück mit einem in die Augen fallenden Zettel versehen, auf welchem eine Nummer und der Bestimmungsort gedruckt war. Die Passagiere empfingen dagegen einen Gepäckschein mit entsprechender Nummer, auf welchem ebenfalls die Anzahl der überlieferten Colli, die Route, auf der sie transportirt werden sollten, das Bruttogewicht und der zu entrichtende Frachtsatz (nach Abzug des Freigewichts) verzeichnet waren. Die Fracht wurde dann an den Einnehmer entrichtet, der sein Komptoir bei der Waage hat und der den ganzen Schein in ein Buch kopirte, welches als Beleg dient. Dann quittirte der Einnehmer über das empfangene Geld unten auf dem Gepäckschein. Das Gepäck wurde dann an Bord eines Dampfbootes gebracht, welches dazu dient, die Passagiere und ihr Eigenthum kostenfrei von Castle-Garden nach den Abgangsplätzen der verschiedenen Eisenbahnen und Dampfschiffe zu befördern. Die nun völlig vorbereiteten Passagiere hatten hinreichend Zeit, sich im Depot umzusehen, ihre Mahlzeiten einzunehmen, sich in den geräumigen Badezimmern zu reinigen, oder auf den Gallerien, oder dem Dock zu promeniren. Ueberall herrschte die größte Ordnung; jede erforderliche Auskunft wurde den Passagieren von den Offizianten in verschiedenen Sprachen gegeben. Briefe von Freunden, die Geld oder Rath zum Weiterreisen enthielten, wurden den Ankommenden eingehändigt 2c.

(Fortsetzung folgt.)

...ete Entschädigung aufbürden werde; und schon erfährt man, daß Kontingente zusammengezogen werden, um in das Riff einzudringen. Das vom französischen Generalkonsul erlangte Resultat ist übrigens bemerkenswerth, weil nie ein gleiches erzielt wurde. Bis jetzt hatte die maroccanische Regierung nur den durch eine militärische Demonstration unterstützten Forderungen nachgegeben, und wir können uns um so mehr Glück wünschen für den Ausgang unserer Schritte, da die maroccanische Regierung, durch unsere Haltung bestimmt, die Verantwortlichkeit für die Handlungen der Riffianer auf sich zu nehmen, jetzt genöthigt ist, selbst für die Sicherheit ihrer Küsten zu sorgen.

Spanien.

* Die „Voss. Ztg." bringt eine merkwürdige Geschichte von dem Schicksal eines Professors der Moralphilosophie an der Universität zu Madrid, Namens Angelo de Mora, für deren Richtigkeit die genannte Zeitung einstehen mag! Prof. Mora wurde beschuldigt, mit Hülfe Anderer in Spanien die Bibel verbreitet zu haben. Kirchliche Behörden hielten Haussuchung bei ihm, nahmen das Manuskript seiner „Geschichte der Jesuiten" in Beschlag und erwirkten, daß er auf Befehl der Regierung den Jesuiten in Haft gegeben wurde. Alle Bemühungen seiner Frau bei den höchsten Personen konnten nur so viel bewirken, daß ihr Gemahl in ein besseres Haftlokal im obern Stock des Hauses gebracht wurde. Er liegt jetzt (Anfang Oktober) auf dem Krankenbett. Den Aufforderungen, die Ketzerei abzuschwören, hat er bis jetzt hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt; „ich protestire längst gegen Rom, antwortete er; das Evangelium allein ist mein Gesetz."

* Ein Madrider Korrespondent der „Köln. Ztg." behauptet, der eigenhändige Brief des Kaisers Napoleon an die Königin Isabella, worin er sie ermahnt in ihrer Politik nicht zu weit hinter die Wünsche und Bedürfnisse des spanischen Volkes zurückzugehen, habe auf dieselbe einen tiefen Eindruck gemacht, und die Partei des entschiedenen Rückschritts sey gewaltig verstimmt.

Italien.

* Eine Korrespondenz des „Constitutionnel" aus Neapel widerlegt die ziemlich allgemein verbreitete Annahme, als hätte die jetzige neapolitanische Regierung die Parteien des Adels, der Geistlichkeit und der untern Volksklassen für sich. „Dies ist — sagt der Korrespondent des offiziösen Journals — durchaus nicht der Fall. Von „Parteien" — worunter man ein freiwilliges Handeln, ein intelligentes energisches Zusammenwirken verstehe — sey von vornherein in Italien, insbesondere in Neapel keine Rede, so etwas gibt es dort nicht. Der Adel übt auf die Regierung durchaus keinen thätigen Einfluß aus und sieht sich auf Verwaltung seiner Güter, auf Ausübung von wohlthätigen Werken, auf Pflege von Kunst und Wissenschaften beschränkt und würde sich — obwohl dem Königthum ergeben — sicher nicht in die erste Linie stellen, um ein System zu vertheidigen, das ihn zur demüthigenden Unthätigkeit zwingt, und die gegenwärtige Regierung erfreut sich des Beifalls des Adels nicht. Ebenso ist es mit der Geistlichkeit. Die hohe Prälatur, die ganz dem Adel angehört, ist sehr unterrichtet und unabhängig. Die niedere Geistlichkeit lebt immer mit dem Volke, kennt sein Elend und seine Leiden, weßhalb man überzeugt seyn kann, daß auch sie entsprechende Reformen mit Freude begrüßen würde. Was die Lazzaronis betrifft, die man als leidenschaftliche Vertheidiger des gegenwärtigen Regiments und entschiedene Gegner jeder Beschränkung der Königswürde hinstellt, so muß bemerkt werden, daß die Lazzaronis von Neapel nicht das Volk des Königreichs sind, in dessen Provinzen große Unzufriedenheit unter den Massen herrscht, und die Leiden des beliebig geschundenen und gebrandschatzten Landmannes sind bekannt. Ueberdies gab sich auch zu Neapel selbst die Volksstimmung nirgends kund und es darf nicht übersehen werden, daß der König die Stadt, wo er so sehr geliebt seyn soll, nicht bewohnt. Die angebliche Zustimmung des neapolitanischen Volks zum gegenwärtigen Regierungssysteme beruht offenbar auf Mißverständniß, doch ebensowenig herrscht in Neapel revolutionärer Geist oder Mazzinischer Einfluß. Wenn eine Bewegung stattfände, so würde sie nur konstitutionelle Garantien bezielen und es wäre sehr wünschenswerth, daß König Ferdinand endlich eines Bessern belehrt und einsehen würde, daß er nur dabei gewinnen kann, den Rathschlägen des zivilisirten Europa Gehör zu geben."

§ Wien, 8. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) In Neapel werden die Rüstungen noch immer mit großem Eifer fortgesetzt. Von einer auch nur theilweisen Einstellung derselben ist durchaus keine Rede, im Gegentheile vernimmt man, daß die Kriegsreserven einberufen worden sind, wodurch die Linienregimenter, welche im Frieden einschließlich der 13 Jägerbataillone 65,000 Mann zählen, auf beinahe 70,000 Mann (ohne die Jägerbataillone) gebracht werden. Eine besondere Sorge wird der Artillerie zugewendet, und ist dem Chef dieser Waffengattung, Generallieutenant Filangieri, vor Kurzem erst ein besonderer Credit eröffnet worden, um alle Erfordernisse möglichst bald durchzuführen. Die alten Laffetten werden durch neue ersetzt, Munitionskarren angeschafft und ein großer Pontontrain angefertigt. Nicht minder groß ist auch die Thätigkeit im Marinedepartement. Ein Befehl des Königs verfügte die unverzügliche Ausrüstung aller Kriegsfahrzeuge, und es wird nun an derselben so rasch gearbeitet, daß in kurzer Zeit die ganze Flotte, bestehend aus 2 Linienschiffen, 5 Fregatten, 2 Corvetten, 5 Brigantinen, mehreren Goeletten, 10 Dampffregatten und 10 Avisodampfern nebst den Kanonenbooten zum Auslaufen bereit seyn werden.

* Wie man aus vorstehendem Brief sieht, hält es König Ferdinand für gut, sich auf alle Fälle zu rüsten. Noch ist nicht entschieden, wie weit die Westmächte gehen werden; aber nach Allem, was bis jetzt verlautet, scheint Frankreich, um uns eines provinziellen Ausdrucks zu bedienen, nicht recht zu ziehen, während man in England lieber mit Gewalt dareinfahren möchte. Bezeichnend ist, was ein Berichterstatter der „Times" aus Paris schreibt: „Was man heute über die Absichten der Regierung in Bezug auf Neapel hört, klingt etwas anders als gestern. Aus Rücksicht auf die Wünsche der englischen Regierung, und in Anbetracht, daß der König von Neapel jedes Zugeständniß hartnäckig verweigert, werden die Alliirten angeblich eine thatkräftigere Politik befolgen. Worin diese Thatkraft besteht, oder wann und wie sie sich fühlbar machen soll, wird nicht gesagt. Ueberdies, was dem Einen „energisch" dünkt, kann dem Andern schwächlich vorkommen."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 29. Sept. Bekanntlich ist dem französischen Kapitän Magnan von dem abgetretenen Fürsten der Moldau ein ausschließliches Privilegium zur Befahrung des Pruth und Sereth ertheilt und das Privilegium nicht ohne Einwirkung der österreichischen Gesandtschaft von der hohen Pforte widerrufen worden. Nun hat aber Thouvenel durch sein energisches Auftreten bei Fuad Pascha den Widerruf widerrufen lassen; darauf ist der Herr von Prokesch-Osten noch energischer aufgetreten, und der Widerruf des Widerrufs ist widerrufen worden. Da blieb denn Hrn. Thouvenel nichts übrig, als eine Kriegs-Dampf-Fregatte zu Hülfe zu rufen, und sie ist in aller Eile aus dem Archipel durch die Dardanellen mit Erlaubniß der hohen Pforte gekommen und hat sich vor das Palais des Sultans gelegt und gedroht, das und das zu thun, wenn nicht augenblicklich der Widerruf des Widerrufs vom Widerruf widerrufen werde. Sie sehen, daß es nach diesem schrecklichen Kriege nicht zu verwundern ist, wenn eine Prämie ehester Tage von der hohen Pforte ausgesetzt wird für denjenigen, welcher eine eigene Halsvorrichtung für den Minister der auswärtigen Angelegenheiten der hohen Pforte erfindet, die es ihm erlaubt, die raschesten Tik-Tak-Schwenkungen zu machen. Wir haben diese Angelegenheit in dem Humor der kleinen Kannegießerei mitgetheilt, bedauern jedoch, daß, mutatis mutandis, nur zu viel Wahres darin ist. (K. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 1. Okt. Die Regierung gibt fortwährend eine besondere Vorliebe für das Großfürstenthum Finnland kund. Mag auch das Motiv theilweise in der Furcht liegen, dieses Land als einen der am weitesten vorgeschobenen Posten des Czarenreichs zu verlieren, so ist doch die Thatsache nicht zu leugnen, daß die Regierung es sich außerordentlich angelegen seyn läßt, die Anhänglichkeit der Bevölkerung Finnlands, namentlich der mittleren Stände, zu gewinnen, oder, wo sie schon vorhanden, zu erhalten. Ein für Finnland wichtiges Reskript des Kaisers hat den dortigen Senat zur Begründung von sechs neuen praktischen landwirthschaftlichen Schulen ermächtigt. Das Reskript verfügt gleichzeitig, daß man sich als Unterrichtssprache der finnischen bedienen solle. Ferner sollen zur Förderung des Absatzes für Landbauer und Manufakturisten Stapelplätze und Niederlagen an sechs Orten in drei Distrikten sofort angelegt werden. Auf Befehl des Gouverneurs hat die Zirkulation des Dampfers auf dem Pajönsee in Finnland dieses Jahr begonnen.

Nichtpolitische Zeitung.

München. Da die Renovirung der innern Räume und Einrichtungen der Theatinerhofkirche nun vollendet ist, ward dieses schöne Gotteshaus Samstag den 11. d. mit einem feierlichen Dankgottesdienste für die glückliche Beendigung dieses Werkes wieder eröffnet.

Eine westafrikanische Post bringt Nachrichten aus Madeira vom 30. Sept. Die Cholera soll dort 8000 Menschen weggerafft haben und jetzt im Abnehmen seyn.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 10. Oktober. Das Geschäft war sehr unbelebt und die Tendenz matter.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78½ P. 78¼ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 88 P. 87½ G. Metall. alte à 5pCt. 75¾ P. 75¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88 P. — G.; à 4½pCt. 67 P. 66¾ G.; à 4pCt. 60½ P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts Eisenbahn-Obligationen 56⅝ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 85½ P. 85 G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94½ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94½ P. 94 G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90¼ P. 90 G.; 4½pCt. 102 P. —— G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 98½ P. 98 G.; 4½pC. 102 P. —— G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¼ P. 88¾ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3½pCt. 90¼ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37⅝ P. 37⅜ G.; 1¼pCt. neue 23 11/16 P. 23 9/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1207 P. 1202 G. Neue Bankaktien 328 P. 323 G. Credit-Actien à 5pCt 184 P 182 G. Darmstädter Bankaktien alte 377 P. 375 G.; junge 335½ P. 333½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 516 P. 513 G. Mitteldeutsche Creditbank 103¼ P. 102¾ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 110 P. 109½ G. Frankf. Bankaktien 112¾ P. 112¼ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 242 P. 240 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 136 P. 135½ G. Neustadt-Weissenb. 103¾ P. 103¼ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 102¼ P. 102 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 83¾ P. 82¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 P. 77½ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95¼ P. 95 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 119 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 100¾ P. 100¼ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. 116½ G. à fl. 25 34¼ P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39¼ P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. — G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. 99¾ G.	Lond. Lst. 10 k. S. —— P. 117⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G.	Mail. i. S. Lt. 250 k. S. 99½ P. — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. — G.	Paris Frs. 200 k. S. 93⅛ P. 92⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97¼ P. 97 G.	Wienfl. 100 C. k. S. 112⅝ P. 112⅜ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅞ P. — G.	Wien 3 M. mit 4% 112⅜ P. 112⅛ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. —— G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Köln, 8. Oktober. Rüböl loko faßweise 44¾ a 45 Thlr. B. in Partien 44½ Thlr. B., per Oktbr. 44⅞ Thlr. B., 44 a ¼ G., per Mai 1857 40½ Thlr. B., 40 G.

Waizen eff. per 234 pfd. 10⅛ a 10⅜ Thlr. B., per Novbr. do. 9⅞ Thlr. B., do. mit Garantie von 88 Pfd. per Schfl. 10¼ Thlr. B.

Roggen eff. per. 220 pfd. 6⅔ a 7⅓ Thlr. B., gedörrter do. 7⅓ Thlr. B., per Novbr. per 214 pfd. 6⅔ Thlr. B., 6 8/15 b., per März do. 6⅓ Thlr. B., 6⅛ G.

Gerste hiesige per 200 pfd. 6 Thlr. B.

Hafer per 131 pfd. 3 Thlr. B.

Spiritus loko 33 Thlr. B., in Partien 32¾ Thlr. B., rectif. 40 Thlr. per 130 Quart a 90 pCt., do. ff. 42 Thlr. pr. 130 Quart a 90 pCt.

Rüböl sehr fest. Waizen effektiv matter, Termine unverändert. Roggen behauptet. Spiritus fester; überhaupt in Getraide stilles Geschäft.

Am Landmarkt Getraide still, Preise unverändert. — Magazin-Roggen schöner Qualität 6½ Thlr. per 220 Pfd.

Liller Oliette 39 Thlr. per 195 Pfd. Leinöl 37½ Thlr. per 260 Pfd. Raffinirt Rüböl 46 Thlr. per 256 Pfd.

Magdeburg, 7. Oktbr. Im Getraidegeschäft blieb es leblos, die Zufuhren vom Lande namentlich von Gerste und Hafer, waren etwas stärker als seither, doch herrscht bei den drückenden Geldverhältnissen wenig Kauflust und nur hiesige Konsumenten treten für ihre nothwendigsten Bedürfnisse als Käufer auf.

Oelsaaten etwas williger zu haben, Winterrappsaat 116 a 118 Thlr., Rübsen 112 Thlr., Sommersaat 90 a 94 Thlr., Leinsaat 74 a 76 Thlr., Dottersaat 86 a 88 Thlr., Mohnsaat 100 a 105 Thlr. bei sehr geringem Umsatz. Rohes Rüböl 17½ Thlr., raffinirtes 18⅓ Thlr, Leinöl 15 Thlr., Mohnöl 19¼ a 19½ Thlr.

Rübenzucker-Produktion in Frankreich in der Campagne 1855—1856 vom 1. Septbr. bis 31. August.

		1855—56.	1854—55
Die Gesammt-Erzeugung beträgt	Kil.	92,197.663	44,669,664
Gesammt-Verbrauch	„	79,854,920	58,637,577
wovon aus den Fabriken	„	16,854,920	15,955.848
aus den Entrepots	„	62,831,622	42,681,729
Vorräthe am 31. August	„	11,571,794	3,089,399
wovon in den Fabriken	„	4,100,072	2,722,014
in den Entrepots	„	7,471,722	376,385

Die Fabrikation hat sich demnach während der am 1. September 1856 beendeten Campagne, im Vergleich zu der vorjährigen, um 47,527,999 Kil. vergrößert. Der Verbrauch vermehrte sich gegen 1854/55 um 21,048,965 Kil. und der Vorrath am 31. August d. J. ist um 8,473,395 Kil. größer, als gleichzeitig im vorigen Jahre. Am Ende August 1856 waren in Thätigkeit 275 Fabriken gegen 268 gleichzeitig im vorigen Jahr. Die Rübenernte hat begonnen und wird allgemein reichlich ausfallen. Die Erzeugung des inländischen Zuckers verspricht demnach in der Campagne 1856/57 wieder bedeutend zu werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 8. Okt. Die „Bresl. Ztg." theilt ein ministerielles Reskript über die künftige Verpflichtung der Eisenbahn-Gesellschaften zu den Kommunal-Abgaben in Preußen mit. Darnach soll der gesammte Reinertrag der Eisenbahnen das steuerbare Objekt bilden. Da der Grundbesitz und Gewerbebetrieb der Eisenbahngesellschaften auf der gesammten Länge der Bahn an jedem einzelnen Stationsorte eben so gut stattfindet, wie an dem Sitz der Zentralverwaltung, so steht nicht allein derjenigen Kommune, in deren Bereich die Direktion der Gesellschaft ihr Domizil hat, sondern überhaupt allen Stadtgemeinden, in deren Bezirk eine Eisenbahn-Station vorhanden ist, das Recht der Besteuerung der Gesellschaft zu.

Wien, 10. Okt. Die amtliche „Mailänder Ztg." meldet berichtigend: „Die kaiserl. Majestäten werden erst in der ersten Woche Januars dort eintreffen." (T. D. d. A. Z.)

Kopenhagen, 10. Oktober. „Fädrelandet" meldet, die Sundzollangelegenheit sey als abgemacht anzusehen, indem Dänemark und England über die Bedingungen einig geworden seyen. (Und die übrigen Staaten?) Gleichzeitig mit dem Aufhören des Sundzolls findet eine Herabsetzung des Landtransitzolls statt. — Die Ministerkrise ist unverändert. (T. D. d. N. K.)

London, 9 Okt. Die heutige „Morning Post" theilt mit, daß die bedeutende Geldentnahme aus der Bank von England für Rechnung der Bank von Frankreich trotz der Diskonto-Erhöhung gestern fortgedauert habe. (T. D. d. N. Z.)

Petersburg. Der Kaiser hat an Alexander v. Humboldt folgendes aus Peterhof vom 16. August datirtes Schreiben gerichtet: „Zur Bezeugung Unseres besonderen Wohlwollens und in Beachtung der wichtigen Dienste, welche Sie auf dem Felde der Wissenschaft geleistet, haben Wir Sie zum Ritter des heil. rechtgläubigen Großfürsten Alexander-Newski ernannt, dessen Insignien Wir hier beifügen und Ihnen wohlgewogen bleiben."

Kalisch, 6. Okt. Die Besetzung der polnischen Bisthümer, welche nun endlich erfolgen wird, macht in Polen einen guten Eindruck, obgleich eine amtliche Bekanntmachung von Seite der russ. Regierung noch nicht erfolgt ist. Die neuernannten Bischöfe werden in Petersburg in der Katharinenkirche durch den Erzbischof von Kasan konsekrirt werden. Fortan wird Rom einen Vertreter zur Leitung der katholischen Angelegenheiten in Petersburg haben. (Oester. Z.)

Aus Bombay vom 12. Septbr. Die Expedition in den persischen Golf wird lebhaft betrieben; sie wird aus 15,000 Mann bestehen. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 285.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 13. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Das Programm für die feierliche Enthüllung des Maximilian-Denkmals in Lindau am 12. Oktbr. beginnt mit Gottesdienst, worauf Festzug der Mitglieder des Handelsstandes und der Gewerke mit ihren Abzeichen, Landwehr-Parade und Festmahl in der dekorirten Niederlagshalle folgt. Abends wird unter Absingen der Nationalhymne mit Musikbegleitung das Monument mit bengalischem Feuer beleuchtet. Ein von dem Handelsstande veranstalteter Festball schließt die Feier des Tages. Zugleich mit dem Standbild Sr. Maj. des Königs, welches ihm die an der bayerischen Staatseisenbahn gelegenen Städte gesetzt haben, wird eine weitere Zierde des Lindauer Hafens enthüllt, nämlich der riesige Löwe, der sich am Eingange des Hafens, dem neuen Leuchthurme gegenüber, am äußersten Endpunkte des Reiches erhebt. Der Löwe ist in sitzender Stellung, 20 Fuß hoch auf einem eben so hohen Piedestale. Der Leuchtthurm, welcher am westlichen Molo seine Stellung findet, ist dem kolossalen Löwen gegenüber. Die ganze Höhe dieses schlanken mit gußeisernen Zinnen gekrönten Baues wird mit der zierlichen, oben befindlichen gußeisernen Leuchte 115 Fuß hoch seyn. Das Monument Sr. Maj. des Königs wird eine Zierde der Seegegend bilden; dasselbe bietet sowohl von der Seeseite, als der Länge des Quai, sowie auch von den großartigen Gebäulichkeiten des Bahnhofes aus einen prachtvollen Anblick. Das Standbild Sr. Maj. ruht auf granitenem Piedestal; dasselbe zeigt die in vergoldeter Bronze ausgeführte Figur des Königs in aufrechter Stellung, 11 Fuß hoch; zu dessen Füßen befinden sich 6 Fuß hohe sitzende Gestalten, Kunst und Wissenschaft, Handel, Industrie und Ackerbau mit ihren Attributen vorstellend, in Marmor ausgeführt. Das Kapitäl bilden die acht Kreise des Königsreichs; den Sockel zieren eine Inschrift und die Wappen der 20 Städte in vergoldeter Bronze; die Architektur ist aus Fichtelberger Granit.

Preußen. Königsberg, 7. Okt. Der vor Kurzem bei der hiesigen juristischen Fakultät als außerordentlicher Professor angestellte Dr. Stobbe hat, wie die „K. H. Z.“ vernimmt, einen Ruf nach Erlangen als ordentlicher Professor für das deutsche Privatrecht erhalten.

Berlin, 9. Okt. Um die jetzige Geldklemme erleichtern zu helfen, macht die Hauptverwaltung der Staatsschulden bekannt, daß sämmtliche ausgeloofte Schuldverschreibungen des Staates aus den Jahren 1848, 1850, 1852, 1854 und 1855, welche zum 1. April 1857 gekündigt sind, schon vom 1. November ab bei der Staatsschulden-Tilgungskasse eingelöst werden können, wodurch allerdings nicht unbedeutende Summen flüssig werden.

Berlin, 11. Okt. Den mancherlei gegenwärtig in den Zeitungen umlaufenden Gerüchten gegenüber glaubt die „Neue Preußische Zeitung“ versichern zu dürfen, daß der General-Adjutant Sr. Maj. des Königs, Generallieutenant v. Gerlach, allerdings bei Gelegenheit seines 50jährigen militärischen Dienst-Jubiläums den König gebeten habe, ihn in Ruhestand zu versetzen; Se. M. der König habe aber dieses Gesuch mit Entschiedenheit und als mit dem Interesse des allerhöchsten Dienstes unverträglich abgelehnt.

Magdeburg, 10. Okt. Heute stand Prediger Uhlich vor dem Stadtgericht wegen der Nr. 5 seines Sonntagsblattes. Das Gericht fand darin die Verspottung des Christenthums und verurtheilte den Angeklagten zu vier Wochen Gefängniß und die konfiszirten Exemplare des Blattes zur Vernichtung. Prediger Uhlich wird appelliren. (N. Z.)

Die neuesten landräthlichen Bekanntmachungen in Schlesien bringen die Mittheilung, daß mittelst Kabinets-Ordre vom 28. August c. die Wiedereinführung der dreijährigen (d. h. längeren) Dienstzeit bei den preußischen Infanterie-Regimentern befohlen worden.

Baden. Heidelberg. Der Statutenentwurf über das studentische Vereinswesen, welcher vom engeren Senat ausgearbeitet, vom großen Senat in allen wesentlichen Punkten gebilligt worden ist, und vom Ministerium höchst wahrscheinlich genehmigt werden wird, bestimmt nach einer Notiz in der „Allg. Z.“, daß es hinfort Verbindungen und Vereinen von verschiedener Richtung gestattet seyn soll, um Genehmigung bei der akademischen Behörde einzukommen und Abzeichen zu tragen, sobald ihre Statuten keine Gesetzwidrigkeiten enthalten. Alle Verbindungen mit burschenschaftlicher oder politischer Tendenz sind, wie bisher, von der Genehmigung ausgeschlossen, ebenso alle Vereine, welche das Duell für erlaubt oder nothwendig erklären. Gegen solche Verbindungen, die zu exzessivem Treiben Anlaß geben, soll, wenn die schuldigen Mitglieder nicht ausgestoßen werden, mit der Strafe der Auflösung eingeschritten werden. Die Vorstände der Vereine werden für das Verhalten derselben noch besonders verantwortlich gemacht. Der Abgang der Studirenden war dieses Sommersemester nicht größer, als er sonst zu seyn pflegt, namentlich sind viele Mitglieder der aufgelösten Corpsverbindungen hier zurückgeblieben. Für das nächste Wintersemester sind schon manche angemeldet, und es ist vorerst eine Abnahme der Frequenz nicht vorauszusehen. Bemerkenswerth ist, daß Eltern bei hiesiger Behörde haben anfragen lassen, ob auch wirklich die getroffenen Disziplinarmaßregeln Stand haben werden, indem sie nur in diesem Fall ihren Söhnen den Besuch der hiesigen Universität gestatten würden.

Kurhessen. Kassel, 10. Oktbr. Die heutige öffentliche Sitzung der 2. Kammer war der Berathung des mit der provisorischen Verfassung gleichzeitig verkündigten Wahlgesetzes gewidmet. Die vom Verfassungsausschuß vorgeschlagenen zahlreichen Abänderungen bekämpfte der Landtagskommissär, geheimer Regierungsrath v. Stiernberg, in ausführlicher Rede, welche mit der Bemerkung schloß: „Die bei dieser Gelegenheit stattgehabte Weitläufigkeit wieder gut machen zu wollen; nur möge man aus seinem spätern Schweigen keinerlei Zustimmung folgern.“ Die hierauf vom Präsidenten gestellte Frage: ob die Kammer das Gesetz in seiner dermaligen Fassung annehmen wolle? wurde mit großer Majorität verneint und alsdann die Anträge des Ausschusses zur Diskussion gebracht. Nur einmal erhielt dieselbe einen etwas belebten Charakter, während im übrigen sämmtliche Ausschußanträge ohne Schwierigkeit Annahme fanden. Da das Gesetz über 40 Paragraphen zählt und heute erst etwa ein Viertheil absolvirt worden, so dürften voraussichtlich noch mehrere Sitzungen davon in Anspruch genommen werden. (Fr. Postz.)

° **Luxemburg.** Die Verfassung von Luxemburg kommt jetzt auch an die Reihe des Revidirtwerdens, „um sie mit den Grundgesetzen des deutschen Bundes in Uebereinstimmung zu bringen.“ So sagte die Rede, womit der Prinz Heinrich der Niederlande am 7. Oktober die Kammer des Großherzogthums eröffnete. Tags darauf wurde der Kammer der betr. Gesetz-Vorschlag zugestellt. Nicht weniger als 45 Artikel sollen theils abgeändert, theils beseitigt werden. Ich bemerke einstweilen, daß die Abänderungen durchgreifend sind und die Rolle der künftigen „Stände-Versammlung“ (Assemblée des Etats statt der bisherigen Benennung Chambre des Députés) eine höchst unschuldige seyn wird. Die Civilliste soll um 40,000 Fr. erhöht werden; die Presse soll durch das Bundesgesetz geregelt werden, und es verschwindet aus der Verfassung das Verbot der Einführung von Stempel und Kautionen; ebenso wird die Jury in Preßsachen gestrichen, die bis heute allerdings auch nur im Prinzip dekretirt, aber in Wirklichkeit noch nicht vorhanden war. Die Kompetenz des Obertribunals wird beschränkt. Der Census, von dem die Wahlfähigkeit abhängt, wird dreimal höher als jetzt; die Dauer der jährlichen Session ist auf 40 Tage beschränkt; das Budget soll in zwei Theile getheilt werden, von denen der eine, fixe, dem jährlichen Votum nicht unterworfen ist; die Kompetenz der Kammer in Petitions-

sachen wird beschränkt; die bis jetzt direkte Wahl des Kammer-Präsidenten und Vice-Präsidenten soll künftig durch den König geschehen auf Präsentation von drei Candidaten zu jedem dieser Posten ꝛc. ꝛc. Das sind die wichtigeren der vorzunehmenden Aenderungen, und es sind deren nicht wenig, wie man sieht; doch bemerkte der Regierungs-Kommissär am Ende seines Vortrages, die Regierung sey großmüthig verfahren, denn es wäre vielleicht rathsam gewesen, eine noch tiefere Reform vorzunehmen! Nach der Sitzung war Bankett beim Prinzen, zu dem sämmtliche Deputirte geladen waren. Der Prinz forderte die Kammer auf, sich frei und loyal über die Modifikationen auszusprechen, sie würde dadurch König und Volk einen Dienst leisten. Wie die Abstimmung der Kammer ausfallen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen.

Freie Städte. Hamburg, 9. Oktbr. Gegen die bestimmten Erklärungen preußischer Blätter wird uns aus glaubwürdiger Quelle die Mittheilung, Hr. Dr. Wichern werde nicht in den preußischen Staatsdienst übertreten. Allerdings rührt die neue Einrichtung und Verwaltung der Strafanstalten und die besondere Rücksicht für die Seelsorge der Züchtlinge von seinen Vorschlägen her, und soll die Strafanstalt von Berlin von sogenannten Brüdern, wie sie im Rauhen Hause gebildet werden, geleitet und verwaltet werden; allein Dr. Wichern wird hier bleiben und seine bisherige Wirksamkeit fortsetzen. (K. Z.)

Dänemark.

Wie man aus Kopenhagen erfährt, wäre Dänemark geneigt, den holstein-lauenburgischen Transitzoll auf 1 Schill. pr. 100 Pfd., also um 4 Schill. herabzusetzen.

Frankreich.

* Um den durch die Handelskrise, die auch auf die Lyoner Seidenfabriken lähmend wirkt, brodlosen Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, hat der Kaiser für 100,000 Fr. Seidenstoffe bei dortigen Fabriken bestellt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 3. Okt. Die Pforte hat nicht, wie anfänglich verlautete, die Konzession zu der Euphratbahn selbst, sondern bloß die Bewilligung zu den Vorstudien dazu ertheilt. — Der Kommandant der türkischen Okkupationstruppen in der Wallachei hat Befehl erhalten, die Winterquartiere in den Donaufürstenthümern definitiv zu beziehen, resp. die Wallachei nicht früher zu verlassen, bis die Angelegenheiten wegen Bolgrad am Kongreß zu Paris entschieden seyn werden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 4. Oktober. Der heutige „Invalide“ enthält fünf kaiserl. Reskripte, nach welchen dem Fürsten Paul Esterhazy, den Prinzen Wilhelm v. Baden und Ludwig v. Hessen sowie dem Grafen Morny der Andreasorden, dem Prinzen Bernhard von Solms-Braunfels endlich der Alexander-Newsky-Orden verliehen wird. Fürst Esterhazy hat die Ordensinsignien mit Diamanten verziert erhalten; während aber in den an ihn wie an die drei andern Dekorirten gerichteten Reskripten nur ihre Anwesenheit bei der Krönung als Motiv der Ordensverleihung angegeben ist, lautet das an den Grafen Morny gerichtete, wie folgt: „Als Ausdruck Unseres besonderen Wohlwollens für Sie und in Anlaß der so glücklich wiederhergestellten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich haben Wir an diesem feierlichen Tage Unserer Krönung Sie zum Ritter ernannt ꝛc.“ (H. N.)

St. Petersburg, 10. Oktbr. Der Kaiser ist von Moskau zurück am 6. d. in Zarkojeselo (kais. Schloß bei Petersburg) eingetroffen; am 8. d. wurden die Regalien vom Bahnhof in das Winterpalais gebracht. Am 14. d. findet der feierliche Einzug in St. Petersburg, am 15. d. der Ball des Adels und der Kaufmannschaft statt. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Das Feuerwerk in Moskau am 29. Septbr. hat, wie Augenzeugen berichten, selbst die auf's höchste gespannte Erwartungen bei weitem übertroffen. Es begann Abends um 8 Uhr; nur bis 6 Uhr war den Wagen die Zufuhr zu den Zuschauertribunen (auf welchen die 16,000 Plätze schon am 27. vollständig vergriffen waren) gestattet, die nach dem Kadettenkorps führenden Straßen Moskau's waren daher schon seit 3 Uhr von Equipagen und Fußgängern überfüllt. Gegen 9 Uhr kurz vor der Ankunft der kaiserlichen Familie, wurden bengalische Flammen und eine elektrische Sonne angezündet. Die Strahlen der letzteren waren auf eine mit Blumengewinden verzierte Säule gerichtet, auf der sich ein riesiger Blumenkorb befand, über dem mehrere Schmetterlinge schwebten, die ihre goldenen und in allen Farben des Regenbogens erglänzenden Flügel bewegten. Endlich zeigte ein fernhin schallendes Hurrahgeschrei die Ankunft der kaiserlichen Familie an. Sobald diese auf dem Balkon vor dem Kadettenkorps Platz genommen hatte, flog von diesem Balkone ein elektrischer Funke in den erwähnten Blumenkorb, und in demselben Augenblicke erhob sich dort ein goldener Schmetterling in die Lüfte, einen hellen Feuerstreif hinter sich ziehend. Unmittelbar darauf erdröhnte das erste Signal: von der einen Seite gingen 6 Schwärmerfässer auf und schütteten eine Menge bunter Sterne aus, auf der andern flogen 6 Kriegsraketten in die Höhe, die einen weißen Feuerregen verbreiteten; andere 6 Raketen waren mit Schwärmern, noch 6 andere mit weißen Sternen gefüllt. Endlich stiegen noch 6 Raketen auf — und blieben, wie es schien, ohne Erfolg; aber nach einigen Minuten zeigte sich ein purpurrothes Wölkchen am Horizont, das immer heller wurde, endlich große blendende Sterne zeigte, die im vollen, ruhigen weißen Lichte brannten und unbeweglich zu seyn schienen. Es waren dies Raketen mit sog. Parachutes. Nach diesem Signale zeigte sich das erste Tableau, welchem dem Programme gemäß die übrigen folgten. (H. N.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 12. Oktober. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Nat. 75¾; 4½pCt.Met. 66¼; Wiener Bankaktien 1196; 5pCt. Lomb. 87½; Wiener Wechsel l. S. ——; 3pCt. inl. span. 37⅜; 1 pCt neue 23$\frac{9}{16}$. Oesterr. Kreditaktien 180. Darmstädter Bankaktien 329¼. Bayerische Ostbahn 102. Luxemburger internationale Kreditbank 507.

Breslau, 7. Oktbr. Weißer Waizen 95, 100 a 105 Sgr., gelber 90. 95 a 100 Sgr. Roggen 85 pfd. 54 a 55 Sgr., 86 bis 87pfd, 57 a 59 Sgr., 88pfd. 60 Sgr., 90pfd. 60 a 62 Sgr. Gerste 45, 48 a 51½ Sgr. Hafer 27, 29 a 30 Sgr. Erbsen 63, 66 a 70 Sgr. Mais 50 a 55 Sgr.

Oelsaaten in feinster Qualität eher beachtet. Preise unverändert. Wir notiren: Winterrapps 118, 125 a 136 Sgr. Sommerrapps 105, 111 a 114 Sgr.

Kleesaamen, rother waren mehrere Partien am Markt, die zu letzten Preisen leicht in die Hände der Käufer übergingen, von weißem war fast nichts am Markte. Wir notiren: hochfeinen rothen bis 20 Thlr., feinen und fein mittel 19 a 19⅔ Thlr., mittel 18 a 18¼ Thlr., hochfeinen weißen bis 21 Thlr., feinen und feinen mittel 20 a 20⅓ Thlr., mittel und ord. 15, 17, 18½ a 19 Thlr.

Rüböl loko 17⅝ Thlr. bez. und Geld, Oktbr. 17⅔ Thlr. Geld, 18 Thlr. Br., Oktbr.—Novbr. 17¾ Thlr. Br., Novbr.—Dezbr. 17¼ Thlr. Br., 17⅓ Thlr. Geld, April—Mai 15⅞ Thlr. bez.

Leipzig, 8. Oktbr. Daß unsere Messen mit jedem Jahre an Bedeutung zunehmen, dieses geht auch daraus hervor, daß die innere Stadt nicht mehr Wohnungen für die Meßfremden hat, und daß ein ziemlicher Theil derselben sich genöthigt sieht, sich bis in die äußersten Vorstädte zurückzuziehen; das geht ferner aus den ungeheuren Lokalmiethen hervor. Es ist zuverläßig, daß Gewölbe und andere Verkaufsräume seit 10 Jahren um 200 Prozent in die Höhe gegangen sind, und man muß sich in der That wundern, wie es möglich ist, diese ungeheuren Lokalmiethen zu erschwingen. Leinene, wollene und baumwollene Bänder sind zu um 5—10pCt. höheren Preisen sehr gut gegangen; dasselbe gilt von Posamentierwaaren, welche sogar einen Preisaufschlag von 10—15pCt. erfuhren. Es sind überhaupt alle Rohstoffe und alle Waaren ohne Ausnahme ansehnlich im Preise gestiegen. Am brillantesten war die Messe, außer in Leder, Seidewaaren und Buckskin, in deutschen, französischen und englischen Manufakturwaaren. Die Lager davon sind theilweise ganz geräumt, und in manchen Artikeln war nicht genug Vorrath am Platze, so daß die Fabrikanten ansehnliche Bestellungen zur Nachlieferung mit nach Hause nahmen. Baumwollene Waaren sind um 5, halbwollene um 8—10, ganzwollene um 12—15pCt. theurer bezahlt worden. Die Hauptkäufer außer der deutschen Kundschaft waren Griechen, Perser, Polen und Russen. Am gesuchtesten waren wollene karrirte und wollene mit Seide durchwirkte Kleiderstoffe, so wie ganz und halbwollene Tücher. Auch Thibet ist gut gegangen (Schw.M.)

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“

Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 286. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 14. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Die Zollvereinskonferenz in Weimar verläuft, wie man es vorhersehen mußte, ohne bei einer der bedeutenderen vorliegenden Fragen Einigung erzielen zu können. Die Herabsetzung der Eisenzölle ist von den süddeutschen Staaten unter Bayerns Vortritt verworfen worden, die Erhöhung der Tabakzölle scheiterte an dem Widerspruch einiger norddeutschen Vereinsglieder. Diese haben wenigstens prinzipielle Consequenz bewiesen, indem sie trotz der verlockenden Aussicht auf hohe Einnahmen sich gegen Zollvermehrung und Finanzzölle erklärten, ein Beispiel, dem Preußen nur halb beistimmte, da es schwankend zwischen rechts und links verminderte Eisensteuer und vermehrte Tabaksteuer begehrte. Der einzige Einigungspunkt der verschiedenen Regierungen besteht darin, daß an den jetzigen Einnahmen nichts verloren geben dürfe, wenn man sie nicht vermehren könne oder wolle; und wenn bei den Lebensmittelzöllen für Reis und einige andere Artikel einige Herabsetzungen erfolgen, werden andere dagegen erhöht werden, um den möglichen Ausfall zu decken. (J. f. Nordd.)

Bayern. München. Am Sonntage, 12. Okt., dem h. Namensfeste Sr. Maj. des Königs, wurde die schon mehrfach erwähnte „Marienanstalt für junge und alte katholische Dienstboten weiblichen Geschlechts" feierlich eröffnet. (A. P.)

Die 22 Tabaksfabrikanten Nürnbergs haben in einer Eingabe an das Ministerium auf die Folgen aufmerksam gemacht, welche die Erhöhung des Tabakzolles und eine Besteuerung des inländischen Tabakprodukts auf die inländische Produktion und Verarbeitung des Tabaks ausüben könnte. (Die Zollvereinskonferenz hat die Anträge auf Besteuerung des Tabaks ꝛc. bereits verworfen.) Im diesseitigen Bayern, und zwar meist im Umkreise von Nürnberg, werden jährlich über 10,000 Ctr. Tabak gebaut, welche einen Flächenraum von 9500 Tagwerken erfordern. (Fr. J.)

In der Jahres-Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins für Bayern beim Münchner Oktoberfest trat u. a. über den landwirthschaftlichen Unterricht in den Volksschulen wiederholt eine Ansicht auf, die noch größere Ausdehnung der Unterrichtsgegenstände dieser Schulen verlangte, sich schon oft geltend zu machen versucht hat und nicht genug bekämpft werden kann — wobei nicht zu vergessen ist, daß es sich um Knaben von 6 bis 13 Jahren handelt, die man encyklopädisch vollstopfen will, — die aber auch in dem k. Rektor Riederer aus Freising einen entschiedenen Gegner fand, der in einer mit allgemeinem Beifalle aufgenommenen Rede nachwies, daß wir vor Allem einer gründlichen Elementarbildung, einer Zurückführung der Mannigfaltigkeit auf das Einfache und Nachhaltige bedürfen, um auf solcher Grundlage nach Belieben und Bedarf weiter zu bauen; und zugleich erwähnte, daß die Staatsregierung damit beschäftigt ist, einen in dieser Richtung gehaltenen Schulplan ausarbeiten zu lassen.

Der landwirthschaftliche Verein zählt gegenwärtig im Ganzen 17,038 Mitglieder und zwar 2970 Beamte, 1484 Geistliche, 1152 Schullehrer, 2408 Gewerbtreibende, 1177 Gutsbesitzer, 2246 Oekonomen, 952 Landwirthe (Bauern, Hofbesitzer, Söldner ꝛc.); außerdem 4619 Gemeinden. Auf die einzelnen Kreise vertheilt sich die Mitgliederzahl folgender Gestalt: Oberbayern 2694; Niederbayern 1467; Pfalz 1694; Oberpfalz 2435; Oberfranken 1042; Mittelfranken 1506; Unterfranken 2075; Schwaben und Neuburg 4125.

Preußen. Magdeburg, 10. Okt. Am vergangenen Sonntage sind in hiesigen protestantischen Kirchen die Zuhörer von der Irrlehre der Irvingianer gewarnt, und dann ist ihnen angekündigt worden, daß Diejenigen, die sich zu den Irvingianern hielten, vom Abendmahle ausgeschlossen würden.

Lutzerath, 5. Okt. Bekanntlich wurde auf königlichen Befehl über dem Portale des Bankgebäudes in Berlin eine Marmortafel angebracht, welche die Inschrift trägt: „Grenadier. Theisen vom Kaiser-Franz-Grenadier-Regiment, aus dem Kreise Cochem, Regierungsbezirk Koblenz, fiel hier durch Meuchelmord als erstes Opfer der Revolte in Berlin den 18. März 1848 in Erfüllung seiner Pflicht als treuer Soldat. Sein Andenken ehrt König Friedrich Wilhelm IV." Außerdem wurde dem in Beuren lebenden Vater des Gefallenen eine angemessene lebenslängliche Pension bewilligt. In Folge der Bitte der Gemeinde Beuren, daß dem gefallenen jungen Manne auch in der Kirche seiner Heimath ein bleibendes Denkmal gesetzt werden möge, ließ Se. Maj. der König der ersteren die gedachte Marmortafel, welche inzwischen am Bankgebäude durch eine Tafel von Erz ersetzt worden, als Geschenk übersenden, und gleichzeitig befehlen, daß die Aufstellung des Denkmals in der Kirche und zwar in der Art erfolge, daß eine zweite einfache Holztafel über der Marmortafel angebracht werde mit der erläuternden Inschrift: „Gedenktafel, ursprünglich zur Befestigung am k. Bankgebäude zu Berlin bestimmt; nachdem sie dort durch eine Tafel von Erz ersetzt worden, von des Königs Majestät der Gemeinde Beuren, dem Heimatsorte des Grenadiers Theisen,

---

Castle-Garden-Emigranten-Depot.

Bericht der Grand Jury.

(Fortsetzung und Schluß.)

Die „Grand Inquest," welche auf diese Weise persönlich den Geschäftsgang am Landungsdepot zu Castle-Garden in Augenschein genommen und die Befriedigung erhalten hatte, daß auf den Auswanderer jede Sorge verwandt wird, welche die Philanthropie erdenken und die Aufopferung für eine gute Sache durch Ausdauer und tägliche Sorge verwirklichen konnte, stellten weitere Nachforschungen über die Arrangements für besondere Fälle, welche nicht vorgekommen und von ihnen hätten bemerkt werden können, an. Sie erfuhren, daß es sich häufig ereignet, daß Passagiere ankommen, welche hoffen, Mittel vorzufinden, ihre Reise ins Innere des Landes unverzüglich fortzusetzen, sich aber getäuscht sehen. In solchen Fällen werden auf das Gepäck des Reisenden Vorschüsse gewährt, welche auf diese Weise der Nothwendigkeit, in kostspieligen Wirthshäusern auf Mittheilungen von ihren Freunden warten zu müssen, überhoben sind. Sie können sofort nach dem Ort ihrer Bestimmung abgehen und nach kurzer Zeit den vorgestreckten Betrag einsenden, worauf ihnen ihre Sachen ohne Berechnung von Zinsen oder Lagermiethe zugesandt werden.

Der den Emigrantenfamilien durch diese segensreiche Einrichtung, dieselben aus den Wirthshäusern zurückzuhalten, gesparte Geldbetrag ist ungemein groß, denn dieser begreift nicht allein die Beköstigung für einige Tage in sich. Vor der Errichtung Castle-Gardens pflegten sich die Emigrantenfamilien in vorkommender Geldnoth in ein Wirthshaus zu begeben und an ihre Freunde um „Geld" zu schreiben, vergaßen aber häufig den Betrag zu specificiren. Diese schickten dann so viel, was nach ihrer Meinung zur Bezahlung der Reisekosten hinreichte. Das langte aber nicht zu, wurde durch die Wirthshausrechnung wieder aufgezehrt. Nun blieb der Auswanderer nochmals ohne Reisemittel. Der Wirth eröffnete auf das Gepäck des Auswanderers einen neuen Kredit (jedoch keinen baaren Vorschuß) und waren alle Mittel des Auswanderers erschöpft, setzte er ihn als einen Armen auf die Straße, überlieferte ihn den öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten. Dies ist durch die Statistik von Ward's Island Emigrant Refuge erwiesen, welches zur Zeit der Errichtung von Castle-Garden 3600 Insassen zählte! Diese

verliehen." Die Enthüllung dieser beiden Tafeln erfolgte heute Nachmittag zu Beuren in einer feierlichen Weise. (Kobl. Z.)

Köln, 10. Okt. Unsere Zucker-Raffineure sehen sich leider in die Nothwendigkeit versetzt, einen großen Theil ihrer Arbeiter für den Winter zu entlassen. In dreien unserer ersten Fabriken wurden bereits 150 Arbeiter verabschiedet. Der Grund zu dieser Maßregel liegt hauptsächlich in dem Umstande, daß die Fabriken, welche Rohzucker verarbeiten, mit den Runkelrüben-Fabriken auf die Dauer nicht concurriren können, es sey denn, daß eine Zollermäßigung bei der Einfuhr veranlaßt werde. (Fr. J.)

Kurhessen. Das zu Brüssel erscheinende Journal „La Presse belge" ist für den Umfang des Kurstaates verboten und demselben der Postdebit entzogen worden. Die Veranlassung zu dieser Maßregel soll ein Correspondenzartikel des gedachten, im Uebrigen in Kurhessen wenig gekannten Blattes gegeben haben, der grobe Invectiven gegen die Person des Kurfürsten enthält. (Fr. J.)

Schweiz.

Ein Dekret des großen Rathes von Neuenburg beauftragt den Staatsrath, die Kanonen, welche dem Staat gehören, im Kanton zu zerstreuen; ohne Zweifel sollen sie republikanisch-gesinnten Orten anvertraut werden, um damit andere Orte im Zaum zu halten und mit Kanonen zu bewachen. Dagegen soll allen Ortschaften, in welchen der letzte royalistische Aufstand Anhang fand, entgegen dem bisherigen Militärgesetz, die Montur und Armatur entzogen, und nur in Dienstzeiten auf die Dauer derselben zugetheilt werden. Sogar die Rekruten, die künftig aus den bezeichneten Orten einberufen werden mögen, sollen auf diese Weise behandelt werden. Dagegen soll der Staatsrath dafür sorgen, daß diejenigen Landestheile, wo die Stützen der republikanischen Ordnung zahlreich und dicht wohnen, mit tragbaren Waffen und Munition versehen seyen. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 6. Oktbr. Der heutige „Moniteur" regelt die Vorlesungen auf der Landes-Universität zu Gent, die vom Bischof von Gent letzthin so heftig angegriffen wurden, für das Schuljahr 1856/57; es ist keine einzige Aenderung in dem Plane des vorigen Jahres eingetreten. Der Minister Herr De Decker schließt an diese Verordnung ein Schreiben an die Inspektoren der Universitäten von Lüttich und Gent, in welchem es heißt: „Der religiöse Unterricht bildet, zufolge unserer organischen Gesetze, einen integrirenden Theil der ersten und mittleren Unterweisung; aber niemals ist es verlangt worden, daß derselbe in dem Programme unserer Landes-Universitäten Platz finden solle. Folglich wird derselbe dort nicht ertheilt. Der Staat würde außerdem verfassungsgemäß inkompetent seyn, um diesen Unterricht selbst zu ertheilen. Es kömmt jedoch vor, daß die Herren Professoren im Laufe ihrer Vorträge an die Untersuchung dieses oder jenes Lehrpunktes gelangen, welcher die Religion nahe berührt. Diese Untersuchung bietet aus unseren Institutionen selbst hervorgehende Schwierigkeiten dar. Die Regierung gedenkt den mit dem höheren Unterrichte betrauten Herren Professoren durchaus nicht die Verpflichtung aufzuerlegen, die religiösen Fragen im ausschließlichen Sinne einer positiven Religion zu behandeln; jedoch kann und muß die Regierung, aus Achtung vor der Freiheit der Kulte, diesen Professoren befehlen, sich eines jeden direkten Angriffes gegen die Grundprincipien der in Belgien geübten Glaubenslehren zu enthalten. Welche sind die aus diesen constitutionellen Voraussetzungen hervorgehenden Folgen? Es muß die erste Sorge der Herren Professoren seyn, die Untersuchung von streitigen und aufreizenden Punkten, deren Ergründung nicht unumgänglich nothwendig ist, zu vermeiden. Sind sie jedoch durch die Forderungen ihres Lehramtes gezwungen, auf diese zarten Fragen einzugehen, so müssen sie das mit jener Zurückhaltung, jener Ehrfurcht thun, welche die Wichtigkeit ihres sozialen Berufes und das Bewußtseyn ihrer Verantwortlichkeit ihnen auferlegen." (K. Z.)

Brüssel, 7. Oktober. Die belgische Nationalbank nimmt augenblicklich die französischen Goldstücke von 20 Fr. nur noch zu 18 Fr. 90 C. an. Sie schickt dieselben dann nach Paris, wo sie sich dafür volle Zwanzigfranken in Silber eintauscht, weil in Frankreich gesetzlich Ein Zwanzigfranken-Stück in Gold gleich 20 Franken in Silber ist. Das eingetauschte Silber führt sie dann wieder aus, und verwerthet dasselbe natürlich mit bedeutendem Profit. Diese moralisch ziemlich zweideutige Maßregel, die in wenigen Tagen den Aktionären einen aus fremden Taschen mit leichter Mühe geschöpften Nutzen von gegen 4 Millionen eingebracht hat, erregt den allgemeinsten Unwillen, und von allen Seiten beschweren sich die Handelskammern bei unserem höchst redlichen Finanzminister Herrn Mercier. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 9 Oktbr. Louis Blanc antwortet im „Advertiser" auf den Artikel des „Moniteur" hinsichtlich der Cayenne-Deportirten, der sich als gegen seine früher vorgebrachten Angaben hinsichtlich derselben gerichtet auffassen ließ. Die Haltung des Artikels ist zum Theil eine gereiztere, als in den früheren Briefen Louis Blanc's über diesen Gegenstand; es fehlt auch nicht an persönlichen Angriffen gegen Napoleon III. Was die Sache selbst betrifft, so bemerken wir nur, daß Louis Blanc besonders gegen die Angabe des „Moniteur" auftritt, nach der sich unter den dortigen Verbannten viele befinden, die von der Republik verurtheilt worden. Erstens meine der „Moniteur" unter dem Wort „viele" etwa 19 oder 20 Personen; zweitens habe die Republik nur die Verbannung nach Algier gekannt. Der „Advertiser" deutet außerdem auf einen Gedächtnißfehler in jenem Moniteur-Artikel. Im Anfang desselben lese man, daß die Zahl der politischen Transportirten zu keiner Zeit 320 überstieg; gegen Ende desselben Artikels aber, daß das Schiff „Erigone" allein 400 politische Verbrecher nach Cayenne befördert habe.

London, 11. Oktbr. Lord Clarendon hatte gestern mit Hrn. Morse eine Verhandlung über den zwischen Irland und Newfoundland anzulegenden Draht.

Frankreich.

* Seit einigen Tagen bringen die halbamtlichen Pariser Blätter ziemlich scharfe Aufsätze über die fortdauernde Anwesenheit der österr. Besetzungstruppen in den Donaufürstenthümern. Man darf hieraus wohl schließen, daß die französische Regierung das Ende dieser Besetzung recht sehr herbeiwünscht. Indessen kann sie nichts machen, da Oesterreich hierüber mit der Türkei einen eigenen Vertrag abgeschlossen hat. Nach halbamtlichen Mittheilungen aus Wien werden die Oesterreicher aus den Donaufürstenthümern keinesfalls eher abziehen, als bis die Frage wegen der Schlangeninsel und Bolgrad entschieden ist.

In Paris treffen jetzt täglich Tausende von Tannenholzkisten aus dem Süden ein, von denen jede ungefähr 2 Kilogr. Weintrauben enthält. Früher war Paris auf die nächsten Um-

---

Zahl hat sich bis jetzt, in Einem Jahre, auf ca. 1000 reduzirt, da die von Castle-Garden gewährte Protektion den Zufluß von Armen abschneidet.

Ein anderer beachtenswerther Zug, auf welchen die Aufmerksamkeit der Grand Inquest gelenkt wurde, ist die besondere Einrichtung eines hohen und gut ventilirten Zimmers für Wöchnerinen oder für solche Frauen, welche so kurz vor Ankunft des Schiffes niedergekommen waren, daß sie vor der Weiterreise der Ruhe bedurften. Sie haben jede nöthige medizinische Bedienung und Pflege auf Kosten der Commissioners of Emigration, brauchen nicht in Wirthshäuser zu gehen und Geld auszugeben, und werden, sobald ihre Kräfte hinreichend hergestellt sind, um die Mühseligkeiten einer Reise zu ertragen, nach ihrem Bestimmungsort befördert.

Indem nach der Ursache gewisser veröffentlichter Angriffe gegen das Emigranten-Landungs-Depot geforscht war, beruhigte sich die „Grand Inquest", daß sie zuerst eben von den dabei interessirten Parteien ausgegangen seyen, gegen deren Räubereien Castle-Garden dem Auswanderer Schutz gewährt, und welche hauptsächlich Runner in Geschäften von Mäkleragenten, Gastwirthen und dergl. sind, die durch Errichtung eines Zentral-Depots, wo die Eisenbahn-Kompagnien ihre Geschäfte durch ihre eigenen Beamten, ohne die kostspielige Intervention von Passagier-Mäklern 2c., versehen lassen, Kundschaft verloren haben.

Diese Klasse Menschen hat der gehörigen Geschäftsentwickelung in Castle Garden große Schwierigkeiten in den Weg gelegt, indem sie sich als tobender Haufe an den Thoren Castle Gardens sammelt, und dessen äußerst gesetzloses Benehmen die persönliche Sicherheit nicht nur der Passagiere, welche Castle Garden verlassen müssen, um in der Stadt Geschäfte zu verrichten, sondern auch der am Landungs-Depot Angestellten und der Commissioners of Emigration gefährdet. Diese werden beständig auf den öffentlichen Plätzen, welche das Depot umgeben, insultirt und sind genöthigt worden, zur Vertheidigung gegen die Gewalt, welche oft an ihnen verübt ist, geladene Waffen zu führen.

Diese Menschen pflegen die Schiffe in der Bay in Böten zu umschwärmen, um den Sinn der Passagiere gegen das Landungs-Depot zu stimmen. Von den Polizei-Offizianten, welche von den Kommissioners of Emigration auf solche Schiffe gestellt werden, fortgejagt, pflegen sie diese auf die gröbste Weise

gebungen angewiesen. Das Eisenbahnnetz wird für die Obst- und Gemüsemärkte der Hauptstadt mit jedem Jahre segensreicher.

* Paris, 11. Okt. Die Gesandtschaft des Königs von Ava, unter der Führung des Generals v. Orgoni, begab sich gestern in's Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, wo sie vom Grafen Walewsky empfangen wurde. Auf dem ganzen Wege erregten diese Hindu's, welche die Legation des birmanischen Herrschers bilden, großes Aufsehen. Man sagt, sie führen reiche und merkwürdige Geschenke für den Kaiser und die Kaiserin bei sich.

Spanien.

Madrid, 6. Oktbr. Künftig soll wegen politischer Anlässe Niemand mehr nach den Philippinen, noch nach den Antillen, sondern nach den Mariannen geschickt werden.

Italien.

* In der piemontesischen Armee wurden gelungene Versuche mit einem Küchen-Fourgon angestellt, der einem ganzen Bataillon genügen und täglich 1000 Rationen liefern kann. Der Apparat ist so eingerichtet, daß die Köche während des des Marsches Tag und Nacht arbeiten können, was von großer Wichtigkeit ist, da der Soldat, wenn er müde und matt ist, Halt macht, sogleich Menage machen kann. Ein ähnlicher Apparat war auch auf der Pariser Industrie-Ausstellung zu sehen, doch scheint der piemontesische vervollkommener und praktischer zu seyn.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Jassy, 28. Sept. Heute sind hier 2 Mann vom kais. österr. Husarenregimente Graf Schlick durch Pulver und Blei hingerichtet worden. Sie hatten, im Vereine mit noch drei anderen Husaren, in diesem Frühjahre ein einige Stunden von hier einzeln an der Landstraße stehendes bewohntes Haus mit bewaffneter Hand überfallen und ausgeplündert. Eine hierbei entwendete bedeutende Summe Geld, in dessen Verausgabung die Thäter zu verschwenderisch waren, führte bald ihre Entdeckung herbei. Die drei mit dem Leben begnadigten Husaren sind zu 10 Jahren Eisen verurtheilt worden. (P. C.)

Rußland und Polen.

Odessa, 4. Oktober. In Nikolajeff wird der Bau von Handelsdampfern sehr lebhaft betrieben. Zwischen den Donauhäfen und Odessa herrscht lebhafter Verkehr. (Ostd. Post.)

Die Angriffe des „Nord" gegen die „N. Preuß. Z." werden seit einiger Zeit so systematisch fortgesetzt, daß sie nicht bloß der Ausfluß eines gelegentlichen Konkurrenzneides sind, sondern einen Theil des dem ersteren Blatte vorgezeichneten Programms bilden. Während die französischen und englischen Blätter sich Anfangs ziemlich ausschließlich an denjenigen Theil des Gortschakoff'schen Rundschreibens hielten, der gegen die Einmischung in die neapolitan. Angelegenheiten Einsprache erhebt, brachte die Pariser „Presse" einen längeren Artikel, der diejenigen Stellen näher in's Auge faßt, in denen der russ. Minister gleichsam die heilige Allianz aufkündigt. Die „Presse" schloß hieran einen ziemlich umfassenden Bericht über die Fehde, die sich über diesen Punkt zwischen „Nord" und der „N. Pr. Z." entspann. Trotz der wiederholten Versuche des letzteren Blattes, einen Waffenstillstand herbeizuführen, druckt der „Nord" dies ganze Referat, das die Kluft so breit als möglich darstellt, ab und schickt eine Einleitung voraus, in der er erklärt, daß, was früher die Privatansicht eines seiner Mitarbeiter über den Werth der heiligen Allianz gewesen sey, jetzt nach dem Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff als die öffentliche Meinung von ganz Rußland angesehen werden müsse. Rußland will eben von der heiligen Allianz nichts mehr wissen, seitdem Oesterreich den russischen Interessen nicht mehr dienen will, wie dies sein Verhalten im orientalischen Krieg zeigte; Preußen mit seiner schwankenden Neutralitäts-Politik nützt ihm auch nichts; also sucht es lieber andere Bundesgenossen; seine Blicke sind auf Frankreich gerichtet.

Nichtpolitische Zeitung.

Am 23. Sept. fand in Dresden eine Generalversammlung deutscher Schneider, oder wie sie sich selbst nennen, der deutschen „Bekleidungsakademie" statt. Auf den Vorschlag des Direktorium ward u. A. der einstimmige Beschluß gefaßt, als Beiblatt zur „Europäischen Modenztg." ein Blatt zu begründen, in dem schlechte Bezahler und notorische Betrüger öffentlich namhaft gemacht werden.

* Seit einigen Tagen findet sich zu Lyon ein Landmann Namens Raffin aus der Gegend von Mexinieux, der, ohne ein Erfindungspatent für sein Geschäft gelöst zu haben, keine große Konkurrenz zu fürchten braucht. Sobald Raffin nämlich im Gehen den Fuß auf eine Stelle setzt, welche eine unterirdische Quelle birgt, befällt ihn ein nervöses Zittern und er kann nicht auf dem Platz bleiben. Die Geschicklichkeit dieser lebendigen Wünschelruthe wurde bereits von mehreren Lyoner Haus- und Grundbesitzern geprüft und bis jetzt stets bewährt gefunden.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 5. bis 11. Oktbr.)

Samstag. Noch sind wir, wie wir bereits in früheren Berichten sagten, mitten in einer für den Welthandel bedeutungsvollen Krise — in dem Kampfe zwischen Silber und Gold — die Konvulsionen durchzucken alle Banken, und eine jede greift zum Heilmittel der Diskontoerhöhung und zum Einschränken aller Kredite. Die abgelaufene Woche ließ in der Thätigkeit der Umsätze Vieles zu wünschen übrig. Die großen Sprünge sind theuer und machen müde. — die Abspannung ist daher eben so erklärlich als das Zuwarten der größeren Spekulanten. Eine entschieden flaue Tendenz war vorherrschend und im Allgemeinen sind die Kurse niedriger; unbehagliches Gefühl scheint alle Welt beschlichen zu haben. — In den Geldverhältnissen unserer Börse hat sich indessen nichts verändert. Geld ist zu den bestehenden Zinsen reichlich da und der Silberbedarf hat aufgehört. Freilich behaupten erfahrene Geschäftsleute, daß dieses nur ein momentaner Stillstand sey, indem gegen Mitte Oktober die gewohnten Geldsendungen nach Bayern, Württemberg und Baden für Produktenankäufe anfangen würden. Voriges Jahr haben diese Länder auch von Straßburg bezogen. Da aber gegenwärtig von Frankreich kein Silber zu haben ist, so dürfte der ganze Bedarf von uns gedeckt werden müssen, und es ist nicht abzusehen, ob nicht der Ultimo Oktober ein sehr schwerer wird, also auch aus diesem Grunde Vorsicht anzuempfehlen ist. — Der Umsatz in österr. Fonds beschränkte sich hauptsächlich auf Nationalanleihe und man bemerkte gute Käufe für deutsche Kapitalisten. Die Wiener Quelle sprudelt aber noch immer so reich-

---

zu insultiren und noch obenein in der Mayor Office zu verklagen. Und nicht selten werden solche Klagen angehört, als kämen sie von achtbaren Bürgern.

Die Grand Inquest sah selbst einen Haufen dieser Klasse Menschen vor den Thoren Castle Gardens umherschwärmen und erfuhr mit Bedauern, daß die Polizei, ungeachtet wiederholter Vorstellungen an die städtischen Behörden, die von diesem Pöbel verursachten Störungen ruhig geschehen läßt. Er (der Pöbel) pflegt über Alle, welche Castle Garden verlassen, herzufallen und wenn sie sich nicht ihr Geld, ihre Werthsachen, Tickets, oder dergleichen abnehmen, oder wenn sie sich nicht mit ihm in Unterredung einlassen wollen, so greift man sie an und schlägt sie. So suchen die Runer 2c. die Einwanderer mit Gewalt nach Orten zu führen, wo sie genöthigt werden, einen Theil ihrer Baarschaft herzugeben, ehe sie Gelegenheit finden, zu entschlüpfen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß von Seiten der Polizei, unter geeigneter Beobachtung der ihr obliegenden Pflicht, dieses bunte, lärmende und gefährliche Gewühl gänzlich aus einander getrieben und an einer Wiederversammlung verhindert werden kann.

Die Grand Inquest hat mit Leidwesen bemerkt, daß diese offenbare Pflicht der Polizei zum großen Nachtheil der Auswanderer und zum Verdruß der Commissioners of Emigration, welche das Emigranten-Landungs-Depot überwachen, durchaus vernachlässigt wird.

Die Grand Inquest, welche die Gewißheit erlangt hat, daß Letzteres in jeder Hinsicht nicht nur für die Emigranten, sondern auch für das allgemeine Wohl ein Segen ist, würde es als eine Vernachlässigung ihrer heiligen Pflicht ansehen, wenn sie es unterließe, dies wichtige philantropische Etablissement der sorgenden Pflege der Munizipalbehörden anzuempfehlen. Sie hat zwei gegen einige Beamte Castle Gardens geführte Klagen abgewiesen, sich damit beruhigend, daß sie durch das Gesetz nicht unterstützt sind, und denselben die Absicht zu Grunde liegt, das gute Werk, dessen Inslebenrufen durch eine Akte der Legislatur vom April 1855 bewerkstelligt wurde, zu hindern, statt zu fördern.

New-York, 9. September 1856.

Howel Hoppock,
Vorsitzender der Grand Jury.

lich, daß man den Abfluß kaum bemerkt. In allen übrigen österr. Fonds war der Handel kaum nennenswerth. Für süddeutsche Fonds finden sich nunmehr auch Verkäufer und wir sehen viele Posten und Gattungen in Brief notirt, es ist dies indessen keineswegs ein Mangel an Vertrauen, sondern lediglich der große Abstand der Zinsnorm gegenüber dem heutigen Diskonto-Zinsfuße. Spanische Fonds schwanken hin und her. Die Unruhe auf dem Kurszettel ist ein Abbild der Unruhe in dem Zustand der Schuldners. — In österr. Kreditaktien wurde wie immer am meisten umgesetzt. Der Popanz der Einzahlung und die nicht unverdiente Ungunst einiger Vorstände der Gesellschaft hemmen jeden Aufschwung. Norddeutsche, Leipziger, Luxemburger ohne großen Umsatz, doch halten sich letztere ziemlich fest mit 3pCt. Agio; auch in Meininger hat das Geschäft nachgelassen. Spanische Kreditaktien anhaltend matt. — Die Darmstädter Aktien betreffend, ist der Beschluß einer Verdopplung des Kapitals keineswegs allgemein mit Freude begrüßt worden, und die halb verschleierte Bekanntmachung guter Geschäfte hat die sonstige Wirkung verfehlt. Von Weimarschen haben wir einen bedeutenden Rückgang zu melden. Der jüngste Bankausweis gibt einen soliden Stand zu erkennen. Sollte er zu solid seyn und keine günstige Dividende prognostiziren? Oesterr. Bankaktien stagnirend. Dies wird so lange der Fall seyn, bis die 83 Millionen Silbervorrath thätig werden und der so sehr gedrückten Valuta aufhelfen. Frankfurter Bankaktien durch fortdauernde Verkäufe von einer Seite gedrückt, verdienen zu dem heutigen Kurse Beachtung. Die jüngst erschienenen Hannoverischen Aktien fehlen sehr. Es hat sich darin eine Contremine gebildet, die wir aber gewagt finden bei einem Papier, daß eine so solide Zukunft und eine Heimath wie Hannover hat, wo Geld abundant und gute Kreditanlagen sehr gesucht sind. Die Aktien wird das Land bald absorbirt haben; 4pCt. hannoverische stehen 101. — Von Eisenbahnaktien waren Taunusbahn wegen der glänzenden Einnahmen gesucht. Staatsbahnen folgten dem Impuls der Pariser Börse. Livorno-Florenz ohne Leben bis 77½ bezahlt. Die Kurse der Eisenbahnaktien beweisen übrigens, daß wir noch nicht in einem normalen Zustand uns befinden. In gewöhnlichen Zeiten kehrt die Mode des Spiels von Einem Papier sich ab, geht aber dann auf ein anderes über. So haben wir noch in weiland Kriegszeiten Bankaktien verlassen und Eisenbahnen ergreifen gesehen und umgekehrt. Heute liegen beide zu Boden. Bieten Bexbacher à 135, Weißenburger à 103 nicht schöne Rente, und bayer. Ostbahn mit 15pCt. Einzahlung und à 103 nicht eine vernünftige Spekulation? Freilich halten sie sich zu diesen Kursen fest; allein dabei bleibt es auch. Allerdings hat der Kapitalist noch keine Veranlassung im Augenblick sein Geld der Börse zu bringen. So lange er noch Diskonto mit 6pCt. haben kann, wird er diesen immer einer Aktie, wenn sie ihm auch 7pCt. in Aussicht stellt, vorziehen, indessen wird dies nicht immer dauern. Noch kaufen wir mit schwerem Gelde die Schätze einer trefflichen Ernte, deren Werth von dem schönen Wetter begünstigt täglich wächst. Der erste eisige Novemberhauch der die Kommunikation hemmt, hemmt auch den Geldabfluß und bis Dezember dürfen wir darauf rechnen, daß es zurück fließt. — Von Wechseln hat sich London und Paris in Folge der dortigen Geldverhältnisse bedeutend gebessert. Hamburg matter, Bremen sehr gefragt; Geldsorten gestiegen.

(Aktionär.)

Frankfurt, 13. Oktober. Die flauere Stimmung von gestern machte heute weitere Fortschritte, und wurden beinahe sämmtliche Effekten billiger abgegeben.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78¾ P. 78 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87½ P. 87 G. Metall. alte à 5pCt. 75½ P. 75 G.; à 5pCt. in Silber h. R. 87 P. — G.; à 4½pCt. 65⅞ P. 66¾ G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56¼ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 85½ P. 85 G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 91½ P. 91 G.; 4pCt. Grundrente 91⅝ P. 91½ G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90¼ P. 90 G.; 4½pCt. 102 P. — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 95½ P. 95 G.; 4½pC. 102 P. — G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¼ P. 88¾ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3½pCt. 101¼ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37¼ P. 37 G.; 1¼pCt. neue 23$^{9}/_{16}$ P. 23$^{7}/_{16}$ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1200 P. 1195 G. Neue Bankaktien 318 P. 311 G. Credit-Actien à 5pCt. 180 P. 178 G. Darmstädter Bankaktien alte 372 P. 370 G.; junge 331 P. 329 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 509 P. — G. Mitteldeutsche Creditbank 103½ P. 103 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 110 P. 109½ G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111¾ G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 241 P. 239 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 135½ P. 135¼ G. Neustadt-Weissenb. 103¾ P. 103½ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101⅞ P. 101⅝ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 83¼ P. 82¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77 P. 76½ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95¼ P. 94¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 119 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 100½ P. — G.; 3½ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48½ P. 47⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. 116½ G. à fl. 25 34¼ P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅞ G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. — G. Sard. Loose bei G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. 99¾ G.	Lond. Lst. 10 k. S. — — P. 117¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G.	Mail. i. S. Li. 250 k. S 93½ P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. — G.	Paris Frs. 200 k. S 93¼ P. 93 .
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k S 97¼ P. — G.	Wien fl. 100 C. k S. 112⅝ P. 112⅜ G.
Hamb. MB. 100 k. S 88¾ P — G.	Wien 3 M. mit 4% 112¼ P. 112 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. — — G.	Disconto - P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

** München, 12. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) In festlicher und feierlicher Weise wurde heute das hohe Namensfest Sr. Maj. des Königs gefeiert. Die Kirchenparade der Linie und Landwehr war vom schönsten Wetter begünstigt. Nach beendetem Gottesdienste defilirten die Linie und Landwehr vor Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Luitpold, der hiebei von dem Kriegsminister und der Generalität umgeben war. Diesen Abend erschienen II. MM. der König und die Königin bei der Festvorstellung im Hoftheater und wurden beim Eintritt mit wahrem Jubel von der sehr zahlreichen Versammlung begrüßt. Auch zu dem heutigen Schlusse des Oktoberfestes war wie während der ganzen Dauer desselben die Witterung günstig, denn erst nachdem die Preisvertheilung an die Schützen und das Pferderennen beendet war, trübte sich der Himmel und trat etwas Regen ein. Auch heute war wieder eine sehr große Menschenmasse auf der Festwiese. Morgen Vormittag ist das alljährliche Traueramt für die verlebten Militär-Max-Joseph-Ritter, wozu die gesammte Garnison ausrückt.

Die Kreisamtsblätter veröffentlichen in ihrer neuesten Nummer das Programm des bayerischen Nationalmuseum in München, das von dessen Vorstand, Frhr. v. Aretin, ausgearbeitet ist; sämmtliche Distriktspolizeibehörden sind beauftragt, dem Freiherrn von Aretin bei Verfolgung der Zwecke des Museum jede zulässige Unterstützung zu gewähren und in diesem Sinne auch die untergebenen Behörden anzuweisen. — In das neue Museum sollen nicht nur die auf das regierende Herrscherhaus Beziehung habenden Alterthümer, sondern überhaupt alle für die Geschichte des heutigen Bayerns merkwürdigen Gegenstände aufzunehmen seyn. In dem Museum sollen neben der Geschichte des Fürstenhauses und des Landes auch vorzüglich das Volksleben berücksichtigt und die darauf bezüglichen Alterthümer gesammelt werden. Im Allgemeinen ist daher die Aufgabe der Sammlung dahin zu bestimmen, daß dieselbe ein bayerisches historisches Museum im weitesten Sinne des Wortes seyn.

Madrid, 12. Oktbr. Das bisherige Ministerium ist gefallen. Narvaez ist zum Konseilspräsidenten ohne Portefeuille, Seijas zum Finanzminister, Urbistondo zum Kriegsminister, Nocedal zum Minister des Innern und Pidal zum Minister des Aeußern ernannt worden. (Fr. Pstz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 287.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 15. Oktober 1856.

Ueber die Zukunft der kleinen Gewerbe.*)

(Aus dem „Staatsanzeiger für Württemberg.")

Der Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer zu Stuttgart für das Jahr 1855 bezeichnet bei dem Abschnitt über Kleingewerbe die Anschauungsweise als eine trostlose und zum Glück irrige, nach welcher der Verfall einzelner dieser Gewerbe als ein allen kleineren und mittleren Geschäften bevorstehendes bereits an alle herangetretenes Schicksal angesehen wird, das Maschinenwesen und die Großindustrie aber dazu bestimmt seyen, den Handwerkerstand aufzulösen und an seine Stelle zu treten. Jeder genauer prüfende unbefangene Beobachter unserer gewerblichen Zustände muß der Stellung, welche hier der Bericht einer herrschenden Ansicht gegenüber einnimmt, nur vollen Beifall geben. Es ist die hier von der Gewerbe- und Handelskammer ausgesprochene Ueberzeugung um so mehr sorgfältiger Beachtung werth, und die Erklärung darüber verdienstlich, als die von ihr bekämpfte Anschauungsweise in weiten einflußreichen Kreisen festgewurzelt und noch lange nicht genug in ihrer Unhaltbarkeit beleuchtet ist. Fabrik und Handwerk, große und kleine Gewerbe sind nicht Gegensätze, welche sich bekämpfen und auflösen, sondern solche, die sich gegenseitig bedingen und ergänzen. Je mehr in einem Land, in einer Gegend oder Stadt die große Industrie gedeiht, desto mehr haben auch kleine Gewerbe Quellen der Nahrung und Mittel, um sich auszubreiten. Das zeigt nicht bloß das Beispiel großer Industrieländer, sondern auch das naheliegende mehrerer württembergischen gewerbreichen Städte. Auch hier finden wir um so weniger Klagen wegen Mangels an Absatz für die kleinen Gewerbe, je mehr große Gewerbe und Fabriken in einer Stadt sind. Die überwiegende Mehrzahl der kleinen Gewerbe und gerade die zahlreichsten derselben gedeihen im Verhältniß, als die Fabriken an Ausdehnung und Zahl zunehmen. Nur die Minderzahl weniger bedeutender Gewerbe leidet durch die Fabriken.**) Die entgegengesetzte irrige Ansicht hat unläugbar ihren Ursprung in einer falschen Abstraktion von dieser Minderzahl, welche neben Fabriken nicht bestehen können, auf die Mehrzahl, welche durch dieselben gedeihen, die von denselben großgezogen werden. Nach den von der Handels- und Gewerbekammer veröffentlichten Notizen sind die Gewerbe der Bäcker, Metzger, Maurer, Steinhauer, Zimmerleute, Schreiner, Hafner, Wagner, Sattler, Schmiede, Buchbinder, Küfer, Kübler, Schneider und Schuhmacher bei weitem die zahlreichsten aller zünftigen kleinen Gewerbe. Zählt man aber die Zahl der dabei beschäftigten Meister, Gesellen und Lehrlinge zusammen, so findet man bei allen diesen Gewerben fast ohne Ausnahme in dem Zeitraume von 1835 bis 1852 eine bedeutende Zunahme, zum Theil eine absolute, die Zunahme der Bevölkerung übersteigende, oder wenigstens eine relative im Verhältniß der Bevölkerung. Diese Vermehrung wäre aber nicht möglich gewesen ohne angemessene Vermehrung der Nahrungsquellen der genannten Gewerbe. Gerade alle diese Gewerbe gedeihen nur in dem Verhältniß, als die Fabriken sich vermehren. Vermindert haben sich theils absolut, theils relativ, wenn man Meister, Gehülfen und Lehrlinge zusammenrechnet, die Gewerbe der Gerber, Färber, Hutmacher, Posamentiere, Knopfmacher, Gold- und Silberarbeiter, Kupferschmiede, Nagelschmiede, Schlosser, Weber, Zeug- und Tuchmacher. Diese Gewerbe bilden aber nur die Minderzahl sämmtlicher Gewerbe, nur diese Minderzahl ist auch von der Fabrikindustrie berührt und gedrängt. Am meisten ist dieses bei den Tuchzeugmachern und Gerbern der Fall, weniger bei mehreren anderen, die immer viele durch Bestellung und Kundschaft bedingte, der Fabrikindustrie nicht erreichbare Nahrungs-Quellen haben und behalten. Hutmacher wird es immer noch geben, wenn auch die Hutfabrikation noch so sehr zunähme, so lange nicht jeder seinen schadhaften Hut wegwirft, um einen neuen zu kaufen, sondern es vorzieht ihn ausbessern zu lassen; Hafner gleichfalls, so lange es Oefen herzustellen gibt; Schlosser ebenso, so lange es Schlösser zu befestigen und herzustellen gibt.

*) Obgleich der nachstehende Artikel zunächst Württemberg im Auge hat, so läßt sich sein Inhalt doch eben so gut auch für andere Länder in Anwendung bringen. D. Red.

**) Nicht so sehr die Fabriken sind daran Schuld, daß ein Theil der Gewerbsleute verkümmert, als unsere alten gewerbspolizeilichen Vorschriften, welche den Uebergang von einem Gewerbe zum andern noch immer so sehr erschweren, und den Gewerbsmann an einen Erwerbszweig fetten, der ihn bei geänderten Verhältnissen nicht mehr ernähren kann, während man in andern Gewerben nicht Arbeiter genug auftreiben kann. D. Red.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 12. Okt. Der unter dem Titel „Die Zeit" erscheinenden Berliner Morgenzeitung, einem ministeriellen Organ, ist, wie die Patriotische Zeitung meldet, der bisherige Staatszuschuß von 6—7000 Thlr. aus den Fonds der Zentralpreßstelle für das nächste Jahr gekündigt worden. Ursache soll die Weigerung des Eigenthümers der „Zeit" seyn, die politische Redaktion ganz in die Hände der Zentralpreßstelle übergehen zu lassen. Da ohne den Zuschuß das Journal zu dem jetzigen niedern Abonnementspreis nicht bestehen kann, wird man versuchen Ersparniß am Druck zu machen, oder eine doch nur sehr geringe Preiserhöhung eintreten lassen.

Württemberg. Ulm, 12. Oktbr. Heute fand die feierliche Einweihung der neuen Orgel im Münster, der größten in ganz Deutschland, statt. (Schw. M.)

Mecklenburg. Bei dem Dorfe Rossentin, im Amte Plau, ist am 2. d. M. ein Denkmal enthüllt und eingeweiht worden, welches das mecklenburgische Offizierkorps den dort am 1. November 1806 gefallenen preußischen Kriegern errichtet hat. (Fr. Postztg.)

Oldenburg. Oldenburg, 10. Okt. An die Stelle des kürzlich verstorbenen Finanzministers Krell ist vom Großherzog der Regierungspräsident Zedelius ins Ministerium berufen, der schon 1848 Mitglied des damals gebildeten ersten konstitutionellen Ministerium war, welches im darauf folgenden Jahre zurücktrat, als der Landtag in der deutschen Frage den Beitritt zum sog. Dreikönigsbündniß verweigerte. Derselbe wurde von da an fast regelmäßig Abgeordneter des Landtags und von diesem zum Präsidenten gewählt. (Wes.-Ztg.)

Oesterreich. Wien, 11. Okt. Am 2. fand die Eröffnung des hiesigen katholischen Knaben-Seminarium statt. Der Kardinal Fürst Erzbischof Ottmar v. Rauscher wohnte dieser Funktion bei. Er machte der Anstalt ein Geschenk von 20,000 fl. und erklärte sich zu einem jährlichen Beitrag von 2000 fl. bereit. Von Seite des Staats wurde das ehemalige Strafhaus auf der Laimgrube für diese Anstalt ohne Entgelt eingeräumt. Das Seminarium zählt 40 Zöglinge.

Wien, 9. Oktbr. Der erste Direktor der Kreditanstalt, Hr. Mayer, der Chef des bekannten hiesigen Bankhauses Stametz Mayer u. Comp., und zugleich die Seele dieses großartigen Bankgeschäftes, liegt seit Wochen an der schmerzhaften Krankheit des Zungenkrebses lebensgefährlich darnieder; die trostlosen Verwandten haben eben als letztes Auskunftsmittel den Professor Landolfi aus Neapel zur Consultation hierher berufen, welcher Arzt bekanntlich in Cancerkrankheiten als eine der größten lebenden Autoritäten (andere meinen — Charlatane) gilt. (A. Z.)

Wien, 10. Okt. Es ist bekannt, daß die österr. Regierung die Absicht gehabt hat, die in den römischen Legationen stehenden Truppen zu verstärken, und es waren Befehle auch bereits nach Verona abgegangen. Diese sind aber nun widerrufen worden, und zwar aus Anlaß der Erklärungen, welche Frhr. v. Bourqueney hier gemacht hat. Aus denselben geht

nämlich hervor, daß der Abmarsch der französischen Division Rostolan nach Rom sistirt worden sey. — Die Kommission, die die Gesuche der lombardischen Emigrirten um Aufhebung des Sequesters zu prüfen hat, hat in Folge eines allerh. Auftrages die Liste jener Personen eingesandt, deren Gesuche bis jetzt nicht bewilligt worden sind. Sicherem Vernehmen nach werden dieselben in den umfassenden Gnadenakt eingezogen werden, der gelegenheitlich der Anwesenheit Ihrer Majestäten in Mailand kund gemacht werden soll. — Auf 1. Januar sollen die italienischen Provinzial-Kongregationen einberufen werden. Um diese Zeit kommt bekanntlich der Kaiser nach Mailand.

Wir brachten in unserer vorgestrigen Nummer, sagt das „Fremdenblatt", nach der „Oesterr. Z." die Nachricht, daß der kaiserl. Kriegsdampfer „Elisabeth" Befehl erhalten hat, sich in den Golf von Neapel zu begeben, um dort Station zu nehmen. Nach einer uns nachträglich zugehenden Version stände indeß die Absendung des bezeichneten Kriegsdampfers nach dem Golf von Neapel in keiner Verbindung mit der schwebenden neapolitanischen Frage. Wenn wir gut unterrichtet sind, hätte derselbe die Bestimmung, zur Disposition des Königs Otto von Griechenland zu stehen, im Falle Se. hellenische Majestät, wie es verlaute, auf der Rückkehr nach Ihren Staaten Neapel berühren sollte. (K. Z.)

Wien, 11. Okt. Heute geht auf Befehl Sr. Majestät die schon gemeldete militärische Expedition nach Persien ab, um dem Schah namhafte Geschenke zu überbringen und den Ankauf von Pferden zu besorgen. Eine gleiche Sendung erfolgte bezüglich der Pferdeeinkäufe nach Syrien. (Ostd. Post.)

Wien, 11. Okt. Es steht nun fest, daß die Diplomatenkonferenz in Paris wieder zusammentreten und die schwebenden europäischen Fragen in ihre Erörterung nehmen werde. Sämmtliche Kabinete der europäischen Großmächte, mit alleiniger Ausnahme Englands, haben bereits sich bereit erklärt, ihre Bevollmächtigten sobald als möglich nach Paris senden zu wollen, um die Differenzen auf friedliche Art zu erledigen. Voraussichtlich werden die Angelegenheiten Neapels bis zu jenem Termin weder durch Ausführung der von den Westmächten anfänglich beabsichtigten Schritte sich verschlimmert haben, noch auch gänzlich beigelegt seyn, mithin kaum dem Schicksale entgehen, in erster Linie auf dem grünen Tische der zweiten Pariser Konferenz paradiren zu müssen, ebenso die Neuenburger Frage. Auch Montenegro und Griechenland sollen durch die neuen Pariser Diplomatenassemblee ihre Ruhe wieder finden. (Deutschl.)

Frankreich.

Paris, 9. Oktober. Den heute verbreiteten Gerüchten zufolge werden binnen Kurzem Veränderungen im Ministerium stattfinden.

Paris, 10. Okt. Auf der Börse sieht man das Projekt der russ. Eisenbahnen, das die Aktien des Credit mobilier erst vor wenigen Wochen in die Höhe trieb, als aufgegeben an. Pereire scheint sich wirklich davon zurückziehen zu wollen, wenn die russ. Regierung nicht ganz außerordentliche Garantien und Zugeständnisse bewilligt. Der Ankauf der Schienen im Ausland und ihr weiter Transport, sagt man, wird die Herstellung jener Bahnen fast unberechenbar vertheuern. Bahnen rentiren sich nur, wenn sie auf kurzen Strecken eine dichte und betriebsame Bevölkerung bedienen. In Rußland ist dieses Verhältniß gerade umgekehrt.

Paris, 11. Okt. Dieser Tage wird wahrscheinlich ein Dekret erscheinen, das die Silber- und Gold-Ausfuhr mit einer Steuer belegt. Es wird 1½ pCt. von der auszuführenden Summe erhoben werden. Diese Maßregel, die in dem gestrigen Ministerrathe zur Sprache kam, wurde dort sehr günstig aufgenommen. — Die Bank von Frankreich hat seit zwei Tagen bedeutende Summen in Silber erhalten. Die Geldwechsler, die, da man alle alten Gesetze des vorigen Jahrhunderts gegen den Handel mit Münzen wieder in's Leben zurückgerufen hat, keine derartigen Geschäfte zu treiben wagen, liefern ihr Silber an die Bank ab. Was die Wiederinkraftsetzung der alten Gesetze gegen das Einschmelzen der Silber- und Goldmünzen und deren Verkauf betrifft, so hat diese große Sensation erregt. Diese Gesetze waren längst vergessen worden und fanden selbst keine Anwendung mehr unter der ersten Republik. Seit 60 bis 70 Jahren wurde immer Agio für Gold bezahlt.

* In Metz fand kürzlich zwischen zwei jungen Zöglingen der Artillerieschule ein von den Vorgesetzten erlaubtes Duell statt wegen einer Affaire, welche schon seit längerer Zeit das Stadtgespräch war; einer der jungen Leute, ein ausgezeichneter Schüler, wurde dabei getödtet.

Italien.

Der russischen Flottille, welche unter dem Befehl des Admirals Schantz zur Begleitung der Kaiserin-Mutter nach dem mittelländischen Meere kommen soll, wird in Piemont eine andere Bestimmung unterschoben; man will deren Erscheinen auch mit dem neapolitanischen Zerwürfnisse in Zusammenhang bringen. (Doch wohl mit Unrecht; Rußland will sich ja jetzt nicht einmischen; zudem haben ja auch die Westmächte noch keine Flotten abgeschickt.)

Venedig, 6. Okt. Amtliche Nachrichten aus Wien melden, daß der Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich am 25. November ihren Einzug in der Lagunenstadt halten und einen ganzen Monat hier verweilen. Das Herrscherpaar wird am 26. Dezember von hier über Padua, Vicenza, Verona, Brescia, und Bergamo nach Mailand sich begeben, wo der feierliche Einzug auf den 8. Januar 1857 festgesetzt bleibt.

* (Seidenhandel in Brescia und Bergamo.) Der Markt von Brescia ist sehr wichtig für den Handel mit lombardischer Seide. Die Kaufleute aus Tyrol, Friaul, Wien und Verona versammeln sich hier, um mit den Mailändern, den Cremonesen und den Bergamasken, welche die ersten Seidenhändler und Fabrikanten der Lombardei sind, zu verhandeln. Der Markt von Brescia ist zugleich der, welcher den Preis der Seidenwürmereier und der Seide regelt. In diesem Jahre war der Markt wenig belebt, weil die Spekulation, in Folge des schlechten Resultats der Seidenzucht, sich beeilte, die Waare aufzukaufen. Es wurde nur der Preis der Cocons erster und zweiter Qualität für die Spinner festgestellt. Die Hauptgeschäfte wurden in Flockseide gemacht, welch' letztere um 1 bis 2 Lir. gestiegen ist. Für die Cocons wurden so hohe Ansprüche gemacht, daß die Käufer sich zurückhielten. Was den Markt von Bergamo betrifft, so waren die Geschäfte noch weniger lebhaft, weil ein großer Theil der Nachfragen schon in Brescia befriedigt war. Die Flockseide wurde sehr theuer verkauft. Seitdem sind die Geschäfte in Seide lauer geworden; wenigstens ist die Flockseide allein Gegenstand fortdauernder Nachfrage von Seiten der Verspinner geblieben, deren Vorrath noch unvollständig ist.

Parma, 9. Oktbr. Die Herzogin hat den Weingärtenbesitzern in jenen Provinzen, welche auch heuer eine schlechte Lese hatten, die Grundsteuer ganz oder theilweise und überdies die Weinkonsumsteuer erlassen. (Fr. Pßz.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

§ Wien, 12. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) Es bestätigt sich, daß die Pforte die Absicht hat, die bei Kalafat, Giurgewo und Braila errichteten Befestigungen neuerdings zu armiren, und es sollen zu diesem Ende die in der Festung Belgrad befindlichen überflüssigen Kanonen verwendet werden. Man vernimmt auch, daß die gedachten Festungswerke selbst eine größere Ausdehnung erhalten werden, und die Arbeiten noch in diesem Monat in Angriff genommen werden sollen. Die von mehreren Seiten gemachte Angabe, daß Omer Pascha in Ungnade gefallen sey, wird in direkten Briefen aus Konstantinopel widersprochen; ebenso die Nachricht, daß er nach der Herzegowina abgeschickt worden sey. Es ist ein anderer General, dem diese Sendung übertragen wurde.

Griechenland.

London. Da Neapel für den Augenblick ein unbekanntes Thema scheint, beschäftigt sich die „Post" mit der Thronfolge in Griechenland. „Bayern — heißt es — verlangt eine abermalige Revision der griechischen Verfassung, um den unliebsamen Artikel, welcher dem Thronfolger den Uebergang zum nationalen Kirchenglauben vorschreibt, los zu werden. Oesterreich und Preußen, denen natürlich die Ausdehnung des deutschen Einflusses im Orient am Herzen liegt, haben, wie man vermuthet, sich an den Kaiser Napoleon III. gewandt, um seinen Beistand für die bayerische Sache zu gewinnen, die als eine religiöse und politische Frage von höchstem Interesse dargestellt wird. Rußland hält, so viel wir hören, mit seiner Ansicht zurück, und da es die englisch-französischen Truppen aus Griechenland wegwünscht, dient ihm die Fortdauer der Besetzung als Ausrede, um sich auf gar keine Erörterung der Erbfolge-Schwierigkeit einzulassen. Man sollte jedoch denken, daß die Petersburger Diplomatie den nationalen Wunsch der Griechen, Einen ihres eigenen Glaubens auf dem Throne zu sehen, begünstigen möchte, indem der Czar hierdurch einen neuen Halt an der Kirche gewinnen würde, die unter seinem besonderen Schirm und Schutz steht, und die im ganzen Orient bereits so vielfach zu politischen Zwecken benutzt worden ist. Rußland will stets als Beschützer selbst vom nationalen Bestrebungen erscheinen, so oft es sich damit Parteigänger für seine Intriguen schaffen kann. Diese Politik tritt gerade jetzt in den Donaufürstenthümern hervor und wird gewiß auf Griechenland angewendet werden. Wenn das griechische Volk gefragt werden soll,

so ist es gewiß heute so gut wie 1843 für einen Souverän griechischen Glaubens."

Amerika.

Ueber die Lage von Britisch Honduras meldet man aus Truxillo, 15. und Belize, 27. August, daß die britische Autorität auf den Bai-Inseln faktisch aufgehört hatte. Dem Moskitokönig wurde durch die Offiziere des britischen Schiffes „Cossack" angezeigt, daß das britische Protektorat und somit auch seine Herrschaft zu Ende sey. (Fr. Pstz.)

Rio Janeiro, 14. Septbr. Die Geschäfte stocken auf eine beklagenswerthe Weise. — Auf der Insel St. Vincent sind bei einer Bevölkerung von 1209 Seelen 640 Personen binnen 15 Tagen der Cholera erlegen. (Fr. Pstz.)

Das „Journal des Debats" gibt nach englischen Dokumenten eine sehr interessante Geschichte der Auswanderung nach Amerika. Die große Wanderung der verschiedenen Völker der alten Welt nach der neuen beginnt eigentlich erst im Jahre 1784 merklich zu werden, und zwar hauptsächlich über englische und französische Häfen. Während der ersten 10 Jahre, von 1784 bis 1793 beträgt indessen das jährliche Mittel nur 4000 Auswanderer. Im Jahre 1794 stieg die Zahl, in Folge der gewaltigen Einwirkungen der französischen Revolution, auf 10,000; allein die langen Kriege des Kontinents, die Blockade der Häfen, die Seekriege zwischen England und den amerikanischen Kolonien waren Ursache, daß die Auswanderung bis 1815 nur gering blieb. Der Friede gab ihr einen neuen Aufschwung, und 1817 stieg die Zahl der Auswanderer auf 22,240; von 1819 an, wo die amerikanische Regierung zweckmäßige Gesetze über die Einwanderung erließ, schwillt der Strom der Auswanderung mehr und mehr an. Von 1819 bis 1829 wanderten ein: 128,502 Personen, von 1830 bis 1839: 538,381, von 1840 bis 1849: 1,427,337, von 1850 bis 1855: 2,118,404, im Ganzen also 4,212,624 innerhalb 37 Jahren. Das Jahr 1854 lieferte die meisten Auswanderer, nämlich 427,835, von denen 206,000 Deutsche; 1855 trat eine Reaktion gegen dies Auswanderungsfieber ein, und die Zahl fiel auf 230,746. Es scheint übrigens, als ob die Auswanderung aus Europa jetzt wieder zunahme, da auch Australien viele Europäer anzieht. Unter der Gesammtzahl von 4,212,624 Auswanderern befanden sich 2,485,080 männlichen Geschlechts und 1,679,136 weiblichen Geschlechts; von 48,408 Individuen ist das Geschlecht nicht angegeben. Am zahlreichsten ist das Alter von 20 bis 25 Jahren vertreten, indessen weisen die Tabellen nach, daß in vielen Fällen ganze Familien auswandern, weßhalb die Anzahl der Individuen über 45 Jahre und der Kinder von 5 bis 10 Jahren verhältnißmäßig groß ist. Der wichtigste Hafen für die Einwanderung ist New-York, dann kommen New-Orleans, Charleston, Boston, Baltimore, Philadelphia, Galveston und sechszehn bis achtzehn andere Häfen, darunter auch San-Francisko, wo im Ganzen 62,852 zur See ankamen. — Ueber den Stand und das Gewerbe der Einwanderer hat man leider keine genauen Daten; nimmt man das Jahr 1854, so zählte man auf 226,298 Individuen, deren Gewerbe offiziell angegeben ist (größtentheils Männer), 169,561 Ackerbautreibende, 37,000 Arbeiter und Handlanger von allen Gewerben, 15,173 Kaufleute, 1260 Seeleute, 237 Aerzte, 135 Juristen, 397 Geistliche, 213 Ingenieure, 26 Lehrer, 66 Künstler, 13 Schauspieler 2c.; also nur 79 Jünger der Kunst auf 428,000 Personen. — Was nun die Nationalitäten betrifft, welchen die Auswanderer angehören, so ist bekannt, daß Irland die meisten geliefert hat, nämlich 1,747,930, von denen die Hälfte allein in der unglaublichen Zeit von 1846 bis 1854; aus Großbritannien überhaupt wanderten aus während der 37 Jahre von 1817 bis 1855: 2,343,445 Personen; aus Deutschland 1,242,682, aus Holland, Belgien und der Schweiz 55,645, aus Dänemark, Schweden und Norwegen 32,530, aus Rußland und Polen 2236, aus Canada 91,699, aus China und Ostindien 16,988, aus Frankreich 188,725, aus Spanien, aus Portugal und den Inseln 19,091, aus Italien und seinen Dependenzen 8234, aus der Türkei und Griechenland 131, aus dem spanischen Amerika und seinen Inseln 57,366. Hiernach zählt also die Auswanderung der greco-latinischen Nationen etwa nur 300,000, d. h. 7 pCt., während die übrigen 93 pCt. den Völkern des Nordens und besonders der anglo-sächsischen Race angehören; zu diesen beiden großen Abtheilungen europäischer Völker kommen noch die kleine indo-chinesische Gruppe, welche als Vorläufer einer größern Bewegung nicht ohne Bedeutung ist.

Die amerikanischen Blätter bringen jetzt ein Gegenstück zu dem Corwineschen Gemetzel in Panama am 15. April, nämlich die Note des auswärtigen Ministers von Neu-Granada an den amerikanischen Residenten. Sie ist aus Bogota vom 28. Juni datirt und stellt die Schwäche der granadischen Behörden durchaus nicht in Abrede, sondern führt die Neuheit des Bundesregiments und andere Umstände als Entschuldigung an und verspricht, künftig mehr Kraft zu entwickeln, Panama während des Prozesses einiger verhafteten Ruhestörer zu garnisoniren, das Benehmen der Polizei in Untersuchung zu ziehen 2c. Die Angaben des amerikanischen Konsuls Ward werden der gröbsten Parteilichkeit geziehen und die Gerüchte, daß der Krawall das Resultat einer Verschwörung gewesen, als böswillige Verleumdungen behandelt. Das hochmüthige Benehmen der kalifornischen Abenteurer, die über die Landenge ziehen, erklären die gereizte Stimmung der Eingebornen, die nur geringer Herausforderung bedurfte, um in Wuth auszubrechen, zur Genüge. Außer der Brutalität jener Yankees gegen die spanische Race sey noch in Erwägung zu ziehen, daß der materielle Vortheil, den der Durchzug aus Kalifornien früher den Einwohnern gebracht, beinahe Null geworden sey, seit die Eisenbahn fertig sey. Unter solchen Umständen habe die Bevölkerung von Panama noch weniger Lust als jemals, sich von besoffenen Kaliforniern wie Neger und Parias mißhandeln zu lassen.

Asien.

Bombay, 12. Sept. In allen Regierungsdepartements werden die Vorbereitungen zu einem Kriege mit Persien auf's kräftigste betrieben. Die Perser halten nämlich noch immer Herat, eine wichtige Festung in Afghanistan besetzt, welches Land unmittelbar an Britisch Ostindien angränzt. Die Regierung hat eine neue $4\frac{1}{2}$ pCt. Anleihe für einen unbegränzten Betrag eröffnet, wodurch der Geldmarkt in Schwankungen gerieth. Drei Dampfer sind von Calcutta plötzlich nach dem persischen Meerbusen beordert worden.

Nichtpolitische Zeitung.

Ein in Paris verstorbener Berner Barkier Schnell aus Burgdorf hat kürzlich sein auf etwa eine Million Franken geschätztes Vermögen dem Kanton Bern geschenkt Behufs Errichtung von einer oder zwei Rettungsanstalten für arme Mädchen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Berlin, 6. Okt. Raffinirte Zuckern nur in kleinen Partien gehandelt, in Rohzuckern ebenfalls nur wenig Umsatz und mattere Stimmung. Obwohl sich die Geldverhältnisse gebessert haben, fehlt es immer noch an Kauflust. (Gleiches wird aus Halle und Köln gemeldet.) Die Berichte über Quantität und Beschaffenheit der heurigen Rübenernte sind unbefriedigend.

Magdeburg, 10. Okt. Das Getraidegeschäft war in dieser Woche innerhalb der engeren Grenzen, die ihm durch die kleine Zufuhr gesteckt wurden, recht lebendig. Waizen kommt wenig in guter trockener Beschaffenheit und selten ohne Auswuchskörner vor, man bezahlte 76 a 84 Thlr. für 24. Schffl. Roggen wird mit 54 a 59 Thaler für 2016 Pfd. je nach Qualität gekauft. Gerste sehr begehrt, trockene schöne Waare ohne Auswuchs 50 a 52 Thlr., geringere Waare 44 a 48 Thlr. für 1776 Pfd. Hafer gilt 25 a 28 Thlr. für 24 Schffl. Linsen 70 a 80 Thlr. Kocherbsen 62 a 64 Thlr. Bohnen 60 a 64 Thlr. Kartoffelspiritus ist nach dem Vorgange in Berlin auch hier bedeutend theurer geworden und wurde heute loko $42\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, pr. Nov.—Dez. war zu 39 Thlr., pr. Jan.—Mai zu 37 Thlr. gesucht. Rübenspiritus loko 42 Thlr.

London, 8. Okt. Getraide. Die Zufuhren von fremdem Waizen und Hafer sind in dieser Woche gut gewesen, dagegen von allen andern Getraidearten und Mehl klein. Sommergetraide bleibt fest zu Montagspreisen.

Amsterdam, 7. Okt. Kaffee. Die nach den N. H.-M.-Auktionen eingetretene Stille hielt auch während der letzten 8 Tage im Allgemeinen an.

Zucker hält sich fest auf früheren Preisen, doch waren die Umsätze sowohl in rohem als raffinirtem unbedeutend, weil Käufer sich zurückhalten und Eigner nicht geneigt sind, Konzessionen zu machen. Die an den Markt gebrachten Partien Candis fanden rasch Nehmer.

Reis ohne wesentliche Veränderung.

Rotterdam, 7. Oktbr. Getraide. das Geschäft in Roggen bewegte sich während der abgelaufenen Woche träge. Mit Waizen blieb es sehr still, obschon der Markt nur schwach versorgt war. Begeben: besserer neuer weißer Seeländer 425 a 445 fl., mittel Güter 385 a 400 fl., geringere 340 a 365 fl., 127pfd. weißbunter poln. 485 fl., 126—128pfd. jähriger do. 500 a 515 fl., 133, 134—135 pfd. St. Petersburger Cubanca 395 a 415 fl., 132pfd. jähr. Hoogl. Cleve 530 fl., 127pfd. jähriger Meurs 465 fl., 127pfd. jähriger Rhein. 470 fl., 132, 132—133, 133pfd. neuer Hoogl. Cleve 460, 465,

475 a 480 fl., 132pfd. jähriger Gelderscher Riß 515 fl., 131pfd. neuer Gelderscher 435 fl., 132pfd. do. 400 fl.

Reppsaamen in effektiver Waare gesucht und etwas höher bezahlt. Für Ober-Maas und Vlämischen hat man 81 a 82 Lvl., Seeländer 75 a 82 Lvl., Sommersaamen 55 a 65 Lvl., je nach Beschaffenheit bezahlt. Preis von 9 Faß pr. April 85 Lvl.

Oele. Rüböl pr. contant 50¼ fl., pr. Oktbr. 49¾ a 50 fl., pr. Novbr. 49¾ fl. Leinöl pr. contant 41½ a 42 fl., pr. Novbr. 40¼ fl., pr. Dezbr. 38¾ a 39 fl.

Frankfurt, 14. Okt. Auch heute verkehrte die Börse in flauer Stimmung, die sich besonders bei österr. Kredit- und Darmstädter Bankaktien gegen den Schluß hin bemerkbar machte; auch die übrigen Fondsgattungen und Aktien erlitten einen empfindlichen Rückgang und war derselbe am bemerkenswerthesten bei Bank für Süddeutschland, die kaum verkäuflich war; der Umsatz im Ganzen war sehr beträchtlich.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78 P. 77¾ G. 5pCt. Lombard-Ven. 87½ P. 87¼ G. Metall. alte à 5pCt. 75½ P. 75 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. — G.; à 4½pCt. 65¼ P. 66 G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56¼ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 85½ P. 85 G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94½ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94¼ G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅛ P. 89⅞ G.; 4½pCt. 102 P. — — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 98½ P. 98 G.; 4½pC. 102 P. — — G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¼ P. 88¾ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3½pCt. 91¼ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37¼ P. 37 G.; 1¼pCt. neue 23 9/16 P. 23 7/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1191 P. 1187 G. Neue Bankaktien 305 P. 300 G. Credit-Actien à 5pCt 170 P. 168 G. Darmstädter Bankaktien alte 366 P. 364 G.; junge 324½ P. 322½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 505 P. 500 G. Mitteldeutsche Creditbank 102¾ P. 102¼ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 110 P. — — G. Frankf. Bankaktien 111¾ P. — G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 236 P. 234 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 135½ P. 135 G. Neustadt-Weissenb. 103¼ P. 102¾ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100¾ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77 P. 76¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95 P. 94¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 116 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 P. — — G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48½ P. 47½ G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. 116½ G. à fl. 25 34¼ P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅞ G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. — G. Sard. Loose bei G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. 99¾ G	Lond. Lst. 10 k. S. 117½ P. 117¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99½ P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. — G.	Paris Frs. 200 k. S 93¼ P. 93 G.
Coln Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S 97¼ P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 121¼ P. 120 G.
Hamb. MB. 100 k. S 88¾ P. — G	Wien 3 M. mit 4% 112 P. 111¾ G.
Leipz. Thlr 60 k. S 104⅞ P. — — G	Disconto P 6 G

Neueste Nachrichten.

Dem „Fränk. Kurier" wird aus **München**, 13. Oktober, geschrieben: „Die im Laufe des kürzlich begonnenen Etatsjahres in's Leben tretenden Aenderungen der bisherigen Gerichtsverfassung werden allem Vermuthen nach auf einen wichtigen Theil der Strafrechtspflege, den Vollzug der Freiheitsstrafen, nicht ohne reformatorischen Einfluß bleiben, da bei dem Baue der neuen Frohnvesten auf eine Einrichtung Rücksicht genommen werden soll, die eine vorläufig versuchsweise Einführung der Einzelhaft gestattet. Die, wie anderwärts, so auch in Bayern gemachte Erfahrung, daß die Strafanstalten mit dem Systeme der gemeinschaftlichen Haftweise vermöge der hiebei unvermeidlichen Annäherung der Sträflinge häufig wahre Pflanzschulen des Verbrechens sind, hat wenigstens, wie mir versichert wird, an maßgebender Stelle die Absicht, dem Systeme der Einzelhaft, wenn auch nicht ausschließlich, so doch mit gewissen Modifikationen den Eingang zu verschaffen, hervorgerufen."

Hannover, 11. Okt. Wie ich aus verläßlicher Quelle erfahre, ist neuerdings von Seiten der Vereinigten Staaten beim hiesigen Kabinet die Initiative zu Unterhandlungen ergriffen worden, welche den Stader Zoll zum Gegenstande haben. (Hamb. N.)

Paris, 12. Oktbr. Die aus Madrid vom 12. Oktober gekommene Nachricht, daß die Königin **Narvaez** zum Conseilspräsidenten ernannt, hat auf die Fonds wenig Eindruck gemacht. (T. D. d. A. Z.)

Paris, 13. Okt. An der Pariser Börse war heute das Gerücht verbreitet, die Gesandten der Westmächte in Neapel seyen zurückberufen worden. (T. D. d. N. C.)

Madrid, 12. Oktbr. Die Ernennung des Marschalls **Narvaez** zum Conseilpräsidenten erfolgte, nachdem drei Mitglieder des Kabinets ihre Dimission gegeben hatten und diese angenommen worden war. (T. D. d. Fr. J.)

Petersburg. Durch Tagesbefehl v. 30. Sept. ist die Kavallerie um sieben Regimenter verstärkt worden, und zwar in der Weise, daß jeder der sieben leichten Kavalleriedivisionen ein neu zu formirendes Dragonerregiment beigegeben wird. (H. N.)

Ein kaiserlicher Ukas vom 6. September verfügt, daß verwittweten und geschiedenen, in russischem Unterthanenverbande stehenden Judenfrauen, deren Männer Ausländer waren, das Recht zustehen soll, falls sie, ohne das Vaterland zu verlassen, Wittwen geworden oder geschieden sind, nach Beibringung der Dokumente über den Tod ihrer Männer oder über die Scheidung, in den russ. Unterthanenverband zurückzukehren. Die Kinder aus solchen Ehen, die den Müttern geblieben sind, können sich während ihrer Minderjährigkeit bei denselben aufhalten, haben sich aber nach Erreichung ihrer Volljährigkeit darüber zu erklären, ob sie russ. Unterthanen werden oder Rußland verlassen wollen. (H. N.)

Die zu **Warschau** bestehende, mit der dortigen Dampfmühle verbundene Bäckerei, welche Brod zu niedrigeren Preisen, als die für die Bäcker in der Hauptstadt taxmäßig festgesetzten, verabfolgt und gegenwärtig täglich über 17,000 Pfd. Brod bäckt, wobei sie die durch ihren massenhaften Betrieb an jedem Pfund ersparten ⅔ polnische Groschen (1 Groschen = 2 Pfennig) den ärmeren Klassen zu Gute kommen läßt, geht jetzt noch einer Erweiterung entgegen. Zu den drei bisherigen Oefen sollen noch vier neue hinzukommen, und man denkt nach Beendigung dieses Neubaues, der noch vor dem Winter fertig werden soll, täglich 40,000 Pfd. Brod liefern zu können. Zur Bereitung des Teiges wird noch ein neuer Saal und eine besondere Dampfmaschine hergestellt.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 288.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 16. Oktober 1856.

Der Kapitalmangel.*)

Der Mangel an Kapital wird immer fühlbarer in Stadt und Land. Zunächst zeigt er sich in den Städten. Der Werth der Häuser sinkt, die hypothekarischen Darleihen werden gekündigt, Subhastationen und Bankerotte mehren sich. Das Betriebskapital, dessen der städtische Bürger zur Führung seines Gewerbes bedarf, muß er zur Abtragung der gekündigten Hypothek verwenden und leidet dadurch schwere Verluste am geschäftlichen Betrieb. Aus der Einschränkung des Konsum der Haushaltungen, aus der Beitreibung der geschäftlichen Guthaben entstehen wieder für die unteren Handwerkerklassen große Verlegenheiten, welche bald auch auf die agrarischen und industriellen Interessen fühlbar einwirken werden, da die städtischen Bevölkerungen mit ihrem starken Verbrauch ihre wichtigsten Kunden sind.

Das flache Land wird die großen Umgestaltungen der wirthschaftlichen Kapitalverhältnisse bald erfahren. Für den Landwirth waren die guten Ernten bei so starker Nachfrage des Auslandes nach Getraide und Schlachtvieh ein Vortheil von großem Belang. Zu keiner Zeit floß so viel Geld aus England, Frankreich, Holland und Belgien nach Deutschland, und auch die diesjährige Ernte ist nicht schlecht ausgefallen. Dennoch wird die Aenderung so wenig ausbleiben, als der Regen nach dem Sonnenschein und die Nacht nach dem Tage. Ungewohnt so glänzender Verhältnisse, hat der Landwirth von seinem Gelde nicht überall den besten Gebrauch gemacht. Er hat einen Theil seiner Ersparnisse in industrielle Aktien gesteckt, welche in der nächsten Zeit weniger Gewinn, als Einzahlungen in Aussicht stellen, beim Landmann haben Genußsucht und Luxus zugenommen, während Sparsamkeit und einfache Sitte in Abnahme kommen. In den Verhältnissen der agrarischen Konsumtion wird bald ein Wechsel vor sich gehen. Aus dem Süden und Osten strömen wieder Zufuhren auf die inländischen Märkte, die sich in der vergangenen Kriegsperiode auf Deutschland beschränkt sahen, und werden den Gewinn unserer Landwirthe bedeutend schmälern. Der Kapitalist braucht sein Geld und kündigt dem Landwirth das Darlehn. Eine allgemeine Steuererhöhung steht vor der Thüre. Liegt nicht in der Ueberfüllung aller Börsen mit verkäuflichen Effekten der klare Beweis, wie sehr alle Welt des baaren Kapitals benöthigt ist?

Noch bei weitem fühlbarer zeigt der Kapitalmangel in Oesterreich seine verderblichen Wirkungen. Jene weiten und fruchtbaren Länder, die durch die Bande der Nationalität, Geschichte, Nachbarschaft den Interessen, wie den Sympathien der deutschen Bevölkerungen nahe stehen und durch die weise Politik der Regierungen einer Aufhebung der Zollschranken entgegengehen, bedürfen zur Vollendung ihrer wirthschaftlichen Reformen noch vieler Millionen. Deutschland hat sich bereits bei diesen Werken stark betheiligt. Welche schwere Schläge für die deutschen, wie für die österreichischen Interessen entstehen, wenn inmitten des begonnenen Baues plötzlich die Geldmittel ausgehen und das halb vollendete Haus, von den Arbeitern verlassen, wieder zur Ruine würde, bedarf der Auseinandersetzung nicht.

Aber in allen Ländern auch diesseits der Donau hat der neugeweckte Unternehmungsgeist eine große Anzahl neuer Anlagen gegründet, welche das deutsche Kapital — flößen seine Quellen auch so erfreulich, wie in den letzten Jahren — auf lange Zeit vollständig beschäftigen werden. Eisenbahnen, Bergwerke, industrielle Etablissements, landwirthschaftliche Kulturen fordern ungeheure Summen, größer ist vielleicht noch der Bedarf der zahllosen kleinen Schöpfungen der Privatindustrie, welche in allen Zweigen der Volkswirthschaft zum Vorschein kommen und minder in die Augen fallend, als die Aktienunternehmungen, doch schon durch ihre Vielheit von großer Bedeutung sind. Jedermann fragt: Was soll es werden, wenn schon jetzt die Zeichen des Kapitalmangels ganz klar an den Tag treten und der Vorrath bereits erschöpft scheint? Die Banken erhöhen ihren Zinsfuß, die Regierungen versagen neuen Unternehmungen die Konzession, die soliden Banken halten mit der Forderung neuer Einzahlungen inne, und Jedermann mahnt zur Sparsamkeit.

Welchen Eindruck unter solchen Umständen die Nachricht macht, daß mehrere deutsche Banken damit umgehen, die Reste des verfügbaren Kapitals der Nation nach Rußland zu exportiren und dieses weite Reich mit Eisenstraßen zu versehen, darüber haben wir nur Zeugniß zu geben und jede eigene Kritik zu unterlassen.*) Patriotische und nationale Gesinnungen erwartet man trotz der schön klingenden Phrasen ihrer Rechenschaftsberichte nicht von diesen Instituten, die sich nachgerade nur zur Aufgabe zu stellen scheinen, ihren Gründern, Leitern und Aktionären um jeden Preis den Beutel zu spicken. Aber man verlangt von gebildeten Bankiers doch wenigstens richtige Erkenntnisse der Interessen.

Wir fragen: Wie können die deutschen Banken bestehen, wenn die deutsche Volkswirthschaft verfällt, wenn durch die maßlose Ausfuhr des vaterländischen Kapitals in die Ferne, aus welcher kein Gulden so bald wieder zurückkehrt, Bankerotte und Verluste sich häufen werden, wie der Sand am Meer? Wir fragen, ob denn die Herren zu Darmstadt auch wirklich einen klaren Begriff von den Kapitalvorräthen und der Leistungsfähigkeit einer Nation haben, die keineswegs zu den reichsten gehört? Wir schließen, dem Polizeisystem im Uebrigen wenig zugethan, mit der weiteren Frage: Werden die deutschen Regierungen diesem Unfug einer blinden Plusmacherei, die im Streben nach raschem Gewinn die Fundamente des Nationalwohlstandes auf Jahre rücksichtslos untergräbt, — nicht bald ein Ziel setzen?

*) Aus der in Frankfurt a. M. erscheinenden Zeitschrift: „Der deutsche Verkehr."

*) Die Herren Pereire, Baring und Hottinger sollen die Bitterkeit einer Abweisung in Petersburg erfahren haben, und obendrein soll man in Paris es ungern vermerken, daß sie, während Frankreich von Geldkrisen bedroht ist, dahin arbeiten wollten, ihrem Vaterlande Kapitalien zu entziehen und sie für Rußland zu verwerthen. Nun die Franzosen abgewiesen sind, wird die Reihe wohl an die Deutschen kommen, und wir vernehmen schon, daß die Dessauer und die Darmstädter Bank sich rüsten, den Finanznöthen Rußlands beizuspringen. Fürwahr es ist ein seltsames Schauspiel, den Westen Europas alle Kraft anstrengen zu sehen, um Rußland das zu verschaffen, was ihm zur Uebermacht im Kampfe gefehlt hat, durch dessen Mangel es unterlegen ist. Raum und Zeit haben in dem kaum überstandenen Kriege gegen Rußland gestritten und sind die mächtigsten Alliirten des westlichen Europa gewesen.

Deutscher Bund.

Ein Wiener Berichterstatter des „Fr. J." macht über die Handels-Goldmünze, welche die Wiener Münzkonferenz den Regierungen vorzuschlagen beschlossen habe, folgende Angaben. Dieselbe soll, so sagt er, in den Vereinsstaaten einen festgesetzten Courswerth erhalten, der jedoch einer von den Regierungen nach den zeitweiligen Geldverhältnissen gemeinsam zu bestimmenden Veränderung unterliegen wird. Bei den betreffenden Staatskassen soll sie als gesetzliche Valuta angenommen werden müssen; im Privatverkehr jedoch durchaus keinem Zwangskourse unterliegen, indem das Silber fortan als die eigentliche Umlaufsvaluta Geltung haben wird. Privatverträge aber, die in dieser neuen Goldwährung abgeschlossen werden, erhalten, wie begreiflich, volle gesetzliche Kraft, und werden ausdrücklich in derselben abgeschlossene Darleihen daher auch in dieser Münzgattung zurückbezahlt werden müssen. Bezüglich des innern Gehalts der in Umlauf zu setzenden neuen Handels-Vereins-Goldmünzen sollen

die zu prägenden ganzen Kronen $\frac{1}{50}$ und die halben $\frac{1}{100}$ Pfund feinen Goldes enthalten.

Bayern. München, 14. Oktbr. Ministerialrath Dr. Dazenberger ist bereits nach Wien abgereist, um als kgl. Bevollmächtigter den Sitzungen der den Bestimmungen des Pariser Friedens vom 30. März 1856 gemäß dortselbst zu eröffnenden Donauschifffahrts-Kommission beizuwohnen.

München, 13. Okt. Nachdem die Dauer der Werktagsschulpflicht um ein Jahr verlängert wurde und eine Verbesserung des Volksschulwesens ohnehin nothwendig erscheint, so hat die Regierung Anordnung zur Ausarbeitung eines neuen Schulplanes getroffen, dessen Hauptgrundsatz Vereinfachung des Elementarunterrichts ist. (Schw.M.)

Lindau, 12. Oktbr. Die Enthüllung des großartigen Denkmals Sr. Maj. des Königs fand heute Vormittags 11 Uhr, begünstigt vom schönsten Wetter unter dem Zudrange einer ungeheuren Menschenmenge statt. Mit jedem Dampfboote kamen neue Gäste und die Inselstadt mag wohl zu keiner Zeit eine solche Masse von Menschen in ihren Mauern gesehen und beherbergt haben. Als die Hülle fiel, das Standbild Sr. Majestät ersichtlich wurde, herrschte für einige Augenblicke lautlose Stille, dann gab sich die Begeisterung in den lebhaftesten Bezeugungen kund. Glockengeläute, Kanonendonner und die Salven der zahlreich im Hafen ankernden Dampfboote hallten von den Bergen wieder. Die Rede des Bürgermeisters Hrn. Greiner von Lindau wurde durch den Staatsminister Frhrn. v. d. Pfordten erwidert und unter Anderm hervorgehoben, daß Se. Majestät geruht haben, daß zur Erinnerung des festlichen Tages und der feierlichen Enthüllung eine besondere Denkmünze geprägt werde. Eine Cantate des Liederkranzes schloß die Feier. Gegen 12 Uhr defilirte der großartige Zug der Gewerbe in den malerischen Abzeichen und schönen Kostümen, auf den wir in einem späteren Artikel zurückkommen werden. Gegen 2 Uhr umfaßte die wahrhaft prachtvoll dekorirte und einen überraschenden Anblick gewährende Zoll-Ladehalle, wie in einem Blumentempel, mehr denn 300 Gäste zum gemeinschaftlichen Mahle. Gegen 7 Uhr prangten das Denkmal und die Zierden des Molo in bengalischen Flammen, was einen magischen Eindruck hervorbrachte. Der Farbenschimmer, vor welchem selbst der liebliche Mond auf Augenblicke erbleichte, hüllte den Hafen Lindaus mit dem schönen Denkmale und den Werken der Kunst für Augenblicke in einen Zauber. Die Feier des Tages schloß mit einem vom Handelsstande veranstalteten Festball in den schön dekorirten Räumen der Harmonie. Während des Festmahles verlas der Bürgermeister Greiner folgende telegraphische Depesche: „Ich trinke auf das Wohl meiner getreuen, bei Errichtung meines Monuments zu Lindau betheiligten Städte. München, den 12. Oktober 1856. Max." (B. Bl.)

Preußen. Berlin, 13. Oktbr. Das bereits früher theilweise bekannt gewordene Reglement, wie weit die Polizei gegen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten einzuschreiten hat, ist jetzt als ein unter dem 15. November v. J. vom König genehmigter Entwurf veröffentlicht worden. Die Instruktion umfaßt zwei Abschnitte, deren erster das Verfahren gegen die Militärs vom Stande der Feldwebel und Wachtmeister abwärts, der zweite das gegen Offiziere regelt. An die Spitze ist der „längst bestehende Grundsatz" gebracht, ein direktes Einschreiten der Polizei gegen Militärs in Uniform so viel wie möglich zu vermeiden. Die überschreitende Militärperson soll zu der Beachtung der betreffenden Verordnung „in angemessener Weise" aufgefordert werden; bleibt die Aufforderung erfolglos, „so wird es in sehr vielen Fällen ausreichen, daß der Polizeibeamte die Identität der Person feststellt und der kompetenten Militär-Behörde Anzeige macht. Ist diese Persons-Feststellung nicht ausreichend und die Verhaftung nöthig, so ist diese „in so weit es irgend thunlich", durch Militärmannschaften oder durch einen Militär-Vorgesetzten auszuführen. Die Fälle, „in welchen die Arretirung durch Polizeibeamte unvermeidlich wird, werden nur als Ausnahme zu betrachten seyn. Zu solchen Ausnahmsfällen gehört die Widersetzlichkeit gegen polizeiliche Anordnungen, die Weigerung, die geforderte Auskunft über Namen, Truppentheil und so weiter zu ertheilen, oder die Ertheilung einer ersichtlich falschen Auskunft. Ferner Straßenunfug, Straßenschlägereien, erhebliche Vergehen oder Verbrechen. Eine zu frühe und „ohne Noth" vorgenommene Arretirung zieht dem Polizeibeamten Strafe zu. (Zivilpersonen müssen sich dergleichen von der Polizei stillschweigend gefallen lassen. O, glückliches Militär!) Das direkte Einschreiten und die Verhaftung müssen „auf die möglichst schonende Weise" geschehen, und die Polizeibeamte machen sich strafbar, wenn sie die dem Militärstande zukommenden Rücksichten vernachlässigen, wenn sie beleidigende Worte dabei gebrauchen, sich in ihrer Stellung überheben, oder gar zu Thätlichkeiten hinreißen lassen." „In Bezug auf die Offiziere kommen noch andere Gesichtspunkte in Betracht." Der Offizier ist dadurch, daß er die Offizier-Uniform Sr. Majestät des Königs trägt, legitimirt, bedarf der Polizei gegenüber keine andere Legitimation und darf demgemäß (er mag zu den aktiven oder nicht aktiven Offizieren gehören) im Interesse seines Standes besondere Rücksichten in Anspruch nehmen. Sollte „gegen Erwarten" ein Offizier wider polizeiliche Anordnungen fehlen, so ist der Polizeibeamte nur befugt, den Offizier ruhig und angemessen darauf aufmerksam zu machen. Hat dies „wider Erwarten" keinen Erfolg, so haben die Polizeibeamten sogleich Meldung von dem Vorfall zu machen." „Weiter, heißt es in der Instruktion, gehen ihre Befugnisse nicht, da es dem allgemeinen Interesse mehr entspricht, daß eine Polizei-Uebertretung augenblicklich ungerügt bleibt und erst später eine strenge Rüge zur Folge hat, als daß ein Konflikt zwischen Offizieren und Polizeibeamten herbeigeführt wird. Nur wenn ein Offizier sich und seinen Stand soweit vergessen sollte, daß er ein Verbrechen begeht und zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit der Person Gefahr im Verzuge ist", dürfen die Polizisten nöthigenfalls selbst eine Verhaftung vornehmen, falls diese durch Militärvorgesetzte oder eine Militärwache unmöglich seyn sollte. „Die Polizeibeamten haben zu erwägen, daß es sich bei der Arretirung eines Offiziers nicht um die Personen allein, sondern auch um Kompromittirung der Offizier Uniform Sr. Majestät des Königs handelt und nur ganz außergewöhnliche Umstände eine solche Arretirung rechtfertigen und sie der Verantwortlichkeit für ihr Verfahren entheben können. Sollte eine solche Arretirung haben eintreten müssen, so ist der arretirte Offizier sofort, mit möglichster Vermeidung alles Aufsehens, auf eine Offizierwache oder zu dem Kommandanten zu führen."
(Nat.-Ztg.)

Der preußische Staat hat nach der neuesten Zählung 16,990,162 Einwohner, d. h. 3328,[illegible] auf die Quadratmeile, 235,293 Einwohner mehr als bei der Zählung vor 3 Jahren.
(Allg. Ztg.)

Die projektirte Bahn von Leipzig direkt (also mit Umgehung Berlins) nach Frankfurt a. d. O. zum Anschluß an die über Küstrin nach Posen und Königsberg führende hat neuern Nachrichten zufolge die Genehmigung des preußischen Ministerium erhalten.

Schweiz.

Die Schweizer Legion im englischen Dienst wird in Bälde vollständig aufgelöst seyn. Von den Offizieren haben wenige weitere Dienste genommen, dagegen gehen viele Soldaten nach Canada, nach der argentinischen Republik und nach Batavia. Bezüglich der Nichteinhaltung der Kapitulationsbedingnisse scheinen die Offiziere sich jetzt an das Werbkomite halten und gegen die HH. Sulzberger, Funk, Baumgartner und Dickson einen Prozeß anheben zu wollen. Einstweilen haben sie auf den dreimonatlichen Sold, der ihnen statt des zweijährigen angeboten wurde, mit Rechtsvorbehalt verzichtet. (A. Z.)

Die Kreditanstalt zu Zürich offerirt dem Handel in Zürich und Winterthur Darlehen zu 5 pCt. Zins und bis auf 1 pCt. Provision.

Zürich im Septbr. (Von einem deutschen Veteranen.) Während meines dermaligen kurzen Aufenthalts in Zürich hatte ich Gelegenheit, ein Infanterie-Bataillon manövriren zu sehen. Ich muß gestehen, daß ich keine große Meinung von der Manövrirfähigkeit, sowie von dem sog. militärischen Pli des Schweizermilitärs (das bekanntlich, Offiziere wie Gemeine, nur wenige Wochen zum Exerzieren einberufen wird) hatte, ich sah aber zu meinem Erstaunen, daß ich mich in großem Irrthum befand. Dieses Bataillon vollzog vor meinen Augen mehrere Bewegungen und Formationen mit der größten Pünktlichkeit und Ruhe. Die Frontmärsche mit Deckung der Jägerkompagnieen, sowie die Formationen in Kolonne und Quarrés und die Entwicklung aus denselben wurden mit einer Präzision vollzogen, die nichts zu wünschen übrig ließ. Der Kommandant des Bataillons befehligte mit einem geübten militärischen Organ die Bewegungen, es war durchaus keine Unsicherheit, weder im Befehl, noch im Vollzuge wahrzunehmen, und dieser taktische Körper ging von einer Formation zur andern über, ohne Aufenthalt oder Störung irgend einer Art. Die Kompagniechefs, sowie die Subalternoffiziere zeigten sich vollkommen in ihrem Fache zu Hause, und man bemerkte durchaus nichts, was an ein Schweizerbataillon früherer Zeit erinnern konnte. Diese außerordentlichen Fortschritte in ihrer militärischen Entwicklung verdanken die Schweizer nebst dem Umstande, daß sie in ihrer Mitte manche ausgezeichnete Offiziere besitzen, die in fremden Diensten ihre praktische Ausbildung er-

langt haben, und sowohl im Generalstab, als in der Linie Ersprießliches leisten, besonders noch dem System der Kadettenkorps. Hier werden Knaben vom zwölften Lebensjahre an bis zum Jünglingsalter in den Kantonsschulen schon in den Waffen geübt, und es wird ihnen auf diesem Wege das Waffenhandwerk spielend beigebracht. Ohne diese Einrichtung wäre es nicht möglich, daß ein Bataillon, das nur wenige Tage des Jahres vereinigt ist, solche Resultate lieferte, wie wir es eben auseinander gesetzt haben. Was die Formation eines Schweizerbataillons anbelangt, so besteht solches aus 600 Mann zu 6 Kompagnien in zwei Gliedern. Die 1. und 6. Kompagnie (Jägerkompagnien) stehen hinter der Front auf beiden Flügeln postirt. Die Uniformirung und Packung ist sehr gut und nach französischem System. Das Perkussionsschloß ist längst eingeführt, und daß die Schweizer gute Schützen sind, die hierin nicht leicht übertroffen werden, ist eine bekannte Sache. (Schw. M.)

Großbritannien.

Am 9. Oktober ist über die Royal British Bank das Fallissement ausgesprochen worden. Man scheint zu fürchten, daß diejenigen Personen, welche ihr Gelder anvertraut haben, mehr als 30 pCt. verlieren werden. Was die Aktionäre derselben betrifft, so sieht sich die Mehrzahl gänzlich zu Grunde gerichtet.

Frankreich.

Paris, 11. Oktbr. Man meldet die bevorstehende Vermählung des Frl. Diefenbach aus Bayern mit Hrn. v. Girardin. Die Braut bringt 1½ Mill. Fr., der Bräutigam 3 Millionen in die Gemeinschaft.

Bravo Murillo ist vorgestern Abend von Paris nach Madrid abgereist. Von allen Staatsmännern der sog. Moderados-Partei, welche in Frankreich ein Asyl suchten, befindet sich hier nur noch der Graf San Luis. Auch er wird in Kurzem nach seinem Vaterlande zurückkehren.

* Paris, 13. Oktbr. Verschiedene Arbeiterfamilien, die, unfähig ihren Zins zu bezahlen, am 8. Oktober von ihren Hauseigenthümern den Abschied erhalten haben, wurden in Folge der Vermittlung der betreffenden Polizeikommissäre wieder in ihre Wohnungen aufgenommen.

Spanien.

Madrid, 6. Oktbr. Die „Madrider Z." enthält einen Erlaß des Ministers des Innern, wodurch den zu seinem Departement gehörigen Beamten eröffnet wird, daß die Regierung alle diejenigen, die am 10. Oktober nicht auf ihre Posten zurückgekehrt seyn würden, als auf ihr Amt verzichtend betrachten und demgemäß absetzen werde. — Die „Epoca" will wissen, daß Espartero mit Abfassung eines Manifestes beschäftigt sey, das er sofort nach Aufhebung des Belagerungszustandes zu veröffentlichen beabsichtige.

Madrid, 13. Oktober. Das neue Kabinet ist in folgender Weise zusammengesetzt: Marschall Narvaez, Conseilpräsidentschaft; Pidal, auswärtige Angelegenheiten; Seijas, Finanzen; Nocedal, Inneres; Arzuela, Justiz; Urbistondo, Krieg; Lersundi, Marine. General Sanz ist zum Generalkapitän von Madrid ernannt, General Pezuela zum Direktor der Kavallerie. (T. D. d. Fr. J.)

* Als uns die Nachricht von der Abreise des Herzogs von Valencia nach Madrid zukam, haben wir unsern Lesern wichtige, neue Ereignisse in Aussicht gestellt. Der Erfolg hat unsere Voraussetzung gerechtfertigt. O'Donnell ist abgetreten, Narvaez als Ministerpräsident sein Nachfolger geworden. Dieser Umschlag kann Niemand überraschen, der die jüngsten Ereignisse in Madrid mit Aufmerksamkeit verfolgt hat. Die Reaktion hat sich ihren Sieg durch nichts verkümmern lassen wollen und O'Donnell hat durch seine charakterlose Nachgiebigkeit seine Persönlichkeit in dem Maße herabgesetzt, daß sein Bleiben an der Spitze der Regierung geradezu als eine Anomalie bezeichnet werden konnte. Die Ernennung von Narvaez zum Conseilpräsidenten ist demnach ein Ereigniß, dessen Folgerichtigkeit Niemand streitig machen wird. Die neue Regierung wird dem Lande gegenüber sich viel ungezwungener bewegen als die von O'Donnell. Sie hat nur Einen Gegner zu fürchten: die Revolution. Wie England die neue Veränderung aufnehmen wird, das ist schwerer zu beurtheilen. Zwar wird die englische Presse ebensowenig als die Regierung ein Geheimniß daraus machen, daß ihr dieser vollständige Sieg der Gegenrevolution unangenehm ist, aber es ist noch nicht abzusehen, inwieferne die Ernennung von Narvaez zum Ministerpräsidenten auf die auswärtige Politik des englischen Kabinets einwirken wird. Von Frankreich hat das neue Ministerium nichts zu besorgen; denn Narvaez gehörte von jeher zu den sog. Afrancesados. Es wird nicht uninteressant seyn zu erfahren, wie sich diese im voraus abgekartete Komödie in Madrid abgewickelt hat, und unter welchem Vorwande die getreuen Räthe Ihrer katholischen Majestät beseitigt worden sind.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 8. Oktober. Es ist ein die Landesvertretung in den Donaufürstenthümern betreffender Firman erschienen, in dem von Union keine Rede ist. Hier erwartet man eine Kabinetskrisis und bezeichnet Reschid Pascha als Großvezier. (T. D. d. Fr. Postz.)

Rußland und Polen.

* Die Gemahlin des Fürsten Mentschikoff soll bei der russischen Regierung um die Erlaubniß nachgesucht haben, nach Paris zu kommen, und wie man aus Petersburg schreibt, ist der genannten Dame ihr Paß zur Reise nach Paris versagt worden, ohne daß der Grund dieser merkwürdigen Verweigerung angegeben wird.

China.

Aus Hongkong wird vom 10. August geschrieben: „Ein entsetzliches Ereigniß hat kürzlich in Macao stattgefunden. Das holländische Schiff Bank, von 700 Tonnen Gehalt, hatte 350—370 chinesische Kulies (Arbeiter, die unter der Form von Arbeitskontrakten nach Westindien und Südamerika geschickt werden, wo sie in eine Knechtschaft gerathen, die beinahe schlimmer ist, als die der Neger) am Bord, welche nach Havanna gebracht werden sollten. Es wurde genöthigt, nachdem es einige Tage in See gewesen, weil seine Wasserfässer stark beschädigt waren, in Macao anzulaufen. Der Kapitän untersagte den Kulies, an's Land zu gehen. Deßhalb entstand unter diesen eine Meuterei, infolge deren sich der Kapitän mit seiner Mannschaft auf das Hinterdeck zurückzog. Hier am 3. Abends angegriffen, ließ er unter die Chinesen feuern, die aus Rache das Schiff anzündeten. Die Flammen griffen so rasch um sich, daß dabei 220 bis 230 Chinesen umkamen. Der Kapitän, der Steward und der zweite Maat wurden gleichfalls vermißt."

Nichtpolitische Zeitung.

Ulm, 12. Okt. Unser ehrwürdiger Münster feierte heute das Fest der Einweihung seiner Orgel. Dieses Kunstwerk, dessen Erbauung vor acht Jahren beschlossen, dessen Vollendung aber durch verschiedene Umstände verzögert wurde, welche, wenn anders die Hoffnung einer gütlichen Vergleichung nicht in Erfüllung geht, zu einem leidigen und sehr verwickelten Rechtsstreite führen dürften, ist ein Meisterstück unseres weltberühmten Walker. Sie ist eines der größten Orgelwerke Europa's*): die sehr mittelmäßige Orgel im St. Peter zu Rom zählt, wie sie 100 Register; andere berühmte Orgelwerke, wie das Harlemer mit 75, das Stuttgarter mit 70, das Weingartner mit 62 Registern sind dieser neuen Orgel nicht zu vergleichen, und ebenso wie unsere Stadt den höchsten Dom Deutschlands besitzt, kann sie sich jetzt auch des größten und vollendetsten Orgelwerkes rühmen. (Schw. M.)

* Paris, 13. Okt. Bei Eröffnung der diesjährigen Jagd ereignete sich ein sonderbarer Zufall. Ein Nimrods-Jünger war, wir wissen nicht, so geschickt oder so ungeschickt, einen alten Advokaten, der sich eben im Versailler Holze hängen wollte, statt des Wildes an der Schulter zu verwunden. Die Hoffnung, auf einen recht tüchtigen Prozeß, der wahrscheinlich dem Alten schon lange fehlte, verscheuchte schnell alle Selbstmords-Gedanken und die Sache ist nun, wie man zu sagen pflegt, anhängig.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 15. Okt. Oesterr. Kreditaktien eröffneten zu niedrigeren Kursen, befestigten sich jedoch im Laufe der Börse und schlossen fest; auch spanische Fonds waren beliebter. Die übrigen Effekten wurden zum Theil etwas niedriger verhandelt, der Umsatz war auch heute von großer Bedeutung.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1851 77⅝ P. 77⅜ G. 5pCt Lombard-Ven. 87½ P. 87 G. Metall. alte à 5pCt. 75½ P. 75 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. — G.; à 4½pCt. 65¾ P. 65½ G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 P. 55½ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 85½ P. 85 G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94½ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94¼ G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅛ P. 89⅞ G.; 4½pCt. 102 P. — G. **Grossherzogthum Hessen.**

---

*) Die Orgel in der Kathedrale zu Sevilla hat 110 Register.

Obligationen à 3½pCt. 91½P. 91 G.; à 4pCt. 98¾P. 98¼ G.; 4½pC. 102 P. —— G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¼P. 88¾G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. — G.; à 3½pCt. 90 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37⅝P. 37⅜G.; 1¼pCt. neue 23¾P. 23⅝G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1184P. 1179G. Neue Bankaktien 302 P. 297 G. Credit-Actien à 5pCt 169 P 167G. Darmstädter Bankaktien alte 364 P. 362 G.; junge 320 P. 318 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 505 P. 500 G. Mitteldeutsche Creditbank 102P. 101¾G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 109 P. —— G. Frankf. Bankaktien 111¼ P. — G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 233 P. 231 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 135¼P. 134¾G. Neustadt-Weisaenb. 103½ P. 103G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100¾ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hananer Eisenb.-Aktien 82½ P. 82 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78¾P. 78¼ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95 P. 94½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 116 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 98¾P. 98¼ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛P. 47⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. 116½G. à fl. 25 34¼P. —G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅞G. Nass. Loose a fl. 25 33¼ P. — G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. — G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117½P. 117¼G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120P. 119¾G.	Mail. i.S. Lr. 250k.S 99⅛P — G
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅞P. — G.	Paris Frs. 200 k. S 93¼P. 93 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅞P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 97¼P. — G.	Wien fl. 100 C. k S. 1[illegible]⅜P. 1[illegible]2⅛G.
Hamb. MB. 100 k.S 88¾P — G.	Wien 3 M. mit 4% 112¼P. 112G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅞P. —— G.	Disconto — P. 6pCt. G.

London, 13. Oktbr. Geringer englischer Waizen 1 ſ. 6 d. niedriger, schöne Qualität und fremder Waizen unverändert; Gerste und Hafer ohne Veränderung. (T.D.d.H.N.)

Amsterdam, 13. Okt. Waizen flau mit wenig Geschäft. Roggen 4 a 7 fl. niedriger mit vielem Geschäft. Gerste preishaltend. Hafer geschäftslos. Rapps pr. Herbst 86. Rüböl 49¼. (T.D.d.H.N.)

Neueste Nachrichten.

** München, 14. Oktober. (Pr.-Korresp.) Zur Feier des Geburtsfestes J. M. der Königin gibt morgen Prinz Luitpold in seinem Schloß zu Tegernsee große Familientafel, wozu sich unsere allerhöchsten und höchsten Herrschaften nach Tegernsee begeben. Von dort wird sich morgen Abend König Max über Kreuth zu den Jagden in der Rieß begeben, während J. M. die Königin mit Se. Maj. dem König von Griechenland und dem Großherzog und der Großherzogin von Hessen hierher zurückkehren. In unserer Stadt selbst wird das hohe kgl. Geburtsfest in herkömmlicher Weise durch feierlichen Gottesdienst, Festparade der Linie und Landwehr, Festvorstellungen im Hoftheater 2c. festlich gefeiert werden. Viel besprochen wird heute der Umstand, daß Hr. Legationsrath Dr. Dönniges sich **nicht** mit dem König zur Jagd begibt, sondern in den nächsten Tagen eine längere Reise nach Italien antritt.

Nürnberg, 15. Oktbr. Nach einer amtlichen Bekanntmachung des kgl. Kanalamtes wird die in Folge des stattgehabten Dammbruches unterbrochene Schifffahrt auf dem Ludwigskanal gegen Ende dieser Woche wieder eröffnet. (Fränk. K.)

Berlin, 12. Okt. Die in mehrere Blätter übergegangene Analyse des Lindenbergischen Briefes über den Prinzen von Preußen, welche die „Presse belge" mit großer Bestimmtheit brachte, kann in zuverlässiger und verbürgter Weise als durchweg apokryph bezeichnet werden. Davon, daß sich der Prinz wie ein „Revolutionär ausgedrückt habe, der mit der demokratischen Partei kokettire", ist auch nicht annäherungsweise mit einer Silbe die Rede. Eben so ist alles Uebrige erfunden und richtig nur die längst bekannte Thatsache, daß Lindenberg für Peters in Minden eine Auszeichnung nachgesucht habe. (Hamb. Nachr.)

Gotha, 13. Oktbr. Zufolge der Mittheilung eines hiesigen Lokalblattes hat die Direktion der **thüringischen** Eisenbahngesellschaft von den betreffenden Staatsregierungen von Preußen, Weimar, Reuß und Bayern die Konzession zum Bau einer Bahnlinie von Weißenfels über Gera, Greiz nach Hof zum Anschluß an die bayerischen Bahnen erhalten. (N. Pr. Z.)

Paris, 14. Okt. Der heutige „Moniteur" veröffentlicht zwei Berichte des Generalgouverneurs von Algerien, Marschalls Randon, worin dieser dem Kriegsminister ausführlich den Verlauf seiner bereits erwähnten Operationen gegen die Kabylen mittheilt, welche letztere durch rasche Bewegungen und energische Angriffe zu wiederholten Malen geschlagen und zurückgedrängt worden sind. Am Schlusse seines zweiten Berichts spricht der Generalgouverneur die Hoffnung aus, daß bald alle aufrührerischen Stämme gezwungen seyn würden, sich zu unterwerfen.

Aus Venedig vom 10. Oktober erhalten wir eine Zuschrift, in welcher die Eigenthümer des Hotel St.-Marco die uns vor einiger Zeit gemachte Mittheilung, daß dieses Hotel für den Kaiser von Rußland für 4000 fl. täglich gemiethet worden, mit einem großen Aufwand von Entrüstung für falsch erklären, „indem unser Gasthof bis jetzt noch von Niemanden gemiethet wurde, und daher allen Fremden, die denselben mit ihrem Besuche beehren wollen, stets offen ist." (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.
Verantwortlich für die Inserate: W. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 289.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 17. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Lindau, 13. Oktbr. Der gestrige Festzug der Gewerke repräsentirte den Handel und Verkehr, Kunst und Gewerbe, sowie die Landwirthschaft. Eine Abtheilung Landwehr eröffnete den Festzug, ihr folgte ein Herold in blau und weißer Schärpe auf stattlichem Pferde in altdeutschem Schmucke. Hieran schloß sich die Infanteriemusik des 12. Regiments und der Liederkranz von Lindau. Nun kamen die Repräsentanten des Verkehrs. Der Handelsstand von Lindau mit schöner Fahne an der Spitze eröffnete die Darstellung des regen Verkehrslebens hiesiger Stadt, welches zunächst in den Verkehrsmitteln der Dampfschifffahrt und Eisenbahn die Vertretung findet. Ein niedliches Schrauben-Dampfboot, von Pferden gezogen, in Maschinenthätigkeit, mit jugendlicher Bemannung, stellte die Dampf-Schifffahrt vor; die verschiedenen Arbeiten der Schiffsbaukunst in Gerippen von Schiffen wurden von Arbeitern getragen. Die Eisenbahn wurde durch eine Maschinenwerkstätte mit in Gang befindlichem Regulator dargestellt, und das zahlreiche Schrannenpersonal gab ein Bild regen Verkehrslebens. Die zweite Gruppe bildeten die Züge der Zimmerleute, Schreiner, Schlosser, Melber und Bäcker. Ihnen folgte die Metzgerzunft. Die Fischer lieferten Riesenexemplare von Fischen. Eine Schusterwerkstätte gab ein ergötzliches Bild dieses Gewerkes. Die dritte Gruppe hatte die Agrikultur zu repräsentiren. Auf herrlichen Wagen stellte sich der Rebbau in seinen Einzelnheiten dar, welcher sich in einer sogenannten Städtle-Wirthschaft abschloß. Die Sennerei in allen Verrichtungen; die Baumzucht fand würdige Vertretung. (Nürnb. Korr.)

Preußen. Berlin, 13. Oktbr. Bekanntlich ist eine neue Geschützart für die Armee gegossen worden, welche nach Konstruktion und Größe die Bestimmung hat, für den Dienst in Gebirgsgegenden verwandt zu werden. In den nächsten Tagen wird, wie die „Spen. Ztg.“ meldet, unter der Leitung eines Premier-Lieutenants vom 1. Artillerieregiment ein Versuchskommando nach dem Riesengebirge abgehen, um die Feldbrauchbarkeit und Manövrirtüchtigkeit dieser neuen Geschützart, welche für den Dienst der Infanterie bestimmt seyn soll, zu erproben.

Der „D. Reichs-Zeitung“ zufolge lautet der Tenor der Seiffart'schen Verurtheilung vor dem Disziplinarhofe dahin, „daß derselbe des preußischen Staatsdienstes ohne Abschieds-Patent zu entlassen und seiner Pensions- und sonstigen Ansprüche an die Staatskasse vom Tage des Urtheils ab verlustig sey.“ (Bisher hat er nämlich nur die Hälfte seines Gehaltes von 3500 Thlrn. empfangen, hätte also im Falle seiner Freisprechung die andere Hälfte noch verlangen können.) In Bezug auf seine Orden erwähnt das Urtheil nichts. Als Entscheidungsgrund wird angegeben, „der Disziplinarhof habe so beschließen müssen in Anbetracht, daß Hr. Seiffart staatsgefährliche Thatsachen geflissentlich verschwiegen habe, anstatt, wie es seine Bürger- und namentlich Beamtenpflicht erheischte, sie sofort an die richtige Stelle zu bringen. Auf den Einwand, daß er seinem Chef, dem verstorbenen Präsidenten und Staatsminister Herrn v. Ladenberg, davon Anzeige gemacht, könne keine Rücksicht genommen werden, da derselbe nirgends bewiesen sey, und bei der großen Pünktlichkeit und Diensttreue Hrn. v. Ladenberg's es nicht wahrscheinlich sey, daß derselbe, falls er von der Sachlage Kenntniß erhalten, davon keine Anzeige gemacht hätte. Eine der größten Tugenden des Beamten sey die Zuverlässigkeit, und diese habe Hr. Seiffart gröblich verletzt. Deßhalb habe, wie geschehen, erkannt werden müssen.“

Zur Depeschendiebstahlsgeschichte hört man noch immer einzelne interessante Beiträge. Die beiden Diener des Kabinetsraths Niebuhr und des Generaladjutanten v. Gerlach, welche unmittelbar in den Depeschendiebstahl verwickelt sind, sollen sich gegenwärtig in Amerika befinden. In dem Prozeßverfahren gegen Techen, heißt es, sey ein Formfehler gefunden worden. Ist dem so, und es wird mit vieler Wahrscheinlichkeit gesagt, so dürfte die Sache vielleicht zu einer abermaligen Verhandlung kommen. Daß Hr. Seiffart Rekurs an das Staatsministerium ergriffen hat, ist bekannt. Wie es heißt, soll derselbe, wenn sein Rekurs ohne den gewünschten Erfolg bleibt, beabsichtigen, sich mit einer Urgirungsklage an das Obertribunal zu wenden, um dadurch die Staatsanwaltschaft zu nöthigen, gegen ihn, wegen seiner Verbindung mit Techen, einzuschreiten. Herr Seiffart würde dadurch die Gelegenheit zu einer neuen Vertheidigung gewinnen. Ob es richtig ist, daß Herr Seiffart, wie behauptet wird, sich durch das gegen ihn beobachtete Verfahren in seinem Vertheidigungsrecht beeinträchtigt glaubt, wissen wir nicht. Auf jeden Fall ist die Sache noch nicht zu Ende. Wie man mit großer Bestimmtheit versichert, sollen Hrn. Seiffart, der ein sehr intelligenter Beamter ist, kurz nach seiner Verurtheilung sehr einladende Anerbietungen zum Uebertritt in den österreichischen Staatsdienst gemacht worden seyn. (D.R.Z.)

Berlin, 14. Oktbr. Während einerseits behauptet wird, daß Dr. Wichern nicht in preußische Staatsdienste treten, sondern in Hamburg verbleiben werde, vernimmt man andererseits aus guter Quelle, daß dessen Herberufung gar nicht mehr fern sey. Er soll dann mit der Würde eines Oberkonsistorialrathes bekleidet werden. — Die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit bei der Armee wird nach den „Hamb. Nachr.“ einen jährlichen Mehraufwand von 800,000 Thlr. verlangen. Da dieselbe bereits Thatsache ist, so ist schon aus diesem Grunde eine Erhöhung der Staatseinnahmen in der nächstfolgenden Legislaturperiode eine Nothwendigkeit.

Berlin, 14. Oktbr. Zur Berathung über den im Justizministerium ausgearbeiteten Entwurf des preußischen Handelsgesetzbuches sind jetzt kaufmännische Sachverständige und praktische in Handelssachen erfahrene Juristen zu den am 27. d. M. beginnenden Konferenzen von den Ministern des Handels und der Justiz einberufen worden. (Allg. Ztg.)

Magdeburg, 13. Oktober. Der irvingianische Apostel v. Pochhammer hielt gestern Vormittag in dem Bethause der deutsch-katholischen Gemeinde eine letzte Versammlung ab, an deren Schlusse er das heilige Abendmahl an circa 50 Personen spendete. Wie es heißt, wird er sich morgen von hier entfernen. (Magd. Corr.)

Hannover. Hannover, 10. Oktbr. Die hiesigen „Hannov. Nach.“ erwerben sich das Verdienst, die Gefahren zu schildern, welche aus dem Uebergang des Hazardspiels aus seinem früheren Hauptsitz (Paris) nach Deutschland erwachsen. Außer den beiden Weltbädern Baden und Homburg gibt es noch Spielbanken in Dobberan (Mecklenburg), Pyrmont (Waldeck), Wiesbaden (Nassau), Ems (daselbst), Hofgeismar, Wildungen, Wilhelmsbad, Nauheim, Nenndorf (sämmtlich in Kurhessen). Hannover duldet keine Spielbanken in seinen Bädern, dafür droht ihm das nahe Nenndorf gefährlich zu werden. Der jetzige Pächter der dortigen Bank, Dr. med. Fried. Biermann aus Kassel, hat durch mancherlei Mittel den Besuch desselben sehr gehoben. Im Sommer v. J. reisten von Hannover nach Haste, wo die Bahn Nenndorf am nächsten berührt, 5864, und mit den täglich von hier gegen ein Spottgeld nach Nenndorf fahrenden Omnibus etwa 2800 Personen, im Ganzen also 8664. In diesem Sommer fuhren trotz des fast immer schlechten Wetters fast ebensoviel, nämlich 5807 Personen nach Haste, und auch die Omnibus waren immer stark besetzt, besonders von Frauenzimmern. Obgleich mehrere Behörden ihren Angestellten das Spiel zu Nenndorf verboten haben, und die hiesigen Kaufleute sich verabredet haben sollen, diejenigen ihrer jungen Leute, von welchen sie erfahren, daß sie spielen, sofort zu entlassen, nimmt die Zahl derer die an der Bank ihr Glück versuchen wollen, nicht ab. Als im vorigen Jahr ein Auditor in Hannover mit einem Korporal, zwei Bedienten und einem Gastwirth beim Hazardspiel betroffen wurde, ergaben die Gerichts-Verhandlungen, daß einer der Spieler in Nenndorf die Bekanntschaft jenes, jetzt aus der Auditorenliste gestrichenen jungen Mannes ge-

macht, ein Zweiter dort den Reiz des Spiels zuerst gekostet hatte. Zwei in neuerer Zeit hier begangene Verbrechen haben ihren Ursprung in dem Nenndorfer Spiel. Ein früherer Schullehrer, welcher in der letzten Zeit Kommissionsgeschäfte getrieben hatte, wurde hier am 16. August d. J. Abends, als er von Nenndorf zurückkehrte, verhaftet. Er hat eingestanden, daß er daselbst etwa 1800 Thlr. verspielt habe. Ein Fabrikarbeiter wußte im vorigen Monat eine arme Verwandte unter irgend einem Vorwand zu überreden, ihm ohne Wissen ihres Mannes eine Obligation über 200 Thlr. zu leihen. Er verkaufte sie, begab sich mit einem hiesigen Maler und einem früheren Portier nach Nenndorf und verspielte die ganze Summe. Auch er ist mit seinen Genossen gefänglich eingezogen. Wir wollen noch hinzufügen, daß ein in den letzten Tagen verübter Selbstmord ebenfalls mit dortigen Spielverlusten in Verbindung gebracht wird, ein Fall, der, weil er das Lebensglück einer angesehenen Familie zerstört, verbreitete Theilnahme erweckt hat. (H. N.)

Kurhessen. Kassel, 14. Oktbr. Die zweite Kammer hat in heutiger öffentlicher Sitzung die Berathung des Wahlgesetzes fortgesetzt und dieselbe, mit Ausnahme einiger Paragraphen, welche dem Verfassungsausschuß nochmals überwiesen wurden, beendigt. Es kam dabei zu einigen scharfen Redensarten über die durch die Anwendung des neuen Wahlgesetzes verursachten großen Kosten, auf deren Verminderung um so mehr Bedacht genommen werden müsse, als die durch das gegenwärtige Wahlgesetz eingeführte neue Ordnung nur wenig Sympathie im Lande finde. (Fr. Postz.)

Thüringen. Die neuerbaute katholische Kirche in Gotha wird nicht, wie es anfänglich im Plane war, von dem Bischofe von Paderborn consecrirt werden, weil das herzogl. Ministerium dies nur unter Bedingungen verstatten wollte, auf welche der Bischof nicht eingehen wollte, — sondern am 19. d. M. von dem Pfarrer Cruse in Gotha nur benedizirt. (Deutsch.)

Oesterreich. Wien, 12. Oktbr. Der „Presse belge" wird von hier telegraphirt, daß der Kaiser von Oesterreich die Güter aller aus dem lombardisch-venetianischen Königreich Ausgewanderten von dem auf sie gelegten Sequester befreit habe. (Hamb. N.)

Belgien.

Brüssel, 11. Okt. Die Jesuiten haben das vor dem Schaerbeeker Thor belegene große Hotel Vilquain für 150,000 Franken gekauft und wollen dort eine philosophische Fakultät eröffnen. Bei dem von ihnen geleiteten Kollege Saint-Michel besteht seit einiger Zeit auch eine Vorbereitungsklasse für die Militärschule. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 14. Oktbr. Der Kaiser und die Kaiserin werden am 19. d. sich zu den Jagden nach Compiegne begeben. Am nächsten Montag wird ein Extrazug 70 Personen, die auf der ersten Liste der nach Compiegne eingeladenen Gäste stehen, und unter denen sich der Graf Walewski, der Staatsminister Fould, die Herzogin v. Istrien, Graf Hatzfeldt und seine Gemahlin rc. befinden, dahin führen. Der Umstand, daß die Herzogin v. Istrien diesen Festen in Compiegne beiwohnt, ist für die Vorstadt St. Germain ein Ereigniß, das selbst für die Legitimisten von reinem Blute von großer Tragweite scheint. (Fr. Postz.)

* Der „Constitutionnel" bringt folgende Details über die Verhaftung der Nordbahndiebe: „Der Agent der Compagnie, welcher den Dieben nachgeschickt war, erfuhr in New-York, daß dieselben höchst wahrscheinlich nach Philadelphia gereist seyen, und begab sich eiligst dorthin; allein neue Erkundigungen führten ihn nach New York zurück, wo es ihm in der That gelang, Grellet, den Unterkassier und Parod, den Pferdehändler und Mitschuldigen, zu verhaften unter folgenden sonderbaren Verhältnissen. Im Laufe des Monats September kam ein Individuum zu einem der ersten Bankiers von New-York, und bat ihn, dreißig französische Banknoten von 1000 Fr. umzuwechseln. Der Bankier, welcher gerade der Korrespondent des Hauses Rothschild war, antwortete, daß dem Gebrauche gemäß er die Billets nach Frankreich schicken, und die Zahlung erst nach Eingang leisten würde. Der Fremde hatte nichts dagegen einzuwenden und erklärte, daß es ihm einerlei sey, das Geld etwas später zu erhalten, indem er die Absicht habe, amerikanische Grundstücke damit anzukaufen; einen der folgenden Tage kam er sogar wieder und übergab dem Bankier neue Billete, um deren Auszahlung zu bewirken; dieses Mal fragte man ihn um seine Adresse. Man erräth, daß diese Person einer der Urheber und Mitschuldiger des großen Diebstahls war. Allein bald verbreiteten sich die Einzelheiten des Verbrechens und die für die Verhaftung getroffenen Maßregeln durch die französischen Blätter in New-York; das erschreckte die Schuldigen, und das fragliche Individuum bat den Bankier, ihm die Billete zurückzustellen, allein sie waren schon nach Europa abgegangen; indeß hatten alle diese gethanen Schritte den Verdacht des Korrespondenten von Rothschild erweckt, welcher seine Vermuthungen sogleich dem Agenten der Compagnie mittheilte. Das Signalement des Billetverkäufers stimmte jedoch nicht mit den gekannten Schuldigen; denn der Agent kannte den Pferdehändler Parod, dessen Rolle in der ganzen Angelegenheit ziemlich verborgen war, nicht. Man beschränkte sich also für den Augenblick darauf, den Unbekannten zu überwachen, und man folgte ihm bis in eines der ungeheuren Wirthshäuser von New-York. Man vermuthete, daß er dort mit Jemandem zusammentreffen werde, und man wartete; in der That dauerte es nicht lange, so kam der Unbekannte aus dem Wirthshause mit einem Andern, den der Agent der Compagnie aus der Entfernung nicht gleich erkannte; aber der neu Angekommene trug ein weißes Beinkleid, und dies war auch Grellet's Gewohnheit. Ueberrascht von diesem anscheinend nichtssagenden Umstande gab der geschickte Aufsucher dem amerikan. Agenten, die ihn begleiteten, den Befehl, den Mann im weißen Beinkleide zu verhaften, wenn er ihn beim Vorübergehen fest ansähe; er stellte sich so auf die Straße, daß die beiden Personen an ihm vorüber mußten. Beim Anblick des Agenten stand Grellet, denn er war es, stumm und mit offenem Munde da; von tiefem Schrecken ergriffen, ließ er sich ohne Widerstand verhaften, so wie auch sein Begleiter Parod, derselbe, welcher den HH. Carpentier und Grellet so schöne Gespanne lieferte. Beide Schuldige sind jetzt im Gefängnisse von New-York untergebracht, und die Verhandlung der Forderung, sie auszuliefern, geht jetzt ihren regelmäßigen Gang."

* Die augenblickliche Krise in Frankreich ist neben der neapolitanischen Angelegenheit das wahre Steckenpferd aller Pariser Blätter geworden, wozu der letzte Bankausweis noch besonders beigetragen hat. Die „Assemblée nationale" hält es für ihre Pflicht, wiederholt darauf zurückzukommen, und spricht sich folgendermaßen aus: „Die beiden am meisten frappirenden Thatsachen sind die bedeutende Vermehrung des Portefeuille (72 Millionen) und die verhältnißmäßige Verminderung des Metallvorraths (70 Millionen) der Bank von Frankreich. Aus der erstern kann man auf die außerordentlichen Bedürfnisse des Handels schließen, und die Verminderung des Metallvorraths zeigt deutlich, welcher Art die Krise ist, d. h. eine große Geldklemme. Die französ. Bank kauft vergeblich große Massen edler Metalle im Ausland an; sie kann das Gleichgewicht nicht aufrecht erhalten, und hat sich genöthigt gesehen, die bekannten Maßregeln zu ergreifen; diese sind allerdings sehr gut, allein sie werden schwerlich die Krise beschwören und das Gleichgewicht in den Tauschmitteln wieder herstellen können. Das gemünzte Geld fließt aus den großen Behältern und reicht nicht mehr aus, alle Kanäle der Cirkulation anzufüllen. Der Finanzminister sagt in seinem Bericht, die Geldeinfuhr in Frankreich übertrifft die Ausfuhr um 800 Millionen; das ist aber zu hoch angerechnet; denn man muß auf den Getraidemangel, die Kriegsbedürfnisse und die Spekulation mit dem Silbergelde Rücksicht nehmen, so daß der Ueberfluß der Einfuhr über die Ausfuhr nur auf 500 Millionen angeschlagen werden kann. Das ist höchstens ein Fünftel des ganzen zirkulirenden Geldes, welche Vermehrung keineswegs dem Aufschwung des Handels, dessen Transaktionen sich verdoppelten, entsprach. Daraus ist eine Krise entsprungen, welche um so mehr Intensität gewonnen hat, da alle Länder sich in ähnlicher Lage befinden, und sich gegenseitig zu hohen Prämien das Geld streitig machen. Es ist ein großer Irrthum zu glauben, das edle Metall verberge sich; die Sache ist einfach die, daß seine Quantität nicht mehr der ungeheuren Ausdehnung des Handels und der Geschäfte entspricht. Zu dieser allgemeinen Ursache der Krise kommt in Frankreich noch eine besondere, nämlich die Spekulation mit Silberstücken, um sie einzuschmelzen und zu scheiden. Dagegen gibt es unter den jetzigen Verhältnissen, so lange diese dieselben bleiben, kein Mittel; selbst die Maßregeln der Bank reichen nicht aus. Die einzige Rettung ist die Verminderung des Gewichts der Silberstücke. Das Gold muß, wenn nicht die einzige, so doch die vorzügliche Währung bleiben, erstlich weil es am meisten den augenblicklichen Bedürfnissen, der Entwickelung des öffentlichen Reichthums entspricht, und dann auch, weil es sonderbar seyn würde, das Münzzeichen zurückzuweisen, welches sich in einem Augenblick der steigenden Nachfrage nach gemünztem Golde in der größten Fülle darbietet. Allerdings wird es an Werth verlieren; allein diese Werthverminderung wird in Folge der ausgedehnten Bedürfnisse nur langsam und unmerklich seyn, und da sie von aller Welt getragen wird, weniger unheilvolle Wirkungen haben. Die wahre Gefahr würde darin liegen, Gold- und Silbermünzen in ihrem jetzigen Werthverhältnisse bestehen zu lassen; denn dieses Verhältniß ist nicht

mehr das frühere, und ist zu Gunsten des Silbers gefallen, indem das Gold nicht mehr 15½ Mal so viel werth ist, als das Silber. Allein es genügt nicht einmal, das wirklich bestehende Verhältniß zwischen beiden Münzen herzustellen, sondern man muß das Gewicht der Silbermünzen in noch größerem Verhältniß vermindern; weil bei dem Reichthum der Goldminen man gar nichts Absolutes über das Werthverhältniß der beiden Metalle feststellen kann, und vielleicht in kurzer Zeit dieselbe Operation von Neuem vornehmen müßte. Die Silbermünze würde also in Wirklichkeit nicht ihren Nominalwerth erreichen, sondern nur eine Scheidemünze seyn, wie in England; auf diese Weise könnte sie nicht an Werth verlieren, und der Ausfuhr wäre so der Weg abgeschnitten. Was das allgemeine Uebel betrifft, so rührt dieses von dem verhältnißmäßig geringen Vorrath an Geld im Vergleich mit der gewaltigen Ausdehnung der Geschäfte her; da kann nur die Zeit heilen, welche allmählig das richtige Verhältniß zwischen beiden wieder herstellen wird."

Bordeaux, 13. Oktober. Die Spuren der fürchterlichen Ueberschwemmung, welche Frankreich im vorigen Sommer heimsuchte, sind kaum einigermaßen verschwunden, und schon brechen die Wasser von neuem herein und überschwemmen das in der Nähe der Garonne und ihrer Nebenflüsse gelegene niedere Land. In Folge des gestrigen furchtbaren Regens stieg die Garonne so plötzlich, daß sie austrat und alle Gärten, sowie die Erdgeschosse der Häuser im Viertel Saint-Seurin, durch das der Durand fließt, unter Wasser setzte.

Nachrichten aus Algier zufolge hat sich der Stamm der Guechtulas völlig unterworfen. Der General-Gouverneur Marschall Randon wird am 14. Oktober wieder in Algier eintreffen.

Spanien.

† Madrid, 10. Okt. Dem Redakteur der „Gaceta" ist eine amtliche Mittheilung zugegangen, wornach die vom „Journ. des Debats" gebrachte Nachricht, als habe der englische Geschäftsträger beim Minister der auswärtigen Angelegenheiten um Aufklärungen über die Sequesterbefreiung der Güter der Königin-Mutter gebeten, und vom Minister H. Pastor Diaz eine lebhafte Antwort erhalten, — als völlig grundlos erklärt wird. —

Madrid, 13. Okt. Der neue Finanzminister heißt nicht, wie anfänglich irrthümlich angegeben wurde, Seijas, sondern Sevas. (Fr. J.)

Italien.

Die „Nat.-Ztg." bringt über das Verhalten Frankreichs in der neapolitanischen Angelegenheit einen Artikel, der manche beachtenswerthe Notiz enthält, wenn wir auch nicht durchweg allen seinen Behauptungen beizupflichten vermögen. Wir lassen hier die hauptsächlichsten Stellen desselben folgen: „Die allgemeinen Motive, heißt es darin, welche England und Frankreich stimulirten, sind bekannt. Daß die liberale Propaganda im Auslande, sowie das Protektorat über Spanien und Italien zum bonapartistischen Systeme gehören, bedarf kaum der Erwähnung; eben so wenig, daß man in Neapel einen Bourbon zu demüthigen, einen eigensinnigen Alliirten Rußlands — ungefähr wie in Griechenland — zu züchtigen, die österreichische Suprematie in Italien zu brechen vor hat. Weniger bekannt ist die Stellung des Muratismus zu dieser Frage. Es mag überraschen, aber es ist unzweifelhaft bestätigt, daß das sardinische Kabinet sich den Hoffnungen dieser prätendirenden Dynastie mit voller Sympathie und mit so viel Energie, als die politische Vorsicht erlaubt, anschließt. Die Motive, welche Cavours Berechnung hierbei leiten, liegen zweifelsohne in der Ueberzeugung, welche Karl Albert's weit aussehende Pläne mit Resignation einem nähern und sichern Ziele opfert. Sardinien ist heut zu Tage Frankreichs aufrichtigster Bundesgenosse, weil die piemontesischen Staatsmänner die Unabhängigkeit ihres Landes nur unter französischer Aegide sicher stellen zu können glauben. — Die Bedeutung der Murats in dem napoleonischen System tritt um so deutlicher hervor, wenn man ihre gegenwärtige politische Stellung an den talentlosen Persönlichkeiten dieser Familie mißt; der Chef der Familie arbeitet eingestandnermaßen für seinen Sohn, einen jungen französischen Offizier, der mit einer Mdlle. Cambacérès verheirathet ist. Ohne großes Vermögen, ohne tiefern Einfluß an dem französischen Hofe, ohne große Fähigkeit und wenig geachtet, ziehen sie eine gewisse Kraft aus den verworrenen und hoffnungslosen Zuständen Italiens. Die Freimaurerlogen, deren Großmeister der ältere Murat ist, wurden mit glücklichem Erfolge in Bewegung gesetzt, Verhandlungen mit einflußreichen Mitgliedern der italienischen Emigration wurden gepflogen, und viele derselben, tüchtige, redliche und angesehene Männer, haben sich, etwa mit denselben Vorbehalten, welche Manin bei einer andern Gelegenheit der Cavour-Villamarina-schen Politik gegenüber eingelegt hat, dieser Bewegung angeschlossen und ihren eventuellen Beistand zugesagt. Daß eine neue usurpatorische Dynastie mit all den revolutionären Traditionen der Murats für die Einheit und Freiheit Italiens mehr verspricht, als das alte legitime Haus Carignan, liegt auf der Hand, noch dazu steht die französische Allianz, den Erfolg garantirend, im Hintergrunde. Aber ein offiziell anerkennender Akt ist von Napoleon III. nie ausgegangen. Als nun der scheinbare Trotz des Königs von Neapel die neuesten Verwicklungen hervorrief, ergab sich die Veranlassung, daß zwischen Lord Palmerston und dem französischen Kabinette die Form und der Charakter der Interzession näher definirt werden mußte. England verlangte mit Bestimmtheit, daß jede Erhebung irgend welcher Art von den alliirten Mächten unterdrückt und also nur zu Gunsten der konstitutionellen Monarchie intervenirt werden sollte. Napoleons Kabinet antwortete hierauf, auch es sey bereit, jeden republikanischen Aufstand in Neapel unterdrücken zu helfen; sollte aber eine muratistische Schilderhebung stattfinden, so verbiete es die „Ehre" und das Interesse Frankreichs, die Unterdrückung desselben zu gestatten. An dieser Differenz werden wohl alle energischen Maßregeln scheitern." Sie sind in der That gescheitert, wenn man den neuesten Berichten aus Paris glauben darf; denn diese versichern ausdrücklich, daß die Flotten der Westmächte, wenn sie auslaufen, sich auf eine friedliche Demonstration beschränken sollen. Erwähnen wollen wir hierbei noch, daß die österreichischen Blätter noch etwas weiter gehen und behaupten, es habe sich ein gemeinsamer Kern der Gesinnung zwischen Oesterreich und Frankreich gefunden. „Beide Staaten, sagen sie, halten den übereinstimmenden Gesichtspunkt fest: Die Zänkerei mit Neapel soll unter keiner Bedingung zu einer Ruhestörung Italiens Veranlassung bieten."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 6. Okt. In mehreren Distrikten Albaniens herrscht Aufregung; es sind Truppen dorthin beordert. — Die Pforte will 6pZt für die Euphrateisenbahn garantiren. Ein Theil der Aktien ist Indien und der Türkei vorbehalten. Die Gesellschaft der Eisenbahn wird ein ausschließliches Privileg erhalten; sie wird eine Telegraphenlinie errichten und Dampfschiffe stellen, die England und Indien in Verbindung erhalten sollen. — In Kurdistan sind die Rebellen zum Theil zersprengt worden.

Amerika.

Aus Panama wird gemeldet, daß dort das Gerücht über einen Friedensvertrag zwischen Walker und dem Präsidenten von Costa Rica im Umlauf war.

Asien.

Die persische Gesandtschaft, die sich nach Frankreich begibt, ist in Travezunt angekommen, sie führt ein außerordentliches Gefolge und sehr kostbare Geschenke mit sich.

Handels- und Börsen-Berichte.

Leipzig, 13. Oktbr. Der Großhandel der Messe ist nun vorüber, und wie derselbe in fast allen Waarengattungen sehr gut angefangen hat, so hat derselbe auch sehr gut geendigt, und man kann die Messe im Großen und Ganzen als eine vorzügliche bezeichnen. Es wäre aber doch noch mehr gekauft worden, wenn die Messe nicht gerade in die große Geldkrisis gefallen wäre, in Folge deren die Banken Wechsel entweder gar nicht oder doch nur zu sehr hohen Zinsen diskontirten. Was den Kleinhandel anlangt, so war derselbe fortgesetzt von der schönsten Witterung begünstigt, und dies ist offenbar von günstigem Einflusse auf denselben gewesen. Landleute waren in Masse da und haben auch viel gekauft. Sie können dieses auch am besten, indem ihre Einnahmen bei den hohen Produktenpreisen seit mehreren Jahren sehr ansehnlich waren. Die Bankiers wissen davon zu erzählen, wie viel die Bauern sächsische und preußische Staatspapiere gekauft haben. Die Stadtleute dagegen haben auch diesmal nur das Nothdürftigste gekauft, denn bei dem allergrößten Theil derselben sind die Einnahmen nicht gestiegen, während die Ausgaben in Folge der hohen Preise aller Lebensbedürfnisse und der gesteigerten Miethe sich erhöht haben. (Schw. M.)

Frankfurt, 16. Oktbr. Der Hauptumsatz bestand heute wiederum in österr. Kreditaktien, die zu bedeutend höheren Kursen eröffneten und ihren günstigen Standpunkt bis zum Schlusse behaupteten, auch für die übrigen Effekten, wie Darmstädter Bankaktien beider Serien, National, Meininger und Luxemburger Kreditaktien zeigte sich bei starkem Umsatz sehr rege Kauflust.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78⅝ P. 78¾ G. 5pCt. Lombard-Ven. 88 P. — G. Metall. alte à 5pCt. 77 P. 76½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86½ P. 86 G.; à 4½pCt. 66½ P. 66 G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 P. 55½ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 85½ P. 85 G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94½ P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94¼ G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅛ P. 89⅞ G.; 4½pCt. 102 P. —— G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 98¾ P. 98¼ G.; 4½pC. 102 P. —— G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¼ P. 88¾ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82½ P. — G.; à 3½pCt. 90½ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37½ P. 37¼ G.; 1¼pCt. neue 23 9/16 P. 23 7/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1194 P. 1189 G. Neue Bankaktien 309 P. 304 G. Credit-Actien à 5pCt 179 P 177 G. Darmstädter Bankaktien alte 367 P. 365 G.; junge 329 P. 327 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 505 P. 501 G. Mitteldeutsche Creditbank 102¾ P. 102¼ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 108½ P. — G. Frankf. Bankaktien 111 P. 110½ G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 525 P. 520 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 607 P. 602 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 239 P. 237 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 136¼ P. 135¾ G. Neustadt-Weissenb. 103 P. 102½ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101½ P. 101¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 82 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79¼ P. 78¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95 P. 91½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 114 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 — P. 100½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. 116½ G. à fl. 25 34¼ P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39¼ P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. — G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 106 P. — G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117½ P. 117¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G.	Mail. u. V. Lr. 250 k. S. 93½ P. — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. — G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¼ P. 93 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S 97¼ P. — G.	Wien fl. 100 P. k. S. 112⅝ P. 112⅜ G.
Hamb. MB. 100 k. S 88¾ P. — G.	Wien 3 M. mit 4% 112⅜ P. 112⅛ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. —— G.	Disconto P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 15. Oktbr. Die „Pr. C." ist in den Stand gesetzt, zu berichten, daß die kirchliche Konferenz, welche über Einberufung einer allgemeinen evangelischen Landessynode berathen soll, am 2. Novbr., einem Sonntage, mit einer gottesdienstlichen Feier eröffnet werden wird, und daß die Berathungen derselben schon an dem folgenden Dinstag im Schlosse Monbijou ihren Anfang nehmen werden. Den Vorsitz wird der Präsident des evangelischen Oberkirchenraths führen, während der Minister der geistlichen Angelegenheiten, insofern die Berathungen Gegenstände seines Ressorts oder das Staatsgebiet überhaupt berühren, den Sitzungen als Kommissär des Königs beiwohnen wird.

Die Einladungen sind in Mittheilungen der früher erwähnten Gutachten am Ende der vorigen Woche, und zwar 1. an die sämmtlichen General-Superintendenten, beziehentlich an dasjenige geistliche Mitglied des Konsistorium zu Münster, welches mit der interimistischen Wahrnehmung der Geschäfte des General-Superintendenten beauftragt ist, 2. an die Präsides der beiden westlichen Provinzialsynoden, 3. an die Präsidenten und weltlichen Direktoren der Konsistorien, 4. an die der evangelischen Konfession angehörenden Oberpräsidenten, beziehentlich den Regierungs-Vizepräsidenten Naumann zu Münster, und demnächst 5. an den Konsistorialrath und Professor der Theologie Dr. Lehnerdt zu Berlin, den Superintendenten Schultz daselbst, den Hofprediger Dr. Krummacher zu Potsdam, den Geheimen Obertribunalsrath und Professor der Rechte Dr. Heffter zu Berlin, den Konsistoralrath und Professor der Theologie Dr. Vogt zu Greifswalde, den Superintendenten Hasper zu Stettin, den Appellationsgerichtspräsidenten Korb daselbst, den Superintendenten Stumpff zu Prittisch (Pr. Posen), den Konsistorialrath und Professor der Theologie Dr. Tholuck zu Halle, den Superintendenten Dr. Sander zu Wittenberg, den Grafen von Zech-Burkersrode zu Guseck, den Superintendenten Eberts zu Rexheim (Rhein-Provinz), den Hof-Prediger und Konsistorialrath Thielen zu Koblenz, den Geh. Ober-Regierungsrath Dr. von Bethmann-Hollweg zu Rheineck, den Superintendenten König zu Witten, den Ober-Regierungsrath v Holzbrinck zu Arnsberg, den Superintendenten Stiller zu Koischwitz (Pr. Schlesien), den geh. Justizrath u. Professor der Rechte Dr. Abegg zu Breslau, den Konsistorialrath Liedke zu Marienwerder und den Regierungsrath und Schulrath zu Gumbinnen ergangen. Außerdem sind die Verfasser der zur Vorlage an die Konferenz bestimmten Gutachten je zu den Verhandlungen, welche sich an die letzteren anknüpfen werden, eingeladen worden. Die Mitglieder des Ober-Kirchenraths werden zwar den Sitzungen beiwohnen, an der Debatte jedoch nicht Antheil nehmen, damit ihnen für die spätere Begutachtung der Konferenzanträge die nöthige Freiheit des Urtheils gesichert bleibe.

Wien, 13. Okt. Der kais. Krönungsbotschafter, Fürst Paul Esterhazy, ist heute Nachmittag aus Moskau über Warschau hierher zurückgekehrt. (A. Z.)

London, 14. Okt. Das Dampfboot „Asia" ist von New-York vom 1. Okt. zu Liverpool eingetroffen. Unter den Passagieren befand sich der Polizeibeamte Goddard, welcher Louis Grellet, Eugen Parod und Carpentier, die Urheber des zum Nachtheile der Nordbahn stattgehabten Diebstahles, nach Frankreich zurückbringt. Es war bei denselben eine bedeutende Summe an Geld und Coupons vorgefunden worden. (Fr. J.)

Paris, 14. Okt. Gestern wurde in der Tuilerien-Kapelle die Heirath der jungen Prinzessin Bathilde, jüngsten Tochter des Prinzen Karl Bonaparte, mit dem Grafen Ludwig v. Cambacérès, Neffen des Erzkanzlers des Kaiserreichs und Enkel des Prinzen von Eckmühl, gefeiert. (K. Z.)

In **Gibraltar** ist die Meldung eingetroffen, daß der **Kaiser von Marocco** sich bereit erklärt hat, für die im Monat Mai von den Riffpiraten geplünderte englische Barke „Hymen" 16,000 Pfd. St. und für eine unter ähnlichen Umständen zu Schaden gekommene französische Barke 7000 Pfd. zu vergüten. Die maroccanische Regierung trifft übrigens energische Vorbereitungen, um dem Unwesen dieser Strandräuber ein Ende zu machen. (Fr. Pfz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 290.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 18. Oktober 1856.

* Neapel und die Westmächte.

Die Verhandlungen zwischen den Höfen von Wien, Paris und London über die neapolitanische Frage sind noch immer in geheimnißvolles Dunkel gehüllt. Nur so viel ist klar, daß die widersprechenden Nachrichten, welche zu verschiedenen Zeiten nach einander über die Entschlüsse der Westmächte umliefen, nicht bloß der Ungenauigkeit oder dem mangelhaften Wissen der Berichterstatter zuzuschreiben sind, sondern großentheils auch dem Widerstreit der verschiedensten Einflüsse und Rücksichten, die in London, namentlich aber in Paris sich bekämpfen, und abwechselnd zu überwiegen scheinen. Es mag daher etwas Wahres daran seyn, wenn ein Brüsseler Korresp. der „K. Z.“ schreibt: „Es ist allerdings vollkommen wahr, daß in einem Augenblick des Mißbehagens zwischen den Westmächten die von dem König Ferdinand zugesagten Konzessionen der Beachtung werth gehalten wurden. So lag die Frage, als England plötzlich die nähere Angabe der vom Könige zu machenden Konzessionen, deren Versicherung in sehr allgemeinen Ausdrücken, wie ich Ihnen das geschrieben, geschehen war, verlangte, und — König Ferdinand kehrte zu seinem alten Eigensinne zurück und verweigerte genauere Auskunft über die beabsichtigten und zugestandenen Reformen. Es wird ihm, diesmal mit voller Zustimmung Frankreichs, ein letzter Aufschub gestattet.“

Oesterreich befindet sich dabei in der unbehaglichsten Lage. Seine Freundschaft für den König von Neapel ist bekannt, nicht minder sein eifriges Streben, mit Frankreich die besten Beziehungen zu unterhalten. So muß es, wenn es zu einem ernsten Streit zwischen Neapel und Frankreich kommt, in ein höchst mißliches Dilemma gerathen. Obendrein wäre sein Einfluß in Italien stark gefährdet, wenn etwa die Franzosen sich in Neapel festsetzen würden. Um dies zu vermeiden, hat Oesterreich wieder zu der Vermittlungspolitik gegriffen, die ihm schon einmal im orientalischen Krieg aus einer ähnlichen Verlegenheit glücklich herausgeholfen hat.

König Ferdinand aber erkennt den Vortheil, welchen ihm diese Lage der Dinge in die Hand gibt, recht wohl, und scheint entschlossen, dem Drängen der Westmächte nicht nachzugeben. Daß vielleicht die Westmächte ihre Gesandten von Neapel abberufen, das kümmert ihn wenig, wenn nur ihre Flotten keine Feindseligkeiten eröffnen; und daß dies nicht geschieht, dessen glaubt er sicher zu seyn.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 15. Oktbr. Es ist von der Gründung eines katholischen Gymnasium in der Mark die Rede. Bei der regen Thätigkeit, welche die Katholiken seit einiger Zeit hauptsächlich in überwiegend evangelischen Gegenden entwickeln, ist ein Zustandekommen der projektirten Anstalt wohl in Kürze zu erwarten. (B. B. Z.)

Berlin, 15. Okt. In der vorigen Woche hieß es, daß auf eine Zurücknahme des Verbots der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ alle Aussicht noch nicht geschwunden sey. Die Sache hören wir indessen jetzt von unterrichteter Seite ganz anders darstellen. Von dem Eigenthümer der „Allgem. Ztg.“, Hrn. v. Cotta, sind zwar alle nur möglichen Schritte geschehen, um eine Zurücknahme des gegen die Zeitung erlassenen Verbots zu bewirken; indessen sind alle die betreffenden Bemühungen fruchtlos gewesen, und es ist darum an eine Zurücknahme des Verbots wenigstens für jetzt nicht zu denken. — Der Mangel an kleinen Wohnungen für die Arbeiter macht sich, wie in Paris, so auch in Berlin sehr bemerklich. Hätte sich die Behörde nicht vorsorgend dareingemischt, so wäre nach dem letzten Ausziehtage, am 1. Okt., eine große Anzahl von Arbeiterfamilien obdachlos gewesen. Eine Anzahl von 50—60 Familien ist in Einem Hause der Königsstraße untergebracht worden. Das reicht indessen nicht aus, und soll die Behörde, wie man hört, jetzt mit dem Militärfiskus wegen Ueberlassung einer leerstehenden Kaserne in Unterhandlung stehen. Diese Auskunftsmittel sind indessen nur Palliative, die eben nur für den Moment helfen, und es tritt darum die Aufgabe um so gebieterischer heran, für ausreichende Arbeiterwohnungen Sorge zu treffen, als die Zahl der Arbeiter mit jedem Jahre zunimmt und darum die Wiederkehr des gegenwärtigen Uebelstandes in immer größerm Maßstabe zu besorgen ist. (D. A. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 14. Oktbr. (Privat-Korresp.) Vor einiger Zeit habe ich Ihnen bereits geschrieben, daß sich der Feldzeugmeister, Graf Gyulai, in der französischen Hauptstadt befindet, ohne jedoch mit einer politischen Mission betraut zu seyn. Ein Pariser Korrespondent der „Augsb. Allg. Ztg.“ behauptet nun, daß der Graf im Namen des österr. Kabinets neue Vorstellungen rücksichtlich der neapolitanischen Frage gemacht und sogar ein auf diese Angelegenheit Bezug habendes Handschreiben des Kaisers Franz Joseph dem Kaiser Napoleon übergeben habe. An allem dem ist aber auch nicht ein wahres Wort. Graf Gyulai hatte seit dem 1. August, als dem Tage, an welchem er einen dreimonatlichen Urlaub angetreten, keine Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser und stand auch mit dem Ministerium in keinem Verkehr, da er von Mailand über Wien nach Carlsbad gereist war, um dort die Kur zu gebrauchen, und sich von diesem Badeorte direkt nach Paris begeben hat, welche Reise er übrigens schon vor Monaten beschlossen hatte. Von einer politischen Sendung ist durchaus keine Rede, und ich erwähne dies noch einmal, da voraussichtlich die Anwesenheit des Grafen in der französischen Hauptstadt noch zu manchen Konjunkturen den Stoff liefern dürfte. — Die Existenz einer neuen an Frankreich und England gerichteten Note wird überhaupt in Abrede gestellt. Eine solche hätte vor dem Eintreffen des Berichtes des Baron Martini aus Neapel kaum irgend einen bestimmenden Einfluß auf die weiteren Entschlüsse der Westmächte, da begreiflicherweise neue Vorschläge nur auf Grundlage der durch unseren Gesandten erlangten Zugeständnisse gemacht werden können.

Mahmud Said, der Vizekönig von Aegypten, hat auf die Nachricht von der Grundsteinlegung der Votivkirche, welche in der österreichischen Hauptstadt zur Erinnerung an die glückliche Rettung des Kaisers Franz Joseph am 18. Februar 1854 gebaut werden soll, dem Erzherzoge Ferdinand Maximilian die für die Errichtung der Altäre der Kirche nothwendigen orientalischen Alabasterblöcke zur Verfügung gestellt. Man wird sich erinnern, daß sein Vater Mehemed Ali seiner Zeit dem Papste Gregor XVI. die in der Basilica des h. Paulus zu Rom so sehr bewunderten Säulen aus dem nämlichen Alabaster zum Geschenke gemacht hat. (K. Z.)

Dänemark.

Welche große Scheu die jungen Leute in den deutschen Herzogthümern gegen den dänischen Waffenrock haben, beweisen die spaltenlangen amtlichen Verzeichnisse entwichener Konskriptionspflichtiger. Die Stadt Rendsburg allein zählt 104 solcher Flüchtiger.

Großbritannien.

London, 14. Oktbr. Die Direktoren der Bank von England haben beschlossen, auf Aktien Vorschüsse nur für sieben Tage zu leisten. Aus der Bank wurden gestern für 40,000 L. Gold genommen, und man macht sich heute auf einen noch größeren Abfluß gefaßt. Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß man eine weitere Diskontoerhöhung erwartet, obwohl man fest überzeugt ist, daß sich die französische Regierung durch keinen noch so nachtheiligen Wechselkurs abhalten lassen wird, Gold für ihre Bank anzukaufen. (Fr. J.)

Sechshundert Mann von der deutschen Legion mit 10 Offizieren sind nach Browndown abmarschirt, um sich später nach

dem Kap einzuschiffen. — Sodann erfahren wir aus Liverpool, daß die Regierung dort Schiffe miethet, um 2000 Mann von der Legion mit 500 Frauen und eben so vielen Kindern von Portsmouth nach Algia-Bai zu führen. Es muß sich somit in den letzten Tagen doch ein nicht unbeträchtlicher Theil der Legion zur Annahme der Regierungsbedingungen entschlossen haben.

London, 14. Oktbr. Die „Times" macht sich heute in einem sarkastischen Artikel über die um Herats willen unternommene britische Expedition nach dem persischen Meerbusen lustig. Kein Mensch in England, meint sie, kümmere sich um Herat, oder wisse, wo dieser fabelhafte Ort liege. Man sey im Unklaren darüber, ob Herat zu Persien oder Kabul gehöre; auf einigen Karten sey es als persisches, auf anderen als kabulistanisches Gebiet verzeichnet. Es gehe das Gerücht, Persien habe es seinem rechtmäßigen Gebieter Dost Mahomed, den England im Besitze zu schützen versprochen, entrissen. Allein auch das sey eine bloße Sage. Zudem sey es schwer, einzusehen, was für einen Beruf England habe, für Dost Mahomed eine Lanze zu brechen. „Wir möchten wohl wissen", bemerkt sie, „was dieser Häuptling von der britischen Nation halten und wie hoch er unsern so viel gepriesenen praktischen gesunden Menschenverstand anschlagen mag. Unsere etwas eigenthümlichen Beziehungen zu ihm sind, kurz gesagt, etwa folgende: Zuerst führten wir Krieg mit ihm, nahmen ihn gefangen und sperrten ihn eine Zeit lang hinter steinernen Mauern ein. Mittlerweile wurden wir und sein Sohn die besten Freunde von der Welt. Zur Vergeltung für unsere Freundschaft vernichtete dieser liebenswürdige Sohn unser Heer in Kabul, so daß wir ein zweites dorthin senden mußten, welches, nachdem es einige geraubte Damen befreit, einige Handlungen der Rache begangen und die Thore eines Tempels fortgeschleppt hatte, sich aus Kabul zurückzog und den Dost im Besitze ließ. Man hätte denken sollen, daß es bei so bewandten Umständen rathsam gewesen wäre, sich um eine uns so lästige Familie nicht weiter zu bekümmern, namentlich, da sie uns den Besitz von Kabul gar nicht dankt. Trotzdem machten wir uns verbindlich, Dost Mahomed zu unterstützen, zwar nicht in Kabul, wo er ohne uns fertig werden konnte, wohl aber in Herat, einer zwischen ihm und Persien gelegenen, von Wüsten umgebenen, beinahe fabelhaften Stadt. Herat geht uns Engländer so gut wie gar nichts an, und wir würden deßhalb wohl daran thun, uns nicht darum zu kümmern. Aber, wendet man uns ein, ihr laßt eine furchtbar drohende Gefahr, den Schweif des Kometen, welcher England eines Tages vom Erdboden wegfegen wird, außer Acht. Wenngleich Herat auf allen Seiten von Wüsten umgeben ist und wir es zu Lande durchaus nicht erreichen können, so ist es doch nur 500 englische Meilen vom kaspischen Meere entfernt. Sind die Russen über dieses Meer gesetzt, so haben sie nur zwei Monate bis nach Herat zu marschiren, und sind sie einmal in Herat, so brauchen sie sich nur durch Kabul durchzuschlagen, um bei uns in Indien anzulangen. Schon vor drei Jahren trug man sich mit diesen Befürchtungen, obgleich es möglich ist, daß sie jetzt einigermaßen geschwunden sind. Der geschlossene Vertrag jedoch soll ausgeführt werden. Ein Vertrag aber erheischt nicht stets nothwendig große Rüstungen und die Verausgabung von Millionen. Der Schah von Persien ist, wie die meisten orientalischen Potentaten, nicht unempfindlich gegen den Klang des Goldes, und zwar ist dies bei ihm in dem Grade der Fall, daß man ihm hinsichtlich der Beobachtung eines Vertrages nicht auf länger als auf zwölf Monate trauen kann. In dieser Hinsicht bleibt es sich ziemlich gleich, ob wir ihn bestechen oder Krieg mit ihm führen, und mit Sr. Hoheit von Kabul, unserem ehemaligen Feinde und jetzigen Verbündeten, wird es ungefähr eben so stehen. Läßt sich denn die Sache zwischen zwei so eindrucksfähigen und schlüpfrigen Personen nicht auf einem anderen Wege ins Reine bringen, als durch Heere und Flotten? Wenn es uns darum zu thun ist, am persischen Meerbusen festen Fuß zu fassen, oder Eisenbahnstationen und Tarrain für den elektrischen Telegraphen zu gewinnen, so möge man das offen aussprechen. Allein wir können uns der Ansicht nicht verschließen — wenigstens scheinen uns alle bisher gemachten Erfahrungen dazu zu berechtigen — daß es besser wäre, solche Handels- und Verkehrsstraßen mit der freundlichen Zustimmung der Länder, in welchen sie liegen, zu erlangen, als durch Gewalt. Es stellt sich am Ende heraus, daß die Freundschaft viel wohlfeiler ist und zur Zivilisirung des Landes weit mehr beiträgt, als die Waffen. Wäre es nicht gut, wenn wir es erst mit dem friedlichen Wege versuchten? Kommen wir damit nicht zum Ziele, so steht es uns ja noch immer frei, zur Gewalt unsere Zuflucht zu nehmen." (E. C.)

Frankreich.

Paris, 14. Okt. Zwischen dem Kaiser und dem Prinzen Jerome haben sich Streitigkeiten wegen der sterblichen Ueberreste Napoleons I. erhoben. Dieselben befinden sich noch immer in der Todtenkapelle der Invaliden-Kirche, wo sie bei ihrer Ankunft aus St. Helena beigesetzt wurden. Der Prinz Jerome, Gouverneur der Invaliden und Wächter der sterblichen Ueberreste seines Bruders, verlangt nun, daß dieselben in dem für sie bereiteten Grabe der Invaliden beigesetzt werden. Der Kaiser aber, der St. Denis, die Grabstätte der alten Könige von Frankreich, zu seinem Familiengrabe ausersehen hat, will seine Zustimmung zu dem Verlangen seines Oheims nicht geben. (Köln. Ztg.)

Paris, 14. Oktober. Die Nachricht von der Ernennung des Marschalls Narvaez zum spanischen Ministerpräsidenten hat hier gewiß weniger überrascht als in Madrid. O'Donnell's Todesurtel war hier längst gesprochen. Dieser Mann, der wie ein Kind in das Rad der Ereignisse greifen wollte, hat sich zum Werkzeug seines eigenen Sturzes hergegeben. Dieser war unvermeidlich. Hier wußte man, daß der Marschall die Parole von Bordeaux aus mit sich brachte, und der Brief, den Napoleon III. an die Königin Isabella schrieb, um sie daran zu erinnern, daß auch er nur mit Hülfe der Grundsätze von 1789 zu regieren im Stande ist, war eine Formsache und eine Demonstration, England zu Gefallen. Dieser Brief hat auch den spanischen Hof nicht irregeführt, und Narvaez brauchte bloß zu erscheinen, um O'Donnell zu Staub zu zermalmen wie eine Mumie, die man an die Luft setzt. Narvaez' Kollegen gehören alle seinem System an. Man wird zugeben müssen, daß ein Ministerium Narvaez der Situation in Spanien, der kaiserlichen Nachbarschaft und überhaupt dem in Europa herrschenden System mehr zusagt als das mixtum compositum der O'Donnell'schen Regierung. Soll damit auch gesagt seyn, daß Narvaez' Regierung eine lange Dauer zu versprechen ist? Das fällt Niemanden ein, der Spanien kennt und an die allgemeinen Verhältnisse überhaupt denkt. England wird sich verletzt fühlen durch diese Negation seines Einflusses in Spanien, und es wird viele Politiker geben, die in dem Ministerium Narvaez den ersten Stoß zur Auflösung der Allianz zwischen England und Frankreich erblicken werden. Wir glauben das nicht, obgleich wir die Empfindlichkeit Englands keineswegs unterschätzen. Wir gehen noch weiter und behaupten, daß nun die neapolitanische Angelegenheit geradezu den Weg geben werde, der in den Wünschen Englands liegt. Die Expedition wird stattfinden, wenn die neapolitanische Regierung nicht den Westmächten volle Genugthuung gibt. Das Ultimatum an die neapolitanische Regierung ist bereits abgegangen und das weitere wird sich finden. Für heute spricht man allerdings bloß von Spanien, und Neapel tritt in den Hintergrund, ebenso wie die inneren Zustände, die sonst genug Aufmerksamkeit verdienten. Folgende Thatsache mag einen Beitrag zu denselben geben. In St.-Etienne begegnen zwei Arbeiter einander in der Straße. Es entspinnt sich ein Streit zwischen den Beiden, und noch ehe man wußte, um was es sich handelt, wird der Eine niedergestochen. Der Mörder stirbt während der Untersuchung, die in Lyon stattgefunden hat. Auf Verlangen der Eltern wird der Leichnam ausgeliefert, um in St.-Etienne beerdigt zu werden. Am Tage des Leichenzuges erscheinen 10,000 Arbeiter, um dem Mörder das Geleit zu geben. Die Polizei wußte gar nicht, was sie thun sollte; sie zieht Erkundigungen ein und erfährt, daß der Mörder das Werkzeug einer geheimen Gesellschaft gewesen, und daß sein der Rache bezeichneter Kamerad im Verdacht der Angeberei gestanden hat. Die Geschichte erregt großes Aufsehen. (D. A. Z.)

* Paris, 15. Oktbr. Ueber die Nordbahndiebe, deren Verhaftung wir gestern gemeldet haben, sind jetzt weitere Nachrichten eingegangen. Der Unterkassier, sein Bruder und der Pferdehändler Parod waren am 5. Septbr. mit dem „Atlantic" in New-York angekommen, der Hauptkassier Carpentier am 11. mit dem „Fulton"; der Letztere hat sich einige Tage in New-York aufgehalten, allein es ist noch nicht gelungen, ihn zu verhaften. Die Umstände der Verhaftung der beiden Grellet und des Parod wurden in der Weise bestätigt, wie wir gestern berichteten. Außer den 30,000 Fr., auf welche bei dem Bankier Beschlag gelegt wurde, hat man in Parod's Wohnung 15,000 Franken in Billets und eine unbedeutende Summe in amerikanischem Golde gefunden. Er sagt, diese Summen rührten vom Verkauf seines Etablissements in Paris her. Grellet besaß nur 21,000 Fr. in Billets und 1700 Fr. in englischen Banknoten; dies Geld ist ihm nach seiner Aussage von einem Freunde vor seiner Abreise geliehen worden; der Bruder des Grellet hatte nur eine Guinee in Besitz. Der „New-York-Herald" fügt hinzu, die Verhaftung sey ungesetzmäßig und willkürlich vorgenommen worden; denn man habe erst hinterher von einem Richter den Verhaftungsbefehl erhalten. Uebrigens glaube man allgemein nicht, daß die französische Regierung die Auslieferung der Verbrecher erlangen werde, weil keine Staatsbeamten sind und folg-

lich wegen Unterschleif und Entwendung nicht ausgeliefert werden können.

Spanien.

Madrid, 10. Oktober. Die Kommission der Bäcker, welche heute mit dem Brodpreise aufschlagen wollten und mit dieser Ankündigung eine Deputation an den Civilgouverneur absandten, weigert sich entschieden, sich von ihrem Vorhaben abbringen zu lassen. Allein Herr Alonso Martinez fand zum Glück ein spanisches Mittel, um die Absicht der Bäcker zu vereiteln. Diese begingen nämlich die Unvorsichtigkeit, eine Kommission aus mehr denn fünfzig Mitgliedern an den Civilgouverneur zu senden, und dieser Umstand hilft aus der Verlegenheit. Die zahlreiche Versammlung verstieß gegen die Vorschrift des herrschenden Martialgesetzes; das wurde denn in Anwendung gebracht. Sieben der hervorragendsten Glieder der Deputation wurden verhaftet und alle anderen mit einem Prozesse bedroht, der sie gefügig machte.

† Die neuesten Berichte aus Madrid, 11. Oktbr., berichten daraus, daß O'Donnell sich unerschütterlich fest in der Gnade der Königin glaubte, während die Gegner des mittlerweile gestürzten Ministerium behaupteten, der Graf von Lucena werde nicht bis Montag Minister bleiben. Die Folge hat bewiesen, daß diese Prophezeiung auf den Tag eingetroffen ist. — Ueber die neuen Minister entnehmen wir dem Blatte „La Verité" folgende Mittheilung, für deren Genauigkeit wir die Verantwortlichkeit demselben überlassen müssen: Narvaez' Leben ist bekannt. Der Kriegsminister General Urbistondo befindet sich in einer besonderen politischen Stellung. Narvaez kann auf seine Unterstützung zählen, auch wenn die Politik des neuen Ministerium nicht der Meinung des Kriegsministers entspräche. In Vergara ist er es gewesen noch mehr als Maroto, der dem Bürgerkrieg ein Ende gemacht hat, indem er der erste gewesen ist, welcher seine Division in's Lager von Espartero hinüber gezogen hat. Gehaßt von der absolutistischen Partei, die ihn als das hauptsächlichste Werkzeug ihres Untergangs betrachtet, wird er in demselben Maße von der revolutionären Partei gehaßt, welcher er eine scharfe Opposition gemacht hat, seitdem er sich an der Spitze eines Kommando befindet. Er war in der letzten Zeit Gouverneur in den Philippinen, aber die Regierung von 1854 hatte ihn abgesetzt. Er ist ein Mann in voller Kraft und von unbestreitbarer Fähigkeit. Der Marineminister Lersundi ist ein junger Infanteriegeneral, der während einiger Tage Ministerpräsident gewesen ist, kurz vor der Ernennung des Grafen San Luis, der im Jahre 1854 gestürzt wurde. Er ist aus der politischen und militärischen Schule des Marschalls Narvaez hervorgegangen. Im Jahre 1834 diente er als Freiwilliger im Freikorps von Guipuzcoa und zeichnete sich so sehr aus, daß er zur Zeit des Versuches von Diego Lein gegen den Regenten Espartero Oberstlieutenant des Korps der Prinzessin gewesen ist. Er wurde in Folge dieser verunglückten Revolte zum Tode verurtheilt; aber es gelang ihm nach einer Reihe von Abenteuern nach Bayonne zu flüchten. Zwei Jahre später befehligte er das Regiment von Saragossa und trug dazu bei, daß diese Espartero treu gebliebene Festung kapitulirt hat. General Lersundi wurde seit jener Zeit unter die gemäßigten Constitutionellen gezählt. In den Cortes ist seine Leichtigkeit und Eleganz der Rede bemerkt worden. Pidal, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Schwager des Hrn. Mon, ist zu verschiedenen Malen Minister der Königin Isabella gewesen. Vor 1848 sind diese beiden Männer als für die Geschäfte unentbehrlich betrachtet worden. Mon und Pidal stimmen in allen Fragen vollkommen überein und vertreten in Spanien die Partei der Doktrinäre, an deren Spitze in Frankreich Hr. Guizot steht. Herr Arazola ist schon einmal Justizminister gewesen, auch gehört er zur alten parlamentarischen Partei der Halbinsel. Nocedal, Minister des Innern, ist im Vergleiche mit seinen Kollegen ein homo novus. Er hat seine konservativen Meinungen seit dem Sturze v. San Luis geltend zu machen Gelegenheit gehabt. Er gehörte zu jener kleinen Minorität in den Cortes, die ihre Sympathie für die gemäßigte Partei an den Tag legte. General Sans, Generalkapitän, gilt als intimer Freund von Narvaez. General Pezuela, Direktor der Kavallerie, ist ein Bruder des Marquis v. Viluma, einer der Sommitäten der spanischen Gesellschaft.

Rußland und Polen.

Petersburg, 8. Okt. Außer der Regsamkeit hinsichtlich des sehr wichtigen Zweiges der Kommunikations- und Schienenwege gibt sich ersprießliche Thätigkeit zum Fortschritt auf dem wissenschaftlichen Gebiete kund, wobei Deutschland wiederum aushelfen muß. So ist auf Vorschlag des Unterrichts-Ministers der Professor des pädagogischen Haupt-Instituts, Hofrath Wischnegrodski, nach Deutschland, Belgien und Schweiz beurlaubt, um die dortigen Erziehungs- und Lehr-Institute zu besuchen; der Gehülfe des Prorektors an der Dorpater Universität, Dr. Kupfer, begibt sich auf 1½ Jahr nach Deutschland, um sich in der Anatomie zu vervollkommnen; es sind ihm zu diesem Zwecke 1500 Silberrubel angewiesen. Der Direktor des zoologischen und zootomischen Museum an der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, der Akademiker und Staatsrath Brand, wird nach verschiedenen Städten Europas auf Reisen geschickt, um sich mit den bedeutendsten Vervollkommnungen, welche seither in ausländischen Museen erzielt worden sind, bekannt zu machen. Dieser Kunde kann ich noch eine andere beifügen: es sind die Versuche, Indigo in Rußland zu gewinnen, endlich vollkommen gelungen. Bekanntlich waren es bisher ausschließlich China und England, die Europa damit versorgten; die Ausfuhr aus den ostindischen Besitzungen brachte England ungeheure Vortheile. Die Versuche, Indigo in Europa zu bauen, sind bisher alle mißlungen. In Rußland begünstigte dieselbe besonders Graf Kankrin. Es wurden auch Versuche mit Surrogaten, wie der Poligonium tinctorium, gemacht, bis es endlich Herrn Kasitzki, Mitglied des Landwirthschafts-Vereins am Kaukasus, gelang, im Kreise Lenkoran Indigo anzubauen. Die der kaiserlichen freien ökonomischen Gesellschaft von Kasitzki eingesandten Proben von Samen und Farbe (diese letztere wurde zu 65—85 Silber-Rubel das Pud verkauft) wurden als vollständig befriedigend anerkannt. In den betreffenden Kreisen feiert man jetzt schon den Namen des Kreises Lenkoran, den man bereits als Pflanzschule eines der Hauptzweige des dermaligen englischen Handels betrachtet. (K. Z.)

Warschau, 11. Okt. Der Kaiser hat den Kommissionär des Warschauer Lehrbezirks, Buchhändler Istomin, wegen seiner Verdienste um Verbreitung der russischen Sprache und Literatur im Königreiche Polen zum Ehrenbürger ernannt. (N.Pr.Z.)

Amerika.

Amerikanische Blätter geben Nachricht von einer neuen sonderbaren religiösen Sekte in der Nähe von New-York. Die Anhänger dieser Sekte, äußerst sanfte Leute, haben als obersten Grundsatz ihrer Lehre das „Aussterben des Menschengeschlechts" aufgestellt. Dieses Absterben soll nicht durch gegenseitiges Todtschlagen, sondern durch ein immerwährendes allgemeines Cölibat erzielt werden. Sie gehen von der Ueberzeugung aus, daß der Mensch böse geboren sey und zu keiner sittlichen Vollkommenheit gelangen könne. Das Erdenleben biete überdies zu wenig glückliche Augenblicke, als daß es der Mühe lohnte, die Erde mit Menschen zu bevölkern. Wenn man ihnen vorhält, daß dieses Leben nur eine Prüfungszeit sey, und daß Gott die Bösen bestrafe und die Guten belohne, erwidern sie, daß sie sich nicht für berechtigt halten, dieser Prüfung Menschen auszusetzen, welche möglicher Weise nicht mit den nöthigen Tugendanlagen geboren werden könnten. Die Anhänger dieser Sekte sind sehr gastfreundlich; sie nehmen jeden Fremden auf und verpflegen ihn auf Kosten der Gemeinde. Nur darf man, wenn man in Lebensgefahr ist, nicht darauf rechnen, daß die „Unfruchtbaren", so werden sie genannt, Einem zu Hülfe kommen. Sie thun nichts, um das Leben zu zerstören, sie thun aber auch nichts, um es zu retten. Ihre Kolonie ist prachtvoll gelegen. Männer und Frauen wohnen in abgesonderten Gebäuden und treffen nur im Tempel bei der Betstunde zusammen. Wenn Personen sich eines Bruchs ihres Cölibatsversprechens schuldig machen, so werden sie sofort aus der Gemeinde fortgeschickt. Da die absurde Lehre der „Unfruchtbaren" ihnen zugleich Nachsicht mit den menschlichen Schwächen gebietet, so erleichtern sie den Schuldigen die Rückkehr in die Welt dadurch, daß sie ihnen eine nicht unbeträchtliche Summe Geldes mitgeben. Es soll übrigens unverschämte Leute geben, welche diesen Umstand bereits ausbeuteten. Dieselben ließen sich in die Sekte aufnehmen, um deren Gesetze zu verletzen und dadurch die den Schuldigen bewilligte Summe zu erlangen.

Nichtpolitische Zeitung.

Ueber den Untergang des Dampfers „Niagara", werden aus Chicago (Nordamerika) vom 25. Sept. folgende Einzelheiten mitgetheilt: „Der Dampfer verließ Collingwood am 22. September, 2 Uhr Nachmittags, mit 150–175 Passagieren, 25 stiegen bei Sheboygan, wo der Dampfer am 24. Sept. ankam, aus. Als er etwa 2 Stunden von diesem Ort entfernt war, entdeckten die Passagiere mit Entsetzen, wie aus dem Maschinenraume Feuer hervordrang, und in ein paar Minuten stand die ganze Kajüte in Flammen. Die wildeste Verwirrung trat ein. Die Boote wurden herabgelassen und füllten sich rasch mit Menschen; aber alle schlugen um bis auf eins, welches 20 Passagiere enthielt. Eine große Anzahl sprang über Bord und

ertrank. Der Dampfer „Traveller" war zehn (englische) Meilen entfernt, als das Feuer entdeckt wurde; er kam aber noch früh genug, um 30 Personen zu retten. Der Dampfer „Illinois" rettete gleichfalls etwa dreißig Personen und setzte sie bei Sheboygan ans Land; ein Rettungsboot brachte 20 bei Port Washington in Sicherheit, so daß etwa 50 Menschenleben verloren seyn werden. In der Stadt ist das Gerücht in Umlauf, daß das Feuer das Werk eines Brandstifters war. Gleich nachdem man das Feuer gewahr geworden, explodirte ein Pulverfaß und warf die Flammen nach allen Richtungen hin. Ein Hr. Kennedy hat seine Frau und seine Tochter verloren; in Port Washington liegen drei Leichen, sämmtlich Damen. Der „Niagara" hatte eine starke Fracht an Bord, von der indessen kein Pfund gerettet wurde. Der Kapitän und die Schiffsmannschaft retteten sich."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 17. Oktbr. Die Börse verkehrte heute für die meisten Fonds und Aktien in flauerer Stimmung, wovon österr. Kreditaktien und National am empfindlichsten berührt wurden Bank für Süddeutschland hingegen war zu bedeutend höheren Kursen begehrt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78 P. 78¾G. 5pCt. Lombard-Ven. 88 P. — G. Metall. alte à 5pCt. 76⅝P. 76⅛G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86½P. 86 G.; à 4½pCt. 66¼P. 65¾G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 P. 55½ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 85½ P. 85 G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94½P. 94 G.; 4pCt. Grundrente 94¾P. 94¼G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅛P. 89⅞ G.; 4½pCt. 102 P. —— G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½P. 91 G.; à 4pCt. 98¾P. 98¼ G.; 4½pC. 102 P. —— G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¼P. 88¾G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82½P. — G.; à 3½pCt. 90½ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37½P. 37¼G.; 1¼pCt. neue 23½P. 23⅜G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1190P. 1185G. Neue Bankaktien 308 P. 303 G. Credit-Actien à 5pCt. 176 P 174G. Darmstädter Bankaktien alte 369 P. 367 G.; junge 327 P. 325 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 505 P. 500 G. Mitteldeutsche Credithank 102¾P. 102½G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 107¾ P. — G. Frankf. Bankaktien 110 P. 109½G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 505 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 601 P. 596 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 240½P. 238½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 135¾P. 135¼G. Neustadt-Weissenb. 103¼ P. 102¾G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101½ P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 82 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79¼P. 78¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95¼ P. 94¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 113 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 100¼ P. 99¾ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅝P. 47⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. 116½G. à fl. 25 34¼P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39¼ P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. — G. Sard. Loose bei G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100P. — G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117½P. 117¼G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120P. 119¾G	Mail. i. S Lr. 250 k. S 99½P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞P. — G.	Paris Frs. 200 k. S 93¼P. 93 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S 97¼P. — G.	Wien ö. W. 100 fl. k. S. 112¾P. 112⅛G.
Hamb. M. B. 100 k. S 88¾P. — G.	Wien 3 M. mit 4% 112¼P. 112 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅞P. —— G.	Disconto — P. 6pCt. G

Neueste Nachrichten.

** **München, 16. Oktober.** (Privat-Korrespondenz.) In der Hofkirche zu St. Kajetan hat diesen Nachmittag zum Andenken an den zeitlichen Hintritt des höchstseligen Königs Maximilian Joseph die Vigil stattgefunden und wird morgen das Traueramt abgehalten. Alle hier anwesenden Glieder unseres erlauchten königl. Hauses sind mit zahlreichen Deputationen der k. Hof-, Civil- und Militär-Stellen und Behörden bei diesen Trauerfeierlichkeiten anwesend. — Nach den nun getroffenen Anordnungen werden der Prinz und die Prinzessin Adalbert Paris am 20. d. verlassen. II. kk. HH. werden am 20. in Straßburg und am 21. in Stuttgart übernachten, und am 22. d. Nachmittags ihren feierlichen Einzug hier halten. Nach der Ankunft wird in der k. Residenz großer Empfang und hierauf Galatafel und Abends Festvorstellung im Hoftheater stattfinden. — Se. Maj. der König wird um Mittag hier eintreffen, sich aber am 24. wieder zu den Jagden in's Gebirge begeben. — Der k. Legationsrath Alb. Stobäus ist dem Vernehmen nach zum Generalkonsul in Genua ernannt. — Wie es heißt, würde der bayerische Gesandte in Petersburg, der, von Moskau kommend, vor einigen Tagen in Urlaub auf seinem Gute in Niederbayern eintraf, nach seinem Wunsche eine andere Bestimmung erhalten und dadurch auch noch an einigen andern auswärtigen Gesandtschaften ein Personenwechsel stattfinden.

München, 16. Oktbr. Die „Bayer. Landbötin" brachte die Nachricht, daß in einer unter dem Vorsitz Sr. Maj. des Königs kürzlich stattgehabten Staatsrathssitzung die Frage der Durchführung der Gerichts-Organisation im Wege der vollständigen Trennung der Justiz von der Administration, also nach Maßgabe des Gesetzes von 1850, berathen worden sey. Dem „Fränk. Kur" wird hierüber aus München Folgendes geschrieben: „Die Grundlosigkeit dieser Nachricht ergibt sich, ganz abgesehen davon, daß sich für eine Beseitigung des am letzten Landtage in diesem Betreffe zwischen der Staatsregierung und dem Landtage vereinbarten Gesetzes, noch ehe dasselbe auch nur probeweise ins Leben trat, kein Grund denken läßt, aus der Betrachtung, daß die Erfahrungen des letzten Landtags zur Genüge darlegten, daß die Frage der Trennung der Justiz von der Administration auf dem platten Lande bei den auch dermalen noch von dem Vertrauen des Monarchen beehrten Räthen der Krone einen prinzipiellen Widerstand fand, an dessen plötzlichen Umschlag wohl schwerlich zu glauben ist. Zudem läßt jene Nachricht ganz unberücksichtigt, daß bei einer Durchführung der Gerichts-Organisation auf anderer Grundlage, als der des Gesetzes von 1856 das am letzten Landtage von den Kammern genehmigte Budget die wesentlichsten Modifikationen erleiden würde, und diese wohl nicht ohne Einvernehmen der Kammern, deren Einberufung nicht im geringsten in Aussicht steht, erfolgen könnten."

Wien, 16. Okt. Frhr. v. Hübner (der bisher auf Urlaub von Paris abwesend war) erhielt Weisung auf seinen Posten zurückzukehren. Er geht heute Abends von hier direkt nach Compiegne. Aus Neapel nichts neues. Günstigere Börsenstimmung; Kreditaktien 328. (T.D.d.A.Z.)

London, 15. Okt. Die „Times" melden, die französische Flotte habe den Befehl erhalten, in den Gewässern von Neapel zu kreuzen, jedoch in einer gewissen Entfernung von der Stadt; das Ultimatum wäre gemäßigt; der König Ferdinand zeige sich noch immer entschieden

Paris, 15. Oktbr. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Madrid war Graf Benkendorff, der außerordentliche russ. Gesandte, daselbst eingetroffen. (T.D.d.Nat.-Ztg.)

Madrid, 15. Okt. Durch kgl. Dekrete wird das Concordat in seiner ganzen Kraft wiederhergestellt, und alle entgegenstehenden Bestimmungen annullirt. Die Ausführung des Desamortisationsgesetzes ist suspendirt, und alle schwebenden Verkäufe sind aufgehoben. Sechs Provinzialgouverneure sind abgesetzt. (T.D.d.A.Z.)

Aus **Konstantinopel** haben wir Berichte bis zum 10. Oktober. Die Ministerkrisis dauerte fort. Dem Gerücht nach wird der Sultan mehrere verbannte Paschas amnestiren. Der Tscherkessenführer Sefer Pascha besiegte die Russen in zwei Gefechten, in welchen er 800 Gefangene und 21 Kanonen ihnen abgenommen haben soll. (T.D.d.A.Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 291.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 19. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Von der Haardt, 16. Okt. Dem Vernehmen nach hat in den jüngsten Tagen an unserem Gebirge eine Versammlung stattgefunden, worin die Projektirung der „Haardt-Rheinbahn" dem Ingenieur Hrn. Gräßling übertragen worden sey. Man spricht jetzt davon, daß die Bahn von Neustadt über Dürkheim und Grünstadt geführt werden und bei Bobenheim in die Ludwigshafen-Mainzer Bahn einmünden soll. Die Ausführung selbst steht natürlich noch in weitem Felde. (Pf. Z.)

Bamberg, 17. Oktbr. Der seitherige kgl. Kreis- und Stadtgerichtsarzt und Direktor des allgemeinen Krankenhauses dahier, Hr. Dr. Heine, wurde auf sein Ansuchen zum königl. Regierungs- und Kreis-Medizinalrath in Speyer befördert. (Bamb. Tagbl.)

Preußen. Berlin, 16. Oktbr. Als ein Hauptmotiv, welches die Entlassung des Geheimenraths Seiffart aus dem Staatsdienst ohne Pension bewirkt habe, bezeichnet man, daß Seiffart auf ein an ihn von Techen gerichtetes Schreiben mit eigener Hand seinen Dank für die ihm verschaffte Einsicht von Depeschen geschrieben habe. Dieser Umstand bildete auch die schwache Stelle in der meisterhaften Geppert'schen Vertheidigungsrede, da die Handschrift Seiffarts nicht in Abrede zu stellen gewesen seyn soll. In dem besagten Techenschen Schreiben waren die Depeschen, welche er Seiffart zur Einsicht zugesandt hatte, näher bezeichnet. Auf der andern Seite muß aber, anders lautenden Angaben gegenüber, wiederholt bemerkt werden, daß Seiffart von dem Mißbrauche, der von den entwendeten Depeschen durch Techen gemacht worden ist, durchaus keine Kenntniß hatte. Hätte sich eine solche Kenntniß Seiffarts aus den Verhandlungen ergeben, so würde derselbe unzweifelhaft vor einen Gerichtshof gestellt worden seyn.

Koblenz, 16. Okt. Unsere Polizeidirektion ist jetzt mit der Organisation einer bezahlten Feuerwehr für hiesige Stadt beschäftigt, indem sich das seitherige Löschwesen als durchaus unzweckmäßig herausgestellt hat. Wie ich höre, haben die verschiedenen Assekuranzgesellschaften sich bereit erklärt, einen Theil der Kosten zu bestreiten. (Deutschl.)

Württemberg. Stuttgart, 14. Okt. Die Fruchtmärkte Oberschwabens erhalten bereits starke Fruchtzufuhren, wie es gewöhnlich alljährlich um diese Zeit der Fall ist, da der Landmann in hiesiger Gegend zu Martini seine meisten Zahlungen zu machen hat. Dessenungeachtet ist kein Sinken der Fruchtpreise bemerkbar. Es werden ungeheuer große Quantitäten Früchte von hier über den Bodensee in die Schweiz und nach Frankreich spedirt. Auch die Viehpreise halten sich auf ihrer frühern Höhe. Die Schweinemästung wird in Folge der guten Kartoffelernte wieder stärker betrieben, und es werden bedeutend mehr Schweine gehalten; auch diese sind sehr theuer. Man kann mich Recht sagen, daß der Landmann gegenwärtig das goldene Zeitalter hat. Der Wohlstand desselben hebt sich, was auf den Handel- und Gewerbtreibenden nicht ohne wohlthätigen Einfluß bleibt. Die Klagen über Arbeits- und Verdienstlosigkeit sind hier gänzlich verstummt. (D. A. Z.)

Sachsen-Koburg-Gotha. Gotha, 12. Okt. Heute Nachmittag feierte der hiesige Taglöhnerverein den siebenten Jahrestag seines Bestehens. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Ergebnisse des abgelaufenen Jahres und hob zunächst im allgemeinen hervor, daß das verflossene Jahr ein günstigeres gewesen als das vorausgegangene, daß in Folge besseren Verdienstes für die handarbeitenden Klassen und der Aussicht auf eine gesegnete Ernte weniger Mitglieder, aus Mangel an Mitteln zur Entrichtung der Beiträge, ausgeschieden und viel weniger erkrankte Mitglieder zu unterstützen gewesen seyen. Die Zahl der Erkrankungsfälle habe kaum halb so viel als im vorausgegangenen Jahre betragen. Was auf die Erkrankten während ihrer Leiden besonders wohlthuend und wahrhaft erhebend wirke, sey das Bewußtseyn, daß sie sich die ihnen gewährte Unterstützung selbst mit geschaffen und durch eigene frühere Ersparniß mitbegründet hätten. Zwar würde diese Ersparniß allein nicht hingereicht haben, um ihnen in dem zugesicherten Maße die Unterstützung zu verabreichen, allein durch die Zuschüsse der Ehrenmitglieder werde den Beiträgen der wirklichen Mitglieder mehr als ein gleicher Betrag, gleichsam als Prämie für die Anstrengungen der Letzteren, hinzugefügt, um die Hülfe so wirksam zu machen, wie sie das Bedürfniß erheische. Das aber sey der Grundgedanke des Vereins, daß Keiner von ihm Wohlthaten empfange, ohne selbst Opfer gebracht zu haben, daß er selbst für Tage der Noth und des Unglücks im Voraus nach seinen Kräften Beisteuer leisten müsse, wenn er wolle, daß ihm dann geholfen werde. Der Vorsorge für die Tage der Noth werde kein Mitglied enthoben, diese Vorsorge werde ihm aber erleichtert, indem Vorkehrung getroffen sey, daß das von ihm zu seinem Wohle gelegte Samenkorn reichlichere Frucht im Vereine als außerhalb desselben trage. Bis jetzt habe der Verein nur Krankenunterstützungen gewährt, bald aber werde die Zeit kommen, wo er auch Alterspensionen zu leisten habe, dann nämlich, wenn Mitglieder in das 70. Jahr vorrückten und zwar sey alle Hoffnung vorhanden, daß diese Pensionen reichlicher ausfallen würden, als in den Statuten vorläufig bestimmt sey. — Ueber die Personalverhältnisse wurde mitgetheilt, daß 13 neue Mitglieder zugetreten, und nur 9, darunter 3 durch den Tod, abgegangen seyen, so daß der Bestand von 106 sich auf 110 erhoben habe. Die Zahl der Ehrenmitglieder beträgt 106 mit einem jährlichen Beitrag von 126 Thlr. Prinz Albert habe, von der Wirksamkeit des Vereins unterrichtet, einen jährlichen Beitrag von 30 Thlrn. verwilligt. (N. Z.)

Dänemark.

Das „Gesetz- und Ministerialblatt" für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg vom 13. d. enthält eine Bekanntmachung vom 8. d., betreffend die Amnestirung des vormaligen Landrathes im holsteinischen Landgerichte, August Detlev v. Ahlefeld, unter der Bedingung jedoch, „daß diese Amnestie rechtlich wirkungslos seyn solle, falls er sich aufs Neue politischer Vergehen schuldig machen sollte."

Schweiz.

Bern, 17. Oktbr. Die Schweiz wird auf ihr Begehren auf den Pariser Konferenzen, betreffend Neuenburg, vertreten seyn. (T. D. d. Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 15. Oktbr. Dieser Tage ist ein gewisser Agion aus Neapel in Paris angekommen, um den neapolitanischen Gesandten, Marquis Antonini, in seiner schwierigen Aufgabe zu unterstützen. Dieser Agion ist ein Franzose von Geburt. Vor 1848 lebte derselbe in Paris und redigirte das Börsen-Bulletin des „Siecle". Es gelang ihm damals, sich an die Spitze eines Unternehmens zu bringen, dessen Zweck die Erbauung einer Eisenbahn im Neapolitanischen war. Die betreffende Gesellschaft stellte eine Kaution von einer Million. Ehe jedoch diese Angelegenheit noch weiter vorgeschritten war, brach die Februar-Revolution aus, und das Eisenbahn-Unternehmen wurde aufgegeben. Die Gesellschaft sandte Agion nach Neapel, um die gestellte Kaution zu reklamiren. Bei dieser Gelegenheit kam Agion um eine Audienz beim Könige ein, die ihm auch bewilligt wurde. Es war an dem Tage, wo Neapel in der größten Aufregung war. Als A. vor dem Könige erschien, brach ein Aufstand aus. Der ehemalige Redakteur des „Siecle" war anwesend, als man dem Könige die Nachricht überbrachte. Und eine starke Dosis Keckheit besitzend, machte er Sr. neapolitanischen Majestät den Vorschlag, ihn mit der Unterdrückung der Emeute zu beauftragen; er stellte nur die Bedingung, daß man ihm einige Bataillone zur Verfügung stelle und freies Spiel lasse. Der König Ferdinand, der damals den Kopf nicht so hoch trug, wie heute, ging auf Agion's Anerbieten ein. Truppen wurden ihm zur

Verfügung gestellt, und A. marschirte sofort gegen die Emeute, die noch keine Zeit gehabt hatte, sich zu organisiren. Die Soldaten griffen nach seinen Befehlen mit der größten Energie an und machten Alles, was ihnen vorkam, ohne Schonung nieder. 400—600 Insurgenten blieben auf dem Platze, die Emeute wurde bezwungen, und A. ward Graf und ist seit jener Zeit Günstling des Königs. (K. Z.)

Paris, 15. Okt. Eine im heutigen „Moniteur" veröffentlichte vergleichende Uebersicht der Erträge der indirekten Auflagen und Steuern in den Jahren 1854, 1855 und 1856 ergibt von 1855 auf 1856 eine Vermehrung von 135,484,000 Fr. und von 1855 auf 1856 eine Zunahme von 54,429,000 Fr.

* Der „Gazzette des Tribunaux" entnehmen wir über die Angelegenheit der Nordbahndiebe weitere Details, welche den augenblicklichen Stand der Dinge klar machen. — Schon am 27. August, ehe man überhaupt den Unterschleif ahnte, hatte Carpentier schon seinen Platz am Bord des amerikanischen Dampfers belegt; zugleich hatte er bei der Direktion der amerikanischen Packetboote 4000 Fr. deponirt, für welche er drei Tage nach seiner Einschiffung einen Wechsel auf 3 Tage nach Sicht erhielt. Die Gebrüder Grellet und Parod reisten erst zwei oder drei Tage nachher ab, und bei ihrer Ankunft in New-York fanden sie Carpentier schon mit einer jungen Frau in dem Hotel St. Nikolaus installirt. — Zur Zeit der Verhaftung des Bureaudieners Gatrin wußte man bereits, daß noch ein anderer Mitschuldiger, Allolan, Frankreich verlassen und sich nach der Schweiz begeben hatte. Es wurden sogleich Agenten hinterher geschickt; jedoch bekam er Wind von der Sache und kehrte auf weiten Umwegen wieder nach Paris zurück; hier gelang es, seine Spur wieder aufzufinden und seine Verhaftung zu bewerkstelligen. Er gestand sofort seine Theilnahme an dem Verbrechen ein, welche hauptsächlich darin bestanden hatte, daß er den Zwischenträger Grellet's bei der Bank machte. — Von mehreren andern Personen, welche nur untergeordnete Rollen in der ganzen Sache gespielt hatten, erfuhr man, daß sie nicht mehr in Frankreich waren; es wurde indessen Haussuchung bei ihnen gehalten, wobei sehr wichtige und zahlreiche Papiere entdeckt seyn sollen. Die Frauen zweier dieser Personen wurden festgesetzt, so daß die Zahl der Verhafteten jetzt aus 5 Männern und 3 Frauen besteht. — Bei Gelegenheit der Arrestation von Grellet und Konsorten behaupteten einige Blätter, dem Carpentier seyen in New-York 150,000 Fr. gestohlen worden; das ist aber keineswegs gewiß; und es scheint nur, daß ein Diebstahlsversuch gemacht wurde. Carpentier machte nämlich mit seiner Maitresse häufige Spaziergänge; als er eines Tages in sein Hotel zurückkam, fand er seine Koffer geöffnet und durchsucht; da er aber nichts vermißte, so glaubte er, die Polizei habe Nachsuchung gehalten, und reiste, ohne weitere Nachforschungen und ohne selbst den anderen Mitschuldigen Etwas zu sagen, spornstreichs nach Philadelphia. Das Schicksal der Letzteren ist bekannt. — Die Presse sagt, sie hätten ihre Freiheit gegen Kaution verlangt, und letztere sey vom Richter auf 500,000 Doll. festgesetzt. Sie haben sich jetzt auf die Habeas-Corpus-Akte berufen. (Sie sollen aber schon in England angekommen seyn.)

Spanien.

Madrid, 15. Okt. Heute hat der Zuschlag der Nordbahn (von Madrid nach Bayonne) stattgefunden. Durch ein von den Cortes votirtes Gesetz wurde diese Linie im Monat Juli provisorisch, vorbehaltlich eines Besser-Angebots bei der Versteigerung, dem spanischen Crédit mobilier mit einer Subvention von 20 Mill. Realen überlassen. Die Kreditgesellschaft Prost hinterlegte gestern die erforderliche Kaution, um zu konkurriren, that dies jedoch heute nicht. Die Konzession wurde sonach für den Crédit mobilier (Pereire) eine definitive. (Fr. Pstztg.)

Die spanische Regierung ist dem Telegraphen-Vertrage, welchen der deutsch-österreichische Telegraphen-Verein mit Frankreich und Belgien abgeschlossen hat, beigetreten. (Fr. Journ.)

† Den Bischöfen von Osma und Urgel, welche unter Espartero's Ministerium verbannt worden waren, ist noch durch O'Donnell die Rückkehr in ihre Sitze gestattet worden, wo sie mit großen Ehren von der Bevölkerung empfangen wurden. In den letzten Tagen des O'Donnell'schen Regiments erschien nun auch noch ein Dekret, welches das Kloster der Jesuiten in Loyola wiederherstellt. Diese ganz unverhofft ergriffene Maßregel hat folgende Bewandtniß: „Der Minister der Justiz und der Kulten im Kabinet Bravo Murillo, Herr Gonzalez Romero, autorisirte die Jesuiten, ihr Profeßhaus wieder herzustellen. Dasselbe ist ein prächtiges Kloster, das erste, welches dieser Orden in Spanien erbaute, in dem kleinen Flecken Loyola, wo der Gründer des Ordens, der hl. Ignaz, geboren wurde. Später, als der Graf San Luis an der Spitze der Geschäfte stand, faßte die Regierung Argwohn, daß die Jesuiten für Don Carlos arbeiteten, und mit Hülfe des Bischofs von Pampelona wurden die Jesuiten auf den Unterricht und die Erziehung junger Geistlichen und Missionäre beschränkt. Ein Jahr später brach die Revolution von 1854 aus; das Haus des Loyola wurde geschlossen, die Väter wurden nach den Balearen geschickt und man hörte nicht mehr davon sprechen, bis nunmehr die Partei des Königs im Palast zu mächtig wurde, und endlich Herr Collado in Einverständniß mit O'Donnell dazu einwilligte, das Dekret zu unterbreiten, wonach die Jesuiten in ihr Kloster zurückberufen sind.

Montenegro.

* Rußland sucht seinen Einfluß in Montenegro, welcher seit den letzten Jahren durch Oesterreich gefährdet ist, mit allen Mitteln zu befestigen. So lesen wir in der „Agr. Z." unterm 4. Oktober: Seit 4 Tagen befindet sich der neue russ. Konsul aus Ragusa in Cettinje. Er wurde mit großer Zuvorkommenheit vom Fürsten Danilo und seiner Gemahlin empfangen. Er brachte alle rückständigen russ. Dotationen, die aus Anlaß des letzten Krieges nicht gesendet wurden, mit. Die Summe des Geldes beläuft sich auf 40,000 fl. in Gold. Diese russ. Dotationen waren vor dem oriental. Krieg regelmäßig an den Fürsten und die höchsten Würdenträger Montenegro's verabreicht worden.

Amerika.

Die Zeitungen sind voll von Nachrichten über Walker. Was die Nachricht betrifft, daß er mit dem Präsidenten von Costa-Rica Frieden geschlossen, so kommt sie von costarikanischer Seite und ist daher nicht unglaubwürdig. Zugleich wiederholen sich die Gerüchte, daß sein Sturz bevorstehe. Schlessinger bedrohe ihn, und seine eigenen Leute seyen widerspändig, so daß er fortwährend Offiziere und Soldaten wegen Meuterei erschießen lasse; in Leon ständen 1500 Mann aus Guatemala und San Salvador u. s. w. Inzwischen veröffentlicht Walker Dekrete von großer Wichtigkeit. Alle Dampfer und sonstige Mobilien der früheren Transit-Kompagnie werden in denselben für Staatseigenthum erklärt, wegen der Schulden, welche sie der Republik nicht bezahlt, und wegen der Pflichtversäumnisse, deren sie sich im letzten Halbjahr schuldig gemacht hat. Ein anderes Dekret überträgt das Transitrecht gegen eine Baarzahlung von 400,000 Doll. und unter gewissen Bedingungen an Charles Morgan und Cornelius K. Garrison auf 25 Jahre. Unter den Bedingungen figurirt die Begründung einer monatlichen Dampfschiffahrt zwischen New-York und San Juan del Sud. Auch Mr. Soule scheint an den Bestand der jetzigen Regierung zu glauben, da er ein Landgut in Nicaragua für 50,000 Doll angekauft hat. In den andern Republiken spanischen Ursprungs hat Walkers Festsetzung Besorgnisse erregt und in Chili agitiren einige Mitglieder der Gesetzgebung für ein südamerikanisches Bündniß gegen die Uebergriffe der angelsächsischen Normannen.

Nichtpolitische Zeitung.

Aus Pesth berichtet der „Pesther Lloyd" unterm 13. Okt.: „Gestern (Montag) hat sich ein tragischer Fall zugetragen. St. v. Gy., ein junger Mann von 26 oder 27 Jahren, Beamter beim hiesigen Wechselgericht, hatte in den letzten Tagen durch einen uns nicht näher bekannt gewordenen Unfall einen Kassendefekt von 1500 fl. erlitten. Um den Schaden zu ersetzen, ehe er zum Nachtheil seiner Ehre offenkundig ward, schrieb er an seine in N. wohnende Mutter und bat dringend, ihm die bezeichnete Summe zu schicken, da er sich sonst ein Leid zufügen würde. Gestern Morgen ist nun die Katastrophe eingetreten. Der Unglückliche setzte eine Doppelflinte zwischen der fünften und sechsten Rippe an, die Kugel traf die Spitze des Herzens, dasselbe in zwei fast gleiche Theile spaltend. Als er in den letzten Todeszuckungen da lag, trat die unglückliche Mutter in das Gemach, das so eben zum Schauplatz einer furchtbaren That geworden. Sie hatte nur mit vieler Mühe und Anstrengung in dem kleinen Orte N. die Summe von 1400 fl. auftreiben können, und brachte sie jetzt ihrem Sohne — um einige Minuten zu spät."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 18. Oktbr. Oesterr. Kreditaktien und National wurden in Folge der ungünstigeren Notirungen billiger abgegeben; auch span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire erlitten einen merklichen Rückgang. Im Ganzen war der Umsatz nicht sehr bedeutend.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77 3/4 P. 77 1/2 G. 5pCt. Lombard-Ven. 87 1/4 P. — G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/4 P. 76 G.; à 5pCt. in Silberh. R. 85 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 66 P. 65 1/2 G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 55 1/4 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 85 1/2 P. 85 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 1/8 P. 89 7/8 G.; 4 1/2 pCt. 102 P. — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 1/4 P. 98 3/4 G.; 4 1/2 pC. 102 P. — G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/4 P. 88 3/4 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 1/2 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. — G. **Spanien.** 3pCt. int. Schuld 37 1/2 P. 37 1/4 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 3/8 P. 23 1/4 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1187P. 1183G. Neue Bankaktien 303 P. 301 G. Credit-Actien à 5pCt 171 P. 169G. Darmstädter Bankaktien alte 366 P. 364 G.; junge 327 1/2 P. 325 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 505 P. 500 G. Mitteldeutsche Creditbank 102 3/4 P. 102 1/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 107 3/4 P. — G. Frankf. Bankaktien 109 3/4 P. 109 1/2 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 505 P. 500 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 584 P. 581 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 217 1/2 P. 235 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 136 1/4 P. 135 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 103 3/8 P. 103 1/8 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/4 P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 81 1/2 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. a 5pCt. 79 3/8 P. 78 7/8 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 94 1/2 P. 94 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 114 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 3/8 P. 98 7/8 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 1/8 P. 47 7/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. 116 1/2 G. à fl. 25 34 1/4 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 1/4 P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 31 1/4 P. — G. Sard. Loose bei G. Bethmann 44 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100P. — G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 5/8 P. 117 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120P. 119 3/4 G.	Mad. r. S. Ls. 250 k. S. 99 1/2 P. — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. — G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/4 P. 93 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 97 1/4 P. — G.	Wien fl. 100 fl. k. S. 112 1/4 P. 112 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 3/4 P — G.	Wien 3 M. mit 4% 112 P. 111 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 7/8 P. — G.	Disconto — P. 6 pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München. Die „N. M. Z." bringt das Programm über den Empfang des Prinzen und der Prinzessin Adalbert, welche am 22. d. in München eintreffen werden. Darnach soll der k. Regierungspräsident von Schwaben und Neuburg JJ. kk. HH. an die Landesgränze, der k. Regierungspräsident von Oberbayern an die Gränze des oberbayerischen Regierungsbezirkes, beziehungsweise nach Augsburg entgegenreisen. An allen Aufenthalts- und Anhaltsorten, welche die Reise JJ. kk. HH. berührt, haben die sämmtlichen geistlichen und weltlichen Behörden zu Höchstderselben Begrüßung sich einzufinden. Bis nach Augsburg reist JJ. kk. HH. ein k. Zeremonienmeister mit zwei Dienstkämmerern entgegen, um in Sr. Maj. des Königs Namen die Herrschaften zu begrüßen. Höchstdieselben werden in Augsburg, behufs des feierlichen Einzugs in der k. Haupt- und Residenzstadt, sich umkleiden. Auf dem hiesigen Eisenbahnhofe zieht eine Ehrenwache auf, bestehend aus einer Kompagnie mit Musik. Bei der Ankunft JJ. kk. HH. wird das Spiel gerührt. Ebendaselbst haben sich einzufinden der k. Oberzeremonienmeister, der Stadtkommandant, der Polizeidirektor und der Vorstand der Generaldirektion der Verkehrsanstalten mit den diensthabenden Eisenbahn-Inspektoren in Uniform.

Im Eisenbahnhofe besteigen JJ. kk. HH. einen sechsspännigen Hof-Galawagen und ordnet sich nun der Festzug, wie folgt: 1) Ein sechsspänniger Hofwagen mit dem Zeremonienmeister und den beiden Kammerherrn; 2) eine Abtheilung Kuirassiere als Ehrenbegleitung; 3) die hohen Neuvermählten in einem sechsspännigen Galawagen; 4) eine Abtheilung Kuirassiere; 5) das übrige Gefolge in vierspännigen Hofwagen. In der Schützenstraße wird eine Ehrenpforte, mit Kränzen und mit Fahnen in den bayerischen und spanischen Landesfarben geschmückt, errichtet, woselbst die beiden Bürgermeister der Stadt und eine magistratische Deputation den Zug erwarten um JJ. kk. HH. zu bewillkommnen. Eine Anzahl blau und weiß gekleideter Mädchen spendet der Prinzessin Blumen. Auch wird an dieser Pforte eine Tribüne für Landwehrmusik aufgestellt.

Der Zug geht sodann durch die Schützenstraße über den Karls- und Maximiliansplatz und durch die Briennerstraße über den Platz an der Feldherrnhalle in die k. Residenz. Bei dem neuen Thore und in der Ludwigsstraße gegenüber der Feldherrnhalle werden Tribunen für Linien-Regimentsmusiken aufgestellt. Der Zug bewegt sich in die k. Residenz durch das Kapellenthor an die „breite Stiege". Am Fuße der Treppe unter dem Thorbogen empfängt die große Cortege und die k. Palastdamen die Neuvermählten und begeben sich dahin auch die anwesenden Prinzen. JJ. kk. Majestäten und die anwesenden Prinzessinen der kgl. Familie erwarten das hohe neuvermählte Paar oben an der Treppe, bis zu deren erstem Absatze Seine Majestät der König der Prinzessin, seiner Frau Schwägerin, entgegentreten werden. Unter Vortritt des großen Cortege führen Ihre königlichen Majestäten und die übrigen höchsten Herrschaften die Neuvermählten in die für dieselben bestimmten Appartements ein. Die Damen des königlichen Dienstes folgen. Nach den ersten Begrüßungen im Kreise der kgl. Familie folgen die Vorstellungen an J. kgl. Hoh. die Prinzessin und zwar der Herren des kgl. Hofes durch Se. Maj. den König, der Damen durch J. M. die Königin, sodann ist große Familientafel ꝛc.

** **München**, 17. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) Se. Maj. der König haben den pens. Generalmajor Grafen v. **Deroy** und den k. Kammerjunker Frhrn. v. **Wulffen** zu k. Kämmerer ernannt.

München, 17. Oktbr. Durch gemeinsames Reskript der k. Ministerien des Innern und der Justiz erging an das königl. Appellationsgericht und die Regierung von Oberbayern der Auftrag, einen Justiz- und Administrativbeamten zur Ausmittelung geeigneter Bezirksgerichtslokalitäten in Aichach, Weilheim und Wasserburg abzuordnen. Die Entscheidung, ob auch Traunstein ein Bezirksgericht erhält, ist allerhöchsten Orts noch nicht erfolgt. (Fränk. K.

Wien, 17. Okt. Herr v. Hübner ist gestern nach Paris abgereist. Die „Oesterr. Ztg." und die „Ostd. Post." enthalten eine **dringende französische Note wegen Räumung der Fürstenthümer** von österreichischen Truppen. In Moldolba, Kirchenstaat, fand ein gewaltsamer Konflikt zwischen den Bewohnern und Gensdarmen statt. (T.D.d.A.Z.)

Kopenhagen, 16. Okt. Hr. v. Scheele hat dem König mitgetheilt, es sey unmöglich ein Ministerium zu bilden. Hr. v. Hall wurde wieder zum König wegen Bildung eines Kabinets berufen. Das Gerücht nennt Andrä als Konseilspräsident, Unsgaard für das Innere. (T.D.d.A.Z.)

In der **Sundzoll-Angelegenheit** sind mit Bezug auf die verschiedenen Staaten mehrere Kategorien zu unterscheiden. Zuerst die Staaten, die, wie Rußland und Schweden, das frühere Protokoll vom 9. Mai d. Js. mit der Klausel unterzeichnet haben, daß auch die andern Staaten zustimmen würden. Auch Oldenburg stimmte später zu; sein Bevollmächtigter konnte nur, da er abwesend war, das Protokoll zuerst nicht unterzeichnen. Dann haben Staaten zugestimmt, ohne daß bis jetzt die Unterzeichnung eines Vertrages erfolgt ist; dahin sind England, und Frankreich zu rechnen. Preußen hatte das Prinzip seit einiger Zeit gutgeheißen. Ueber den Modus und die Höhe der Ablösung schwebten noch Unterhandlungen. Der preuß. Ministerrath vom 12. hat auch den finanziellen Punkt der Erledigung so nahe geführt, daß eine Ausgleichung der Schwierigkeit auch nach der preußischen Seite keinem Zweifel mehr unterliegt. Oesterreich soll sich in dieser Frage nicht von Preußen trennen wollen. Die Zustimmung der anderen Staaten, nämlich Belgiens, Spaniens und Hollands steht zu erwarten, wenn sie noch nicht eingetreten. Von den Vereinigten Staaten glaubt man, daß sie nach allseitig erfolgter Einigung wenigstens einwilligen werden eine hohe Summe für Unterhaltung der Leuchthürme zu zahlen. Im Uebrigen wird ein allgemeiner Vertrag oder ein allgemeines Protokoll erwartet, und die Nachricht einer Hamburger Korrespondenz von einem am 10. mit England abgeschlossenen förmlichen Separat-Abkommen gilt für unrichtig. (H. N.)

Die „Preuß. Korresp." hat ein Schreiben aus **Jassy** vom 8. Okt. Der russische **Gränzregulirungskommissär** Kischeneff ist abgereist, die übrigen Kommissäre werden nachfol-

gen, die Entscheidung des Pariser Gesandtenkonkresses bezüglich streitiger Gränzpunkte daselbst abwartend. Alsdann wird die Regulirung schleunigst erwartet. (T.D.d.A.Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Die Fortsetzung der Gunzenhausen-Ansbacher Eisenbahn nach Würzburg.

(Eingesandt.)

♂ Wir haben die von dem Handelsrathe in Marktbreit an den Würzburger Handelsrath, dann die von Seite des Kitzinger Handelstandes an Se. Maj den König gerichtete Adresse vor uns, und finden in beiden ausgedrückt, daß die Fortsetzung der Eisenbahn von Ansbach nach Würzburg sowohl im Interesse des Staates, wie im Interesse des reisenden Publikum wünschenswerth ist. Wenn wir annehmen, daß man jezt, um nach Gunzenhausen zu gelangen, 60 Stunden zu machen hat, während man, wenn die obige Route zu Stande kommt, in 28 Wegstunden dahin gelangen kann, mithin nach Gunzenhausen, und von da aus bei den beiden Routen Augsburg-Ulm und Augsburg-München 32 Wegstunden umsonst in der Welt herumgefahren wird, so können wir uns nur dahin aussprechen, daß die baldige Herstellung der Bahn im Interesse des Staates und des reisenden Publikum dringend bethätigt werden möge. Um die Zweckmäßigkeit dieser Route zu beweisen, wollen wir nur Ein Beispiel anführen: Wenn man jezt von Würzburg nach Stuttgart reisen will, so muß man, um in Einem Tag per Eisenbahn dahin zu gelangen, die Reise über Frankfurt machen, benutzt sohin die bayerische Eisenbahn nur zu Hälfte der Wegstunden, als wenn man die Reise über Augsburg-Ulm macht.

Bei Erbauung von Eisenbahnen nun, sey es auf Kosten des Staates, sey es auf Rechnung von Privaten, muß man unsers Erachtens folgende Momente berücksichtigen:

1) Der möglichst kürzeste Weg ist einzuschlagen, dabei aber auch

2) hauptsächlich Rücksicht zu nehmen, die Richtung so zu nehmen, daß viele Gewerbe treibende, kommerzielle Orte der Bahn einverleibt werden, um die Bahn möglichst rentabel zu machen, und den Geschäftsreisenden Gelegenheit zu geben, diese Orte besuchen zu können.

3) Muß auf Terrainverhältnisse Rücksicht genommen werden, damit der Bau am wenigsten kostspielig und in kürzester Zeit hergestellt werde.

4 Darf von selbstsüchtigen Zwecken nicht ausgegangen werden, d. h. man darf, um Eine Stadt zu begünstigen, das allgemeine Wohl nicht bei Seite setzen.

Von diesen Grundsätzen, die nur als die allein wahren und richtigen angenommen werden können, ausgehend, wollen wir nun auf die beiden erwähnten Schriftstücke eingehen und sehen, von welchen Grundsätzen der Marktbreiter und Kitzinger Handelsstand beseelt sind.

In der vom Handelsrath von Marktbreit an den Würzburger Handelsrath gerichteten Denkschrift wird angenommen, daß die Bahn von Uffenheim aus bis Marktbreit gehen und von da bei gleich günstigen Terrainverhältnissen zwei Richtungen nehmen könne, nämlich über Kitzingen nach Biebelried und Rottendorf, oder über Ochsenfurt, Winterhausen, Heidingsfeld nach Würzburg. — Wir können nicht glauben, daß der Handelsrath von Marktbreit die Terrainverhältnisse beider Richtungen als gleich günstig annehmen kann, denn es muß dem verehrlichen Handelsrathe bekannt seyn, daß bei der bedeutenden Steigung bei Reppendorf nach Biebelried ein Tunnel oder beträchtliche Ausgrabungen erforderlich sind, und von Bibelried nach Rottendorf sich gleichfalls viele Schwierigkeiten darbieten dürften, während durch das Mainthal nach Ochsenfurt, Winterhausen und Heidingsfeld so günstige Terrainverhältnisse sind, wie sie selten bei einer zu errichtenden Bahn vorkommen. Wir möchten deßwegen bezweifeln, daß es dem Marktbreiter Handelsrathe mit dem ersteren Vorschlage wirklich Ernst war. Der gerade und kürzeste Weg zur Fortsetzung der Bahn nach Würzburg ist kein anderer, als der über Marktbürgel, Uffenheim, Marktbreit, Ochsenfurt, Winterhausen und Heidingsfeld. Es ist aber auch gewiß derjenige, welcher die wenigsten Terrainschwierigkeiten hat; das muß jeder unparteiische, von Selbstsucht freie Mann beim ersten Blick auf die Karte mit nur einiger Kenntniß der Gegend zugestehen, und wir können um so mehr annehmen, daß auch der Handelsrath von Marktbreit uns beistimmt, da er sich, wie wir hören, über Bevorwortung der von uns bezeichneten Route mit dem Würzburger Handelsrathe geeinigt hat. — Gehen wir nun auf die Adresse des Kitzinger Handelsstandes an Se. Maj. den König über, so müssen wir schon von vornherein die Bemerkung einfließen lassen, daß wir es höchst unpassend finden, wenn in einer an Se. königl. Majestät gerichteten Adresse von Sonderinteressen gesprochen wird, wo sie nirgends gefunden werden können, als gerade bei dem Kitzinger Handelstande selbst, wenn derselbe die Richtung der Bahn über Kitzingen anspricht. — Wir haben uns schon oben ausgesprochen, welche Grundsätze wir bei Erbauung einer Eisenbahn als die allein wahren und richtigen anerkennen, und müssen zur weiteren Erläuterung beifügen, daß wir ebenso gerne bereit wären, für die Route über Kitzigen das Wort zu nehmen, wenn dieselbe gleiche allgemeine Vortheile, als die andere bieten würde, „weil wir billiger Weise für die Stadt und den Handelsstand in Kitzingen alle mögliche Rücksicht wünschen." So aber können wir dieses nicht, weil wir die Gewißheit haben, daß die Richtung über Kitzingen in jeder Beziehung nachstehen muß, und zwar:

1) In der Kürze der Bahn, wenn die Differenz auch nur klein ist.

2) Bieten, wie schon gesagt, die Terrainverhältnisse viele Schwierigkeiten.

3) Wird bei der Route über Ochsenfurt, Winterhausen und Heidingsfeld, da auch Eibelstadt und Randesacker ganz nahe an die Bahnlinie kommen, noch einmal so viel Bevölkerung der Bahn einverleibt, wodurch die Rentabilität der Bahn sowohl durch den Personen- wie Güterverkehr bedeutend erhöht werden wird. Denn was den Fruchthandel Ochsenfurt's betrifft, so kann dieser bedeutend genannt werden, während der Weinhandel in Heidingsfeld immer beträchtlicher wird.

4) Ist mit Gewißheit anzunehmen, daß die Eisenbahn von Württemberg (Heilbronn-Mergentheim) und die von Baden (Bischofsheim a. d. T.) zu Stande kommen, wo die Bahn bis Heidingsfeld und die damit in Verbindung kommende Brücke über den Main ohnedies gebaut werden muß.

Dies sind unsere Gründe, warum wir uns für die Richtung über Ochsenfurt nach Heidingsfeld ausgesprochen haben. Wir wünschen jedoch sehr, daß Kitzingen mit in's Eisenbahnnetz gezogen werde. Dies kann aber auf eine weit vortheilhaftere Weise, als obige, ja wir glauben, mit halben Kosten, nämlich dadurch geschehen, wenn eine Zweigbahn auf dem linken Mainufer von Marktbreit über Marktsteft nach Kitzingen geführt und dadurch der kostspielige Brückenbau bei Marktsteft beseitigt wird.

Kitzingen würden auf diese Weise alle Vortheile zugewandt, die der Stadt durch eine Eisenbahnverbindung werden können, und wir glauben mit einiger Gewißheit aussprechen zu dürfen, daß dem Staate, auch wenn dieser die Zweigbahn erbaut, so dennoch viel an Kosten erspart wird. Wenn der Kitzinger Handelsstand die Verhältnisse richtig beurtheilt, so muß er mit uns gleicher Meinung seyn, und wird gewiß die ungerechten Vorwürfe von Selbstsucht ꝛc., die er in seiner Adresse niederlegte, am unrechten Orte angebracht finden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 292. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 20. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Das „Dresdener Journ." berichtet in einer Korrespondenz „aus Bayern, 13. Okt.": Unser protestantisches Oberkonsistorium hat bereits durch ein entsprechendes Generale an die Dekanate die wichtigsten Beschlüsse der jüngsten Dresdener Konferenz über die Beichte zur Ausführung gebracht, jedoch mit der einschränkenden Bemerkung, daß die fraglichen Normen in ihrem vollen Umfange nicht sofort in Vollzug gesetzt werden können, sondern theilweise nur als die anzustrebenden Zielpunkte bei der Ordnung des Beichtwesens zu betrachten sind. (Nach der „Magdeburger Zeitung" befiehlt die Zirkularverordnung des Oberkonsistorium die Wiedereinführung der Privatbeichte, die Vermehrung der Beichttage, damit die Konfitenten in kleineren Gruppen erscheinen können, und die Absolution der Einzelnen unter Handauflegung. Das Oberkonsistorium sieht sich veranlaßt, in dem Reskripte zu ermahnen, daß man in dieser Angelegenheit „unter wohlbemessener Berücksichtigung der Verhältnisse zu Werke gehe.") Dem „Schw. Merk." schreibt man aus München, vom 17. Okt.: „Die hiesige evangelische Pfarrgeistlichkeit ist im Sinn der in neuerer Zeit vom Oberkonsistorium ausgegangenen bekannten Weisungen mit dem Kirchenvorstand dieser Tage ins Benehmen getreten und hat demselben mehrere auf die Privatbeichte und andere beabsichtigte kirchliche Vorschläge zur Berathung vorgelegt. Die Mitglieder des Kirchenvorstandes zeigen indeß von vornherein wenig Bereitwilligkeit, diesen An- und Absichten entgegenzukommen, indem sie sofort den Beschluß faßten, über die Anträge, so wie sie vorliegen, nicht in Berathung zu treten."

Preußen. Aus Westphalen, 15. Oktbr. In unseren klerikalen Kreisen hat man die bestimmtesten Mittheilungen darüber erhalten, daß die jüngsten Verhandlungen des Bischofs von Münster mit dem hannover'schen Ministerium vom besten Erfolge begleitet waren, und demnächst Osnabrück mit einem Bisthum glänzend ausgestattet werden wird. Die Diözese hat nach der neuesten Zählung eine katholische Bevölkerung von mehr als 120,000 Seelen. (K. Z.)

Freie Städte. Hamburg, 16. Oktbr. Das Commercium, schon längere Zeit mit der Einführung der Gold-Valuta als brennender Frage beschäftigt und neuerdings durch eine von Seiten mehrerer Kaufleute ausgegangene Petition angeregt, hat dem Senate eine ausführliche Denkschrift überreicht, „betr. die Einführung der Goldwährung in Deutschland, mit besonderer Rücksicht auf die Hamburger Bank-Valuta." Die Denkschrift spricht für Einführung der Goldwährung. (K. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 17. Oktbr. (Privat-Korresp.) Aus Neapel sind gestern sichere Nachrichten eingetroffen. Die Situation hat sich nicht verändert; die Vorstellungen des kaiserl. Gesandten, Frhrn. v. Martini, haben die gewünschte Wirkung nicht gehabt, und die Hoffnungen auf eine Aenderung der neapolitanischen Politik sind sehr geschwunden; ja, es heißt sogar, daß sich der König geweigert habe, den obschwebenden Konflikt im Wege des Pariser Nachkongresses zur Erledigung bringen zu lassen. Rücksichtlich des letztern sind übrigens die Verhandlungen noch nicht geschlossen, und es ist gewiß, daß England bis jetzt noch nicht beigestimmt hat. — Graf Buol hatte in den letzten Tagen mehrere Konferenzen mit dem türkischen Gesandten, Fürsten Kallimaki, und zwar, wie ich vernehme, aus Anlaß der bekannten Note Fuad Pascha's vom 7. Septbr., in der verlangt wird, daß die Insel Tschetal und das Donaudelta an die Dobrudscha und nicht an die Moldau abgegeben, mit anderen Worten, daß dies Gebiet unmittelbar unter die Souveränetät der Pforte gestellt werde. Oesterreich will die Pforte bewegen, von dieser Forderung abzustehen, da es in der Zuweisung dieses Landstriches an die Moldau bessere Garantien für die Freiheit der Donauschifffahrt erkennt. Bis jetzt scheinen jedoch diese Bemühungen den gewünschten Erfolg noch nicht gehabt zu haben, man hofft aber, daß es dem Einfluß des kaiserl. Internuntius in Konstantinopel wohl gelingen werde, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche der Annahme des diesseitigen Vorschlages Seitens der Pforte im Wege stehen.

Wien, 16. Okt. Frhr. v. Hübner hat in Folge erhaltener Weisung seine Abreise von hier beschleunigt. Wenn ich gut unterrichtet bin, bildet, abgesehen von der neapolitanischen Frage, jene der Donaufürstenthümer das Hauptmotiv der beschleunigten Abreise nach Paris. (Hr. v. Hübner ist am 18. d. in Paris angekommen.) (A. Z.)

Wien, 17. Okt. Im heutigen „Reichsgesetzblatt" wurde das neue Ehegesetz kundgemacht. Dasselbe hat für alle Katholiken im ganzen Umfange der Monarchie, vom 1. Jan. 1857 angefangen, volle Wirksamkeit. Dem umfangreichen Gesetze, dem eine Anweisung für die geistlichen Gerichte beigegeben ist, entnehmen wir folgende wichtigere Bestimmungen. Erwiesene oder offenkundige schlechte Sitten oder Grundsätze, wie auch ansteckende Krankheiten, oder Zweck der Ehe hindernde Leibesgebrechen, dann Mangel an nöthigem Einkommen sind rechtmäßige Gründe, die Einwilligung zur Eheschließung zu versagen. Ueber die Gültigkeit von Ehen, welche zwischen katholischen und nichtkatholischen Christen geschlossen werden, kann, so lange ein Ehetheil der katholischen Kirche angehört, nur das katholische Ehegericht entscheiden. Das von dem katholischen Ehegericht gefällte Urtheil der Ungültigkeit ist als ein gesetzlicher Grund der Trennung anzusehen und die Verhandlung ohne Aufstellung eines Vertheidigers zu führen. Die aus einer ungültigen Ehe erzeugten Kinder sind, auf was immer für Gründen die Ungültigkeit der Ehe beruhen möge, als ehelich anzusehen, wofern wenigstens Einem der Eltern die schuldlose Unwissenheit des Ehehindernisses zu statten kommt. Das Band der Ehe, bei deren Eingehen wenigstens ein Theil der katholischen Kirche angehört hat, kann auch dann nicht getrennt werden, wenn in Folge einer Aenderung des Religionsbekenntnisses beide Theile einer nicht katholischen Kirche zugethan sind. Bei allen Ehen zwischen Katholiken, dann zwischen einer katholischen und nichtkatholischen Person, wofern zur Zeit der Ehe wenigstens eine katholische war, muß die Scheidungsklage bei dem katholischen Ehegericht angebracht werden. Wenn das katholische Ehegericht auf lebenslängliche Scheidung von Tisch und Bett erkennt, kann der nichtkatholische Theil auf Grund dieses Urtheils bei seinem Ehegerichte auf Trennung des Ehebandes nachsuchen. Er kann jedoch zu keiner neuen Ehe schreiten, bevor die Trennung von seinem Ehegerichte nicht ausgesprochen worden ist. (Fr. J.)

Frankreich.

Paris, 17. Okt. Der „Moniteur" enthält folgenden sehr wichtigen Artikel: „In Folge der allgemeinen Ausstellung von 1855 wurden die Fortschritte unserer Industrie so außer Zweifel gesetzt, daß der Augenblick gekommen schien, um die in unseren Zollgesetzen enthaltenen Einfuhrverbote durch Schutzzölle zu ersetzen. Es war das ein großer Schritt nach dem Ziele hin, welches alle Völker anstreben müssen. In der That, die Entwickelung der kommerziellen Thätigkeit und der internationalen Beziehungen bahnt den Weg zu den Fortschritten der Zivilisation. In tiefer Ueberzeugung von dieser Wahrheit hatte die Regierung dem gesetzgebenden Körper einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher alle Einfuhrverbote aufhob. Dieses Gesetz konnte in der letzten Session nicht votirt werden, und die Regierung, welche alle möglichen Aufklärungen wünschte, hatte entschieden, daß diese Fragen einer nähern Prüfung unterworfen werden sollten. Unter diesen Umständen wurden indessen übertriebene Besorgnisse im Lande verbreitet und von den Parteien ausgebeutet. Der Kaiser hat gewollt, daß die Einwürfe und Forderungen, welche ihm zugekommen waren, mit der größten Sorgfalt geprüft würden, und hat dem Ministerium des Ackerbaues, des Handels und der öffentlichen Bauten Befehl gegeben, die Prüfung anzustellen. Durch den Bericht des Mi-

nisters über die wahre Lage unserer Industrie aufgeklärt, hat der Kaiser entschieden, daß der ursprüngliche Gesetzentwurf in dem Sinne geändert wurde, daß die Aufhebung der Einfuhrverbote erst vom 1. Januar 1861 an in Kraft treten solle. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist sogleich an den Staatsrath eingeschickt worden. Die französische Industrie, von den ein für alle Mal feststehenden Absichten der Regierung benachrichtigt, wird hinreichende Zeit haben, sich auf eine neue Zollordnung vorzubereiten." (Also die Regierung hat vor den Prohibitionisten zum Rückzug geblasen.)

Spanien.

Jetzt erfährt man das Genauere über die Vorgänge bei Entlassung des Ministerium O'Donnell. Nach einer besonderen Ursache braucht man nicht zu forschen, da die Entlassung längst beschlossen war; interessant ist nur die Art, wie es geschah. Auf dem Hofball am 10. Oktbr. tanzte die Königin mit Narvaez, einen Tag nachdem er Hrn. Guell y Rente so ungebürlich behandelt hatte. Es fiel allgemein auf, daß der Ministerpräsident, mit welchem die Königin übrigens den Ball eröffnete, früher als die Majestäten den Saal verließ, eine Unpäßlichkeit seiner Frau als Grund angebend.

Man wußte übrigens längst, daß Narvaez, einmal in Madrid eingetroffen, nicht lange anstehen werde, die Zügel der Regierung unmittelbar zu ergreifen, wie gefügig sich auch O'Donnell als Vollstrecker der Narvaez'schen Ideen zeigte; man kannte aber auch den Entschluß der Königin, den Schein der Selbständigkeit in so weit zu wahren, daß sie über den Kabinetswechsel eine gewisse Zeit werde hingehen lassen, um nicht Narvaez als den allein ersehnten Retter erscheinen zu lassen, und ihm dadurch eine übergroße Macht zu geben. Daß Narvaez sich auch über diese, von der Königin im Interesse ihrer Würde und ihrer Selbständigkeit rathsam befundene Anstandsfrist hinwegsetzen, und sich unmittelbar nach seinem Eintreffen in Madrid der höchsten Gewalt bemächtigen konnte, das verräth, wie die reine Reaktionspartei heute bereits in Madrid viel stärker ist, als man vermuthet, stark genug, um selbst den Willen und das Ansehen der Königin bereits als Dinge betrachten zu dürfen, über die man sich im raschen Vorwärtsdrange leichten Fußes hinwegsetzt. Zwei Tage nach der Ankunft des Marschalls Narvaez in Madrid ereignete sich die bekannte Scene zwischen ihm und Don Jose Guell y Rente, den Gemahl der Infantin Josephine; die Königin schrieb eigenhändig einen Brief an den Marschall, worin sie ihn bat, sein kostbares, der Monarchie so nützliches und der Königin so unentbehrliches Leben nicht auszusetzen. Am 10. Oktober, dem Geburtstage der Königin, war Ball im Schlosse. Die Königin behandelte Narvaez mit so viel Auszeichnung, daß O'Donnell sich darüber beklagte und an die Königin die Frage richtete, ob er Ministerpräsident sey oder Narvaez; er fügte hinzu, er sähe wohl, daß eine große Veränderung in den Ansichten der Königin vorgegangen sey, daß er sich am andern Tage mit seinen Kollegen darüber verständigen und der Königin Bericht erstatten werde. Letztere hörte ihrem Minister sehr kalt zu; und von diesem Augenblick an konnte man wohl urtheilen, daß es um das Ministerium geschehen war. Am 12. Oktober Morgens erhielt O'Donnell durch einen Offizier die Aufforderung, um 1½ Uhr Nachmittags im Palaste zu erscheinen und die übrigen Minister um 2 Uhr dahin zu bestellen. O'Donnell kam, und die Königin erklärte ihm, daß sie seine Verdienste um den Thron und die Ordnung zu schätzen wisse, daß es aber nothwendig (preciso) sey, die Zügel der Regierung anderen Händen zu übergeben. Um 2 Uhr kamen die übrigen Minister, und alle gaben ihre Demission.

Madrid, 13. Okt. Große Bewegung herrscht unter den Militär- und den Zivil-Chargen, die sich drängen, um dem neuen Gebieter ihre Huldigungen darzubringen. In der „Gaceta" liest man Absetzungen und Ernennungen; doch gehen letztere in einem anderen Style vor sich: es wird nur reine Farbe gewählt; kein Moderado, kein Amt! — Den Hergang des raschen Ministerwechsels betreffend, habe ich einige Details aus zuverlässiger Quelle geschöpft, welche die spanischen Zustände charakterisiren. O'Donnell wurde, bevor noch das Ende des von ihm präsidirten Kabinets ausgesprochen war, zur Königin berufen, und diese brachte Bemerkungen vor, die den Kern der Absicht durchblicken ließen, ohne ihn zu enthüllen. O'Donnell antwortete: „Senora, ich weiß, um was es sich handelt, und ich bitte Ew. Majestät, den Schritt wohl zu überlegen. Glauben Sie, Senora, daß ich nicht für mich spreche; ich habe Alles, was mir noth thut, ich bin reich, ich bin Graf, ich stehe auf der höchsten Stufe in der militärischen Hierarchie. Ich habe genug gewirkt, um der Geschichte anzugehören, die mir wird zugestehen müssen, daß ich den Thron gerettet. Wenn ich also spreche, und zur Zurückhaltung rathe, so geschieht es Ihretwegen, Senora. Sie befinden Sich auf einem Abhange, der zum Absolutismus und von da unausbleiblich zur Revolution führt. Glauben Sie, Senora, daß, wenn der Moment kommt, wo Sie der Freunde am nothwendigsten bedürfen, Sie solche finden werden, wie die Männer, aus denen Ihr Ministerium zusammengesetzt ist?" „Ich glaube", erwiderte die Königin, „daß ich keine solche Freunde finden werde; ich muß aber doch so handeln; es ist nothwendig, daß ich so handle." Und als der General Narvaez in die Hände Ihrer Majestät den üblichen Schwur leistete, sprach die Königin zu dem neuen Minister die denkwürdigen Worte, welche den Schlüssel der letzten Ereignisse abgeben können: „Ich bin dem General O'Donnell viel Dank schuldig; denn es ist außer Zweifel, das er den Thron gerettet hat. Allein erst jetzt, da ich Dich an meiner Seite habe, glaube ich wirklich, daß ich Königin von Spanien bin." (K. Z.)

† Madrid, 14 Oktober. Das neue Kabinet widmet in diesem Augenblicke seine ganze Aufmerksamkeit der Lebensmittelfrage. Angesichts der Unzulänglichkeit der letzten Ernte und da das Land keine Vorräthe hat, erkennt die Regierung den ganzen Ernst der Verhältnisse. Deßhalb ist sie auch nach Kräften bemüht, dem Uebel durch Getraideankauf oder sonst wie zu steuern, und hofft die Krise glücklich durchzumachen.

Madrid, 16. Okt. Die „Gaceta" veröffentlicht eine große Zahl von königlichen Dekreten, durch welche an Stelle der abgesetzten Provinzialgouverneure neue ernannt werden. — Ein anderes Dekret widerruft die Additionalakte zu der Konstitution vom Jahre 1845, d. h. es hebt die wenigen liberalen Bestimmungen auf, welche O'Donnel derselben Ehren halber noch beigefugt hatte. Ein weiteres Dekret verleiht den Bischöfen die Befugniß, dem Konkordat gemäß die heiligen Weihen zu ertheilen, und gestattet Novizen in Nonnenklöstern, das Gelübde abzulegen.

Italien.

Neapel, 13. Oktbr. Am Namenstage des Kronprinzen illuminirten die Repräsentanten Frankreichs und Englands, nicht aber der Sardiniens. Die Beziehungen dieser letzteren Macht zu Neapel sind fortwährend feindselig. — Die Vertheidigungs-Vorkehrungen werden mit doppelter Thätigkeit betrieben. — Noch hat keine Modifikation im Personal des Ministerium stattgefunden. (Siehe die Rubrik Oesterreich.)

Nichtpolitische Zeitung.

Freiburg, im Breisgau, 16. Oktbr. Heute beginnt die Weinlese am vorderen Kaiserstuhle. Während in einigen Orten die Reben sehr voll hängen, sind die Trauben in anderen Orten nur dünn gesäet. Auch dieses Jahr gibt die gewöhnliche Rebsorte viel mehr, als die edleren Arten; natürlich ist aber auch der Most ungleich geringer. Im Oberelsasse ist die Weinlese gegenwärtig im vollsten Gange. Dort wird der Ohm (100 Litres Weinmost) zu 32—36 Frs. verkauft; selbst die geringeren Mostweine in der Ebene werden nicht geringer als zu 25 Frs. verkauft. Die besseren Sorten werden sehr rasch zusammengekauft, woraus folgt, daß wir auch im Jahre 1857 keinen wohlfeilen Wein trinken werden, denn wir sind überzeugt, daß bei uns die Weine um ein Gutes theurer verkauft werden, als im Elsasse. (Heilbr. Tagbl.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 19. Oktober. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met 75¾; 4½pCt.Met. 65¼; Wiener Bankaktien 1184; 5pCt. Lomb. 86¾; Wiener Wechsel l. S. 111⅜; 3pCt. inl. span. 37¼; 1 pCt. neue 23⅝. Oesterr. Kreditaktien 172⅛. Darmstädter Bankaktien 368. Bayerische Ostbahn 101⅜. Luxemburger internationale Kreditbank 501.

London, 13. Oktbr. Die Zufuhren von engl. Waizen waren heute klein und waren sämmtlich in sehr schlechter Beschaffenheit durch das fortwährende nasse Wetter. Die Zufuhren von fremdem Waizen sind innerhalb der Woche beträchtlich gewesen und kamen größtentheils aus russischen Häfen. Fremder Waizen wurde auf vollen Preise gehalten, allein der Handel war träge und es ging heute wenig um. Bohnen und Erbsen unverändert. Von fremdem Hafer hatten wir seit acht Tagen große Zufuhr. Der Handel für gute Sorten war heute fest zu letztwöchentlichen Preisen, geringere und leichte Qualitäten aber schwer abzusetzen und eher wohlfeiler.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wodimann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 293.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 21. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 16. Okt. Professor Cornelius ist bereits hier angekommen, wird aber in diesem Semester seine Vorlesungen nicht beginnen, sondern erst im nächsten Jahre, indem er auf ein Jahr Urlaub hat, um Studien zu machen und seine literarischen Arbeiten zu vollenden. (Deutschl.)

München, 15. Okt. Bei der vor Kurzem stattgehabten Königs-Parade beging ein sich einige Tage hier aufhaltender amerikanischer Bürger J . . . . die Arroganz, sich unter die versammelte Generalität zu mischen, vor welcher die Garnison defilirte, so, daß er ziemlich nahe an Se. K. H. den Prinzen Luitpold zu stehen kam. Dieser unbesonnenen Handlung folgte auf der Stelle die Nemesis in der Person eines Gensdarmen, der den langbärtigen Amerikaner sofort auf die Polizei führte. Nach einem kurzen Verhöre wurde derselbe in seinen Gasthof eskortirt und ihm sein Paß abgenommen. In verschiedenen Kreisen hegte man sogleich die Befürchtung, es könne dieser Vorfall zu diplomatischen Verwicklungen führen (!) und auf die freundschaftlichen Beziehungen Bayerns zu Amerika störend einwirken. (!!) Glücklicher Weise zeigten sich jedoch diese patriotischen Befürchtungen als grundlos, indem sich die ganze Differenz zur allgemeinen Zufriedenheit mehr auf gastronomische als diplomatische Weise beilegte. Der Amerikaner gab die Versicherung ab, daß es ihm nicht im Entferntesten eingefallen sey, durch die zufällige Annäherung an einen Prinzen Demonstrationen machen zu wollen, und wurde auf dieses hin unter Zurückgabe seines Passes entlassen, worauf er sehr artig die näher Betheiligten zu einem feinen Diner in seinen Gasthof lud. Er reiste jedoch des andern Tags sogleich ab, indem er mit Heine gedacht haben mag:

München ist eine schöne Stadt;
Hat gute Wehr und Waffen;
Mit der bayerischen Gensdarmerie jedoch
Hab' ich nicht gern' was zu schaffen. (Fr. K.)

Aus Nürnberg 14. Okt. wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Kaum ist die Erbauung einer Eisenbahn von Gunzenhausen nach Ansbach genehmigt, so hat sich schon in Nürnberg ein provisorisches Komite für die Bildung einer Gesellschaft zum Bau einer Bahn von Nürnberg zum Anschluß an die Süd-Nordbahn nach Würzburg konstituirt. Die Bürgermeister der Stadt, die Vorstände des Gemeindekollegium und des Handelsstandes, die köngl. Bank und die angesehensten Namen und Firmen von Nürnberg stehen an der Spitze. Die Konzessionirung des Bahnbaues von Gunzenhausen nach Ansbach konnte sichtlich niemals eine nur lokale Bedeutung haben. Es ist klar, daß der Entschluß gereift ist, der Süd-Nordbahnlinie durch die westliche Führung im direkten Anschluß an Würzburg die nothwendige Vervollständigung zu geben. Es leidet aber sicher keinen Zweifel, daß für eine solche Linie die Eisenbahn von Nürnberg auf die nach Würzburg führende bayerische Süd-Nordbahnlinie ein absolut nothwendiges Mittelglied bildet. Bayerns Süden in aller Richtung wird nach Hof an die Reichsgränze, und nach Nordwesten die Bahn über Gunzenhausen und Ansbach aufsuchen. Der Norden und Nordosten wird die Linie von Bamberg über Schweinfurt nach Würzburg einschlagen, und während hier überall der direkte Verkehr gesichert erscheint, muß es heute als unabweisliches Gebot der Nothwendigkeit und Gerechtigkeit angesehen werden, daß der Osten, namentlich die wichtigen Plätze Passau, Regensburg und vorzüglich Nürnberg, nicht auf schädliche Umwege fortan angewiesen bleiben. Dies ist um so schärfer ins Auge zu fassen, als die weitverzweigten Handelsverbindungen von Nürnberg, im Fall diese Stadt den Handel von Osten nach Westen und umgekehrt auf dem kürzesten Wege vermitteln kann, auch den Bahnen von Nord und Süd Güter zuführen wird, die unter andern Umständen mit den nach Ost oder West bestimmten Gütern auch andere Linien aufgesucht haben würden. Durch die Ostbahnen und die hier gedachten Bahnen wird sich das Bahnnetz Bayerns überhaupt in einer Weise vervollständigen, daß Wesentliches kaum mehr zu wünschen übrig bleibt."

Sicherem Vernehmen nach hat der Herzog von Nassau für das germanische Museum zu Nürnberg einen jährlichen Beitrag von 100 fl. verwilligt.

Die Inschriften auf dem Königsmonument in Lindau lauten: Auf dem ersten Felde: „Maximilian II., König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und Schwaben." Auf dem zweiten Felde: „Dem Förderer des Verkehrs, Erbauer dieses Hafens und Vollender der durch Ludwig I. begonnenen Süd-Nordbahn;" auf dem dritten: „Die dadurch verbundenen Städte." Ein Kranz der Städte, 20 an der Zahl, welche zu diesem Denkmale Beiträge geleistet haben, umgibt diese Schrift. Im vierten Felde: „in dankbarer Anerkennung der Segnungen dieser Schöpfung."

Preußen. Greifswald, 17. Okt. Gestern Abend traf Se. Maj. der König, begleitet von dem Prinzen von Preußen und dem Prinzen Friedrich Wilhelm, in Greifswald ein. Se. Maj. begaben sich durch die glänzend illuminirte Stadt unter jubelndem Hurrahruf der dichten Volksmenge (schon gestern mochten wohl gegen 3000 Fremde in Greifswald eingetroffen seyn) nach dem Regierungsgebäude. (N.-Z.)

Württemberg. Stuttgart, 17. Okt. Sicherem Vernehmen nach wird gegenwärtig eine Vorlage für die Stände vorbereitet, welche für die meisten Beamten eine Besoldungs-Erhöhung zum Gegenstande hat, da bei den gesteigerten Preisen aller Lebensbedürfnisse die Beamtengehalte, die 1819 bei Lebensmittelpreisen, die nicht einmal die Hälfte der jetzigen betrugen, festgestellt wurden, viel zu niedrig bemessen sind und besonders die niedern Beamten in wirklich bedauernswerther Lage sich befinden. (N. M. Z.)

* **Freie Städte.** Frankfurt, 19. Okt. (Priv.-Korr.) Der bekannte Dr. Köberle, zuletzt Regisseur des Heidelberger Stadttheaters, hat seit Kurzem die Hauptredaktion des hier erscheinenden katholischen Blattes „Deutschland" übernommen.

* **Oesterreich.** Nicht eine Note der französischen Regierung über Räumung der Donaufürstenthümer enthielten die Wiener Blätter vom 17. Okt., wie der „Allg. Ztg." telegraphisch gemeldet worden war, sondern einen offenbar halbamtlichen Artikel als Entgegnung auf die Ausfälle, welche die halbamtlichen französischen Blätter wegen der fortdauernden Anwesenheit öster. Truppen in den Donaufürstenthümern auf die österr. Regierung seit einiger Zeit gemacht haben. Der Artikel knüpft an die neapolitanische Frage an, über die er sich folgendermaßen äußert: „Abgesehen von allem Widerspruch ihrer Prinzipien, abgesehen von allen revolutionären Eventualitäten, hat Frankreich noch einen andern Grund, die gemeinsame Flottenexpedition nicht zu wünschen. Es liegt auf der Hand, daß, wenn diese einmal stattgefunden, die französischen Schiffe sich nicht eher zurückziehen können als die englischen. England aber wird offenbar, sobald es einmal im tyrrhenischen Meer Posto gefaßt, wenig Lust bezeigen sich mit der Heimkehr zu beeilen. Die Theilnahme Frankreichs an der maritimen Okkupation wird also wider seinen Willen länger sich hinausdehnen müssen als seinen unmittelbaren Interessen angemessen ist. Dafür liefert die Okkupation Griechenlands ein Beispiel. In demselben Protokoll, in welchem die Wünsche für Reformen in Süditalien niedergelegt wurden, ward auch die Versicherung ausgesprochen, das hellenische Reich sobald als thunlich zu räumen. Nichts desto weniger sehen wir bis zur Stunde Briten und Franzosen im Piräeus wie in Athen sich breit machen, als wäre der orientalische Krieg noch in vollem Zuge. Was ist das letzte Wort dieser Okkupation Griechenlands? Die Griechen sind „russisch gesinnt." Weiter heißt es in dem erwähnten Artikel: „Die Okkupation Griechenlands bringt uns in einer natürlichen Ideenverbindung auf die Okkupation der Donaufürstenthümer. Seit mehreren Tagen lesen wir in französischen Blättern die feurigsten Diatriben gegen das Verweilen der österr. Truppen in ihren

Stellungen an der untern Donau. Wir glauben, diese patriotischen Organe thäten am besten, zuerst vor der eigenen Thüre zu kehren. Griechenland ist ein organisirter Staat, dessen Grenzen geregelt sind, der ein verfassungsmäßiges Oberhaupt, eine von allen Mächten anerkannte Dynastie hat, der von Keinem bedroht ist, als etwa von — seinen Protektoren. Die Verhältnisse des griechischen Königreichs erwarten keine definitive Lösung in Folge des jüngsten Friedensvertrags. Dort ist Alles fertig und die Okkupation der Westmächte ist eine reine Willkürsache. Wir glauben, der Tugendeifer in Paris, die journalistische Schwärmerei für „unterdrückte Völker" hätte da ein schönes Feld, die Eloquenz zu üben. Die fortdauernde Anwesenheit der österreich. Truppen in den Donaufürstenthümern, gegen welche die Pariser Presse demonstrirt, hat positive Rechtsgründe; die Anwesenheit der Westmächte in Griechenland ermangelt ihrer. Die Oesterreicher verharren in ihren Positionen an der untern Donau aus demselben Rechtstitel und zu demselben Endzwecke, der die türkischen Truppen dort verharren läßt, aus denselben Ansprüchen und Motiven, die die englischen Geschwader im schwarzen Meere zurückhalten. Alle Welt weiß, daß die Verhandlungen über die neue Grenze zwischen Bessarabien und der Moldau noch nichts weniger als beendet, oder in ihrem befriedigenden Ausgange gesichert sind; die englische Flotte hat nicht nur eine demonstrirende Umkehr in den Pontus gemacht, sie hat sogar, wie die jüngsten Depeschen melden, neue Lieferungen für jene Flottenabtheilung ausgeschrieben, was keineswegs auf eine schleunige Heimkehr hindeutet. Eine Abtheilung des türkischen Heeres ist in den letzten Tagen bis Galacz vorgeschoben worden. Es genügt nicht, daß der Friedenstraktat unterschrieben wurde, es ist auch nothwendig, daß er ausgeführt werde. Die Ausführung zu überwachen, zu garantiren, hat Oesterreich so gut die Macht und die Pflicht als jeder andere der kontrahirenden Staaten. Es kann Frankreich genehm seyn, den ihm gebührenden Antheil an dieser Ueberwachung an England zu übertragen und die britische Flotte auch als französischen Delegirten ins schwarze Meer auf Exekutive zu schicken. Oesterreich hat Niemanden, dem es für dieselbe Aufgabe an der untern Donau seine Rechte und Pflichten übertragen kann und will. Alle Achtung vor der Tapferkeit der osmanischen Truppen, aber da die österreichischen nur einmal in den Fürstenthümern sich befinden, so ist es besser sie halten, so lange es nöthig und traktatmäßig ist, selbst ihren Posten, statt ihn an einen Delegirten zu übertragen. Wir wiederholen es: England, die Pforte und Oesterreich stehen in der fortdauernden Okkupation einiger Gebietstheile des früheren Kriegsschauplatzes auf dem gleichen Rechtsboden. Von dem Momente an, wo der Friedensvertrag seinen wirklichen Vollzug erhält und die neue Gränze festgesetzt und anerkannt seyn wird, erlischt für die Westmächte das Recht, die Neutralisation des schwarzen Meeres durch die Flotten zu verletzen, erlischt für Oesterreich und die Pforte das Recht und die Nothwendigkeit, ihre Truppen in den beiden Fürstenthümern zu postiren."

Dänemark.

Der „Ndd. Ztg." wird aus Kopenhagen Folgendes geschrieben: „Bei den zuletzt abgehaltenen Militär-Manövers, welchen der Vizekönig von Norwegen beiwohnte, fanden mehrere Unglücksfälle statt, indem dänische und deutsche Soldaten einander mit Ladestöcken schossen. Es ereignete sich dabei der Umstand, daß Se. Maj. der König, der die dänische Abtheilung persönlich befehligte, während die gegenüberstehende deutsche von Prinz Christian kommandirt war, auf einen Ladestock aufmerksam gemacht wurde, der die Nummer eines deutschen Bataillons trug. Der König befahl, sofort eine Ordonnanz in das Lager des Prinzen Christian zu schicken, mit der Weisung, daß sogleich eine Untersuchung anzustellen und der Schuldige exemplarisch zu bestrafen sey. Der Prinz hielt Rath mit seinen Offizieren und es wurde nachgewiesen, daß den Deutschen nicht weniger als fünf Ladestöcke von den Dänen zugesandt waren, die der Prinz durch seinen Adjutanten Lindholm an den König schickte, mit der Aeußerung, daß es an ihm sey, Bestrafung derjenigen Soldaten zu verlangen, die gegen seine Leute aus Vergessenheit außer Steinen auch noch die Ladstöcke verschössen. Mehrere Soldaten sind an den erhaltenen Wunden gestorben."

Schweiz.

Alle Schweizeroffiziere in neapolitanischen Diensten, welche auf Urlaub in ihrer Heimat waren, haben Befehl erhalten, sich sofort zu ihren Regimentern zu verfügen.

Bern, 14. Okt. Der Bundesrath hat jetzt den Kantonen die letzten Bundesbeschlüsse, betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Israeliten, mitgetheilt, und sie aufgefordert die bestehenden Gesetze mit denselben in Einklang zu bringen, und bis dahin den schweizerischen Israeliten die ihnen laut Bundesverfassung nunmehr zustehenden Rechte auch zukommen zu lassen. Dabei wird speziell daran erinnert, daß nach obigen Beschlüssen nunmehr israelitische Kantonsbürger in allen Beziehungen den übrigen Bürgern gleichzustellen sind. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 17. Okt. Die Königin, die gestern um ¼ vor 8 Uhr Morgens aus Edinburg abgefahren war, traf Abends um 6 Uhr 25 Min. in London ein, von wo sie, ohne sich aufzuhalten, nach Windsor weiter fuhr. Die 586 englische Meilen betragende Strecke zwischen beiden Hauptstädten wurde somit in weniger denn 10 Stunden zurückgelegt. (N. K.)

Spanien.

° Aus Spanien kommen uns nur erwartete Nachrichten zu: Narvaez entspricht den Erwartungen, die man von ihm gehegt hat, mit der ihm eigenen Energie. Nachdem die Zusatzacte zur Konstitution abgeschafft worden ist, führte er auch das alte Gesetz über die Municipalitäten und die Provinzial-Deputationen wieder ein. Das wird nun so fort gehen, so lange noch Etwas in diesem Sinne zu thun ist. Zunächst haben wir eine Einladung an die Königin Christine zur Rückkehr nach Spanien zu erwarten. Es heißt auch, daß der Marschall gesonnen sey, der Industrie des Landes einen Aufschwung zu geben, damit das Land von den revolutionären Tendenzen durch die neue Richtung der Geister abgelenkt werde.

Italien.

* Wir theilen eine Korrespondenz des „Constitutionnel" aus Castellamare vom 7. Oktbr. im Auszuge mit. — Nachdem der Korrespondent gegen alle die falschen Behauptungen derer, welche sich zu Advokaten des Königs von Neapel machen, Verwahrung eingelegt hat, fährt er fort: „Nirgends ruhte seit Jahren ein solcher Druck auf dem Volke wie in Neapel, und doch wurde überall ausposaunt, daß man Nichts von der Unzufriedenheit des Volkes zu fürchten habe, und gerade die Anhänglichkeit der Nation die festeste Stütze des Thrones sey. — In ganz Italien ist anerkannt, daß die Neapolitanische Polizei einsichtslos ist und viel Plackereien verursacht, daß sie im höchsten Grade käuflich ist und Alles aufzubieten scheint, um das Volk zu plagen und auf's Aeußerste zu treiben. So sanfter Natur auch das Volk seyn möge, so könne man doch leicht den Augenblick einer Erhebung voraussehen. Der König sey auch gar nicht so ruhig, wie man behaupte; das beweise sein langer Aufenthalt in Gaeta, wo er sich mit unendlichen Vorsichtsmaßregeln umgebe. Wolle z. B. ein Reisender sich von Capua nach Gaeta begeben, so lasse man den Telegraphen spielen und erst mit Bewilligung des Königs könne er seine Reise fortsetzen. Beträchtliche Truppenmassen sind in Neapel zusammengezogen, und Transportmittel liegen fortwährend auf dem Meere bereit. — Der Korrespondent betrachtet dann die Folgen, welche eine etwaige revolutionäre Bewegung haben würde; entweder müßte man den König mit bewaffneter Hand wieder einsetzen, oder den Thron einem andern geben; daraus würden aber ernste Schwierigkeiten, und selbst Gefahren für die Ruhe Europas hervorgehen. Die verbündeten Mächte, deren Beistand also sehr wohl einst vom Könige von Neapel angerufen werden könnte, hätten daher, meint er, auch das Recht, dem Letzteren Rathschläge zu ertheilen, denen selbst Oesterreich seine Zustimmung gegeben habe, und deren Befolgung offenbar im Interesse des Königs liegt.

Turin, 14. Oktbr. Auch hier ist die Geldkrisis sehr empfindlich. Um die Ausfuhr von Baar-Geld zu verhindern, stellt die hiesige Bank den Kaufleuten, welche Geld zu versenden haben, Anweisungen auf Paris, Lyon und Marseille aus. Außerdem erhöht sie den Preis ihrer Anweisungen auf verschiedene Succursale von ½ auf 1pCt. und nimmt die Noten der Bank von Genua nur noch mit 2pCt. Verlust an.

Rußland und Polen.

Petersburg, 11. Okt. Ein Ukas befreit alle Diejenigen, welche im Jahre 1826 vom Ober-Criminalhofe verurtheilt wurden und, aus Sibirien entlassen, schon wieder in den inneren russischen Gouvernements leben durften, von jeder noch auf ihnen lastenden Beschränkung. Eben so erhalten sie und ihre Kinder den Erb-Adel zurück; ihre Güter bleiben jedoch confiscirt. Einzelne Amnestirungen polnischer und russischer politischer Verbrecher werden außerdem noch jeden Tag veröffentlicht. (N. Pr. Z.)

Aus Petersburg, 11. Okt., wird dem „Nord" geschrieben, das Tagesgespräch sey die Entdeckung eines ausgezeichneten Labradorit Lagers im Gouvernement Kiew, unweit des Dniepr, in einer zusammenhangenden Masse von sieben Werst, mit einer Dicke von 5½ Saschene (1 Sasch. 7½ Fuß), einem Kubikgehalte von 450,000 K.-Saschenen und einem Gewichte von 530 Mill. Pud (1 Pud ist ohngefähr 28 bayer. Pfund), so daß man den Labradorit fortan nicht nur zum Architekturschmucke, sondern zu Palastbauten selbst benutzen könne. Wir geben diesen Bericht

wie wir ihn finden, obgleich die Angaben stark aufgetragen zu seyn scheinen. Demselben Berichterstatter des „Nord" zufolge soll das Kohlen-Bassin an den Ufern des Don an 20,000 Quadrat-Werst Umfang haben und „auf Tausende von Jahren eine genügende Menge Steinkohlen und Anthracit allen Völkern des Erdkreises liefern können." Dazu sollen noch Kohlen-Lager kommen, „die zu beiden Seiten des Ural, Kaluga, Tula, Nowgorod, Archangel u. s. w. aufgefunden wurden"; ferner Blei-Lager von 60 Werst (7 Werst = 1 deutsche Meile) Umfang und 70 pCt. Metall im Orenburgischen, sowie Schwefelgruben in Samara und Simbirsk. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

* Frankfurt, 19. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) Während auf unserm gestrigen sehr stark befahrenen Markte die Kartoffeln auf 2½ fl. per Malter zurückgingen, steigt der Preis der Butter fortwährend und kostete gestern das Pfund derselben 33 bis 34 kr.

⁂ Aus der Wetterau, 18. Oktbr. (Privat-Korresp.) In Folge der schon mehrjährigen hohen Fruchtpreise haben unsere größeren Oekonomen wahrhaft glänzende Einnahmen; aber auch der gewöhnliche Bauersmann besitzt dermalen reichliche Mittel, so daß die Abgaben, namentlich die Zehntrenten, nicht nur recht eingehen, sondern oft im Voraus bezahlt werden. Neuerworbene Grundstücke können diese Leute von dem Ertrage weniger Ernten bezahlen. Auch den Taglöhnern geht es gut. Ihre Zahl ist in Folge der Auswanderung sehr vermindert worden und sie werden daher sehr gesucht und besser bezahlt. Größere Oekonomien würden ohne Dreschmaschinen jetzt kaum auslangen. Unter diesen Umständen ist die Auswanderung, die noch vor mehren Jahren ganze Züge von Familien nach Amerika führte, und manche Dörfer decimirte, so daß viele Häuser leer stehen, jetzt gänzlich ins Stocken gerathen, zumal Briefe und Zurückkehrende schlechte Nachrichten aus Amerika gebracht haben. Unsere Sparkassen, die früher so sehr in Anspruch genommen wurden, namentlich auch durch den Ankauf von Güterkaufschillingen Auswandernder, sind jetzt oft in Verlegenheit, wie sie ihr Geld anlegen sollen. Nur die Besoldeten befinden sich in übler Lage.

* Paris, 17. Oktbr. Ein Hr. Franz Coignet hat eine merkwürdige Erfindung gemacht; er konstruirt nämlich Zimmerdecken, Dächer rc. ohne Tragbalken, aus zusammengeballten Mörtel. Es ist ihm gelungen, Zimmer von 22' Länge und 9 Fuß Breite zu überdecken, ohne dabei einen einzigen Balken, sey er von Holz, oder von Eisen, anzuwenden. Der untere Theil der ganz horizontalen Zimmerdecken kann beliebig mit Zierrathen versehen werden, ohne daß dadurch der Preis erhöht wird. Die Tragbarkeit der Zimmerböden und der platten Dächer ist so groß, daß man ohne Gefahr 2000 Pfund Sand auf 1 Quadrat-Meter bringen konnte. Der Erfinder zählt folgende Vortheile seines Systemes auf: Bedeutende Ersparniß, außerordentliche Festigkeit, keine Reparatur, Unverbrennbarkeit und Undurchdringlichkeit für Wärme und Kälte. Bei diesem System ist das ganze Haus gleichsam ein Guß von Mörtel.

* Vor einiger Zeit wurde eine glänzende Wohnung in der Rue Saint Honoré zu Paris von einem Herrn gemiethet und bezogen, der den Ehrenlegion- und einen fremden Orden im Knopfloch trug und durch seine zugleich vornehmen und höflichen Manieren den Gentlemen bekundete. Dieser Mann ließ sich v. Erneville, Bankier, nennen und schien sich diesem Berufe in der That auch mit Eifer hinzugeben; denn fortwährend sah man Leute mit Tratten und ähnlichen Papieren kommen, Gelder empfangen, während von Anderen reichlich gefüllte Säcke herbeigebracht wurden. — Uebrigens bezahlte der Bankier seine in der Nachbarschaft ausgewählten Lieferanten auf's Beste, zeigte sich gegen den Portier und gegen alle Leute, die mit ihm in Berührung kamen, auf's Freigebigste, so daß er im ganzen Quartiere bald des ausgezeichnetsten Rufs genoß. — Ungefähr zur selben Zeit war in einem komfortablen Hotel des Quartiers St. Denis ein dicker Herr, dem man den Deutschen beim ersten Wort anhörte, mit seinem Diener abgestiegen. Der Dicke, welcher sich in das Fremdenbuch unter dem Namen Moritz Cahn, Associe des Handelshauses Cahn und Comp. in Frankfurt a.M., einschrieb, machte einen seinen Verhältnissen entsprechenden Aufwand; er äußerte, daß er mit bedeutenden Einkäufen beauftragt sey und bald — denn in Paris erfährt man Alles — belagerten die Courtiers der größeren Geschäfte sein Gemach. Er begab sich persönlich zu den Kaufleuten, welche ihm Muster geschickt hatten, nachdem er sich jedoch vorher überzeugt hatte, daß sie in keiner Beziehung zu einander stehen. Dort wählte er Waaren aus und bot zu deren Bezahlung Tratten verschiedener deutschen Geschäftshäuser, jedoch alle auf den Bankier von Erneville, Rue St.-Honore, lautend, und von diesem acceptirt, an. Um sich von des Letztern Unterschrift überzeugen und zugleich Erkundigungen über das Haus von Erneville einziehen zu können, drang Hr. Cahn darauf, daß vor dem Abschlusse des Geschäfts die Tratten 2 bis 3 Tage in den Händen des Kaufmanns bleiben. Die Erkundigungen über den Bankier lauteten auf allen Seiten ausgezeichnet, dieser erkannte die Aechtheit seiner Unterschrift an und die Kaufleute beeilten sich natürlich, ihre Waaren gegen die Wechsel abzuliefern und obendrein noch hinauszuzahlen. Aber der Bankier, sein Kommis und Auslaufer, der Kaufmann und sein Bedienter waren, wie der scharfsinnige Leser bereits errathen haben wird, nichts als Gauner und zwar erst kürzlich aus dem Zuchthause von Melun entlassene Spitzbuben, die sich zur Ausführung dieses Hauptstreiches vereinigt hatten. Zwei von ihnen gingen beständig aus und ein; Einer brachte häufig, aber unter verschiedenen Costümes, Tratten zu dem Banquier und ging mit den Geldsäcken weg; der Vierte nahm diese Säcke an einem übereingekommenen Orte in Empfang und brachte sie, als käme er vom Incasso zurück, nach Hause. Die Waaren, welche dem s. g. Herrn Moritz Cahn in sein Hotel geschickt wurden, wurden von ihm einem andern Associé zugestellt, der sie zu niedern Preisen in der Banlieue absetzte. Alle Wechsel hatten gleiche Verfallzeit und als diese nahte, bereiteten die Industrie-Ritter sich vor, mit einer bedeutenden Summe aus dem Neste zu fliegen, als die Pariser Polizei, scharfsichtiger als die Kaufleute, etwas witterte, den so wohl ausgeheckten Plan im Augenblick des Gelingens ungebeten störte und sich der Herren, die sich, das muß man sagen, ihrer Rollen sämmtlich vortrefflich entledigt hatten, noch zur rechten Zeit bemächtigte.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 13. bis 19. Oktbr.)

Samstag. Unsere Börse zeigte in verflossener Woche wieder bedeutende Schwankungen, welche indessen nicht von dem Platze selbst ausgehen, sondern lediglich Rückwirkung der auswärtigen Notirungen sind. Die Variationen in Paris, London und Wien sind theils von politischen, mehr aber noch von finanziellen Einflüssen bedingt. Die ersten Wochentage zeichneten sich ganz besonders durch niedrige Kurse aus. Die Contremine — und sie ist bedeutend hier und im Auslande — war dabei nicht unschuldig, die Reaktion aber war zu erwarten, theils gründete sie sich auf gute Käufe, theils auf bessere politische Berichte wegen Neapel. Einer ernstlichen Besorgniß in dieser Frage hat die Börse bis jetzt wenig Raum gegeben. Von österr. Fonds haben sich besonders National und Metalliques gebessert. Erstere gehen fortwährend in feste Hände über. Außerordentlich wohlfeil sind Bankaktien. Der Wirbelwind berührt sie nicht. Die Bank zahlt nicht in Silber, nimmt aber jetzt 5 pCt. statt 4 pCt., und so hat sie das Gute ohne die Schattenseite, eine gute Dividende ist außer Zweifel — dabei die Ueberzeugung, daß Alles, was zu Gunsten der aufzunehmenden Baarzahlungen einst geschieht, eben sowohl wieder zu Gunsten der Bank geht. Süddeutsche Fonds fest und ohne viel Umsatz. Bayerische Obligationen beliebt und fehlend. Kolossal war der Umsatz in österr. Kredit-Aktien, die sich wieder etwas erholten. Diese Bewegungen gründen sich weder auf die Hoffnung der nahen Dividende noch auf die Furcht, daß die Anstalt noch Besitzer enormer Summen Eisenbahn-Aktien sey; sie waren reines Börsenspiel und verdienen keine andere Bezeichnung. Die übrigen Kredit-Aktien notiren mehr oder minder schlechtere Kurse. In Beziehung auf Darmstädter haben wir zu bemerken, daß die gerüchtweise angekündigte Fusion der Zettel- mit der Kreditbank bis jetzt unbegründet, wohl aber eine gemeinschaftliche Direktion beider in Aussicht gestellt ist. Luxemburger konnten auch dem Andrang von Verkäufern nicht widerstehen, dafür gehen sie jetzt aus den Händen der Spekulanten mehr in festen Besitz über, ebenso die landgräfl. hessischen. Meininger bleiben in den Kursen 102 bis 103 und Weimar 130 bei geringem Umsatze. In Norddeutschen wurde ziemlich viel gemacht; es hält sie das Vertrauen in die Namen. Spanische Kreditaktien in langsamem aber stetem Fall. Rothschild bei Pari angelangt, dagegen Pereire noch mit 17pCt. Agio bezahlt. Frankfurter Bankaktien, vorher ein Schooßkind, werden jetzt auf die Straße gejagt. Ein ernstlicher Grund ist nicht zu finden, außer forcirten Verkäufen. Oesterr. Staatsbahnen unterliegen den Einflüssen der starken Arbitrage von Wien und Paris, werden aber täglich von Kapitalisten gekauft. Livorneser haben sich durch Käufe für das Inland etwas gebessert. Bexbacher und Weißenburger fester, in Ostbahn an manchen Tagen eine ungewöhnliche Thätigkeit. Sie stehen ¾ pCt. über den bayer.

Obligationen, soviel kostet jetzt die Chance, einst bedeutend höhere Zinsen zu machen! Den bayerischen Bahnen scheinen sich in letzter Zeit viele Anlagen zuzuwenden und gewiß nicht mit Unrecht. Hanauer sind ziemlich gewichen; Taunus noch immer fehlend. Oesterr. Westbahn und Nahebahn fast unverändert; erstere folgen den Wiener Notizen. Von Loosen schwankten österr. 1854r um mehrere Prozent, schlossen aber etwas niedriger; die übrigen fast ohne Veränderung. Der Geldstand ist relativ ganz günstig. Die badische Regierung hat die hiesigen Bankhäusern gekündigten 3 Millionen denselben zu besseren Zinsen (man sagt 4 pCt.) wieder gelassen, und diese Kapitalien kommen unserer Börse zu Gute. Alle Devisen waren dennoch leicht zu verwerthen, besonders London und Paris gesucht. Thaler-Devisen matter, da die Berliner Börse eher Fonds aufnimmt und mit vielen Sachen über andern Börsen steht. Das Getraidegeschäft scheint in Preußen für den Export zu stocken, sonst würde es allein schon auf die Wechselkurse influiren. Wir schließen diesen Bericht mit dem Ausweis der letzten Wochentage, welche unsere Ansicht bethätigen. Der Pariser und der Londoner Markt sind kränker als wir — und diese Krankheit ist eine langwierige. Daher sind alle Kursbesserungen vorerst künstliche und mit größter Vorsicht aufzufassen. (Aktionär.)

Frankfurt, 20. Oktober. Die Börse eröffnete in fester Stimmung für sämmtliche Effekten, das Gerücht der Abberufung der Gesandten übte einen nachtheiligen Einfluß auf die Kourse aus und schlossen sämmtliche Fonds matter.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 77⅞P. 77¾G. 5pCt. Lombard-Ven. 87 P. 86½ G. Metall. alte à 5pCt. 76P. 75½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86½P. 86 G.; à 4½pCt. 66¼ P. 66G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56⅛ P. — G. **Preussen.** 4½pCt. Staatsschuldscheine 85½ P. 85 G **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. — P. 89 G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94½G.; 4½pCt. 100½ P. 100 G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅛P. 89⅞ G.; 4½pCt. 102 P. — — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 90¾P. 90¼G.; à 4pCt. 99 P. 95½ G.; 4½pC. 102 P. — — G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¼P. 88¾G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82½P. — G.; à 3½pCt. 90½ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37½P. 37¼G.; 6½pCt. neue 23⅝P. 23¼G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1187P. 1183G. Neue Bankaktien 308 P. 301 G. Credit-Actien à 5pCt. 171 P 169G. Darmstadter Bankaktien alte 366 P. 361 G.; junge 327½P. 325½G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 505 P. 500 G. Mitteldeutsche Creditbank 103 P. 102½G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 107 P. — G. Frankf. Bankaktien 110½ P. 110 G. Span. Kreditaktien Emis. Hullschuld 505 P. 560 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 591 P. 587 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 242P. 240½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 136¼P. 135¾G. Neustadt-Weissenb. 103⅜ P. 102⅞G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101¾ P. 101¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 316 P. 314 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 81½ P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. a 5pCt. 78⅝P. 78⅜ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 94½ P. 94 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 114 P. — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 98⅜ P. 98⅛ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛P. 47⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 116½ P. — G. à fl. 25 34½P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅞G. Nass. Loose a fl. 25 35⅜ P. 34⅞ G. Sard. Loose bei G. Bethmann 43¾ P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S. 100P. — G.	Lond. Lst. 10 k. S. — P. 117⅜G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120P. 119¾G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99½P — G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¼P. 93 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾P 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Bremen 50 Thlr. Lsd. k. S. 97½P. — G.	Wien ö. W. 100 fl. k. S. 112⅜P. 112⅛ G.
Hamb. 100 M. Bco. k. S. 88½P. — G	Wien 3 M. mit 4% 112⅛P. 111⅞G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅞P. — — G	Disconto P. 6 1/4 G

Frankfurt, 14. Oktbr. Während Rohzucker in England oder Holland in den letzten Tagen wieder angenehmer war, drängte man sich von Seiten der Fabrikanten und Zwischenhändler von Rübenmelisse zum Verkaufe. Köln kann nicht folgen und bleibt darum ganz still, da der große Preisunterschied von 1 a 1½ Thlr. Geschäfte für diesen Platz unmöglich macht. Wir sind jetzt mit dem Zuckerhandel an der wichtigen Epoche angelangt, auf welche wir schon vor 6 Monaten aufmerksam machten, mit dem Hinzufügen, daß sämmtliche Zuckersorten einen namhaften Rückgang nehmen müßten, sowie einmal die neue Rübenkampagne eröffnet und die inländischen Fabrikate an Markt gebracht würden. Diese Epoche ist jetzt da, und die erste Wirkung ihrer Erscheinung ist vorstehender erheblicher Fall von 1 a 1½ Thlr. Es sind bereits neue Rübenmelisse im Handel; denn da von dem Momente an, wo die Rüben in die Fabrikation genommen werden, den 15. oder 20. Tag, der erste und feinste Melis aus den Rüben schon versendbar ist, so ist es ganz natürlich, daß jeder Fabrikbesitzer möglichst schnell den bisherigen hohen Zuckerpreis zu genießen sucht und sich an Markt drängt. Die Rüben sind zudem sehr gerathen und werden in Folge des für sie ausgezeichnet ausgefallenen Wetters bestimmt 10—11 pCt. Zuckermasse liefern. Daß daher wenigstens bis zu Pfingsten künftigen Jahres die indischen Raffinerien die energischste Konkurrenz mit den inländischen Fabrikaten auszuhalten haben, ist ganz natürlich.

Neueste Nachrichten.

Bayreuth, 18. Okt. Trotz der allgemeinen Entmuthigung betreffs der Aktienunternehmungen, eine Entmuthigung, die sich freilich auch nur an größern Plätzen fühlbar macht, zeigt die Theilnahme an den projektirten Schurfarbeiten auf Kohlen in hiesiger Gegend einen recht erfreulichen Fortgang. Eine sehr namhafte Summe ist bereits gezeichnet, und es steht mit Nächstem die Konstituirung der Gesellschaft in Aussicht. Es ist eine Lust, zu beobachten, welch' frischer Unternehmungsgeist seit kurzer Zeit hier aufblüht und sich allmählich auch den Schichten der Gewerbetreibenden mittheilt. Den industriellen Elementen scheint es vorbehalten zu seyn, der hiesigen Stadt und Gegend ihre einstige Blüthe wieder zu verschaffen. (N.K.)

Paris, 18. Oktbr. Es scheint außer Zweifel, daß die Westmächte gegen das Verbleiben der Oesterreicher in den Donaufürstenthümern eine Art von Demonstration beschlossen haben. Das französische Geschwader im Piräeus, bisher bloß aus 7 Schiffen bestehend, wird verstärkt werden, und schon haben der „Héron" und der „Salamanca" Befehl erhalten, dorthin abzugehen und sich unter die Befehle des Admirals Bouet-Willaumez zu stellen. (Fr. J.)

Paris, 20. Oktbr. Der heutige „Moniteur" enthält eine Note, worin daran erinnert wird, daß der Pariser Kongreß den Zweck gehabt habe, den Frieden Europas zu sichern. Da die neapolitanische Regierung die freundschaftlichen Rathschläge der Westmächte mit Hochmuth beharrlich zurückgewiesen habe, so seyen die Letzteren genöthigt gewesen, die bisherigen diplomatischen Beziehungen zu der neapolitanischen Regierung abzubrechen. Frankreich und England hätten Geschwader zusammengezogen, da die Sicherheit ihrer in Neapel ansäßigen Unterthanen gefährdet werden könne, allein sie würden dieselben nicht in die Gewässer Neapels senden, um nicht diejenigen zu ermuthigen, die den neapolitanischen Thron zu erschüttern suchen. Wenn die neapolitanische Regierung ihr wahres Interesse begreife, so werden die Westmächte sich glücklich schätzen, die freundschaftlichen Beziehungen zu ihr wieder anknüpfen zu können. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Marseille, 17. Oktbr. Das Dampfboot „Bastia" hat die Mittheilung überbracht, daß Admiral Dundas am 14. den Befehl zur Abfahrt erhielt, und daß am folgenden Tage das britische Geschwader in See ging. (Fr. J.)

Die inspirirte „Indépendance Belge" versichert, daß zwischen Frankreich und Rußland trotz Bolgrads die besten Relationen bestanden; man soll sogar die demnächstige Ankunft der Großfürstin-Wittwe Helene Paulowna in Paris (Schwägerin des Kaisers Nikolaus), die es wegen ihrer Gesundheit besuchen wolle, erwarten. (N. C.)

Privatkorrespondenzen melden, daß die Nachricht von der Ankunft des westmächtlichen Ultimatums in Neapel telegraphirt sey.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 294. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 22. Oktober 1856.

* Narvaez und Napoleon.

Die halbamtlichen Pariser Blätter wollen uns glauben machen, die französische Regierung habe, als Narvaez nach Spanien abreiste, nicht im geringsten geahnt, daß seine Erhebung zum Ministerpräsidenten so rasch erfolgen werde, daß er so zu sagen das Portefeuille schon in der Tasche hatte. Uns scheint dies nicht recht glaublich; wenn die französische Regierung im Ernst es hätte verhindern wollen, daß Narvaez an's Ruder komme, hätte sie Mittel genug dazu in Händen gehabt. Im Gegentheil Narvaez ist ihr ganz recht; nur möchte sie den Schein vermeiden, als habe sie dabei direkt oder indirekt die Hand im Spiel gehabt. Sie möchte nicht kompromittirt seyn vor England, noch vor der öffentlichen Meinung, falls etwa die Dinge in Spanien einen unglücklichen Ausgang nähmen. So gibt sich denn die Regierung Napoleons III. die Miene, als nehme sie den Ministerwechsel in Spanien lediglich als eine vollendete Thatsache hin, zu der sie nichts gethan und die sich nicht ändern lasse.

Daß Narvaez nicht eine allzu reaktionäre Politik einschlage, mag der französischen Regierung vielleicht in Wahrheit am Herzen liegen, weil eine solche unfehlbar rasch zu einer neuen Katastrophe führen würde, die auch auf Frankreich zurückwirken könnte. „Narvaez, so wird der „Fr. Postz." von einem Pariser Korrespondenten geschrieben, Narvaez darf bloß dann auf Frankreichs moralischen Beistand rechnen, wenn er eine gemäßigte, versöhnliche Politik beobachtet. Man würde ihm für seine Mäßigung um so mehr Dank wissen, als man die Konzessionen, die er einräumte, als eben so viele Opfer ansehen würde. Dann würde er alle persönlichen und Parteileidenschaften beschwichtigen und Zeit gewinnen, um sich namentlich mit den Bedürfnissen des Landes zu beschäftigen. Dies ist sicherlich eine schöne Mission für Narvaez; denn jenseits der Pyrenäen ist Alles theils neu zu schaffen, theils umzuformen. Vor Allem ist eine solide Regierungsgewalt herzustellen, der Kredit und das Finanzwesen zu regeln, der Ackerbau, die Industrie und der Handel zu ordnen, und dann hat Spanien in Bezug auf zeitgemäße Einrichtungen und Unternehmungen noch unendlich viel nachzuholen. Die Erfüllung einer solchen Mission ist ohne Zweifel eines großen Mannes würdig. Wenn aber in Spanien bloß ein Personen- und Namenwechsel stattgefunden hat, wenn unter den Händen des Marschalls Narvaez jene geheimen, unheilvollen, demoralisirenden Umtriebe fortdauern, welche Spanien so tief in den Abgrund gestürzt, so wird ihm wohl keine Macht, und namentlich Frankreich nicht, eine moralische Unterstützung zu Theil werden lassen." Das wäre allerdings recht schön, und sicher wäre es Napoleons eigener größter Vortheil, wenn der für Frankreich so sehr eingenommene Narvaez auf längere Dauer an der Spitze der spanischen Regierung bliebe. Aber wer kann das hoffen in diesem durch und durch unterwühlten Lande?

Deutscher Bund.

Bayern. München, 18. Okt. Se. Maj. König Max hat dem Kaiser von Oesterreich zwei Wagenpferde von seltener Schönheit aus dem kgl. Marstalle dahier zum Geschenk gemacht, welche vorgestern von hier an das kaiserl. Hoflager in Ischl abgegangen sind. (Allg. Z.)

Weiden in der Oberpfalz ist gemäß Ministerial-Entschließung vom 24. Septbr. als Sitz eines Bezirksgerichts bestimmt. (1 Direktor, 5 Räthe, 3 Assessoren, 2 Protokollisten und ein Staatsanwalt.) (N. Korresp.)

Preußen. Berlin, 19. Okt. Der König hat dem Bildhauer Hartung in Berlin den Antrag ertheilt, eine kolossale Statue des verstorbenen Königs anzufertigen, die auf dem Schloßplatz der Festung Ehrenbreitstein aufgestellt werden soll. (Fr. Postz.)

Magdeburg, 14. Oktbr. Ueber die Versammlung der Anhänger des Hrn. v. Pochhammer (Irvingianer), welche am 12. Okt. Morgens in dem Bethause der deutschkatholischen Gemeinde stattgefunden hat, geben dem Magdeburger Korrespondenten folgende Notizen zu: „Die Zahl der Anwesenden belief sich auf circa 100, zu ungefähr zwei Dritttheilen dem weiblichen Geschlecht angehörige Personen. Hr. v. Pochhammer erschien zum ersten Male in seinem Ornate, welcher, wenn wir nicht irren, den Grad der „Apostel" in der Irvingianergemeinde kennzeichnet. Derselbe bestand in einem langen bis auf die Knöchel reichenden weißen Gewande, um die Hüften von einem gleichfarbigen Gürtel zusammengehalten, und einem dunkelrothen Unterkleide, bis auf die Erde herabfallend. Um den Hals schlang sich eine weißseidene, goldgewirkte, in der Mitte, also an der Stelle, wo sie den Nacken bedeckte, mit einem goldenen Kreuze verzierte Stola. Der der Kommunion vorangehende Gottesdienst bestand zum großen Theil aus Gemeindegesängen und langen von Hrn. v. Pochhammer gesprochenen Gebeten. Die Absolution, welche den „Dienst im Vorhof" schloß, wich insofern von der in der evangelischen Landeskirche üblichen ab, als nicht der Priester als Derjenige erschien, der kraft seines geistlichen Amtes die Sündenvergebung verkündet, sondern als dieselbe in der Weise zugesagt wurde, daß Gott sie allen reuigen Sündern um des Opfertodes Jesu Christi willen verheißen hat. Der „Dienst im Heiligthum" begann mit der Vorlesung der Sonntagsepistel, wobei Hr. v. Pochhammer auf der zweiten Stufe des Altars stehend, das Gesicht nach Süden wendete. Demnächst folgte die Einweihung der heiligen Geräthe (Patene, Kelch, zwei Kannen und zwei weiße Tücher) und, von der andern Seite des Altars aus, die Verlesung des Sonntagsevangeliums, an die sich eine Homilie anschloß. Als der Inhalt der beiden an der Thür ausgestellten Büchsen von dem Subdiakon (einem hiesigen Schuhmachergesellen) auf den Altar niedergelegt werden sollte, entfernte Hr. v. Pochhammer zuvor die heiligen Gefäße und stellte sie erst nach vollbrachter Oblation wieder auf. Demnächst der „Dienst im Allerheiligsten." Die Weihe von Brod und Wein erfolgte unter Gebeten, bei welchen die Einsetzungsworte gebraucht wurden. Die „Elevation" sowohl des Brods als des Weins (in der katholischen Kirche Elevation der Monstranz) geschah mit beiden Händen. Die Zeit zwischen der Einweihung und der Austheilung des heiligen Mahls wurde mit Gesängen und Gebeten ausgefüllt, zwischen welchen auch die Fürbitte für den König, das Königshaus, die Stadt, die Obrigkeit und die Geistlichkeit eingefügt wurde. Das heilige Mahl spendete Herr v. Pochhammer, vor dem Altar knieend, zuerst sich selbst und dann den Kommunikanten. Letztere ließen sich ebenfalls auf die Knie nieder und empfingen mit beiden Händen die Hostie und den Wein. Die Zahl der Theilnehmer belief sich auf 56 (33 Frauen und 23 Männer). Nachdem mit der Absingung des Ambrosianischen Lobgesanges der eigentliche Gottesdienst beendet war, ließ Herr v. Pochhammer mehre der Anwesenden, welche nicht kommunizirt hatten, herantreten und sie die Ueberreste des heiligen Mahles verzehren, worauf er selbst noch die letzten Brodsamen auf der Patene sammelte, genoß und die letzten Tropfen des Weins aus dem Kelch trank. Herr v. Pochhammer hat gestern seinen letzten Vortrag hier gehalten und ist heute nach Erfurt abgereist, um dort seine Wirksamkeit zu beginnen."

Torgau, 14. Okt. Unsere Stadt wird künftig ein sehr nützliches Institut mehr haben, einen sogenannten Vorschußverein, wodurch namentlich Handeltreibenden und Handwerkern manche für ihr Geschäft nachtheilige Geldverlegenheit erspart werden kann. In der am 14. Sept. zu diesem Behufe stattgehabten Versammlung und nach derselben haben sich bereits über 60 Mitglieder zum Beitritt gemeldet und das Statut vollzogen. (Magdeb. Ztg.)

* Am 17. Okt. wurde unter großen Festlichkeiten die Bahn von Oberhausen über Wesel und Emmerich zum Anschluß an

den rheinischen Schienenweg von Arnheim nach Amsterdam und Rotterdam eröffnet, und hiemit die ununterbrochene Eisenbahn-Verbindung zwischen Köln resp. Deutz und den Niederlanden am linken Rheinufer hergestellt.

Kurhessen. Aus Kurhessen, 16. Okt. schreibt die „B.-B.-Z.": „Unsere Regierung liegt gegenwärtig mit der fürstlich Thurn und Taxis'schen Oberpostbehörde in Streit wegen der Einführung der Ambulanten-Posten innerhalb des Kurstaats. Die Oberpostbehörde weigert sich mit Hinweisung auf den Kostenpunkt, auf die Intentionen der Regierung einzugehen und diese hat darauf die Erklärung abgegeben, keinen Vorschlag des Erblandpostmeisters zu genehmigen, bis die Einrichtung ambulanter Posten eine beschlossene Sache ist."

Baden. Heidelberg, 18. Okt. Der hiesigen Studentenschaft wurde bekannt gemacht, daß in Folge höherer Anordnung alle Vereine und Verbindungen, worin auch immer ihr Zweck bestehe, die vorgängige Genehmigung des engeren Senats haben müßten. Zugleich wurden diejenigen Studenten, welche Vereine zu bilden wünschen, aufgefordert, sich bei dem Universitätsamt zu melden; dieses werde sie von den Grundsätzen, die künftig bezüglich der studentischen Vereine zur Anwendung kommen werden, in Kenntniß setzen. (Schw.-M.)

§ **Oesterreich.** Wien, 19. Oktbr. (Privat-Korresp.) Es bestätigt sich, daß König Ferdinand von Neapel dem österreichischen Gesandten Herrn v. Martini gegenüber erklärt hat, die Kompetenz des Pariser Kongresses in der neapolitanischen Frage nicht anerkennen zu können, und es ist, wie ich höre, hauptsächlich dieser Entschluß die Ursache der von dem Fürsten Petrulla eingereichten Demission, welche übrigens bis jetzt noch nicht angenommen worden ist. Auch hier in Wien hat diese Erklärung des Königs sehr unangenehm berührt, da dadurch das von Oesterreich unternommene Vermittlungswerk wesentlich gestört ist. Bekanntlich basirte sich dasselbe auf den Vorschlag, die neapolitanische Frage im Wege der Pariser Konferenz zur Erledigung zu bringen, indem der König Ferdinand zur Beschickung derselben einzuladen wäre. Frankreich hatte diesem Projekte bereits beigestimmt und England, so hoffte man, würde sich wohl nicht geweigert haben, dem Beispiele seines Alliirten zu folgen; ebenso glaubte man in Hinblick auf die Gefahren, mit denen die gegenwärtige Situation Neapel bedroht, von letzterer Seite auch nicht die mindeste Einwendung gegen diesen Vorschlag erwarten zu dürfen. Um so mehr mußte daher die Erklärung des Königs überraschen, und es liegt auf der Hand, daß dieselbe nicht ohne Rückwirkung auf die fernere Politik des diesseitigen Kabinets bleiben wird, das sich dadurch zweifelsohne veranlaßt sehen dürfte, seine Bemühungen, eine Vermittlung zu Stande zu bringen, vorläufig gänzlich einzustellen.

Wien, 18. Oktbr. Das Schlagwort der französ. Presse ist in diesem Augenblicke die Polemik gegen die fortdauernde Anwesenheit österr. Truppen in den Donaufürstenthümern. Jeden Tag tritt ein neues Blatt in die Arena, nicht um etwa neues zu sagen, sondern um dasjenige, was der Kollege gesagt, in einer andern Tonart zu variiren. Trotz aller journalistischen Kunst und trotz des Aufwands von kosmopolitischem Pathos gelingt es aber den Pariser Publizisten nicht, den Rechtsgrund zu verdecken und zu entstellen, auf dem Oesterreich in der Donauposition verharrt. Es ist bei allen Friedensschlüssen ein uraltes Recht und naturgemäßer Brauch, daß das Territorium des Kriegsschauplatzes erst nach richtigem Vollzug der Friedensstipulationen vollständig geräumt wird. Während der verschiedenen Friedensschlüsse, die Napoleon I. auf seinen Eroberungszügen in Deutschland abgeschlossen hat, wurde das okkupirte Gebiet niemals früher verlassen, als bis die Friedensbedingungen erfüllt waren. Nach dem zweiten Pariser Frieden hielten die fremden Truppen gewisse Punkte in Frankreich besetzt, bis die Kontributionen bezahlt waren. Derselbe Fall findet in diesem Augenblicke — in viel milderem Grade — statt. Die Engländer halten das schwarze Meer besetzt, die Pforte, die in Zeiten vollständigen Friedens ebensowenig das Recht hat zur militärischen Besetzung der Donaufürstenthümer, als Oesterreich, sendete in Folge der Schwierigkeiten, welche die Grenzregulirungs-Kommission findet, von neuem eine Truppenabtheilung nach den Fürstenthümern. Oesterreich hat nicht einmal eine so starke Demonstration gemacht. Nachdem es bereits die Hälfte seiner Truppen zurückgezogen, hat es in der vollständigen Räumung eine Pause eintreten lassen — nicht mehr. Die Pariser Presse kann über die Klippe nicht hinaus, daß es unmöglich ist, gegen Oesterreich zu deklamiren, ohne die andern beiden genannten Mächte gleichzeitig zu tadeln. Um dieses Kunststück ausführen zu können, mußte sie ein Mährchen ersinnen, welches so lautet: „Es scheint, daß die österr. Truppen, welche die Donaufürstenthümer kraft der zwischen den beiden Höfen von Wien und Konstantinopel vereinbarten Verträge besetzten, nicht zurückgeben werden; daß Oesterreich sich mit der Pforte verständigt habe, die gerne den Wünschen Oesterreichs sich fügte; mit Preußen, das Oesterreichs Verfahren billige; mit dem britischen Kabinet, das keinen Einspruch dagegen gethan habe." Mit Hülfe des durch diese rein aus der Luft gegriffenen Behauptungen erregten Mißtrauens unterscheidet man willkürlich zwischen Oesterreich, England und der Türkei. Oesterreich, sagt man, sucht gleich Rußland allerlei Vorwände, um in den Donaufürstenthümern festen Fuß zu fassen; die Frage der Grenzregulirung sey nur ein Vorwand, die Schwierigkeiten, die Rußland wegen Bolgrads und anderer Punkte machte, seyen nicht wesentlicher Natur und würden bald gehoben seyn u. s. w. Nun denn, wenn diese Schwierigkeiten so bald gehoben seyn werden, weßhalb wartet man nicht mit der Polemik gegen Oesterreich diese kurze Spanne Zeit ab, die bis dahin noch abzulaufen hat? Wenn die Okkupation der Fürstenthümer über den Vollzug der Grenzregulirung sich ausdehnen sollte, wenn die Anwesenheit österr. Truppen an der Donau die Anwesenheit der englischen Geschwader im Pontus überdauern wollte, dann erst wird man ein Recht haben, es des Vertragsbruchs anzuklagen. Bis zur Stunde aber hat das österreich. Kabinet nicht um ein Haar breit von dem Rechtsboden des Wiener Vertrags sich entfernt, und so wenig es später ein Recht sich vindiziren kann, das ihm nicht gebührt, so wenig darf es jetzt ein Recht aufgeben, das es besitzt: das Recht, bis zur letzten Stunde über die Ausführung dessen zu wachen, wofür es so kostspielige Opfer gebracht. (Ostd. Post.)

Ein Wiener Korrespondent des „Schw. M." behauptet, es sey in Wien allerdings eine Note des Grafen Walewski eingetroffen, in der die österreichische Okkupation der Donaufürstenthümer besprochen und das Aufhören derselben verlangt werde. Herr v. Bourqueney hat dieselbe bereits an geeigneter Stelle übergeben und mündliche Erklärungen hinzugefügt, die keinen Zweifel übrig lassen, daß Frankreich es mit dieser Forderung Ernst meint. Einstweilen habe Frhr v. Hübner ausführliche Instruktionen erhalten, um der französischen Regierung gegenüber die Absichten des kaiserl. Kabinets vertreten zu können. Ueber den Inhalt dieser Instruktionen vernimmt man, daß Oesterreich hiebei von der Ansicht ausgegangen, daß die Bestimmung des Pariser Vertrags, auf die Frankreich sich beruft, und nach der die fremden Truppen nach sechs Monaten das türkische Gebiet zu verlassen hätten, auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden könne, da die Okkupation der Donaufürstenthümer durch Oesterreich der Gegenstand eines eigenen, zwischen Letzterem und der Pforte abgeschlossenen Separatvertrags sey, in dem auch die Bedingungen enthalten seyen, an die das Aufhören der Okkupation geknüpft sey; da aber die letzteren größtentheils noch ihrer Erfüllung entgegensehen, da ferner die Türkei selbst und sicherem Vernehmen nach auch England mit der Fortdauer der österr. Okkupation in den Donaufürstenthümern einverstanden seyen, werde dem Ansinnen Frankreichs vorläufig keine Folge gegeben werden können.

Schweiz.

Bern, 17. Okt. Die neapolitanischen Werbungen werden eben in der Schweiz, besonders in den innern Kantonen, sehr schwunghaft betrieben. Die Prämien für die Angeworbenen sind bedeutend erhöht worden. Die vier Schweizerregimenter Neapel's, welche früher 300 Offiziere und 6000 Soldaten zählten, mit 2 Piecen Artillerie per Regiment, sind nun auf beinahe 10,000 Mann gestiegen.

Bern, 17. Okt. Nach genauen Erkundigungen wäre die mehrbesprochene Absicht der Vertretung der Schweiz bei den Pariser Konferenzen insofern richtig, wenn dort die Neuenburger Angelegenheiten wirklich behandelt werden, was noch gar nicht entschieden sey. Die Schweiz und die ihr befreundeten Mächte erblicken nämlich in derselben gar keine Frage von europäischem Interesse, sondern lediglich einen Streit zwischen dem Hause Hohenzollern (nicht Preußen) und der Schweiz. So habe auch die frühere Konferenz die Sache angesehen, als sie die Anhandnahme derselben ablehnte. (Schw. M.)

Belgien.

Die Engländer haben in verschiedenen Distrikten Belgiens im buchstäblichen Sinne des Wortes alles Stein- und Kernobst lange bevor es reif war, fortgekauft. So kauften sie in der Umgegend von Charleroy alle Nüsse vom Baume und zahlten 60 Cts. für das Hundert. (K. Z.)

Großbritannien.

Berichten aus Malta zufolge fallen dort fortwährend Streitigkeiten und Händel zwischen den Truppen und den Bewohnern der Insel vor. Mehrere Magazine sind zerstört und einige Polizeiagenten mißhandelt worden. (Fr. Postz.)

Frankreich.

Paris, 19. Okt. Man erzählt Wunderdinge von den Festlichkeiten, welche zu Compiegne, während des Aufenthaltes des Kaisers und der Kaiserin in dieser Residenz, stattfinden werden. Schauspiele und Bälle werden mit großen Jagden wechseln. Die ersten Künstler der Comedie francaise werden am nächsten Mittwoch die Reihe der theatralischen Darstellungen im Schlosse von Compiegne eröffnen. (Fr. Pstz.)

Paris, 19. Okt. Der Kaiser empfing gestern die Abgesandten des Königs von Ava (Birma), welche ihm Glückwünsche und Geschenke von Seiten ihres Souveräns überbrachten. (Frankf. Journ.)

* Marschall Randon kam Sonntag den 12. Oktober aus Kabylien nach Algier zurück, wo er mit Artilleriesalven begrüßt wurde. Da der letzte Bericht des Marschalls vom 8. ist, so kann man annehmen, daß die Unterwerfung der bekriegten Stämme rasch erfolgte, weil der Generalgouverneur den Kriegsschauplatz bereits verließ.

Spanien.

Madrid, 15. Okt. Die „Madrider Zeitung" veröffentlicht nachfolgendes (nach telegraphischer Depesche bereits erwähntes) Dekret: „In Anbetracht der mir von meinem Ministerrath vorgetragenen Gründe verfüge ich, wie folgt: Art. 1. Alle Verfügungen, welcher Art sie seyen, die irgendwie dasjenige abschaffen, ändern oder modifiziren, was in dem mit dem heiligen Stuhle unter dem 16. März 1851 abgeschlossenen Konkordate vereinbart ist, sind und bleiben ohne Wirkung. Art. 2. Die betreffenden Minister werden mir sofort die nöthigen Maßnahmen unterbreiten, damit gegenwärtiges Dekret sofort in volle Kraft und Anwendung trete. Geg. im Palaste, 13. Okt. 1856. Gez. Die Königin, g. g. der Conf.-Präs. Herzog v. Valenzia." — Die „Madr. Ztg." veröffentlicht ferner ein Dekret vom 14, welches den Kirchengüter-Verkauf gänzlich aufhebt. (Unter O'Donnell war er bloß vorläufig eingestellt worden.)

Italien.

Rom, 14. Oktober. Das gestrige „Giornale di Roma" widerlegt die Nachricht eines deutschen Blattes von angeblich bevorstehender Modifikation des zwischen Oesterreich und dem heiligen Stuhl abgeschlossenen Konkordates. (T.D.d.Ostd.Post.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 8. Okt. Während des Kriegs haben die Engländer hier mehrere Telegraphen errichtet, einen vom Bosporus nach Varna, einen andern von Pera nach der Kaserne von Skutari, und einen dritten von Pera nach Therapia. Den letztern will die Gesandtschaft zu ihrem ausschließlichen Gebrauch behalten, die beiden andern will, wie es heißt, die Pforte käuflich übernehmen. (A. Z.)

Konstantinopel, 11. Okt. Der Sultan verlangt von der neuen Bank die Negocirung eines Anlehens von 25 Mill. Franks und die Regulirung des Kurses der Münzen.

Afrika.

16,000 Mann britischer Truppen haben im persischen Meerbusen eine Expedition bewerkstelligt, welche durch die Einnahme Herats motivirt ist, die für eine Verletzung des Vertrages von 1853 erklärt wird. (Fr. Pstz.)

Nichtpolitische Zeitung.

Von der preußischen Gränze, 18. Okt. Aus Teuchern (zwischen Weißenfels und Zeitz) erzählt man folgendes Beispiel von Ruchlosigkeit: Ein nicht im besten Rufe stehendes Elternpaar aus dem Arbeiterstande schickte seine Kinder, zwei Knaben von 7 und 10 Jahren, regelmäßig betteln. Die Kinder konnten jedoch dem Vater nie genug nach Hause bringen und wurden deßhalb von ihm auf das härteste behandelt und sogar bedroht, noch völlig todtgeschlagen zu werden, wenn sie keinen bessern Ertrag ihres Bettelns heimbringen würden. Vor einigen Monaten verschwanden beide Kinder und wurden seitdem nicht wieder bemerkt. Ob man die Eltern darüber zur Rede gesetzt hat, und womit dieselben die Abwesenheit ihrer Kinder einigermaßen glaubhaft zu erklären wußten, konnte dem Einsender dieses nicht näher angegeben werden, wohl aber die merkwürdige Art und Weise, auf welche kürzlich zufällig die Entdeckung der beiden verschwundenen Knaben herbeigeführt worden ist. Ein Knabe nämlich, der in der Nähe des Orts in einem Hohlwege geht oder spielt, wird durch eine vor ihm sich zeigende große Feldmaus veranlaßt, Jagd auf dieselbe zu machen. Die Maus entschlüpft ihm jedoch in ein Loch, welches sie in der Seitenwand des Hohlwegs findet. Aergerlich darüber stößt der Knabe mit seinem Stock einige Male in das Loch hinein, und erweitert es mit demselben, um nachzusehen, ob er die Maus auch richtig getroffen habe. Dabei bringt er einen am Ende des Stocks hängenden Büschel Menschenhaare mit heraus, was ihm auffällt, so daß er zu Hause davon erzählt. Hier findet man diesen Umstand wichtig genug, um zu einer genauen Besichtigung und Untersuchung jener Stelle zu schreiten. Diese wird denn vorgenommen, und bald ergeben sich noch die Spuren davon, daß der Rasen ausgehoben gewesen und sorgfältig wieder aufgelegt worden ist. Man gräbt also weiter nach und findet — die beiden seit 18 Wochen vermißten Knaben! Die Aeltern derselben wurden sofort eingezogen, haben jedoch zur Zeit noch nichts eingestanden. (D. A. Z.)

Weimar, 15. Okt. Ein trauriger Vorfall hat sich jüngst beim Vogelschießen in Jena ereignet. Ein achtbarer Bürger besuchte die Bude einer Somnambule, die auf den Jahrmärkten und den Vogelschießen in Thüringen herumzog und den Leuten wahrsagte. Sie verkündigte ihm auf seine Frage, was ihm in der Zukunft beschieden sey, daß er in wenig Wochen den Verstand verlieren würde. Der Mann, ohnehin durch einen Fall des Irrsinnes in seiner nächsten Nachbarschaft aufgeregt, geht erschrocken nach Hause, schreibt einen Abschiedsbrief an seine Frau, in welchem er ihr die ihm gewordene Prophezeiung mittheilt, stürzt sich noch denselben Tag in die Saale und sucht und findet auf diese Weise den Tod, um dem ihm angekündigten fürchterlichen Geschick zu entgehen. (D. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Köln, 18. Oktober. Rüböl loko faßweise 44¾ Thlr. B. in Partien 44½ Thlr. B., per Oktbr. 44 Thlr. B., 44 G., per Mai 1857 41 Thlr. B., 40½ G.

Waizen eff. per 234pfd 9½ a 9¾ Thlr. B., per Novbr. do. 9¾ Thlr. B., do. mit Garantie von 88 Pfd. per Schfl. 10¼ Thlr. B.

Roggen eff. per. 220pfd. 6 7/12 a 7½ Thlr. B., gedörrter do. 7¼ Thlr. B., per Novbr. per 214pfd. 6¼ Thlr. B., 6⅙ G., per März do. 6⅙ Thlr. B., 6 1/12 G.

Gerste hiesige per 200pfd. 6 Thlr. B.

Hafer per 131pfd. 3 Thlr. B.

Spiritus loko 34¼ Thlr. B., in Partien 34¼ Thlr. B., rectif. 41 Thlr. per 130 Quart a 90pCt., do. ff. 43 Thlr. pr. 130 Quart a 90pCt.

Oel fest. Getraide fortwährend still. Roggen niedriger. Spiritus unverändert.

Breslau, 15. Okt. In Zuckern kamen einige Abschlüsse, sowohl loko als Lieferung zu nicht bekannt gewordenen Preisen vor. Sonst war die ziemlich allgemeine Forderung für Raffinad 20½ a 21 Thlr., für Melis 19 a 20 Thlr., für weiß Farin 18¾ a 19 Thlr. für gelb 15½ a 17 Thlr., für braun 14 a 15 Thlr.

Stettin, 17. Oktbr. Zucker. Obgleich wir in voriger Woche die Ansicht aussprachen, daß eine wesentliche Entwerthung des Artikels nicht zu erwarten sey, müssen wir heute dennoch über das Eintreten einer solchen berichten. Einen Grund zu derselben wissen wir jedoch nicht anzugeben. Die Preise vom Auslande sind indessen eher höher als niedriger gekommen und der Stand der inländischen Rohzuckern, wenn auch augenblicklich unter dem Drucke der Geldverhältnisse in einer etwas flauen Situation, rechtfertigt nicht einen Preisabschlag von ca. 1½ Thlr. pr. Ztr. auf raff. Waare. Zu notiren sind: Raffinaden 20 a 21 Thlr., Melis 19 a 19¾ Thlr., Farine 13¾ a 18¾ Thlr. Von Rohzuckern fehlen Angebote, auch dürften sich die hiesigen Raffinerien, nach obigem Vorgange, nicht in der Lage befinden, annähernde Gebote machen zu können. Syrup wenig Geschäft, Kölner 11⅔ Thlr., Königsberger 11¼ a 11 7/12 Thlr. gef.

Magdeburg, 17 Oktbr. Rübensyrup 1¾ Thlr. pr. Ztr. In Zuckern noch sehr beschränktes Geschäft zu weichenden Preisen. Rohzuckern 12 a 12½ Thlr | ganz weiße Sorten bis 13 Thlr. Raffinaden 18 a 19 Thlr. Melis in Broden 17 a 18 Thlr. excl. Faß. Gemahlener Melis 16½ a 17¾ Thlr.

Halle, 12 Oktbr. Das Zuckergeschäft ruht noch unter dem Drucke der Geldkrisis.

Köln, 11. Oktbr. Raffinirte indische Zuckern unverändert. Umsatz gering. Preise gedrückt und nominell.

Leipzig, 11. Oktbr. Die Frage nach Zuckern scheint sich ein wenig zu beleben, Preise bis jetzt noch unverändert. Wir notiren: Farine 13 a 16½ Thlr., Raffinaden 18¾ a 20 Thlr., gemahl. 18 a 18½ Thlr., Melis 18 a 18½ Thlr., gemahl. 17½ a 17¾ Thlr, Syrup 3 Thlr., Melasse 1⅔ Thlr.

Liverpool, 14. Oktbr. Baumwolle sehr fest, Umsatz seit Donnerstag 43,000 Ballen. Importirt 15,000 B.

In Manchester stilles Geschäft, da es schwierig ist, sich Geld zu verschaffen und erste Firmen beim Diskont acht Prozent anlegen müssen, gewöhnliche Häuser aber gar kein Geld haben können.

In den Wolldistrikten sind Preise fest.

Frankfurt, 21. Oktober. Für österr. Staatsbahn und Frankfurter-Bank zeigte sich viel Kauflust. Die Börse war in günstiger Stimmung jedoch ohne großen Umsatz.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78 P. 77¾G. 5pCt. Lombard-Ven. 87¼P. 86¾ G. Metall. alte à 5pCt. 76½P. 76 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86½P. 86 G.; à 4½pCt. 66¾ P. 66½G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. —G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56¼ P. 55¾ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine —— P. 83 G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 94¾P. 94¼G.; 4½pCt. 100¼P. 100¼G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅛P. 89⅞ G.; 4½pCt. 102 P. —— G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91P. 90½G.; à 4pCt. 99 P. 98½ G.; 4½pC. 102 P. —— G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82⅛P. — G.; à 3½pCt. 90½ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37½P. 37¼G.; 1¼pCt. neue $23\frac{7}{16}$P. $23\frac{5}{16}$G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1191P. 1186G. Neue Bankaktien 308 P. 304 G. Credit-Actien à 5pCt 175 P 173G. Darmstädter Bankaktien alte 367 P. 365 G.; junge 327½P. 325½G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 510 P. 505 G. Mitteldeutsche Creditbank 102¾P. 102¼G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 107⅜ P. 107⅛G. Frankf. Bankaktien 111½ P. 111 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 509 P. 504 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 590 P. 585 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 243½P. 241½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 136¼P. 135¾G. Neustadt-Weissenb. 103⅜ P. 102⅞G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101¾ P. 101¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 81¼ P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 75½P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 94½ P. 94 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 — P. 113½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99⅜ P. 99⅛ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛P. 47⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 116½ P. — G. à fl. 25 34¼P. —G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅞G. Nass. Loose à fl. 25 33⅜ P. 33⅛ G. Sard. Loose bei G. Bethmann 43¾ P. —G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100P. — G.	Lond. Lst. 10 k. S. —P. 117⅜G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120P. 119¾G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99⅝P 99⅜G
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾P. 104½G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¼P. 93 ,
Coln Thlr. 60 k. S. 104¾P 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 97P. —G.	Wien fl. 100 C. k. S. 1:2⅜P. 1.2⅛ .
Hamb. MB. 100 k S. 88¾P. —G.	Wien 3 M. mit 4% 112⅛P. 111⅞G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅞P. ——G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Kopenhagen, 18. Okt. Obgleich die „Departements-Zeitung“ noch nicht die offizielle Bestätigung der Reorganisation des Ministerium gebracht hat, glauben wir doch nicht, diesmal an der definitiven Erledigung zweifeln zu dürfen. Die Reorganisation des Ministerium, d. h die Beibehaltung der Hauptpersonen in demselben, war in der That die einzig mögliche Lösung geworden, nachdem die HH. Tillisch und Bluhme so entschieden ihre Abneigung, in das jetzige Ministerium zu treten, und ihr Unvermögen, ein neues zu bilden, dargelegt hatten. Denn daß Hr. v. Scheele einen Versuch mit Rotwitt u. s. w. machen würde, hat Niemand im Ernste glauben können. Man sieht, daß gegenseitige Konzessionen stattgefunden haben; trotz der Bestimmtheit, womit versichert wurde, daß die Majorität Hrn. von Scheele nicht seine zwei Portefeuilles lassen wollte, ist derselbe doch Minister des Auswärtigen geblieben, während Andrä seinerseits die Conseils-Präsidentur erhalten hat, eine Würde, die nur durch ein so außerordentliches Zusammentreffen günstiger Umstände ihm zu Theil werden konnte. Hr. v. Andrä wird also jetzt das Mininisterium sowohl dem Reichsrathe als Sr. Majestät gegenüber zu vertreten haben. Hr. Baug ist definitiv ausgeschieden und Hr. Unsgaard hat die kitzliche Frage der Pachtablösung dem neuernannten Minister Krieger überlassen. Derselbe hat sich seit vier Jahren von der politischen Bühne zurückgezogen, und wurde seiner vermeintlichen Kenntniß des schleswigschen Rechts wegen vom jetzigen Ministerium oder von Herrn Raaslöff zum Chef des schleswigschen Justiz-Departement erhoben. Als Politiker gilt er für einen Anhänger Monrad's und wird wohl also auch den Ansichten des Reichstages über die Pachtablösung beipflichten. Da sich aber Hr. v. Scheele jeder gezwungenen Ablösung abhold erwiesen hat, so weiß man noch nicht, ob der neue Minister des Innern in dieser Sache nach seiner eigenen Ansicht verfahren dürfe. (H. N.)

Paris, 17. Oktbr. Die Huissiers wurden angewiesen, keine Pfändung in Sachen eines Hauseigenthümers gegen einen Miether vorzunehmen, ohne vorher sich mit dem Friedensrichter und dem Polizeikommissär berathen zu haben. Auf diese Weise wurden viele Hauseigenthümer veranlaßt, ihre rückständigen Miether frei abziehen zu lassen. Das Niederreißen von Häusern ist bis auf weitern Befehl gänzlich eingestellt. Die Verordnung bezieht sich auch auf bereits expropriirte und von den Bewohnern geräumte Häuser. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wödtmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 295. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 23. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 20. Okt. Es ist unlängst bei Georg Franz dahier der erste Band des Werkes: „Quellen und Erläuterungen zur deutschen und bayerischen Geschichte, herausgegeben auf Befehl und Kosten Se. Maj. des Königs Maximilian II." erschienen. Schon im Jahre 1812, als so viele früher selbständige Gebiete der Krone Bayern zu fielen, erließ König Maximilian I. den Befehl, daß alle werthvollen Urkunden dieser Gebiete nach München gebracht werden sollen. Das ungeheure Material, welches sich auf diese Weise häufte, konnte aber bis jetzt nur sehr unvollkommen ausgebeutet werden, indem es ein Einzelner unmöglich bewältigen konnte. Deßhalb wurde vom König Maximilian II. einer zu diesem Zwecke auserlesenen Kommission der Auftrag ertheilt, nach getroffener sorgfältiger Auswahl alle jene Akten, Dokumente und Handschriften getreulich und mit Erläuterungen versehen herauszugeben, welche auf die politische, sowie auf die Kultur- und Rechtsgeschichte einen wichtigen Bezug haben. Die zur Ausführung des Werkes beauftragten Männer waren: Der Vorstand des Reichsarchivs Dr. Radhart, ferner Dr. Dönniges, an dessen Stelle später Dr. Löher trat, ebenso Bibliothekar Föhringer, Prof. Hofmann, Dr. v. Spruner und Dr. Wittmann. Der Historiker wird nach Vollendung des Werkes nicht mehr nöthig haben, selbst im Archive die Quellen zu studiren, sondern diese sind ihm nun in vollständigem Texte und mit den nöthigen Erläuterungen versehen in einer Weise geboten, daß ihr Studium nur wenig Zeit raubt und den Besuch des Archivs selbst nicht nöthig macht. Die Kommission wird vorzugsweise das bis jetzt noch Ungedruckte liefern. Was bereits irgendwo herausgegeben ist, wird nur ausnahmsweise in Betracht gezogen. (Augsb. Postz.)

Augsburg. Der Bischof von Augsburg ist seit seiner jüngsten Krankheit, die seit dem 8. Septbr. währte, am letzten Sonntag zum ersten Male wieder in der Domkirche erschienen, woselbst er dem Hochamte beiwohnte.

Preußen. Greifswald, 18. Oktbr. Se. Maj. der König, begleitet von JJ. kk. HH. dem Prinzen von Preußen und Prinzen Friedrich Wilhelm, wohnten gestern dem Festgottesdienste bei und der Enthüllung des zur 400jährigen Jubelfeier unserer Universität errichteten Monumentes. Hiernächst ließen sich dieselben in der Aula alle Deputationen auswärtiger Universitäten vorstellen und vermauerten sodann den Grundstein des zu bauenden Universitätskrankenhauses. Heute früh versammelten sich der akademische Senat und alle Behörden in der kgl Wohnung zum Abschiede. Hiernächst reiste Se. Majestät mit dem königlichen Bruder und dessen Sohn ab, zunächst nach Eldena, die dortige landwirthschaftliche Ausstellung anzusehen, sodann weiter nach Neustrelitz und von da nach Potsdam.

Oesterreich. Wien, 18. Oktbr. Den im Anhange zum neuen Ehegesetze enthaltenen Bestimmungen entnehmen wir nachfolgende wichtigeren Daten: „Die Ehesachen gehören vor den kirchlichen Richter, welchem allein es zusteht, über die Gültigkeit der Ehe und die aus derselben entspringenden Pflichten das Urtheil zu fällen. Ueber die bloß bürgerlichen Wirkungen der Ehe entscheidet die Staatsgewalt. Der Bischof bedient sich bei Verhandlungen der Ehesachen eines Gerichtes, welches aus einem Präses und wenigstens vier Räthen zu bestehen hat. Doch soll die Zahl der Räthe nicht leicht mehr als sechs betragen. Gegen die Entscheidung ist der Rekurs offen. Die Rechtsfälle aber, welche der Metropolit oder ein exempter Bischof in erster Instanz gesprochen hat, werden auch in zweiter Instanz von dem apostolischen Stuhle entschieden. Jeder Bischof hat einen durch Frömmigkeit und Rechtskunde ausgezeichneten Mann, und zwar, wenn es möglich, einen Geistlichen zum Vertheidiger der Ehe zu bestellen, und woferne derselbe seines Amtes zu walten verhindert ist, einen befähigten Stellvertreter zu ernennen." — Der dem neuen Ehegesetze begegebenen Anweisung für geistliche Gerichte in Betreff der Ehesachen entnehmen wir die nachfolgenden wichtigeren Bestimmungen: „Eine Frauensperson, welche zum Zwecke der Verehelichung entführt worden ist, kann mit dem Entführer, so lange sie sich in der Gewalt desselben befindet, keine gültige Ehe eingehen. Eine außereheliche Geschlechtsvermischung hindert das Zusammenkommen einer Ehe zwischen dem Einen Theile und des andern Blutsverwandten im 1. und 2. Grade. Der Gatte, welcher mit Blutsverwandten des andern im 1. oder 2. Grade unerlaubten Umgang pflegt, verliert dadurch das Recht, die eheliche Pflicht zu fordern, bis ihm Nachsicht gewährt worden ist. Zwischen zwei Personen, welche mit einander Ehebruch getrieben haben, kann keine Ehe geschlossen werden, insofern dieselben bei Lebzeiten des andern Gatten einander die Ehe versprochen oder sogar gewagt haben, mit einander thatsächlich eine Ehe zu schließen." — In den Paragraphen über die Hindernisse einer erlaubten Ehe wird gesagt: „Wiewohl die Staatsgewalt durch diese Anordnungen nicht verhindern kann, daß zwischen Christen eine gültige Ehe geschlossen werde, so ist doch den österreichischen Staatsbürgern nicht erlaubt, die Vorschriften zu vernachlässigen, welche das österreichische Gesetz über die bürgerlichen Wirkungen der Ehe aufstellt. Wenn Grund vorhanden ist, zu vermuthen, daß den Ehewerbern ein Hinderniß im Wege stehe, oder wenn die Besorgniß obwaltet, daß ihre Verehelichung zu großen Zwistigkeiten und Aergernissen oder anderem Unheil Anlaß geben würde, so steht dem Bischofe das Recht zu, die Eingehung der Ehe zu verbieten. Ehen, welchen die Eltern ihre Zustimmung aus gerechten Gründen verweigern, sind unerlaubt. Das Band einer gültig geschlossenen, aber nicht vollzogenen Ehe wird getrennt, wenn einer der Gatten die feierlichen Ordensgelübde ablegt, oder eine päpstliche Nachsichtgewährung eintritt." (Oesterr. Ztg.)

§ Wien, 20. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) Während man wiederholt versichert, daß England in der die Fortdauer der österreichischen Okkupation in den Donaufürstenthümern betreffenden Frage dem diesseitigen Kabinete keine Schwierigkeiten bereitet, ist es andererseits gewiß, daß es in der Angelegenheit des Donaudelta, so wie der Schlangeninsel eine den diesseitigen Intentionen geradezu widersprechende Politik verfolgt; denn während Oesterreich diese beiden Objekte zur Moldau geschlagen wissen will, unterstützt England die in der Note Fuad Paschas vom 7 September enthaltene Forderung, daß nämlich das Donaudelta so wie die Insel Tschetal der Dobrudscha einverleibt werden soll. — Die hiesige geographische Gesellschaft hat vor einigen Tagen das erste Verzeichniß ihrer Mitglieder versendet. Dieselbe zählt bis jetzt 198 Theilnehmer. Die definitive Organisirung wird im Laufe des nächsten Monats erfolgen

Wien, 17. Oktbr. Ein eigener Geist hat sich unseres Adels bemächtigt. Während vor dem Jahre 1856 die den alten Geschlechtern angehörigen Cavaliere sich bloß der staatsmännischen oder höchstens noch der staatsamtlichen Laufbahn im weiteren Sinne widmeten, stellen sich nun die ersten Namen Oesterreichs an die Spitze industrieller Unternehmungen, und keine neue taucht auf, welche nicht Cavaliere als Gründer an der Spitze hat. (A. Z.)

Schweiz.

Neuenburg, 20. Oktbr. Der Geburtstag des Königs von Preußen wurde von Royalisten von Locle, Brevine u. a. O. unseres Kantons, hart an der Grenze desselben, in dem Städtchen Morteau, im französischen Doubsdepartement, gefeiert. Um ähnliche Kundgebungen im Kanton selbst zu verhindern, patroullirten die eidgenössischen Besatzungstruppen in allen Richtungen. — In der Nacht vom 16. auf den 17. d. M. wurden hier Ruhestörungen versucht, indem man am Fuß des Gefangenschaftsgebäudes eine Petarde losbrannte. Auf die Entdeckung des Thäters ist eine Belohnung von 50 Frs. gesetzt.

Dieser Umstand scheint zu dem Gerücht von einem Befreiungsversuch der Gefangenen Anlaß gegeben zu haben. (Fr. Postz.)

Aus der Schweiz, 18. Okt. Dem „Bund“ wird aus Paris geschrieben: „Die französische Polizei ist angewiesen worden, die Schweiz mit ihrer besondern Aufmerksamkeit zu beehren. Die unaufhörlich sich vermehrenden Verzweigungen der geheimen Gesellschaft „Marianne“ sollen sich auch in der Schweiz verbreiten und dort zahlreiche Posten und Depots haben, weßwegen eine Verschärfung der Grenzpolizei anbefohlen wurde. Dies ist Thatsache. Ihr Korrespondent zweifelt keineswegs, daß die französische Polizei auf Grund falscher Berichte wieder einmal Mücken für Elephanten ansieht oder ihre Agenten gegen Windmühlen zu Felde schickt.“

Großbritannien.

London, 16. Oktbr. Die Geldklemme dauert fort, die edlen Metalle fließen nach wie vor aus dem Lande, und troß der letzten nicht unbedeutenden Sendungen aus Amerika und Australien hält die Zufuhr bei weitem nicht gleichen Schritt mit der Nachfrage. Am Montag sahen sich die Privatbankiers veranlaßt, den Diskonto abermals zu erhöhen. (Allg. Ztg.)

Unliebsame Betrachtungen über die französischen Finanzzustände finden sich in der englischen Presse in Hülle und Fülle (die französische muß ja schweigen), und daß sie wenigstens aufrichtig gefühlt sind, ist wohl nicht zu bezweifeln, nachdem England durch sie so sehr in Mitleidenschaft gezogen wird. „Daily News“ wirft einige doktrinäre Seitenblicke auf die französischen Preßzustände und versucht zu beweisen, daß das Uebel in Frankreich nimmermehr zu einem so hohen Grade hätte heranwachsen können, wäre es der Presse vergönnt gewesen, ihre Warnungsstimme bei Zeiten zu erheben. Das genannte Blatt wird eben heute zu diesen Bemerkungen veranlaßt, da ihm ein Schreiben von einem Lyoner Seidenfabrikanten zugekommen ist, das vergebens an allen französ. Redaktionsthüren um Einlaß bitten würde, und das Manches enthält, was auch in weitern Kreisen interessiren dürfte. Das Mißrathen unserer Seidenernte affizirt die Fabrikation französischer Seidenzeuge, und damit die Lage der Arbeiter in Lyon schwer. Die Märkte der Vereinigten Staaten, unserer besten Kunden, sind überdies mit Lyoner Waare reichlich versehen und in dieser Richtung werden unsere Stühle wenig zu thun bekommen. Die großen Pariser Kommissionshäuser, die Bestellungen auf gewisse Artikel für 100,000 und 120,000 Fr. zu machen pflegten, bevor sie selbst ihre Ordres von Amerika in Händen hatten, haben in diesem Jahr nicht ein einziges Stück voraus bestellt, und wir arbeiten daher gerade nur so viel als nöthig ist, unsere Arbeiter beisammen zu halten. Die Löhne fallen, die Lebensmittel steigen, die Lyoner Stadtbehörde unternimmt gemeinnützliche und Verschönerungsbauten, bei denen sie jedoch keine Weber verwenden kann. So wird die Lage derselben täglich trauriger, bedenklicher. — „Reisende, die durch unsere Stadt kommen“, — schreibt ein anderer Lyoneser — „bemerken selten die Kette von Befestigungen, die uns einschließt — eine weise Maßregel in der That für eine Stadt von so großer Bedeutung wie die unsrige, aber man schaue doch nach den Höhen der Vorstadt Vaise. Dort beherrscht eine Batterie neben der andern das Croix Rousse, das Quartier der Arbeiter. Wenn das Tiktak des Webestuhls unterbrochen wird, dann fällt unser politisches Wetterglas und wir besorgen stürmisches Wetter. Traurige Erfahrungen haben uns gelehrt, daß solche Zeiten gefährlich für unsere Ruhe sind und das Geschrei der Arbeiter, das, es mag sich nach was immer für politischen Seiten kund geben, in Wirklichkeit doch nur ein Ruf nach Brod ist, aus den Kanonenschlünden beantwortet wird, die hinter den grünen Batterien versteckt.“ — Auch dieser Brief versichert, daß die Lage der Arbeiter von Lyon sowohl wie von Valence und dessen Umgebung eine Besorgniß erregende sey. (N. Z.)

Frankreich.

Paris, 20. Oktober. Der Kaiser und die Kaiserin, mit dem kaiserl. Prinzen, sind gestern nach Compiegne abgereist. Marschall Bosquet, welcher vorgestern von Bayonne in Paris eingetroffen, hat den Kaiser begleitet.

* Die Fleischpreise in Paris halten sich troß der Munizipaltaxe auf eine für die unbemittelteren Klassen empfindlichen Höhe. Der Preis des Ochsenfleisches stieg seit 1853 von 1 Fr. 2 C. auf 1 Fr. 34 Cent. per Kil., für Kuhfleisch von 69 Cent. auf 1 Fr. 2 C., für Kalbfleisch von 1 Fr. 28 auf 1 Fr. 50 C. und für Hammelfleisch von 1 Fr. 20 C. auf 1 Fr. 47 C. per Kilogr. (2 Pfd.)

* Paris, 20. Oktober. Die langerwartete Note über Neapel im „Moniteur“ ist heute endlich erschienen und entspricht dem Inhalte wie der Form nach ungefähr dem, was in den Blättern davon gesagt wurde. Ueberrascht hat es einigermaßen, daß man von Griechenland in einer Weise spricht, welche auf eine bevorstehende Versöhnung mit dieser Regierung hindeutet. Die Folgen der von den Westmächten getroffenen Maßregeln, sowie die Wendung, welche die Dinge in Italien überhaupt nehmen werden, lassen sich nicht voraus bestimmen. Es gewinnt aber die Meinung, die Diplomatie werde weiten Spielraum haben. Die Zusammenkunft so vieler Diplomaten ersten Ranges in Compiegne werde der Kaiser, so glaubt man, benützen, um eine Verständigung hinsichtlich der vorhandenen Schwierigkeiten anzubahnen und so den Pariser Konferenzen vorzuarbeiten. Der König von Neapel, der bisher allen Eingebungen und Vorstellungen befreundeter Mächte sein Ohr verweigert hat, dürfte, wird weiter erzählt, nun sich um so nachgiebiger zeigen, als der Kaiser von Rußland hierzu eindringlich rathet. Die Beziehungen Rußlands zu Frankreich werden bei dieser Gelegenheit sehr besprochen und ziemlich übereinstimmend als freundliche bezeichnet. Man glaubt, daß mit Einem Worte die Annäherung zwischen beiden Mächten, die man zur Zeit des Pariser Kongresses bestätigen zu können glaubte, sich im Laufe der jüngsten Wochen konsolidirt habe. Als Beleg für diese Ansicht wird zunächst die Verwendung des Kaisers Alexander in der neapolitanischen Angelegenheit angeführt, indem der Czar den König von Neapel ausdrücklich auf das Gerechtigkeitsgefühl Napoleons III. hinweisen soll; ferner wird der Umstand hervorgehoben, daß Frankreich und Rußland in der Grenzberichtigungsfrage einverstanden seyen, sowie auch in Beziehung auf die Vereinigung der Donaufürstenthümer, während England in beiden Fragen anderer Ansicht ist.

Paris, 20. Oktober. Der heutige „Moniteur“ enthält folgenden bereits auf telegraphischem Wege im Auszug mitgetheilten Artikel in Betreff der neapolitanischen Angelegenheit:

„Nachdem der Friede abgeschlossen war, ging das eifrigste Streben des Pariser Kongresses dahin, die Dauer desselben zu sichern. Zu diesem Zweck untersuchten die Bevollmächtigten die Elemente der Aufregung, welche noch in Europa vorhanden waren, und richteten ihre Aufmerksamkeit vornehmlich auf den Zustand Italiens, Griechenlands und Belgiens. Die Bemerkungen, die bei dieser Gelegenheit gemacht wurden, sind überall in einem Geist herzlichen Einverständnisses aufgenommen worden, weil eine aufrichtige Sorge für die Ruhe Europas dieselben eingegeben hatte, und weil sie zu gleicher Zeit von der der Unabhängigkeit aller souveränen Staaten gebührenden Achtung zeugten. So hat die Regierung in Belgien, der Ansicht über die Exzesse gewisser Organe der Presse beistimmend, sich geneigt gezeigt, dieselben durch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel zu verhindern. In Griechenland zeugt der Finanzorganisationsplan, welcher den Schutzmächten zur Würdigung unterbreitet worden, von dem Eifer der griechischen Regierung, den Meinungen des Kongresses Rechnung zu tragen. In Italien erkennen der heil. Stuhl und die übrigen Staaten an, daß es zeitgemäß sey, Milde zu üben und innere Verbesserungen vorzunehmen. — Nur der Hof von Neapel hat die Rathschläge Frankreichs und Englands mit Hochmuth zurückgewiesen, obgleich dieselben in der freundschaftlichsten Form gegeben worden sind. Die strengen und drückenden Maßregeln, welche die Regierung des Königreichs beider Sizilien seit langer Zeit als Verwaltungsmittel angewendet hat, beunruhigen Italien und gefährden die Ordnung in Europa. Von den Gefahren einer solchen Situation überzeugt, hatten Frankreich und England gehofft, dieselben durch weise, zu gelegener Zeit gegebene Rathschläge beschwören zu können; diese Rathschläge sind verkannt worden: die Regierung des Königreichs beider Sizilien, die Augen gegen die offenbare Wahrheit verschließend, hat auf einem unheilvollen Wege beharren wollen. Die schlechte Aufnahme, welche gegründeten Bemerkungen zu Theil geworden, ein beleidigender Zweifel hinsichtlich der Reinheit der Absichten, eine verletzende Sprache als Erwiderung auf heilsame Rathschläge und endlich hartnäckige Weigerungen erlaubten es nicht, die freundschaftlichen Beziehungen fortdauern zu lassen. Den Rathschlägen einer Großmacht nachgebend, hat das Kabinet von Neapel versucht, den durch die erste Erwiderung hervorgerufenen Eindruck zu mildern; aber dieser Schein von Nachgiebigkeit hat nur einen neuen Beweis von dem Entschlusse desselben geliefert, der Fürsorge Frankreichs und Englands für die gemeinsamen Interessen Europas keine Rechnung zu tragen. Ferneres Zaudern war nicht mehr gestattet, die diplomatischen Beziehungen zu einem Hof, der selbst deren Charakter so wesentlich geändert hatte, mußten abgebrochen werden. — Diese Einstellung der offiziellen Beziehungen ist keineswegs eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und noch weniger ein Akt der Feindseligkeit. Da jedoch die Sicherheit der (in Neapel ansäßigen) Unterthanen der beiden Regierungen gefährdet werden kann, so haben diese, um Vorkehrungen dagegen zu treffen, Geschwader vereinigt; allein sie ha-

ben ihre Schiffe nicht in die Gewässer Neapels schicken wollen, um keinen Anlaß zu irrigen Auslegungen zu geben. Diese einfache Maßregel zu eventuellem Schutz, die nichts Comminatorisches hat, kann auch nicht als eine Unterstützung oder Ermuthigung derer betrachtet werden, die den Thron beider Sizilien zu erschüttern suchen. Wenn übrigens das neapolitanische Kabinet, zu einer richtigen Würdigung der Gesinnung gelangend, welche die Regierungen Frankreichs und Englands leitet, endlich sein wahres Interesse erkennt, so werden sich diese beeilen, dieselben Beziehungen zu ihm wieder anzuknüpfen, wie sie früher bestanden haben, und werden sich glücklich schätzen, der Ruhe Europas durch diese Wiederannäherung ein neues Unterpfand zu geben."

Der „Indépend. belge" wird gemeldet, daß die Gebrüder Grellet und Parod (beim Nordbahn-Aktiendiebstahl betheiligt) nicht, wie in einer telegraphischen Depesche irrthümlich behauptet worden, in Liverpool angekommen seyen; dieser Irrthum beruhe auf einer Verwechslung, die durch Verhaftung von drei betrügerischen Bankerotteurs, die sich nach New-York eingeschifft hatten, und durch die mit ihnen gleichzeitig erfolgte Ankunft des Polizeioffiziers Godard in New-York veranlaßt wurde. Die Gebrüder Grellet und Parod sind noch in New-York, und die Streitfrage über ihre Auslieferung ist noch nicht gelöst. Aus New-York vom 24. Septbr. wird dem „Nord" berichtet: „Carpentier ist nicht verhaftet worden. Man ist durchaus ohne Nachricht von ihm; nur weiß man, daß er große Geldsummen, die er in London aufnahm, zur Verfügung hat. Die anderen drei Verfolgten sitzen im Schuldthurme. Auf das betreffende Auslieferungsgesuch ist aus Washington noch keine Antwort erfolgt, und ein Richter des Kriminalgerichtshofes wird in Kurzem den Grad der Strafbarkeit in dieser Sache prüfen, die gegenwärtig bloß als Civilsache anhängig ist. Der englische Polizeiagent Godard ist nach England abgereist, seine Aufgabe war gelöst. Es blieben hier jedoch noch die HH. Melin und Tissandier, abgesehen von dem Hause Belmontet, das der natürliche und gewöhnliche Vertreter der HH. Rothschild ist."

Paris, 18. Oktbr. Vom Zuchtpolizeigericht wurde gestern ein Winkel-Agent wegen Aeußerungen an der Börse, die beleidigend für den Kaiser und geeignet waren, auf die Kurse ungünstig einzuwirken und die öffentliche Ruhe zu gefährden, zu 3 Monaten Gefängniß und 100 Fr. Geldstrafe verurtheilt. (K. Z.)

Spanien.

† Das Journal „Vérité" gibt einige Details über die Krisis, in welcher das neue Ministerium in Madrid einen Augenblick schwebte. Die Königin verlangte nämlich, die seit Mai 1855 verkauften Güter der Geistlichkeit sollten ihr augenblicklich zurückgegeben werden. Dem widersetzte sich aber Narvaez, und es kam zu einem Vergleiche, wornach das Desamortisirungsgesetz sofort vollständig aufgehoben und Alles, was seit 1854 geschehen sey und das Konkordat modifizirt und entstellt hätte, für nichtig erklärt werden soll. — Die Korrespondenz meint übrigens, daß die Stellung des Marschalls Narvaez sehr schwierig sey, da der Hof nichts Anderes verlange als: 1) Vollständige Aufhebung dessen, was in den zwei letzten Jahren geschehen ist; 2) Restitution der verkauften Güter der Geistlichkeit; 3) Wiederherstellung der Zehnten, Wiederherstellung der aufgehobenen Klöster; 4) Rückkehr der Königin-Mutter; 5) endlich Herstellung einer Lage der Dinge wie in den letzten Regierungsjahren Ferdinands VII.

Aus Madrid, 15. Oktbr., schreibt man der „Köln. Ztg." hierüber noch Folgendes: „Die Maßregeln in Betreff des Desamortisationsgesetzes hat die Königin von Narvaez gefordert, und als dieser Einwendungen erhob und von Konstitution sprach, an der er festhalten müsse, versetzte die Königin, ihn unterbrechend: „Wenn du vielleicht glaubst, daß ich dich gerufen, damit du mir eine Konstitution gebest, so irrst du sehr." Für Narvaez und die übrigen Minister blieb somit nichts Anderes zu thun übrig, als die Dekrete auszufertigen oder sich zurückzuziehen. Sie zogen Ersteres vor. Ueberhaupt scheint Narvaez plötzlich eben so nachgiebig geworden zu seyn, wie sein Vorgänger. Es ist dieses nicht sein erstes Zugeständniß: gleich nach Zusammensetzung des Kabinets mußte er sich bequemen, Personen in dasselbe aufzunehmen, die sich nicht seiner Gunst erfreuen. Er legte die Absicht an den Tag, Veränderungen im Heere, d. h. Absetzungen und Ernennungen, vorzunehmen; es sollen bereits für den General Hoyos und andere höhere Offiziere die Scheidebriefe in der bekannten Formel aufgesetzt gewesen seyn; allein die Königin erklärte sich gegen diese Verfügungen, und sie mußten unterbleiben. Narvaez folgt O'Donnell! ist hier die herrschende Meinung; er gibt nach und wird dennoch fallen. Man benutzt ihn als Uebergang zum reinen Absolutismus."

An Serrano's Stelle ist der Herzog von Rivas zum spanischen Botschafter in Paris ernannt.

Italien.

Aus Neapel, 13. Oktbr., wird der „Times" geschrieben: „Se. Majestät befindet sich noch zu Gaeta und ist offenbar zum Widerstand entschlossen. Große Quantitäten Munition werden nach St. Elmo geschafft und kein Tag vergeht, an welchem wir nicht Anzeichen militärischer Rüstungen sehen. Die öffentlichen Arbeiten zu Ischia sind eingestellt worden, und vor einigen Tagen wurden vorsichtshalber 200 Gefangene von Procida nach Portici gebracht."

Rußland und Polen.

Aus „zuverlässiger Quelle" wird den „Hamb. Nachr." eine Aeußerung des russischen Kaisers mitgetheilt, welche derselbe angeblich bei Gelegenheit der Krönungsfeierlichkeit in Moskau gegen den österreichischen Gesandten, Fürsten Esterhazy gemacht haben soll. Fürst Esterhazy äußerte bei seiner Gratulation u. A., mit den Glückwünschen seines Monarchen könne er die Versicherungen der freundschaftlichsten Beziehungen seines Kaisers und Oesterreichs zu dem russischen Regenten nur wiederholen. Kaiser Alexander sprach darauf gegen den Fürsten ebenfalls seinen Dank aus, fügte aber demselben u. A. die bedeutungsvolle Bemerkung hinzu: „daß er diese Versicherung von Oesterreich schon seit drei Jahren höre, daß es aber wohl an der Zeit, endlich nun auch die Beweise dafür zu liefern." So wird den „Hamb. Nachr." gemeldet.

Russische Offiziere haben die Erlaubniß erhalten, sich zu dem französischen Expeditionskorps in Kabylien zu begeben und den Feldzug mitzumachen.

Amerika.

Panama, 23. Septbr. Da in Panama nach der Wahl des Präsidenten (Bartolomé Calvo) Unruhen von Seiten der Farbigen erwartet wurden, ließ der nordamerikanische Commodore, welcher das Kriegsschiff der Union in jenem Hafen befehligt, eine Abtheilung Marinesoldaten und Matrosen mit Einwilligung des Gouverneurs zur Erhaltung der Ordnung landen; jedoch sind die Nordamerikaner vorerst wieder auf das Kriegsschiff zurückgekehrt. (Allg. Ztg.)

Asien.

Die Engländer liefern, wie es heißt, den Tscherkessen Waffen.

Von Bagdad erfährt man, daß der englische Gesandte Muray Persien verlassen hat.

Handels- und Börsen-Berichte.

London, 20 Oktbr. Englischer Waizen 1 s 6 d billiger fremder jedoch unverändert; Gerste und Hafer flau. (T. D. d. Hamb. Nachr.)

Amsterdam, 20. Waizenpreise flau mit wenig Geschäft; Roggen wenig umgesetzt und etwas flau; Gerste und Hafer ohne Geschäft; Rapps pr. Herbst 86; Rüböl pr. Herbst 50. Wetter schön. (T. D. d. Hamb. Nachr.)

London, 14. Oktbr. Reis. Die Total-Vorräthe in London und Liverpool waren:

		1854	1855	1856
Am 1. Januar	Ztr.	610,000	375,000	702,000
Total-Zufuhren daselbst vom 1. Jan. bis 30. Septbr.	„	1,7[illegible]8,000	1,672,000	2,786,000
	Ztr.	1,788,000	2,047,000	3,488,000
Abzug für inl. Konsumtion und Export	„	1,002,000	1,257,000	1,954,000
Total-Vorräthe in London und Liverpool 1. Oktbr.	Ztr.	786,000	790,000	1,534,000

7000 Säcke Rangoon, heute in Auktion, hielt man über dem Werth auf 10 s 6 d pr., 4900 Säcke Madras fanden sämmtlich zu 9 s a 10 s 6 d Nehmer.

London, 17. Oktbr. Die Bank hat eine höchst wichtige Maßregel ergriffen, um die Goldausfuhr zu verhindern; sie leiht auf keine Fonds, selbst nicht auf englische Schatzscheine ausgenommen. Die Folge wird seyn, daß die zahlreichen Banken des Landes, ebenso wie die Bankiers, ihre Effekten, welche sie stets zu beleihen pflegten, wenn sie in Verlegenheit kamen, nunmehr gezwungen sind, zu verkaufen, was nicht ohne einen Druck auf die Kurse auszuführen ist, sobald unsere industriellen Etablissements auch größeren Geldbedarf haben.

Es hat sich eine neue Dampfschifffahrts-Gesellschaft von hier nach Antwerpen, Rotterdam und Hamburg mit einem Grundkapital von 100,000 L. gebildet.

Rohzucker ist sehr fest, Preise sind seit vorigem Freitag 1 ſ 6 d gestiegen. Kaffee fest. Congo Thee 2 Ladungen mit 1 ſ 9 d a 2 ſ 4 d bezahlt.

Am Getraidemarkt sind die Preise fest. Durchschnittspreis für Waizen 72 ſ 11 d: Durchschnittspreis in Großbritannien 64 ſ 9 d. Telegraphische Berichte aus New-Orleans 2. Oktbr. melden für Baumwolle feste Stimmung. Das Wetter war der Ernte günstig.

Amsterdam, 14 Oktbr. Kaffee blieb still; Java indeß fest behauptet und nur zu vollen bisherigen Preisen abgegeben. Ungeachtet der Geldkrisis bleibt die Meinung dem Artikel günstig. Rio ohne Erhebliches.

Fettwaaren und Oele. Thran ohne Geschäft. Talg, gelber, für Bedarf 34 a 34½ fl. bez. Amerikan. Schmalz auf 43 fl. gehalten.

Banka-Zinn, obgleich nicht sehr lebhaft, doch auf 78 fl. gehalten.

Sardellen flau und ohne Umsatz.

Reis ohne Leben, indeß behaupten sich Preise sehr fest. Aus erster Hand wurden blanker Java zu 8½ a 9¼ fl. begeben, Carolina fand zu 16½ fl. Käufer.

Zucker. Roher mit sehr zusammengegangenem Vorrath. Einige Lots Surinam holten 33 a 35 fl. Raffinirter. Die Fabriken haben größtentheils ihre Lager geräumt und die Fabrikation um die Hälfte verringert.

Frankfurt, 22. Oktober. Oesterr. Kredit-, Darmstädter Bankaktien beider Serien, Frankfurter Bank, sowie der größte Theil der übrigen Effekten fanden Käufer zu höheren Kursen. Es herrschte überhaupt bei ziemlich beträchtlichem Umsatz eine günstige Stimmung.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78⅜P. 77⅞G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87½P. 87 G. Metall. alte à 5pCt. 76½P. 76 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86½P. 86 G.; à 4½pCt. 66¾ P. 66½G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56⅛ P. — — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine — — P. 83 G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 94¾P. 94¼G.; 4½pCt. 100¾P. 100¼G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅛P. 89⅞ G.; 4½pCt. 102 P. — — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91P. 90½G.; à 4pCt. 99 P. 98½ G.; 4½pC. 102 P. — — G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82½P. — G.; à 3½pCt. 90½ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37½P. 37¼G.; 1¼pCt. neue 23½P. 23⅜G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1191P. 1186G. Neue Bankaktien 308 P. 301 G. Credit-Actien à 5pCt. 178 P 176G. Darmstädter Bankaktien alte 371 P. 369 G.; junge 331P. 329 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 513 P. 508 G. Mitteldeutsche Creditbank 102¾P. 102½G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 107 P. 105½G. Frankf. Bankaktien 112½ P. 112 G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 512 P. 507 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 587 P. 582 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 212 P. 210 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 136½P. 136 G. Neustadt-Weissenb. 103¾ P. 103¼G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101⅝ P. 101⅜ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 348 P. 346 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80¾ P. 80¼ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 75½P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 94¾ P. 94¼ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 — P. 113½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99¾ P. 99½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛P. 47⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 116½ P. — G. à fl. 25 34¼P. —G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅞G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 43½ P. —G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100P. — G.	Lond. Lst. 10 k.S. — P. 117⅜G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120P. 119¾G	Mail. i.S Lr. 250k.S 93⅝P 99⅞G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. 101½G.	Paris Frs. 200 k.S 93¼P. 93 .
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P 104½G.	Lyon Frs. 200 k.S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 97P. — G.	Wien ö. 100fl. k.S. 112½P. 112¼G.
Hamb. MB. 100 k.S 88¾P. — G.	Wien 3 M. mit 4% 112¼P. 112G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅞P. — — G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München. Der unermüdliche „Bettler", wie er sich selbst nennt, Herr Pfarrer Walser von Haidhausen, tritt dieser Tage eine neue Bettlerreise nach Oesterreich an, um auch dort für seine Kirche Beiträge zu sammeln. Bis jetzt wurden für diesen Bau 120,000 fl. verausgabt, wovon der größte Theil freiwillige Spenden. Ein gleiche große Summe erfordert noch die Vollendung des schönen Tempels. — Jenen bayerischen Lokomotivführern, welche bei den Extrafahrten der Kaiserin-Wittwe von Rußland Dienst hatten, sind von der hohen Frau Geschenke, und zwar goldene Uhren zugeschickt worden. (M. Bote.)

Augsburg, 21. Oktbr. Se. k. Hoh. der Prinz Adalbert von Bayern ist mit seiner erlauchten Gemahlin, der Infantin, heute Abend hier eingetroffen, und hat im Hotel zu den drei Mohren sein Nachtlager genommen. (A. Z.)

Berlin, 20. Oktbr. Der Prozeß Lindenberg ist heute zur Entscheidung gekommen. Lindenberg wurde wegen Beleidigung des Prinzen von Preußen zu 9 Monaten Gefängniß und Verlust der Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt. Herr v. Gerlach war als Zeuge erschienen. Dem Vernehmen nach ist die Absetzung Seiffart's erfolgt wegen seines mit der von ihm bekleideten amtlichen Stellung unverträglichen außeramtlichen Verhaltens. Die von einem norddeutschen Blatte mitgetheilten Texte des Erkenntnisses gegen Seiffart sind beide falsch.

(T. D. d. Hamb. N.)

Kopenhagen, 19. Oktober. Die gestern Abend erschienene offizielle „Departements-Tidende" bringt die im Ministerium unterm 18. d. Mts. stattgehabten Veränderungen. (H. N.)

Der Eisenbahnzug, mit welchem sich Se. Maj. der König von Sardinien am 13. von Polenzo nach Turin begab, um daselbst den Truppenübungen beizuwohnen, ist aus einer bis jetzt noch nicht ermittelten Ursache aus den Schienen gekommen. Glücklicherweise hat sich kein Unfall ergeben. Der Minister der öffentlichen Arbeiten eilte nach erhaltener Nachricht sogleich an Ort und Stelle. (Fr. Ptz.)

St. Petersburg, 14. Okt. Der Minister des Innern hat ein Zirkular an die Gouvernements-Adelsmarschälle gerichtet, in welchem er ihnen mittheilt, daß er den Ausdruck ihrer Dankbarkeit für den huldvollen Empfang von Seiten des Kaisers und des kaiserl. Hauses, ein Empfang der den ganzen russischen Adel hoch ehre und beglücke, dem Monarchen hinterbracht und von demselben auch die gewünschte Erlaubniß erhalten habe, die von den Marschällen zusammengestellten bei dieser Gelegenheit gemachten Aeußerungen des Kaisers dem gesammten Adel kund zu thun. Der Kaiser habe diese Zusammenstellung unter Thränen gelesen. Die erwähnten Aeußerungen des Kaisers lauten wörtlich:

„Noch einmal, meine Herren, danke ich Ihnen für den Eifer und die Verdienste des Adels. Der Adel war stets das erste Muster der Hingebung und Liebe für Thron und Vaterland; so war es immer und ich bin überzeugt, daß es auch künftig so seyn wird. Sie haben die letzten Augenblicke meines unvergeßlichen Vaters versüßt. Ihre Aeußerungen, welche ich selbst ihm vorlas, gereichten ihm zur letzten Herzensfreude. Er sagte mir: baue auf sie und vertraue ihnen — und Ich vertraue Ihnen, meine Herren!" (Stimmen aus der Mitte der Marschälle: „Herr! Unser ganzes Leben gehört Ihnen, wie es Ihrem durchlauchtigsten Vater gehörte".) „Ich vertraue Ihnen, meine Herren, ich glaube Ihnen. Gott sey Dank, die schweren Zeiten sind vorüber; sollten sie aber wiederkehren, so bin ich überzeugt und werde stets überzeugt seyn, daß ich in Ihnen eine feste Stütze und dieselben Gefühle finden werde, die mir so angenehm sind. Sagen Sie Ihren Edelleuten wieder, daß ich ihnen aufrichtig danke für ihre Liebe und Ergebenheit." (Stimmen aus der Mitte der Marschälle: Wir sind glücklich, Herr, durch Ihr huldreiches Wort für unsere Edelleute und durch die huldreiche Beachtung, welcher Ew. Majestät uns persönlich würdigen.) „Sie Alle stehen meinem Herzen nahe. Es ist mir erfreulich, Sie um Mich zu sehen in diesen für mich heiligen Tagen, Ihnen zu danken und durch Sie dem gesammten Adel wissen zu lassen, daß ich Euch traue, traue, traue." (N. Z.)

Petersburg, 14. Oktbr. Man spricht mit Bestimmtheit davon, daß sich in Petersburg eine Gesellschaft für die Erbauung von wohlfeilen Wohnungen für die ärmere Klasse bildet. Die Wohnungen sind in den letzten Jahren außerordentlich im Preise gestiegen. Auch von Gründung einer Gesellschaft, die Petersburg und selbst ganz Rußland mit wohlfeiler Mannskleidung versorgen soll, ist stark die Rede.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Vohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 296. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 24. Oktober 1856.

Die Krisis in Frankreich.

(Aus der „Berliner Börsenhalle".)

Der panische Schrecken, welcher in den letzten Wochen die verschiedenen Börsen des europäischen Kontinets nach einander erfaßte, wüthete zuletzt und am schärfsten in Paris. In dem großen Kreislauf von Ursachen und Wirkungen ist von Frankreich der Anstoß zu den Bewegungen ausgegangen, welche die jetzige Krise herbeiführten; Frankreich mußte daher auch der Schauplatz des umfassendsten Ausbruches der Krankheit seyn, und wenn wir gegenwärtig die Lage der Verhältnisse richtig würdigen, so ist die Ueberwindung der Krise in Frankreich, wir müssen sagen, die einzige Vorbedingung der Wiederkehr glücklicherer Verhältnisse in ganz Europa.

Für den Augenblick ist allerdings in Paris eine Rekonvaleszenz eingetreten; aber wenn man die Ursachen der Krankheit dort genau verfolgt, so vermag man sich noch keineswegs der vollen Sicherheit hinzugeben, daß nun die Wiederkehr der Gesundheit in regelmäßiger Folge der Heilungssymptome ohne Störung eintrete. Die Wurzeln des Uebels sind zu tief in den ganzen Verkehr eingetrieben und zu weit über alle Kreise des menschlichen Lebens verbreitet, als daß so mit Einem Schlage Alles zu Ende seyn könnte.

Die Ursachen des Uebels liegen in der unharmonischen Vertheilung des Kapitales, welche in den letzten Jahren durch verschiedene Umstände herbeigeführt worden ist. Mit der Gründung des Credit mobilier eröffnete sich eine glänzende Epoche für den Unternehmungsgeist und ungeheure Summen der disponiblen Ersparnisse des Volkes wurden in großartigen Eisenbahn- und industriellen Unternehmungen festgelegt. Hierzu kamen die Nationalanleihen, welche die letzten Scherflein des ersparten Kapitals zusammenscharrten und dem Kriege in den nimmersatten Rachen warfen, der Unsummen Kapitals verzehrte, ohne als Entgeld irgend welche des Tausches und der produktiven Konsumtion fähige Güter wiederzugeben. Durch diese Unternehmungen ist das bewegliche, disponible Kapital zu gebunden geworden, was an disponiblen Volksersparnissen vorhanden war, ist „in die Erde vergraben", noch ehe die zu massenhaft in die Hand genommenen großen Unternehmungen zu Ende geführt werden konnten. Nützlich und rentabel mögen alle diese Unternehmungen seyn, darum handelt es sich hier nicht. Der Verkehr bedarf aber immer zu seiner Fortexistenz einer gewissen, sehr umfangreichen Summe disponiblen Kapitals; diese ist ihm durch die riesenhafte Entwickelung der neuen Unternehmungen entzogen, die Adern sind leer, das Blut in einen übermäßig entwickelten Theil des sozialen Körpers gedrängt — eine Krankheit, die wir Geldkrisis nennen, war daher unvermeidlich; sie bildet den trauervollen Weg, auf welchem die immanente Kraft der Wirthschaft des Volkes das gesunde Verhältniß wieder herstellt.

Eine ganz besondere Krankheitserscheinung wird in Frankreich noch durch Vernachlässigung der Landwirthschaft gebildet. Der Unternehmungsgeist hat sich ausschließlich auf Eisenbahnen, Fabriken und Handel jeder Art und Gestalt im In- und Auslande geworfen; das Land blieb vergleichweise vernachlässigt. Grundbesitzer haben ihre Felder in Massen veräußert, um ihr Kapital in lockenderen Unternehmungen anzulegen; die ländliche Bevölkerung strömte nach Paris und stürzte sich in die größeren Städte, suchte Beschäftigung bei Eisenbahn- und andern öffentlichen Bauten, gelockt durch den höheren Tagelohn und das anziehendere Stadtleben. Während die Städte sich füllten, lichtete sich die Bevölkerung auf dem Lande. Die Zahl der Lebensmittel-Konsumenten stieg und verlangte gleichzeitig bessere Qualität der zu verzehrenden Lebensmittel — aber die Zahl und wirthschaftliche Produktionskraft der Produzenten hat abgenommen. Im Allgemeinen ist der Ackerbau die einzige Industrie in Frankreich, die nicht fortgeschritten ist. Mit seltenen Ausnahmen ist er seit Jahren stehen geblieben. Die Folge dieser mannigfachen Umstände ist, daß Frankreich nicht mehr Nahrungsmittel genug für seine Bevölkerung erzeugt. Mangel und Theuerung, mehr als Folge gesteigerter Konsumtion, denn verringerter Produktion, sind der Normalzustand Frankreichs geworden und haben seit 4 oder 5 Jahren eine große und immer größer werdende Einfuhr vom Auslande nothwendig gemacht, die Zahlung für diese Einfuhrartikel aber hat zu bedeutenden finanziellen Störungen geführt; sie hat der Bank das Silber entzogen, und neben dem Mangel an disponiblem Kapitale macht sich gleichzeitig ein ebenso empfindlicher Mangel an Zahlmitteln im Verkehr geltend. Zur Abhülfe dieses Mangels an Silber wäre neues disponibles Kapital nöthig, und das eben ist nicht vorhanden.

Aus dieser verwickelten Klemme gibt es nur Einen Ausweg. Ein Privatmann, der durch Ueberspekulation in ähnliche Schwierigkeiten gekommen wäre, würde von seinen Engagements abwickeln, was abzuwickeln ist, rückgängig machen, was sich rückgängig machen läßt, dann aber die Vorsicht und Sparsamkeit in seiner Wirthschaft vervielfachen, alle Einnahmequellen ausnutzen, alle unnöthigen Ausgaben, auch die gewinnversprechendsten, vermeiden und so mit kluger Vorsicht und solider Einschränkung allmählig wieder das Gleichgewicht in seinen Vermögensverhältnissen herstellen. Genau dasselbe muß in Frankreich im Großen geschehen. Künstliche Universalmittel helfen nicht, Maßregeln des Staates oder der Bank, Zwangskurs der Noten und ähnliche von tausend Quacksalbern empfohlene Mittel bringen nur neue Störungen, neuen Ruin. Wenn man den Verkehr sich selbst überläßt, so wird er seine Harmonie am raschesten wiederherstellen. Denn die große Krise setzt sich zusammen aus Tausenden von ähnlichen Krisen, die in den Vermögensverhältnissen der Einzelnen eingetreten sind. Alle diese Einzelnen mühen, zwängen und drängen sich, um Jeder seine eigene Krise zu überwinden. Lasse man sie arbeiten, sie sind es allein, welche das Gleichgewicht der eigenen und damit das der gesammten Volkswirthschaft wieder herzustellen vermögen.

Deutscher Bund.

Wien, 20. Okt. Der Bundes-Präsidial-Gesandte Graf von **Rechberg** ist am Samstag nach Frankfurt abgereist. — Die **Münz-Konferenz-**Bevollmächtigten haben großen Theils die Residenz verlassen und sind in ihre Heimat abgereist. (Ostd. Post.)

Bayern. **München**, 20. Oktbr. Heute reiste der Hr. Erzbischof nach Freysing zu den geistlichen Exerzitien, und wird sich dann nach **Metten** begeben, um der Consecration seines Nachfolgers beizuwohnen. Die Realisirung eines in geistlichen Kreisen lange gehegten Wunsches dürfte durch die Anwesenheit der drei Aebte und der beiden Bischöfe bedeutend näher gerückt werden. Wie bekannt, standen die Benediktinerklöster in Bayern früher in einer solidarischen Verbindung, wenn man den Ausdruck hier so gebrauchen darf, so daß sie alle zusammen gleichsam eine Provinz bildeten, eine Congregation ausmachten. Dadurch konnten die Jünger des hl. Benedikt von einem Kloster in das andere versetzt werden, oder sich versetzen lassen.

In **Cham** wurde dieser Tage den armen Schulschwestern ein hübsches Kloster und Unterrichtsgebäude eröffnet, um sofort den Unterricht der weiblichen Jugend zu übernehmen. Die Sache kostete, um ihrem Zweck vollkommen zu genügen, Geld — viel Geld. Der Spender desselben ist der quiescirte Lyzeal-Professor und geistliche Rath Dr. Heigl in Regensburg, der zu dem erwähnten Zwecke die Summe von 15,000 fl. bestimmte. (Augsb. Pstz.)

Von **Mühldorf** (Oberbayern) ist der „Bayer. Landbötin" folgender Bericht zugekommen: In der **Cretinen-Heil-**

anstalt Ecksberg wurde am 12. Oktbr., als am Namensfeste Sr. Maj. des Königs, die erste öffentliche Prüfung abgehalten. Von den 53 in der Anstalt befindlichen Pfleglingen waren 16 zur Prüfung versammelt, die verhältnißmäßig günstig ausfiel.

Preußen. Berlin, 21. Oktbr. Der neue Direktor des Muster-Zellengefängnisses bei Moabit, Schück, übernimmt am nächsten Sonnabend seine hiesige Stelle. Die Funktionen des Dr. Wichern werden sich, wie die „Spen. Ztg." schreibt, hauptsächlich auf eine Kontrolle des Gefängnißwesens aus seelsorgerlichem Gesichtspunkt beschränken. Eine unmittelbare Mitwirkung bei der Verwaltung der Gefängnisse wird demselben nicht zustehen. Seine Aufgabe soll es namentlich seyn, zwischen den Wünschen der Strafanstaltsgeistlichen und den Bedürfnissen der Strafvollstreckung und der Hauszucht eine wünschenswerthe Vermittlung herbeizuführen.

Württemberg. Stuttgart, 20. Oktbr. Heute erneuert sich im Tone der Bestimmtheit das Gerücht von einer glücklich zu Stande gekommenen Konvention zwischen unseren Delegirten in Rom und Sr. Eminenz dem Hrn. Kardinal Reisach. (Augsb. Pstz.)

Sachsen. Dresden, 21. Oktbr. Fürst Andreas Corsini ist als Abgesandter des Großherzogs von Toskana hier anwesend, um die feierliche Anwerbung um die Hand der Prinzessin Anna von Sachsen für den Erbprinzen Ferdinand von Toskana zu vollziehen. (Dresd. Journ.)

Großherzogthum Hessen. Alzey, 18. Okt. Die Verhandlungen wegen unserer Eisenbahn sind endlich glücklich beendet. Die großherzogliche Regierung hat für die projektirte Linie der Rhein-Alzey Bahn von Alzey nach Alsheim und Guntersblum die Erlaubniß zum Bau ertheilt und es soll daher nun sofort mit der Geländeerwerbung begonnen werden. (Pfälz. Ztg.)

Thüringen. Die neue katholische Kirche in Gotha wurde dieser Tage von dem dortigen katholischen Stadtpfarrer benedizirt. Wie der Zeitung „Deutschland" aus Paderborn berichtet wird, hätte das gothaische Ministerium nicht gestatten wollen, daß bei der kirchlichen Consecration, welche der Bischof von Paderborn vorzunehmen hätte, eine Prozession nach dem Ritus des Pontifikale um die Kirche gehalten werde. Da jedoch der Bischof in diesem Jahre die Reise nach Gotha zur Consecration nicht mehr vornehmen konnte, so wurde die Kirche nur vom Pfarrer der Stadt benedizirt, wodurch also dem Konflikt für jetzt vorgebeugt ist

Oesterreich. Wien, 18. Okt. Die Zukunft der österreichischen Donaudampfschiffsahrt hat seit Abschluß des jüngsten Pariser Friedens manchem Herzen Alpdrücken verursacht. Bekanntlich hat eine der Friedensbedingungen den Freibrief aufgehoben, welcher der einheimischen Aktiengesellschaft die ausschließliche Befahrung der Donau mit Dampfern zusicherte. Die Gesellschaft hatte für dieses Vorrecht manche schwere Gegenleistung übernommen. Die österreichische Regierung trat mit einem von der Gesellschaft erwählten Ausschuß in Unterhandlung wegen der zu leistenden Entschädigung für den aufgehobenen Freibrief. Diese Unterhandlung hat nun, wie aus guter Quelle verlautet, zu einem sehr günstigen Erfolge geführt. Die Regierung will der Gesellschaft 8 pZt. Zinsen gewährleisten, ihr die Aufnahme eines Lotterie-Anlehens zugestehen und den lästigen Vertrag auflösen, durch welchen die Gesellschaft zur Beförderung von Truppen und zur Ueberlassung von Dampfern an die Militärbehörde in Kriegszeiten verbunden ist. Auch soll der Gesellschaft freistehen, überall, wo sie es für passend erachtet, Landungsplätze anzulegen. (A. Z.)

Wien, 20. Okt. Man glaubt hier, daß der zwischen den Tscherkessen und Russen neuerdings ausgebrochene Kampf den Letzteren nicht ganz ungelegen kommt, ja man vermuthet sogar, daß derselbe von den Russen absichtlich provocirt worden sey, um einen genügenden Vorwand zu haben, die zerstörten Küstenforts zwischen Anapa und Suchumkale wieder aufzubauen und die „Meerpolizei" durch ein ansehnliches Kriegsgeschwader aufrecht erhalten zu lassen. Zugleich ist hieraus abzusehen, wie mißtrauisch man hier, auch in Regierungskreisen, Rußland beobachtet. (Fr. Postz.)

Frankreich.

Paris, 21. Okt. Aus verläßiger Quelle wird versichert, daß der neapolitanische Gesandte zu Paris, Marquis d'Antonini, und der erste Gesandtschaftssekretär Marquis de Cito, sich nach Brüssel begeben, um dort die Ausgleichung der Differenzen zwischen ihrer Regierung und den Westmächten abzuwarten. (Die „Köln. Ztg." hatte gemeldet, daß die neapolitanischen Gesandten in Paris und London bleiben würden.) (Fr. Postztg.)

Paris, 21. Okt. Die Einladungen zu den Festlichkeiten nach Compiegne sind in drei Serien auf je 7 Tage eingetheilt. Es werden 3 Hetz-, 3 Treibjagden und 3 Theatervorstellungen statthaben Heute ist die erste Hetzjagd. Sie war, wie eine Depesche meldet, von einem herrlichen Wetter begünstigt. Heute Abend gibt der Kaiser im Schlosse ein großes Fest.

Aus Bologna (9.) wird der „Corresp. Ital." gemeldet: Die Verbrechen gegen die persönliche Sicherheit und das Eigenthum mehren sich in beunruhigender Weise.

Spanien

Bekanntlich wurde in den letzten Tagen von einem Streite berichtet, den der Marschall Narvaez mit dem liberalen Cortes-Deputirten Guell y Rente, Schwestermann des Königs, hatte, und in Folge dessen Guell den Marschall zum Duell fordern ließ, das jedoch von der Königin verhindert wurde. Da dieser Streit für den Charakter Narvaez' sehr bezeichnend ist, so wollen wir auf Ursache und Hergang desselben nach einem der „K. Ztg" aus Madrid geschriebenen Berichte nochmals ausführlicher zurückkommen. Um das Benehmen des Marschalls zu begreifen, müssen wir zunächst die folgende Stelle einer Rede anführen, die Guell y Rente in den Cortes (am 10. März 1855) gehalten hatte; derselbe sagte dort über Narvaez: „Meine Herren! Mich ergreift große Entmuthigung, wenn ich bedenke, was an diesen Mann verschwendet wurde, der — was ich bestreite — sowohl an Gnaden, wie an Würden, für die wichtigste Person von ganz Spanien gilt. Was ist denn seit 1843 geschehen, daß man auf ein einziges Individuum mehr Titel, Orden und Ehren, als je ein Mann empfangen, gehäuft hat? Ebensowenig kann man sich die Geschenke von 7 — 8 Millionen erklären, die derselbe bekommen hat. Hat er dem Lande etwa Dienste erwiesen, wie weiland der Herzog von Alba oder Christoph Colombus? Wer einen Mann mit so viel Ehren überhäuft sieht, sollte fast glauben, Spanien sey zum zweiten Male den Mauren entrissen und durch ihn gerettet worden. Ach, wenn der Cid Campeador auf die Erde zurückkehrte und einen Herzog sähe, der den Namen von Valencia trägt, so bin ich überzeugt, daß er zum zweiten Male sich den Tod wünschen würde, um seine Eroberung nicht zu vollenden!" Diese Rede hatte Narvaez im Gedächtnisse behalten. Einige Tage nun, nachdem er (am 5. Oktober) nach Madrid zurückgekehrt war, traf es sich, daß er sich im Hause des Generals Aleson mit Guell y Rente zusammenfand. Der Wirth war aber abwesend, so daß jene Beiden und außer ihnen ein junges Mädchen und ein Geistlicher von der Gemahlin des Generals Aleson empfangen wurden. Narvaez blickte, als sie Platz genommen hatten, den Gegner, der ihn in der letzten Kammer von der Tribune herab angegriffen hatte, scharf und dauernd an; dieser hielt dem Blicke Stand und sagte: „Ich bin Guell y Rente." — „Ich weiß es", versetzte der General; „Sie haben mich beschimpft, ich werde Ihnen das Herz aus dem Leibe reißen!" Dann ließ Narvaez Schmähworte folgen, ging auf den nahen Verwandten des Königs los und gestikulirte so heftig und so nahe mit seinem Stocke, daß der also Angetretene auf seine Vertheidigung bedacht seyn mußte. Madame Aleson war gezwungen, sich vermittelnd zwischen Beide zu stellen. Die Streitenden entfernten sich hierauf und verabredeten ein Duell. Die Sekundanten waren bereits gefunden und mit den herkömmlichen Schritten beauftragt, als man im Palaste Kenntniß von dem Vorfalle erhielt. Die Königin ließ sofort O'Donnell, der damals noch Minister war, zu sich berufen und trug ihm auf, das Duell um jeden Preis zu verhindern. General Narvaez gab sein Wort, das Haus nicht zu verlassen; es wurde dasselbe von Guell y Rente verlangt; allein als der Angegriffene verweigerte er das von ihm abverlangte Versprechen, und er wurde deßhalb in seinem Hause von einem Polizeikommissär und zwei Civilgarden bewacht. Diese Haft hat jetzt freilich aufgehört; die Angelegenheit mit Narvaez ist indessen noch unerledigt.

† Madrid, 15. Oktober. Die neue Regierung arbeitet ohne Unterlaß an der politischen Reorganisation des Landes. Die „Gaceta" veröffentlicht heute ein Dekret, welches das Gesetz vom 8. Januar 1845 über die Munizipalitäten, das Gesetz vom 2. April über die Provinzialräthe und jenes vom 6. Juli des genannten Jahres über die Organisation und Attribute des königl. Rathes wieder in Kraft setzt. Die Regierung thut aber noch immer, als sey sie gesonnen, die wieder zur Wirksamkeit gebrachten Gesetze durch die Cortes reformiren zu lassen. Der Finanzminister bemüht sich, die Nahrungskrise zu beschwören. Unser ministeriell gesinnter Korrespondent zweifelt am Erfolge und verläßt sich auf die Energie sowie auf das Talent des jungen Ministers. Die absolutistischen Blätter verlangen durchaus, daß man Alles, was unter der Herrschaft des „Gesetzes über die todte Hand" (über den Verkauf der Kirchen- und Gemeindegüter) geschehen ist, als null und nichtig erkläre.

† Herr P. de la Escosura, der ehemalige Minister des Innern im Kabinet Espartero, veröffentlicht in der Pariser Presse einen Artikel über die Restauration in Spanien. Die Widerrufung des „Gesetzes über die todte Hand" betrachtet er als einen Riesenschritt zum alten Regime. „Durch ein Dekret, sagt er, die Zusatzakte zur Konstitution vom Jahre 1845 abzuschaffen, ist nichts als ein Akt souverainer Gewalt, der das Grundgesetz zu einfachen Ordonnanzen macht. Sagen wir es gerade heraus: es ist das Regime des bon plaisir, das noch weiter geht denn je; denn wenn man sich auch oft erlaubte, die Gesetze des Königthums zu überschreiten, so hat man es doch nicht gewagt, dieselben aus dem Nationalcodex zu streichen. Es sey somit lächerlich, behaupten zu wollen, Narvaez werde konstitutionell regieren. Selbst vom Standpunkte der gemäßigten Novatisten aus betrachtet, ist die Verfassung ein Pakt zwischen Nation und Fürsten, und dieser zweiseitige Vertrag kann nur mit gegenseitiger Einwilligung aufgehoben werden. Geht man noch weiter und schreibt den Königen absolute Gewalt über ihre Völker zu, und betrachtet die Verfassung als eine oktroyirte Charte, so ist die Ehre des Königs durch sein Wort verpflichtet. Indem Narvaez das „Gesetz über die todte Hand" vernichtet, das die konstituirende Versammlung gegeben und die Königin nach dem Zeugnisse von O'Donnell freiwillig genehmigt hat, greift er zugleich die Nationalsouveränetät und die königliche Achtung an. Indem Narvaez abschafft, was gestern oktroyirt worden ist (die Zusatzakte), bringt er die königliche Gewalt in Widerspruch mit sich selbst. Wie soll nun eine Regierung, die so beginnt, konstitutionell regieren? Nein, Narvaez ist keine definitive Situation, er ist eine Uebergangsphase zum alten Regime, das allein die Leute vom Hofe im Auge haben, obgleich sie es noch nicht wagen, dies einzugestehen. Im Auslande mag man immerhin glauben, Narvaez habe seine Kollegen selbst gewählt; in Spanien weiß man, was hiervon zu halten ist; die meisten derselben sind ihm aufgedrungen worden. Das Weitere wird sich finden. Die Königin ist nicht mehr das vor dem Alter von 14 Jahren großjährig erklärte Kind von 1845, die Louis Philipp im Jahre 1846 mit ihrem Vetter vermählte, über den sie sich lustig machte, weil er nicht den Muth hatte, ihr einen seiner Söhne zum Manne zu geben und doch nicht wollte, daß sie einen bekomme, der im Stande wäre, ein König zu seyn. Die Königin ist nun 26 Jahre alt; sie regiert seit 13 Jahren ohne Regentschaft und es sind nun 10 Jahre, daß sie verheirathet ist. Durch die Erfahrung gereift, unterrichtet durch die Ereignisse, schwer heimgesucht durch das Unglück ist Isabella II. keine Person ohne Bedeutung, ohne persönlichen Einfluß auf die Politik Spaniens Ihre Persönlichkeit zählt im Guten wie im Bösen, sie hat Freunde und Feinde; sie hat ihren politischen Gedanken und sie hat auch einen Willen, welcher oft den Umständen weicht, aber der doch immer ausdauert und einem einzigen Ziele zustrebt. Sie ist Königin und sie will es seyn."

Italien.

Turin, 17. Okt. Der Erbschaftsprozeß Peskatore-Weber, welcher so lange die französischen Blätter beschäftigte, tritt in den hiesigen Journalen wieder in den Vordergrund, seitdem es konstatirt ist, daß der verstorbene Millionär piemontesischen Ursprungs war, und seine rechtlichen Erben in erster Linie noch in den hiesigen Staaten leben Der reiche Rentier, zu Cuceglio in der Provinz Ivrea geboren, schien in der ersten Jugendzeit geneigt, sich dem geistlichen Stand zu widmen. Doch plötzlich stiegen in ihm andere Gedanken auf, er legte das priesterliche Gewand ab, und verheirathete sich mit einer gewissen Margherita Civario. Doch schon nach drei Tagen war er der Gattin satt, und verabschiedete sich von ihr mit Hinterlassung seines geringen Vermögens. Peskatore und sein Bruder traten in französischen Kriegsdienst, und machten mehrere Feldzüge mit. Nach abgelaufener Dienstzeit beschäftigte er sich mit dem Handel, und hatte das Glück, sich in auffallend schneller Zeit zu bereichern. Die Frau Pescatores lebt zur Stunde noch in Cuceglio in einem Alter von beinahe 80 Jahren. Außer ihr haben noch fünf Brudersöhne und drei Enkel Erbschaftsansprüche. Kaum hatte das hiesige Ministerium Nachricht von dem Sachverhalt, als es die Erben Pescatore's durch den Intendanten von Ivrea berufen ließ, und ihnen anempfahl, sich in den Besitz der nöthigen Beweispapiere zu setzen. Dieses ist geschehen, und das Ministerium selbst wird nun die Rechte der betreffenden Erben zu wahren suchen. (A. Z.)

⁂ Die „Italienische Korrespondenz" bringt ein äußerst interessantes Aktenstück, nämlich ein Generaledikt des heiligen Offiziums von Ancona, unterzeichnet vom Generalinquisitor Thomas Vincente Airaldi. Dasselbe beginnt mit einer Ermahnung an alle Mitglieder der katholischen Kirche, dem heiligen Amte der Inquisition alle solche Vergehen, welche in ihre Competenz fallen, bei Strafe der Exkommunikation zu denunziren, besonders aber solche Personen, welche Ketzer, oder der Ketzerei verdächtig, oder Vertheidiger oder Anhänger, sey es frühere oder noch jetzige, des jüdischen Ritus, oder Mohamedaner, oder Juden sind; ferner alle diejenigen, aus deren Handlungen, wie Zaubereien, Magie rc. man auf bestimmte oder stillschweigende Verträge mit dem Dämon schließen kann, dann alle Schwarzkünstler, solche die Priesterpflichten ausüben, ohne das Recht dazu zu haben, solche, die geheime Versammlungen, oder Versammlungen zur Verachtung und Benachtheiligung des katholischen Glaubens halten, solche, die Gott, die Jungfrau Maria und die Heiligen gelästert haben, solche, die trotz eines religiösen Gelübdes eine Heirath abschließen, die Polygamisten, diejenigen, welche der heiligen Inquisition in der Ausübung ihres Amtes Hindernisse in den Weg legen, Verfasser von Schriften, die Beleidigungen gegen Geistliche enthalten, alle die, welche ketzerische Schriften lesen, drucken, drucken lassen oder verbreiten, solche Personen, die während der Fasten Fleisch, Eier oder Milch (?) gegessen oder zu essen gegeben haben, endlich diejenigen, welche einen Katholiken von seiner Religion abwendig gemacht oder einen Nichtchristen verhindert haben, sich taufen zu lassen. Der Kirchenbann wird nicht eher aufgehoben, als bis die Denunziation von Seiten des Exkommunizirten geschehen ist. Ein Nachsatz des Dekrets ermahnt alle diejenigen, welche sich eines Vergehens schuldig gemacht haben, nicht ihre Denunziation abzuwarten, sondern sich freiwillig anzugeben und zu beichten, in welchem Falle sie der Milde der Kirche versichert seyn können. Das Dekret schließt mit dem besondern Befehle, alle diejenigen Verordnungen einzuhalten, welche den Juden und Christen einen gewissen Verkehr untersagen, z. B. zusammen zu schlafen, zu essen, zu spielen, zu tanzen, sich zusammen zu verkleiden, oder sonst irgend einen vertrauten Umgang zu pflegen. Dieses Dekret, welches vom 8. August 1856 datirt ist, muß in allen Kirchen, Zollhäusern, Buchhandlungen, Wirthshäusern rc. rc. angeschlagen werden.

Griechenland.

Die „Minerva von Athen berichtet übereinstimmend mit Privatkorrespondenzen: Kaiser Napoleon empfing in den Bädern von Plombières den General Kalergis, gegen den er sich mit Bezug auf die aus dem Artikel 40 der griechischen Verfassung entspringenden Schwierigkeiten in Betreff der Ehe des Prinzen Adalbert äußerte: „Die Rechte der griechischen Nation sollen nicht verletzt werden. Ich werde darauf beharren, daß Bayer sich klar und entschieden in Uebereinstimmung mit der griechischen Verfassung und dem Londoner Traktat ausspreche." Der General antwortete bewegt: „Wenn meine hellenischen Mitbrüder die wohlwollenden Aeußerungen Ew. Majestät erfahren, wird sich ihre Dankbarkeit für Ew Majestät steigern, und sich mit Vergnügen bei jeder Gelegenheit kund geben."

Rußland und Polen.

Aus Petersburg vom 11. Oktober wird dem „Nord" geschrieben, daß es sich keineswegs, wie in auswärtigen Blättern behauptet worden, um Absendung einer Flotte von Kronstadt nach dem Mittelmeere handle, sondern bloß um „einige Schiffe", die in Kurzem „nach verschiedenen Richtungen" abgehen würden, und zwar die Schraubenfregatte „Poltau" nach Griechenland, zur Verfügung des dortigen russ. Botschafters für den Depeschendienst, ferner die Brigg „Philoktet", die zu demselben Zwecke nach Konstantinopel gehe, und endlich die Fregatte „Alaf", die nach Nizza gehe und sich der Kaiserin-Mutter zur Verfügung stelle. „Politischen Zweck hat diese Absendung" — so versichert wenigstens der „Nord" — keinen." Von Kronstadt gehen sodann auch zwei Fregatten in das nördliche Eismeer

Aus Polen geht der „K. Hart. Ztg." die Mittheilung zu, daß Fürst Gortschakoff von Moskau die kaiserl. Ordre mitgebracht habe, eine von Lowicz über Wlodawek bis zur preußischen Grenze nach Thorn hin auf das Dörfchen Otloczyn an der Grenze zu leitende Eisenbahn auf den neuen Bahnetat zu stellen und die Nivellementsarbeiten sofort beginnen zu lassen. (Fr. Postz.)

Nichtpolitische Zeitung.

Von den bekannten, bereits zum Liebling der Jugend gewordenen Münchener Bilderbogen (bei Braun und Schneider in München) ist wieder eine Reihe erschienen, die sich in Erfindung und Ausführung ihren zahlreichen Vorläufern auf's würdigste anschließt. Haus, Wald, Feld, Geschichte und Märchen sind reichlichst und mit Anmuth vertreten, und um dem Angenehmen auch das Nützliche beizugesellen, sind einige leichte, gefällige Blätter zum Nachzeichnen hinzugefügt.

* Die „Gaz. de l'Angoumois" erzählt nachstehenden Fall: Eine Frau im Kanton von Blanzac, zum zweiten Male verhei-

rathet, hat von ihren beiden Eheherren 34 Kinder. — Als ihr letzter Sohn zur Konskription gelangte, sagte sie dem General, daß, ihr dies Kind nehmen, sie in die Unmöglichkeit versetzen hieße, die Uebrigen zu erziehen. — „Wie viel Kinder haben sie denn?" fragte der General. — „34", erwiderte sie. — Bei dieser kolossalen Anzahl sah der General ein, daß die Reklamation der armen Frau begründet sey, schenkte ihr 2 Napoleons und sprach den Sohn vom Dienste frei.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 23. Oktober. Die Börse eröffnete in sehr fester Haltung, im Laufe derselben gingen die Kurse etwas zurück, schlossen jedoch am Ende wieder höher.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78 1/4 P. 78 G. 5pCt Lombard.-Ven. — P. 87 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 77 P. 76 1/2 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2pCt. 66 1/2 P. 66 1/4 G.; à 4pCt. 10 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/2 P. — — G. **Preussen.** 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine — — P. 83 G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4 1/2pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G.; 5pCt. 110 1/2 P. 100 G. **Würtemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 90 1/8 P. 89 7/8 G.; 4 1/2pCt. 102 P. — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2pCt. 91 P. 90 1/2 G.; à 4pCt. 99 P. 98 1/2 G.; 4 1/2pC. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 1/2 P. — G.; à 3 1/2pCt. 90 1/2 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 5/8 P. 37 3/8 G.; 1 1/4pCt. neue 23 9/16 P. 23 7/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D., alte 1193 P. 1188 G. Neue Bankaktien 301 P. 299 G. Credit-Actien à 5pCt 177 1/2 P 175 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 371 P. 369 G.; junge 331 P. 329 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 509 P. 504 G. Mitteldeutsche Creditbank 103 1/4 P. 102 3/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 107 1/2 P. 107 G. Frankf. Bankaktien 113 1/4 P. 112 3/4 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 501 G. Span Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 585 P. 580 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fcs. Einz. 214 P. 212 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 136 1/2 P. 136 G. Neustadt-Weissenb. 103 1/2 P. 103 G. 4 1/2pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 3/4 P. 101 1/4 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 348 P. 346 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 3/4 P. 80 1/4 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 1/2 P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 94 3/4 P. 94 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 119 P. 113 1/2 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 5/8 P. 99 3/8 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 1/8 P. 47 7/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 116 1/2 P. — G. à fl. 25 34 1/4 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 1/8 P. 38 7/8 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 P. — G.	Lond. Lst. 10 k.S. — P. 117 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k.S. 120 P. 119 3/4 G.	Mail. i.S.Lr. 250 k.S. 99 5/8 P. 99 3/8 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Paris Frs. 200 k.S. 93 1/4 P. 93 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Lyon Frs. 200 k.S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 97 P. — G.	Wien fl. 100 C. k.S. 112 1/2 P. 112 1/4 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88 3/4 P. — G.	Wien 3 M. mit 4% 112 1/8 P. 111 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. — — G.	Disconto — P. 6 pCt. G.

Neueste Nachrichten.

** München, 22. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) Die Ankunft und der feierliche Empfang II. kgl. Hoheiten des Prinzen und Prinzessin Adalbert fand diesen Nachmittag statt. Das hohe Paar gelangte mit seinem Gefolge Nachmittags 2 Uhr im Bahnhof an, woselbst sich eine Kompagnie Infanterie mit Musik als Ehrenwache und eine Eskadron Kürassiere zur Eskorte befanden. Der kgl. Stadtkommandant und der kgl. Polizeidirektor von München — der k. Regierungs-Präsident war dem prinzlichen Paare bis Augsburg entgegengereist — befanden sich mit dem kgl. Oberzeremonienmeister in der Bahnhofhalle, der Magistrat und die Gemeindebevollmächtigten aber an einer, nicht weit vom Bahnhofe eigens erbauten, Ehrenpforte, die mit Wappen und Fahnen Bayerns und Spaniens und mit Blumen reichgeschmückt war. Der erste Bürgermeister hielt zur Begrüßung eine kurze Anrede an die hohen Ankommenden, worauf Prinz Adalbert freundlichst dankte. Während dann das Musikkorps der Landwehr eine spanische Nationalmelodie spielte, überreichten festlich gekleidete Mädchen der Frau Prinzessin Blumen und wurde der 6spännige Galawagen des hohen Paares mit Kränzen umwunden. Von der hier wie auf dem ganzen Wege bis zur kgl Residenz versammelten ungeheuren Menschenmenge wurden die hohen Ankommenden mit den herzlichsten Zurufen begrüßt. Viele Häuser waren dekorirt. In der Residenz fand dann der Empfang nach den Bestimmungen des von Ihnen mitgetheilten Programms durch das große Cortege statt; die Begrüßung II. kgl. Hoh. durch unsere königl. Majestäten und den übrigen hier anwesenden Gliedern des königlichen Hauses war eine überaus herzliche. Nach der hierauf erfolgten Vorstellung der Herren und Damen des Cortege, begaben sich der Prinz und die Prinzessin Adalbert zu dem k. Vater, der ihrer am Wittelsbacher Palais harrte. Am k. Hofe fand dann später große Gala Tafel und diesen Abend Festvorstellung im k. Hoftheater statt. Zur heutigen Vorstellung bei festlich beleuchtetem Hause (es wurde die Oper „Stradella" gegeben) hatten alle Angestellten in Uniform zu erscheinen; das Haus bot einen prachtvollen Anblick. Als die hohen Neuvermählten mit den k. Majestäten erschienen, wurden sie mit wahrem Jubel begrüßt. Nach dem Theater versammelten sich die k. Familien in den Appartements Ihrer Majestät der Königin. Se. Maj. der König, welcher aus der Vorderrieß heute Mittag hier eingetroffen war, wird sich bereits morgen wieder dahin begeben zur Fortsetzung der begonnenen Jagden.

Frankfurt, 21. Okt. Nachstehend theile ich Ihnen die Analyse und den wesentlichen Gedankengang der preußischen Depesche über die Neuenburger Angelegenheiten mit, welche Ende September an die preußischen Vertreter bei den deutschen Regierungen gerichtet worden ist. In der Einleitung wird hervorgehoben, daß, je mehr Se. Maj. der König die Kundgebung treuester, wenn auch in der Wahl der Mittel vielleicht fehlgreifender Hingebung zu würdigen wisse, desto mehr sich auch die Pflicht aufdränge, die Opfer dieser Hingebung vor den Folgen derselben zu schützen. Die Zusicherung der Schweizer Behörden, daß die Gefangenen in humaner Weise behandelt werden, könne nicht ausreichen. Nur in der Freilassung der Gefangenen könne eine Garantie dafür gefunden werden, daß die Behandlung der künftigen Regelung der Angelegenheit befriedigendere Resultate haben werde, als bis jetzt erzielt worden seyen. Um diese definitive Regelung zu erreichen, wäre es wünschenswerth, daß der Bund dem Londoner Protokolle vom 24. Mai 1852 zustimme, daß der Bund auf die Freilassung der Gefangenen dringe und sich je nach dem Erfolge dieser Schritte weitere Maßregeln vorbehalte. Um diese Behandlung vorzubereiten, wolle Preußen dem Bunde Mittheilung davon geben, sich indessen vorher mit seinen Bundesgenossen darüber verständigen. So die Analyse. Ob schon allseitige ganz befriedigende Zustimmungen erfolgt sind, ist noch nicht mit Bestimmtheit bekannt worden. (N. K.)

Bern, 22. Okt. Die Diplomatie verlangt Freilassung der Neuenburger Gefangenen. Der Bundesrath spricht seine Bereitwilligkeit aus, der Bundesversammlung eine Amnestie vorzuschlagen, vorausgesetzt, daß Preußen gleichzeitig die vollste Unabhängigkeit Neuenburgs anerkenne. — Der Bundesrath erstrebt eine Vertretung bei den Pariser Konferenzen. — Es werden militärische Rüstungen vorgenommen. (Fr. J.)

Paris, 20. Okt. Auf neue Schritte, welche die Handelskammer im Einvernehmen mit der Bank beim Finanzminister gethan hat, um wenigstens für eine gewisse Zeit einen Zwangskurs der Banknoten zu erwirken, soll eine ganz entschieden verneinende Antwort erfolgt und somit jede Aussicht verschwunden seyn, durch dieses Auskunftsmittel der jetzigen Krisis abzuhelfen. (Köln. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 297. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 25. Oktober 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 20. Oktbr. In seiner heutigen öffentlichen Sitzung verkündete der Kassationshof für die Pfalz ein Urtheil gegen den ehemaligen Notar Röbel von Rockenhausen wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt, wonach ein Urtheil des kgl. Appellationsgerichts in Zweibrücken vernichtet und der Beschuldigte zur Amtsentsetzung auf die Dauer von sechs Monaten verurtheilt wurde. Röbel, seit 1844 als Notar in der Pfalz angestellt, ließ sich mehrere Handlungen zu Schulden kommen, welche mit der Stellung eines öffentlichen Beamten unverträglich sind. Das Bezirksgericht Kaiserslautern verurtheilte deßhalb den Beschuldigten, weil er Scheinkäufe abgeschlossen, Wuchergeschäfte vermittelt, das Interesse Minderjähriger nicht gewahrt, Gelder seiner Klienten zu eigenem Nutzen verwendet und überhaupt seine Stellung als Beamter gänzlich mißkannt hatte, mit der höchsten Disziplinarstrafe, nämlich Amtsentsetzung. Das königl. Appellationsgericht in Zweibrücken fand zwar die sämmtlichen Anklagepunkte, 19 an der Zahl, nicht gegeben, sondern hatte bei einzelnen Fällen eine günstigere Auslegung Platz greifen lassen, bestätigte jedoch das erstrichterliche Urtheil bezüglich der Amtsentsetzung, worauf Röbel den Kassationsrekurs an den kgl. Staatskassationshof ergriff und in einer Denkschrift zwei Beschwerdepunkte geltend machte. Es seyen die Artikel 6, 16, 26 und 53 des Notariatsgesetzes vom 25. Ventôse XI. verletzt, wonach er lediglich auf die Dauer eines Jahres vom Amte hätte entsetzt werden sollen; auch sey der zweitrichterliche Ausspruch ganz gegen den Geist und Sinn der Verfassungsurkunde. Der Kassationskläger führt hier aus: Wenn auch die Notare nicht gerade kgl. Beamte seyen, wie sie die Verfassungsurkunde im Sinne habe, so müsse doch bezüglich derselben analog auf die dort getroffenen Bestimmungen Rücksicht genommen werden Nach §. 10 der Beilage IX., die Verhältnisse der Staatsdiener betreffend, sollten dieselben nur nach dreimaliger Disziplinarstrafe entlassen werden, nie aber die Dimission sofort als die erste Strafe eintreten. Nun aber sey gegen ihn nie früher eine Disziplinarstrafe verhängt worden, aus seinen Zeugnissen und Repertorien erhelle vielmehr, daß er das Vertrauen der Bevölkerung sowie der Verwaltungsbehörde genieße. Es sey deßhalb die sofortige Verhängung der höchsten Strafe ungesetzlich. Bei der Verhandlung der Sache beim hiesigen Kassationshofe trat der Herr General-Staatsprokurator Bettinger dem ersten Beschwerdepunkt bei und führte aus, daß der Art. 53 des Notariatsgesetzes nur den Sinn habe, daß in jenen Fällen, wo das Gesetz die Anwendung der Amtsentsetzung gestatte, dieser Ausspruch immer nur von den Zivilgerichten ausgehen solle. Diese Fälle seyen im Gesetze Artikel 6, 16, 26, 53 deutlich bestimmt, es passe jedoch keiner dieser Artikel auf die Anwendung der dem Beschuldigten zur Last gelegten Handlungen, weßhalb auch sein Antrag dahin ging, das Urtheil des kgl. Appellationsgerichts in Zweibrücken zu kassiren und den Angeklagten lediglich auf die Dauer eines Jahres vom Amte zu entsetzen und zugleich demselben die erlegten 70 fl. Succumbenzstrafe zurückzuerstatten. Diesem Antrage wurde auch dahin deferirt, daß Röbel auf die Dauer von sechs Monaten seines Amtes entsetzt wurde.

(Augsb. Abdztg.)

München, 21. Okt. Die andauernd schöne Herbstwitterung beschleunigt die Kartoffelernte, die nun bei uns nahezu vollendet und deren Ergebniß ein besonders günstiges ist, wenn auch weniger in Bezug auf Quantität, als hinsichtlich des Gehalts der Frucht, wie sich bei der Verwendung derselben zum Brennen ergibt. An Getraide ist in den meisten altbayerischen Gegenden Ueberfluß; nur die Grummeternte ist verhältnißmäßig schlecht ausgefallen. Es muß demnach im Ganzen das heurige Jahr als ein äußerst fruchtbares bezeichnet werden. Auch die Wintersaat steht allenthalben vortrefflich. Bei den außerordentlich vortheilhaften Verhältnissen, in denen sich die Landwirthschaft in den altbayerischen Getraidegegenden ungeachtet des mangelhaften Betriebs der gewöhnlichen Bauerngüter befindet, ist es nicht zu wundern, daß der Wohlstand der Bauern von Jahr zu Jahr wächst. So hat man die Wahrnehmung gemacht, daß in neuester Zeit die von der hiesigen Hypothekenbank ausgeliehenen Annuitätenkapitalien aus jenen Gegenden massenweise zurückbezahlt werden, und daß überdies die Bauern beträchtliche Summen in bayerischen Staatspapieren anlegen. Von Mangel an Baargeld ist überhaupt diesorts nichts zu verspüren, und wenn die Bank vor einiger Zeit eine Diskontoerhöhung eintreten ließ, so geschah dies nur, um sich nach Außen zu schützen. (Schw. M.)

Preußen. Berlin, 22. Okt. Die „B. B.-Z." schreibt: „Man erinnert sich noch des großen Aufsehens, das die Entlassung der beiden Landräthe Freiherrn v. Hilgos und Delius wegen ihrer in der zweiten Kammer gegen die Regierung andauernd erhobenen Opposition machte; es wird daher von Interesse seyn, zu erfahren, daß der Erstere der genannten Herren so eben wieder eine Anstellung im Staatsdienste in einer seinem früheren Wirkungskreise gleichen Stellung erhalten hat, indem er zunächst zum Landrathsverweser in der Provinz Westphalen ernannt worden ist."

Berlin, 22. Oktbr. Heute früh ist ein Kommando mit Zündnadel-Standbüchsen von hier nach dem Riesengebirge abgegangen, um Transportversuche mit der genannten für die Infanterie bestimmten und hier bereits versuchsweise angewandten Waffe anzustellen. (N.-Z.)

Sachsen. Dresden, 21. Oktbr. Die Vermählung unserer Prinzessin Anna mit dem Erbgroßherzog Ferdinand von Toskana wird nicht, wie ursprünglich bestimmt war, erst zu Anfang des nächsten Jahres, sondern noch im Laufe dieses Jahres, wahrscheinlich schon zu Ende des Monats November, hier vollzogen werden, so daß die königl. Familie im nächsten Monat zwei Hochzeiten zu feiern haben wird. Es geschieht dies, wie ich erfahre, auf des Großherzogs von Toscana, welcher der Vermählung seines Sohnes in Person beizuwohnen beabsichtigt, und die Reise hierher nicht gern im strengsten Winter machen möchte, Wunsch. (A. Z.)

Nassau. Wiesbaden, 21. Okt. In den Pachtverträgen unserer Spielbank sollen wesentliche Veränderungen vorgenommen werden. Folgende Punkte bezeichnet uns eine gute Quelle als feststehend: für das hiesige Theater werden 25,000 Gulden Zuschuß per Jahr bezahlt; bei den Pachtaktionären, zu denen auch das Haus Haber gehört, sind bedeutende finanzielle Kräfte betheiligt; Herr Guntz bleibt in seiner bisherigen Stellung als Mitaktionär und Direktor der Verwaltung Bedeutende Verschönerungen in den Anlagen unseres Kurorts sollen ebenfalls in dem neuen Vertrag vorgesehen seyn. (Schw. M.)

§ **Oesterreich.** Wien, 22. Oktbr. (Privat-Korresp.) In einem meiner letzten Briefe habe ich Ihnen bereits geschrieben, daß der Zusammentritt der Pariser Konferenz nicht so bald in Aussicht stehe, welche Angabe nun auch von dem in der Regel gut unterrichteten Pariser Korrespodenten des „Dresd. Journals" bestätigt wird. Wie ich höre, liegen die Gründe dieser Verzögerung hauptsächlich in dem Verhalten Englands, das sich mit seinem Alliirten noch immer nicht über die Fragen einigen konnte, welche bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebracht werden sollen, sowie es auch andererseits, was die Lösung derselben betrifft, nicht in allen Punkten mit den Vorschlägen übereinstimmt, die diesfalls von Seite des französischen Gouvernements gemacht worden sind. Außerdem erfährt man noch in dieser Hinsicht, daß Frankreich selbst den unverzüglichen Zusammentritt der Konferenz in diesem Augenblicke nicht mehr für nothwendig hält, eine Ansicht, die auch von Oesterreich, wenn auch aus andern Gründen, getheilt wird. Frankreich soll es nämlich vorziehen, die Donaufürstenthümerfrage im Wege der diplomatischen Negoziation zu erledigen, um der Pariser Konferenz das Resultat derselben zur allseitigen Annahme vorlegen zu können. Oesterreich aber dürfte hauptsächlich wohl aus Anlaß

der gegenwärtigen Phase der neapolitanischen Frage den Zusammentritt der Pariser Konferenz für noch nicht zeitgemäß halten, da vorläufig und namentlich in Hinblick auf die Haltung des Königs Ferdinand keine Aussicht vorhanden ist, diese Angelegenheit auf diesem Wege zur endgültigen Entscheidung zu bringen.

Die österreichische Regierung kommt den Emigranten aus dem lombardisch-venetianischen Königreich, die zurückzukehren wünschen, auf jede Weise entgegen. Der erste Schritt genügt, um sofort die Aufhebung des Sequesters der Güter zu veranlassen; auch werden die Flüchtlinge nach ihrer Rückkehr nach Mailand nicht im mindesten belästigt. (A. Z.)

Belgien.

Bei der allgemeinen Theuerung ist die Armuth in Gent dergestalt gestiegen, daß man bei einer Bevölkerung von 115,950 Seelen ein Fünftel zählt, die von der öffentlichen Wohlthätigkeit unterhalten werden müssen. Da einige Fabriken feiern, so wird die Zahl der Armen diesen Winter noch steigen. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 18. Okt. Der Kaiser hat den in Wien verweilenden österreichischen Botschafter Baron v. **Hübner** durch eine telegraphische Depesche zur Jagd nach Compiegne einladen lassen. Freiherr v. Hübner, ein Mann des Studium und der Feder, ist sicherlich nicht seiner besonderen Vorliebe für Hochwildjagden wegen nach Compiegne geladen worden. Die Einladung hat vielmehr eine durchaus politische Seite. Die Allianz mit Oesterreich liegt dem Kaiser Napoleon persönlich warm am Herzen. In der neapolitanischen Sache hat Kaiser Napoleon die Ansichten Oesterreichs sehr beherzigt und wenn die Rücksichten auf England es auch unmöglich machten, daß Frankreich dem österr. Standpunkte sich anschließt, so wurde diesem doch in so weit Rechnung getragen, daß die Flotten nicht nach Neapel gehen. Nun hat sich in letzterer Zeit eine Differenz der Ansichten in Betreff der **Donaufürstenthümer** zwischen dem französischen und dem österreich. Kabinete herausgestellt, und man ist französischer Seits so weit gegangen, die Presse in schneidender Weise zu Hülfe zu nehmen. Der lange Aufenthalt des Kaisers in Biarritz hat es der gesammten fremden Diplomatie unmöglich gemacht, in persönlicher Audienz beim Kaiser Napoleon Politik zu verhandeln. Nun ist aber der Kaiser durch den etwas lebhaften Ton, den die jüngste diplomatische Korrespondenz zwischen Paris und Wien angenommen hat, aufmerksam darauf geworden, daß hier leicht ein Konflikt sich herausbilden könnte, der seinen Gesinnungen entgegenliefe. Der Kaiser wünschte den Baron Hübner, an dessen Darstellungsweise er gewohnt ist und der in viel kritischeren Perioden sein Wort an die rechte Stelle setzte, auch in diesem Augenblicke zur Seite zu haben und die telegraphische Einladung wurde deßhalb nach Wien gesendet. Wie dringend diese Sache dem Kaiser am Herzen liegt, beweist, daß er den Aufenthalt in Compiegne, der ganz dem Jagdvergnügen gewidmet seyn sollte, durch Politik unterbrechen will. (Oestd. Post.)

Paris, 21. Okt. Die Ankunft des Erbgroßherzogs von **Toskana** ist auf morgen angekündigt. Dieser, der von der Königin Viktoria zu einem mehrtägigen Besuch in England eingeladen worden ist, wird morgen Nachmittag in Boulogne landen, sich von da direkt nach Paris begeben und dann nach Compiegne gehen, um den Jagden, die dort abgehalten werden, beizuwohnen.

Paris, 22. Okt. Es wird versichert, daß der Gesandte Neapels beim hiesigen Hofe, Marquis Antonini, seine Pässe nicht fordern werde.

* Es hat Jemand ausgerechnet, daß, wenn man sämmtliche Eisenbahntunnels von Frankreich aneinanderlegte, diese eine Länge von 16,738 Metres, also fast 2¼ deutsche Meile bilden würden. Da der Preis des Metre im Mittel 2200 Frs. beträgt, so belaufen sich also die Gesammtkosten dieser Tunnel auf 36,823,600 Frs.

Der bekannte Abbe F. Constant ist am 15. Okt. wegen seiner Lieder verhaftet worden. Dieselben sind zwar nie gedruckt worden, es scheint aber, daß sie in Abschriften zirkulirten. Man fügt hinzu, daß eines seiner Lieder, das den Titel „Caligula" führt, dazu benutzt werden soll, um den Verfasser der Aufreizung zu einem Attentat gegen das Leben der Kaisers anzuklagen.

Spanien.

† **Madrid**, 18. Oktbr. Es bestätigt sich, daß General **Pezuela** darauf besteht, um die Direktion der Kavallerie, die ihm angeboten worden ist, von sich zu weisen. Noch bedeutsamer ist es, daß er zu gleicher Zeit verlangt, daß man seine Entlassung von allen seinen Militärgraden annehme. Man betrachtet diesen Entschluß allgemein und mit Recht als Beweis, daß Pezuela sich dadurch für alle Fälle die völlige Freiheit des Handelns behalten will. Es ist übrigens gar kein Geheimniß, daß General Pezuela der Kandidat des Königs für die Conseilspräsidentschaft ist, und es würde uns gar nicht Wunder nehmen, wenn er an die Stelle von Narvaez träte in einem Augenblick, wo man es am wenigsten erwartet. Im Palaste steigern sich die Forderungen. Nach dem, was schon geschehen ist, fordert man nun noch mehr. Die Progressistenpartei kann als aufgelöst betrachtet werden. Der größte Theil ihrer Mitglieder ist zu den Demokraten übergegangen und es wäre nicht unmöglich, daß in der nächsten Cortesversammlung noch mehr Demokraten sich befinden werden als in der bisherigen. Von anderer Seite arbeitet man auch auf dem Terrain der Gewalt. Man hat vor einigen Tagen eine Niederlage von Gewehren, Schießpulver, in einem Hause eines Madrider versteckt, entdeckt. Man hat das Regiment del Principe aus Madrid fortgeschickt; es ist das nämliche, das im Jahre 1854 den Aufstand begann.

* Die „Madrider Ztg." vom 18. Oktober berichtet über die Audienz des Grafen Benckendorf. Derselbe überbrachte zwei Briefe, von denen einer die Thronbesteigung Alexanders II. notifizirte, und von denen der andere ein Kabinetsbrief war, der den aufrichtigen Wunsch einer freundschaftlichen Beziehung zwischen beiden Höfen rc. ausdrückte. Graf Benckendorf hielt folgende Rede: „Der Kaiser, mein Herr, hat mich beauftragt, der Dollmetscher der Wünsche zu seyn, die er für das Wohl und den Ruhm Ihrer Regierung hegt. Diese Gefühle sind meinem erhabenen Herrn durch das tiefe Andenken der früheren Beziehungen Rußlands und Spaniens eingegeben. Ich würde mich glücklich schätzen, wenn die mir anvertraute Mission für die beiden Höfe ein neues Pfand des guten Einverständnisses seyn könnte, das so sehr mit den Interessen beider Nationen, die beständig durch die Gefühle hoher und gegenseitiger Achtung vereinigt waren, harmonirt. In dieser Ueberzeugung habe ich die Ehre, Ew. Majestät die Briefe zu überreichen, welche der Kaiser mir anvertraut hat." Die Königin antwortete hierauf: „Herr General! Ich empfange mit inniger Befriedigung die Briefe, welche der Kaiser von Rußland Ihnen für mich anvertraut hat. Ihre Gegenwart an meinem Hofe, um mir die Thronbesteigung eines so aufgeklärten Monarchen anzuzeigen, ist ein klarer und schmeichelhafter Beweis, daß im Herzen des Kaisers noch die Gefühle der Freundschaft, welche zu anderer Zeit die Höfe Rußlands und Spaniens so eng aneinanderknüpften, lebendig sind. Mein Herz nährt dieselben Gefühle, und Sie können Ihren erhabenen Herrn versichern, daß mein aufrichtiger Wille und das offene loyale Verhalten meiner Regierung immer dem Freundschaftsbeweise entsprechen werden, den der Kaiser mir gibt, und daß ich Ihre Mission als ein glückliches Anzeichen betrachte dafür, daß sich die gegenseitige Achtung und die alten Verbindungen, in denen beide Völker immer fraternisirten, durch neue Freundschaftsbande befestigen werden." Schließlich folgt dann noch eine schmeichelhafte Bemerkung für den Gesandten.

Es wird versichert, daß der progressistische General **Prim** die Weisung erhalten, ein besseres Land als Spanien für den Winter aufzusuchen.

Italien.

Rom, 18. Okt. Da die Weinlese dem innern Bedarfe kaum genügt, so ist die Ausfuhr von Traubenmost, ordinären Weinen und rohem Weinstein bis Ende September 1857 verboten und die Einfuhr ausländischer Weine für den Konsum von Civita-Vecchia bis dahin abermals bewilligt worden. (Fr. Postztg.)

Turin, 17. Oktbr. Die Kaiserin-Mutter von Rußland ist bis zum 25 in Nizza angesagt, und man beeilt sich durch vermehrte Arbeitskräfte rechtzeitig mit der Ausstattung und Dekorirung der kaiserl. Gemächer in der Villa Avigdor fertig zu werden. Aus den Schlössern von hier und von Genua wurden eine Menge Prachtmöbel, Gemälde und Teppiche nach Nizza gebracht, um den kaiserl. Gast aufs prunkvollste zu beherbergen. (Schw. M.)

– Aus **Neapel**, 14. Oktbr., schreibt man der „Köln. Z.": „Am hiesigen Hof ist man über den neuesten Schritt der Westmächte sehr beruhigt. Abgesehen davon, daß der König Ferdinand und sein Hof die Drohungen des Westens nie für sehr ernsthaft genommen haben, halten sie die einfache Abberufung der Gesandschaften ohne das Erscheinen der Flotten für einen neuen Aufschub des Westens, der gestatten wird, zu einer Lösung zu gelangen, welche die Eigenliebe der interessirten Parteien sicher stelle. Es scheint, daß man hier jetzt nur einen Zweck hat, nämlich den, sich einen ehrenvollen Rückzug zu decken. Wenn ich meinen eigenen Erkundigungen Glauben schenken darf, so würde sich Frankreich mit sehr geringen Konzessionen begnügen; gewissen Verurtheilten bewilligte Begnadigungen wären so ziem-

lich Alles, was man verlangen würde. Was die Reformen betrifft, von denen die Rede gewesen ist, so würde der Kaiser der Franzosen, indem er die Sorgfalt des Königs Ferdinand auf diesen ernsten Gegenstand hinlenkt, ihm doch vollkommene Freiheit über die Ausdehnung und Anwendung dieser Reformen lassen. Es ist nur unbekannt, in wie weit die englische Regierung durch diese Wendung der Dinge zufrieden gestellt werden wird; aber ich kann versichern, daß die übrigen Mächte sie billigen und unterstützen. Hr. v. Brenier und der General Martini sind, was die Tragweite der neapolitanischen Frage anbelangt, viel einiger, als es den Anschein hat. Selbst der russ. Gesandte, Herr Kakoschkine, der zuerst mit der größten Energie gegen die Politik der Westmächte gesprochen hat, ist plötzlich sehr sanft geworden. Die Sprache, die er heute führt, ist sehr verschieden von seiner früheren, und er kann heute nicht genug Worte finden, um die große Mäßigung des Kaisers der Franzosen zu preisen und zu loben. Noch muß ich hinzufügen, daß die Berichte des Marquis Antonini sehr günstig lauten. Derselbe beglückwünscht sich in jedem seiner Berichte wegen des Wohlwollens und des Nachgebens des Tuilerienhofes in dieser Angelegenheit. Es scheint also, daß die neapolitanische Frage, ungeachtet der bevorstehenden Abberufung der westlichen Gesandten, in eine neue, und zwar sehr friedliche Phase getreten, eine freundschaftliche Lösung derselben nahe bevorstehend ist, und man wieder einmal „viel Lärmen um nichts“ gemacht haben wird.“

Nichtpolitische Zeitung.

Hengersberg (Altbayern), 20. Okt. Der zu 20 Jahren verurtheilte Kettensträfling Bochinger, aus Frauenholz im Landgericht Landau gebürtig, welcher im Monat Februar l. J. aus dem Zuchthause in der Au bei München entsprungen und sich seit dieser Zeit durch Raub und Diebstähle aller Art ruchbar machte, wurde vor einigen Tagen durch den Gensdarm Wunsch, Station Schelnach, Landg. Hengersberg, nach hartnäckiger Gegenwehr wieder arretirt; derselbe führte außer 80 fl. und einigen Kreuzern baar Geld auch eine einfache und eine Doppelpistole und einen Dolch bei sich. Die Ausdauer und der Muth des in Lebensgefahr befindlichen Gensdarmen Wunsch wird allgemein rühmend bezeichnet.

Bei der hohen Fluth vom 15. auf den 16. Oktober, in der Nacht der Mondsfinsterniß, hat das Meer an der Küste von Frankreich großen Schaden angerichtet. In Saint Serren wurde ein Haus fortgerissen, wobei ein junger Mann, nachdem er seine fünf Geschwister gerettet hatte, umkam. Fünf oder sechs Häuser wurden in St. Malo fortgeschwemmt, und so viel Sand vom Meere auf das Ufer geworfen, daß dasselbe fünf bis sechs Fuß höher geworden ist. Am ganzen Littorale wüthete das Meer fürchterlich. Nachrichten von Schiffbrüchen sind noch nicht da; Nothschüsse hat man an vielen Enden vernommen. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Breslau, 18. Oktbr. Zucker. Unter nachgebenden Preisen waren die Umsätze diese Woche in Melis ziemlich beträchtlich, während die anderen Zuckergattungen auf sehr mäßigen Abzug für den gewöhnlichen Konsumtionsbedarf beschränkt blieben. Zu notiren ist: ff. Raffinade 21 a 20⅔ Thlr., 2te Sorte 20 a 19½ Thlr., fein Melis 19 a 18⅔ Thlr., Melis 18½ a 18 Thlr., Farin, weiß 18 a 17 Thlr., gelb 16½ a 15½ Thlr., braun 15 a 14 Thlr. nach den verschiedenen Qualitäten.

Bremen, 18. Oktbr. Während der letzten 14 Tage war an unserem Getraidemarkte im Allgemeinen eine sehr ruhige Stimmung vorherrschend und Umsätze beschränkten sich fast lediglich auf den Bedarf. Für Waizen besonders blieb die Kauflust sehr schwach, denn Frage zur Versendung fand nicht statt und die Bäcker versorgten sich auch nur recht spärlich, daher nur Kleinigkeiten zum Verkauf kamen. Trotz der bis jetzt nur mäßigen Zufuhren konnten Preise sich nicht behaupten und wir notiren heute ziemlich nominell: für 121—122, 124—125, 126pfd. Weser, Hannov. und Braunschw. 185, 190 a 200 Thlr. loko. Von Petersburg sind ca. 65 Last 134pfd. sehr glasiger Cubanca-Waizen angekommen, die auf 190 Thlr. unten von Bord gehalten werden. Von Roggen sind in den letzten Tagen ca. 270 Last von Petersburg zugeführt und eine Ladung ca. 80 Last hat zu 115½ Thlr. unten von Bord, oder ca. 121½ Thlr. frei ab hier Nehmer gefunden. Sonst kamen keine Partien von Belang zum Umsatz und nur von Seiten der Konsumenten zeigte sich für die guten alten Sorten eine ziemlich regelmäßige Bedarfsfrage, die zu 122 a 124 Thlr. frei ab für 115, 116—117pfd. Petersburger befriedigt wurde. Gerste, besonders Oberl. wesentlich billiger erlassen und hat dies zu einem Umsatz von ca. 100 Last an unsere Brauer geführt; 101—103pfd. bedang zuletzt 102 a 104 Thlr. loko. Niederl. Winter wird in bester, ganz gesunder Waare gern genommen und 95, 97—98pfd. ist 92½, 95 a 96 Thlr. zu notiren, geringere verhältnißmäßig billiger. Hafer flau; 68—70pfd. Niederl. 50 a 52 Thlr., 75—76pfd. Oberl. 60 Thlr. en detail. Mehl dringend angeboten, 1ma Oberländ. und amerikan. 6¼ a 6¾ Thlr.

London, 17. Oktbr. Zucker der engl. Kolonien fest zu der Steigerung von ca. 1 s 6 d seit 8 Tagen. Die heutigen Auktionen aus unkouranten Sorten bestehend, liefen aber nicht flott ab; die gut ordinären, für Krämer passenden Muskovaden sind dagegen sehr viel gesucht und wohl 4 s über dem niedrigsten Punkt der letzten Zeit werth. In fremden Sorten machte man gestern und heute drei schwimmende Ladungen, zusammen ca. 1800 T. gedeckten Manila zu 31 s, lieferbar nach engl. Häfen, ca. 2200 K. Havanna zu 29 s 9 d für weich ord. braun bis 36 s 6 d für florette, 530 F. 250 Brls. Portorico zu 31 s 9 d a 35 s für ord. braun bis fein gelb, 2800 S. Siam weißen zu 34 s 6 d a 36 s 6 d, gelben zu 31 s 6 d a 33 s 6 d, 1000 S. braunen Pernambuco zu 29 s 6 d; 500 S. Brasil sehr ord. bis gut braunen, aber weichen Bahia zu 25 s 9 d a 31 s 3 d, geringen weißen Pernambuco zu 33 a 35 s. Raffinirter steigend; die Raffinadeurs haben alle disponible Waare geräumt und Crushed nicht mehr unter 41 s auf Lieferung zu haben.

Kaffee behauptet. Native Ceylon 52 s. Einige Costa-Rica wurden in Auktion zu 52 a 60 s für gut bis fein ord., bis 70 s für feine Waare begeben.

Reis nur in den geringeren Sorten begehrt. Cargo-Bengal 9 s 6 d a 10 s, ord. bis gut mittel Moonghy 9 s a 9 s 6 d bezahlt.

London, 17. Oktbr. Wir beeilen uns Ihnen mitzutheilen, daß in einer so eben stattgehabten Zusammenkunft der Importeure der 6. November als Eröffnungstag der nächsten hiesigen Auktion von Kolonial- und anderen Wollen festgesetzt worden ist. Die Zufuhren von Australien und dem Kap-Lande bestehen bis jetzt aus 13,742 Ballen Sydney, 7853 Ballen Port Philipp, 2014 Ballen Adelaide, 4811 B. Vandiemensland, 1181 B. New-Seeland, 409 Ballen Swan River; 16,729 B. Kap, also 46,719 Ballen im Ganzen. Ungeachtet der erschwerten Geldverhältnisse (der engl. Bankdiskonto ist seit dem 6. Oktbr. 6 und 7pCt. je nach Verfallzeit der Wechsel) macht man sich Angesichts der kleinen Vorräthe beim großen Bedarfe fast allgemein auf feste Preise gefaßt.

New-York, 4. Oktbr. Geld ist in lebhafter Nachfrage. Fonds bei ziemlichen Umsätzen doch eher etwas gedrückt in den Kursen.

Baumwolle fest und in steigender Richtung.

Brodstoffe. Mehl gedrückt mit mäßigen Umsätzen. Waizen flauer.

Frankfurt, 24. Oktober. Die Börse war heute in minder günstiger Stimmung, nur Frankfurter Bank, Meininger Kredit- und Bexbacher Eisenbahnaktien, sowie span. Fonds waren beliebter.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78¼P. 77¾G. 5pCt Lombard-Ven. 87½P. 87¼ G. Metall. alte à 5pCt. 76¾P. 76½G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86¼P. 85¾G.; à 4½pCt. 66¼ P. 66 G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56⅓ P. — — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine — — P. 83 G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 94¾P. 94¼G.; 4½pCt. 100¾P. 100¼G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅛P. 89⅞ G.; 4½pCt. 102 P. — — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91P. 90½G.; à 4pCt. 99 P. 98½ G.; 4½pC. 102¼ P. 101¾G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82½P. — G.; à 3½pCt. 90½ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37⅝P. 37⅜G.; 1¼pCt. neue 23⅝P. 23½G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1189P. 1184G. Neue Bankaktien 307 P. 302 G. Credit-Actien à 5pCt 175 P 173 G. Darmstädter Bankaktien alte 372 P. 370 G.; junge 332P. 330 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 509 P. 504 G. Mitteldeutsche Creditbank 103¾P. 103¼G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 107½ P. 107G. Frankf. Bankaktien 113½ P. 113 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 504 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 590 P. 584 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 232 P. 230 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 138 P. 137½G. Neustadt-Weissenb. 103⅜ P. 103⅛G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101¾ P. 101¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-

Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 348 P. 346 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 81½ P. 81¼ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78¼ P. 77¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 94⅝ P. 94⅜ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99⅞ P. 99½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛ P. 47⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 116½ P. — G. à fl. 25 34¼ P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅞ G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 43½ P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 P. — G.	Lond. Lst. 10 k.S. — P. 117⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G.	Mail. i.S.Lr. 250 k.S. 99⅝ P 99⅜ G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G.	Paris Frs. 200 k. S. 93¼ P. 93 .
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾ P. 104½ G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 97 P. — G.	Wien fl. 100 C. k S. 112½ P. 112¼ G.
Hamb. MB. 100 k.S 88¾ P. — G.	Wien 3 M. mit 4% 112⅛ P. 111⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅞ P. —— G.	Disconto P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 21. Oktbr. Se. Maj. der König haben das Dienstestauschgesuch der Unterlieutenants Fr. Duntze vom 9. Inf.-Reg. und Wilh. Veith vom 2. Inf.-Reg. genehmigt; den temporär pens. Reg.-Quartiermeister G. Raab und den temp. pensionirten Unterlieutenant K. v. Grodiska bleibend im Ruhestand belassen; den Hauptmann Günther Frhr. v. Bünau vom 14. Infanterie-Regiment vorbehaltlich seinerzeitigen anderweitiger Verfügung in den Ruhestand versetzt; den Regiments-Quartiermeister Heinrich Dorner von der Kommandantschaft Landau auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Fr. Gerhäußer auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; dem Hausmeister Jos. Mayer von der Kommandantschaft München die Ehrenmünze des Ludwigsordens verliehen; den Unterlieutenant J. Anzengruber vom 10. Inf.-Reg. auf zwei Jahre in den Ruhestand versetzt; den Hauptmann Max Limbach vom Generalquartiermeisterstab zum Adjutanten des Generallieutenants und Generalquartiermeisters Anton von der Mark ernannt; das Dienstestauschgesuch der Oberlieutenants E. Rümmelin vom 4. Inf.-Reg. und Max Dirscheid vom 10. Inf.-Reg genehmigt; dem pensionirten Unterlieutenant J. Batsch die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; das Dienstestauschgesuch der Oberlieutenants v. Seutter vom 3. Jäger-Bat. und Wilh. Schumm vom 12. Inf. Reg. genehmigt, den temporär pens. Oberstlieutenant Leonh. Zeller bleibend im Ruhestande belassen; den Unterlieutenant Balth. Bermann vom Inf.-Leib-Reg. und den Regimentsarzt Dr. Moritz Dobelbauer von der Kommandantschaft Germersheim auf ein Jahr, den temporär pensionirten Oberlieutenant Ludw. Zech v. Deybach auf weitere zwei Jahre in Ruhestand versetzt; den Hauptmann K. v. Markreither vom 10. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Hauptmann Max Graf v. Rambaldi bleibend im Ruhestande belassen.

Durch Ministerial-Reskript vom 2. d. wurde die Wahl des Unterlieutenants K. Orthmayer vom 2. Jäg.-Bat. zum Bataillons-Adjutanten bestätigt. (Verordnungsbl.)

Berlin, 22. Oktbr. Der „Staatsanzeiger" meldet die Ernennung des Ministers des königlichen Hauses, des Herrn v. Massow, zum Staatsminister und Mitglied des Staatsministerium. (A. Z.)

Konstantinopel, 17. Oktober. Guyon, der ungarische General, ist gestorben. Es ist eine Kopfsteuer von 12½ Piastern festgesetzt, 170 Millionen einbringend. Ferruk Khan, der persische Gesandte, ist heute mit dem Lloyd-Dampfer aus Trapezunt angelangt. (T. D. d. A. Z.)

Athen, 18. Oktober. Kornausfuhr verboten. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böblmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 298.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 26. Oktober 1856

Deutscher Bund.

Die an deutsche Regierungen gerichtete preußische Depesche vom Ende September über die neuenburger Angelegenheit hat zwischen einigen Regierungen und Preußen Besprechungen hervorgerufen, die noch nicht ganz beendigt sind. Wie man hört, sind Seitens einiger Mittelstaaten Rückfragen erfolgt, die sich namentlich auf den Passus der Depesche beziehen dürften, wo es heißt, daß der Bund mit der Zustimmung zum Londoner Protokoll einen Schritt bei der schweizer Eidgenossenschaft verbinden möge, um auf Freilassung der Gefangenen zu dringen und sich je nach dem Erfolge dieser Schritte weitere Maßregeln vorzubehalten. Die Rückfragen sind dadurch veranlaßt worden, daß dieser Theil der zur Regelung der Angelegenheit als wünschenswerth bezeichneten Entschließung des Bundes eventuelle Verpflichtungen in sich zu schließen scheine, deren Tragweite sich nicht ganz übersehen lasse. Es bietet sich besonders die Frage dar, was der Bund thun solle, falls die Schweiz die Gefangenen nicht freilassen sollte. (K. Z.)

Bayern. München, 22. Oktbr. Dem Vernehmen nach hat der kgl. Hofkapellmeister Aiblinger dahier (Kompositeur der Marienlieder und mehrerer Messen) von Sr. Heil. dem Papste den Gregoriusorden zugeschickt erhalten.

Ueber **Altbayerns Criminalstatistik** enthalten bayerische Blätter unter Anderem: „Sie haben schon öfter von den erschreckenden Zahlen unserer Criminalstatistik melden müssen. In dem letzten Semester schien darin eine kleine Besserung eingetreten zu seyn. Aber die Schwurgerichtssitzung des zweiten Quartals für Oberbayern hat wieder einen fast grausenerregenden Blick in den Kulturzustand der Bevölkerung dieses Kreises thun lassen. Die eine Sitzung ergab vier Todesurtheile! Meistens sind im Jahr sechs Sitzungen. Die Bevölkerung des Kreises beträgt aber etwa 650.000 Seelen. Schlimmer noch als dieses Zahlenverhältniß sind die Umstände, unter denen es sich bildet. In ganz Oberbayern ist Armuth, drückende, zum Verbrechen treibende Armuth unbekannt. Es ist auch sehr selten, daß einer der Verurtheilten durch Noth veranlaßt wird, das Gesetz zu übertreten. Wilde, thierische Leidenschaften, von einer stumpfen Rohheit begleitet, welche den Mord für nichts achtet, führen meist zu den gräßlichsten Handlungen. So wurde eine Frau verurtheilt, weil sie gegen ihren braven Mann, der ihr in Befriedigung ihrer Wollust mit anderen kaum hinderlich war, Mörder gedungen hatte. Sie war damit seit Jahren beschäftigt, und suchte eine ganze Reihe von Liebhabern durch eine geringe Summe zu gewinnen. Die sie endlich bereit fand, verrichteten das blutige Geschäft, fast so wie ein Metzger ein Thier schlachtet. Nachdem sie den Mann auf grausame Art umgebracht, gingen sie unmittelbar ins Wirthshaus und tranken einige Maß Bier. Ein ganz ähnlicher Fall wurde gleichzeitig in Niederbayern abgeurtheilt; das ehebrecherische Weib legte dort selbst mit Hand an, den Vater ihrer fünf Kinder zu erdrosseln. Die übrigen Morde zeigten in anderen Umständen ganz dieselbe Erstorbenheit jedes menschlichen Gefühls."

Preußen. Berlin, 23. Oktbr. Man soll hier vielfach mißfällig bemerkt haben, daß die Ehrenpromotionen, welche die Universität Greifswald bei Gelegenheit ihrer 400jährigen Stiftungsfeier vorgenommen hat, auch Männern zu Theil geworden sind, welche seit Jahren der Regierung recht hartnäckig opponirt haben. (Präsident Wentzel in Ratibor, Präsident Lette und Kammergerichtsrath v. Rönne hier, Graf Schwerin.) (Fr. Pstz.)

Erfurt, 22. Oktbr. Der „Apostel" der Irvingianer, Hr. v. Pochhammer aus Berlin, ist hier angekommen und hielt gestern Abend einen Vortrag über christliche Wahrheiten, wie er ankündigt. Der Zutritt zu seinen Vorträgen ist unentgeldlich. Der Endzweck seiner Vorträge ist, hier eine irvingianische Gemeinde zu gründen.

Luxemburg. Luxemburg, 21. Oktbr. Unsere Kammer, die sich am 10. d. M. vertagt hatte, um der Adressekommission Zeit zur Ausarbeitung ihres Entwurfes zu lassen, ist heute wieder zusammengetreten. Der Hr. Präsident verlas die sehr energische Adresse. Es wird dann auf den ungünstigen Eindruck hingewiesen, den die projektirte Abänderung im Lande hervorgerufen; unsere kostbarsten politischen Rechte würden durch dieselben angetastet. Die Luxemburger seyen von jeher ihrem Fürsten treu gewesen; der Prinz-Statthalter selbst habe wiederholt deren Weisheit und Mäßigung anerkannt, und man könne sich deßhalb die Gründe nicht erklären, welche die Regierung Ihrer Majestät bestimmt hätten, die konstitutionellen Garantien unterdrücken zu wollen. Der deutsche Bund respektire in vielen anderen Staaten die dortigen freien Institutionen, u. A. auch in Limburg, das mit Luxemburg unter demselben Szepter stehe. Man wolle nicht behaupten, daß unsre Einrichtungen vollkommen seyen, aber den Mängeln könne durch gesetzliche Maßregel abgeholfen werden, und sey eine Revision der Verfassung nicht erforderlich, diese müsse den Charakter der Stabilität haben. Nur ein unverdientes Mißtrauen gegen unser Volk könne das Werk angerathen haben, welches der Gegenstand unserer Unruhe und Beängstigung sey. Schließlich wird die Hoffnung ausgedrückt, daß es der Vermittlung des Prinzen-Statthalters gelingen werde, zu verhindern, daß bei uns ein Regime aufkomme, welches unsereš Zivilisation feind sey. Ueberhaupt hat sich in der ganzen Regierungspartei ein völliger Umschlag ergeben, seit die beabsichtigten Modifikationen bekannt geworden. Die öffentliche Meinung ist entrüstet. Das Projekt, wie es vorliegt, wird keine sechs Stimmen für sich haben. (K. Z.)

Freie Städte. Frankfurt, 24. Okt. Daß die Redaktion des hier erscheinenden Blattes „Deutschland" in andere Hände übergegangen sey, wird heute in genanntem Blatt als unwahr erklärt.

Oesterreich. Aus Wien, 22. Oktbr., schreibt man: „Man weiß nun hier, daß hinter dem Drängen des Tuilerienkabinets, um Oesterreich zur sofortigen Räumung der Donaufürstenthümer zu veranlassen, gar kein anderer als russischer Einfluß steckt, der es so weit brachte, daß Graf Morny von Moskau aus an Graf Walewski fortgesetzt berichtete, wie sehr es an der Zeit sey, daß von Paris aus dieses Gegenstandes wegen mit Oesterreich ein energischere Sprache geführt werde. (N. K.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 22. Oktober. Das bundesräthliche Organ, die Zeitung „Bund", veröffentlicht heute folgende offiziöse Mittheilungen „zur Neuenburger Frage": „Einzelne Blätter gaben in neuester Zeit Darstellungen über Verhandlungen, die in Beziehung auf die Neuenburger Angelegenheit zwischen dem Bundesrath und der auswärtigen Diplomatie stattgefunden haben. Wir können nun aus sicherer Quelle berichten, was an diesen Darstellungen Wahres und was daran Irrthümliches ist. — Es hat allerdings zu Ende des abgelaufenen Monats die französische Gesandtschaft dem Hrn. Bundespräsidenten mündlich eröffnet, sie sey von ihrem Souverän beauftragt, den Wunsch auszudrücken, es möchten die Neuenburger Gefangenen sofort in Freiheit gesetzt werden, indem ein derartiger

Akt zur glücklichen Lösung der schwebenden Frage wesentlich beitragen könnte. — Der Bundesrath in vollkommener Würdigung der vom Kaiser der Franzosen gegen die Schweiz noch jeweilen bethätigten wohlwollenden Gesinnungen, erwiderte auf jene Eröffnung, daß er bereit sey, der Bundesversammlung eine Amnestirung der Neuenburger Insurgenten vorzuschlagen, sobald gleichzeitig die volle Unabhängigkeit des Kantons Neuenburg von jedem auswärtigen Verband als gesichert betrachtet werden könne. Lediglich in diesem Sinne finde es der Bundesrath in seiner Stellung, eine Freilassung der Neuenburger Gefangenen zu bevorworten. — Um die delikate Frage, wer die Initiative, ob Preußen oder die Schweiz, ergreifen solle, zu umgeben, wünschte auch die englische Regierung zu wissen, ob diese Schwierigkeit nicht durch Frankreich und England dadurch gehoben werden könnte, daß diesen Mächten gleichzeitig die Bedingungen angegeben würden, unter welchen die Differenz in einer für beide Theile ehrenhaften Weise beizulegen seyn möchte. Im bejahenden Falle wäre die Bundesregierung eingeladen, die Grundlagen der Unterhandlung, die sie anzunehmen im Falle wäre, näher zu bezeichnen. Auch hier erwiderte der Bundesrath, daß er bereit sey, Eröffnungen über die Neuenburger Frage entgegen zu nehmen, sofern dieselben die Anerkennung der vollständigen Unabhängigkeit des Kantons Neuenburg von jedem auswärtigen Verbande zur Grundlage haben. Die Erklärung wurde auch hier wiederholt, daß auf diese Grundlage hin eine Amnestie beantragt werden solle, und es wurde der britischen Regierung für ihre Mitwirkung zur Lösung der Frage im angegebenen Sinn die volle Anerkennung ausgesprochen. — Aehnlich wie die französische Gesandtschaft suchte auch der russische Minister seine Dazwischenkunft eintreten zu lassen und in gleicher Weise, wie bereits auseinandergesetzt worden ist, wurde die daherige mündliche Eröffnung erwidert. — In einer von dem österreichischen Minister des Aeußern an den kaiserl. Gesandten bei der Eidgenossenschaft gerichteten Depesche findet sich der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Gesinnungen der Mäßigung, die bei dem Bundesrath in der Neuenburger Frage glücklicherweise vorzuwalten scheinen, durch die Freilassung der Kompromittirten baldmöglichst eine thatsächliche Bestätigung erhalten mögen. Die nämliche Erwiderung wie auf die übrigen Verwendungen wurde von dem Bundespräsidenten auch hier vorläufig gegeben; der Bundesrath wird über eine allfällig weitere Beantwortung entscheiden. — Wenn sodann in einzelnen Blättern behauptet worden ist, daß vom Bundesrath Sendungen nach Berlin gemacht worden seyen, und daß er namentlich die Verwendung des „ehrwürdigen Nestors deutscher Wissenschaft" in Anspruch genommen habe, so kann auf das Bestimmteste versichert werden, daß diese Angabe jeglicher Begründung ermangelt. Eben so unrichtig ist es, daß dem eidgenössischen Untersuchungsrichter in der Neuenburger Angelegenheit irgend welche Weisungen vom Bundesrath zugegangen seyen. Dagegen ist es vollkommen richtig, daß der Bundesrath die nöthigen Schritte gethan hat, damit die Schweiz wenn einmal die Neuenburger Angelegenheit in einem Kongreß oder in einer Konferenz zur Sprache kommen soll, ebenso gut als die Gegenpartei vertreten sey, und die Bundesregierung hat alle Ursache anzunehmen, daß dieses den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechende Begehren eine wohlwollende Aufnahme und eine entsprechende Berücksichtigung theils bereits gefunden habe und theils noch finden werde. — Ueber diesen diplomatischen Verhandlungen hat der Bundesrath hinwieder nicht unterlassen, für allfällige ernstere Ereignisse die nöthigen militärischen Vorbereitungen zu treffen, und in dieser Hinsicht auf alle nöthigen Vorsorgen zur rechten Zeit Bedacht zu nehmen." (Fr. Pstz.)

Am 22. wurde die St. Gallen-Rorschacher Eisenbahn, die sich an die bereits vollendete St. Gallen-Züricher Strecke anschließt, eröffnet. Durch die Eröffnung der Bahnlinie Rorschach-St.-Gallen ist nun das schweizerische Ufer des Bodensees an zwei wichtigen Punkten (Rorschach und Romanshorn) mit der innern Schweiz verbunden. (N K.)

Aus Biel wird mitgetheilt, daß ein badischer Flüchtling, Namens Ruf, auf Anrathen seines Advokaten im Vertrauen auf eine, wie er glaubte, bei der Vermählung des Großherzogs proklamirte Amnestie sich in Baden freiwillig gestellt habe und nun im Zuchthause in Bruchsal sitze (es sind wohl einzelne Strafnachlässe, aber keine allgemeine Amnestie erschienen, und Herr Ruf war von seinem Advokaten schlecht berathen). Ruf war seit 1849 flüchtig, wo er in contumaciam politischer Verbrechen halber zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt ward. Seitdem lebte er in Biel als Musiklehrer.

Bern, 22. Oktober. Die Neuenburger können aus ihrem Siegestaumel fast nicht mehr erwachen. Letzten Sonntag haben ihnen die Deputationen von Genf, Lausanne und Freiburg die Köpfe recht heiß gemacht durch Fahnen, Becher und Reden. Man sagt, die Stadt sey mit wohl 30,000 Menschen angefüllt gewesen. Es wäre jetzt aber genug der Feierlichkeit. (Schw. M.)

Bern, 23. Oktbr. Der Bundesrath scheint ernstlich an die Oronlinie zu denken. Die für die Konzession auf Freiburger Gebiet geleistete Kaution erklärte er als genügend und gewärtigt die Rückantwort der waadtländer Regierung. Um zwischen beiden Kantonen hinsichtlich der untergeordneten Konzessionsbedingungen ein Einverständniß zu erzielen, ladet sie der Bundesrath auf 7. November zu einer Konferenz nach Bern ein. Von Waadt erwartet er billiges Entgegenkommen, damit die Bundesversammlung nicht abermals mit dieser Angelegenheit behelligt werde, sey doch die Linie Oron-Lausanne jedenfalls definitiv konzedirt. Letzten Sonntag war das Widerstandskomite in Morges versammelt, allein es waren von 19 Bezirken nur noch 12 vertreten. Man begnügte sich, eine Adresse an die Kantonalbehörden zu erlassen. (Schw. M.)

Bern, 24. Oktbr. Die Neuenburger Untersuchung ist geschlossen. Der Verhörrichter Duplan verfaßt hier den Schlußbericht. Waadt beschickt die Eisenbahnkonferenz am 7. Novbr., betr. die Konzessionirung der Oronlinie, nicht, es will mit den Erbauern derselben direkt unterhandeln. (T. D. d. Schw. M.)

Großbritannien.

London, 21. Okt. 16 Offiziere und 1000 Mann der deutschen Legion unter Befehl des Oberst-Lieutenants v. Hake verließen gestern früh das Lager von Colchester und begaben sich nach Browndown, um daselbst ein neues Lager zu beziehen. Alle diese Leute gehen nach dem Cap. Sie bilden das zweite Detachement derer, welche sich freiwillig zur Auswanderung dorthin gemeldet haben. Das erste Detachement bestand aus 10 Offizieren, 600 Mann und 56 Frauen. Das zweite war von 86 Frauen und 33 Kindern begleitet. Vorgestern verheiratheten sich in Colchester nicht weniger als 72 Cap-Auswanderer. Im Ganzen haben sich zur Auswanderung nach dem Cap ungefähr 2050 Legionäre gemeldet. Der Rest der Legion zählt 3—4000 Mann, die sämmtlich entlassen und in ihre Heimat gesandt werden sollen.

Es war seit einem Jahre oft die Rede davon, daß viele von den europäischen Emigranten amerikamüde zurückkehren. Ein statistischer Ausweis fehlte bisher; das erste Dokument dieser Art kommt uns erst jetzt aus Liverpool zu. Diesem zufolge befanden sich während des letzten Quartals unter den 10,580 Reisenden, die, aus Amerika kommend, in genannter Stadt landeten, 3647 heimkehrende Auswanderer, zumeist Irländer, die sich wieder nach ihren alten Heimathsstätten zurückbegeben. (Fr. Postztg.)

Trotz des glücklichen Ausfalles der Ernte und trotz des erhöhten Arbeitslohnes ist in diesem Herbste die Auswanderung aus Irland stärker, als im Herbste des vorigen Jahres. (Köln. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 22. Okt. Die Bank von Frankreich hat zwar noch nicht auf offizielle Weise den Beschluß gefaßt, Wechsel über 45 Tage Verfallzeit zu verweigern und keine Darlehen mehr auf Aktien zu machen, in Wirklichkeit hat sie diese Maßregel aber schon in Anwendung gebracht. Bei der Uebergabe der Wechsel-Bordereaux scheidet der Bankkonseil nämlich alle Wechsel aus, die mehr als 45 Tage zu laufen haben, und gibt dieselben unter dem Vorwande zurück, daß die Unterschriften nicht konveniren. Was die Darlehen auf Aktien anbelangt, so verweigert die Bank dieselben seit drei Tagen, ohne weitere Erklärungen zu geben. Dieses Auftreten der Bank, daß jedenfalls in der fortdauernden Abnahme ihres Baarvorrathes begründet ist, übt natürlich den schlechtesten Einfluß auf den Handel aus. Derselbe liegt ganz darnieder, und viele Fabriken in Paris und in der Provinz haben einen Theil ihrer Arbeiter entlassen. Die Aufregung die in den Pariser Arbeiter-Faubourgs herrscht, wird natürlich unter diesen Umständen vermehrt, und man ist hier nicht ohne Besorgnisse wegen der nächsten Zeit. (K.-Z.)

Paris, 23. Okt. Der heutige „Moniteur" widmet zehn Spalten einem Bericht des Kriegsministers über die Organisation der Armee des Orients während des letzten Kriegs, und bringt ein belobendes Schreiben des Kaisers an den Kriegsminister, worin er u. A. sagt: „Indem ich die Veröffentlichung dieses denkwürdigen Aktenstücks verfüge, habe ich das Publikum zum Richter machen wollen über Dienste, deren Wichtigkeit nur ich allein kannte, auf daß das Vaterland in seiner Dankbarkeit Denjenigen, der den Sieg durch die zeitig zusammengebrachten Elemente vorbereitet, und Denjenigen, der ihn durch am Orte selbst gut getroffene Maßregeln erringt, und verschmelzen kann." (Siehe das Nähere weiter unten.)

Paris, 23. Okt. Es ist gewiß, daß General Serrano allerdings sein Entlassungsgesuch als Botschafter Spaniens am französischen Hofe nach Madrid gesandt hatte, dasselbe jedoch nicht angenommen worden ist. Serrano bleibt auf dem Posten in Paris.

Die Angabe auswärtiger Blätter, daß die Russen zu Nikolajeff eine neue Flottille für das schwarze Meer bauen und die Vertheidigungswerke von Sebastopol und die Batterien zum Schutze der Küste wiederherstellen, wird heute von dem „Pays" für ungegründet erklärt; nach den neuesten Meldungen, welche von der Küste des schwarzen Meeres eingegangen seyen, werde in diesem Punkte von den Russen der Pariser Vertrag streng befolgt. Es werde von ihnen keines der früheren Land- und See-Vertheidigungswerke wiederhergestellt und zu Nikolajeff und Cherson nur die Zahl leichter Fahrzeuge gebaut, welche sie, nach den Bestimmungen des Friedensvertrages, in dem schwarzen Meere zu unterhalten berechtigt seyen. (Es ist beachtenswerth, mit welchem Eifer die halbamtlichen französischen Blätter bei jeder Gelegenheit für Rußland in die Schranken treten.)

Paris, 23. Okt. Der heutige „Moniteur" veröffentlicht folgendes Schreiben des Kaisers an den Kriegsminister:

„Compiegne, den 22. Oktober 1856. Mein lieber Marschall! Die nützlichsten Dienste sind nicht immer diejenigen, welche am meisten glänzen. Der geschickte und unermüdliche Minister, welcher Tag und Nacht in seinem Kabinet damit beschäftigt ist, 600,000 Mann zu organisiren und einer Armee von 200,000 Mann Alles zu sichern, was ihr, 800 Meilen von Frankreich entfernt, in einem Lande, welches keinerlei Hülfsquellen darbietet, die Mittel, zu leben, zu kämpfen und zu siegen geben wird, dieser Minister sage ich hat ein Verdienst, welches dem Verdienste des Generals, der auf dem Schlachtfelde triumphirt, mindestens gleich kommt. Auch darf das Vaterland zwischen dem, welcher den Sieg durch die zur rechten Zeit vereinigten Elemente vorbereitet, und dem, welcher den Sieg durch die an Ort und Stelle getroffenen Maßregeln davonträgt, keinen Unterschied in seiner Anerkennung machen. Darum, mein lieber Marschall, habe ich durch den Befehl, den denkwürdigen Bericht, welchen Sie mir zugeschickt haben, in den „Moniteur" aufzunehmen, das Publikum zum Richter über Dienste machen wollen, deren ganze Wichtigkeit ich bis jetzt allein kannte. Empfangen Sie, mein lieber Marschall, die Versicherung meiner aufrichtigen Freundschaft. Napoleon."

Zu Lille ist ein Kasino, in welchem so sehr gegen die Note im „Moniteur" über die Prohibition gesprochen wird, daß der Minister des Innern den Befehl gegeben hat, dasselbe zu schließen. Der Präfekt des Departement ist vor dieser Maßregel zurückgeschreckt, und Herr Billault hat ihm sagen lassen, daß der Präfekt auch die Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen habe, wenn sein Befehl unvollzogen bleibe. Man sieht also, was die Regierung durch ihre Nachgiebigkeit bei den Schutzzöllnern gewonnen hat.

Spanien

Madrid, 18. Okt. In der offiziellen Welt ist nun eine begreifliche Abspannung eingetreten. Man ruht aus nach den gewaltigen Anstrengungen und Aufregungen der letzten Tage. Die Minister geben sich den Geschäften hin und füllen nach altem Gebrauch in ähnlichen Fällen die Spalten der „Gaceta" mit Namen von Steigenden und Sinkenden. Kurze Freuden und kurze Leiden — sagen die unbetroffenen Zuschauer der politischen Posse in endlosen Akten. Man beschäftigt sich fortwährend mit der Lebensmittelfrage, die immer ernster wird; aber man weiß nicht die Zauberformel ausfindig zu machen, dieses Uebel zu beschwören. Es wurde dem Minister des Innern ein Kredit von 2 Millionen Realen, etwas über 500,000 Fr., eröffnet, damit er in der Lage sey, den Verlegenheiten des Augenblicks in der Hauptstadt entgegenzutreten. (K. Z.)

Amerika.

Die Sklavereifrage, um welche es sich jetzt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika handelt, ist im Grund sehr weit davon entfernt, eine Negerfrage zu seyn, oder im günstigsten Falle ist sie es nur in indirektester Weise. Seitens der Bundesregierung kann überhaupt direkt gar nichts in Bezug auf die bestehende Negersklaverei gethan werden. Das Alleräußerste, bis wohin sie innerhalb der Schranken der Bundesverfassung gehen könnte, wäre ein Verbot des Binnen-Sklavenhandels von Staat zu Staat. Doch auch zu dieser Maßregel würde sie kaum innerhalb des nächsten Jahrzehents schreiten können. Denn das Verbot jenes Handels würde eine Revolution in den gesammten volkswirthschaftlichen Verhältnissen der nördlicheren Sklavenstaaten involviren, deren Haupterwerbszweig gegenwärtig die Züchtung von Negern für den südlicheren Markt ist; ebenso würden die eigentlichen Plantagenstaaten durch das plötzliche Aufhören der Zufuhr von Arbeitskräften sehr bedeutend affizirt werden. Es bedarf keiner sehr tiefgehenden Kenntniß der amerikanischen Verhältnisse, um zu begreifen, daß eine Maßregel, wie die bezeichnete, eine so „radikale" wäre, daß für jetzt noch gar nicht daran gedacht werden kann. Würde auch nur ein Vorschlag dazu in vollem Ernste gemacht, so wäre eine sofortige Zerreißung des Bundes die unausbleibliche Folge. Vieles Andere muß vorhergehen, ehe daran zu denken ist.

Die allererste Vorbedingung für Alles — sey es viel oder wenig — was in dieser Richtung durch die Bundes-Zentralgewalt geschehen kann, ist, daß der Norden der Vereinigten Staaten diejenige politische Obmacht im Bunde erhalte, die bisher der Süden durch die demokratische Partei ausübte. Diese Obmacht kann aber nicht durch einen abstrakten legislativen Akt geschaffen werden; sie bedarf, um dauernd zu seyn, eines materiellen und speziell eines territorialen Fundamentes. So lange der Süden mit seiner Baumwolle und seinem Tabak dem Norden unentbehrlich war, so lange die industrielle Thätigkeit der nördlichen Staaten des südlichen Absatzmarktes nicht entrathen konnte, war es auch den Staatsmännern des Südens ein Leichtes, ihnen den Daumen auf's Auge zu drücken. Damals waren die Sonderbundsdrohungen des Südens in der That eine furchtbare Waffe. Allein jetzt schon verhält es sich anders. Es hat sich in den nördlichen Staaten die gesteigerte Produktion zugleich eine fortwährend wachsende einheimische Konsumtion geschaffen und der Westen gilt den großen Handlungshäusern des Ostens schon längst für einen besseren zuverlässigern Kunden, als der Süden, bei dem der Bankerutt ein chronisches Uebel ist. Mit jedem Jahre nähern wir uns dem Zeitpunkte, wo die nördlichen und westlichen Staaten zusammen genommen ein volkswirthschaftliches Ganzes bilden werden, das sich selbst genügen kann, ohne fremder Abnehmer für seine Produkte nothwendig zu bedürfen. Um das Eintreten dieses Verhältnisses zu beschleunigen und zu sichern, ist erforderlich, daß die großen Gebiete des Westens der freien industriellen Entwickelung gesichert werden. Der Süden ist sich der drohenden Gefahr bewußt. In Kansas erfolgt der Zusammenstoß. „Gelingt es uns, Kansas zum Sklavenstaat zu machen," sagt eins der bedeutendsten Organe des Südens, „so ist unsere Flanke gedeckt und wir können unsere Einrichtungen ruhig nach Westen bis zum stillen Meere weiter tragen." Das nämliche Blatt (der „Enquirer" in Richmond) schwärmt in dieser Verbindung von einem großen Südreiche mit einer „starken Regierung (empire)", das die Sklavenstaaten bilden sollen, nachdem es ihnen durch Eroberung von Kansas gelungen seyn wird, die nördlichen Staaten auf einen schmalen Streifen zwischen den Binnenseen und dem Alleghany-Gebirge zu reduziren. Nun wohl, solchen Plänen gegenüber beabsichtigt der Norden durch Creirung eines freien Staates in Kansas den Süden in der Flanke zu fassen, ihm im Südwesten einen Riegel vorzuschieben und so das ganze unermeßliche Gebiet des nordamerikanischen Kontinents, nach welchem, wenn es zum Treffen kommt, Republikanern eben sowohl wie Demokraten der Mund wässert, für die freie Arbeit zu erobern, die Sklavenstaaten aber auf das Eckviertel von Nordamerika einzuzwängen, das sie jetzt ausfüllen. Daß nach diesem Plane von einem politischen Uebergewichte der Sklavenhalter nicht mehr die Rede seyn könnte, leuchtet von selbst ein.

So lange die Sklavenarbeit wie bisher von der einfachsten rohesten Beschaffenheit ist, kann sie selbstverständlich noch nicht einmal mit der einfachen Arbeit des weißen Landbauers, geschweige denn mit der komplizirten des Gewerbetreibenden konkurriren. Der durch Negersklaven betriebene Landbau ist nichts als ein Raubbau im höchsten Maßstabe, und eben dieser Umstand enthält die Erklärung der wahnsinnigen Ländergier, von der vorzugsweise der Süden der Vereinigten Staaten besessen ist. Ginge dem Sklavenhalter die Hoffnung verloren, den durch wüste und rohe Sklavenarbeit ausgesaugten Boden mit dem frischen eines neuen Territorium zu vertauschen, so müßte er wohl oder übel darauf denken, die Arbeit seiner Sklaven weniger roh und weniger verderblich zu machen. Zu dem Ende müßte er den Sklaven eine höhere Bildung beizubringen, müßte er ihr Selbstbewußtseyn und Ehrgefühl zu erwecken suchen, etwa durch Aussetzung von Belohnungen. Von da bis zur partiellen Freilassung der Sklaven gegen Leistung von Frohndiensten wäre der Schritt nicht groß. (Nat.-Z.)

New-York, 7. Okt. Friedrich Hecker, der „berühmte deutsche Patriot", wie unsere englischen Journale ihn nennen, ist vorigen Samstag von Illinois, wo er der republikanische Kandidat zum Wahlmann des Präsidenten ist, hier angekommen. Hecker hat während der letzten Zeit sein „engeres Vaterland" als Wahl-Agitator bereist und kommt jetzt nach New York in derselben Eigenschaft. Er wurde bei seiner Ankunft von der „Teutonia" und andern Gesangvereinen mit deutschen Liedern empfangen und wird heute Abends seine Landsleute in einem

Meeting anreden. Wie Sie wissen, hatte sich Hecker nach seiner zweiten Ankunft aus Europa im Jahre 1849 auf seine Farm bei Belleville zurückgezogen und in gänzlicher Abgeschlossenheit von der Welt gelebt. Die Vorgänge der letzten Jahre in der Union haben ihn aber wieder von der Nothwendigkeit seiner Betheiligung überzeugt. Es ist der alte Enthusiasmus in ihm wieder erwacht. Mit Zurücklassung seines Hauses, das inzwischen von seinen Gegnern niedergebrannt worden, seiner durch Krankheit an das Bett gefesselten Frau und Kinder, so wie seiner geschäftlichen Angelegenheiten, die der Ordnung bedürfen würden, ist er auf dem politischen Kampfplatz wieder erschienen, um die Deutschen der Union für Fremont zu begeistern. Die Kraft, die er der Sache des Letzteren zuführt, wird auch von Freund und Feind gewürdigt. Er wird von hier nach Philadelphia gehen, wo die Deutschen immer zahlreicher sich für Fremont erklären. Auch Herr Hugo Wesendonk, der vor Kurzem noch mit den Demokraten ging, hat jetzt die Fahne Fremont's ergriffen, und letzte Woche einem republikanischen Meeting als Präsident beigewohnt. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

* Der Frankfurter Handelsstand hat sich beinahe einstimmig darüber geeinigt, in allen Zahlungen auch die Drittel- und Sechstel-Thaler des 14-Thaler-Fußes, die Frankenstücke, 2- und 2½-Frankenstücke, holländische Gulden und 2½-Guldenstücke, zu dem konventionellen Tarife,

den ⅓ Thaler zu 35 kr.,
den ⅙ Thaler zu 17½ kr.,
den Franken zu 28 kr.,
das 2-Frankenstück zu 56 kr.,
das 2½-Frankenstück zu 1 fl. 10 kr.,
den holländischen Gulden zu 60 kr.,
das holländische 2½-Guldenstück zu 2 fl. 30 kr.

rheinischer Währung anzunehmen.

Frankfurt, 25. Oktober. Oesterreichische Kreditaktien wurden etwas billiger abgegeben, während sich für Darmstädter Bankaktien beider Serien, Bexbacher Eisenbahnaktien und besonders Bank für Süddeutschland Käufer zu höheren Kursen zeigten. Der Umsatz war nicht von Belang.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78¼P. 77¾G. 5pCt Lombard-Ven. 87½P. 87¼ G. Metall. alte à 5pCt. 76½P. 76¼G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 P. 85½ G.; à 4½pCt. 66¼ P. 66 G.; à 4pCt. 60 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56⅛ P. — — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 83 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 94¾P. 94¼G.; 4½pCt. 100¾P. 100¼G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90⅛P. 89⅞ G.; 4½pCt. 102 P. — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91P. 90½G.; à 4pCt. 99 P. 98½ G.; 4½pC. 102¼ P. 101¾G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82½P. — G.; à 3½pCt. 90½ P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37⅞P 37⅝G.; 4½pCt. neue 23⅝P. 23½G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1189P. 1184G. Neue Bankaktien 300 P. — G. Credit-Actien à 5pCt 172 P 170 G. Darmstädter Bankaktien alte 372 P. 370 G.; junge 332P. 330 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 509 P. 504 G. Mitteldeutsche Creditbank 103 P. 103½G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 107½ P. 107G. Frankf. Bankaktien 114 P. 113½ G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 508 P. 503 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 583 P. 578 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 239½P. 237½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 139 P. 138½G. Neustadt-Weissenb. 103⅝ P. 103⅛G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101¾ P. 101¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 349 P. 347 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 81¾ P. 81¼ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78¼P 77¾G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 94¼ P. 93¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99⅞ P. 99½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛P. 47⅞ G. Darmst. Loose à fl. 50 116½ P. — G. à fl. 25 34¼P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅞G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 43½ P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100P. — G	Lond. Lst. 10 k. S. — P. 117⅜G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120P. 119¾G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99⅝P. 99⅜G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104¾P 104½G.	Paris Frs. 200 k. S 93¼P. 93
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾P 104½G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S 97P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112½P. 112¼G.
Hamb. MB. 100 k. S 88¾P. — G.	Wien 3 M. mit 4% 112⅛P. 111⅞G.
Leipz. Thlr. 60 k S. 104⅞P. — — G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Kassel, 22. Okt. Zwischen Bayern und Kurhessen ist unlängst zum Zweck besserer Handhabung der Strafrechtspflege und Sicherheitspolizei ein Uebereinkommen getroffen worden, wornach die Gerichts- und Polizeibehörden beider Staaten in Zukunft gehalten seyn sollen, bei Verurtheilungen Angehöriger des betreffenden fremden Staats wegen Verbrechen oder solcher polizeilicher Vergehen, die auf die Beurtheilung des Leumunds von Einfluß sind, der resp. Heimatsbehörde hiervon sofort Mittheilung zu machen, damit letztere auf diese Weise über Wandel, Charakter und erfolgte Bestrafungen des betreffenden Individuums fortwährend möglichst vollständig au courant erhalten werde. Dem Vernehmen nach wird von der bayer. Regierung der Beitritt auch der übrigen Bundesstaaten zu dieser Konvention angestrebt. (N.-Z.)

Paris, 25. Oktbr. Die diplomatischen Noten über die Beziehungen zu Neapel sind veröffentlicht Brenier hat am 21. dem dortigen Hofe den diplomatischen Bruch angekündigt. Die französische Flotte bleibt zu Toulon, die englische zu Malta liegen; doch werden einzelne Schiffe die Konsuln in den neapolitanischen Häfen besuchen, um nachzusehen, ob ein Schutz der französisch-englischen Staatsangehörigen vonnöthen ist. (T. D. d. N. K.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 299. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 27. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Weimar, 21. Okt. Nach den Andeutungen von Mitgliedern der Generalzollkonferenz scheint man an den Eintritt Oesterreichs in den Verein nach Ablauf des gegenwärtigen Vertrags kaum mehr zu zweifeln, und ist dieses mit der Grund, daß man dermalen zu keinen gewichtigen Reformen geneigt ist. Die selbst von offiziösen Federn ausgesprochene Besorgniß eines Austritts Preußens aus dem Verein ist eine Tendenzlüge. (Hamb. Nachr.)

Bayern. München, 25. Oktbr. Der kgl. Staatsminister der Finanzen, Hr. Dr. v. Aschenbrenner, hat dieser Tage einen vierzehntägigen Urlaub angetreten. (N. M. Z.)

München, 24. Oktbr. Der technische Direktor der v. Maffei'schen Maschinenfabrik, Jos. Hall, hat ein Gewerbsprivilegium erhalten auf Ausführung seiner Erfindung, bestehend in verbesserter Konstruktion von Lokomotiven für den Zeitraum von einem Jahre. (Augsb. Postz.)

** München, 25. Oktober. (Privat - Korrespondenz.) Die Angabe des „Münch. Boten", als ob Se. Maj. König Max gestern Abends von den Jagden im Gebirge wieder hier eingetroffen sey, ist völlig unbegründet; die Rückkehr dürfte kaum vor 10—12 Tage erfolgen. — Die Abreise Sr. Maj. des Königs von Griechenland wurde heute auf den 4. November festgesetzt.

München, 25. Oktbr. Heute hat der bisherige päpstliche Nuntius an unserem kgl. Hofe, Mfgr. de Luca, die Reise nach Wien angetreten, um dort seinen neuen Posten als Nuntius am k. k. Hofe anzutreten. (B. Lbbot.)

** Bei dem am 23. d. in Eichstätt abgehaltenen Termin zum Wiederverkauf der an den Staat übergegangenen vormaligen herzoglich Leuchtenbergischen bedeutenden Berg- und Hüttenwerke sind keine genügenden Kaufsangebote geschehen, so daß der Zuschlag nicht erfolgte und nun wohl ein neuer Termin anberaumt werden dürfte.

Aus Bayern, 22. Oktober, schreibt man den „Hamb. Nachrichten": „Unser protestantisches Oberkonsistorium hat durch ein „Generale" Folgendes ausgesprochen: „Die unterfertigte oberste Kirchenbehörde ist sich ihrer Verpflichtung, vor Allem für die bekenntnißtreue Verwaltung der Gnadenmittel zu sorgen, wohl bewußt. Sie weiß aber auch, daß zu gleicher Zeit die Würde der Kirche gewahrt, daß das geistliche Amt, welchem die Gnadenmittel, der Segen und die Ehren der Kirche zur Verwaltung anvertraut sind, unberechtigten und ungebührlichen Zumuthungen Einzelner gegenüber geschützt und sicher gestellt werden muß, und verordnet demnach, wie folgt: Lästerer und Verächter der Kirche sollen als Taufpathen nicht angenommen werden. Gefallenen Brautpaaren sollen bei ihrer Trauung die auszeichnenden Ehren nicht zugestanden werden. Lästerern und Verächtern der Kirche ist die Ehre der Begleitung des Leichenzuges durch den Geistlichen und der kirchliche Segen zu versagen."

Preußen. Berlin, 25. Oktober. Das Gebäude zur Aktien-Brodbäckerei wird nun auf dem Köpnicker Felde errichtet, und soll seiner Vollendung rasch entgegengeführt werden. (Nat.-Z.)

Magdeburg, 23. Okt. Bekanntlich hielt Hr. v. Pochhammer (der längere Zeit hier verweilte, um eine Irvingianische Gemeinde zu gründen) vor seiner Abreise nach Erfurt noch eine Abendmahlsfeier mit etwa 50 Personen. Wie der „Magdeb. Corr." vernimmt, ist nun gegen ihn „wegen unbefugter Vornahme geistlicher Amtshandlungen" von Seiten der Polizei-Anwaltschaft eingeschritten und „die am 12. d. M. durch ihn erfolgte Austheilung des heiligen Abendmahls an nicht aus der Landeskirche ausgeschiedene Personen" zum Gegenstande einer Anklage gemacht worden.

Sachsen. Leipzig, 24. Oktbr. Die bei dem Baue des Museum beschäftigten Steinmetzgehülfen, 23 an der Zahl, hatten gestern Nachmittag sämmtlich ihre Arbeit eingestellt, nachdem ihnen ihre Forderung auf höheren Arbeitslohn von ihrem Meister abgeschlagen worden war. Dieselben sind heute seitens der Behörde über das Unzulässige ihres Beginnens verständigt worden und hierauf freiwillig zu ihrer Arbeit zurückgekehrt. (Dresdn. J.)

§ **Oesterreich.** Wien, 24. Okt. (Privat-Korr.) Die Expektorationen der offiziösen französischen Publizistik in der Donaufürstenthümerfrage haben in Konstantinopel den erwarteten Eindruck nicht hervorgebracht; namentlich scheint die Behauptung des „Constitutionnel", daß der Besitz oder Nichtbesitz Bolgrad's für die Türkei von keinem Belange sey, in Stambul übel vermerkt worden zu seyn. Thatsache ist es, daß, wenn der Rechtsboden der österr. Okkupation auf's neue gekräftiget und die einen Augenblick etwas locker gewordene entente cordiale zwischen beiden Donauuferstaaten wieder frisch belebt worden ist, die den Territorialbestand der Türkei gefährdenden romanischen Tiraden der französischen Publizistik keinen geringen Antheil daran haben. — Das von mehreren Seiten aufgetauchte Gerücht von der demnächst bevorstehenden Erhöhung der Grundsteuer bestätiget sich nicht. Alles, was in dieser Hinsicht gesagt wurde, reduzirt sich einfach darauf, daß in diesem Augenblicke bei dem Finanzministerium ein hierauf bezüglicher Entwurf zur Prüfung vorliegt. Eine Entscheidung ist hierüber wohl vor Monaten nicht zu erwarten, namentlich da im Reichsrathe die Ansicht, daß es mit der Grundsteuer beim Alten zu verbleiben habe, die bei weitem die überwiegende ist. — Die amtliche Veröffentlichung des im Wege der Münzkonferenz vereinbarten Präliminar-Vertrages wird jedenfalls im Laufe der nächsten Tage erfolgen.

Frankreich.

° Bekanntlich ist der englische Polizei-Agent Godard, welcher gemeinschaftlich mit den franz. Agenten zur Verhaftung der Nordbahn-Diebe nach Amerika gegangen war, seit voriger Woche nach London zurückgekehrt. — Der Grund dieser eiligen Rückkehr soll folgender seyn: Als die franz. und engl. Agenten kurz nach ihrer Ankunft in New-York den Gebrüdern Grellet und Parod auf die Spur gekommen waren, trafen sie sofort die nöthigen Maßregeln zur Verhaftung. Der Pariser Polizei-Brigadier Mélin richtete sich ganz nach den amerik. Gesetzen und postirte sich nahe an der Wohnung der Angeschuldigten in der Weise auf der Straße, daß sie ihn beim Herausgehen nicht entwischen konnten. Der Engländer aber glaubte sich über die Landesgesetze hinaussetzen zu können und drang in das Innere eines Hauses ein, wo er einen oder den andern der Verfolgten versteckt glaubte. Dieses Eindringen erweckte die amerik. Empfindlichkeit und die Vertheidiger der mittlerweil Verhafteten benützten, dieses um gegen Godard wegen Domizilverletzung Klage zu erheben, die wirklich einen Hafterlaß gegen denselben mit dem Auftrage sofortiger Ausführung zur Folge hatte. Godard, der Wind von der Geschichte erhielt, beeilte sich an Bord eines nach Europa abgehenden Schiffes zu gehen und war einige Stunden später auf dem Weg nach England, wodurch er, der, um zu verhaften, gekommen war, noch glücklich der Verhaftung entging.

* Während man in New-York entdeckt haben will, daß der verhaftete Parod dem weiblichen Geschlechte angehöre, entdeckte man zu Paris, daß die wilde Frau, welche als non plus ultra des Festes von Ménilmontant galt und durch ihre Geberden und Sitten den Zuschauern Furcht und Staunen einjagte, — ein polnischer Flüchtling, vormaliger Kalk-Einrührer aus der Rue des Amandiers, ist.

Paris, 23. Okt. Der Bericht des Marschalls Vaillant über den Stand des Heeres während des letzten Krieges weist die Ziffer von 69,229 Todten auf 309,268 Mann, die nach dem

Orient gesendet worden, auf. Der Belagerungspark der Landarmee zählte 644 Geschütze, die Flotte lieferte 605 Geschütze vom schwersten Kaliber, dazu kommen noch 140 türkische Kanonen, 246 Feldgeschütze und der Feldpark mit 41 Feuerschlünden, so daß die Gesammtzahl aller im Kriege verwandten Kanonen sich auf 1676 beläuft; ferner hat die Orientarmee verfügt über 2,128,000 Wurfgeschosse und 4 Mill. Kilogr. Pulver (80,000 Zentner; ein Kilogr. = 2 Pfd.). Anfänglich zählte der Belagerungspark nur 60 Kanonen, welche sehr bald als unzureichend erkannt wurden; man expedirte daher nach einander drei andere Parks, den ersten von 58, den zweiten von 46, den dritten von 150 Kanonen, von denen jeder etwa 1500—2000 Schüsse mitnahm, und denen noch 7—8000 Raketen beigegeben waren; zugleich wurden noch 140 Kanonen, eine Menge Kugeln und besonders sehr viel aus dem Zeughause von Konstantinopel genommen. Mit den Schiffskanonen konnte man so über 606 Geschütze verfügen, von denen 238 in Batterie standen. Als die Vertheidigung sich dennoch in die Länge zog, ließ der Kaiser noch einen Park von 400 Mörsern, jeden mit 1000 Schuß, expediren, welche den Platz unaufhörlich zu bombardiren bestimmt waren. Nur ein Theil derselben konnte in Batterie gestellt werden. Die Pulvermühlen lieferten im Jahre 1854 1,600,000 Kilog. Pulver und 1853 3,250,000. Trotzdem, daß ein Material von 50 Mill. Kilog. an Gewicht zu transportiren war, geschah die Versendung von 3 Mill. Kil. Pulver, 70 Mill. Gewehrpatronen, 270,000 Geschützpatronen und 7—8000 Raketen ohne einen einzigen Unfall! Während der ganzen Belagerung wurden 118 Batterien errichtet, wozu 800,000 Erdsäcke und 50,000 Schanzkörbe erforderlich waren. Am Tage des Sturms standen 620 Geschütze in Batterie, welche mehr als 1,100,000 Schüsse gethan und mehr als 5 Mill. Kil. Pulver verbraucht hatten; trotzdem hatte jedes Geschütz nach der Einnahme von Sebastopol noch 8—900 Schüsse und nur gegen 40 Kanonen waren unbrauchbar geworden. Das nach Frankreich zurückgebrachte Material kann auf 50 Mill. Kil. geschätzt werden, davon 38 Mill. französisches und 12 Mill. russisches Material. An **Proviant** wurden der Armee geliefert etwa 120,000 Tonnen Lebensmittel (1 Tonne = 20 Ztr.), 23,000 Tonnen Heizmaterial, 349,000 Tonnen Futter für die Pferde 2c., im Ganzen 498,529 Tonnen, von denen 50,000 Tonnen wieder nach Frankreich mitgebracht wurden. An Rindfleischkonserven wurden allein 3,053,700 Kil. expedirt, an Vieh 4000 Ochsen aus Triest, 1500 aus Algier und 4500 aus Karamanien.

Spanien.

† **Madrid**, 21. Okt. Wenn ich alle Gerüchte aufzählen wollte, welche über die Lage der **Regierung** in Umlauf gesetzt werden, so hätte das kein Ende. So viel ist gewiß, die klerikale Partei bereitet der Regierung große Verlegenheiten. Diese Partei übt einen außerordentlichen Einfluß auf den Geist des Königs; dieser hat die Königin mit seinen Gewissenszweifeln erschüttert. Diesem Einfluße ist die Redaktion der Zirkulare zuzuschreiben, in welchen man die Eigenschaften der Kandidaten zu Gemeindeämtern aufzählt und von ihrem religiösen und menschlichen Gefühle spricht, nicht aber von ihrer Anhänglichkeit an die Nationalinstitutionen. Narvaez ist ohnmächtig, sich zu widersetzen; man hält es aber nicht für unmöglich, daß ihm dies Treiben denn doch zu arg wird. In diesem Falle wäre der Marquis v. Viluma Pezuela sein Nachfolger, aber der Thron liefe keine geringe Gefahr, wenn diese Veränderung vor sich ginge. Narvaez wollte Ros de Olano anstellen, aber die Königin wollte nichts von den Leuten wissen, die sie im Jahre 1854 „so schlecht vertheidigt hätten." Sie wissen, daß Serrano auf seinem Posten in Paris bleibt. Als Narvaez der Königin vorschlug die Entlassung dieses Diplomaten anzunehmen und ihn durch den Herzog von Rivas zu ersetzen, antwortete die Königin ganz trocken: „Ich will nicht."

Madrid, 23. Okt. Die Regierung hat den Befehl gegeben, allen spanischen Unterthanen, welche sich wegen **politischer** Ursachen in's Ausland geflüchtet haben, die Karlisten mit inbegriffen, welche die Regierung der Königin anerkennen würden, Pässe zur Rückkehr nach Spanien auszustellen. (Fr. J.)

° Die „Presse" bringt einen neuen Artikel von Herrn **P. de la Escosura**, überschrieben: „Die Logik der Reaktion". Die Reaktion in Spanien verfolgt ihre Zwecke mit unglaublicher Hast, und will namentlich ein für alle Mal dem Desamortisirungsgesetze, welches der Geistlichkeit ihre Güter nimmt, den Garaus machen, und zwar in einer Weise, welche selbst dem Herzog von Valencia zu arg erscheint. Man weiß, daß derselbe fast dieser Partei zum Opfer gefallen wäre; über den Verlauf dieser Krise gibt der Korrespondent des Hrn. Escosura folgende sehr genaue Auskunft: „Am 18. bedeutete die Königin dem Marschall Narvaez ihren Willen, der Kirche die seit 1855 verkauften Güter gegen eine von der Regierung festzusetzende Entschädigung an die Käufer zurückzuerstatten. Der Marschall, überrascht von einer solchen Forderung, bemerkte, daß eine derartige Maßregel mehr als eine bloß politische sey, da sie nicht nur die Rechte, sondern auch die Interessen der Familien verletze. Einmal Geschehenes wieder zu nichte machen, hieße, das öffentliche Vertrauen zerstören, alle Akte der Regierung und des Gesetzgebers für die Zukunft in Frage stellen, und außer der Skandalisirung Europas vielleicht im Innern eine Revolution hervorrufen. Da alle diese Vorstellungen bei der Königin nichts nutzten, so erklärte Narvaez kurz und bündig, er sey nicht der Mann, der ein solches Dekret unterzeichnen werde. „Die Männer müssen sich den Umständen anpassen", antwortete die Königin; da nach dieser Antwort Narvaez fühlte, daß er nicht mehr der Mann der Umstände sey, so reichte er seine Entlassung ein und theilte das Vorgefallene seinen Kollegen mit, die sein Benehmen einstimmig billigten. Der Marquis v. Viluma, Bruder des Generals Pezuela und Haupt der Moderirten, den die Königin zur Bildung eines neuen Ministerium berief, schreckte aber auch von dieser Maßregel zurück und sprach sich in fester, aber respektvoller Weise darüber aus. „Diejenigen, welche Ew. Majestät solche Rathschläge geben, sagte er, sind nicht Freunde der Königin, noch die wahren Vertheidiger des Throns!" Die Königin, von diesem unerwarteten Widerstande auf's Aeußerste getrieben, rief aus: „Nun gut! Der König hat mir diesen Rath gegeben, und er wird es dir selbst sagen!" Der König, welcher herbeigerufen wurde, war weit davon entfernt, den Rathschlag leugnen zu wollen; er rühmte sich vielmehr desselben und bestand so darauf, daß Hr. v. Viluma, um nicht für einen *gottlosen* Anarchisten zu gelten, die Billigkeit der Maßregel an und für sich zugeben mußte; allein es gelang ihm, der Königin begreiflich zu machen, daß man doch, wenn man auch den Streich führen wollte, das Ministerium nicht so schnell ändern könne; denn Europa würde, sagte er, skandalisirt und beunruhigt seyn, wenn ein Herrscher seine Minister öfter und schneller wechselte als eine Republik. Man fühlt also, Narvaez ist schon nicht mehr der Unentbehrliche, der leitende Minister; man behält ihn nur aus Schonung für gewisse Rücksichten. Herr Escosura fügt dann folgende Prophezeihung hinzu: „Die Güter der todten *Hand*, die bereits verkauft sind, werden binnen Kurzem in den Besitz der frühern Eigenthümer zurückkehren. Der Hof und die Geistlichkeit sind darüber einverstanden, und die Moderirten sind schon lange nicht mehr stark genug, gegen ein solches Bündniß anzukämpfen."

Italien.

Turin, 21. Okt. Die **Kaiserin Mutter** von **Rußland** wird auf den 24. in Genua erwartet. Da dieselbe von Arona in gerader Linie nach Genua reisen wird, ohne Turin zu berühren, so wird sich König Viktor Emanuel nach Genua begeben und die hohe Frau im k. Palast begrüßen. Nach kurzem Aufenthalt in Genua wird die Kaiserin-Mutter nach Nizza weiter reisen. Unser Hof wird sich ebenfalls in Bälde dahin begeben und zwar zuerst die Prinzen; später erst folgt der König mit dem Konseilpräsidenten Grafen Cavour, zuletzt die übrigen Minister. Lord Malmesbury, früherer Minister des Auswärtigen, sowie Lord Harry, Vane, Mitglied des Unterhauses, sind dahier angekommen. (Schw. M.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 24. Okt. Moskauer Kaufleute haben dem **Militärhospital** ein Geschenk von 300,000 Rubel übermacht. (T. D. d. Fr. J.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 26 Oktober. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 76; 4½pCt. Met. 66; Wiener Bankaktien 1182; 5pCt. Lomb. 87; Wiener Wechsel l. S. 112¼; 3pCt. inl. span. 37¼; 1 pCt. neue 23⅞. Oesterr. Kreditaktien 167¼. Darmstädter Bankaktien 369. Bayerische Ostbahn 101¼. Luxemburger internationale Kreditbank 504.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 300. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 28. Oktober 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Aus Augsburg schreibt man: In mehreren bayerischen Blättern macht gegenwärtig die Nachricht die Runde, jene bayerische Lokomotivführer, welche bei den Extrafahrten der Kaiserin Wittwe von Rußland Dienst gehabt, hätten goldene Uhren zugeschickt erhalten. Auf diese Zeitungsente können wir aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß den bayerischen Lokomotivführern bis zur Stunde keine goldenen Uhren mitgetheilt wurden, und daß sie nicht wissen, wie viel es in Rußland geschlagen hat. So viel aber wissen sie, daß derlei Nachrichten einem den Mund wässerig machen und große Sehnsucht erwecken.

Preußen. Magdeburg, 24 Oktbr. Herr v. Pochhammer reklamirt in einem an den „Magdeb. Korresp." gerichteten Schreiben dagegen, daß er das höchste kirchliche Amt der Irvingianer bekleide, indem er vielmehr bloß ein untergeordnetes verwalte.

Minden, 24. Oktbr. In der neuesten „Patriotischen Zeitung" zeigt J. C. C. Bruns an, daß er das Eigenthumsrecht und die verantwortliche Redaktion derselben übernehme. Herr E. Lindenberg erläßt folgende, stellenweise mehr als dreiste Erklärung: „Das von dem kgl. Kreisgerichte zu Potsdam am 20. d. M. wider mich gefällte Urtheil hat in nahen und fernen Kreisen Sensation erregt. Diese Sensation ist um so größer, als mir, der ich für die Interessen des Königthums und der konservativen Sache seit zehn Jahren in der Presse gekämpft und in diesem Kampfe weder persönliche Opfer gescheut, noch durch die gröbsten Schmähungen meiner Feinde mich habe irriren lassen, durch die Verlustigerklärung der bürgerlichen Ehrenrechte ein Mangel an patriotischer Gesinnung vorgeworfen worden ist. Rücksichten halten mich für jetzt davon ab, die Erhebung der Anklage überhaupt, so wie des gegen mich im Allgemeinen in dieser Angelegenheit eingeschlagenen Verfahrens näher zu beleuchten, zumal von mir bereits gegen das erste Urtheil appellirt ist und meine Vertheidigung bei dem kgl. Kammergerichte zu Berlin ein ausgezeichneter Jurist übernommen hat. Die Bemerkung sey mir jedoch gestattet, daß das gegen mich beobachtete Verfahren geeignet gewesen wäre, mich in moralischer wie in materieller Beziehung zu vernichten, wenn nicht gerade in dieser schweren Prüfungszeit, in welcher mißtrauische und edlerer Gefühle bare Menschen mich hart bedrängten, edle und uneigennützige Männer von nah und fern mir rathend und helfend zur Seite gestanden hätten. Indem ich meinen Freunden hiermit den innigsten Dank für die in diesen Tagen mir und meiner Familie bewiesene Theilnahme abstatte, mögen sie mit mir hoffen, daß, wie ich mich vor Gott und meinem Gewissen der gegen mich erhobenen Anklage nicht schuldig fühle, dies auch von der höheren Richterinstanz anerkannt werden wird. — Wer mir um des Urtheilsspruches des Kreisgerichtes zu Potsdam willen seine Achtung und sein Vertrauen entzieht, an dessen Theilnahme habe ich nicht viel verloren. — Das dieser Urtheilsspruch nicht überall als Maßstab für eine patriotische Gesinnung betrachtet wird, dafür habe ich hier und anderen Orts von vielen Seiten die erfreulichsten Beweise erhalten. Ich meines Theils aber werde troß der von mir gemachten bitteren Erfahrungen nicht aufhören, meinem Könige, Seinem Hause und dem Vaterlande nach bestem Wissen und Willen zu dienen."

Großbritannien.

London, 22. Oktbr. Einem von dem Schatzkanzler vor Kurzem veröffentlichten Berichte zufolge beliefen sich die in dem Finanzjahre 1854 bis 1855 durch den Krieg verursachten Ausgaben auf 15,016,000 Pfd. Sterl. (Ueber 95 Mill. Thlr.)

London, 24. Oktbr. Mit Bezug auf den neulich besprochenen Vorfall zwischen dem Marschall Narvaez und Guell y Rente bemerkt heute die „Times": „Es ist dies das letzte skandalöse Ereigniß, das uns aus Madrid gemeldet wird. Niemals ist der Zustand des dortigen unglücklichen Hofes in schlagenderer und schimpflicherer Weise an's Tageslicht getreten. Im alten Irland und im heutigen Amerika haben Politiker ihrer Zunge und ihren Armen auch Vieles erlaubt. Allein sie hielten es doch immer für nöthig, demjenigen, den sie beleidigt hatten, in Gemäßheit des durch die Sitten der Gesellschaft, in der sie sich bewegten, eingeführten Gesetzbuches im Kampfe die Stirn zu bieten. Einem Minister unserer Tage blieb die traurige Rolle vorbehalten, einem politischen Gegner einen Stockschlag zu versetzen und sich dann dem Kampfe dadurch zu entziehen, daß er sich hinter ein königl. Verbot flüchtete. Natürlich schämen sich die Freunde des Marschalls über diesen Vorfall, und die spanische Gesellschaft wundert sich darüber, daß der Minister es wagen darf, sich blicken zu lassen, ohne seinem Gegner Genugthuung gegeben zu haben. Doch wir können die Frage über die persönliche Ehre des Ministers auf sich beruhen lassen. Ob er sich schlägt, ist nur für ihn und für diejenigen, mit denen er verkehrt, von Wichtigkeit. Was uns bei der Sache am meisten interessirt, ist der Stand der Sitten, den dieser Vorfall enthüllt. Die Thatsache, daß Männer von so viel Uebermuth, so großer Rachsucht und so wenig Selbstbeherrschung an's Ruder gelangen und sich daran behaupten können, daß an dem Hofe einer Herrscherin ein Minister einen politischen Gegner schmähen, bedrohen und schlagen und dann ruhig, wie wenn nichts geschehen wäre, den Palast betreten darf, und daß die öffentliche Meinung nicht hinreichend stark ist, um Genugthuung für solche Ungebührlichkeiten zu verlangen, liefert einen hinlänglichen Beweis, welch' niedrigen Maßstab man an die Beurtheilung von Charakteren in einem Lande anlegt, in welchem die Gesetze der Ritterlichkeit und Ehre einst auf die Spitze getrieben wurden."

Frankreich.

* Der „Moniteur" hat, wie schon kurz erwähnt, vier diplomatische Noten veröffentlicht, welche die neapolitanische Frage zum Gegenstand haben. Wir theilen dieselben unsern Lesern ausführlich mit, da sie hiedurch über den Verlauf und gegenwärtigen Stand dieser Angelegenheit am besten orientirt werden, und sie hiedurch zugleich die Rekapitulation des seit einem halben Jahr Geschehenen oder vielmehr Geschriebenen erhalten.

Das erste dieser Aktenstücke ist eine Note des französischen Ministers des Auswärtigen, Grafen Walewski, an den franz. Gesandten in Neapel, Baron Brenier, d. d. 21. Mai 1856. Im Eingang wird darauf hingewiesen, wie die in Paris versammelten Bevollmächtigten sich sämmtlich gleich durchdrungen von den Gefühlen der Achtung, von welchen ihre Regierungen für die Unabhängigkeit der übrigen Staaten durchdrungen seyen, gezeigt hätten; wie keiner von ihnen den Gedanken gezeigt habe, eine Einmischung oder eine diese Unabhängigkeit verletzende Kundgebung hervorzurufen. „Die Regierung der beiden Sizilien, fährt Graf Walewski sodann fort, kann sich über unsere wahren Absichten nicht täuschen; sie wird gewiß mit uns anerkennen, daß die Repräsentanten der Großmächte Europa's, als sie den Frieden schlossen, sich nicht gleichgültig gewissen Lagen gegenüber zeigen konnten, die ihnen geeignet schienen, ihr Werk in einer mehr oder weniger nahen Zukunft zu gefährden. Lediglich auf diesen Standpunkt sich stellend, wurde der Kongreß natürlich dazu gebracht, nach den Ursachen zu forschen, welche in Italien einen Zustand der Dinge unterhalten, dessen Ernst ihm nicht entgehen konnte. Die Aufrechterhaltung der Ordnung auf der italienischen Halbinsel ist eine der wesentlichen Bedingungen der Stabilität des Friedens; es ist also in dem Interesse und selbst in der Pflicht aller Mächte, keine Fürsorge, keine Bemüh-

ung zu vernachlässigen, um die Wiederkehr jeder Unruhe in diesem Theile Europa's zu verhüten. In dieser Hinsicht waren die Bevollmächtigten einstimmig. Aber wie dies Ergebniß erreichen? Es kann dies offenbar nicht durch Mittel geschehen, deren Unzulänglichkeit uns die Thatsachen jeden Tag darthun. Der Druck hat Härten, deren Anwendung nur dann dienlich ist, wenn dieselben durch dringende Nothwendigkeiten gebieterisch erheischt werden; in anderem Falle ruft man, weit davon entfernt, Frieden und Vertrauen herbeizuführen, neue Gefahren hervor, indem man der revolutionären Propaganda neue Elemente des Erfolges bietet. So thut, nach unserem Erachten, die Regierung von Neapel einen Mißgriff bei der Wahl der zur Aufrechthaltung der Ruhe in ihren Staaten bestimmten Mittel, und es erscheint uns dringend, daß sie einhalte auf dem falschen Wege, den sie betreten. Wir halten es für überflüssig, ihr die Maßnahmen zu bezeichnen, die zur Erreichung des Zieles, welches sie ohne Zweifel im Auge hat, geeignet wären; sie wird theils in einer weise entworfenen und aufrichtig angewandten Amnestie, theils in der Reform der Justizverwaltung die Verfügungen finden, welche den Nothwendigkeiten entsprächen, auf die wir sie aufmerksam zu machen uns beschränken. Wir haben die Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Lage in Neapel wie in Sizilien eine ernste Gefahr für die Ruhe Italiens ausmacht, und diese Gefahr, welche den Frieden Europa's bedroht, mußte nothwendig die Aufmerksamkeit der Regierung des Kaisers auf sich ziehen; sie legte uns in jedem Falle eine Pflicht auf, die Pflicht, die Sorgfalt Europa's und die Vorsorge derjenigen Staaten zu erwecken, welche ein direkteres Interesse dabei haben, bedauerliche Eventualitäten zu beschwören. Wir erfüllten diese Pflicht, als wir im Kreise des Kongresses die Initiative ergriffen; wir erfüllen sie ebenso, indem wir an den konservativen Geist der Regierung der beiden Sizilien selbst appelliren, welche von ihren guten Absichten Zeugniß ablegen würde, wenn sie uns von den Verfügungen Kenntniß gäbe, deren Ergreifung ihr dienlich erschiene." Baron Brenier wird angewiesen, die ihm ertheilte Aufgabe in Uebereinstimmung mit dem britischen Gesandten zu erfüllen, und es heißt sodann am Schlusse der Note: „Die Motive zu unserem Schritte sind aus dem Gesammtinteresse aller europäischen Staaten geschöpft, und wir sind deßhalb zu glauben berechtigt, daß man sich in Neapel dazu entschließen werde, dieselben in ernsten Betracht zu ziehen. Sollte man sich enthalten, unsern Warnungen Rechnung zu tragen, so würde man sich einer Beeinträchtigung der Gesinnungen, von welchen sich die Regierung des Kaisers stets gegen den Hof beider Sizilien beseelt gezeigt hat, und demzufolge der Hervorrufung einer bedauerlichen Erkaltung aussetzen."

Die Antwort hierauf ist enthalten in folg. Note des neapolitanischen Ministers des Auswärtigen, Hrn. Carafa, an den neapolitan. Geschäftsträger in Paris, Hrn. Antonini, d. d. 30. Juni 1856: „Man kann nicht begreifen, wie die kaiserliche Regierung, welche sich für gut unterrichtet von der Lage der Staaten des Königs ausgibt, die unzulässige Einmischung, die sie in unsern Angelegenheiten unternimmt, rechtfertigen kann, durch eine Hinweisung auf eine dringende Nothwendigkeit von Reformen, bei deren Ermangelung sie sich überzeugt hält, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge in Neapel und auf Sizilien eine große Gefahr für die Ruhe Italiens ausmachen würde. Keine Regierung hat das Recht, sich in die innere Verwaltung eines andern Staates, und besonders in die der Justiz, einzumischen. Das Mittel, von dem man vermeint, es werde den Frieden aufrecht erhalten, die revolutionären Bewegungen dämmen und verhüten, ist gerade das, welches die Revolutionen herbeiführt. Und wenn eine öffentliche Unordnung stattbaben könnte, hier oder auf Sizilien, so würde sie gewiß durch ein solches Mittel erregt; dies Mittel würde sie hervorrufen, denn es würde alle revolutionären Gesinnungen nicht bloß in den Staaten des Königs, sondern auch in ganz Italien, durch solche den Hauptagitatoren gewährte unpassende Protektion überreizen. Der König, unser Herr, hat zu jeder Zeit seine souveräne Milde gegen eine große Anzahl seiner schuldigen oder mißleiteten Unterthanen geübt, durch Umwandlung ihrer Strafen oder durch ihre Zurückberufung aus der Verbannung; und sein wohlwollendes Herz empfindet den größten Kummer darüber, zu sehen, daß die meisten dieser Leute unverbesserlich sind, so daß unser erlauchter Herr, wenn er früher seiner Milde Raum geben konnte, jetzt wider seinen Willen gezwungen ist, im Interesse des öffentlichen Wohles diese Milde nicht weiter zu üben, in Folge der Agitation, welche in Italien durch die übel berechneten Unterstellungen der Regierungen erzeugt worden ist, von welchen die Feinde der Ordnung sich begünstigt fühlen. Wenn jetzt die vollkommenste Ruhe in den Staaten des Königs herrscht, wo die Revolution stets in der Ergebenheit der Völker für ihren Souverän und der Entschlossenheit der Regierung das mächtigste Hinderniß für ihre Ruhestörungsversuche gefunden hat, so ist es ebenso gewiß, daß die Unzufriedenen nicht verfehlen würden, in ihren vermessenen Umtrieben Erfolge zu erringen, wenn man den thörichten Hoffnungen Raum gäbe, die auf das Ziel hingerichtet sind, neuerdings das Land in Unordnung und Verwirrung zu stürzen. Die Regierung des Königs, welche es gewissenhaft vermeidet, sich in die Angelegenheiten der anderen Staaten einzumischen, will der alleinige Richter über die Bedürfnisse ihres Königreichs seyn, um den Frieden zu sichern, der nicht gestört werden wird, wenn die Uebelwollenden, jedes Beistandes beraubt, sich durch die Gesetze und durch die Regierung im Zaume gehalten sehen; und bloß auf diese Weise wird man für immer die Gefahr neuer Erschütterungen, welche den Frieden Italiens bloßstellen könnten, entfernen und das wohlwollende Herz des Königs, unseres Herrn, die Angemessenheit und Dienlichkeit für weitere Anwendung seiner gewohnten Milde finden können."

Das dritte Aktenstück ist eine Note, welche Hr. Carafa unterm 26. August an Baron Brenier richtete, nachdem die österr. Regierung dem König von Neapel vorgestellt hatte, daß die Note vom 30. Juni denn doch gar zu stark gewesen sey. Diese neue Note lautet wie folgt: „Berichte aus Paris und Wien haben dem Könige, meinem erhabenen Herrn, den unangenehmen Eindruck kund gethan, welchen die Antwort der Regierung beider Sizilien auf die Mittheilungen — die von Seiten der englischen und französischen Regierung dem Könige von Neapel gemacht wurden, welche Antwort, an den Marquis Antonini gerichtet, von diesem an den Grafen Walewski, und vom Fürsten Carini an Lord Clarendon mitgetheilt wurde, auf die kaiserliche Regierung und dem Kaiser Napoleon hervorgebracht hat. In der Depesche vom 30. Juni hat man nie die Absicht hegen können, der französischen Regierung Tendenzen *unterzuschieben*, welche den von ihr bei so vielen Gelegenheiten Europa gegebenen Garantien wenig entsprechen würden, und wenn die kaiserliche Regierung in der erwähnten Depesche eine solche Unterschiebung hat erblicken können, so thut uns das sehr leid. — Die Regierung von Frankreich, so wie die Englands, und jede andere, liebt die Revolutionen nicht, und in diesem Punkte ist man ganz einverstanden, wenn man auch in Betreff der Mittel zu ihrer Verhinderung nicht derselben Ansicht seyn kann. — Die Regierung des Königs hat in den von Frankreich gegebenen Rathschlägen, welche seine Sorge für die Ruhe Europas, die von Unruhen in Italien gefährdet werden könnte, diktirte, einen neuen Beweis der Theilnahme gefunden, welche der Kaiser Napoleon sicherlich dem Könige von Neapel hat bezeigen wollen; allein was die Wirksamkeit der zu ergreifenden Maßregeln und der Zweckmäßigkeit derselben, um die Ruhe des Landes zu erhalten, betrifft, so hieß es gewiß nicht zu viel beanspruchen, wenn man dem Könige, dem unabhängigsten und aufgeklärtesten Richter über die Regierungsbedingungen, welche seinem Königreiche angemessen sind, die Wahl und Anwendung derselben vorbehält; darüber kann keine Meinungsverschiedenheit herrschen, weil die Mächte selbst diesen Grundsatz proklamirt haben. — Es ist unnöthig, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß das Königreich Neapel nach den vergangenen traurigen Ereignissen zuerst seine Ruhe wieder erlangt hat, und zwar ohne äußere Hülfe und durch alleiniges Handeln der Regierung des Königs. — Freunden ist man immer für ihre Rathschläge erkenntlich; allein die Freunde müssen selbst begreifen, daß man nicht ohne Unterschied auf das eine Land anwenden kann, was für das andere paßt. Man kann sich immer auf die Weisheit des Königs verlassen, welcher mehr als jeder andere in der Lage ist, die Zeit, die Umstände und die Zweckmäßigkeit *zu kennen*; und gewiß hat die kaiserliche Regierung niemals verfehlen können, diese unentbehrliche Freiheit des Handelns anzuerkennen. — Die Regierung beider Sizilien wünscht lebhaft, jenen unangenehmen, von der durch den Marquis von Antonini mitgetheilten Antwort hervorgebrachten Eindruck zu verwischen. — Sie ist nicht nur eifrig bemüht, mit der Regierung des Kaisers das herzlichste und aufrichtigste Einverständniß zu erhalten, sondern auch die Freundschaftsbande enger zu knüpfen, welche glücklicherweise zwischen den beiden Herrschern existiren, die nicht anders als vollständig darüber einverstanden seyn können, gemeinsam auf das hohe Ziel der Ordnung und Ruhe ihrer Länder loszusteuern, indem sie fortwährend die freundschaftlichsten Beziehungen für Alles unterhalten, was dieses gemeinsame Ziel irgend berührt."

Die Antwort der französischen Regierung auf diese Note ist enthalten in folgender Depesche des Grafen Walewski an Baron Brenier d. d. Paris, 10. Oktober*): „Herr Baron! Die

*) Man sieht aus dem Datum, daß die französische Regierung lange brauchte, um sich mit der englischen über die Antwort zu verständigen.

Regierung des Kaisers sieht mit Bedauern, daß die Regierung der beiden Sizilien nicht geneigt scheint, ihre Haltung zu ändern und den Wünschen, welche wir ihr ausgedrückt haben, Gehör zu geben. Ich werde nicht auf die Erwägungen zurückkommen welche die Regierung Sr. kaiserlichen Majestät zu dem Schritte veranlaßten, dessen Tragweite in meiner Depesche vom letzten 21. Mai näher angegeben ist. Ich glaube sagen zu können, daß nicht ein einziges von allen europäischen Kabinetten der Aufrichtigkeit und Fürsorglichkeit der Rathschläge, welche wir dem Könige von Neapel zu verstehen gegeben haben, nicht Gerechtigkeit hat widerfahren lassen. Es ist auch nicht Eins, welches nicht weiß, daß wir bei dieser Gelegenheit von keiner feindlichen Absicht geleitet wurden, sondern daß wir einzig im allgemeinen Interesse und aus hohen konservativen Rücksichten gehandelt haben, deren Ausdruck gewiß nichts Verletzendes für die Regierung hatten, an welche wir uns wandten. — Die Regierung des Kaisers bedauert, Herr Baron, daß ihre Absichten verkannt wurden, und daß die Antworten des neapolitanischen Kabinets in der Form sowohl, wie im Inhalte das Gepräge eines Gefühles trugen, welches ich mich enthalte, näher zu bezeichnen, das aber mit den Absichten, welche uns zu dem erwähnten Schritte veranlaßten, wenig im Einklange steht. Wir hatten uns geschmeichelt, daß die seit dem Datum unserer Mittheilung verflossene Zeit die ersten Eindrücke der Regierung beider Sizilien hätte modificiren können, und daß, von der Ueberlegung zu richtigerer Beurtheilung zurückgeführt, sie von selbst die Zweckmäßigkeit gefühlt hätte, eine Bahn zu betreten, welche ihr eigenes Interesse und das Wohl ihres Volkes, noch mehr als unsere Rathschläge ihr als diejenige bezeichnen mußten, der sie zu folgen hatte. Unsere Erwartung ist getäuscht worden. Der Kommandeur Carafa hat Ihnen zwar am 26. August eine neue Mittheilung zugeschickt, die in milderen Ausdrücken abgefaßt war; allein im Grunde der Dinge war sie nicht befriedigender als die vorhergehende. In einer Lage der Dinge, welche zu vermeiden uns aufrichtig am Herzen liegen würde, ist die Regierung des Kaisers im Einverständniß mit der Regierung der Königin von England der Ansicht gewesen, daß es ihr nicht mehr erlaubt sey, so lange diese Lage sich nicht änderte, ihre Beziehungen mit der Regierung beider Sicilien auf demselben Fuße wie früher zu erhalten. Sie werden also, Herr Baron, sich bei Empfang dieser Depesche in Bereitschaft setzen, Neapel mit dem ganzen Personal der Legation zu verlassen. Die englische Botschaft erhält ähnliche Instruktion Sie werden die Archive der Legation dem kaiserlichen Konsul überliefern. Indessen, um den im Königreiche beider Sicilien ansässigen Franzosen im Nothfall einen wirksamen Schutz zu sichern, wird ein französisches Geschwader in Toulon liegen, wo daaselbe, im Falle es nöthig werden sollte, im Interesse unserer Nationalen ihm die Sorge für Ergänzung des nicht mehr bestehenden offiziellen Schutzes anzuvertrauen, rasch die nöthigen Befehle in Empfang nehmen kann. Um bei gelegener Zeit auf eine solche Eventualität gefaßt zu seyn, werden die Instruktionen des Kommandanten dieses Geschwaders ihm vorschreiben, von Zeit zu Zeit eines der Fahrzeuge mit einem Besuch in den Häfen Neapels und Siziliens zu beauftragen, wo der Kapitän desselben sich mit unsern Konsuln in Rapport zu setzen hat. Zu gleichem Zwecke läßt die Regierung Ihrer britischen Majestät ein Geschwader in Malta stationiren. Sie werden, Herr Baron, diese Depesche gütigst dem Commandeur Carafa vorlesen, und ihm eine Abschrift lassen."

Spanien.

Madrid, 20. Oktober. Die „Madrider Ztg." bringt folgende drei Dekrete (die schon kurz gemeldet wurden): Erstes Dekret: Ich gewähre volle und allgemeine Amnestie allen Denen, welche auf irgend eine Weise an der Insurrektion Theil genommen haben, durch welche auf verschiedenen Punkten der Halbinsel die regelmäßige Ausübung meiner königl. Rechte im letzten Juli gehemmt worden ist. Gez.: Die Königin; Narvaez, Herzog v. Valencia. — Zweites Dekret: Die Verfügung des vom Ministerrathe vom 27. August 1854 erlassenen Rundschreibens, betr. meine erhabene Mutter, ist abgeschafft, und bleibt in allen ihren Theilen ohne Wirkung. — Drittes Dekret: Alle von mir in den Monaten Juni und Juli verliehenen Aemter und Würden treten wieder in Kraft. Nach dem Exposé, welches das Amnestiedekret begleitet, ist der Gedanke einer allgemeinen Amnestie von der Königin ausgegangen, und vom Ministerrathe nach reiflicher Ueberlegung gebilligt worden. In dem Exposé des zweiten Dekretes wird gesagt, daß die Beschlüsse in Betreff der Königin-Mutter (ihre Verbannung aus Spanien und die Beschlagnahme ihrer Güter) dem frühern Ministerrathe wider seinen Willen von der revolutionären Partei abgezwungen seyen, daß man sie nur gefaßt habe, um die Wühler zu beruhigen, und daß jetzt, wo die Ruhe hergestellt sey, die Gerechtigkeit erheische, der fälschlich angeklagten Königin-Mutter eine glänzende Genugthuung angedeihen zu lassen."

Madrid, 21. Oktbr. Die Besonneneren unter den Absolutisten sehen in dem Treiben der Hofpartei einerseits den kürzesten Weg vom Absolutismus zur Revolution mit ihren unabsehbaren Konsequenzen, auf der anderen Seite eine Gefahr für den Fortbestand der jetzigen Dynastie, die durch den jähen Wechsel der Regierungsweise sich selbst die natürliche Grundlage, die Berechtigung der Existenz, entzieht. Mit andern Worten: sie erkennen, daß der Absolutismus entweder der Demokratie oder dem Carlismus Thor und Thüren öffnet, und sie ertheilten Rath zufolge dieser Erkenntniß, zu der sie aber freilich erst in der letzten Zeit gelangt, nachdem sie zur Wendung der Dinge in der letzten Zeit nach Kräften das Ihrige beigetragen. Diese plötzlich bedächtig und wirklich gemäßigt Gewordenen erhalten von dem anderen Theile der Absolutisten am Hofe, der auf Verwirklichung seiner Wünsche und Ideen ohne Rast, ohne Rücksicht hinarbeitet, den Namen schwindsüchtige Monarchisten oder Konstitutionelle (was in jenen Kreisen ebenfalls einem Schimpfe gleichkommt). Die Königin findet in diesen fanatischen Darlegungen monarchischer Ueberzeugungen die Beweise großer Hingebung und wahrer Treue, und für den Augenblick haben die absoluten Absolutisten ein unbestreitbares Uebergewicht über alle anderen Parteien. Das Ministerium gilt in der That gar nichts. Man möchte von ihm sagen, daß es bloß eine berathende Stimme habe. Auch wundert sich alle Welt darüber, daß Narvaez, der Mann mit dem eisernen Willen, in der untergeordneten, für einen konstitutionellen Minister erniedrigenden Stellung verbleibt. Der Ministerpräsident erfährt täglich Demüthigungen, und er erträgt sie. Er wollte den Generalkapitän von Barcellona, Zapatero, absetzen; die Königin weigerte die Bestätigung des ihr vorgelegten Dekretes. (K. Z.)

Italien.

Turin, 21. Okt. Seit einigen Tagen überschwemmen wolkenbruchartige Regengüsse die verschiedensten Theile des Landes, so daß nach allen Richtungen hin die Eisenbahnen Beschädigungen erlitten haben. Dabei kommen ungewöhnlich heftige elektrische Entladungen vor, welche Menschen und Thiere tödteten und an Kirchen und anderen Gebäuden starke Beschädigungen anrichteten. Der Barometerstand ist stets ein tiefer. (Das gerade Gegentheil von der Witterung bei uns in Deutschland.) (Schwäb. M.)

Rußland und Polen.

Nach des Kaisers Willen sollen fünf neue Städte in Finnland wie mit einem Zauberschlage erstehen. Der Anfang wird mit der Erbauung der ganz neuen Stadt am Ende der bothnischen Bucht, in der Nähe von Tornea, drei Meilen davon und 12 Meilen von Uleaborg entfernt, im sogenannten Sanvonsaari gemacht. Es ist dies eine Halbinsel und an der Mündung des Flusses Kemielfs herrlich gelegen. Die Lage ist in der That für eine Handelsstadt brillant zu nennen. Wie und wo die anderen Städte erbaut und genannt werden sollen, ist zur Zeit hier noch nicht bekannt.

Petersburg, 18. Okt. Durch einen Tagesbefehl vom 13. ds. Mts. ist über das, beim Beginn des Krieges formirte „Schützenregiment der kaiserlichen Familie" folgendes verfügt: „Das Regiment als solches wird aufgelöst, doch wird ein besonderes Schützenbataillon gebildet, welches den Namen „Garde-Schützen-Bataillon der kaiserlichen Familie" führt und die Rechte der jungen Garde genießt. Der Kaiser nimmt den Titel des Chefs dieses Bataillons an, außerdem werden die vier Söhne und die vier Brüder des Kaisers, so wie die Prinzen Romanow Herzöge von Leuchtenberg in die Listen des Bataillons eingetragen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 20. bis 25. Oktbr.)

Samstag. Die abgelaufene Woche kann im Vergleich zu manchen früheren beinahe eine stille genannt werden. Weder die Lage des hiesigen Platzes noch jene der auswärtigen Börsen hat sich erheblich geändert, und somit fehlten auch die Motive zu bedeutenden Kursschwankungen. Politische Ereignisse verlieren mehr und mehr ihren Einfluß auf die Börsen, wie sich dies zu Anfang der Woche mit der „Moniteur"-Note in Betreff Neapels erwies, die im Augenblick ihres Erscheinens bereits eskomptirt war. Die finanziellen Verhältnisse haben weder zum Schlimmern noch zum Bessern eine entscheidende Wendung genommen. Von österr. Fonds halten sich National am Besten in Folge fortwährender Contantkäufe für Kapitalanlage. Man bemerkt einen viel geringeren Zufluß aus Wien. Versiecht diese

Quelle wirklich ein Mal, dann ist ein Steigen bei dem billigen Kurs unausbleiblich. Deutsche Fonds sind preishaltend und ohne willige Abgeber. Auffallend ist es, daß preußische Papiere, die in dieser Kategorie früher den höchsten Standpunkt einnahmen, jetzt am niedrigsten stehen. Für spanische Staatspapiere ist in Folge auswärtiger Kaufordres eine Besserung von ¼pCt. eingetreten, die Spekulation am Platze selbst ist sehr zurückhaltend geworden, und will augenscheinlich die weitere Entwicklung der Dinge in jenem „Lande der Ueberraschungen" abwarten. Die Pariser Börse, in allem andern matt, nimmt Spanier auf, die theilweise nach Madrid gehen. — Von Kreditaktien haben wir wenig Günstiges zu berichten. Das Geschäft ist schleppend und nur in österr. von einiger Bedeutung, da Wien beständig schwankt. Das Privatpublikum scheint sich in letzter Zeit, durch die großen Kursveränderungen stutzig gemacht, von den Kreditaktien mehr und mehr entfernen zu wollen. Darmstädter beider Gattungen gingen etwas in die Höhe, besonders von Berlin influirt, das für diese Effekten überhaupt den Ton angibt. In Zettelbank war mehr Leben. — Weimarer und Meininger ziemlich fest. — Spanische Kreditaktien langsam weichend. — Frankfurter Bankaktien haben nach dem unmotivirten Fallen durch ein rasches Steigen auf 113½ gezeigt, daß sie fest sind im Vertrauen, welches die Besitzer in die Zukunft dieser hervorragenden Anstalt setzen. — Die volleinbezahlten Eisenbahnaktien haben sich in der Mehrzahl gehoben. Das Privatpublikum, das bisher für Kreditaktien allein schwärmte, wendet sich jetzt den Eisenbahnen wieder zu, wo der Gewinn, wenn auch weniger glänzend, doch sicherer ist und feste Berechnungen zuläßt. — Bexbacher sind bei den billigen Kursen in feste Hände gekommen und kleine Ordres reichten hin, sie um mehr als 2pCt. zu treiben — ein Beweis für unseren Satz, daß gute Sachen gut bleiben und daß der nichts daran verliert, der nicht zu verkaufen gezwungen ist, die bessere Stunde abwarten kann und soll. In Ostbahn größerer Verkehr, auch offenbar gute Käufer. Livorneser, Hanauer und Nahebahn ganz vernachläßigt. Dagegen Fr. W. Nordbahn in Folge der besseren September-Einnahme beliebt. Staatsbahnen, die sonderbarer Weise in Paris „Autrichiens", und in Wien „Franzosen" genannt werden, haben durch das ursprünglich sehr geschickte Manövre der Gründer die Heimatsrechte an fast allen Börsen und sie sind fortdauernd der Federball der Spekulation. — Deutsche Lose, die bisher so fest waren, haben durch starke Angebote einen empfindlichen Rückgang erlitten, namentlich ist dies mit Darmstädter 50 fl. Losen der Fall, ein Papier, das an sich nicht theuer ist, aber durch den veralteten Spielplan und das Andenken an früher erlittene Verluste an Gunst eingebüßt hat. Kurhessische haben sich, wie sie an dem Steigen nie Theil nahmen, so auch im Fallen behauptet. Wechsel ganz wie in voriger Woche, London, Hamburg und Augsburg gesucht, Paris fest. Thaler-Devisen ohne Nehmer. Der Wiener Wechselkurs kann trotz der 90 Mill. nicht steigen, so lange Wien Papier von uns bezieht. Der fast allgemeine Beschluß unserer Bankiers und Kaufleute, das kleinere preuß. Curant und französisches Silber sowie die holländischen Gulden zu nehmen, erleichtert die Position außerordentlich. Mit dem Geldstand haben wir alle Ursache zufrieden zu seyn. Es wird mit Leichtigkeit diskontirt und man darf hoffen, daß der Ultimo nicht schlecht geregelt wird. Bei allem dem gehen schon starke Baarsendungen nach Bayern und Württemberg, und größere dürften folgen, wenn Wein- und Tabakernte beginnen. Nachschrift. Die heutige Börse war sehr geschäftslos und mit Ausnahme Bexbacher Aktien fast alle andern Sachen ausgeboten. Obgleich unsere deutschen Märkte seit einiger Zeit selbständiger geworden sind, können sie sich doch nicht ganz der Rückwirkungen aus Paris erwehren, wo das Uebel allerdings ernsterer Natur ist und tief im Fleisch sitzt. Der jähe Fall des Kredit mobilier um 70 Fr. an einem Tage ist ein schlimmes Omen. Fassen wir unsere Ansicht schließlich in wenige Worte, so glauben wir sie immer noch nicht ermuthigend aussprechen zu dürfen und wir wiederholen, daß isolirten Erscheinungen, die auf Steigen deuten, kein anderer als ein vorübergehender Werth beizulegen ist. (Aktionär.)

Frankfurt, 27. Oktober. Die Börse verkehrte heute in sehr flauer Stimmung und zeigten sich besonders viele Verkäufer für österreichische Kreditaktien, Staatsbahn, 3pCt. Spanier und Pereire, dagegen war etwas mehr Kauflust für Ostbahn.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78 1/8 P. 77 5/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87 1/4 P. 87 G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/8 P. 75 5/8 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 66 1/8 P. 65 7/8 G.; à 4pCt. 59 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/8 P. — — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 85 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 1/8 P. 89 7/8 G.; 4 1/2 pCt. 102 P. — — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 P. 90 1/2 G.; à 4pCt. 99 P. 98 1/2 G.; 4 1/2 pC. 102 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 1/2 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 3/8 P. 37 1/8 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 7/16 P. 23 5/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1189 P. 1181 G. Neue Bankaktien 307 P. 302 G. Credit-Actien à 5pCt 169 1/2 P 167 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 369 P. 367 G.; junge 328 P. 326 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 507 P. 502 G. Mitteldeutsche Creditbank 102 3/4 P. 102 1/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 107 P. — G. Frankf. Bankaktien 113 1/2 P. 113 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 500 P. — G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 550 P. 545 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 239 P. 237 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 138 1/4 P. 137 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 103 1/4 P. 102 3/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 5/8 P. 101 3/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 3/4 P. 80 1/2 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 1/4 P 77 3/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 94 1/2 P. 94 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 1/4 P. 98 3/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 114 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 1/8 P. 47 7/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 116 1/2 P. — G. à fl. 25 34 1/4 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 P. 38 3/4 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 43 1/8 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. — P. 117 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119 3/4 G.	Mail. i.S.Lt. 250 k.S. 99 5/8 P. 99 3/8 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S 93 1/4 P. — —
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 96 5/8 P. — G.	Wien fl. 100 C. k S. 112 P. 111 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k.S 88 7/8 P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 111 7/8 P. 111 5/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 7/8 P. — — G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 25. Okt. Der neueste „Staatsanzeiger" bringt den Abschied für den im Jahre 1854 versammelten rheinischen Landtag, datirt vom 30. Septbr. d. Js. Der Antrag auf zollfreie Einfuhr von Getraide und Reis wird in dem Abschied abgelehnt, da die Zollbefreiung erfahrungsmäßig den Preis der Nahrungsmittel nicht wohlfeiler mache, sondern nur einen erheblichen Ausfall in den gemeinschaftlichen Zollrevenuen veranlasse.

Wien, 26. Okt. Die „Oesterr. Korresp." bezeichnet als ganz grundlos die Behauptungen des „Pays", der „Patrie" und des „Constitutionnel" wegen angeblichen türkischen Protestes gegen die österreichische Besetzung der Donaufürstenthümer und wegen des Begehrens des Rückzugs der österreichischen Truppen. (T.D.d.A.Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 301. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 29. Oktober 1856.

* Neapel und die Westmächte.

Unsere Leser werden durch die gestern mitgetheilten Aktenstücke die wiederholt von uns ausgesprochene Ansicht bestätigt gefunden haben, daß vom Standpunkt des Völkerrechts aus das Verfahren der Westmächte gegen Neapel sich nicht rechtfertigen läßt. Daß die Regierungs-Weise des Königs Ferdinand vielfach zu tadeln ist, läßt sich nicht bezweifeln; das hat er aber zwischen sich und seinem Volke abzumachen, und für andere Regierungen erwächst daraus noch lange nicht das Recht mit der Prätention, sich in die innern Angelegenheiten seines Landes einzumischen und eine andere Regierungsweise von ihm zu fordern, wie die Westmächte es thun. Freilich in dem bekannten „Moniteur Artikel" und in den französischen Noten ist der Versuch gemacht, der Sache ein anderes Gewand umzuhängen, als hätten nämlich die Westmächte dem König Ferdinand bloß freundschaftliche Rathschläge gegeben. Der König hat sie, nach dem Ausdrucke des „Moniteur", mit Stolz zurückgewiesen. Folglich haben die Westmächte die diplomatischen Verhältnisse mit ihm abgebrochen und senden eine Flotte zum Schutze ihrer *Nationalen*. Das hat ganz das äußere Ansehen, als wäre es dem Völkerrechte in allen und jeden Punkten vollkommen gemäß und als befände sich kein Atom von Einmischung in die innern Angelegenheiten des Königreichs beider Sicilien darin. Allein das Völkerrecht gestattet kaum, einem souveränen Staate einen Rath zu geben, viel weniger die daran sich reihende Forderung, sich nach dem ertheilten Rathe zu richten. Was ist aber die nach Neapel gesendete Note vom 10. Oktober anders, als die Forderung an den König Ferdinand II., sich nach den ihm bekannt gegebenen Rathschlägen zu richten? Eine Forderung der Art ist nach dem bisher geltenden Völkerrechte schlechthin unberechtigt und eine Verletzung der Souveränetät des Königs beider Sicilien. Uebrigens ist auch nicht zu übersehen, daß die französische Regierung nachgerade den Schritt zu bereuen scheint, zu welchem sie im Frühjahr, man sagt auf Englands Drängen, sich hat verleiten lassen. Sie fühlt wohl einestheils, daß sie sich in eine Sackgasse verannt hat, anderntheils, daß das Erscheinen englischer und französischer Schiffe an der Küste von Neapel leicht eine Aufregung unter der dortigen Bevölkerung erregen könnte, welche vielleicht eine für jene selbst sehr unliebsame Wendung nähme, daher ihre Abneigung vor entscheidenden Schritten, daher die letzten halben Maßregeln der Westmächte, die am besten durch das Sprichwort bezeichnet werden: „Wasch' mir den Pelz und mach' ihn nicht naß!"

Deutscher Bund.

Der „Kölner Ztg." schreibt man aus Frankfurt a. M.: „Wie in diplomatischen Kreisen versichert wird, hat das Wiener Kabinet die preußische Depesche in der Neuenburger Angelegenheit vom 22. Septbr. bereits unterm 8. Oktober beantwortet und zur Kenntniß der deutschen Regierungen gebracht. Graf Buol spricht darin unter Anerkennung der Rechtsansprüche Preußens auf Neuenburg die Bereitwilligkeit aus, die Anträge des Berliner Kabinets am Bunde zu unterstützen. Wie bereits gemeldet, werden diese Anträge auf den Beitritt des Bundes zum Londoner Protokolle vom 24. Mai 1852 und auf dessen Vermittlung bei der schweizer. Eidgenossenschaft wegen Freilassung der in Haft gehaltenen Royalisten gerichtet seyn." Unter Anderem heißt es in dieser Depesche: „Wenngleich die königl. Regierung jede Verantwortlichkeit für diese Ereignisse von sich ablehnen muß, so haben dieselben darum nicht weniger das landesväterliche Herz Sr. Majestät des Königs auf's tiefste ergriffen. Je mehr Se. Majestät die Gesinnungen treuester, wenn auch in der Wahl ihrer Mittel vielleicht fehlgreifender Hingebung zu würdigen wissen, welche die jüngste Handlungsweise der Neuenburger Royalisten hervorgerufen haben, desto unabweislicher drängt sich unserm allergnädigsten Herrn die Pflicht auf, zuvörderst die Opfer ihrer Treue vor den Folgen dieser Ereignisse zu schützen. Se. Maj. der König können in dieser Beziehung die seitens der schweizerischen Behörden erfolgten Zusagen humaner Behandlung der Gefangenen nicht für irgendwie genügend erachten." Um die Behandlung der ganzen Angelegenheit zu einem befriedigenderen Resultat (als bisher) vorzubereiten, beabsichtigt der König auch dem deutschen Bunde Mittheilung zu machen, daß derselbe nicht nur dem Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 beitrete, sondern auch seinerseits auf Freilassung der gefangenen Royalisten dringe und desfalls ernstere Maßregeln gegen die Schweiz sich vorbehalte. Es handle sich darum, einem unbestreitbaren Rechte Geltung zu verschaffen und das Gewicht Deutschlands „in die Wagschaale der rechtmäßigen Autorität eines deutschen Fürsten zu legen." Keine deutsche Regierung werde sich dieser Aufgabe entziehen wollen. So die preußische Depesche. — Die vorab von Bayern und Sachsen abgegebenen Erklärungen haben „zum Zweck", den Bund vor jeder Verpflichtung zu einem aktiven Auftreten gegen die Schweiz zu sichern.

Bayern. Die bayerische Hypotheken- und Wechselbank beabsichtigt die Errichtung einer Commandite in Lindau, die hauptsächlich die Vermittelung des Wechsel- und Geldverkehrs an diesem wichtigen Platze zum Zwecke haben soll. Die Vorarbeiten sind bereits vollendet und das Filial-Institut soll bald in's Leben treten.

München, 24. Oktbr. Heute haben Se. Maj. der König Ludwig, König Otto von Griechenland und die Großherzogin von Hessen den quieszirten Direktor der kgl. Hof- und Staats-Bibliothek, Hrn. v. Lichtenthaler, mit einem Besuche überrascht, und unterhielten sich längere Zeit auf's freundlichste und herablassendste mit ihm. (Deutschl.)

Die „N. Münch. Ztg." bringt folgenden wohl halbamtlichen Artikel: Ein über Altbayerns Criminalstatistik in die „Augsb. Allg. Ztg" vom 24. Oktbr. Nr. 299 übergegangener Artikel, in welchem aus den Vorkommnissen der jüngsten im Monat Juli in München abgehaltenen Schwurgerichtssitzung weitgehende Folgerungen abgeleitet werden, gibt uns zu nachstehenden Gegenbemerkungen Veranlassung. Richtig ist allerdings, daß in dem Kreise Oberbayern seit Einführung des neuen Strafverfahrens die Zahl der abgehaltenen Schwurgerichtssitzungen eine beträchtlichere Höhe erreicht hat, als dieses in anderen Kreisen des Königreichs der Fall war. Allein bei den aus dieser Thatsache gezogenen Folgerungen wird gewöhnlich übersehen, daß der Kreis Oberbayern sowohl an Flächeninhalt, als an Bevölkerung (welche nicht 650,000, sondern nach dem Stande des Monats Dezember 1855 — 744,141 Seelen beträgt), die übrigen Kreise des Königsreichs weit überragt.*) Zur öftern Wiederholung und längeren Dauer der Schwurgerichtssitzungen in Oberbayern trug in den Vorjahren auch noch wesentlich der Umstand bei, daß nach den Vorschriften des Strafprozeßgesetzes vom 10. Novbr. 1848 eine Reihe von Diebstahls-Verbrechen den Schwurgerichten zugewiesen wurden, welche nach dem Prinzip der Zuständigkeit dieser Gerichte gar nicht dahin gehört hätten, weil in der bei weitem größten Mehrzahl der

*) Von den anderen Kreisen hat doch auch jeder 500,000 Einwohner und darüber. D. Red.

Fälle auf eine Arbeitshausstrafe zu erkennen war.*) Diesem Uebelstande ist nunmehr durch das auf dem jüngsten Landtage zu Stande gekommene Gesetz „die Strafbestimmungen über den ausgezeichneten Diebstahl betr." abgeholfen, und in Folge dessen war auch in dem Geschäftsjahr 1855/56 in Oberbayern die Abhaltung von nur vier Schwurgerichtssitzungen mit der Gesammtdauer von 77 Tagen nothwendig, während im Vorjahre noch sechs solcher Sitzungen mit einer Dauer von 165 Tagen abgehalten wurden. Daß gerade bei der jüngsten Schwurgerichtssitzung von Oberbayern mehrere schwere Verbrechen zur Verhandlung kamen, in deren Folge eine Reihe von Todesurtheilen zu erlassen war, ist immerhin ein bedauerliches Ereigniß, welchem gegenüber aber doch auch die Thatsache in Betracht zu kommen hat, daß in der ersten oberbayerischen Schwurgerichtssitzung des Jahres 1856 gar keine, in der zweiten eine einzige (durch allerhöchste Gnade gemilderte) Kapitalstrafe erkannt wurde. Daß übrigens nicht in Oberbayern und in Bayern allein schwere, von arger Verdorbenheit einzelner Individuen zeugende Verbrechen begangen werden, davon liefern die Nachrichten des In- und Auslandes die traurige Gewißheit. So wenig wir aber auf dem Grunde derartiger Nachrichten uns für berechtigt halten, hieraus eine Folgerung auf den Kulturzustand einer ganzen Provinz oder eines ganzen Volksstammes zu ziehen, so entschieden müssen wir uns gegen die Aufstellung verwahren, „daß die Schwurgerichtssitzung des zweiten (soll heißen: dritten) Quartals für Oberbayern wieder einen fast grausenerregenden Blick in den Kulturzustand dieses Kreises habe thun lassen."

Preußen. Berlin, 25. Oktbr. Gestern Abend faßte der Vorstand der hiesigen Kaufmanns-Ressource den Beschluß, den Sonntags-Börsenverkehr auf letzterer schon von morgen — 26. d. M. — ab streng einstellen zu lassen. Die etwa Zuwiderhandelnden werden das erste Mal verwarnt und das zweite Mal aus den Gesellschaftslisten gestrichen. Damit hätte die sogenannte Sonntagsbörse ein Ende. Der obige Beschluß ist übrigens ohne alle und jede Einwirkung der Behörde gefaßt worden. (K. Z.)

Berlin. Unsere gestrige Angabe über den Abschied für den rheinischen Landtag von 1854 war, wie wir aus dem „Staatsanzeiger" ersehen, nicht ganz genau. Nach dem Text des „Staatsanzeigers" ist nicht der Antrag auf zollfreie Einfuhr von Getraide und Reis, sondern, aus den in dem betreffenden Schreiben angezogenen Gründen, lediglich der Antrag auf zollfreie Einfuhr von Reis abgelehnt, dagegen der Antrag auf Verlängerung der zollfreien Getraide-Einfuhr durch die Hinweisung auf die inzwischen erfolgte entsprechende Maßregel beschieden.

Königsberg, 23. Okt. Die während der letzten Monate gesteigerten Preise der Lebensmittel und die Seitens der Marktpolizei dagegen ergriffenen Maßregeln haben hier zu einem Preßprozeß Anlaß gegeben; es erschien nämlich eine Broschüre, in welcher dem freien Marktverkehr das Wort geredet und ein polizeiliches Einwirken auf die Normirung der Preise als unstatthaft bezeichnet wurde. Die Staats-Anwaltschaft fand in der Darstellung eine Verhöhnung der Anordnungen des Polizei-Präsidium, das Kriminalgericht erließ jedoch ein freisprechendes Urtheil. (K. Z.)

Nassau. Wiesbaden, 25. Oktbr. Heute hatte der außerordentliche Gesandte, Graf Ehrenschwert, bei Sr. Hoheit dem Herzoge eine Audienz, in welcher der Ehevertrag zwischen der Prinzessin Sophie von Nassau und dem Prinzen Oskar von Schweden ratifizirt wurde. (K. Z.)

Oesterreich. Dem Votum der evangelischen Seniorats-Gemeinde zu Preßburg über den vom Kultusminister ihr zur Begutachtung vorgelegten Entwurf zu einem Gesetz über die Vertretung und Verwaltung der Kirchenangelegenheiten der Evangelischen beider Bekenntnisse im Königreich Ungarn entnehmen wir folgende bedeutsame Stellen. Im Eingang wird erklärt: „Mit Bedauern, aber zugleich mit offener, der Wahrheit schuldiger Freimüthigkeit bemerken wir vor allem, daß wir uns gegen den ganzen Entwurf selbst grundsätzlich erklären müssen, indem derselbe nicht aus der Kirche selbst hervorgegangen ist, sondern derselbe von außen gegeben und empfohlen wird. Es liegt schon in dem Begriff der uns gesetzlich und von Sr. k. k. apostolischen Majestät huldreich gewährleisteten Autonomie begründet, daß die Kirche berechtigt sey, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen, ihren Mängeln abzuhelfen, ihre Wunden selbst zu heilen. Von diesem unveräußerlichen Recht hat sie jederzeit, selbst in den gefahrvollsten Entscheidungsperioden ihrer Geschichte, Gebrauch gemacht, namentlich im Jahr 1845 ihre Kirchenordnung einer neuen Prüfung unterzogen, nach ihren selbst- und tiefgefühlten Bedürfnissen umgestaltet und mit Beistimmung des ganzen evangelischen Körpers festgestellt. Die darauf folgenden traurigen Jahre haben ihre Ausführung verhindert, das Haynau'sche Dekret sie in ihrem Wesen vernichtet, und dadurch die Kirche einem beinahe anarchischen Zustand preisgegeben. Diesem Zustand soll nun durch eine neue Kirchenordnung, von welcher der vorliegende Entwurf die Grundzüge enthält, abgeholfen werden. Wir erlauben uns an dem glücklichen Erfolg zu zweifeln. Hier kann und muß die Kirche sich selber helfen, denn sie kennt ihren Geist, ihr Wesen, ihre Bedürfnisse und ihre Wunden am besten. Es ergeht an den löblichen Distriktualkonvent der dringende Vorschlag, Se. k. k. apostolische Majestät allerunterthänigst zu bitten, den vorliegenden Entwurf einer allgemeinen Synode der Evangelischen in Ungarn zur Prüfung und Ueberarbeitung zuweisen zu lassen."

Sodann werden die verschiedenen Punkte des Entwurfs, welche Bedenken erregen, einzeln erörtert. Diese sind 1) das vorherrschende hierarchisch-aristokratische Element des in dem vorliegenden Entwurf beantragten Kirchenregiments, die durch Unterordnung der weltlichen Inspektoren und Curatoren unter den Vorsitz der Geistlichen das hiesige Kollegialsystem faktisch und grundsätzlich aufzuheben drohe. „Die Verfassung der ersten christlichen Gemeinden, heißt es in dem Votum, war rein volksthümlich, demokratisch.... Was die evangelische Kirche in Deutschland so sehnlich wünschte und anzustreben suchte, war seit Jahrhunderten das theuerste Besitzthum, das kostbarste Kleinod der Evangelischen beider Konfessionen in Ungarn: die autonome Verwaltung und Leitung ihrer kirchlichen Angelegenheiten bei völliger Parität des geistlichen und weltlichen Standes. Wer kann es uns verargen, wenn wir mit der ganzen moralischen Kraft unseres kirchlichen Bewußtseyns fest und ewig daran halten wollen? Unsere Kirchenverfassung hat die Probe eines hundertjährigen Bestandes bestanden, und weder für den Staat noch für die Kirche selbst den mindesten Nachtheil nach sich gezogen." 2) Die Vertretung der Gemeinden durch eine bestimmte Zahl ihrer Mitglieder, anstatt daß nach altem Brauch alle Mitglieder der Gemeinde mitberathen und mitbeschließen sollten. 3) Die sittenrichterlichen Presbyterien, die man in verschiedenen evangelischen Ländern Deutschlands einzuführen versuchte, am Ende aber fallen ließ, weil sie nirgends und am wenigsten in größern Städten zu etwas Gutem führten. „Was das Zensoramt der Presbyterien bewirken soll, sagt das Votum, überlasse man der stillen Gewalt des göttlichen Wortes, welches in Kirchen und Schulen gehandhabt wird; und wo dieses Wort einer Unterstützung von außen bedarf, kann diese ihm nur durch die Mitwirkung weiser bürgerlicher Gesetze zu Theil werden." 4) Die von dem Ministerium vorgeschlagene geheime Verhandlung der kirchlichen Angelegenheiten auf allen Conventen; das Votum der Gemeinde verlangt Oeffentlichkeit. 5) Die an keine Instruktion gebundenen Deputirten. „Wenn, sagt das Votum, einzelne Gemeinden, Seniorate, Distrikte zu den höheren Kirchenkonventen ihre Abgeordneten wählen, geschieht dies doch wohl nur in der Absicht, sich durch die Absendung derselben bei kirchlichen Versammlungen vertreten zu lassen. Diese Vertretung läßt sich nicht anders denken, als daß diese Abgeordneten nicht ihre eigene Privatmeinung und Ansicht, sondern die allgemeine Ansicht und Meinung ihrer Kommittenten aussprechen und geltend zu machen suchen." 6) Die im Entwurfe beantragte Umgestaltung der kirchlichen Topographie und Errichtung neuer Superintendenzen und Seniorate nach den bestehenden politischen Verwaltungsgebieten. 7) Die fixirten Amtssitze der zu wählenden Superintendenten.

Sodann heißt es am Schluß: „Wenn wir zu dem §. 152: „Die Mitglieder des Oberkirchenrathes werden von dem Kaiser für ihre Lebensdauer ernannt," den Beisatz hinzuzufügen wagen: auf Vorschlag der Synode, so liegt dieser unserer Freiheit lediglich der gerechte und verzeihliche Wunsch zum Grunde, daß diese Mitglieder immer Männer seyn mögen, denen das Wohl und Wehe der Kirche wirklich am Herzen liegt. Der wichtigste und der gewissenhaftesten Aufmerksamkeit und Beachtung würdige Gegenstand ist jedoch für uns der Wirkungskreis des zu ernennenden Oberkirchenrathes. Hier liegt die Spitze der hochwichtigen Sache, um die sich's handelt, hier die Entscheidung über das Stehen oder Fallen unserer bisherigen kirchlichen Selbständigkeit. Das heilige Majestätsrecht der Oberaufsicht des Landesfürsten haben die Evangelischen in Ungarn zu allen Zeiten ehrfurchtsvoll anerkannt; nunmehr soll es auf den in Aussicht stehenden Oberkirchenrath übertragen werden. Allein die Rechte, welche der vorliegende Entwurf dem Oberkirchenrath zugewiesen wissen will, und welche die Gränzen des Oberaufsichtsrechts bei weitem überschreiten, müssen gerechte Bedenken und Besorgnisse erregen. Wir können diesen zu ernennenden Oberkirchenrath in solcher Machtvollkommenheit für nichts anders erkennen, als für eines jener landesfürstlichen Konsistorien,

*) Das war in anderen Kreisen gleichmäßig der Fall. D. Red.

die mit ihrem formellen, trocknen, bureaukratischen Wesen, mit ihren lästigen, alle Geschäfte und Angelegenheiten der Kirche verzögernden und komplizirenden Instanzenzügen, mit ihren zahllosen Schreibereien und Akten allenthalben, wo sie sind, hemmend und lähmend auf die freie, frische, freudige Entwicklung des kirchlichen Lebens wirken, und von der ursprünglichen Autonomie der Kirche kaum so viel übrig lassen, um damit das todte Schattenbild von Selbständigkeit auszuschmücken. Schließlich bemerken wir, daß wir in dem vorliegenden Entwurf alle die nähern Bestimmungen vermissen, welche nothwendiger Weise auch das äußere Verhältniß unserer Kirche zu den andern Kirchen festzustellen hätten."

Wien, 25. Okt. Der empfindliche Mangel an Wohnungen in der Residenz hat die Aufmerksamkeit der Regierung auf eine durchgreifende Reform der Bauvorschriften gelenkt, indem man mit richtigem Blicke den Mangel an Wohnungen den Schwierigkeiten zuschreibt, die bei jeder Bauführung gemacht werden und welche die Baulust sehr geschmälert haben. Eine Vermehrung der steuerfreien Jahre, sowie eine Erleichterung in Bezug auf die technischen Vorschriften, nach denen bei jedem Baue vorzugehen ist, scheinen im Antrage zu seyn. (Fr. J.)

Großbritannien.

Aus Malta wird unter dem 18. Oktober geschrieben, daß der Admiral Dundas dort von Ajaccio eingetroffen sey. (Fr.P.)

Frankreich.

Mehrere englische Blätter berichten über massenhafte politische Verhaftungen, die theils in Paris, theils in den französischen Provinzen stattgefunden haben sollen. In Paris sey ein Abbé Constant, Verfasser des verpönten Liedes Caligula, in die Hände der Polizei gefallen und werde wahrscheinlich nach Cayenne wandern.

Paris, 25. Okt. Der Erbgroßherzog von Toskana traf gestern von London hier ein. Er reist inkognito unter dem Namen eines Grafen dell' Alberese.

Paris, 26 Okt. Der heutige „Moniteur" enthält ein kaiserl. Dekret, wodurch die Anlagen von Eisenbahnlinien von Toulouse nach Bayonne, von Tarbes nach Pau, von Agen nach Tarbes, und von Mont de Marsan nach Rabastens von öffentlichem Nutzen erklärt werden. (T.D.d.Köln Z.)

Spanien.

Madrid, 21. Oktober. Es ist eine auffallende Erscheinung, daß die Moderados, welche im Besitze der Macht oder vielmehr der Ministerstellen sind, die größte Unzufriedenheit, ja, mehr noch eine gewisse Beängstigung blicken lassen und es kaum zu verhehlen suchen, daß sie reich angesammelte Elemente einer unvermeidlichen Revolution sehen. So allgemein ist diese Auffassung der jetzigen Situation, daß es schwer, um nicht zu sagen, unmöglich, ist, ein Individuum von irgend einer politischen Ansicht zu finden, das nicht einen gewaltsamen, tief gehenden Umsturz der Verhältnisse erwartet. Ich muß hinzufügen, daß die Königin von ihren Dienern, die aller Politik fern stehen, mit Zittern flehende Warnungsstimmen zu hören bekommt, daß es einflußreiche Männer gibt, die, noch vor einem Monat zum Absolutismus drängend, nun aber stehen bleiben, von ihren eigener Werken erschreckt. Dem Hofe können natürlich alle diese Besorgnisse und Schwankungen der Gemüther, die in der Stadt herrschende Bestürzung nicht entgehen. Was werden aber diese ernsten Warnungszeichen für Folgen haben? Werden sie eine Veränderung der entworfenen Plane oder gar die Beseitigung derselben herbeiführen? Man hat ein Recht, daran zu zweifeln, wenn man sieht, daß die einflußreichsten, die eigentlich maßgebenden Räthe am Hofe durch die scharf heraustretende öffentliche Meinung in ihrem Denken und Streben nicht im geringsten irre gemacht werden. Sie betrachten oder stellen sich, als betrachteten sie den Schrecken der Parteien als das Ergebniß eines augenblicklichen vorübergehenden Eindrucks, den man leicht überdauern könne. Die Regierung des Generals Narvaez hat durch diese düstern Anzeichen allerdings etwas an Dauer, aber gewiß nicht an Festigkeit gewonnen. Die Amnestie wird als die Wirkung dieser allgemeinen politischen Kundgebung betrachtet. Diese Amnestie ist zum Verwundern der politischen Welt von Narvaez ausgegangen; er sagte der Königin, daß man milde mit der Vergangenheit seyn müsse, um desto strenger mit der Zukunft seyn zu können. (K. Z.)

Madrid, 22. Oktober. Nach der halboffiziellen „Hoja autografa" würden von der Regierung 70 Mill. Realen (etwa 7 Mill. Gulden), welche sie von der Bank als Vorschuß erhielte, zum Ankaufe von Getraide in Marseille und Afrika verwendet werden.

Madrid, 24. Oktober. Die „Madrider Ztg." veröffentlicht ein königl. Dekret, kraft dessen die schwebende Schuld auf 640 Mill. Realen festgesetzt ist. — Die Königin nimmt die Demission, welche San Miguel als Generalkommandant der Hellebardiere (er begleitete dies Amt seit Juli 1854) gegeben, durch eine für diesen General sehr schmeichelhafte Ordonnanz an.

* Wir theilen hier einen weitern Artikel des früheren spanischen Ministers Escosura im Auszuge mit: „In dem Rundschreiben des Ministers des Innern, welches das Dekret, wodurch das Gesetz von 1854 über die Gemeindeverfassung wiederhergestellt und selbst ihre administrative Gewalt auf nichts reduzirt wird, begleitet, findet sich eine Stelle, welche vielleicht vielen entgangen, aber darum von nicht geringerer Wichtigkeit ist. Diese Stelle lautet: „Die Personen, die von den Behörden zu Mitgliedern der Gemeinderäthe erwählt werden, müssen wegen ihrer religiösen und monarchischen Grundsätze, ihrer Rechtschaffenheit, ihrer Wichtigkeit als Eigenthümer und ihrer Liebe für die Ordnung bekannt seyn." Außer einer politischen Reaktion macht also die Regierung noch eine moralische von ungeheurer Tragweite, indem sie offiziell die Nation in zwei Theile theilt: Leute von religiösen und monarchischen Grundsätzen, und solche, von denen man annimmt, daß sie nicht solche Grundsätze haben. Jetzt handelt es sich darum, ob das Rundschreiben vom ganzen Ministerrathe, oder nur vom Minister des Innern ausgegangen ist. Im erstern Falle wären Narvaez und Pidal schon überflügelt, und die Partei der Moderados, die am 12. Oktbr. zur Macht gelangte, hätte sie am 13. schon wieder verloren. Das würde nur die Bestätigung der unglaublichen Nachrichten seyn, die wir aus Madrid erhalten. Bei der letzten Ministerkrisis, wo Narvaez sowohl als Viluma sich weigerten, dem Verlangen der Königin, die verkauften Güter der Geistlichkeit zurückzuerstatten, nachzugeben, hatte man am Hofe auch die Idee, den Kardinal-Erzbischof von Toledo zur Präsidentschaft des Ministerrathes zu berufen. Allein kommen wir auf das Rundschreiben zurück, das gewiß ein eigenmächtiges Machwerk des Hrn. Nocedal ist, und fassen wir die praktischen Resultate näher in's Auge. Der Provinzgouverneur macht zuerst eine Liste der rechtschaffenen Eigenthümer, welche wegen ihrer monarchischen Prinzipien bekannt sind; das ist eine rein politische Maßregel. Jetzt sollen aber auch noch diejenigen ausgesucht werden, welche religiöse Prinzipien haben; und wem anders als der Geistlichkeit kann diese Sichtung übertragen werden? Die Geistlichkeit ist dadurch also Herrin der Gemeinde-Verwaltung von ganz Spanien; sie hat die Gemeindeinteressen in der Hand, und der Provinzgouverneur sowohl wie der Bürgermeister hängen in ihren Handlungen ganz von ihr ab. Es ist möglich, daß städtische oder politische Wahlen stattfinden; allein da die Gemeindekommissionen die Wahllisten aufstellen und die Wahlen leiten, so ist klar, welchen Prinzipien die Wähler und Deputirten huldigen müssen. Was wird geschehen, wenn Narvaez sich über die Tragweite des Rundschreibens klar wird? Wird er sich demselben widersetzen? Wir fangen an zu glauben, daß Hr. Nocedal den Marschall Narvaez sehr wohl überleben könnte."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 25. Okt. Das plötzliche Hinscheiden des durch seine Leistungen während des letzten russisch-türkischen Krieges bekannten Kurschid Pascha (Guyon) hat hier großes Aufsehen erregt. Derselbe starb am 22. d. ganz plötzlich, wie man vermuthet, an der Cholera. Lord Redcliffe machte auch bei dieser Gelegenheit seinen Einfluß geltend und ließ ihn mit allen militärischen Ehrenbezeigungen auf den englischen Friedhof begraben, obgleich die fanatischen Türken sehr dagegen waren und sich beim Scheick-ul-Islam verwendet hatten, daß der Pascha nach türkischem Gebrauche auf dem türkischen Friedhof begraben werde. (Fr. J.)

Die Angelegenheit Montenegro's scheint in eine neue Phase einzutreten. Die türkische Regierung und Fürst Danilo haben, wie man versichert, den Entschluß gefaßt, ihre Differenzen einem schiedsrichterlichen Spruche der Großmächte, welche Interesse an dieser Angelegenheit nehmen, anheimzustellen.

Zwei britische Unternehmer beabsichtigen einen elektrischen Telegraphen von Konstantinopel bis nach den Indien anzulegen. (Fr. J.)

Nichtpolitische Zeitung.

Bei dem Schwurgerichtshof in Gleiwitz ist auf den 28. und 29 Oktober der Fall angesetzt, welcher die im März 1848 zu Slupna in Oberschlesien erfolgte Ermordung der verwittweten Fürstin v. Sulkowska betrifft. Der „Berliner Börsen-Zeitung" wird darüber aus Gleiwitz geschrieben: „Es war in der Abendstunde des 3. März 1848, als sich die verwittwete Fürstin v. Sulkowska auf ihrem Schloß Slupna in ihr Schlaf-

zimmer zurückzog, um sich zu entkleiden. Sie stand in der Mitte des Zimmers, von dem durch die Laden noch nicht geschlossenen Fenster halb abgewendet. Ihre Gesellschafterin, welche ihr den Mantel abgenommen und in einen Wandschrank gehängt hatte, öffnete eben auf Befehl der Fürstin eine Thür. Da fiel von außen her ein Schuß durch's Fenster, zwei Kugeln drangen in das rechte Schulterblatt der Fürstin und durchbohrten ihre Brust in der Richtung von unten nach oben. Die tödtlich getroffene Fürstin verschied in der Zeit von einer Stunde. So tief ergreifend und verabscheuungswürdig diese Mordthat schon an sich war, die moralische Schändlichkeit derselben sollte doch noch durch die über die Urheber angestellten Ermittelungen erhöht werden. Der leibliche Sohn der Ermordeten, Maximilian Fürst v. Sulkowski, wurde als Urheber des Verbrechens bezeichnet; er wurde beschuldigt, durch gedungene Meuchelmörder den Tod seiner Mutter herbeigeführt zu haben. Menschliche Richter sollten indessen über den Grad seiner Schuld nicht mehr urtheilen. Die Qualen des schuldbeladenen Gewissens gestatteten ihm, wie er selbst sagte, keine Ruhe, sie trieben ihn in die Reihen der Aufständischen zu Wien, in denen er am 6. Oktbr. 1848 seinen Tod fand. Der mit der unmittelbaren Ausführung des Mordes beauftragte Sattlermeister Karl Obst stand am 20. und 21. Dezbr. 1850 vor dem hiesigen Schwurgericht, wurde des verabredeten Mordes schuldig befunden und deßhalb zum Tode durch das Rad verurtheilt. Aber auch an ihm konnte dieser Akt der menschlichen Gerechtigkeit nicht vollzogen werden. Er starb im April 1851. Sein Leichnam wurde den damals geltenden Vorschriften gemäß auf der Richtstätte verscharrt. Auf den 28. und 29. Okt. soll nun über die Schuld des bald nach der That entflohenen Schachtmeisters Franke, welcher der Theilnahme an dem Mord angeklagt wird, verhandelt werden. Er wurde im November v. Js. nach einem vielbewegten Leben, wie es heißt, als englischer Werbeoffizier in Hamburg festgenommen und seine unter den damaligen Umständen sehr zweifelhafte Identität insbesondere durch die umsichtige Thätigkeit des hiesigen kgl. Polizeikommissärs, Syndikus Koschnetzki, festgestellt."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 28. Oktober. Die schon seit einiger Zeit herrschende flauere Stimmung war auch heute an der Tagesordnung und machte sich dieselbe durch eine größere Geschäftslosigkeit wie bisher geltend.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 77 5/8 P. 77 3/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87 1/4 P. — G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/8 P. 75 5/8 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 66 1/8 P. 65 7/8 G.; à 4pCt. 59 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 8pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/8 P. — — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 85 P. — — G **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 1/8 P. 89 7/8 G.; 4 1/2 pCt. 102 P. — — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 3/4 P. 90 1/4 G.; à 4pCt. 99 P. 98 1/2 G.; 4 1/2 pC. 102 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 1/2 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 1/4 P. 37 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 1/4 P. 23 1/8 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1183 P. 1178 G. Neue Bankaktien — P. — G. Credit-Actien à 5pCt. 166 P 164 G. Darmstädter Bankaktien alte 366 P. 364 G.; junge 326 P. 324 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 507 P. 502 G. Mitteldeutsche Creditbank 101 3/4 P. 101 5/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 105 3/4 P. 106 1/4 G. Frankf. Bankaktien 113 1/4 P. 112 3/4 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 590 P. — G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 530 P. 525 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 238 P. 236 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 138 1/4 P. 137 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 103 P. 102 1/2 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/4 P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/2 P. 80 1/4 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 1/4 P. 78 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 1/2 P. 93 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 1/4 P. 98 3/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/2 P. 112 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 116 1/2 P. — G. à fl. 25 34 1/4 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 P. 38 3/4 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. 99 3/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. — P. 117 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99 5/8 P. 99 3/8 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/4 P. —
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 5/8 P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111 5/8 P. 111 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S 88 7/8 P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 111 3/8 P. 111 1/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 1/8 P. — — G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

** München, 27. Oktbr. (Privat-Korresp.) Ihre kgl. Hoh. die Frau Prinzessin Adalbert, höchstwelche einen Tag nach der Ankunft im Schlosse zu Nymphenburg an einem leichten Unwohlseyn erkrankte, befindet sich auf dem Wege der Besserung und wird hoffentlich in einigen Tagen ausfahren dürfen. Mit Ausnahme J. k. Hoh. waren gestern Abends alle hier anwesende Mitglieder unserer erlauchten Königsfamilie bei einer Familien-Soirée bei Prinz Luitpold versammelt. Im Palais des Prinzen Luitpold erwartet man die baldige Ankunft Sr. kk. Hoh des Erbgroßherzogs von Toskana, bekanntlich ein Bruder d. Frau Prinzessin Luitpold. Die Abreise Sr. Maj. des Königs von Griechenland wird am 4. Novbr. erfolgen, und sich dann auch der Großherzog und die Frau Großherzogin von Hessen nach Darmstadt zurückbegeben. Der erst von der Münzkonferenz in Wien zurückgekehrte k. Obermünzmeister, Hr. Haindl, wird sich am 1. Dezbr. nochmals dahin begeben, um an der Schlußverhandlung der Konferenz Theil zu nehmen.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 302.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 30. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 28. Okt. Se. Maj. der König haben zum Landrichter in Rotthalmünster den 1. Assessor des Landg. Eichstätt, Aloys Häckl, befördert; auf dessen Stelle den 1. Assessor des Landg. Oberviechtach, Gg. Stahl — seiner Versetzungsbitte gemäß — berufen; auf dessen Stelle den Assessor Leonh. Hastl von Cham vorrücken lassen; auf dessen Stelle den Rechtspraktikanten Ant. Salzberger von Weihern, dermal zu Tegernsee, ernannt; zum Kantonsarzt in Otterberg den praktischen Arzt in Rheinzabern, Dr. Max Jos. Kiesser, und zum Kantonsarzt in Waldmohr den prakt. Arzt daselbst, Dr. Daniel Friedr. Ballreich, ernannt. (N.M.Z.)

München, 27. Oktober. Dem Vernehmen nach ist von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich an die hiesige kaiserliche Gesandtschaft neuerdings eine Spende von 20,000 fl. für den Speyerer Dombau hieher gelangt. — Dem Vernehmen nach soll in der ersten Hälfte des nächsten Monats eine Ermäßigung des Diskonto für Wechsel auf 5pCt. bei der hiesigen Hypotheken- und Wechselbank in Aussicht stehen. (A.Abdz.)

Donauwörth. In Folge einer Bekanntmachung des Magistrates ist es nunmehr sicher, daß auch die Stadt Donauwörth ein Bezirksgericht erhalten wird, welches in das von der Kommune an den Staat abgetretene Stadt-Kommandantenhaus verlegt, wogegen in dem Hof- und Gartenraum des k. Landgerichtsgebäudes eine neue Frohnfeste erbaut werden wird.

Preußen. Berlin, 27. Okt. Die Berathungen sachverständiger Kaufleute und praktischer Juristen über den Entwurf des Handelsgesetzbuchs sind heute von dem Justizminister Simons eröffnet worden. (Fr. Postz.)

Erfurt, 25. Okt. Seit einigen Tagen treibt der Irvingianer M. v. Pochhammer sein Wesen wiederum in hiesiger Stadt. Nach seiner Rückkehr aus Magdeburg hielt er am 21. dieses Monats im Sale des Vogel'schen Gartens seinen ersten Vortrag vor einer zahlreichen Zuhörerschaft. Aus demselben waren die eigentlichen Tendenzen der Irvingianischen Lehre nicht bestimmt zu erkennen. Um das in öffentlicher Versammlung nur dunkel Angedeutete seinen etwaigen Anhängern deutlicher zu machen, lud er zu Privataudienzen in seine Wohnung ein. Daß er es auch hier auf die Gründung einer Irvingianer-Gemeinde abgesehen habe, ist wohl mit Sicherheit zu vermuthen, doch verlautet darüber, ob ihm dies bereits gelungen sey, noch Nichts. (Nat. Ztg.)

Aus Oberschlesien, 25. Oktbr. Die Vorträge, welche in diesem Monat zu Neiße im katholischen Verein gehalten worden, boten manches Erwähnenswerthe. Unter andern hielt Kaplan Hertlein einen Vortrag über den Zweikampf. Es wurde sodann eines jüngst in Freiwalden (bei Gräfenberg) zwischen einem preußischen und einem österreichischen Offizier stattgehabten Duells Erwähnung gethan und mitgetheilt, der dortige Pfarrer habe an die in Oesterreich geltenden kirchlichen Bestimmungen sich haltend, die kirchliche Beerdigung des im Zweikampfe gefallenen österreichischen Offiziers verweigert. Gleichwohl sey diese Beerdigung durch einen Militärgeistlichen aus Ollmütz vollzogen worden und zwar, wie man vielfach behaupte, auf unmittelbaren Befehl des Kaisers von Oesterreich. Der in einem so eben zu Neiße erschienenen kirchlichen Blatte gegebene Bericht läßt sich über diese Angelegenheit noch wie folgt vernehmen: „Man müßte jedoch annehmen, daß Kaiser Franz Joseph, der in hochherziger und echtkatholischer Gesinnung erst kürzlich das Konkordat mit Rom abgeschlossen und aus freiem Willen in seinen weiten Landen der Kirche ihr Recht zurückerstattet habe, gewiß die kirchlichen Gesetze über den Zweikampf kenne und es sey schwer zu glauben, daß ein solcher Kaiser willkürlich in die Rechte der Kirche eingreife. Der Kaiser könne auf die an ihn gerichteten Anfragen dem im Zweikampfe Gefallenen wohl ein Begräbniß mit militärischer Beehrung gestatten, aber nicht eine kirchliche Beerdigung befehlen. So viel sey gewiß, daß der hochwürdigste Herr Fürstbischof von Breslau bereits die erforderlichen Schritte gethan habe, um dem verletzten Gesetze der Kirche Genugthuung zu verschaffen." (Nat.-Z.)

Die Gehalte der preußischen Beamten sollen, wie allgemein behauptet wird, hervorgerufen durch die gesteigerten Lebensbedürfnisse, in nächster Zeit eine Erhöhung erfahren. Nach dem, was darüber verlautet, dürfte diese Verbesserung zunächst die Kreisrichter, sodann aber auch sämmtliche Subaltern-Beamten treffen, von denen wiederum die in der Hauptstadt angestellten, namentlich aber die Justizbeamten, als die hülfsbedürftigsten erachtet worden seyen. Dem Vernehmen nach würde eine Erhöhung der Gehalte dahin erfolgen, daß den genannten Beamten das Goldagio zugeschlagen werden soll, also $13\frac{1}{3}$ pZt.

Baden. Karlsruhe, 27. Okt. Man erwartet nach der Rückkehr des Großherzogs aus dem Oberland den Vollzug verschiedener wichtiger Maßregeln, die sich sowohl auf Besetzung von Staatsstellen, als andere innere Angelegenheiten beziehen werden. Zu letztern rechnet man die gänzliche Beseitigung unseres Ausnahmezustandes, indem noch immer die Entwaffnung fortbesteht, solche aber nach den allseitigen Kundgebungen im Lande bei Anlaß der Vermählung Sr. k. H. nicht mehr zu rechtfertigen ist. (Schw. M.)

Oldenburg. Aus Oldenburg wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Nachdem der geh. Rath Hanibal Fischer, bis zum Jahr 1848 oldenburgischer Beamter, seit jenem Jahre aber geistig zerrüttet und bei seinem hohen Alter unfähig sich hiervon zu erholen,*) durch seine bekannten Exzesse seinen hiesigen Verwandten großen Kummer bereitet, soll er sich jetzt auch in einem Schreiben an den Großherzog von Oldenburg ähnlich wie in der Eingabe beim Bundestag gegen den Herzog von Gotha vergangen haben. Da man hier aber ihn bei seinem gegenwärtigen bekannten Gemüthszustand für ganz unzurechnungsfähig hält, so soll hier nicht die Absicht seyn, wegen des Schreibens Schritte gegen ihn zu thun. Dieses bezieht sich, dem Vernehmen nach, auf die Beeinträchtigung, die er durch seine Pensionirung in Oldenburg erfahren haben will. Seine Pensionirung wurde nämlich, als er die Kommission bei der deutschen Flotte übernahm, herabgesetzt und niedriger festgestellt als bis dahin bei uns üblich gewesen war. Hat er aus diesem Grunde berechtigte Forderungen, so wird man dem alten Mann darin, auch ohne daß er zu schmähen brauchte, gerecht werden. (A.Z.)

Freie Städte. Frankfurt, 25. Okt. Unsere Handelskammer hat dem Rechnei- und Rentenamt eine Denkschrift, die Goldwährung betreffend, überreicht, und gestützt auf dieselbe den Antrag auf eine anzustrebende Vereinbarung unter den deutschen Staaten gestellt, kraft welcher die Goldwährung zu einem festen gesetzlichen Werthverhältniß in Vergleichung zu der Silberwährung angenommen, und die danach konventionsmäßig auszuprägenden Goldmünzen, für den ihnen beigelegten äußern Werth, als gesetzliches Zahlungsmittel neben dem Silbergeld erklärt würden. (Frkf. Bl.)

§ **Oesterreich.** Wien, 27. Oktbr. (Privat-Korresp.) Aus Compiegne sind noch keine sichern Nachrichten über die Aufnahme eingetroffen, welche die Entgegnung Oesterreichs auf die von Frankreich in Betreff der Räumung der Donaufürstenthümer gemachten Forderungen gefunden hat. Die von mehreren Seiten aufgestellte Behauptung, daß die diesfälligen Meinungsverschiedenheiten bereits gehoben seyen, muß jedenfalls als

*) Davon hat man seither noch nichts gehört. D. Red.

verfrüht betrachtet werden. — Eine Gesellschaft österreichischer und deutscher Kapitalisten, welche durch eines der ersten hiesigen Großhandlungshäuser vertreten ist, beabsichtiget mit der serbischen Regierung wegen Ueberlassung der dortigen Bergwerke in Unterhandlung zu treten. Wie ich vernehme, würde der Kaufpreis zur Hälfte unmittelbar nach Abschluß des Geschäftes baar bezahlt, die andere Hälfte in jährlichen Raten abgetragen werden. Ein Bevollmächtigter der Gesellschaft befindet sich in Belgrad, um mit der Regierung direkt zu unterhandeln, welche letztere nicht abgeneigt seyn soll, in den Antrag einzugehen.

Wien, 25. Oktbr. Offizielle aus London eingetroffene Nachrichten melden, daß Palmerston, da die aus Anlaß des neapolitanischen Konfliktes geführten Verhandlungen zu keinem Einverständnisse führten, in Paris die Erklärung abgeben ließ, sich in dieser Angelegenheit an die französischen Wünsche nicht binden und vollkommen nach eigenem Gutdünken handeln zu wollen. Erst nach dieser Eröffnung entschloß man sich in Paris zur Veröffentlichung der durch den „Moniteur" bekannt gewordenen Note, welche übrigens in Neapel die gehoffte Wirkung nicht hervorgebracht zu haben scheint. Von Seiten Oesterreichs werden dem westmächtlichen Geschwader, welches in den Gewässern von Neapel zu kreuzen bestimmt ist, keine Schiffe beigegeben werden, und sind die diesfalls erlassenen Anordnungen kontremandirt worden. (K. Z.)

Wien, 26. Oktbr. Nach Aussage kompetenter Stimmen wird es von Tag zu Tag klarer, daß Rußland aus seinem bescheidenen Halbdunkel, in welchem es sich seit dem letzten Kriege verhielt, immer entschiedener an das diplomatische Tageslicht hervorrücke. Nicht bloß, daß es seit einiger Zeit im Vereine mit Frankreich abermals in Angelegenheit der Donaufürstenthümer das alte Intriguenspiel wegen Union und Creirung eines selbständigen, dakorumänischen Reiches*) mit erblichem Fürsten aus einer souveränen europäischen Familie beginnt, so ist es auch gewiß, daß es neuestens seine Hand auch in der neapolitanischen Angelegenheit stark im Spiele hat. Wenigstens wird versichert, daß der russische Gesandte am neapolitanischen Hofe, Herr v. Kakoschkine, solche Weisungen von Petersburg erhalten habe, die vermuthen lassen, daß Rußland im Schilde führe, Oesterreich aus seiner Vermittlerrolle auszustechen und selbst intervenirend einzuschreiten. Wenn gleich es sich nicht als richtig herausstellt, daß Kaiser Alexander selbst in einem autographen Schreiben den König von Neapel zur Nachgiebigkeit aufgefordert habe, so ist doch das gewiß, daß man in russischen diplomatischen Kreisen mit großer Zuversicht von eventuellen Konzessionen Neapels spricht, wenn selbes von Rußland hiezu aufgefordert würde. In der That ist es gar nicht zu leugnen, daß die Influenz Rußlands am Hofe von Neapel so groß ist, daß König Ferdinand gewiß sich zu Manchem verstehen würde, wenn Herr v. Kakoschkine hierzu rathen würde. Ob nun Rußland nicht wirklich derartig vorgehen werde, um einestheils sich Frankreich, welches letztere es sichtbar mehr und mehr in seine Netze zu bringen trachtet, mehr verbindlich zu machen, und andererseits der Welt zu zeigen, wie ungeschwächt sein Einfluß auf den Gang europäischer Angelegenheiten sey, wäre gar nicht stark zu bezweifeln. Jedenfalls hätte das Petersburger Kabinet nicht schlecht damit spekulirt, indem das Tuilerien-Kabinet, welches mit der allergeringsten Konzession von Seite des Königs von Neapel zufrieden wäre, sich mit guter Manier aus der Affaire zu ziehen, ihm gewiß Dank wissen würde. Aus Allem dem ist deutlich zu entnehmen, daß die Annäherung Frankreichs und Rußlands bedeutende Fortschritte gemacht habe, die andererseits sichtbar zur Folge hatten, daß England sich bestrebt, das in den letzten Jahren von ihm so vielfach angefeindete Oesterreich hervorzusuchen, wie dies in der That durch mehrere einzelne diplomatische Vorgänge der jüngsten Zeit sich darstellt.**) (Dtschl.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 26. Oktbr. Zur Neuenburger Frage bringt der Bund heute folgende Berichtigung: „Nicht von einer gleichzeitigen Mittheilung der Unterhandlungsbedingungen an Frankreich und England (von Seite der Schweiz und Preußens), sondern umgekehrt, von einer solchen Mittheilung jener beiden Mächte an Preußen und die Schweiz war in den Eröffnungen der englischen Regierung die Rede." (Fr.Ptz.)

Großbritannien.

London, 25. Oktbr. Die „Verwarnung", welche der „Moniteur" neulich dem britischen Publikum in Betreff der Exzesse verschiedener Organe der englischen Presse zu ertheilen für gut fand, dürfte ihren anscheinenden Zweck verfehlen. Kein Blatt wird in diesem Augenblick geneigt seyn, aus Respekt für den Kaiser seine Pariser Korrespondenzen zu zensiren. Wir finden denn auch, daß jedes Londoner Blatt das „Avertissement" an den Spiegel steckt, und daß einige den hingeworfenen Handschuh kampfbereit aufnehmen. „Daily News" vertheidigt die Sache der Preßfreiheit in sehr anständigem aber festem Tone; wunderlich nur scheint die wohlwollende Voraussetzung, daß Jemand aus der kaiserlichen Umgebung die Abwesenheit des Herrn im Hause benutzt hat, um auf eigene Faust einen kleinen imperialistischen Donnerkeil herüberzuschleudern. Der „Advertiser" scheint der Gefahr, welche die Allianz bedrohen soll, von Herzen froh zu seyn, und beantwortet die Strafpredigt mit neuen Enthüllungen über Cayenne, Belle-Isle und Lambessa, mit denen er bis jetzt zurückgehalten hatte. Der „Globe" ist überzeugt, daß Napoleon III. den englischen Nationalcharakter zu wohl ergründet hat, um den Uebertreibungen einzelner Blätter irgend eine Wichtigkeit beizulegen oder die englische Presse auf Eine Linie mit der belgischen stellen zu wollen. Der Moniteurartikel sey ein Mißgriff, den sich der „Globe" damit erklärt, daß ja der Kaiser seine Augen nicht überall haben könne.

Die telegraphische Verbindung zwischen St. Johns in Neufundland und Baddeck (Cap Breton) ist bereits im Gange und binnen kurzem wird auch die Linie von letzterem Orte nach New-York (über Picton, Neu-Braunschweig, Portland und Boston) vollendet seyn, so daß vielleicht jetzt schon von St. Johns nach den Vereinigten Staaten telegraphirt wird. Der 85 Meilen lange unterseeische Draht verrichtet seinen Dienst sehr regelmäßig.

Frankreich.

Aus Paris, 26. Oktober, wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Leichtigkeit der zwei letzten Liquidationen, insbesondere die am 15. d., durch verschiedene Abfindungen rein erkünstelt und auch die Wohlfeilheit des Report nur ein Schein war. Ich habe Privatnachrichten von den Börsen zu Bordeaux und Lyon, wornach das obige Manöver ohne Einfluß auf die Provinz geblieben ist. In Bordeaux war der Report für die 3proz. noch immer 35 bis 40 C., mithin 70 — 80 C. auf vier Wochen. Wenigstens derselbe Preis wird sich hier bei der nächsten Liquidation herausstellen."

* Paris, 25. Oktober. Letzten Montag wurde eine bedeutende Strecke der Viktor-Emanuel-Eisenbahn in Sardinien, die Frankreich mit Piemont und Italien verbindet, ohne weitere offizielle Feierlichkeit dem Verkehr übergeben. Schon jetzt war Paris von Chambery nur noch 20 — 22 Stunden entfernt; seit Montag sind zwischen Chambery und St. Jean de Maurienne nur 3 Stunden — der Dampf führt bis an den Uebergang der Alpen. — Der Weg von Lyon nach Chambery muß allerdings noch per Straße zurückgelegt werden, aber in 18 Monaten wird die eröffnete Bahnstrecke mit der Genfer Linie in Verbindung seyn. Die Viktor-Emanuel-Bahn wird von Aix bis Culoz an der Genfer Bahn fortgeführt werden, von wo aus eine Zweigbahn nach Macon gehen wird; so daß man von Paris nach St. Jean de Maurienne ganz per Eisenbahn gelangen wird. Von St. Jean de Maurienne wird die Bahn gegen den Mont Cenis bis Modane — dem vorläufigen Endpunkte der Dampfanwendung, verlängert werden. Von da bis Suzza, auf der andern Seite der Alpen, würde man sich bis auf Weiteres mit einem Tramway, d. i. damit begnügen, die 45 Kilometres lange Chaussee mit Schienen zu belegen. Man beschäftigt sich in diesem Augenblicke mit einem Tunnel durch die Alpen. Ein französischer Ingenieur, Hr. Debaitre, ist mit den desfallsigen Vorstudien beauftragt, während der Engländer Bartlett mit einer mächtigen Maschine zur Durchbohrung der Berge Versuche anstellt. Uebrigens sind die Korrespondenzen für die Passage des Mont Cenis seitens der Viktor-Emanuel-Bahn bereits organisirt und die direkte Verbindung mit Suzza, Turin, Novara, Mailand und Venedig ist hergestellt.

* Die Bank von Frankreich beharrt auf ihrem Systeme, durch eine Reihe von strengen Maßnahmen den Eingang der von ihr gemachten Vorschüsse zu bewerkstelligen. Niemand, der gegen Rente oder Eisenbahnaktien einen Vorschuß erhalten hat, derselbe mag auch noch so gering seyn, kann einen neuen beanspruchen. Diejenigen, deren Anlehen zur Verfallzeit gelangen,

---

*) Von anderer Seite wird behauptet, Frankreich sey jetzt von dem Gedanken, die Donaufürstenthümer unter Einen Fürsten zu vereinigen, zurückgekommen. D. Red.

**) Wir erinnern in diesem Betreff daran, daß die engl. Regierung wie die engl. Presse mit dem längern Verbleiben der Oesterreicher in den Donaufürstenthümern ganz einverstanden sind, während Frankreich auf die Räumung der Fürstenthümer dringt und die von Rußland bei der bessarabischen Gränzregulirung erhobenen Schwierigkeiten für geringfügig erklärt. Ebenso hat England sich sehr bald der Ansicht Oesterreichs angeschlossen, daß eine Vereinigung der Donaufürstenthümer unter Einen Fürsten nicht räthlich sey.

werden angewiesen, Geld in die Bank zu bringen. Sie sind somit gezwungen, ihre Werthe zu veräußern, wodurch wieder sehr viele Effekten auf den Markt kommen. Es ist aber um so bemerkenswerther, daß sich die Baarkäufe nichts desto weniger mehren, und daß die kleinen Kapitalien dem Markte zufließen, während die Spekulation beharrlich à la baisse bleibt. Am meisten mitgenommen ist der Credit Mobilier, dessen Aktien in der letztverflossenen Woche um 150 Fr. wichen. Diese Baisse erklärt sich nur aus dem Umstande, daß Credit Mobilier während der letzten Monate in die Höhe gegangen war zur Zeit selbst, als die Rente und die andern Werthe fielen. Es haben sich viele à terme Spekulanten durch die eingetretene Geldkrise außer Stand gesehen, ihre Operationen fortzusetzen; nur diese unfreiwilligen Verkäufe waren es, welche die Aktien der Credit Mobilier Gesellschaft in dem Maße herabgedrückt haben. Wenn die vorhandene Geldkrise nicht durch eine politische Complikation bedenklicher gemacht wird, hofft man bald besseren Zeiten entgegenzugehen. Vorsichtige Spekulanten und Geschäftsleute sind auf alle Fälle gefaßt.

* Ein Detachement russischer Truppen unter Anführung eines Offiziers ist in Oran angekommen, um dem 2. Fremdenregimente zugetheilt zu werden. Man sieht, Frankreich ist äußerst gefällig gegen Rußland.

Spanien.

Madrid, 22. Oktober. Das Ministerium befindet sich in großer Verlegenheit. Es ist noch immer die Veräußerung der geistlichen Güter, durch welche die gegenwärtigen Schwierigkeiten hervorgerufen werden. Es ist nämlich durch die Wiederherstellung des Konkordates von 1851 in der Weise, wie es geschehen, dem Klerus nicht sonderlich gedient. Die Maßregel kam zu spät, um von durchgreifender Wirkung zu seyn; denn der Verkauf der meisten geistlichen Güter ist abgemacht und von der Direktion der Staatsgüter bestätigt. Der Klerus strebt also dahin, alle seit dem Mai 1855 stattgefundenen Verkäufe rückgängig zu machen, und es ist seinem Einflusse gelungen, zu erreichen, daß die Königin mit aller Entschiedenheit auf diese Genugthuung für den Klerus dringt. Narvaez und seine Kollegen sträuben sich wegen der unabsehbaren Verwicklungen, welche, wie sie sagen, dieser Schritt nach sich ziehen würde; allein die Königin zeigt sich entschlossen, ihren Willen durchzusetzen und willfährigere Männer zu suchen, wenn die jetzigen Räthe der Krone nicht geneigt seyn sollten. Das Ministerium, um einen Ausweg aus diesem Engpaß zu finden, hat sich an die Contentiosa administrativa (eine Art Handelsgericht) gewandt und von dieser eine Entscheidung in der Frage, die eigentlich keine ist und keine seyn kann, verlangt; allein dieses Gericht erklärte die Sache gänzlich außerhalb seiner Attributionen und weigerte sich, seine Stimme nach der einen oder der anderen Seite hin abzugeben. So stehen die Dinge für den Augenblick. Im Palast erwartet man eine bestimmte Erklärung des Ministerium. — Es ist ausgemacht, daß dem General O'Donnell die außerordentliche Sendung nach Petersburg angeboten wurde und daß er sie ebenso, wie es Narvaez früher gethan, sehr höflich abgelehnt hat. (Köln. Z.)

† Madrid, 23. Oktbr. Die amtliche „Gazeta" meldet heute, daß alle spanischen, diplomatischen und Konsular-Agenten angewiesen wurden, allen politischen Flüchtlingen, auf Verlangen, Pässe zur Rückkehr auszustellen. Die der carlist'schen Partei angehörigen Individuen haben (den bestehenden Gesetzen entsprechend) bei Empfangnahme der Pässe der Königin und der Konstitution Treue und Gehorsam zu schwören. — „Hojas autografas" widersprechen der Nachricht, daß die Regierung 70 Millionen Realen zum Getraide-Ankauf in Marseille und Afrika bestimmt habe. Die Regierung hoffe die Theuerung der Lebensmittel durch weniger kostspielige Mittel beseitigen zu können.

Italien.

Aus Neapel, 16. Oktober, schreibt die „Times" u. A.: „Die kürzlich in Freiheit gesetzten politischen Gefangenen sind auf den Aufenthalt in ihrer Provinz beschränkt worden. Antonietta Pace wurde, vielleicht weil sie keine Bürgschaft leisten konnte, nicht freigegeben. Avitabile hat Erlaubniß erhalten, in Neapel zu bleiben. Letzten Montag wurde von dem Generalstaatsanwalt ein Prozeß eingeleitet gegen zwei Personen, welche verhaftet worden, weil sie die Entscheidung der Richter im letzten politischen Prozeß laut gebilligt hatten. Die Richter entschieden jedoch die Frage, ob genügender Grund zum Einschreiten vorhanden sey, verneinend, worauf die Gefangenen nach mehrtägiger Einsperrung wieder in Freiheit gesetzt wurden. In Bezug auf die Behauptung eines Theils der französischen Presse, es seyen im ganzen vielleicht nur noch hundert politische Verbrecher in den Gefängnissen, führe ich folgende Angaben des Kapitäns Acuti an. Als er Kommandant der Bagni von Procida war, befanden sich 1450 Gefangene daselbst, von denen 600 der Kategorie der politischen Verbrecher angehörten. Kapitän Acuti war vor etwa einem Jahr Befehlshaber der Bagni und wenn man annimmt, daß seitdem die Hälfte davon, was gewiß nicht der Fall ist, in Freiheit gesetzt wurde, so haben wir für ein einziges Gefängniß noch immer 300, ungerechnet diejenigen, welche man in den Provinzen aus Gründen und unter Umständen verhaftet hat, die in England als unglaublich erscheinen würden. Daß man einige freigegeben, kann nicht geläugnet werden, allein die Mehrheit waren solche, die durch einfache Polizeiverordnung willkürlich, und ohne Verhör und Urtheilsspruch, ihrer Freiheit verlustig wurden. Auch der arme Amodio, früher, glaub' ich, Abgeordneter für Potenza, ist in Freiheit gesetzt; er ist im Gefängniß wahnsinnig geworden. Ferner hat auch der Tod die Anzahl dieser Unglücklichen vermindert: so ist Zeuli, der in den dumpfen Keuchen von Montesarchio in Fesseln lag, an der Schwindsucht gestorben. Lanza und Mambrini haben unter den drückendsten Bedingungen die Erlaubniß zur Rückkehr erhalten."

Die Lukmanier-Gesellschaft in Turin zieht sich zurück. „Zu unserm Erstaunen, so meldet die „Democrazia" von Bellinzona, vernehmen wir, daß der Staatsrath den 24. Oktbr. vom Komite des Turiner Credit Mobilier ein Schreiben erhielt, in welchem angezeigt wird, der dortige Verwaltungsrath finde die Veränderung und Zusätze, mit welchen die schweizerische Bundesversammlung die Konzession belastet habe, unannehmbar und erachte sich daher nicht mehr verbunden, die in der Konzession übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Mit dieser Mittheilung will jedoch das Komite nicht jegliche Hoffnung aufgeben, daß fernere Unterhandlungen zu einer Verwirklichung tessinischer Bahnen führen können."

Türkei und Donaufürstenthümer.

§ Wien, 27. Oktober. (Privat-Korresp.) Wie ich vernehme, hat Herr v. Thouvenel Anlaß genommen, sich dem Großvezier Aali Pascha gegenüber mißliebig über die Verzögerung der Ausführung der einzelnen Bestimmungen der Großherrlichen Reformverordnung zu äußern, und suchte auf diese Weise eine Ministerkrisis einzuleiten. Der Großvezier berief sich jedoch auf die Gesandten Oesterreichs und Frankreichs, sowie auch auf das Zeugniß des Präsidenten der Tansimats-Kommission, welcher nicht umhin konnte, zu erklären, daß von Seite des Großvezierś nichts versäumt worden sey, um die Bestimmungen der Reformverordnung durchzuführen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Amsterdam, 27. Okt. Waizen sowohl als Roggen flau im Preise mit wenig Geschäft: Gerste und Hafer ohne Geschäft; Rapps per Okt. 86¼, pr. Novbr. fehlt; Rüböl pr. Herbst 50¾. Das Wetter ist schön. (T.D.d.H.N.)

Berlin, 20. Oktbr. Rohzucker zu gedrückten Preisen, raffinirter Zucker flau und nur in kleinen Posten verkäuflich. Wir notiren: Rohzucker 12¼ a 13¼ Thlr., Farine 13½ a 16½ Thlr., Raffinade 18½ a 20 Thlr., gemahlenen 17½ Thlr., Melis 17½ a 18 Thlr., gemahl. Melis 17 a 17½ Thlr.

Stettin, 24. Oktbr. Der außer Verhältniß niedrige Werthstand des Artikels hat die Frage dafür bedeutend vermehrt und einen wesentlich vergrößerten Abzug zur Folge gehabt. Da die Berichte vom Auslande anhaltend günstiger lauten, auch die Stimmung in Magdeburg eine merklich festere ist, so müssen wir die Lage desselben als eine entschieden bessere, wie vor acht Tagen, bezeichnen.

Halle, 19. Oktbr. Rohzucker und raffinirte Waare noch immer still und lautlos.

Köln, 18 Oktbr. Raffinirte indische Zucker neuerdings im Preise gedrückt, Umsätze sehr unbedeutend. Notirungen: Raffinaden 19⅔ Thlr., Melis, Prima-Qualität 19½ Thlr., feine Sekunda 19¼ Thlr., ord. Waare 18¾ Thlr.

Leipzig, 18. Oktbr. Melisse fanden anhaltend guten Abzug, Raffinaden ruhig, Rohzucker bleibt a 13 Thlr. offerirt.

Danzig, 23. Oktbr. Getraide. Die Stimmung unseres Marktes ist für alle Artikel eine flaue, während die Zufuhr noch keineswegs bedeutend genannt werden kann. Von Waizen sind seit Montag 215 Lasten verkauft, doch sind die bezahlten Preise in neuerdings gedrücktem Verhältniß. Man zahlte für 121pfd. 504 fl., 122—123pfd. bunt 595 a 600 fl., 124pfd. hellbunt 620, 630 a 640 fl., 125pfd. besseren 600 fl., hochbunt 690 fl., 127—128pfd hellbunt 700 fl. und 131pfd. fein hochbunt gesund 775 fl. Roggen waren 40 Lasten verkauft worden, 130pfd. 60 Sgr., 123pfd. 63 Sgr., 126, 126—127pfd. 65 a 66 Sgr. pr. Schfl. Gerste 105pfd. 52 Sgr.,

110pfd. 55 Sgr. Erbsen weiße 60 a 66 Sgr. nach Qualität. Hafer 68pfd. 156 Sgr.

Spiritus auf 26 1/4 Thlr. verkauft.

Breslau, 24. Oktbr. Getraidemarkt sehr flau für alle Körnerarten bei reichlichen Zufuhren; Preise etwas niedriger, besonders stark war Gerste offerirt. Oelsaaten geringes Angebot, Begehr gut. Kleesaaten nur mäßig zugeführt, für feine Qualitäten gute Frage. Spiritus matter. Loko 13 1/2 Thlr., Oktbr. 13 1/2 Thlr., Okt.—Nov. 11 3/4 Thlr., alles Brief. Wir notiren: Waizen weißen 108, 104, 100 a 96 Sgr., gelben 103, 100, 98 a 95 Sgr., Brenner- und blauspitzigen Waizen 65, 70, 80 a 96 Sgr. Roggen 63, 60, 58 a 54 Sgr. Gerste 55, 52, 50 a 48 Sgr. Hafer 31. 30, 28 a 27 Sgr. Erbsen 66, 64. 62 a 60 Sgr. Mais 52, 54, 56 a 58 Sgr. Raps 142, 138, 136 a 130 Sgr. Winterrübsen 136, 130, 128 a 125 Sgr. Sommerrübsen 120, 115, 112 a 110 Sgr.

Frankfurt, 29. Oktober. Die Börse verkehrte heute in fester Haltung und zeigte sich besonders viel Kauflust für Pereire und österreich. Krediiaktien, während 4 1/2 pCt. Metall. und Elisabethbahnaktien zu weichenden Kursen verhandelt wurden.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78 P. 77 1/2 G. 5pCt Lombard-Ven. 87 3/4 P. 87 1/4 G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/8 P. 75 5/8 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 65 3/4 P. 65 1/2 G.; à 4pCt. 59 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/8 P. —— G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 84 3/4 P. —— G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 1/8 P. 89 7/8 G.; 4 1/2 pCt. 102 P. —— G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 3/4 P. 90 1/4 G.; à 4pCt. 99 P. 98 1/2 G.; 4 1/2 pC. 102 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 1/2 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 89 3/4 P. 89 1/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 1/4 P. 37 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 5/16 P. 23 3/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1182 P. 1177 G. Neue Bankaktien 300 P. 295 G. Credit-Actien à 5pCt. 168 1/2 P. 166 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 368 P. 366 G.; junge 329 P. 327 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 508 P. 503 G. Mitteldeutsche Creditbank 102 1/2 P. 102 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 105 1/4 P. 105 3/4 G. Frankf. Bankaktien 113 P. 112 1/2 G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 496 P. 490 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 557 P. 552 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 238 1/2 P. 236 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 138 7/8 P. 138 3/8 G. Neustadt-Weissenb. 103 P. 102 1/2 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 3/8 P. 101 1/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 P. — G. Florenz-Livorno k. B. A. à 4pCt. 75 1/4 P. 78 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 1/2 P. 93 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 1/8 P. 98 5/8 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/2 P. 112 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 116 1/4 P. 115 3/4 G. à fl. 25 34 1/4 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 P. 38 1/2 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S 100 P. 99 3/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. — P. 117 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119 3/4 G.	Mail. i. 5. Lr. 250 k. S. 99 5/8 P 99 3/8 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. —— G.	Paris Frs. 200 k. S 93 1/4 P. — G
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. —— G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S 96 5/8 P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111 1/2 P. 111 1/4 G
Hamb. MB. 100 k. S 88 7/8 P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 4% 111 3/8 P. 111 1/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 1/2 P. —— G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. Oktbr. Der hiesige Frauenverein für China, an dessen Spitze die Königin als Protektorin steht, hat unlängst einen Bericht ausgegeben. Der Verein hat sich zur Aufgabe gestellt, kleine von chinesischen Müttern ausgesetzte Mädchen aufzunehmen und christlich zu erziehen; diese Findelkinder werden im geeigneten Falle zu Diaconissen ausgebildet, um späterhin durch sie einen christlichen Einfluß auf das weibliche Geschlecht in China zu gewinnen. Ein anderer Frauenverein, der seit acht Jahren in Berlin besteht, läßt sein Augenmerk nicht in solche Weite schweifen, da er das Gute in nächster Nähe werkthätig auszuüben im Stande ist. Es ist dies der Berliner Frauenverein zur Abhülfe der Noth unter den kleinen Fabrikanten und Handwerkern, der es sich zur Aufgabe macht, durch Geldvorschüsse bis zu 50 Thlrn. augenblicklich dringende Bedürfnisse der ärmeren Handwerker abzuwenden und vortheilhafte Unternehmungen derselben zu unterstützen. Diese Vorschüsse müssen in wöchentlichen Abzahlungen von einem Silbergr. für den Thlr. zurückentrichtet werden. Der Verein, der mit einem geringen Betriebskapital anfing, hat durch dasselbe einen Umsatz von 100,391 Thlrn. bewirkt, womit 3718 Handwerker erfolgreich unterstützt wurden; die auf diesen großen Umsatz erlittenen Verluste an nicht geleisteten Rückzahlungen belaufen sich in acht Jahren nur auf 1200 Rthlr. Dies günstige Resultat ist besonders der gewissenhaften Thätigkeit der zu dem Verein gehörenden Frauen zu verdanken, welche keine Mühe scheuen, in den Wohnungen der Hülfesuchenden sich über den Fleiß derselben genau zu unterrichten; eben so sorgfältig wird dann die Sicherheit der Bürgen geprüft, die für die Rückzahlung einstehen. Vorsitzende des Vereins, dem die angesehensten Damen aus den bürgerlichen Kreisen angehören, ist Frau Geh. Kommerzienräthin Mendelssohn. — Die einem hiesigen Korrespondenten vor einiger Zeit angedrohte Ausweisung ist, wie ich höre, vorgestern von der Polizei ausgeführt worden. (H. N.)

Wien, 28. Oktober. Hier angelangten Nachrichten aus Konstantinopel zufolge hat der Sultan die von den Ministern eingereichten Entlassungsgesuche nicht angenommen. (T. D. d. A. Z.)

Wien, 28. Oktbr. Die „Oesterr. Corr." beharrt, ungeachtet des Widerspruchs des Pays, der Patrie und des Constitutionnel in Betreff der Räumung der Fürstenthümer, auf ihrem Sonntags gegebenen Dementi. (T. D. d. A. Z.)

Von Bedeutung sind die Reformen, welche jetzt in der russischen Armee vorgenommen werden, durch welche diese eine neue Gestaltung erhält. Die 36 Jägerregimenter der aktiven Armee, welche solche nur dem Namen nach waren, sind in gute Infanterie-Regimenter umgewandelt und anderweitig die Scharfschützen vermehrt worden. Das aufgelöste Dragonerkorps wird regimenterweise den leichten Kavalleriedivisionen der aktiven Armee einverleibt, und die Kavallerie derselben von 24 auf 30 Regimenter erhöht. Die Reserven des Garde- und Grenadierkorps sind noch nicht entlassen, und es sind diese beiden Elitekorps noch nie so vollständig und vorzüglich in der Organisation dagewesen als eben jetzt. (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 303. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 31. Oktober 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Die vielbesprochene Entschließung des kgl. Oberkonsistorium in München bezüglich der „Ordnung des Beichtstuhles“ lautet nach einer Mittheilung des „Nürnb. Kurier“: In Anerkennung der hohen Bedeutung des Beichtstuhles für die evangelisch-lutherische Kirche und in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer kirchengemäßeren Ordnung des Beichtwesens werden von der unterfertigten Stelle vorläufig folgende Anordnungen getroffen und der Geistlichkeit zur wohlbemessenen Wahrnehmung kundgegeben: 1) Die in manchen Orten, namentlich in Landgemeinden noch bestehende und gepflegte Einrichtung der Privatbeichte ist sorgfältig aufrecht zu halten und zu fördern. So lange sie noch besteht, muß wenigstens die persönliche Anmeldung zur Beichte als eine Förderung der kirchlichen Ordnung bezeichnet werden und ist, wo sie sich verloren hat, durch öffentlichen Unterricht und seelsorgliche Unterweisung im Zusammenwirken mit den Kirchenvorständen allmählig wieder in Geltung zu bringen; 2) an den zur Anmeldung bestimmten Tagen hat der Geistliche die Konfitenten an einem schicklichen Orte — besser in der Sakristei, als im Pfarrhause — wo er allein zugegen ist, zu empfangen, die Aufschreibung vorzunehmen und den Seelenzustand der Einzelnen, so weit er es für nöthig erachtet, zu erforschen und zu berathen; 3) um den beichtväterlichen Verkehr mit den Beichtkindern zu ermöglichen, müssen die Beichten von der Kommunion, welche letztere, ihrer ganzen Bedeutung nach in den Hauptgottesdienst gehört, getrennt und auf den Sonnabend verlegt; die Beichttage aber nach Verhältniß der Seelenzahl einer Gemeinde insoweit vermehrt werden, daß die Konfitenten in kleineren Gruppen erscheinen können und für die Berathung der Einzelnen Raum gewonnen werde. Eine der fruchtbarsten Aufgaben für die gemeinsame Thätigkeit der Pfarrer und Kirchenvorstände bleibt es durch Beseitigung der vielen, gerade in dieser Beziehung vorliegenden Mißstände die sachgemäße Ordnung anzubahnen und allmählig herzustellen; 4) die Absolution der Einzelnen unter Handauflegung ist, wo sie noch besteht oder erst in jüngster Zeit verdrängt worden seyn sollte, beizubehalten oder wieder aufzunehmen und wird in dieser Hinsicht überhaupt auf das verwiesen, was hierüber in der Beilage zu der Oberkonsistorial-Entschließung vom 1. Juni d Js., die Ordnung und Form des Hauptgottesdienstes nebst dem damit verbundenen Agendenkern betr., bemerkt worden ist; 5) öffentliche und unbußfertige Sünder, die seelsorgerlicher und beichtväterlicher Vernehmung ungeachtet ihre Sünden nicht bereuen, noch sich bessern wollen, könnten die Absolution und das Sakrament des Altars sich nur zum Gericht empfangen und sind deßhalb, in so lange sie in ihrer Unbußfertigkeit verharren, von der Absolution und Kommunion in aller christlichen Milde und Liebe abzumahnen und zurückzuweisen; 6) diese beichtväterliche Abmahnung und Zurückweisung bleibt, wenn sie von den Betheiligten anerkannt und hingenommen wird, Sache des Beichtgeheimnisses. In allen Fällen aber, wo der Betheiligte die Zurückweisung für unbegründet erachtet oder wo diese den Charakter der Oeffentlichkeit annimmt oder die Bedeutung der förmlichen Ausschließung erhält, ist es Pflicht des Pfarrers, das Sachverhältniß dem Konsistorium durch das Dekanat vorzutragen und lediglich nach dessen Entscheidung weiter zu verfahren. Den Dekanen liegt es hierbei ob, das Sachverhältniß gewissenhaft zu beleuchten, zu dem Ende nöthigenfalls mit dem Betheiligten selbst in persönlichen Verkehr zu treten und sodann die Verhandlungen dem Konsistorium zur Entscheidung vorzulegen. — Bei dem Erlasse vorstehender Normen kann das unterfertigte Oberkonsistorium nicht umhin, die gesammte Geistlichkeit eben so dringend als väterlich zu ermahnen, daß sie einestheils den Ernst und die hohe Bedeutung des Beichtstuhles erkennen, anderntheils aber auch stets eingedenk bleiben möge, wie die aus Gottes Wort geschöpfte, bekenntnißtreue Unterweisung der Gemeinden jedem weiteren Vorgehen immer erst Bahn brechen, wie allerwärts das rechte Verständniß über Beichte und Absolution, über die Bedeutung und Kraft derselben zur Tröstung und Heiligung erst geweckt werden müsse, damit die Gewissen begierig werden, sie zu suchen, und daß jede kirchliche Disziplin nur dann, wenn sie sich als Ausfluß der Liebe und der Sorge um das Seelenheil der Sünder erweist und als solche wenigstens von dem besseren Theil der Gemeinden auch erkannt wird, von heilsamen Folgen begleitet seyn könne. — Da vorstehende Normen in ihrem vollen Umfange nicht sofort in Vollzug gesetzt werden können, sondern theilweise nur als die anzustrebenden Zielpunkte bei der Ordnung des Beichtwesens zu betrachten sind, so erwächst daraus für die Dekane die besondere Verpflichtung ihre Kapitularen, namentlich die funktionirenden Kandidaten, in diesem Stücke sorgfältig zu berathen und zu überwachen und ein vorzügliches Augenmerk darauf zu richten, daß die Geistlichen hierbei mit rechtem Sinne, unter wohlbemessener Berücksichtigung der inzwischen liegenden Verhältnisse zu Werke gehen, und daß sie immer eingedenk bleiben, daß das normale Verhältniß fraglichen Betreffs nicht mit Einem Schlage gemacht oder von außen her anbefohlen oder erzwungen, sondern nur auf dem Wege allmähliger Verständigung und freiwilligen Uebereinkommens wieder hergestellt werden könne.

München, 28. Oktober. Die projektirte Richtung der Eisenbahn von hier bis Freising hat dem Vernehmen nach nun ebenfalls die allerhöchste Genehmigung erhalten, so daß jetzt alle Linien der Ostbahnen festgestellt sind und nur noch der Ort des Anschlusses an die böhmische Bahn zu bestimmen ist, was ebenfalls alsbald geschehen dürfte, nachdem die betreffenden kaiserl. österreichischen Kommissäre bereits ernannt sind und sofort in Pilsen mit dem Direktor der Ostbahnen, Herrn v. Denis, zusammentreten werden. Von hier aus wird die Ostbahn in derselben Richtung, wie die Staatsbahn, München verlassen und sich rechts gegen Neuhausen (bei Nymphenburg) rc. wenden. (N. C.)

Preußen. Berlin, 28. Oktbr. Im Frühjahr d. J. machte hier die Verhaftung einer Anzahl junger Leute Aufsehen, weil derselben ein politischer Grund beigemessen ward. Nachdem jetzt die Angelegenheit vollkommen erledigt ist, findet sich eine hiesige Gerichtszeitung in der Lage, folgende Andeutungen über dieselbe zu geben: An hoher Stelle ging eine anonyme Zuschrift ein, ungefähr des Inhalts: Deutschland werde ein Einheitsstaat, der König von Sachsen aber deutscher Kaiser werden; Preußen, dazu bestimmt, in Deutschland aufzugeben, werde sich auf die Mark Brandenburg reduziren; da dies Alles unumstößlich beschlossen sey und zur Ausführung kommen werde, so möge man an der gedachten hohen Stelle nicht noch erst den Versuch machen, sich der Ausführung zu widersetzen. Die mysteriöse Haltung des Schriftstücks und der Weg, den es nach jener Adresse genommen, veranlaßten eine Nachforschung nach dem Ursprunge. Diese wurde dem k. Polizeipräsidium übertragen, welches dern auch bald ermittelte, daß das Skriptum von einigen jungen Leuten ausgegangen war, die, unter dem Vorsitz eines Postbeamten, eine Art von Gemeinschaft religiös-politischen Charakters bildeten. Bei ihrer Verhaftung, die nothwendig erschien, nahm man biblische Inschriften und eine Fahne mit dem Motto: „Polen muß auferstehen!“ in Beschlag. Aus der vorläufig eingeleiteten Untersuchung ergab sich alsbald, daß man es lediglich mit bizarren Geisterklopfern und Psychographisten zu thun habe, wie denn nach ihrer eigenen Angabe der Inhalt

des mehrerwähnten Schriftstücks ein Diktat des Psychographen war, der, wie sie versicherten, niemals trüge. Nachdem noch ein Physikatsgutachten über die Seelenrichtung der Betheiligten sich ausgesprochen, wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt, und die Akten sind, weil zur Einleitung eines Strafverfahrens kein Grund vorhanden, kürzlich durch gerichtlichen Beschluß reponirt worden.

Auf Anordnung des Unterrichtsministers v. Raumer ist mit der vorige Woche stattgehabten Eröffnung des Gymnasium in Cottbus die wendische Sprache in die Reihe der Unterrichtsgegenstände aufgenommen worden. (K. Z.)

Breslau, 28. Oktober. Die feierliche Eröffnung der Breslau-Posener Eisenbahn fand gestern unter Theilnahme des Ministers v. d. Heydt statt.

Schleswig-Holstein. Kiel, 26. Oktober. Heute Morgens ist die russische Flottille, die hier fast eine Woche gelegen, fortgegangen. Sie nimmt ihren Weg nach dem Mittelmeere und im Allgemeinen wohl nach Nizza, aber die Dampffregatte ist wenigstens auch nach Athen bestimmt.

Großbritannien.

London, 27. Oktober. Der Prinz Alfred soll mehrere Monate auf dem Continente (vorerst in Genf) zubringen, um sich nicht sowohl mit den Sprachen, als vielmehr mit den Sitten des Festlandes vertraut zu machen.

London, 27. Okt. Auch die „Times" spricht sich heute über den die englische Presse betreffenden „Moniteur-Artikel" aus. „Noch einmal nach langer Pause", sagt sie „hat der „Moniteur" die Weisung erhalten, die unmanierlichen Organe der englischen Presse zu ermahnen, sich gut aufzuführen. Der „Moniteur" ist das Organ der französischen Regierung, während die englischen Zeitungen bloß die Privat-Meinung von Individuen ausdrücken. Es geziemt ihnen daher, ihrem Ermahner mit Würde und Achtung die Stirn zu bieten und weder die Interessen außer Acht zu lassen, welche durch barsche und unhöfliche Geradheit gefährdet werden könnten, noch jene freimüthige Offenheit und Ehrlichkeit, welche der Stolz und die Ehre des freien Mannes sind. Die Fassung des Moniteur-Artikels zeichnet sich durch eine absichtliche Zweideutigkeit aus und hat sowohl das Londoner wie das Pariser Publikum auf's höchste überrascht. Welches die anstößigen Blätter sind, worin ihr Verbrechen besteht, welchen Zweig der französischen Regierung sie angegriffen haben, das alles bleibt dem Gewissen der anonymen Personen überlassen, welche diese Journale schreiben, und dem Publikum, welches ihnen durch Lesen Vorschub leistet. Wir glauben, daß der Kaiser der Franzosen der beste und aufrichtigste Freund des englischen Bündnisses innerhalb seines Reiches ist. Wir nehmen seine autokratische Herrschaft über Frankreich als das Ergebniß der Wahl des Landes hin. Wir sagen es gerade heraus, wir hegen für die französische Nation im Allgemeinen, für die Wähler ihres kaiserlichen Herrn, dieselben Gefühle, welche wir für ihren Vertreter empfinden. Allein wenn man von uns verlangt, daß wir dieselben achtungsvollen Rücksichten, welche wir gern gegen den Kaiser der Franzosen und das von ihm vertretene Volk beobachten, auch gegen seine jedesmalige Umgebung beobachten sollen, so weigern wir uns denn doch, die Gefälligkeit so weit zu treiben, und wir müssen dem „Moniteur" und den Männern, welche ihn beeinflussen, sagen, daß sie mit weit bessern Antworten auf die gegen sie nicht von uns, sondern von unsern Kollegen erhobenen Beschuldigungen bei der Hand seyn müssen, als mit der einfachen Behauptung: „„daß diese Beschuldigungen anonym sind und deßhalb nur Verachtung verdienen."" Die Beschuldigungen, welche in der englischen Presse erschienen sind, brauchen deßhalb nicht von vornherein wahr zu seyn; eben so wenig brauchen wir sie, weil sie anonym erhoben wurden, für falsch zu halten. Der Umstand aber, daß sie — in einem geachteten Blatte erschienen, war ein hinreichender Grund, ihnen eine bessere und schlagendere Antwort entgegenzustellen, als den Ton hochmüthiger Verachtung. Der „Moniteur" spricht von Gefahren, welche dem englisch-französischen Bündnisse drohen sollen. Nun, wir wollen über denselben Gegenstand sprechen. Es sind allerdings solche Gefahren vorhanden; allein sie entspringen nicht aus dem gerechten und ehrlichen Tadel, welchen die englische Presse über öffentliche Charaktere, die der öffentlichen Besprechung von Rechts wegen verfallen, ausspricht, sondern aus dem Benehmen gewisser Leute, die, plötzlich zu hohen Aemtern emporgehoben, geneigt zu seyn scheinen, eine Bahn zu betreten, die unheilvoll für Frankreich und falsch gegen England ist. Die schlimmsten Feinde des engl.-franz. Bündnisses sind diejenigen, welche kein höheres Ziel der Regierung kennen, als ihr eigenes Interesse, und denen mithin das Wohl der Nation und das ihnen anvertraute Amt nicht am Herzen liegt. Solche Leute erblicken zum Beispiel in den Friedensunterhandlungen eine treffliche Gelegenheit, um die Presse eines kleinen, aber freien Staates zu schmähen und zu unterdrücken. Auch wissen wir recht gut — und wir haben deß gar kein Hehl — welch' kolossales Vermögen sich Mancher, der noch kurz vorher in tiefer Dürftigkeit lebte, in den letzten paar Jahren erworben hat. Mit Entsetzen haben wir die ungeheuren Schaumblasen gesehen, die an der Oberfläche des Meeres der Finanzen aufstiegen; wir sind Zeuge gewesen von den leichtsinnigsten und riesenhaftesten Spekulationen, die mit der Leitung der Staatsangelegenheiten Hand in Hand gingen, und mit tiefem Bedauern haben wir bemerkt, wie Männer, die sich hoher Stellung und hoher Gunst in Frankreich erfreuten, statt Alles, was in ihrer Macht stand, aufzubieten, um dem Spekulations-Fieber Einhalt zu thun, den ganzen Einfluß ihrer Stellung und ihres Beispiels dazu verwandten, dem Uebel noch einen Anstoß zu geben und es auf die Spitze zu treiben. Mit Schmerz haben wir ferner beobachtet, wie die französische Regierung in ihren Finanz-Operationen in vieler Hinsicht den unbestreitbaren und anerkannten volkswirthschaftlichen Grundsätzen zuwider verfuhr und so einer Katastrophe vorarbeitete, welche, wann sie auch immer eintreten mag, jedenfalls der französischen Regierung und dem französischen Volke verderblich und England sehr nachtheilig seyn wird. Wir verabscheuen den Zwang, welchem die persönliche Freiheit in Frankreich unterworfen ist. Wir verabscheuen das ganze Paßsystem und die damit verbundenen Plackereien. Die Einrede, daß die freie Diskussion dieser Dinge mit dem englisch-französischen Bündnisse unverträglich sey, hilft zu nichts. Gerade weil wir Verbündete sind, und zwar in einem Umfange des Wortes, wie ihn kein bloßer politischer Akt herstellen kann, — Verbündete sowohl im Handel, wie auf dem Schlachtfelde, indem Frankreich nicht leiden kann, ohne daß England von ähnlichen Leiden betroffen würde, — beanspruchen wir die Ausübung des Rechtes, über Maßregel und Personen zu sprechen, an denen wir ein ebenso großes Interesse haben, wie Frankreich selbst. Der „Moniteur" und seine unverständigen Einbläser haben diese Bemerkungen auf ihr Haupt herabbeschworen. Wir sind in England so sehr an die freie Meinungs-Aeußerung gewöhnt, daß wir uns keinem Menschen zu Gefallen das Recht, die öffentlichen Angelegenheiten der Welt zu diskutiren, rauben lassen dürfen, und wir bedauern aufrichtig, daß der „Moniteur" die Weisung erhalten hat, eine Verminderung des Rechtes der Preßfreiheit in England als den Preis darzustellen, welcher für die Fortdauer des englisch-französischen Bündnisses gezahlt werden müsse. Wir wissen, was die Freiheit der Presse uns kostet und was sie uns werth ist. Wir büßen durch sie in gewissem Grade die Sympathie und das herzliche Wohlwollen absolutistischer Regierungen ein. Wir verdanken ihr aber auch Alles, was wir sind, was wir gewesen sind und was wir seyn werden."

Auf einem Bankette in Stafford ließ ein Minister, Lord Harrowby, folgende Worte fallen: „Obgleich der Friede hergestellt wurde, ist die Zeit noch nicht gekommen, wo wir unsere Waffen ganz bei Seite legen können, sondern wir müssen im Gegentheil auf alle Ereignisse, die eintreten könnten, gefaßt seyn." Sir Robert Peel äußerte bei derselben Veranlassung, der Earl von Granville sey am russischen Hofe zwar äußerst höflich gewesen, habe sich aber nicht, wie ein anderer Botschafter (damit ist der französische gemeint) Mühe gegeben, dem russischen Hofe die Meinung beizubringen, daß gegen Rußland eine andere Gesinnung, als die wirkliche, bestände. Der Redner meinte, wir ständen wieder am Rande eines Vulkans, und wies auf Neapel und die Donaufürstenthümer hin.

Frankreich.

Paris, 25. Oktbr. Die Zustände in Paris bessern sich nicht. Aufrührerische Maueranschläge erscheinen in jeder Nacht. Die Parteien, sowie die Regierung beschäftigen sich schon mit den bevorstehenden Wahlen für den gesetzgebenden Körper. Aus dem Süden kommt mir die Nachricht zu, daß die parlamentarische Partei sich sehr lebhaft regt, um ihre Kandidaten durchzusetzen, obgleich die Präfekten den strengsten Befehl haben, solche Kandidaturen nicht zu dulden. Der Kultusminister hat eine Kommission ernannt, welche zahlreiche von der hohen Geistlichkeit erhobene Beschwerden, aber auch das Benehmen mancher Prälaten untersuchen soll. — Die Regierung kann sich zuletzt doch nicht entschließen, die Silberwährung ganz aufzugeben. Sie will silberne Fünffrankenstücke mit einer Alliage von Aluminium prägen lassen. — Die Finanzlage hat sich nicht gebessert. Am Beginne der Krise schickten die Departements Geld, um Rente und Aktien zu niedrigen Coursen anzukaufen. Dies hat aufgehört. Es ist ein Zeichen um sich greifenden Mißtrauens, wenn auch die Kapitalisten in der Provinz sich von niedrigen Coursen nicht mehr anlocken lassen. Die Bank hat die größte Mühe, um nicht weitere Beschränkungen des Kredits eintreten

zu lassen. Nichts desto weniger tauchen neue Eisenbahnprojekte auf. Die Ducs von Padoue, Tarent, Saint-Simon und der Fürst v. Wagram, lauter bonapartistische Namen, stehen an der Spitze einer Gesellschaft, welche eine Bahn unter dem Namen Kaiserbahn von Honfleur bis Marseille in ziemlich direkter Richtung durch ganz Frankreich führen will. Das Projekt befindet sich in den Händen des Kaisers. Eine andere, legitimistische Gesellschaft bewirbt sich mit geringer Aussicht um dieselbe Konzession. (H. N.)

Paris, 27. Oktober. Das seit Jahren zur Besatzung von Algier gehörende Zouaven-Regiment hat den Befehl erhalten, die Garnison zu verlassen. Ein ziemlich harmloser, aber mit dem Ernste der militärischen Zucht unverträglicher Scherz scheint zu dieser Art von Ungnade beigetragen zu haben; die Zouaven schrieben nämlich auf alle Berichte über die Expedition in Kabylien, die der Generalgouverneur anschlagen ließ, die Worte: Randon'sche Märchen.

Paris, 27. Oktober. Der Graf Walewski ist gestern von Compiegne in Paris eingetroffen und hat heute mit dem hier angelangten Grafen Kisseleff eine Konferenz auf dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gehabt.

Alle Berichte aus Paris, die sich über die politische Lage Frankreichs ergeben, schildern dieselbe sowohl in der Hauptstadt als in den Provinzen als eine gedrückte und gespannte. In Folge der schlimmen Finanzzustände und Geldverhältnisse liegt der Handel ganz darnieder, und viele Fabriken in Paris und den Provinzen haben einen Theil ihrer Arbeiter entlassen müssen. In den Pariser Arbeiterquartieren herrscht daher eine große Aufregung, die durch die anhaltende Theuerung der Lebensmittel, so wie durch die steigende Wohnungsmiethe nicht vermindert wird. Die Regierung ist darüber nicht ohne Besorgniß; allein die von ihr angewandten Dämpfungsmittel, die künstliche Niederhaltung der Brodpreise und die letzthin häufig vorgekommene Zahlung des Miethzinses für die Arbeiter sind äußerst gefährliche Experimente. Die Regierung hat dabei einen abschüssigen Weg eingeschlagen, auf dem ihr das Anhalten schwer werden dürfte. Keine geringere Aufregung herrscht in der Provinz. (Pf. Ztg.)

Spanien.

Madrid, 24 Oktbr. Die heutige „Epoca" enthält folgende Mittheilung: „Obgleich sich in Barcellona einige Zeichen von Aufregung kund gaben, welche die Behörden veranlaßten, Vorsichtsmaßregeln zu treffen, so können wir auf Grund der telegr. Berichte aus Saragossa versichern, daß in ganz Catalonien ungestörte Ruhe herrscht."

Italien.

Die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen befindet sich gegenwärtig in Mailand, wird jedoch bald an das genuesische Ufer nach Sestri-Poriente zurückkehren, wo sie den Winter zuzubringen gedenkt. Guerazzi, der ehemalige Diktator von Toskana, hat seinen rühigen Aufenthaltsort in Corsika aufgegeben und sich in Piemont niedergelassen.

Ein Pariser Korrespondent der „Kreuzzeitung" erzählt: „Als der französische Gesandte in Neapel dem Könige mittheilte, daß er gezwungen sey, die amtlichen Beziehungen mit der Regierung Sr. Majestät abzubrechen, erwiderte der König — nichts. Als aber der Baron Brenier hinzufügte: „Frankreich und England werden es jedoch vor der Hand hierbei bewenden lassen und ihre Geschwader nicht in die neapolitanischen Gewässer schicken", meinte der König lächelnd: „Das will ich glauben, mein lieber Minister!"

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 17. Oktober. Die Beziehungen des französischen Gesandten, Hrn. von Thouvenel, mit dem jetzigen Ministerium einerseits und mit dem englischen und dem österr. Gesandten andererseits werden immer auffallend kälter. Herr von Thouvenel läßt sich desto fleißiger im Hotel des russischen Gesandten, Herrn von Buteniew, sehen. Bekanntlich hat die Königin Viktoria dem Sultan den Hosenband-Orden verliehen. Die Ueberreichung der betreffenden Dekoration stößt aber auf bedeutende Schwierigkeiten, und es fanden diesfalls schon Besprechungen zwischen der hohen Pforte und Lord Redcliffe statt. Der Sultan — der Sprößling des Propheten — weigert sich nicht etwa, sich mit dem Federhute und dem Kreuze des heil. Georg zu schmücken, und Lord Redcliffe hat erlaubt, daß der Sultan den vorgeschriebenen Schwur statt auf die Bibel auf den Koran leiste; aber über die Eidesformel herrscht keine Einigkeit; der Sultan kann als Muselman nicht die üblichen Worte hersagen, und Lord Redcliffe besteht darauf. (K. Z.)

Die Ministerkrisis in Konstantinopel, von welcher dieser Tage berichtet wurde, ist aller Wahrscheinlichkeit nach dem französischen Einfluß zuzuschreiben und gerade gegen England und Oesterreich in der Donaufürstenthümerfrage gerichtet. So würde sich auch der Widerspruch zwischen den französischen und Wiener halboffiziellen Blättern hinsichtlich der Haltung der Pforte gegenüber der Donaufürstenthümer-Okkupation durch die österreichischen Truppen erklären. Die von Walewski inspirirten Blätter hatten das neue Ministerium im Auge, wenn sie von dem Widerstande der Türkei gegen die Besetzung der Moldau und Wallachei sprachen, und die Wiener dachten an Ali Paschas Ministerium, indem sie das Gegentheil behaupteten. (Schw. M.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 14. Okt. Unsere Zeitungen sind in neuester Zeit reichhaltiger und namentlich rascher geworden, als früher. Eine größere Regsamkeit in Besprechung unserer innern Zustände, zusammen mit einer größern Zahl thatsächlicher Nachrichten aus allen Theilen der Monarchie läßt sich nicht abläugnen. Und dies ist besonders deßwegen ein Fortschritt, weil nicht Alles mehr ausschließlich couleur de rose gefärbt erscheint, sondern der Wunsch nach Besserung positiv mangelhafter Zustände schon zu Worte kommt. Alle Welt spricht davon, daß von nun an keine Bestechungen, keine Accidentien, keine Geschenke mehr stattfinden sollen, Niemand aber weist die Möglichkeit nach, die wirklich überaus niedrigen Gehalte unserer Beamten, und namentlich in den fernern Provinzen, so zu verbessern, daß damit die Hauptursache der „Geschenke" wegfallen wird. An Geißelung und Abweisung dieser Zustände hat es nicht gefehlt. Das Lustspiel „Der Revisor" wurde schon lange unter der Regierung des Kaisers Nikolaus auf allen russischen Theatern, und namentlich auf den kaiserlichen gegeben, und offener als in diesem Stück kann man ein offenbares Uebel nicht wohl eingestehen. Gogol hat mit seinen „Todten Seelen" einen noch stärkern Hebel angesetzt. Alles lacht und sagt: Wie wahr das ist! Aber auf die Ursachen dieser so wirksamen Schilderungen geht keiner der Lachenden zurück. Sie liegen allein den unzureichenden Besoldungen, in denen sich bis jetzt nichts gebessert hat, und auch so bald sich noch nichts bessern wird, weil erst die Opfer des letzten Kriegs verschmerzt seyn müssen, ehe so durchgreifendes geschieht. Der Kaiser schlägt auch den einzig richtigen Weg dafür ein, indem er seine ganze Sorgfalt vorzugsweise dem Unterrichtswesen widmet. Damit greift er das Uebel an seiner Wurzel an. Vorderhand ist durch verschiedene Bestrafungen und Rügen ein heilsamer Schrecken in Viele gefahren, die sich bis jetzt sicher geglaubt haben mögen, und wo etwas zur Kunde des Kaisers kommt, da fehlt es nicht an augenblicklicher Abhülfe und Strafe. (N. Pr. Z.)

Die Nachricht, daß der Kaiser von Rußland einen Brief an den König von Neapel geschrieben, um denselben zu einigen Konzessionen zu bewegen, wird von einem Brüsseler Korrespondenten der „Allg. Z." für falsch erklärt.

Woher hat der bei der Belagerung von Sebastopol so berühmt gewordene Malakoffhügel seinen Namen? Diese Frage beantwortet uns ein russisches Blatt mit der folgenden Erzählung: „In den ersten dreißig Jahren dieses Jahrhunderts lebte in Sebastopol ein Schiffer Namens Malakoff, der viele Jahre lang das Amt eines Takelagemeisters verwaltete, ein kluger, gewandter und ordnungsliebender Mann und in seinem Geschäfte ebenso geschickt als erfahren. Mit diesen Eigenschaften verband er die Gaben eines Spaßvogels und humoristischen Erzählers; er hatte daher in den Mußestunden stets einen großen Kreis Lachlustiger um sich, die er mit seinen Anekdoten und Späßen, die immer unterhaltend, wenn auch nichts stets sehr dezent waren, stundenlang zu fesseln wußte. Er liebte zwar ein wenig das Fläschchen, doch nicht in solchem Uebermaße, daß er deshalb seine Pflichten vernachläßigt hätte, wobei ihm allerdings der Umstand zu Hülfe kam, daß er, eine athletische Gestalt, einen guten Schluck vertragen konnte. Trotzdem traf ihn im Jahre 1830 oder 1831 das Mißgeschick, wegen Unordnungen, die in Sebastopol vorgefallen waren, in Untersuchung gezogen und in Folge dessen aus seinem Amte entlassen zu werden. Er mußte sich daher ein anderes Brod suchen — und so legte er auf der Anhöhe vor der Karabelnaja-Bucht eine kleine Schenkstube an. Das neue Etablissement gedieh ganz vortrefflich, wurde nie von Besuchern leer, wozu die Beliebtheit des Inhabers natürlich viel beitrug, und die Schenke gelangte nach und nach zu einer gewissen Berühmtheit. Zuerst nannte man die Schenke Malakoff-Schenke, dann belegte man die ganze Anhöhe mit dem Namen des Schenkwirths und sogar das kleine Dörfchen in derselben. Ob jener arme, längst verschollene Schiffer wohl gedacht haben mag, daß sein Name durch den Tempel des Bachus einst in die Geschichte übergehen wird — und ob der „Herzog von Malakoff" und die andern Malakoff-Helden wohl geahnt haben, daß ihre Ehrentitel einem einfachen Schiffer und seiner Schenkstube entnommen sind?"

Nichtpolitische Zeitung.

Aus der Schweiz, 27. Okt. Vor den Assisen in Bern wurde in abgelaufener Woche die Anklage gegen den Notar Jenny verhandelt, welcher in seiner Eigenschaft als Vermögensverwalter patrizischer Kapitalisten und Familienkassen erwiesenermaßen 258,144 Fr. 93 C. unterschlagen hatte. 174,000 Fr., welche überdies früher unter der Direktion von Jennys Vorgänger, v. Vigneulle, unterschlagen worden waren, haben die Erben des v. Vigneulle ausbezahlt. Jene Unterschlagungen schädigen einzelne Privaten und Familienkassen bis um 74,000 Fr. und 84,000 Fr. Der Angeklagte, geistig und körperlich übrigens völlig heruntergekommen und so ziemlich dem Tode nahe, wurde zum Maximum der auf Unterschlagung gesetzten Strafe verurtheilt, die auffallender Weise sich auf 6 Jahre Zuchthaus beschränkt; ferner zur Entschädigung und 7/8 der Kosten. Von seinen zwei Angestellten wurde der Eine freigesprochen, der Andere zu 20 Tagen korrektioneller Haft und 1/8 der Kosten verurtheilt.

Ueber das Erdbeben, das in der frühesten Morgenstunde des 12. Oktober Malta in Schrecken versetzte, wird jetzt folgendes Nähere berichtet: Schon um 11 Uhr Nachts am 11. wurde eine leise Schwankung verspürt. Aber 12 Minuten nach 2 Uhr Morgens am 12. erfolgte ein heftiger Erdstoß. In wenigen Augenblicken wimmelten die Straßen von Männern, Frauen und Kindern, die vor Angst todtenbleich sich an und durch einander drängten. Die Schwankungen wurden immer heftiger, und ein unterirdisches Getöse, ähnlich dem eines entfernten Gewitters, ward hörbar, die Glocken läuteten, die Einrichtungsstücke verschoben sich von ihren Plätzen oder fielen gar um. Die ganze Erschütterung dauerte, mit nur 3 Sekunden langer Unterbrechung, 22 Sekunden. Alle Häuser wurden mehr oder weniger beschädigt. Der Telegraph wird von Grund aus wieder aufgebaut werden müssen. Die zwei Beamten retteten sich durch einen Sprung aus dem Fenster. Die Festungswerke an der nördlichen Seite litten bedeutend mehr, als jene an der südlichen; der Schaden wird im Ganzen auf mehr als eine Million Gulden gerechnet. Auch auf dem Meere spürten die Schiffe die Erschütterung. Die preuß. Dampffregatte „Danzig", welche sich zur Zeit des Erdbebens 180 Seemeilen von Malta entfernt befand, ward davon der Art in Anspruch genommen, daß ihre Maschinen nicht mehr arbeiten konnten.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 30. Oktober. Durch die Ultimo-Liquidation verkehrte die Börse in gedrückter Stimmung und zeigten sich besonders viele Verkäufer für österreich. Kreditaktien, National und spanische Fonds.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 77 3/8 P. 77 1/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 87 3/4 P. 87 1/4 G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/8 P. 75 5/8 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 65 3/4 P. 65 1/2 G.; à 4pCt. 59 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/8 P. — — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 81 3/4 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 1/8 P. 89 7/8 G.; 4 1/2 pCt. 102 P. — — G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 3/4 P. 90 1/4 G.; à 4pCt. 99 P. 98 1/2 G.; 4 1/2 pC. 102 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 89 3/4 P. 89 1/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 1/2 P. 37 1/4 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 5/16 P. 23 3/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1173 P. 1168 G. Neue Bankaktien 288 P. — G. Credit-Actien à 5pCt 165 1/2 P 163 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 366 P. 364 G.; junge 327 P. 325 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 506 P. 501 G. Mitteldeutsche Creditbank 102 P. 101 1/2 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 105 P. 105 1/2 G. Frankf. Bankaktien 113 P. 112 1/2 G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 494 P. 489 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 545 P. 540 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 236 1/4 P. 234 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 138 P. 137 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 103 1/4 P. 102 3/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/4 P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 1/4 P. 78 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 1/2 P. 93 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 96 1/8 P. 95 3/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/4 P. 112 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 47 7/8 P. 47 5/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 116 1/4 P. 115 3/4 G. à fl. 25 34 1/4 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 7/8 P. 38 3/8 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. 99 3/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. — P. 117 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99 5/8 P. 99 3/8 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem 50 Thlr. Lsd. k. S. 99 5/8 P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111 1/2 P. 111 1/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 3/4 P. 88 1/2 G.	Wien 3 M. mit 4% 111 1/4 P. 111 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 1/2 P. — — G.	Disconto - P. 6 pCt. G

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. Oktbr. Der „Hannov. Ztg." schreibt man von hier: „Das Schlußprotokoll der Wiener Münzkonferenz ist sämmtlichen deutschen Regierungen mit der Eröffnung zugegangen, daß ihre Entscheidungen in Betreff der darin enthaltenen Uebereinkunft die Vorlage einer zweiten Konferenz bilden werden, welche im Dezember in Wien zusammentreten wird. Auf diese Weise gewinnt das Resultat der vorigen Münzkonferenz, deren Bevollmächtigte nur als Sachverständige der verschiedenen deutschen Münzsysteme fungirten, den Charakter einer Vorlage zur Münzkonvention, deren Abschluß, so viel über die Aufnahme der erwähnten Uebereinkunft Seitens der Regierungen verlautet, durch die bevorstehende zweite Konferenz in Aussicht steht. Durch die gegenwärtig vereinbarten Bestimmungen ist die Silberwährung dergestalt festgehalten, daß das Zollpfund in 30 Thlr. preußischer, 45 Gulden österreichischer und 52 1/2 Gulden süddeutscher Währung getheilt werden soll. Es sind Anordnungen getroffen, die Landeswährung in Preußen vom 1. Januar k. J. ab in dem vorgenannten Verhältnisse in Kraft, d. h. an die Stelle der Kölnischen Mark und ihrer Eintheilung in 14 Thaler das nur um weniges mehr wiegende halbe Zollpfund zur Ausprägung von 15 Thlrn. treten zu lassen. Als Vereins-Goldmünzen sind die Krone und die halbe Krone ohne bestimmten Kurs als Handelsmünze angenommen, die nach dem jedesmaligen Werth des Goldes gelten und für resp. 14 fl. (9—10 Thaler) und 7 fl. (4—5 Thaler) ausgeprägt werden. Die Summe, für welche sie bei den Landeskassen angenommen werden, wird von jeder Regierung für je 6 Monate festgesetzt. Der Zwangskurs für Papiergeld ist den deutschen Staaten gemäß der in Rede stehenden Uebereinkunft nur für den Fall gestattet, daß die baare Einlösung durch die Landeskasse jeder Zeit garantirt ist."

Wien, 29. Okt. II. MM. der Kaiser und die Kaiserin sind hier heute Mittag von Ischl wieder eingetroffen. Wegen des Widerspruchs zwischen der „Oesterreichischen Correspondenz" und den französischen Regierungsblättern, in Betreff der Besetzung der Donaufürstenthümer, herrscht hier große Spannung. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Warschau, 26. Okt. Die heutigen Blätter veröffentlichen die Namen von sechszehn gegenwärtig in Frankreich sich aufhaltenden polnischen Flüchtlingen, welche amnestirt worden sind und ins Land zurückkehren dürfen. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 304.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 1. November 1856.

Deutscher Bund.

Die in Heidelberg erscheinende „Germania" fährt fort, die wichtigsten volkswirthschaftlichen und sozialen Tagesfragen Deutschlands mit eingehenden Besprechungen zu begleiten. Die am 25. Oktober ausgegebene Nummer bringt „Betrachtungen über die jetzige Krisis im Geldverkehre" aus der Feder unseres verehrungswürdigen Veteranen der deutschen Volkswirthschaftslehre, des Prof. Rau. Der Verfasser erinnert daran, daß man bei der gegenwärtigen Krise wohl unterscheiden müsse, was in ihr auf Rechnung der Unzulänglichkeit des Kapitals und was auf Rechnung der Geld- und Münzverhältnisse zu schreiben sey. „Eine bloße Geldvermehrung durch Zufluß von außen oder durch Ausgabe von Papiergeld", sagt er, „erschafft keine Kapitalien, und wenn eine größere Geldmenge auf dem Markt erscheint, um zum Ankauf von verschiedenen Gütern zu dienen, die man als Kapital benutzen will, während das Angebot von solchen Gütern nicht schnell genug durch ausgedehntere Erzeugung vergrößert werden konnte, so ist eine Vertheuerung der begehrten Gegenstände unausbleiblich." Allein Herr Rau verkennt nicht, daß auch Störungen im Münzverhältniß als mitwirkend vorliegen, und berührt dabei auch den Vorschlag der Einführung der Goldwährung in Deutschland. Er scheint nicht sehr geneigt, den Vorschlag zu unterstützen. „Für denselben läßt sich sagen", bemerkt er, „daß dem Sinken des Goldes gegen das Silber am besten vorgebeugt würde, wenn man jenem die allgemeinste Anwendung zum Geldsdienste gäbe. Allein das Silber hat viel gleichmäßigere Erzeugungskosten, weil es auf dem geregelten Wege des Bergbaues gewonnen wird, und der jährliche Ertrag ist keinen großen Veränderungen ausgesetzt, während, wenn reiche Lager von Goldsand gefunden und in Angriff genommen werden, eine plötzliche Ueberflutung eintritt und die Kosten sehr niedrig werden. Man würde, ohne die Silberwährung zu verlassen, dem Golde leichteren Eingang in den Verkehr verschaffen, wenn man, wie es jetzt beabsichtigt seyn soll, den Goldmunzen periodisch, und zwar am besten alle Jahre, eine gewisse Geltung in Silbermünze gäbe, so daß sie in Gemäßheit dieses festgestellten Courses zu Zahlungen gebraucht werden können." Herr Rau vertraut übrigens, daß die Krise diesmal ohne tiefere Erschütterungen des soliden Geschäftsverkehr vorübergehen werde; er hofft, „daß, wenn der europäische Friede ungestört bleibt, und wenn man sich die erhaltene Lehre zu Herzen nimmt, der bisherige blühende Zustand der Gewerbe nicht bedeutend unterbrochen und das Kapital durch Erübrigungen aus dem vergrößerten Erzeugniß vermehrt werden wird."

Bayern. München, 29. Okt. Für diejenigen akademischen Bürger, welche sich dem Studium der Mathematik und Physik widmen, hat Se. Majestät der König bekanntlich die Errichtung eines Seminars an unserer Ludwigs-Maximilians-Universität genehmigt, und als Vorstände desselben die ordentlichen Professoren Dr. Jolly und Dr. Seidel ernannt. Die Eröffnung dieses mathematisch-physikalischen Seminars findet am nächsten Dinstag den 4. November statt. Der Zweck desselben ist die Ausbildung von Lehrern für Mathematik und Physik an höhern Lehranstalten. Der Unterricht wird honorarfrei ertheilt und umfaßt nur Mathematik und Physik. Es werden schriftlich und mündlich zu lösende Aufgaben und Probleme vorgelegt; ferner werden theoretische Erörterungen solcher Themate gegeben, welche in den öffentlichen Vorlesungen nicht oder nur beiläufig berührt werden, und endlich wird zu Referaten über ältere und neuere Literatur in Mathematik und Physik Veranlassung und Anleitung gegeben. Mitglied des Seminars kann jeder immatrikulirte Student werden, welcher wenigstens 2 Jahre an einer Hochschule studirte oder auf einer höheren technischen Lehranstalt die nöthige Vorbildung gewonnen hat. Die Mitglieder sind verpflichtet, an allen Stunden beider Abtheilungen Theil zu nehmen. Für Mathematik sind wöchentlich zwei, für Physik wöchentlich vier Stunden bestimmt. Das Referat über Literatur ist in jeder Abtheilung monatlich einmal. Für die besten schriftlichen Arbeiten sind Prämien ausgesetzt und dafür im Ganzen halbjährig 75 fl. bestimmt, welche Summe als eine Prämie oder als zwei Prämien, a 50 fl. und a 25 fl., oder als drei Prämien, jede zu 25 fl. vergeben werden kann. Die Anträge hiezu sind dem Kultus-Ministerium vorzulegen. (Augsb. Postz.)

Preußen. Aus der Oberlausitz, 26. Oktbr. Der „Bischof" der Irvingianer, Obristlieutenant v. Brinkin aus Frankfurt a. O., war kürzlich in Görlitz, um mehrere neue Mitglieder in seine Gemeinde aufzunehmen. Er hat ein (bei H. L. Brönner in Frankfurt a. M. gedrucktes) Rundschreiben hier zurückgelassen, dessen Ueberschrift und Eingang folgendermaßen lautet: „An unsere Brüder in Norddeutschland: an alle, die auf Christum getauft sind und den Namen des Herrn bekennen, insbesondere an die Bischöfe und Oberhirten, an alle Geistlichen und Diener des Herrn. Geliebte und ehrwürdige Brüder! Viele unter euch haben die Kunde bereits vernommen, daß Gott zu unserer Zeit in Seiner Kirche die ursprünglichen Gaben und Aemter und insbesondere das apostolische Amt wieder erweckt hat (?), um sein Volk auf die Wiederkunft Jesu Christi hinzuweisen und vorzubereiten. Zwar mögen Manche in Folge mangelhafter und entstellter Berichte dieser Kunde wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben. Dennoch ist es wahr, daß Gott sich aufgemacht hat, Seine Kirche mit Seiner wiederkehrenden Gnade heimzusuchen ...."

Es heißt dann weiterhin: „Die Christen, welche dieser Verkündigung Glauben geschenkt, haben keine anderen Glaubensbekenntnisse als die, in welchen der ursprüngliche und gemeinsame Glaube der Kirche ausgesprochen ist, nämlich das apostolische, nicenische und athanasianische" xc. — „Und weil nun diese Gemeinden nicht aus menschlicher Willkür (?), nicht aus sektirerischen Gelüsten, sondern im Gehorsam gegen Gott auf dem von ihm verordneten Wege (?) entstanden sind, machen sie gerechten (?) Anspruch darauf, Bestandtheile der Einen katholischen Kirche zu seyn, sowie sie die verschiedenen Konfessionen und Landeskirchen als zu derselben katholischen Kirche gehörig anerkennen und es für unerlaubt halten, sich von irgend einer derselben loszusagen" xc.

So besteht die „Eine katholische Kirche" der Irvingianer aus den seltsamsten und widersprechendsten Bestandtheilen und bildet wohl ein Monstrum, aber nicht Einen Leib, dessen Glieder in vollster Harmonie sind, wie die heilige Schrift uns die Kirche schildert. Der Schluß des 14 Seiten langen Schreibens lautet: „Und sollten wir uns nicht freuen, daß die Stunde sich nahet, da die Hoffnung aller Gläubigen in Erfüllung gehen und jenes Reich des Friedens und der Gerechtigkeit auf Erden erscheinen soll, auf welches die bewußte oder unbewußte Sehnsucht aller Herzen gerichtet ist und nach dessen Offenbarung die ganze Kreatur seufzet und verlanget? (Röm. 8, 22). Darum, liebe Brüder, weiset den Trost nicht von euch, den der Herr uns Allen entgegengesendet, und die Hülfe, die Er in dieser schweren und versuchungsvollen Zeit darbietet. Lassen wir jetzt die Zeit der Heimsuchung vorübergehen, so werden wir der grausamen Herrschaft jenes kommenden Widersachers Gottes und Christi nicht entfliehen! Gott aber, der uns geliebt hat in seinem Sohne, unserm Herrn Jesu Christo und uns erkauft hat durch Sein theures Blut, gebe uns Gnade, uns vor Ihm zu beugen und Seine ausgestreckte Hand glaubensvoll zu ergreifen. Amen. Im Jahre des Heils 1856. Die Gemeinden in Norddeutschland, welche unter der Leitung der Apostel (?) des Herrn stehen, sammt ihren Oberhirten, ihren übrigen Geistlichen und ihren Diakonen." (Deutschl.)

§ **Oesterreich.** Wien, 29. Oktbr. (Privat-Korresp.) Rußland hat sich in der die österreich. Okkupation der beiden Donaufürstenthümer betreffenden Frage Frankreich

angeschlossen, und man spricht von einer Note, die Hr. v. Budberg aus diesem Anlasse hier überreicht hat; andererseits heißt es, daß der russ. Gesandte nur mündliche Eröffnungen gemacht habe. Dies ist jedoch Nebensache, da die Hauptsache gewiß ist, daß Rußland ebenso wie Frankreich den Rückzug der österreich. Truppen aus den Fürstenthümern verlangt hat. Die Antwort soll bereits nach Petersburg abgegangen seyn. — Hr. v. Thouvenel, der französische Gesandte, hat in Konstantinopel gegenwärtig einen sehr harten Stand. Er verwendet seinen ganzen Einfluß, um den ihn ertheilten Instruktionen nachzukommen, und die Pforte zu einem Proteste gegen Oesterreich zu bewegen, bis jetzt haben aber seine Bemühungen so ziemlich den entgegengesetzten Erfolg gehabt. Die Pforte ist mißtrauisch gegen die französischen Rathschläge geworden, weil ihr das Einverständniß nicht entgangen ist, das in so manchen ihre Interessen nahe berührenden Fragen zwischen Frankreich und Rußland und wahrlich nicht zu ihrem Gunsten sich bemerkbar macht. Es scheint, daß man sich auch in Konstantinopel bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, daß die derzeit bestehenden Allianzen in nicht so ferner Zeit wesentliche Umbildungen erfahren werden.

Wien, 28. Oktbr. Man hat hier das Gerücht verbreitet, daß zwischen Parma und Sardinien Verhandlungen eingeleitet wären, um die Vereinigung des Herzogthums mit dem sardinischen Staate vorzubereiten. Daß Oesterreich die Durchführung eines solchen Aktes eventuell mit Waffengewalt zu verhindern suchen würde, werden die offiziellen Korrespondenten ohne Zweifel von hier versichern. So viel ich erfahren, weiß jedoch das hiesige Kabinet nichts Sicheres über diese Angelegenheit, die vielleicht deßhalb zur Sprache gekommen ist, weil Sardinien Erbansprüche auf Parma besitzt, deren Regulirung jetzt wünschenswerth erscheinen mag. Auf dem Wiener Kongresse ist in Art. 99 festgesetzt, daß über den Rückfall der Herzogthümer von Parma, Piacenza und Guastalla, die 1814 an die Kaiserin Marie Louise abgetreten wurden, von Oesterreich, Rußland, England, Frankreich, Spanien und Preußen durch Uebereinkunft verfügt werden solle, doch mit Hinsicht auf die Rückfallsansprüche von Oesterreich und Sardinien. Es kann deßhalb eine veränderte Erbfolge in Parma nicht einseitig von der Regentin mit Sardinien verabredet werden. Dieser Punkt erregt übrigens beim hiesigen Kabinet große Aufmerksamkeit, weil man dahinter die Agitation anderer Mächte vermuthet. (K. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 23. Oktober. Der König hat heute den Reichstag eröffnet. Dabei erwähnte der König u. A. der verbesserten Kommunikation, namentlich der fortschreitenden Ausführung eines Eisenbahnsystems im Lande. Auch die Vorlage einer neuen Zollverfassung auf der Grundlage einer erweiterten Handelsfreiheit wird zugesagt. Der Grundsatz der Religionsfreiheit soll fortan zur Geltung kommen, insbesondere dabei die Strafe des Landesverweisung aufhören. (Bekanntlich ist die katholische Kirche in Schweden bis jetzt nicht zugelassen.) (H. Bh.)

Großbritannien.

Die Anzeichen einer Lockerung des französisch-englischen Bündnisses und eines baldigen offenen Bruches desselben gewinnen täglich an Bestimmtheit. Das Plänklergefecht zwischen den halboffiziellen Blättern der bisherigen Alliirten hat bereits begonnen und beide Theile führen eine gereizte Sprache. Die augenscheinliche Annäherung Frankreichs an Rußland, die Uebereinstimmung beider Mächte in der Frage bezüglich der bessarabischen Gränzberichtigung und der Organisation der Donaufürstenthümer, so wie in dem damit zusammenhängenden Verlangen einer sofortigen Räumung letzteren Gebietes von Seiten der österreichischen Armee, Alles dieses wird in England mit Mißtrauen betrachtet; — während andererseits das Tuilerienkabinet sich durch die Parteinahme Englands für Oesterreich und seine Zustimmung zu der Fortdauer der österreichischen Okkupation in den Fürstenthümern verletzt fühlt. Auch das Verbleiben der englischen Flotte im schwarzen Meer betrachtet Frankreich als einen Bruch des Pariser Friedens. In einem Pariser Briefe der „Times“ wird mit Bestimmtheit versichert, daß zwei Schiffe des bei Kiel liegenden russischen Geschwaders sich ins schwarze Meer begeben sollen. Wenn man ihrer Durchfahrt durch die Dardanellen Schwierigkeiten in den Weg lege, so würden sie ihre Anwesenheit durch die englische Flotte rechtfertigen und auf die Durchfahrt bestehen. Die englische Flotte bleibt demnach, wie die „Morning-Post“ erklärt, in dem schwarzen Meer, weil Rußland seinen durch den Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist, und Rußland hinwiederum schickt seine Schiffe ins schwarze Meer, weil England aus demselben trotz des Ablaufs der zur Räumung vertragsmäßig festgesetzten Frist, seine Flotte nicht herauszieht. Am schlimmsten kommt dabei augenscheinlich die „gerettete“ Türkei weg. (Pf. Z.)

Trotz des Friedens bauen die Engländer noch immer rüstig an ihren Kanonenbooten fort. So sind noch ganz vor Kurzem 10 von den Werften von Woolwich in die Themse gebracht worden, um dort ihre Maschine zu erproben.

Frankreich.

Paris, 29. Oktober. Nach Briefen aus Neapel hat man dort Plakate angeschlagen mit den Worten: „Es lebe Napoleon! Es lebe Frankreich!“ — Man ist hier sowohl, als in Neapel nicht ohne Unruhe wegen des zukünftigen Auftretens der Engländer der sizilianischen Regierung gegenüber. Man fürchtet nämlich, daß die englische Regierung die Insel Sizilien unter dem Vorwande besetzen läßt, daß sie ebenfalls ein Stück von Italien haben müsse, so lang Frankreich in Rom und die Oesterreicher in den Legationen und Marken sich aufhalten.

Paris, 29. Okt. Die Dampfkorvette der „Duchayla“ ist gestern von Toulon abgegangen, um dem „Moniteur“ zufolge eine Mission im mittelländischen Meere zu erfüllen. Wahrscheinlich ist dies das Fahrzeug, welches zugleich mit einem englischen Schiffe die Häfen des Königreichs beider Sicilien besuchen soll, in welchen sich Konsuln der Westmächte befinden.

Spanien.

Madrid, 23. Okt. Ein halbamtliches Blatt erklärt heute, daß die Königin Christine nicht nach Spanien zurückkehren werde, weil sie nicht in einem Lande leben möge, das die ihm von ihr geleisteten unermeßlichen Dienste so schlecht belohnt habe. (Fr. Pstz.)

Madrid, 24 Oktober. Die Lebensmittel-Frage beschäftigt und beunruhigt fortwährend die Regierung. Die Berichte, die von sogenannten Fachleuten einlaufen, geben kein wirksames Mittel an, diesem gefährlichsten aller politischen Uebelstände entgegen zu treten. Und das Ministerium ist rathlos. Nur General Narvaez schenkt dieser Angelegenheit nicht die verdiente Aufmerksamkeit und bekümmert sich weit mehr um die Intriguen des Hofes, als um die Getraidepreise. Er zeigt, wenn man ihm von Verlegenheiten spricht, auf seinen Degen, als ob er mit diesem Stahl auch nur einen einzigen Menschen satt machen könnte. Wenn die Minister einige Millionen Realen auf Ankauf von Getraide verwenden, wenn sie hier und da einen „Accapareur“ festnehmen lassen, so locken sie damit keinen Hund vom Ofen. Die Regierung hat sich an die verschiedenen Kreditanstalten mit dem Ansuchen gewandt, unter Garantie der Regierung bei Verlusten Getraide-Einkäufe im Auslande zu machen und sie in's Land zu bringen. Es ist dies eine Nachahmung der Maßregel, welche die kaiserl. französische Regierung voriges Jahr angewandt hat. Die spanischen Kreditanstalten sollen sich bereit zeigen, dem Willen der Regierung nachzukommen. Mit dieser an und für sich wichtigen Frage steht die andere in Verbindung: Wie den Ausfall durch Aufhebung der Güterverkäufe decken? Die abgetretene Regierung dachte daran, zu indirekten Steuern ihre Zuflucht zu nehmen. Dieses ist aber bei der Höhe der Preise, welche die Lebensmittel erreicht haben, platterdings unmöglich. Man wird sich durch Einführung einer bleibenden Rente für den Augenblick aushelfen, da der Schatz dieses Geld, zu Einzahlungen bestimmt, verwenden kann. Allein — was nachher? (K. Z.)

Madrid, 25. Oktober. Die demokratischen Blätter enthalten die Mittheilung, daß der General Prim, Graf v. Reus, sich an die Spitze der Progressistenpartei zu stellen beabsichtige. (Frankf. Postz.)

Madrid, 28. Okt. Graf v. Benkendorff, der russ. Gesandte, wird überall mit der größten Auszeichnung aufgenommen. (Fr. Postz.)

Italien.

* Man schreibt der „Opinione“ aus Neapel, 19. Okt.: „Man trifft Vorsichtsmaßregeln, um sich der Treue der Armee zu versichern. Einige verdächtige Offiziere wurden in Disponibilität gesetzt; andere, deren Anhänglichkeit an die Regierung bekannt ist, wurden befördert. Nach Gaeta wird Munition und Provision in Masse geschafft; es scheint, man wolle diesen festen Platz in ein zweites uneinnehmbares Troja umwandeln. Herr Thomas d'Agioul, ein seit 8 Jahren in Neapel wohnender Franzose (1848—49 Redakteur der „Temps“), einer der beliebtesten Rathgeber des Königs, ging — wie man sagt in geheimer Mission — nach Paris. Man sagt, die Berichte aus Calabrien und Sizilien sollen für die Regierung nicht befriedigend lauten.“

Türkei und Donaufürstenthümer.

Varna, 17. Oktbr. Der französische Staatsingenieur, Garnier, ist von dem Minister der öffentlichen Arbeiten in Paris beauftragt worden, Studien über die Anlage eines Eisenbahn-

weges zwischen hier und Rustschuk zu machen und seine Vorlagen dem Ministerium einzusenden.

Amerika.

Aus Mexiko berichtet der „Mexican Extraordinary" von fortgesetzter Verschwörung und Aufständen gegen die Regierung des Präsidenten Commonfort. In Acapulco war die Noth der Einwohnerschaft aufs höchste gestiegen. Korn war zwölf Mal so theuer als sonst in gewöhnlichen Zeiten. — Späteren telegraphischen Nachrichten aus Mexiko zufolge hatte die Regierung die Zahlungen auf das Zollamt von Vera-Cruz eingestellt, und wurde gleichzeitig, um den Schatz zu füllen, eine große Masse der konfiszirten Kirchengüter versteigert.

Mexiko, 20. Okt. Die englische Gesandtschaft ist in Folge des Zwistes zwischen England und der mexikanischen Regierung geschlossen worden. Der englische Geschäftsträger hat sich nach Tacubaya zurückgezogen, wo er weitere Instruktionen abwarten will. Gleichzeitig bereiteten die englischen Geschwader sich vor, nöthigenfalls im Golf und an den Westküsten von Mexiko zu operiren.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 29. Okt. Heute Vormittags begann beim hiesigen Kreisgerichte l/J. eine Verhandlung gegen den ehemaligen Kaufmann Ed. Adalb. Ruprecht aus Oettingen wegen ausgezeichneten Betrugs 2. Grades und Urkundenfälschung. Die Verhandlung wird jedenfalls mehrere Tage andauern, da die Anschuldigung auf 7 Verbrechen gerichtet ist. Die Vertheidigung führt der kgl. Advokat Dr. Völk aus Friedberg. Der Beschuldigte machte sich im Jahre 1840 in Oettingen als Eisenhändler ansässig, allein schon im Jahre 1842 mußte er mit seinen Gläubigern ein Arrangement treffen, welches jedoch im Jahre 1847 in eine förmliche Gant ausbrach und damit endete, daß die Gläubiger bloß 20 pZt. von ihrem Guthaben erhielten. Im Jahre 1849 pachtete der Beschuldigte hier ein Priechlerrecht und bereits im Jahr 1851 brach neuerlich die Gant aus, bei welcher Gelegenheit der Beschuldigte seinen 60 Gläubigern wieder 20 pZt. anbieten ließ. Es wurden auch hierdurch die Mehrzahl der Gläubiger befriedigt, jedoch nicht alle. Die Anschuldigung ging nun dahin, daß er diesen seinen Gläubigern seine Gant in Oettingen und hier verheimlicht und sie bewogen habe, ihm Waare zuzusenden, welche er voraussichtlich nicht bezahlen konnte. Auch einen Wechsel soll er gefälscht haben. Die Ausstellung dieses Wechsels stellt Ruprecht zwar in Abrede und will er nur die Adresse darauf geschrieben haben. Allein Sachverständige erklärten, daß der Wortlaut des Wechsels und der Adresse von einer und derselben Hand herrühren. Die Beschädigungssumme ist nach Abzug der vorhandenen Aktiva über 2400 fl.. Der Beschuldigte gab in heutiger Verhandlung an, daß er keineswegs die Absicht gehabt habe, die Handlungshäuser, von denen er Waare bestellte, zu betrügen, an dem schlechten Gang seines Geschäftes sey nicht er, sondern die Zeitverhältnisse Schuld gewesen, er habe die redlichsten Absichten gehabt. Der Staatsanwalt stellte den Antrag, den Angeklagten 7 Verbrechen des gesetzlich ausgezeichneten Betrugs 2. Grades und eines Verbrechens der Privaturkundenfälschung für schuldig zu sprechen und zur höchsten Strafe, zu 8 Jahren Arbeitshaus, zu verurtheilen. Der Vertheidiger plaidirte auf Freisprechung, sein eventueller Antrag geht auf 4 Jahre Festungsstrafe. Das Urtheil wird morgen Vormittags 11 Uhr publizirt.

Ueber das Erdbeben, welches am 12. Oktbr. das Ostbecken des Mittelmeer-Gestades heimsuchte, hören wir noch folgendes Nähere: In Korfu war das Erbeben ziemlich heftig. Es erfolgten drei Stöße nach einander in der Dauer von 70 Sekunden. Die Luft war schwül. Die Kirchenglocken fingen an, von selbst zu läuten. Viele Einwohner verließen das Bett und flüchteten auf die Esplanade. Das Erdbeben ging jedoch, bis auf ein Landhaus, welches zusammenstürzte, und Risse in einigen Stadthäusern, ohne Schaden vorüber. Auch in Valona und in Santa Maura wurde die Erschütterung verspürt. Dem „Impartial de Smyrna" vom 16. Okt. zufolge dauerte das Erbeben dort neunzig Sekunden, doch kamen die Bewohner mit dem Schrecken davon. Dagegen wurden auf der Insel Rhodus über hundert Häuser zerstört und sehr viele andere bekamen Risse. Auch eine Moschee und ein Theil des berühmten rhodiser Thurmes stürzte ein. Namentlich litt das Dorf Trianda, wo auch bedeutende Verluste von Menschenleben zu beklagen seyn sollen. Nach den neuesten Nachrichten aus der Levante drohen die Festungswerke auf Rhodus in Folge des Erdbebens den Einsturz, und man befürchtet sogar, daß das Fort Sta. Anna in seinem Sturze den Eingang in den Hafen versperren möchte. Auch auf allen benachbarten Inseln wurde das Erdbeben verspürt. Auf Syra dauerte die Bewegung 40 Sekunden. Auch auf der Insel Sicilien wurde zu Syrakus ein Stoß verspürt, doch richtete derselbe dort keinen Schaden an. Dagegen hat Gran Michele bei Palermo sehr gelitten, und es sind daselbst auch mehrere Menschenopfer zu beklagen. Der Aetna, der seit zwei Monaten sehr ruhig war, fing am Tage des Erdbebens an, dicke Rauchwolken auszustoßen. Der „Times" wird aus Neapel, 20. Okt. geschrieben: „Ich erhalte täglich aus verschiedenen Theilen des Landes neue Nachrichten über das jüngst stattgehabte Erdbeben. Zu Brindisi war die Bestürzung der Bewohner so groß, daß einige sich in Booten auf die See flüchteten und viele andere drei Tage lang unter Zelten kampirten. Die massiven Gefängnißmauern wurden so stark erschüttert und erhielten sogar Risse, daß man fürchtete, die Gefangenen möchten entspringen. In der Nacht vom Donnerstag, 16., ward wiederum ein Erdstoß zu Sessa, nicht weit von Neapel, verspürt. Derselbe war so heftig, daß alle Einwohner ihre Häuser verließen."

Paris, 28. Okt. Der gestern Abend stattgehabte zweite Versuch mit dem elektrischen Lichte fiel sehr befriedigend aus. Die Avenue de l'Imperatrice und jene nach Neuilly waren weithin tageshell erleuchtet.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 31. Oktober. Die flauere Stimmung von gestern machte sich auch heute bemerkbar und waren bei nicht belangreichem Geschäft die Kurse ohne große Veränderung, nur Livorno-Florenz war begehrter.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 77 5/8 P. 77 3/8 G. 5pCt Lombard-Ven. 87 P. 86 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/8 P. 75 5/8 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 66 1/2 P. 65 G.; à 4pCt. 59 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/8 P. —— G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 81 3/4 P. —— G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 89 1/2 P. 89 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/2 P. 101 1/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 90 1/4 G.; à 4pCt. 99 P. 95 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 102 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 89 3/4 P. 89 1/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 1/2 P. 37 1/4 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 5/16 P. 23 3/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien n. D. alte 1172 P. 1167 G. Neue Bankaktien 285 P. — G. Credit-Actien à 5pCt. 166 1/2 P. 161 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 366 P. 364 G.; junge 325 P. 323 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 507 P. 502 G. Mitteldeutsche Creditbank 101 3/4 P. 101 1/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 106 P. 105 1/2 G. Frankf. Bankaktien 112 1/2 P. 112 G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 495 P. 490 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 545 P. 540 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 235 P. 233 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 139 P. 138 1/2 G. Neustadt-Weissenb. 103 P. 102 1/2 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/4 P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 5pCt. 79 1/2 P. 79 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 1/2 P. 93 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von **1839** 115 P. 114 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 99 1/8 P. 98 5/8 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/8 P. 112 1/2 G. Badische fl. **35** Loose von 1845 48 P. 47 1/2 G. Darmst. Loose à fl. **50** 116 3/8 P. 115 7/8 G. à fl. **25** 34 1/4 P. — G. Kurh. **40** Thaler-Loose b. R. 39 P. 38 1/2 G. Nass. Loose à fl. **25** 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 P. 99 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119 3/4 G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. —— G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 3/4 P. —— G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. kS 96 5/8 P. — G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88 3/4 P. 88 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.

Lond. Lst. 10 k.S. 117 5/8 P. 117 3/8 G.
Mail. i. S. Lr. 250 k.S. 99 5/8 P. 99 3/8 G.
Paris Frs. 200 k.S 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S — P. — G.
Wien fl. 100 C. k S. 111 1/2 P. 111 1/4 G.
Wien 3 M. mit 4% 111 1/4 P. 110 G.
Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

** München, 30. Oktober. (Privat-Korrespondenz.) Morgen wird sich Se. Maj. König Max von der Ruß aus und Se. Maj. der König von Griechenland von hier aus nach Tölz begeben, woselbst sich beide königl. Brüder verabschieden, da die Abreise des Königs Otto am nächsten Dinstag erfolgt. — Die auf den 3. Novbr. einberufenen Gesetzgebungsausschüsse sind in folgender Weise zusammengesetzt: Der Ausschuß der Kammer der Reichsräthe aus den HH Reichsräthen Graf Reigersberg (Vorstand), v. Niethammer, v. Maurer, Frhr. v. Freyberg, Prof. v. Bayer, Dr. v. Harleß und Fürst Hohenlohe. Der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten aus den Abgg. Graf Hegnenberg (Vorstand), Prof. Dr. Weis, Prof. Dr. Edel, Dr. Paur, Frhr. v. Lerchenfeld, Dr. Barth, Boje und Wiedenhofer. Die Sitzungen der Ausschüsse werden wahrscheinlich durch den k. Staatsminister der Justiz eröffnet werden. Die Ausschüsse werden zuerst die bereits vorliegenden Strafgesetzbuch- und Polizeistrafgesetzbuch-Entwürfe gesondert, und dann in gemeinschaftlicher Sitzung berathen; die Schlußabstimmung erfolgt aber dann wieder getrennt in jedem Ausschusse.

(Dienstes-Nachrichten der kgl. bayerischen Postanstalten.)

Ernannt wurden zu Assistenten: die Accessisten Gg. Carl Baumgärtner in Hof, Jos. Kramer in Würzburg, und Simon Wahler bei der oberfränkischen Bahnpost; dann die geprüften Rechtspraktikanten J. B. Köhne in Kempten und Bruno Wagner in Augsburg.

Versetzt wurden: die Assistenten F. Xav. Bernklau von München nach Amberg, E. Brater von Amberg nach Bamberg, J. Ebner von Bamberg nach München, A. Gebhardt vom Rechnungs- und Revisionsbureau zur Bahnpost im Bezirk Augsburg, F. Foringer von Hof zum Rechnungs- und Revisionsbureau und A. Dachs von der oberfränkischen Bahnpost nach München. (Verordnungsbl.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

(Entgegnung.) In Nr. 291 der „Neuen Würzburger Zeitung" findet sich ein Eingesandt, worin dessen Verfasser einestheils die bekannte Petition des Kitzinger Handelsstandes an Se. Maj. den König einer Kritik unterzieht, anderntheils seine Theorie und Praxis beim Eisenbahnbaue im Allgemeinen, sowie deren Anwendung auf die Ansbach-Würzburger Linie insbesondere der Oeffentlichkeit übergibt. — Die nachstehende Entgegnung soll bei Verfolgung des Zweckes, Irrthümer zu beseitigen und zur Klärung in dieser wichtigen Frage beizutragen, sich nur auf die Beleuchtung der in fraglichem Eingesandt hauptsächlich hervorgehobenen Momente beschränken. — Um die Reihenfolge des Eingesandt beizubehalten, soll 1) der kürzeste Weg eingeschlagen, dabei aber auch 2) die Richtung möglichst so genommen werden, daß viele gewerbtreibende kommerzielle Orte der Bahn einverleibt werden können, um dieselbe möglichst rentabel zu machen und den Geschäftsreisenden Gelegenheit zu geben, diese Orte zu besuchen.

Die Strecke von Marktbreit über Ochsenfurt nach Würzburg beträgt 5¾ Poststunden, die von Marktbreit über Kitzingen bis zur Rottendorfer Krümmung 6 Poststunden; ist wohl der Unterschied von höchstens ¼ Stunde bedeutend genug, um alle anderen Rücksichten in den Hintergrund zu drängen? Der Verfasser des Eingesandt gibt selbst durch Annahme des in Abschnitt 2 ausgesprochenen Prinzips zu erkennen, daß auf die kleine Differenz kein zu großer Werth zu legen sey. Es wird auch sicherlich Niemand geben, der die Richtigkeit dieses Prinzips bestreiten könnte, und es ist deßhalb um so mehr zu verwundern, daß der Verfasser des „Eingesandt" dem handeltreibenden Kitzingen mit dem Komplexe von 15 bis 20 in unmittelbarer Verbindung stehenden Handelsstädtchen und Ortschaften so wenig Berücksichtigung gegenüber dem Handel der jenseitigen Strecke angedeihen läßt und z. B. den Weinhandel in Heidingsfeld (dessen Thätigkeit Niemand verkennt) rühmend anführt, ohne aber der circa 30 Weinhandlungen und der bedeutenden Versandtbrauereien Kitzingens, ohne auch des starken Handels zu gedenken, welcher in Kitzingens Umgegend von thätigen Häusern getrieben wird, die ihre Güter sämmtlich in Kitzingen zur Verladung zu bringen angewiesen sind. — Der Fruchthandel Ochsenfurts ist ohne Zweifel ein bedeutender; wird derselbe aber, wenn er nicht nothgedrungen ist, den Wasserweg verlassen? Die Erfahrung spricht wenigstens dagegen; haben doch im vorigen Jahre rheinische Käufer selbst mit bedeutender Frachtzulage Schiffe gesucht, um ihre Frucht an den Rhein zu schaffen, während die Bahn von Würzburg bis Mainz hätte benützt werden können, und wer sich dafür interessirt, kann täglich mit Getraide beladene Schiffe von dem, eine Hauptbahnstation besitzenden Schweinfurt kommend, zu Thal fahren sehen. — Wer sich dagegen überzeugen will, welche Güter Kitzingen der Eisenbahn übergibt, der kann sich diese Ueberzeugung in Würzburg wie in Seligenstadt am besten verschaffen.

Nach Abschnitt 3 des Eingesandt muß auf Terrainverhältnisse Rücksicht genommen werden, damit der Bau am wenigsten kostspielig und in kürzester Zeit hergestellt werde. — Kitzingen hat wahrlich nichts weiter zu wünschen, als daß dieser Grundsatz eine Wahrheit werde. — Sollte dem Einsender der Weg zwischen Würzburg und Kitzingen so wenig bekannt seyn? Ohne dem Ausspruche der hierzu berufen werdenden Techniker vorgreifen zu wollen, bedarf auch jeder Laie nur der einfachsten Terrainkenntniß, um zu wissen, daß der sich im Thale von Repperndorf nach Biebelrieth ziehende Weg eben so wenig wie jener von Buchbrunn bis zum sogenannten Käserhölzchen Schwierigkeiten bietet, am allerwenigsten aber kostspielige Durchstiche oder gar Tunnels (!) erfordern würde. — Von den auf der Ochsenfurt-Heidingsfelder Route befindlichen, den Ueberschwemmungen ausgesetzten Niederungen ist dagegen im Eingesandt eben so wenig zu lesen, als von den theueren Aufdämmungen und Uferbauten, welche die Einschlagung dieser Route bedingen würde. — Anzunehmen ist jedoch, daß man an entscheidender Stelle hierauf ein größeres Gewicht legen und hierbei den Grundsatz der Sparsamkeit mit der im Abschnitt 2 ausgesprochenen Rücksichtnahme auf kommerzielle, gewerbtreibende Orte vereinigen werde.

Es würde hierbei auch nur dem Inhalte des 4. Abschnittes, daß nämlich von selbstsüchtigen Zwecken nicht ausgegangen, d. h. nicht um eine Stadt zu begünstigen, das allgemeine Wohl bei Seite gesetzt werden darf — entsprochen werden. Abgesehen von den Verhältnissen des Handels hier und dort, die zur Genüge erörtert sind, ist, um dem letzten Abschnitte gemäß zu verfahren, wohl die Größe der zur Eisenbahnverbindung gelangen könnenden Bevölkerung zunächst zur Richtschnur zu nehmen. — Ohne Zweifel ist mindestens die Einwohnerzahl von Kitzingen, Marktsteft, Sulzfeld rc. dem Verfasser des Eingesandt soweit bekannt, daß derselbe wie jeder Andere das Uebergewicht auf dieser Seite findet, nicht aber auf der Ochsenfurt-Heidingsfelder Route, auf welcher, wie wenigstens zu schließen ist, die Personenfrequenz nicht stark genug war, als daß dieselbe die in den letzten Jahren bestandene Dampfschiffahrtsverbindung zwischen Marktbreit und Würzburg hätte genügend unterstützen können.

Daß die Richtung und Mündung der projektirten badischen und württembergischen Bahnen in Betracht gezogen zu werden verdient, muß Jeder einsehen; Niemand aber wird glauben können, daß die kgl. Staatsregierung, welcher das Wohl aller Landestheile am Herzen liegt, aus Rücksicht auf die Verbindung mit diesen Bahnen eine so zahlreiche, gewerbthätige und intellektuelle Bevölkerung, wie diejenige von Kitzingen und Umgegend gänzlich und für immer aus dem Eisenbahnnetze auszuschließen gedenkt.

Der Wunsch des Verfassers, Kitzingen möge durch eine Zweigbahn über Marktsteft mit der Hauptbahn verbunden und dadurch der kostspielige Brückenbau bei Marktsteft beseitigt werden, kann schwerlich ein ernsthafter seyn; man würde hierbei um einen Gulden zu ersparen, drei Gulden zum Opfer bringen. — Was schließlich die Adresse des Kitzinger Handelsstandes an Se. Maj. den König betrifft, welche der Verfasser des Eingesandt in einzelnen Theilen unpassend findet — was vielleicht auf einem Mißverständniß oder auf Unkenntniß der von Kitzingen anfänglich gemachten Schritte beruht — so wird der Handelsstand dieselbe ohne Zweifel verantworten können. Daß Würzburg der Knotenpunkt der durch Unterfranken führenden Bahnen ist und bleiben muß, ist selbstverständlich und steht daher der Ausdruck „Sonder-Interessen" mit dem Bestreben dieser Stadt in keiner Verbindung; keinesfalls kann aber dem Handelsstande Kitzingens Selbstsucht dann zur Last gelegt werden, wenn man weiß, daß dieser der Erste war, welcher dem Handelsstande der Nachbarstadt Marktbreit die Hand zu freundschaftlicher Einigung und gemeinsamen Wirken geboten hat, wogegen der Letztere, nach längerer, wenigstens scheinbaren Unentschiedenheit, schließlich gegen Kitzingen zu operiren sich veranlaßt fand.

Kitzingen, den 28. Oktober 1856.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."

Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 305. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 2. November 1856.

Die Einstellung gewerblicher Arbeiten am Sonntag.

(Aus der „Gemeinnützigen Wochenschrift".)

Je mehr man von vielen Seiten, und gerade von solchen Gewerbsmeistern über das sogenannte Blaumontagmachen klagen hört, welche am meisten ihre Arbeiter zur Sonntagsarbeit veranlassen, um so wichtiger dürfte es erscheinen, darauf aufmerksam zu machen, wie gerade in der Vernachlässigung des gesetzlichen Ruhetages dies verderbliche Unwesen des Blaumontagmachens seine theilweise Veranlassung findet.

In diesem Sinne beleuchtet das Württemberger Gewerbeblatt in Nr. 39 in Folgendem diesen Gegenstand sehr richtig und zeitgemäß: Die Einstellung gewerblicher Arbeiten am Sonntag ist in sehr industriellen Ländern, in England, in den vereinigten Staaten ꝛc. durchgeführt, und zwar keineswegs zum Nachtheil des Geschäfts-Umsatzes und des Arbeits-Verdienstes, sondern vielmehr zum Nutzen des materiellen Wohles. Sprüchwörtlich ist die Strenge der Sonntagsfeier in England, wo doch der Satz „Zeit ist Geld" Jeglichem bekannt ist und allenthalben in Geltung steht, wo Sinn für Handel und Industrie, und Einsicht in dieselben alle Schichten der Gesellschaft durchdringt, wo Fabrikation und Handel eine so große Ausbildung erlangt hat, und jährlich enorme Massen von Fabrikaten aller Art erzeugt, die größten Summen im Welthandel umgesetzt werden.

Würde das Arbeiten am Sonntag im Interesse der Geschäfte seyn, so hätte bei einem so industriösen Volke die Gesetzgebung wohl kaum eine so strenge Sonntagsfeier einzuführen und zu erhalten vermocht. Die Einsicht, daß ein Tag der Ruhe und Erholung von der Anstrengung der Arbeit für Körper und Geist erforderlich ist, daß nach einem so gefeierten Sonntag die Arbeit der übrigen 6 Tage mehr Werth hat, als die Arbeit von 7 Tagen ohne gehörigen Ruhetag, und daß es um der Ordnung des Ganzen willen nothwendig ist, daß dieser Ruhetag an einem gesetzlichen Tage von Allen beobachtet werde, übt einen wesentlichen Einfluß auf die Einhaltung der Sonntagsfeier aus. Die Arbeit ruht, und die sogenannten pressanten Fälle, welche die Arbeit über den Sonntag ausdehnen könnten, kennt man nicht mehr, dagegen findet man auch kein Blaumontagmachen. Ohne Einhaltung der Sonntagsfeier hört das Blaumontagmachen nicht auf, da eben die durch Sonntagsarbeit entgangene Erholung an einem andern Tage nachzuholen gesucht wird.

Je mehr bei uns der Sinn für die Industrie sich ausbildet und der Gewerbestand zu höherer Leistung sich emporschwingt, um so mehr läßt sich auch bei uns eine Abnahme der Sonntagsarbeit bei den Gewerben beobachten, und zwar auch bei manchen Gewerben, welche für Bekleidung arbeiten und der Versuchung zur Sonntagsarbeit am meisten ausgesetzt sind; die Erfahrung solcher Meister spricht sich dahin aus, daß die Anfangs gehabte Befürchtung, es möchte durch Aufgeben der Sonntagsarbeit dem Gewerbe Nachtheil erwachsen und mancher Kunde es übel aufnehmen, wenn ihm die Arbeit nicht auf den Sonntag geliefert werde, keineswegs gegründet gewesen sey, daß vielmehr die überwiegende Mehrzahl der Kunden die eingeführte Ordnung billige, und auch solche, welche Gegenstände wünschen, zu deren sofortiger schneller Anfertigung Sonntagsarbeit erforderlich wäre, auf Vorhalt der Gründe sich mit dem durch Aussetzung der Arbeit am Sonntage entstehenden kleinen Verzug einverstanden erklärten; das Blaumontagmachen ist dagegen in diesen Werkstätten streng verpönt. Bei dieser Sonntagsfeier wird nach Aeußerung der Meister keineswegs weniger gearbeitet als vorher, vielmehr sey die Arbeit viel geregelter, gebe rascher und die neue Ordnung sey dem Geschäfte nur förderlich.

Immerhin ist aber die Einstellung der Sonntagsarbeit bei uns noch nicht in dem Maße durchgeführt, daß das Blaumontagmachen allenthalben aufgehört hätte; es wäre aber gewiß von Werth für die Gewerbe, wenn das Ruhen aller Arbeit am Sonntage in immer mehr Werkstätten eingeführt und als allgemeine Geschäftsordnung angenommen würde.

Eine würdige Aufgabe der Gewerbevereine ist es, auf die Einstellung des Arbeitens am Sonntag in allen Werkstätten hinzuwirken und dadurch einen Beweis zu liefern, daß man auf energisches Arbeiten im Laufe der Woche etwas halte, und daß der rechte industrielle Sinn in ihrem Bezirke eingekehrt sey.

Deutscher Bund.

Aus Thüringen, 26. Oktbr. wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Nach einer neuen Zusatzbestimmung zu dem bekannten Gothaer Vertrage müssen eheliche Kinder von dem Staat, welchem zur Zeit ihrer Geburt der Vater als Unterthan angehörte, „ auch dann, wenn nach der innern Gesetzgebung dieses Staates die Unterthanenschaft des Vaters auf die Kinder nicht übergegangen seyn sollte, eben so übernommen werden als ob dieselben durch die Geburt die Unterthanenschaft des Vaters erworben hätten."" Die kgl. bayerische Regierung ist jedoch dieser Vereinbarung nicht beigetreten."

Preußen. Berlin, 20. Oktbr. Die „N. Pr. Ztg." spricht sich sehr entschieden gegen diejenigen der jüngsten Ehrenpromotionen in Greifswald aus, „bei denen Niemand des Gedankens an eine Opposition gegen Sr. Majestät Regierung sich entschlagen könne." Unter den Promovirten der philosophischen Fakultät solle sich sogar ein Doktor befinden, „der im Jahr 1848 als entschiedener Demokrat aufgetreten und in Folge dessen zur gerichtlichen Untersuchung gezogen worden sey ꝛc."

Württemberg. Göppingen, 28. Oktober. Der längere Zeit hier wohnhaft gewesene politische Schriftsteller Gustav Diezel ist kürzlich nach Wien übergesiedelt, um dort die Redaktion einer Zeitung zu übernehmen. (Diezel mit seinen Grundsätzen in Wien!)

Baden. Bruchsal, 29. Okt. In würdiger Weise hat heute Vormittag die feierliche Enthüllung des Denkmals für den verewigten Staatsrath Bekk stattgefunden.

Kurhessen. Aus Kurhessen, 27. Oktbr. Die Verfassungsangelegenheit wird nun demnächst zum zweiten und wahrscheinlich letzten Male vor unsere Kammern gebracht werden, ohne daß auch nach der anderweiten Berathung der Ausschüsse die Hauptdifferenzpunkte gelöst wären. Ich theile Ihnen zur Orientirung dieselben kürzlich mit: Die Regierung will Kompetenzstreitigkeiten von einem hierzu eigens eingesetzten aus administrativen und Justizbeamten bestehenden Gerichtshof entschieden haben, die Verfassungsausschüsse beider Kammern wollen hierüber die Justizbehörde selbst entscheiden lassen; die Regierung will die Abänderung von Gesetzen nicht ausdrücklich an die ständische Zustimmung knüpfen, um für diejenigen Bestimmungen der Gesetze, welche auch im Verordnungswege erlassen werden können, freiere Hand zu haben, und demgemäß den §. 75 der Verfassung formulirt haben; die ständischen Ausschüsse erachten dieses nicht für nothwendig. Die Regierung verlangt eine Verfassungsbestimmung, vermöge deren über die Verwendung des im Jahre 1831 zwischen der Kabinetskasse und der Staatskasse getheilten Kapitalvermögens eine andere Regulirung bewirkt werden soll; die ständischen Ausschüsse wollen diese nur für Feststellung der Hofdotation zulassen; die Regierung will endlich die Zulässigkeit von Steuerbewilligungen ohne Zeitbeschränkung nicht verfassungsmäßig festgestellt haben, was die ständischen Ausschüsse aber beanspruchen. (H. N.)

Luxemburg. Luxemburg, 28. Okt. Die Kommission, welche dem Prinzen Heinrich die Antwort auf die Thronrede überreichte, ward am 26. Okt. Morgens empfangen. Die Antwort des Prinzen lautete:

„Meine Herren! Da ich die Luxemburger nie getäuscht habe, so kann ich Ihnen den peinlichen Eindruck nicht verbergen, den die eben verlesene Antwort der Abgeordnetenkammer auf mich macht. Obgleich durch eine falsche Würdigung und Auslegung der loyalen und offenen im Namen des Souveräns gemachten Vorlagen und mit Hülfe von falschen und lügnerischen Gerüchten eine Mehrheit für diese Antwort gewonnen ist, habe ich doch eine zu gute Meinung von dem gesunden Sinn und dem geraden Verstande der Luxemburger, um nicht zu glauben, daß, wenn sie stolz sind auf die Freiheiten und Garantien, die sie der Weisheit ihrer Fürsten verdanken, sie die Loyalität und den Muth haben werden, in Allem die Rechte und unverjährbaren Prärogative des Souveräns aufrecht zu halten und zu achten, die ihm durch die Verträge und die Fundamentalakte, denen das Großherzogthum Luxemburg sein Bestehen verdankt, verbürgt sind. Ich protestire förmlich gegen den hinterlistigen Inhalt dieser Antwort; denn nie hat das Haus Oranien die Freiheiten der Völker, über welche es herrscht, zu unterdrücken oder sie einer Regierungsweise zu unterwerfen gesucht, die ihren Sitten und ihrem Bildungsgrade entgegen wäre. Ich wäre des Vertrauens des Königs-Großherzogs und desjenigen, das man mir mit so vielem Wohlwollen bis auf diesen Tag erwiesen hat, nicht würdig, wenn ich eine andere Sprache führte. Auch beauftrage ich Sie, meine Herren, den Mitgliedern der Abgeordnetenkammer meine Worte zu berichten, da ich wünsche, daß dieselben so schnell wie möglich zur Kenntniß Ihrer intelligenten Bevölkerungen gelangen."

Nachdem der Prinz diese Antwort schriftlich dem Präsidenten der Kammer übergeben hatte, setzte er hinzu:

„Herr Präsident, ich mache Sie persönlich — denn der Augenblick ist äußerst ernst — dafür verantwortlich, daß meine Entgegnung wortgetreu, und auf das schleunigste den Herren Abgeordneten mitgetheilt werde, aber genau und vollständig, und daß sie Jedem im Lande, der seinen gesunden Menschenverstand besitzt, bekannt werde."

Aus der Rede des Prinzen geht hervor, daß die Ausdrücke von Mißtrauen und Tadel, die sich in der Adresse befinden und von der Kammer gegen das Ministerium gerichtet sind, dem Prinzen so gedeutet worden, als bezögen sie sich auf die Krone. Eine solche Ansicht kann schon dann nicht Stich halten, wenn man bloß bedenkt, daß der Kammerpräsident, Baron v. Tornaco, der am eifrigsten auf die energische Abfassung der Adresse drang, zu einer Zeit Leben und Vermögen für das Haus Oranien auf das Spiel setzte, wo mehrere der heutigen Minister die Waffen gegen ihren rechtmäßigen Herrscher erhoben hatten. Heute Morgen wurde die Antwort der Kammer mitgetheilt und brachte eine ungeheure, übrigens aber leicht erklärliche Sensation hervor. Sogleich traten eine Menge Mitglieder zusammen und unterzeichneten einen Antrag, der dahin ging, der Regierung zu erklären, sie habe das Vertrauen der Kammer verloren, da es aus der vorliegenden Antwort hervorgehe, daß sie die Krone irregeführt. Die Regierungsmitglieder erklärten, nicht verantwortlich zu seyn für die Rede des Prinzen; sie erklärten, dieselbe nicht inspirirt und nicht veranlaßt und auch die Krone nicht über die Absichten der Kammer irregeführt zu haben; sie erklärten ferner, daß sie auf der Ministerbank selbst dann würden sitzen bleiben, wenn ihnen das Mißtrauensvotum oktroyirt werde. Und dies wurde ihnen nach einer mehrstündigen Debatte, in der sich die Minister gerade nicht durch kaltes Blut und Mäßigung auszeichneten, dann auch zu Theil, und zwar mit 27 gegen 12 Stimmen. Die Kammer hat sich, damit inzwischen die Krone ihre Maßregeln treffe, darauf bis zum 19. November vertagt. (Köln. Z.)

Oesterreich. Wien, 28. Oktober. Der Kaiser hat einem Vereine von Gutsbesitzern und Kapitalisten die Konzession zum Baue und Betriebe einer Lokomotiv-Eisenbahn von der südlichen Staatsbahn bei Marburg über Klagenfurt, Villach, Lienz, Bruneken zur Einmündung in die Tyroler Bahn, dann einer Flügelbahn von Villach an die von Verona nach Triest führende Eisenbahn ertheilt. An der Spitze des Vereins stehen der Feldzeugmeister Graf Thun, der Bankdirektor Dr. Pipitz 2c. Das Anlagekapital ist auf 62 Millionen Gulden berechnet, von denen der Staat 5 pCt. Interessen garantirt.

Großbritannien.

Sir Robert Peel, welcher der außerordentlichen englischen Gesandtschaft zur Moskauer Krönungsfeier beigegeben war, hat bei einem Milizbanket in Stafford seine russischen Reiseeindrücke mit einer Zwanglosigkeit zum Besten gegeben, die man von einem Admiralitätslord kaum erwarten sollte. So bemerkte er, daß Lord Granvilles Haltung in Moskau sehr vortheilhaft abstach gegen das Benehmen eines andern Gesandten (Morny's), der den russ. Hof über die wahren Gesinnungen des Abendlandes zu täuschen bemüht schien. Sir Robert Peel erklärte, er wünsche, aber hoffe kaum, daß der Friede von Dauer seyn werde; Europa stehe am Rande eines Kraters, und ein vulkanischer Ausbruch könne jeden Augenblick erfolgen; zu den brennenden Fragen gehören Neapel und die Donaufürstenthümer. Sir Robert erzählte ferner, daß er bei einem Besuch Kronstadts über Sir C. Napier den Kopf schütteln mußte. Auch der tapfere Admiral habe Kronstadt besichtigt und als unangreifbar bewundert; das möge die Festung jetzt geworden seyn, aber zu Anfang des Krieges sey sie nichts weniger als uneinnehmbar gewesen. Am Bord des „Wladmir" habe es darüber nur Eine Meinung gegeben. Vom Großfürsten Konstantin bis zum kleinsten Schiffskadetten habe Jedermann versichert, daß Kronstadt in Staub gesunken wäre, hätte Sir Charles Napier nur die rechte Energie gezeigt.

Frankreich.

Paris, 29. Oktober. Der Kaiser, so erfahre ich aus guter Quelle, ist sowohl gegen die Bank als gegen den Credit Mobilier aufgebracht. Gegen erstere, weil die Klagen bis zu ihm gedrungen sind, und weil aus allen Erkundigungen hervorgeht, daß die vorhandene Krise nicht durch den Handel herbeigeführt ist, während die Schwierigkeiten, welche die Bank macht, zum Nutzen einiger Bankiers den Handel bedrücken. Dem Credit Mobilier will man nicht wohl, weil man ihm vorwirft, die Spekulationen überhetzt zu haben, und weil man in Zeiten der Noth auf seine Thätigkeit gerechnet hatte. Die Direktoren erinnern an die offizielle Verhinderung der Ausdehnung ihres Kapitals und setzen um so mehr Nachdruck hierauf, als man auch für die Bank kein wirksameres Mittel anzugeben wußte, als die Vermehrung ihres Gesellschafts-Kapitals.

Paris, 29. Oktober. Die hiesigen finanziellen Verhältnisse sind fortwährend sehr schlecht. Die Krisis greift bereits in alle Verhältnisse ein. Ich führe nur folgendes Beispiel an: „Einer meiner Bekannten wurde vor Kurzem zum Receveur particulier ernannt. Derselbe begab sich nach dem Staatsschatze, um die übliche Kaution zu leisten, und wollte, wie dies gewöhnlich geschieht, Renten hinterlegen. Man verweigerte aber deren Annahme und verlangte baares Geld. Der neue Receveur particulier begab sich nun nach der Bank, um sich das nöthige Geld auf 5000 Fr. Rente vorschießen zu lassen. Er erhielt dort die Antwort, daß man keine Darlehen mehr mache. Derselbe befindet sich nun in der größten Verlegenheit, und wenn er seine Rente nicht zu den jetzigen niedrigen Preisen losschlagen will, so kann er seine Kaution nicht stellen."

Paris, 30. Oktbr. Der heutige „Moniteur" wiederholt in seinen Spalten die Artikel der „Morning Post", des „Standard" und des „Morning Chronicle" vom 27. Oktober in Bezug auf die neuliche Note des „Moniteur" hinsichtlich der Verleumdungen der englischen Presse. (T.D.d.Köln.Ztg.)

* Ueber die Nordbahndiebstahls-Angelegenheit wird der „Gazette des Tribunaux" aus New-York, 15. Okt. geschrieben: „Als Parod in seiner Wohnung verhaftet wurde, fand man dort bekanntlich eine Frau, die sich Felicité Dubud zu nennen vorgab und seine Geliebte ist. Natürlicherweise mußte man in ihr eine Mitschuldige Parod's vermuthen und es wurde auf ihre Verhaftung mit den 3 Mitangeklagten angetragen. Carpentier ist, wie man weiß, flüchtig. Die Vertheidiger der Félicité Dubud wenden ein, daß sie nicht wie Parod und Grellet verhaftet werden könne, sohin die Verfügung des Richters, welche die Kaution für einstweilige Freilassung der Angeklagten auf 500,000 Doll. festgesetzt, auf sie keine Anwendung finden könne. Das amerikanische Gesetz sagen sie, gestattet die Verhaftung einer Frau in einer Zivil-Sache (die Kriminal-Sache ist noch gar nicht anhängig) nur dann, wenn es sich um eine Verletzung der Person, des Charakters oder des Eigenthums handelt. Félicité Dubud ist nicht in diesem Fall; denn das Prozeßverfahren und die Gesetzgebung machen einen großen Unterschied zwischen Verletzung des Eigenthums und der Handlung, dieses Eigenthum zu nehmen und darüber zu verfügen. Zur Bekräftigung dieser subtilen Unterscheidung berufen sie sich auf den Entscheid des obersten Gerichtshofs von New-York, welcher die gefängliche Einziehung einer Frau aufhob, die angeklagt war, ein Klavier genommen, behalten und verkauft zu haben. Die Advokaten der Herren Rothschild weisen den Vergleich zwischen dem angegebenen Falle und der Lage der Félicité Dubud zurück; sie behaupten, das Urtheil des obersten Gerichtshofs könne durchaus nicht maßgebend seyn und es sey schrecklich, wenn in einer so wichtigen Angelegenheit eine Frau, von ihrem Geschlechte geschützt, den Folgen der Mitschuld und dem sie treffenden theilweisen Schadenersatze entgehen könne. Der Richter Davis, welcher den Fall ernst und neu fand, vertagte den Urtheilsspruch.

Italien.

* Aus **Nizza** vom 26. wird berichtet: Heute früh um 6 Uhr kündigten die Kanonen des Fort von Montalbano an, daß das Schiff, an dessen Bord sich die **Kaiserin-Wittwe von Rußland** befindet, in Sicht sey. Um 9 Uhr 30 Minuten schiffte sich Ihre Majestät zu Villafranca aus, wo sie vom General-Intendanten der Division, vom Bürgermeister und dem Kommandanten der Nationalgarde empfangen wurde. Um 10 Uhr langte die Kaiserin in offener Kalesche in Nizza an, Prinz Eugen v. Carignan begleitete die Kaiserin, die sich in Mitte einer ungeheuren Menschenmenge nach der Villa Avigdor begab.

Rußland und Polen.

Der City-Artikel der „Times" enthält Folgendes: „Laut telegraphischen Depeschen aus **Petersburg** sind die Eisenbahn-Konzessionen einer französischen Gesellschaft auf 80 Jahre ertheilt worden. Die Bahnen sollen sich über ungefähr 2500 engl. Meilen erstrecken. Die von der Regierung festgesetzten Kosten betragen ungefähr 15,000 Pfd. auf die Meile unter Garantie von 4½ pCt., so wie außerdem ½ pCt. zum Behufe eines Amortisations-Fonds. Ob die französische Gesellschaft der Credit mobilier ist oder eine von dem Herrn v. Rothschild und anderen Kapitalisten gebildete Gesellschaft, wird nicht gesagt."

Asien.

In **Afghanistan** sind die Perser siegreich gewesen und haben die Umgebung von Herat besetzt. Es heißt, Rußland habe Persien die früher geforderten Entschädigungsgelder erlassen.
(T. D. d. K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Der „Berliner Börsen-Zeitung" wird aus **Gleiwitz** vom 28. Oktober berichtet: „Heute stand der Schachtmeister Joseph Franke unter der Anklage, an dem Morde der Fürstin v. Sulkowska theilgenommen zu haben (s. Nr. 301 d. Bl.), vor Gericht. Der Angeklagte erklärte auf die seine Identität betreffenden Fragen, er sey jetzt 37 Jahre alt und katholischer Religion. Sein Geburtsort ist Gleiwitz, woselbst er das Gymnasium bis Quarta besuchte. Nach seinem im fünfzehnten Lebensjahre erfolgten Abgange vom Gymnasium war er abwechselnd als Kanzlist bei dem Rechtsanwalt Dr. Weldemann in Ratibor, bei seinem Stiefvater und dann beim Bergfach in Tarnowitz und Ungarn beschäftigt. Später, in den Jahren 1844 und 1845, arbeitete er bei der oberschlesischen Eisenbahn in Krakau, heirathete auch dort, mußte aber wegen der im Jahre 1846 ausgebrochenen Revolution flüchtig werden. Hiernächst ging er nach Ungarn zur Preßburger Bahn, woselbst er sich jedoch nur fünf Monate aufhielt. Gegen Ende des Monats Januar 1848 kam er durch Vermittelung des Fürsten Maximilian v. Sulkowski als Sekretär in den Dienst des Grafen Kasimir Batthyanyi in Ungarn, ging im Juli als Werbungskommissär nach Wien und blieb dort bis zum 5. Oktober, wonächst er sich bei der ungarischen Revolution betheiligte und zuletzt bis zur Charge eines Majors bei der Infanterie unter Klapka avancirte. Nach der Uebergabe der Festung Komorn flüchtete er sich nach der Türkei. Gegen Ende des Jahres 1852 bis März 1855 stand er bei verschiedenen Gutsherren in Siebenbürgen in Diensten. Um seine Absicht, in die englische Fremdenlegion einzutreten, zu realisiren, schiffte er sich zu Varna nach England ein und reiste demnächst über Helgoland nach Hamburg. In Hamburg, woselbst er seine Schwägerin Flora Trzaskalik fand, erhielt er durch den englischen Werbungskommissär Kocielski, der ihm bereits von Person früher bekannt, einen auf den Namen Johann Trzaskalik lautenden Paß. Im November 1855 wurde er daselbst verhaftet. Bestraft ist er bereits wegen Diebstahls mit 3 Monaten Zuchthaus und wegen Betrugs mit 2 Thlrn. event. drei Tagen Gefängniß. Auch soll sich Franke bei seinem Aufenthalt in Ungarn wegen Hochverraths und Raubes in Untersuchung befunden und in Pesth verhaftet gewesen aber von dort ausgebrochen seyn. Zur Feststellung seiner Identität war vor einigen Tagen eine Kommission, bestehend aus einem Oberlandesgerichtsrath, einem Kapitän und einem Feldwebel, aus Ungarn hier und recognoscirte ihn. Er stellte in Abrede, je in Pesth verhaftet gewesen zu seyn. Nach Vorhaltung der Anklage erklärte sich der Angeklagte für nicht schuldig und bemerkte insbesondere, daß er den Tod der verwittweten Fürstin v. Sulkowska erst in Presburg durch einen Zeitungsartikel erfahren habe. Mit dem Fürsten M. v. Sulkowski sey er durch seine Schwägerin Flora Trzaskalik, welche mit Jenem ein vertrautes Verhältniß unterhalten, bekannt geworden. Erst bei seinem Aufenthalt in Hamburg habe er durch seine Schwägerin Flora von der gegen Obst und gegen ihn selbst eingeleiteten Untersuchung Kenntniß erhalten. Im Uebrigen behauptete der Angeklagte zur Zeit der Vorbereitung und der Ausführung des Mordes nicht am Orte der That, sondern bereits seit Ende Januar 1848 in Wien resp. Preßburg gelebt zu haben. Mit Rücksicht auf diese Behauptung beantragte die Vertheidigung, Auskunft der Polizei in Wien einzuholen, insbesondere die Fremdenbücher derjenigen Gasthöfe vorlegen zu lassen, in denen angeblich der Angeklagte gewohnt. Der diesfällige Beweis wurde indessen durch Beschluß des Gerichtshofs wegen Unzulänglichkeit ausgesetzt. Unter diesen Umständen wurde demnächst mit der Vernehmung der Zeugen vorgegangen."

Aus London vom 21. Oktober schreibt man der National-Zeitung: Ein gelungener Versuch wurde dieser Tage mit einem neuen **Tauchapparat** unter der Leitung des Erfinders, eines Franzosen Danduron, in der Themse gemacht. Derselbe besteht aus einem kupfernen Helm mit Fenstern, der etwa die Gestalt eines halbgeöffneten Regenschirms hat. Unter ihm hängt ein Sattel von Blei, auf dem der Taucher sitzt, anstatt der alten Rüstung mit einem leichten wasserdichten Anzuge bekleidet. Durch den Schirm geht eine starke Röhre von Gutta-Percha, deren beide Enden über das Wasser hervorragen. Sie ist so angebracht, daß der Taucher sie gerade vor seinem Munde hat. Indem er seinen Mund daranlegt, kann er aus ihr durch eine Anzahl feiner Löcher Athem schöpfen. Vor dem einen Ende ist ein kleines Gebläse angebracht. Die Vorzüge dieses Apparats bestehen darin, daß er viel tiefer als die Taucherglocke herabgelassen werden kann, ohne das Athmen durch die Kompression der Luft zu erschweren, daß der Taucher sich viel freier bewegen kann, als in einer Rüstung, und daß die Röhre als Sprachrohr dient."

In **Alexandria** wurden am 12. Oktbr. um 3 Uhr Nachts drei Erdstöße verspürt, von denen einer 55 Sekunden währte. Die komischsten Fluchtscenen kamen vor, namentlich unter den Europäern, von denen einige in den Röcken ihrer Damen in's Freie eilten, während die Damen ihre Blößen mit Herrenkleidern deckten, und andere erschienen in dem bescheidenen Anzuge einer Schönheit, die jählings aus dem Schlummer aufgescheucht wurde. Unter deren, welche am meisten außer sich waren, erblickte man Mlle. Rachel, die sich bekanntlich ihrer Gesundheit halber den Winter über in Aegypten aufhält. Die Dörfer am Nil litten zum Theil stark. In Kairo sind drei Minarets und mehrere Häuser eingestürzt. (K. Z.)

* **Münchner Stadtbüchlein** von **Franz Trautmann** (München, Fleischmann 1857). Wer je einmal etwas von dem liebenswürdigen Münchner Dichter gelesen hat, weiß, was er zu erwarten hat. Jedes neue Buch ist ein neuer glücklicher Wurf. Beleg hiefür ist auch das neueste eben erschienene Werk, **Münchner Stadtbüchlein**: „drin viel froh und ernste Kunde aus längst vergangenen Jahren verlautet: von der Kaiserin **Uta**, der Einsiedlerin **Edigna** und **St. Heinrich** am Würmsee; nächst von der schönen **Pettenbeck Maria** und anderen schönen Jungfrauen, hinwieder von allerlei Herzogen, Grafen und Rittern, sonderlich von den Münchner Stadtfeinden, minder nicht vom **Herzog Ludwig dem Gebarteten** von wegen des Isar- und Neuhauserthor, letzt vom **Markt- oder Marienplatz** und sonst noch mehr — Geistlich und Weltlich aus Friedens- und Kriegszeiten." Das Büchlein ist in seinem gestalten- und farbenreichen Inhalt überall durch Geistes- und Gemüthsfrische herzerfreulich, in seiner Form bei aller geraden Wahrheit des Menschlichen dennoch lyrisch wirksam, weil die feinsten Saiten des Herzens in Anschlag kommen und lange die Töne nachklingen. Es ist aber auch ein Buch von bleibendem Werth in rein historischer und nebengehend sagenhafter Beziehung, an dem sich für alle Zeiten nicht nur jeder Bayer, sondern überhaupt jeder **Deutsche** laben kann und wird, welchem über den Materialismus der heutigen Zeit nicht alle Befähigung entschwunden ist, das Gute, das Schöne, oder Abenteuerliche, Weltliche und Religiöse alter Jahrhunderte in Anschauung und Gunst zu bringen. —d—

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 1. November. Mit Ausnahme von 1½pCt. Spanier waren beinahe sämmtliche Effekten bei sehr geringem Umsatz fester, besonders wurden österr. Kredit-Aktien, Staatsbahn und Bexbacher Eisenbahnaktien merklich höher bezahlt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1851 77¾P. 77½G. 5pCt Lombard-Ven. 87 P. 86½ G. Metall. alte à 5pCt. 75⅞P. 75⅜G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86½ P. 86 G.; à 4½pCt. 66½ P. 65 G.; à 4pCt. 59 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56½ P. 55 G. **Preussen.** 3½pCt. Staats-

schuldscheine 84¾ P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3½ pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt 95 P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94¼ G.; 4½ pCt. 100¾ P. 100¼ G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½ pCt. Obligationen b. R. 89½ P. 89¼ G.; 4½ pCt. 101½ P. 101¼ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½ pCt. 90¾ P. 90¼ G.; à 4pCt. 99¼ P. 98¾ G.; 4½ pC. 102 P. 101½ G. **Nassau.** Obligationen à 3½ pCt. 89½ P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 P. — G.; à 3½ pCt. 90 P. — — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37⅜ P. 37⅛ G.; 1¼ pCt. neue 23 3/16 P. 23 1/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificate 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien n. D. alte 1173 P. 1168 G. Neue Bankaktien — P. — G. Credit-Actien à 5pCt 168½ P 166½ G. Darmstädter Bankaktien alte 367 P. 365 G.; junge 326 P. 323 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 505 P. 500 G. Mitteldeutsche Creditbank 102 P. 101½ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 105¼ P. 105 G. Frankf. Bankaktien 113 P. 112½ G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 495 P. 487 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 557 P. 552 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 238½ P. 236½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 140⅝ P. 140⅛ G. Neustadt-Weissenb. 103 P. 102½ G. 4½ pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101⅜ P. 101⅛ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78½ P. 78 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93⅛ P. 93 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115¾ P. 115 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99¾ P. 99½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 113½ P. 112½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47½ G. Darmst. Loose à fl. 50 116⅜ P. — — G. à fl. 25 34¼ P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 P. 38½ G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Saed. Loose bei. G. Bethmann 43½ P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 P. 99¾ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117⅝ P. 117⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S. 120 P. 119¾ G.	Mail. i. S. Li. 250 k. S 99⅝ P 99⅜ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅜ P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S 93⅛ P. 92⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104¾ P. — — G.	Lyon Frs. 200 k S — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 96⅝ P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111⅜ P. 111⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88¾ P 88½ G.	Wien 3 M. mit 4% 111⅛ P. 110⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅝ P. 104⅜ G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Berlin, 28. Okt. Die seit Anfang dieses Monats herrschende Stille im Wollgeschäft hält noch immer an; man hört nur von wenigen Abschlüssen, doch halten sich die Preise bis jetzt noch ziemlich steif. Bei der noch entfernten neuen Schur und den nicht sehr belangreichen Vorräthen von Wolle und der reduzirten Auswahl in guten Tuchwollen ist ein Sinken der Wollpreise nicht zu erwarten. Nur in Kammwollen sind die Bestände noch ziemlich stark, und bieten besonders in den feineren Qualitäten eine große und schöne Auswahl dar. Lammwollen und Locken sind gänzlich aufgeräumt, und Vellwollen blieben sehr vernachlässigt. Von russischen Wollen, sowohl in Natur- als Fabrik-Wäsche, lagern hier einige Posten, die billiger sind, als man solche aus Rußland beziehen kann, daher wir von dorther nur wenig zu erwarten haben dürften. Alle diese Momente tragen nicht wenig zur Erhaltung der Preise bei, welche ganz unzweifelhaft einem starken Rückgang unterlegen hätten, wenn die Geldkrisis einige Monate früher eingetreten wäre. Wenn bis zur neuen Schur die finanzielle Krisis und ihre Folgen nicht ganz überwunden sind, wenn bis dahin die jetzt so erschütternden Kredit-Verhältnisse nicht einem neu belebten Vertrauen Raum gegeben haben, kann man der neuen Saison in Bezug auf die Preise kein günstiges Prognostikon stellen. Wenn schon bei ganz ruhigen Geschäftsverhältnissen, wie im Frühjahr dieses Jahres, wo Alles noch im besten Gange und voller Zuversicht auf die Zukunft war, der damalige Breslauer Wollmarkt bekanntlich auf eine bis dahin fast unerhörte Weise ins Stocken gerathen war, wenn ferner der Anfangs dieses Monats für dieselbe Stadt eingesetzte Herbstwollmarkt so wenig von Käufern besucht war, daß von der betreffenden Behörde nicht einmal der gewöhnlich veröffentlichte Wollbericht ausgegeben wurde, wie soll die jetzige Situation und die derselben angedrohenden Kalamitäten für die neue Schur eine fernere Preis-Steigerung voraussetzen lassen? Die vorliegende Frage reduzirt sich also darauf, ob die Wollpreise sich auf ihrer jetzigen Höhe erhalten, oder um wie viel sie, den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragend, von derselben herabsteigen werden.

Breslau, 25. Oktbr. Es hat sich diese Woche etwas mehr Leben für Zucker eingestellt und haben insbesondere in feinen Melissen belangreiche Umsätze stattgefunden. Zu notiren ist ff. Raffinade 21 Thaler, zweite Sorte Raffinade **20** Thlr., fein Melis **19** Thlr., Melis 18½ a 18 Thlr., Farin weiß 17⅔ a 17 Thlr., gelb 16½ a 15½ Thaler, braun 15 a 14 Thlr. nach den verschiedenen Qualitäten.

Magdeburg, 24. Okt. In Zuckern kleines Geschäft. Rohzuckern **12** a 12⅔ Thlr. pr. Ztr. für erste Produkte. Raffinirte Zuckern sind bei den wenigen Vorräthen zu den laufenden Preisen leicht verkäuflich, wir notiren für Raffinaden 18 a 18½ Thlr. pr. Ztr. Melis in Broden **17** a 17½ Thlr. exkl. Faß. Gemahlener Melis 16½ a 17½ Thlr. Rübensyrup a 1⅔ pr. Ztr.

Erfurt, 25. Okt. Oel. Im Rübölgeschäft ist es träge geblieben. Wegen Geldbedarf für den Martinitermin zeigten sich Inhaber zum Verkauf etwas williger und wurde mehreres a 17½ Rthlr. erlassen. Mohnöl eff. 18½ Rthlr. bez., auf Lieferung 18½ a 18 Rthlr. Gebot. Leinöl ab hier 16½ Rthlr. **2** Mon. — Weiße Bohnen **70** a **72** Rthlr.

Getraide.	Waizen	Roggen	Gerste	Hafer.
Vor 8 Tagen	76 a 85	58 a 60	43 a 48	23½ a 24½
Heute	76 a 84	56 a 59	44 a 48	23 a 24

Liverpool, 25. Okt. Zucker blieb lebhaft gefragt bei steigenden Preisen und der Markt schließt fest mit 6 d a 1 s. Avance. Von Brasil- wurden **11,000** S. von **29** a **31** s mit einer Ladung von **300** T. braunen Bahia-, nun an der Küste, zu **32** s gelandet, für einen Auffenhafen begeben. Havanna- **33** s 6 d. unverz. bezahlt.

Kaffee. Die Frage war gut und volle Preise durchgehends bewilligt. Rio- **42** a **46** s, Santos- **53** s bez.

Reis mäßig gefragt, Eigener aber fest und daher keine Werthänderung. Bengal- bolte 9 s 3 d für middl. Ballam-, 9 s 9 d für weißen Bruch-, 10 s 3 d a 11 s für low middl. to middl. und 13 s für gut weiß. Arrakan- 9 s 9 d für guten alten Rectansie begeben.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 306.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 3. November 1856.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 1. Novbr. In der Donnerstags-Bundestagssitzung wurde ein Antrag Preußens, Neuenburg betreffend, eingebracht, und an einen aus Oesterreich, Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden und Darmstadt gebildeten Ausschuß überwiesen, der sich heute für die preußischen Anträge ausgesprochen hat. (T.D.d.Allg.Ztg.)

Bayern. München, 31. Oktbr. Gestern Vormittag beehrte König Ludwig das katholische Gesellenhaus mit einem dreiviertelstündigen Besuch.

Se. Maj. der König haben das Dienstestauschgesuch der Unterlieutenants Ant. Behr vom Inf. Leib-Reg. und Ed. Redenbacher vom 7. Inf.-Reg. genehmigt; dem Unterlieutenant Max. Wetzger vom 6. Jäger-Bat. die Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Unterapotheker 2. Klasse K. Schmid von der Militärrechnungskammer zur Kommandantschaft Nürnberg, die Unterapotheker 3. Klasse Max. Grazioli von der Kommandantschaft Nürnberg zur Kommandantschaft München, Ad. v. Schintling von der Kommandantschaft München zur Militärrechnungskammer, Karl Bader von der Kommandantschaft Germersheim zur Kommandantschaft Ingolstadt und Ludw. Bromberger von der Kommandantschaft Landau zur Kommandantschaft Nürnberg versetzt; die Soldaten Emil Hörmann von der 2. Sanitäts-Komp. und Martin Steichele vom 11. Inf.-Reg. zu Unterapothekern 3. Klasse, Ersteren bei der Kommandantschaft Landau, Letzteren bei der Kommandantschaft Germersheim, den Oberlieutenant Karl Fels vom 2. Kürassier-Reg zum Adjutanten des Generalmajors und Brigadiers Lorenz Schäzler ernannt; den Oberlieutenant Baptist Reindl, Premierbrigadier der Leibgarde der Hartschiere und den Unterlieutenant Karl Neun von der Kommandantschaft Rosenberg in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Unterlieutenant Benno Müller unter Ernennung zum Platzadjutanten bei der Kommandantschaft Rosenberg reaktivirt; dem Unterlieutenant Karl Frhr. v. Seckendorff-Aberdar vom 1. Inf.-Reg. die Entlassung aus dem Heere bewilligt. (Verordnungsbl.)

(Post-Dienstes-Nachrichten.) Der Postoffizial Bernhard von Gropper in Nürnberg wurde bis auf weiteres in den Ruhestand versetzt. (Verordnungsbl.)

München, 1. Nov. Wie wir vernehmen, wurde von der kgl. bayer. Staatsregierung das zwischen Irrsee und Kaufbeuern befindliche Kohlengrubenwerk den beiden Engländern Stanley und Carné als Leben übertragen, welche die mit bestem Erfolge daselbst von Staatswegen begonnenen Arbeiten ablösen und ein großartiges Musterwerk nach englischer Art anlegen, zu welchem Behufe die neuen Unternehmer ein ansehnliches Kapital aufzuwenden haben. (N. K.)

München, 1. Nov Ihre kgl. Hoh. die Prinzessin Luitpold hat gestern in Gesellschaft höchstihrer Mutter, der Frau Großherzogin von Toskana, die Suppenanstalt an der Herzogspitalgasse besucht. Die hohen Damen kosteten die dort an zahlreiche Arme verabreichte Suppe und äußerten sich in wohlgefälliger Weise über die Wirksamkeit der Anstalt

** München, 2. November. (Privat-Korrespondenz.) Das über das Befinden der Frau Prinzessin Adalbert soeben aus Nymphenburg hierher gelangte Bulletin von heute Morgen 8 Uhr lautet: „Ihre kgl. Hoh. hat die Nacht durch theilweise geschlafen; die übrigen Erscheinungen wie gestern." Das gestrige Bulletin lautete: „Ihre kgl. Hoh. haben die Nacht schlaflos zugebracht; die Störungen der Verdauung bestehen noch bei mäßigem Fieber." Unterzeichnet von dem Leibarzt des Königs, Geheimerath Dr. v. Gietl, und dem Leibarzt des Prinzen Adalbert, Bataillonsarzt Dr. Schröder. — Dem Vernehmen nach ist die Revision des Strafprozesses im Justizministerium vollendet und soll der deßfallsige Entwurf demnächst den Gesetzgebungsausschüssen beider Kammern vorgelegt werden. — Wie immer am heutigen Tage, so prangen auch dieses Mal wieder die Gräber auf den beiden Leichenäckern im schönsten Blumenschmucke und Tausende wallen hinaus zum Besuche der ewigen Friedensstätte. Auch II. MM. Königin Marie und der König von Griechenland befanden sich unter den Besuchern der Gräber.

Preußen. Berlin, 31. Okt. Morgen wird der russ. Großfürst Constantin hier eintreffen und mit seiner Gemahlin einige Tage an unserm Hofe verweilen, dann aber die verwandten deutschen Höfe besuchen*) und, wie aus Paris gemeldet wird, auch in den Tuilerien erscheinen. Die Reise des Großfürsten erhält dadurch in den Augen sehr Vieler eine politische Bedeutung, was bei dem wichtigen Einflusse, den man dem Prinzen auf den Gang der gegenwärtigen russischen Regierung zuschreibt, allerdings nahe genug liegt. Der Besuch in Paris dürfte jedenfalls das Zeichen einer gelungenen Verständigung zwischen den beiden Kabinetten oder deren Schlußstein seyn; man behauptet daher mit um so größerer Bestimmtheit, daß das Ende der westmächtlichen Freundschaft nächstens eine noch einleuchtendere Thatsache seyn werde. Was das Verhalten Preußens bei Ereignissen, welche immer näher zu rücken scheinen, betrifft, so darf man wohl annehmen, daß das bisherige System, sich möglichst zurückzuhalten, und sich vor dem zu hüten, was nicht ermessen werden kann, auch fernerhin als Richtschnur dienen wird. (Z. f. Ndd.)

Berlin, 30. Oktbr. Die „National-Zeitung" ist heute früh polizeilich mit Beschlag belegt worden. — Die „Volks-Ztg.", der im Laufe des Vormittags eine Verwarnung zugegangen zu seyn scheint, bringt an der Spitze ihrer Postaufgabe Folgendes: „Die heutige Morgennummer der „Nat.-Ztg.", enthaltend einen Leitartikel „Das Räthsel des Augenblicks", worin dieselbe die Politik Frankreichs, die jeden Staat Europas zur äußersten Wachsamkeit nöthige, bespricht, ist polizeilich mit Beschlag belegt worden; da auch wir heute die Politik Frankreichs zum Gegenstand der Erörterungen unseres Leitartikels machen wollten, ziehen wir es vor zu schweigen." — In den letzten beiden Leitartikeln hatte das gedachte Blatt die bevorstehenden Wendepunkte in der Politik und dem Geschicke Louis Napoleons zum Thema genommen. (Man sieht, die preußische Regierung, so wenig sie im Grund des Herzens der französischen zugethan ist, will doch letzterer keinen Anlaß geben, über die preuß. Presse ähnliche Klagen zu führen, wie über die englische.)

Bonn, 29. Oktober. Der Privatdozent an der hiesigen Universität, Dr Pauli, bekannt durch seine Fortführung der Geschichte Englands von Lappenberg, folgt, nach der „Nat.-Z.", einem Ruf als Professor nach München, wo er von der Verpflichtung, Vorlesungen zu halten, befreit und nur verbunden ist, in dem Kreise der Gelehrten und Künstler zu erscheinen, die König Max zweimal wöchentlich um sich versammelt.

Württemberg. Stuttgart, 31. Oktbr. Eine Deputation des Gemeinderathes der Residenzstadt Stuttgart hatte gestern die Ehre, von Sr. Maj. dem König in Audienz empfangen zu werden, um aus Anlaß der an diesem Tage vollendeten 40jährigen Regierung Sr. Majestät eine Dank- und Beglückwünschungsadresse zu überreichen.

§ **Oesterreich.** Wien, 31. Oktbr. (Privat-Koresp.) Se. Maj. der Kaiser, welcher vorgestern Abends aus Ischl hier eingetroffen, empfing heute den Gesandten der Pforte, Fürsten Kallimaki in besonderer Audienz. Die Reise des Kaisers und der Kaiserin nach Italien ist auf den 15. k. Mts. festgesetzt. Der Vater des Kaisers, Erzherzog Franz Karl, wird sich in einigen Tagen nach Dresden begeben, und der Ver-

---

*) Nach Wien geht er natürlich nicht; vielmehr ist zu erwarten, daß er die übrigen deutschen Höfe gegen die österreichische Regierung einzunehmen sich bemühen wird. Deutschland, sey auf deiner Hut, sey einig!

mählung seines Sohnes, des Erzherzogs Karl Ludwig, beiwohnen. — Die mehrseitig gemachte Angabe, daß der Termin für das Zusammentreten des Pariser Kongresses auf den 15. Dezbr. angesetzt ist, findet hier keinen Glauben, gewiß ist es, daß weder Oesterreich noch England oder die Pforte den gegenwärtigen Augenblick als geeignet für den Wiederbeginn der Konferenzen ansehen. Das diesseitige Kabinet hat sich in dieser Beziehung sehr offen ausgesprochen, und sollen die darauf Bezug habenden Eröffnungen, die Frhr. v. Hübner in Compiegne zu machen beauftragt war, dort nicht sehr angesprochen haben. — Die Einigung zwischen Rußland und Frankreich über gewisse Punkte der Donaufürstenthümerfrage, die künftige Reorganisation derselben, die Grenzregulirung und die Okkupation durch unsere Truppen betr., soll bereits vor Wochen ihre bestimmte Formulirung erhalten haben, und man versichert noch überdies, daß sich diese zwischen den zwei Kaiserreichen bestehende Meinungseinheit auch auf andere politische Fragen erstrecke. — Die Konzessionäre der moldauischen Landesbank haben sich sowohl an Preußen als auch an Oesterreich gewendet, um ihre Unterstützung bei der Pforte zu Gunsten der Aufrechthaltung ihres Privilegium zu erhalten.

Aus Wien, 30. Okt. wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Endlich ist der Streit über die Existenz einer türkischen Erklärung gegen die längere Okkupation der Donaufürstenthümer und die längere Anwesenheit der englischen Flotte im schwarzen Meere entschieden. Sie existirt in Form einer Depesche des türkischen Gouvernements an seine Gesandten bei den europäischen Mächten, in welcher Englands und Oesterreichs Verhalten als unvereinbarlich mit den Bestimmungen des Pariser Friedens bezeichnet wird. Der Umstand, daß man in Paris früher davon Kenntniß hatte als in Wien, spricht wohl für das Einverständniß Frankreichs und der Pforte in dieser Sache. Die „Oesterr. Korresp." konnte daher wohl mit Recht versichern, daß eine türkische Protestation nicht existire; denn einmal ist die Depesche noch kein Protest, und sodann hatte man in Wien noch keine Kenntniß von der Depesche." Wie ich erfahre, ist indessen sowohl von England als auch von Oesterreich in Konstantinopel die Erklärung abgegeben worden, daß bis zur vollständigen Erledigung der Gränzstreitigkeit, also bis zur Nachgiebigkeit Rußlands, das südliche Bolgrad, welches etwas über eine halbe Meile vom nördlichen Bolgrad entfernt liegt, abzutreten, keine Veränderung der eingenommenen Position stattfinden wird."

Uebereinstimmend hiemit wird der „Köln Zeitung" aus London, 1. November, telegraphirt: „Die heutige „Morning Post", Palmerston's Organ, sagt, die Türkei habe gegen das Verbleiben der englischen Flotte im schwarzen Meere protestirt; diese Flotte bleibe nichts desto weniger daselbst so lange, bis die Friedensbedingungen erfüllt seyen. Das erwähnte Blatt meint, es könne scheinen, als handle es sich dabei um einen unerheblichen Streitpunkt; in Wahrheit aber stehe das ganze Prinzip, um dessenwillen der Krieg unternommen worden sey, in Frage." (Die „Allg. Ztg." hat den Inhalt dieses Artikels ebenfalls telegraphirt bekommen, aber in der Fassung, als habe die Türkei nicht remonstrirt; offenbar ist die eine der beiden Depeschen irrig; nach der obigen Nachricht aus Wien zu schließen, wird es die letztere seyn.)

Großbritannien.

London, 31. Oktbr. In dem bereits erwähnten Artikel der „Times" in Betreff des Verhältnisses Frankreichs zu Rußland sagt dieselbe u. A., der Kaiser Napoleon sey der Allianz mit England aufrichtig treu, aber seine Umgebung sey es nicht. In Frankreich existirten geheime Feinde dieser Allianz, die das ganze Vertrauen des Kaisers besäßen und welche sich darin gefielen, Rußland gegen England zu erbittern, in der Hoffnung, der ersteren Macht ihren Nimbus wieder zu geben und das Ansehen Englands herabzusetzen. (Die „Times" weiß recht wohl, wie es mit Louis Napoleons Gesinnung steht; sie zieht aber lieber gegen seine Umgebung los, um desto freier sprechen zu können.)

Nichtpolitische Zeitung.

Aus Gleiwitz vom 29. Oktober wird der „Berliner Börsen-Zeitung geschrieben: „Ich theile Ihnen nachträglich noch einige Details, die in der gestrigen Schwurgerichtssitzung zur Kenntniß kamen, mit: Das durch die Zeugen geschilderte Verhältniß zwischen der verwittweten Fürstin v. Sulkowska und ihrem Sohne Maximilian liefert das traurige Bild eines vollständig zerrütteten Familienlebens. Die durch Ausschweifungen mannigfacher Art gesteigerten Geldbedürfnisse des Fürsten konnten bei der finanziellen Kalamität seiner Mutter nicht gedeckt werden. Wiederholt verlangte der Fürst von seiner Mutter entweder eine seinem Stande angemessene Apanage oder Abtretung der von ihr verwalteten Güter. Die Nichtgewährung dieser Ansinnen führte bei dem heftigen und jähzornigen Charakter des Fürsten zu beklagenswerthen Scenen. So bekundet unter Anderm ein Zeuge, welcher seit dem Jahre 1845 als Hauslehrer in Diensten der Fürstin stand, daß es einmal bei Tafel wegen des eben beregten Verlangens zum Streit gekommen. Der Fürst habe hierbei seine Mutter am Halse ergriffen, sie gewürgt, ein Messer erfaßt, es gegen sie geschwungen und es ihr endlich vor die Füße geworfen. Ein anderes Mal hatte der Fürst eine geladene Büchse auf seine Mutter angelegt, sey aber durch den Zeugen abgehalten worden, loszudrücken. Endlich habe ihm der Fürst ein Fläschchen mit dem Bemerken gezeigt: „Es sey Gift, um die Mutter zu vergiften, da sie nicht mehr werth sey." Ein anderer Zeuge, welcher im Jahre 1848 Privatsekretär bei der Fürstin war, sagt aus, daß der Fürst in letzterer Zeit nicht mehr am Tische der Mutter gespeist habe. Am meisten und deutlichsten aber wird das zwischen Mutter und Sohn obgewaltete widernatürliche Verhältniß und das dadurch bei der Ersteren hervorgerufene Mißtrauen durch den von mehreren Zeugen bekundeten Umstand charakterisirt, daß die tödtlich getroffene Fürstin selbst ihren Sohn Maximilian als Thäter bezeichnete. Ein dritter Zeuge, zur Zeit der That Rentmeister der Fürstin, bekundete in dieser Beziehung noch insbesondere: Er sey bald, nachdem der Schuß gefallen, zur Fürstin gerufen worden. Sie habe ihm und dem Wirthschafter Peschel gesagt: „Sehen Sie, sehen Sie, Rentmeister, mein Sohn Max hat mich erschossen." Aufmerksam gemacht, daß Maximilian nicht in Slepna, sondern in Wien sey, habe sie ferner geäußert: „Schadet nichts, er war es schon, er hat es mir versprochen." Durch die in der Voruntersuchung ermittelten Umstände ist indessen für festgestellt anzunehmen, daß sich der Fürst Maximilian v. Sulkowski zur Zeit der That nicht in Slepna befand und demgemäß den tödtlichen Schuß nicht abfeuern konnte; es wurde auch, wie bereits früher erwähnt, der Sattlermeister Karl Obst von dem hiesigen Schwurgericht am 21. Dez. 1850 des Mordes schuldig befunden und zum Tode verurtheilt. Es fragt sich nun, welche Schuld dem jetzt Angeklagten 2c. Franke zur Last fällt. Derselbe soll dem Sattler Karl Obst, welcher am 3. März 1848 die verwittwete Fürstin Louisa v. Sulkowska zu Slepna vorsätzlich und mit Ueberlegung getödtet hat, die That befohlen, aufgetragen, ihn durch Versprechungen zur Begehung der That angereizt, verleitet und bestimmt und gedungen haben, ihm auch die Waffen, welche zu der That gedient, wissend, daß sie dazu dienen sollten, verschafft haben. Da indessen die Verhandlung auf Antrag des Staatsanwalts vertagt worden ist, wird die Entscheidung in einer Angelegenheit, welche schon seit einer Reihe von Jahren das Publikum beschäftigt, abermals verzögert."

München, 1. Novbr. Gestern ist in der Untersuchungssache gegen den ehemaligen Kaufmann Adalbert Eduard Rupprecht wegen Betrugs 2c. das stadtgerichtliche Urtheil publizirt worden. Rupprecht wurde darnach des Verbrechens des gesetzlich ausgezeichneten Betrugs 2. Grades, als Gewohnheitsbetrüger begangen durch betrügerisches Schuldenmachen, dann der Privaturkundenfälschung für schuldig gesprochen und zu einer Arbeitshausstrafe von 8 Jahren verurtheilt.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 2. Novbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met 75; 4½pCt. Met. 66; Wiener Bankaktien 1165; 5pCt. Lomb. 86¼; Wiener Wechsel l. S. 111; 3pCt. inl. span. 37; 1 pCt. neue 23$\frac{1}{16}$. Oesterr. Kreditaktien 166¼. Darmstädter Bankaktien 366. Bayerische Ostbahn 101¼. Luxemburger internationale Kreditbank 500.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 307.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 4. November 1856.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 1. Nov. In der am 30. Oktober gehaltenen ersten Sitzung der Bundesversammlung nach Beendigung der Ferien ließen aus Anlaß des Beschlusses vom 14. Februar l. J. zwei Regierungen erklären, daß in den betreffenden Staaten besondere Bestimmungen zum Schutze telegraphischer Depeschen gegen Nachdruck nicht bestehen, und daß es ihnen auch nicht nöthig oder angemessen erscheine, derartige Bestimmungen zu erlassen.

Ueber die Beschlüsse der beendigten **Münzkonferenz** in Wien bringen die Zeitungen verschiedene Andeutungen. Die Berliner „Zeit“ glaubt im Stande zu seyn, über denselben Gegenstand folgende verläßliche Mittheilungen zu machen: Es ist ein **Vor-Entwurf** ausgearbeitet worden, welcher der definitiven Konvention des Münzvereins zur Grundlage dienen wird. Die Hauptbestimmungen sind: Als Basis der Vereinsmünze ist das Pfund von 500 Grammen angenommen worden, das auch die Gewichtseinheit für den Zollverein bildet. Diese Gewichtseinheit zerfällt in 1000 Theile nach dem Dezimal-Systeme. Das neue Münzsystem beruht also auf der Einheit des Gewichtes und des Silberwerthes. In den Ländern, wo jetzt der 14-Thalerfuß gilt, wird der 30-Thalerfuß als Werth eines Pfundes feinen Silbers angenommen; da, wo der 20-Guldenfuß gilt, wird der 45-Guldenfuß, und da, wo der 24½-Guldenfuß gilt, der 52½-Guldenfuß angenommen. Es soll in Zukunft also geben: norddeutsche Münzen nach dem 30-Thaler-, österreichische nach dem 45-Gulden- und süddeutsche nach dem 52½-Guldenfuß. Es verpflichtet sich jede der kontrahirenden Regierungen, in Zukunft nur Münzen nach obigem System schlagen zu lassen. Die kleinsten Vereinsmünzen sollen ⅙ Thaler, ⅕ Gulden und ¼ Gulden für die drei Münzkreise seyn. Um den Austausch zu erleichtern, sollen zwei Vereinsmünzen geprägt werden: 1) Vereinsthaler im Werthe zu $\frac{1}{30}$ Pfund feinen Silbers gleich einem norddeutschen Thaler, 1½ österreichischen und 1¾ süddeutschen Gulden; 2) Doppel-Vereinsthaler gleich 2 norddeutschen Thalern, 3 österreichischen Gulden und 3½ süddeutschen Gulden. Die Vereinsmünzen haben Zwangskurs und werden in allen Kassen angenommen. Die in Folge des Abkommens vom 30. Juli 1838 geschlagenen Doppelthaler und 3½-Guldenstücke behalten denselben Werth, wie die Vereinsthaler, und die Thaler, welche nach dem 14-Thalerfuße von 1839 geschlagen wurden, haben in allen Unionsstaaten denselben Werth, wie die Münzen dieser Staaten. Das Legirungs-Verhältniß ist zu $\frac{9}{10}$ feinen Silbers und $\frac{1}{10}$ Kupfer festgesetzt, so daß 13½ Doppel-Vereins- oder 27 Vereins-Thaler fünfhundert Grammen oder 1 Pfund wiegen. Jeder Vereinsstaat behält das Recht, Scheidemünzen in Silber und Kupfer nach einem mit dem Münzsystem des Landes im Verhältnisse stehenden Nominalwerthe zu prägen; aber jedes Land soll nur Münzen im Verhältnisse zu den Bedürfnissen des Umlaufes in diesem Lande prägen, während zur Prägung von einfachen und doppelten Vereinsthalern die Regierungen sich verpflichten, von 1857 bis 1862 incl. und von dort an in 4jährigen Perioden eine Summe zu prägen, die für die erste Periode 24 Thlr., für jede folgende 16, also jährlich nur 4 Thlr. auf je 100 Seelen der Einwohnerzahl eines jeden Staates beträgt. Jedem Staate steht es frei, die Ausgabe von Doppelthalern zu beschränken oder zu erweitern. Die Scheidemünze trägt auf der Rückseite die Bezeichnung: „Scheidemünze“. Der Werth darf bei den Silbermünzen nicht unter den kleinsten Bruchtheil der Vereinsmünze, bei den Kupfermünzen nicht unter den Werth von fünf bis sechs Pfennigen und 2 Kreuzern hinabsteigen. Zur Prägung von Kupfermünzen soll der Nominalwerth von 105 norddeutschen Thalern, 157½ österreichischen und 183¾ süddeutschen Gulden für 1 Kupfer-Zentner gelten. Niemand braucht in Zahlung an Scheidemünze mehr als den Werth des kleinsten Theiles der Vereinsmünze anzunehmen. Um den Austausch im Inneren und mit fremden Ländern zu erleichtern, werden die Vereinsstaaten auch eine Handels-Vereins-Goldmünze als „Krone“ prägen: 1) die Krone von $\frac{1}{50}$ Pfund feinen Goldes, 2) die halbe Krone von $\frac{1}{100}$ Pfund feinen Goldes. Die kontrahirenden Regierungen werden in Zukunft keine anderen Goldmünzen prägen, doch behält sich Oesterreich die Freiheit vor, noch bis zum Jahre 1865 Gold-Dukaten prägen zu dürfen. Der innere Werth der Vereins-Goldmünze richtet sich nach dem Preise des Goldes im Handel; diese Münze hat daher keinen Zwangskurs und braucht bei Zahlungen nicht unweigerlich angenommen zu werden. Das Verhältniß der Legirung der Vereinsgoldmünze ist auf $\frac{9}{10}$ Gold und $\frac{1}{10}$ Kupfer festgesetzt, so daß 45 Kronen oder 90 Halbkronen ein Unionspfund wiegen. Kein Staat hat das Recht, Papiergeld mit Zwangskurs auszugeben, oder die Emittirung von solchem Gelde zu gestatten, wofern nicht Maßregeln getroffen sind, daß zu jeder Zeit das Papier gegen das Vereins-Silbergeld ausgetauscht werden kann. Jedem Staate steht es frei, Zahlungen mit Vereinsgold statt mit Silbergeld nach vorher bestimmtem Kurse zuzulassen, doch soll dieser Kurs in halbjährigen Fristen festgesetzt und von 6 zu 6 Monaten erneuert werden, der Goldkurs soll nach der Mittelsumme der offiziellen Notirungen der Börsen bestimmt und 4 Wochen vor Ablauf des vorhergehenden Termins bekannt gemacht werden. Der Vertrag tritt in Kraft und wird bindend von dem Tage an, wo die Ratifikationen ausgewechselt werden; als Dauer des Vertrages ist das Ende von 1878 festgesetzt. — Diesem Entwurfe von 24 Artikeln sind 16 Separat-Artikel beigefügt, welche sich auf Einführung und Anwendung der Münz-Reform beziehen. Der dritte Artikel bestimmt unter Anderem, daß die Staaten, welche das neue gegen das alte System vertauschen, gleichzeitig zur Einschmelzung der alten Münzen schreiten werden, und daß die Prägung der neuen Münzen sich gleichzeitig auf sämmtliche Sorten von Vereinsmünzen beziehen soll. Die Regierungen, welche den 30-Thalerfuß annehmen, wollen nicht eher definitiv zum Dezimal-Münzsysteme übergehen, als bis sie sich mit denjenigen Regierungen vereinbart haben, deren Münzbasis nach dem 45-Guldenfuße geregelt ist. Die Länder des 45-Guldenfußes können 2-Gulden-, 1-Gulden- und ½-Guldenstücke prägen. Oesterreich wird an doppelten und einfachen Vereinsthalern eine dreimal so starke Summe, als die der 2-Guldenstücke prägen. Die österreichische Regierung reservirt sich die Freiheit, ihren Münzen eine Nationalbezeichnung zu ertheilen, welche der in dem Dezimal-Münzsysteme des lombardisch-venetianischen Königreiches entspricht; auch wird sie nach wie vor Maria-Theresien-Thaler mit der Jahreszahl 1780 prägen, die jedoch nur kommerziellen Werth haben. Die Länder des 52½-Guldenfußes werden 1-, ½- und ¼-Gulden prägen. Die kontrahirenden Länder reserviren sich die Freiheit, Denkmünzen, welche gesetzlichen Kurs haben, im Werth von 1 oder 2 Thaler, oder 2 süddeutschen Gulden prägen zu dürfen. Die Ergebnisse, welche von der Wiener Münz-Konferenz angenommen worden sind, sind also folgende: 1) der Silberwerth regulirt die Vereinsmünzen; 2) das Gewicht von 500 Grammen oder dem Zollvereinspfunde ist das allgemeine Münzgewicht; 3) der Thaler ist die Einheit der Unionsmünze, wofern er den gesetzlichen Silberwerth von $\frac{9}{10}$ hat; 4) ist eine gemeinsame Unionsgoldmünze angenommen worden. Auf Grund dieses Entwurfes sollen diejenigen deutschen Regierungen, welche in Wien nicht vertreten waren, Bevollmächtigte zu einer **neu zu eröffnenden Konferenz** nach Wien schicken, welche die entgültige Festsetzung einer Münzeinigung zu berathen haben. Diese Konferenz soll ihre Arbeiten wo möglich noch im kommenden Monat antreten, so daß der Vertrag wegen eines gemeinsamen Münzwesens mit dem 1. Jannar künftigen Jahres in Kraft gebracht werden kann.

Bayern. München, 1. Nov. Ein Reskript der kgl. Staatsministerien des kgl. Hauses und des Aeußern und der Finanzen vom 9. v. Mts. ordnet an, daß mit Rücksicht auf die mehrfachen Veränderungen, die sich in Folge der Gesetzgebung der neuen Zeit sowohl hinsichtlich der Bestandtheile der Lehen an sich als auch hinsichtlich der Wirthschaftsverhältnisse derselben ergeben haben, eine neue Ermittlung des Werthes der noch bestehenden Lehen stattfinde, und daß hiernach eine Erneuerung des Lehenskatasters einzutreten habe. Zu diesem Behufe haben die Vasallen erneute Fassionen bei den Kreis-Lehenhöfen (den Kreisregierungen) einzureichen. (Fr. K.)

München, 1. Nov. Ihre Majestät die Königin Marie und die Großherzogin von Hessen, welche gestern das Salesianerkloster Beuerberg mit einem Besuche beehrten, sind gestern Abends wieder hier eingetroffen. — Der kgl. Staatsminister der Finanzen, Herr Dr. v. Aschenbrenner, ist von seiner Urlaubsreise zurückgekehrt. (N. B.)

München. Der Klaviervirtuos und Professor am königl. Konservatorium für Musik, Herr Wanner, ist dem Vernehmen nach von Sr. Maj. dem König mit dem Unterrichte des Kronprinzen Ludwig und des Prinzen Otto im Klavierspielen betraut worden.

Dem „Dresdener Journal“ schreibt man aus Bayern vom 28. Oktober: „Zu den Vorlagen an unsere demnächstige protestantische Generalsynode gehört unter Andern der Entwurf eines neuen Katechismus, nach einem Zirkular des Oberkonsistorium bestehend aus einer kurzen Sammlung von Denksprüchen und Liederversen aus dem kleinen Katechismus Luther's, aus der katechetischen Auslegung desselben und aus einem Anhange von Beichtformeln und Schulgebeten. Durch Reskript an die gesammte Geistlichkeit hat das Kirchenregiment denselben betreffs der Trauung Geschiedener, die zu einer weitern Ehe schreiten wollen, eröffnet: „daß die Entscheidung darüber, ob in einem gegebenen Falle die Trauung versagt werden könne, nicht dem Ermessen der einzelnen Geistlichen, sondern lediglich dem Oberkonsistorium vorbehalten bleibt.“

Preußen. Die „Voss. Ztg.“ erklärt die Angabe, daß Herrn Seiffart bei der Direktion der Aachen-Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft eine hervorragende Stellung werde eingeräumt werden, für unbegründet.

Berlin, 1. Nov. Nach der „N. Pr. Z.“ hat der Prinz Adalbert von Preußen die von der Universität Greifswald ihm angetragene Doktorwürde abgelehnt.

Baden. Karlsruhe, 31. Oktbr. Die Besoldungen und Gehalte der badischen Staatsdiener wurden größtentheils vor 30 und mehr Jahren regulirt. Jedermann weiß, daß seitdem die Preise verschiedener Lebensbedürfnisse mitunter namhaft gestiegen sind; dazu kommt nun noch die jetzt schon sechsjährige unerhörte Steigerung der unentbehrlichsten Lebensmittel und in neuester Zeit selbst das Aufschlagen der Gewerbserzeugnisse für Bekleidung rc.; daß unter solchen Umständen die Lage unserer Beamten und Angestellten, die ihr Einkommen nicht durch Aufschlagung des Preises für ihre Leistungen erhöhen können, gleich ihren Schicksalsgenossen in andern deutschen Ländern, wo man zum Theil mit Theuerungs- und sonstigen Zulagen vorangegangen ist, jetzt eben keine beneidenswerthe sey, wird Jedem klar seyn. In der That höre ich auch von verschiedenen Seiten bittere und sicher wohlbegründete Klagen über die zur Existenz unzureichenden Mittel, über Kapitalaufzehrung rc., kurz über einen Zustand, dessen baldiges Ende dringend geboten sey. Ich vernehme ferner, daß eine Anzahl hiesiger Kanzleibeamten dem Großherzog nach höchstdessen Rückkehr die Bitte um anderweite, den jetzigen Preisen der Lebensmittel angemessene Regulirung der Besoldungen und Gehalte vorzulegen beabsichtigt. (Schw. M.)

Waldshut, 30. Okt. Heute ist die Eisenbahnstrecke von Säckingen hierher eröffnet worden.

Luxemburg. Luxemburg, 29. Oktbr. Nachträglich zum gestrigen Berichte ist noch zu melden, daß, nachdem das Mißtrauens-Votum abgegeben, ein von 25 Mitgliedern eingereichter Antrag verlesen wurde, der ungefähr also lautet: „Die Kammer, vom lebhaften Wunsche beseelt, die bis jetzt zwischen Krone und Volk bestehende Eintracht und Zuneigung noch mehr zu befestigen, ernennt unter ihren Mitgliedern eine Kommission, die unter dem Vorsitze ihres Präsidenten, unter Mitwirkung der Regierung, diejenigen Punkte unserer Verfassung bestimmt, welche in Folge gebieterischer Verhältnisse einer Interpretation unterliegen sollen, sey es auf legislativem oder, wenn durchaus nothwendig, auf konstitutionellem Wege.“ Dieser Antrag geht von denselben Mitgliedern aus, welche gegen das Ministerium votirten; er ist ein neuer Beweis, daß die Opposition der Kammer durchaus nur gegen die Regierung gerichtet ist und daß man Alles thun will, um dem Könige Ergebenheit und Ehrfurcht zu bezeugen. (K. Z.)

Oesterreich. Wien, 31. Okt. Die „Wiener Ztg.“ veröffentlicht heute in ihrem amtlichen Theil die Konzession für die Kaiser-Franz-Joseph-Orientbahn.

Schweiz.

Etwas überraschend klingt die Nachricht, daß der Credit mobilier von Turin von der für die Tessiner Bahnen (Lukmanier) verlangten Konzession zurücktritt, angeblich wegen der Modifikationen, welche die Konzessionsbedingungen von der Bundesversammlung erlitten haben. Indessen wird auf neue Unterhandlungen Hoffnung gemacht. — Für eine Bahn von Luzern nach Zürich ist dieser Tage die Kaution mit 50,000 Fr. erlegt worden.

Aus der Schweiz, 31. Oktober. Es ist jetzt erwiesen, daß nicht Herr Bundespräsident Stämpfli selbst, oder Jemand in seinem Auftrage, an den Frhrn. Alexander v. Humboldt bezüglich der Neuenburger Angelegenheit geschrieben, sondern daß der Untersuchungsrichter Duplan-Veillon, auf seine persönliche Bekanntschaft mit dem berühmten Gelehrten sich stützend, an diesen ein Privatschreiben schon unter dem 24. Septbr. d. Js. gerichtet hat, dessen hauptsächlichste Stellen nach dem „Bund“ folgende sind: „Der Wunsch, meinem Vaterlande nützlich zu seyn, das Mitleid, das ich für Männer hege, welche, wenn auch schuldig, doch in ihren Ansichten irregeführt und unglücklich sind, das Zutrauen und die Hochachtung, die sie mir einflößen, sind eben so viele Gründe, welche mich aufmuntern, diese Zeilen an Ew. Exzellenz zu richten. . . . . Meine amtliche Stellung und die gesammelten Beobachtungen haben mich überzeugt, daß die Führer der aufständischen Bewegung sich bedeutend über die Stimmung im Volke getäuscht haben. Sie zählten auf eine große Volkserhebung für die monarchische Gewalt. Ihre Partei jedoch zeigte sich äußerst gering. Der Aufstand wurde auch sogleich erdrückt und alle Führer fest genommen. In diesem Augenblick waltet die Untersuchung. . . . Wenn der König kein Mitleid fühlt für die Unglücklichen, die für ihn leiden, und sein Herz sich nicht öffnet beim Gedanken an die Strafe, welche dieselben nothwendig treffen muß, so wird ihr Loos keineswegs zweifelhaft seyn. Ihre Worte können, wie ich glaube, einen großen Einfluß auf den Willen Sr. Majestät ausüben, wenn Sie dem König die Lage dieser unglücklichen Männer schildern würden, deren ganzes Leben ein bemerkenswerthes Beispiel der Treue ist. Se. Maj. der König ist es, der die ersten Schritte thun kann, sowohl bezüglich einer Verzichtleistung auf seine von ihm beglaubten Rechte, als auch bezüglich einer Entbindung seiner Anhänger von ihrem Eide. Eine solche Erklärung, an den Bundesrath gerichtet, würde, wie ich meinestheils voraussetze, günstig aufgenommen. In diesem Falle aber würden wir das Ende so vieler Leiden sehen. Die Mehrzahl der Gefangenen ist Ihnen, mein Herr, bekannt. Gefangene sind z. B. die Herren de Pourtales, de Meuron, de Rougement, v. Wesdehlen, Vater und Sohn, de Montmollin, der Pastor Guillebert u. A. Wollen Sie, Herr Baron, einige Aufmerksamkeit dieser meiner Mittheilung schenken, die ich in Hinsicht auf Jene für wichtig halte, die sie betrifft. Niemand kann dem König diese Männer besser schildern, als Sie, Herr Baron. Ich weiß es zum voraus, Sie werden meinen Schritt billigen und das Ihrige dazu beitragen, daß er nicht umsonst geschehen.“

Belgien.

Brüssel, 31. Okt. Der Herzog und die Herzogin von Brabant, einer Einladung der Königin Viktoria folgend, werden sich übermorgen nach England begeben.

Großbritannien.

London, 30. Okt. Der Ausschuß der mexikanischen Gläubiger hat ein Schreiben an die „Times“ (im City-Artikel veröffentlicht) erlassen, des Inhalts: der mexikanische Finanzminister habe den Agenten der fremden Staatsgläubiger angezeigt, daß die Zollkassen in Vera Cruz wegen dringender Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes die Zahlungen der auf sie ausgestellten Anweisungen unterbrechen müsse. Er hoffe jedoch, daß dieselben in kurzem wieder aufgenommen werden können. — Ueber die Differenz mit Großbritannien wird in dem Schreiben erklärt: man erwarte nicht den Ausbruch wirklicher Feindseligkeiten. General Almonte werde mit dem nächsten in London erwarteten Postschiff dort eintreffen, um der britischen Regierung befriedigende Erklärungen zu geben. (A. Z.)

Sir Charles Napier veröffentlicht in der „Times“ einen Brief an Sir R. Peel, der als Antwort auf des Letzteren neuliche Tischrede dienen soll. Wir entnehmen demselben folgende Stelle: „Was mich betrifft, so hat der Großfürst Konstantin, wenn er sich Ihnen gegenüber wirklich so äußerte, wie Sie behaupten, sich mir gegenüber ganz anders ausgesprochen. Se. kaiserl. Hoheit ging mit mir den Plan von Süd-Kronstadt

durch und zeigte mir, daß es schlechterdings unmöglich sey, mit Schiffen einen erfolgreichen Angriff auf die Festung zu machen. Wenn Sie Ihr Urtheil nach dem gebildet haben, was Sie sahen, so geht daraus bloß hervor, daß Sie vom Seewesen nichts verstehen und daß es Ihnen an Edelmuth fehlt, indem Sie den Charakter eines Mannes angreifen, der seinem Vaterlande so viele Jahre hindurch getreulich gedient hat. Wenn der Großfürst Ihnen sagte, daß man den Norden von Kronstadt hätte angreifen können, so war das allerdings ganz richtig. Allein wer anders war schuld daran, daß dieser Angriff nicht erfolgte, als die Admiralität, welche mir die Mittel vorenthielt, durch die allein ein erfolgreicher Angriff ermöglicht werden konnte, nämlich Kanonen- und Mörserboote und Raketen, an denen es den verbündeten Flotten durchaus fehlte? Auch im folgenden Jahre wurden dem Admiral Dundas nicht die gehörigen Mittel zur Verfügung gestellt, so daß er Kronstadt ebenso wenig, als der Admiral Parseval und ich, angreifen konnte. Wenn Sie von der Admiralität vorgeschoben wurden, um mich zu beleidigen, so haben Sie eine unwürdige, und, wenn Sie aus eigenem Antriebe handelten, eine thörichte Rolle gespielt."

London, 31. Oktober. Die „Times" meldet in einem scharfen gegen Rußland gerichteten Leitartikel (hinsichtlich der Differenzen über Ausführung des Friedensvertrags): Dieser Staat stehe im Begriff ein Geschwader nach dem Bosporus zu senden und an die Türkei die Forderung zu stellen, daß seiner Flotte die Einfahrt in die für neutral erklärten Gewässer gestattet werde. Die Quelle dieser Nachricht gibt die „Times" nicht näher an.

Frankreich.

Paris, 28. Oktbr. Die an den Minister eingesandten periodischen Berichte über die Zustände der Landwirthschaft schildern auch letztere als in einer Krise begriffen und zwar in Folge davon, daß seit mehreren Jahren auch die kleinen Kapitalien auch der kleineren Gutsbesitzer der Börse und ihren Papieren zugeströmt sind. Die seit mehreren Tagen eingetretene Hausse darf noch für kein Sympton der Besserung gehalten werden; sie wurde durch mächtige Mittel künstlich herbeigeführt.

Paris, 31. Okt. Der „Constitutionnel" kündigt heute an, daß die diplomatischen Agenten Frankreichs und Englands Neapel am letzten Dinstage verlassen haben. Dieselben sollten sich in Civita-Vecchia heute (31. Okt.) einschiffen. Wie ich erfahre schifften sich die Gesandten nicht in Neapel ein, weil man jede Gelegenheit vermeiden wollte, die Veranlassung einer Demonstration beim Erscheinen westmächtlicher Schiffe hätte geben können.

Italien.

° Dem „Univers" schreibt man aus Neapel: „Die piemontesischen Journale und namentlich die „Italienische Corresp." behaupten, daß die in der Angelegenheit Mignona freigesprochenen Angeklagten noch immer von der neapolitanischen Polizei in Haft gehalten werden. Die Thatsache ist vollkommen falsch; diese Angeklagten sind gleich nach dem Urtheilsspruche in Freiheit gesetzt worden. Was den Hauptangeklagten betrifft, der, wie man weiß, zur Verbannung verurtheilt worden ist, so hat er Neapel noch nicht verlassen. Es scheint, daß er von der piemontesischen Regierung noch nicht die Erlaubniß erhalten hat, sich, wie er es verlangt hat, nach Genua zurückzuziehen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die Darstellung der diplomatischen Zustände in Konstantinopel, welche wir gegeben, wird jetzt bestätigt. Herr von Prokesch Osten und Lord Redkliffe hatten die Entlassung des ihnen mißliebigen, weil gegen die Besetzung der Fürstenthümer und des schwarzen Meeres protestirenden, Ali Pascha durchgesetzt; wie die „Times" mittheilt, hatte sogar eine sehr heftige Scene zwischen dem Letztern und dem englischen Gesandten stattgefunden — da überwiegt der französische Einfluß zum zweiten Male, und der Minister bleibt. Man müßte sehr kurzsichtig seyn (um nicht zu sagen: blind), wenn man in allem dem nicht das enge Anschließen Frankreichs an Rußland wahrnehmen wollte.

Amerika.

Die Veranlassung des Zwistes der englischen und mexikanischen Regierung war die Weigerung der mexikanischen Regierung, den Ansprüchen des Hauses Baron Foster u. Comp. auf den Schatz zu genügen (wie es scheint wegen Verluste desselben durch Gewaltthätigkeiten in Tepic). Ein Brief aus Mexiko in der „New-York Daily Times" berichtet jedoch: diese Angelegenheit sey nur die augenblickliche Veranlassung, die brittische Regierung habe sich schon lange bemüht, die Ansprüche ihrer Unterthanen auf den mexikanischen Schatz wo möglich in Güte zur Geltung zu bringen; da alle solche Versuche mißlangen, habe sie eine Handlung der mexikanischen Regierung abwarten müssen, wodurch die Grundlosigkeit aller Ausflüchte derselben erwiesen wurde, bevor sie zu Zwangsmaßregeln schritt. Diese Handlung sey in dem erwähnten Fall gegeben worden.

Asien.

Ueber die Expedition nach dem persischen Meerbusen schreibt man der „Times" aus Bombay, 3. Oktbr.: „Die Rüstungen für die beabsichtigte Expedition nach dem persischen Meerbusen werden eifrig betrieben. Da es sich dabei einzig und allein um eine Differenz zwischen der englischen Regierung und dem Schah handelt, so thun die indischen Behörden bloß das, was ihnen von England aus geboten wird, und es läßt sich unmöglich mit Bestimmtheit sagen, ob die Flottille je den Hafen von Bombay verlassen wird." (Ausgegeben ist sie also zur Zeit noch nicht.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Amsterdam, 24. Oktbr. Wir hatten in dieser Woche mit N. O. Wind beständige, schöne Herbstwitterung. An den ausländischen wie hiesigen Getraidemärkten blieb große Stille vorherrschend; die Furcht vor Fortdauer schwieriger Geldverhältnisse übt einen lähmenden Einfluß auf alle Branchen und beschränkt die Operationen auf den dringendsten Bedarf. Wir sahen deßhalb überall einen schleppenden Geschäftsgang und langsames Weichen der Preise. Hier hat Waizen eine Erniedrigung von 20 Fr. erlitten, da die Zufuhren aus der Ostsee reichlicher werden. Unsere Lager sind zwar im Vergleich zu andern Jahren sehr unbedeutend, doch Kauflust fehlt und selbst zu jener Erniedrigung bestand für polnische Sorten nur schwacher Begehr, während schöner Rheinwaizen im letzten Preise (127 Pfd. a 405 Fr.) noch Reflektanten gefunden haben würde. Roggen war ebenfalls schwer verkäuflich, jedoch wollen sich Eigner hiervon keiner Erniedrigung fügen und die neu eintreffenden Petersburger Zufuhren gehen zu Speicher, in Erwartung besserer Preise, gestützt auf geringe Vorräthe und auf baldiges Aufhören neuer Zufuhren, da nach Eintreffen der Petersburger Ladungen nichts mehr von auswärts mit Vortheil zu beziehen ist. Gerste war in den letzten Tagen auch eher matter und der am Montag bezahlte Preis, 111 Pfd. Mannheimer 270 Fr., war später nicht mehr zu erreichen; der Bedarf hiervon bleibt übrigens groß und glauben wir darum vorerst noch nicht an einen wesentlichen Rückgang. Buchwaizen flau und 10 a 11 Fr. niedriger, da bei der guten Kartoffelernte der Verbrauch hiervon sehr klein ist. Waizenmehl in Folge vielseitiger Anerbietungen sehr gedrückt und schwer verkäuflich.

[] Rotterdam, 31. Oktbr. In den letzten 14 Tagen hat sich wieder Begehr nach Kaffee vom Ausland eingestellt, der bis heute in stetem Zunehmen begriffen war. Auch das regt die Geschäftslust wieder an, und mehr noch werden es die heutigen Aufgaben der Maatschappy thun, die wir unten folgen lassen. Nach unserer Ansicht ist das Kaffeegeschäft mit heute in eine neue Sphäre getreten, in der die brillante Position des Artikels zur vollen Geltung kommen wird, und Steigen der Preise wird die Folge davon seyn. Wir erlauben uns unsere Freunde darauf aufmerksam zu machen. Nach der großen Stille im Geschäfte während des Monats mußten die Erwartungen während der Ablieferungen sehr eingeschüchtert werden, und die höchsten Schätzungen, die gemacht wurden, liefen auf 100,000 Ballen, die allgemeine Ansicht aber war darunter. Heute nun machte die Maatschappy ihre Aufgaben, und nach denselben sind im Oktober 128,008 Ballen abgeliefert, gegen

1855.	1854.	1853.
137,846 Ballen.	105,774 Ballen.	118,789 Ballen.

Es ist wohl weniger als 1855, aber in Anbetracht der Verhältnisse ungleich viel mehr. Die Aufgabe hat denn auch einen äußerst günstigen Eindruck gemacht.

Die Totalablieferungen in 10 Monaten des Jahres stellen sich auf

1856.	1865.	1854.
949,962 Ballen.	920,735 Ballen.	843,221 Ballen.

Vorrath auf Zettel per 1. November

1856.	1855.	1854.
227,010 Ballen.	198,614 Ballen.	225,872 Ballen.

Unverkauften Vorrath bei der Maatschappy:

1856.	1855.	1854.
175,700 Ballen.	126,700 Ballen.	87,700 Ballen.

Der Verbrauch des Artikels dehnt sich mit wahren Riesenschritten aus. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, ist er der größten je gekannten Produktion gewachsen, trotz anhaltend steigenden Preisen; und die Zunahme in den Ablieferungen von Java-Kaffee, zeigt, daß der Konsumo sich den gutschmeckenden Sorten am meisten zuwandte. In diesem Jahre ist das größte Quantum von Java-Kaffee in Zirkulation gekommen, das man je gekannt hat, nämlich: 1,048,863 Ballen. In 1852 waren es 1,024,000 Ballen, und in 1847 1,001,000 Ballen, in allen anderen Jahren unter einer Mill.

1847 waren die Preise auf 20—21 Cts, 1852 auf 23½—25½ Cts. und 1856 auf 31½—33 Cts. Die Totalablieferungen dieses Jahres betragen bereits 949,962 Ballen, mithin bleiben von dem in Zirkulation gekommenen Quantum nur noch ca. 100,000 Ballen übrig, die nach dem bestehenden Bedarf bis zum Schluß des Jahres ohne allen Zweifel zum größten Theil nöthig seyn werden. Dieser Verbrauch hat auf den höchsten Preisen stattgefunden, die wir seit 1839 als stabile Marktpreise kennen. Das muß in Erwägung genommen werden und die Möglichkeit einer weiteren Preiserhöhung, welche Viele auf dem jetzigen Werthverhältniß nicht für zulässig halten, knüpft sich von selber daran. Mit obigen Belegen ist schlagend ausgesprochen, daß der Verbrauch von jetzt ein Defizit von irgend einer Bedeutung in den Zufuhren nicht verträgt, ohne daß Preise auf eine Höhe kommen, welche den Verbrauch einschränken. Welcher Werth wird das aber seyn, wenn auf Preisen von 31½—33 Cts. in 10 Monaten 950,000 Ballen verbraucht worden sind? Die kleine Ernte auf Java muß nunmehr als Faktum angenommen werden. Mit jeder neuen Mail sprechen sich die Berichte entschiedener darüber aus, und die neuesten schätzen das Defizit auf 2 bis 300,000 Ballen. Die offizielle Aufgabe des Gouvernements über die Ernte auf Java bestätiget es und ein weiterer Beleg dafür ist der, daß in dem Finanz-Budget für 1857, welches das Ministerium den Kammern vorgelegt hat, nur auf die Möglichkeit eines Verkaufs von 800,000 Ballen in 1857 gerechnet wird. In Java selber scheint man sehr großen Werth auf das Ernte-Defizit zu legen. Heute erhaltene Overland-Mail berichtet große Abschlüsse auf Lieferung zu f 30 für ord., f 34 für W. J. Bereitung, was auf ca. 34 und 38 Cts. hierher einsteht. Es bestehen gar keine Aussichten, daß das Defizit in der Produktion auf Java durch größere Anfuhren anderer reinschmeckender Kaffeesorten gedeckt werden könnte. Ceylon wird eine gewöhnliche Ernte machen. Domingo aber weniger ausführen, durch die erlittenen Wirren auf der Insel und von Laguayra und Costa-Rica sind die Berichte nicht günstig.

Frankfurt, 3. Novbr. Für österr. Kreditaktien, Staatsbahn und Darmstädter Bankaktien beider Serien wurden höhere Kurse bewilligt, während Leipziger Kreditaktien und Norddeutsche Bank etwas mehr angeboten waren, der Umsatz im Ganzen war von großem Belang und die Haltung sehr fest.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 77¾P. 77½G.; 5pCt. Lombard-Ven. 87¼P. 86¾ G. Metall. alte à 5pCt. 75¼P. 75 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86½ P. 86 G.; à 4½pCt. 66½ P. 65 G.; à 4pCt. 59 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56½ P. 55 G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — — G **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 95P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 93¾P. 94¼G.; 4½pCt. 100½P. 100 G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89½P. 89¼ G.; 4½pCt. 101½ P. 101¼ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 90¾P. 90¼G.; à 4pCt. 99¼P. 98¾ G.; 4½pC. 102 P. 101½G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 P. — G.; à 3½pCt. 90 P. — -G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37¼P. 37 G.; 1¼pCt. neue 23 3/16P. 23 1/16G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1173P. 1168G. Neue Bankaktien — P. — G. Credit-Actien à 5pCt 170P. 168 G. Darmstädter Bankaktien alte 369½ P. 367½ G.; junge 326½P. 324½G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 507 P. 503G. Mitteldeutsche Creditbank 101⅜P. 101¼G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 105 P. 104½G. Frankf. Bankaktien 112½ P. 112¼G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 495 P. 490 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 548 P. 543 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 240 P. 238 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141¾P. 141¼G. Neustadt-Weissenb. 103⅝ P. 103⅜ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101½ P. 101¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hananer Eisenb.-Aktien 80¼ P. 79¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78¼P. 77¾G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93½ P. 93 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115¾ P. 115G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99¼ P. 98¾ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 113½P. 112½G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47½ G. Darmst. Loose à fl. 50 116⅜P. 115⅞G. à fl. 25 34¼P. —G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38⅞ P. 38⅝G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 43½ P. —G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117½P. 117¼G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119¾G	Mail. i.S.Lr. 250k.S. 99¾P 99⅝G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝P. — — G.	Paris Frs. 200 k.S 93⅛P. 92⅞G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104⅝P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96½P. — G.	Wien fl. 100 C. k S. 111⅝P. 111⅜G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88¾P 88½G.	Wien 3 M. mit 4% 111⅜P. 111⅛G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto - P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 2. Novbr. Das Direktorium der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank hat beschlossen, daß der auf 6 pZt. erhöhte Diskonto für Wechsel und für Lombard auch in den nächsten vier Wochen, von morgen anfangend, noch fortbestehen soll. (N. K.)

Wien, 2. Nov. Die „Oesterr. Korresp." klärt den Widerspruch mit Pariser Blättern in folgender (von der gestern mitgetheilten Notiz der „A. Z." etwas abweichenden) Weise auf: „Die Pforte habe lediglich den Wunsch nach Verständigung in Betreff der Räumung der Donaufürstenthümer ausgesprochen. Sie fügt hinzu: die diesfällige Verständigung zwischen der Pforte, Oesterreich und England sey im besten Zuge." (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 308. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 5. November 1856.

Deutscher Bund.

Berlin, 31. Oktbr. Es sind auf die Zirkulardepesche, welche unsere Regierung über ihre Absichten in Betreff Neuenburgs an sämmtliche Staaten des deutschen Bundes gelangen ließ, jetzt zustimmende Aeußerungen hier eingetroffen, welche übereinstimmend dahin gehen, daß einer einhelligen Anerkennung des Rechtspunktes von Seiten der Bundesversammlung wohl von keiner Seite entgegengetreten werden dürfte. Die Abweichungen, welche sich in den Erklärungen vorfinden, beziehen sich nur auf die in der diesseitigen Depesche selbst nicht mit völliger Bestimmtheit ausgesprochenen Eventualitäten, welche für den Fall des Mißlingens der selbständigen Schritte unserer Regierung möglicherweise ein Mitwirken des Bundes erheischen möchten. So viel indeß verlautet, wird der Ausdruck eines förmlichen Vorbehaltes weiterer Maßnahmen des deutschen Bundes nicht beantragt werden. Die Aufnahme eines solchen Vorbehaltes in den Bundesbeschluß war nämlich nicht nur bei Bayern und Sachsen, sondern auch bei Württemberg und anderen Mittelstaaten einigem Bedenken begegnet.
(Deutschland.)

Bayern. München, 1. Novbr. Der für unsern kgl Hof neuernannte päpstliche Nuntius Monf. Chigi, der auf der Reise von Moskau hierher zur Zeit in Wien verweilt, wird im Laufe der Woche hier erwartet und alsbald nach der Rückkehr Sr. Maj. des Königs von den Gebirgsjagden sein Beglaubigungsschreiben überreichen; die Rückkehr des Monarchen dürfte aber, wenn die Witterung günstig bleibt, nicht vor Mitte des Monats erfolgen. Zahlreiches Hochwild, das bei den k. Jagden erlegt wurde, besonders eine größere Anzahl von Sr. Maj. dem König erlegter Gemsen, sind dieser Tage hieher geliefert worden.
(A. Abdz.)

Der Plan, die Eisenbahn von Gunzenhausen nach Ansbach mittelst einer Lotterie-Anleihe zu bauen, hat die Genehmigung der Staatsregierung erhalten. Es sollen 250,000 Partiallose à 7 fl. unter Garantie der bayerischen Regierung ausgegeben und in 40jährigen Verloosungen mit Treffern à 20,000 fl. heimgezahlt werden. (Nürnb. Kur.)

Preußen. Berlin, 1. Nov. Der Prinz Adalbert soll, wie man in hiesigen Kreisen versichern hört, die ihm von der Universität Greifswald zuertheilte Doktorwürde deßhalb abgelehnt haben, weil den Greifswalder Promotionen theilweise eine politische Kundgebung zum Grunde liege (?). Man will hier sogar behaupten, daß auch noch andere Ablehnungen erfolgen würden. — Die Bestrebungen des Skandinavismus sind in Norddeutschland bereits früher ein Gegenstand der Aufmerksamkeit geworden; in neuester Zeit hat sich diese Aufmerksamkeit in dem Maße erhöht, als das eigentliche Ziel, welches den eigentlichen Bestrebungen zum Grunde liegt, immer deutlicher und unverkennbarer hervortritt. Wer nur einigermaßen nicht blind für Das ist, was in den drei skandinavischen Staaten vor sich geht, wird dem Ausspruch des preuß. Wochenblatts beistimmen, daß der Skandinavismus bereits praktische Bedeutung gewonnen habe, und aus der Sphäre jugendlicher Demonstrationen und doktrinärer Rhetorik als Hebel in den Bereich der politischen Berechnung eingetreten sey. Daß man ihn in diesem Sinne, namentlich in Stockholm, aufzufassen versteht, beweisen die wiederholten Anreden aus hohem Munde an die skandinavische Jugend. (D.A.Z.)

Die „Bresl. Ztg." berichtet aus Breslau: „Das hiesige Landesgericht für Strafsachen ist auf dem Punkt, vom Justizminister die Abschaffung der ohnehin schon sehr beschränkten Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens zu verlangen. Bisjetzt durften wenigstens die Berichterstatter der Zeitungen den Verhandlungen beiwohnen und das Publikum ohne Nennung der Namen der Parteien von dem Gange der Gerechtigkeit auf dem Wege der Presse benachrichtigen. Unter dem Vorwande, daß die Gerichtsverhandlungen, wie sie von den Zeitungen gegeben werden, den Sachverhalt entstellen, verlangt nun das Landesgericht, daß das Justizministerium es ermächtige, die Berichterstatter der Zeitungen vom Gerichts-Saal auszuschließen."

Der Professor der Geschichte an der Universität Bonn, Dr. Karl Cornelius (ein Neffe des Direktors Peter v. Cornelius), hat den Ruf an die Universität München angenommen und tritt nun gänzlich aus dem preußischen Staatsverbande.

Baden. Heidelberg, 2. Novbr. Auf die von dem engeren akademischen Senate ergangene Aufforderung an die hiesigen Studenten, daß sich diejenigen melden sollen, die zu einem Vereine oder einer Verbindung zusammen treten wollen, haben dem Vernehmen nach die fünf früheren als Corps bestandenen Verbindungen sich gemeldet und außerdem noch sechs andere. (Fr. J.)

Anhalt. Der Landtag von Anhalt-Bernburg hat die von den beiden anhaltischen Regierungen entworfenen Vorlagen einer Anhaltischen Gesammtverfassung angenommen.

Oesterreich. Wien, 1. Nov. Die definitive Konzession für die Franz-Joseph-Orientbahn (zwischen der Donau und der südlichen Staatseisenbahn) erstreckt sich auf den Bau und Betrieb nachstehender Lokomotiv-Eisenbahnen: a) einer Bahn von Wien über Oedenburg und Groß-Kanisa nach Essegg; b) einer Bahn von Neu-Szöny über Stuhlweißenburg nach Essegg und in soferne durch diese Linien Fünfkirchen nicht berührt werden sollte, zu eine Verbindungsbahn mit dieser Stadt; c) einer Bahn von Ofen über Groß-Kanisa zum Anschlusse an die südliche Staatseisenbahn in der Nähe von Pöltschach. und d) einer Bahn von Essegg nach Semlin. Die Gesellschaft, welche den Bau unternimmt, zählt die hervorragendsten Mitglieder des österreichischen Adels, sowie bedeutende Bankiers 2c. unter ihren Theilnehmern.

Schweiz.

Die Verwandten der Gefangenen im Schlosse zu Neuenburg haben die ausgezeichnetsten französischen Advokaten zu deren Vertheidigung gewonnen. — Der Bundesrath hat den Staatsrath von Waadt wiederholt eingeladen, die auf den 7. Nov. angesetzte Konferenz zur Besprechung der Detailbestimmungen für die Konzession der Oronlinie zu beschicken und nicht auf seiner Ablehnung zu beharren. (Fr. J.)

Wie bekannt, erklärte sich die Stadt Lausanne, im Widerspruch mit der großen Mehrheit des Kantons Waadt, von vornherein für die Eisenbahnlinie Lausanne-Oron-Freiburg; sie ging noch weiter und schloß mit Freiburg eine Convention ab, in der sie zur Eisenbahn eine Unterstützung von 600,000 Fr. zusagte. Die Regierung des Kantons behauptet nun, die Stadt habe damit ihre gesetzlichen Befugnisse überschritten, sie habe ihre Pflichten gegen die famille vaudoise verletzt, und überdies durch Ueberschreitung der ihr zu Gebote stehenden finanziellen Mittel die Interessen der Stadt selbst schwer verletzt und gefährdet. Aus allen diesen Gründen hielt sich der Staatsrath berechtigt, die Stadt Lausanne unter Vormundschaft zu stellen, die bisherige Munizipalität aufzulösen, und an ihre Stelle eine provisorische Verwaltungskommission einzusetzen. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 30. Oktbr. Die Marktberichte aus den Provinzen zeigen endlich ein immer allgemeiner und stärker werdendes Herabgehen der Getraidepreise an. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 1. Nov. Die heutige „Morning-Post" enthält folgendes „Mitgetheilt": „Von verschiedenen Seiten ist behauptet worden, die hohe Pforte habe bei unserer Regierung gegen die verlängerte Anwesenheit der englischen Flotte im schwarzen Meere reklamirt. Wir können die Versicherung geben, daß keine

Vorstellung irgend einer Art in diesem Sinne von der Türkei vorgebracht worden ist,*) und wir wiederholen, daß erst nach gänzlicher und loyaler Vollziehung des Pariser Vertrages die englische Flotte aus dem schwarzen Meere abberufen werden wird.**) Die Punkte um die es sich handelt, umfassen, obgleich für sich selbst anscheinend unbedeutend, in Wirklichkeit das ganze Prinzip, für welches wir den letzten Krieg unternommen haben, und das in dem zu Paris unterzeichneten Vertrage mit der zu leichtgläubigen Unterstellung, daß er in ehrenwerther Weise werde vollzogen werden, anerkannt worden ist."

In dem mehrerwähnten Artikel der „Times" über Rußlands und Frankreichs Verhalten in Bezug auf Erfüllung des Friedensvertrags heißt es u. A. noch: „Eine tiefe Verstellungsgabe spielt keine unbedeutende Rolle in der Politik jenes halborientalischen Volkes (des russischen). Nachdem Rußland unterlegen war, scheint sein erster und herrschender Gedanke der gewesen zu seyn, sich so zu geberden, als wäre dies nicht der Fall. In seinem eifrigen Streben, die Erneuerung der Feindseligkeiten zu vermeiden, überredete es die Verbündeten, die Erledigung gewisser Fragen auf die Zeit nach Unterzeichnung des Friedens-Vertrages zu verschieben. Bei andern Fragen war dies geradezu nöthig, weil sie nicht auf der Stelle entschieden werden konnten. Rußland konnte keine Haltung annehmen, die ihm weniger zur Ehre gereicht hätte, als die, welche es diesen Fragen gegenüber wirklich angenommen hat. Ohne den geringsten Schein von Recht hat es die Schlangen-Insel besetzt und ist in seinen Planen nur dadurch gekreuzt worden, daß die Türken ihm eine mit größeren Streitkräften bewerkstelligte Okkupation entgegensetzten. Es war verpflichtet, den Verbündeten die Festungen Kilia, Ismail und Kars zu übergeben. Die Art, wie es diese Bedingungen erfüllte, bestand darin, daß es die Festungswerke schleifte und den Verbündeten die Trümmer überlieferte. Man drang bei Rußland auf eine Rektifizirung der bessarabischen Gränze. Durch Vorlegung absichtlich gefälschter Karten leitete es den Kongreß vollständig irre, welcher sich in Folge davon mit einer unmöglichen und unerklärlichen Gränze einverstanden erklärte. Die vertragsmäßig festgesetzten sechs Monate sind abgelaufen, und Rußland hat die meisten der ihm auferlegten Bedingungen noch immer nicht erfüllt." Und weiter sagt die „Times" in demselben Artikel: „Nichts liegt aber in Wahrheit gegenwärtig der Absicht Rußlands ferner, als ein zweiter Krieg. Alle diese Handlungen oder Schein-Manöver sind auf die kleineren europäischen Höfe berechnet, denen der Glaube beigebracht oder eine Entschuldigung für das Zurschautragen des Glaubens an die Hand gegeben werden soll, daß Rußland noch immer unbesiegt sey, und noch immer mächtig genug, ihrem Regierungs-System Dauer zu verschaffen. Rußland ist in der Schauspielerkunst trefflich erfahren und wird ohne Bedenken so weit gehen, wie es nur irgend gehen kann, ohne den Verbündeten geradezu eine Gelegenheit zu bieten, die sie in den Augen ihrer Unterthanen rechtfertigen würde, wenn sie den Krieg erneuerten. Es hat aber nie einen Augenblick gegeben, wo das englische Volk weniger in der Gemüthsverfassung gewesen wäre, ein frevelntliches Spiel mit sich treiben zu lassen, und Rußland wird vielleicht, wenn es sich nicht zur rechten Zeit eines Besseren besinnt, den trügerischen Schimmer seiner gegenwärtigen Demonstrationen um einen Preis erkaufen müssen, welchen zu bezahlen, es weder die Lust noch die Fähigkeit hat. Unsere Hülfsquellen sind unvermindert, unser Muth ist ungebrochen, und nachdem wir einmal einen Vertrag geschlossen haben, wollen wir es uns nicht gefallen lassen, daß man sich über uns lustig macht als über ein Volk, welches nicht den Willen oder nicht die Kraft hat, die Bedingungen desselben zur Geltung zu bringen."

Frankreich.

Paris, 1. Novbr. Die französische Regierung hat die Absicht, alle Eisenbahnen in den Händen von sechs großen Gesellschaften zu vereinigen, und der diesfällige Plan wird bereits im Finanzministerium ausgearbeitet. Dieses ist auch der Grund, warum der Kaiser das Pyrenäennetz noch keiner Gesellschaft übertragen hat und warum auch die Angelegenheit der Auflösung der Grand-Central-Gesellschaft noch nicht geregelt ist. (K.Z.)

Paris, 1 Novbr. Es bestätigt sich, das der König von Neapel binnen Kurzem einen Gnadenakt erlassen wird. Man will nun erst einige Zeit verstreichen lassen zwischen der diplomatischen Demonstration des Westens und dem milderen Auftreten der neapolitanischen Regierung. In Neapel scheint man nicht ganz ohne Unruhe zu seyn, da man dort wissen will, daß von Turin aus energisch an einer Erhebung der Insel Sizilien gearbeitet wird. (?) (K. Z.)

Paris, 1. Novbr. Die „Revue Contemporaine" (ein Blatt, das mit der Regierung in Verbindung steht) stellt sich in der bessarabischen Frage ganz auf den russischen Standpunkt und geht so weit, zu verlangen, daß man aus Rücksicht für den Ruhm des Reiches der Czaren den russischen Forderungen in Bessarabien Genüge leiste. „Es ist" — sagt die Revue — „sogar sehr schwer, wenn man einen Blick auf die Karte wirft, nicht zu begreifen, warum die Russen so große Wichtigkeit auf das Stück Land legen, welches man ihnen streitig macht. Auf diesem Territorium sind nicht allein Kolonien christlicher Flüchtlinge, denen sie Protektion schulden, sondern auch militärische Kolonien, denen sie charakteristische Namen zur Erinnerung an die großen Kriege des Kaiserreiches gegeben haben. So hat man der Reihe nach den Dörfern und Flecken die Namen Paris, Arcisfaja, Beresenskaja ꝛc. gegeben — lauter militärische oder Siegesnamen, die jedenfalls denkwürdig sind und deren Echo man in dem Geiste der Einwohner hat verewigen wollen." Hierauf geht die „Revue" zu der Occupation der Donaufürstenthümer durch Oesterreich über und findet, daß diese Frage viel ernster sey. Sie bestreitet Oesterreich jedes Recht, dort seine Truppen länger zu lassen. Was die Affaire von Bolgrad betrifft, so findet die „Revue", daß diese die Occupation der Oesterreicher keineswegs rechtfertigen könne. Sie glaubt übrigens, daß dieser Vorwand Oesterreichs nicht lange bestehen bleiben wird; denn ihr zufolge wäre es lächerlich, „wenn der Besitz eines Marktfleckens von 6000 Einwohnern den feierlichen Pariser Vertrag noch länger im Schach hielte"

Spanien.

Madrid, 28. Okt. Der „Epoca" zufolge wird der Palast der Königin Christine in der Straße de las Rejas um 4½ Mill. Realen zum Verkauf ausgesetzt werden.

Madrid, 29. Oktober. Im Einvernehmen mit den Madrider Behörden hat die spanische Regierung die Errichtung von sechszehn Bäckereien in den von der ärmeren Klasse bewohnten Vierteln Madrids beschlossen, wo gutes Brod zu 16 Cuardos per 2 Pfd. für Rechnung des Gouvernement verkauft werden wird. Außerdem wurde angeordnet, das in Marseille angekaufte Getraide den bedürftigsten Provinzen zuzuführen. Dadurch und durch den Ankauf von 200,000 Fanegas Getraide aus dem Nationalgütererlös hofft die Regierung die Lebensmittelkrise bewältigen zu können, besonders da Tausende bei den begonnenen öffentlichen Arbeiten Beschäftigung finden werden.

† **Madrid**, 29 Oktober. Die „Presse" berichtete in einem von Hrn. Escosura unterzeichneten Artikel, daß man daran gedacht habe, den Kardinal-Erzbischof von Toledo zur Minister-Präsidentschaft zu berufen, für den Fall der Herzog von Valencia oder der Marquis v. Viluma sich weigern sollten, der Geistlichkeit die verkauften Güter zurück zu erstatten. Die „Presse" wurde das Echo des absurdesten Gerüchts. Weder dem Herzog v. Valencia, noch dem Marquis v. Viluma wurde irgend eine derartige Eröffnung gemacht und ebenso ist es unwahr, daß man daran gedacht habe, den ehrwürdigen Erzbischof von Toledo zum Ministerpräsidenten zu machen. Diese Woche waren unsinnige Gerüchte über eine Ministerkrise verbreitet. Man sagte, die Königin habe entweder den General O'Donnell oder Hrn. Olozaga berufen, um das neue Kabinet zu bilden.

So vielfach und so eifrig waren die Bemühungen einflußreicher Leute fast aller Parteien, die Königin in Bezug auf die Desamortisationsfrage auf andere Gedanken zu bringen, daß sie wirklich nachgegeben hat. (Die amtliche „Gaceta" hat auch schon den Entschluß der Regierung verkündet, die bereits vollzogenen Verkäufe von Kirchengütern gelten zu lassen.) Gewiß ist es, daß die betreffenden Angestellten in den Provinzen von dem Ministerium die Weisung erhielten, die Zahlungen für erstandene Güter anzunehmen; der Ankauf ist also bestätigt worden. Großen Einfluß auf diesen geänderten Beschluß der Königin sollen die Berichte gehabt haben, welche von den verschiedenen Behörden der Provinzen an das Ministerium einliefen, und welche die gereizte Stimmung schilderten, die durch die Weigerung der Beamten hervorgerufen wurde, Bezahlung für die in aller Form angekauften Nationalgüter anzunehmen.

Montenegro.

In der Czernagora dauert der Kongreß des russischen und französischen Konsuls und einiger geheimen und öffentlichen Agenten aus Frankreich und Rußland fort. Es wurden dort die Bedingungen berathen, unter welchen der Fürst Danilo die Suzeränetät des Sultans über Montenegro anzuerkennen gedenke. Die Bedingungen erscheinen aber der Pforte als unannehmbar; dieselbe wird sich zur Abtretung von Landestheilen der Herzego-

---

*) Die „Oesterr. Korresp." erklärt, die Pforte habe bloß den Wunsch nach einer Verständigung über diese Frage und über das Verweilen der Oesterreicher in den Donaufürstenthümern ausgesprochen. Aus dem Wunsch haben dann die französischen Blätter frischweg eine Protestation gemacht. D. Red.

**) Hierdurch berichtigt sich die im gestrigen Blatte mitgetheilte telegraphische Depesche der „Köln. Ztg." aus London.

wina, des Seehafens von Antivari u. s. w. nicht bequemen, sie gedenkt vielmehr dem Fürsten Danilo — nach reiflicher Berathung im Divan — die Bedingungen selbst zu diktiren, unter denen die Czernagora in nähere Beziehung zu der souveränen Türkei zu treten hätte. Diese Berathungen in Montenegro würden ohne Zuziehung eines österreichischen oder britischen Kommissärs gepflogen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

§ Wien, 2. November. (Privat-Korresp.) Ueber die türkische Ministerkrisis, ihren Anlaß wie ihren Ausgang zirkuliren noch immer verschiedene Angaben, im Allgemeinen glaubt man jedoch, daß die französischen Blätter nicht gut unterrichtet sind, wenn sie den beabsichtigten Ministerwechsel als im Wunsche Oesterreichs gelegen darstellen; im Gegentheile dürfte eben das Verbleiben Ali Paschas im Ministerium den durch Freiherrn v. Prokesch vertretenen Interessen entsprechen.*) An Anhaltspunkten für diese Behauptung fehlt es nicht, und ist in dieser Beziehung namentlich hervorzuheben, daß vor Kurzem erst sowohl Frankreich als Rußland in Konstantinopel aus Anlaß des die Einberufung der beiden Divans in der Moldau-Wallachei betreffenden Fermans eine Protestnote übergeben ließen, in welcher gegen die Bestimmungen Einwand erhoben wird, die den Zweck haben, die Thätigkeit der beiden Versammlungen zu regeln. Die beiden Regierungen verlangen, daß das Recht der freien Meinungsäußerung in jeder Beziehung aufrecht erhalten werde, da ja die beiden Divans nur aus dem einzigen Grunde einberufen werden, um zur Kenntniß der Wünsche und Bedürfnisse der moldo-wallachischen Bevölkerung zu gelangen. Wenn man nun weiß, daß der Großvezier Ali Pascha selbst der Verfasser der erwähnten Verordnungen ist, so wie er sich denn auch stets sehr unumwunden gegen das Unionsprojekt ausgesprochen hat, welches anderseits wieder der eigentliche Grund der von Frankreich und Rußland eingereichten Protestnote ist, — so ist man wohl zu der Annahme ermächtiget, daß Ali Pascha sich durch den französischen Einfluß nicht in dem Maße bestimmen läßt, wie die offiziösen Blätter in Paris fortwährend behaupten.

Amerika.

Laut Nachrichten aus der Havanna ward daselbst eine starke spanische Flotte ausgerüstet, um den Geldansprüchen, die Spanien für seine Angehörigen Mexiko gegenüber erhebt, Nachdruck zu geben. Die früher verbreitete Nachricht, daß diese Angelegenheit gütlich beigelegt sey, hat sich als falsch erwiesen. (Köln. Z.)

Aus Mexiko wird dem „Moniteur" über den Anlaß zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und England noch Folgendes geschrieben: Das Gouvernement der Provinz Tepic hatte dem dortigen Vizekonsul Englands, Hrn. Barron, das Exequatur entzogen, ohne irgend einen Grund für diese Maßregel anzugeben. Da der britische Geschäftsträger deßhalb Erklärungen von der Regierung des Präsidenten Comonfort forderte, dieser bis jetzt sich aber geweigert hat, ihm dieselben zu geben, so habe der Erstere in Folge der ihm von seiner Regierung ertheilten Instruktionen seine Beziehungen zu der mexikanischen Regierung abbrechen zu müssen geglaubt."

China.

Die angeblichen Siege der kaiserl. Armee von China existiren nur in den offiziellen Berichten. Die kaiserl. Armee wurde von den Insurgenten genöthigt, die Belagerung von Nanking und die von Chin-Kianfoo aufzuheben. Dieselbe hat sich in der Stadt Ton-Hiang verschanzt, woselbst sie von den Insurgenten hart bedrängt ward. Sie sind bereits Herren einer ungeheuren Landesstrecke und organisiren überall eine Art Volksvertretung. Die öffentliche Meinung ist den Insurgenten günstig

---

*) Inzwischen ist, wie auf telegraphischem Wege gemeldet wurde, Ali Pascha wirklich zurückgetreten und durch Reschid Pascha ersetzt worden. D. Red.

Nichtpolitische Zeitung.

* Paris, 1. Novbr. Heute und morgen strömt ganz Paris den drei großen Kirchhöfen Montmartre, Père la Chaise und Mouparnasse zu, um die Gräber der Angehörigen zu besuchen, sie mit Blumen und Kränzen zu schmücken und dort zu beten. Es ist ganz merkwürdig, welchen Kultus der sonst so leichtsinnige Pariser den Verstorbenen weiht. Dieser Kultus für die Verstorbenen zeigt sich namentlich auf den Kirchhöfen, welche Jahr aus Jahr ein stark, heute und morgen aber von einer so zahllosen Menge besucht sind, daß man oft erst nach langem Warten in einen derselben gelangen kann. Die drei Friedhöfe von Paris zeichnen sich durch ihre Eintheilung, ihre sorgfältige Unterhaltung und den Glanz der sie bedeckenden Mausoleen aus, namentlich ist dies bei dem Kirchhof Père la Chaise der Fall, welcher, das lebende Paris zu seinen Füßen ausgedehnt, die Geschichte Frankreichs dem staunenden Fremden in prächtigen Grabsteinen zeigt. Man kann annehmen, daß in diesen Tagen für mehr als 200,000 Frs. Blumen und Kränze auf den Pariser Friedhöfen niedergelegt wurden. Das bekannte Grab Heloise's und Abélard's auf dem Perè-la-Chaise war mit Blumen und Kränzen buchstäblich bedeckt.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 27. Oktbr. bis 1. Novbr.)

Samstag. Die Zeit der gezwungenen Ruhe ist noch nicht vorüber, und so unangenehm die Lahmheit der Börse, die Tendenzlosigkeit und Stockung in den Kursen allgemein berühren mögen, so heilsam ist dieser Zustand für die Genesung. Neue Dinge mögen darunter leiden, das Geschaffene wird, wenn es Lebenskraft in sich trägt, sich desto ruhiger entwickeln können. Die Ultimo-Regulirung ging leicht von Statten, obgleich die Differenzen bedeutend waren, und wenn auch für einzelne Prolongationen noch etwas hoher Report zu bekommen war, so ist doch viel dazu bestimmtes Geld unangelegt geblieben. Bei wenigem Geschäft haben wir in der vergangenen Woche beinahe an jedem Tag eine verschiedene Richtung der Kurse gehabt. Heute fest, morgen flau! — Von österr. Fonds sind National nur wenig gefallen, da der tägliche Bedarf bedeutend ist. Ansehnlicher ist das Weichen der Wiener Bankaktien, von welchen verschiedene Partien an den Markt kamen. Die Dividende läßt sich wohl nicht unter 40 fl. anschlagen, so daß das Papier für 1856 circa 7 pCt. Zinsen geben würde. Bei geordneten politischen und finanziellen Zuständen dürften Bankaktien im Verhältniß am bedeutendsten steigen. Da mindestens 900 fl. rheinisch für die Aktie vorhanden sind, so ist das Agio kaum 30 pCt. für ein Institut, dessen Privilegium einen Staat von 40 Mill. Menschen umfaßt. In Metalliques hat der Umsatz fast aufgehört. Das Wenige, was vorkommt, geht nach Amsterdam und Wien. Loose von 1854 sind sehr flau geworden. Die bedeutenden Verkäufe eines Kreditinstituts (doch nicht etwa eine Baisse-Spekulation auf eigne Rechnung?) haben merklich auf den Kurs gewirkt. Von süddeutschen Fonds waren nur bayerische etwas matter. Spanische konnten sich nicht halten. Es scheint, als ob die deutschen Kapitalisten das Zutrauen zu den spanischen Fonds bedeutend verloren haben. Sardinische Fonds sind gleich den russischen aus dem Kurszettel geschwunden und Toskanische sind ebenfalls seltene Gäste. Von sämmtlichen Kreditaktien haben wir wieder einen Rückgang zu berichten. Am bedeutendsten war derselbe bei österreichischen und spanischen. Wenn man freilich sieht, wie die französischen Mobilier-Aktien trotz aller Krisen sich auf einer bedeutenden Höhe erhalten, was nur dem Vertrauen zu der Leitung des Herrn Pereire zuzuschreiben ist, so möchte man glauben, daß spanische Kredit zu einem Agio von 8 pCt. nicht zu theuer sind. Indessen darf man auch nicht vergessen, daß es sich von Spanien handelt und daß dieses Land vielleicht schon in nächster Zeit einer neuen Krise entgegengeht. Darum möchten wir unsere Bemerkungen durchaus nicht als eine Aufmunterung an Kapitalisten zum Ankauf von spanischen Kreditaktien gedeutet wissen. — Der Kurs ist übrigens wieder auf 550 gegangen, und das Geschäft darin regt sich neuerdings auch in Paris. Rothschild'sche bleiben unter Pari. Darmstädter und Meininger konnten sich in Folge der Ultimo-Liquidation hier und in Berlin nicht behaupten. Von ersteren sind fast nur die jungen im Umsatz, wovon noch viele Stücke flottant. Zettelbank ist nie hier eingedrungen. Das Gerücht, daß die Darmstädter Bank ansehnliche Depots gekündigt habe, wollen wir nur als solches anführen. Von der Luxemburger Bank vernimmt man, daß dieselbe demnächst auf allen bedeutenden Plätzen und auch hier Filiale errichten wird. In derselben Weise soll die landgräfl. hessische Landesbank vertreten werden. Die Meininger Bank spielt eine nicht zu übersehende Rolle in den hiesigen Umsätzen und scheint ihr Hauptgeschäft in Frankfurt, dem Sitz der Majorität der Verwaltungsmitglieder, zu konzentriren. In Norddeutschen und Leipzigern wenig Geschäft. Weimarer befinden sich in festen Händen. Die neuerdings hergestellte entente cordiale zwischen Rußland und Frankreich hat auch für die Börse bereits ihre Früchte getragen. Die Konzession für das russische Eisenbahnnetz soll sicherm Vernehmen nach dem Hause Stieglitz in Petersburg unter Mitbetheiligung der Hrn. Pereire und Thurneyssen in Paris zugefallen seyn. Von den Eisenbahn-Aktien nahmen die Bexbacher durch ihre Festigkeit den ersten

Rang ein. Besonders am Ultimo fehlten die Stücke für die Contremine-Deckung. Bei 140 macht der Kapitalist noch über 6 pCt. mit seinem Geld, was selbst bei den heutigen Geldverhältnissen als angemessene Anlage erscheint. In Neustadt-Weißenburger Aktien ist im Augenblick wenig Umsatz. Die Bahn hat übrigens im letzten Monat gute Geschäfte gemacht, und der Anschluß an die französische Ostbahn ist nun endlich hergestellt. Staatsbahnen leiden noch unter dem Druck der Pariser Verhältnisse und der ausgeschriebenen Einzahlung, werden aber für Kapitalisten stark gekauft. In Fr.-W.-Nordbahn hat das Geschäft hier fast ganz aufgehört. Die besseren Einnahmen lassen eine höhere Dividende erwarten. Von der Billigkeit der bayer. Ostbahnaktien haben wir oft gesprochen. Nachdem sie im Kurs mit den 4½ pCt. Oblig. gleichstehen, liegt der Gewinn auf der Hand. Nahebahn scheinen nach und nach mehr an die Börse gekommen zu seyn, und waren am Ultimo nur zu hohen Zinsen zu reportiren. Der Kurs behauptet sich zwischen 93 und 94 troß der Zeitungspolemik, die nicht immer aus lautern Quellen fließt, Die nächste Genr. Vers. wird wohl thatsächlichen Aufschluß geben. Frankfurter Bankaktien behaupten sich auf dem wieder gebesserten Kurs. Der heute ausgegebene Ausweis bringt günstige Zahlen. Industriepapiere, besonders Zuckerfabrikaktien sind sehr fest und gesucht ohne Abgeber. Man erwartet sowohl für die badischen als würtembergischen eine glänzende Dividende, und es ist wohl an der Zeit, diese im Verhältniß noch äußerst billigen Effekten der Aufmerksamkeit der Kapitalisten zu empfehlen. In Wechseln wenig Veränderung. Preußische Valuten haben durch die Anerkennung der ⅓ und ⅙ Thlr. einen stabilen Kurs bekommen und auch einem bedeutenden Fallen der franz. Valuten ist eine Gränze durch Zulassung der Franken gesetzt. Der Umsatz in Wiener war sehr bedeutend. Die hiesige Handelskammer hat sich in einer soeben erschienenen Denkschrift ganz im Einklang mit den in der Presse laut gewordenen Ansichten für Annahme der Goldwährung ausgesprochen. (Aktionär.)

Frankfurt, 4. Novbr. Mit Ausnahme von Neustadt-Weißenburger-Aktien, welche merklich höher bezahlt wurden, waren sämmtliche Kreditaktien, Bankaktien, Staatsbahnaktien und Norddeutsche Bankaktien mehr angeboten.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78 P. 77½G. 5pCt Lombard-Ven. 87½P. 87 G. Metall. alte à 5pCt. 75½P. 75 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86½ P. 86 G.; à 4½pCt. 66 P. 65½ G.; à 4pCt. 59 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 6pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56½ P. 56G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — G **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 80⅛ P. 89 G.; 4pCt. 95P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 94¾P. 94¼G.; 4½pCt. 100½P. 100 G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89½P. 89¼ G.; 4½pCt. 102¼ P. 101¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 90¾P. 90¼G.; à 4pCt. 99¼P. 98¾ G.; 4½pC. 102 P. 101½G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 P. — G.; à 3½pCt. 90 P. — G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37¼P. 37 G.; 1¼pCt. neue 23¼P. 23⅛G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1167P. 1163G. Neue Bankaktien — P. — G. Credit-Actien à 5pCt 166½P 164½G. Darmstädter Bankaktien alte 365 P. 363 G.; junge 323½P. 321½G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 505 P. 500G. Mitteldeutsche Creditbank 101⅝P. 101⅜G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 101¾P. 101¼G. Frankf. Bankaktien 112½ P. 112¼G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 497 P. 492 G. Span Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 550 P. 545 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 236 P. 234 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141⅝P. 141¼G. Neustadt-Weissenb. 105⅛ P. 104⅝ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101¾ P. 101⅛ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80½ P. 80 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78⅛P 77⅝G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93½ P. 93 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115¾ P. 115G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99¼ P. 99 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 113⅛P. 112⅝G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛P. 47⅝ G. Darmst. Loose à fl. 50 116⅜P. 115⅞G. à fl. 25 34¼P. —G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 P. 38¾G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei. G. Bethmann 43½ P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117¼P. 117⅛G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119¾G	Mail. i.S.Lr. 250k.S. 99⅝P 99⅛G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104¾P. — — G.	Paris Frs. 200 k.S 93⅝P. 92⅞G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104¾P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96½P. — G.	Wien fl. 100C. k.S. 111⅛P. 111⅜G.
Hamb. MB. 100 k.S 88¾P 88½G.	Wien 3 M. mit 4% — — P. 111⅛G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Augsburg, 2. Novbr. Die Sammlung von freiwilligen Beiträgen für die Errichtung eines Denkmals für Christoph v. Schmid in seiner Vaterstadt Dinkelsbühl hat nach der vom Präsidium der k. Regierung von Schwaben und Neuburg soeben stattgefundenen Veröffentlichung im Kreise Schwaben und Neuburg 2046 fl. 1 kr. ergeben. (N. M. Z.)

* Nach einer Wiener Korrespondenz der „Allg. Ztg." wäre die Frage wegen des längeren Verbleibens der Oesterreicher in den Donaufürstenthümern nunmehr definitiv entschieden und zwar zu Gunsten Oesterreichs. Ebenso würde die engl. Flotte vorderhand im schwarzen Meere bleiben. Der Korrespondent stellt in Aussicht, daß der über den bezüglichen Verhandlungen bis jetzt liegende Schleier demnächst durch eine amtliche Erklärung von Wien aus gelüftet werde.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 309.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 6. November 1856.

Deutscher Bund.

Berlin, 3. Novbr. Der „Staatsanzeiger" publizirt heute eine „Verordnung wegen Abänderung des Vereinszolltarifs vom 27. Oktober d. J.", deren Bestimmungen wir als die Resultate der Verhandlungen der **Zollkonferenz** anzusehen haben, die im Wege der Verordnung „unter Vorbehalt der Genehmigung des Landtages" vom 1. Januar k. J. ab vorläufige Gesetzeskraft erhalten. Dieselben sind von geringer Bedeutung, wie denn überhaupt der Zollverein außer Stand zu seyn scheint, eine Zollreform von einigem Umfange herbeizuführen. Außer der Ermäßigung der Getraide- und Mehlzölle finden wir einige Zollermäßigungen für Rohstoffe und Halbfabrikate, die eine prinzipielle Bedeutung nicht haben. Zollherabsetzungen haben nur dann für die Entwickelung der Handelspolitik eine Bedeutung, wenn sie entweder den Tarif der Finanzzölle betreffen und durch Ermäßigungen reicheren Ertrag herbeiführen wollen oder wenn sie die Schutzzölle, welche für Fabrikate, für Eisen, Manufakturwaaren u. s. w. aufgestellt sind, reduziren. Will man an den Getraidezöllen oder den Tarifsätzen für Roh- und Hülfsstoffe, Chemikalien ꝛc. ändern, so können wir nur einer gänzlichen Aufhebung, welche zur Vereinfachung des Steuersystems führt, prinzipielle Bedeutung beilegen. Ferner sind die Regierungen der Zollvereinsstaaten übereingekommen, daß künftig verzollte ausländische **Mühlenfabrikate** in Beziehung auf innere Besteuerung wie inländische Erzeugnisse behandelt werden, also auch der vollen Mahlsteuer unterliegen was bisher durch Art. 11 Nr. 1 des Zollvereinsvertrages ausgeschlossen war. (Demnach werden künftig in Preußen Mehl, Graupe, Grütze, Gries, geschrotenes Getraide und geschrotene Hülsenfrüchte beim Eingange in eine mahlsteuerpflichtige Stadt auch dann der Mahlsteuer unterliegen, wenn sie aus dem Auslande eingeführt sind und der Eingangszoll davon entrichtet ist.) Den Gegenständen, welche keiner Abgabe unterworfen sind, treten folgende, bisher in dem Tarife nicht namentlich aufgeführte Artikel hinzu: zu Position 24: Bast; zu Position 30: Torfkohlen. Bei den Gegenständen, welche bei der Einfuhr oder bei der Ausfuhr einer Abgabe unterworfen sind, treten u. A. folgende Aenderungen ein: In Bezug auf die Tarasätze: An Tara wird verwilligt für: 1. Phosphor in Blechkisten mit Wasser gefüllt, außer der tarifmäßigen Tara für die äußere Umschließung noch 20 Pfund vom Zentner Bruttogewicht; 2) Hefe aller Art, mit Ausnahme der Bier- und Weinhefe, in Körben 7 Pfund vom Zentner Bruttogewicht; 3) Kaffee, rohen, und Kaffeesurrogate a. in Fässern mit Dauben von Eichen- und anderem harten Holze und in Kisten 12 Pfund vom Zentner Bruttogewicht; b. in anderen Fässern 8 Pfund vom Zentner Bruttogewicht; c. in Ballen oder Säcken 2 Pfund vom Zentner Bruttogewicht; 4) Tabakblätter, unbearbeitete und Stengel, a. in Ballen aus Schilf, Bast und Binsen 4 Pfund vom Zentner Bruttogewicht; b. in Ballen anderer Art 2 Pfund vom Zentner Bruttogewicht. Werden Waaren, für welche eine Taravergütung zugestanden ist, bloß in einfache Säcke von Pack- oder Sackleinen, in Schilf- oder Strohmatten, oder ähnlichem Material gepackt, zur Verzollung gestellt, so können 4 Pfund vom Zentner für Tara gerechnet werden, insoweit nicht im Vorigen eine geringere Taravergütung für Ballen oder Säcke vorgeschrieben ist.

Die schlimmen Folgen der neuen „**Kreditinstitute**" sind zu rasch und grell an den Tag getreten, als daß noch viele Worte darüber nöthig wären. Sie tragen einen Haupttheil der Schuld an der jetzigen Lage des Geldmarktes und an den zahlreichen Verlusten gerade derjenigen Kapitalisten, welche sie am wenigsten ertragen können. Den Gewerben und der Landwirthschaft wurden eine Menge Betriebskapitalien entzogen, um als Spieleinsätze zu dienen in der großen Lotterie, welche das Mark unseres sozialen Lebens zu vergiften droht. Wenn das fieberhafte Wetten und Wagen, um das Glück zu erjagen, noch tiefer die Massen ergriffe, was würde aus den alten Tugenden der Rechtschaffenheit, des Fleißes und der Sparsamkeit, die man mit Recht an unserm Volke rühmt? Auch in jenen Dingen zeigten sich wieder die Nachtheile der Kleinstaaterei. Jedes Ländchen wollte seine Kreditbank haben und man gab leichtfertig Konzessionen, unbekümmert um die papierene Sündfluth, welche unvermeidlich darauf folgen mußte. Mit Papier wollte und will man Eisenbahnen bauen, Fabriken gründen, die mineralischen Schätze der Erde heben, die Industrie und den Ackerbau unterstützen — in Wirklichkeit aber galt es nur, auf Kosten leichtgläubiger Kapitalisten die Taschen der Unternehmer und Börsenbarone zu füllen. Es gibt nur Ein Mittel, sich dieser kleinstaatlichen Credit mobiliers zu erwehren: die Nichtannahme ihrer papierenen Werthzeichen. Der Handelsstand von Mannheim hat bereits den Anfang gemacht, indem er sich einigte, die Noten der Darmstädter Zettelbank nicht anzunehmen. Folgen diesem Beispiele noch andere, und namentlich die Frankfurter Handelshäuser, so ist jenes Riesenkind des Schwindels todt, noch ehe es zu leben begonnen. Diejenigen aber, welche trotz der gemachten Erfahrungen die Noten der verschiedenen modernen Kreditbanken annehmen, werden voraussichtlich eines Tages nichts in den Händen behalten, als façonirte Lumpen. (Pf. Z.)

Bayern. München, 4. Nov. Der oberste Gerichtshof kassirte in der Untersuchung gegen die Söldner Franz Liebhart, Joh. Nep. Frühmorgen und Joh. Huber wegen gewerbsmäßiger Gutszertrümmerung drei Urtheile des kgl. Appellationsgerichts von Niederbayern und verwies die Sache zur neuerlichen Aburtheilung an das k. Appellationsgericht von Oberbayern. Der erstere Gerichtshof hatte, wie wir bereits mittheilten, gewerbsmäßige Gutszertrümmerung lediglich als Polizeiübertretung bezeichnet gegen frühere Aussprüche des obersten Gerichtshofes, welcher dieses Reat als Vergehen erklärte. In den sehr umfassenden Entscheidungsgründen beharrt der hohe Gerichtshof auf seiner frühern Ansicht und erklärte durch das appellationsgerichtliche Urtheil die Artikel 1—3 des Gesetzes über die Gutszertrümmerung als verletzt. (N. M. Z.)

Regensburg, 1. Nov. Hr. Bischof von Riedl hat bald nach seiner Rückkehr vom Benediktionsakte des neuen Abtes von Metten eine Reise nach **Ensdorf** angetreten, um daselbst in eigener Person das Fortbildungsinstitut der neugeweihten Priester zu eröffnen. Zwischen den **Benediktinerklöstern** Metten, München und Weltenburg soll dem Vernehmen nach wirklich eine Congregation zu Stande gekommen seyn, der sich wahrscheinlich auch Scheyern anschließen wird; ob auch Augsburg, wird vor der Hand bezweifelt. (N. M. Z.)

Preußen. Was wir kürzlich über den Mangel an Wohnungen in **Berlin** schrieben, wird durch die Rede bestätigt, welche der Prinz von Preußen kürzlich in der Generalversammlung der gemeinnützigen Baugesellschaft hielt. „Das Bedürfniß an kleinen Wohnungen, sagte der Prinz, tritt immer lebendiger in Berlin hervor. Ein sehr merkwürdiges Beispiel davon liegt in Paris vor, wo durch die Neubauten viele Wohnungen für Arbeiter verschwunden sind, so daß sich das dortige Gouvernement ins Mittel legen mußte. Bei uns steht die Sache nicht so wie dort, sondern hier hat sich das Bedürfniß zum großen Theil durch Steigerung der Miethen gemacht, und durch Privatverhältnisse, die in einen andern Gesichtspunkt der Beurtheilung fallen. Daher bleibt bei uns der Wunsch rege, daß Wohlthätigkeit und Gemeinnützigkeit die Hand an das Werk legen." Nach Ablage des Berichtes der Gesellschaft wurde über den Bestand der kleinen Wohnungen in Berlin mitgetheilt, daß durch die Güte des Polizei-Präsidenten v. Zedlitz eine auf amtlichen Quellen des Polizei-Präsidium beruhende Mittheilung eingegangen sey, wonach am 30. Oktober in Berlin von den Wohnungen bis 150 Thlr. Miethe im Ganzen nur 53, und davon nur 12 bis zu 50 Thlr. Miethe unvermiethet gewesen. Der

Oberbürgermeister Krausnick ergriff hierauf das Wort und theilte mit, daß er auf die Nachricht, es werde durch Beamte der Polizeibehörde nach leer stehenden Wohnungen geforscht, auch seinerseits von der Servis- und Einquartierungs-Deputation des Magistrats amtlichen Bericht eingefordert habe. Derselbe sey ihm am 31. Oktober zugegangen, wonach nach Ausweis des amtlichen Steuerkatasters von den in Rede stehenden Wohnungen 776 unvermiethet seyen, und darunter 329 zu einer Miethe bis zu 50 Thalern. Die starke Differenz beider Angaben liefert eine Probe, wie zweifelhaft es oftmals mit statistischen Angaben bestellt ist. Es mag eine theilweise Erklärung vielleicht darin liegen, daß die Hausbesitzer der Servis-Deputation gegenüber wohl nicht immer allzu eilig mit der Vermiethungs-Anzeige seyn werden, — die Steuererhöhung kommt immer noch zeitig genug!

Berlin, 3 Nov. Die Montagszeitung berichtet, daß mit dem 1. Januar k. J. hier eine offizielle politische Zeitung unter der Redaktion eines offiziellen Schriftstellers erscheinen und mit derselben eine Gerichtszeitung verbunden seyn werde, deren Redaktion ein bekannter schriftstellernder Polizeibeamter übernehmen wolle, wenn die Verhältnisse es gestatteten. Wenn diese Mittheilung sich bestätigt, so dürfte die neuliche Nachricht, daß die „Zeit“ ihren bisherigen direkt-ministeriellen Charakter zu verlieren im Begriffe stehe, wohl nicht ganz unbegründet gewesen seyn. Es soll Streitigkeiten mit der Redaktion gegeben haben.

Sachsen. Leipzig, 3. Nov. Die verwittwete Großfürstin Helene von Rußland traf gestern von Dresden hier ein. Die hohe Frau wurde von ihrem Bruder, dem Prinzen August von Württemberg, welcher kurz vorher hier angelangt war, empfangen Ferner traf zur Begrüßung der Großfürstin heute auch der regierende Herzog Adolph von Nassau hier ein, während der Prinz Nikolaus und die Prinzessin Sophie von Nassau bereits gestern hier angekommen waren. (Lpz. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 1. Nov. Die Nachricht, daß der bekannte politische Schriftsteller Gustav Diezel nach Wien übergesiedelt sey, um dort die Redaktion einer Zeitung zu übernehmen, ist dahin zu berichtigen, daß derselbe vielmehr dort bei einem industriellen Unternehmen beschäftigt wird. (Mrh. Z.)

Nassau. Um die Lage der Staatsdiener einigermaßen zu verbessern, hat der Herzog beschlossen, den Landständen auf dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach alle verheiratheten Staatsdiener, Offiziere mit eingeschlossen, 30 Malter Korn und 20 Malter Gerste, die ledigen aber (wie bisher die Staatsdiener in der Stadt Wiesbaden mit weniger als 2000 fl. Besoldung) 15 Malter Korn und 10 Malter Gerste oder deren jedesmaligen Werth statt 200 fl. resp. 100 fl. erhalten sollen. (Mainz. J.)

Oesterreich. Wien, 1. Nov. Den Redakteuren der Provinzialblätter wurde mündlich eröffnet, daß eine Besprechung von Gesetzentwürfen, so lange sie nicht in der amtlichen „Wiener Zeitung“ publizirt seyen, nicht mehr stattfinden dürfe. Man bringt dies mit dem neuen Gewerbe-Gesetzentwurfe in Verbindung, der so warm von der gesammten österreichischen Presse befürwortet wurde, und dadurch, trotz mancher engherzigen Bedenken, in der Masse des Volkes lebhaften Anklang fand. Jetzt, scheint es, ist dieser Entwurf vorläufig ad acta gelegt, und man möchte für die Zukunft ähnlichen Eventualitäten vorbeugen; wie mit dem Gewerbegesetze geht es mit der projektirten Aufhebung des Wucher-Patents.

Großbritannien.

London, 1. Nov. Der Herzog von Cambridge scheint die Reorganisation der Horse Guards (Generalkommandantur) unbeirrt von allen Cliquen-Einflüssen zu Ende führen zu wollen. Viele alten Mißbräuche, so versichern unparteiische Militärs, sind bereits abgeschafft. Der Geschäftsgang wird vereinfacht, das alte Zopfpersonal ist fast ganz durch jüngere Kräfte ersetzt. Auch das bisherige Landtransportkorps soll unter dem Namen „Military Train“ eine zeitgemäße Umgestaltung erfahren. Es wird aus drei Bataillonen bestehen, von denen zwei für England, eins für Irland gebildet werden. Jedes dieser Bataillone umfaßt eine Abtheilung Packpferde, eine Abtheilung Wagen und eine Ambulance-Abtheilung.

* Dem „Moniteur de la Flotte“ wird aus Sheerness geschrieben: Obwohl der Krieg zu Ende ist, entfaltet die englische Admiralität die größte Thätigkeit in den Schiffsbauten. Nach den Kanonen-Schaluppen, nach den schönen Schrauben-Fregatten kommen nun Schrauben-Corvetten nach einem neuen Modell an die Reihe. Eine von ihnen, der „Scylla“, von 21 Kanonen, machte am 26. einen sechsstündigen Versuch. Die mittlere Schnelligkeit war 12 Knoten, wobei die Maschinen 63 Drehungen in einer Minute machten.

Frankreich.

Paris, 31. Okt. Hier ist für den Augenblick (seit wenigen Tagen) die Stimmung der Bevölkerung wieder eine ruhigere geworden; doch ist die Noth groß und die Besorgnisse vor dem nahenden Winter sind nicht gering. Die brennende Frage des Tages ist noch immer die Wohnungsfrage. Folgender Fall ist in mehr als einer Beziehung charakteristisch: „Der Inhaber eines kleinen Gewölbes im Faubourg St. Antoine wurde von seinem Hauseigenthümer von 800 auf 1600 Fr. gesteigert Um sich zu rächen, hängt er eine Tafel vor sein Gewölbe, auf der es heißt: Wohnungswechsel wegen Kündigung in Folge einer Steigerung von 800 Fr. zu 1600. Die Arbeiter versammeln sich um das Gewölbe, man macht sehr wenig freundliche Glossen über den Hausherrn. Dieser beklagt sich beim Polizeikommissär und verlangt, daß dieser die Tafel herabnehmen lasse. „Ist es wahr, was darauf steht?“ fragt der Beamte. — „Ja.“ — „Nun, so lassen Sie mich in Ruh, und es geschieht Ihnen bloß, wie Sie es verdienen.“

Paris, 2. Novbr. Es heißt, daß außer den Vorgängen in Petersburg noch die Anwesenheit der birmanischen Gesandtschaft in Paris viel dazu beigetragen habe, England zu verstimmen. Die ostindische Kompagnie habe nicht ohne Eifersucht diese Mission aus dem Reiche des Beherrschers von Ava gesehen und das Londoner Kabinet sich ebenfalls darüber geärgert. Der Kaiser hat beruhigende Erklärungen gegeben. Namentlich ist es der unternehmende Charakter des Franzosen (des Generals Orgoni), der die Engländer mit Besorgniß erfüllte. General Orgoni tritt zwar nicht als offizieller Gesandter auf — seit Soulé wurde ein Dekret erlassen (im Jahre 1852), das einem Franzosen verbietet, Vertreter einer auswärtigen Macht in Frankreich zu seyn —, aber Orgoni ist doch die Seele des Ganzen. (D. A. Z.)

Paris, 2. Novbr. Was den hiesigen Hof in eine noch gereiztere Stimmung gegen England versetzt hat, sind die fortwährenden Angriffe der englischen Presse, die, wie man hier zu wissen glaubt, nur auf die Umgebung des Kaisers losschlägt, um Se. französische Maj. selbst zu treffen. Im Auslande selbst haben diese Angriffe Louis Napoleon jedenfalls sehr viel geschadet. Der allgemein verbreitete und wie es scheint bisher nur zu sehr begründete Glaube, daß Louis Napoleon sich Rußland angeschlossen habe, hat ihn von der Höhe herabgestürzt, auf die ihn der orientalische Krieg gestellt hatte.

* Die Angriffe auf die Sitten und die Sicherheit der Personen nehmen immer zu, und zwar im größeren Maßstabe als die Angriffe auf das Eigenthum. Namentlich ist dies im Var-Departement der Fall; unter den 20 Angelegenheiten, welche diesmal vor die Assisen gelangen, sind: 4 Diebstähle, 5 Anklagen auf Mord, Todschlag und Vergiftung und 11 Angriffe auf die Keuschheit oder Nothzucht. Unter den Angeklagten der letzten Kategorie befand sich ein Greis von 73 Jahren, der zu 5jähriger Gefängnißstrafe verurtheilt wurde.

Spanien.

Madrid, 2. Nov. Die „Madrider Ztg.“ veröffentlicht offiziell, daß die von Hrn. Escosura unterzeichneten Artikel in dem Pariser Journal „la Presse“ als beleidigend gegen die Person der Königin Isabella zum Gegenstande einer Klage bei den französischen Gerichten gemacht worden sind.

Italien.

* Man schreibt aus Nizza, 27. Oktober: „Der Prinz von Carignan begab sich gestern Nachmittag nach der Villa Avigdor, um der Kaiserin von Rußland einen Besuch abzustatten. Einige Stunden vorher hatte die Czarin die Damen der „Hallen“ empfangen, welche ihr ein prächtiges Bouquet überreichten. Sie verabschiedete sie mit einem Geschenke von 10,000 Franken. Abends war die Illumination glänzend. Heute empfing die Kaiserin eine andere Deputation junger Nizzaer Mädchen, die einen nicht minder schönen Blumenstrauß überreichten und nicht minder gut aufgenommen wurden.“

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Die Ministerveränderung in Konstantinopel, die Rückkehr von Reschid Pascha zur Gewalt, ist unläugbar ein Sieg für die englische und österreichische Politik, wie sehr die halboffiziellen Pariser Blätter, indem sie diese Wendung anzeigen, sich dagegen verwahren. Es fragt sich nur, ob mit der Ministerveränderung in Konstantinopel Alles zu Ende ist und ob es überhaupt dabei bleibt.

Aus dem Banat vom 26. Oktober. Während die Diplomaten über Bleiben und Nichtbleiben der österreich. Truppen in den Donaufürstenthümern Noten wechseln, arbeiten diese Soldaten wacker an der Herstellung einer raschen Kommunikation. An den beiden großen Hauptstraßen von Bucharest nach

Herrmannstadt und Kronstadt, auch an jenen von Jassy nach Galacz wird immerfort thätig gearbeitet. Dieser Tage sind auch die nach den Fürstenthümern entsendeten kaiserl. Offiziere, welche die Mappirung dieser Länder vorgenommen, nach Wien zurückgekehrt, um daselbst die Ausarbeitungen zu beenden.

In Damaskus sind Ruhestörungen vorgefallen, bei denen ein französischer Arzt durch den fanatischen Pöbel fast ermordet worden wäre. Der französische Konsul hat die Verhaftung mehrerer Schuldigen erwirkt.

* Nach einer Privat-Korrespondenz des „Moniteur de la Flotte" aus Bulgarien werden die im schwarzen Meere befindlichen englischen Fahrzeuge zu Sinope (dem einzigen sichern türkischen Hafen im schwarzen Meer) überwintern, wohin der „Bagger" bereits abgeschickt wurde, um die ersten Vorkehrungen zu treffen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 27. Oktbr. In Frankreich und England werden mehrere Dampfschiffe für diesseitige Rechnung gebaut. Einigen davon hat der Kaiser in diesen Tagen Namen beigelegt. Der Kaiser läßt für den noch nicht lange verheiratheten Großfürsten Nikolaus einen prachtvollen Palast bauen, dessen Kosten auf mehre Millionen veranschlagt werden.

Es bestätigt sich, daß Rußland die Absicht hat, in Finnland neue Seefestungen anzulegen. Das Kabinet von St. James sieht darin einen Widerspruch mit dem Sinne, wenn auch nicht mit dem strikten Wortlaute jener Paragraphen, welche die Wiederbefestigung der Alandsinseln untersagen, und hat sich auch in dieser Beziehung bereits sehr unumwunden in Paris ausgesprochen. Das französische Gouvernement betrachtet aber diese Frage von einem andern, den Intentionen Rußlands günstigen Gesichtspunkt, und man vernimmt aus sicherer Quelle, daß Graf Morny eine diesfällige Anfrage des Fürsten Gortschakoff dahin beantwortet hat, daß Frankreich gegen den Bau neuer Festungen im bothnischen Golfe nichts einzuwenden habe. Daß man in Petersburg sich durch die Erklärung des französischen Krönungs-Botschafters höchlichst befriedigt fühlt, ist klar.

(Köln. Ztg.)

Amerika.

Das ungeheuerste Aufsehen in den Vereinigten Staaten macht die Kühnheit eines begüterten Landbesitzers in Ohio, der seine schöne 17jährige Tochter an einen Neger verheirathet hat, den er in einem der für Schwarze besonders gegründeten Kollegien hatte erziehen lassen.

Aus Mexiko wird berichtet, daß bereits 4000 liegende Güter des mexikanischen Klerus für 5 Millionen Dollars verkauft worden sind.

Ueber die letzten Vorgänge in Mexiko schreibt die „Times": „Der Aufstand Vidaurri's in den nördlichen Provinzen wird allgemein für ein Vorspiel zu einer gänzlichen Losreißung dieser Gebietstheile von Mexiko erachtet, die anfänglich einen kleinen, dem Namen nach unabhängigen Staat bilden werden, um schließlich nach dem Vorgange von Texas sich als Sklavenstaat den Vereinigten Staaten anzuschließen. Inzwischen ist es dem General Commonfort und dessen Kabinet allmählig gelungen, die anfänglich im Kongreß vorwaltende oppositionelle Stimmung zurückzudrängen und eine Reihe heilsamer Reformen anzubahnen, mit deren Einführung jedoch zu hastig verfahren wird, um genügende Garantien für ihre Dauer zu gewähren. Im Kongreß werden täglich die weitgehendsten sozialistischen Theorien gepredigt.

Asien.

Ein Brief aus Bombay, vom 3. Oktober, gibt einige, wie es heißt, authentische Notizen über die Rüstungen gegen Persien. Sie finden im größten Maßstabe statt. Die Expedition wird aus 15 Kriegsdampfern (zum Theil mit 68-Pfündern montirt), 2 Korvetten und 2 Schonern mit 32-Pfündern und 10 schweren Kanonenbooten, außerdem aber aus 30 Transportschiffen zur Beförderung von 11,000 Mann und 1200 Pferden bestehen, Matrosen und Marinesoldaten ungerechnet. — Eine aus Triest verbreitete Nachricht, daß die Expedition in Folge der Nachgiebigkeit des Schah eingestellt sey, erscheint der „Times" rein erfunden, da sie mit obigem Brief aus Bombay und dem Wissen aller kompetenten und bestunterrichteten Personen in geradem Widerspruch stehe. Der Schah sey weniger als jemals geneigt nachzugeben.

China.

Der „Nord China Herald" vom 16. August schreibt über die gegenwärtige Lage der Dinge in China: „Nach übereinstimmenden Berichten scheint es ausgemacht, daß in einem Landstriche, der an Ausdehnung den mächtigsten Staaten Europa's gleichkommt, die Bevölkerung die mandschurische Kleidung abgelegt und zu der der Ming Dynastie zurückgekehrt ist, daß in einem großen Theile des gedachten Territorium Steuern an die neue Regierung in Nanking entrichtet werden, und daß die dortige Bevölkerung, mittelst der Einrichtung von Prüfungen, das Recht hat, bei literarischen Ehrenauszeichnungen und Staatsbedienstungen zu konkurriren; so daß mithin die Insurgenten das Recht beanspruchen können, als eine de facto bestehende Regierung angesehen zu werden."

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 2. Novbr. Heute früh starb hier ein in ganz Deutschland wohlbekannter dramatischer und Gesangskünstler, der pensionirte Hofschauspieler Heinrich Blume, seiner Zeit berühmt als Darsteller des Don Juan. Seiner großen Menschenfreundlichkeit verdanken viele arme Familien Hülfe in ihrer Noth, und seine unermüdliche Opferfreudigkeit führte unerwartet auch seinen Tod herbei. Bei Veranstaltung eines Konzerts für einen unglücklichen Familienvater erkältete er sich und starb an innerer Lähmung nach wenigen schmerzvollen Tagen.

Königsberg, 31. Okt. Zu den mehrfachen bedeutenden Fallissements, welche in verschiedenen Städten unserer Provinz in letzterer Zeit sich ereigneten, ist neuerdings eines getreten, welches mit großartigen Wechselfälschungen verbunden ist. Kaufmann Meyer in Tilsit, Inhaber der Firma Löwenberg und Meyer, ist mit Hinterlassung einer Passivmasse von mehr als 200,000 Thalern flüchtig geworden, nachdem er Wechsel zum Betrage von 53,000 Thlrn., mit gefälschten Accepten und Giros versehen, bei der Bank-Commandite zu Tilsit diskontirt hatte. Nach heute hier eingegangenen Nachrichten ist Meyer einige Meilen jenseits der russischen Gränze ergriffen worden.

Johann Baptist von Zenetti.

(Aus der „N. Münch. Zeitung".)

Der k. Staatsrath im außerordentlichen Dienste, Johann Baptist v. Zenetti, war geboren am 3. August 1785 zu Wertingen in Schwaben, als der jüngste Sohn eines in Bayern eingewanderten italienischen Kaufmanns aus Monajo in der Lombardei, und seiner Ehefrau, einer gebornen Bazzanini aus Sutrio, ebendaselbst.

Von vierzehn Geschwistern blieben fünf am Leben, Kaufleute in Wertingen, Dillingen und Lauingen.

Mit vorzüglichen Naturanlagen begabt, „still und einfach im elterlichen Hause, im Kreise der strengsten Rechtschaffenheit und christlicher Frömmigkeit", wie er selbst anführt, erzogen, begann er im Jahre 1801 seine Studien am erzbischöflichen Lyzeum zu Dillingen und vollendete sie bis zum Jahre 1806 an der Universität Landshut, welche damals bei den ausgezeichneten Lehrkräften eines Savigny, Feuerbach, Goenner, Ast, Sailer, Breyer, in voller Blüthe stand. Namentlich durfte er sich des vertrauten Umgangs mit dem ehrwürdigen Sailer erfreuen.

Auf diesem Wege und durch Privatstudien mit einer tiefen und vielseitigen Bildung in den Rechts- und Staatswissenschaften, dann in der Geschichte, Naturkunde und Mathematik 2c. ausgestattet, trat er in die staatsdienstliche Praxis bei dem k. Landgericht und Rentamt seiner Vaterstadt (1806 und 1807), ward dann (1808) zuerst Kanzlei-, hierauf (1810) Raths-Accessist bei den k. General-Kommissariaten zu Ulm und Eichstädt bis 1813, während welcher Zeit er einige Monate lang die Funktion eines Polizeikommissärs des rechts der Donau gelegenen ehemaligen Ulm'schen Gebiets bekleidete.

Als im Jahre 1813 der deutsche Befreiungskrieg aufflammte, führte ihn sein patriotisches Hochgefühl den vaterländischen Fahnen zu, wo er unter Annahme seines Anerbietens unentgeltlicher Dienstleistung durch königliches Patent vom 8. Januar 1814 zum Kapitän bei dem freiwilligen Jägerkorps des Oberdonaukreises ernannt wurde.

Nach Beendigung dieses Kampfes kehrte Zenetti zum Zivildienste zurück und erhielt unterm 12. Oktober 1816 in Rücksicht auf seine mehr als fünfjährige Verwendung bei den obengenannten General-Kommissariaten „zu den verschiedenartigsten und schwierigsten Geschäften, auf seine sowohl theoretische als praktische Befähigung, wie auf sein tadellos sittliches Betragen" seine erste wirkliche Anstellung als Regierungsrath bei der ersten Sektion der damaligen k. Regierung der bayerischen Lande am Rhein zu Speyer.

In seinem neuen Geschäftskreise entfaltete Zenetti eine nicht gewöhnliche Geschäftstüchtigkeit und Thätigkeit, einen richtigen Blick in die Zustände und Bedürfnisse des Landes, wie in den Charakter seiner Bewohner und eine deßhalb um so sicherere Behandlung der ihm übertragenen Verwaltungsgegenstände.

(Fortsetzung folgt.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 5. Novbr. Die flaue Tendenz, die sich in letzterer Zeit der Börse bemächtigt hat, wirkte auch heute nachtheilig auf den Geschäftsverkehr und machte sich die ungünstigere Stimmung besonders bei österr. Kreditaktien, Staatsbahn, Darmstädter Bankaktien beider Serien, Bank für Süddeutschland und Leipziger Kreditaktien fühlbar.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77 5/8 P. 77 3/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87 1/2 P. 87 G. Metall. alte à 5pCt. 75P. 74 3/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 66 1/2 P. 66 G.; à 4pCt. 59 P. — G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. —G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/2 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 81 P. —— G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 95P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 89 1/2 P. 89 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 3/4 P. 90 1/4 G.; à 4pCt. 99 1/4 P. 98 3/4 G.; 4 1/2 pC. 102 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 P. — G.; à 3 1/2 pCt. 90 P. — —G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 1/4 P. 37 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 3/16 P. 23 1/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1165P. 1161G. Neue Bankaktien — P. — G. Credit-Actien à 5pCt. 162P. 160G. Darmstädter Bankaktien alte 362 P. 360 G.; junge 320 P. 318 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 505 P. 500G. Mitteldeutsche Creditbank 101 1/4 P. 101G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 103 1/2 P. 103 G. Frankf. Bankaktien 112 1/4 P. 111 3/4 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 495 P. 491 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 545 P. 540 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 234 1/2 P. 232 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141 1/4 P. 140 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 104 1/4 P. 103 3/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/4 P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 348 P. 346 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/4 P. 79 3/4 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77 3/4 P. 77 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 1/4 P. — G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 3/4 P. 115G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 1/4 P. 98 3/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/2 P. 112 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1815 48 1/8 P. 47 5/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 116 3/8 P. 115 7/8 G. à fl. 25 34 1/4 P. —G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 1/4 P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 1/2 P. 117 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. ——P. 119 3/4 G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99 5/8 P 99 3/8 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. ——G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. ——G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 1/2 P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111 5/8 P. 111 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 3/4 P 88 1/2 G.	Wien 3 M. mit 4% 111 1/2 P. 111 1/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Aus München, 4. Novbr., wird dem „Fränk. K." geschrieben: „Der Gesetzgebungs-Ausschuß der Abgeordnetenkammer hielt heute eine erste Vorbesprechung, deren Hauptgegenstand, wie ich vernehme, die Frage der Trennung oder Vereinigung des Strafgesetzes und Polizeistrafgesetzes betraf. Die Regierung hat nach den vorgelegten Entwürfen sich gegen diese Vereinigung ausgesprochen und die Gründe hiefür in den Motiven des Strafgesetzbuchentwurfes dahin erörtert, daß einer derartigen Vereinigung die Verschiedenartigkeit der Hauptprinzipien beider Gesetzbücher, von denen das erstere die eigentlichen Rechtsverletzungen, das zweite der Hauptsache nach lediglich Rechtsgefährdungen zum Gegenstand habe, entgegenstehe. Im Ausschuß soll jedoch dieses Argument nicht allseitig getheilt werden, und sollen sich Stimmen für die Vereinigung beider Gesetzbücher erhoben haben." (Uebrigens dürfte, wie wir aus guter Quelle vernehmen, die Ansicht, daß beide Gesetzbücher von einander getrennt zu halten seyen, aus naheliegenden Klugheitsrücksichten im Ausschuß wohl die Oberhand behalten. D. Red. d. N. Würz. Z.)

München, 4. Nov. Die Richtung der Ostbahnen ist dem Vernehmen nach noch keineswegs entschieden, indem gegen die Linie über Neuhausen ein neuer Protest durch die Hofjagd-Intendanz erhoben worden. Dazu soll auch die Bahnhoffrage noch schweben, ob nämlich für die Ostbahnen dahier ein eigener Bahnhof neben dem bisherigen erbaut, oder ob letzterer zur Mitbenützung für die Ostbahnen eingerichtet werden soll. (M. B.)

** München, 4. November. (Privat-Korrespondenz.) Dem Vernehmen nach wurde der kgl. Landgerichts-Assessor Graf v. Luxburg in Reichenhall vom Staatskonkurse des Jahres 1853 zum Landrichter in Kissingen befördert.

München, 4. Nov. Gutem Vernehmen nach ist die Zustimmung aller deutschen Regierungen zu den von der Wiener Münzkonferenz gefaßten Beschlüssen als gesichert zu betrachten. (N. K.)

Berlin, 4. Nov. Die Eröffnung der evangelischen Konferenz erfolgte am vergangenen Sonntag Vormittags um 11 Uhr in der Kapelle des kgl. Schlosses. Gegenwärtig waren auch Ihre Majestäten, der Prinz von Preußen, die Prinzen Adalbert und Friedrich Karl, sowie eine Anzahl von Personen, die besondere Einladungen erhalten hatten. (N.-Z.)

Berlin, 4. Nov. Das Staatsministerium hat sich nun dahin entschieden, bei den Kammern nur eine Gehaltserhöhung von 25 pCt für diejenigen Subalternbeamten zu beantragen, welche ein jährliches Einkommen bis zu 400 Thlr. beziehen. (Fr. Postz.)

London, 3. Nov. Die „Morning-Post", Palmerstons Organ, veröffentlicht einen sehr heftigen Artikel gegen Rußland.

Nachrichten aus Konstantinopel zufolge sind wieder sieben englische Kriegsschiffe in's schwarze Meer eingefahren. (Fr. Postz.)

Konstantinopel, 27. Oktbr. Nach dem „Journal de Constantinople" wird die Räumung der Donaufürstenthümer durch die Oesterreicher im Monat März stattfinden (wenn nämlich bis dorthin die Gründe ihres längeren Verbleibens nicht noch bestehen. D. Red.).

Von der polnischen Gränze, 2. Novbr. Die fortdauernde Besetzung der Donaufürstenthümer durch die Oesterreicher, sowie das Verbleiben der englischen Flotte im schwarzen Meer haben auch von Seite Rußlands das Verbleiben sehr bedeutender Truppenaufstellungen im südlichen Rußland, sowie in Podolien und Volhynien zur Folge. Wir können hier wohl von bedeutenden Truppenaufstellungen sprechen, wenn wir die Thatsache hinzufügen, daß von den sämmtlichen Truppen, welche aus der Krim herausgezogen worden sind, noch nicht ein einziges Korps im Innern Rußlands oder auch in Polen erschienen ist. (Allg. Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 310. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 7. November 1856.

Die russischen Eisenbahnen.

„Die Entfernungen sind unser Verderben!" So sprach ein hochstehender russischer General voll Unmuths, daß die vielen hunderttausend Soldaten des weiten Reichs bei der Entlegenheit der Garnisonen im Kriege weniger nützen, als eine viel geringere, aber beweglichere Armee. Haben doch zu den großen Uebungen im Frieden manche Truppentheile ein halbes Jahr zu marschiren. Darf man sich wundern, wenn die russische Politik sehnlich nach Eisenbahnen verlangt, um ihre Heere nach jedem beliebigen Punkt an oder außerhalb der endlos gedehnten Reichsgränzen rasch hinwerfen zu können?

Daß dieses Verlangen mit den Interessen des übrigen Europa in vollem Einklang steht, wird uns der Herr Pereire und Konsorten nimmermehr einreden. Ein so riesiges Weltreich, wie das russische, kann durch den Scepter des Absolutismus nur so lange zusammengehalten werden, als Kriege mit dem Ausland die Kräfte der Bevölkerungen von inneren Reibungen mit der Staatsgewalt abhalten, indem sie deren Interessen nach Außen wenden, die Armee, des Thrones wesentliche Stütze, beschäftigen und die Herrschaft des Degens zur legalen Nothwendigkeit machen. Weniger aus dem Bedürfniß der Eroberung, als der Kämpfe und Siege, entspringt jene fortwährende Thätigkeit der russischen Waffen. Mit den schwachen Nachbarn, Türken, Persern 2c., ist man so ziemlich fertig, der nächste Zusammenstoß kann nur das zivilisirte Europa zum Gegenstand haben.

Man betrachte nur auf der Landkarte die unbeschützte Lage Preußens nach den russischen Gränzen hin, um die große Gefahr zu verstehen, mit welcher in militärischer Hinsicht ein russ. Eisenbahnsystem ganz Deutschland bedroht. Wie eine ungeheure Zwingburg liegt Polen mit seinen starken Festungen mitten im preußisch-österreichischen Gebiet. Man denke sich nun, daß ein Strang von Eisenstraßen dem russischen Autokraten die Mittel gewährt, in wenigen Tagen die gewaltigsten Soldatenmassen aus dem Innern Rußlands nach der Gränze zu schaffen, und man wird zugeben müssen, daß die militärische Machtstellung Rußlands den deutschen Bundesländern gegenüber vielleicht verzehnfacht wird.

Wir wollen einräumen, daß der Schienenweg auch wieder ein Mittel zur Kultur Rußlands ist. Allerdings wird jener nordische Koloß uns weniger gefährlich seyn, wenn die Bildung dort eindringt, das Volk gesitteter, minder fanatisch und minder fügsam macht und ihm mehr Wohlstand verleiht. Gebildete und wohlhabende Nationen haben immer weniger Kriegslust, als arme und rohe Stämme, die wenig zu verlieren haben. Die Zivilisation so dünnbevölkerter Gegenden geht aber nicht so rasch voran, wie die brausende Lokomotive, und noch viele Jahrzehnte werden verfließen, bis sich jene Wirkung zeigt. Darum behaupten wir, daß es gegen die ersten Forderungen der nationalen Sicherheit verstößt, wenn die Militärkraft eines halbbarbarischen Reichs so ungemein verstärkt wird.

Was soll man dazu sagen, daß die russische Regierung das zur Ausführung des Bahnnetzes nöthige Kapital von Deutschland und den Westländern fordert? Noch bluten die Wunden eines Weltkrieges, und der Feind verlangt zur Besiegelung der neuen Freundschaft eine Milliarde Franken! Und das in einer Zeit, wo der Kapitalmangel bereits mit großen Krisen droht. Wir fragen nicht: Ist die Bereitwilligkeit der Börsen patriotisch? sondern nur: Ist sie klug?

Allerdings verbürgt die russische Regierung den Unternehmern fünf Prozent. Sie ist bis jetzt ihren auswärtigen Gläubigern immer gerecht geworden. Wer garantirt aber, daß diese Bürgschaft bei so ungemeiner Vermehrung der Staatsverbindlichkeiten immer sicher bleiben wird? Daß aber mehr als 5pCt. Zinsen erzielt werden könnten, ist eine Hoffnung, welche nur die unglaubliche Unkenntniß vieler Börsenkönige in Sachen Rußlands beweist. Diese Leute verfügen über die Millionen des leichtgläubigen Publikums, und würden doch in die größte Verlegenheit gerathen, wenn man ihnen die richtige Beantwortung von einigen Dutzend Fragen über die russischen Zustände als Bedingung der Konzession auflegen wollte. Hüten wir uns, ohne Prüfung der Sache ihrer Empfehlung blind zu vertrauen!

Die erste Bedingung einer Rentabilität einer Eisenbahn ist die Lebhaftigkeit des Personenverkehrs. Sie setzt voraus, daß eine zahlreiche Bevölkerung dicht beisammen wohnt. Große und viele Städte, gute Land- und Wasserstraßen, wohlhabende und gebildete Einwohnerschaften sind die nothwendigen Grundlagen jedes Bahnverkehrs. Man lese nur die Beschreibungen, die statistischen Werke über Rußland, um sich zu überzeugen, daß von allen diesen Erfordernissen kein einziges vorhanden ist.

Rußlands Bevölkerung ist über einen ungeheuren Raum zerstreut. Es fehlt an größeren Städten, an guten Straßen.

Johann Baptist von Zenetti.

(Fortsetzung und Schluß.)

Von seinem organisatorischen Talent zeugen die beiden wichtigsten Pflegeinstitute der Pfalz, die allgemeine Kreis-Armen-Anstalt zu Frankenthal und das Zentralgefängniß zu Kaiserslautern.

Das der Gefängnißanstalt zu Kaiserslautern zu Grunde gelegte System der sittlich sozialen Besserung der Sträflinge und der danach bemessenen Beschäftigungsweisen ist bekanntlich später mittelst Berufung des langjährigen Vorstandes gedachter Anstalt, Regierungsrath in Obermayer, an die Spitze des Strafgefängnisses in der Au bei München, auf letztere mit sehr gelungenem Erfolge übertragen worden.

Als nach dem Regierungsantritt König Ludwigs im Jahre 1825 zu einer neuen Formation der obersten Verwaltungsstellen in den Kreisen, namentlich in personeller Beziehung und mit Rücksicht auf die Geburtsangehörigkeit ihrer Mitglieder, geschritten wurde, erfolgte unter dem 28. Januar 1826 die Versetzung des Regierungsrathes Zenetti zur Regierung des damaligen Oberdonaukreises in Augsburg, von wo er aber schon im März 1827 zur Regierung des Isarkreises übertrat.

Im Laufe einer siebenjährigen Wirksamkeit in beiden älteren Regierungsbezirken bot sich ihm vielfache Gelegenheit, mit den örtlichen Amtsverhältnissen bekannt zu werden und namentlich durch die, mit den Extraditionen verschiedener Landgerichte verbundene Amtsvisitationen auch die distriktspolizeiliche Geschäftsbehandlung, zur Bereicherung der eigenen Geschäftserfahrung, näher kennen zu lernen.

Ueber die sehr zweckmäßige, gründliche und erschöpfende Behandlung dieser Kommissorien, über seinen Fleiß, seine an den Tag gelegte Geschäfts-Gewandtheit und die gewohnte Umsicht wurde ihm die ehrendste Anerkennung der kommittirenden Stelle zu Theil.

Unter diesen Umständen darf daher die Beförderung Zenetti's zum Ministerialrath des Ministerium des Innern durch Dekret vom 19. Februar 1832 nur der Berücksichtigung seiner besondern Würdigkeit und Thätigkeit zugeschrieben werden und es bekundete sich das Vertrauen der Staatsregierung noch in demselben Jahre, als durch allerhöchste Entschließung vom 22. Juni der k. Feldmarschall Fürst Wrede in der Eigenschaft eines Hofkommissärs mit außerordentlichen Gewalten in den Rheinkreis abgeordnet und ihm Ministerialrath Zenetti beigegeben wurde, um die durch die Rückwirkungen der Pariser Juli-Revolution gestörte öffentliche Ordnung und Achtung vor dem Gesetze wieder herzustellen. Wie dieses dem Hofkommissär in verhältnißmäßig kurzer Zeit, bei maßvoller, mit weiser Milde gepaarter Strenge gelang, ist bekannt und auch von allen Gutgesinnten dankbar gewürdigt worden.

Bei weitem die ungeheuere Mehrzahl des Volks besteht aus eigenthumslosen und völlig ungebildeten Bauern, die nicht reisen, weil sie dazu kein Geld und keinen Anlaß haben. Das russische Reich besteht nicht, wie z. B. Deutschland, aus eine Mischung von Berg- und Thal-, Industrie- und Ackerland, dessen Bewohner von der Natur auf einen innigen Austausch ihrer Produkte angewiesen sind, sondern es bildet eine ziemlich gleichartige Masse ohne erhebliche Verschiedenheit des Bodens und seiner Bewohner. Ackerbau, Wald, Viehzucht sind überall die Hauptnahrungsquellen der Russen. Die Industrie ist verhältnißmäßig von sehr untergeordnetem Belang, ernährt nach v. Reden (Rußlands Kraftelemente S. 168) nur 15 pCt. der Gesammtbevölkerung, und beschäftigt sich, vom Bergbau abgesehen, mit ziemlich gleichartigen Fabrikationszweigen.

Die Eisenbahn ist für die Volkswirthschaft nicht einmal von großem Vortheil. Tausende sprechen und schreiben über russische Eisenbahnen, ohne zu wissen, daß Rußland in seinem Schlittenverkehr ein hochwichtiges Kommunikationsmittel besitzt, das einen großen Theil des Jahres hindurch sehr lebhaft betrieben wird und für den geringen Austausch vieler Gegenden vollkommen ausreicht.

Wenn nun die Eisenbahnen der kultivirtesten und wohlhabendsten Länder Europas kaum landesübliche Zinsen tragen — wie kann man sich wohl von russischen Anlagen fette Dividenden versprechen? Die 5 Prozent, welche der Bürge bietet, sind das Einzige, worauf sich die Aktionäre Rechnung machen können. — Gibt es in Deutschland keine sichereren und gewinnbringenderen Gelegenheiten? (D. Verkehr.)

Deutscher Bund.

Nachdem bereits am Schlusse des vorigen Jahres in Deutschland 41 Arten Papiergeld und Banknoten bestanden, sind noch im Laufe dieses Jahres 12 neue Kredit- und Bankanstalten zur Papiergeld-Emission ermächtigt worden. Es sind dies folgende: 1) Die Thüringische Bank in Sondershausen, 2) die Mitteldeutsche Kreditbank in Meiningen, 3) die Geraer Bank, 4) die Privatbank in Gotha, 5) die Koburger Bank, 6) die Darmstädter Zettelbank, 7) die Kölnische Privatbank, 8) die Bremer Bank, 9) die Kredit- und Versicherungsbank in Lübeck, 10) die internationale Kreditbank in Luxemburg, 11) die hannoverische Bank, 12) die Magdeburger Privatbank. Indessen haben erst einzelne dieser Banken, wie namentlich die Thüringische, Darmstädter, Kölnische und Luxemburger von ihrer Befugniß Gebrauch gemacht.

Aus Oesterreich, 1. Novbr., werden den „Hamb. Nachr." die Beschlüsse der letzten Generalversammlung der katholischen Vereine in Linz mitgetheilt, wie folgt:

1) Die Generalversammlung beschließt, daß, obwohl die eine nächste Aufgabe der katholischen Vereine, der Kampf für die Freiheit der Kirche nämlich, dadurch, daß theils die kirchlich-politischen Verhältnisse in Deutschland gesetzlich geordnet, namentlich für Oesterreich durch das Konkordat, theils von den Bischöfen, als der legitimen Autorität, entschieden in die Hand genommen sind, im Prinzipe mehr als erledigt und deßhalb die betreffenden Beschlüsse früherer Generalversammlungen als antiquirt zu betrachten sind, doch die ganze Aufgabe der Vereine noch nicht als erreicht angesehen werden darf. Vielmehr ist sie der Ueberzeugung, daß sich dieselben nunmehr mit desto größerem Eifer der anderen Seite ihrer Aufgabe, nämlich die höheren Prinzipien und Grundsätze der katholischen Kirche nach allen Seiten im Leben einzuführen, zu widmen haben und sie ermahnt daher alle Einzelvereine, in ihrer Thätigkeit nicht nachzulassen und wo sie etwa schon ermattet ist, mit neuer Kraft sich wieder aufzuraffen. 2) Die Generalversammlung beschließt, daß künftighin alle besondern katholischen Vereine, als: Bonifaziusverein, Kunstverein, Gesellenverein 2c., dringend eingeladen werden, sich bei den Generalversammlungen der katholischen Vereine vertreten zu lassen; ebenso sollen zu demselben eingeladen werden die Redaktionen aller bedeutenden katholischen Blätter, sowie auch einzelne namhafte Katholiken, und zwar mit der Bestimmung, daß alle diese als stimmberechtigte Mitglieder der Versammlung beiwohnen sollen. 3) Die Generalversammlung beschließt, dem hochwerthen Episkopate die Wiederherstellung der ehemaligen katholischen Universität Salzburg anzuempfehlen, sowie 4) der katholische Verein wolle den hochwerthen Episkopat Oesterreichs und Deutschlands ehrfurchtsvoll bitten, Fürsorge treffen zu wollen, daß den Zöglingen der höheren Bildungsanstalten Gelegenheit gegeben werde, ihre fernere Ausbildung in religiöser Beziehung zu erhalten. 5) Die Förderung und Ausbreitung des katholisch-konservativen Preßvereins soll auf's dringendste empfohlen und als katholisches Tageblatt ersten Ranges die zu Frankfurt a. M. erscheinende Zeitung „Deutschland" ganz besonders empfohlen werden. 6) Der katholische Verein Deutschlands empfiehlt allen katholischen Zweigvereinen, die Auswanderung deutscher Katholiken nach Ungarn, statt nach *Amerika*, nach Erscheinen eines Kolonialgesetzes für Ungarn, *kräftig zu* fördern und zu unterstützen. 7) Die Generalversammlung wählt Köln als Ort der nächsten Generalversammlung für das Jahr 1857.

Bayern. Den „Neuesten Nachr." wird offiziös mitgetheilt: Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter von Rußland hat bei ihrer neulichen Reise von Hof nach Ulm nicht nur alle betheiligten Maschinenmeister mit goldenen Uhren und Tabatièren reichlich beschenken zu lassen geruht, sondern auch das diensthuende Fahrt-Zugbegleitungs- und Stations-Personale mit einem wahrhaft kaiserlichen Geldgeschenke bedacht.

Preußen. Berlin, 3. Novbr. Die Polemik, welche die vom rein wissenschaftlichen Standpunkte aus unternommene Verleihung der Doktorwürde an einige gemäßigt liberale Männer Seitens der Greifswalder Universität hervorgerufen, legt von dem schroffen Gegensatze der Parteien ein wenig erfreuliches Zeugniß ab. (Schw. M.)

Der „N. Preuß. Ztg." zufolge soll auch der Staatsrath a. D. Graf Arnim-Boitzenburg die ihm von der juristischen Fakultät der Universität Greifswald angetragene Doktorwürde abgelehnt haben.

* Es mehren sich die Anzeigen, daß Preußens Regierung sich der französischen zu nähern versucht; ja man spricht so-

---

Indessen sollte Zenetti Gelegenheit gegeben werden, seine Tüchtigkeit nochmals im äußern und zwar höhern Administrativdienste zu erproben, indem er unter dem 31. Dezbr. 1832 als Regierungsdirektor von Niederbayern nach Passau versetzt wurde.

Die gnädige Gesinnung seines Königs offenbarte sich hinwieder durch Verleihung des Ritterkreuzes des Zivil-Verdienstordens der bayerischen Krone (21. August 1837) an v. Zenetti und durch dessen Wiedereinberufung als Ministerialrath des Ministerium des Innern, unter Minister v. Abel (30. Novbr. 1837). Zu den hier von ihm vertretenen wichtigen Referaten der Oberkuratel, des Gemeinde- und Stiftungswesens 2c. gehörten auch die Angelegenheiten der drei Landes-Universitäten, und wie sehr seine Leistungen hierin gewürdigt wurden, bezeugt die Verleihung des Doktor-Grades honoris causa bei Anlaß der Jubelfeier der Hochschule Erlangen (25. August 1843).

Bei den Landtagen von 1840, 1843 und 1846 begleitete v. Zenetti die Funktion eines Regierungskommissärs in würdigster Weise und die allerhöchste Verleihung des Kommenthurkreuzes des Verdienstordens vom hl. Michael am 1. Jan. 1846 darf wohl als Merkmal der königlichen Zufriedenheit hierüber und über sein sonstiges Wirken angesehen werden.

Noch entschiedener gab sich das Vertrauen des Monarchen durch die unterm 30. Mai 1846 erfolgte Ernennung zum Regierungs-Präsidenten von Niederbayern kund, welcher Bestimmung v. Zenetti mit großer und dankbarer Freude folgte, und in einer Weise nachzukommen strebte, daß bei dem Abtreten des Ministerium v. Abel im Jahre 1847 König Ludwig ihn für geeigenschaftet erachtete, das Ministerium des Innern als Verweser zu übernehmen (18. Februar).

Von dieser Funktion, der er sich, wie man ihm glauben darf, „mit ganzer Liebe und Kraft" hingegeben, deren Bürde ihm aber bald zu drückend wurde, ward er auf wiederholtes Bitten unterm 29. November 1847 enthoben und, unter Ernennung zum Staatsrath im außerordentlichen Dienste, wieder in das Regierungspräsidium von Niederbayern zurückversetzt. Welches Vertrauen der Kreisangehörigen ihn hier umgab, sprach sich im Jahre 1848 durch seine Erwählung zum Abgeordneten und beziehungsweise ersten Ersatzmann zur allgemeinen deutschen Volksvertretung in den Wahlbezirken Landau, Landshut und Viechtach aus. Der Gewählte folgte diesem Rufe mit dem Bewußtseyn seiner ganzen Bedeutung, aber auch mit dem festen Entschluß, an den Grundsätzen eines liberalen Konservatismus, d. h. unbeschadet des „durch Zeit und Vernunft bedingten Fortschritts" festzuhalten. Er nahm demgemäß seinen Platz im rechten Zentrum der Versammlung.

Auf das Regierungspräsidium zu Landshut zurückgekehrt, mußte er jedoch dasselbe in Folge allerhöchster Entschließung vom 5. Juli 1849 noch in demselben Jahre mit jenem der kgl. Regierung der Pfalz vertauschen.

gar von einem seit Kurzem eingeleiteten vertrauten Briefwechsel zwischen König Friedrich Wilhelm und Napoleon, wie auch zwischen der Königin und der Kaiserin. Sollte aber preußischerseits darauf gerechnet werden, daß Napoleon sich hierdurch zu einer kräftigen Unterstützung Preußens in der Neuenburger Sache bestimmen lassen werde, so dürfte man sich doch wohl sehr irren.

Sachsen. Dresden, 4. Nov. So eben ist die kirchliche Einsegnung der Ehe des Erzherzogs Karl Ludwig mit der Prinzessin Margaretha von Sachsen vollzogen worden. Aus Wien waren die Erzherzöge Franz Karl und Ferdinand Maximilian anwesend. (T.D.d.N.-Z.)

Württemberg. Stuttgart, 4. Nov. Ungeheures Aufsehen machte seiner Zeit die Verhaftung eines Gemeinderaths und seines Associes, die zusammen eine Kartenfabrik hatten. Acht Tage nach der Verhaftung schied der erste aus dem Leben, der Andere ist gestern seiner Untersuchungshaft entlassen worden, aber nur gegen eine Kaution von 10,000 fl.

Freie Städte. Frankfurt, 2. Nov. Dem Herausgeber des hier erscheinenden „Arbeitgeber" Hrn. Max Wirth, ist eine erfreuliche Anerkennung und Förderung seines Unternehmens zunächst vom Auslande zu Theil geworden, indem ihm der Kaiser der Franzosen durch den Minister des Ackerbaues, des Handels und der öffentlichen Arbeiten die Dokumente des statistischen Bureau von Frankreich über die Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise hat zur Disposition stellen lassen. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 3. Nov. Der ministerielle „Observer" enthält folgende boshafte Korrespondenz aus Petersburg vom 1. November: „Dem Grafen Walewski, französischen Minister des Auswärtigen, einem Polen, sollen seine polnischen Familiengüter zum Lohne für die dem Czaaren in dem neulichen Kriege geleisteten Dienste zurückerstattet werden."

London, 3. Nov. Nach dem „Globe" ist Prinz Alfred nach dem Festland abgereist.

Frankreich.

Paris, 4. Nov. Nach dem heutigen „Siecle" sind alle einzelnen Schwierigkeiten, welche der Vollziehung des Pariser Vertrages entgegenstanden, gänzlich gehoben und der Vertrag wird vollzogen werden. (Das ist wohl zu viel gesagt.)

Italien.

Man schreibt dem „Moniteur" aus Rom vom 30. Oktbr: „Die letzthin getroffene Vereinbarung mit dem Wiener Kabinet, betreffend die Räumung einiger Punkte des Kirchenstaats, welche bis jetzt von österreichischen Truppen besetzt waren, ist so eben in Ausführung getreten. Die rückgängige Bewegung hat in den letzten Tagen angefangen und wurde gestern vollendet. Die österreichischen Truppen gehen über den Po zurück, und marschiren nach Padua. Sie werden durch Abtheilungen des zweiten Schweizerregiments im Dienst des Papstes ersetzt. Ancona und Bologna sind heute die einzigen beiden Punkte, die noch von Oesterreichern besetzt bleiben. In Folge der Ausführung dieses Uebereinkommens, welches das Okkupationskorps vermindert, werden auch die Lasten für die päpstliche Verwaltung geringer.

Rom, 27. Okt. Vorgestern gegen Abend hatte der Herr Bischof Weis von Speyer auf dem Quirinal eine Audienz, worin er sich bei Sr. Heiligkeit dem Papst verabschiedete. Noch im Laufe dieser Woche wird er die Heimreise antreten. Professor Reithmayr machte sich schon heute auf den Weg, weil ihn der Beginn des akademischen Wintersemesters auf seinen Lehrstuhl nach München zurückruft. Dompropst Thinnes aus Würzburg dürfte erst nach der Abreise des Bischofs Rom verlassen, da er seit seiner Rückkehr von Neapel hier von einer Unpäßlichkeit befallen ward. (A. Z.)

Aus Rom erfahren wir, daß für den 8. Dezember eine ausgedehnte Amnestie vorbereitet werde.

Türkei und Donaufürstenthümer.

§ Wien, 4. November. (Privat-Korresp.) Trotzdem Ali Pascha aufgehört hat, Großvezier zu seyn, so wird er doch nicht gänzlich aus dem türkischen Staatsdienste scheiden, sondern eine andere, wichtige Bestimmung erhalten. Wie es heißt, soll er zum Präsidenten der Tansimats-Kommission designirt seyn, nach Andern würde er einen Gesandtschaftsposten erhalten. Man erblickt hierin sowie in der Thatsache, daß er zweimal um seine Entlassung ansuchen mußte, ehe sie ihm bewilligt wurde, einen neuen Beweis, daß er hauptsächlich darum vom Staatsruder zurückgetreten ist, weil er die Forderungen nicht unterstützen wollte, welche Frankreich im Einverständnisse mit Rußland in der Räumungs-, insbesondere aber in der Unionsfrage an das türkische Kabinet gerichtet haben. Einen weitern Anhaltspunkt für die Richtigkeit dieser Annahme findet man in dem Umstande, daß Ali Pascha der Verfasser jenes Firmans ist, welcher die Einberufung der beiden Diwans ad hoc verfügt, und dessen Ihnen bereits bekannter Inhalt sowohl Frankreich als Rußland zur Abgabe einer ziemlich scharfen Protestnote veranlaßt hat. — In Betreff der montenegrinischen Angelegenheit ist noch immer kein definitives Arrangement zu hoffen. Die Pforte ist entschlossen, die Suzeränetät über das Fürstenthum unter jeder Bedingung zu behaupten, und will von einer Gebietsabtretung nichts wissen. Die Pforte ist der, wie es scheint, nicht unbegründeten Ansicht, daß ein solches Arrangement nur ihrem Feinde zu Gute kommen würde, der trotz aller friedfertigen Versprechungen nicht lange säumen würde, um die Feindseligkeiten gegen die Pforte wieder zu beginnen.

Aus Albanien berichtet man dem „Spectateur de l'Orient", daß die türkische Regierung sämmtliche Türken, die sich in Skutari an Christen vergriffen hatten, zu einer Entschädigung von 300,000 Piastern verurtheilt habe und 15 türkische Familien ausgewiesen sind. Diese Maßregel verursachte eine große Aufregung. Der berüchtigte Häuptling Chamzagas lud die Christen von Oberalbanien ein, sich zu empören, indem er Religionsfreiheit verhieß, wenn sie sich dem Nizam und der Entwaffnung widersetzen wollten. Man weiß zwar nicht, ob er mit seinem Vorschlage durchgedrungen ist, jedenfalls wird jedoch eine Verstärkung der Truppen nöthig seyn, um ernstlichen Ereignissen zu begegnen. In der Herzegowina werden 10,000 Mann zusammengezogen. Die Militärverstärkung erfolgte mithin nicht nur gegenüber Montenegro, sondern auch wegen der Landesverhältnisse selbst.

Seine Wirksamkeit sollte jedoch nicht von längerer Dauer auf seinem Posten seyn, denn unter dem 2. April 1850 fand sich die Staatsregierung bewogen, ihn in den Ruhestand zu versetzen.

In stiller Zurückgezogenheit lebte nun v. Zenetti, nach München zurückgekehrt, den Seinigen, die mit inniger Liebe und Pietät an ihm hingen, und seinen näheren Freunden, nahm auch ferner an den Interessen des Vaterlandes überhaupt und insbesondere an jenen der Industrie und Gewerbthätigkeit, wie durch Beitritt zum Vereine für Ausbildung der Gewerke in München ꝛc., dessen Ausschußmitglied er war, regen Antheil — bis zu dem Zeitpunkte, wo ihn vor anderthalb Jahren ein Siechthum befiel, das bald mit den Symptomen der Wassersucht auftrat, nach und nach aber eine gänzliche Entkräftung herbeiführte, deren Folgen er trotz der sorgfältigsten Behandlung geschickter Aerzte, zunächst seines Schwiegersohnes Dr. Lindwurm, am 5. Oktober 1856 mit sanftem schmerzlosen Tode erlag, nachdem er einige Tage vorher, wo sein Ende noch nicht so nahe schien, die Tröstungen der Religion durch seinen eigenen Sohn, mit frommer Ergebung in den Willen der Vorsehung empfangen hatte.

v. Zenetti war, nach dem Verlust seiner ersten Gattin Josephine v. Mieg (9. Nov. 1828), mit der er zwölf Jahre in glücklicher mit fünf Kindern gesegneter Ehe gelebt, noch zweimal vermählt, im Jahre 1830 mit Sophie Panzer, Tochter eines k. Finanzministerialraths in München, und nach deren frühzeitigem Hinscheiden, unter dem 17. Okt. 1832 mit Babette Martin, Tochter eines k. Forstmeisters zu Speyer — seiner nun tief gebeugten Wittwe, der treuen Gefährtin in ernsten und heitern Tagen, der sorglichen Pflegerin seiner Leiden, der liebevollen Mutter seiner Kinder, deren jüngstes ihr eigenes ist.

Haben wir aus den eben gegebenen Zügen einerseits entnommen, welche Eigenschaften den Dahingegangenen in seinem öffentlichen Leben auszeichneten, seine treue Hingebung für König und Vaterland, seine Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue im Dienste, die Einsicht, Geschäftskenntniß und unermüdete Thätigkeit als Administrator und Vertreter der materiellen wie geistigen Interessen seiner Verwalteten, sowie seine unerschütterliche Rechtlichkeit und Lauterkeit — so begegnen wir anderseits einem hochachtbaren mit jeder Privattugend geschmückten Charakter; einer ächten in der Tiefe seines religiösen Glaubens wurzelnden Frömmigkeit, dem Grundzug seines Wesens, seiner festen Stütze auf dem oft steilen Lebenswege; — einem hohen sittlichen Ernst bei seltener Menschenfreundlichkeit und Anspruchslosigkeit, einem reichen, für alles Edle empfänglichen Gemüth. — Ein ebenso treuer, zärtlicher Gatte und Familienvater, als zuverlässiger, opferbereiter Freund und Verwandter, ein Bürgerfreund in des Wortes schönster Bedeutung — hat er sich in den Herzen Aller, die ihm näher standen, ein unvergängliches Denkmal bewahrt.

Der „Allg. Ztg." geht die Nachricht zu, daß der jüngst verschiedene General Guyon (Churschid Pascha) als Christ gestorben sey; auch sey er nicht erst in den letzten Augenblicken seines Lebens, sondern schon früher zum Christenthume zurückgekehrt. Außer seiner Wittwe, Marie, geb. Freiin Splenv zu Mibald, und einer Tochter hinterläßt der Verstorbene zwei Söhne, welche in die französische Armee eingetreten sind.

Afrika.

* Man schreibt aus Tunis: „General Kheir-ed-Din, welcher dem Kaiser der Franzosen, Namens des Bey von Tunis, eine prächtige Wiege für den kaiserl. Prinzen überbrachte, ist von Paris zurück in Tunis eingetroffen. Die Berichte des jungen Generals von der Macht Frankreichs haben auf den Bey und seine Umgebung einen tiefen Eindruck hervorgebracht. Er fahrt demnächst nach Paris zurück."

Nichtpolitische Zeitung.

Die „N. Pol. N." bringen jetzt aus Essen eine weitere Mittheilung über das tragische Ereigniß, das neulich aus Gelsenkirchen berichtet wurde, die von jenem Berichte allerdings wesentlich abweicht: Die dort erwähnte Dame wurde in Gelsenkirchen, da sie ganz elend mit dem todten Kinde in einem Graben in der Nähe der Bahn gefunden worden war, vorläufig untergebracht, und ist am 1. Okt. unter fürchterlichen Schmerzen gestorben. Ueber ihr Schicksal hatte sie amtlich Folgendes ausgesagt: „Sie sey die Tochter eines Fuhrmanns aus Baireuth. Als Garderobe-Mädchen bei der Prinzessin Alexander von Würtemberg habe sie von dem Büchsenspanner des Prinzen eine außereheliche Tochter gehabt, die jetzt in London lebe und die Jeannette des Briefes sey. Nach dem Tode der Prinzessin habe sie ihren Vetter Wolff geheirathet, der Kourier des Gesandten Grafen Lerchenfeld gewesen, mit diesem habe sie bedeutende Reisen gemacht. Als derselbe ebenfalls gestorben, habe sie sich mit ihrem ersparten Vermögen nach Berlin zurückgezogen, hier die Bekanntschaft eines Kommis Reinhard gemacht, mit dem sie zusammengelebt, der sie dann aber, nachdem er sie um ihr ganzes Vermögen gebracht, verlassen habe. Jetzt sey sie auf der Reise in ihre Heimat begriffen, wo ihr Vater gestorben und sie ihr Erbtheil heben wolle. In Deutz habe sie Reinhard getroffen und habe ihm so lange zugesetzt, bis er versprochen, ihr wenigstens einen Theil ihres Vermögens zurück zu geben. Sie habe nun nach Dortmund gewollt, um dort Nachrichten über Reinhard's Verhältnisse einzuziehen. Reinhard habe ihr bei der Abfahrt einige Düten mit Zuckerwerk gegeben, wovon sie und das Kind genossen. Während des Fahrens seyen sie beide sehr unwohl geworden, hätten Erbrechen bekommen und seyen dann auf einer ihr unbekannten Station ausgesetzt worden, von wo sie sich elend weiter geschleppt habe. Ob das Uebelbefinden durch das Zuckerwerk oder durch schwarze Beeren, die sie gepflückt und genossen, entstanden sey, wisse sie nicht. Wo und wann das Kind gestorben, darüber sagte sie gar nichts. Die Obduktion desselben ergab, daß eine Vergiftung des Magens wahrscheinlich sey."

Königsberg, 2. Nov. Die Cholera, welche in diesem Herbste bei uns weniger stark als sonst aufgetreten, ist gegenwärtig als ziemlich erloschen zu betrachten. Die Provinz ist fast durchgehends von der Seuche verschont geblieben.

Stuttgart, 4. Nov. Die Weinpreise sind bei uns im Sinken begriffen. Eine Qualität Wein, die vor 8 Tagen noch mit 66 fl. bezahlt wurde, wird zu 50 fl. angeboten. Der Weinmangel ist übrigens groß und die Nachfrage wird sich bald wieder beleben, wenn die ersten angekauften Vorräthe aufgezehrt sind.

Die Stadt Genf wird nächstens auf einem hohen Punkt, z. B. auf der Thurmspitze der Kathedrale, eine große schwarze Signalkugel aufstellen lassen, welche kurz vor Mittag an einer weißen Stange emporgezogen wird, um vermittels eines elektrischen, von der Sternwarte herkommenden Drahts Punkt Zwölf wieder herabgeschnellt zu werden und Allen, die ihre Uhren genau richten wollen, den Augenblick des wahren Mittags zu signalisiren.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 6. Novbr. Auch heute verkehrte die Börse in sehr flauer Stimmung und erfuhren besonders österr. Kreditaktien, Staatsbahn und Darmstädter Bankaktien und Bank für Süddeutschland einen erheblichen Rückgang; nur für spanische Fonds wurden bessere Kurse bewilligt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77 3/8 P. 77 1/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 86 1/2 P. 85 G. Metall. alte à 5pCt. 74 5/8 P. 74 1/8 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 85 3/4 P. 85 1/4 G.; à 4 1/2 pCt. 66 P. 65 1/2 G.; à 4pCt. 58 1/2 P. 58 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/4 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 95P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 89 1/4 P. 89 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 3/4 P. 90 1/4 G.; à 4pCt. 99P. 98 1/4 G.; 4 1/2 pC. 102 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 80 3/4 P. 80 1/4 G.; à 3 1/2 pCt. 89 3/4 P. 89 1/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 3/8 P. 37 1/8 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 5/16 P. 23 3/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificata 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1166P. 1161G. Neue Bankaktien 268P. 263G. Credit-Actien à 5pCt 153P 151G. Darmstädter Bankaktien alte 357 P. 355 G.; junge 316 P. 314 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 500 P. 496G. Mitteldeutsche Creditbank 101 1/4 P. 101G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 102 1/2 P. — G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111 1/2 G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 490 P. 485 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 540 P. 535 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 228 P. 226 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 140 P. 139 1/2 G. Neustadt-Weissenb. 104 1/4 P. 103 3/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/8 P. 100 7/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 346 P. 344 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/4 P. 79 3/4 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77 1/2 P. 77G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 P. — G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 3/4 P. 115G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 98 3/4 P. 98 1/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/2 P. 112 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 1/8 P. 47 5/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 116 1/2 P. 116 G. à fl. 25 34 1/4 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 1/4 P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117 1/4 P. 117 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G	Mail. i. S. Lr. 250 k.S 99 5/8 P — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. — — G.	Paris Frs. 200 k.S 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S 96 1/2 P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111 3/8 P. 111 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88 3/4 P 88 1/4 G.	Wien 3 M. mit 4% 111 1/8 P. 110 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Disconto - P. 6pCt. G

Neueste Nachrichten.

München, 5. Novbr. Gestern fand in Forstenried ein von Cavalieren gegebenes Festschießen statt, zur Feier der Vermählung des Prinzen und der Prinzessin Adalbert von Bayern. Se. k. Hoh. der Prinz Adalbert hatte die Schützen mit einer prächtigen Ehrenscheibe überrascht, welche von unserm begabten Künstler Hrn. Franz Seitz ausgeführt wurde. Dem Vernehmen nach wird auch die hiesige Hauptschützen-Gesellschaft zu Ehren der kk. HH. demnächst ein Festschießen veranstalten. (M. Bote.)

Braunschweig, 4. Novbr. So eben läuft die schmerzliche Kunde von Mund zu Mund, daß gestern Abend um 8½ Uhr dem Wirken unseres Staatsministers Wilhelm Johannes Frhrn. v. Schleinitz durch den Tod ein Ziel gesetzt wurde. Dem vorangegangenen längeren Leiden machte ein Nervenschlag und ein in Folge desselben eingetretener sanfter Tod ein Ende. (D. R.-Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

☛ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 311.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 8. November 1856.

Deutscher Bund.

Aus Berlin gehen der „Frankf. Postz." folgende berichtigende Notizen über die Wiener Münzkonferenz zu. Der in Wien beschlossene Zusammentritt einer Schlußkonferenz ist nicht zum 1., sondern zum 9. Dezember in Aussicht genommen. Auch ist die „Zeit" im Irrthum, wenn sie angibt, im südlichen Guldengebiet sollten ¼ Guldenstücke ausgeprägt werden. Für beide Guldengebiete ist die Ausprägung von ¼ Guldenstücken beschlossen worden. Da bei den seitherigen Verhandlungen ein inniger Anschluß des süddeutschen Geldsystems an die beiden andern Systeme nicht erreicht worden ist, so haben Preußen und Oesterreich noch auf der Wiener Konferenz das Separatabkommen getroffen, daß bei einer Neigung der süddeutschen Staaten zur Herstellung größerer Einheit in Bezug auf solche Annäherung jederzeit die Eröffnung gemeinsamer Unterhandlungen freistehen soll. Der Anschluß der mit Oesterreich im Zollverband stehenden italienischen Staaten an die von den deutschen Regierungen getroffene Uebereinkunft hinsichtlich der Ausgleichung des Münzwesens ist in Wien nicht zu Stande gekommen. Wie verlautet, hat das österreichische Kabinet aber eine spätere Herbeiführung dieses Anschlusses sich vorbehalten.

---

* **Bayern.** Zweibrücken, 4. Nov. Heute fand die vorschriftsmäßige Eröffnung der Sitzungen des kgl. Appellationsgerichts für das neue Dienstjahr in feierlicher Weise statt. Der kgl. Generalstaatsprokurator v. Schmitt hielt dabei eine gedruckt vorliegende Ansprache, aus welcher wir folgende Stellen ausheben:

„Meine Herren! Niemand, der gut zu regieren, — Niemand, der wohl zu verwalten, — Niemand, der ihm obliegenden Amtspflichten umsichtig, eifrig und redlich zu entsprechen sucht, wird sich sorgfältiger Beachtung und Prüfung der „öffentlichen Stimme" entschlagen. Solche Beachtung und Prüfung erleichtert wesentlich das rechtzeitige Erkennen und richtige Würdigen bestehender Schäden, nothwendiger Verbesserungen, berechtigter Wünsche und dringender Bedürfnisse. Scharf trennen muß man die öffentliche Stimme aber von den öffentlichen Stimmen, wie diese da oder dort, in der Presse oder in Versammlungen, durch Schriften, Reden oder öffentliche Vorträge sich kund geben, will man nicht irren und fehlen, will man nicht zum leichtfertigen, gefügigen Werkzeuge jeden Parteigetriebes werden, will man nicht unbewußt fröhnen oft verderblichen und selbst verbrecherischen Gelüsten."

Man sieht der Herr Generalstaatsprokurator möchte sich die öffentliche Stimme nach seinem Wunsche zurechtschneiden, und nur das als öffentliche Stimme gelten lassen, was ihm gefällt. Warum der Herr Generalstaatsprokurator gerade bei dieser Gelegenheit von der öffentlichen Stimme spricht, darüber klärt er uns mit folgenden Worten auf:

„Unser heutiges Wort wird auch außerhalb dieser hochansehnlichen Festversammlung, es wird in der ganzen Pfalz vernommen. Wir wollen einen, wenn auch schwachen, doch wohlgemeinten und wohlberechtigten Beitrag zur Würdigung der öffentlichen Stimme, dann öffentlicher und geheimer Stimmen bieten, welch' letztere als bedauerlich Erbtheil einer kranken Zeit sich nicht selten mit einer Leichtfertigkeit und Lieblosigkeit, mit einer Mißachtung der Autorität und ihrer Träger kund geben, die als eben so unerhört, wie beispiellos in vielen Fällen bezeichnet werden müssen."

Der Herr Generalstaatsprokurator ergeht sich sodann in einer heftigen Philippika gegen jene öffentlichen Stimmen, welche ihm verwerflich dünken, „die, wie er sich ausdrückt, „nur ein verächtliches Buhlen um Gunst und Gewinn, nur eitle Befriedigung menschlicher Schwäche, nur anmaßendes Schmähen gegen jede Autorität, nur fortgesetzter Kampf gegen die bestehende Ordnung sind. Die, keck alle Voraussetzung der Ueberzeugungstreue, Tugend und Rechtlichkeit für sich allein in Anspruch nehmend, sich blähen und spreitzen als Ausdruck der Gesammtanschauung, der Gesammterfahrung, der Gesammtüberzeugung Aller, oder doch der Allgemeinheit; die mit einer bald Lächeln, bald Mitleid, bald aber auch gerechte Entrüstung begründenden Anmaßlichkeit eine öffentliche Stimmung, wenn auch eine unwahre und falsche, erst hervorzurufen und zu bilden versuchend, endlich selbst glauben oder zu glauben doch sich den Anschein geben, als sey, was sie geträumt, geschrieben oder gesprochen, der alleinige und allein wahre Ausdruck der Gesinnung und Ueberzeugung ganzer Stände, ganzer Provinzen, ganzer Länder."

Die „wahre" öffentliche Stimme aber schildert der Herr Staatsprokurator mit kurzen Worten also: „Sie entstellt, sie verketzert und verläumdet nicht. Lärm und Geschrei verschmäht sie, Lug und Trug sind ihr verhaßt und fremd."

Der Herr Generalstaatsprokurator erinnert dann an seine Ansprache bei der vorjährigen Eröffnungsfeier, die alsbald von gewissen Seiten heftigen, geheimen und öffentlichen Tadel, ja sogar Schmähungen hervorgerufen habe. „Aber, so argumentirt der Hr. Generalstaatsprokurator weiter, dieser geheime und öffentliche Tadel war und ist nichts weniger als die öffentliche Stimme. Dieser Tadel hat auch nicht verletzt, sondern vielfach erheitert, weil er zum Einen selbst durch Stimmen Widerlegung gefunden, die sonst Unsere Ansichten gewiß nicht theilen, und zum Anderen auf so gänzlicher Entstellung, auf so greller Uebertreibung beruhte, daß man sich selbst nicht scheute, Uns ganz unverblümt als „revolutionär" zu bezeichnen. Jener Tadel war und ist Uns vielmehr ein vollwichtig Zeugniß, weil er, wenn es dessen noch bedurft hätte, die vollste Gewähr dafür gibt, daß jene beiden Amtshandlungen eine schmerzliche Seite getroffen, einen empfindlichen Fleck verwundeten, daß wir den rechten Weg eingehalten, daß Wir fest auf demselben fortzuwandeln und gewißlich ihn nicht zu verlassen haben; denn darüber ist keine Täuschung möglich, daß nur die, gewisse Parteizwecke gefährdende Amtswirksamkeit mit gewohntem Zorn und Eifer angefochten wird, die sie nicht beengende hingehen mag, die sie fördernde aber über die Maßen gepriesen wird. Aber außer solchen unberufenen Stimmen sind auch Stimmen in einer Versammlung laut geworden, der Wir in ihrer Gesammtheit sowohl wie in ihren Ansichten und Beschlüssen die gebührende Achtung stets gezollt, Stimmen, die Wir nicht unbesprochen lassen dürfen, gerade, weil sie in jener Versammlung verlauteten, und obgleich Wir die Ansichten Einzelner von den gesetzlich sich kundgebenden Ansichten der Gesammtheit zu trennen verstanden und wohl verstehen. Es ist dort gesagt worden: „man wolle nicht davon sprechen, wie man Gesetze interpretire, wie dort jenseits von einem Generalstaatsprokurator interpretirt werde" — Durch diese Worte — sind Wir recht unterrichtet — zudem Worte eines Mannes, dessen Stand ihm die christliche Liebe und Duldung, die christliche Bescheidenheit und Demuth zur besonderen Pflicht macht — ist nach unverwerflichen Zeugnissen die, nur theilweise unter Unserer pflichtgemäßen Mitwirkung im ordentlichen Rechtswege erfolgte, Gesetzesauslegung und Anwendung als eine „merkwidrige" öffentlich und vor dem ganzen Lande bezeichnet worden. Wir zwar sind genannt, allein der Angriff gilt nicht und kann nicht Uns gelten. Er gilt dreien übereinstimmenden unter- und obergerichtlichen Urtheilen*), welche politische Leidenschaften in die gesetzlichen Schranken zurückweisen, welche anerkennen, daß das Recht der Beschwerde, der Klage und der Vertheidigung zwar frei ist, daß aber auch diese, wie jede andere Freiheit ihre bemessenen Gränzen hat, die nicht zu überschreiten sind, daß auch jenem Rechte, wie allen Rechten, die Pflicht gegenüber steht, keinen Mißbrauch damit zu treiben. Diese Aufrechthaltung des Gesetzes durch die dazu berufenen in der Rechtsprechung völlig unabhängigen Gerichte, sagte nicht zu, aber der gegentheilige Ausspruch hätte von manchen Seiten

*) Die aber vom obersten Gerichtshof aufgehoben wurden.

den wildesten Beifall, verletzendes Lobpreisen zur unmittelbaren Folge gehabt. Und doch, meine Herren! wo soll es hinkommen, wenn selbst der gewissenhafte Ausdruck der freien richterlichen Ueberzeugung in solcher Weise angetastet werden dürfte, ohne daß sofort die wohlverdiente Zurechtweisung erfolgte? Sie erwarten wohl nicht, daß Wir jene Gerichte hier in Schutz nehmen, — das wäre ihrer Stellung und ihrer hohen Würde nicht entsprechend. Aber das müssen Wir beurkunden, nicht Eine öffentliche Stimme, sondern die öffentliche Stimme der gesammten Pfalz, die stets Ursache hatte, auf die gewissenhafte und unparteiische Handhabung ihrer Gesetze stolz zu seyn, hat diesen Angriff gewürdigt." (Da mag der Hr. Staatsprokurator Recht haben, weil es eben in der ganzen Pfalz gegenwärtig nur Ein nennenswerthes Organ der öffentlichen Stimme gibt, die „Pfälzer Zeitung", welche ganz auf seinem Standpunkt steht.)

Das Regierungsblatt Nr. 48 vom 5. November publizirt in einer königl. Verordnung die auf den jüngsten Zollkonferenzen beschlossenen Abänderungen des Vereinszolltarifs, deren wesentlichsten Inhalt wir bereits neulich mitgetheilt haben.

Preußen. Berlin, 4. Okt. Seit einiger Zeit waren die hiesigen Gerichtszeitungen in Bezug auf die sittliche Tendenz ihrer Darstellungen mißfällig geworden. Der „Publizist" rechtfertigt heute für seinen Theil die von ihm eingehaltene, erklärt aber dann, er werde sich dem kundgegebenen Wunsche der Behörden in dieser Beziehung unbedingt fügen. Er hoffe, nach hergestellter Aenderung der Form auch in dem trocknen Ernst des Vortrages die Theilnahme des Publikums an unserem Gerichtsverfahren rege zu halten. (Schw. M.)

Württemberg. Stuttgart, 4. Novbr. Es ist nunmehr definitiv bestimmt, daß unsere Ständekammer bis Mitte Februar k. J. zusammentreten wird. (Deutschl.)

Kurhessen. Kassel. Die Verfügung, daß die Lehrer während des Läutens der Betglocke den Unterricht aussetzen sollen, ist, wie das „Frankf. J." meldet, nicht vom Konsistorium, sondern von der Regierung ergangen. Der Direktor der Kasseler Realschule soll hierüber höchsten Orts Beschwerde geführt haben.

Großbritannien.

London, 4. Nov. Gestern votirte der Staatsrath eine Vertrauensadresse zu Gunsten Lord Palmerstons als Minister. Diese ist in sehr energischem Tone gehalten. Sie wird ihm morgen überreicht werden.

London, 4. Novbr. Der Herzog und die Herzogin von Brabant trafen gestern Mittag in Windsor ein und wurden vom Prinzen Albert am Bahnhofe empfangen.

London, 4. Nov. Dem bereits erwähnten Artikel der „Morning Post" gegen Rußland entnehmen wir Folgendes: „Der Plan Peter's I. ging von der Zeit an, wo es ihm gelungen war, seinem Lande einen Platz unter den zivilisirten Nationen zu verschaffen, dahin, die Zwietracht unter den europäischen Mächten zu nähren und die Nebenbuhlerschaft der Nationen den Interessen seiner Dynastie dienstbar zu machen. In nur zu vielen Fällen erreichte er seinen Zweck und verlockte durch ein geschicktes System der Schmiegsamkeit und Schlauheit seine Nachfolger dazu, seinem Beispiele zu folgen. Von der Kaiserin Katharina an bis zum Kaiser Nikolaus hatten die Beherrscher Rußlands die Eroberung Konstantinopels als Ziel ihrer Politik im Auge, und durch die Verträge von Jassy, Bucharest, Adrianopel und Unkiar-Skelessy rückten sie diesem Ziele immer näher. Der von England und Frankreich im Jahre 1854 unterzeichnete Vertrag jedoch setzte der Eroberungssucht Rußlands Schranken, und jetzt, wo in Folge dieses Vertrages die Pläne Peter's I. und seiner Nachfolger gescheitert sind, ist das russische Kabinet zu einer ganz neuen Taktik übergegangen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Konstantinopel seine Rettung dem englisch-französischen Bündnisse verdanke, sucht Rußland jetzt Zwietracht unter den Westmächten zu säen, und spart zu diesem Ende keine Mühe und Mittel. Ueberall streut es Geld aus, in Europa, in Amerika, ja sogar in Afrika. Sich abwechselnd auf alle politischen Parteien stützend, die seine Plane fördern können, steht es in vertrautem Verkehr mit den Carlisten in Spanien, den Orleanisten, den Republikanern und Sozialisten in Frankreich, und wendet sich in England und Irland eben so ungescheut an die Chartisten und Repealer. Obgleich besiegt, geberdet sich Rußland noch immer, als sey es nie geschlagen worden, und kehrt zu seiner alten Eroberungspolitik zurück. Da aber das durch den Vertrag von 1854 sanktionirte englisch-französische Bündniß stärker als je besteht, um seine ehrgeizigen Anschläge zu vereiteln, so ist die ganze Politik Rußlands auf Sprengung dieses Bündnisses gerichtet. Da seine Ränke in den zivilisirten Ländern gescheitert sind, so sucht es jetzt die Karten durch einander zu mengen und in den englischen Kolonieen Unzufriedenheit zu erregen, in Indien, in Persien, in Aegypten, wo, wie es glaubt, die Interessen Frankreichs und Englands kollidiren. Man wird unser Urtheil über das Benehmen des russischen Kabinets vielleicht zu streng finden. Allein einer Macht, die so handelt, wie Rußland in Bezug auf die Schlangen-Insel, auf Kilia, Kars und die bessarabische Gränze, läßt sich Alles zutrauen. Nicht nur hat Rußland sich geweigert, mehrere Artikel des Pariser Vertrages zu erfüllen, jetzt, wo die Dinte, mit welcher dieser Vertrag geschrieben wurde, noch kaum trocken ist, sondern es hat auch versucht, eine große Anzahl anderer Vertragsbestimmungen zu umgehen." Einige Stellen dieses Artikels haben wir als zu heftig übergangen. (K. Z.)

London, 5. Nov. Die „Times" theilen mit, ihr Wiener Korrespondent schreibe, die österreichische Regierung habe aus London die Versicherung erhalten, daß die „Morning-Post" keinerlei Beziehungen mit Lord Palmerston habe.

Frankreich.

* Ueber die Verhaftung Carpentier's, des Haupturhebers des Nordbahn-Diebstahls, wird der „Gazette des Tribunaux" aus New-York, 21. Oktober, nachstehendes geschrieben: „In New-York angekommen, wohnte Carpentier nur einige Tage im Hotel St. Nicolas, dann der Reihe nach in mehreren kleinern Hotels und vermied jede Beziehung mit den Brüdern Grellet und Parod. Erwähnen wollen wir hier, daß seine Geliebte, Georgette, ihn nicht begleitete, wie man dies behauptet hat. Die Verhaftung seiner Mitschuldigen und die Ankunft der nach ihm ausgesendeten Agenten las er in den Journalen; aber er hatte sich bereits eine gut bezahlte, wachsame Gegenpolizei zu schaffen gewußt, die alle Bemühungen der ihn verfolgenden Agenten und Behörden zu vereiteln wußte. Seit zwei Wochen wohnte er, von seinen Spionen Tag und Nacht bewacht, in einem Hause der obern Stadt; die Polizei ihrerseits glaubte sicher zu seyn, daß er sich in diesem Hause aufhalte. Sie ließ deßhalb alle Eingänge besetzen und schritt zu einer strengen Haussuchung. Alle Zimmer wurden von den Agenten durchsucht, kein Möbel, keine Holzverkleidung undurchstöbert gelassen und endlich gelangten sie zur Bodenkammer. Dort lag auf einem schlechten Bette ausgestreckt eine Frau, die schmerzenden Füße in Bandagen eingewickelt. Die Agenten nähern sich dem Lager, um die Decke in die Höhe zu heben, aber gerade in diesem Augenblicke wurde die arme Frau von solchen Schmerzen befallen, die ihr solche Schreie entlockten, daß die von Mitleid ergriffenen Beamten ihre zu kühnen Hände zurückzogen und die Treppen mit der Ueberzeugung hinabstiegen, daß sie durch falsche Aufschlüsse dennoch irre geleitet worden seyen. Zwei Stunden später erfuhren sie, daß Carpentier zwischen den Matrazen versteckt war. Nun war es in dem Hause nicht mehr geheuer, aber die Flucht ebenso schwierig, da sechs Polizisten das Haus bewachten. Acht Freunde Carpentier's übernahmen es, mit erschrockener Miene eiligst ein- und auszugehen und so die Aufmerksamkeit der Wächter, die ihnen folgten, zu beanspruchen. Während dieser Zeit sprang Carpentier aus einem 14 Fuß hohen Fenster in den Hof eines Nachbarhauses und gelangte, unter der Mithülfe von vier seiner Spionen, welche ihm die einzuschlagende Richtung, um nicht den Agenten in die Hände zu fallen, angaben, in einen andern Schlupfwinkel. Am nächsten Tage fuhr er durch New-York, ging am folgenden Morgen nach Yorkville, den Tag darauf nach Holsten und nahm endlich die Erie-Eisenbahn nach Philadelphia. Zu Newburg verließ er jedoch den Train, ging tiefer in das Land hinein und bot einem Pächter seine Dienste an. Er hatte seinen Schnurrbart abgeschnitten und war grob gekleidet; er wußte dem Pächter Vertrauen einzuflößen und trat gegen Nahrung, Wohnung und geringen Lohn in seine Dienste. Aber auch die Polizei war nicht unthätig geblieben, und durch einige unvorsichtige Worte, die einem der Vertrauten Carpentier's im Rausche entfuhren, gelangte sie dem Flüchtling bald auf die Spur. Zwei Agenten verkleiden sich und kamen auf dem Pachthof an; aber ein sehr übellauniger Bullenbeißer bewacht denselben und droht, ohne alle Achtung vor den Gesetzen, ihre Repräsentanten zu zerreißen. Diese gehen also nach Newburg zurück, holen dort eine vergiftete Wurst, Chloroform oder etwas dergleichen, beseitigen so den Cerberus und dringen spät Abends in die Wohnung ein. Carpentier schlief ganz angekleidet auf seinem Bette. Man weckt ihn, er verliert aber die Fassung nicht und behauptet, er sey nicht Jener, den man sucht. Die Agenten jedoch waren nicht nur mit seinem Signalement, sondern auch mit seinem photographirten Portrait versehen, das der letzte Dampfer aus Paris gebracht hatte; sie legten deßhalb kein Gewicht auf sein Läugnen und führten ihn gefangen nach New-York. Dort angekommen, wurde Carpentier am Samstag, 18. Oktober, Morgens in das Gefängniß gebracht, wo sich Grellet und Parod befanden und zwei Tage lang in Einzelhaft gehalten. Erst seit gestern konnte

er mit ihnen, seinem Advokaten und einigen Besuchern sprechen. Am Tage seiner Festnehmung machten andere Polizeiagenten eine weitere Entdeckung. Durch ein anoymes Schreiben hatte Herr Tissendié, Inspektor der Nordbahngesellschaft, Kunde erhalten, daß in einem Hause der 16. Straße, Nr. 197, Carpentier im Keller unter einem Kohlenhaufen eine blecherne Büchse mit wichtigen Aufschlüssen vergraben habe. Agenten begaben sich demzufolge an den bezeichneten Ort, wo sie sogleich die fragliche Büchse fanden. Den Inhalt derselben gab der Repräsentant Rothschild's, Herr Belmont, nicht an. Man weiß nur, daß sie zwei Uhren, einige Goldstücke und Banknoten enthielt. Carpentier gibt die Zahl dieser Noten auf Hundert an, er versichert, daß sich keine Aktien in der Büchse befinden und die übrigen Papiere nur für ihn Wichtigkeit haben. Den Besitz der Summe von 100,000 Fr. erklärt Carpentier durch den Verkauf einer Renten-Inskription von 6000 Fr. Den Diebstahl erzählt er in der bekannten Weise und fügt nur bei, daß, obwohl drei Schlüssel zum Gewölbe vorhanden waren, nämlich einer für Guérin, einer für den Administrator und einer für den Kassier, er beide letztere immer zur Verfügung in der Kasse hatte. Noch fügt Carpentier bei, daß er weder in seinen Büchern, noch in den Zinscoupons irgend eine Fälschung begangen habe, die ihm zur Last fallende That demnach ein einfacher Diebstahl sey, der die Auslieferung nicht nach sich ziehen könne. Er zweifelt deßhalb gar nicht an seine baldige Freilassung, ist ruhig und guten Muths und kann sich nur nicht erklären, wie man seinen Aufenthalt ausfindig machte, da er an eine Angeberei nicht glauben will. Aber in dieser Beziehung könnte sich Carpentier dennoch irren, denn die Prämie von 1000 Dollars, die das Haus Belmont auf die Verhaftung Carpentier's gesetzt hatte, wurde auf's gewissenhafteste ausbezahlt." (Bekanntlich ist es schon entschieden, daß die Diebe ausgeliefert werden.)

Paris, 5. Nov. Der „Constitutionnel" enthielt gestern einen längeren wichtigen Artikel unter der Unterschrift seines Redakteurs en chef, worin der Wiederzusammentritt des Pariser Kongresses und der vorherige Rückzug der Oesterreicher und der englischen Schiffe verlangt wird. Dieser Artikel ist natürlich von oben herab inspirirt und zeichnet sich durch seinen scharfen Ton aus, insofern er das englische Ministerium betrifft. Es heißt in demselben: „Der Artikel 20 des Pariser Vertrags sichert Rußland förmlich den Besitz Bolgrads. Der Text und der Geist des Vertrages sind klar (??). England und Oesterreich behaupten aber doch, daß es sich in den Ideen der Unterhändler nicht um Bolgrad, eine ziemlich wichtige Stadt, sondern um einen einfachen Marktflecken handelte, ebenfalls Bolgrad genannt. Dieses ist die Schwierigkeit, und diese Schwierigkeit, so wie andere, will Rußland, wie man auch übereingekommen ist, durch den Kongreß entscheiden lassen (etwa wieder mit gefälschten Karten?); es unterwirft sich der Entscheidung desselben in allen Punkten. Was kann man einem derartigen Vorschlage entgegenstellen? Diejenigen, welche sich neuen Konferenzen widersetzen, sind in diesem Augenblicke die einzigen und wirklichen Hindernisse, welche sich der Ausführung des Vertrages entgegenstemmen. Oder will man lieber seine Zuflucht zur Gewalt nehmen? Will man den Krieg wieder anfangen? Hat das englische Ministerium Lust, den Kampfplatz ohne Frankreich zu betreten, aber nicht, um die Ausführung des Pariser Vertrages zu sichern, sondern um Angesichts der Welt und zur Befriedigung seines schlecht versteckten Ehrgeizes auf unkluge Weise den Pariser Vertrag zu zerreißen? Wir glauben nicht, daß das englische Volk bereit ist, eine derartige Politik zu ratifiziren. Gewisse Blätter, die, wie die „Times", dieser hohen Achtung des englischen Volkes für den Kaiser Napoleon nicht offen vor den Kopf zu stoßen wagen, machen einen Unterschied zwischen dem Souverän und seiner Regierung, zwischen der Politik des Kaisers und der seiner Minister. So arme Spitzfindigkeiten verdienen nicht widerlegt zu werden." Dieser Artikel ist von wesentlichem Einflusse auf die heutige Börse, dieselbe ist in matter Haltung; alle Werthpapiere werden ausgeboten.

Wären die französischen halbamtlichen Blätter nicht gar zu oft hintendrein desavouirt und bloß als Lärm- und Angsttrommeln benützt worden, man könnte glauben, der vorliegende Artikel sey der Vorbote eines feierlichen Bruches der Allianz, vielleicht selbst des Friedens. (Schw. M.)

Lille's alte Festungswerke, so berühmt in der Geschichte, sollen abgetragen und die Vertheidigungslinien bis über die Gemeinden Wazemmes und Esquermes hinaus verlegt werden. Im engsten Raume zählt jetzt Lille nahe an 80,000 Einwohner, die im wahren Sinne des Wortes auf einander gepackt sind. Wird das Projekt ausgeführt, so wird Lille in wenigen Jahren in industriöser Beziehung die bedeutendste Stadt Frankreichs. Auch die Festungswerke um Toulon sollen theilweise abgetragen und weiter hinausgeschoben werden. (Köln. Z.)

Spanien.

Madrid, 30. Okt. Die Mobilisirung der Provinzialmilizen wird thätig betrieben; am 20. Nov. soll über sämmtliche 80 Bataillone in ihren verschiedenen Bezirken Musterung stattfinden. Auf den Antrag von Narvaez hat der Ministerrath entschieden, daß alle verheiratheten Milizen bloß der Gendarmerie und dem Korps der Zollwächter einverleibt werden sollen, was als große Begünstigung gilt. Trotzdem stößt das Gesetz wegen Einverleibung der Milizen noch auf vielseitige Opposition. (Fr. Postztg.)

Italien.

Das schon früher verbreitete Gerücht von einer russischerseits in Neapel versuchten Vermittelung findet jetzt mehrseitige Bestätigung. Wie verlautet, hat das St. Petersburger Kabinet der Regierung des Königs Ferdinand den Rath ertheilt, die Differenzen mit den Westmächten nicht bis zu einem offenen Bruch sich erweitern zu lassen. Die Bemühungen des russischen Gesandten um eine solche Ausgleichung, welche die beschlossene Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen den Westmächten und Neapel rückgängig zu machen im Stande gewesen wäre, sind erfolglos geblieben. (Fr. Pstz.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Von der polnischen Gränze, 3. Novbr. Die polnischen Zeitungen sprechen sich bereits ziemlich unumwunden darüber aus, daß der derzeitige Haß Rußlands gegen England seinen vornehmlichen Grund hat in den Bestrebungen des Kabinets von St. James, durch die Herstellung eines Schienenwegs vom Mittelmeer nach dem Euphrat, und von da nach dem Süden von Asien sich einen souveränen Einfluß auf Mittelasien zu sichern. Aus diesem Grunde ist das Petersburger Kabinet auch bereit, kein Opfer zu schonen, um eine engere Allianz mit Frankreich zu Stande zu bringen, und die entente cordiale zwischen den beiden Westmächten mehr und mehr zu lockern. Darum unterstützen die Russen auch auf alle mögliche Weise das Projekt der Franzosen, das Mittelmeer durch einen Kanal mit dem rothen und indischen Meer zu verbinden, weil dadurch die Absichten Rußlands auf Mittelasien nicht gefährdet werden. Dieser letztere Weg ist allerdings kürzer und weniger beschwerlich, der erstere dagegen geht tiefer, ja bis in's Herz des alten Welttheils hinein und berührt viele Völkerschaften, die dadurch in den großen Weltverkehr hineingezogen werden. Die Engländer, im Besitz des Privilegium für die syrische Eisenbahn und nicht minder selbstsüchtig, bestürmen den Sultan, er möge dem vom Vizekönig von Aegypten den Franzosen bereits ertheilten Privilegium zur Erbauung des Kanals von Suez die Bestätigung verweigern. Indessen scheint es, daß die Engländer dies ebenso wenig durchsetzen werden, als die Russen ihre geheimen Bemühungen, den Vertrag des Padischah mit der englischen Kompagnie zu hintertreiben. (Dafür spricht der Umstand, daß das bisher dem Suez-Kanal so feindliche amtliche „Journal de Const." in seiner neuesten Nummer erklärt, daß beide Projekte, das des Suez-Kanals und das der Euphrat-Bahn, vernünftigerweise nicht in Widerstreit mit einander stehen, sondern beide dazu beitragen, Bildung und Fortschritt im türkischen Reich zu verbreiten.) Jedenfalls dürfte dieser Interessenstreit, und das ist für Rußland die Hauptsache, im Osten die verbündeten Westmächte auseinander treiben. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Eine Petersburger Mittheilung des „Nord" nennt folgende Eisenbahnlinien, zusammen in einer Ausdehnung von 3800 Werst (7 Werst = 1 deutsche Meile), als diejenigen, die der Gesellschaft Pereire und Genossen zugeschlagen wurden: 1) Linie Petersburg-Warschau, 2) Linie Moskau-Feodosia. Eine Abzweigung nach Odessa steht zu vermuthen, 3) Linie Moskau-Nischnei-Nowgorod, 4) Linie Kursk-Libau. Kursk, etwa halbwegs zwischen Moskau und Feodosia gelegen, ist Mittelpunkt des Binnenhandels. Diese Linie kreuzt jene von Petersburg nach Warschau bei Dünaburg. — Sämmtliche Linien sollen innerhalb zehn Jahren vollendet seyn, zuerst die Petersburg-Warschauer, danach die Nischnei Nowgoroder.

Nichtpolitische Zeitung.

Ueber die Wirkungen des Erdbebens, welches die Levante und namentlich die Insel Rhodus am 12. Oktober um 2 Uhr 56 Minuten heimsuchte und auf dieser Insel 75 Sekunden mit ungewöhnlicher Heftigkeit anhielt, erhalten wir jetzt nachträglich noch Einzelheiten durch das „Journal de Constantinople". Der verursachte Schaden wird bloß für Rhodus auf 40 Mill. Piaster geschätzt. Die Mauern des Schlosses, der Thürme, Kirchen und Moscheen haben alle mehr oder minder gelitten. Das Türken- und das Judenviertel in der Stadt wurden am schwersten heimgesucht, im Christenviertel, dem soge-

nannten Nechori, stürzten an fünfzig Häuser ein, und auch im Griechen-Stadttheile wurden viele Häuser unbewohnbar. Mehrere Menschen wurden unter den Trümmern begraben. Auch die vierundvierzig Dörfer der Insel haben viel gelitten; acht derselben sind vollständig zerstört; man schätzt die Zahl der Todten hier auf mehr als hundert, und die der Verwundeten ist noch bedeutender. In dem großen Dorfe Trianda, das an 3000 Häuser zählte, die auf einer von Wein- und Oelbergen eingefaßten Ebene liegen, sind an 200 eingestürzt, über 2000 unbewohnbar geworden und die übrigen auch in kläglichem Zustande. Auf allen Inseln des Archipels wurde das Erdbeben gespürt, doch haben Chio, Standio und mehrere andere gar nicht, Castellorosso und Symi wenig gelitten, während auf Stalchi vierzig Häuser einstürzten, auf Scarpantes achthundert und von den fünf Dörfern auf Cossos die zwei, welche am Meere liegen, wenig gelitten, die drei anderen gänzlich zerstört sind. Auch das Festland wurde erschüttert, doch ist hier der Schaden nicht so bedeutend. Auf dem Meere fühlte der Lloyd-Dampfer „Adria" auf siebenzig Meilen von Rhodus einen so heftigen Stoß, daß der Kapitän Halt machen ließ, weil er glaubte, das Schiff sey auf einen Felsen gelaufen. — Von Candia wird der Pariser „Presse" über die Wirkungen des Erdbebens auf dieser Insel geschrieben: „Die Stadt Candia ist gänzlich zerstört, die solidesten Häuser sind eingestürzt, ebenso alle Moscheen, und eine Feuersbrunst vermehrte noch die Schrecknisse des Erdbebens. Vierundvierzig Häuser und Magazine wurden eine Beute der Flammen, und in der Kaserne wurden unter den Trümmern fünf Mann getödtet und zwanzig verwundet. Der erste offizielle Bericht vom Stadtgouverneur Hassan Pascha meldet, daß hundert Leichen aus den Trümmern hervorgezogen seyen, und der so eben erschienene zweite gibt die Zahl der Todten auf zweihundert und zehn, die der Verwundeten auf achthundert an.' „Candia", heißt es in dem amtlichen Berichte weiter, „ist nur noch eine Ruine; nur vierzig Häuser stehen noch; die Einwohner liegen unter freiem Himmel, die Noth ist allgemein, und es fehlt an Brod." Unter den Todten befindet sich Vely Pascha's Großmutter." (Köln. Z.)

Ein Korrespondent der „Independance belge" berichtet: „Die berühmte Lola Montez hat ihre Edelsteine versteigern lassen. Mehr als Eine Person wünschte ein Andenken an die schöne Tänzerin sich zu erwerben; denn die Auktion war sehr zahlreich besucht, und es wurde eifrig geboten. Ein Paar Ohrringe mit Diamanten wurden zu 3000 Fr., ein Kamm mit Diamanten zu 3200 Fr., eine reich mit Edelsteinen besetzte Nadel zu 2800 Fr. zugeschlagen. Die Auktion brachte im Ganzen 60,000 Fr. auf, welche Lola, deren Herz besser als ihr Ruf ist, den Kindern ihres Agenten Folland bestimmte, der neulich auf der Ueberfahrt von Australien nach San-Franzisko ums Leben gekommen ist."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 7. Novbr. Auf die eingetroffene Pariser Depesche waren sämmtliche Fonds bei erheblichem Umsatz sehr fest und wurden besonders österreichische Kredit- und Staatsbahnaktien und Darmstädter Bankaktien zweiter Serie merklich höher bezahlt. 1¼ pZt. Spanische dagegen konnten sich nicht ganz auf dem gestrigen Standpunkt behaupten. Der Schluß der Börse war etwas matter.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77 7/8 P. 77 3/8 G. 5pCt Lombard.-Ven. 87 1/4 P. 86 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 74 3/4 P. 74 1/4 G.; à 5pCt. in Silberh. R. 85 3/4 P. 85 1/2 G.; à 4 1/2 pCt. 66 P. 65 1/2 G.; à 4pCt. 58 1/2 P. 58 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/2 P. — G. Preussen. 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 84 P. — — G. Bayern. Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 93 1/2 P. — G.; 4pCt. Grundrente 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 100 1/2 P. 100 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. Württemberg. 3 1/2 pCt. Obligationen v. R. 89 1/2 P. 89 1/4 G. 4 1/2 pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. Grossherzogthum Hessen. Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 3/4 P. 90 1/4 G.; à 4pCt. 99 P. 98 1/2 G.; 4 1/2 pC. 101 3/4 P. 101 1/2 G. Nassau. Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. Frankfurt. Obligationen à 3pCt. 83 3/4 P. 80 1/4 G.; à 3 1/2 pCt. 89 3/4 P. 89 1/4 G. Spanien. 3pCt. inl. Schuld 37 1/4 P. 37 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 1/4 P. 23 1/8 G. Holland. Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1161 P. 1159 G. Neue Bankaktien 275 P. 270 G. Credit-Actien à 5pCt. 156 1/2 P 154 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 356 P. 354 G.; junge 317 P. 315 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 501 P. 496 G. Mitteldeutsche Creditbank 100 3/8 P. 99 7/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 102 P. — G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111 1/2 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 490 P. 485 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 540 P. 535 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 232 P. 230 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 139 1/2 P. 139 G. Neustadt-Weissenb. 104 1/4 P. 103 3/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/8 P. 100 7/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 348 P. 346 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/2 P. 80 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77 3/4 P. 77 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 1/2 P. — G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114 1/2 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 1/4 P. — G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/2 P. 112 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 1/2 G. Darmst. Loose à fl. 50 116 1/2 P. 116 G. à fl. 25 34 1/4 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 P. 38 5/8 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117 1/4 P. 117 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99 5/8 P — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 1/2 P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111 3/8 P. 111 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 3/4 P 88 1/4 G	Wien 3 M. mit 4% 111 1/8 P. 110 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Disconto P. 6pCt. G

Neueste Nachrichten.

Der „Allg. Ztg" wird aus München, 5. Novbr., geschrieben: „Gutem Vernehmen nach ist man hier bereits mit den Vorarbeiten zu der Prägung der neuen Münzen, wie solche nach den Beschlüssen der Wiener Münzkonferenz geprägt werden sollen, beschäftigt, so daß man wohl an dem Zustandekommen der Münzkonvention nicht mehr zweifeln kann; dieselbe soll dem Entwurf zufolge schon mit Neujahr in Kraft treten."

Der Protest der Hofjagdintendanz gegen die Richtung der Ostbahn ist bereits wieder erledigt und die Linie von Freising bis Neuhausen nun bestimmt festgesetzt. (M. Bote.)

Nürnberg, 7. Novbr. Die bereits in diesen Blättern erwähnte Vorstellung an Se. Maj. den König gegen die neuesten Verfügungen des k. protestantischen Oberkonsistorium ist gestern mit den bis dahin eingegangenen zahlreichen Unterschriften an ihre hohe Bestimmung abgegangen. (N. K.)

Berlin, 4. Nov. Die Angabe des „Publizisten", Lindenberg habe die Absicht, die Verwendung und Gnade des Prinzen von Preußen anzurufen, hatte schon in ähnlicher Weise vor einigen Tagen in anderen Kreisen verlautet. Es mag daher dem Gerüchte etwas Wahres zu Grunde liegen. (H. N.)

Königsberg, 5. Novbr. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Petersburg wurde die Konzession zur Erbauung von 8400 Werst Eisenbahnen in Rußland den HH. Stieglitz, Baring, Hope und Pereire ertheilt. Letzterem als Privatperson und nicht als Repräsentanten des Credit mobilier. (S. oben.) Eine Konzession der noch übrigen Eisenbahnstrecken ist bisher nicht erfolgt und soll für dieselben die Belgisch Deutsche Gesellschaft günstige Aussicht haben. (T. D. d. Nat.-Z.)

Wien, 6. Nov. Die „Ostdeutsche Post" spricht sich gegen die französischen Journale, namentlich gegen die abermalige Abhaltung von Konferenzen zu Paris aus; dieselben seyen zwar im allgemeinen wünschenswerth, aber der Moment sey ungeeignet, weil bei dem jetzigen Mißtrauen daraus eher tiefe Verwicklungen erfolgen könnten.*) (T. D. d. A. Z.)

*) Man kann dies füglich als Ansicht der österreichischen Regierung betrachten.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 312.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 9. November 1856.

Die englisch-persische Verwickelung.

(Aus der „National-Zeitung".)

Die neuen im Orient drohenden Verwickelungen beschränken sich nicht auf die bisher noch unerledigt gebliebenen Punkte des Pariser Friedens. Von viel größerer Bedeutung ist der englisch-persische Konflikt, obwohl sich derselbe bisher noch mehr im Hintergrunde gehalten.

Die Stellung Englands zu dem wichtigen Zwischenlande Indiens und der türkischen Monarchie ist klar genug. Wenn der Gedanke ausführbar wäre, würde es am liebsten den ganzen Raum in seinen unmittelbaren Besitz zu nehmen trachten. Da dieses augenscheinlich unmöglich ist, so liegt es im britischen Interesse, mindestens eine Besitznahme von irgend einer anderen Seite her zu hindern und es kann in dieser Hinsicht keinem Zweifel unterliegen, daß die überwiegende, ja einzige Gefahr von Rußland her droht. Namentlich im Augenblick scheint der Hof von Teheran mehr wie jemals zuvor unter dem Drucke russischen Einflusses zu stehen.

Behalten wir, was das Verhältniß zwischen Rußland und Persien angeht, stets im Auge, daß dieses letztere Reich für das Petersburger Kabinet eine zweite Türkei ist. Das von Rußland aus zunächst dem britischen Interesse und in seinem späteren Verlauf dem ganzen Europa drohende Verhängniß läßt sich dahin definiren, daß es dieselben Konsequenzen mit sich führe, mag es nun in der Türkei oder in Persien seinen Durchbruch vollziehen. Für den großen Zweck, die Kontinentalmasse von Europa und Asien zu durchschneiden, um Orient und Occident zu trennen, und dann muthmaßlich zuerst in jenem seine universalen Heeresschaftspläne zur Ausführung zu bringen, findet Rußland zwei Wege vor sich, den einen, der von der Donau zum Bosporus führt und ihm noch jüngst glücklich bestritten wurde, und den andern vom Kaukasus nach Abuschir. Wie die Dinge heute liegen, scheint der meiste und rascheste Erfolg auf der letzteren strategischen Route zu winken. Aber schon bereitet England in der Flanke eine mächtige Diversion vor. Die Eisenbahn des Euphratthales ist darum für die inneren staatlichen Verhältnisse Asiens, und zumal für die Dinge, um die es sich zwischen dem Hofe von Petersburg und England handelt, unendlich wichtiger als der Suez-Kanal, weil es militärisch von verhältnißmäßig nur äußerst geringer Bedeutung ist, ob ein britisches Kriegsgeschwader aus der mittelländischen See in den indischen Ozean einsegeln kann, da man mit Flotten über große Länderstrecken nicht entscheidet; dagegen wird die ganze Sachlage eine andere, wenn England am oberen Tigris oder bei Bagdad binnen zwei Monaten eine starke Armee konzentriren kann. Im Ministerrathe zu St. James mag das Wort gefallen seyn: „Rußland gebe uns fünf Jahre Zeit, und wir werden in Innerasien ihm gewachsen dastehen"; und umgekehrt mag aus dem Kabinet zu St. Petersburg die Ordre ergangen seyn, die Dinge nach der bezüglichen Richtung hin schnell zu betreiben, und den gefürchteten Zwischenfall nicht sich vollenden zu lassen. Was am Ural und Kaukasus und an den Gestaden des kaspischen und Aral-See's vorgeht, deutet darauf hin.

Was Oesterreich angeht, so erzwingt diese Macht auch bei denen, die ihrer Politik abgeneigt sind, und die namentlich in der letzten Kriegskrisis ihr große Fehler vorzuwerfen hatten, die Anerkennung, daß sie ein konsequentes System verfolgt, dem seine großen Haupt- und Grundlinien nicht auf der Karte Europa's allein, sondern auf der der Welt vorgezeichnet sind. Sie breitet ihre Pläne nach allen Richtungen hin aus; mit welcher Hoffnung auf Erfolg ist zunächst nicht zu untersuchen; aber innerhalb dieser Richtungen gibt es vor Allen eine Hauptdirektionslinie, und zwar eine nicht aus freier Wahl hervorgegangene, sondern eine naturbestimmte. Die Richtung der Donau bezeichnet Oesterreichs Frontlage und weist auf das Feld seiner Zukunft hin. In dieser Richtung ist zunächst der Pontus gelegen; weiterhin Armenien und darüber hinaus Persien. Wenn die kommenden Zeiten Verhältnisse heraufgeführt haben werden, deren Umrisse wir jetzt erst nur ahnen können, wird Persien zu Oesterreich vielleicht in eine ungleich nähere Beziehung getreten seyn, als es etwa heute zu England oder zur Türkei steht. Das hat man in Wien erkannt, und zwar nicht erst gestern. Man hat in Metternich'schen Zeiten schon einen großen Werth auf die diplomatischen Beziehungen zum Hofe von Teheran gelegt und seit der Revolution von 1848 war man bemüht, das Wehrwesen Persiens leitend in die Hand zu nehmen, und sendete österreichische Offiziere nach Iran. Sie weilen noch dort und sind in Funktion und sehr wahrscheinlich ist es, daß Herr Bugler, Ingenieur vom Fach, von welchem es heißt, daß er auf persischer Seite eben jetzt die Belagerung von Herat leite, zu ihnen gehört. Beiläufig sey bemerkt, daß, wenn Oesterreich je den Bau einer Eisenbahn in der asiatischen Türkei stark unterstützt, dies die Linie von Trapezunt in der Richtung auf Teheran seyn würde.

Am wenigsten scheint Frankreich von den persischen Händeln berührt zu werden, aber es scheint nur so. Frankreich, welches in unseren Tagen sich zu einer so eminenten Geltung auf dem europäischen Kontinent aufgeschwungen, will auch auf dem asiatischen nicht ohne eine solche seyn. Zwischen hier und dort ist das Mittelmeer seine große Bewegungs- und Verbindungs-Linie. Daher der starke Accent, welcher neuerdings von Paris aus auf die maritime Entwicklung Frankreichs gelegt wird. Stände dasselbe in Persien auf festen Füßen, und befände es sich in der Lage, seinem Einflusse materielle Stützen zu geben, was nicht ganz unausführbar erscheint, so wäre Rußland und gleichzeitig England an einer entscheidenden Stelle gebunden. Frankreich, das kann man annehmen, will in Persien keine direkte Herrschaft, aber durch seine Diplomatie möchte es eben so gern dort gebieten wie in den Landen des Sultans.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 6. Nov. Die von Ihnen zuerst gebrachte Nachricht von der Grundsteinlegung eines neuen Regierungs-Gebäudes in der Maximiliansstraße bestätigt sich vollkommen, obwohl dieselbe damals von einigen Blättern in Zweifel gezogen wurde. Es ist nämlich so eben durch das k. Staatsministerium die Grundsteinlegung auf den Geburtstag Sr. Maj. des Königs Maximilian (28. d. M.) definitiv festgesetzt worden mit der Weisung, daß das Gebäude bis zum Jahre 1860 zu vollenden und im Jahre 1861 zu beziehen sey. Zugleich wurde zum Beginn des Baues vorläufig eine Summe von 20,000 fl. angewiesen. Das neue Regierungsgebäude, welches eine 600 Schuh lange Fronte erhält, kommt an das Forum der Maximiliansstraße, rückwärts der Deroy-Statue und gegenüber dem ebenfalls noch im Bau begriffenen Taubstummen-Institut zu stehen.

Nach einer Ministerial-Entschließung vom 22. v. M. sollen die Distriktspolizeibehörden auf die aus den englischen und französischen Fremdenlegionen der Krim-Armee Entlassenen, die meist Deserteurs oder sonst gesetzwidrig aus der Heimat entlaufen sind, genaue Aufsicht pflegen, insbesondere aber haben die Gränzbehörden die entsprechende Vorkehrung zu treffen, daß derlei Individuen an der Gränze sofort zurückgewiesen werden, in so ferne sie sich nicht als bayerische Unterthanen ausweisen können, in welchem Falle die gesetzlich gebotene Einschreitung einzuleiten ist.

Vom Staatsministerium des Innern ist an die Kreisregierungen Folgendes ergangen: In neuerer Zeit kommt es häufig vor, daß Ausländer ihre Anwesenheit auf ihren Besitzungen oder vorübergehenden Aufenthaltsorten durch Aufstecken von Fahnen und Flaggen in den Farben, und theilweise mit

den Wappen ihres Heimatlandes bezeichnen. Wenn nun auch das Aufstecken von Fahnen und Wappen des Heimatlandes den am bayerischen Hofe beglaubigten Gesandten, diplomatischen Agenten und Konsuln nach völkerrechtlichen Grundsätzen zusteht, obwohl es bisher nicht zu geschehen pflegte, so kann doch Ausländern, denen ein diplomatischer Charakter nicht zukömmt, nicht gestattet werden, auf ihren Besitzungen oder zeitweiligen Wohnsitzen Fahnen oder Flaggen mit den Farben oder Wappen ihres Heimatlandes aufzuziehen. Die k. Regierung hat hiernach Ausländer, welche bisher eine solch' unzulässige Uebung beobachtet haben, geeignet zu verständigen, und die Abstellung solcher Unzukommenheiten zu veranlassen.

Preußen. Berlin, 4. Novbr. Außer dem Prinzen Adalbert hat nun auch der Graf v. Arnim-Boytzenburg sein Doktordiplom der Universität Greifswald zurückgeschickt. Der hochtoryistische Edelmann aus der Ukermark scheint sich auf denselben Standpunkt stellen zu müssen, jene Würde nicht annehmen zu können, welche Ministern versagt, dagegen Oppositionsmännern gegeben wurde. Es fehlte jetzt nur noch, daß andere ernannte Doktoren es für ihre Schuldigkeit hielten, den gegebenen Beispielen zu folgen, um das Schauspiel einer auffallenden Demonstration zu vervollständigen. Weit versöhnlicher und edler klingt es dagegen, daß der Prinz von Preußen bei seiner Anwesenheit in Greifswald nach einem Vortrage über die Freiheit der Wissenschaft dem greisen Redner die Hand reichte und ihm dabei sagte: „Sie haben mir aus dem Herzen gesprochen; ich werde ihre Worte nicht vergessen." (J. f. N.)

Berlin, 5. Novbr. Gerüchtsweise wird behauptet, daß die Regierung dem Landtag bei seinem Zusammentritt eine Vermehrung der Zivilliste um 1½ Millionen, des Etats für die Armee um 2½ Millionen, und zur Verbesserung der Lage des Beamtenstandes 6 Millionen verlangen wird, in Summa 10 Millionen, welche durch eine Häusersteuer aufgebracht werden sollen. (A. Z.)

Sachsen. Der „Freimüthigen Sachsenzeitung" ist eine Zuschrift der Polizeidirektion zugekommen, inhaltlich welcher „die polizeiliche Beschlagnahme der Nrn. 245 und 246 (des genannten Blattes) ganz aus der freien und selbständigen Erwägung und Entschließung der königlichen Polizeidirektion selbst hervorgegangen, keineswegs aber durch einen Antrag oder eine Einwirkung der kaiserlich französischen Gesandtschaft herbeigeführt worden ist."

Württemberg. Stuttgart, 4. Nov. Der fünftägige Aufenthalt des Prinzen Napoleon am hiesigen Hoflager (19.—24. Sept.) zieht einen ganzen Schweif von Gerüchten nach sich. Der Kern dieser Gerüchte ist das schon von belgischen Blättern angedeutete Heirathsprojekt. Hiernach wäre eine Verbindung des Prinzen mit der ältesten Tochter des verstorbenen Herzogs von Leuchtenberg im Werke. Die Prinzessin ist freilich erst 15 Jahre alt; sie führt, gleich ihrem älteren Bruder, kraft kaiserlichen Ukases den Titel „Kaiserliche Hoheit, ist bekanntlich eine Nichte des Kaisers von Rußland und unserer Kronprinzessin Olga. Bemerkt nun wurde hier der häufige und herzliche Verkehr des Prinzen Napoleon mit unserem kronprinzlichen Paare, was die Glaubhaftigkeit der ausgestreuten Heirathsgerüchte nicht wenig erhöht hat. Ich will trotzdem, und obgleich ich in ernsteren Kreisen von der Sache sprechen hörte, keineswegs sagen, daß das Gerücht mehr als eben ein solches sey. Nur möchte es nicht unpassend seyn, Angesichts des anscheinend sich vorbereitenden Scenenwechsels im europäischen Allianzen-System auch auf ein Gerücht von der Natur und dem Inhalte des obigen aufmerksam zu machen. (K. Z.)

Stuttgart, 7. Novbr. Unsere ganze Infanterie ist seit einiger Zeit mit den Miniégewehren versehen.

(Heilb. Tagbl.)

Mecklenburg. Vor nun länger als vierthalb Jahren wurden in Rostock fast gleichzeitig mit Ladenberg und Genossen in Berlin eine Anzahl Männer wegen Versuchs der Vorbereitung zu hochverrätherischen Unternehmungen auf Denunciation des in Rostock als demokratischer Agitator aufgetretenen ehemaligen preußischen Lieutenants Henze verhaftet, die, fast vergessen im großen Kampf der letzten Jahre, noch heute einer endlichen Entscheidung ihres Geschicks entgegenharren. Könnte die Milde nicht stattHaben, so verlangt doch die Gerechtigkeit eine Entscheidung, da in der Ladenberg'schen Untersuchung in Berlin, von der die Rostocker nur ein Zweig ist, seit fast zwei Jahren das Urtheil gefällt ist und die meisten Opfer dieser Untersuchung schon dem Ende ihrer Strafzeit entgegengehen. Die Einführung eines neuen Kriminalverfahrens wird von der mecklenburgischen Regierung betrieben; doch selbst diese bessere Einsicht kommt den Opfern des alten Verfahrens nicht zu Gute, denn für sie beschloß der Landtag vor zwei Jahren die Einführung des die Verurtheilung erleichternden Indizienbeweises mit rückwirkender Kraft, was unerhört in der Geschichte der Gerechtigkeit. Seit anderthalb Jahren wenigstens sind die Untersuchungsakten an die Justizkanzlei zum Urtheilsspruch eingesendet und, nachdem ein Jahr zur doppelten Berichterstattung benutzt, ist der vergangene ganze Sommer zur Feststellung unbedeutender Nachträge angewandt und endlich Anfang September den Gefangenen bekannt gemacht worden, daß im Laufe des September ihr Geschick entschieden werden würde. Aber der September verging, der Oktober desgleichen, Alles wurde wieder stumm und die Armen sind um ihre wahrlich bescheidene Hoffnung, wenigstens ein Urtheil zu haben, wiederum getäuscht! Zwei von den 12 ursprünglich Eingekerkerten wurden früher bei Nacht und Nebel vor die Thore Rostocks gefahren und dort ausgesetzt; sie kennen heute noch nicht den Zusammenhang der geheimnißvollen Untersuchung. Wieder zwei wurden gegen Kaution entlassen. Gegenwärtig sitzen noch Dr. Dornblüth, Advokat Hahne, Kaufmann Schwarz, Kaufmann Blume, Advokat Wiggers, die Professoren Türk und Wiggers und Advokat Uterhardt; zwei derselben wurden, kaum getraut, ihren Frauen entrissen. Andere ließen zahlreiche Familien, theilweise ganz mittellos, zurück, Einem starb der Vater und wieder Einem, im dritten Jahre der Haft, starb die Mutter; er konnte sie nicht einmal im Tode wiedersehen. Einer der Entlassenen brachte den Keim des Todes mit nach Hause. Und bei solchen Verhältnissen keine Aussicht, kein Licht — nur eine unerhört langsame, einzig dastehende Untersuchung!!

Oesterreich. Wien, 4. Novbr. Der Justiz-Minister Baron Krauß soll gutem Vernehmen nach bei Sr. Majestät dem Kaiser die bereits vor längerer Zeit eingebrachte Bitte um Verleihung der Präsidentenstelle des obersten Gerichts- und Kassationshofes nun abermals in Anregung gebracht haben, und dürfte im Falle der Allerhöchsten Genehmigung dieses Ansuchens das vacant werdende Portefeuille des Justizministerium dem Statthalter in Mailand, Baron Burger, verliehen werden. Für die durch den Tod des Herrn v. Zaika gleichfalls erledigte Stelle eines Senatspräsidenten beim obersten Gerichtshofe soll der frühere oberste Landesrichter in Ungarn Graf Johann v. Cziraky, designirt seyn. Der Graf, der alt-konservativen Partei Ungarns im Vormärz angehörig, wurde bei der juridischen Organisation Ungarns zum Präsidenten des Landesgerichts in Pesth ernannt; ein Posten, auf welchen er bald selbst resignirte. — Der Feld-Superior in Olmütz, welcher auf hohen Befehl den im Duell zu Gräfenberg gebliebenen österreichischen Oberlieutenant auf dem dortigen Friedhofe beerdigte, soll von der geistlichen Behörde in Anklagestand versetzt worden seyn.

Wien, 5. Novbr. Ueber die Vorbereitungen zum Empfang der kaiserl. Majestäten in Triest erfährt man, daß Anstalten getroffen sind, um die ganze Stadt von der Berghöhe an bis zum Molo festlich auszuschmücken. An die Bevölkerung wurden 10,000 Stück blau-weiße und roth-weiße Fahnen vertheilt. Der Hafen wird in imposanter Weise beleuchtet.

Der bereits erwähnte Artikel der „Ostd. Post" lautet wie folgt: „Ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Prozeß! sagt ein altes friedfertiges Sprichwort und die Großmächte Europa's haben sich seiner Moral angeschlossen, als sie beim Pariser Kongreß den Vertrag vom 30. März unterzeichneten; wie Vieles auch seine Stipulationen zu wünschen übrig ließen, sie zogen dieses Unbestimmte, Halbfertige einer Fortsetzung des Krieges vor. Nun will Rußland von diesem Halben noch einen Theil abziehen, und die französische Regierung will diesen neuen allerdings weniger gefährlichen Prozeß auf einem abermaligen Kongreß regeln. Scheinbar ein trefflicher Weg; aber nur scheinbar, denn möglicher Weise könnte dieser Kongreß zu einem sehr gefährlichen Ausgang führen. Die Pariser Konferenz wurde nur deßhalb so rasch und glücklich zu Ende geführt, weil die verbündeten Mächte eins waren über ihren Endzweck. Rußland auf der einen Seite, die übrigen Staaten auf der andern, der Geist der Mäßigung in der Mitte, so kamen die Unterhandlungen zum baldigen Abschluß. Der Kongreß, den die französischen Organe heute befürworten, könnte jedoch kaum zu einem raschen Ausgleiche führen. Nach der heutigen Sachlage wäre nämlich der zweite Kongreß ein ganz neuer, nicht eine Fortsetzung des ersten; ein neuer, weil er eine ganz andere Gruppirung der Parteien fände, weil Frankreich nicht mehr in der Mitte der Dezember-Alliirten mit gleicher Anschauung und gleichem Willen steht, sondern eine andere Position sich geschaffen hat. Das wäre nicht mehr der Schlußakt des alten Drama, sondern ganz neue Motive und eine neue Intrigue träten ein. Unseres Erachtens würde ein Kongreß in diesem Augenblicke nur dazu beitragen, die Allianzen auch der Form nach auseinander zu reißen, das Schisma eklatant zu machen und den Weg zur Rückkehr in die alten Bahnen zu versperren. Es würde sich zerschlagen, weil Frankreich nicht über die Modalitäten der Grenzregulirung ein-

verstanden ist. So wahr ist es, daß die Hauptfragen unter den Kabineten früher geregelt seyn müssen, bevor die Vertreter derselben in persönlicher Zusammenkunft den Ausdruck derselben in Schrift und Dokumenten fassen. Wir sind vollkommen einverstanden, daß ein Schlußkongreß in Paris zu Stande komme, wir hoffen und wünschen es sogar; wir glauben aber nicht, daß der gegenwärtige Augenblick mit den Herbheiten und dem Mißtrauen, die er in seinem Schoße birgt, dazu geeignet ist."

Aus Laibach wird gemeldet, daß die Karstbahn in der Strecke von Laibach bis Adelsberg vollkommen hergestellt und eröffnet worden ist. (Ostd. Post.)

Belgien.

Brüssel, 5. Nov. Der zweite Sohn der Königin Viktoria, Prinz Alfred von England (geboren 1844), ist gestern in Begleitung seines Gouverneurs hier eingetroffen und im Schlosse abgestiegen. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 6. Nov. Der Dampfer „Anglosaxon" aus New-York bringt die Bestätigung des Sieges Walker's über die Guatemalenser. (Nat.-Z.)

Frankreich.

Aus Paris, 5. Novbr. wird der „Köln. Z." geschrieben: „Gestern hatte der Kaiser eine Konferenz mit Persigny, der bekanntlich von London nach Compiegne berufen worden ist. Diese Unterredungen haben Veranlassung zu verschiedenen Gerüchten gegeben. Es heißt u. A., Herr v. Persigny sey bestimmt, den Grafen Walewski, der die ganze Antipathie Englands besitzt, zu ersetzen. (Gerade jetzt aber dürfte man in Paris nicht eben geneigt seyn, einer solchen Antipathie Rechnung zu tragen.) Auch ist die Rede von dem Zurückberufen des Herrn von Thouvenel aus Konstantinopel, wobin man einen der Krim-Marschälle senden würde, um dadurch dem französischen Namen in der Türkei ein größeres Ansehen zu geben. Was die Stimmung des französischen Hofes in Betreff Oesterreichs und Englands angeht, so ist dieselbe fortwährend eine gereizte. Dieselbe zeigt sich besonders bei der Behandlung der englischen und österreichischen Botschafter. Dieselben wurden sonst mit der größten Auszeichnung behandelt, während man sie jetzt eher vernachlässigt." (Köln. Ztg.)

Italien.

Rom, 30. Okt. Der heilige Vater hat kürzlich in der Provinz Pesaro und Urbino fünfundzwanzig Beamte, die wegen Theilnahme an den Wirren der Republik brodlos wurden, durch einen stillen Gnadenakt in ihren frühere Staatsbedienungen wieder eingesetzt. Gleiches geschah in Rom mit mehreren Militärs. (Köln. Ztg.)

Turin, 3. Novbr. In hiesigen Blättern wird im gegenwärtigen Augenblick eine schmutzige Geschichte mit dem größten Cynismus abgehandelt. Der Parlaments-Abgeordnete Gallenga hat in den Sommermonaten dieses Jahrs eine Geschichte Piemonts geschrieben, in welcher er u. A. erzählt, es sey im August des Jahres 1833 ein junger Fanatiker nach Turin gekommen, der, mit Geld, Paß und Briefen von Mazzini versehen, den Auftrag gehabt habe, den damaligen König Karl Albert zu ermorden. Es habe dieser aber die Mazzinistischen Freunde nicht auffinden können, und so sey er nach zweimonatlichem Warten wieder von Turin abgereist. Mazzini kommt nun in diesem Betreff mit ganz ungelegenen Enthüllungen. Er schreibt, daß jener junge Fanatiker, der von dem jetzigen Abg. Professor Melegaris an ihn empfohlen war, der Geschichtschreiber Gallenga selbst, und daß der Plan, Karl Albert zu tödten, ganz die Erfindung Gallenga's gewesen sey. Er, Mazzini, habe zuerst den Plan verworfen und bekämpft, und erst später, als er die Beharrlichkeit Gallenga's sah, sey er darauf eingegangen und habe Gallenga einen tessinischen Paß unter dem Namen Luigi Mariotti verschafft und ihm Briefe und 1000 Fr. zur Ausführung seines Vorhabens gegeben. Gallenga habe sich in Turin mit dem Mazzinistischen Komite in's Einvernehmen gesetzt, und es sey der nächste Sonntag zur Ausführung des Mordes bestimmt worden. Da aber inzwischen ein anderer Mazzinianer verhaftet worden, so habe sich Gallenga entdeckt geglaubt und sey geflohen. Gallenga hat nun in den hiesigen Blättern erklärt, daß Mazzini Recht habe, und er wirklich jener junge Fanatiker gewesen sey. Die Blätter aller Farben stürzen nun in Entrüstung über den königsmörderischen Abgeordneten her, und Gallenga hat sich bereits genöthigt gesehen, sein Amt als Abgeordneter niederzulegen, sowie den St. Mauriziusorden in die Hände des Königs zurückzugeben. Professor Melegaris, der Gallenga an Mazzini empfahl, erklärt öffentlich, daß er von Gallenga's Vorhaben nichts gewußt habe." (Schw. M.)

Rußland und Polen.

Nicht der Credit Mobilier hat die Konzession der russischen Eisenbahnen erhalten, sondern eine von den Herren Stieglitz, Baring, Pereire, Hottinguer u. Comp. gegründete Gesellschaft. Wenn ich recht unterrichtet bin, so wird die erste Emittirung 300 Millionen Franken betragen. Der Sitz der Gesellschaft ist Petersburg. Der kaiserliche Ukas wird jedoch dem Vernehmen nach erst gegen Ende Dezember russischen Styls, also Anfangs Januar, erscheinen. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Ein aus New-York vorliegender Bericht meldet von einer großartigen Maschinen-Bäckerei, welche in dem benachbarten Brooklyn nach dem Plane des durch seine Maschine zur Ausbeutung goldhaltigen Quarzgesteins bekannt gewordenen Ingenieurs Berdan angelegt worden ist. Sein hauptsächliches Augenmerk hat derselbe der Konstruktion des Ofens gewidmet. Der letztere mißt 20 Fuß Höhe bei 18 Fuß Länge und 8 Fuß Breite und wird nach einem System geheizt, welches die leichte Herstellung des verlangten Hitzegrades und dessen konstante Erhaltung gestattet. Vermöge eines Apparates ohne Ende, ähnlich wie bei Baggermaschinen, senken sich nach einander 16 mit Brodteig belastete Wagen, deren jeder 3 bis 5 Fuß Quadrat hat, in den Ofen, während dieselbe Zahl mit fertigem Brod in entgegengesetzer Bewegung successive denselben verläßt. Zwei Thüren, eine für den Eingang, eine für den Ausgang, öffnen und schließen sich durch die Bewegung des Mechanismus von selbst bei der Passage jedes einzelnen Wagens. Die Zeit, welche zwischen Eintritt und Austritt desselben Wagens verfließt, beträgt 20 Minuten. Sofern der Ofen in dieser Weise in ununterbrochener Thätigkeit bleiben kann, soll nach dem Anschlage Mr. Berdan's derselbe 100,000 Stück Brode binnen 24 Stunden zu produziren im Stande seyn oder 500 Faß Mehl in diesem Zeitraum verbrauchen, während starke Bäckereien es kaum auf 5 Faß bringen. Die Ersparniß aber, welche naturgemäß durch ein solches System erzielt wird, soll die Lieferung auf 3½ Pfund Brod für 2½ Cent statt der bisherigen 2¼ Pfund ermöglichen. Der Betrieb dieser Fabrik hat mit dem Anfang des laufenden Monats begonnen.

„Feldblumen." Skizzen und Erzählungen von Alexandra, kgl. Prinzessin von Bayern. (München 1856.) Der anspruchlose Titel dieses Buches birgt einen reichen schätzbaren Inhalt. Ein „einfaches Sträußchen von Feld-, Wiesen-, Wald- und Alpenblumen, die nicht durch Kunst, sondern einzig durch Gottes Pflege gedeihen", nennt die hohe Verfasserin diese Sammlung von Skizzen und Erzählungen, deren Ertrag zum Besten des unter dem Schirme der Prinzessin Alexandra stehenden Maximilian-Waisenstifts bestimmt ist. Wie aber die Blumen des Feldes ihren natürlichen Schmuck und Reiz vor aller Pracht der Kunstgewächse nicht einbüßen, so wird auch diesem Kranz von Erzählungen der unvergängliche Zauber der Wahrheit und Einfachheit niemals abgestreift werden können. Es sind so warm empfundene und so treu und schlicht wiedergegebene Bilder aus dem Leben, daß ihre Wirkung auf unbefangene Gemüther von eben so reinem als wohlthätigem Nachhalt seyn muß. Diese Bilder sprechen beredter als alles aus, wie sehr die Verfasserin, die hohe Protektorin menschenfreundlicher Vereine, die unermüdliche Wohlthäterin in Hütten und Stiften, das Leben, Denken und Fühlen der Armuth versteht, wie sie ihr in die feinsten Fühlfäden nachzugehen weiß, mit einer Liebe, wie es nur der dem tiefen Gemüthe entquellenden Hingebung möglich ist. Aber die Armuth erscheint hier, und das ist ein bemerkenswerther Vorzug, nirgends im Gewande des Bettelnden, sondern mit den sittenden Geberden des Arbeitsuchenden: Beschäftigung und Thätigkeit ist der Wahlspruch derselben. Jede Skizze vertritt in ansprechender gewählter Form einen schönen Gedanken, eine gesunde Lebensmoral. Es sind manchmal nur kleine unscheinbare Züge, an welche mit großer Sinnigkeit Betrachtungen angeknüpft werden, die, so recht von Herzen kommend, auch unfehlbar den Weg zum Herzen finden. Ueberhaupt ist ein warm ausgesprochenes Gottvertrauen und eine unverfälschte Seeleninnigkeit der Grundton, der durch das Ganze sich zieht. Mit der Gabe anschaulicher Schilderung verbindet sich eine glückliche feine Beobachtungsgabe, die Grundlage jener Menschenkenntniß, welche die Skizzen auszeichnet, die oft von einer neuen überraschenden Seite aufgefaßt sind, wie die ergreifende Gemäldereihe des „Briefboten", ein Lebensbild, dem zur vollen Befriedigung auch der rundende Abschluß nicht fehlt. — So wird denn die edle Absicht, in der dieses, auch äußerlich geschmackvoll ausgestattete, Buch verfaßt ist: „eine wohlthätige Erheiterung und milden Trost in bekümmerte Herzen zu träufeln" — in vollem Maße erreicht werden. —d—

Handels- und Börsen-Berichte.

Amsterdam, 5. Nov. Auch heute war in Waizen wenig Umsatz, ohne daß jedoch der Preis gewichen wäre; in Roggen war das Geschäft dagegen lebhaft und Preise 2 a 3 fl. höher; Gerste blieb ohne Umsatz; in Hafer war etwas Geschäft und wurde bis 135 fl. bezahlt; Rapps per November 86; Rüböl per Herbst 52⅞. (T. D. d. H. N.)

Köln, 3. November. Rüböl loko faßweise 44½ a ⅓ Thlr. B. in Partien 43⅞ a ½ B., 43½b., per Oktbr. — B., — G., per Mai 1857 41 Thlr. B., 41 b., 40⅞ G.

Waizen eff. per 234pfd. 9 a 9⅛ Thlr. B., per Novbr. do. 9⅓ Thlr. B., do. mit Garantie von 88 Pfd. per Schfl. 9⅝ Thlr. B.

Roggen eff. per. 220pfd. 6⅔ a 7⅙ Thlr. B., gedörrter do. 6 11/12 Thlr. B., per Novbr. per 214pfd. 6 11/30 Thlr. B., 6⅓ G., per März do. 6⅙ Thlr. B., 6 1/12 G.

Gerste hiesige per 200pfd. 5⅝ Thlr. B.

Hafer per 131pfd. 3 Thlr. B.

Spiritus loko 34⅞ Thlr. B., in Partien 34½ Thlr. B., rectif. 42 Thlr. per 130 Quart a 90pCt., do. ff. 43½ Thlr. pr. 130 Quart a 90pCt.

Oel loko behauptet, pr. Mai höher. Waizen flau. Roggen ziemlich behauptet. Spiritus matter.

Am Landmarkt bei schwacher Zufuhr flaue Stimmung, Waizen stark weichend, beste Qualität 9 Thlr. pr. 236 Pfd. bezahlt.

London, 3. Nov. Getraide. Von englischem Waizen hatten wir heute nur eine geringe Zufuhr, dessen Beschaffenheit größtentheils schlecht war. Fast der ganze Bestand blieb unverkauft. In fremdem Waizen machte man nur kleine Umsätze zu letztwöchentlichen Preisen. Mehl unverändert im Werthe. Feinste Malzgerste behauptete die letzten Montagspreise, alle geringen Gattungen waren schwer abzusetzen und wohlfeiler. Bohnen und Erbsen holten die vollen Preise von heute vor acht Tagen Russische und andere alte Hafersorten brachten ziemlich die letzten Montagspreise, dagegen aber war der Handel mit neuem Hafer träge zu 6 d. a 1 f. niedrigern Preisen.

Frankfurt, 8. Novbr. Sämmtliche Fonds, mit Ausnahme von österreich. Staatsbahnaktien die preishaltend blieben, wurden auch heute abermals niedriger abgegeben, am empfindlichsten wurden österr. Kredit- und Bankaktien, National, Elisabethen-Bahn, Leipziger Kredit-Aktien und 1½ pCt. Spanier davon berührt. Der Umsatz war von Belang.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 76⅞P. 76⅝G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87 P. 86½ G. Metall. alte à 5pCt. 74¼P. 73¾G.; à 5pCt. in Silber b. R. 85¼P. 85 G.; à 4½pCt. 65½ P. 65 G.; à 4pCt. 58½ P. 58 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56½ P. — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 84 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 94 P. —G.; 4pCt. Grundrente 94½P. 94G.; 4½pCt. 100½P. 100 G.; 5pCt. 100¾ P. 100¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 89½P. 89¼ G.; 4½pCt. 102¼ P. 101¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 90¾P. 90¼G.; à 4pCt. 99P. 98½ G.; 4½pC. 101¾ P. 101½G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 80½P. 80 G.; à 3½pCt. 89½P. 89 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 36⅞P. 36⅝G.; 1½pCt. neue 23 1/16P. 23 15/16G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1109P. 1125G. Neue Bankaktien 250P. — G. Credit-Actien à 5pCt 146 P 144G. Darmstädter Bankaktien alte 352 P. 350 G.; junge 313 P. 311 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 500 P. 491G. Mitteldeutsche Creditbank 98¾P. — G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 99 P. — G. Frankf. Bankaktien 111¾ P. 111¼G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 487 P. 482 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 530 P. 525 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 230 P. 228 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 139 P. 138½G. Neustadt-Weissenb. 103¾ P. 103¼ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100½ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 349 P. 347 G. Hannover Eisenb.-Aktien 80⅛ P. 79⅞ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77½ P. 77G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 P. — G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 P. — G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 113½P. 112½G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47½ G. Darmst. Loose à fl. 50 116½ P. 116 G. à fl. 25 34¼ P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 P. 38⅝ G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43½ P. —.G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117¼P. 117G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119⅜G	Mail. i. S. Li. 250 k. S 99⅝P — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅝P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S 93⅛P. 92⅞G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅝P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96½P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111⅜P. 111⅛G.
Hamb. MB. 100 k. S 88¾P 88½G.	Wien 3 M. mit 4% 111⅛P. 110⅞G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto - P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 7. Novbr. Der neue päpstliche Nuntius, Fürst **Chigi**, ist gestern dahier eingetroffen und stattete sogleich dem Herrn Erzbischof einen längeren Besuch ab. (M. Bote.)

Rostock, 5. Novbr. Die „Rostocker Ztg." meldet: „Nach einem hier allgemein verbreiteten Gerüchte ist vorgestern den in Bützow wegen versuchten **Hochverraths** seit 1853 Inhaftirten das erste von der Justiz-Kanzlei in Güstrow gesprochene Erkenntniß durch das Kriminalkollegium publizirt. Dasselbe soll, wie man hört, also lauten: Die Advokaten Wiggers und Hane, so wie der Dr. Dornblüth sind verurtheilt zu 3 Jahr Zuchthaus; die Kaufleute Schwarz und Blume, unter Anrechnung von 1¼ Jahr der Untersuchungshaft, zu 1¾ Jahr Zuchthaus; der Professor Türk und Advokat Uterhart zu 1½ Jahr Zuchthaus; der Professor Wiggers zu 1¼ Jahr Zuchthaus. — Heute ist den bisher auf freiem Fuß hierselbst befindlichen an der Untersuchung Betheiligten durch den Kriminal-Direktor Bolte, als Deputirten des Kriminal-Kollegii, das Erkenntniß publizirt worden, wonach der Advokat Ehlers zu 9 Monat Zuchthaus, der Advokat C. H. Müller zu 4 Monaten Gefängniß, der Seifensieder Iben zu 3 Monat Gefängniß, der Professor Wilbrand zu 2 Monat Gefängniß kondemnirt ist. Der Advokat Weckmann ist von der Instanz absolvirt; dem Schiffszimmergesellen Börger soll die Untersuchungshaft als Strafe angerechnet werden.

Paris, 7. Novbr. Der heutige „Moniteur" meldet in seinem amtlichen Theile, daß Herr v. **Kisseleff** am 4. in Compiegne gewesen sey, um dem Kaiser Napoleon ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers von Rußland zu übergeben, und daß die Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben nach der Rückkehr des Kaisers in Paris Statt haben werde. (T. D. d. Nat.-Ztg.)

Konstantinopel, 31. Oktbr. Bis heute hat kein Ministerwechsel stattgefunden, indem der Sultan die Demissionen nicht annahm, sondern selbst die Verantwortlichkeit für die Pontus-Okkupation übernehmen will. (Reschid Pascha, der Freund Englands, ist also noch nicht Minister.) Es hat eine lebhafte Debatte bei der Prüfung der Firmans über Berufung der Divane der Fürstenthümer stattgefunden. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 313.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 10. November 1856.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 8. Nov In der Bundestagssitzung vom 6. l. M. erstattete der in der Sitzung vom 30. v. M. niedergesetzte Ausschuß Vortrag über in eben dieser Sitzung vor dem k. preußischen Gesandten in Bezug auf die Neuenburger Angelegenheit und es beschloß nach dessen Gutachten die Versammlung einstimmig:

„1) Den in das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 in Bezug auf die Verhältnisse des Fürstenthums Neuenburg niedergelegten Grundsätzen beizutreten und 2) an die deutschen Bundesregierungen, welche diplomatische Vertreter bei der schweizerischen Eidgenossenschaft beglaubigt haben, das Ansuchen zu stellen, die von der k. preußischen Regierung verlangte Freilassung der in den Septembertagen verhafteten Neuenburger, unter Geltendmachung der im Vortrage erwähnten politischen Erwägungen, durch ihre diplomatischen Agenten Namens des deutschen Bundes bevorworten und die deßfallsigen Schritte der kgl. preuß. Regierung bei den eidgenössischen Behörden mit allem Nachdruck unterstützen zu lassen."

Endlich faßte die Versammlung aus Anlaß des von Preußen auf Erweiterung der den Nachdruck betreffenden Bundesbeschlüsse gestellten Antrags, und in Folge des von dem betreffenden Ausschusse deßfalls schon früher erstatteten Vortrags, nachstehenden Beschluß:

„Der durch den Art. 2 des Bundesbeschlusses vom 9. Nov. 1837 und den Beschluß vom 19. Juni 1845 für Werke der Literatur und der Kunst gegen Nachdruck und mechanische Vervielfältigung gewährte Schutz, sowie derjenige Schutz, welcher durch besondere Bundesbeschlüsse im Wege des Privilegium für die Werke einzelner bestimmter Autoren gewährt worden ist, wird dahin erweitert, daß dieser Schutz zu Gunsten der Werke, derjenigen Autoren, welche vor dem Bundesbeschlusse vom 9. November 1837 gestorben sind, noch bis zum 9. November 1867 in Kraft bleibt. Jedoch findet der gegenwärtige Bundesbeschluß nur auf solche Werke Anwendung, welche zur Zeit noch im Umfange des ganzen Bundesgebietes durch Gesetze oder Privilegien gegen Nachdruck oder Nachbildung geschützt sind."

Bayern. **München**, 7. Nov. Das Gesuch der hiesigen Bräuer, auf Grund des Landtagsabschiedes vom 1. Juli d. J. bei Verleitgabe des Bieres über die Gasse den vollen Schenkpreis erheben zu dürfen, weil mit ihren Braugerechtsamen auch Tafern- und Wirthsgerechtigkeiten verbunden seyen, ist bekanntlich vom hiesigen Stadtmagistrate abgewiesen worden. Der Verein der Bräuer hat nun dagegen die Berufung ergriffen und die Kreisregierung beschloß unter Bestätigung des Magistratsbeschlusses, daß der jüngste Landtagsabschied auf die Bräuhausbesitzer in München zur Zeit eine Anwendung nicht finden kann. Nach dem Wortlaut des Landtagsabschiedes müsse derjenige Bräuer, der den vollen Schenkpreis bei Verleitgabe des Bieres über die Gasse in Anspruch nehmen will, nachweisen, daß er in Verbindung mit seiner Braugerechtsame eine besondere Tafern- oder Wirthsgerechtigkeit ausübt. Mit den Braurechten aber, wie sie hier bestehen und ausgeübt werden, seyen nur einige Wirthschaftsbefugnisse verbunden. (A. Pstz.)

München, 8. Nov. Unser rühmlichst bekannte kgl. Medailleur Herr Vogt ist beauftragt, die Stempel zu den neuen deutschen Münzen zu graviren und hat hiermit bereits begonnen und zwar für die in Bayern sowohl, als auch in einigen Nachbarstaaten zu prägenden.

** **München**, 9. November. (Privat-Korrespondenz) Die Vorschläge bezüglich der Verminderung des Heeres werden erst dieser Tage aus dem Kriegsministerium an Se. Majestät den König abgehen, so daß die hie und da verbreiteten Nachrichten über die Art der Reduktion jedenfalls verfrüht sind; dieselbe dürfte wohl kaum vor Beginn des neuen Jahres in Wirksamkeit treten können. Das in unserer neuen Maximilians-Straße projektirte großartige neue Gebäude für die Regierung von Oberbayern wird, mindestens vorerst, auf Kosten der k. Civilliste gebaut; im Staatsbudget sind für ein solches Gebäude keine Mittel vorgesehen.

Preußen. **Berlin**, 5. Novbr. Seit einigen Tagen laufen auch bei uns Gerüchte über den bedenklichen Gesundheitszustand des Kaisers Louis Napoleon um, welche in Paris zu zahlreichen Verhaftungen geführt haben sollen. Einige Personen, welche den Kaiser vor Kurzem gesehen haben, glauben trotz dieser gewaltsamen polizeilichen Beseitigung der Besorgnisse, daß der Kaiser an einem Nervenübel leide, das vom Rückenmark ausgeht, gewöhnlich aber nur sehr langsam fortschreitet. — In der Neuenburger Frage wird versichert, daß der Kaiser die Weigerung der Schweizer, ihm die Angelegenheit mit schiedsrichterlicher Macht zu übertragen, nicht gut aufgenommen habe, Hrn. v. Moustier daher der Befehl zugegangen sey, in Berlin zu versichern, daß der Kaiser entschlossen sey, in energischer Weise die durch das Londoner Protokoll eingegangenen Verpflichtungen zur Aufrechthaltung der Rechte des Königs zu erfüllen. Der Marquis soll sich dieses Auftrages bereits entledigt haben. (Z. f. Nd.)

Berlin, 8. Nov. Die „Zeit", welche bis jetzt noch für ein ministerielles Organ gilt, plädirt heute für die Berufung neuer Konferenzen nach Paris, wieder ein Zeichen mehr, daß die preußische Regierung sich an die französische Regierung anschließt.

Sachsen. **Leipzig**, 7. Nov. Die Großfürstin Konstantin von Rußland ist heute mit ihren drei Kindern von Berlin hier angekommen. Die hohe Reisende wurde auf dem Bahnhof von JJ. HH. dem Herzog Joseph und dem regierenden Herzog Ernst, sowie der Prinzessin Therese von Sachsen-Altenburg, welche heute von Altenburg hier eingetroffen sind, auf's herzlichste begrüßt. Dieselben reisten dann sämmtlich nach Altenburg, wo die Großfürstin längere Zeit am herzoglichen Hoflager zu verweilen gedenkt. (Fr. Pstz.)

§ **Oesterreich.** **Wien**, 7. Novbr. (Pr.-Korr.) Der auf die Berufung der Divans ad hoc in den Donaufürstenthümern Bezug habende großherrliche Ferman wird trotz der von Frankreich und Rußland eingereichten Protestnote in keiner Weise modifizirt werden Oesterreich sowohl wie England haben sich in sehr bestimmter Weise zu Gunsten dieses Fermans ausgesprochen. Der türkische Gesandte, Fürst Kallimaki, hatte vorgestern eine Konferenz mit dem Grafen Buol, deren Gegenstand die montenegrinische Angelegenheit gewesen seyn soll. Die Pforte zeigt sich hierin noch immer sehr schwierig, und es ist bis jetzt noch nicht gelungen, dieselbe zu irgend einem Zugeständnisse zu bewegen. Fürst Danilo hat sich abermals an die Höfe von Wien und Petersburg gewendet, und neue Vorschläge gemacht. — In der neapolitanischen Frage lauten die neuesten Nachrichten in so weit befriedigender, als es gewiß ist, daß sich England nachgiebiger zu zeigen beginnt. Man will wissen, daß Sir Hamilton Seymour, welcher gestern Vormittag in besonderer Audienz von dem Kaiser empfangen wurde, darauf bezügliche Eröffnungen gemacht hat, welche mit Befriedigung aufgenommen worden seyn sollen. — Aus Paris sind gestern Depeschen für den Herrn v. Bourqueney hier eingetroffen, welche sich auf die Wiedereröffnung der Pariser Konferenz beziehen sollen. Herr von Bourqueney hatte heute Vormittag eine Besprechung mit dem Grafen Buol.

Wien, 6. Novbr. Wir befinden uns abermals in einer Börsenkrisis, die, obgleich von lokalen Ursachen herbeigeführt, für den hiesigen Platz darum nicht minder gefährlich ist. Die Einzahlungen auf die Kredit-, Theiß-, Staatseisenbahn- und Bankaktien haben bereits begonnen oder werden in den nächsten Tagen ihren Anfang nehmen. In jedem Fall ist es nun die Aufgabe der Privatspekulanten so wie der Börse, allmälig die nöthigen Fonds flüssig zu machen, um die Abwicke-

lungen prompt effektuiren zu können. Die Elemente, aus welchen unsere Börse zusammengesetzt ist, machen es erklärlich, daß die vielen schwachen Privatspekulanten, welche den günstigen Moment zum Verkauf ihrer Effekten versäumt, jetzt ganz rathlos werden und ohne Ueberlegung verkaufen. Wenn es wirklich der Wille der großen Börsenmatadore ist, einen Druck auf die Börse auszuüben, damit die Papiere in festere Hände kommen, so erreichen sie ihren Zweck auch vollkommen; denn die gegenwärtigen Besitzer müssen starke Nerven haben, wenn sie die gegenwärtige Krisis überstehen wollen. Uebrigens dürfte diese Situation, so traurig sie auch für den Einzelnen seyn mag, ihre Besserung in sich tragen und die Börsenatmosphäre reinigen. (D.A.Z.)

Großbritannien.

London, 7. Novbr. In einer der Reden, welche Lord Palmerston in Manchester gehalten hat, äußerte er sich über Rußland und Neapel folgendermaßen:

„Der Friede ist jetzt wiedergekehrt, und ich hoffe, daß er von Dauer seyn wird. Seine Dauer hängt nothwendig von der Ehrenhaftigkeit und Gewissenhaftigkeit ab, mit welcher seine Bedingungen erfüllt werden. Ich hoffe, daß jene Macht, welche dadurch, daß sie sich über internationale Rechte und Pflichten hinwegfetzte, die entweder aktive oder moralische Feindschaft ganz Europa's gegen sich hervorrief, jetzt nach Abschluß eines Friedensvertrages diesen Vertrag beobachten und getreu erfüllen wird. Dann wird ohne Zweifel der Friede von Dauer seyn. Ich habe mich, während ich die auswärtigen Angelegenheiten unseres Landes verwaltete, bestrebt, die Interessen unserer Staatsangehörigen in fremden Ländern zu wahren, und ich weiß, daß ich in dieser Hinsicht nur das Organ der britischen Nation war. Im Allgemeinen sind es die schwachen und kleinen Staaten, in welchen wir uns veranlaßt sehen, einzelne Personen gegen Unrecht zu schützen. Die größeren Mächte sind darüber erhaben, indem den Männern, welche sie regieren, die Landesehre am Herzen liegt. Es sind dies nämlich Männer, die vermöge ihrer persönlichen Gefühle Recht und Unrecht zu unterscheiden wissen, und deßhalb fällt es uns in größeren Staaten, sowohl in Europa, wie in den Vereinigten Staaten, in der Regel nicht schwer, unsere Landsleute zu schützen, weil dort ein Rechtssinn vorhanden ist, der, wenn man an ihn appellirt, geschehenes Unrecht wieder gut macht. In den kleineren Staaten jedoch behält man aus Ursachen, die ich hier nicht näher erörtern will, die Grundsätze des Rechtes nicht so fest im Auge, und dort sehen wir uns am häufigsten zum Einschreiten genöthigt. Wenn wir dort einschreiten, so erhebt sich das Geschrei: „Ah, ihr greift die Schwachen an!" Jene schwachen Länder aber mißbrauchen ihre Schwäche, indem sie dieselbe zum Vorwande für ihre Uebelthaten machen und hoffen, man werde diese bloß deßhalb ungeahndet lassen, weil man stark genug sey, sich Genugthuung dafür zu verschaffen."

Was den die Baumwolle betreffenden Passus der von den Manchesterer Kaufleuten ihm überreichten Adresse anbelangt, so räumte Lord Palmerston ein, daß es allerdings ein Uebelstand seyn würde, wenn England diesen so wichtigen Gegenstand nur aus einer einzigen Quelle, nämlich aus Amerika, beziehen könnte. Die Regierung aber sey bemüht, Ostindien dem Baumwollen-Handel zu erschließen, und auch West-Afrika vermöge eine nicht unbeträchtliche Quantität Baumwolle zu liefern.

Frankreich.

* Paris, 7. Novbr. Der Kindsmord nimmt in Paris auf erschreckender Weise zu.

Paris, 8. Novbr. Der Kaiser und die Kaiserin haben dem Polizeipräfekten die Summe von 100,000 Fr. zur Verfügung gestellt, um auch für diesen Winter Sparöfen für die dürftigen Klassen einrichten zu können.

Eine Pariser Korrespondenz in der „Times" enthält Folgendes: „Zu Compiegne fand gestern, 6. Novbr., ein Kabinetsrath statt, in dem verschiedene Fragen in Gegenwart des Kaisers besprochen und ausführlich erörtert wurden. Einer der Anwesenden hielt eine lange Rede und führte den Beweis, daß die Leiden der Bevölkerung von Paris und die dadurch hervorgerufene Mißstimmung großentheils durch die Finanzmaßregeln der Regierung verursacht worden seyen, sowie, daß man den Grund für die unter den Fabrikanten herrschende Mißstimmung in ihrer Furcht vor radikalen Tarifreformen suchen müsse. Die Sitzung des Kabinetsrathes dauerte eine ziemlich geraume Zeit und auch Fragen der auswärtigen Politik kamen zur Sprache; ob man jedoch zu irgend einer Lösung der gegenwärtigen obschwebenden Streitfrage gelangte, oder wie diese Lösung beschaffen ist, kann ich nicht sagen. Allein die Gerüchte von einem theilweisen Ministerwechsel erhalten sich noch immer und werden vermuthlich noch einige Tage hindurch umlaufen. Der Aufenthalt des Hrn. v. Kisseleff in Compiegne war nur kurz. Er überreichte dem Kaiser einen Brief des Czaren, dessen Datum jedoch schon ziemlich alt war. Der Inhalt dieses Schreibens war sehr schmeichelhaft für den französischen Herrscher. Auch ein paar Komplimente für Hrn. v. Morny fehlten nicht darin. Wie ich höre, wird Preußen in der zwischen Frankreich und England in Bezug auf die Donaufürstenthümer und das schwarze Meer schwebenden Frage eine neutrale Haltung beobachten."

(Köln. Z.)

Spanien.

† Madrid, 2. Novbr. Vor einigen Tagen gab es eine sehr lebhafte Scene im Palaste. Es scheint, daß der König einen Brief der Königin an Arana zu Gesichte bekam, worin diese von ihren persönlichen Angelegenheiten spricht und sich in Bezug auf ihre Tochter einer Bezeichnung bediente, welche dem König mißfiel. Diese Scene hat nicht geringes Aufsehen erregt, da das ganze Gesinde mit im Geheimniß sich befand. — Was die Erklärung der amtlichen „Gaceta" über den Verkauf der Kirchengüter (daß nämlich die bereits verkauften nicht mehr zurückgefordert werden sollen) betrifft, so versichert man mir, daß dieselbe bloß ein Zugeständniß des Hofes sey, um Zeit zu gewinnen, bis die Unterhandlungen mit Rom im Gange sind.

† Madrid, 3. Novbr. Die Getraidepreise sind gestiegen. Die Regierung ist unermüdlich, außer 100,000 Fanegas, die in Marseille gekauft und nach Madrid gebracht wurden, sollen auch noch 30,000 aus der Mancha kommen.

† Madrid, 4. Nov. Alle Blätter haben angezeigt, daß die Königin ihren Ministern den Wunsch ausgedrückt habe, die Cortes mögen baldigst zusammenberufen werden. Dies ist unwahr. Im Gegentheil sehnt die Königin sich nur wenig nach dem Parlament und die Minister werden sich nicht beeilen, es zusammen zu rufen. Man kennt die tiefe Abneigung der Königin gegen die Repräsentativ-Regierung und überdies sind die Minister keineswegs des Ausfalles der Wahlen gewiß. — Trotz aller übertriebenen Mittheilungen hinsichtlich der Expeditionen nach Mexiko und nach Afrika müssen wir der Wahrheit gemäß gestehen, daß noch keine derselben vorbereitet ist; die afrikanische ist vollends als todt zu betrachten. An die andern denkt man zwar, aber lau genug und vielleicht sogar mit Widerwillen. Die Börse ist fortwährend im Weichen. Die Reorganisation der spanischen Finanzen ist sehr schwierig und übersteigt jedenfalls die Kräfte des gegenwärtigen Ministerium. Die Regierung hat Alles gethan, was in ihren Kräften steht, um auf indirekte Weise die Entlassung des Generals Concha, der noch aus Espartero's Zeit dort ist, als Befehlshaber der Insel Cuba zu veranlassen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 31. Oktbr. Der persische Botschafter, Feruk Khan, wirbt dienstlose europäische Offiziere für das persische Heer. Der Krieg zwischen Persien und England scheint unausweichlich. (T.D.d.H.N.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 9. Novbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 75; 4½pCt. Met. 65¼; Wiener Bankaktien 1117; 5pCt. Lomb. 86¼; Wiener Wechsel l. S. 111½; 3pCt. inl. span. 36⅝; 1 pCt. neue 22⅞. Oesterr. Kreditaktien 143. Darmstädter Bankaktien 351. Bayerische Ostbahn 100½. Luxemburger internationale Kreditbank 469.

Berlin, Ende Oktober. Der in Folge der Geldkrisis von vielen Seiten erwartete und gewünschte Rückgang der Wollpreise ist bis heute noch nicht eingetreten. Die einzige Wirkung, welche sich ergeben, ist eine fast gänzliche Lähmung des Geschäftes. Die Fabrikanten verschieben ihre Einkäufe bis nach der Messe in Frankfurt a. O. Die Wollvorräthe am Platze sind weit geringer, als sie gewöhnlich Anfangs November zu seyn pflegen. Theils durch den lebhaften Verkauf im August und September verringert, wurden die Lager noch nicht in dem Maße wie sonst von Rußland und Polen wieder gefüllt. Dort gehen die Wollwaaren-Fabriken sehr gut. Vom südlichen Rußland sind die diesjährigen Sendungen noch nicht eingetroffen. Es sollen dieselben auch weit geringer seyn, wie im vorigen Jahre.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 314. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 11. November 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 8. Nov. Ein kürzlich veröffentlichtes Reskript des k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten beseitigt eine bezüglich der Verwaltung der Stiftungsbaufonde entstandene Kontroverse. Es entstand nämlich bezüglich dieser Verwaltung die Frage, ob für jede Pfarrei nur ein Baufonds aus sämmtlichen Zehentbaulast-Ablösungs-Kapitalien ohne Rücksicht auf die verschiedenen Filial-Kirchenbezirke gebildet und von der Pfarrkirchen-Stiftungs-Verwaltung zu verwalten sey, oder ob eine Ausscheidung des Baufonds nach den verschiedenen Kirchenbezirken einer Pfarrei stattfinden, und jede Filialkirche, auf deren Stiftungsvermögen die primäre Baulast zu ihren betreffenden Kultusgebäuden ruht, auch einen eigenen Baufonds für die auf den Zehenten ihres Bezirks ruhende sekundäre Baulast erhalten soll. Das obenberührte Reskript spricht hierüber aus, daß die Gemeinschaftlichkeit der eine kirchliche Zehentbauverpflichtung vertretenden Ablösungskapitalien und Baukanone zunächst dadurch bedingt erscheine, ob die betreffende Baupflicht mehrere Kultusgebäude oder Stiftungen als gemeinsam Berechtigte umfaßt, oder ob dieselbe für die einzelnen Gebäude oder Stiftungen ohne Rücksicht auf Berechtigungen der andern rechtlich geltend gemacht werden kann. (Fr. K.)

München, 7. Nov. Die Rückkehr Sr. Maj. des Königs wird bis Mitte d. M. erwartet, worauf dann mehrere größere Hofjagden in der Umgegend Münchens stattfinden werden. (Augsb. Abdz.)

München, 8. Novbr. Heute Vormittags fand in der kgl. Erzgießerei der Guß der Statue Königs Ferdinand von Neapel statt. Die Statue wird gegen 90 Ztr. schwer seyn. (B. Ldbtn.)

Die von Nürnberg in vergangener Woche an Se. Maj. den König abgegangene Vorstellung lautet wie folgt: „Durch Zeitungsberichte sind in jüngster Zeit mehrere Entschließungen des kgl. protestantischen Oberkonsistorium über Ordnung des Beichtstuhles, Wiederherstellung der Kirchenzucht, Sicherstellung des geistlichen Amtes gegen ungebührliche Zumuthung und über persönliche Anmeldung der Proklamationen bekannt geworden. Diese Entschließungen haben, wie aller Orten, so auch in hiesiger Stadt unter den Angehörigen der evangelisch-lutherischen Kirche eine Beunruhigung und Aufregung der Gemüther erzeugt, welche um so bedenklicher ist, als selbst die ruhigsten Männer, die bisher treue Bekenner ihrer Kirche waren, von ihr ergriffen wurden. Schon die Art der Erlassung dieser Entschließungen mußte das Rechtsgefühl der evangelisch-lutherischen Kirchengenossen schwer verletzen. Tief eingreifend in die Zustände der innern wie äußern Kirche sind dieselben gleichwohl nur als Instruktionen an die Geistlichen ergangen. Es drängt sich die Vermuthung auf, daß sie den übrigen Kirchengenossen nicht bekannt werden sollten. Diejenigen, über welche Gewalt geübt werden will, sollten nicht wissen, nicht erfahren, wie und nach welchen Rechten verfahren werden soll. Muß ein solches Vorschreiten der geistlichen Gewalt, zumal im Zusammenhalt mit dem bereits dem Vernehmen nach theilweise stattfindenden Vollzug der erlassenen Anordnungen, nicht den Verdacht wecken und nähren, als seyen es vornehmlich hierarchische Bestrebungen, welche den jüngsten Verfügungen des Kirchenregiments zu Grunde liegen? Aber mehr noch als der Mangel an Offenheit ist es der Inhalt der Erlasse des kgl. Oberkonsistorium, welcher die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde schwer beunruhigt. Gewissensfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung, Gleichheit vor dem Gesetz sind in der Verfassungsurkunde gewährleistete Rechte eines jeden bayerischen Unterthans. Eben diese Rechte sind aber auch geheiligt und gesichert durch die Gesetze unserer Kirche. Sie und in ihnen die Grundpfeiler des Protestantismus sind erschüttert und bedroht. Unsere Kirchenobern haben anstrebend gegen einen auch von uns bedauerten Indifferentismus zu Mitteln gegriffen, welche den Prinzipien des Protestantismus geradezu entgegen sind. Kirchenlieder mit ganz veralteten Formen und Bildern, eine Liturgie, eine Ordnung des Gottesdienstes, welche an vielfach bekämpfte, der ursprünglichen Einfachheit und Reinheit der protestantischen Kirche zuwiderlaufende Sätze und Gebräuche erinnern, und die Hauptsache, die Predigt, schmälern, waren die Vorläufer von Verfügungen, welche, Wesen und Form verwechselnd, jeden selbständig denkenden Mann einer geistlichen Censur unterwerfen, deren Ausübung durch keine Gesetze geregelt ist. Fußend auf Anträgen der Generalsynode, welche von einer momentan siegreichen Partei ausgegangen, von der Mehrzahl der Kirchengenossen aber nicht gebilligt sind, bezugnehmend auf Einvernehmen von Kirchenvorständen, die, ohne vorgängige Sicherung eines bestimmten Wirkungskreises, zum größten Theil unter den Einfluß und der Macht die Geistlichkeit gebannt waren, hat das königl. Oberkonsistorium Verfügungen erlassen, welche es den Geistlichen zur Pflicht machen, langsam und möglichst behutsam vorschreitend, an die Stelle der in unserer Kirche allein gebotenen Belehrung und Versöhnung Inquisition und Strafe zu setzen. Festhaltend an dem Grundlehren der evangelisch lutherischen Kirche, erkennen wir es, daß es Recht und Pflicht der Geistlichen ist, mit Lehre und Ueberzeugungsgründen andere, die anders denken, für ihre und der Kirche Ansicht zu gewinnen.

Erträgnisse der bayerischen Eisenbahnen im Jahre 1855/56.*)

(Aus der „Augsburger Postzeitung.")

Eigentliche Eisenbahn-Erträgnisse.

Befördert wurden: I. Personen 2,509,156. Einnahme 2,467,358 fl. 3 kr. 1 pf. II. Frachtgüter 10,828,346 Zentner 40 Pfund. Einnahme 4,058,376 fl. 41 kr. 1 pf. III. Für Gepäck, Gefährte und Thiere wurde eingenommen 243,456 fl. 43 kr. Summa 6,769,191 fl. 27 kr. 2 pf. Gegen das Vorjahr mehr um 813,033 fl. 5 kr.

Außer diesen Gefällen sind nach dem Budget-Voranschlag jährlich folgende Einnahmen hinzuzurechnen. 1) Taxen zu Anstellungen 3600 fl. 2) Kanzlei Taxen 452 fl. Summa 4052 fl. Von der Postanstalt erhält die Eisenbahn jährlich 40,950 fl. Von fremden Eisenbahn-Verwaltungen 63,300 fl. Aus Zeitpächten 12,012 fl. Geldanschlag der Dienstwohnungen 9000 fl. Aus Veräußerungen 1) von Mobiliar und Requisiten 2) Materialien 228,669 fl. 3) Rückersätze für auf Rechnung anderer gefertigte Arbeiten 10,000 fl 4) Rückersetzte Prozeßkosten und fiskalische Deserviten 50 fl. 5) Revisions-Ersätze 6279 fl. 6) Uebrige Einnahmen 33,460 fl. 7) Wittwen- und Waisenbeiträge 900 fl. Summa 408,672 fl.

Dieses zu obigen Erträgnissen hinzugefügt, gibt die Summe von 7,177,863 fl. Der Veranschlag im Budget ist: 7,038,942 fl. also mehr um 138,921 fl.

Erläuterung zur Eisenbahnschuld.

Der Aufwand für die Staats-Eisenbahnen beträgt: 16,875,000 fl., wovon aus Staatsmitteln 30,416,000 fl. und 4½ Million aus der Bahnrente bis 1852/53 bestritten wurden. (Im Ganzen 34,916,000 fl.)

Diese in Abzug gebracht bleiben 82,046,500 fl. (wobei auch die vom Ministerium beantragten und von den Ständen bewilligten 10,400,000 fl. miteingerechnet sind),*) wofür der Zins

*) Das Jahr 1855/56 ist das erste der VII. Finanzperiode.

*) Bewilligt wurden 12,200,000 fl., um 1,800,000 fl. mehr, welche Summe noch zu den 82 Millionen zu rechnen ist, so daß die

Gewissenszwang aber ist es, wenn man denjenigen, der nicht mit diesen Ansichten übereinzustimmen vermag, mit Strafe bedroht, und durch Vorenthaltung der Gnadenmittel der Kirche zum Austritt aus dieser nöthigt, oder was noch verderblicher ist, zum Heuchler macht. Die Kirche hat, wie jede Gesellschaft, das Recht, ihre Gemeinschaft durch Ordnungen zu regeln. Sie mochte in Zeiten, in denen ihr die weltliche Obrigkeit ungenügenden Schutz gab, zu weiter greifenden Mitteln genöthigt gewesen seyn. Aber daß sich jetzt, nachdem der Schutz der Kirche und ihrer Geistlichen vom Staat gewährleistet ist, die kirchliche Gewalt zum Herrn der Gewissen macht, daß sie einzudringen droht in die geheiligsten Bande des Familienlebens, daß sie zu äußeren Strafen schreitet, welche Ehre und Achtung, die Freiheit der Person verletzen, und, weil sie nie gegen alle und nie gegen alle gleichmäßig angewandt werden können, stets ein Unrecht bleiben, das müssen wir tief beklagen. Solche Gebote sind wider die reine evangelisch-lutherische Lehre, sie sind auch durch kein Nothrecht der Kirche gerechtfertigt. Die angeführten Erlasse des kgl. Oberkonsistorium sind in ihrer nicht zu berechnenden Tragweite Uebergriffe der geistlichen Gewalt, welche die ersten und heiligsten Rechte, die uns in Staat und Kirche gewährleistet sind, gefährden. — Wir protestiren daher auf das Entschiedenste gegen diese Maßnahmen des kgl. protestantischen Oberkonsistorium, und beklagen tief, daß Friede und Einigkeit in der Gemeinde zerstört, das Vertrauen zur Geistlichkeit aber erschüttert ist. Die eben so weisen als hochherzigen Bestimmungen der bayerischen Magna charta gestatten indeß, daß den Genossen einer Kirchengemeinschaft, welche durch Handlungen der geistlichen Gewalt gegen die festgesetzte Ordnung beschwert werden, die Befugniß zusteht, dagegen den königlichen landesfürstlichen Schutz anzurufen. Im Hinblick auf diese gesetzliche Bestimmung nahen wir uns in allertiefster Ehrfurcht dem allerhöchsten Throne Ew. Majestät, und bitten unsern allergnädigsten König und Herrn um huldvollsten Schutz. Ew. Maj. erhabenes königl. Herz umfaßt alle Bayern mit gleicher Huld und Liebe! Im unbegränzten Vertrauen auf diese allerhöchsten landesväterlichen Gesinnungen, welche das treue Herz eines jeden Bayern mit Freude und Stolz erfüllen, stellen wir die alleruntertänigste Bitte: Ew. Majestät wollen allergnädigst zu verfügen geruhen, daß vor Allem zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther der Vollzug der jüngsten Anordnungen des kgl. protestantischen Oberkonsistorium sistirt, zum Schutz unserer bedrohten verfassungsmäßigen und kirchlichen Rechte aber die seit Einführung der Kirchenvorstände in Betreff der Liturgie, des Agendenkerns, der Ordnung des Beichtstuhles, der Wiederherstellung der Kirchenzucht, der Sicherstellung des geistlichen Amtes gegen ungebührliche Zumuthungen, endlich der persönlichen Anmeldung bei Proklamationen, erlassenen kirchlichen Anordnungen, so weit sie bekannt geworden sind, aufgehoben werden. Wir ersterben in aller ꝛc. ꝛc."

Preußen. Berlin. Im hiesigen Militärgießhause ist vor Kurzem eine Anzahl Kanonenröhre neuester Konstruktion gegossen worden. Dieselben sind zum Laden von hinten eingerichtet und mit Zügen und die Geschosse (Spitzkugel) mit Bleiumguß versehen, wodurch die Treffsähigkeit bedeutend erhöht wird, für das Geschoß aber ein Kostenaufschlag entsteht, welcher gegen den Vortheil der größern Konservirung des Rohrs in Rechnung kommt. Die Einführung des neuen Geschützes dürfte sich, falls das Resultat der bereits begonnenen Schießversuche für eine solche spricht, vorerst auf das Garde-Artillerieregiment beschränken. (Hann. Z.)

Freie Städte. Frankfurt, 6. Nov. Mehrere angesehene hiesige Kaufleute beabsichtigen, im Auftrage und für Rechnung der Meininger Bank hier eine Assekuranzkasse und Lebensversicherungs-Anstalt zugleich mit Versicherungen gegen Verluste bei Fluß- und Seeschifffahrten zu errichten, und haben, wie wir hören, die Erlaubniß dazu bereits erhalten. Ihrerseits haben sie dagegen 500,000 fl. unseres 3½prozentigen Anlehens, welches mit 90 bezahlt wird, zum vollen Nennwerthe übernommen. (Köln. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 8. November. (Privat-Korr.) Die vielfach verbreiteten Gerüchte, nach welchen Graf Morny mit dem Fürsten Gortschakoff gewisse Verabredungen auf Grundlage der Uebereinkunft von Tilsit gepflogen haben soll, sind in Paris übel vermerkt worden und haben das französische Gouvernement zu einer Erklärung veranlaßt, durch welche diese und ähnliche Angaben auf das bestimmteste in Abrede gestellt werden. Freiherr v. Bourqueney hat dieselbe gestern im Ministerium des Aeußern und zwar in Gegenwart des englischen Gesandten Sir H. Seymour abgegeben. Zwischen dem Letzteren und dem Grafen Buol haben in dieser Woche beinahe täglich Konferenzen stattgehabt, und es wird als bestimmt versichert, daß nunmehr in allen auf den Orient sich beziehenden Fragen das vollständigste Einverständniß zwischen Oesterreich und England besteht. — Die allerhöchste Bestimmung, nach welcher den Zentral-Congregationen im lombardisch-venetianischen Königreiche eine umfassende Einflußnahme auf das Vermögen, die Einnahmen und Ausgaben der Landesfonde eingeräumt wird, hat allgemein befriediget. Es fehlte nicht an Schwarzsehern, welche eine solche Bestimmung als im Widerspruche mit den Staatsinteressen stehend widerriethen. Glücklicherweise konnte diese Ansicht nicht durchdringen, da namentlich der Minister des Innern, Freiherr v. Bach, auf Grundlage der während seiner Reise in Italien gemachten Erfahrungen mit dankenswerther Energie die entgegengesetzte Ansicht vertrat und in diesen Bemühungen von dem Finanzminister, Freiherrn v. Bruck, auf das nachdrücklichste unterstützt wurde. — Die Tracirungsarbeiten für die verschiedenen Theißbahnlinien haben vor Kurzem ihr Ende erreicht.

Salzburg, 6. Nov. Im Beginne dieses Monats wurde die Krankenpflege und der gesammte innere Dienstbetrieb der hiesigen Irrenanstalt der Kongregation der barmherzigen Schwestern übergeben. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 3. Novbr. Die unzureichende Besoldung des größten Theils der belgischen Beamten ist schon seit vielen Jahren Gegenstand der Klage gewesen. Mit der steigenden Theuerung der Lebensmittel, des Brennmaterials und der Wohnungen sind diese Klagen immer dringender geworden; das hat die Regierung endlich eingesehen, und sie wird den Kammern ein Gesetzprojekt vorlegen, wonach besonders die Gehalte unter 1000 Fr. verbessert werden sollen, was dem Budget eine Mehrausgabe von ungefähr 1,200,000 Fr. verursachen wird. (A.Z.)

Großbritannien.

Ueber den Krieg mit Rußland und über die von England zu beobachtende auswärtige Politik äußert sich Lord Palmerston in den zu Manchester von ihm gehaltenen Reden, wie folgt:

„Als die Regierung, an deren Spitze ich stehe, die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten übernahm, befand sich England

---

für die siebente Finanzperiode 3,640,545 fl. beträgt. Von diesem Zinsenbetrag geht die Minderung von jährlich 64,762 fl. hinzu und die laufenden Zinsen fordern 3,578,763 fl. Die Dotationskassa hat aber hiezu mit abgerundetem Betrage von 3,578,000 Gulden noch die Arrostirungszinsen an den Staatsschuldentilgungsfonds mit ½pZt. — 68,000 fl. zu bezahlen, dann zur gesetzlichen Kapitalsheimzahlung nach ¾ pZt. das Treffende von 557,000 fl. dann Anlehnungs- und Verwaltungskosten zu 10,000 fl. veranschlagt (im Ganzen 696,762 fl.) jährlich zu bezahlen. Machen also die Interessen zusammen 4,213,000 fl. Der Reinertrag von 3,000,000 fl. wird noch von einem Mehrbedarf von 1,213,000 fl. an Zinsen überschritten. Diese muß die Schuldentilgungskassa aus dem Mehrertrag des Malzaufschlages per 700,000 fl. zur Dotirung der Eisenbahnkassa geben, so daß die baare Zuschußleistung der Zentralstaatskassa auf 513,000 fl. herabkommt.

Wird nun die Strecke von München-Rosenheim-Kufstein im Frühjahre, wie als gewiß anzunehmen ist, eröffnet, so werden wir nicht irren, wenn wir behaupten, daß die Erträgnisse der Eisenbahnen sich so heben werden, daß sie die doppelte Ausgabe: 1) Zahlung der Zinsen und 2) für die gesetzliche Kapitalsheimzahlung das jährlich treffende Quantum von 698,162 fl. zu bezahlen, lösen werden, und so werden die Mitglieder des zweiten Ausschusses, wenn sie wieder zusammen kommen, sich wohl zufrieden geben und nichts mehr daran zu mäkeln haben.

Der Ausbau der Eisenbahn von München nach Rosenheim kostet noch 3,764,000 fl., der von Rosenheim nach Kufstein 2,558,000 fl., welche in dem Anlehen von 10,400,000 fl. schon begriffen sind.

Die Einnahmen des Ludwigs-Donau-Main-Kanals belaufen sich heuer auf 80,000 fl. Reinertrag, um 30,000 fl. mehr als im Budgetvoranschlag steht.

Eisenbahnschuld sich dadurch auf 83,846,500 fl. erhöht, was die Interessen, zu 4½ pZt. gerechnet, um 81,000 fl. vermehrt, und die Summe der Interessen von 3,648,545 fl. auf 3,721,545 fl. steigert. Die Summe von 49,136,000 fl. ist bekanntlich vom Staate unverzinslich hergeliehen worden.

allerdings anscheinend in einer bedenklichen Lage. Ich sage absichtlich, anscheinend; denn für ein Land, wie das unsrige, dessen Bewohner so voll Energie und Kraft sind und deren Muth mit der Gefahr steigt, für ein Land, dessen Hülfsquellen, sowohl materielle wie geistige, nimmer versiechen und den Anforderungen der Zeit stets gewachsen sind, gibt es keine wirklichen Verlegenheiten, oder wenigstens keine solchen, die sich nicht überwinden ließen. Unsere Verlegenheiten waren daher weniger ernsthaft, als es den Anschein hatte, weil wir wußten, daß wir, da unsere Sache eine gerechte war, auf die Unterstützung des englischen Volks und des engl. Parlaments rechnen durften. Wir wußten, daß wir auf die Tapferkeit unserer Soldaten und Matrosen und auf die Treue unserer Bundesgenossen zählen konnten, und deßhalb hegten wir das Vertrauen, daß es uns, was für Wolken auch immer am Horizont dräuen mochten, gelingen werde, den Krieg in ehrenvoller Weise und, wie wir hofften, rasch seinem Ende entgegenzuführen. Bei früheren Gelegenheiten hat man mir persönlich die Neigung vorgeworfen, den Frieden des Landes ohne Noth auf's Spiel zu setzen und England an den Rand eines Krieges mit andern Ländern zu bringen. Ich darf wohl sagen, daß diese Anschuldigungen auf einem Verkennen der Verhältnisse beruhten; denn so viel steht fest, daß ein Land wie England, ein Land, das so große Interessen auf dem Spiele stehen und einen so großen Ruf aufrecht zu erhalten hat, dessen Angehörige über den ganzen Erdkreis zerstreut sind, dessen Vermögen auf allen Meeren schwimmt und dessen Handelsverkehr sich in die entlegensten Enden der Welt erstreckt, wohl daran thut, wenn es sich keine Beleidigung gefallen läßt und auch den bloßen Schein, als stecke es eine solche ruhig ein, zu vermeiden sucht. Auch unterliegt es keinem Zweifel, daß es leichter ist, das Uebel im Keime zu ersticken, als ein Heilmittel zu finden, wenn es bereits zu einer bedeutenden Größe herangewachsen ist. Mein Streben ging nie dahin, den Krieg zu verursachen, sondern war stets darauf gerichtet, ihn zu verhindern, und das ist auch sicherlich für England die richtige Politik. Es ist vollständig wahr, daß, wenn England hoch in der Achtung anderer Nationen stehen muß, was Niemand läugnen wird, die Erreichung dieses wünschenswerthen Zweckes nicht ohne Unterhaltung großer Heere und Flotten zu erstreben ist. Natürlich müssen alle Nationen die Mittel der Selbstvertheidigung haben; aber nicht dadurch, daß man Andere bedroht, wie das leider festländische Nationen und Regierungen nur zu häufig gethan haben, nicht dadurch, daß man eine furchtbare Kriegsmacht in Bereitschaft hält, erlangt man einen wirklichen und heilsamen politischen Einfluß. Man erlangt ihn vielmehr durch das moralische Ansehen, das sich eine Nation durch ihre Haltung bei anderen Nationen erwirbt; man erwirbt ihn sich, wenn andere Nationen wissen, daß man sich weder Unrecht gefallen läßt, noch Anderen Unrecht thut, wenn sie wissen, daß eine Nation von dem Gefühle der Selbstachtung durchdrungen ist, daß sie die Energie zur Entfaltung ihrer Hilfsmittel besitzt, daß sie, wenn Gefahr von außen droht, wie Ein Mann zusammenhält, daß sie nicht Krieg sucht, sondern den Frieden wünscht, sich jedoch nicht ungestraft beleidigen oder sich Unrecht zufügen läßt. Ein Land übt einen mächtigen Einfluß aus, wenn es ein leuchtendes Beispiel von Ordnung und Moralität im Innern bietet, und wenn es offenbar ist, daß es denjenigen, die es regieren, um die Förderung seines intellektuellen Fortschrittes zu thun ist, und daß sie gleichmäßig für das Wohl aller Volksklassen besorgt sind."

London, 7. Nov. Lord Palmerston wird, von der Stadtbehörde Liverpool eingeladen, dieser Stadt von Manchester aus heute einen Besuch abstatten.

* Die Vorliebe des seligen Herzogs v. Wellington für die Ruthenhiebe — sagt das „Univers" — scheint in England bedeutend um sich gegriffen zu haben. Was zu Lebzeiten des Herzogs als die beste Kriegsmaschine betrachtet wurde, ist eins der mächtigsten Verwaltungs-Mittel geworden. Die Peitsche ist jetzt nicht mehr die „Seele der Armee" (wie Wellington glaubte), sondern auch die Seele der Schulen. Erst vor einigen Tagen beschäftigten sich die englischen Journale viel mit der Ausstoßung eines Zöglings aus Eton-College, der sich weigerte, sich diese bewunderungswürdige Züchtigung vor seinen Kameraden ertheilen zu lassen. Der 18jährige junge Mann stand im Verdachte geraucht zu haben, man entdeckte, daß seine Kleider nach Tabak rochen. Das war das Verbrechen um dessen willen die Vorsteher der Anstalt beschlossen hatten, ihm die Ruthe zu appliziren. Der Schuldige sah in dieser Züchtigung sonderbarerweise eine Verletzung der Menschenwürde und weigerte sich seinen Gefährten das ergötzliche Schauspiel einer öffentlichen Auspeitschung zu gewähren. Die Vorsteher der Anstalt aber betrachten, gestützt auf Willington's Wort: „Die Peitsche ist die Seele einer Unterrichtsanstalt!" die Ruthe als die mächtigste Erziehungs-Maschine. Aus dem Briefwechsel des Vorstehers von Eton mit dem Vater des jungen Mannes geht hervor, daß ohne Peitschenhiebe keine Disziplin bestehen kann!

Aus Irland kommen Berichte, daß die Auswanderung daselbst in diesem Herbste einen großen Maßstab angenommen habe. (Fr. J.)

Frankreich.

Paris, 6. Novbr. Auf Befehl des Kaisers werden die Geschäftsführung und die Verwaltung des Credit mobilier einer Untersuchung unterzogen. Gerüchte, die aus allerlei Quellen stammen, wollen bereits von kompromittirenden Ergebnissen wissen. (A. Z.)

Italien.

Aus Turin, 31. Oktober, wird der „Independ. belge" geschrieben: „Die Subskription für die 100 Kanonen von Alessandria hat in ganz Italien ihren Fortgang. Zu Cesme und in anderen Städten der Lombardei sind trotz aller Wachsamkeit der Polizei, welche sich nach Kräften bemühte, diese Kundgebung des Nationalgefühls zu verhindern, bedeutende Summen eingegangen."

Nichtpolitische Zeitung.

Marie Seebach hat nach Beendigung ihres Gastspiels am k. Hoftheater zu Hannover, das mit dem glänzendsten Erfolge gekrönt war, am 1. November einen Gastrollen Zyklus am Stadttheater zu Bremen begonnen. Seitens der k. hannoverschen Hoftheater-Intendanz wurde der Künstlerin, nachdem sie die Ehre einer mehrstündigen Audienz bei Ihren Majestäten dem Könige und der Königin genossen, ein zehnjähriger Kontrakt mit 4000 Thlrn. Gage, viermonatlichem Urlaub und freier Garderobe angeboten. Neuerlich sollen die Engagements-Bedingungen, da Frl. Seebach sich schwankend zeigte, noch günstiger gestellt worden seyn.

Paris. In den vornehmen Kreisen macht eine kleine Schrift, welche die Fürstin von ..... in wenigen Exemplaren drucken ließ und vertheilte, großes Aufsehen. Vor einem Jahre etwa starb die Fürstin Eleonore ..... in allem Glanze der Schönheit und Jugend plötzlich zu Paris und wurde dort auf dem Gottesacker Pere Lachaise begraben. Jetzt schmückt ihr Grab ein kostbares Denkmal, das der trauernde Gatte setzen ließ. Ihren Tod umgab etwas Geheimnißvolles, und die bereits angeregte Neugierde wurde natürlich noch mehr gesteigert, als die Schwiegermutter sofort nach dem unglücklichen Ereigniß sich in ein Kloster zurückzog, um da den Schleier zu nehmen. Ehe sie dies letztere wirklich that, ließ sie jene kleine Schrift (in deutscher Sprache) drucken, um, wie sie sagt, das Versprechen zu lösen, das sie der Gattin ihres Sohnes gegeben Die Schrift erzählt das ganze Leben der jungen Fürstin, die sehr früh ihre Eltern verlor, sehr schön und sehr reich war, was sie recht wohl wußte, als sie als Kind mit ungewöhnlich lebhafter Phantasie plötzlich auf das alte Schloß ihres Vormundes im Harz gebracht wurde. Da behagte es ihr natürlich nicht, und sie wurde so unfolgsam, daß man, nach einigen vergeblichen Versuchen, sie in Zucht eines Klosters zu geben beschloß Da um diese Zeit ihr Vormund nach Paris sich begab, nahm er die Mündel mit sich und brachte sie der Superiorin des Klosters vom heiligen Herzen daselbst. Aber auch dieser Versuch schlug gänzlich fehl. Das Mädchen machte drei Fluchtversuche und wollte endlich sogar Feuer in dem Zimmer anlegen, das ihr angewiesen war. Die Superiorin verzweifelte demnach und gab die unfügsame Kleine dem Vormunde zurück. In seinem Hause konnte dieser das Mädchen nicht behalten, da er seinen Sohn bei sich hatte, welcher nur wenige Jahre älter war als Eleonore. In einem Familienrathe wurde endlich beschlossen, das Mädchen, das bereits kein Kind mehr war, da sie 15 Jahre zählte, nach England zu senden. Dies geschah und eine Zeit lang schien die gehoffte Umänderung in dem Charakter wirklich eingetreten zu seyn. Aber an die Stelle der frühern Unbändigkeit trat nun allmählig eine Schwermuth, welche sogar die Gesundheit zu gefährden drohte. Sie schrieb einen Brief nach dem andern an den Vormund voll dringender Bitten, er möge sie hinwegholen, denn das englische Klima drückte sie gänzlich nieder und die Behandlung, welche sie erfahre, breche ihr das Herz. Der Vormund glaubte eine Zeit lang, diese Bitten unberücksichtigt lassen zu müssen, nach einem herzzerreißend flehenden Schreiben ließ er sich endlich erweichen. Er reiste nach ..... in England, und kam da eines Sonntags an, ohne auf den Brief geantwortet zu haben. Als man Eleonoren seine Ankunft meldete, kniete sie eben in ihrem Zimmer, stieß einen kaum irdischen Schrei aus und stürzte wie wahnsinnig die Treppe hinunter. Der Vormund zeigte sich sehr befriedigt mit den Fortschritten, die sie in den Wissenschaften und Fertigkeiten gemacht hatte. Von

ihrer früheren Unbändigkeit war keine Spur mehr da. Sie war still, ergeben und gehorsam, und wollte nur nie allein im Dunkeln bleiben. Sie war plötzlich ungemein fromm geworden, wollte aber nie von Plänen wegen ihrer Zukunft hören, weil sie behauptete, sie werde vor ihrem einundzwanzigsten Jahre sterben. „Alles, was eine Mutter thun kann," heißt es in dem Schriftchen, „wurde von mir gethan, um Eleonoren von dem Gedanken abzubringen, aber die Antworten, die sie gab, klangen stets so schauerlich, daß ich so selten als möglich davon sprach. Selbst als sie die Braut meines Sohnes wurde, bestand sie darauf, daß man Alles zugleich mit Rücksicht auf ihren frühen Tod einrichte. Erst als das junge Paar getraut war, gelang es mir eines Tages sie zu einer vertraulichen Mittheilung wegen ihrer Befürchtungen zu bewegen, und man denke sich mein Entsetzen, als sie mir ganz gelassen und unbefangen erklärte, sie habe ihre Seele dem Bösen verkauft und sie würde von ihm abgeholt werden, ehe ihr 21. Jahr abgelaufen sey. Sie erzählte, da alle ihre Bitten an den Vormund und alle ihre Gebete an Gott nichts genutzt hätten, sie aus England wegzubringen, hätte sie sich endlich dem Teufel ergeben, und zwar gerade am Morgen des Tages, an dem ihr Vormund gekommen, sie abzuholen. Diese sofortige Ankunft sey denn jedenfalls das Zeichen gewesen, daß ihre Seele von dem Teufel angenommen worden. Trotz Allem, was man that, sie von dieser fixen Idee abzubringen, verfiel sie mehr und mehr in Schwermuth, und so starb sie auch zwei Tage vor der Erfüllung ihres 21. Jahres plötzlich auf dem Stuhle, völlig angekleidet zum Balle bei dem Minister; die fixe Idee hatte sie aufgerieben, wie ein Wurm eine Knospe zernagt.

Seit Jahren ist der Seefischfang nicht so ergiebig gewesen, wie in diesem. Besonders bringen die belgischen Fischer aus Antwerpen, Ostende, Blankenberghe u. s. w. eine ungeheure Menge Schellfische auf. (Köln. Z.)

* Die Spamer'sche Verlagshandlung in Leipzig fährt mit regem Eifer fort, die begonnene Reihe von populären Belehrungs- und Unterhaltungs-Schriften zu vergrößern. Wir bemerken unter den neu erschienenen Bändchen der „Illustrirten Familien- und Haus-Bibliothek" vornehmlich das neunte, enthaltend die Wunder der Wasserwelt von Heinrich Stahl. Zweck des Verfassers konnte natürlich nicht seyn, Neues und Unbekanntes hier zu geben, sondern vielmehr das Beste dessen, was einschlägt, zu sammeln, zu ordnen und passend vorzutragen. Dies ist ihm denn auch wohl gelungen; in den drei Abtheilungen: die Ströme und Flüsse, die Seen, Sümpfe und Moore, das Meer und seine Wunder sind die erhabensten Szenerien der Erde aufgeführt und die unendliche Bedeutung des Wassers im Haushalte der Natur dargelegt. Ferner ist von dem „Buch der Erfindungen" in zweiter Auflage das erste Heft erschienen, welches die Geschichte des Papiers, die Erfindung und Entwickelung der Buchdruckerkunst, endlich die Erfindung des Naturselbstdrucks behandelt. Diese praktischen Bücher empfehlen sich wie durch die Tüchtigkeit des Inhalts so durch die Eleganz der Ausstattung, sind zur Förderung des Verständnisses reich mit Abbildungen versehen, und dabei ist der Preis äußerst billig gestellt. Auch von der „Jugend- und Hausbibliothek" liegt uns ein neuer Band vor, betitelt „der Skalpjäger", welcher Erlebnisse, Natur- und Sitten-Schilderungen aus dem amerikanischen Jagd-, Kriegs-, Reise- und Waldleben enthält. Der Verfasser, Th. Bade, hat seiner Erzählung zum Theil Episoden aus Reid's amerikanischen Schilderungen zu Grunde gelegt, und mit den erzählten Begebenheiten zugleich anziehende geschichtliche Darstellungen aus der Vergangenheit und Gegenwart jenes Welttheils, wie naturhistorische Mittheilung mannigfacher Art verwebt. Auch mit Bilderschmuck ist das Buch reich ausgestattet, u. A. mit vielen Tonbildern nach Originalzeichnungen von H. Leutemann.

Handels- und Börsen-Berichte.

Stettin, 1. Novbr. Von Rohzuckern, wofür die Forderungen bei lebhaften Umsätzen in Magdeburg auch 1/4 a 1/3 Thlr. erhöht sind, waren hier einige Partien in Preisen von 12 1/4 a 13 1/4 Thlr. für erstes Produkt offerirt, fanden aber mit Rücksicht auf den außer Verhältniß niedrigen Stand der raffinirten Waare bei uns keine Beachtung.

Syrup unbeachtet, Kölner 11 2/3 Thlr., Königsberger 11 1/4 a 11 1/3 Thlr. gef.

Emden, 2. Novbr. Die allgemeine Flaue und das Sinken aller Getraidearten auf den Hauptmärkten bleibt nicht ohne Nachhalt auf den unsrigen, so daß alle Notirungen nominell sind. Die Zufuhren mehren sich, doch will keiner mehr als für den Bedarf kaufen. Sowohl die gute Ernte, als auch das gute Gedeihen der Kartoffeln geben mehr und mehr die Ueberzeugung, daß nicht allein kein Mangel, sondern Ueberfluß an Nahrungsmitteln ist. Zudem hat man hier die Erfahrung gemacht, daß die Kartoffelkrankheit auch da, wo diese aufgetreten war, eine ganz andere Form angenommen hat und daß Aussicht da ist, daß diese künftiges Jahr ganz ausbleiben wird. Die Wintersaaten sind gut bestellt und ist viel ausgesäet, Saat scheint kräftig und ist somit wieder Hoffnung auf ein gutes Jahr.

London, 1. Novbr. Die Stille für Zucker und Kaffee hielt an, Reis blieb sehr still, Pfeffer ist gefragter und Rum wird gut behauptet.

Starker Jamaica Rum ist mit 4 s 9 d per Gallon, Demerara mit 2 s 6 d a 2 s 8 d bezahlt.

Tabak sehr belebt.

Frankfurt, 10. Novbr. Die Börse eröffnete in sehr günstiger Stimmung und wurden die meisten Fonds zu steigenden Kursen verhandelt, besonders zeigte sich viel Kauflust für österreich. Bank-, Kredit-, Staatsbahn- und Elisabethen-Bahn-Aktien, auch für Darmstädter-Bankaktien beider Gattungen wurden höhere Kurse bewilligt. Der Umsatz im Ganzen war sehr belangreich.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77 3/8 P. 76 7/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 87 P. 86 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 74 1/4 P. 74 G. à 5pCt. in Silberb. R. 85 1/4 P. 85 G.; à 4 1/2 pCt. 65 1/2 P. 65 G.; à 4pCt. 58 1/2 P. 58 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/2 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 84 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 94 P. — G.; 4pCt. Grundrente 94 1/2 P. 94 G.; 4 1/2 pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G.; 5pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G. **Würtemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 89 5/8 P. 89 3/8 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/4 P. 90 3/4 G.; à 4pCt. 99 P. 98 1/2 G.; 4 1/2 pC. 101 3/4 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 80 1/2 P. 80 G.; à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 1/8 P. 36 7/8 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 1/16 P. 23 15/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1131 P. 1129 G. Neue Bankaktien 259 P. 254 G. Credit-Actien à 5pCt. 151 P. 149 G. Darmstädter Bankaktien alte 356 P. 354 G.; *junge* 315 1/2 P. 313 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 491 P. 489 G. Mitteldeutsche Creditbank 98 3/4 P. — G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 99 1/4 P. 98 3/4 G. Frankf. Bankaktien 111 3/4 P. 111 1/4 G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 490 P. 485 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 553 P. 548 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 275 1/2 P. 273 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 139 1/8 P. 138 5/8 G. Neustadt-Weissenb. 103 3/4 P. 103 1/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100 1/2 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 347 P. 345 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/4 P. 79 7/8 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77 1/2 P. 77 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 1/2 P. — G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114 1/2 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 P. — G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/2 P. 112 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 1/2 G. Darmst. Loose à fl. 50 116 1/4 P. 115 3/4 G. à fl. 25 34 1/4 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. *39 P.* 38 5/8 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 1/4 P. 117 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99 5/8 P — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 1/2 P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Coln Thlr. 60 k. S. 104 1/2 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 1/2 P. — G.	Wien fl. 100 C.-k. S. 111 3/8 P. 111 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 3/4 P 88 1/4 G.	Wien 3 M. mit 4% 111 1/8 P. 110 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 315. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 12. November 1856.

Das englisch-französische Bündniß.

Der „D. Allg. Z." wird aus Paris geschrieben: „Wie Sie sich leicht vorstellen können, erregte das Dementi, welches der „Constitutionnel" durch den „Moniteur" erhielt, kein geringes Aufsehen; doch hat es im Ganzen nicht sonderlich überrascht. Man war in den politischen Kreisen wenigstens darauf gefaßt. Alle Personen, die mit der englischen Gesandtschaft in Berührung stehen, kannten das öffentliche Geheimniß schon seit lange, und es ist anzunehmen, daß Graf Walewski sich des Constitutionnel-Artikels als Waffe im Kampfe um das Ministerium bedienen wollte. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat eine radikale Niederlage erlitten, eine so radikale, daß er vielleicht sein Portefeuille dadurch gerettet haben mag. Glauben Sie nicht, daß wir hiermit ein Paradox aussprechen gewollt, es ist die reine Wahrheit. Das Dementi im „Moniteur" ist ein so arger Streich für den Grafen Walewski, daß der Kaiser vielleicht vorderhand noch nicht daran denken wird, ihm seine Entlassung zu geben. Lange dürfte er sich allerdings nicht halten, da er weder mit dem englischen Gesandten hier, noch mit dem französischen in London sich vertragen kann." Ob der vorerwähnte Fall eintritt, das dürfte von dem längern oder kürzern Fortbestand des englisch-französischen Bündnisses abhängen. Betrachtet man die Sache bei Licht, so ist Hr. Walewski eben nur unvorsichtig gewesen, und hat die innersten Gedanken des Tuilerien-Kabinets durch das von ihm inspirirte Blatt vorzeitig ausplaudern lassen. Daß er dafür einen Wischer bekommt, ist ganz in der Ordnung, ändert aber an der Sachlage gar nichts: es bleibt nach wie vor wahr, daß das englisch französische Bündniß sehr gelockert ist und nur noch an einem dünnen Faden hängt. Das fühlt man auch recht wohl aus der Sprache der englischen Blätter heraus; sie zeigen sich zwar befriedigt durch die Satisfaktion, welche die Note des „Moniteur" der öffentlichen Meinung in England gibt; zugleich aber ziehen sie mit ungeschwächter Schärfe gegen die von der englischen abweichende Politik der französischen Regierung zu Feld. So spricht sich z. B. die „Times" über die Zurechtweisung des „Constitutionnel" durch den „Moniteur" folgendermaßen aus: „Die Stellung einer Regierung, welche außer der gewöhnlichen Kontrole, die sie über sämmtliche sogenannte Organe der öffentlichen Meinung ausübt, auch noch ihre besondere Organe für Mittheilungen von mehr oder minder amtlichem Charakter hat, ist, wenn auch nicht gerade eine unglückliche, so doch zum wenigsten eine sehr unbequeme. Seit wir es zuletzt wagten, unsere Bemerkungen über die Drohungen des „Moniteur"*) und über die Beleidigungen anderer allerdings weniger offizieller, aber nicht weniger von der Regierung abhängiger französischer Blätter zu machen, sind zwei neue Artikel erschienen, welche die eigenthümlichen Verlegenheiten kaiserlicher und ministerieller Redakteure nur zu deutlich enthüllen. Der erstere befindet sich im „Constitutionnel", der letztere im „Moniteur". Die Bemerkungen des „Moniteur" lassen sich am besten mit den scharfen und kurzen Scheltworten vergleichen, mit welchen ein Herr die lärmende Impertinenz seiner Diener züchtigt. Wir erwarteten einen solchen Verweis und haben deßhalb nicht eher von dem albernen Geschwätz des „Constitutionnel" Notiz genommen, als bis dieser Bediente von den Händen seines Herrn die wohlverdiente Züchtigung erhalten hat." Nachdem die „Times" weiter dem „Moniteur" ihr Lob dafür gezollt, daß er die „maßlose" Sprache des „Constitutionnel" „unbedingt und in den stärksten Ausdrücken verdammte", kann sie doch nicht umhin, der Differenz selbst, durch welche diese Erörterungen hervorgerufen wurden, bei weitem mehr Gewicht beizulegen, als der „Moniteur" zu thun sich den Anschein gibt. „Unsere Stellung zu Rußland, sagt sie, ist uns deutlich vorgezeichnet. Wir haben einen Vertrag mit dieser Macht abgeschlossen, in welchem wir, von dem eifrigen Wunsche nach Frieden und Freundschaft beseelt und von dem Bewußtseyn unserer Stärke, sowie der Schwäche unseres Gegners durchdrungen, unsere Forderungen auf das geringste Maß herabstimmten, das mit dem Charakter der Sache, um derentwillen wir zu den Waffen gegriffen hatten, nur irgendwie verträglich war. Rußland hat von dem Augenblicke an, wo der Vertrag unterzeichnet wurde, jede Gelegenheit benutzt, diese so gerechten und gemäßigten Bedingungen zu umgehen. Der Zeitraum, während dessen Rußland die ihm vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen erfüllen sollte, ist verstrichen, und es streitet sich noch immer über Dinge, welche so unendlich klar sind, daß sie unter Parteien, die nur im Geringsten von gutem Willen beseelt sind, gar nicht zum Gegenstande eines Streites werden können. An die Stelle der Stadt Bolgrad will es ein Dorf desselben Namens setzen, dessen Besitz ihm freien Zutritt zu der Donau verschaffen würde. Einen solchen zu verhindern, war aber gerade einer der Hauptzwecke des Pariser Vertrages. Diese Frage will Rußland einem neuen Kongresse unterbreitet wissen, verlangt aber mittlerweile, daß wir unsere Flotte aus dem schwarzen Meere und die Oesterreicher ihr Heer aus den Donau-Fürstenthümern zurückziehen, so daß die Türkei wiederum vereinzelt der Macht gegenüberstehen würde, die es auf ihre Vernichtung abgesehen hat. Nichts kann einfacher seyn, als unsere Antwort auf dieses Ansinnen. Wir trauen Rußland nicht. Wir würden uns einer unverzeihlichen Schwäche schuldig machen, wenn wir blind auf das Wort einer Macht bauten, welche sich, wie Lord Palmerston sagt, „„über internationale Rechte und Pflichten hinweggesetzt hat"" und jetzt Verpflichtungen zu umgehen sucht, die sie feierlich auf einem Kongresse der europäischen Mächte übernommen hat. Deßhalb wollen wir die Türkei nicht in der Stunde der Noth im Stiche lassen und kein einziges Schiff aus dem schwarzen Meere zurückziehen, so lange seine Anwesenheit zur Verfechtung einer Sache nöthig ist, für welche wir gekämpft und gesiegt haben. Wo es sich um wirkliche Meinungs-Verschiedenheiten, um einen ehrlichen Streit über die Auslegung des Pariser Vertrages handelt, können wir gegen die Ueberweisung der Sache an ein Schiedsgericht nichts haben. Allein keinem Tribunal in der Welt können wir es überlassen, zu entscheiden, ob Rußland sich im Winter, wo die Ostsee geschlossen, und die Krim geräumt ist, der Erfüllung von Bedingungen entziehen darf, die es im Frühling, wo ein langer Feldzug zu Wasser und zu Lande in Aussicht stand, mit Freuden annahm. Wenn Rußland den Vertrag zu beobachten gedenkt, so darf von der Unterscheidung zwischen Bolgrad, der Stadt, und Bolgrad, dem Dorfe nicht mehr die Rede seyn. Außerdem muß es die Schlangen-Insel räumen und darf gar nicht daran denken, den Vorschlag zu machen, daß auch nur einem einzigen seiner Kriegsschiffe das Einlaufen in's schwarze Meer gestattet werde. Will es aber dem Vertrage zuwider seine Kommunikation mit der Donau behaupten, so steht kein Kongreß, sondern ein europäischer Krieg vor der Thür."

*) Damit ist der vor einigen Wochen erschienene Artikel des „Moniteur" gemeint, worin über die Exzesse der englischen Blätter so bittere Klage geführt war.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 9. Nov. Dem Vernehmen nach wird die Wiederbesetzung der zweiten Direktorenstellen an allen Appellationsgerichten — nur jenes von Oberbayern hat bereits zwei Direktoren — in kürzester Zeit erfolgen, wodurch zahlreiche Beförderungen im Justizdienst in Aussicht stehen. (A. Z.)

München, 9. Novbr. Heute wurde von den Kanzeln der hiesigen katholischen Pfarrkirchen ein Erlaß des hiesigen erzbischöflichen Ordinariats verlesen, mit der Kundgabe, daß das auf den päpstlichen Index gesetzte Buch des hiesigen Kaufmanns (und ehemaligen Magistratsraths) Schweickert und Friedrich, die Weissagungen der Marie Kahlhammer und Wolf betr., ver-

pönt, und die Besitzer desselben bei Vermeidung der Exkommunikation gehalten sind, dasselbe einzuliefern. (Augsb. Abdz.)

Baden. Karlsruhe, 9. Novbr. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß ein außerordentlicher Landtag im Laufe dieses Winters einberufen werde, um die in der Schwebe befindlichen Eisenbahn-Fragen zu erledigen. In Bezug auf die Pforzheim-Mühlacker, sowie in Bezug auf die Heidelberg-Würzburger-Bahn sind die Vermessungen und Kostenanschläge fertig und zum Theil schon geprüft und gutgeheißen. Allein die Arbeit des Hrn. Bauraths Gerwig wegen der Kinzigthal-Bodenseebahn ist noch nicht vollendet. (Schw. M.)

§ **Oesterreich.** Wien, 9. November. (Priv.-Korresp.) Die von mehreren Seiten gemachte Angabe, daß zwischen England, Oesterreich und der Türkei eine Uebereinkunft getroffen worden ist, nach welcher jede dieser Mächte sich verpflichtet, sich in keine Separatverhandlung weder mit Frankreich noch mit Rußland einzulassen, ist ebenso unbegründet wie die in einem Hamburger Blatte vor Kurzem enthaltene Behauptung, daß England dem zwischen Frankreich und Rußland bestehenden Verhältnisse gegenüber entschlossen sey, zu seinen primitiven Prätensionen gegen Neapel zurückzukehren. — Wie ich von sicherer Hand vernehme, ist vor Kurzem eine Zirkulardepesche des hiesigen Kabinets an seine Gesandten im Auslande abgegangen, welche sich auf die Räumungsfrage bezieht; außerdem ist es gewiß, daß Herr v. Hübner in dieser Hinsicht spezielle Instruktionen erhalten hat, Beweis genug, daß das diesseitige Kabinet direkt mit dem französischen Gouvernement über diesen Punkt verhandelt. Was die Haltung Englands in der neapolitanischen Frage betrifft, so können sie es als gewiß annehmen, daß sich diese in letzterer Zeit den Intentionen Oesterreichs mehr entsprechend gestaltet hat. Sir H. Seymour hat vor Kurzem erst die Erklärung abgegeben, daß sich das englische Kabinet die Vermittlung einer fremden Macht in der neapolitanischen Frage gerne gefallen lassen würde. Es gewinnt unter diesen Umständen die Angabe, daß der Großherzog von Toskana seine Vermittlung angeboten habe, jedenfalls an Wahrscheinlichkeit; gewiß ist es, daß weder Frankreich noch England gegen diese Vermittlung etwas einzuwenden haben. Einer andern Angabe zufolge, soll der heil. Vater die Vermittlungsrolle zu übernehmen gesonnen seyn. (Köln. Z.)

Wien, 7. Novbr. Es ist gewiß, daß sowohl England als auch Oesterreich und die Pforte den Wiederbeginn der Pariser Konferenz davon abhängig gemacht haben, daß zuvörderst die Frage wegen Bolgrads und der Schlangeninsel im Wege der diplomatischen Negoziation, und zwar im Sinne der diesseitigen Intentionen gelöst werde. Was das Donau-Delta betrifft, so höre ich, daß sich die Pforte für den österreichischen Vorschlag ausgesprochen hat, nach welchem im Interesse der freien Donauschiffahrt dasselbe der Moldau und nicht der Dobrudscha einverleibt werden soll. Die Pforte hat nur die Bedingung gestellt, daß in dem bisherigen Verhältniß der Fürstenthümer zur Türkei keine Aenderung vorgenommen werde, welche Bedingung bekanntlich sowohl von Oesterreich, als auch von England zugesagt worden ist. (K.Z.)

Die „Oesterr. Corresp." schreibt: „Ein neuer bedeutsamer Schritt auf der Bahn der Durchführung der im allerhöchsten Patente vom 31. Dezbr. 1851 vorgezeichneten Grundzüge über die organischen Einrichtungen des Kaiserreichs ist erfolgt. Der Wiederbeginn der Wirksamkeit der Central-Congregationen im lombardisch-venetianischen Königreiche steht in nächster Aussicht. Eine soeben erflossene kaiserl. Verordnung enthält die in dem allerh. Erlasse vom 15. Juni 1855 einer näheren Feststellung vorbehaltenen Bestimmungen über den Wirkungskreis jener Congregationen, und die Ernennungen zu den Stellen der Central-Deputirten haben auf Grundlage der durch die Gemeinden vorgenommenen Wahlen und der hiernach von den gesetzmäßig berufenen Organen erstatteten Vorschläge die allerh. Genehmigung erhalten."

Schweiz.

Bern, 7. Novbr. Es wird behauptet, der Kaiser der Franzosen habe dem Bundesrath die vorläufige Freilassung der gefangenen Royalisten nochmals und mit „Nachdruck" empfehlen lassen. Wenn man damit eine demnächst bevorstehende Mission des Generals Dufour nach Paris in Verbindung bringt, so klingt dies allerdings glaubwürdiger als die Behauptung, James Fazy sey im Auftrage des Bundesrathes an der Seine gewesen. Unsere Behörde weiß ihre Vertrauensmänner besser zu wählen; sie hat auch schon mehr als einmal die Erfahrung gemacht, daß Louis Napoleon den Vorstellungen seines ehemaligen Lehrers gerne Gehör schenkt. Der Bundesrath scheint kein in seiner Kompetenz liegendes Mittel zum Zweck einer friedlichen Lösung unbenützt lassen zu wollen. Einen Eingriff in den Gang der Justiz darf er sich nicht erlauben. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 5. Novbr. Herr Pietri, der Polizeipräfekt, hat einen Monatsbericht an den Kaiser gerichtet; es wird darin konstatirt, daß die Feste von Compiegne einen mißliebigen Eindruck machen. Plakate mit der Inschrift: „Le roi s'amuse", bekanntlich der Titel eines Schauerstückes von Viktor Hugo, waren an den Mauern angeschlagen worden.

Paris, 6 Novbr. Die Jagden in Compiegne gehen mit dieser Woche zu Ende. Man hat von den unerläßlichen vierzehn Toiletten der Damen gesprochen; die Zahl derselben ist nunmehr der Kälte wegen um Eine vermehrt worden, die in einem Sammetmantel mit Pelzbesatz besteht. Morgens und Abends sieht man alle Schornsteine des Schlosses rauchen und in den großen Gemächern wird in weiten Kaminen ein gewaltiges Feuer unterhalten, um das die Gruppen der Eingeladenen sich sammeln. Da aber das Wetter trocken und schön ist, so hat man bis jetzt die üblichen Promenaden noch nicht unterbrochen. Nachmittags werden zum Theil zu Pferde, zum Theil in offenen Hofwagen, welche breite Sitze haben und gewissermaßen eine Gesellschaft auf jedem Sitze versammeln, Ausflüge gemacht, wobei es an heitern Scenen nicht fehlt. Die Kaiserin liebt besonders die Exkursion nach Pierrefonds. Man sagt, der Kaiser, welcher der Besitzer der dortigen Ruinen ist, beabsichtige daselbst ein einfaches Jagdhaus im Style des Gebäudes errichten zu lassen; denn bis jetzt muß der Hof sich dort bei den Collationen auf Steinen und auf dem Rasen niederlassen. Bei dem Ausfluge am Freitag ereignete sich ein kleiner Unfall, der die ganze Gesellschaft erheiterte und viel Stoff zum Lachen gab. Mad. v. C. fiel vor dem Kaiser vom Pferde, glücklicher Weise so, daß sie nicht den mindesten Schaden nahm; man wollte sogar behaupten, sie sey nicht unwillkürlich, sondern aus Koketterie vom Sattel in das Gras gekommen. Es ist dies nicht der erste derartige Unfall; fast scheint es unter den Damen Mode zu werden, vom Pferde zu fallen, und ein solcher Fall wird als ein Triumph betrachtet. Der eigentliche Glanzpunkt ist indeß das Dejeuner, wozu man sich gegen 11 Uhr in dem Empfangssaale der Kaiserin versammelt. Man erscheint dabei in Morgentoilette, und dies ist der Moment, wo die Damen ihren Geschmack und ihre Schönheit entfalten können, weil kein Ceremoniell störend im Wege steht; der Kaiser reichte in der Regel der Lady Cowley, und die Kaiserin dem Lord Cowley den Arm. Seit der Anwesenheit des Erbgroßherzogs von Toskana führt jedoch dieser die Kaiserin; der junge Prinz hat sehr gefällige Manieren und hat sich sehr beliebt zu machen verstanden. Er ist ein vortrefflicher Reiter und zeigte sich bei einer Hetzjagd, die er führte, sehr sattelfest. Der Kaiser war wegen eines leichten rheumatischen Uebels im Schlosse geblieben, ging jedoch bereits an den folgenden Tagen wieder mit auf die Jagd; es ist sehr viel Wild geschossen werden. An den Jagden nehmen außer den eingeladenen Gästen auch Andere, besonders Militärs aus der Umgegend Theil. Alle, welche eine Jagd mitgemacht haben, werden dann Abends zur kaiserlichen Tafel geladen.

Eines der herrlichsten Feste bildete das Carroussel am Freitage, das von Offizieren des in der Bildung begriffenen Regiments der Gardejäger zu Pferde gegeben wurde. Der Kern dieses Regimentes und dessen Offiziere sind Soldaten, die in der Krim dienten, alle Pferde, die beim Carroussel geritten wurden, sind Pferde, die in der Krim überwintert haben, es sind Araber von Vollblut. Das Carroussel bestand aus Evolutionen, Ringelstechen mit der Lanze, welche die Chiffre E trug; die mit der Lanze gestochenen Kränze wurden der Kaiserin zu Füßen gelegt, desgleichen die Figuren von Papiermaché, die mit dem Degen gestochen wurden und die in allerhand Phantasiegebilden, statt der früher hiebei üblichen Türkenköpfe, bestanden. Die Offiziere bewiesen dabei eine bewunderungswürdige Geschicklichkeit. Am vorigen Sonntag kam die letzte Serie der Eingeladenen und wurde im Schlosse installirt. Der Marschallin Serrano folgte die schöne Italienerin Gräfin Castiglione als Festkönigin. Der Tag war den Vorstellungen der Gäste und einer Promenade im abgeschlossenen Theile des Parks gewidmet, wo man auf Tauben und Kaninchen schoß. Gestern hat die letzte Parforcejagd stattgehabt. (Ostd. Post.)

Ein Brief aus Paris in der „Times" enthält Folgendes: „Der Empfang, welcher Herrn v. Kisseleff von Seiten des Kaisers in Compiegne zu Theil wurde, war, wie man allgemein hört, sehr huldreich und schmeichelhaft, vielleicht in höherem Grade, als das in der Regel bei Mitgliedern des diplomatischen Korps der Fall ist. Der Kaiser empfing ihn allein, und die Zusammenkunft dauerte ungefähr eine und eine halbe Stunde."

Paris, 9. November. Lejolivet, früherer Chef-Redakteur einer lithographirten Korrespondenz, ist gestern Abend seiner Haft entlassen worden. (Er war wegen Verleitung eines Setzers aus der kaiserlichen Druckerei zur pflichtwidrigen Mittheilung des Textes des Pariser Friedensvertrages zu mehrwonatlichem Gefängniß verurtheilt.)

* Paris, 9. Novbr. Die für nächstes Jahr ausgeschriebene Kunstausstellung soll nicht in den Sälen des Louvre, sondern im Industriepalaste stattfinden. Die oberen Galerien sind zu diesem Ende hergestellt, und der Generaldirektor der Museen hat die Anordnung so getroffen, daß die Gemälde nur in zwei Reihen aufgestellt werden, damit sie alle gleiches Licht empfangen. und keiner der Künstler sich beklagen kann.

Marseille, 9. Novbr. Seit Montag sind 150,000 Hektoliter Getraide hier angelangt. Die Preise weichen. (Fr. J.)

Spanien.

† Madrid, 5. Novbr. Dieser Tage ging das Gerücht, der Finanzminister wolle, um allen Anforderungen des Staates zu genügen, eine gezwungene Steuer-Antecipation und eine Kreditoperation auf die Billets à l'ordre der Nationgüter vorschlagen.

Madrid, 6. Novbr. Die Regierung bemüht sich, die Lebensmittelfrage zu lösen, und scheut dabei kein Opfer. Die Munizipalität von Madrid hat mit der Mehlfabrik von Aranjuez einen Kontrakt abgeschlossen. Die Munizipalität wird täglich eine gewisse Quantität Getraide liefern, das gemahlen zurückgehen wird. Dieses Mehl wird den Bäckern überliefert, die das Brod zu 16 Cuartos die zwei Pfund austheilen werden. Außerdem werden täglich 16 bis 1800 Arroba Mehl für die ärmeren Klassen geknetet.

Italien.

Neapel, 3. Novbr. Man hofft hier immer noch, daß der König bald einige Gnadenakte erlassen und einige Reformen vornehmen werde. Man stützt sich dabei auf die Worte, die er bei seiner Anwesenheit in Neapel zu einem hiesigen Diplomaten gesagt hat und die man günstig zu deuten sucht. „Wenn ein Souverain", so äußerte sich der König, „in seinem Rechte ist, so darf er niemals ungerechten Drohungen nachgeben; aber zugleich ist es für ihn eine Pflicht, eine ernste Aufmerksamkeit den Rathschlägen zu schenken, die man ihm ertheilt, ohne daß man seiner Würde und seinen unverletzlichen Rechten zu nahe tritt." — Wie man versichert, wird die hiesige Regierung den öffentlichen Arbeiten einen großen Aufschwung geben. (K. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 31. Oktbr. Am 1. Novbr. wird der Sultan die Insignien des Hosenbandordens entgegennehmen. Lord Redcliffe beabsichtigt, bei dieser Ceremonie einen großen Pomp zu entfalten.

Rußland und Polen.

In dem auf Befehl des Gouvernements herausgegebenen Werke: „Moscau en 1856", finden wir folgende Schilderung der Eisenbahn zwischen St. Petersburg und Moskau: „Seit fünf Jahren, heißt es, ist die Eisenbahn zwischen St. Petersburg und Moskau eröffnet, und noch fünf weitere Jahre theilt die amerikanische Gesellschaft, welche sie erbaut hat, die Einkünfte derselben mit der Regierung. Nach dieser Frist wird die Bahn Eigenthum der Letztern. Ihr Bau ist außerordentlich sorgsam betrieben worden, und aller nur denkbare Comfort angewandt, so daß der Name „Luxusbahn" nicht im Mindesten übertrieben ist. Mit Ausnahme einiger Brücken und Viadukte war der Bau leicht, indem die Gouvernements St. Petersburg, Nowgorod, Twer und Moskau ganz eben sind. Die gut gearbeiteten Schienen liegen auf doppelten Stühlen, und die Balken sind kantig behauen. Wahre Paläste, architektonische Monumente sind die meisten Stationshöfe, wie man sie selten anderwärts findet. Nach amerikanischem Muster sind die Waggons gebaut, sogenannte chars à banc für 40 bis 45 Personen, die in der Mitte einen Durchgang haben zur Bequemlichkeit der Reisenden, denen nichts fehlt, selbst die waterclosets nicht. Man muß aber wissen, daß der russische Eisenbahnreisende auf seinen gewohnten Bequemlichkeiten besteht; er läßt sich sein Frühstück, sein zweites Frühstück, sein Mittagessen, Abendessen und Thee nicht nehmen. Für jede Stärkung hat er eine volle halbe Stunde. Nur einmal in 24 Stunden geben die Züge hin und zurück. Hinter St. Petersburg bis Twer ist die Gegend äußerst trostlos und öde; nur hier und da sieht man eine halbverfallene Bauernhütte. Erst in der Nähe von Moskau begegnet man Spuren einer werdenden Zivilisation."

Odessa, 27. Oktober. Es treffen gegenwärtig aus dem Innern zahlreiche Getraide-Sendungen hier ein. Seit acht Tagen sind die Preise fortwährend im Rückgange.

Amerika.

New-York, 29. Oktbr. Auf dem hiesigen Geldmarkte gibt sich allmählich eine Art Geldklemme kund und der Diskonto ist um 1 pZt. gestiegen. Die Banken vermögen der Nachfrage nicht zu genügen, und die Papier-Zirkulation ist im Zunehmen begriffen. Sehr gute Papiere auf lange Frist werden zu 12 pZt. per Jahr verkauft. — Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten Van Buren hat in Folge eines Sturzes aus dem Wagen den Arm gebrochen.

Asien.

Der Iman von Mascate verspricht, die englische Expedition nach dem persischen Golf zu unterstützen. (Oester.Corr.)

In dem von den Persern belagerten Herat hat, wie aus Teheran berichtet wird, kürzlich ein sehr tragisches und wahrscheinlich folgenschweres Ereigniß stattgefunden. Um die zwischen den Suniten und Schiiten bestehende Spannung unheilbar zu machen, begann Issa Chan, ein Parteigänger des Dost Mohammed, die in Herat befindlichen Schiiten auf alle mögliche Art zu verfolgen, und als die Schiiten, um sich diesen Verfolgungen zu entziehen, einen Versuch machten, sich mit ihren Glaubensgenossen, den Persern, in Verbindung zu setzen, hetzte Issa Chan die sunitische Bevölkerung gegen sie auf; die Schiiten wurden überfallen und auf die grausamste Weise niedergemetzelt. Mehrere Hunderte wurden in den Straßen niedergemacht, Frauen sogar riß man die Eingeweide aus dem Leib. Die am Leben blieben, warf man in den Kerker, bloß um sie länger martern zu können. Nur einigen Hunderten gelang es, ins persische Lager zu entkommen. Ganz Persien ist durch dieses Ereigniß in die größte Aufregung versetzt. Die Geistlichen rufen überall das Volk zur Rache und zum Krieg auf, die Regierung wird diesem Drang kaum widerstehen können. Und wenn der Krieg zwischen Persien und Afghanistan ausbricht, wird er auf diese beiden Völker beschränkt bleiben? wird nicht England Afghanistan unterstützen, Persien vielleicht Rußland zu Hülfe rufen? (Allg. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

* Mannheim, 4. Novbr. Der Vorstand der „Deutschen Tonhalle" macht Folgendes bekannt: „Auf unsere Anzeige vom 8. Ostermonat d. J., daß der Verein den Preis von 250 fl. rhein. für Musik zur „Jungfrau von Orleans" von Schiller ausgesetzt habe, sind uns in der bis Ende vor. Monats bestimmten Einsendungszeit zweiundzwanzig Preisbewerbungs-Werke zugekommen, welche wir nun den nach den Vereinssatzungen erwählten drei Herrn Preisrichtern zur Beurtheilung nach und nach zusenden. Den Erfolg wird die Redaktion dieses Blattes, auf unser Ersuchen, bekannt machen. Wegen Rückgabe bezüglicher Bewerbungen machen wir die Herren Verfasser wiederholt aufmerksam, daß solche nicht mittelbar und nur nach Inhalt gedachter Satzungen bewirkt werden kann, welche wir, wie bisher, auch ferner auf Verlangen durch postfreie Briefe oder Handelsgelegenheit, abgeben."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 3. Novbr. bis 8. Novbr.)

Samstag. Wir stehen am Schluß einer traurigen Börsenwoche, traurig um so mehr, als der Beginn derselben ganz andere Erwartungen erregt hatte. Wer das Treiben und die Stimmung im Sonntags- und Montagsgeschäft betrachtete, mußte an die Rückkehr der längst gesehnten Besserung glauben. Aber der kurze Sonnenblick war nur der Vorläufer des Sturmes. Wir waren Zeugen eines rapiden Sturzes, der die ganze Woche anhielt und auch heute kaum einen Ruhepunkt fand. Wie gewöhnlich ging der Impuls von den fremden, diesmal besonders der Wiener und Berliner Börse aus. — Sämmtliche Kredit-Banken neuerer Schöpfung sind arg mitgenommen worden, und es galt für die Bestimmung der Kurse lediglich die Art und Weise, wie die Aktien gut oder schlecht klassirt waren. Leipziger, Meininger, Luxemburger, Norddeutsche, sind sämmtlich unter pari gesunken, und dabei hat uns ein glückliches Geschick noch vor Dessau, Jassy, Genf und Konsorten bewahrt, die so ganz entwerthet sind. — Darmstädter-Aktien haben ebenfalls viel von dem Agio eingebüßt und der Kurs derselben ist seiner gewohnten Festigkeit beraubt. — Dem Kurs der Norddeutschen Bank-Aktien hat die Einforderung der ausstehenden Raten sehr geschadet. — Wir müssen uns über den Kurs von spanischen Effekten wundern, der sich verhältnißmäßig sehr fest hielt. Freilich eignen sich so hohe Zinstragende Effekten nicht für die Contremine und bei den $1\frac{1}{4}$ pZt. fällt der Umstand ins Gewicht, daß sie mit dem

1. Juli künftigen Jahres um ½ pZt. im Zinsfuß vorrücken. 3 pZt Portugiesen scheinen billig, nachdem in London Konversions-Zinsen nachgezahlt werden; wir machen die Besitzer hierauf aufmerksam. — Die soliden Fonds — wozu süddeutsche Papiere in erster Linie gehören — haben nur wenig unter dem Fallen der Spiel- und Spekulationspapiere gelitten; auch österr. Sachen, mit Ausnahme der neuen Lose, ziemlich fest; nur österr. Bankaktien scheinen in Wien als schweres Papier in Posten verkauft worden zu seyn, um leichtere Waare dafür aufzunehmen. Ebenso sehen wir österreich. Westbahn-Aktien, welche es doch nicht verdienen, nahezu unverkäuflich, aus keinem andern Grund, als weil Wien sich den Magen damit verdorben. Wer dieses Effekt, das 5 pZt. garantirte Zinsen trägt, zu pari oder wie heute noch unter pari einthut, wird, wenn nicht eine allgemeine Entwerthung der besten Sachen eintreten sollte, gewiß ein gutes Geschäft machen. Dasselbe gilt von bayerischen Ostbahnen. Sehr fest mit steigender Tendenz halten sich Taunus, und fehlt es an Abgebern. Bei der außerordentlichen Mehreinnahme der 10 abgelaufenen Monate dies Jahres darf man sich einer Dividende von wenigstens 19 bis 20 fl. gewärtigen. Die in der letzten General-Versammlung beschlossene Ausgabe von Prior.-Oblig. ist, wie wir vernehmen, noch nicht erfolgt, und thut der Verwaltungsrath, da er mit dem Bedarf nicht gedrängt ist, ganz wohl, günstigere Geldverhältnisse abzuwarten. Die Bahn hat sich in letzter Zeit sehr gehoben und rangirt unter den bestrentirenden Deutschlands. Bexbacher haben in Folge starker Berliner Verkäufe im Kurs etwas eingehalten, dagegen eröffnet das neue Betriebsjahr mit einem erfreulichen Plus gegen das Vorjahr und zwar im Güterverkehr, da das Kohlenquantum zwar ansehnlich gestiegen, aber noch nicht völlig beigekommen ist. Bis zum Dezember dürfte indeß auch hierin das Gleichgewicht wieder hergestellt seyn. Denn die Lager an der Saar sind vollgestopft, daß nichts mehr hineingeht. Livorneser ohne Leben, dem Vernehmen nach wird die Semesterdividende nicht unter L. 30 betragen und zwar in baar. — Oesterr. Staatsbahn-Aktien sind bedeutend gefallen, warum sollten sie allein hoch stehen bleiben? Und doch können wir dem Besitzer nur mit allem Ernste rathen, seine Aktien zu solchen Spottkursen nicht zu verschleudern. — Von den industriellen Sachen halten sich Zuckeraktien fortdauernd gut. Auch die verschiedenen Maschinen-Fabriken weisen die erfreulichsten Resultate aus. Das Karlsruher Etablissement wird 10 pZt. Dividende geben und hat zur Vermehrung seines Betriebsfonds beschlossen, das Kapital zu verdoppeln. — Unsere Geldverhältnisse sind ganz günstig, Diskonto zu 5 pZt. anzubringen. Fortgesetzte Effektenentsendungen von Berlin könnten vielleicht den Kurs der Thaler-Devisen, der beinahe normal unter pari steht, wiederherstellen. Von mehren Seiten sollen bei dem Senate Gesuche um eine Frankfurter Kreditanstalt vorliegen.
(Aktionär.)

Frankfurt, 11. Novbr. Mit Ausnahme von Elisabeth-Bankaktien, welche merklich höher bezahlt wurden, verkehrten sämmtliche Fonds in matter Haltung und wurden besonders Staatsbahn- und Luxemburger Kreditaktien zu weichenden Kursen verhandelt. Die Umsätze waren von keiner großen Ausdehnung.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77 3/8 P. 76 7/8 G. 5pCt Lombard-Ven. 87 1/4 P. 86 3/4 G. Metall. alte à 5pCt. 75 3/4 P. — G.; à 5pCt. in Silber b. R. 85 5/8 P. 85 1/8 G.; à 4 1/2 pCt. 65 1/2 P. 65 G.; à 4pCt. 58 1/2 P. 58 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/2 P. — G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 91 P. —G.; 4pCt. Grundrente 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G.; 5pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 89 3/4 P. 89 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/4 P. 90 3/4 G.; à 4pCt. 99P. 98 1/2 G.; 4 1/2 pC. 101 3/4 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 80 1/2 P. 80 G.; à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 P. 36 3/4 G.; 1 1/4 pCt. neue 22 15/16 P. 22 13/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1136P. 1131G. Neue Bankaktien — P. — G. Credit-Actien à 5pCt 151 P 149G. Darmstädter Bankaktien alte 350 1/2 P. 348 1/2 G.; junge 312 1/2 P. 310 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 489 P. 484G. Mitteldeutsche Creditbank 98 P. 97 1/2 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 100 3/4 P. 100 1/4 G. Frankf. Bankaktien 111 1/4 P. 110 3/4 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 483 P. — G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 535 P. 530 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 267 P. 265 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 138 3/4 P. 138 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 103 1/4 P. 102 3/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100 5/8 P. 100 1/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 P. 79 1/2 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77 1/2 P. 77G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 90 3/4 P. 90 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114 1/2 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 P. — G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/2 P. 112 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 116 1/4 P. 115 3/4 G. à fl. 25 34 1/4 P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 P. 38 1/2 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 1/4 P. 117 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99 5/8 P — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104 1/2 P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 1/2 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 1/2 P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111 3/8 P. 111 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 3/4 P — G.	Wien 3 M. mit 4% 111 P. — — G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 10. Novbr. Nach der von unserem Senate vor Kurzem ausgesprochenen Amnestirung der bei dem Aufstand vom 18. Sept. 1848 in Frankfurt minder *kompromittirten* Personen ist jetzt das kriminalgerichtliche Urtheil gegen diejenigen Staatsangehörigen Frankfurt's, welche wegen besonderer Betheiligung an der Vorbereitung und Leitung des Aufstandes von der Amnestie ausgeschlossen sind, erlassen worden. Die Zahl der Verurtheilten beläuft sich auf etwa zwanzig. Das Maß der verhängten Strafen bewegt sich von dreijährigem bis zu dreiwöchentlichem Gefängniß. Die davon betroffenen Individuen wollen sich dem Vernehmen nach an die Gnade des Senats wenden. (N. C.)

Aus Frankfurt, 7. Novbr. wird den „Hamb. Nachr." geschrieben: Wie hier auf glaubhafte Weise verlautet, würde das Verbot der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" in Preußen schon in allernächster Zeit zurückgenommen werden.

Wien, 8. Nov. Aus Anlaß, wo die Kriegsmarine eine selbständige Stellung erhalten hat, und wo die gesammte Wasserstreitmacht unter Einem Befehl vereinigt wurde, soll das Flottillenkorps für die Fluß- und Landseeschifffahrt auf der Donau, dem Po, dem Gardasee, dem Lago maggiore und den Lagunen mit der Kriegsmarine vereinigt werden. (A. Z.)

Bern, 11. November. General Dufour, ehemaliger Lehrer Napoleons III., vom Bundesrath in der Neuenburger Frage mit einer Spezialkommission betraut, ist gestern Abend nach Paris zu Kaiser Napoleon abgereist. (T. D. d. Fr. J.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 316.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 13. November 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 11. Novbr. In einem neuesten Erlaß unseres erzbischöflichen Ordinariats wird die Diözesan-Geistlichkeit ermahnt, dahin zu wirken, daß den entschiedenen Organen kirchlicher und konservativer Gesinnung die thunlichste Unterstützung und kräftigste Förderung geleistet werde. (B.Ldb.)

München, 10. Nov. Der diesjährige Garnisonswechsel ist jetzt beendet, nachdem am 7. d. die von Zweibrücken kommende 1. Division des 3. Chevauxleger-Regiments Herzog Max in Dillingen eingerückt ist; dieselbe war von Zweibrücken bis Dillingen 23 Tage unterwegs, da unsere Eisenbahnen, mit denen dieser Weg in längstens 2 Tagen zurückzulegen wäre, zum Transport größerer Kavallerie-Abtheilungen nicht eingerichtet sind. (Augsb. Abdz.)

München, 11. Nov. Die Mitglieder des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Reichsräthe sind nun auch sämmtlich hier versammelt und haben bereits Besprechungen gepflogen. (B. Ldbt.)

Speyer, 9. Novbr. Daß die Kultur des Tabaks in unserer Pfalz auf einer sehr hohen Stufe der Vollkommenheit steht, beweisen schon die dafür erzielten Preise, welche in diesem Jahre in den renommirteren Gegenden bereits auf 30 fl. per Zentner gestiegen sind. (Pfälz. Z.)

Aichach (in Oberbayern), 9. Novbr. Vorige Woche befand sich eine k. Kommission hier, um das geeignete Lokal zu dem hier zu errichtenden Bezirksgerichte ausfindig zu machen. Es wurde hiezu unser 198 Fuß langes und 60 Fuß breites Landgerichtsgebäude bestimmt, auf welches, wie auch auf die Frohnfeste, noch eine Etage gebaut werden wird, welche Bauten, sobald die Witterung es gestattet, unverzüglich in Angriff genommen werden. (B. Bl.)

Preußen. In einem Zirkular-Erlasse des Ministers des Innern vom 23. Oktober d. J. ist dargelegt, welche Richtung auf mehreren öffentlichen Bühnen in neuerer Zeit hervorgetreten sey, und wie sehr diese Richtung in sittlicher Beziehung zu Bedenken Anlaß gebe. Eine Anzahl frivoler und schlüpfriger Theaterstücke französischen Ursprungs seyen auf die betreffenden Bühnen verpflanzt worden. Dieselben entlehnen ihr Interesse großentheils der pikanten Schilderung des sittlich verderbten Treibens einer tief gesunkenen Schichte der Gesellschaft, besonders derjenigen Verhältnisse und Erscheinungen, in welchen die Auflösung aller Grundlagen des ehelichen und Familienlebens sich äußere; frivole Sitten und Lebensanschauungen würden in jenen Stücken dem Publikum, wenn nicht geradezu empfohlen, doch mit einem so blendenden äußeren Scheine vorgeführt, daß das sittliche Gefühl dadurch unvermeidlich abgestumpft und irre geleitet werde. Während in einzelnen der bezüglichen Stücke die Tendenz zur Beschönigung gewisser Erscheinungen sittlicher Entartung unverhüllt hervortrete, sey in andern zwar die Absicht anscheinend auf Warnung vor jenen sozialen Verirrungen gerichtet, aber auch in diesen Stücken könne die Handlung und Darstellung, indem sie sich ausschließlich in der Sphäre und in den Anschauungen des frivolsten Theils der Gesellschaft bewege, nur den demoralisirendsten Einfluß auf die Gefühls- und Sinnesweise des großen Publikum üben. Im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit sey es daher dringend erforderlich, der weiteren Verbreitung dieser Art dramatischer Erzeugnisse Einhalt zu thun und die Darstellung von Stücken der bezeichneten Art fernerhin nicht zu gestatten. Abgesehen von denjenigen Stücken aber, deren gesammter Inhalt und wesentliche Tendenz zu den erwähnten Bedenken Anlaß gebe, sey überhaupt darauf zu achten, daß auch in anderen Theaterstücken nicht durch einzelne Aeußerungen, Couplets u. dgl. eine leichtfertige Auffassung ernster sittlicher Verhältnisse verbreitet werde. Ueberhaupt sey darüber zu wachen, daß die Schaubühne, bei deren Beaufsichtigung der Zweck einer sittlichen Einwirkung auf das Volksleben niemals aus dem Auge zu verlieren sey, ihren tief greifenden Einfluß nicht dazu mißbrauche, um in irgend einer Richtung einer verderblichen frivolen Denkweise Vorschub zu leisten. (Nat.-Z.)

Berlin, 10. Novbr. Man erfährt, daß das Verbindungswesen an unsern Universitäten, das lange ziemlich unbeachtet blieb, jetzt einer aufmerksameren Ueberwachung unterliegt. Es haben sich in den letzten Zeiten allerdings politische Exzesse der Verbindungen nicht wahrnehmen lassen, auch wird der sittliche Geist derselben mehr als früher gerühmt; indessen scheint man doch es für nöthig zu halten, daß Studentenverbindungen von Einflüssen frei gehalten werden, welche die geistige Entwickelung der Studirenden leicht in „falsche Bahnen" leiten könnten. (C. B.)

Berlin, 10. Nov. Den Ende dieses Monats zusammentretenden beiden Häusern des Landtags wird auch eine Vorlage wegen anderweitiger Besteuerung der Presse gemacht werden. Die seit Wiedereinführung der Zeitungsstempelsteuer in veränderter Form gemachten praktischen Erfahrungen sollen zu der Ueberzeugung geführt haben, daß diese Art der Besteuerung nach beiden Seiten hin, neben einer Reihe anderer Inkonvenienzen, ihren Zweck nur mangelhaft zu erreichen im Stande ist. Man beabsichtigt deßhalb, die bisherige Besteuerung in eine weniger belästigende und ihren Zweck besser erreichende Art derselben umzuwandeln.

Hannover. Celle, 7. Novbr. Seit dem 27. Oktbr. ist unsere nach dem Muster der Egestorff'schen eingerichtete Speiseanstalt in Betrieb gesetzt. Dieselbe liefert für den Preis von 14 Pfennig ein Portion außerordentlich nahrhaftes und wohlschmeckendes Essen mit einer geringen Fleischportion, und hat bislang gegen 400 Portionen täglich verausgabt. Die Herstellung der Baulichkeiten sowie die innere Einrichtung kostet p. m. 6000 Thaler.

Großherzogthum Hessen. Mainz, 10. November. Unser Gemeinderath hat dem Ministerial-Präsidenten, Frhrn. v. Dalwigk, in Anerkennung seiner Verdienste um seine Vaterstadt das Ehrenbürgerrecht der Stadt Mainz verliehen. (M. J.)

Kurhessen. Kassel, 11. Novbr. Aus Anlaß eingegangener Petitionen ist das Ministerium des Innern Seitens der zweiten Kammer um Auskunft über das Projekt einer Bebra-Schweinfurter Eisenbahn ersucht worden. Obgleich nun schon mehrere Wochen darüber hin sind, so ist eine Antwort noch nicht erfolgt. (Fr. J.)

Mecklenburg. Schwerin, 8. Novbr. Der Prozeß der Rostocker und Bützower Inhaftirten dürfte nochmals zur Verhandlung kommen, da mehrere derselben das Rechtsmittel der Revision ergriffen haben.

§ **Oesterreich.** Wien, 10. November. (Priv.-Korresp.) Die beruhigenden Erklärungen, welche Herr v. Bourqueney im Namen seines Gouvernements vor einigen Tagen über die von dem Grafen Morny in St. Petersburg beobachtete Haltung abgab, scheinen nicht ganz die von dem französischen Kabinete gehoffte Wirkung gehabt zu haben. Man fühlt sich hier durch diese Eröffnungen nicht vollkommen befriediget und zwar wie mir versichert wird, weil sie die Politik des französischen Krönungsbotschafters nicht vollkommen erklären. Ich habe Ihnen bereits unter dem 31. Oktober mitgetheilt, daß die Einigung zwischen Rußland und Frankreich über gewisse Punkte der Donaufürstenthümerfrage, die künftige Reorganisation derselben, die Gränzregulirung und die Okkupation durch unsere Truppen, sowie über andere politische Fragen eine bestimmte Formulirung erfahren habe; es scheint nun, daß man hier über diese Angelegenheit sehr genaue Daten in Händen hat, welche, wie man hört, hauptsächlich der Thätigkeit Englands zu verdanken seyen, und durch die oben erwähnten Erklärungen des französischen Botschafters nicht entkräftet worden sind. Frankreich wird sich daher jedenfalls zu weiteren Berichtigungen entschließen müssen, sollen anders die im letzten „Moniteur"-Artikel enthaltenen Versicherungen eine Wahrheit werden. — Der neapolitanische Gesandte, Fürst Petrulla, hat gestern neue Depeschen von seinem

Kabinete erhalten, über deren Inhalt jedoch bis jetzt nur Vermuthungen zirkuliren.

Wien, 8. Nov. Der Unterrichts-Minister, Graf Thun, hat es durchgesetzt, daß an den Gymnasien in den nicht deutschen Provinzen die Kroulandssprache obligat vorgetragen werde. Es ist dies eine Konzession, die er den nationalen Parteien gemacht.

Wien, 9. Nov. Ein heute publizirter Ministerialerlaß hebt die Annahme von ausländischen Goldmünzen und Fünffrankenstücken bei Zollzahlungen auf, dagegen sind die in dem Erlaß vom 9. Juli 1854 angeführten Silbermünzen des deutschen Zollvereins, nämlich die doppelten und einfachen Thaler des 14-Thalerfußes, dann die doppelten und einfachen Gulden des 24½-Guldenfußes noch ferner nach dem dort festgesetzten Werthverhältnisse bei Zollzahlungen anzunehmen. (Fr. Pstz.)

Am 25. Oktober wurde im Schlosse zu Brunnsee in Steiermark die Vermählung des k. k. Kämmerers Marchese Cavriani mit der Gräfin Isabella Lucchesi-Palli, geborenen Prinzessin von Campofranco, Tochter Ihrer königl. Hoheit der Frau Herzogin v. Berry, vollzogen. Es wohnten derselben der Herzog v. Chambord und der k. neapolitanische Gesandte Fürst Petrulla aus Wien bei. (Oesterr. Ztg.)

Wien, 10. Novbr. Der Verwaltungsrath der Kreditanstalt verzichtet auf die Tantieme für dieses Jahr. (N.-Z.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 9. Nov. Die Konferenz in Bern, oder vielmehr die Besprechung wegen der Oronbahnlinie, hinsichtlich der Expropriatsbedingungen auf Waadtländergebiet, hat, wie sich voraussehen ließ, kein entscheidendes Ergebniß geboten. Zu einer wirklichen Berathung kam es, in Abwesenheit der hartnäckig ausgebliebenen Vertreter von Waadt, nicht, und die gestrige Schlußsitzung dauerte kaum zwei Stunden. Die „Neue Zürcher Ztg." vernimmt aus guter Quelle, daß die Verhandlungen der Konferenz nur zwischen den Repräsentanten des Bundesrathes und der Gesellschaft Bartholony stattfinden. Die Angebote der letztern werden nun den waadtländischen Behörden übermacht. Waadt behauptet nämlich, daß es bei Expropriation seines Gebiets nichts mit Freiburg zu reden habe. (O Kantönligeist!) Schließlich wird wohl die (im Januar oder Februar des nächsten Jahres zusammentretende) Bundesversammlung über die aufgestellten Bedingungen zu entscheiden haben. (Fr. Postz.)

Die Erziehungsdirektion von Aargau hat sämmtliche in Klöstern herangebildete Gymnasiasten beim Maturitätsexamen durchfallen lassen und will dieses öffentlich rechtfertigen. (Schw. M.)

Freiburg, 10. Nov. Gestern (Sonntag) wollten zwei Bauern zwei Wagen Kartoffeln von Freiburg nach Vivis führen. Der Pöbel (400 Mann stark) griff sie an, plünderte ein Faß, und als die Polizei herbeieilte und die Fuhrleute bis zum Romontthor begleitete, flogen Steine. Hierauf gaben die Gensdarmen Feuer; es gab einen Todten und zwei Verwundete. Die Fuhrleute wurden befreit. (N. Z. Z.)

Niederlande.

Amsterdam, 5. Novbr. Nach den vom Finanzminister eingereichten Dokumenten, welche zur Ergänzung des Budgetentwurfs dienen, sind in den Jahren von 1850 bis 1856 56,645,873 fl. 88¼ C. der Nationalschuld eingelöst und getilgt worden, wodurch der Betrag der zu zahlenden Zinsen um 1,893,998 fl. vermindert ist. Außerdem sind noch zur weiteren Tilgung 5,022,525 fl. verfügbar, die meist aus Ueberschüssen des vergangenen Jahres bestehen (5 Mill.), und worüber die Kammer zu bestimmen haben wird. (Allg. Ztg.)

Großbritannien.

London, 8. Novbr. Diese Nacht ist Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen in Dover eingetroffen, von wo er sich heute früh über London nach Windsor begeben hat. (H. N.)

Frankreich.

Paris, 9. Nov. Man spricht hier von einer angeblichen Unterhaltung, welche der Kaiser mit einer jungen lebhaften Dame, die sich manches erlauben darf, gehabt haben soll. Die junge Dame machte Napoleon Vorwürfe darüber, daß er dem Lande alle Freiheiten genommen habe. „Die individuelle Freiheit", soll der Kaiser geantwortet haben, „war noch unter keiner Regierung so respektirt, wie unter der meinigen." „Ja aber die Freiheit der Tribune und der Presse!" rief die junge Dame aus. „Was diese betrifft," sagte der Kaiser abbrechend, „so werde ich sie niemals gestatten." (Die Erzählung scheint etwas zugespitzt.) (K. Z.)

Aus Paris, 9. Nov. wird der „Köln Ztg." geschrieben: „Wie man heute versichert, und aus gewöhnlich wohlunterrichteter Quelle, so gestalten sich die Beziehungen zwischen London und Paris wieder etwas freundschaftlicher. Graf Persigny, der nach London zurückgereist, ist Träger der versöhnlichsten Versicherungen (Worte, nichts als Worte! Der Riß, welchen das gute Einverständniß beider Mächte erlitten hat, wird dadurch nur verdeckt!) Graf Walewski wird seine Entlassung geben und für die Zwistigkeiten der letzten Zeit verantwortlich gemacht werden. Der Artikel des „Constitutionnel" ist die nächste Veranlassung zur Demission Walewski's."

Paris, 9. Nov. Heute ist die erste Nummer der neuen finanziellen Wochenschrift „La Semaine Financière" erschienen. Derselben entnehme ich folgende Einzelheiten über die Affaire der russischen Eisenbahnen: „Die Gründer dieses Unternehmens werden die Ausgabe der Aktien nur nach und nach (während mehrerer Jahre) vornehmen, um die verschiedenen Börsen von Europa nicht zu sehr zu überschwemmen. Die russ. Regierung garantirt 5 pZt. Zinsen, von denen sie ½ oder ⅔ pZt. zurückbehält, zum Amortissement der Aktien bestimmt. Da die Zukunft dieser Eisenbahnen sehr unsicher ist, so werden die Aktien unter der Garantie der russischen Regierung wie die Obligationen der französischen Eisenbahnen und vorher festgesetzten Zinsen behandelt und mit 750 Franken eingelöst werden. Wie die „Semaine Financiere ferner wissen will, haben die Gründer, jeder zum Nutzen der Industrie seines Landes, gewisse Vortheile für die Lieferung von Maschinen und Schienen stipulirt." Die „Semaine" scheint dem neuen Unternehmen günstig gestimmt zu seyn. Der Bau des russischen Eisenbahnnetzes ist in Anbetracht der gestellten Bedingungen eigentlich nur eine Anleihe, die Rußland macht. Dieselbe wird sich ungefähr auf eine Milliarde Franken belaufen und die russische Schuld, die gegenwärtig 451 Millionen Rubel (1800 Millionen Franken) beträgt, um über ⅓ vermehrt werden.

* Paris, 6. Novbr. Mehrere Frauen, welche die Kaiserin bei ihrer Ankunft gestern ganz in der Nähe sahen, wollen eine Veränderung in deren Gesichtszügen bemerkt haben, die — wie sie sagen — zu der Vermuthung berechtiget, daß Ihre Majestät sich in interessanten Umständen befindet.

* Paris, 10. November. Der Kautschuk leistet den Schmugglern so vortreffliche Dienste, daß man seit Verbreitung desselben in der That bereits eine Zunahme der Zolldefraudation beobachtet. Seit einiger Zeit bemerkte einer der Oktroibeamten ein äußerst wohlbeleibtes Individuum, das sehr oft durch die Barriere ein- und ausging. Als er derselben Persönlichkeit nun vorgestern zufällig in Paris begegnete und zu seinem Erstaunen gewahrte, daß (bei dem Geschlechte des Individuum unerklärlich) die Wohlbeleibtheit plötzlich total verschwunden war, lud er gestern den Herrn, der wieder kugelrund das Thor durchschreiten wollte, ein, ihm in das Bureau zu folgen, wo man ihm einige Augenblicke später einen Kautschuk-Bauch mit etwa 20 Litres ausgezeichneten Wein, den er enthielt, abnahm, und Herrn L . . . . mit leichterem Leibe aber schwererem Herzen der Polizeipräfektur übergab.

* Paris, 10 Novbr. Die Börsenspekulanten unterhalten sich lebhaft über die Abreise des Hrn. Mirès nach Madrid. Dieser Kapitalist ist vom Präsidenten der spanischen Regierung telegraphisch nach jener Hauptstadt berufen worden. Es handelt sich um die Verwirklichung von gewissen Vorschlägen, die Herr Mirès dem Marschall während dessen Anwesenheit hier gemacht hatte. — Die Abreise der nach Fontainebleau Eingeladenen wird am 1. Dezbr. stattfinden; doch wird der Hof bloß 7 bis 8 Tage in dieser Residenz verweilen, falls, wie man noch immer für möglich hält, die Reise nicht ganz aufgegeben wird.

Spanien.

† Madrid, 6. Novbr. Ich habe Grund zu glauben, daß das spanische Ministerium Schritte gethan hat, um der Pariser „Presse" die weitere Aufnahme der Artikel von Escosura verbieten zu lassen. Doch weiß ich nicht, was das für Schritte, noch mit welchem Erfolge sie geschehen sind (gegen Escosura selbst hat die Regierung bei den spanischen Gerichten Klage gestellt). Man hat mir versichert (und ich zweifle nicht daran), daß man eine gewisse Uebereinkunft mit Rußland auf's neue abgeschlossen habe. Rußland verpflichtet sich, dieser Uebereinkunft zufolge, die verbannte Linie des Don Carlos in keiner Weise zu unterstützen, vielmehr dahin zu wirken, daß letztere die herrschende Dynastie anerkenne.

Italien.

Rom, 4. Novbr. Das gestrige „Giornale di Roma" berichtet über das Manöver der neu organisirter päpstlichen Truppen. Se. Heiligkeit der Papst erschien bei denselben, belobte die Offiziere und ertheilte der Armee den apostolischen Segen. (Oesterr. Corresp.)

Turin, 5. Nov. Der neapolitanische Advokat Mignona, dessen kürzlich beendigter Prozeß so viel Aufsehen machte, ist in

Genua angekommen und wird sich (er ist bekanntlich für immer aus Neapel verwiesen) wahrscheinlich in Genua niederlassen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 3. Nov. Es wird versichert, Graf Kisseleff habe am Hofe des Kaisers der Franzosen die Erklärung abzugeben, jetzt gerade, wo bei der Ausführung der Stipulationen des Pariser Friedens so viele Heimlichkeiten zu Tage kommen, wünsche Rußland zu bethätigen, daß es den übernommenen Verpflichtungen nachkommen werde. So wenig wie früher, als man Rußland beschuldigte, Eroberungsgelüste zu nähren, möge es gegenwärtig den Frieden Europa's und den Einklang unter den Mächten gestört sehen, wünsche dagegen aber keine längere Dauer der Uneinigkeit hinsichtlich der Streitpunkte und eine schleunige Lösung der Fragen in Betreff Bolgrads, der Schlangeninsel und der Donaufürstenthümer vor den Pariser Konferenzen (eine neue Konferenz wünscht Rußland nur deßhalb, um auf derselben das englisch-französische Bündniß vollends zu sprengen); es habe dem Wunsche der Mächte schon einmal Zugeständnisse (die Mächte verlangen von Rußland keine neuen Zugeständnisse, sondern nur Ausführung des Vertrages ohne sophistische Interpretationen) im Interesse des Friedens gemacht und werde zur Erhaltung desselben Alles thun, was zur Ausgleichung der Schwierigkeiten beitragen könne. Herrn v. Kisseleff's Haupt-Aufgabe besteht jedoch darin, Frankreichs Freundlichkeit dahin zu bestimmen, daß Rußland nicht Dinge angemuthet werden, die unter dem Vorwande der Vertragserfüllung im Grunde nur die Herrschaftsplane einer andern Macht fördern würden. Herr v. Morny hat dies hier von allen Seiten so oft und eindringlich vernehmen müssen, daß Herr v. Kisseleff in Paris nicht mehr viel hinzuzufügen haben dürfte. Weiter dürfte das kaiserlich russische Kabinet schwerlich geben, so lange das englisch-französische Bündniß besteht, trotz aller höflichen und glatten Worte des Herrn v. Morny und jener, die auch ihm gegenüber nicht gespart werden. Man ist sich sehr wohl bewußt, daß zwischen diesen und einem Bündnisse noch eine weite Kluft liegt. (Köln. Ztg.)

Die im Verlag von Mittler u. Comp. in Berlin erschienene Schrift: „Die Krimm-Expedition" vom Hauptmann a. D., Burow, ist in Rußland auf Grund eines Gutachtens seitens des russischen Generalstabs verboten worden; doch hat derselbe das Buch noch einmal von der Zentralbehörde eingefordert. Der Generalstab in St. Petersburg pflegte bisher seine literarischen Einkäufe durch die Sortimentsbuchhandlung von Schneider in Berlin zu beziehen. (Allg. Ztg.)

* Einem von einem Polen Hilaire Witrowski aus Ars-sur-Moselle an den „Courrier de la Moselle" gerichteten Schreiben entnehmen wir nachfolgende Stelle: „Man spricht viel von der Amnestie für Polen. Die nachstehenden aus verläßiger Quelle geschöpften Details werden für jene nicht ohne Interesse seyn, welche die russische Gnade und Barmherzigkeit überschätzen. . . Man rühmt die Amnestie und doch dauert die Konfiskation der Güter fort. Die im Königreich Polen gelegenen Besitzungen, die zu Dotationen für die russ. Generäle Rüdiger, Geismar, Gortschakoff (der zu Sebastopol befehligte), Bergh, Dehn (der die Citadelle von Warschau baute), Gittenschmill, Punkratiew, Rosiß, Tunoslejew verwendet wurden, liefern ein jährliches Einkommen von 280,000 poln. Gulden. Die den russ. Generälen Krentz, Stigmann, Suwers, Puscerger, Krukow verliehenen Besitzungen gewähren eine jährliche Revenue von 160,000 Gulden; die den Generälen Prasnickow, Nejhardi, Read (an der Tschernaja gefallen), Okmiew, Friederieus, Arseniew geschenkten Güter repräsentiren jährlich 120,000 Gulden; die den Generälen Tornau, Gerstenzweig, Offenberg, Manderstern verliehenen Besitzungen jährlich 95,000 Gulden; die den Generälen Nicletow, Ereodajeff, Szulginew, Srabelski, Obruezow geschenkten Güter haben ein jährliches Einkommen von 66,000 Gulden und die Dotation der Generäle Suchajonnette, Leibnitz, Lisiezki und Patow trägt jährlich 58,000 Gulden. Im Ganzen haben die in Polen mit Beschlag belegten Güter, mit welchen man die verschiedenen russischen Generäle und Beamten beschenkte, einen Werth von 21,960,000 poln. Gulden oder 13,725,000 Franken und im polnischen Theil der ersten Theilung (Kraje-Zubrane) belaufen sich die von der russ. Regierung konfiszirten und administrirten Güter auf 139,000,000 Fr. Im Ganzen 106,725,000 Fr — und diese Summe umfaßt nur die Immobilien, die gesondert konfiszirten Fonds, die angelegten Gelder ꝛc. sind nicht dabei. — Diese Spoliationen berührt die russ. Amnestie nicht. Was die Personen betrifft, so bleiben außer derselben 240 zum Tode Verurtheilte und Gehenkte, 7 Andere mit dem Beile Enthauptete, 9 zu 20jähriger Eisenstrafe Verurtheilte; 2340, welche die Amnestie vom 4. Oktober 1832 nicht benützten; — die Mitglieder der Regierung von 1830; — die Deputirten, welche die Entsetzung Nikolas unterzeichneten, der exilirte polnische Klerus, — die Führer der Nationalbewegungen von 1833, 1836, 1846 und 1848, — die Polen, welche im Herzogthum Posen, Ungarn und Italien dienten, — die Komite-Mitglieder u. s. w."

Amerika.

In einem am 6. Okt. in **Newhaven** (Nordamerika) abgehaltenen Wettkampfe von 40 **Feuerlösch-Kompagnien** aus allen Städten der Union wird folgendes Resultat gemeldet: 13 Kompagnien lieferten mit ihren Spritzen Wasser auf eine Schlauchlänge von 450 Fuß engl. = 437 Fuß rheinisch. Den ersten Preis von 500 Dollars gewann die Pippowan Comp. von Stamfort, Connecticut, deren Wasserstrahl die Höhe von 153 Fuß englisch oder 148½ rheinisch erreichte, den zweiten die Damper Comp. von Hartford mit 152 Fuß und den dritten die Phönix Comp. Nr. 12 von Brooklyn mit 149 Fuß. Die Maschinen sind in New-York und Boston gebaut.

Das **Kameel** hat sich in **Amerika** so vortrefflich als Lastthier bewährt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, aufgemuntert durch den ersten Probeversuch, eine zweite Ladung kommen lassen will. Der erste glückliche Versuch war vergangenes Jahr mit 39 Kameelen in Texas gemacht worden.

* Der „Price-Current" von **Cincinnati** veröffentlicht das genaue Ergebniß der diesjährigen **Ernte** in den Vereinigten Staaten von Nordamerika; er schlägt dieselbe reichlich 10 Prozent besser als in den Vorjahren an. Die 28 Staaten produzirten dieses Jahr 142,836,000 Buschels Getraide.

Nichtpolitische Zeitung.

Kopenhagen, 2. Novbr. Der Kriegsassessor C. A. Grunth, Dessinateur bei der dänischen Artilleriebrigade, hat sich eine Anzahl von Jahren hindurch mit Authographie, die Kunst mit autographischer Tinte auf Papier zu zeichnen, und die Zeichnung auf einen lithographischen Stein zu übertragen, wovon Tausende von Abdrücken genommen werden können, beschäftigt; er hat diese Kunst zu einem so hohen Grade von Vollkommenheit gebracht, daß er ohne artistisch-lithographische Hülfe im Stande ist, Abbildungen hervorzubringen, die in Rücksicht auf Reinheit und Schärfe in Contur den Liniengravirungen in Stein an die Seite gestellt werden können. Durch eine Ueberführung dieser Autographirungsmethode auf Photographien ist es dem Auffinder geglückt, auf eine äußerst einfache und wenig kostspielige Art ein photographisches Bild tausendfach zu vervielfältigen. Das Papier mit dem Lichtbild ist auf eine eigenthümliche Art präparirt, welche das Geheimniß des Erfinders ist, die Conturen kommen auf demselben mit autographischer Dinte nach, und das Bild wird darauf auf den Stein gebracht. Der Erfinder hat vorläufig in Ermangelung eines besseren Namens seine Methode „Chalkographie" genannt. In den Abbildungen treten die Linien scharf und klar für das Auge auf dem weißen Papier ohne die für Photographien eigenthümlichen dunkeln Töne hervor, und auf diesen Chalkographien wird dann entweder durch Tondruck oder durch Anlegung mit dem Pinsel jede Farbennüance hervorgebracht werden können; diese, welche oft dazu nothwendig ist, um dem Gegenstand sein rechtes Gepräge zu geben, läßt sich bei photographischen Bildern nicht wohl ausführen. (Nat.-Ztg.)

„Im grünen Wald" Bilder aus der Natur von Isabella Braun. Mit Zeichnungen von Ferdinand Rothbart. Die fleißige, bei der Jugend so beliebte Verfasserin bietet in dem angeführten Buche eine waldduftige Gabe, die für Alt und Jung, wer immer Sinn und Auge für das abgefriedete Leben in Busch und Forst offen hält, gleich erquicklich seyn wird. Wer hier süßlich geleckte Salonbildchen erwartet, jene theewässerigen Berliner Salbadereien über das, was sich der (französisch zugestutzte) Wald erzählt, und was sie den (Stuben-) Vögeln abgelauscht — der fände sich nun freilich enttäuscht. Bewahre uns der Himmel davor. Isabella Braun trägt nicht den Wald en miniature in den Salon hinein, sondern führt uns vielmehr aus dem Salon hinaus in den würzigen Wald selbst, wie ihn der liebe Gott geschaffen. Es sind lebendig konzipirte Anschauungen eines klaren Auges und einer gesunden Einbildungskraft, was sich in diesen Bildern vor dem Leser aufthut. All' das bunte, schillernde, singende, duftende Leben des grünen Reviers wird in sinnigem Wechsel, in gebundener und ungebundener Form, herangeführt; das stillemsige Käfer- und Schmetterlingsvolk krabbelt und schwirrt vor uns in Moos und Strauch, das scheue Wildpret läßt sich auf seinem einsamen Wechsel belauschen, die Vögelgilde theilt sich in wohliger Harmonie in ihr fröhliches Tagewerk, die namen- und farbenreiche Baum- und Blumenwelt entfaltet ihre Reize — Alles individualisirt sich, und aus dem reichen in geselliger Nähe vereinten Stoffe webt sich ungezwungen Bild um Bild, Geschichte und Abenteuer, Lehre und Mahnung in gefälliger Einfachheit. Auch aus Leben und Empfinden der Menschen im Walde ist nicht vergessen, das Treiben des Kohlenbren-

ners, des Holzschlägers, des Jägers, des Klausners findet seine wohlgelungene Skizze, Jahreszeit und Witterung die recht erfaßte Schattirung. Zu den gelungensten Bildern darin dürfen unstreitig die Geschichte „Von den lieben Vögelein“ und „Das Köhlermädchen“ gerechnet werden. Ueberhaupt ist der Eindruck des Ganzen ein erfreuender, der außerdem noch durch die eingelegten lieblichen, phantasievollen Zeichnungen des trefflichen Malers Rothbart erhöht wird — eine Beigabe, wodurch das Buch in den Augen der Jugend doppelt gewinnt. — Man fühlt es der Frische der Darstellung nach, daß die Verfasserin, die ein entschiedenes deskriptives Talent besitzt, das Buch vom grünen Wald mit besonderer Liebe und mit einem dauernden Gleichklang der Seelenstimmung ausgearbeitet hat; und wer diese erfrischende Harmonie in sich erklingen lassen will, dem rathen wir vom Herzen, das schöne Buch zu lesen. —d—

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 12. Novbr. Von Beginn der Börse an zeigte sich für österr. Kreditaktien entschiedene Kauflust und wurden solche in großen Posten zu steigenden Kursen vom Markt genommen, auch österr. Staatsbahn war bedeutend höher, Darmstädter Bankaktien zweiter Serie dagegen etwas mehr angeboten. Providentia wurde zu 105 ½ ¼ in Posten umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77¼ P. 76¾ G. 5pCt Lombard-Ven. 87¼ P. 86¾ G. Metall. alte à 5pCt. 75¾ P. — G.; à 5pCt. in Silber h. R. 85⅝ P. 85⅛ G.; à 4½pCt. 65⅜ P. 64⅞ G.; à 4pCt. 59 P. 58½ G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56⅛ P. 55⅞ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 91½ P. — G.; 4pCt. Grundrente 94¾ P. 94¼ G.; 4½pCt. 100¾ P. 100¼ G.; 5pCt. 100¾ P. 100¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90¼ P. 89¾ G.; 4½pCt. 102¼ P. 101¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91¼ P. 90¾ G.; à 4pCt. 99 P. 98½ G.; 4½pC. 101¾ P. 101½ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 80½ P. 80 G.; à 3½pCt. 90¼ P. 89¾ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 P. 36¾ G.; 1¼pCt. neue 22⅞ P. 22¾ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1137 P. 1132 G. Neue Bankaktien 257 P. 252 G. Credit-Actien à 5pCt. 156 P 154 G. Darmstädter Bankaktien alte 351 P. 349 G.; junge 312 P. 310 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 490 P. 485 G. Mitteldeutsche Creditbank 98½ P. 98 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 101 P. 100½ G. Frankf. Bankaktien 111 P. 110½ G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 485 P. 482 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 531 P. 529 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 272 P. 270 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 139⅝ P. 139 G. Neustadt-Weissenb. 103½ P. 103 G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100¾ P. 100¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 P. 79¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77½ P. 77¼ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 90½ P. — G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114½ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 P. 98½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 113½ P. 112½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 P. 47¾ G. Darmst. Loose à fl. 50 116¼ P. 115¾ G. à fl. 25 34¼ P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅝ G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43½ P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛ P. 99⅞ G.	Lond. L.st. 10 k.S. 117⅛ P. 117 [illegible]
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119⅜ G.	Mail. i.S. Lr. 250 k.S 99⅝ P — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104½ P. 104¼ G.	Paris Frs. 200 k.S 93⅛ P. 92⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104½ P 104¼ G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld.k.S. 96½ P. — G.	Wien fl. 100 C. k S. 111⅜ P. 111⅛ G.
Hamb. MB. 100 k.S 88¾ P — G.	Wien 3 M. mit 5% 111⅛ P. 110⅞ G.
Leipz. Thlr. 60 k S. 104⅝ P. 104⅜ G.	Disconto — P. 6pCt. G

Die Ernte in **Irland**. Es wird allgemein zugestanden, daß sie ein sehr günstiges Resultat geliefert habe. Wir haben Jahre gehabt, in denen einzelne Artikel einen gleich guten Ertrag geliefert haben, aber die diesjährige Ernte, alle Feldfrüchte zusammengerechnet, ihres Gleichen nicht. Waizen hatte einen Durchschnittsertrag von 30 Bushel pr. Acre (ca 12 Schfl. pr. Morgen). Uns liegt ein Bericht über ein Feld von 4 Acres Waizen vor, welches 42 Bushel pr. Acre (ca. 17 Schfl. pr. Morgen) lieferte. Mit Waizen waren bebaut 529,363 Acres. Hafer, eine der Hauptfrucht des irischen Ackerbaues, ist größtentheils trocken und gut eingebracht und man schätzt den Werth des diesjährigen Ertrages von dieser Frucht auf 15 Mill. L. Kartoffeln sind etwas klein, aber sehr reichlich und befriedigend gebaut. Die Frucht ist meist gesund und wird massenhaft zu Markt gebracht.

Neueste Nachrichten.

Hannover, 8. November. Die Verhandlungen wegen **Wiederherstellung des Bisthums Osnabrück** nahen sich dem Abschlusse, wie die „Hannov. Nachr.“ aus zuverlässiger Quelle erfahren. Wie verlautet, haben beide Theile bereits sich geeinigt, unter Vorbehalt wahrscheinlich der Ratifikation von Seiten der beiderseitigen Auftraggeber.

Berlin, 10. Nov. Mehreren hiesigen Blättern zufolge ist der seit länger inhaftirte Theaterdirektor **Deichmann** gestern Abend seiner Haft vorläufig entlassen worden, mit Vorbehalt der gegen ihn zu erhebenden Anklage. Dem Vernehmen nach ist die Entlassung erfolgt, weil gegen Deichmann die Anklage nicht auf betrüglichen Bankerott, sondern nur auf Betrug gerichtet werden wird. Auch der Kassirer Arndt ist auf freien Fuß gesetzt. Die Verhandlung der Anklage wird längstens binnen drei bis vier Wochen stattfinden.

Petersburg, 4. Nov. Wie groß auch immerhin augenblicklich die Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich seyn mag, so vermag sie doch die Erinnerung an die napoleonischen Kriege, namentlich an den Einfall der Franzosen in Rußland im Jahre 1812 nicht zu verwischen. Daher wurde auch in diesem Jahre der Erinnerungstag an den Rückzug Napoleons aus Moskau in dieser Stadt festlich, und fast möchte es scheinen, prägnanter, begangen als in früheren Jahren. Die „Moskauer Zeitung“ wenigstens nimmt auf das dermalige freundschaftliche Verhältniß mit Frankreich wenig Rücksicht, sondern berichtet über die erwähnte patriotische Festlichkeit in wenig gewählten und durchaus nicht zarten Ausdrücken wie folgt: „Am 26. Okt. wurde zur Erinnerung an den ruhmwürdigen Sieg über den Feind und dessen Vertreibung aus hiesiger Hauptstadt im Jahre 1812 in der großen Uspensky Kathedrale durch den Metropoliten Filaret die heilige Liturgie abgehalten, nach deren Beendigung um den ganzen Kreml eine Prozession stattfand. Hierauf sprach der genannte Metropolit ebenfalls in der Uspensky-Kathedrale das Dankgebet für die Rettung dieser Stadt vor dem Einfalle der fremden Völker und das Gebet für das Leben des Kaisers und der ganzen kaiserlichen Familie; schließlich wurde, wie üblich, die große Iwan-Glocke geläutet.“ (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 317. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 14. November 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 12. Nov. Die Verbreitung kirchenfeindlicher Blätter betreffend, hat das erzbischöfliche Ordinariat München-Freising folgendes Generale erlassen:

„Eines der wirksamsten Mittel, dem Volke Ideen und Anschauungen beizubringen, die geeignet sind, in demselben eine gewissen Zwecken dienende Gesinnung vorzubereiten, ist ohne Zweifel die Verbreitung solcher in dieser Richtung geschriebener Blätter und Druckschriften, die vom Volke am meisten gelesen werden. Zu solchen Blättern gehören vorzugsweise Kalender, Zeitungen, periodische Flugschriften ꝛc. Es kann dem beobachtenden Blicke des hochwürdigen Diözesan-Klerus nicht entgehen, welche Anstrengungen insbesondere in neuester Zeit die Feinde der Kirche und des Thrones machen, bei dem Volke Zeitungen und in populärer Sprache geschriebene Druckschriften möglichst in Umlauf zu setzen, welche die katholische Kirche und ihre Institutionen in der feindseligsten und verächtlichsten Weise besprechen, die politischen Ideen verwirren, Unzufriedenheit mit den bestehenden Staatseinrichtungen und Achtungslosigkeit vor dem Priesterthum und den öffentlichen Behörden aussäen, Grundsätze und Lehren verbreiten, die den sinnlichen Neigungen schmeicheln ꝛc., dagegen welche grobe und feine Künste sie aufbieten, um Blätter, welche es sich zur Aufgabe gestellt, die Interessen und das Ansehen der katholischen Sache zu vertreten, dem christlichen Moralgesetze das Wort zu sprechen, und gesunde, der gesellschaftlichen Wohlfahrt und der Erhaltung der sozialen Ordnung förderliche Anschauungen zu pflegen und zu verbreiten und dieser Aufgabe unter allen Zeitverhältnissen mit treuer Konsequenz und beharrlichem Muthe nachzukommen bestrebt waren, zu unterdrücken, sie aus den Gasthöfen und Wirthshäusern zu verdrängen, den Kreis ihrer Abnehmer zu lichten und das Erscheinen dieser Blätter finanziell unmöglich zu machen. Es dürfte in dieser Beziehung nicht uninteressant seyn, aus einem der gelesensten Zeitungsblätter einen numerischer Vergleich zu entnehmen, nach welchem sich das Verhältniß der katholischen Blätter in Deutschland zu den nichtkatholischen und größtentheils der katholischen Kirche feindlichen wie ungefähr 1 zu 15 herausstellt. Besonderen Anstrengungen der Feinde der Kirche und des Staates gegenüber ist eine besondere Thatkraft der Abwehr nothwendig. Es ergeht daher unter Bezugnahme auf das oberhirtliche Ausschreiben vom 17. Okt. l. Js. und unter Hinweisung auf den Zuruf, womit unser heiliger Vater Pius IX. in seinem Rundschreiben vom 8. Dezember 1849 die Bischöfe Italiens auffordert, daß sie den vornehmsten Fallstricken der verschlagensten Feinde der Kirche und der menschlichen Gesellschaft, das Volk durch gottlose Schmähschriften, Journale und Flugschriften voll von Lüge, Verläumdungen und Verlockungen zu verderben, eine geschärfte Aufmerksamkeit zuwenden mögen, an die hochwürdige Diözesangeistlichkeit die oberhirtliche Mahnung mit allen in ihrem seelsorglichen Amtskreise gelegenen Mitteln und in kluger Weise dahin zu wirken, daß den unheilbringenden Bestrebungen, die Weide der Heerde Christi durch die Presse in immer weiterer Ausdehnung zu vergiften, ein Damm gesetzt, dagegen den entschiedenen Organen kirchlicher und konservativer Gesinnung alle thunliche Unterstützung und kräftige Förderung geleistet werde." (B. Ldbötin.)

Aus München, 10. November, wird dem „Schw. M." geschrieben: „Da seit längerer Zeit die Meinung verbreitet war, daß in mehreren Bierbrauereien das Malz theilweise durch Kolonialsyrup oder Zucker surrogirt werde, so hat die Regierung zum Zweck der Sicherung des Malzaufschlaggefälles Versuche mit Fabrikation solcher Biere auf dem Staatsgut Weihenstephan anstellen lassen, um zu ermitteln, ob und in welcher Weise ein Syrup- oder Zuckerzusatz sich erkennen lasse. Das Ergebniß dieser Versuche ist nun vor Kurzem mitgetheilt worden, und es geht daraus hervor, daß eine Gefährdung des Malzaufschlaggefälles durchaus nicht zu fürchten ist, indem einerseits die Fabrikationskosten nahebei dieselben sind, wie bei Anwendung des Malzes ohne Zusatz, andererseits eine Malzaufschlagsdefraudation sehr leicht durch die chemische Untersuchung des Fabrikates nachgewiesen werden kann. Aber auch ohne Zuhülfnahme der Chemie läßt sich das Syrupbier erkennen durch eine auffallende ins Rothe sich ziehende Farbe, durch widrigen brenzlichen Geruch und bitterlichen Geschmack, besonders aber durch einen krautartigen Geruch, der den Geruch des Hopfens vollkommen verdeckt. Zwischen reinem Malzbiere und dem mit einem Stärkezuckerzusatz gebrauten haben sich außer vermindertem Kühlgeläger, Trebern und Teig charakteristische Merkmale nicht finden lassen; diese sind aber immer noch bedeutend genug, um dem genannten Zusatze auf die Spur zu kommen."

München, 11. Novbr. Ueber die beabsichtigte Armee-Reduktion berichtet man der „N. Pr. Ztg." aus München:

Zur Berichtigung
der
Histoire du Consulat et de l'Empire par A. Thiers
Tome 13me.

Unter dieser Aufschrift bringt die zu Darmstadt im Verlag von J. P. Diehl erscheinende „Neue Militär-Zeitung" einen Aufsatz von acht hessischen Offizieren, aus welchem wir, da er in gewissem Maße für jeden gebildeten Deutschen von Interesse seyn wird, hier einen Auszug folgen lassen:

„Herr Thiers, der bekanntlich fortdauernd in Politik und Geschichte spekulirt und Geschäfte macht, und als eifriger Franzose la gloire et la civilisation de la grande nation über den ganzen Erdkreis und die Gränze Frankreichs bis an den Rhein, und, wo möglich, noch darüber ausbreiten möchte, hat im 13. Bande seiner Histoire du Consulat et de l'Empire auch die Kriegsereignisse in Spanien von 1811—1812, und unter anderen auch die Eroberung von Badajoz im April 1812 durch Lord Wellington, nach den, wie es scheint, ihm vorgelegenen einseitigen Berichten des Generals Philippon beschrieben und nach seinen parteiischen Nationalgefühlen zur Glorie der großen Nation und zur Herabsetzung und Verdunkelung anderer Nationalitäten mit geschwätziger Schönrednerei vorgetragen und kommentirt. Wenn nun auch ein Geschichtsschreiber wie Herr Thiers, der nur seinen individuellen Interessen, Vorurtheilen, Parteiansichten und Leidenschaften huldigt, aber nicht der Wahrheit — dem einzigen Leitsterne der Geschichte — die Ehre gibt, kein entscheidendes Gewicht in den Augen denkender und Wahrheit liebender Leser hat, und welcher nach dem Grundsatz: „audiatur et altera pars", nur mit größter Vorsicht als Gewährsmann für Thatsachen anzusehen ist: so bleibt doch immerhin ein so routinirter, eleganter Schriftsteller und Geschichtsschreiber wie Herr Thiers eine Erscheinung vom Uebel. Denn wenn dessen parteiisches Urtheil oder Entstellungen auch klar zu Tage liegen, oder nachgewiesen werden können, so bleibt in Bezug auf den großen Haufen der Leser, welche die Geschichte nicht mit Selbsturtheil und Prüfung, sondern nur zur gelegentlichen Unterhaltung lesen, doch der Satz wahr: „calumniare audacter, semper aliquid haeret". Darum lassen wir dieser einleitenden Betrachtung eine Berichtigung der nachfolgenden Stelle in Herrn Thiers Geschichtswerk folgen, Vol. 13, pag. 301 wie folgt heißt: „Auf dem rechten Flügel der Angreifer hatte General Pikton mit seltenem Muthe die Leitern an einer Seite des Schlosses anlegen lassen. Hessen hatten es zu vertheidigen. Aus Ueberraschung, Angst oder Treulosigkeit gaben sie den wichtigen Platz, der ihnen anvertraut war, Preis; ein englischer Offizier ließ sofort die Thore, welche auf die Stadt

Von den Infanterie-Regimentern beabsichtigt man die Schützen-Kompagnien der dritten Bataillone aufzuheben, jedes der sechs Jäger-Bat. von 5 auf 4 Kompagnien zu stellen, dann aber noch weitere zwei Jäger-Bataillone zu errichten, um deren Zahl im Ganzen auf acht zu bringen. Bei den Jäger-Bataillonen hat die verminderte Kompagnien- und erhöhte Bataillonszahl ihren Grund in taktischen Rücksichten, weil dieselben zu 4 Kompagnien leicht beweglich gemacht, die Bataillone aber der Zahl der Infantrie-Brigaden gleichgestellt werden, somit einer jeden einzelnen Brigade ein Jäger-Bataillon beigegeben werden kann. Die gleichzeitige Verminderung der Inf.-Kompag. hat ihren Grund wohl in dem von der 2. Kammer knapp zugemessenen Militäretat. Durch diese Verminderung wird der Status der Offiziere um 14 Hauptleute, 14 Oberlieutenants und 28 Unterlieutenants reduzirt. Da aber auch die als Adjutanten bisher verwendeten Offiziere dem Stand der Kompagnien (wie früher) wieder einverleibt werden sollen, so werden die zur Zeit in der Armee vakanten 78 Offiziersstellen nicht ausreichen, alle durch die in Aussicht stehende neue Formation verfügbar werdenden Offiziere sogleich unterbringen zu können.

Hof, 7. Nov. Vor mehreren Tagen war hier eine Kommission anwesend, um die für das Bezirksgericht, welches vom 1. Okt. 1857 an dahier seinen Sitz erhalten soll, einzurichtenden Gebäulichkeiten einzusehen. Die Kommission erwarb das ehemalige, seit der Verlegung des Postamtes auf den Bahnhof nur noch zu Dienstwohnungen benützte Postamtsgebäude für das Bezirksgericht und die längere Zeit schon leer stehende ärarialischen Getraidespeicher und das damit verbundene Salzamtsgebäude zur Einrichtung einer Bezirksgerichtsfrohnfeste. Zur Unbringung des Salzmagazins hat die Kommune ein Kommunalgebäude angeboten. Gleichzeitig wurde auch vom Stadtmagistrate der verlangte Nachweis des Vorhandenseyns der Beamtenwohnungen geliefert. Durch den steten Zuzug Fremder nimmt die hiesige Bevölkerung auffallend zu, so daß Miethwohnungen sehr gesucht sind, ja insonderheit für die untern Schichten der Bevölkerung bereits Mangel daran besteht, zu dessen Abhülfe Manches bereits schon geschehen, theils vorbereitet ist. Der Miethzins ist daher im Allgemeinen, vornehmlich aber für die kleineren Logis gestiegen. Man fürchtete nun aber, daß, sobald mit einem Male 15 bis 20 Wohnungen allein für die Bezirksgerichtsbeamten durch Aufkündigungen aus den vorhandenen Quartieren geschafft werden müssen, auch die größeren Logis wesentlich vertheuert werden möchten. Um dieses gerade für die nicht hoch besoldeten Justizbeamten mißliche Ereigniß möglichst zu verhüten, bildete sich nach geschehener Anregung unter erfreulicher Theilnahme aus dem Bürgerstande in ganz kurzer Zeit eine Aktiengesellschaft, die sichs zur ausschließlichen Aufgabe stellt, durch Neubauten so viel Miethwohnungen rechtzeitig beziehbar gegen annehmbare Miethpreise herzustellen, als zur Unterbringung der Bezirksgerichtsbeamten erforderlich seyn werden, und statutenmäßig wird der so betitelte, nunmehr seit Ende vorigen Monats allerhöchst bestätigte „Hausbau-Verein“ zehn Jahre lang die geschafften Quartiere für jene Beamten bereit halten und nur dann davon an andere Familien vermiethen, wenn keine Nachfrage von Seite der Ersteren mehr besteht. Die Stadtgemeinde, als solche, betheiligte sich bei dem Unternehmen und zur Förderung desselben durch unentgeltliche Abtretung von Bauplätzen. (N. M. Z.)

Regensburg, 11. Nov. In einer besondern Sitzung des hiesigen Magistrats wurde beschlossen, dem Hrn. Regierungspräsidenten von Oberpfalz und Regensburg, Frhrn. v. Künsberg, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Regensburg zu verleihen. (A. Pstz.)

Preußen. Berlin, 11. Novbr. Das „Corr.-Bur.“ schreibt: „Wir können der Nachricht von einer anderweiten Besteuerung der Zeitungen widersprechen.“

Berlin, 11. Nov. Dem Vernehmen nach ist es zweifelhaft, ob der in den Staatsdienst berufene Dr. theol. Wichern noch in denselben eintritt. Er soll späterhin zur Bedingung des Eintritts sein Verbleiben an der Spitze seiner Anstalt in Horn bei Hamburg gemacht und sich geäußert haben, von dorther zu den Sitzungen der betreffenden Behörden, bei denen er thätig seyn sollte, nämlich im Ministerium des Innern und dem evangelischen Oberkirchenrathe, kommen zu wollen. Ob sich diese Verhältnisse vereinbaren lassen, wird die Zukunft entscheiden. (B. Z.)

Königsberg, 8. Nov. In der heutigen Plenarsitzung des hiesigen Stadtgerichtes ist eine im Prinzip höchst wichtige Entscheidung gefaßt worden. Ein Kaufmann christlicher Konfession, welcher mit einer Jüdin ein Ehebündniß eingehen wollte, erklärte gerichtlich seinen Austritt aus der Landeskirche und glaubte nunmehr, gestützt auf das Patent vom 30. März 1847, eine bürgerliche Trauung beanspruchen zu können. Das Stadtgericht hat jedoch dieses Verlangen zurückgewiesen und eine derartige Mischehe für nicht statthaft erklärt. Die Gründe sind, da das Religionspatent in Betreff des vorliegenden Falles keine Bestimmungen enthält, im Allgemeinen aus dem Verbot der Ehen zwischen Juden und Christen und der Ansicht hergenommen, daß der Austritt aus der Landeskirche nicht zu identifiziren sey mit dem Austritte aus der christlichen Kirche, dieser vielmehr erst durch den Uebertritt zu einem nichtchristlichen Bekenntnisse erfolge. Vor Kurzem ist hier in einem ähnlichen Falle eine Christin zum Judenthume übergetreten. (K. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 11. Novbr. Die Ausfolgung von Theuerungszulagen an die niederen Bediensteten aller Departements ist jetzt geschehen. Nur Post und Eisenbahn gingen leer aus.

Kurhessen. Kassel, 11. Nov. Die auf der heutigen Tagesordnung der ersten Ständekammer befindliche Verfassungsangelegenheit hatte, wenn auch kein zahlreiches, doch jedenfalls ein größeres Publikum als bisher versammelt. Meistentheils bestand es aus Mitgliedern der zweiten Kammer. Nach Verlesung des Protokolls der vorigen öffentlichen Sitzung verlangte der Landtagskommissär, geh. Regierungsrath v. Stiernberg, eine vertrauliche Sitzung behufs einer Regierungseröffnung. Diesem Begehren entsprechend ersuchte der Präsident das Publikum um Räumung der Gallerie. Die im Publikum sofort platzgreifende Meinung, daß in der verlangten geheimen Sitzung regierungsseits die Zweckmäßigkeit einer vertraulichen Behandlung der Verfassungsfrage nachdrücklichst geltend gemacht werde, hat sich vollkommen bestätigt, indem, gutem Vernehmen nach, in dieser Beziehung eine lebhafte und interessante Debatte stattgefunden, an deren Schluß durch ansehaliche Re-

---

zu jagen, schließen, um sich im Schlosse festzusetzen, ehe die Franzosen Zeit hätten dahin zu eilen. Der Gouverneur Philippon, welcher schon mehrmals durch falschen Lärm getäuscht worden war, und der seine Reserven für den Fall einer äußersten Gefahr zurückbehielt, wollte Anfangs die Nachricht vom Ueberfall des Schlosses nicht glauben. Als er endlich, jedoch zu spät, von der Wahrheit der Sache sich überzeugte, entschloß er sich, 400 Mann dahin zu schicken.“

„Diese ganze Darstellung ist eine absolute Entstellung der Thatsachen und eine unverantwortliche Verläumdung der hessischen Truppenabtheilung.“

„Die Darstellung des Herrn Thiers ist augenscheinlich und geflissentlich darauf bedacht, den französischen Namen glanzvoll zu erheben und selbst die muthlose Unthätigkeit und die an der braven Garnison begangene Treulosigkeit des Gouverneurs der Festung, General Philippon's, in der Nacht der Erstürmung derselben durch die Engländer, zu verdecken und dem hessischen Namen den Schandfleck anzuhängen, der an General Philippon thatsächlich und durch das Zeugniß der Offiziere der Besatzung erwiesenermaßen haftet.“

„Herr Thiers sagt in seiner Geschichtserzählung selbst, daß die anfänglich 5000 Mann starke, zur Zeit der Einschließung der Festung auf 4000 und bis zur Nacht des Sturmes auf 3500 Mann herabgeschmolzene Besatzung, von dem nöthigen Kriegsmaterial entblößt, und des Pulvers und der Munition mangelnd, einen mit allen Hülfsmitteln zum entschiedenen Angriff wohlversehenen Belagerungskorps von über 50,000 Mann gegenüber, Beweise des größten Heldenmuthes gegeben und bis zu dem Grade kriegerischer Begeisterung sich erhoben, wo man keine Gefahr mehr achtet und Alle geschworen, lieber zu sterben, als sich zu ergeben. Insbesondere hebt er die muthige Vertheidigung der drei Breschen und den dreimaligen Abschlag der Bestürmung derselben mit einem Verluste von nahe an 3000 Mann der Engländer, als eine in den Annalen der Kriegsgeschichte wenig erreichte glänzende Waffenthat hervor. — Alles dieses zum Ruhme des französischen Namens! — Aber eben darum verschweigt Herr Thiers, daß eben diese heldenmüthige, glänzende Vertheidigung der drei Breschen dem Oberbefehl eines hessischen Stabsoffiziers, Major Meister, nebst eines französischen vom 88. Linien-Regiment, und der größere Theil der Besatzung derselben den Eliten des hessischen Regiments anvertraut und zu verdanken war.“

„Er verschweigt ferner, daß das Schloß von Badajoz — ein ausgedehntes, schlecht oder gar nicht befestigtes altes Gemäuer, das eine Besatzung von wenigstens 1000 Mann zur Vertheidigung gegen einen überlegenen Feind erfordert hätte, — durch die Sorglosigkeit des Gouverneurs, der einen Angriff der Engländer auf dasselbe weder vorausgesehen noch befürchtet

jorität die Behandlung in öffentlichen Sitzungen beschlossen worden ist. Zu einem richtigen Verständniß dieses Beschlusses muß aber nachgetragen werden, daß, wie man aus der nämlichen guten Quelle hört, keineswegs die Absicht dahin geht, „den Inhalt der Verfassung und der damit in Verbindung stehenden Regierungseröffnungen ohne alle Ausnahme in Anwesenheit des Publikum zu diskutiren, daß man es vielmehr der Regierung überlasse, in einzelnen Fällen, namentlich aber da, wo die Regierung Anstand nehme, ihr nöthig scheinende weitere Mittheilungen öffentlich vorzutragen, vertrauliche Sitzungen zu veranlassen. (Fr. Postz.)

Luxemburg. Aus Nassogne wird gemeldet, daß in dortiger Gegend eine mit etwas Blei gemischte Kupfermine entdeckt worden ist, welche eine große Ausbeute verspricht. (Allg. Z.)

Freie Städte Frankfurt, 11. Nov. Das Inslebentreten der projektirten Volksküche ist neuerdings sehr zweifelhaft geworden. Die Speisewirthe haben so beharrlich dagegen petitionirt, daß sich die Behörde veranlaßt gesehen hat, die zum Zweck der Errichtung einer Volksküche in Aussicht gestellte Unterstützung wieder zurückzuziehen. (Schw. M.)

Dänemark.

Aus Berlin wird dem „Fr. Journ." gemeldet: „Das Kopenhagener Blatt „Faedrelandet" befindet sich entschieden im Unrecht, wenn es nach einer telegraphisch hier verbreiteten Nachricht behauptet, Oesterreich und Preußen hätten in ihren jüngsten Noten von Dänemark eine Vorlage der dänischen Gesammtverfassung an die holsteinischen Stände verlangt. Die Forderung beider Mächte geht dahin, daß von Seiten der dänischen Regierung die geeigneten Schritte gethan würden, um auf verfassungsmäßigem Wege mit der holsteinischen Landesvertretung zu einer legalen Verständigung über diejenigen Punkte zu gelangen, in denen durch die Einführung der Gesammtverfassung die Rechte und Einrichtungen des zum deutschen Bunde gehörigen Herzogthums in Frage gestellt worden seyen.

Niederlande.

Amsterdam, 7. Nov. Der hohe Rath der Niederlande hat entschieden, daß das Arbeiten am Sonntag in einer Fabrik nicht in Streit mit dem Sonntagsgesetz ist, da dieses Gesetz seinem ganzen Zusammenhang nach bloß alle öffentliche Arbeit (vor aller Augen!), nicht aber diejenige verbietet, welche innerhalb des Hauses oder einer Fabrik verrichtet wird, und sollten auch äußerliche Zeichen vorhanden seyn, woraus abzunehmen wäre, daß gearbeitet werde. (Allg. Z.)

Großbritannien.

London, 10 Nov. Die Königin hat, wie der „Observer" meldet, allen jenen, die obwohl amnestirt, die Folgen ihrer früheren Verurtheilung als politische Verbrecher bisher noch zu empfinden hatten, volle unbeschränkte Begnadigung, respektive unter dem großen Staatssiegel von Großbritannien und Irland zu bewilligen geruht. Diese Begnadigung kommt namentlich den amnestirten Irländern, wie O'Brien und O'Hearty, sowie den Engländern Frost, Williams und James zu Gute, die bekanntlich wegen Hochverraths zu Tode verurtheilt und vor mehreren Monaten erst amnestirt worden waren. Erst der ihnen jetzt bewilligte „Pardon unter dem großen Siegel" setzt sie wieder in den Vollgenuß aller ihrer früher besessenen bürgerlichen Rechte, so daß sie wieder Grundstücke kaufen, besitzen und erben dürfen, und der Zutritt zu allen Staatsämtern ihnen wieder erschlossen ist. Somit kann auch jetzt erst von der Erwählung des Einen oder Andern in's Unterhaus die Rede seyn. Zu bemerken ist dabei noch, daß alle jene Verurtheilten, die ihr Wort gebrochen, oder sich der Strafe durch die Flucht entzogen haben, von diesem Gnadenakte sowohl, wie von der Amnestie überhaupt ausgeschlossen bleiben.

Zur weiteren Verfolgung der Spuren Sir John Franklin's wird (nach „United Service Gazette") ohne viel Verzug eine neue Expedition vom Stapel laufen, die ihren Weg durch die Behringsstraße nehmen soll. Kapitän George H. Richards wird sie befehligen.

Frankreich.

Paris, 10. November. Gleichgültiger kann sich eine Bevölkerung nicht leicht gegen ihren Monarchen aussprechen, als dies die Pariser thun. Man begreift, wie schmerzlich dies dem Kaiser auf's Herz fallen muß, besonders wenn er von der Provinz, wo er jedesmal gut aufgenommen wird, nach Paris kommt Es läßt sich aber nicht läugnen, in der Meinung der Pariser hat der Kaiser eher Rückschritte gemacht als Fortschritte. Er kann es trotz aller Mühe, die er sich gibt, in Paris zu keiner Popularität bringen. Man sagt, es betrübe Napoleon III., daß die Arbeiter, für welche er soviel thut, sich so undankbar gegen ihn benehmen.

Aus Paris, 11. Novbr., wird der „Frankf. Postz." geschrieben: „Graf Walewski, von dem man behaupten wollte, er werde sein Portefeuille abgeben, bleibt auf seinem Posten. Damit will ich jedoch nicht sagen, daß der Graf Walewski sein Portefeuille stets beibehalten werde; allein für jetzt scheint der Kaiser nicht daran zu denken, ihn durch einen andern Staatsmann zu ersetzen."

* Paris, 11. Novbr. Seit zwei Tagen sind Photographen beschäftigt, die architektonisch und historisch merkwürdigsten Theile der zum Abbruche bestimmten Polizei-Präfektur-Gebäude aufzunehmen. Der größte Theil dieser Gebäude stammt aus der Regierung Philipp des Schönen, aus 1298, zu welcher Zeit Enguerrand und Marigny den Palast „de la cité", die damalige königl. Residenz, wieder aufbauen ließen. Die Präfektur diente den ersten Präsidenten des Pariser Parlaments zur Wohnung; im Jahre 1611 wurde sie durch Achille du Harlay restaurirt. Bald wird von diesen finsteren und blutigen Ueberresten von Paris nichts übrig seyn, als die Photographien in den Archiven der Stadt.

* Paris, 12 Novbr. Man versichert, eine Gesellschaft bewerbe sich um Ueberlassung der „Catacomben" von Paris, um sie in prächtige unterirdische Wohnungen umzuwandeln, die durch Dampf-Ventilatoren gelüftet und Tag und Nacht durch elektrisches Licht erleuchtet würden. Sie verpflichtet sich, die Consolidirung der ungeheuren unterirdischen Räume zu vollenden, welche bequem Wohnungen für Eine Million Menschen fassen könnten. (Es versteht sich von selbst, daß wir dieses Projekt nur als Muster der erstaunlichen Einbildungskraft der „industriellen Unternehmer" geben. Gegen die Ausführung streitet die gesunde Vernunft.)

---

hatte (was nach dem Berichte des Herrn Thiers selbst, aus der Unglaubigkeit des Generals Philippon, daß dasselbe von den Engländern wirklich mit Uebermacht angegriffen sey, hervorgeht), beinahe ganz vertheidigungslos gelassen und nur von dem Stabe des Regimentes Hessen mit einigen Ueberresten von Mannschaft, den non combattans, den in der Eile noch bewaffneten Musikern desselben, bloß theilweise besetzt war; zumal, nachdem noch am Abend des 6. April, wo der entscheidende Angriff der Engländer in der Nacht stattfand, die Abtheilungen der ersten und zweiten Grenadierkompagnie des Regiments Hessen, welche zur Vertheidigung des Schlosses daselbst aufgestellt waren, von da ab, und zur Vertheidigung der Bresche in der Courtine beordert wurden. Daß der Gouverneur auf die Benachrichtigung des Obersten des hessischen Regiments die Besatzung nicht verstärkt, ja nicht einmal einen Adjutanten dahin abgeschickt hat, um sich von dem Angriff der Engländer wirklich zu überzeugen, geht aus Herrn Thiers Schrift selbst bestimmt hervor. Daß also die Vertheidigung des Schlosses gegen einen mit allen Hülfsmitteln zur Escaladirung wohlversehenen, übermächtigen Feind für eine so schwache Besatzung eine absolute Unmöglichkeit war, das liegt schon in der Natur der Sache, was ja auch Herr Thiers in Bezug auf die unmögliche Vertheidigung der Festung überhaupt unter den obwaltenden Umständen nachher selbst ausspricht."

„Ist dies die Ueberzeugung des Herrn Thiers zu Gunsten der Franzosen und ihres Kriegsruhmes, so ist es eine frivole und wissentliche Verläumdung der Ehre der Hessen, wenn er sagt, daß sie, „sey es durch Bestürzung, Verwirrung oder Untreue eine wichtige Befestigung, welche ihrem Muthe und ihrer Treue anvertraut war, wegnehmen ließen". Es ist eine um so größere in die Augen fallende Verläumdung, da, wie numerisch sich erweist, die schwache hessische Besatzung des Schlosses bis zum letzten Mann mit Heldenmuth und Todesverachtung kämpfte, so daß 4 Offiziere todt auf dem Platze blieben, 3 schwerverwundet wurden, wovon der eine am folgenden Tage verschied, der andere einen Schuß unmittelbar aus dem Laufe eines englischen Grenadiers erhielt, der mit andern eine Redoute erstiegen hatte und dessen angeschlagenes Gewehr der hessische Offizier mit der Hand abparirte, diese ihm aber zerschmettert wurde. Nur der Oberst (Köhler) mit noch zwei Offizieren (den Hauptmännern Gran und Fenner), der Auditeur und der Stabsarzt des Regiments mit noch einigen wenigen Leuten der Besatzung fielen nicht verwundet in die Hände des Feindes."

(Schluß folgt.)

Spanien.

Madrid, 6. Novbr. Die bedeutendsten karlistischen Ex-Generale scheinen sich in Madrid ein Stelldichein gegeben zu haben. Vorgestern traf General Villareal ein; heute zeigen die Journale die Ankunft des Generallieutenants Zariategny an, der in der karlistischen Armee eine Hauptrolle spielte.

† Madrid, 7. Nov. Die Regierung will 50—60 Mill. Realen (5—6 Mill. Gulden) zum Ankauf von Getraide für die unbemittelten Klassen verwenden

Madrid, 7. Novbr. Bis jetzt war von den Käufern von Kirchengütern noch keine Rate des Kaufschillings erhoben worden. Nun ist Befehl ertheilt, sofort zur Einziehung der ersten Rate zu schreiten. Die Erwerber von Kirchengütern weden Verkaufs-Urkunden erhalten. Die Verkäufe umfassen 52,000 Güter. — Ein die Presse betreffendes Rundschreiben untersagt alle Diskussion, die auf religiöse Fragen oder auf die Personen fremder Souveräne Bezug habe, sowie auch die Kundgebung von sozialistischen Ideen.

Italien.

Rom, 5. Nov. Gestern starb hier der gelehrte Professor Orioli. (Fr. Postz.)

• Einige Personen versichern — sagt die „Opinione“ — Mazzini sey dieser Tage in Turin gewesen. Demselben Journale zufolge scheint, nach Madrider Korrespondenzen, Espartero zu beabsichtigen, sich freiwillig zu verbannen und in Genua oder einer andern Stadt Piemonts Ruhe zu suchen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 3. Novbr. Lord Stratford hat dem Sultan den Hosenbandorden überreicht. Bei der Zeremonie ist ein außerordentlicher Pomp entfaltet worden. Der Admiral Lyons und Bulwer haben den Medschidje-Orden erhalten. Dem Ersteren hat der Sultan außerdem einen mit Brillanten besetzten Säbel als Zeichen seiner Zufriedenheit geschenkt. — Die Meuchelmorde werden in Konstantinopel täglich häufiger.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 13. Novbr. Die Steigerung sämmtlicher Kurse machte an heutiger Börse weitere Fortschritte, und wurden namentlich österr. Bank-, Kredit- und Staatsbahnaktien zu bedeutend höheren Kursen in großen Posten vom Markt genommen. Der Absatz war im Allgemeinen von sehr großer Bedeutung.

Providentia wurde zu 105¼ ½ ¾ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77½P. 77 G. 5pCt. Lombard-Ven. 87½P. 87 G. Metall. alte à 5pCt. 75½P. - G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 P. 85½G.; à 4½pCt. 65½P. 65 G.; à 4pCt. 59¼ P. 58¾ G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56⅛ P. 55⅞ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 91½P. —G.; 4pCt. Grundrente 94¾P. 94¼G.; 4½pCt. 100¾P. 100¼G.; 5pCt. 100¾ P. 100¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90¼P. 89¾ G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91¼P. 90¾G.; à 4pCt. 99P. 98½ G.; 4½pC. 101¾ P. 101½G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 80½P. 80 G.; à 3½pCt. 90¼P. 89¾G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 36⅞P. 36⅝G.; 1¼pCt. neue 22¾P. 22⅝G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1157P. 1152G. Neue Bankaktien 275P. 270G. Credit-Actien à 5pCt. 162 P 160G. Darmstädter Bankaktien alte 357 P. 355 G.; junge 318 P. 316G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 490 P. 485G. Mitteldeutsche Creditbank 98¾P. 98¼G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 101¼ P. 100¾G. Frankf. Bankaktien 111 P. 110½G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 485P. 480 G. Span Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 545 P. 540 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 275¼ P. 273½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 140 P. 139½G. Neustadt-Weissenb. 103½ P. 103 G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100½ P. 100¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 349 P. 347 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 P. 79½ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77½P. 77¼G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 91 P. 90½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 115 P. 114½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99¼ P. 98¾ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 113½P. 112½G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛P. 47⅞G. Darmst. Loose à fl. 50 116¼P. 115¾G. à fl. 25 34¼ P. — G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅝ G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann, 43½ P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117¼P. —G.
Augsb. fl. 100 k. S. — —P. 119¾G	Mail. i.S.Lr. 250k.S. 99⅝P —G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Paris Frs. 200 k. S 93¼P 93.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104½P 104¼G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
B. em. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96½P. —G.	Wien fl. 100C. k S. 111½P. 111¼G.
Hamb. MB. 100 k.S 88⅝P —G.	Wien 3 M. mit 5% 111¼P. 111G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto - P. 6pCt. G.

Breslau, 5. Nov. In den letzten 8 Tagen war das Wollgeschäft nicht so lebhaft als in den vorhergegangenen und sind nur 600—700 Ztr. meist an inländische Fabrikanten verkauft worden. — Man zahlte für russ. Einschuren mit Rückenwäsche von 67 a 72 Thlr., für dergleichen Fabrikwäsche 98 a 100 Thlr., für schlesische kurze Lammwollen 105 a 110 Thlr., für dergleichen hochfeine Sterblinge 98 Thlr., für Gerber- und Schweißwollen 66 Thlr. und für russ. Locken 63 Thlr. Die Zufuhren von russ. fabrikmäßig gewaschenen Wollen sind sehr belangreich.

Rotterdam, 4. Nov. Im Kolonialwaaren-Geschäft war es während der vorigen Woche sehr still und bei fast keinem Artikel haben nennenswerthe Veränderungen stattgefunden — Kaffee in ruhiger, doch fester Haltung. Ord. bis gut ord. Java- 32½ a 33 C., grünlich bis gut grün 33½ a 35 C., fein grün bis blau 36 a 38 C., blanker 35 a 36 C., gelblich bis gelber 36½ a 38 C., brauner 43 a 44 C. Westind. Sorten ohne Umsatz. Reell ord. Brasil. bleibt zu 26 a 26½ C. käuflich, gut ord. 27 a 28½ C., schön bis feinen 29 a 31 C., gut ord. St. Domingo- 31 C. — Von rohem Zucker sind bei Privaten einige kleine Partien eingetroffen, die jedoch, weil man damit fest auf Septemberpreis hält, keine Nehmer gefunden haben. Zu ½ fl. unter Ablauf der September-Auktion sind übrigens Binter. — Reis bleibt gedrückt und geschälten Arrakan- kann man zu 8½ fl. losmachen. Groben do. hält man auf 9½ a 10 fl., geschälten Java- 9 a 10½ fl., groben do. 11 a 13 fl., Carolina- 17 a 18½ fl.

Neueste Nachrichten.

(Dienstes-Nachrichten.) Se. Maj. der König haben den Post-Offizialen bei dem kgl. Oberpost- und Bahnamt Würzburg K. Greiner bis auf Weiteres in den Ruhestand versetzt.

Ernannt wurden: Zum zweiten Vorstand und fct. Ober-Telegraphisten bei der Telegraphenstation in Frankfurt a. M. der Stationsvorstand in Bingen, Dav. Steinert, und zum Stationsvorstand in Bingen der Telegraphen-Gehülfe Heinrich Thordsen in Darmstadt; zum Assistent bei der königlichen Post-Verwaltung Ludwigshafen der Accessist Karl Feierabend, und zu Ingenieur-Assistenten die Ingenieur-Praktikanten Johann Monié bei dem Oberamt München, Heinr. Geissendörfer bei dem Oberamt Augsburg, Karl Leybold bei dem Oberamt Nürnberg, August Schmidt und Joseph Strobel bei dem Oberamt Bamberg und Theodor Stichl bei dem Oberamt Würzburg. (Verordnungsbl.)

Kopenhagen, 11. Novbr. Der Erbprinz übernimmt mit dem 13. d. Mts. das 1. Generalkommando. Sein Stabschef ist Major Farborg. (T. D. d. Hamb. N.)

Aus Preußen, 10. Novbr. Ein Ministerialerlaß ordnet an, daß die Transporte von Gefangenen an Sonn- und Festtagen unterbleiben sollen, da solche Transportirungen mit der „Heilighaltung der Sonn- und Festtage“ nicht verträglich seyen. Die Verfügung ist von den Ministern Simons, v. Westphalen und v. Raumer unterm 13. Oktober d. J. unterzeichnet. (H. N.)

Das „Journal de Const.“ bringt Nachrichten aus Tscherkessien. Sefer ist mit 25,000 Mann in Sasdjok. Die Festungen waren noch immer in der Gewalt der Bergbewohner.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 318. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 15. November 1856.

Deutscher Bund.

Die letzte Schlußabrechnung über die Einnahmen des Zollvereins hat die Summe von 25,785,061 Thalern, ohne die Rübenzuckersteuer im Betrage von 4,367,960 Thaler ergeben. Beinahe ein Viertel sämmtlicher Einnahmen kommt auf Kaffee und Cacao, (genau 23,794 pZt.) sodann auf Zucker und Syrup über 18 pZt., Eisen, Stahl ꝛc. 7 pZt., Tabak 7,160 pZt., Baumwollengarn 6 pZt., Wein und Most 5,7 pZt, wollene Waaren 3,7 pZt., Seide und Seidewaaren 2,6 pZt., Reis 2,3 Prozent, Südfrüchte 2,1 pZt. Zwischen 1 und 2 pZt. haben Oel, Baumwollenwaaren, Branntwein, Thee, Vieh, Häringe, Gewürze, Droguerie- und Farbwaaren, und Flachs und Werg ergeben. Die übrigen Posten sind unter 1 pZt. (Zeit.)

Bayern. Aus Regensburg und noch vielen andern Gegenden Bayerns wurden in letzter Zeit Klagen über Wassermangel laut, der für die jungen Saaten, wie für den Betrieb der Mühlen sehr fühlbar zu werden anfange. (Das hat sich nun seit einigen Tagen geändert.) (B. Ldbtn.)

Preußen. Berlin, 11. Nov. In den vierziger Jahren befand sich der ganze Arbeiterstand in einer gehobenen Stimmung, weil er sah und empfand, daß die übrigen Stände sich seines Looses anzunehmen bemüht waren. Wie verkehrt diese Bemühungen zum Theil auch waren: sie haben Manches materiell Gute in dauernden Instituten und besonders vortheilhaft auf die sittliche Haltung der arbeitenden Klassen gewirkt. In letzterer Zeit scheint sich indessen diese Wirksamkeit im Laufe der Jahre abgeschwächt zu haben. Ein Zeugniß dafür ist die größere Zahl von Betrunkenen, denen man jetzt wieder in den Straßen der Städte und der Dörfer zu begegnen pflegt. Die Regierung richtet deßhalb eine vermehrte Aufmerksamkeit auf den Kleinhandel mit Branntwein. Sämmtliche Landräthe sollen auf höhere Anregung Berichte einsenden, ob es rathsam und thunlich erscheine, mit einem gänzlichen oder theilweisen Verbote des Kleinhandels mit geistigen Getränken vorzugehen. Wenn man aber weiter nichts will, als verbieten, so wird man gewiß wenig erreichen. Ganz anders würden die Erfolge seyn, wenn man dem Volke für den Branntwein ein gutes, billiges Bier als Ersatz bieten könnte. In den Branntweinläden erhalten die Arbeiter jetzt meistens ein schreckliches Gebräu von allerlei brennenden und narkotischen Substanzen für wenig Geld in großen Quantitäten. Man hört von vielen Seiten daher auch über Zunahme des Gebrauchs solcher Getränke bei den Arbeitern klagen. Aber die theuere Zeit zwingt dieselben, ihre Ausgaben möglichst zu verringern und statt nach dem theuern Biere nach jenen Getränken zu greifen. Die Regierung sollte, wenn nicht anregen helfen, doch die Errichtung von Bäckereien, Fleischereien und Brauereien auf Aktien nicht erschweren. So würde dem Branntweingenuß besserer Widerstand geleistet werden, als durch Verbote des Kleinhandels. (Ztg. f. Ndd.)

⊿ **Baden.** Karlsruhe, 13. Nov. (Priv.-Korr.) Mit der badischen Bank will es nicht recht vorwärts. Auch die angeregten Eisenbahnbaufragen sind noch in der Schwebe, und es verlautet nichts, als Diskussionen über die Richtung der Odenwaldbahn, welche die Heidelberger durchs Nekarthal, Bensheim über Wiesloch, Tauberbischofsheim auf die Mitte Adelsheim durch den südlichen Theil des Odenwaldes geführt haben möchten. Freilich werden zuletzt die Geldmänner darüber entscheiden, welche die Gelder herbeischaffen sollen. Doch ist ein großer Vortheil nicht zu übersehen, der den Gründern geboten wird. Die Gemeinden wollen nämlich das Terrain, soweit es Gemeindegut ist, umsonst abgeben, auch Anderes liefern.

Schweiz.

Genf, 10. Nov. Bei den Wahlen in den Großen Rath haben die Radikalen gesiegt.

Dänemark.

Kopenhagen, 10. Novbr. Der im allerh. Patent vom 29. März 1852 von der Amnestie ausgenommene Landrath v. Ahlefeld hat die Erlaubniß zur straffreien Rückkehr erhalten. (N. Pr. Z.)

Belgien.

Brüssel, 12 Nov. Aus der Rede, mit welcher gestern König Leopold die belgischen Kammern eröffnete, entnehmen wir folgende Stellen: „Die Fürsehung, indem sie uns die Wohlthat einer im Allgemeinen reichlichen Aernte gewährte, hat eine große Anzahl von Familien beruhigt, welche die Opfer und Leiden der letzten Jahre schwer geprüft hatten. Nichts desto weniger muß die Aufgabe der öffentlichen Ernährung uns auch ferner lebhaft beschäftigen. Die dreijährigen Berichte, welche unter Sie vertheilt worden sind, beweisen die volle Fürsorge meiner Regierung für die Fortschritte des Elementar- und mittleren Unterrichtes. Ein nicht minder großes Interesse knüpft sich für sie an den höheren Unterricht. Die Eröffnung des akademischen Jahres hat ihr kürzlich die Gelegenheit geboten, an die Grundsätze zu erinnern, deren feste und aufrichtige Anwendung die Wohlfahrt der Universitäten des Staates sichern muß. Die Bewegung unserer vaterländischen Literatur hat keineswegs nachgelassen. Die Wissenschaften und die Künste strahlen in gleichem Glanze und erweitern mit jedem Tage ihre nützlichen Anwendungen. Mit Freude spreche ich es aus, daß der Ertrag mehrerer Zweige des öffentlichen Einkommens zugenommen hat. Es werden Ihnen Vorschläge gemacht werden, um, in gewissem Maßstabe und auf dauernde Weise, die Stellung der unteren Staatsbeamten zu verbessern. Meine Regierung legt besondere Wichtigkeit auf den Gesetzentwurf über die Wohlthätigkeits-Anstalten; ich hoffe, daß er demnächst wird berathen werden können." Die Thronrede enthält nicht jene Aufsehen erregenden Stellen in Bezug auf die Hirtenbriefe einiger Bischöfe, die in Belgien vielfach erwartet worden. Wir können es nur ganz angemessen finden. Die Thronrede ist, wie sie für einen Staat zweiten Ranges sich schickt. Die auswärtigen Angelegenheiten sind darin nur erwähnt, um zu bemerken, daß sie zu keiner Bemerkung Veranlassung geben. Sie werden als besonders freundschaftlich dargestellt, woraus wir mit Vergnügen schließen, daß Frankreich nicht auf ferneren Maßregeln gegen die belgische Presse besteht. Die französische Regierung würde überhaupt wohl thun, ihre Vorsorge für die Presse auf Frankreich zu beschränken. Die Thronrede ist angefüllt mit einer Aufzählung der inneren Reformen, mit welchen eine weise Regierung sich immer beschäftigen wird. Denn da Alles in der Welt fortschreitet, muß man, um auf derselben Stelle zu bleiben, selbst Schritt halten. (Köln. Z.)

Großbritannien.

London, 11. Novbr. Gestern Abend, bei dem Bankette des Lordmayors, wiederholte Lord Palmerston, daß die Dauer des Friedens von der Treue und der ehrenhaften Weise, mit welcher dessen Bedingungen beobachtet würden, abhänge. Es wurden diese Worte mit stürmischem Beifalle aufgenommen. (Fr. Postz.)

London, 11. Nov. Der Herzog und die Herzogin von Brabant verabschiedeten sich gestern von der Königin und traten die Rückreise nach Belgien an.

Frankreich.

* Paris. Samstag den 15. Novbr. (am Namenstage der Kaiserin) wird das neue „Grand Café Parisien" am Boulevard du Chateau d'Eau eingeweiht werden. Dasselbe ist mit Malerei, Bildhauerei und Vergoldung von unerhörter Pracht ausgestattet, mit 1800 Gasflammen beleuchtet, enthält 24 Billards und Platz für 2—3000 Gäste. — Die Vermehrung der Pariser Kaffeehäuser ist übrigens eine unglaubliche. Auf allen

Straßen und Plätzen, in allen Ecken und Enden tauchen sie wie Pilze auf. Da der wachsende Besuch dieser Kaffee's und Estaminets (Schenke) nicht dem zunehmenden Wohlstand zugeschrieben werden kann, so muß man den Grund dafür in den sozialen Verhältnissen im Allgemeinen und namentlich in der Unbehaglichkeit der kleinen, schlechten und doch theueren Wohnungen und in der immer größer werdenden Tabak- und Bier-Consumation (welch' letzteres einen Hauptabsatz-Artikel der meisten „Cafés" bildet) suchen.

* Paris, 12. Novbr. Die Neuenburger Angelegenheit wir die französische Regierung wieder in größerem Maße beschäftigen, da General Dufour in einer diesfallsigen Sendung heute in Paris eingetroffen ist.

* Paris, 12. Nov. Die heutige Börse ist wieder etwas besser gegen den Schluß der gestrigen. Man schreibt diesen Umstand den aus London hier angelangten Depeschen zu. Die „Times" von heute meldet, daß die Differenzen zwischen Frankreich und England von gar keinem Belange seyen und daß der Friedensvertrag seine volle Ausführung erhalten werde. Diese Erklärung hat um so mehr Eindruck auf die hiesige Börse hervorgebracht, als man bemerkte, daß der „Constitutionnel" eine ähnlich lautende Mittheilung des „Nord" nachgedruckt hat. Man hat es auch als ein gutes Zeichen betrachtet, daß die „Morning-Post" das englisch-französische Bündniß schon so weit hergestellt glaubte, um auf eine Uebereinstimmung der beiden Mächte sogar in Persien zählen zu können.

Man hat einige interessante Einzelheiten erhalten über den glücklichen Fluchtversuch, den mehrere politische Flüchtlinge der Strafkolonie Cayenne gemacht haben. Dieselben entwichen von der Teufels-Insel, wo man sie, von den gewöhnlichen Sträflingen getrennt, untergebracht hatte. Von 41 Personen, die dieses kühne Unternehmen wagten, sind 39 glücklich in Paramaribo, Hauptstadt von Holländisch-Guyana, 400 Kilometres von Cayenne entfernt, angekommen. Sieben Transportirte hatten die Teufels-Insel zuerst verlassen. Dieselben hatten seit Anfang dieses Jahres schon mehrere Versuche gemacht, sich ein kleines Schiff zu bauen. Ihre Versuche mißlangen Anfangs. Sie kamen jedoch endlich mit dem Bau eines Floßes zu Stande, auf dem sie sich am letzten 12. August einschifften. Nach einer viertägigen Fahrt wurden sie an ein sumpfiges Ufer geworfen, und das Floß scheiterte. Ihre Lebensmittel waren ausgegangen. Zwei derselben, der Italiener Pianori und der Pole Bogenski, stiegen an's Land, um eine Wohnung aufzusuchen. Sie kamen aber nicht wieder. Später erzählte ein Indianer, er habe dieselben, mit zerfressenem Gesichte unter dem Sumpfe halb begraben, wiedergefunden. Die fünf übrigen Transportirten, welche die Unmöglichkeit einsahen, ihre Kameraden wieder aufzufinden, entschlossen sich, sich wieder einzuschiffen. Sie waren aber genöthigt, ein neues Floß zu bauen. Während acht Tage fuhren sie an der Küste hin, indem ihre einzige Nahrung Seewasser und rohe Krabben waren. Vierzehn Tage nach der Abreise der sieben unternahmen einige andere Transportirte den Bau eines zweiten Floßes, das 15 bis 30 Personen fassen konnte; aber bald ergriff die ganze Kolonie ein solches Sehnen nach Freiheit, daß fast Keiner zurückbleiben wollte. Man baute deshalb ein drittes Floß für 20 Personen. Material hatte man in Ueberfluß, da die Behörden Holz auf die Insel zum Bau einer Wohnung hatten bringen lassen. Die Abreise wurde auf den 13. September festgesetzt, an welchem Tage man Lebensmittel erwartete. Die Behörden schickten nämlich alle acht Tage ein Boot nach der Insel, um die Transportirten mit Lebensmitteln zu versorgen. Nach dem Abgange des Bootes schifften sich 34 Mann ein, obgleich das Wetter fürchterlich war. Nur zwei, Belangé und Reveillon, blieben zurück. Der Sturm dauerte zwei Tage, bis zum 16; dann wurde das Wetter schön. Die 20 Mann, die sich auf dem größeren Floß befanden, erblickten bald darauf Land und schifften sich in der Nähe einer Holland angehörigen Kolonie in Indien aus. Hier aber wurden sie schlecht empfangen, und sie entschlossen sich, ihren Weg zu Fuß fortzusetzen. Ihr Versuch mißlang aber und sie waren genöthigt, ihr Floß wieder zu gewinnen. Die Indianer hatten Besitz von demselben genommen, und die Transportirten waren glücklich, die Nacht in einer verlassenen Hütte zubringen zu können. Am 18. führten endlich die Indianer, die sich williger zeigten, sie zum Kommandanten der holländischen Kolonie von Tüibou, wo sie auf das beste empfangen wurden. Derselbe stellte ihnen ein Fahrzeug zur Verfügung, das sie nach Paramaribo brachte. Dort kamen sie am 27. September an. Die Behörden empfingen die Flüchtlinge mit großer Güte und führten sie zu den fünf, die zuerst die Insel verlassen hatten. Die 14 Transportirten, die sich auf dem kleinen Floß ebenfalls am 13. eingeschifft hatten, kamen am 29. in Paramaribo an. Die holländischen Behörden, die nicht wußten, ob sie wirklichen politischen Transportirten oder Galeerensträflingen Asyl gaben, brachten sie in ein Gefängniß unter. Am 30. Septbr. waren sie noch dort, aber sie sollten zwei Tage später entlassen werden.

* Marschall Pelissier befindet sich seit einigen Tagen zu Maromme, seiner Vaterstadt, wo ihm, wie es kaum der Erwähnung bedarf, die glänzendste Aufnahme zu Theil wurde. Hochämter, Diners, Dejeuners und Banketts wechseln mit Präsentationen, Dekorationen und Illuminationen ab. Die Antworten des Herzogs von Malakoff auf die zahlreichen Toaste, welche auf ihn ausgebracht werden, zeigen stets den biedern Militär. Ich bin glücklich — erwiderte er dem Maire von Maromme — Ihr Lob auf den Kaiser und die tapfere Armee, welche ich befehligte, übertragen zu können; ich bin stolz und glücklich ein Marommer zu seyn." Auf einen Toast des Mairs von Notre-Dame de Bondeville antwortete der Marschall: „Dem Souverain, der Frankreich rettete und es schützt!" (Man lese zwischen den Zeilen!)

Spanien.

† Madrid, 8. Nov. Mein heutiges Schreiben dürfte Vielem widersprechen, was die Blätter melden, ich glaube mir aber diese Freiheit schon nehmen zu dürfen. So wird man ihnen angezeigt haben, daß die Kirchengüterverkäufe ihre Sanktion erhalten sollen, indem für 52,000 derselben die Kaufschillinge eingefordert worden sind. Die Regierung ist für Bestätigung dieser Verkäufe, allein der Hof entsagt dem Gedanken nicht, dieselben als ungültig zu erklären Ich zweifle daran, daß der Belagerungszustand am 19. November aufgehoben werden soll; es müßte denn seyn, daß man sehr harte Maßregeln gegen die Presse ergriffe. Man hat zur Abwechslung wieder einige Schritte gethan, um die Familien der Königin und des Don Carlos zu vereinigen. Man bereitet strenge Maßregeln gegen die Presse vor; man wird ihr verbieten, von der Organisation der Armee, von der Lebensmittelfrage, von den Ministerkrisen zu sprechen u. s. w. Die Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse dauert fort und vermehrt sich sogar. Es ist

---

Zur Berichtigung

der

Histoire du Consulat et de l'Empire par A. Thiers.

Tome 13me.

(Schluß.)

„Die heldenmüthige Vertheidigung des Schlosses wird nicht nur von den sämmtlichen kriegsgefangenen Offizieren der Garnison Badajoz, Franzosen und Hessen, in ihrem Rapport aus der Gefangenschaft, sondern auch von den französischen Verfassern des bekannten Geschichtswerkes: „Victoires, conquêtes, désastres, revers et guerres civiles des Français, de 1792 à 1815. Par une société de militaires et de gens de lettres; Paris 1820;" ausdrücklich anerkannt."

„Kannte Herr Thiers dieses Geschichtswerk nicht? Und war es nicht seine Pflicht, als unparteiischer Geschichtsschreiber, dieses ehrenvolle Urtheil für die hessische Besatzung des Schlosses zu beachten? Und wenn er trotz desselben eine so unbedingte ehrenverletzende Beschuldigung des hessischen Namens sich erlaubte, war es nicht seine Pflicht, dieselbe mit erwiesenen Thatsachen zu belegen und zu rechtfertigen?"

„Der Oberst des hessischen Regiments hatte, wie Herr Thiers selbst sagt, den Gouverneur, General Philippon, rechtzeitig von der Gefahr des Schlosses und der Uebermacht des angreifenden Feindes in Kenntniß gesetzt und um Verstärkung dringend bitten lassen. Der Gouverneur aber, in thörichter Verblendung oder bewußter Fahrlässigkeit, suchte sich weder von der Wahrheit durch einen Adjutanten zu überzeugen, noch weniger schickte er die verlangte Unterstützung nach dem Schlosse. Er hatte sich mit einem Theil der Reserve, und seinen schon seit den letzten Tagen jeden Abend auf Maulthiere geladenen Effekten, also wie es scheint, in der vorbedachten Absicht, sich zu flüchten, alsbald, nachdem der Kampf auf allen Punkten begonnen, aus der angegriffenen Festung über die Guadiana in das jenseits gelegene Fort St. Christoval geflüchtet und die Garnison und Festung selbst ihrem Schicksal überlassen."

„Diese Thatsache wird durch einen Rapport erwiesen, welchen die kriegsgefangenen Offiziere der Garnison Badajoz, Franzosen und Hessen, gemeinschaftlich aus der Gefangenschaft in Llansylling in Wales den 5. August 1812 an den französischen Kriegsminister eingeschickt haben, und welcher, von sämmtlichen Offizieren namentlich unterschrieben, sich in dem Archiv des französischen Kriegsministerium befinden muß, wovon aber

schwer zu beschreiben, wie bedenklich das Uebel geworden ist. Die Regierung ist mit ihren Hülfsmitteln der Situation nicht gewachsen und man hat auch auf die nächste Ernte kein großes Vertrauen. Das trockene Wetter dauert fort. Es ist schon die Rede davon gewesen, die Steuern ein halbes Jahr voraus zu erheben, doch glaube ich nicht, daß dieser Vorsatz zur Ausführung kommt.

Italien.

Rom, 3. Nov. Der Besuch der Königin-Mutter Marie Christine von Spanien wird um die Mitte des Monats erwartet. Der Aufenthalt der Königin in Rom wird von längerer Dauer seyn, als früher bestimmt war. Auch der Herzog von Rianzares wird ihr später folgen. (Allg. Z.)

Im hiesigen russischen Gesandtschaftshotel werden die großartigsten Vorkehrungen zum Empfang der Kaiserin-Wittwe von Rußland getroffen, nachdem die erhabene Frau den Wunsch ausgesprochen, den römischen Karneval, oder wenigstens das Ende desselben, zu sehen. Die römische Regierung, davon unterrichtet, schickt sich an, das öffentliche Herumfahren der Masken auf dem Korso wieder zu gestatten, was seit den politischen Ereignissen des Jahres 1848 nicht mehr erlaubt war. Dies verspricht einen sehr lebhaften Fasching dahier, umsomehr als in Folge der obwaltenden Differenzen mit Neapel die reisenden Engländer und Franzosen es vorziehen, hier den Winter zu verleben. Die Kaiserin-Wittwe von Rußland wird hierher von der Kronprinzessin von Württemberg, der Großfürstin Olga, begleitet werden. (Allg. Z.)

Laut einer Korrespondenz der „Times" aus Neapel vom 3. November beläuft sich die Zahl der in den Gefängnissen auf dem neapolitanischen Festlande diesseits der Meerenge von Messina befindlichen politischen Gefangenen auf 585.

Die „Opinione" läßt sich aus Modena schreiben: „Die Unterzeichnung der Einwohner von Carrara auf die 100 Kanonen von Alexandrien allarmirte den österreichischen Kriegs-Auditeur Goeb; er ließ mehrere Einwohner, die er der Anstiftung dieser Subskription verdächtig hielt, verhaften."

Griechenland.

Berichte aus Griechenland melden, daß die Königin-Regentin die Kandidatur der Beamten für die bevorstehenden Wahlen untersagt hatte. Die Tagesblätter bringen heftige Ausfälle gegen England.

Rußland und Polen.

Eine höchst imponirende Stellung nimmt Rußland gegenwärtig am Kaukasus ein; denn während anderweitig die 5., 6. und 7. Reserve- und Ersatzbataillone in die Heimath geschickt worden sind, machen hievon die Truppen am Kaukasus eine Ausnahme, und es stehen dort die 6. und 7. Bataillone des 6. Korps noch unter den Waffen, wie dies aus offiziellen Nachrichten hervorgeht, und was auch die dort dienenden vielen Polen bestätigen. Eine solche imposante Truppenmacht am Kaukasus, die selbst nach dem Friedensschluß noch durch die Errichtung der Infanterie-Regimenter „Krim" und „Sebastopol" und der Dragoner-Regimenter „Pereslawl" und „Szewersk" laut kaiserlichem Tagsbefehl vermehrt worden ist, kann unmöglich gegen die Bergvölker allein berechnet, und es müssen hier für die Zukunft weitschweifende Plane vorhanden seyn. (A. Z.)

Asien.

Die letzten über Alexandria aus Indien eingegangenen Nachrichten machen die Eröffnung von Feindseligkeiten Englands gegen Persien nahezu zur Gewißheit. Aus dem, was durch die jüngste Post über die in Bombay veranstalteten Rüstungen verlautet, muß man indeß schließen, daß es sich vorerst nur um die Absendung von etwa 6000 Mann handelt. Diese kleine Streitmacht wird nicht, wie man anfangs annahm, in Abuschär (Buschir) landen, sondern man bezeichnet neuerdings Bender Abassi als ihren Ausschiffungspunkt. Dieser Platz gehört nicht zu Persien, sondern zu dem Territorium des Imam von Maskate, eines Vasallen der ostindischen Kompagnie (nicht dem Namen nach, aber thatsächlich). Dieser arabische Scheik wird, wie es heißt, als Verbündeter Englands an dem Kriege wider den Schah Theil nehmen, und zwar mit der Aussicht, daß ihm, der bis jetzt nur einen schmalen Küstenstrich am persischen Meerbusen besitzt (Theile von Germasin und Moghistan), der Haupttheil der zu machenden Eroberungen zufallen werde. Die britische Politik scheint dabei eine ziemlich richtige Rechnung gemacht zu haben. Da Persien sich ganz in den Händen der russischen Diplomatie befindet, so gewinnt jene unter allen Umständen, wenn ihm größere Landesstücke entrissen werden, mögen sie kommen, an wen sie wollen, und sie gewinnt um so mehr, wenn sie dem rechten Mann, nämlich ihrem Verbündeten, dem Imam, zufallen. Der Hauptsache nach wäre dann eine direkte Landverbindung zwischen dem Mittelmeer und Indien gewonnen und die Sache hätte auch einige Aussicht auf Bestand, freilich nicht auf ewigen. Denn wenn Rußland mehr und mehr den Schah zu einem seiner Satrapen macht, wenn es auch dereinst so weit seyn wird, Eisenbahnen durch die weiten südasiatischen Landesräume zu strecken, so wird das Verhältniß schnell ein anderes werden. Aber behufs eines provisorischen Arrangement behielte die Sache immer ihre Bedeutung. Die verhältnißmäßig sehr geringen Streitkräfte, mit denen man britischer Seits in's Feld zu rücken bereit ist, scheinen dem eben berührten Plan angepaßt zu seyn; denn vernünftiger Weise muß der Imam von Maskate, für den der Krieg den nächsten, direktesten Nutzen bringen wird, auch für seine Durchführung das meiste thun. Der Scheik kann über eine bewaffnete Macht von, wie es heißt, zwischen 30 und 40,000 M. gebieten. Nimmt man an, daß er für den in Rede stehenden Zweck auch nur 20,000 Mann gegen den Feind stellt, so wäre das in Verbindung mit 6000 Engländern schon ein Etwas, was Respekt einzuflößen vermöchte und sicher genug, um in den in Betracht kommenden Gegenden Persien gegenüber eine Entscheidung zu geben. Außerdem darf man nicht vergessen, daß es ein leichtes seyn wird, von Bombay aus die Zahl des britischen Operationskorps zu verdoppeln oder zu verdreifachen. Daß das Unternehmen im Winter zur Ausführung kommen soll, spricht für eine gute Ueberlegung. (Nat.-Ztg.)

* Der „Univers" veröffentlicht einen Brief aus Canton vom 8. Juli, welcher interessante Einzelheiten über die grausame Verfolgungen der Chinesen gegen eine christliche Gemeinde enthält. In der Gemeinde Yero-chai, Mission Guany-tong, wo der Missionär Chapdeleine bereits über 500 Mitglieder für die christliche Kirche geworben hatte, entspann sich zwischen einem Jünger und seiner Frau, die noch nicht zum Christenthume bekehrt war und ein sehr regelloses Leben führte, ein Streit, in Folge dessen die Letztere sich bei ihrem Vater und Bruder, erbitterten Feinden der Christen, beklagte. Diese begaben sich sogleich in den Hauptort des Distrikts zu dem Mandarin, um die albernsten Anklagen gegen die Christen vorzubringen; derselbe schickte sogleich eine bewaffnete Bande in das Dorf. Der Missionär

---

Herr Thiers, wie es scheint, nichts wissen mochte, oder doch keinen Gebrauch machen wollte."

„General Philippon wollte im Fort St. Christoval am Morgen des 7. April kapituliren, wurde aber von Lord Wellington, so viel man weiß, mit verdienter Geringschätzung behandelt und bedeutet, daß er sich als Kriegsgefangener ohne Bedingung zu ergeben habe und es wurden ihm nur seine geflüchteten Gelder gelassen. Mit Hülfe dieser fand er Gelegenheit, sich durch Bestechung aus englischer Gefangenschaft zu flüchten."

„In Paris hat er, wie es scheint, dem Kriegsminister einen falschen Rapport über den Fall von Badajoz mit Beschönigung seines Verrathes an der Garnison und mit Verläumdung der Hessen abgestattet. Darauf ist er zur französischen Armee nach Rußland beordert worden, mit den Trümmern derselben zurück nach Frankreich gekommen und unter der Restauration weiter nicht zur Verantwortung gezogen worden, ohne daß jedoch der Schandfleck, der an seinem Namen haftet, jemals vertilgt werden kann durch die Feder eines parteiischen Geschichtsschreibers wie Herr Thiers."

Schließlich bemerkt die Redaktion der „N. Militär-Zeitung" noch, daß ihr der mehrerwähnte Rapport der zu Llangfylling in Wales kriegsgefangenen Offiziere abschriftlich in französischer Sprache, wie auch in deutscher Uebersetzung*) vorgelegen, und sie sich hiernach von der Uebereinstimmung desselben mit den in der Berichtigung angeführten Thatsachen überzeugt hat. In der That beweist schon die Zahl der im Schlosse auf dem Platze gebliebenen Offiziere dessen bis zum Tode heldenmüthige Vertheidigung von Seiten der hessischen Besatzung, die sich der Angabe jenes Rapports nach wirklich nur auf 100 Mann, einschließlich von 22 bewaffneten Hautboisten, also nur auf 78 wirkliche Kombattanten belief, eine Zahl, die, wie der Bericht bemerkt, zur Vertheidigung des großen Umfangs des Schlosses natürlich viel zu gering war. Es mag auch noch erwähnt werden, daß das Regiment im Ganzen: 4 todt gebliebene und 12 verwundete Offiziere, gegen 120 todt gebliebene und über 300 verwundete Unteroffiziere, Hautboisten und Gemeine verlor. In die Gefangenschaft wurden abgeführt 450 Mann, einschließlich der Offiziere, von welchen viele leicht verwundet waren. Die angegebenen Verluste sprechen wohl laut genug für sich und bedürfen keines weiteren Kommentars.

*) Das eine der Exemplare ist Eigenthum des großherzoglich hessischen Staats-Archivs.

hatte indessen Wind von der Sache bekommen, und hatte sich mit einem seiner Jünger auf Schleichwegen in den Hauptort zu einem chinesischen Freunde begeben, der als Gelehrter in großem Ansehen stand. Das unglückliche Dorf wurde rein ausgeplündert, die Einwohner auf's grausamste mißhandelt und der größte Theil der Männer als Gefangene fortgeführt. Mehrere Frauen und ein chinesischer Christ, welche der Gefangenschaft entgangen war, begaben sich in das Haus, wohin der Missionär sich geflüchtet hatte. Hier wurde Rath gehalten und beschlossen, die Frauen sollten unter Anführung des Jüngers nach der Wohnung des Mandarins gehen und denselben um Gnade bitten. Der Letztere ließ sie aber mit Peitschenhieben wieder hinaustreiben, den Jünger verhaften und nach kurzem Verhör enthaupten. Der Missionär, dessen Aufenthalt sehr bald entdeckt wurde, begab sich in die Wohnung des Mandarinen, um das Schicksal der Gefangenen zu theilen, unter denen sich auch eine Frau befand, welche für das Christenthum sehr viel gewirkt hatte. Sie wurde zuerst verhört und zum Tode verurtheilt, jedoch wurde ihr die Gnade bewilligt, auf dieselbe Weise, wie der Missionär, zu sterben. Letzterer wurde nun auch verhört; da er auf die Fragen: „Wie viel Geld hast du?" „Warum lehrst du deinen Jüngern zu fliehen?" — nicht antwortete, so gerieth der Mandarin in Zorn, und ließ ihm 100 heftige Backenstreiche mit einem harten Riemen ertheilen, so daß die Wange ganz zerfleischt und die Kinnlade zerschagen wurde. Hierauf legte man ihn auf den Bauch, und versetzte ihm noch 300 Streiche auf den Rücken, welche schreckliche Pein der Missionär aushielt, ohne einen Klagelaut auszustoßen; dann wurde er in einen Käfig gesperrt sowie auch die Frau, von der oben die Rede war. Später hatte er einen ganzen Tag lang die schreckliche Kettenstrafe auszuhalten, die darin besteht, daß der Gefangene, während er mit den Daumen und den Haaren aufgehängt ist, mit den Knieen und fast mit dem ganzen Gewichte seines Körpers auf eisernen Ketten ruht. Am folgenden Tag sperrte man ihn in den Käfig, worin die Verbrecher erdrosselt werden. Derselbe ist so eingerichtet, daß der Gepeinigte mit dem Halse zwischen zwei ausgeschnittenen Brettern hängt, während die Fußspitzen kaum die Erde berühren; er leidet so alle Pein der Strangulation, die mehre Tage lang dauern kann. Während dieser entsetzlichen Tortur ließ der Mandarin den Missionär fragen, ob er sich mit 400 Taëls loskaufen wolle; da aber der Missionär verneinend antwortete, setzte der gerechte Mandarin die Summe auf 150 Taëls, was aber keinen bessern Erfolg hatte. Nachdem der Gepeinigte einen ganzen Tag und einen Theil der Nacht in der erwähnten Stellung zugebracht hatte, wurde er endlich zum Tode geführt. Sein Kopf, mit den nach chinesischer Weise in einen Zopf zusammengebundenen Haaren an einen Baum gehängt, diente der chinesischen Jugend zur Scheibe für ihre Steinwürfe, bis er endlich herunterfiel und ein Mahl für die Hunde wurde. Das noch zuckende Herz wurde dem Rumpfe ausgerissen, in Stücke gehackt, gekocht und von den Chinesen verspeist. Der Rumpf wurde gleichfalls in Stücke geschnitten und den Hunden vorgeworfen. Die Frau theilte das Schicksal des Missionärs und wurde gleichfalls enthauptet. Die Wuth des Mandarins kehrte sich nun gegen die Gefangenen, die auf das grausamste gemißhandelt, gepeitscht und gebrannmarkt wurden.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 14. Novbr. Die Börse verkehrte, obgleich bei etwas niedrigeren Kursen, in sehr fester Haltung und zeigte sich besonders viel Kauflust für österr. Kreditaktien, Staatsbahn und National, welche in Posten verhandelt wurden, dagegen waren österr. Bankaktien und 1¼ pCt. Spanier mehr angeboten. Providentia wurde zu 104¾ 105¼ ⅜ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 77½P. 77 G. 5pCt. Lombard-Ven. 87½P. 87 G. Metall. alte à 5pCt. 75¾P. — G.; à 5pCt. in Silber b. R. 85½P. 85 G.; à 4½pCt. 65⅜P. 61⅞G.; à 4pCt. 59¼ P. 58¾ G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56⅛ P. 55⅞ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 84 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 94½P. — G.; 4pCt. Grundrente 94¾P. 94¼G.; 4½pCt. 100¾P. 100¼G.; 5pCt. 100¾ P. 100¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90½P. 90 G.; 4½pCt. 102½ P. 102 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91¼P. 90¾G.; à 4pCt. 99P. 98½ G.; 4½pC. 101¾ P. 101½G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 80½P. 80 G.; à 3½pCt. 90¼P. 89¾G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 36⅞P. 36⅝G.; 1¼pCt. neue 22½P. 22⅜G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1150P. 1145G. Neue Bankaktien 268P. 264G. Credit-Actien à 5pCt. 159 P. 157G. Darmstädter Bankaktien alte 358 P. 356 G.; junge 319 P. 317G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 492 P. 487G. Mitteldeutsche Creditbank 99 P. 98½G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 101 P. 100¾G. Frankf. Bankaktien 111¼ P. 110¾G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 490P. 485 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 547 P. 542 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 274 P. 272 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 140 P. 139½G. Neustadt-Weissenb. 103¾ P. 103¼G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100½ P. 100¼ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 349 P. 347 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 P. 79⅝ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77½P. 77¼G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 91¼ P. 90¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 113¾P. 113¼G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99½ P. 99 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 113½ P. 113 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛P. 47⅞G. Darmst. Loose à fl. 50 116½P. 116G. à fl. 25 34½ P. 34 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39⅛ P. 38⅞ G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43½P. 43¼G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117¼P. 117G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119¾G	Mail. i. S. Lr. 250 k.S. 99⅝P — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Paris Frs. 200 k. S 93¼P. 93 G
Cöln Thlr. 60 k.S. 104½P 104¼G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96½P. — G.	Wien fl. 100 C. k S. 111½P. 111¼G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅝P — G.	Wien 3 M. mit 5% 111¼P. 111G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104⅜G.	Disconto — P. 6pCt. G

Neueste Nachrichten.

** **München**, 13. November. (Privat-Korrespondenz.) Ihre k. Hoh. die Frau Prinzessin **Adalbert**, von dem jüngsten Unwohlseyn wieder vollkommen genesen, hat heute zum ersten Male wieder unsere Stadt mit einem Besuche beehrt. Die hohe Frau begab sich zuerst zu dem kgl. Vater, dem König Ludwig, und dann zu J. M. der Königin nach der k. Residenz. — Heute sind zum ersten Mal Entschließungen Sr. Maj. des Königs aus **Hohenschwangau** hier eingetroffen, in welchen indessen der Tag der Rückkehr Sr. Majestät noch nicht bezeichnet ist. — Heute, am Todestage der höchstseligen Königin **Karoline**, wurde in der protestantischen Pfarrkirche eine kirchliche Erinnerungsfeier abgehalten, welcher J. M. die Königin mit Gefolge beiwohnte.

Wien, 13. Nov. Die halboffizielle „Wiener Abendzeitung" meldet, daß neue Aktienunternehmungen künftig retardirt werden. (T. D. d. A. Z.)

London, 12. Nov. Der „Globe" glaubt, daß die englische und die französische Regierung dem Hrn. v. Antonini und dem Fürsten Carini ihre Pässe zuschicken werden, wie dies bei jeder Unterbrechung diplomatischer Beziehungen üblich sey (so daß also aus diesem Umstand nicht gerade auf eine Verschlimmerung des Verhältnisses der Westmächte gegen Neapel geschlossen werden könnte). (T. D. d. A. Z.)

Konstantinopel, 7. Novbr. Der österreichische Internuntius und Feruk Khan, der persische Gesandte, halten öftere Besprechungen zusammen. Sefer Pascha, Führer eines Theils der Tscherkessen, schloß, wie ein Gerücht wissen will, ein Bündniß mit Schamyl. (T. D. d. A. Z.)

Konstantinopel, 7. Novbr. Reschid Pascha hat den Ministerrath gebildet: Mehemed behält die Marine, Fuad das Aeußere. Die Perser haben Herat genommen, sind jedoch wieder herausgeworfen. (T. D. d. A. Z.)

Athen, 8. Nov. Die Bevölkerung bereitet dem König eine herzliche Empfangsfeier. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 319.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 16. November 1856.

Deutscher Bund.

(Das Resultat der Münzkonferenzen.) Das erste offizielle Organ, welches zuverlässige und vollständige Angaben über die Resultate der Münzkonferenzen bringt, ist die „Austria", und nach dieser Quelle gibt die „Nat.-Ztg." nachfolgenden Auszug aus dem dem Präliminar-Schluß-Protokolle vom 16. Okt. angefügten Entwurfe zum Hauptvertrage, welcher bekanntlich einer zweiten, am 9. Dezember d. J. in Wien zusammentretenden Konferenz zur definitiven Annahme vorgelegt werden soll. Die wichtigsten Bestimmungen (welche neulich zum Theil nach den nicht ganz genauen Angaben der „Zeit" mitgetheilt wurden) sind: 1) Das Zollpfund (½ Kilogramm) soll als ausschließliches Münzgewicht eingeführt werden und zu diesem Zwecke die erforderliche Untertheilung nach dem Dezimalsystem erfahren. 2) Mit Festhaltung der reinen Silberwährung soll die Münzverfassung dergestalt geordnet werden, daß: entweder 30 Thaler (anstatt bisher 14 aus der feinen Mark) aus Ein Pfund feinen Silbers erfolgen in den norddeutschen Vereinsstaaten, ausgenommen Meiningen, Koburg, Nassau, Oberherrschaft von Rudolstadt, Homburg, Frankfurt, welche bei der süddeutschen Währung verharren; oder 45 fl. im österreichischen Kaiserstaate und Fürstenthum Liechtenstein: oder 52½ fl. (anstatt bisher 24½ aus der feinen Mark) in den süddeutschen Staaten, außer Hohenzollern und in den oben benannten Staaten nördlich vom Main. 3) Die Ausmünzungen werden (mit wenigen ausdrücklich bezeichneten Ausnahmen) auf solche Stücke beschränkt, welche der dem vereinbarten Münzfuß entsprechenden Rechnungsweise gemäß sind. Als zulässige kleinste in dem Landesmünzfuß auszuprägende Theilstücke werden anerkannt, das ⅙-Thalerstück und die ¼-Guldenstücke in den beiden anderen Münzfußen. 4) Jede Kürzung am Gehalt oder Gewicht der Münzen, namentlich unter dem Vorwande des sogenannten Remedium, ist unzulässig. Der Feingehalt wird in Tausendtheilen ausgedrückt und seine Bestimmung soll nur auf nassem Wege geschehen. 5) Für den gegenseitigen Verkehr werden Vereinsthaler ausgeprägt, und zwar: 1-Thalerstücke zu $^1/_{30}$ des Pfundes feinen Silbers, mit dem Werthe von 1 Thlr., von 1½ fl. und bezüglich 1¾ fl.; 2-Thalerstücke zu $^1/_{15}$ des Pfundes feinen Silbers, mit dem Werthe von 2 Thlrn., 3 fl und bezüglich 3½ fl. Diesen Vereinsmünzen wird in allen Vereinsstaaten ganz gleiche Berechtigung mit den Landesmünzen beigelegt; ebenso den schon bisher im 14-Thalerfuße ausgeprägten 1- und 2-Thalerstücken. 6) Mischungsverhältniß der Vereinsmünzen $^{900}/_{1000}$ Silber und $^{100}/_{1000}$ Kupfer; Durchmesser der 1-Thalerstücke 33 Millimeter, der 2-Thalerstücke 41 Millimeter. 7) Von den 1-Vereinsthalerstücken sollen von 1857 bis Ende 1862 von jedem Staate mindestens 24 Stücke auf je 100 Seelen von seiner Bevölkerung; in den folgenden Jahren aber innerhalb jedesmaliger vier Jahre mindestens 16 Stück auf je 100 Seelen ausgeprägt werden. 8) Auch die eigenen groben Silbermünzen eines Staats dürfen niemals gegen den ihnen beigelegten Werth herabgesetzt werden und für die Außerkurssetzung und Einlösung sind bestimmte Vorschriften verabredet. 9) Die nach einem der drei Landesmünzfuße lediglich zum Bedürfniß des eigenen Staates auszuprägende Scheidemünze muß als solche auf allen Geldstücken ausdrücklich bezeichnet werden. Sie darf sich beim Silber nicht über Stücke von der Hälfte des kleinsten Courantheilstücks, beim Kupfer aber nicht über bezw. 6- und 5-Pfennig-, $^4/_{100}$- und 2 Kreuzerstücke erheben. Es darf keine leichtere Silberscheidemünze ausgeprägt werden als zu 34½ in Thalerwährung, 51¾ fl. österreichischer Währung und 63⅝ fl. in süddeutscher Währung. Bei Ausprägung der Kupferscheidemünze ist das Nennwerthsverhältniß von bezüglich 112 Thlr., 168 fl. und 196 fl. für 1 Zollzentner Kupfer niemals zu überschreiten. 10) Die Feststellung des Werthverhältnisses, nach welchem in dem Gebiet des 45 Guldenfußes (zum Behuf des Ueberganges zu dem neuen Landesmünzfuß) die Münzen des bisherigen Landesmünzfußes und die Scheidemünzen eingelöst oder im Umlauf gelassen werden sollen, bleibt (im Sinne des Handels- und Zoll-Vertrages vom 19. Februar 1853) der betreffenden Regierung vorbehalten. 11) Zur weitern Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs und zur Förderung des Handels mit dem Auslande werden Vereinshandelsmünzen in Gold geprägt. Und zwar eine Krone zu $^1/_{50}$ des Pfundes und ½ Krone zu $^1/_{100}$ des Pfundes feinen Goldes. (Ueber Mischungsverhältniß, Gestalt, Ausprägung, Einziehung ꝛc. ähnliche Verabredungen wie bei den Silbermünzen.) 12) Der Silberwerth der Vereinsgoldmünzen im gemeinen Verkehr wird lediglich durch das Verhältniß des Angebots zur Nachfrage bestimmt; es darf ihnen daher die Eigenschaft eines die landesgesetzliche Silberwährung vertretenden Zahlmittels nicht beigelegt und zu ihrer Annahme in dieser Eigenschaft Niemand gesetzlich verpflichtet werden. Andere Goldmünzen werden die vertragenden Staaten nicht prägen lassen. 13) Die vertragenden Staaten werden darüber wachen, daß die im Landesmünzfuß festzuhaltende Grundlage der reinen Silberwährung in keiner Weise erschüttert oder beeinträchtigt werde. (Deßhalb sind hinsichtlich der Benutzung der Vereinsgoldmünzen als Zahlmittel an Kassen und im gewöhnlichen Verkehr sehr beschränkende Vorschriften vereinbart; auch wird der Kassenkurs der Vereinsgoldmünzen nicht gemeinsam bestimmt.) 14) Kein Staat ist berechtigt, Papiergeld mit Zwangskurs auszugeben oder ausgeben zu lassen, falls nicht Einrichtung getroffen ist, daß solches jederzeit gegen vollwerthige Silbermünzen auf Verlangen der Inhaber umgewechselt werden könne. Bestehende Ausnahmen sind längstens bis zum Januar 1859 abzustellen. Künftiges Papiergeld darf nur in Silber und nur in der gesetzlichen Landeswährung ausgestellt werden. 15) Die Dauer des Vertrages wird zunächst bis zum Schluß des Jahres 1878 festgesetzt; er soll auch alsdann, insofern der Rücktritt von der einen oder der der andern Seite nicht erklärt wird, oder eine anderweitige Vereinbarung darüber nicht getroffen worden ist, stillschweigend von fünf zu fünf Jahren als verlängert angesehen werden. Ein solcher Rücktritt ist aber nur dann zulässig, wenn die betreffende Regierung ihren Beschluß mindestens zwei Jahre vor Ablauf der ausdrücklich festgestellten oder stillschweigend verlängerten Vertragsdauer den mitvertragenden Regierungen bekannt gemacht hat.

Bayern. Aus München, 13. November, gebt der „Allg. Ztg." folgender Commentar zu der Rede zu, welche der Generalstaatsprokurator der Pfalz, Hr. v. Schmitt, bei der Eröffnung der Sitzungen des kgl. Appellationsgerichts gehalten hat. Der Redner beschwert sich hauptsächlich über die Aeußerung eines Abgeordneten bei den letzten Kammerverhandlungen, wo gesagt worden sey: „Man wolle nicht davon sprechen, wie man Gesetze interpretire, wie dort jenseits von einem Generalstaatsprokurator interpretirt werde." Diese Aeußerung eines Abgeordneten, die nicht näher zitirt ist, muß bei der Verhandlung über die Fröhlich'sche Wahlreklamation gemacht worden seyn, und bezieht sich offenbar auf die (den Rechtsgelehrten bisher unbekannte) sog monarchische Gesetzesinterpretation, welche Hr. v. Schmitt den Strafgerichten empfohlen und in seiner vorigjährigen Eröffnungsrede des nähern entwickelt hat. Als Vorzug dieser Interpretationsweise stellt er unter anderm auf, daß damit der Fall nie eintreten könne, daß das Gesetz nicht ausreiche (Seite 9 der gedruckten Rede) Sehr geschickt lehnt aber Hr. v. Schmitt den Vorwurf des Abgeordneten von sich ab, und wälzt ihn auf die Gerichte, indem er sagt: „Wir sind zwar genannt, allein der Angriff gilt nicht und kann nicht uns gelten. Er gilt dreien übereinstimmenden unter- und obergerichtlichen Urtheilen ꝛc. Diese Aufrechthaltung des Gesetzes durch die dazu berufenen, in der Rechtssprechung völlig unabhängigen Gerichte sagte nicht zu, aber der gegentheilige Ausspruch hätte von manchen Seiten den wildesten Beifall, ver-

letzendes Lobpreisen zur unmittelbaren Folge gehabt." Es sind hier Urtheile in der Untersuchung gegen den Rentner Fröblich gemeint, und auch näher bezeichnet; aber dabei hat der Redner übersehen, daß die Kammerverhandlung über die Fröblich'sche Reklamation der Untersuchung gegen denselben vorgängig war, der Abgeordnete daher die in dieser Untersuchung ergangenen Urtheile nicht im Auge gehabt haben kann. Aber auch abgesehen hievon, enthält diese Vertheidigung des Hrn. v. Schmitt einige Behauptungen, die durchaus unbegründet sind, und eine Verdächtigung des obersten Gerichtshofs des Königreichs. In der Fröblich'schen Untersuchung haben allerdings drei Gerichte erkannt, die Bezirksgerichte in Zweibrücken und Landau und das Appellationsgericht, aber nicht übereinstimmend, denn das erstere hatte das Verfahren eingestellt. Das Appellationsgericht hat zwar zwei Urtheile erlassen, aber Hr. v. Schmitt kann doch unmöglich zwei Urtheile in derselben Sache, von denselben Personen ausgehend, als eine doppelte Autorität hingestellt haben; jedenfalls hätte er aber dann die Wahrheit verschwiegen. Die Vertheidigung enthält aber noch mehr. Der Satz „diese Aufrechthaltung des Gesetzes ꝛc." führt argumento e contrario auf den nothwendigen Schluß, daß der oberste Gerichtshof, der das Gegentheil von den pfälzischen Gerichten erkannte, das Gesetz nicht aufrecht erhalten, mithin verletzt habe, und der Schluß des Satzes deutet unzweideutig auf seltsame Motive. Der oberste Gerichtshof steht indessen im ganzen Königreich in zu hohem Ansehen, als daß er auf diese Art verdächtigt werden könnte. Was aber die angebliche Gesetzesverletzung durch das kassatorische Erkenntniß betrifft, so gibt sich Hr. v. Schmitt nicht die Mühe, diese seine Ansicht zu rechtfertigen, sondern er läßt es bei der obigen vagen Behauptung bewenden. Es sey daher erlaubt, die wesentlichen Entscheidungsgründe des oberstrichterlichen Erkenntnisses mitzutheilen, damit sich jeder sein Urtheil selbst bilden kann. Sie lauten: „Es kann nicht angenommen werden, der Gesetzgeber habe zur Sicherung der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit auf der einen Seite durch den Art. 3 des Gesetze vom 25. Juli 1850 über den Geschäftsgang des Landtags jedem Wahlberechtigten das Recht ertheilen wollen, die Wahl seines Bezirks wegen illegaler Einmischung zu beanstanden, und auf der andern Seite habe er wieder zulassen wollen, jemand als Verleumder zu bestrafen, der dieses Recht ausübt, vorausgesetzt, daß er nicht im Stande wäre, diese illegale Einmischung durch vorher ergangene kondemnatorische Urtheile oder durch authentische Urkunden zu erweisen, wobei es nach Vorschrift der Artikel 367 und 370 d. St.-G.-B. auf die Wahrheit oder Unwahrheit jener Imputationen weiter nicht anzukommen habe. — Als Calumniant kann nämlich nach dem pfälzischen Strafgesetzbuch nur derjenige bestraft werden, welcher sich nicht an die kompetente Behörde, sondern an das Publikum wendet, und seine Imputationen ohne legitimen Zweck, und bloß in der Absicht zu schaden, durch die im Art 367 d. St.-G.-B. gegebenen Mittel im Publikum verbreitet. Wer sich dagegen an eine öffentliche Behörde wendet und die Thatsachen, welche er einem andern zur Last legt, derselben zur Kenntniß bringt, der kann, wenn diese Thatsachen auf Unwahrheit beruhen sollten, nicht wegen Calumnie, sondern nur wegen falscher Denunciation nach Art. 373 zu Verantwortung gezogen werden. Bei diesem Vergehen kennt aber das Gesetz die Beschränkungen des Beweises nicht, einestheils weil die Behörde, an die er sich gewendet hat, gerade die Mittel besitzt, oder doch die geeigneten Einleitungen zu treffen im Stande ist, um der Sache erst auf den Grund zu sehen, was gerade der Zweck seiner Anzeige ist, anderntheils weil seine Anzeige präsumtiv auf einem rechtmäßigen Zweck, Förderung des allgemeinen Wohls, und einem für die gesellschaftliche Ordnung nützlichen Streben beruht, die Herrschaft der Gesetze bezüglich der angezeigten Vorgänge zu sichern, und sich selbst alle daraus hervortretenden Rechte zu wahren."

München, 14. Novbr. Der oberste Gerichtshof hat in seiner jüngsten Sitzung in Folge einer Beschwerde seines zweiten Staatsanwaltes zur Wahrung des Gesetzes ausgesprochen, daß bei Betrug die thätige Reue nicht zulässig sey. (B. Ldbtn.)

Wasserburg in Oberbayern ist ebenfalls zum Sitze eines der zu errichtenden Bezirksgerichte ausersehen. Bereits sind durch eine Regierungskommission die hiezu benöthigten Räumlichkeiten ausgemittelt und soll deren Bau in thunlichster Bälde in Angriff genommen werden. (B. Ldbtn.)

Nürnberg, 14. Nov. Die bereits erwähnte Gegenvorstellung hiesiger Einwohner in Sachen der jüngsten Erlasse des kgl. Oberkonsistorium, welche nunmehr ebenfalls an das kgl. Kabinet abgegangen ist, lautet: „Allerdurchlauchtigster ꝛc. ꝛc. Mit großem Bedauern haben wir, die allerunterthänigst unterzeichneten Glieder der protestantischen Kirchengemeinde hiesiger Stadt, aus öffentlichen Blättern ersehen, daß an Eure königl. Majestät von einer Anzahl unserer Mitbürger, die sich herausnimmt, im Namen sämmtlicher Einwohner Nürnberg's zu sprechen, wegen neuerlicher Verfügungen des Oberkonsistorium eine Eingabe gemacht worden ist, in welcher Beschwerde wegen Verletzung verfassungsmäßiger und kirchlicher Rechte vor dem Throne Eurer kgl. Maj. erhoben werden will. Wir beklagen solchen Schritt, weil schon durch die im Wege der größten Oeffentlichkeit erfolgte Aufforderung zur Betheiligung an demselben viele Gemüther beunruhigt und verleitet wurden, ihre theuersten Güter für wirklich gefährdet zu erachten, wie auch die erwähnte Beschwerdeschrift darzulegen versucht und hiedurch die, zwar keineswegs aller Orten, wie dort behauptet wird, wohl aber leider in unserer Stadt sich zeigende Aufregung noch vermehrt. Wir befürchten nun freilich nicht, daß Eure kgl. Majestät die erhobene Beschwerde irgend für gegründet erkennen werde, da ja die Entschließungen, gegen welche dieselbe gerichtet ist, nichts enthalten, was unserm theuern evangelischen Glauben und Bewußtseyn oder unserer Kirchenverfassung zuwider wäre, vielmehr vom kgl Oberkonsistorium nur in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte und lediglich in Folge der Anträge und Beschlüsse der letzten Generalsynode als der gesetzmäßigen Vertretung unserer Kirche Eurer kgl. Maj. zur Genehmigung vorgelegt und von Allerhöchstdenselben genehmigt worden oder aus allerhöchst genehmigten geflossen sind, da sie ferner alle bloß äußerlichen polizeilichen Mittel auf kirchlichem Gebiete selbst entschieden verwerfen und überhaupt den Gemeinden gegen den Willen ihrer gesetzlichen Organe nichts aufdringen wollen, sondern überall den bestehenden Verhältnissen schonende Rücksicht angedeihen lassen. Eben so wenig besorgen wir daher auch, daß es den Beschwerdeführern gelingen werde, das Vertrauen Eurer königl. Majestät in die Männer, denen allerhöchst Ihre Weisheit die Leitung der protestantischen Kirche in Bayern zu übergeben geruht hat, durch die gegen dieselben vorgebrachten Verdächtigungen zu erschüttern oder wankend zu machen Gleichwohl aber müssen wir gegenüber den Beschwerdeführern — und zwar ganz besonders deßhalb, weil dieselben im Namen der ganzen evangelisch-lutherischen Einwohnerschaft Nürnbergs, also auch in unserem Namen aufzutreten wagen, ohne doch im Geringsten weder von uns, noch von den Vielen dazu ermächtigt zu seyn, die, jedem öffentlichen Auftreten abhold, in Ruhe die Entscheidung den kompetenten Behörden überlassen, — es für dringende Pflicht erachten, unsere durchaus abweichende Ueberzeugung vor Euerer kgl. Majestät allerehrfurchtsvollst und freimüthig dahin auszusprechen, daß wir nicht nur die erhobene Beschwerde für gänzlich unbegründet halten, sondern daß wir Eurer kgl. Majestät den wärmsten Dank schulden für die weise Fürsorge, welche Allerhöchstdieselben der protestantischen Kirche in Bayern angedeihen lassen und welche gerade auch in der Wahl der ausgezeichneten Männer sich kundgibt, die von Eurer k. Majestät in das Oberkonsistorium berufen worden sind. Von dieser unserer obersten Kirchenbehörde aber, die schon so viel zum Heil unserer Kirche gewirkt hat, hegen wir die zuversichtliche Hoffnung, daß sie den Geist ächt evangelischer Milde, welcher neben dem unerläßlichen Ernste in ihren Anordnungen sich zeigt, bei dem Vollzuge derselben also walten lassen werde, daß kein wirklich wohlmeinendes Glied unserer Kirche über die Anwendung derselben Klage zu führen gerechte Ursache haben wird. In tiefster Ehrerbietung ꝛc. Nürnberg, den 12. November 1856." (Nürnb. K.)

Preußen. Posen, 12. Novbr. Gestern hat hier ein Duell stattgefunden, das heute das allgemeine Tagesgespräch bildet. Welche Beleidigung diesem Waffengange zwischen einem jungen Militärarzt und einem jungen Zivilbeamten, der zugleich Landwehroffizier ist, zum Anlaß gedient, ist uns unbekannt; wichtig ist, daß die Sache vor das Ehrengericht gebracht worden und dies dem Vernehmen nach seinen Ausspruch dahin gethan haben soll: das Duell habe stattzufinden und sey so lange fortzusetzen, bis ein Theil kampfunfähig gemacht worden. Ist dem so, und das wird allgemein behauptet, so ist unsers Bedünkens das Ehrengericht über seine moralische Berechtigung weit hinausgegangen. Auch ein Ehrengericht muß, wenn es ein christliches ist, nach unserm Dafürhalten den Zweikampf, diesen Rest des mittelalterlichen Faustrechts, als ein Uebel, wenn auch als ein unter den obwaltenden Umständen noch nicht ganz vermeidliches, ansehen, und dasselbe demgemäß auf ein Minimum zu reduziren streben, nicht aber den Todtschlag provoziren und gewissermaßen legalisiren, wie es doch durch ein solches Verdikt gewissermaßen geschieht. Die beiden Duellanten haben denn auch neun Kugeln miteinander gewechselt, ohne daß, glücklicherweise, einer das Leben dabei eingebüßt hätte; der Arzt hat zwei Streifschüsse an der Brust erhalten und sein Gegner trägt eine Kugel im Oberschenkel davon! Ein anderes Duell, das unlängst hier zwischen zwei hochgestellten Personen statthaben sollte, ist, wie wir hören, durch Einfluß von oben her nicht zur Aus-

führung gekommen. Es drängt sich hierbei die Frage auf, sollte das Duell in christlichen Staaten und noch dazu in einer Zeit, die so gern Alles auf Christlichkeit zurückführt, wirklich unvermeidlich seyn? Wir wenigstens wissen nicht, mit welcher Lehre der christlichen Moral der Zweikampf in Einklang zu bringen wäre. (D. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 12. Nov. Das Niederreißen der Häuser in Paris wird, wie man versichert, für einige Zeit eingestellt werden. Die Präfekten sind durch Zirkularschreiben aufgefordert worden, Pässe für Paris nur noch solchen Arbeitern auszustellen, die Existenz-Mittel konstatiren oder beweisen können, daß sie bei ihrer Ankunft in Paris sofort Arbeit finden. — Die „Presse" hat Befehl erhalten, die seit einiger Zeit unter dem Titel: „De quelques libertés avant 1789", von ihr veröffentlichten Artikel zu unterbrechen.

* Paris, 13. Nov. Nach allem, was die englischen und französischen Blätter, welche mit den westmächtlichen Regierungen in Beziehung stehen, melden, sind die Differenzen zwischen den beiden Bundesgenossen vorderhand beigelegt. Die höfliche Rede des Kaisers an den Grafen Kisseleff wird kaum hinreichenden Balsam für die Wunde enthalten, welche Rußland durch die Wiedervereinigung Frankreichs mit England beigebracht worden ist. Die telegraphisch gemeldete Erklärung der „Morning Post", daß die Allianz zwischen England und Frankreich niemals eine innigere gewesen sey, als in diesem Augenblicke, hat hier einen sehr guten Eindruck gemacht, diese Ergänzung der Moniteurnote hat allerdings noch gefehlt. Es wird sogar behauptet, daß Frankreich der englischen Anschauung sich genähert hat und bereit ist, die Interpretationsansprüche Rußlands in Uebereinstimmung mit dem englischen Kabinete zurückzuweisen. Die Erklärung der „Morning Post" ist zur rechten Zeit angekommen, denn die Russenfreunde würden nicht ermangeln, den bei der gestrigen Vorstellungsaudienz gesprochenen Worten des Kaisers eine andere Deutung zu geben. (Wer weiß, ob sie nicht doch Recht haben?) — Wie sehr das englische Blatt mit seiner Erklärung die Wahrheit getroffen hat, geht auch aus der Haltung der halboffiziellen Korrespondenten in den belgischen Blättern hervor. Diese sprechen nicht nur wieder mit der alten Wärme und Innigkeit von England, sie überhäufen auch Reschid Pascha, den Freund Englands, mit Lobeserhebungen, und es ist ganz rührend zu sehen, wie die heftigsten Gegner dieses Staatsmannes, so urplötzlich wieder in Bewunderer von ihm umgewandelt worden sind. — Die Ernennung Reschid Pascha's hat stattgefunden am nämlichen Tage, an welchem der Sultan mit großer Feierlichkeit den Hosenbandorden empfangen hat. Dieses Zusammentreffen, bemerkt der „Constitutionnel," ist aufgefallen und von den Personen, welche Lord Redcliffes Einfluß bei diesem Ereignisse erkennen wollen, mit Nachdruck hervorgehoben worden.

* Paris, 13 Novbr. Die Reise des Hofes nach Fontainebleau ist entschieden aufgegeben, wie man sich denken kann, zum großen Verdruß der eingeladenen Damen, welche für diese Festlichkeit sich in Auslagen gestürzt haben. Die öffentliche Meinung hat diesmal über alle Hofrücksichten gesiegt. Als Hauptgrund, weßhalb die Sache aufgegeben wurde, werden die dringenden Vorstellungen angegeben, die dem Kaiser im Ministerrathe gemacht wurden und die sowohl gegen seine nochmalige Abwesenheit von Paris als gegen die Erneuerung glänzender und mit der allgemeinen Bedrängniß grell kontrastirender Festlichkeiten gerichtet waren.

Paris, 13. Nov. Fürst Carini, der neapolitanische Gesandte in London, ist heute hier angekommen und wird sich in einigen Tagen nach Italien begeben. Marquis Antonini wird sich nach Brüssel wenden, da dieser Diplomat gestern seine Pässe erhalten hat. Briefe aus Rom stellen eine baldige Versöhnung zwischen der Regierung von Neapel und den Westmächten in Aussicht. Der heilige Vater rathe dem König nachdrücklichst zur Nachgiebigkeit und man sehe zahlreichen Amnestien entgegen.

* Paris, 13. Nov. Die öffentlichen Sparküchen machen auch in den Provinzen Fortschritte, die Präfekten thun ihr Möglichstes um zur Verbreitung dieser Wohlthätigkeitsanstalt aufzumuntern. Wie es scheint, ist die Aufforderung an die Provinzbehörden zur Unterstützung der Garküchen von hier ausgegangen. — Die Garnison von Paris, welche um ein Bedeutendes vermindert worden ist, soll nun wieder auf ihren ehemaligen Fuß gesetzt werden und sind bereits mehrere Regimenter nach der Hauptstadt zurückgekehrt.

Spanien.

† Madrid, 9 Novbr. Die „Gaceta" veröffentlicht ein Rundschreiben des Ministers des Innern an die Provinz-Gouverneure, worin er ihnen zum Vollzug der wiederhergestellten Preßverordnungen von 1844 und 1845 nachstehende Instruktionen ertheilt: „1) Die wieder in Kraft gesetzten königl. Dekrete gestatten keine Controverse in religiösen Angelegenheiten, außer unter gewissen Bedingungen und mit bischöflicher Erlaubniß. Es ist unerlaubt, in irgend einer Druckschrift den geringsten Angriff auf die römisch-apostolisch-katholische Religion zu machen, noch ihren Dogmen und ihrem Kultus widersprechende Ansichten darzulegen; ebenso ist es unerlaubt, über die Nothwendigkeit der Aufrechthaltung der Glaubens-Einheit in Spanien zu diskutiren; 2) die Person des Monarchen und die königlichen Institutionen müssen in allen Schriften ehrerbietig geachtet und dürfen unter keinem Vorwande zum Gegenstand einer Diskussion gemacht werden. Deßhalb soll der Absatz aller Brochüren, fliegenden Blätter oder Journale auf's strengste untersagt und verhindert werden, worin offen oder versteckt auf Verringerung der Achtung und des Gehorsams hingewirkt wird, die man dem Throne, der herrschenden Dynastie und dem Fundamentalgesetze der Monarchie schuldig ist; 3) ebenso ist die Veröffentlichung jeder Druckschrift untersagt, worin nach Inhalt Einzelheiten oder Grundsätze, Angriffe auf das Eigenthum oder gegen andere Grundlagen der menschlichen Gesellschaft enthalten sind. Die leichteste Ueberschreitung führt bald zu den traurigsten Folgen. Die Brandstiftungen, welche in mehreren Städten der Halbinsel vorkamen und das Herz der Königin mit Trauer erfüllten, sind nicht nur das Werk einiger entarteten Verbrecher, — sie sind auch die natürliche Folge der Verbreitung auflösender, unsinniger Lehren, denen man mit kräftiger Hand ein Ende machen muß — Ihre Majestät will auch, daß die Veröffentlichung jeder Schrift, welche die Sitten verderben und dadurch eine bedauerliche Störung im Schooße der Familien herbeiführen könnte, mit derselben Strenge verhindert werde. — Es ist unerläßlich, daß die Schriften, welche in Spanien veröffentlicht werden, von Hand zu Hand gehen können, ohne daß man darüber erröthen muß, ohne daß die Erziehung darunter leide, ohne daß sie das Herz der Jugend vergiften. Nur so kann die Gesellschaft erhalten werden und sicherlich steht diese Achtung nicht mit dem Rechte in Widerspruch, frei seine Gedanken äußern zu dürfen, wie die Konstitution es jedem Spanier gewährt; 4) Jene, welche im Auslande regieren und vom Throne aus andere Nationen leiten, sind der Achtung und Ehrerbietung würdig. Die wiedereingeführten Dekrete enthalten in dieser Beziehung die entsprechenden Verordnungen und Ihre Majestät würden es mit großem Mißfallen gewahren, wenn die Behörden sich nicht an diese klugen Vorschriften hielten. — In Anbetracht nun, daß die wohlthätig zivilisirende Presse in eine Waffe der Bestechung und des Skandals verwandelt ist und verwendet wird, schädliche Ideen zu verbreiten, die sozialen Bande zu lockern, den Frieden und das Gedeihen der Monarchie zu stören, — in Anbetracht ferner, daß die Diskussion nur dann frei seyn kann, wenn sie achtet, was die Religion vorschreibt, die Moral verlangt, die Grundprinzipien des Staats erheischen, und da es endlich für nöthig und dringend erachtet wird, die Mißbräuche zu unterdrücken, welche seit lange von der Presse, namentlich der periodischen Presse, begangen werden, wenn sie geheilt werden sollen, bevor sie größere Ausdehnung gewonnen haben und Uebel hervorrufen, welche eines Tags die spanische Gesellschaft erschüttern und in große Gefahr setzen könnten, — so geruhte Ihre Maj. die Königin (die Gott bewahre!) zu befehlen, daß Sie der vorerwähnten Instruktionen eingedenk seyen und durch alle zu Gebote stehenden Mittel auf deren treueste Ausführung wirken. — Gott erhalte Sie lange Jahre. — Madrid, 8. November 1856. (gez.) Nocedal."

Italien.

Turin, 10. Nov. Der Einfluß der mehr oder minder großen Geldverlegenheit auf den verschiedenen Hauptplätzen Europa's hat auch hier seine schlimmen Wirkungen hervorgebracht, und der Abgang an den nöthigen Kapitalien drückt schwer auf Industrie und Handel. (Schw. M.)

Amerika.

Nach Nachrichten aus Canada ist die Eisenbahn von Montreal nach Toronto am 27. Oktober eröffnet worden. Die Strecke wird in 14 Stunden zurückgelegt. (Fr. J.)

Nichtpolitische Zeitung.

Man schreibt der „Köln. Z." aus Paris, 12. November: „Neulich ward beim hiesigen Staatsprokurator eine Klage eingereicht wegen angeblicher Vergiftung eines Engländers, Namens Brettle. Brettle's Leiche wurde gestern auf Befehl des General-Prokurators ausgegraben. Die Untersuchung, die man einge-

leitet, hat folgende Ergebnisse geliefert. Brettle wurde während seiner Krankheit von dem Dr. M'Kearthy, einem Irländer von Geburt, der aber bei der Pariser Fakultät zugelassen ist, behandelt. Mittlerweile kam ein Dr. Jones, Vater eines jungen Arztes, der beim Prozesse Palmer's betheiligt war, in Paris an. Dieser Jones, ein Mann von 70 Jahren, ist ein Freund der Familie Burdett (verwandt mit dem berühmten Staatsmanne dieses Namens, der Anfangs dieses Jahrhunderts lebte), von welcher ein Mitglied der Erbe Brettle's ist, der ein Vermögen von 100,000 Pfd. Sterl. besitzt. Jones hatte, wie dieses gewöhnlich der Fall ist, keine Konferenz mit M'Kearthy, sondern gab bei seiner Ankunft dem Patienten ein Pulver ein. Zwei Stunden darauf war der Kranke todt. Jones widersetzte sich zuerst der Untersuchung und gab vor, daß Brettle an einem Gehirnschlage gestorben sey. M'Kearthy bestritt dieses jedoch und behauptete, daß er das Ableben seines Patienten sogar nicht erwartet habe. Jones, mit Fragen gedrängt, gestand, daß er Brettle ein heftiges Gift eingegeben habe, das seine Erfindung sey und welches er nicht bekannt machen wolle. Da man aber stark in ihn drang, sein medizinisches Geheimmittel zu entdecken, so theilte er zuletzt das Rezept mit, indem er vorgab, das Pulver selbst nicht mehr zu besitzen. Es wird sich nun darum handeln, zu erkennen, ob Jones' Gift wirklich als Arzneimittel betrachtet werden kann. Die Polizei hat ihn noch nicht verhaftet, läßt ihn aber scharf überwachen. Unter den hiesigen Engländern erregt dieses Ereigniß die größte Sensation, und man glaubt fast allgemein an ein Verbrechen."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 15. November. Oesterreichische Bankaktien beider Gattungen, Kreditaktien, National-, Darmstädter Bankaktien und Pereire wurden besser bezahlt, dagegen waren 1¼ pZt. Spanier und Elisabethenbahnaktien mehr angeboten.

Providentia wurde zu 105¼ ½ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 77¾P. 77¼G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87¾P. 87¼ G. Metall. alte à 5pCt. 76P. 75½G.; à 5pCt. in Silberh. R. 86P. 85½ G.; à 4½pCt. 65¾P. 64½G.; à 4pCt. 59½ P. 59 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56⅛ P. 55⅞ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 91½P. —G.; 4pCt. Grundrente 94¾P. 94¼G.; 4½pCt. 100¾P. 100¼G.; 5pCt. 100¾ P. 100¼ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 90½P. 90 G.; 4½pCt. 102⅞ P. 102⅜G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91¼P. 90¾G.; à 4pCt. 99P. 98½ G.; 4½pC. 101¾ P. 101½G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89½P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 80½P. 80 G.; a 3½pCt. 90¼P. 89¾G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 36⅝P. 36⅜G.; 1¼pCt. neue 22⅜P. 22¼G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1179P. 1174G. Neue Bankaktien 295P. 290G. Credit-Actien à 5pCt 161½P 159½G. Darmstädter Bankaktien alte 360 P. 358 G.; junge 322 P. 320G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 492 P. 488G. Mitteldeutsche Creditbank 99 P. 98½G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 100½ P. — G. Frankf. Bankaktien 111¼ P. 110¾G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 490P. 485 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 555 P. 550 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 274 P. 272 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 140⅝ P. 140⅛G. Neustadt-Weissenb. 103⅝ P. 103⅜G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100½ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80⅛ P. 79⅝ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77½P. 77¼G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 91½ P. 91 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 113¾P. 113¼G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99½ P. — G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 113½ P. 113 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48⅛P. 47⅞G. Darmst. Loose à fl. 50 116½P. 116G. à fl. 25 34½ P. 34 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39¼ P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 33¼ P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43½P. 43¼G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100⅛P. 99⅞G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119¾G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104⅜G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 104½P. 104¼G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96½P. — G.
Hamb. MB. 100 k.S 88⅝P — G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104⅝P. 104⅜G.
Lond. Lst. 10 k.S. 117½P. 117¼G.
Mail. i.S.Lr. 250 k.S. 99⅛P — G.
Paris Frs. 200 k. S 93¼P. 93
Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Wien fl. 100 C. k S. 111⅝P. 111⅜G.
Wien 3 M. mit 5% 111⅜P. 111⅛G.
Disconto — P. 6pCt. G

Neueste Nachrichten.

Aus Mecklenburg, 10. Novbr. Wie die „Rostocker Zeitung" meldet, ist von dem größeren Theil der in Bützow wegen Hochverraths inhaftirten Rostocker beim großherzogl. Kriminalkollegium die Freilassung gegen Kaution beantragt. Im Falle, daß dieses Gesuch abgeschlagen werden sollte, wird von denselben dieserhalb Querel beim hohen Oberappellationsgericht eingelegt werden. (H. N.)

Kiel, 11. Novbr. Als Se. Durchl. Herzog Karl von Glücksburg und dessen Bruder Prinz Friedrich sich bei der Erhebung von 1848 betheiligten, wurden ihnen ihre Orden genommen und bisher nicht zurückgegeben, obwohl sie bekanntlich amnestirt sind und ein freundliches Verhältniß zu Sr. Majestät dem Könige schon längst wieder hergestellt war. Jetzt hat Se. Majestät an dem Geburtstage der Erbprinzessin Karoline, Schwägerin des Herzogs, am 28. v. M., Veranlassung genommen, an beide huldvolle Handschreiben zu richten und ihnen zugleich ihre Orden wieder zurückzugeben. Man wird wohl nicht fehlgreifen, wenn man hierin nicht bloß einen Beweis persönlicher Huld und Gnade von Seiten Sr. Majestät, sondern auch eine weitere Fortführung des vom Konseilspräsidenten bei Rekonstruirung des gegenwärtigen Ministerium aufgestellten Programms erblickt, in welchem Wiederannäherung an die in Folge eines gewissen Einflusses übel behandelten Prinzen des kgl. Hauses einen Hauptpunkt bildet; daß der Erbprinz Ferdinand kgl. Hoh. das ihm genommene Generalkommando ebenfalls wieder erhalten hat, haben wir bereits gemeldet. (N. P. Ztg.)

Nach dem **Krakauer** „Czas" ist die Gesellschaft russischer französischer, englischer und belgischer Kapitalisten, welcher die Konzession zum Bau der russischen Eisenbahnen ertheilt worden ist, jetzt bemüht, die großen, der Herzog von Leuchtenberg'schen Familie angehörenden Hüttenwerke zu erwerben. Auch beabsichtigen sie andere Güter in verschiedenen Gegenden Rußlands anzukaufen, um auf ihnen die zum Eisenbahnbau nöthigen Niederlagen und Fabriken zu errichten. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 320.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 17. November 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 14. Novbr. Unter den Monumenten, welche in unserer neuen Maximiliansstraße aufgestellt werden sollen, wird sich dem Vernehmen nach auch das Standbild Schelling's, des großen Philosophen, befinden. Die auf dem Odeonsplatze befindlichen Standbilder Gluck's und Orlando di Lasso's werden wahrscheinlich auf dem Promenadeplatz aufgestellt werden, wo sich bekanntlich die Standbilder Kreitmayr's und Westenrieder's befinden. (Allg. Ztg.)

** München, 15. November. (Privat-Korrespondenz.) Von den Gebirgsgegenden zurückkehrend sind Se. Maj. der König diesen Abend im besten Wohlseyn wieder hier eingetroffen. Se. Maj. kamen heute von Hohenschwangau und hatten auf der Station Bissenhofen die Eisenbahn bestiegen. — Der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten wird nun im Laufe der Woche seine eigentlichen Berathungen beginnen und dieselben dann regelmäßig fortsetzen. — In unserer Vorstadt Haidhausen ist heute eine ziemlich bedeutende Spiritusfabrik niedergebrannt. Leider ist dabei ein Arbeiter so schwer verletzt worden, daß er kaum den heutigen Tag überleben durfte. Höchst widerlich war es, daß mehrere Arbeiter, die in die Branntweinbrennerei gerathen waren, sich trotz des furchtbaren Brandes so total betranken, daß sie bewußtlos ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

München, 15. Novbr. Das zweite Schienengeleise von hier bis Pasing (erste Eisenbahnstation nach Augsburg) ist nun völlig fertig und wird demnächst befahren werden. (M. B.)

Das früher herzogl. Leuchtenbergische Oekonomiegut Rebbach, Ger. Eichstädt, wird zu einer Besserungsanstalt für jugendliche Büßer katholischer Konfession eingerichtet, und der k. Regierungsrath Kloßmann, Vorstand der Strafanstalt Kaisheim, ist mit der Umgestaltung und Einrichtung beauftragt. Die Gefangenen sollen vorzugsweise mit Landwirthschaft beschäftigt werden, wozu der zum Gute gehörige Grundbesitz von 350 Tagwerk die beste Gelegenheit bietet. Die Besserungsanstalt Wasserburg, in welcher bisher die jugendlichen katholischen Büßer verwahrt worden sind, soll dagegen zur Aufnahme älterer Arbeitshaussträflinge derselben Konfession bestimmt werden.

Da die Aufbewahrung des durch die Orkane während des Sommers in den Forstrevieren Weiden rc. geworfenen Holzes außerordentliche Arbeitskräfte erfordert, so sind hiezu 200 Korrektionäre aus Ebrach bestimmt worden. Dieselben sollen in den Räumlichkeiten des Schlosses Wernberg untergebracht werden.

Preußen. Berlin, 14. Novbr. Dem hiesigen Kriminalkommissarius Pick ist es gelungen, der Brandstifterbande, welche die Stadt Penzlin in Pommern seit einem Jahre in Schrecken setzt, auf die Spur zu kommen. Bis jetzt sind 22 Individuen als dringend verdächtig verhaftet worden. (C.-B.)

Hannover. Hannover, 13. Novbr. Die hier zur Berathung wegen Einführung des Zollgewichts versammelten Bevollmächtigten der benachbarten Staaten (Oldenburg, Braunschweig, Bremen) haben ihre Arbeiten vollendet und eine allseitige Verständigung durch Annahme der hunderttheiligen Eintheilung des Zollpfundes erreicht. (Deutschl.)

Württemberg. Professor v. Rapp an der medizinischen Fakultät in Tübingen wurde auf Ansuchen wegen durch körperliche Gebrechen herbeigeführter Dienstuntüchtigkeit in den Ruhestand versetzt. (Schw. M.)

Oesterreich. Wien, 10. Novbr. Was kürzlich über Gustav Diezel berichtet wurde, den Württemberger Blätter bald die Redaktion einer hiesigen Zeitung übernehmen, bald bei einem industriellen Unternehmen sich betheiligen lassen, so reduzirt sich dessen hiesige Thätigkeit auf eine sehr bescheidene Anstellung bei der Direktion der lombardisch-venetianischen und zentral-italienischen Eisenbahngesellschaft. (Allg. Z.)

Wien, 12. Nov. Ueber den Gnadenakt, der gelegentlich der Anwesenheit Ihrer Majestäten in Mailand kund gemacht werden wird, vernimmt man aus zuverlässigster Quelle, daß zunächst die kaiserliche Entschließung vom 8. Februar d. J. wesentliche Abänderungen erfahren wird. Nach derselben sollen bekanntlich die sequestrirten Güter der Flüchtlinge, welche binnen Jahresfrist kein Gesuch einreichen, veräußert, der Erlös aber, nach Wahl des Ministerium, entweder dem Flüchtlinge zugesandt oder bis zu dessen Tode für die Erben aufbewahrt werden. Diese Verfügung soll nun dahin modifizirt werden, daß einer gewissen Anzahl jener Flüchtlinge, welche noch kein Gesuch überreicht haben, dennoch ihre Güter zurückgegeben werden, vorausgesetzt, daß sie während ihrer Verbannung die Tendenzen der Revolutionspartei nicht unterstützt haben. Graf Radetzky hat überdies vor Kurzem die Liste aller derjenigen Personen eingesandt, deren Gesuche um Aufhebung des Sequesters und straffreie Rückkehr er bis jetzt nicht bewilligen zu dürfen glaubte. Durch den zu erwartenden Gnadenakt werden sie nun alle vollständig begnadigt werden. Die gegen Ausgewanderte, welche, wenn auch willkürlich, doch ohne böse Absicht zurückkehrten, verfügten Ausweisungen sollen aufgehoben und die gegen einige derselben eingeleiteten gerichtlichen Untersuchungen niedergeschlagen werden. (Köln. Z.)

Schweiz.

Aus Frankfurt, 13. November, wird den „Hamburger Nachr." geschrieben: „Ueber die Schritte, welche Preußen zunächst für die gefangenen Neuenburger thun wird, erfahren wir Folgendes: Herr v. Savigny, der preußische Gesandte bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, wird in kürzester Zeit von Sigmaringen nach Bern abreisen, um nach erhaltener Audienz dem Bundesrath eine auf die Freilassung der Gefangenen bezügliche Note zu verlesen, deren Inhalt von Herrn v. Menshengen, dem Vertreter Oesterreichs bei der Schweiz, Herrn v. Malzen (für Bayern) und Herrn Legationsrath v. Dusch (für Baden) mit Nachdruck befürwortet werden. Wir können weiter mittheilen, daß, falls die diplomatischen Bemühungen in der Bundesstadt keinen Erfolg haben sollten, es im Plane des Berliner Kabinets liegt, drei preußische Armeekorps an die Gränzkantone in Bewegung zu setzen und Schaffhausen in Pfandbesitz nehmen zu lassen. Die Kosten dieser Expedition würden von der Schweiz beansprucht werden." (Diese letztere Angabe ist offenbar unrichtig; nach Allem, was bisher über die Verhandlungen am Bundestag, sowie über die zwischen Wien und Berlin gewechselten Noten bezüglich der Neuenburger Angelegenheit verlautete, sind die deutschen Bundesstaaten nicht geneigt, zu einem bewaffneten Vorgehen Preußens gegen die Schweiz irgendwie die Hand zu bieten, und in Berlin selbst ist dieser Gedanke, wenn man ihn dort je ernstlich gehegt hat, wieder aufgegeben. Die Red. der „N. Würzb. Ztg.")

Großbritannien.

London, 13. Novbr. Das Parlament wurde heute durch königliche Kommission, und zwar bis zum 16. Dezbr. abermals prorogirt.

In Anbetracht der unwiderstehlichen Geldnachfrage haben die Direktoren der Bank den Diskonto (bisher 6 und 7 pCt.) auf den gleichmäßigen Satz von 7 pCt. für alle Arten Papiere erhöht.

Frankreich.

* Paris, 15. Nov. Die Erklärung der „Times", daß die englisch-französische Allianz Gefahr laufe, falls die vorhandenen Differenzen nicht vor dem Zusammentreten des Parlaments ausgeglichen seyn sollten, hat hier einige Sensation erregt, weil daraus hervorgeht, daß noch nicht die nöthige Verständigung über alle Punkte stattgefunden hat. In den diplomatischen Kreisen glaubt man übrigens, daß die Schwierigkeiten bald besiegt seyn dürften, da die französische Regierung den sehnlichen Wunsch hege, mit England wieder auf den Fuß der ehemaligen Intimität zu kommen.

Heute hat in St. Cloud Ministerrath stattgefunden. Die französische Regierung arbeitet jeder Unterhandlung hinsichtlich der russischen Eisenbahnen entgegen und will, daß die französischen Kapitalien sich davon zurückhalte. Herr Panis, der Annoncen Regisseur, hat den Befehl bekommen, keine hierauf bezüglichen Annoncen aufzunehmen. Die halboffiziellen Blätter werden das Unternehmen in besondern Artikeln angreifen.

Paris, 14. Nov. Wie man versichert, steht eine Beilegung der Zwistigkeiten in Betreff Bolgrads und der Schlangen-Insel sehr nahe bevor. Was die letztere Frage betrifft, so hat die russische Regierung eingewilligt, ihre Ansprüche auf diese Insel aufzugeben. Die Schlangeninsel soll unter die Oberaufsicht einer europäischen Kommission gestellt und der dortige Leuchtthurm von derselben erhalten werden. Was Bolgrad betrifft, so soll Rußland entschlossen seyn, diese Stadt ebenfalls abzutreten, ohne vorher diese Frage durch den Kongreß entscheiden zu lassen. Es scheint, daß das Zusammenhalten Englands und Oesterreichs hier in Paris nicht ohne Eindruck geblieben ist. Die Höfe von London und Wien haben sich verpflichtet, an der Donau und im schwarzen Meere Hand in Hand zu gehen.

In Paris scheint man den Augenblick nicht für geeignet gehalten zu haben, um mit England zu brechen. Es wurden Schritte in Petersburg gethan, die, wie man mir aus bester Quelle versichert, Rußland bestimmt haben sollen, Bolgrad aufzugeben. Nicht ohne großen Eindruck in Petersburg soll ein Brief Louis Napoleons an den Czaren geblieben seyn, den Graf Morny dort vor Kurzem überreicht hat. In diesem Schreiben wurde dem Kaiser Alexander die Nothwendigkeit einer Nachgiebigkeit vorgestellt und besonders hervorgehoben, daß es höchst nothwendig sey, daß der Czar Europa von seiner Friedensliebe zu überzeugen suche. Letzteres würde besonders einen guten Eindruck auf die öffentliche Meinung Frankreichs machen, die er (Louis Napoleon) bei seinen Bündnissen mit den fremden Mächten doch mehr oder weniger berücksichtigen müsse. (K. Z.)

Spanien.

† Madrid, 10. Novbr. Seit einigen Tagen spricht man mit immer größerer Bestimmtheit von der demnächstigen Anerkennung der Königin durch die Söhne D. Carlos' und selbstredend durch die dieser Sache treu gebliebenen Männer. (Für diesen Fall würde — sagt man — einer der Söhne D. Carlos' die Prinzessin von Asturien heirathen.) Man hofft — sagt die „Epoca" — daß dieses Ereigniß vor dem Namensfeste der Königin (19.) eintreten werde, aber man zweifelt noch, ob Montemolin thun wird, was D. Juan, D. Fernando und D. Sebastian thun werden, und weiß nicht, ob im Falle der Anerkennung diese Prinzen nach Spanien kommen oder im Ausland bleiben werden. D. Juan v. Bourbon ist gegenwärtig in London. Don Carlos geht zu seinem Bruder Fernando nach Venedig.

† Madrid, 11. Novbr. Es sind Depeschen aus Rom angekommen, nach welchen der Papst es mißbilligt, daß die versteigerten Güter des Klerus als verkauft betrachtet werden, er verlangt die Nichtig-Erklärung dieser Verkäufe. Die Börse ist in Folge dieser Nachricht flau und die sonderbarsten Gerüchte werden in Umlauf gesetzt. Alle Welt ist überzeugt, daß die Regierung nicht im Stande seyn werde, die Königin von ihrem Wunsche, dem Papst zu Willen zu seyn, abzubringen, und daß die Minister auch die Verantwortlichkeit einer so wichtigen Maßregel nicht gerne auf sich nehmen. Man erwartet demnach jeden Augenblick ein neues Ministerium, und das ist ganz natürlich. Gestern angelangten Berichten zufolge sind die Bewohner von Altkastilien auf's äußerste gebracht; das Elend in dieser Provinz soll grenzenlos seyn. Die Regierung ist ohne Mittel, eine solche Situation zu überwinden; die 60 Mill. Realen, die sie zu diesem Zwecke verwendet hat, sind ein Tropfen Wasser im Meer. Man spricht von einem neuen Briefe des Kaisers Napoleon an die Königin von Spanien zu Gunsten einer gemäßigten Politik.

† Madrid, 14. Novbr. Die „Gaceta" veröffentlicht ein königl. Dekret, wodurch die vor dem Aufhebungsdekret stattgehabten Erwerbungen von Kirchengütern von neuem bestätigt werden.

† Der Kardinal-Erzbischof von Toledo hat in einem Hirtenbrief öffentliche Gebete für Aufhören der herrschenden Trockenheit angeordnet. „Wir befinden uns — heißt es in diesem Erlasse — in einem der Fälle, welche um unsere Sünden willen so oft vorkommen. Wir sind mit Hungersnoth und all' den traurigen Folgen bedroht, welche eine Mißernte nach sich zieht. Wenn Gott nicht befruchtenden Regen sendet, so wird die Erde trocken bleiben, nichts hervorbringen und das Unheil wird groß seyn nicht nur für die Armen, sondern auch für die wohlhabenden Klassen."

Türkei und Donaufürstenthümer.

§ Wien, 14. Novbr. (Privat-Korrespondenz.) Was ich Ihnen seiner Zeit über die türkische Ministerkrisis berichtet habe, wird durch die neuesten aus Konstantinopel eingetroffenen Berichte bestätigt. Ali Pascha hat sein Portefeuille niedergelegt, weil er die Anforderungen des Hrn. v. Thouvenel nicht mehr unterstützen wollte, und er namentlich in der Donaufürstenthümerfrage den russisch-französischen Standpunkt nicht billigen konnte. Die Thatsache, daß Ali Pascha das Marine-Ministerium und Fuad Pascha das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten behält, bestätigt übrigens auf das evidenteste, daß weder Oesterreich noch England den Rücktritt Ali Pascha's für unumgänglich nöthig hielten. Der Einfluß Lord de Redcliffe's und des Frhn. v. Prokesch ist in diesem Augenblicke so überwiegend am goldenen Horne, daß es nur von ihnen abgehangen wäre, um den früheren Großvezier definitiv vom Staatsruder zu entfernen. Die Ausführung des Reform-Hat wird durch den Ministerwechsel keine Verzögerung erfahren. Reschid Pascha hat sowohl im Divan als auch den Botschaftern der fremden Mächte gegenüber erklärt, daß die Durchführung der einzelnen Bestimmungen des Reform-Hat möglichst beschleunigt werden wird, und die von seinen Vorgängern in dieser Hinsicht getroffenen Verfügungen in keiner Weise irgend eine Abänderung erfahren werden. — Hr. v. Thouvenel und Hr. v. Butenieff haben den Protest gegen den die Einberufung der Divans ad hoc verfügenden Firman erneuert. Reschid Pascha hat jedoch erklärt, daß in dieser Hinsicht keine Abänderung erfolgen wird.

Neueste Nachrichten.

* Das Schiff „la France", welches mittelst Aether-Dampfes bewegt wurde, verbrannte auf der Rhede von Bahia. Einem Briefe aus Bahia vom 4. Oktober entnehmen wir über diesen Unglücksfall nachstehende Details. Der Brand entstand durch den Aether, der sich durch die Berührung mit einer umgefallenen Laterne entzündete. Zuerst gerieth ein Verschlag in Brand und man glaubte des Feuers mit dem Opfer einiger Waarenballen Herr geworden zu seyn, als zwei Stunden später, mitten in der Nacht, plötzlich die Flammen von allen Seiten aufloderten und bald Bugspriet, Besanmast und die ganze Takelage verzehrt hatten. Da der Capitain sah, daß alle Bemühungen vergebens waren, ließ er, als letztes Mittel, die Wände öffnen, um so zu sagen das Feuer zu ertränken. Aber zum Unglück war der Vordertheil des Schiffs durch den Verlust der Masten und der bereits verbrannten Waaren so erleichtert, daß das Wasser nicht dahin verlaufen konnte und ganz nach hinten strömte. Noch ein Weg blieb übrig, nämlich das Schiff auf der andern Seite der Rhede an den Strand zu fahren, um die Maschine und das Wrak zu retten. Aber auch dieses gelang nicht, da das Feuer der Maschinen ausgelöscht war und sich wegen der Hitze des Brandes Niemand mehr nahen konnte, um es von Neuem anzuzünden — dabei nahete sich das Feuer dem Aether-Reservoir, dessen Entzündung eine furchtbare Explosion verursachen mußte und die Behörden mußten befehlen, die Rettung des Schiffes aufzugeben. — Die Passagiere flüchteten mit ihrer Bagage in Boote, die Bemannung folgte, zuletzt verließ der Capitain das Schiff, welches einige Minuten später bei fünf Klafter Tiefe sank, so daß sein Galion-Bild und der verkohlte Mast über das Wasser emporragten. 41 nach Rio bestimmte Personen wurden aufgenommen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 16. Novbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. 75¼; 4½pCt.Met. 65¼; Wiener Bankaktien 1176; 5pCt. Lomb. 87¼; Wiener Wechsel l. S. 111⅞; 3pCt. inl. span. 36¼; 1 pCt. neue 22 7/8. Oesterr. Kreditaktien 165¼. Darmstädter Bankaktien 361. Bayerische Ostbahn 100⅝. Luxemburger internationale Kreditbank 490.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 321.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 18. November 1856.

* Aus Franken, Mitte November 1856. In unserem letzten Artikel vom Ende August ds. Js. (Nr. 240 ds. Blattes) haben wir behufs richtiger Würdigung der Sache bereits hervorgehoben, daß eine Erhöhung der Gehalte der Kreis- und Stadtgerichts- (später Bezirksgerichts-) Räthe in Gemäßheit der vom Landtage hiefür genehmigten Mittel nicht gegeben, vielmehr nur die schon in der allerhöchsten Verordnung vom 7. April 1855 ausgesprochene Gleichstellung mit den sonst s. g. I. Klasse Wahrheit geworden, und die Besoldungen sämmtlicher Räthe der Kreis- und Stadtgerichte (später Bezirksgerichte) auf 1000—1200 fl. veranschlagt seyen, wie solche schon durch die Verordnung vom 24. Juli 1808 für die größeren Städte (München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg und Regensburg) festgesetzt worden sind, so daß die durchschnittlichen Besoldungen der Räthe der einschlägigen Collegien nur 1100 fl. betragen, während die Vorstände im gemischten Dienste, der Finanz- und Forstverwaltung — abgesehen von den sehr bedeutenden Nebenbezügen nicht unter 1200 fl. beziehen. Diese eigentliche Gleichstellung der Räthe unter sich und mit den Appellgerichtsassessoren auch im Gehalte folgte der Gleichstellung der Kreis- und Stadtgerichts-Direktoren mit den Appellgerichts-Räthen, und die einschlägige Vollzugsverordnung, welche die Besoldungen der Assessoren an den Collegien von 600 und 700 fl. auf 600, 750 und 900 fl. erhöht, und den Kreis und Stadtgerichts-Protokollisten (Bezirksgerichts-Sekretären) 600 und 700 fl. zuweist, erfolgte unterm 22. September dieses Jahres die von vielen Seiten gehoffte Erhöhung der Gehalte der Räthe in drei Klassen und bis 1400 fl., welche unseres Wissens im Jahre 1850 — für den Fall der Durchführung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 25. Juli 1850 — von Seite des Staatsministerium der Justiz selbst beabsichtigt war, und um so billiger hätte gefunden werden müssen, als der I. Staatsanwalt am einschlägigen Kollegium schon in der untersten Besoldungsklasse diesen Gehalt und in der zweiten 1600 fl., in der höchsten 1800 fl. bezieht — unterblieb, und wie uns nach unparteiischer Anschauung und Würdigung der Verhältnisse bedünkt, hauptsächlich deßhalb, weil man bei dem „Fortbestehen der Assessoren an den Appellgerichten" eine Erhöhung nicht eintreten lassen konnte, ohne gleichzeitig auch deren Besoldungen zu erhöhen, wozu die verfügbaren Mittel nicht zugereicht haben würden. Die Verwirklichung der desfallsigen Hoffnungen muß daher von der Zukunft erwartet werden, wie dies auch — Ausweis der stenographischen Berichte — von den hervorragendsten Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten ausdrücklich ausgesprochen wurde.

Wenn nun in einem aus München vom 12 Novbr. datirten Aufsatze der daselbst erscheinenden „Neuesten Nachrichten" (Nr. 318 derselben) über die „Zurücksetzung" der — nach wiederholter Anerkennung Seitens des Staatsministerium der Justiz (Bd. IV. S. 141 der stenographischen Berichte der Kammer der Abgeordneten) den Kreis- und Stadtgerichts- (Bezirksgerichts-) Räthen im Range nur gleich — nicht höherstehenden Appellgerichts-Assessoren geklagt wird, so möchten wir diese Klagen nur theilweise und insoferne gerechtfertigt halten, als eben zur Zeit keine Mittel vorhanden waren, beide Klassen von Beamten in entsprechender Weise besser — als nach den Verordnungen vom Jahre 1808 zu stellen, und könnte der unbedingten Klage wegen nur gleicher Besoldung bei längerer Dienstzeit mit der wohlbekannten Antwort aus der hl. Schrift auf ähnliche Beschwerde begegnet werden. Auffallend aber dürfte die Möglichkeit erscheinen, den Landgerichtsassessoren des ältesten Sechstheils derselben 1000 fl. Besoldung, wie den Appellgerichtsassessoren und Bezirksgerichtsräthen diesseits des Rheins (in unterster Besoldungsklasse) zuzuwenden, und hiedurch dürften, wenn „diese Bezeichnung" überhaupt passend wäre, sich nicht nur die fraglichen Beamten beider Behörden und Stellen, sondern namentlich auch die Assessoren an den Regierungen, K. d. J., „zurückgesetzt" finden, von denen Manche nachweisen könnten, daß sie, wenn sie den Landgerichtsdienst nicht freiwillig verlassen hätten, oder von dort zur Regierung abberufen worden wären, nach gegenwärtiger Gehaltsfeststellung 1000 fl. als „Richter" erhalten würden, während sie einen geringeren oder doch nur gleichen Gehalt, aber als „Verwaltungsbeamte" beziehen. Hier aber wurde in Gemäßheit der Genehmigung der Geldmittel am letzten Landtage dadurch einigermaßen nachgeholfen, daß die sämmtlichen Assessoren um 12—16 vermindert und beziehungsweise ebenso viele zu Regierungsräthen befördert wurden, wodurch das Vorrücken der im Dienste verhältnißmäßig noch jungen derzeitigen Regierungsassessoren in die höheren Besoldungsklassen wesentlich beschleunigt wurde.

Da beim Bedarfe des Staatsministerium der Justiz eine ganz gleiche Maßregel durch Wiederherstellung der statusmäßigen Vermehrung der Stellen der Appellgerichtsräthe und gleichmäßiger Verminderung der übergroßen Anzahl der Assessoren neben der Wiederbesetzung der statusmäßigen, schon seit längerer Zeit eingezogenen sechs Stellen zweiter Appellationsgerichtsdirektoren durch Bewilligung der nöthigsten Mittel beim letzten Landtage genehmigt wurde, so dürfte wohl in Kürze von Seite des Staatsministerium der Justiz vielen der älteren und jüngeren Appellgerichts-Assessoren eine bisher leider nicht zu erzielende bessere Besoldung in Aussicht stehen, wobei wir jedoch schließlich nicht umhin können, zu bemerken, daß die in dem obigen Artikel vorgeschlagene Besoldung von 1100, 1200 und 1300 fl. für Appellgerichts-Assessoren und Bezirksgerichtsräthe diesseits des Rheins um so billiger erscheinen müßte, als solche die von ihrem Dienste viel weniger in Anspruch genommenen Bezirksrichter der Pfalz ohnehin beziehen, und, wie unter Anderm eines der ausgezeichnetsten Mitglieder der Kammer der Abgeordneten (Bd. IV. S. 53 der stenograph. Berichte der Kammer der Abgeordneten) hervorgehoben hat, bis in die neueste Zeit „die Justiz bei uns eigentlich immer die Aschenbrödel des sämmtlichen Staatsdienstes gewesen, und hiefür immer so wenig geschehen ist, als möglich war, ohne die Sache ganz in's Stocken gerathen zu lassen!"

Deutscher Bund.

Bayern. München, 14. Novbr. In seiner heutigen öffentlichen Sitzung hat der Stadtmagistrat beschlossen, an die betreffenden Gewerbvereine und an die Gesellenvereine davon Mittheilung zu machen, daß die hiesige Ciselier-Schule, obwohl dieselbe für so viele Gewerbe von höchstem Nutzen, und obwohl der dort angestellte Lehrer, Hr. Fortner, von anerkannter Tüchtigkeit ist, von nur 5 Schülern besucht wird, während sie für eine fast vierfache Anzahl eingerichtet ist. Eine solche Anregung wird nicht verfehlen, der Schule lernbegierige Gesellen zuzuwenden. In derselben Sitzung ward die Genehmigung der k. Kreisregierung dazu bekannt gegeben, daß die beiden Bräuer zum Zenger und zum Menter auch während dieses Winters ihr Bier um den erniedrigten Preis von 5 kr. sowohl über die Gasse als in ihren Schenklokalitäten verleit geben dürfen. Doch wird denselben zugleich bemerkt, daß strenge Ueberwachung stattfinden wird, daß das ausgeschenkte Bier genau tarifmäßig sey. (Augsb. Abdz.)

München, 15. Novbr. Dem Vernehmen nach ist der erste Theil des Referats des Abgeordneten Dr. Weis über das Strafgesetzbuch bereits zum Vortrage im Ausschusse gereift. (Augsb. Abdz.)

München, 15. Nov. Mit der gänzlichen Transferirung der k. Porzellanmanufaktur nach Nymphenburg scheint es nun Ernst werden zu wollen; schon sind die Bureaux dahin verlegt und sollen demnächst auch die Malerateliers hinauswandern, womit alsdann auch die von den Kammern so warm bevorwortete Verbesserung der Verhältnisse dieser Künstler eintreten dürfte. (Augsb. Abdz.)

Württemberg. Der „Neuen Preuß. Ztg." wird aus Stuttgart gemeldet, daß die Kaiserin-Mutter von Rußland um die Mitte des nächsten Jahres aus Italien nach Stuttgart zurückkehren und bis zum Spätherbst theils auf der kronprinzlichen Villa bei Berg, theils in Wildbad verweilen werde.

Hannover. Die Wahlakte zu der neuen Ständeversammlung haben bereits mit der Ritterschaft des Herzogthums Bremen begonnen. Von besonderen Agitationen im Interesse der Neuwahlen hört man von keiner Seite. (Z.f.N.)

Oesterreich. Dem bereits erwähnten halbamtlichen Artikel der „Wiener Zeitung" entnehmen wir folgende Stellen: „Die Geldkräfte des In- und Auslandes, repräsentirt durch die angesehensten Kapitalisten der Handelswelt, so wie der grundbesitzenden Klasse, strömten seit zwei Jahren in reichem Maße herbei, um sich an der Gründung von Eisenbahnen in Oesterreich zu betheiligen. Eine natürliche Wirkung der in so rascher Aufeinanderfolge entstandenen großartigen Unternehmungen war, daß der Geldmarkt vielseitig und bedeutend in Anspruch genommen wurde; und die in jüngster Zeit auf den europäischen Handelsplätzen eingetretene Geldklemme konnte daher nicht verfehlen, auch auf die Abwickelung jener Geschäfte ihre Rückwirkung zu äußern. Die Staatsverwaltung, welche diesen Bewegungen mit unausgesetzter Aufmerksamkeit folgt, kann sich zwar von der Verfolgung des hochwichtigen Zweckes, dem Kaiserreich die Vortheile des baldigen Ausbaues eines allen Interessen entsprechenden Eisenbahnnetzes zuzuwenden, nicht ablenken lassen; sie erkennt aber, daß die gegenwärtigen Verhältnisse nicht günstig erscheinen, um neue ähnliche Unternehmungen in das Leben zu rufen und durch Ertheilung neuer Eisenbahn-Konzessionen den augenblicklich überfüllten Geldmarkt noch mehr zu beschweren. Ohne daher jene Unternehmungen, worüber die Verhandlungen bereits dem Abschluß zugeführt worden, oder deren Linien Gegenstand eines Vertrags mit auswärtigen Regierungen bilden, in ihrem ohnehin nur allmählig erfolgenden Zustandekommen aufzuhalten, wird die Staatsverwaltung andererseits die Beschlußfassung über die noch nicht so weit in der Verhandlung vorgeschrittenen Projekte, sowie über die neu entstehenden Unternehmungen auf einen geeigneteren Zeitpunkt verschieben. Inzwischen wird es gelingen, die ausgegebenen Aktien in feste Hände unterzubringen und es wird in dem großen Volkshaushalt eine neue Ansammlung von Ersparungen erfolgen, für welche die Eröffnung neuer Unternehmungen erwünscht und fruchtbringend sich gestalten wird."

Wien, 13. Nov. Die Reise JJ. MM. des Kaisers und der Kaiserin nach Triest wird am 17. d. mit einem Gefolge von 200 Personen erfolgen. Die Stadt Verona hat 70,000 Lire (Zwanziger) zu den Empfangs-Feierlichkeiten bestimmt.

§ Wien, 15. November. (Privat-Korrespondenz.) Belgien beabsichtigt, in der Türkei, in Serbien, Moldau und der Wallachei mehrere Konsulate zu errichten, und der belgische Gesandte in Konstantinopel, Herr Blondeel, ist damit beauftragt worden. Wie man vernimmt, werden zuvörderst in Philippopel, Bucharest, Crajova und Belgrad solche Konsulate ins Leben gerufen werden. — In einigen Tagen findet hier die erste Generalversammlung der Gründungsmitglieder der neuen Handlungsschule statt, deren Entstehen nunmehr vollkommen als gesichert betrachtet werden kann. Unter den Gegenständen, welche in diesem Institute gelehrt werden, nehmen die Handelsgeschichte und Handelsgeographie, gründliche Waarenkunde, moderne Sprachen, die Lehre von der Buchführung, dem Wechselrechte, dem kaufmännischen Style und der Nationalökonomie einen hervorragenden Platz ein. — Statistischen Ausweisen zufolge, ist der Tabakverbrauch in Oesterreich fortwährend im Zunehmen. Im Jahre 1841 wurden in der Monarchie 28 Mill. Cigarren erzeugt, im Jahre 1854 war diese Zahl bereits auf 800 Millionen gestiegen und gegenwärtig wird jährlich eine Milliarde Cigarren fabrizirt. Ebenso ist auch die Einfuhr ausländischer Rauchsorten fortwährend im Zunehmen begriffen, und bringt dem Staatsschatze sehr erhebliche Summen an Lizenzgebühren ein.

Schweiz.

Bern, 12. Novbr. Die Freunde der Neuenburger Gefangenen, besonders aus den patrizischen Kreisen Berns, pflegen den hier residirenden fremden Gesandten allerlei Klagen vorzutragen über angeblich schlechte Behandlung der Gefangenen, die Besetzung rc., damit sie darüber bei dem Herrn Bundespräsidenten Beschwerden führen. Solche Beschwerden wurden dann auch durch diesen Kanal fast täglich vorgebracht. Einzelne Gesandte eilten schon um 8 Uhr Morgens in den Erlacher Hof, ohne je viel auszurichten. Damit die Besuche etwas seltener werden, hat nun der Herr Bundespräsident Stämpfli den betreffenden Gesandten bestimmt erklärt, wenn jene Freunde und Verwandten oder die Gefangenen selbst Klagen anzubringen haben, so mögen sie dieses bei den schweizerischen Behörden direkt thun, die sicher jeder begründeten Beschwerde abhelfen werden. Von Reklamationen dagegen, die sie durch Vertreter auswärtiger Staaten anbringen lassen, nehme er einfach keine Notiz. (Schw. M.)

Belgien.

Seit einiger Zeit erhalten die belgischen Zinkfabriken Galmey in großen Massen aus Asturien und den spanischen Baskenlanden. Durch diesen Bezug ist den belgischen Fabriken, die bis dahin wenig mit Spanien verkehrten, eine neue Absatzquelle eröffnet, indem England den Handel dorthin gleichsam als Monopol hatte.

Frankreich.

Paris, 12. Novbr. England und Frankreich sind wieder dicke Freunde, obschon es Lord Palmerston nicht mehr für seine Pflicht hält, Toaste auf die Gesundheit des Kaisers von Frankreich auszubringen. Rußland gibt nach und Hr. v. Kisseleff mag eben nicht in der besten Laune gewesen seyn, als er beute in Galawagen nach den Tuilerien gebracht worden ist. Es stellt sich immer mehr heraus, daß Frankreich von allen Seiten zu einer Umkehr gedrängt worden ist. Wie mir ein eben aus dem Süden nach Paris zurückkehrender hochgestellter Beamter versichert, ist auf die Nachricht von den englisch französischen Schwierigkeiten hin sofort Stockung in allen Handelshäfen des Südens eingetreten. Auch die Vergnügungsreisen des Kaisers werden im Süden sehr hart beurtheilt. Man berichtet mir aus sehr guter Quelle, daß Napoleon III., als er von Viktor Emanuel bei dessen Besuch in Paris Abschied genommen, zu diesem Monarchen gesagt habe: „Mein Bruder, beeilen Sie sich nicht, Ihre Truppen zu entlassen. Schicken Sie heim, so viel nothwendig ist, um das Budget zu erleichtern, aber halten Sie doch genug beisammen, um stets ein kriegsgeübtes Heer zu Ihrer Verfügung zu haben. Ich sehe zwar für die nächste Zukunft noch keinen Anlaß zu neuen Ereignissen, denn vorerst haben wir Alle vollauf damit zu thun, unsere Wunden zu verbinden, aber in achtzehn Monaten oder zwei Jahren kann sich das ändern und wieder eine Gelegenheit kommen, das Schwert aus der Scheide zu ziehen." Diese Mittheilung kommt mir, wie gesagt, aus gut unterrichtetem Munde. (Hamb. N.)

Paris, 15. Novbr. Der heutige „Constitutionnel" berichtet, daß vom morgigen Sonntage ab der Preis des Brodes für je zwei Kilogramm (4 Pfd.) 47 statt 50 Centimes betragen wird.

Marseille, 13. Novbr. Mit dem „Vectis", der von Alexandrien hier angelangt ist, sind 1400 Ballen Seide eingetroffen.

* Ueber die Ankunft des russischen Geschwaders schreibt man aus Cherbourg, 14. Novbr.: „Diesen Morgen um 5 Uhr hatten wir das nach dem Mittelmeer bestimmte russische Geschwader, bestehend aus 1 Linienschiff, 1 Fregatte und 1 Corvette in Sicht; sie lavirten den ganzen Morgen und erst um 1 Uhr Mittags gingen sie auf der Rhede vor Anker, die sie mit mehreren Salven salutirten. Eine zur Division gehörige Brigg ist noch nicht eingetroffen. Die Division wird drei Wochen auf der hiesigen Rhede bleiben."

Spanien

Madrid, 10. Nov. Zu Barcellona war eine Versammlung der Fabrikanten, die der Generalkapitän von Catalonien, Herr Zapatero, zusammenberufen. Sie versprachen, das Möglichste zu thun, um die Arbeiter zu beschäftigen, meinten aber, daß es damit nicht genug sey. Sie ernannten eine Kommission, welche mit Ausarbeitung eines Memorandum an die Regierung betraut wurde. Der General Zapatero versprach, den Schritt der Fabrikanten nach Kräften zu unterstützen. (K. Z.)

Italien.

Aus Neapel wird dem „Risorgimento" geschrieben: Seit der Abreise der westmächtlichen Gesandten hat sich in unseren Verhältnissen nichts geändert. Die Regierung und die Polizei verdoppeln ihre Wachsamkeit; man hält die Bevölkerung in gänzlicher Unwissenheit über den Anlaß der Zwistigkeit mit den Westmächten. Verhaftungen wurden vorgenommen; kürzlich entschied man sich, keine politischen Prozesse mehr einzuleiten.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Aus Skutari in Albanien wird Ende Oktober berichtet, daß dorten eine Verschwörung der türkischen Bevölkerung gegen den Pascha und die Nizam-Truppen durch das rasche Eingreifen des Pascha unterdrückt worden sey. Der Zweck der Verschwörung war, denselben zu zwingen, die Festung, die Waffen und Munition dem Volke zu überlassen. Einer der Verschworenen verrieth aber die Sache dem Pascha, der nur dem Anschlag dadurch zuvorkam, daß er sofort 16 der Hauptanführer zu sich zur

Tafel lud und dieselben, sobald sie eingetreten waren, gefangen nehmen ließ. In der Nacht schickte er sie unter Eskorte dem Meere zu, um sie nach Konstantinopel einzuschiffen. (Allg. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 8. Nov. Auf dem Gebiete militärischer Reformen ist seit dem Antritt der Regierung des jetzigen Kaisers außerordentlich viel Wesentliches geschehen, und in jüngster Zeit besonders hinsichtlich der höheren militärischen Bildungsanstalten. So eben ist eine Etatsvergrößerung der Nikolaus-Ingenieur-Akademie und der Nikolaus-Artillerieschule, ferner der Michael-Artillerie-Akademie und der Michael-Artillerieschule, und endlich der Nikolaus-Akademie des Generalstabes erschienen. Auch die fernen Kosackenansiedlungen des Gränzkordonsystems werden zweckmäßigeren Reformen unterworfen. (K. Z.)

Amerika.

Im Laufe eines Jahres, sagt das „New-York Journal of Commerce", sind von New-York 15 Negerschiffe abgegangen und die amerikanischen Behörden wußten recht wohl darum. Es sind meistens alte Schiffe, die man zu diesem Gebrauch einrichtet. Nach beendigtem Geschäfte werden sie in den Grund gebohrt oder verbrannt. Sie kosten kaum mehr als 5—700 Dollars (2650—3700 Fr.) Ankauf. Die Neger werden an der Küste mit 10—40 Dollars (52—212 Fr.) „per Stück" bezahlt und in den Vereinigten Staaten werden sie von 300—800 Doll. (1590—4240 Fr.) wiederverkauft. Eine Negerladung von 500 Stück gewährt, wenn die Operation gut von Statten geht, einen Reingewinn von 795,000 Frs.

Wie die in Memphis erscheinende Blätter melden, ist in Arkansas eine weitverzweigte Neger-Verschwörung entdeckt worden. Wie man versichert, war die Erhebung für den Tag der Präsidentschaftswahl verabredet. Erst sollten die Weiber und Kinder der Weißen ermordet und dann die unbewaffnet auf dem Wahlplatze befindlichen Männer angegriffen werden. Auch einige Weiße sollen bei dem Anschlage betheiligt gewesen seyn. Man hatte ihnen zu verstehen gegeben, daß man sie hängen würde, wofern sie nicht in einer bestimmten Frist das Land verließen. Texas ist, wie es heißt, dem Unternehmen nicht fremd gewesen. Die Aufregung am Colorado wird als sehr groß geschildert, und wie gemeldet wird, waren bereits mehrere Neger gehängt worden.

China.

Die „Estafette" veröffentlicht, nach den Berichten eines französischen Missionärs in Suma, folgende genaue Details über den famosen chinesischen Insurrektionschef, den problematischen „himmlischen König", diese Art von Prophetenkaiser, dessen, oft bezweifelte, Existenz Gegenstand so vieler widersprechenden Fabeln war. Der Bericht theilt Näheres über den Palast dieses hohen Ta-pim-wam und über das summarische Verfahren mit, welches er anwendet, um diese Rebellenbanden, unter welchen sich viele europäische und amerikanische Abenteurer zu befinden scheinen, für seine Sache zu gewinnen. Er lautet: „Huen Lu, bei Nankin, 19. April: Endlich konnte ich die Berichte einer Person erlangen, welche den Haupt-Führer der Revolutionen, Hum sien-tsiuen, Ta-pim-wam oder auch himmlischen König genannt, öfters mit eigenen Augen sah. Diese Person ist eine junge Gefangene, welche im Dienste der Frauen des Ta-pim-wam war, konnte sich mit 3 ihrer Gefährtinnen während einer Feuersbrunst aus dem Palaste flüchten. Die 3 Anderen wurden erreicht und enthauptet; die Erstere trat zufällig in das Asyl unserer Christinen ein und blieb dort bis zu dem Augenblicke, wo sie mit ihrer ganzen Familie aus der Stadt flüchten konnte. Diese Heidin versichert, daß sie Ta-pim-wam während 8—10 Monate, welche sie in seiner Wohnung zubrachte, sehr oft sah, wenn er von der Königin ersten und zweiten Ranges und den andern Frauen des Hauses gefolgt, zum Gebete ging, welches regelmäßig jeden Freitag abgehalten wurde. Ta-pim-wam ist übrigens nicht damit zufrieden, dieser gottesdienstlichen Feier anzuwohnen und sie zu leiten, sondern er steigt jedesmal auf eine Estrade, um sie zu kommentiren und der weiblichen Zuhörerschaft die Dogmen seiner neuen Religion zu erläutern. Nach der Aussage dieser Heidin scheint diese merkwürdige Personage 35 bis 40 Jahre alt zu seyn. Die anderen 5 Könige ließen sich um den Palast Ta-pim-wam herum, jedoch in ehrerbietiger Entfernung, gleichfalls königliche Häuser erbauen, die sie, wenn sie nicht auswärtig beschäftigt sind, mit ihrem zahlreichen Gefolge bewohnen. Nur Ta-pim-wam geht nie aus seinem Palaste; von da aus leitet er Alles durch Vermittelung des Königs vom Osten, seines ersten Ministers. Dieser verläßt Nankin und seine Umgebungen nicht mehr. Von der Höhe eines Berges konnte ich seine Wohnung sehen, die mit ihren langen gelben Mauern einer Zitadelle im Innern einer Stadt ähnlich ist. Die Kou-an-si-jen baueten überdies ein sehr hohes, auf einem Hügel stehendes Observatorium, welches durch seine Lage den berühmten Porzellan-Thurm weit überragt und von welchem aus man die Umgebung Nankins leicht überwachen kann. Anfangs dieses Jahres trug sich in dieser Hauptstadt ein sehr bemerkenswerther Vorfall zu. Während mehrerer Tage hörte man einen außerordentlichen Lärm; alle Petarden, alle Tam-tams und alle chinesischen Kanonen schienen sich zu Nankin Stelldichein gegeben zu haben. Es handelte sich um die Feier von Hochzeiten „in Masse". Die Rebellenchefs wollten, sagt man, um ihre Untergebenen fester an ihre Sache zu binden, sie durch Heirath und Eigenthum an den Boden fesseln. Sie vertheilten deßhalb, je nach Verdienst, die vorzüglichsten Wohnhäuser der Stadt an die von Kouang-si und Hou-kouang gekommenen Soldaten und verheiratheten sie gleichzeitig mit einem der vielen in ihre Gewalt gefallenen Mädchen. Die herrschende Freude wurde jedoch durch die Verzweiflungs-Szenen, welche sie hervorrief, vielfach gestört. Hunderte von Frauen, welche sich nicht entschließen konnten, das Schicksal dieser Abenteurer zu theilen, zogen es vor ihrem Dasein — wie bei der Einnahme Nankins — ein Ende zu machen, indem sie sich erdrosselten, sich in's Wasser stürzten oder unter den Trümmern ihrer Häuser, die sie in Brand steckten, erwürgten."

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 14. Nov. Als Beitrag zu den gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnissen ist ein Prozeß nicht ohne Interesse, welcher vorgestern auf unserm Stadtgerichte entschieden wurde. Der Metallbuchstabenfabrikant Thonret hatte gegen den zeitigen Geschäftsinhaber der hiesigen Waaren-Kreditgesellschaft, Herrn R. Köpp, eine Brochüre veröffentlicht, um diesen dadurch zu zwingen, ihm eine Schuld von 2000 Thlrn. zu zahlen. Dafür wurde Thonret wegen Erpressung und öffentlicher Beleidigung mit sechs Wochen Gefängniß und 100 Thlr. Geldstrafe belegt, der Verläumdung aber für nicht schuldig erklärt. Er hatte für seine Behauptungen den Beweis der Wahrheit angetreten, erwiesen, daß Köpp noch vor weniger Zeit völlig vermögenslos zum Schuldarrest gebracht wurde, aus Gasthäusern sich entfernt hatte, ohne seine Rechnungen zu bezahlen, mit dem Handelshause Duchatel in Rheims wegen Uebervortheilungen im Prozeß gewesen u. s. w. Jetzt steht Herr Köpp an der Spitze der kürzlich errichteten Waaren-Kreditgesellschaft, die ein nominelles Kapital von fünf Millionen Thalern besitzt. (Z.f.N.)

* Paris, 15. Nov. Vor einigen Tagen fand hier in der St. Elisabethen Kirche Rue du Temple eine vornehme Trauung statt. Als beim Herausgehen aus der Sacristei die Eingeladenen, der Sitte gemäß, dem Weihwasser-Spender ein Almosen geben wollten, gewahrten mehrere, daß sie kein Portemonnaie mehr in der Tasche hatten. Kein Mensch dachte an einen Diebstahl, weit eher vermuthete man, daß sich einer der Gäste einen, freilich sehr unpassenden, Scherz erlaubt habe. Als aber die ganze Hochzeit-Gesellschaft aus der Kirche ging, naheten sich zwei Polizei-Agenten einer jungen Dame, welche zu den Eingeladenen zu gehören schien, und luden sie höflichst ein, ihnen zum Polizei-Kommissär zu folgen, gerade in dem Augenblicke, als einer der Verwandten der Neuvermählten ihr, da er sie gleichfalls für eingeladen hielt, die Hand zum Einsteigen reichen wollte. — Diese höchstens 23 Jahre alte, elegant gekleidete Dame, hatte sich gleich beim Beginne der Zeremonie unter die zahlreichen Gäste gemischt, war nach der Messe mit in die Sakristei gegangen und hatte das dort herrschende Gedränge benutzt, um mehrere ansehnlich ausgestattete Portemonnais zu entwenden. — Die Polizeiagenten jedoch hatten in der Dame gleich Anfangs eine durchtriebene Diebin erkannt, und ihre Taschen-Exploitation war ihrer rege gemachten Aufmerksamkeit nicht entgangen. Da sie jedoch in der Kirche keine Störung verursachen wollten, warteten sie, um sie beim Herausgehen zu verhaften. — Beim Verhör bekannte sie sofort, erklärte aber, sich in interessanten Umständen zu befinden und durch ein unüberwindliches „Gelüste" zu dem Diebstahle getrieben worden zu seyn. — Der Polizeikommissär glaubte die Würdigung dieses Vertheidigungs- und Entschuldigungsmittels den Gerichten überlassen zu sollen, welchen er die übel beleumundete Dame übergab.

* Der 12. Jahrgang von **Weber's „Illustrirtem Kalender"**, auf das Jahr 1857, bietet eine solche Fülle von Stoff und einen so mannigfaltigen Kranz von gelungenen Holzschnitten, daß man der Redaktion ohne Zweifel Recht geben muß, die im Vorwort bemerkt, ein reicherer Inhalt und eine sorgfältigere Ausstattung sey der gebildeten Welt noch nie und nirgends zu solchem Preise geboten worden. Die erste Abtheilung, der Jahreskalender, enthält bis in die geringsten Einzelheiten Alles, was streng genommen eigentlich in einem Kalender seiner Bestimmung nach zu suchen ist. Die zweite Abtheilung, die illustrirte Chronik, bringt zuvörderst einen Rückblick auf das

Staats- und Völker-Leben des Jahres 1855, sodann Mittheilungen aus dem Hof- und Familien-Leben der deutschen Fürsten, über militärische Ereignisse des vorigen Jahres, über militärische Erfindungen, über die österreichische und preußische Flotte, ferner einen Aufsatz über die Zustände der deutschen Landwirthschaft, des deutschen Handels, Gewerbfleißes und Verkehrs im Jahre 1855, über die Entwicklung auf dem Gebiete der Kirche und Schule, über die Fortschritte der Medizin, über das Rechtsleben, über die Verhältnisse der Presse, über die Schöpfungen im Bereich der Kunst, über die Thätigkeit der Frauenvereine in Deutschland, über die Mode ꝛc. Die dritte Abtheilung, das statistische Jahrbuch, enthält sehr ausführliche Notizen über die deutschen und außerdeutschen Fürstenhäuser, die europäischen Republiken, das diplomatische Personal der Gegenwart, über die Macht-Verhältnisse der europäischen Staaten, statistische Angaben über die deutschen landwirthschaftlichen Vereine, über Handel, Verkehr und Gewerbe, über Kirche, Schule, Wissenschaft und Kunst, endlich ein Verzeichniß der berühmten Verstorbenen des Jahres 1855.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 10. bis 15. Novbr.)

Samstag. Was Jeder, der mit unbefangenem Blick das Börsentreiben der letzten Zeit beobachtete, vorausgesehen, ist in dieser Woche eingetroffen. Die Mißstimmung, die auf den Kursen lastete, hat vorerst ihr Ende erreicht. Mehr und mehr sind schwebende Papiere in feste Hände übergegangen; mehr und mehr hat die Kontremine ihren starken Bedarf decken müssen, und beide Faktoren haben der Börse ihre Haltung zurückgegeben. Zudem scheinen die politischen Verhältnisse sich einer friedlichen Ausgleichung zu nähern, und auch der Geldstand hat sich namentlich an den deutschen Börsen gebessert. Die Papierbesitzer, die ihre Effekten an sich behielten, haben es jedenfalls nicht zu bereuen, daß sie dem ihnen ertheilten Rathe Gehör gegeben; ja sie dürfen sich sogar rühmen, zu der größeren Festigkeit der Börse wesentlich beigetragen zu haben. Von einem beträchtlichen Steigen ist allerdings noch keine Rede; immerhin ist aber doch so viel gewonnen, daß der, wie es schien, unaufhaltsame Rückgang endlich einen Damm gefunden, daß die Börsen wieder zur ruhigen Ueberlegung gelangt sind und man sich selbst die Frage vorlegen kann, ob die jetzigen Kurse den Verhältnissen gemäß seyen. Eine Kapitalanlage in Kreditaktien hat jetzt bei günstigern Aussichten mehr Chancen für sich, als es noch vor Kurzem der Fall gewesen wäre. Wie dem auch sey, ist jedenfalls noch große Vorsicht anzuempfehlen. Wir hatten übrigens die Woche hindurch sehr lebhafte Umsätze in allen Papieren, und namentlich am Medio (Donnerstag) zeigte sich eine so starke Nachfrage nach Stücken, wie man sie seither an Abrechnungstagen nicht mehr gewohnt war. Von österr. Fonds haben sich National, jedoch nur langsam, gebessert. Bankaktien waren so bedeutend gefallen, daß ansehnliche Comptant-Ankäufe stattfanden, durch welche der Kurs rasch gehoben wurde. Bei dem jetzigen weit größeren Unterschied der Valuta ist die geringe Kursdifferenz zwischen National und 5pCt. Metall. auffallend, und es scheint uns jedenfalls für den Kapitalisten gerathen, mit einem Aufgeld von 1¾ a 2 pCt. die Valuta zu fixiren. Oesterr. Loose von 1854 sind im Kurs zurückgeblieben; die Stücke schwimmen nicht und Eine bedeutende Kaufkommission würde sie schnell über Pari erheben. Spanische Fonds an allen Börsen weichend. Eigenthümlich ist, daß einige Effekten, als russische, holländische, belgische, sardinische, toskanische Fonds, fast ganz aus dem Verkehr verschwunden sind. Süddeutsche Fonds halten sich fortwährend fest, besonders sind württembergische und badische gefragt. Von Kreditaktien sind namentlich österreich. namhaft gestiegen, was nach einem so enormen Rückgang und bei dem großen Bedarf der Contremine nicht befremden kann. Von den übrigen Kreditanstalten haben wir eine namhafte Besserung allenfalls nur bei Darmstädtern zu berichten, welche (besonders die jungen) bei den gewichenen Kursen von eingeweihter Seite in großen Posten gekauft wurden. — Bexbacher Eisenbahnaktien sind ansehnlich gestiegen, bleiben aber doch verhältnißmäßig billig. Französische Bahnen sind enorm gefallen. Staatsbahnen sind größtentheils in feste Hände übergegangen und werden nunmehr nach beendigter Einzahlung um so mehr darin bleiben. (Die jetzige Notirung versteht sich incl. der Einzahlung von 100 Fr.) Oesterr. Westbahn haben sich wieder über Pari gehoben, während bayer. Ostbahn unbegreiflich vernachlässigt bleiben. Livorno, Hanau und Nahebahn weichend mit schwachem Umsatz. Die innere Besserung unseres Geldmarktes hat sich deutlich darin ausgesprochen, daß die Erhöhung des Diskonto der englischen Bank auf 7 pZt. eindruckslos an uns vorüber gegangen ist. Die diese Woche an die Börse gebrachten Aktien der Versicherungs-Gesellschaft Providentia haben vielfachen Anklang gefunden und sind bis 105¼ in starken Posten umgesetzt worden.

(Aktionär.)

Frankfurt, 17. November. Sämmtliche Effekten erfuhren heute eine sehr bedeutende Steigerung und waren die Umsätze von außerordentlichem Belang, besonders wurden aber industrielle und österreichische Fonds in Posten höher verhandelt. Providentia wurde zu 105¼ ½ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78 3/8 P. 77 7/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 87 3/4 P. 87 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 76P. 75 3/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86P. 85 1/2 G.; à 4 1/2 pCt. 66 1/8 P. 65 5/8 G.; à 4pCt. 59 3/4 P. 59 1/4 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/2 P. 56 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 91 1/2 P. —G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 100 7/8 P. 100 3/8 G.; 5pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 1/2 P. 90 G.; 4 1/2 pCt. 102 7/8 P. 102 3/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/4 P. 90 3/4 G; à 4pCt. 99P. 98 1/2 G.; 4 1/2 pC. 101 3/4 P. 101 1/2 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 90 1/2 P. 80 G.; a 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 36 3/4 P. 36 1/2 G.; 1 1/4 pCt. neue 22 5/8 P. 22 1/2 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1191P. 1186G. Neue Bankaktien 311P. 306G. Credit-Actien à 5pCt. 168P 166 G. Darmstädter Bankaktien alte 369 1/2 P. 367 1/2 G.; junge 328 1/2 P. 326 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 495 P. 490G. Mitteldeutsche Creditbank 100 1/4 P. 99 3/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 100 3/4 P. 100 1/4 G. Frankf. Bankaktien 111 1/4 P. 110 3/4 G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 500P. 495 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 589 P. 584 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 278 P. 276 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141 1/2 P. 141 G. Neustadt-Weissenb. 104 P. 103 1/2 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100 5/8 P. 100 3/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 350 P. 348 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/8 P. 79 5/8 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77 1/2 P. 77 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 91 3/4 P. 91 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 113 3/4 P. 113 1/4 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 7/8 P. 99 3/8 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/2 P. 113 G. Badische fl. 25 Loose von 1845 48 1/4 P. 48 G. Darmst. Loose à fl. 50 116 1/2 P. 116G. à fl. 25 34 1/2 P. 34 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 39 1/4 P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/4 P. 33 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 3/4 P. 43 1/2 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k.S. 100 1/8 P. 99 7/8 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117 1/2 P. 117 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G	Mail. i.S.Lr. 250 k.S 99 5/8 P —G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/4 P. 93 [illegible]
Cöln Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P 104 3/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k.S. 96 1/2 P. — G.	Wien fl. 100 C. k.S. 111 7/8 P. 111 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S 88 3/4 P 88 1/2 G.	Wien 3 M. mit 5% 111 5/8 P. 111 3/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Paris, 15. Novbr. Seit einiger Zeit wird in gewissen Zirkeln viel von einem bisher wenig verbreiteten „Journal La Verite“ gesprochen, das vor noch nicht langer Zeit Eigenthum des Abbé Migne war, und von Herrn Bordot gekauft wurde, als einige Gegner der Regierung es ebenfalls zu erwerben suchten. So eben erfahre ich nun, daß Herr Bordot dieses Blatt, für das er 120,000 Fr. zahlte, an Herrn Millaud gegen 200,000 Fr. abgetreten hat. Die Verité wird in einem regierungsfreundlichen Sinne redigirt werden. (Fr. Postz.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 323.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 20. November 1856.

Deutscher Bund.

Das Berliner „Korresp.-Bureau vom 7. Nov. sagt: „Wir hören aus zuverlässiger Quelle, daß in der letzten von Preußen und Oesterreich nach Kopenhagen abgesendeten Note der 10. Dez. als der äußerste Termin in Aussicht genommen ist, bis zu welchem die beiden deutschen Großmächte von weiterm Vorgehen in der holstein-lauenburgischen Angelegenheit Abstand zu nehmen entschlossen seyen. Man erwartet, daß das dänische Kabinet noch vor Ablauf dieses Monats sich darüber erklären werde, ob es geneigt sey, die dänische Verfassung vom 2. Okt. vorigen Jahres den holsteinischen Provinzialständen zur Berathung und Anerkennung vorzulegen. Geht wider Erwarten bis dahin keine oder keine befriedigende Erklärung ein, so werden beide Großstaaten den Deutschen Bund zur Intervention in Holstein auffordern.

Bayern. München, 18. Nov. Se. Maj. der König haben dem kgl. Staatsrath im außerordentlichen Dienste und lebenslänglichen Reichsrathe, Clemens Grafen v. Waldkirch, das Komthurkreuz des k. Verdienstordens vom heiligen Michael verliehen. (N.M.Z.)

Speyer, 16. Nov. Das Projekt der Errichtung einer Diakonissenanstalt in hiesiger Stadt steht seiner Verwirklichung nahe, indem das letzte Hinderniß, die Wohnungsfrage, durch einen Beschluß des Stadtrathes beseitigt ist, der die Benutzung des früheren reformirten Schulhauses in einer seiner letzten Sitzungen zugestanden hat. — Ich kann die erfreuliche Mittheilung machen, daß die Kartoffelfäule bisher keine weiteren Fortschritte gemacht hat und so gut als beendet betrachtet werden kann. Am Rhein wird 1 fl. 15 kr. für den Zentner bezahlt. (Pfälz. Z.)

Speyer, 16. Nov. Sicherem Vernehmen nach wird der Bischof mit seinen Begleitern am 19. d. hier wieder von Rom eintreffen.

Preußen. Die Frage über die Nothwendigkeit eines Musterschutzes ist längst keine offene mehr. Die kaufmännische Welt ist im Allgemeinen für solchen entschieden und hat es bisher nicht an den nöthigen Schritten fehlen lassen. So erfahren wir, daß in Preußen wieder eine lebhafte Agitation dafür auftritt. Die Wollenwaarenfabrikanten Noll u. Komp. in Brandenburg haben eine Petition an die demnächst zusammentretenden preußischen Kammern entworfen und in Zirkulation gesetzt, in welcher dringend um ein Musterschutzgesetz gebeten wird. (D. Allg. Ztg.)

Berlin, 17. Nov. Der Baurath Hitzig hat die Aufforderung erhalten, nach Aegypten zu kommen, um dort den Berathungen der Kommission für den Durchstich der Landenge von Suez beizuwohnen. (Fr. P.)

In Bezug auf das 50jährige Dienstjubiläum des Prinzen von Preußen, welches am 1. Januar in feierlicher Weise auf besondere Anordnung des Königs hier begangen werden wird, werden bei den hiesigen Garderegimentern bereits Einleitungen getroffen.

Breslau, 15. Nov. Wie wichtig die Eisenbahn von hier nach Posen für die beiden Provinzen Schlesien und das Großherzogthum Posen werden wird, das zeigt sich schon jetzt, nachdem seit ihrer Eröffnung noch kaum drei Wochen verflossen sind. Schon ist der Güterverkehr auf ihr so beträchtlich, daß man nicht Transportmittel genug hat, um ihn zu bewältigen. Zur Vermehrung derselben geschieht das Möglichste, nur sind die Maschinenbau-Anstalten, eine so große Anzahl wir deren auch haben, nicht im Stande, alle Bestellungen rasch genug auszuführen. Wie bedeutend indeß ihr Betrieb ist, das geht aus der großen Anzahl der darin angestellten Arbeiter hervor, die sich auf mehr als tausend beläuft. Dieselben verdienen einen guten Tagelohn (1—2 Thlr.) und bestehen daher jetzt, wo die Lebensmittelpreise etwas billiger geworden, recht gut. Auch auf dem Lande bessern sich die Zustände der Bevölkerung, und man ist geneigt, es diesem Zustande zuzuschreiben, daß man jetzt weit weniger von Feuersbrünsten und Straßenraub, als in den früheren Jahren um die jetzige Zeit hört. Uebrigens sind bis jetzt nur die Kartoffeln und das Getreide wohlfeiler geworden; Fleisch, Milch, Butter ꝛc. stehen noch auf der früheren Höhe, ja sind eher noch theurer geworden. — Der Winter hat sich seit zehn Tagen angekündigt: das Gebirge ist eingeschneit und auch auf dem flachen Lande wechselt Regen mit Schnee und Frost. Erstere beide fangen nun an, der Trockenheit, über welche man überall zu klagen hat, abzuhelfen. Dieselbe ist so groß, daß an manchen Orten die Brunnen schon ohne Wasser und Flüsse und Bäche fast versiecht sind. — Auch auf die Berg- und Hüttenwerke in Oberschlesien hat der Wassermangel einen nachtheiligen Einfluß und wirkt störend auf den Betrieb, was um so unangenehmer ist, als derselbe an Umfang noch immer gewinnt und man trotzdem den Bestellungen und dem Bedarf nicht genügen kann. Steinkohlen und Eisen werden in kolossaler Art dort ausgebeutet und immer bringt man es zu keinen Vorräthen. Vermittelst der Fortsetzung der oberschlesischen Eisenbahn nach Posen werden nunmehr auch große Massen dieser beiden Produkte dahingebracht, was die Nachfrage noch immer vermehrt. Man klagt in Oberschlesien über Mangel an menschlicher Arbeitskraft, und es vermindert sich dieselbe gegenwärtig noch in der Art, daß nicht allein weniger militärpflichtige Austreter von Polen herüber kommen, sondern im Gegentheil schon manche wieder zurückgehen. (Schwäb. Merk.)

Großherzogthum Hessen. Darmstadt, 16. Nov. Unser Justizministerium wird gegen das „Preuß. Wochenblatt“ resp. gegen den Verfasser eines in demselben erschienenen Artikels wegen injuriöser Angriffe den Rechtsweg ergreifen.

Oesterreich. Wien, 15. Novbr. Der Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Neumann hat vor einiger Zeit im Auftrage der Donaudampfschifffahrtsgesellschaft eine Reise nach Paris unternommen, um an Ort und Stelle die nöthigen Erkundigungen darüber einzuziehen, in wie weit daselbst beabsichtigt sey, der österreichischen Gesellschaft Konkurrenz zu machen. Dr. Neumann ist bereits von seiner Reise wieder zurückgekehrt und hat dem von der Gesellschaft erwählten Komite, welches mit der Staatsverwaltung über die Ablösung des Privilegium unterhandelt, einen ausführlichen Bericht über den Erfolg seiner Reise abgestattet. Wie ich höre, lautet dieser Bericht nichts weniger als befriedigend. Die Rhonedampfschifffahrtsgesellschaft macht die größten Anstrengungen, um schon mit Beginn des nächsten Frühjahrs die Schifffahrt auf der untern Donau zwischen Belgrad und Galacz beginnen zu können, und beabsichtigt, zu diesem Zwecke zehn seichtgehende Dampfer an Ort und Stelle zu senden. Kapitän Magnan ist von der Direktion der Rhonedampfschifffahrtsgesellschaft ein bedeutender Kredit eröffnet worden, um alle Hindernisse zu beseitigen. Er hat sich auch bereits mit den serbischen, bulgarischen und wallachischen Behörden in Verbindung gesetzt, um die Erlaubniß zur Errichtung von Stationsplätzen mit Agenten am serbischen, bulgarischen und wallachischen Ufer zu errichten. (Schw. M.)

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Novbr. Der König ist in guter Besserung. — Heute Vormittags langte der Studentengesangverein aus Lund in Schweden, 72 Mann stark, in unserem Hafen an und wurde freundschaftlich bewillkommnet. Ein Extrazug hatte die Mitglieder auf der Eisenbahn von Lund bis Malmö, die eben erst fertig geworden ist und erst am 1. Dezember, dem Namenstag des Königs, eröffnet werden soll in 16 Minuten befördert. Zu dem am Montage von den vereinigten Sängern von Lund und hier im großen Saale des

Casino zu veranstaltenden Konzert sind bereits alle Plätze verkauft. (Nat.-Z.)

Frankreich.

Paris, 14. Novbr. Seit der Rückkehr von Compiegne hat sich der Kaiser vorzugsweise mit den Pariser Zuständen beschäftigt. Die Präfekten der Polizei und der Seine wurden wiederholt zu ihm berufen. Es handelt sich darum, die Armenspeisehäuser mit den Portionen zu einem Sou durch eine andere Einrichtung zu ersetzen. Man schlägt statt ihrer Kosthäuser vor, die durch Assoziation von Arbeitern gegründet seyen, und ohne alle Unterstützung eine gesunde Nahrung zu sehr herabgesetzten Preisen in reinlichen, anständig gehaltenen Lokalen liefern. Solche Anstalten haben sich aus der vordezemberlichen Zeit in mehreren Departementsstädten sehr gut erhalten. Ueberall werden sie von den Gemeindebehörden begünstigt. Die Regierung ist jedoch ihrer Einführung in Paris abgeneigt, weil sie hier keine Assoziation von Arbeitern dulden will, deren Vorstand nicht der Viertelskommissär wäre, die Arbeiter aber unter dieser Bedingung auf nichts sich einlassen. Oben erwähnte Sorgfalt für die Pariser Zustände hat auch den Kaiser bestimmt, nicht nach Fontainebleau zu gehen, und die dort vorbereiteten Feste abzusagen. Es heißt, die Presse solle noch kräftiger und mit mehr Geschicklichkeit beeinflußt werden als bisher. (H. N.)

Paris, 17. Nov. Der Kaiser hat die Anzeige von der Geburt einer Tochter des Herzogs von Montpensier, der mit einer spanischen Prinzessin vermählt ist, erhalten. (K. Z.)

* Die Prätensionen der Pariser Hausbesitzer werden immer größer. Erst steigerten sie die Miethpreise bis zu einer fabelhaften Höhe, jetzt fordern sie nach Gutdünken 3 bis 6 monatliche Bezahlung im Voraus. Aber auch das genügt noch nicht. Vor einigen Tagen kommt ein Herr in ein Haus am Boulevard, um die Wohnung des 4. Stocks zu miethen. Diese Wohnung — deren Miethpreis 4000 Fr. ist — hat einen Balkon. Der Herr will, wie das üblich ist, dem Concierge ein Drangeld geben, dieser aber sagt, er sey nicht zum Abschlusse ermächtigt und er müsse sich direkt an den Eigenthümer wenden. Der Inwohner in spe entschließt sich seinen Besuch abzustatten. Man wird über den Preis u. s. w. einig, als der Hausherr beifügt: „Aber die Benützung des Balkons für die Tage öffentlicher Zeremonien, Revuen, Einzug oder Durchzug von Souveränen behalte ich mir ausdrücklich vor." Der Miether wirft ein, daß es ihn freuen werde, wenn der Hausherr ..... „Ach! erwidert der Hausbesitzer, nicht aus persönlicher Neugierde behalte ich mir die freie Verfügung über Ihren Balkon 2 bis 3 Mal jährlich vor, sondern ich habe die 2 Balkone meines Hauses für solche Tage extra an einen Gasthof vermiethet, wo sehr viele Fremde absteigen."

Italien.

Aus Turin, 10. Nov., wird der „Independance Belge" geschrieben: „Wie ich aus guter Quelle erfahre, hat der König den Herrn Gallenga seines Wohlwollens versichert, und ihm sagen lassen, daß er ihm verzeihe, indem er die Gewißheit habe, daß er dadurch im Geiste seines hochherzigen Vaters, des Königs Karl Albert, handle."

Aus Neapel, 12. Nov., wird gemeldet, daß die Regierung den Bau einer Eisenbahn von Neapel nach dem Golf von Tarent genehmigt habe. Man versichert, die neapolitanische Regierung habe beschlossen, Neapel für einen Freihafen zu erklären. (Fr. Postztg.)

Aus Neapel, 8. Nov. wird der „Allg. Ztg." von einem Korrespondenten, welcher der Regierung des Königs Ferdinand sehr zugethan ist, Folgendes berichtet: „So sehr der König beider Sizilien das Prinzip seiner Unabhängigkeit und Machtvollkommenheit im obwaltenden Streite mit den Westmächten aufrechtzuerhalten entschlossen bleibt, so sehr scheint er geneigt, den Weg der Milde politischen Verbrechern gegenüber (die ihm, nebenbei gesagt, die Westmächte angerathen haben) zu befolgen. Sie wissen, daß König Ferdinand kürzlichst dem hiesigen Gesandten von Oesterreich die Liste der Begnadigungen, die seit dem Jahr 1848, ohne daß irgendeine fremde Macht dieselben angerathen hätte, erlassen worden sind, mitgetheilt hat. Sicherem Vernehmen nach enthält jene Liste nicht weniger als vierzehntausend Gnadenakte. (Wenn das wahr wäre, müßte ja die halbe Bevölkerung des Königreichs politische Verbrechen begangen haben. D. Red.) Seitdem der Bruch zwischen Neapel und den Westmächten eingetreten ist, hat der König vor wenigen Tagen mehrere andere Begnadigungen unterzeichnet, darunter jene des Fürsten Serra di Falco. Bekanntlich hatte dieser im Jahre 1848 nicht nur den König Ferdinand des Thrones von Sizilien verlustig erklären lassen, sondern war auch nach Turin abgegangen, um dem Herzog von Genua die Krone Siziliens anzutragen. Fürst Serra di Falco ist daher von den neapolitanischen Gerichten zum zwanzigjährigen schweren Kerker verurtheilt worden. Da er jedoch diesem Urtheil durch die Flucht nach Frankreich sich entziehen konnte, hat ihm nun der König die straffreie Rückkehr ins Vaterland gestattet. König Ferdinand legt übrigens den Westmächten gegenüber besonders darum einen unbeugsamen Widerstand im Punkt des Rechts an den Tag, weil er weiß, daß namentlich das britische Kabinet unter Eingebung des Grafen Cavour handelt. Dagegen läßt König Ferdinand der Mäßigung des Kaisers Napoleon III. laut Gerechtigkeit widerfahren, (divide et impera!) und besonders aus Rücksicht für den Hof der Tuilerien hat er unmittelbar nach der Abreise des Baron Brenier den Fürsten Serra di Falco, welcher in Paris lebt, begnadigt, was den gewünschten Eindruck auf den Kaiser der Franzosen gewiß nicht verfehlen wird."

Spanien.

* Madrid, 13. Nov. Der Minister Barzanallana hat an den Generaldirektor der Nationalgüter ein Schreiben gerichtet, worin es heißt: Die durch Dekret vom 20. September angeordnete Aufhebung des Verkaufs der Güter des Säkular-Klerus bleibt ohne Einwirkung: 1) auf die Versteigerungen von den Kirchengütern, welche die Obere Verkaufs-Junta bis 23. September inkl. genehmigte; 2) auf die Ablösung der Zehnten oder aller anderen Leistungen, welche der Säkularklerus erhob, wenn die großen Ablösungen bis 23. September von der Ober-Junta, die kleineren bis 27. September von der Provinzial-Junta genehmigt waren; 3) auf die Pachtungen vor d. J. 1856 und von der Junta bis 23. September genehmigt. Das Dekret schließt damit, daß es Beschleunigung beim Inkasso der Summen der verkauften Güter anempfiehlt.

Madrid, 12. Nov. Es sind so schlimme Gerüchte von bevorstehendem Aufruhr in Umlauf, daß sich die progressistischen Organe veranlaßt gefunden haben, ihre Freunde zur Ruhe und Zurückhaltung aufzufordern. Jedermann erwartet Schlimmes, ohne zu wissen, was, noch woher es komme, noch sich über die Natur des Uebels, dem er entgegensieht, genau Rechenschaft zu geben. Die äußersten Parteien sind die einzigen, welche zufrieden sind, besonders die Karlisten, welche die Ueberzeugung hegen, daß ihr Zeit gekommen sey. (K. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

§ Wien, 16. November. (Privat-Korrespondenz.) Die Nachricht der „Indépendance", daß der Einberufungs-Firman der Divans ad hoc von allen Kommissären bereits gebilligt worden sey, ist jedenfalls verfrüht; aller Wahrscheinlichkeit nach bezieht sich diese Angabe nur auf den Wahlmodus und die Zusammensetzung der beiden Divans, rücksichtlich welcher die ursprünglichen Bestimmungen in der That einige Modifikationen erfahren haben, die von den Gesandten aller Großmächte gebilligt worden sind. In der Hauptsache aber ist noch keine Verständigung erfolgt. Die Pforte will die Verfügung, welche den Wirkungskreis der Versammlungen bestimmt, nicht abändern und beharrt dabei, daß die Unionsfrage keinen Gegenstand der Debatte bilden dürfe, wogegen Frankreich und namentlich Rußland die entgegengesetzte Ansicht vertreten. Es ist bis jetzt noch nicht bekannt, ob man sich in Paris zu einer Modifizirung dieser Ansicht entschließen wird.

* Bucharest, 30. Oktober. Die Pforte will Giurgewo (an der Donau) befestigen lassen, und dann ein Lager von 25,000 Mann in der Umgebung errichten.

Die europäische Kommission für die Regulirung der Donauschifffahrt, welche nunmehr vollständig in Galacz vereinigt ist und am 4. November daselbst ihre erste Sitzung gehalten hat, besteht aus folgenden 7 Mitgliedern: Für Preußen der königl. Regierungsrath Bitter; für Oesterreich der kaiserl. Sektionsrath und Konsul Becke; für Rußland der kaiserl. Hofrath Baron v. Offenberg, früherhin Sekretär in der Kanzlei des Fürsten Gortschakoff; für Frankreich Hr. Engelhard, Beamter im kaiserl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten; für England der Ingenieurmajor Stor; für Sardinien der Direktor der Navigationsschule zu Genua, Flottenkapitain Alessandro d'Aste; für die Türkei der General Omer Pascha. (Fr. Postz.)

Konstantinopel, 7. Novbr. Reschids Ernennung zum Großvezier und die Bekleidung des Sultans mit dem Orden des Hosenbandes bezeichnen den vollständigen Triumph der britischen Diplomatie auf dem hiesigen Schachbrett und es ist nicht zu läugnen, daß Lord Stratford augenblicklich nochmals als der Herr der Situation angesehen werden kann. Auf wie lange diese Herrschaft gesichert seyn mag, kann freilich Niemand vorausbestimmen, denn andererseits sind die französischen Interessen in der Person des Herrn von Touvenel äußerst geschickten Händen anvertraut, und, wie es scheint, wird die Gegen-Mine nicht lange auf sich warten lassen. Wie sich Oestereich zu der letzten Krise gestellt, ist einigermassen schwer zu ergründen und die darüber umlaufenden Gerüchte sind wider-

sprechend. Gewiß ist, daß der heutige Großvezier in Wien früher nicht eben gut angeschrieben stand, und daß man seinen Wiedereintritt in's osmanische Ministerium und zumal als dessen Lenker vor Kurzem dort noch nicht gern gesehen haben würde. Allein in letzterer Zeit soll eine Modifikation der betreffenden Ansichten und zwar in Folge einer allgemeinen Annäherung Englands an Oesterreich eingetreten seyn. Man steht türkischer Seits im Begriff, das Armeekorps von Arabistan (Syrien) mit dem Hauptquartier Damaskus auf den Kriegsfuß zu stellen, wodurch seine Stärke auf 25—30,000 Mann ansteigen würde. Wenn man bedenkt, daß man diese Truppen auf dem Euphrat mit nicht eben bedeutender Mühe bis in die Gegend vor Bagdad (am Tigris) bringen kann, so wird man eher muthmaßen dürfen, daß diese Maßregel mit einem etwaigen Kriegsfall in Verbindung zu bringen sey. Vorerst aber verspürt man hier überhaupt noch keine bedeutende Thätigkeit für solchen Zweck. Beachtung verdient etwa, daß nach wie vor die türkische Kriegsflotte im Hafen segelfertig erhalten wird.

Rußland und Polen.

Von der russisch-polnischen Gränze, 9. Novbr. Mehr als in Polen tritt in Rußland und in den weiland polnischen Provinzen Ukraine, Volhynien, Podolien und Litthauen die veränderte Richtung der inneren Politik hervor, — eine Veränderung, die sich successive seit der Thronbesteigung des jetzt regierenden Monarchen kund gibt. Zwar umfaßt die Krönungs-Amnestie nur einige dreißig Personen (Russen), die 1825 und 1826 nach Sibirien verbannt wurden, allein darunter befinden sich die Häupter, wie Murawieff der Apostel, Bestuscheff und Fürst Trubetskoi, die nach dreißigjährigem Exil begnadigt worden sind. — Zu den wichtigsten Erscheinungen des angebahnten Werkes zählt die Aufhebung der Militär-Kolonien. Die Ackerbausoldaten hatten schwerere Lasten zu tragen, als irgend ein Bauer der Staatsdomainen und Apanagegüter. Deren Verwaltung war der Sitz schreiender Mißbräuche und Bedrückungen. Das Ideal der Sklaverei, die sich bis auf das Innere des Hauses und häusliche Verrichtungen erstreckte, war hier so vollständig erreicht, daß die Ackerbauern aufstehen, arbeiten, beten, essen und zur Ruhe gehen mußten nach Signalen der Trommel und Trompeten. Der jetzige Kaiser hatte die Unzuträglichkeiten dieses Systems erkannt und hob sie daher durch zwei Ukase auf, indem er die Reserve-Kavallerie-Korps zu theilen befahl und die Distrikte der Ackerbausoldaten unter Verwaltung des Apanagen-Ministerium stellte. Die einschneidende Wichtigkeit dieser Maßregel springt in die Augen; sie ging Hand in Hand mit der Verfügung, daß in Zukunft das Kind aus der Soldatenehe nicht mehr wie früher dem Heere geboren und jeder Selbstbestimmung noch vor der Geburt beraubt ist. (Köln. Z.)

Warschau, im Oktober. Bekanntlich ist die lange Zeit hindurch bestandene Differenz zwischen der russischen Regierung und dem römischen Stuhle wegen Besetzung der erledigten katholischen Bischofssitze in Polen durch die Sendung des Hrn. v. Kisseleff nach Rom ausgeglichen, und die Proklamation der neu ernannten Prälaten schon in dem letzten päpstlichen Konsistorium erfolgt. Hier in Polen sind ihre Namen bisher noch nicht veröffentlicht worden. Wahrscheinlich aber als Vorläufer dieser Kundmachung wird in der hiesigen offiziellen Zeitung ein Vertrag abgedruckt, der schon am 3. Aug. 1847 mit dem päpstlichen Stuhl vereinbart ist, und der jetzt die Grundlage für die Regelung der Verhältnisse abgegeben haben wird. Es werden darnach in Rußland sieben römisch-katholische Eparchieen eingerichtet und zwar ein Erzbisthum in Mohilew und sechs Bisthümer, nämlich das von Wilna, Samogitien, Minsk, Schitomir, Kaminietz und Cherson. Unterzeichnet ist das Aktenstück: Rom, den 3. Aug. 1847. A. Kardinal Lambruschini. Graf D. Bludoff. Butenieff. Gegengezeichnet Ministersekretär J. Tymowski. Wir wiederholen, daß es erst hier publizirt worden ist, nachdem es schon vor 9 Jahren abgeschlossen. Demnächst werden nun wohl die weitern Maßregeln zur Ausführung des Vertrages folgen. (N. Pr. Z.)

Amerika.

Aus Mexiko, 22. Oktbr., wird die wachsende Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Gouvernement gemeldet. (K.Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

London, 15. Nov. In einem seit längerer Zeit leerstehenden Hause eines der eleganteren hiesigen Quartiere wurde gestern zufällig eine Frau mit vier Kindern entdeckt, die sämmtlich dem Hungertode nahe waren. Der Anblick dieser Unglücklichen soll über alle Begriffe gewesen seyn. Bloß das älteste der Kinder, ein Mädchen von 14 Jahren, besaß noch einige Lumpen, seine Blöße zu bedecken, die andern lagen nackt auf der bloßen Diele, abgemagert den Tod erwartend; sie hatten seit fünf Tagen keine Speise zu sich genommen. Hülfe war rasch zur Hand, und doch kam sie zu spät, die Mutter gab nach einigen Stunden ihren Geist auf, und ob die Kinder die Leiden der letzten Nacht überstehen werden, ist noch ungewiß. So viel die Polizei ermitteln konnte, war die Verstorbene früher in einem Arbeitshause gewesen, aus dem sie vor Monaten ihren Abschied nahm. Was sie dazu bewogen haben mag, lieber in einem einsamen Winkel mit ihren Kindern zu verschmachten, als die Unterstützung ihres Kirchspiels in Anspruch zu nehmen, wird vielleicht ewig ein Geheimniß bleiben. (Schw. M.)

Während Frl. Rachel krank in Kairo ist und vom Lorbeer der Vergangenheit zehrt, ist Madame Ristori unermüdlich, frisches Grün zu sammeln. Am 30. Oktober verließ sie Berlin, war vom 1. bis 4. Nov. in Breslau, vom 8. bis 16. in Warschau. Vom 19. bis 27. wird sie in Pesth seyn, am 30. Nov. und 1. Dezember in Görz auftreten; vom 3. bis 7. Dezember die Venezianer entzücken, am 11. in Verona, am 12. in Brescia en passant Triumphe feiern, vom 14. bis 21. in Mailand verweilen und überdies einige Vorstellungen à la Pergola zu Florenz geben.

Handels- und Börsen-Berichte.

Wien, 17. Novbr. Die Börse hat sich von der Panique der letzten Woche ziemlich schnell erholt, und wäre die Erhöhung des Zinsfußes der Bank von England nicht dazwischen gekommen, so hätten die Papiere ihre vor der Panique erreichten Kurse wieder zurückerobert. Die Erklärung der „Wiener Zeitung“ über die Sistirung aller weiteren Eisenbahnkonzessionen hat nicht verfehlt, eine beruhigende Wirkung zu üben. Das „Gründerunwesen“ ist durch die letzten Börsenkalamitäten noch nicht aus dem Felde geschlagen worden, und wir wären unfehlbar wieder mit den haarsträubendsten Projekten heimgesucht worden, wenn die Regierung nicht eben erklärt hätte, daß sie nur die bereits festgesetzten Bahnen konzessioniren, alle neuen Projekte aber entschieden ablehnen werde. Von den noch nicht konzessionirten Unternehmungen ist bloß die ostgalizische und die Prag-Pilsener Bahn als zugesichert zu betrachten, wogegen die Siebenbürger und die Tyroler Bahn vorläufig beseitigt werden. (D. A. Z.)

* London, 15. November. (Privat-Korresp.) Seit unserm Berichte vom 8. d. war es Anfangs der Woche mit den Hauptartikeln lebhaft, und haben wir für die meisten derselben eine Preiserhöhung zu erwähnen; seitdem, in Folge des höheren Diskonto, welcher jetzt 7 pCt. für Prima Wechsel von 3 Monaten und darunter ist, hat unser Markt eine ruhigere Haltung angenommen, es liegen aber keine Gründe vor, welche in Folge des theueren Geldes irgend einen Druck von Bedeutung erwarten lassen könnten.

Kaffee war Anfangs der Woche fester, und die Frage zunehmend; in den letzten Tagen ist jedoch der Markt etwas ruhiger, Preise sind im Ganzen behauptet, und bleiben die Aussichten für die Zukunft zu Gunsten des Artikels. Von Native Ceylons waren circa 400 Ballen etwas gemischt gut ord. in Auktion, welche zu 52 s. Nehmer fanden; unter der Hand mögen circa 3000 Ballen von 52 s. a 52 s. 6 d. für gut ord. verkauft seyn. Von Plantation Ceylons waren circa 775 Fässer und 500 Barrels und Ballen ausgeboten, welche größtentheils Nehmer fanden; zu notiren sind kleinbohnig gemischt bis gut 59 s. 6 d. a 60 s.; mittel bis volle Bohne, je nach Farbe und Qualität, 61 s. a 63 s.; ziemlich großbohnig, etwas rauh farbig 64 s.; feinfarbige, sowie gute großbohnige Sorten kommen nicht vor. Erbsenbohnen bedingen 78 s. a 84 s. für mittel bis gut farbig. Von ostindischen Sorten, nur für den inländischen Konsumo passend, waren circa 420 Kisten in Auktion, die zum größten Theil zu vollen Preisen Nehmer fanden. Von Mocha waren circa 160 Ballen in Verkaufung und bedangen solche 79 s. a 81 s. 6 d. für gute Qualität, etwas grünlich bis blaß. In Costaricas und Santos fanden keine nennenswerthen Umsätze statt; von ord. bis reell ord. Brasil wurden einige Hundert Ballen zu 43 s. verkauft. Segelnd bleibt von Rio Einiges angeboten, und fragt man 48 s. a 50 s. für schön good first bis superior farbig, Assuranz frei von Beschädigung. Die im Laufe der Woche eingetroffenen Berichte von Rio de Janeiro bis zum 14. Okt. melden hohe Preise.

Zucker waren Anfangs der Woche sehr lebhaft mit einer Preiserhöhung von 1 s., in Folge des erhöhten Diskonto ist aber der Markt seitdem stiller geworden, Preise bleiben jedoch behauptet, und ist in der günstigen Lage des Artikels nichts verändert. Segelnd wurden verkauft eine Ladung, ca. 320 Kisten, braune Bahia zu 32 s., eine Ladung, ca. 500 Tons, unclayed Manilla zu 28 s., und eine Ladung, ca. 500 Tons, clayed Manilla zu 32 s., sämmtlich für England. Unter der Hand wurden begeben 4000 Kisten Havannah von 46 s.

6 d. a 50 s. 6 d. für fein braun bis gelb, Zölle 13 s. 9 d. und 15 s., und 100 Kisten florettes zu 58 s. 6 d, Zoll 17 s. 6 d, ferner 500 Fässer Cuba Mouscovaden von 48 s. 6 d. a 50 s.; 200 Fässer Portorico von 52 s. a 52 s. 6 d.; 6000 Säcke braune Fernambouc von 44 s. 6 d. a 45 s. 9 d.; 250 Tons braune Bahia zu 46 s. 6 d.; 10,000 Säcke clayed Manilla von 48 s. a 49 s., und circa 1000 Tons unclayed Manilla von 42 s. 6 d. a 43 s., Zölle 13 s. 9 d. und 15 s.

Reis ist fester, und in den meisten Fällen 3 d. theurer. In Auktion waren nur circa 750 Ballen Bengal, welche von 10 s. a 10 s. 9 d. für gering mittel bis mittel Nehmer fanden. Unter der Hand wurden begeben circa 5600 Ballen Rangoon von 10 s. 1½ d. a 10 s. 9 d., und ca. 12,000 B. Bengal, Madras und Cargo zu folgenden Preisen: Bengal mittel 10 s. 6 d. a 10 s. 9 d., gut mittel und gut weiß 12 s. 3 d. feiner würde 13 s. a 13 s. 6 d. nach Qualität bedingen; gut mittel und guter Madras 9 s. 6 d. a 10 s.; Ballam, Moonghy ꝛc. 9 s. 3 d. a 9 s. 7½ d., sowie 300 Tons Moonghy auf Lieferung zu 9 s. 9 d. hier gelandet mit Prompt. Die Hauptfrage besteht für die geringern Qualitäten, und ist jetzt Ballam und Moonghy nicht unter 9 s. 6 d. a 9 s. 9 d. für gering bis gut zu kaufen. Segelnd besteht einige Frage, und haben Eigner ihre Forderungen erhöht; man fragt für Moulmain 12 s. und für Bassein 11 s.; eine kleine Ladung Necransie Arrakan von 5000 Ballen ist wahrscheinlich zu 11 s. käuflich. Die geschälten Sorten sind ebenfalls etwas fester; Patna 14 s. 6 d. a 16 s. 6 d. für mittel bis gut, schön und fein 17 s. 6 d. a 19 s. Madras 13 s. 6 d a 14 s. 6 d. Arracan, Bassein und Rangoon 15 s. a 16 s. 6 d. nach Qualität. Der Vorrath von Reis beträgt hier circa 50,000 Tons gegen circa 8500 Tons gleichzeitig in 1855.

Frankfurt, 19. Novbr. Bei sehr bedeutenden Umsätzen zeigte sich auch heute für sämmtliche Fonds zu höheren Kursen große Kauflust. Die Börse verfolgte vom Beginn an eine steigende Richtung und blieben sämmtliche Effekten gesucht, um zwei Uhr trat jedoch eine Reaktion ein.

Providentia wurde zu 105⅜ ½ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79 3/8 P. 78 7/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 88 3/4 P. 88 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 77 1/4 P. 76 3/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 88P. 86 1/2 G.; à 4 1/2 pCt. 68 1/4 P. 67 3/4 G.; à 4pCt. 60 3/4 P. 60 1/4 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 3/8 P. 55 7/8 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 83 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 94 3/4 P. 94 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 95P. 94 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 100 7/8 P. 100 3/8 G.; 5pCt. 103 P. 102 1/2 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 90 1/2 P. 90 G.; 4 1/2 pCt. 102 7/8 P. 102 3/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/4 P. 90 3/4 G.; à 4pCt. 99P. 98 1/2 G.; 4 1/2 pC. 101 3/4 P. 101 1/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 3/4 P. 89 1/4 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 1/4 P. 80 3/4 G.; à 3 1/2 pCt. 90P. 89 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 1/2 P. 37 1/4 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 3/8 P. 23 1/4 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1239P. 1234G. Neue Bankaktien 337P. 332G. Credit-Actien à 5pCt. 183 1/2 P. 181 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 371 P. 369 G.; junge 332 P. 330 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 495 P. 490G. Mitteldeutsche Creditbank 100 3/4 P. 100 1/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 103 1/4 P. 102 3/4 G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111 1/2 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 515P. 510 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 575 P. 570 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 289 P. 287 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142 1/4 P. 142 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 103 1/4 P. 102 3/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/8 P. 100 7/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 352 P. 350 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/2 P. 80 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79 3/4 P. 79 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 94 3/4 P. 94 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 113 3/4 P. 113 1/4 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102 P. 101 3/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 114 1/4 P. 113 3/4 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 7/8 P. 48 5/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 1/4 P. 116 3/4 G. à fl. 25 34 5/8 P. 34 1/8 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 P. 39 3/4 G. Nass. Loose à fl. 25 33 3/8 P. 33 1/8 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 44 P. 43 3/4 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k. S. — — P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 1/4 P. 117 [illegible] G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G	Mail. i. S. Li. 250 k. S. 99 [illegible] P — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. — — P. 104 3/8 G.	Paris Frs. 200 k. S 93 1/4 P. 93
Cöln Thlr. 60 k. S. 104 5/8 P 104 3/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S 96 1/2 P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 1[illegible] P. 112 3/4 G.
Hamb. M. B. 100 k. S 88 7/8 P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 5% 112 1/8 P. 112 [illegible] G.
Leipz. Thlr 60 k. S. 104 5/8 P. 104 3/8 G.	Disconto — P. 6pCt. G

Neueste Nachrichten.

München, 21. Nov. Se. Maj. der König haben inhaltlich allerhöchster Entschließung d. d. Hohenschwangau den 15. laufenden Monats die nachstehenden Abänderungen in der Heeresformation verfügt: Die 2 Ouvriers-Kompagnien sind in 1 Kompagnie zu vereinigen. Die Bildung obiger Formation hat am 1. Januar 1857 unter Auflösung der 3. Schützen-Kompagnien, der 7. Eskadronen und der 2. Ouvriers-Kompagnien zu geschehen. Der Präsentstand der Infanterie ist bei den Kompagnien der 1. und 2. Bataillone 42 Gefreite und 108 Gemeine, bei den Kopagnien der 3. Bataillone 34 Gefreute und 86 Gemeine, bei den Kompagnien der Jäger-Bataillone 35 Gefreite 90 Gemeine und die Zeitdauer ihrer Uebungen ist für Rekrutenübungen, während welcher die neuzugegangenen Conskribirten über den gewöhnlichen Präsentstand gehalten werden, 5 Monate, für größere oder Herbwaffenübungen, welche sich unmittelbar an die Rekrutenübungen anschließen, 1 Monat. Die Bestimmungen des Kriegsministerialreskripts vom 5. Juni 1841, Aufhebung des Institutes der assentirten Unmontirten, ständig Beurlaubten betreffend, werden dahin abgeändert, daß bei der Infanterie und nunmehr auch bei den Ouvriers ⅔ des formationsmäßigen Standes an Gefreiten und Gemeinen in der Klasse 1. der abwechslungsweise Präsenten und Beurlaubten mit Raten zu setzen sind. Für die Kavallerie hat die bezügliche Anordnung des erwähnten Reskripts wieder in Wirksamkeit zu treten. Die Offiziere, Unteroffiziere, Spielleute, Gefreite, Pioniere, Schmiede, Sattler und Gemeine der aufzulösenden 3. Schützen-Compagnien und 7. Eskadronen sind in bemessener Weise bei den formationsmäßigen Kompagnien und Eskadronen des betreffenden Regiments einzutheilen; bezüglich der Gefreiten und Gemeinen haben die Regiments-Kommandanten hiebei auf die Ausdienungs-Jahrgänge geeignete Rücksicht zu nehmen.

Zur möglichen Beschleunigung der Eintheilung der überzähligen Unteroffizierschargen in den Formationsstand haben die Armee-Divisions-Kommandos entsprechende Versetzungen von einem Regimente zu einem anderen, in welchem Vakaturen eintreten, zu verfügen, und ist nach der schon vorläufig durch Kriegsministerial-Reskript vom 6. l. Mts., abgängige Unteroffizierschargen betr., gegebenen Bestimmung die Ernennung und Beförderung von Sattlern, Schmieden, Pionieren, Gefreiten und Unteroffizieren, sowie die Annahme von Spielleuten auch fernerhin und in so lange einzustellen, als die Abgänge am normirten Stand noch durch Ueberzählige ersetzt werden können. Der älteste Hauptmann jedes Jäger-Bataillons ist zum Stab zu versetzen und tritt in den Bezug der Pferdsgratifikation, des Stallgeldes und der leichten Fourageration für ein Pferd.

Se. Maj. der König haben den Stabsauditor M. Pezl vom Artillerie-Korpskommando auf ein Jahr, den Hauptmann Burkh. Braun vom 2. Inf.-Reg. vorbehaltlich weiterer Verwendung, den Unterlieutenant Max Tabor v. 3. Chev.-Regiment auf zwei Jahre, den temporär pensionirten Divisions-Kommando-Sekretär Aug. Dietrich bleibend, den Hauptmann und Aufsichtsoffizier Ludwig Kohler von der Kommandantschaft des Invalidenhauses — und den Unterlieutenant Max Reichensperger v. 9. Inf.-Reg, Beide auf ein Jahr, den Oberlieutenant Edwin Graf v. Seyssel d'Aix v. 6. Chev.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; das Dienstestauschgesuch der Unterveterinärärzte Paul Markgraff vom Fohlenhof Schwaiganger — und Joh. Beer vom Fohlenhof Steingaden, ferner der Unterärzte Dr. Carl Bürchl vom 3. Jäger-Bat. u. Dr. Ignaz Enzler v. 4. Inf.-Reg. genehmigt; dem Oberlieutenant Eugen Kieffer v. 3. Chev.-Reg. seiner Funktion als Adjutant des Generalmajors u. Brigadiers v. Binder enthoben; dem Junker Ludw. Frhr. v. Bibra vom 1. Chev.-Reg. und dem Junker Graf v. Geldern vom 1. Cuir.-Reg. die Entlassung aus dem Heere ertheilt; den temporär pens. Hauptm. Burk. Braun als Aufsichtsoffizier bei der Kommandantschaft des Invalidenhauses reaktivirt. (Verordnungsbl.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 324.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 21. November 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Nach der neuen Heer-Formation haben die 3 Bataillone eines Infanterie-Regiments künftig zusammen 14 Hauptleute, 14 Oberlieutenants, 28 Unterlieutenants, 14 Feldwebel, 42 Sergenten, 84 Korporale (auf dem Kriegsfuß 104), 20 Vizekorporale (auf dem Kriegsfuß 56) u. s. f., 2240 Gemeine und 800 unmontirte Assentirte. Von den 6 Jägerbataillonen hat jedes einen Stab von 14 (Kriegsfuß 15) Personen, dann in 5 Kompagnien 5 Hauptleute, 5 Ober- und 10 Unterlieutenants, 5 Oberjäger, 15 Sekondjäger, 30 Korporale, 10 Vizekorporale (Kriegsfuß 20) u. s. f., 700 Gemeine, 110 unmontirte Assentirte. — Die 2 Kürassier- und die 6 Chevauxlegers-Regimenter haben (nach Beilage 3) jedes einen Stab von 23 Personen auf dem Friedens- wie Kriegsfuß, dann in 6 Eskadronen: 6 Rittmeister, 6 Ober- und 12 Unterlieutenants, 6 erste, 18 zweite Wachtmeister, 48 Korporale, 12 (Kriegsfuß 24) Vizekorporale, u. s. f., 792 Gemeine mit 732 Pferden auf dem Kriegs- und 522 auf dem Friedensfuß, dann 125 unmontirte Assentirte. — Die Ouvriers-Kompagnie zählt auf dem Friedensfuß 1 Hauptmann, 2 Oberlieutenants, 2 Unterlieutenants ꝛc., 60 Ouvriers 1. Klasse, 240 Ouvriers 2. Klasse. — Das Geniekorps theilt sich in: a) Geniekorps-Kommando. 1 Generallieutenant oder Generalmajor, Geniekorpskommandant, 1 Hauptmann 1ster, ein Ober- oder Unterlieutenant 2ter Adjutant des Kommandanten, 1 Divisionskommando-Sekretär und 1 Regimentsquartiermeister. b) Geniestab. (Genieberathungskommission und Geniedirektionen.) 2 Obersten, 3 Oberstlieutenants, 5 Majore, 16 Hauptleute, 16 Oberlieutenants und 12 Unterlieutenants. c) Genieregiment. (Nach seiner bisherigen Formation.) — Die Bestimmungen über den Friedens-Präsentstand der Infanterie- und Jägerkompagnien, dann die Zeitdauer ihrer Uebungen wurden schon gestern mitgetheilt.

München, 18. Novbr. Gestern wurde den in der kgl. Porzellainmanufaktur angestellten Malern eine allerhöchste Entschließung, die künftige Gestaltung ihrer Verhältnisse betreffend, mitgetheilt, wornach nur die drei tüchtigsten und ältesten Künstler in der Anstalt belassen und denselben in widerruflicher Weise eine fixe Einnahme beziehungsweise Pension von 300 fl. in der Art gesichert wird, daß ihre Einnahme nach Maßgabe ihrer ferneren Beschäftigung bis zu 450, 620 und 750 fl. sich steigern, diese Summen aber nicht überschritten werden können; drei jüngere Maler wurden mit verhältnißmäßigen, geringen Pensionen entlassen. (Augsb. Abdz.)

Eine von den Mitgliedern der städtischen Kollegien in Rothenburg a. d. T. ausgehende Denkschrift, die Fortsetzung der Bahn Gunzenhausen-Ansbach betr., zieht die Bahn Heilbronn-Nürnberg in den Kreis ihrer Ausführung. Die Denkschrift sagt nach der Begründung einer nothwendigen Fortsetzung der Bahn Gunzenhausen-Ansbach über Marktbreit Folgendes: „Aber neben diesem Plane mußte nothwendig auch ein anderer Gedanke lebendig werden und hat namentlich auch in dem benachbarten Württemberg bereits vielfachen Ausdruck gefunden; der nämlich, daß durch die Gunzenhausen-Ansbacher Bahn und deren Fortsetzung in westlicher Richtung die beste Gelegenheit gegeben sey, die Handels- und Fabrikstadt Heilbronn und das dort auslaufende württembergische und baden'sche Eisenbahnsystem in möglichst gerader Linie mit Nürnberg und den dort anschließenden bayerischen Ostbahnen in Verbindung zu bringen und auf diese Weise einen Schienenweg erstehen zu lassen, welcher, in schnurgerader Linie das Herz Süddeutschlands von Westen nach Osten durchschneidend und den deutschen Südwesten mit den Ländern der österreichischen Monarchie in die direkteste unmittelbarste Verbindung bringend, nicht nur dem Verkehr der bayerischen Ostbahnen reichliche Nahrung zuführen würde, sondern für den Verkehr überhaupt eine unberechenbare Wichtigkeit erlangen und einer glänzenden Zukunft, wie kaum eine andere deutsche Bahn sich zu erfreuen haben müßte. Kann nun für diese Linie eine Richtung gewonnen werden, welche den Anschluß von Heilbronn nach Ansbach an die Ansbach-Würzburger Bahn in der Nähe der Württemberger Landesgränze möglich macht, so hat nicht nur das Zustandekommen jener Bahn eine Chance des Gelingens mehr für sich, sondern die Wichtigkeit und Rentabilität der Ansbach-Würzburger und Gunzenhausen-Ansbacher Bahn wird dadurch unendlich gesteigert, es wird ein Schienenweg von neun bis zehn Stunden erspart werden, und es könnte ein unbedeutender Umweg von einigen Stunden für die Bahn-Linie Ansbach-Würzburg hiergegen nicht in Betracht kommen." — Die Denkschrift führt nun aus, wie eine Linie über Wohnbach zunächst Schillingsfürst nach Rothenburg a. d. T. gegen Uffenheim nach Marktbreit und über Ochsenfurt oder über Kitzingen nach Würzburg ohne Terrainschwierigkeit zu führen wäre und fährt fort: „Der größte und entscheidende Gewinn aber, welchen jene Bahnlinie im Gefolge haben würde, liegt darin, daß sie den Anschluß eines Schienenwegs von Heilbronn nach Ansbach und Nürnberg zunächst bei Rothenburg möglich macht." Sicherem Vernehmen nach ist die Heilbronner Handelskammer in lebhafter Verbindung mit den verschiedenen Eisenbahnkomite's des Jaxtkreises und für das Projekt Heilbronn-Nürnberg sehr günstig gestimmt. (Heilbr. Tgbl.)

Sachsen. Dresden, 18. Nov. Die Auffahrt des großherzoglich toskanischen außerordentlichen Gesandten, Fürsten Corsini, zur feierlichen Anwerbung um die Hand der Prinzessin Anna für den Erbgroßherzog von Toskana ist heute Mittag 12½ Uhr erfolgt. Der Großherzog von Toskana wird morgen (Mittwoch) und der Erbgroßherzog nächsten Freitag am königl. Hofe erwartet. (D.A.Z.)

Hannover. Wie die „Hann. N." auf durchaus zuverlässigem Wege hören, ist der Abschluß der Verhandlungen wegen Herstellung des Bisthums Osnabrück unterm 12. Nov. erfolgt. Das Nähere ist noch nicht bekannt.

Mecklenburg. Schwerin, 16. Novbr. Von den, außer den landesherrlichen Propositionen, auf dem zu Malchin morgen eröffnet werdenden Landtage zur Verhandlung kommenden Gegenständen ist der Maneke'sche Antrag, „die Landesherren zu ersuchen, Zwecks des baldigen Anschlusses Mecklenburg's an den deutschen Zollverein Verhandlungen eintreten zu lassen," der wichtigste. Im vorigen Jahre wurde derselbe Antrag mit geringer Majorität abgelehnt, indessen war auch die Zahl der Abstimmenden nur klein. In diesem Jahre erwartet man eine lebhaftere Betheiligung der Ritterschaft, welche, wie nicht zu zweifeln, die Ablehnung des Antrags zur Folge haben wird. (H. N.)

Oesterreich. Wien, 17. Nov. Der älteste Reichsrath v. Purkhardt ist zum Vizepräsidenten des Reichsraths erhoben worden. (Allg. Z.)

Dänemark.

Der dänische Minister des Aeußern, Hr. v. Scheele, hat sich, wie man aus Kopenhagen erfährt, wieder an England und Frankreich, und namentlich auch an Rußland mit der Klage gewandt, daß Preußen und Oesterreich sich in die innern Angelegenheiten Dänemarks einmischen wollten. Hr. v. Scheele hat dasselbe bekanntlich schon im verflossenen Sommer, nach dem Eintreffen der ersten Vorstellungen Preußens und Oesterreichs, gethan, und darum kann jetzt die Wiederholung dieses Manövers um so weniger überraschen, als man an Hrn. v. Scheele eine große Erfindungsgabe zum Auffinden von Amtswegen und Ausreden überhaupt gewohnt ist. Sehr auffallend ist es indessen, daß jetzt von Wien aus berichtet wird, Rußland sey wieder der Fürsprecher der dänischen Politik, und der dortige russische Gesandte, Hr. v. Budberg, habe mit dem Grafen Buol bereits eine Unterredung gehabt, in welcher er von der beabsichtigten „Einmischung in die innern Angelegenheiten Dänemarks" abge-

rathen habe. Billig muß man aber über das Auftreten Rußlands jetzt, wo es für seine dünkelhafte Omnipotenz und seine ewige eigene Einmischung in die innern Angelegenheiten anderer Staaten eine so derbe Lehre bekommen hat, sich mehr wundern als früher. Daß es sich hier um keinerlei Einmischung in die innern Angelegenheiten Dänemarks, sondern bloß um die einfache Wahrung der von Dänemark ohnehin schon so sehr geschmälerten Rechte Holsteins und des deutschen Bundes handelt, braucht wohl nicht erst noch besonders nachgewiesen zu werden. (D. A. Z.)

Schweiz.

Bern, 15. Nov. Von der sardinischen Legation hat der Bundesrath die Anzeige erhalten, daß eine Telegraphenkonferenz in Turin, welche durch Abgeordnete verschiedener Länder beschickt werden soll, in der zweiten Hälfte künftigen Januars stattfinde. — Die hiesigen Stadtbehörden sahen sich veranlaßt, Maßregeln gegen die massenhaften Erdäpfelaufkäufe vorzukehren. (A.Z.)

Bern, 16. Nov. Heute ist der preußische Gesandte Baron v. Sydow mit der Note des deutschen Bundestages hier eingetroffen und soll dieselbe dem Herrn Bundespräsidenten Stämpfli sofort überreichen. — Von Aufhebung der Okkupation des Kantons Neuenburg kann kaum die Rede seyn, da immer noch Herausforderungen Böswilliger vorkommen. So wurder gestern in der Stadt wieder Petarden losgebrannt, was den Präfekten veranlaßte, der Bevölkerung anzuzeigen, daß solche Dinge eher geeignet seyen, die Okkupationstruppen zu vermehren als zu vermindern. Auf Entdeckung des Thäters sind 100 Fr gesetzt. (Schw. M.)

Großbritannien.

London, 17. Nov. Ueber die amerikanische Präsidentenwahl schreibt heute die „Times": „Wenn wir der uns durch den Agenten der vereinigten New-Yorker Presse mitgetheilten Nachricht Glauben schenken dürfen, so ist Buchanan's Wahl zum Präsidenten am 4. d. M. gesichert gewesen und er wird binnen Kurzem der erste Beamte der Vereinigten Staaten seyn. Damit ist der lange Kampf, welcher die Union so viele Monate hindurch erschüttert hat, beendigt. Die Fragen hinsichtlich des Uebergewichtes der Sklavenhalter und hinsichtlich der Ausdehnung der Sklaverei auf neue Gebiete sind in einer für die Hoffnungen des Nordens ungünstigen Weise gelöst worden. Allein nicht nur das Schicksal von Kansas ist durch dieses Ereigniß entschieden (ganz so schlimm steht es denn doch noch nicht), sondern wir können uns auch der Ansicht nicht verschließen, daß die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten stark in eine Richtung hineingetrieben worden ist, welche den Wünschen der gemäßigten Männer, sowohl in Amerika selbst, wie in Europa, zuwiderläuft. Wir können nicht vergessen, daß Herr Buchanan, als er Gesandter in England war, nur wenig für die friedliche Beilegung der englisch-amerikanischen Streitfrage gethan hat. Eben so wenig können wir vergessen, daß Herr Buchanan auf den Ostender Konferenzen, wo Grundsätze aufgestellt wurden, deren Geltendmachung alle Rechte der Nationen umstürzen würde, eine hervorragende Rolle spielte. Die Erwerbung Cuba's, gleichviel, durch welches Mittel, oder doch ungefähr so, ward von der Konferenz als der eigentliche Angelpunkt der auswärtigen Politik Amerika's hingestellt, und als natürliche Folge davon mußte denn auch der Angriff auf andere amerikanische Staaten, die sich werthvoller Häfen oder eines werthvollen Gebietes erfreuten, als gerechtfertigt erscheinen. Die Ansichten derer, welche in letzter Zeit von einem Zerfallen der amerikanischen Union gesprochen haben, vermögen wir nicht zu theilen; es wird sich zeigen, daß das ganze amerikanische Volk sich dem eben gefällten feierlichen Verdikt unterwerfen wird. Vielleicht ist der Widerwille gegen die Sklaverei nicht so aufrichtig, wie man aus der Erbitterung des Kampfes schließen möchte; vielleicht auch tragen alterworbene Rechte und der Instinkt des Eigenthums den Sieg davon; jedenfalls aber wird der Norden fürs Erste sich allem dem fügen, was der Süden verlangt hat. Kansas wird ein Sklavenstaat werden, das die flüchtigen Sklaven betreffende Gesetz wird streng zur Ausführung kommen, und auf weitere vier Jahre wird Alles seinen alten Gang fortgehen. Wenn die Antecedentien eines langen Lebens als Grundlage für die Beurtheilung der Laufbahn eines Staatsmannes dienen dürfen, so läßt sich Herr Buchanan als ein Mann bezeichnen, der weniger der begeisterte Verfechter einer Politik ist, an welche er glaubt, als die Verkörperung der Ansichten, welche augenblicklich in der amerikanischen Demokratie herrschen. Der neue Präsident ist mehr ein Mann, der nach Popularität und Würden hascht, als einer, der entschlossen ist, Plane auszuführen, die er sich selbst vorgesetzt hat. Er trat nicht deßhalb als Präsidentschaftskandidat auf, weil es ihm darum zu thun war, die spanischen Besitzungen anzugreifen; aber er ließ sich starke Ausdrücke in Bezug auf die Rechte Spaniens gefallen, weil er glaubte, dies werde nicht ohne Einfluß auf den Ausfall der Präsidentenwahl bleiben. Wir dürfen daher hoffen, daß er jetzt, wo er das Ziel seines ehrgeizigen Strebens erreicht hat, jenen gefährlichen Planen entsagen wird, mit denen er sich anscheinend identifizirt hat. Betrachten wir die Sache von diesem Gesichtspunkte aus, so ist es immerhin möglich, daß Buchanan trotz des Ostender Manifestes und trotz der Sanktion, welche dasselbe von Seiten der Plattform von Cincinnati erhalten hat, sich in Bezug auf die Beobachtung des Völkerrechtes als leidlich gewissenhaften Präsidenten erweisen wird. Im Interesse Amerikas und der Welt wollen wir hoffen, daß es so seyn wird. Unmöglich aber können wir vergessen, daß es Männer gibt, welche nach derselben hohen Stellung streben, zu der sich Herr Buchanan bereits emporgeschwungen hat, und welche vielleicht das Beharren bei denselben Grundsätzen für eine vortheilhafte Politik halten mögen. Mehr als Einer derselben gehört zu der gegenwärtigen Regierung und kann die gereizte Stimmung, den Hader, wodurch sich die gegenwärtige Präsidentschaft ausgezeichnet hat, verlängern. Männer wie Jefferson Davis und Douglas waren die bösen Genien des Präsidenten Pierce und werden vielleicht gleiche Schmach über die Regierung seines Nachfolgers bringen. Wir hoffen jedoch, daß Buchanan die wahren Interessen des von ihm regierten Landes begreifen wird."

Frankreich.

Paris, 14. Nov. Die Zahl der Bankerotte hat sich in Frankreich im Laufe von vier Jahren um 100 Percent, die der betrügerischen Falliten um 66 Percent gesteigert. Dieses sehr traurige Verhältniß wird jedoch durch den Umstand gemildert, daß die Zahl der Gewerbsbetriebe in einem noch rascheren Verhältnisse gewachsen ist. (Ostd. P.)

* Die geringe Besserung im Verhältnisse der Pariser Sparkasse hat nicht lange angehalten. Diese Woche wurden nur 396,501 Fr. eingelegt und 420,691 Fr. zurückgezahlt.

* Der Maire von Colmar hat sich nach Paris begeben, um dem Marschall Pelissier und der Wittwe des Admirals Bruat die bei der Einnahme Sebastopols von der Stadt votirten Ehrendegen zu überreichen.

Spanien

Madrid, 13. Nov. Das Dekret in der „Gaceta", den Verkauf der Kirchengüter betreffend, obgleich die gemachten und bestätigten Verkäufe als gültig erklärend, kann noch nicht als definitive Entscheidung gelten. Denn wir glauben es als eine Thatsache angeben zu können, daß dieses Dekret der Königin zur Unterzeichnung vorgelegt worden, und daß diese die Unterschrift mit dem Bedeuten verweigert hat, daß sie ihren Namen nicht unter das Aktenstück setzen werde, bevor die Sache mit dem römischen Hofe ins Gleiche gebracht worden; und so machte man aus der beabsichtigten königlichen Anordnung (orden real) ein Dekret, welches von dem Finanzminister an den Direktor der Staatsgüter gerichtet wird und nicht einmal, allerdings dem Herkommen gemäß, von den Mitgliedern des Kabinets unterfertigt ist. Wird doch sogar behauptet, daß Herr Barzallana diesen Schritt auf eigene Faust gethan, den er durch die vorhergegangenen königlichen Anordnungen hinlänglich rechtfertigen zu können glaubte. Wir unsererseits sind zu dem Glauben veranlaßt, daß die Veröffentlichung des Dekrets in Folge eines Beschlusses stattgefunden hat, der in einer Ministerberathung unter dem Vorsitze des Herzogs von Valencia auf die Vorstellungen des Finanzministers hin gefaßt worden ist. Barzallana soll nämlich als eine nothwendige Hülfsquelle für den Staatsschatz eine Anleihe von 75 Millionen Realen durch die weiter zu leistenden Einzahlungen der Käufer von Staatsgütern gedeckt dargestellt und erklärt haben, daß er seine Entlassung einreiche, wenn die Maßregel von Seiten seiner Kollegen nicht die nöthige Unterstützung erhalte. Leute von Einsicht, welche den Regierungsverhältnissen näher stehen, betrachten den nahen Sturz des Ministerium nach diesem Schritte als etwas schwer Vermeidliches, und sind sogar der Meinung, daß die Königin auch der Anleihe in der gegebenen Weise ihre Zustimmung versagen werde. Daß man sich von Rom aus mit der Genugthuung, welche die Regierung dem Klerus gegeben, nicht zufrieden gestellt hat, unterliegt keinem Zweifel mehr. (Köln. Z.)

Italien.

Englische Briefe, die wir über Malta aus Neapel erhalten, sprechen von der Insultirung eines französischen Kaufmanns in einem Café. Derselbe habe, heißt es in dem Schreiben, ruhig in einer Ecke gesessen und ein Journal gelesen, als mit einem Male drei Individuen, die sich an einem Nebentisch befanden, aufsprangen und den Franzosen unter Geschrei und Verwünschungen umringten. Der Letztere wollte sich ruhig entfernen, allein seine Gegner versperrten ihm den Weg, wovon ihm einer unter dem Ausruf: „Maledetto Francese!" den

Hut vom Kopfe schlug', während ihm ein Anderer ein Glas Wasser in's Gesicht goß. Nur mit Mühe gelang es mehreren Anwesenden, weitern Insulten Einhalt zu thun und den Beleidigten in seine nahe Wohnung zu geleiten. „Fast jeden Abend," heißt es in dem berührten Briefe weiter, „durchziehen betrunkene Lazzaronibanden gewisse Quartiere der Stadt. Sie halten dann gewöhnlich vor den Häusern bekannter Liberalen an, die sie durch wilde Lieder und Drohungen aller Art einzuschüchtern suchen. Die zahlreichen Militärpatrouillen, die des Abends die Stadt durchkreuzen, legen diesem Treiben nicht das Mindeste in den Weg."

Dagegen schreibt man der „Allg. Zeitung" aus Neapel, 10. Novbr, von einer Maßregel des Königs beider Sizilien, welche von seinem Wunsche, mit den Westmächten zu einer baldigen Aussöhnung zu gelangen, zeuge. „Auf Befehl Sr. Majestät, heißt es in diesem Brief, hat vorgestern der Minister des Innern an sämmtliche Intendanten des Reiches ein Zirkularschreiben gerichtet, um denselben einzuschärfen, daß ungeachtet der Unterbrechung der diplomatischen Verbindungen zwischen Neapel und den Westmächten, den Staatsangehörigen der Letztern jeder nur erdenkliche Schutz seitens der neapolitanischen Behörden zu leisten sey, wobei den Intendanten an's Herz gelegt wird, dafür zu sorgen, daß französische oder englische Unterthanen nicht den geringsten Grund zu einer Beschwerde gewinnen mögen."

Neapel, 8. Nov. Wie ich aus guter Quelle erfahre, ist der König bald und bald entschlossen, einen Theil der Forderungen des Westens zu erfüllen. Er soll die Absicht haben, eine Amnestie zu erlassen und einige andere Reformen vorzunehmen. Se. Majestät wird sich bei dieser Gelegenheit natürlich auf einen ganz unabhängigen Standpunkt stellen und seine Würde und Ehre in jeder Beziehung zu wahren suchen. Was die Amnestie betrifft, so soll dieselbe auf ziemlich breiter Grundlage stattfinden. Die vornehmsten politischen Gefangenen, wie u. A. Poerio, sollen ihre Freiheit wieder erhalten, jedoch unter der Bedingung, daß sie sich nach dem Auslande begeben. Andere politische Gefangene, die eine weniger große Wichtigkeit haben, werden im Königreiche Neapel verweilen können, jedoch unter die Oberaufsicht der Polizei gestellt werden. Was diejenigen betrifft, die im Jahre 1848 Beamte, Deputirte u. s. w. waren, sowie diejenigen, welche im Auslande für die italienische Unabhängigkeit gekämpft haben und sich seitdem außerhalb des Königreichs aufhalten, so werden dieselben die Erlaubniß zur Rückkehr nach Neapel erhalten, falls sie nicht offen am Umsturze des neapolitanischen Thrones gearbeitet. Was die Reformen betrifft, so sollen dieselben von keiner großen Bedeutung seyn und hauptsächlich die Justizverwaltung und die öffentlichen Arbeiten betreffen. Man versichert nur jedoch, daß man am neapolitanischen Hofe die Sicherheit habe, daß die projektirten Konzessionen den französischen Hof vollkommen zufrieden stellen würden. Was England betrifft, so bekümmert man sich in Neapel nicht viel um diese Macht. (K. Z.)

Turin, 15. Nov. Die Großfürstin Helene von Rußland ist in Nizza angekommen. Ihr Gefolge besteht aus 80 Personen; noch erwartet man dorten die Großfürstin Alexandra, die Gemahlin des Großfürsten Konstantin in Begleitung ihrer Töchter, der Großfürstinnen Olga und Wera. (Schw.M.)

Rußland und Polen.

Um dem Umsichgreifen des gegenwärtigen Aktienschwindels in Rußland vorzubeugen, ist angeordnet, daß die Aktien der in Rußland zu erbauenden neuen Eisenbahnen, deren 3. Theil in Rußland abgesetzt werden muß, an den russischen Börsen gar nicht notirt werden dürfen. Unsere Kaufleute sind der Ansicht, daß ein hoher Kurs der beregten Aktien durch diese Maßregel ziemlich unmöglich gemacht werde. — Die russische Südarmee, für welche die Garnisonsorte in Polen und Litthauen bereits bestimmt waren, bleibt den Winter über unverringert im Süden stehen und wird nicht über die Ukraine, Podolien und Volhynien hinaus zurückverlegt. (D.A.Z.)

Amerika.

New-York, 6. Nov. Die Preise sämmtlicher Brodstoffe sind gesunken und zwar Mehl um 10 bis 15 und Waizen und Roggen um 3 pCt.

Einem Briefe des Journals „St. Louis Republican" zufolge hatte der Gouverneur von Kansas mehrere Führer der in der Umgebung von Ossawatamio plündernd umherstreifenden Banden verhaften lassen. Die große Jury hatte in Bezug auf neunzig Personen das Erkenntniß gefällt, daß der Anklage auf Mord Folge zu geben sey.

Asien.

* (Tod des Daïri, des geistlichen Herrschers von Japan.) Einer Privat-Korrespondenz des „Moniteur de la Flotte" aus Simoda (einem den Fremden geöffneten Hafen Japans) vom 15. Juli d. Js. entnehmen wir nachstehende Details über ein in Europa unbekanntes Ereigniß, welches unter den Anhängern der Religion der Sintos, einer Heidensekte des äußersten Orients von nahezu 40 Millionen Seelen, großes Aufsehen machte. Das große Kaiserreich Japan wird von einem erblichen absoluten Fürsten regiert, dem man den Namen Koubo, Seogrun oder Kaiser beilegt. Er bewohnt die Stadt Yeddo auf der Insel Niphon, die Hauptstadt des ganzen Landes. Abgesehen vom Kaiser zieht aber in jenem Lande noch eine andere Persönlichkeit die ganze öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, nämlich der Daïri, der geistliche Fürst, der oberste Chef der Religion von Sinto. Er wird wie ein Gott auf Erden betrachtet; Alles, was er berührt, ist heilig; er stirbt nicht, sondern erneuert von Zeit zu Zeit seine Seele. Seine Familie ist unerlöschlich. Der Daïri bewohnt die Stadt Kio oder Miyako, gleichfalls auf der Insel Niphon gelegen. Er hat dort einen prächtigen Palast; sein Hof besteht aus 22,000 Priestern, welche den Dienst in den 4000 Tempeln dieser ungeheuern Stadt zu versehen haben. Nie zeigt er dem Volke sein Antlitz. Am 1. Juli 1856 wurde der Daïri krank; am folgenden Tage wurde der Zustand des Kranken sehr bedenklich und am 3. Juli Morgens erkannte man, daß der Tod nicht mehr lange zögern werde. Nun verbreiteten sich die Priester in den Tempeln und verkündeten dem Volke, daß der Daïri sich mit den sieben großen Göttern des Himmels in Verbindung gesetzt habe, und daß er im Busen Ten-Sio-Dai Tsin's, des ersten dieser Götter, seine Seele erneuern werde. Hierauf begannen Gebete und als diese beendet waren, erklärten die Priester, daß nun der Zutritt zu dem Palaste des Daïri und der Anblick des verehrten Fürsten, dem Volke frei stehe. Das Volk strömte nach dem Palaste massenweise zu. Der Daïri ruhte auf einem Paradebett, er war in eine weiße Tunika gekleidet und eine Art von durchsichtiger Gaze-Maske bedeckte, auf der Haut anschließend, sein Gesicht. Die Priester streuten Weihrauch und beteten mit lauter Stimme. Am 5. Juli, um 9 Uhr Morgens, starb er. Als er ausgehaucht hatte, hob der Oberpriester seinen Arm in die Höhe, um zu zeigen, daß er leblos sey und verkündete, daß die Seele des Daïri zu den geistigen Göttern gegangen sey, aber bald wieder kommen werde. Das tiefste Stillschweigen trat ein. Nach 10 Minuten warf der Oberpriester einen weißen großen Schleier auf den Körper des Daïri, den er alsbald wieder zurückzog und man sah an der Stelle des kaum kalten Leichnams ein dem erstern ähnliches Wesen, voll Leben und Gesundheit. Es richtete sich auf, stieg vom Bette herab, die Stufen eines Altars hinan und segnete das Volk, das laut in Freude und Jubel ausbrach. Geschickt hatten die Priester dem Körper des Daïri die Person seines Sohnes und Erben unterbreitet. Dieses Manöver, das sich immer wiederholt, ist um so leichter auszuführen, als das Paradebett auf einer mit Teppichen bedeckten Erhöhung steht — und der Glaube des Volkes unerschütterlich ist. Der Körper des verstorbenen Daïri wurde während der Nacht von den Mitgliedern des geistlichen Kollegium nach dem Tempel von Yeie gebracht und dort von ihnen verbrannt. Die Thore des Tempels sind während dieses Akts geschlossen. Wer es wagen würde, dort einzudringen, würde als Tempelschänder lebendig verbrannt werden. Am 7. Juli verließ der neue Daïri, von allen Priestern umgeben, seinen Palast und durchzog auf einem mit 100 Schimmeln bespannten Wagen die ganze Stadt. Alles, warf sich auf's Angesicht und betete ihn, gleich Gott, an. Alle Arbeiten waren eingestellt, alle Gefangenen wurden freigelassen und alle Kriminalprozesse niedergeschlagen. Kio oder Miyako (schließt der Berichterstatter, ein Holländer, der unter japanesischem Costume in die Staaten des Daïri gelangt war), das der Daïri bewohnt, ist die zweite Hauptstadt Japans und zählt 500,000 Einwohner. Sie liegt 200 Kilom. von Yeddo, der Hauptstadt Japans, wo der Kaiser residirt. Yeddo hat eine Bevölkerung von 1,500,000 Seelen und ist so groß, daß der Palast des Kaisers allein einen Umfang von 20 Kilom. hat.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 18. Novbr. Von den ungeheuren Bausteinen, die aus den Marmorbrüchen des Untersberg bei Salzburg allwöchentlich zum Bau der Propyläen hieher verführt werden, ist heute Mittag einer der kolossalsten hier angekommen. Nicht einen Stein, einen Felsen muß man das Monstrum nennen, das, auf einen eigens gebauten Wagen geladen, und mit Guirlanden aus Tannenreißig geschmückt, von 16 Pferden durch die Straßen der Stadt geschleppt wurde. Vor dem Karlsthore kam bei der Glätte des Wegs der Wagen in's Rutschen, und, sich quer über die Straße stellend, versperrte er geraume Zeit die Passage, bis es gelang, durch Anwendung aller Kräfte und

mit Zuhülfenahme von Winden und Hebeln die außerordentliche Last wieder in Gang zu bringen, um sie weiter nach dem Bauplatze bei der Glyptothek zu transportiren. — Vom künftigen Neujahr an wird dahier eine „Münchener Novellen-Zeitung“ erscheinen, welche bei reicher und eleganter Ausstattung in wöchentlich zweimaligem Erscheinen der Lesewelt die besten und neuesten Werke der englischen, französischen, holländischen, schwedischen, besonders aber der spanischen Autoren in gediegenen Uebersetzungen bieten soll. Der Herausgeber ist Hr. Max Kißkalt. (A. Abdz.)

Paris, 17. Nov. Ein Provinzblatt versichert, der Erfinder der so viel geschmähten und noch mehr getragenen Crinolina-Unterröcken mit Stahlgestellen hat in 5 Wochen für 250,000 Fr. seiner Produkte realisirt.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 20. Novbr. Die Börse verkehrte heute in minder günstiger Stimmung und wurden besonders österreich. Kreditaktien, worin sehr viel Umsatz war, zu weichenden Kursen abgegeben, dagegen waren Darmstädter Bankaktien beider Gattungen und Staatsbahn etwas gesuchter.

Providentia wurde zu 105½ ⅝ ¾ ⅞ verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 79 P. 78½G. 5pCt Lombard-Ven. 88½ P. 88 G. Metall. alte à 5pCt. 77P. 76½G.; à 5pCt. in Silberb. R. 87¾P. 86¼ G.; à 4½pCt. 67¾P. 67½G.; à 4pCt. 60¾ P. 60¼ G.; à 3pCt. — P. — G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56⅝ P. 55⅞ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 93¾P. 93¼G.; 4pCt. Grundrente 93¾P. 94¼G.; 4½pCt. 101 P. 100½G.; 5pCt. 101 P. 100½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91¼P. 90¾ G.; 4½pCt. 103 P. 102½G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½P. 91G.; à 4pCt. 99¼P. 98¾ G.; 4½pC. 101¾ P. 101½G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 89¾P. 89¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼P. 80¾G.; à 3½pCt. 90¼P. 89¾G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37¼P. 37 G.; 1¼pCt. neue 2$\frac{5}{16}$P. 23$\frac{3}{16}$G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1210P. 1205G. Neue Bankaktien 325P. 320G. Credit-Actien à 5pCt. 176 P 174 G. Darmstädter Bankaktien alte 372 P. 370 G.; junge 332½ P. 330½G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 497 P. 492G. Mitteldeutsche Creditbank 100½P. 100G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 102¾ P. 102¼G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111½G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 512P. 506 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 575 P. 570 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 287 P. 285 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142½ P. 142¼G. Neustadt-Weissenb. 103¾ P. 103¼ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101⅛ P. 100⅞ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 352 P. 350 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80¼ P. 79¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79½P. 79G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95 P. 94½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 117½P. 117 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 101½ P. 101 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114¼P. 113¾G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49⅜ P. 49⅛ G. Darmst. Loose à fl. 50 117½ P. 117 G. à fl. 25 34⅝P. 34⅛G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40⅛ P. 39⅞G. Nass. Loose à fl. 25 33⅜ P. 33⅛ G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 41 P. 43¾G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. — — P. 100 G. Lond. Lst. 10 k. S. 117½P. 117⅛G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119⅜G. Mail. i. S. Lr. 250k. S. 99⅝P — .
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞P. 104⅝G. Paris Frs. 200 k. S 93⅜P. 93⅛ .
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞P 104⅝G. Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96½P. — G. Wien fl. 100 C. k. S. 112⅞P. 112⅝G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅞P 88⅝G. Wien 3 M. mit 5% 112⅝P. 112⅜G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾P. 104½G. Disconto — P. 6pCt. G

Amsterdam, 11. Novbr. Nach längerer Stille hat sich im Markte wieder etwas Leben eingestellt und zu verschiedenen Abschlüssen in Java- geführt. Gut ord. Matschappy-Waare wurde gern mit 32½ C. bezahlt, selbst für etwas geringere Qualität der gleiche Preis bewilligt; der kleine disponible Vorrath ist beinahe vergriffen und man trachtet jetzt vergebens, zu obigem Kurse zu kaufen, während allgemein auf 33 C. gehalten wird. — Zucker. In rohem wurde wegen der bevorstehenden N. H.-M. Auktion nichts von Bedeutung gehandelt. Raffinirter fest.

Rotterdam, 10. Novbr. Die Stille an unserm Getraide-Markt dauert fort, da das Geschäft lediglich auf Bedarfseinkäufe beschränkt ist. Gerste in ungedörrter Waare findet einen guten Abzug; dagegen wird hartgedörrte fast nicht gefragt und sind Preise weichend. Von amerikanischem Mehl wurden in öffentlicher Auktion 500 Fässer recht guter Qualität zu 17 a 17½ fl. losgeschlagen. Inländischer Roggen 9 fl. billiger, fremde Sorten mit wenig Frage und zu vorigen Preisen gerne zu haben. Inländische Gerste 3 a 6 fl. niedriger. Hülsenfrüchte wiederum allgemein billiger.

Mit Reis bleibt es still und die Preise haben nachgegeben, 2000 Ballen schön weißer Java wurden zu 8½ fl. und 2000 B. zweite Sorte Java-Tafel zu 10 fl. begeben; es sind 2000 B. Java und 23,000 B. Arrakan eingetroffen, womit die Eigner jedoch noch nicht an den Markt kommen. Geschälter Reis findet nur bei kleinen Quantitäten Käufer, als: Arrakan 8 a 8½ fl., Vorlauf 9¼ a 9¾ fl., Java 9 a 9½ fl., Vorlauf 11½ a 13 fl., Tafel 14 a 14½ fl. nach Qualität.

Neueste Nachrichten.

** München, 19. November. (Privat-Korrespondenz) An einem der kommenden Tage werden JJ. kk. HH. der Prinz und die Frau Prinzessin Adalbert, nachdem die hohe Frau jetzt vollständig wieder genesen ist, die Aufwartungen des diplomatischen Korps, des hohen Adels, der kgl. Hof- und Staatsdiener, des Offizierkorps ꝛc. entgegen nehmen. — Wie es heißt, würde der schon seit einiger Zeit erwartete Armeebefehl nun in kürzester Zeit erfolgen. Auch sollen in der Organisation des Kadettenkorps einige Aenderungen aus Ersparnißrücksichten bevorstehen. — Nachdem nun die Sitze der Bezirksgerichte festgestellt sind, und damit der erste Schritt zur Durchführung der Gerichtsorganisation geschehen ist, erwartet man alsbald auch die Feststellung der Sitze für die neu zu errichtenden Landgerichte.

Altona, 18. Nov. Die „Alt. Nachr.“ melden, daß das bisher hier stationirte dänische Wachtschiff „Elben“ am Sonnabend nach Kopenhagen abgegangen ist, und daß das dänische Marine-Ministerium die Aufhebung der Wachtschiffsstation verfügt hat. Es soll künftig ein dänisches Kriegs-Dampfschiff die Elbe bis Altona befahren.

Madrid, 18. Nov. Eine offizielle Depesche meldet aus Malaga vom 17. November: Aufständische haben die Republik ausgerufen und die Garnison angegriffen. Die Truppen leisteten tapfer Widerstand. Die Aufrührer hatten 5 Todte, die Truppen 7 Verwundete. Die Ordnung ist wieder hergestellt. (T. D. d. N. K.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 325.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 22. November 1856.

Deutscher Bund.

Bremen, 15. Novbr. Während auch die hiesige „Weser-Zeitung" in den Ruf derer einstimmt, welche der Wiener Münz-Konferenz nachsagen, daß sie eine vergebliche Arbeit gemacht habe, indem sie derselben die Silberwährung zum Grunde legte, und die prophezeien, daß Asien nächstens das letzte Kilogramm Silber aus Europa an sich gerissen haben werde, erklärt sich das in wirthschaftlichen Fragen mehr kompetente (unter O. Hübner's Leitung stehende) „Bremer Handelsblatt" sehr verständig über die Ursachen des Silberabflusses der jüngsten Jahre. Dasselbe bemerkt u. A.: „Man hat den Sachverhalt so dargestellt, als wenn das europäische Silber, von einem unwiderstehlichen Magneten in Ost-Asien angezogen, bis auf den letzten Thaler aus unserer Tasche entschlüpfen werde, ähnlich wie das Silber aus Frankreich verschwinden muß. Aber diese Betrachtungsweise beruht offenbar auf einer Verwechslung von Ursache und Wirkung. Das Silber strömt in denjenigen Massen, welche die Exportziffern der letzten Jahre nachweisen, nicht deßhalb aus Europa, weil der Handel mit Indien und China eine unbedingte Nachfrage nach Silber erheischt, sondern deßhalb, weil in Europa eine Silber-Quantität von beiläufig 600 Mill. Thalern gewissermaßen flüssig und angeboten ist. Es ist in der That sonderbar, daß dieselben Stimmen, die einst dem Zufluß des Goldes aus Kalifornien und Australien nach Europa einen erheblichen Einfluß auf das Preisverhältniß des Goldes zum Silber bestreiten wollten, jetzt dem Silberabfluß von Europa nach Asien eine ganz übertriebene Bedeutung beilegen und uns ohne Weiteres den Verlust des gesammten Silbers und hiernächst die Herrschaft des Goldes prophezeien. Man sollte doch bedenken, daß ebenso wenig, wie durch Ausfuhrverbote ein sonst naturgemäßes Ausströmen der edlen Metalle verhütet zu werden vermag, ebenso wenig ein Ausströmen derselben über die natürlichen Bedingungen hinaus stattfinden kann. Bei dem Abflusse des Silbers nach Asien sind die allgemeinen Gesetze der Nachfrage und des Angebots maßgebend, welche überhaupt jeden Handelsverkehr bedingen. Es kommt dabei nur darauf an, Ursache und Wirkung richtig zu erkennen und zu unterscheiden, um alle auftauchenden Befürchtungen für unser Geldwesen gründlich zu beseitigen. Freilich, wenn das Silber durch Papier und Gold ersetzt wird, dann wird das Silber „deplacirt" werden. Gerade deßhalb wollen wir aber weder Papier noch Gold (mit Zwangskurs), damit unser Silber bleibt; und es wird bleiben, wenn wir es nicht in thörichter Befangenheit selbst deplaciren."

Unter den Bundesstaaten, welche sich bis jetzt bereit erklärt haben, Delegirte zu der Fachmännerkommission für Ausarbeitung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches zu senden, befinden sich außer Oesterreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg auch Mecklenburg und Hessen Homburg. (Nürnb. Korr.)

Nach den bisherigen Mittheilungen über die holstein-lauenburgische Frage bildet bekanntlich die unter dem 23. Oktbr. nach Kopenhagen ergangene jüngste Kundgebung Preußens die Antwort auf eine unter dem Datum des 5. Septbr. von dem außerordentlichen k. dänischen Abgesandten, Baron von Bülow, in Berlin überreichte Note nebst Denkschrift. In den Ausführungen des Kopenhagener Kabinets war der Versuch gemacht, Dänemarks Verfahren gegen die deutschen Herzogthümer als rechtlich vollbegründet darzuthun. Was dabei speziell die Domänenfrage betrifft, so erklärte sich die dänische Regierung bereit, zur Abstellung der von holsteinischer Seite erhobenen Beschwerden beim Reichsrath den Antrag zu stellen, daß in Zukunft bei Domainen-Verkäufen stets die Zustimmung einer Zweidrittel-Majorität des Reichsraths erforderlich seyn solle. Ueber die hierauf von Seite Preußens ertheilte Antwort bringt die „Hamb. Börs. H." folgende Analyse: „Es wird darin ausgeführt, bei der gesammten Oktroyirung der Gesammtverfassung sey überhaupt das Recht der Herzogthümer nicht geachtet worden, und das namentlich auch in der Domainensache vorliegende Unrecht werde dadurch nicht gut gemacht, daß eine Versammlung, die schon jetzt ohne die Vertreter Schleswigs fast zu zwei Drittheilen aus Dänen bestehe, künftig mit zwei Drittheil Mehrheit beschließen solle, was zu beschließen an sich unzulässig sey. Die dänische Regierung habe im offenen Widerspruch mit der Deklaration vom 28. Januar bei der Durchführung der Gesammtverfassung die deutschen Provinzialstände verfassungswidrig übergangen, während die strenge Beobachtung der den Ständen unter Garantie der deutschen Großmächte zugesicherten Rechte mit einem einheitlichen Regiment in Dänemark sehr wohl verträglich sey. Zu diesem Rechte gehöre aber insbesondere, daß die Stände in allen, die persönlichen und die Eigenthumsverhältnisse, so wie die öffentlichen Lasten berührenden Fragen kompetent seyen. An Dänemark wäre es gewesen, sich mit den Ständen zunächst über die Frage ins Einvernehmen zu setzen, wie bei der Ausscheidung der gesammtstaatlichen Angelegenheiten die Gränze zwischen den besonderen Landes- und den allgemeinen Reichssachen zu ziehen sey. Daß diese Gränze verschieden gezogen werden konnte, ergebe sich daraus, daß sie thatsächlich in einer die Herzogthümer beeinträchtigenden Weise gezogen worden. Sodann hätte mit den Ständen eine Vereinbarung auch über die Frage getroffen werden müssen, welche Befugnisse den Ständen selbst noch verblieben, wenn ein Theil der Rechte der besonderen Landesvertretungen dem gemeinsamen Repräsentativ-Organ übertragen würde. Hierbei wäre zugleich nöthig gewesen, eine Verständigung über die Stellung der einzelnen Landestheile als Glieder eines Ganzen herbeizuführen, in welchem den vertragsmäßigen Bestimmungen entsprechend kein Theil dem andern untergeordnet seyn sollte. In allen diesen Beziehungen sey bei der Einführung der Gesammtverfassung nicht nach Recht verfahren worden. Auf die Achtung des Rechts und die Erfüllung der von der Krone Dänemark gemachten feierlichen Zusagen hätten aber nicht bloß die Stände, sondern auch der deutsche Bund einen vollen Anspruch. Die dänische Regierung werde sich zu beeilen haben, die früher aus den Augen gesetzte Vereinbarung mit den Ständen nunmehr noch nachträglich herbeizuführen, wenn der deutsche Bund der unangenehmen Nothwendigkeit überhoben werden solle, seinerseits die Sache in die Hand zu nehmen und eine Remedur zu erwirken. In dem preuß. Aktenstück soll zum Schluß noch eindringlich auf das Bedürfniß einer baldigen, definitiven Erklärung Dänemarks hingewiesen seyn." (Nat.-Z.)

Bayern. Schon vor mehr als zehn Jahren beschäftigte der um das Gefängnißwesen so verdiente Regierungsrath Closmann einen kleinen Theil seiner Sträflinge zu Kaisheim in einem abgeschlossenen Raum mit landwirthschaftlichen Arbeiten: mit dem Bau von Kraut und Rüben für die Anstalt, und mit der Zucht des weißen Maulbeerbaumes. Unter diesen kamen, wie sich wohl von selbst versteht, weit weniger Krankheitsfälle vor, als unter den andern, und nie Entweichungsversuche. Da außerdem die zu solchen Arbeiten verwendeten Sträflinge stets im Allgemeinen als die fleißigsten und aufgewecktesten sich zeigten, so führte dies den auf alle für seine Anstalt sich bietenden Vortheile aufmerksamen Vorstand zu dem Wunsche, diese natürlich den Gefangenen zusagendste Beschäftigung weiter ausdehnen zu können. Die große Bodenfläche der anstoßenden Hofdomäne Neuhof gab hierzu die beste Gelegenheit. Mit Eifer ging der Regierungspräsident v. Welden darauf ein, indem er namentlich wollte, daß den vom Lande kommenden Sträflingen die großen Vortheile der Spatenkultur und einer rationell geführten Wirthschaft praktisch vor Augen geführt werden sollten, und sie auf diese Weise, einmal aus der Strafanstalt entlassen, geeignet würden, auch ihren Theil zur Verallgemeinerung einer verbesserten Landwirthschaft beizutragen. Durch die Huld des Königs wurden auch sogleich 50 Tagwerke von der Hofdomäne an die

Strafanstalt pachtweise überlassen. Die guten ökonomischen Resultate gaben Veranlassung, daß heuer weitere 50 Tagwerke von der kgl. Domäne dazu gepachtet wurden, um so noch einer größern Anzahl Sträflinge die Wohlthat der Arbeit im Freien zu gute kommen zu lassen. In der Strafanstalt Kaisheim sind außerdem etwa 60 Mann mit Anfertigung von Drainröhren beschäftigt, und weitere 30 Mann mit der Fabrikation rationeller landwirthschaftlicher Geräthe und Maschinen. Kaisheim ist jetzt nicht nur die größte Drainröhrenfabrik in Bayern, sondern wohl eine der größten in Deutschland, indem letztes Jahr bereits eine halbe Million Drainröhren dort abgesetzt wurde, und in diesem Jahr der Betrieb in Folge der großen Nachfrage auf die Fabrikation von einer Million Röhren gesteigert werden muß. Auch die Geräthefabrik wird in diesem Augenblick um die Hälfte vergrößert, denn auch diese konnte der immer häufiger werdenden Nachfrage nicht mehr genügen. Sind schon die ökonomischen Resultate und die Beschäftigung der Büßer mit der Landwirthschaft, und was mit ihr zusammenhängt, höchst beachtenswerth für die Strafanstalt, so ist es noch weit mehr der moralische Gewinn für's Allgemeine. Wie schwer hielt es sonst, entlassene Sträflinge unterzubringen? Niemand will einen solchen aufnehmen, und die entlassenen Sträflinge selbst können, durch langjähriges Spinnen und die Beschäftigung im geschlossenen Raume entnervt, nicht mehr das leisten, was man von ihnen fordert; daher immer Arbeitslosigkeit derselben und in Folge davon die häufigen Rückfälle. Die in Kaisheim an landwirthschaftliche Arbeiten gewöhnten Sträflinge können, nach erstandener Strafzeit, stets wieder zu ihrer frühern Beschäftigung zurückkehren, ohne fürchten zu müssen an Leistungsfähigkeit andern nachzustehen. Auch lehrt die Erfahrung der letzten drei Jahre, daß nie einer der Sträflinge, welche mit ökonomischen Arbeiten beschäftigt waren, rückfällig geworden ist. Noch schöner ist das Resultat bei den in der landwirthschaftlichen Geräthefabrik Beschäftigten. Diese haben nicht mehr nöthig, sich selbst nach ihrer Entlassung aus der Anstalt nach Stellen umzusehen, sondern sind schon längst vor ihrer Entlassung verdingt. All' diese schönen Erfolge blieben von dem königlichen Staatsministerium nicht unbeachtet; eine noch größere Ausdehnung der Feldarbeit bei den Strafgefangenen ist im Werk. Die Staatsdomäne Rebhof, eine ehemals Leuchtenberg'sche Besitzung bei Eichstätt, 380 Tagwerk haltend, soll auf Befehl des Ministerium des Innern durch Regierungsrath v. Closman zur Strafanstalt für etwa 3 bis 400 Verbrecher eingerichtet werden. Dorthin sollen hauptsächlich jugendliche Verbrecher, der landwirthschaftlichen Bevölkerung angehörig, kommen, und es besteht die Absicht, dieselben nicht bloß mit landwirthschaftlichen Arbeiten zu beschäftigen, sondern sie auch in der Führung einer rationellen Spatenkultur zu unterrichten. (Allg. Z.)

Seit etwa vier Jahren sind in Bayern mehr als 200 neue Postexpeditionen errichtet worden. Bayern besitzt in diesem Augenblicke 605 Postanstalten, welche den Brief-, Fracht-, Personen- und Zeitungsexpeditionsdienst versehen, und durch Eisenbahn-, Eilwagen-, Postomnibus-, Karriolpostfahrten und Fußboten unter sich in regelmäßiger Verbindung stehen. Es trifft demnach bei einer Einwohnerzahl von 4,558,658 Seelen fast auf 7535 Seelen eine Postexpedition. Nach den einzelnen Kreisen vertheilten sich dieselben:

	Oberp.-ämter.	Post-ämter.	Postver-waltung.	Expedi-tionen.	Einwohner.	Verhältnisse.
Oberbayern	1	—	—	98	734,745	7421,66
Niederbayern	1	1	1	70	549,440	7526,57
Pfalz	1	—	4	51	611,591	10921,26
Oberpfalz	1	—	2	70	468,480	6417,53
Oberfranken	1	2	–	67	499,874	7141,05
Mittelfranken	1	1	3	58	533,595	8469,76
Unterfranken	1	2	2	82	595,159	6840,90
Schwaben	1	3	3	77	565,774	6735,40
	8	9	15	573	4,558,658	

Es ist sonach das allgemeine Verhältniß von 1 Postanstalt auf 7535 Seelen in den Kreisen Pfalz und Mittelfranken, woselbst mehr Seelen auf eine solche treffen, überschritten, was aus der dichteren Bevölkerung dieser Kreise auf kleinerem Raume erklärlich ist, während die übrigen Kreise, am meisten die Oberpfalz, hinter dem allgemeinen Verhältnisse zurückbleiben. (Augsb. Abdz.)

München, 20. Nov. Vorgestern haben Se. Maj. der König den Rauhwaarenhändler, Hrn. Jakob Steiner, in die Residenz berufen lassen, und denselben eigenhändig mit der goldenen Medaille des Zivil-Verdienstordens der bayerischen Krone ausgezeichnet. Herr Steiner hat sich namentlich in den Jahren 1848 und 1849 als treuer Anhänger des Thrones bewährt. (B. Ldbötin.)

Nördlingen, 19. Novbr. Von hier ist gleichzeitig mit der bereits erwähnten eine zweite, von einer Anzahl Bürger unterzeichnete Adresse an Se. Maj. den König abgegangen, welche ihre Zustimmung zu den jüngsten Erlassen des k. Oberkonsistorium zu erkennen gibt. (Nürnb. Korr.)

Preußen. Berlin, 19. Novbr. Die Untersuchungssache gegen den Kreisrichter a. D. Pietsch und Genossen wegen wissentlich falscher Abgabe einer Versicherung an Eidesstatt kam heute beim Kriminalsenat des königl. Ober-Tribunals zur endgültigen Entscheidung. Acht Assessoren resp. Referendarien waren, wie bekannt, angeklagt, der Examinations-Kommission bei Ablegung des dritten Examens wissenschaftliche Arbeiten, unter der eidesstattlichen Versicherung, daß sie keine andere Quellen als die erlaubten benutzt hätten, abgeliefert zu haben, obwohl sie die ihnen auferlegten schriftlichen Arbeiten durch den Angeklagten Pietsch theils hatten anfertigen, theils wenigstens hatten durchsehen und korrigiren lassen. Pietsch war deßhalb der Theilnahme an dem, den übrigen Angeklagten zur Last gelegten Vergehen angeklagt. In erster Instanz wurden zwei Angeklagte freigesprochen, weil ihnen nicht nachgewiesen wurde, daß sie sich bei Anfertigung ihrer Arbeiten der Hülfe des Pietsch bedient; Pietsch dagegen wurde zu 18 Monaten, die übrigen Angeklagten zu 9 resp. 6 Monaten Gefängniß und zu den Ehrenstrafen verurtheilt. Staatsanwaltschaft wie Angeklagte appellirten und das königl. Kammergericht sprach den Angeklagten Pietsch frei, indem es annahm, daß seine Beihülfe nicht erwiesen sey. Pietsch habe die falsche eidesstattliche Versicherung nie bezweckt und mit den Angeklagten auch nie darüber gesprochen. Außerdem bestätigte das Kammergericht die Freisprechung der beiden in erster Instanz freigesprochenen Angeklagten und setzte die Strafe gegen die übrigen Angeklagten, unter Aufhebung der Ehrenstrafen, auf resp. 6, 4 und 2 Monate herab. Die Ehrenstrafen wurden aufgehoben, weil die Unehrenhaftigkeit der Handlung der Angeklagten durch den wahrscheinlich lange eingeführten Mißbrauch in den Hintergrund gedrängt worden sey. Gegen diese Entscheidung hatten sowohl die verurtheilten Angeklagten wie die Staatsanwaltschaft die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt. Das kgl. Obertribunal erkannte, daß die Nichtigkeitsbeschwerden der Angeklagten zurückzuweisen und daß auf die Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft das zweite Urtheil hinsichtlich des Angeklagten Pietsch zu vernichten, das erste Urtheil aber mit der Maßgabe wieder herzustellen sey, daß die vom ersten Richter erkannte Strafe auf ein Jahr Gefängniß herabzusetzen sey. (N. Z.)

Aus Berlin, 19. November, schreibt man der „Frankf. Postz.“: „Die Andeutung von bevorstehenden Aenderungen in Kopenhagen kann jetzt schon bestimmter dahin formulirt werden, daß der König Frederik VII. von Dänemark die Absicht hat, abzudanken zu Gunsten seines Oheims, des Erbprinzen Ferdinand (geb. den 22. Novbr. 1792) unter Aufrechthaltung der Rechte, welche durch das Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853 dem Prinzen Christian zu Dänemark (vom Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, geb. den 8. April 1818) für den Fall des Ablebens des Prinzen Ferdinand zugesichert sind. Dem Vernehmen nach würde König Frederik mit der Gräfin Danner sich nach der Schweiz zurückziehen“

Kurhessen. Kassel, 17. Nov. Während die Regierung dermalen mit den Ständen um Festhalten oder Aenderungen an den Verfassungsbestimmungen von 1852 mit zweifelhaftem Erfolge rechtet, beabsichtigen dem Vernehmen nach die vier oder fünf Standesherren des Kurfürstenthums, die, wie es scheint, die von ihren Standesgenossen in andern Bundesländern errungenen Erfolge nicht schlafen lassen, für Wiederherstellung ihrer früheren Privilegien und Gerechtsamen in die Schranken zu treten und nicht allein vollständige Wiedereinsetzung in den durch das Edikt von 1833 begründeten Rechtszustand, sondern daneben volle Entschädigung für die seit 1848 und 1849 aufgegebenen Privilegien in Anspruch zu nehmen. Freilich haben die Herren damals freiwillig ohne äußern Zwang sich der in Betracht kommenden Berechtigungen begeben. Indeß wenn früher an entscheidender Stelle Rechtsanschauungen Platz greifen konnten, die dahin führten, das gesetzlich abgeschaffte Jagdrecht, angeblich aus höhern Rechtsgründen, im Wege der Verordnung wiederherzustellen, nachdem einem darauf gerichteten Gesetzvorschlag die landständische Zustimmung versagt worden war — wer kann es da den Standesherren verargen, wenn sie wenigstens den Versuch machen, eine in integrum restitutio zu erlangen? (N.-Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 19. November. (Priv.-Korresp.) Die von mehreren Seiten gemachte Angabe, daß Rußland sich bereit erklärt habe, seine Ansprüche auf die Schlangeninsel und auf Bolgrad aufzugeben, ohne vorher diese Frage durch den Kongreß entscheiden zu lassen, findet hier vielen Widerspruch. Man versichert im Gegentheile, daß das Petersburger Kabinet noch immer seine Ansprüche auf diese beiden Objekte vertheidiget,

und auf seiner ursprünglichen Behauptung beharrt, daß nur ein Kongreß hierüber zu entscheiden habe, und zwar ein solcher, in dem alle fünf Großmächte vertreten sind. Daß es Rußland Ernst ist mit dieser Forderung, beweist die Zirkularnote, welche Fürst Gortschakoff in dieser Angelegenheit an die russischen Gesandten im Auslande gerichtet hat, und die dem hiesigen russischen Gesandten, Frhrn. v. Budberg, ehevorgestern zugegangen seyn soll. In derselben werden, wie man versichert, die Gründe ausführlich erörtert, welche die Berufung eines neuen Kongresses als wünschenswerth erscheinen lassen, und der förmliche Antrag zur Konstituirung eines solchen gestellt. — Die hiesige Kredit-Anstalt beabsichtiget, ihre Filiale in den Provinzen mit dem 1. Januar zu eröffnen, und zwar sollen zunächst Pesth, Brünn, Prag und Lemberg mit solchen Instituten bedacht werden. Die Verhandlungen mit der Pesther Kommerzialbank wegen Uebernahme der Leitung der Filiale, welche die Kreditanstalt in der ungarischen Hauptstadt zu gründen beabsichtigt, haben noch zu keinem Resultate geführt und es scheint, daß man sich über die Bedingungen nicht zu einigen im Stande ist. — In Czernowitz werden fünfzig Familien aus Deutschland erwartet, welche eine Ansiedlung in dem fruchtbaren Suczawathale in der Bukowina zu gründen beabsichtigen.

Man schreibt süddeutschen Blättern, daß mit der Vollendung des Arsenals und der Blockhäuser die Befestigung Wiens nicht als abgeschlossen zu betrachten sey, sondern daß seiner Zeit auch noch ein System von Forts hinzukommen werde, das, in einem gewissen Rayon die Reichshauptstadt umschließend, diese und das mittlere Donauthal gegen einen feindlichen Angriff zu vertheidigen die Bestimmung habe.

Der Banus von Kroatien, Feldzeugmeister Graf Jelacic, liegt in Agram an einem schweren Brustübel sehr bedenklich darnieder. (Nürnb. Korr.)

Schweiz.

Bern, 18. Nov. Der preuß. Gesandte, Hr. v. Sydow, nachdrücklich von den Gesandten von Oesterreich, Bayern und Baden unterstützt, hat heute das Verlangen um Freilassung der Neuenburger Gefangenen bei dem Bundespräsidenten wiederholt. Ueber die Mission des Generals Dufour vernimmt man, daß derselbe am 13. d. M. sehr wohlwollend von dem Kaiser Napoleon empfangen wurde und eine dreistündige Audienz bei Sr. Majestät hatte. (Fr. Pstz.)

Niederlande.

Amsterdam. Verschiedene an das Ministerium eingegangene Gesuche um die Genehmigung zur Errichtung und Gründung von Kredit mobiliers innerhalb des holländischen Reichs sollen von der Regierung abschlägig beschieden worden seyn. (Allg. Ztg.)

Frankreich.

Aus Paris, 17. Novbr., wird der „Times" geschrieben: „Der neapolitanische Gesandte, Herr Antonini, befindet sich noch immer hier, obgleich er seine Pässe erhalten hat. So viel ich weiß, ist noch kein Tag für seine Abreise festgesetzt und er scheint ganz gern auf dem Schauplatze seines früheren Ruhmes zu verweilen."

Der Finanzminister läßt im Departement der Vogesen das Grundeigenthum von mehr als 600 Hektaren Staatswaldungen verkaufen, obgleich der Generalrath dieses Departements vor ganz Kurzem Vorstellungen gegen solche Verkäufe gemacht, und gebeten hat, die Verwaltung der Staatswaldungen dem stets geldbedürftigen Finanzministerium wegzunehmen und dem Ackerbauminister zuzuweisen, dem die rationelle Pflege der Landwirthschaft obliegt.

Auf die feierliche Aufnahme des Herrn Ponsard in die Akademie (am 4. November) soll unmittelbar die des fast 100jährigen Herrn Biot folgen. Die Aufnahme des Herrn de Falloux dürfte nicht vor den ersten Monaten des nächsten Jahrs statthaben.

Spanien.

Madrid, 14. Nov. Es ist ein neuer Plan am Hofe in Aufnahme gebracht, der darin besteht, den Klerus für die verkauften Kirchengüter durch Staatsschuldscheine zu entschädigen, wie man die Käufer von Staatsgütern zu entschädigen beabsichtigte für den Fall, daß man den Kauf rückgängig machen würde. Als Autor dieses Gedankens wird Herr Nocedal, der Minister des Innern, bezeichnet.

Italien.

Die „Times" enthält einen Brief aus Florenz vom 11. November, in dem darauf hingewiesen wird, daß es sehr wünschenswerth seyn würde, wenn die englische Regierung Lord Normanby von seinem dortigen Gesandtschaftsposten abberiefe. Der Vertreter Englands, heißt es in dem Schreiben, möge im Privatleben ein ganz liebenswürdiger Mann seyn, mache aber gar kein Hehl aus seiner Ansicht, daß österreichischer Einfluß und österr. Okkupation für Italien nothwendig seyen. (Das ist den Stock-Engländern freilich nicht recht.) Ueberhaupt sey ein diplomatisches Corps, wie es sich gegenwärtig in Florenz befinde, schwerlich irgendwo anders aufzutreiben. Die HH. Gesandten trieben fast sammt und sonders zu viel Allotria, und die Spezialität, auf welche Normanby sich geworfen habe, sey die Gastronomie. (K. Z.)

Turin, 15. Nov. Nachdem Gallenga vom König volle Verzeihung für den vor 23 Jahren gegen seinen Vater gehegten Mordplan erhielt, wie er auch schon von Karl Albert selbst Verzeihung erhalten hatte, glaubte Gallenga noch eine weitere Art Sühne geben zu müssen, indem er den Ertrag seiner Uebersetzung der Storia del Piemonte im Betrag von 1000 Franken für die hundert Kanonen-Subskription bestimmte, auf der er schon früher mit 100 Franken unterschrieben war.

Amerika.

Ueber die Art, wie die Präsidentenwahl vollzogen wird, schreibt man der „Times" aus New-York vom 4. November: „Die große Operation, welche heute vor sich geht, besteht darin, daß in jedem Staate das Wahlmänner-Kollegium gewählt wird, von dem, der Theorie der Verfassung gemäß, eigentlich die Wahl des Präsidenten ausgehen sollte. Die Schöpfer der Verfassung gingen von der Voraussetzung aus, eine beschränkte Anzahl so gewählter Männer werde nach freiem Ermessen in der Sache handeln und den zum Präsidenten wählen, den sie am geeignetsten dafür hielten. In Wahrheit aber sind die Wahlmänner bloße Beauftragte. Wenn sie zur Wahlurne gehen, so haben sie sich schon gegen ihre Wähler verpflichtet, den oder jenen bestimmten Kandidaten zu wählen und keinen andern. Wenn sie sich noch im letzten Augenblicke für einen andern entschieden, so würde dem vermuthlich vom gesetzlichen Standpunkt aus nichts entgegen stehen; allein sie würden damit einen Verrath begehen. Die Zahl der Wahlmänner ist in jedem Staate der Zahl der Repräsentanten und Senatoren gleich, welche er in den Bundeskongreß sendet. Die Zahl der Repräsentanten richtet sich nach der Zahl der Bevölkerung, während jeder Staat, gleichviel, ob er groß oder klein ist, zwei Senatoren nach Washington schickt. Das Wahlmänner-Kollegium von New-York besteht aus 35 Personen, und sie sind es, die in diesem Augenblicke gewählt werden. Das ist keineswegs die einzige Wahl, welche heute stattfindet, indem auch die Staats- und Munizipalbeamten und Repräsentanten an demselben Tage gewählt werden. Allein diese Wahlen sind von bloß örtlichem Interesse. Die legale Prozedur, die nach Bildung des Wahlmänner-Kollegium zur Wahl eines Präsidenten führt, ist ziemlich umständlich. Sie ist folgendermaßen beschaffen: Die Wahlmänner eines jeden Staats versammeln sich am 3. Dezember, geben ihre Stimmen ab und tragen das Ergebniß der Abstimmung auf drei Listen ein. Eine derselben wird durch einen besonderen Boten an den Senatspräsidenten zu Washington gesandt, eine zweite gelangt durch die Post an denselben Würdenträger, und eine dritte wird beim Richter des Distrikts-Gerichtshofes hinterlegt. Der nächste Schritt wird sodann am 11. Febr. gethan, wo, während der Kongreß in Sitzung ist, die Listen vom Senatspräsidenten in Gegenwart beider Zweige der Legislatur geöffnet werden. Am 4. März tritt der neue Präsident der Union sein Amt an. Die ganze Procedur zieht sich also durch fünf Monate hin. Das Wahlmänner-Kollegium wird im November gewählt; es versammelt sich im Dezember und gibt seine Stimme ab; die Listen werden im Januar nach der Bundes-Hauptstadt gesandt; das Ergebniß wird im Februar verkündigt, und im März erfolgt dann die offizielle Inauguration." Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß mit der Erwählung der Wahlmänner auch die Wahl des Präsidenten da ist, indem man von jedem Wahlmanne weiß, für welchen Kandidaten er seine Stimme abgeben wird.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 19. November. Seit langer Zeit hat kein Diebstahl so viel Aufsehen gemacht, als der in der Nacht vom 14. auf den 15 Februar d. J. im Rentamtsgebäude zu Friedberg verübte Einbruch, sowohl nach der Keckheit, welche die Ausführung bewies, als nach der Größe der entwendeten Geldsumme. Da die Sache in ihrer nächsten Nähe vorgefallen ist, so erlauben Sie mir, daß ich Ihnen Einiges darüber aus der heute hier stattgefundenen schwurgerichtlichen Verhandlung mittheile. Das Schloß in Friedberg, welches mit einer Mauer umgeben ist, dient als Sitz des kgl. Rent- und Forstamts. In der Nacht vom 14. auf den 15. Februar d. J. wurde in das

Kassalokal des Rentamtes auf die verwegenste Weise eingebrochen und bekanntlich eine Summe von nahezu 6000 fl. entwendet. Der Dieb ist nämlich durch das 24 Fuß vom Boden entfernte Fenster des Kassalokales in dasselbe eingedrungen und mußte zu diesem Zweck ein von Eisenstangen gebildetes Gitter, das doppelte Fenster und die im Innern angebrachten Läden ausbrechen. Ersteres gelang ihm durch Laubsägen, worauf er in die Ausbauchung des Gitters gestiegen zu seyn und daselbst sitzend die Fenster und eisernen Läden mit den Füßen eingedrückt zu haben scheint. Welche Gewalt hiebei angewendet worden seyn mußte, erhellt daraus, daß die im Innern angebrachten, den Verschluß bildenden Klammern theils aus ihrer Vernietung ausgebrochen, theils krumm gebogen waren. Im Kassalokale selbst wurde die mit zwei Schlössern versehene Kassa von starkem Eisenblech aufgesprengt und daraus 5150 fl. ärarialische Gelder entwendet. Aus einem Kasten wurden 840 fl., dem Rentbeamten v. Gäßler gehörend, gestohlen. Um von Außen an das Fenster zu kommen, ward eine Leiter benützt. Was die That noch als besonders keck erscheinen läßt, ist die Schwere des Geldes, zumal ein großer Theil der 6000 fl. aus lauter Sechsern bestand. Die Thäter blieben fast zwei Monate unentdeckt, bis in Ulm ein Fremder durch seinen verschwenderischen Aufwand die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zog. Jener Fremde bewirthete gleich eine ganze Gesellschaft mit Champagner, wofür er 80 fl. zahlte, und nannte sich Baron Wilhelm aus Bayern. Da aber seine Manieren und seine Sprache mit dem beigelegten Titel nicht harmonirten, so nahm sich der k. württembergische Polizeiwachtmeister Falschebner die Freiheit, den Herrn Baron genau zu überwachen, bei einer Spazierfahrt um seine Legitimation zu fragen und da er eine solche nicht besaß, zu verhaften. Nun entpuppte sich in Folge angestellter Recherchen der angebliche Baron Wilhelm als ein beurlaubter Soldat des Infanterie-Leibregiments, Namens Theodor Müller aus Deubach, der allerlei Manöver machte, um seine Keuche in Brand zu setzen und zu entkommen, nach vergeblichen Mühen aber für gut fand, ein Geständniß abzulegen, daß er den Einbruch in Friedberg verübt habe. Da der Diebe mehrere seyn mußten, lenkte sich sodann der Verdacht auch gegen seinen Bruder Joh. Müller, welcher nebst seiner Geliebten Anna Weber an Kleidungs- und Bettstücken, goldenen Ringen, Hüten, seidenen Kleidern und andern Luxusgegenständen sehr bedeutenden Aufwand gemacht hatte. In Köln, wohin er sich, angeblich um sich zu verehelichen, mit seiner Geliebten begeben hatte, wurde er festgenommen und bei ihm noch eine baare Summe von 613 fl. gefunden. Nachdem die Untersuchung im Gange war, stellte sich heraus, daß nicht nur die Geliebte des Johann Müller, sondern auch der Schwager der Müller'schen, der pensionirte Korporal und Insasse Leonh. Kraus in München, der Begünstigung zu dem bedeutenden Diebstahle sich schuldig gemacht haben. Letzterer hat, obgleich er von dem Diebstahl und wie er verübt wurde, Kenntniß hatte, einen großen Theil des Geldes bei sich aufgenommen, in Banknoten umgewechselt und dem Joh. Müller nach Zürich ꝛc. nachgeschickt. In der Wohnung des Kraus ist, aber auf das Sorgfältigste verborgen, in einem Uhrkasten dessen Rückwand mit Papier verklebt worden war, in verschiedenen Werthpapieren bayer. Banknoten Thaler- und Guldenscheinen eine Summe von 376 fl. gefunden worden. Der Herr Baron Wilhelm behauptet, den Einbruch allein verübt zu haben. Sein Bruder will ein erspartes Vermögen von 600 fl. selbst gehabt und ein Darlehen von Leonhard Müller erhalten haben. Heute gedieh die Verhandlung bis zur Beendigung des Zeugenverhörs. Der Schluß folgt morgen. (Augsb. Postz.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 21. Novbr. Oesterr. Kreditaktien, worin heute der Hauptumsatz bestand, wurden abermals zu niedrigeren Kursen abgegeben, auch die übrigen Effekten, besonders aber Darmstädter Bankaktien beider Gattungen und 1¼ pCt. Spanier erlitten einen merklichen Rückgang, der Umsatz war sehr belangreich.

Providentia wurde zu 105⅝ ¾ ⅞ 6⅛ 6 5 5⅞ verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78¼ P. 78 G. 5pCt Lombard-Ven. 88 P. 87½ G. Metall. alte à 5pCt. 76½ P. 76 G.; à 5pCt. in Silber b. fl. 86½ P. 86 G.; à 4½pCt. 67¼ P. 66¾ G.; à 4pCt. 60½ P. 60 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 4pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56¾ P. 56¼ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 84 P. —— G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 91¾ P. 91¼ G.; 4pCt. Grundrente 91½ P. 94¾ G.; 4½pCt. 101¼ P. 100¾ G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91½ P. 91 G.; 4½pCt. 102⅝ P. 102⅛ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 99¼ P. 98¾ G.; 4½pC. 101½ P. —— G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼ P. 80¾ G.; à 3½pCt. 90¼ P. 89¾ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37⅛ P. 36⅞ G.; 1¼pCt. neue 23⅛ P. 23 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1196 P. 1191 G. Neue Bankaktien 313 P. 308 G. Credit-Actien à 5pCt. 169 P. 167 G. Darmstädter Bankaktien alte 366 P. 364 G.; junge 327½ P. 325½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 497 P. 492 G. Mitteldeutsche Creditbank 99¾ P. 99¼ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien —— P. 102¼ G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111½ G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 505 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 560 P. 555 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 286 P. 284 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142½ P. 142¼ G. Neustadt-Weissenb. 103¾ P. 103¼ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100¾ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 352 P. 350 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80¼ P. 79¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79¼ P. 78¾ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 95 P. 94½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118 P. 117½ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102 P. 101½ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114½ P. 114 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50¼ P. 49¾ G. Darmst. Loose à fl. 50 117⅛ P. 117 G. à fl. 25 34⅝ P. 34⅛ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40⅛ P. 39⅞ G. Nass. Loose à fl. 25 33⅜ P. 33⅛ G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 44 P. 43¾ G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S. 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117¾ P. 117½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. —— P. 119¾ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99⅝ P. — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Paris Frs. 200 k. S. 93⅜ P. 93⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞ P. 104⅝ G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96½ P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112⅝ P. —— G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅞ P. 88⅝ G.	Wien 3 M. mit 5% 112¼ P. 112 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto — P. 6pCt. G.

Köln, 8. Novbr. Raffinirte indische Zucker zu etwas billigeren Preisen ziemlich lebhaft gehandelt. Schön Sekunda-Melis 18½ Thlr. bezahlt.

Neueste Nachrichten.

München, 20. Nov. (Post-Dienstes-Nachricht.) Entlassen wurde der Post-Assistent Fr. X. Bernklau. (Verordnungsbl.)

Kopenhagen, 18. Nov. Ungeachtet der Tod Larsen's auf alle liberalen Kreise, insbesondere auf die Lehrer und Jünger unserer Universität, einen tief erschütternden Eindruck hervorgebracht hat, so konnte doch die auf gestern anberaumte akademische Demonstration, zu der die Anwesenheit des Studentengesangvereins aus Lund die Veranlassung gab, nicht unterbleiben. Nachdem dieser Gesangverein in Verbindung mit unserm Studentengesangverein ein Konzert im großen Saal des Kasino gegeben hatte, bei dem nicht bloß dieser, sondern auch das anstoßende Theater in allen Räumen gefüllt war, versammelten sich etwa 300 Personen, Studenten, Universitätsprofessoren, Freunde und Bekannte der Lundener Gäste und hiesiger Studirenden — in der königl. Schießbahn zu einem Festmahle, das von Anfang bis zu Ende einen scharf ausgeprägten skandinavistischen Charakter trug. Als Ehrengäste waren die Professoren Clausen, Hauch und Hartmann eingeladen und erschienen. Der erste Toast galt „den Königen des Nordens"; darauf folgte ein auf die Veranlassung des Festes bezüglicher Gesang. Dann wurde auf die Gäste aus Lund ein Hoch ausgebracht. Der folgende Trinkspruch, von Stud. G. Rode ausgebracht, galt „der Einheit des Nordens," die nicht bloß eine geistige, sondern auch eine politische Verbindung erheische. Clausen schlug ein Hoch auf den „nordischen Dreiklang" vor ꝛc. (Nat.-Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 326. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 23. November 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. Nach einer Entschließung des Handelsministerium vom 8. d. M. können Bewerbungen um die Stelle eines Brandversicherungs-Inspektors künftig nur dann Berücksichtigung finden, wenn der Bewerber neben dem Nachweise über die als Bau-Techniker mit Erfolg bestandene Prüfung zugleich darzuthun vermag, daß er mindestens zwei Jahre bei einem Brandversicherungs-Inspektor in Praxis gestanden und die entsprechende Geschäftskenntniß und Geschäftsgewandtheit während dieser Zeit erworben habe. Die Aufnahme der Praktikanten bleibt zwar den Brandversicherungs-Inspektoren überlassen; dieselben dürfen jedoch nur solche Bewerber zur Praxis zulassen, welche sich über körperliche Rüstigkeit und Gesundheit, über seitheriges sittlich und politisch gutes Betragen und darüber auszuweisen vermögen, daß sie eine der durch die Instruktion vom 27. Mai 1830 vorgezeichneten Prüfungen mit Erfolg bestanden haben. Mehr als 3 Praktikanten dürfen in der Regel bei einer Inspektion nicht aufgenommen werden. Den Praktikanten ist die selbständige Vornahme amtlicher Geschäfte untersagt; dagegen sollen dieselben unter persönlicher Leitung, Aufsicht, und Verantwortlichkeit des betreffenden Brandversicherungs-Inspektors allmählig zu allen vorkommenden Geschäften und Arbeiten verwendet werden. Ein Anspruch auf Taggelder und Reisekosten steht den Praktikanten der Brandversicherungs-Inspektoren — insoferne sie nicht etwa zeitweise als Stellvertreter der Letzteren besonders aufgestellt sind — nicht zu.

München, 18. Novbr. Bezüglich des schon einige Male theils von ausländischen, theils bayerischen Journalen gebrachten Gerüchts, es beabsichtige unsere Staatsregierung die Einführung des pennsylvanischen Zellengefängnisses, kann ich Ihnen mittheilen, daß das Ministerium sich veranlaßt gefunden hat, auszusprechen, es könne, da sowohl über die Zweckmäßigkeit dieses wie des Systems von Auburn (Schweigsystem) gewichtige Stimmen sich mehrmals ungünstig haben vernehmen lassen, und daher die mit bedeutendem Kostenaufwand vorzunehmende Konstruktion der Gefängnisse (die vorhandenen müßten gänzlich umgebaut werden) unter solchen Umständen nichts weniger denn räthlich erscheint, vorderhand nicht auf eine derartige Reform des Gefängnißwesens eingegangen werden.*) (Deutschl.)

München, 20. Novbr. Bei den in den letzten Tagen geschehenen Ergänzungswahlen für den Handels-, Fabrik- und Gewerberath der Residenzstadt hat sich eine auffallend geringe Theilnahme seitens der Wähler gezeigt. So sind von ungefähr 2400 Wählern des Gewerbstandes nur 222, von 119 Fabrikanten nur 29 bei den Wahlen erschienen, und von Seite des Handelsstandes war die Betheiligung ebenfalls keine stärkere. (A.Z.)

Der protestantische Kirchenvorstand von Bayreuth, bestehend aus 4 geistlichen und 12 weltlichen Mitgliedern hat in den mehrbesprochenen kirchlichen Angelegenheiten es für angemessen erachtet, sich jeder öffentlichen Demonstration zu enthalten und von der im künftigen Jahre zusammentretenden Generalsynode diejenigen Erklärungen und Maßnahmen zu erwarten, welche zur Beruhigung der Gemüther der protestantischen Gesammtgemeinde unerläßlich sind. (Bayr. Ztg.)

Speyer, 19. Novbr. Unser Hr. Bischof, in Begleitung der Herren Molitor, Remling und Hällmeyer — Herr geistl. Rath Busch blieb zur Pflege des erkrankten Herrn Domprobstes Thinnes in Rom zurück — kam heute wieder hier an.

Preußen. Münster, 18. November. Gestern Abends wurde der zum Betzimmer bestimmte Speisesaal der hiesigen großen Infanterie-Kaserne feierlich eingeweiht und gleichzeitig die Betstunde im Beiseyn der höheren Offiziere durch den evangelischen Divisions-Prediger Fischer eröffnet. Das Betzimmer wird von Katholiken und Protestanten abwechselnd benutzt und die jedesmaligen Betstunden durch den betreffenden Militärgeistlichen geleitet werden.

Luxemburg. Luxemburg, 16. Nov. Das Ministerium macht unterm 12 November die Gründe bekannt, weßhalb es keine Veranlassung habe, nach dem Mißtrauens-Votum der Kammer die Verwaltung niederzulegen. In dieser Erklärung heißt es: „Die Regierung hat keine Veranlassung, sich wegen eines Mißtrauensvotum zurückzuziehen, welches unter unparlamentarischen Umständen stattgefunden hatte. Se. Majestät der König haben das Votum vom 28. Oktober als eine Abweisung der durch deren vielgeliebten Bruder, den Prinzen-Statthalter, auf die Kammeradresse gegebenen Antwort angesehen; diese Adresse selbst aber als dem durch das Haus Oranien gegen die ihm anvertrauten Völker befolgten politischen Dogma entschieden widersprechend erachtet; denn: „niemals hat das Haus Oranien gesucht, die Freiheiten der Völker, über welche es herrscht, zu unterdrücken, noch dieselben einem ihren Sitten und ihrer Bildungsstufe widerstrebenden Regimente zu unterwerfen." Und Se. Majestät haben eine wiederholte Veröffentlichung der Antwort des Prinzen-Statthalters verlangt, um allerhöchstderen Zustimmung zu dieser Antwort zu bekunden. Die Regierung bleibt also. Man hat von Kammerauflösung als von einer nothwendigen Folge der Beibehaltung der Regierung gesprochen. Es ist dies ein Irrthum: gleichwie eine Modifikation der Regierung, so ist auch die Kammerauflösung eine Prärogative der Krone; dieselbe ist aber nie obligatorisch, sie kann nicht aufgenöthigt werden. Unter den vorliegenden Verhältnissen mußten übrigens gewichtige Gründe eine solche Maßregel widerrathen. Eine Regierung, die sich selbst achtet, und welche, im Gefühl der ihr obliegenden Pflichten, offen erklärt hat, den Deputirten die zur Erwägung des Revisionsprojektes nöthige Zeit gewähren zu wollen, beantragt nicht eine Kammerauflösung. Die Abgeordneten werden den Ernst der Lage begreifen; sie werden die ungeheure Verantwortlichkeit ermessen, welche auf diejenigen zurückfallen muß, welche auf die im Namen des Königs gemachten Eröffnungen durch eine Verweigerung ihrer Mitwirkung antworten würden; frei von fremden Einflüssen und ohne im Voraus fesseln zu lassen, werden sie sich nur durch ihre Ueberzeugung und durch das Bewußtseyn des wohlverstandenen Landesinteresses leiten lassen. Die Regierung erwartet ruhig die Rückkehr der Kammer." (Die Regierung besteht also darauf, daß die Kammer den vorgelegten Entwurf einer Verfassungs-Revision berathe, obwohl dieselbe ihn in der Antwortsadresse schon abgelehnt hatte.)

Schweiz.

Bern, 18. Novbr. Die Berichte über den persönlichen Empfang, der General Dufour in Paris zu Theil wurde, lauten sehr günstig. Der Kaiser behielt letzten Donnerstag seinen alten Lehrer drei Stunden lang bei sich, und ging in seinem Wohlwollen so weit, daß er Erfrischungen in sein Kabinet bringen ließ. Man liest jetzt in hiesigen Blättern: die Mission Dufours sey gewissermaßen vom Kaiser provocirt worden, indem dieser in einem Privatschreiben sich um verschiedene Aufklärungen an den General gewandt, und demselben namentlich seine Verwunderung darüber ausgedrückt habe, daß die Schweiz auf die Freilassung der Gefangenen nicht eingegangen sey. (A.Z.)

Genf, 16. Nov. Im Jura ist in den letzten Tagen eine solche Schneemasse gefallen, daß z. B. die gestrigen Pariser Posten nur auf kleinen Schlitten das Gebirge passiren konnten, und um volle 16 Stunden verspätet in Genf eintrafen. Seit einigen Tagen melden uns auch die savoyischen Blätter von häufigen auf den Landstraßen verüben Raubanfällen. Sollte der Winter wider Vermuthen streng werden, so dürfte auch in Sa-

---

*) Wenn man die guten Erfolge, die in der Au durch Herrn Obermaier, in Kaisheim durch Herrn Closmann erzielt worden sind, mit den höchst zweifelhaften Erfolgen des pennsylvanischen und des Auburn'schen Systems vergleicht, so wird man den Entschluß des Ministerium nur billigen können. D. R.

vopen, wo trotz der nicht ungünstigen Ernte die Lebensmittelpreise sehr hoch sind, der Nothstand in außerordentlicher Weise zunehmen. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 19. Novbr. Der Stab der britisch-deutschen Legion hat sich gestern mit 400 Mann in Porthsmouth auf dem Schraubendampfer „Vulkan" nach dem Kap eingeschifft. Darunter befand sich der Generalmajor Baron v. Stutterheim. (Fr. Postz.)

Frankreich.

Frankreich hat sich in den letzten Wochen zum Blitzableiter und zum Prügelknaben für Rußland hergegeben. In der Ueberraschung, welche die Welt empfand, als sie die französische Politik plötzlich parteiisch für russische Interessen sah, wandten sich die Anklagen der öffentlichen Meinung zunächst gegen Frankreich und man vergaß fast, daß es Rußlands Intriguen und Winkelzüge sind, welche die Entwicklung und Befestigung des Friedens zu verzetteln suchen. Die russische Politik hat sich vom Anfange Frankreich als diejenige Macht auserseben, die am leichtesten zu verführen sey. Die Sendung des Grafen Orloff hat die Intriguen begonnen, der Empfang des Grafen Morny hat sie besiegelt. Man glaubte in Paris die schiebende Macht zu seyn und man ist nur die geschobene. Rußland hat es mit geringen Mitteln dahin gebracht, die bestehende Tripelallianz zwar nicht zu brechen, doch zu lockern. Es hat Frankreich zu kompromittiren gesucht, überzeugt, daß die beiden andern Mächte, für welche die französische Allianz einen vermittelnden Kitt bildete, durch ihre entgegengesetzten Interessen sich vollständig von einander isoliren werden. Aber es ist das Gegentheil eingetreten.*) Die Erkaltung Frankreichs hat eine Annäherung zwischen England und Oesterreich hervorgebracht. Frankreich hat in seiner Stellung manches eingebüßt und nichts gewonnen. Vergebens posaunen die russischen Sykophanten in Brüssel die Idee einer russisch-französischen Allianz als eine solche aus, welche die Völker beider Kaiserreiche als eine Naturwahrheit begrüßen würden. Vielleicht daß eine Erneuerung des Tilsiter Bundes einigen Wortführern am französischen Hofe plausibel erscheinen dürfte, die französische Nation will nichts davon wissen. Eine russisch-französische Allianz ist als Realität eine Chimäre, als Schein kömmt sie nur der überwundenen Macht zu Gute, die sich aufrichten will, während sie der triumphirenden einen guten Theil der eroberten Früchte raubt. Die französische Nation, die gestern noch hunderttausend Mann und zwei Milliarden Franks in einem Kriege gegen Rußland geopfert, kann unmöglich daran denken, morgen oder übermorgen eben so viel oder noch mehr in einem Kriege für Rußland hinzugeben. (Ostd. Post.)

* Paris, 19. Novbr. Wir haben gesagt, daß die russischen Eisenbahnen neuerlich hohen Orts mit keinem guten Auge angesehen werden, und haben einen Feldzug der halboffiziellen Presse gegen diese Unternehmung angekündigt. Der „Constitutionnel" beginnt heute diesen Feldzug. „Der Unternehmungsgeist, sagt dieses Blatt, könnte durch die Finanzkrisen, die sich auf verschiedenen Plätzen in Europa fühlbar machen, Vorsicht gelernt haben. Es ist begreiflich, daß Rußland sein Land mit Eisenbahnen überziehen, und ganz natürlich, daß es dazu die Kapitalien von ganz Europa in Anspruch nehmen wolle. Hätten aber die Finanzmänner, die mit dieser Regierung verhandelt haben, nicht an die Situation des Platzes denken sollen, dem sie angehören? Hätten sie die Ausführung eines Geschäftes, das mit Einem Mal eine Milliarde mehr zu den bereits ausgegebenen Werthpapieren hinzufügt, nicht verweigern oder wenigstens auf bessere Zeiten vertagen sollen? Warum unter den obwaltenden Verhältnissen das Zugeständniß des ganzen Eisenbahnnetzes über sich nehmen? Es wäre weit einfacher gewesen, mit Einer Linie den Versuch zu machen. So würde man das Geschäft auf Verhältnisse zurückgeführt haben, die mehr mit der gegenwärtigen Situation in Einklang stehen, und zweitens würde man sich haben von der Ertragfähigkeit der russ. Eisenbahnen Rechenschaft ablegen können, und man hätte Beurtheilungselemente für später zu versuchende Unternehmungen gehabt." Der „Constitutionnel" hofft schließlich, daß die französischen Kapitalisten, an die man sich wenden wird, mehr Vorsicht an den Tag legen werden als gewisse Finanzmänner.

* Paris, 20. Novbr. Der „Moniteur" veröffentlicht heute das Ergebniß der Zollgefälle in den ersten zehn Monaten des Jahres. Sie betragen 146,042,683 Fr. gegen 164,326,548 Franken im vorigen Jahre, aber gegen nur 120,826,920 Fr. im Jahre 1854.

Paris, 20. Nov. Es ist hier aufgefallen, daß die englischen Blätter seit drei Tagen mit ihren Angriffen gegen die Mitglieder der französischen Regierung aufgehört haben; man erklärt sich die Einstellung dieser Feindseligkeiten in folgender Weise: Die Herausgeber der vornehmsten Blätter von London seyen zu Lord Palmerstons Privatsekretär geladen worden, und dieser habe die Herren im Namen des Premier und im Interesse der schwebenden Unterhandlungen, sowie der englisch-französischen Allianz ersucht, sich den französischen Verhältnissen gegenüber etwas zurückhaltender auszusprechen.

*) Doch vergesse man nicht, daß diese Versuche gewiß wiederholt werden! D. Red.

Spanien.

Madrid, 15. Novbr. Man hört, daß am Hofe wirklich daran gedacht wird, die gegebene Amnestie bis auf die Personen königlicher Abkunft auszudehnen, welche kraft eines Parlaments-Beschlusses für immer aus dem Lande verbannt sind. So ernst soll die Sache von der Königin gemeint seyn, daß man den 19. d. M., den Tag der h. Isabella, als denjenigen bezeichnet, an welchem dieser Akt in der „Gaceta" der Nation angezeigt werden soll. Wie glaubwürdig auch die Quellen seyn mögen, aus welchen diese Nachricht fließt, wie groß auch der russische Einfluß ist, von dem wir zu wiederholten Malen gesprochen und dem der Ursprung dieses Ereignisses zugeschrieben wird, wir bewahren vorläufig unsere Zweifel an der Ausführung dieses Planes. (Köln. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Die „Presse" in einer Korrespondenz aus Konstantinopel vom 10. November bringt folgende Erzählung des bereits gemeldeten Vorfalls mit dem englischen Kanonenboote. Sefer Pascha, welcher große Gelüste hat, sich zum unabhängigen Chef der tscherkessischen Küste zu machen, ist trotz des Pariser Friedens mit einigen Türken und einer beträchtlichen Anzahl abasischer Krieger in Anapa geblieben. Es hat ihm weder an Waffen, noch an Munition gefehlt; dafür sorgten die Barken von Trapezunt, welche natürlich über die Kriegszufuhr nicht den Handel mit Salz, Calicot rc. vernachlässigten. Die Russen wußten wohl, was da vorging und daß die Abasen fortwährend mit Konstantinopel in Unterhandlung standen. Sie schickten daher zwei kleine Kanonenboote an die Küste, um sie zu überwachen und den Schleichhandel zu verhindern. Es gelang ihnen, sich mehrerer Barken zu bemächtigen, worauf die Kaufleute von Trapezunt sich heftig beim englischen Konsul beklagten. Dieser berichtete nach Konstantinopel, und Lord Redcliffe kam mit dem Admiral Lyons überein, einen kleinen Dampfer nach jener Küste abzuschicken. Vergeblich spähte dieser nach den Russen, und kam endlich auf den Gedanken, sie im asow'schen Meere aufzusuchen. Auf der Höhe von Jenikale wurden ihm Signale zum Umkehren gemacht, allein der Kapitän sah sie nicht oder wollte sie nicht sehen. Nun feuerten die Russen einige blinde Schüsse ab, worauf der Dampfer sich zurückzog, um dem Schiffskapitän des Kreuzungsgeschwaders vor der Schlangeninsel Bericht zu erstatten. (Bekanntlich ist die Sache schon in Güte beigelegt.)

Konstantinopel, 10. Nov. Allmählig treten doch einige Reformen in's Leben. Oben an stehen die Finanzreformen durch Erhöhung der Steuern, durch Regelung derselben und Heranziehung derjenigen Fremden, die hier Eigenthum haben oder ein solches Gewerbe treiben, welches bei den Türken steuerpflichtig ist. (Köln. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 16. Novbr. Der Nachlaß in der Strenge mancher Maßregeln der inneren Politik Rußlands in Bezug auf Polen gibt sich in der Journalistik und deren Terminologie kund. Viele früher aus derselben verbannte Bezeichnungen, welche sich auf Patriotismus, Vaterlandsliebe, Freiheit u. s. w. bezogen, tauchen allmählig wieder auf, ohne des Zensors Rothstift fürchten zu dürfen. Selbst die seit 1831 von der Bühne ferngehaltene Tragödie durfte, wiewohl in fremder Sprache, seit Ankunft der Ristori, und nach sechsunddreißigjähriger Verbannung, wieder über die Bretter schreiten. (Köln. Z.)

Helsingfors, 7. Nov. Der Kaiser hat zur Erbauung eines neuen und der Hauptstadt Finnlands würdigen Theatergebäudes hierselbst 15,000 Rubel, 3 Jahre hindurch jährlich 5000 Rubel, angewiesen. Nach Vollendung desselben gibt der Kaiser noch 3000 Rubel jährlich für den Unterhalt eines Orchesters. Ein neuer Beweis, wie sehr Kaiser Alexander sich in Finnland beliebt zu machen sucht. (Nat.-Z.)

Amerika.

London, 19. Novbr. Auch heute wieder beschäftigt sich die „Times" mit der Bedeutung der amerikanischen Präsidentenwahl. „Es unterliegt keinem Zweifel — sagt sie — daß der Süden der Union die Erwählung Buchanan's als einen großen und glänzenden Sieg betrachten wird, und zwar mit Recht. Der Süden hat den Präsidenten, sowie die Majorität in beiden Häusern des Kongresses; sein politisches Daseyn steht auf dem Spiel. Jetzt oder nie ist die Zeit da, um die Zahl der

Sklavenstaaten zu vermehren, Kansas in die Union aufzunehmen, Texas in mehrere Staaten zu zerlegen und überall, wo es nur irgend möglich ist, neues Gebiet zu finden, auf das jene Institution verpflanzt werden kann, um deren Ausdehnung oder Unterdrückung sich hinfort die amerikanische Politik hauptsächlich dreht. Wie sehr Buchanan auch immer persönlich zu einer verständigen und gemäßigten Politik hinneigen mag, wir glauben doch, daß es ihm sehr schwer fallen wird, dem leidenschaftlichen Andringen der Männer seiner Umgebung gegenüber Stand zu halten, welche sich im allerhöchsten Grade mit der Ausbreitung der Sklaverei und mit der Feindschaft gegen den freien Geist des Nordens identifizirt haben. Was die auswärtige Politik angeht, so erscheinen die Aussichten auf den ersten Blick eben so düster. Daß Buchanan über Fillmore, der mit ihm ungefähr dieselbe innere Politik vertritt, den Sieg davon getragen hat, kommt der Erklärung Seitens der amerikanischen Nation gleich, daß sie die auswärtige Politik Buchanan's der auswärtigen Politik Fillmore's vorzieht, oder mit anderen Worten, daß sie sich für eine Angriffs- und Einverleibungs-Politik entscheidet. Die Einverleibungsgelüste tragen einen wesentlich südlichen Charakter, indem sie aus dem Bedürfnisse hervorgehen, neue Sklavenstaaten zu erwerben und so ein Gegengewicht gegen den Zutritt neuer Staaten im Norden zu erlangen. Trotzdem sind wir geneigt in Bezug auf die auswärtige Politik des neuen Präsidenten günstigere Hoffnungen zu hegen, als in Bezug auf seine innere Politik. Eine in dem Geiste des bekannten Manifestes von Ostende in's Leben tretende Eroberungs-Politik würde so viel wie Krieg mit dem Auslande bedeuten. Einen solche aber werden bei der gegenwärtigen Lage der Union Süden und Norden gleich eifrig zu vermeiden suchen. Der Süden muß mit Entsetzen auf die Möglichkeit eines Sklavenaufstandes blicken. Der Norden kann nur mißgünstig auf neue Eroberungen blicken, die er im Grunde nur als eben so viele über ihn davongetragene Siege betrachten würde. Der Bruch zwischen Norden und Süden liegt jetzt offen vor aller Welt Augen da, und wenn auch nach den Formen der Verfassung eine Partei regieren kann, so darf sie doch nicht hoffen, auf ihre eigene Hand Krieg zu führen, da es sich dabei nicht um ein abstraktes Gesetz handelt, sondern um praktische Verhältnisse."

Briefe aus Bogoda vom 11. Oktober melden, daß der dortige Geschäftsträger Englands, Mr. Griffith, seine diplomatischen Beziehungen zu Neugranada abgebrochen habe, weil dieses seine einem Engländer (James Mackintosh) gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten nicht erfüllen wollte. Die Häfen Neu-Granada's sollen blokirt werden.

Asien.

Die Affaire, welche einen Augenblick an die Einnahme von Herat durch die Perser glauben ließ, beschränkt sich darauf, daß einige 40 Perser durch Verrath in den Platz eindrangen; die Hälfte wurde von den Afghanen niedergemacht, während es den übrigen gelang, sich wieder bis zu den Angriffslinien durchzuschlagen. (Fr.Postz.)

Nichtpolitische Zeitung.

* Würzburg, 23. Nov. Seit einer Reihe von Jahren arbeitet Herr Professor Franz Hoffmann dahier im Verein mit den HH. Prof. Hamberger in München, Prof. Lutterbeck in Gießen, Fr. v. Osten, Prof. v. Schaden in Erlangen und Prof. Schlüter in Münster an einer Ausgabe von Franz v. Baaders sämmtlichen Werken nebst dessen Biographie und Briefwechsel. Von diesem umfassenden Unternehmen, welches die erste vollständige Gesammtausgabe von Baaders Werken bildet, sind bereits erschienen, die 10 ersten Bände (I. Abtheilung), herausgegeben von Prof. Hoffmann, sodann von der II. Abtheilung der erste Band, herausgegeben von Prof. Hamberger, der dritte Band, herausgegeben von Professor von Schaden, und der 4. Band herausgegeben von Prof. Schlüter und Prof.-Lutterbeck. Das Werk wird nicht bloß im Ganzen, sondern auch jede Abtheilung und jeder Band einzeln abgegeben, nur mit Ausnahme der Societäts-Philosophie in zwei und der Religions-Philosophie in vier Bänden. Um nun das wissenschaftliche Publikum mit der Aufnahme, welche diese Gesammtausgabe bisher in wissenschaftlichen Kreisen gefunden hat, bekannt zu machen, hat Herr Prof. Hoffmann eine Sammlung der bisher erschienenen Rezensionen veranstaltet und drucken lassen. Bloße Zeitungsartikel sind von dieser Sammlung, um ihr den Charakter einer wissenschaftlichen Schrift zu wahren, ausgeschlossen geblieben. Dieselbe ist durch alle Buchhandlungen gratis zu beziehen.

München, 20. Nov. Die schwurgerichtliche Verhandlung gegen Joh. Müller und Konsorten wegen des Diebstahls im Rentamte zu Friedberg ging erst heute Abend zu Ende. Da der am meisten Betheiligte Theodor Müller (Baron Wilhelm), welcher als beurlaubter Soldat der Aburtheilung durch das Schwurgericht entrückt ist, die Schuld allein auf sich nahm — er erklärte unter Anderem, „daß er selbst nicht begreife, wie er allein es hat machen können, es müsse ihm der T..... geholfen haben" — und sein Bruder Johann Müller entschieden jede Betheiligung am Diebstahl in Abrede stellte, auch sonst keine absolut gravirende Indizien vorlagen, verneinten die Geschwornen die bezüglich des Joh. Müller auf Diebstahl gerichtete Frage und sprachen ihn nur des Verbrechens der Begünstigung zu einem ausgezeichneten doppelt erschwerten Diebstahl für schuldig. Desselben Verbrechens wurde auch Leonhard Kraus für schuldig erklärt, die Geliebte des J. Müller aber ganz freigesprochen. Kraus erhielt eine Arbeitshausstrafe von 1½, Johann Müller eine solche von 2 Jahren. Theod. Müller, der übrigens noch mehreren anderen großartigen Diebstählen verdächtig ist, wird von dem Militärgericht abgeurtheilt. (Augsb. Postz.)

London, 17. Nov. Wir kommen nicht aus den Kriminalgeschichten, Unterschlagungen und Selbstmorden heraus. Der Rechnungsführer einer großen Eisenbahn in Dublin hat sich den Hals abgeschnitten, wahrscheinlich in Folge großer Betrügereien. So lautete die erste Nachricht. Jetzt scheinen die Thatsachen vielmehr auf ein schweres Verbrechen hinzuweisen. Der Kopf des Todten war beinahe ganz vom Rumpfe getrennt. Kein Werkzeug zu finden. Die Thüren verschlossen. Der Schlüssel nicht zu entdecken, und alle seine Rechnungen in regelmäßigem Zustand und umgeben von einer bedeutenden Summe Geldes und Werthschaften. Wer mag der Thäter des Mordes seyn? Bis jetzt keine Spur. Dagegen hat sich ein Bankbrüchiger in der City, John Thang Harradine, heimlich entfernt, und die Polizei verfolgt ihn nach Belgien und Frankreich, wegen einer betrügerischen Entwendung von nahe an 40,000 Pfd. St. und anderer Verbrechen. Gleichzeitig ist der Solicitor der Westminster-Freehold-Society, George Edgar Denners, flüchtig, und die Urkunden mehrerer Erwerbungen der Gesellschaft fehlen. Er soll außerdem der Gesellschaft bedeutende Summen schulden. (A.Z.)

* Paris, 19. Novbr. (Die Börsenspekulanten und die Literatur.) Ich besuchte diesen Morgen einen Buchhändler, welcher mir sagte, daß der Absatz der Bücher recht gut gehe. „Sie setzen mich in Erstaunen." „Mein Herr, erwiderte er, das verdankt man den Börsenspekulanten. Wenn sie ein Hotel bauen ließen und eingerichtet sind, wollen sie alle auch eine Bibliothek haben." „Und welche Art von Büchern wählen sie?" „Alle die nämlichen: Voltaire, Rosseau, Rosseau, Voltaire, weil diese viel Platz einnehmen. Letzthin kömmt einer dieser Herren zu mir und sagt: Ich brauche Bücher, um meine Bibliothek zu füllen. 300 Bände ungefähr, Alle in dieser Größe (er zeigte mir ein in 8°). Welche Art von Bücher wünschen Sie, mein Herr?" — „Gute Schriftsteller, Classiker, Voltaire, Rousseau, Buffon, Montesquieu, Racine, mit Einem Worte all' den Kram, den man in die Acajou-Schränke sperrt, und Alle schön gebunden." Er machte einige Schritte zum Fortgehen, kehrte um und sagte: „Legen Sie auch einige recht lustige Romane von Kock und dergleichen bei; aber die brauchen Sie nicht binden zu lassen, — weil ich sie lese."

Handels- und Börsen-Berichte.

Berlin, 10. Novbr. Rohzucker etwas lebhafter und zu steigenden Preisen gehandelt; noch lebhafter war die Frage nach raffinirtem Zucker, so daß Farine um ⅙ a ⅓ Thlr. avancirten. Raffinaden blieben unverändert. Wir notiren Rohzucker 11¾ a 13¼ Thlr., Farine 13½ a 17½ Thlr., Raffinade 18¾ a 20 Thlr., gemahlene 18¾ a 18⅔ Thlr., Melis 18 a 18½ Thlr., gemahlener 18½ Thlr.

Halle, 9 Novbr Zucker regsam, doch nicht umfangreich gehandelt. Raffinirte Zucker willig zu den Notirungen genommen. Wir notiren: Rohzucker 11 a 13½ Thlr., Farine 11½ a 16½ Thlr., Raffinade 19 a 19½ Thlr., gemahlene 18¼ a 18½ Thlr., Melis 18¼ a 18¾ Thlr., gemahlener 17¾ a 18 Thlr., Syrup 3 a 6 Thlr., Melasse 1⅔ Thlr.

Leipzig. 8. Novbr. Zucker. Brod- und gemahlene Melisse wegen mangelnder Offerten ⅓ a ⅜ Thlr. höher bezahlt. Rohzucker nicht offerirt. Notirungen: Farine 12½ a 16¾ Thlr., Raffinade 18½ a 19½ Thlr., gemahlene 18¼ Thlr., Melis 18 a 18¼ Thlr, gemahlener 17¾ Thlr., Syrup 3 Thlr., Melasse 1½ Thlr.

Hamburg, 15. Novbr. Unsere Getraide-Preise sind noch immer im Weichen begriffen. Die Berichte von auswärts gewähren nur ganz geringe Aussicht zu geschäftlichen Einleitungen, die Zufuhren strömen massenweise heran, der eigene Konsum hält sich in den engsten Schranken. Es fehlt an Dampfbooten, an Säcken zur Verladung, während die Lokomotiven immerfort größere Massen Getraide heranschleppen, die auf den Bahnhöfen Alles in Verwirrung bringen.

Der Kaufmann ist vorsichtiger geworden und will nicht wieder den Landleuten die höchsten Preise bezahlen, da es doch den Anschein hat, daß die Märkte von jenen befahren werden, gleichviel, welche Preise zu bedingen sind: das Zeichen einer reichhaltigen Ernte. Auf Lieferung im Frühjahr geht hier außerordentlich wenig um.

Amsterdam, 14. Novbr. Das Getraidegeschäft bleibt auswärts wie hier still und in matter Tendenz. Die Landzufuhren beginnen an Ausdehnung zu gewinnen, Kauflust dafür hält sich aber zurückgezogen in Abwartung niedrigerer Preise, die dem Anschein nach der Winter auch bringen wird, zumal wenn die schwierigen Geldverhältnisse fortfahren den lähmenden Einfluß auf den Unternehmungsgeist auszuüben. Kleesaat still.

Rappsaat und Rüböl. Die Kündigungen von Novembersaat waren in dieser Woche sehr erheblich und brachten das bis heute gelieferte Quantum auf 1025 Last; hiervon sind bis jetzt ca. 300 Last für Export und ca. eben so viel durch hiesige Oelmüller empfangen. Die Zirkulation der restirenden Folgbriefe übte einen flauen Einfluß aus und drückte den Preis pr. Novbr. auf 85 Lvl., zu welchem die hiesigen Fabrikanten wieder als Käufer auftraten, da dieselben durchgehends nur schwach versehen sind.

Amsterdam, 15. Novbr. In Java Kaffee war das Geschäft diese Woche ziemlich belebt, blaßgrünlich wurde mit 33 cs. bezahlt und ist unter 33½ cs. gut ord. nicht mehr zu finden. Brasil Kaffee etwas angenehmer.

Thee fest.

Rohzucker still, raffin. Zucker fest.

Reis flau, geschält Arrakan fl. 8, Java fl. 8⅔ a 10.

Gewürze unverändert. Neue Patras Korinthen fl. 37, Muskatel Rosinen in Lagen fl. 44 a 45, Smyrna Feigen fl. 30, Condat Feigen fl 14.

Pottasche zu steigenden Preisen gesucht

London, 14. Novbr. Rohzucker ist im Laufe der Woche 1 sh. a 1 sh. 6 d. pr. Ztr. gestiegen, heute war die Stimmung aber matter. Hiesiger Vorrath 47,128 Tons. Konsumirt sind seit 1. Januar 30,000 Tons weniger als zur selben Zeit im vorigen Jahre.

Plantage Ceylon Kaffee sind höher bezahlt, nativ Ceylon wird auf 53 sh. gehalten, aber nur 52 sh. a 52 sh. 6 d. jetzt geboten.

Gewürze still, Pfeffer fester, 4½ a 4⅝ d. Piment 4⅞ a 5 d. per Pfd.

Terpentinöl fest, 32 sh. 6 d. a 33 sh. 6 d. per Ztr.

Häute steigend.

Frankfurt, 22. Novbr. Mit Ausnahme von österr. Kredit-, Staatsbahn- und Darmstädter Bankaktien beider Gattungen, die zu höheren Kursen verhandelt wurden, waren die sonstigen Umsätze ganz ohne Bedeutung. Der hiesige Bankdiskonto ist auf 5 pCt. herabgesetzt worden.

Providentia wurde zu 105⅞ ⅞ 6 5⅞ verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78¾P. 78½G. 5pCt. Lombard-Ven. 88 P. 87½ G. Metall. alte à 5pCt. 76¾P. 76½G.; à 5pCt. in Silberb. R. 86½ P. 86 G.; à 4½pCt. 67⅜P. 67⅛G.; à 4pCt. 60½ P. 60 G.; à 3pCt. — P. — G.: à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56½ P. —— G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81 P. —— G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 94¾P. 94¼G.; 4pCt. Grundrente 94¾P 94¼G.; 4½pCt. 101¾P. 101¼G.; 5pCt. 100½P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91½P. 91 G.; 4½pCt. 102½P. 102¼ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½P. 91G.; à 4pCt. 99¼P. 98¾ G.; 4½pC. 101½ P. ——G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼P. 80¾G.; à 3½pCt. 90¼P. 89¾G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37⅛P. 36⅞G.; 1¼pCt. neue 23¼P. 23⅛ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1200P. 1197G. Neue Bankaktien 314P. 309G. Credit-Actien à 5pCt. 173⅛P 171⅞G. Darmstädter Bankaktien alte 369 P. 367 G.; junge 329 P. 327 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 493 P. 493 G. Mitteldeutsche Creditbank 100¼P. 99¾G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 103½ P. 103 G. Frankf. Bankaktien 113⅛ P. 112⅝G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510P. 505 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 569 P. 563 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 290 P. 288 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 143 P. 142½G. Neustadt-Weissenb. 103⅝ P. 103⅛ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100¾ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 352 P. 350 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80¼ P. 79¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79¼P. 78¾G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93¾ P. 93¼ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118 P. 117½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102½ P. 102 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114½P. 114 G. Badische fl. 35 Loose von 1815 50¼ P. 49¾ G. Darmst. Loose à fl. 50 118¼P. 117¾G. à fl. 25 34⅜P. 34¼G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40⅛ P. 39¾G. Nass. Loose à fl. 25 33⅜ P. 33½ G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 44 P. 43¾G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117⅞P. 117⅝G.
Augsb. fl. 100 k. S. ——P. 119¾G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99⅝P —G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 104⅞P. 104⅝G.	Paris Frs. 200 k. S 93½P. 93¼G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 104⅞P 104⅝G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96½P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112⅝P. 112⅜G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅞P 88⅝G.	Wien 3 M. mit 5% 112⅜P. 112⅛G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾P. 104½G.	Disconto - P. 6pCt G.

Neueste Nachrichten.

** München, 21. November. (Privat-Korrespondenz) Diesen Vormittag haben bei dem neuen Nuntius, Hrn. Fürsten Chigi, die Aufwartungen begonnen, und zwar mit dem diplomatischen Corps, den Hofchargen, hohen Staatsämtern ꝛc. Der Herr Nuntius empfängt in seiner Wohnung, in der Ludwigsstraße. — Der bayerische Gesandte in St. Petersburg, Herr Graf v. Bray, befindet sich seit einigen Tagen hier und es heißt, derselbe hege den Wunsch, nicht mehr nach Petersburg zurückzukehren. Sollte dies der Fall seyn, so würden mehrfache, schon seit einiger Zeit erwartete Veränderungen in der bayer. Diplomatie eintreten.

Berlin, 19. Nov. Es ist von einer Novelle zum Preßgesetz die Rede, die theils eine früher eingebrachte, ihrer Zeit von den Kammern abgelehnte Vorlage in modifizirter Gestalt erneuern, theils neue Bestimmungen in Vorschlag bringen würde. Es handelt sich um das Verbot auswärtiger Zeitschriften und Zeitungen vor der Verurtheilung durch inländische Gerichte, und außerdem um Ergänzung der besondern Preßgesetze hinsichtlich der Berichterstattung über gerichtliche Verhandlungen. (C. B.)

Berlin, 19. Nov. Der auf die Gefangenenfrage bezügliche Theil der Mission Dufour in Paris gilt bekanntlich für mißlungen. Diese Sendung bezog sich aber auch noch auf die Regelung der Frage im Allgemeinen und ist unter diesem Gesichtspunkte nach Allem, was man hört, noch nicht erledigt. Hier halten sich die Bestrebungen noch immer die Waage. Man war in Verwaltungskreisen einem friedlichen Austrag stets günstig gestimmt. Auch jetzt würde man eine ehrenhafte Transaktion dort wohl am freudigsten begrüßen. (Hamb. N.)

London, 19. Nov. Die Unterschleife in der Verwaltung der hiesigen großen Nordbahn werden heute nicht mehr auf 150,000 Pfd. Sterl., sondern auf das Doppelte geschätzt. Jeder Tag enthüllt neue, ausgedehnte Fälschungen ihres jetzt verhafteten Rechnungsführers Redpath, über dessen Verschwendungssucht ganz merkwürdige Geschichtchen in Umlauf sind. Im Windsor-Hotel in Paris, wo er mehre Male gewohnt hatte, betrug seine Wochenrechnung nie weniger denn 100 L. Um ein Bankett zum Besten irgend einer Wohlthätigkeits-Anstalt möglichst lecker zu machen, steuerte er oft 50 L. und auch 100 L. bei. So schickte er bei Gelegenheit eines Festessens für einen wohlthätigen Zweck, bei dem der Herzog von Cambridge den Vorsitz führte, folgende Beiträge: 50 L. für sich, 50 L. für seine Frau, dann wieder 105 L. „als Bewunderer des Herzogs“, und wieder 105 L., damit die Speisekarte reichhaltiger werde. Um solche noble Passionen zu befriedigen, mußte er im Großen fälschen, und überdies soll er bedeutend an der Börse gespielt haben, wo er drei der größten Maler beschäftigte. (N.-Z.)

London, 21. Novbr. Die heutige „Morning Post“ theilt gerüchtweise mit, daß die Bank von England eine Erhöhung des Zinsfußes für länger als einen Monat laufende Wechsel beabsichtige, (T. D. d. N. Z.)

Paris, 21. Novbr. Der heutige „Moniteur“ theilt mit, daß die Kunstausstellung für das Jahr 1857 am 25. März werde eröffnet werden. (T. D. d. N. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 327. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | **53. Jahrgang.** | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | **Montag, 24. November 1856.**

Deutscher Bund.

Bayern. München, 22. Nov. Se. Maj. der König haben dem Landwehr-Tambour Jakob Steger in Augsburg in huldvollster Anerkennung seiner fünfzigjährigen treuen und eifrigen Landwehrdienste das silberne Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen. (N. M. Z.)

München, 22. Novbr. Se. Maj. der König haben den talentvollen jungen Dichter, Hrn. Dr. Felix Dahn, zu einer Privataudienz berufen, und demselben die Allerhöchste Anerkennung seines poetischen Talents in den huldvollsten Worten ausgedrückt.

** München, 22. Novbr. (Privat-Korrespondenz.) Der Prinz und die Prinzessin Adalbert, welche bisher das Schloß Nymphenburg bewohnten, werden am 1. Dez. die für sie neueingerichteten, früher von dem Prinzen Luitpold und dessen Familie bewohnten Appartements in der königl. Residenz beziehen.

Bamberg, 22. Nov. Im Betreffe der barmherzigen Schwestern im hiesigen Krankenhause ist ein allerhöchstes Reskript erfolgt, nach welchem dem Orden dieselben Befugnisse, wie sie in anderen bayerischen Spitälern, wo derselbe eingeführt ist, gelten, auch dahier eingeräumt werden sollen. Das laische Wartpersonal wird entfernt, dagegen hat auch ein Wechsel der dahier befindlichen barmherzigen Schwestern einzutreten. (N. K.)

Bamberg, 23. Novbr. Se. Maj. hat der unter dem Namen Mechanische Baumwollenspinnerei und Weberei gebildeten Aktiengesellschaft zur Errichtung einer mechanischen Baumwollenspinnerei und Weberei an der Regnitz dahier mit einem Grundkapitale von drei Millionen Gulden nunmehr die allerhöchste Bestätigung ertheilt. (Bamb. Ztg.)

Preußen. Berlin, 20. Novbr. Die Debatten innerhalb der kirchlichen Konferenz (die bekanntlich über Einberufung und Zusammensetzung einer allgemeinen Landes-Synode der evangelischen Kirche, sowie über einige andere kirchliche Angelegenheiten beräth), welche schroffe Gegensätze in sich schließt, sollen mitunter einen ziemlich lebhaften Charakter an sich tragen; es fehlt, wie es namentlich aus den nichtoffiziösen Berichten hervorzugehen scheint, nicht an harten Anklagen und eben so harten Erwiderungen. (H. N.)

Berlin, 20. Novbr. Obgleich die Einzelnheiten der Thronrede schwerlich schon ganz festgestellt sind, wird doch allgemein angenommen, daß dieselbe einen nachdrücklichen Passus über die Neuenburger Angelegenheit enthalten werde. Dies würde nur insofern Bedeutung haben, als sich Preußen dadurch von Neuem engagirt. Die Vertreter einer friedlichen Lösung, die auch höheren Verwaltungskreisen nicht ganz fern stehen, sind besonders von diesem letzteren Gedanken beschäftigt. — Die auswärtigen Staaten, besonders Oesterreich und England, lassen es an Bemühungen und Rathschlägen nicht fehlen. England soll den Wunsch ausgedrückt haben, diejenigen Rechte und Attribute genau bezeichnet zu sehen, welche Preußen vor 1848 in Neuenburg besessen habe, von welchen daher anzunehmen sey, daß sie ihm durch die damaligen Ereignisse entzogen wurden. Der Wunsch läßt natürlich eine zweifache Auffassung zu. Er soll mit Rücksicht auf die zu gewinnende Grundlage für eine Regelung der Angelegenheit motivirt worden seyn. (H. N.)

Sachsen. Dresden, 19. Nov. Die „K. Z." und die „A. A. Z." brachten vor einigen Monaten die Nachricht aus Sachsen, daß in Dresden eine Mormonengemeinde bestehe, die Versammlungen halte, Proselyten mache u. s. w. Wie die „N. Pr. Z." berichtet, sind in Folge dessen von der hiesigen kgl. Polizeidirektion die genauesten Nachforschungen über den Ursprung dieser auch in sächsischen Blättern enthaltenen Mormonen-Nachricht angestellt worden, ohne daß man bis jetzt zu einem genügenden Resultate gelangen konnte. (Deutschl.)

Hannover. Hannover, 20. Nov. Man hört, daß die Regierung große Anstrengungen macht, um die bevorstehenden allgemeinen Wahlen zu ihren Gunsten ausfallen zu lassen. Namentlich soll auch die Geistlichkeit und der Schullehrerstand in Bewegung gesetzt worden seyn, alle Kräfte dahin aufzuwenden, daß nur regierungsfreundlich gesinnte Männer zu Abgeordneten in die zweite Kammer gewählt werden. Von Seiten der oppositionellen Partei sieht man dagegen noch kein Lebenszeichen. (Z. f. Ndd.)

Oesterreich. Aus Wien 20. Novbr. wird der „Frank. Postztg." geschrieben: Es muß jeden, der nicht näher in die eigentliche Sachlage eingeweiht ist, wundern, daß in den letzten Tagen plötzlich Alles über die glückliche Wiederherstellung der westmächtlichen Allianz stille geworden. Die englischen Blätter, welche vor Kurzem mit Emphase die Einigung der beiden Kabinette von Paris und London über die wichtigsten Streitpunkte des Friedenswerkes verkündeten, beginnen bereits wieder eine nicht sehr gelinde Kritik der Haltung des französischen Alliirten in retrospektiver Weise. Woher diese rasche Ernüchterung? Man hat sich in London schwerlich die Beseitigung der Differenzen so leicht vorgestellt, daß man ohne Weiteres an ein vollständiges, intimes Einverständniß mit dem Tuilerienkabinet glauben konnte. Die englischen Journale waren nur einem mot d'ordre gefolgt, das durch den Grafen Persigny nach der Hauptstadt an der Themse überbracht und im ersten Jubel über den scheinbar errungenen Sieg von den Staatsmännern weiter gegeben wurde. Aber die bloßen Versicherungen der unerschütterlichen Freundschaft konnten auf die Länge nicht beruhigen. Die einzige positive Konzession, deren Ueberträger der französische Gesandte in London war, bestand sicherem Vernehmen nach darin, daß Frankreich der Okkupation Oesterreichs in den Fürstenthümern und der Anwesenheit der englischen Flotte im schwarzen Meere insolange nicht in den Weg treten wolle, bis die schwebenden Friedensfragen zu einer Endberathung auf den Nachkonferenzen gereift wären. Mehr als dies hat das Tuilerienkabinet vorläufig nicht zugesagt. Man hat sich im Augenblicke der Bedrängniß, als die in Konstantinopel gelegten Minen nicht ihre erhoffte Wirkung thaten, in Paris für die diplomatische Verständigung entschieden und dadurch die Frage wegen der Konferenzen vorläufig vertagt. Nun aber kommt erst der Inhalt dieser Verständigung zur Sprache. Und hier bietet sich die Schwierigkeit, daß das französische Kabinet nicht mehr freie Hand hat, indem es sich früher zum Anwalt russischer Forderungen berufen glaubte und in dieser Beziehung, wie in den diplomatischen Kreisen wohl bekannt ist, nicht ohne gewisse bindende Verpflichtungen ist. Man sendet in neuester Zeit gewisse Mediationsvorschläge von Paris aus in die Welt, die sich auf die Bolgradfrage beziehen. Hiernach sollte die Lösung derselben einfach durch einen Damm bewerkstelligt werden, der sich zwischen den Yalpuksee und die Stadt Bolgrad hinziehen soll, als ob durch diese höchst naive Art einer Lösung wirklich die Gefahren beseitigt werden könnten, die mit dem russischen Besitze des Yalpuksees, der in die Donau mündet, verbunden sind. Es ist die Bolgradfrage eine solche, deren unzweideutige Lösung das hiesige Kabinet als eine Verpflichtung ansieht, die es mit der konsequenten Durchführung des Prinzipes der Donaufreiheit verbunden hält. Man kann daher sicher seyn, daß Oesterreich in diesem Punkte ebenso unerschütterlich seyn werde, wie England in allen jenen Punkten, die auf die Neutralisation des schwarzen Meeres Bezug haben. Es dürfte übrigens eine Erledigung der laufenden Geschäfte während der nächsten Wochen nicht so rasch wie gewöhnlich vor sich gehen, da die Abwesenheit Sr. Majestät den diplomatischen Verkehr etwas verzögert, wenn gleich mittelst täglichen Kurierwechsels der Kaiser ununterbrochen an der Erledigung der dringendsten Staatssachen Theil nimmt. Im Ganzen scheint es der Wunsch in den höchsten Kreisen zu seyn, daß Se. Majestät unmittelbar in höchsteigner Person die Wünsche der Bevölkerung in den lombardischen Provinzen kennen lerne und entgegennehme. Auf diese Weise hofft man zugleich am besten die Einleitung zu

der Einsetzung des künftigen Vizekönigs zu treffen. Bekanntlich hatte diese Stelle in frühern Jahren der verstorbene Erzherzog Rainer eingenommen.

§ Wien, 21. November. (Privat-Korrespondenz.) Aus Neapel lauten die Nachrichten geradezu widersprechend. Nach den Einen soll die Lösung des Konfliktes so gut als gewiß, nach Andern gerade das Gegentheil der Fall seyn. Als verbürgt können Sie folgendes betrachten: England hat durch seinen Gesandten vor kurzem die Mittheilung machen lassen, daß es eine baldige Hebung der Differenzen gerne sähe, und auch gegen eine fremde Vermittelung nichts einzuwenden hätte, wenn sich König Ferdinand zur Gewährung der verlangten Konzessionen herbeilassen würde, was man um so eher hoffen dürfe, da die Forderungen der Westmächte in manchen wesentlichen Punkten modifizirt wurden, wodurch ihnen das Herbe ihrer ursprünglichen Fassung genommen worden war. Diese Mittheilung war von der Erklärung begleitet, daß sich England jedes Schrittes enthalten werde, welcher von der revolutionären Partei zu Gunsten ihrer Tendenzen benützt werden könnte. Oesterreich hat nun auf Grundlage dieser Mittheilungen seinem Gesandten in Neapel neue Instruktionen zugeben lassen, damit dieser die Einwilligung des Königs erlange. Wie es jedoch scheint, waren auch diese neuester Bemühungen von keinem besseren Erfolge begleitet, als die früher zu demselben Zweck unternommenen, wodurch sich das Gerücht erklärt, daß England entschlossen sey, zu seinen ursprünglichen Forderungen gegen Neapel zurückzukehren. — Die von der „Allg. Ztg.“ gebrachte Angabe, daß der Feldzeugmeister Freiherr v. Heß an die Stelle des Marschalls Radetzky treten werde, klingt sehr unwahrscheinlich, da man bis jetzt allgemein den F.-Z.-M. Grafen Gyulay mit dem F.-M.-L. von Benedeck als ad latus als Nachfolger des Grafen Radetzky bezeichnete. — Glaubwürdiger ist die Nachricht von der Ernennung des Erzherzogs Karl Ludwig zum Vizekönig von Italien; gewiß ist aber die Ernennung des Erzherzogs Rainer, vierten Sohnes des früheren Vizekönigs von Italien, zum Präsidenten des Reichsraths.

In Pilsen ist am 18. Novbr. eine österreichisch bayerische Kommission (österreichischerseits wohnte derselben ein Ingenieur bei) zusammengetreten, um über den Anschlußpunkt der projektirten böhmischen Westbahn an die bayerische Ostbahn — mit Vorbehalt der höheren Genehmigung — Beschluß zu fassen.

Schweiz.

Bern, 21. Novbr. In Bernets, im Kanton Neuenburg, hat sich ein Komite, mit dem Hauptmann Cartier an der Spitze, gebildet, das die Neuenburger Offiziere und Soldaten des eidgenössischen Auszugs zu einer schon erwähnten Adresse an den Bundesrath auffordert. Dieselbe lautet: „Tit. Die Haltung, welche einige unserem Vaterlande feindlich gesinnte Regierungen in der Absicht, die Eidgenossenschaft einzuschüchtern, einnehmen, wird diese nöthigen, ihre Söhne aufzurufen, ihre Unabhängigkeit mit den Waffen in der Hand zu schützen und das heilige Banner unserer Vorfahren hoch wehen zu lassen. In dieser Voraussicht bitten Sie die Unterzeichneten, alle Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten des neuenburgischen Bundesauszugs, sie als die Ersten zu bezeichnen, dem feindlichen Feuer entgegen zu marschiren. Sie legen den feierlichen Schwur ab, eher ihren letzten Blutstropfen zu vergießen, als irgend eine fremde Herrschaft zu dulden. Unsere Bitte schließt mit dem Rufe: „Zur Avantgarde! Es lebe die Eidgenossenschaft!“ (Fr. J.)

Großbritannien.

London, 21. Nov. Die „Times“ meldet, daß eine definitive Lösung der Neuenburger Frage auf Schwierigkeiten stoße. Die „Times“ versichert ferner, daß die Lazzaroni in Neapel eine Verschwörung gebildet hätten, um die Franzosen und Engländer zu ermorden, falls die Feindseligkeiten ausbrechen würden.

Frankreich.

Paris, 21. Nov. Mehrere russische Marine-Offiziere befinden sich gegenwärtig in Toulon, wo sie von den Behörden mit der größten Zuvorkommenheit empfangen wurden. Dieselben besichtigen die dortigen Arsenale und Schiffe.

Paris, 21. Novbr. Gestern Abend hat der Marchese Antonini seine Pässe erhalten.

Spanien.

† Madrid, 17. Novbr. Die Insurrektion in Malaga will man einer Combination gewisser Schmuggler-Bewegungen zuschreiben, gut unterrichtete Personen halten sie jedoch für einen demokratischen Putsch. Sicher aber ist, daß alle Provinzen durch den Mangel an Subsistenzmitteln, die Furcht vor Hungersnoth und durch den Widerwillen vor der Wiedereinführung der Oktroi-Gebühren mehr oder weniger aufgeregt sind. Doch verfügt die Regierung über die nöthigen Mittel zur Unterdrückung jedes Aufstandsversuchs, namentlich wenn er einen republikanischen Charakter trägt, weil sie dann auf die Unterstützung von Männern rechnen kann, welche sie sonst sich selbst überlassen würden. — Es scheint, daß sich zu Malaga das Gerücht verbreitet hatte, in Madrid sey eine heftige Bewegung ausgebrochen und die Regierung erlegen. Dies erklärt die Kühnheit der Rebellen.

Den neuesten Depeschen aus Madrid zufolge haben die Ruhestörungen in Malaga keine weitere Folge gehabt. An allen übrigen Orten ist es ruhig geblieben.

Italien.

In Paris zirkulirt die Abschrift eines angeblichen Briefs des Papstes an den König Ferdinand, in welchem Pius IX. denselben zur Nachgiebigkeit ermahnt. Es kommen darin folgende Stellen vor: „Es ist nicht meine Absicht, die Gesetzlichkeit des Ansinnens zu erörtern, das man an die Regierung Ew. Majestät stellt. Aber als Vater aller Gläubigen in Jesu Christo und als Nachfolger der Apostel, welche die Welt zum Gesetz der Liebe und der Versöhnung bekehrt haben, erfülle ich heute eine Sendung des Friedens. Ich wende mich an Sie, theuerster Sohn, und ich beschwöre Sie, nicht zu vergessen, daß die Nachgiebigkeit, statt zu erniedrigen, oft den Charakter ehrt, und daß sie außerdem eine Gott wohlgefällige Tugend ist. . . . Wenn Sie denn, theuerster Sohn, den Rathschlägen zweier Großmächte weichen und sich den Wünschen eines feierlichen Kongresses, des Organs der Souveräne Europas, fügen sollen, wenn Ihre Staaten in der That Reformen verlangen, deren Ausführung die Menschlichkeit gebietet, so glauben Sie, daß die Kirche Jesu Christi diese großmüthigen Zugeständnisse von Ihrer Seite segnen wird, und daß ich selbst, Ihr Vater in unserm Herrn, Freudenthränen weinen und Gott von ganzer Seele verherrlichen werde.“

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Konstantinopel, 10. Nov. Wir haben sehr bedenkliche Nachrichten aus dem schwarzen Meere. Man ist von beiden Seiten sehr aufgeregt. Die Engländer umgeben die Schlangeninsel und lassen die Russen nicht zu, selbst nicht, um die armen Teufel mit Lebensmitteln zu versorgen, die sie daselbst gelassen haben. Es sind ihrer im Ganzen sechs und darunter Ein Offizier und Ein Arzt. Die Engländer überwachen ferner den Hafen von Odessa und einen Theil des Meeres, der sich zwischen diesem Hafen und der Schlangeninsel befindet. Man fügt hinzu, daß die Engländer an Sefer Bey, der in Anapa gegen die Russen kämpft, Waffen und Munition gesendet haben. Diese Umstände können später einen verdrießlichen Zwischenfall herbeiführen.

Konstantinopel, 14. Nov. Das neue türkische Ministerium wird gebildet aus: Reschid Pascha, Ministerpräsident; Ali Pascha, gewesener Großvezier (sehr günstig für Oesterreich), Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Riza Pascha, Kriegsminister; Mustapha Pascha, Minister ohne Portefeuille. (Fr. P.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 21. Nov. Dem Bruder des Kaisers, Großfürsten Nikolaus, ist ein Sohn geboren worden. — Die preuß. Generale von Brauchitsch, Schlemüller, Rudolphi, Kleist, Schichting, sowie Oberzeremonienmeister Frhr. v. Stillfried und der Oberjägermeister Graf v. d. Asseburg haben vom Kaiser von Rußland Dekorationen erhalten. Der erste Adjutant des Sultans, Mahmud Pascha, hat den weißen Adlerorden erhalten. (W. T. B.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 23. Novbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met 76¾; 4½pCt. Met. 67½; Wiener Bankaktien 1194; 5pCt. Lomb. 87¼; Wiener Wechsel l. S. — —; 3pCt. inl. span 36⅞; 1 pCt. neue 23⅛. Oesterr. Kreditaktien 166½. Darmstädter Bankaktien 366. Bayerische Ostbahn 100¾. Luxemburger internationale Kreditbank 491.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 328.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 25. November 1856.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 22. Nov. In der Bundestagssitzung vom 20. l. M. ließen die Regierungen von Oesterreich, Preußen, Bayern und Baden der Versammlung mittheilen, daß sie, im Vollzuge des bezüglich der Neuenburger Angelegenheit am 6. d. gefaßten Beschlusses ihre bei der Schweizer Eidgenossenschaft beglaubigten diplomatischen Agenten zu dessen Ausführung entsprechend instruirt haben. — Die Erben Friedrichs v. Schiller hatten schon früherhin ein Gesuch um Verlängerung des den Werken Schillers verliehenen Privilegium zum Schutze gegen den Nachdruck überreicht, eine Beschlußfassung hierüber war aber noch nicht erfolgt. Nachdem nun in der Sitzung vom 6. l. M. beschlossen worden ist, dem durch die Beschlüsse vom 9. Nov. 1837 und 19. Juni 1845, sowie durch besondere Privilegien den Werken der Literatur und Kunst gewährten Schutz in der Art zu erweitern, daß derselbe noch bis gegen Ende des Jahres 1867 in Kraft bleibt, hiedurch aber zugleich dem vorerwähnten Gesuche für den gedachten Zeitraum entsprochen ist, so beschloß die Versammlung nach Antrag der Reklamationskommission, den v. Schiller'schen Erben in Erwiderung ihres Gesuches von dem am 6. d. gefaßten Beschlusse Kenntniß geben zu lassen. (Fr. J.)

Bayern. **München**, 22. Nov. Um dem so lebhaften Gränzverkehre zwischen Bayern und den kaiserl. österreich. Kronländern Böhmen, Oesterreich ob der Ems, Salzburg, dann Tyrol mit Vorarlberg jede thunliche Erleichterung zu gewähren, ist zwischen unserer kgl. bayer. und kaiserl. österr. Regierung eine Uebereinkunft abgeschlossen worden, wonach die bayerischen Postkarten als giltige Legitimationsurkunden zum Gränzübertritte und 14tägigen Aufenthalte in den genannten Kronländern anerkannt sind. Damit aus dem Zugeständnisse der bayerischen Postkarten reciprok die gleiche Verkehrserleichterung auch für die österreichischen Staatsangehörigen erwachse, ist den in Oesterreich einzuführenden Legitimationskarten, insoferne sie aus den österr. Kronländern herrühren, in welchen die bayerischen Postkarten zugelassen sind, in Bayern seiner Zeit eine gleiche Geltung einzuräumen. (B. Ldbötin.)

Aus **München**, 20 Nov. wird der „Köln. Z." geschrieben: „Die jüngsten Erlasse des Oberkonsistorium würden vielleicht gar nicht zur Ausführung kommen; dieselben hätten allerhöchsten Orts nicht nur keinen Anklang gefunden, sondern sogar mißbilligende Aeußerungen veranlaßt, welche zwar zur Zeit noch keinen offiziellen Ausdruck erhielten, dessen ungeachtet aber der betreffenden Stelle nicht vorenthalten geblieben seyen. Es scheine also, daß diese vielbesprochenen Erlasse der Sanktion des summus Episcopus von vorn herein entbehrt haben und diese auch nachträglich keinesfalls erfolgen dürfte."

Preußen. **Berlin**, 21. Novbr. Ueber den Umfang der erhöhten Steuern, die uns bevorstehen, vernimmt man sehr verschiedene Meinungen und, wie es scheint, ist die Finanzfrage auch jetzt noch im Staatsministerium zu keinem bestimmten Abschluß gelangt. Der Finanz- und der Handelsminister suchen nach steuerbaren Objekten umher, wie wir dies schon öfter erlebt haben; und da die hohe Jagd sich sehr beschwerlich oder gefährlich erweist, scheint man doch wieder darauf zurückzukommen, allerlei kleinere Steuerquellen nicht zu verschmähen. Es ist von verschiedenen Luxussteuern die Rede. Auch sollen die Frachtbriefe besteuert werden, der Hauptschlag wird doch die Wiedererhöhung der Salzsteuer bleiben, wodurch jede Tonne Salz um 3 Thaler, von 12 auf 15, im Preise steigen soll. Seit 14 Jahren ist das Budget von 75 auf 112 Millionen Thlr. gestiegen, gegen 100 Millionen neue Staatsschulden sind gemacht worden. Ohne Krieg und innere Störungen hat der Staat seit sechs Jahren fortgesetzte Deficits gehabt, fortgesetzt neue größere Steuern und Lasten seinen Bürgern auferlegt, fortgesetzt neue Schulden kontrahirt, und noch jetzt fährt er mit Abgabenerhöhungen weiter fort, statt das System zu ändern, an welchem die Schuld dieser Uebelstände liegen muß. Die Besteuerung des Salzes ist ohnehin eine ebenso wenig zu billigende wie die Besteuerung des Brodes und des Fleisches. Im Jahre 1848 war es eine der voranstehenden Forderungen, das Salzregal aufzuheben, durch das der Industrie sowohl großer Schaden gethan, wie verhindert wird, daß die ungeheuren Salzschätze, die jetzt in der Provinz Sachsen vollkommen todt liegen müssen, benutzt werden können. Man würde das Pfund Salz für wenige Pfennige kaufen, statt es jetzt mit einem Groschen zu bezahlen und nun noch höher im Preise steigen zu sehen. (Ztg. f. N.)

Berlin, 20. Novbr. Die Brennmaterialien sind für diesen Winter außerordentlich im Preise gestiegen.

Berlin, 20. Novbr. Neuere Mittheilungen aus Paris bringen die Nachricht, General Dufour habe bei dem Andringen des Kaisers Napoleon auf Einstellung des Gerichtsverfahrens gegen die Neuenburger Royalisten die Erklärung abgegeben: die Bundesbehörde werde im Hinblick auf die bestehenden Gesetze sich nur dazu herbeilassen können, nach dem Schluß der Voruntersuchung die Gefangenen gegen Ehrenwort ihrer Haft zu entlassen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Freilassung keineswegs dem von preußischer Seite verfolgten Zweck entsprechen würde; denn unsere Regierung verlangt keine bloß momentane, sondern eine prinzipielle Lösung des Widerspruchs zwischen der Aktion des eidgenössischen Strafgesetzes und den internationalen Verpflichtungen der Schweiz. Sie fordert, daß

Die Voies ferrées in Frankreich und ihr Nutzen als Zweig-Eisenbahnen.

Unter der Bezeichnung „Voies ferrées" (zur Unterscheidung von den gewöhnlichen Chemins de fer) ist in der jüngsten Zeit in Frankreich eine Art Eisenbahnen in Aufnahme gekommen, die zwar nicht als neue Erfindung auftritt, in vereinzelten Fällen vielmehr schon früher angewendet wurde, die aber in ihrer ganzen staatswirthschaftlichen Bedeutung erst jetzt die eingehendste Beachtung gefunden zu haben scheint.

Den Voies ferrées liegt eine nicht neue Idee zu Grunde; sie bilden im Allgemeinen Eisenbahnen, deren Gestänge dem Laufe vorhandener Chausseen folgt und in deren Besteinung eingelegt ist; mittelst Pferdebetriebes werden sie von Gesellschaften zum Transport von Personen und Gütern ausgenutzt. Sie unterscheiden sich daher von den vielfach angewendeten sogenannten Pferdebahnen nur in der, wirthschaftlich allerdings sehr wesentlichen Mitbenutzung der Chausseen und stützen sich in ihrem Prinzipe, wie jene, auf die Thatsache, daß ein Pferd mittelst eines auf Eisenschienen laufenden Fuhrwerks auf horizontalem Wege das 6- bis 7fache des Gewichts zu befördern im Stande ist, welches von ihm mit Fuhrwerk auf gewöhnlichen Chausseen gezogen werden kann. Man verwendet die Voies ferrées in Frankreich an Stelle von Zweigbahnen gewöhnlicher Art zur Verbindung kleinerer Distrikte mit größeren Ortschaften und vorzugsweise mit großen Eisenbahnrouten.

Betrachtet man die Leistungsfähigkeit gewöhnlicher Chausseen als Kommunikationsmittel gegenüber den Eisenbahnen, und verbindet man damit zugleich eine Ueberschlagung der Anlagekosten dieser Letzteren, so wird man schon bei oberflächlicher Untersuchung unzweifelhaft darauf hingeführt, daß es in vielen Fällen einen Stand der Produktion geben muß, dem die gewöhnliche Chaussee als Transportweg nicht genügt und damit zum Drucke gereicht, ohne gleichwohl bedeutend genug zu seyn, die Aufwendung der großen Geldmittel einer Eisenbahnanlage gewöhnlicher Art zu rechtfertigen und diese Kapitalien zu allseitigem Nutzen

die Gefangenen grundsätzlich außer Verfolgung gesetzt werden, daß die Unterthanen des Königs wegen ihrer Bemühung, den ehemaligen Rechtszustand wieder zur vollen Geltung zu bringen, nicht von der Schweiz als Verbrecher bestraft werden. (Fr. Postz.)

Mecklenburg. Malchin, 20. Novbr. Unter den heutigen Verhandlungen des Landtags ist wohl als die wichtigste hervorzuheben, daß der Antrag Maneckes, „beide allerdurchlauchtigste Landesherren zu ersuchen, daß allerhöchstdieselben geruhen möchten, sofort Verhandlungen eintreten zu lassen, um den Anschluß der beiden Herzogthümer Mecklenburg an den deutschen Zollverein möglichst bald herbeizuführen," mit 90 gegen 33 Stimmen abgelehnt worden ist. (M. Z.)

Luxemburg. Luxemburg, 20. Nov. Vor einigen Tagen veröffentlichte die Regierung ein Manifest, worin sie die Majorität anklagte, durch allerhand Gerüchte rc. verleitet worden zu seyn, leidenschaftlich gehandelt zu haben, und worin sie abermals die Krone bloßstellt. Der Prinz bereist das Land und spricht auf den Banketten im gleichen Sinne. Als die Kammer am 19. Nov. zusammentrat, waren diese Sachen noch ganz neu, und es war der Opposition unmöglich gewesen, sich über den einzuschlagenden Weg zu verständigen; sie verlangte deßhalb 24 Stunden Aufschub. Die Regierung widersetzte sich und bei der Abstimmung ergaben sich für die Regierung 25, für die Opposition 24 Stimmen. Die Regierung ist also auf einem Punkte angelangt, wo sie nur durch günstige Zufälle Siege erringen kann. In der That war ihr gestriger von kurzer Dauer. Gleich nach dem Votum erhoben sich 23 der Opponenten (der Präsident konnte seinen Sitz nicht verlassen) und gingen aus dem Saale, und da die Regierungspartei nur 26 zusammenbringen kann, so konnte die Sitzung nicht fortdauern und auch diesen Morgen keine stattfinden. (K. Z.)

Luxemburg, 21. Nov. In der heutigen Nachmittags-Sitzung unserer Kammer, in welcher nur 23 Deputirte anwesend waren, verlas der Regierungspräsident Hr. Simons einen Beschluß der Regierung vom heutigen Tage, wodurch die diesjährige ordentliche Session geschlossen wird. (K.Z.)

* **Oesterreich.** Wien, 19. Nov. Heute veröffentlicht die „Wiener Ztg." die Konzessionsurkunde für den Bau jener ungarischen Bahnstrecken, die man mit dem Gesammtnamen Theißbahn bezeichnet. Der Gesellschaft, welche aus Mitgliedern des höchsten Adels und bedeutenden Banquiers besteht, sind demnach überlassen die im Baue befindlichen Staats-Eisenbahnstrecken a) von Szolnok nach Debreczin und b) von Püspök-Ladany nach Großwardein mit der Verbindlichkeit zum Ausbaue derselben für den Lokomotiv-Betrieb; ferner ist den Konzessionären das ausschließende Recht zum Baue einer Lokomotivbahn c) von Pesth nach Miskolcz, d) von Miskolcz nach Kaschau, e) von Miskolcz über Tokay nach Debreczin, f) von Arad zum Anschluß an die Eisenbahnlinie Szolnok-Debreczin auf der Strecke zwischen Püspök-Ladany und dem linken Theiß-Ufer und das Recht zum Betriebe der genannten Bahnstrecken für den Personen und Sachentransport der Art ertheilt, daß Niemanden während der ganzen Konzessionsdauer gestattet werden wird, zum öffentlichen Gebrauche eine Eisenbahn zu errichten, welche dieselben Endpunkte verbinden würde, ohne neue Zwischenpunkte zu berühren, welche von der Staatsverwaltung in strategischer, politischer oder kommerzieller Hinsicht für wichtig erkannt werden.

Großbritannien.

Prinz Alfred, der zweit-älteste Sohn der Königin, ist am 17. d. M. in Genf angekommen, wo er vermuthlich den Winter zubringen wird.

Frankreich.

* Paris, 22. Novbr. Das „Pays" sagt in Betreff der vom Bundesrathe gestellten Forderung, Preußen soll erst die Unabhängigkeit Neuenburgs anerkennen, bevor in eine Freilassung gewilligt werden könne: „Ein solcher Vorschlag hat wenig Aussicht auf Erfolg; das hieße in der That die Frage durch die Frage lösen, weil Preußen diese Freilassung als nothwendige Vorläuferin jedes Uebereinkommens verlangt. — Die Situation Neuenburgs ist allerdings verwickelt; allein man kann doch nicht von Preußen verlangen, mit dem Aufgeben von Rechten zu beginnen, welche Niemand ernstlich in Frage stellen kann, und die nur von Preußen selbst zugleich mit den übrigen Mächten modifizirt werden können."

Paris, 22. Nov. Emile de Girardin hat seinen Antheil an der „Presse" Herrn Milhaud, früherem Associe des Herrn Mirés, abgetreten. (T. D. d. A. Z.)

Spanien.

† Herr Sylvester de Sacy schildert in den „Debats" die Umtriebe und die Stellung der politischen Parteien in Spanien, die durch kleinliche Eifersüchteleien gespalten sind, besonders die konservative Partei, und diese Spaltung ist die Hauptursache ihrer Niederlagen und ein wahres Unglück für Spanien, dessen Regierung ganz in den Händen der konstitutionellen Royalisten seyn würde, wenn sie nur einig wären. So aber ist ein Theil derselben für Narvaez und Pidal, andere dagegen sind ihre Feinde, und haben sogar diesen beiden Ministern offen den Krieg erklärt, was gar nicht zu entschuldigen ist, weil die Regierung durch den Sturz jener Männer in feindliche Hände gerathen könnte. So geht die Spaltung der konstitutionellen Partei immer weiter und weiter, statt daß sie fest zusammenhalten müßte, um den Absolutisten zu widerstehen. Letztere dagegen fassen wieder Muth; und die Absolutisten von der Armee, dem Bürgerstande und der hohen Geistlichkeit haben ein enges Bündniß abgeschlossen, so daß sie jetzt eine kleine, aber mächtige Partei bilden. Sie bestürmen die Königin fortwährend mit ihren drängenden Einflüsterungen, und haben ihr sogar unter dem Namen Fusion eine Transaktion vorgeschlagen, welche die Königin bis jetzt zurückgewiesen hat, die man aber nicht verzweifelt ihr aufzudringen. Es handelt sich um die Heirath der Thronerbin, der Prinzessin von Asturien, mit dem jungen Prinzen Karl, Infanten von Spanien, ältestem Sohne des Infanten Don Juan, Bruder des Grafen v. Montemolin. Da Letzterer keine Kinder hat, so wird der Prinz Karl einst das Haupt des Familienzweiges von Don Karlos seyn, und durch diese Heirath würde also eine Aussöhnung zwischen den Familien Ferdinands VII. und des absolutistischen Prätendenten Don Carlos erreicht werden. Die Prinzessin v. Asturien ist jetzt 5 Jahre alt und der Prinz Karl 9 Jahre. Mit der Heirath wäre die Königin ganz einverstanden; allein die Absolutisten verlangen noch obendrein, daß sie zu Gunsten ihrer minderjährigen Tochter abdanke und eine Regentschaft von drei Mitgliedern ernannt werde, zu denen auch die beiden Väter der Verheiratheten, der jetzige König und der Infant Don Juan, gehören sollen. Man begreift, daß die Königin nicht wenig über solche Vorschläge erzürnt war, und sie mit Heftigkeit von sich wies; allein die Absolutisten lassen so bald nicht nach und wer weiß, ob die Königin nicht in einem Augenblick der Ueberraschung und der Ermüdung unterliegen wird! Das wäre ein großes Unglück für Spanien, und wahrscheinlich würde es eines Tages sich erheben, um seine Unabhängigkeit zu proklamiren. Das Treiben der Absolutisten beunruhigt selbst das Ministerium, und einen Augenblick verzweifel-

---

verwenden zu können. Es bildet sich damit die Ansicht, daß zwischen den beiden Kommunikationsmitteln, die Lokomotivbahn auf der einen, die Chaussee auf der andern Seite (von den Wasserstraßen wegen ihrer mehr lokalen Bedeutung abgesehen), ein Mittelglied fehlt, und daß dieser Mangel vorzugsweise da hervortritt, wo es sich darum handelt, kleinere Distrikte ohne besonders hervorragende Produktion und ohne bedeutendes Hinterland mit den Hauptverkehrsrouten oder direkt mit den Sammelplätzen der Bevölkerung und den großen Konsumtionsplätzen in Verbindung zu setzen.

Eine Zweigbahn für Lokomotivbetrieb, einspurig und haushälterisch angelegt, wird nach der vorliegenden Erfahrung nur in ausnahmsweise günstigen Fällen zu einem geringeren Preise als 180,000 Thaler per Meile beschafft werden können.

Aber ein Verkehr, der zwar zur Anlage einer Bahn nicht genügend erscheint, kann noch erheblich genug seyn, um eine größere Transporterleichterung wünschenswerth zu machen, als sie mittelst Chausseen zu gewähren ist. Die Mangelhaftigkeit der gewöhnlichen Chaussee als Kommunikationsmittel liegt, wie bekannt, einestheils in der geringen Arbeitstheilung, die beim Gebrauch dieses Verkehrsmittels üblich, da die Mehrzahl der Produzenten dabei zugleich die Transportunternehmer bilden, anderntheils in der vergleichsweisen Unvollkommenheit der mechanischen Vorrichtung. Um bei Letzterem stehen zu bleiben, so ist die Gewichtsmasse, die von einem Pferde per Chaussee befördert werden kann, bekanntlich nicht sehr bedeutend; sie hängt erfahrungsmäßig außer von der Beschaffenheit der Fahrbahn selbst wesentlich von den Steigerungsverhältnissen des Weges ab. In den gewöhnlichsten Fällen (gute Chausseen mit abwechselnden Steigungen von 1 : 100) befördert ein kräftiges Pferd etwa 60 Zentner mit einer Geschwindigkeit von ½ Meile pro Stunde. Man erkennt, welche verhältnißmäßig große Zahl einzelner Kräfte zur Bewältigung eines täglichen Verkehrs von einigen tausend Zentnern erforderlich ist und wie der Transport damit relativ kostspielig wird, obwohl die Kosten der Anlage des Weges selbst,

ten Narvaez und Pidal sogar an dem Heile Spaniens. Die Lage Spaniens ist also sehr ernster Natur, und es ist durchaus nothwendig, daß die konservative Partei ihre Zwistigkeiten vergesse und sich um die Königin schaare.

Italien.

Turin, 18. Novbr. Die russischen Bemühungen haben in Piemont großen, wenn nicht vollständigen Erfolg gehabt. Graf Stakelberg, bekanntlich ein sehr geschickter Diplomat, hat die anti-österreichischen Gefühle Sardiniens auf die feinste Weise ausgebeutet, und in Turin ist man jetzt, wenn möglich, noch russischer gesinnt, als am französischen Hofe. England hat in Piemont allen Einfluß verloren, seit es, durch die Umstände gezwungen, die kleinlichen Interessen Piemonts links liegen läßt und in Gemeinschaft mit Oesterreich die Interessen vertheidigen muß, die zu dem orientalischen Kriege die Veranlassung gegeben haben. (K. Z.)

Amerika.

New-York, 6. Nov. Buchanan's Wahl zum Präsidenten bedeutet so viel als Sieg der Sklavenhalter des Südens über die freie Arbeit des Nordens. Heute stehen 25 Millionen des amerikanischen Volks, Freie oder Sklaven, Eingeborene oder Fremde, Weiße oder Schwarze, unter dem Gewaltdruck von 350,000 Sklavenhaltern. 350,000 Sklavenzüchter regieren die Exekutive. 350,000 Sklavenbesitzer bestimmen den Senat und haben während der letzten drei Monate alle unabhängige Thatkraft in dem Repräsentantenhause unterdrückt. 350,000 Sklavenherren werden auch die nächste Legislatur beherrschen. Die Amtsbesetzung, die Staatseinnahmen, die Armee, die Flotte, die föderalen Gerichtsbehörden sind in den Händen dieser 350,000 Menscheneigenthümer, die nur noch Einen Schlag zu führen haben, um ihre Plane der Tyrannei durchzuführen. Diese Plane beabsichtigen nichts weniger, als den Erwerb von Cuba durch jedes Mittel, die Annexation von Zentralamerika, die Zerstückelung von Mexiko, die Wiedereinführung des afrikanischen Sklavenhandels und die eventuelle Aneignung des Amazonenthals. Der sekundäre Weg, auf dem dies erreicht werden soll, ist die Verwandlung der föderalen Territorien in Sklavenstaaten und der Ausschluß künftiger freier Staaten von der Aufnahme in die Union. Texas soll in vier Staaten getheilt werden, um sechs Senatoren und ein Dutzend Repräsentanten zur Verstärkung der Sklavenmacht zu liefern. Jetzt läßt sich die amerikanische Geschichte der nächsten vier Jahre, wie folgt, vorherbestimmen: Wir werden Kansas ein Sklaventerritorium und einen Sklavenstaat werden und die Sklaverei als eine nationale Institution und Quelle der politischen Macht über das gesammte Gebiet der Vereinigten Staaten ausdehnen sehen.*) Die Sklaverei wird sich in den Besitz und die Ausübung der Föderalregierung festbohren und wird die Sklaveninteressen zu neuen und größern Unternehmungen anregen, als je bisher gesehen worden sind. Es wird nicht an Versuchen fehlen, die Gesetze, welche die Einfuhr von Sklaven verbieten, aufzuheben. Die Flibustiereinfälle in Zentralamerika und Cuba werden mit erhöhtem Aufschwung fortdauern. Unsere auswärtige Politik wird auf der Grundlage des Ostende-Manifestes gefährlichen Krisen und Verwickelungen, vielleicht Kriegen mit europäischen Mächten entgegengeben. Das Interesse der Sklaverei wird alle andern sich unterwerfen und unser Handel, Manufakturen und Ackerbau, alle Formen der freien Arbeit, seine Satelliten werden. (D. A. Z.)

*) Der angeblichen Nachricht des „New-York-Herald“, Buchanan wolle Kansas als freien Staat in die Union aufnehmen, kann kein Gewicht beigelegt werden, abgesehen selbst davon, daß der Präsident dies aus eigener Machtvollkommenheit gar nicht thun kann. Die Red. d. „N. W. Z.“

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 22. Nov. Nach der „N. Preuß. Ztg.“ ist der englische Kunstkritiker Hr. Morris Moore gestern Abend 10 Uhr verhaftet worden. Der Zweifler an der Aechtheit seines Raphael war der Direktor Waagen, gegen den Hr. Moore schon in London eine heftige Polemik geführt hat. (Allg. Z.)

Aus Dresden veröffentlicht der Vorstand der Schiller-Stiftung (zum Besten bedürftiger Schriftsteller), daß sich das bis jetzt angesammelte Kapital schon auf 6000 Thlr. belaufe. Wie früher eine Hamburger Dame, so hat im Laufe des Sommers auch der Buchhändler Heinrich Brockhaus in Leipzig der Schiller-Stiftung die bedeutende Summe von 1000 Thlrn. gespendet.

* Zum Besten der Schillerstiftung für hülfsbedürftige verdiente Schriftsteller und deren Hinterlassene ist im Verlag von H. Hübner in Leipzig erschienen unter dem Titel: „Dichterstimmen der Gegenwart“ eine Sammlung vom Felde der deutschen Lyrik seit 1850, herausgegeben von Karl Weller. Die geachtetsten Dichternamen sind darin durch Beiträge vertreten und haben sich in der Mehrzahl freundlichst selbst betheiligt. Die Sammlung ist 36 Bogen stark, in Schillerformat schön ausgestattet mit Titelvignette, der Subskriptionspreis ist auf 1 Thlr. 6 Ngr. für das brochirte, und 1 Thlr. 18 Ngr. für das in engl. Leinwand mit Goldschnitt und Titelvignette gebundene Exemplar festgesetzt. Mit Ende dieses Jahres tritt ein erhöhter Ladenpreis ein.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 20. bis 25. Novbr.)

Samstag. Es war vorauszusehen daß die festen Schritte an allen Börsen in unbesonnenes Laufen ausarten würden, was denn eine Ueberstürzung herbeiführte, die die klugen Leute benutzen — und die immer und immer von Denjenigen gesühnt wird, die alles wegwerfen, weil es niedrig, oder es zusammenkaufen, weil es steigt, die Besonnenheit würde nur dann kaufen, wenn es recht niedrig ist und ebenso umgekehrt. — Die Besorgnisse der englischen Bank, welche ihren Diskonto immer mehr hinaufschraubt, wird von den Kontinentalbörsen nicht getheilt. — Auf unserm Platz ist das Geld wieder recht flüssig und hat die Bank sich veranlaßt gefunden, die Initiative zu ergreifen und Diskonto auf 5 pCt. zu erniedrigen. Wir begrüßen diese Maßregel als ein glückliches Zeichen der Unabhängigkeit der Bank. Möge sie nur immer mehr zu sich selbst Vertrauen fassen und sich durch zuletzt doch ohnmächtige Gegenbestrebungen nicht beirren lassen. Die Leipziger Bank hat bereits den Zinsfuß von 7 auf 6 gemildert. Der Handel in den meisten Fonds und Aktien war diese Woche außerordentlich lebhaft. Oesterr. Papiere nahmen ansehnlichen Aufschwung. Metalliques und National ca. 1 pCt. und die so lange vernachlässigten neuen Loose über 2½ pCt, letztere, wie es scheint, zum Theil deßhalb, weil von einer Seite her auf Ultimo stark darin gefixt worden ist. Am bedeutendsten war indeß die Hausse in

---

abweichend von dem Transporte per Eisenbahn entweder gar nicht oder doch unerheblich auf ihm lasten.

Die oben gedachten Straßen-Eisenbahnen, wie sie in Frankreich eingeführt sind, scheinen das hiernach wünschenswerthe Zwischenglied zwischen Chaussee und Eisenbahn bilden zu können; mittelst ihrer kann mit einer bestimmten Kraft bei weitem mehr befördert werden, als auf Chaussee, und andererseits sind ihre Kosten den Lokomotivbahnen gegenüber so niedrig, daß ein vergleichsweise geringer Verkehr zu ihrer Rentirung hinreicht. Durch diese geringen Kosten, die bei der Mitbenutzung der Chausseen erwachsen, gleicht sich der Nachtheil überreichlich wieder aus, daß die Straßen-Eisenbahnen statt der Dampfkraft der gewöhnlichen Eisenbahnen nur die Kraft von Pferden als Bewegungsmittel verwenden können (bei Benutzung der Chausseen kann begreiflich das Befahren der Gleise mit Lokomotiven wegen der übrigen Passanten des Weges nicht gestattet werden und ist daher bei den französischen Straßenbahnen nicht eingeführt.)

Bei den französischen Konzessionen fraglicher Art werden die Chausseen direkt zum Unterbau der Gleise benützt und nur stellenweise zur Vermeidung stärkerer Steigungen und scharfer Krümmungen verlassen, innerhalb des Gleises wird Besteinung hergestellt; die Unternehmer haben, außer der Unterhaltung des Gestänges selbst, die Besteinung innerhalb der Schienen und eines Streifens von etwa einem Fuß Breite zu beiden Seiten zu unterhalten; eine Entschädigung für Mitbenutzung der Chaussee wird nicht geleistet. Das Anlagekapital für eine Straßeneisenbahn ist, wie hieraus hervorgeht, einer Lokomotivbahn gegenüber unbedeutend; französischen Journalen nach haben die Kosten 17,000 bis 24,000 Fr. pro Kilometre (in einem ausnahmsweisen Falle 27,000 Fr.) betragen, d. h. 33—47,000 Thlr. pro deutsche Meile.

(Schluß folgt.)

österr. Bankaktien (nahezu 100 fl.), welche, wie wir schon oft bemerkten, ganz unverhältnißmäßig zurückgeblieben waren. Wie wir aber Eingangs sagten, man überstürzte sich auch hier und machte Reaktion unvermeidlich, zumal die Wiener Börse den Sturmmarsch nicht nur nicht unterstützte, als vielmehr darin nachließ. Wir halten indeß die Aufmerksamkeit auf das Papier nach wie vor gerichtet und ist jetzt kurz vor der Dividende nicht wohl zu erwarten, daß der Rückgang weiter um sich greift. Man taxirt die Dividende auf 35 fl. Der wirkliche Kapitalist stirbt nie aus, das beweist der Stand der süddeutschen Papiere. In den schlechtesten Perioden standen sie unbeweglich und jetzt sind sie an manchen Börsen nicht zu finden. Es sind dies sowohl die 4½ prozentigen über Pari als die 3½ prozentigen. Besonders waren bayerische gesucht; was denn doch endlich auch auf die garantirten Ostbahnaktien, die wir ohne Widerrede für das billigste Papier des Kursblattes erklären, zurückwirken muß. Von 4½ prozentigen kurhessischen Nordbahn-Prioritäten wurde ein Posten zu Pari gehandelt. 5 pCt. franz. Ostbahn-Priorit. à 93 bis ½; bekanntlich ist diese Obligation mit 150 Fr. Prämie rückzahlbar. Ganz besondere Beachtung verdient das Höhergehen aller Lotterie Anlehensloose. Die gehobene Stimmung hat auch die span. Fonds gesteigert. Nach 22¼ haben sie 23⅜ wieder erreicht. In 3 prozentigen ist der Umsatz ganz vereinzelt und zufällig. — Wie immer bewegten sich die Sprünge und Kapricen der Börse in den Kreditaktien, sie bilden den Hauptbebel des Geschäfts. Das Publikum hat nichts gelernt und nichts vergessen, die große Masse läuft einigen Leithammeln nach, und doch wird Niemand für die Frage eine Verpflichtung übernehmen wollen, nach welcher Berechnung eine Kreditaktie so und so viel Agio werth ist. Die Umsätze darin waren von enormem Umfang und der Kurs, von 144 bis 183 getrieben, mußte durch Realisationen wieder auf 167 weichen. Eine so gewaltige Agiodifferenz, wie sie zwischen den österr. Kreditaktien und manchen anderen, z. B. den Leipzigern und Norddeutschen besteht, erscheint uns nicht gerechtfertigt. Leipziger waren übrigens diese Woche vorzugsweise gesucht und blieben in steigender Tendenz. Die über die Direktion verbreiteten nachtheiligen Gerüchte erweisen sich als völlig grundlos und die günstigen Grundlagen der Anstalt selbst machen sich wieder geltend. In Darmstädtern war das Geschäft nicht von der nachhaltigen Wirkung, die man sich von dem Aufschwung der Kurse versprach. Die span. Kreditaktien beider Kategorien hat die Spekulation in Betracht gezogen. Die Einen unter Pari, die Pereire'schen mit einem geringen Agio haben allerdings einen Reiz, besonders mit Rückblick auf ihre Vergangenheit. — In Eisenbahnaktien sind nur für Staatsbahnen und Bexbacher größeres Geschäft und gestiegene Kurse zu konstatiren. Weißenburger bleiben zurück, da der internationale Verkehr, auf den man so viel Werth und mit Recht legt, noch immer Schwierigkeiten begegnet, die nicht vor der Zeit Abhülfe erwarten können. Livorneser 1 pCt. besser, als vor acht Tagen. Taunus sehr fest, bis 350 gesucht, ohne Abgeber. Seit einigen Tagen haben auch die lombardischen Bahnen offiziellen Kurs erlangt. — Mit Ausnahme der Wiener Wechsel, die dem Andrange der am 1. Novbr. fälligen Coupons nicht widerstehen konnten, waren alle Devisen begehrt und steigend. Der Geldstand trotz noch anhaltender Baarsendungen nicht ungünstig. Unter diesen Umständen darf man dem Ultimo der diesmal auf den 26. fällt, unbesorgt entgegensehen, obgleich er mehr als gewöhnlich durch Lieferungsgeschäfte belastet ist. — Die Aktien der neuen Versicherungsgesellschaft Providentia erfreuen sich verdienter Gunst; daß sie ihren älteren Rivalinen nicht behagen würde, war vorauszusehen und daher Opposition erklärlich; die Gründer aber werden ihren Weg vorangehen und in kurzer Zeit werden die Erfolge das Werk krönen. Was Andere geleistet, ist zur Nachahmung ohnehin nicht schwer, aber um die Erfahrung leichter. — Nachschrift. Die Stimmung der heutigen Börse war in Folge der besseren auswärtigen Notirungen im Ganzen günstig, das Geschäft jedoch nur in einzelnen Effekten belebt. Besonderer Steigung erfreuten sich Frankfurter Bankaktien, die bis 112¾ bezahlt wurden.

(Aktionär.)

Frankfurt, 24. Novbr. Sämmtliche Effekten waren heute in fester Haltung, der Umsatz jedoch, mit Ausnahme der in österr. Creditaktien und Staatsbahn, von keiner Bedeutung.

Providentia wurde zu 105⅞ 6 ⅛ ¼ verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1851 78⅝P. 78¾G. 5pCt Lombard-Ven. 88½ P. 88 G. Metall. alte à 5pCt. 76¾P. 76½G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86½ P. 86 G.; à 4½pCt. 67 P. 66¾G.; à 4pCt. 59½ P. 59 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56½ P. — — G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 91¾P. 91¼G.; 4pCt. Grundrente 94⅞P 94¼G.; 4½pCt. 101¾P. 101¼G.; 5pCt. 100½P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91¾P. 91⅛ G.; 4½pCt. 102⅞P. 102⅜ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½P. 91G.; à 4pCt. 99¼P. 95¾ G.; 4½pC. 101½ P. 101¼G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼P. 80¾G.; à 3½pCt. 90½P. 89¾G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37¼P. 37 G.; 1¼pCt. neue 23¾P. 23⅛ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1200P. 1197G. Neue Bankaktien 320P. 315G. Credit-Actien à 5pCt. 169 P. 167 G. Darmstädter Bankaktien alte 368¾ P. 366½ G.; junge 327½P. 325½G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 498 P. 493 G. Mitteldeutsche Creditbank 99¾ P. 99½G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 103 P. 102½ G. Frankf. Bankaktien 112⅜ P. 111⅞G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510P. 505 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 569 P. 563 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 290½P. 288½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142¾ P. 142¼G. Neustadt-Weissenb. 103½ P. 103 G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100¾ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 352 P. 350 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80¼ P. 79¾ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79¼P. 78¾G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 94 P. 93½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118 P. 117½G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102¼ P. 101¾G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 114½P. 114 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50⅛ P. 49⅝ G. Darmst. Loose à fl. 50 118¼ P. 117¾G. à fl. 25 34⅝P. 34⅛G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40⅛ P. 39⅝G. Nass. Loose à fl. 25 33⅜ P. 33⅛ G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 44 P. 43¾G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S 100½P. 100¼G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117⅞P. 117⅜G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119¾G.	Mail. i.S.Lr. 250k.S 99⅝P — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. — — P. 104⅝G.	Paris Frs. 200 k. S. 93½P. 93¼G.
Cöln Thlr. 60 k.S. — — P 104¾G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld.d.k.S 96½P. — G.	Wien fl. 100 C. k S. 112½ P. 112¼ G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88⅞P 88⅝G.	Wien 3 M. mit 5% 112¼P. 112G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 104¾P. 104½G.	Disconto P. 5pCt. G

Breslau, 15. Novbr. Der Zuckerverkehr war diese Woche sehr belebt und fanden die meisten Umsätze insbesondere in weißer Farine und Melisse statt. Die in unserm letzten Bericht als eintretend bezeichnete bessere Stimmung hat sich diese Woche im Fortschreiten bewährt und haben Preise durchschnittlich im Verhältniß zu denen der vorigen Woche einen Aufschwung von ½ a ⅔ Thlr. erfahren.

Amsterdam, 20. Nov. Heute sind 200 Block Banka Zinn mit 80 fl. bezahlt.

In der heutigen Auktion von 22,106 Kranjangs Java Zucker ist das Meiste etwas über Taxe verkauft, einige Nummern dagegen billiger. Nr. 9 39½ fl., Nr. 12 42 a 43 fl., Nr. 15 44¾ a 46¼ fl., Nr. 16 43½ a 47 fl., Nr 19 48½ fl. Es ist dies für Nr. 9 bis 14 ¼ a ½ fl. über, für Nr. 15 bis 18 dagegen ½ fl. unter September-Preise.

Neueste Nachrichten.

** München, 23. November. (Privat-Korrespondenz.) Die kgl. Akademie der Wissenschaften wird zur Feier des allerh. Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs am nächsten Freitag eine öffentliche Sitzung halten, welche der Vorstand, Geheimerath v. Thiersch, mit einer Rede eröffnet. Es folgt dann von dem Universitätsprofessor und Akademiker Dr. Konrad Hoffmann die Festrede „über die Gründung der Wissenschaft altdeutscher Sprache und Literatur". Außerdem werden Vorträge gehalten zur Erinnerung an das Leben und die Thätigkeit jüngstverstorbener Mitglieder der Akademie und zwar: des Grafen Friedrich v. Luxburg, des Staatsraths v. Stichaner und des geh. Bergraths und Prof. G. S. Weiß in Berlin. Ebenso wird die Proklamation neuernannter und von Sr. M. dem König bestätigter Mitglieder der Akademie stattfinden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 329. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreyspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 26. November 1856.

Stimmen der Presse über den Wiener Münzvertrag.

Die Frage, ob für Deutschland die Silberwährung beizubehalten oder lieber die Goldwährung einzuführen sey, wurde durch die heurige Geldklemme auf's neue in den Vordergrund geschoben und in der Presse lebaft erörtert. Durch den Wiener Münzvertrag, welcher hoffentlich mit Neujahr für ganz Deutschland in Kraft tritt, ist dieselbe nunmehr entschieden. Es konnte sich natürlich nicht fehlen, daß diese Entscheidung bei den Verfechtern der Goldwährung auf heftigen Widerspruch stieß und von ihnen einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Ueberhaupt erfuhren auch andere Punkte des Wiener Vertrags in der Presse eine sehr verschiedene, und nicht durchweg günstige Beurtheilung, wie sich dies bei den höchst verschiedenartigen Interessen, die hier zu berücksichtigen waren, gar nicht anders erwarten ließ. Aber gerade das sollte man bei Würdigung des Münzvertrags nie außer Acht lassen, daß, wo so viele widerstreitende Interessen zu vereinigen sind, nicht alle vollkommen befriedigt werden können, sondern daß jeder Theil, um die Einheit zu Stande zu bringen, etwas nachgeben muß; wird jedoch der aus der erlangten Einheit entspringende Vortheil bei weitem die kleinen Nachtheile aufwiegen, die man sich um des allgemeinen Besten willen gefallen ließ.

Um nun unsern Lesern von dem Stand der öffentlichen Meinung in dieser Sache ein Bild zu geben, wollen wir in Nachstehendem verschiedene Stimmen, welche in der Presse über den Wiener Münzvertrag und die damit zusammenhängenden Fragen laut geworden sind, zusammenstellen.

Daß die bekannten Nationalökonomen Professor Rau und Otto Hübner sich zu Gunsten der Silberwährung ausgesprochen haben, wurde in diesen Blättern bereits vor einiger Zeit mitgetheilt, wie auch die wesentlichen Gründe, auf welche sie ihre Ansicht stützt. Den Gutachten dieser Autoritäten hat sich neuerlich ein praktischer Geschäftsmann, ein Bankier, angeschlossen. Dieser hat unter dem Titel „Die Börsenkrisis und das Gold" vor Kurzem zu Frankfurt a/M. eine kleine Brochure erscheinen lassen, welche schon deßhalb eine besondere Aufmerksamkeit verdient, weil sie die finanziellen Fragen nicht vom einseitigen Standpunkte des Börsen-Interesses aus beleuchtet, sondern die Lösung derselben in gewissenhafter Berücksichtigung der allgemeinen Bedürfnisse des Landes anstrebt. Das Schriftchen bekämpft mit großer Entschiedenheit die Anträge auf Einführung der Goldwährung in Deutschland und bringt die Bedenken zur Sprache, welche sich einem solchen Vorschlage entgegenstellen. Der Verfasser läugnet gänzlich die Behauptung einer bevorstehenden unerschwinglichen Vertheurung des Silbers und weist nach, wie weit eher die Gefahr vorhanden sey, daß die Einführung der Goldvaluta, bei dem in Folge wunderbarer Produktions-Vermehrung sinkenden Preise dieses Metalls, allen Zahlungs-Verpflichtungen, also dem Kredit der Einzelnen und der Staaten, die bisherige sichere Grundlage entziehe. „Wie stände es in solchem Falle" — sagt der Verfasser — „um das Recht der Staatsgläubiger, die auf gute Treu' und Glauben dem Staate Silber geliehen haben, wofür man ihnen dermaleinst die gleiche Summe in alsdann bereits um Vieles entwerthetem Golde zurück gäbe? Wäre dies nicht ein halber Staatsbankerott?" Und, darf man hinzusetzen, würde nicht bei allen künftigen Geldanleihen die Gefahr der geschmälerten Rückzahlung durch höhere Zinsen ausgeglichen werden müssen? Würden nicht anderen Falls die verfügbaren Kapitalien lieber der Anlage in Aktien zuströmen?

Wir wollen hier aus einem Artikel in der „Zeitung für Norddeutschland", die sich ebenfalls für die Silberwährung erklärt, noch folgende Stellen anführen: „Das bloße Silber hat seine Verehrer nicht zu fesseln verstanden, und Gold, ausschließlich Gold, heißt nun die Losung derer, welche in Deutschland von dem bunten Münzwesen des Tages etwas zu wissen im Rufe stehen. Die Entdeckung, daß der althergebrachte, früher nur nicht so beobachtete Abfluß von Silber nach dem östlichen Asien neuerdings aus einem dünnen Bache zu einem reißenden Strome geworden sey, zufällig verbunden mit einem starken und empfindlichen Kapitalmangel an Europa's Börsen, hat selbst besonnene Geister plötzlich zu entschiedener Parteinahme für die Goldwährung umgestimmt. Sie glauben zu erkennen, daß die Goldwährung in der ganzen Welt der siegende Grundsatz sey; und spöttisch fragen sie, ob denn Deutschland abermals der letzte Nachzügler einer Bewegung zu seyn wünsche, welche ringsum die Menschheit zu ihrem höchsten Segen angetreten habe. Mag dies aber wirklich die Spur der Geschichte seyn oder nicht: einstweilen läßt die östliche Silberströmung auch noch die Erklärung zu, daß sie ihren Antrieb von der Quelle her und nicht durch die Anziehungskräfte der Mündung empfange. Es läßt sich vollkommen gut denken, daß gerade die Ueberschwemmung Europas zuerst mit kalifornischem und australischem Golde und dann mit unerhörten Massen Lumpengeldes die Wirkung gehabt habe, das europäische Silber in die Truhen Afrika's und Asien's zu treiben. Nur weil unser Verkehr in rascher Folge einen doppelten sehr reichlichen Ersatz für

Die Voies ferrées in Frankreich und ihr Nutzen als Zweig-Eisenbahnen.

(Schluß.)

Werden dazu die Kosten für erforderliches Betriebsmaterial gerechnet, so sind die Gesammtkosten der Anlage einer Straßeneisenbahn nach französischem Muster nicht über 60,000 Thlr. pro Meile, d. h. auf ein Drittel von dem zu schätzen, was in der obigen Berechnung pro Meile Lokomotivbahn veranschlagt wurde.

Was die mechanische Leistung betrifft, die von einer Straßeneisenbahn erwartet werden darf, so hängt diese vor Allem von den Steigungsverhältnissen des Weges ab, in welchem sie eingelegt ist. Auf horizontaler Strecke einer gewöhnlichen guten Chaussee befördert ein starkes Pferd etwa 90 Ztr. mit einer Geschwindigkeit von 3½' per Sekunde, auf horizontalem Schienenweg dagegen etwa 580 Ztr., d. h. das 6- bis 7fache mit gleicher Geschwindigkeit oder das gleiche Gewicht mit 6- und 7facher Geschwindigkeit.

Die Steigungen eines Weges werden um so drückender für den Transport, je vollkommener die Konstruktion des Weges ist, obiges Verhältniß stellt sich daher wesentlich ungünstiger für geneigte Wegestrecken; bei Chausseen mit Absteigungen bis 1:100 befördert ein Pferd bei gutem Zustande der Fahrbahn etwa 60 Ztr. mit der oben erwähnten Geschwindigkeit, auf Schienenweg dagegen etwa 140 Ztr., also nur noch das 2⅓fache mit gleicher Geschwindigkeit oder das gleiche Gewicht mit 2⅓facher Geschwindigkeit. Da aber die horizontalen oder sehr wenig geneigten Strecken auf einer längeren Chaussee überwiegend sind und durch vermehrte Geschwindigkeit auf ihnen eingebracht werden kann, was auf den einzelnen stärkern Steigungen verloren geht, so ist auf Schienenbahn mit abwechselnden horizontalen und 1:100 geneigten Strecken das 4—5fache des Gewichts mit gleicher Geschwindigkeit zu befördern, welches auf gewöhnlicher Chaussee transportirt werden kann. Selbst bei Wegen, welche Steigungen von 1 : 60 enthalten, kann bei Schienenbahnen noch auf nahezu das Vierfache der Beförderung der Chaussee gegenüber gerechnet werden. Es ist selbstverständlich, daß bei Anwendung von Vorspann auf den Steigungen dieses Verhältniß bis zu dem, welches auf horizontalen Strecken zutrifft, gesteigert werden kann.

Der Nutzen der Straßeneisenbahnen in Bezug auf ihre mechanische Leistungsfähigkeit dürfte hierdurch genügend klargestellt seyn. (Z. f. Ndd.)

sein Bedürfniß nach Silbermünzen empfing, möchte es am billigsten seyn, den Thee und die Seide Chinas mit eingeschmolzenen Thalern zu bezahlen. Eine festere Anhänglichkeit unserer Münzstätten an die Silberwährung hätte vielleicht längst zu andern Zahlmitteln für Chinesen und Hindus hingedrängt. Lassen wir uns also vorerst weder durch den panischen Schrecken der Einen, noch durch das klüglich geltend gemachte Interesse der Andern verleiten, einer Währung im Herzen untreu zu werden, die soeben wieder auf eine geraume Anzahl Jahre hinaus in ihrer Herrschaft über Deutschland befestigt worden ist. Mag Bremen mit seiner ideellen Pistole für sich bleiben oder nicht; es gibt für jetzt noch keinen entscheidenden Grund, daß der deutsch-österreichische Münzverein sich Bremen und dem Hamburger Commercium anbequeme, anstatt umgekehrt."

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Bund.

Bayern. Speyer, 21. Novbr. Unser Stadtrath hat hat sich heute in einer Adresse an Se. Maj. den König mit der Bitte um Verstärkung der hiesigen Garnison gewandt, die seit vielen Jahren niemals so klein als gegenwärtig war. Die Adresse sieht die Möglichkeit der Berücksichtigung ihrer Wünsche in der neuen Formation des Heeres. (Pf. Z.)

Preußen. Berlin, 20. Nov. Man sieht der Eröffnung des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten dieses Mal mit besonderem Interesse entgegen, da sich unter den Vorlagen auch eine befinden soll, die sich auf erhebliche Veränderungen in unsern Domänen-Angelegenheiten bezieht. Man will nämlich wissen, daß in Folge der größeren Anforderungen, die an den Fideikommißfond, die königl. Schatulle und den kgl. Haushalt überhaupt, namentlich wegen der den Beamten des Hofes, den Schauspielern und den Mitgliedern der kgl. Kapelle bewilligter Theurungszulage gemacht werden, der von dem vorigen Könige vorbehaltene Antheil an den Domänen an höchster Stelle nicht mehr als ausreichend erachtet wird. Auf der andern Seite sind bei dem gegenwärtigen Werth aller Produkte der Landwirthschaft auch die Einkünfte von den betreffenden Domänen sehr gestiegen und mit der in Rede stehenden angenommenen Abfindungssumme nicht mehr im ehemaligen Verhältnisse. Es wird demnach für diese Angelegenheit eine anderweitige Feststellung beabsichtigt. (Ostd.Post.)

Berlin, 20. Novbr. Eine der erfreulichsten Errungenschaften des vor einigen Jahren emanirten (vom Präsidenten Wentzel angeregten und entworfenen) Gesetzes über Beschäftigung von Strafgefangenen außerhalb der Strafanstalt ist die neue Strafgefangenenbeschäftigungsanstalt in Rummelsburg bei Berlin, welche unter den Auspizien des verstorbenen Generalpolizeidirektors v. Hinckeldey begonnen und von dem Polizei-Obersten Patzke, unter dessen Oberleitung sie jetzt steht, zu Ende geführt wurde. Die neue Anlage, an welcher fast ausschließlich nur Strafgefangene aus der hiesigen Stadtvogtei thätig waren, umfaßt einen weiten Raum, der theils von dem Rummelsburger See begränzt, theils von einer hohen Mauer umschlossen; das Ganze bietet, von anderen Strafanstalten verschieden, dem Auge einen freundlichen Ruhepunkt. Im Innern der Anstalt ist das erste Gebäude eine kleine freundliche Kirche, in welcher die Arbeit Morgens um 7 Uhr mit Gesang und Gebet begonnen und Abends um 7 Uhr in gleicher Weise geschlossen wird; die gottesdienstlichen Handlungen werden von einem daselbst wohnenden Lehrer geleitet. An die Kirche schließt sich ein großartiges Gebäude, in welchem sich ein Speisesaal und drei große Schlafsäle befinden. Die Räumlichkeiten bieten für 300 Gefangene genügenden Platz, und es ist darin namentlich für gute und gesunde Luft gesorgt. Außerdem befindet sich in der Anstalt eine Dampfmühle und Dampfbäckerei, in welcher täglich das Brod für diese und die Gefangenen der Stadtvogtei, für die Beamten des Polizeipräsidii, die Schutzmannschaft und die Feuerwehr gebacken wird. Von Privatunternehmungen ist zur Zeit dort nur eine große Maschinenbauanstalt vorhanden, aus der namentlich landwirthschaftliche Instrumente und Maschinen hervorgehen; in nächster Zeit werden indeß noch mehrere andere Industriezweige dort zur Ausführung gelangen. Die Zahl der gegenwärtig dort befindlichen Gefangenen beträgt 208, von denen 42 beim Bau des neuen Königstädtischen Theaters in der Münzstraße beschäftigt sind; dieselben schlafen in der Woche auf dem Bau und verweilen nur vom Samstag Abend bis Montag früh in der Anstalt. Die Gefangenen verdienen täglich etwa 4 Sgr., und da denselben nach ihrer Entlassung das verdiente Geld, mit Abzug der geringen Kosten ihres Unterhaltes, ausgehändigt wird, so sind die Meisten von ihnen beim Antritt der Freiheit im Stande, einem ehrlichen Erwerbe nachzugehen und so die gefährlichste Klippe für einen entlassenen Sträfling zu vermeiden. Die Bewachung der Gefangenen, unter denen nur äußerst selten Fluchtversuche vorkommen, geschieht durch mehrere dort stationirte Aufseher und eine kleine Abtheilung von Schutzmännern, die von hier vierteljährlich abgelöst werden. (H. N.)

§ **Oesterreich.** Wien, 22. November. (Priv.-Korresp.) Ich habe Ihnen bereits mitgetheilt, daß an den englischen Gesandten, Sir Hamilton Seymour, die Allerhöchste Einladung ergangen ist, an das kaiserliche Hoflager nach Venedig zu reisen. Der Gesandte wird sich nun im Laufe der nächsten Woche nach Venedig begeben und, wie ich höre, das Kaiserpaar auch nach Mailand begleiten — Die beabsichtigte Besetzung der Präsidentenstelle des Reichsrathes soll einstweilen vertagt worden seyn; mit der Leitung der Geschäfte wurde der Herr Reichsrath von Purkhart, der zum Vizepräsidenten ernannt worden ist, betraut. In dem Ernennungsdekrete des Letzteren ist jedoch dem Erzherzoge Rainer die Befugniß ertheilt und derselbe angewiesen worden, den Sitzungen des Reichsrathes bezuwohnen. — Die seit heurigem Frühjahre am eisernen Thore eingestellten Sprengungsarbeiten sind unter Leitung des Betriebssekretärs der Donaudampfschifffahrts-Gesellschaft, Herrn M. Cassian, neuerdings auf Kosten der genannten Gesellschaft wieder in Angriff genommen worden. Der äußerst kleine Wasserstand begünstiget das Unternehmen auf das beste und hofft man in kurzer Zeit erhebliche Resultate zu Stande zu bringen. Gleichzeitig ist man beschäftiget, das vor zwei Jahren bei Cladosnitza untergegangene Fruchtschleppschiff an das Tageslicht zu fördern. Die letzte Eilfahrt der Donaudampfschiffe von Pesth nach Galacz findet am 24. d. und von Galacz nach Pesth am 29. d. statt. — Der bekannte Statistiker Freiherr v. Reden ist vor einigen Wochen wieder in Wien angekommen, nachdem er im Auftrage des Handelsministerium die Häfen der Nordsee und die Eisen- und Kohlendistrikte von Westphalen besucht hatte. Derselbe ist vor Kurzem zum Vizepräsidenten der k. k. geographischen Gesellschaft ernannt worden.

Großbritannien.

London, 22. Nov. Die deutsche Legion ist, wie ich aus Colchester erfahre, endlich als vollkommen aufgelöst zu betrachten, und die Werbebureaux für die Auswanderung nach dem Cap sind geschlossen. Es haben sich dazu in runder Summe gegen 2600 Mann gemeldet.

„Times" berichtet, daß Sir James Outram am 2. Novbr. von Southampton nach Bombay abgereist ist, um den Befehl der gegen Persien bestimmten britischen Streitmacht zu übernehmen. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 23. Novbr. Wie der Marseiller „Courrier" behauptet, hat eine französische Kapitalistengesellschaft bei der Pforte um die Konzession für eine Eisenbahn von Konstantinopel über Alexandrette nach Bassora nachgesucht; es würde diese Bahn dazu bestimmt seyn, den Suez-Kanal zu ersetzen, wenn dieser in Folge der Opposition Englands nicht zu Stande kommen sollte, oder überhaupt die Handelsvortheile zu vervollständigen, welche Europa von der Durchstechung der Landenge von Suez zu erwarten hätte.

Paris, 24. Novbr. Gestern Abend um 8 Uhr wurde das „Café Parisien" eröffnet. Zweihundert Stadtsergeanten hielten an den Eingängen, wo ein ungeheurer Zudrang war, die Ordnung aufrecht. Dies neue Etablissement ist das größte und prachtvollste Kaffeehaus der Welt. Es wurde gestern von 30,000 Personen besucht, und noch mehr konnten nicht eingelassen werden. Die Einrichtungen sind mit allem nur möglichen Luxus und mit Aufbietung des feinsten Geschmackes getroffen. Dieses Kaffeehaus wurde in weniger als sechs Monaten gebaut und dekorirt. Es kostete 2 Millionen Fr.

Paris. Der „Constitutionnel" kündigt an, daß sehr große Vorbereitungen getroffen werden, um im nächsten algerischen Frühjahrs-Feldzug die sämmtlichen bergischen Distrikte des Djurjura zur Unterwerfung zu zwingen, und damit die der Kabylen zu beendigen. Es handelt sich vorzüglich dabei um Besiegung eines Marabuts, Si El-Hadschi-Amar, der seit zwei Jahren, seit dem Tod des berühmten Aga's von Sebaou, Bel-Kassem-u-Kassi an die Spitzen der Beni Raten getreten ist und den heiligen Krieg gegen die Franzosen im Namen des Sultans predigt. Der „Constitutionnel" erklärt, im Widerspruch mit den früheren offiziellen und offiziösen Berichten, daß die Expedition gegen die aufständischen Kabylen in diesem Herbst abgebrochen, also nicht zu Ende geführt worden wäre, weil die schlechte Jahreszeit zum Rückzug gezwungen hätte.

Spanien.

Madrid, 18 Novbr. Das Gericht zu Malaga verfährt ohne alle Schonung. Es wird mir von glaubwürdiger Seite versichert, daß bereits 7 Personen standrechtlich verurtheilt und hingerichtet worden, unter diesen ein junger Mann aus guter, wohlangesehener Familie, Namens Fiador. Die Ruhe ist gänzlich wiederhergestellt; aber der Vorfall wirkte wie ein Schreckensschuß auf das Kabinet, und in einem gestern stattgefundenen Ministerrathe wurden sehr energische Vorsichtsmaßregeln beschlossen; besonders that sich der Minister des Innern, Hr. Nocedal, durch scharfen Ausdruck des Eifers für Ruhe und Ordnung hervor. Es wurden in Folge dieses in der genannten Sitzung gefaßten Beschlusses Weisungen der äußersten Strenge im Falle einer vorkommenden Widersetzlichkeit an die Provinzialbehörden geschickt. Alle auf Urlaub abwesenden Soldaten und Offiziere sind einberufen worden, und den Militärchefs wurden ebenfalls die gemessensten Befehle der Strenge für den Fall einer Erhebung gegeben. (K. Z.)

† Madrid, 19. Novbr. Heute, als am Namenstage der Königin, ist keine Börse, aber Handkuß. Die Königin hat große Almosen gegeben, allein unglücklicherweise schaffen diese Mildthätigkeiten ihr die Popularität nicht wieder, welche sie verloren hat. Die anti-dynastische Stimmung dringt immer mehr und mehr in die Massen ein, und die Ursache davon ist, daß in ihren verschiedenen Unternehmungen die Parteien immer den Namen der Königin ausbeuten, der man heute alle wenig liberalen Maßregeln zuschreibt. Die Rückkehr Don Juan's und seiner Brüder beschäftigt die Gemüther auf ernste Weise. Der König und die Königin sind den verbannten Prinzen gleich günstig gestimmt; die Königin, weil sie sich von Demokraten und Carlisten bedroht, von Progressisten schlecht unterstützt sieht, glaubt, daß die Versöhnung mit ihren Vettern dem Throne Kraft geben werde. Der König wünscht aus Gewissensskrupeln ihre Rückkehr; das verlangt eine genauere Erklärung: Man weiß, daß die Infantin Carlotta, Mutter des Königs, diejenige ist, welche Ferdinand VII. bewog, das berühmte Testament zu machen, welches das salische Gesetz zu Gunsten der jetzigen Königin und zum Schaden des Don Carlos aufhob. Man kennt alle damaligen Intriguen. Als die Infantin Carlotta auf dem Todtenbette lag, sey es, daß sie wirklich bereute, oder daß sie Personen, die ihr gedient hatten, Gutes thun wollte, schrieb sie an Don Carlos, gestand ihm ihre Theilnahme an Allem, was geschehen war, bat ihn um Vergebung, erkannte seine Rechte an und betete zu Gott für ihn. Sie schrieb zugleich an ihre Kinder, um ihnen Rechenschaft von dem an Don Carlos gerichteten Brief abzulegen und sie zu bitten, so zu handeln, daß ihre Wünsche sich verwirklichten. Die Prinzessin Carlotta starb während der Abwesenheit ihrer Kinder, und da sie ihre Papiere nicht ihrem Manne, dem Infanten Don Francisco, anvertrauen wollte, so übergab sie dieselben einem Priester. Dieser schickte sie an den Erzbischof von Toledo, der sie seinerseits dem König zustellte im Jahre 1846. Der König ist abergläubisch, leicht eingeschüchtert und von unbedeutenden Fähigkeiten. In der Umgebung intrigirender Leute jeder Art, wie die Schwester Patrounis, hat sich sein Verstand weder gebessert noch aufgeklärt. So hin- und herschwankend zwischen den Interessen seiner Frau (die er weder liebt noch achtet) und dem Andenken seiner Mutter, glaubt er sein Gewissen wenigstens dadurch zu beruhigen, daß er die Rückkehr der Mitglieder der Familie des Don Carlos und die Restitution ihrer Güter unterstützt. Rom und jetzt auch Rußland begünstigen solche Ideen, und schüren den Plan einer Versöhnung um so mehr, da alle diejenigen, welche sich demselben anschließen, auf diese Weise zum Schaden Frankreichs und gegen die Pläne des Kaisers handeln zu müssen glauben. Auf jede Weise streichen diese Leute ihr Projekt heraus als das einzige, das Spanien die verlorene Kraft und Einheit zurückgeben könne. Man sagt, daß in den Reihen der Armee stark in diesem Sinne gearbeitet werde, und daß die Notabilitäten der moderirten Partei dieser Combination sehr günstig gestimmt sind; es ist gewiß, daß der päpstliche und der russische Einfluß, die über den erwähnten Punkt ganz einverstanden sind, am spanischen Thron vorwiegen. Wird das heutige Kabinet die Verantwortlichkeit für diese gewichtige Maßregel übernehmen? Ich möchte es nicht behaupten und ich zweifle sogar daran. Sicher scheint, daß die Königin in den HH. Pezuela und Bertran de Lis (augenblicklich in Gunst) Minister finden würde, die ihren Willen ausführen würden. Narvaez ist nicht mehr der Mann von ehemals, weder dem Hofe, noch der Armee, noch dem Lande gegenüber, sey es, daß das Alter ihn geschwächt hat, oder daß er nichts gelernt hat; es ist sicher, daß er nicht mehr dieselbe Energie hat, daß sein Einfluß gesunken ist, und daß seine Präsidentschaft im Ministerrathe nur nominell ist. Der fähigste Minister (als Staatsmann) ist der junge Minister des Innern. Pidal ist ein großer Gelehrter und berühmter Archäologe, aber eine Null in der Leitung der Geschäfte. Das Kabinet hat einen umfassenden Amnestieplan, der die Infanten begreift, genehmigt und ausgearbeitet. Man hat mich versichert, daß im Depot von St. Gil 5000 Gewehre gestohlen sind, und daß in Folge dieses ersten wie seltsamen Faktum zahlreiche Verhaftungen vorgenommen sind.

Rußland und Polen.

Der neurussische Kalender für 1853 enthielt eine kurze statistische Uebersicht aller Städte und Ortschaften in Neu-Rußland und Bessarabien, in welcher sich folgende Notiz über das jetzt so oft genannte, aber so wenig bekannte Bolgrad findet: „Bolgrad, ein schön gebauter, bulgarischer Flecken im Nieder-Budjaker Kolonialbezirk der Provinz Bessarabien, am Flusse Alpuch; Hauptverwaltungssitz der transdanubischen Kolonisten. Er zählt 8305 Einwohner in 1037 meist steuernen Häusern, hat eine Dorfschule für Knaben und eine für Mädchen, eine prächtige Kathedrale und eine Friedhofskirche, in welcher der General Insow, dem die hiesigen Kolonien ihre Gründung verdanken, begraben liegt; ferner 5 der Kommun gehörige und 13 Privatgetraidemagazine, einen öffentlichen Garten, 675 Privatgärten, und an industriellen Anstalten: 15 Lichtziehereien, 2 Seifensiedereien, 5 Ziegelbrennereien, 7 Töpfereien, 8 Färbereien, 14 Schänken, 1 Gasthof und 42 Waarenläden. Das Gemeindeland hat einen Umfang von 12,765 Dessjatinen (zu 4,1781 preußischen Morgen). Auf dem Wege nach Ismail befindet sich ein von einem Kolonisten errichtetes Denkmal an der Stelle, wo Kaiser Nikolaus im Jahre 1828 auf dem Marsch nach der Donau sein Lager aufschlug." Es erhellt hieraus, daß der französische „Moniteur" de la Flotte Unrecht hat, wenn er Bolgrad als ein unbedeutendes Nest von 400 Einwohnern schildert, um dessen Besitz man sich doch lieber gar nicht streiten möge, sowie daß die westländischen Diplomaten, wenn sie sich etwas näher in der russischen Geographie umgesehen hätten, recht gut wissen konnten, daß Bolgrad am Alpuch (Yalpuk) und also unmittelbar an der Donau liege. Von einem zweiten Bolgrad oder Tobak ist weder in dem Ortsverzeichniß des genannten Kalenders, noch in dem Itinerarium, nach welchem Bolgrad 41 Werst von Ismail und 216 Werst von Odessa liegt, eine Spur zu entdecken.

Ueber den Inhalt des bereits erwähnten neuen russischen Zirkulars theilt man der „D. A. Z." aus Berlin folgendes Nähere mit: Fürst Gortschakoff verwahrt Rußland vor der gegen dieses erhobenen Anschuldigung, als ob es den Friedensvertrag gebrochen habe oder sich der Ausführung desselben widersetzen wolle. Rußland sey im Gegentheil den Bestimmungen des Friedensvertrags mit der größten Loyalität nachgekommen. Jene Anschuldigungen gründeten sich auf die Frage wegen der Schlangeninsel und wegen Bolgrads. In Betreff der Schlangeninsel sey aber im Friedensvertrage gar nichts bestimmt worden, und hieraus folge, daß die betreffende Forderung Englands und Oesterreichs in rechtlicher Beziehung jedenfalls als zweifelhaft zu betrachten seyn dürfte. Gleichwohl wolle Rußland aus diesem Umstande keinen Vortheil ziehen, sondern, um zu einer möglichst baldigen Erledigung der obwaltenden Streitfragen das Seinige redlich beizutragen, ohne weiters auf den Besitz der Schlangeninsel verzichten. In Betreff Bolgrad's spreche der Wortlaut des Friedensvertrages geradezu zu Gunsten Rußlands; gleichwohl wolle Rußland sich auch dieses Vortheils begeben. Es handle sich hier indessen um eine Interpretation des Friedensvertrags, und Rußland könne keine Interpretation als richtig und gültig anerkennen, welche nicht von sämmtlichen Unterzeichnern des Friedensvertrags erfolge. Rußland trage darum auf eine abermalige Zusammenberufung von Bevollmächtigten der auf der Pariser Friedenskonferenz vertreten gewesenen Mächte an, welcher zweiten Konferenz die Frage wegen Bolgrads sodann zur Prüfung und Entscheidung übergeben werden solle. Soweit das Aktenstück, dessen Ton im Allgemeinen als entgegenkommend bezeichnet werden kann. Aber der Inhalt! Abzuwarten bleibt, ob England und Oesterreich den Wünschen Rußlands jetzt geneigter seyn werden als bisher; wir glauben es vorderhand noch nicht. Sie trauen ihm nicht, und das mit Recht!

Nichtpolitische Zeitung.

Ueber Herrn Moore wird den „Hamb. Nachr." aus Berlin, 22. Novbr., geschrieben: „Ein Vorfall, der eine nicht geringe Sensation erregen dürfte, ist die gestern am späten Abend erfolgte Verhaftung des vor ungefähr 14 Tagen aus London hier eingetroffenen Herrn Morris Moore. Ich höre

darüber Folgendes. Herr Moore, der zu den bedeutendsten englischen Kunstkennern und Kunstkritikern zählt, hatte sich nach Deutschland begeben, um die hier befindlichen Kunstgegenstände an Ort und Stelle kennen zu lernen und namentlich um seiner Polemik gegen die Richtung der Kunstkritik, die in Berlin hauptsächlich durch den Prof Waagen vertreten wird, durch persönliche Anschauung einen festeren Halt zu geben. In den hiesigen Zeitungen war deßhalb viel von Moore die Rede und es hieß von ihm auch unter Anderm, daß er in dem Besitz des Originals eines Raphaelischen Bildes gelangt sey. Was nun zu seiner plötzlichen Verhaftung Anlaß gegeben, ob politische oder andere Motive, ist bis jetzt noch ein Räthsel. Dieselbe erfolgte, wie mir mitgetheilt wird, auf Veranlassung des Polizeidirektors Stieber und wurde durch den Kriminal-Kommissär Pick ausgeführt. Die Wohnung des Verhafteten wurde bereits von Nachmittags 3 Uhr von Schutzmännern bewacht und Herr Moore bei seiner Ankunft daselbst um 10 Uhr, nach einer zuvor stattgehabten Durchsuchung und Beschlagnahme seiner Papiere, zum Gefängniß abgeführt. Heute Vormittag wurden mehrere Personen, an welchen Moore aus London Empfehlungsschreiben mitgebracht hatte, von Herrn Stieber vernommen.

N. S. So eben, Abends 8 Uhr, ist Herr Morris Moore wieder in Freiheit gesetzt worden.

Handels- und Börsen-Berichte.

Stettin, 21. Novbr. Der Ablauf der gestern stattgefundenen holländischen Auktion, 3/4 a 1 fl. über Taxe, und zu den in der Septbr.-Auktion bezahlten Preisen, muß als ein sehr günstiger bezeichnet werden und dürfte sein Einfluß auf die seit einigen Tagen in Magdeburg eingetretene etwas mattere Stimmung, welche, bei dem außer Verhältniß hohen Stande der Saftmelispreise zu erwarten war, wieder zur Geltung kommen. Hier ist der Abzug, trotz der erhöhten Forderungen der Raffinerien, durch welche das bisher zwischen hier und Magdeburg bestandene Mißverhältniß in den Preisen in etwas ausgeglichen worden ist, unverändert lebhaft geblieben und die vor Kurzem noch bedeutenden Vorräthe bei den Zucker-Siedereien sind, namentlich in Melissen und gemahlenen Zuckern, ziemlich geräumt. Rohzucker war in den letzten 8 Tagen zwar mehr offerirt, die Umsätze beschränkten sich indeß wegen zu hoher Forderungen auf einige kleine Partien 1. Produkts, die zu 12 1/2 Thlr. Käufer fanden. Syrup, Kölner 12 Thlr., Königsberger 11 1/2 a 11 3/4 Thlr. gefragt.

Amsterdam, 18. Novbr. Kaffee. Die gute Stimmung hielt in voriger Woche an und man mußte für gut ord. Maatschappy-Java, der immer mehr beiräumt, neuerdings etwas höhere Preise anlegen.

Zucker. Roher wegen unmittelbarer Nähe der N. H.-M.-Auktion unverändert. Raffinirter bleibt fest und in gutem Begehr. Für Kandis besteht fortwährend gute Frage.

Reis bleibt in hülfloser Lage und der Handel scheint gänzlich zu stocken.

Tabak. Der Markt bleibt fest gestimmt und der Bedarf muß sich, wenn auch nur zögernd, entschließen, allmählig höhere Preise anzulegen. Von Maryland kamen aus erster Hand ca. 230 Fässer zu festen Preisen zum Abschlusse. Für Manila besteht guter Begehr, und diese Sorte scheint im Auslande immer mehr Beifall zu finden.

Frankfurt, 25. November. Auch heute war eine feste Haltung bemerkbar, nur österr. Staatsbahn und mitteldeutsche Creditaktien wurden zu weichenden Coursen verhandelt, der Umsatz war ohne Bedeutung.

Providentia wurde zu 105 3/4 6 1/8 1/4 verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 78 1/2 P. 78 1/4 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 88 1/2 P. 88 G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/2 P. 76 1/4 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 67 1/2 P. 67 1/4 G.; à 4pCt. 59 1/2 P. 59 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 3/4 P. 56 1/4 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 83 1/2 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P 94 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 3/4 P. 101 1/4 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 102 7/8 P. 102 3/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 1/2 P. 98 3/4 G.; 4 1/2 pC. 101 1/2 P. 101 1/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 P. 89 1/2 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 1/4 P. 80 3/4 G.; à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 P. 36 3/4 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 11/16 P. 23 15/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificate 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1200 P. 1195 G. Neue Bankaktien 317 P. 312 G. Credit-Actien à 5pCt. 168 1/2 P 165 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 366 P. 364 G.; junge 326 1/2 P. 324 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 498 P. 493 G. Mitteldeutsche Creditbank 99 P. 98 1/2 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 103 1/2 P. 103 G. Frankf. Bankaktien 112 1/2 P. 112 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 505 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 573 P. 568 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 289 P. 287 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142 3/4 P. 142 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 103 3/4 P. 103 1/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100 3/4 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 352 P. 350 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/4 P. 79 3/4 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 3/4 P. 78 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 3/4 P. 93 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118 P. 117 1/2 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 101 3/4 P. 101 1/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 114 1/2 P. 114 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50 P. 49 1/2 G. Darmst. Loose à fl. 50 118 1/4 P. 117 3/4 G. à fl. 25 34 5/8 P. 34 1/8 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 P. 39 3/4 G. Nass. Loose à fl. 25 33 3/8 P. 33 1/8 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 44 P. 43 3/4 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 7/8 P. 117 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99 5/8 P — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. — — P. 104 3/4 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/2 P. 93 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. — — P. 104 3/4 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96 5/8 P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112 5/8 P. 112 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 7/8 P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 5% 112 3/8 P. 112 1/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Paris, 23. Novbr. Die „Patrie" theilt mit, daß nach Abgang der neapolitanischen Gesandtschaft aus Paris die preuß. Gesandtschaft die Paßangelegenheiten und die Vertretung der Interessen neapolitanischer Unterthanen übernehmen werde. (Nat.-Ztg.)

Paris, 24. Nov. Der heutige „Moniteur" meldet, daß der neue türkische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ali Pascha, seine Demission eingereicht habe. — Petit ist zum General-Inspekteur für Buchdruck und Buchhandel, und der Unterpräfekt Salles zum Chef der Abtheilung für die Presse ernannt. (N.-Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 330. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 27. November 1856.

Stimmen der Presse über den Wiener Münzvertrag.

(Fortsetzung.)

Doch hören wir jetzt auch die Freunde der Goldwährung! Zu dem Besten, was in neuerer Zeit von dieser Seite veröffentlicht wurde, gehört ohne Zweifel die Denkschrift des Hamburger Commercium. Bekanntlich hat vor einiger Zeit in Hamburg eine Anzahl von Geschäftsleuten beim Senat den Antrag gestellt, die Einführung der Goldwährung bei der Bank in's Werk zu setzen, und die Commerzdeputation hat die Angelegenheit zur ihrigen gemacht, indem sie beim Senat eine Denkschrift eingereicht hat, welche folgende Fragen behandelt: 1) Erscheint die Annahme der Goldwährung statt der bisherigen Silberwährung für Deutschland überhaupt, und für Hamburg in Betreff seiner Bankvaluta insbesondere, rathsam? 2) Welche Modalität der Goldwährung ist vorzugsweise zu empfehlen? 3) In welcher Weise möchte der Uebergang zu solcher Goldwährung hier in Hamburg am zweckmäßigsten zu bewerkstelligen seyn? Die daran sich knüpfenden Vorschläge sind der Präzision wegen in Form eines Entwurfs zu einer Verordnung zusammengestellt. Die Denkschrift der Hamburger Commerz-Deputation hält zuvörderst die Goldwährung, auch abgesehen von den gegenwärtigen besonderen Umständen, allgemein für weit vorzüglicher, als die Silberwährung. Die Denkschrift beruft sich in dieser Beziehung auf das Urtheil des durch seine volkswirthschaftlichen Schriften rühmlichst bekannten früheren Vorstehers des statistischen Bureau in Berlin, J. G. Hofmann, welcher schon 1838 den Uebergang von der Silberwährung zur Goldwährung „als das alleinige sichere Mittel zur Begründung eines haltbaren Münzwesens in Deutschland“ dringend empfohlen habe. Derselbe urtheilt: „Der Vortheil, daß Gold mit sehr viel geringeren Kosten, als Silber, zu Münzen verarbeitet werden kann, entscheidet für seinen Gebrauch als Maß aller Werthe und als Werkzeug, um Macht-zu-kaufen im Großhandel zu übertragen, mit Gründen, welche bisher nur in Großbritannien ihre vollständige Würdigung und richtige Anwendung gefunden haben. Eine gleiche Anerkennung wird ihnen indessen, früh oder spät, überall widerfahren müssen, wo das Münzwesen dauerhaft geordnet werden soll.“ Herr Soetbeer in seiner Hamburger Denkschrift stimmt diesen Sätzen vollkommen bei und sucht dieselben durch einen Vergleich des britischen und des preußischen Münzwesens noch näher zu belegen. Er führt zu dem Ende genauer aus, wie in England die Münze nie merklich über den Barrenpreis steigen, noch unter den Barrenpreis sinken kann, weil in England der Staat auf Begehr umsonst und in kürzester Frist (also mit geringstem Zinsenverlust) Goldbarren in Geldmünze umsetzt und jede Goldmünze, die der Bank präsentirt wird, sobald sie im Umlaufe 1¼ pCt. an Gewicht verloren hat, zu Lasten des Besitzers zerschneiden läßt, wie dagegen in Preußen bei Silberwährung einerseits weder umsonst noch auch so rasch Barren in Münze verwandelt und andererseits abgenutzte Stücke nicht so leicht, nämlich ohne allgemeine Umprägungen auf Staatskosten, außer Verkehr gesetzt werden können. Das z. B. in Preußen vorhandene Geld ist wirklich im Durchschnitt schon um etwa 1¼ pCt. abgenutzt, und die neuen vollwichtigen Ein- und Zwei-Thalerstücke beginnen deßhalb neuerdings bereits vom Silberhändler dem Verkehr entzogen und eingeschmolzen zu werden.

Die Hamburger Denkschrift gibt übrigens zu, daß ihre Gründe für die allgemeine und grundsätzliche Vorzüglichkeit der Goldwährung für sich allein wohl kein Land, welches die Silberwährung besäße, bewegen würden, dieselbe mit der Goldwährung zu vertauschen. Die dringenderen, eigentlich wirksamen Gründe sollen in dem augenblicklich schon herrschenden und voraussichtlich noch zunehmenden Silbermangel liegen. „Nur Umstände der dringendsten Art“, sagt sie, „die für den Fall des Beharrens bei der bisherigen Silberwährung mit großen nachhaltigen Nachtheilen drohen, und daneben die begründete Aussicht, wenn die Schwierigkeiten des Ueberganges einmal überwunden sind, auf die Dauer zu möglichst sicheren und vortheilhaften Münz-Zuständen zu gelangen, können daher den Regierungen Veranlassung geben, die Frage wegen Aufhebung der bisherigen alleinigen Silberwährung und Annahme der Goldwährung in ernstliche Erwägung zu ziehen und dann rasch zu einer Entscheidung zu kommen.“ Sie behauptet aber, — daß „Umstände solcher Art“ gegenwärtig allerdings in ganz Deutschland stattfinden. Für solche entscheidende Umstände erklärt die Denkschrift: „einmal die Geltung, welche die Goldwährung in letzterer Zeit für den internationalen Verkehr und den Welthandel im Ganzen erlangt hat, und dann die fortdauernde Silberströmung nach Ost-Asien nebst den sich daran knüpfenden Folgen.“

Was unter diesen beiden Gesichtspunkten von den Anhänger der Goldwährung zur Unterstützung ihrer Ansicht vorgebracht wird, findet sich kurz zusammengefaßt in einem Artikel, den die „Hamburger Nachrichten“ im Oktober d. Js. brachten. Bezüglich des Silberabflusses nach Asien heißt es in diesem Artikel: „Vor Allem und zunächst handelt es sich natürlich um Beantwortung der Frage, ob wir es mit einem dauernden Mangel oder nur mit einer momentanen und vorübergehenden Conjunktur zu thun haben. Wir haben das Silber in rapider Strömung von den westeuropäischen Märkten abfließen sehen und empfinden die peinlichen Folgen dieses Abflusses. Wie nun, wenn derselbe mehr oder minder bald sein Ende erreichen und Gründe nicht vorliegen sollten, welche eine Wiederholung befürchten lassen? Höchstens würde es dann nur Maßnahmen augenblicklicher Linderung gelten und sicherlich der Rath, dem Ungenüge des Silbers als Tauschmittel durch Uebergang zur Goldwährung abzuhelfen, nicht angebracht seyn. Denn jedenfalls wäre ein derartiger Wechsel eine in das ganze wirthschaftliche Leben tief einschneidende Neuerung, und wenn man überhaupt mit solcher nicht experimentiren soll, so darf man dies um so weniger auf einem Gebiete, wie dem des Geldverkehrs, dessen oberster Heischesatz die möglich größeste Stetigkeit des Geldes ist. Wir glauben jedoch allerdings nicht zweifeln zu dürfen, daß der Erscheinung, welche gegenwärtig die Silbermärkte darbieten, Verhältnisse zu Grunde liegen, die über die augenblickliche Conjunktur hinausreichen und den auf das Silber gegründeten Tauschverkehr der europäischen Kulturländer dauernd bedrohen. Nicht, daß wir meinen wollten, der heutige Silberabfluß nach Ostindien und China werde und müsse ewig währen. Im Gegentheil sind wir überzeugt, daß er namentlich in der bisherigen Progression unmöglich noch lange fortdauern und daß, je rapider er bis zu diesem Augenblick gewesen, desto weniger die endliche Reaktion gegen ihn ausbleiben kann. Aber wenn in Folge der Sättigung China's und Ostindiens das Silber endlich aufhört, von diesen Ländern absorbirt zu werden, ist damit irgend welche Garantie gegeben, daß dasselbe dann den europäischen Silbermärkten gesichert bleibe? Wir sehen keine. Vielmehr dürfte mit jedem Eintritt eines neuen, bisher außerhalb des großen Weltverkehrs gebliebenen Volkes in denselben nur die gleiche Erscheinung wiederkehren. Noch ist bei weitem nicht die ganze Erde dem Welthandel erobert. Noch herrscht unter hundert und aberhundert Millionen Bewohnern der Erde statt des Geldtausches der Naturaltausch. Und gleichzeitig sind noch in keiner Zeit die Mittel und mit den Mitteln der Drang zu immer weiterer Ausdehnung der Verkehrsbeziehungen größer gewesen, als in der Gegenwart mit ihren Telegraphen, Eisenbahnen und Dampfschiffen. Seit ei-

nem halben Jahrhundert ist die Welt um das Zehnfache enger zusammengerückt und die Hindernisse des Verkehrs, die sonst in den räumlichen Entfernungen lagen, existiren kaum mehr. Unter solchen Umständen ist doch wohl der Eintritt immer neuer Länder und Völker in den Handelsverkehr der Welt eine durchaus nahe liegende Eventualität. Mit jedem solchen in den Verkehr neu eintretenden Lande tritt aber zugleich ein neues Bedürfniß vorzugsweise nach Silber in die Welt. Es ist nichts zufälliges, daß China und Ostindien gerade Silber und nicht Gold als Aequivalent für ihre Waaren erheischen; es ist dieses Verlangen vielmehr ein durchaus naturwüchsiges, und wenn neuerdings in England von der Einführung der Goldwährung in Ostindien die Rede gewesen, so fragt sich noch, ob die dahin zielenden gesetzlichen Maßnahmen nicht zum großen Theil illusorische bleiben dürften. Das Silber ist nämlich vorzugsweise das naturgemäße Münzmetall der Völker niederer Wirthschaftsgrade. Denn da bei diesen Völkern der Tausch bei dem Mangel an genügender Ausbildung des Kredits noch Zug um Zug vor sich geht und bei der verhältnißmäßigen Dürftigkeit der Bedürfnisse der Einzelnen auch nur mehr oder minder geringe Tauschwerthe umsetzt, so ist selbstverständlich das Silber bei weitem mehr zur Vermittlung desselben geeignet, als das vierzehn oder fünfzehn Mal theurere Gold. Gleichzeitig ist aber andererseits nichts weniger gewiß, als die Möglichkeit beliebiger Steigerung der Silberproduktion der Erde, welche die Mittel gewähren würde, jedem neu auftauchenden Bedürfniß nach Silber mit dem entsprechenden Angebot entgegen zu kommen. Jedenfalls hat bisher diese Möglichkeit sich vermissen lassen. Was kann also prekärer seyn, als die Lage der europäischen Silbermärkte? Es ist möglich, daß in irgend einer nächsten Zeit der Silberabfluß nach China und Ostindien entweder sein Ende erreicht, oder doch auf ein geringeres und festes Maß sich reduzirt. In Konsequenz davon gewinnt dann der Silbermarkt die jetzt vermißte Stabilität, und das Silber eine feste Preisnorm wieder. Aber auf wie lange? Heute ist Hinterasien mit Silber gesättigt; morgen oder übermorgen eröffnet demselben jedoch ein neuer Abzugskanal sich in Mittelasien und der so eben erst wieder zur Stabilität gelangte Markt ist von neuem erschüttert."

Ueber die Geltung, welche die Goldwährung in neuerer Zeit für den internationalen Verkehr und den Welthandel erlangt habe, äußert sich der erwähnte Artikel der „Hamb. Nachr.", wie folgt: „Der große Umfang der heutigen Goldproduktion der Erde ist eine notorische Thatsache. Die materielle Möglichkeit, die Silberwährung in den weitesten Kreisen durch die Goldwährung zu ersetzen, erscheint als unbezweifelbar. Nicht minder unbezweifelbar und handgreiflich sind die Vortheile, welche die Existenz der Goldwährung in Deutschland dem Verkehre desselben bieten würde. Wie das Silber für die niedern, so ist das Gold für die höheren Kulturstufen das naturgemäße Münzmetall und in unmittelbarer Konsequenz davon — was wahrlich nicht gering anzuschlagen, zugleich ein mächtiger Damm gegen das Uebermaß der Papiergeldfabrikation. Denn während bei der Unhandlichkeit des Silbers für auch nur einigermaßen größere Tausche das Papier in den höher kultivirten Wirthschaften der Silberwährung im weitesten Maße eine Nothwendigkeit wird und dadurch nur zu leicht zu Ueberschreitungen verführt, beschränkt das Gold den nothwendigen Gebrauch desselben auf die Kreise nur der größesten Tausche. Zum andern kommt hinzu, daß, nachdem die Goldwährung in den Vereinigten Staaten, in England und Frankreich die herrschende geworden, sie ganz eigentlich bereits die Währung des Welthandels ist und Deutschland somit seine Stellung in diesem durch sie gefördert sehen würde."

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Bund.

Bayern. München, 25 Novbr. Se. Maj. der König haben die kath. Pfarrei Germersheim, dem Priester Fr. Joseph Siener, Pfarrer in Dürkheim, Ldgr. Neustadt übertragen; dem Oberappellationsgerichtssekretär Joh. Bapt. Schiddermaier in Anerkennung seiner mehr als 42 Jahre hindurch treu und eifrig geleisteten Dienste den Titel und Rang eines Rathes tax- und stempelfrei verliehen. (N. M. Z.)

Preußen. Berlin, 24. Nov. Beim Stadtschwurgericht begannen heute die Verhandlungen des Prozesses gegen den Dr. med. Falkenthal wegen vorsätzlichen Meineides, den derselbe in der gegen den Gefangenwärter Bruno wegen der Flucht des Professor Kinkel aus dem Zuchthause in Spandau eingeleiteten Untersuchung, die durch Urtheil längst erledigt ist, abgeleistet haben soll. Dr. Falkenthal bekräftigte es früher mit einem Eid, von der Flucht Kinkel's nichts gewußt zu haben; nun wurde aber später die Gefängnißkleidung Kinkel's in der Wohnung des Dr. Falkenthal, in einem zugenähten Reisesack, vorgefunden und hierauf gründet sich die gegenwärtige Anklage. Der gegenwärtige Prozeß ist bereits im Jahr 1854 zur Verhandlung gekommen, wurde aber damals nicht beendigt, vielmehr auf eine neue Beweisaufnahme resolvirt. Es haben seitdem mehrere Audienztermine in der Sache angestanden, die jedoch sämmtlich aufgehoben wurden, theils weil Hauptzeugen nicht anwesend waren, theils weil der Angeklagte sehr krank war. Derselbe befand sich zur Abbüßung einer wegen Hochverraths gegen ihn erkannten 8jährigen Strafe in der Strafanstalt zu Lichtenburg, als er der Verhandlung in dem gegenwärigen Prozeß wegen, wiederum in hiesige Stadtvogtei eingeliefert wurde. Der Angeklagte ist anscheinend noch jetzt krank, seine Stimme, die ehedem kräftig war, ist jetzt leise und matt. Der Angeklagte stellt wie früher die gegen ihn erhobene Beschuldigung in Abrede. Die Beweisaufnahme ist sehr weitläufig, da nicht allein viele Zeugen zu vernehmen, sondern auch zahlreiche Schriftstücke zu verlesen sind. Die Verhandlung dürfte deßhalb mehrere Tage währen. (N. Z.)

Berlin, 24. Novbr. Der „Staatsanzeiger" verkündigt heute einen Ministerialerlaß, wonach die Mitglieder der beiden Häuser des Landtages davon in Kenntniß gesetzt werden, daß die Eröffnung der diesjährigen Session nächsten Samstag, Nachmittag um 1 Uhr, im weißen Saale des kgl. Schlosses hierselbst stattfinden, und daß diesem Akt ein Gottesdienst für die evangelischen Mitglieder in der Domkirche, für die katholischen in der St. Hedwigskirche vorausgehen werde. (Deutschl.)

Berlin, 24. Novbr. Vorgestern wurden die Konferenzen zur Vorberathung eines Handelsgesetzentwurfs, welche seit dem 27. Oktober mit kaufmännischen Sachverständigen und praktischen Juristen im Justizministerium stattgefunden haben, geschlossen. Das System und die Grundzüge des Entwurfs haben allgemeine Billigung gefunden; im Einzelnen sind mehrfache Abänderungen vorgeschlagen, welche bei der ferneren Bearbeitung des Entwurfs, zu welcher unverzüglich übergegangen werden soll, Berücksichtigung finden werden. (Preuß. Corr.)

Am 18. Nov. kamen in dem einige Stunden von Gotha entfernten preußischen Dorfe Dachwig Exzesse vor. Zum Behuf der Regulirung der Flurgränze zwischen Dachwig und dem gothaischen Dorfe Großfehner war von dem preußischen Ablösungskommissar Wißmann auf den 18. Nov. Termin nach Dachwig anberaumt worden, zu welchem auch der gothaische Spezialkommissar Ewald nebst dem Geometer Frank, dem Gerichtsschöppen Fleischmann und dem Verwalter Bachrott aus Großfehner eingeladen waren. Zur bestimmten Stunde hatte sich eine große Menge der Einwohner dieses Orts im obern Stockwerk des Gasthofs, wo die Verhandlungen, stattfinden sollten, versammelt. Sie lärmten und tobten, und aus ihrem ganzen Verhalten ergab sich, daß sie an der Verhandlung die gepflogen werden sollte, Nachtheile irgend welcher Art für sich befürchteten. Zuletzt vergriffen sie sich sogar thätlich an den Kommissaren, von welchen mehrere schwer verletzt wurden. Unter den unzweideutigsten Drohungen erzwangen die Bauern von dem Ablösungskommissar Wißmann die Aufnahme eines Protokolls, von dem sie meinten, daß es ihren Interessen entsprechen würde. Sie erpreßten ferner von dem gothaischen Verwalter Bachrott, unter der Drohung, daß er sonst nicht lebendig von der Stelle komme, das Versprechen, ihnen für gehabte Zeitversäumnisse, bezahlte Strafgelder und Kosten eine pekuniäre Entschädigung zu gewähren, und zwangen, damit noch nicht zufrieden, den Steuereinnehmer von Dachwig, sich für Bachrott zu verbürgen. Erst nachdem der Haufe seinen Willen vollständig durchgesetzt hatte, entließ er seine Gefangenen. Unter der ganzen Bewohnerschaft des Dorfes war nur der Ortsvorstand und noch ein einziger Mann, welche der Stimme der Vernunft und des Gesetzes Gehör zu verschaffen versuchten; der Letztere wurde dafür auf das heftigste mißhandelt. Den gedachten Exzessen fehlt, da es sich lediglich um eine einfache Regulirung der Flurgränze handelte, jedes menschlich entschuldigende Motiv; dieselben charakterisiren sich als die sinnlose Auflehnung des Pöbels gegen Gesetz und Ordnung. (D. A. Z.)

Sachsen. Leipzig, 23. Novbr. Tagesgespräch und Tagesklagen sind jetzt hier der plötzliche Mangel und Preisaufschlag der Kohlen, welcher aber nicht, wie von vielen Seiten behauptet wird, eine Folge des Winters ist, sondern dem ganz natürliche Ursachen zum Grunde liegen, nämlich die Ausfuhr von Kohlen auf den Eisenbahnen nach entfernten Gegenden, die Entstehung von immer mehr Fabriken, welche viel Brennstoff verbrauchen, und der Mangel an Grubenarbeitern, welche für ihre mühselige Arbeit leider sehr schlecht bezahlt werden. (Schw. M.)

Leipzig, 25. Novbr. Gustav Harkort, der vollziehende Direktor der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt, hat in Bezug auf seinen mit Ende dieses Jahres erfolgenden Rücktritt von dieser Stelle eine Erklärung veröffentlicht, wonach demselben in keiner Weise eine etwaige schlimme Lage der Geschäfte zu Grunde liegt, sondern ganz andere, lediglich persönliche Rücksichten. (D. Allg. Ztg.)

Württemberg. Stuttgart, Mitte November. Die beabsichtigte Aufbesserung der Gehalte der niedern Staatsdiener erstreckt sich nicht bloß auf die eigentlichen niederen Gehalte, auch nicht ausschließlich auf Staatsdiener im engeren Sinne des Worts; sie begreift vielmehr die Gehalte von 300 bis 1000 fl. einschließlich in sich. Die Berechnung der Gehaltserhöhung soll sich auf Naturalpreise stützen.

Stuttgart, 22. Novbr. Der Verein zur Unterstützung armer Kranke auf dem Lande hat von dem König abermals eine Gabe von 300 fl. und von der Prinzessin Friedrich eine solche von 25 fl. erhalten. Die Königin hat der Paulinenpflege in Winnenden ein Geschenk von 100 und dem hiesigen Verein zur Unterstützung armer Kranker auf dem Lande ein solches von 50 fl. übermachen lassen. Auch von Seiten der Privaten geschieht möglichst viel, um die Noth des Winters zu lindern. (Hlb.Tgb.)

Mecklenburg. Bekanntlich zeichnet sich Mecklenburg, das einzige noch übrige Asyl des Feudalwesens in Deutschland, durch die verhältnißmäßig sehr große Zahl von unehelichen Geburten und von Auswanderungen in den letzten Jahren aus. Die nachstehende Mittheilung des „Berl. Korresp. Bur." sind nicht geeignet, ein günstigeres Urtheil hinsichtlich des Bildungszustandes eines großen Theils der Bevölkerung hervorzurufen: „In diesem Herbst wurden 940 Rekruten ausgehoben, und nach den von dem Divisionskommando angestellten Ermittlungen über den Bildungsstand der Mannschaft befinden sich darunter 226, die Geschriebenes gar nicht lesen können, 180, die gar nicht schreiben können, 160, die nur Buchstaben schreiben können, 380, die gar nicht rechnen können. Eine höhere Schulbildung besitzen nur 6. Ungefähr zwei Drittel dieser Idioten waren von ritterschaftlichen Gütern. Es ist hierin keine Uebertreibung, was ich mittheile, beruht auf amtlichen Ermittlungen." (Schw.M.)

Sachsen-Weimar. Von der weimarischen Staatsregierung wird, wie Lokalblätter berichten, eine Modifikation des Gesetzes vom Jahre 1823 beabsichtigt, welches die Stellung der katholischen Kirche betrifft. Es soll deßhalb dem Landtage kurz nach seinem Zusammentritte eine deßfallsige Gesetzvorlage gemacht werden, wodurch die Rechte und Befugnisse der katholischen Kirche für das Großherzogthum Weimar eine größere Ausdehnung erhalten sollen, als jenes Gesetz von 1823 sie gestattet. (Fr.Pstz.)

§ **Oesterreich.** Wien, 24. Nov. (Priv.-Korr.) Man will wissen, daß Herr v. Bourqueney in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit bereits mit dem Grafen Buol konferirt habe, und daß der Letztere bei dieser Gelegenheit die Ueberzeugung gewonnen hat, daß Frankreich die Frage der Herzogthümer in einer den Intentionen des Kopenhagener Kabinets entsprechenden Weise beurtheilt. Gewiß ist es, daß auch Freiherr v. Budberg hierorts vor Kurzem erklärt hat, daß Rußland in dem schwebenden Konflikte der dänischen Anschauung sich anschließe. An den Hrn. v. Jäger, der gegenwärtig interimistisch die österr. Gesandtschaftsgeschäfte in Kopenhagen versieht, sind gestern Depeschen von hier abgegangen. Wie es heißt, hat Hr. v. Jäger aus Anlaß neuer ihm durch das dänische Kabinet gemachten Eröffnungen Instruktionen verlangt, die ihm gestern zugesendet worden sind, nachdem sich Graf Buol zuvor mit dem preußischen Gesandten, Grafen Arnim, verständigt hatte. — Der türkische Gesandte, Fürst Kallimaki, hatte in den letzten Tagen mehrere Konferenzen mit dem Grafen Buol. Wie ich vernehme, soll von Seite Frankreichs und Rußlands die Räumungsfrage abermals zur Sprache gebracht worden seyn, indem beide Regierungen ihre frühere Forderung erneuert haben, daß alle fremden Truppen die Türkei sowie die Fürstenthümer unverzüglich verlassen sollen. — Die kürzlich von mehren Seiten gemachte Angabe von dem bevorstehenden Baue eines Centralbahnhofes für alle hier einmündenden Eisenbahnen wird sich nicht so bald bestätigen. Es liegen zwar mehrere hierauf bezügliche Projekte höheren Orts zur Begutachtung vor, von einer definitiven Bestimmung über die Begutachtung irgend eines speziellen Planes hat man bis jetzt nichts gehört. Die Verwaltung scheint sich vorderhand allein auf die im Bau begriffene und ihrer größeren Hälfte nach bald vollendete Verbindungsbahn des Raaber- und Südbahnhofes mit dem Hauptmauthgebäude und dem Nordbahnhofe beschränken zu wollen.

Wien, 23. Novbr. Wie wir vernehmen, hat der Reisende Dr. Scherzer von dem Erzherzog Ferdinand Max die Einladung erhalten, die Reise um die Welt auf der für einen wissenschaftlichen Zweck auszurüstenden „Novara" mitzumachen. (Fr. J.)

Schweiz.

Bern, 23. Novbr. Um das Schweizervolk von dem jetzigen Stande der Verhandlungen in der Neuenburger Frage in Kenntniß zu setzen, ist in der „Berner Zeitung" folgende offiziöse Mittheilung erschienen: „Der preußische Gesandte, Herr v. Sydow, machte unterm 18. d. dem Bundespräsidenten die mündliche Eröffnung: der König verlange eine vorgängige und bedingungslose Freilassung der Gefangenen in Neuenburg, worunter Sicherstellung ihrer Person und ihres Eigenthums verstanden sey; wenn dies geschehen, sey der König zu Unterhandlungen bereit. Derselbe hoffe um so eher auf Erfüllung seines Begehrens, als er durch Nichtverfolgung seiner Rechte seit dem Jahre 1848 eine große Mäßigung bewiesen habe; würde nicht entsprochen, so würde Se. Majestät der König sich weitere Entschließungen vorbehalten. Die bei der Schweiz accreditirten Vertreter der deutschen Bundesstaaten Oesterreich, Bayern und Baden unterstützten Namens des deutschen Bundestags das Begehren mit allem Nachdruck, gaben dabei jedoch ihre freundnachbarlichen Gesinnungen für die Schweiz zu erkennen. Der Bundesrath, welchem durch seinen Präsidenten diese Eröffnungen zur Kenntniß gebracht wurden, beschloß einstimmig folgende Antwort an Preußen: In das vom König gestellte Begehren um bedingungslose und vorgängige Freilassung der Gefangenen könne er nicht eingehen. Im Uebrigen sey auch er gerne bereit, zur friedlichen Lösung des auf Neuenburg bezüglichen Konfliktes in Unterhandlungen zu treten. Den Vertretern Oesterreichs, Bayerns und Badens gab der Bundesrath von dieser Antwort in gleicher Form Kenntniß. Schon vor diesen Eröffnungen fand der Bundesrath aus besonderer Veranlassung sich bewogen, den General Dufour mit einer außerordentlichen Mission an den Kaiser der Franzosen zu betrauen. Die Instruktionen des Herrn Dufour gingen vorzüglich dahin, dem französischen Kaiser die nöthigen Aufklärungen zu geben über die obschwebende Frage und warum die Schweiz in eine unbedingte Amnestie der Gefangenen nicht eingehen könne. Die bisher erhaltenen Berichte lassen schließen, daß die Sendung nicht ohne Nutzen für die Schweiz war. Ueber ihr definitives Ergebniß könne jedoch noch nichts berichtet werden. Inzwischen gehen die Verhandlungen der Justiz ihren ungestörten Gang. Der Bundesrath hält an seiner verfassungsmäßigen Stellung entschieden fest, der Justiz ihren freien Lauf zu lassen. Wenn auch bis jetzt keine besonderen Gründe zur Besorgniß ernsterer Eventualitäten vorhanden sind, so unterläßt der Bundesrath doch nicht, sein Augenmerk fortwährend auch auf Vorbereitungen für diesen Fall zu lenken.

Großbritannien.

London, 22. Novbr. Der letzte Bankbericht weist eine Abnahme des Notenumlaufs von 609,950 Pfd. Sterl., eine Zunahme des Metallvorraths von 154,015 Pfd. Sterl. nach. (T.D.d.Ztg.f.Ndd.)

Frankreich.

Paris, 24. Nov. Im Ackerbau- und Handelsministerium arbeitet man gegenwärtig den Plan einer Staatsversicherungsanstalt gegen Ueberschwemmungen, Hagel und Viehseuche aus — Im Auftrag eines großen Finanzetablissements werden die Anfangs des Jahrhunderts durch Berigny und Dupin entworfenen Pläne eines schiffbaren Kanals von Havre über Rouen nach Paris an Ort und Stelle revidirt. Die Kosten dieses 72 Stunden langen Kanals sind auf 200 Millionen veranschlagt.

In einer der letzten Sitzungen der Lyoner Handelskammer wurde, in Folge einer Mittheilung der Straßburger Handelskammer, welche von der Regierung die Ermächtigung zur Erhöhung des Zinsfußes (Disconto) auf 7 pZt. verlangt, beantragt, die Abschaffung jeder Diskonto-Beschränkung zu verlangen. Dieser Antrag wurde von mehreren Mitgliedern der Handelskammer auf's entschiedenste bekämpft, nichts destoweniger aber mit großer Majorität beschlossen, bei der Regierung um Aufhebung der Restriktiv-Bestimmungen des Diskonto nachzusuchen; mit einem Worte, das Geld — wie in England — der Waare gleichzustellen.

Italien.

Neapel, 20. Novbr. Dem Vernehmen nach sollen sofort noch 6000 Schweizer für den Dienst der neapolitanischen Regierung angeworben werden. (Eine so große Zahl wird wohl nicht auf der Stelle zu haben seyn.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 14. Novbr. Die asiatische Gränzregulirung ist bis zum nächsten Frühjahr aufgeschoben

Der „Hydaspe“ bringt Berichte aus Konstantinopel, vom 13. Nov. Die Getraidepreise waren fest; eine ungeheure Menge, mit Cerealien befrachteter Schiffe passirten den Bosporus.

Rußland und Polen.

Der russische Kaiser hat mehreren vornehmen Persern Orden verliehen und namentlich dem ersten Minister des Schah seiner besondern Hochachtung versichert.

Amerika.

Ueberraschend ist die schon erwähnte Mittheilung eines Korrespondenten aus Washington im „New-York Herald“, daß Mr. Buchanan dafür sey, Kansas als sklavenfreien Staat zuzulassen. Der künftige Präsident habe sich stets mit Nachdruck gegen die despotische Politik von Mr. Pierce geäußert, und seine Freunde hätten es für klug gehalten, vor der Wahl darüber zu schweigen. Jetzt hingegen machten sie kein Geheimniß daraus. Im Süden werde natürlich die Losreißungspartei Krieg schreien. Jefferson Davis werde im Senat Sturm läuten, sobald die Pierce-Regierung begraben sey.

Asien.

Nachrichten aus Herat melden, daß die Perser die Belagerung von Herat aufgegeben haben und mit großem Verlust zurückgegangen sind. (Oesterr. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 26. November. Die Börse verkehrte heute in etwas willigerer Stimmung und wurden für österr. Credit-, Staatsbahn- und Darmstädter Bankaktien 2ter Serie sowie für Florenz-Livorno etwas höhere Kurse bezahlt. Der Umsatz etwas lebhafter als in den jüngsten Tagen.

Providentia wurde zu 105 3/4 7/8 6 verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1851 78 7/8 P. 78 3/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 89 P. 88 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 77 P. 76 1/2 G.; à 5pCt. in Silberb. R. 86 3/4 P. 86 1/4 G.; à 4 1/2 pCt. 67 7/8 P. 67 3/8 G.; à 4pCt. 59 1/2 P. 59 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 3/4 P. 56 1/4 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 81 1/2 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4pCt. Grundrente 94 3/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/2 P. 101 G.; 5pCt. 100 1/2 P. 100 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 102 7/8 P. 102 3/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 1/4 P. 98 3/4 G.; 4 1/2 pC. 101 1/2 P. 101 1/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 P. 89 1/2 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 1/4 P. 80 3/4 G.; à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 P. 36 3/4 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 1/16 P. 22 15/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1204 P. 1198 G. Neue Bankaktien 318 P. 313 G. Credit-Actien à 5pCt 171 P 169 G. Darmstädter Bankaktien alte 366 P. 361 G.; junge 327 P. 325 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 503 P. 498 G. Mitteldeutsche Creditbank 99 1/8 P. 98 5/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 103 1/2 P. 103 G. Frankf. Bankaktien 112 1/2 P. 112 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 505 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 577 P. 572 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 290 1/2 P. 288 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142 5/8 P. 142 1/8 G. Neustadt-Weissenb. 103 1/2 P. 103 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/8 P. 100 7/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 352 P. 350 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 1/4 P. 79 3/4 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79 P. 78 1/2 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 3/4 P. 93 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118 P. 117 1/2 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 101 3/4 P. 101 1/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 114 1/2 P. 114 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50 P. 49 1/2 G. Darmst. Loose à fl. 50 118 1/4 P. 117 3/4 G. à fl. 25 34 3/4 P. 34 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 P. 39 3/4 G. Nass. Loose à fl. 25 33 1/2 P. 33 1/4 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 44 P. 43 3/4 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118 P. 117 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99 5/8 P — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. — — P. 104 3/4 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/2 P. 93 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. — — P 104 3/4 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S. 96 5/8 P. — G.	Wien fl. 100 C. k S. 113 P. 112 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 7/8 P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 5% 112 5/8 P. 112 3/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104 3/4 P. 104 1/2 G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 25. Nov. Von den Preisen, welche Se. Maj. der König für wissenschaftliche Bestrebungen vor einiger Zeit aussetzen ließ, ist jener von 400 Dukaten für das beste bereits erschienene geschichtliche Werk dem Vernehmen nach bereits zuerkannt, und der Preisträger wird am bevorstehenden Geburtsfeste des Monarchen bekannt gegeben werden, an welchem Tage auch die Verleihung des Maximiliansordens für Kunst und Wissenschaft an mehrere Personen erfolgen wird. (N. C.)

* Frankfurt, 26. November. (Privat-Korrespondenz.) Es wird aus guter Quelle mitgetheilt, daß man das Projekt der vulgo Wasserrattenbahn in maßgebenden Kreisen bereits habe fallen lassen und den Ingenieurs den Auftrag gegeben habe, genaue Zeichnungen und Kostenüberschläge für eine andere Linie zu machen. Diese soll aus dem Frankfurt-Aschaffenburger Bahnhofe an den Metzgerbruch herunterlaufen, am heil. Geist-Hospitale die Stadt betreten, durch die Rechneistraße über den Judenmarkt, durch die Fahrgaße, Mehlwage und das Schlachthaus auf den Kai, und von da in gerader Richtung in den neuen Hafen laufen. Die Kostenberechnung soll die nicht übersteigen, welche für das Projekt der Wasserrattenbahn veranschlagt ist, ohne daß hier jährliche Ueberschwemmungen und schwere Reparaturen zu befürchten stehen.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stabel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 331.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 28. November 1856

Stimmen der Presse über den Wiener Münzvertrag.

(Fortsetzung.)

Den Anträgen der Hamburger Commerzdeputation wurde in einer der neuesten Nummern des „Schwäb. Merkur" eine suchkundige Würdigung zu Theil, worin neben den Bedenken, welche im Allgemeinen gegen Einführung der Goldwährung in Deutschland geltend zu machen sind, noch insbesondere die Gründe hervorgehoben werden, welche es unräthlich erscheinen lassen, diese Währung gerade im jetzigen Zeitpunkt einzuführen. In diesem Artikel heißt es u. A.: „Die Stimmen, welche den Uebergang zur Goldwährung verlangen, lassen sich von den Hansestädten vernehmen, welche wohlgemerkt vom Großhandel leben und für die Großhandels-, d. h. für die Goldwährung eine natürliche Vorliebe hegen. Es ist nicht ganz einfach, in dieser Streitfrage klar zu bleiben, aber doch auch nicht schwer, die Nothwendigkeit einer vorläufigen Beibehaltung der Silberwährung vom gesammtdeutschen Standpunkt aus darzuthun. Wenn, was wir hier nicht zu beweisen oder zu widerlegen haben, überhaupt gewichtige Gründe dafür sprachen, sofort und im jetzigen Augenblick einer gewaltigen Erschütterung der Massenverhältnisse der Edelmetalle, in einer Zeit, da in dieser Beziehung Alles in rascher Entwicklung begriffen ist, da erst die ferneren, aber vielleicht baldigen Erfahrungen über die Vorzüglichkeit der Gold- oder Silberwährung entscheiden müssen, da also über diese Entwicklung lediglich Nichts als subjektive Meinung und Wahrscheinlichkeit angeführt und entgegengehalten werden kann, wenn in einem solchen Zeitpunkt allgemeiner Münzerschütterung aus anderen zwingenden Gründen eine sofortige deutsche Münzreform nöthig war: dann, ist zu behaupten, war auch die Beibehaltung der Silberwährung Nothwendigkeit. Das Münzsystem hat nicht Hamburger Großhandels- und Exportverhältnisse zu berücksichtigen, der Großhandel gleicht seine Bilanz nicht einmal hauptsächlich mit Münze aus, sondern der Binnenverkehr ist wie seinem Umfange nach bedeutender, so für die Münzbedürfnisse maßgebender. Im Binnenverkehr selbst spielt quantitativ und qualitativ der Kleinverkehr die Hauptrolle, und sein Bedürfniß ist daher zum Richtscheit einer Münzreform zu nehmen. Der Binnenverkehr aber verlangt kleinere Münzen, als in Gold geeigneter Weise geprägt werden können, verlangt solche, die der Abnützung weniger unterworfen sind; er ist auch mit der unter dem Nennwerth geprägten Scheidemünze nicht ganz befriedigt, wozu bei Goldwährung die Silberzirkulation herabgedrückt werden muß, sondern verlangt Courantmünze. Der maßgebende Binnenverkehr heischt also, so lange andere Gründe nicht entscheidender sind, die Silberwährung, das Silber als gesetzliches Zahlmittel. Eine solche entscheidendere Rücksicht für die Wahl der Währung, eine Rücksicht, welche die Momente der Kleinstücklung, geringer Abnützung u. s. w. weit aufwiegt, überhaupt der maßgebendste Gesichtspunkt ist nun die durchschnittliche Werthsunveränderlichkeit des Währungsmetalls im Verhältniß zu allen andern Waaren, mit andern Worten das Gleichbleiben seiner Kaufkraft. Es liegt auf der Hand, welch große Uebelstände alles Schwanken in dieser Kaufkraft erzeugt. Sinkt dieselbe, so sind alle Besoldeten, alle Empfangs-Berechtigten übel berathen; steigt sie alle Geldschuldner, namentlich auch die modernen Großgeldschuldner, die Staaten; denn in letzterem Falle müssen sie, um die schuldige Geldsumme aufzubringen, mehr andere Güter hingeben, denn früher, als das Geldmetall weniger werth war. Das vermuthliche Gleichbleiben der Kaufkraft des zur gesetzlichen Währung gewählten Metalls ist daher eine Grundrücksicht bei aller Ordnung des Münzwesens; die Wahl der Edelmetalle überhaupt zu gesetzlichen Tauschmitteln beruht auf dieser Rücksicht, und dasjenige derselben, welches die größte Stetigkeit seiner Kaufkraft allen Waaren gegenüber verspricht, muß bei einer großen Münzreform der Währung zu Grunde gelegt werden. Welches verspricht nun im gegenwärtigen Augenblick am meisten Werthstetigkeit, am meisten das Gleichbleiben seiner Kaufkraft, Gold oder Silber? Das letztere, wenigstens für die allernächste Zeit, und darum mußte, wenn überhaupt im jetzigen Augenblick einer für jede Berechnung unabsehbaren Revolution in den Massen- und darum Werthverhältnissen der Edelmetalle die große Münzreorganisation angezeigt war, die Siberwährung beibehalten werden. Was ist es denn, was einer Waare ein dauerndes gleichbleibendes Werthverhältniß oder besser gesagt die Eigenschaft möglichst geringen Schwankens in der Kaufkraft verleiht? Es ist hauptsächlich die Erhaltung derselben Proportion ihrer Masse zur Masse der übrigen Gütermenge. Nun ist aber gerade an Silber seit den spanischen Entdeckungen ein ungeheurer Schatz aufgehäuft worden, der bisher noch der andern Gütermenge gegenüber ziemlich im gleichen Verhältniß und daher im gleichen Werthe blieb, besonders da Gold das durch die Vermehrung des Verkehrs und Weltwirthschaft gewachsene Zirkulationsbedürfniß befriedigte. Anders war das Verhältniß des Goldes der übrigen materiellen Güterwelt gegenüber. Es wies bis zu den Goldentdeckungen nicht jene den Schwerpunkt wenig oder langsam veränderten Kaufkraft in sich tragende Massen auf. Allein seit den großen Gold-Entdeckungen legt diese Masse jährlich an Hunderten von Millionen Gulden im Werth zu, und es ist sehr fraglich, ob nicht Gold in verhältnißmäßig kurzer Zeit namentlich in Anbetracht der in's Ungeheure sich steigernden Wirthschaftsverhältnisse mehr als Silber die innere Schwerkraft gewinnen wird, dem Masseverhältniß der fortwachsenden Güterwelt in seiner steigenden Masse gerade nachzufolgen und so die bestehende Proportion auch des Werths zu erhalten oder seine Kaufkraft zur stabileren zu machen. Von da an, wo dies eintreten wird, müßte Gold die Grundlage der Währung werden. Es ist darum gar nicht so ungeheuerlich, an ein vielleicht baldiges Nothwendigwerden der Goldwährung zu denken. Man darf sich nicht verhehlen, daß es bis jetzt eben die neuen Goldschätze gewesen sind, welche durch umfassende Uebernahme der sonst durch Silber geschehenden Befriedigung des gestiegenen Bedarfs an Zirkulationsmitteln dem Silber seine gleichbleibende Kaufkraft haben erhalten helfen und es als Stützpunkt des Münzsystems aufrecht hielten, und Gold selbst hat durch Vertretung des Silbers, durch das Bedürfniß der Füllung der zuvor silbernen Zirkulationsadern (z. B. in Frankreich) seinen Kurs gegen Silber auf einer Höhe zu erhalten gewußt, welche Niemand bei den kalifornischen Entdeckungen zu hoffen wagte. Aber diese stellvertretende Funktion der Goldzirkulation für Silberwährung ist doch nur bis zu einer gewissen Gränze möglich, welche absolut nicht überschritten werden kann. Gold kann in gewissen Beziehungen Silber gar nicht ersetzen, so für gewisse Luxusbedürfnisse, in der Kleinzirkulation, überall, wo in Folge positiver Gesetze oder gültiger Verträge nur Silber zu Zahlungen gebraucht werden darf. Wüchse der unentbehrliche Bedarf an Silber für diese auf andere Weise nicht zu befriedigenden Bedürfnisse auf die Höhe des vorhandenen Silberschatzes an, so wäre der absolute Punkt gegeben, von welchem an Silber nicht mehr vertreten werden könnte, in unvermeidliches Werthschwanken geriethe, gegen Gold stark und in unsicherem Stufengang stiege, von wo an also im Falle geltender Silberwährung ein großes Schwanken in den Goldkurs durch Verschuldung des Silbers kommen und die erste Rücksicht für Wahl der Währung, das stetige Gleichbleiben der Kaufkraft, für die Annahme der Goldwährung entscheiden würde. Gewiß ist dieser absolute Gränzpunkt jetzt noch nicht, wahrscheinlich noch lange nicht erreicht. Vorübergehend können aber ähnliche Ursachen eine ähnliche Wirkung erzeugen. Dies lehrt die neueste Krise. In Folge der eingetretenen Kreditknappheit oder des Kapitalienmangels hielten die Banken durch unerhörte Diskontoerhöhung u. s. w. an ihrem Silberschatz fest. Gleichzeitig mußten Einzahlungen aller Art ausschließlich in Silber geschehen, das durch das massig vorhandene Gold nicht vertreten werden konnte.

So wurde vorübergehend ein Zustand geschaffen, wo Silber unzureichend und doch legale Währung war, wo daher sein Werth gegen Gold steigen, beziehungsweise der Goldkurs sinken mußte. Ginge nun der massenhafte Silberabfluß so fort, wie in den letzten Jahren, so könnten Verhältnisse eintreten, bei welchen in Folge der eben dargelegten Wechselwirkung die kleinsten Kreditkrisen Münzkrisen, und kleine Münzkrisen Kreditkrisen bewirken und erschweren müßten, bei welchen beide Arten von Wirthschaftskrankheiten chronisch werden würden — wegen Knappheit des Silberquantum. In solchem Falle, worüber die Erfahrungen weniger Jahrzehnte entscheidende Lehren geben können, wäre der Uebergang zur Goldwährung auch vor Erreichung jener absoluten Gränze dringendes Gebot. Werden nun die Verhältnisse in der angegebenen Entwicklungsreihe solche, daß Gold mehr als Silber durch seine Masse den Schwerpunkt gleichbleibender Kaufkraft der anderen ebenfalls massenhaft wachsenden Weltgütermenge gegenüber erhält, oder wird die Masse des vorhandenen Silbers von der Masse der übrigen in's Ungeheure wachsenden Güterwelt so überflügelt und so leicht, daß der Werth des Silbers zwar hinaufgeschnellt, aber auch immer schwankender werden würde, dann könnte eine Silberwährung, wäre sie noch so sehr zu Gunsten aller Besoldeten und Geldgläubiger, nicht mehr festgehalten werden, weil sie die entscheidende Rücksicht bei der Wahl der Währung, die Vermuthung des Gleichbleibens der Kaufkraft, gegen sich hätte. Viele freilich, welche fürchten, Gold werde so gemein wie Brombeeren, argumentiren so: Gold werde in so ungeheuren Massen produzirt, daß sein Werthverhältniß zu allen andern Waaren viel stärker schwanke, als das des Silbers wegen des verhältnißmäßigen Abnehmens seiner Masse dem Wachsthum der übrigen Gütermenge gegenüber. Dies mag im besten Fall jetzt noch der Fall seyn, und deßhalb auch die Silberwährung mit Recht noch beibehalten werden. Bewiesen ist es übrigens keineswegs. Je größer dagegen von Jahr zu Jahr der Goldhaufen wird, um so unmerklicher wird allmählig die jährliche Zunahme; je größer dagegen der Weltverkehr bei zurückbleibender Silberproduktion, desto merklicher wird von Jahr zu Jahr das Bedürfniß, beziehungsweise die Werthzunahme und Werthschwankung des Silbers werden. Wenn daher die Silberwährung noch die Gegenwart, so hat, wenigstens bei fortdauernder Ausdehnung der Weltindustrie im jetzigen Maßstabe einer- und der Goldproduktion andererseits, die Goldwährung doch die Zukunft für sich. Und wenn aus andern überwiegenden Motiven eine Münzreform jetzt nothwendig war, so war die vorläufige Beibehalttung der Silberwährung wohl vollkommen am Platze, wenn aber nicht, so könnte bei einem etwaigen baldigen Nothwendigwerden der Goldwährung die tadelnde Frage entstehen, warum man eine große Münzreform in einem Augenblicke der heftigsten Revolution im Masseverhältniß von Gold und Silber zu einer Zeit vorgenommen habe, da über die erste Vorfrage des Münzsystems, über die Wahl der Währung, am Ende nur das Recht des Bestehenden, aber schon Erschütterten, gegenüber dem des Werdenden entscheiden mußte. Dieser Tadel aber kann nur von der ferneren Entwicklung faktisch bewiesen oder widerlegt werden. Vorderhand bleibt zu billigen, daß bei der nun einmal beliebten Münzreform die Silberwährung den Sieg davon getragen hat."

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Bund.

Bayern. Ein Kriegsministerialerlaß vom 23. d. Mts. bestimmt Folgendes: „Die in Hinsicht auf §. 61, lit. a und §. 62, lit. a des Heerergänzungsgesetzes vom 15. August 1828 erfolgte Ausfertigung und Ertheilung von Abschieden an Unteroffiziere und Soldaten, welche nur vorübergehend untauglich erkannt worden sind, hat zu Mißverständnissen bezüglich ihrer ferneren Militärpflichtigkeit Veranlassung gegeben; daher sollen von nun an alle mit Krankheiten und Gebrechen, welche zum Heeresdienste temporär untauglich machen, Behafteten — bereits im Heere Eingereihten, die sich nicht zur Beibehaltung für weitere ärztliche Beobachtung und Behandlung, oder zur Aufnahme in eine Garnisons-Kompagnie oder Versorgungs-Anstalt normgemäß eignen, — in so ferne sich die Zeit ihrer Armee- und Einstandsdienstpflicht über jene der Untauglichkeit erstreckt, — mit einer dieses Verhältniß und die allenfallsige Pensionsbewilligung bezeichnenden Urkunde in der Form eines Zeugnisses oder Vorweises auf die Dauer der sanitätskommissionell erklärten Invalidität entlassen werden, wobei jedoch die Erfüllung ihrer nach Umfluß dieser Zeit noch aufhabenden Armee- oder Einstandspflicht oder aber die förmliche Beabschiedung, je nach dem Ergebnisse der neuerlichen persönlichen Untersuchung, vorzubehalten ist. Eingereihten, deren Untauglichkeitsdauer die Zeit ihrer Dienstpflicht im Heere überschreitet, sind förmliche Abschiede zu ertheilen, und ist in denselben wegen der ihnen noch obliegenden Reserve- und Landwehrpflicht ausdrücklich Erwähnung zu machen." (Verordnungsbl.)

München, 25. Novbr. Der kgl. Obermünzmeister Hr. Haindl begibt sich in den nächsten Tagen abermals nach Wien, um als Abgeordneter Bayerns an der Münz-Schlußkonferenz Theil zu nehmen. Man glaubt, daß dieselbe nur wenige Tage in Anspruch nehmen und sohin der Abschluß der Münzkonferenz wirklich noch in diesem Jahre erfolgen werde. — Die auf morgen verschobene kgl. Hofjagd bei Gern ist abgesagt worden und wird nun nächsten Samstag stattfinden. — Die Mitglieder des Gesetzgebungs-Ausschusses erhielten heute den vollendeten Theil des Referats des Abg. Dr. Weis (allgemeiner Theil des Strafgesetzbuchs) zugesendet; zur Veröffentlichung soll derselbe erst nach der Beschlußfassung im Ausschusse gelangen. (Augsb. Abdztg.)

Auch in Hof hat man in Betreff der Erlasse des protestantischen Oberkonsistorium eine Adresse an Se. Maj. den König gerichtet. Dieselbe schließt gleich der Nürnberger Beschwerde-Schrift mit dem Petitum, daß vor Allem der Vollzug der jüngsten Anordnungen der obersten Kirchenbehörde sistirt, die seit Einführung der Kirchenvorstände in Betreff des neuen Gesangbuches, der Liturgie, des Agendenkerns &c. erlassenen kirchlichen Anordnungen aber aufgehoben werden mögen. (Ldbt.)

Preußen. Berlin, 24. Novbr. Unsere Polizeibehörden erhalten von Leipzig aus die Mittheilung, daß dort auf lithographischem Wege hergestellte Zins-Coupons zur Schuldverschreibung der preußischen Staatsanleihe von 1854 von 2 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. Zinsen, den 1. Oktbr. 1856 fällig, ausgegeben worden sind, welche, abgesehen davon, daß weder das Papier noch der Druck, noch der darauf befindliche Schriftzug mit den ächten Zins-Coupons übereinstimmt, hauptsächlich daran kenntlich sind, daß die letzten Worte der am untern Rande ersichtlichen kleinen Schrift, anstatt mit einem Punkte mit einem Komma schließen. (L. C.)

* Zu dem Bericht über den Falkenthal'schen Prozeß tragen wir noch Folgendes nach. Bekanntlich entsprang Professor Kinkel aus der Strafanstalt Spandau. Das Gelingen dieses, mit außerordentlicher List und Verwegenheit ausgeführten Unternehmens hatte nur durch die thätige Beihülfe anderer, auf freiem Fuße befindlicher Personen ermöglicht werden können. Als der Hauptleiter der ganzen Angelegenheit hatte sich ein Verwandter von Kinkel's Frau, der ehemalige Student Karl Schurz aus Bonn, dabei betheiligt, und war durch ihn der mit der Bewachung des Kinkel beauftragte Strafanstaltsaufseher Brune zur Theilnahme verleitet worden. Nachdem Kinkel durch Brune aus seiner Zelle befreit und ihm zum Entkommen aus der Strafanstalt von diesem die erforderliche Hülfe geleistet worden war, hatte er in Schurz' Begleitung seine Flucht unter falschem Namen durch das Preußische und Mecklenburgische bis Rostock fortgesetzt und hatte er sich hier, von mehreren Personen, namentlich dem Kaufmann Schwarz und dessen Schwiegervater, dem Kaufmann Bröckelmann, unterstützt, auf einem diesem Letzteren gehörigen Handelsschiffe nach London eingeschifft. Zu den verschiedenen Personen, die bald nach der Entweichung Kinkel's als Mitschuldige des Schurz mehr oder minder verdächtig bezeichnet wurden, gehörte u. A. auch der in Moabit wohnhafte Dr. Falkenthal, weil er als eines der thätigsten Mitglieder der demokratischen Partei allgemein bekannt war. Mehr als zu einer Vermuthung konnte sich jedoch damals dieser Verdacht nicht steigern, da Falkenthal, in der Untersuchung wider Brune als Zeuge vernommen, in der Verhandlung vom 11. April 1851 beschworen hatte: einen Studiosus Karl Schurz durchaus nicht zu kennen, überhaupt keinen ihm unbekannten Menschen in Spandau in ärztlicher Behandlung gehabt zu haben. Nun wurde aber im März des Jahrs 1853 aus Anlaß der der Untersuchung gegen Ladendorff und Genossen wegen Hochverraths, in welche auch Dr. Falkenthal verwickelt war, in dessen Wohnung Haussuchung gehalten, und dabei unter alter Wäsche versteckt eine verschlossene Reisetasche gefunden, in der sich ein vollständiger Sträflings-Anzug befand. Diesen Anzug wollten an verschiedenen Merkmalen mehre Zeugen mit Bestimmtheit als den erkennen, welchen Kinkel in Spandau getragen hatte. Falkenthal machte widersprechende Angaben darüber, wie er in den Besitz der Tasche gekommen sey; zuletzt behauptete er, von seinem Freunde, dem Buchdrucker Julius Berends, die Tasche erhalten und solche, da dieser sie trotz mehrfacher Aufforderung nicht abgeholt, bei sich verwahrt zu haben. Besonders nachtheilig für Falkenthal war aber die Aussage des Zeugen Heuße, Lieutenants a. D., und Baumeister, welcher bekundete, nicht nur aus

Falkenthals Mund selbst die speziellsten Details über die Ausführung jener Flucht erhalten zu haben, und zwar so, wie sie nur ein mit der Sache im höchsten Grade Vertrauter hätte geben können, sondern auch, daß Falkenthal ihm gegenüber seine entschiedene Theilnahme an der Flucht Kinkels, namentlich, daß er den Schurz Monate lang bei sich in Moabit beherbergt, zugestanden, sowie, daß er (Falkenthal) ihn auf seiner Weiterreise mit Kinkel nach Mecklenburg eine Strecke Weges begleitet. Auch von Kinkels Sträflingsanzug habe er ihm erzählt, und daß er, vor Gericht in dieser Angelegenheit vernommen, ein wahrheitswidrige Aussage mit einem Eide bekräftigt habe.

In der öffentlichen Verhandlung erklärte sich der Angeklagte, wie während der Voruntersuchung, für nicht schuldig, bestritt sowohl seine Theilnahme an der Befreiung Kinkel's als auch die Ableistung eines falschen Eides und erklärt, die Wahrheit zu sagen, da er bald an den Pforten der Ewigkeit stehen werde. In Bezug auf die Mittheilungen, die er dem Lieutenant a. D. Hentze gemacht haben soll, erklärt Angeklagter, daß er ihm dieselben keineswegs als aus eigener Wissenschaft, sondern nur auf Grund von Gesprächen, Zeitungsnachrichten u. s. w. gemacht habe. „Der Mann", so sagt Angeklagter wörtlich, hat viel zu verantworten, ich werde bald vor einem höheren Richter stehen, der allein weiß, wer wahr spricht und wer unwahr ist."

Von den vernommenen Zeugen wurden die vorgefundenen Kleider mit Wahrscheinlichkeit, jedoch nicht mit Gewißheit für Kinkels Sträflings-Anzug erkannt. Es wurde sodann u. a. auch eines in der Kinkel'schen Zelle aufgefundenen Zettels erwähnt, in dem die Mitternachtsstunde als die beste zur Flucht, die Falkenthal'sche Wohnung in Moabit als das sicherste Asyl gleich nach der Flucht bezeichnet und versichert wird, die Befreier seyen gut bewaffnet, um jedem Stoß kräftig zu begegnen. — Der Angeklagte behauptete, daß dieser Zettel nur geschrieben sey, um die Verfolger irre zu leiten. Unter anderm waren bei der Visitation in der Falkenthal'schen Wohnung auch Zettel folgenden Inhalts vorgefunden worden: „Vor Spandau nimm Dich wohl in Acht, dort kommt man fort nur bei der Nacht." Der Angeklagte vermochte nicht zu erklären, wie die Zettel dorthin gekommen. — Der ehemalige Gefangenwärter Brune, der seine Strafe bereits verbüßt hat und sich gegenwärtig in Soest aufhält, bekannte sich offen als Befreier Kinkel's und will in Gemeinschaft mit Schurz den Plan zur Flucht entworfen haben. Er versichert, keinen Pfennig Geld dafür erhalten zu haben, noch sey ihm solches versprochen worden. Er will lediglich aus Mitleid so gehandelt haben, weil Kinkel Gatte und Familienvater gewesen sey. Auf die an den Zeugen hierauf gerichtete Frage: warum er denn nicht auch andern Gefangenen, die auch Familienväter gewesen, zur Flucht aus der Strafanstalt zu Spandau behülflich gewesen sey? erwiderte er: „das hätte ich auch gethan, sie haben mich nur nicht darum angesprochen wie es für Kinkel geschehen war." — Die wichtigsten Entlastungszeugen, der Holzhändler Kuring und der Kaufmann Dunckelberg, bestätigten die Aussagen des Angeklagten, in der Nacht als Kinkel entflohen, mit Falkenthal in seiner Wohnung Whist gespielt zu haben. Ebenso wissen sie, daß die Reisetasche von zwei Herren, die bei Falkenthal vorgefahren wären und deren einer Berends gewesen, abgegeben worden sey. (Daß Dr. Falkenthal schließlich freigesprochen wurde, haben wir schon gestern gemeldet.)

Großherzogthum Hessen. Darmstadt, 25. Nov. Der hiesigen Zeitung zufolge wird auch in unserer Stadt eine Diakonissenanstalt errichtet und hat die großherzogliche Regierung bereits die Genehmigung dazu ertheilt.

Oesterreich. Wien, 23. Nov. Die Nachrichten aus Triest laufen bis zum gestrigen Tage. Triest bietet alle Mittel auf, dem Herrscherpaare das Verweilen dort so angenehm und freundlich als möglich zu machen. Am 21. Mittags um 1 Uhr war die Feierlichkeit einer Stapellassung und Aufziehung eines Schiffes im festlich geschmückten Lloyd-Arsenal. Der Eingang desselben war mit einem Triumphbogen überbaut, und das gesammte Arbeiterpersonal, über 1000 Mann, mit schwarz-gelben, roth-weißen und blau-weißen Fähnchen ausgerüstet, begrüßte unter Hurrahruf und Anstimmung der Nationalhymne von Seiten der Lloyd-Musikbande das Kaiserpaar. Das Aufziehen mittelst Dampfkraft, sowie das Stapellaufen, ging in höchst kurzer Zeit und ohne jeden Anstoß von statten. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 24. November. Dufour ist heute früh angelangt. (N. Z. Z.)

Belgien.

Brüssel, 24. Novbr. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer legte der Minister des Innern die von Dumortier geforderten statistischen Ausweise über die Lage der vier Universitäten des Landes vor. Die Landesuniversität zu Gent zählte am 10. Novbr. 1855 313 Besucher, am 10. Nov. d. J. 284; seit diesem Datum haben jedoch neuerdings 11 Einschreibungen stattgefunden; die Gesammtzahl der diesjährigen Zöglinge beträgt also bis heute 295 Die Lütticher Landesuniversität besaß im vergangenen Schuljahre 509 und zählt im diesjährigen 622 Zöglinge. Die freie Universität zu Brüssel hatte im vergangenen Jahre 341 Besucher, in diesem Jahre zählt sie deren 367. Die katholische Universität zu Löwen zählte im vorigen Jahre 631 Schüler und wird gegenwärtig von 638 besucht. (K. Z.)

Dänemark.

Unterm 19. Novbr. ist das Patent, betr. die Einberufung der Provinzial-Ständeversammlung für das Herzogthum Schleswig auf den 15 Dezbr., erschienen. (H. N.)

Großbritannien.

* Hr. John Lemoniet macht sich im „Journal des Débats" über die Wichtigkeit lustig, welche die amerikanische Presse der eben erfolgten Ernennung Buchanan's beilegt, insofern dieselbe nach der Wirkung beurtheilt wird, welche sie auf Europa ausüben wird. Die Amerikaner bilden sich ein, die Königin Viktoria werde nicht schlafen können, seit sie von der Ernennung des gefürchteten Buchanan gehört hat. Es ist viel Wahres in der Darstellung des „Journ. des Débats"; die Amerikaner bilden sich manches ein, das eben nur in ihrer Fantasie existirt.

Frankreich.

Paris, 23. Novbr. Nach dem Budget, das sämmtliche Bahngesellschaften dem Minister für das nächste Jahr eingereicht haben, müßten sie 400 bis 500 Mill. Fr. aufnehmen; also mehr als im laufenden Jahre, wo die Umstände noch günstiger waren. Der Minister bewilligte nicht mehr als höchstens 300 Millionen Fr. Andererseits dürfen die Gesellschaften die ihnen vertragsmäßig obliegenden neuen Bauten bis 1858 verschieben. Die begonnenen Bauten werden sie noch fortsetzen oder beendigen. Die Ostbahn darf außer ihren neuen Aktien auch noch Obligationen bis zum Betrage von 40 Mill. Fr. ausgeben, im Ganzen 90 Mill. Fr., womit sie alle ihre Arbeiten fortsetzen und beendigen will. Der ganze vom Minister genehmigte Bedarf von 300 Millionen Fr. soll durch Obligationen gedeckt werden, die man nur allmälich und zu sehr anlockenden Bedingungen und Preisen auf den Platz bringen wird.

Paris, 24. Novbr. Es erregt einiges Aufsehen hier, daß Herr Emil de Girardin sein Journal verkauft und sich ganz in's Privatleben zurückziehen will. Man spricht Verschiedenes über den Entschluß des berühmten Journalisten, der so viel zur Wahl des Prinzen Louis Napoleon zum Präsidenten der Republik beigetragen hat. Die Einen sagen, Hr. v. Girardin trage großartige Industriepläne mit sich herum, die er zur Ausführung bringen will; Andere sehen eine politische Absicht darin. Girardin, so sagt man, sey von der langen Dauer der gegenwärtigen Regierung nicht überzeugt und ziehe sich zurück, um für den Fall einer später eintretenden Umgestaltung als neuer Mann (homo novus) auftreten zu können. Die Wahrheit ist, daß Herr Milhaud, der vor Ungeduld brannte, auch wie sein Kollege Mirès, ein politisches Journal zu besitzen, den einflußreichen Mann und den Beschützer der Künste und Wissenschaften zu spielen, dem Eigenthümer der „Presse" einen guten Preis geboten hat. Man nennt mir eine so große Summe als Kaufschilling, daß ich es gar nicht wage, dieselbe zu wiederholen. Genug, man spricht von mehreren Millionen. Die Journalistik in Frankreich dankt Girardin ihre gegenwärtige materielle Gestaltung und die meisten Blätter auch ihre Existenz. Er hat durch sein billiges Journal den Leserkreis außerordentlich ausgedehnt, sowie er es wieder gewesen, der die Annoncen zur Geltung brachte.

* Paris, 25. Novbr. Man spricht von einem bevorstehenden Besuche des Großfürsten Constantin. Von Paris aus würde sich derselbe in Havre nach Cherbourg einschiffen und sich von da aus, die Küste bis Bayonne entlang, über Marseille und Toulon nach Nizza zu seiner Mutter begeben.

* Am 24. Novbr. gaben die Offiziere der verschieden Corps der Land- und See-Armee zu Cherbourg den Offizieren des dort eingelaufenen russischen Geschwaders einen Ball im Rathhause.

Spanien.

Der Bischof von Osma, welcher unter dem Ministerium Espartero verbannt worden war, wurde zum Großkreuz Isabellen's der Katholischen ernannt. (N.K.)

Italien.

Turin, 21. Novbr. In verschiedenen hiesigen Kaffeehäusern sind vorgestern Abend zahlreiche Verhaftungen vorge-

nommen worden — man spricht von mehr als sechzig — die jedoch, obgleich sich mehrere politische Ausgewanderte unter den Verhafteten befinden, keinen politischen Charakter zu haben, sondern mit den vielen Diebstählen in Verbindung zu stehen scheinen, die fast täglich hier wie in der Provinz verübt werden; vielleicht war theilweise auch verbotenes Spiel die Ursache. (A. Z.)

Turin, 23. Novbr. Die „Gazetta Piemontese" meldet, daß strenge Maßregeln zur Unterdrückung der um sich greifenden Hazardspiele angeordnet worden sind. (Fr. J.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Briefe aus Konstantinopel melden einen furchtbaren Ausbruch der Cholera in der Gegend von Bagdad, wo sie durch persische Pilger eingeschleppt worden. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 22. Nov. Der Kaiser hat (wahrscheinlich in Folge der mit dem heil. Stuhl getroffenen Uebereinkunft) den römisch-katholischen Bischof von Wilna, Wenzeslas Schilinski, zum Erzbischof von Mohilew und zum Metropoliten aller katholischen Kirchen im Kaiserreiche, sowie zum Präsidenten des römisch-katholischen geistlichen Kollegiums und den Prälaten von Wilna, Vincenz Lipski, zum Bischof-Suffraganeus von der römisch-katholischen Parochie in Tiraspol ernannt. (K. Z.)

Amerika.

* Nachfolgende Anekdote ist für die Denkungsweise des Mannes bezeichnend, der vom nächsten Frühjahr an Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika seyn wird: „Kurze Zeit, ehe Hr. Buchanan zu London durch Hrn. Dallas ersetzt wurde, wohnte er einem Lever der Königin im St.-James-Palaste bei. Bei derselben Ceremonie war als bevollmächtigter Minister Seiner Haiti'schen Majestät auch ein hochgewachsener, schöner, prächtig gekleideter Neger gegenwärtig und, wie man sich denken kann, war der Repräsentant des Kaisers Soulouque Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit. Als die Mitglieder des diplomatischen Corps die Königin begrüßt hatten, befanden sich beim Abtreten Hr Buchanan und der schwarze Krieger zufällig neben einander. Ein Anwesender, dem dieser Umstand auffiel, fragte den Erstern, was er von Letzterm halte. Hr. Buchanan wendete ruhig seinen Kopf nach der Seite seines Nachbarn, besah ihn mit einem Blick, worin sich Verachtung und Abscheu mischten und antwortete mit seinem Yankee-Accent: „Ich würde 1000 Dollars für ihn geben" — und entfernte sich."

Nichtpolitische Zeitung.

„Lydia." Ein Bild aus der Zeit des Kaisers Mark Aurel, von Herrmann Geiger. (Scheitlin, Stuttgart 1856.) „Lydia" ist als ein ergänzender Pendant zu „Fabiola" zu betrachten, jener mustergiltigen Erzählung des Kardinals Wiseman aus der Zeit der Christenverfolgungen, von der sie auch die Anregung empfangen zu haben scheint. Die Handlung fällt aber in eine frühere Zeit und in ein anderes Land, und entfaltet das Leben einer griechischen Sklavin, welche durch die Macht und das Beispiel der christlichen Moral über ihre heidnische Herrin siegt und sie zu der Gnade des neuen Glaubens emporführt. Auf guten historischen Studien fußend gibt die Erzählung ein interessantes und möglichst getreues Spiegelbild des zweiten Jahrhunderts, der Zeit des edlen Polycarpus, des gelehrten Justinus, des frommen Pothinus — das ist das kulturhistorische Moment, das dieselbe empfiehlt, und das noch erhöht wird durch den Umstand, daß der Autor selbst längere Zeit in Hellas verweilte und so den im vorliegenden Werke enthaltenen landschaftlichen Schilderungen jenes klassischen Bodens das rechte aus Selbstanschauung gewonnene Kolorit ausdrücken konnte, was der Frische der Darstellung wohl zu Statten kam. Mit dem kulturhistorischen vereinigt sich das ethische Moment, welches besonders durch die Hinstellung einer ächt christlichen, auf Religion gegründeten, Freundschaft getragen ist. Dabei ist in sämmtlichen Schicksalen der „Lydia" ein Bild der christlichen Kirche vorgezeichnet, die, selbst eine Sklavin in ihrer ersten Jugend, „die Ketten des Martyrium an beiden Händen getragen und obdachlos wie ein Waisenkind herumgeirrt in der heidnischen Welt. Nicht durch physische Kraft, nicht durch Lanzen und Schwerter, sondern durch eine Macht, die stärker ist als diese, hat die Kirche das heidnische Kaiserreich besiegt, und diese Macht heißt christliche Liebe." Wenn je etwas im Stande ist, die Seele, zumal der Jugend, mit religiöser Begeisterung zu erfüllen, so vermag dieses der Hinblick auf die leidensvolle und doch so glorreiche Zeit der ersten Christen — und so mag das belehrende Buch als entsprechende Weihnachtsgabe christlichen Lesern empfohlen seyn. —d—

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 27. November. Sämmtliche Fonds wurden heute bei bedeutendem Umsatz zu höheren Kursen verhandelt und zeigte sich namentlich für österr. National-, Kredit- und Darmstädter Bankaktien beider Gattungen große Kauflust.

Providentia wurde zu 105¾ ⅞ 6 verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79½ P. 79 G. 5pCt. Lombard-Ven. 89¼ P. 88¾ G. Metall. alte à 5pCt. 76¾ P. 76¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86¾ P. 86¼ G.; à 4½pCt. 68 P. 67½ G.; à 4pCt. 59½ P. 59 G.; à 3pCt. — P. — G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56⅞ P. 56⅜ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81⅛ P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 91¾ P. 91¼ G.; 4pCt. Grundrente 94⅞ P. 94⅜ G.; 4½pCt. 101½ P. 101 G.; 5pCt. 100½ P. 100 G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91¾ P. 91¼ G.; 4½pCt. 102⅞ P. 102⅜ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 99¼ P. 98¾ G.; 4½pC. 101½ P. 101¼ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼ P. 80¾ G.; à 3½pCt. 90¼ P. 89¾ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37⅛ P 36⅞ G.; 1¼pCt. neue 23/16 P. 23 1/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1207 P. 1202 G. Neue Bankaktien 325 P. 320 G. Credit-Actien à 5pCt. 215 P. 213 G. Darmstädter Bankaktien alte 368 P. 366 G.; junge 329 P. 326 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 508 P. 503 G. Mitteldeutsche Creditbank 99⅛ P. 98⅝ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 103½ P. 103 G. Frankf. Bankaktien 112½ P. 112 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 505 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 570 P. 565 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 295 P. 293 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 143¾ P. 143¼ G. Neustadt-Weissenb. 104 P. 103½ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101⅛ P. 100⅞ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 352 P. 350 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 80 P. 79½ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79 P. 78½ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93¾ P. 93¼ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118½ P. 118 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103¼ P. 102¾ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine — — P. 116 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 50 P. 49½ G. Darmst. Loose à fl. 50 118¼ P. 117¾ G. à fl. 25 34¾ P. 34¼ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 40 P. 39¾ G. Nass. Loose à fl. 25 33½ P. 33¼ G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 44¼ P. 44 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S 100½ P. 100¼ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118 P. 117¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119¾ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99⅝ P — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. — — P. 104¾ G.	Paris Frs. 200 k. S. 93½ P. 93¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. — — P 104¾ G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96⅞ P. 96⅝ G.	Wien fl. 100 C. k S. 113 P. 112¾ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅞ P 88⅝ G.	Wien 3 M. mit 5% 112⅝ P. 112⅜ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 104¾ P. 104½ G.	Disconto - P. 5pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Brüssel, 24. Nov. Es hat sich hier ein Komite zur Errichtung von Arbeiterwohnungen gebildet, wie dieselben von dem Wohlthätigkeitskongresse befürwortet worden sind (N.-Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 332.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 29. November 1856

Stimmen der Presse über den Wiener Münzvertrag.

(Fortsetzung.)

Sehr zu billigen ist es, daß der Wiener Münzvertrag den Grundsatz der einfachen Währung festgehalten hat. Man sollte meinen, die Nachtheile einer gleichzeitigen Silber- und Goldwährung wären von selbst schon so einleuchtend, und die schlimmen Erfahrungen, welche man gerade wieder in neuester Zeit mit der doppelten Währung in Frankreich gemacht hat, sprächen laut genug, um Jeden zu überzeugen, daß in dieser Halbheit kein Heil sey. Nichts destoweniger sind doch auch bei uns Stimmen laut geworden, welche die doppelte Währung als sicheres Mittel gegen alle Gebrechen unserer deutschen Geldverhältnisse empfahlen. Ueber diesen Punkt spricht sich der schon erwähnte Artikel des „Schwäb. Merkur“ folgendermaßen aus: „Es hätte aller Erfahrung und einem der ersten Gesetze des wirthschaftlichen Lebens widersprochen, zwischen zwei Waaren, Silber und Gold, das Werthverhältniß ein- für allemal festzustellen und etwa auf dem jetzt zufällig bestehenden Punkt (ein gleiches Gewicht Gold gleich dem 15½—fachen Gewicht Silber) festzubannen und Gewichtseinheiten dieser beiden Metalle nebeneinander und gleichberechtigt zum Werthmaß aller Sachen und Dienste zu machen. Es ist einmal nicht möglich, zwischen zwei Waaren das Werthverhältniß zu fixiren. Dieses Werthverhältniß ist ein perpetuum mobile. Jeder gibt z. B. zu, daß eine Elle Zeug bestimmter Qualität mit einem Schäffel Korn in keiner bleibenden Werthgleichung steht; wie wäre es nun, wenn man beide neben einander mit gesetzlicher Gleichberechtigung zum Werthmaßstab aller Sachen und Dienste machen wollte? Offenbar würde den Schäffel Korn im Werthe gegen eine Elle Zeug bald steigen, bald sinken, und je nachdem würde jeder Empfänger bald nur mit Korn, bald nur mit Zeug bezahlt seyn, jeder Zahlungsverpflichtete bald nur mit Zeug, bald nur mit Korn bezahlen wollen. Man hätte so zu sagen zwei Ellenmaße, welche gleiche Berechtigung der Anwendung hätten, obwohl das eine einschwände, während das andere sich ausdehnen würde. Die Folge der gesetzlichen Doppelwährung in Korn und Zeug wäre eine gesetzlich herbeigeführte allgemeine Unordnung, und die Spekulanten würden sich der ewigen Differenzen bemächtigen. Ganz das gleiche Verhältniß waltet, nur weniger eklatant, ob, wenn der Staat ein- für allemal für Gold und Silber ein Werthverhältniß feststellen, darauf hin zweierlei Münzen prägen und diesen gleichmäßig die Berechtigung verleihen würde, als gesetzliches Zahlungsmittel zu dienen. Sobald das Werthverhältniß von Gold und Silber in ein geringeres (wie neuerdings in Folge der Goldentdeckungen) oder bedeutenderes Schwanken kommt, tritt jene oben bezeichnete Wirkung einer legalisirten Unordnung im Verkehr ein, die Spekulation wirft sich auf die Differenz zwischen dem gesetzlichen und dem wirklichen Markt-Werthverhältniß beider Metalle und beutet den Staat und den Privatverkehr aus. Zum Beweis brauchen wir nur auf die vielbesprochenen Verhältnisse des heutigen Geldverkehrs in Frankreich mit seiner gewohnheitsrechtlichen Doppelwährung zu verweisen; es werden die Silberstücke gegen Gold erhandelt, weil Silber einen über dem gesetzlichen stehenden Marktwerth gegen das Gold hat; früher verschwanden umgekehrt die Goldstücke, weil Gold im Marktwerth höher als im gesetzlichen stand. Es läßt sich ein- für allemal zwischen den zwei Edelmetallen kein Werthverhältniß fixiren, und nur bestimmte Gewichtseinheiten eines einzigen lassen sich zum unveränderlichen, den Wechsel des Werths nicht ausschließenden, sondern denselben nur mit der immer gleichen Einheit messenden allgemeinen Werthmaß erheben. Mit andern Worten: nur die einfache Währung in konsequentester Durchführung ist wirthschaftlich und vernünftig; die Doppelwährung ist gleich einer Elle von zweifacher Länge, ein hölzernes Schüreisen! Die Wiener Münzkonferenz nun hat diesen Grundsatz vollkommen besiegelt und hiemit den aufgetretenen gegentheiligen Forderungen den Garaus gemacht. Auch die in neuerer Zeit, wahrscheinlich durch völliges Mißverständniß einer Vereinbarung der Konferenz, auf's Tapet gebrachte sogenannte halbe Goldwährung neben Silberwährung oder die periodische Doppelwährung ist verworfen worden. Diese periodische, verschiebbare Doppelwährung sollte den Zweck haben, durch eine periodische offizielle Tarifirung und Legalisirung des Goldkurses den Verkehr von den täglichen Schwankungen des Kurses zu befreien. Dabei übersah man nur die Hauptsache, daß im Allgemeinen die Zerschlagung der Kursdifferenz eines längeren Zeitraums in tägliche Schwankungen dieselbe den Einzelnen weniger empfindlich macht und durch Theilung jener Verkehrskalamität einen überwiegenden Vortheil begründet; man übersah, daß bei Differenzen zwischen dem Tageskurse und dem offiziellen jeweiligen Tarifsatz die zur Annahme verpflichteten Staatskassen oder freiwillig sich verpflichtenden Privatvereine mit ausländischem Gold überschwemmt und das Opfer einer alsbald organisirten Differenzspekulation werden müßten. Der Entwurf verzichtet daher mit Recht auch auf dieses Ansinnen. Wohl hat er Bestimmungen getroffen, die bei oberflächlicher Betrachtung jenem Ansinnen einer periodischen Tarifirung mit Annahmepflicht der Staatskassen zu entsprechen scheinen könnten, in Wirklichkeit aber wie der Tag von der Nacht von jenen unklaren Ideen sich abheben. Es ist nämlich jedem Staate ein offizieller Kassenkurs für die Vereinsgoldmünzen gestattet und die Normen dafür aufgestellt. Aber diese Normen bezwecken gerade die Erhaltung der reinen Silberwährung dadurch, daß die Tarifirung der Goldmünzen auf höchstens ein halb Jahr geschehen darf, daß sie nach den Marktkursen des Goldes normirt werden muß und nicht höher normirt werden darf, und ausdrücklich kann jeder Staat selbst innerhalb der Tarifperiode die Annahme zu dem jeweiligen Tarife verweigern. Es sind dies offenbar negative Bestimmungen, rein auf den Schutz der einfachen Silberwährung, beziehungsweise auf Erhaltung des natürlichen Werthverhältnisses beider Edelmetalle im Kurs, berechnet und verglichen mit bisherigen Verhältnissen ein offenbarer Fortschritt. Wohl könnte man fragen, ob nicht das gänzliche Verbot jedes Kassenkurses das sicherste Mittel zum Zweck gewesen wäre. Hiegegen ist aber einzuwenden, daß jeder Staat sich hüten wird, zu viel Gold über den Marktkurs anzunehmen, wozu er kraft des Vertrags alle Mittel stündlicher Abwehr hat, und daß es auf der andern Seite für die Ordnung und Stetigkeit des Goldumlaufs im kleinen Privat- und binnenländischen Verkehr wesentlich beitragen muß, wenn der Empfänger einige längerwährende Sicherheit bei Annahme der Goldmünzen erhält, wenn namentlich den Kunden gegenüber, welche so oft über dem Tageskurs Gold an Zahlungsstatt oktroiren, ein sicherer offizieller Halt gewonnen wird. Die Goldkassenkurs-Ordnung des Entwurfes schneidet also unnatürliche und fixe Kassenkurse für Gold ganz ab, droht den Staatskassen keinen Schaden, kann und soll zwar den Großverkehr vom Tageskurs nicht emanzipiren, wohl aber im Kleinverkehr eine vielfach vermißte größere Kursstetigkeit bewirken; diese Ordnung ist daher, da sie im besten Fall nützt und im schlimmsten nicht schadet, einer beifälligen Aufnahme würdig. Es ist darin keinerlei Abfall von dem obersten Grundsatz der einfachen (Silber-) Währung zu erkennen. Dieser Grundsatz ist vielmehr in weiteren Festsetzungen konsequent durchgeführt, zum Beispiel darin, daß andern als Vereinsgoldmünzen ein vom Tagespreis abweichender Kurs gar nicht gegeben werden darf, und daß selbst die Vereinsgoldmünzen rein als Waare, wie sie

im Umlaufe ist und **wird**, insofern behandelt sind, als der Wiedereinzug derselben nicht zum Nennwerth zu geschehen hat."

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Bund.

Eine wichtige Versammlung wird Anfangs Januar in **Frankfurt** ihre Berathungen beginnen. Es ist dies die Kommission der Abgeordneten aller deutschen Regierungen zur Ausarbeitung eines allgemeinen **deutschen Handelsrechtes**. Bekanntlich ging die Anregung dieser Sache beim Bund von der bayerischen Regierung aus. (K. Z.)

Bayern. **München**, 27. Nov. Se. Maj. der König haben in Madrid ein königl. General-Consulat errichtet und diese Stelle dem Bankier Daniel **Weisweiler** daselbst übertragen; ferner bestimmt, daß der zum Konsul der argentinischen Republik ernannte Kaufmann Daniel **Ley** zu Fürth in dieser Eigenschaft anerkannt werde. (N.M.Z.)

München, 24. Novbr. Die über Hrn. Prof. **Löher** früher mitgetheilte Nachricht war irrig. Die Stellung, welche derselbe bei Sr. Maj. dem Könige seit Oktober des vorigen Jahres einnahm, dauert unverändert fort. (Deutschl.)

Der Legationsrath Dr. v. Dönniges ist in Turin angekommen, um in den kgl. Archiven historische Nachforschungen zu machen. (Ldbt.)

Aus **München**, 25. Nov. schreibt man dem „Schwäb. Merkur": Als der eigentliche Zweck der Abänderungen in der **Formation der Armee** erscheint zunächst und abgesehen von finanziellen Gründen die Erfüllung der in den Bestimmungen über Bundeskriegsverfassung bezüglich der Gesammtpräsenz enthaltenen Anforderungen. Die Bundeskriegsverfassung fordert bekanntlich für den Infanteristen eine mindestens zweijährige Präsenz, und bestimmt außerdem einen Zeitraum von sechs Monaten als das Minimum für die Ausbildung der Rekruten, während dessen dieselben in den Präsenzstand nicht eingerechnet werden dürfen. Im bayerischen Heere dagegen wurde bisher für die Gesammtpräsenz bei der Infanterie ein Zeitraum von nur 17 Monaten und für die Rekrutenausbildung von 3 Monaten angenommen. Der Kriegsminister hat nun zwar, wie man sich erinnert, beim vorigen Landtag den erforderlichen Mehrkostenbetrag auch postulirt, ohne jedoch mit diesem Postulate durchzudringen; es handelte sich daher darum, denselben durch eine Reduktion der Cadres zu decken, was durch die neue Formation bezweckt werden wollte. Ob dieser Zweck hiedurch ganz oder wie man wissen will, nur zur Hälfte erreicht werde, mag vor der Hand dahingestellt bleiben, immerhin aber stellt sich schon jetzt heraus, daß durch die neue Formation, von der, wie schon früher erwähnt, erhebliche finanzielle Vortheile erwartet wurden, in dieser Hinsicht dem Kriegsminister keine große Erleiterung zugehen wird, daß er vielmehr selbst mit dem besten Willen bei dieser Formation kaum in der Lage seyn dürfte, mit der von der zweiten Kammer bewilligten Summe die Armee in einem den Anforderungen des Bundes und der Landesvertheidigung entsprechenden Stande zu erhalten. Weitergehende Formationsänderungen aber, insbesondere die in der zweiten Kammer als Auskunftsmittel empfohlene Landwehrverfassung, haben, abgesehen von der Zweifelhaftigkeit der finanziellen Vorzüge der letzteren und den nationalökonomischen Bedenken, an maßgebender Stelle eine entschiedene Zustimmung bis jetzt nicht gefunden. — Außer den neulich als bevorstehend bezeichneten Offiziersbeförderungen werden auch mehrfache Beförderungen unter den **Militärbeamten** stattfinden, insbesondere im Justizfach. In Folge der Einführung des mündlichen und öffentlichen Strafverfahrens sollen den Divisionskommandostellen weitere Auditore für die Staatsanwaltschaftsgeschäfte beigegeben werden.

* Die Gemeindebevollmächtigten von **Bayreuth** haben eine Eingabe an das Kultusministerium zu richten beschlossen, worin um Wiedereinführung des einfachen Gottesdienstes ohne die neue Liturgie, um Wiedereinführung des alten Gesangbuches und um Sistirung sämmtlicher Oberkonsistorialerlasse gebeten wird. — Von der protestantischen Gemeinde zu **Sulzbach** in der Oberpfalz ist auch eine Protestation gegen die neuesten kirchlichen Anordnungen des protestantischen Oberkonsistorium mit der Bitte um deren Aufhebung an Se. Majestät den König abgegangen; ferner eine Vorstellung gleichen Betreffs von **Bamberg**. In **Amberg** und **Schwabach** werden ähnliche Kundgebungen vorbereitet.

Lindau, 24. Novbr. In unserer Stadt wird demnächst eine Kommandite der bayerischen **Hypotheken- und Wechselbank** errichtet werden. — Von Seiten der k. württembergischen Hofkapelle zu Stuttgart wird beabsichtigt, dem auf dem Friedhofe zu Wasserburg ruhenden Kapellmeister **Lindpaintner** ein würdiges Denkmal zu setzen, und wird dasselbe im nächsten Frühjahre auf dem romantisch gelegenen Friedhofe daselbst errichtet werden. (N. M. Z.)

Passau, 24. Nov. Ein eigenthümlicher Uebelstand unter unserer Landbevölkerung beginnt von Tag zu Tag größere Verhältnisse anzunehmen. Derselbe besteht in einem außerordentlichen Mangel, nicht etwa bloß an guten Dienstboten, sondern an Dienstboten überhaupt. Dazu kommt nun auch noch, daß die nächstes Frühjahr auch bei uns beginnenden Eisenbahnbauten eine Menge kräftiger Arme dem Landbaue entziehen werden, da die verhältnißmäßig hohen Arbeitslöhne und das freie, ungebundene Leben, das sich Viele erwarten, allzu reizend wirkt. Bereits jetzt läßt sich ein starker Zug von Arbeitern gegen München, Freising und Straubing hin beobachten. (Deutschl.)

Preußen. **Berlin**, 23. Nov. Die Reise des Prinzen Friedrich Wilhelm, präsumtiven Thronerben, nach Paris betrachtet man als einen neuen Beweis des freundschaftlichen Verhältnisses, in dem unser Hof mit dem Kaiser Napoleon III. steht. Doch handelt es sich hier durchaus nicht um eine unmittelbare politische Einwirkung, sondern nur um die Darlegung freundschaftlicher und nachbarlicher Gesinnungen. (Ostd. Post)

Württemberg. **Stuttgart**, 27. Novbr. Die hiesige **Handwerkerbank** ist in der Lage, ihren Mitgliedern die Anzeige zu machen, daß sie im Besitze so großer Geldmittel ist, daß sie gegen vorschriftsmäßige Sicherheit alle Wünsche befriedigen kann. Sie will damit ihre Mitglieder zu vortheilhaftem Einkauf und zu schwunghaftem Betrieb des Geschäftes ermuthigen. (Heilb. Tgbl.)

Freie Städte. **Frankfurt**, 27. Novbr. In der heutigen Sitzung der Gründer der **Providentia** wurde mit vorbehaltener Genehmigung des Verwaltungsrathes Herr J. A. Varrentrapp zum Generaldirektor sowie zum Spezialdirektor der Lebensversicherungsabtheilung ernannt. Die Gesellschaft beginnt demnächst ihre Wirksamkeit. (Fr. Postz.)

§ **Oesterreich.** **Wien**, 26. Nov. (Priv.-Korr.) Die **Räumungsfrage**, welche bekanntlich in neuester Zeit abermals von Frankreich und Rußland zur Sprache gebracht worden ist, war im Laufe vergangener Woche Gegenstand diplomatischer Verhandlungen zwischen den Kabineten von Wien, Paris, London, Petersburg und Konstantinopel, ohne daß man jedoch zur Verständigung gelangt wäre. Wie ich höre, haben Frankreich und Rußland, überzeugt, daß ihre ursprünglichen Anträge, nach welchen die fremden Truppen das Gebiet der Pforte **alsogleich** zu verlassen hätten, in keinem Falle acceptirt würden, einen neuen Antrag gemacht, demzufolge sich die Großmächte über einen neuen Termin einigen sollen, bis wann alle fremden Truppen das Gebiet der Pforte räumen sollen. Zugleich haben diese beiden Mächte den 1. Februar als diesen Termin vorgeschlagen. England und Oesterreich haben sich jedoch hiermit nicht einverstanden erklärt, und beharren bei ihrem ursprünglichen Entschlusse, daß sie ihre Truppen und Schiffe erst dann zurückziehen werden, wenn der Pariser Traktat in allen seinen Punkten durchgeführt seyn wird. Man sieht heraus, daß die Angabe der „Times", nach welcher Frankreich in dieser Frage seine Ansichten den Intentionen Englands entsprechend modifizirt hat, bis jetzt der Begründung entbehrt. Auch in der Bolgradfrage dauert die Meinungsverschiedenheit noch fort. — Von Seiten des Grafen **Cavour** ist ein Zirkularschreiben an die im Auslande beglaubigten sardinischen Gesandten ergangen. Der sardinische Ministerpräsident spricht sich darin für die Wiederberufung des Pariser Kongresses aus und befürwortet in der Grenzfrage die Intentionen Rußlands. — Fürst **Kallimaki**, der türkische Gesandte, wird sich sicherem Vernehmen nach ebenfalls auf einige Zeit nach Italien an das Allerhöchste Hoflager begeben.

Wien. Das Eingehen der „Donau" oder richtiger gesagt, der Ruin ihres Eigenthümers, Ernst v. Schwarzer, macht noch viel von sich reden. Ein ehemaliger Gendarmerie-Offizier, jüdischer Abkunft, Namens Pollak, wußte sich bei häufigen Besuchen des Literaten-Kaffeehauses von Gagstetter das Vertrauen Schwarzer's zu erschwindeln und Börsenspekulationen für diesen Anfangs mit Glück, später mit entschiedenem Unglück zu unternehmen. Da Schwarzer seine Zeitung mit geringen Mitteln in's Leben gerufen, ihr Budget aber so ausdehnte, daß während ihrer zweijährigen Dauer die „Donau" nicht weniger als 60,000 Gulden verschlungen, kam er bald in Verlegenheit und begann Wechsel zu emittiren. Pollak beutete diese Lage weidlich aus. Schwarzer wurde gehalten, bis Pollak, an der Börse ruinirt, wegen Betruges eingezogen wurde und nun Wechsel, die Schwarzer längst beglichen oder vertilgt glauben konnte, von Neuem

auftauchten. Er wurde gepfändet und da Drucker und Papier-Lieferanten nicht kreditiren wollten, ging die „Donau" plötzlich ein. Mit der Kaution von 10,000 fl. deckte Schwarzer seine Verbindlichkeiten. Die Zeitung hatte von ihren 3800 Abonnenten allmählig mehr als dritthalbtausend eingebüßt. (N.Pr.Z.)

Aus Fünfkirchen vom 20. Nov. macht ein Korrespondent der „Pesth-Ofener Zeitung" folgende Mittheilung: „Gestern durchlief die Stadt die Nachricht des fürchterlichen Unglücks, welches einen der hiesigen Landesgerichtsräthe traf. Sein Sohn nämlich, im Kaposvarer Landesgerichtssprengel als Aktuar angestellt, fuhr dieser Tage mit dem Advokaten D. zu einer Exekution; am Wege wurden sie angehalten und der Aktuar, durch drei Flintenschüsse getroffen, blieb todt am Platze, während der ihn begleitende Advokat zwar nicht ermordet, aber gräßlich verwundet wurde. Das Ganze galt allem Anschein nach dem Aktuar, ja man will wissen, daß es ihm schon unter Hand zu wissen gethan wurde, er möge sich wegen seines Verhaltens bei einer Satarialexekution in Acht nehmen, da ihm nach dem Leben getrachtet werde. Die Mörder hielten Wort, und so wurde der unglückliche junge Mann das Opfer. Als man ihn nach Hause brachte, wurde seine Frau ohnmächtig, fiel bewußtlos nieder und brach sich das Bein."

Dänemark.

Berlin, 26. Novbr. Von gewöhnlich gut unterrichteter Seite wird gemeldet, daß in der Sundzollfrage das letzte wesentliche Hinderniß zur Erledigung durch die definitive Annahme der dänischen Propositionen durch England aus dem Wege geräumt ist. Die betreffenden Verhandlungen sollen durch einen Spezialvertrag zum Austrage gekommen seyn, in welchem Dänemark eine Abstandssumme von 40,000 Pf. St. zugesichert ist.

Großbritannien.

London, 25. Novbr. Die Mediterranean Electric Telegraph Company hat das Projekt aufgestellt, eine Telegraphenlinie nach Australien zu führen. Es ist dieses Projekt eine Verlängerung der ostindischen Telegraphenlinie, die zwei Hauptzweiglinien haben soll, die nördliche nach Kabul und Kaschmir, die südliche längs der bengalischen Küste über die Sundainseln nach Nordaustralien, von wo die Linie südwärts bis nach Port Adelaide laufen soll. Die Länge der Linie beträgt 20,000 Kilometres. (7 Kilom. sind ungefähr eine Meile.)

Der Herzog v. Cambridge als Oberbefehlshaber des Heeres hat eine Untersuchungskommission ernannt, welche die während des letzten Krieges von dem General Shirley gegen den General Beatson, ehemaligen Befehlshaber der Baschi-Bozuks, erhobenen schweren Klagen, welche die Entfernung Beatson's von seinem Posten zur Folge hatten, einer Prüfung unterwerfen soll. Es ist ferner eine königliche Kommission ernannt worden zur Prüfung der Rechtspflege in den obersten Gerichtshöfen von Westminster.

Wie der „Times" aus Wien, 23. Novbr., telegraphirt wird, war Ali Pascha bloß 24 Stunden im Amte. Als Grund seines Rücktritts bezeichnet man Differenzen zwischen ihm und Reschid Pascha.

Frankreich.

* Paris, 26. Novbr. General Dufour, dessen Abreise wir angezeigt haben, ist, wie man selbst in den Kreisen der halboffiziellen Journalistik zugesteht, wohlzufrieden mit dem Ergebnisse seiner Sendung von hier abgereist. Die Reise des Grafen Hatzfeld nach Berlin, als deren einziger Grund die Hierherbegleitung der Gemahlin dieses Diplomaten angegeben wird, ist vielmehr durch die neue Phase der Neuenburger Angelegenheiten veranlaßt worden. Es ist kein Geheimniß mehr, daß die Schweiz militärische Vorbereitungen mache, um auf das äußerste gefaßt zu seyn. Es scheint, daß man von hier aus auf die Gefahr, mit der Schweiz anzubinden, sehr nachdrücklich hingewiesen habe.

* Man liest in der „Assemblée nationale": Zweifelsohne erinnern sich unsere Leser, daß am 2. Juli der gesetzgebende Körper ein Gesetz votirte, welches die Einschreibung einer Rente von 200,000 Fr. zu Gunsten der weiblichen Nachkommen des Königs Louis Philipp anordnet. Wir glauben zu wissen, daß, nachdem die französische Regierung den betheiligten Parteien von obigem Gesetz auf diplomatischem Wege Mittheilung gemacht hatte, der Herzog Alexander v. Württemberg für seinen minderjährigen Sohn und der Herzog August v. Sachsen-Koburg im Namen der Prinzessin Clementine v. Orleans es ausschlugen, von der Gunst dieses Gesetzes Gebrauch zu machen.

* Ein Pariser Journal (l'Union) macht die treffende Bemerkung: „Bei der Wiederaufführung des „Sprechenden Bildes" in der komischen Oper lachte das Publikum gewaltig, wenn eine der vorkommenden Personen sagte: „Ich komme von Cayenne". Dasselbe Publikum, das vor zwei Jahren in dem Stücke des Gaité-Theaters „les cosaques" wüthend Beifall klatschte, applaudirt heute mit nicht geringerm Eifer bei allen Tiraden, welche Herr Alexander Dumas in seinem neuen Stücke „Der Thurm St.-Jacques" gegen die Engländer losläßt."

Zu Limoges sind zwei Advokaten, rothe Republikaner, welche von den gemischten Tribunalen zur Transportation verurtheilt worden und von dort wieder zurückgekommen, wieder zu Mitgliedern des Advokatenrathes der Stadt erwählt worden an die Stelle von zwei ausgetretenen (aber wieder erwählbaren) Mitgliedern, welche zu den besten Advokaten von Limoges gehören. (K. Z.)

Zu Lyon, Nismes, Toulouse und in anderen Städten des Südens sind jetzt unter eifriger Mitwirkung der Behörden Sparkassen nach dem Muster der Pariser eingerichtet und bereits in voller Thätigkeit.

Spanien.

Aus Madrid, 20. Nov., schreibt man der „Köln. Z.": „Das Ministerium hat sich der Zurückberufung der Brüder Montemolin widersetzt, als Grund oder Vorwand die Ereignisse von Malaga benutzend. Narvaez ist entschieden gegen das Vorhaben aufgetreten, und die große Mehrheit seiner Kollegen soll dieses Mal zu ihm gehalten haben. Eine Warnung für die Moderados und ihr Ministerium war der unverholen an den Tag gelegte Triumph der Carlisten, die bereits von einem Ministerium Cabrera laut zu träumen anfingen. Narvaez soll der Königin in einer besonderen Unterredung nicht undeutlich zu verstehen gegeben haben, daß er eher bereit sey, seine Entlassung zu nehmen, als zu einer schädlichen Politik die Hand zu bieten. Ueberhaupt ist Kälte, ja Spannung zwischen dem Hofe und dem Ministerpräsidenten eingetreten. Die Königin hat sich geweigert, die Zurückberufung des Generals Serrano zu unterschreiben, auf die das ganze Kabinet gedrungen und noch dringt. Ferner glaubt der Herzog Grund zur Klage in der Aufmunterung zu finden, welche den Bischöfen und Erzbischöfen zu Theil wurde, um sie zur Protestation gegen die Aufhebung der Desamortisation in dem Umfange, wie sie geschah, zu bewegen. Der Hof seinerseits ist unzufrieden mit dem Dekret, das alle Käufe von Kirchengütern, die bestätigt worden, als gültig erklärt."

Italien.

Turin, 23. Novbr. Die Verstimmung, welche zwischen Engländern und Russen herrscht, hat zur Folge gehabt, daß die in Nizza lebenden Engländer theils vor, theils unmittelbar nach der Ankunft der Kaiserin-Mutter von Rußland Nizza verließen, um ihre Winterquartiere anderwärts aufzuschlagen. Die meisten derselben gingen nach Florenz und in die übrigen toskanischen Städte, andere nach Rom. (Schw. M.)

Griechenland.

Athen, 16. Novbr. An der türkischen Gränze hausen zwei Räuberbanden, eine aus etwa 80, die andere aus 40 Köpfen bestehend; erstere versuchte die griechische Gränze zu überschreiten, wurde jedoch von griechischen Bewaffneten sofort zurückgetrieben. (Fr. Postztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

Der Kölner Courierzug traf am 15. Nov. Morgens eine Stunde später als gewöhnlich in Berlin ein. Derselbe hatte, nach der Mittheilung eines Reisenden unterwegs eine eigenthümliche Verspätung erlitten. Der Sturmwind nämlich hatte in der vorhergehenden Nacht einige Telegraphenstangen zwischen Genthin und Burg mit den daran befestigten Drähten umgerissen und über die Fahrgeleise geworfen, ohne daß die Wärter es zeitig genug vor dem ankommenden Zuge gewahr geworden waren. So fuhr denn der Zug in die Drähte hinein, und diese verflochten sich derart in die Räder, daß sie durchgeschnitten und mühsam herausgezogen werden mußten. (K. Z.)

Paris, 26. Novbr. Der Prozeß der Madame Pescatore gegen die Erben ihres Gatten ist durch einen zwischen den Parteien zu Stande gekommenen Vergleich zum Abschluß gebracht. Kraft dieses Vergleiches tritt Madame Pescatore in gleiche Linie mit den aufgetretenen acht Erbinteressenten, so daß sie den neunten Theil der immensen Erbschaft erhält.

* Paris, 26. Novbr. Gestern Abend zwischen 5 und 8 Uhr bemerkte man am nördlichen, nord-östlichen bis östlichen Horizonte von Paris ein gleich einer Feuersbrunst hellleuchtendes Nordlicht, das alle Farben vom Purpurroth bis zum Bläulichen durchmachte. Schon einige Zeit vorher gewahrte man eine merkwürdige Beweglichkeit der Magnetnadel.

* Paris, 26. Novbr. Das neue kolossale Café parisien, dessen wir bereits mehrere Male erwähnten, wurde

Samstags eingeweiht. Um 7 Uhr Abends öffnete es seine Pforten den begünstigten mit Eintrittskarten versehenen, um 8 Uhr den übrigen Neugierigen, deren Zahl nicht weniger als 60,000 betrug. Man gelangt in dieses Elysium vom Boulevard du Temple durch eine reich geschmückte und erleuchtete Galerie. Zuerst kömmt man in einen großen Saal, von da aus in das ungeheure Schiff, hinter welchem abermals ein großer dreieckiger Saal ist, in dessen Ecke eine prachtvolle Fontaine „Gas und Wasser sprüht". Wo man hinsieht, erblickt man Arkaden, Spiegel, Marmor, Statuen, Skulpturen, Lüstres, Candelabres, Wand- u. Armleuchter, Marmortische, Büffets, Komptoirs, Billards, Gruppen, Porte-Queues, Geländer, Wölbungen, Wand- und Glasgemälde u. s. w. Die Spiegel haben die Größe einer Thoreinfahrt und ein monumentaler Chronometre zeigt den Anwesenden alle magnetischen und astronomischen Naturerscheinungen. Das ganze Gebäude ist im florentinischen Style. Am Abend der Eröffnung gelangten, unter dem Schutze von 200 Polizei-Sergeanten, Friedens-Offiziere und Gardes de Paris, 30,000 Personen in das „Café Parisien"; 30,000 Andere mußten mit unbefriedigter Neugierde für diesesmal von dannen gehen. Auf einem reich geschmückten Tableau aber liest man: „Dem Baumeister Hrn. Charles Duval die dankbaren Arbeiter." Dieses Kaffeehaus wurde in weniger als 6 Monaten gebaut und dekorirt. Es kostete 2 Millionen!"

Zu Lille brannte durch das Springen eines Dampfkessels die große Spinnerei des Herrn Verstraeten total ab und nur durch das Niederreißen der beiden anstoßenden Häuser konnte das Feuer auf dieses ungeheure Gebäude beschränkt werden. Der Maschinenheitzer, dessen Unvorsichtigkeit das Unglück zur Last zu fallen scheint, wurde 100 Metres von der Brandstätte entfernt, auf dem Dache eines 7stöckigen Hauses gefunden. Die Fabrikgebäude waren versichert.

Handels- und Börsen-Berichte.

Hamburg, 24. Novbr. Waizen loko stille, pr. Frühjahr ab Holstein 126—127 und 127pfd. zu 128 zu haben. Roggen loko flau, ab Königsberg 120pfd. pr. Frühjahr 77 zu haben. Oel pr. November 32½, pr. Mai 30½.

Amsterdam, 24. Novbr. Waizen flau. Ungedörrter Roggen 10 fl. niedriger bei lebhaftem Geschäft. Rapps pr. Herbst 87 Lol. Rüböl pr. Herbst 53¾ fl., pr. Frühjahr 47¾ fl.

London, 24. Novbr. Engl. Waizen unverkäuflich, 3 bis 4 s. niedriger angeboten. Fremder Waizen 1 bis 2 s, Gerste 1 bis 3 s, Bohnen 3 bis 4 s, Erbsen 1 bis 2 s, Hafer 2 s, Mehl 1 s billiger als am vergangenen Montag.

Amsterdam, 22. Novbr. Kaffee Anfangs der Woche sehr still, später gefragt, gut ord. Java nicht unter 33½ zu kaufen, Brasil fest.

Thee unverändert.

Der Umsatz in Tabak beschränkte sich größtentheils auf die Auktionen, welche sehr hoch abliefen. Vorrath in erster Hand 1951 F. Maryland, 20 F. Stiele, 2062 B. Java.

Für Rohzucker sind Auktionspreise mit Leichtigkeit zu machen, raffinirte Zucker zu steigenden Preisen sehr animirt.

Reis still, obschon Inhaber billiger abgeben würden, konnte der Umsatz nicht an Umfang gewinnen; gesch. Arrakan 7¾ a 8 fl., Java 8¾ a 10 fl., Tafel 13½ a 14½ fl., Carolina 17½ fl. zu notiren.

Neueste Nachrichten.

** München, 27. November. (Privat-Korrespondenz.) Der k. Ministerpräsident Frhr. v. d. Pfordten ist leider heute Nachmittag in der Nähe des Hoftheaters niedergestürzt und hat in Folge dessen den linken Oberarm gebrochen, resp. ausgefallen, ein Unfall, der allenthalben die schmerzlichste Theilnahme erregt. Der sofort herbeigeeilte Hr. Professor Rothmund hat den Arm diesen Nachmittag eingerichtet, und soweit es zur Zeit möglich ist, ist das Befinden des Herrn Ministerpräsidenten ein befriedigendes. Im besten Falle wird aber der verehrte Staatsmann immerhin auf längere Zeit dem Staatsdienste wieder entzogen seyn.

München. Se. Maj. der König haben gemäß allerhöchster Entschließung vom 19. ds. allgnädigst zu genehmigen geruht, daß die Bestimmungen des §. 1 der allerhöchsten Verordnung vom 25. Juni ds. J. die Diäten und Reisegebühren, dann die Entschädigung der Sachverständigen und Zeugen im militärischen Strafverfahren betreffend, auch auf die zur Ergänzung des gesetzlichen Richterpersonals bei den Hauptverhandlungen von auswärtigen Garnisonen beordert werdenden Offiziere und Militärbeamten in Anwendung gebracht werden. Die Diäten- und Reisekosten-Liquidationen solcher Beorderten sind gemäß der Bestimmung der Ziffer XL der durch Kriegs-Ministeral-Reskript vom 29. Juni d. J. erlassenen Vorschriften zu behandeln; übrigens können die Diäten und Reisegebühren sowohl der für die Ergänzung des Richterpersonals als auch der für die Geschäfte der Staatsanwaltschaft von auswärtigen Garnisonen Beorderten nicht als solche Kosten betrachtet werden, welche den Verurtheilten zum Ersatze aufzubürden sind. (N. B.)

Speyer, 26. Novbr. Die Ausstellung pfälzischer Rohtabake hat gestern im Saale des deutschen Volksschulhauses dahier ihren Anfang genommen. Die Ausstellung wird am 28. d., als dem Geburtsfeste Sr. Maj. des Königs, durch den Herrn Regierungspräsidenten feierlichst eröffnet werden und wahrscheinlich bis zur Mitte des nächsten Monats geöffnet bleiben. Bei dieser Gelegenheit will ich Ihnen zugleich eine kurze statistische Notiz mittheilen. Nach einer hier vorgenommenen Aufnahme ertrug die Tabaksärnte der Stadt Speyer in diesem Jahre 4687 Zentner. Den Zentner durchschnittlich zu 15 fl. gerechnet, repräsentirt der Bau dieses Produktes einen Erlös von 70,205 fl. Mit Einrechnung der zur Stadt gehörigen Höfe, die circa 400 Zentner produzirt haben, stellt sich der Gesammterlös auf 76,305 fl. (Pfälz. Z.)

Berlin. Der General der Kavallerie und kommandirende General des 7. Armeekorps, Frhr. Roth v. Schreckenstein, hat sich, wie die „V. Z." hört, nach Paris begeben, um den Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen bei seiner Rückkehr aus London daselbst zu erwarten und sich dem Gefolge des Prinzen anzuschließen.

Kopenhagen, 25. Nov. In diesem Winter werden für Eistransporte über die Belte mit Eisböten von neuer Construktion Versuche gemacht werden; vier solcher Eisböte sind gegenwärtig unter Leitung und nach Angabe des Schiffsbaumeisters Bonnesen auf dessen Werft in Bau begriffen. (H. N.)

Konstantinopel, 12. Nov. Mit den nächsten Messagerie- und Lloyd-Booten gehen auf's neue eine nicht unbedeutende Anzahl junger Leute aus der hiesigen Artillerie- und Ingenieur-Akademie (Mühendishane) nach Paris, London, Wien und Berlin, um sich daselbst theoretisch und praktisch für ihre zukünftige Stellung als Artillerie- und Ingenieur-Offiziere weiter auszubilden. (Allg. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 333. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Sonntag, 30. November 1856.

Stimmen der Presse über den Wiener Münzvertrag.

(Fortsetzung.)

Daß der von der Wiener Konferenz angenommene Münzfuß manigfache Angriffe erleiden werde, war vorauszusehen; allein hier ganz besonders ist zu bedenken, was wir neulich sagten, daß ein System, welches so vielen widerstreitenden Interessen zugleich genügen soll, eben durch diesen Einen großen Vortheil für manche Schwächen entschädigt, die man, starr an einem bestimmten Standpunkte festhaltend, wohl darin entdecken kann. Uebrigens sind mitunter auch schon recht absonderliche Aussetzungen gemacht worden. So bedauert z. B. der bekannte französische Nationalökonom Alfred Darimon in der „Presse“, daß man zur Zeit der Wiener Münzkonferenz eine so vorzügliche Gelegenheit, ein großes kosmopolitisches Münzsystem zu schaffen, habe vorübergehen lassen. Gerade jetzt seyen, meint er, die meisten Länder wegen der ungewöhnlichen Verhältnisse der Gold- und Silbergewinnung mit der Reform ihrer Münzeinrichtungen beschäftigt, und die Handelsvölker hätten nur ihre Betheiligung an den erwähnten Konferenzen zu verlangen brauchen, um sogleich einen allgemeinen Münzkongreß daraus zu machen; nie werde sich eine so günstige Gelegenheit wiederfinden. In letzterem Falle, sagt er, würden auch die kleinen Eifersüchteleien zwischen den größern deutschen Staaten ganz weggefallen seyn, und die Mitglieder der Konferenz hätten keinen Mittelweg zu suchen brauchen, sondern eine radikale Reform adoptiren können. Wie unpraktisch der Vorschlag des Franzosen ist, leuchtet sofort ein. Es hat schon Mühe genug gekostet, eine Münzeinigung zwischen den deutschen Staaten anzubahnen; ein babylonischer Thurmbau wäre es geworden, hätte man auch noch andere Nationen beiziehen wollen.

Besser begründet scheint auf den ersten Blick der Vorwurf, daß die Konferenz nicht sofort den französischen Münzfuß angenommen, den Franken und dessen Eintheilung in 100 Centimes zum Stützpunkt des neuen Münzsystems gemacht habe. Man macht hiefür geltend, daß das französische Münzsystem bereits über einen großen Theil von Mitteleuropa, nämlich über Frankreich, Belgien, Sardinien und die Schweiz verbreitet sey, daß es seiner Zweckmäßigkeit halber wohl über kurz oder lang allgemeine Geltung erlangen werde, und daß es darum am besten gewesen wäre, jetzt, da man einmal zu einem Uebergang sich verstanden habe, dasselbe sofort anzunehmen. Es scheinen uns jedoch erhebliche Gründe zu bestehen, welche für Deutschland wenigstens zur Zeit noch den Uebergang zum französischen Münzsystem als schädlich erscheinen lassen. Hierüber äußert sich der mehrerwähnte Artikel des „Schw. Merkur“ wie folgt: „Der Stein des Anstoßes liegt in der in Frankreich faktisch bestehenden Goldwährung, in der Fixation des Werthverhältnisses von Gold und Silber in Frankreich, und in der dermaligen Nichtübereinstimmung jenes alt festgesetzten Verhältnisses von 1:15½ mit dem jetzigen Marktverhältniß beider Edelmetalle. Die Folgen, welche diese neuerdings für Frankreich gehabt hat, sind bekannt. Das Silbergeld ist vom Golde verdrängt worden, aus der Doppelwährung ist faktisch eine Goldwährung geworden, und belgisches und schweizerisches Silbergeld vermag sich heut zu Tage einer ähnlichen Verschlingung durch Abfluß nach Frankreich und von da weiter kaum zu erwehren. Silber war auf dem Markte dem Gold gegenüber über das gesetzliche Verhältniß im Werthe gestiegen, man machte einen Nutzen, wenn man für ein im Nennwerth gleiches Silberstück ein Goldstück hingab und das Silberstück in den Handel brachte. So wandern die Silberstücke in die Hände der Spekulation und von da gegenwärtig nach Ostasien. Das Gold erringt faktisch die einfache Währung und verdrängt in den Ländern der Silber-Frankenwährung die Silber- durch Goldzirkulation. Ein ähnliches Loos würde eine deutsche Silber-Frankenwährung erfahren, so lange in Frankreich auf Grund des Werthverhältnisses von 15½:1 die Doppelwährung oder faktisch die Goldwährung besteht. Dies war von der Münzkonferenz um so mehr ins Auge zu fassen, als jede Silberwährung in Europa zur Zeit ohnehin einen mächtigen Kampf gegen die Eroberung ihrer Münzschätze durch englische Silberspekulation zu gewärtigen hat. Das Spekulationsobjekt der letzteren ist bekanntlich die Differenz des Werthverhältnisses von Gold und Silber in Europa, wo ungefähr 15½ Pfd. Silber, und in einigen überseeischen Ländern, namentlich Ostasien, wo z. Th. schon 12 Pfd. Silber einem Pfund Gold im Werthe gleich geachtet werden, wo also Silber um 20 pCt. höher im Werthe steht. Bis beide Werthniveaus ausgeglichen sind — und dies kann lange dauern, weil bei dem gegenwärtig dem Verkehr sich erschließenden volkreichen Hinterasien ein weites Handels- und Bedürfnißbecken mit Silber auszufüllen ist — kann die auf jene Differenz berechnete englische Ausfuhrspekulation in Europa sogar eine Prämie für Silber zahlen und wird daher den europäischen Ländern mit Silberzirkulation ihren Münzsilberschatz mit ziemlichem Erfolg entziehen können. Hätten wir nun gar das französ. Silberfrankensystem, so wäre diese Eroberung ohne Prämie und sogar unter dem europäischen Marktwerth des Silbers, mittelst des legalen französischen Werthverhältnisses von Gold und Silber, durch Einzug der Silber- gegen Gold-Frankenstücke vom gleichen und gesetzlichen Nennwerth, ermöglicht und eine solche Silberwährung einem verdoppelten, einem um so heftigeren Anprall ausgesetzt. Unter den jetzigen Konjunkturen in den europäischen Geldverhältnissen wäre daher ein Uebergang zum französischen Silberfrankensystem gefährlich gewesen, die Münzreform hätte uns wohl in eine höchst bedenkliche Münzkrise hineingeführt, und eine Verwirrung und Knappheit des Silbermünzschatzes, die ohnehin nicht außer dem Bereich der Möglichkeit in einer vielleicht nicht fernen Zukunft liegt, fast unvermeidlich gemacht. Der deutsche Münzfuß mußte daher selbständig gestaltet und in geflissentlicher Nichtübereinstimmung mit der französischen Stückelung erhalten werden.“

Hier wollen wir noch eines Tadels erwähnen, den ein anderer Nationalökonom Frankreichs, Mich. Chevalier, gegen das neue deutsche Münzsystem ausgesprochen hat. Da die neuen Thaler und die neuen Guldenstücke von den alten verschieden seyen, und so also doch ein Eingriff in die Gewohnheiten des Publikums gemacht würde, so, meint Herr Chevalier, hätte man auch noch einen Schritt weiter thun sollen; um die deutsche Münzeinheit der französischen zu nähern; man hätte 20 oder 25 Thaler auf das Pfund von 500 Grammes rechnen können, so daß ein Thaler 5 oder 4 Frs. an Werth gehabt hätte, dadurch, meint er, wären nicht nur große Vortheile für Frankreich und Deutschland, sondern auch für Belgien, die Schweiz und Norditalien, wo ebenfalls das französische Münzsystem gilt, erreicht. Zufriedener, als der Franzose, ist man aber in Norddeutschland mit den Beschlüssen der Wiener Konferenz über die Silbermünzen. In einem längeren, in der „Zeitung für Norddeutschland“ enthaltenen Aufsatz heißt es hierüber u. A.: „Die Beschlüsse der Wiener Konferenz hinsichtlich der künftigen Silbermünzen erscheinen uns um so praktischer und verständiger, als sie einerseits durch die Rücksicht auf das längst Bestehende und der Bevölkerung zur Gewohnheit Gewordene geboten sind, anderseits aber sich dem französischen Münz- und Gewichtssystem grundsätzlich anschließen. Da nämlich der Feingehalt eines Thalers als des 14. Theils einer Mark (zu $233,_{8555}$ Grammen gerechnet) $16,_7$ Grammen beträgt, während er künftig nach dem Vorschlage der Münzkonferenz den 30. Theil eines Zollpfundes

von 500 Grammen, d. h. 16⅔ Grammen betragen wird, so macht die Verminderung im Feingehalt des Thalers von 16,7 auf 16⅔ nur $\frac{1}{30}$ Gramm, d. h. dem Werthe nach auf etwa 2 pro Mille anzuschlagen. Erwägt man nun aber, daß wegen unvermeidlicher Unsicherheit bei der technischen Herstellung der Münzen einer geringen Abweichung im Feingehalt immer nachgesehen werden muß und diese in der neuen Konvention zu 3 pro Mille festgestellt wird, so muß man zugeben, daß die neuen Thaler sich faktisch ihrem Gehalt nach von den alten um so weniger unterscheiden werden, als die letzteren größtentheils durch Abnutzung schon mehr verloren haben, als das Plus von $\frac{1}{30}$ Gr. Silber beträgt, das sie ursprünglich vor den neuen Thalern an Feingehalt voraus haben (oder haben sollten). Unstreitig liegt aber für den ganzen Norden Deutschlands ein großer Gewinn darin, daß die gangbare Silbermünze an innerem Werth so gut als völlig unverändert bleibt, so daß also das Einschmelzen der neuen Thaler keinen Gewinn in Aussicht stellt, wie es der Fall seyn würde, wenn sie die alten an Feingehalt etwas überträfen. Ungemein bequem wird das Münzverhältniß des Thalergebietes zu Oesterreich, dessen neue Gulden genau ⅔ Thaler betragen, während es zum südwestlichen Deutschland in den allerdings unbequemen Zahlen 4:7 beharrt, da der Doppelthaler bekanntlich 3½ leichte Gulden beträgt. Denn diese oder eine andere entsprechende Benennung wird man immer hinzufügen müssen, um die gleichnamigen, aber dem Werthe nach verschiedenen Silbermünzen der beiden Guldengebiete zu unterscheiden."

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Bund.

Weimar, 25. Nov. Die Herren von der Zollkonferenz werden jedenfalls die Weihnachts-Feiertage wieder bei den Ihrigen in der Heimath zubringen können. Der Schluß der Sitzungen wird in etwa vierzehn Tagen erwartet. (K. Z.)

Bayern. München, 27. Nov. Die Vorschriften über die Prüfung der dem Staatsbaudienste sich widmenden Kandidaten sind einer Revision nach Maßgabe der bisherigen Erfahrungen unterstellt worden. Das Resultat der Revision wird in einer Verordnung in der heute ausgegebenen Nummer 52 des Regierungsblattes zur öffentlichen Kenntniß gebracht, woraus ich Folgendes hervorhebe: Jedes Jahr werden zwei gesonderte Prüfungen, eine theoretische und eine praktische abgehalten, erstere im Monat Oktober, letztere im Februar. Zur theoretischen Prüfung können nur solche Kandidaten zugelassen werden, welche 1) die Gymnasialstudien absolvirt, hiernächst 2) den vollständigen dreijährigen Kursus an einer der drei polytechnischen Schulen durchgemacht; endlich 3) die an der Münchener polytechnischen Schule bestehenden Fachstudien zwei Jahre hindurch ohne Unterbrechung besucht haben; überdies aber nachweisen können, a) daß sie zufolge gerichtsärztlichen Zeugnisses nicht mit solchen körperlichen Gebrechen behaftet sind, welche die Ausübung des Baudienstes hindern oder doch wesentlich erschweren, b) daß sie zufolge eines polizeilichen Zeugnisses, während ihres Verweilens an der polytechnischen Schule eine sittlich-gute Aufführung gepflogen und an verbotenen Verbindungen nicht Antheil genommen haben. Wer zur praktischen Prüfung zugelassen werden will, muß das Zeugniß über die erstandene theoretische Prüfung vorlegen und das oder die Zeugnisse der betreffenden Behörden über die mit Fleiß und Fortgang, so wie mit untadelhaftem sittlichen und politischen Betragen vollendete zweijährige Praxis. — Dem Assistenten an der polytechnischen Schule in Nürnberg, Hermann Bachmann, ist ein Gewerbsprivilegium auf eigenthümliche Bereitung einer blauen und violetten Broncefarbe für den Zeitraum von zwei Jahren verliehen worden. (A. Postz.)

Ansbach, 26. Novbr. Die hiesigen Kirchenvorstände haben sich gegen die Erlasse des Oberkonsistorium ausgesprochen.

Preußen. Berlin, 26. Novbr. Morgen wird ein königl. Stallmeister mit den vier schwarzen trakehner Pferden, welche unser König der Kaiserin Eugenie als Geschenk sendet, von hier nach Paris abgehen. Gestern wurden die prachtvollen Thiere von den königl. Prinzen im Marstall besichtigt. (Köln. Z.)

Sachsen-Weimar. Weimar, 25. Nov. Nach einer im „Gothaischen Tageblatt" befindlichen Korrespondenz von hier werden gegen die projektirte Vorlage der Weimarischen Staatsregierung Betreffs der Ablösung der Decimationen für Kirche und Schule von den Geistlichen und Schullehrern abwehrende Schritte gethan, da sie durch die Ablösung finanzielle Nachtheile befürchten. In dem Weimarischen Kreise hätten sich die Geistlichen einer Diözese auf den Rechtsboden gestellt, indem sie behaupten, die Decimation sey Eigenthum der Kirche und könne darum der Ablösung nicht unterworfen werden.

Aus Thüringen, 27. November. Vorgestern wurde ein Advokat aus Apolda in zweiter Instanz vor dem Appellationsgericht freigesprochen, nachdem er in erster Instanz zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden war. Sein Vergehen wurde als Gotteslästerung bezeichnet, und bestand darin, daß er drei Stellen aus Göthe's Werken in einer Weimarischen Zeitung hatte abdrucken lassen, gerichtet gegen ein vorher erschienenes Inserat. (Fr. Postz.)

Oesterreich. Triest, 24. Nov. Se. Maj. der Kaiser hat mehrere Sträflinge im hiesigen Kriminalgefängnisse begnadigt und wegen Majestätsbeleidigung schwebende Prozesse niederzuschlagen befohlen. (Fr. Pstz.)

Schweiz.

Ueber die Lösung des Freiburger Kirchenkonfliktes haben wir noch einiges nachzutragen. Die Verständigung zwischen dem Bischof und der Regierung war früher an drei Punkten gescheitert. Zwei derselben, dem von der Geistlichkeit geforderten Unterwerfungsakt unter die Staatsgesetze und die von den Klöstern herrührenden Collaturen betr., als deren Erben sich der Staat geltend machte, können jetzt als beseitigt angesehen werden. Der dritte Punkt betrifft das Visum. Man war dahin übereingekommen, daß der Bischof seine Kundmachungen acht Tage vor der Veröffentlichung der Regierung mitzutheilen habe; über die Redaktion hatte man sich jedoch nicht einigen können. Die Regierung hatte vorgeschlagen: „Die kirchliche Diözesangewalt theilt dem Staatsrath ein Exemplar von allen zur Publikation bestimmten Erlassen mit." Der Bischof wollte nur zugeben: „Die Diözesangewalt theilt dem Staatsrath ein Exemplar aller ihrer offiziell an die Gläubigen adressirten Erlasse mit." Auf den Antrag seiner Kommission genehmigte der große Rath folgende Redaktion: „Die Diözesangewalt theilt dem Staatsrath ein Exemplar aller offiziellen zur Mittheilung an die Gläubigen bestimmten Erlasse mit." Die Rückkehr des Bischofs hängt nun davon ab, ob er dieser letztern Redaktion beistimmen will oder nicht. (A.Z.)

Belgien.

Brüssel, 24. Novbr. Vor einigen Tagen ist hier der Prospekt zu einem neuen Journale, „le Corsaire" betitelt, ausgegeben worden, den aber, wie ich höre, nur wenig Leute zu Gesicht bekommen haben. Eine Art von Probeartikel, den dieser Prospekt brachte, enthielt eine der frechsten und plumpsten Beleidigungen gegen den König, und es wurde mit der Veröffentlichung einer Reihe von Briefen von Beamten des königlichen Hauses, von dem Generalprokurator de Bavay, dem Staatsprokurator de Hody und andern Personen gedroht. Der Verfasser dieses Prospekts, ein gewisser H...., wie er mir genannt wurde, ist jetzt gefänglich eingezogen worden, und man erwartet, daß derselbe wegen seines schamlosen Machwerks vor die Assisen gestellt werde. (A. Z.)

Großbritannien.

In London werden gegenwärtig von der französischen Regierung große Anstrengungen gemacht, um Lord Palmerston zu bewegen, seine Zustimmung zur Wiedereröffnung des Kongresses zu geben. Man stellt ihm vor, daß es sich nur darum handle, die Eigenliebe Rußlands nicht zu sehr zu verletzen, und daß er sicher seyn dürfe, im Kongresse auf die Majorität rechnen zu können. Bis jetzt hat Palmerston, der wohl weiß, um was es sich handelt, nicht nachgegeben.

Frankreich.

Paris, 26. Nov. Das „Pays" meldet, die Pforte habe die Note des Hrn. v. Thouvenel dahin beantwortet, daß Frankreich sich in Betreff der Räumungsfrage mit England und Oesterreich zu verständigen habe; die so gefaßten gemeinsamen Beschlüsse werde sie pünktlich ausführen. (T.D.d.Ostd.P.)

* Fünfzehn prächtige Stiere unter Führung des Toreadors Juanez Mendoza, passirten dieser Tage durch Lyon auf dem Wege nach London, wo nun gleichfalls Stiergefechte gegeben werden sollen.

* Die Oberste zweier zu Paris garnisonirenden Regimenter haben den Maire des betreffenden Arrondissement in Kenntniß gesetzt, daß die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der beiden Korps täglich 100 Rationen zur Verfügung der Bedürftigen dieses Arrondissement stellen.

Paris, 26. Novbr. Die auf Rechnung der Kaiserin vor zwei Jahren begonnene Herstellung der Kirche zu Rueil, die bekanntlich die Gräber der Kaiserin Josephine und der Königin Hortense enthält, ist bis auf einige Nebenarbeiten beendigt, so

daß sie in wenigen Wochen dem Gottesdienste wieder eröffnet werden kann.

Paris, 27. Novbr. Die hiesige Regierung hat jetzt offizielle Nachricht von der Einnahme von Herat durch die Perser empfangen. Die „Patrie" widmet heute der englischen Expedition einige gerade nicht sehr freundschaftliche Worte. Sie hält die Besetzung Herat's durch die Truppen des Schah wohl für einen guten Vorwand, aber keineswegs für einen ernstlichen Beweggrund, um die Feindseligkeiten gegen Persien zu beginnen. Sie meint, der ostindischen Compagnie könne es ganz gleichgültig seyn, ob diese Stadt Persien angehört oder nicht; denn man habe auch in der fernsten Zukunft keinen Einfall desselben in Ostindien zu befürchten. Für eben so lächerlich hält sie die Befürchtung, daß durch die Einnahme dieser Stadt ein russischer Einfall in Indien leichter geworden sey. Die Expedition im persischen Meerbusen ist der „Patrie" zufolge deßhalb durch ganz andere Beweggründe hervorgerufen worden. Der persische Meerbusen, meint sie, sey einer der Wege nach Indien; der Euphrat, der dort seinen Ausfluß habe, nähere sich in seinem oberen Laufe dem Mittelmeere. Das Wort „Eisenbahn des Euphrat-Thales", sey in der letzten Zeit in Europa ausgesprochen worden. Sie glaubt deßhalb, daß die Expedition gegen Persien außer ihrem militärischen Zwecke eine geheime Bestimmung haben könne, die zur gehörigen Zeit bekannt werden würde.

* Paris, 27. November. Der neapolitanische Gesandte, Marchese Antonini, hat heute Morgens Paris verlassen, um sich nach Brüssel zu begeben.

Die Bank von Frankreich hat in Aussicht gestellt, daß sie in den ersten Tagen des nächsten Monats wieder die Diskontirung von Wechseln mit 75tägiger Verfallzeit übernehmen werde. (D. A. Z.)

* Man wird sich daran erinnern, daß der Kaiser eine Kommission ernannt hat, um die Korrespondenz von Napoleon I. zu sichten und zur Herausgabe vorzubereiten. Präsident dieser Kommission ist der talentvolle Novellist Prosper Merimée und die Arbeiten derselben, im Palais Royal, gehen ziemlich rasch vor sich. Der erste Credit von 100,000 Fr., welcher diesem Ausschusse zugewiesen wurde, ist bereits erschöpft und die Regierung wird demnächst einen Aushülfscredit zur Fortsetzung dieser, für die Geschichte Frankreichs interessanten Forschungen gestatten. Die Kommission hat eine ganz ungeheure Menge von Dokumenten, Memoiren und Privatbriefen, deren Existenz gar nicht geahnt worden ist, zur Verfügung erhalten und der Plan ihrer Arbeiten hat hierdurch eine große Ausdehnung gewonnen. Die Sichtung der Korrespondenz Friedrich des Großen hat bekanntlich 1,500,000 Fr. gekostet und die der Korrespondenz Washington's nicht viel weniger. Letztere ist von einem Verwandten des Präsidenten, Namens Sarrai-Spark, bewerkstelligt worden, welcher während der mehrere Jahre dauernden Arbeit eine sehr beträchtliche Unterstützung bezogen hat. Die von Carlyle veröffentlichte Korrespondenz Cromwell's ist noch nicht vollständig. Der Präsident der Kommission verspricht sich eine Publikation, welche großes Aufsehen in Europa erregen dürfte.

Spanien.

Madrid, 21. Novbr. Die Blätter werden mit einer Strenge behandelt, wie es kaum jemals hier vorgekommen, und eine mißliebige Nachricht, wenn auch vollkommen begründet, in einem Organ, das übrigens der Situation mit Leib und Seele ergeben, ist hinreichender Grund, daß dieses mit Beschlag belegt wird. (K. Z.)

† Madrid, 23. Novbr. Die „Gaceta" berichtet aus Malaga, 19. November: „In mehreren Stadttheilen fanden Haussuchungen statt. Waffen wurden in den Brunnen versteckt gefunden und wichtige Papiere entdeckt. — Das Kriegsgericht tagt. — Ein Karabiniers-Detachement hatte in der Nähe des Flusses Genar ein hitziges Gefecht mit Schmugglern zu bestehen. Das Feuer dauerte 2 Stunden; 3 Karabiniers wurden verwundet, schließlich aber die Schmuggler auseinander getrieben, und ihnen viele Waaren, eine Büchse und ein Pferd abgenommen.

Italien.

Venedig, 25. Novbr. Die kaiserlichen Majestäten sind heute Nachmittag im besten Wohlseyn hier eingetroffen und von der Bevölkerung mit lebhaftem Jubel empfangen worden. Das schönste Wetter trug dazu bei, das Schauspiel des Empfanges zu einem wahrhaft herrlichen zu gestalten. Zur Feier der Anwesenheit Ihrer Majestäten ist morgen großer Maskenball im Fenicetheater und außerordentliche Beleuchtung des Markusplatzes mit Gas, welche durch die nächstfolgenden 4 Abende wiederholt wird. Am 30. November ist allgemeine Regatta, bei ungünstiger Witterung für den 7. Dezember vertagt.

Amerika.

* Ein Dutzend Neger-Sänger, welche auf dem Punkte waren, sich nach Europa einzuschiffen, um dort Konzerte zu geben, wendeten sich um Pässe nach Philadelphia und belegten ihr Gesuch mit Dokumenten, aus welchen hervorging, daß 9 von ihnen im Staate New-York, 1 in Philadelphia und 1 in Portland geboren sey. Die Pässe wurden jedoch verweigert und zwar aus folgenden Gründen: „Ein Paß — heißt es in dem Erlasse — ist ein Certifikat, welches beweist, daß der Inhaber Bürger der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist. Die Personen aber, die im vorliegenden Falle Pässe verlangt haben, „sind farbige, in den Attesten als schwarz bezeichnete Männer", woraus man schließen kann, daß es Neger sind. Ist dies aber der Fall, so ist es außer Zweifel, daß es keine amerikanischen Bürger sind." Herr Marcy fand jedoch ein Auskunftsmittel, indem er den wandernden Minstrels ein Spezial-Certifikat des Inhalts ausstellte, daß sie in den Vereinigten Staaten frei geboren sind und unter dem Schutz der Regierung stehen. In Amerika gibt es also trotz der demokratischen Constitution eine freie Menschenklasse, die keine Bürger und doch Unterthanen der Republik sind.

Nichtpolitische Zeitung.

Wien, 25. Novbr. Vorgestern Abend verschied (wie sie wissen) Joseph Frhr. v. Hammer-Purgstall, der Nestor unserer Gelehrten, nach einer Krankheit von mehreren Wochen. Die körperliche Rüstigkeit und die unversehrte Geistesfrische des mehr als achtzigjährigen Greises hatten vor Kurzem noch hoffen lassen, ihn länger der Welt, seinen Freunden und seinen Angehörigen erhalten zu sehen. Im vorigen Jahre erst hatte er eine Reise nach Paris gemacht, um in Angelegenheit einer wichtigen Arbeit gewisse Handschriften der kaiserlichen Bibliothek zu vergleichen, welche ihm nicht zugesendet werden konnten. Das vergangene Frühjahr verbrachte er in seinem Landhause zu Döbling, von wo er häufig zu Fuß in die Stadt kam. Der Weg von seiner Wohnung dort bis zur innern Stadt wird vom rüstigsten Fußgänger kaum in einer Stunde zurückgelegt, und ist keineswegs von ländlicher Beschaffenheit. Den Sommer brachte er auf seinem Schlosse Hainfeld in der Steiermark zu, von wo er bei des Kaisers Anwesenheit nach Gratz kam, um seines steierischen Hofamtes zu walten. Er war Oberst-Erbland-Vorschneider. In Döbling wie zu Hainfeld arbeitete er vom frühesten Morgen an, wobei er sich wie ein Brahmane von Pflanzenkost nährte. Von thierischen Nahrungsmitteln nahm er seit mehr den zwanzig Jahren nur Fleischsuppe, Milch und Eier. Wein trank er selten und dann nur in winzigem Maße; auch verschmähte er den Tabak, obschon er lange in der Levante verweilt hatte, wo er hier und da genöthigt gewesen, ehrenhalber aus einem Tschibuk zu rauchen. Alle seine Geistesgaben waren so unversehrt wie vor einem halben Jahrhundert, namentlich sein Gedächtniß nicht nur für vergangene, sondern auch für Dinge der Gegenwart und von untergeordneter Beziehung. Die letzte Ruhestätte wird Hammer auf dem malerischen Kirchhofe zu Weidling finden. Er hat sich dort, schon vor mehr als einem Menschenalter, die Gruft erbaut, worin seine vorangegangene Frau begraben liegt. (Allg. Ztg.)

* Bei dem Brande der großen Spinnerei zu Lille kamen — wie man nachträglich erfährt — außer dem Heizer noch drei Personen, nämlich 2 Maurer, die dort arbeiteten, und der Aufseher um. Glücklicherweise waren die in diesem Etablissement beschäftigten 250 Menschen noch nicht an der Arbeit, als das Unglück geschah. Der Schaden wird auf mindestens 600,000 Franken angeschlagen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt a. O., 20. Nov. (Meßbericht.) Die Erwartung, daß diese Messe nach dem Ergebniß der letzten Leipziger ein besseres Schicksal erleben würde, als die vorjährigen Martinimessen, hat uns getäuscht. Das Engrosgeschäft ist vorüber, war aber leider ohne jede Bedeutung. Die Lager, in Folge des kurzen Zwischenraumes zwischen dieser und der Leipziger Messe nur schwach, waren für die wenigen Käufer doch noch zu stark. Die einzige Ausnahme hiervon machen ordinäre baumwollene Waaren, als rohe, gefärbte und bedruckte Nessels, Biber, Kalmuck u. dgl., wonach viel Nachfrage war und die zu höheren Preisen geräumt wurden. — In Tuchen wurden einzelne Posten, die sich für den amerikanischen Export eigneten, aus dem Markte genommen, da Käufer für Amerika verhältnißmäßig stärker vertreten waren, als in Leipzig; dieselben hatten auch schon

vor der Messe in den Fabriken selbst gekauft und bestellt, so daß die in Leipzig übrig gebliebenen $\frac{5}{4}$-Tuche ziemlich geräumt waren. — Die nur schwach vertretene deutsche Kundschaft zeigte keinen großen Bedarf, was darin seinen Grund findet, daß die Messe zu spät fällt und der Detaillist sich schon früher mit Winterwaaren versehen mußte. Es waren nur einzelne Artikel, nach denen eine besondere Nachfrage war, wie Düffel und Doppeldüffel mit sog. Pelzfutter, die nur wenig am Platze waren. Die anwesenden Engroskäufer zeigten nur dann Lust, wenn sie unter Preis ankommen konnten, und müssen wir es rühmlichst anerkennen, daß nur wenige sich durch den lauen Geschäftsgang verleiten ließen, viel unter Preis der Michaelismesse zu verkaufen, da die Preise doch durchschnittlich 2 a 3 Thlr. per Stück niedriger waren. — Von sächsischen Manufakturwaaren können wir nur dasselbe, wie von den Tuchen sagen. Die passenden Artikel für Amerika wurden für dort gekauft, im Uebrigen waren es nur Partien unter Preis, die für den Verkauf von Bedeutung waren. Für Seidenwaaren war es am schlechtesten, denn die kleine Kundschaft ließ sich durch die hohen Preise vom Kaufen gänzlich zurückhalten und Käufer für größere Posten waren nicht am Platz. — In Leder- und Rauchwaaren blieb das Geschäft schwach, da nur sehr geringe Zufuhren dort waren und das Geschäft im Allgemeinen durch die hohen Preise sehr gehemmt wurde. Ebenso gering war das Geschäft in Wolle, wo die ganze Zufuhr nur ca. 1000 Ztr. betrug, die größtentheils aus russischen und polnischen Mittelwollen bestand, und in verschiedenen kleinen Posten ziemlich verkauft wurde. Der Gang der ganzen Messe war durchschnittlich eben so flau, wie die Martinimessen der letzten Jahre, und würde es gewiß das beste seyn, wenn man diese Messe gänzlich aufhören ließe.

Stettin, 24. Nov. Getraide. Die Verladungen werden mit großer Anstrengung betrieben, sie sind noch umfassender als in letzter Zeit und unser Lager rückt in Folge davon, trotz der noch fortwährend großen Zufuhr, ziemlich rasch zusammen. Während nun das Exportgeschäft lebhafter als sonst war, blieb die Spekulation zurückhaltend und in Folge davon das Lieferungsgeschäft sehr beschränkt. Die Erhöhung der Diskontosätze in England wirkte lähmend auf das Geschäft und auch Schweden berichtet weichende Preise und zeigt Mangel an Kauflust. Gegen Anfang des Jahres sind die Preise jetzt von Waizen um 40 pZt., von Roggen um 50 pZt., von Gerste um 40 pZt., von Hafer um 45 pZt. gewichen. Seitdem haben wir eine große Ernte gemacht und Rußland ist für die Ausfuhr frei geworden, aber England scheint viel mehr zu gebrauchen als in letzter Saison und von Schweden ist keine Wiederholung der letzten großen Zufuhren zu hoffen.

Frankfurt, 29. November. Die Börse eröffnete auf ungünstigere Pariser und Wiener Abend-Notirungen in flauer Haltung und verblieb darin bis zum Schlusse, namentlich wurden österr. Credits, Staatsbahn und National billiger verhandelt, es zeigte sich jedoch dafür Begehr, während sonstige Umsätze sehr unbedeutend waren.

Providentia wurde zu 105 geboten und zu $105\frac{1}{4}$ zu haben.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $79\frac{3}{4}$P. $78\frac{7}{8}$G. 5pCt. Lombard.-Ven. $89\frac{1}{2}$ P. 89 G. Metall. alte à 5pCt. $76\frac{3}{4}$P. $76\frac{1}{4}$G.; à 5pCt. in Silberb. P. $87\frac{1}{4}$ P. $86\frac{3}{4}$G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $68\frac{1}{4}$P. 68 G.; à 4pCt. $59\frac{3}{4}$ P. $59\frac{1}{4}$ G.; à 3pCt. $46\frac{3}{4}$ P. $46\frac{1}{4}$ G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 P. $56\frac{1}{2}$ G. **Preussen.** $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine $84\frac{1}{2}$ P. — G. **Bayern.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $89\frac{1}{2}$ P. 89 G.; 4pCt. $94\frac{3}{4}$P. $94\frac{1}{4}$G.; 4pCt. Grundrente 95P. $94\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $101\frac{1}{2}$P. 101 G.; 5pCt. $100\frac{1}{2}$P. 100 G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $91\frac{3}{4}$P. $91\frac{1}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{7}{8}$P. $102\frac{3}{8}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $91\frac{1}{2}$P. 91G.; à 4pCt. $99\frac{1}{4}$P. $98\frac{3}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$pC. $101\frac{1}{2}$ P. $101\frac{1}{4}$G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. 90 P. $89\frac{1}{2}$G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $81\frac{1}{4}$P. $80\frac{3}{4}$G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{4}$P. $89\frac{3}{4}$G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37P. $36\frac{3}{4}$G.; $1\frac{1}{4}$pCt. neue $23\frac{5}{16}$P. $23\frac{3}{16}$ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1205P. 1200G. Neue Bankaktien 322P. 317G. Credit-Actien à 5pCt. $211\frac{1}{2}$ P $209\frac{1}{2}$G. Darmstädter Bankaktien alte 367 P. 365 G.; junge 327 P. 325 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 508 P. 503 G. Mitteldeutsche Creditbank $99\frac{1}{2}$ P. $98\frac{5}{8}$G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $103\frac{1}{2}$ P. 103 G. Frankf. Bankaktien $112\frac{1}{2}$ P. 112G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 517P. 512 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 568 P. 563 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 296 P. 294 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $143\frac{1}{4}$ P. $142\frac{3}{4}$G. Neustadt-Weissenb. 104 P. $103\frac{1}{2}$ G. $4\frac{1}{2}$pC. bayr. Ostbahn-Aktien $101\frac{1}{4}$ P. 101 G. Kurf. Friedr.-With.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 352 P. 350 G. Hanauer Eisenb.-Aktien $79\frac{3}{4}$ P. $79\frac{1}{4}$ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $78\frac{3}{4}$P. $78\frac{1}{4}$G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien $93\frac{3}{4}$ P. $93\frac{1}{4}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von **1839** $118\frac{1}{2}$P. 118 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** $104\frac{1}{2}$ P. 104 G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämiesscheine 117 P. —— G. Badische fl. **35** Loose von 1845 50 P. $49\frac{1}{2}$ G. Darmst. Loose à fl. **50** $118\frac{1}{4}$P. $117\frac{3}{4}$G. à fl. **25** $34\frac{3}{4}$P. $34\frac{1}{4}$G. Kurh. **40** Thaler-Loose b. R. 40 P. $39\frac{3}{4}$G. Nass. Loose à fl. **25** $33\frac{5}{8}$ P. $33\frac{3}{8}$ G. Sard. Loose bei G. Bethmann. $44\frac{1}{2}$ P. $44\frac{1}{4}$G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. $85\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. $100\frac{3}{4}$P. $100\frac{1}{2}$G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118P. $117\frac{3}{4}$G.
Augsb. fl. 100 k. S. —— P. $119\frac{3}{4}$G.	Mail. l. S. Lr. 250k. S $99\frac{5}{8}$P —G.
Berlin Thlr. 60 k. S. —— P. $104\frac{7}{8}$G.	Paris Frs. 200 k. S. $93\frac{1}{2}$P. $93\frac{1}{4}$G.
Cöln Thlr. 60 k. S. —— P $104\frac{3}{4}$G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50Thlr. Ld. k. S. $96\frac{3}{4}$P. $96\frac{1}{2}$G.	Wien fl. 100C. k S. 113P. $112\frac{3}{4}$G.
Hamb. MB. 100 k. S 89 P $88\frac{3}{4}$G.	Wien 3 M. mit 5% $112\frac{5}{8}$P. $112\frac{3}{8}$G.
Leipz. Thlr. 60k. S. $104\frac{7}{8}$P. $104\frac{5}{8}$G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 28. Novbr. Das Befinden des Hrn. Staatsministers Frhrn. v. d. Pfordten ist nach den Umständen vollkommen befriedigend. (N. M. Z.)

Pesth, 26. Nov. Verläßlichen Nachrichten zufolge dürften JJ. MM. der Kaiser und die Kaiserin im kommenden Jahre in den allerersten Tagen des Monats Mai ihren Einzug in die ungarische Landeshauptstadt halten — dann während eines siebenwöchentlichen Aufenthalts im Lande auch einzelne Theile desselben, und namentlich die vier Distriktual-Hauptstädte mit einem Besuche beglücken. (A. Z.)

Paris, 28. Novbr. Der heutige „Moniteur" enthält eine Depesche aus Konstantinopel vom 26. d. M., nach welcher Ethem Pascha zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden ist, Aali Pascha und Fuad Pascha dagegen als Minister ohne Porteseuille im Ministerium verblieben sind. (T. D. d. Nat.-Z.)

Konstantinopel, 22. Nov. Ein Sohn Dost Mohammeds ist in Herat angelangt, mit der Ankündigung, die Afghanen-Armee bereite eine Expedition gegen Persien. Die persische Armee erwartet Verstärkungen. (T. D. d. A. Z.)

Brigham Young, der Prophet der Mormonen in Nordamerika, will den in der Kansasbill ausgesprochenen Grundsatz, den Bewohnern der Territorien es zu überlassen, ihre sozialen Einrichtungen selbst zu bestimmen, auf die Institutionen seiner Gemeinde in Utah anwenden. Die Christen, welche er Heiden nennt, versündigen sich nach seiner Meinung gegen die Bibel, wenn sie gesetzlich die Sklaverei oder die Vielweiberei verbieten wollen. In mehreren in Salt Lake city im August und September d. J. öffentlich gehaltenen Reden sprach sich Young in diesem Sinne aus. Es scheint übrigens, als ob nicht alle Frauen der Mormonen mit den dortigen Zuständen zufrieden seyen; denn in seinem Vortrage am 22. September forderte Young die bei der Vielweiberei sich unglücklich fühlenden Frauen, seine eigenen nicht ausgenommen, auf, aus ihrem bisherigen Verhältnisse binnen 14 Tagen zu scheiden. Diejenigen aber, welche von dieser Erlaubniß keinen Gebrauch machen, mögen dann aber auch sich ohne Murren in ihre Lage fügen. (H. N.)

Bombay, 3. Novbr. Nach dem persischen Golf gehen 40 englische Schiffe. (T. D. d. H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 334.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 1. Dezember 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 29. November. Se. Maj. der König haben genehmigt, daß das Gerhardinger'sche Beneficium in Vilshofen von dem Bischofe von Passau dem dortigen Cooperator, Priester Georg Hüttinger, verliehen werde. (N. M. Z.)

** München, 28. November. (Privat-Korrespondenz.) Das hohe Geburtsfest Se. Maj. des Königs wurde heute auf festlicher Weise gefeiert. Außer der kirchlichen und militärischen Feier wurde auch der Grundstein zu dem in der neuen Maximiliansstraße zu erbauenden neuen Regierungsgebäude in feierlicher Weise gelegt und zwar in Gegenwart der königlichen und städtischen Behörden durch den kgl. Staatsminister des Innern, Hrn. Grafen v. Reigersberg. Unsere kgl. Majestäten hatten heute mit zahlreichem Gefolge eine Partie an den Starnbergersee gemacht, von wo Höchstdieselben diesen Abend zurückkehrten und in dem festlich beleuchteten Hoftheater erschienen, von der überaus zahlreichen Versammlung mit dem herzlichsten Jubel begrüßt. Zur Feier des Tages gab auch der kgl. Staatsminister der Justiz ein Festdiner, zu welchem mit den kgl. Staatsministern auch die Mitglieder des Gesetzgebungsausschusses geladen waren. — In der Festsitzung der Akademie der Wissenschaften, in welcher die bereits erwähnten Vorträge gehalten wurden, erfolgte auch die Verkündigung der neuen Mitglieder. Es wurden ernannt zu Ehrenmitgliedern: von Schack, geheimer Legationsrath aus Mecklenburg; v. Olfers, geheimer Legationsrath aus Berlin. Zu ordentlichen Mitgliedern: 1) In der philosophisch-philologischen Klasse: Professor Thomas dahier. 2) In der mathematisch-physikalischen Klasse: die kgl. Universitätsprofessoren Dr. Jolly und Dr. Pettenkofer. 3) In der historischen Klasse: Universitätsprofessor Dr. Löher. Zu außerordentlichen Mitgliedern: 1) In der mathematisch-physikalischen Klasse: Universitätsprofessor Dr. Harleß. 2) In der historischen Klasse: Privatdozent Dr. Rockinger. Zu auswärtigen Mitgliedern: 1) In der philosophisch-philologischen Klasse: Dr. Preller, Hofrath und Oberbibliothekar in Weimar; Dr. Leutsch, Professor in Göttingen; Dr. Miklosich, Prof. in Wien; Dr. Keller, Universitätsbibliothekar und Professor in Tübingen; Dr. Pfeiffer, Bibliothekar in Stuttgart; Dr. Schafarick, Bibliothekar in Prag. 2) In der mathematisch-physikalischen Klasse: Dr. Brandt, kais. russ. Staatsrath in St. Petersburg; Dr. v. Middendorf, Sekretär der kais. Akademie in St. Petersburg; Dr. Mosander, Prof. in Stockholm; Dr. Fries, Prof. in Upsala; Dr. Eschricht, Prof. in Kopenhagen; Dr. Steenstrup, in Kopenhagen. 3) In der historischen Klasse: Dr. Michelsen, Prof. und geh. Justizrath in Jena; Dr. Schäfer, Prof. in Gießen; Adolph v. Varnhagen, kgl. brasilianischer Geschäftsträger in Madrid. Zu korrespondirenden Mitgliedern: 1) In der mathematisch-physikalischen Klasse: John le Conte, Sekretär der Akademie der Wissenschaften in Philadelphia. 2) In der historischen Klasse: Dr. Birk, Adjunkt der k. k. Bibliothek in Wien; Dr. Gar, Prof. in Trient.

München, 29. Nov. Se. Maj. der König hat den hier anwesenden Verfasser des Festspieles „Eine Morgenfeier," das gestern im Volkstheater zu den drei Linden als am Vorabende des Geburtsfestes Sr. Maj. zur Aufführung kam, Hrn. Thürmaier, in der kgl. Residenz zu empfangen und demselben wiederholt das allerhöchste Wohlgefallen mit dessen patriotischen Bestrebungen in huldvollster Weise anszudrücken geruht. (N.M.Z.)

** München, 29. November. (Privat-Korrespondenz.) Se. Maj. der König haben gestern zum ersten Male die neugestiftete Maximilians-Medaille für ausgezeichnete wissenschaftliche Leistungen verliehen. Dieselbe haben, mit je 300 Dukaten in Gold, Prof. Mommsen in Leipzig, der Verfasser der römischen Geschichte, und Prof. Schönbein, der berühmte Chemiker in Basel, erhalten. Zu Rittern des „Maximiliansordens für Kunst und Wissenschaft" haben Se. Majestät gestern ernannt den Philologen Welker in Bonn und den Dr. Haidinger, Direktor der geologischen Anstalt in Wien. — Das heutige Bülletin über das Befinden des Frhrn. v. d. Pfordten lautet: „Die Nacht war etwas unruhig, doch sind die Schmerzen nicht vermehrt."

München, 29. Nov. Der Hr. Erzbischof hat das Protektorat der „Marien-Anstalt für weibliche Dienstboten" übernommen. (B. Ldbtn.)

München, 29. Novbr. Einem schon auf mehreren Landtagen, namentlich aber in der letzten Versammlung der Abgeordneten, laut gewordenen Wunsche, auf Aufhebung der alten Mühlordnung entsprechend, bereitet die Staatsregierung gegenwärtig einen Gesetzentwurf über das Mühlwesen vor, und ist deßwegen eine aus Mitgliedern des polytechnischen Vereins bestehende Kommission zum Zwecke gutachtlicher Aeußerung niedergesetzt worden. (K. f. N.)

Preußen. Man schreibt der „Köln. Z." aus Berlin, 27. November, über die „Sistirung" und demnächst erfolgte Freilassung des bekannten englischen Kunstkritikers Morris Moore, dies sey geschehen, wie es heißt, in Folge einer politischen Denunciation, welche sich als vollkommen unrichtig erwies."

Am 26. Novbr. Morgens ist von Erfurt eine Kompagnie Soldaten nach Dachwig, dem Schauplatz der kürzlich geschilderten Exzesse, abgegangen.

Nassau. Wiesbaden, 28. Novbr. Unsere Spielpachtangelegenheit ist geordnet. Die Gesellschaft für Wiesbaden und Ems ist eine anonyme; die Dauer der Konzession ist für 25 aufeinander folgende Jahre; der Pacht beginnt mit dem 1. Januar 1857. Das Gesellschafts-Kapital ist auf 2,500,000 fl. süddeutscher Vereinswährung festgesetzt, getheilt in 25,000 Aktien à 100 fl., auf den Inhaber lautend. Die Gesellschaft soll zur Verschönerung und Hebung der Stadt Wiesbaden beitragen. Dem Theater wird ein jährlicher Zuschuß von 35,000 Gulden gegeben werden. Das Innere des Theaters soll glänzend eingerichtet und an unsere Bühne die vorzüglichsten Künstler berufen werden. Die Aktienzeichnung ist bereits geschlossen. (Mittelrh. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 29. Nov. (Priv.-Korr.) Sie werden sich erinnern, daß ich Ihnen bereits vor längerer Zeit die Mittheilung gemacht habe, daß Dänemark sich an Frankreich gewendet hat, damit dieses die Vermittlung in der holstein-lauenburgischen Angelegenheit übernehme. Diese Mittheilung wird nun von verschiedenen Seiten bestätigt. Wenn sich aber ein Hamburger Blatt aus Wien melden läßt, daß Graf Walewski sowohl Hrn. v. Bourqueney als Hrn. v. Moustier dahin instruirt habe, daß der Konflikt vor das Forum sämmtlicher Großmächte gehöre, so ist dies ebenso verfrüht, wie die weitere Mittheilung, daß Graf Buol den französischen Gesandten abschlägig beschieden habe. Herr v. Bourqueney hat bis jetzt keine auf die holstein-lauenburgische Angelegenheit Bezug habenden Eröffnungen gemacht, und es ist sehr wahrscheinlich, daß solche auch in der Folge nicht zu erwarten stehen, da man in den hiesigen diplomatischen Kreisen bereits mit ziemlicher Bestimmtheit meldet, daß Frankreich es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für passend halte, in dem obschwebenden Konflikte die Vermittlung zwischen Dänemark und den deutschen Großmächten zu übernehmen. — Die Ankunft des sardinischen Obersten und Adjutanten des Königs, Ritter Cigala, in Venedig wird voraussichtlich zu verschiedenen Gerüchten Veranlassung geben, da es heißt, daß er von seinem Souverain mit einer besonderen Mission betraut worden sey. Letztere besteht aber, wie ich vernehme, bloß darin, daß der Oberst beauftragt wurde, den Kaiser Franz Joseph im Namen des Königs Emanuel auf italienischem Boden zu begrüßen, ein Höflichkeitsakt, der auch von allen übrigen italienischen Souveränen, deren Gebiet an den österreichischen Kaiserstaat gränzt, beobachtet wird.

Wien, 27. Nov. Es ist bereits früher erwähnt worden, daß seit längerer Zeit schon ein großartiger Kriminalprozeß im Zuge ist, bei welchem es sich um die Untersuchung von Unterschleifen handelt, bei denen das Aerar bei Gelegenheit der jährlich ausgeschriebenen Militärlieferungen bedeutende Summen eingebüßt haben soll. Wie es heißt, hat der Kaiser die strengste Untersuchung der Angelegenheit angeordnet. Zugleich wurde bei der neuerlichen Sicherstellung der Erfordernisse für die k. k. Armee auf ausdrücklichen Befehl Sr. Majestät Alles vermieden, was auf eine Bevorzugung großer Betriebskapitalien abzielen könnte, und so auch kleinern Unternehmern die Betheiligung an den Lieferungen offen bleiben. (Fr. Postz.)

Schweiz.

Aus Bern, 28. Novbr., wird der „Frankf. Postz." geschrieben: „An ein Nachgeben des Bundesraths in der Frage über Freilassung der Neuenburger Gefangenen darf nach den neuesten Berichten aus dem Erlacher Hof kaum mehr gedacht werden. Derselbe scheint in seiner Anschauungsweise durch die Mittheilungen des Generals Dufour aus Paris wesentlich bestärkt worden zu seyn, indem der Kaiser Napoleon durch ihn dem Bundesrath hat wissen lassen, daß er Preußens Ansicht theile und den Rath gebe, die Gefangenen auf freien Fuß zu stellen; wenn die Schweiz dies aber mit ihrer Würde unvereinbar halte, so möge sie die Sache auf eigene Gefahr mit Preußen ausmachen, während er dann unter allen Umständen ein mit der Schweiz sympathisirender Zuschauer der Ereignisse bleiben, nie sich aber zu Gewaltmaßregeln gegen dieselbe herbeilassen werde. Die öffentliche Meinung neigte sich in den letzten Tagen zum Nachgeben (?), bis ganz unerwartet der Bundespräsident Stämpfli in der „Berner Ztg." erklärte: „Vom schweizerischen Standpunkt aus dürfe von einer Freilassung der Gefangenen nicht die Rede seyn, wenn nicht Preußen zugleich ausspreche, welche Gegenleistung es in die Wagschale lege." Die Stimmung im Bundesrath soll dahin gehen, diesen Standpunkt, der ihm von den sämmtlichen Vertretern der Nation in der Bundesversammlung angewiesen worden sey, mit Energie und Konsequenz festzuhalten."

Großbritannien.

London, 27. Novbr. Gestern Vormittags fand auf dem Trafalgar-Square die Enthüllung des Standbildes des Generals Charles James Napier statt. Das Geld für das Denkmal ward durch Subskriptionen, die der Earl von Ellenborough vor zwei Jahren eröffnete und an denen sich alle Volksklassen betheiligten, herbeigeschafft.

Spanien.

† Madrid, 24. Novbr. „Lo Parlamento", das Organ des Finanzministers, läugnet, daß die Regierung der Königin Christine einige Summen vorgeschossen habe als Darangabe ihrer nicht bezahlten Einkünfte und als Entschädigung für die Beschlagnahme ihrer Güter. Die Sache ist nichts destoweniger wahr, doch weiß ich nicht zu sagen, wie groß diese Summe gewesen ist. Spanien haßt diese Frau in dem Maße, daß ihre Gegenwart in diesem Lande das mächtigste Element für eine Revolution wäre. Die Lebensmittelfrage erlangt täglich größere Verhältnisse, die Regierung thut Alles, was sie kann, indem sie große Quantitäten von Getraide und Mehl aufkaufen läßt und indem sie alles Getraide, das von den Nationalgütern kommt, nach Madrid bringen läßt. Der Preis des Brodes steigt täglich ebenso wie alle andern zum Lebensbedarfe erforderlichen Artikel. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß der Lebensunterhalt für alle Klassen der Gesellschaft seit 2—3 Jahren um das dreifache gestiegen ist. In Madrid balgt man sich vor den Thüren gewisser Bäcker, welche wohlfeiles Brod verkaufen; die Armen schlagen sich, um die theueren Wohlthaten der Regierung zu genießen. Ich denke mit Schrecken an das Loos der bedürftigen Klassen während dieses Winters, wenn das so fort bleibt. —

Italien.

Rom, 20. Nov. Vorgestern früh fand man den Padre Procuratore Generale des Barnabiten-Ordens in dessen Kloster bei der Kirche San Carlo ai Catenari geknebelt und halbtodt im Bette. Abends zuvor hatten ihn vier auf dem Orgelchor verborgene bewaffnete Kerle überfallen und ihm 2000 Scudi, die er auf der Bank des Monte di Pieta eingezogen, abgenommen. Sie verschwanden nach der That spurlos. Der Fall ist bemerkenswerth, denn das Kloster der Barnabiten liegt in einer der besuchtesten Stadtgegenden und ist auch die Wohnung des Kardinals Marini. (A. Z.)

Venedig, 24. Nov. Heute fand die feierliche Eröffnung der venetianischen Zentral-Congregation statt. Damit ist denn nach acht Jahren wieder ein Körper reaktivirt, auf welchen die venetianische Provinz ihre besten Hoffnungen baut. (Frankf. J.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Belgrad, 23. Novbr. Gestern wurde hier der politische Flüchtling Mai durch das k. k. österr. Generalkonsulat gefangen genommen und nach Semlin gebracht. Mai ist ein geborner Böhme, war Handlungsdiener, betheiligte sich an den Unruhen im Jahre 1848 in Prag, und es ruht auf ihm mehr als bloßer Verdacht, in jenen traurigen Tagen die Fürstin Windischgrätz, Gemahlin des F.-Z.-M. Fürsten Windischgrätz, erschossen zu haben; ein Umstand, der durch die damals gepflogenen Untersuchungen herausgestellt worden seyn soll. Er wurde flüchtig, begab sich nach England, wo er bis jetzt an einem kleinen Handelsgeschäft betheiligt lebte. Ueber Konstantinopel kommend, langte er, mit einem englischen Paß versehen, hier an, meldete sich auf dem k. k. Generalkonsulat, und bat, man möge ihm Amnestie und straffreie Rückkehr in sein Vaterland auswirken. Da gegen ihn so schwer gravirende Inzicien vorlagen, fand seine Arretirung statt, wobei bemerkt werden muß, daß diese Maßregel mit vollständiger Uebereinstimmung des hiesigen englischen Generalkonsuls vollzogen wurde. (A. Z.)

Die „Presse d'Orient" meldet, daß in Bessarabien eine Truppenbewegung stattfinde. Ein ziemlich beträchtliches Korps nähere sich dem schwarzen Meer. — Die österreichische Flottille hat einen Versuch zur Vertheidigung der Donau mit Kanonenbooten gemacht; derselbe ist günstig ausgefallen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 30. Novbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met 77; $4\frac{1}{2}$pCt.Met. $68\frac{7}{8}$; Wiener Bankaktien 1201; 5pCt. Lomb. 89; Wiener Wechsel l. S. ——; 3pCt. inl. span. $37\frac{1}{8}$; 1pCt. neue $23\frac{3}{16}$. Oesterr. Kreditaktien $211\frac{1}{2}$. Darmstädter Bankaktien 365. Bayerische Ostbahn 101. Luxemburger internationale Kreditbank 503.

Für Providentia wurde 105 vergeblich geboten.

Magdeburg, 21. Nov. Mit Rohzuckern etwas matter, die gewöhnlichen ersten Produkte dürften zu $12\frac{1}{2}$ Thlr. zu kaufen seyn, die hervorragenden besseren Sorten zu $12\frac{3}{4}$ a 13 Thlr. Für raffinirte Zuckern war in dieser Woche die Frage nicht viel weniger lebhaft als in voriger Woche und Preise ziemlich unverändert. Raffinade $18\frac{3}{4}$ a $19\frac{1}{3}$ Thlr. Melis in Broden $17\frac{7}{8}$ a $18\frac{1}{3}$ Thlr. excl. Faß, gemahlene Raffinade $18\frac{1}{2}$ a $18\frac{3}{4}$ Thlr., gemahlener Melis $17\frac{1}{2}$ a $18\frac{1}{4}$ Thlr. Rübensyrup $1\frac{2}{3}$ a $1\frac{3}{4}$ Thlr. per Ztr.

Breslau, 2[illegible]. Nov. Es fanden diese Woche mäßige Umsätze in Zucker unter fester Haltung des Marktes statt. Zu notiren ist ff. Raffinade 20 Thlr., 2te Sorte $19\frac{1}{2}$ a $19\frac{1}{3}$ Thlr., fein Melis 19 Thlr., Melis $18\frac{1}{2}$ a 18 Thlr., Farin weiß $17\frac{7}{8}$ a 17 Thlr., gelb $15\frac{1}{2}$ a $14\frac{1}{2}$ Thlr., braun 14 a 13 Thlr. nach den verschiedenen Qualitäten.

Breslau, 24. Nov. Getraide. Die Zufuhren am heutigen Markte waren ziemlich belangreich und war der Markt in Folge dessen sehr flau. Es war wohl von mehreren Seiten Kauflust merkbar, jedoch nur zu erniedrigten Preisen. Wir notiren: weißen Waizen 90, 93 a 96 Sgr., gelb 80, 85 a 92 Sgr. Roggen 51, 54 a 56 Sgr. Gerste 45, 47 a 49 Sgr. Hafer 27 a 29 Sgr. Erbsen 55 a 60 Sgr.

Oelsaaten in den bessern Gattungen gefragt. Preise ohne Aenderung. Wir notiren: Winterrapps 130, 134 a 138 Sgr. Sommerrapps 110, 114 a 120 Sgr.

Kleesaamen war heute reichlich angeboten. Für weiße und feinste Qualität herrschte einige Frage, während roth selbst zu etwas ermäßigten Preisen schwer zu placiren war. Wir notiren: weißer 17, $18\frac{1}{2}$, 19 a $20\frac{2}{3}$ Thlr., roth 16 a $17\frac{1}{3}$ Thlr., feinster $18\frac{2}{3}$ Thlr.

London, 24. November. Rohzucker fester. Kaffee gefragt. Thee behauptet. Ord. Reis etwas höher.

Salpeter fest, raffin. auf 48 sh. 6 d gestiegen.

Leinsaat fester.

Leinöl auf 39 sh. 3 d. gestiegen. Rüböl fest. Palmöl 46 sh. Petersb. Talg 58 sh.

Roheisen fest, gemischte Nummern frei an Bord in Glasgow 72 sh. 6 d. a 72 sh. Zink loko Hull $27\frac{3}{4}$ L. Spanisch Kupfer 112 L., engl. Kupfer ist 1 d. pr. Pfund gestiegen, Platten 1 sh. 1 d. per Pfd., Tile und Cake 117 L. per Ton.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 335. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 2. Dezember 1856

Stimmen der Presse über den Wiener Münzvertrag.

(Fortsetzung.)

Auch mit dem von der Münzkonferenz für die Silbermünzen angenommenen Mischungsverhältniß ist Hr. M. Chevalier nicht ganz zufrieden. Die Münzkonferenz, sagt er, habe einen Umstand übersehen oder wenigstens nicht in günstige Erwägung gezogen, welcher dem französischen Münzsystem einen großen Vortheil verleihe; nämlich den, daß man in Frankreich bei der Bestimmung des Gewichts der Münzen auf die Legirung Rücksicht genommen habe, und daß somit ein Franken auch in Wirklichkeit 5 Grammes wiege; man kann so jeden Augenblick die Gewichtseinheit, das Kilogramm, und die Unterabtheilungen aus Geldstücken zusammensetzen. Die deutsche Münzkonferenz dagegen hat die Legirung ganz außer Spiel gelassen, und das Gewicht der Münzen allein nach dem reinen Silbergehalte bestimmt, so daß es kein einfacher Bruchtheil des Pfundes ist. Hätte man die Legirung mitgerechnet und das tausendstel Pfund, wie es die Münzkonferenz gethan hat, zu Grunde gelegt, so wäre dies gerade 10 Centimes werth gewesen, während es jetzt einen Werth von 11,011 Centimen hat. Man hätte nur Vielfache des Tausendstel zu schlagen gebraucht, um die beiden Münzsysteme Frankreich's und Deutschland's so zu sagen identisch zu machen.

Um die Argumentation des Hrn. Chevalier verständlicher zu machen, fügen wir über diesen Gegenstand noch folgende Notizen aus dem mehrerwähnten Artikel des „Schwäb. Merkur" bei. Das neue deutsche Münzsystem nähert sich dem französischen überhaupt nicht mehr, als das bisher in Südwest-Deutschland geltende. Man darf sich durch die Annahme des Zollpfundes (= 500 Grammen franz.) zum gemeinsamen Münzgrundgewicht nicht täuschen lassen. Diese Uebereinstimmung fiele nur dann wesentlich in's Gewicht, wenn statt des Zollpfunds Feinsilber das Zollpfund Prägesilber zum Münzgrundgewicht erhoben wäre, was aber nicht der Fall ist. 100 französische Einfrankenstücke in Silber oder 20 Fünffrankenstücke enthalten nämlich gerade 500 Gramme oder ein Zollpfund Prägesilber (worin $\frac{9}{10}$ feines Silber und $\frac{1}{10}$ Legirung); denn 1 Fr. wiegt 5 Gramme, worin $4\frac{1}{2}$ fein Silber und $\frac{1}{2}$ Gramm Legirung. Wäre nun dem neuen Münzsystem ebenfalls das Zollpfund Prägesilber, für welches der Vertrag wirklich das französische Verhältniß $\frac{9}{10}$ zu $\frac{1}{10}$ oder was das gleiche Verhältniß 900 : 100 annimmt, zu Grunde gelegt, dann wären 100 Fr. oder 20 Fünffrankenstücke = 30 Thlr. = 45 fl. österr. = $52\frac{1}{2}$ fl. südd. oder 2 Fünffrankenstücke = 3 Thlr. = $4\frac{1}{2}$ fl. österr. und 1 Fünffrankenstück = $1\frac{1}{2}$ Thlr. = $2\frac{1}{4}$ oder $2\frac{25}{100}$ österr. = 2 fl. $37\frac{1}{2}$ kr. südd. Nun aber das Zollpfund Feinsilber den drei neuen Währungen zu Grunde gelegt wird, d. h. in beziehungsweise 30, 45, $52\frac{1}{2}$ Stücken ein Pfund Feinsilber enthalten seyn muß, dagegen bei dem angenommenen mit dem französischen Korn übereinstimmenden Feinwerth (von $\frac{9}{10}$ zu $\frac{1}{10}$) schon 27 Thaler oder $40\frac{1}{2}$ fl. österr. oder $47\frac{1}{4}$ fl. südd. ein Pfund oder 500 Gr. wiegen und demgemäß 100 französ. Silberfranken im Werth gleich sind, so ergibt sich das Verhältniß 20 Fünffrankenstücke = 27 Thlr. = $40\frac{1}{2}$ fl. österreich. = $47\frac{1}{4}$ fl. süddeutsch oder 1 5-Fr.-St. = 1 Thlr. $10\frac{1}{2}$ Sgr = 2 fl. und $2\frac{1}{2}$ Hundertstelsgulden (wahrscheinlich Kreuzer benannt) österr. = 2 fl. $21\frac{3}{4}$ kr. süddeutsch.

Es liegt auf platter Hand, daß diese Abweichung des deutschen von dem französischen Mischungsverhältniß u. A. auch durch die Rücksicht herbeigeführt wurde, welche von der Annahme des französischen Franken-Fußes abrieth; es sollen dadurch die deutschen Silbermünzen noch sicherer vor dem Schicksal der französischen bewahrt werden, welche die Spekulanten allerorten gegen Gold aufkaufen und dem Verkehr entziehen. Im Kleinverkehr wird allerdings das oben berührte, unbequeme Verhältniß der deutschen zu den französischen Münzen die Berührung mit dem französischen Münzsystem erschweren; der Großverkehr jedoch wird sich wohl ziemlich leicht auch mit dem auf Brüche ausgehenden Gleichungsverhältniß zurechtfinden.

(Schluß folgt.)

Deutscher Bund.

Bayern. München, 29. Nov. Se. Maj. der König haben den Hofmaler des Großherzogs von Baden, Feodor Dietz, den Maler Jakob Kirner dahier, den Maler E. Meierheim in Berlin, den Maler Gustav Richter in Berlin, den Maler E. Schleich dahier und den Privatgelehrten Dr. Ernst Förster dahier zu Ehrenmitgliedern der königlichen Akademie der bildenden Künste ernannt. (N. M. Z.)

Vom Hrn. Reichsrath Grafen Reigersberg sind zu den Motiven des Strafgesetzbuch-Entwurfs vorläufige Bemerkungen erschienen, die 38 Foliobogen umfassen und somit neuerdings einen Beweis von der großen Thätigkeit dieses hochbejahrten Mitgliedes der ersten Kammer geben.

Aus zuverlässiger Quelle wird dem „Nürnb. Korresp." mitgetheilt, daß seine neuliche Angabe, als habe das Kollegium der Bayreuther Gemeindebevollmächtigten eine Eingabe an das Kultusministerium in Betreff der Oberkonsistorialerlasse zu richten beschlossen, unbegründet sey.

Preußen. Ueber die Thronrede, womit der König den Landtag eröffnete, tragen wir noch Folgendes nach. Im Eingang derselben rühmte er den befriedigenden Zustand des Landes, die Fortschritte in allen Zweigen der Erwerbsthätigkeit; durch Erweiterung der Verkehrsanstalten werde sie die Regierung noch mehr zu fördern suchen. Sodann wurden in Aussicht gestellt einige Gesetzentwürfe zur Feststellung provinzialrechtlicher Verhältnisse und außerdem ein Gesetzentwurf, welcher die für dringend erkannte Verbesserung des im allgemeinen Landrecht enthaltenen Ehescheidungsrechts herbeizuführen bestimmt sey. Der Staatshaushaltsetat werde das Wachsthum der Hülfsquellen nachweisen, doch dürften mehrere, bisher zurückgestellte dringende Bedürfnisse nicht länger unberücksichtigt bleiben. Eine Vermehrung der Staatseinnahmen sey unerläßlich. Ueber die Verwendung des noch verbleibenden Bestandes der Anleihe von 30 Mill. Thaler wurde eine Vorlage verheißen. Ein Theil davon sey zur Deckung der Mehrkosten bestimmt, die durch die Aufrechthaltung der gesetzlich angeordneten dreijährigen Dienstzeit der Linie, welche wichtige Rücksichten gebieten, verursacht werden. Was die auswärtigen Verhältnisse betrifft, sprach der König die Hoffnung aus, daß die Segnungen des Friedens unserem Welttheile, und namentlich unserem Vaterlande, auch fernerhin bewahrt bleiben werden. Als Mitunterzeichner der europäischen Verträge werde er an der allseitigen Erfüllung der in denselben feierlich ausgesprochenen Verpflichtungen und völkerrechtlichen Grundsätze festhalten. Den Schluß der Rede bildete die gestern schon mitgetheilte Stelle über die Neuenburger Angelegenheit. Der König trug bei dieser Feierlichkeit die Uniform des ersten Garderegiments mit dem Bande des schwarzen Adlerordens und den Helm auf dem Haupte.

Kurhessen. Kassel, 28. Nov. Die im Verlag von Ernst Keil in Leipzig herauskommende Zeitschrift „Der illustrirte Dorfbarbier" von Ferdinand Stolle ist durch Beschluß des Ministerium des Innern im Umfang des Kurfürstenthums verboten und derselben der Postdebit entzogen worden. (Fr. Pstz.)

Kassel, 28. Nov. Heute beschäftigte die erste Kammer, bei der nachträglichen Berathung eines zum §. 50 der Verfassungsurkunde gestellten Amendements, hauptsächlich die Frage über Zulassung des jüdischen Bekenntnisses zur Landesvertretung, die in mehrstündiger Erörterung nach allen Seiten aufs gründlichste behandelt wurde. Das Resultat war die Annahme des obigen Amendements, wonach die passive Wahlfähigkeit zu den Landständen vom christlichen Glaubensbekenntniß abhängig seyn soll. (Fr. Journ.)

Luxemburg. Luxemburg, 26. Novbr. Die Mitglieder der Opposition der geschlossenen Abgeordnetenkammer haben dem Statthalter, Prinzen Heinrich der Niederlande, einen Protest überreicht, worin sie die in der ministeriellen Denkschrift enthaltenen Deutungen ihrer Thätigkeit in der Kammersitzung zu widerlegen suchen. Dieser Protest schließt mit den Worten: „Als sie die Adresse votirte, wollte die Kammer ein System verdammen, das den Zweck hat, unsere konstitutionellen Freiheiten zu vernichten, und die verantwortlichen Agenten tadeln, die sich zu Vertheidigern dieses Systems aufgeworfen haben. Bei der Ausführung unseres Mandats und durch die von uns vorgenommenen Handlungen haben wir die Traktate und die Rechte und Vorrechte des erlauchten Hauses Oranien, die wir mit freien Institutionen vollkommen vereinbar halten, nicht verkannt. Wir versichern, daß wir während des Verlaufs der stattgehabten Debatte keinen andern Beweggrund gehabt haben, als unsere eigene Ueberzeugung und unsere Hingebung an die wohlverstandenen Interessen der Krone und des Landes. Wir verbleiben u. s. w." (Folgen die Unterschriften.)

§ **Oesterreich.** Wien, 29. Novbr. (Privat-Korresp.) Feldzeugmeister Frhr. v. Heß ist an das allerh. Hoflager berufen worden und wird sich anfangs des nächsten Monats dahin begeben. Der Kaiser wünscht, daß der General bei der Inspektion aller unter seinem Kommando stehenden Truppen-Gattungen gegenwärtig ist. — Bezüglich der für Ungarn projektirten höheren Handelslehranstalt erfährt man, daß der Entwurf, welcher der Statthalterei zu Ofen unterbreitet worden war, nun von dieser in günstiger Weise befürwortet, an das Unterrichtsministerium abgegangen ist. Es kann somit der definitiven Entscheidung bald entgegengesehen und die Eröffnung der Anstalt spätestens für Oktober 1857 erwartet werden. Gleichzeitig ist erfreulich, daß die städtische Behörde in richtiger Würdigung der Vortheile, die von einem solchen Institute den Interessen der Stadt selbst erwachsen, geneigt ist, in ihrem Schulgebäude auch die Räumlichkeiten für diese Anstalt unentgeltlich herzugeben. — Das Werk der Theißregulirung schreitet in höchst erfreulicher Weise fort. Von Seite der verschiedenen Gesellschaften sind entsprechende Verfügungen getroffen worden, damit die in so rührigem Gange begriffenen Arbeiten durch Geldmangel keine Unterbrechung erleiden.

Dänemark.

Aus dem Herzogthum Schleswig, 23. Novbr. Die in jüngster Zeit mehrfach vorgekommenen Entlassungen von höheren und niederen Beamten haben um desto größeres Aufsehen erregt, da sie sehr loyale Männer betroffen haben. Der Oberdirektor der Stadt Schleswig und Oberbeamter der Aemter Gottorff und Hütten, Gl. Davids, empfing das Entlassungsschreiben mit der einfachen Motivirung „aus höheren Staatsrücksichten". Er hat die Achtung und das Vertrauen des Publikum durch Rechtlichkeit und Humanität erworben. Er schützte auch die deutsche Nationalität in den ihm untergebenen Landdistrikten, wo der Sprachzwang stattfindet, so viel als möglich gegen die Uebergriffe der dänischen Geistlichen und suchte die gesetzlichen Schranken zu bewahren. Dieses legale Verhalten mag zu den höheren Staatsrücksichten des Ministers Wolfhagen nicht passen. Derselbe hatte schon bei Uebernahme des Portefeuille gegen Beamte geäußert, er werde nicht nur das Sprachreskript durchführen, sondern auch die dänische Sprache noch weiter nach Süden zu bringen bemüht seyn. Wirklich empfangen auch schon die Beamten im südlichen Schleswig, wo die Geschäftssprache gesetzlich die deutsche ist, oft dänische Schreiben. Der Nachfolger des Hrn. Davids, Kammerherr v. Holstein, ein geborener Holsteiner, wird als ein brauchbarer Anhänger der eiderdänisch-skandinavischen Richtung betrachtet; es ist derselbe, der im Reichsrath den Herzogthümern alle Rechte absprach. Gleich entschieden verfährt der Minister im geistlichen Stande und läßt den Landesherrn Prediger ernennen, wo bisher die Gemeinden verfassungsmäßig das Wahlrecht hatten. (Schw. M.)

Großbritannien.

London, 26. Novbr. Es ist hier vor Kurzem aus der Feder des Generals Kmety (Ismail Pascha) eine Schilderung der am 29. September 1855 zur Vertheidigung von Kars geschlagenen Schlacht erschienen. Die Schrift hat nach Angabe des Verfassers den Zweck, „den Diensten derer, welche an dem harten Kampf Theil nahmen, die Anerkennung zu verschaffen, auf welche sie in dem Urtheile der Geschichte Anspruch haben." Bekanntlich hat General Williams in seinen zahlreichen öffentlich gehaltenen Kars-Reden des Generals Kmety mit *keinem Worte* Erwähnung gethan, und doch unterliegt es kaum einem Zweifel, daß diesem ein nicht geringer Theil an dem Ruhme der glorreichen Vertheidigung jenes Platzes gebührt. Der „Globe" hebt bei seiner Besprechung dieser Schrift namentlich die Gerechtigkeitsliebe des Verfassers in der Beurtheilung seiner britischen und türkischen Waffenbrüder hervor, während er das Benehmen von Sir F. Williams gegen Kmety nicht tief genug bedauern kann.

Frankreich.

Paris, 26 Nov. Die englischen Blätter sind *es nicht* mehr allein, welche die französische Regierung angreifen und ihren baldigen Sturz befürchten. Die spanische Presse hat ebenfalls damit begonnen. Den Anfang hat „El Estado", ein Organ des Marschalls Narvaez, gemacht. Dieses Journal tritt äußerst heftig auf. „Wenn — so sagt dasselbe in seiner Rundschau vom 15. d. M. — gegenwärtig nichts von Bedeutung in

---

* Handbuch der gesammten Finanzverwaltung im Königreich Bayern einschließlich der Pfalz, von

Karl v. Slokar,

kgl. Finanz-Rechnungs-Kommissär.

(Bamberg, 1857. Verlag der Buchner'schen Buchhandlung.)

Von diesem größern Werke, dessen Verfasser in Würzburg ist, wurden bereits zwei Lieferungen ausgegeben. Wurde dessen Erscheinen bereits von dem Fachmann freudig begrüßt und dürfte dasselbe einem längst gefühlten Bedürfnisse abzuhelfen vollkommen geeignet erscheinen, so glauben auch wir von diesem Handbuche Notiz nehmen und unsern Leserkreis mit dem wesentlichsten Inhalte desselben um deßwillen bekannt machen zu sollen, weil wir fest überzeugt sind, dasselbe verdiene auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden und nach und nach die erwünschte Verbreitung zu finden. Hierbei glauben wir nur kurz andeuten zu dürfen, daß Mancher unserer Staatsbürger berufen erscheint, sich vermöge der ihm gewordenen politischen Stellung mit den geltenden Verwaltungsgrundsätzen der Staatsregierung vertraut zu machen, will er anders als Landtagsabgeordneter, Landraths- oder Magistratsraths-Mitglied, Gemeindebevollmächtigter, Mitglied des Handels- und Gewerberathes ꝛc. mit rechter Einsicht und Erkenntniß die staatlichen Verhältnisse würdigen und oft die wichtigsten Interessen des Volkes berathen und beschließen helfen. Wir glauben aber auch nicht erst beweisen zu müssen, daß überhaupt jeder gebildete Staatsbürger es sich angelegen lassen seyn sollte, zum richtigen Verständnisse in Beurtheilung der öffentlichen Verhältnisse und allgemeinen Interessen sich mit den geltenden Verwaltungsmaximen und den bestehenden Gesetzen und Verordnungen über deren Durchführung möglichst vertraut zu machen und hiernach die enge Berufssphäre zu überschreiten.

Von diesem Gesichtspunkte aus glauben wir auf das von Slokar'sche Handbuch aufmerksam machen zu müssen. In demselben wird nämlich die gesammte bayerische Finanzverwaltung in einem klaren übersichtlichen Bilde dargestellt und erscheint hierdurch eine leichte Orientirung in diesem weiten Gebiete für jeden Laien nunmehr ermöglicht. Denn derselbe findet hierin nicht nur die staatsrechtlichen, durch die Verfassung und die nachgefolgten Gesetze aufgestellten Bestimmungen über den bayerischen Staatshaushalt überhaupt zusammengesetzt und erläutert, sondern namentlich die einzelnen Materien über die administrative und rechnerische Behandlung des Staatsgutes im Allgemeinen, über die Finanzbehörde und Organe, über die Art und Weise der Erhebung, Konservirung und Verwendung der gesammten Staatseinnahmen systematisch dargestellt. Besonders erwähnenswerth erscheint hierbei die faßliche Vorführung des gesammten Rechnungsprozesses und des geltenden Perzeptionsverfahrens, die gedrängter Darstellung der in Bayern in Anwendung gebrachten und gegenwärtig gültigen Steuersysteme, ferner die sachgemäßen Erläuterungen über die Regulirung der gesammten direkten Steuern, sowie über die Anwendung der bezüglich der indirekten Steuern (Taxen, Stempel, Aufschlag ꝛc.) bestehenden Gesetze und diesen gleichstehenden ältern Verordnungen sammt Vollzugsinstruktionen. Zudem steht eine interessante Abhandlung über das gesammte Staatsdomänenwesen (Forsten, Jagden, Staatsgüter und frühere Dominikalien), endlich über die Art und Weise der Verwendung der Staatsgefälle nach den gegenwärtigen Normativen zu erwarten. — Dieses nur eine ganz summarische Uebersicht des Hauptinhaltes des oben genannten Werkes, woraus übrigens zur Genüge dessen von uns im Eingange angedeuteten Vorzüge hervorgehen dürften und wornach wir auch berechtigt seyn werden, die Hoffnung auszusprechen, es möchte vorgedachtes Handbuch noch in weiteren Kreisen die verdiente Anerkennung und Verbreitung finden.

Madrid passirt, so kündigt man aber an, daß binnen Kurzem ein großes Ereigniß in Frankreich stattfinden werde. Die Nachrichten aus dem französischen Kaiserstaate sind nicht sehr befriedigend. Die Bourgeoisie fängt an, des ein wenig an den Sozialismus streifenden Regime's Sr. kaiserl. Majestät müde zu werden, das darin bestebt, zu Gunsten der Arbeiterklassen die Steuerpflichtigen mit Lasten zu überhäufen. Die öffentlichen Arbeiten, die in einem großartigen Maßstabe unternommen worden sind, werden dem Kaiser reichen Glanz verleihen und dem Volke schmeicheln; die Bourgoisie aber, die mehr ihre Bequemlichkeit liebt, als den künstlerischen Ruhm, macht dem bis heute so glücklichen Kaiser schon kein freundliches Gesicht mehr." Das Blatt braucht noch stärkere Ausdrücke, und die spanische Presse wird wohl bald ebenfalls mit dem Bannfluche belegt werden, den der „Constitutionnel" gegen die englische und die österreichische geschleudert hat.

Paris, 28. November. Es ist eine ansehnliche Zahl von Präfekten in der letzten Woche theils versetzt, theils durch neue Männer ersetzt worden. In den Regierungskreisen gibt man als Grund dieser Maßregel an, daß gewisse Präfekten noch zu sehr in altbergebrachter Weise das Publikum in respektvoller Entfernung von sich zu halten suchten, wäbeend die jetzige kaiserliche, aus der Volkswahl hervorgegangene Regierung von ihren Beamten wünsche und verlange, daß sie sich direkt um die Angelegenbeiten ibrer Untergebenen kümmern, und die Regierung nicht bloß im Amtszimmer vertreten. In diesem Sinne werden wahrscheinlich auch die offiziösen Blätter und Korrespondenzen diese Maßregel zu deuten suchen. Im Grunde ist das auch eine richtige Auslegung, die Regierung braucht eifrigere Präfekten, und zwar solche, die ibre Departements nicht bloß verwalten, sondern auch auf sie unmittelbar influiren. (A. Z.)

Spanien.

Die Nachrichten aus Madrid sind sehr bedenklich, und die Dinge nehmen ganz die Wendung, die man von ihnen vorhergesagt hat. Narvaez ist endlich aus seiner Täuschung erwacht. Er widersetzt sich der Rückberufung der carlistischen Infanten, und in Folge dessen ist zwischen dem Ministerpräsidenten und der Königin einige Spannung eingetreten. Narvaez hat sich seit einigen Tagen krank gemeldet, um nicht nach dem Palaste geben zu müssen, und empfängt die Minister bei sich.

Madrid, 24. Nov. Nach außen hin sucht sich das Kabinet durch die bekannten Vorsichtsmaßregeln, durch Polizei und Militär sicher zu stellen. Gegen die Uebel in seinem Innern weiß es kein Mittel. Man hat gestern Leute ohne Ansehen in einem Kaffeehause festgenommen, die gegen das jetzige Regime gesprochen. Das Spionirsystem ist allerdings in Madrid in Aufnahme gebracht, die Polizeiagenten sind mit Gewehren und Bayonnetten bewaffnet, im Militär selbst werden Lauscher und Wächter unterhalten. Was hilft das aber? Der Zündstoff ist so verbreitet, daß die Schilderhebung eines einzigen Regimentes das ganze Land in Flammen setzen kann. Und wie leicht ein General und mit diesem ein Regiment sich zu einem Schritt bereit finden läßt, lebrt die Erfahrung. Ueber das Schicksal des Generals Prim hat sich nichts entschieden. Er hat sich an die Königin in einer Bittschrift gewandt, um seine Unschuld darzuthun und sich einer unverdienten Härte des Ministerium zu entziehen. Allein die Angelegenheit ist noch in der Schwebe. (K. Z.)

Die Journale von Malaga widersprechen der Angabe, daß der dortige Aufstand nur eine großartige Schmuggelaffaire gewesen sey; sie theilen mit, daß nach den Ergebnissen der Untersuchung die Bewegung durch eine förmliche republikanische Verschwörung hervorgerufen war. Das Kriegsgericht von Malaga hatte mehrere der Aufständischen zum Tode verurtheilt. Indeß war noch keines der Todesurtheile vollzogen worden (die neuliche Meldung war verfrüht). Die vom Kriegsgericht ausgesprochenen Todesurtheile wurden vorschriftsmäßig dem Generalkapitän zur Bestätigung vorgelegt; dieser wollte aber die Verantwortlichkeit einer Entscheidung nicht auf sich nehmen und sandte alle Prozeßakten zum großen Mißvergnügen des Ministerium an das oberste Kriegsgericht ein, das, wie verlautet, nach sechsstündiger Berathung statt der Hinrichtung eine unbedeutende Gefängnißstrafe verhängte. Dem Generalkapitän soll die Absetzung bevorstehen. — Zu Sevilla gab es dieser Tage eine Meuterei; die Gruppen riefen der Republik Vivats, zerstreuten sich aber bei dem Anrücken der bewaffneten Macht. — Die Jesuiten haben am 14. d. ihr prächtiges Kloster von Loyola bezogen und am nämlichen Tage feierlich mehrere Novizen aufgenommen.

Italien.

Venedig, 25. Nov. Heute kamen Ihre k. k. apostolische Majestäten in Venedig an. Schon vom frühesten Morgen an war ein äußerst reges Leben und Treiben in allen Theilen der Stadt. Alles schmückte sich festlich. Der Kanal di Giudecco wimmelte von festlich geschmückten Schiffen, die in schönster Ordnung postirt waren, um mit Einem Blick die ganze Mannigfaltigkeit überblicken zu lassen. Um 2 Uhr ertönten 3 Kanonenschüsse, welche die nahe Ankunft JJ. Majestäten meldeten. Nun bewegte sich der Zug von Gondeln in der Richtung längs Riva dei Schiavoni entlang bis zu den Giardini publici. Zu Hunderten und Tausenden sah man die festlich geschmückten Gondeln die blauen Fluthen der spiegelreinen See durcheilen, und feenhaft war der Eindruck, welchen die bunte Pracht der Fahrzeuge und die eigenthümlichen Kostüme der Gondoliere bei allen Zuschauern hervorbrachte. Chinesische, griechische, amerikanische, mittelalterliche Kostüme in verschiedenen Abstufungen konnte man erblicken bei den Ruderern der festlichen Fahrzeuge, welche in Seide und Sammt, Gold und kostbaren Draperien prangten. Vor Allen aber strahlte hervor die Kaiserbarke, welche, von vier Ruderbarken gezogen, in majestätischer Ruhe dahinglitt; über dem großartigen Purpurzelt prangte die Kaiserkrone, und vor dieser die triumphirende Austria. Um 3 Uhr erdröhnten die Kanonen und gaben ihre Salven; denn jetzt wurde das kaiserl. Dampfschiff sichtbar; zuerst 21 Kanonenschüsse auf dem Fort von Malamocco, dann 21 auf Lido, sodann auf den Kriegsschiffen, welche im festlichen Schmuck im Hafen lagen, bis zuletzt Salven vom Fort San Giorgio maggiore ankündigten, daß JJ. k. k. Majestäten von dem Dampfschiff auf die Galeagiante sich begeben, um im feierlichen Zuge, begleitet von allen Konsuln und der Munizipalität, sich an die Piazzetta zu begeben. Unter dem Geläute aller Glocken der ganzen Stadt, unter dem Donner der Kanonen und den Evivarufen des Volkes fuhren JJ. Majestäten die ganze Riva entlang, und landeten an der Piazzetta, wo Allerhöchstdieselben von dem greisen Feldmarschall S. Exz. Grafen Radetzky und dem Statthalter Graf von Bissingen empfangen wurden. Nachdem Se. kk. Majestät, seine durchlauchtigste Gemahlin an der Hand führend, an das Land gestiegen waren, drückten dieselben dem greisen Marschall mit sichtbarer Rührung die Hand, sodann den übrigen Generälen und Würdenträgern, und begaben sich sogleich in die Patriarchal-Basilika von San Marco, wo das Domkapitel sowie alle Beamten der Ankunft ihres Kaisers harrten. Radetzky, von zwei Generälen geführt, kehrte sogleich in die Residenz zurück. Nach verrichtetem Gebet durchschritten JJ. Majestäten den Markusplatz, wo die Truppen aufgestellt waren und begaben sich sodann in die Burg. Abends herrliche Beleuchtung des Markusplatzes, sowie der Riva de' Schiavoni und der im Hafen liegenden Schiffe. (A. Postz.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 24. bis 29. Novbr.)

Samstag. Die abgelaufene Woche war gewissermaßen das Gegenstück der vorangegangenen. Während hier eine rasche Aufwärtsbewegung den Anfang, eine fühlbare Ermattung den Schluß der Woche bezeichnete, waren diesmal die ersten Tage fast stationär, die letzten dagegen sehr animirt. In dem Zeitraum von Sonntag bis Mittwoch hatte einestheils der Ultimo hemmend eingewirkt, anderseits konnte man zu dem neuerlichen Steigen in Paris, durch häufige Täuschungen gewitzigt, kein rechtes Vertrauen gewinnen. Als aber die Besserung in Paris (und London) sich als nachhaltig erwies, ja täglich fortschritt, und zugleich der Ultimo abgethan war, griff die günstige Stimmung wieder entschieden durch. Der Ultimo ist günstig abgelaufen. Es zeigte sich sogar für mehrere Effektengattungen Deckungsbedarf und man konnte per Ende Dezember auf Lieferung fast ebenso, wie per Kassa kaufen. Die herannahende Coupons-Ablösung hat besonders auf die Hauptanlagepapiere der Kapitalisten, auf National und Metalliques, günstig gewirkt. Erstere kommen nicht mehr so massenhaft aus der Urquelle und konnten sich daher leicht auf 79 festhalten. Oesterr. Bankaktien sind zwar gestiegen, aber ohne besonderes Leben; für die alten fehlten Kaufordres und auf die jungen drückte die Einzahlung. Die Dividende wird den Maßstab dessen geben, was man pro 1857 (wo statt 100,000 Aktien davon 150,000 sich in die Ertrags-Dividende theilen) zu erwarten habe. Die großen Baarsummen, welche bis zur Aufnahme der Baarzahlungen (wozu nach dem jetzigen Valutenstand noch wenig Aussicht ist) todt liegen, vermindern natürlich das Erträgniß. Spanische Fonds haben sich gehoben; die Zustände des Landes flößen jedoch noch immer kein Vertrauen ein. Wenn von Kreditaktien die Rede ist, müssen wie gewöhnlich die österreichischen den Reigen eröffnen. Die Ansichten über dieses Papier schwanken fast ebenso hin und her, wie ihr Kurs. Bei 250 sah man den Himmel voller Geigen; bei 160—170 fing man beinahe an, an dem

Werth der Sache zu verzweifeln. Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Allerdings fehlt für die Beurtheilung des Papiers bis jetzt jeder Maßstab, und der Kurs hängt lediglich von Börsenoperationen ab, die an unsichtbaren Fäden geleitet werden. Indessen rückt doch der Zeitpunkt näher, wo über die Erträgnisse der Anstalt und die zu erwartende Dividende wenigstens annähernder Aufschluß zu erwarten ist. Darmstädter Aktien wollten nicht recht mit vorwärts, obgleich die nunmehr gemeinsame Direktion mit der Zettelbank und die bevorstehende Emission der Noten dem Institut neue Kraft und Einheit verleihen sollte. Luxemburger sind wieder über Pari gegangen in Folge der wenigen, aber soliden Geschäfte der Gesellschaft und der günstigen Aussichten, welche die Gründer für die Zukunft zu haben scheinen. Die so sehr gefallenen spanischen Kreditpapiere haben sich etwas gebessert. Wir haben schon bemerkt, daß bei ungeregeltem Finanzzustande die dortigen Kreditgesellschaften Gelegenheit zu vortheilhaften Geschäften mit der Regierung finden, die früher das Monopol einzelner Bankhäuser waren. Von Meininger, Weimarischen 2c. ist keine besondere Variation zu melden. In Hannöver'schen war Ultimo Mangel an Stücken. Es ist kaum zu begreifen, wie die Kontremine sich dieses solide und zukunftreiche Papier auswählen konnte; sie wird es schwer büßen müssen. Von den neuen österr. Eisenbahn-Aktien sind Westbahn hier von Anfang an gerne gesehen und es finden sich dafür an jeder Börse solide Käufer. Diese Bahn, direkt an unsere süddeutschen Linien sich anschließend, spricht das Publikum an. Auch für bayerische Ostbahn tritt ein besserer Geist hervor. Unläugbar hat eine Anlage hierin alle Vortheile der soliden 4½proz. Garantie mit der Anwartschaft auf eine ganz bedeutende Zukunft. Bexbacher in sehr fester Haltung, auch Weißenburger etwas beliebter. Rhein-Nahe-Bahn sind einige Prozente höher gegangen und war der Handel darin besser als bisher. Von Loosen haben besonders die österr. 1854er ein ansehnliches Steigen erfahren; es fanden theilweise gezwungene Deckungen statt. Das Loos verzinst sich mehr und mehr und dürfte dasselbe später eine große Rolle spielen. Der Kapitalist gibt die Nummern nicht gern heraus, zumal wenn er neben der Lotterie noch Zinsen hat. Im Vergleich zu der ganz unverhältnißmäßigen Kurshöhe der preußischen Prämiensche ne sind die österreichischen Loose der Beachtung und Bevorzugung werth. In der Spekulation darin Vernunft und Berechnung. Die Nassauer und Darmstädter 25 fl. Loose, welche sehr fehlen, dürften bei der herannahenden Ziehung noch höher im Preise gehen. Was wir von industriellen Aktien täglich gemeldet, findet seine Bethätigung in den Resultaten der letzten General-Versammlung sowohl der badischen Maschinenfabrik, als der beiden Zuckerfabriken, welche sämmtlich glänzende Dividenden ergeben und nicht minder günstige Ergebnisse auch für die Zukunft in Aussicht stellen. Providentia-Aktien sehr fest. Die Gesellschaft hat in der Wahl ihres Generaldirektors, der zugleich sein großes Lebensversicherungs-Geschäft ihr abgetreten hat, einen äußerst glücklichen Wurf gethan. Devisen sind gestiegen; namentlich in Wiener Wechseln fand außergewöhnlich starker Verkehr statt. Die Thaler haben zwar noch nicht auf dem Kursblatt, wohl aber im Handel den Parikurs erreicht, und dürften ihn bald übersteigen. Geld ist willig. Die von unserer Bank ergriffene Initiative der Diskonto-Herabsetzung hat in Paris und London Sensation erregt und auf die Börsen gewirkt. — Nachschrift. An der heutigen Börse waren in Folge schlechter Abendnotirungen von Paris, wo wegen der Prämienkündigung ein großer Kampf besteht, die Kurse rückgängig; doch fand namentlich in österr. Kreditaktien, National- und Staatsbahn-Aktien ziemlich viel Umsatz statt. (Aktionär.)

Frankfurt, 30. November. Die Börse eröffnete für sämmtliche Fonds in sehr günstiger Stimmung und zeigte sich besonders für National, österr. Credit- und Staatsbahn-Aktien zu steigenden Coursen große Nachfrage. Eine besondere Preiserhöhung erfuhr die Bank für Süddeutschland wegen der bevorstehenden Emission der Banknoten.

Providentia wurde zu 105⅛ ¼ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 79 1/2 P. 79 1/4 G. 3pCt Lombard-Ven. 89 3/8 P. 89 1/8 G. Metall. alte à 5pCt. 77 3/4 P. 77 1/2 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 1/4 P. 86 3/4 G.; à 4 1/2 pCt. 68 3/8 P. 68 1/8 G.; à 4pCt. 50 3/4 P. 50 1/4 G.; à 3pCt. 47 P. 46 1/2 G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 1/8 P. 56 1/2 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 84 1/2 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 95 P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/8 P. 95 5/8 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/2 P. 101 G.; 5pCt. 10 5/8 P. 100 7/8 G.

Württemberg. 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/8 P. 102 3/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 1/4 P. 98 3/4 G.; 4 1/2 pC. 102 1/8 P. 101 5/8 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 P. 89 1/2 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 1/4 P. 80 3/4 G.; à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 3/8 P 37 1/8 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 7/16 P. 23 5/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1205 P. 1200 G. Neue Bankaktien 322 P. 318 G. Credit-Actien à 5pCt. 216 P. 214 G. Darmstädter Bankaktien alte 366 P. 364 G.; junge 329 P. 327 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 508 P. 503 G. Mitteldeutsche Creditbank 98 5/8 P. 98 3/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 104 P. 103 1/2 G. Frankf. Bankaktien 112 3/4 P. 112 1/4 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 518 P. 512 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 571 P. 566 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 300 P. 298 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 143 1/4 P. 142 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 104 P. 103 1/2 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/8 P. 100 7/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 352 P. 350 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 79 1/4 P. 78 3/4 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 5pCt. 78 3/4 P. 78 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 1/2 P. — G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118 1/2 P. 118 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 104 3/4 P. 104 1/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 117 P. —— G. Badische fl. 35 Loose von 1845 — P. — G. Darmst. Loose à fl. 50 118 1/4 P. 117 3/4 G. à fl. 25 35 P. 34 3/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. — P. — G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/8 P. 33 7/8 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. —— P. —— G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S 101 1/4 P. 101 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118 1/8 P. 117 7/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. —— P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99 5/8 P — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. —— P. 104 7/8 G.	Paris Frs. 200 k. S 93 1/2 P. 93 1/4 G.
Coln Thlr. 60 k. S. —— P. 104 7/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 3/4 P. 96 1/2 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 113 P. 112 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88 3/4 G.	Wien 3 M. mit 5% 112 1/2 P. 112 1/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Disconto — P. 5pCt. G

Amsterdam, 26. Novbr. Waizen unverändert, 135pfd. neu Oberländ. 370 fl., 128pfd neu Geldern 370 fl., 116pfd. neu Fries. 285 fl.

Archangel Roggen in Kleinigkeiten etwas höher, andere Sorten unverändert, 118pfd. Archangel 232 fl., 119pfd. do. 235, 236 fl., 118pfd. Petersb. 225 fl., 118pfd. jähr. Inl. 225 fl.

Gerste flau. Hafer ohne Umsatz. Buchwaizen preishaltend.

Rappsaat pr. Herbst 1 L. höher, per Frühjahr ½ L. niedriger, Nov. 88, April 86 L.

Leinsaat ohne Umsatz.

Rüböl angenehm, kompt 54¼ pr. Dezbr. 54 fl., Mai 48¼ a ½ fl. Leinöl flau, kompt. 44½ a ¾ fl., Dezbr. 44¼ a 44 fl. Hanföl kompt. 48 fl.

Neueste Nachrichten.

** München, 30. November. (Privat-Korrespondenz.) Se. k. H. Prinz Karl von Bayern ist, wie man aus Tegernsee vernimmt, vor einigen Tagen abermals erkrankt, befindet sich aber nach den heute hier angelangten Nachrichten erfreulicher Weise wieder auf dem Wege der Besserung. — Für die Dauer der Verhinderung des königl. Ministerpräsidenten Freiherrn v. d. Pfordten ist der kgl. Staatsminister des Innern mit der Leitung des Ministerium des Aeußern und der k. Staatsminister des Kultus mit der Leitung des Handelsministerium beauftragt. Heute erschien über das Befinden des k. Ministerpräsidenten folgendes Bulletin: „Es ist kein Fieber eingetreten, auch keine Entzündung der Geschwulst des Arms, sonach scheint die Heilung ihren regelmäßigen Fortgang zu nehmen. Dr. Becker. Professor Rothmund."

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 336. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 3. Dezember 1856.

Stimmen der Presse über den Wiener Münzvertrag.

(Schluß.)

Das Verhältniß der neuen Silber-Münzen zu den bisherigen wird von der „Austria" folgendermaßen erläutert: Bisher war das Grundgewicht für das süddeutsche und norddeutsche Gebiet die Kölnische Mark feinen Silbers, gleich einem halben württembergischen Pfund oder gleich $233\frac{855}{1000}$ französische Grammen. Eine Kölnische Mark mußte das feine Silber wiegen, welches zu gleichen Theilen in 24½ Gulden des süddeutschen Münzgebiets (Gebiet des Vierundzwanzigeinhalbguldenfußes) oder in 14 Thalern des norddeutschen Münzgebiets (Gebiet des 14-Thalerfußes) enthalten war. In Oesterreich betrug der Silbergehalt von zwanzig Gulden Konv.-Münze eine Kölnische Mark (Zwanzigguldenfuß). Statt der Köln. Mark fein würde nun ein Zollpfund Feinsilber zum gemeinsamen (dezimal-, beziehungsweise tausendbrüchig getheilten) Münzgrundgewicht in den vertragenden Staaten erhoben und sollen daraus in dem norddeutschen Münzgebiet 30 Thaler-, in Oesterreich 45 Gulden-, im süddeutschen Münzgebiet 52½ Guldenstücke ausgebracht werden. Es soll also der auf dem Grundgewicht der Köln. Mark Feinsilber beruhende oder darauf bezogene 14-Thlr.-, 20-fl.-, 24½-Guldenfuß beziehungsweise durch einen auf dem Grundgewicht des Zollpfundes Feinsilber beruhenden 30-Thlr.-, 45-fl.-, 52½-fl.-Fuß ersetzt werden. Stellt man nun die Frage: wird der neue Thaler (im 30-Thalerfuße), der neue österreichische Gulden (im 45 Guldenfuß) der süddeutsche Gulden (im 52½-Guldenfuß) mehr Feinsilbergehalt haben, als die betreffenden Münzen in den drei jetzt bestehenden Landeswährungen (14-Thaler-, 20 fl.-, 24½-fl.-Fuß), so muß man mit Nein antworten, und zwar näher dahin: Der Thaler und süddeutsche Gulden würde um ⅓ pZt., der neue österreichische Gulden (im 45-fl.-Fuß) um 5⅓ pZt. schlechter, geringhaltiger werden. Wenn nämlich aus einer Köln. Mark Feinsilber oder aus $233{,}_{855}$ Grammen bisher 14 Thlr. oder 20 fl. Konv.-M. oder 24½ fl. süddeutsch geprägt wurden, so müßten bei Erhaltung desselben Silbergewichts für die neuen Stücke aus einem Zollpfund oder 500 Grammen beziehungsweise nur $29\frac{97}{100}$ Thaler oder nahezu $42\frac{7}{10}$ fl. österreichisch oder $52\frac{38}{100}$ fl. süddeutsch ausgebracht werden; denn es ist $233{,}_{855} : 500 = 14 : 29{,}_{97} = 20 : 42{,}_{7} = 24\frac{1}{2} : 52{,}_{3}$. Statt dessen aber sollen wirklich ausgebracht werden 30 Thaler, 45 fl. österreichisch, $52{,}_{50}$ fl. süddeutsch, oder es will die oben erwähnte Verschlechterung bewerkstelligt werden; hätte Oesterreich bisher statt 20 fl. (auf die Kölnische Mark bezogen) 21 fl. geprägt, so wäre auch beim 45-fl.-Fuße eine Verschlechterung von nur ⅓ statt 5⅓ pCt. im Werke. Wegen der Geringfügigkeit der Differenz von ⅓ pCt. stellt der Vertragsentwurf die alten Thaler- und Guldenstücke des 14-Thlr.- und 24½-fl.-Fußes den neuen des 30-Thaler- und 52½-fl.-Fußes gleich, wogegen Oesterreich für sein Münzgebiet das Geltungs- oder Einzugsverhältniß der um 5⅓ pCt. Feingewicht differirenden Münzen alten und neuen (20- und 45-fl.-) Fußes erst noch durch besondere Bestimmungen zu regeln hat. — Die Proportion zwischen norddeutschen und süddeutschen Hauptmünzen (Thalern und Gulden) wird im neuen System dieselbe seyn, wie im alten, denn 14 verhält sich zu 24½ (alte Währungen) gleich 30 zu 52½ (neue Währungen). Dagegen ist der neue österreichische Münzfuß in andere Proportionen zu den beiden andern gerückt; er verhält sich zum neuen Thalerfuße wie 3 : 2 (45 : 30) zum neuen süddeutschen Fuße wie 6 : 7 (d. h. 45 : 52½); es waltet demgemäß die Proportion ob, die stattgehabt hätte, wenn früher mit Bezug auf die feine Köln. Mark Oesterreich den 21- statt des 20-fl.-Fußes gehabt hätte.

Die Bestimmungen des Wiener Münzvertrags über die Scheidemünze lassen freilich noch Manches zu wünschen übrig; doch darf man nicht vergessen, wie heikel gerade dieser Punkt, so geringfügig er vielleicht Manchem scheint, zu behandeln ist. Der mehrerwähnte Artikel des „Schw. Merk" äußert sich hierüber u. A. wie folgt: „Ohne Frage am mißlichsten für das süddeutsche Münzgebiet ist die theils verbleibende, theils neugeschaffene Ungleichförmigkeit der Scheidemünze. Süddeutschland bleibt bei der Guldentheilung in 60 Kreuzer, und hat es zu thun gegen Norddeutschland mit der widerborstigen Groschen- und Pfennigrechnung, gegen Osten mit den österreichischen Hundertstelsgulden (wahrscheinlich ebenfalls Kreuzer genannt, das Stück = $\frac{70}{100}$ oder $\frac{7}{10}$ Kreuzer südd.), gegen Süden und Westen mit Rappen (Schweizercentimes) und französischen Centimes. Könnte eine Dezimal- und Hunderttheilung der dreierlei groben Münzen (Thaler, österreichische und süddeutsche Gulden, einfach oder in einem bequemen Vielfachen zu Grunde gelegt) erzielt werden, ohne daß das Hunderttheil vom Werthe des bisherigen Kreuzers viel abweichen würde, so wäre dadurch ein großer Vortheil gewonnen. Von einem solchen Resultate ist aber vorläufig nicht annähernd die Rede. Die preußische Groschen- und Pfennigrechnung verbleibt, unsere Sechszigtheilung des Gulden desgleichen, während Oesterreich für seinen Gulden die schon in seinen italienischen Staaten in theilweiser Geltung gestandene Hunderttheilung annimmt; ein solcher österreichischer Hundertstelgulden, der bis jetzt noch keinen Eigennamen hat, den wir aber in der Folge den österr. Kreuzer nennen wollen wird gleich $\frac{7}{10}$ süddeutsch seyn. Die dreierlei Untertheilungen brechen sich nun auf's unbequemste und hinken gegen einander. Der österr. Kreuzer, $\frac{7}{10}$ des unseren, wird mit aller Vorsicht aufzunehmen seyn. Erhält er wirklich den Namen Kreuzer — es kommt hier etwas auf den Namen an — so könnte es leicht kommen, daß er in den Gränzgebieten mit dem süddeutschen Kreuzer gleiche Geltung erhielte oder vielmehr der süddeutsche Kreuzer auf den fast bloß hälftigen Werth und die hälftige Kaufkraft des österr. Kreuzers herabgedrückt und in den Gränzgebieten eine empfindliche Vertheurung der Kleinbedürfnisse sich geltend machen würde. Es kommt also viel auf den ersten Empfang an, den man in Süddeutschland dem österr. Kreuzer bereiten wird, ob man ihm, trotz eines Minderwerths von 30 Prozent, gleiche Geltung mit dem unsern einräumen oder vielmehr, wozu man unzweifelhaft mit mehr Recht schreiten kann, ihn um weitere 20 Prozent herabdrücken und unserm halben Kreuzer gleich achten wird. Dem Publikum ist hier die Wahrung seines Interesses vielfach selbst in die Hand gegeben. Es wird in seinem eigenen Interesse handeln, wenn es die neuen österr. Kreuzer unter keinen Umständen zu mehr als $\frac{7}{10}$ Kreuzern unseres Geldes annehmen oder, was das Gleiche ist, für 10 österr. Kreuzer nur 7 süddeutsche geben wird; freilich eine böse Rechnung für den Kleinverkehr! Aehnliches gilt von den österr. Fünf- und Zehnkreuzerstücken, welche der Kaiserstaat, Zeitungsnachrichten zufolge, prägen will. Das $\frac{5}{100}$-Guldenstück österr. ist nur = 3½ Kreuzer süddeutsch, das $\frac{10}{100}$-Guldenstück = 7 Kreuzer süddeutsch. Dagegen wird das $\frac{5}{100}$-Guldenstück gerade gleich einem norddeutschen Groschen, das $\frac{10}{100}$-Guldenstück = 2 norddeutschen Groschen, der halbe österr. Gulden = 10 Groschen, der ganze = 20 Groschen seyn. In Ansehung der verschiedenen Unfertigkeiten und Halbheiten, in Ansehung der unbefriedigt gelassenen dringenden Bedürfnisse des südwestdeutschen Kleinverkehrs muß namentlich das süddeutsche Münzgebiet eine Fortentwicklung der Münzreform in der Richtung auf eine konforme Dizimaluntertheilung auf's bestimmteste in's Auge fassen. Hoffen wir, daß diesfalls die Regierungen dieses Gebiets bei Zeiten sich über die geeignetsten Zielpunkte verständigen; ihre in Wien ausdrücklich vorbehaltenen Verhandlungen über die weitere Ordnung ihres Scheidemünzwesens werden dazu die passendste Gelegenheit geben."

Deutscher Bund.

Bayern. München, 29. Novbr. Es bestätigt sich, daß die hier noch erscheinende medizinisch-chirurgische Zeitung

mit Ende des Jahres aufhören wird, indem Herr Prof. Buchner ankündigte, daß er „näherer Berufsgeschäfte wegen" die Redaktion der Zeitung niederlegen werde. Hiegegen erscheint unter der Redaktion der Doktoren Friedrich und Vogel mit dem Anfange des folgenden Jahres eine Zeitschrift unter dem Namen „medizinisch-chirurgische Monatshefte", welche die bisherigen Abonnenten der „medizinisch-chirurgischen Zeitung" als Fortsetzung des bisherigen Journals betrachten können. (Augsb.Abdz.)

München, 29. Nov. Wie schon früher angezeigt wurde, hat heute Herr Professor Dr. v. Lasaulx als dermaliger Rektor der hiesigen Universität seine Inaugurationsrede vor einem sehr zahlreichen Auditorium gehalten. Außer den Professoren und Privatdocenten waren anwesend der Kultusminister v. Zwehl, mehrere Ministerialbeamte und die Mitglieder der hier versammelten Gesetzgebungsausschüsse. Der Raum der kleinen Aula war buchstäblich zum Erdrücken voll und die Temperatur darin war wirklich tropisch. Gegenstand der Antrittsrede war eine ebenso gründliche als scharfsinnige Erörterung der philosophischen Systeme. Den Wechsel der philosophischen Grundsätze erklärte der geehrte Redner als im gleichen Schritte vorwärts schreitend mit dem Staatsleben, mit der Gesetzgebung, Industrie und Kultur, sowie mit dem Umsichgreifen des Luxus. In der Tradition der Geistesausbildung herrsche ein großer innerer Zusammenhang. Jede spätere Generation erhalte von den Vorfahren einen Nachlaß, um ihn als ewiges Fideikommiß nicht verschlimmert, sondern verbessert der weiter nachfolgenden Generation zu überbringen. Ueber Gott und sein Verhältniß zur Welt, über die Natur des Menschen, über die Freiheit desselben, über die Unsterblichkeit der Seele, über das Gute und Böse, sowie über die letzten Schicksale bestehe zwischen allen Pilosophen eine viel größere Uebereinstimmung, als in andern Lehren. Zum Schluß richtete Herr Rektor Dr. v. Lasaulx eine sehr herzliche Ansprache an die Studirenden, sie sollten sich die Sonne der Jugend warm in's Herz scheinen lassen, denn das spätere Leben werde ohnehin kälter und man komme in den Fall, auf die Sonne der Jugend zurückzublicken. Die Studirenden unterscheiden sich von der großen Masse insbesondere dadurch, daß sie studiren lernten, worin sie einen Schatz besitzen, welcher sie niemals ganz unglücklich werden lasse. In dem geistigen Umgange mit dem Besten und Edelsten der Vorwelt haben die Studirenden einen Ersatz für ihre vielen Mühen; mögen sie diesen Erbtheil von ihren Vätern bewahren und insbesondere an dem höchsten aller Güter, an der väterlichen Religion, festhalten, dreimal mögen sie sich bedenken, bevor sie sich entschließen, auch nur eine einzige der ewigen Wahrheiten aufzugeben. (A. Postz.)

Preußen. In den letzten Wochen haben die Zeitungen sich vielfach mit den angeblich von der preußischen Regierung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte beabsichtigten Maßregeln beschäftigt. Es dürfte daher interessant seyn, nach einem Artikel von Dr. Kries in Nr. 46 der in Heidelberg erscheinenden „Germania" Preußens Finanzlage kurz zu schildern. 1) Durch die Ereignisse des Jahres 1848 und dessen Folgen ist das bis dahin in sehr günstiger Weise behauptete Gleichgewicht der Staatseinnahmen und Ausgaben sofort und für eine Reihe von Jahren verloren gegangen. Während der 5 Jahre 1848—1852 ist zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse außer den gewöhnlichen Einnahmen noch eine Summe von mehr als 66 Millionen Thaler verwendet worden. Davon sind rund 48½ Mill in Folge innerer Unruhen und äußerer Kriegsgefahr, 17½ Mill. aber zur Deckung der dauernd erhöhten Staatsbedürfnisse verausgabt. Innerhalb dieser 5 Jahre hat daher das Defizit des Staatshaushaltes im Durchschnitt jährlich 3½ Mill. betragen; für 1853 und 1854 ist dasselbe noch bedeutender; je 3,900,000 Thlr. und für 1855 noch 900,000. 2) Abgesehen von den außerordentlichen Ausgaben haben die regelmäßigen Bedürfnisse der Staatsverwaltung und die Staatsschulden sich bedeutend vermehrt. Die ersteren betrugen 1848 83, 1856 106, also 23 Mill. mehr, und zur Verzinsung und Tilgung der letzteren sind 1856 6,100,000 Thlr. mehr erforderlich als 1848. 3) Obgleich auch die Einnahmen vieler Verwaltungszweige gestiegen sind, so ist dies doch nicht hinreichend gewesen, und man hat zur Einführung neuer und zur Erhöhung bestehender Steuern schreiten müssen. 4) Auf diesem Wege ist es möglich gewesen, zwar für 1856 das Defizit zu vermeiden, aber eine dauernde Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen wird erst jetzt angebahnt werden.

Aus Berlin, 29. Nov. schreibt man dem „Schw. M.": Das Interesse der heutigen Thronrede war vorwiegend in der auf Neuenburg bezüglichen Stelle. Der König sprach sie in großer Bewegung, Thränen erstickten fast die Stimme des hohen Redners. Schon bei der Stelle: „Allein ich darf und werde nicht zugeben, daß meine Langmuth in eine Waffe gegen mein Recht selbst umgewandelt werde," war die Rede von Vivats und Zurufen unterbrochen worden. Diese wiederholten sich in stürmischer Weise, als der König nur mit Mühe gegen den Schluß den sichtbaren Schmerz unterdrücken konnte.

Württemberg. Stuttgart, 28. Nov. Der Oberlieutenant der kgl. Leibgarde zu Pferd Graf v. Pückler wird den nächsten Feldzug in Kabylien mitmachen. (A. Z.)

Baden. Karlsruhe, 27. Novbr. Gestern hat die Generalversammlung der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe stattgefunden. Die Gesammtproduktion im Rechnungsjahr 1855—56 beläuft sich auf 946,754 fl.; an Gehalten und Löhnen wurden 250,000 fl. verausgabt; die Bestellungen für das laufende Geschäftsjahr erreichten bereits die Höhe von einer Million Gulden. Die Dividende wurde auf 50 fl. per Aktie oder 10 pCt. festgestellt. Auf den Antrag des Verwaltungsrathes und Ausschusses wurde die Ausführung von Erweiterungen beschlossen und ferner bestimmt, daß das Aktienkapital von 600,000 fl. auf 1 Mill. erhöht werden soll. (K. Z.)

Karlsruhe, 28. Novbr. Die Aktionäre der Zuckerfabrik Waghäusel haben zu Anfang dieser Woche ihre alljährige Generalversammlung hier gehabt. Dem Vernehmen nach erhalten die Aktionäre in diesem Jahre eine Dividende von 25 pCt. (B. L.-Z.)

Oesterreich. Wien, 28. Novbr. Man spricht von der Existenz zweier kaiserlicher Handschreiben, deren Inhalt in Ungarn jedenfalls den besten Eindruck machen wird. Nach dem einen soll bei künftigen Stellenbesetzungen in jenem Lande von der politischen Konduite der Bewerber im Jahre 1848 möglichst Umgang genommen werden. In Gemäßheit des zweiten soll bei der Besetzung von Stellen im Gouvernement des Königreichs, der höchsten Behörde desselben, vorzugsweise auf Zivilpersonen Bedacht genommen werden. (N. Korr.)

Schweiz.

Bern, 28. Novbr. Hr. v. Sydow hat die Bundesstadt wieder verlassen, und es scheint somit vorderhand von direkten Unterhandlungen mit Preußen weiter keine Rede zu seyn. Auch General Dufour ist nach Genf zurückgekehrt. (A.Z.)

Großbritannien.

London, 27. Novbr. Unsere heutigen Morgenblätter bringen eine, ihnen vom Ausschusse des Emanzipationsvereines von Italien zugesandte „beurkundete" statistische Uebersichtsliste der von 1831 bis 1854 in Italien stattgefundenen Hinrichtungen politischer Verbrecher. Ohne auf die Details dieser Liste einzugehen, sey hier bloß erwähnt, daß die Zahl der in diese Periode fallenden Hinrichtungen auf 6773 angegegeben wird. (??) (Schw. M.)

London, 28. Novbr. Die Garotteurs, diese furchtbare Masse von Wegelagerern, die den einsamen Wanderern in den entlegenen Straßen der Hauptstadt auflauern, wie Raubthiere aus den Verstecken springen, den Hals ihres Opfers mit gewaltigem Griff von rückwärts zusammenschnüren, bis der Angegriffene besinnungslos zu Boden stürzt und erst zum Bewußtseyn gelangt, wenn der Räuber ihm die Tasche geleert hat, diese Bande von Spitzbuben, die seit einigen Wochen der Schrecken aller Vorstädte geworden sind, dürften von nun an einigermaßen von ihrem nächtlichen Treiben abgeschreckt werden, seitdem die Kriminaljustiz kurzen Prozeß mit ihnen machte, und vorgestern zwei derselben zu lebenslänglicher Transportation verurtheilte. Der Eine von ihnen, Namens Hunter, war ein ergrauter Dieb, der wegen eines Einbruchs lange eingesperrt, und erst vor wenigen Wochen entlassen worden war; der Andere, Murty, hatte ebenfalls schon mit den Dienern des Gerichts Bekanntschaft gemacht. Aber keiner von Beiden hatte erwartet, daß ihre Strafe so furchtbar seyn werde. Murty fiel in Ohnmacht, als ihm sein Urtheil angekündigt wurde und Hunter sank in die Kniee, die Unschuld seines Mitgefangenen betheuernd. Aber die Beweise gegen ihn waren unumstößlich, so war auch der Richterspruch. Ein paar solcher Urtheile werden die Zukunft der Garotteurs hoffentlich zur Besinnung bringen. Die Polizei war ihnen nicht gewachsen, und hätte schwerlich viel ausgerichtet, wäre sie auch ums doppelte verstärkt worden, worüber von denselben Leuten, die sich über die Unsicherheit der Londoner Straßen jetzt bitter beschweren, hintendrein zuversichtlich noch jämmerlicher geklagt worden wäre. (C. Corr.)

London, 29. Nov. Die Zeichnungen für die 350,000 L., welche die Gesellschaft des atlantischen Telegraphen bedarf, wurden heute geschlossen, da die Meldungen die angegebene Summe bei Weitem überstiegen. (K. Z.)

Einem aus Melbourne in Liverpool angekommenen Deutschen ist daselbst in der Nacht vom 23. Nov. sein Portefeuille gestohlen worden, welches australische Anweisungen auf

ein Londoner Bankhaus zum Betrage von 10,000 Pfd. St., Banknoten zum Werthe von 11 Pfd. und eine Anzahl von Empfehlungsbriefen enthielt.

In Woolwich wird sehr eifrig an einer schwimmenden Batterie von ungeheuren Dimensionen, welche den Namen Thunderbolt führt, gearbeitet. Die Armirung derselben soll zu Chatham stattfinden.

Frankreich.

Aus Nantes wird berichtet, daß die Arbeiter von Saint-Servan an den Kaiser eine Eingabe richteten, worin sie bitten, daß die Ausfuhr von Butter, Speck und Cider verboten werde, da diese Gegenstände (namentlich durch die enorme Ausfuhr nach Jersey, Guernsey und England) bereits so theuer seyen, daß ihnen nichts mehr übrig bleibe, als trockenes Brod zu essen.

Spanien.

Madrid, 24 Nov. Trotz der täglich steigenden Lebensmittelpreise werden die Leute, die für Staatsrechnung arbeiten, unter dem Vorwande, daß der Staat kein Geld habe, sehr unregelmäßig bezahlt; viele Private ihrerseits haben den Tagelohn ihrer Arbeiter, statt ihn zu erhöhen, auf 5 Realen herabgesetzt. Natürlich sind diese Klassen sehr mißvergnügt, und man kann täglich von den Gruppen, die auf den öffentlichen Plätzen sich bilden, die Aeußerung hören, daß es zum Aufstande kommen werde. Die Behörde hat inzwischen, da sie einigen Regimentern der Besatzung für den Fall von Unruhen wenig traut, alle Waffenniederlagen aus den verschiedenen Kasernen nach den Gebäuden des Artillerieparks bringen lassen, wo sie scharf bewacht werden sollen.

† Madrid, 26. Novbr. Ein Madrider Journal theilte mit, daß dem Infant Don Heinrich befohlen worden sey, Zamora sofort zu verlassen; doch hat dies seine Schwierigkeiten, da der Infant sich in Salamanca befindet. Wahr ist, daß dem Prinzen die Weisung zuging, diese Stadt ohne Erlaubniß der Königin nicht zu verlassen. Die Behörden fahren fort, gegen verdächtige Leute in Madrid strenge einzuschreiten. Es scheint, daß die jüngst in Madrid aufgefundenen Waffen zu keinem verbrecherischen Zwecke bestimmt waren; es war einfach ein Spekulations-Gegenstand.

Italien.

Der „Opinione" zufolge ist von einem Besuche des Kaisers Franz Joseph in Florenz die Rede, und man versichert sogar, daß der dortige österreichische Gesandte, Baron v. Hügel, bereits Anstalten treffe, seinen Souverain mit Pracht zu empfangen.

Neapel, 25. November. Es sind zwei neue k. Dekrete erschienen, das eine betrifft die Errichtung einer Schule für Künste und Gewerbe, das andere die Verbesserung des Instituts für Agrikultur und Industrie. (Deutschl.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 22. Nov. Man hofft hier mit Sicherheit auf die Uneinigkeit der Alliirten und auf die früher oder später erfolgende Nachgiebigkeit Englands. Persien und Herr Buchanan, meint man, werden Lord Palmerston schon zum Nachdenken bringen. Nirgends kann wohl ein Gesandter mit solchem Mißtrauen, solcher Kälte und Gezwungenheit behandelt werden, als der gegenwärtige britische Geschäftsträger am hiesigen Hofe. Es gehört in Wahrheit ein stoischer und kaufmännischer Muth dazu, auf einem Platze zu beharren, auf welchem er sich so sehr isolirt findet und höchstens dem Gesandten Oesterreichs begegnet. (A. Z.)

Fürst Michael Woronzoff, der neuernannte Gouverneur von Odessa, welcher am 18. Novbr um 4 Uhr Nachmittags in jener Stadt verstorben ist, war der Sohn des Grafen Simon Woronzoff, am 17. Mai 1782 geboren und bei seinem Tode mithin 74 Jahre alt. Man hat oft von ihm gesagt, er habe in England das Licht der Welt erblickt, doch ist in Wahrheit sein Vater erst einige Zeit nach dieses Sohnes Geburt als Gesandter nach London gekommen. Derselbe blieb auch als Privatmann dort, als die Parteinahme des Kaisers Paul für Napoleon seine diplomatische Mission abgebrochen hatte. Bei der Thronbesteigung Kaiser Alexanders nahm er seine diplomatische Funktionen wieder auf und verblieb in London bis zu seinem Tode im Jahre 1832. So geschah es, daß sein eben verstorbener Sohn Michael eine englische Erziehung erhielt, während seine Tochter sich mit einem englischen Edelmanne, dem Earl of Pembroke, verehelichte und die Mutter des sehr ehrenwerthen Sidney Herbert wurde. Fürst Michael Woronzoff trat in seinem 19. Jahre in die russische Armee, diente im Kaukasus und darauf gegen Napoleon in den Jahren 1812 — 14. Er vertrat Rußland auf der Aachener Konferenz und wurde 1823 zum Gouverneur von Neu-Rußland ernannt, welchen Posten er bis zum Ausbruch des letzten Krieges behielt. Während dessen diente er 1828 gegen die Türken und übernahm nach Mentschikoffs Verwendung den Oberbefehl. 1845 führte er einen Heerzug gegen die Tscherkessen, unterwarf Dargo, eine der Festen Schamyls, und wurde mit dem Fürstentitel belohnt. Seine Zivilverwaltung war eine ausgezeichnete und von allen Seiten anerkannte. Er hatte sie beim Kriegsausbruch auf sein dringendes Ansuchen niederlegen dürfen, und war erst kürzlich unter den Freudenbezeugungen der Bevölkerung nach Odessa als Gouverneur zurückgekehrt. (N. Pr. Z.)

Seit längerer Zeit war nur der östliche Theil des Kaukasus der Schauplatz des Kampfes zwischen den Russen und den freien Bergvölkern; nachdem aber Schamyl im Jahr 1854 seinen Sohn von den Russen ausgeliefert erhalten hatte, schloß derselbe mit Rußland einen Vertrag, in Folge dessen der Waffenlärm verstummte. Der eigentliche Grund dieses einstweiligen friedlichen Zustandes ist darin zu suchen, daß die Russen während des letzten Kriegs mit den Westmächten auf die Bergvölker keine Angriffe unternahmen, diese Völker aber wohl im Defensivkampf zwischen Wäldern und Felsen unbezwingbar, dagegen unfähig sind, einen Angriffskrieg in den Ebenen Grusiens gegen Rußland zu führen. Kaum aber war in der Krim die letzte Kriegstrompete verstummt, als auch schon ein neuer Kampf im Kaukasus begann. Diesmal entbrannte derselbe nicht im Osten unter dem tapfern Schamyl, sondern auf den westlichen Abhängen am schwarzen Meer, in der Nähe von Anapa, im eigentlichen Tscherkessenlande. Dem Anführer der Bergbewohner, dessen Name jetzt an den kaukasisch-tschernomorischen Gestaden widerhallt, Sefer Pascha, ist es gelungen, die einzelnen zerstreuten Tscherkessenstämme einigermaßen zu vereinigen und zu konzentriren. Jener Sefer Pascha ist ein Abkömmling alter kaukasischer Fürsten, der seine Heimath, nachdem diese theilweise von den Russen unterjocht war, verließ, und in türkische Kriegsdienste trat. Während des letzten Kriegs aber kehrte er mit Wissen und im Auftrag der Pforte in sein Vaterland zurück. Während der Expedition Omer's in Mingrelien bemühte sich Sefer, die Tscherkessen, Abchasen und die andern Bergvölker des westlichen Kaukasus zum Aufstand zu bewegen. Seine Absicht mißlang, und er führte dem Omer nur einen kleinen Reitertrupp undisziplinirter Abchasen zu. Der Krieg, den die Türken gegen die Russen am Fuße des Kaukasus führten, rüttelte aber doch zuletzt die Tscherkessen und Abchasen wach, so daß Sefer endlich mehrere Stämme zu vereinigen vermochte. So gewann er nicht unbedeutende Streitkräfte, mit denen er einige der halbzerstörten verlassenen Küstenforts besetzte, die er nach dem Pariser Frieden den Russen nicht wieder herausgab. Er bestand dann mit mehreren kleinen Truppenabtheilungen der Russen wiederholt glückliche Scharmützel, und ist heute noch im Besitz eines Theils jener Küste und dadurch zur See in Verbindung mit der Türkei. Sein vortheilhaft postirtes Corps zählt einige tausend kampfgeübter und gutbewaffneter Krieger, gegen welche die russischen Truppen nur langsam vorrücken können, weil das Gebirgsland zu viel Terrainschwierigkeiten darbietet, die tschernomorische Flotte aber, welche die Operationen erleichtern könnte, nicht mehr vorhanden ist. Berichte aus Konstantinopel haben die Sachlage anders dargestellt, sie wandeln kleine Treffen in Schlachten und große Siege um, und kleine Trupps in Armeen. Sefer ist, trotz der Unterstützung, die er aus der Türkei und England bei seiner Verbindung mit dem Pontus erhalten mag, den Russen weit weniger gefährlich als Schamyl, dem er an Talent und Einfluß bei weitem nachsteht. Schamyl's Kampf war nicht bloß ein politischer, sondern zugleich ein Religionskrieg. Diese Grundlage fehlt dem Sefer gänzlich; er genießt überdies als türkischer Pascha bei den Bergvölkern kein rechtes Vertrauen, die ebenso wenig türkische als russische Unterthanen seyn wollen. (A. Z.)

Warschau, 28. Nov. Laut Bekanntmachung des Administrationsraths wird, vom 27. Nov. d. J. an gerechnet, das gegenwärtig im Königreich Polen bestehende Verbot der Ausfuhr von Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Mehl aller Art, Grütze und Kartoffeln ins Ausland aufgehoben. (Fr. J.)

Der Regierungsrath des Königreichs veröffentlicht die Ausführungsbestimmungen einer kaiserl. Ordre vom 2. Juni d. Jahres, der zufolge die Soldaten der ehemaligen polnischen Armee, welche seit Unterdrückung des letzten Aufstands zwanzig Jahre im Heere gestanden und sich untadelhaft aufgeführt haben, als Emeritirte zu entlassen sind. Dabei werden die Dienstjahre bis zum Aufstande in Anrechnung gebracht und auch die Familien der im betreffenden Dienste Verstorbenen des Pensionsrechts der Emeritirten theilhaftig gemacht. Dieselben Bestimmungen und Vergünstigungen betreffen auch die Civilbeamten, welche nicht weniger als zwanzig Jahre tadelfrei gedient, obschon sie während derselben am Aufstande Theil genommen.

Leipzig, 25. Novbr. Getraide. Geschäftsverkehr schwach; Waizen und Roggen noch mehr gedrückt in den Preisen, besonders durch Angebote auf Lieferung. Waizen 89pfd. brauner nach Qualität 70 Thlr. Br., 68 Thlr. G., 72 a 73 Thlr. bez., 72 a 74 Thlr. Br. pr. Wipl. von 24 Berliner Scheffeln.

Spiritus nicht wesentlich verändert, loko pr. 14,400pCt. ohne Faß 35, 35½ a 36 Thlr. bez., pr. Novbr. ebenso und 36½ Thlr. Br.

London, 24. Novbr. Getraide. Die Zufuhren von engl. Waizen waren am heutigen Markte mäßig, und obgleich die Eigenthümer gewilligt waren in eine Preiserniedrigung von 3 ſ pr. Qr. gegen die Preise von engl. Waizen von heute vor acht Tagen einzugeben, wurden mit dem Verkauf doch nur wenig Fortschritte gemacht.

London, 25. November. Zucker fest, raffinirter etwas höher. Kaffee fester. Thee durch starke Zufuhren stiller, 2 ſh. 4 d. ist der höchste Preis für Congo. Demerara Rum 2 ſh. 8 d. Salpeter 1 ſh. höher. Reis fest Talg fest, Petersburger loko 58 a 58 ſh. 3 d.

Frankfurt, 2. Dezember. Die günstigern Wiener und Pariser Course übten auf sämmtliche Fonds einen sehr günstigen Einfluß und wurden hauptsächlich österr. Creditaktien und Staatsbahn zu mecklich höheren Coursen in sehr bedeutenden Posten umgesetzt.

Providentia wurde zu 105⅛ ¼ ⅜ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79¾P. 79½G. 5pCt. Lombard-Ven. 89¾P. 89¼ G. Metall. alte à 5pCt. 77¾P. 77½G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87½ P. 86¾G.; à 4½pCt. 68⅞P. 68⅜G.; à 4pCt. 60 P. 59½ G.; à 3pCt. 47 P. 46½ G.; à 1pCt. — P. —G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57½ P. 57 G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 84½ P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 95P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 95¼P. 94¾G.; 4½pCt. 101½P. 101 G.; 5pCt. 100⅝P. 100⅛ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 92¼P. 91¾ G.; 4½pCt. 102⅝P. 102⅛ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½P. — G.; à 4pCt. 99¼P. 98¾ G.; 4½pC. 101⅞ P. 101⅜G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼P. 80¾G.; à 3½pCt. 90½P. 90 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37¾P 37½G.; 1¼pCt. neue 23⅝ P. 23⅛ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1215P. 1210G. Neue Bankaktien 333P. 328G. Credit-Actien à 5pCt 221½P 219½G. Darmstädter Bankaktien alte 369 P. 367 G.; junge 329½P. 327½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 505 P. 500 G. Mitteldeutsche Creditbank 98¼ P. — G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 103½ P. 103 G. Frankf. Bankaktien 112¼ P. 112G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 520P. 516 G. Span Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 571 P. 566 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 307½P. 205½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 144⅛ P. 143⅝G. Neustadt-Weissenb. 104⅛ P. 103⅞ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101½ P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 353 P. 351 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 79½ G. 79 P. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78¾P. 78¼G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93½ P. — G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118½P. 118 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 105 P. 104½G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 117 P. —— G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49½ P. 49¼G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117½G. à fl. 25 35¼P. 34¾G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. — P. 39 G. Nass. Loose à fl. 25 34½ P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. —— P. —— G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 101¼P. 101 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118¼P. 118 G.
Augsb. fl. 100 k. S. ——P. 119¾G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99⅝P —G.
Berlin Thlr. 60 k. S. —— P. 104⅞G.	Paris Frs. 200 k. S 93½P. 93¼G.
Cöln Thlr. 60 k. S. —— P 104⅞G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96¾P 96½G.	Wien fl. 100 C. k. S. 113P. 112¾G.
Hamb. MB. 100 k. S 89 P 88¾G.	Wien 3 M. mit 5% 112⅝P. 112⅜G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Neueste Nachrichten.

** München, 1. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Heute haben der Prinz und die Frau Prinzessin Adalbert das Schloß Nymphenburg verlassen und die Appartements in der kgl. Residenz bezogen. Morgen Abend werden von Dresden kommend der Großherzog, der Erbgroßherzog und die neuvermählte Frau Erbgroßherzogin von Toskana zum Besuche hier eintreffen. — Der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat heute seine Berathungen über das Strafgesetzbuch begonnen; der k. Staatsminister des Innern und der Justiz waren in der Sitzung anwesend. Auf morgen ist die 2. Sitzung anberaumt. — Das heutige Bulletin über das Befinden des k. Ministerpräsidenten lautet: „Die Nacht war ruhig, der Zustand ist befriedigend“ — Die bayerische Hypotheken- und Wechselbank hat für den laufenden Monat den Diskonto für Wechsel von 6 auf 5 pCt. herabgesetzt, denselen für den Lombard aber noch auf 6 pCt. belassen. — Dem neuen Rektor der hiesigen Universität bringen die Studirenden heute Abend einen großen Fackelzug.

Der „Indep. Belge“ wird aus Berlin vom 28. Novbr. telegraphirt: „Preußen wird die Großmächte einladen, Maßregeln zur Wiederherstellung seiner Souveränetät über das Fürstenthum Neuenburg zu ergreifen. Es wünscht den Zusammentritt eines Kongresses, indem es sich weitere Maßregeln vorbehält. (N.-Z.)

Luxemburg, 1. Dezbr. Eine königliche Verordnung oktroyirt dem Großherzogthum eine neue Konstitution nach dem der Kammer vorliegenden Entwurf. Die Kammer ward aufgelöst. Das Land ist ruhig. (Allg Z.)

Wien, 1. Dezbr. Dem Brüsseler „Nord“ (bekanntlich ein russisches Parteiblatt) wurde der Postdebit für Oesterreich entzogen. (T. D. d. A. Z.)

Kopenhagen, 29. Nov. Aus Lauenburg ist hier eine von Ritter- und Landschaft gewählte Deputation, bestehend aus dem Vizelandmarschall Grafen Kielmansegge, dem Möllner Stadthauptmann Dahm und dem Bauernvogt Ehlers aus Kühsen, angekommen, um Sr. Maj. dem König eine Petition zu überreichen, die darauf hinausgeht, daß der Verkauf der Domainen möge sistirt werden. (Hamb. Nachr.)

London, 29. Novbr. Das Parlament wird am 3. Februar eröffnet werden. (T. D. d. Hamb. N.)

Paris, 1. Dezbr. Aus sonst zuverlässiger Quelle ist eine Depesche hier eingetroffen, nach der angeblich große Aufregung in Sizilien, in der Nähe von Palermo herrschen soll. Schweizer Truppen, heißt es in der Depesche, die der weiteren Bestätigung bedarf, wären von Neapel nach Sizilien beordert worden. (T. D. d. Nat.-Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 337.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 4. Dezember 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 2. Dezbr. Die Mitglieder des Maximiliansordens für Kunst und Wissenschaft feierten den Stiftungstag desselben durch ein Diner in einem festlich geschmückten Saale des „Bayerischen Hofes," bei welchem der Vorstand des Ordenskapitels, Frhr. v. Liebig, folgenden Toast auf den Stifter des Ordens ausbrachte: „Das doppelte Fest, welches wir heute feiern, der Geburtstag Sr. Maj. und der Stiftungstag des Maximiliansordens, lenkt unsere Blicke einem neuen Denkmal zu, welches in diesem Jahr unser erleuchteter König sich vor der Welt gesetzt hat; es ist die Gründung der Maximiliansmedaille mit ihrem reichen Preis. Die geistige Befriedigung, welche dem Manne der Wissenschaft sein Bewußtseyn gewährt, seinen Theil zur Förderung menschlichen Glückes und menschlichen Wohles beigetragen zu haben, ist in der Regel der einzige Lohn seiner Anstrengungen; seine der Erkenntniß der Wahrheit gewidmeten, mit so viel Anstrengung und Opfern verknüpften Arbeiten können auf dem Markt nicht verkauft und nicht verwerthet werden, sie werden nicht auf Bestellung und nicht um Geld gemacht; wenn er glücklich genug ist, sich durch sie die Achtung und Anerkennung seiner Zeitgenossen zu erwerben, so ist für ihn das höchste Ziel seiner Wünsche erreicht. In der Maximiliansmedaille hat der König ein sichtbares Zeichen der Anerkennung wissenschaftlicher Leistungen gestiftet; mit ihr reicht er an der Stelle der Nation dem Mann der Wissenschaft ein Ehrengeschenk, eine Gabe des Beifalls und der Achtung; ein König krönt damit die große wissenschaftliche That; das mit geistiger Kraft begabte Talent erkennt in dieser Stiftung eine Bürgschaft, daß eine hohe Intelligenz von seinen Erfolgen Kenntniß nimmt und sie würdigt; sie macht dem Mann der Wissenschaft bewußt, daß er einem großen Ganzen angehört, und daß seine Leistungen weit über den engen Kreis hinaus wirken, in dem er lebt. Unser tiefempfundener Dank für diesen neuen Beweis thätiger Liebe für die Wissenschaft vereinigt sich mit unsern heißen Wünschen für das Wohl Sr. Maj. des Königs." Professor Franz von Kobell brachte den Toast auf Ihre Maj. unsere Königin, „die, wenn auch Ihr Haupt keine Krone trüge, viele Unterthanen zählen würde." (Ldbötin.)

München, 1. Dezbr. In Bezug auf die bevorstehende Veränderung des deutschen Münzwesens bemerkt heute Jemand in den „Neuesten Nachrichten", daß, da der Vereinsthaler zu 1 fl. 30 kr. neue österreichische Währung gleich 1 fl. 45 kr. süddeutscher Währung oder 1 preuß. Thlr. ist, der neue österreich. Gulden bei uns nur mehr 1 fl. 10 kr. gilt. Bekanntlich sind für viele Millionen österr. Staatspapiere in süddeutschem Besitze, und, um nur von jenen zu reden, deren Coupons in Silber bezahlt werden, so wird sich, wenn Oesterreich die Zahlung der Coupons in seiner neuen Silberwährung leistet, für den Besitzer ein Verlust von fast 3 pCt. ergeben, denn statt z. B. für 30 fl. österreichisch wie seither 36 fl. bayerisch zu erhalten, wird man künftig nur mehr 35 fl. bayerisch bekommen, da, wie oben bemerkt, der neue österreichische Gulden nur 1 fl. 10 kr. bayerisch gelten wird.

* Der gestern erwähnte offiziöse Artikel der „N. Münch. Zeitung", bezügl. der bekannten Oberkonsistorial-Erlasse knüpft an die Nürnberger Beschwerdeschrift an mit dem Bemerken, daß das Erscheinen ähnlicher Adressen und das vielseitig hervorgetretene Interesse an der Sache es als ein Bedürfniß betrachten lassen, der Ungewißheit über die Beurtheilung dieser Angelegenheit von Seite der betreffenden obersten Staatsautorität, soweit die Sachlage es gestattet, abzuhelfen. Die „N. Münch. Ztg." erklärt sich demgemäß ermächtigt, hierüber Folgendes zur öffentlichen Kenntniß zu bringen (wir geben der Kürze halber den Inhalt nur auszugsweise). Die Voraussetzung der Beschwerdeführer, daß die Erlasse des Oberkonsistorium eine Verletzung verfassungsmäßiger Rechte enthalten, und hiegegen also der landesfürstliche Schutz nach §. 51 und 52 des Religionsedikts angerufen werden könne, sey irrig, die Beschwerde aus diesem Gesichtspunkte also nicht begründet, da die fraglichen Anordnungen nach ihrem Inhalte insgesammt Gegenstände berühren, deren Ordnung unter der obersten Staatsaufsicht nach den Bestimmungen in den §§. 38, 39 und 40 des Religionsediktes den betreffenden Religionsgesellschaften zukomme und deren Beaufsichtigung und Leitung zunächst in den gesetzlichen Wirkungskreis des protestantischen Oberkonsistorium falle. „Von diesem allgemeinen Standpunkte der Betrachtung abgesehen, war jedoch der aufsehenden Autorität allerdings Grund gegeben, die erhobene Reklamation in Ansehung der darin berührten einzelnen Maßregeln der obersten Kirchenbehörde einer nähern Beurtheilung mit Rücksichtnahme auf die Erläuterungen zu unterziehen, welche durch die Berichterstattung jener Behörde dafür gegeben waren." Die Resultate dieser Beurtheilung sind nun folgende: 1) Was die neue Liturgie betrifft, so habe der Entwurf dieser Liturgie nach vorgängiger Berathung durch die Generalsynode und auf Antrag des Oberkonsistorium zwar die allerhöchste Genehmigung erhalten, jedoch mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß bei der Einführung diejenigen Rücksichten, welche in einzelnen Gemeinden theils lokale, theils persönliche und andere Verhältnisse nöthig machen, genommen werden sollen. Das Oberkonsistorium habe wiederholt erklärt und neuerlich anerkannt, wie es nicht in seiner Absicht gelegen, die neue Liturgie nach ihrem ganzen Umfange mit allen Wechselgesängen ohne Rücksicht auf die mit der Sache nicht mehr vertrauten Gemeinden und ohne Rücksicht auf die Singfähigkeit der Geistlichen wider den Willen der Gemeinden zur Einführung zu bringen, und wie es die untergebenen Geistlichen vor einseitigem und gewaltsamem Vorgehen vielfach gewarnt habe. Unter solchen Modalitäten, auf deren genaue Beachtung neuerlich hingewiesen sey, und deren Anwendung billig in Anspruch genommen werden könne, wird gegen den Bestand der Liturgie in der protestantischen Landeskirche um so weniger etwas einzuwenden seyn, als diese kirchliche Einrichtung an vielen Orten ohne wesentliche Anstände zur Ausführung gebracht und aus Anlaß der an einigen Orten erhobenen Beschwerden anderseits auch Anträge auf Beibehaltung gestellt worden und die Nürnberger Reklamanten nicht berechtigt waren, zum allgemeinen Organ der protestantischen Kirche Bayerns diesseits des Rheins sich aufzuwerfen. Das Oberkonsistorium habe neuerlich auf gestellte Anträge der Kirchenvorstände an mehreren Orten die zeitweise Suspendirung oder modifizirte Anwendung der Liturgie nach dem Wunsche der Gemeinden selbst angeordnet, und es werde diese kirchliche Oberbehörde den deßfalls neuerlich ergangenen allerhöchsten Aufforderungen gemäß in diesem Sinne in vorkommenden Fällen zu verfahren haben. 2) Bezüglich des Agendenkerns sey zu beachten, daß er den Pfarrern nur zum provisorischen oder fakultativen Gebrauch neben den gegenwärtig geltenden Agenden mit allerhöchster Genehmigung hinausgegeben wurde, und daß diese Sammlung zur Zeit nur den Entwurf einer agendarischen Vorlage für die nächste Generalsynode bilde, über welche zuerst Erfahrungen und Wünsche gesammelt werden sollen. Von einer definitiven Einführung dieses Entwurfs könne um so weniger die Rede seyn, als diese Frage erst bei der nächsten Generalsynode zur Berathung kommen soll und hierüber die allerhöchste Entscheidung jedenfalls vorbehalten bleibe. Es sey also dermalen genügende Gelegenheit und Zeit gegeben, die allenfallsigen Bedenken und Wünsche über diesen Entwurf am gehörigen Orte darzulegen. Uebrigens sey selbst bezüglich eines provisorischen oder fakultativen Gebrauches allerhöchsten Orts ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß nach den eigenen Anträgen der protestantischen kirchlichen Oberbehörde von Seite der Geistlichen keine Aenderungen an den bestehenden Einrichtungen vorgenommen werden sollen und dürfen, welche bei den Gemeinden Anstoß oder Bedenken erregen könnten. Sollte von einer fakultativen Anwendung des Entwurfes neuerlich an einzelnen Orten

ohne Rücksicht auf solche besondere Wünsche oder Bedenken Gebrauch gemacht worden seyn, so werde es nur der einfachen Darlegung dieser Bedenken durch die geeigneten Organe am gehörigen Orte bedürfen, um die gewünschte Abhülfe zu erlangen. 3) Bezüglich des Erlasses über die Kirchenzucht haben wir gestern schon das Nöthige mitgetheilt. 4) In Absicht auf die Verfügungen über das Beichtwesen habe das Oberkonsistorium mittlerweile selbst die gewünschten Erläuterungen über den freien, dem eigenen innern Verlangen des Beichtenden anheimgegebenen Gebrauch der Privatbeichte nach dem kirchlichen Bekenntnisse, über die Unzulässigkeit des Zwanges oder Gebotes derselben und über das hiernach zu bemessende Verhalten des Geistlichen ertheilt und erklärt, daß jener Erlaß neue dispositive Bestimmungen nicht habe treffen wollen. 5) Was den Erlaß über Sicherstellung des geistlichen Amtes gegen ungebührliche Zumuthungen anbelange, so hätten sich in Bezug auf die allgemeine und unbedingte Durchführung der hierin aufgestellten Normen allerdings Bedenken ergeben, und es sey daher dem Oberkonsistorium die nähere Prüfung dieses Gegenstandes zum Zwecke allenfallsiger weiterer Berathung durch die Generalsynoden zu Erwägung gegeben und die allerhöchste Entschließung hierüber vorbehalten worden. In diesem Punkte werde es daher zunächst bei dem an einzelnen Orten bereits Bestehenden und in anerkannter Uebung Befindlichen das Bewenden haben. Bezüglich der persönlichen Anmeldung Verlobter bei Proklamationen endlich habe das Oberkonsistorium ferner erklärt, daß in dem Erlasse an die Geistlichkeit diese persönliche Anmeldung nirgends zur Pflicht gemacht und daher auf den von der früheren Generalsynode in dieser Hinsicht gestellten Antrag nicht eingegangen worden sey, wozu es ohnedies der besondern allerhöchsten Bewilligung bedurft hätte. Es sind daher die hierüber von der kirchlichen Oberbehörde ertheilten Anweisungen nur als pastorale Rathschläge anzusehen, welche über die Aufgabe des geistlichen Amtes in Hinsicht der Ehe nichts gebieten oder andeuten, was nicht im Allgemeinen zu den Pflichten der Seelsorger gerechnet werden könnte. Da jedoch das Maß und die Ausübung dieser Pflichten nach der Beschaffenheit und den Umständen Derer, an welchen sie geübt werden, sowie nach der Stellung, Eigenschaft und Befähigung dessen, der sie übt, sich wesentlich modifizire, so sey hiermit die Veranlassung gegeben gewesen, vor ungeeignetem und unzulässigem Vorgehen in dieser wichtigen Angelegenheit zu warnen. Die „N. Münch. Ztg." schließt ihren Artikel mit folgenden bedeutsamen Worten: „Aus der Zusammenfassung dessen, was über die Verbescheidung der eingangsgedachten Beschwerde vorstehend gesagt ist, geht hervor, daß zwar die Beschwerde über Verfassungsverletzung durch die fraglichen Erlasse nicht begründet erkannt wurde, daß dieselbe auch in den einzelnen Punkten mehrfällig auf unrichtiger Auffassung der thatsächlichen Verhältnisse beruhte, daß hingegen in jenen Punkten, wo durch die Erlasse nicht ohne Grund zu Bedenken und Besorgnissen Gelegenheit gegeben war, diesen theils durch die eigenen Erklärungen des Oberkonsistorium, theils durch die mit Rücksicht auf den allgemeinen Stand der Betrachtung erfolgte Bescheidung in Ansehen solcher Punkte in solcher Weise Abhülfe gewährt worden ist, daß zu Besorgnissen über Gefährdung der Rechte der evangelisch-lutherischen Glaubensgenossen kein hinreichender Grund dermalen vorhanden ist."

Eine allerhöchste Entschließung vom 27. v. M., deren Inhalt mit dem unter den vorstehenden sechs Ziffern Mitgetheilten wesentlich übereinstimmt, ist in diesen Tagen auf die Nürnberger Beschwerdeschrift ergangen.

Preußen. Berlin, 30. Novbr. Die Linke wird über die wichtigsten Fragen und Verhandlungen in den Kammern Abhandlungen und Berichte erscheinen lassen. Als Redakteur derselben wird Herr Harkort genannt.

Berlin, 30 Nov. Gutem Vernehmen nach hat Preußen bei Hannover bereits Schritte gethan, um eine Ermäßigung in den Tarifsätzen des Stader Elbzolles, sowie Erleichterungen in der Erhebungsweise dieser Abgabe herbeizuführen. Auch von Seiten anderer betheiligten Staaten steht die Anknüpfung von Unterhandlungen über diesen Gegenstand in Aussicht.

Berlin, 1. Dezbr. Das Herrenhaus wählte heute den Grafen Eberhard zu Stollberg-Wernigerode zum 1., den Präsidenten Duisburg zum 2 Vizepräsidenten.

Baden. Eine sich in neuerer Zeit oft wiederholende Erscheinung, die übrigens aus den Verhältnissen vollkommen erklärlich wird, ist der Austritt von Schulkandidaten aus dem Schulstande. Dieser Abgang, sowie der verminderte Zudrang zum Lehrfache werden unserer Regierung wohl für die Folge Verlegenheiten bereiten, wenn nicht entweder Maßregeln zur pekuniären Besserstellung der Lehrer und zur Entfernung sonstiger drückenden Zustände ergriffen werden oder das Volksschulwesen nicht auf einen Standpunkt zurücksinken soll, der sich mit allen Anforderungen unserer Zeit in schroffen Widerspruch setzt und unter dem Vorwand der Erziehung zu größerer Frömmigkeit Menschen heranbildet, die aller und jeder Intelligenz baar sind, ohne deßhalb nur im Geringsten sittlicher und besser zu seyn. Leider tauchen aber solche Bestrebungen auch bei uns auf. (Schw. M.)

Pforzheim, 29. Nov. Es ist im Werk, den auch hier wie anderwärts herrschenden Gebrauch, die Bijouteriewaaren auf einen bestimmten Goldgehalt zu legiren (bekanntlich sind die hiesigen Goldwaaren vierzehnkarätig), für das Zollvereinsgebiet zum Gesetz zu erheben und zur Erzielung der Gleichförmigkeit eine Staatskontrole einzuführen. Bereits hat sich eine Kommission, die aus einigen hochgestellten Staatsbeamten und den Mitgliedern des hiesigen Fabrik-Komite zusammengesetzt war, mit dieser Frage angelegentlich beschäftigt. (Schw. M.)

Kurhessen. Kassel, 29. Novbr. Die 2. Kammer setzte nach Aussetzung des §. 42 die Berathung der Verfassung mit dem §. 75, der von der Kompetenz der Landstände handelt, fort. Der Schluß des ersten Satzes bestimmt, daß kein den ständischen Wirkungskreis betreffendes Gesetz ohne ihre Zustimmung gegeben, aufgehoben oder authentisch erläutert werden kann. Auf Antrag des Hrn. Löber ward nach aufgehoben „abgeändert" eingeschaltet. Die übrigen §§. bis zum §. 100 wurden fast ohne die geringste Bemerkung von irgend einer Seite nach den Anträgen des Ausschusses genehmigt Die Bemerkung dürfen wir nicht unberührt lassen, daß der Ausschuß auf die Einführung eines Kompetenz-Gerichtshofes keinen Antrag eingebracht und die Ablehnung dieser Verfassungsbestimmung vorgeschlagen, was somit auch die Genehmigung der Versammlung erhielt. (Z. f. Ndd.)

* **Freie Städte.** Frankfurt, 2. Nov. (Priv.-Korr.) In der gestrigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung haben wir leider vernommen, daß eben die Finanzlage unserer Stadt eine traurige ist; neue bedeutende Anlehen und eine ziemlich bedeutende Erhöhung der Steuern stehen uns demnächst bevor. Unsere höchste Staatsbehörde, welche uns seither jährlich 90,000 fl. kostete, wird mit der Einführung der neuen Verfassung jährlich 136,000 fl. bis 137,000 fl. kosten!!

□ Frankfurt, 2. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Obwohl die Börsenkrise sich allmählig zum Bessern wendet, ist doch die Zeit vorbei, da man sich, um einige Aktien zu erlangen, schier wie zur Zeit der Hungersnoth vor den Bäckerthüren, die Hälse brach. Die neuesten Unternehmungen, Nahebahn, Providentia rc finden etwas kühle Aufnahme, doch ist allerdings der Moment nicht günstig und kann sich wieder bessern. — En detail herrscht eine bei weitem bedeutendere Unternehmungslust. In allen Theilen Mittel- und Süddeutschlands werden Güter um hohen Preis gekauft, Bergwerke und Fabriken gegründet, und viel Kapital wendet sich diesen Unternehmungen zu, da es namentlich im fruchtbaren Süden des Vaterlandes dermalen Geld genug gibt. Unter solchen Umständen ist eine neue Association gewiß sehr zeitgemäß, welche unter dem Namen: „Gesellschaft zur Förderung des volkswirthschaftlichen Verkehrs der deutschen Länder, Oesterreichs und der Schweiz" für alle die vielen zerstreuten Angebote und Nachfragen eine große Hülfsanstalt gründen und so den Umlauf der Kapitalien erleichtern will. Die neue Gesellschaft wird sich bei dem geschäftlichen Theil ihrer Operationen vorzüglich der gediegenen Wochenschrift „Der deutsche Verkehr" bedienen, welche, zu diesem Ende bedeutend erweitert, dreimal in der Woche erscheinen und eine zweite Zeitschrift „Vogtheer's Nachrichten über das Transportwesen" als Beilage aufnehmen soll. An der Spitze der Direktion steht Hofrath Dr. jur. W. Fischer, als Praktiker und durch seine Schriften „Für nationale Rechtsreform", „Vor der zwölften Stunde" rc. auch als Schriftsteller vortheilhaft bekannt.

§ **Oesterreich.** Wien, 30. Novbr. (Privat-Korresp.) Der fürstl. wallachische Finanzminister Hr. Soutzo, der sich auf der Durchreise nach Paris mehrere Tage hier aufhielt, konferirte bei dieser Gelgenheit zu wiederholten Malen mit dem Freiherrn v. Bruck, und bildete u. A. der Anschluß der österreichischen Eisenbahnen an die für die Wallachei projektirten Linien einen hervorragenden Gegenstand dieser Besprechungen. Wie es heißt, hätte man sich in dieser Frage vollkommen geeinigt. Die wallachische Regierung wird die definitive Konzession ertheilen, und Oesterreich es übernehmen, die Genehmigung der Pforte zu erwirken. Ueber die Richtung, welche die Bahn von Kronstadt aus nehmen soll, hat man sich ebenfalls definitiv geeinigt, und wird dieselbe über Buzeo in der einen Richtung nach Ibraila und Galacz, in der andern über Plojesti nach Bucharest und Giurgewo gezogen werden. Die Tracirung ist von Seite der

wallachischen Baubehörden auf auf dieser ganzen Strecke bereits vollendet. Die Festsetzung der näheren Bestimmungen dieser Uebereinkunft bleibt späteren Berathungen vorbehalten. Der englische Oberingenieur Bate, der vor Kurzem das Bozzauthal bereiste, um die ausgesteckte Trace in Augenschein zu nehmen, hat sich über die ganze Anlage sehr günstig ausgesprochen.

Aus Groß-Kanischa wird der „Presse“ über einen Raubmord geschrieben: „In einem Dorf unweit Szigethvar lebte ein armes Mädchen, eine Waise, das sich seit einer Reihe von Jahren 220 fl. erspart und dem Ortsrichter zur Aufbewahrung übergeben hatte. Das Mädchen wollte nun heirathen, und kündete dem Richter das Kapital, der in drei Tagen Rückzahlung zu leisten versprach, die auch am 18. Novbr. erfolgte. Als das Mädchen nun mit der Baarschaft in das Dorf, wo ihr Bräutigam wohnte, gehen wollte, wurde es in einem Gehölz von zwei vermummten Personen überfallen und mit einem Küchenmesser ermordet. Die Mörder hatten das Plünderungsgeschäft kaum beendet, als sie zwei Gendarmen erblickten und sofort das Weite suchten. Die Gendarmen finden den noch warmen Leichnam des Mädchens, aus dessen Brust sie das Messer zogen und in das Dorf gingen, um von dem Richter die nöthigen Personen zum Transport des Leichnams zu requiriren. Der Richter war jedoch nicht zu finden, und während der eine Gendarm denselben aufsuchen wollte, legte der andere das blutige Messer auf den Tisch, worauf die Richterin in die Worte ausbricht: „Ei, wer hat denn unser Messer weggetragen?“ Hierdurch aufmerksam gemacht, wollten die Gendarmen die Frau befragen; in demselben Moment aber trat der Richter ein und legte seine Bunda ab, ohne zu ahnen, daß auf seiner Gatye Blutspuren sichtbar wurden. Was nun geschah, ist leicht zu errathen; der Richter wurde gepackt und sammt seinem Complicen, einem Geschworenen, bei dem sich noch das Geld vorfand, nach Szigethvar abgeführt, wo sie, ihres Verbrechens bereits geständig, der Strafe harren.“

Frankreich.

Paris, 29. Novbr. Es bestätigt sich, daß Versuche stattfinden, im Hinblick auf die nächsten allgemeinen Wahlen für den gesetzgebenden Körper eine Opposition zu Stande zu bringen. Die ehemalige republikanische Partei hat diese Woche mehrere Versammlungen gehalten, um über die Wahl von Kandidaten zu verhandeln, von denen man voraussetzt, daß sie den demokratischen Hinneigungen der Arbeiterklassen zusagen müßten.

Paris, 30. Novbr. Die hiesige Tagespresse geht einer gänzlichen Umgestaltung entgegen. Auch das „Journal des Débats“ soll dem Gerücht nach verkauft werden. Der Eigenthümer fordert 1,500,000 Fr. Die Gesellschaft, die es erwerben will, spekulirt anders, als Hr. Millaud. Da die ganze Presse industriell und finanziell ist oder wird, so wird sich bald ein lebhaftes Verlangen nach einem ausschließlich und wirklich politischen Blatt kundgeben. Obige Gesellschaft will daher die Redaktion und die politischen Verbindungen des „J. des Débats“ großartig erweitern, auch dasselbe unabhängig von der Börse und deren Coterien erhalten. — In Rouen wurde der Generalprokurator von einem betrogenen Ehemann in flagranti ertappt. Dieser ließ ihn sofort vom Polizeikommissär zu Protokoll vernehmen.

Paris, 30. Novbr. Ueber die Entfernung des Hrn. Petit aus dem Preß-Bureau erzählt man uns, daß die drei Briefe von Cicosura in der „Presse“, wegen welcher Narvaez einen Klagebrief an die Kaiserin geschrieben hatte, dazu die Veranlassung gaben. Die Kaiserin brachte die Sache dem Kaiser vor, der wieder den Minister auf jene Artikel aufmerksam machte, und dieser machte Herrn Petit als Chef des Preß-Bureau für das Versehen verantwortlich. (Köln. Z.)

Paris, 1. Dez. Der heutige „Moniteur“ enthält einen ausführlichen Bericht des Handelsministers Rouher an den Kaiser Napoleon in Betreff der Eisenbahnen des Kaiserreichs. Gemäß demselben sind 6500 Kilometer bereits ausgeführt, 4750 bleiben noch in den nächsten zehn Jahren auszuführen. Ausgegeben sind für diese Unternehmungen bis jetzt 3080 Mill. Fr.; es bleiben noch 1260 Millionen zu verausgaben, wovon 230 Millionen auf den Staat fallen. Der Minister schlägt vor, die Eisenbahngesellschaften zur Ausgabe von neuen Werthpapieren im Belaufe von 214 Millionen zu ermächtigen. Die vorhandene Krise habe, äußert derselbe, ihren allgemeinen Charakter verloren; die letzten Einzahlungen reichten bis zum Monat Februar 1857, späterhin würden Kapitalien leicht zu erlangen seyn. Wenn das Schienennetz nordwärts der Dauphinée vervollständigt sey, werde man zur Ausführung des Pyrenäennetzes schreiten.

(T. D. d. Köln. Z.)

Spanien.

Madrid, 25. Novbr. Die Provinzial-Junta, welche sich gestern versammelt, hat in Rücksicht auf die Theurung der Lebensmittel folgende zwei Beschlüsse gefaßt: 1) einen Vorrath von ausländischem Getraide anzukaufen und bereit zu halten, und 2) Belohnungen an Geld denjenigen Kaufleuten zukommen zu lassen, welche es über sich nehmen würden, Ankäufe von Getraide im Auslande zu machen. — Das Brod mit einem Beisatze von 30 Prozent Kartoffelmehl will den Madridern nicht munden, und es stellt sich heraus, daß es die Armen vorziehen, die Hälfte und reines Brod zu essen. (Köln. Z.)

Madrid, 26. Nov. Der Zwist zwischen den Geschwistern des Königs und dem Hofe, weit entfernt, ausgeglichen zu werden, gewinnt eher an Erbitterung. Es ist bekannt, daß Don Franzisko, der Vater des Königs, sich in zweiter Ehe mit einer gewissen untergeordneten Schauspielerin von bescholtenem Lebenswandel vermählte, — ein Schritt, der seine Verbannung aus der Hauptstadt zur Folge hatte. Nicht nur hat Don Franzisko seinen Töchtern eine zweite Mutter gegeben, die ihrer nicht würdig war, sondern er bemächtigte sich widerrechtlicher Weise ihres Vermögens, das ihnen von ihrer Mutter Carlotta hinterlassen wurde; ebenso wurden sie durch den König verkürzt, der eine neapolitanische Erbschaft zur Theilung mit seinen Geschwistern erhielt und sich dieses Geschäftes zu überheben für gut erachtete. Die beeinträchtigten Infanten nahmen zu den Gesetzen des Landes ihre Zuflucht; ein Rechtsgelehrter von anerkanntem Verdienste nahm die Sache in die Hände, und es war unzweifelhaft, daß die Infanten ihr Recht behaupten würden, als der ganze Knoten dadurch zerhauen ward, daß alle drei aus der Hauptstadt des Landes verwiesen wurden. Der König wußte zu diesen Gewaltmaßregeln gegen seine und ihre Familie die Königin und das Ministerium O'Donnell zu vermögen. Der Gemahl der Infantin Josepha, Graf Gurowski, ein Pole von Abstammung, wurde sogar, wenn ich gut unterrichtet bin, über die Gränze gebracht; freilich sind gegen denselben Anklagen, die ihn allein betreffen, erhoben worden. Verwiesen und zur Dürftigkeit verurtheilt, suchen die Infanten begreiflicher Weise Mittel und Wege, um aus dieser schlimmen Lage herauszukommen. Natürlich, daß jeder ihrer Schritte auf's sorgsamste überwacht wird. Mit diesen Verhältnissen ist die Nachricht der Novedades in Zusammenhang zu bringen, daß dem Infanten Don Enrique de Bourbon der Befehl zugegangen, sich unverweilt aus Zamora zu entfernen. Diese Angabe ist übrigens in so fern nicht richtig, als sich der Prinz gar nicht in Zamora, sondern in Salamanka, befindet, und keineswegs den Auftrag, sich zu entfernen, erhalten hat, sondern so lange dort zu verbleiben, bis ihm Ihre Majestät die Erlaubniß, den Ort zu verlassen, geben würde. (Köln. Z.)

† Madrid, 27. Nov. Die „España“ berichtet, daß Befehl ertheilt wurde, daß die Kaffeehäuser und andere öffentliche Etablissements Madrids um 1 Uhr Nachts geräumt und geschlossen werden müssen. Dasselbe Journal sagt: Wir erfahren, daß obere Provinzial-Regierungsbehörde den Personen, welche vor einiger Zeit im Kaffeehause del Principe verhaftet wurden, Genugthuung gab. Unter denselben befand sich unser alter Freund und gelehrter Mitarbeiter, Hr. Ramon de Echevarria, der doch gewiß nicht in die Kategorie der Verschwörer und Regierungsfeinde gestellt werden kann. Manchesmal überschreiten die Agenten die Instruktionen der Behörden und führen bedauerliche Vorfälle herbei.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 3. Dezember. Die Steigerung sämmtlicher Effekten machte heute weitere Fortschritte und waren die Umsätze von großer Bedeutung, namentlich wurden österr. Credit-, Staatsbahnaktien und 1¼ pCt. Spanier zu bedeutend höheren Coursen verhandelt. Der Schluß der Börse war jedoch matter.

Providentia wurde zu 105¼ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 80 P. 79¼ G. 5pCt. Lombard-Ven. 90¼ P. 89¾ G. Metall. alte à 5pCt. 78¼ P. 77¾ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87¼ P. 86¾ G.; à 4½ pCt. 68⅞ P. 63⅗ G.; à 4pCt. 60½ P. 60 G.; à 3pCt. 47 P. 46½ G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57½ P. 57 G. **Preussen.** 3½ pCt. Staatsschuldscheine 81½ P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3½ pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 95¼ P. 94¾ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P 94¾ G.; 4½ pCt. 101½ P. 101 G.; 5pCt. 100⅝ P. 100⅕ G. **Württemberg.** 3½ pCt. Obligationen b. R. 92¼ P. 91¾ G.; 4½ pCt. 103¼ P. 102¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½ pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 99¼ P. 98¾ G.; 4½ pCt. 102 P. 101½ G. **Nassau.** Obligationen à 3½ pCt. 90 P. 89½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼ P. 80¾ G.; à 3½ pCt. 90½ P. 90 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld

37 7/8 P. 37 5/6 G.; 4 1/4 pCt. neue 24 1/16 P. 23 25/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4 pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1205 P. 1203 G. Neue Bankaktien 332 P. 327 G. Credit-Actien à 5 pCt 220 1/2 P 218 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 369 P. 367 G.; junge 330 P. 328 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 499 P. 494 G. Mitteldeutsche Creditbank 97 3/4 P. 97 1/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 102 1/2 P. — G. Frankf. Bankaktien 111 1/4 P. 111 G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 515 P. 510 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 570 P. 565 G.

Eisenbahn-Actien.

5 pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 311 P. 309 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 144 P. 143 1/2 G. Neustadt-Weissenb. 104 1/8 P. 103 7/8 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/4 P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 353 P. 351 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 79 G. 78 1/2 P. Florenz-Livorno E. B. A. à 4 pCt. 78 3/4 P. 78 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 3/4 P. 92 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 119 P. 118 1/2 G.; à fl. 250 mit 4 pCt. von 1854 104 7/8 P. 104 3/8 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 116 3/4 P. —— G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 1/2 P. 49 1/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117 1/2 G. à fl. 25 35 1/4 P. 34 3/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. — P. 38 3/4 G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/2 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. —— P. —— G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 101 P. —— G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118 1/4 P. 118 G.
Augsb. fl. 100 k. S. —— P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99 5/8 P. 99 3/8 G.
Berlin Thlr. 60 k. S. —— P. 104 7/8 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/2 P. 93 1/4 ..
Cöln Thlr. 60 k. S. —— P. 104 7/8 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96 3/4 P. —— G.	Wien fl. 100 C. k. S. 113 1/4 P. 113 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88 3/4 G.	Wien 3 M. mit 5% 113 P. 112 3/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Discouto — P. 5 pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 2. Dezbr. Durch allerhöchste Entschließung vom 29. vor. Mts. sollen die dermalen bestehenden Besoldungsklassen der Kanzleisekretäre 2. Klasse, Unterärzte 2. Kl., Unterquartiermeister 2. Kl., Unterapotheker 3. Kl. und Unterveterinärärzte 2. Kl. nach Maßgabe der sich ergebenden Abgänge in denselben eingehen, — sowie daß bei den Regimentsveterinärärzten auch wie bei diesen gleichkommenden Graden der übrigen Militärbeamten zwei Besoldungsklassen eingeführt werden sollen.

Aus dem neuesten Armeebefehl entnehmen wir für heute folgendes: Ernannt werden: zum Platzstabsoffizier: der Major E. Vogel vom 15. Inf.-Reg. bei der Kommandantschaft Landau mit dem Charakter als Oberstlieutenant; zu Platzadjutanten: die Rittmeister Max Frhr. v. Thünefeld vom 1. Chev.-Reg. bei der Kommandantschaft Nürnberg, und C. Molitor vom 5. Chev.-Reg. bei der Kommandantschaft München, dann der Unterlieutenant A. Graf v. Leyden vom 6. Chev.-Reg. bei der Kommandantschaft Ludwigshafen.

Befördert werden: zu Generalmajoren: die charakterisirten Generalmajore Mich. Ritter v. Schuh, Kommandant des Kadetten-Korps, und Fr. Passavant, Vorstand der Administrations-Kommission der Militär-Fohlenhöfe; zum Oberst: der charakterisirte Oberst Jos. Lehmair, Referent im Kriegsministerium, mit der Uniform der Kommandantschaften; zu Oberstlieutenants: die Majore Max v. Steinsdorf im General-Quartiermeisterstab, C. Graf zu Pappenheim vom 5. Chev.-Reg. im 2. Chev.-Reg., K. Frhr. v. Leoprechting, Vorstand der Landgestütsverwaltung, im 2. Kür.-Reg. F. Graf v. Bothmer im 3. reitenden Art.-Reg., J. Schmölzl bei der Zeughaushauptdirektion, und H. Häring im Genie-Stab; zu Majoren: die Hauptleute Alph. Haller im Generalquartiermeisterstab, Phil. Straub vom 5. Inf.-Reg. im 14. Inf.-Reg., K. Ritter v. Schmädel vom 3. Inf.-Reg. im 7. Inf.-Reg., Cl. Graf v. Joner-Tettenweiß im 15. Inf.-Reg., der Rittmeister Fried. Frhr. v. Behaim vom 2. Chev.-Reg. im 2. Kür.-Reg., Aug. Krämer und Alex. Graf v. Wolkenstein-Rodenegg im Genie-Stab; zu Hauptleuten 1. Klasse: die Hauptleute 2. Klasse H. Frhr. v. Drechsel auf Deufstetten im topographischen Bureau des Generalquartiermeisterstabes, Fried. Frhr. v. Reitzenstein, Platzadjutant bei der Kommandantschaft Ingolstadt, H. Schmitt im 5. Inf.-Reg. J. v. Brückner im 8. Inf.-Regiment, Joseph Hoderlein im 6. Inf.-Regiment, K. Roppelt im 10. Infant.-Regiment, P. Dörmühl im Inf.-Leib-Reg., Herm. Greger im 3. Inf.-Reg., X. Bram im 15. Inf.-Reg., Max Graf v. Spreti im 12. Inf.-Reg., Fr. Frhr. v. Treuberg im 8. Inf.-Reg., A. v. Moor im 15. Inf.-Reg., Fr. Murmann im 6. Inf.-Reg. C. Frhr. v. Crauß im 3. Inf.-Reg., Adolph Rudolf im 12. Inf.-Reg., Joh. Weininger im 11. Inf.-Reg., Adal. Bechtold im 14. J.-R., Franz v. Tausch im 3. Jäg.-Bat., Alex. v. Gilardi im 8. Inf.-Reg., die Oberl. Jos Ritter v. Vollmar auf Veltheim im 1. Art.-R., A. Friedlein, Wilh. Forster, J. Kebl u. G. Kollmann im Geniestab; zu Oberkriegskommissären 2. Klasse: die Kriegskommissäre und funktionirenden Oberkriegskommissäre Fr. Helfreich und D. Simon bei der Militärrechnungskammer; zum Stabsarzt: der Regimentsarzt 1. Kl. Dr. Matthäus Haner vom 3. Inf.-Reg. bei der Kommandantschaft Landau; zu Kriegskommissären: der Kriegsrechnungskommissär Wilhelm Pfeiffer bei der Gewehr-Direktion, dann die Regimentsquartiermeister 1. Klasse Michael Merkl von der Militärrechnungskammer als Buchhalter bei der Hauptkriegskasse und Stanislaus Loy im Kriegsministerium; zu Regimentsquartiermeistern 1. Klasse: die Regimentsquartiermeister 2. Klasse J. Stengel, charakterisirter Hauptmann, bei der Leibgarde der Hartschiere, M. Breinfalt im 11. Inf.-Reg., Fr. Lang bei der Mil.-Rechn.-Kammer, Urban Sieben im Inf.-Leib-Reg., Ph. Säuberlich bei der Mil.-Rechn.-K., A. Bergmann bei der Kommandantschaft Landau, Jak. Gölz, C. Splitgerber, Wilh. Bätz bei der Mil.-Rechn.-Kammer, Joh. Lailig im 12. Inf.-Reg., Jak. Dreer im 15. Inf.-Reg. und Nik. Graßer im Genie-Reg.

Charakterisirt werden: als Generallieutenant der charakterisirte Generalmajor Fried. Frhr, v. Magerl, Kommandant der Stadt Passau und der Veste Oberhaus; als Obersten: die Oberstlieutenants Andreas Ekl von der Kommandantschaft München, und Max v. Pernat, Kommandant der Veteranenanstalt; als Oberstlieutenants: die pensionirten Majore Friedr. Werther und Wilh Zieglwalner; als Majore: die Hauptleute Max v. Orthlieb und Heinr. Fick vom topographischen Bureau des Generalquartiermeisterstabes, Freiherr v. Welden von der Gendarmerie-Kompagnie von Schwaben und Neuburg; die pensionirten Hauptleute Joh. Keim, Mel. Dillmann, Konrad Zerwick, Gustav Frhr. v. Crailsheim, Karl Ritter v. Rogister, Jos. Götz und Thomas Ehrlich.

In der Festung Landau hat sich vom 1. Januar 1857 an nach den hierfür bestehenden Vorschriften eine Ober-Sanitäts-Kommission zu bilden, welche dem Truppen-Korps-Kommando in der Pfalz unterstellt wird.

Dem Unterlieutenant K. Keßler vom 14. Inf.-Reg. wurde die Entlassung aus dem Heere bewilligt; der temporär pensionirte Unterlieutenant G. Lurtz bleibend im Ruhestand belassen.

(Verordnungsbl.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

☞ **Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."**
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 338.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 5. Dezember 1856

Deutscher Bund.

Frankfurt, 30. Nov. Unter den neuesten Eingaben beim Bundestage dürfte eine von Cannstatt, 30. Sept. 1856, datirte Reklamation zu nennen seyn, zu Anfang dieses Monats überreicht von dem großh. badischen Geheimerath Frhrn. Wilh. v. Wöllwarth-Lauterburg, als Bevollmächtigten von Mitgliedern vormals reichsritterschaftlicher Familien aus dem Königreich Württemberg, wegen Beeinträchtigung ihres garantirten Rechtszustandes daselbst, und im Anschluß an die durch den Bundesbeschluß vom 25. Okt. 1855 verbeschiedene Beschwerde der vormals reichsständischen Häuser. (A. Z.)

Bayern. (Schluß des Armeebefehls.) Ernannt wurden: zu Unterverwaltern 2. Klasse in provisorischer Eigenschaft: die Funktionäre K. Renz aus Pfullingen im Königreich Württemberg beim Fohlenhof Fürstenfeld, Wilh. Rümelein aus Regensburg beim Fohlenhof Achselschwang und Fr. Merkl aus Passau beim Fohlenhof Benediktbeuern.

Reaktivirt wurde: Gust. Hoffmann im 1. Inf.-R.

Befördert wurden, zu Hauptleuten 2. Klasse: Max. Frhr. v. Pechmann vom 1. Inf.-Reg. im 1 Jäg.-Bat, A. v. Dieß im 14. Inf.-Reg, Gg. Frhr. v. Zündt und Joseph Momm im 15. Inf.-Reg., Ad. Koblermann im 5. Inf.-Reg., Max. v. Heckel vom 8. im 6. Inf.-Reg, Ed. Muck vom 1. im 3. Inf.-Reg., Max. v. Schlichtegroll im 2. Inf.-Reg., Max. v. Parseval vom Inf.-Leib-Reg. im 2 Jäg.-Bat., Gabr. Eberth im 11. Inf.-Reg., C. Rümmelein im 10. Inf.-Reg., Max. Schenk im 2. Jäg.-Bat., Max. Schönseßl vom 8. Inf.-Reg. im 2. Jäg. Bat., Aloys Meinzweig im 3. Inf.-Reg., Ad. Luzzenberger vom 1. im 15. Inf.-Reg, Xav. Wagner vom 7. im 10. Inf. Reg., Ed. v. Baur-Breitenfeld vom 1. im 15. Inf. Reg, Ed. Oesterreicher im 6. Inf.-Reg; zum Oberlieutenant und Premier-Brigadier: der Unterlieutenant und Sous-Brigadier Sim. Münzing in der Leibgarde der Hartschiere; zu Oberlieutenants: die Unterlieutenants Adam Sartorius bei der Gendarmerie-Komp. der Pfalz, Max. Hoffmann vom 1. im 3. Jäg. Bat, Gust. Gabler und Heinr. Rößler im 6. Inf.-Reg., C. Muck im 1. Inf.-Reg., Jos. v. Tettenborn vom 12. im 15. Inf.-Reg., Alb. Ritter v. Cammerloher im 2. Jäg.-Bat., C. Birkmann im 14. Inf. Reg., Albin Roth im 1. Inf. Reg.. Albin Oertel im 11. Inf.-Reg, Edgar Frhr. v. Harold im Inf.-Leib-Reg., Ad. Erhard und Otto Kunstmann im 1. Inf.-Reg, Theod. Eppler im 11. Inf.-Reg., Gg. Schleicher vom 3. im 7. Inf.-Reg., Rob. Ritter v Xylander vom 3. im 10. Inf.-Reg., Otto Correck im 15. Inf Reg., Joseph Müller im 5. Inf.-Reg., Ludw. Fridmann, Bat-Adjutant, im 13 Inf.-Reg., Rud. Winneberger im 8 Inf Reg., Friedr. v. Berg, genannt Schrimpf, im 5. Inf.-Reg., Gg. Gülde vom 2. Inf.-Reg. im Inf. Leib-Reg., Max. Eichenauer, Bat.-Adjutant, im 12. Inf. Reg., Ludw. Winneberger vom 8. im 5. Inf. Reg., Wilh. Müller im 1. Art.-Reg., Carl Ritter v. Moy, Ordonnanz-Offizier, vom 1. Art.-Reg. im 3. reitenden Art.-Reg., Friedr. Fuchs und Aug. Michell vom Genie Stab im Genie-Reg., dann Ad. De Ahna und Ernst Lorenz vom Genie-Reg. im Genie-Stab; zum Unterlieutenant und Sous-Brigadier: der Fourier Andr. Pfeiffer in der Leibgarde der Hartschiere; zu Unterlieutenants: die Junker Ludw. Delpy v. La Roche im Inf. Leib Reg., Walter Graf v. Buttler im 6. Jäg.-Bat., Friedr. Freiherr v. Zu-Rhein vom 2. Inf. Reg im 2. Jäg.-Bat., Aug. Lingg im 1. Inf.-Reg, C. Häffner im 11. Inf.-Reg, Gg. Petzoldt vom 15 im 6. Inf. Reg., Adalb. Pruner im 10. Inf.-Reg., Ad. Plötz im 4 Inf.-Reg., Friedr. v. Brunnenmayr vom 11. im 8. Inf.-Reg., C. Diez im 12. Inf.-Reg., L. Endres im 1. Art.-Reg.; zum Ministerialsekretär 1. Klasse: der Min.-Sekretär 2. Kl. Jos. Gundermann im Kriegsministerium; zum Ministerialsekretär 2. Klasse: der Rechnungsregistrator Fr. Velden von der Militärrechnungskammer im Kriegsministerium; zu Regimentsärzten 1. Klasse: Dr. C. Sorg im 10. Inf.-Reg., Dr. Jak. Büttner im 8. Inf. Reg., Dr. Fr. Stadelmeyer im 11. Inf.-Reg., Dr. Fr. Kühn im 13. Inf.-Reg., Dr Leop. Bauriedl im 1. Inf. Reg., Dr. Moriz Feldheim im 6. Chev.-Reg. und Dr. Alex. Pracher im 3. Chev.-Reg.; zu Regimentsärzten 2. Klasse: die Bat.-Aerzte Dr. Jos. Denk vom 10. Inf.-Reg. bei der Kommandantschaft Germersheim, Dr. Gg. Müller vom 1. im 5. Chev.-Reg. und Dr. C. Primbs vom 2. Kür.-Reg. im 3. Inf.-Reg.; zu Regimentsquartiermeistern 2. Klasse: die Bat.-Quartiermeister Bapt. Hilter von der Kommandantschaft Augsburg im 1 Chev.-Reg., Joh. Kiefl bei der Kommandantschaft Ingolstadt, Leonh. Riegauer von der Garn.-Komp. Nymphenburg bei der Militär-Fonds-Komm., Sigm. Schübeck bei der Kommandantsch. Nürnberg, Andreas Verfl vom 4. Jäg.-Bat. im 13. Inf.-Reg, Chr. Altschuh von der Komm. Germersheim im 2. Kür.-Reg., Eduard Karl beim Armee-Montur-Depot; zu Regimentsauditoren 1. Klasse: die Regimentsauditore 2. Kl. Th. Mühlbauer im 3. Inf.-Reg., Alb. Martin bei der Kommand. Landau; zu Regimentsauditoren 2. Klasse: die Bataillonsauditore Gg. Ihrl im Inf.-Leib-Reg., Jos. Gartner im 15. Inf.-Reg., Ant. Krapp im 5. Inf.-Reg., C. Yelin im 4. Chev.-Reg., Aug. Schamberger vom 3. Jäg.-Bat. im 6. Inf.-Reg.; zum Oberapotheker 1. Klasse: der Oberapotheker 2. Kl. C. Eschenlohr bei der Mil.-Rechn.-Kammer; zu Regimentsveterinärärzten 1. Kl.: die Regimentsveterinärärzte 2. Kl. Conr. Mechs im 1. Kür.-Reg., Jak. Jamin im 4. Chev.-Reg.; zum Divisionskommandosekretär: der Kanzleisekretär 1. Kl. Andr. Mey im Kriegsministerium; zu Bataillonsärzten: die Unterärzte 1. Kl. Dr. Erdm. Hoffmann im 6. Chev.-Reg.. Dr. Herrm Heynich im 10. Inf. Reg., Dr. Ed. Fuchs im 1. Kür.-Reg, Dr. Carl Maurer im 4 Jäg.-Bat, Dr. Jos. Greb im 4. Chev.-R; zu Bataillonsquartiermeistern: die Unterquartiermeister 1. Klasse Jul. Ottmann bei der Kommand. Bayreuth, Xav. Brückner bei der Zeughaus-Haupt-Direktion, Mich. Grafenberger im 6 Chev.-Reg., Casp. Peppel im 8. Inf.-Reg, Seb. Schmalzl im 2. Chev.-Reg., Aug. Recknagel im 1. Jäg.-Bat., Ludw. Trentini von der Gend.-Komp von Niederbayern im 5. Jäg.-Bat, Gg. Fränkel von der Kommand. Rosenberg im 3. Chev. Reg, Leonh. Sirl im 4. Chev.-Reg, Jos. Rast im 1 Art.-Reg, Ferd. Beckh im 1. Kür.-Reg., Wilh Feiler im 6 Jäg.-Bat., Aloys Schneider von der Gend.-Komp. von Oberbayern im 4 Jäg.-Bat.; zu Verwaltern 2. Klasse: die Unterverwalter 1. Kl. Joh Enzensberger beim Fohlenhof Schwaiganger, Gg. Rist beim Fohlenhof Achselschwang, Ad. Linbrunn beim Fohlenhof Benediktbeuern; zu Bataillonsauditoren: die Unterauditoren Leop Gutmayr im 6 Jäg.-Bat, Max. Schleicher bei der Kommand Augsburg; zum Unterapotheker 1. Klasse: der Unterapotheker 2 Klasse C. Schmid bei der Kommand. Nürnberg; zu Kanzleisekretären neuer Ernennung: die Kanzleisekretäre 2. Kl. Marquardt Bayr beim Generalauditorial, Nep. Berger von der Kommand. Ingolstadt im Kriegsministerium, Ant. Löwenheim bei der Kommand. München, Max. Gesserelli vom Kriegsminister. beim Gen.-Aud., Fr. Beck beim Gendarmerie-Korps-Kommando; zu Unterärzten neuer Ernennung: die Unterärzte 2. Klasse Dr. Ernst Solger bei der Kommandantschaft Germersheim, Dr. K. Horlacher bei der Kommandantschaft München, Dr. Joh. Waltl von der Kommandantschaft Ingolstadt im 10. Inf.-Reg., Dr. August Camerer von der Kommandantschaft Nürnberg im 1. Chevaurleger-Regiment, Dr. Franz Mohr bei der Kommandantschaft Landau, Dr. Edmund Kunstmann bei der Kommandantschaft München, Dr. Heinrich Hell von der Kommandantschaft Augsburg im 15. Inf.-Reg., Dr. A. Reisenegger bei der Kommandantschaft Ingolstadt, Dr. Theod. Al-

bert bei der Kommandantschaft Landau, Dr. Anton Buchetmann bei der Kommandantschaft München, Dr. Christoph Henke bei der Kommandantschaft Germersheim und Doktor Peter Müller bei der Kommandantschaft Augsburg; zu Unterquartiermeistern neuer Ernennung: die Unterquartiermeister 2. Klasse W. Schwarzkopf vom 3. Chev.-Reg. bei der Kommandantschaft der Veteranen-Anstalt, G. Sorg bei der Kommandantschaft Bamberg, K. Müller bei der Gendarmerie-Kompagnie von Oberfranken, F. Münch bei der Gendarmerie-Kompagnie von Mittelfranken, H. Petzl bei der Gewehrfabrik-Direktion, G. Lesche bei der Kommandantschaft München, B. Fürsich bei der Zeughaus-Hauptdirektion (Gieß- und Bohrhaus), J. Lehner bei der 1. Sanitäts-Kompag., Ferd. Grundler bei der Gendarmerie-Kompagnie der Oberpfalz und von Regensburg, A. Carl bei der Militär-Rechnungskammer, B. Sturm bei der Gend.-Komp. von Schwaben und Neuburg, J. Utz vom 10. Inf.-Reg. bei der Gend.-Komp. von Niederbayern, G. Umthammer im Kadeten-Korps, Wilhelm Aschauer im 1. Art.-Reg., A. Gradl bei der Zeughaus-Hauptdirektion Ferd. Pansch vom 5. Inf.-Reg. bei der Kommandantschaft Rosenberg, E. Gradr im Gen. Reg., O. Du Bois vom 6. Inf.-Reg. bei der Garn.-Komp. Nymphenburg, L Würth von der Kommandantschaft München bei der Gend.-Komp. von Oberbayern, K. Raps im 2. Kür.-Reg., J. Buchmann bei der Gend.-Komp. der Pfalz, F. Eichelsbacher im 2. Art.-Reg., Wolfg. Bulling vom 1 Inf.-Reg. bei der Kommandantschaft Nürnberg, W. Speiser im 1. Inf.-Reg., A. Hahn im 11. Inf.-Reg, A. Höchner im 13. Inf.-Reg.; zu Unterverwaltern 1. Klasse: die Unterverwalter 2. Klasse Fr. Ragner beim Fohlenhof Steingaden und T. Willer beim Fohlenhof Schwaiganger; zu Unterapothekern 2. Klasse: die Unterapotheker 3. Klasse M. Grazioti bei der Kommandantschaft München, A. v. Schintling bei der Militär-Rechnungskammer, Aug. Kitzing bei der Kommandantschaft Augsburg, K. Bader bei der Kommandantschaft Ingolstadt, L. Bromberger bei der Kommandantschaft Nürnberg, E. Hörmann bei der Kommandantschaft Landau und M. Steichele bei der Kommandantschaft Germersheim, letztere Beide in provisorischer Eigenschaft; zu Unterveterinärzten neuer Ernennung: die Unterveterinärzte 2. Klasse G. Raab im 3. Chev.-Reg., Nepomuk Müller im 3. reitenden Art.-Reg., F. Steinhäuser im 5. Chev.-Reg., W. Flink beim Fohlenhof Achselschwang; Richard Greger im 1. Chev.-Reg., P. Marggraff beim Fohlenhof Steingaden und J. Peither im 1. Kür.-Reg.

Versetzt werden: die Majore Math. Schmauß vom Geniestab zum Genie-Reg., A. Frhr. v. Seckendorff vom 2. Chev.-Reg., Taxis, zum 5. Chev.-Reg., Ant. v. Mayer vom 2. Kuir.-Reg. zum 1. Kuir. Reg.; die Hauptleute C. Graf v. Stralenheim-Wasabourg vom 1. Inf.-Reg. zum 6. Jäg.-Bat., Th. Ritter vom 14. Inf.-Reg. zum 3. Jäg.-Bat., Jos. Schwalb vom 5. zum 14. Inf.-Reg., K. Halder von der 2. Ouvr.-Komp. zum 1. Art.-Reg., H. Frhr. v. d. Tann und C. Göbel vom 1. Art. Reg. zum 3. reit. Art.-Reg., Joseph Maillinger, Adj des Generallieutenants und Div.-Komm. L. Frhrn. v. Hohenhausen vom 8. Inf.-Reg. zum 4. Jäg.-Bat, A. Ritter v. Oswald vom 15. zum 3. Inf.-Reg, L. Frhr. v. Pöllnitz vom 2. zum 4 Jäg.-Bat., Ed. Windisch, Adj des Generallieut. Keller Frhrn. v. Schleitheim vom Geniestab zum Genie-Reg., und H. Körbitz vom 13. zum 6. Inf.-Reg.; die Rittmeister M. v. Bieber vom 4. zum 3. Chev.-Regim, Ed. v. Lilier vom 5. zum 2. Chev.-Reg., Fr. Frhr. v. Esebeck vom 3. Chev. Reg zum 2. Kuir.-Reg.; die Oberlieutenants Aug. v. Grundherr vom Genie-Reg. zum Genie-Stab, Carl Frhr. v. Großschedel vom 13. Inf. Reg. zur 2. Sanitäts-Komp., C. v. Gropper vom 11. zum 4. Inf.-Reg., Max v. Mayer vom 5. Inf.-Reg. zum 2. Jäg.-Bat., F. Kreutzer von der Gensd.-Komp. der Pfalz zur Gensd.-Komp. von Oberbayern, J. Zieglwalner vom 12. zum 15. Inf.-Reg., und J. Pfistermeister von der Gensd.-Komp. von Oberbayern zur Gensd.-Komp. der Haupt- und Residenzstadt München; die Unterlieutenants L Maillinger von der Gensd.-Komp. der Haupt- und Residenzstadt München zur Gensd.-Komp. der Pfalz, Fr. Hübner vom 10. zum 11. Inf.-Reg., L. Schreiner und Mor. Schäffer vom Genie-Stab zum Genie-Reg, Sigm. Zehrer vom 15. Inf. Reg. zur 1. Sanitäts-Komp., Fr Hertlein vom 5 zum 6. Chev. Reg., Oscar Kolb vom 7. Inf.-Reg. zum 1. Jäg. Bat., Max Rupprecht vom Genie-Stab zum Genie-Reg., Fr. Angermaier vom 2. zum 1. Inf. Reg., Reinh. Brunner vom 7. zum 6. Inf.-Reg., J. Macco vom 7. zum 10. Inf.-Reg., J Ritter v. Mann vom Inf.-Leib-Reg. zur 1. Sanitäts-Komp, Max Graf v. Holnstein aus Bayern vom 13. zum 6. Inf.-Reg; die Junker August v. Schleich vom 8. Inf.-Reg. zum Inf.-Leib-Reg., C. Oehl vom 2. zum 3. Chev.-Reg., Ed. Graf v. Khuen-Belasi vom 4. Chevauxlegers-Regiment und Otto Frhr. v. Heideck genannt Heidegger vom 2. zum 1. Kuirassier-Regiment; der Regimentsarzt Dr. Fr. Wigand vom 5. Chev.-Reg. zur Kommandantschaft Nürnberg; Lud. Pruckner vom 2. Cuir.-Reg. zur Kommandantschaft Germersheim, Fr. Schricker vom 3. Chev.-Reg. zur Militär-Rechnungskammer, G. Güßregen vom 10. Inf.-Reg., dann Joh. Götzelmann vom 13. Inf.-Reg. zur Militär-Rechnungskammer; die Divisions-Kommando-Sekretäre Seb. Bernhard vom Kriegsministerium als funktionirender Rechnungs-Registrator zur Militär-Rechnungskammer, H. Töpfer von der Hauptkriegskasse zum Geniekorps-Kommando, Lor. Stübinger vom 1. Armee-Divisions-Kommando zur Administrations-Kommission der Militär-Fohlenhöfe; die Kanzlei-Sekretäre Ferd. Frhr. v. Lerchenfeld-Aham vom Kriegsministerium zum Generalauditoriat, Jul. Schmitz von der Zeughaus-Hauptdirektion zur Kommandantschaft Augsburg; die Unterärzte Dr. Gust. Rösch v. 6. Jäger Bat. zum 8. Inf.-Reg., Dr. Dav. Ullmann vom 2. Jäger-Bat. zum 12. Inf.-Reg., Dr. Rob. Schwertfeger vom 3. Jäger-Bat. zum 13. Inf.-Reg., Dr. Otto Gumbinger vom 1. Jäger-Bat. zum 5. Inf.-Reg., Dr. Ludw. Bürchner vom 15. Inf.-Reg. zum 2. Cuir.-Reg.; der Unterauditor Max Stritzl vom 6. Inf.-Reg. zum 3. Jäger-Bat., die Regiments-Kanzlei-Aktuare Georg Kaspaitzer vom Gend.-Korps-Kommando zur Kommandantschaft Nürnberg und Oskar Rickerl vom Kriegsministerium zur Kommandantschaft Ingolstadt; die Reg.-Aktuare Max Weingärtner v. 13. Inf.-Reg. zum 1. Cuir.-Reg., Ant. Hoffmann vom 8. Inf.-Reg. zum 1. Inf. Reg., K. Schrankenmüller von der Kommandantschaft Germersheim zur Kommandantschaft Landau, Jak. Graf vom 6. Chev.-Reg. zur Kommandantschaft Bamberg und Aug. Herzog vom 5. Chev.-Reg. zur Kommandantschaft Bayreuth (Verordnungsbl.)

Preußen. Berlin, 1. Dez. Der arretirte oder sistirte Engländer, Hr. Morris Moore, befand sich nach seiner Freilassung bis heute noch in Berlin. Eine Polemik eigener Art wird nunmehr beginnen, nachdem durch die „Times“ die Beschwerde des „Sistirten“ gegen den englischen Gesandten in Berlin bekannt geworden ist, den er ein zum leeren Flitterstaat dienendes Anhängsel eines fremden Hofes nenut; zugleich deutet die Erklärung in der Times an, daß Prinz Albert die Verfolgungen gegen Moore direkt veranlaßt habe — alles Dinge, zu denen nicht geschwiegen werden kann. Aber auch Herr Moore kann nicht schweigen, da sein erbitterter Gegner, der Direktor Waagen in Berlin, in hiesigen Blättern eine Erklärung veröffentlicht hat, wie man sie nicht alle Tage zu lesen bekommt. Unter anderm wirft er ihm vor, daß er nach seinen eigenen Aeußerungen gegen Dr Eggers, den Redakteur des Kunstblattes, nach Berlin gekommen sey, um die Geheimnisse seines Privatlebens und seiner amtlichen Thätigkeit bei Verwaltung der Gemäldegallerie auszuforschen, und daß er für diesen Zweck einer Person Geld angeboten habe. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 29. Novbr. Der Bundesrath ist noch einmal in den Fall gekommen, die vom König von Preußen verlangte Freilassung der Neuenburger Gefangenen abzulehnen, und zwar dieses Mal in Folge des von General Dufour über seine Mission erstatteten Berichtes. Der Kaiser der Franzosen scheint nämlich auf der Ansicht zu bestehen, daß die vorgängige Freilassung einzig als günstige Grundlage für weitere Verhandlungen betrachtet werden könne. Es ist aber beizufügen, daß die Freilassung nicht absolut verworfen ist. Die aus offiziellen Quellen fließenden Motivirungen der bezüglichen Beschlüsse des Bundesrathes, wie hier angesehene Blätter sie mittheilen, geben darüber genügenden Aufschluß. (Köln. Z.)

Der Bundesrath hat dem Militärdepartement einen Kredit von 230,000 Fr. zur Anschaffung verschiedener Brodfrüchte eröffnet. (Basl. Z.)

Frankreich.

* Paris, 1. Dezbr. Die lang erwartete Ausgleichung der vorhandenen Schwierigkeiten steht also in Aussicht. Die von uns angekündigte Veränderung in den Ansichten des englischen Kabinets in Bezug auf das Zusammentreten des Kongresses bestätigt sich. Man will in politischen Kreisen hier wissen, — auch englische Blätter haben Aehnliches angedeutet — daß die Furcht vor der Möglichkeit eines Toryministerium Lord Palmerston mit zur Nachgiebigkeit in diesem Punkte bestimmt habe. Als Beweis wird die Anwesenheit von Disraeli in Paris und dessen mehrstündiger Besuch auf dem auswärtigen Amte angeführt und man fügt hinzu, daß Graf Persigny seinerseits einen Besuch bei Lord Derby in Knowssey gemacht habe. — Zur Ver-

ehrung der guten Stimmung in Folge dieser politischen Nachrichten hat die Veröffentlichung des Berichtes über die Lage unserer Eisenbahnen nicht wenig beigetragen.

* Paris, 2. Dezbr. Die Regierung ist damit beschäftigt, die vollständigsten Berichte über den Ausfall der jüngsten Ernte und über die Hoffnungen der nächsten sammeln zu lassen. Die Agrikulturräthe sollen zusammenberufen werden, um über diesen interessanten Gegenstand genaue Auskunft zu geben. Die Präfekten sind eingeladen worden, die Hülfsmittel bekannt zu geben, über die jedes Departement während des Winters verfügen kann.

* Man sagt, daß eine gewisse Anzahl von Generalen, welche das erforderliche Alter erreicht haben, in Disponibilität gesetzt werden sollen, um jüngeren Generälen Platz zu machen. So sagt man, daß General Sauboul, der in den Invaliden befehligt, durch General Cattaro ersetzt werden soll.

Spanien.

Madrid, 27 Nov. Einer glaubwürdigen Mittheilung zufolge, die mir zugeht, wäre die Zurückberufung der Söhne des Don Carlos, wenigstens für den Augenblick, gänzlich aufgegeben. Es wird mir die Versicherung gegeben, daß die Königin auch nur davon zu sprechen verboten, daß die Carlisten am Hofe gänzlich in Ungnade gefallen und daß der König den Einfluß, den er in der letzten Zeit zu gewinnen gewußt, wieder eingebüßt, obgleich er ein gewisses verfängliches Schreiben von der Hand der Königin noch immer in Händen hat, das herauszugeben er auf's entschiedenste sich weigert. Der Grund dieser veränderten Stellung ist der Beweis, welcher der Königin geliefert worden seyn soll, daß es bei der Verschmelzung der beiden Familien wirklich auf ihre Thronentsagung abgesehen sey. Narvaez, der durch thätige Freunde in den Besitz gewisser Dokumente gelangt ist, die den Plan der Carlisten aus einander gesetzt enthalten, soll es gewesen seyn, der diese Schriften der Königin vorgezeigt, um ihr über gewisse Personen und über die Absichten der Letzteren in ihrer Nähe die Augen zu öffnen. Außerdem wird von einem Briefe der Königin Christine an ihre Tochter gesprochen, in dem dieser sehr nachdrücklich empfohlen wird, die Rückkehr der Söhne des Don Carlos allerdings zu gestatten, aber ihrerseits auf gar keine Bedingung einzugehen. (Köln. Z.)

Madrid, 29 Nov. Die Propositionen des Hrn. Mirès bezüglich einer Anleihe von 300 Mill. Realen (75 Mill. Franken) wurden von der spanischen Regierung acceptirt und der von beiden Kontrahenten unterzeichnete Vertrag in der offiziellen „Madrider Ztg." veröffentlicht. In Uebereinstimmung mit dem spanischen Gesetz ist, für allenfallsige Uebergebote, eine Frist von fünf Tagen anberaumt. (Deutschl.)

Italien.

Aus Rom vom 19. Dezember wird der „Independance Belge" geschrieben, Maria Christina's Reise werde mit der Politik in Beziehung gesetzt, indem man wissen wolle, dieselbe sey mit einer geheimen Mission an ihren Bruder, den König beider Sizilien, betraut. (??) Ferdinand II. will, diesem Berichte zufolge, den Winter in Gaeta zubringen, welches „sein Sebastopol" ist, in dessen Hafen, der von 140 Geschützen vertheidigt wird, er seine ganze Dampferflotte zusammengezogen hat. Auch durch die europäische Presse will er wirken; der Marchese von S.... ist mit allem, was zu einem journalistischen Feldzuge gehört, wohl ausgerüstet von Neapel abgereist.

* Der „Opinione" geben aus Mailand aus einer — wie sie sagt — gewöhnlich gut unterrichteten Quelle folgende Mittheilungen über die Amnestie zu, welche der Kaiser von Oesterreich aus Anlaß seiner italienischen Reise ertheilen wird. Man wird die jetzt in Haft befindlichen Personen — sie seyen in Untersuchung oder verurtheilt — in zwei Kategorien theilen. Von den angeschuldigten, in Untersuchung befindlichen Personen wird man jene in Freiheit setzen, gegen welche keine hinlänglichen Beweise vorliegen; was die anderen betrifft, so soll das Urtheil sofort gesprochen und die Strafe dann gemildert werden. Was die bereits Verurtheilten anbelangt, so soll jenen, welche einen Theil der Strafe bereits abgebüßt haben, der Rest nachgelassen werden; die Uebrigen wird man begnadigen. Hinsichtlich der politischen Emigranten wird man folgendermaßen verfahren: Jene, deren Güter sequestrirt worden sind und welche nach den Bestimmungen des letzten (jedoch noch immer geheim gehaltenen) Rundschreibens um Aufhebung des Sequester nachsuchten, sollen in den vollen Besitz ihrer Güter zurücktreten, doch haben sie für sich und ihre Kinder auf jede Einsprache gegen die Rechnungsablage und Verwaltung der Sequester-Kommission zu verzichten. Jenen, welche die Sequester-Aufhebung nach dem 31. Dezember 1856 nicht nachgesucht haben werden, soll es gestattet seyn, für ihre in den kaiserl. Staaten gelegene Güter einen — der Regierung genehmen — Verwalter zu bestellen. Das Gouvernement behält sich jedoch vor, jederzeit in die Administration einzugreifen, wenn es entsprechend erscheint, die Verwendung der Revenuen zu überwachen. Alle Ausgewanderten, welche bis Ende dieses Jahres nicht um die Erlaubniß nachgesucht haben, in ihr Vaterland zurückkehren zu dürfen und sich über die Fortdauer ihrer Entfernung nicht zu rechtfertigen vermögen, bleiben für immer aus den österreichischen Staaten verbannt. Die amnestirten Personen sollen, wohlverstanden, erst nach Rückkehr des Kaisers nach Oesterreich in Freiheit gesetzt werden.

Dasselbe Journal gibt folgende (von allen übrigen Nachrichten gänzlich abweichende) Details über die Ankunft der kaiserlichen Majestäten in Venedig: „Das Fahrzeug, auf welchem sie sich befanden, gerieth an der Lagunen-Einfahrt auf den Sand und es bedurfte geraumer Zeit, um es wieder flott zu machen. Auf dem Markusplatz waren Neugierige, aber keine Menge. Im Theater de la Venice sah man Abends nur Militärs und Fremde; mehr als 20—25 Logen waren leer."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 21. Novbr. Die in letzter Zeit durch Ueberreichung einer gleichlautenden Note hinlänglich beurkundete Annäherung der Diplomatie Frankreichs und Rußlands, hiermit auch ihrer hiesigen Vertreter, mußte die Stellung der übrigen Gesandten und insbesondere des österreichischen Internuntius wesentlich erschweren. Angewiesen, im allgemeinen Gange der österreichischen Politik sich mit den Vertretern Englands am goldenen Horn in das innigste Einvernehmen zu setzen, kann Baron Prokesch doch nicht dem überenergischen greisen Diplomaten in jeder Richtung und über alle Gränzen folgen. Baron Prokesch hat diesfalls bis jetzt eben so viel Takt als Selbständigkeit an den Tag gelegt. Herr v. Butenieff ist ein Diplomat gemäßigter Natur, welcher begreift, daß Rußland nach den erlittenen Schlappen der letzen Jahre im Oriente keine Initiative ergreifen kann. Er begnügt sich, die Schritte zu unterstützen, welche ohnehin Frankreich derzeit für russische Rechnung hier am Platze macht. Die Pforte selbst ist bemüht, die Schwierigkeiten, welche ihr aus der allgemeinen europäischen Kombination erwachsen, dadurch zu beschwören, daß sie die Mächte selbst zu Schiedsrichtern der obschwebenden Streitigkeiten zu machen sucht und ihr eigenes Urtheil möglichst zurückhält. Die vorerwähnte französisch-russische Note lautet, wie folgt: „Seine Majestät der Kaiser, mein allergnädigster Herr, haben mir den Befehl zu ertheilen geruht, von Sr. Hoheit dem Großvezier bestimmte Erklärungen über folgende Punkte zu verlangen: 1) In Betreff der Regulirung der Gränzen von Bessarabien. Ist die Pforte damit einverstanden, die Lösung der in diesem Punkte obwaltenden Schwierigkeiten den Pariser Konferenzen zu überlassen, oder würde sie vielmehr bereit seyn, dieselben in der Art beizulegen daß sie ihren Ansprüchen auf Bolgrad zu Gunsten Rußlands entsagt, wogegen Rußland und Frankreich ihr den definitiven Besitz der Schlangeninsel und des Donaudelta garantiren würden? 2) In Betreff der fortdauernden Besetzung der Donaufürstenthümer. Sieht die Pforte nicht darin eine Beeinträchtigung des Wortlautes und des Geistes des Art. 31 des Pariser Vertrages? Und ist dieselbe nicht doppelt und augenfällig durch den Widerspruch, in welchem die Thatsache der fortdauernden Besetzung der Fürstenthümer durch österreichische Streitkräfte mit der Sprache steht, die Graf Buol auf dem Kongresse führte? 3) Wegen der Anwesenheit des englischen Geschwaders im Bosporus und dem schwarzen Meere. Sieht die Pforte dieselbe nicht als widersprechend der Konvention vom 14 Mai 1856 an, wonach ein Termin von 6 Monaten, von der Auswechslung der Ratifikationen des Pariser Vertrages an gerechnet, für die Zurückziehung aller Streitkräfte Englands, Frankreichs und Sardiniens von türkischem Territorium festgesetzt war; und außerdem als ein Hinderniß der Ausführung der Konvention wegen den Meerengen, welche vom 23. Okt. an wieder in Kraft treten sollte? 4) In Betreff der Reorganisation der Donau-Fürstenthümer. Ist die Pforte der Ansicht, daß die Divans ad hoc sich in voller Freiheit zu Gunsten der territorialen und administrativen Vereinigung der beiden Fürstenthümer aussprechen dürfen, wenn eine solche in den Wünschen der Bewohner der Wallachei und Moldau liegt? Und würde dieses Votum, wenn es vom Pariser Kongresse in ernstliche Erwägung gezogen würde, auf Schwierigkeiten Seitens der Pforte, als souveräner Macht, stoßen? Se. Hoheit der Großvezier wird ersucht, sich baldigst und in bestimmter Weise über diese Fragen, deren hohe Wichtigkeit derselbe im gegenwärtigen Augenblick nicht verkennen wird, zu äußern. Boutenieff. Thouvenel."

Rußland und Polen.

Petersburg, 19. Nov. Laut dem Morskoi-Sbornik ist die Besatzung des Hafens Astrachan (am kaspischen Meere) um 3000 Mann verstärkt worden. Diese Thatsache beweist von

neuem, daß man hier (also in Binnen-Asien), wo sich jetzt alles politische Interesse konzentrirt, wichtigen Ereignissen entgegen sieht.

Nichtpolitische Zeitung.

Wie die Berliner Gerichtszeitung schreibt, sind durch betrüglichen Bankerott eines Kaufmanns in Dresden mehrere Berliner Fabrikanten sehr erheblich benachtheiligt worden. Der sächsische Kaufmann, über den in Berlin sehr ungünstige Nachrichten eingingen, hatte es vor einiger Zeit so einzurichten gewußt, daß ein Berliner Fabrikant, der sich zu ihm begeben hatte, um über seine Lage Erkundigungen einzuziehen, sich mit ihm zu einigen vermochte, war dann nach Berlin gekommen und hatte auf Grund dieser Einigung nicht nur bei seinem alten Gläubiger neuen Kredit erhalten, sondern auch bei andern Personen sich Gelder zu machen gewußt, angeblich um in Hamburg Einkäufe zu machen. Schließlich hatte er seine Berliner Geschäftsfreunde an seinem Geburtstage zu sich eingeladen und mit ihnen diesen Tag recht vergnügt gefeiert. Statt aber am andern Tage, wie er gesagt, nach Hamburg zu fahren, begab sich der Kaufmann mit 3000 Thlrn. in baarem Gelde und mit 5000 Thlrn. in Wechseln nach Hause und ließ von dort aus durch einen Rechtsanwalt sein Falliffement erklären, nachdem er selbst verschwunden war. Die Anerbietungen, welche der zeitige Privatkurator der Masse macht, sind so geringfügig, daß der Schaden für die Betrogenen nicht unerheblich seyn wird. Trotz aller telegraphischen Anfragen nach Hamburg und Bremen und obwohl die dortige Hafenpolizei auf den Entflohenen fahndet, ist man doch bis jetzt seiner nicht habhaft geworden. (D. A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

* London, 29. November. (Privat-Korresp.) Wir nehmen Bezug auf unsern Bericht vom 22. d. Seitdem ist es im Waaren-Geschäfte im Allgemeinen lebhafter, und haben die meisten Artikel etwas angezogen; Geld ist flüssiger, und wurde im Laufe der Woche Prima Papier von 6¼ a 6¾ pCt. diskontirt; eine baldige Reduktion des Diskonto von Seiten der Bank ist erwartet.

Kaffe ist mehr gefragt, und für die Woche 6 d. theurer. Von Native Ceylons waren circa 150 Ballen in Auktion, welche zu 52 s. für ord. Nehmer fanden; unter der Hand wurden circa 4000 Ballen verkauft, ord nureln bis ord. ziemlich gut von Geschmack 51 s. 6 d. a 52 s., gut ord. 52 s. 6 d. a 53 s. Preise scheinen einer feinern Besserung fähig. Von Plantations waren circa 415 Fässer und 900 Barrels und Ballen in Auktion, welche zu etwas festern Preisen sämmtlich Nehmer fanden; kleinbohnig gering bis gut farbig 59 s. 6 d. a 60 s, 6 d., mittel Bohne 61 s. a 62 s. 6 d., volle und große Bohne mittel bis gut farbig 62 s. 6 d. a 67 s. Erbsenbohnen 78 s. a 75 s. für gut mittel bis schön farbig; unter der Hand wurden circa 300 Fässer in obigem Preisverhältnisse verkauft. Von Cubas waren circa 35 Fässer in Auktion, und wurden solche von 58 s. 6 d. a 62 s. 6 d. für fein-fein ord. bis mittel farbig, mit einzeln blaß begeben. In Costarica und Mocha fanden keine nennenswerthen Umsätze statt, dagegen wurden einige Hundert Ballen von reell bis gut ord. Rio von 45 s. 6 d. a 47 s verkauft. Von segelnd Rio erwähnt man den Verkauf einer Ladung von circa 2800 Ballen fully good first und superior farbig zu circa 50 s. für hier, genaue Details sind dieserhalb aber nicht bekannt; angeboten bleibt nichts mehr, und sind Eigner in Erwartung besserer Preise sehr zurückhaltend. Der Vorrath von Kaffee beträgt hier circa 7500 Tons gegen circa 9080 Tons gleichzeitig in 1855; darunter sind von Ceylons circa 8299 Fässer und circa 32,848 Ballen gegen circa 11,871 Fässer und circa 43,546 Ballen gleichzeitig in 1855, außerdem werden die bis zu Ende März 1857 zu erwartenden Zufuhren gegen solche gleichzeitig in vorhergehender Saison einen merklichen Abfall zeigen, so daß die Lage dieser Sorte an unserm Markte eine außergewöhnlich günstige ist.

Frankfurt, 4. Dezember. Die Börse eröffnete in sehr gedrückter Haltung, im Verlaufe derselben erholten sich jedoch die Course etwas und schlossen fester. Pereire war zu höheren Coursen begehrt, der Umsatz im Ganzen sehr belebt.

Providentia wurde zu 105¼ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1851 79¾P. 79¼G. 5pCt. Lombard-Ven. 90¼P. 89¾G. Metall. alte à 5pCt. 78P. 77½G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. 86 G.; à 4½pCt. 68½P. 68 G.; à 4pCt. 60½ P. 60 G.; à 3pCt. 47 P. 46½ G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57½ P. 57 G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81½ P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 95¼P. 94¾G.; 4pCt. Grundrente 95¼P 94¾G.; 4½pCt. 101½P. 101 G.; 5pCt. 100⅝P. 100⅜ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 92⅜P. 91⅞ G.; 4½pCt. 103¼P. 102¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½P. 91G.; à 4pCt. 99¼P. 98¾ G.; 4½pC. 102 P. 101½G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼P. 80¾G.; à 3½pCt. 90½P. 90¼G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38¼P. 38G.; 1¼pCt. neue 24 P. 23⅞ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1202P. 1197G. Neue Bankaktien 323P. 318G. Credit-Actien à 5pCt 216 P 214 G. Darmstädter Bankaktien alte 365 P. 363 G.; junge 328 P. 326 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 503 P. 498 G. Mitteldeutsche Creditbank 98¼ P. 97¾ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 102½ P. — G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111½G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 520P. 515 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 591 P. 586 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 309½ P. 307½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 114¼ P. 113¾ G. Neustadt-Weissenb. 104⅛ P. 103⅞ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101¼ P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 353 P. 351 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 70 P. —— G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78¾P. 78¼G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92¾ P. 92¼ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118½P. 118 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103⅝ P. 103⅜G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 116¾P. —— G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49½ P. 49¼G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117½G. à fl. 25 35¼P. 34¾G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. — P. 38⅝ G. Nass. Loose à fl. 25 34½ P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. —— P. —— G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 101 P. 100¾G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118⅛P. 117⅞G.
Augsb. fl. 100 k. S. —— P. 119⅝G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99⅝P. 99⅛G.
Berlin Thlr. 60 k. S. —— P. 104⅞G.	Paris Frs. 200 k. S. 93½P. 93¼G.
Cöln Thlr. 60 k. S. —— P. 104⅞G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¾P. —— G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112⅝P. 112⅜G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88¾G.	Wien 3 M. mit 5% 112¾P. 112½G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛P. 104⅞G.	Disconto P. 5pCt. G.

Neueste Nachrichten.

§ Wien, 2. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Die Antwort des diesseitigen Cabinets auf die russische v. 1. Novbr. datirte Circular-Depesche wird morgen oder übermorgen nach Petersburg abgehen. Wie ich höre, beharrt Oesterreich dabei, daß die Bolgradfrage im Sinne des Pariser Friedenstraktates gelöst werde, d. h. daß Rußland diesen Ort an die Moldau abtritt. Ist diese Angelegenheit geordnet, dann stände der Wiederberufung des Congresses nichts mehr im Wege. Aehnlich wie die österr. Antwort soll auch die englische lauten. Gewiß ist es, daß Sir H. Seymour dem Grafen Buol den Inhalt der Note des Viscount Palmerston mitgetheilt hat. —

Wien, 3. Dez. Die „Oesterr. Corresp." sagt: „Se. Maj. der Kaiser hat den Jahrestag seines Regierungsantritts, 2. Dez., durch einen hochherzigen Gnadenakt bezeichnet. Begnadigt wurden siebenzig politisch verurtheilte Italiener; der Sequester auf den Gütern aller Flüchtlinge ist unbedingt aufgehoben." (T. D. d. Allg. Ztg.)

Kopenhagen, 2. Dezbr. Neunzehn Offiziere, die nach dem Patent vom 29. März 1852 von der Amnestie ausgeschlossen waren, werden jetzt amnestirt. (T. D. d. Hamb. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 339.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 6. Dezember 1856

Deutscher Bund.

Als Versammlungsort für die Fachmännerkommission, welche über ein allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch auf Grund des preußischen Entwurfes berathen wird, ist jetzt außer Frankfurt auch Leipzig und Nürnberg in Vorschlag gebracht. (N K.)

Frankfurt a. M., 1. Dez. Dem letzten Oberfeldherrn der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee, Generalmajor Frhrn. v. d. Horst, war bekanntlich durch Bundesbeschluß vom Jahr 1854 eine lebenslängliche Unterstützung von jährlich 1000 Thlrn. bewilligt. Auf sein Nachsuchen ist ihm kürzlich durch neuen Bundesbeschluß dieselbe Summe, zusammen 2000 Thaler, für die Jahre 1852 und 1853 nachbewilligt worden. In Folge dieser nur konsequenten Nachbewilligung werden ohne Zweifel alle frühern schleswig-holsteinischen Offiziere, welche ebenfalls erst einige Jahre nach Auflösung des schleswig-holsteinischen Heeres aus Bundesmitteln unterstützt worden sind, mit gleichen Ansprüchen, wenn sie dieselben geltend machen, auch gleiches Gehör finden. Die Nachbewilligung für den General v. d. Horst soll einstimmig erfolgt seyn, da selbst der holstein-lauenburgische Gesandte die sehr bereitwillige Zustimmung seiner Regierung beigebracht habe. (Allg Z.)

Bayern. München, 3. Dezbr. Diesen Vormittag haben unsere hohen Gäste aus Florenz, welche gestern auf der Rückreise von Dresden hier eintrafen, unseren königl. Majestäten die Aufwartung gemacht, und bald darauf deren Gegenbesuche empfangen und diesen Nachmittag war denselben zu Ehren große Tafel bei Sr. Maj. dem König; es speisten 50 Personen an der k. Tafel. Aus gleichem Anlaß ist morgen große Tafel bei Sr. Maj. dem König Ludwig. Der Aufenthalt der hohen Herrschaften in unserer Stadt wird nur einige Tage dauern. (Augsb. Abdz.)

Bamberg. Laut Reskript des k. Staatsministerium des Innern vom 22. v. M. ist der Aktiengesellschaft für mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei dahier die Anwendung des Zwangsabtretungs- (Expropriations) Gesetzes vom 17. Nov 1837 in den Fällen, wo eine gütliche Vereinbarung nicht erzielt werden wird, gestattet. (B. Tgbl.)

Holstein. Pinneberg, 30. Novbr. Unter vorstehendem Datum schreibt man der „Neuen Preuß. Zeitung": „Nachdem der Minister v. Scheele vorgestern Nachmittag hier eingetroffen war, um seinem Distrikt*) einen Besuch abzustatten, war auf heute eine Versammlung sämmtlicher Beamten der Herrschaft auf der Landdrostei berufen, der sich auch viele sonstige angesehene Untergehörige des Distrikts angeschlossen hatten. In einer Anrede, welche Se. Excellenz an diese Versammlung von etwa 150 Personen zu richten geneigte, nahm derselbe auch Veranlassung, der Wirksamkeit der holsteinischen Ständeversammlung in der Weise zu gedenken, welche durch die letzten Depeschen zur öffentlichen Kunde gelangt ist, diesmal freilich in weniger gewählten Ausdrücken, die sehr stark an die bekannte Rede erinnerten, mit welcher der Herr Minister im Reichsrath ziemliches Aufsehen erregte. Se. Excellenz sprach sehr entschieden seine Meinung dahin aus, daß die holsteinischen Stände nicht das wahre Wohl des Landes im Auge gehabt, sondern nur Standes- und überhaupt egoistische Interessen verfolgt hätten, und forderte die Anwesenden auf, künftighin nicht mehr solche Männer in die Versammlung zu schicken. Als Se. Excellenz seine Rede, in der der Kukuk**) eine nicht unbedeutende Rolle spielte, geendet hatte, trat aus der Versammlung plötzlich ein sehr unscheinbarer Mann hervor und fragte: ob es ihm wohl erlaubt sey, einige Worte auf die eben vernommene Rede zu antworten — und als dies gestattet wurde, sagte er ungefähr Folgendes: „Ew. Excellenz haben der Wirksamkeit der holsteinischen Stände erwähnt und geäußert, daß dieselben nur egoistische Interessen verfolgt hätten; ich habe die Ehre, den holsteinischen Ständen anzugehören, und kann Ew. Excellenz mit großer Bestimmtheit erklären, daß ich sehr wohl gewußt, was ich gethan, und so gehandelt habe, wie ich es vor Gott, dem Lande und meinem Gewissen verantworten kann. Ich gehöre keiner eximirten Kaste an, und die ganze Versammlung hat sich auch von einer solchen nicht leiten lassen, sondern von ihrer wahren und gewissenhaften Ueberzeugung; sie hat nur das Wohl des Landes im Auge gehabt und danach ohne Menschenfurcht gehandelt. Den Vorwurf, den Ew. Excellenz den holsteinischen Ständen gemacht haben, gebe ich Ew. Excellenz hiermit zurück!" Herr v. Scheele erwiderte hierauf, sichtlich auf's höchste alterirt, daß der Redner seine Worte wägen müsse, wenn er zu dem Minister spreche; übrigens sey das Urtheil, welches er über die Stände ausgesprochen, völlig begründet, und er müsse dafür halten, daß auch er (sein Anredner) unwürdig sey, das Land zu vertreten. Hierauf trat der schlichte Mann wieder vor und sagte: „Was Euere Excellenz persönlich über mich urtheilen, ist mir ganz gleichgültig, aber die holsteinische Ständeversammlung duldet keinen Vorwurf von Eurer Excellenz!" Dieser schlichte Mann, der ein so ächtes, rechtes deutsches Wort zur rechten Zeit sprach, war der Hofbesitzer Lüdde von Schäferhof."

*) Er ist nicht nur Minister der auswärtigen Angelegenheiten für Dänemark und Minister für Holstein, sondern auch noch Landdrost von Pinneberg.

**) Der Minister bediente sich wiederholt des absonderlich diplomatischen Ausrufes: „Hol' euch der Kukuk!"

§ **Oesterreich.** Wien, 2. Dezbr. (Privat-Korresp.) Die Antwort auf die letzten nach Kopenhagen abgegangenen Noten der deutschen Großmächten ist bis jetzt noch nicht in Wien eingetroffen; die aus diesem Anlasse von verschiedenen Seiten gemachten Angaben sind demnach als verfrüht zu betrachten. Im Allgemeinen glaubt man jedoch nicht, daß durch diese Antwort die Situation wesentlich verändert werden wird, da man an der Nachgiebigkeit Dänemarks zweifelt, wozu man in der That auch allen Grund hat. Daß Frankreich den Antrag, die Vermittlung zu übernehmen, abgelehnt hat, ist Ihnen bekannt, in neuester Zeit zeigt sich auch Rußland zurückhaltender. Ein förmlicher Protest der letztern Macht hat übrigens niemals existirt, und ich glaube, daß ein solcher in Berlin auch nicht übergeben worden ist. Die in der holstein-lauenburgischen Angelegenheit von Rußland unternommenen Schritte haben sich bis jetzt nur auf mündliche Eröffnungen der betreffenden Gesandten beschränkt.

Wien, 2. Dezbr. Reduzirt man die diplomatische Kontroverse über den Vollzug des Pariser Friedens auf ihre einfachen Elemente, so ergibt sich Folgendes: „Frankreich und Rußland wollten die Differenz über Bolgrad ꝛc. getrennt von der Frage über die Okkupation des schwarzen Meeres und der Fürstenthümer behandelt sehen. Die fortgesetzte Okkupation meinten sie, sey eine „Violation" des Friedensvertrages, eine Verletzung der Unabhängigkeit der Pforte. England und Oesterreich haben mit dem 28. Nov. die genannten Gebiete auf jeden Fall zu räumen gehabt. Was die streitigen Territorialfragen in Bessarabien betrifft, so sey das eine Sache für sich. In konsequentem Verfolg dieser Idee verlangten sie von der Pforte, daß sie die Okkupationsmächte auffordere, ihr Gebiet zu räumen, während andererseits die streitigen Punkte auf dem Kongreß entschieden werden sollen. Oesterreich und England hielten ihrerseits den Gesichtspunkt fest, daß die fortgesetzte Okkupation von der definitiven Erledigung der Gränzregulirung nicht zu trennen ist. Weit entfernt, ein Bruch des Friedensvertrags zu seyn, sey dieselbe vielmehr eine fortdauernde Garantie für den schließlichen Vollzug desselben. Die streitigen Punkte müssen daher eine Verständigung finden, bevor der Schlußkongreß zusammentreten könne, da diesem das Recht nicht zustehe, über primäre Fragen neu zu entscheiden. Gleichzeitig gaben diese zwei Mächte die entschiedene Erklärung ab, daß, im Falle der Sultan sie zur

Räumung der besetzten Gebiete auffordern sollte, sie ungesäumt dieser Aufforderung Folge leisten werden. Das türkische Kabinet gab nun jüngst die Erklärung ab, daß es sich nicht veranlaßt sehe, die Räumung zu verlangen, sondern daß die ihr befreundeten Mächte sich über die streitige Frage unter einander einigen mögen. Somit ist die Angelegenheit in das Stadium einer nothwendigen Verständigung mit Oesterreich und England getreten. Wenn die gegnerische Gruppe die Ansicht aufstellte, die genannten zwei Mächte befänden sich mit der Okkupation außerhalb des Rechtsbodens, so hat die Antwort der Pforte den Rechtspunkt nunmehr außer Zweifel gestellt. Die Verständigung über die Räumung muß nun Hand in Hand mit der Verständigung über die Territorialausgleichung behandelt werden und alle Anzeichen sprechen dafür, daß dieser Weg von allen Parteien ungesäumt eingeschlagen werde. Die diplomatischen Unterhandlungen sind im vollen Zuge. (Ostd. Post.)

Dem in Brüssel erscheinenden Journal „Le Nord" ist im ganzen Umfange der österreichischen Monarchie der Postdebit entzogen worden. Die „Oesterr. Korresp." sagt zur Erklärung dieser Maßregel, jenes habe bereits seit längerer Zeit den Gang der kaiserlichen Regierung in inneren und äußeren Angelegenheiten einer selten wohlunterrichteten, dagegen fast immer leidenschaftlichen Kritik unterzogen, ohne in Oesterreich irgend ein äußeres Hinderniß seines Gebahrens erfahren zu haben, weil man in maßgebenden Kreisen der Ueberzeugung war, daß das ruhige, durch Gesetz und Verträge gerechtfertigte Vorgehen der Regierung in den wichtigsten Fragen auf die Meinung unparteiischer und vorurtheilsfreier Leser seine nachhaltige Wirkung ungeachtet aller tendenziösen Angriffe irgend eines oder des andern fremden Blattes, nicht verfehlen könne. Der Grund der nunmehr doch verhängten Postdebitsentziehung sey nicht in der feindseligen aber wenig gefährlichen allgemeinen Haltung des Blattes, sondern in dem Umstande zu suchen, daß dieses Journal, welches sich bisher das Ansehen geben wollte, im konservativen und monarchischen Sinne geschrieben zu seyn, jüngst es gewagt habe, ein Ziel seiner Besprechungen sich zu wählen, welches allerdings zu hoch stehe, um von derartigen giftigen Pfeilen getroffen zu werden, das aber auch von den ohnmächtigen Versuchen hierzu unter jeder Bedingung bewahrt bleiben müsse.

Schweiz.

Bischof Marilley von Freiburg hat sich bereit erklärt, über noch bestehende kleine Differenzen wegzusehen und dem vom großen Rath genehmigten modus vivendi beizutreten; er will sich nun mit dem Staatsrath über die Maßregeln zu seiner Rückkehr verständigen. (Allg. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 28. Novbr. Es ging vor einiger Zeit die Nachricht durch die Zeitungen, daß Frankreich Absichten auf die dänischen Niederlassungen an der Westküste Grönlands zu erkennen gegeben habe. Indessen sind nur, wie ich höre, Verhandlungen in Anregung gebracht wegen der Ueberlassung eines Territorium auf der Westküste Grönlands, deren Besitz bis zum 70. Grade von Dänemark beansprucht wird, zur Anlegung einer französ. Station für den Fischfang. Da das französische System der Prämiirung der großen Fischerei durch das Gesetz vom 22. Juli 1851 bis zum Jahre 1861 in Gültigkeit bleiben wird, nach welchem die Regierung 120 Fr. Prämie für die Tonne Oel von Wallfischen u. s. w. zahlt, so liegt es allerdings im französischen Interesse, diesen Industriezweig wenigstens zu beleben, da die Beschäftigung von 17 französischen Fahrzeugen im Jahre 1850 mit dieser Industrie unbedeutend ist gegen die Thätigkeit der Nordamerikaner, welche die große Fischerei mit etwa 580 Fahrzeugen betreiben. (K. Z.)

Großbritannien.

Der Umstand, durch welchen zuerst auf den gegenwärtig in Haft befindlichen Redpath der Verdacht seiner Vorgesetzten gelenkt wurde, ist etwas eigenthümlicher Art. Der Direktor der betreffenden Eisenbahngesellschaft, Herr Denison, stand am Bahnhofe und unterhielt sich mit Lord X., als Redpath hinzutrat und Hrn. Denison durch Abziehen des Hutes grüßte, worauf Lord X. ihm herzlich die Hand schüttelte und ihn im vertraulichen Tone fragte: „Ah, mein lieber Freund! Wie geht es Ihnen?" Als Redpath sich entfernt hatte, fragte Denison den Lord, woher er Redpath kenne, worauf Se. Herrlichkeit erwiderte: „Ei, das ist ja der fidelste Kerl von der Welt, der die feinsten Diners und die famosesten Bälle gibt, die man sich nur denken kann." Die vornehme Gesellschaft ward dem armen Redpath verderblich. Seinem Vorgesetzten kam die Sache verdächtig vor; er veranlaßte eine Prüfung der Bücher Redpath's, und diese führte zu dessen Verhaftung. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 2. Dezbr. Wir haben schon hervorgehoben, daß die stattgefundenen Verminderungen im Personal der höheren Departementalbehörden in Betracht der künftigen Wahlen für den gesetzgebenden Körper geschehen sind, und daß noch eine große Menge solcher Veränderungen erfolgen wird. Die republikanische und die orleanistische Partei bahnt eine großartige Kundgebung an, die darin bestehen soll, daß sowohl in der Hauptstadt als in vielen Departements namhafte Männer als Kandidaten vorgeschlagen und wo möglich gewählt werden, wenn gleich es sich von selber versteht, daß dieselben nach geschehener Wahl das Mandat zurückweisen würden. So Thiers, Dufaure, J. Favre, Berryer, Goudchaux, Michelet, Cavaignac, Barbès, vier in Paris selber und Barbès in dem zwölften Bezirke. Wirkliche Aussicht würde in Paris der General Cavaignac haben. Natürlicherweise machen diese Projekte der Parteien der Regierung Unruhe, denn es würde keine kleine Sensation nicht bloß in Frankreich, sondern auch — und vielleicht noch viel mehr — im Auslande machen, wenn der Eine oder der Andere der oben Genannten die Mehrheit in den Wahlen erhielte. Mehrere Präfekten haben sich beim Minister des Innern fähige Journalisten verschrieben, die an die Spitze der Präfekturblätter gestellt werden können. — Gerstern sind Privatbriefe aus Venedig hier eingetroffen, worin erzählt wird, der Kaiser Franz Joseph habe sich der Aufnahme, die ihm in der Lagunenstadt zu Theil geworden, nicht zu rühmen. Der offizielle Empfang sey brillant, aber der populäre etwas frostig gewesen. In einem meiner Briefe wird versichert, die vornehmen Familien, die zu den offiziellen Festen eingeladen worden seyen und die Einladung abgelehnt hätten, seyen aufgefordert worden, ihr Nichterscheinen schriftlich zu motiviren. Das dürfte aber doch der Bestätigung bedürfen.

Spanien.

† Das „Pays" schreibt: Privatkorrespondenzen aus Spanien berichten, daß die Königin dem Marschall O'Donnell den Gesandtschaftsposten in Rußland angeboten habe, der Marschall lehnte diese Ehre ab, indem er erklärte, daß er dem Zusammentritt der Cortes beiwohnen wolle, wo er die Absicht habe, eine genaue Auseinandersetzung seines politischen Verhaltens seit 1852, und besonders während der letzten Ereignisse abzugeben.

Italien.

Rom, 21. Nov. Die „Gazz. uff. di Verona" läßt sich über neue Gnadenakte des Papstes berichten: „So ist dem Marchese Guiccioli, einem Mitglied der revolutionären konstituirenden Kammer, der zu jener Zeit auch die Stelle eines Ministers begleitete, die Rückkehr nach dem Kirchenstaate gestattet worden. Von 23 Individuen, die in dem Verschwörungsprozesse verurtheilt wurden, sind bereits 16, von denen gegen Jeden auf mindestens 10jährige Haft erkannt worden war, gänzlich begnadigt und nur 7, weil sie sich auch gemeiner Verbrechen schuldig gemacht, müssen ihre Strafe überstehen.

Ein Mitarbeiter an der „Allg. Ztg." (von dem die bekannten rosenfarbenen Berichte in der „Allg. Ztg." aus Neapel herrühren) ist wegen seiner dem Könige von Neapel erwiesenen Ergebenheit zum Kommandeur des Christusordens, woran eine Rente geknüpft ist, ernannt worden. Außerdem hat er eine Schnupftabaksdose und einen Ring im Werthe von 3000 Fr. erhalten (K. Z.)

Der Mittelpunkt des sizilianischen Aufstandes soll das etwa 9000 Einwohner zählende Städtchen Cefalu seyn, ein Bischofsitz im Val di Demone, auf der nördlichen Küste in der Provinz Palermo gelegen und 12 Meilen von der Hauptstadt entfernt. Es heißt auch, daß große Aufregung sich in Girgenti (dem alten Agrigent) kundgegeben hat. (D. A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 25. Novbr. Auf dem Balkhasch-See soll eine Dampfflottille errichtet werden, wenn nicht schon der Anfang gemacht ist. Da es heißt, daß diese Flotte dazu dienen soll, den Verkehr mit dem chinesischen Kuldscha zu erleichtern, so ist anzunehmen, daß auch der Ilsa, der in den Balkhasch-See mündet, schiffbar ist, und also dort eine See- und Flußschifffahrt entsteht. Dies wäre der vierte See Asiens (Caspi-, Aral-, Baikal-, Balkhasch-See — dazu noch der Amur mit seiner Flotte), auf dem sich russische Schiffe schaukeln — ein so rascher Fortschritt, eine erobernde Civilisation, wie sie, wenn man die Verhältnisse in Betracht zieht, ihres Gleichen nicht hat.

Amerika.

Mexiko, 1. Novbr. Der General Oribuela hat sich am 20. Oktbr. mit einem großen Theil der Besatzung von Puebla gegen die diktatorische Gewalt Comonfort's erklärt und die Verfassung von 1844, genannt „Las Bases organicas" (die organischen Grundgesetze) sammt der Abschaffung aller jener Gesetze die gegen Militär, Geistlichkeit und Kirchengüter gerichtet sind,

proklamirt. Darauf hin erschienen Regierungstruppen vor der Stadt und besetzten mehrere wichtige Punkte derselben.

Nichtpolitische Zeitung.

* **Aus Paris**, 3. Dez., schreibt man uns: Der Dampfer „Lyonnais" von der Gesellschaft Ganthier ging in Folge eines unglücklichen Zusammenstoßes, zwei Tage von seinem Ziele entfernt, zu Grunde und von den Unglücklichen, die sich an Bord befanden, waren bei Abgang der letzten Nachrichten erst 16 gerettet, doch hat man glücklicherweise noch gegründete Hoffnung, die Ankunft der Anderen später zu erfahren. In einer Nachschrift des „Courrier des Etats-Unis" vom 14. Nov. liest man über dieses Unglück Folgendes: „Die Barke „Elize", Kapitän Nelson, welche diesen Abend aus Hamburg ankam, traf am 10. Novbr. unter 40^{31} geogr. Breite und 65^{40} Länge einen Bremer Dreimaster, der 16 Personen, Reisende und Seeleute des „Lyonnais" an Bord hatte. In der Nacht vom 2. erlitt der Dampfer in Folge eines Zusammenstoßes mit einem schweren Schiffe so arge Havarien, daß er am nächsten Morgen verlassen werden mußte. Die 16 Personen wurden am 9. auf einem Boote gefunden, das erst 18 der Schiffbrüchigen enthielt, deren 2 aber bereits vor Ankunft der Barke gestorben waren. Vierzehn sind nach New-York zurückgekehrt. Herr Schedell und seine Frau blieben an Bord des Bremer Schiffes. Der zweite Lieutenant des „Lyonnais", der sich unter den Eingetroffenen befindet, erzählt, daß der in der Nacht vom 2. auf den 3. erlittene Stoß so gewaltig war, daß man schon am Morgen die Hoffnung aufgeben mußte, das Schiff flott zu halten, und nachdem Pumpen und Erleichterung des Schiffs durch Ueberbordwerfen der Waaren vergebens versucht worden waren, beschloß der Kapitän den Dampfer aufzugeben. Am 3. Nachmittags verließ der Lieutenant und der Theil der Reisenden, der bei ihm war, den „Lyonnais", hatten sohin sechs Tage in dem kleinen Boote zugebracht, wo sie von dem Bremer Schiffe gefunden wurden. Der Lieutenant versichert, daß der Kapitän und die übrigen Passagiere das Schiff am nächsten Tage auf erbauten Flößen verlassen hatten. Der „Lyonnais" hatte 40 Reisende an Bord, von denen Hr. Schedell und seine Frau, Hr. Domingo, Flora Salomon und Frl. Ernestine Bellet gerettet sind. Der Agent der Gesellschaft schickte sogleich den Dampfer „Marion" aus, um, unter Leitung des eingetroffenen Lieutenant vom „Lyonnais", nach den Vermißten zu kreuzen, und da nach Angabe des Lieutenants die Flöße gut gebaut und mit allem Nöthigen versehen waren, so gibt man sich in New-York der Hoffnung hin, die Recherchen des „Marion" von Erfolg gekrönt zu sehen. Der Kapitän des „Lyonnais" blieb nach der einstimmigen Aussage der Geretteten bis zuletzt an Bord, und bewies eine ebenso große Ruhe und Kaltblütigkeit, als die Bemannung sich ergeben und diszipliniert zeigte. Während des sechstägigen Herumirrens auf der bewegten See hatten die Schiffbrüchigen, deren Schicksal bekannt ist, entsetzlich von Kälte, Schnee und Hagel zu leiden, der Mundvorrath war durch die überschlagenden Wellen bereits halb verdorben, zwei waren dem Elende schon erlegen und das Wasser ging zu Ende, als sie am Sonntag 9. endlich — nach vielen an den vorhergehenden Tagen vergeblich gemachten Versuchen — von der Bremer Barke „Elise" bemerkt und sogleich an Bord genommen und verpflegt wurden. Am 10. rief die „Elize" ein Hamburger Schiff gleichen Namens an, das trotzdem es schon 150 deutsche Auswanderer an Bord hatte, die Geretteten, welche nach New-York zurückzukehren wünschten, mit der größten Bereitwilligkeit aufnahm. Der „Lyonnais", dessen Werth auf 1,750,000 Fr. angeschlagen wird, ist in Frankreich versichert."

(**Anwendung des Leuchtgases zur Heizung der Glashäuser.**) In van **Houtte's** „Flore des serres" 1856 theilt Mr. **Bonson** in **Liverpool** das Resultat seiner Erfahrungen in dieser Beziehung mit. Nachdem er zuerst das Gas zur Feuerung von Rauchheizungen benutzt und dabei die Erfahrung machte, daß dasselbe aus den Röhren ausströmend nachtheilig auf die Pflanzen wirke, schlug er das einzige richtige Verfahren ein, das Gas bei Wasserheizungen an die Stelle des Kohlenfeuers treten zu lassen. Zuerst wandte er die Feuerung bei einem Theile seiner Glashäuser, im verflossenen Winter bei sämmtlichen Glashäusern an. Der Erfolg war ein sehr günstiger; die Erwärmung des Wassers geschah in kurzer Zeit, bei großer Kälte konnten um 9 Uhr Abends die Flammen gelöscht werden, nur bei sehr heftiger Kälte brannten sie die Nacht hindurch. Die Brenner befanden sich im Wärmeraum unter den Kesseln, ein Rohr führte aus ihm in's Freie, um die beim Verbrennen entstandenen Gase zu entfernen. Aber es ist leider nicht gesagt, ob Leuchtgas als solches, oder bei Zutritt atmosphärischer Luft gebrannt wurde; es ist aber kaum zu zweifeln, daß das letztere der Fall war, da nur auf diesem Wege ein günstiges Resultat möglich war. Die Vortheile der Verwendung des Gases als Feuerungsmaterial liegen zunächst für England darin, daß es bedeutend billiger als Kohle kömmt (nach Mr. Bonson betragen die Kosten dieser Feuerungsmethode kaum den vierten Theil jener mit Kohle); ferner bietet sie im Allgemeinen den Vortheil, die Feuerung mit aller Sicherheit zu reguliren, was bei keiner der andern Methoden in dem Herde möglich ist. Nicht weniger wird Zeit und Kraft, wie auch Raum durch sie erspart, weil weder Holz- noch Kohlenvorräthe nöthig sind, und das Holzspalten wegfällt. So erhöht sie auch die Reinlichkeit in den Heizräumen, und die Feuersgefahr ist bei ihr in keinem Falle größer, als bei den gewöhnlichen Methoden, da jeder Arbeiter die nothwendigen Handgriffe leicht begreifen kann. (Gem. Woch.)

Handels- und Börsen-Berichte.

* **Vom Main**, 4. Dezbr. (Priv.-Korresp.) In finanziellen Kreisen wiederholen sich abermals Gerüchte von einem beabsichtigten **außerordentlichen Anlehen**, ohne widerlegt oder bestätigt zu werden.

Berlin, 24. Novbr. Von Rohzucker wurden etwa 15.000 Zentner zu abermals niedrigeren Preisen verkauft. Raffinirte Zucker leblos Brod- und gemahlene Zucker billiger. Farine unverändert. Wir notiren: Rohzucker $11\frac{1}{2}$ a $13\frac{1}{4}$ Thlr., Farine $13\frac{1}{4}$ a $17\frac{1}{4}$ Thlr., Raffinade $18\frac{1}{3}$ a $19\frac{2}{3}$ Thlr., gemahlene 18 a $18\frac{1}{2}$ Thlr., Melis $17\frac{5}{8}$ a $18\frac{1}{3}$ Thlr., gemahlene $17\frac{1}{2}$ a 18 Thlr.

Stettin, 28. Novbr. Die Frage für raff. Waare hat sich zwar etwas gemäßigt, indeß bleibt die Stimmung dafür und namentlich bei den schwachen Vorräthen (Melisse und gemahlene Zucker augenblicklich fast ganz geräumt) im Allgemeinen eine gute.

Breslau, 29. Novbr. Im Ganzen genommen hat sich noch kein rechtes Leben in dieser Saison für das Rohzucker-Geschäft entfaltet und daher Preise noch keine eigentliche Normirung gewonnen.

Magdeburg, 28. Novbr. Mit Rohzucker ist es flau und für erste Produkte dürfen wir höchstens $12\frac{1}{2}$ a 12 Thlr. per Zentner, für zweite Produkte $10\frac{1}{2}$ a 10 Thlr. notiren. Dagegen finden raff. Zucker zu den laufenden Preisen willige Nehmer. Raffinaden 18 a 19 Thlr., gemahlene 18 Thlr., Melis in Broden $17\frac{1}{2}$ a 18 Thlr. excl. Faß, gemahlener 17 a $17\frac{1}{2}$ Thlr.

Halle, 33. Novbr. Rohzucker sehr still und etwas billiger, raff. Waare minder lebhaft gefragt, doch unverändert.

Leipzig, 22. Novbr. Rohzucker nicht offerirt. Raffinirte Zucker unverändert.

(**Zuckerproduktion der Provinz Sachsen.**) Nach glaubwürdigen Ausweisen, sagt das „Handels-Archiv", hat die Zucker-Produktion in der Provinz Sachsen mit Ausschluß von Anhalt und den sonst noch enclavirten Landestheilen betragen in den Campagnen:

1846—47	an 1. und 2. Produkten	244,167 Zentner,
1848—49	" "	462,338 "
1850—51	" "	623,547 "
1852—53	" "	880,634 "
1854—55	" "	826,940 "
1855—56	" "	936,112 "

Es ergibt sich hieraus bei Vergleichung der Campagne von 1846 bis 1847 mit der von 1855 bis 1856 eine Vermehrung von nahezu um das Vierfache. Wird der Durchschnittspreis für Rohzucker, Melis und Raffinade auch nur zu 14 Thlr per Zentner angenommen, so erreicht der Werth des in der letzten Campagne produzirten Zuckers die Summe von 13,105,568 Thlr.

London, 27. Novbr. Telegraphische Berichte aus China über Triest melden ein bedeutendes Steigen der Seidenpreise.

Im Kolonialwaarengeschäft bleibt die Stimmung für alle Artikel fest.

Liverpool, 27. November. Getraide trotz starker Zufuhr sehr fest.

Die letzten Berichte aus Amerika melden ein Steigen der Flüsse im Süden, wodurch man große Zufuhren von Baumwolle erwartet, Preise bleiben unverändert.

* **London**, den 29. November. (Privat-Korrespondenz. Zucker ist fester, und für die Woche durchschnittlich 6 d. theurer. Segelnd wurde verkauft eine Ladung braune Bahia, circa 400 Tons, zu 32 s. für England, und auf Lieferung circa 300 Tons Native Madras zu 40 s., Zoll 13 s. 9 d. Unter der Hand wurden begeben circa 9000 Kisten Havannah von 49 s. a 50 s. 6 d., meistens zu letzterem Preise für circa Nr. 11 a $11\frac{1}{2}$, Zoll 15 s.; 2200 Säcke clayed Manilla zu 47 s. 6 d. a 48 s., und später 250 Tons zu 49 s.; circa 700 Säcke braune Fernambouc zu 46 s.; circa 1560 Säcke braune China von 45 s. a 46 s. 6 d., und 500 Fässer Cuba Mosco-

raden von 47 s. a 50 s. 6 d., Zölle 13 s. 9 d. und 15 s. Von westindischen Sorten bleibt fortwährend nur wenig angeboten, und wurden für die Woche nur 1470 Fässer zu festern Preisen verkauft; von Mauritius kam Anfangs der Woche nichts in Auktion vor, dagegen wurden unter der Hand circa 3500 Säcke von 47 s. 6 d. a 50 s. für gering bis mittel gelb verkauft, Zölle 13 s. 6 d. a 15 s.; außerdem 1000 Säcke Native Madras zu 42 s. 6 d., Zoll 13 s. 9 d., und verschiedene Partien Bengal zu etwas erhöhten Preisen. Gestern waren in Verkaufung circa 10,000 Säcke Mauritius, Bengal und Penang, welche zu festen Preisen größtentheils verkauft wurden; 64 Kisten schön braune und gering weiße Bahia wurden von 47 s. 6 d. a 50 s. verkauft, dagegen 140 Fässer Cuba Moscovaden und 100 Kisten Havannah über Werth aufgehalten. Der Vorrath ist circa 41,800 Tons gegen circa 29,560 Tons in 1855.

Reis ist für die geringen Qualitäten sehr fest, und eher besser, die guten und feinen Sorten sind dagegen etwas billiger. In Auktion waren im Laufe der Woche circa 18,000 Ballen und 3600 Pockets Bengal, wovon der größere Theil zu einer Erniedrigung von 3 d. a 6 d. Nehmer fand, nämlich von 9 s. 6 d. 13 s. 6 d. für gering gebrochen bis fein großkörnig weiß; circa 6000 Ballen Java verkauften sich in und nach der Auktion von 11 s. a 12 s. 2 d. für gering bis mittel weiß, sehr gebrochen; und circa 3400 Ballen beschädigter Bassein von 8 s. 6 d. a 10 s. nach Qualität. Unter der Hand mögen circa 20,090 Ballen begeben seyn, worunter Bengal gut bis fein weiß 12 s. 3 d. a 13 s. 3 d., gut mittel 11 s. 3 d. a 11 s. 9 d., mittel Dacca-Art 10 s. 3 d. a 10 s. 9 d., und gebrochen 9 s. 6 d. a 10 s.; Madras gering bis gut 9 s. 6 d a 10 s. 3 d. Ballam und Moonghy 9 s. 6 d. a 10 s. Segelnd wurden verkauft eine Ladung Madras 5700 Ballen zu 10 s. 6 d., und eine Ladung Rangoon, circa 7000 Ballen, zu 10 s. 7½ d., sowie 400 Tons Ballam zu 10 s. sämmtlich hier gelandet mit Prompt; eine Ladung Necransie an der Küste von circa 9000 Ballen ist zu 10 s. 6 d. auf ausgeliefertes Gewicht für nahe Häfen angeboten. Geschälte Sorten sind ohne Veränderung; wir notiren Patna gering bis gut mittel 14 s. 6 d. a 16 s. 6 d., und gut bis sehr fein 17 s. 6 d. a 20 s. 6 d.; Madras 13 s. a 14 s., Arrakan, Bassein und Rangoon 15 s. a 16 s. 6 d. nach Qualität. Der Vorrath von Reis beträgt hier ca. 51,000 Tons gegen ca. 4900 Tons gleichzeitig in 1855. — P.S. Erwähnte Necransie Ladung von 9000 Ballen an der Küste wurde heute zu 10 s. 6 d. hier gelandet mit Prompt verkauft, was etwas billiger.

Thee bleibt zu unseren letzten Notirungen gut behauptet; für geringen Congo sind Käufer zu 9½ d. mit 9 Monate Prompt; in den bessern Qualitäten finden täglich Umsätze statt.

Cacao ist sehr stille und würden Abgeber zu etwas billigern Preisen seyn; zu notiren sind Bahia 62 s. a 63 s., und Guayaquil 64 s. a 65 s.

Frankfurt, 5. Dezember. Mit Ausnahme von spanischen Creditaktien Pereire, welche in Posten zu höheren Coursen verhandelt wurden, waren sämmtliche Fonds bei nicht sehr belebtem Umsatz in matter Haltung.

Providentia wurde zu 105¼ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79¾ P. 79¼ G. 5pCt. Lombard.-Ven. 89¾ P. 89¼ G. Metall. alte à 5pCt. 78 P. 77½ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. 86½ G.; à 4½pCt. 68½ P. 68 G.; à 4pCt. 60½ P. 60 G.; à 3pCt. 47 P. 46½ G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57⅝ P. 57⅛ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81½ P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 89½ P. 89 G.; 4pCt. 95¼ P. 94¾ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P 94¾ G.; 4½pCt. 101½ P. 101 G.; 5pCt. 100⅝ P. 100⅛ G. **Würtemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 92⅜ P. 91⅞ G.; 4½pCt. 103¼ P. 102¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 99¼ P. 98¾ G.; 4½pC. 102¼ P. 101¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼ P. 80¾ G.; à 3½pCt. 90½ P. 95¼ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38 P. 37¾ G.; 1¼pCt. neue 23⅞ P. 23¾ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1198 P. 1193 G. Neue Bankaktien 317 P. 312 G. Credit-Actien à 5pCt. 217 P 215 G. Darmstädter Bankaktien alte 366 P. 364 G.; junge 327½ P. 325½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 503 P. 498 G. Mitteldeutsche Creditbank 98⅝ P. 98⅛ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 102 P. — G. Frankf. Bankaktien 112⅛ P. 111⅝ G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 523 P. 518 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 594 P. 589 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 309 P. 307 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 144⅞ P. 144⅜ G. Neustadt-Weissenb. 104⅛ P. 103⅞ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101¼ P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 353 P. 351 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 70 P. —— G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79 P. 78½ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 P. 92½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 119 P. 118½ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103⅞ P. 103⅜ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 117 P. 116½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49½ P. 49¼ G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117½ G. à fl. 25 35¼ P. 34¾ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38¾ P. 38½ G. Nass. Loose à fl. 25 34½ P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 44— P. 43½ G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S 101 P. 100¾ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 118⅛ P. 117⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S. —— P. 119¾ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99⅝ P 99⅜ G.
Berlin Thlr. 60 k. S. —— P. 104⅞ G.	Paris Frs. 200 k. S. 93½ P. 93¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. —— P 104⅞ G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¾ P. —— G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112⅞ P. 112⅝ G.
Hamb. MB. 100 k. S 89 P 88¾ G.	Wien 3 M. mit 5% 112¾ P. 112½ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105⅛ P. 104⅞ G.	Disconto P. 5pCt. G

Neueste Nachrichten.

** München, 4. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) In den heutigen Nachmittags- und den Abendstunden haben II. KK. HH. der Prinz und die Prinzessin Adalbert die erstmaligen Aufwartungen der drei Hof-Rangs-Klassen, der Palast- und Hofdamen, der kgl. Stabsoffiziere und des diplomatischen Corps entgegen genommen. Diese Aufwartungen sind in Folge des Unwohlseyns der Frau Prinzessin bis jetzt verschoben gewesen. — Der zur Zeit als Mitglied des Gesetzgebungs-Ausschusses hier anwesende Abg. Prof. Edel ist dem Vernehmen nach mit der Abfassung eines Commentars zu dem Gesetze über die Gerichtsverfassung beschäftigt (der demnächst bei Beck in Nördlingen erscheinen soll). Prof. Dr. Edel war bekanntlich Kammer-Referent über dieses wichtige Gesetz, so daß die Nachricht, daß derselbe einen Commentar hiezu bearbeitet, mit allgemeiner Befriedigung, insbesondere von dem juristischen Publikum dürfte aufgenommen werden, da wohl keine andere Autorität mehr hiezu berufen ist. Die Nothwendigkeit eines Commentars dürfte sich aber gerade bei diesem Gesetze ergeben, so daß dessen Erscheinen mit großem Interesse entgegengesehen wird.

Königsberg, 2. Dez. Den Bäckern ist die Selbsttaxe gestattet und hier die Maßregel durchgeführt, daß dieselben angeben, für wieviel sie ein Pfund von jeder Backwaare verkaufen wollen. Ein Bäcker, der ein minderes Gewicht geliefert und eigenmächtig die Taxe außerdem geändert hatte, ist letzten Sonnabend von der Kriminaldeputation des hiesigen Gerichts als Betrüger bestraft und ward von der Anschuldigung der Urkundenfälschung durch eigenmächtige Abänderung der Taxe nur freigesprochen, weil das Gericht die Ueberzeugung von der gewinnsüchtigen Absicht nicht hatte. (K. H. Z.)

Dresden, 4. Dezbr. Ein Pariser Korrespondenzartikel des heutigen „Dresdener Journals" behauptet, daß die Bolgradfrage beim Kongreß im Sinn Englands und Oesterreichs gelöst werden würde, da England Sardinien gewonnen habe. (T.D.d.A.Z.)

Paris, 4. Dez. Der heutige „Constitutionnel" sagt, daß die Mächte übereinstimmend sich dafür entschieden haben, nächstens zu einer neuen Konferenz in Paris zusammenzutreten. Der „Constitutionnel" glaubt, daß gegenwärtig noch jede Macht ihre Ansicht aufrecht erhält, sieht aber gleichzeitig die Schwierigkeiten als gehoben an, da Oesterreich die Fürstenthümer und England das schwarze Meer räumen werden. (?) (T.D.d.N.-Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

☞ Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 340.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet, Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 7. Dezember 1856.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 3. Dezbr. Das Haus der Abgeordneten hat gestern sein Bureau und seine Kommissionen gewählt und dabei die Opposition noch vollständiger ausgeschlossen, als im vorigen Jahre. Selbst die bedeutendsten Kräfte sind gar nicht oder dahin gewählt worden, wohin sie nach ihrer Fähigkeit nicht gehören. Nur Herr Kühne kam in die Finanzkommission, welche ihn als ihren Präsidenten an die Spitze stellte, und Hr. Wentzel wurde in die Justizkommission gewählt. Nach diesem Anfange zu urtheilen, scheint die Majorität entschlossen zu seyn, ihre Macht mit aller Strenge auszuüben. Die Opposition hat diesmal noch einige Stimmen verloren, welche ihr durch nachträgliche Wahlen vielleicht wieder zugehen. Im glücklichsten Falle wird sie aber nicht mehr als 80 Stimmen zählen und nur bei gewissen Fragen kann sie mit Hülfe der Fraktionen der gemäßigten Rechten gegen die äußerste Rechte oder in Verbindung mit dieser gegen die Regierungspartei auf einige Erfolge rechnen. (Z. f. Nordd.)

Berlin, 3. Dez. Es geht aus den in einigen Punkten widersprechenden Nachrichten der Schweizerblätter und der hiesigen offiziösen Korrespondenz so viel mit ziemlicher Gewißheit hervor, daß die Neuenburger Frage in eine neue Phase eintritt. Ob Herr v. Sydow in aller Form abberufen ist, wie von preußischer ministerieller Seite versichert wird, oder ob er sich bis auf Weiteres bei dem Bundespräsidenten am 25. November einfach verabschiedet hat, so daß der Verkehr mit der Schweiz für jetzt nur ruhen würde, wie man von Bern aus andeutet, ist in der Sache unerheblich, da Preußen für's Erste jedenfalls nur mit den Großmächten unterhandelt. (Schw. M.)

Der Irvingianer-Apostel v. Pochhammer, welcher diesen Herbst längere Zeit in Magdeburg predigte und auch das Abendmahl spendete, wurde wegen letzterer Handlung vor den Polizeirichter geladen. Er behauptete aber, daß die jetzige preußische Gesetzgebung die Geistlichen nicht mehr als Staatsbeamte betrachte und nur von denjenigen Amtshandlungen derselben Notiz nehme, welche sich, wie Taufe und Trauung, auf bürgerliche Rechtsverhältnisse bezögen, worauf der Richter, diesen Gründen beipflichtend, ihn freisprach.

Freie Städte. Frankfurt, 1. Dezbr. Aus bester Quelle können wir die Mittheilung machen, daß die von dem Senate bereits autorisirte Versicherungsgesellschaft „Providentia", weil sie die Bedingungen, zu deren Ausführung sie sich verpflichtet hat, nicht erfüllen kann, nicht zu Stande kommt. (Kass. Ztg.)

§ Oesterreich. Wien, 3. Dezbr. (Privat-Korresp.) Die Berathungen zwischen dem Grafen Buol und den Gesandten der Großmächte über die Kongreßfrage werden hier noch immer fortgesetzt, und obwohl sie bis jetzt noch kein definitives Resultat ergeben haben, so zweifelt man doch nicht mehr, daß in kurzer Zeit eine Verständigung erfolgen wird, vorausgesetzt, daß Rußland sich entschließt, die entsprechenden Garantien dafür zu leisten, daß die Bolgradfrage im Sinne des Pariser Traktates gelöst wird. Ist diese Angelegenheit einmal geordnet, dann dürfte die Wiederaufnahme der Konferenzen wohl bald erfolgen. — Die Pforte soll sich in neuester Zeit ebenfalls dafür ausgesprochen haben, daß die Berufung eines Kongresses nothwendig sey, um alle auf die orientalische Frage Bezug habenden Differenzpunkte gründlich zu ordnen, und soll Fürst Kallimaki vor Kurzem eine in diesem Sinne abgefaßte Note Reschid Paschas übergeben haben. — Die dänische Antwort war auch bis gestern noch nicht angelangt, obwohl es nicht an Leuten fehlt, welche nicht nur wissen wollen, daß dieselbe bereits hier angelangt sey, sondern auch ihren Inhalt bis in die Details zu kennen vorgeben. — Lady Seymour wird sich in einigen Tagen nach Italien begeben, Lord Seymour hat seine Abreise verschoben. Die Empfindlichkeit, welche man in Paris über die an den Lord ergangene Einladung kund gibt, ist um so weniger an ihrem Platz, als man ja dort wissen muß, daß auch an den Frhrn. v. Bourqueney eine ähnliche Einladung ergangen ist, die derselbe, wenn ich nicht irre, im Laufe des nächsten Monates zu benützen gedenkt. — Die serbische Regierung sendet vierzehn Zöglinge der Militär-Akademie zur weiteren militärischen Ausbildung nach Paris, Berlin und Wien.

Frankreich.

Paris, 30. Nov. Der Pariser Kongreß hat bereits eine eigene Literatur hervorgerufen. Ein neues Werk, das vor einigen Tagen hier erschien, verdient in dieser Hinsicht in mehr als einer Beziehung Aufmerksamkeit; Verfasser desselben ist Herr E. Gourdon, der einen wichtigen Posten in der Abtheilung für die Presse im Ministerium des Innern bekleidet. Es ist ein ziemlich dicker Band von 569 Seiten, der alle bisher bekannten Dokumente enthält, außerdem eine Uebersicht der Vorgänge bis zur Einnahme Sebastopols, aus der Feder des gewandten Redakteurs des „Pays", Herrn J. Kohen; endlich die Erzählung der Vorgänge seit der Erstürmung der Festung bis zum Schlusse der Konferenz vom Verfasser selbst. Höchst interessant ist die Schilderung der Manöver, die dem Abschlusse des österreichischen Ultimatum vorangingen. England nämlich, das Anfangs Friedenseröffnungen gerne entgegennahm, zeigte sich in Folge von minder versöhnlicher Natur, es ließ sich nur mit Widerstreben auf diese Unterhandlungen ein. Dadurch entstand ein kleiner Stillstand, und Rußland, dem dieser Umstand nicht entgangen war, glaubte, es herrsche Uneinigkeit zwischen Frankreich und England, und hielt den Augenblick für günstig, sich den Beistand Oesterreichs und Deutschlands zu sichern, indem es Konzessionen machte, die zu Wien und Berlin genügen sollten. Es handelte sich darum, Deutschland in Neutralität zu erhalten und Oesterreich daran zu hindern, daß es sich weiter mit den Westmächten einlasse. Die alte österreichische Diplomatie, nicht weniger geschickt als die russische, nahm diese Eröffnungen entgegen, ermuthigte sie sogar, drängte zu immer weitern Konzessionen und hütete sich doch wohl, sich irgendwie gegen Rußland zu engagiren. Rußland führte dieses Manöver mit vieler Sorgfalt und ungeheurer Thätigkeit. Krönte der Erfolg sein Werk, erklärten sich Oesterreich und der deutsche Bund zufrieden in dem Augenblicke, wo die drei Mächte weiter gehende Vorschläge in ein Ultimatum verwandeln wollten, so war eine Allianz zwischen Oesterreich und den Westmächten unmöglich, und der Vertrag vom 2. Dezember ein Stück Papier. Diese Versuche wurden von der französischen Regierung vereitelt, indem sie das letzte Engagement beschleunigte, welches ihr den Beistand Oesterreichs ohne Rückhalt sichern sollte. Der Verfasser erzählt uns ein bisher ganz unbekanntes Faktum in Bezug auf die Stellung Preußens zum Kongreß. Wer die Protokolle aufmerksam liest, findet, daß zwei Protokolle vom 18. März existiren. Darüber erzählt Herr Gourdon: „An diesem Tage versammelte sich der Kongreß zweimal, d. h. er spaltete vielmehr seine Sitzung in zwei Theile in Folge der Anforderungen der preußischen Bevollmächtigten, die zu Anfang der Sitzung nicht zugelassen wurden und wünschten, daß nicht im Protokolle davon Erwähnung geschehe, daß sie einem Theile der Debatte fern geblieben waren. Die Einführung der beiden Gesandten war Anlaß heftiger Zwiegespräche. Die Herren v. Manteuffel und v. Hatzfeldt hatten sich in das Ministerium des Aeußeren begeben und warteten in einem Nebenzimmer auf den Augenblick, wo die letzten Pforten sich ihnen öffnen sollten, während man an dem grünen Tische über die Art und den Umfang ihrer Theilnahme an den Arbeiten des Kongresses berieth. Diese Berathung, von denen keine bleibende Spur in den Protokollen existirt, war sehr stürmisch. Zwei Bevollmächtigte wollten sich zurückziehen; die englischen bestanden darauf, die Preußen nur über die Fragen der Dardanellen diskutiren zu lassen. Herr v. Walewski trat vermittelnd ein durch die Bemerkung, daß die Hauptpunkte

bereits diskutirt seyen. Noch seltsamer war die Lage der Vertreter Sardiniens. Man erzählt uns in diesem Buche, daß sie nur unter der Bedingung zugelassen wurden, daß sie versprachen, allenthalben, wo die Interessen ihres Landes nicht berührt sind, sich der Diskussion enthalten zu wollen. Das war die Rolle der Großmächtigkeit, auf die Herr Cavour so stolz ist.

(Ostd. Post.)

* Paris, 4. Dez. Die Aufnahme des Hrn. Ponsard in die Akademie fand heute um 2 Uhr statt. Der Saal, in welchen sich die hervorragendsten Repräsentanten der Literatur, Künste und der Kritik drängten, war zu klein, die zu dieser Feierlichkeit herbeiströmende Menge zu fassen. Die Akademiker waren in ungewöhnlich großer Zahl vorhanden und unter der Menge von Damen bemerkte man die ersten Schauspielerinnen der Hauptstadt. Herr Ponsard wurde bei seinem Eintritt lebhaft empfangen und seine geistreiche Rede wiederholt durch Beifall unterbrochen. Prinz Napoleon und Marschall Vaillant (dem die Schildwache, die ihn nicht kannte, zuerst den Eintritt verweigerte, weil er keine Karte hatte) wohnten der Feier bei.

* Paris, 4. Dezbr. Das „Siecle" beginnt heute eine Reihe von Artikeln über ein Thema, welches Deutschland sehr nahe angeht, nämlich die Donaufrage. Von allen Bedingungen des Pariser Vertrages scheinen dem „Siecle" diejenigen, welche die Donau betreffen, die härtesten für Rußland zu seyn. Als Trost für den Nichtwiederaufbau von Sebastopol, sagt das genannte Blatt, hat Rußland die Vergrößerung von Nikolajeff; als Trost für den Verlust seines Protektorats über die Donaufürstenthümer, hat es die (nach französischer Ansicht) verkehrten Absichten der Türkei in Betreff der letztern. „Allein was kann Rußland für den Verlust der untern Donau trösten? Für den Verlust dieser Mündungen, mittelst deren, wenn sie geschlossen waren, Rußland den deutschen Handel nach Belieben um Gnade schreien lassen und einen Theil Europas aushungern konnte? Es hatte sich da am Ausgange des großen deutschen Stromes, der großen europäischen Ader hingepflanzt, wie die Raubritter des Mittelalters, und von diesem Punkte aus drückte es auf die Freiheit des Handels der ganzen Welt. — Das war eine schöne Stellung, die Europa aber nicht leiden konnte. Auch wurde gleich bei Feststellung der Garantien die Befreiung der Donau nach den Wiener Verträgen in den Vordergrund gestellt; allein das genügte nicht; und da Rußland in seinem Widerstande beharrte, so dachte man daran, die Gränzrektifikation zu verlangen, gewiß, ein sehr unscheinbares Wort, aber eine sehr große Sache! Niemals ist ein besserer Streich geführt worden, und wir sind überzeugt, daß man diese einfache und bescheidene Gränzberichtigung, welche so viele Konsequenzen mit sich bringt, in Zukunft als ein Meisterstück der Politik ansehen wird, welches den geschicktesten Kombinationen in der Geschichte an die Seite gestellt werden kann." (Um so eifersüchtiger muß also Oesterreich darüber wachen, daß diese wichtige Friedensbedingung vollständig und richtig erfüllt werde, während Rußland sie durch eine halbe Erfüllung illusorisch zu machen sucht. D. Red. d. „N. W. Z.")

* Nicht bloß die französischen Regierungsjournale, auch das „Journal des Debats", die „Assemble nationale" und die legitimistischen Blätter, sie alle werden frohlocken über die Niederlage von Lord Palmerston, welche nach der so entschiedenen Sprache des Premier allerdings nur um so empfindlicher seyn muß. Die englischen Oppositionsblätter gehen in ihrer Kritik mit Lord Palmerston eben nicht schonend um und Disraeli wird seinen hiesigen Aufenthalt dazu benützen, um Material zu seinen Angriffen gegen das Kabinet sowohl in „The Presse" als auch im Parlamente zu sammeln.

* Die in Sebastopol eroberten Kanonen sind laffetirt und vor dem Invaliden-Hotel neben jenen von Wagram, Austerlitz, Algier und Antwerpen aufgestellt worden.

* Bekanntlich starb der Compositeur Adolph Adam, ohne Vermögen zu hinterlassen. Der Direktor der komischen Oper, Hr. Carvalho, sicherte der Wittwe des verstorbenen Meisters eine Lebensrente von 1200 Fr.

Die englisch-französische Allianz besteht zwar noch, allein ungleich mehr aus zwingenden Gründen, als aus der Freiwilligkeit einer entente cordiale. Die Polemik zwischen der englischen und französischen Presse bewegte sich keineswegs nur auf der Oberfläche. Vor der Hitze dieses Zankes schmolz bloß die Kruste, die, unter einem höhern Machtgebot, unter dem Druck einer eisernen Nothwendigkeit, die Rußland gegenüber auf beiden Staaten gleichmäßig lastete, die alten Rivalitäten zeitweilig verdeckt hatte. In Frankreich wurde England besonders verübelt, daß dessen Presse dem Kaiserreich zumuthete, als Pfand für die Fortdauer der englisch-französischen Allianz den Grafen Walewski zu opfern, und damit Lord Palmerston vor dem nächsten Parlament sicher zu stellen. Doch ist Lord Palmerston der Besorgniß vor dem Parlament vorläufig dadurch enthoben, daß am 29. Nov. im Geheimerath zu London die Vertagung des Parlaments bis zum 3. Febr. 1857 beschlossen wurde. Das mittelländische Meer war es besonders, das von jeher England und Frankreich zu Nebenbuhlern machte. England sah und sieht Frankreich höchst ungern im Besitz von Algier. Nur ganz eigenthümliche Umstände verhinderten zu rechter Zeit die Abwehr. Wenn England seine Augen auf Sizilien wirft, so hat jener Besitz, den Eventualitäten im Mittelmeere gegenüber, seinen guten Theil daran. Napoleon I. bekriegte England in Egypten. Es galt nicht Indien, sondern zunächst auch dem mittelländischen Meere. Trotz Algier hat Egypten noch ein hohes Interesse für Frankreich. England weiß dies und handelt danach. Die Scenen, welche sich unmittelbar vor unsern Augen, in unserer Nähe, abspielen, sind häufig nicht von der Bedeutung, die wir ihnen beilegen. Die Keime zu den welthistorischen Ereignissen reifen oft in fernern Regionen. (D. A. Z.)

Italien.

Florenz, 30. Nov. Dem Vernehmen nach dürfte am 12. d. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich mit Gemahlin zum Besuch bei seinen hohen Verwandten hier eintreffen. Der Kaiser selbst mit seiner nächsten Umgebung wird die im Palast Pitti in Bereitschaft gesetzten Gemächer beziehen. (A. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Pera, 21. Novbr. Zu Maza, der ehemalige Kabylenhäuptling, ist in türkische Dienste übergetreten, und zum Miralai (Oberst) im Bagdad'schen Armeekorps ernannt worden. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Da im orientalischen Kriege Rußland sich überzeugte, daß die finnländischen Küsten von der schwedischen Seite nicht vollständig befestigt sind und die alten finnländischen Befestigungen in einem schlechten Zustande sich befinden, so hat es schon damals unter Leitung des Generalgouverneurs von Finnland, des Generals Berg, die Arbeiten beginnen lassen, um die alten Befestigungen zu verstärken und neue an strategisch wichtigen Plätzen anzulegen. Alsbald nach der Zerstörung Bomarsunds ließ die russische Regierung auf der im finnischen Meerbusen in der Nähe der Küste Finnlands gelegenen Insel Kaskö und der nahen Bucht eine Seefestung anlegen, welche einen tiefen und bequemen Hafen besitzt, und das zerstörte Bomarsund ersetzen soll. Wie man jetzt erfährt, sollen außer jener Veste auf den finnischen Küsten an dem bothnischen Meerbusen noch fünf andere Forts errichtet werden. Die Plätze für die Festungen sind schon bestimmt, der Ausbau soll jedoch der Reihenfolge nach stattfinden. Zuvörderst soll ein Kriegshafen an dem nördlichen Ende des bothnischen Meerbusens unweit der Gränzstadt Tornea angelegt werden. In gleicher Weise macht die russ. Regierung alle Anstrengungen zur Herstellung der Marine auf dem schwarzen Meere. Nach dem Frieden darf sie 12 Fahrzeuge halten, während sie gegenwärtig daselbst 18 besitzt und noch zwei andere aus dem baltischen Meere dort anlangen sollen. Außerdem haben die für den Postdienst bestimmten Schiffe eine solche Einrichtung, daß sie für den Kriegsdienst gebraucht werden können und ist auch auf jenen Schiffen dieselbe Montirung und dasselbe Kommando wie bei der Kriegsmarine eingeführt. Hierzu wird in Nicolajeff beim Baue von Schiffen eine unerhörte Thätigkeit entwickelt, die sogar durch den eingetretenen Winter nicht unterbrochen wird. Im Gegentheile ist während dieser Jahreszeit eine gute Schlittenbahn für Rußland dasselbe, was für das westliche Europa die Eisenbahnen. (Deutschl.)

Nach den neuesten Nachrichten wird von russischer Seite große Thätigkeit entwickelt, um die von Odessa aus einzurichtenden Dampferlinien in möglichst kurzer Frist und mit großartigen Mitteln in's Leben treten zu lassen. Niemand wird sich darüber täuschen, daß diesem Unternehmen nicht ausschließlich industrielle Zwecke zu Grunde liegen. Es müßte seltsam mit den Dingen in dieser Welt, oder mindestens mit den russischen bestellt seyn, wenn in Wahrheit anzunehmen wäre, es habe sich über Nacht und ohne daß vorhergegangene Anzeichen es ankündigten, dieser Regierung oder der Nation ein gewerbliches Fieber bemächtigt, in Folge dessen man nun zunächst auf nichts eifriger ausginge, als Staat und Volk in industrielle Bahnen zu werfen, und damit den großen, mittel- und westeuropäischen Nationen nachzueifern. Eine solche Annahme widerspricht durchaus dem Grundprinzip, auf dem früher die russische Politik und Rußlands ganze Staatsordnung fußten. Das Czarenreich hat von jeher am wenigsten das übrige Europa in der Formirung eines geldstarken Bürgerstandes nachzuahmen gesucht. Das Bürgerthum, als Hauptträger der politischen Volksaufklärung und Bildung, wurde im Gegentheil von jeher, und in neuester Zeit nicht minder wie früher, von den Staatslenkern in Petersburg als etwas dem russ. Großreich innerlich feindliches angesehen, was man nicht genug bemüht seyn könne auszuschließen.

Man wende hiergegen nicht ein, daß es offenkundig sey, wie der Staat auch diese neuen industriellen Unternehmungen in die Hand des Adels lege, mithin vermittelst derselben die Aristokratie, im Gegensatz zum Bürgerthum, stärken wolle. Wenn man auch diesen Zweck hätte, würde er sich doch nicht realisiren lassen. Das Getriebe einer großen gewerblichen Unternehmung fordert so viele und mannigfache Kräfte, die im Schoße der Aristokratie sich unmöglich vollzählig vorfinden, und sie verlangt andererseits so viele Funktionen, zu deren Uebernahme gerade der Adel am mindesten tauglich seyn dürfte. Wenn man das berücksichtigt, wenn man überlegt, daß eine Schifffahrtsgesellschaft keinen Sinn haben würde ohne Seehandel, und dieser nur durch eine kapitalstarke Kaufmannschaft betrieben werden kann, so wird man nicht daran glauben, daß es Rußland mit seinen Schiffbauten und Schiffsankäufen lediglich darum zu thun sey, etwas Aehnliches wie etwa der österreichische „Lloyd", herzustellen. Wie der Czarenstaat nicht große Eisenbahnstränge ausbauen will, um damit den Gewerben einen Aufschwung zu geben, sondern wesentlich in der Absicht, ein Bewegungsmittel zu militärischen Zwecken sich zu verschaffen, ebenso sind hier die zu etablirenden Schifffahrtsverbindungen gleichsam nur Verlängerungen jener Linien und das naturgemäße Mittel, um russischen Einfluß an die Küsten der Türkei nun in's Mittelmeer hineinzutragen. Das große Schifffahrtsinstitut soll zunächst ein Ersatz für die in der Bay von Sebastopol zu Grunde gegangene Flotte seyn, und in Zukunft mehr als das. (N.-Z.

Amerika.

Die Unionsregierung wird die Panama-Eisenbahn zum ersten Male für den Transport ihrer bewaffneten Macht benutzen; die Mannschaft der im Hafen vor Panama liegenden Korvette „S Mary" soll abgelöst werden und nach den Ver. Staaten zurückkehren; die Fregatte „Wabash" soll nach Aspinwall fahren, um sie abzuholen und die sie ersetzende hinüber zu bringen. Das Marineministerium hat bereits hierüber die Kontrakte mit der Gesellschaft der Panama-Bahn abgeschlossen. In derselben Weise wird auch die Fahrt um das Kap Horn von allen Kriegsschiffen der Union künftig vermieden werden, und man erwartet, daß die im stillen Meer befindlichen oder später abzusendenden Schiffe dort bleibende Station halten, und nur in sehr seltenen Fällen wiederum um jene Südspitze Amerika's fahren.

Asien.

Das „Madras Athenäum" erzählt von einem mißlungenen Attentat gegen den König von Siam. Seine Majestät wurde von einem seiner reichsten Unterthanen zu einem pompöse Feste geladen, allein der Bruder des Königs schöpfte Verdacht, und auf seine Warnung wurde ein dem König ähnlich sehender Höfling in Purpur gekleidet und mit einem anständigen Gefolge hingeschickt. Kaum hatte der Pseudokönig (Punkt Mitternacht) auf dem für ihn bereiteten Thronsessel Platz genommen, als die ganze Geschichte in die Luft ging. Er und sieben andere Personen kamen um's Leben. Was an dieser siamesischen Pulververschwörung Wahres seyn mag, steht dahin. Ueber die Motive des Mordversuches verlautet nichts, als daß der König sehr aufgeklärt (für einen Asiaten) und sogar im Stande sey, einen englischen Brief zu schreiben.

Aus Futschu meldet die „Overland China Mail" eine amerikanisch-chinesische Differenz. Ein Individuum wurde angeblich als Mörder Hrn. Cunningham's zum Geständniß gebracht und zum Tode verurtheilt; somit sey dem Konsul der Vereinigten Staaten jeder Vorwand zur Verweigerung der Schifffahrtszölle benommen. Außerdem haben die Chinesen die englische Flagge schwer beleidigt. Die Mandarinen nahmen ein Fahrzeug, das unter britischer Flagge segelte, weg und schnitten der ganzen Bemannung die Köpfe ab. Da sie dem britischen Konsul alle Erklärung darüber verweigerten, ließ Commodore B. Elliot eine Mandarindschonke aufbringen und nach Hongkong schleppen; aber in der Nacht gelang es ihr zu entkommen. Dies der Grund, warum die Kriegsdampfer „Sampson" und „Encounter" mit einer tüchtigen Truppe Marine-Soldaten und Blaujacken am 18. Oktober von Hongkong aus gegen Whampoa vorgegangen.

Nichtpolitische Zeitung.

Altona, 2. Dezbr. Vorgestern langte hier die Nachricht aus Kopenhagen an, daß das dortige Bankierhaus Malling und Lund mit ca. 600,000 Thlrn. Reichsmünze seine Zahlungen eingestellt habe. (D. A. Z.)

* Den von uns bereits mitgetheilten Details über den Untergang des „Lyonnais" fügen wir noch nachstehende Episoden bei: Jean Louis Marie Choupeau, Matrose an Bord des Dampfers, schlief im Augenblicke des Zusammenstoßes; als er plötzlich erwachte, sah er den Bootsmann herbeilaufen, welcher rief: „Kinder, steht auf, wir gehen unter." Sogleich sprang er auf, eilte mit mehreren seiner Kameraden auf's Deck und sah das Schiff, welches den „Lyonnais" angefahren hatte. Dieses Schiff hatte kein Licht an Bord, selbst nicht am Maste; es schoß zwei Schüsse ab und während 10 Minuten hörte man auf dem Schiffe Geschrei und Hin- und Herlaufen. Nachdem Choupeau mitgeholfen hatte, die Waaren über Bord zu werfen, wurde er bezeichnet, mit in das Boot des 2. Lieutenants zu steigen, dessen Steuer er 7 Tage hielt. Die Kälte war furchtbar, 2 Menschen unterlagen; ein Heizer vom „Lyonnais", 60 Jahre alt, unter dem Namen „Vater Franz" bekannt, und ein Spanier, dessen Namen Choupeau nicht kannte. Die 3 Frauen, welche sich im Boote befanden, bewiesen den größten Muth; aber wenn — namentlich des Nachts, die Wogen der See sie mit einem eisigen Regen überschütteten, weinten die Armen. Frl. Flora — fügt der brave Matrose bei — stützte sich auf meine Knie, während ich das Steuer hielt; sie war die muthigste von Allen. — Das Schiff, welches man am 8. sah (und welches, wie wir mittheilten, den Schiffbrüchigen keine Hülfe leistete) war höchstens einen Kanonenschuß vom Boot entfernt. Seiner Konstruktion nach mußte es ein amerikanischer Dreimaster seyn. „Ich sah, erzählt Choupeau, die Leute auf dem Verdeck und beinahe hätte ich den Namen auf dem Hintertheil lesen können; ich glaube, er fing mit einem S an. Aber das Schiff, obwohl wir überzeugt sind, daß es uns sah, that nichts, um sich uns zu nähern und als wir schon „Gerettet" schrien, entfernte es sich, und überließ uns den Leiden und der Verzweiflung. Wir litten dermaßen vom Durst, daß wir unsern Urin tranken. Hätten wir nur Wasser gehabt, so würden wir New-York ohne Hülfe erreicht haben." — Außerdem erzählt Choupeau, daß Kapitän Devaulx keine der Frauen auf das Floß setzte, sondern sie in den verschiedenen Booten, worin die Reisenden und die Mannschaft des „Lyonnais" neben dem Floße sich flüchteten, unterbrachte. Die Frauen, welche sich im Boote des Lieutenants Luquier befanden, waren fast nackt, aber die Matrosen, welche Decken hatten, traten sie ihnen großmüthig ab, wodurch sie vom Erfrieren gerettet wurden. Die Leichen der beiden Männer wurden in's Wasser geworfen. Jeden Abend wünschte man sich „gute Nacht", ohne Hoffnung, sich am Morgen noch am Leben zu finden. Der brave Choupeau selbst erfror sich den Arm vom Gelenke bis zum Ellenbogen und seine Füße sind in einem solchen Zustande, daß er nicht zu gehen vermag. Man hatte allerdings Mundvorrath mit in's Boot genommen, aber das Salzwasser verdarb ihn schon am ersten Tage, so daß zu Ermattung und Kälte sich während 5 Tagen noch die Leiden des Hungers und des Durstes gesellten, den einige Schluck Weins nicht stillen konnten. — Die gleichlautende Erzählung eines anderen der Geretteten, Cousin, fügt noch bei, daß das Schiff, welches am 8. dem Boote Hülfe versagte, so sehr selbst einsah, wie verabscheuungswürdig sein Benehmen war, daß es ein Segel über den Hintertheil ausbreitete, um den Unglücklichen, welche es feige verließ, seinen Namen geheim zu halten. — Das Schiff, welches an den „Lyonnais" anfuhr, war nach einer telegraphischen Depesche aus Boston die Barke „Adriatic" von Boston. Sie erlitt nur unbedeutende Havarien. Der Kapitän setzte seine Fahrt fort, weil — sagt er — er glaubte, der Dampfer habe keinen Schaden genommen. Der „Adriatic" lief am 4. zu Gloucester ein, um seine Havarien auszubessern; hätte der Kapitän damals alle Umstände des Zusammenstoßes angegeben, so hätte man Hülfe in jene Gewässer schicken und wahrscheinlich alle Schiffbrüchigen retten können. Aber er behauptet, die Nothsignale nicht gehört zu haben. Dies aber ist unwahrscheinlich und erst die gerichtliche Untersuchung wird das Wahre ergeben.

Neapel, 21. Nov. Seit einigen Tagen weht ein kalter Nordostwind. Vor der Stadt waren kleine Wasserpfützen gestern in der Frühe mit einer leichten Eiskruste überzogen, was hier in dieser Jahreszeit gewiß zu den selteneren Naturereignissen gehört.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 6. Dezember. Bexbacher Eisenbahnaktien, 1½ pCt. Spanier, span. Kredit Rothschild und Pereire wurden zu steigenden Coursen vom Markt genommen, während österr. Bankaktien bedeutend niedriger verhandelt wurden. Der Umsatz im Ganzen war ohne Bedeutung.

Providentia wurde zu 105½ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79 5/8 P. 79 1/8 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 89 3/4 P. 89 1/4 G. Metall. alte à 5pCt. 77 3/4 P. 77 1/2 G.; à 5pCt. in Silberh. R. 87 P. 86 1/2 G.; à 4 1/2 pCt. 68 3/8 P. 67 7/8 G.; à 4pCt. 60 1/2 P. 60 G.; à 3pCt. 47 P. 46 1/2 G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 5/8 P. 57 1/8 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 84 1/2 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 89 1/2 P. 89 G.; 4pCt. 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P. 94 3/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/2 P. 101 G.; 5pCt. 100 5/8 P. 100 1/8 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 92 3/8 P. 91 7/8 G.; 4 1/2 pCt. 103 1/4 P. 102 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 1/4 P. 98 3/4 G.; 4 1/2 pC. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 1/4 P. 80 3/4 G.; à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 1/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38 3/8 P. 38 1/8 G.; 1 1/4 pCt. neue 24 1/4 P. 24 1/8 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1175 P. 1170 G. Neue Bankaktien 305 P. 300 G. Credit-Actien à 5pCt 216 1/2 P 214 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 365 P. 363 G.; junge 325 1/2 P. 323 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 505 P. 500 G. Mitteldeutsche Creditbank 97 3/4 P. 97 1/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 101 1/2 P. — G. Frankf. Bankaktien 112 1/4 P. 111 3/4 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 540 P. 535 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 611 P. 606 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 309 P. 307 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 146 3/8 P. 145 7/8 G. Neustadt-Weissenb. 104 P. 103 1/2 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/4 P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 355 P. 353 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 79 P. — — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79 P. 78 1/2 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 P. 92 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 119 P. 118 1/2 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 104 1/2 P. 104 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 117 P. 116 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 1/2 P. 49 1/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117 1/2 G. à fl. 25 35 1/4 P. 34 3/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 3/4 P. 38 1/4 G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/2 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 44 — P. 43 1/2 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 7/8 P. 100 5/8 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 7/8 P. 117 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99 5/8 P — — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 1/4 P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93 1/2 P. — — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 1/2 P. 105 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 3/4 P. — — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112 7/8 P. 112 5/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89 P. 88 3/4 G.	Wien 3 M. mit 5% 112 3/4 P. 112 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 1/8 P. 104 7/8 G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Neueste Nachrichten.

* **München**, 4. Dezbr. Das neueste „Mil.-Ver.-Blatt" enthält eine Verordnung, die organisatorischen Bestimmungen für das Kadettenkorps in Verbindung mit der Artillerie- und Genie-Schule betreffend. — Den Bestimmungen über das Kadettenkorps entnehmen wir für heute Folgendes: Obgleich Erziehung und Unterricht in der Anstalt des Kadettenkorps hauptsächlich auf die Erfüllung militärischen Zweckes gerichtet sind, so ist doch den Zöglingen bis zu dem Beginne der eigentlichen Berufsstudien die Möglichkeit nicht benommen, bei ihrem Austritte in die ihrem Alter entsprechende Klasse einer Studienanstalt einzutreten. Das Kadettenkorps ist in sechs Klassen eingetheilt, wovon die 1. mit dem Unterrichte in der 3., die 2. mit dem Unterrichte in der 4. Klasse der lateinischen Schulen, die 3. mit dem Unterrichte in der 1., die 4. mit dem Unterrichte in der 2. Klasse der Gymnasien möglichst gleich zu gehen haben. Die Zahl der Zöglinge des Kadetten-Korps ist auf 170 festgesetzt und theilt sich in 30 ganze Freistellen, 30 dreiviertel Freistellen mit 102 fl. Kostgeld, 30 halbe Freistellen mit 204 fl. Kostgeld, 30 einviertel Freistellen mit 306 fl., und 50 das ganze Kostgeld zahlende Stellen mit 408 fl., sämmtliche mit vollkommen gleichen Rechten und Ansprüchen.

Dem pensionirten Bataillonsarzt Dr. **Kropff** wurde die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; der Hauptmann Philipp v. **Harttung** vom 10. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; das Dienstestauschgesuch der Unterlieutenants Amand Freiherr v. **Schrottenberg** vom 1. Chev.-Reg. und Ferd. Freiherr v. **Gumppenberg-Pöttmes** vom 6. Chevaux.-Reg. genehmigt. (Verordnungsbl.)

Berlin, 5. Dez. Eben begibt sich die französische Gesandtschaft in großer Gala nach dem königl. Schloß, um Sr. Maj. dem König Namens des Kaisers Louis Napoleon das Großkreuz der Ehrenlegion zu überreichen. (T.D.d.A.Z.)

Kopenhagen, 3. Dezbr. In Bezug auf die neulich gebrachte allerhöchste Resolution vom 29. Novbr., betreffend die Amnestirung einiger sog. vormärzlichen Offiziere, dürfte folgende Notiz nicht ohne Interesse seyn: „Durch das Patent vom 29. März 1852 wurden damals 69 Offiziere, die früher in der dänischen Armee gestanden, aber in die schleswig-holsteinische Armee eingetreten waren, von der Amnestie ausgeschlossen. Von diesen 69 Offizieren sind seit März 1852 7 gestorben (worunter drei von den am 29. Novbr. d. J. amnestirten, nämlich Brackel, Brodersen, und W. L. F. Hedemann) und sieben amnestirt (nachdem einige darunter einen Theil der ihnen kriegsgerichtlich zuerkannten Strafe verbüßt hatten), und harren demnach noch 39 vormalige dänische Offiziere der Amnestie. Die Beweggründe, die bei der Auswahl der amnestirten Offiziere geleitet haben, sind nicht recht ersichtlich und darf man daher wohl der Hoffnung Raum geben, daß auch die bis jetzt der königl. Gnade noch nicht theilhaftig Gewordenen binnen Kurzem amnestirt werden. (H. N.)

Aus **Smyrna** vom 16. Nov. bringt heute der „T. a. B." eine Nachricht, welche, wenn sie sich bewähren sollte, von der größten Wichtigkeit ist. Nach derselben hat das Haus Stieglitz und Komp. in Petersburg den Kommandanten der jetzt in Cherbourg stationirenden russischen Flottille, Admiral Behrends, nebst mehreren Vice- und Contre-Admiralen mit der bedeutenden Summe von 45,000 L. bei dem Smyrnaer Bankhause Salzoni, Lochner und Komp. akkreditirt mit dem Auftrage, sich dafür auf Gebrüder Baring in London zu erholen. Man kann sich in Smyrna die Sache nicht erklären, glaubt aber allgemein, daß wohl bald die russische baltische Flotte daselbst stationiren wird, um in der Nähe der englischen Flotte, die bedeutend im Bosporus verstärkt worden ist, zu seyn.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 341. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 8. Dezember 1856

Deutscher Bund.

Frankfurt, 6. Dezbr. In der heutigen Bundestagssitzung hat der Gesandte Luxemburgs dem Bundestag die Oktroyirungsaktenstücke vorgelegt. Sie wurden zur Berichterstattung an den Ausschuß verwiesen. Der handelspolitische Ausschuß beantragte Einberufung der Kommission zur Ausarbeitung eines Handelsgesetzentwurfs. Abstimmung nächstens.

Bayern. München, 5. Dezbr. Hr. Obermünzmeister Haindl ist zu den Schlußsitzungen der Münzkonferenz (die nach Wiener Berichten am 9. beginnen soll) nach Wien abgereist. Das Zustandekommen der Münzkonvention ist bereits so gesichert, daß die hiesige Münze schon alle Vorkehrungen zum Prägen der neuen Münzen trifft. Bereits sind die Prägestöcke für die neuen Münzen vollendet; nämlich für die neue Silbermünze im Werthe zu 1 fl. 45 kr., welche den Namen „Vereinsthaler" erhält, und für die zwei neuen Goldmünzen im Werthe zu 16 fl. und 8 fl., welche die Namen ganze und halbe „Kronen" erhalten. Bekanntlich sollen mit der Jahreszahl 1857 keine anderen, als die in der Konvention bestimmten Münzen, die landesübliche Scheidemünze ausgenommen, geprägt werden. (A Abdz.)

München, 5. Dez. Durch die in dem „Militär-Verordnungsblatte" kundgegebene Neuorganisation des Kadettenkorps wird der Bestand desselben nicht unwesentlich verändert. Es bestehen demnach fortan zwei von einander gänzlich getrennte Militär-Bildungsanstalten; das Kadettenkorps und die Artillerie- und Genie-Schule. In das erstere finden Knaben von der nothwendig erforderlichen Körperkonstitution und entsprechenden Vorkenntnissen zwischen dem 12. und 15. Lebensjahre Aufnahme. Zur Aufnahme auf Freiplätze haben das Anrecht in erster Reihe die Söhne vor dem Feinde gebliebener oder verwundeter Offiziere, sodann durch langjährige und treue Dienste ausgezeichneter Offiziere überhaupt, endlich der in gleicher Weise qualifizirten Zivilbeamten. Auf die ganz bezahlenden Plätze hat jeder Inländer nach Maßgabe der noch erledigten Kopfzahl und der Erfüllung der Aufnahms-Bedingungen Anspruch. Am Schlusse des Kurses der 6 Klasse haben als Schüler derselben vor einer besondern Examinationskommission die Ausmusterungsprüfung — als Offiziersexamen — abzulegen. Diese Prüfung entscheidet auch über die Befähigung zum Uebertritt in die Artillerie- und Genie-Schule. Diejenigen Zöglinge, welche in dem Examen genügend bestehen, werden nach dem Range, den sie sich bei dieser Prüfung erwerben, als Junker in das Heer eingereiht. Die der Artillerie und dem Genie sich Widmenden haben indessen noch einen zweijährigen Kursus in der Artillerie- und Genie-Schule zu bestehen, der sich mit den speziellen Studien dieser Fächer beschäftigt. Die Zöglinge der Artillerie- und Genie-Schule haben Junkersrang, und können nach dem ersten Jahreskurse zu Unterlieutenants ernannt werden. Die neue Organisation hat mit dem 1. Januar 1857 in's Leben zu treten.

München, 5. Dezbr. In Folge der neuen Organisation des Kadettenkorps werden die in demselben befindlichen Junker, die Zöglinge der 7. und 8. Klasse, welche aufgehoben werden, in die Armee eintreten, jene der 8. Klasse schon jetzt, jene der 7. bis kommende Ostern.

** München, 6. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Morgen wird Se. kgl. Hoh. der Großherzog von Toskana wieder von hier abreisen. Der Erbgroßherzog und seine jugendliche Gemahlin sind bereits heute abgereist, weil dieselben zwei Tage bei ihren hohen Verwandten in Insbruck verweilen wollen — Sobald die eben im Gesetzgebungsausschusse der 2. Kammer stattfindende Berathung über den allgemeinen Theil des Strafgesetzbuches beendet ist, wird dieselbe mit dem betr. Theil des Referats des Abg. Prof. Weis zur Veröffentlichung gelangen, da dann ein in sich abgeschlossenes Ganze vollendet ist; es dürfte dies jedenfalls noch vor Weihnachten der Fall seyn.

(Post-Dienstesnachrichten.) Versetzt wurden: die Assistenten Ch. Becker von Regensburg, J Jungkunz von Aschaffenburg, W. Redlich von Augsburg und F. Lehmeier vom Rechnungs- und Revisionsbureau zum Oberpost- und Bahnamte München, ferner Jos. Anselm von Landau zum Rechnungs- und Revisionsbureau, Anselm Frhr. v. Lochner von Würzburg nach Regensburg, K. Berchem vom Rechnungs- und Revisionsbureau nach Neuburg a. D., G. Kleindienst von Lindau nach Augsburg, A. Eckl von München nach Lindau und Br. Wagner von Augsburg nach München. (Verordnungsbl.)

Preußen. Wie die „N. Preuß. Z." andeutet, hat die Ausweisung des Herrn Moore aus Berlin ihren Grund in der „unverschämten" Weise, in welcher Herr Moore sich bezüglich seiner neulichen Sistirung über preußische Behörden ausgesprochen hat.

Luxemburg. Luxemburg. Die Kammer der Deputirten ist, wie schon gemeldet, durch einen Erlaß vom 27. Nov. aufgelöst, die Konstitution von 1848 als revidirt erklärt, der Text der revidirten Verfassung wird mit Vorbehalt einer neuen Reihe von Artikeln nächstens publizirt, und ist der einzig offizielle der Konstitution des Großherzogthums. Bis zum Zusammentritt der Stände sind die allenfalls nothwendigen Beschlüsse vorbehalten. Zugleich ist eine Proklamation an die Luxemburger erschienen, sie sollen sich würdig zeigen der väterlichen Fürsorge und Zuneigung des Königs. (A. Postz.)

Oesterreich. Wien, 4. Dezbr. Se. Maj. der Kaiser soll in Würdigung der von den protestantischen Generalkonventen in Ungarn angebrachten Gründe die Abhaltung einer Synode bewilligt haben. Dieselbe soll im Mai künftigen Jahres einberufen werden. Wir geben diese Nachricht, ohne für deren Richtigkeit unbedingt einstehen zu wollen. (Fr. Postz.)

Der Kaiser hat den Gemeinden von Venedig und vier anderen, welche zusammen einen Complex bilden, für ihrem durch die Ereignisse von 1848 49 erschütterten Haushalt die rückständige Schuld von 13,052,800 L. 29 C. erlassen. (Fr. Pstz.)

§ Wien, 5. Dezember. (Privat-Korrespondenz) Es bestätiget sich, daß Rußland die Erklärung abgeben ließ, daß es einer im Sinne des Pariser Friedensvertrages liegenden Lösung der Bolgradfrage keine Hindernisse in den Weg legen wolle. Genauere Details, ob man sich definitiv zur Abtretung Bolgrads entschlossen habe, liegen bis jetzt nicht vor, und es zeugt von einer sehr optimistischen Anschauung der gegenwärtigen politischen Situation, wenn man sich durch dieses vage Versprechen zur Wiederberufung der Konferenzen bestimmen ließ, dies tritt noch klarer hervor, wenn man bedenkt, daß in der Donaufürstenthümerfrage die früheren Meinungsverschiedenheiten noch fortdauern, und es sich durchaus nicht bestätiget, daß Viscount Palmerston in der Unionsfrage der französischen Anschauung in neuester Zeit sich genähert habe. Es fanden hier in den letzten Tagen zu wiederholtenmalen offizielle Besprechungen in der Donaufürstenthümerfrage statt, welche kein anderes Resultat hatten, als daß sie den betheiligten Mächten die Ueberzeugung verschafften, daß die alten Meinungsverschiedenheiten noch immer nicht gehoben sind. Die in einem meiner letzten Briefe enthaltene Mittheilung über die bevorstehende Amnestie hat bereits ihre Bestätigung gefunden, und es ist in der That allen politischen Flüchtlingen, mögen sie in Piemont naturalisirt seyn oder nicht, die freie Verfügung über ihr sequestrirtes Vermögen zugestanden worden. Wie ich höre, wird ein neuer allerhöchster Gnadenakt von Mailand aus datirt seyn, und in demselben die Amnestirung vieler politisch Kompromittirter enthalten seyn. — Die von dem griechischen Finanzministerium ausgearbeitete Denkschrift über die inneren Zustände Griechenlands und seiner Beziehungen zu den Schutzmächten ist auch in Wien

übergeben worden, und hat im Allgemeinen eine nicht ungünstige Aufnahme gefunden.

Schweiz.

Bern, 3. Dez. Für die Abhaltung der Schwurgerichtssitzung in Neuenburg werden auf dem Schlosse daselbst bereits bauliche Einrichtungen getroffen. Der Kanton Freiburg wird nächstens die Rückkehr des Bischofs Marilley festlich begehen. Das vom Staatsrath in Folge des Kartoffelaufruhrs erlassene Verbot gegen den Verkauf der Lebensmittel ist heute vom Bundesrath nicht genehmigt worden, weil es den in der Bundesverfassung garantirten freien Verkehr mit Lebensmitteln unmöglich machen würde. (Schw. M.)

Großbritannien.

London, 4. Dezbr. Das russische Kabinet hat die vollständige, noch vor Zusammentritt der Konferenzen auszuführende Räumung der Schlangeninsel zugesagt, und so wird der berühmte Posten von neun Mann in wenigen Tagen schon von jenem Eilande abziehen, das gar nicht zu groß ist, um es mit einem Apfel der Eris zu vergleichen. Dieser Rückzug bildet, wie ich vernehme, eine Conditio sine qua non der hiesigen Zustimmung zur Wiedereröffnung der Konferenzen. Letztere werden noch vor dem Weihnachtsfeste ihren Anfang nehmen.

London, 4. Dezbr. Die Bankdirektoren haben heute, in Anbetracht der verbesserten Verhältnisse des Geldmarktes, den Zinsfuß um ½ pCt., nämlich von 7 pCt. auf 6½ pCt., herabgesetzt.

Frankreich.

Paris, 4. Dezbr. Die Genugthuung der französischen Regierung über das Zustandekommen des Nach-Kongresses ist außerordentlich lebhaft, obschon niemand erwartet, er werde die Spannungen aufheben. Wichtig ist er als ein an Frankreich gemachtes Zugeständniß, dessen Verweigerung der Kaiser Napoleon, der deßhalb an mehreren Höfen außer-diplomatische Schritte thun ließ, für einen Beweis von Mißtrauen, vielleicht für eine persönliche Beleidigung genommen hätte. Einem so nachdrücklich ausgesprochenen Wunsche wurde, eingedenk der Phrase von Bordeaux: Si la France satisfaite, l'Europe est tranquille, endlich Folge gegeben. (A. Z.)

Spanien.

Aus Madrid, 6. Dezbr., wird telegraphirt, daß die allgemeinen Wahlen zu den Ayuntamientos (Gemeindebehörden) auf den 5. Februar 1857 ausgeschrieben sind. Im ganzen Lande herrsche vollkommene Ruhe. (T. D. d. Köln. Z.)

Italien.

Venedig, 3. Dezbr. Die heutige „Gazzetta uffiziale" bringt ein kaiserliches Handschreiben vom 3. d. M., womit ein Betrag von 20,000 fl. jährlich zur Restaurirung der Markuskirche bewilligt wird. (Fr. Postz.)

Wie aus Neapel berichtet wird, hat der König zwei Gnadenakte ergehen lassen: Pasquale de Rosa, im Jahre 1851 als Rebell zu 19 Jahren schweren Kerkers verurtheilt, wurde ganz begnadigt, deßgleichen auch Vincenzo Farina, der zu 20 Jahren in Eisen verurtheilt war. (K. Z.)

Der „Frankf. Postz." schreibt man aus Paris unter dem 5. Dezember: „Heute bin ich im Stande, Ihnen über den Aufstand in Sizilien Näheres mitzutheilen. Die Bewegung brach in mehreren Ortschaften der Provinzen von Palermo und Caltanisetta aus und begann am 21. November mit dem Anhalten des zwischen Palermo, Catanea und Messina fahrenden Eilwagens. Die vier Reisende, die im Eilwagen saßen, ein Franzose, ein Genueser, ein Bürger aus Palermo und ein anderer aus Catanea, sowie der Kondukteur mußten aussteigen, worauf etwa 60 Insurgenten unter der Anführung des Barons Ventilbagni den Wagen durchsuchten und das Postfelleisen mitnahmen. Hierauf mußten die Reisenden wieder nach Palermo zurückfahren, wurden übrigens weder ausgeplündert, noch überhaupt im geringsten mißhandelt. In der Nacht vom 22. auf den 23. sandte die Regierung in Palermo, sobald sie von diesem Vorfalle unterrichtet worden war, 2 Bataillone Jäger zu Fuß unter dem Kommando des Generals Guyon und am Sonntag den 23. zwei Schwadronen Reiterei und eine Batterie Bergartillerie gegen die Aufständischen, die sich vor diesen überlegenen Streitkräften zurückziehen mußten, indem sie bloß einige Gefangene zurückließen. Am 28. Novbr. umzingelte ein 800 M. starkes Truppenkorps, das von Palermo aus abgesandt worden war, die Stadt Cefalu, wohin sich die Insurgenten zurückgezogen hatten, und nahmen dieselbe ohne Widerstand ein. In Catanea wurden Plakate mit den Worten: „Es lebe der Erbprinz! Es lebe die Konstitution von 1812!" angeschlagen, von der Polizei jedoch sogleich wieder weggerissen, ohne daß sich Jemand dagegen widersetzt hätte. Auch will man wissen, daß im Westen der Insel in der Gegend von Mansala Unruhen stattgefunden haben."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 28. Novbr. Laut Privatnachrichten der persischen Gesandtschaft haben die persischen Truppen Herat besetzt. (Die bisherigen Nachrichten lauteten sehr widersprechend.) Die Beludschen überfielen die persische Gränze. Die Russen wollen das Makugebiet besetzen, das Ministerium soll ermächtigt seyn (durch wen?), die britische Flotte in Sinope überwintern zu lassen. (T. D. d. Allg. Ztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

* In der Sitzung des Zweibrücker Schwurgerichts vom 2. Dezbr. wurde verhandelt eine Anklage gegen Christian Ernesti, 50 Jahre alt, gebürtig aus Bamberg, zuletzt Regierungssekretär zu Speyer. Der Angeklagte war durch Beschluß der Regierung der Pfalz im Januar 1853 als Rechner und Verwalter des katholischen Dekanatsfonds des Bisthums Speyer aufgestellt worden, und begleitete dies Amt, womit ein Bezug von jährlich 60 fl. verbunden war, bis zum Juni d. Js. Bei einem damals vorgenommenen Kassasturz ergab sich, daß nur 10 fl. 35 kr. in Kassa waren und ein Defizit von 3558 fl. 29 kr. bestand. Der Angeklagte gestand sogleich, die fehlenden Gelder zu fremden Zwecken, insbesondere zu Vorschüssen an seine Verwandten verwendet zu haben. Später behauptete er, daß er eine der Kasse gehörige bayerische Staatsobligation von 1000 fl. verloren habe und, um den Verlust zu decken, in Baden-Baden gespielt habe, wobei er in einer halben Stunde 700 bis 800 fl. eingebüßt habe. Daß diese Angabe bezüglich des Verlustes des Staatsobligation auf Unwahrheit beruht, geht daraus hervor, daß der Angeklagte Niemanden, nicht einmal seiner eigenen Frau, hievon etwas mittheilte und auch bei Entdeckung des Rezesses nichts davon sprach. Die Ursache des letzteren ist vielmehr in den zerrütteten Vermögensverhältnissen und der verschwenderischen Lebensweise des Angeklagten zu suchen. Bereits im Jahre 1850, wo er Kanzlist im kgl. Finanzministerium war, betrugen seine Schulden 3 bis 4000 fl., weßhalb das Gantverfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Seit 1852 hatte er als kgl. Regierungssekretär zu Speyer ein jährliches Einkommen von 825 fl., wozu später noch die erwähnte Remuneration kam. Da von den Gläubigern sein Gehalt mit Arrest bestrikt war, so wurden ihm beständig Abzüge gemacht. Während seine tüchtige Frau sich, wie es eine solche Lage erheischt, einschränkte und sparte, machte er auffallende Ausgaben für Luxusgegenstände. Die Geschwornen erklärten den Angeklagten der einfachen Unterschlagung für schuldig und das Assisengericht verhängte deßhalb über denselben eine Gefängnißstrafe von 2 Jahren und eine Geldbuße von 12 Gulden.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 7. Dezbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met 77¼; 4½pCt. Met. 67⅞; Wiener Bankaktien 1162; 5pCt. Lomb. 89; Wiener Wechsel l. S. — —; 3pCt. inl. span. 37⅞; 1½pCt. neue 23½. Oesterr. Kreditaktien 211½. Darmstädter Bankaktien 360. Bayerische Ostbahn 101½. Luxemburger internationale Kreditbank 498.

Nach einer Privatdepesche aus Wien würde die Dividende für die österreichischen Bankaktien im zweiten Semester l. J. wie im ersten nur 30 fl. betragen. Die verhältnißmäßig geringe Dividende glaubt man hauptsächlich dem Umstand zuzumessen, daß die Bank einen so bedeutenden Silbervorrath, nahezu 90 Millionen unrentabel liegen hat, ein Umstand freilich, der andererseits geeignet ist, das große Vertrauen, welches die Bank genießt, zu erhalten. (Allg. Ztg.) (Ein anderer Bericht der „Allg. Ztg." stellt eine „gute" Dividende in Aussicht.)

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 342.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 9. Dezember 1856

Der Konflikt Preußens mit der Schweiz

gibt dem in Frankfurt a. M. erscheinenden volkswirthschaftlichen Blatt „Der deutsche Verkehr" Anlaß zu folgenden Betrachtungen: Wie innig die wirthschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und der Schweiz zusammenhängen, weiß jeder Geschäftsmann, sowie, daß jede Störung des Einvernehmens zwischen Deutschland und der Schweiz auf die Interessen beider Ländergebiete schädlich zurückwirkt, und daß die schweizerischen Bevölkerungen die besten Kunden Süddeutschlands sind. Versuchen wir nun eine kurze Darstellung der politischen und Rechtsfrage des für alle Betheiligten gleich lästigen Zwists.

Die Krone Preußen hat bekanntlich an die schweizerische Bundesgewalt das Ansinnen gestellt, es möge vor allen Dingen die Freigebung der gefangenen Royalisten verfügt werden. Eine weitere Vereinbarung über die Neuenburgische Frage wird von Berlin aus in Aussicht gestellt, zunächst aber soll die Schweiz durch jene vorläufige Konzession ihre Bereitwilligkeit thätig beweisen.

Dieser Antrag ist von der Bundesbehörde einstimmig zurückgewiesen worden. Und doch wünscht jeder verständige Schweizer die dauernde Schlichtung und Feststellung des Neuenburger Streites — man halte doch die Prahlereien und Abgeschmacktheiten einiger schweizerischen Winkelblätter nicht für den Ausdruck der öffentlichen Meinung — aber ebenso einstimmig scheinen die Einsichtigen aller Kantone, ohne Unterschied des religiösen und politischen Bekenntnisses, daß die Bundesgewalt jene preußische Forderung nicht gewähren **darf**, weil sie solche nicht gewähren **kann**.

Auch in der Schweiz fühlt sich die Presse unverkennbar etwas genirt. Die Hindernisse liegen jenseit des jungen Rheins anderswo, wie diesseits, dort mehr unten wie oben. Dennoch fühlt der Unbefangene leicht heraus, auf welche Momente sich die entschiedene Weigerung der Berner Bundesgewalt stützt.

Preußen will weder den Kanton Neuenburg, noch den Krieg. Allein man betrachtet an der Spree die ganze Frage als eine Anlegenheit des Ansehens der preußischen Krone. Den Staatsmännern, welche jetzt am Ruder sitzen, war das Vorhaben des Grafen Pourtales und seiner Genossen offenbar fremd, aber sie wünschen, daß durch das Mißlingen des unbesonnenen Putsches der preußischen Autorität nicht eine neue Wunde geschlagen werden möge. War es doch die **preußische** Fahne, die von der Neuenburger Aristokratie bei ihrem Angriff auf die Demokratie entfaltet wurde. Die preußische Regierung will daher, daß zunächst die Schweiz **ein Opfer des Ansehens** bringe, dann wird der Weg zu einer definitiven Verzichtleistung auf jenes wunderliche Schattenkrönchen leichter seyn.

Die Schweizer sind ein sparsames Volk. Sie geben ohne Noth nicht gern ihre Gulden aus. Dennoch wäre ein Abkommen bei weitem möglicher, wenn Preußen eine Entschädigung von mehreren Millionen fordere, als wenn es ein Opfer der Ehre und des Ansehens von der Bundesgewalt begehrt. Ein Geldtribut berührt nur die Truhe. Ein Verzicht auf die Ehre aber das Haus selbst, seine Fundamente, ja die ganze Ordnung in Stadt und Land.

Unter schweren Kämpfen ist es endlich der Reformpartei gelungen, an die Stelle des alten Gewirrs morscher Staatenhäuslein einen stattlichen Bau zu gründen, der die Vortheile der Einheit gewährt, ohne das Einzelleben zu zerstören. Die alten Zustände der Freischaarenzüge und Stürme in einem Glase Wasser sind verschwunden. Jene wilden Parteifehden, welche die Schweiz zu einem Asyl aller europäischen Revolutionäre machten, haben aufgehört, und die früheren Parteien selbst sind der Auflösung verfallen. Einer verständig konservativen Richtung haben die radikalen Wünsche und Leidenschaften Platz gemacht, und es gibt in der Schweiz schwerlich eine organisirte Partei mehr, welche mit der jetzigen Ordnung tabula rasa machen möchte. Auch in den sogen. **Urkantonen** begreift man an der sichern Hand der Erfahrung, daß heutzutage nur die Verbindung die schwachen Einzelkräfte zu einem staatlichen Ganzen erheben und vor dem Verfall beschützen kann. Bildung und Wohlstand machen seit Gründung des neuen Bundes auch in jenen armen Gebirgen der sogenannten Urschweiz unverkennbare Fortschritte. Unter der neuen Ordnung sind die bedeutendsten Reformen gelungen, Zölle, Posten, Telegraphen, Eisenbahnen, Wehrverfassung, Münzwesen, Bildungsanstalten sind zeitgemäß verbessert worden, und von dem fortschreitenden Wohlstande der Schweiz gibt die Statistik der deutsch-schweizerischen Ein- und Ausfuhr den klarsten Beweis.

Der jetzigen Ordnung der Schweiz fehlt, im Vergleich mit den monarchisch regierten Staaten, dennoch eine wichtige Eigenschaft — die der **gouvernementalen** Kraft. Die **nationalen** Kräfte haben durch den Neubau allerdings gewonnen, aber wenn es sich darum handelt, diese Kräfte willig zu lenken, so zeigen Föderation und republikanische Verfassung auch wieder ihre Schattenseiten. Der Kantonal- und Parteigeist, der jener neuen Ordnung so lange widerstrebte, ist geschwächt, aber noch nicht verschwunden. Sollten staatliche Unfälle das kaum vollendete Gebäude in seinen Fundamenten erschüttern, so wird jener Geist wieder erwachen, und nach Wiederherstellung der alten Ordnung rufen — man halte doch die Schweizer nicht für ein Volk von Staatsmännern und Weltweisen, jede Menge urtheilt nach dem **Erfolg**. Was dann?

Der neuen Bundesgewalt steht kein Gardekorps zu Gebot, sondern nur die Wehrkraft der Einzelstaaten. Ihre Stützen heißen Ansehen und Vertrauen, Recht und Gerechtigkeit. Nach dem Rechtsbewußtseyn der schweizerischen Bevölkerungen waren die Neuenburger im Jahr 1848 von ihrem Fürsten ausdrücklich zu eignem willkürlichen Handeln autorisirt, und daher wohlberechtigt, ihr Haus neu zu bestellen. Nach schweizerischer Auffassung, die so alt ist, wie der ganze Schweizerbund, muß sich die Minderheit dem Willen der Mehrheit unterwerfen, haben die Royalisten des Kantons durch ihre Betheiligung bei der Abstimmung wenigstens die neue **Landes**verfassung anerkannt, und sind, wenn sie sich jüngst dagegen mit gewaffneter Hand erhoben, Hochverräther und Rebellen. Nach solcher Anschauung beginge die Bundesbehörde ein **Unrecht**, wenn sie aus politischen Rücksichten Verbrecher losgäbe — il ne faut pas transiger avec le crime — würde sie der Rechtlosigkeit und administrativen Willkür Thüre und Thor öffnen. Nur **gezwungen** würde die Bundesgewalt solche Forderung gewähren können, niemals wird sie sich freiwillig dazu verstehen, es wäre ihr Untergang.

Das ist die jetzige Lage dieser verwirrten Angelegenheit. Hoffen wir, daß Preußens Regierung einen andern Ausweg finden wird, der die beiderseitigen Interessen in schonenden Einklang bringt, und kostspielige „Demonstrationen" erspart.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 3. Dezbr. Sicherm Vernehmen nach sind kürzlich noch mehr ähnliche Eingaben, wie die Ihnen kürzlich von mir gemeldete württembergischer reichsritterschaftlicher Familien bei der hohen deutschen Bundesversammlung eingegangen. So haben die Fürsten zu Isenburg-Birstein und Löwenstein-Werthheim Rosenberg, gleichwie die Grafen v. Erbach-Fürstenau und Wernigerode, eine Vorstellung, betr. Beschwerde der genannten standesherrlichen Häuser gegen die großherzoglich hessische Regierung, eingereicht, gleichzeitig mit der Beitrittserklärung des Grafen Adalbert zu Erbach Fichtenau und einer Zustimmungsanzeige des Grafen Botho v. Stolberg-Wernigerode. (A.Z.)

Frankfurt, 6. Dez. In der Bundestagssitzung vom 4. laufenden Monats stellte der Ausschuß für handelspolitische Angelegenheiten den Antrag, die mit Ausarbeitung des Entwurfs

für ein allgemeines deutsches Handelsgesetz zu betrauende Kommission auf den 15. künftigen Monats einzuberufen, und begutachtete die deßfalls zu treffenden Einleitungen; die Abstimmung hierüber wird in 14 Tagen vorgenommen werden. — Aus Anlaß einer Beschwerde, welche darüber erhoben worden wär, daß in den Fürstenthümern Waldeck und Pyrmont seit dem Jahre 1848 eine drittrichterliche Instanz für Zivilrechtsstreite nicht mehr bestehe und im Verfolge der deßfalls gepflogenen Verhandlung hat die fürstlich waldeck'sche Regierung in der Sitzung vom 6. Nov. l. J. einen von ihr am 5. Juni l. Js. mit der Krone Preußen abgeschlossenen Vertrag vorlegen lassen, durch welchen das kgl. preuß. Obertribunal von Berlin vom 1. Oktober l. J. an zum obersten Gerichtshofe in Zivilprozeßsachen in den genannten beiden Fürstenthümer bestellt worden ist. Da nun hierdurch den Beschwerdeführern Gelegenheit geboten ist, ihre vermeintlichen Rechtsansprüche vor einem Gerichte dritter Instanz zur Geltung zu bringen, so erkannte die Versammlung auf Vortrag der Reklamationskommission die gedachte Beschwerde als gehoben an. (Fr. J.)

Es ist bekannt, daß in einiger Zeit Kommissäre des Zollvereins und Oesterreichs zusammentreten, um die Erfahrungen, welche sich bisher aus der Durchführung des Handels- und Zollvertrags vom 19. Februar 1853 herausgestellt haben, einer Prüfung zu unterziehen, und über weitere Erleichterungen des Verkehrs zwischen beiden Zollgebieten zu unterhandeln. So viel wir hierüber vernommen haben, sind die betreffenden Vorschläge Oesterreichs schon vor mehreren Wochen mehreren deutschen Regierungen zugegangen, ohne daß bisher eine Antwort hierüber erfolgt wäre Was nun den Inhalt der österreichischen Propositionen betrifft, geben wir nachstehend nach einem Berichte der „A. A. Z." eine Analyse derselben: Oesterreich bevorwortet vor Allem eine solche Erleichterung der Durchfuhrzölle, daß in Bezug auf diese Zölle beide Zollgebiete nur als Eines betrachtet werden sollen. Es sollen nämlich von Waaren, die durch den Zollverein nach Oesterreich, oder durch Oesterreich nach dem Zollverein gehen, ein Durchfuhrzoll gar nicht, von Waaren, die beide Zollgebiete durchziehen, nur einmal und zwar in jenem Gebiete erhoben werden, das die Waare zuerst betritt. Mit diesem Antrag ist — was wohl zu beachten — nicht das Begehren verbunden, daß die beiderseitige Einnahme aus den Durchfuhrzöllen irgend einer Theilung unterzogen werden soll. Ein anderer Antrag, welcher die Erleichterung des Durchfuhrverkehrs und des Begleitscheinwesens bezweckt, ist der, daß, nach gegenseitiger Vereinbarung an gewissen großen Handelsplätzen beider Zollgebiete gemeinschaftliche Aemter errichtet werden sollen, wo für Rechnung des anderen Zollgebiets Waaren verzollt und sofort an den Abgabsort weiter versendet werden können, ohne daß sie mehr an einer Zwischenstation aufgehalten werden müßten. Die österreichische Regierung glaubt, daß bei dieser Einrichtung Waaren sogar mittels eines einzigen Begleitscheins an ihren Bestimmungsort im andern Zollgebiet, wohl auch über das letztere hinaus, könnten angewiesen werden; sie beruft sich auf die Erfahrungen, die man über die Zweckmäßigkeit der zusammengelegten Gränzämter bereits gemacht habe, empfiehlt diese gemeinschaftlichen Binnenämter nach gleichem Muster zu organisiren, und sie an den Emporien der Eisenstraßen und Flüsse, welche die beiderseitigen Zollgebiete verbinden, allenfalls in Berlin, Leipzig, Regensburg, Wien, Prag, Brünn anzulegen. Es liegt auf flacher Hand, daß durch diese Einrichtung die Waarenspedition ohne Mittelspediteure, oder doch mit Vermeidung einer neuen Zollamtsbandlung von einem Ende des beiderseitigen Zollgebiets bis zum andern ermöglicht, und daß besonders in Verbindung mit dem Antrage wegen Aufhebung der Durchfuhrzölle der Transitohandel dadurch ungemein erleichtert würde. Ein dritter Antrag betrifft eine Erleichterung bei den Deklarationen. Oesterreich wünscht nämlich, daß die Nomenklaturen der einzelnen Tarifposten beider Zollgebiete gleichnamig gemacht oder gleichmäßiger textirt werden, wobei immerhin die jetzige Reihenfolge der Tarifposten, wenn man es so will, unberührt, also verschieden bleiben könnte. Es will damit erreichen, daß dieselbe Waarendeklaration für den Zollverein und für Oesterreich benutzt werden könnte, und schlägt vor, daß man bei den bevorstehenden Verhandlungen eine Spezialkommission mit der Aufgabe betraue, die beiderseitigen Tarife in diesem Sinne zu adjiziren und auf gleiche Grundlage zu bringen. Noch wollen wir zur Vervollständigung erwähnen, daß Oesterreich Zollermäßigungen für Weine, Hopfen, Schlacht- und Zugvieh, Butter, Schwein- und Gänsefett, Speck, einige chemische Produkte und kurze Waaren, Eisendraht, einige Bast- und Strohwaaren, Fourniere und Parketten, Personenwagen, gewalkte Wollenwaaren, Glas- und Thonwaaren, dann einige Aenderungen des Zollkartells beantragt. Wir dächten, der Zollverein könne sich nur Glück wünschen zu solchen Offerten, die ohne Zweifel weiter gehen, als man mit Rücksicht auf die seit dem Abschlusse des Vertrages vom neunzehnten Februar verflossene kurze Zeit und auf die vielfältigen Hindernisse zu erwarten berechtigt war, welche der handelspolitischen Wiedergeburt in Oesterreich zur Zeit im Wege stehen, und wir wollen nicht bezweifeln, daß die Zollvereinsregierungen Oesterreichs Vorschläge bestens zu acceptiren nicht versäumen werden.

Bayern. Auf Grund der durch Kriegsministerial-Reskript vom 17. November, Aenderungen in der Formation des Heeres betreffend, bestimmten Formation des Geniekorps, und in Folge der durch Armeebefehl vom 29. v. Mts. verfügten Personaländerungen wird die vom 1. Januar 1857 an in Vollzug zu setzende Personal-Eintheilung des Geniestabs hiermit bestimmt, wie folgt: a) Genie-Berathungs-Kommission: Oberst Wilhelm Seydel, Vorstand; Hauptmann G. Graf v. Ysenburg, Hauptmann G. Frhr. v. Stengel. b) 1. Genie-Direktion: Oberstlieutenant H. Häring, Direktor; Hauptleute J. Illing, kommandirt bei der Militär-Rechnungskammer, C. Besseville, C. Gerstner, H. Fogt und F. v. Leutner, letztere beide kommandirt im Kadettenkorps, A. Friedlein, kommandirt im Kriegsministerium, Wilh. Forster; Oberlieutenants R. Schunck, C. Rhomberg; Unterlieutenants Dan. Mauritii, A. Strigl, Chr. Schlicht, kommandirt bei der Militär-Rechnungskammer, M. Ott, F. Gaab, Junker J. Weidner. c) 2. Genie-Direktion: Oberst A. Spieß, kommandirt in Ulm; Oberstlieutenant J. Schmauß, Direktor, Hauptleute W. Schrodt, G. Kollmann, kommandirt in Neuulm; Oberlieutenants M. Müller, H. Ritter v. Kern; Unterlieutenants A. Kaiser, G. Harscher, Junker L. Pilstl. Lokal-Genie-Direktion Ingolstadt: Major A. Krämer, Direktor; Hauptmann G. Greiner; Oberlieutenants J. Kern, C. Lorenz; Unterlieutenant L. Bauer. d) 3. Genie-Direktion. Major Alexander Graf v. Wolkenstein Rodenegg, Direktor; Hauptmann J. Kehl; Oberlieutenants A. v. Grundherr, K. Staudacher, A. De Ahna; Unterlieutenants Joseph Jochner, M. Schwabl, Junker Eustach Haid. e) 4. Genie-Direktion. Major J. Clessin, Direktor; Hauptmann Ph. Lessel, kommandirt in Frankfurt a/M., Hauptmann Karl v. Kramer; Oberlieutenants Ed. Kistenfeger, K. Weiß, Ed. Gäthner, J. Körbling, Unterlieutenants C. Drescher, L. Zimmermann. Lokal-Genie-Direktion Germersheim. Major Xaver Ritter von Reichel, Direktor, Hauptmann Ernst v. Vietinghoff genannt Scheel, Hauptmann Georg Rößner, Oberlieutenant Alois Königsberger, Unterlieutenants Matth. Gläser, Mich. Lautenschläger. f) 5. Genie-Direktion. Oberstlieutenant M. Mager, Direktor; Hauptmann J. Riem; Oberlieutenants J. Rupp, C. Wahl, M. Raub; Unterlieutenant W. Pösnecker, Junker Fr. Baldauf. — Wegen Wiederbesetzung der sich erledigenden Platz-Genie-Offiziersstellen hat das Genie-Korps-Kommando das Erforderliche zu verfügen und den Vollzug anzuzeigen. Unter Abänderung der Bestimmung des Kriegs-Ministerial-Reskripts vom 20. Februar 1850, Nr. 2325, bezügl. der Ablösung der Platz-Genie-Offiziere im regelmäßigen Wechsel von 3 zu 3 Jahren wird dem Genie-Korps-Kommando überlassen, wenn es den Wechsel von Platz-Genie-Offizieren für zweckmäßig oder nothwendig erachtet, hierwegen in jedem einzelnen Falle die erforderliche Verfügung, ohne Rücksicht auf die Dauer dieser Verwendung, selbst zu treffen, und darüber unter Angabe der Gründe Anzeige zu erstatten. Die erforderlichen Zutheilungen von Offizieren der Genie- und der Lokal-Genie-Direktionen zu den Platz-Genie-Offizieren am Sitze dieser Direktionen haben die Genie- und die Lokal-Genie-Direktoren nach eigenem Ermessen zu verfügen, und diese Verfügungen lediglich durch die monatlichen Ausweise zur Kenntniß der Genie-Korps-Kommandos zu bringen. (A. Abdztg.)

Den Bestimmungen über die neu zu begründende Artillerie- und Genie-Schule entnehmen wir Folgendes: Die Zahl der Schüler bestimmt sich für jeden der beiden Lehrkurse nach dem bei den Spezialwaffen erforderlichen Zugangsbedarfe. Der Kommandant des Kadettenkorps ist auch mit der obersten Leitung der Artillerie- und Genie-Schule betraut und ihm der als Dienst- und Studien-Inspector fungirende Stabsoffizier des Kadettenkorps beigegeben. Die Vorträge an der Schule haben während der vier Semester des zweijährigen Kurses in sich zu begreifen: 1) Artillerie-Wissenschaft, 2) Befestigung, Festungskrieg und Genie-Truppenlehre. 3) Baukunde, 4) Fortsetzung der höheren Mathematik bis einschlüssig der Statik und Mechanik, dann der Maschinenlehre; deskriptive Geometrie mit ihren Anwendungen; 5) Physik und Chemie — vollständig in ihrer Anwendung auf die Artillerie- und Genie-Wissenschaft; 6) Zeichnen, und Aufnehmen; Planzeichnen, Artillerie-, Fortifikations-, Maschinen- und architektonisches Zeichnen; 7) französische Sprache, wobei vorzugsweise das Verständniß der franz. Militär-Lehr-

und Handbücher angestrebt werden soll; 8) Reitunterricht; 9) Waffen- und praktische Uebungen, welche nach Maßgabe der wissenschaftlichen Vorträge und ohne deren Beeinträchtigung im 2. und 4. Semester, die Waffenübungen insbesondere bei denen in München garnisonirenden Artillerie-Regimentern und einige Tage beim Genie-Regimente in Ingolstadt vorgenommen werden. Die aus der 6. Klasse des Kadettenkorps in die Artillerie- und Genieschule getretenen Junker werden auf Grund der von der Studienkommission der Schule zu erstattenden Gutachten nach dem ersten Jahreskurse, keinenfalls aber nach den Junkern gleicher Anstellung der übrigen Waffengattungen zu Unterlieutenants befördert. Mit dem Ablaufe des zweiten Jahreskurses treten die Unterlieutenants der Schule zum Dienste bei den Artillerie-Regimentern oder dem Genie-Regimente ein. (N. K.)

München, 6. Dezbr. Unter den neuesten Gewerbsprivilegien und Verleihungen verdienten zwei wegen ihrer möglicherweise wichtigen Folgen hervorgehoben zu werden, nämlich ein dem Kaufmann Prillwitz von Berlin ertheiltes Gewerbsprivilegium auf Einführung seiner Erfindung, bestehend in einer besondern Herstellung des Straßenpflasters aus Gußeisen, so wie der Verbindung desselben mit Eisenbahnsträngen, ferner ein den Papierfabrikanten Völters Söhne in Heidenheim an der Brenz ertheiltes Privilegium auf Einführung ihrer Erfindung, bestehend in eigenthümlich konstruirten Apparaten behufs Darstellung einer zur Papierfabrikation tauglichen Holzbreimasse. (Fr. Kur.)

Preußen. Berlin, 5. Dezbr. Das Ausschließen der gesammten Opposition von den Kommissionen des Hauses der Abgeordneten hat auch in hohen Kreisen Aufsehen gemacht und ist keineswegs günstig beurtheilt worden. Den Freiherrn v. Patow hat die Majorität allerdings in die Budgetkommission gewählt und beschwert sich jetzt darüber, daß derselbe diese Wahl nicht angenommen habe. Die öffentliche Meinung gibt ihm aber um so mehr Recht, da er das einzige Oppositionsmitglied in der gesammten Kommission und nur dazu bestimmt gewesen wäre, um, wie im vergangenen Jahre, die Last der Arbeit zu tragen. Die rechte Seite muß mit dem Ehrgeiz, die Kommission unbedingt zu beherrschen, auch die Arbeit übernehmen, was allerdings nicht ihre Sache ist. Die ausgeschlossene Opposition enthält unbestritten sowohl die befähigtsten wie die arbeitstüchtigsten Männer, welche jetzt gezwungen zusehen müssen. Mißvergnügt ist die Majorität nur mit den drohenden Finanzvorlagen, und wenn die Regierung hartnäckigen Widerspruch zu besorgen hat, kann er nur von dieser Seite kommen. Allgemeiner Widerwille gibt sich gegen die Grundsteuerausgleichung kund, kein geringerer aber zeigt sich gegen eine veränderte höhere Besteuerung der Branntweinfabrikation wie gegen hohe Gewerbsteuern und Alles, wodurch die ritterlichen Grund- und Fabrikherren zu größerer Steuerlast herangezogen würden. Die Regierung wird Mühe haben, Steuerobjekte in genügender Zahl aufzufinden, welche der Majorität allenfalls behagen. Die Opposition beharrt bei ihrer Ansicht, daß Finanzreformen stattfinden müssen, und fordert Einschränkungen und die strengste Sparsamkeit im Staatshaushalt. Die Neugier auf das, was endlich vorgeschlagen wird, ist allgemein; aber noch immer hält das Staatsministerium Sitzungen, in denen die verschiedenen Pläne des Finanz- und des Handelsministers erwogen werden. (Z. f. Norddt.)

Berlin, 4. Dez. Die Angaben, daß von Neujahr hier eine neue offizielle Zeitung erscheinen werde, sind falsch.

Berlin. Der berühmte belgische Musterzeichner Seib ist aus Gent hierher berufen, um die vorläufig aus zwei Klassen bestehende k. Musterzeichnenschule zu leiten. (N.-Z.)

Berlin, 6 Dezbr. Dem Abgeordneten-Hause ging heute der Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1857 zu, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 120,242,312 Thalern abschließt. (Nat.-Ztg.)

Man schreibt aus Halberstadt, 1. Dezbr.: „Zur Reparatur unseres als ein ausgezeichnetes Denkmal mittelalterlicher Baukunst berühmten evangelischen Domes sind von Sr. M. dem König 20,000 Thaler angewiesen."

Lippe. Bückeburg, 1. Dezbr. Die am 15. Novbr. ausgegebenen schaumburg-lippischen Verordnungen brachten eine höhere Bekanntmachung, wonach von heute ab auch bei uns der Posthalterdienst an Sonn- und Feiertagen während des Gottesdienstes eingestellt bleibt. (Z f.N.)

Bückeburg, 1. Dez. Die beabsichtigte Bank am hiesigen Orte soll dem Prinzen von Hohenlohe übertragen worden seyn. Das Geschäftslokal ist durch den Ankauf eines der schönsten Gebäude unserer Stadt, der Post gegenüber, für 27,000 Thlr. beschafft. (Z. f. N.)

Oesterreich. Wien, 5. Dezbr. Wie verlautet, wird ein großer Theil des hiesigen Adels den Winter über seinen Aufenthalt in Venedig und Mailand nehmen. Viele Salons, welche den Glanzpunkt der Residenz bilden, bleiben daher geschlossen, was der Handel mit Luxus- und Modegegenständen sehr empfindlich fühlen wird. (Fr. Postz.)

Dänemark.

Aus Kopenhagen eingehende Nachrichten bestätigen, daß es gelungen sey, den König von Dänemark nochmals von dem Vorhaben, die Regierung niederzulegen, abwendig zu machen, womit die Erhaltung des gegenwärtigen demokratischen Gesammtstaatsministerium vorläufig gesichert scheint. (Z. f. N)

Spanien.

Madrid, 1. Dezbr. Narvaez sieht mißtrauisch auf den geistlichen Einfluß und hat Grund dazu. Er weiß, daß die spanische Geistlichkeit carlistisch ist und bleibt, und daß sie ihn ebenso gern fallen als emporkommen sieht. Sie betrachtet ihn als sehr brauchbar, um die Parteien zu vernichten, die ihren Bestrebungen am meisten im Wege sind. Wenn er aber den Dienst gethan, arbeiten sie an seinem eigenen Sturze. Narvaez ist durchaus nicht ihr Mann; es ist ihm nicht Ernst genug mit den Vorrechten der katholischen Kirche, wie sie von ihr verstanden und gewünscht werden. Seine Verbindung mit ihr ist weder aufrichtig, noch dauerhaft. Den Moderados ihrerseits ist es nicht unbekannt, wer am wirksamsten an ihrem Sturze arbeitet; aber sie fühlen ihre Wehrlosigkeit, sie haben gegen diese im Stillen wirkende Kraft keine Waffen. Ja, die Lage der Dinge legt ihnen noch die Nothwendigkeit auf, zu Ehren ihrer Gegner Lobgesänge zu singen. Es kann keine drückendere, demüthigendere Stellung geben, als die, welche von den Moderados in diesem Augenblicke eingenommen wird. (K. Z.)

Italien.

Venedig, 4. Dezbr. Die Herzogin von Parma ist hier angekommen, der Herzog von Modena, der auf einige Tage hieher gekommen war, abgereist. (Fr. Postz.)

Briefe aus Neapel melden, daß der Erbprinz auf 20 Tage in strenge Haft nach Portici versetzt worden, weil er seinem Vater versöhnliche Maßregeln angerathen habe. (?!)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Nachrichten aus Albanien vom 21. November zufolge wurde dort eine Maßregel angeordnet, welche als ein Schritt weiter in der Zivilisation der dortigen Länder betrachtet werden kann. Es ist dies das Verbot des Waffentragens in den Städten und Bazars. In Scutari, Antivari, Zabljak rc. ist diese Anordnung schon durchgeführt, und die sonst nur mit Handschar und langen Pistolen im Gürtel erblickt wurden, müssen sich jetzt mit einem Spazierstock begnügen. Die Güter der in Scutari verhafteten Verschwörer sind konfiszirt und ihre Häuser vom Staat in Kasernen verwandelt worden. (Allg. Z.)

Rußland und Polen.

Nach den neuesten Nachrichten verbleibt die ganze russische Armee, die bislang im Süden des Reichs stand, nicht nur den ganzen Winter über daselbst, sondern ein großer Theil derselben rückt sogar noch weiter gegen Süden bis an die Küsten des schwarzen Meeres und die Gränzen Bessarabiens vor. Außerdem findet eine große Truppenbewegung statt über den Don hin, zur Verstärkung des orenburgischen Armeekorps, von welchem man glaubt, daß es die eventuelle Bestimmung habe, über den Kaspisee nach Persien geschickt zu werden, um den Schah gegen asiatische und europäische Feinde zu unterstützen. Augenzeugen, die von Astrachan kommen, versichern: die Flotte des kaspischen Meeres sey so zahlreich und so wohl ausgerüstet, daß sie in kürzester Zeit ein ganzes Armeekorps bis in die Nähe von Teheran zu schaffen sich im Stande befinde. (?) (Allg.Z.)

Amerika.

New-York, 19. Novbr. Unsere auswärtige Politik verspricht in nächster Zeit wieder interessant zu werden. Kaum hat Herr Dallas einen Vertrag mit der britischen Regierung zu Stande gebracht, durch welchen die Moskitofrage feierlichst beerdigt wird, so schießt auf dem fruchtbaren politischen Spargelbeete Zentral-Amerika eine neue „Frage" hervor. Präsident Pierce, so wird aus Washington gemeldet, hat der Regierung von Neu-Granada in offizieller Form die Proposition gemacht, daß sie die Panama Route, nämlich die Städte Aspinwall und Panama und einen Streifen Landes zu beiden Seiten der Eisenbahn, an die Vereinigten Staaten abtrete. Es scheint dabei nicht sowohl an eine förmliche Uebertragung der staatlichen Oberhoheit, als vielmehr der kommunal-polizeilichen Oberaufsicht gedacht zu werden, obschon diese in der Sache freilich auf dasselbe hinauslaufen würde. Als Entgeld soll Neu-Granada eine Summe Geldes erhalten, von der jedoch zuvor die aus dem Krawalle zu Panama (15. April d J.) erwachsenen Schadenersatzansprüche befriedigt werden würden. Der Vorschlag selbst stützt sich darauf, daß Neu-Granada nicht im Stande sey, den Vertrag von 1846 zu erfüllen, wodurch es sich verpflichtete, die Panama-Route zu

sichern und zu schützen. Schwerlich würde England geneigt seyn, eine derartige Transaktion mit Neu-Granada ohne Einsprache mit anzusehen; des formalen Rechtsbodens zu einem Proteste dagegen hat es sich jedoch selbst beraubt. Denn bei Gelegenheit der Debatten über die Auslegung des Clayton-Bulwer'schen Vertrages hat es ausdrücklich urgirt, daß die Verpflichtung, in „Centralamerika" kein Gebiet zu erwerben, sich nur auf das beziehe, was in der politischen Geographie Centralamerika heißt, also z. B. nicht auf die Belize (britisch Honduras), die es zu Mexiko, somit zu Nordamerika rechne. Ganz auf dieselbe Weise gehört der Isthmus von Panama zu Südamerika und wird nicht durch den Clayton-Bulwer'schen Vertrag gedeckt. (Nat.-Ztg.)

* Die zwischen England und Honduras am 27. August in London abgeschlossene, die Regelung des Moskitogebietes betreffende Konvention ist jetzt ihrem Wortlaut nach vom „New-York Herald" veröffentlicht. Durch sie ist der Zwist Englands mit den Vereinigten Staaten über die sogenannte centralamerikanische Frage vorderhand gehoben. Großbritannien hat, um jetzt Frieden zu erhalten, da es anderswo nothwendiger zu thun hat, hier in der Hauptsache nachgegeben, hat die sogenannten Bayinseln, deren rechtmäßiger Besitz ihm von den Amerikanern bestritten wurde, an den Staat Honduras zurückgegeben unter schützenden Bestimmungen für die dort angesiedelten englischen Unterthanen; es hat eingewilligt, daß ein Küstenstrich, welchen sie bisher als zum Gebiet der unter seiner Schutzherrschaft stehenden Moskito-Indianer in Anspruch nahm, künftig gegen eine billige jährliche Entschädigung unbestrittenes Eigenthum von Honduras seyn solle. Einige noch andere strittige Punkte sollen durch beiderseitige Kommissäre, nöthigenfalls durch einen Schiedsrichter bereiniget werden.

Nichtpolitische Zeitung.

Hamburg, 5. Dezbr. Heute sind die letzten sieben englischen Dampfer, mit vereinter Kraft das Eis durchbrechend, die Elbe hinunter gegangen. (T.D.d.H.N.)

Altona, 5. Dezbr. Die Insolvenz des Hauses Malling und Lund in Kopenhagen, deren Passiva jetzt schon auf 1 Mill. Thaler Reichsmünze geschätzt werden, hat zur Folge gehabt, daß noch ein anderes Kopenhagener Haus in's Stocken gerieth. Ob auch diesseit gestern bekannt gewordenen Zahlungseinstellungen von vier Kieler, einem hiesigen und drei Hamburger Häusern damit zusammenhängt, haben wir nicht in Erfahrung bringen können. (Nat.-Z.)

* Das „**Buch der Erfindungen, Gewerbe und Industrien**". Dritte Auflage, durchgesehen von Fr. G. Wiek. Leipzig, Verlag von O. Spamer. Von diesem populären Werke liegen uns vier neue Hefte vor, welche Aufsätze enthalten über die Holzschneidekunst, über den Kupfer- und Stahlstich, über den Kupfer- und Stahldruck, über den Steindruck, die Erfindung der Stenographie, die Daguerreotypie und Photographie, die Camera obscura, das Stereoskop rc., über die Erfindung des Schießpulvers und der Schießwaffen, über Elektricität, Magnetismus, Galvanismus und deren praktische Anwendung, über die Erfindung des Blitzableiters, über die Geschichte der Telegraphie, des Teleskop und des Mikroskop, die Geschichte des Luftballons, über das Leuchtgas und die Leuchtstoffe. Schon diese kurze Inhaltsangabe zeigt, wie bei der Auswahl der Gegenstände ganz vorzüglich auf die bewundernswerthen Fortschritte, welche die Industrie in der neuesten Zeit gemacht hat, Rücksicht genommen wurde. Die Darstellung ist allgemein verständlich und wird durch zahlreiche Holzschnitte unterstützt. Der Preis, 18 kr. für das Heft, ist in Betracht dessen, was dem Leser geboten wird, äußerst billig zu nennen. Nach dem Prospekt wird das Ganze in 15 Heften erscheinen, welche zusammen zwei Bände bilden.

∞ Eine interessante Erscheinung im Gebiete der Handelswissenschaft ist das bereits schon sechsfach aufgelegte Taschenbuch für Kaufleute von L. Rothschild, herausgegeben von L. Fört. Während andere Lehrbücher gewöhnlich nur einen einzelnen Zweig der Handelswissenschaft in der ausführlichsten Darstellung behandeln, so enthält dieses Buch das Gesammtwissenswerthe des Handels für Theorie und Praxis in gedrängtester Kürze, aber dennoch mit der dem erst jüngsthin verewigten Verfasser eigenthümlichen Klarheit und Bestimmtheit. Dies Werk ist gleich geeignet für den angehenden, wie für den praktisch durchgebildeten Kaufmann, gleich geeignet zum Schulunterricht, wie zur Selbstbelehrung, und endlich zum augenblicklichen Nachschlagen. Nebstdem ist der Preis zu 3 fl. verhältnißmäßig so niedrig gestellt, die Ausstattung, wie wir dies von der Spamer'schen Verlagshandlung schon längst gewohnt sind, so anziehend, daß gewiß die deutsche Kaufmannswelt nicht ermangeln wird, durch recht fleißige Benützung dieses Buches dem wissenschaftlichen Wirken des Dahingeschiedenen ein ehrendes Denkmal zu setzen.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 8. Dezember. Bei nicht unbedeutendem Umsatze waren sämmtliche Fonds in matter Haltung, welche sich hauptsächlich auf österr. und spanische Fonds erstreckte.

Providentia wurde zu 105¼ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79¾P. 79½G. 5pCt. Lombard.-Ven. 89⅝P. 89⅛ G. Metall. alte à 5pCt. 77⅞P. 77¾G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. 86½ G.; à 4½pCt. 68½P. 68¼G.; à 4pCt. 60½ P. 60 G.; à 3pCt. 47 P. 46½ G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57¼ P. 56¾ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 84½ P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G.; 4pCt. 95¼P. 94¾G.; 4pCt. Grundrente 95½P. 94¾G.; 4½pCt. 101½P. 101 G.; 5pCt. 100⅝P. 100⅜ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 92½P. 91⅝ G.; 4½pCt. 103¼P. 102¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½P. 91G.; à 4pCt. 99¼P. 98¾ G.; 4½pC. 102¼ P. 101¾G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90¾P. 89¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼P. 80¾G.; à 3½pCt. 90½P. 90¼G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38P. 37¾G.; 1¼pCt. neue 23⅝P. 23½ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1158P. 1153G. Neue Bankaktien 299P. 294G. Credit-Actien à 5pCt. 213 P. 211 G. Darmstädter Bankaktien alte 363 P. 361 G.; junge 322 P. 320 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 504 P. 499 G. Mitteldeutsche Creditbank 98 P. 97½ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 101 P. — G. Frankf. Bankaktien 112⅛ P. 111⅝G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 529P. 524 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 603 P. 598 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 308 P. 306 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141¾ P. 141¼G. Neustadt-Weissenb. 104⅜P. 103⅞ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101⅜ P. 101⅛ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 354 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 79 P. —— G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78¾P. 78¼G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93¼ P. 92¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118½P. 118G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 104¼ P. 103¾G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 117 P. 116½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49½ P. 49¼G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117½G. à fl. 25 36 P. 35½G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38¾ P. 38¼ G. Nass. Loose à fl. 25 34½ P. 34¼ G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 44 P. 43½G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100⅞P. —— G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117¾P. 117½G.
Augsb. fl. 100 k. S. —— P. 119¾G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99⅝P —— G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105¼P. 105 G.	Paris Frs. 200 k. S. 93⅜P. —— G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105½P. 105 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96¾P. —— G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112¾P. 112½G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89P. 88¾G.	Wien 3 M. mit 5% 112⅝P. 112⅜G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105P. 104¾G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 343.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 10. Dezember 1856

Deutscher Bund.

Bayern. Augsburg, 7. Dezbr. Heute Nachmittags langte die Frau Großfürstin Maria Nikolajewna von Rußland mit ihren beiden Söhnen und einem sehr zahlreichen Gefolge im hiesigen Bahnhofe ein. Nach eingenommenem Mittagsmahle setzte Ihre kaiserl. Hoheit die Reise, zum Besuche ihrer kaiserl. Mutter, über Ulm nach Stuttgart fort. (N. M. Z.)

Preußen. Berlin, 6. Dezbr. Gestern Mittag wurden die Verhandlungen der evangelischen Konferenzen geschlossen. Anlangend die Frage, ob die Berufung einer Landessynode zur Zeit angemessen erscheine, hat die Versammlung beschlossen: daß die sofortige Einberufung einer Landessynode durch das Bedürfniß der Erledigung der liturgischen, Diakonie- und Ehefrage nicht geboten sey, sondern für diese Erledigung auf Grund der hier gepflogenen Berathungen den aus den Erwägungen des gesammten Kirchenregiments zu erwartenden Beschlüssen volle Autorität zukomme. (Allg. Ztg.)

Berlin, 5. Dezbr. Als der russische Generallieutenant und Chef der russ. Gardeartillerie v. Korff längere Zeit sich in Berlin befand, um nähere Kenntniß von allen diesseitigen Einrichtungen, die seine Waffe betreffen, zu nehmen, entging diesem umsichtigen und erfahrenen Offizier keineswegs die mangelhafte Bewaffnung unserer Fußartillerie. Er machte auf eine Armirung anderer Art aufmerksam, die sich in dem letzten Krieg als sehr praktisch bewährt hatte, und nun ist bereits eine Kommission unter dem Vorsitze des Generallieutenants und Generalinspekteurs der Artillerie, v. Hahn, zur näheren Prüfung der Sache niedergesetzt. (Ostd. Post.)

Berlin, 7. Dezbr. Wie es heißt, soll von einem Mitgliede der äußersten Rechte die Stellung eines Antrags auf sonntäglichen Landtagsgottesdienst beabsichtigt werden. (D. A. Z.)

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Magdeburg vom 4. Dezember geschrieben: „Das hiesige kgl. Kreis- und Stadtgericht hat jetzt den vom kgl. Appellationsgerichte sofort bestätigten Entschluß gefaßt, daß den Dissidenten, welche Vormünder sind, die Vormundschaft genommen werde, und es ist demgemäß an solche die Aufforderung ergangen, die vormundschaftliche Bestallung zurückzugeben. Ohne Konflikte dürfte dies indessen nicht abgehen, da Fälle vorliegen, wo die Vormundschaft durch den ausdrücklichen letzten Willen Sterbender übertragen worden ist.“

Baden. Karlsruhe, 6. Dez. Geh. Rath v. Stengel ist definitiv zum Präsidenten der Ministerien der Justiz und des Innern ernannt. (Schw. M.)

Luxemburg. Luxemburg, 3. Dezbr. Der heutige „Memorial“ veröffentlicht die beiden Gesetze des deutschen Bundestags in Betreff der Presse und des Vereinsrechts, die nun künftig auch bei uns Geltung haben werden. Die Kautionen für Tagesblätter sind auf 1000 Thlr., für zwei oder dreimal wöchentlich erscheinende auf 500 Thlr. festgestellt. Die nächste Zeit wird uns wohl noch manche derartige Gesetze bringen, da die Regierung sich vorbehalten hat, alle erforderlichen Bestimmungen zu treffen, bis die Volksvertretung zusammentritt.

Freie Städte. Frankfurt, 7. Dezbr. Bei der heute vorgenommenen Wahl der beiden wohlregierenden Bürgermeister für das Jahr 1857 wurde Hr. Schöff Dr. Harnier zum Aeltern und Hr. Senator Fellner zum jüngern Bürgermeister erwählt. (Fr. Postz.)

§ **Oesterreich.** Wien, 7. Dezbr. (Privat-Korresp.) Die Antwort des diesseitigen Kabinets auf die bekannte russische Zirkularnote vom 1. vor. Mts. ist ehevorgestern nach Petersburg abgegangen. Der Inhalt soll so beschaffen seyn, daß er eine Rückantwort des Petersburger Kabinets zur unmittelbaren Folge haben wird, vor deren Eintreffen die Nachkonferenzen in Paris nicht beginnen werden. Ueberhaupt glaubt man, daß dieselben in diesem Monate nicht mehr zusammenkommen werden, da man die Absicht haben soll, vor Beginn der Verhandlungen auch in Betreff der Donaufürstenthümerfrage eine Verständigung zu versuchen. Der Erklärung Rußlands, in der Bolgradfrage nachgeben zu wollen, legt man hier keine besondere Bedeutung bei, und zwar nicht darum, weil man etwa fürchtet, daß es Rußland mit dieser Erklärung nicht ernstlich meint, sondern weil man weiß, daß es diesen seinen Entschluß nur als einen Freundschaftsdienst beurtheilt wissen will, zu welchem es sich aus Rücksichten für Frankreich verstanden habe, und weil man eben darum der, wie es scheint, sehr wohl begründeten Ansicht ist, daß Frankreich bereits über die Bedingungen mit Rußland sich verständigt hat, unter denen das Letztere sich zu diesem Freundschaftsdienste herbeigelassen hat. Man versichert, daß hierbei die Frage der Donaufürstenthümer sowie die Interpretation des die Freiheit des schwarzen Meeres betreffenden Punktes des Pariser Traktates ganz besonders berücksichtigt worden sind. — Von den Abgeordneten zu der Münzkonferenz ist bis heute erst einer dieser Herren, der Vertreter Preußens, eingetroffen. Man glaubt, daß die übrigen zwischen morgen und übermorgen ankommen werden, und daß doch trotz der bisherigen Verzögerung die auf den 9. Dezember festgesetzte erste Plenarsitzung stattfinden werde; über die zu erfolgenden Beitrittserklärungen der deutschen Regierungen werden die begründetsten Hoffnungen gehegt.

Wien, 6. Dez. Den hiesigen Redaktionen wurde heute von amtlicher Seite mitgetheilt, daß die Angabe in Frankfurter Blättern über hier stattgehabte kirchliche Aufregungen und in Folge derselben eingebrachten Vorstellungen des Erzbischofs und der Jesuiten — jeder factischen Begründung entbehrten und wurden diese Blätter ersucht, keine hierauf bezüglichen Nachrichten abzudrucken. (Fr. Postz.)

Schweiz.

Bern, 4. Dez. Man erinnert sich vielleicht, daß zwischen dem Großherzogthum Baden und der Schweiz seit mehr als 20 Jahren Anstände, betreffend das freie Verfügungsrecht schweizerischer Regierungen über die in Baden gelegenen Güter schweizerischer Klöster, sowie über die Erhebung von Militärsteuern von angesessenen Badenern, walten. Die Verwicklungen steigerten sich so sehr, daß die betheiligten Kantone: Zürich, Aargau und Thurgau, endlich die Hülfe des Bundes in Anspruch nahmen. Der Bundesrath richtete mehrere Noten an Baden, ohne daß eine entsprechende Antwort erfolgte, ja Baden verschärfte seine Maßregeln noch. Die Bundesversammlung beauftragte endlich den Bundesrath, zu einem Vergleiche Hand zu bieten, diese Unterhandlungen mit möglichster Kraft zu führen. Endlich ließ sich Baden dazu bereit finden, und nun ist wirklich zwischen dem Hrn. Bundespräsidenten Stämpfli und dem badischen Gesandten Frhrn. v. Dusch ein Vertragsentwurf zu Stande gekommen, wodurch sowohl das sogenannte Epavenrecht (Anfallrecht von Gütern aufgehobener Korporationen an den Staat, in dessen Gebiet diese Güter liegen), als auch die Militärsteuer abgeschafft werden soll, und einige minder wichtige Punkte ihre Erledigung finden. An der Genehmigung dieses Entwurfs kann kaum gezweifelt werden. (Schw. M.)

Großbritannien.

Die reformatorischen Edikte des Herzogs v. Cambridge folgen einander Schlag auf Schlag. Heute werden deren zwei veröffentlicht. Das erste betrifft die Heranbildung eines tüchtigen Generalstabes, und wird zu diesem Zweck verordnet, daß die kommandirenden Offiziere den Generalen bei der halbjährigen Inspektion diejenigen Offiziere nennen mögen, die sich durch Tüchtigkeit vor allen ihren Kameraden hervorgethan haben; daß solche Offiziere mit Genehmigung des Commandeur-en-Chef auf die Liste des Stabes vorgemerkt und, wenn die Reihe an sie kommt, in den höhern militärischen Wissenschaften durch eigens dazu bestimmte höhere Offiziere kostenfrei unterrichtet werden sollen. Dieser Lehrkurs ist auf 50 Offiziere beschränkt, und von

ihnen tritt nach vorgenommenen Prüfungen der Tüchtigste in den vacant gewordenen Generalstabsposten ein. Die zweite Verfügung geht dahin, daß die Pionniere künftig aus geschickten Handwerkern zu wählen seyen, daß sie statt der Muskete ihr Handwerkszeug mit sich zu führen haben, und daß jeder Compagnie Infanterie ein Corporal und ein Gemeiner vom Pionnierkorps beigegeben werden sollen.

Frankreich.

* Paris, 6. Dez. Man erzählt sich hier, daß der österr. Gesandte am hiesigen Hofe, Baron von Hübner, Beschwerde über die Art und Weise geführt habe, womit das „Journal des Debats" die Reise des Kaisers von Oesterreich besprochen hat, und man sagt, er habe gedroht, das Blatt werde in Oesterreich verboten werden.

Paris, 7. Dez. Das amtliche Blatt veröffentlicht einen vom 22. November datirten Bericht des Generalgouverneur von Algerien, in welchem dieser meldet, daß mehrere marokkanische Stämme, welche mit bewaffneter Hand Einfälle in das französische Gebiet gemacht hatten, von den französischen Truppen unter Anführung des Generals de Beaufort gezüchtigt worden sind.

In Bayonne ist am 2. Dezember ein Gränzberichtigungsvertrag zu Stande gekommen, welcher Schwierigkeiten, die seit 1455 zwischen Frankreich und Spanien in der Schwebe sind, beendigt. (T. D. d. Schw. M.)

Spanien.

Madrid, 2 Dezbr. Wie voraus zu sehen war, erfährt der von Hrn. Mirès der Regierung vorgelegte und von dieser veröffentlichte Finanzantrag heftigen und, man möchte fast sagen, allgemeinen Tadel von Seiten der Presse. Die Oppositionsblätter der Progressisten heben die Redlichkeit in der Verwaltung und den Kredit des Landes, sowie den trefflichen Zustand des Staatsschatzes während der kurzen Dauer ihrer Herrschaft hervor; sie zeigen auf die 180 Mill. Realen hin, die nach Deckung des Budget übrig geblieben waren, — ein Ereigniß, das in Spanien seit Menschengedenken nicht vorgekommen ist. Im Publikum wundert man sich, daß bei so strenger Ueberwachung der Presse diese Angriffe, wie leise und schonend sie auch seyn mögen, gestattet werden. Wurde doch, wie ich aus guter Quelle vernehme, Hr. Nocedal, der Minister des Innern, von dem Marschall Narvaez wegen der den Blättern gestatteten Freiheit zur Rede gestellt! Dieser soll nicht ohne Verlegenheit erwidert haben, daß er es für räthlich gehalten, diesen Gegenstand, der die materiellen Interessen des Landes betrifft, einer besonnenen Kritik unterwerfen zu lassen. Eingeweihte jedoch wollen wissen, daß der Marschall Hrn. Mirès seiner besonderen Gunst und seines besonderen Schutzes würdige, und daß Hr. Nocedal dem Ministerpräsidenten, mit dem er auf wenig freundlichem Fuße steht, diesen Streich gespielt habe. Daß eine solche Voraussetzung nur möglich ist, mag Ihnen beweisen, wie schlimm es im Innern des Kabinets aussehen muß. — Aus Lissabon ging die Nachricht ein, daß der königl. Ex-Regent Dom Fernand von Portugal gesonnen ist, in einigen Monaten eine Reise nach Spanien zu machen, angeblich, um sich alles Einflusses auf die Staatsgeschäfte zu begeben.

Madrid, 5. Dezbr. Die „Madrider Ztg." veröffentlicht ein Dekret, das einen außerordentlichen Kredit bewilligt, der zur Bezahlung der Beisteuern für die Kirchen St. Peter und St. Johann zu Rom verwandt werden soll. (K. Z.)

Italien.

Aus Turin vom 2. Dezember werden der „Independance Belge" über den Aufstand auf Sizilien eine Reihe von Schiffernachrichten, die mit dem Dampfer „Corriere Siciliano" in Genua eingetroffen sind, mitgetheilt. Danach brach am 22. November zu Mezzojust, einem Orte von 5000 Seelen an der Straße von Palermo nach Messina, ein Aufstand aus; die Behörden wurden abgesetzt und die dreifarbige Fahne mit dem Rufe: „Es lebe Italien! Es lebe die Unabhängigkeit!" aufgepflanzt. Die Führer dieser Bewegung sollen der besseren Klasse der Gesellschaft angehören und sogar Adelige darunter seyn. Der Statthalter des Königs schickte ein Jäger-Regiment und eine halbe Schwadron Reiterei nach Mezzojust. In Palermo herrschte am Abend des 25. November große Aufregung, Patrouillen durchzogen Tag und Nacht die Straßen, die Truppen waren in den Kasernen konsignirt, die Schweizer bewachten die Forts, und mehrere Verdächtige waren festgenommen worden.

Mailand, 1. Dezbr. Die hiesige „Gazz. uff." schreibt: „Die Schilderung der vielen und schweren Unglücksfälle, von denen die Provinz Brescia unter verschiedenen Formen in den letzten Zeiten heimgesucht worden, ist nicht vergeblich an die Stufen des Thrones gelangt. Man weiß, wie den durch die Traubenkrankheit am meisten zu Schaden gekommmenen Besitzern ein Steuernachlaß im Betrage von mehr als 400,000 Lire auf fast 2 Mill. bewilligt wurde. Gegenwärtig erfahren wir, wie Se. Maj. geruht haben, den Gemeinden der Provinz Brescia, welche ihre Subskriptionsbogen auf das Nationalanlehen nicht veräußert haben, eine Sistirung der Rateneinzahlungen für ein ganzes Jahr zu bewilligen."

Aus Paris gehen der „Köln. Z." noch folgende Angaben über den sizilianischen Aufstand zu: „Die Operationen der Insurgenten, die zwischen Messina und Palermo stattfanden, scheinen nur eine Falle gewesen zu seyn, die man dem Gouverneur von Palermo gestellt hat, um einen Theil seiner Streitkräfte nach dieser Seite hinzulocken und so Zeit zu gewinnen, den Aufstand auf den übrigen Punkten der Insel zu organisiren. Casteleicala ging auch vollständig in die Falle, denn er sandte nicht, wie der „Moniteur" sagt, 800, sondern 4000 Mann mit vieler Artillerie auf der Straße von Palermo nach Cefalu ab. Dieses Korps fand fast nirgends Widerstand, und bei seiner Ankunft in Cefalu waren alle Insurgenten verschwunden. Während dieser falschen Operation Seitens der Regierungstruppen soll sich nun der Aufstand auf dem platten Lande vollständig organisirt haben. Die sizilianischen Behörden sind in der größten Unruhe. In Palermo und Messina wurde der Belagerungszustand erklärt."

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 26. Novbr. Die wieder hergestellten freundschaftlichen Beziehungen zu der hohen Pforte haben der diesseitigen Regierung Anlaß gegeben, die Zahl ihrer politischen Agenturen in der Türkei zu vermehren. Es werden demnächst zwei neue russische Konsulate errichtet, das eine in Skutari (Albanien), das andere in Sarajewo in Bosnien), — So wie unter der Regierung des Kaisers Nikolaus das Beurlaubungssystem im Landheer eingeführt wurde, eben so ist jetzt, einer Verfügung des Kaisers zufolge, dasselbe auch auf die Kriegsflotte angewandt worden. (Schw. M.)

* Dem „Moniteur de l' armee" wird aus St. Petersburg geschrieben, daß die russische Regierung die Stadt Odessa ermächtigte, dem Marschall Fürst Woronzow mittelst einer allgemeinen Subskription eine Statue zu errichten, welche den Pendant zu jener des Herzogs von Richelieu bilden soll. — Außerdem wurde angeordnet, daß die ganze Armee 3 Tage um den Verstorbenen Trauer trage, dessen Name auf einer Marmortafel im Ehrensaale der kais. Militär-Akademie angebracht werden soll

Kalisch, 2. Dezbr. Aus Tula erfahren wir, daß von dort aus fortwährend Sendungen von Gewehren neuerer und vervollkommneter Construktion an die Armee erfolgen; natürlich kann dieselbe nur allmählig mit besseren Gewehren versehen werden. Es ist aber gewiß, daß Rußland auf die Vervollkommnung der Waffen, nebst der Ausbildung der Offiziere, jetzt einen hohen Werth legt. (Oestr. Z.)

Bekanntlich wurde eine Untersuchungskommission bezüglich gewisser tadelnswerther Vorfälle eingesetzt, deren sich die russische Armee-Verwaltung während des Krim-Feldzuges schuldig machte. Der Kaiser genehmigte die Arbeit dieser Kommission, und ordnete bedeutende Rückerstattungen zu Gunsten des Staates an; außerdem bestätigte er die gegen die Schuldigbefundenen ausgesprochenen Strafen, deren zwei verurtheilt wurden, als Soldaten in der kaukasischen Armee zu dienen. (D. Allg. Ztg.)

Asien.

Die „Times" bringt aus Fu-Tscho-Fu vom 7. Oktbr. folgendes: „Rußland hat in Peking einen Vertrag mit China abgeschlossen. 3000 Morgon Landes und einen geschützten Hafen auf der Westküste von Tschusan tritt der „Sohn des Himmels" dem Czar auf ewige Zeiten ab. Ein mit großen diplomatischen Vollmachten ausgerüsteter russischer Generalkonsul ist ernannt und angenommen, und wird im Fort residiren, das sofort auf jenem Küstenpunkt errichtet werden soll. Er ist ermächtigt, drei andere Konsuln und diplomatische Agenten für andere Provinzen des chinesischen Reichs zu ernennen, und bedarf für dieselben keiner weitern Bestätigung. Tschusan eignet sich durchaus nicht für den Handelsverkehr, außer mittels Dampfern; und selbst diese würden keinen vollkommen sichern Ankerplatz und Schutz gegen Wirbelstürme finden. Die furchtbaren und stets wechselnden Strömungen machen dieses Inselmeer für Segelschiffe besonders gefährlich; aber wer mit der überlieferten Politik von Petersburg vertraut ist, weiß, daß es nicht gerade Handelsinteressen sind, welche Rußland am Herzen liegen Die Krisis jedoch ist günstig. England, Amerika und Frankreich müssen ihre Verträge mit China, die sämmtlich abgelaufen sind oder es bald seyn werden, auf eine neue Frist erneuern. Man hat längst gefühlt, und dies aus andern Gründen, daß jeder einzelne jener Verträge einer Revision bedarf. Wird die „begünstigte Nationenklausel", die in den bestehenden Verträgen enthalten ist, übersehen werden, wenn es zur Revision kommt? Oder soll Ruß-

land, troß jener Klausel, das ausschließliche Vorrecht einer diplomatischen Vertretung in Peking behalten, und zwar in einem Augenblick, wo es gleich den andern Mächten einen Mitgenuß des Vortheils erlangt hat, welcher dem chinesischen Kaiser zuerst durch unsern Vertrag von Nanking abgerungen wurde? Aber ich denke nicht, daß irgend eine Revision etwas fruchten wird, wenn man sie nicht in Peking negozirt. Wenn die drei Mächte, ihre Eifersüchteleien (die hier doch wenigstens ganz am unrechten Orte wären) bei Seite legend, nur übereinkommen wollten, in Gemeinschaft zu unterhandeln, so wäre dies ein weiteres Unterpfand für das Gelingen dessen, was jeder von ihnen am Herzen liegt. Bis nahezu vor die Thore von Peking finden ihre Kriegsschiffe eine gute Wasserstraße, und die Fahrzeuge, welche die geheiligten Personen ihrer Vertreter dahin befördern, würden natürlich Kriegsschiffe, keine andern seyn." (D.A.Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Wien, 5. Dez. Nachrichten aus Venedig zufolge herrschte daselbst am verflossenen Sonntag und Montag ein so stürmisches Unwetter, wie man sich eines ähnlichen seit Jahren nicht zu erinnern weiß. Der Sturm zerbrach und zerbog die Metallkandelaber auf dem Markusplatz, und der Schnee — eine dort ungewöhnliche Erscheinung — fiel in solchen Massen, daß er Fuß hoch liegen blieb. (Allg. Z.)

London, 3. Dezbr. Es scheint, wir sind noch nicht am Ende der Unterschlagungen in der Verwaltung der Nordbahn von London angelangt. Die Untersuchung stellt neue der von Redpath verübten Betrügereien in Aussicht, von ganz unerhörter Art, und zu einem Betrag, der die anfänglich genannte Summe (150,000 Pf. St.) bei weitem übersteigen würde. (A. Z.)

* **Paris**, 7. Dezbr. (Eine vornehme Betrügerin.) Vor einigen Tagen stieg eine deutsche Baronin, Frau X, von vornehmem Aeußern und fürstlichem Anstande, im Londoner Hof zu Paris ab. Das ganze Hotel war in Aufregung; der Besitzer, die Stubenmädchen, die Kellner beeilten sich um die Wette, den geringsten Wunsch der Baronin zu erfüllen. Die prachtvollsten Zimmer wurden für sie in Bereitschaft gesetzt, die feinsten Schüsseln standen auf ihrer Tafel; sie war, wie sie versicherte, ziemlich nahe mit einem Herrscherhause verwandt, von welchem eines der hervorragendsten Mitglieder nächstens eine Reise nach Frankreich machen werde, wohin sie ihm vorausgeeilt sey. Da sie Paris nicht kannte, so fragte sie bei aller Welt, mit der sie in Berührung kam, nach, ob sie mit ihrem bescheidenen Einkommen von 10,000 Fr. per Monat allen Anforderungen, welche ihre fast offizielle Stellung ihr auferlegte, genügen könne. Sie ließ sich an die besten Modehändler von Paris adressiren, präsentirte sich bei ihnen stolzirend wie eine Königin und ließ sich Gegenstände von bedeutendem Werthe liefern. Die besten Musterzeichner wurden in Anspruch genommen, um ihr Wappen zu zeichnen, welches die geschicktesten Arbeiterinnen auf ihre Wäsche sticken. Die vornehme Dame verschmähte es nicht, sich mit den geringsten Einzelnheiten zu beschäftigen; sie wollte, daß Alles bis zur Ankunft ihres hohen Verwandten fertig sey. Am 1. Dezember sollte Jedermann bezahlt werden, und beeilte sich daher, zu rechter Zeit fertig zu seyn. Trauriger Umschlag der Dinge hienieden; der 1. Dezember ist da, und noch Niemand ist bezahlt worden; zugleich erfuhr man, daß die Kaschmirshawls und die kostbare Wäsche, kurz alle gelieferten Sachen nur das Stadtviertel geändert hatten. Von der Chaussée d'Antin waren sie in die Paradiesstraße gegangen. Die Baronin X hatte das Leihhaus zu ihrem Toilettenkabinet gemacht. Man erkundigt sich und man erfährt, daß bei der ganzen Geschichte Alles falsch ist, ausgenommen vielleicht der Name der Dame und ihre zahlreichen Betrügereien. Die erlauchte Deutsche hatte alle Welt bezaubert und der Besitzer des Hotels befand sich dermaßen unter ihrem Joche, daß er seine schöne Fremde bis zu Herrn von Rothschild, ihrem vermeintlichen Banquier, begleitet hatte. Bei dem großen Finanzmann angekommen, läßt sie den Hotelbesitzer im Vorzimmer, und gelangt bis zu Hrn. v. Rothschild, und einige Augenblicke nachher kommt sie mit strahlendem Gesichte aus seinem Cabinete, mit der Nachricht, daß die Fonds ankommen würden, und daß man alle Gläubiger befriedigen werde. — Hotelbesitzer und Lieferanten warten heute noch; vorläufig wurde die verwegene Schöne nach der Polizeipräfektur gebracht.

* (Eine spanische Räubergeschichte.) Vor einiger Zeit wurde der Madrider Polizeibehörde die geheime Anzeige gemacht, daß einige Räuber den Plan hätten, ein Wirthshaus in einem kleinen Dorfe drei Stunden jenseits Madrid auszuplündern und bei der Gelegenheit auch den Wirth auf die Seite zu bringen. In der That stellten sich eines schönen Tages drei Räuber bei dem „Tabernero" ein, bestellten Essen und Trinken, und luden den Wirth ein, an ihrer Tafel Platz zu nehmen. Während der Mahlzeit hielt ein vierter Räuber zu Pferde Wache vor dem Hause, um seine Kameraden vor einem Ueberfall zu sichern. Nach der Mahlzeit wurde gespielt, und nach dem Spiel erklärten die Räuber dem Wirthe, er habe all' sein Geld auszuliefern und sich zum Tode zu bereiten. Glücklicherweise hatte aber die Polizei schon 6 Gendarmen abgeschickt, welche sich im Hause versteckt hielten, und als sie den Wirth so in Gefahr sahen, sogleich ihre Karabiner auf die Räuber abfeuerten. Alle drei stürzten todt nieder. — Am letzten 25. November hielten drei kräftige Esel von weißer Farbe und hohem Wuchs, ihren Einzug in Madrid; zwei Gendarmen gingen voraus und zwei folgten ihnen nach. Jeder Esel schleppte auf seinem Rücken einen von den todten Räubern, so wie sie bei uns Mehlsäcke tragen. Sie durchzogen die ganze Stadt, von der Menge verfolgt, und allen denen, die räuberische Gelüste verspüren könnten, eine derbe Lektion gebend. Der vierte Bandit, welcher Wache hielt, ist gleichfalls verhaftet worden.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 1. bis 6. Dezember.)

Samstag. Ein Blick auf die Kursblätter zeigt, daß auch in dieser Woche die steigende Tendenz vorwaltete, zunächst aber, da der Impuls von Paris ausging, diejenigen Papiere elektrisirte, welche mit jener Börse in wechselseitiger Berührung stehen. Es sind dies österr. Staatsbahnen, spanische Fonds und der spanische Kredit Pereire. Hr. Mirès, jetzt eine der Pariser Größen und ebenbürtig anerkannt, hat Vorschläge gemacht, um für das romantische Land jenseits der Pyrenäen neue Schulden zu kontrahiren! und darauf hin ist man gestiegen. Gebt man von diesem Gesichtspunkte aus, daß, wer Schulden macht, sein Haus verbessert, so müßten span. Fonds vor allen andern über Pari stehen. Kaum glauben wir, daß Deutschland seine Kapitalien abermals auf solche Nebelbilder leiht. Was die Politik betrifft, so sieht es diese Woche etwas heller aus. Man will die streitigen Punkte nicht selbst entscheiden, sondern einer zweiten Auflage der Pariser Konferenzen überlassen. Was in Sizilien vorgegangen, werden wir wohl erst über England erfahren, denn die französische Presse trägt ein schweres Schloß vor dem Mund. Was uns indeß mehr beruhigt, als die trügerischen Konstellationen der Politik, sind die günstigen Nachrichten, die allerwärts über das Sinken der Getraidepreise einlaufen. Rußland sendet ansehnliche Massen. Auch die finanzielle Krisis geht langsam der Genesung zu, theils durch wohlthuende Diät, die sich die überfüllten Börsenmagen nothgedrungen auflegen, theils durch den Geldzufluß. Die Post aus Süd- und Zentralamerika hat diese Woche viel Silber nach London gebracht, was den Abfluß unserer geschwächten Vorräthe auf dem Kontinent doch einigermaßen stauen wird. Unter dem Schutz solcher Verhältnisse sind die enormen Einzahlungen, welche bis Ende vorigen Monats auf österr. Werthpapiere, als Staatsbahnen, Kredit- und Nationalbank (neue Emission), Nationalanleihe und Theißbahn zu leisten waren und einen Nominalbetrag von 54½ Mill. repräsentirten, besser überwunden worden, als man allgemein erwartet hatte. Oesterreichische Effekten blieben stagnirend. Die Wiener Börse hat schon wieder eine große Einzahlung (auf Franz Josephbahn) in Aussicht, und bleibt in kränkeln dem Zustande. Und doch scheinen uns unter den obwaltenden Verhältnissen gerade österr. Staatspapiere sowohl für Kapitalisten als Spekulanten die billigsten. Die 4½ pCt. Metall. sind z. B. 27 pCt. niedriger als 3 pCt. Konsols und 24 pCt. unter 4½ Prozent Renten; dies dünkt uns doch nicht das richtige Verhältniß zu seyn. Schulden und Hülfsquellen der drei Länder stehen schwerlich in solchem Mißverhältniß. Es ist nur der Grad des Vertrauens, der den Maßstab gibt, aber das Vertrauen zu österreichischen Fonds kann auch eben so wieder zunehmen, wie es die Ereignisse seit 1848 erschüttert haben, und ein Blick auf die Kursblätter zeigt, daß das damalige Verhältniß ein ganz anderes war. Jedenfalls glauben wir sie unbedenklicher zur Anlage und Spekulation empfehlen zu können, als Kreditaktien, ein namenloses Ding, dessen Resultate erst der Verlauf von Jahren ergeben kann, und die größtentheils von den Personen abhängen, welche am Steuerruder stehen. Eine besondere Stelle verdienen diesmal die österreich. Bankaktien und ihre Dividende von 30 fl. Schon seit acht Tagen bemerkte man starke Verkäufe unter den Wiener Kursen, also keine Arbitrage, die Lösung ist jetzt bekannt. Man glaubte, daß die Erhöhung des Bankdiskonto, noch ehe die neuen Aktien an dem Genuß partizipirten — auch eine hohe Rente ergeben würde.

Worin liegt der Grund, daß die Dividende nur 30 fl. ist? Hat die Bank den Verlust auf die Silberanschaffung (eine Operation, an deren Ursache sie eben so unschuldig ist, als an den Mitteln, sie zu beseitigen) tragen müssen? Wir sind heute noch darüber im Unklaren. Hoffen wir aber, daß in letzter Instanz noch ein Wort zu Gunsten der Aktionäre gesprochen wird. Für National fehlten diesmal die Kaufordres und sie konnten sich daher nicht behaupten. Von süddeutschen Effekten haben wir nichts zu erwähnen; die Umsätze richten sich immer nur nach dem Bedarf. Spanische Fonds sind gestiegen, und in Folge des neuen Anlehens, das die momentanen Bedürfnisse decken soll, und der Wiederaufnahme des Projekts zu Konvertirung der 1½ pCt. in 3 pCt. Obligationen, zu einem Verhältniß, das die 1½ pCt. circa auf 29 pCt. bringen soll, während dieselben heute gegen die 3 pCt. circa 31 werth sind. Die politischen Zustände des Landes können uns übrigens noch immer nicht beruhigen. Wenn dort der Bogen zu straff angespannt ward, ist er noch immer gebrochen. Vielleicht wird jetzt der Kurs von mächtiger Seite nur getrieben, um dann verkaufen zu können. Die bayerischen Eisenbahnlose zu 7 fl. werden in nächster Woche an die Börse kommen. Wir hören, daß das hiesige Bankhaus des Hrn. Rafael Erlanger mit dem Debit beauftragt ist. Von Kreditaktien nahmen österr. einen starken Anlauf, der aber nicht anhielt, da Wien zurückblieb. Das Privatpublikum hielt sich entfernt, um nicht der Agiotage und Arbitrage zum Spielball zu dienen, und wartet ab, bis der Kurs wieder zu einiger Festigkeit gelangt seyn wird. Meininger, die bis 97 gesunken waren, wurden durch einen starken Ankauf „pro domo" wieder auf 98 gehoben. Spanische, Pereire und Rothschild sind bedeutend gestiegen, was, wie bereits Eingangs erwähnt, mit dem neuen Anleben zusammenhängt. Es ist ein fieberhaftes Spiel, von dem der vorsichtige Geschäftsmann fern bleiben wird. Hannover'sche Bankaktien, in denen hier starker Besitz ist, sind gut und billig. Frankfurter unverändert; bayerische fehlend. Die Ausgabe der Noten der „Bank für Süddeutschland" hat am 1. d. M. begonnen. Je näher es zur General-Versammlung der Bexbacher Aktionäre und also auch zu der schon bekannten Dividende von 9 pCt. kommt, desto stärker werden die Ankäufe. Berlin scheint das Papier mit besonderer Vorliebe aufzunehmen, und da hier die Stücke fehlen, so ist ein weiteres Steigen nicht unwahrscheinlich. Auch die lange nicht notirten Friedr.-Wilh. Nordbahn sind jetzt mit höheren Notirungen wieder zum Vorschein gekommen. Die Bahn hat dieses Jahr bessere Einnahmen und scheint sich überhaupt auf einen rentablern Fuß zu stellen. Livorno-Florenz bleibt vernachlässigt, obgleich man erwartet hatte, daß die gute Dividende und die Auszahlung in Frankfurt auf den Kurs Einfluß haben würde. Neustadt-Weißenburger fest, aber ohne Aufschwung. Oesterreich. Westbahn fortdauernd beliebt. Die Arbeiten schreiten so rasch vorwärts, daß, unerwartete Hindernisse abgerechnet, die erste Strecke schon vor dem Termin (1859) vollendet seyn dürfte. Wie man aus Wien schreibt, soll vor Ende nächsten Jahres keine Einzahlung mehr erfolgen, und auch dann nur 10 pCt. Auch hofft man die Kosten unter dem Anschlag bestreiten zu können. Die Umsätze in Ostbahn waren ebenfalls bedeutend; was Belgien und Frankreich abgeben, nimmt Bayern auf. Von Wechseln haben die preußischen Devisen den Parikurs überstiegen und bleiben dazu gefragt. (Aktionär.)

Frankfurt, 9. Dezember. Beinahe sämmtliche Fonds, mit Ausnahme von Bexbacher Eisenbahnaktien, welche bedeutend über gestriger Notiz bezahlt wurden, sind zu niedrigen Coursen verhandelt worden, besonders wurden österr. Credit- u. Staatsbahnaktien vom Rückgange berührt.

Providentia wurde zu 105½ ⅜ ¼ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79⅝P. 79¼G. 5pCt. Lombard-Ven. 89⅝P. 89⅛ G. Metall. alte à 5pCt.77½P.77¼G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. 86½ G.; à 4½pCt. 68¼P. 67¾G.; à 4pCt. 60½ P. 60 G.; à 3pCt. 47 P. 46½ G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57¼ P. 56¾ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 84½ P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G.; 4pCt. 95P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 95P. 94¼G.; 4½pCt. 101½P. 101 G.; 5pCt. 100⅝P. 100⅜ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 92⅛P. 91⅝ G.; 4½pCt. 103¼P. 102¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½P.91G.; à 4pCt. 99¼P. 98¾ G.; 4½pC. 102¼ P. 101¾G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90¾P. 89¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼P. 80¾G.; à 3½pCt.90½P.90¼G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 38P.37¾G.; 1¼pCt. neue 23⅝P. 23½ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1154P. 1149G. Neue Bankaktien — P. 293 G. Credit-Actien à 5pCt. 211½P 209½G. Darmstädter Bankaktien alte 360 P. 358 G.; junge 322 P. 320 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 504 P. 499 G. Mitteldeutsche Creditbank 97½ P. 97 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 101 P. — G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111½G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 525P. 520 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 595 P. 590 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 301 P. 301 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 146½ P. 146G. Neustadt-Weissenb. 104⅛P. 103⅞ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101¼ P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 62 P. — G. Taunus-Aktien 354 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 70 P — — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78¾P. 78¼G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92¼ P. 91¾ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118½P. 118G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 101⅛ P. 103⅝G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 117 P. 116½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49⅛ P. 48⅞G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P.117½G. à fl. 25 35¾ P.35¼G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38¾ P. 38⅛ G. Nass. Loose à fl. 25 34⅜ P. 34⅛ G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43½ P.43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl.100 k. S 101 P.100¾G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117⅝P. — —G.
Augsb. fl.100 k. S. — —P.119¾G	Mail. i.S.Lr.250k.S 99⅝P — —G.
Berlin Thlr.60 k.S. 105⅛P. — G.	Paris Frs. 300 k.S 93¼P.— —G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105⅛P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. —P. —G.
Brem. 50Thlr. Lsd.kS 96¾P.— —G.	Wienfl. 100C. k S.112½P.112¼G.
Hamb. MB. 100 k.S 89P. 88¾G.	Wien 3 M. mit 5%112¼P. — —G.
Leipz. Thlr 60k S. 105P.104¾G.	Disconto — P. 5pCt. G

Neueste Nachrichten.

** **München**, 8. Dezember. (Privat-Korrespondenz) Am k. Hofe wurde heute, an Maria Empfängniß, das Titularfest des St. Georgi-Ordens gefeiert. Nach beendetem Ordens-Kapitel begab sich Se. Maj. der König, als Ordens-Großmeister, mit den hier anwesenden Mitgliedern des hohen Ordens im feierlichen Zuge zum Hochamt in der Hofkapelle. — Aus Tegernsee vernimmt man, daß Se. k. Hoh. **Prinz Karl** von Bayern zwar noch immer unwohl ist, daß aber die in dem Befinden Sr. k Hoheit eingetretene Besserung eine anhaltende ist. Prinz Karl wird indessen immerhin in nächster Zeit die Reise hieher noch nicht antreten dürfen. Wie es heißt, beabsichtigt Se. Maj. der König Ludwig eine **Reise nach Italien**; Thatsache ist es, daß zu einer k. Reise Vorkehrungen getroffen werden. — Gestern Abend wurden die hier anwesenden durch den Armeebefehl beförderten Offiziere durch den kgl. Kriegsminister Sr. Maj. dem König vorgestellt.

Berlin, 6 Dezbr. Von officiöser Seite wird mit großem Nachdruck bestritten, daß „Proteste" Rußlands, Englands, Frankreichs in der holstein-lauenburgischen Angelegenheit erfolgt seyen. Man bezeichnet die betreffenden Angaben als im dänischen Interesse erdichtet. Damit hat natürlich nichts zu thun, was von vertraulichen Aeußerungen russischer Gesandten, z. B. des Hrn. von Budberg in Wien, verlautet hatte. (Hamb. Nachr.)

Nach der russischen „Handelsztg." existirten im Jahre 1852 im Gouvernement Charkow 443 Fabriken, deren Produkte jährlich einen Ertrag von 3,223,278 R. S. lieferten; am zahlreichsten vertreten ist die Spritfabrikation mit 156 Fabriken, und einem Ertrage von 923,632 R., die Runkelrüben-Zuckerfabrikation mit 30 Fabriken und 378,029 R. Ertrag und die Salpeterfabrikation mit 62 Fabriken und einem Ertrag von 275,284 R. — Dasselbe Blatt macht auf die Fabrikation von Eisenbahnschienen auf dem Hüttenwerke „Alapajew" im Ural aufmerksam, welches täglich 2000 Pud Eisenbahnschienen liefert; eine Schiene von 18 Fuß Länge wird in 3 Minuten fertig. Auch in diesem Artikel soll also der auswärtigen Produktion seine Konkurrenz erwachsen.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 344.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Donnerstag, 11. Dezember 1856.

Zur Erziehungsfrage.

I.

Wenn wir hiermit einen kleinen Cyclus von Betrachtungen über unsere Erziehung eröffnen, so nehmen wir keinen Anstand, als leitenden Grundsatz, aus dem wir die weiteren Folgerungen ziehen wollen, den Satz hinzustellen, daß jedes Individuum mit seinen körperlichen und geistigen Anlagen und Kräften einen Theil des großen Staatskapitals ausmacht und daß folgerichtig die Entwickelung dieser Kräfte im innigsten Zusammenhang mit dem Nationalvermögen, und sonach auch der Nationalwohlfahrt steht. Alle unsere theoretischen Fragen haben bis jetzt mehr oder weniger den Geldfragen weichen müssen, und wenn beispielsweise in der Sklavenfrage keine anderen Sätze in's Feld rücken würden als moralische und humanistische, so dürften die armen Teufel von Wilden noch lange warten, bis ihnen Gerechtigkeit widerfährt. Im ersten Augenblick steht dies Verhältniß zwar etwas traurig aus; allein man darf sich wohl sicher darauf verlassen, daß die Vorsehung in ihrer Weisheit recht gut gewußt hat, weßhalb sie überall den Geldbeutel in den Hintergrund stellte. Das Geld ist am Ende doch nur der Hebel, wodurch ihre erhabensten Absichten in's Leben gerufen werden.

Den obigen Satz zugegeben, sind aber die Staaten bei der Erziehungsfrage nicht wenig betheiligt. Wir müssen dagegen die Behauptung hinstellen, daß die öffentlichen Anstalten in ihrer gegenwärtigen Organisation nicht im Stande sind, die von uns gewünschte Entwickelung zu ermöglichen, und wollen dann weiterhin untersuchen, ob sich nicht allgemeine Prinzipien finden lassen, um eine solche vollständig und naturgemäß herbeizuführen. Ehe wir aber dazu schreiten, wollen wir die obigen Sätze zuerst etwas näher ausführen.

Wenn wir unsere jugendlichen Individuen mit Pflanzen vergleichen, so haben wir dazu unsere guten Gründe. Lesen wir dann die neuern wissenschaftlichen Untersuchungen über die Abhängigkeit des Menschen von der Scholle, auf der er steht, so wird uns wohl der obige Vergleich noch weniger gereuen können. Was man von ursprünglich gleichen Talenten gefabelt hat, verdient kaum eine Widerlegung, die vom theoretischen und praktischen Standpunkte gleich einfach zu führen wäre, wenn wir uns hier dabei aufhalten könnten. Was würde man aber von einem Oekonomen sagen, der eine Pflanze auf einen unrichtigen Boden setzt? Mehr als jemals würde er dem Tadel ausgesetzt seyn in einer Zeit, wo wahrhaftig alle Welt sich dafür interessirt und wo möglich sorgt, daß auch der kleinste öde und unfruchtbare Streifen Erde der Kultur zugeführt wird, und wo die Wissenschaft selbst die tiefsten Fragen zu lösen sucht, damit nur ja jede Pflanze auch auf den vortheilhaftesten Boden zu stehen kommt. Ob man dabei nicht übertreibt und über das richtige Maß hinaus geht, wollen wir hier nicht untersuchen.

Wie kommt es nun, daß man der edelsten Blüthe der Erde, dem Menschengeist, nicht die gleiche allseitige Aufmerksamkeit schenkt? Wir tadeln den Gärtner, der eine Pflanze in den falschen Boden setzt, und sehen nebenbei gleichgültig, wie unsere Kinder auf einen unrichtigen Grund gerathen.

So gewiß aber auf eine uns unbegreifliche Weise jedes kleine Pflänzchen seine Wurzelfäserchen dahin ausstreckt, wo es seine richtige Nahrung zu empfangen hat, so würde gewiß der junge Menschengeist das ihm Zusagende instinktiv erfassen, wenn ihm anders nur das richtige und hinreichende Material zugeführt wird. Aber nur unter dieser Bedingung kann auch das bildungsfähige Individuum wahrhaft gedeihen, zu seiner höchsten Kraft gelangen und die ihm inwohnende Bestimmung zum Nutzen des Staates vollständig erfüllen.

Man darf übrigens dabei außer Sorge seyn, daß die Erfüllung unserer Wünsche von Seiten des Staates eine große Verwirrung der Verhältnisse herbeiführen würde. Wer dies behaupten wollte, dem müßten die bestehenden Verhältnisse eben so unbekannt seyn, als er die menschliche Natur schlecht studirt hätte. Abgesehen nämlich, daß ohnedies viele Verhältnisse schon keinen weiteren Tadel zulassen, und abgesehen, daß die Irrthümer den Individuen unvermeidlich sind, wird das Leben selbst mit seiner unendlichen Mannigfaltigkeit störender Verhältnisse ohnedies den Winden und Stürmen gleichen, die den Samen verwehen, und den Vögeln, welche denselben fressen.

Es muß bei unseren Betrachtungen unvergessen bleiben, daß wir gewissermaßen nur ein Ideal hinstellen wollen, das uns auf der allgemeinen Bahn menschlicher Erziehung als ein leitendes Gestirn zu begleiten hat, weil wir der Ansicht sind, daß der Mangel an phylosophischen Grundsätzen eben so schädlich ist, als der Ueberfluß derselben.

Unsere nächste Aufgabe dürfte aber nunmehr darin bestehen, daß wir zu zeigen haben, was wir für die beste und natürlichste Nahrung für den jugendlichen Geist halten und aus welchem Material, um bei unserm Bilde zu bleiben, der Boden bestehen soll, auf den wir unsere Pflanzen bei der Erziehung zu setzen haben.

Deutscher Bund.

Der zwischen Preußen, Hannover und Kurhessen für sich und in Vertretung der übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und der freien Hansestadt Bremen andererseits abgeschlossene Vertrag vom 26. Januar d. J. wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrs-Verhältnisse wird am 1. Januar 1857 in Wirksamkeit treten. Der Vertrag zwischen Preußen, Hannover, Kurhessen und Bremen wegen Suspension der Weserzölle tritt gleichfalls mit dem 1. Januar 1857 in Wirksamkeit.

Bayern. München. Thomas Driendl, Inhaber des lithographischen Instituts dahier, hat in Anerkennung seiner Leistungen auf dem Gebiete der Lithographie von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft und überdies einen kostbaren Brillantring zum Geschenk erhalten. (N. Nachr.)

Preußen. Berlin, 8. Dezbr. Wie die „Illustrirte Montagszeitung" erfährt, soll der bald nach seiner Freisprechung nach dem Zuchthause Lichtenburg in der Provinz Sachsen zurückbeförderte Dr. Falkenthal, wahrscheinlich in Folge der Aufregung der Verhandlung, von Neuem so schwer erkrankt seyn, daß sein baldiges Ableben erwartet werde. — In dieser Woche beginnt bei den Justizbehörden die Auszahlung der Theuerungszulagen für die niedrig besoldeten und unverheiratheten Subalternbeamten. Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sind alle diejenigen Beamten, welche über 500 Thaler Gehalt beziehen. Zu bemerken ist übrigens, daß diese Zulage nach bisher üblicher Weise aus den Ersparnissen des Justizfonds bestritten wird und also in keinem Zusammenhange mit den die Gehaltsverbesserung der Subalternbeamten betreffenden Vorschlägen der Regierung an die Kammer steht. — Es ist bereits mitgetheilt worden, daß der in dem Techen'schen Landesverrathsprozesse mehrfach genannte und von der französischen Regierung wegen seiner Theilnahme an den politischen Umtrieben nach Cayenne deportirte frühere Polizeikommissär Hassenkrug vom Kaiser der Franzosen begnadigt worden ist. Post tot discrimina rerum hat Hr. Hassenkrug sich wieder in Berlin eingefunden, wo man ihn indessen wohl schwerlich gern sehen dürfte. (D. A. Z.)

Berlin, 7. Dezbr. Unter den Regierungsvorlagen, die gestern der 2. Kammer übergeben wurden, bemerken wir ein Gesetz über das unerlaubte Kreditgeben an Minderjährige. Die Ankündigung dieser Vorlage wurde mit mehrseitigem Bravo empfangen, da manche Väter und Vormünder anwesend seyn mochten, die in derselben einen Schutz gegen das Schulden-

machen ihrer Söhne und Mündel erblicken mögen. Der beste Schutz dagegen wäre freilich eine gute häusliche Erziehung, die aber ihre Schwierigkeiten hat, jedenfalls schwieriger ist als die Votirung eines Gesetzes, dessen Strafandrohungen sich am Ende doch nicht sehr wirksam erzeigen dürften. Uebrigens hat das Uebel, gegen welches der Gesetzentwurf gerichtet ist, schon vor mehr als 10 Jahren die Aufmerksamkeit der höchsten Militärkreise erregt. Besonders war es damals der Prinz von Preußen, als Kommandeur des Gardekorps, der über die einschlagenden Verhältnisse Recherchen anstellen ließ, um die Mittel der Abhülfe aufzufinden. Mehrere beklagenswerthe Erfahrungen der letzten Zeit, welche an jungen Garde-Offizieren, wie überhaupt an jungen Herren vom Adel gemacht worden, haben von Neuem dem Gegenstande die Aufmerksamkeit zugelenkt und Anlaß zu dem vorliegenden Gesetzentwurf gegeben. Dieser ist denn auch namentlich gegen Verleitung zum Schuldenmachen unter Verpfändung des Ehrenworts gerichtet. — Der neue Gesetz-Entwurf über Ehescheidungen führt eine 1—3jährige Trennung von Tisch und Bett ein, wenn die Ehescheidung nicht auf Grund des Ehebruchs oder der böslichen Verlassung ausgesprochen ist. Wenn während der Trennung keine Wiederversöhnung erfolgt und von dem klagenden Theil auf Vollzug der Scheidung angetragen ist, kann diese ausgesprochen werden. Erst 3 Jahre nach dieser rechtskräftig ausgesprochenen Ehescheidung dürfen die Geschiedenen, wenn sie an der Ehescheidung schuldig befunden worden, zu einer andern Ehe schreiten. Von den alten landrechtlichen Ehescheidungsgründen werden folgende in dem neuen Entwurf aufgehoben: 1) gegenseitige Einwilligung; 2) heftiger und tief eingewurzelter Widerwille; 3) bloß verdächtiger Umgang gegen richterlichen Befehl, insofern das Ehegericht nicht die Ueberzeugung von einem in diesem Umgang begangenen Ehebruch gewonnen; 4) mangelnder Nachweis des unbescholtenen Wandels einer Frau, die sich von ihrem Manne entfernt hatte; 5) Versagung der ehelichen Pflicht; 6) Unvermögen und körperliche Gebrechen, welche erst während der Ehe entstanden sind, wogegen für den Fall, wo ein gänzliches und unheilbares Unvermögen schon vor der Ehe vorhanden gewesen ist und daher als Grund der Ungültigkeit einer Ehe behauptet werden kann, an dem bestehenden Recht nichts geändert wird; 7) Raserei und Wahnsinn; 8) Unverträglichkeit und Zanksucht; 9) wissentlich falsche Anschuldigung. (Z. f. Nordd.)

Berlin, 7. Dezbr. Von allen Seiten wird bestätigt, daß Herr v. Sydow nur vorläufig abberufen ist. Seine Abreise von Bern am 26. Novbr. traf wahrscheinlich mit der faktisch eingetretenen Unterbrechung des Verkehrs zusammen, welches als das richtige Sachverhältniß bezeichnet wird. (K. Z.)

Die Beschlüsse der evangelischen Konferenz lauten: 1) Die Frage über die Trauung Geschiedener ist allein auf kirchlichem Gebiete zum Austrage zu bringen. 2) Die Konferenz anerkennt nicht das Bedürfniß der Noth-Civilehe, erblickt in dieser nicht ein geeignetes Mittel zur Hebung des Konflikts mit dem Staate und muß von derselben entschieden abrathen. 3) Als Scheidungsgründe können innerhalb der Kirche nur der Ehebruch und dieböswillige Verlassung als zulässig gelten, und zwar letztere nur, wenn die Obrigkeit den entlaufenen Ehegatten nicht mit den von ihr stattbaft erachteten Zwangsmitteln zur Rückkehr und zur Fortsetzung des ehelichen Lebens zu bestimmen vermöge. 4) Ueber die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der kirchlichen Wiederverheirathung bürgerlich geschiedener Ehegatten haben die kirchenregimentlichen Behörden (Konsistorien und evangelischer Oberkirchenrath) zu entscheiden. Dieselben haben ihre Entscheidung nach den von der Kirche festgestellten Grundsätzen des christlichen protestantischen Eherechts, wie solches in dem Worte Gottes begründet ist und in den ältern protestantischen Kirchen- und kirchlichen Eheordnungen besteht, zu treffen. 5) Dem geschiedenen schuldigen Theil ist bei Lebzeiten des andern Ehegatten die kirchliche Einsegnung einer neuen Ehe zu versagen. 6) Für das Verhalten des Geistlichen in Betreff der von geschiedenen Personen begehrten anderweiten Trauung sey der Ausspruch der vorgeordneten Behörden bindend, wenn die jetzigen Ausnahmszustände in eine feste Ordnung hinübergeleitet seyn werden. 7) Die Konferenz wünscht, daß die Ehesachen auch in erster Instanz den Obergerichten überwiesen werden möchten. (A. Pftz.)

Württemberg. Stuttgart, 5. Dezbr. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der bürgerlichen Kollegien hiesiger Stadt wurde gestern eine Eingabe an die Regierung beschlossen, betr. die nachtheiligen Einwirkungen, welche die Preßverordnung vom Anfang dieses Jahres und das im Entwurfe vorliegende Preßgesetz mit der Zeit auf den unter einer milderen Preßpolizei gerade hier zu so hoher Blüthe gekommenen Buchhandel nebst den verwandten Gewerben, der Buchdruckerei, Lithographie, Buchbinderei ꝛc., unfehlbar äußern werden. Die Eingabe beabsichtigt, die Regierung zu einer Zurückführung ihrer Maßnahmen auf das Minimum dessen zu bestimmen, was der Bundesbeschluß vom Juli 1854 vorschreibt, der ohnehin weit genug über die Gränzen der württembergischen Preßfreiheit und die betreffenden Artikel unserer Verfassung hinausgreift. (Köln. Z.)

Hannover. Hannover, 6. Dezbr. Das Ministerium macht die Erfahrung, daß auch das Oktroyiren seine Tücken hat. Ob der König geradezu gegen den Willen der Minister die Kammern aufgelöst hat, um von dem Ergebniß der Wahlen die Entscheidung über die Fortdauer des jetzigen Ministerium abhängig zu machen, das wird sich eben so wenig mit Bestimmtheit behaupten, als in Abrede stellen lassen; geschieht auch das Letztere in den ministeriellen Blättern, so wird doch mit verzweifeltem Eifer alles aufgesucht und aufgeboten, was zur Abwendung oppositioneller Wahlen dienen kann, und damit deutlich genug verrathen, daß eine Lebensfrage zur Entscheidung steht. Aber Verständigung mit den Kammern ist jetzt für die Regierung in der That dringend geworden; denn die Oktroyirung vom 7. Sept. hat nirgends befriedigt, weder in der Junkerpartei, noch am Bundestag, nicht in den Ritterschaften und nicht einmal bei den Anhängern der Minister, die sich nicht verhehlen, daß ein so außerordentlicher Schritt, einmal gewagt, wenigstens vollständig seyn müsse. Die Verordnung vom 7. Septbr. vollendet aber nichts, sie bringt die Minister in Abhängigkeit von dem Entgegenkommen der Kammern; beantragen diese nicht, was die Regierung ihnen zu beantragen überlassen hat und was sie vielleicht mit zu großer Sicherheit erwartet, nämlich Beibehaltung der Kassenvereinigung, so muß das Kabinet an die Ausführung eines Werkes gehen, dessen Gelingen ihm zu verbürgen schwerlich irgend wer übernehmen wird. (K. Z.)

Baden. Karlsruhe, 3. Dezbr. Am 20. Sept. d. J., welcher uns die Prinzessin Luise von Preußen k. H. als Großherzogin zuführte, machte die Versicherungsgesellschaft des Deutschen Phönix, welche in Baden eine Heimat und in beiden Ländern die Geschäftskonzession besitzt, am Festtage eine Stiftung von 5000 fl., mit der Bestimmung, daß aus den Erträgnissen guter Geschäftsjahre dieselbe noch erhöht, und JJ kgl. Hoheiten gebeten werden sollten, die Zinsen Höchstselbst zu wohlthätigen Zwecken im badischen Lande jeweils zu verwenden. JJ. kgl. Hoheiten haben diese Stiftung angenommen.

Großh. Hessen. Aus dem Großherzogthum Hessen, 9. Dez. Ein in dem heute erschienenen Regierungsblatte enthaltenes Edikt beruft die Stände auf den 18. dieses Monats ein. (Fr. J.)

Luxemburg. Luxemburg, 4. Dez. Laut Regierungs-Erlaß haben alle Zivilbeamten den Eid auf die neue Verfassung zu leisten. Das Militär hat kraft dieser Verfassung selbst diesen Eid nicht zu leisten und ist seines früheren Eides entbunden. (N. Pr. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 8. Dezbr. (Privat-Korresp.) Der Fürst Danilo von Montenegro hatte sich, wie Ihnen seiner Zeit gemeldet wurde, an den Kaiser Napoleon gewendet, um denselben zu bewegen, seine gegen die Türkei erhobenen Ansprüche zu unterstützen. Man vernimmt nun, daß dieser Schritt des Fürsten nicht so ganz erfolglos geblieben ist, wie dies namentlich von englischen Journalen versichert wurde. Im Gegentheile hört man, daß dem Fürsten Hoffnung gemacht worden sey, daß seine Souveränetät von den Großmächten anerkannt werden soll; ferner, daß er, wenn auch keine Entschädigung an Land und Leuten, so doch eine in klingender Münze erwarten dürfe. Wer diese Entschädigung zahlen soll, ist nicht bekannt; daß die Pforte von einer derartigen Zumuthung nichts wissen wollen wird, bedarf wohl keines Beweises. Man glaubt hier, daß auch in dieser Angelegenheit Rußland die Hand im Spiele und seinen derzeit am französischen Hofe ziemlich schwer wiegenden Einfluß zu Gunsten seines Schützlings geltend gemacht hat. Daß Rußland an dem kleinen Fürstenthume noch immer ein sehr erhebliches Interesse nimmt, beweist unter Andern auch die Thatsache, daß die Dotation, welche Kaiser Nikolaus an den Fürsten bezahlen ließ, unter dem jetzt regierenden Czar bedeutend erhöht worden ist. Wie es scheint, verdankt Fürst Danilo diese Gunst vorzugsweise dem Einfluß des Fürsten Gortschakoff, der ein persönlicher Freund des früheren Vladika von Montenegro war. — Aus Belgrad vernimmt man, daß der französische Flußdampfer „Lyonnais“ noch immer dort verweilt. Man vernimmt ferner, daß auch ein belgischer Konsul nach Belgrad kommen wird, und daß sich bereits eine französische Dampfschiffahrts-Gesellschaft gebildet hat, um eine beständige Verbindung zwischen Belgrad und Galacz zu unterhalten.

Schweiz.

Bern, 6. Dez. Auf Anordnung des Bundesraths wird eine Denkschrift über die Neuenburger Frage gedruckt, welche den auswärtigen Regierungen, sowie auch sämmtlichen Kantonsregierungen der Schweiz zugesandt wird. Die historische, rechtliche und politische Seite der Frage wird darin ausführlich erläutert. Den sehr einläßlichen, bis auf das Jahr 1032 zurückgreifenden Erörterungen geht eine kurze Einleitung voraus, deren wesentlichsten Inhalt ich hier folgen lasse: „Die Schöpfung eines schweizerischen Kantons Neuenburg, der zugleich ein Fürstenthum bleiben sollte, war keine der vernunftgemäßesten der Epoche von 1815. Das Nebeneinanderbestehen zweier sich entgegengesetzten Prinzipien mußte die im Lande gebildeten Parteien, von denen keine durch jene diplomatische Zwittergeburt befriedigt worden, in stetem Kampf erhalten. Im Jahr 1848 ging die längst vorhergesehene politische Umgestaltung Neuenburgs fast ohne Widerstand vor sich. Die Schweiz begrüßte sie mit Jubel, während Europa sich weder überrascht noch näher berührt zeigte. Der König von Preußen gestattete seinen früheren Unterthanen, sich an den öffentlichen Geschäften zu betheiligen, und kündigte die Absendung von Kommissären zur Unterhandlung mit den eidgenössischen Behörden an. Mit einer neuen, vom Volk genehmigten und von der Tagsatzung einstimmig sanktionirten Verfassung trat der Kanton Neuenburg als vollkommen ebenbürtiges Mitglied in den neuen Bund der Eidgenossenschaft. Vier Jahre einer friedlichen und fruchtbringenden Verwaltung waren verflossen, die neue Situation schien als vollendete Thatsache allgemein anerkannt zu werden, als man plötzlich im Mai 1852 von dem in London unterzeichneten Protokoll Kunde erhielt. Von da an scheint die Frage nicht weiter berührt worden zu seyn, bis dieselbe auf den Pariser Konferenzen von dem preußischen Ministerpräsidenten wieder zur Sprache gebracht wurde. Man hat Grund zu glauben, daß seine bezüglichen Forderungen kein Gehör fanden. Wie man glauben muß, ohne andern Zweck, als um die Aufmerksamkeit der Regierungen in nachdrücklicherer und dringenderer Weise auf einen Gegenstand zu lenken, mit dem sich zu beschäftigen, sie so wenig Neigung zeigten, wurde am 3. Sept. d. J. von einer Fraktion der royalistischen Partei in Neuenburg eine lange vorbereitete Schilderhebung gegen die Regierung des Kantons Neuenburg und selbst gegen die Eidgenossenschaft ausgeführt. Die Umstände, unter denen diese Erhebung erfolgte, die Exzesse, von denen sie begleitet war, ihre prompte und energische Unterdrückung durch die Bürger des Kantons Neuenburg selbst und ohne Mithülfe der eidgenössischen Truppen — dies alles scheint nicht geeignet, die bisher von den auswärtigen Regierungen beobachtete Zurückhaltung in lebhafte Sympathien umzuwandeln. Indem das preußische Kabinet aus Anlaß eines unsinnigen und strafbaren Aktes seine Protestation bei der Regierung der Eidgenossenschaft wiederholt und seine Anstrengungen verdoppelt, um eine diplomatische Intervention herbeizuführen, widerstreitet dasselbe in überraschender Weise den Grundsätzen der Ordnung und des Konservatismus (donne un démenti, qui a lieu d'étonner), als deren Vertheidiger es sich bis jetzt so entschieden aufgeworfen hat. Sey dem, wie ihm wolle, die Neuenburger Frage ist nun einmal angeregt. Es ist eine hochwichtige Frage, die nicht Neuenburg allein, sondern die ganze Schweiz betrifft. Bis jetzt ist aber nur die eine der beiden Parteien gehört worden; die andere hat auch das Recht, sich vernehmen zu lassen. Bald sind neun Jahre seit der politischen Umgestaltung des Jahres 1848 verflossen, man kann dieselben heute mit kaltem Blut in allen ihren Konsequenzen beurtheilen. Der Ursprung der vom König von Preußen angesprochenen Souveränetät, und die Umstände und Bedingungen, unter welchen dieselbe verliehen wurde; die Wechselfälle, welche sie erlitten hat; die Vorbehalte unter denen Neuenburg 1815 in die schweizerische Eidgenossenschaft aufgenommen wurde; die Uebelstände, welche die Doppelstellung des Kantons mit sich brachte; die Gefahren, die aus der Wiederherstellung der früheren Zustände für das Land entstehen mußten; das Interesse der Schweiz und ganz Europa's, die im Jahr 1848 eingeführte Ordnung der Dinge vollständig und ungeschmälert aufrecht zu erhalten: das sind die Punkte, die der Reihe nach geprüft werden müssen, und die zu beleuchten, das Memorandum sich zur Aufgabe stellt." (A.Z.)

Bern, 7. Dezbr. Nach neueren Mittheilungen sollen die eidgenössischen Geschworenen, welche die Neuenburgischen Aufständischen aburtheilen werden, erst im Januar zusammentreten. (Fr. Postz.)

In Luzern fanden nach dem Dekret über Amnestirung der ehemaligen Mitglieder des sonderbündischen Kriegsrathes, mit Ausnahme des Altschultheißen Konstantin Siegwart-Müller, alle Uebrigen Gnade, also auch der gar nicht unthätig gewesene Sekretär jener Behörde, Altstaatsschreiber Bernard Meyer, weil er sich, soviel hier wenigstens bekannt, gegen sein altes Vaterland nicht weiter versündigte. Siegwart aber, den nicht Heimweh, sondern glühendes Rachegefühl die Rückkehr wünschen läßt, der jeder Feindseligkeit gegen die Schweiz zujauchzt, dieser soll den Schweizerboden nicht mehr betreten. Die große Mehrheit, mit welcher die Behörde diesen Beschluß faßte, entspricht ganz der Stimmung des Volkes, das für das Heimweh solcher Leute gar kein Herz hat. (Schw. M.)

Das eidgenössische Militärdepartement trifft alle Vorbereitungen, damit die Schweiz gerüstet dastehe. Das Kriegsmaterial wird ergänzt und unter Anderem auch Eisenbahnwaggons für militärische Transporte angefertigt. Zum Ankauf von Brodfrüchten sind bereits Weisungen ergangen. (Nürnb. Korr.)

Großbritannien.

London, 6. Dezbr. Die wichtigste Nachricht für hiesige Kreise, die aber dem deutschen Publikum in diesem Augenblicke wahrscheinlich von untergeordneter Bedeutung seyn dürfte, ist die, daß Lord Palmerston heute sammt Gemahlin nach Woburn Abbey abreist, um einen oder zwei Tage beim Herzoge von Bedford zu verweilen. Es ist dies ein Besuch, der seit Jahr und Tag nicht gemacht worden war, und gar viel mußte geschehen, bis diese Annäherung zu Stande kam. Sir Charles Wood war der Letzte, der mit seinen bons offices bei der Hand war, und ihm scheint es gelungen zu seyn, die letzten konventionellen Schwierigkeiten weggeräumt zu haben. Dieser Besuch wird für die nächsten Modifikationen im Kabinet entscheidend seyn; von ihm hängt es ab, wie bald und in welcher Weise Lord John Russel wieder in's Kabinet tritt; denn daß eine Vereinigung bevorsteht, daran zweifelt Niemand mehr, seitdem die Reise nach Woburn Abbey bekannt ist. Sie würde nicht veranlaßt worden seyn, hätten der Premier und Lord John nicht den guten Willen, einander auf halbem Wege entgegen zu kommen. (Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, 7. Dezbr. Die französische Regierung fürchtete bei den ersten Nachrichten aus Palermo, daß England in Sizilien etwas thun werde, was die Sache nur verwickeln müßte, und sie war entschlossen, in keinem Falle die Engländer allein irgend einen Punkt von Sizilien besetzen zu lassen. „Für jede Kompagnie, die England etwa dorthin schicken würde, würden wir deren zwei hinschicken", hörten wir Jemanden äußern, der die Intentionen der Regierung kennen kann. Daß die Insurgenten mit neuen englischen Gewehren bewaffnet waren, ist eine offiziell hierher gemeldete Thatsache.

Paris, 8. Dezbr. Man hat unserer Literatur schon seit Langem eine gewisse industriöse Richtung vorgeworfen, daß ihr das Büchermachen nur ein Mittel zum Geldmachen sey und der Erwerb ihr über Alles gebe. Jetzt scheint sie sich förmlich in eine große Industriegesellschaft umwandeln und die Ausbeute ganz im modernen Börsensinne betreiben zu wollen. Wir erhalten so eben die Statuten einer Literatur-Universal-Gesellschaft mit einem Stammkapital von 10,000,000 Fr. und einer ganz dem Mobiliarkredit nachgebildeten Organisation. Die Gesellschaft will das gesammte Verlagswesen in ihrer Hand konzentriren und zugleich jeden Schriftsteller zum Theilnehmer an ihrem Geschäfte machen, indem sie an die Stelle des üblichen Honorars eine Tantième am Reinertrage seines Buches treten ließe.

Paris, 8. Dezbr. Wie die „Union" mittheilt, läßt die Familie Orleans jetzt die Besitzungen, welche sie noch im Departement der Côtes du Nord hat, verkaufen.

* Bei den bis jetzt in Frankreich in Betrieb stehenden Eisenbahnen sind 32,000 Personen beschäftigt. Wenn das Eisenbahnnetz vollständig vollendet seyn wird, wird man deren 80,000 bedürfen.

Spanien.

† Madrid, 4. Dezbr. Die Regierung denkt auf Zugeständnisse, wodurch sie Rom wieder zu gewinnen im Stande wäre. Der einflußreichste Minister in der Regierung, d. h. bei der Königin, ist gegenwärtig der Kriegsminister General Urbistondo. Die Absolutisten haben somit noch immer das Uebergewicht, wie ich nicht genug wiederholen kann. — Das trockene Wetter dauert in den Provinzen fort und vermehrt die bedauernswerthe Situation des Landes

Italien.

Neapel, 3. Dezbr. Das Gerücht, daß auch zu Girgenti ein Aufstandsversuch stattgefunden habe, hat sich als falsch erwiesen. (Fr. J.)

Venedig, 6. Dez. Die „Gazz. uff. di Venezia" enthält ein kaiserliches Handbillet, kraft dessen fünfzehn im Strafhause der Giudecca befindlichen Sträflingen der Rest, zweien die Hälfte und Einem ein Drittel der Strafzeit erlassen wird. (Fr.P.)

* Die Studenten der Universität Turin haben folgenden Aufruf zur Betheiligung an die 100 Kanonen Alessandria's

erlassen: „Studenten! Die Unterzeichnung für die 100 Kanonen Alessandria's hat die ganze Wichtigkeit einer patriotischen Sammlung. Wollen wir uns nicht dabei betheiligen? Soll keine dieser Kanonen Euern Namen tragen? Zum Werk. Jeder Kursus wähle denn Einen Studenten, um Sammlungen anzunehmen. Unsere Kanone rufe Italien zu: „Die piemontesische Jugend erinnert sich deiner!" (Es scheint fast, daß die Subskription nicht recht den gewünschten Fortgang nimmt.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Die aus Konstantinopel gemeldete Nachricht, der Divan habe der englischen Flotte die Erlaubniß ertheilt, in Sinope zu überwintern, versetzt die „Assemblée nationale" in große Besorgniß und Unruhe. Sie fragt halb ängstlich, halb zornig: „Was wird Frankreich dazu sagen, Frankreich, das alle seine Schiffe und Truppen dem Vertrage gemäß zurückgerufen hat? Was wird Rußland sagen, das man gezwungen hat, alle seine Schiffe zu zerstören, um das Meer zu neutralisiren. Wir werden nicht fragen, was Oesterreich sagt; es wird in den Donaufürstenthümern bleiben."

Aus Galacz berichtet man, daß mehrere zur Flotte des Admirals Lyons gehörende Kanonenboote in den Häfen des Donau-Delta überwintern werden. Das Gros der Flotte zieht sich nach Sinope zurück, während eine Flottille bei der Schlangeninsel aufgestellt bleibt, um dort zu überwintern. Die gesammte englische Flotte im schwarzen Meere besteht gegenwärtig aus 20 Fahrzeugen mit 407 Geschützen. Dieselbe wird jedoch neuerdings verstärkt werden.

Amerika.

* Bei Abgang des „Baltic" aus New-York (22. Nov.) war man noch ohne Nachrichten über die Schiffbrüchigen des „Lyonnais". Der zu ihrer Aufsuchung ausgeschickte Dampfer „Marion" war nach einer erfolglosen Kreuzfahrt zurückgekehrt. Er lief abermals aus, um zu sehen, ob die Strömung das Floß oder eines der Boote nicht etwa südlich von Nantucket verschlug.

New-York, 26. November. Es sind hier mehrere aus Cayenne entflohene Sträflinge angelangt. (Fr. Postz.)

Nichtpolitische Zeitung.

Während der letzten Stürme im Mittelmeer und in der Ostsee sind viele Schiffe zu Grunde gegangen, so allein neun Schiffe an der Küste von Korsika, eine österreichische Brigg auf der Heimfahrt aus der Levante, ein englischer Schraubendampfer an der Küste von Jütland 2c.

* Paris, 7. Dezbr. Graf Adolph Thibaudeau, Rath der West-Eisenbahn-Gesellschaft, ist gestern plötzlich gestorben. Graf Thibaudeau war einer der bedeutendsten Eisenbahnspekulanten. Große Verluste, welche er in der letzten Zeit erlitt und wobei er seine Verpflichtungen auf's gewissenhafteste erfüllte, scheinen mit seinem Tode nicht ohne Zusammenhang zu seyn.

Handels- und Börsen-Berichte.

Die Amsterdamer Bank hat am 4. Dezbr. ihr Diskonto um 1 pCt. herabgesetzt.

Berlin, 6. Dezbr. Waizen stiller und 90 Pfd. bunt. Poln. 76½ Thlr. per 88 Pfd. verkauft. Roggen loko und Termine fest bei ruhigem Geschäft, für loco 86 Pfd. 43 Thlr., und 86—88 Pfd. 43½ Thlr. pr. 2050 Pfd. bez. Hafer niedriger verkauft. Gerste geschäftslos. — Rüböl flauer und wieder im Werthe nachgebend. — Spiritus niedriger einsetzend, dazu aber begehrt und anziehend, schließt wieder matt, loco schwach zugeführt. Gekündigt 20.000 Qrt.

Oel. Rüböl loco 16⅔ Thlr. bez., 16¾ Thlr. Br., Dezbr. 16⅝ a 16¾ Thlr. bez. und Geld, 16 7/12 Thlr Br., Dez.—Jan. 16½ Thlr. Br., 16⅓ Thlr. Geld, Jan.—Febr. 16¼ Thlr. bez. u. Geld, 16⅜ Thlr. Br., Febr.—März 16¼ Thlr. bez. und Br., April—Mai 15⅔ Thlr. bez. und Geld, 15¾ Thlr. Br. Leinöl loco 15⅓ Thlr. Br., Dezbr. 15 Thlr. bez.

Frankfurt, 10. Dezember. Mit Ausnahme von österr. Bankaktien, National- und Staatsbahn, worin ziemlich lebhafter Umsatz stattfand, war das Geschäft von geringer Bedeutung. Meininger Creditaktien in Folge der bevorstehenden noch restirenden 60 pCt. Einzahlungen wurden zu billigeren Coursen abgegeben.

Providentia wurde zu 105¼ ½ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79⅛P. 78⅞G. 5pCt. Lombard.-Ven. 89⅝P. 89⅛ G. Metall. alte à 5pCt. 77½P. 77G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. 86½ G.; à 4½pCt. 67⅞P. 67⅜G.; à 4pCt. 60½ P. 60 G.; à 3pCt. 47 P. 46½ G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57¼ P. 56¾ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 84½ P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 90 P. 89½ G.; 4pCt. 95P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 95P 94½G.; 4½pCt. 101½P. 101 G.; 5pCt. 100⅝P. 100⅛ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 92½P. 91⅝ G.; 4½pCt. 103¼P. 102¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½P. 91G.; à 4pCt. 99¼P. 98¾ G.; 4½pC. 102¼ P. 101¾G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90¾P. 89¼G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81¼P. 80¾G.; à 3½pCt. 90½P. 90¼G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37⅝P. 37½G.; 1¼pCt. neue 23½P. 23⅜ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1155P. 1150G. Neue Bankaktien 289P. 284 G. Credit-Actien à 5pCt. 212 P 210 G. Darmstädter Bankaktien alte 364 P. 362 G.; junge 323½ P. 321½G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 504 P. 499 G. Mitteldeutsche Creditbank 96¾ P. 96¼ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 101 P. — G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111½G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 522P. 517 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 595 P. 590 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 302½ P. 300½G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 146½ P. 146G. Neustadt-Weissenb. 104⅜P. 103⅞ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101⅜ P. 101⅛ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 354 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 78½ P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78¾P. 78¼G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92½ P. 92 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von **1839** 118½P. 118G.; à fl. 250 mit 4pCt. von **1854** 103⅝ P. 103⅜G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 117 P. 116½ G. Badische fl. **35** Loose von 1845 49⅛ P. 48⅞G. Darmst. Loose à fl. **50** 118 P. 117½G. à fl. **25** 35¾ P. 35¼G. Kurh. **40** Thaler-Loose b. R. 38½ P. 38 G. Nass. Loose à fl. **25** 34¼ P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43½ P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S 101 P. 100¾G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117⅝P. 117⅜G.
Augsb. fl. 100 k. S. —— P. 119¾G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99⅝P —— G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾G.	Paris Frs. 200 k. S 93⅛P. 92⅞G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¾P. —— G.	Wien fl. 100 C. k S. 112¾P. 112½G.
Hamb. MB. 100 k. S. 89P. 88¾G.	Wien 3 M. mit 5% 112⅜P. 112⅛G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105P. 104¾G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Neueste Nachrichten.

** München, 9. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Die diesjährige Sitzung des Landrathes von Oberbayern wurde heute durch den kgl. Regierungspräsidenten, Frhr. v. Zu-Rhein, in feierlicher Weise eröffnet und von demselben insbesondere die Vorlagen bez. eines Kreisanlehens, zum Bau der Kreis-Irrenanstalt, dann bez. besserer Dotirung der Anstalt für verwahrloste Kinder und bez. Kultivirung des Bachhauser Filzes im Ldg. Wolfrathshausen, der besonderen Berücksichtigung des Landrathes empfohlen. Der Landrath wählte wieder Herrn Magistratsrath Dobler zu seinem Präsidenten und Hrn. Apotheker Zaubzer zu seinem Sekretär und bildete dann verschiedene Ausschüsse zur Vorberathung der Regierungs-Vorlagen.

Von der Donau wird dem „Münchn. Bot." geschrieben: Im kommenden Jahre sollen auch die englischen Fräuleinstifte zu Seuburg a/D. und Nürnberg durch Hrn. Pater Dr. Nicola Olivieri Negermädchen zur Erziehung erhalten.

Berlin, 8. Dez. Gerüchtweise verlautet, daß eine Note des diesseitigen Kabinets an seine Vertreter bei den Großmächten, welche um den 6. d. Mts. abgesendet seyn soll, auch die Frage der Neuenburger Gefangenen und eventuelle ernste Maßnahmen mit wiederholtem Nachdrucke besprechen. (T. D. d. H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

// Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 345. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 12. Dezember 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 9. Dez. Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten arbeitet in der angestrengtesten Thätigkeit. In jeder Woche werden vier lange Sitzungen abgehalten, da die übrige Zeit dem Sekretär des Ausschusses, Advokat Dr. Barth von Kaufbeuern, zur Fertigung der Protokolle überlassen werden muß. Zur Zeit sind die ersten 14 Artikel des allgemeinen Theiles des Entwurfes eines neuen Strafgesetzbuches erledigt. Da der allgemeine Theil 25 Artikel enthält, manche bisher gefaßte Beschlüsse nur provisorisch sind, weil spätere Artikel den ersteren korrespondiren, so wird die Veröffentlichung der Protokolle kaum vor Anfang des nächsten Monats geschehen können. Sobald der allgemeine Theil erledigt ist, werden die Verhandlungen, wie ich vernehme, veröffentlicht werden; früher ist eine Publikation nicht wohl thunlich. Ueber die Frage, ob die Todesstrafe fortbestehen oder aufgehoben oder auf welche Weise sie vollzogen werden soll, hat es dem Vernehmen nach im Gesetzgebungsausschuß lange Debatten gegeben. Der Referent Dr. Weis hatte sich für Abschaffung derselben ausgesprochen, der Ausschuß aber ist ihm nicht beigetreten und will, daß die Exekution bei beschränkter Oeffentlichkeit vollzogen, d. h. dem weiblichen Geschlechte und der zarten Jugend der Zutritt nicht gestattet werde. Die Staatsregierung wollte bekanntlich die Vollstreckung der Todesstrafe in einem geschlossenen Raum vor einigen Zeugen. (B. Bl.)

Das Ministerium des Innern hat an die Kreisregierungen folgende Entschließung erlassen: Gemäß berichtlicher Anzeige der k. Kreisregierung von Niederbayern, K. d. J., vom 2. Nov. d. J. ist die Zahl der Arretirungen von Pfälzer Kleinhändlern, welche entweder nicht gehörig legitimirt sind oder ihre werktagsschulpflichtigen Kinder mit sich führen, im Umfange des Regierungsbezirkes Niederbayern in auffallender Zunahme begriffen. Diese Erscheinung würde nicht stattfinden können, wenn von Seiten der Polizeibehörden der Pfalz bei Ausstellung der Legitimationen mit der erforderlichen Genauigkeit und Umsicht verfahren, insbesondere der durch Ministerial-Entschließung vom 25. August 1853 ausgesprochenen Verbote des Mitnehmens werktagsschulpflichtiger Kinder ein strenger Vollzug zugewendet, in beiden Beziehungen aber auch von Seite der Polizeibehörden in diesseitigen Regierungsbezirken allenthalben gleichmäßige Aufsicht und Mitwirkung geübt würde. Indem die kgl. Regierung auf die Mangelhaftigkeit im Vollzuge der diesfalls bestehenden Vorschriften aufmerksam gemacht wird, wird dieselbe hiervon Veranlassung nehmen, die Polizeibehörden zur genauen Handhabung der erwähnten Anordnungen aufzufordern und anzuweisen, allenfalls vorkommende Ordnungswidrigkeiten von Behörden zum Zwecke disziplinärer Würdigung und Einschreitung an die vorgesetzte k. Kreisregierung K. d. J. zur Anzeige zu bringen. (B. Lddtn.)

Das Kreis- und Stadtgericht München l/Isar hat am 29 vorigen Monats, in Erwägung: 1) daß die Druckschrift „J. A. Wylie, Geschichte, Lehren, Geist und Aussichten des Papstthums 2. Auflage, Elberfeld 1854, Druck und Verlag von Wilhelm Hassel," an verschiedenen Stellen Ausdrücke und Deduktionen enthält, wodurch Art. 20 des Preßstrafgesetzes vom 17. März 1850 objektiv als verletzt erscheint; 2) daß durch den Inhalt der Druckschrift: „Ueber die Verehrung der Maria und über den neuen Lehrsatz von der unbefleckten Empfängniß, von Christophilus Ameretus, Elberfeld 1856, Druck und Verlag von Wilhelm Hassel," — derselbe Art. 20 des allegirten Gesetzes objektiv als verletzt erscheint; 3) daß jedoch die erwähnten Preßerzeugnisse im Auslande verfaßt und gedruckt werden sind und eine Person, gegen welche eine Anklage mit Erfolg gerichtet werden könnte, — hier nicht gegeben ist; bezüglich der beiden Preß-Produkte auf Einstellung des Strafverfahrens, jedoch auf deren Unterdrückung, soweit sie nicht bereits in den Privatbesitz übergegangen sind, erkannt.

Preußen. Berlin, 9. Dezbr. Wie man hört, beabsichtigen mehrere junge Offiziere der preußischen Armee mit Genehmigung des Königs nach Algier zu gehen, um dort ihre militärische Ausbildung im Feuer zu vollenden. (Fr. J.)

Berlin, 9. Dezbr. Die Ausweisung des Hrn. Morris Moore ist dem Vernehmen nach wegen seiner Angriffe auf die preußischen Behörden in englischen Zeitungen erfolgt. Demselben soll im englischen Gesandtschaftshotel erklärt worden seyn, man müsse Gesetze und Einrichtungen des fremden Landes achten, und Lord Bloomfield hat sich denn auch, nachdem er von der Sachlage vollständig unterrichtet worden, jeder Verwendung enthalten. (Deutschl.)

Berlin, 9. Dez. Der Direktor bei der Oberrechnungskammer, geheimer Oberregierungsrath Seyffart, hat, wie man hört, gegen die bekannte Entscheidung des Disziplinarhofes (in dem Prozeß wegen des Potsdamer Depeschendiebstahls) Appellation an das Staatsministerium eingereicht. (Fr. Pstz.)

Gutem Vernehmen nach wird die Regierung den beiden Häusern des Landtages eine Vorlage über Anlegung eines Kriegshafens im Jasmunder Bodden und im Zusammenhang damit den Bau der schon lange projektirten Eisenbahn von Berlin nach Stralsund machen. (H. N.)

Köln, 8. Dezbr. Glaubwürdiger Mittheilung zufolge ist vorgestern (6. Dez.), Abends 10 Uhr, an mehreren Orten am Siebengebirge (in Königswinter, auf dem Mühlenhofe und in Rhöndorf) ein Erdstoß verspürt worden. Mehrere Personen fühlten nicht nur eine plötzliche Erschütterung ihrer Betten, sondern in Rhöndorf war die Bewegung so bedeutend, daß die Oefen bebten und klirrten. (K. Z.)

Sachsen. Dresden, 9. Dezbr. Nach einer Bekanntmachung der kgl. Direktion der Staatstelegraphen ist das Telegraphenreglement erschienen, wonach zwischen den Staaten des sächsischen Telegraphenbereichs, ohne Rücksicht auf die Entfernung, für 25 Worte Text mit freier Adresse von 5 Worten 10 Groschen und bei Vorausbezahlung für die Rückantwort 5 Sgr. bezahlt werden. (N.-Z.)

Baden. Mannheim, 8. Dezbr. In Tabakseinkäufen ist gegenwärtig eine fast sich überstürzende Geschäftigkeit, wie man vermuthet, dadurch hervorgerufen, daß dieses Jahr wieder mehrere auswärtige Regierungen, man bezeichnet insbesondere die k. k. österreichische und kais. französische, durch hiesige Handelshäuser starke Einkäufe machen ließen. Auch nach Spanien, beziehungsweise Südfrankreich und England, von wo die Waare auf die Halbinsel geschickt wird, werden starke Geschäfte gemacht. Dabei ist die Zigarrenfabrikation hiesiger Häuser in fortwährender Zunahme begriffen. — In Kartoffelankäufen herrschte in der letzten Zeit zwar nicht die Lebhaftigkeit, wie in früheren Jahren, doch ist dieser Tage ein Fabrikant vom Niederrhein nach dreimonatlichem Aufenthalt wieder heimgekehrt, dessen Ankäufe auf den Werth von 120,000 fl. berechnet werden. (Schw. M.)

§ Oesterreich. Wien, 9. Dezbr. (Privat-Korresp.) Im Laufe der letzten Tage fanden mehrere Besprechungen in dem Finanzministerium statt, wobei es sich um die Wiederaufnahme der Baarzahlungen von Seite der Nationalbank handelte. Es fehlte nicht an Stimmen, welche für die Wiederaufnahme der Baarzahlungen sprachen und darauf hinwiesen, daß dieselbe in Hinblick auf das gegenwärtige günstige Verhältniß des Notenumlaufes zum Baarfonde — dasselbe steht nunmehr wie 1 zu nicht ganz 4½ — jedenfalls anzurathen sey und zwar um so mehr, da aller Voraussicht nach die Umwechslung im ersten Andrange sich nicht einmal auf den zehnten Theil des zirkulirenden Papieres erstrecken würde, schon deßhalb nicht, weil der Bedarf an leicht transportablen Geldzeichen größer denn je ist. Trotz dieser nicht unwichtigen Gründe blieb zuletzt doch die Ansicht derjenigen in der Majorität, welche die Wiederaufnahme der Baarzahlungen von der Beseitigung der allgemeinen Silberkalamität abhängig gemacht wissen wollen, da ihrer

Meinung nach die derzeit in den Kellern der Bank befindlichen 85 Millionen ebenso schnell wieder in das Ausland wandern würden, wie dies im Jahr 1848 der Fall war. — Die Herzogin von Parma ist am 2. Dezbr. in Venedig eingetroffen, und wird die Kaiserin auf das Lustschloß Strà begleiten, wohin sich die allerh. Herrschaften dieser Tage begeben werden, um dort bis nach Weihnachten zu verweilen.

Schweiz.

Wir haben gestern die Einleitung der schweizerischen Denkschrift über Neuenburg mitgetheilt. Das Folgende ist nach dem „Bund" das letzte Kapitel der Denkschrift, das ein Resume aller in den vorgängigen Kapiteln ausgeführten und näher begründeten Punkte enthält. Resume: „Die Sentenz der Trois-Etats hat im Jahr 1707 dem König Friedrich I. und seinen Nachfolgern die Souveränetät über Neuenburg zugesprochen, allein als eine unabhängige, unveräußerliche und untheilbare. Es wurde der Vorbehalt gemacht, daß die Gerechtsame, Freiheiten, Uebungen und Immunitäten des Staates auch in Zukunft unberührt bleiben sollen. Der König selbst mußte schwören, sie zu beobachten, gleicherweise die ihm übertragenen Rechte niemals zu veräußern und die in seinem Namen vom Grafen v. Metternich gegebenen Erklärungen aufrecht zu erhalten, deren eine lautete: „Der König willigt ein, daß ihr eures Eides entbunden und ledig seyn sollt, im Fall er seinen Verpflichtungen nicht nachkäme; dies ist eine natürliche Konsequenz gegenseitig geschworener Eide." Im Januar 1798, bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III., verlangten die vier Bourgeoisieen die Erneuerung der gegenseitigen Eide, d. i. des konstitutionellen Vertrages zwischen dem Fürsten und seinen Unterthanen. Der Fürst schwor wie seine Vorfahren. Er erneuerte alle von Friedrich I. gegebenen Erklärungen, u. A. auch die, das Fürstenthum niemals zu veräußern. Acht Jahre nachher trat der Fürst freiwillig und, ohne dazu gezwungen zu seyn, das Land Neuenburg an den Kaiser der Franzosen ab. Es ist leicht, die natürlichen Konsequenzen dieser Handlung nachzuweisen; der König selbst that es in der Formel der gegenseitigen Eide. Der Friedensvertrag von Paris vom 20. Mai 1814 hatte zur Folge, daß Neuenburg von Frankreich wieder abgelöst wurde. Er bestimmte die Gränzen zwischen den beiden Ländern. Neuenburg wurde damals unbestritten als zum politischen und militärischen Verband der Schweiz gehörig betrachtet. Die Wiener Schlußakte dagegen erhielt eine Bestimmung folgenden Inhalts: „Artikel 23. Da Se. Maj. der König von Preußen in Folge des letzten Krieges wieder in den Besitz mehrerer Provinzen und Gebiete gelangt ist, die er im Frieden von Tilsit abgetreten, so wird durch gegenwärtigen Artikel anerkannt und erklärt, daß Se. Maj., seine Erben und Nachfolger, neuerdings wie früher im vollen souveränen Eigenthum nachfolgende Länder behalten werden . . . . das Fürstenthum Neuenburg und die Grafschaft Valangin." Nun steht aber fest, daß Neuenburg vom König von Preußen nicht in Folge des Friedens von Tilsit abgetreten worden ist. Diese Abtretung erfolgte am 15. Februar 1806 frei und um den Preis eines viel bedeutenderen Gebietszuwachses. Die Zurückgabe Neuenburgs an den König von Preußen durch Artikel 23 der Wiener Schlußakte erfolgte somit durch einen thatsächlichen Irrthum, den Niemand wird bestreiten können. Was speziell die Schweiz betrifft, so gaben die zur Vereinigung ihrer Angelegenheiten angerufenen Mächte am 20. März 1815 u. A. folgende Erklärung ab: „Die Integrität der 19 Kantone, wie sie als politischer Körper zur Zeit der Konvention vom 25. Dezbr. 1813 bestanden, ist als Grundlage des schweizerischen Staatenbundes anerkannt. Das Wallis, das Gebiet von Genf und das Fürstenthum Neuenburg sind der Schweiz einverleibt und bilden drei neue Kantone." Die Artikel des Wiener Kongresses, welche sich auf die Angelegenheiten der Schweiz beziehen, wurden ihr zugestellt. Sie bilden einen Theil der Erklärung vom 20. März, allein Art. 23 der Schlußakte kommt darin nicht vor. Die Erklärung vom 20. März wurde ihrem ganzen Inhalt nach durch Art. 48 der Hauptakte bestätigt. Bevor die Tagsatzung der Erklärung vom 20. März und den darin bezüglich Neuenburgs enthaltenen Bestimmungen beitrat, wollte sie erst mit den Behörden dieses Landes über die Bedingungen der Vereinigung und über die künftigen Beziehungen zur Eidgenossenschaft verhandeln. Der König gab als Fürst von Neuenburg dem Staatsrath Vollmacht, über die Vereinigung zu unterhandeln, und zwar auf der Grundlage unbedingter Kompetenz der Regierung von Neuenburg, alle Verpflichtungen der Kantone zu erfüllen. Die Vereinigungsakte wurde vereinbart und nach diesem Grundsatz ausgefertigt. Der souveräne Staat Neuenburg wurde in die Eidgenossenschaft in der Eigenschaft als Kanton aufgenommen. Die Aufnahme fand unter der ausdrücklichen Bedingung statt, daß die Erfüllung aller Verpflichtungen, welche der Staat Neuenburg als Bundesglied übernimmt, die Theilnahme an der Berathung der allgemeinen Angelegenheiten der Schweiz, die Genehmigung und Ausführung der Tagsatzungsbeschlüsse ausschließlich die in Neuenburg residirende Regierung beschließen werde, ohne daß irgend welche weitere Genehmigung oder Sanktion erforderlich seyn solle. „Der Kanton Neuenburg, so heißt es in dem Vereinigungsvertrag, tritt allen Bestimmungen des Bundesvertrags bei, den er gleich übrigen schweizerischen Ständen beschwören wird" Nichts ist in dieser Akte, was das Vorhandenseyn eines Fürstenthums oder eines Fürsten v. Neuenburg bekundete. Nirgends wird dessen erwähnt; sein Name selbst wurde sorgfältig vermieden. Die Aufnahme Neuenburgs wurde erst dann ausgesprochen, als man sich über die Bestimmungen der Vereinigungsakte vollständig vereinbart hatte, und die Tagsatzung trat der Erklärung des Wiener Kongresses erst bei, nachdem Neuenburg auf den eben bezeichneten Grundlagen in den Bund aufgenommen war. Der Bundesvertrag, den am 7. August 1815 die 22 souveränen Stände der Eidgenossenschaft abschlossen, ward kurz nachher von allen unterzeichnet und beschworen. Dieser Vertrag sagt aber nach Anerkennung der 22 Kantone: „Es bestehen in der Schweiz keine Unterthanenlande mehr." Er stellt ebenso als Grundsatz auf, daß die Regierung in keinem Kanton das ausschließliche Vorrecht einzelner Personen oder Klassen von Bürgern seyn könne Da der Fürst von Neuenburg diesen Grundsätzen beigestimmt hat, so läßt sich fragen, ob er von da an über den Kanton eine andere als eine faktische Autorität besaß, und ob seine Zustimmung nicht im Widerspruch stehe mit dem Recht auf einen ausschließlichen und erblichen Besitz der Souveränetät von Neuenburg. Vorausgesetzt also, daß der Bundesvertrag von 1815 heute noch in Kraft bestände, dürfte der Fürst von Neuenburg selbst dann noch die Souveränetät beanspruchen, Angesichts der eben berührten Bestimmungen der Vereinigungsakte? Wenn die Schweiz diese Fragen nicht löst, so zweifelt sie wenigstens nicht daran, daß man anerkennen werde, wie sehr sie geeignet sind, zu einer entgegengesetzten Lösung zu führen.

Am 27. Dezbr. 1830 stellte die Tagsatzung den Grundsatz auf, daß jedem Kanton, Kraft seiner Souveränetät, die Befugniß zustehe, die gutfindenden oder nothwendigen Aenderungen an seiner Verfassung vorzunehmen, vorausgesetzt, daß sie nichts dem Bundesvertrag Widerstreitendes enthalten. Die Tagsatzung anerkannte in Folge dessen, daß sie bei schon vollendeten Verfassungsrevisionen oder wo solche in Zukunft in den Kantonen möchten vorgenommen werden, nicht einzuschreiten habe. Der Stand Neuenburg trat diesem Beschluß gleich den übrigen bei, er wurde einstimmig angenommen Von da an hat die Bundesgewalt das Recht der freien Konstituirung gegenüber allen Kantonen ohne Unterschied respektirt. Alle Verfassungsänderungen wurden durch die Tagsatzung gutgeheißen, sobald sie nichts dem Bundesvertrag Widerstreitendes enthielten, selbst wenn dabei nicht alle gesetzlichen Formen beobachtet wurden. Insbesondere gegenüber dem Kanton Neuenburg haben die Bundesbehörden beständig das gleiche Verfahren beobachtet und die gleiche Regel angewandt. Ihre Haltung entfernte sich keinen Augenblick von diesem bundesrechtlichen Grundsatz. Im Jahre 1768 waren schweizerische Truppen dem damals bedrohten Fürsten zu Hülfe gekommen. In gleicher Weise intervenirten sie im Jahre 1831 von Bundes wegen auf Verlangen der Behörden und hielten die damals bestandene Regierung aufrecht.

Im März 1848 rief der Staatsrath von Neuenburg noch einmal die gleiche Intervention an. Der Vorort zögerte nicht, sie zu bewilligen, allein der Staatsrath hatte schon abgedankt, bevor die Intervention in Wirksamkeit treten konnte. Eine provisorische Regierung wurde aufgestellt und die sogleich an die Hand genommene Rekonstituirung des Kantons rasch durchgeführt. Seit das Recht der freien Konstituirung der Kantone von der Tagsatzung proklamirt worden, hat sich die Bundesintervention stets in der Weise geäußert, daß sie nicht mehr bestehenden Regierungen die Anerkennung versagte. Die Bundesbehörde konnte in Neuenburg keine Ausnahmsstellung einnehmen. Sie hatte gegenüber diesem Stand keine anderen Pflichten, um so weniger, als Neuenburg im Jahr 1830 gleich allen übrigen Kantonen dem Grundsatz der freien Konstituirung beigetreten war. Vom Standpunkt des schweizerischen Staatsrechts, wie es unter dem 15er Vertrag bestand, ist daher die Selbstkonstituirung von Neuenburg gerechtfertigt." (Schluß folgt.)

Bern, 8. Dezbr. Der bayerische Gesandte, Herr von Malzen, und der badische, Herr v. Dusch, haben dem Bundespräsidenten angezeigt, daß sie ihre übliche Winterresidenz, ersterer in Karlsruhe, Letzterer in Stuttgart beziehen werden. Die freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Staaten sind in keiner Weise geschwächt. (N. Z. Z.)

Bern, 10. Dezbr. Die Freiburger Großraths-Wahlen sind zu Gunsten der klerikalen Partei, welche seit 1847 in der Minderheit gewesen war, ausgefallen, sogar in der Stadt 4 gegen 2 (Schaller und Castella). In Stäffis gab es bei der Wahl Schlägereien; es wollten Konservative das Schloß stürmen, durch Gewehrfeuer zurückgedrängt, 2 Todte (Schw.M.)

Der große Rath von Genf hat als Abgeordnete beim Ständerath Hrn. James Fazy (mit 56 St.) bestätigt und neben demselben (mit 35 St.) neu gewählt Hrn. Prof. Karl Vogt, ehemals Mitglied des Frankfurter Parlaments und Reichsregent, der bekanntlich auch im Kanton Bern verbürgert ist. (Schw.M.)

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Dezbr. Man glaubt hier, daß die lauenburgische Deputation, besonders Graf Kielmannsegge, sich sowohl mit dem König als mit dem Hrn. v. Scheele verständigt habe. In Beziehung auf die Domänen soll die Regierung die entschiedensten Zusicherungen gegeben haben, dieselben ohne Einwilligung der Ritter- und Landschaft nicht zu veräußern. (Dasselbe hat neulich der „Nord" schon gemeldet.)

Frankreich.

Paris, 9. Dezbr. Heute hat in den Tuilerien Ministerrath unter dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden. — Der offizielle Theil des heutigen „Moniteur" veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Bank von Algier zur Errichtung einer Succursale in Konstantine ermächtigt wird. Durch ein anderes Dekret wird die Gesellschaft für Ackerbau, Industrie, Wissenschaften und Künste im Loiredepartement als eine Anstalt von öffentlichem Nutzen anerkannt. — Der gesetzgebende Körper wird erst im März zusammentreten und bis dahin wird auch der Graf de Morny, wie man sagt, in Petersburg bleiben (Fr. Pstz)

* Die vom Finanzministerium ausgeschriebene Tabak- und Zigarren-Lieferung für Paris umfaßt nicht weniger als 24 Mill. Regalia-Zigarren. Man hat berechnet, daß, wenn das Rauchen in dem Maße zunehmen wird, wie es seit 25 Jahren zunahm, in etwa 40 Jahren das ganze Budget daraus bestritten werden kann.

Das früher verbreitet gewesene, dann verstummte Gerücht, daß Prinz Napoleon sich mit der Tochter des Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg (Noer) vermählen werde, ist auf's Neue entstanden und soll seine Begründung in der kürzlich erfolgten Amnestirung einiger früherer schleswig-holsteinischer Offiziere, die vor 1848 in ihrer vaterländischen Armee gedient hatten, finden. Man will nämlich diese französischem Einfluß zuschreiben und glaubt, daß sie der Vorläufer der Amnestirung des Prinzen von Noer sey, wie nicht minder, daß der Prinz Napoleon seine Anwesenheit in Kopenhagen im letzten Herbst zu einer persönlichen Einwirkung in dieser Richtung benutzt habe. (Wes.-Z.)

Spanien.

† Madrid, 5. Dezbr. Die Getraidepreise sinken in Madrid und in den Provinzen. — Die beabsichtigte Verstärkung der Armee wird vorerst unterbleiben, wie man einerseits sagt, aus Finanzrücksichten, oder, wie andererseits behauptet wird, weil die Gründe nicht mehr bestehen, aus welchen diese Vermehrung räthlich schien. — Man versichert, daß die kürzlich in die Armee eingestellten Provinzial-Milizen demnächst wieder entlassen werden.

Der Klerus in Spanien weigert sich, den Käufern von geistlichen Gütern, die sich zur Beichte präsentiren, die Absolution zu geben. (K. Z.)

Italien.

Verona, 7. Dezbr. Das Festprogramm für die bevorstehende Ankunft Sr. Maj. des Kaisers ist veröffentlicht worden. Erster Tag: Feierlicher Einzug durch die Porta nuova, Abends allgemeine Stadtbeleuchtung; zweiter Tag: Tombola im Amphitheater; dritter Tag: Volksfest; vierter Tag: Einweihung des Palazzo Pompei zum städtischen Museum für Industrie- und Kunstausstellungen, Beleuchtung des Theaters und einiger Stadttheile. (Fr. Postz)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 28. Nov. Bemerkenswerth ist, daß, nachdem seit der Räumung des Landes von westmächtlichen Truppen die englische und französische Gendarmerie eingezogen worden waren, neuerdings ein britisches Polizeikorps wieder errichtet worden ist, um namentlich die Matrosenbevölkerung aus Malta und von den jonischen Inseln am hiesigen Platze zu überwachen. Was Oesterreich angeht, so hätte es in Rücksicht auf die große Anzahl der hier lebenden Kroaten und Slavonier aus denen sich die hiesigen Straßenräuber rekrutiren, noch gegründeteren Anlaß, ein derartiges Sicherheits-Institut ins Leben zu rufen; aber bis jetzt hörte man davon nichts. (N.-Z)

Das „Journal de Constantinople" ist der Ansicht, daß Rußland Bolgrad und die Schlangeninsel abtreten, dafür aber eine Territorialentschädigung erhalten werde.

Amerika.

New-York, 26. Novbr. Wie man dem „Herald" aus Washington schreibt, wird Walker's Treiben von der Vereinigten Staaten-Regierung als eine hochwichtige Frage angesehen, und soll eine neue Politik eingeschlagen werden, um ihm das Spiel zu verderben, da er offenbar eine von den Vereinigten Staaten unabhängige südliche Republik zu gründen suche. (Fr. J.)

Asien.

Die Einnahme von Herat scheint sich zu bestätigen. Es scheint, als wenn in der letzten Zeit die Perser bedeutende Verstärkungen erhalten haben, und der französische Leiter der Belagerungsarbeiten, Herr Buhler (ein Elsaßer), von dem die französische Partei höchstens sagen kann: „qu'il ne figure pas dans les cardres de l'armée française" diese Arbeiten mit einer Energie betrieben hat, welche die der Belagerten nicht aufwog. Der 26. Oktober war zum Sturm festgesetzt worden. Persische Elite-Truppen sollten das letzte Bollwerk, welches englische Offiziere etwas vor der Stadt errichtet hatten, nehmen, und starke Sturmkolonnen waren bezeichnet, um durch eine am Fuße eines Stadtthurms geschossene Bresche hinein zu dringen. Am 26. Okt. wurde der Befehl gegeben. Die persischen Truppen, mit vieler Energie geführt, besiegten die ersten Hindernisse und waren in einigen Augenblicken Meister der Bresche und der angegriffenen Punkte. Nachdem die Afghanen einen ziemlich lebhaften Widerstand gezeigt, ergriffen sie die Flucht und verbreiteten sich in der Stadt. Issa Khan sah ein, daß er sich nicht mehr halten konnte. Ohne zu zaudern, schickte er an den persischen Oberbefehlshaber, Sultan Murad, Mirza, einen Said mit der Erklärung, daß sich die Stadt ergebe. Zu Teheran erwartete man die Uebersendung Issa Khan's. So lautet der neueste Bericht der „Presse d'Orient", welcher mit den Nachrichten übereinstimmt, die bei den Konstantinopler Gesandtschaften angelangt sind. Am empfindlichsten trifft diese Nachricht die Engländer; auch hat Lord Stratford de Redcliffe mit dem persischen außerordentlichen Gesandten, zu Konstantinopel eine lange Unterredung gehabt*). Der Knoten, der sich in Persien und Herat schürzt, wird wohl zerhauen werden müssen.

Nichtpolitische Zeitung.

* Paris, 9. Dez. Um zu beweisen, wie wenig verläßig die Ansicht der Experten über die Aechtheit oder Nicht-Aechtheit der Handschriften sey, erzählt der Advokat Berryer in seiner gestrigen Vertheidigungsrede der Michel'schen Erben (wo bekanntlich die Aechtheit des Testament-Codicils angefochten wird): Die Michel hatten einen Kommis, welcher alle Handschriften mit außerordentlicher Geschicklichkeit nachzuahmen verstand. Der Präsident des Assisenhofes gestattete, daß derselbe vorgerufen werde. Einer der Assessoren wurde ersucht, seinen Namen zu schreiben, welcher von dem Kommis sogleich nachgemacht wurde. Als er damit hereinkam, erklärten die Experten die rechte Unterschrift als falsch, dagegen jene, welche der Kommis geschrieben hatte, als ächt. Ich höre noch, wie einer der Experten ausrief: „Welcher Trauertag für uns!" — (Allgem. Lachen.)

* Aus Ravenna wird der Tod des durch seine archäologischen Arbeiten bekannten Abbé Arthur Martin von Paris gemeldet. Er starb am 24. November auf der Rückreise von Rom.

Handels- und Börsen-Berichte.

Berlin, 6. Dezbr. Spiritus loko ohne Faß 24¾ Thlr b., mit Faß 24½ Thlr. bez., Dezbr. und Dez.—Jan. 24¾, 25 a 24¾ b. u. Br., 24½ Thlr. G., Jan.—Febr. 25¼ a 24¾ Thlr. b., 25 Thlr. Br., 24¾ Thlr. G., Febr.—März 25¼ Thlr. b. u. Br., 25 Thlr. G., März—April 25¼ Thlr. b. u. G., 25¾ Thlr. Br., April—Mai 25¾, 26 a 25¾ Thlr. b. u. G., 26 Thlr. Br.

Getraide. Waizen loco nach Qualität gelb und bunt 62 a 72 Thlr., hochbunt und weiß 70 a 84 Thlr., untergeordnet 50 a 65 Thlr. Roggen loco pr. 2050 Pfd., nach Qualität 42 a 44 Thlr., Dezbr. 43½, 43 a 43¼ Thlr. bez. und Br., 43¼ Thlr. Geld, Dezbr. bis Januar 42¼ a 42½ Thlr. bez. und Geld, 43 Thlr. Br, pr. Frühjahr 44 a 44½ Thlr. bez. und Br., 44¼ Thlr. Geld. Gerste große, loco 32 a 38 Thlr. Haier loco nach Qualität 21 a 25 Thlr., 57 Pfd. 24 Thlr. pr. 25 Schäffel.

---

*) Dieses sowohl, als die Wahrheit der Einnahme werden vom „Journ. de Constant." bestritten. Die „Presse d'Orient" hingegen will bestimmt wissen, die persische Gesandtschaft habe von der Einnahme Nachricht erhalten.

Frankfurt, 11. Dezember. Die flaue Tendenz machte auch heute weitere Fortschritte, und waren besonders mitteldeutsche Creditaktien stark ausgeboten, ebenso zeigten sich für österr. Creditaktien viele Verkäufer, während österr. Bankaktien, National- und norddeutsche Bank begehrt schienen.

Providentia wurde zu 105 1/4 1/2 umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 79 P. 78 3/4 G. 5pCt. Lombard.-Ven. 89 3/4 P. 89 1/4 G. Metall. alte à 5pCt. 77 1/2 P. 77 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. 86 1/2 G.; à 4 1/2 pCt. 68 P. 67 1/2 G.; à 4pCt. 60 1/2 P. 60 G.; à 3pCt. 47 P. 46 1/2 G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 1/4 P. 56 3/4 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 84 1/2 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 89 5/8 G.; 4pCt. 95 P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/2 P. 101 G.; 5pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 92 1/8 P. 91 5/8 G.; 4 1/2 pCt. 103 1/4 P. 102 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 1/4 P. 98 3/4 G.; 4 1/2 pC. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 P. 89 1/2 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 1/4 P. 80 3/4 G.; à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 1/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 1/2 P. 37 1/4 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 9/16 P. 23 7/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificata 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1165 P. 1160 G. Neue Bankaktien 292 P. 287 G. Credit-Actien à 5pCt. 209 1/2 P 207 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 364 P. 362 G.; junge 324 P. 322 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 502 P. 497 G. Mitteldeutsche Creditbank 95 1/4 P. 95 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 100 3/4 P. 100 1/4 G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111 1/2 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 515 P. 510 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 597 P. 592 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 301 P. 299 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 146 1/2 P. 146 G. Neustadt-Weissenb. 104 1/4 P. 103 3/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100 3/4 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 354 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 75 3/4 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 3/4 P. 78 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 3/4 P. 92 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 116 1/2 P. 118 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103 3/4 P. 103 1/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 117 P. 116 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 1/4 P. 48 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117 1/2 G. à fl. 25 35 3/4 P. 35 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 7/8 P. 38 1/8 G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/4 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 101 P. 100 3/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 5/8 P. 117 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99 5/8 P — — .
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Paris Frs. 200 k. S 93 1/8 P. 92 7/8 .
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S 96 3/4 P. — — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112 3/4 P. 112 1/2 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 7/8 P 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 5% 112 3/8 P. 112 1/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Disconto — P. 5pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 10. Dezbr. Se. Maj. der König haben die nachbenannten Junker der 8. Klasse des Kadettenkorps, wie folgt, in das Heer eingereiht: H. **Heiden**, Rud **Schwarz** und Ludw. **Reinhard** im 1. Art.-Reg., C. **Köstler** u. Jos. **Gundermann** im 1. Inf.-Reg., Max v. **Linprun** im 3. reitenden Art.-Reg., Lud. **Vogl** im 1. Art.-Reg., Carl **Trombetta** im 3. Chev.-Reg., Otto **Krober** im Geniestab, Ferd. **Schweizer** im 4. Chev.-Reg., Otto **Nürmberger** im 5. Inf.-Reg., Wilh. Graf v. **Holnstein** aus Bayern im 12. Inf. Reg., Heinr. **Tarnoczy** im 11. Inf.-Reg, Max **Kühlmann** im 10. Infanterie-Regiment, August **Becker** im 11. Infanterie-Regiment, Alfred v. **Meyer** im 15. Infanterie-Regiment, F. **Halder** im 5. Inf.-Reg, L. v. **Ausin** im 4. Inf.-Regim. Th. **Casella** im 8. Inf.-Reg., H. **Geuppert** im 12. Inf.-Reg., M. **Karg** im 10. Inf.-Reg. (Verordnungsbl.)

Speyer, 9. Dezbr. Heute wurde hier die Versammlung der Kreis-Landräthe durch eine Rede des Herrn Regierungspräsidenten v. Hohe eröffnet, aus der wir Folgendes entnehmen:

„Meine Herren! Seit Ihrer letzten Versammlung sind über die Zustände der Pfalz Stimmen laut geworden, die haben gesagt: „Ein großer Schmerz durchzieht die Pfalz, sie fühlt sich unglücklich, wie noch nie zuvor." Sie, meine Herren, kennen wohl den vermeintlichen Patienten am allerbesten, werden wissen, was ihm fehlt ꝛc., was für ein Heilmittel angewendet werden muß. Nach Art. 15 lit. L. des Landraths-Gesetzes vom 28. Mai 1852 ist es nicht bloß Ihr Recht, sondern auch Ihre Pflicht, sich über den Zustand des Regierungsbezirkes zu äußern und das Heilmittel für allenfallsige Gebrechen zu bezeichnen. Mir scheint, daß sich die Pfalz unter der gegenwärtigen Verwaltung wohler befinde, denn je zuvor. Ist dem nicht so, ei nun, so sagen Sie doch, wo es fehlt; ich ersuche Sie darum recht dringend, bitte Sie aber auch, sich ja recht klar, entschieden und deutlich auszusprechen, damit man ihre Worte nicht drehen noch deuteln kann. Die Zustände der Pfalz haben, wie alle Zustände in der Welt, ihre Lichtseite und ihre Schattenseite. Zur Schattenseite gehört ohnstreitig das **Bettel- und Vaganten-Wesen**. Das findet sich aber auch anderwärts, wo die Verwaltung ganz andere Mittel hat, demselben zu begegnen, wie in der Pfalz....

„Im diesseitigen Kreis hat die Verwaltung keine Polizei-Strafgewalt, kein Zwangsarbeitshaus, sondern nur das *Recht* der Aufgreifung und Heimlieferung. Verweigerung der Reise-Legitimation hat in der Regel Auslaufen ohne solche zur Folge und selbst Unterstützung der Armen durch Suppenanstalten und Arbeit verfehlt nicht selten ihren Zweck, weil das Betteln mehr einträgt." . . . . . .

„Der Regierung ist nur Ein Mittel bekannt, was unter den obwaltenden Verhältnissen wirksam wäre, das Betteln und das Landstreichen zu vermindern, und das wäre: „wenn Niemand an Bettler und Landstreicher etwas geben, dagegen Jedermann an der gesetzlichen und freiwilligen Armenpflege sich recht eifrig betheiligen würde." Wissen Sie ein anderes Mittel? Die königliche Regierung wird solches mit Dank entgegennehmen." (Pfälz. Ztg.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Weihnachts-Geschenke für Erwachsene.

Aus unserem reichhaltig assortirten Lager **gebundener Werke** erlauben wir uns namentlich auf die nachstehend verzeichneten ihrer eleganten Ausstattung halber, sich vorzugsweise zu Geschenken eignenden

Miniatur- und Taschen-Ausgaben

in den geschmackvollsten Einbänden mit Deckenvergoldung und Goldschnitt aufmerksam zu machen:

Album deutscher Dichter von Kletke. 7. Auflage 3 fl. 36 kr.
Album der neueren deutschen Lyrik, 2 Theile in einem Bande . . . . 3 fl. 36 kr.
Amorinen und Amoretten, 2 Thle. in einem Bande. (I. Des Mädchens Wunderhorn, II. Wilde Rosen.) . . . . 2 fl. 42 kr.
Andersen's gesammelte Historien. Vollst. Ausg. 2 fl. 24 kr.
Beck, Gesänge aus der Heimath . . . . . 3 fl. 36 kr.
„ Gedichte. Original-Ausgabe . . . . 3 fl. 36 kr.
„ Lieder vom armen Mann. 3. Auflage . 3 fl. — kr.
Becker, Jung Friedel, der Spielmann . . . . 2 fl. 36 kr.
Behringer, das Felsenkreuz (Zum Besten der Kreisblindenanstalt) . . . . 1 fl. — kr.
Blüthen und Perlen deutscher Dichtung für Frauen ausgew. v. Frauenhand. 8. Aufl. 3 fl. 36 kr.
Böttger, Dichtergarben v. Felde deutsch. Lyrik 3 fl. 36 kr.
Brentano C., Gedichte. Neue Auswahl . . . 3 fl. 30 kr.
Chamisso, Gedichte. 14. Auflage . . . . 5 fl. 24 kr.
„ Peter Schlemihl's wunders. Geschichte 2 fl. 24 kr.
Daumer, Hafis. Sammlung persischer Gedichte 3 fl. 36 kr.
Diepenbrock, geistlicher Blumenstrauss . . 2 fl. 27 kr.
Fischer das Mutterherz. Festgabe für Mütter 1 fl. 48 kr.
Freiligrath, Gedichte. 16. Auflage . . . . 4 fl. 30 kr.
Geibel's Gedichte . . . . 4 fl. 6 kr.
„ Juniuslieder . . . . 3 fl. 48 kr.
Göthe, Gedichte . . . . 4 fl. 30 kr.
„ Egmont . . . . 1 fl. 24 kr.
„ Iphigenie auf Tauris . . . . 1 fl. 30 kr.
„ Torquato Tasso . . . . 1 fl. 45 kr.
„ Hermann und Dorothea . . . . . . 1 fl. 48 kr.
„ Faust, 2 Theile in einem Band . . . 4 fl 48 kr.
Gottschall, Blüthenkranz neuer deutsch. Gedichte 3 fl. 36 kr.
„ Carlo Zeno. Eine Dichtung . . . 4 fl. 3 kr.
Grün, Gedichte. 11. Auflage . . . . . 4 fl. 30 kr.
„ Pfaff von Kahlenberg . . . . . 4 fl. 3 kr.
„ Schutt . . . . 2 fl. 30 kr.
„ Spaziergänge eines Wienerpoeten . . 1 fl. 48 kr.
Heyden, das Wort der Frau. 6. Auflage . . 2 fl. 42 kr.
Heine, Buch der Lieder . . . . 3 fl. 36 kr.
„ Neue Gedichte . . . . 3 fl. 36 kr.
Herder, Cid . . . . 2 fl. 42 kr.
Herlossohn, Reliquien in Liedern . . . . 2 fl. 42 kr.
Hertz, König Renés Tochter . . . . . . 1 fl. 30 kr.
Hungari, Legenden-Flur. Religiöse Festgabe. 3 fl. 30 kr.
„ Gottesblumen, 2 Bände . . . . . 4 fl. 40 kr.
Kehrein, Lieder-Brevier für katholische Frauen und Jungfrauen . . . . 5 fl. 42 kr.
Kerner, der letzte Blüthenstrauss . . . . . 2 fl. — kr.
„ Lyrische Gedichte. 5. Auflage . . . 4 fl. 30 kr.
Kinkel, Gedichte. 4. Auflage . . . . . . 4 fl. 30 kr.
„ Otto der Schütz. Eine rhein. Geschichte 1 fl. 24 kr.
Klein, Aus der Blumenwelt. 2. Auflage . . 2 fl. 15 kr.
Kobell, Gedichte in pfälzischer Mundart . . 2 fl. 24 kr.
„ „ in oberbayrischer Mundart . 3 fl. 12 kr.
„ 3 grössere Gedichte in oberbayr. Mundart 1 fl. 20 kr.
Kübler's Frauenspiegel. Ein Festgeschenk . . 3 fl. 36 kr.
Lenau, Gedichte. 2 Thle. 14. Auflage . . . 6 fl. — kr.
Meissner, Ziszka. Gesänge . . . . 3 fl. 9 kr.
Mirza-Schaffy's Lieder. Mit Prolog von Bodenstedt 2 fl. 42 kr.
Moris, L. Frieden. Ernste Lieder . . . . 2 fl. 24 kr.
Musen-Almanach, herausg v. Schad für 1857 2 fl. 42 kr.
Nibelungenlied, übersetzt von Simrock . . . 3 fl. 30 kr.
Platen's Gedichte. . . . . 3 fl. 36 kr.
Putlitz, Was sich der Wald erzählt . . . . 1 fl. 36 kr.
Redwitz, Amaranth. 18. Auflage . . . . . 2 fl. 42 kr.
„ Thomas Morus. Historische Tragödie . 3 fl. 12 kr.
R.(ingseis), Veronika. Schauspiel . . . . . — fl. 54 kr.
Roquette, Waldmeisters Brautfahrt . . . . — fl. 48 kr.
„ Herr Heinrich. Eine deutsche Sage 1 fl. 45 kr.
„ Hans Haidekukuck. 2. Auflage . . 1 fl. 48 kr.
Rückert, Liebesfrühling . . . . 2 fl. 54 kr.
„ Gedichte 2 Thle. in 1 Band . . . 4 fl. 30 kr.
Schefer, Laienbrevier. 11. Auflage . . . . 3 fl. 36 kr.
„ Hausreden . . . . 4 fl. 12 kr.
Schiller Gedichte. 2 Theile in einem Bande 3 fl. 12 kr.
Schulze, Die bezauberte Rose. Romant. Gedicht 1 fl. 48 kr.
„ Gedichte . . . . 2 fl. 24 kr.
„ Cäcilie. Romant. Gedicht. 2 Thle. . . 5 fl. 24 kr.
Seidl, Bifolien. 5. Auflage . . . . . . 3 fl. 36 kr.
Strachwitz, Gedichte . . . . 3 fl. 9 kr.
Tasso's Befreites Jerusalem. Uebersetzt von Gries 2 fl. 42 kr.
Tegnér, Frithiofs-Sage. Uebersetzt von Helwig. 2 fl. 42 kr.
Tiedge, Urania. 3. Auflage . . . . 2 fl. 42 kr.
Uhland, Gedichte. 13. Auflage. . . . . . 4 fl. 30 kr.
Voss, Louise. Ein ländliches Gedicht in 3 Idyllen. 1 fl. 48 kr.
Wegener, Sprache des Herzens; Lieder-Album für Damen . . . . 1 fl. 48 kr.
Wenzig, Kränze aus dem böhm. Dichtergarten 3 fl. — kr.
Wieland, Oberon. Ein Gedicht in 12 Gesängen 2 fl. 24 kr.
Zedlitz, Gedichte. Vierte vermehrte Auflage. . 4 fl. 30 kr.
„ Waldfräulein. Ein Märchen 3. Auflage 2 fl. 42 kr.
Zschokke, Feldblumen . . . . 1 fl. 45 kr.
u. s. w.

Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Inserate für das „Frankfurter Journal“

vermittelt schleunigst gegen Erlegung der ohngefähren Einrückungsgebühren sowie des Portos

die Expedition der „Neuen Würzburger Zeitung“.

Für Landwirthe und Thierärzte.

Bei E. A. Fleischmann in München ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Würzburg durch die Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung, zu beziehen: Vollständiges Handbuch der praktischen **Hausthier-Heilkunde** enthaltend: alle innerlichen und äußerlichen Krankheiten der Pferde, des Rindviehes, der Schafe, der Schweine, Ziegen und Hunde. Mit einer kurzen Anleitung zur Zucht und Wartung der Hausthiere von **Th. Merk**, k. b. Regiments-Veterinärarzt I. Klasse. **Vierte vermehrte und verbesserte Auflage.** Preis 1 fl. 45 kr.

Stadt-Theater.

Freitag den 12. Dez. Gastdarstellung der Fräulein Ottilie Sternsdorff von der großen deutschen Oper in Amsterdam: **Belisar.** Heroisch-tragische Oper in 3 Akten von Donizetti. — Irene: Fräulein Sternsdorff.

Getraute.

In der Pleichacher Pfarrkirche:
Am 10. Dez.: Matthäus Geist, Bürger und Bierwirth dahier, mit Anna Maria Hemmerich aus Mergentheim.

Für die Anzeigen verantwortlich: V. J. Stahel. — Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 346. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Samstag, 13. Dezember 1856.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 10. Dezbr. Von dem Referat des Abg. Dr. Weis über das Strafgesetzbuch ist abermals ein Theil vollendet und befindet sich derselbe bereits unter der Presse. Der Gesetzgebungsausschuß hält jetzt in jeder Woche vier Sitzungen, am Montag und Dinstag und am Donnerstag und Freitag. Mit der Redaktion der Protokolle des Ausschusses ist dessen Sekretär, Hr. Abg. Dr. Barth, betraut. — Die Herstellung der großartigen Eisenbahnbrücke über die Isar bei Großhesselohe, die ganz aus Eisen gebaut wird, wurde jüngsthin Hrn. Kramer-Klett übertragen. Dieselbe soll bis Juli l. J. vollendet seyn, da man bis dahin die Bahn bis Rosenheim fertig haben will. (Augsb. Abdz.)

Se. Maj. der König haben das Benefizium in Siegersbrunn, Ldg. München r. d. J., dem Vorschlage des Erzbischofs von München-Freising gemäß, dem Priester Math. Bramauer, Cooperator in Eitting, Ldg. Erding, übertragen und genehmigt, daß das Benefizium in Hechenkirchen, Ldgr. München r. d. J., von dem Erzbischof von München-Freising dem Priester Joseph Häckel, Benefiziat zu Au am Inn, Ldg. Haag, das Schul- und Frühmeßbenefizium in Roggden, Ldg Wertingen, von dem Bischofe von Augsburg dem Priester Ignaz Schuster, Frühmeßkaplanei-Benefiziat in Bobingen, Ldg. Schwabmünchen, verliehen werde. (N. M. Z.)

München, 10. Dezbr. Se. Maj. der König haben dem Hofsekretär J. Hofmann den Titel eines kgl. Rathes zu verleihen geruht. — Am 15. d. werden die Sitzungen des Verwaltungsraths der privilegirten bayerischen Ostbahnen wieder beginnen, wozu auch die auswärtigen Mitglieder desselben hier eintreffen werden. (Allg. Ztg.)

München, 11. Dezbr. Auch die hiesige Polizeidirektion sieht sich in Betreff des Ueberhandnehmens von Raufexzessen veranlaßt, die bestehenden Verbote über das Tragen von spitzigen, im Griffe feststehenden Messern, von Pistolen und anderen derlei Waffen, gleichwie über das Feilhalten derselben neuerlich in Erinnerung zu bringen. Uebertretungen dieser Verbote haben neben der Konfiskation — Strafen von 5 bis 50 fl. oder entsprechenden Arrest und zwar unnachsichtlich schon im ersten Betretungsfalle zur Folge. — JJ. MM. die Könige Max und Ludwig haben die in diesen Tagen im Verlag der Palm'schen Hofbuchhandlung dahier erschienenen „Athenienisischen Nächte" von Demeter Tudumi entgegenzunehmen und dem Dichter allerhöchst Ihr Wohlgefallen an dessen Dichtungen auszudrücken geruht. (Ldbt.)

Preußen. Berlin, 9. Dezbr. Nachdem gegen die in Hamburg unter der Redaktion von A. Glasbrenner erscheinende Zeitschrift: „Ernst Heiter. Deutsche Sonntagszeitung" und deren Beiblatt: „Der Tartar" auf Vernichtung gemäß §. 50 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 gerichtlich erkannt worden war, wurde auf Grund des §. 52 dieses Gesetzes die fernere Verbreitung der genannten Zeitschrift im Bereiche des preußischen Staates verboten.

Oesterreich. Prag, 8. Dezbr. Die österreichischen und die bayerischen Kommissäre, welche sich nach Pilsen begeben hatten, um an Ort und Stelle den Anschlußpunkt der böhmischen West- an die bayerische Ostbahn zu ermitteln, haben die endgültige Trace der Verbindungslinie bereits festgestellt; dieselbe wird von Pilsen über Taus nach Amberg führen. (Dr. J.)

Schweiz.

(Aus der Denkschrift des schweizer Bundesrathes über Neuenburg. Schluß.) „Indem die Schweiz die in diesem Kanton eingetretene Veränderung anerkannte, hat sie keine ihrer Bundespflichten gegen die in Neuenburg residirende Regierung des Fürsten verletzt; indem sie diese Anerkennung aussprach, hat sie im Gegentheil eine Bundespflicht gegenüber dem Kanton selber erfüllt. Was den außerhalb Neuenburg residirenden Fürsten betrifft, so hat die Schweiz auch ihm gegenüber keine Verpflichtung verletzt, weil sie laut den Bestimmungen des Vereinigungsvertrags hinsichtlich der Beziehungen Neuenburgs zum Bund mit ihm in keinem Rapport steht. Die Regierung des Fürsten ihrerseits hat nicht immer ebenso genau ihre Pflichten gegen die Schweiz erfüllt. Nicht zu gedenken der früheren offiziellen und offiziösen Schritte, die auf eine Ablösung Neuenburgs von der schweizerischen Eidgenossenschaft abzielten, möge man sich nur der Haltung erinnern, welche die Behörden dieses Kantons während der kritischen Ereignisse von 1847 einnahmen. Die Regierung des Fürsten verweigerte damals die Stellung von Truppen zu dem von der Tagsatzung beschlossenen Aufgebot. Das Kabinet von Berlin machte den Großmächten den Vorschlag, in Neuenburg einen Kongreß über die Angelegenheiten der Schweiz zu halten, und erklärte der Bundesregierung zugleich, daß sie jeden gegen den Kanton Neuenburg verübten Zwang als einen Akt der Feindseligkeit gegen das Königreich Preußen betrachten werde. Das Kabinet von Berlin vergaß somit in sehr hohem Grade die Bestimmungen der Vereinigungsakte von Neuenburg, die feststellte, daß die Ausübung aller vom Stand Neuenburg gegenüber dem Bund übernommenen Verpflichtungen ausschließlich die in Neuenburg residirende Regierung berühre. Um den Rechtsstandpunkt vollständig zu würdigen, muß man ihn auch in den Beziehungen des Königs von Preußen zu seinen Unterthanen in's Auge fassen. Hier genügt es, daran zu erinnern, wie viele Beispiele die neuere Geschichte aufweist, daß große Nationen ihre Dynastie wechselten und die Regierungsform änderten. Nach einmal vollendeter Thatsache dachte Niemand daran, diesen Ländern das Recht zu bestreiten, dem allgemeinen (Volks-) Willen Ausdruck zu geben. Was Neuenburg insbesondere betrifft, so steht fest, daß die Regierung dieses Staates mit Vollmacht ihres Fürsten dem Bundesvertrag von 1815 in allen seinen Theilen beitrat. Diese Thatsache implizirte einen Widerspruch mit der Beibehaltung der fürstlichen Souveränetät, denn sie verlieh dem Neuenburger Volk die gleichen Rechte, wie dem Volk aller übrigen Kantone. Sieht man endlich von diesen Erwägungen ab, so ist es erlaubt, aus dem Patentschreiben vom 5. April 1848 die Folgerungen zu ziehen, die sich aus demselben ganz natürlich ergeben. Diese Folgerungen sind, daß das Neuenburger Volk vom Unterthanenverband gegenüber dem Fürsten befreit erschien und ziemlich deutlich ermächtigt wurde, von seinem Recht auf freie Konstituirung Gebrauch zu machen. Es ist unmöglich, den Erklärungen des Patents einen andern Sinn zu geben. Folgendermaßen spricht sich der Fürst gegenüber den Neuenburgern aus: „Allein ich glaube, nichts desto weniger im Interesse Ihres Vaterlandes, wie in Ihrem eigenen, Sie durch Gegenwärtiges ermächtigen zu sollen, nur die Lage und die Wohlfahrt Ihres Landes in Betracht zu ziehen, ohne Sich durch die Bande, die Sie an mich knüpfen, daran hindern zu lassen. Das lebhafte Interesse, das ich für Ihr Vaterland habe, sind die einzigen Beweggründe dieses Entschlusses." Wenn auf diese positiven Erklärungen hin eine bedeutende Zahl von Bürgern im Vertrauen auf das königl. Wort glauben konnten, sie seyen ihres Eides gegen den Fürsten entbunden und dürften für die neue Verfassung stimmen und der Republik Treue schwören, kann man sie dann einer Beeinträchtigung der fürstlichen Rechte anklagen? Ist es selbst nur möglich, sie im geringsten darum zu tadeln, und wäre es nicht vielmehr unerhört, von ihnen den Bruch des Eides zu verlangen, den sie ihrer Verfassung geschworen? Das königl. Patent mußte um so natürlicher in dem oben angeführten Sinn ausgelegt werden, und die Bürger durften daraus um so eher die Schlußfolgerung ziehen, als der König in dem nämlichen Aktenstücke verspricht, Kommissäre zu ernennen, die mit der Bundesregierung in Unterhandlung treten und darüber berathen sollten, was zur Wohlfahrt des Landes beitragen könnte, diese Zusicherung aber nie

in Erfüllung ging, die Kommissäre nicht ernannt wurden und dies somit ein Grund mehr war, um die Annahme einer freiwilligen Verzichtleistung zu bekräftigen.

„Die Rekonstituirung Neuenburgs bot endlich nichts dar, was mit den Vorschriften des Völkerrechts im Widerspruch stände. Der Wiener Kongreßakte zufolge, sollte das Fürstenthum Neuenburg nicht mit der preußischen Monarchie vereinigt werden, es sollte in keinem Fall einen Theil dieses Staates ausmachen, während für die übrigen, kraft der Kongreßakte mit Preußen vereinigten Gebiete das Gegentheil stipulirt ist. Das Fürstenthum Neuenburg wurde vielmehr ausdrücklich der Schweiz als Kanton einverleibt, und es gehörte von da an zum Gebiet der Eidgenossenschaft. Die Thatsache der Emancipation Neuenburgs von der Herrschaft seines Fürsten konnte somit den Gränz- und Gebietsverhältnissen, sowie sie durch den Wiener Kongreß festgestellt wurden, nicht den mindesten Eintrag thun; es handelte sich da nur um die Frage innerer Konstituirung, wozu das Recht noch nie einem unabhängigen Staat bestritten worden ist. Ueberdies hatte sich kein Staat dem König von Preußen gegenüber verpflichtet, ihm den Besitz von Neuenburg zu garantiren. Eine solche Garantie wurde von Seite der kontrahirenden Mächte für eine Reihe anderer Gebietsabtretungen, von welchen die Wiener Schlußakte handelt, übernommen, und selbst für solche, welche Preußen zu gut kamen; nur bezüglich Neuenburgs wurde nichts dergleichen vereinbart. Es ist somit durch die Vorgänge in Neuenburg durchaus kein internationaler Rechtsgrundsatz verletzt worden. Ja man darf vielmehr behaupten, daß die Erreichung eines der wesentlichsten Zwecke, welche die Wiener Kongreßakte sich gestellt hatte, durch die Rekonstituirung von Neuenburg ganz besonders erleichtert wurde, nämlich die Möglichkeit, daß die Schweiz sich der Vortheile der Neutralität und Unverletzbarkeit ihres Gebiets und einer vollständigen Unabhängigkeit erfreue, wie dies durch das allgemeine Interesse sowohl, als durch das selbsteigene der Schweiz geboten wird. Möchte man es vielleicht versuchen, für die Schweiz aus den Bestimmungen der Wiener Kongreßakte ein anderes Völkerrecht abzuleiten, als dasjenige, das in den verschiedenen Staaten bei analogen Fragen zur Geltung gebracht wurde? Dies wäre eine Ungerechtigkeit, deren bloße Voraussetzung nicht gestattet werden darf. Nun lehrt uns aber die Geschichte, daß man in den europäischen Staaten weder die innern Verfassungen noch die bestehenden Dynastieen als durch die Verträge von Wien gantirt angesehen hat. Was durch dieselben garantirt wurde, ist einzig die Gebietsabgränzung der einzelnen Staaten, wie sie im Interesse des europäischen Gleichgewichts vorgenommen wurde, und diese ist die gleiche geblieben nach wie vor den Ereignissen, deren Schauplatz Neuenburg im Jahr 1848 war. Das sind die verschiedenen Seiten der Rechtsfrage in der vorliegenden Angelegenheit."

„Wenn von diesem Gesichtspunkte aus die Neuenburger Frage nicht gegen die Schweiz entschieden werden kann, so kann dies noch weniger aus politischen Gründen geschehen. Neuenburg gehört durch seine Geschichte und sein ganzes Leben der Schweiz an; es gehört zu derselben nicht weniger auch seiner geographischen Lage nach. Für ein Land von der Ausdehnung Neuenburgs, das zudem mit 21 andern kleinen Republiken und ihrem Schicksal auf's innigste und vollständigste verbunden ist, kann wohl die einzig entsprechende Regierungsform nicht die Monarchie seyn, sondern nur die Republik. Die Republik hat überdies seit längerer Zeit Charakter und Sitten des Neuenburger Volkes durchdrungen. Es ist wahr, dasselbe hat einen Fürsten anerkannt, es hat aber demselben immer nur eine sehr beschränkte Autorität zugestanden und im Grunde sich selbst regiert. Die monarchische Form hatte vollständig aufgehört, für das Land die Quelle einer fruchtbaren und segenbringenden Entwicklung zu seyn; sie war nichts weiter mehr, als die Fahne einer Partei und daher die Ursache innerer Parteikämpfe, die in ihren Resultaten ebenso unfruchtbar waren, als bedauerlich in ihren Folgen. Dies erklärt es auch, warum der junge Staat, der so lange stationär geblieben, nachdem er einmal sich vollkommen emanzipirt hatte, auf dem Gebiet des Fortschritts und der Reformen eine Thätigkeit und einen Reichthum entwickeln konnte, in denen er alle übrigen Kantone übertraf. Dies erklärt es auch, warum bei allen öffentlichen Stimmabgaben die Anhänger der Republik immer eine überwiegende Majorität erhalten haben, die seit acht Jahren von Jahr zu Jahr immer noch zunimmt. Dieses Volk heute wieder unter eine monarchische Herrschaft zurückführen wollen, hieße demnach ihm förmliche Gewalt anthun; es wäre dies ein naturwidriges und ebenso unausführbares Unternehmen als der Versuch, den Fluß zwingen zu wollen, daß er zu seinen Quellen zurücklaufe. Aber auch für die ganze Eidgenossenschaft würde die Restauration des monarchischen Prinzips in Neuenburg ebenso beklagenswerthe Folgen haben. Eine solche Restauration wäre in erster Linie nichts Anderes, als der Umsturz eines politischen Systems, welches der Schweiz ihre Ruhe sichert. Sie würde in zweiter Linie, wie unter dem Bundesvertrag von 1815, die Schweiz wieder in jene Zwistigkeiten und Verwirrungen stürzen, die zu Zeiten jene Epoche kennzeichneten. Bald würde man wieder, wie in früheren Tagen, einen Fürsten oder ein ausländisches Kabinet seinen Einfluß auf ein Glied der Eidgenossenschaft ausüben sehen; man würde vielleicht sehen, daß derselbe in kritischen Momenten selbst zur Verletzung bestehender Verträge, zur Mißachtung der vom Bund auferlegten Verpflichtungen schreiten könnte. Ein solcher Stand der Dinge müßte bei der Eidgenossenschaft Mißtrauen gegen die Regierung eines Kantons und umgekehrt wieder bei der Regierung dieses Kantons Mißtrauen gegen die übrigen erwecken. Und dies geschähe troß des von allen Gliedern der Eidgenossenschaft geleisteten Eidschwurs, nach Kräften das allgemeine Wohl zu fördern und im Falle der Noth Gut und Blut für die Vertheidigung des Vaterlandes zu opfern. Wenn der Bund der 22 Kantone der Schweiz eine Wahrheit seyn soll, so darf unter ihm sich kein Kanton befinden, der unter der Herrschaft eines Fürsten steht, eines Fürsten zumal, der gleichzeitig der Souverän einer der Großmächte Europa's ist. — Endlich haben alle europäischen Mächte ein hohes Interesse daran, daß die der Schweiz durch die Verträge angewiesene internationale Stellung sich mehr und mehr befestige und entwickle. Dadurch kann die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz zur Wahrheit gemacht werden. Die Vereinigung Neuenburgs mit der Schweiz hat aber eben den Zweck gehabt, derselben eine natürliche Gränze zu geben, welche sie in den Fall setze, diese Neutralität vertheidigen zu können. Hierin liegt vom Gesichtspunkte des internationalen Rechts der wahre Grund für die Rückgabe Neuenburgs an die Schweiz. Je mehr Gleichmäßigkeit in den politischen Institutionen der Schweiz herrscht, je enger das politische Band gezogen wird, welches die Kantone an dieselbe bindet, desto eher ist auch die Eidgenossenschaft im Fall, ihre europäische Stellung zu behaupten, d. h. ihre Neutralität zu vertheidigen. Die Verfassungsreform von 1848 hat ein wichtiges Band für diesen Zweck geschaffen. Auch hat die Schweiz seither gezeigt, daß sie mitten in den gewaltigen Stürmen, welche Europa erschütterten, sowohl den Willen als die Kraft hatte, ihre Stellung einzuhalten und ihre Verpflichtungen gegenüber den anderen Völkern zu erfüllen. Unter dem Bundesvertrag von 1815 hätte sie dies nicht gekonnt. Mit der gewaltsamen Wiedereinführung des monarchischen Prinzips in Neuenburg würde man die Homogenität dieses Kantons aufheben; und mit dem gleichen Schlage würde man die Schweiz einer Stellung entreißen, welche ihr die Verträge geschaffen und in ihrem eigenen wie im Interesse Europa's garantirt haben."

Schweden und Norwegen.

Die Bestrebungen des Skandinavismus haben in neuester Zeit die Aufmerksamkeit der Diplomatie mehr auf sich gezogen, als dies unbegreiflicherweise bisher geschehen war. Man beginnt zu erkennen, daß durch die Haltung des Stockholmer Kabinets der skandinavischen Idee gegenüber dieselbe bereits praktische Bedeutung gewinne und aus der Sphäre jugendlicher Kundgebungen und Ueberschwänglichkeiten theilweise als Hebel in den Bereich der politischen Berechnung eintrete. Mit Recht weist das „Preußische Wochenblatt," welches den bezeichneten Bestrebungen in den drei nordischen Reichen mit scharfer Aufmerksamkeit folgt, auf folgenden Punkt hin: „Auf der Basis der verwandten Nationalitäten will der Skandinavismus die drei nordischen Reiche verbinden. Folgt daraus nicht mit innerer Nothwendigkeit, daß man von vornherein auf den Gedanken zu verzichten habe, eine fremde und auf's äußerste widerstrebende Nationalität in die beabsichtigte neue Schöpfung mit hineinzuziehen? Folgt daraus nicht, daß man es für den Fall einer solchen Vereinigung dem deutschen Element in den Herzogthümern freistellen müsse, seinen eigenen Weg zu wandeln? Sprechen wir es mit Einem Worte: die Idee des Skandinavismus besitzt nur dann innere Konsequenz und Halt, wenn sie zugleich die definitive Auseinandersetzung mit dem deutschen Element im Auge hat." Diese Auffassung des genannten Wochenblatts dürfte von skandinavischer Seite schwer zu entkräften seyn. (D. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 9. Dezbr. Frankreich wird in diesem Augenblicke von Russen überschwemmt, die im Allgemeinen, namentlich die Offiziere, hier eine sehr gute Aufnahme finden. (K. Z.)

Paris, 9. Dezbr. Beim Seine-Präfekten ist heute große Galatafel. Die Festräume des Stadthauses werden während des ganzen Winters sehr belebt seyn. Diese Gastlichkeit wird dazu dienen, namentlich die Stimmung der Bourgeoisie und Nationalgarde von Paris kennen zu lernen und zu hören, wie

sie für die kommenden Wahlen gestimmt sind. Bei Hofe werden die Winterfestlichkeiten erst zu Weihnachten beginnen. (A. Z.)

* Paris, 10. Dez. Ueber die bevorstehende Vereinigung der Bevollmächtigten erzählt man sich Verschiedenes, aber Alles, was gesagt wird, geht darauf hinaus, daß noch vielerlei Hindernisse, wenn auch untergeordneter Natur, vorhanden sind. Man sagt, daß England seine Aufmerksamkeit auf einen Punkt gerichtet habe, der bisher unbeachtet geblieben ist. Es erhebe Schwierigkeiten hinsichtlich des Präsidium in der zweiten Konferenz. Lord Palmerston bemühe sich, den Grafen Walewski zu beseitigen und nach der Sprache der englischen Blätter über diesen Staatsmann zu urtheilen, wäre man versucht, diese Annahme für keine unwahrscheinliche zu halten. Da die Konferenz nur aus zweiten Bevollmächtigten bestehen soll, so müßte, nach Englands Dafürhalten, der Vorsitz dem Baron Bourqueney übertragen werden; da aber dieser einen geringern Rang hat, als Lord Cowley, der Botschafter ist, so würde der Vorsitz eigentlich diesem zugesprochen werden müssen. Man sagt, daß Frankreich — und das ist natürlich — sich gegen diese Zumuthung sehr energisch ausspricht und dieselbe in keinem Falle wird gelten lassen. Wir glauben, daß letztere Macht ihren Willen endlich durchsetzen werde, aber die Diskussion beweist, daß noch erst Schwierigkeiten zu beseitigen seyn werden, ehe die Bevollmächtigten — post tot discrimina rerum — sich am grünen Tische zusammen finden können.

Spanien.

† Madrid, 6. Dez. Die Bischöfe von Cadiz und Majorca haben an die Königin Dankschreiben für ihre Gerechtigkeit gegen das spanische Episkopat und kathol. Volk und für ihr Bemühen gerichtet, zwischen Spanien und dem heiligen Stuhl — dem Mittelpunkt des Christenthums — die früheren Beziehungen wieder herzustellen. Nach dem „Clamor publico" wurden seit Antritt des gegenwärtigen Kabinets bis heute 225,732,622 Realen außerordentliche Kredite bewilligt. Die „Epoca" hält diese Angabe für übertrieben.

Italien.

Aus Neapel haben „Times" und „Daily News" Mittheilungen vom 1. Dezbr. Beide melden übereinstimmend Folgendes über die letzten Amnestiebewilligungen des Königs. „Am 27. November — so erzählt man sich — wurden 30, 40, noch Andere sagen 48 politische Gefangene begnadigt. Im Staatsrath ging es dabei nach der Mittheilung eines Augenzeugen folgendermaßen zu: Signor Pionati, der Justizdirektor, benachrichtigte Se. Majestät, daß viele Gnadengesuche eingereicht worden seyen, darunter 10 von gemeinen Verbrechern. Diese 10 wies der König zurück; die andern aber bewilligte er sofort, und gewährte ihnen einen vollen Pardon, obwohl Pionati bloß eine Milderung ihrer Strafe beantragt hatte. Minister Carafa war es, der dann die Andeutung fallen ließ, es wäre, um das Ausland aufzuklären, vielleicht zweckmäßig, diesen Gnadenakt offiziell bekannt zu machen. Der König aber wollte davon nichts wissen, denn es sey ihm an der Meinung der auswärtigen Mächte wenig gelegen und er könne ohne sie regieren. Pionati bemerkte hierauf, daß 5 oder 6 von denen, die Bittgesuche eingereicht hatten, in Montesarchio gefangen säßen, worauf erwidert wurde, daß man davon Kenntniß habe, und daß Poerio diesen seinen Anhängern gestattet habe, des Königs Gnade anzurufen. Bisher hatten sie es nicht gethan, weil er den Schritt nicht genehmigte. Jetzt rieth er ihnen selbst dazu, weil ihr Elend gar zu groß, und jeder (so hieß es in Neapel), der sich um Gnade an den König wende, jetzt der Erhörung gewiß sey. Beide genannte Korrespondenzen schieben übrigens die größte Schuld der bisherigen harten Maßregeln auf jenen Pionati, auf dessen Antrieb über 100 Gnadendekrete, die der König vor 18 Monaten unterzeichnet hatte, später zurückgenommen worden seyn sollen."

Aus Turin, 7. Dezbr., schreibt man dem „Schw. M.": „Die Ereignisse in Unteritalien und namentlich in Sizilien haben auf der ganzen Halbinsel eine fieberhafte Gährung hervorgerufen, welche sich auf die manchfachste Weise, namentlich aber durch Demonstrationen Luft zu machen sucht. Auch in Mailand spuckt wieder der alte Geist der Widerspenstigkeit; die Aufregung ist groß, und es haben zahlreiche Verhaftungen stattgefunden, meist in den besseren Schichten der Gesellschaft. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Marquis Criwelli. Wie nach dem 6. Februar 1853 durchziehen schon von 4 Uhr Nachmittags an zahlreiche Patrouillen mit aufgepflanztem Bajonnet die Straßen der Stadt. Die Behörden sind wachsam."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Eine telegraphische Depesche aus Konstantinopel meldet, daß Riza Pascha aus dem Kabinet, in dem er die Stelle eines Kriegsministers bekleidete, wieder ausgetreten ist. Ueber die Ursache seines Rücktrittes hat man noch keine Nachricht.

Rußland und Polen.

Einen günstigen Eindruck macht im Vatikan die kaiserliche Verordnung, daß im russischen Heer die Militärkaplane römisch-katholischer Konfession denen der griechischen Kirche hinsichtlich der Gehalte und Pensionen künftig gleichzustellen seyen. (A. Z.)

Amerika.

New-York, 22. Nov. Aus Washington wird der „New-York Times" geschrieben, die Angabe, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in eine Kapitalisation des Sundzolles gewilligt habe, sey durchaus unbegründet: „Unsere Regierung, heißt es in dieser Korrespondenz, wird sich unter keiner Bedingung einem derartigen Abkommen anschließen — weil sie damit vollständig das Prinzip aufgeben würde, auf Grund dessen sie sich der Erhebung derartiger Zölle widersetzt. Dagegen wird die Regierung bereit seyn, Dänemark jährlich eine liberale Summe als Beitrag zu den Kosten der von Dänemark im Sunde unterhaltenen Leuchtfeuer zu zahlen." Derselbe Korrespondent bestätigt es, daß das Washingtoner Kabinet Schritte zur Aufhebung des Stader-Zolles gethan habe.

Asien.

Die letzten Nachrichten aus Teheran lauten dahin, daß, auf die Kriegserklärung von Seiten Englands an Persien, das englische Konsulats-Personal die Hauptstadt verlassen habe. Hr. Stevens begab sich nach Tabris, und Hr. Abbot mit dem übrigen Personale nach Bombay. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Ein gräßliches Unglück wurde in Wien im Cirkus Renz am 6. Dezbr. durch einen Zufall, durch Geistesgegenwart und Geschicklichkeit der Betheiligten verhütet. Wir dürfen die beiden halsbrecherischen Kunststücke der beiden Clowns Bertrand und Arthur als bekannt annehmen, wo der Eine eine bis zur Decke des Zirkus reichende Stange balancirt, an deren Spitze der Andere die kühnsten Attituden ausführt. Eben daran mit der Fußspitze des Cirkus Decke zu berühren, kracht die Stange unter der Last des daran schwebenden Körpers, sie bricht im Nu entzwei, und ein jäher Sturz des Unglücklichen mit dem obern Theile der Stange scheint unvermeidlich. Das Sprichwort: „Audaces fortuna juvat" hat sich wirklich nie glänzender bewährt, als in diesem kritischen Moment. Der Künstler, der am Boden die Stange balancirte, verlor das Equilibre mit dem plötzlich viel leichter gewordenen Stangenstumpfe nicht nur nicht, sondern hatte die Besonnenheit, die Gesetze fallender Körper genau berechnend, einen Sprung vorwärts zu machen, während der Stürzende oben, nicht minder mit Geistesgegenwart gerüstet, im jähen Falle Kraft und Muth genug hatte, den übriggebliebenen Rest der balancirten Stange mit der einen Hand zu erfassen und sich daran anzuklammern, während die andere den abgebrochenen Strunk mit eiserner Faust hielt. Einige Sekunden, und er war glücklich an der noch immer balancirten Stange herabgerutscht, und erst, als er die Manège betreten, sank er ohnmächtig zusammen. So endigte dieses grause Schauspiel, wo der Einsatz — ein Menschenleben war! Das Publikum, welches mit dem in Todesgefahr schwebenden Manne alle Torturen der Angst durchgemacht, rief fast endlos den wunderbar Geretteten und seinen besonnenen Retter hervor. (D. A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

* London, 6 Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Kaffee's sind fest, und zeigen die letzten Auktionen eine Avance von 6 d. Von Native Ceylon waren circa 1400 Ballen in Auktion, und wurden solche größtentheils von 52 s 6 d a 53 s 6 d für etwas gemischt gut ordin. bis ziemlich gute Qualität verkauft, der Rest etwas unrein, wurde zu 53 s aufgehalten; unter der Hand ist gut ord. nicht unter 53 s erhältlich. Von Plantation Ceylons waren circa 900 Fässer, und 1150 Barrels und Ballen ausgeboten, welche sämmtlich zu vollen Preisen Nehmer fanden; die gestern bezahlten Preise zeigen eine Erhöhung von 6 d a 1 s. Zu notiren sind kleinbohnig gering gemischt bis gut farbig 58 s 6 d a 60 s 6 d; mittel und volle Bohne etwas abgeblaßt bis gut farbig 61 s a 64 s 6 d; großbohnige Sorten guter farbiger Qualität sind selten, und würden bei Vorkommen 65 s a 72 s bedingen; Erbsenbohnen sind gefragt, und bedangen für gute Qualität 83 a 86 s; etwas abgeblaßt 79 a 82 s. Mochas sind fester; in Auktion wurde gute und feine Qualität mittel bis große Bohne 81 a 87 s bezahlt; Alexandria gut bläßlich 71 s. In Costaricas, Brasils und Santons ist keine Veränderung, und wird davon nur sehr wenig angeboten. Segelund ist nichts zu jetzigen Preisen am Markte; good first und superior farbige Rios sind nomi-

nell 47 s 6 d a 52 s zu notiren. Der Vorrath von Kaffee ist hier circa 7440 Tons gegen circa 9360 Tons in 1855; darunter sind von Ceylons circa 8620 Fässer und 31,718 Ballen gegen circa 12,263 Fässer und 47,138 Ballen gleichzeitig in 1855.

Zucker sind fester, und für die Woche in den meisten Fällen 1 s theurer. Segelnd wurden verkauft 3 Ladungen clayed Manilla, ca. 2000 Tons, von 33 s a 34 s; ca. 1000 Tons unclayed Manilla von 29 s a 29 s 6 d, eine Ladung braune Bahia, ca. 200 Tons, zu 33 s 6 d segelnde Conditionen, und eine Ladung braune Fernambouc, ca. 280 Tons, zu 33 s ausgeliefert, sämmtlich für England. Unter der Hand wurden loko begeben ca. 7000 Körbe sehr gering braune China zu 38 s; ca. 5500 Kisten gelbe Havannah, Nr. 10 und 11½, von 50 s a 52 s, ca. 300 Fässer Cuba und Portoriko von 51 s a 54 s 6 d, ca. 1100 Säcke braune Fernambouc zu 46 s 6 d, ca. 500 S. braune und graue Bahia von 44 s a 48 s 6 d, und 150 Kisten weiße zu 52 s, sowie ca. 800 Tons clayed Manilla zu 49 s, Zölle 13 s 9 d und 15 s. Von westindischen Sorten wurden für die Woche 1900 Fässer zu obiger Erhöhung begeben; von westindischen Sorten wurden unter der Hand verkauft ca. 4000 Säcke gelbe Mauritius, Nr. 11 a 13, von 51 s a 52 s 6 d, Zoll 15 s, und auf Lieferung circa 13,000 Säcke Native Madras von 40 s a 41 s, Zoll 13 s 9 d; in Auktion waren ca. 25,000 Säcke Mauritius, Bengal und Madras, welche zu einer Erhöhung von 6 d a 1 s größtentheils Nehmer fanden; sehr gering bis mittel brauner Mauritius holte 39 s 6 d a 44 s, gut und fein braun 46 s a 47 s 6 d, gering bis fein gelb 48 s a 52 s 6 d; native Madras 41 s 6 d a 43 s 6 d für gering braun bis gelb. Der Vorrath von Zucker beträgt ca. 40,170 Tons gegen ca. 31,020 Tons gleichzeitig in 1855.

Erfurt, 6. Dezbr. Getraide. Seit gestern hat sich durch eine Besserung der auswärtigen Plätze auch hier lebhaftere Frage gezeigt und war rascher Abzug nach den Waldgegenden die Folge, daß höhere Preise angelegt werden mußten, denn trotzdem der heutige Markt stark befahren, so kam doch der größte Theil in die Hände der Konsumenten. Waizen wurde von 64 a 68 Thlr. pr. 89 Pfd. bez., feine Waare, die weniger am Markte vorhanden war, nicht unter 70 Thlr. zu haben. Roggen, hiesiger, loko pr. 84 Pfd. 48 a 49 Thlr. bez., feiner schles. 51 a 52 Thlr. bez., pr. Dezbr. 52 Thlr., Januar 51 Thlr., April—Mai 51½ Thlr. bez. Gerste, wovon der größte Theil aus ordinären Sorten bestand, pr. 74pfd. 34 Thlr. bez, hingegen feinere Gattungen gesucht und bis 40 Thlr. bezahlt worden, daher unsere Brauer mehr auf Saal- und schles. reflektiren und 41 a 42 Thlr. pr. 74pfd. dafür anlegten. Hafer pr. 1200 Pfd. 21 a 22 Thlr. bez.

Spiritus in Folge bedeutender Aufträge für loko und Termine gesucht, loko pr. 14,400pCt. 34 a 35 Thlr. bez., Dezbr. 35½ Thlr., Jan.—Mai 1857 35½ a 36 Thlr.

Hülsenfrüchte. Erbsen, Bohnen und Graupen zu unveränderten Preisen.

Oel. Rüböl wurde in der abgelaufenen Woche a 17½ Thlr. wieder viel gehandelt, zuletzt versuchte man zwar in Folge der auswärtigen flaueren Berichte niedrigere Gebote, doch ohne Erfolg. Mohnöl 19 Thlr. bezahlt und gesucht. Mohnsaat 105 a 106 Thlr. Leinöl 17 Thlr., 2 Monat ab hier.

Frankfurt, 12. Dezember. Mitteldeutsche Creditaktien, worin heute sehr lebhafter Umsatz stattfand, wurden zu bedeutend höheren Coursen vom Markt genommen, auch österr. Bank- und Creditaktien wurden besser bezahlt, während österr. Staatsbahn abermals niedriger verhandelt wurden.

Providentia wurde zu 105¼ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1851 79 5/8 P. 78 7/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 89 1/2 P. 89 G. Metall. alte à 5pCt. 77 1/2 P. 77 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. 86 1/2 G.; à 4 1/2 pCt. 68 P. 67 1/2 G.; à 4pCt. 60 1/2 P. 60 G.; à 2pCt. 47 P. 46 1/2 G.; à 3pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 1/4 P. 56 3/4 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 83 1/2 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G.; 4pCt. 95 P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/2 P. 101 G.; 5pCt. 100 3/4 P. 100 1/4 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 92 1/8 P. 91 5/8 G.; 4 1/2 pCt. 103 1/4 P. 102 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 1/4 P. 98 3/4 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 81 1/2 P. 81 G.; à 3 1/2 pCt. 91 P. 90 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 P. 36 3/4 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 3/4 P. 23 5/8 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1178 P. 1173 G. Neue Bankaktien 315 P. 310 G. Credit-Actien à 5pCt. 213 P. 211 G. Darmstädter Bankaktien alte 365 P. 363 G.; junge 325 P. 323 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 502 P. 497 G. Mitteldeutsche Creditbank 97 1/4 P. 96 3/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 100 1/2 P. 100 G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111 1/2 G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 509 P. 504 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 590 P. 585 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 299 1/2 P. 297 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 146 P. 145 1/2 G. Neustadt-Weissenb. 102 3/4 P. 102 1/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 1/4 P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 354 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 78 1/2 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 3/4 P. 78 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 3/4 P. 92 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 118 1/2 P. 118 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103 1/2 P. 103 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 117 P. 116 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 1/4 P. 48 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 118 P. 117 1/2 G. à fl. 25 35 3/4 P. 35 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 5/8 P. 38 1/8 G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/4 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 101 P. 100 3/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 5/8 P. 117 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Li. 250 k. S 99 5/8 P. — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. — G	Paris Frs. 200 k. S 93 1/4 P. 93 G.
Cöln Thlr. 60 k S. 105 P. — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 96 3/4 P. — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112 5/8 P. 112 3/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S 88 5/8 P 88 3/8 G.	Wien 3 M. mit 5% 112 1/4 P. 112 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. — G.	Disconto P. 5pCt. G

Neueste Nachrichten.

** München, 11. Dezember. (Privat-Korrespondenz) Die Nachrichten aus Tegernsee über das Befinden Sr. k. Hoh. des Prinzen Karl lauten fortwährend sehr befriedigend. — Wie es heißt, haben sich im Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten 5 Mitglieder für und 4 gegen die Beibehaltung der Todesstrafe ausgesprochen; so wurde dieselbe demnach mit geringer Majorität beschlossen. — In den ersten Tagen des neuen Jahres wird hier der Kongreß des deutsch-österreichischen Postvereins zur Berathung zusammentreten.

Paris, 11. Dez. In einem Zirkular des Ministers des Innern, Billault, wird die zahlreiche Amtssuspension von Gemeindebeamten bedauert und den Präfekten befohlen, den Beamten volle Freiheit zur Diskussion in den gesetzlichen Schranken zu lassen. Es wird den Präfekten darin ausdrücklich große Mäßigung anempfohlen. (Die Regierung will sich dadurch offenbar für die Wahlen zu dem gesetzgebenden Körper eine günstige Stimmung in der Bevölkerung schaffen. D. R. d. N. W. Z.)

Konstantinopel, 5. Dezbr. Lord Redcliffe soll den Rückzug der Perser aus Herat verlangen. Der persische Kronprinz ist gestorben. Die meisten britischen Schiffe vor der Schlangeninsel werden bei dem Donaudelta überwintern. Sieben britische Kriegsschiffe sollen Ormuz und die Karekinseln im persischen Golf erobert haben. (T. D. d. A. Z.)

Petersburg, 4. Dezbr. Ein Nachtrag zu dem Manifeste vom 7. Septbr. stellt in Bezug auf die Schulderlasse fest, daß auch die Rückstände für erhaltene Orden und Medaillen, sowie für nicht zurückgegebene Orden gestrichen werden sollen. — Für die Bewohner von Kertsch-Jenikale, die durch den Krieg gelitten haben, wird die gänzliche Befreiung von der Paßsteuer noch bis zum 1. (13.) Januar 1858 ausgedehnt. Die Unterstützungen, welche die durch den Krieg ruinirten Bewohner der südlichen Provinzen erhalten sollen, beschränken sich auf einmalige Geschenke von 25—100 Rubel, nur in ganz besondern Fällen und für Personen der höhern Stände kann diese Unterstützung auf 200 Rubel erhöht werden. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 347.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 14. Dezember 1856.

Die russische Denkschrift.

(Aus der National-Zeitung.)

Die russische Denkschrift, welche gegen Ende des Oktobermonats allen Unterzeichnern des Pariser Friedens überreicht worden ist und jetzt auch in die Oeffentlichkeit gelangt ist, ist in doppelter Richtung sehr willkommen. Einmal sehen wir jetzt deutlich, von welcher Seite die Wiedereröffnung der Konferenzen beantragt worden ist und gewinnen nach vielfachen widersprechenden Nachrichten einen sichern Blick auf den Gang, den die diplomat Beziehungen Frankreichs zu Rußland und zu England in Rücksicht auf einige bei Ausführung des Friedensvertrags entstandene Differenzen genommen haben; zweitens sind wir auch jetzt vollständig in den Stand gesetzt zu beurtheilen, welcher Partei in dem Streite wegen Bolgrads das Recht zur Seite steht. Die gar zu kurz abgefaßten Protokolle ließen dies zweifelhaft, sofern aus denselben nicht hervorgeht, ob die Bevollmächtigten der Verbündeten darüber klar unterrichtet gewesen, ob die Ortschaft Bolgrad, welche sie im Sinne hatten, an den Yalpuck-See stoße oder nicht. Glaubten sie, daß dieselbe bis dicht an den See reiche, so konnte man es als Fehler beklagen, daß sie ihre Einwilligung zu einer solchen Gränzregulirung gegeben hatten, bei welcher Rußland in Verbindung mit der Donau blieb; aber Rußland war dann nach dem Buchstaben des Vertrages im Rechte, wenn es die Abtretung der Stadt verweigerte. Dagegen kann es nun nach der sehr klaren Auseinandersetzung der russischen Denkschrift nicht mehr für zweifelhaft gelten, daß die österreichisch-englische Auslegung des Vertrages die richtige ist.

In den Pariser Konferenzen trat bekanntlich Hr. v. Brunnow, als man über Festsetzung der neuen Grenze in Bessarabien verhandelte, mit zwei Vorschlägen hervor, welche sich so weit von den Friedenspräliminarien entfernten und die Abtretung auf ein so winziges Stück Land oder vielmehr Sumpf zurückführen wollten, daß dagegen ein einstimmiger Protest erhoben wurde. Es wurden Gegenvorschläge gemacht und als nach längerm Hin- und Herreden einer derselben den russischen Bevollmächtigten zu gefallen schien, behielten sie sich doch nähere Prüfung und eventuelle Entscheidung ihres Hofes war, da aus administrativen Rücksichten gewisse Bedenken beständen; Bolgrad sey der Mittelpunkt der bulgarischen Kolonien und deßhalb für die Verwaltung nicht wohl zu entbehren, es müsse daher russisch bleiben. Die Frist wurde bewilligt, die Grenze dann definitiv südlich von Bolgrad gezogen. Auf diese Verhandlungen und auf die, wie sie sagt, von allen Mächten dabei an den Tag gelegte Berücksichtigung der Wünsche der russischen Regierung beruft sich jetzt die Denkschrift mit großer Emphase. „Wenn Bolgrad nicht unser bleibt, sagt sie, so wird man dem Friedensvertrage nicht gerecht." Wir unsererseits hatten bisher gedacht, daß es einer der Hauptzwecke des Krieges gewesen war, Rußland von der Donau und den mit ihr in Verbindung stehenden Gewässern zurückzudrängen, und eine genügende Ausführung des Friedensvertrages schien uns von der Erreichung dieses Zieles abzuhängen; nach der Denkschrift hingegen sieht es aus, als wenn es in der ersten Reihe der Kriegszwecke gestanden hätte, der russischen Regierung die Verwaltung der bulgarischen Kolonien in Bessarabien so bequem als möglich zu machen.

Das Petersburger Kabinet kann gleichwohl nicht umhin, selber anzuerkennen, daß es allen Mitunterzeichnern des Vertrages darauf angekommen war, die Freiheit der Donauschifffahrt für alle Fälle zu sichern. Denn als die mit der Grenzregulirung beauftragten Bevollmächtigten an Ort und Stelle anlangten und nun gewahrten, daß die Lage Bolgrads dicht am See Rußland gestatten würde, eine Flottille auf demselben zu bilden und so die Donau zu erreichen, erklärten sie ihrem russischen Kollegen einstimmig, daß man sich in Paris über die Lage des Orts geirrt habe. Der französische Kommissär war zu dem Auswege bereit, eine Straße längs dem Ufer zu ziehen und zur Grenze zu bestimmen, der englische, türkische und österreichische dagegen bestanden darauf, daß auf dem Pariser Kongreß nicht das neue, sondern das ältere, weiter nördlich gelegene Bolgrad gemeint worden war. Wirklich konnte man auch kein anderes meinen, denn auf der französischen Karte, deren sich der Kongreß bediente, war bloß das ältere verzeichnet. Die russischen Kongreßmitglieder wußten dies und behielten dennoch ihre berichtigte Karte, auf der Neu-Bolgrad am See nachgetragen war, für sich, weil der Kongreß, wie die Denkschrift sagt, nicht russisch lesen konnte. Hätte es Herr v. Brunnow doch nur auf einen Versuch ankommen lassen! Die „Times" hat allerdings nicht wörtlich Recht, daß die russischen Bevollmächtigten falsche Karten vorgelegt hätten; die Wahrheit ist, sie haben nicht gehindert, daß der Kongreß sich irreführender Karten bediente.

Ueber die Schlangeninsel lohnt es jetzt kein Wort mehr zu verlieren. Es will gar nichts bedeuten, wenn die Denkschrift in sehr feierlichem Tone ausführt, daß dieselbe nicht abgetreten sey, indem sie im Friedensvertrage gar nicht erwähnt worden. Solche kleine Inseln vor den Küsten oder Strommündungen werden stets zu der Landeshoheit des Gebiets gezählt, zu welchem sie geographisch gehören; wie die Schlangeninsel nach dem Frieden von Adrianopel von den Russen zugleich mit dem Donau-Delta in Besitz genommen worden, eben so kehrt sie jetzt in den Besitz der Türkei zurück. Das Petersburger Kabinet macht auch Aussicht, seinen Anspruch gutwillig aufzugeben, und doch hatte es schon am 4. August in Paris die Wiedereröffnung der Konferenzen um dieser Bagatelle willen beantragt! Da zeigt es sich freilich deutlich, wie viel man sich davon verspricht, wenn man es nur erst wieder zu Konferenzen bringen kann. Am 19. September wurde das Verlangen nach neuen Konferenzen, unter Berufung auf die um Bolgrad entstandenen Streitigkeiten, in Paris wiederholt und die französische Regierung dachte, sich die Gunst der Umstände zu Nutzen zu machen. Sie stellte die Frage: ob man sich eine Majoritätsentscheidung gefallen lassen wolle? — Gewiß ein neuer Gedanke, daß in einem Kongreß von Staaten, der mächtigsten wie mittlerer und kleiner, die Stimmen wie in einem Parlamente, wo jedes Mitglied dem andern gleich an Macht ist, gezählt werden sollen. Damit gewann das Pariser Kabinet die Aussicht auf eine schiedsrichterliche Stellung, indem von Preußen leider vorausgesetzt zu werden pflegt, daß es mit Rußland immer gleicher Meinung sey, und indem für wahrscheinlich galt, daß Sardinien lieber für Rußland als für Oesterreich stimmen werde. Frankreich gab dann den Ausschlag und konnte sich eine Zeitlang von zwei Seiten hofiren lassen, heute mit den Russen gegen die Engländer, morgen zu England halten. Die Ueberreichung der russischen Denkschrift bei den verschiedenen Höfen scheint die Krisis, die nothwendig in Folge dieser Doppelstellung Frankreichs eintreten mußte, gezeitigt und zum Austrag gebracht zu haben; die Konferenzen wurden von der einen Seite dringend begehrt; da machte England bei der französischen Regierung die äußersten Anstrengungen, und wie man sich erinnert, daß der Hader in Konstantinopel nicht zum Vortheile Frankreichs endete, so trug auch um die nämliche Zeit in Paris der englische Einfluß den Sieg davon. Der erste Anaäherungsversuch zwischen Rußland und Frankreich hat keinen guten Verlauf genommen; die Lockung kam von Rußland, Frankreich versuchte, aber vermochte nicht darauf einzugeben.

Die Bolgradfrage scheint nur gegen Rußland entschieden werden zu können; die Macht der Verhältnisse spricht eben so laut, wie die Evidenz des Rechts. Auch der preußische Bevollmächtigte wird hoffentlich mit der Mehrheit in den Konferenzen stimmen, eingedenk, daß die Freiheit der Donau von ganz besonderem Interesse für Deutschland ist, und daß der deutsche Bund seiner Zeit dies offen bekannt hat, als er die beiden ersten der vier Garantien sich vorzugsweise aneignete.

Deutscher Bund.

Wien, 10. Dezbr. Die Münzkonferenzbevollmächtigten wurden gestern von dem Minister der Finanzen, Baron Bruck, empfangen und hielten dann unter Vorsitz des Ministerialraths v. Brentano die erste Sitzung (Fr. Postz.)

Bayern. Aus dem bayerischen Walde. Am 9. Dezember hat zu Zwiesel eine große Versammlung von vielen Beamten und Gutsbesitzern aus dem k. Landgerichte Regen und dem benachbarten Böhmen stattgefunden, um eine Adresse an die Aktiengesellschaft der Ostteisenbahnen vorzubereiten, daß zur Erzielung einer Verbindung zwischen München und Prag mittels einer Eisenbahn die Eisenbahnlinie von Landshut aus hinab im Isarthale über Plattling, Deggendorf, Grafling, Ruhmannsfelden, March, Regen, Zwiesel an die böhmische Gränze und von dort nach Prag geführt würde.

Preußen. Berlin, 12. Dezbr. Noch zu keiner Zeit sind so zahlreiche Kapital-Kündigungen von Hypotheken-Gläubigern hiesiger Grundstücke beim Stadtgericht eingegangen, wie in den letzten Monaten. Man nimmt an, daß circa 1½ Mill. Thaler Hypotheken gekündigt worden sind. Hierzu kommt die große Zahl der bereits schwebenden Administrations- und Subhastationssachen, so daß der Schluß gerechtfertigt scheint, daß dem Hypotheken-Verkehr Millionen entzogen worden sind. (N.-Z.)

Hannover. Hannover, 10. Dez. Die Großfürstin Konstantin von Rußland, kaiserl. Hoheit, ist gestern Abend von Altenburg hier eingetroffen und im Ernstpalais abgestiegen. (Fr. Postztg.)

Oesterreich. Der „Zeitung für Norddeutschland" schreibt man aus Wien, 8. Dezbr.: „Der Aufenthalt des Kaisers in Italien soll dermaßen gekürzt werden, daß man bereits in den nächsten Tagen seiner Rückkehr entgegensieht. Wie man hier sagt, erfordern dringende Staatsgeschäfte die Gegenwart des Monarchen; wogegen die italienischen Blätter in dieser Abänderung des Reiseplans einen neuen Beleg für die Mißstimmung finden werden, in die ihren Angaben zufolge die kühle, schweigsame Haltung der Bevölkerung den Kaiser versetzt haben soll. Während nämlich die offiziellen und halboffiziellen Organe der Presse mit unendlichen Jubelhymnen gefüllt sind, in festtäglichen goldbordirten Gewändern erscheinen und sich mit allegorischen Bildern, Städteansichten u. dergl. schmücken, können die piemontesischen Blätter sich eine so günstige Gelegenheit natürlich nicht entgehen lassen, den ganzen Jubel als gemacht und befohlen, die Haltung der Unabhängigen als theilnahmlos und grollend darzustellen. Der lombardische Adel sey wiederholt aufgefordert worden, an den Hof zu kommen; aber nur vom Hof Abhängige, Furchtsame und der Sache Italiens Abtrünnige leisteten dem Rufe Folge, und alle Klassen der unabhängigen Bevölkerung ließen sich von dem Entschlusse leiten, dem Kaiser ihre Unzufriedenheit und Unversöhnlichkeit zu erkennen zu geben. Die Ovationen in Venedig seyen einzig und allein das Werk des Podesta Correr, den die österr. Regierung durch 800,000 Lires vom Bankerotte gerettet habe; sein Werk, daß die ohnehin in schlechtem Zustande befindlichen venetianischen Finanzen abermals durch die Kosten für Festlichkeiten belastet würde, von denen die öffentliche Meinung nichts wissen wolle. Er habe einige Gemeinderäthe zusammengetrieben, und diese hätten, obwohl nicht in beschlußfähiger Anzahl, die nöthigen Summen votirt. Im Hinblick hierauf und auf seine eigenen pekuniären Angelegenheiten sage daher auch das Volk: Herr Correr habe die Festlichkeiten und Ovationen in Pacht genommen. Was das Volk in Venedig angeblich an loyalem Gebahren hat vermissen lassen, soll der bereits erwähnte Herr Correr zu ergänzen bemüht gewesen seyn. So hat er die Majestäten, als dieselben in die Barke treten wollten, knieend begrüßt. Den Kaiser, erzählt die „Turiner Korrespondenz", widerte dieses buchstäblich Sichimstaubwinden unverkennbar an, und auf seinen Wink rief Graf Grünne dem Podesta zu, er möge aufstehen."

Aus Wien, 9. Dezbr., läßt sich dagegen die „Frankf. Pstz." schreiben: „Die neuesten Gnadenakte unseres Monarchen haben, übereinstimmenden Briefen aus den lombardischen Städten zufolge, die beste Stimmung hervorgerufen. Sogar im Brescianischen, wo noch vor Wochen die Gemeinden unter Hinweisung auf ihre zerrütteten finanziellen Verhältnisse sich nicht an den allgemeinen Festlichkeiten betheiligen zu können glaubten, hat die gestattete Sistirung der Ratenzahlungen auf das Nationalanleben sehr günstig gewirkt. (Diese Nachricht läßt die neulich gemeldete Sistirung dieser Einzahlungen in eigenthümlichen Licht erscheinen. D. Red.) Es ist übrigens gewiß, daß den bisherigen versöhnlichen Akten des Kaisers bei seiner Anwesenheit in den verschiedenen Städten der Lombardei noch weitere auf lokalen Zuständen beruhende Verfügungen folgen werden."

Wien, 8. Dezbr. Die größeren Gemeinden des Königreichs Venedig beschäftigen sich mit der Ausführung eines Schienenweges von Verona an die bayerische Gränze. Die Vorstudien ergaben, daß der Brenner kaum größere Hindernisse als der Semmering bieten dürfte. Ritter von Ghega ist von der kaiserlichen Regierung mit der Ausarbeitung des fraglichen Eisenbahnplanes beauftragt, und nach der Genehmigung desselben wird die Regierung den erwähnten Bau auf Staatskosten unternehmen, da sich schwerlich eine Privatgesellschaft mit der Ausführung dieser kostspieligen Arbeiten befassen möchte. (Deutschl.)

Wien, 9. Dezbr. In dem Stierböck'schen Kaffeehause in der Leopoldstadt, allwo sich eine Winkelbörse konstituirt hat, wurden die Börsianer gestern und vorgestern durch das Erscheinen der Polizei in ihren Geschäften auf sehr unangenehme Weise gestört, indem an beiden Tagen zahlreiche Verhaftungen wegen Entheiligung der Sonntagsfeier unter ihnen vorgenommen wurden. (K. Z.)

Wien, 10. Dez. Was die neue Pariser Konferenz betrifft, so ist festzuhalten, daß die Zustimmung Oesterreichs und Englands zur Einberufung der Konferenz eine rein formelle Uebereinkunft sey, welche behufs der Beilegung der schwierigen Verwickelung, in die mehrere größere Kabinette in letzterer Zeit gerathen waren, geschlossen wurde. Bezüglich der materiellen Fragen hingegen hat bisher keine andere Verständigung stattgefunden, als daß Frankreich erklärt hat, auf den Pariser Nachkonferenzen gleichsam eine neutrale Vermittlerrolle einnehmen zu wollen. Nun ist es aber gewiß, daß das Tuilerienkabinet eine solche passive Stellung sich nicht zugemuthet hätte, wenn es nicht im Voraus überzeugt gewesen wäre, in Rußland keinen nachdrugsamen Gegner der Abtretung Bolgrads zu finden. Die Konferenz wird zusammentreten und zwar in der letzten Woche dieses Monats. Sie wird aller Wahrscheinlichkeit nach ziemlich rasch die Differenzen wegen Bolgrad und der Schlangeninsel in einem allseitig befriedigenden Sinne erledigen. Hierdurch ist aber noch nicht das ganze Material der Friedenspunkte erschöpft. Die Donaufürstenthümerfrage und das schwarze Meer treten heute in den Vordergrund. Sobald aber die beiden ersten vorgenannten Punkte erledigt sind, wird die Forderung Frankreichs und Rußlands wegen Räumung der Fürstenthümer und des schwarzen Meers von Oesterreich und England nicht länger mit gutem Rechte zurückgewiesen werden. Und dies ist das nächste Ziel der russischen Politik. Man wünscht in Petersburg vor Allem, in den Fürstenthümern und an den Küsten des schwarzen Meers freie Hand zu bekommen. Man will, nachdem der Widerstand Englands und Oesterreichs in der Bolgradfrage unüberwindlich schien, sich zu einer Konzession in diesem Punkt herbeilassen, um desto energischer auf der Räumung der Donauländer und der Schwarzen-Meeresküsten bestehen zu können. Die vollständige Ausführung des Friedensvertrags ist somit auf der nächsten zweiten Konferenz durchaus nicht zu gewärtigen. Vielmehr wird dieselbe nur einen Theil des Vertrags zum Abschluß bringen. Es eröffnet sich somit erst nach der Erledigung der Bolgradfrage ein neues Feld wichtiger diplomatischer Unterhandlungen und Agitationen, welche vielleicht doch noch die Idee eines allgemeinen europäischen Kongresses, wie sie in den offiziellen Kreisen an der Seine stille gehegt wird, zur Realisirung bringen. Auch am kaspischen Meer und am Aralsee zeigt sich die russische Macht in neuester Zeit so thätig, daß, nachdem das schwarze Meer von den Engländern geräumt seyn wird, manche wichtige Ereignisse in jenen fernen Gebieten des Orients eintreten können, deren Tragweite noch durchaus nicht berechnet werden kann! (Fr. Postz.)

Schweiz.

Bern, 9. Dezbr. Gestern hat der Generalanwalt der Eidgenossenschaft dem Bundesrath seinen Bericht über den Neuenburger Prozeß eingereicht, in dem, wie es heißt, von den mehr als 600 Angeschuldigten kaum 80 zur strafrechtlichen Verfolgung verzeigt sind. Der Bundesrath wird den Bericht sammt dem ungeheuren Aktenmaterial, fünf große Foliobände, ohne Verzug der Anklagekammer überweisen, von der man glaubt, sie werde sich höchstens 14 Tage mit der Sache zu befassen haben. Man hofft nun doch, die gerichtlichen Verhandlungen bald nach Neujahr eröffnen zu können. (A. Z.)

Bern, 10. Dez. An mehreren Orten des Kantons Freiburg ist die Ruhe und Ordnung am Tage der Großrathswahlen durch Gewalthandlungen gestört worden. In Stäffis umringten die Konservativen das Schloß, um die Wahloperation, welche nach dem neuen Gesetz in keinerlei Weise kontrol-

lirt wird, zu überwachen. Sie wurden aber von den im Schlosse stationirten Radikalen mit Flintenschüssen vertrieben, wobei es Todte und Verwundete gab. Die Konservativen sollen dann mit einer Kanone zurückgekehrt seyn. Der Präfekt, einen blutigen Zusammenstoß befürchtend, verlangte von der Regierung eine Kompagnie, die auch unter dem Obersten Dony auf den gährenden Wahlplatz abmarschirte. Neuere und genauere Nachrichten von dort fehlen. Aus andern Theilen des Kantons kommen ebenfalls Berichte über Gewaldhandlungen. Manifestationen gefährlicher Art dürften nach Bekanntwerden der definitiven Resultate leider noch in Aussicht stehen. — Auch aus Neuenburg vernimmt man wenig Erquickliches. Es herrscht daselbst so große Spannung zwischen den Royalisten und den Okkupationstruppen, daß es in den Wirthschaften fast täglich zu blutigen Schlägereien kommt. Auf Schildwachen wird aus dem Versteck bei Nacht geschossen, und ein französischer Eisenbahnarbeiter drückte neulich gegen einen eidgenössischen Korporal eine Doppelflinte ab, welche zum Glück versagte. Man sieht, daß die Aufregung fortdauert. (Fr. Postz.)

Belgien.

Brüssel, 7. Dezbr. Ein hiesiges satyrisches Journal, der „Charivari Belge", bringt schon seit längerer Zeit mitunter ziemlich pikante politische Karrikaturen. Die Regierung eines Nachbarstaats scheint in dieser Hinsicht anderer Ansicht, wie der königl. Freund Voltairs zu seyn, indem sie sich über dieses zu dreiste Blatt ernstlich beklagt hat. Andererseits ist es aber wieder ziemlich gefährlich erschienen, einen Prozeß mit allen Folgen der Oeffentlichkeit zu unternehmen, da man sich von einer ähnlichen Geschichte her erinnert, wie unbedingt nachsichtig unsere Jury in dergleichen Angelegenheiten ist. Der Gesandte jener Macht glaubt nun, ein anderes Mittel gefunden zu haben, um zu seinem Zweck, einer nachdrücklichen Bestrafung des „Charivari," zu kommen; er hat sich an den Justizminister gewandt, um eine Verfolgung desselben von Amtswegen zu erlangen, und zwar wegen gewisser Karrikaturen, welche die Sitten beleidigen sollen. Das öffentliche Ministerium hat auch wirklich die Untersuchung eingeleitet, aber bis jetzt hat dieselbe noch nicht hinreichenden Stoff geliefert, um die Anklage zu erheben, so daß es sehr zweifelhaft ist, ob die Sache Folgen haben wird. (Allg. Ztg.)

Frankreich.

Aus Paris, 8. Dezbr. schreibt man den „Hamb. Nachr.": Das sicherste Mittel die westmächtliche Allianz zusammenzuhalten, wäre ohne Zweifel abermals eine gemeinsame Unternehmung im Interesse der europäischen Zivilisation. Der Schauplatz einer solchen Unternehmung scheint gefunden zu seyn. Die Regierungen Frankreichs und Englands haben ihr Augenmerk längst auf China geworfen. Die Verletzung englischer und französcher Interessen liefert ihnen einen ganz geeigneten Vorwand zu einer bewaffneten Intervention, deren weiterer Zweck die Eröffnung aller Häfen Chinas für den europ. Handel ist. Hier und in London wird das Projekt einer franz.-engl. Expedition nach China lebhaft betrieben. Mehrere französische Bischöfe zeigen eine wahre Begeisterung dafür. Das politische Interesse ist nicht minder groß. Frankreich würde zum ersten Male in die Geschichte Asiens mit einer bedeutenden Militärmacht eingreifen; denn es würde vorzüglich die Landtruppen stellen, während England hauptsächlich den Seedienst der Expedition übernähme. Der Einfluß und das Ansehen Rußlands in Asien müßten durch seine Ausschließung von dieser Expedition empfindlich leiden; weßhalb dieselbe auch alle bisher bekannt gewordenen Anzeichen eines französischrussischen Bündnisses entschieden dementiren würde. Das Projekt ist eine Idee, die der Kaiser allmählig ganz zu seiner eigenen gemacht hat. (Vorderhand wollen wir es dahingestellt seyn lassen, wie viel Wahres an der Sache, und namentlich ob es dem Kaiser Napoleon wirklich Ernst damit ist. Wir glauben Letzteres wenigstens nicht recht. D. Red. d. „N. W. Z.")

Paris, 10. Dezbr. Gestern machte der Kaiser abermals einen Besuch in den volkreicheren Stadtvierteln von Paris, und zwar in einem Phaëton, in welchem bloß der General Niel neben ihm saß. Zuerst fuhr er auf dem Carrousselplatze herum, um die letzten Louvrearbeiten zu besichtigen, und begab sich dann nach dem Balleplatz. Als er auf dem Quai de Valmy ankam, erblickte er ein nach dem System von Arnaux erbautes kleines Dampfschiff und stieg aus, um dasselbe in Augenschein zu nehmen. Er begab sich an Bord des Fahrzeuges und ließ sich dessen Einrichtung von Hrn. Arnaux selbst erklären. Nachdem der dem Herrn Arnaux zu seiner neuerfundenen Einrichtung gratulirt und der Schiffsmannschaft ein Geldgeschenk zugestellt hatte, stieg er wieder in seinen Phaëton und kehrte in die Tuilerien zurück. Die Regierungsblätter fügen hinzu, der Kaiser sey von der Volksmenge mit dem herzlichsten Jubel begrüßt worden. (Fr. Postz.)

Paris, 10. Dezbr. Der Minister des Innern hat folgendes höchst bedeutungsvolle Zirkularschreiben an die Präfekten gerichtet: „Paris, 20. Nov 1856. Herr Präfekt! Die Verordnungen, welche die Gemeinderäthe suspendiren, und die Gesuche, welche die Auflösung derselben verlangen, werden jeden Tag häufiger. Diese übertriebene Tendenz entspricht weder dem Geiste des Gesetzes vom 5. Mai 1855, noch den Absichten der Regierung. Das Gesetz hat die oberste Behörde gegen Handlungen waffnen wollen, welche die Ordnung in Gefahr bringen, oder welche die Gemeinde-Versammlungen außerhalb des Bereiches ihrer gesetzlichen Befugnisse stellen können. Aber der größte Theil der Suspensions-Verordnungen ist auf den Widerstand begründet, welchen die Gemeinderäthe den Kommunal-Fragen allein betreffenden Propositionen der Maires entgegen gestellt haben. Die Verwaltung glaubt zu oft, sich in diese lokalen Zwistigkeiten mischen zu müssen, und ihre Autorität findet sich unnützer Weise bei Konflikten betheiligt, welche sie selbst hervorgerufen hat. Ich kann Ihnen nicht genug anempfehlen, Herr Präfekt, den Gemeinderäthen die größte Freiheit in Allem zu lassen, was die Diskussion der reinen Gemeinde-Interessen in den Gränzen des Gesetzes betrifft. Wenn diese Versammlungen den Geschäften, welche ihnen vorliegen, eine uneinsichtsvolle und schlechte Lösung geben, so wird die Bevölkerung wissen, wer die Verantwortlichkeit zu tragen hat. Dieses Resultat bietet zuletzt weniger Unbequemlichkeit dar, als ein System, welches darauf hinausgeht, überall die Aktion der höchsten Behörde in Fragen bemerkbar zu machen, wo kein allgemeines Interesse ihre Einmischung erfordert. Die Administratoren lassen sich zu leicht von dem Wunsche hinreißen, unbequemen Widerstand lieber zu brechen, als zu seiner Beseitigung ihren persönlichen Einfluß und die Unterstützung der öffentlichen Meinung anzuwenden, die nie lange Zeit ihre wahrhaften Interessen blindlings verkennt.*) Ich habe oft bedauert, die Tendenz zu bemerken, welche die Autorität nur in ihrer kräftigen Ausübung beschränkt und nicht beachtet, daß das Mittel, der Regierung des Kaisers gute Dienste zu leisten, darin besteht, ihn beliebt zu machen. Ich empfehle Ihnen deßhalb ausdrücklich an, in so fern es die Gemeinderäthe betrifft, nur eine Suspension auszusprechen und nur ein Verlangen um eine Auflösungs-Verordnung an mich zu richten, nachdem Sie sich überzeugt haben, daß Beweggründe öffentlicher Ordnung die eine oder andere dieser Maßregeln dringlichst verlangen, und indem Sie mir die Versicherung geben, daß Sie persönlich Alles, was in Ihrer Macht stand, gethan haben, um nicht gezwungen zu seyn, Ihre Zuflucht dazu zu nehmen. Billault."

Paris, 11. Dezbr. Der „Moniteur" zeigt heute an, daß die Kunstausstellung in Paris im nächsten Jahre, statt am 25. März erst am 15. Juni eröffnet werden und bis zum 15. August dauern wird. Es werden drei Klassen von Medaillen vertheilt werden, die erste von 1500 Fr. an Werth, die zweite von 500 Fr., die dritte von 250 Fr. Eine große Ehrenmedaille von 4000 Fr. wird demjenigen Künstler verliehen werden, welcher sich durch ein ganz vorzügliches Werk auszeichnet. Der Eintrittspreis ist auf 1 Fr. festgesetzt, und der Ertrag soll zum Ankaufe von Kunstwerken verwendet werden.

Italien.

Venedig, 7. Dezbr. Heute fand zur Mittagszeit zu Ehren der kaiserl. Majestäten die Wettfahrt im großen Kanal bei dem günstigsten Wetter statt. Die unzählbare Masse der Zuschauer, die vielen mehrruderigen, prachtvoll gezierten Privatgondeln, geleitet von geschmackvoll und verschiedenartig kostumirten Gondolieren, die Unzahl anderer vier- und zweiruderiger Fahrzeuge, geschmückt mit reichen Teppichen und Fahnen, die verschiedenen Musikchöre, das Jauchzen der fröhlich bewegten Menge boten ein unbeschreiblich schönes und belebtes Bild. Die allerhöchsten Herrschaften sahen im Palazzo Balbi das Fest an und befuhren nach Beendigung der Regatta in einem Galaschiffe mit Pavillon den großen Kanal.

Von der italienischen Gränze. Ein dunkler Punkt am politischen Horizonte ist in diesem Augenblicke die Insel im Süden Italiens. Nach den Angaben, die bisher als konstatirt galten, scheint es, daß auf der Insel eine Art Flugfeuer herrsche, welches zwar weit umherlaufen kann, aber allenthalben schnell ausgetreten seyn wird. Ernstlich zu fürchten ist ein Aufstand in Sizilien nur, wenn Hülfe von Außen geboten wird. Und daran ist gegenwärtig nicht zu denken. England ist durch sein Verhältniß zu Frankreich und auch zu Oesterreich genöthigt, die Insel sich selbst zu überlassen. Der Widerstand im Innern derselben kann, nach den Erfahrungen des Jahres 1849 zu schließen, nicht

*) Es wäre nur zu wünschen, daß diese Erwägungen in Frankreich wie überall, wo die Sucht des Vielregierens die Leute plagt, recht beherzigt würden.

von großer Bedeutung seyn. Die Sizilianer sind von Natur gelenkig, tapfer, wissen mit den Waffen umzugehen. Sie sind alle geborne Reiter, weil die meisten Reisen zu Pferde oder auf ziemlich rasch gehenden Maulthieren gemacht werden. Zu Guerillas und zum Einzelkampf macht diese Fähigkeit sie sehr tauglich, die gebirgige Natur des Landes und der Mangel an Straßen kann diesen sehr fördern; aber es mangelt ihnen außerdem alle andere Fähigkeit, die den Soldaten macht. Das Land stellt keine Soldaten, sondern zahlt eine Geldsumme dafür, die dazu dient, Schweizertruppen zu unterhalten, daher auch den Einwohnern durchweg jener Geist der Unterordnung und der Disziplin fremd ist, der den guten Soldaten macht. Das bedeutendste Element Siziliens ist der Adel, der zwar seine eigentlich feudale Stellung längst verloren hat, aber durch seine historische Tradition, seinen Reichthum und das Pachtverhältniß einen großen Einfluß übt und gewissermaßen die moralische Lehensherrschaft gewisser Gemeinden, Strecken und Ortschaften bildet. Dieser Adel ist es auch, der am meisten der neapolitanischen Herrschaft widerstrebt und die Verfassung vom Jahre 1812 hergestellt sehen will. In den Seestädten jedoch ist dieser Adel durch das Bürgerthum paralysirt und die innern Landorte sind zu schwach, um irgend einen Anhaltspunkt zu bieten. So klingt es z. B. lächerlich, wenn die piemontesischen Blätter von einem Aufstand in Calatafimi sprechen, einem elenden Dorfe in der Nähe von Segasta. Es bedarf, wie gesagt, keines prophetischen Geistes, um die nahe, wenn nicht schon erfolgte Pazifizirung des Aufstandes als gewiß anzukündigen; wohl aber ist der Wunsch mehr als je an seinem Platze, daß die Regierung von Neapel in ihrem eigenen Interesse an die Pflichten denke, die ihr mehr noch im ökonomischen als im politischen Sinne in diesem Lande obliegen, das sie zu ihrem eigenen Schaden bisher der Verwilderung überließ. (Ostd. Pst.)

Wie aus Genua gemeldet wird, nimmt die so zunehmende Auswanderung nach Amerika die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Es vergeht fast keine Woche, in welcher nicht aus den Häfen von Genua und Savona 100 bis 150 Emigranten nach der neuen Welt absegeln. In der Provinz Chiavari allein wurden im Laufe der letzten fünf Jahre nicht weniger als 40,000 Pässe nach Amerika ausgegeben. (K. Z.)

Ankona, 2. Dezbr. Der Belagerungszustand ist gestern in der Romagna aufgehoben worden. Die Provinzen von Bologna und Ankona sind allein von dieser allgemeinen Maßregel ausgenommen, und werden vorbehaltlich einiger Modifikationen der militärischen Obrigkeit untergeordnet bleiben. (Moniteur.)

Rußland und Polen.

Von der polnischen Gränze, 9. Dez. Wenn französische und englische Blätter berichten, daß die im Hafen von Sebastopol versenkten Kriegsschiffe nicht mehr brauchbar seyen, und theilweise auch nicht wieder heraufgebracht werden können, so lauten die russischen Berichte darüber ganz anders. Von den 68 versenkten Fahrzeugen, heißt es in ihnen, ist nach mehrmals wiederholten Untersuchungen noch ein guter Theil als seetüchtig zu betrachten, und deren Heraufbringung unterliegt keinen allzugroßen Schwierigkeiten. In Nikolajeff wird mit dem größten Eifer an dem Bau der neuen Schraubenschiffe gearbeitet; das neue Admiralschiff, das den Namen „Sinope“ erhalten soll, ist beinahe vollendet. (Allg. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 13. Dezember. Die seit geraumer Zeit schon herrschende Geschäftslosigkeit war auch heute an der Tagesordnung. Oesterr. Staatsbahn und Bankaktien wurden billiger abgegeben, während in Darmstädter Bankaktien 2. Serie ziemlich lebhaftes Geschäft zu etwas höheren Kursen sich zeigte. In den von der Nürnberger Bank kreirten 7 fl.-Loosen fand zum ersten Mal lebhafter Umsatz von 7½ à ¾ statt.

Die Frankfurter Bank hat den Diskonto vom 15. d. M. an auf 4½ pCt. herabgesetzt.

Providentia wurde zu 105¼ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1851 79 P. 78¾ G. 5pCt Lombard-Ven. 89¾ P. 89¼ G. Metall. alte à 5pCt. 77⅝ P. 77⅛ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. 86½ G.; à 4½pCt. 68 P. 67½ G.; à 4pCt. 60½ P. 60 G.; à 3pCt. 47 P. 46½ G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57¼ P. 56¾ G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 81½ P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 90¼ P. 89¾ G.; 4pCt. 95 P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 95¼ P 94¾ G.; 4½pCt. 101½ P. 101 G.; 5pCt. 101 P. 100½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 92⅛ P. 91⅝ G.; 4½pCt. 103¼ P. 102¾ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91½ P. 91 G.; à 4pCt. 99¼ P. 98¾ G.; 4½pC. 102¼ P. 101¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90¼ P. 89¾ G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. 81½ G.; à 3½pCt. 91 P. 90½ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 36⅞ P. 36⅝ G.; 1¼pCt. neue $23\frac{9}{16}$ P. $23\frac{7}{16}$ G. **Holland.** Integrals — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1167 P. 1162 G. Neue Bankaktien 305 P. 300 G. Credit-Actien à 5pCt. 213 P. 211 G. Darmstädter Bankaktien alte 366 P. 364 G.; junge 325½ P. 323½ G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 502 P. 497 G. Mitteldeutsche Creditbank 96¾ P. 96¼ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 100 P. 99½ G. Frankf. Bankaktien 112⅛ P. 111⅝ G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 515 P. 510 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 588 P. 583 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 293½ P. 293½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 145½ P. 145 G. Neustadt-Weissenb. 103¼ P. 102¾ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100¾ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 356 P. 354 G. Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 78½ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78¾ P. 78¼ G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 P. 92½ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 117¾ P. 117¼ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103¼ P. 102¾ G. 3½ pCt. neue Prämiesscheine 117 P. 116½ G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49¼ P. 48¾ G. Darmst. Loose à fl. 50 117¾ P. 117¼ G. à fl. 25 35¾ P. 35¼ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38⅞ P. 38⅜ G. Nass. Loose à fl. 25 34¼ P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43½ P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. — P. 100¾ G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117⅝ P. 117⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119¾ G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99⅝ P. — — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S. — — P. 93 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96¾ P. — — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112⅝ P. — — G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅝ P. 88⅜ G.	Wien 3 M. mit 5% 112¼ P. — G.
Lpz. Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Diskonto — P. 4½ pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Dem „Schw. M.“ schreibt man aus München, 10. Dez.: „Es wurde schon einmal erwähnt, daß die Regierung beabsichtige, den den Gesetzgebungsausschüssen vorliegenden Entwurf eines Polizeistrafgesetzbuchs zurückzuziehen. Die Sympathieen des Ausschusses für diesen Gesetzesentwurf scheinen in der That sehr gering zu seyn, und wenn die Regierung sich nicht entschließt, gesetzliche Bestimmungen über öffentliche Aburtheilungen der Polizeiübertretungen vor den Gerichten in Vorlage zu bringen, so werden ihr die Kammern eine so scharfe Waffe, wie das vorliegende Polizeistrafgesetz, wohl kaum in die Hand geben, und es wird daher am besten seyn, den Entwurf in Zeiten zurückzuziehen. Man sagt auch jetzt mit mehr Bestimmtheit, daß dies demnächst geschehen werde.“

Berlin, 10. Dezember. Eine russische Korrespondenz der „Independance“ will wissen, daß Rußland die holstein-lauenburgische Frage auf den Pariser Kongreß bringen wollte, aber damit nicht durchdrang. Der Wunsch wäre in Wien zur Sprache gekommen und habe dort sogleich die gehörige Abweisung hervorgerufen. Die Genauigkeit des Faktum mag auf sich beruhen. Zu bemerken ist nur, daß auch hier wieder die russischen vertraulichen Aeußerungen zu Gunsten Dänemarks wiederkehren, von welchen seit einiger Zeit die Rede ging.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 348. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Montag, 15. Dezember 1856

Deutscher Bund.

Wien, 11. Dezbr. Die Konferenzen, welche die endgültige Feststellung des Münzvertrages erzielen sollten, haben am 9. d. M., dem vorausbestimmten Tage, in Wien begonnen. Bei diesen Schlußverhandlungen sind durch eigene Bevollmächtigte vertreten: Preußen, Bayern, das Königreich Sachsen, Sachsen-Koburg-Gotha, Reuß jüngere Linie, Hannover, Oldenburg, Württemberg, Baden, Kurhessen, das Großherzogthum Hessen, Hessen-Homburg, Schaumburg-Lippe, Frankfurt. Sämmtliche betheiligte Regierungen, welche nicht eigene Bevollmächtigte ernannt haben, sind durch zollverbündete Regierungen vertreten. (Oesterr. Korr.)

Bayern. Aus Franken, 13. Dezbr. Das für den Bau der vorerst eine Sackgasse bildenden Gunzenhausen-Ansbacher Eisenbahn erforderliche Kapital soll, wie Sie bereits gemeldet, durch ein Lotterie-Anlehen aufgebracht werden, und zwar in Schuldscheinen von 7 fl. Der Bau und die Einrichtung der Eisenbahn erfordert nach dem Voranschlag 1,750,000 fl., und werden 250,000 Schuldscheine ausgegeben, eingetheilt in 5000 Serien à 50 Stück. Die kgl. Bank zu Nürnberg hat sich zur abzugsfreien Ausbezahlung der planmäßigen Gewinnste dieses Anlehens verpflichtet, und wird dieses selbst innerhalb 50 Jahren im Wege der Verloosung getilgt. Die Gewinnste werden 6 Monate nach der Ziehung ausbezahlt, und findet jährlich am 15. Juni und 15. Dez. in Ansbach eine solche statt. Die Serienziehung geht um einen Monat voraus. In der Ziehung 1857 beträgt der erste Gewinnst 25,000 fl., der zweite 2000, der dritte 500 fl., dann 5 à 100 fl., 10 à 50 fl. bis zu 530 à 8 fl. Noch ehe diese Ansbach-Gunzenhausener Eisenbahnlooſe ausgegeben sind, hat man sie schon zu einem Börsenpapier gemacht, und notirt sie zu Frankfurt auf Lieferung zu 7¼ fl., in Nürnberg soll man schon 8 fl. und noch mehr dafür verlangen. Uebrigens ist dieses Lotterie-Anlehen, das erste in Bayern, zu sehr günstigen Bedingungen genehmigt worden. Nichtsdestoweniger glaubt man doch, daß das Lotterieanlehen zu Stande kommt, denn die Aushängschilde der ersten Gewinne locken genug an, und 7 fl. kann man allenfalls riskiren. (A. Z.)

Preußen. Magdeburg, 11. Dezbr. Heute wurde Prediger Uhlich in der Appellationsinstanz von der Anschuldigung, durch sein Sonntagsblatt Nummer 5 die christliche Religion verspottet zu haben, wofür in erster Instanz auf eine vierwöchentliche Gefängnißstrafe gegen ihn erkannt worden war, freigesprochen und auch die betreffenden Exemplare des Blattes wieder freigegeben.

Berlin, 13. Dezbr. Der in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses von dem Abg. Rhoden eingebrachte Antrag wegen Wiederherstellung der geistlichen Gerichtsbarkeit in Ehesachen trägt außer der Unterschrift des Antragstellers noch 50 andere Unterschriften. Er lautet wörtlich: „Die königliche Regierung aufzufordern: eine Gesetzesvorlage einzubringen, wodurch unter Abänderung des §. 1 des Gesetzes vom 2 Januar 1849 die geistliche Gerichtsbarkeit mit maßgebender Wirksamkeit für die von den Zivilgerichten zu regulirenden bürgerlichen Rechte der Eheleute insoweit wieder hergestellt wird, daß die Entscheidung über Trennung, Ungültigkeit und Nichtigkeit einer Ehe den geistlichen Gerichten zusteht."

Erfurt, 11. Dezbr. Schon am 3. d. M. ist unter persönlicher Leitung des Präsidenten eine General-Kommission zu Merseburg, Frhrn. v. Reibnitz, eine friedliche Auseinandersetzung zwischen den Gemeinden Dachwig und Großfahner zu Stande gekommen. Die von hier am 26. November nach Dachwig verlegte Militär-Abtheilung ist einige Tage nach geschlossenem Vergleich nach Erfurt zurückgekehrt.

Baden. Karlsruhe, 12. Dez. Sicherem Vernehmen zufolge, wird der Großfürst Michael von Rußland im Laufe der nächsten Woche am hiesigen Hoflager eintreffen. (B. L.)

§ **Oesterreich.** Wien, 12. Dezbr. (Privat-Korresp.) In Betreff der Bolgradfrage bestätigt es sich, daß Rußland für die Verzichtleistung auf Bolgrad eine Compensation verlangt hat. Worin diese bestehen soll, ist nicht angegeben. Im Allgemeinen glaubt man jedoch, daß Rußland darunter eine Vergrößerung seines Gebietes in Asien versteht. Es ist aber kaum zu glauben, daß Oesterreich und England einen solchen Antrag unterstützen werden, ganz abgesehen davon, daß die Türkei, auf deren Kosten diese Compensation erfolgen würde, wohl unter keiner Bedingung ihre Zustimmung ertheilen würde. — In den hiesigen diplomatischen Kreisen erzählt man sich, daß Frankreich sowohl in London als auch in Konstantinopel eine Protestation gegen die Ueberwinterung der englischen Flotte im Hafen von Sinope habe überreichen lassen. — Die Arbeiten an der Franz-Josephs-Orient-Bahn werden erst im kommenden Frühjahr beginnen. Man glaubt, daß diese Bahn in zehn Jahren vollendet seyn wird. — In der österreichischen Armee dienen gegenwärtig 12,000 Juden, von denen 562 höhere Stellen begleiten, sey es als Offiziere, als Militärärzte oder als Militär-Rechnungsbeamte. Auch in den Militär-Erziehungs-Instituten befinden sich bereits nicht wenig jüdische Kadetten, die sich zu tüchtigen Offiziere heranbilden. — Heute fand im Handelsministerium die zweite Sitzung der Münzkonferenz statt.

Pesth, 8. Dez. Anknüpfend an den erhofften allerhöchsten Maibesuch II. MM. des Kaisers und der Kaiserin in der Landeshauptstadt, bringt der Pesther „Lloyd" die aus „maßgebender Quelle" vernommene Mittheilung, daß schon in den ersten Tagen der nächsten Woche die Vertreter sämmtlicher Statthaltereien Ungarns zu einer gemeinschaftlichen Berathung sich vereinigen werden, um, nachdem sie allen Veränderungen und Verbesserungen Rechnung getragen, welche die unter ihrer Verwaltung stehenden Komitate während der letzten Jahre erfahren, die etwa vorhandenen Mißstände genau zu würdigen und die entsprechende Abhülfe in Vorschlag zu bringen. Sr. kais. Hoh. dem Generalgouverneur von Ungarn, der bekanntlich allen Interessen des Landes seinen höchsten Schutz angedeihen lasse, dürfte es vorbehalten seyn, die Desiderien wohlwollend zu prüfen und sie Sr. Maj. dem Kaiser zu empfehlen. (Allg. Z.)

Dänemark.

Der Kopenhagener „Flyveposten" zufolge wird die dänische Regierung der am 15. d. M. in Flensburg zusammentretenden schleswig'schen Ständeversammlung unter Anderen einen Gesetzentwurf vorlegen, demzufolge das dänische Maß und Gewicht auch in Schleswig eingeführt werden soll.

Großbritannien.

London, 11. Dezbr. Das Ministerium des Innern hat in Anbetracht der sich mehrenden Raubanfälle beschlossen, die hauptstädtische Polizei zu verstärken.

Aus Indien wird geschrieben, die englische Regierung sey bereit, den persischen Meerbusen mit dem Mittelmeer durch einen unterseeischen Telegraphen in Verbindung zu bringen. Dadurch wäre die erste telegraphische Kommunikation zwischen Europa und Asien hergestellt. Die Entscheidung hängt nur noch von der ostindischen Compagnie ab.

Frankreich.

Paris, 12. Dezbr. Nach dem Monatsberichte der Bank von Frankreich hat ihr Metallvorrath (jetzt 98 Millionen) um 34 und die laufende Rechnung des Schatzes um 3 Millionen zugenommen, während der Diskonto um 7 und der Notenumlauf um 12 Millionen abgenommen hat. (T. D. d. K. Z.)

Paris, 12. Dezbr. Die „Patrie" erklärt die Nachricht, Riza Pascha sey aus dem neuen türkischen Ministerium wieder ausgetreten, für gänzlich ungegründet.

Die ministerielle „Patrie" lobt das neueste russische Memorandum wegen seiner großen Mäßigung und tadelt die bri-

tische Presse, welche sehr heftig darüber hergefallen ist, wegen ihrer systematischen Feindseligkeit gegen Rußland.

Italien.

Aus Paris, 11. Dezbr. wird der „Independance Belge" telegraphirt: „Nachrichten aus Neapel bringen noch Einzelheiten über das am 8. Dezember d. J. begangene Attentat. Während die Truppen defilirten, stürzte sich ein junger Jäger zu Fuß, ein calabresischer Freiwilliger, mit seinem Bajonnet auf den König. Bei der Heftigkeit des Stoßes verbog sich die Waffe auf dem Sattel des Pferdes, welches Se. Majestät ritt. und in Folge davon erhielt der König nur eine leichte Verletzung an der Brust. Nach dem Attentate blieb der König noch eine Stunde lang zu Pferde und wohnte dem Defiliren der Truppen bis zu Ende bei, indem er den ihn umgebenden Prinzen und Gesandten beruhigende Versicherungen ertheilte. Das Volk begleitete Se. Maj. den König inmitten begeisterter Beifallsrufe bis zum Palaste. Nachdem die Wunde verbunden worden war, begab sich der König in einem Wagen von Neuem ins Freie und durchfuhr die Straßen der Stadt, auf welchen sich eine dichte Volksmenge drängte. Der Mörder antwortete, als er nach seiner Verhaftung gefragt wurde, wodurch er zu einer so schauderhaften Missethat getrieben worden sey, mit der größten Kaltblütigkeit: „Er habe nur den ihm ertheilten Befehl ausgeführt." Am 9. präsidirte der König einem Ministerrathe und ertheilte mehrere Audienzen."

Turin, 9. Dezbr. Die hiesige Presse fährt fort, den sizilianischen Aufstand noch lange nicht für verloren zu geben. Warum ihn aber die Mehrzahl der piemontischen Blätter hartnäckig am Leben erhalten will, dieses hat seinen Grund in dem fortwährenden Schweigen des Telegraphen von Neapel. Sie stützen sich jetzt auf Briefe aus Palermo vom 29. Nov., angeblich von hochgeachteten und wahrheitsliebenden Personen geschrieben. Diese besagen, daß bis zum 29. Nov. die Hauptstadt Siziliens sich nicht erhoben habe, aber daß sie sich in einem furchtbaren Gährungszustande befände. Man berechnete die Verhaftungen der vorhergegangenen Tage auf 1500 Personen; die Stadt werde von Patrouillen durchzogen; ein Regiment Schweizer sey unter Waffen; ein anderes werde stündlich von Neapel erwartet; drei neapolitanische Fregatten kreuzten vor dem Hafen von Palermo. Cefalu, eine Stadt von 24,000 Einwohnern, am Meere und auf der Straße von Palermo nach Messina gelegen, befinde sich in den Händen der Insurgenten. Ein englisches Kriegsschiff liege vor der Stadt, gleichsam um die Stadt zu bewachen. Marsala und Mazzara seyen im vollem Aufstande, und auf ihren Wällen wehe die italienische Tricolore. Des Kontrastes und der Wahrheitsliebe halber lasse ich nun noch folgende Korrespondenz des „Monitore Toscano" aus Neapel eine Stelle finden: „Nach glaubwürdigen Briefen aus Neapel bestätigt sich, daß der in Sizilien ausgebrochene Aufstand unterdrückt ist. Nach Briefen aus Palermo war keine Erneuerung des Aufstandes mehr zu befürchten." Im Laufe des heutigen Tages erwarten wir direkte Nachrichten sowohl von Palermo als von Messina. (Schw. M.)

Rußland und Polen.

Der „Nord" (russenfreundliches Blatt) erklärt in einem aus Petersburg, 3. Dez, datirten Berichte die von der Wiener „Presse", der Korrespondenz Havas und dem Wiener Korrespondenten der „Times" gebrachte Nachricht von der Anwesenheit einer bedeutenden Anzahl russischer Offiziere in Persien für Verläumdung. Ebenso wenig soll General Duhamel das persische Heer, das Herat belagert, befehligen, sondern als Senator in Petersburg weilen, und auch von den drei andern Brüdern jenes Generals keiner in Persien seyn. Der „Nord" erklärt ferner in seiner politischen Uebersicht die Nachricht, daß 50,000 Russen unter Viriulow bereit seyen, auf den ersten Ruf des Schah die persische Gränze zu überschreiten, für eine Erfindung; dieselbe sey zwar in Form einer Petersburger Depesche verbreitet worden, rühre jedoch weder aus Petersburg her, noch sey sie ernstlich zu nehmen.

Amerika.

New-York, 26. Nov. Die Affaire mit Panama wegen der daselbst ermordeten amerikanischen Reisenden soll durch Mr. Marcy und den Gesandten von Neugranada in befriedigender Weise geordnet worden seyn. — Die Ausrüstung von Sklaven-Schiffen wird in New-York nach offiziellen Mittheilungen unverschämter als je betrieben. (Fr.Pstz.)

Von einem ausgewanderten deutschen Schriftsteller, begreiflicherweise einem, der „ausgewandert worden," erhielt Schreiber dieser Zeilen aus New-York einen Brief vom 17. Nov., der unter Anderm über einige in New-York lebende Flüchtlinge und politische Emigranten Mittheilungen enthält, die, wie wir glauben, Interesse genug haben, um ihre Veröffentlichung an dieser Stelle zu rechtfertigen. Hiernach geht es den meisten derselben erträglich und selbst gut, besonders den Aerzten; so haben z. B. die Aerzte Kudlich von Wien, Jakobi von Münden, Krakowitzer, Schilling eine gute Praxis. Dulon steht einem vielbesuchten Institut vor, an welchem auch die beiden Badenser Brüder Siegel lehren. Adolph Wiesner gibt gleichfalls Unterricht und betheiligt sich mit Fröbel lebhaft am Wahlkampf, „ohne jedoch Trophäen zu erringen." Lindemann und Löwe aus Kalbe geben die „Neue Zeit" heraus. Professor Förster hatte eine Stelle an einem Kollege in Connecticut, wurde aber um einen großen Theil seines Gehalts betrogen und hat nun leider eine ziemlich traurige Existenz, zumal da auch sein Körper im Verfallen ist. Unser literarischer Freund klagt nur darüber, daß das Leben in New-York so enorm theuer sey, zwei Mal theurer als in irgend einer Stadt, in der er bis jetzt gelebt habe, Paris nicht ausgenommen. (D. A. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

In Berlin ist, gleich der Aktienbrodbäckerei, wie die „Spener'sche Ztg." mittheilt, ein Unternehmen im Werden, welches sich den Verkauf guten Fleisches zu angemessenen Preisen zur Aufgabe gestellt hat. Es ist, wie jene, durch hohe Fleischpreise angeregt, welche die betreffende Gesellschaft um ein Bedeutendes herabstimmen zu können glaubt, was auch natürlich erscheint, da erst noch in der letzten Zeit der Fall vorgekommen ist, daß ein Pfund gutes Kalbfleisch mit 7¼ Sgr. bezahlt werden mußte. Die Aktienfleischverkaufs-Gesellschaft hat bereits ein Grundstück an der Spree zum Ankauf in Aussicht genommen, jedoch war es vor einigen Tagen noch nicht gewiß, ob man sich zum Abschluß verstehen würde, da der geforderte Preis 50,000 Thlr. war, eine Summe, die nicht im Interesse der Gesellschaft und des Publikum liegen dürfte.

Ein neues Werk von Bunsen wird in der wissenschaftlichen Welt wie in allen gebildeten Kreisen als ein Ereigniß betrachtet. Dies veranlaßt uns, die Leser zu benachrichtigen, daß soeben ein solches erschienen ist unter dem Titel: „Gott in der Geschichte oder der Fortschritt des Glaubens an eine sittliche Weltordnung." (Erster Theil, Leipzig, F. A. Brockhaus.) Bunsen hat das Werk den „Fürsten und Völkern" zugeeignet. Diese Widmung ist in jeder Hinsicht höchst interessant. Eine längere Vorrede verbreitet sich dann ausführlicher über den Zweck und Inhalt des Buchs, sowie über die ganze philosophische und theologische Weltanschauung des Verfassers.

* In diesem Augenblicke durchziehen chinesische Schauspieler Californien und geben überall dieselbe Vorstellung; aber dennoch sind sie genöthigt, sich ziemlich lange an einem Orte aufzuhalten. Denn die Stücke, welche sie aufführen und welche der chinesischen Geschichte entnommen sind, bedürfen nicht weniger als sechswöchentlicher Vorstellungen. um ganz gegeben zu werden. In manchen Ortschaften gibt die Truppe daher 2 Vorstellungen per Tag, um die Aufführungszeit abzukürzen. Diese Stücke machen immer volles Haus. Man sieht, daß unsere kühnsten Dramaturgen noch immer viel von den Chinesen lernen können.

Die Goldgewinnung in Australien während der 13 letzten Wochen hatte im Vergleich mit 1855 etwas abgenommen, 2,250,000 Pf. St. 1855, 2,100,000 Pf. St. 1856; nordwestlich von Bendigo sollen indeß neue Goldwäschen entdeckt seyn. (A. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 14. Dezbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt. Met. 77; 4½pCt. Met. 67⅞; Wiener Bankaktien 1159; 5pCt. Lomb 88¾; Wiener Wechsel l. S. 112¼; 3pCt. inl. span 37; 1¼pCt. neue 23$\frac{1}{16}$. Oesterr. Kreditaktien 209½. Darmstädter Bankaktien 363. Bayerische Ostbahn 100⅞. Luxemburger internationale Kreditbank 498.

Providentia wurde zu 105¼ umgesetzt.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 349. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 16. Dezember 1856.

Zur Erziehungs- und Unterrichtsfrage.

II.

Wenn wir den einfachsten Schulmeister im vergessensten Dorfe fragen, was er für das beste Unterrichtsmittel hält, so wird er uns wohl antworten: Lesen, Schreiben und Rechnen, und er hat auch darin in der That mehr gesagt, als er selber ahnt. Wenn wir nämlich eine höhere Studienanstalt besuchen, geschieht denn da eigentlich etwas Anderes, als daß eben wieder gelesen, geschrieben oder gerechnet wird? Oder gehört nicht Lesen und Schreiben zur Sprache und Rechnen zur Mathematik? Wir sehen also nur eine höhere Stufe in Sprache und Mathematik und die Muttersprache mit einer fremden vertauscht.

Das Alles hat aber auch seinen guten Grund, wie der Schulmann wohl weiß. Wenn wir ein Werkzeug schleifen wollen, so brauchen wir einen harten Schleifstein und wenn der Geist geschärft werden soll, so brauchen wir ein Material, das eben so streng als wiederum formfähig und biegsam seyn muß. Und da hat denn noch gar Nichts in der Welt die Sprache und Mathematik ersetzt. Sie haben sich nicht nur als die besten, sondern wohl auch als die einzigen Mittel bewährt, dem Geiste eine hinlängliche Schärfe zu ertheilen, soweit dieselbe überhaupt von einem Unterrichtsmaterial abhängig ist. Und ist es denn nicht auch eigenthümlich, daß diese Wahrheit der Erzieher im alten Griechenland so gut als Grundsatz angenommen hat, als unser Schulmeister? Dies beweist übrigens auch, daß man durchaus schon in frühester Zeit ursprünglich auf dem rechten Weg war, sobald man eben außer der formellen Schärfung des Geistes keinen anderen Zweck verfolgte. Allein die Verhältnisse haben einen gewaltigen Umschwung erlitten, und dies machte demgemäß auch eine Modifikation des ursprünglichen Planes nothwendig. Betrachten wir zuvörderst das seitherige Bildungsmaterial an unseren Gymnasien, so besteht dasselbe der Hauptsache nach aus den beiden alten Sprachen, der lateinischen und der griechischen, der Geschichte und Geographie, Mathematik, mathematische Geographie und in der neueren Zeit Physik Endlich ist auch noch der Zeichnungsunterricht zu erwähnen. Davon treten aber die Sprachen bei weitem in den Vordergrund, während die Mathematik und die davon abhängigen Disciplinen in den Genitiv gesetzt wurden. Die Verhältnisse änderten sich aber. als die Naturwissenschaften aus ihrem Schlummer erwachten, in dem sie seit Jahrtausenden lagen, und zugleich in einer äußerst energischen Weise bildend und formend in das Leben selbst eingriffen, wie ein Blick auf Eisenbahnen, Telegraphen u. s. w. jeden Laien augenblicklich lehrt. Es gehört aber nicht einmal ein besonders tiefer Blick dazu, um wahrzunehmen, daß diese naturwissenschaftliche Hülfe gerade in die rechte Zeit fiel, wo die alten Verhältnisse nicht mehr im Stande gewesen, die Forderungen des materiellen Lebens hinreichend zu befriedigen. Man mag aber über diese Verhältnisse denken, wie man will, leider bleibt es wahr, daß mehr als eine schöne Blüthe des Lebens als Opfer fallen mußte, die Thatsache läßt sich nicht läugnen. Das Rad der Zeit ist mit seiner eisernen Gewalt vorgeschritten und es bleibt nur die Wahl, das neue Gesetz anzuerkennen oder unterzugehen.

Diese Verhältnisse mußten naturgemäß auch auf das Erziehungssystem wesentlich einwirken. Es war unnatürlich, daß man die Provinzen der asiatischen Türkei wörtlich auswendig lernen mußte, während man nicht im Stande war, die einheimischen Getraidearten zu unterscheiden — und so entstanden als eine Forderung der Zeit die technischen Anstalten.

Das Programm dieser letztern Anstalten war aber im Angesichte der bestehenden Verhältnisse leider nicht weniger einseitig als das der Gymnasien unzureichend war. Man setzte die Mathematik an die Spitze und reihte daran außer den Naturwissenschaften namentlich auch die neueren Sprachen, theils fakultativ, theils obligatorisch, die Geschichte und Geographie, die deutsche Sprache und vorzüglich das Zeichnen, sowohl freies Handzeichnen als Linearzeichnen. Man sieht übrigens, daß bei diesem Plan ein richtiger Blick wenigstens insoferne obwaltete, als man der Mathematik den gebührenden Bildungsrang einräumte, und die Sprachen wenigstens nicht ganz vergessen hatte, wenn auch dieselben an den technischen Anstalten eine ähnliche sekundäre Rolle spielen, wie die Mathematik an unseren Gymnasien.

Fassen wir also nunmehr das gesammte Bildungsmaterial zusammen, so erscheinen die älteren Sprachen, die deutsche Sprache, die neueren Sprachen, die Geschichte und Geographie, das Zeichnen, die Mathematik, die mathematische Geographie, die Physik, die Chemie, die Naturgeschichte und die Technologie, und man sieht, daß sich der Unterricht um die Sprachen und die Mathematik als die beiden Hauptpole bewegt, aber dermalen in gesonderten Kreisen.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 13. Dezbr. In der Bundestagssitzung vom 11. Dezember ließen wieder einige Regierungen die erfolgte Einzahlung der zur Unterstützung der Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde bestimmten Beiträge für die Jahre 1856 und 1857, die königl. bayerische aber, im Vollzuge des in der Sitzung vom 6 Nov. l. J. gefaßten Beschlusses, anzeigen, daß dem germanischen Museum zu Nürnberg ein Beitrag von 2500 fl. des Jahres aus der Staatskasse gewährt worden sey. — Der für die Angelegenheiten des ehemaligen Reichskammergerichts niedergesetzte Ausschuß berichtete über die erfolgte Ausantwortung ehemaliger Reichskammergerichtsakten nach Maßgabe der desfalls bestehenden Normen, sowie über die zum Behufe weiterer Extraditionen gepflogenen Einleitungen. (Fr. Pstz.)

Bayern. München, 13. Dezbr. Bezüglich der Realisirung des projektirten oberbayer. Kreisanlehens von 250,000 fl. sind dem Vernehmen nach Unterhandlungen mit der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank eingeleitet. (A. Abdz.)

München, 11. Dez. Bezüglich der Aufnahme von Strafbestimmungen gegen den Mißbrauch der Presse in den Entwurf des Strafgesetzes hat das Referat des Hrn. Prof. Weis nichts zu erwidern, und ist damit einverstanden, daß das Preßgesetz vom 17. März 1850 bei der Publikation des neuen Strafgesetzbuchs außer Wirksamkeit trete, um so mehr, als bei Erlaß des erstern auf die bestehende allgemeine Strafgesetzgebung, sowohl bezüglich der Begriffsbestimmungen, als der Strafandrohungen, wenig Rücksicht genommen wurde. Das neue Gesetzbuch werde diese eintreten lassen, hiebei jedoch keinesfalls die Bestimmungen jenes Spezialgesetzes als maßgebend zu betrachten haben. Denn bei einer legislativen Schöpfung, wie die des Strafgesetzbuchs, müsse man freie Hand haben, hier müsse nach einem allgemeinen System verfahren werden, und diesem seyen alle speziellen Fragen, nicht umgekehrt das allgemeine Gesetzbuch den jetzt bestehenden und ohne Rücksicht auf die jetzt angenommen werdenden Prinzipien abgefaßten Spezialgesetzen unterzuordnen. So viel aus der Einleitung des vorwürfigen Referats, das sich sonstige allgemeine Bemerkungen für die spezielle Beurtheilung des Entwurfs vorbehält, zu der es im Anschluß an die vorstehend mitgetheilten Erörterungen übergeht. (Allg. Z.)

München, 12. Dezbr. Die zum deutschen Eisenbahnvereine gehörenden Eisenbahnverwaltungen, darunter auch die bayerische Staatseisenbahnverwaltung, fangen nunmehr an, das neue Gütertransport-Reglement in Vollzug zu setzen, welches in der diesjährigen Vereins-Generalversammlung beschlossen wurde. Zu den Vorzügen desselben gehört u. a., daß nunmehr ein einziges bestimmt vorgeschriebenes Frachtbrief-Formular auf sämmtlichen Vereinsbahnen Geltung hat, während bisher

alle erdenklichen Frachtbriefformen die Geschäfte im Güter-Transportdienste und in Streitfällen die gerichtliche Entscheidung erschwerten. Wenn nicht ganz, so doch theilweise wird dieses einzige Frachtbrief-Formular, wenn auf seiner alleinigen Verwendung sorgfältig gehalten wird, einem Uebelstande abhelfen, welcher auch noch in neuerer Zeit zum Schaden des Publikums vorgekommen ist. Wir meinen den Uebelstand, daß von einzelnen Spediteuren, mit Unterschiebung ihrer eigenen Frachtbriefformulare an die Stelle der Originalfrachtbriefe, einzelnen Empfängern, besonders Nichtkaufleuten, Speditionskosten bis zu einer Höhe aufgerechnet wurden, welche geradezu als eine Prellerei bezeichnet werden muß. Denn es kam nicht selten vor, daß auf diese Weise Spediteure für ihre Dienste bei dem Uebergange eines Gutes einer Bahn auf die andere Bahn das Doppelte ja das Dreifache der bis zum Eintritt ihrer Vermittlung erlaufenen Frachtkosten dem Empfänger aufrechneten, oder auch, daß sie, wenn durch ihre Vermittlung eine Sendung an verschiedene Empfänger getheilt versendet wurde, jedem dieser Empfänger die ganze Frachtgebühr für die zuvor ungetheilte Sendung zahlen ließen. Diese und ähnliche Beispiele von Uebervortheilung des Publikums durch Spediteure haben sich hauptsächlich außerhalb Bayerns, am meisten aber und im Großen bei Sendungen aus Frankreich nach Deutschland bemerklich gemacht, wo einzelne an den Bahngränzpunkten befindliche Spediteure dergleichen Operationen vornahmen. Es wird nicht ohne Werth seyn, wenn das Publikum auf diese Dinge aufmerksam gemacht wird, wenn es namentlich erfährt, wie der deutsche Eisenbahnverein durch sein rastloses Bemühen, Einheit in die Abfertigungsformen zu bringen, die direkte Benützung der Eisenbahnen so erleichtert hat, daß die Dazwischenkunft von Spediteuren auf Eisenbahnen unnöthig geworden ist, und wenn derjenige Empfänger, dem eine Spesenrechnung vorgelegt wird, darauf achtet, daß er auch den Original Frachtbrief des ersten Absenders mitempfange. (N. M. Z.)

München, 13. Dezbr. Der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Reichsräthe hat jüngsthin das Referat über den Entwurf eines Polizeistrafgesetzbuchs dem Hrn. Reichsrath Grafen v. Waldkirch übertragen; mit dem Referat über den Entwurf des Gesetzbuchs über Verbrechen und Vergehen wurde schon früher Hr. Reichsrath v. Maurer betraut. (A. Z.)

Nürnberg, 14. Dezbr. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz hat dem germanischen Museum zu Nürnberg einen jährlichen Beitrag von 100 fl. bewilligt. (N. K.)

Aus Ansbach schreibt man: „Es ist gewiß nicht bloß Zufall, daß bei dem hiesigen Kreis- und Stadtgerichte, dessen Kriminalbezirk die eine Hälfte des Kreises Mittelfranken umfaßt, vom 18. November bis 9. Dezember die öffentlichen Sitzungen ausgefallen sind. Vielmehr sind wegen Mangels an Stoff solche Pausen schon öfter eingetreten und in der Regel ist die Anzahl der zur Aburtheilung reifen Untersuchungen so mäßig, daß die Fälle gewöhnlich vier Wochen nach der Verweisung verhandelt werden. Mit diesem günstigen Zustande stimmt die Schwurgerichtsstatistik des ganzen Kreises zusammen. Denn während des ganzen heurigen Jahres, nämlich für die Zeit von Ende Nov. 1855 bis Anfang Jan. 1857 sind in Mittelfranken nur zwei Schwurgerichtssitzungen zu halten gewesen, in welchen zusammen während 19 Tagen 14 Fälle verhandelt wurden; und selbst von diesen 14 Abgeurtheilten traf nur 5 die Strafe des Zuchthauses. Würden alle für nothwendig erkannten Maßregeln ergriffen und, um nur Beispiele anzuführen, der Volksunterricht noch um Vieles gehoben, die bisherige Sonntagsschule umgestaltet, die Ansässigmachung und Verehelichung erleichtert, hiedurch die Zahl der unehelichen Kinder, aus denen verhältnißmäßig die meisten Verbrecher hervorgehen, vermindert, würde dann auch die Rechtsgesetzgebung gründlich reformirt und den Strafanstalten die entsprechende Organisation gegeben, so müßte sich der sittliche Zustand unseres Kreises noch weit erfreulicher gestalten, als es jetzt schon der Fall ist.“

Speyer, 11. Dezbr. Heute Mittag wurde die Generalversammlung der Mitglieder des Speyerer Dombauvereins hier abgehalten. Nach dem Berichte des Vorstandes betrugen die Einnahmen in dem abgelaufenen Baujahre 42,237 fl. 46 kr., dazu die früheren Einnahmen mit 78,063 fl. 34 kr., sind bis heute im Ganzen 120,301 fl. 20 kr. eingegangen. Die Ausführung der Kaiserhalle ist durch die Munificenz Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich gesichert; für den Ausbau der Kuppel und der übrigen Theile des Mittelbaues aber fehlen noch, nach sorgfältiger Berechnung, 15,600 fl. Wenn es gelingt, diese verhältnißmäßig nur geringe Summe bis zum nächsten Frühjahre aufzubringen, so wird im kommenden Sommer, in dem kurzen Zeitraum von drei Jahren, vom Tage des Beginnens an, das ganze herrliche und großartige Werk vollendet seyn. (Pfälz. Z.)

Regensburg, 9. Dez. Das größte und schönste Gebäude hiesiger Stadt, das sog. Thon-Dittmer'sche Palais, wird voraussichtlich in der kürzesten Zeit in den Besitz der hiesigen Stadtgemeinde übergehen, welche in demselben die Kreisgewerbsschule und die Sammlungen der verschiedenen hiesigen Gelehrten- und Kunstvereine unterzubringen beabsichtigt. Bereits sind die Kaufsunterhandlungen eingeleitet. (R. C.)

Preußen. Berlin, 11. Dez. Die Gesetzvorlage über das unerlaubte Kreditgeben an Minderjährige, welche der Justizminister dem Hause der Abgeordneten vorgelegt hat, ist außerordentlich streng und legt die gesammte Verantwortlichkeit und Strafe auf diejenigen, welche borgen und sich von Minderjährigen Wechsel, Schuldscheine oder Quittungen ausstellen lassen. In welche Form auch immer das Geschäft eingekleidet seyn mag, soll den Darleiher Gefängniß bis zu einem Jahre oder Geldstrafe von fünfzig bis tausend Thaler und gleichzeitige Untersagung der bürgerlichen Ehrenrechte treffen. Dieselben Strafen treten in allen Fällen für denjenigen ein, der unter Verpfändung des Ehrenwortes leiht. Auch soll kein Einwand entschuldigen, selbst der nicht, daß sich der Minderjährige für volljährig ausgegeben habe. Man will auf diese Weise die jungen Kavaliere vor Schulden und Wucher schützen, das Borgen unmöglich machen und das Ehrenwortgeben abschneiden. Aber alle jene Strafen werden wenig helfen, sogar nur viel verschlimmern. Auf die Zustände der höheren Gesellschaft wirft dieser Gesetzentwurf ein eigenthümliches Licht, das nicht geeignet ist, den Autoritätssinn, welchen in den bürgerlichen Volksklassen zu stärken man sich sonst sehr angelegen seyn läßt — wesentlich zu fördern. (Z. f. Nordd.)

Die „B. u. H.-Z.“ meldet, daß die Konzession zu dem Bau der Gera-Zeitz-Weißenfelser Eisenbahn, so weit sie preußisches Gebiet durchschneidet, bewilligt ist.

Oesterreich. Der „Triest. Ztg.“ zufolge wird der Herzog Karl Theodor in Bayern (geb. 1839), Bruder der Kaiserin, als Hauptmann in die österreichische Kriegsmarine eintreten.

Frankreich.

Paris, 12. Dezbr. Die Engländer haben sich seiner Zeit über die Besetzung von Neu-Caledonien durch die Franzosen lustig gemacht. Nun werden sie anders darüber denken, wenn sie nämlich in Erfahrung bringen, daß die französischen Ingenieure sehr bedeutende Kohlenlager ganz an der Oberfläche des Bodens daselbst entdeckt haben. Was in dieser Gegend ein Kohlenlager werth sey, bedarf wohl nicht erst bemerkt zu werden.

* Paris, 13. Dezbr. Die Anwesenheit des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen wird natürlich zu einer Reihe von Hoffestlichkeiten Anlaß geben. Heute war eine Revue auf dem Carousselplatze und im Tuilerienhofe, und wenn es das Wetter erlaubt, soll auch nächste Woche eine große Heerschau auf dem Marsfelde stattfinden. Der junge Prinz von Preußen wird bis Weihnachten in Paris bleiben.

* Der Gemeindeausschuß von Paris hat die Summe von 3600 Fr. votirt, um die Kosten eines Album zu decken, das die Tauffeierlichkeiten vom verflossenen Jahre verewigen soll.

* Die halboffiziellen Blätter können nicht genug mit dem letzten Bankausweise stolz thun. Der „Constitutionnel“ läßt sich aber durch seine Freude zu keinen unvorsichtigen Rathschlägen hinreißen. Er will im Gegentheile, daß die Bank die von ihr zur Beschwörung der Krise angewandten Maßregeln noch nicht fallen lasse.

Spanien.

Madrid, 9. Dezbr. In Folge der Vereinigung, welche die Königin unter den Gliedern des Kabinets in Bezug auf die Finanzfrage zu Stande gebracht, ist es nun den Zeitungen von der Regierung untersagt, das Anlehen Mirès zu besprechen. (Köln. Z.)

Italien.

Rom, 5. Dezbr. In der Nacht vom 3. d. M. erhielten die Regierung und die Familie Chigi durch eine telegraphische Depesche die Nachricht von dem Tode des Grafen Franz Lovatelli von Ravenna. Als derselbe Nachts durch eine Gasse jener Stadt ging, wurde er beim Palast Rasponi von zwei Mördern angegriffen, deren einer ihm ein Stilet in die Brust stieß, während ihm der andere mit einer Pistole aus nächster Nähe (a bruciapelo) eine Kugel in die Nieren schoß. Graf Lovatelli war seit mehreren Jahren mit einer Fürstin Chigi, Schwester des jetzigen Fürsten Don Sigismund Chigi-Albani, verheirathet. Er bekannte sich zu den Grundsätzen der antipäpstlichen Revolution; aber nach der Amnestie und den Reformen Pius' IX. war oder schien er mit der weltlichen Regierung des Kirchenstaats ausgesöhnt. Im Jahre 1843 hatte er an

der in Ravenna versuchten revolutionären Demonstration theilgenommen, welche den berüchtigen Unruhen von Rimini kurz voranging und dieselben ahnen ließ. Bei diesem Anlaß würde er, ohne den milden Sinn des Kardinals, welcher damals der Provinz vorstand, unfehlbar verhaftet worden seyn; es wurde ihm aber erlaubt zu entweichen, und sich während einiger Zeit vom päpstlichen Gebiete fern zu halten. An der republikanischen Bewegung vom Jahre 1849 nahm er keinen Antheil. Nach der Restauration schenkte ihm die Regierung Sr. Heiligkeit so viel Zutrauen, daß sie ihn zur Leitung der wichtigen Provinz Ferrara in der Eigenschaft eines Prolegaten berief. Man ist allgemein der Ansicht, er sey der unvermeidlichen Rache jener politischen Sekte unterlegen, welcher er, wie das Gerücht geht, seinen Namen geliehen und gegen die er sich in den letzten Jahren kalt und gleichgültig gezeigt hatte. (A. Z.)

Venedig, 9. Dezbr. Se k. k. apostolische Majestät hat die Freilassung des Postgondoliere Trevisan ausgesprochen, welcher vom Landesgerichte wegen Majestätsbeleidigung und Ruhestörung am 6. d. M. zu achtzehnmonatlichem Gefängniß verurtheilt worden war.

Rußland und Polen.

* Zugleich mit der mehrerwähnten Denkschrift hat Herr v. Brunnow in Paris eine Note der russischen Regierung übergeben, worin einestheils eine schleunige und vollkommene Lösung der Bolgradfrage wiederholt als höchst wünschenswerth bezeichnet, andererseits aber — und das ist wohl zu beachten — daran erinnert wird, daß gemäß dem Friedensvertrag nunmehr die englischen Kriegsschiffe aus dem schwarzen Meer, die Oesterreicher aus den Donaufürstenthümern sich entfernen sollen. „Der Kaiser, mein Herr", so schließt diese Note, „befiehlt mir, diese Pflicht zu erfüllen, indem er mit Vertrauen an die Regierung Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen appellirt, in der Absicht, den Augenblick zu beschleunigen, wo die Vertreter der Höfe, die den Vertrag unterzeichnet haben, in der Pariser Konferenz vereinigt, gemeinschaftlich auf die treue Erfüllung aller Stipulationen des Vertrages, welche bis heute unausgeführt geblieben sind, ihr Augenmerk zu richten haben werden."

Amerika.

Amerikanische Blätter veröffentlichen ein Aktenstück, welches den Umschlag in der Stimmung der Vereinigten Staaten-Regierung gegen Walker erklärt. Walker stand seit Anfang dieses Jahres mit einem politischen Flüchtling aus Cuba, Domingo de Goicouria, in Unterhandlung, um die revolutionäre Partei der Insel zur Co-Operation mit Walkers Flibustiern zu vermögen und die Losreißung Cubas von Spanien zu erleichtern. Goicouria hatte als letzten Zweck die Aufnahme Cubas unter die Zahl der Vereinigten Staaten im Auge, aber in der eilften Stunde erkannte er, daß sein Bundesgenosse ganz andere Pläne verfolgte. Nachdem er sich nämlich bereit finden ließ, eine diplomatische Sendung nach England zu übernehmen, erhielt er vom General Walker ein Beglaubigungsschreiben und folgenden Brief: „Grenada, den 12. August. Mein lieber General! Ich sende Ihnen durch den General Cazereau Ihre Beglaubigung für Großbritannien. Ihre Vollmachten sind umfassend und werden hoffentlich nicht resultatlos bleiben. Wenn Sie mit England eine Unterhandlung eröffnen und dem Staat Nicaragua den Hafen von San Juan del Norte sichern können, so werden Sie Großes ausgerichtet haben. Es wird ein weiter Schritt näher zu unserem Ziele seyn. Ohne San Juan del Norte entbehren wir, was uns am Ende unumgänglich nöthig seyn wird, eine Flottenmacht im caraibischen Meer. Die kommerziellen Resultate dieses Besitzes sind gar nichts im Vergleich mit den maritimen und politischen Folgen. Bei Ihrer Gewandtheit und, wenn ich das Wort gebrauchen darf, „Anschmiegsamkeit" erwarte ich, daß in England viel auszurichten ist. Sie vermögen mehr, als irgend ein Amerikaner zu vollbringen vermöchte, weil Sie dem britischen Kabinet begreiflich machen können, daß wir durchaus nicht mit etwaigen Einverleibungsplanen umgehen. Sie können dem englischen Kabinet zeigen, daß eine mächtige, auf militärischen Prinzipien fußende südliche Föderation das einzige Mittel ist, die expansive und um sich greifende Demokratie des Nordens los zu werden. Je früher Sie nach England gelangen, desto besser für uns. Können Sie nicht Herrn . . . . dahin bringen, mir einen Brief zu schreiben? Sagen Sie Hrn..... er muß mir die Nachrichten mittheilen und mich wissen lassen, ob Cuba frei werden soll und muß, aber nicht für die Yankees. O nein, das prächtige Land ist nicht für diese barbarischen Yankees geschaffen. Was würde solch' ein Gesangbuch plärrendes Pack auf der Insel anfangen? Empfehlen Sie mich Ihrer Familie und glauben Sie, daß ich verbleibe Ihr aufrichtiger Wm. Walker." Die Aechtheit des Briefes angenommen, drängt sich zunächst die Frage auf, wie Sennor Goicouria sieben Monate lang mit Walker und einen bedeutenden Theil dieser Zeit persönlich in Nicaragua mit ihm verkehren konnte, ohne das Ziel der Bewegung, in der er selbst eine Hauptrolle spielte, zu errathen. Möglich jedoch, daß obige Instruktion einen schlummernden Argwohn erst vollends bekräftigte und ihm als der beste Vorwand erschien, eine Verbindung, die ihn allmälig zu reuen anfing, abzubrechen. Der Cubaner überwarf sich also mit dem Helden von Nicaragua und denunzirte seine geheimen Anschläge als eben so treulos, wie unstaatsmännisch in den Zeitungen der „barbarischen Yankees" (Yankees in der ursprünglichen und hier gebrauchten Bedeutung des Wortes sind die Bewohner Neu-Englands d. h. des nordöstlichen Theils der Vereinigten Staaten).

Asien.

Bombay, 17. Nov. Die englische Expedition nach dem persischen Golf ist unter Segel gegangen. Am 10. Nov. wurde hier die Kriegserklärung proklamirt. Indien ist ruhig. Wie es heißt, ist Rußland entschlossen, Astrabad zu besetzen, wenn die Engläder Buskir (in der persischea Provinz Farsistan auf einer Landzunge am persischen Golf belegen) okkupiren. (H.N.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 8. bis 13. Dezember.)

Samstag. Die Silberfrage ist noch keineswegs gelöst. Die unerwartete Erhöhung des Amsterdamer Bankdiskonto ist ein Beleg dazu. In dem Augenblicke, wo in Deutschland und in London der Diskontosatz ermäßigt wurde, und Paris daran denkt nachzufolgen, mußte die holländische Maßregel befremden und einschüchtern. Am englischen Markte sind drei Millionen Piaster Silber aus Mexiko eingetroffen und weitere Sendungen erwartet, während anderseits auch der Wechselkurs in China sich ungünstiger stellt; es ist also vorauszusehen, daß die Furcht in Amsterdam etwas ungegründet ist. Indessen hat der Vorfall doch die Thätigkeit an allen Börsen paralisirt und sind die Kurse gewichen Einen kleinen Theil daran nahmen auch die Zustände in Neapel und die spärlichen Nachrichten über den (seitdem jedoch gedämpften) Aufstand in Sizilien. Ferner gesellte sich dazu der stagnirende Zustand der Pariser Börse, von der man ein weiteres Steigen erwartete, und endlich die Mattigkeit, die seither in Wien, wo die Einzahlungen auf die Zukunftspapiere einander jagen, geherrscht, und die erst am Schluß der Woche in bessere Tendenz umzuschlagen Miene macht. Die eben bezeichneten allgemeinen Verhältnisse übten ihren Druck namentlich auf österreichische Staatspapiere, die unter dem Einfluß der Amsterdamer Notirungen und Verkaufsaufträge leiden mußten. Bankaktien, die, wie vorauszusehen war, der Wirkung der schlechteren Dividende nachgeben mußten, haben sich bei lebhaftem Umsatz wieder gebessert — wohl in der Erwartung, daß der vorläufige Beschluß von 30 fl., wie schon früher einmal geändert werde. Die Bank hat jetzt 85 Millionen 20ger Silber liegen; aber wie der Geizige bei seinen Schätzen verhungert, so haben davon weder die Welt noch die Aktionäre einen Genuß. Allerdings muß eigenthümlichen Verhältnissen hier Rechnung getragen werden; nur sollten es nicht die Aktionäre seyn, die diese Rechnung unterschreiben. Spanische Fonds haben sich, wie vorauszusehen war, nicht lange behauptet. Künstliche Feuer sind nahe am Erlöschen. Schulden auf Schulden häufen und die Mittel zu ihrer Bezahlung durch einfache Dekrete vernichten, ist nicht der Weg zum Vertrauen. Prioritäten sind bei dem Mangel an süddeutschen Fonds eine leicht verkäufliche und gesuchte Waare geworden. Staatsbahn und besonders französische Ostbahn Obligationen sind eine vortreffliche, lukrative und sichere Anlage. Kurhessische $4\frac{1}{2}$ pCt. Nordbahn Prior. waren zu 100 begehrt. Die Volleinzahlung der Meininger Kredit-Aktien und zwar in drei ziemlich kurzen Terminen von je 20 pCt., drückte deren Kurs bedeutend und ist keine Aussicht vorhanden, daß dieselben wieder zu glänzender Reprise gelangen werden. Darmstädter Aktien waren die Woche hindurch ziemlich stationär, jedoch am Schluß derselben namentlich die jungen beliebter. Man vernimmt aus guter Quelle, daß die Unternehmungen der Gesellschaft demnächst um eine neue vermehrt werden, nämlich eine Kammgarnspinnerei und Weberei in Mark-Lissa, welche vorzugsweise Artikel liefern wird, die jetzt noch von England bezogen werden. Die Notenausgabe der Bank für Süddeutschland hat begonnen. Was von einem Verbot dieser Noten in Baden gesagt wurde, beruht auf Mißverständniß. Oesterreichische Kreditaktien hatten sich im Laufe der Woche von 212 auf 208 gedrückt, schließen aber beinahe wieder zum ersteren Kurs. Es sind starke Posten davon zum Verkauf nach Wien gegangen, und da trotzdem die dortige Börse sich um 7 fl. besserte, so muß wohl die Meinung in Wien entweder der Sache günstiger oder der Bedarf der Kontremine bedeutend seyn. Spanische Kredit-

aktien bewegten sich in beschränkten Umsätzen und sind gleichzeitig mit den spanischen Fonds wieder abwärts gegangen. Sehr lebhaft war der Verkehr in Luxemburger Aktien, bei denen um den Parikurs ein wahrer Kampf stattfindet. Irrig ist die Angabe, als habe diese Bank bergisch-märkische Prioritäten gekauft; sie hat sie nur zu sehr günstigen Bedingungen geliehen. Als gewiß kann versichert werden, daß die Kommandite für Frankfurt mit dem Januar ins Leben tritt. Der Verwaltungsrath, der die Zeit begreift und seiner Aufgabe gewachsen ist, hat vorläufig von Einzahlungen abgesehen. Frankfurter Bankaktien weichend. Bexbacher Eisenbahnaktien konnten sich nicht ganz behaupten, der Monat Dezember, in den so viele Abwicklungen fallen, ist überhaupt für die Spekulation nicht der gewählteste Moment und so ist auch für andere Bahnen das Referat ein sehr steriles. In Friedrich-Wilhelm Nordbahn vereinzelte Umsätze, aber Stücke fehlend; Taunus-Bahn ohne Abgeber, Hanau sehr matt. Staatsbahn weichend in Folge des Pariser Impulses, vielleicht auch durch Verkäufe von in die Dividende Eingeweihten. Jedenfalls sind sie vom Standpunkt der Rente betrachtet zu hoch und der Kapitalist wird wohl thun, zu warten, bis sie sich ihrem natürlichen Standpunkte nähern, was unausbleiblich ist. Die Einnahmen haben sich überdies vermindert und dies hat den Rückgang der Aktien in Paris und Wien wesentlich veranlaßt. In österreichischer Westbahn fanden sich bedeutende Käufer für Kapitalanlage, die wir sehr gerechtfertigt finden; ebenso fanden außerordentliche Umsätze in Ostbahnaktien statt, welche mehr und mehr in feste Hände kommen. Nicht leicht hat ein Los so viel Glück gemacht als das an den Markt gebrachte Ansbacher Eisenbahn 7 fl.-Loos (bekanntlich durch Hrn. R. Erlanger). In wenigen Tagen waren Posten zu 7 1/2 vergriffen und man hält jetzt auf 7 3/4. Industrie-Papiere fest und gesucht. Der Bankdiskonto ist auf 4 1/2 pCt. herabgesetzt.

(Aktionär.)

Frankfurt, 15. Dezbr. Die Börse verkehrte heute in sehr matter Haltung und wurden besonders österr. Credit- und Bankaktien sowie spanische Credit Rothschild zu weichenden Kursen verhandelt.

Providentia wurde zu 105 1/4 umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 75 3/4 P. 78 1/4 G. 5pCt. Lombard-Ven. 89 3/4 P. 89 1/4 G. Metall. alte à 5pCt. 77 1/8 P 76 5/8 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 67 3/4 P. 67 1/4 G.; à 4pCt. 60 1/2 P. 60 G.; à 3pCt. 47 P 46 1/2 G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 1/4 P. 56 3/4 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 81 1/2 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G.; 4pCt. 95P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/4 P 94 3/4 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/2 P. 101 G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 92 1/8 P. 91 5/8 G.; 4 1/2 pCt. 103 1/4 P. 102 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 1/4 P. 98 3/4 G.; 4 1/2 pC. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 P. 81 1/2 G.; à 3 1/2 pCt. 91P. 90 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 36 7/8 P. 36 5/8 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 9/16 P. 23 7/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1157P. 1152G. Neue Bankaktien 290P. 285 G. Credit-Actien à 5pCt. 210 1/2 P 208 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 364 P. 362 G.; junge 323 P. 321 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 502 P. 497 G. Mitteldeutsche Creditbank 96 5/8 P. 96 1/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 99 3/4 P. — G. Frankf. Bankaktien 112 P. 111 1/2 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 516 P. — G. Span Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 581 P. 576 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 294 P. 292 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 145 1/4 P. 144 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 103 3/4 P. 103 1/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101 P. 100 3/4 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 356 P. 354 G. Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 75 1/2 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 3/4 P. 78 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 P. 92 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 117 3/4 P. 117 1/4 G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 103 3/8 P. 102 7/8 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 117 P. 116 1/2 G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 1/4 P. 48 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 3/4 P. 117 1/4 G. à fl. 25 35 3/4 P 35 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 3/4 P. 38 1/4 G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/4 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S 101P. 100 3/4 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117 3/4 P. 117 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G	Mail. i.S.Lr. 250k.S 99 5/8 P — — G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 P. — — G.	Paris Frs. 200 k.S 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k S — P. — G.
Brem 50 Thlr. Lsd. k.S. 106 3/4 P. — — G.	Wienfl. 100 C. k S. 112 P. 111 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 88 5/8 P — — G.	Wien 3 M. mit 5% 111 3/4 P. 111 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60k.S. 105P. — — G.	Disconto - P. 4 1/2 pCt. G.

Magdeburg, 12. Dezbr. Wir hatten seit Beginn dieser Woche schönes mildes Wetter, die Elbe ist wieder frei vom Eise, mehrere Ladungen Getraide (Waizen und Gerste) von der Oberelbe und Saale, nach Hamburg bestimmt, sind bereits die hiesige Schleuse passirt und auch von hier haben einige Ladungen wieder den Weg nach Hamburg genommen; gleichwohl ist es im Getraidehandel sehr still, denn wenn auch die Schifffahrt im Gange, so hat man doch keinen rechten Muth zu Verladungen, weil man jeden Tag auf einen Umschlag des Wetters gefaßt seyn muß, und dann sind auch die Zufuhren von Getraide sehr unbedeutend, so daß sich für den Handel etwas von Bedeutung nicht darbietet. Waizen wird nach Qualität mit 56 a 62 Thlr. bezahlt. Roggen etwas höher im Preise, seitdem das kgl. Proviantamt mit dem Einkaufe dieser Kornart begonnen; es wird nach Qualität 42 a 45 Thlr. für 2016pfd. willig angelegt. Gerste 32 a 40 Thlr. für 24 Schäffel. Hafer 22 a 24 Thlr. für 24 Schäffel. Hülsenfrüchte beschränktes Konsumtionsgeschäft. Weiße Bohnen 62 a 66 Thlr. Linsen 68 a 76 Thlr. Kocherbsen 50 a 54 Thlr. Futtererbsen 46 a 48 Thlr. Spiritus lebhafter Handel, da unsere Spritfabriken unausgesetzt für den Export beschäftigt und zum Theil auf drei bis vier weitere Monate dafür engagirt sind. Kartoffelspiritus galt heute dastehend 34 1/2 Thlr., per Jan. und Jan.-Febr. 35 Thlr. pr. Jan.—Mai 36 Thlr. Rübenspiritus loko 32 1/2 Thlr. Gedarrte Cichorienwurzeln 2 3/4 Thlr. Gedarrte Runkelrüben 2 1/4 a 2 1/2 Thlr., in beiden Artikeln wenig Handel. Oelsaaten ziemlich geräumt. Rapps und Winterrübsen 112 a 108 Thlr. Leinsaat 70 Thlr. Rüböl 17 1/2 a 17 1/4 Thlr., raffinirtes 18 1/4 Thlr. Mohnöl 18 1/4 Thlr. Leinöl 15 1/2 Thlr. incl. Faß. Rappskuchen 1 3/4 a 2 1/4 Thlr. Kümmel 10 1/2 a 11 1/2 Thlr.

Neueste Nachrichten.

** München, 14. Dezember. (Privat-Korrespondenz) Heute Abend ist Frhr. M. K. v. Rothschild aus Frankfurt hier eingetroffen, um an den morgen beginnenden Sitzungen des Verwaltungsrathes der bayerischen Ostbahnen Theil zu nehmen, aus welchem Anlaß bereits gestern auch Freiherr v. Dornberg, der Vertreter des Fürsten Taxis, hier eintraf.

Bamberg, 14. Dezbr. Aus sicherer Quelle vernehmen wir, daß sämmtliche Mitglieder des Vorstandes der hiesigen protestantischen Kirchengemeinde in einer motivirten Erklärung vom 10. d. Mts. in Berücksichtigung der allgemeinen und örtlichen kirchlichen Zustände, insbesondere der Minoritätswahlen und ungenügender Zuständigkeit nach der Instruktion vom 24. Oktober 1850 über die Kirchenvorstände, ihren Austritt erklärt und die ganze Neuwahl nach revidirter Instruktion beantragt haben.

(Nürnb. Cor.)

Wien, 14. Dezbr. Die „Oesterr. Korresp." meldet aus Neapel vom gestrigen Tag: „Heute wurde der Urheber des Attentats gegen den König mit dem Strang hingerichtet. Es herrscht dort vollkommene Ruhe." (T.D.d.A.Z.)

Rom, 5. Dez. Vor zwei Tagen versammelten sich sämmtliche Mitglieder der zur Prüfung des Günther'schen Systems eingesetzten Kommission im Dominikanerkloster bei Santa Maria sopra Minerva, um über 11 der vorzüglichsten Schriften des Philosophen ihr einfaches Votum der Verdammung oder Freisprechung abzugeben. Dies ist geschehen. Die letzte Tribunalsitzung der Indexkongregation selber, welche diese Vota zu genehmigen oder zu verwerfen hat, ward heute auf den 8. l. M. im Vatikan angesetzt. Um jene Zeit dürfen Sie denn auch die Veröffentlichung des Endurtels über den langen Prozeß erwarten. (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Verlag von Trewendt & Granier in Breslau.

Durch alle Buchhandlungen, in Würzburg durch die Stahel'sche Buch- & Kunsthandlung, zu beziehen.

Literarische Festgeschenke

für die Gebildeten aller Stände.

Argo. Album für Kunst und Dichtung. Herausgegeben von **Fr. Eggers, Franz Kugler, Th. Hosemann.** Größtes Quartformat. Mit 20 lith. Kunstblättern, von den Künstlern selbst auf Stein gezeichnet, 6 Illustrationen und 1 Titelblatt in Farbendruck brillant ausgeführt. Eleg. brosch. Preis 10 fl. 12 kr. Höchst eleg. geb. 12 fl. 36 kr.

Blüthenkranz neuer deutscher Dichtung. Herausgegeben von **Rudolph Gottschall.** Miniatur-Format. Höchst eleg. geb. 3 fl. 36 kr.

Rudolph Gottschall. Sebastopol. Dichtungen. 8. Eleg. brosch. 1 fl. 48 kr.

Rudolph Gottschall. Carlo Zeno. Eine Dichtung. 2. Aufl. Miniatur-Format. Höchst eleg. geb. 4 fl. 3 kr.

Rudolph Gottschall. Die deutsche Nationalliteratur in der ersten Hälfte d. neunzehnten Jahrhunderts. Literarhistorisch und kritisch dargestellt. 2 Bde. gr. 8. Eleg. brosch. 9 fl. — kr.

Moritz Graf Strachwitz. Gedichte. 3te Gesammt-Ausgabe. Miniatur-Format. Sehr eleg. geb. 4 fl. 3 kr.

Moritz Graf Strachwitz. Lieder eines Erwachenden. Fünfte durch 98 Holzschnitte illustrirte Pracht-Ausgabe. 4. Eleg. brosch. 3 fl. 36 kr. Höchst eleg. mit Goldschnitt und Deckelpressung geb. 5 fl. 24 kr.

Karl von Holtei. Schlesische Gedichte. 2. Aufl. 8. Eleg. brosch. 1 fl. 21 kr. Eleg. geb. m. Goldschn. 2 fl. 15 kr.

Karl von Holtei. Stimmen des Waldes. 2. vermehrte Auflage. Miniatur-Format. Eleg. brosch. 2 fl. 15 kr. Höchst eleg. geb. mit Goldschnitt. 2 fl. 42 kr.

Ida von Düringsfeld. Amimone. Ein Alpenmärchen vom Genfersee. Min.-Format. Sehr eleg. geb. 1 fl. 21 kr.

Hermann Neumann. Nur Jehan. Gedicht in vier Gesängen. Min.-Format. Eleg. geb. 54 kr.

Höchst elegant ausgestattete Jugendschriften.

Für das bevorstehende **Weihnachtsfest** erschienen so eben:

Die jungen Büffeljäger auf den Prairieen des fernen Westens von Nord-Amerika. Ein Naturgemälde zu Lust und Lehre für die reifere Jugend gebildeter Stände von **Karl Müller.** 8. Mit 8 Kupfern in lithographirtem Farbendruck. Preis 3 fl. 9 kr.

Der Waldläufer. Erzählungen aus dem amerikanischen Waldleben von **Gabriel Ferry.** Für die Jugend bearbeitet von **Julius Hoffmann.** 8. 3. Auflage. Mit 12 Kupfern in Farbendruck. Eleg. geb. 4 fl. 3 kr.

Früher erschienen in gleicher Ausstattung:

Prairieblume unter den Indianern. Eine Erzählung aus dem Westen Nordamerika's von **Ch. A. Murray.** Für die Jugend bearbeitet von **Wilhelm Stein.** 8. Mit 8 Kupfern in Farbendruck. Eleg. geb. 3 fl. 9 kr.

Die Ansiedler auf Van-Diemens-Land. Eine Erzählung aus dem australischen Ansiedlerleben von **Charles Rowcroft.** Für die Jugend bearbeitet von **Julius Hoffmann.** 8. Mit 4 Kupfern in Farbendruck. Eleg. geb. 1 fl. 48 kr.

Schloß und Hütte. Eine Erzählung für die reifere Jugend von **E. Merx.** 8. Mit 4 Kupfern in lithographirtem Farbendruck nach Originalzeichnungen von **F. Kosla,** geschmackvoll in Halbleinwand mit eleganter Rückenpressung gebunden. Preis 1 fl. 48 kr.

Wohlfeile Jugendschriften

mit sauberen Stahlstichen. 8. Steif brosch.

Preis jedes Bändchens 7½ Sgr. = 27 kr. rh.

Neu erschienen so eben:

Richard Baron. Der Veteran, eine Geschichte aus dem Jahre 1848.

Richard Baron. Die Ueberschwemmung, eine Erinnerung an das Jahr 1854.

Gustav Riedel. Rudolph oder der treue Hund.

Die früheren 24 Bändchen enthielten:

Franz Hoffmann, Der Henkeldukaten, Frisches Wagen, Der Schiffbruch. — Der blinde Knabe, Der kleine Robinson. — Die Tulpenzwiebel, Liebe deinen Nächsten, Die Stiefmutter. — Der treue Wächter, Der Widerspenstige. — Du sollst nicht stehlen, Mohr und Weißer.

Julius Hoffmann, Ich sehe dich schon. — Haß und Liebe. — Der zerbrochene Becher. — Die Geschwister. — Capitain Tisdale. — Großvaters Liebling, Marie das Blumenmädchen. — Rufe mich an in der Noth, so will ich dich erretten! — Die letzte Wacht. — Ehrlich währt am längsten, Die Eisfahrt. — Der schwarze Sam oder Menschenraub in Amerika.

Richard Baron. Julius und Maria oder der kindlichen Liebe Macht und Herrlichkeit. — Der deutsche Knabe in Amerika, Hold-Else's Wunderaugen. — Geschichte eines jungen Malers. — Fiorita, das Räubermädchen. — König und Kronprinz. — Das Christfest in der Familie Frommhold. — Freundschaft und Rache. — Das Testament. — Zwei feindliche Brüder.

Neue Reisebilder.

Erzählungen für die reifere Jugend von Julius Hoffmann.

Erstes Bändchen:

Weltgegenden.

11 Bog. Mit 4 Stahlstichen. Geb. Preis 54 kr.

Zweites Bändchen:

Aus allen Zonen.

10¼ Bogen. Mit 4 Stahlstichen. Gebunden. Preis 54 kr.

Drittes Bändchen:

Erzählungen eines alten Seemannes.

13 Bog. Mit 4 in Farbendruck sauber ausgeführten Stahlstichen. Geb. Preis 54 kr.

Viertes Bändchen:

Winterabende.

12 Bogen. Mit 4 in Farbendruck sauber ausgeführten Stahlstichen. Geb. Preis 54 kr.

NB. Ueber die vortheilhafteste Behandlung und Verwerthung des **rohen Rüböles,** — zur Herstellung eines **billigeren, hellerleuchtenden Brennöles,** welches ohne Filtriren in kurzer Zeit hell und ohne besondere Einrichtung von Jedermann leicht in jeder Quantität hergestellt werden kann, sowie auch die **guten Speiseöle, Einfettöle** für **Türkischrothfärberei** 2c. 2c. — erfolgen Mittheilungen gegen Franko-Einsendung von 3 Rthlrn. durch

M. Stange,
Techniker,
in Siebenlehn bei Dresden.

[4b]

Echte **Nürnberger,** braune und weiße, dann weiße **Baseler Lebkuchen,** sowie gefüllte **Thornerkuchen,** besten **Genueser Citronat** und **Pomeranzen-Schaalen** empfiehlt

A. Dömling.

Haus-Versteigerung.

Die Eigenthümer des Wohnhauses nebst Garten I. Distr. Nr. 229 sind gesonnen, dasselbe aus freier Hand zu verkaufen, und haben hiezu Versteigerungstagfahrt auf

Dienstag den 30. Dezember l. Js. früh 10 Uhr

festgesetzt, wobei bemerkt wird, daß bei einem annehmbaren Gebote der Zuschlag erfolgt. Die Strichsbedingnisse werden bei der Tagfahrt bekannt gegeben, und kann das Haus täglich von 11 bis 12 Uhr eingesehen werden; dasselbe ist ganz von Stein gebaut und befindet sich im besten baulichen Zustand, und sein Inhalt ist folgender:

Beschreibung:

Im Erdgeschoße befindet sich ein gewölbter Keller, wobei 430 Eimer in mehreren in Eisen gebundenen Fässern bleiben; im ersten Stock befinden sich 4 heizbare 1 unheizbares Zimmer, Küche, Speisekammer, ein s. v. Abtritt nebst geräumigen Vorplatz; im 2. Stocke 5 heizbare, 1 unheizbares Zimmer, 1 Küche mit Speisekammer und ein s. v. Abtritt, darüber auf der Mansarde 4 unheizbare Zimmer, 1 Kammer, dann freie, große Böden.

Bei dem Hause ist ein freier Hofraum mit Brunnen, Stallung für 2 Pferde nebst Bedientenwohnung, eine Remise, Kalterhaus, Waschhaus nebst 2 Holzlagern und ein Heuboden. [3b]

Nachricht
für
Auswanderer.
Postschiffe neuer Linie
zwischen
Havre, Newyork u. New-Orleans.
General-Agentur von Carl Sieber in Würzburg.

Durch die Postschiffe neuer Linie der Herren J. Barbe & Morisse in Havre werden Auswanderer das ganze Jahr hindurch am 9., 19. und 29. eines jeden Monats nach New-York, und in den Winter-, Herbst- und Frühlingsmonaten am 8, 18. und 28. nach New-Orleans befördert.

Die Passagiere werden von erfahrenen Kondukteuren nach Havre begleitet.

Verträge werden abgeschlossen durch die General-Agentur und deren Agenten, die Herren:

J. A. Deckelmann in Aschaffenburg.
August Hally in Amorbach.
J. A. Schöppner in Bischofsheim an der Rhön.
Philipp Hannawacker in Gemünden.
F. A. Wagner in Klingenberg.
Heinrich Joseph Maier in Lohr.
Julius Hartmann in Marktbreit.
Joseph Flasch in Marktheidenfeld.
Joseph Knapp in Miltenberg.
Wilhelm Simon in Schweinfurt.
E. Thaler in Wiesentheid.
J. M. Bernard in Wörth a/M.

[52]

Märchenbücher für die Jugend
aus dem
Weihnachtslager der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung:

Andersen's neueste Märchen für Kinder. Illustrirt von Löffler. Zwei Thle. in 1 Band geb. . . . . 1 fl. 12 kr.
— — Große Ausgabe. 4 Thle. in 1 Band. Mit Illustrationen. 1 fl. 48 kr.
— — sämmtliche Märchen. Mit 125 Illustrationen von Pedersen. 4 fl. 30 kr.
Bechstein's Märchenbuch. Mit 68 Holzschnitten von Richter. 13. Aufl. 54 kr.
— — Große Ausgabe. Mit 174 Holzschnitten von Richter. 12. Aufl. 1 fl. 48 kr.
— — Neues deutsches Märchenbuch. Mit Titelbild. . . . . 1 fl. 48 kr.
Hoffmann, deutsche Volksmärchen. Mit 6 color. Bildern. . . . 54 kr.
— — Märchen und Fabeln für kleine Kinder. Mit 16. col. Bildern. 1 fl. 48 kr.
— — Die schönsten Märchen der Tausend und Einen Nacht. Mit 20 colorirten Stahlstichen. . . . . 3 fl. 36 kr.
Holting, Lindana. Neue Märchen. Mit 12 illuminirten Bildern. 1 fl. 30 kr.
Keil, neue Märchen für meine Enkel. Illustrirt. eleg. geb. mit Goldschnitt. 2 fl. 24 kr.
Koch, Rübezahl. Neue Sammlung der schönsten Sagen und Märchen von dem Berggeiste im Riesengebirge. Mit 7 illuminirten Bildern. 1 fl. 48 kr.
— — Der Berggeist im Riesengebirge. Forts. der schönsten Sagen und Märchen von Rübezahl. Mit 7 illuminirten Kupfern. . . 1 fl. 48 kr.
Linden, Titania. Neue Märchen und Erzählungen für Kinder von 10—12 Jahren. Mit 7 colorirten Bildern. . . . . 1 fl. 30 kr.
Pfaff, Märchen der Scheheserade oder Tausend und eine Nacht. Mit 16 Kupfern. . . . . 2 fl.
Stieff, wie Flora's Kinder Namen bekommen. Ein Märchenkranz der sinnigen Jugend gewunden. Mit 6 colorirten Bildern. . . . 1 fl. 30 kr.
Strack, deutsche Märchen. Mit 8 illuminirten Bildern. . . . 2 fl. 6 kr.

Bekanntmachung.

Vom k. Kreis- u. Stadtgerichte Nürnberg.

Elis. Weber u. Kindeskuratel c. August Arzt, pet. pat. et alim.

wird in rubricirter Streitsache dem Beklagten Skribent August Arzt, dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, andurch im Wege des Ediktalverfahrens der Tenor des Erkenntnisses des k. Appellationsgerichts vom 9. Juli ds. Js. bekannt gegeben und solches damit für rite insinuirt erachtet:

Im Namen Sr. Majestät des Königs von Bayern

erkennt

das kgl. Appellationsgericht von Mittelfranken in Sachen der ledigen Glaserstochter Elisabetha Weber von Oettingen und deren Kindeskuratel gegen den Durnisten August Arzt in Nürnberg wegen Vaterschaft. Kindes-Alimente und Entschädigung zu Recht.

I. Es seyen aus der Pos. II Nro. 1 des Erkenntnisses des k. Kreis- und Stadtgerichts Nürnberg vom 11. April ds. Js. die Worte „zu Nördlingen" zu streichen.

II. Im Uebrigen sey dieses Erkenntniß, soweit dagegen sonst noch appellirt worden ist, zu bestättigen.

III. Unter Vergleichung der Kosten der Berufungsinstanz, wovon jedoch die auf die Klagspartei treffende Hälfte der Gerichtstaxen und Stempel wegen deren Zulassung zum Armenrechte außer Ansatz bleibt.

Eichstädt den 9. Juli 1856.

Kgl. Appellationsgericht von Mittelfranken.
Wegen Beurlaub. des k. Präsidenten
Dr. Barth.

(L. S.) Meyer, Sekr.

Exp.-Nr. 1249. I.

Zugleich wird Beklagter hiemit aufgefordert, in vorwürfiger Streitsache binnen 30 Tagen einen Insinuations-Mandatar dahier zu benennen, widrigenfalls künftige insinuanda lediglich an das Gerichtsbrett angeheftet und damit für zugestellt erachtet werden würden.

Nürnberg den 20. November 1856.

Der königl. Direktor
Dr. Knappe.

Wolf.

In der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg ist vorräthig:

Die Nahrung,

wie sie sein muß, um die Gesundheit zu erhalten, Kraft zu geben und Geld zu sparen. Ein Führer zum Wohlstand von Dr. Albin Koch. Preis brosch. 36 kr.
Leipzig, Verlag von Moritz Ruhl.

Durch Hinweisung auf das Unzweckmäßige und Verkehrte in der Nahrungsweise so vieler Menschen und durch Ertheilung der bestimmtesten Anweisungen zu einer dem Bedürfnisse des Körpers entsprechenden Nahrung empfiehlt sich diese Schrift nicht allein Allen, die sich die Gesundheit erhalten und Kraft gewinnen wollen, sondern es ist auch Denen von großer Wichtigkeit, die Beides von Andern brauchen. Möchten daher doch auch Diejenigen, denen des Volkes Wohl am Herzen liegt, diesem Werkchen ihre geneigte Beachtung schenken.

Für die Anzeigen verantwortlich: V. J. Stahel. — Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 350.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 18 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 17. Dezember 1856.

Gott in der Geschichte.

Von C. C. J. Bunsen.*)

Die Weltgeschichte ist das große Sonnenjahr der Menschheit: die Philosophie der Weltgeschichte sucht die Formel für die Sonnenbahn: das Gesetz des Fortschritts in der Bewegung. Der Menschengeist ist in diesen Umschwung gesetzt, damit er den ewigen Gedanken der Gottheit offenbare und bewußt verwirkliche in der Zeit, wie die äußere Schöpfung ihn unbewußt verwirklicht im Raum. Die Vollendung eines Weltalters ist das große Jahr Gottes, in welchem das Ewige seinen Kreislauf auf der Erde zu vollenden scheint, indem es nur einen neuen und weitern beginnt oder vorbereitet.

Anfang und Ende dieses Kreislaufs sind in undurchdringliches Dunkel gehüllt. Wie der Mensch, wenn er ahnungsvoll in die Natur tritt und um sich schaut, sich mitten in dem himmlischen Umschwung sieht, welcher seine irdische Stätte stündlich und täglich und jährlich durch die unermessenen Räume treibt, so findet sich der Menschengeist, wenn er von dem Flügelschlage der Weltgeschichte zu klarem Bewußtseyn über sich selbst erweckt wird, mitten in den Umschwung einer ihm anfangslos und endlos erscheinenden Bewegung der Menschheit gesetzt. Da vernimmt er in der Schwüle seines Tagewerks, in sich und um sich, mehr oder weniger deutlich jene wunderbare Kunde von einem goldenen Morgenroth, mit welchem der Menschheit einmal der erste Tag aufging. Da hört oder träumt er wohl von dem allberuhigenden Abendstrahl, in welchem einst das Gewirr der Erscheinungen verständlich und verklärt vor dem Blick des Menschen liegen soll.

Diese Ahnung eines göttlich geordneten und Göttliches offenbarenden Ganges der Weltgeschichte ist die ursprüngliche, göttliche Ausstattung des Menschen. Er erkennt sich vom Anfang nicht bloß als Einer unter den Vielen, sondern als Glied einer Reihe von Entwickelungen seines eigenen Wesens. Das Urbewußtseyn des Menschen ist, daß alles Leben, das einzelne und volksthümliche, sich zur Menschheit entwickelt, nach einem Gesetz, welches in ihm selbst liegt, aber seinen zeitlichen Mittelpunkt hat in der Menschheit, seinen ewigen in dem Gedanken der Gottheit von ihr. Dieses Weltbewußtseyn, d. h. dieses weltgeschichtliche Bewußtseyn Gottes, das Bewußtseyn Gottes in der Weltgeschichte, ist zugleich das angestammte Gefühl des Verhältnisses des Einzelnen als des Mikrokosmus, der Gotteswelt im Kleinen, zum Mikrokosmos, zur Gotteswelt im Großen und zum All. Der natürliche und geistige Kosmos verwirklichen denselben göttlichen Gedanken, jener im Raume, dieser in der Zeit. Wie der Erde und allen Sternen ein ewiger Gedanke einwohnt, welcher sie lenkt und zugleich zu Theilen eines organischen Ganzen macht, so lebt in dem Menschen eine Ahnung, wenn auch keine äußere Kunde, von seiner Stellung zur Menschheit und von der Stellung seines Geschlechts als einer Einheit zu dem Weltall und zu dessen erster Ursache.

Alle Völker, welche aus thierischer Dumpfheit erwachen und sich über den Drang der Nothdurft erheben, tragen in sich die Ahnung und den Glauben, es wohne der Menschheit ein göttlicher Beruf ein, sie habe ein göttliches Ziel vor sich, wie ein göttliches Beginnen hinter sich. Wie die Erde, ein Stern unter Sternen, sich im Aether um einen lichten und festen Mittelpunkt bewegt und in immer regem Schwunge diesem Lichte ihre Höhen und Thäler in geordneter Folge zuwendet, so bewegt sich in der That, nach dem allgemeinen Glauben der Völker, die Menschheit durch Nebel und Finsterniß hindurch in scheinbar sich kreuzenden Bahnen um die unveränderliche Sonne einer ewigen Vernunft und Liebe. Aber nicht unbewußt, wie jene Gestirne in ihrem Umschwunge durch den Raum vollbringt der Mensch seinen Gang durch die Zeit, sondern als mitwissend. Er wird sich bewußt des Gottes in ihm als des Guten, und dieses heißt sein Gewissen, d. i. ein Mitwissen von dem Gedanken jener ewigen Liebe und Vernunft, welchen die Menschheit im Fortgange der Geschlechter nach Stämmen und Völkern verwirklichen soll. Denn die Menschheit ist nicht allein das Gedicht, welches die Gottheit in ihrem ewigen Gedanken gedichtet und in der Zeit auseinander gefaltet; sie ist auch selbst der Dichter dieser Entfaltung der göttlichen Idee in der Zeit. Die Menschheit steht da als ein fortgehendes Opfer der göttlichen Weltordnung, aber auch als deren ewiges Priesterthum.

Bei dieser Betrachtung des Ganges der Menschheit durch die irdische Zeitlichkeit zeigen sich dem Denker dunkle Thäler und nächtliche Tiefen voll Trümmer, Pfade voll Blut und voll Thränen. Da aber erscheinen ihm auch strahlende Gipfel, die von göttlichem Schaffen prangen, und Bergeshöhen steigen empor, die von Jubel erschallen. Da erblicken wir, wenn auch nur in dem Schatten, welchen ihre Erscheinung über die Erde geworfen, und in dem Grabhügel, welchen dichtende Ueberlieferung ihnen gesetzt, die leuchtenden Gipfelpunkte der Menschheit: jene wahren Lichter, die göttliches Leben schaffen, weil sie willig sich für Wahrheit und Recht opfern; jene Geister, welche die wahren Leiter und Könige der Menschen sind Wir schauen, wie diese hellen Punkte das Licht, um welches sie sich bewegen, abstrahlen in die dunkeln Thäler, in welchen zwischen Furcht und Hoffnung die Menge ihre Eintagssorgen hütet. Diese erleuchteten Männer begeistern ihre Mitbrüder durch ihre Reden und ihre Lehren, durch die Worte und Sinnbilder, in welchen sie dieselben ausprägten, und mehr noch durch das, was aus ihrer Persönlichkeit belebend ausstrahlte. Sie führen den Reigen in dem Lobgesange, mit welchem der Opferzug der Menschheit über die Erde eilt. Dieser Opferzug und dieser Lobgesang sind das Epos der Weltgeschichte.

Die Erde vollbringt ihren tagnächtlichen Umlauf um die Sonne, indem sie sich selbst umschwingt, und sie kennt keinen Fortschritt als durch diesen Umschwung. Sie wird aber doch mit allen übrigen Planeten fortgerissen in die große fortschreitende Bewegung des Sonnensystems, welches nach einem geheimen, aber sicheren Mittelpunkte hinzieht. In gleicher Weise dringt die Menschheit vorwärts, indem Licht und Schatten wie Tag und Nacht in ihren Theilen wechseln: der Einzelne stirbt, die Völker vergehen, aber aus dem Tode sprießt neues Leben hervor. Kein Leben anders als aus dem Tode, und zum Tode, aber aller Tod zum höhern Leben, nach der sittlichen Weltordnung, welche der Gedanke der ewigen Liebe ist.

Alles Lebens erste, und unsterbliche Quelle ist die bewußte Persönlichkeit: der sittliche Wille und die freie sittliche That des einzelnen Menschen muß das wahrhaft Bewegende in der Weltgeschichte heißen. Dieses persönlichen Glaubens und Lebens Ziel ist aber die Gestaltung der Gemeinde, die Förderung des Gesammtlebens als des Gottesreichs der Gerechtigkeit und der Vernunft. Seine Gewähr endlich kann nur die aufopfernde Liebe zu den Brüdern seyn, im treuen Glauben an die Menschheit, d. h. an Gott in der Geschichte. Denn jener Glaube ist ein Wille, und treibt die Werke hervor nach dem Vorbilde der Schöpfung, welche aus dem Willen der ewigen Vernunft, dem Gegenstande des Urglaubens der Menschheit, hervorgegangen ist. Des Gottesbewußtseyns Werk ist die Geschichte, wie Gottes eignes Werk die Schöpfung ist, die ewige und die zeitliche. Das ist das Verhältniß Gottes und der Menschheit und der beiden Wunder, in welche wir gesetzt sind, des natürlichen und des geistigen Kosmos. In dem einen wie in dem andern ist aber Gott allein das wahrhaft Entfaltende und Enthaltende.

---

*) Das hier Mitgetheilte ist der Wortlaut der in Bunsen's so eben erschienenem Werke „Gott in der Geschichte" befindlichen Zueignung desselben an die „Fürsten und Völker" mit dem Motto aus Virgil: „Discite justitiam moniti et non temnere Divos", das er übersetzt: „Lasset euch warnen! Gerechtigkeit übt, nicht verachtet die Gottheit!" Der Inhalt und der ganze Charakter dieser Widmung rechtfertigt gewiß ihre Mittheilung in einem politischen Blatte.

Die Red.

Wie des Gottesbewußtseyns Glaube, so sind seine Werke lebenszeugend. Was die edelsten Stämme zuerst schaffen, in Sprache und Religion, in Kunst und Wissenschaft, in Gemeinde und Staat, wird ausgeprägt für die ganze übrige Menschheit, welche durch diese Bezeugung der Ebenbildlichkeit Gottes mächtig angeregt und zu eigner Förderung dieses Kosmos, des Gottesreichs, begeistert wird.

Dringender und lauter als je fragt jetzt die zerrissene Menschheit in unserer trüben Gegenwart: Hat dieser Glaube sich wirklich also in der Geschichte unseres Geschlechtes bewährt? Und wenn so, wo sind diese Glaubensgesetze? Wo die seiner Werke? Welche Gesetze des sittlichen Kosmos offenbart die Weltgeschichte, die wir zu erkennen vermöchten als das Gegenständliche unseres eigenen Innern? Welche Zeichen kommen der Sehnsucht der Völker in unserer Zeit entgegen? Wie verhält sich die Bibel zu den Büchern der hellenischen und andern Weisen? Wie beide zum Leben und zur Wirklichkeit? Ist Offenbarung wirkliche Geschichte? Ist die ganze Weltgeschichte Verwirklichung Eines Gedankens, und ist dieser ein Gedanke der Liebe?

Darauf läßt das Buch die in den Strom der Weltgeschichte gesetzte und aus sich selbst redende Bibel und alle Weisen der Alt- und Neuzeit antworten. Wir aber wenden uns hier an die Gesammtvernunft und das Gemeingewissen der Menschheit, daß sie hiernach in sich gehe und sich prüfe, und dann leide und handle.

Ihr könnt nicht Religion haben ohne Glauben an eine sittliche Weltordnung! Ihr könnt diesen Glauben nicht erhalten, ohne ihn zu verwirklichen! Kein Volk glaubt wirklich an eine solche göttliche Ordnung, wenn sie sich ihm nicht verkörpert, wenn sie sich nicht verwirklicht in dem Gesammtleben. Der reinste Glaube verkümmert oder wird zu einem fressenden Gifte, wenn die Wirklichkeit im Staat und im Leben mit diesem Bewußtseyn im grellen Widerspruch steht, wenn Unrecht sich auf den Stuhl des Rechts setzt und Lüge auf den Thron der Wahrheit. Das Evangelium vernichtet jede unsittliche Regierungsform und Verfassung; sittlich ist aber nur die auf Anerkennung des Gemeinsamen gegründete; auch darin sagt das Evangelium und Kant dasselbe. Das Bekenntniß des Evangelium weiht dem Untergange jedes selbstsüchtige Leben des Einzelnen, aber auch der Regierungen und der Staaten.

Das ist das letzte gemeinsame Wort der Prophetenvölker der Menschheit und der persönlichen geistigen Führer dieser Völker. Das ist das letzte Wort der Weltgeschichte an uns; lasset es uns hören und erwägen!

Aber die Bibel und Christus' Geist sprechen noch Ein Wort, und dieses sprechen sie besonders laut in unserer Zeit. „Es ist die ewige Liebe (so lautet dieses Wort), welche richtend und strafend in der Weltgeschichte auftritt: die Reiche dieser Welt sollen Reiche Gottes werden und seines Christus, und alle Staaten und Religionen, welche sich diesem göttlichen Gebot nicht fügen, sollen untergehen, zu jenes Reiches Förderung." Und Reiche sind untergegangen, und andere werden untergehen vor unsern Augen. Aber der große Phönix der Weltgeschichte, die Menschheit, wird nur herrlicher sich erheben aus dem nahenden Weltbrande, in dessen Feuer alle wiedergeborenen Völker erglänzen werden als Sterne am neuen Himmel und leuchten einer neuen Erde, während die andern den Fruchtboden der Geschichte vermehren auf diesem großen Gottesacker.

Nach Jahrtausenden Lebens der Menschheit, und fast zwei Jahrtausende nach der Erscheinung des Menschensohns ist nur ein kleiner Theil der dunklen Erde vom göttlichen Lichte beleuchtet; und sie soll ganz durchleuchtet werden von ihm, so gewiß Gott der Alles Wirkende in Allen ist. Wehe Denen, die diesem Willen ihre Selbstsucht entgegenstellen! Wehe Denen, welche Götzen predigen oder aufrichten, statt sich aufrichten zu lassen von dem ewigen Gott! Wehe auch Denen, welche sein Wort verachten und Böses gutheißen!

Das Ende eines Weltalters scheint nahe zu seyn. Viele Wahrnehmungen deuten darauf. Alles wirkt für sein Gegentheil, und die Sprache der Uebereinkunft wird anmaßende Lüge. Die Selbstsucht als Anarchie arbeitet für den Absolutismus; die Selbstsucht als übergesetzliche (und also außergesetzliche) dynastische Herrschaft arbeitet für die Anarchie. Zwischen beiden Dämonen droht die Menschheit unterzugehen, und mit ihr die Bildung vieler Jahrtausende....... Das Ungerechte wird nicht allein in Formeln gebracht, sondern diese Formeln werden vergöttert. Die große Masse der denkenden Menschen sieht diesem Allem zu, scheinbar gebannt durch den Zauber der Lust als des Lebens Ziel und Preis und durch die Sucht nach Genuß ohne Arbeit, oder für kurze Zeit niedergedrückt durch den Unmuth der Verzweiflung. Aber dumpfe Stimmen aus Tiefen und Abgründen, und die hellen Stimmen aus des Himmels Höhen, rufen Fürsten und Völkern zu:

Lasset euch warnen! Gerechtigkeit übt, nicht verachtet die Gottheit!

Der Boden, auf dem ihr steht, ist hohl: warum wollt ihr ihn einstoßen, statt ihn stützen? Der Ungerechtigkeiten und Sünden sind zu viel: die Leiden der Menschheit sind zu groß in vielen Ländern, als Gott und Menschen sie noch lange ertragen sollten. Zu spät werdet ihr wollen, was ihr verschmähtet, als ihr Das konntet, was ihr wollen solltet, und vielleicht halb wolltet

Diejenigen aber, Hohen und Niedrigen, welche nicht Schiffbruch gelitten am Glauben, allen Leidenden und Betrübten, allen Harrenden und Suchenden, ruft eine andere Stimme zu:

Selig seyd ihr, denn ihr sollt das Erdreich besitzen!

Es ist möglich, daß das Bestehende untergehe. Aber kommt die Zerstörung wirklich über uns, so kommt auch neues Leben mit ihr, aus ihr

Der Menschheit Ende ist die Vollendung des Gottesreichs, und diese dunkle Erde muß erst in allen bewohnbaren Himmelsstrichen erhellt, die ganze Menschheit zur Ebenbildlichkeit Gottes zurückgeführt werden. Sie ist zur Freiheit berufen, aber der Weg dahin geht nur durch Beschränkung und Verleugnung des Selbst, durch Wahrung des Maßes und durch Achtung vor dem Rechte der Andern als der Brüder. Dadurch allein bewährt sich auch der Glaube an die göttliche Weltordnung, an Gott und an das Gottesreich auf der Erde. Und dieser Glaube macht selig. Wer aber unbedingtes Recht anspricht, gegenüber Andern von der Gesammtheit, setzt sich wider Gott. Er kommt nicht in's Gottesreich, sondern in's Gericht: er ist dem Verhängniß verfallen, Fürst oder Volk.

Deutscher Bund.

Bayern. In Ansbach sprach sich der dort zur Zeit versammelte Landrath sehr günstig über die in diesem Kreise bestehenden landwirthschaftlichen Institute aus. Die Mitglieder des ständigen Landrathsausschusses Auernheimer von Nürnberg und Weber von Schwabach hatten nämlich auf Einladung der vom 7—9. August l. Js. stattgefundenen Prüfung der Kreis-Landwirthschaftsschule zu Lichtenhof angewohnt. Nach ihrem und dem einstimmigen Urtheile aller bei der Prüfung Anwesenden wurde in den drei Abtheilungen — 1) der eigentlichen Kreis-Landwirthschaftsschule, 2) der Ackerbauschule und 3) der Vorbereitungsschule — das angestrebte Ziel möglichst erreicht. Die genannten Ausschußmitglieder sprachen ihre Ueberzeugung im Allgemeinen dahin aus, daß dem so achtbaren Stande der Landwirthe (Oekonomen) durch dieses Institut recht tüchtig gebildete Leute zugeführt werden. (B.Ldbötin.)

Preußen. Aus Berlin, 13. Dez. schreibt man dem „Schwäb. Merk.": „Die mehrerwähnte preußische Note soll am 9. Abends oder 10. früh expedirt worden seyn, was mit dem in der „N. Pr. Ztg." angegebenen Datum vom 8 nicht im Widerspruch wäre. Der Inhalt wird folgendermaßen angegeben: Preußen trifft Vorbereitungen zu militärischen Maßregeln, wird aber die Vorschläge, welche die Schweiz durch eine befreundete Macht machen würde, noch immer entgegennehmen. Dies ist der Kernpunkt des Aktenstückes, das also sehr drohend nach der einen Seite gefaßt ist und doch noch dem friedlichen Austrag Raum läßt. Obgleich nun selbst in höheren militärischen Kreisen dieser letztere noch immer als nicht unwahrscheinlich angesehen wird (besonders weil man die Nachgiebigkeit der Schweiz erwartet), erhellt die Bedeutung des letzten preußischen Schrittes besonders daraus, daß hier wirklich Alles für den Fall des Krieges berechnet und erwogen ist. Man schätzt in dieser Annahme den Bedarf auf vier Armeekorps." (Sollen denn diese nach der Schweiz fliegen?)

Berlin, 14. Dezbr. Der wichtige Beschluß wegen Einführung des Zellensystems in der Strafanstalt zu Moabit hat einen anderen, gleich bedeutsamen zur Konsequenz gehabt. Es wird, um ein völlig einheitliches Handeln zu erreichen, wie die „N. Pr. Z." sich ausdrückt, die Gesammtpflege der Sträflinge 38 Brüdern des Rauhen Hauses, und zwar denselben nicht als einzelnen Beamten, sondern als Korporation übergeben; natürlich unter dem Regiment des Direktors. Zweiundzwanzig derselben hat das Rauhe Haus unmittelbar zu stellen vermocht, die übrigen 16, die bisher in sieben verschiedenen preußischen Gefängnissen fungiren, haben deßhalb von diesen Plätzen zurückgerufen werden müssen. Durch diese Maßregel ist das Rauhe Haus von ausgeschulten und bewährten Arbeitern so entleert worden, daß es dem ähnlichen Anliegen eines andern Staates für jetzt nicht hat entsprechen können. Indessen ist das Haus doch immer noch mit 36 Brüdern besetzt, von denen die Hälfte dem alten Stamme angehört.

Württemberg. Stuttgart, 12. Dezbr. Das seit einem Jahre schwebende Projekt einer württembergischen Landesbank darf nunmehr als beseitigt betrachtet werden. Der jetzige Zeitpunkt scheint an maßgebender Stelle nicht für geeignet angesehen worden zu seyn, um einem derartigen Institute in Württemberg Eingang zu gestatten. (K. Z.)

Hannover. Hannover, 9. Dez. An die Stelle des Schlosses im Park von Montbrillant, welches der kgl. Familie nur einen sehr beschränkten Raum für den Sommeraufenthalt bot, soll ein großartiger Palast gesetzt werden. (A. Z.)

Mecklenburg. Schwerin, 10. Dezbr. Mit dem Anfange dieses Monats ist hier eine Einrichtung in's Leben getreten, welche den Zweck hat, Truppentransporte auf der Eisenbahn von der Geschicklichkeit und dem guten Willen der Lokomotivführer unabhängig zu machen. Es werden nämlich je vier Unteroffiziere aus den vier Infanteriebataillonen der Brigade als Lehrlinge zur Erlernung des Lokomotivdienstes bei der mecklenburgischen Eisenbahn angestellt und geübt. Diese Lehrlings- und Uebungszeit währt 6 Monate.

§ **Oesterreich.** Wien, 14. Dezbr. (Privat-Korresp.) Nachdem man sich endlich überzeugt hat, daß das mit der Nationalbank vereinigte Hypotheken-Geschäft den Erwartungen durchaus nicht entspricht, welche man ursprünglich von demselben hegen zu dürfen glaubte, hat man den Beschluß gefaßt, die Statuten zu modifiziren und bei Ausarbeitung derselben liberalere Grundsätze zur Geltung zu bringen. Vor Allem wird jedoch der Zinsfuß herabgesetzt werden, da dessen gegenwärtige Höhe unläugbar eine Hauptursache ist, daß das Hypotheken-Geschäft bis jetzt keinen lohnenden Aufschwung zu nehmen vermochte. Diejenigen Gutsbesitzer, welche tief verschuldet sind, haben keine Hoffnung, Geld zu bekommen, die rangirten Kavaliere aber finden einen sechsprozentigen Zinsfuß allzuhoch, und suchen lieber auf anderweitigem Wege Geld aufzubringen, als sich den Bedingungen der Bank zu unterwerfen. Man hat übrigens die Geldnoth der Gutsbesitzer viel zu sehr übertrieben, indem die vielen Millionen, welche in Grundentlastungsobligationen emittirt wurden, den Grundbesitzern zufließen und ihre Geldnoth bedeutend gemindert haben müssen. Die Leichtigkeit, die Grundentlastungsobligationen flüssig zu machen oder in die Bank zu legen, hat viel Geld unter den Adel gebracht und es ist also von einem Kapitalmangel, mit Ausnahme Ungarns, keine Rede. Unter solchen Umständen läßt sich auch nicht erwarten, daß der nicht ungarische Adel mit 6 pCt. Geld suchen und seinen Grundbesitz vermehren wird, wenn er zweifelt, ob der Ertrag seiner Besitzung überhaupt höher seyn wird. Sobald in Ungarn Grundbücher allgemein eingeführt seyn werden, wird die Bank keinen Anstand nehmen, ungarischen Gutsbesitzern Kredite zu gewähren, die sich eben dort auch am besten rentiren werden. In einem Lande, wo Grund und Boden mit jedem Jahre an Werth zunimmt, werden viele Besitzer Geld aufzunehmen suchen, um ihre Güter zu arrondiren und zu vergrößern.

Wien, 11. Dezbr. Während man unter den 70 italienischen Begnadigten wenig oder gar keine Personen aus angesehenen lombardischen Familien gefunden hat, enthält das Verzeichniß der 25 Ungarn, denen gleichfalls unter dem 2. Dezbr. der Rest ihrer Strafzeit nachgelassen worden, meistens Namen von Deputirten, welche sich während der Zeit der Kossuth'schen Herrschaft kompromittirt hatten. (Dr. J.)

Schweiz.

Bern. Auf den Antrag des Generalanwalts, es möchte Ludwig Pourtales-Sandoz, welcher an einer Gemüthskrankheit leide, gegen Kaution provisorisch freigelassen werden, hat die Anklagekammer beschlossen: Wenn ein genügendes ärztliches Zeugniß vorgelegt werde, so sey das Präsidium der Anklagekammer ermächtigt, gegen eine Kautionsleistung von 80,000 Fr. die Haft des Ludwig Pourtales-Sandoz in Hausarrest umzuwandeln. Der Buchdrucker Wolfrath, welcher schon früher provisorisch freigelassen, aber wegen einer nach Deutschland unternommenen Reise wieder eingesetzt wurde, erhielt abermals die Freiheit gegen eine Kaution von 10,000 Fr. Hinsichtlich fünf anderer Individuen, deren provisorische Freilassung gegen Kaution der Staatsanwalt beantragte, wurde die Entscheidung verschoben. (N Corr.)

Bern, 13. Dezbr. Es zeigt sich nun, daß die radikale Partei im Kanton Freiburg in sich selbst zerfallen und so korrumpirt war, daß deßhalb viele gemäßigte Anhänger der Regierung ihre Fahnen verließen und zur konservativen Partei stimmten. (Fr. Postz.)

Dänemark.

Aus Altona, 13. Dezbr., schreibt man der „Köln. Z.": „Die Rede des Herrn v. Scheel zu Pinneberg hat in Kopenhagen ein unglaubliches Erstaunen erregt. Se. Exz. haben dadurch ihr Ansehen und ihre Stellung keineswegs befestigt. Man findet es dänischerseits mindestens höchst sonderbar, daß die loyale holsteinische Presse so „grundschlecht" seyn sollte. — Trotzdem, daß Hr. Dirckinq-Holmfeld, durch eine ziemlich auf Schrauben gestellte Widerlegung, die vor einiger Zeit in Umlauf gebrachte Neuigkeit von der beabsichtigten Niederlegung der Krone König Frederik's VII. zu dementiren versuchte, kann ich doch aus guter Quelle bestätigen, daß eben nichts wahrscheinlicher ist, als daß binnen einigen Monaten jene dementirte Nachricht sich vollständig bestätigen dürfte. Ein Staatsakt von solcher Wichtigkeit braucht indeß Zeit, um reifen zu können."

Großbritannien.

London, 12. Dez. Der „Globe" führt als bemerkenswerth an, daß schon um Mitte der vorigen Woche (?) in London das Gerücht im Umlauf gewesen sey, es habe ein Attentat gegen das Leben des Königs von Neapel stattgefunden.

London, 13. Dezbr. Im Laufe der verflossenen Session des Parlaments beantragte W. Williams die Ausarbeitung eines Berichtes über Staatseinnahmen und Ausgaben der Finanzjahre 1855 und 1856. Diese Arbeit ist jetzt fertig und der Oeffentlichkeit übergeben worden. Ihr zufolge beliefen sich die Ausgaben während des mit dem 30. März 1855 abgelaufenen Finanzjahres auf 70,236,817 Pfd. St. (1 Pfd. = 12 fl.), in dem darauf folgenden Jahre hingegen auf 93,149,130 Pfd. St. Die letzterwähnte ungeheure Summe erinnert an die Zeiten zu Ende des Krieges gegen den ersten Napoleon. Allein es ist bei einem Vergleiche nicht außer Acht zu lassen, daß England jetzt an Zinsen für die Nationalschuld jährlich über 28 Mill. Pf. Sterl. bezahlt, und daß die Einwohnerzahl sich seit 1815 beinahe verdoppelt hat. Die durch den letzten Krieg verursachten Kosten sind mithin verhältnißmäßig nicht so groß, wie es auf den ersten Blick erscheinen könnte. Die Einkünfte des Jahres 1855 betrugen 64,091,571 Pf. St., und des folgenden Jahres 70,552,145 Pfd. St., wonach sich für jenes Jahr ein Defizit von 6,145,246 Pfd. Sterl. und für dieses nicht weniger als 22,597,165 Pfd. St. herausstellt. In den beiden Jahren zusammengenommen überstiegen also die Ausgaben die Einkünfte um fast 29,000,000 Pfd. St. Im Jahr 1855 wurden für das Heer 8,380,882 Pfd. St. und im folgenden Jahre 17,395,059 Pfd. St., also mehr als das Doppelte dieser Summe verausgabt; die Flotte kostete im ersterwähnten Jahre 14,490,105 Pf. Sterl. und 1856 19,654,585 Pfd. St. Rechnet man dazu noch die für das Feldzeugamt verausgabten Gelder, so erhält man für die Gesammtstreitkräfte während des Jahres 1856 die Summe von 47,461,188 Pf. St. Vergleicht man mit diesen ungeheuren Ausgaben für das Heerwesen gewisse Ausgaben zu friedlichen Zwecken, so nehmen sich letztere recht winzig aus. So beliefen sich die im letzten Jahre zu Unterrichtszwecken verwandten Gelder in England auf 323,500 Pfd. Sterl. und in Irland auf 157,073 Pfd. St. Eben so viel Geld wie die ersterwähnte Summe ward zu Sebastopol in ein paar Tagen verschossen und für die Summe, mit der sich das Unterrichtswesen in Irland begnügen muß, läßt sich kaum ein Liniendampfer bauen.

Frankreich.

Paris, 12. Dezbr. Wir können die Absetzung und resp. Versetzung von etwa vierzig Unterpräfekten als nahe bevorstehend ankündigen. Ueberflüssig ist es, zu zeigen, daß diese Veränderungen im Hinblick auf die Wahlen geschehen. (Schw. M.)

Paris, 13. Dez. Die Finanzmächte liegen wieder mehr als je im Hader. Rothschild gegen Pereire, dieser gegen Rothschild und die Bank, und alle gegen das spanische, von Mirès gemachte Anlehen. Mirès hat allen großen Bankhäusern eine sehr vortheilhafte Betheiligung an der Operation freigestellt. Aber sie wollen eben alle nicht, daß die Operation von Mirès gemacht wird, und glauben ihn durch ihre Nichtbetheiligung in Verlegenheit und Schaden zu bringen. Bisher haben noch alle über-pyrenäischen Geschäfte der französischen Faiseurs Skandal in Madrid und Paris hervorgebracht. (A. Z.)

Spanien

Madrid, 8 Dezbr. Nach der „Epoca" sind jetzt an den Thüren der Zeitungs-Druckereien Gendarmen aufgestellt, um die Ausgabe von Journalen vor der Genehmigung des Ministerium zu verhindern.

Madrid, 9. Dezbr. Schon vor mehreren Wochen habe ich Ihnen, das Verhältniß Spaniens zu Rom aus einander setzend, die Nachricht mitgetheilt, daß sich der heilige Stuhl mit dem, was in der Desamortisations-Angelegenheit geschehen, noch nicht zufrieden geben werde. Ich habe auch von einer Geldentschädigung für den spanischen Klerus gesprochen, in der man höheren Orts die Lösung des Streites zu erblicken glaubte. Diese Angaben werden auch durch eine Depesche des

Herrn Ormachea an das Ministerium des Aeußern bestätigt. Laut einer mir zugehenden glaubwürdigen Mittheilung spricht der Abgesandte in der Depesche von unvorhergesehenen Schwierigkeiten, auf die er bei der päpstlichen Regierung gestoßen. Der Gesandte weiß die Sache nicht anders zu erklären, als daß man im Vatikan auf Nachrichten aus Spanien hin der Ueberzeugung ist, daß dem Kabinet Narvaez bald ein anderes folgen werde, das den Interessen der Kirche mehr Rechnung tragen und die Bestimmungen im Konkordate mehr berücksichtigen werde, und daß man auf diesen Eintritt günstigerer Verhältnisse für den Klerus zu warten gesonnen ist. (K. Z.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

Skutari in Albanien, 2. Dez. Heute wurden 12 Personen gefesselt von Podgoriza hier eingebracht, die es gewagt, zum Hohne des publizirten Waffenverbotes sich öffentlich mit Waffen versehen zu zeigen. Unter den Gefangenen gehören 5 zu den ältesten und reichsten Türken jener Stadt. Man fürchtet Volksaufstände, wenn die Maßregel der Entwaffnung auf das Dorf- und Gebirgsgebiet Albaniens ausgedehnt werden wird. Die hiesigen alten Türken möchten vor Zorn vergehen, wenn einer der fremden Konsuln in Begleitung zweier Schutzmänner die Straßen durchschreitet, und diese die Türken auffordern, Platz zu machen. Irgend eine Ruhestörung liegt im Bereiche der Möglichkeit. (Fr. Journ.)

Amerika.

New-York, 27. Nov. Eine telegraphische Depesche aus Columbia in Süd-Carolina meldet: „Die Legislatur unseres Staates versammelte sich am Montag. Der Gouverneur erklärt in seiner Botschaft, er betrachte die neuliche Präsidentenwahl als keinen bloßen Waffenstillstand zwischen dem Norden und dem Süden. Außerdem befürwortet er die Wiederherstellung des Sklavenhandels und meint, es sey wünschenswerth, wenn alle Arbeit von Sklaven verrichtet werde."

Asien.

Das „Journal de Const." vom 4. Dez. meldet nun ebenfalls die Einnahme Herats als Thatsache. Dieses Ergebniß wurde in Teheran durch 110 Kanonenschüsse verkündet und ein Kurier sogleich nach Konstantinopel entsendet.

Nichtpolitische Zeitung.

Wien, 11. Dezbr. Die polizeiliche Untersuchung gegen einige hier durchreisende Franzosen, deren ich neulich erwähnte, war veranlaßt durch die Aussage eines bei der französischen Nordbahngesellschaft in Paris angestellten Beamten, daß diese Individuen mit den berüchtigten Nordbahndieben Grellet und Carpentier in verdächtigem Verkehr gestanden seyen. Einige von der Pariser Polizei in Beschlag genommene Briefe und Papiere schienen obige Verdachtsgründe zu bekräftigen. Sorgfältige Nachforschungen ergaben jedoch, daß dieselben frei von jeder Schuld sind. (A. Z.)

* In Lyon richtete in der Nacht des 10. Dezember ein heftiger Sturm argen Schaden an.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 16. Dezbr. Mit Ausnahme von spanischen Fonds, für welche höhere Course bezahlt wurden, waren sämmtliche Effekten flauer und erlitten besonders österreich. Credit-, Staatsbahn-, Mitteldeutsche Credit- u. Darmstädter Bankaktien beider Gattungen einen empfindlichen Rückgang. Der Umsatz im Allgemeinen war ziemlich lebhaft.

Providentia wurde zu 105¼ umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78 1/8 P. 77 7/8 G. 5pCt Lombard-Ven. 89 1/2 P. 89 G. Metall. alte à 5pCt. 77P. 76 1/4 G.; à 5pCt. in Silberb. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 67 1/2 P. 67G.; à 4pCt. 60 P. 59 1/2 G.; à 3pCt. 46 1/2 P 46 G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 1/8 P. —— G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 84 1/2 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G.; 4pCt. 95P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95P. 94 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/2 P. 101 G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 92 1/8 P. 91 5/8 G.; 4 1/2 pCt. 103 1/4 P. 102 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 1/2 P. 91G.; à 4pCt. 99 1/4 P. 98 3/4 G.; 4 1/2 pC. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 3/4 P. 82 1/4 G.; à 3 1/2 pCt. 91P. 90 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 1/4 P. 37G.; 1 1/4 pCt. neue 23 11/16 P. 23 9/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1151P. 1119G. Neue Bankaktien 290P. 285 G. Credit-Actien à 5pCt 207P 205 G. Darmstädter Bankaktien alte 358 P. 356 G.; junge 318 P. 316 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 500 P. 495 G. Mitteldeutsche Creditbank 95 3/4 P. 95 1/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 99 1/2 P. — G. Frankf. Bankaktien 111 3/4 P. 111 1/4 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 515 P. 510 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 575 P. 570 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 288 P. 286 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 144 P. 143 1/2 G. Neustadt-Weissenb. 104 1/2 P. 103 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100 7/8 P. 100 3/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 356 P. 354 G. Hanauer Eisenb.-Aktien — P. 75 1/2 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 3/4 P. 78 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 3/4 P. 92 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 117 1/4 P. —— G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102 3/8 P. 101 7/8 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 116 1/4 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 1/4 P. 48 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 3/4 P. 117 1/4 G. à fl. 25 35 3/4 P. 35 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 3/4 P. 38 1/4 G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/4 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S 101P. 100 3/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 3/4 P. 117 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S. —— P. 119 3/4 G	Mail. i. S. Lr. 250k. S 99 5/4 P —— G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. —— G.	Paris Frs. 200 k. S 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Coln Thlr. 60 k. S. 105 P. —— G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96 3/4 P. —— G.	Wien fl. 100 C. k. S. 112 P. 111 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 3/4 P. —— G.	Wien 3 M. mit 5% 111 3/4 P. 111 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60k. S. 105P. —— G.	Disconto — P. 4 1/2 pCt. G

Neueste Nachrichten.

Wien, 15. Dezbr. Aus Neapel telegraphirt man vom 14. d. Abends: „Der König ist nur am Schenkel leicht verwundet; sein Zustand flößt keine Besorgnisse ein. Ueberall herrscht ungestörte Ruhe." (T. D. d. Allg. Ztg.)

London, 15. Dezbr. Die amerikanische Präsidentenbotschaft ist angelangt. Sie verdammt innere Spaltungen, ist nach auswärts gemäßigt, bezeichnet die Differenzen mit England als erledigt, und erwähnt bezüglich des Sundzolls, daß die Zahlung desselben bis zum Juni 1857 unter Amerikas Protest gegen dessen Rechtsbeständigkeit einstweilen fortdaure. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: V. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 351. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 45 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Donnerstag, 18. Dezember 1856

Deutscher Bund.

Berlin, 14. Dezbr. Es ist bekannt, daß der Vorstand des deutschen evangelischen Kirchentags in Lübeck vor wenigen Monaten den Vorschlag vor die Versammlung brachte, daß der Kirchentag für das Jahr 1857 ausfallen möge, und es wurde seitdem diese Sache für ausgemacht angesehen. Herr v. Bethmann-Hollweg lud die Vorstandsmitglieder des Kirchentags vorgestern zu einer Konferenz zu sich (er verweilt im Winter hier), und da wurde beschlossen, daß der Kirchentag im nächsten Jahr gehalten werde. Derselbe wird auf Grund erhaltener Einladung in Stuttgart, und zwar im September, zusammentreten. (Schw. M.)

Bayern. München, 16. Dez. In der 2. öffentlichen Sitzung des Landraths für Oberbayern kam zur Berathung ein Antrag, die Mahl- und Mühlordnung betr., ein Gegenstand, womit sich auch schon die beiden Kammern des Landtages beschäftigt haben. Der Ausschuß schlug vor, an die Kreisregierung die Bitte zu richten, dahin zu wirken, daß eine Revision der Mahl- und Mühlordnung, die sowohl im Interesse der Landwirthschaft, als der betreffenden Gewerbe selbst ein dringendes Bedürfniß sey, vorbereitet und in's Leben gesetzt werden möchte. Hr. Prof. Pözl bemerkte hier, daß der größte Theil der neueren Bestimmungen dem Verordnungsgebiet anheimfallen müßte. Hr. Regierungsrath v. Branka fügte bei, daß die Regierung die hohe Wichtigkeit dieses Gegenstandes durchaus nicht verkannt habe. Es seyen auch schon vielfache Erhebungen gepflogen worden, die aber immer an dem Umstande scheiterten, daß eine allgemeine Mühlordnung für alle Kreise und Bezirke rein unmöglich ist, weil die Interessen allzu verschieden sind. In einzelnen Kreisen, namentlich in Franken, habe man sogar schon Bestimmungen erlassen, die sich aber auch als ganz zwecklos erwiesen. Nur wenn die Kunstmühlen sich mehr verbreiten, werden die Klagen über diesen Gegenstand sich mindern. (B. Ldbtn.)

München, 15. Dezbr. Die aus der „Triester Ztg." in andere Blätter übergegangene Nachricht, es werde Herzog Karl Theodor in Bayern als Hauptmann in die österr. Kriegsmarine treten, wird mir als eine unbegründete bezeichnet. (Es wird dieses Gerücht auf einer Verwechslung mit dem Herzog Nikolaus v. Württemberg beruhen, welcher Schiffslieutenant geworden und das Kommando eines Quersegelschiffs erhalten hat.) — Die 7 Gulden-Loose des neuen Ansbach-Gunzenhauser Lotterie-Anlehens finden auch hier sehr großen Anklang. Das Komptoir des Handlungshauses Hermann Marx, das den Verkauf dieser Loose hier ausgeschrieben hat, ist fortwährend mit Käufern gefüllt. Von vielen Seiten werden solche Loose zu Weihnachtsgeschenken 2c. gekauft; dieselben werden hier bereits mit 8 fl. bezahlt, und die Käufer erhalten, da die Loose selbst erst im nächsten Monat ausgegeben werden, einstweilen Bons eingehändigt. Da das ganze Lotterie-Anlehen nur 1,750,000 fl. beträgt, so dürften, bei dem großen Anklang, den dasselbe findet, sich vielleicht sämmtliche Loose, noch bevor sie eigentlich erscheinen, nicht mehr in erster oder zweiter Hand befinden. (A. Z.)

München, 1. Dezbr. In den nächsten Tagen soll die Lieferung einer großen Anzahl Eisenbahnschienen für die Ostbahnen erfolgen, da zwei Strecken dieser Bahnen, jene von München nach Freising und von Nürnberg nach Hersbruck im August des künftigen Jahres schon dem Verkehre übergeben werden sollen. (B. Ldbtn.)

München, 16. Dezbr. Se. Maj. der König haben dem apostol. Nuntius, Erzbischof von Tarsus, Antonio Saverio de Luca, das Großkreuz des kgl Verdienstordens der bayer. Krone und dem Mainzer Domkapitular zu Darmstadt, Dr. Joh. Bapt. Lüft, das Ritterkreuz 1. Klasse des k. Verdienstordens vom heil. Michael verliehen (N. M. Z.)

Preußen. Berlin, 13. Dez. Es ist jetzt feststehend anzunehmen, daß in der gegenwärtigen Sitzungsperiode Gesetzentwürfe in Betreff einer Erhöhung der Beamtengehalte, sowie in Betreff der Besteuerung des Eisenbahnbetriebs beim Landtage nicht zur Vorlage kommen werden. (A. Z.)

Sachsen. Das Ministerium des Innern hat die Verbreitung des 1. bis 11. Hefts der „Ersatzblätter für den 17. Band von Meyer's Universum", „wegen der in dem Text dieser Hefte vielfältig ausgesprochenen destruktiven und aufreizenden Tendenzen" für den Umfang des Königreichs Sachsen verboten. (D. A. Z.)

Kamenz, 14. Dez. Nächstens wird hier ein interessanter Prozeß verhandelt werden. Mehre Bürger der Stadt Königsbrück stehen nämlich unter der Anklage: „das Heckerlied öffentlich gesungen zu haben" (D.A.Z.)

Baden. Karlsruhe, 15. Dezbr. Nach der „Bad. Ldsztg." ist der seitherige Regierungsrath Freiherr v. Uria in Mannheim zum Legationsrath im Ministerium des großherzogl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden.

Kurhessen. Kassel, 12. Dez. Eine namhafte Zahl hiesiger Bürger hatte unter dem Ministerium Hassenpflug ihre politische Gesinnung mit Konzessionsentziehung büßen müssen, unter diesen auch der schon aus den dreißiger Jahren bekannte Liqueurfabrikant Karl Herbold. Derselbe hatte sich dabei jedoch nicht beruhigt, sondern durch Zeugenbeweis dargethan, daß er niemals auf revolutionärem, sondern stets auf gesetzlichem Boden gestanden habe. Der damalige Polizeidirektor Hr. v. Stiernberg hatte unter dem Gewichte dieser Beweise, entgegen dem Regierungsbeschluß, die erforderliche Legalisation nachträglich ertheilt, diese war aber von dem (inmittelst nach Fulda versetzten) Regierungsdirektor Wachs wieder zurückgezogen worden, und zwar unter der Verurtheilung des Hrn. v. Stiernberg in eine Ordnungsstrafe von 10 Thalern. In den letzten Tagen ist nun in Folge Ministerialverfügung die Konzession des Herrn Herbold nicht bloß legalisirt, es ist auch die Ordnungsstrafe gegen Herrn v. Stiernberg, die, wenn wir nicht irren, die nächste Veranlassung zu dessen Versetzung gegeben hat, zurückgenommen worden — ein Beweis, daß man in solchen Fragen von der Praxis des Hrn. Hassenpflug entschieden sich abwendet. (Z. f. Ndd.)

§ **Oesterreich.** Wien, 15. Dezbr. (Privat-Korresp.) Die griechische Frage wird auf den Pariser Konferenzen nicht zur Sprache gebracht werden, doch finden hier bereits seit längerer Zeit Verhandlungen im diplomatischen Wege statt. England hat sich auch in dieser Frage der österreichischen Anschauung genähert. Gewiß ist es, daß sich das diesseitige Kabinet mit dem Kabinete von St. James dahin verständigt hat, daß bei den Schluß-Verhandlungen über die griechische Frage das von dem griechischen Finanzministerium ausgearbeitete Memorandum, welches bekanntlich allen Großmächten zugesendet wurde, genau berücksichtiget werden soll. — In der Neuenburger Angelegenheit sind vorgestern Depeschen aus Berlin eingetroffen, welche die Situation als eine sehr ernste bezeichnen. — Die von mehreren auswärtigen Blättern gemachten Angaben über die nahe bevorstehende Ankunft des Kaisers in Wien entbehrt jeder Begründung. Es ist bis jetzt in dem ursprünglichen Reiseprogramme der Allerhöchsten Herrschaften durchaus keine Veränderung eingetreten. — Die Verhandlungen der Münzkonferenz nehmen einen günstigen Fortgang und dürften dem Vernehmen nach ziemlich bald zum Abschlusse gelangen. — Der Depeschenwechsel zwischen dem diesseitigen Kabinete und den Regierungen von England und Frankreich ist in den letzten Tagen wieder ein lebhafter geworden, und wird hinlänglich durch die bevorstehende Eröffnung der Pariser Nach-Konferenzen erklärt.

Wien, 12. Dezbr. Die heute hier nach dem „Moniteur" publizirte telegraphische Depesche, „daß der König von Neapel nur leicht verwundet worden sey", hat um so allgemeineres Erstaunen erregt, als doch bekanntlich die erste, gleichfalls über

Paris hierher gelangte offizielle Nachricht über den Mordversuch an dem Könige Ferdinand nicht einmal dessen Uniform beschädigt wissen wollte. Es ist somit kein Wunder, daß dieses „nur leichte Verletztseyn" jetzt sehr wenige Gläubige findet und der Befürchtung Raum gegeben wird, daß die Folgen dieses Attentats vielleicht noch gefährlichere seyn dürften, als man darüber öffentlich einzugestehen für nothwendig erachtet. Mit großer Spannung werden daher im Publikum direkte Briefe aus Neapel erwartet. Ueber die Motive, welche den Thäter zu seinem Verbrechen antreiben konnten, hat bis zur Stunde hier nicht das Mindeste verlautet. Am meisten Entsetzen hat aber dasselbe in hiesigen militärischen Kreisen hervorgerufen, in welchen das Attentat unter den bis jetzt darüber bekannt gewordenen Umständen als ein in den Annalen aller Armeen des Kontinents noch nie dagewesenes bezeichnet wird. (K. Z.)

Auf den österreichischen Universitäten sind durch eine neueste Anordnung die Frühjahrsferien und der Beginn des Sommersemesters auf eine von allen deutschen Universitäten völlig abweichende Weise bestimmt. Darnach soll nämlich das Wintersemesters mit dem 14. Febr. schließen, das Sommersemester mit dem 5. März beginnen, wornach die die Inskriptionszeit für das zweite Semester am 19. März abläuft, das ist früher als an andern Universitäten das Wintersemester endigt. (Allg. Ztg.)

Eine offiziöse Wiener Korrespondenz der „Frankf. Postz." gesteht zu, daß ein Theil der lombardischen Adelsgeschlechter noch immer nicht gesonnen sey, aus seiner zurückhaltenden Stellung herauszutreten und sich dem Kaiserhause mit aufrichtiger Ergebenheit anzuschließen.

Unter individuellen Gnadenakten, welche der Kaiser während seines Aufenthaltes in Venedig gewährte, heben mehrere Blätter die einem früheren Marineoffizier T. zu Theil gewordene Milde hervor. Während der Revolution kompromittirt und seiner Stellung verlustig, war T. in die drückendste Lage gekommen. Er warf sich Sr. M. während eines Spaziergangs zu Füßen und bat um die Bewilligung einer Audienz, um seine Lage schildern und die kaiserl. Gnade anrufen zu dürfen. Die Bitte wurde gewährt und Se. Maj. geruhten, dem Unglücklichen ein namhaftes Gnadengehalt zu bestimmen. (Fr. Pstz.)

Schweiz.

Bern, 13. Dezbr. Die jüngst vorgenommene Kasernirung der eidgenössischen Truppen in Neuenburg geschah nicht weniger im Interesse der Einwohner, als der Truppen selbst, welche man es auf jede Weise fühlen ließ, daß man ihrer herzlich müde sey. Doch wurde der Unterhalt in keiner Weise geschmälert und den Wein finden die Soldaten noch immer köstlich. Ohne Zweifel wird um Neujahr eine nochmalige Ablösung durch Waadtländer stattfinden. (Schw. M.)

Bern, 16. Dezbr. Die Anklagekammer des Bundesgerichts versetzte 66 Neuenburger in Anklagezustand, wovon 11 flüchtig; gegen 14 weitere Vorbehalte. Gegen zwei wurde das Verfahren eingestellt. Allerlei Gerüchte über Befreiungsversuche der Gefangenen. (T. D. d. Schw. M.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 8. Dez. Vorgestern gelangte der Regierungsentwurf über die Anlegung der Staatseisenbahnen in den Plenis aller 4 Stände des Reichsrathes zur Berathung. Die Debatte war sehr lebhaft, endigte aber überall damit, daß die Regierungsvorlage an den Staatsausschuß zur Begutachtung überwiesen wurde. Bei dem projektirten Eisenbahnbau sollen 10,000 Menschen, worunter 5000 Mann von der Landwehr — indelta arméen — verwendet werden und der ganze Bau in 13 Jahren vollendet seyn. In der königl. Proposition werden folgende Linien als Stammbahnen vorgeschlagen: „1) Die westliche Stammbahn von Stockholm nach Gothenburg, 43¼ Meilen, veranschlagt auf 34,850,000 Thlr. R.-M. Zu diesem Anschlage kommen noch die Kosten der Vereinigung der nördlichen und westlichen Stammbahnen in Stockholm, berechnet zu 3 000,000 Thlr., und die Anlagekosten der Reparatur-Werkstätten in Stockholm mit 400,000 Thlr. 2) Die nordwestliche Stammbahn zweigt von der westlichen Stammbahn in der Nähe von Porla ab, und geht zur Reichsgränze bei Magnor, 19¼ Meilen, veranschlagt auf 15,200,000 Thlr. 3) Die südliche Stammbahn zweigt von der westlichen Stammbahn bei Falköping ab und geht mit einer Zweigbahn über Götaström nach Jönköping, und über Aggbäl und Lund nach Malmö, 31½ M., veranschlagt auf 20,400,000 Thlr. 4) Die östliche Stammbahn zweigt von der westlichen Stammbahn bei Kathrineholm ab und geht nach Götaström an der südlichen Stammlinie, mit Zweigbahn von Tenbält nach Jönköping, 25 Meilen, veranschlagt auf 17,600,000 Thlr. 5) Die nördliche Stammbahn von Stockholm über Upsala nach Sala, 11¾ Meilen, veranschlagt auf 8.650,000 Thaler. 6) Die Verbindungsbahn zwischen Orebro und Askersuud, 5 Meilen, 3,250,000 Thlr. Im Ganzen 135¾ Meilen, veranschlagt zu 103,350,000 Thlr. Reichs-Münze.

Großbritannien.

Die „Resolute", das im Polarreise von der Mannschaft verlassene, und dann von amerikanischen Wallfischfahrern geborgene Schiff, welches von der Unionsregierung aufgekauft wurde, um es der britischen zum Geschenk zu machen, ist auf der Rhede von Portsmouth angelangt.

Die „United Service Gazette" sagt: „Wir hören, daß Oberstlieutenant Jakob von der Bombay-Artillerie, der Erfinder der Büchsenbombe, in diesem Augenblick mit einer kleinen Streitmacht auf dem Marsch durch Scinde ist, um den Afghanen gegen die Perser beizustehen."

Frankreich.

Paris, 14. Dezbr. Die Verwaltung für öffentlichen Beistand hat glückliche Versuche gemacht, billigeres Brod herzustellen. Es ist ihr gelungen, für 32 bis 35 Centimen (statt 46 bis 50 Centimen) Brod zu backen, das nicht ganz so weiß von Farbe, aber eben so nahrhaft ist, als das Brod erster Klasse. — Hr. d'Agioul, der bekannte Günstling des Königs von Neapel, ist in Paris angekommen. Derselbe verließ Neapel am 10. Dezbr. Angeblich hat dessen Anwesenheit in Paris nur Bezug auf Eisenbahnangelegenheiten. (K. Z.)

Paris, 15. Dez. Jetzt ist es definitiv bestimmt, daß alle Mächte mit Ausnahme Frankreichs, das von dem Grafen Walewski repräsentirt wird, die zweiten Bevollmächtigten des ersten Kongresses zur nächsten Konferenz senden. Für die Türkei wird Mehemet Djemil Bey, für Sardinien der Marquis Villamarina und für Rußland der Baron von Brunnow denselben beiwohnen, Oesterreich durch Baron Hübner, Preußen durch Graf von Hatzfeld, England durch Lord Cowley. Rußland soll noch das Ansuchen gestellt haben, daß man ihrem außerordentlichen Botschafter, Grafen v. Kisseleff, gestatten möge, den Sitzungen beizuwohnen, jedoch ohne das Recht, mitzuberathen und mitzustimmen, weil dieser Diplomat, wenn man ihn von denselben ausschlösse, sich in einer ganz eigenthümlichen Stellung in Paris, wo er russischer Gesandter ist, befinden würde. Schwerlich werden aber die andern Mächte diesem Ansuchen entsprechen, indem sie auch nur Einen Repräsentanten zur Konferenz senden. Auch kann sich Rußland nicht auf einen derartigen früheren Vorgang berufen. Dieses Ansuchen ist übrigens eine bloße Etikettenfrage, und Niemand in der hiesigen offiziellen Welt glaubt, daß dadurch auch nur die geringste Schwierigkeit entstehen werde. (Fr. Pstz.)

* Paris, 15. Dez. Obgleich die nun erfolgte Kriegserklärung Englands an Persien eine seit lange erwartete gewesen ist, so hat dieselbe doch große Sensation in politischen Kreisen hier hervorgerufen. Die Depeschen melden, daß die letzte Division der Flotte Bombay am 13. verlassen haben und daß ein Expeditionskorps von 5000 Mann die Insel von Karrack und die Stadt Buschir (im persischen Meerbusen gelegen) besetzen sollte. Man fürchtet, daß dieser Schritt Englands, nach den aus dem Oriente über die Haltung Rußlands uns zugekommenen Nachrichten zu urtheilen, eine neue Complikation in den Verhältnissen der beiden Mächte herbeiführen dürfte. Von gewisser Seite her wird allerdings behauptet, daß Rußland Persien keinen bewaffneten Beistand leisten werde.

Durch kaiserliches Dekret vom 14. d. sind ernannt: Herr Troplong zum Präsidenten des Senates für 1857; Hr. Mesnard zum ersten Vizepräsidenten, Marschall Graf Baraguay d'Hilliers, General Regnauld de St. Jean d'Angely und Marschall Pelissier, Herzog von Malakoff, zu Vizepräsidenten des Senates für den nämlichen Zeitabschnitt. Ein zweites kaiserl. Dekret ernennt den Grafen Morny zum Präsidenten des gesetzgebenden Körpers für 1857, die HH. Schneider und Reveil zu Vizepräsidenten und den General Vast-Vimeux und Herrn Hebert zu Quästoren des gesetzgebenden Körpers für die gleiche Periode.

Spanien.

† Madrid, 12. Dezbr. Nichts Neues. Die ministerielle Einigkeit dauert im Angesichte der Gefahr fort, doch behaupten die politischen Propheten, daß, wenn diese einmal vorüber, der alte Zwiespalt sich wieder einstellen und das am wenigsten parlamentarische und nichtkonstitutionelle Element die Oberhand behalten werde. Der Hof scheint sehr ruhig und thut, als sehe er die Vorbereitungen zur Vereinigung der Cortes mit Vergnügen. Man hüte sich, diesem Scheine zu trauen. Die Cortes werden sich nicht vor dem Sommer versammeln. Rom verlangt fortwährend Bürgschaften, ehe es sich auf eine Ausgleichung einlassen will. Die Angelegenheiten der Geistlichkeit haben auch noch keine Lösung gefunden. Die Gemäßigten sind sehr unzu-

frieden mit der Einmischung des Kaisers Napoleon in die Angelegenheiten Spaniens, wie sie das nennen, und stützen ihre Unzufriedenheit auf gewisse Konferenzen des Hrn. v. Turgot mit unserem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, bei welchen der französische Botschafter den Wunsch ausgesprochen haben soll, daß die Verfassung respektirt werde. Ist diese Unzufriedenheit nicht ein Beweis, daß man Lust hätte, die Verfassung nicht zu achten? — Man spricht von einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kriegsminister und dem Minister der Finanzen, weil Ersterer wünscht, daß die Bürgergarde einen Theil der Armee ausmache. Letzterer widersetzt sich diesem Vorhaben, um das allgemeine Budget nicht zu sehr zu belasten. Ich fürchte, daß die untergrabende Bewegung der Verschwörer ihren Weg geht, und ich glaube, daß Katalonien derselben als Mittelpunkt dient.

Italien.

Venedig, 10. Dezbr. Vergangenen Sonntag (7.) bot unsere Stadt wieder ein äußerst belebtes Bild; es war nämlich zu Ehren der k. k. Majestäten eine große Regatta, seit 1847 wieder die erste und gewiß die glänzendste dieses Jahrhunderts. Von fast warmem Sonnenschein begünstigt, begann Schlag Ein Uhr Nachmittags die Wettfahrt der neun von je zwei der stärksten und geschicktesten Ruderer regierten Gondeln, bei den öffentlichen Gärten, die Riva dei Schiavoni und die Piazetta entlang, durch den großen Kanal und dann zurück bis zum Palaste Balbi, in welchem Ihre Majestäten sich befanden und vor dem die vier Preise, bestehend in 250 bis 100 Lire abwärts, ausgetheilt wurden. Nicht nur war der Kanal, selbst mit einer großen Menge phantastisch aufgeputzter Fahrzeuge aller Art förmlich bedeckt, sondern auch die mit reichen Seidenstoffen und bunten Teppichen behängten Paläste und die Uferpläze des Kanals, so wie die große eiserne und die Rialto-Brücke mit einer unzähligen Menschenmenge besetzt. Als nun nach der Preisaustheilung die Staatsbarke mit Ihren Majestäten und gefolgt von zahllosen Barken und Pissunis den Kanal hinab und wieder zurück fuhr, da brach die Menge überall, wo sich die kaiserliche Barke sehen ließ, in ein donnerndes Evviva aus, und aus allen Fenstern flatterten die weißen Taschentücher der schönen Venetianerinnen. Das Fest dauerte bis nach vier Uhr, und Abends war der mit immer auf- und abwogender Menschenmenge bedeckte Markusplatz wieder mit den neuerrichteten Kadelabern prächtig und taghell beleuchtet. Montag Abends neun Uhr fuhren Ihre k. k. Majestäten mit zahlreichem Gefolge nach Pola, wo Se. Maj. den Grundstein des dortigen großen Arsenals legte, und sind heute Vormittag von dort zurückgekehrt, in Begleitung JJ. kk. Hoheiten der Erzherzoge Max Ferdinand und Leopold, welche von Triest nach Pola kamen, aber heute wieder nach Wien weiterreisen; der Erzherzog Max Ferdinand wird von dort aus seine hohe Braut in Brüssel besuchen. Ihre Majestäten werden, wie bestimmt versichert wird, ihren Aufenthalt hier bis zum 27. ausdehnen und dann über Padua, Vicenza und Verona sich nach Mailand begeben, wo sie am 8. Januar eintreffen und von dort aus einen kurzen Besuch am Hofe von Florenz machen würden. (K. Z.)

* Eine Korrespondenz des „Constitutionnel" aus Turin, 11. Dezbr., berichtet über die Stellung, welche Sardinien bei den nächsten Konferenzen einnehmen wird. Der Berichterstatter gibt zu, daß diese Frage sehr schwieriger Natur ist, und will auch keineswegs seine Ansichten als unbedingt richtig hinstellen. Der Ministerrath, sagt er, hat sich zu verschiedenen Malen mit den Eventualitäten dieses Kongresses beschäftigt und, wie es scheint, befindet er sich in ziemlicher Verlegenheit. Die erste Ursache dieser Verlegenheiten ist ohne Zweifel die Art von Gemeinschaft der Interessen zwischen England und Oesterreich, so daß das Turiner Kabinet, dessen Politik immer war, sich der einen Macht ebenso sehr zu nähern, als es sich von der andern entfernte, sich auf den Pariser Konferenzen auf einem gefährlichen Terrain befinden wird. Diesen Schwierigkeiten muß man den kurzen Aufenthalt des Hrn. v. Villamarina in Turin zuschreiben; derselbe war von Paris herberufen, um wegen der Möglichkeit einer entschiedenen Annäherung zur französischen Politik, wodurch man die, wenn auch nur indirekte Annäherung zu Oesterreich vermeiden wollte, um Rath befragt zu werden. Allein diese Konferenz hatte gar kein Resultat. Man fürchtete die Folgen irgend einer Entzweiung mit England, und man hat nicht gewagt, vor das Parlament, wo das linke Centrum dem Ministerium die Majorität gibt, mit einem politischen Programm zu treten, das eine Art Genugthuung der konservativen Partei geben würde, deren Losungswort in der auswärtigen Politik die Nothwendigkeit einer entente cordiale mit Frankreich ist. Nun kam man mit größerer Wärme zu England zurück, um sein letztes Wort in Betreff aller Fragen kennen zu lernen, um zu wissen, ob es wirklich die Absicht habe, Oesterreich in der Donaufürstenthümerfrage zu unterstützen rc. Die Antwort Englands soll sehr wohlwollend gewesen seyn; denn indem es die Gründe aus einander setzte, weßhalb es diese Politik verfolge, hat es, wie man sagt, Sardinien eingeladen, unbesorgt am Kongreß Theil zu nehmen, wo Niemand die Ansprüche, die ein früherer Alliirter auf einen guten Empfang hat, vergessen würde, und wo man sich gewiß hüten würde, die italienische Macht in irgend Etwas zu verletzen. Nichts desto weniger bleibt Sardinien nur die Alternative, sich in einigen Punkten an Oesterreich anzuschließen, oder sich von England loszumachen. Es scheint indessen, daß das Kabinet seinen Entschluß gefaßt hat, sich lieber Oesterreich zu nähern, als sich von England zu entfernen. — Mittlerweile taucht eine neue Schwierigkeit auf; da der Kaiser von Oesterreich alle Sequester aufgehoben hat, so muß Sardinien daran denken, seine diplomatischen Beziehungen mit Oesterreich wieder anzuknüpfen; das trifft aber gerade mit der Anwesenheit des Kaisers in der Lombardei zusammen. Erinnert man sich aber des allgemeinen Sturms, den das bloße Gerücht von der Absendung eines Gesandten zur Begrüßung des Kaisers in Mailand hervorrief, so wird man begreifen, daß die Stellung der Regierung eine sehr delikate ist.

* Die Korrespondenzen des „Nord" bestätigen von allen Seiten, daß das Turiner Kabinet sich in den östlichen Streitfragen für die englische Auslegung des Pariser Friedens ausgesprochen hat, während Frankreich früher geglaubt hatte, auf Sardinien zählen zu können. Man sieht, Sardinien hofft von England mehr für seine geheimen Wünsche.

* Man berichtet aus Nizza: „Die Kaiserin, welche vor einigen Tagen nach Villafranca gegangen war, um die dort stationirende russische Fregatte zu besichtigen, wünschte sich über den Golf zur See nach der Halbinsel St. Jean zu begeben. Sie schiffte sich sohin in Begleitung ihrer Damen und der Offiziere der Fregatte auf einem Boote ein. Kaum war man jedoch in der Mitte des Meerbusens angekommen, als sich ein ziemlich heftiger Wind erhob und die Wellen fingen an, nicht nur das leichte Fahrzeug über Gebühr zu schaukeln, sondern auch die Reisenden tüchtig zu bespülen. Die Kaiserin konnte man einigermaßen gegen die Zudringlichkeit der Wogen schützen, aber ihre Damen mußten sich den Regenguß in Gottes Namen gefallen lassen. Als man glücklich am Ziel der Reise angekommen war, verzichtete Ihre Majestät auf ihre Absicht auch zur See wieder zurückzukehren. Der Tragesessel der Kaiserin, sowie die von ihr unzertrennlichen Kosacken waren zur Stelle; als man sich aber in Bewegung setzen wollte, beanspruchten die russischen Offiziere die Ehre, Ihre Majestät tragen zu dürfen. Es ist wohl zu vermuthen, daß die Kaiserin sich eben so gerne mit ihren gewöhnlichen Trägern begnügt hätte, aber sie wollte die galanten Offiziere nicht kränken und willigte ein. Acht derselben nahmen nun die kostbare Last auf und trugen sie im Triumphe nach Villafranca, wo die Equipage Ihrer Majestät geblieben war."

* Die Zouaven, welche auf dem Theater vor Sebastopol spielten, sind in Nizza erwartet, wo sie mehrere Vorstellungen geben werden.

Messina, 2. Dezbr. Das amtliche Blatt von Palermo veröffentlicht ein königliches Reskript für Herstellung elektrischer Telegraphenlinien auf Sizilien. Von Messina, das durch einen unterirdischen Telegraphen mit dem Festlande in Verbindung gebracht wird, werden zwei Linien über die Insel ausgehen, welche alle Hauptorte der Provinzen und die größeren Waffenplätze berühren werden.

Asien.

Die Nachricht von der Einnahme Herats durch die Perser bestätigt sich vollkommen. Die Festung fiel am 26. Sefer (24. Oktbr.), aber nicht in Folge eines Sturmes auf dieselbe. Issa Khan selbst, der Kommandant des Platzes, begab sich, begleitet von den Angesehensten der Stadt, nach dem persischen Lager und überlieferte sich dem persischen Generalissimus Sultan Murad Mirza. Letzterer nahm ihn auf das freundlichste auf und versicherte ihn der Gnade seines Monarchen. Gleichzeitig öffneten sich die Thore und die Belagerer zogen ein. Die strengste Mannszucht wurde gehandhabt, kein einziger Akt der Gewaltthätigkeit wurde verübt. Alle Ortschaften in der Runde von 40 Miglien wurden von persischen Truppen besetzt. Die Behauptung, Herat sey durch Hunger gezwungen worden, sich zu ergeben, wird (und augenscheinlich mit Recht) widersprochen; zu dem Falle dürften wohl die Zerwürfnisse zwischen Issa Khan und dem Sohne Dost Mohamed's, Emir Serdar, das meiste beigetragen haben.

Konstantinopel, 10. Dezbr. Die Russen haben die Circassier verjagt und Sudjuk-Kaleh wiedergenommen. Sie nahmen eine türkische Einschiffungsbrigg weg. Eine persische Proklamation nimmt den Krieg mit England an. Die Eng-

länder haben die Inseln Ormuz und Karak weggenommen. Die Russen stehen am Araxes zusammengezogen.
(T. D. d. Schw. M.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Berlin, 8. Dezbr. Zuckern bei geringem Umsatz sowohl in roher als auch raffinirter Waare etwas billiger. Notirungen: Rohzucker 11 a 13 Thlr., Farine 13 1/4 a 16 1/2 Thlr., Raffinade 18 1/6 a 19 1/2 Thlr., gemahlene 17 2/3 a 18 Thlr., Melis 17 1/4 a 18 Thlr., gemahlene 17 a 17 1/2 Thlr.

Leipzig, 6. Dezbr. Rohzuckern eine Kleinigkeit zu 12 Thlr. gehandelt, raffinirte Zuckern am Schluß der Woche billiger.

Frankfurt, 17. Dezbr. Oesterr. Bank-, Credit- und Staatsbahnaktien 1. Serie, worin lebhafter Umsatz war, erholten sich von ihrem gestrigen Rückgange. Die Börse behauptete eine günstigere Stimmung.

Providentia wurde zu 105 1/4 umgesetzt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78 3/8 P. 78 1/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 89 3/4 P. 89 1/4 G. Metall. alte à 5pCt. 77 1/2 P. 77 G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. 86 1/2 G.; à 4 1/2pCt. 67 1/2 P. 67 G.; à 4pCt. 60 P. 59 1/2 G.; à 3pCt. 46 1/2 P. 46 G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 7/8 P. —— G. **Preussen.** 3 1/2pCt. Staatsschuldscheine 81 1/2 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G.; 4pCt. 95 P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95 1/8 P 94 5/8 G.; 4 1/2pCt. 101 1/2 P. 101 G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. **Württemberg.** 3 1/2pCt. Obligationen b. R. 92 1/8 P. 91 5/8 G.; 4 1/2pCt. 103 1/4 P. 102 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2pCt. 91 1/2 P. 91 G.; à 4pCt. 99 1/4 P. 98 3/4 G.; 4 1/2pC. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 3/4 P. 82 1/4 G.; à 3 1/2pCt. 91 P. 90 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 3/8 P. 37 1/8 G.; 1 1/4pCt. neue 23 3/4 P. 23 5/8 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1167 P. 1162 G. Neue Bankaktien 299 P. 293 G. Credit-Actien à 5pCt 209 P 207 G. Darmstädter Bankaktien alte 359 P. 357 G.; junge 318 1/2 P. 316 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 498 P. 493 G. Mitteldeutsche Creditbank 96 P. 95 1/2 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 99 1/2 P. — G. Frankf. Bankaktien 111 1/4 P. 110 3/4 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 512 P. — G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 579 P. 574 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 291 P. 289 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 144 1/2 P. 144 G. Neustadt-Weissenb. 103 1/4 P. 102 3/4 G. 4 1/2pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100 7/8 P. 100 3/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 354 P. 352 G. Hannuer Eisenb.-Aktien 78 1/2 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 3/4 P. 78 1/4 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 P. 92 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 117 1/4 P. —— G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102 1/8 P. 101 7/8 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 116 1/4 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 1/4 P. 48 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 3/4 P. 117 1/4 G. à fl. 25 35 3/4 P. 35 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 3/4 P. 38 1/4 G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/4 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S 101 P. —— G. Lond. Lst. 10 k. S. 117 3/4 P. 117 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S. —— P. 119 3/4 G. Mail. i. S Lr. 250 k. S. 99 5/8 P —— G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. —— G. Paris Frs. 200 k. S 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. —— G. Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S 96 3/4 P. —— G. Wien ö. 100 C. k. S. 112 P. 111 3/4 G.
Hamb. M B. 100 k. S 88 3/4 P —— G. Wien 3 M. mit 5% 111 3/4 P. 111 1/2 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. —— G. Disconto — P. 4 1/2 pCt. G.

Neueste Nachrichten.

Der handelspolitische Ausschuß des Bundestages hat sich einstimmig für Nürnberg als Sitz der Konferenzen zur Berathung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches ausgesprochen. (N. K.)

Berlin, 16. Dezbr. Die „Preuß. Corr.“ enthält Folgendes: „Bekanntlich ist es seit längerer Zeit schon im Werke, mit der Berathung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs vorzugehen. Von preußischer Seite sind dazu erforderliche Vorarbeiten gemacht und der betreffende Entwurf ist, wie wir hören, der Vollendung nahe. Allgemein nahm man an, daß entweder Nürnberg oder Bamberg als Ort der Versammlung für die zu entsendenden Sachverständigen gewählt werden würde. Jetzt wird von der „Fr. Postz.“ auch in sehr lebhafter Weise Frankfurt für diesen Zweck empfohlen. Wir besorgen, daß, wenn dieser Vorschlag angenommen werden sollte, die Wünsche nicht in Erfüllung gehen dürften, welche man schon so lange für das Zustandekommen des beregten Werkes hegt. Nur in einer Stadt, in welcher die Kommissarien durch keinerlei politische oder diplomatische Einflüsse bei der Lösung ihrer Aufgabe beirrt, oder zum Abwarten der Entschließung der Organe ihrer Regierungen veranlaßt werden, kann eine Förderung und Erledigung der Angelegenheit in der wünschenwerthen Weise erzielt werden, während anderufalls vielfache Unterbrechungen ganz unvermeidlich sind, die nicht nur die baldige Vollendung des Werkes hemmen, sondern dieselbe leicht ganz in Frage stellen. Wir halten es demnach für zweckmäßiger, wenn die kgl. Regierung von der Beschickung der Konferenz lieber vollkommen Abstand nehme, als daß sie bei voraussichtlich ergebnißloser Verhandlung sich betheiligte.“ (O deutsche Einigkeit!)

Bern, 16. Dez. Urtheil der Anklagekammer: 66 Royalisten sind im Anklagezustand, Graf Pourtalès-Gorgier und Advokat Perrot freigegeben. Ueber die Minderschuldigen ist noch zu entscheiden. Gegen Kaution sind entlassen die HH. Rougemont, Pourtalès-Pury, Montmolin, Sauvin, Gretillat, Mathey. (T. D. d. A. Z.)

Von der Oder, 13. Dezbr. Seitens des russischen Gouvernements nimmt man jetzt lebhaft darauf Bedacht, Polen und also auch mittelbar Rußland mit den deutschen Schienenstraßen in eine bessere Verbindung mittelst Eisenbahnwegen zu bringen, als solche bisher stattfanden, und werden in nicht langer Zeit von Polen her drei divergirende Haupteisenbahnstraßen die Handels- und Verkehrsbeziehungen nach Deutschland und im speziellen nach Preußen in einer bis vor Kurzem kaum gehofften Weise ermöglichen. Die nördlichste dieser 3 Linien ist die Warschau-Lowicz-Thorner Bahn, deren Ausführung ganz gesichert erscheint, die südlichste derselben bildet die bereits bestehende Bahn von Warschau über Czenstochau nach Krakau und Breslau; zur Herstellung einer zwischen beiden situirten Mittelbahn werden gegenwärtig baldigen Erfolg versprechende Vorbereitungen getroffen. Die zuletzt erwähnte Bahn soll Warschau mit Berlin und Dresden auf kürzerem Wege verbinden, als dies durch die andern Schienenstraßen geschehen konnte. (H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 352.	Vorausbezahlung: halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Freitag, 19. Dezember 1856.

Zur Erziehungs- und Unterrichtsfrage.

III.

Wer die seitherigen Betrachtungen mit einiger Aufmerksamkeit gelesen hat, wird sich nicht verhehlen können, daß unsere Bildungsanstalten vereinzelt in einseitiger Richtung befangen sind. Wenn auch die Gymnasien auf dem trefflichen Bildungsmittel der Sprache basiren, und unsere technischen Anstalten dagegen die in formeller Beziehung ebenbürtige Mathematik an die Spitze ihrer Unterrichtsgegenstände stellen, welche zugleich den Schlüssel zur tieferen Kenntniß anderer Naturwissenschaften darbietet, und sie insoferne gewiß eine bedeutende Lebensfähigkeit immerhin besitzen werden, so bleibt denn doch ein großer Fehler gemacht, wenn ein junger Mensch ohne besondere Anlagen dafür den humanistischen Studien zugeführt wird, während derselbe vielleicht ein tüchtiger Techniker werden konnte, und umgekehrt. Wenn aber der Jüngling eine einseitige, oder gar verfehlte Richtung eingeschlagen hat, so kann der Mann oft lange kämpfen, ehe er sich wieder befreit. Die Einführung in die uns entsprechende Lebensbahn wird aber schon deßhalb mit jedem Tage wichtiger, weil bei der zunehmenden Konkurrenz von Kräften der Einzelne ohnedies einen viel schwierigeren Stand hat als früher.

Ist es also nicht natürlich, wenn wir vor allen Dingen den einfachen Grundsatz hinstellen, daß das wahre Heil nur darin liegen könne, wenn beiden Richtungen auf gehörige Weise Rechnung getragen wird? Man verstehe uns aber recht — wir wollen keineswegs ein mixtum compositum in die Köpfe schaffen, und noch weniger haben wir Lust, durch eine unverhältnißmäßige Aufnahme von Lehrstoffen Halbwisserei oder Verflachung zu begünstigen, aber wir wollen, daß bis auf eine bestimmte Stufe die Sprache und die Mathematik als Hauptgegenstände mit gleicher Berechtigung nebeneinander hergehen.

Soll ein solcher Plan wirklich ausgeführt werden, so ist natürlich nicht zu übersehen, daß die Sprache ohnedies zeitlich vorangehen muß, da die wissenschaftliche Kenntniß der Mathematik (Algebra und Geometrie) erfahrungsgemäß am besten mit dem 13. Jahre beginnt, während aber vom 9 Jahre an ein vierjähriger Sprachkursus vorausgehen kann. Inzwischen wird an den Elementarschulen der Sprachunterricht auf die deutsche Sprache sich beschränken, während also gleichzeitig an der lateinischen Schule die Elemente der lateinischen und griechischen Sprache gelehrt werden. Mit dem Ende der Schulpflicht, die gegenwärtig in Bayern auch an katholischen Schulen auf das 13. Jahr festgesetzt ist, haben wir demnach eine natürliche Gränze, wo die deutschen und lateinischen Schulen einen wissenschaftlichen mathematischen Unterricht beginnen können. Von da ab soll nun eine Periode beginnen, wo der Unterricht in Sprache und Mathematik gleich stark betont wird. Die früheren lateinischen Schüler erhalten einen fortgesetzten Sprachunterricht, während Andere, die die Kenntniß fremder Sprachen aus was immer für Gründen gar nicht oder fernerhin nicht für sich angemessen erachten, und etwa bloß eine höhere technische Ausbildung beabsichtigen, den Unterricht in der Mathematik und den verwandten Disziplinen genießen können.

Ueber diesen Hauptfächern steht alsdann in angemessener Ausdehnung die Geschichte, Geographie, Physik, Chemie, Naturgeschichte u. s. w., nebst dem Zeichnungsunterricht. Eine besondere Beachtung verdienen aber jedenfalls auch die neueren Sprachen, die bis auf die neueste Zeit noch weit mehr, als die Mathematik, namentlich an Gymnasien zurückgesetzt wurden. Wer wird sich nicht erinnern, daß sogar häufig die Lehrer des Zeichnens und der modernen Sprachen als besondere Zielscheiben für den jugendlichen Uebermuth galten, woran freilich oft eine sehr unglückliche Wahl der Lehrer die Schuld trug? Aber immerhin war dies doch ein Zeichen der besondern Mißachtung, in welcher diese Disziplinen überhaupt standen. Es steht wohl außer Frage, daß diesen Sprachen eine Zukunft an allen unseren höheren Anstalten in Aussicht steht.

Ein solcher gemeinsamer Unterricht, der sich also gleichzeitig um die Sprache und Mathematik als die beiden Pole dreht, mag immerhin zwei Jahre dauern, während dann bei vielen Individuen sich herausstellen wird, nach welcher Richtung ihr Geist am meisten inklinirt. Es wird dann wohl der Fall seyn, daß Manchem die Wahl schwer fallen mag, — die Regel wird sich aber mehr der einen oder der andern Richtung entschieden zuwenden. Durch die Aufnahme der Naturwissenschaften ist dann auch dem Vorwurf einigermaßen begegnet, der so oft den Gymnasien gemacht wurde, daß Theorie und Praxis zu scharf getrennt seyen.

Von da ab mögen dann immerhin zwei scharf getrennte Pfade die Jugend in die höheren Studien und in's Leben einführen, auf dem einen die weitere Kultur der Sprache und historischen Studien, auf dem anderen die Mathematik und die verwandten Naturwissenschaften, und namentlich die Physik, Chemie und Naturgeschichte, während sowohl der Unterricht in den neueren Sprachen als im Zeichnen beide zu begleiten hat. Das wären die eigentlichen humanistischen und realistischen Gymnasien, deren Kursus vielleicht auch auf zwei Jahre bestimmt werden könnte.

So wird der junge Mensch auf dem ersterwähnten Pfade den auf einer mehr historischen Basis stehenden Studien (Philosophie, Philologie, Geschichte, Theologie und Rechtswissenschaft), auf dem letzteren nicht nur den technischen Zweigen der Baukunst, Bergkunde, Forstkunde u. s. w, sondern vielleicht auch am zweckmäßigsten der Medizin, als einer der höchsten und schönsten Blüthen der Naturwissenschaften, zugeführt werden.

Endlich mag nicht unerwähnt bleiben, daß eine frühere schärfere Betonung des mathematischen Unterrichts mit seiner strengen Logik namentlich den künftigen Philosophen und Juristen von besonderem Vortheil seyn muß, wenn auch der philosophische und juridische Scharfsinn im Gegensatze zum mathematischen einander nicht absolut bedingen mögen.

Dies ist nun in seinen Grundzügen der Plan, der dem Verfasser als der natürlichste und zweckmäßigste erscheint, so weit von der Qualität der betrachteten Lehrstoffe die Rede ist.

Deutscher Bund.

Vom Rhein, 15. Dez. So werden denn die Bewohner des Taunus und des Rheins mit einer neuen Winterspielhölle beglückt. Während der Bundestag noch darüber verhandelt, ob man diese verderblichen Anstalten nicht ganz aufgeben und dem Vorbilde Preußens in dieser Beziehung folgen soll, ist in Wiesbaden das Spiel, das bisher nur im Sommer gestattet war, auch für den Winter erlaubt worden, und mit dieser Erlaubniß wird Deutschland um eine Lasteranstalt und um viel Elend reicher seyn. Mit Freuden hören wir daher, daß der Bundestag diese Frage, die so viel und mannigfach in's soziale Leben eingreift, auf's Neue vor sein Forum ziehen, und so die alte Spielhölle zu Homburg sammt der neuen zu Wiesbaden für immer geschlossen werden dürfte. (Nat. Z.)

Bayern. Gemäß vorliegender Anzeige haben sich bei den Eisenbahnarbeiten zu Rosenheim mehrere Individuen eingefunden, welche von ihren Heimatsbehörden mit Reisevorweisen dahin instradirt, zugleich aber von diesen als der öffentlichen Sicherheit höchst gefährlich bezeichnet wurden. Da dies in jeder Hinsicht höchst unzweckmäßig ist, so wurden die Polizeibehörden angewiesen, bei Instradirung von Individuen zu den Eisenbahnbauten mit möglichster Umsicht zu verfahren, das Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Auge zu be-

halten und hiedurch die Heimweisung von zu den Bau-Arbeiten instradirten Individuen zu vermeiden, deren Gefährlichkeit durch korrektionelle Maßnahmen bereits zweifellos gestellt ist.

Preußen. Aus Berlin, 15. Dez., schreibt man der „Ztg. f. Norddeutschland": „Seit einigen Tagen vermehren sich die Gerüchte über eine bevorstehende Mobilmachung der 3 westlichen Armeekorps. In militärischen Kreisen stellt man sich die Ausführung ziemlich leicht vor, um Schaffhausen und Zürich, nöthigenfalls auch Bern und Freiburg zu besetzen. Jedenfalls muß man aber zugeben, daß nicht allein die Schweiz ein Heer von wenigstens 100,000 wohlgeübten Männern aufrufen kann, sondern auch nicht abzusehen ist, welche Ereignisse das einmal gezogene Schwert herbeiführt. Am Schlusse des Jahres scheint das, was bisher von den Meisten für unmöglich gehalten wurde, plötzlich die Furcht zu erwecken, es könne die Ursache zu einem Kampfe werden, der in ganz anderer Weise die Ruhe Europas bedroht, als der Kampf in der Krim und an den Donaumündungen. Die preußische Zirkularnote vom 8. soll in bestimmtester Weise die Waffengewalt ankündigen und die Grundzüge des Ultimatum enthalten, das der Schweiz zugehen wird, wenn die erneuten französischen Vermittlungsversuche fehlschlagen. Der Kaiser hat, wie versichert wird, in Bern unter Androhung des Vorbehalts weiterer Schritte verlangt, daß der Prozeß gegen die Gefangenen auf keinen Fall zur Ausführung komme. Schlägt die eidgenössische Regierung dies nochmals ab (nach den neuesten Berichten hat sie es abgeschlagen), so wird die Rüstung Preußens, unter Frankreichs Zustimmung, erfolgen und ohne Zweifel ist die russische Politik damit vollkommen einverstanden. Daß eine innige Annäherung zwischen den drei Mächten stattfindet, beweisen alle Zeichen. Um so lebhafter äußern sich Besorgnisse, daß die Neuschateler Angelegenheit, indem sie die erste Probe dieser Allianz hergeben soll, das zermürbte Bündniß der Westmächte und Oesterreichs vollständig zerbrechen und das Jahr 1857 die drohendsten Ereignisse befördern könnte. Man erwartet daher mit steigender Theilnahme die nächsten Entwicklungen und richtet die Aufmerksamkeit umsomehr auf Paris, da unzweifelhaft von dort die Entscheidung kommen muß. Wenn der Kaiser nicht will, kann von einem Angriffe Preußens auf die Schweiz nicht die Rede seyn. Die ausgezeichnete Aufnahme, die sowohl Prinz Friedrich Wilhelm wie General Roth in den Tuilerien gefunden haben, ist aber noch kein vollgültiger Beweis, wohin die Napoleonische Politik steuert, wenn das Ziel nicht erlangt werden kann, Schiedsrichter zu seyn." (Vergl. die Rubrik Frankreich.)

Berlin, 15. Dez. Nach der „B. B.-Z." beabsichtigt die Regierung, in Spandau neben der Gewehrfabrik, der Pulverfabrik und der Geschützgießerei noch eine Zündspiegelfabrik zu errichten, die sich lediglich mit Anfertigung der von der Sömmerdaer Kommission erfundenen Zündspiegel beschäftigen soll.

Baden. Karlsruhe, 16. Dezbr. Eine große Anzahl badischer vormals reichsunmittelbarer Reichsritter und Grundherren hat hier getagt, um über ihre seit dem Jahre 1848 verlorenen Rechte zu berathen und namentlich ihre Stellung und Verhältnisse in den Gemeinden klar zu machen. Es scheint, daß sie in einer neuen Eingabe an unsere Regierung auf diejenigen Forderungen zurückkommen werden, welche sie vor geraumer Zeit gestellt haben, und im Falle, daß eine Gewährung nicht erfolgt, werden sie wahrscheinlich am Bundestage ihre Ansprüche geltend machen. Es werden hieraus neue Verlegenheiten für die Regierung erwachsen. (Schw. M.)

Oesterreich. Bekanntlich ist vor einem Jahre in Oesterreich den Handelskammern der Entwurf eines Gewerbsgesetzes vorgelegt worden, welcher die Gewerbefreiheit an die Spitze stellte. Die zahlreichen Gutachten, welche darüber erhoben wurden, haben sich theils für, theils gegen die Einführung der Gewerbefreiheit ausgesprochen, und nun deuten die österr. Blätter an, daß es wohl beim Alten bleiben wird, weil die Durchführung der Gewerbefreiheit auf allzu große Schwierigkeiten stoße, welche die kaiserl. Regierung auch ganz richtig erkannt habe. (B. Lbbötin.)

Schweiz.

Bern, 14. Dezbr. Mit dem 1. Januar geht das Präsidium des Bundesraths von Hrn. Stämpfli auf den bisherigen Vizepräsidenten, Hrn. Fornerod, über. Es läßt sich nicht verkennen, daß er in einem kritischen Moment ans Steuer tritt; man zweifelt nicht daran, daß er seiner hohen Stellung vollkommen Genüge leisten wird. Das Zutrauen, dessen sich der Bundesrath gegenwärtig bei der großen Mehrheit des Schweizervolkes erfreut, ist eine höchst wohlthuende und beruhigende Erscheinung. (A.Z.)

Bern, 15. Dezbr. Der greise Herr v. Pourtales-Sandoz hat mit Bewilligung des Präsidenten der Anklagekammer auf ein Zeugniß zweier Aerzte, welche seinen Gemüthszustand als sehr bedenklich darstellen, und gegen eine Kaution von 80,000 Fr. die enge Gefängnißzelle mit seiner Wohnung vertauscht, wo er aber immer noch als Gefangener behandelt wird. Vor der Thüre des Zimmers steht eine Schildwache mit geladenem Gewehr, welche keinen Menschen außer die zu seiner nächsten Bedienung gehörigen Leute zu ihm lassen darf. Jeder Besuch ist auf's strengste untersagt und Briefe darf er auch nicht schreiben. — Großrathspräsident Oberst Kurz in Bern gedachte bei der heutigen Eröffnung des großen Rathes der Neuenburger Frage. Er sprach den innigen Wunsch aus, daß es den Behörden gelingen möge, dem Lande einen ehrenvollen Frieden zu erhalten; sey dies aber nicht möglich, müßten die Rechte und die Ehren der Eidgenossenschaft mit den Waffen geschützt werden, dann werde in der entscheidenden Stunde ohne Unterschied der Parteien gewiß kein Mann fehlen. (Fr.Pstz.)

Niederlande.

Amsterdam, 14. Dezbr. Die verschiedenen Niederlagen, welche das Ministerium in den letzten Tagen in den Kammern erlitten hat, haben endlich zu einem Resultate geführt, indem der Minister des Innern seine Entlassung eingereicht hat. Das Kabinet naht sich nun seiner Auflösung, die letzten Kammerdebatten haben es zum Falle gebracht und die eigentliche Stimmung, wie sie im ganzen Lande in Betreff des Ministerium herrscht, ist ganz zum Durchbruch gekommen. Nicht so sehr das Budget selbst war die Ursache der lebhaften Opposition in den Kammern, dasselbe war vielmehr nur die Veranlassung, daß die Gegner des Kabinetes einmal ihren Gefühlen freien Lauf ließen. (Deutschl.)

Großbritannien.

London, 15. Dez. Die Konferenzen werden erst gegen Ende Dezember in Paris unter dem Vorsitze des Grafen Walewski zusammentreten. Es bestätigt sich, daß Rußland auf die Schlangeninsel ohne weitere Schwierigkeiten verzichten wird. Das Gerücht einer englisch-französischen Expedition gegen China scheint sich zu bestätigen. Ueber eine ebenfalls erwähnte Theilnahme der Vereinigten Staaten an derselben ist mir nichts bekannt geworden. Der ostensible Grund zu diesem Heerzuge ist die üble Behandlung, welche den den beiden betreffenden Nationen angehörenden Kaufleuten auf chinesischem Boden mehrfach widerfahren seyn soll, so wie die „Anknüpfung engerer Verbindungen". Man vernimmt, daß eine große Zahl Missionäre der Expedition sich anschließen werde. (K. Z.)

London, 15. Dezbr. Die heutige „Morning-Post" veröffentlicht einen sehr heftigen Artikel gegen Rußland und Persien. (Fr. Postz.)

Frankreich.

Paris, 15. Dezbr. Das „Journal des Debats" ist so herunter gekommen, daß dessen Eigenthümer sich bemühen, dasselbe zu verkaufen. (K. Z.)

Paris, 15. Dezbr. Sicherem Vernehmen nach begibt sich der Kaiser nächstes Frühjahr nach dem südlichen Frankreich und von dort nach Algerien. Man fügt hinzu, daß Louis Napoleon den Feldzug gegen Groß-Kabylien in eigener Person befehligen und sich so in Algerien den Lorbeer holen werde, der bis jetzt seiner Krone noch fehle. (?) — Wie verlautet, haben alle zwölf Maires der Stadt Paris ihre Entlassung eingereicht. Der Seine-Präfekt, Herr Haußmann, hat nämlich verlangt, daß alle Gelder, die in jedem der zwölf Arrondissements von Paris für wohlthätige Zwecke eingegangen sind, an die Kasse des Stadthauses abgeliefert werden sollen, um dann unter die einzelnen Arrondissements nach dem Gutdünken des Seine-Präfekten vertheilt zu werden. Die Maires aber, welche die ihnen übergebenen Gelder für wohlthätige Zwecke selbst überwachen und vertheilen wollen, haben dem Verlangen des Seine-Präfekten nicht entsprochen und mit ihrer Demission geantwortet. Man ist hier sehr gespannt, wie dieser Konflikt geschlichtet werden wird. Die Bevölkerung von Paris, die Herrn Haußmann nichts weniger als günstig gesinnt ist, nimmt natürlich Partei für die Maires, die allgemein geachtet und angesehen sind, und dieses um so mehr, als sie ihre Funktionen gratis versehen. (K. Z.)

Aus Paris, 15. Dezbr., wird dem „Frankf. Journ." geschrieben: „Die Neuenburger Angelegenheit ist noch um keinen Schritt weiter gekommen. Preußischerseits werden die Drohungen immer lebhafter. Gewiß ist, daß König Friedrich Wilhelm sehr aufgebracht ist, und daß die hier anwesenden preußischen Offiziere jeden Augenblick ihre Einberufung erwarten. Es ist jetzt nicht mehr von 60,000, sondern von 100,000 Mann die Rede, die gegen die Schweiz auf die Beine gebracht werden sollen. Man ist jedoch überzeugt, daß jede feindliche Truppenbewegung gegen die Schweiz sofort die Aufstellung eines fran

zösischen Observationskorps zur Folge haben würde, so wie man übrigens an einer **förmlichen**, dem General Dufour gegebenen Zusicherung, daß Frankreich eine Invasion des schweizerischen Gebiets nicht dulden werde, noch zweifeln mag. Die Bundesbehörde soll angeblich neuerdings ihre Bereitwilligkeit haben blicken lassen, sich auf Unterhandlungen einzulassen.“

Italien.

Venedig, 14. Dezbr. Der Kaiser hat offenbar bei der gutmüthigen Bevölkerung von Venedig sehr an Popularität gewonnen. Abgesehen von den wahrhaft hochherzigen Gnadenakten, mit welchen 70 wegen Hochverraths Verurtheilten die Freiheit geschenkt und sämmtliche sequestrirte Güter ihren Eigenthümern zur freien Verfügung zurückgestellt wurden, und mehreren andern Zügen von Milde und Herzensgüte, scheint vorzüglich die einfache Weise, in welcher sich das jugendliche Herrscherpaar vertrauensvoll inmitten der hiesigen Bevölkerung bewegt, viel hierzu beigetragen zu haben. Besonders aber spricht es allgemein an, daß der Kaiser oftmals, ohne eine Begleitung und im bürgerlichen Anzuge, die Straßen durchwandelt. (D.A.Z.)

In Bezug auf die Angelegenheiten der **Herzogin von Genua** meldet die „Bilancia“: „Die Angelegenheit der Herzogin von Genua wurde zwischen unserer Regierung und einer Persönlichkeit vom sächsischen Hof, welche hierher gekommen war, um im Namen der Herzogin zu verhandeln, in folgender Weise beigelegt: Sie wird zu ihrem Aufenthalt das Schloß von Gotone haben, es steht ihr jedoch frei, sich auch an anderen Orten nach ihrem Belieben niederzulassen. Die Tochter ward ihr gelassen, auch erhält sie eine anständige Apanage. Der Sohn, Prinz Tomaso, jedoch wird durch die Regierung mittelst eines Gouverneurs erzogen werden. Dieser, Kavaliere Promis, aus einer alten piemontesischen Adelsfamilie stammend, lehnt jede Besoldung oder Belohnung ab, da er sein Amt nur aus reiner Neigung und als Ehrensache übernimmt. Signor Rapallo wird auf sein Ansuchen in Ruhestand versetzt. Es scheint, daß er sich mit seiner Gemahlin, der obenerwähnten Herzogin, gänzlich in's Privatleben zurückziehen will.“

Türkei und Donaufürstenthümer.

* **Konstantinopel**, 4. Dez. Ein Kurier der englischen Gesandtschaft wurde ausgeraubt und die Depeschen ihm abgenommen.

* Zwischen den Bosniaken und den christlichen Unterthanen Bosniens brachen Zwistigkeiten aus.

Rußland und Polen.

Es hat mehrfach geheißen, daß **Rußland** aus Anlaß der drohenden Lage der Dinge zwischen England und Persien eine Truppenmacht an die persische Gränze schicken würde. Nachrichten aus Petersburg zufolge dürften sich in diesem Augenblick bereits zwei vollständige Armeekorps an der russisch-persischen Gränze befinden, und hinzugefügt wird, daß noch ansehnliche weitere Truppenmassen aus dem Innern Rußlands nach derselben Richtung hin in Bewegung gesetzt worden seyen. Es ist dies ein Beweis, daß Rußland nicht gesonnen ist, dem inzwischen thatsächlich ausgebrochenen Kriege zwischen England und Persien ruhig zuzusehen, und man wird es darum auch als unzweifelhaft betrachten dürfen, daß Rußland, wenn die Dinge sich für Persien einigermaßen bedroblich gestalten sollten, schon wegen der nöthigen Wahrung seiner eigenen Interessen seine Truppen über die Gränze gehen und Persien zu Hülfe kommen lassen wird. Tritt dieser Fall aber ein, so ist insofern auch für den europäischen Frieden wieder Gefahr, als England dann im schwarzen Meere gegen Rußland wieder angriffsweise zu Werke gehen dürfte. (D. A. Z.)

In Bezug auf die Nachricht, daß der Kaiser von **Rußland** sich von **China** einen Landstrich auf der Insel Tschu-san habe abtreten lassen, hebt das „Preußische Wochenblatt“ mit Recht hervor, daß es scheine, als ob Rußland die innern Kämpfe des chinesischen Reichs in einem großen Maßstabe politisch für sich auszubeuten entschlossen sey. Die Errichtung eines militärischen Etablissements von Seiten Rußlands an diesen Küsten erheische ganz besondere Aufmerksamkeit, weil sie politische Pläne von einer erstaunlichen Kühnheit verrathe, deren Gelingen dem russischen Reiche den Genuß einer unerschöpflichen Quelle des Handelsgewinns sichern, ihm eine beherrschende Stellung in Bezug auf einen überaus wichtigen Weg des Seehandels verschaffen und die Aussicht auf dereinstige Erwerbung eines der gesegnetsten Länderstriche des Erdballs, eines ozeanischen Reichs, eröffnen würde. Wenn irgendwo, so scheine es für das übrige Europa hierbei nothwendig, nach dem Grundsatze: Principiis obsta! zu handeln. (D. A. Z.)

Amerika.

* Man schreibt aus **New-York**: Die neun **Cayenneflüchtigen** heißen Chabanne, Carpezo, Bougueney, Monfalcon, Demme, Séronde, Bijoux, Chauvin und Guérin. Es sind lauter Handwerker, und die öffentliche Mildthätigkeit hat sich sogleich an's Werk begeben, um ihnen Brod und Kleider zu verschaffen, bis sie ihre durch so viele Leiden zerrüttete Gesundheit wieder erlangt haben werden. Man erwartet ihre 25 Kameraden, welche gleichfalls entkommen sind.

Der Dampfer „Niagara“ ist am 15. Dez mit Nachrichten aus **Boston** bis zum 3. d. und mit 415,600 Dollars in Liverpool angekommen. In seiner **Jahres-Botschaft** spricht sich Präsident **Pierce** im Tone scharfen Tadels über den Eifer der **Abolitionisten** (Sklaverei-Gegner) aus, welcher die Union zu sprengen drohe. Ueber die **Präsidentenwahl** wird bemerkt: „Es ist unmöglich das große Prinzip zu verkennen, das die Stimmen des Volkes sanktionirt und aufrecht erhalten haben. Sie haben die konstitutionelle Gleichheit der Staaten und der Bürger, in welcher Gegend sie auch immer wohnen mögen, oder wo auch immer ihre Geburtsstätte seyn mag, verflochten und ihren Entschluß kund gegeben, die Rechte aller verschiedenen Sektionen der Union zu wahren. Damit haben sie nachdrücklich die Idee verdammt, in den Vereinigten Staaten bloße geographische Parteien zu organisiren.“ Die **Finanzlage** wird als eine sehr glückliche geschildert. Die Einkünfte während des am 1. Juli 1855 zu Ende gehenden Finanzjahres beliefen sich auf 76,918,141 Dollars; rechnet man hierzu die im Staatsschatze noch vorräthige Summe, so ergibt sich die Gesammtsumme von 92,250,117 Dollars. Die Ausgaben beliefen sich mit Einschluß von 12,776,390 Dollars, die für die öffentliche Schuld abbezahlt wurden, auf 72,748,792 Dollars. Die Nationalschuld ist gegenwärtig auf 30,737,129 Dollars reduzirt. Der Ertrag der Zölle belief sich auf 64,000,000 Dollars, und der Präsident empfielt in Folge der Höhe dieser Summe eine Revision der Revenue-Gesetzgebung, durch die verhindert werden solle, daß der Ertrag der Zölle die Summe von 50,000,000 D. übersteige. An öffentlichen Ländereien wurden im verflossenen Jahre 9,227,878 Acres zum Preise von 8,821,414 Dollars verkauft. Die Ausgaben des Postamtes beliefen sich auf 10,407,868 D., während die Einnahme 7,620,801 Dollars betrug. Es stellt sich mithin in diesem Departement ein Defizit von 2,787,046 Dollars heraus. Der auf **Central-Amerika** bezüglichen Verträge mit Großbritannien wird nicht in eingehender Weise Erwähnung gethan. Der Präsident begnügt sich, zu bemerken, daß genügende Aussicht auf Schlichtung der Zwistigkeiten vorhanden sey. Die amerikanischen Schiffe werden den **Sundzoll** unter Protest bis zum Juni 1857 fort entrichten. Die zur Reform des **Seerechts** vorgeschlagenen Maßregeln betrachtet Hr. Pierce als unzureichend. Die eigenthümliche Lage der Dinge in **Nicaragua**, bemerkt er sodann, habe ihn genöthigt, einen Gesandten dorthin zu schicken. Derselbe sey nur kurze Zeit dort geblieben, und nach seiner Abreise habe die politische Lage in jener Gegend eine ungünstige Wendung genommen. Vor Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs müsse er den weiteren Verlauf der Dinge abwarten, um zu sehen, welches in Wahrheit die de facto bestehende Regierung sey. Wenn **Neu-Granada** an der bisherigen Besteuerung des Transportes amerikanischer Erzeugnisse festhalte, so werde sich die Regierung der Vereinigten Staaten der Erhebung dieser Abgaben widersetzen. Unmöglich könne die Regierung gleichgültig gegen die Unsicherheit der Landenge von Panama seyn, und sie habe eine Flottenabtheilung daselbst stationirt. Zum Schlusse der Botschaft heißt es: „In unseren auswärtigen Beziehungen müssen wir unsere Macht der weniger glücklichen Lage anderer Republiken anpassen und uns in dem ruhigen Bewußtseyn unserer Würde und unseres Rechtes an die Seite der größten und mächtigsten Reiche Europas stellen. In unseren einheimischen Beziehungen haben wir uns der Erschütterungen zu erwehren, die aus den Unzufriedenheiten und den ehrgeizigen und regellosen Strebungen entspringen, welche die natürlichen Folgen der hohen politischen Stellung, des Selbstvertrauens und des rastlosen Unternehmungsgeistes des Volkes sind.“

Der **Kongreß** versammelte sich am 1. Dezember. Die Zahl der nicht anwesenden Mitglieder betrug 39. Nach Verlesung der Botschaft des Präsidenten erfolgte eine lebhafte Diskussion im Senate, und Mr. Hale erklärte die Behauptung, daß die Majorität von 11 Staaten des Nordens nicht fest an ihren verfassungsmäßigen Verpflichtungen festhalte und die Regierungsgewalt zu usurpiren suche, für ungegründet.

Asien.

* Briefe aus **Bombay** vom 17. Dez. theilen mit, daß die zu der persischen Expedition bestimmten Streitkräfte sämmtlich in See gegangen waren. Es scheint, daß die englischen Behörden kein Opfer scheuten, diese Rüstungen mit größtem Nachdrucke zu betreiben. Die **Kriegserklärung** gegen Persien wurde zu Calcutta am 1 November offiziell publizirt, und zu Bombay am 10. promulgirt. Allgemein war das Gerücht verbreitet,

daß die Russen sich anschickten, die Provinz von Asterabad zu besetzen. „Der mit Persien im Jahre 1853 abgeschlossene Vertrag (welchen die Engländer als verletzt erachten) — heißt es in der Kriegserklärung — wurde zwischen dem Schah und Ihrer britischen Majestät abgeschlossen, weßhalb der General-Gouverneur — wie er in genannter Proklamation darlegt — im Auftrag des englischen Gouvernements handelt.“ Da die Fiktion, daß die englischen Besitzungen durch die ostindische Kompagnie regiert werden, noch immer besteht und zwischen ihr und dem Schah kein Vertrag besteht, sie auch lediglich in Handelsbeziehungen stehen, so kann man natürlich annehmen, daß der Krieg von England und auf Staatskosten geführt wird. In den zu Calcutta und Bombay veröffentlichten Manifeste begründet die englische Regierung ihre Kriegserklärung damit, daß der Schah sich durch den Vertrag von 1853 verbindlich gemacht habe, sich jeder Feindseligkeit gegen Herat zu enthalten und sich, wenn er nicht selbst bedroht seyn wird, nicht in die innern Angelegenheiten dieses Landes zu mischen.

Nichtpolitische Zeitung.

Brüssel, 14. Dez. Es wird in diesen Tagen hier ein Diebstahl zur gerichtlichen Verhandlung kommen, dessen Entdeckung unter interessanten Umständen bewerkstelligt worden ist. Vor mehreren Jahren ward in dem Hause des Grafen Liedekerke, Repräsentanten, ein Diebstahl zum Betrage von 102,000 Franken begangen; Haussuchungen, Verhöre, Beaufsichtigungen, kurz, alle Mittel schlugen bei dieser Gelegenheit fehl. Das Geld war und blieb verschwunden. Da wird vor ungefähr einem halben Jahre ein unglücklicher Börsenspekulant wegen Escroquerie verklagt, den nicht seine Schulden verschlungen, sondern der im Gegentheil selbst seine Schulden verschlungen, und zwar in Form eines Wechsels, welchen man ihm zur Einlösung präsentirt hatte. Es zeigte sich, daß dieses mit einer so ungesetzlichen Gefräßigkeit behaftete Individuum, Vervat mit Namen, gerade zur Zeit jenes räthselhaften Diebstahls bei dem Grafen Liedekerke die Stelle eines Hauslehrers bekleidet hatte. Man traute seinen Händen so viel zu, wie seinem Magen, und siehe da! es scheint, daß man sich nicht geirrt. Der Prozeß, zu welchem Zeugen aus mehreren namhaften deutschen Badeorten hierher berufen worden sind, wird, wie gesagt, in den nächsten Tagen verhandelt werden. (K. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Halle, 7. Dezbr. Im Zuckerhandel sehr still. Raffinirte Zuckern lustlos zu unregelmäßigen Preisen. Rohzuckern ebenfalls zu gedrückten Preisen.

Köln, 5. Dezbr. Wegen Schluß der Schiffahrt bewegt sich das Zuckergeschäft nur en detail zu unveränderten Preisen.

Frankfurt, 18. Dezbr. Bei sehr beschränktem Umsatz waren österr. Credit-, National-, junge Wiener Aktien und Bank für Süddeutschland begehrter, österr. Staatsbahn dagegen wurden etwas billiger abgegeben, die übrigen Effekten ohne große Veränderung.

Ansbacher Loose wurden von $7\frac{7}{8}$ à $\frac{3}{4}$ und Providentia zu $105\frac{3}{8}$ verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 $78^5/_8$P. $78^3/_8$G. 5pCt Lombard-Ven. $89^3/_4$P. $89^1/_4$ G. Metall. alte à 5pCt. $77^1/_2$P. $77^1/_4$G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. $86^1/_2$ G.; à $4^1/_2$pCt. $67^3/_4$P. $67^1/_4$G.; à 4pCt. $60^1/_4$ P. $59^3/_4$ G.; à 3pCt. $46^3/_4$ P. $46^1/_4$ G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 P. $56^1/_2$ G. **Preussen.** $3^1/_2$pCt. Staatsschuldscheine $81^1/_2$ P. — G. **Bayern.** Obligationen à $3^1/_2$pCt. $90^1/_4$ P. $89^3/_4$ G.; 4pCt. 95P. $94^1/_2$G.; 4pCt. Grundrente $95^1/_8$P $94^5/_8$G.; $4^1/_2$pCt. $101^1/_2$P. 101 G.; 5pCt. 101 P. $100^1/_2$ G. **Württemberg.** $3^1/_2$pCt. Obligationen b. R. $91^3/_4$P. $91^1/_4$ G.; $4^1/_2$pCt. $103^1/_4$P. $102^3/_4$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3^1/_2$pCt. $91^1/_2$P. 91G.; à 4pCt. $99^3/_8$P. $98^7/_8$ G.; $4^1/_2$pC. $102^1/_4$ P. $101^3/_4$G. **Nassau.** Obligationen à $3^1/_2$pCt. $90^1/_2$P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $82^3/_4$P. $82^1/_4$G.; à $3^1/_2$pCt. 91P. $90^1/_2$G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $37^5/_8$P. $37^3/_8$G.; $1^1/_4$pCt. neue $23^{11}/_{16}$P. $23^9/_{16}$G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1169P. 1164G. Neue Bankaktien 303P. 298 G. Credit-Actien à 5pCt $210^1/_2$P $208^1/_2$G. Darmstädter Bankaktien alte 359 P. 357 G.; junge 320 P. 318 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 498 P. 493 G. Mitteldeutsche Creditbank $95^7/_8$ P. $95^3/_8$ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien $99^1/_4$ P. $98^3/_4$ G. Frankf. Bankaktien $111^1/_4$ P. $110^3/_4$G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 515 P. 510 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 576 P. 571 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 290 P. 288 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $144^1/_2$ P. $144^1/_4$G. Neustadt-Weissenb. $103^3/_8$P. $102^7/_8$ G. $4^1/_2$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien $100^7/_8$ P. $100^3/_8$ G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 251 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 79 P. $78^1/_2$ G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79P. $78^1/_2$G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 P. $92^1/_2$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 $117^1/_4$P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $102^1/_2$ P. 102 G. $3^1/_2$ pCt. neue Prämienscheine 116 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 $49^1/_4$ P. $48^3/_4$G. Darmst. Loose à fl. 50 $117^3/_4$P. $117^1/_4$G. à fl. 25 36 P. $35^3/_4$G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. $38^5/_8$ P. $38^1/_8$ G. Nass. Loose à fl. 25 $34^1/_4$ P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. $43^1/_2$ P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. $85^1/_2$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S. $100^7/_8$P. — — G.	Lond. Lst. 10 k. S. $117^3/_4$P. $117^1/_2$G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. $119^3/_4$G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. $99^5/_8$P — — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S $93^1/_8$P. $92^7/_8$.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S $96^3/_4$P. — — G.	Wien fl. 100 C. k. S. $112^1/_8$P $111^7/_8$G.
Hamb. MB. 100 k. S $88^3/_4$P $88^1/_2$G.	Wien 3 M. mit 5% $111^7/_8$P. $111^5/_8$G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Disconto P. $4^1/_2$pCt. G

Neueste Nachrichten.

** **München, 17. Dezember.** (Privat-Korrespondenz.) Wie es heißt, würde Se. Maj. der König die beabsichtigte Reise nach Italien nicht vor Mitte Februar antreten. Anfangs März beabsichtigt auch König Ludwig eine Reise nach Rom. In den im Laufe dieser Woche bereits stattgehabten Sitzungen des Verwaltungsrathes der bayerischen Ostbahnen hat dem Vernehmen nach, das Direktorium einen Bericht über den Stand und resp. die Fortschritte der Arbeiten vorgelegt, der allgemein befriedigte. — Heute ist der erste Theil des Referats des Abg. Dr. Weis über das Strafgesetzbuch, den Art. 1—17 umfassend, vertheilt worden; ein weiterer Theil soll nahezu vollendet seyn.

(Post-Dienstes-Nachrichten.) Der Assistent bei der General-Direktion der k. Verkehrs-Anstalten, Karl Mayer, wurde zum Eisenbahn-Offizialen ernannt; zu Assistenten die Accessisten Karl Sittel in Kempten, Aloys Holger in Augsburg, Jos. Hammelbacher in Lindau, Gg. Buff in Augsburg, Max Sattler in Ulm und Franz Bach in Augsburg; zu Oberkondukteurs der vormalige Unterlieutenant A. Herrgott in München, dann die Expeditions-Gehülfen Karl Rehklau und Adam Cantor in Augsburg. Versetzt wurden als Expeditions-Vorstände die Assistenten Marcell Eisenlauer von Augsburg nach Immenstadt, Karl Mitterer von Lindau nach Röthenbach, Anton Lechner von Augsburg nach Harbatzhofen und Joh. Bapt. Köhne von Kempten nach Schlachters. (Verordnungsbl.)

Aus dem Schleswigschen, 15. Dezbr. Heute ist die schleswigsche Provinzialstände-Versammlung durch den zum königl. Kommissarius bestellten Amtmann U. v. Holstein (bis vor Kurzem Amtsverwalter in Flensburg, jetzt Amtmann der Aemter Gottorf und Hütten) eröffnet worden. Das Bureau der Ständeversammlung ist im Wesentlichen dasselbe, wie in der letzten Session. — Propst Otzen von Burg (auf Fehmarn), der sich mehr den Deutschen als den Dänen zuneigt, ist zum Präsidenten und der schon in vormärzlicher Zeit durch seine Opposition gegen die Schleswig-Holsteiner bekannte Agent Senator Jensen aus Flenzburg, der eigentlich weder dänisch, noch deutsch, sondern spezifisch schleswigisch gesinnt ist, zum Vizepräsidenten erwählt. (N.-Z.)

London, 16. Dezbr. Die „Morning-Post“ erklärt, daß Walewski den Vorsitz in den Pariser Konferenzen führen werde. (T. D. d. H. N.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger.“
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 353.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 20. Dezember 1856.

Deutscher Bund.

* Preußen hat, wie es heißt, dem Bundestag in der Sitzung vom 18. d M. eine Vorlage über die Neuenburger Angelegenheit gemacht, welche jedoch, so heißt es, bloß in der Mittheilung der jüngsten, an die Großmächte über die Neuenburger Frage gerichteten Note bestand. Ein Antrag war mit dieser Vorlage nicht verbunden, und es folgte die betreffende Mittheilung überhaupt nur mit Rücksicht auf den von Seiten des Bundes jüngst ausgesprochenen Beitritt zum Londoner Protokoll von 1852.

Bayern. München, 18. Dezbr. Se. Maj. der König haben die Pfarrei Eulenried, Landg. Schrobenhausen, dem Priester Joh. Gg. Knoller, Pfarrvikar in Lindach, übertragen; das Curat- und Schulbenefizium in Ritzisried, Ldg. Illertissen, dem Priester M. Keller, Kaplan in Dillingen, verliehen. (N. M. Z.)

München, 17 Dez. Die von der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank mit Beginn des laufenden Jahres ins Leben gerufene „Sparkassen-Tontine“ scheint sich eines großen Anklangs zu erfreuen, denn seit dem 1. Januar, dem Tage der Eröffnung der Anstalt, bis Anfang dieses Monats waren in allen drei Gesellschaften bereits 534 Mitglieder mit 4965 Einlagen im Betrag von 50,299 fl. 28 kr. beigetreten, so daß die Lebensfähigkeit der neuen Anstalt keinem Zweifel mehr unterliegen kann. (Allg. Ztg.)

München, 17. Dez. Das oberbayerische Kreisanlehen wird nicht bei der Bank negozirt werden, da dieselben ihr Annuitätengeschäft beschränkt. Wahrscheinlich wird, da ein Ministerialreskript den Gemeinden und Stiftungen gestattet, sich bei diesem Anlehen zu betheiligen, dasselbe größtentheils hiedurch gedeckt werden. Das Anlehen zu 250,000 fl. soll indessen nur mit 4 Prozent verzinst und alljährlich 15,000 fl. heimbezahlt werden. (A. Abdz.)

München, 18. Dez. Dem oberbayerischen Landrath hat ein Hr. Fredr. Koch eine Probe von Mehl vorgelegt, welches durch eine von ihm erfundene Maschine zum Zwecke des Aufbewahrens gepreßt ist. Diese Maschine erregt deßwegen besonders Interesse, weil das Mehl, welches man aufbewahren will, einen verhältnißmäßig ganz geringen Raum einnimmt (das Mehl von einem Scheffel nur 4 Kubikfuß). (B. Ldbötin.)

Auch von Kulmbach ist nachträglich eine Adresse in der protestantischen Kirchenangelegenheit an Se. Maj. den König gerichtet worden. (N. K.)

Auch die protestantischen Mitglieder des Magistrats und des Kollegium der Gemeindebevollmächtigten der Stadt Fürth haben unterm 9. Dez. eine Vorstellung und Verwahrung gegen die bereits in Vollzug gesetzten und noch weiter vom kgl. Oberkonsistorium beabsichtigten neuen kirchlichen Einrichtungen an Se. kgl. Majestät gerichtet. Im Verlaufe der Vorstellung wird unter Anderm insbesondere darüber Beschwerde geführt, daß in der dortigen Auferstehungskirche selbst ohne alle höhere Ermächtigung die Privatbeichte in Vollzug gesetzt wurde. (N. K.)

Neuötting, 15. Dez. Se. Maj. unser König haben dem hiesigen Schiffmeister Riedl auf dessen Bitte: seine Dampfschifffahrt auf dem Inn auch auf die ganze bayerische Donau ausdehnen zu dürfen, die Bewilligung ertheilt. Wie bekannt, leistete Riedl während sechs Monaten mit seinen 3 Dampfern und 6 Schleppern auf dem Inn mehr, wie jeder Sachverständige erwartete.

Preußen. Berlin, 16. Dez. Die Regierung wird mit einem großen Theile ihrer beabsichtigten Vorlagen nicht vor den diesjährigen Landtag gehen: weder mit der Erhöhung der Zivilliste, noch mit der Erhöhung der Beamtengehälter, noch mit der Besteuerung der Eisenbahnen für Kommunalzwecke, noch mit der der Frachtbriefe, noch mit der Aufhebung der Wuchergesetze. Zum Theil liegen die Gründe für diesen Entschluß, den das Staatsministerium gestern gefaßt hat, klar zu Tage: die Einsicht, daß die Zivilliste durch die in Anspruch genommenen Domänen nicht in der erwarteten und berechneten Weise zunehmen würde; der Widerspruch des Publikums und speziell der Handelskammern in der gesammten Monarchie gegen die Besteuerung der Frachtbriefe, die den kleinen Verkehr ruiniren muß; die Ungunst der Zeiten, die gegen eine Vermehrung der Steuerlast spricht. Was die Wuchergesetze anlangt, so haben diese in der höheren Sphäre leider noch immer ihre Freunde, die lange Zeit brauchen, um zu der Einsicht zu gelangen, daß gerade die Aufhebung jener Gesetze das Verhältniß zwischen Darlehengebenden und Suchenden regeln und konsolidiren muß. (Allg. Ztg.)

Baden. Aus Freiburg, 15. Dez., schreibt der „Schw. Merk.“: „Der bei Herder erscheinende „Kalender für Zeit und Ewigkeit“, der anfänglich von Professor Stolz und dann eine zeitlang von Pfarrverweser Zugschwerdt verfaßt wurde, ist heute von der Polizei mit Beschlag belegt worden. Wie wir vernehmen, sollen Stellen, die sich auf das Militär beziehen, diese Maßregel veranlaßt haben.“

Nassau. Wiesbaden, 17. Dezbr. (Priv.-Korr.) Heute wurde in Gegenwart des herzoglichen Regierungskommissärs den frühern Pächtern der Spielbanken zu Wiesbaden und Ems

1,200,600 fl. für Abtretung ihrer Rechte und Uebertragung des Eigenthums des ganzen Ameublements in den beiden Kurgebäuden so wie eines Gartens an die neukonzessionirte Aktien-Gesellschaft „zum Betrieb der Kur-Etablissements zu Wiesbaden und Ems“ baar ausbezahlt. Die für Beschaffung des Betriebs-Fonds bestimmten 5000 Aktien (500,000 fl.) sind heute ebenfalls begeben worden. Es sind nunmehr sämmtliche Aktien genommen, mit alleiniger Ausnahme der als Reservefonds bestimmten 2000 Aktien (200,000 fl.), welche nach den Statuten erst durch einen Beschluß der Generalversammlung begeben werden dürfen.

Oesterreich. Wien, 15. Dezbr. Die „Wiener Ztg.“ brachte in ihrem Abendblatte vom Samstage einen ersten Artikel über die neue Ehegesetzgebung in Oesterreich. Allem Vermuthen nach scheint der Artikel darauf berechnet, die Ansichten, welche sich im Publikum über die in derselben der Geistlichkeit neueingeräumten Rechte kundgegeben haben, etwas zu beruhigen. Ob diese Wirkung erzielt wird, steht dahin, weil die „Wiener Zeitung“ im größeren Publikum wenig gelesen ist und unsere anderen Journale den erwähnten Artikel (als dessen Verfasser eine aus dem Sonderbundskriege sehr bekannte Persönlichkeit bezeichnet wird, die als politischer Flüchtling hier zu Ehren und Würden gelangt ist) bis jetzt nicht zu reproduziren für gut fanden. Bei Sr. Em. dem päpstlichen Nuntius, Mons. de Lucca, war heute Vormittags großer Empfang. — In der kaiserlichen Hofburg werden bereits Vorkehrungen für die Rückkunft des Kaiserpaares getroffen, die, sicherem Vernehmen nach, schon am 17. Januar erfolgen soll, um in der zweiten Karnevals-Hälfte durch einige Hof- und Kammerbälle den hiesigen Adel und die Industrie für die lange Abwesenheit des allerhöchsten Hofes etwas schadlos halten zu können.

Wien, 15. Dez. Im Widerspruche mit den von Turiner Blättern gemachten Mittheilungen vernehme ich aus einer sehr wohl unterrichteten und ganz unparteiischen Quelle, daß von Seiten des Mailänder Adels die großartigsten Vorbereitungen getroffen werden, um den Empfang des Kaisers so feierlich wie möglich zu machen. Auch gedenkt sich Niemand aus Mailand zu entfernen, der auf Hoffähigkeit Anspruch machen kann. (K.Z.)

Wien, 16. Dez. Die Verhandlungen über das Material, welches der Pariser Nachkonferenz vorgelegt werden soll, sind noch immer im vollen Gange. Was Bolgrad betrifft, so hat Frankreich bekanntlich zugesagt, sich der Majorität der Stimmen anschließen zu wollen, und nachdem Sardinien in letzter Zeit für die englische Ansicht gewonnen und auch seitens Rußlands eine vollständige Nachgiebigkeit in diesem Punkte zu gewärtigen ist, so hält man die Erledigung der Bolgradfrage in kürzester Zeit durch die Konferenz für vollkommen gesichert. Hinsichtlich der Schlangeninsel hat sich jedoch eine, zwar nicht ganz unerwartete, aber von den übrigen Mächten offenbar zu leicht geschätzte Differenz erhoben, indem die Pforte nicht gesonnen ist, auf ihren Anspruch betreffs dieser Insel zu verzichten. Die Pforte hat bereits früher diesen Anspruch in einer eigenen Zirkularnote zu begründen gesucht, worin dieselbe gegen die Abtretung dieser in maritimer und militärischer Hinsicht ziemlich bedeutenden Position an das Fürstenthum Moldau Protest erhoben hat. Wie es scheint, haben die Großmächte bisher diesem Protest keine besondere Beachtung geschenkt, indem sie vorerst das Prinzip der Abtretung seitens Rußlands überhaupt gesichert sehen wollten. Nachdem nun aber Rußland gerade diesen Punkt mit großer Bereitwilligkeit behandelt und gegen die Abtretung keinen Einwand erhebt, tritt die Pforte nochmals mit ihren Ansprüchen hervor und wünscht natürlich, daß dieselben noch vor dem Zusammentritt der Konferenz anerkannt werden mögen. Hieraus erklärt sich zum Theil die Zögerung, welche seitens der Türkei dem Zusammentritt der Pariser Bevollmächtigten in jüngster Zeit bereitet worden ist. Die Pforte macht in ihren neueren an die verschiedenen Kabinete gerichteten Deduktionen geltend, daß sie sowohl als diejenige Macht, welche hauptsächlich die Kriegslast zu tragen hatte, als auch um des Prinzips ihrer souveränen Stellung willen nicht auf den Besitz der Schlangeninsel verzichten könne, welche zum Theil die Position des Donaudelta beherrscht. Es scheint, daß bisher noch keine Antwort und keine Einigung unter den Kabineten über diese Forderung erzielt worden ist. Da überdies betreffs der Reorganisation der Fürstenthümer und betreffs der Neutralisation des schwarzen Meeres noch die Verhandlungen im Zuge sind, indem England und Oesterreich, wie oben bemerkt, auch für diese Fragen vor dem Zusammentritt der Pariser Bevollmächtigten eine Art Programm der künftigen Politik festgestellt haben wollen, so ist nicht zu erwarten, daß die Schwierigkeiten, welche noch die Eröffnung der Konferenzen verzögern, so rasch beseitigt werden dürften. (Fr. Postz.)

Schweiz.

Bern, 14. Dez. Man hält es hier jetzt für sehr wahrscheinlich, daß sich Preußen mit der Amnestirung der Gefangenen nach der Verurtheilung nicht zufrieden geben wird. (Fr. Pstz.)

Die Anklagekammer befindet sich in Thätigkeit, betr. den Neuenburger Prozeß. Vorläufig ist entschieden, daß die Assisen sich in Neuenburg zu versammeln haben. Das dortige Appellationsgericht ist bereits aufgefordert, die engere Geschworenenliste zu bilden. Es geschieht dieses in der Weise, daß in öffentlicher Sitzung die Namen der sämmtlichen Geschworenen des Bezirks in eine Urne eingeworfen und sodann 54 derselben herausgezogen werden. Die Liste der 54 wird dem Präsidenten der Kriminalkammer oder des Assisenhofs übergeben, wo dann später durch Rekusation oder Loos die 54 auf 14 reduzirt werden. Der Assisenhof ist folgendermaßen zusammengesetzt: Herr Bundesrichter Zenruffnen, Präsident und die HH. Bundesrichter Glasson und Jäger. Nächster Suppleant ist Hr. Bundesgerichts-Suppleant Gutzwyler. (N. Zürich. Z.)

Großbritannien.

Der Verein für „auswärtige Politik“ in Bradford hat ein merkwürdiges Experiment angekündigt: „Die Kriegserklärung ist die Aufruhrakte zwischen verschiedenen Staaten und sie ist nicht eine leere Form, sondern eine Feierlichkeit, die zur Kontrolle und Gewähr dafür dient, daß die Bedingungen vorhanden sind, die den Krieg gesetzlich machen. Deßwegen verordnen unsere Gesetze die Strafe des Hochverraths gegen die hohen Staatsbeamten, die mit Umgehung jener Förmlichkeiten eine Kriegsführung befehlen, und die Strafe des Mordes gegen die Soldaten und Seeleute, die daran Theil nehmen. In neuerer Zeit hat die englische Regierung Kriege geführt ohne Kriegserklärung. Da es offenbar ist, daß das Parlament nicht länger die Macht hat, große Gesetzbrecher zur Rechenschaft zu ziehen, so fehlt es an einem Zwange, der die Inhaber der Ministerposten von Ungesetzlichkeiten zurückhielte. Aber noch ist in den Gerichtshöfen die Verpflichtung, der Wille und die Gewalt vorhanden, das Gesetz gegen die Untergebenen durchzusetzen. Die Unterzeichneten haben daher beschlossen, die Frage vor die Gerichtshöfe zu bringen, um auf diesem Umwege die Regierung zu kontrolliren und dem Bürger den Schutz zu verschaffen, den zu gewähren das Parlament sich für unfähig erwiesen hat. Sie haben zu dem Versuche die angekündigte Expedition gegen Persien gewählt, weil sie es für Recht halten, daß die Soldaten und Seeleute bei Zeiten gewarnt seyen.“ Zugleich sammeln die Theilnehmer dieser Bewegung Subskriptionen, um die Kosten des Prozesses zu bestreiten und gute Kräfte aus dem Advokatenstande zu gewinnen. (Nat.-Ztg.)

Frankreich.

Paris, 16. Dezbr. Der Bürgermeister des 12. Pariser Bezirks ließ im Hinblicke auf das am 1. Januar fällige Quartal der Wohnungsmiethen dieser Tage die bedeutenderen Hausbesitzer seines Amtsbereiches zu sich kommen und bat sie im Namen der Regierung, der Menschlichkeit und der öffentlichen Ordnung, durch ihre Bemühungen und ihre Nachsicht zur Linderung der Wohnungskrisis beizutragen, da ohnehin bereits die Lebensmittelkrisis so schwer auf den ärmeren Klassen laste.

Paris, 16. Dez. Großen Skandal erregt hier ein Zank, der gestern im Foyer des Gymnase zwischen Milhaud und Mirès stattgefunden hat. Letzterer hat Ersterem vorgeworfen, daß er ihm Alles zu verdanken habe, was er besitze, und 600,000 Fr. von ihm zurückverlangt. Milhaud antwortete mit den gröbsten Schimpfworten, und hob auch den Stock gegen Mirès auf. Man mußte die Beiden mit Gewalt trennen. (K. Z.)

Paris, 16. Dezbr. Der jüngst verstorbene Hr. v. Salvandy war Mitglied der französischen Akademie und Unterrichtsminister unter Louis Philipp. Er war früher Redakteur der „Debats“, wurde dann Mitglied der Deputirtenkammer und unter Louis Philipp Minister. Er war auch Mitglied der Nationalversammlung unter der Republik und zuletzt Partisan der Fusion. Salvandy hinterläßt einen Sohn, Paul v. Salvandy, und eine Tochter, die an den Marquis v. Aux verheirathet ist. (Köln. Z.)

Paris, 17. Dezbr. Der schon kurz erwähnte Artikel des „Moniteur“ über die Neuenburger Angelegenheit lautet, wie folgt: „Die Großmächte unterzeichneten im Jahre 1852 zu London ein Protokoll, das die Rechte Sr. Maj. des Königs von Preußen auf Neuenburg anerkannte. Die gleich den anderen Kabineten engagirte Regierung des Kaisers konnte, welches auch immer ihr Interesse für die Schweiz war, nicht verkennen, was der Vertrag geheiligt hatte. Im Jahre 1848 zerriß die Revolution das Band, das den Kanton an den König knüpfte. Der König hat beständig zu Gunsten der besiegten Partei, die unterdrückt zu seyn behauptete, protestirt und reklamirt. Im September dieses Jahres versuchte die be-

siegte Partei, Revanche zu nehmen. Der Versuch mißlang. Dieses Ereigniß mußte natürlicher Weise einen Konflikt zwischen der Schweiz und Preußen herbeiführen. Die erstere ließ Truppen ausrücken, um die Ordnung in Neuenburg herzustellen. Preußen fand es seiner Ehre zuwider, über Männer zu Gerichte sitzen zu lassen, welche die Fahne des Königs erhoben hatten. Durch seine geographische Lage mußte Frankreich einen hervorragenden Einfluß auf die Lösung des Zwistes haben. Der König hat sich an den Kaiser gewandt und ihm sein ganzes Interesse für die kompromittirten Männer ausgedrückt; er bat zugleich den Kaiser, deren Freilassung zu reklamiren, indem er ihm gleichzeitig seine versöhnliche Stimmung eröffnete. Die französische Regierung würde sich glücklich schätzen, wenn sie dem Konflikte vorbeugen könnte. Den Wünschen des Königs entsprechend und stark durch das Wohlwollen für die Schweiz, so wie durch die Versöhnlichkeit Preußens, verlangte sie die Freilassung der Gefangenen; sie stellte der Schweiz vor, daß dieselbe keineswegs kompromittirt sey, wenn sie nicht den Reklamationen Preußens, sondern den Vorstellungen Frankreichs nachgebe. Andererseits verhehlte ihr die französische Regierung nicht die glücklichen Erfolge, welche diese Konzession haben werde, indem sie Frankreich gewissermaßen die Verpflichtung auferlege, jeden bewaffneten Konflikt zu verhindern und sich eifrig dafür zu bemühen, vom König eine definitive, den Wünschen der Schweiz entsprechende Regelung der Frage zu erlangen. Unglücklicher Weise wurden so weise Erwägungen nicht gewürdigt. Die Regierung des schweizer Bundes zog es vor, eher den in ihrer Umgebung thätigen demagogischen Einflüssen, als den Rathschlägen nachzugeben, welche einzig von dem Wunsche eingegeben sind, in freundschaftlicher Weise eine Frage zu lösen, die seit zu langer Zeit schwebend ist und die Ruhe Europas stören konnte. Auch fand Frankreich auf der einen Seite Mäßigung und das Verlangen, der Frage aus Nachgiebigkeit für die politische Lage ein Ende zu machen, auf der anderen dagegen bedauernswerthen Widerstand, übertriebene Empfindlichkeit und vollständige Gleichgültigkeit gegen seine Rathschläge. Die Schweiz wird sich daher nicht wundern dürfen, wenn sie im Laufe der Ereignisse nicht mehr den guten Willen vorfindet, dessen sie sich um den Preis eines geringen Opfers leicht vergewissern konnte." (Köln. Z.)

Paris, 17. Dezbr. Heute findet auf dem Carrouselplatze eine große Truppen-Heerschau statt, welcher der Kaiser, so wie der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen beiwohnen. Während des Aufenthaltes zu Fontainebleau fand im Schloßhofe eine Truppenrevue statt und wurde eine Jagd abgehalten, an welcher die Kaiserin Theil nahm. Die Stadt Fontainebleau war Abends glänzend beleuchtet. (Köln. Z.)

* Paris, 17. Dezbr. Der Artikel im „Moniteur" hat, wie man es nicht anders erwarten wird, eine außerordentliche Sensation erregt und fast die Wirkung hervorgebracht, als sey bereits der erste Kanonenschuß gefallen. Wir wollen abwarten, ob die hiesige Presse es versuchen wird, denselben zu beurtheilen. Man kann dieser offiziellen Kundgebung die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie sehr klar in ihren Aufstellungen und eben so verständlich in ihren Schlußfolgerungen ist. Die Veröffentlichung ist bloß unerwartet gekommen, weil man hier vielseitig die Hoffnung gehegt hatte, daß es der französischen Regierung gelingen werde, die erwünschte Ausgleichung zu Stande zu bringen.

Italien.

Nach Berichten aus Neapel sind von den in Sizilien mit bewaffneter Hand gefangen genommenen Insurgenten acht Individuen standrechtlich erschossen worden. Es soll, wie es weiter heißt, mit aller gesetzlichen Strenge gegen die übrigen Theilnehmer des verunglückten Putsches vorgegangen werden und der König des Beispiels wegen nicht gesonnen seyn, irgend eine Gnade oder Nachsicht über die vor Gericht gestellten walten zu lassen. (Köln. Z.)

Aus Neapel, 11. Dez., geht der „Köln. Ztg." folgender in manchen Einzelnheiten von den bisherigen Nachrichten abweichender Bericht über das Attentat auf den König zu: „Die Revue, die bei der Feier der unbefleckten Empfängniß stattfand, hatte eine ungeheure Masse Zuschauer, und besonders die Fremden von Neapel und Umgegend herbeigezogen. Der König wollte sich in seinem ganzen Pomp und Glanze zeigen. Das Attentat fand beim Vorbeimarsch der Truppen statt. Der König den Kronprinzen zur Seite, stand an der Spitze eines glänzenden Stabes. Nicht weit von ihm befand sich die Königin mit den übrigen Mitgliedern der königlichen Familie in einem Wagen. Als das 3. Jäger-Regiment, das bekanntlich Karabiner mit Säbel-Bajonetten, wie die französischen Jäger von Vincennes, hat, vorbeimarschirte, sprang ein Mann, der dritte auf der linken Seite, aus der Reihe hervor und versetzte dem König einen Bajonnetstich in die linke Seite. Der Stoß war so gut berechnet, daß, wenn er nicht durch die Pistolenhalfter am Sattel aufgehalten worden wäre, derselbe den König durchbohrt haben würde. So bog sich aber das Bajonnet, und der König erhielt nur eine leichte Verwundung. Der Mann bereitete sich vor, einen zweiten Stoß zu führen, als der Oberst Latour, der vom König nach einem anderen Punkte mit einem Befehle gesandt worden war, gerade zeitig genug zurückkam, um den mörderischen Stoß zu verhüten, indem er den Mann über den Haufen ritt. Die Einzelheiten dieser Scene wurden nur von denen gesehen, die sich ganz in der Nähe befanden. Viele verließen die Revue, ohne Kenntniß von dem Attentat zu haben. Die Revue wurde nicht im geringsten gestört. Der König folgte sogar noch eine Zeit lang den Truppen, wobei er an mehrere Schweizer-Soldaten einige Worte richtete. Die Minister, alle hohen Staatsbeamten und die fremden Gesandten begaben sich sofort nach dem Palais, um den König zu beglückwünschen. Sie wurden jedoch nur vom Oberhofzeremonienmeister empfangen. Die Soldaten des 3. Jäger-Regiments erhielten nach der Rückkehr in die Kaserne Arrest und wurden hierauf einer strengen körperlichen Untersuchung unterworfen. Der Soldat, der das Attentat begangen hatte, wurde gleich nach seiner Verhaftung verhört. Aus den Aussagen desselben geht hervor, daß seine Familie durch die Expedition des Generals Nunziante gegen Kalabrien zu Grunde gerichtet wurde; daß einer seiner Brüder standrechtlich erschossen, viele seiner Verwandten in's Gefängniß geworfen worden waren, und daß er geschworen hatte, sich an dem Urheber alles dieses Unglücks zu rächen. Er drückte sein großes Bedauern darüber aus, daß er sterben müsse, ohne seinen Vorsatz in Ausführung gebracht zu haben. Der Mann besitzt große Geistesstärke und eine erstaunenswerthe Festigkeit und Energie. Man brachte die Folter in Anwendung, aber er machte keine weiteren Geständnisse. Er war in einem Seminar erzogen worden, wurde aber entlassen, und seit jener Zeit verfolgte er keinen anderen Zweck, als sich an dem Könige zu rächen. Aerzte haben den geistigen Zustand des Gefangenen untersucht, um ihn, wenn möglich, für wahnsinnig zu erklären. Er besitzt aber seinen vollen Verstand. Ein feierlicher Gottesdienst wurde für die glückliche Erhaltung des Königs gehalten. Geschriebene Rundschreiben und mündliche Instruktionen der Polizei-Agenten ertheilten den Bewohnern von Neapel Befehl, ihre Häuser zu illuminiren, und die ganze Stadt war des Abends glänzend erleuchtet. Aber nirgends herrschte Begeisterung, und ich habe wohl nie eine kältere Demonstration gesehen. Im Jahre 1838 entdeckte man in Neapel eine Verschwörung gegen das Leben des Königs. Von Personen, die damals in Neapel waren, hörte ich, daß der König bei seiner ersten Ausfahrt von der Bevölkerung mit der größten Begeisterung aufgenommen wurde. Aber damals war derselbe noch populär. Wie ich ferner erfahre, sind der Syndik und zwei andere Personen des Ortes verhaftet worden, wo Mariano — so ist der Name des Mörders — zuletzt gewohnt hat. Sie sind angeklagt, demselben falsche Pässe ausgestellt zu haben, vermittels derer es ihm gelungen ist, als Soldat in die neapolitanische Armee einzutreten. — Die sizilianische Bewegung scheint erstickt zu seyn, obgleich die Aufregung, die dort herrscht, fortwährend groß ist. Mehrere Hundert Insurgenten sind mit Bentivenga zugleich festgenommen worden. — In Neapel ist ein neues Reglement für die Ueberwachung der Studenten erschienen. Dasselbe ordnet an, daß die Professoren monatliche und jährliche Berichte über die Aufführung der Studenten, ihre Frömmigkeit und ihren Besuch der Messe und dergleichen einreichen. Die Strafen, welchen die Studenten unterworfen werden können, sind darin ebenfalls angegeben."

* Man schreibt der „Gazette du midi" aus Neapel vom 11. Dezbr.: „Seit Montag hören die Demonstrationen zu Gunsten Sr. Majestät nicht auf. Alle Klassen der Gesellschaft bedauern einstimmig dieses abscheuliche Attentat; der König und die königl. Familie haben sozusagen die ganze Gesellschaft Neapels im Palaste empfangen; alle „Familien" beeilten sich, sich dort zu präsentiren. Vorgestern dauerten die Aufwartungen bis spät in die Nacht und noch gestern wurden mehr als 9000 Personen aller Klassen empfangen."

Man meldet aus Bologna, daß Graf Lavatelli nach drei Tagen an seinen Wunden gestorben ist. Die Mailänder Blätter behaupten, er sey, wie der Graf Rossi, durch Mazzini's Anhänger gefallen, weil er sich der päpstlichen Regierung wieder angeschlossen habe.

Nichtpolitische Zeitung.

Paris, 15. Dez. Fräulein Azimont, vom Theater du Palais Royal, die zu einem bisher reichen Financier in nahen

Beziehungen steht, läßt diese Woche ihr höchst reiches Mobiliar, über 200,000 Fr. werth, versteigern. Dieselbe will dem Financier, der sein ganzes Vermögen an der Börse verlor, es möglich machen, seine rückständigen Schulden zu bezahlen und sich eine neue Stellung zu gründen. Fräulein Azimont erregt allgemeine Theilnahme durch diese in unserer Theaterwelt so höchst seltene Handlung.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 19. Dezbr. Die Börse war heute in sehr matter Haltung. Für sämmtliche Fonds zeigten sich starke Verkäufer und konnten nur zu weichenden Coursen Abschlüsse erzielt werden; eine Ausnahme davon machten österr. Bankaktien und 1 1/4 pCt. Spanier.

Providentia wurde zu 105 3/8 und Ansbacher Loose von 7 3/8 à 3/4 verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 78 3/8 P. 78 1/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 89 1/8 P. — G. Metall. alte à 5pCt. 77 1/4 P. 77 G.; a 5pCt. in Silber b. R. 86 3/4 P. 86 1/4 G.; à 4 1/2 pCt. 66 5/8 P. 66 3/8 G.; a 4pCt. 60 1/4 P. 59 3/4 G.; a 3pCt. 46 3/4 P 46 1/4 G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 P. 56 1/2 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 84 P. — G **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G.; 4pCt. 95 P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/2 P. 101 G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 103 1/4 P. 102 3/4 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 91 P. 90 1/2 G.; à 4pCt. 99 3/8 P. 98 7/8 G.; 4 1/2 pC. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 3/4 P. 82 1/4 G.; a 3 1/2 pCt. 91 P. 90 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 7/8 P. 37 5/8 G.; 1 1/4 pCt. neue 23 3/4 P. 23 5/8 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1169 P. 1164 G. Neue Bankaktien 303 P. 298 G. Credit-Actien à 5pCt 206 P 204 G. Darmstädter Bankaktien alte 356 P. 354 G.; junge 316 P. 314 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 498 P. 493 G. Mitteldeutsche Creditbank 96 P. 95 1/2 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 99 1/4 P. 98 3/4 G. Frankf. Bankaktien 110 1/2 P. 110 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 505 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 569 P. 564 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fcs. Einz. 286 P. 284 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 144 1/4 P. 143 3/4 G. Neustadt-Weissenb. 10 3/8 P. 102 7/8 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100 7/8 P. 100 3/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 354 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 78 3/4 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 79 P. 78 1/2 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 93 P. 92 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 117 1/4 P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102 1/2 P. 102 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 115 3/4 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 1/4 P. 48 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 3/4 P. 117 1/4 G. à fl. 25 36 P. 35 3/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 3/8 P. 37 7/8 G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/4 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 3/4 P. 100 5/8 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 5/8 P. 117 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. L. r. 250 k. S. 99 5/8 P. — — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Paris Frs. 200 k. S 93 1/8 P. 92 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S 96 5/8 P. — — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111 3/4 P. 111 1/2 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 7/8 P 88 3/8 G.	Wien 3 M. mit 5% 111 1/2 P. 111 1/4 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Disconto — P. 4 1/2 pCt. G.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 17. Dezember. (Privat-Korrespondenz) Herr Abg. Dr. Weis, als Referent über den Entwurf eines Gesetzbuches über Verbrechen und Vergehen beantragt in seinem Referat so weit dasselbe nun vorliegt, mehrfache Modifikationen, von welchen ich Ihnen die wesentlichsten hier mittheile. Zunächst beantragt Referent eine Aenderung im System des Gesetzbuches und zwar dahin, daß dasselbe nicht nur die Verbrechen und Vergehen, sondern auch die Uebertretungen, soweit sie strafrechtlicher Natur, behandeln soll, und demnach im Polizeistrafgesetzbuche nur das aufgenommen bleibe, was aus dem polizeilichen Gesichtspunkte beurtheilt werden muß. Demzufolge soll der Titel lauten: „Entwurf eines Strafgesetzbuches für das Königreich Bayern." Das erste Hauptstück handelt „Von der Anwendung des Gesetzbuches". Da dasselbe verschiedenartige Dinge umfaßt, so wird die erweiterte Ueberschrift „Von dem Begriffe der Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen, sowie von der Anwendung des Gesetzbuches" vorgeschlagen. Art 1. bestimmt: „Die in dem gegenwärtigen Gesetzbuche bezeichneten Handlungen sind Verbrechen, wenn sie mit Todes- oder Zuchthausstrafen, Vergehen, wenn sie mit Gefängniß- oder Geldstrafe bedroht sind." Referent spricht sich hierbei, wie bereits mitgetheilt, gegen die Todesstrafe aus (in welcher Beziehung der Ausschuß dem Referenten aber nicht beistimmte) außerdem aber wird bezüglich der Fassung des Artikels die bestimmtere Form vorgeschlagen: „Die strafbaren Handlungen sind entweder Verbrechen und Vergehen oder Uebertretungen. Verbrechen sind diejenigen, welche mit (Todes- oder) Zuchthausstrafe; Vergehen diejenigen, welche mit Gefängnißstrafe oder mit einer Geldstrafe, deren niedrigster Betrag 100 fl. übersteigt; Uebertretungen diejenigen, welche mit Arrest oder mit einer Geldstrafe, deren höchster Betrag 100 fl. nicht übersteigt, als Hauptstrafe bedroht sind." Wesentliche Aenderungen sind in diesem Artikel auch: 1) die Verminderung des Maximum der polizeilichen Geldstrafen von 300 auf 100 fl., und 2) die Beseitigung der körperlichen Züchtigung. Beide, im Polizeistrafgesetzbuche enthaltenen Bestimmungen mußten hier aufgenommen werden, weil, wie Eingangs erwähnt, das Strafgesetzbuch auch von Uebertretungen handeln soll.

Das Maximum des Polizeiarrestes ist im Entwurf auf 3 Monate festgestellt, der Referent und der Ausschuß haben dasselbe auf 1 Monat vermindert. Der Ausschuß sey hierbei, bemerkt der Referent, offenbar bis zur äußersten Gränze gegangen, und wenn man gegen seine Bestimmungen Bedenken erheben wolle, so könne dies nur gewiß in der Richtung geschehen, daß man sagt, er habe diese Maxima oder doch das der Geldstrafe zu hoch gegriffen. Mit aller Entschiedenheit spricht sich hiebei der Hr. Referent gegen die körperliche Züchtigung aus und der Ausschuß stimmte bei einer Vorbesprechung ihm bei, so daß diese Strafe aus dem Gesetzbuch entfernt bleiben wird. Art 6 bestimmt: „Unter Waffen werden in diesem Gesetzbuche solche Gegenstände verstanden, durch deren gewaltthätigen Gebrauch nach gewöhnlicher Erfahrung, lebensgefährliche Verletzungen hervorgebracht werden können." Referent ist der Ansicht, daß sich solche allgemeine Definition nicht geben lasse, und beantragt deßhalb, den Artikel zu streichen unter dem Vorbehalt, im besondern Theile in den betreffenden Stellen auf diese Frage zurückzukommen.

Der Lloyddampfer „Asia" bringt aus **Konstantinopel**, 12. Dez., folgende Nachrichten: Feruk Chan schickte am 8. Dez. Lord Redcliffe's Ultimatum nach Teheran, worin verlangt wird: Revision der Traktate mit Persien, die Räumung Herats, Ermächtigung zu Gründung von Faktoreien längs der Küste des persischen Golfs, Eisenbahnkonzession an britische Compagnieen auf persischem Boden. Persien, unterstützt von Rußland, verlangt die Neutralität der Türkei; England hingegen Allianz mit der Türkei, oder wenigstens Ermächtigung zum Durchmarsch von Truppen in Trapezunt. Der Iman von Maskat hält es mit England, und verweigert die jährliche Tributzahlung für die Mineralsalinen in Persien. In den persischen Arsenalen ist man sehr beschäftigt. Feruk Chan soll französische Offiziere verlangen. Die Konzentrirung russischer Truppen am Araxes dauert fort. Die Russen haben zu Enzelli, einer Bai am persischen Ufer des kaspischen Meeres, Waffen und Munition ausgeschifft. Den englischen Schiffen im Bosporus werden sich französische Schiffe zugesellen. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 354.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 21. Dezember 1856.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 19 Dezbr. (Priv.-Korresp.) Aus dem Referat des Abg. Weis über den allgemeinen Theil des Strafgesetzbuchs theile ich Ihnen heute eine für die Presse wichtige Stelle mit. Artikel 9 des Entwurfs lautet nämlich: „Mit dem Ausdrucke „Preßerzeugniß" bezeichnet das Gesetzbuch nicht nur Druckschriften jeder Gattung, sondern auch Bilder, Kupferstiche, Lithographien, Holzschnitte, überhaupt alle Arten sinnlicher Darstellungen und Mittheilungen an das Publikum, welche vervielfältigt oder in einer zur Vervielfältigung geeigneten Weise angefertigt sind. Was das Gesetzbuch von Preßerzeugnissen vorschreibt, gilt auch von solchen Schriften und sinnlichen Darstellungen, welche zwar nicht in einer zur Vervielfältigung geeigneten Weise angefertigt sind, aber an mehrere verkauft, verschenkt, vertheilt oder umher getragen, öffentlich ausgestellt, aufgelegt oder angeschlagen werden."

„Dieser Artikel enthält, bemerkt Referent, im ersten Absatze eine Erklärung darüber, was das Gesetzbuch mit dem Ausdrucke „Preßerzeugnisse" bezeichnet, und dehnt sodann im zweiten Absatze alle für die Preßerzeugnisse geltenden Vorschriften auch noch auf sonstige Schriften und sinnliche Darstellungen aus. Unter der Voraussetzung, daß überhaupt gegen die Aufnahme der auf die Presse sich beziehenden Strafbestimmungen in das gegenwärtige Gesetzbuch nichts erinnert wird, besteht gegen den ersten Absatz dieses Artikels kein Bedenken. Er wiederholt nur in einer verbesserten Redaktion dasjenige, was §. 9 des Preßedikts vom 4. Juni 1848 und Art. 50 des Preßgesetzes vom 17. März 1850 sagen. Dagegen kann ich dem zweiten Absatze nicht beistimmen. Wenn auch schon die bisherige Gesetzgebung die auf die Presse bezüglichen Bestimmungen, und zwar mit Recht, nicht auf die eigentlichen Drucksachen beschränkte, so hielt sie doch einen in der Natur der Sache begründeten Gränzpunkt fest, der in Art. 50 des Preßgesetzes scharf und richtig bezeichnet ist. Die Bestimmungen bezüglich der Presse sind hiernach nur auf solche sinnliche Darstellungen und Mittheilungen an das Publikum anwendbar, welche vervielfältigt, oder doch wenigstens zur Vervielfältigung geeignet, d. h wie der heutige Entwurf sich besser ausdrückt, in einer zur Vervielfältigung geeigneten Weise angefertigt sind. Nun bezweckt aber der Absatz 2 des Art. 9 diese Bestimmungen auch auf solche Schriften und sinnliche Darstellungen auszudehnen, welche nicht in einer zur Vervielfältigung geeigneten Weise angefertigt sind, wenn dieselben nur an Mehrere, d. h., wenn Art. 7 stehen bliebe, an zwei Personen, verkauft, verschenkt, vertheilt, oder umhergetragen, öffentlich ausgestellt, aufgelegt oder angeschlagen worden sind. Diese Ausdehnung widerstreitet dem allgemeinen Sprachgebrauche und der Natur der Sache und ist außerdem unzweckmäßig und ungerecht Nach diesem Vorschlage würde sich schon eines Preßvergebens schuldig machen, wer einen von seiner Hand geschriebenen und zur Veröffentlichung gar nicht bestimmten Aufsatz, indem z. B. eine beleidigende Aeußerung enthalten ist, zwei Freunden schicken, wer ein Pasquil an eine Straßenecke anheften würde u. dgl. Solche Handlungen als Preßvergehen zu behandeln, widerstreitet unserer Sprache und allen unseren Begriffen. Es widerstreitet aber auch der Natur der Sache. Der Grund der Wichtigkeit der Presse und damit der Grund, warum die neuere Gesetzgebung der Presse mit Recht eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat, liegt in der Möglichkeit der massenhaften Vervielfältigung. Vor der Erfindung der Buchdruckerkunst wußte man nichts von Preßvergehen, und doch kamen solche Handlungen, die man jetzt in Absatz 2 unsers Artikels als Preßvergehen verhandeln will, auch damals vor. Der charakteristische Gränzpunkt ist deßwegen in Art. 50 des Preßgesetzes ganz richtig gefunden. Eine derartige Ausdehnung der auf die Presse bezüglichen Bestimmungen wäre auch sehr unzweckmäßig. Nach §. 6 des Preßediktes haben Geschworne über alle Anklagen auch wegen bloßer Preßvergehen zu erkennen. Die Annahme des Abs. 2 des vorgeschlagenen Artikels würde also die Zuständigkeit der Schwurgerichte auch auf alle durch solche Schriften und sinnliche Darstellungen verübten strafbaren Handlungen ausdehnen. Ein so großer Verehrer des Instituts der Geschwornen ich auch bin, so kann ich doch bei unsern heutigen Verhältnissen eine derartige Erweiterung der Zuständigkeit der Schwurgerichte weder im Interesse des Institus selbst, noch im Interesse der Strafrechtspflege überhaupt als zweckmäßig erkennen. Diese Ausdehnung ist endlich ungerecht. Wenn man im vorliegenden Entwurfe eine Handlung als höher strafbar betrachtet, wenn sie durch die Presse, als dann, wenn sie auf andere Weise begangen wurde, so kann ich mich damit im Allgemeinen einverstanden erklären. Den Grund, derjenige, welcher die Handlung durch die Presse begeht, beweise eine größere Beharrlichkeit des rechtswidrigen Willens, kann ich zwar nicht unbedingt gelten lassen, allein ich gebe zu, daß die durch die Presse verübte strafbare Handlung in der Regel gefährlicher ist. Der Grund hievon liegt aber gerade in der wirklichen oder doch möglichen und wahrscheinlichen massenhaften Vervielfältigung. Läßt man den vorhin angegebenen ersten Grund der höheren Strafbarkeit der Preßvergehen gelten, so ist einleuchtend, daß dann von der hier vorgeschlagenen Ausdehnung noch weniger die Rede seyn kann. Von demjenigen, welcher etwas Strafbares niederschreibt, drucken läßt und der Oeffentlichkeit übergibt, kann wohl gesagt werden, er sey beharrlicher, als jener, der das Nämliche in der ersten Aufwallung gesprochen hat; allein ein Gleiches kann von Demjenigen nicht gesagt werden, welcher in der ersten Aufwallung etwas schreibt und an zwei Bekannte schickt." Referent beantragt deßhalb: „den Absatz 1 des vorgeschlagenen Art. 9 unverändert anzunehmen, den Absatz 2 dagegen zu streichen"

München, 17. Dez. Der Vortrag des Abg. Dr. Weis als Referenten im Gesetzgebungs-Ausschusse über den Entwurf des „Gesetzbuches über Verbrechen und Vergehen" wurde schon in früheren Mittheilungen, z. B. in Betreff der Todesstrafe, kurz berührt. Es wird nun nicht ungeeignet seyn, diesem Vortrag, der die Grundlage der Verhandlungen über den obengenannten Entwurf bildet, weiter zu folgen. Die zweitschärfste Strafe des Entwurfs ist die Zuchthausstrafe auf Lebens- oder auf bestimmte Zeit. Die hieher gehörige Frage bezüglich der Einführung der Einzelhaft wird in den Motiven des Entwurfs von der Regierung verneint, und hier weicht die Ansicht des Referenten des Ausschusses abermals von der Regierung ab, indem er eine Vermittlung der beiden sich gegenüberstehenden Gefängnißsysteme in der Art vorschlägt, daß die Einzelhaft auf die ersten sechs Monate der Strafzeit beschränkt werden solle. Während dieser sechs Monate sey jeder Züchtling bei Tag und Nacht in einer besondern Zelle außer aller Gemeinschaft mit andern Züchtlingen zu halten. Er sey daselbst zu beschäftigen, und erforderlichen Falls in einem Gewerbe oder sonstigen Handarbeiten, sowie in den Elementar-Schulgegenständen, und insbesondere in der Religion zu unterrichten. Der Zuchthausvorstand, der Geistliche und der Arzt sollen verpflichtet seyn, jeden in der Einzelhaft befindlichen Sträfling täglich wenigstens dreimal zu besuchen. Andern Personen, namentlich Verwandten und Bekannten des Züchtlings, sey der Besuch desselben nicht zu verweigern, vorausgesetzt, daß hievon kein nachtheiliger Einfluß auf Letztern zu befürchten ist, und er nicht etwa selbst den Besuch ablehnt. Jeder Züchtling solle sich während der Dauer der Einzelhaft täglich wenigstens eine halbe Stunde in einem dazu bestimmten Raume im Freien Bewegung machen dürfen, dabei aber gleichfalls mit andern Züchtlingen in keine Berührung kommen. Es sey ihm endlich auch zu gestatten, von Zeit zu Zeit an Verwandte oder Freunde Briefe zu schreiben, und solche von denselben zu empfangen, jedoch, wie es sich von selbst versteht, unter Kontrole von Seite des Vorstandes. Im Weiteren geht sodann der Vorschlag des Referenten dahin, nach Ablauf der ersten sechs Monate die Züchtlinge der Einzel-

haft zu entlassen und von nun an innerhalb des Zuchthauses gemeinschaftlich zu beschäftigen und zu unterrichten. Aber auch dann noch sey anzurathen, daß, soweit die Räumlichkeiten es gestatten, die Züchtlinge ihre arbeits- und unterrichtsfreie, namentlich die Nachtzeit in besondern Zellen zubringen. Von der ununterbrochenen Einzelhaft auszunehmen seyen jene Züchtlinge, welche zur Zeit des Strafantritts das siebenzigste Lebensjahr schon überschritten haben. Indem der Ausschußreferent auf solche Weise den Ansichten der Regierung entgegentritt, welche sich insbesondere deßhalb gegen dieses System ausspricht, weil der Streit auf dem Felde der Theorie noch unentschieden schwebe, bezeichnet er als einen Verzicht auf jeden Fortschritt, wenn mit allen Aenderungen so lange gewartet werden wolle, bis man die volle Ueberzeugung habe, etwas absolut vollkommenes in's Leben zu rufen. Man habe in neuerer Zeit bezüglich der Gefängnißfrage so viele Erfahrungen gemacht, man habe sich mit derselben in fast allen Ländern der zivilisirten Welt so sehr beschäftigt, daß heute ein längeres Zuwarten nicht mehr zu rechtfertigen sey. „Die Frage, fährt Referent fort, ist zu wichtig, unsere Zukunft hängt von derselben zu sehr ab, als daß wenigstens ich die Verantwortung auf mich nehmen möchte, zur Verschiebung ihrer Lösung auf eine ungewisse Zukunft mitgewirkt zu haben. Der Kostenpunkt darf bei Fragen von solcher Wichtigkeit nicht in entscheidenden Betracht gezogen werden. Wird eine Einrichtung zur Erreichung des Staatszweckes für nothwendig erachtet, so muß jeder Staat, der sich nicht für lebensunfähig erklären will, die dazu nöthigen Mittel aufbringen." Daß aber eine mit Benützung des vorliegenden reichen Materials vorgenommene Aenderung des gegenwärtigen Zustandes des Gefängnißwesens eine wirkliche Verbesserung sey, darüber könne ein vernünftiger Zweifel nicht obwalten." (Schw. M.)

Preußen. Berlin, 17. Dezbr. Auf unserm Geldmarkt lasten fortgesetzt die Folgen der besorglichen Gerüchte über den Neuenburger Streit. Eine Menge Werthpapiere aller Art sind plötzlich aus Privatbesitz zum Verkauf gebracht worden, ohne Käufer zu finden; und wenn die umlaufenden Nachrichten sich zu bewahrheiten beginnen, wird der erste offizielle Akt uns so ziemlich in dieselbe Situation bringen, wie im Jahre 1850, somit unübersehbares Unglück herbeiführen. Der Glaube, daß die Gefahr wirklich nahe sey, an welche man so lange nicht glauben wollte, scheint besonders dadurch entstanden zu seyn, daß bei den letzten Kompagnieversammlungen der Landwehr diese aufgefordert wurden, ihre häuslichen Angelegenheiten so zu ordnen, daß sie jederzeit bereit seyen, dem Rufe zu den Waffen zu folgen, was keinen geringen Schreck bei vielen Familienvätern hervorrief, die keine Ahnung von einem solchen Ereignisse hatten. Es zeigt sich hierbei wiederum, welch tiefeingreifender Unterschied zwischen einem stehenden Heere und einer Volksbewaffnung ist, deren Kriegsbewaffnung in alle Fäden des Staatslebens greift. Allgemein wünscht und hofft man, daß die thätige französische Vermittlung die kriegerischen Rüstungen verhindern möge, welche, selbst wenn es später bei diesen bleibt, mit den gewaltigen Lasten zugleich schwere Leiden für das Gesammtwohl herbeiführen müssen, mit denen das zu Erreichende in keinem Verhältnisse steht. Der russische Gesandte in Stuttgart, Graf Benkendorff, welcher sich der besonderen Huld des Königs erfreut, ist gestern hier eingetroffen; wie man sagt, ebenfalls in Angelegenheiten, welche auf die Schweiz Bezug haben. (Ztg. f Ndd.)

Schweiz.

Bern, 16. Dezbr. Gestern ist der Neuenburger Prozeß um einen Schritt vorwärts gerückt. Von den im Berichte des Generalanwaltes aufgestellten zwei Klassen von Angeschuldigten hat, wie schon kurz gemeldet, die Anklagekammer von den 82 schwer Angeschuldigten der ersten Klasse 66 in Anklagezustand versetzt, wovon 11 flüchtig sind (meistens in Morteau); 14 wurden in die zweite Klasse versetzt, über welche der Spruch später gefällt werden soll, und zwei werden von der Anklage befreit, Graf Pourtalès Gorgier und Advokat Perrot, der sich eben mit einer Schrift, betreffend die Bedrückung seiner Partei durch die Okkupation, beschäftigt. Verhaftet sind nur noch 11 Individuen. Ob die Flüchtigen ediktaliter vorgeladen werden, ist unbekannt; jedenfalls würde dieses den Prozeß verzögern. Die Anklagekammer befreite dann noch 6 Gefangene gegen unbedeutende Kaution. Hrn. v. Pourtalès-Sandoz, einen Mann von 3 bis 400,000 Fr. Renten, wurden 80,000 Fr. auferlegt, dem Buchdrucker Wolfrath 10,000 Fr., den HH. Henri v. Rougemont, Pourtalès Pury und August v. Montemolin 50,000 Fr., Pfarrer Sauvin und Philippe Guetillat 5000 Fr. und Mathey de l'Etang gar nichts, weil er in die zweite Klasse versetzt worden ist. Das Obergericht von Neuenburg hat nun die Bildung der Geschwornenliste vorzunehmen, was ohne Zweifel sehr rasch geschehen wird. — Aus Morges geht telegraphisch die betrübende Nachricht ein, daß der eidgenössische Oberst Rilliet-Constant gestern Nacht daselbst an einem Schlagfluß gestorben ist. — Oberst Denzler, der durch Heirath einer Neuenburgerin ein reicher Mann geworden ist, hat die Stelle eines Oberinstruktors der Artillerie auf Ende des Jahres niedergelegt und die ehrenvollste Entlassung erhalten. (Schw. M.)

Bern, 18. Dez. Die Kantone wurden vom Bundesrath eingeladen, Materielles und Persönliches (in ihrer Wehrverfassung) beförderlichst zu ergänzen. (T. D. d. Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 17. Dezbr. Der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen wird am hiesigen Hofe mit größter Auszeichnung behandelt und auf alle mögliche Weise fetirt.

Paris, 18. Dezbr. Die Stadt Paris hat das Vermächtniß der Gräfin Ducayla, welche ihr das Schloß St. Ouen hinterlassen, nicht angenommen. Die Gräfin hat die Bedingung daran geknüpft, daß die Stadt daselbst Ludwig XVIII. ein Denkmal setze, und diese hat das Vermächtniß, als an unsittliche Bedingungen geknüpft, zurückgewiesen. Der Staatsrath hat diesen Beschluß des Gemeinderaths gebilligt.

Paris, 18. Dez. Es wäre schwer, den außerordentlichen Eindruck zu beschreiben, den der Artikel im „Moniteur" hier hervorgebracht hat. Derselbe hat jedenfalls das Verdienst, einen deutlichen Begriff von dem Gange der Verhandlungen zu geben. Napoleon, so geht aus diesem Dokumente hervor, glaubte der friedlichen Absichten des Königs von Preußen gewiß zu seyn, ehe er die Freilassung der Neuenburger Gefangenen verlangte, und Herr Dufour, welcher von der eidgenössischen Regierung hierher gesandt worden ist, indem er die ihm eröffnete Aussicht einer definitiven Regelung als Folge der Freilassung der Neuenburger Gefangenen seiner Regierung bekannt gab, wird wohl auch eine genaue Definition dieser Regelung gekannt haben. In politischen Kreisen deutet man die hierauf bezügliche Stelle der Note im „Moniteur" einfach dahin, daß der Kaiser versprochen habe, bei Preußen die völlige Verzichtleistung auf sein Recht in Neuenburg zu erwirken. Es wäre allerdings schwer, die „versöhnlichen Absichten" der preuß. Regierung neben den Erwähnungen einer definitiven Regelung anders auszulegen. Der Schluß dieses merkwürdigen Aktenstückes wird schon verschiedener gedeutet. Die Einen erblicken darin bloß eine nachdrückliche Mahnung, während die Anderen viel weiter gehen.

Zu Chatellerault ist ein Detachement von 30 türkischen Arbeitern angekommen, um die Waffenfabrikation zu studiren. Sie wurden in der Kaserne einquartiert.

Spanien.

Madrid, 18 Dezbr. Es soll in dem gestern Abends unter dem Vorsitze der Königin stattgefundenen Ministerrathe die Besteuerung der Lebensmittel beschlossen worden seyn. Nur würden wegen der obwaltenden Theuerung der Lebensmittel Brod und Getraide von der Regel ausgenommen seyn. Da jedoch Fleisch, Oel, Kohlen und andere für den täglichen Bedarf unerläßliche Produkte von dem Zolle getroffen sind, so steht zu befürchten, daß er, sogar auf den Preis des Brodes rückwirkend, jedenfalls große Unzufriedenheit unter den unbemittelten Klassen der Bevölkerung hervorrufen werde. Die finanzielle Ungeschicklichkeit der Regierung ist es nach der Ansicht aller Hellsehenden vor Allem, die das Regiment der Moderados untergraben und den Progressisten einen Anhaltspunkt der Wiedererhebung in die Hände liefern wird. Der schlichteste Mann vergleicht die beiden Regierungen, und es begreift sich, daß er es für angemessener hält, Staatsgüter zu verkaufen, als den Staat durch das Anlehen Mirès zu belasten oder gar während so drückender Zeit die unentbehrlichsten Bedürfnisse des armen Mannes durch Auflagen zu vertheuern. Ich muß bei dieser Gelegenheit einer hervortretenden Mangelhaftigkeit des hiesigen Steuersystems Erwähnung thun, die darin besteht, daß wohl der Boden, der Handel, die Fabrikation, aber nicht das Vermögen belastet ist, so daß Jemand Millionen in Papieren, in Aktien aller Art besitzen kann, ohne einen Cuarto zu bezahlen, während der letzte Bauer für seine Handbreit Boden Zoll entrichten muß. Ist es nicht zu verwundern, daß das Finanzgenie des Hrn. Barzanallana, einmal arg in die Enge getrieben, nicht auf Abhülfe dieses Uebelstandes verfällt!

Italien.

Aus Rom wird gemeldet: „Der Papst hat, um den Nachtheilen unsittlicher Schauspiele entgegenzuwirken, mittels eines Rundschreibens an die Provinzialdelegaten die Schauspiel-Dichter einladen lassen, Dramen zu schreiben, in welchen die wahre Sittlichkeit und Tugend den Sieg davonträgt, und für die besten Leistungen in dieser Richtung Prämien bestimmt. Der zu diesem Zweck ernannten Kommission sind bereits 50 dramatische Erzeugnisse übersendet worden; 2 Tragödien, 1 Melo-

drama, 8 Dramen, 13 Lustspiele und 32 Possen wurden für unzulässig erklärt; dagegen wurden mehrere andere Produkte theils durch Medaillen belohnt, theils einer lobenden Anerkennung gewürdigt." (D. A. Z.)

Eine Korrespondenz aus Neapel vom 9. Dezbr. in der „Times" enthält Folgendes über das Attentat: „Als Kapitän Latour den Mörder ergriffen hatte, sagte der König: „Uebergebt ihn den Gensdarmen", worauf Milano in einer von Gendarmen begleiteten Droschke abgeführt wurde. Leute, die sich ganz in der Nähe befanden, bemerkten, daß Se. Majestät todtenbleich wurde und mit der Hand im Geheimen über die Stelle fuhr, welche durch den Stoß getroffen worden war oder allenfalls hätte getroffen worden seyn können. Dann winkte der König seinem gleich hinter ihm reitenden Sohne, dem Herzog v. Calabrien und sagte ihm, er möge ruhig bleiben. Hierauf winkte er mit einer Handbewegung der Königin zu, um sie zu begrüßen und als Zeichen, daß ihm nichts Schlimmes widerfahren sey. Se. Majestät bewies wirklich die wunderbarste Kaltblütigkeit und verhinderte dadurch großes Unheil. Der in einem neapolitanischen Volkshaufen so furchtbare Ruf: „Fui! Fui!" war bereits erschallt, einige in der Nähe des Königs befindliche Wagen sich bereits in Bewegung gesetzt, in einem Augenblicke würde Alles ein tolles Durcheinander gewesen seyn, und die nach der Hauptstadt zurückströmenden Menschen würden gewaltige Verwirrung und Ruhestörungen angerichtet haben. Da aber ringsum ein Cordon von Soldaten gezogen war, so durfte Niemand sich entfernen, und da Se. Majestät die Fortsetzung der Feierlichkeit befahl, so gewann Alles bald wieder seinen gewohnten ruhigen Ausstrich."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 17. Dezbr. Der persische Gesandte Feruk Khan hat sich noch nicht zur Reise nach Paris angeschickt. Er unterhandelt in Konstantinopel länger, als man erwartet hatte. Feruk und Reschid sind die beiden vorgeschobenen Posten der Hrn. v. Butenieff und Redcliffe. Feruk hat an die Türkei Forderungen gestellt, die ihm Butenieff einflüsterte, und Reschid hat nach dem Rathe Lord Redcliffe's geantwortet. Jener hat die Grenzregulirung urgirt, dieser hat darauf hingewiesen, daß jetzt, wo ein Krieg mit England in Aussicht stehe, davon nicht die Rede seyn könne. Endlich hat Feruk verlangt, daß die Pforte den Einfällen der türkischen Räuber aus dem armenischen Gebirge, die persisches Gebiet verheeren, Einhalt thue und Reschid hat darauf hingewiesen, daß die Regierung des Schah vor einigen Jahren, als die Pforte Aehnliches von ihr verlangte, geantwortet habe, es sey dies unmöglich, denn jene wilden Stämme säßen auf russischem Gebiete. Es ist kein Zweifel, daß Rußland die Pforte, die durch den Vertrag vom 30. März in Europa unangreifbar geworden, von der persischen Seite in Händel zu verflechten sucht. Der Zustand des persischen Reiches aber ist so erbärmlich, daß die Engländer, wenn sie wirklich eine Diversion zu Gunsten Dost Mahomeds machen, es unstreitig über den Haufen werfen. Der Widerstand Persiens ist also eigentlich ein Widerstand Rußlands, und kann die Heratfrage nicht friedlich beigelegt werden, so ist ein Krieg zwischen England und Rußland in Aussicht. (Ostd. P.)

Rußland und Polen.

* Eine Korrespondenz der „Presse" bringt folgende Einzelheiten über die Wegnahme mehrerer türkischen Schiffe durch die Russen. Die Häfen an der Ostküste des schwarzen Meeres werden erst nach und nach von den Russen wieder in Besitz genommen, und bis dahin treiben sie einen lebhaften Handel mit den türkischen Häfen in Kleinasien, namentlich mit Trapezunt, einer der von türkischen Schiffen am meisten besuchte Hafen ist Sudjuk-Kalé; hier kamen am 19 Oktober ein Korps von 4000 Russen unter General Philipson an, was keine geringe Aufregung hervorbrachte; nach einigen Briefen haben sie die Stadt geplündert; nach andern waren es die Tscherkessen, welche die Magazine der Kaufleute leerten. Wie dem auch seyn mag, es sind wenigstens 3 Millionen Piaster an Waare verloren gegangen. Der General Philippson verfuhr ganz wie ein Eroberer; er ließ die 18 Barken und das Schiff, welche im Hafen lagen, mit Beschlag belegen, setzte einen Offizier auf jedes Fahrzeug mit so viel Soldaten als Matrosen darauf waren, und expedirte die Flotte nach Anapa. Dort wurden die Türken mißhandelt, wenn man ihrem Bericht Glauben schenken will, und zwei Tage lang ins Gefängniß gesteckt. Der Gouverneur von Anapa schickte alsdann das ganze Geschwader unter dem Befehl eines russischen Kapitäns nach Kertsch, unter dem Vorwande, die Papiere der Schiffspatrone seyen nicht in Ordnung. Die Fahrt von Anapa nach Kertsch ging nicht ohne Schwierigkeiten von Statten, da das Wetter sehr schlecht war; das benutzten mehrere von den Schiffspatronen; denn es ist gewiß, daß vom 24. bis 30. November 14 der türkischen Fahrzeuge wieder in Trapezunt ankamen, mit 90 russischen Soldaten und dem zum Admiral ernannten Kapitän an Bord. Man kann sich den ganzen Vorfall nur schwer erklären, weil die Papiere der Schiffspatrone vom russischen Konsul in Trapezunt an die Adresse des russischen Konsulats in Sudjuk-Kalé, welches der Erstere schon installirt glaubte, visirt waren. Es wird übrigens vom „Constitutionnel" gemeldet, daß der russische Gesandte sich beeilt habe, dem türkischen Ministerium Erklärung über den Vorfall zu geben.

Amerika.

Aus Mexiko sind der Times Nachrichten vom 5. Nov. zugegangen, welche auf den raschen Verfall der Republik deuten. Man war zwar überzeugt, daß die Regierung des Aufstandes in Puebla Herr werden würde, aber im Norden hatte Vidaurri, von amerikanischen Freunden unterstützt, den Regierungstruppen eine Niederlage beigebracht, und aus Sonora soll der Gouverneur geflüchtet seyn. In Verakruz ist eine Anzahl Verschworner mit einer Kasse von 12,000 L verhaftet worden. Es herrscht überall im Lande Raub und Diebstahl. Außerdem fürchtet man eine spanische Blokade. (F P.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Köln, 16. Dezbr. Rüböl loko faßweise $44\frac{1}{2}$ Thlr. B., — G., in Partien $49\frac{3}{4}$ B, — G., per Mai 1857 $40\frac{1}{2}$ B., $40\frac{1}{8}$ G., per Oktober 1857 $37\frac{1}{4}$ B., $36\frac{2}{3}$ G.

Waizen effekt. per 234pfd. $8\frac{5}{12}$ a $\frac{1}{4}$ Thlr. B., — Thlr. G., per März per 234pfd. $8\frac{5}{12}$ B., — G., do. per 234pfd. mit Garantie von 88 Pfd. per Schfl. $8\frac{3}{4}$ B., — G.

Roggen effekt per 220pfd. $6\frac{7}{8}$ Thlr. B., — Thlr. G., gedörrter do. $6\frac{1}{3}$ B., — G., per März per 214pfd. $6\frac{1}{8}$ B., $6\frac{2}{15}$ b., per Mai do. $6\frac{1}{4}$ B., — G.

Gerste, hiesige per 200 pfd $4\frac{3}{4}$ Thlr. B, — G., oberländische do. $6\frac{1}{8}$ B. — G.

Hafer per 131pfd. $2\frac{2}{3}$ Thlr. B., — G.

Spiritus, loko $29\frac{1}{2}$ Thlr. B, — G., in Partien $29\frac{1}{2}$ B, — G., rektif. — Thlr. per 130 Quart a 90pCt., do. ff. — Thlr. per 130 Quart a 90pCt.

Oel angenehmer. Waizen flau. Roggen loko ebenfalls matt. Termine preishaltend. Spiritus still.

Amsterdam, 15. Dezember. Waizen unverändert, 128pfd. weißb. poln. 480 fl., 133pfd. alter Geldern 450 fl., $156/_2$pfd. neue oberländische 360 fl., 131pfd. neuer Clevisch. 405 fl.

Inländ. Roggen niedriger, fremder in Kleinigkeiten unverändert, 120pfd. amerik. 260 fl., 120pfd. amerik. 243 fl, 117pfd. Petersb. 220, 222 fl., 116pfd. neuer inländ. 210 fl.

Gerste flau.

Amsterdam, 15. Dezbr. Getraide flau. Waizen ohne Umsatz. Inländ. Roggen mit $8\frac{1}{2}$ fl. bezahlt und dazu ferner Abgeber. Smyrna Gerste mit $7\frac{1}{2}$ fl. per 62 Kil. bezahlt.

Rotterdam, 13. Dezbr. Kaffee behauptete sich diese Woche recht fest, reinschmeckend gut ord. Java ist nicht unter 33 cs. zu finden.

Thee fest. Tabak 310 F. verkauft.

Rohzucker angenehmer, zu geheimen Preisen sind 2637 Krj. verkauft; in raffinirtem stilles Geschäft.

Reis fest. geschält Carolina $17\frac{1}{2}$ fl., Java Tafel $12\frac{1}{2}$ a $13\frac{1}{2}$ fl., Java 8 a $9\frac{1}{2}$ fl., Arrakan 8 fl.

Gewürze still Nelken 1 cs. über Auktionspreis zu machen, Blühe 137 cs, Muskatennüsse Nr. 1 147 cs., Pfeffer $28\frac{1}{4}$ cs, Piment fl. 31 a 32, Chin. Caneel 63 a 64 cs.

Neue Patras Korinthen 37 fl., neue Smyrna Rosinen 32 fl., schwarze Rosinen 21 fl.

Frankfurt, 20. Dezbr. Der Rückgang der meisten Effekten machte heute weitere Fortschritte und wurden am fühlbarsten österr. Staatsbahnaktien und Darmstädter Bankaktien beider Serien davon berührt. Spanische Fonds behaupteten sich. Providentia wurde zu $105\frac{1}{4}$ verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 $78^{3}/_{8}$P. $78^{1}/_{8}$G. 5pCt Lombard-Ven. 89 P. — G. Metall. alte à 5pCt. $77^{1}/_{4}$ P. 77G.; à 5pCt. in Silber b. R. 87 P. $86^{1}/_{2}$ G.; à $4^{1}/_{2}$pCt. $66^{3}/_{4}$P. $66^{1}/_{4}$G.; à 4pCt. $60^{1}/_{4}$ P. $59^{3}/_{4}$ G.; à 3pCt. $46^{3}/_{4}$ P. $46^{1}/_{4}$ G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 57 P. $56^{1}/_{2}$ G. **Preussen.** $3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldscheine 83 P. — G. **Bayern.** Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. $90^{1}/_{4}$ P. $89^{3}/_{4}$ G.; 4pCt. 95P. $94^{1}/_{2}$G.; 4pCt. Grundrente 95P. $94^{1}/_{2}$G.; $4^{1}/_{2}$pCt. $101^{3}/_{4}$ P. — G.; 5pCt. 101 P. $100^{1}/_{2}$ G. **Württemberg.** $3^{1}/_{2}$pCt. Obligationen b. R. $91^{3}/_{4}$P. $91^{1}/_{4}$ G.; $4^{1}/_{2}$pCt. $103^{1}/_{4}$P. $102^{3}/_{4}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. 91P. $90^{1}/_{2}$G.; à 4pCt. $99^{3}/_{8}$P. $95^{7}/_{8}$ G.; $4^{1}/_{2}$pC. $102^{1}/_{4}$ P. $101^{3}/_{4}$G. **Nassau.** Obligationen à $3^{1}/_{2}$pCt. $90^{1}/_{2}$P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $82^{3}/_{4}$P. $82^{1}/_{4}$G.; à $3^{1}/_{2}$pCt. 91P. $90^{1}/_{2}$G. **Spanien.** 3pCt. int. Schuld

— — P. 37 3/4 G.; 2 1/2 pCt. neue 23 15/16 P. 23 13/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1164 P. 1159 G. Neue Bankaktien 302 P. 297 G. Credit-Actien à 5pCt 206 P 204 G. Darmstädter Bankaktien alte 354 P. 352 G.; junge 313 1/2 P. 311 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 498 P. 493 G. Mitteldeutsche Creditbank 95 7/8 P. 95 3/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 98 1/4 P. 97 3/4 G. Frankf. Bankaktien 110 1/2 P. 110 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 505 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 571 P. 566 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 284 P. 282 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 143 3/8 P. 143 1/8 G. Neustadt-Weissenb. 103 1/8 P. 102 5/8 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100 1/4 P. 100 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 354 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 78 3/4 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 1/2 P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 3/4 P. 92 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 117 1/4 P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102 1/4 P. 101 3/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 115 3/4 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 49 1/8 P. 48 5/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 1/2 P. 117 G. à fl. 25 36 P. 35 3/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 3/8 P. 37 7/8 G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/4 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 3/4 P. 100 1/2 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 1/2 P. — — G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 100 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99 5/8 P. — — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Paris Frs. 200 k. S. — — P. 92 7/8 .
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. 96 5/8 P. 96 3/8 G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111 7/8 P. 111 5/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S 89 1/8 P 88 7/8 G.	Wien 3 M. mit 5% 111 1/2 P. 111 1/4 G.
Leips. Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Disconto — P. 4 1/2 pCt. G

Neueste Nachrichten.

** **München**, 19. Dezember. (Privat-Korrespondenz) Meinem gestrigen Bericht über das Referat des Herrn Abg. Dr. Weis über den Entwurf des Strafgesetzbuches lasse ich Nachstehendes folgen: Mit den Art. 10 und 11, welche von den Verbrechen, welche die Inländer im In- oder Auslande verüben, handeln, ist das Referat im Allgemeinen einverstanden, nur wird beantragt bei Art. 10 eine mehr allgemeine Fassung. Dasselbe ist der Fall bei Art 12, der von den Verbrechen der Ausländer handelt. Der Art. 13 handelt von der Wirkung der Aburtheilung im Ausland und stellt als Grundsatz auf, daß wegen einer von einem zuständigen ausländischen Gericht abgeurtheilten That keinesfalls, auch nicht im Falle rechtskräftiger Freisprechung, in Bayern ein gerichtliches Verfahren mehr stattfinde — ausgenommen die im Artikel näher bezeichneten Fälle politische Verbrechen und Vergehen). Referent ist mit dem in diesem Artikel aufgestellten Grundsatz einverstanden.

Referent bespricht dabei die Frage, ob im Inlande eine nochmalige Verfolgung eintreten soll, wenn die im Auslande verhängte Strafe ganz oder theilweise durch Begnadigung erlassen wurde. Der Entwurf bejaht diese Frage; das neue preuß. Strafgesetzbuch bestimme das Gegentheil — u. Referent erklärt, daß er sich der letztern Ansicht anschließe; wenn man überhaupt auf die im Auslande stattgehabte strafrechtliche Procedur Rücksicht nehme, was im Entwurfe mit vollem Rechte geschehe, so müsse man auch das dem Oberhaupte des auswärtigen Staates zustehende Begnadigungrecht respektiren, das offenbar einen Theil der Strafrechtspflege im weiteren Sinne bilde. Referent beantragt deßhalb eine entsprechende Modifikation, außerdem schlägt er vor, zu den strafbaren Handlungen, über welche, obwohl im Auslande abgeurtheilt, dennoch in Bayern ein gerichtliches Verfahren stattfinden soll, auch noch jene zu zählen, welche — Art. 157 und 158 — Wahlbestechung und Fälschung der Wahlzettel und Wahlzeichen betreffen. Dem Art. 14 — Vorbehalt des Retorsion — stimmt Referent bei.

Das nun folgende zweite Hauptstück handelt „von den einzelnen Strafarten". „Art. 15. Die Todesstrafe wird mittelst Enthauptung von einer Gerichtskommission und unter Zuziehung von wenigstens 12 Urkundspersonen in einem geschlossenen Raum vollzogen." Referent hat sich, wie mitgetheilt, bei Art. 1 gegen die Todesstrafe ausgesprochen. „Für den Fall jedoch, fügt der Hr. Referent hier bei, daß der bei jenem Artikel gestellte Antrag nicht angenommen werden sollte, ist hier näher zu untersuchen, in welcher Weise die Todesstrafe vollzogen werden soll; und hiebei dreht es sich hauptsächlich um die Frage, ob dieser Vollzug öffentlich stattfinden soll oder nicht. Der Entwurf schlägt vor, daß die Todesstrafe in einem geschlossenen Raume nur in Gegenwart einer Gerichtskommission und unter Zuziehung von wenigstens zwölf Urkundspersonen, also mit Ausschluß des eigentlichen Publikum, vollzogen werde. Wer als Urkundsperson zuzuziehen, ob die hiezu bezeichneten Personen zu erscheinen verpflichtet seyen u. s. w., darüber findet sich im Entwurfe keine Bestimmung. Die Motive geben zu, daß das Volk vermöge eines wohlbegründeten Gefühles Mißtrauen und Abscheu gegen heimliche Hinrichtungen hege, und für den Akt der richterlichen Gewalt, durch welchen ein Menschenleben vernichtet werden soll, die Kontrole der Publizität in Anspruch nehme. Andererseits aber behaupten sie, eine schrankenlose Oeffentlichkeit des Hinrichtungsaktes diene Excessen mancher Art zur Veranlassung und zum Vorwande, und befördere die Rohheit und Entsittlichung des Volkes. Deßhalb glaubte man den vorgeschlagenen Mittelweg wählen zu können.

Interessant ist, daß hier die Staatsregierung von einem Akte der richterlichen Gewalt selbst erklärt, seine öffentliche Vornahme trage zur Beförderung der Rohheit und zur Entsittlichung des Volkes bei. Entschiedener kann man eigentlich die Todesstrafe nicht verdammen.

Was nun die Frage, ob die Hinrichtungen öffentlich oder geheim stattfinden sollen, insbesondere betrifft, so habe ich darüber Folgendes zu bemerken: Daß das Gefühl des Volkes gegen geheime Hinrichtungen ist, kann gewiß nicht geläugnet werden. Einem solchen Gefühle muß der Gesetzgeber Rechnung tragen, namentlich wenn es, wie die Motive selbst beifügen, ein wohlbegründetes ist. Die Hinrichtungen, wie sie der Entwurf vorschlägt, sind aber in der Wirklichkeit geheime; jedenfalls wird sie das Volk als solche betrachten. Ich muß mich deßhalb gegen solche Hinrichtungen, obgleich man sich in der neueren Zeit in den meisten Staaten dafür entschieden hat, und zwar um so mehr aussprechen, als der beabsichtigte Zweck, ohne des Gefühl des Volkes in dieser Richtung zu verletzen, auch dadurch erreicht wird, daß man die bis jetzt üblichen Förmlichkeiten und Feierlichkeiten beseitigt. Für den Fall, daß die Todesstrafe unter die ordentlichen Verbrechensstrafen aufgenommen wird, beantrage ich deßhalb, den vorliegenden Artikel also zu fassen: „Die Todesstrafe wird an einem Jedermann zugänglichen Platze, jedoch unter möglichster Vermeidung alles Aufsehens, mittelst Enthauptung vollzogen."

Für den Fall, daß auch dieser Antrag keinen Beifall finden sollte, ist es jedenfalls nothwendig, in das Gesetz nähere Bestimmungen darüber aufzunehmen, welche Personen als Urkundspersonen beizuziehen seyen, wer die Urkundspersonen zu bezeichnen habe, ob eine Verpflichtung der bezeichneten Personen, der Berufung zu folgen, bestehe u. s. w." (Forts. f.)

München, 19. Dezbr. Se. Maj. der König haben dem Regierungs-Assessor und Fiskal-Adjunkten J. **Kellermann** bei der Regierung von Niederbayern, K. d. F., den Titel und Rang eines Regierungs- und Fiskalrathes tax- und stempelfrei verliehen; den Kommunal-Revierförster Christoph **Feller** zu Bösenbach auf das im Forstamte Elmstein eröffnete Kommunal-Revier Hambach versetzt; an dessen Stelle den derzeitigen Forstamts-Aktuar J. F. **Stein** ernannt; den Revierförster Georg **Elling** von Wallenfels, Forstamts Kronach, nach Warmensteinach, den Revierförster Aug. **Baier** von Schnappenhammer, Forstamts Kronach, an Elling's Stelle nach Wallenfels und den Revierförster Ed. **Clericus** von Warmensteinach nach Schnappenhammer versetzt; zum Rechnungsgehilfen bei der Kammer des Innern der Regierung von Mittelfranken den Revisor Karl Fr. **Scheer** ernannt. (N. M. Z.)

Wien, 19. Dez. Die erwartete Antwort seitens der hohen Pforte wegen Eröffnung der Pariser Conferenzen ist heute aus Konstantinopel **zustimmend** angelangt. Erzherzog Max Ferdinand, verlobt mit der Prinzessin Charlotte von Belgien, ist gestern nach Brüssel abgereist. (A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. **Pöhlmann**.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 355.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 22. Dezember 1856

Deutscher Bund.

Aus Frankfurt, 19. Dez., schreibt man der „Weser-Zeitung": „Preußen hat der Bundesversammlung gestern seine erwartete Erklärung bezüglich Neuenburgs abgegeben. Es ließ mittheilen, daß die Erfolglosigkeit seiner versöhnlichen Bemühungen um eine Ausgleichung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Preußens zur Schweiz zur Folge gehabt habe und daß ihm nun nichts mehr erübrige, als seine Rechte durch die Waffen zur Geltung zu bringen. Zu dem Zwecke sey die königl. Regierung bereits mit den betheiligten Bundesregierungen in vertrauliche Unterhandlungen getreten, um den militärischen Bewegungen die nöthige Freiheit zu sichern. Die Bundesversammlung nahm die Erklärung zu Protokoll. Ein neuer Antrag wurde von Preußen nicht gestellt. Ungeachtet des Ernstes der Wendung der Frage hat man in politischen Kreisen die Hoffnung auf eine endliche Vermittelung doch noch nicht aufgegeben."

✢ München, 18. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Der dritte Kongreß der Bevollmächtigten des deutschen Postvereins wird gegen Mitte Januars 1857 in unserer Stadt abgehalten werden.

Bayern. München, 19. Dez. Die k. Bank in Nürnberg hat von der durch sie negociirten mehrerwähnten Ansbach-Gunzenhauser Eisenbahn-Anleihe den Betrag von 150,000 fl. oder 21,500 Loose à 7 fl. der Stadt Ansbach al pari überlassen, jedoch unter der Bedingung, daß dieselben im Wege der Subskription zur allgemeinen Vertheilung gelangen. In Folge dessen hat der Magistrat der Stadt Ansbach die öffentliche Subskription auf nächsten Dinstag anberaumt. (Allg. Z.)

Se. Maj. der König haben den Pfarrer in Kipfenberg, Ldgr. gl. Namens, Priester Anton Frhr. v. Berchen, dessen Bitte gemäß, von dem Antritte der ihm zugedachten Pfarrei Siegsdorf, Ldgr. Traunstein, enthoben, und diese dem Priester Sim. Eisenhofer, Cooperator in Ainring, Ldgr. Laufen; die Dompredigerstelle in Regensburg dem Verweser derselben, Priester Joh. Baptist Meyer, und die kath. Pfarrei Saxenried, Ldgr. Schongau, dem Priester K. Räth, Pfarrer in Willmathhofen, Ldgr. Zusmarshausen, übertragen; ferner genehmigt, daß die durch Ausschließung des Chorvikars Philipp Jakob Spindler aus der katholischen Kirche und durch das sofort stattfindende Vorrücken der übrigen jüngeren Vikare erledigte sechste Chorvikarsstelle an der Domkirche zu Augsburg von dem Bischofe daselbst dem Priester Theodor Kriener, Kaplan an der Stadtpfarrkirche zu St. Moritz in Augsburg, verliehen werde; den 2 Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgerichte München r. d. J., St. Frhr. v. Stengel, zum ersten Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgerichte Bamberg befördert; den zweiten Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgerichte Wasserburg, Wilh. Fr. Frhr. v. Bibra, dessen Bitte entsprechend, in gleicher Eigenschaft an das Kreis- und Stadtgericht München r. d. J. versetzt; den funktionirenden Staatsanwaltssubstituten am Kreis- und Stadtgerichte Bamberg, Rud. Wolfram, zum zweiten Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgerichte Wasserburg ernannt. Den Revisionsbeamten des Hauptzollamtes Nürnberg, Friedrich v. Oelhafen, auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt. (N. M. Z.)

München, 20. Dez. In der gestrigen 4. öffentlichen Sitzung des Landraths v. Oberbayern wurde Vortrag erstattet über die Ausgaben für die Kreisirrenanstalt, ein Gegenstand, der seit 1829 bei jeder Landrathsversammlung lange Debatten hervorgerufen hat, gestern aber zur Lösung gekommen ist. Zum Baue der Irrenanstalt hat die Regierung vorläufig für das Jahr 1856/57 30,000 fl. in's Kreisbudget eingestellt. Der Bauplatz, aus 36 Tagw. 4 Decim. bestehend, ist um die Summe von nur 13,975 fl. 9½ kr. erworben, zu welcher Erwerbung der Landrath seine Zustimmung gab, obgleich ein Platz mit günstigeren Wassermitteln zu wünschen wäre. Die Kosten des Baues und der inneren Einrichtung sind zu 500,000 fl. veranschlagt und sollen gedeckt werden: 1) durch den bereits admassirten Fonds zu 180,000 fl., 2) durch den Rückersatz der auf das Kloster Indersdorf ohne Einwilligung des Landraths verwendeten Gelder zu 32,411 fl., und 3) durch die Annuitäten-Anlehen, im Betrage von 336,000 fl. Da aber der Landtag nur die Aufnahme von 250,000 fl. genehmigt hat, so bleiben der Kreisgemeinde noch 36,000 fl. beizuschaffen übrig. — Bezüglich des Rückersatzes der auf das Kloster Indersdorf verwendeten Kapitalien spricht der jüngste Landtagsabschied aus, daß die Verhandlungen noch nicht geschlossen sind. Dem Landrathe wurde nun vor einigen Tage eine allerhöchste Entschießung mitgetheilt, wornach Se. Maj. der König genehmigte, daß die Klosterrealitäten in Indersdorf, wie sie dermalen dem Aerare gehören, dem Kreise Oberbayern eigenthümlich überlassen werden, wenn von der Refundirung erwähnter 32,411 fl. Umgang genommen wird. Zu den von der Kreisgemeinde aufzubringenden 36,000 fl. kämen also noch 32,411 fl., welche ebenfalls der Kreis aufbringen müßte. Da aber seit dem Jahre 1840 jede Landrathsversammlung diese Rückvergütung stets vorbehalten hat und dem dermaligen Landrath vermöge seines Eides die Pflicht obliegt, auf baare Geldlieferung zu dringen und nöthigenfalls selbst den Rechtsweg zu betreten — wozu um so mehr Grund vorhanden sey, als Oberbayern schon sehr große Lasten trage und der Wohlstand nicht im Zunehmen, sondern im Abnehmen sey — wurde in weiterer Hinsicht auf den unerläßlichen Geldbedarf beschlossen, daß der Landrath das Anerbieten, die Gebäude in Indersdorf, welche zudem in ruinösem Zustande sind, an Zahlungsstatt anzunehmen, nicht acceptiren kann, vielmehr auf dem baaren Rückersatz der betreffenden Gelder beharren muß. Da das Baukapital durch ein Annuitätsanlehen aufgebracht werden sollte, wurden Unterhandlungen mit der Bank in München und mit der in Nürnberg angeknüpft. Als Antwort erfolgte überall, daß keine Annuitätsanlehen mehr gegeben, sondern nur gegen hypothekarische Versicherung zu 5 und beziehungsweise zu 4½ Prozent Gelder ausgeliehen werden. Es wurde daher bei der Regierung angefragt, der es auch gelungen ist, aus Sparkassen und Stiftungen des Regierungsbezirkes Oberbayern sogleich 125,000 fl. und den Rest in 2 Jahren aufzubringen und zwar nur gegen 4½ pZt. Verzinsung. Zur Tilgung des Kapitals und der Zinsen von 1860/61 an werden jährlich 15,000 fl. bestimmt, so daß in 26 Jahren die ganze Schuld gedeckt ist. — Die Sicherung geschieht dadurch, daß Schuld-Obligationen des Kreises Oberbayern nur auf Namen ausgegeben werden. Am 1. Juli jeden Jahres findet eine Verloosung statt, worauf sogleich die Rückzahlung beginnt; 3 Monate nach der Verloosung werden die betreffenden Kapitalien nicht mehr verzinst. (B. Ldbötin.)

Aus München, 20. Dezbr., schreibt man der „Augsb. Abdztg": „Aus Anlaß der bevorstehenden Wahl des Vorstandes der protestantischen Kirchengemeinde versammelten sich gestern Abend in zwei Lokalitäten — in der „blauen Traube" und in der „goldenen Ente" — zahlreiche protestantische Gemeindemitglieder, worunter viele Männer von hervorragender Stellung, um sich über die Liste der zu wählenden Kandidaten zu einigen. Im Saale der „goldenen Ente" hielt ein hochstehender greiser Beamte eine Rede, unter deren Auspizien folgende Liste aufgestellt wurde, deren Namen der liberalen kirchlichen Richtung beigezählt werden: Oberappellationsrath Dr. Glück, die Staatsräthe v. Volz und v. Maurer, Ministerialrath Häulein, Oberappellationsrath v. Oehlenschläger, Buchhändler G. Franz, Speaglermeister Friedr. Bauer, Handschuhfabrikant L. Barthelmes, Buchbinder G. Schlegel. Tischlermeister J. Gintz. Bei der in der „blauen Traube" gleichzeitig stattgefundenen Ver-

sammlung soll eine ziemlich gleichlautende Liste aufgestellt worden seyn."

Oesterreich. Wien, 18. Dezbr. Man hat die Frage aufgeworfen: warum das Erscheinen der Landesstatuten für die deutschen Provinzen so lange auf sich warten läßt? Es wird jetzt eine sehr hoffnungsreiche Antwort darauf gegeben. Die Entwürfe haben den Kaiser nicht befriedigt. Er will, daß die Befugnisse der Landesvertretungen erweitert werden; er will, daß die öffentliche Stimme ihren Weg ungehindert an den Thron finden soll; er will den Ständen eine beschließende Stimme zugestehen, überzeugt, in ihnen so festere Stützen zu finden. In diesem Sinne werden die Statuten umgearbeitet und künftiges Jahr in's Leben treten. Die amtliche Thätigkeit ist auch in Betreff Ungarns ungemein rege, wo eine Reihe von Maßregeln vorbereitet wird, die sich zum Theil auf eine ausgedehnte Amnestie, zum Theil auf die Verwaltung und die Berücksichtigung des nationalen Elements beziehen. (Fr. Pstz.)

Schweiz.

Der große Rath des Kantons Bern hat einstimmig unbeschränkten Militärkredit bewilligt. (Fr. Pstz.)

Dänemark.

Aus dem Schleswigschen, 16. Dez. Heute hatte der kgl. Kommissär, Hr. v. Holstein, den Ständen eröffnet, daß die Regierung den in der letzten Session angenommenen Antrag, auf die Anerkennung der Zwangsanleihe von 1849—50 (zur Zeit des Aufstands) durch den Staat, nicht sanktionirt habe. (Nat.-Ztg.)

Großbritannien.

London, 16. Dez. Die Regierung läßt für den Kaiser von Japan eine prachtvolle Yacht als Geschenk herstellen. Die Ausschmückung derselben ist auf 10,000 Pf. St. veranschlagt, dürfte jedoch weit höher zu stehen kommen. (Deutschl.)

London, 18. Dez. Die Direktoren der Bank von England haben heute den Beschluß gefaßt, den Diskonto auf 6pZt. herabzusetzen. (Fr. Pstz.)

London, 18. Dez. Wie ich vernehme, werden sämmtliche Unterzeichner des Londoner Protokolls von 1852 eine schließliche Kollektivnote — eine Art von Ultimatum — an den Bundesrath richten, um denselben zum Nachgeben gegenüber den allseitig gebilligten Forderungen Preußens zu bewegen.

Frankreich.

Paris, 18. Dezbr. Das „Univers" bestätigt die Nachricht, daß der Kaiser dem König von Neapel, ungeachtet des Bruches der diplomatischen Beziehungen, seine Theilnahme über das gegen ihn begangene Attentat ausgedrückt habe. Die betreffende Botschaft wurde durch den Grafen v. Hatzfeldt übermittelt, der bekanntlich die Interessen der neapolitanischen Unterthanen in Frankreich vertritt. Die Antwort des Königs von Neapel, die überaus freundlich seyn soll, ist bereits in Paris eingetroffen.

Paris, 19. Dez. Herr Havin, der Direktor des „Siecle", fordert heute sämmtliche Staatsbürger dringend auf, sich an der bevorstehenden Revision der Wahllisten möglichst lebhaft zu betheiligen und überhaupt nicht die falsche Taktik des Enthaltens zu befolgen, sondern kühn in die Schranken zu treten.

Paris, 20. Dezbr. An der Börse wollte man mehrfach wissen, der Wiederzusammentritt der Pariser Konferenz sey auf unbestimmte Zeit vertagt. (K. Z.)

* Lamartine hat an seine Abonnenten folgenden Brief gerichtet: „Mein Herr! Meine Abonnenten sind für mich nicht ein Publikum, sondern vielmehr eine Familie von Freunden. Ich weiß wohl, daß das persönliche Wohlwollen einen größern Antheil an Ihrem Abonnement hatte, als das literarische Interesse. Dies demüthigt mich nicht; ich bin stolz darauf; ich ziehe die Herzlichkeit dem Ruhme vor. War der Wunsch, zu meiner Arbeit in nützlicher Weise beizutragen, wirklich der Anlaß Ihrer Subskription für 1856, so erlaube ich mir, Sie offen und persönlich zu bitten, sie für 1857 fortzusetzen. Bei der Begründung einer Publikation verschlingen die Kosten des ersten Jahres den Preis des Abonnements, wie Sie wissen. Das Abonnement für 1857 beginnt am 1. Januar, da ich die 12 Unterhaltungen oder die beiden versprochenen Bände für 1856 geliefert habe. Um das Abonnement zu erleichtern, habe ich Maßregeln getroffen, welche Ihre Beziehungen zu mir bedeutend erleichtern. Sie finden dieselben in der gedruckten Note der ersten Unterhaltung ausgesprochen. Haben Sie die Güte, meine Herren, mir Ihre Antwort so bald als möglich zu schicken, um mir die sehr lästigen Druckkosten und unnützen Postgelder zu ersparen; und wie auch die Antwort ausfallen möge, seyen Sie überzeugt, daß Ihr auf meinen Listen eingetragener Name für immer von der Dankbarkeit in mein Herz eingegraben seyn wird. Lamartine."

Spanien.

Madrid, 19. Dezbr. Die Anleihe von 300 Millionen ist dem Hause Mirès u. Comp. zu 42 Fr. 56 C. zugeschlagen worden. (Fr. Postz.)

Italien.

Aus Neapel, 15. Dez., wird den französischen Blättern geschrieben: „Alle Engländer, welche in Neapel wohnen, sowie diejenigen, welche sich nur auf der Durchreise hier befinden, haben eine Glückwunschadresse an den König gerichtet und sich nach dem Palast begeben, um dieselbe Sr. Majestät zu überreichen. Der König war tief bewegt und gab seine innige Dankbarkeit für einen Schritt zu erkennen, welcher der Humanität Ehre macht. Alle Fremden von Distinction haben dem Könige zugleich mit den Bewohnern Neapels ihren Besuch abgestattet. Die Illumination von Neapel als Zeichen der Freude hat vier Tage gedauert." (Fr. Postz.)

Neapel, 15. Dez. Das Attentat gegen den König bildet noch fortwährend das Tagesgespräch, und alle Welt beschäftigt sich noch mit Milano, der am 13. hingerichtet wurde. Derselbe war ein unterrichteter Mensch und ein arger Fanatiker. Als Soldat bewies er eine ungewöhnliche Intelligenz, die häufig Aufmerksamkeit erregte. Am Tage, wo er sein Attentat ausführen wollte, weigerte er sich irgend eine Nahrung zu nehmen, da er, wie er später sagte, den Kopf frei haben wollte. Er bediente sich des Bajonnettes, da er keine Gelegenheit fand, sein Gewehr zu laden. Im Besitze von einer Patrone war er jedoch. Als sein Bataillon sich zur Revue begab, versuchte er, seine Patrone herauszuziehen, er konnte aber damit nicht zu Stande kommen, weil er die Aufmerksamkeit der übrigen Soldaten erregte. Ich schrieb Ihnen bereits über die Art und Weise, wie Milano sein Attentat ausführte. Der König zeigte viel Ruhe und Geistesgegenwart. Er sagte nur zu Latour, der Milano über den Haufen geritten: „Mon Général, je suis touché." Was den Gefangenen betrifft, so behielt dieser vor seiner Verhaftung wie auch nach derselben seine ganze Kaltblütigkeit. Derselbe behielt sogar bis zu seinem Tode eine gewisse Heiterkeit und bestand mit großer Energie darauf, keiner geheimen Gesellschaft anzugehören und keine Mitschuldigen zu haben. Seinen Richtern gegenüber zitirte er mehrere Male Stellen aus der Bibel. Ich hatte beschlossen, sagte er u. A., den König zu tödten — Gott wollte es aber nicht, und sein Wille geschehe. Unter seinen Papieren fand man mehrere Gedichte, die er, da sie unleserlich geschrieben waren, auf Verlangen mit lauter Stimme vortrug. (Köln. Ztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

□ Frankfurt, 20. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Ein fremder Kunsthändler, welcher sich in den letzten Tagen hier befand und sein Glück an der Homburger Spielbank probiren wollte, verlor seine ganze Baarschaft, die er bei sich hatte, im Betrage von 6000 fl. Das Gebahren desselben, wie Alles verspielt war, soll einen sehr traurigen Anblick dargeboten haben. — Im Augenblick befindet sich ein junges französisches Ehepaar in den bedrängtesten Umständen hier. Dasselbe gerieth vor einigen Monaten bei der Hochzeitsreise an den grünen Tisch und hat nach und nach ein Vermögen von ca. 100,000 fl. demselben überlassen müssen. Jetzt sind die beiden Leute so weit, daß es sich gestern um die Beschaffung eines Obdaches handelte. — Zwei junge Leute aus Berlin verloren ebenfalls vor einigen Tagen in Homburg nicht allein all ihr Geld, sondern sogar noch ihre goldenen Uhren, Ketten und Ringe. Dieselben verkauften hier noch ihre entbehrlichsten Kleidungsstücke und traten die Reise nach Berlin zu Fuße an.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 21. Dezbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. 76¼; 4½pCt.Met. 66; Wiener Bankaktien 1154; 5pCt. Lomb —; Wiener Wechsel l. S. — —; 3pCt. inl. span 37¾; 1¼pCt. neue 23¼; Oesterr. Kreditaktien 198¾. Darmstädter Bankaktien 346. Bayerische Ostbahn 100. Luxemburger internationale Kreditbank 493.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 356.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 23. Dezember 1856

Deutscher Bund.

Bayern. München, 20. Dez. Der am 18. Januar laufenden Jahres zwischen dem Zollverein und Bremen abgeschlossene Vertrag wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse wird sammt den beigefügten Uebereinkünften nach einer gestern erlassenen ministeriellen Bekanntmachung am 1. Januar 1857 in Wirksamkeit treten. Die Eröffnung der im Art. 7 des Vertrags erwähnten Zollvereinsniederlage zu Bremen bleibt für jetzt ausgesetzt, und wird über den Zeitpunkt ihrer Eröffnung eine weitere Bekanntmachung erfolgen. (Allg. Ztg.)

In Rothenburg haben sich auch die weltlichen Kirchenvorstände des Sprengels zum heiligen Geist im dasigen Intelligenzblatte gegen die bekannten Konsistorialerlasse erklärt und einstimmig auf Beibehaltung der bisher bestandenen Ordnung im Gebiete des Kirchenwesens angetragen. (N. K.)

Preußen. Berlin, 19. Dezbr. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten hat Mathis den bereits in voriger Session eingebrachten Antrag wiederum eingebracht, dahin gehend: „Die Staatsregierung wolle die polizeilichen Befugnisse der Behörden in Betreff der Presse in die Schranken der gesetzlichen Vorschriften zurückführen und verhindern, daß die Ausübung dieser Befugnisse die verfassungs- und gesetzmäßig begründete Freiheit der Presse vernichte oder verkümmere.“ Der Antrag wurde einer besonderen Kommission, aus 14 Mitgliedern bestehend, übergeben. Ein wesentlicher Theil des Antrags bezieht sich auf das von der Regierung in Anwendung gebrachte Konzessions-Entziehungsverfahren. Dieses Verfahren wird in den Motiven zu dem Antrage als das gefährlichste Mittel zur Vernichtung der Preßfreiheit bezeichnet. Gegenwärtig, nachdem die Freiheit der Presse eingeführt und gesetzlich gewährleistet ist, würden Bestimmungen der Gewerbeordnung von 1845, welche durch das Gesetz vom 12. Mai 1851 gänzlich aufgehoben worden, in einer Ausdehnung geltend gemacht, welche sie niemals, auch vor Befreiung der Presse nicht gehabt haben. Durch §. 54 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 sey die Konzessions-Entziehung unter den Schutz des Richters gestellt; die Staatsregierung aber lege der Verwaltungsbehörde eine ganz allgemeine, selbst durch die Bedingungen des §. 54 nicht beschränkte Befugniß zur Konzessions-Entziehung bei, wie sie folglich nicht einmal dem Richter zustehe. Nach einer weiteren, äußerst schlagenden rechtlichen Beleuchtung des von der Regierung beliebten Verfahrens heißt es in den Motiven dann weiter: „Alle Deduktionen aber bei Seite gesetzt, muß es dem schlichten Menschenverstande einleuchten, daß es einen derisorischen Charakter an sich trägt, wenn die Freiheit der Presse mit der unbeschränkten Befugniß der Regierung zusammengeben soll, alle und jede Gewerbe, auf denen die Presse beruht, nach ihrem Ermessen zu schließen. Bestände, was nicht der Fall ist, ein solcher Zustand gesetzlich, so müßte ihm schleunig ein Ende gemacht werden; er besteht nur faktisch, und es kommt lediglich darauf an, von ihm abzulassen. Diese administrative Konzessions-Entziehung wird, und daß ist ihre gefährlichste Eigenschaft, das Mittel, nach und nach die gesammte Presse in Abhängigkeit von der Staatsregierung zu bringen. Die Redaktionen mißliebiger Blätter werden mit der Entziehung der Konzessionen des betreffenden Buchdruckers oder Buchhändlers bedroht, und diese Bedrohungen werden fortgesetzt, bis sie sich fügen. Durch gleiche Bedrohungen werden Buchhändler zur Entlassung der Redakteure, zur Annahme bestimmt bezeichneter Redakteure oder zur Zulassung von leitenden Aufsehern über die Redaktion genöthigt. Das Konzessions-Entziehungsverfahren wird eingeleitet, und mit diesem die sofortige Suspension des Erscheinens der betreffenden Zeitung verbunden. Die dadurch entstehenden Nachtheile werden aber benutzt, die Unabhängigkeit der betreffenden Zeitung zu brechen, und wenn dieser Zweck erreicht ist, wird von dem Konzessions-Entziehungsverfahren, was zu diesem Zweck eingeleitet worden, Abstand genommen. Die „Breslauer Zeitung“ hat ein Reskript des Ministers des Innern vom 17. Juli 1855 in demselben Monat veröffentlicht, dem nicht widersprochen worden, und welches zu einem solchen Verfahren ausdrücklich Anweisung ertheilt.“

Berlin, 20. Dez. Beim k. Staatsgerichtshof kam gestern wiederum eine Sache wegen Hochverraths zur Verhandlung. Die Anklage lautete wider den Gutsbesitzer v. Puttkammer-Klesczynsky zu Trzyn wegen mehrerer im November 1853 von der polnischen Propaganda im Umlauf gesetzten Geldscheine von verschiedenem Werthe, sogenannte Mazzini-Aktien, und Proklamationen, welche die Wiederherstellung des alten Polenreichs und die Republikanisirung aller angeblich unterjochten Völker, namentlich des polnischen und des deutschen, bezweckten. Diese Schriften sollen dem Gutsbesitzer v. Balinski auf Wasiolli zum Zweck der weiteren Verbreitung vom Angeklagten übersendet worden seyn, und Letzterer dadurch eine gewaltsame Veränderung der preußischen Verfassung und die Losreißung eines Theils des preußischen Gebiets vom Ganzen vorbereitet haben. Wegen dieses Verbrechens war schon im Jahre 1855 gegen den jetzigen Angeklagten, den Gutsbesitzer v. Kalkstein und den Gutsbesitzer v. Balinski die Anklage erhoben. Letzterer war beschuldigt, daß er von diesem hochverrätherischen Unternehmen zu einer Zeit, zu welcher die Verhütung der Ausführung des beabsichtigten

Verbrechens noch möglich war, Kenntniß erhalten, davon der Behörde Anzeige zu machen aber unterlassen habe. Die beiden Ersteren waren wegen vorbereitender Handlungen zu einem hochverrätherischen Unternehmen und Letzterer wegen unterlassener Anzeige nach glaubhafter Kenntniß von diesen Handlungen nach §. 39, verbunden mit §§. 61 und 66 des Strafgesetzbuches, unter Anklage gestellt. Die Gutsbesitzer v. Kalkstein und v. Balinski wurden freigesprochen, weil der Gerichtshof die Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten nicht gewinnen konnte. Gegen v. Puttkammer-Klesczynski, der sich durch die Flucht nach Paris der Untersuchung entzogen hatte, wurde in contumaciam verhandelt und derselbe zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Polizei-Aufsicht verurtheilt. Jetzt hat sich dieser persönlich zur Haft gestellt, und eine nochmalige Verhandlung der Sache verlangt. Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Berathung, Angeklagter sey der vorbereitenden Verhandlungen zu einem hochverrätherischen Unternehmen für schuldig zu erachten und auf Grund des §. 66 des Strafgesetzbuches zu drei Jahren Zuchthausstrafe zu verurtheilen. (Nat.-Z.)

Sachsen. Aus Sachsen, 18. Dezbr. Die Industrie- und Handelsverhältnisse Sachsens bringen es mit sich, daß die gegenwärtig in Deutschland in so großer Anzahl bestehenden Banken Agenten unterhalten, und diese das Land mit fremden Banknoten überschwemmen. Da nun von allen diesen Banken nur die Weimarische eine Auswechselungskasse in Leipzig hat, so geschieht es, daß die Handelsreisenden durch die Annahme fremder Banknoten in Verlust gerathen, da diese bei der Wiederausgabe nicht zu dem Nennwerthe umgesetzt werden können. Diese Verhältnisse haben mehrfache Berathungen von Seiten der betreffenden obersten Behörde zur Folge gehabt. Ein Verbot dieser fremden Banknoten ist, so lange sich Preußen einem solchen Verbote nicht anschließt, nicht für rathsam erachtet worden; dagegen provocirt die betreffende Behörde bei Industriellen gewissermaßen zu der öffentlichen Erklärung, diese Noten zu einem höheren Kurse ferner nicht anzunehmen, als zu welchem solche gegen Silber umgewechselt werden können. (Schw. M.)

Hannover. Hannover, 16. Dezbr. Daß das jetzige Ministerium bis dahin nie gesehene Anstrengungen machen würde, bei den bevorstehenden Wahlen ihm genehme Persönlichkeiten aus der Wahlurne hervorgehen zu sehen, ließ sich nicht bezweifeln, und daß die Opposition nur wenig Mittel dagegen, als ihr gutes Recht, gebrauchen konnte, weiß Jeder, der nur mit einiger Aufmerksamkeit der Entwickelung unserer öffentlichen Zustände gefolgt ist. Daß aber selbst unter der Ritterschaft, dem treuesten und hauptsächlichsten Verbündeten der Minister, sich Opposition zeigen würde, wurde nicht erwartet. Der letzte Generalsyndikus der Adelskammer, ein Herr v. Trampe, unterlag in der Hoyaschen Ritterschaft seinem oppositionellen Gegenkandidaten, dem Hrn. v. Freytag, was als Zeichen der Zeit angemerkt werden muß. Noch mehr aber wird das gestern bekannt gewordene Wahlresultat der Universität Göttingen (der ordentlichen Professoren) überraschen, die, trotz aller Warnungen, dem letzten Vicepräsidenten der zweiten Kammer und dem Führer der letzten Opposition, dem Staatsminister a. D. Dr. Th. Meyer, mit großer Mehrheit ihre Stimmen wiedergegeben haben. (Schw. M.)

Baden. Karlsruhe, 19. Dezbr. Die vor Kurzem hier gehaltene Versammlung von ehemals reichsunmittelbaren Grundherren war von allen im Lande angesessenen (mit wenigen Ausnahmen) besucht oder durch Bevollmächtigte beschickt. Wenn ich in meinem letzten Bericht bemerkt habe, daß die Grundherren sich zunächst zur Abhülfe ihrer Beschwerden an die großh. Regierung wenden würden, so war ich im Irrthum, denn es ist beschlossen worden, direkt und sogleich mit einer Beschwerde an den Bundestag zu gehen und dort lediglich darauf anzutragen, daß die in Folge eines Bundesbeschlusses erlassenen Verordnungen vom Jahre 1837, die bekanntlich im Jahre 1848 aufgehoben wurden, wieder in Kraft treten. (Schw. M.)

Freie Städte. Die unter dem Namen „Norddeutscher Lloyd" in Bremen zu errichtende Aktiengesellschaft hat vom Senat die Konzession erhalten. Nach den Statuten müssen von den 12 Mitgliedern des Verwaltungsrathes wenigstens 9 in Bremen wohnen. Von dem Reingewinn erhalten zunächst die Aktionäre 5 pCt. ihres Aktienkapitals, dann der Verwaltungsrath 5 pCt. des Ueberschusses, endlich der Reservefonds 5 pCt. (Fr. J.)

Die Behörden von Hamburg haben ein strenges Beispiel aufgestellt, indem sie einen indiskreten Korrespondenten der „N. Pr. Z.", den Wasserbaudirektor Hübbe, der zu Gunsten der Publizität die Dienstgeheimnisse unbeachtet gelassen hatte, im Wege eines kurzen und strengen Disziplinarverfahrens durch Absetzung bestraften und ihn noch außerdem zur fiskalischen Untersuchung zogen.

§ **Oesterreich.** Wien, 19. Dezbr. (Privat-Korresp.) Die „Presse" bespricht heute das Gerücht über die Gründung von Kronlands-Banken und führt die Gründe an, welche gegen ein solches Projekt sprechen. Sie beruft sich hierbei auf den „Volkswirth", welcher behauptet, daß man sich höheren Orts bereits mit der Verwirklichung dieser Idee ernstlich beschäftiget. Nun ist aber der „Volkswirth" nicht gut unterrichtet, die „Presse" hätte sich demnach ihre Arbeit ersparen können. Man denkt in den hiesigen entscheidenden Kreisen durchaus nicht an die Gründung solcher Banken, und ist das diesfällige Projekt, welches vor einigen Monaten durch eine auf nationalökonomischem Gebiete ziemlich unbekannte Persönlichkeit bei dem Finanzministerium eingereicht wurde, von Seite des Letzteren bald wieder ad acta gelegt worden. — Die Gründer des „ungarischen Landeskulturkredit-Vereins" haben ihre Sache noch nicht aufgegeben. Ich vernehme, daß sie die ursprünglichen Statuten wesentlich modifizirt haben, und entschlossen sind, nach der Rückkehr des Kaisers das Gesuch um die Konzessionirung dieses Vereins unter Hinweis auf die in den Statuten *vorgenommene* Aenderung von Neuem vorzulegen. Eine der vorzüglichsten Abänderungen besteht sicherem Vernehmen nach darin, daß die Börsenmanipulationen gänzlich ausgeschlossen bleiben sollen, so daß der Verein sein Hauptaugenmerk nur auf die ungarische Landeskultur und die Herbeischaffung der zur Hebung derselben nothwendigen Mittel zu wenden die Absicht hat.

Wien, 19. Dez. In den hiesigen russenfreundlichen Kreisen macht man durchaus kein Hehl daraus, daß Rußland einen Krieg mit England auf asiatischem Boden durchaus nicht scheue und die Absicht habe, den Persern den Besitz von Herat zu sichern. (A. Z.)

Schweiz.

Zwei gefangene Neuenburger Royalisten Sauvin und Rougemont verweigern, die Freilassung gegen Kaution, Ehrenwort und Stadthausarrest anzunehmen, sondern wollen sie bedingungslos, wie Preußen fordert. (N. Zürich. Z.)

Der Beschluß des eidgenöss. Bundesraths, die Bundesversammlung einzuberufen, kommt gleichzeitig mit dem Beschluß der Anklagkammer des Bundesgerichts, welcher 66 Neuenburger in den Anklagestand versetzt. Denn der Bundesrath kann nichts Entscheidendes thun, und er muß es der Bundesversammlung verfassungsmäßig überlassen, was dieselbe jetzt beschließen wird. Bei ihr allein liegt die Macht, entweder gutzuheißen, was der Präsident und Bundesrath gethan haben, oder abweichende Beschlüsse zu fassen. Es wird somit abzuwarten seyn, ob die Bundesversammlung den Prozeß der Gefangenen oder deren Freilassung befiehlt, wofür ihr Frankreichs Vermittlung nochmals dringend angeboten seyn soll. (Z. f. Ndd.)

Dänemark.

Neueren Nachrichten zufolge, soll die Stimmung des Kopenhagener Kabinets in Beziehung auf die Frage der deutschen Herzogthümer etwas nachgiebiger geworden seyn, nicht sowohl in Folge der Beweisführungen und Drohungen von Seiten Oesterreichs und Preußens, als auf Grund der Bemerkung, daß die Höfe von Paris und Petersburg sich doch nicht so ganz der dänischen Auffassung jener Verhältnisse anbequemen wollen. (Ztg. f. Nordd.)

Großbritannien.

London, 15. Dez. Dr. Livingstone wird heute Abend der geographischen Gesellschaft seine verbesserten Karten von Südafrika vorlegen. Merkwürdig ist, daß der berühmte Reisende die alten Karten jener Erdtheile zuverlässiger als die neueren gefunden haben will. Wo auf den afrikanischen Karten gewöhnlich eine weiße Fläche verzeichnet ist, traf er wasserreiche, fruchtbare, reichlich bevölkerte Landstriche, und je tiefer er in das Innere des Festlandes eindrang, desto dichter und kultivirter erschien ihm die Bevölkerung. Die Stämme waren weniger wild und argwöhnisch, hatten mehr Bedürfnisse und besser geordnete Regierungen. So traf er u. A. welche, die mit dem Impfungsprozesse und den Heilkräften des Chinin vollkommen vertraut waren, und bei denen sich eine Tradition von der Noah'schen Sündfluth vollkommen erhalten hatte. Sie handelten mit Gold und Elfenbein, das von Hand zu Hand ging, bis es die Küste und dort die europäischen Kaufleute erreichte. Gar merkwürdig soll die große Anzahl von Jagdthieren seyn, die sich zwischen dem 8. und 22. Grad südlicher Breite herumtreiben. Fleischige Gewächse, gute Wassermelonen und Trinkwasser im Ueberfluß machen Thieren wie Menschen das Wandern in jenen Gegenden möglich, und nur dort, wo Insekten in zahllosen Massen schwärmen, verbieten sie das Reisen durch ihre fast Wahnsinn erzeugenden Stiche. Die Furcht vor wilden Thieren da-

gegen soll in Afrika bei Weitem nicht so groß seyn, als man in England meint. Die bedeutendsten Dokumente Livingstone's waren ihm leider bei der Fahrt über einen afrikanischen Fluß, die ihn selbst in Lebensgefahr gebracht hatte, verloren gegangen; doch bringt er noch eine Masse ethnologischer, philologischer, geographischer und zoologischer Notizen mit in seine Heimath. (E. C.)

London, 16. Dezbr. Nach den „Times" wäre den Ansprüchen des Hrn. Mackintosh auf Entschädigung von Seiten Neu Granada's genügt, und die Veranlassung zur Blokade der Häfen der genannten Republik beseitigt worden. (A.Z.)

Frankreich.

* Paris, 20. Dezbr. Das „Pays" schreibt in Betreff der Neuenburger Angelegenheit: „Es ist erlaubt zu glauben, daß die Sachen etwas weniger schnell vor sich gehen werden, als die ausländischen Blätter behaupten; denn es ist klar, daß alle Möglichkeiten einer Ausgleichung noch nicht erschöpft sind. Indem die Schweiz die Aburtheilung der Gefangenen bis zum Januar verschiebt, hat sie sich die Möglichkeit gelassen, auf ein Verhalten zurückzukommen, welches den Rathschlägen ihrer wahren Freunde mehr entspricht; und die kautionsmäßige Freilassung einiger Gefangenen scheint zu beweisen, daß der Versöhnungsgeist nicht ganz erstickt ist." Auch spricht die „Basler Zeitung" die Hoffnung aus, daß der Bundesrath keinen übereilten Entschluß fassen werde.

* Paris, 20. Dezbr. Das „Journal des Debats" hatte in einem Artikel über Persien behauptet, daß Bushire durch eine Redoute vertheidigt werde, die von einem französischen Offiziere Namens Semine errichtet worden sey. Hr. Eugene Flandin, der Verfasser einer vortrefflichen, bei Gide u. Baudry erschienenen Reisebeschreibung berichtigt die Angabe des genannten Blattes dahin, daß dieser Offizier Semino und nicht Semine heiße, daß er kein Franzose, sondern ein Piemonteser, und seit 25 Jahren im Dienste des Schah von Persien sey und das kleine Fort, von dem die Rede ist, wurde von ihm schon im Jahre 1841 angelegt.

Italien.

Rom, 14. Dez. Als Zeichen der Zufriedenheit und Aufmunterung hat der Papst 10 Ordenszeichen, womit 50 Scudi jährliche Pension verbunden sind, einigen Offizieren, und 55 Medaillen, darunter 35 mit 30 Scudi und 20 mit 25 Scudi Pension solchen Offizieren und Gemeinen verliehen, die sich durch besonderen Diensteifer auszeichnen. (T. L. d. Ostd. P.)

* Ein Engländer Lyonel Woodyear richtet an die „Gazette de Lyon" folgenden Brief aus Neapel, 11. Dezbr.: „Seit drei Tagen bietet Neapel das Schauspiel eines fortdauernden Festes; niemals hätte ich an die Möglichkeit einer solchen Liebesbezeugung geglaubt. Die feierlichen Te Deum folgen eins auf das andere in den Kirchen, und sämmtliche Häuser sind glänzend erleuchtet; unzählige Orchester lassen ihre köstliche Musik hören, und die ganze Bevölkerung gibt sich der ungebundensten Freude hin. Was dabei am bemerkenswerthesten ist, ist die Freiwilligkeit der ganzen Kundgebung. Den ersten Tag war Alles erleuchtet mit Ausnahme der öffentlichen Gebäude; während alle anderen Gesandtschaften illuminirt hatten, zeichnete sich die sardinische durch ihre Dunkelheit aus; selbst das englische Konsulat war glänzend beleuchtet. Gestern schien indessen das Beispiel ansteckend gewirkt zu haben, und selbst die sardinische Gesandtschaft hatte Lichter aufgesteckt. Am Dinstag Abend war ich im Palast, wo mehr als 1500 der vornehmsten Personen in Neapel erschienen waren, darunter auch gegen 300 Damen; der König und seine Familie waren außerordentlich liebenswürdig. Seit heute bin ich überzeugt, daß die Dynastie Bourbon mit dem Volk identifizirt ist."

Neapel, 14. Dezbr. Das Kriegsgericht über Milano hielt seine Sitzung in der Kaserne von Fernandina, wo eine zahlreiche Menschenmenge versammelt war, um derselben beizuwohnen. Er wurde von dem Advokaten Barbatelli, einem ehemaligen Deputirten, vertheidigt. Milano, klein von Statur, aber von starkem Körperbau und männlichen Zügen, war während der Verhandlungen höchst ruhig. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zum vierten Grade des öffentlichen Beispiels: Der Verurtheilte wird barfuß mit einem schwarzen Hemde bekleidet und einen schwarzen Schleier über seinem Haupte auf einem Sünderkarren nach dem Richtplatze geführt. Auf seiner Brust trägt er die Inschrift: „L'Uomo Empio." Von der Kaserne, wo das Kriegsgericht Sitzung gehalten, wurde Milano nach dem Gefängnisse des Fort Capuandi gebracht, von einer Abtheilung Soldaten und der Kongregation von Bianchi begleitet. Von dort wurde er nach der Todtenkapelle in der Nähe der Vicana und dann nach der Porta Campana geführt, wo das Schaffot aufgeschlagen worden war. Milano wurde der Uniform seines Regiments vor seinem ganzen Bataillon entkleidet und ihm dann die Kleidung angelegt, welche im Urtheil vorgeschrieben worden war. Die letzten Worte, die er aussprach, waren: „Viva la Patria e la Libertà!" Als man ihn zum Richtplatze führte, hatte man ihm die Augen verbunden, obgleich er dagegen protestirt hatte. Der Lieutenant Forly, Mitglied des Kriegsgerichtes, wurde wegen Beleidigung des Gefangenen und des Advokaten verhaftet. Ein Soldat, der mit Milano auf intimem Fuß gestanden hatte, war ebenfalls verhaftet worden, wurde jedoch wieder freigelassen, da seine Offiziere vor dem Kriegsgericht erklärten, daß er ein äußerst guter Soldat sey. Der König hat bei dieser Gelegenheit großen Muth, Selbstbeherrschung und Klugheit bewiesen. (K. Z.)

Modena, 16. Dez. Die Militärkommission verurtheilte 14 wegen mazzinistischer Umtriebe überwiesene Individuen. Von drei vorzugsweise Kompromittirten wurde einer zu lebenslänglichem, einer zu 20jährigem Kerker verurtheilt, einer wegen Schwermuth in das Irrenhaus geschafft; die übrigen wurden meistens entlassen, jedoch unter polizeiliche Aufsicht gestellt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die Pforte hat in Paris über die der englischen Flotte ertheilte Erlaubniß, in dem Hafen von Sinope überwintern zu dürfen, Erklärungen gegeben, welche das dortige Kabinet befriedigt zu haben scheinen. (K. Z.)

Amerika.

New-York, 2. Dez. Die zweite Session des 34. Kongresses ist gestern in Washington eröffnet worden. Dieselbe wird am 4. März 1857 mit dem Ausscheiden Pierce's und dem Eintritte Buchanan's in die Administration geschlossen werden. (K.Z.)

Asien.

* Die „Debats" geben interessante Details über den Feldzugsplan der englischen Flotte im persischen Meerbusen: „Der Oberbefehl über die 6000 Mann starke Armee ist dem General Stalker anvertraut; die Flotte wird vom Admiral Sir Henry Leeke befehligt. Die Insel Karak ist der erste Punkt des Golfes, wohin sich die englische Flotte begeben wird. Karak ist eigentlich nur ein Korallenfelsen, dessen kleine Oberfläche nur wenig fruchtbar und wenig bevölkert ist. Man findet hier Wasser, aber in geringer Menge; die Insel hat weder Hafen, noch Rhede; die Schiffe ankern längs der Küste, wo das Wasser wenig tief ist; allein sie sind hier häufigen Windstößen ausgesetzt, und um nicht an den Felsen zerschmettert zu werden, sind sie genöthigt, in's hohe Meer hinauszufahren. Die Handelsfahrzeuge vermeiden es so viel wie möglich, in diesen Gewässern zu ankern. Schwerlich wird also England die Absicht haben, Karak in ein Komptoir oder eine Niederlage zu verwandeln. Wahrscheinlich wird es sich darauf beschränken, hier einen befestigten Posten, ein Kohlenmagazin und eine Flottenstation zu errichten. — Vom politischen Standpunkt aus hätte England einen guten Vorwand, um diese Besetzung zu rechtfertigen. Es scheint gewiß, daß in letzter Zeit die Russen von einer Insel im kaspischen Meere, Astrabad gegenüber, Besitz genommen haben, und daß sie nach dem gefaßten Plan einer offensiven oder defensiven Kampagne einen vorgeschobenen Posten daraus machen wollen. England würde dann als Gegengewicht aus Karak einen befestigten Posten machen, so daß England und Rußland sich gleichsam über Persien hinüber in Observation halten würden. — Karak, das nur von 200 Persern vertheidigt ist, wird schwerlich lange widerstehen. Von Karak, wo man einen Posten zurücklassen wird, wird sich die Expedition nach Buschir wenden, dem Haupthafen des persischen Meerbusens, wo sich auch einige europäische Komptoirs befinden, der Hafen verkehrt eigentlich nur mit Ostindien, der größte Theil des persischen Handels geht über Rußland. — Buschir scheint nachlässiger Weise fast ganz ohne Vertheidigung gelassen zu seyn. Indessen können große Kriegsschiffe nicht nahe genug heranrücken, um die Stadt zu bombardiren, und wenn die Besatzung überhaupt die Absicht hat, Widerstand zu leisten, so wird eine Landung nöthig seyn. Die für den Angriff am vortheilhaftesten gelegene Seite wird von einer Redoute vertheidigt, welche ein französischer Offizier, Hr. Lémine, hat errichten lassen. Wenn die Besatzung sich nur einige Wochen zu halten verstände, so würden die Engländer alle Folgen eines sehr ungesunden Klima zu tragen haben; allein wahrscheinlich wird die Stadt leicht genommen werden. Die Frage ist nun, ob die Einnahme von Karak und Buschir den Schah zur Unterwerfung bringen werden, ob nicht vielmehr die Engländer genöthigt seyn werden, einen Feldzug im Innern zu machen, und ob sich dann der Schah nicht in Rußlands Arme werfen wird."

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 15. bis 20. Dezember.)

Samstag. Wir haben von einem sehr matten Geschäft in der abgelaufenen Woche zu berichten. Die Ursache liegt weni-

ger in Platzverhältnissen (obwohl der nahe Jahresschluß von neuen Operationen abmahnt), als in auswärtigen Einflüssen, so der Rückgang der Kurse in Paris und die anhaltende Flauheit der Berliner Börse, zumal man sie mit politischen Besorgnissen hinsichtlich der Neuenburger Frage in Verbindung brachte. Wir können trotz aller drohenden Aspekten und allarmirenden Zeitungsartikel uns in der Ansicht nicht irre machen lassen, daß die Neuenburger Frage in einer oder der anderen Weise ihre befriedigende Lösung finden wird. Jedenfalls können wir dem Privatpublikum nur ernstlich rathen, sich bei den Kursschwankungen vorerst ganz passiv zu verhalten, sich nicht einseitiger Verzagtheit hinzugeben, vielmehr der Contremine die Sorge zu überlassen, wie sie sich am Abrechnungstag den Besitz der mit so viel Ostentation ausgebotenen Effekten verschaffen möge. Oesterr. Fonds weichend. Dem Andrang aus Wien können National nur widerstehen, wenn Holland sie stützt; Letzteres hat aber in jüngster Zeit mehr gegeben als aufgenommen. In Bankaktien ziemlich bedeutendes Geschäft mit im Ganzen besserer Tendenz. Spanische Fonds beliebt, in Folge der Adjudikation des Anlehens von 300 Mill. an die Hrn. Mirés und Comp. zu 42 1/8. Ein Prozent mehr oder weniger kann uns indessen weder mit dem System befreunden, noch bei der immerwährenden Vergrößerung der Schuld Vertrauen einflößen. Der Coupon wird bezahlt. Eisenbahnaktien nehmen an der flauen Stimmung Theil; namentlich sind Quittungsbogen zurückgegangen, und finden wenig willige Nehmer. Ausnahmsweise sind Taunusbahn sehr gefragt. Frankfurter Bankaktien haben sich gedrückt, in Folge einiger Anerbietungen, vielleicht auch durch Andeutungen über die Dividende, welche wir selbst nicht glänzend erwarten. Das Papier hat indessen eine Zukunft und die außerordentliche Solidität gewährt Ersatz für hohe Dividenden. Letztere werden übrigens auch nicht ausbleiben. Kreditaktien beinahe ohne Ausnahme gewichen. Das Hauptgeschäft war in österreich. und Darmstädtern. Von Letzteren folgten namentlich junge der weichenden Tendenz der Berliner Börse. Oesterreich. Kreditaktien nahmen einen Anlauf zur Besserung, der aber bald der allgemeinen Erschlaffung weichen mußte. Meininger Kredit-Bank-Aktien aus Anlaß der von derselben ausgeschriebenen Voll-Einzahlung rückgängig. Die Schwindelzeit der vergangenen Jahre liegt hinter uns. Jener Epoche, in welcher Unternehmungen nur deßhalb geschaffen wurden, um die Aktien mit Agio unterzubringen und in der das Publikum nur Aktien nahm, um noch größeres Agio einzustreichen, ist die Entnüchterung gefolgt. Der Fidibus, der herumgereicht wurde, ist niedergebrannt. Wie oft haben wir dies Ende vorausgesagt, zu Zeiten, wo Alles im Fahrwasser der Agiotage jubelnd dahinschwamm, und es Verbrechen schien, am goldenen Zeitalter zu zweifeln! Die Kreditaktien sind jetzt nothgedrungen ein fester Besitz geworden, weil die Inhaber mit schwerem Verlust sich nicht zum Verkauf entschließen können und der Wiederkehr besserer Zeiten entgegensehen, um sich derselben zu entäußern. Eine vollständige Wiederherstellung in integrum, eine absolute Heilung, scheint uns, wir gestehen offen, wenn nicht außer Möglichkeit, doch außer Wahrscheinlichkeit. Es kann sich also nur darum handeln, die Folgen zu lindern und die Krisis zu verkürzen.
(Aktionär.)

Frankfurt, 22. Dezbr. Sämmtliche Fonds und Aktien erlitten heute einen abermaligen bedeutenden Rückgang, besonders waren österr. Credit-, Staatsbahn, neue Loose, Pereire und Darmstädter Bankaktien beider Serien am empfindlichsten betroffen worden. Der Umsatz war von sehr großer Bedeutung.

Providentia wurde zu 105 verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1854 77 3/8 P. 76 7/8 G. 5pCt Lombard-Ven. 88 1/2 P. —— G. Metall. alte à 5pCt. 71 1/4 P. — G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 65 1/2 P. —— G.; à 4pCt. 60 1/4 P. 59 3/4 G.; à 3pCt. 46 3/4 P. 46 1/4 G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 5/8 P. 56 1/8 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G.; 4pCt. 95 P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 94 7/8 P. 94 3/8 G.; 4 1/2 pCt. 101 3/4 P. — G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. fl. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 103 1/4 P. 102 3/4 G. **[illegible]** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G.; à 4pCt. 99 1/2 P. 99 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 3/4 P. 82 1/4 G.; à 3 1/2 pCt. 91 P. 90 1/2 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 3/8 P. —— G.; 1pCt. neue 23 7/16 P. 23 5/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1147 P. 1142 G. Neue Bankaktien 285 P. 280 G. Credit-Actien à 5pCt. 196 1/2 P. 191 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 347 P. 315 G.; junge 308 P. 306 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 490 P. 485 G. Mitteldeutsche Creditbank 95 1/8 P. 94 5/8 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 95 P. —— G. Frankf. Bankaktien 110 1/2 P. 110 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 500 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 561 P. 556 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 276 P. 274 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141 P. 140 1/2 G. Neustadt-Weissenb. 104 1/4 P. 103 3/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100 1/4 P. —— G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 351 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 78 3/4 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 78 1/2 P. — G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 P. 91 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 117 P. —— G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 98 1/2 P. 98 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 3/4 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1815 48 5/8 P. 48 3/8 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. 116 1/2 G. à fl. 25 35 1/2 P. 35 1/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 3/8 P. 37 7/8 G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/4 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. 85 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k.S. 117 3/8 P. —— G.
Augsb. fl. 100 k. S. —— P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k.S. 99 5/8 P. —— G.
Berlin Thlr. 60 k.S. 105 P. 101 3/4 G.	Paris Frs. 200 k.S. —— P. 92 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k.S. 105 P. —— G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k.S. 96 5/8 P. —— G.	Wien fl. 100 C. k.S. 111 1/4 P. 110 7/8 G.
Hamb. MB. 100 k.S. 89 P. 88 3/4 G.	Wien 3 M. mit 5% 110 7/8 P. 110 5/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k.S. 105 P. —— G.	Disconto — P. 4 1/2 pCt. G.

Nichtpolitische Zeitung.

△ Oestrich, im Rheingau, 18. Dezbr. (Priv.-Korr.) Das Resultat unserer durch den eingetretenen Schneefall erst Ende November beendigten Weinlese ist nach Quantität etwa ein Sechstel Herbst. Es wird demnach die hiesige Gemarkung, welche in einem ergiebigen Jahre ca. 600 Stück Wein liefert, für dieses Jahr nur ca. 100 Stück geliefert haben. Was die Qualität des diesjährigen Gewächses betrifft, so wird sich der 1856er jenen von 1847, 1849 und 1852 an die Seite stellen.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 20. Dez. Den Staaten, welche Fachmänner zu den Konferenzen behufs Aufstellung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs abzuordnen sich bereit erklärt haben, haben sich in jüngster Zeit noch mehrere beigesellt. So wird auch Frankfurt einen Bevollmächtigten senden; der Senat wird einen unserer erfahrensten Geschäftsleute mit dieser Mission betrauen. Die drei anderen freien Städte, Hamburg, Bremen und Lübeck, werden ebenfalls eine jede für sich Kommissäre nach Nürnberg abordnen. (Nürnb. K.)

Der „Allg. Ztg." schreibt man aus Wien, 19. Dezbr.: „Oesterreich und Frankreich haben sich dahin vereinbart, auf die Nachricht von dem taktischen Aufmarsche der preußischen Truppen über die Gränzen der Schweiz auch ihrerseits einige Truppentheile in die angränzenden Schweizer-Kantone vorrücken zu lassen. Oesterreich soll in diesem Falle den Kanton Tessin besetzen, in Vorarlberg aber nur eine Brigade als Beobachtungskorps aufstellen. Die Truppenstärke des Okkupationskorps in Tessin würde 10,000 Mann nicht überschreiten. Es sollen hiezu zwei Linien-Infanterie-Regimenter, ein Jägerbataillon, eine Eskadron Husaren und zwei Feldbatterien kommandirt werden."

Wien, 21. Dez. Se. Maj. der Kaiser hat seinen zweiten Generaladjutanten, Hrn. v. Kellner, zur Beglückwünschung des Königs Ferdinand nach Neapel abgeschickt. Aus Neapel nichts neues. (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 357.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Mittwoch, 24. Dezember 1856

Zur Neuenburger Sache.

Die Neuenburger Angelegenheit ist vorzüglich darum so heikel und so schwer zu lösen, weil Recht und Unrecht auf beiden Seiten gemischt sind. Von beiden Seiten wurde zu sehr auf das Recht gepocht und die thatsächlichen Verhältnisse zu wenig beobachtet; von beiden Seiten war man nur bedacht, der eigenen Ehre im vollsten Maße Genüge zu thun, und vergaß darüber, daß auch der Gegner seine Ehre zu wahren habe; von beiden Seiten spitzte man seine Forderungen und Aufstellungen so scharf zu, daß des Gegentheils Ehre dadurch absolut verletzt werden mußte, und — allzuscharf macht schartig! Beiderseits ist man auch in großer Schuld, daß man acht Jahre der Ruhe ungenutzt verfließen ließ, Zeit genug, um diese Neuenburger Frage zu lösen. Die Folge dieser Versäumniß ist es nun, daß beide Theile durch den unüberlegten Streich einer Handvoll Hitzköpfe in ein so mißliches Dilemma gerathen sind. Um so trauriger ist das, weil der unbedeutende Gegenstand des Streites an und für sich die großen Opfer gar nicht werth ist, welche, wenn es doch noch zum Krieg kommen sollte, beide Theile sich auferlegen müssen; doppelt traurig, weil Brudervölker im Kampf sich gegenüberstehen sollen, die deutsche Sprache in einem wie im andern Lager ertönt. Nicht genug daran, sucht man von manchen Seiten noch Oel in's Feuer zu gießen, und Dinge hereinzuziehen, die gar nicht zur Sache gehören. Der „Moniteur“ hat unverholen den Schweizer Behörden den Vorwurf in's Gesicht geschleudert, sie gäben demagogischen Einflüssen nach, die in der Schweiz agitiren sollen, und zu gleicher Zeit stimmt das Brüsseler Russenblatt „Le Nord“ einen heuchlerischen Klagegesang an über die „anomalen Zustände der republikanischen Schweiz“, die nicht zu dem „monarchischen“ Europa passen sollen. Hat man etwa schon vergessen, daß die Neuenburger Royalisten es waren, welche den unseligen Streit provozirt haben? Und wie kann man von demagogischen Umtrieben reden, wenn ein Volk seine Selbständigkeit zu wahren sucht, zugegeben auch, daß dies in minder schroffer Weise hätte geschehen können? Doch wir wissen ja, woher diese Vorwürfe kommen, und was eigentlich dahinter steckt. Es ist der alte natürliche Haß des Absolutismus gegen die freie Verfassung der Schweiz, welcher hier wieder spricht, welcher diese Gelegenheit ergreifen möchte, um der Schweiz auf den Leib zu rücken, und da denkt man: Calumniare audacter, semper aliquid haeret! Möchte man doch auch nie vergessen, woher diese Insinuationen kommen: von Frankreich und von Rußland, welche beide Deutschlands ehrliche Freunde eben so wenig sind, als die der Schweiz.

Unter der Ueberschrift: „Zur friedlichen Lösung der Neuenburger Frage“ bringt die „D. A. Z.“ einen Aufsatz, welchem wir Folgendes entnehmen: „Bezüglich der Neuenburger Frage ist ein richtiges Urtheil nur dann möglich, wenn man zunächst die Rechtsfrage van der politischen Frage getrennt erwägt und erst dann die Ausgleichung in Betracht zieht. Die Erwägung der Rechtsfrage wird ergeben, einerseits, daß die Rechtsansprüche, wie sie die Krone Preußen durch die Verzichtleistung des Marschalls Berthier vom 3. Juni 1814 und durch den Art. 23 der Wiener Kongreßakte erworben hat, weder durch den Beitritt von Neuenburg zum Schweizerbund im Jahre 1815, noch durch den Beschluß der Tagsatzung vom 27. Dezbr. 1830, noch durch die Umwälzung im Jahre 1848, das königl. Patent vom 5. April 1848, die schweizerische Verfassungsreform von 1847 und die thatsächlichen Verhältnisse seit 1848 alterirt oder beseitigt werden konnten, andererseits, daß der Putsch vom 3. Septbr. 1856 eine strafbare Handlung war und dem eidgenössischen Strafrecht verfallen mußte. Aus der Erwägung der politischen Frage aber wird resultiren, daß die Schöpfung des Zwitterstaats im Jahre 1815 ein Unding, ein großer politischer Fehler war, daß dieser Verstoß gegen die Klugheit durch den Gegensatz noch fühlbarer wurde, in den eine in Neuenburg sich bildende Junkerpartei mit der schweizerischen Natur der Bevölkerung trat, daß die Umgestaltung im Jahre 1848 nur der Abschluß einer Entwickelung war, die schon mit dem Jahre 1815 begann und sich durch eine lange Reihe von Störungen und Wechselfällen hindurch immer weiter spann, daß selbst das königl. Patent diesen besondern Verhältnissen einigermaßen Rechnung trug, daß Preußen nicht rechtzeitig und entschieden genug seine Rechtsansprüche wahrte, und daß eine Wiedereinsetzung in die letztern nur eine viel mißlichere Erneuerung des Fehlers von 1815 wäre und daß der einzige richtige Ausweg in der unbedingten Einverleibung Neuenburgs mit der Schweiz zu finden ist. Am Schlusse dieser Erwägungen kann nun die Ueberzeugung nicht fehlen, daß die Wahrheit in der Mitte liege. An diese Ueberzeugung muß sich aber nothwendiger Weise die Ansicht knüpfen, daß nur durch gegenseitige Nachgiebigkeit ein gleichzeitiger Austrag der Rechtsfrage und der politischen Frage und überhaupt eine Ausgleichung zwischen Preußen und der Schweiz sich verwirklichen lasse. Von Seiten Preußens wurde dieser Lösung der Neuenburger Frage dadurch ein Hinderniß in den Weg gelegt, daß von ihm der Satz aufgestellt ward, es sey der Putsch, als ein Faktum der treuen Anhänger des legitimen Rechtszustandes in Neuenburg, nicht nach schweizerischem Strafrecht zu behandeln, und daß an die Schweiz die Anforderung erging, dieses Prinzip anzuerkennen. Von Seiten der Schweiz dagegen wurde die fragliche Lösung dadurch gehemmt, daß sie zu ihrer Vertheidigung nicht die politische, sondern die Rechtsfrage vorschob und damit einen ganz falschen Standpunkt um so mehr einnahm, als gerade in der Rechtsfrage nach der allgemeinen Meinung die Schwäche ihrer Sache lag. Soll anders eine friedliche Lösung zu Stande kommen, so ist vor Allem nöthig, daß Preußen seine Forderung fallen lasse, die Schweiz aber von der Rechtsfrage Umgang nehme und die politische Frage in den Vordergrund stelle. Es bleibt dann nur noch zu erheben, mit was und wie die Ausgleichung zu geschehen habe. Preußen muß dringend wünschen, daß die angeklagten Royalisten amnestirt werden; die Schweiz hat ebenso dringend zu wünschen, daß ihr Neuenburg für alle Zukunft ausschließlich gehöre. Die Ausgleichungsmittel sind also darin gegeben, daß die Schweiz zu Gunsten von Preußen amnestirt und Preußen zu Gunsten der Schweiz auf Neuenburg verzichtet.“

Deutscher Bund.

Frankfurt, 21. Dezbr. In der Bundestagssitzung vom 18. d. M. zeigten die Gesandten von Oesterreich, Bayern und Baden an, daß die, im Vollzug des Bundesbeschlusses vom 6. November Namens des deutschen Bundes bei den eidgenössischen Behörden bezüglich der Neuenburger Angelegenheit gemachten Schritte von dem gewünschten Erfolge nicht begleitet worden seyen. Nachdem nämlich der schweizerische Bundesrath dem k. preußischen Gesandten in Bern hatte eröffnen lassen, wie er in das ihm wegen bedingungsloser und vorgängiger Freilassung der Neuenburger Gefangenen kundgegebene Begehren Sr. Maj. des Königs von Preußen nicht einzugehen vermöge, im Uebrigen aber jederzeit bereit sey, in Verhandlungen wegen friedlicher Lösung des Neuenburger Konfliktes einzutreten, theilte der schweizerische Bundespräsident solches den übrigen zu Bern anwesenden diplomatischen Agenten deutscher Bundesstaaten mit, und äußerte dabei weiter, daß hiernach der Bundesrath auch der von Seite des deutschen Bundes der Forderung Preußens zu Theil gewordenen Unterstützung keine Folge zu geben vermöge, dabei aber die nachbarlichen Rücksichten, welche die Bundesversammlung bei ihrer Beschlußfassung geleitet haben, vollständig zu würdigen wisse, und auch noch von seiner Seite den gleichen Gesinnungen in der obschwebenden Frage jede mögliche Rechnung zu tragen bestrebt sey. Hieran reihte der kgl. preußische Ge-

sandte eine Aeußerung, in welcher er zunächst den Dank der k. Regierung für die einmüthige Bereitwilligkeit, mit welcher die höchsten und hohen Bundesgenossen ihren Wünschen sowohl bei Fassung als bei Ausführung des Beschlusses vom 6. November entgegengekommen sind, ausdrückte, sodann aber, unter Darlegung der bisher in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen, und unter dem Ausdrucke des Bedauerns über das Verschwinden der Aussichten, welche bisher gestatteten, die Herstellung des verletzten Rechts allein auf dem Wege der Unterhandlung zu erstreben, mittheilte, daß hiernach Sr. Maj. dem König nur übrig bleibe, Ihren gerechten Forderungen auch durch Aufbietung einer dem Zwecke angemessenen Heeresmacht Nachdruck zu geben, und daß die Verhandlungen zur Sicherstellung der freien Bewegung dieser Streitkräfte bereits eingeleitet seyen. Zugleich legte der Gesandte eine Depesche vor, durch welche den Höfen von London, Paris, Petersburg und Wien von den Entschließungen des kgl. Kabinets Kenntniß gegeben worden ist. Diese Anzeige und Aeußerung werden durch deren Aufnahme in das Protokoll zur Kenntniß der hohen und höchsten Regierungen gebracht werden. Die k. württembergische Regierung ließ den Antrag stellen, mehrere Controversen, welche sich in Anwendung der allgemeinen Wechselordnung im Laufe der Zeit ergeben haben, durch gemeinsame Vereinbarung zur Entscheidung zu bringen, zunächst aber hierüber die Kommission Sachverständiger, welche zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Handelsgesetzbuches niedergesetzt wird, mit Gutachten zu vernehmen. Die Versammlung überwies diesen Antrag dem Ausschusse, welcher in Folge des vom Königreich Sachsen bezüglich des Art. 2 der Wechselordnung gestellten Antrages am 2. März 1854 niedergesetzt worden ist, zur gutachtlichen Berichtserstattung. Bezüglich des Antrages auf Einführung eines gemeinsamen Handelsgesetzbuches beschloß die Versammlung nach dem Gutachten des handelspolitischen Ausschusses: 1) Die zur Ausarbeitung des Entwurfs eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für die deutschen Bundesstaaten niederzusetzende Kommission habe am 15. Januar 1857 zu Nürnberg zusammenzutreten. 2) Dieselbe habe, unter angemessener Benützung des vorhandenen Materials und der ihr mitgetheilten Vorarbeiten, in gemeinsamer Berathung einen vollständigen Gesetzentwurf aufzustellen, und diesen schließlich der Bundesversammlung zur Mittheilung an die Regierungen und zur weiteren Einleitung in Vorlage zu bringen. 3) Die zur Förderung des Geschäfts und zur Feststellung des Berathungsergebnisses erforderlichen Beschlüsse seyen durch einfache Stimmenmehrheit zu fassen; es gebühre hierbei jedem in der Kommission, sey es durch einen oder durch mehrere Sachverständige vertretenen Staate Eine Stimme, mehreren etwa durch einen gemeinsamen Kommissär vertretenen Staaten indessen gleichfalls nur Eine Stimme. 4) Im Uebrigen werde die Geschäftsbehandlung dem freien Ermessen der Kommission anheimgegeben. 5) Die Regierungen, welche Sachverständige zu gedachter Kommission abzuordnen beabsichtigen, würden ersucht, dieselben demgemäß mit entsprechenden Instruktionen und von vornherein mit so ausreichenden Vollmachten zu versehen, daß sie über alle vorkommenden Fragen in der Regel ohne weitere vorgängige Rückfragen ihre Stimmen abzugeben vermögen. 6) Die bayerische Regierung sey zu ersuchen, die erforderlichen Einleitungen treffen zu wollen, damit die Kommission am 15. Januar k. Js. ihre Arbeiten und Sitzungen in Nürnberg beginnen könne. Vor und während der Abstimmung waren noch Anträge auf Verlegung des Sitzes der Kommission nach Frankfurt oder aber auch nach Hamburg gestellt worden; die Versammlung beließ es indessen auch in dieser Beziehung bei dem Kommissionsantrage. Der groherzogl. badische, der großherzgl. und herzogl. sächsische und der Gesandte der freien Städte zeigten bei diesem Anlasse nachträglich an, daß auch ihre höchsten und hohen Regierungen Sachverständige zu den gedachten kommissionellen Berathungen abordnen werden. (Fr. Pstz.)

Bayern. München, 20. Dezbr. Heute beschäftigte sich der oberste Gerichtshof wieder einmal mit der bekannten Frhr. v. Bethmann'schen Ehrenkränkungssache, die, seit Jahr und Tag vor den bayerischen Gerichten agitirt, noch immer nicht zur Ruhe kommen kann. Der Buchdruckereibesitzer J. M. Reindl in Bamberg hatte lediglich den Tenor eines ihn verurtheilenden Straferkenntnisses mitgetheilt, ohne die Entscheidungsgründe abzudrücken. Dies veranlaßte den Moriz Frhrn. v. Bethmann zu wiederholter gerichtlicher Verfolgung, um zu erwirken, daß auch die Entscheidungsgründe abgedruckt würden. Die Vorinstanzen gingen hierauf nicht ein; der oberste Gerichtshof kassirte jedoch das Urtheil des Appellationsgerichts von Oberfranken vom 4. Juni d. J., obgleich der General-Staatsanwalt beantragt hatte, die Beschwerde als formell unzulässig zu verwerfen, da das Gesetz hinsichtlich des Antrags auf den Strafvollzug nur den Staatsanwalt für kompetent und respektive hiezu verpflichtet erachte, der Antrag auf Abdruck der Entscheidungsgründe aber lediglich ein Antrag auf Exekution des richterlichen Urtheils sey. Dieser auf Art. 35 des Preßstrafgesetzes gestützten Ansicht entgegen wurde vom Kassationshofe unter Festhaltung seiner bereits früher (in einer Klagsache gegen den Buchhändler Stahel in Würzburg) ausgesprochenen materiellen Beurtheilung der Frage (worüber ich Ihnen seiner Zeit ausführlich berichtet habe) die Beschwerde für formell zulässig und materiell begründet erachtet und demgemäß die Sache an einen andern Senat desselben Appellationsgerichts zurückverwiesen. (Nürnb. K.)

München, 21. Dezbr. Von der bekannten Wochenschrift „der katholische Volksfreund“, herausgegeben von dem früheren Landtags-Abgeordneten, Hrn. Pfarrer Westermaier, ist heute die letzte Nummer erschienen. Die Verlagshandlung derselben erklärt, daß sie schon bei ihrer Begründung von der Ansicht ausgegangen sey, daß mit der Redaktionsthätigkeit des Herrn Pfarrer Westermaier das Journal stehen und fallen müsse, und mit deren Beendigung es sohin aufhöre. Die Erklärung des seitherigen Redakteurs aber besagt: daß sein Rücktritt auf dem rein persönlichen Motiv beruhe, für alle Zukunft jeder Gefahr, mit Behörden in Konflikt zu gerathen, überhoben zu seyn. Er habe die Unannehmlichkeiten solcher Konflikte gründlich satt. Außerdem habe ihm schon öfter „in ziemlich naher Ferne“ die Aussicht geblüht, vor den Schranken des Schwurgerichtshofes erscheinen zu müssen; nun fürchte er zwar weder dies Erscheinen, noch die Vertheidigung, noch die Verurtheilung; nein, er wolle aber auch nicht freigesprochen werden. Er habe bei Uebernahme seiner gegenwärtigen Stellung das Handgelübde ablegen müssen, in der Presse Maß und Ziel zu halten. Er sey aber nicht im Stande, für dies Gelübde einzustehen bei der Verschiedenheit der Auffassung von Maß und Ziel“. Darum wolle er dieser Thätigkeit lieber ganz entsagen. (A. Abdz.)

München, 21. Dezbr. Der Landrath von Oberbayern, welcher schon seit 4 Jahren die Postulate der Regierung bezügl. der Errichtung eines Kreisgetraidemagazins abgelehnt hat, bewilligte gestern gleich den 2 letzten Vorjahren 5000 fl. als Zuschuß zu dem Unterstützungsfonds zum Ankauf von Getraide in Nothjahren. Wiederholt wurde erwähnt, daß es viel volkswirthschaftlicher sey, zu dem erwähnten Zwecke Gelder zu admassiren, als Getraide in natura aufzuspeichern. Da schon 10,000 fl. von den zwei Vorjahren admassirt sind, besteht also mit der heurigen Bewilligung der Unterstützungs-Fonds zum Ankauf von Getraide in Nothjahren aus 15,000 fl. Gestern wurde auch das Kreisbudget berathen und definitiv festgestellt. Die Ausgaben betragen 256,186 fl. 32 kr. und ebensoviel die Einnahmen. Die Kreisumlage wurde auf 11 Prozente festgesetzt. (Augsb. Pstz.)

Großh. Hessen. Darmstadt, 22. Dez. Heute hat der Großherzog den Landtag in dem großherzoglichen Residenzschlosse eröffnet. (Fr. Postz.)

Schweiz.

Bern, 18. Dezbr. Es geht durch das Schweizervolk in diesem Augenblick ein ernster, entschlossener Geist. Alles beweist, daß die Neuenburger Frage eine sehr ernste Wendung genommen hat, und es leicht zum Aeußersten kommen kann. Das weiß das Volk, und es ist auf das Schlimmste gefaßt. Es ist wahr — und diese Stimmung hat sich selbst von radikaler Seite schon in der Bundesversammlung geltend zu machen gesucht — *viele*, sehr viele hätten gewünscht, der Bundesrath möchte eine weniger kategorische Stellung einnehmen, und sich wenigstens die Möglichkeit einer erfolgreichen Unterhandlung mit Preußen offen lassen. Durch den von ihm provozirten Bundesbeschluß, nur auf Grundlage einer vorgängigen Anerkennung der vollständigen Unabhängigkeit Neuenburgs von Preußen in eine Unterhandlung einzutreten, war ihm jeder vermittelnde Weg abgeschnitten, und er in die Stellung versetzt, die er bisher eingenommen hat und wohl schwerlich verlassen wird. Das Volk aber nimmt jetzt die Sachen, wie sie sind. Mögen die einen die Kraft der Eidgenossenschaft unterschätzen, die andern sie überschätzen — dessen kann man gewiß seyn: wenn es zum Kampfe kommt, so findet Preußen ein einiges Volk. (A. Z.)

Bern, 20. Dez. Die heute vom Bundesrath so plötzlich beschlossene Aufstellung von 20,000 Mann zu vorläufigem Schutz der bedrohtesten Punkte soll durch eine Warnung von befreundeter hoher Seite hervorgerufen worden seyn und hat keinen andern Zweck, als gegen einen Handstreich auf diesen oder jenen Punkt oder auf die schweizerischen Dampfschiffe auf dem Bodensee gesichert zu seyn. Von Feindseligkeit gegen die

benachbarten Staaten ist keine Spur vorhanden. Die aufgestellten zwei Divisionen kommen unter die Befehle der eidgenössischen Obersten Bourgeois und Ziegler zu stehen, und sollen bis Dinstag in die Linie einrücken. Wenn man nun annimmt, daß diese Divisionen aus der ganzen Ost- und Mittelschweiz, Bern eingerechnet, zusammengezogen werden, und daß die Aufgebote erst Sonntag und Montag, d. h. morgen und übermorgen, in die Hände der Pflichtigen gerathen können, so geht die Sache immerhin sehr schnell. Wäre das Bedürfniß noch dringender gewesen, so hätte man den ganzen Osten aufgeboten, und dieser wäre noch weit schneller an der Gränze. (Schw. M.)

Die „N. Zür. Ztg." schreibt: „Wir werden nächster Tage vom Bundesrath auf's bündigste vernehmen, daß er zur Erhaltung des Friedens große Schritte that, daß er sogar die Gefangenen vor dem Urtheil freigeben und mit dem König über Kosten und Schaden nicht streng markten wollte, wenn er seinerseits die Freiheit Neuenburgs anerkenne; allein, wie man vernimmt, geht Preußen nicht darauf ein, es verlangt bedingungslose Freilassung, so daß die Schweiz sich als Fehlende hinstelle. Diesen Schritt kann die Schweiz nicht thun. Wenn wir die Schweizergeschichte durchgehen, so finden wir unsere Vorväter in ähnlichen Lagen."

Bern, 21. Dezbr. Sehr bezeichnend für die Stimmung des Volks ist die gestrige Berathung im hiesigen großen Rath über den von der Regierung verlangten unbedingten Credit zur Completirung des Personellen und Materiellen unseres Militärwesens. Nachdem der Vicepräsident der Regierung, Herr Migy, das Verlangen der Regierung gestellt und der Militärdirektor Steiner dasselbe begründet hatte, wobei er bemerkte, daß wir in den nächsten Tagen erfahren würden, welche große Schritte der Bundesrath zum Frieden gethan habe und sogar in seinen Anerbietungen soweit gegangen sey, auf die Aburtheilung der Gefangenen zu verzichten, wenn der König von Preußen seinerseits diejenigen Opfer bringen wolle, welche die Schweiz verlangen müsse, ergriff der streng conservative Finanzdirektor Fueter das Wort. Er sagte, daß der größte Theil des Schweizervolkes eine friedliche Lösung der Frage mit Beifall aufnehmen würde, sobald der Friede auf ehrenhaftem Weg zu erzielen wäre, aber auch nur auf ehrenhaftem. „Wir haben, sagte er, unter der neuen Bundesverfassung acht Jahre des schönsten Friedens und der Ruhe genossen, einzelne Reformen in den Kantonen, ja große Umänderungen sind friedlich abgelaufen; da kommt wie der Blitz aus heiterem Himmel ein Mann, der seinem Charakter nach zu den edelsten Menschen gehört, der in der ganzen Umgebung, wo er wohnte, Segen verbreitete, und wirft sich selbst und uns ins Unglück. Doch jetzt kann nicht mehr gestritten werden über politische Ansichten, wir müssen der Eidgenossenschaft gehorchen und ernst geborchen. Ich empfehle einstimmige Annahme des Vorschlags." Nach ihm sprach noch Hr. v. Gonzenbach, bekannt als ausgezeichneter Staatsmann und wegen seiner streng conservativen Gesinnung von den Radicalen gehaßt. Er sagte unter Anderm: Obschon ich über den Gang der diplomatischen Unterhandlungen eine andere Ansicht hatte und noch habe, so ist es jetzt doch zu spät, darüber zu markten. In der Hauptsache stand meine Ansicht immer fest: Neuenburg ist schweizerisch und muß schweizerisch bleiben. Aber dazu bedarf es unserer Einigkeit. Ich empfehle einstimmige Annahme des regierungsräthlichen Vorschlags. Bei der Abstimmung erhoben sich alle Mitglieder des großen Rathes, darunter gegen 40 Patrizier. Von einer gleichen patriotischen Stimmung wird auch aus den übrigen Kantonen berichtet. (Fr. Postztg.)

Schweden und Norwegen.

Die vier Kammern des schwedischen Reichstags haben nach vierstündiger lebhafter Debatte sämmtliche von der Regierung vorgeschlagene Modifikationen in Bezug auf die Freiheit der Presse verworfen. (K.Z.)

Großbritannien.

London, 20. Dez. In London waren gestern Abend an mehreren Straßenecken ähnliche Maueranschläge wie in Bradford und Newcastle-on-Tyne zu sehen; jeder englische Soldat wurde darin vor dem Raubzug gegen Persien gewarnt. Die Polizei schien von den Plakaten keine Notiz zu nehmen. Offengar suchen die Urheber den Attorney-General zum Einschreiten zu veranlassen.

In Dublin werden die Namen von 18 irischen politischen Verbrechern aus dem Jahre 1848 genannt, die, wie es heißt, von der Königin vollständig begnadigt werden sind.

Frankreich.

Paris, 19. Dez. Die lange Liste der Ernennungen und Versetzungen von Präfekten und Unterpräfekten, welche die ersten Spalten des heutigen „Moniteur" füllt, ist der thatsächliche Commentar zu dem neulichen Zirkular des Hrn Billault. Man wollte in der That manche Unterpräfekten beseitigen, die sich durch Uebereifrigkeit unbeliebt gemacht haben, und daher bei den nächsten Wahlen den Regierungskandidaten eher schaden als nützen könnten. Man versichert indeß, daß imperialistische Uebereifrigkeit nicht bei allen Ab- oder Versetzungen der bestimmende Grund gewesen. Man will vielfach andere Sympathien, namentlich orleanistische, bemerkt haben, deren Einfluß man im allgemeinen und speziell bei den nächsten Wahlen fürchtet. Gewiß ist, daß in den orleanistischen Kreisen wieder eine größere Regsamkeit sich zeigt, und daß man sich in den Regierungssphären hierüber zu beunruhigen anfängt.

Paris, 20. Dezbr. Eine Anzahl Schweizer ist gestern und vorgestern verhaftet worden, weil sie sich ungebührliche Redensarten über den Neuenburger Artikel des Moniteur erlaubt haben.

Spanien.

† Die offizielle „Madrider Ztg." vom 17. Dezbr. enthält das Dekret, durch das der Generallieutenant Francisco de Paula Figueras, Marquis de la Constancia, zum Kriegsminister ernannt wird.

Italien.

Aus Neapel, 16. Dez., wird der „Times" geschrieben: „Das neuliche furchtbare Attentat auf das Leben des Königs war von Umständen begleitet, die für den Augenblick beinahe die Partei-Leidenschaften zum Schweigen gebracht und ein einziges Gefühl an deren Stelle haben treten lassen. Das lange und geheimnißvolle Heranreifen des Planes, die Offenheit und Kühnheit, mit welcher der Thäter ihn auszuführen suchte, die schrecklichen Folgen, welche sein Gelingen für die Ruhe der Hauptstadt gehabt haben würde, die verwegene Art, wie der Mörder sein Leben in die Schanze schlug, und die große Selbstbeherrschung Sr. Majestät, alles das hat dem Ereignisse ein mehr als gewöhnliches Interesse verliehen. Nachdem er aus dem italienisch-griechischen Kollegium von St. Demetrius entfernt, aber nicht relegirt, sondern von seiner Familie weggenommen worden war, wie das bei vielen jungen Leuten aus politischen Gründen geschah, stürzte sich Agesilao Milano im Jahre 1848 in die Arme der Revolutionäre. General Ribotti war Oberbefehlshaber und sein unmittelbarer Vorgesetzter Mosciari. Er kämpfte zuerst in der Angitola und zuletzt zu Spezzano Albanese. Von fünf Gefährten, welche diese Laufbahn betraten, war er der letzte. Sein Vater ward gefangen genommen und zur Galeere verurtheilt, während ein Bruder Agesilao's erschossen wurde. Doch weiß ich die letzterwähnten Thatsachen nicht ganz gewiß. Agesilao Milano war eben sowohl aus persönlichen Gründen voll Gram, wie voll Erbitterung über das, was er als den Untergang der Freiheit seines Vaterlandes betrachtete. Sein Hauptvergnügen bestand, wie es scheint, darin, Gedichte zu schreiben, von denen er manche hinterlassen hat, die gar nicht schlecht sind. Auch las er viel, namentlich die griechische Geschichte und die Werke des Thomas v. Aquino. Von dem Augenblicke seiner Verhaftung an bis zu dem seines Todes scheinen ihn sein Muth und seine Ruhe keinen Augenblick verlassen zu haben. Es ist wichtig, daß er erklärte, er gehöre keiner politischen Sekte an. Als er aus dem Gefängniß zum Gerichtshofe geführt wurde, befahl der Offizier den ihn begleitenden Soldaten, ihn eng zu umgeben, worauf er bemerkte: „Ich werde keinen Fluchtversuch machen. Ich hätte mich selbst entleiben können, wenn ich es gewollt hätte; allein ich bin nicht so feige." Als er vor Gericht stand, fragte ihn der Präsident, seit wie lange er den Plan zu dem Mordversuche gefaßt habe. „Seit der König eidbrüchig wurde", lautete die Antwort. „Sie haben ein schweres Verbrechen begangen", bemerkte der Präsident. „Das sagen Sie", entgegnete der Angeklagte; „wenn Sie aber Ihre Bibel gelesen haben, so werden Sie wissen, daß sich kein Blatt ohne den Willen Gottes bewegt. Ich hatte beschlossen, den König zu ermorden, allein Gott wollte es anders, und statt des Königs werde ich sterben. Der Wille Gottes geschehe. Doch wird dieser Vorfall vielleicht dem Lande zum Vortheil gereichen und den König veranlassen, besser zu regieren."

In Sizilien ist die Ruhe vollkommen wieder hergestellt. Nur einen einzigen Tag hat Beneivenga mit seiner Bande sein Putschwesen in den kleinern Ortschaften Mezzoinso, Villafrate, Ciminna und Ventimiglia zu treiben vermocht, ohne daß sich auch nur Ein Bewohner derselben zur Theilnahme hätte verleiten lassen. Der Putsch selbst ist ganz unblutig unterdrückt worden. Beim Annähern der Truppen suchte die Bande das Weite, nämlich sie flüchtete sich, über Hals und Kopf in die Gebirge und benachbarten Wälder. Nur wenige Mitglieder war es möglich zu erhaschen, während andere, und zwar die meisten, in der Hoffnung ihre Schuld zu mildern, sich freiwillig stellten. Zur Zahl dieser gehört der Haupträdelsführer, Beneivenga, welcher, auf die guten Dienste seiner Beine sich verlassend, sich eiligst

davon machte; dann aber, da er nur Einen Arm besitzt, der beim Klettern auf hohe Gebirge kaum zureichen konnte, den nachsetzenden Jägern in die Hände fiel.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 23. Dezbr. Die Börse eröffnete in sehr günstiger Stimmung, im Laufe derselben wichen die Course jedoch etwas und schlossen wieder bedeutend über gestriger Notiz. Auch heute war der Umsatz ziemlich lebhaft.

Providentia wurde zu 105 verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 $77\frac{5}{8}$P. $77\frac{1}{8}$G. 5pCt. Lombard-Ven. $88\frac{1}{2}$P. — G. Metall. alte à 5pCt. $76\frac{1}{4}$P. 76G.; à 5pCt. in Silber b. R. $86\frac{1}{2}$ P. 86 G.; à $4\frac{1}{2}$pCt. $65\frac{1}{2}$P. 65 G.; à 4pCt. $59\frac{1}{2}$ P. 59 G.; à 3pCt. 46 P. $45\frac{1}{2}$ G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen $56\frac{7}{8}$ P. $56\frac{3}{8}$ G. **Preussen.** $3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — G. **Bayern.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{4}$ P. $89\frac{3}{4}$ G.; 4pCt. 95P. $94\frac{1}{2}$G.; 4pCt. Grundrente 95P. $94\frac{1}{2}$G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $101\frac{3}{4}$ P. — G.; 5pCt. 101 P. $100\frac{1}{2}$ G. **Württemberg.** $3\frac{1}{2}$pCt. Obligationen b. R. $91\frac{3}{4}$P. $91\frac{1}{4}$ G.; $4\frac{1}{2}$pCt. 103 P. $102\frac{1}{2}$ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{2}$P. 90G.; à 4pCt. $99\frac{1}{2}$ P. 99 G.; $4\frac{1}{2}$pCt. $102\frac{1}{4}$ P. $101\frac{3}{4}$G. **Nassau.** Obligationen à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{1}{2}$P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. $82\frac{3}{4}$P. $82\frac{1}{4}$G.; à $3\frac{1}{2}$pCt. $90\frac{3}{4}$P. $90\frac{1}{4}$G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld $37\frac{1}{2}$P. — — G.; $1\frac{1}{4}$pCt. neue $23\frac{1}{2}$ P. $23\frac{3}{8}$G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1150P. 1145G. Neue Bankaktien 287P. 282 G. Credit-Actien à 5pCt $200\frac{1}{2}$P $198\frac{1}{2}$G. Darmstädter Bankaktien alte 348 P. 346 G.; junge 308 P. 306 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 490 P. 485 G. Mitteldeutsche Creditbank 95 P. $94\frac{1}{2}$ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 95 P. — — G. Frankf. Bankaktien $110\frac{3}{8}$ P. $110\frac{1}{8}$G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 500 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 560 P. 555 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 280 P. 278 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. $142\frac{1}{2}$ P. 142G. Neustadt-Weissenb. $10\frac{1}{4}$P. $10\frac{3}{4}$ G. $4\frac{1}{2}$pCt. bayr. Ostbahn-Aktien $100\frac{1}{2}$ P. $100\frac{1}{4}$G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 354 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien $78\frac{1}{2}$ P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. $77\frac{1}{2}$P. 77G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 P. $91\frac{1}{2}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 117 P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 $99\frac{3}{4}$ P. $99\frac{1}{4}$G. $3\frac{1}{2}$ pCt. neue Prämienscheine $113\frac{1}{2}$ P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 $48\frac{1}{2}$ P. $48\frac{1}{4}$G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. $116\frac{1}{2}$G. à fl. 25 $35\frac{3}{4}$ P. $35\frac{1}{4}$G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 P. $37\frac{3}{4}$ G. Nass. Loose à fl. 25 $34\frac{1}{4}$ P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. $43\frac{1}{2}$ P. 43 G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 86 P. $85\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S. $100\frac{1}{2}$P. $100\frac{1}{4}$G.	Lond. Lst. 10 k. S. $117\frac{1}{8}$P. — — G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. $119\frac{3}{4}$G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. $90\frac{5}{8}$P — — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S $93\frac{1}{8}$ P. — — .
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k. S. $96\frac{5}{8}$P. — — G.	Wien fl. 100 C. k. S. $111\frac{1}{4}$P 111 G
Hamb. fl. B. 100 k. S 89 P $88\frac{3}{4}$G.	Wien 3 M. mit 5% 111 P. $110\frac{3}{4}$G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105P. — — G.	Disconto — P. $4\frac{1}{2}$pCt. G

Pesth, 13. Dez. Im Fruchtgeschäft herrscht auch am hiesigen Platze große Stille, und der Einfluß der auswärtigen, mit wenigen Ausnahmen flauen Berichte lähmt den Verkehr und verhindert jeden Aufschwung. Die Spekulation hält sich bis jetzt ganz davon entfernt, und scheint den weitern Verlauf noch abwarten zu wollen. *Unter* diesen Umständen war der Wochenumsatz in allen Körnergattungen mit Ausnahme von Kukurutz, sehr unbedeutend und auf den geringeren Platzkonsum beschränkt, und selbst in obiger Frucht beläuft sich der ganze Umsatz auf 7—8000 Metzen, welche zur Notiz an hiesige Borstenviehhändler begeben wurden. Notirungen: Waizen Banater 86—88½ Pfd. 4 fl. 30 kr. a 4 fl. 48 kr., Theiß- 83—88 Pfd. 3 fl. 30 kr. a 4 fl. 26 kr., Weißenburger 83—86 Pfd. 4 fl. 12 kr. a 4 fl. 34 kr., Korn 77—81 Pfd. 2 fl. 16 kr. a 2 fl. 28 kr., Gerste 63—68 Pfd. 1 fl. 48 kr. a 2 fl. 6 kr., Hafer 45—47 Pfd. 1 fl. 24 kr. a 1 fl. 26 kr., Kukurutz 79—84 Pfd. 1 fl. 48 kr. a 2 fl. Hirse 1 fl. 48 kr. a 2 fl. 14 kr., Fisolen 3 fl. a 3 fl. 30 kr.

London, 15. Dez. Die Zufuhr von engl. Waizen am heutigen Markte wahr sehr klein, rechnen wir aber das von der vorigen Woche unverkauft gebliebene Quantum dazu, so hatten wir eine gute Auswahl; da aber die Beschaffenheit des Waizens sehr schlecht war, konnte der Handel wenig Fortschritte machen, obgleich man denselben 2 s unter den Notirungen von heute vor acht Tagen offerirte. In fremdem Waizen ist kaum etwas umgegangen und Preise sind daher als völlig nominell zu betrachten, obgleich die Eigenthümer sich zu einer kleinen Preisreduktion verstanden haben würden, um Geschäfte zu veranlassen. Gerste, Bohnen und Futtererbsen bringen die Preise von heute vor acht Tagen, weiße Erbsen sind aber vernachlässigt. Der Haferhandel ist fast ohne Preisveränderung. Stadtmehl unverändert. Landmehl 1 s pr. Sack wohlfeiler. Faßmehl 1 a 2 s per Faß niedriger offerirt.

Neueste Nachrichten.

§ **Wien**, 21. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Die Antwort des diesseitigen Kabinets auf die preußische Note vom 8. d., deren Inhalt sich bekanntlich auf die **Neuenburger Angelegenheit** bezieht, ist bereits nach Berlin befördert worden, und wird dieselbe von wohlunterrichteter Seite als den Intentionen Preußens entsprechend bezeichnet. Daß das Berliner Kabinet eine neue Vorlage am Bundestage beabsichtigt, ist *Ihnen* bekannt; wie ich höre, hat Graf Arnim hierüber bereits sehr ausführliche Mittheilungen gemacht. In den hiesigen diplomatischen Kreisen gibt man übrigens namentlich in Hinblick auf die Haltung Frankreichs die Hoffnung nicht auf, daß es die Schweiz nicht zum Aeußersten kommen lassen werde, da sie die Intentionen Frankreichs doch nicht unberücksichtiget lassen kann, und es ihr andererseits nicht unbekannt seyn kann, daß Preußen in der That zum Aeußersten entschlossen ist. Ein entscheidender Schritt des letzteren Staates steht übrigens vor Abschluß der in den ersten Tagen des Monates Januar beginnenden Pariser-Nachkonferenzen wohl kaum zu erwarten, da es gewiß ist, daß nach Beendigung der auf die orientalische Frage Bezug habenden Verhandlungen die Neuenburger-Angelegenheit zwischen den Vertretern derjenigen Staaten, welche das Londoner Protokoll vom Jahre 1852 unterzeichnet haben, zur Diskussion gelangen wird. — Vor einigen Tagen sind von hier Depeschen an den Grafen Rechberg nach Frankfurt und gestern Depeschen an den Frhrn. v. Hübner nach Paris abgegangen. Man versichert, daß der Inhalt derselben sehr wichtig sey.

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wohlmann.
Verantwortlich für die Inserate: B. J. Stahel.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Morgen, als am ersten heiligen Weihnachtsfeiertage, erscheint keine Zeitung.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 358. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Freitag, 26. Dezember 1856.

Zur Erziehungs- und Unterrichtsfrage.

IV.

Nachdem wir bis jetzt vorzüglich die Qualität des zu behandelnden Lehrstoffes besprochen haben, wollen wir nunmehr die Quantität desselben in nähere Erwägung ziehen. Auf diesem Gebiete begegnen wir aber alten und gewiß nicht unberechtigten Klagen, die hauptsächlich darauf hinauslaufen, daß man die Jugend mit einer zu großen Masse überhäuft, und noch dazu mit einer Menge von Dingen, die sie früher oder später nicht mit Unrecht über Bord werfe. „Wenig und gut“ sollte hier das ständige Motto bilden. Dazu kommt dann noch, daß man oft in einem Alter mit Gegenständen gequält wurde, deren Verständniß viel leichter gewesen wäre, wenn man die richtige und angemessene Zeit abwarten wollte. Diese Verhältnisse sind uns hier aber um so wichtiger, da wir selbst das Material wenigstens relativ in unserm Plan durch Aufnahme von Lehrstoffen vergrößert haben. Dies läßt sich aber sehr leicht einbringen, wenn man die absolute Menge um ihren unnöthigen Theil verringert, und es läßt sich gewiß nicht läugnen, daß eine größere Mannigfaltigkeit, wenn man sich auf das Wesentliche und wahrhaft Befruchtende beschränkt, vortheilhafter seyn wird, als ein angehäufter Wust.

Betreten wir in dieser Frage zuerst das Gymnasialgebiet, so haben nicht etwa bloß Laien, sondern gediegene Fachmänner zweckmäßige Reformen in dieser Beziehung verlangt. Abgesehen davon, daß man mit allem Recht getadelt hat, wenn die Jugend in gelehrte Subtilitäten eingehen sollte, die sogar zuweilen den Vorwurf des Lächerlichen nicht von sich abwehren konnten, hat man namentlich verlangt, daß das Lateinschreiben und Lateinsprechen in Wegfall kommen soll. Dagegen sollte der Gymnasiast mehr in den Geist des Alterthums eingeweiht werden. Ein Urtheil hierüber verdient wenigstens die größte Vorsicht. Es ist wahr, daß es in unserer Zeit sicher nicht mehr darauf abgesehen werden könne, ein sog. klassisches Latein zu schreiben, hinter das sich nur zu oft die Gedankenarmuth versteckt hat, und daß die einseitig kritisch-grammatikalische oder die sogenannte statarische Methode oft den gründlichsten Widerwillen gegen die besten Schriftsteller des Alterthumes bei den Schülern hervorruft, die eben alsdann nur zu einem Mittel herabsinken, um an ihnen die Sprachformen einzuüben. Aber es ist auch eben so wahr, daß, wenn man den Geist des Alterthums wahrhaft erfassen will, dazu eine so reiche Lebenserfahrung zumal in politischen Dingen und eine Summe von anderweitigen Kenntnissen erfordert wird, die man nimmermehr bei einem jungen Menschen voraussetzen kann.

Man wird den richtigen Weg treffen, wenn man vor allen Dingen nicht aus den Augen verliert, daß die Gymnasien nicht dazu da sind, Philologen zu bilden, die mit ihrer speziellen Fachbildung so gut an die Universitäten zu verweisen, als jeder andere Studirende auch, um so mehr, als sie durch die philologischen Gymnasialstudien ohnedies noch gegen andere im Vortheil sind. Eine zweckmäßige Wahl der Schriftsteller und ein richtiges Wechselverhältniß zwischen der statarischen und cursorischen Methode werden dann weiterhin das Ihrige thun, um der Jugend nicht die schönsten Stunden nutzlos zu rauben.

Der Vorschlag, die griechische Sprache von dem Gymnasialunterricht auszuschließen, heißt aber die klassische Bildung in ihrem Wesen vernichten. Alsdann würde die lateinische Sprache als formales Mittel wohl nur deßhalb beibehalten bleiben, weil sie als eine gute Grundlage zur Erlernung der modernen Sprachen dienen könnte. Man wird uns nicht übel nehmen, wenn wir diese Phase einstweilen ganz ausgeschlossen haben. Was aber geschieht, wenn die Parteien auf keine Art von Einigung eingehen, ist eine andere Frage, die wir hier nicht untersuchen wollen. Alsdann dürfte vielleicht die griechische Sprache in späteren Zeiten auf einen Kampf mit den modernen Sprachen sich gefaßt machen.

Was die technischen Anstalten betrifft, so findet hier bis jetzt das nachtheilige Verhältniß statt, daß man sich über ein bestimmtes System oder Unterrichtsmaß noch gar nicht geeinigt hat. Es darf nicht verwundern, daß die Gutachten der verschiedenen Prüfungskommissäre so mannigfaltig sind, als ihre Zahl groß ist. Dadurch fehlt diesen Anstalten bis jetzt alle Einheit und die Lehrer sehen sich dadurch zuweilen auch den widersprechendsten Urtheilen ausgesetzt, was alsdann ihre ohnedies nicht beneidenswerthe Stellung noch unangenehmer machen muß. Dadurch wird man aber nur ausnahmsweise tüchtige Lehrkräfte gewinnen oder erhalten, und es erwächst sonach diesen Anstalten daraus kein besonderer Vortheil. Diese Verhältnisse haben denn das Ihrige beigetragen, daß das richtige Maß des Unterrichts noch häufiger als an andern Anstalten überschritten worden ist. Die Mannigfaltigkeit der Ansichten, der Prüfenden und die Abhängigkeit der Lehrer von den Beurtheilungen haben eine Masse unnützes Material schon deßhalb gehäuft, weil man den verschiedensten Anforderungen wenigstens einigermaßen Rechnung tragen wollte. Endlich mag auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Eitelkeit der Lehrer ebenfalls dadurch verantwortlich wurde, weil sie öfter nur zu geneigt waren, ihre pädagogische Einsicht dem Ruhme zu opfern, das Aeußerste geleistet zu haben. Es ist übrigens hier nicht der Ort, die Ursache zu erörtern, weßhalb solche pädagogische Ausschreitungen hie und da nur zu bereit.

willig angenommen und begünstigt worden sind. Bei einer so illusorischen Freiheit der einzelnen Anstalten wäre also vor allen Dingen ein bestimmteres Normativ zu wünschen.

Auch bei dem mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht ist es von Belang, daß dem Schüler ein entsprechendes Maß aufgelegt wird. Es wird nämlich stets weniger darauf ankommen, dem Schüler eine Menge von Sätzen einzutrichtern und den Lehrer dafür verantwortlich zu machen, daß er gerade diesen oder jenen Satz noch in den Unterricht aufgenommen hat, sondern weit mehr darauf, daß der Schüler seine Sätze nicht nur ordentlich gelernt hat, sondern soweit mit dem Geist derselben bekannt gemacht sey, daß der bessere sich auch Rechenschaft zu geben weiß, wo und wie er dieselben anzuwenden hat.

Es sind nun wohl von Zeit zu Zeit Ministerial-Erlasse erschienen, welche den löblichen Zweck hatten, Ausschreitungen zu vermeiden; allein diese verfehlen offenbar ihren Zweck, sobald im Uebrigen die Anforderungen dieselben bleiben. Man sollte wahrhaftig darin der Vorsehung nachahmen, welche die Bürde und die Lasten des Lebens auch hübsch vertheilt und nach und nach auflegt.

In unmittelbarer Verbindung mit unserer Frage über die Quantität der Lehrstoffe stehen aber auch die gebrauchten Lehrbücher und Uebungsbücher, die in dieser Beziehung häufig nichts weniger als empfehlenswerth sind. Man sieht aus manchen Kreisen sehr vornehm auf die Verfasser von Lehrbüchern herab und die Mehrzahl mag dies Urtheil allerdings verdienen. Ein wahrhaft zweckdienliches und mit Geist abgefaßtes Lehrbuch ist aber nur selten zu finden und wir nehmen keinen Anstand, ein solches Buch den besseren wissenschaftlichen Leistungen anzureihen. Ein Hauptfehler dieser Bücher besteht vorerst meist darin, daß sie zu voluminös sind, so daß schon der bloße Anblick hinreicht, einem jungen Menschen allen Muth zu benehmen, daß er im Stande seyn dürfte, das überschwengliche Material zu bewältigen. Daher kommt es auch zum Theil, daß uns die Bücher, welche uns am liebsten seyn sollten, am verhaßtesten geworden sind. Ein kurzes, gedrängtes, übrigens wahrhaft wissenschaftliches und in schöner Form gegebenes Lehrbuch ist nicht genug zu schätzen. Und in aufsteigender Linie mag mit dem Wachsthum des Geistes und des Körpers auch ein reichliches Material in demselben Verhältniß geboten werden. Wer erinnert sich hier nicht an so manche dickleibige Grammatik mit einer Unsumme von Regeln, die schon von vorne herein uns allen Appetit verdorben hat? Man kann des Guten gar leicht zu viel thun und oft soll der Gehalt durch die Menge ersetzt werden. In dieser Beziehung war besonders die Methode von Ahn mit Freude zu begrüßen. Er hat zuerst eine menschliche französische Grammatik geschrieben, und der allgemeine Beifall hat ihn hinlänglich belohnen müssen.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 22 Dezbr. (Priv.-Korresp.) (Fortsetzung des Berichts über das Referat des Abg. Dr. Weis.) Nach Art. 18. des Entwurfs soll die Strafe des Gefängnisses nicht auf längere Zeit als auf 5 Jahre zuerkannt werden. Referent beantragt, wenn, wie er zu Art. 17 vorgeschlagen, das Minimum der Zuchthausstrafe auf 4 Jahre festgesetzt wird, das Maximum der Gefängnißstrafe gleichfalls auf 4 Jahre festzusetzen.

Nach Art. 19 soll eine die Dauer eines Jahres übersteigende Gefängnißstrafe im Zuchthause vollzogen werden können, wenn das Gericht dies nach der Persönlichkeit des Verurtheilten rc. im Strafurtheile anordnet. Hier geht, bemerkt der Referent, der Entwurf zu weit: „Schon die Bestimmung, sagt er, daß die Vollziehung einer die Dauer eines Jahres übersteigenden Gefängnißstrafe im Zuchthause angeordnet werden könne, geht zu weit, es müssen mindestens 2 Jahre — ich hätte nichts dagegen, wenn 3 Jahre angenommen würden — bestimmt werden. Außerdem kann ich mich mit der Vollziehung der Gefängnißstrafe im Zuchthause nur bei jenen Individuen einverstanden erklären, welche die im Art. 26 bezeichneten Rechte entweder in Folge früherer Verurtheilung zur Zuchthausstrafe verloren haben oder derselben jetzt durch das wider sie ergehende Urtheil in Gemäßheit des Art. 27 ganz oder theilweise verlustig erklärt werden. Macht man diese Beschränkung nicht, so wird der Unterschied zwischen entehrenden und nicht entehrenden Strafen zu sehr verwischt. Auch diese Individuen sind allen Bestimmungen, wie sie oben für die Züchtlinge vorgeschlagen wurden, namentlich der sechsmonatlichen völligen Absonderung zu unterwerfen. Daß auch diejenigen Individuen, welche ihre Gefängnißstrafe in einer Gefangenanstalt erstehen, daselbst während der ganzen Dauer ihrer Strafe entsprechend beschäftigt und, so weit nöthig, unterrichtet werden müssen, versteht sich nach dem oben Gesagten von selbst. Das Nähere ist der Hausordnung zu überlassen, jedoch auch hier die Unstatthaftigkeit der körperlichen Züchtigung ausdrücklich auszusprechen. Ebenso ist im Gesetze ausdrücklich zu sagen, daß den Sträflingen ein Theil ihres Arbeitsverdienstes gehört. Bei ihnen ist jedoch weiter zu bestimmen, daß sie bei fortgesetzt gutem Betragen, natürlich nur mit Erlaubniß der Gefängnißbehörde, einen Theil ihres Arbeitsverdienstes zur Verbesserung ihrer Lage verwenden dürfen. Um nicht in einen und denselben Artikel verschiedenartige Dinge aufzunehmen, überhaupt, damit die Artikel nicht zu lang werden, erscheint es zweckmäßig, die vorliegenden Artikel in mehrere Artikel zu zerlegen."

„Ich beantrage demnach, statt der Art. 18 und 19 folgende Artikel in das Gesetz aufzunehmen:

a) „Die Strafe des Gefängnisses soll nicht auf kürzere Zeit, als auf 1 Tag, und nicht auf längere als auf 4 Jahre zuerkannt werden. Dieselbe wird, wenn sie die Dauer eines Monats nicht übersteigt, in den Untersuchungsgefängnissen, außerdem in der Regel in besonders hiezu eingerichteten Gefangenanstalten vollzogen."

b) „Bei Gefängnißstrafen, welche die Dauer von 4 Monaten nicht übersteigen, kann das Strafgericht, wenn es dies nach der Persönlichkeit des Verurtheilten und nach der Beschaffenheit der That für angemessen erachtet, im Strafurtheile anordnen, daß die Strafe im Untersuchungsgefängnisse vollzogen werden solle. Wird eine die Dauer von 2 Jahren übersteigende Gefängnißstrafe gegen eine Person erkannt, welche zugleich der im Art. 26 bezeichneten Rechte ganz oder zum Theil verlustig erklärt wird, oder diese Rechte schon früher in Folge einer Verurtheilung zur Zuchthausstrafe verloren hat, so kann das Gericht, soferne es dies nach der Persönlichkeit des Verurtheilten und nach der Beschaffenheit der That für angemessen erachtet, im Strafurtheile verordnen, daß die Gefängnißstrafe im Zuchthause vollzogen werde."

c) „Diejenigen Sträflinge, welche ihre Gefängnißstrafe in einer Gefangenanstalt erstehen, werden innerhalb der Anstalt mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nach Maßgabe der Hausordnung beschäftigt. Sie erhalten, so weit nöthig, Unterricht in einem Gewerbe oder in sonstigen Handarbeiten sowie in jenen Gegenständen, welche in den Volksschulen gelehrt werden, insbesondere auch Religionsunterricht. Es gehört ihnen ein Theil ihres Arbeitsverdienstes. Er wird für sie zurückgelegt, und ihnen bei ihrer Entlassung aus dem Gefängnisse eingehändigt. Jedoch kann ihnen im Falle fortgesetzten guten Betragens durch die Gefängnißbehörde auch gestattet werden, einen Theil davon zur Verbesserung ihrer Lage, zu einer bessern Kost und dergleichen zu verwenden. Fesselung eines Sträflings, sowie körperliche Züchtigung ist auch als Disziplinarstrafe unbedingt ausgeschlossen. Im Uebrigen richtet sich die Behandlung der Sträflinge nach den Bestimmungen der im Regierungsblatte zu veröffentlichenden Hausordnung."

d) „Jene Sträflinge, welche ihre Strafe in einem Untersuchungsgefängnisse erstehen, sind gleichfalls innerhalb des Gefängnisses, so weit die Verhältnisse es gestatten, angemessen zu beschäftigen, sie können jedoch nur zu den Arbeiten ihres gewöhnlichen Berufes angehalten werden. Auch in den Untersuchungsgefängnissen ist Fesselung und körperliche Züchtigung der Sträflinge unbedingt unstatthaft. Jene, welche ihre Strafe in einem Zuchthause zu erstehen haben, sind am Straforte ganz nach den für die Behandlung der Züchtlinge gegebenen Vorschriften zu behandeln."

Den Art. 20, der von der körperlichen Züchtigung *handelt*, beantragt Referent aus den früher von ihm entwickelten Gründen zu streichen.

Einverstanden ist Referent mit Art. 21, daß die Festungsstrafe nur an die Stelle der Zuchthaus- und Gefängnißstrafe trete, nicht aber auch an die Stelle der Arreststrafe, da hierfür keine genügenden Gründe sprechen. Nach dem vom Referenten befürworteten System des Gesetzbuches bespricht derselbe hier der Freiheitsstrafe, auf welche wegen Uebertretungen erkannt werden kann. Der Art. 3 des Entwurfes des Polizeistrafgesetzbuchs bestimmt das Minimum der Arreststrafe auf 12 Stunden, das Maximum auf 3 Monate. Das Letztere hat Referent und der Ausschuß bereits bei frühern Art. auf 1 Monat gemindert; bezüglich des Minimum aber beantragt hier der Referent, es auf 24 Stunden zu setzen. Er motivirt diese Erhöhung dadurch, daß in jeder Strafe Ernst liegen müsse, diesen könne er aber in einer nicht ein Mal einen Tag erreichenden Freiheitsstrafe nicht finden. Es gebe allerdings Uebertretungsfälle, bei denen eine Freiheitsstrafe von 24 Stunden zu hoch erscheine, bei ihnen sey dann auch eine 12stündige Arreststrafe, überhaupt jede Freiheitsstrafe, zu hoch, und deßhalb in

solchen Fällen nur auf Geldstrafe zu erkennen. Hieran reiht der Referent die folgenden Bemerkungen:

„Es entsteht weiter die Frage, ob Schärfungen der Freiheitsstrafen, insbesondere der Arreststrafen gesetzlich zugelassen werden sollen. Der Entwurf schließt die Schärfungen bei der Zuchthaus- und Gefängnißstrafe aus, läßt dieselben aber und zwar in einem sehr reichlichen Maße, beim Arreste zu. Ich bin damit, daß bei der Zuchthaus- und Gefängnißstrafe keine gesetzliche Schärfung eintreten soll, ganz einverstanden, weßhalb ich auch oben nichts gesagt habe. Ich erkenne ferner an, daß es bei Uebertretungen Fälle geben kann, wo eine entsprechende Schärfung der Freiheitsstrafe ganz am Platze ist. Ueberhaupt sind Schärfungen nur bei kürzeren Freiheitsstrafen am Platze, bei denen eine systematische Behandlung des Sträflings nicht möglich ist, sondern der augenblickliche Eindruck entscheiden muß. Schärfungen müssen aber zugleich die Wirkung haben, daß durch dieselben die Dauer der Strafe gemindert wird. Was nun die einzelnen Schärfungen betrifft, so führt der Art. 4 des Entwurfs des Polizeistrafgesetzbuchs drei verschiedene Schärfungsarten auf, und gestattet außerdem, diese drei Schärfungsarten miteinander zu verbinden. Die zweckmäßigste Schärfungsart ist offenbar die Beschränkung der Kost des Verurtheilten auf Wasser und Brod, es erscheint mir jedoch zu hart, dieselbe je über den andern Tag eintreten zu lassen. Den Dunkelarrest halte ich schon um deßwillen nicht für passend, weil man, wie auch der Entwurf annimmt, zu große Zwischenräume im Verhältniß zur ganzen Strafdauer lassen muß, wenn man nicht unbillig hart werden will. Die Schärfung mittelst Anweisung der Lagerstätte auf bloßen Brettern, welche im Entwurfe von 1851 nicht vorkam, hat jedenfalls keinen so großen Werth, als daß es gerechtfertigt erschiene, ihretwegen so viele Umstände zu machen und sich so viele Schwierigkeiten zu bereiten, als die Bestimmung des dritten Absatzes des Art. 4 unsers heutigen Entwurfs veranlaßt. Ich glaube deßwegen nur die Schärfung mittelst Beschränkung der Kost befürworten zu dürfen, und zwar in der Art, daß sie je am dritten Tag stattfinden darf und die Dauer der Strafe dadurch auf zwei Drittheile herabsinkt. Wird die Schärfung nur in dieser Weise zugelassen, so scheint mir ein gerichtsärztliches Gutachten nicht nöthig zu seyn. Ich beantrage hiernach die drei folgenden Artikel einzuschalten: a) Die Arreststrafe soll nicht unter 24 Stunden und nicht über 30 Tage zuerkannt werden. b) Die Arreststrafe kann in den vom Gesetze bestimmten Fällen durch richterliches Erkenntniß mittelst Beschränkung der Kost des Verurtheilten auf Wasser und Brod je am dritten Tage geschärft werden. Die auf Wasser und Brod beschränkten Gefangenen sind von denen, welchen warme Kost gereicht wird, an den betreffenden Tagen zu trennen. Wird die Arreststrafe in solcher Weise geschärft, so ist sie auf zwei Dritttheile ihrer gesetzlichen Dauer zu beschränken. c) Die zu Arreststrafe Verurtheilten sind innerhalb des Arrestlokales, soweit es die Verhältnisse gestatten, angemessen zu beschäftigen, können jedoch nur zu den gewöhnlichen Arbeiten ihres Berufs angehalten werden.“

München, 24. Dezbr. Se. Maj. der König haben den k. Kämmerer und Verweser der Stelle des Vize-Oberststallmeisters Otto Frhrn. v. Lerchenfeld-Aham zum Vize-Oberststallmeister mit dem Range einer zweiten Hofcharge ernannt, und ihm die Vorstandschaft des kgl. Oberststallmeister-Stabes übertragen. (N. M. Z.)

München, 24. Dezbr. In der gestern ausgegebenen Nummer 57 des Regierungsblattes wird der Bundesbeschluß vom 6. Nov. l. J. veröffentlicht, wornach der für Werke der Literatur und der Kunst gegen Nachdruck und mechanische Vervielfältigung gewährte Schutz, sowie derjenige Schutz, welcher durch besondere Bundesbeschlüsse im Wege des Privilegium für die Werke einzelner bestimmter Autoren, welche vor dem Bundesbeschluß vom 9. November 1837 verstorben sind, noch bis zum 9. Nov. 1867 in Kraft bleibt. Jedoch findet der gegenwärtige Bundesbeschluß nur auf solche Werke Anwendung, welche zur Zeit noch im Umfange des ganzen Bundesgebietes durch Gesetze oder Privilegien gegen Nachdruck oder Nachbildung geschützt sind. (B. Landbötin.)

Preußen. Berlin, 23. Dezbr. Auch die Landwehr, welche zu den auf Kriegsstärke zu setzenden Divisionen gehört, ist einberufen worden. Die zu dieser Kategorie gehörende Landwehr Kavallerie bleibt indessen zur Zeit noch davon ausgenommen.

Sachsen. Dresden, 23. Dezbr. Nach einer Pariser Korrespondenz des „Dr. J.“ ist der Eröffnungstag der Konferenzen auf den 27. d. M. festgesetzt. (T. D. d. Fr. Bl.)

Freie Städte. Lübeck, 20. Dez. Die „Lübecker Anzeigen“ publiziren das nach langen Debatten von den Behörden und Vertretern unserer Stadt angenommene Münzgesetz, durch welches für Lübeck der 35 Mark oder 14 Thaler-Fuß eingeführt wird.

§ Oesterreich. Wien, 22. Dezbr. (Privat-Korresp.) Es sind die entsprechendsten Einleitungen getroffen worden, damit die Landeshauptstraße, welche die vorzüglichsten Punkte der Bukowina mit Siebenbürgen verbinden soll, längstens im Laufe der nächsten zwei Jahre dem öffentlichen Verkehre übergeben werden kann. Zu diesem Ende wird der weitere Ausbau dieser namentlich für die Approvisionirung der Residenz höchst wichtigen Straße mit nächstem Frühjahre von Militärkräften in Angriff genommen werden, wozu sich gegenwärtig in Jsvor Offiziere befinden, welche die Vollendung der Kasernen betreiben, in denen die zum Straßenbau nothwendige Mannschaft untergebracht werden wird. — Was die Gründung von Kronlandsbanken betrifft, so vernimmt man, daß solche Institute nur für die italienischen Provinzen projektirt sind, in welchen das Papier der Nationalbank bekanntlich nicht zirkulirt. Auf die Börse hat übrigens das Gerücht von der Gründung mehrerer Landesbanken einen deprimirenden Einfluß ausgeübt.

Schweiz.

Bern, 21. Dez. Bischof Marilley ist am Freitag Abend, vom Kultusdirektor Staatsrath Vonderweid begleitet, in Freiburg eingetroffen, von wo er seit 1848 verbannt war, und mit Glockengeläute, Illumination und Böllerschüssen empfangen worden. (Allg. Z.)

Bern, 23. Dezbr. Die Berner Kantons-Regierung hat eine Proklamation erlassen. Ueberall finden Rüstungen statt. (T. D. d. Fr. Bl.)

Der Staatsrath von Waadt hat 25 vollkommen ausgerüstete, marschfertige Waadtländer Bataillone der Eidgenossenschaft zur Verfügung gestellt. Von Aarau, Zürich, Thurgau, St. Gallen, Solothurn kommen begeisterte Manifestationen der im ganzen Volke lebenden patriotischen Gesinnung. In Schaffhausen, dem äußersten Vorposten der Schweiz, herrscht große Entschlossenheit und Opferfreudigkeit. Damit jeder innere Zwist schweige, hat der Staatsrath in Waadt die Bevormundung von Lausanne aufgehoben. (Fr. J.)

Die Kantonsregierungen sind in einem Kreisschreiben des Bundesrathes eingeladen worden, unverweilt für die an die Armee zu stellenden Pferde zu sorgen und sie in gutem Zustande bereit zu halten, daß sie auf ersten Befehl in's Feld rücken können.

Aus Süddeutschland, 23. Dezbr. Das Gerücht von einer Vereinbarung zwischen Oesterreich und Frankreich, ihrerseits im Falle eines Einmarsches preußischer Truppen in die Schweiz gewisse Theile des eidgenössischen Gebietes zu okkupiren, wird in gutunterrichteten Kreisen als ungegründet bezeichnet. Daß, falls es zu einem bewaffneten Konflikte zwischen Preußen und der Schweiz kommen sollte, Oesterreich und Frankreich, wie auch die süddeutschen Staaten einige militärische Aufstellungen vornehmen würden, kann zwar erwartet werden; aber von einem Ueberschreiten der schweizerischen Gränze würde dabei noch nicht die Rede seyn; eine Gebiets-Okkupation von Seiten anderer Staaten neben Preußen würde nur dann zu erwarten seyn, wenn sich eine Influenzirung der Haltung der Eidgenossenschaft durch revolutionäre Strömungen darstellen sollte. (N.K.)

Italien.

Neapel. Ueber die letzten Aeußerungen des Verurtheilten erhalten wir folgende Mittheilung: Nach der gerichtlichen Vertheidigung fragte der Präsident Pianelli: „Agesilao Milano, habt Ihr den Worten Eures Vertheidigers (Barbatelli) etwas beizufügen“? Antwort: „Ich danke meinem Rechtsbeistande für das, was er zu meiner Vertheidigung gesagt hat; er hat sogar noch mehr gesagt. Für Euch und für die Gesellschaft bin ich nur ein Auswürfling, aber mein Gewissen ist ruhig. In wenigen Stunden werd' ich ins Grab steigen, und gewiß, irgendeine edelmüthige Seele wird mein Schicksal beklagen. Ich bin, das bekenn' ich hier öffentlich, ein wahrer Christ und kein Atheist, wie der öffentliche Ankläger mich ungerechter Weise genannt hat. Nur um dies eine, Herr Präsident! bitte ich Sie: lassen Sie zu den Füßen des Souveräns die demüthige Bitte eines Menschen, der die morgige Sonne nicht mehr schauen wird, gelangen: der König möge einmal die Provinzen seines Reichs besuchen, um das Elend anzusehen, worin sie schmachten, und in welcher Art seine Unterthanen dort regiert werden“. . . . Als Milano den Galgen bestieg, rief er mit lauter Stimme: „Es lebe die Freiheit! Es lebe das Vaterland“! Er starb also wie er lebte, als Fanatiker. Die wahre „Freiheit“ und das „Vaterland“ haben von je durch den Dolch die schlechtesten Dienste erfahren, und am wenigsten wird dies „ein wahrer Christ“ läugnen. (Allg. Ztg.)

Neapel, 18. Dez. Eine große Anzahl **Verhaftungen** sind dieser Tage hier vorgenommen worden. Die hiesige Polizei glaubt an eine Verschwörung, die sie mit dem Attentate gegen den König in Verbindung bringt. Unter den Verhafteten befinden sich ein gewisser Caristo, der im Jahre 1849 Richter war, und ein Kaufmann. Ersterer ist aus Calabrien und studirte zu gleicher Zeit mit Milano. Viele Calabresen wurden aus Neapel ausgewiesen. Mehrere Polizeibeamten wurden nach Calabrien abgesandt, um dort weitere Erkundigungen einzuziehen. Die Polizei hat die größten Vorsichtsmaßregeln ergriffen, da sie eine Bewegung fürchtet. — Ein **Pulver-Magazin**, am Ende des neuen Molo gelegen, ist gestern in die Luft geflogen. Diese Explosion erregte in Neapel einen panischen Schrecken. Man glaubte zuerst an den Ausbruch einer Revolution, und alle Welt ergriff die Flucht. Die Explosion richtete bedeutende Verheerungen an. Fast alle Fensterscheiben von Neapel wurden zerschmettert. Den Schaden, der angerichtet wurde, kennt man noch nicht; er muß jedoch ungeheuer seyn. (Köln Z.)

Aus **Neapel** wird im Widerspruch mit andern Berichten der „Köln. Ztg." die Mittheilung gemacht, daß die dortige Polizei in jedes Haus eine besondere Einladung zur Illumination (nach dem Attentat) sandte und im Unterlassungsfalle mit einer Geldbuße von 24 Ducati drohte.

Nach Berichten aus **Mailand** vom 18. Dez. im „Constitutionnel" wird der Kaiser von Oesterreich bei seinem Einzuge in Verona eine allgemeine Amnestie für Oesterreichisch-Italien erlassen. Demselben Schreiben zufolge wird der Empfang des kaiserlichen Ehepaares in Mailand ein sehr guter seyn. Die Polizei hat aber doch große Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Viele Personen, besonders Piemontesen, wurden verhaftet. Dieselben sollen erst nach der Abreise Ihrer Majestäten wieder freigelassen werden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

§ **Wien**, 23. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Die letzten, aus Konstantinopel hier eingetroffenen Nachrichten bringen die Bestätigung der schon vor einiger Zeit gemachten Mittheilung, daß namentlich die Pforte entschlossen ist, in **Erzerum** ein Observationskorps aufzustellen, welches die Aufgabe hat, das Gebiet des Euphrat zu decken, und die persische Grenze zu beobachten. Dieses Korps wird 25,000 Mann stark seyn und Ismail Pascha zum Oberkommandanten erhalten. Die Thatsache, daß die Russen an der persischen Grenze ein schlagfertiges, operationsfähiges Korps von mehr als 30,000 Mann konzentriren*), dürfte auf den Entschluß der Pforte nicht ohne bestimmenden Einfluß gewesen seyn. — Oesterreich und England haben die Gewährung einer Entschädigung an Rußland für die Abtretung von **Bolgrad** an die Bedingung geknüpft, daß dadurch die Interessen der Pforte nicht verletzt werden. (Wie soll das nun geschehen?) Da Frankreich und Rußland die Verpflichtung übernommen haben, diese Bedingung zu erfüllen, so dürfte der Lösung dieser Frage kein weiteres Hinderniß mehr im Wege stehen.

Konstantinopel, 13. Dezbr. Die Ereignisse von Sudschuk-Kale (die Wegnahme einer türkischen Brigg und von achtzehn Barken durch den General Philipson) hat hier in der Nähe viel geringere Dimensionen, als es vielleicht in der Entfernung der Fall seyn dürfte. Es handelt sich nur um eine Frage der maritimen Polizei, welche durch eingehende Erhebungen im Wege der Konsularbehörden, dem Thatbestande nach, festgestellt werden muß. Die Pforte nimmt die Sache allerdings sehr hoch auf, und man spricht von einer absichtlichen Mißachtung der osmanischen Flagge. Herr v. Butenieff beeilte sich übrigens, der Pforte die beruhigendsten Zusicherungen zu geben und die Sache dürfte längst vergessen seyn, bevor die Untersuchung beendet und ein bestimmtes Urtheil darüber möglich ist. (Ostd.P.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 14. Dez. Außer dem Projekte der bekannten Eisenstraßen wird noch eine Bahn von Odessa über Balta-Human nach Kiew gebaut. Der französische Ingenieur du Clout hat die Vorarbeiten der Absteckung, Pläne und Anschläge beendigt und ist hier wieder eingetroffen. An der Spitze der Gesellschaft, welcher dieser Bau überlassen worden ist, steht Fürst Valmy. Die Konzession lautet auf 85 Jahre mit 5 Prozent Zinsen-Garantie. In drei Jahren soll der Weg beendigt seyn.

*) Nach der „Times" hätte der russische Obergeneral drei höhere Offiziere, nämlich einen vom Stabe, einen Ingenieur und einen Infanterie-Offizier, in die zunächst gelegene Provinz Persiens gesandt, um die Lage der Städte und Festungen zu prüfen und Pläne der Straßen aufzunehmen, die für den Marsch eines Heeres geeignet sind.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 24. Dezbr. Es machte sich heute abermals eine sehr gedrückte Stimmung geltend, und wurden beinahe sämmtliche Fonds, besonders österr. Kredit-, Staatsbahn- und Darmstädter Aktien zweiter Serie nebst National zu merklich niedrigeren Kursen verhandelt. Der Schluß der Börse war im Ganzen jedoch etwas fester.

Providentia wurde zu 105 verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77 3/8 P. 76 7/8 G. 5pCt. Lombard-Ven. 88 1/2 P. 88 G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/4 P. G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 65 1/2 P. 65 1/4 G.; à 4pCt. 59 3/8 P. 59 G.; à 3pCt. 46 P. 45 1/2 G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 7/8 P. 56 3/8 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 81 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G.; 4pCt. 95P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95P. 94 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/4 P. — G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 103 P. 102 1/2 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G.; à 4pCt. 99 1/2 P. 99 G.; 4 1/2 pCt. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 3/4 P. 82 1/4 G.; à 3 1/2 pCt. 90 3/4 P. 90 1/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 1/4 P. — — G.; 1 1/4 pCt. neue 23 3/8 P. 23 1/4 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1115 P. 1110 G. Neue Bankaktien 277 P. 272 G. Credit-Actien à 5pCt 197 P 195 G. Darmstädter Bankaktien alte 312 P. 310 G.; junge 304 1/2 P. 302 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 495 P. 490 G. Mitteldeutsche Creditbank 94 3/4 P. 94 1/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 95 1/4 P. 95 3/4 G. Frankf. Bankaktien 110 1/8 P. 109 7/8 G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 500 P. 495 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 561 P. 556 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Fres. Einz. 280 P. 278 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 141 1/2 P. 141 G. Neustadt-Weissenb. 102 3/4 P. 102 1/4 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100 1/2 P. 100 1/4 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 351 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 76 P. — G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77 1/2 P. 77 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 P. 91 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 117 P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 99 7/8 P. 99 3/8 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/2 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 1/2 P. 48 1/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. 116 1/2 G. à fl. 25 34 1/2 P. 31 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 37 1/2 P. 37 1/4 G. Nass. Loose à fl. 25 34 1/4 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 85 P. — G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S. 100 1/2 P. 100 1/4 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 117 P. — — G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G.	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 99 5/8 P. — — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Paris Frs. 200 k. S 93 1/8 P. — — G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96 5/8 P. — — G.	Wien fl. 100 C. k. S. 111 3/4 P. 111 G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88 7/8 P. 88 5/8 G.	Wien 3 M. mit 5% 111 1/4 P. 110 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. — — G.	Disconto — P. 4 1/2 pCt. G

Amsterdam, 22. Dezbr. In Waizen und Roggen herrschte heute eine sehr flaue Stimmung vor und war das Geschäft sehr gering; Gerste und Hafer unverändert; Rapps per April 87 1/2, per September 78 1/4; Rüböl per Mai 48 1/4, per Herbst 45 1/2 nominell. (T. D. d. Hamb. Nachr.)

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 359.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Samstag, 27. Dezember 1856

Deutscher Bund.

** **Bayern.** (Aus dem Referat des Abg. Dr. Weis über den allgemeinen Theil des Strafgesetzbuches. Fortsetzung.)

Zu den Art. 22 und 23, welche von der Berechnung der Freiheitsstrafe handeln, beantragt Referent keine wesentliche Aenderung.

Art. 24 handelt von der Geldstrafe, die bis 1000 fl. soll verhängt werden können. Der Referent bemerkt hiezu: „Hier entsteht vor Allem die Frage, in wieweit Geldstrafen überhaupt zweckmäßig sind. Ich bin mit dem, was hierüber in den Motiven gesagt ist, im Allgemeinen einverstanden, nur scheint mir das Maximum der Geldstrafe auch bei den Vergehen zu hoch gegriffen zu seyn. Ueberhaupt kann ich nicht zugeben, daß dasjenige, was sich im ersten Absatze der Motive findet, im besondern Theile genau berücksichtigt worden sey. Tit. VIII. §. 6 der Verfassungsurkunde erklärt die Vermögenskonfiskation für unstatthaft. Hüten wir uns deßhalb, Geldstrafen anzudrohen, welche der Vermögenskonfiskation nahe, ja vielleicht gar gleichkommen. Eine Geldstrafe von 600 fl. scheint mir das Höchste zu seyn, bis wohin man, von einzelnen besondern Fällen abgesehen, bei unsern Verhältnissen gehen kann. Bezüglich des Maximum der Geldstrafe bei Uebertretungen wurde schon zu Art. 1 das Nöthige bemerkt. Ich habe schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß es bei jeder Strafe Ernst seyn müsse. Das Gesetz muß deßhalb den Ausspruch solcher Geldstrafen, die wegen ihrer Geringfügigkeit den Charakter einer Strafe nicht mehr an sich tragen, verhindern. Ich halte demnach auch die Festsetzung eines Minimum der Geldstrafe für nothwendig. Daß in diesem Artikel nach dem von mir beantragten Systeme nicht bloß von den Geldstrafen bei Vergehen, sondern auch von jenen bei Uebertretungen gesprochen werden muß, versteht sich von selbst. Mein Antrag geht hiernach dahin, den Art. 24 also zu fassen: Geldstrafen können bei Vergehen nicht unter einem Gulden, bei Uebertretungen nicht unter 30 Kreuzern und vorbehaltlich besonderer gesetzlicher Bestimmungen nicht in höherem Betrage als zu 600 Gulden bei Vergehen und zu 100 Gulden bei Uebertretungen verhängt werden."

Zum folgenden Art. 25, welcher von der Umwandlung der Geld- in eine Gefängnißstrafe handelt ɪc. ɪc., werden keine wesentlichen Modifikationen beantragt.

Der Referent geht dann zum dritten Hauptstück über, das von den Folgen der Strafen handelt, d. h davon, welche weiteren Folgen die Verurtheilung wegen Verbrechens und Vergehens außer der zuerkannten Strafe haben, oder doch haben könne. Der Gegenstand dieses Hauptstücks gehöre zu den wichtigsten und schwierigsten des ganzen Gesetzbuchs, bemerkt Referent, da die Bestimmungen, welche hier getroffen werden, von dem größten und hauptsächlichsten Einflusse, namentlich bezüglich des Hauptzweckes der Strafrechtspflege, die Besserung der gesunkenen Glieder der Gesellschaft, sind. Der vorliegende Entwurf unterscheide sich hier wesentlich von jenem des

---

Alexander Kaufmann.

Mitgetheilt von R. H.

(Aus dem „Frankfurter Konversationsblatt".)

Die Literatur des Rheinlandes ist das Stiefkind der neueren Literaturhistoriker. Und doch blüht am schönsten Strome Deutschlands eine Dichterschule, die zwar quantitativ nicht bedeutend ist, aber qualitativ die größte Beachtung verdient, da sie sich zur Aufgabe gesetzt hat, auf dem Boden des Volksthums in ansprechender Einfachheit, aber mit warmer Begeisterung und mit glänzender Farbenpracht frisch, fröhlich und frei deutsche Lieder zu singen und den reichen Schatz unserer Sagen und Mähren neu auszumünzen. Gottfried Kinkel, der jetzt im Ausland weilt, hat uns in seinem „Otto der Schütz" eine ebenso anmuthige als kräftige Schilderung des Ritterthums am Rhein geliefert. Adelheid Stolterfoth, die Philomele des Rheines, sang ihre lieblichen Sagen und Lieder. Karl Simrock, der rheinische Sänger und Sagenmeister, ist unermüdlich thätig, die mittelhochdeutschen Kunst- und Volksdichtungen der Gegenwart zu vermitteln, alte Sagen und Legenden neu zu dichten, Volkslieder, Märchen, Sprüche und Räthsel zu sammeln und ihre Bedeutung für die deutsche Mythologie festzustellen. Wolfgang Müller, den Prutz den eigentlichen Poeten des Rheinlandes genannt hat, entnimmt die Stoffe zu seinen Dichtungen nur dem Rheine, wobei er aber bedacht ist, zu zeigen, daß durch Verherrlichung des Rheinlandes auch Deutschland verherrlicht wird. Und endlich haben Gustav Pfarrius und Alexander Kaufmann in mehr als einer Hinsicht bewiesen, daß sie zu den besten deutschen Dichtern gezählt werden dürfen. Auch sie wenden mit großem Erfolge ihre Aufmerksamkeit dem deutschen Sagenschatz zu, der unerschöpflich ist, aber nirgends so reiche Gaben verleiht, wie am Rheine. Ihn zu heben, bedarf es allerdings der Wunderblume der Poesie; die Dichtungen der beiden Männer beweisen aber, daß sie der Mahnung der weißen Frau eingedenk waren und das Beste nicht vergessen haben. Und das ist das Verständniß des Geistes der Sage, die nicht mit rauher Hand berührt seyn will, damit sie nicht, wie J. Grimm sagt, die Blätter krümmt und ihren eigensten Duft vorenthält.

Alexander Kaufmann wurde zu Bonn am 15. Mai 1821 geboren. Seine Voreltern väterlicher- und mütterlicherseits standen immer in kurfürstlich kölnischen Diensten, meistens als Räthe; Großvater und Urgroßvater väterlicherseits waren dabei auch Bürgermeister der Stadt Bonn, dieselbe Stellung, welche augenblicklich Kaufmanns Bruder wieder inne hat. Sein Vater, Franz Kaufmann, studirte in Würzburg und Paris und begann dann während der damaligen französischen Periode seine Beamtencarriere als Maire an verschiedenen Orten; als die Provinzen wieder deutsch geworden, begann er zu kränkeln, nahm keinen Dienst mehr an und starb schon 1823 mit Hinterlassung von fünf Kindern. Kaufmanns Mutter, eine geborene v. Pelzer, war eine treffliche und sehr gebildete Frau, die eine gewählte Bibliothek hatte und die Kinder schon sehr frühe mit den Geisteswerken der Heroen unserer Literatur bekannt machte. Seinen wissenschaftlichen Unterricht erhielt er theils durch Privatlehrer, theils auf dem Gymnasium zu Bonn, doch bei ziemlich schwacher Gesundheit mit öfteren Unterbrechungen. Damals kam er häufig in das Haus des Verfassers von Scipio Cicala, des geheimen Regierungsraths und Kurators der Universität Bonn, mit dessen Söhnen Kaufmann befreundet war. Die Knaben schrieben ein Blatt unter dem Titel „Musenblatt", worin die ersten dichterischen Versuche deponirt, unter Umständen auch kritisirt oder von Rehfues durch einen Preis belohnt wurden. Kaufmann besitzt daher noch Miltons verlorenes Paradies. Später wurde er mit Karl Simrock bekannt, dessen Einfluß natürlich wichtiger wurde, besonders zum Studium des Altdeutschen. Kaufmann verdankt denn auch Simrocks scharfer Kritik mehr als der späteren milden von Kinkel. Er bezog die Universität in der Absicht, sich für einen Lehrstuhl für deutsches Recht und Staatsrecht auszubilden. Zu diesem Zweck trieb er gleich von vornherein bei dem trefflichen Diez Alt- und Mittelhochdeutsch; ein Privatissimum über das Provencalische las er ihm aus Gefälligkeit. Die Beschäftigung mit der Reichsgeschichte, als Grundlage des Staatsrechts, führte mehr und mehr vom ursprünglichen Ziele ab und der eigentlichen Geschichte zu. Simrock verwies ihn auf Cäsarius Heisterbacensis, dessen Biographie Kaufmann später lieferte.

Im Jahr 1840 machte er die Bekanntschaft Kinkels und gehörte dann auch dem von ihm und seiner spätern Gattin gestifteten Maikäferbunde an, über welchen das Nähere in Strodtmanns Buch über Kinkel zu finden ist. Aus dieser Periode

Jahres 1851, der letztere habe in den Artikeln 29 und 30 genaue Bestimmungen enthalten über die Stellung unter Polizei-Aufsicht, und zwar sowohl darüber, wenn dieselbe als Folge einer Verurtheilung wegen Verbrechens oder Vergehens eintreten soll, als auch darüber, worin sie bestehe, habe also damit ausgesprochen, daß dieser Punkt nicht nur überhaupt gesetzlich, sondern auch gerade im gegenwärtigen Gesetzbuche geregelt werden müsse, woraus sich die Unstatthaftigkeit anderer, als der hier im Gesetze bestimmten polizeilichen Maßnahmen von selbst ergebe. Anders sey der vorliegende Entwurf gehalten, denn in demselben befänden sich keine Bestimmungen über die besondere polizeiliche Aufsicht. Allein man würde sich sehr irren, wenn man annehmen wollte, der Grund hievon liege darin, daß man die besondere polizeiliche Aufsicht als Folge der Verurtheilung wegen Verbrechens und Vergehens überhaupt nicht mehr eintreten lassen wollte, denn die Motive zu Art. 26 sagen: „Die Polizeigesetzgebung muß bestimmen, in wie ferne die Verurtheilung in eine Verbrechens- oder Vergehensstrafe Veranlassung zu Anordnung einer Polizeiaufsicht geben könne.“ Man habe also die betreffenden Bestimmungen hier bloß um deßwillen weggelassen, weil man heute der Ansicht sey, diese Fragen gehörten in die Polizeistrafgesetzgebung. In dem Entwurf des Polizeistrafgesetzbuches befänden sich auch wirklich im Art. 10—16 verschiedene Bestimmungen über Polizei-Aufsicht und die Verwahrung in einer Polizei-Anstalt. Das hier adoptirte System sey in Kürze folgendes:

„1) Alle zur Zuchthausstrafe Verurtheilten und die in Gemäßheit der in Ziff. 1 des Art. 11 angeführten Artikel des Gesetzbuches über Verbrechen und Vergehen in eine Gefängnißstrafe Verurtheilten können nach beendigter Strafzeit durch die Polizeibehörde ihrer Heimat, ohne daß eine darauf lautende Verfügung des Strafgerichts vorzuliegen braucht, auf die Dauer von ein bis zehn, beziehungsweise fünf Jahren unter Polizeiaufsicht gestellt werden. 2) Die wegen Uebertretungen Verurtheilten können bis zu zwei Jahren unter Polizeiaufsicht gestellt werden, jedoch genügt bei ihnen nicht, daß diese Folge im Gesetze überhaupt für statthaft erklärt ist, sondern dieselbe muß im Straferkenntnisse ausdrücklich ausgesprochen seyn. 3) Die Verwahrung in einer Polizeianstalt kommt nur bei Uebertretungen vor. Sie darf nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen und nicht über ein Jahr erkannt werden und muß gleichfalls im Straferkenntnisse ausdrücklich ausgesprochen seyn. Sie kann von der höhern Verwaltungsbehörde abgekürzt, aber auch bis zu einem Drittheile der Verwahrungsdauer verlängert werden. 4) Gegen Ausländer ist anstatt der Polizeiaufsicht oder Verwahrung in einer Polizeianstalt die Ausweisung aus dem Staatsgebiete zu verhängen.“

Selbst unter der Voraussetzung, daß das in den Entwürfen bezüglich der Ausscheidung des zu behandelnden Materials in zwei Gesetzbücher befolgte System im Allgemeinen angenommen würde, kann sich Referent mit der generellen Verweisung dieser Bestimmungen nicht einverstanden erklären. Selbst unter dieser Voraussetzung müsse Alles, was sich auf Verbrechen und Vergehen bezieht, im gegenwärtigen Gesetzbuche seinen Platz finden. Es könnten wegen einer durch das Gesetzbuch als Verbrechen und Vergehen qualifizirten Handlung gegen den Thäter, der alles Dasjenige, was dieses Gesetzbuch für den betreffenden Fall androht, erlitten hat, nicht noch weitere polizeiliche Maßnahmen gestattet seyn. Referent ist weit entfernt, Maßnahmen, wie die hier berührten, überhaupt für unstatthaft erklären zu wollen; im Gegentheile er hält dieselben in manchen Fällen zur Erreichung des Zweckes der Strafrechtspflege für nothwendig. Ebenso wenig will Referent den Polizeibehörden das Recht nehmen, in den einzelnen Fällen nach ihrem Ermessen zu handeln. Was Referent wolle, bestehe darin, daß er verlangt, es solle in dem gegenwärtigen Gesetzbuche bestimmt werden, in welchen Fällen solche polizeilichen Maßnahme zulässig sind, und wie weit die Polizeibehörde hiebei gehen dürfe. Nach des Referenten Ansicht müsse festgehalten und im gegenwärtigen Gesetzbuche ausdrücklich ausgesprochen werden: 1) daß polizeiliche Maßnahmen wegen der im gegenwärtigen Gesetzbuche behandelten strafbaren Handlungen in allen Fällen unstatthaft sind, für welche sie dieses Gesetzbuch nicht gestattet; 2) daß in jenen Fällen, wo das Gesetzbuch solche Maßnahmen gestattet, nur die im Gesetzbuche bestimmten und auch diese höchstens nur in dem Maße, welches das Gesetz selbst oder in Folge seiner Verfügung das Strafgericht bestimmt, zulässig seyen. Innerhalb der in solcher Weise gezogenen Gränzen lasse er der Polizeibehörde freie Hand. Nur bei diesem System werde der Satz: „Nulla poena sine lege“, der sich offenbar nicht bloß auf die eigentliche Strafe, sondern auf jedes Uebel, das den Thäter wegen seiner That trifft, beziehe, zur Wahrheit; nur bei diesem System

---

stammt das von Oberhofer in Trier komponirte Gedicht „Maikäfers Freierei“, so wie „Um Mitternacht“ und „Nach zwei Jahren“. Der darin erwähnte grüne Pokal mit seinem Inhalte pflegte bei jedem Stiftungsfeste die Runde zu machen. Bei den damit verbundenen poetischen Konkurrenzen hat sich Kaufmann nie betheiligt. Kinkels „Otto der Schütz“ ist das einzige Gedicht von Bedeutung, welches auf diese Weise entstanden ist. Ein „Schicksal“ (in Kinkels Gedichten) konkurrirte mit Junkmanns Idyll (in Schückings Jahrbuch), wobei der Letztere den Sieg davon trug. Diesen Umstand hat Kinkel schwerlich in seinen Tagebüchern verzeichnet. Strodtmann macht in seinem schon erwähnten Buche großes Wesen aus Kaufmanns Austritt aus dem Maikäferbunde, der als ein Verrath geschildert wird. Kinkels übrigens meisterhaftes Gedicht „Einem Verlorenen“ bezieht sich auf Kaufmann. Die Sache war einfach die, daß seine Mutter, nachdem sie das poetische Bummeltreiben ein Jahr lang angesehen, ihn darauf aufmerksam machte, es sey nunmehr Zeit, sich ernster wissenschaftlich zu beschäftigen.

Durch Aschbach, der um jene Zeit in Bonn lebte, wurde Kaufmann im Jahre 1844 die Erzieherstelle beim jungen Fürsten Karl zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg angetragen und hier öffnete sich ihm natürlich eine ganz neue Sphäre des Lebens. Die Erziehung des jungen Fürsten leitete eigentlich seine Großmutter, Schwester des bekannten Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz, eine Frau von ebenso viel Charakter als Geist und Liebenswürdigkeit. Außer auf dem Schloß in Heubach brachte Kaufmann mit der fürstlichen Familie einen sehr angenehmen Sommer in den böhmischen Bädern und auf den fürstlichen Besitzungen im Pilsener Kreise zu. Leider wurde nach anderthalb Jahren seine Gesundheit so angegriffen, daß er diese Stellung wieder aufgeben und nach Bonn zurückkehren mußte, um dort sich völlig historischen Studien zu widmen. Er trat dem Kinkelschen Kreise wieder bei, dem nun auch Simrock angehörte. Die erste Periode des Maikäfers war die des jugendlichen Schaffens und Genießens, die sich mit der Kritik des engern Kreises begnügte und nur dann und wann einen scheuen Flug an die Oeffentlichkeit wagte. Bei der zweiten war diese Stufe überschritten; Kaufmann und seine Genossen schrieben für das Publikum, dichteten, beschäftigten sich aber auch ernst und gediegen mit der Wissenschaft, Kinkel mit Kunstgeschichte, Kaufmann mit Geschichte überhaupt.

Viel zu den Annehmlichkeiten des Dichterkreises trugen zwei Güter in der Nähe von Bonn bei: Simrocks Menzenberg und das der Familie Kaufmanns angehörige Mindorf an der Sieg, wo Kinkel früher schon sich viele Anschauungen für „Otto den Schütz“ geholt hatte. Für L. Lersch's Niederrheinisches Jahrbuch schrieb Kaufmann damals „die Abtei Heisterbach unter den drei ersten Aebten“, sowie „Cäsarius von Heisterbach“. Die Bedeutung des Letzteren für die deutsche Mythologie wies er in einem trefflichen, sorgfältiges Quellenstudium verrathenden Aufsatz in der Zeitschrift des Vereins zur Erforschung der rheinischen Geschichte in Mainz (Bd. I. Mainz, 1845) nach. Zu J. Aschbach's Kirchenlexikon lieferte er Artikel über Cäsarius von Heisterbach, Elisabeth von Schönau, Engelbert der Heilige, Erzbischof Friedrich von Köln und Hildegarde von Rupertsberg. Eine Erzählung „Die Mutter“ erschien in Harry's Hannoverscher Morgenzeitung 1845, und eine andere „Aloise“ in A. Lewalds Europa (Karlsruhe, 1846). Gedichte wurden vielfach zerstreut in Jahrbüchern, Musenalmanachen, Volkskalendern und Journalen abgedruckt, bis das Jahr 1848 den schönen Kreis zersprengte, der so Erfreuliches versprach, wenn ihm längere Existenz beschieden gewesen wäre. Kinkel warf sich auf die Politik, Simrock und Kaufmann lebten zurückgezogen für die Wissenschaft. Im Jahre 1849 ging dieser nach Köln, um die alte Chronica praesulum und die deutsche Rathhauschronik abzuschreiben. Erstere trat er später an Julius Ficker, jetzt Professor in Innsbruck, ab, der sie vielfach in seinem Reinald von Dassel und heiligen Engelbert benutzte. Um diese Zeit trat Kaufmann auch in freundlichen Verkehr mit Dr. Böhmer in Frankfurt, dem er mit Simrock seinen unterdessen in Köln bei Heberle erschienenen Cäsarius widmete.

Den ihm von der fürstlich Löwenstein'schen Familie gemachten Antrag, wieder in ihre Dienste zurückzukehren, nahm Kaufmann an. Vorher ging er aber noch auf einige Monate nach Berlin, wo er von Alex. v. Humboldt, den Brüdern Grimm, Eichendorf u. A. freundlich aufgenommen wurde. Ersterer empfahl den Cäsarius dem König und drückte sich auch über die von Kaufmann herrührenden Noten zu Simrocks „Historischen Sagen“ schriftlich und mündlich sehr anerkennend aus. Mit Gruppe-

erhalte die Polizei die einem Organe der Staatsgewalt geziemende Stellung, die Grundlage des Rechts und des Gesetzes, was nach des Referenten inniger Ueberzeugung, die er bei jeder Gelegenheit auszusprechen für Pflicht halte, allein zum Heile führe. (Fortsetzung folgt.)

München, 24. Dezbr. Die „N. M. Z." berichtigt die Angabe, daß der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten, von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch machend, den Herrn Universitätsprofessor Dr. Dollmann als Sachverständigen zu seinen Berathungen beigezogen habe, dahin, daß Herr Dr. Dollmann als kgl. Regierungskommissär für die Mitvertretung des Strafgesetzbuchsentwurfs zu den Ausschußberathungen beigezogen worden sey.

Regensburg, 20. Dez. Gegenwärtig weilen hier Deputirte von allen Glashüttenbesitzern aus Bayern und Württemberg der Vermuthung nach in Eisenbahnangelegenheiten.

Kaiserslautern, 20. Dez. In Ludwigshafen hat unlängst eine Versammlung von Kapitalisten und Industriellen stattgefunden, welche sich über die Gründung einer großartigen Flachsspinnerei und Weberei mit einem Kapital von 2,100.000 fl. besprochen und zu diesem Zwecke ein provisorisches Comite gewählt hat. Das Comite hat sich dahin entschieden, daß das Unternehmen bei hiesiger Stadt errichtet werden soll.

Preußen. Berlin, 24. Dezbr. Aus Düsseldorf ist der Oberst v. Manteuffel, Flügeladjutant des Königs, hier eingetroffen, um zu einer neuen diplomatischen Sendung verwendet zu werden. Dem Vernehmen nach wird Herr v. Manteuffel abermals nach Wien gehen, und man vermuthet, daß die hier eingetroffene Antwort des österreich. Kabinets auf die preußische Note vom 8. damit im Zusammenhange steht. — Die Verhaftung des früheren Gerichtsassessors und Landwehrlieutenants Ziegel, der sich 1850 der Einkleidung der Landwehr widersetzte, flüchtig wurde und nach Australien ging, wo er sich ansässig gemacht hat, ist Gegenstand von Reklamationen der englischen Regierung geworden. Herr Ziegel, obgleich noch nicht englischer Unterthan, reiste doch als solcher und mit einem englischen Passe. Er betrat die preußische Gränze auch nicht, sondern erwartete in Dresden seine Mutter und seine Braut, um beide mit nach Australien zu nehmen, wurde jedoch in Dresden erkannt, festgenommen und nach Preußen geschickt. Die allzu große Dienstfertigkeit der Dresdener Polizei hat jedoch diesmal in Berlin auch bei hohen Personen geringen Beifall gefunden. Man bedauert allgemein den Gefangenen, der nach Magdeburg gebracht worden ist, wo ihm der Prozeß vor dem Militärgericht gemacht wird. Man hofft, daß sein Schicksal durch die Gnade des Königs eine günstige Wendung nehmen wird. (Z.f.Ndd.)

§ **Oesterreich.** Wien, 23. Dezbr. (Privat-Korresp.) Die Handelskammer in Brody ist von der Regierung aufgefordert worden, die Schwierigkeiten des Verkehrs mit Rußland darzustellen. Die österreichische Industrie würde ungemein gewinnen, wenn Rußland eine liberalere Handelspolitik einschlüge, und dem Auslande Straßen und Märkte öffnete.

Wien, 23. Dezbr. Wie man einem rheinischen Blatte schreibt, ist den im Auslande und namentlich in den nordamerikanischen Freistaaten accreditirten k. k. österreichischen Consuln und Consularagenten von Seiten des Ministerium des Aeußern der Auftrag zugegangen, Gesuche ungarischer Emigrirten um Erlaubniß zur straffreien Rückkehr in die k. k. Staaten und um Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Rechte zur Weiterbeförderung an Se. M. den Kaiser zu übernehmen.

Aus Kalocsa wird geschrieben, daß dortselbst ein achtklassiges Gymnasium errichtet und dessen Leitung den Vätern aus dem Orden des heiligen Ignatius Loyala übertragen werden soll; der Durchführung dieses Planes steht nur der Umstand entgegen, daß sich in dem gedachten Orden noch nicht hinreichende, der ungarischen Sprache mächtige Glieder befinden, die das Lehramt in jenem ungarischen Orte übernehmen können.

Schweiz.

* Es wurde schon erwähnt, daß ein Badenser, welcher die in der Schweiz lebenden politischen Flüchtlinge zu kompromittirenden Manifestationen zu verleiten suchte (in wessen Auftrag?), von der Schweizer Polizei ausgewiesen wurde. Er nannte sich, wie Schweizer Blätter melden, Blässiger und reiste angeblich als Cigarrenhändler, aber ohne alle Muster. Er machte sich überall an die Deutschen, besonders an die Flüchtlinge, zahlte viel Wein und deutete an, daß es nun bald wieder losgehen werde, und lud sie zur Theilnahme ein, freilich ohne Erfolg. Die Neuenburger Polizei ergriff ihn und lieferte ihn nach Bern an das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement aus. Nach kurzem Verhör beschloß dieses seine polizeiliche Ausweisung über die Gränze.

---

wurde damals der Musenalmanach redigirt. Im Sommer ging Kaufmann, von Simons, dem Verfasser des trefflichen Werkes über die Doppelkirche zu Schwarzrheindorf, begleitet, nach Dresden und von dort über Töplitz, Karlsbad und Marienbad nach Schloß Haid, wo er mit dem jungen Fürsten, in dessen Diensten er als Archivrath trat, zusammentraf. Von dort reiste er über Berlin, Münster und Köln nach Heubach, und übernahm dann im Herbst 1851 die Archivgeschäfte in Wertheim am Main, wo er jetzt noch weilt, mit vielfachen poetischen und wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt.

Seine gesammelten Gedichte erschienen 1852 mit colorirten Illustrationen von Vautier bei Arnz u. Comp. in Düsseldorf. Ihnen folgten 1853 die „Mainsagen" bei Pergey in Aschaffenburg. Unter den sagenreichen Gegenden Deutschlands nimmt die vom Main durchströmte eine der ersten Stellen ein, und es war daher ein glücklicher Gedanke, die von deutschen Dichtern poetisch aufgefaßten Sagen zu einem duftigen, farbenvollen Kranze zu verbinden. Kaufmann war aber auch vorzugsweise befähigt, der Waldeskönigin auf verschlungenen Pfaden an die heimlichen Quellen in die duftigen Lauben zu folgen, um den Wundern ferner Zeiten zu lauschen. Seit Jahren beschäftigt er sich mit diesen jetzt so werthvoll gewordenen Resten des deutschen Alterthums, deren tiefere Bedeutung er in seinem nur nach den Quellen geschriebenen „Cäsarius von Heisterbach" nachgewiesen hat. Ebenso legen seine Beiträge zu Wolfs Zeitschrift für deutsche Mythologie und Sittenkunde, ferner zu der in Würzburg erscheineeden Zeitschrift des dortigen Alterthumsvereins, die wir der Beachtung der Leser besonders empfehlen möchten, Zeugniß von seiner Vertrautheit mit den germanistischen Studien ab. In seinen Sagen wie in seinen lyrischen Gedichten erweist sich Kaufmann als Freund der volksthümlichen Stoffe, die seinen poetischen wie wissenschaftlichen Arbeiten das charakteristische Gepräge verleihen. „In seinen Liedern", bemerkte seiner Zeit Wolfgang Müller von ihm, „die sich stets mit sinniger Originalität an das Naturleben anlehnen, klingt etwas von jenem Lerchenschlag, den wir in einem großen Theile von Volksliedern so gerne hören. Sie sind in der Wehmuth weich, im Humor bunt und toll, und in der Freude heiter und fröhlich gestimmt. In gleicher Weise sind seine balladenartigen Gedichte zu loben, welche bald von glücklicher Erfindung und bald von gediegenen Studien alter Stoffe Zeugniß ablegen. Ebenso glücklich ist er in der Spruchpoesie."

In den „Mainsagen" hat Kaufmann fremde Dichtungen, von denen aber viele Originale sind, mit eigenen verbunden, in welchen er seine reiche Begabung für die epische Poesie auf's neue glänzend bekundet. Mit Simrock hat er die Korrektheit der Form, mit Wolfgang Müller die frische lebendige Sprache und die Fülle der Bilder gemein. Gustav Pfarrius wird auf diesem Gebiete von ihm bedeutend übertroffen. Kaufmann hat sich durch jahrelange Studien zu sehr mit dem Geiste der Sage vertraut gemacht, so daß J. Grimm nicht nöthig hat, ihn vor einer zu harten Berührung zu warnen. Im „Cäsarius von Heisterbach", einem wichtigen Beitrag zur Kulturgeschichte des Rheinlandes, der uns Kaufmann als gediegenen und gründlichen Forscher kennen lehrt, spricht er beherzigenswerthe Worte über die Sagen des Rheinlandes, die an jenem merkwürdigen Mönche von Heisterbach einen so aufmerksamen Hörer fanden.

Im vorigen Jahre erschien bei Arnz u. Comp. in Düsseldorf das von Kaufmann redigirte Prachtwerk: „Kunst und Literatur". Die ersten Journale Deutschlands haben sich mit so großer Anerkennung über dieses Unternehmen ausgesprochen, daß wir es füglich unterlassen können, näher darauf einzugehen. Kaufmann hat damit ein Erbe des zu früh entschlafenen Max Waldau angetreten, und Deutschland hat wenigstens in dieser Beziehung den Verlust desselben nicht zu beklagen. Leider hat der Herausgeber seine eigenen Produktionen zurückgehalten und nur in der Einleitung sein Ziel und seine Zwecke kurz angedeutet. Hoffentlich wird dem ersten Jahrgange, der auch die Anerkennung fürstlicher Personen in reichem Maße gefunden, bald der zweite folgen, in welchem dann auch Kaufmanns Poesie würdig vertreten ist. In diesem Augenblicke bereitet er die Herausgabe eines größeren mythologischen Werkes vor, zu dem wir ihm nur Glück wünschen können. Kaufmann ist eine jener Naturen, die sich überall Freunde erwerben, wie im Leben, so in der Literatur; möchten denn diese Zeilen der großen Zahl seiner Freunde am Rhein und Main beweisen, daß Kaufmann mehr Anerkennung verdient, als Gottschall und Julian Schmidt ihm zuerkennen wollen.

Belgien.

Brüssel, 22. Dezbr. Der Erzherzog Maximilian von Oesterreich traf diesen Abend hier ein. Er wurde von dem Herzoge von Brabant und dem Grafen von Flandern unter den seinem Range gebührenden militärischen Ehren im Bahnhofe empfangen und sodann nach dem Palaste geleitet. (Fr. J.)

Frankreich.

Paris, 22. Dez. Die Regierung scheint die Nothwendigkeit zu fühlen, ihr Verhalten in der Schweizerfrage, das fast die ganze öffentliche Meinung gegen sich hat, zu rechtfertigen. Wenigstens wird der heutige Constitutionnelartikel allgemein als ein solcher Rechtfertigungsversuch gedeutet und scheint kaum eine andere Deutung zuzulassen. Er ist eine Umschreibung des Moniteurartikels, hebt aber mehrmals hervor, daß die französische Regierung der Schweiz nicht die Aufopferung ihrer Würde, Ehre und Unabhängigkeit habe anrathen wollen, sie habe nur einen Akt der Humanität verlangt. „Die Regierung des Kaisers muß darauf halten und hält wesentlich darauf, daß kein ferneres Ereigniß die Stellung einer unabhängigen und neutralen Macht, welche die Verträge der Eidgenossenschaft angewiesen haben, antaste". Man ist freilich versucht zu zweifeln, ob dies der Kern des Artikels seyn soll; denn er variirt auch in gröbster Weise das Thema, daß der Bundesrath „von demagogischen Einflüssen umwühlt" sey, und sucht auf eine mit den neuesten Kundgebungen der Stimmung des Schweizervolkes wenig harmonirende und die wiederholten bundesräthlichen Ausweisungen „fremder Demagogen" nicht berücksichtigende Weise zwischen dem Volk der Schweiz und seiner obersten Behörde zu unterscheiden; dem erstern wende „der Kaiser ein wahrhaftiges Interesse und eine aufrichtige Sympathie zu." Er sey der Freund desselben, könne aber die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz nicht besser schützen, als wenn er die Kräfte und Hoffnungen der Demagogie, ihrer wahren Feindin, vernichte." (Schw. M.)

* Paris, 24 Dezbr. Ein Kenner schätzt die in diesem Augenblicke bei den Juwelieren des Palais-Royal, der Boulevards, der Straßen de la Paix und Richelieu ausgestellten Parüren in Brillanten und anderen Edelsteinen auf 100 Millionen. Aber es scheint bisher noch an Käufern zu fehlen, denn sowohl Juweliere als die anderen Kaufleute klagen über Mangel an Geschäften und Weihnachten ist vor der Thür.

* Man beschäftigt sich thätigst mit den Vorarbeiten zu den nördlich und westlich von Paris zu eröffnenden Boulevards vom Chateau d'eau (wo die neue große Kaserne gebaut wird) nach der Thron-Barriere, sowie den sogenannten Nord-Boulevards, gleichfalls vom Boulevard du Temple ausgehend.

* Paris, 24. Dez. Die Bank von Frankreich hat in einer heute abgehaltenen Sitzung ihrer Administrationsräthe beschlossen, daß sie vom 26. d. M. an wieder Effekten von 75 Tagen Verfallzeit zur Diskontirung annimmt.

* Ein Journal von Pau theilt mit, daß dem Advokatenstande der Stadt verboten wurde, Schnurrbärte zu tragen. Diese Zierde ist auch dem Pariser Advokatenstande (barreau) nicht gestattet. Die „Gazette des Tribunaux" erzählt, daß unter den 5 Rechtspraktikanten, welche Samstag den Advokaten-Eid leisteten, sich Einer befand, welcher einen sehr sichtbaren, wenn auch blonden Schnurrbart hatte. Der erste Präsident Delangle, welcher dies bemerkt, sagte: „Der Praktikant, welcher einen Schnurrbart trägt, leistet den Eid nicht." Der junge Mann zog sich sofort zurück.

* Paris, 23. Dezbr. Der Seinepräfekt hat ein Dekret erlassen, welches ein Eintrittsgeld für die Besucher der Börse feststellt. (Bisher war der Eintritt frei.) Diese neue Ordnung beginnt am 1. Januar, und zwar wird für die Effektenbörse 1 Fr., für die Waarenbörse dagegen ½ Fr. bezahlt; man kann auch ein für das ganze Jahr geltendes Abonnement nehmen, welches für die Effektenbörse 150 Fr. und für die Waarenbörse 75 Fr. beträgt.

Spanien.

† Der „Gazette de Madrid" zufolge hat die Königin aus Anlaß des Geburtstages der Prinzessin von Asturien dem Gouverneur der Provinz von Madrid 80,000 Realen zur Vertheilung an die Armen zustellen lassen. Gleichzeitig behändigte die Königin 20,000 Realen an die Junta der Ehren- und Verdienst-Damen zur Vertheilung an die von denselben patronirten Etablissements.

Italien.

Wie aus Neapel gemeldet wird, ist laut königl. Dekrets die moralische und religiöse Ueberwachung der Gefängnisse von Cosenza und Reggio den PP. Jesuiten anvertraut worden. Die „Suore della Carità" übernehmen die Pflege und die Ueberwachung der Gefängnisse für Frauen in den Provinzen. — Wie aus Mailand berichtet wird, haben von den in jüngster Zeit Amnestirten alle, bis auf etwa zehn, von der Gnade der straffreien Rückkehr Gebrauch gemacht und sind bereits in die Lombardei zurückgekehrt, um dort zu verbleiben.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Nach Briefen aus Konstantinopel, 15. Dezember gibt das „Pays" folgende genaue Analyse der Instruktionen, welche dem türkischen Gesandten in Paris zugeschickt worden sind: Abtretung Bolgrad's und der Schlangeninsel an die Türkei; gewissenhafte und pünktliche Ausführung des Vertrages vom 30. März in Allem, was die Organisation der Donaufürstenthümer betrifft; Regelung der türkisch-russischen Gränze in Asien, sobald die Jahreszeit es gestatten wird.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 26. Dezbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. 76¾; 4½pCt.Met. 66; Wiener Bankaktien 1153; 5pCt. Lomb. 88½; Wiener Wechsel l. S. 111; 3pCt. inl. span 37½; 1¼pCt. neue 23¾. Oesterr. Kreditaktien 204½. Darmstädter Bankaktien 350. Bayerische Ostbahn 100⅞. Luxemburger internationale Kreditbank 492.

Providentia wurde zu 105 verhandelt.

* London, 20. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Seit unserem letzten Bericht vom 13. d. blieb es im Waarengeschäft sehr stille; die vorgerückte Jahreszeit, sowie die Befürchtung, die Schifffahrt nach den nahen Häfen des Kontinentes bald unterbrochen zu sehen, machen dieses begreiflich. Wie zu erwarten war, hat die Bank im Laufe der Woche den Diskonto von 6½pCt. auf 6pCt. erniedrigt, und ist hier und da unter der Hand selbst eine Fraktion unter dieser Notirung zu diskontiren; für Silber hat die Frage eher wieder zugenommen; bei den bedeutenden Zufuhren, welche von Mexiko, Australien und Nordamerika erwartet sind, ist es jedoch wahrscheinlich, daß wir mit Anfang des nächsten Jahres eine weitere Erleichterung des Geldmarktes sehen werden.

Kaffe's sind sehr fest, und bleibt die Meinung zu Gunsten dieses Artikels. Von Native Ceylons kam diese Woche nichts in Auktion vor, dagegen wurden unter der Hand ca. 1000 Ballen von 52 ſ 6 d a 53 ſ für etwas gemischt bis gut ordinär verkauft. Von Plantation Ceylons waren ca. 400 Fässer ausgeboten, und fanden solche größtentheils zu vollen Preisen Nehmer; ein kleiner Theil wurde über Werth aufgehalten: man bezahlte für einzelne Loose großbohnig, ziemlich gut bis schön farbig 65 ſ a 70 ſ, eher kleine mittel Bohne, fein farbig 64 ſ a 64 ſ 6 d, mittel bis volle mittel Bohne, etwas abgeblaßt bis schön farbig 61 ſ 6 d a 64 ſ 6 d, kleinbohnig gemischt bis gut 58 ſ 6 d a 60 ſ. Erbsenbohnen gut farbig 83 ſ a 86 ſ., etwas abgeblaßt 77 ſ a 81 ſ. Unter der Hand kommt für Plantations einige Frage auf, große Umsätze fanden jedoch nicht statt. Von Mocha und Mysore kamen kleine Partien in Auktion vor, und fanden solche zu vollem Werthe Nehmer. Von Brasils waren circa 1600 Ballen in Verkaufung, sehr schöne Qualität von fein-ord. bis ff.-ord. frischfarbig mit nur sehr selten schwarz und Bruch, und wurden solche von 53 ſ a 55 ſ sämmtlich eingezogen; ein Theil wird wohl zu ohngefähr diesen Preisen Käufer finden. Segelnd kamen keine Umsätze vor; für durchschnittlich gering good first fragt man 46 ſ a 47 ſ. und für schön good first farbig 48 ſ a 49 ſ. für nahe Häfen des Kontinentes, Assurance frei von Beschädigung; von segelnd Domingo wird wohl jetzt bald Einiges vorkommen. Der Vorrath von Kaffe ist hier 7440 Tons gegen 9130 Tons gleichzeitig in 1855: darunter sind von Ceylons 8717 Fässer und 32,132 Ballen gegen 11,491 Fässer und 49,089 Ballen in 1855; der Total-Vorrath in England war am 1 d. 8400 Tons gegen 11,300 Tons in 1855 und 13,000 Tons in 1854 zur gleichen Periode; seitdem waren Zufuhren sehr klein, und kann bis Ende März, hier von Ceylons sprechend, nur äußerst wenig eintreffen, so daß die Lage von Kaffe für England eine ausnahmsweise günstige ist. Wir wollen noch ferner anführen, daß mit Anfang April die letzte Zollerhöhung von 1 d per Pfd. oder 9 ſ 4 d per Cnt., wegfällt, und bei den kleinen Vorräthen, die das Inland besitzt, dürfte auch dieses dazu beitragen, eine allgemeine Frage für den Artikel hervorzurufen, was unter bestehenden Verhältnissen nicht ohne Preiserhöhung stattfinden könnte.

Neueste Nachrichten siehe im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 360.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 28. Dezember 1856.

* Zur Neuenburger Sache.

Wir haben neulich darge[illegible] legenden Recht und Unrecht auf beiden Seiten so ziemlich gleich gemischt sind, und daß billigerweise jeder Theil etwas nachgeben könnte, um den Frieden zu erhalten. Anders stellt sich das Verhältniß von dem Augenblicke an, wo preußische Truppen den Boden der Schweiz betreten. Hielten sich bisher die beiderseitigen Fehler und Rechte das Gleichgewicht, so fällt dieser erste angreifende Schritt als ein überwiegendes schweres Unrecht in die Wagschale Preußens, und die Schweiz ist dann im vollen Rechte, wenn sie mit allen Kräften sich zur Wehre setzt. Mögen die Kabinete thun und sagen, was sie wollen — die Sympathien der Völker werden von da an für die Schweiz seyn. Sie sehen in ihr nur mehr die Angegriffene, die Verletzte; sie vergessen, und das mit Recht, die heikeln Rechtsfragen und verwickelten Thatsachen, welche den Konflikt zuerst veranlaßten; denn vor der einen schweren Thatsache des Angriffes tritt alles Vorausgegangene weit zurück in den Hintergrund. Mit Recht werden die Völker von allen Subtilitäten absehen und sich lediglich an die eine Frage halten: Ist es Recht, um einer solchen Bagatelle willen Tausende von Menschen zur Schlachtbank zu führen? Man könnte auch, weil doch von gewisser Seite her heutzutage der „spezifisch-christliche Staat“ so stark betont wird, die Frage etwa so stellen: Ist das christlich? Es ließe sich da noch Manches sagen und erwägen; doch eingedenk unseres Preßstraigesetzes begnügen wir uns mit stillem Kopfschütteln. Aber wiederholt müssen wir auf die moralische Wirkung hinweisen, welche ein Angriff Preußens auf die Schweiz überall hervorbringen wird; denn weniger als je kann heutzutage von den Regierungen die öffentliche Meinung unbeachtet gelassen werden; und wenn es dennoch versucht wird, so reagirt sie im Stillen, bis sie sich endlich doch die gebührende Geltung verschafft; sie übt einen stillen, langsamen, aber unwiderstehlichen Druck, und die Achtung, die ihr anfangs versagt wurde, muß ihr später doppelt gezollt werden.

Es wäre wohl auch noch zu erörtern, ob und in wie weit es sich mit den Pflichten der Neutralität und den Vorschriften der deutschen Bundesverfassung verträgt, daß den zum Angriff auf die Schweiz bestimmten preußischen Truppen von deutschen Bundesstaaten der Durchzug gestattet wird. Doch läßt sich hierüber mit Sicherheit erst urtheilen, wenn der Inhalt der betreffenden Verträge und ein definitiver Beschluß des Bundestages über sein Verhalten in dieser Sache bekannt seyn wird.

Deutscher Bund.

in München hat am [illegible] [illegible]mite des Platen-Monuments Schreiben folgenden Inhaltes empfangen: „Se. Maj. [illegible] König haben allergnädigst zu genehmigen geruht, daß Allerhöchstihr Name an der Spitze der für Errichtung des Platen-Denkmals in Ansbach neuerlich sich als nothwendig zeigenden Subskription mit einem Beitrag von 500 Gulden gesetzt werden dürfe.“

(Augsb Abdz.)

Der Landrath von Mittelfranken hat einen Antrag, die Aufbesserung der Besoldung der Schullehrer durch Zuweisung von Grundstücken betr., der k. Regierung vorgelegt. Die Antragsteller bemerken im Verlaufe ihres Vortrages, daß die Lage der Lehrer trotz aller Aufbesserung, die in den letzten Jahrzehnten geschehen, bei den allgemein gesteigerten Preisen aller Lebensbedürfnisse immerhin noch eine sehr bedauerliche und entmuthigende sey; wie zu einer Zeit, wo der Landwirth für den Unterhalt eines männlichen Dienstboten 150 bis über 200 fl. und für einen weiblichen 130 bis 150 fl. rechnet, eine Schullehrerfamilie unmöglich mit 250 bis 300 fl. leben könne.

(Ldbtin.)

Beim Landrath von Mittelfranken wurde von 22 Landrathmitgliedern ein Antrag überreicht auf Abänderung der jüngsten allerhöchsten Verordnung wegen Beschränkung der Zeit bei Tanzbelustigungen betr. Es wurde hiebei angeführt, wie bei Handhabung dieser Verordnung eine ganze Klasse, die der Dienstboten nämlich, durch die ländlichen Verhältnisse und Verrichtungen gezwungen, auf jede Tanzbelustigung geradezu verzichten müsse; wie die Lokalbeamten, welche die höheren Befehle gewissenhaft vollziehen wollten, durch dieses Gebot in eine recht peinliche Lage versetzt und häufig genöthigt würden, eben durch ihre Pflichterfüllung mit den Angehörigen ihres Bezirkes sich zu überwerfen, ja in manchen Fällen den Frieden des Ortes, sowie die Sicherheit ihrer Person und ihres Eigenthums zu gefährden; wie ferner die ungleiche Behandlung der Stadt- und Landbewohner bei letzteren Unmuth und Bitterkeit erzeuge rc. Schließlich wird bemerkt, daß die Bevölkerung des mittelfränkischen Kreises sich auch auf dem Tanzboden in ihrem Vergnügen wohl zu mäßigen wisse, daß sie solche Gelegenheit nicht benütze, die Zügel roher, wilder Leidenschaft schießen zu lassen, was selbst von hoher Kreisstelle schon anerkannt und bekundet wurde.

Preußen. Berlin, 24. Dezbr. Die Nachricht der Provinzialblätter über das Eintreffen der auf die kriegerischen Vorbereitungen bezüglichen Kabinetsordre sind vielfach mit der Kabinetsorde der Mobilisirung selbst verwechselt worden. Diese wird am 2. Januar erwartet. Mit dem 2. Januar hört

die Phase der Kriegsvorbereitungen auf, und es findet die Note
vom 8. Dezbr. auf das nach diesem Datum eintretende Stadium
keine Anwendung mehr. Jene Note erklärte, Vermittlungsaner-
bietungen, durch eine befreundete Macht übergeben, während der
Vorbereitungen prüfen zu wollen. Daß nach der Mobilmachung
die Forderung dermaßen gestellt und die Hauptfrage des Besitz-
titels angeregt werden soll, ward wiederholt gemeldet. Mit dem
2. Januar ändert sich daher die ganze Lage. Man prophezeit
übrigens jetzt neue große Schwierigkeiten Für den Fall, daß
die Gefangenen nicht bis zu der in den ersten Tagen des Ja-
nuar, gegen den 2., erwarteten Mobilmachung frei gegeben wür-
den, sollten die Kosten der letzteren von der Schweiz verlangt
werden, von dem Tage an, wo der Befehl unterzeichnet und
veröffentlicht wäre. Diese Absicht soll feststehen. Man begreift,
daß sie in Verbindung mit der vor wenigen Tagen berührten,
nach der Mobilmachung den Besitztitel auf Neuenburg wieder
zu verlangen, die Verwicklung nur noch schärfer und unlösbarer
gestalten kann. Die Anhänger der Theorie, daß der Besitztitel
wieder gefordert werden soll, gehen von der Ansicht aus, daß
erst nach der Wiederlangung der Verzicht erfolgen könne. Also
immer neue Schwierigkeiten. (Schw. M.)

Württemberg. Stuttgart, 26. Dez. Eine An-
zahl hiesiger Mitglieder der Kammer der Abgeord-
neten hat eine Eingabe an den ständischen Ausschuß gerichtet.
Dieselbe beginnt folgendermaßen: „Hochansehnlicher Ausschuß
der Ständeversammlung! Oeffentlichen Nachrichten zufolge soll
der preußische Gesandte den 18. d. M. am Bundestage erklärt
haben, daß seinem Souverän nur übrig bleibe, seinen Forder-
ungen an die Schweiz auch durch die Aufstellung einer dem
Zwecke angemessenen Heeresmacht Nachdruck zu geben, und daß
die Verhandlungen der Sicherstellung der freien Bewegung dieser
Streitkräfte bereits eingeleitet seyen. Keinem Zweifel möchte
dabei unterliegen, daß ein Krieg Preußens mit der Schweiz
nur mit Benützung süddeutschen Gebietes von Seiten der preuß.
Heere geführt werden könnte. Es bedarf aber keines Beweises,
daß der Streit über die Ansprüche des Hauses Hohenzollern
auf die Souveränetät des Kantons Neuenburg weder die Rechte
und Interessen des deutschen Bundes, noch die der süddeutschen
Staaten insbesondere, oder auch nur die des preußischen Staates
[illegible] folgendermaßen fort: „Eine Art der
Feindseligkeit würde das Volk in den Nachbarstaaten der Schweiz
um so schmerzlicher berühren, als die Schweiz zu allen Zeiten
der friedlichste, inoffensivste und beste Nachbar Deutschlands
war, der vollsten Liebe, Achtung und Sympathien seiner Nach-
barn genießt, und uns durch alle Bande des Verkehrs und
wechselseitigen Interesse verknüpft ist. Darf man auch hoffen,
daß es den Bemühungen der europäischen Großmächte gelingen
werde, einen Ausbruch wirklicher Feindseligkeiten zu verhüten, so
wäre doch schon die Aufstellung preußischer Heere an der süd-
deutschen Gränze oder in den Hohenzollern'schen Fürstenthümern
ein großes Unglück, nicht nur für die Schweiz, welche der preu-
ßischen Macht mit ungeheurem Aufwande und mit Entziehung
der für ihre Nahrungsquellen nöthigsten Arbeitskräfte ein zahl-
reiches Heer entgegenstellen müßte, sondern auch für Deutschland
und besonders für die süddeutschen Staaten, welche mit einem
so bedeutenden Theile ihres landwirthschaftlichen, gewerblichen
und Handelsverkehrs durch alle Zweige auf die Schweiz ange-
gewiesen sind, von andern Nachtheilen, wie Quartiers-, Vor-
spannlasten 2c. nicht zu reden. Schon die eingetretenen, ver-
hältnißmäßig kleineren Rüstungen in der Schweiz und die Ge-
fahr eines Krieges macht sich in Württemberg durch das Stocken
des kaufmännischen und gewerblichen Absatzes fühlbar. Die
Belastung der Schweiz mit einer großen Schuldenmasse aber,
welche eine nothwendige Folge der Aufstellung ihres ganzen Hee-
res oder gar eines Krieges seyn müßte, würde die Schweiz
voraussichtlich zur beträchtlichen Erhöhung ihrer Einfuhrzölle
und damit zu einer bleibenden schweren Benachtheiligung Deutsch-
lands und der süddeutschen Staaten insbesondere nöthigen. Und
wer möchte dafür bürgen, daß aus dem einmal zwischen Preußen
und der Schweiz entbrannten Kampfe nicht noch andere kriege-
rischen Verwicklungen hervorgerufen und unser weiteres und
engeres Vaterland in Gefahren stürzen werden, deren Tragweite
sich gar nicht übersehen läßt? Und alle diese Nachtheile sollte.
neben der Schweiz, auch Deutschland, sollten ganz unbetheiligte
Staaten, wegen eines bloßen dynastischen Ehrenpunktes zu er-
leiden haben! Wären die württembergischen Stände versammelt,
so dürften wohl die Abgeordneten des Volkes sich einmüthig
gegen ein Herleihen des deutschen Bundes- und unseres Lands-
gebietes zu einer Aufstellung oder gar zu einem Kriege gegen
die Schweiz aussprechen. In Abwesenheit der Stände
aber erscheint es uns als verfassungsmäßige Aufgabe des stän-
dischen Ausschusses, die zweifellosen Interessen und Wünsche des
Landes in dieser Hinsicht bei der k. Staatsregierung zu vertreten.
Wir stellen daher die Bitte an den verehrlichen ständischen Aus-
schuß: die kgl. Staatsregierung um die geeigneten Einleitungen
dahin zu ersuchen, daß einer Aufstellung preußischer Heere in
Süddeutschland, oder einem Durchzuge von solchen durch die
süddeutschen Staaten und unser Land insbesondere gegen die
Schweiz nicht stattgegeben werde. Moriz Mohl. J. Hölder.
Fetzer. Rödinger. S Schott. K. Pfeifer. Conradi. R. Probst.
Runkel. Schnitzer." (Schw. M.)

Großh. Hessen. Darmstadt, 23. Dez. Die heute
geschehene Vorlegung des Militärbudget für die Finanzperiode
von 1857—1859 verlangt eine sehr bedeutende Mehrbewilligung.
Der Kriegsminister Fhr. v. Schöffer-Bernstein erachtete sich,
indem er die Kammer ersuchte, in Betracht zu ziehen, daß Un-
abwendbares, Bundesbeschlüsse und die Theuerung der Natura-
lien, der Grund der so ansehnlichen Steigerung der Ausgaben
sey, für aufgefordert, gleichsam einen Trost hinzuzufügen, indem
er die Kammern versicherte, die Militärverwaltung werde sich
die möglichste Sparsamkeit zum Gesetz machen. Ihre Mehraus-
gaben in der nun zu Ende gehenden Finanzperiode von 1854
bis 1856 betrugen weit über 300,000 Gulden. Auch die Zivil-
verwaltung in dieser Periode hatte bedeutende Mehrausgaben.
Also ein ansehnliches Defizit. Zu dessen Deckung und zur Be-
streitung der größeren Ausgaben während der folgenden Finanz-
periode von 1857—1859 hat der Finanzminister eine Erhöhung
der Grundsteuer und der indirekten Abgabe von Wein und
Branntwein, sowie die Aufnahme eines Anlehens von einer
Million Gulden vorgeschlagen. Solchen Propositionen gegenüber
fehlte es nicht an ernsthaften Mienen. Fast die einzige erfreu-
liche Erscheinung in finanzieller Beziehung ist der gesteigerte
Ertrag der beiden Staatseisenbahnen. (Allg. Z.)

Baden. Heidelberg, 23. Dez. Die hier Studirens
und Vergnügens halber sich aufhaltenden Schweizer haben heute
großentheils die Stadt verlassen und sind nach der Schweiz zu-
rückgeeilt. (Heilbr. Tgbl.)

Oesterreich. Wien, 20. Dez. Unterm 16. v. M. ist
ein allerhöchstes Kabinetsschreiben an den Erzherzog Albrecht
ergangen, wodurch der persönliche Wirkungskreis des General-
gouverneurs im Königreich Ungarn definitiv bestimmt wird.
[illegible] unmittelbarer Stellvertreter
Sr. k. k. apostol. Majestät im Königreich Ungarn, und steht
ihm bei allen Gelegenheiten die Repräsentation des Landesfürsten
zu. Er hat die Oberleitung der gesammten Zivil- und Militär-
Administration. Er soll sich dabei stets an die obersten Grund-
sätze halten, welche die staatliche Einheit des Reichs bedingen,
ohne die damit verträglichen Rücksichten auf die Eigenheiten
des Landes auszuschließen. Sowohl für die Stellvertretung in
militärischen Angelegenheiten, als für die Geschäfte des General-
gouverneurs ist ihm ein eigener ad latus beigegeben. Der
Generalgouverneur ist ermächtigt, bei Stellenbesetzungen auch
solche Individuen zu berücksichtigen, welche in den Wirren der
Jahre 1848 und 1849 betheiligt waren, wenn sie sich seither
als treue Unterthanen erprobten. (Allg. Z.)

Schweiz.

Bern, 23 Dez. Die hiesige Studentenschaft hat an alle
Studenten der Schweiz einen Aufruf zur Bildung einer schwei-
zerischen Studentenlegion erlassen. Vor Allem beachtenswerth
ist die Haltung der „Schwyzer Zeitung", des Organs der Ka-
tholiken der Urschweiz. „Was — sagt dieselbe — im Rath der
Vorsehung beschlossen seyn mag, Eines nur kann und muß gegen-
wärtig die Ehre, Pflicht und Aufgabe des ganzen Schweizer-
volkes seyn: „An's Vaterland, an's theure schließ dich *an*, das
halte fest mit deinem ganzen Herzen, und beschütze es *mit* deiner
Kraft!" Fremde Stimmen, welche an das erinnern, namentlich
die katholischen Kantone der Schweiz und jene der Urschweiz
insbesondere an das erinnern möchten, was diese Angesichts
äußerer, die Existenz und Selbständigkeit des Gesammtvater-
landes bedrohender Gefahren zu vergessen wissen: sie sollen
keinen Augenblick zweifeln, daß die Liebe zum gemeinsamen
Vaterland den Katholiken der Schweiz das Höchste und Heiligste
ist, in Freiburg wie in Wallis, in Solothurn, St. Gallen und
Aargau 2c. wie in den fünf Waldstätten. Auch die „Berner
Zeitung" erklärt das Bemühen, die Schweiz in zwei Lager zu
spalten, für ganz vergeblich. (Allg. Z.)

St. Gallen, 23. Dezbr. Wenn nicht in der nächsten
Zeit die trüben Aussichten sich aufheitern, so werden auch die
Nachbarländer Baden, Bayern, Württemberg und Oester-
reich die Folgen davon schmerzlich empfinden. Die Fabrikanten
werden der großen Menge von Arbeitern, die bisher aus der
Schweiz viele tausend Gulden Arbeitsverdienst bezogen, keine
Aufträge mehr geben können, was um so beklagenswerther er-

scheinen muß, da gerade jetzt die Fabrikation sehr lebhaft betrieben werden könnte. — Privatnachrichten zufolge wäre die französische Nation großentheils der Sache der Schweizer sehr geneigt und die Stimmung sey in dieser Hinsicht eine bedenkliche. (Schw. M.)

St. Gallen, 23. Dezbr. Das Schweizervolk ist ein so eigenthümliches, daß man lange unter demselben gewohnt haben muß, um es recht zu kennen. Man kann es Jahre lang beobachtet und in seiner industriellen Betriebsamkeit kennen gelernt haben — jetzt ist es wie mit einem Schlag ein anderes geworden. Ich habe nie und nirgends eine so schnelle Umwandlung gesehen, wie in den letzten Tagen hier vor sich gegangen ist. Noch vor vier Tagen lebte Alles in tiefsten Friedensgedanken, und man sprach kaum die entfernte Möglichkeit eines Frühlingsfeldzugs — heute schon sind alle Altersklassen der Schweizerarmee mobil, und in wenigen Tagen marschbereit. Infanterie-Bataillone und Spezialwaffen rücken mit klingendem Spiel in allen Kantonen auf die Waffenplätze, und geben theilweise schon auf ihren Marschrouten in die Hauptquartiere ab. Appenzeller Scharfschützen, die gestern einzurücken hatten, fanden sich schon vorgestern früh vollzählig und kriegslustig auf ihren Sammelplätzen ein, die St. Gallen'schen Feldbataillone sind bereits auf dem Marsch, die Reserven und Landwehrbataillone eilen überall zur Inspektion; in den Zeughäusern, den Kriegsdepartementen, den Generalstäben und den Pulverfabriken herrscht ununterbrochene Thätigkeit, ebenso auf den Telegraphenbureaux, und ohne Verzug werden mit merkwürdiger Energie noch ganz neue Telegraphenlinien des ohnehin sehr starken Netzes angelegt, und neue Zwischenglieder eingefügt. Das geht Alles mit einer Ruhe und Entschlossenheit vor, als wäre die Schweiz schon seit Monaten darauf vorbereitet gewesen, und hätte nicht erst seit drei Tagen an den Krieg gedacht. Am meisten hat mich aber die Stimmung der einrückenden Mannschaft überrascht. Sie kennen die Preußen gar gut als einen gefährlichen Feind, und dennoch reißt sich der letzte Dienstpflichtige, mit der ruhigsten Entschlossenheit, die man an einem Mann finden kann, aus dem Schooß der Familie, um dem Ruf des Vaterlandes zu folgen. Bravaden und Poltronerien, die man etwa bei ähnlichen Volksheeren bis zum Ueberdruß findet, sind mir gar keine zu Ohren gekommen; es ist ein ernster, fester Geist, der überall herrscht, und, wie mich dünkt, zur vollsten Hingebung befähigt. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 21. Dezbr. Man hört hier vielfach versichern, es werde im kommenden Frühling in einer deutschen Stadt eine Zusammenkunft zwischen den Souveränen von Preußen und Frankreich stattfinden, wozu sich auch der Kaiser von Rußland einfinden werde, der seine Mutter aus Italien abholen wird. In russischen Kreisen, die hier jetzt sehr zahlreich sind, findet dieses Gerücht vorzüglich ein Echo. Gewiß ist, daß von Petersburg aus eine Aktion mit allen Mitteln in Deutschland, Frankreich und Italien geübt wird; sie ist um so bedeutender, als sie ganz in der Stille vor sich geht. Die französische Presse schwimmt mit Ausnahme von „Presse" und „Siecle" jetzt ganz im russischen Fahrwasser. In Deutschland sind, abgesehen von einigen preuß. Journalen, die Bemühungen der russischen Thätigkeit wenigstens auf dem Felde der Publizistik nicht gelungen. Gewiß ist, daß Rußland seit dem 30. März von seiner alten Politik kein Haarbreit gewichen ist.

* Dem Oberst Latour, welcher den Mörder Milano niederwarf und ihn so verhinderte, einen zweiten Stoß gegen den König von Neapel zu führen, hat der Papst, auf Antrag des päpstlichen Nuntius zu Neapel, den Groß Cordon des Piusordens verliehen.

Aus Paris, 24. Dez., schreibt man dem „Schw. Merk.": „Daß ein französisches Beobachtungskorps an der betreffenden Gränze aufgestellt werden wird, scheint keinem Zweifel zu unterliegen. Es wird diese Maßregel aber einen aktiven Zweck nicht haben."

* Die Pariser Bäcker haben beschlossen, der dürftigen Klasse, statt der Weihnachts- und Neujahrs-Geschenke an ihre Kunden, 2,350,000 Kilogr. (4,700,000 Pf.) Brod erster Qualität zur Verfügung zu stellen.

Spanien

† Madrid, 21. Dez. Die dieser Tage unter der Anklage republikanischer Umtriebe Verhafteten, 5 an der Zahl, befinden sich in den Militärgefängnissen und sollen vor das Kriegsgericht gestellt werden. — Ein Journal sagt, daß dem Infanten D. Enrico Befehl ertheilt wurde, nach Plasentia in Estramadura zu gehen und bis auf Weiteres dort zu bleiben.

† Einem Privatschreiben aus Madrid entnehmen wir Folgendes: „Die Opposition, welche man dem Anlehen von Mirès gemacht hatte, war eine voraus abgekartete Komödie. Einige Personen haben sehr viel daran gewonnen. Man nennt zwei sehr hochgestellte Männer, von denen der Eine acht, der Andere sechs Millionen Gewinnst haben sollten. Narvaez ist gegenwärtig wieder in Gunst und es dürfte ihm gelingen, den Finanzminister, der nicht gelehrig genug ist, zu beseitigen. Die Präventivzensur, welche faktisch, wenn gleich nicht ganz vollständig, bereits besteht, wird bald reglementarisch festgesetzt werden. — Die Carlisten machen sehr starke Vorbereitungen namentlich in Catalonien; die Gelegenheit wäre allerdings keine schlechte, denn niemals ist die Spaltung so groß gewesen als eben jetzt. — Die Polizei hatte einen Krawall vorbereitet, um Gelegenheit zu finden einige Personen zu verbannen O'Donnell stand zu oberst auf der Liste. Der General hat sich zur Königin begeben, um ihr das Komplott zu enthüllen. O'Donnell hat das beruhigende Versprechen erhalten, daß ihm nichts Unangenehmes widerfahren soll.

Italien.

Die Akten des Prozesses in Sizilien stellen heraus, daß man dort sehr auf fremde Hülfe rechnete; aber man hat auch nicht das geringste Anzeichen entdeckt, daß England irgendwie die Hände im Spiele habe. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte der Aufstand gegenüber von Malta an der Küste von Girgenti erfolgen müssen. Wenn englische Waffen bei den Insurgenten gefunden wurden, erklärt sich dies leicht, denn bekanntlich liefern die englischen Fabriken solche einem Jeden, der sie kauft, selbst den Feinden Englands, wenn nicht eine eigene Akte es verbietet. Die Soldaten der englischen Kompagnie haben nicht selten bei Afghanen und Birmanen Waffen aus den Fabriken von Birmingham gefunden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

* Man schreibt dem „Univers" aus Konstantinopel, 17. Dezbr.: Folgendes sind die Friedensbedingungen, welche zwischen Lord Redcliffe und dem persischen Gesandten Feruk Khan verhandelt worden sind, und die der Letztere nur ad referendum angenommen hat: 1) Der Schah entläßt seinen ersten Minister, 2) er wird den persischen Unterthan, der zu dem Konflikt mit dem britischen Gesandten Hrn. Murray zuerst Veranlassung gab, streng bestrafen, 3) er schließt einen neuen Handelsvertrag ab, 4) er läßt britische Consuln überall zu, wo England es für passend hält, Consuln zu haben, 5) er bezahlt eine Kriegsentschädigung, 6) er gibt Herat den Afghanen wieder und räumt das afghanische Gebiet, 7) er verpflichtet sich, alle künftigen Differenzen, welche sich zwischen Persien und den Afghanen wegen Herats erheben könnten, der englischen Entscheidung zu überlassen. (Die neuesten Berichte aus Konstantinopel sagen, daß Feruk Khan nach fruchtlosen Unterhandlungen seine Reise nach Frankreich fortsetzte.)

Amerika.

* Nach den neuesten Berichten aus New-York geht das Prozeß-Verfahren betreffs der Auslieferung der des Nordbahndiebstahls angeklagten Individuen seinen Gang. Der Agent der Nordbahngesellschaft, Herr Tissandier, hat bereits umfangreiche Memoires der hervorragendsten Mitglieder des Pariser Advokatenstandes (unter Anderen Herr Berryer) über die Interpretation des Auslieferungsvertrages erhalten. Aber alle diese Gutachten werden in den Vereinigten Staaten wenig nützen. Was man dort verlangt, besteht in der Beweisführung, daß es sich nicht um einen einfachen Diebstahl, sondern um gleichzeitige Fälschung handelt. Sobald dieses Dokument in den Händen der amerikanischen Behörden seyn wird, soll die Auslieferung zugestanden werden. Schwerlich dürfte diese Angelegenheit vor Ende Januar beendigt seyn. Der Anfangs auf sechs Millionen angegebene Verlust der Nordbahn reduzirt sich nunmehr in Folge der Auffindung der Aktien, welche in der französischen Bank hinterlegt waren, und des Ursprungs der Summen, welche Carpentier bei seiner Festnahme im Besitz hatte, auf 4 Mill In welcher Weise die Aktionäre diesen Verlust zu tragen haben werden, ist noch nicht festgesetzt, wahrscheinlich aber durch successiven Abzug an der Dividende binnen 10 Jahren, so daß dies nur 1 Frank per Jahr und Aktie ausmachen würde.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 24. Dez. Die heutige Verhandlung des hiesigen Kreis und Stadtgerichts gibt ein trauriges Bild gewisser sozialer Verhältnisse. Es betrifft diese Verhandlung die Untersuchung wegen Unterschlagung gegen den Funktionär bei der Kreiskassa von Oberbayern, Joseph Schultes, welche beinahe die Summe von 7000 fl. erreicht. Der Beschuldigte gesteht auch reumüthig die ihm zur Last gelegte That ihrem vollen Umfange nach zu. Wegen seines Fleißes und seiner Ge-

schicklichkeit wurde ihm bereits im Jahre 1852 die Führung des Einlaufsjournals und im Laufe heurigen Jahres auch die Repartition der Coupons übertragen, die von einzelnen Rentämtern an die Kreiskassa überschickt wurden. Von diesen letzteren eignete er sich auf eine unrechtmäßige Weise, um seine traurigen Familienverhältnisse aufzubessern, eine große Anzahl zu, versilberte solche, und um den Schaden zu ersetzen, machte er bedeutende Einsätze in die Lotterie, wovon ein einziger die Höhe von 282 fl. 30 kr. erreichte. Allein das Glück begünstigte ihn nicht und es blieb ihm nichts übrig, als entweder Hand an sich selbst zu legen, wie er angab, oder die Sache einzugestehen. Er zog das Letztere vor. Die Urtheilsverkündung erfolgt künftigen Samstag. Auch gegen den Provisionsreisenden Gottlieb Wurlitzer von Waißenburg wegen Betrugs und Unterschlagung erkannte dasselbe Gericht eine fünfjährige Arbeitshausstrafe. Der Angeklagte hatte von mehreren Häusern Aufträge, Geschäfte zu machen und zwar gegen eine Provision von 5 Proz., war jedoch nicht berechtigt, das Inkasso zu besorgen. Trotzdem nahm er von mehreren Bestellern in Ober- und Niederbayern, sowie in Schwaben und Neuburg, bedeutende Beträge heraus. (Augsb. Abdztg.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Amsterdam, 22. Dezbr. Aus erster Hand sind 6600 B Tafelreis zu 11 a 11½ fl. verkauft.

In Auktion 75 F. alte Petersb. Pottasche mit 18¾ a 20 fl. bezahlt.

Waizen flau, 127pfd. alter weißb. Poln. 475 fl., 151/2pfd. neuer Geldern 310 fl., 133pfd. Kubanka 390 fl., 154 2pfd. neuer Oberl Ris 340 fl.

Neuer inländ. Roggen 8 a 10 fl. niedriger, 120pfd. Amerikan. 260 fl., 143/2pfd. inländ. 210, 208 fl., 140 2pfd. do. 215 fl.

Frankfurt, 27. Dezbr. Die Börse verkehrte heute in sehr matter Haltung und wurden österr. Credit-, Staatsbahn, und Darmstädter Bankaktien beider Gattungen bedeutend unter gestriger Notiz verhandelt, nur Bexbacher Eisenbahnaktien waren gefragter. Der Umsatz war von nicht großer Bedeutung.

Providentia wurde zu 105 verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt. Nationalanleihe von 1854 77 7/8 P. 77 5/8 G. 5pCt Lombard-Ven. 89P. 88 1/2 G. Metall. alte à 5pCt. 76 1/2 P 76G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86 1/2 P. 86 G.; à 4 1/2 pCt. 66 P. 65 3/4 G.; à 4pCt. 59 1/2 P. 59 G.; à 3pCt. 46 P 45 1/2 G.; à 2pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56 1/2 P. 56 G. **Preussen.** 3 1/2 pCt. Staatsschuldscheine 84 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/4 P. 89 3/4 G.; 4pCt. 95P. 94 1/2 G.; 4pCt. Grundrente 95P. 94 1/2 G.; 4 1/2 pCt. 101 1/4 P. — G.; 5pCt. 101 P. 100 1/2 G. **Württemberg.** 3 1/2 pCt. Obligationen b. R. 91 3/4 P. 91 1/4 G.; 4 1/2 pCt. 103 1/8 P. 102 5/8 G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90G.; à 4pCt. 99 1/2 P. 99 G.; 4 1/2 pC. 102 1/4 P. 101 3/4 G. **Nassau.** Obligationen à 3 1/2 pCt. 90 1/2 P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82 3/4 P. 82 1/4 G.; à 3 1/2 pCt. 90 3/4 P. 90 1/4 G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37 1/2 P — — G.; 1 1/4 pCt. neue 23 3/4 P. 23 5/8 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1150P. 1105G. Neue Bankaktien 285P. 280 G. Credit-Actien à 5pCt 200 1/2 P 199 1/2 G. Darmstädter Bankaktien alte 319 P. 317 G.; junge 310 1/2 P. 308 1/2 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 490 P. 485 G. Mitteldeutsche Creditbank 95 1/4 P. 95 1/4 G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 96 P. 95 1/2 G. Frankf. Bankaktien 109 1/2 P. 109G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 510 P. 505 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 569 P. 564 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 286 1/2 P. 284 1/2 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 143 3/4 P. 143 1/4 G. Neustadt-Weissenb. 102 1/4 P. 102 G. 4 1/2 pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100 5/8 P. 100 3/8 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 351 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 78 P. 77 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77 1/2 P. 77G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92 1/2 P. — G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 116 1/4 P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 102 P. 101 3/4 G. 3 1/2 pCt. neue Prämienscheine 113 1/2 P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48 5/8 P. 48 3/4 G. Darmst. Loose à fl. 50 117 1/8 P — G. à fl. 25 35 P. 34 3/4 G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 P. 37 1/2 G. Nass. Loose à fl. 25 34 3/4 P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 1/2 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 85 P. — G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S 100 1/4 P 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 116 3/4 P. 116 1/2 .
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119 3/4 G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S. 95 3/4 P — — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Paris Frs. [illegible] S 93 1/8 P. — — .
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Lyon Frs. 2[illegible] P. — G.
Brem. 50 Thlr. Lsd. k S 96 5/8 P. — — G.	Wien fl. 100 [illegible] . 111 1/2 P. 111 1/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S 88 5/8 P 88 3/8 G.	Wien 3 M. mit 5% 111 1/8 P 110 7/8 G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104 3/4 G.	Disconto P. 4 1/2 pCt. G.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 26. Dezember. (Privat-Korrespondenz.) Gestern haben Se. Maj. der König den Prinzen **Adalbert**, K. H., zum Generalmajor zu befördern geruht. Prinz Adalbert ist bekanntlich Oberstinhaber des Kuirassier-Regiments Nro. 2; Se. k. Hoh. erhält indessen kein Kommando in der Armee. Seit einigen Tagen werden in unserer Gegend Pferde für die Schweiz eingekauft.

Bützow, 24. Dezbr. Die Rostocker, welche, als bei der Ladendorf'schen Untersuchungssache betheiligt, sich beim hiesigen Kriminal-Kollegio in Untersuchung befinden, hatten gegen das sie verurtheilende Erkenntniß der großh. Justizkanzlei zu Güstrow ein Rechtsmittel eingelegt, jedoch vor dessen Verfolgung den Gnadenweg beschritten. Nachdem ihnen auf allerhöchsten Befehl erwidert worden war, daß der Beschreitung des Gnadenweges ein Verzicht auf den Rechtsweg vorausgehen müsse, ist solcher Verzicht fast von sämmtlichen Angeschuldigten ausgesprochen worden. Soeben verbreitet sich nun zur allgemeinsten Freude die Nachricht, daß Se. k. Hoh. der Großherzog ihnen das Wort der Gnade verkündet habe. Nicht bloß ist die zuerkannte Zuchthausstrafe aufgehoben, in Gefängnißstrafe verwandelt worden, sondern auch das Maß der Strafen hat eine Abminderung erlitten. Nur drei der Angeschuldigten, welche sich noch nicht — dem Vernehmen nach, aus Familienrücksichten — haben entschließen können, auf den Rechtsweg rein zu verzichten, haben sich bis jetzt auch noch nicht der allerhöchsten Begnadigung zu erfreuen gehabt. (Hamb. N.)

Aus Oesterreich, 20. Dez. Ueber eines der neuesten und wichtigsten Probleme, über die Gründung einer rein **katholischen Universität für ganz Deutschland**, kann ich Ihnen die verbürgte Mittheilung machen, daß die deßfallsige, von dem Kardinal-Erzbischof v. Rauscher angeregte, Denkschrift bereits unter den Mitgliedern unseres Episkopats zirkulirt, um mit den Bemerkungen der Erzbischöfe und Bischöfe des Reiches versehen zu werden. Sobald sie an den Kardinal zurückgelangt ist, wird sie von demselben endgültig redigirt und durch eine besondere bischöfliche Deputation unserem Kultus- und Unterrichtsminister Grafen v. Thun überreicht werden. (H. N.)

Bern, 25. Dez. Der Bundesrath hat eine **Kriegsanleihe** mit der Stuttgarter Bank abgeschlossen. **Kaiser Napoleon wird der Bundesversammlung direkt seine Vermittlungsvorschläge vorlegen lassen.** Basel wird befestigt. Freikorps organisiren sich. (T. D. d. Fr. Pstz.)

Bern, 26. Dez. Der Bundesrath hat heute einstimmig energische Anträge an die Bundesversammlung zu stellen beschlossen. Die Polizei des Kantons Bern hat **Dowiat** ausgewiesen wegen eines den König von Preußen beschimpfenden Artikels. Die Anwesenheit **Mazzini's** in Bern wird desavouirt. (T. D. d. A. Z.)

Aarau. Das „Aarauer Bl." schreibt: „Seit etwa 14 Tagen bemerkt man in Aarau wiederholt deutsche, besonders preuß. Offiziere, die theils als Geschäftsleute, theils unter andern Vorwänden die Schweiz und besonders die Gränzkantone bereisen. Letzten Montag wurde ein solcher Voyageur, der sich die Karte des Kantons Aargau zu verschaffen suchte und nachher als preußischer „Major" zum Vorschein kam, vom Polizeidirektor über die Absicht seiner Schweizerreise zur Rede gestellt, und darnach einfach polizeilich an die Gränze geführt." (?)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 1.	Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl.	53. Jahrgang.	Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Montag, 29. Dezember 1856.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 26. Dez. Der Oberst v. Manteuffel ist nach Wien gesandt worden und nach umlaufenden Gerüchten handelt es sich um Vorschläge des österreichischen Kabinets, den Streit durch eine Konferenz in Wien zu schlichten, an der auch die Schweiz Theil nehmen oder gehört werden soll. Dieser Vorschlag scheint allerdings viel für sich zu haben. Wenn Preußen sich bei der Reklamation seiner Rechte auf den Wiener Kongreß beruft und die „N. Pr. Z." mit guten Gründen diese Rechte daraus nur von den Verträgen von 1815 ableitet, so ist auch folgerecht richtig, daß die Unterzeichner dieser Verträge die nächste Verpflichtung haben, bei der jetzigen Sachlage mitzusprechen und vermittelnd einzutreten. In dieser Weise äußert sich auch hier die öffentliche Meinung, indem sie die Wiener Kongreßmächte zur Schlichtung des Streites verbindlich und allein befugt erklärt, dagegen aber nicht begreifen kann, mit welchem Rechte das preußische Volk in einen Krieg verwickelt werden soll um ein Ländchen von vierzehn Quadratmeilen und 60,000 Einwohnern, das — worauf man hier immer wieder zurückkommt — niemals zum preußischen Staate gehörte. Man hält es daher auch immer noch für unglaublich, daß, von allem Andern abgesehen, ein so geringfügiger, obenein lastiger und unfruchtbarer Besitz den Weltfrieden stören könne, da doch der Friede allen Staaten so nothwendig scheint. Die „Nat.-Ztg." brachte vor einigen Tagen einen sehr beachtenswerthen Artikel über die Rolle, welche die Napoleonische Politik jetzt spielt, in welchem nachgewiesen wurde, daß diese scheinbare Unterstützung Preußens leicht dahin führen könne, die Ueberlieferungen des ersten Kaiserreichs wieder aufzunehmen und Neuchatel endlich dem französischen Reiche zuzuschlagen, wodurch die Schweiz völlig demmirt würde. Ein Krieg, der Preußen schwächt, seine aufgesparten Kräfte zersplittert und seine Finanzen verwirrt, könnte ebenso wohl zu den Absichten jener Politik gehören, um für weitere Operationen freiere Hand zu gewinnen. Daß dies nicht ganz leere Besorgnisse sind, läßt sich schon jetzt erkennen. Während Preußen mit französischer Unterstützung sich bereit macht, einen Kampf zu beginnen, der so fern ab von allen deutschen Interessen und Sympathien liegt und im eigenen Lande so ungünstig betrachtet wird, ist die nahe liegende deutsche Angelegenheit gegen die Dänen in den Hintergrund gedrängt; und wenn hinzugefügt werden muß, daß eben hierbei sich schon eine Napoleonische Politik befremdlich eingemischt hat, so erhalten die Befürchtungen jedenfalls größeres Gewicht. Mit der ihnen eigenen Arglist haben die Dänen den französischen Kaiser zum Schiedsrichter in der Sache der deutschen Herzogthümer angerufen, und wenn auch in Wien darauf männlich geantwortet wurde, daß dies eine rein deutsche Angelegenheit sey, in welcher Deutschland allein zu sprechen und zu handeln habe, so ist doch darauf die französische Erklärung erfolgt, daß man bei Dänemark größere Bereitwilligkeit und Entgegenkommen für gute Rathschläge finde, daher nicht glauben könne, daß die dargebotene Verständigung von Deutschland nicht angenommen werden würde. Bei dieser Einmischung in Deutschlands Angelegenheiten ist um so mehr zu beachten, wie die französische Regierung Preußen gegen die Schweiz unterstützt. Was kann gegen die Dänen geschehen, wenn Preußen sich in solchen Kampf verwickelt? (Z. f. Nordd.)

§ Oesterreich. Wien, 26. Dezbr. (Privat-Korresp.) Die Münzkonferenzen nehmen den befriedigendsten Fortgang und dürften allem Anscheine nach weit früher geschlossen werden, als dies ursprünglich beabsichtigt war, da die Versammlung von dem Wunsche beseelt ist, recht bald zu einem nach allen Seiten hin befriedigenden Resultate zu gelangen. Gewiß ist es, daß bereits alle Bundesstaaten ihren Beitritt zu dem deutsch-österreichischen Münzvereine erklärt haben, einige derselben haben zwar Modifikationen des Entwurfes in Vorschlag gebracht, dieselben sind aber so geringfügig und lediglich durch lokale Verhältnisse bedingt, daß dadurch der definitive Abschluß kaum verzögert werden wird. Die Versammlung berathet eben jetzt über diese Vorschläge, nach deren Erledigung die definitive Ratifikation als gegenseitigen Vertrags erfolgen wird. — Die Kreditanstalt macht große Anstrengungen, um den Kurs ihrer Aktien zu heben. Bis jetzt haben aber dieselben nur einen sehr geringen Erfolg gehabt. Es heißt, daß die Anstalt den Beschluß gefaßt hat, keine baare Vorauszahlung auf die Dividende zu leisten, dagegen aber auch die nächste Rate nicht einzufordern, sondern den Aktionären einstweilen zur Last zu schreiben, und erst nach Bestimmung der Dividende jenen Betrag einzuheben, um welchen die Rate etwa größer ist, als diese Dividende pro 1856. Man hofft, daß dieser Beschluß günstig wirken und die Aktien der Anstalt heben werde. Verkennen läßt es sich nicht, daß die Durchführung dieser Maßregel nicht nur dem Geldmarkte an und für sich zu Gute kommen muß, sondern auch die Hoffnung auf eine gute Dividende erhöhen wird.

Wien, 25. Dezbr. Man spricht heute davon, daß, einer telegraphischen Depesche zufolge, welche unserm auswärtigen Amte zugekommen seyn soll, der Kaiser Napoleon sich in einem eigenhändigen Briefe an den König von Preußen gewendet habe, um einen von dem Berner Bundesrath vorgeschlagenen Vermittlungsweg zu empfehlen. So weit es mir möglich war, über diese Nachricht verläßliche Mittheilung zu erhalten, ist man hier davon unterrichtet, daß das Pariser Kabinet noch nicht alle Hoffnung aufgegeben habe, die Vermittlung in der Neuenburger Frage allein zu bewerkstelligen, und daß man, trotz der drohenden officiösen Artikel der dortigen Presse, doch keine Mühe und Gelegenheit versäume, um der Schweiz einen friedlichen Ausweg aus der heutigen Verlegenheit zu bereiten. Wahrscheinlich wünschen die officiellen Kreise in Paris, den Absichten der übrigen Mächte, durch eine Kollektivnote auf die Schweiz einzuwirken, zuvorzukommen, und da auch die Berliner Regierung durchaus nicht geneigt ist, ihre Angelegenheit vor eine Konferenz zu bringen oder durch die Vermittlung anderer intervenirender Mächte geordnet zu sehen, so ist allerdings möglich, daß man preußischerseits den französischen Rathschlägen gerne Gehör gibt und sich zu weitern Verhandlungen mit der Schweiz unter der leitenden Hand des französischen Kaisers bereit erklärt. (Fr. Postz.)

Der bekannte Korrespondent der „Hamb. Börsenhalle" will als positiv melden können, daß der österr. Repräsentant in der Schweiz, Herr v. Menßhengen, auf der einen Seite Weisungen erhalten hat, die keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß Oesterreich mit allem Ernste eine Vermittlung sich sehr angelegen seyn läßt, und daß der k. k. Geschäftsträger am Berliner Hof, Graf Trautmannsdorf, den Wunsch des k. k. Kabinets, den Konflikt in gewissen Gränzen gebannt zu wissen, dem Berliner Kabinet bekannt zu geben instruirt wurde.

Schweiz.

Bern, 25. Dez. Der Bundesrath hat ein Kreisschreiben an die Städte erlassen, worin er ermahnt, ein wachsames Auge auf die gedungenen Spione zu haben, die das Land durchziehen, die Vertheidigungsmittel erforschen und durch falsche Gerüchte Zwietracht pflegen. Ferner wird auf die Agents provocateurs aufmerksam gemacht, welche sich besonders an politische Flüchtlinge wenden und sie zu revolutionärem Handeln in ihrer Heimath zu bestimmen suchen. Ferner soll Alles angewendet werden, um zu verhindern, daß Fremde von der Schweiz aus gefährliche Umtriebe gegen andere Staaten anzetteln. Endlich wird der Wunsch ausgesprochen, daß die schweizerische Presse die Situation ernst und würdig bespreche, gemeine Beschimpfungen und polternde Herausforderungen vermeide rc. (Fr. J.)

Bern, 25. Dez. Hier noch einen Beitrag zum nähern Verständniß des Stadium, in welchem gegenwärtig der Konflikt mit Preußen sich befindet. Diplomaten zeigten vor ein

paar Tagen dem Bundespräsidenten an, Preußen werde noch bis zum 2. Januar zuwarten; wenn aber bis zu diesem Zeitpunkt die Gefangenen in Neuenburg nicht auf freien Fuß gestellt seyen, so werde es zu den Waffen greifen. In Folge dieser Mittheilung beschloß der Bundesrath am 20. d. M., ein Truppenkorps von 20,000 an der bedrohten Gränze aufzustellen. Nachdem auf solche Weise die Lage ernster geworden war, fing die fremde Diplomatie an, sich zu rühren. Der englische Gesandte namentlich, der bisher nicht so bestimmt, wie seine Kollegen, die Freilassung der Gefangenen empfohlen hatte, schloß sich nun denselben an und trachtete, vereint mit dem der Schweiz wohlwollenden amerikanischen Gesandten, eine Verständigung zu erzielen. Nach vielem Hin- und Herreden zwischen dem diplomatischen Korps und dem Bundesrath soll man über folgende gegenseitige Zusicherung übereingekommen seyn: „Sobald die Schweiz, kraft ihrer Souveränetät, die gänzliche Niederschlagung des Prozesses in Neuenburg ausgesprochen und die Gefangenen, die jedoch bis zu gänzlicher Austragung das Gebiet von Neuenburg zu meiden hätten, in Freiheit gesetzt haben wird, übernehmen die sämmtlichen Mächte, welche Vertreter in der Schweiz haben, die Verpflichtung: ihre angelegentliche Verwendung bei Preußen in dem Sinn eintreten zu lassen, daß der König von Preußen auf alle Rechte Verzicht leiste, welche ihm die Verträge über Neuenburg einräumen." Diese Erklärung sollte unterschrieben werden von den Gesandten der Großmächte England, Frankreich, Oesterreich und Rußland, sowie von den Gesandten von Bayern, Baden, Belgien und dem Ministerresidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Allein die Diplomaten waren leider nicht ermächtigt, einen solchen Akt sofort zu unterzeichnen, sondern mußten erst Instruktionen einholen. Von diesem Augenblick an war auf Gelingen kaum zu hoffen. Der Kaiser Napoleon wollte, wie es scheint, nicht, daß Englands Verwendung im Verein mit andern großen und kleinen Staaten gelingen sollte, was sein mächtiges und freundliches Fürwort nicht erreicht hatte. Der französische Gesandte unterzeichnete deßwegen nicht. Oesterreich trat ebenfalls nicht bei, weil es sich nicht verpflichten wollte, geradezu bei Preußen auf Verzichtleistung Neuenburgs hinzuwirken, während es dem König seine Unterstützung zugesagt hatte. Belgien fand, einem neutralen Staate ziemte solche Einmischung in fremde Händel nicht. Der Vertreter Sardiniens war ermächtigt, den Schritt zu unterstützen. So ist denn dieses Ausgleichungsprojekt, wie bereits gemeldet wurde, gescheitert. Die einzige Hoffnung zur Erhaltung des Friedens ruht jetzt noch darauf, daß Kaiser Napoleon sein schon dem General Dufour gemachtes Anerbieten nun durch seinen Gesandten noch einmal direkt der Bundesversammlung vorzulegen sich entschlossen haben soll. Wie man uns von gut unterrichteter Seite mittheilt, erkläre der Kaiser: „Wenn die Schweiz aus Achtung für ihn die Neuenburger Royalisten frei lassen und den Prozeß gänzlich niederschlagen wolle, so werde er sich beim König von Preußen dahin verwenden, daß dieser auf Neuenburg gänzlich verzichte. Die Frage ist nun: wird die Bundesversammlung einen solchen Vorschlag, wenn er wirklich gemacht wird, annehmen? Die Stimmung beider Räthe in dieser Sache kann Niemand voraussagen. Das aber ist gewiß, daß von einer großen Zahl sehr besonnener und einflußreicher Männer die Angelegenheit in dem Sinne besprochen wird, es möchte die Vermittelung des Kaisers Napoleon angenommen werden. Denn allgemein fängt man an, die unberechenbaren Folgen eines Krieges für die Schweiz zu bedenken. — Der Bundesrath hat mit der Hofbank in Stuttgart ein erstes Anleihen von 12 Mill. Franken unter Ratifikationsvorbehalt abgeschlossen. (Fr. Pstz.)

Bern, 26. Dez. In einzelnen Kantonen finden feierliche Versöhnungen der bisher gegen einander gestandenen Parteien statt, damit Angesichts der allgemeinen Gefahr aller innere Groll und Hader schwinde. — Viele Gemeinden zahlen den in's Feld rückenden Soldaten Zuschuß und sorgen für die Familien. (Fr. J.)

Bern, 27. Dez. Die Verhandlungen unseres Nationalraths wurden heute mit einer kriegerischen Eröffnungsrede des Nationalraths Martin begonnen. Dr. Escher wurde zum Präsidenten erwählt. Die Botschaft des Bundesraths ist zur Berichterstattung an die Elfer-Kommission gewiesen. Der Bundesrath beantragt darin: ihm die Ermächtigung zur Fortsetzung der Friedensunterhandlungen auf bekannter Grundlage zu ertheilen, und die zur Sicherheit des Landes bereits getroffenen Maßregeln zu genehmigen. Wenn ein ehrenvoller Friede nicht erhältlich, möge ihm Auftrag ertheilt werden zur äußersten Vertheidigung des Vaterlandes, zu einer unbeschränkten Krediteröffnung und zur Ermächtigung eines Geldanlehens bis zu 30 Millionen Franks. Die Wahl eines Oberbefehlshabers und eines Chefs des Generalstabes möge vorgenommen werden, die Bundesversammlung selbst aber solle sich am Schlusse ihrer Berathungen nicht auflösen, sondern sich nur vertagen. — Die Stimmung ist ernst. Das Vermittlungsanerbieten des Kaisers Napoleon soll noch nicht abgegeben seyn. — Ein Befehl des Bundesraths zur schleunigen Organisation der Landwehr ist erlassen. (Fr. Pstz.)

St. Gallen, 25. Dez. So eben habe ich gehört, daß die Gefangenen in Neuenburg den König von Preußen selbst bitten werden, er möchte doch lieber der ganzen Sache den Lauf lassen, als einen Feldzug gegen die Schweiz eröffnen. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, so dürfte der Hoffnung Raum gegeben werden, daß der König auf diesen Wunsch Rücksicht nehme. (Schw. M.)

Die Nachricht, daß der schweizerische Bundesrath ein Anlehen bei der Stuttgarter Bank gemacht habe, ist dahin zu berichtigen, daß der Direktor der Stuttgarter Lebensversicherungsbank von dem Bundesrathe, welcher denselben zu diesem Zwecke nach Bern eingeladen hatte, ermächtigt wurde, vorbehaltlich der Ratifikation ein Anlehen in Süddeutschland, im Betrage von 12 Mill. Fr., abzuschließen. (Fr. J.)

Großbritannien.

London, 26. Dezbr. Der heutige „Morning Advertiser" sagt: er könne positiv melden, Lord Palmerston sey entschlossen, Rußland nicht die geringste Entschädigung für den Verlust von Bolgrad zuzuerkennen. (T.D.d.K.Z.)

Frankreich.

Der „D. A. Ztg." schreibt man aus Berlin: „Es ist der Diplomatie gelungen, die Hindernisse, welche den Zusammentritt der zweiten Konferenz ungewiß zu machen drohten, formell aus dem Wege zu räumen, resp. zu umgehen, und die Konferenz wird deßhalb wahrscheinlich am 29. Dezbr., in Paris zusammentreten. Nach gestellter Bedingung soll die Frage in Betreff der Donaufürstenthümer, und demgemäß auch die weitere Frage in Betreff der Räumung derselben gar nicht berührt werden." Dadurch sind aber die materiellen Schwierigkeiten noch lange nicht gelöst. (Hierzu stimmt die Angabe des „Pays", daß die Konferenzen am 15. Februar stattfinden würden: eine vorbereitende Zusammenkunft werde noch in diesem Jahre statthaben, dieselbe würde sich nach dem 1. Januar vertagen.)

Amerika.

Walker hat die Costaricaner geschlagen. Er zerstörte hierauf Granada, und ernannte Rica zur Hauptstadt von Nicaragua. (T. D. d. Allg. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 28. Dezbr. (Effekten-Sozietät.) 5pCt.Met. 76¼; 4½pCt.Met. 65½; Wiener Bankaktien 1142; 5pCt. Lomb. 88¼; Wiener Wechsel l. S. 111½; 3pCt. inl. span 37¼; 1¼pCt. neue 23⅞. Oesterr. Kreditaktien 199¼. Darmstädter Bankaktien 346. Bayerische Ostbahn 100⅞. Luxemburger internationale Kreditbank 490.

Providentia wurde zu 105 verhandelt.

Köln, 23. Dezbr. Rüböl loko faßweise 44¼ Thlr. B., — G., in Partien 43⅞a½ b. — G., per. Mai 1857 40½ B., — G., per Oktober 1857 37½ B., — G.

Waizen effekt. per 234pfd. 8⅓ Thlr. B., — Thlr. G., per März per 234pfd. 8⅓ B., — G., do. per 234pfd mit Garantie von 88 Pfd. per Schfl. 8⅔ B., — G.

Roggen effekt per 220pfd. 6¼ Thlr. B., — Thlr. G., gedörrter do. 6⅓ B., — G., per März per 214pfd. 6¼ B., 6⅓ b., per Mai do. 6⅓ B., — G.

Gerste, hiesige per 200 pfd 4⅞ Thlr. B., — G., oberländische do. 6 B., — G.,

Hafer per 131pfd. 2⅔ Thlr. B., — G.

Spiritus, loko 28½ Thlr. B., — G., in Partien 28 B., — G., rektif. — Thlr. per 130 Quart a 90pCt., do. ff — Thlr. per 130 Quart a 90pCt.

Oel behauptet, Waizen angenehm, auch Roggen etwas besser. Spiritus behauptet.

Am Landmarkt bei ziemlich starker Zufuhr lebhafte Frage für Waizen und Roggen zu steigenden Preisen. Beste Qualität Waizen 8⅓ Thlr. per 236 Pfd. Roggen 6 a 6⅛ Thlr. per 220 Pfd. Gerste unverändert, 4⅞ a 4¾ Thlr. per 200 Pfd. Hafer 2¼ Thlr. per 2⅔ Scheffel.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 362. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Dinstag, 30. Dezember 1856

Die Stellung der Großmächte.

(Aus der Berliner „National-Zeitung.“)

Wer die heutige europäische Lage mit der zu Weihnachten und Neujahr des vorigen Jahres vergleicht, wird Grund zum Erstaunen über den Umschwung und Wechsel der Beziehungen zwischen den großen Staaten finden, wenn er seinen Blick nicht über die Oberfläche der äußern Erscheinung hinweg vertieft.

Oesterreich gab sich während des orientalischen Krieges gar keine Mühe, zu verhehlen, daß ihm Rußland zu stark und anspruchsvoll war, und daß es eine Verminderung der russischen Macht wünschte, aber zu gleicher Zeit legte es nicht weniger deutlich seine Besorgniß vor dem Anwachsen Frankreichs an den Tag und nahm nicht im geringsten mehr Partei für den Westen als ihm nöthig schien, damit Ost und West in's Gleichgewicht kämen. Dadurch war im Voraus seine Rolle nach dem Friedensschluß als eine abwartende und abwehrende bezeichnet. Mit Preußen dagegen, welches in der Kriegszeit keine bestimmte Meinung ausgesprochen, oder wenigstens, wofern es im Stillen für Rußland gewesen wäre, nichts für die Erfüllung seiner Wünsche gethan und sich durch keine Kundgebung gebunden hatte, verhielt und verhält es sich ganz anders. Man konnte seit dem Februar d. J., sobald die ersten Anzeichen kamen, daß die französische Diplomatie für die Einladung Preußens zu den Konferenzen in die Schranken trat, voraussehen, daß dieselbe fortan überhaupt die Pflege ihrer Beziehungen zu der Regierung dieses Staates sich befleißigen werde. Zweierlei war ja für sie zu thun. Erstens hatte sie zu verhindern, daß die österreichische Politik des bedächtigen Abwartens nicht von ganz Deutschland angenommen würde. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Krieg für das neue Kaiserreich das Mittel seyn sollte, seinem Bestande eine größere Sicherheit zu geben, als in der bloßen diplomatischen Anerkennung enthalten ist, so bedeutete unter diesem Gesichtspunkt das Verhalten Oesterreichs während des Krieges so viel, als daß man in Wien mit der Erneuerung Napoleonischer Herrschaft unter gewissen, nicht zu überschreitenden Bedingungen einverstanden ist. Mit anderen Worten, wenn das neue Kaiserreich unter Verzicht auf alle weiteren Entwürfe sich damit begnügt, in Europa wohl gelitten, nicht beargwohnt und vor Koalitionsangriffen sicher zu seyn, so ist Oesterreich mit seinem Bestande zufrieden; wo nicht, nicht. Es ist klar, daß Deutschland sich zu einer gewaltigen Mauer machen kann, wenn es in seiner Gesammtheit auf diese Politik eingeht, und gerade darum hat Frankreich Widerwillen vor derselben. Frankreich — wir haben es in den letzten Monaten mit einer Deutlichkeit, die allen Zweifel niederschlägt, erlebt — sieht sein Interesse nicht in Resignation; es kann mit Dem nicht auskommen, der von ihm verlangt, daß es sich still verhalte.

Die französische Diplomatie hat sich deßhalb eine positive Aufgabe gesetzt. Da Preußen nach ihrer Ansicht durch sein Verhalten während des Krieges gezeigt hat, daß es ihm entweder gleichgültig sey, was in Europa vor sich geht, oder es doch nicht der Mühe werth halte, seinen Arm zu heben, um Unerwünschtes abzuwenden, so denkt sie, Versuche machen zu können, wie weit sie gehen dürfe, ohne auf Preußens Widerstand zu stoßen. Es kommt hier natürlich vor allem Anderen in Betracht, daß Rußland sowohl wie Frankreich, wenn sie sich den Weg zum ersten Platze unter den europäischen Staaten bahnen wollen, damit anzufangen haben, Deutschland politisch brach zu legen. Theils ist dies zu erreichen, indem sie mit den einzelnen Gliedern des deutschen Staatskörpers Beziehungen entgegengesetzter Art anknüpfen, die Interessen in Deutschland theilen und dadurch die politische Bedeutsamkeit unseres Vaterlandes lähmen, wo nicht ganz aufheben; theils indem sie Schein-Freundschaft und Quasi-Allianz mit deutschen Staaten suchen, um angeblich gemeinsame Vortheile zu verfolgen, während doch nach der Natur der Verhältnisse die deutschen Staaten solche Aufgaben haben, zu deren Lösung sie gewiß weder auf Frankreichs noch auf Rußlands Unterstützung zählen dürfen.

Es war einmal ehrlich gesprochen, wenn dieser Tage eines der offiziösen Pariser Journale, die immer eine doppelte Sprache reden, zu lesen gab, ein Bündniß zwischen Preußen und Frankreich sey eine politische Chimäre. Denn in der That, wozu sollte uns eine solche Allianz nützen? So lange als Preußen mit Frankreich zusammenginge, würde der Puls unsers politischen Lebens stocken, allen Unternehmungen, die in Preußens und Deutschlands Interesse zu führen wären, wäre trostloser Stillstand auferlegt, unsere Bewegungen wären gehemmt, unsere politischen Gedanken verlören Ruhe, Selbstgewißheit, Einklang und Stätigkeit. Wir können ohne Pein nicht daran denken, daß Preußen so eben die Aufmerksamkeit der Welt durch seine an die dänische Regierung gerichteten Noten auf sich gelenkt hat, und man in Kopenhagen wahrscheinlich den Muth finden würde, sich um die deutschen Vorstellungen gar nicht zu kümmern, wenn Preußen es mit Frankreich und Rußland hielte, diesen beiden vorzüglichsten Schirmherren des dänischen Gesammtstaats und Haupturhebern aller Leiden, von welchen die deutschen Herzogthümer — zu Preußens alter und neuer Klage — betroffen worden sind.

Wir wissen nicht einen einzigen Fall, in dem Preußens Interesse mit dem französischen zu vereinigen wäre, aber es gibt ihrer desto mehr, die einen unversöhnlichen Widerstreit enthalten.

Keine andere Frucht läßt sich von einer solchen Allianz errathen oder erspähen, als eine für alle Staaten gefährliche Steigerung der Macht Frankreichs. Frankreich hat Rußland heruntergezogen und genöthigt, sich ihm anzuschließen, es machte sodann Staat mit freundlichen Gesinnungen für Preußen, um Oesterreich um so mehr zu lähmen und zu ängstigen, und dergestalt will es England, dem es auf direktem Wege nichts anhaben kann, die Allianzen auf dem Festlande entziehen, um sich in seiner Allianz mit England, deren Beibehaltung die Vorsicht gebietet, mit Freiheit bewegen zu können.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** (Aus dem Referat des Abg. Dr. Weis. Fortsetzung.)

Bevor Referent zu den einzelnen Artikeln des dritten Hauptstückes übergeht, macht derselbe darauf aufmerksam, daß die hier behandelten Folgen nicht die Folgen der Strafen, sondern der Verurtheilung sind, und beantragt deßhalb, die Ueberschrift so zu fassen: „Von den Folgen der Verurtheilung 2c.2c." — Der Art. 26 handelt von dem Verlust der Aemter, Dienste, Auszeichnungen und allgemeine Rechte, und gibt bis auf den Schlußsatz zu keiner wesentlichen Aenderung Veranlassung. Dagegen beantragt Referent den Schlußsatz: „In wie ferne bei einer Verurtheilung wegen Zweikampfes eine Ausnahme von der Vorschrift des gegenwärtigen Artikels eintreten könne, ist im Artikel 169 bestimmt", zu streichen. Hier müsse es heißen: Entweder — oder. Entweder halte man den Zweikampf im Allgemeinen oder unter gewissen Umständen für eine in dem Maße strafbare Handlung, daß es gerechtfertigt erscheine, ihn mit Zuchthausstrafe zu bedrohen — wie dies im Artikel 169 geschieht — oder man sehe ihn nicht in diesem Maße strafbar an, dann dürfte wegen desselben auch nicht auf Zuchthausstrafe erkannt werden. Weiteres hierüber wird den Bemerkungen zu den besondern Art. vorbehalten. — Gegen Art. 27—29 (Verlust der Eidesfähigkeit) wird nichts Wesentliches erinnert. Der Art. 30 handelt von der Beschränkung der Vermögensrechte. Derselbe weicht von dem betreffenden Artikel des frühern Entwurfs darin ab, daß, während letzterer den wegen Verbrechen Verurtheilten das Recht, über ihr Vermögen von Todeswegen zu verfügen, ließ, der heutige Entwurf auch dieses Recht Jenen entzieht, welche wegen Hoch- oder Landesverraths zum Tode oder lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt worden sind. Zur Rechtfertigung dieser Bestimmung berufen sich die Motive 1) darauf, daß das preußische Strafgesetzbuch im Art. 73 dieselbe Bestimmung enthalte, 2) auf die Schwere des Verschuldens und 3) insbesondere auf die Gefahr des Mißbrauchs der Dispositionsbefugniß durch Verwendung des Vermögens zu verbrecherischen Zwecken. Referent hält aber diese Gründe nicht für genügend. Der erste Grund, führt Referent an, könne an und für sich nichts entscheiden, allein im konkreten Falle um so weniger, als das preußische Strafgesetzbuch überhaupt ein anderes System befolge, hier viel weiter geht, als unser Entwurf, nämlich schon mit Eröffnung der Untersuchung die Beschlagnahme des Vermögens eintreten lasse. Was den zweiten Grund betreffe, so dürften die hier in Rede stehenden Handlungen, nicht schwerer, als sonstige mit gleichen Strafen bedrohte Handlungen angesehen werden. Ein Mißbrauch endlich sey hier gewiß nicht mehr, als bei andern für gleich strafwürdig anerkannten Handlungen zu befürchten. Abgesehen davon, daß dem Referenten die angegebenen Gründe die vorgeschlagene Bestimmung nicht zu rechtfertigen scheinen, habe er noch einen weitern positiven Grund, sich dagegen zu erklären; er halte es nämlich für politisch unklug, in derartigen Dingen die sog. politischen Verbrechen anders als die gewöhnlichen zu behandeln. Hiernach beantragt Referent den Abstrich der bezüglichen Absätze des Artikels, bezüglich der andern Absätze aber eine andere Redaktion, da es auch zweckmäßig sey, über die Art und Weise, wie ein Kurator aufzustellen sey, eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen. Art. 30 würde dann lauten: „Der zur Zuchthausstrafe Verurtheilte verliert mit dem Eintritt der Rechtskraft des Urtheils für die Dauer seiner Strafe das Recht, sein Vermögen zu verwalten und unter Lebenden über dasselbe zu verfügen. Während dieser Zeit darf ihm auch nichts von seinem Vermögen verabfolgt werden. Für die Verwaltung des Vermögens wird in vorgeschriebener Weise ein Kurator aufgestellt, dessen Rechte und Pflichten sich nach den Gesetzen über die Verwaltung des Vermögens Minderjähriger bestimmen."

Art. 31 handelt von der Suspension vom Amt und Gehalt bezüglich desjenigen Staatsbeamten und öffentlichen Dieners, der eine Freiheitsstrafe zu erstehen hat. Referent ist mit dem Artikel einverstanden. Man werde zwar vielleicht die Behauptung aufstellen, die Bestimmung dieses Artikels stehe mit dem Staatsdieneredikte im Widerspruch, denn nach § 18 desselben habe der definitiv verliehene Dienerstand und Standesgehalt die unverletzliche Natur der Dauer auf Lebenszeit, und indem der vorgeschlagene Artikel in Fällen, wo der Dienerstand nicht verloren gehe, dennoch auf gewisse Zeit nicht bloß den Diensteslsondern auch den Standesgehalt entziehe, sey er mit §. 18 im Widerspruche; diese Ansicht sey jedoch offenbar unrichtig. Nachdem Referent dies näher erörtert hat, bejaht er noch die Frage, ob die Bestimmung des Art. 31 zweckmäßig sey, und fügt bei, daß es sich hier übrigens offenbar nur um eine Verurtheilung wegen Verbrechen und Vergehen, nicht aber auch um eine Verurtheilung in eine Arreststrafe wegen einer Uebertretung handeln könne. Es sey deßhalb statt des Wortes „Freiheitsstrafe" zu setzen „Gefängnißstrafe."

Art. 32 handelt von der Konfiskation und gibt zu keiner wesentlichen Veränderung Veranlassung. Art. 33 handelt von Unterdrückung und Vernichtung von Preßerzeugnissen und lautet:

„Wenn ein Preßerzeugniß den Gegenstand eines Strafurtheils bildet, so kann in dem Urtheile zugleich die Unterdrückung oder Vernichtung aller vorfindlichen Exemplare dieses Erzeugnisses und der zu dessen Hervorbringung ausschließlich bestimmten Mittel (Platten, Formen und dergleichen) verfügt werden. Ist nur ein Theil eines Preßerzeugnisses für strafbar erkannt worden, so findet die vorstehende Bestimmung nur bezüglich dieses Theiles Anwendung, soweit eine solche Ausscheidung möglich ist."

„Dieser Artikel, bemerkt Referent, entspricht dem Artikel 2 des Preßgesetzes, weicht von demselben aber in folgenden wesentlichen Punkten ab: 1) Artikel 2 des Preßgesetzes spricht nur von Unterdrückung oder Vernichtung des Preßerzeugnisses, während Art. 33 auch die Unterdrückung oder Vernichtung der zu dessen Hervorbringung ausschließlich bestimmten Mittel gestattet. 2) Das Preßgesetz nimmt dasjenige aus, was in Privatbesitz übergegangen ist, während Art. 33 diese Ausnahme wenigstens nicht ausdrücklich enthält. 3) Das Preßgesetz gestattet diese Unterdrückung nicht nur in dem Falle eines verurtheilenden Erkenntnisses, sondern auch dann, wenn eine Verurtheilung nicht erfolgt oder eine Person, gegen welche eine Anklage gerichtet werden könnte, nicht gegeben ist. Art. 33 scheint diese Befugniß auf den ersten Fall zu beschränken."

„In den Motiven sind keine Gründe dieser Abweichungen von der jetzigen Gesetzgebung angegeben. Mit der ersten Abweichung bin ich einverstanden, da sie mit den Bestimmungen des Artikels 32 harmonirt. Dabei versteht es sich von selbst, daß die Vernichtung nicht weiter gehen darf, als zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes, nämlich Verhinderung der weiteren Vervielfältigung, nothwendig ist. Ein Stein, auf dem sich eine unzüchtige Zeichnung befindet, ist z. B. nicht zu vernichten, es genügt, daß die Zeichnung weggeschliffen wird. Der zweiten Aenderung kann ich aber aus dem nämlichen Grunde nicht beistimmen, da die auch in dem Art. 32 aufgenommene Beschränkung gewiß der Billigkeit entspricht. Was nun die dritte Abweichung betrifft, so stimme ich derselben nach den Erfahrungen, welche wir in Beziehung auf die Anwendung des Abs. 2 des Art. 2 des Preßgesetzes gemacht haben, vollkommen bei. Ich beantrage hiernach, den Art. 33 Abs. 1 also zu fassen: „„In dem wegen eines Preßerzeugnisses erfolgenden verurtheilenden Erkenntnisse kann zugleich, soweit dies ohne Verletzung dritter nicht schuldiger Personen möglich ist, die Unterdrückung oder Vernichtung der vorfindlichen Exemplare dieses Erzeugnisses und, soweit dies zur Verhinderung weiterer Vervielfältigung nöthig ist, der zu dessen Hervorbringung ausschließlich bestimmten Mittel (Platten, Formen und dergl.), verfügt werden."" Absatz 2 wäre sodann unverändert anzunehmen."

Niederlande.

Haag, 26. Dez. Der Minister des Innern, Herr Dr. Simons, wird sich zu seiner gänzlichen Wiederherstellung nach Gelderland zu seinen Verwandten begeben. An mehreren Orten werden jetzt von einer Partei Unterschriften zu Adressen an den König gesammelt, in welchen Sr. Maj. der Dank der Unterzeichner dafür bezeugt wird, daß er das Entlassungsgesuch des Ministers Simons nicht bewilligt, sondern sich entschlossen habe, denselben seinen Gegnern gegenüber zu behaupten.

Frankreich.

* **Paris**, 26. Dezbr. In den Sälen des Palais royal ist jetzt die Sammlung der Gegenstände aufgestellt, welche der Prinz Napoleon von seiner Reise mitgebracht hat, und die in ihrer Vollständigkeit ein sehr genaues Bild des kümmerlichen Lebens der Grönländer darbietet.

* Der Kaiser hat Befehl zur Restauration des Hauses Bonaparte in Ajaccio und zum Bau der Todtenkapelle ertheilt, welche die sterblichen Ueberreste der Mad. Mère und des Kardinal Fesch aufnehmen soll. Der Kaiser hat im Budget seiner Zivilliste pro 1857 200,000 Fr. zu diesem Behufe bestimmt.

Paris, 27. Dezbr. Der heutige „Constitutionel“ versichert, daß die Großmächte eine Note an die Schweiz richten werden, mit Vorschlägen, welche eine vorläufige Annahme von Seiten Preußens erhalten hätten. (T. D. d. N.-Z.)

Spanien.

Madrid, 20. Dezbr. Die Gesandten aller größeren europäischen Staaten sind beauftragt, ein wachsames Auge auf die spanischen Angelegenheiten zu haben und über den Zustand auf der Halbinsel unausgesetzt Berichte abzustatten. Wie niemals früher, erregt das Land diesseits der Pyrenäen allgemeine Besorgniß. Der preußische wie der österreichische Gesandte sind bemüht, nicht nur die Ereignisse in all' ihren geheimen Windungen zu verfolgen, sondern, so viel sie vermögen, Einfluß auf dieselben zu üben. Sie unterstützen durch Rath und Fürsprache den Marschall Narvaez und die moderade Regierung. — Zum ersten Male, seitdem die Königin Isabella II. auf den Thron erhoben worden, zeigen sich die Carlisten bereit, an den Wahlen zu den Ayuntamientos Theil zu nehmen. Es scheint aber dieses Mal der Wahlkampf ein wichtiger werden zu wollen, da sich Carlisten sowohl als Progressisten auf denselben einlassen

Madrid, 22. Dezbr. In offiziellen Kreisen ist fast alle Aufmerksamkeit auf Catalonien gerichtet, wo die Lage der Dinge täglich drohender wird. Mit Ende dieses Jahres werden nach übereinstimmenden Angaben nicht weniger als 100,000 Arbeiter ohne Beschäftigung und ohne Brod, sowie der Härte der rauhen Jahreszeit ausgesetzt seyn. Fabrik auf Fabrik wird geschlossen; denn der Schmuggel macht ihnen das Fortarbeiten unmöglich. Wären die Carabineros — diejenigen Truppen, die den Douanendienst zu thun haben — verläßlich und erfüllten sie ihre Pflicht, dann freilich hätten die Fabriken in Catalonien mit weniger Schwierigkeiten zu kämpfen; allein diese Gränzwächter sind im höchsten Grade demoralisirt und von den Schmugglern bestochen — was können da die strengen Befehle helfen, die von der Regierung an die Vorgesetzten der Carabineros abgehen? Außerdem ist die Fabrikation, wie überhaupt Handel und Verkehr, durch die politischen Vorgänge erschreckt und gelähmt. Der Fabrikationsfrage gegenüber hat übrigens der Civilgouverneur von Catalonien, Herr Ordonnes, große Fehler begangen. Er hat sich in die Verhältnisse der Arbeiter zu den Fabrikanten ohne hinlängliche Kenntniß der Dinge unberufen eingemischt; er unterstützte die Beschwerde der Arbeiter, welche statt 12 nur 10 Stunden täglich zu arbeiten und statt 10 Realen täglich deren 16 verlangten, ohne zu wissen, welchen beträchtlichen Schlag er dadurch den Fabrikanten versetzte, die ohnehin einen schweren Kampf zu bestehen haben. Und nachdem er die Fabrikherren zusammen berufen und diese ihm auseinander gesetzt hatten, daß sie durch die Vermehrung der ihnen auferlegten Opfer zur Einstellung der Arbeit gezwungen würden, beging er die Taktlosigkeit, eine Proklamation zu erlassen, in welcher die Fabrikanten, die sich seine Vorschläge anzunehmen geweigert, genannt, getadelt und gewissermaßen dem Unwillen der Arbeiter bezeichnet wurden. (Köln. Z.)

Italien.

Rom, 18. Dezbr. Aus Paris sind seit einigen Tagen zwei Staatsmänner hier, welche, wie ich verbürgen kann, eine politische Sendung haben, wenn auch dieselbe nicht formell ist. Der Zweck der Mission ist eine klare und zuverlässige Einsicht in die thatsächlichen Zustände der Verwaltung des Kirchenstaats zu gewinnen, um später mit wohlgemeintem Rathe an die Hand zu geben, doch Alles ohne Aufsehen und Ostentation.

Aus dem Kirchenstaat hört man von neuen Mordthaten. Zu Imola wurde mit einer Feuerwaffe an dem Gendarmeriemajor Zambelli, aus der Republik San Marino stammend, ein Mordversuch gemacht, als derselbe bei lichtem Tage mit einem andern Offizier einen Spaziergang machte. Die Individuen, welche man des Mordes des Grafen Lavatelli für schuldig hält, sind nach Bologna gebracht worden, um von dem dortigen österreichischen Standgericht abgeurtheilt zu werden.

* Dem „Toulonnais“ wird aus Nizza geschrieben: „Das in unserer Stadt erscheinende italienische Journal erzählt, daß einige Matrosen der zu Villafranca liegenden russischen Corvette, welche das Schiff ohne Urlaub verließen, um in's Wirthshaus zu gehen, bei ihrer Rückkehr an Bord auf Befehl des Kommandanten jeder 20 und ihr Anführer 100 Ruthenhiebe erhielt. Letzterer — fügt das Journal bei — soll an den Folgen dieser barbarischen Behandlung gestorben und seine Leiche in der Nähe des Leuchtthurms in's Wasser geworfen worden seyn. Widerlegt wurde die Erzählung des Nizzaer Journals bis jetzt nicht, was deren Wahrheit befürchten läßt.“

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 15. Dez. Aus Larnaka (Insel Cypern) wird berichtet, daß daselbst in der Nacht vom 27. auf den 28. November das kleine Pulvermagazin des Schlosses, in welchem sich 20 Faß Pulver und 30 Kisten mit Patronen befanden, aufflog; die drei Schildwachen wurden getödtet und die Gefangenen, 6 an der Zahl, unter den Trümmern begraben; nur einer derselben wurde noch lebend herausgeschafft. Die benachbarten Häuser wurden zerstört, mehrere Einwohner schwer verwundet. (Fr. J.)

Amerika.

Philadelphia, 2. Dez. Seit zwei Monaten kamen mehrere Schiffe mit Passagieren von Hamburg nach New York, unter denen die Cholera auf eine schreckenerregende Weise ausbrach und viele Opfer forderte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat davon Notiz genommen und verschärften Befehl gegeben, alle Passagierschiffe genau zu untersuchen und, sobald man Beweise fände, daß Krankheiten durch Unreinlichkeit oder zu engen Raum entständen, nach dem Buchstaben des Gesetzes zu verfahren. Passagiere werden gewarnt, von einem Seehafen abzufahren, in welchem in der Zeit der Abfahrt ansteckende Krankheiten herrschen, da für die Kranken auf der See wenig Hülfe zu hoffen sey.

Asien.

* Man schreibt aus Jerusalem, 8. Novbr.: Samstag, 1. November hatte in unsern Mauern ein, sowohl vom politischen als vom religiösen Standpunkte, wichtiges Ereigniß statt. Einem Spezial-Firman zufolge setzte der Pascha von Jerusalem Namens des Sultans die, durch den Konsul Barrère vertretene, französische Regierung in den Besitz der antiken Basilika der heil. Anna, welche seit Saladin in eine muselmänische Schule umgewandelt war, wieder ein.

Nichtpolitische Zeitung.

Der städtische Bauinspektor Rieghammer in Regensburg hat eine Maschine erfunden, deren große Bedeutsamkeit aus den nachstehend aufgezählten Wirkungen erhellt. Dieselbe ist nämlich anwendbar als Pumpbrunnen, Bierpumpe für Brauereien, Feuerspritze, Wasserzubringer, Ventilator, Luft- u. Wasserpumpe für Dampfmaschinen, als rotirende Dampfmaschine selbst, mit und ohne Expansion, und als Dampffeuerspritze durchaus ohne Ventile oder Klappen und höchst einfacher Konstruktion. Der Erfolg ist durch die in einer großartigen Brauerei zu Regensburg aufgestellte und seit Kurzem thätige Maschine auf's glänzendste bereits bewährt. (Bamb. Z.)

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurter Börse (vom 22. bis 27. Dezember.)

Samstag. Kaum der Silber- und Geldkrisis entronnen, fallen wir wieder in die Hände der Politik — und während wir die Lichter der Weihnachtsbäume anzünden, feiert die Zwietracht ihre Feste. Die Neuenburger Frage hat in ihrem Entstehen eigentlich gar nicht beängstigt. Man vertraute der Weisheit und der Mäßigung, die im letzten Kriege zum Wohle Europa's die Wagschale zu Gunsten des Friedens neigte. Um so ernster berührte die schärfere Prägung, welche die Verhandlungen annahmen. Unsere der Erhaltung des Friedens günstige Ansicht hat durch die Ereignisse bis jetzt kein Dementi erhalten. Wenn auch wachsender Kriegslärm die Blätter füllte, so trat doch anderseits auch das Bemühen der Diplomaten, vermittelnd einzuwirken, sichtbar hervor. Unterdessen leidet die Börse unter dem Einfluß der täglich, ja stündlich wechselnden Berichte und Meinungen. Die Kursschwankungen waren seit langer Zeit nicht so stark, als zwischen dem 20. und 24. Dezbr. National fielen von $78\frac{1}{4}$ auf 77, Spanier von $23\frac{7}{8}$ auf $23\frac{1}{4}$, Bexbach 143—141, Bankaktien 1158—1140, österr. Kredit 204—192, Staatsbahnen 282—275, Meininger $95\frac{1}{2}$—94 u. s. w. Am ersten Feiertage (Donnerstag) war die Stimmung in der Effekensozietät merklich besser; gestern aber riefen daselbst die bedeutenden Ankäufe eines großen Hauses eine ganz unerwartete Hausse hervor. Oesterr. Kreditaktien wurden von 198 auf 210, Staatsbahn von 284 auf 295 getrieben, um nach starken Realisirungen 294 und 291 zu schließen. National gingen auf $78-\frac{1}{8}$, Spanier $23\frac{3}{4}$, junge Darmstädter 313. Daß die Kurse heute bedeutend unter den gestrigen Standpunkt wichen, ist erklärlich, doch schließen sie immer noch mit ansehnlicher Besserung gegen die Mittwochsbörse. Vor solchen Enttäuschungen und Verlusten wird die

Spekulation sich am sichersten bewahren, wenn sie die, wie gesagt, nahe bevorstehende Entscheidung der politischen Frage abwartet und bis dahin sich aller größeren Operationen enthält. Ueberhaupt sind auch nach friedlicher Beilegung der Neufchateler Frage die allgemeinen Verhältnisse, namentlich die finanziellen, noch nicht der Art, um ein nachhaltiges Steigen erwarten zu lassen. Die Pariser Bank hat ohne Diskonto-Herabsetzung die Verfallzeit der Wechsel von 60 auf 75 Tage verlängert. Bei hohem Diskonto in London, Paris, Amsterdam und Hamburg kann der momentane Geldüberfluß auf unserem Platz nicht maßgebend seyn. Von österr. Fonds ist, nachdem wir oben die Variationen angedeutet, kein sehr lebhaftes Geschäft zu melden. Das Kapital hält mit Anlagen zurück; nur Spekulation und Arbitrage waren thätig. Bankaktien haben ansehnlich in der Gunst des Publikum verloren. Man fragt sich, wie die Dividende auf 150,000 Aktien ausfallen wird, wenn sie bei 100,000 sich schon auf 60 fl. reduzirt? Auf spanische Fonds hat das Adjudikations-Manöver, das den Kurs konventionell um ⅛ pCt. erhöhte, keinen sonderlichen Einfluß gehabt. Von Eisenbahn-Aktien sind Frankfurt-Hanauer durch einen gezwungenen Verkauf bedeutend zurückgegangen. Die Sache selbst ist unverändert und die Bahn hat eine zwar entfernte, aber gute Zukunft. Staatsbahnen leiden unter den verminderten Einnahmen; es ist bedeutende Kontremine darin, welche vielleicht den Kurs heben wird. Eisenbahn-Quittungsbogen sehr vernachlässigt. Sämmtliche Kreditaktien, mit Ausnahme der Darmstädter und österr., sind unter Pari angelangt. Wenn wir bedenken, daß (ohne die zweifellos neu dazu kommenden) auf Einzahlungen 160 Mill. Bank-, zumal Kredikaktien nur noch zu leisten in Deutschland sind, können wir letzterer Kategorie Effekten wenigstens für die nächste Zeit kein günstiges Prognostikon stellen. Frankfurter Bank von mehreren Seiten stark angeboten. Man sagt, die Dividende werde ca. 18 fl., also etwa 4 pCt. betragen. Ist dieselbe auch nicht so fett, wie man sie für 1856 verlangt, so bedenke man, daß unsere Bank kein Kredit mobilier ist, noch seyn will, und daß sie langsam, aber sicher vorangeht. Bayerische Bankaktien ohne Umsatz, obgleich die Dividende des 2. Semesters auf 20 fl., d. h. 1 fl. mehr als voriges Jahr bestimmt ist. Von Loosen sind preuß. und österr. 1854er bedeutend gefallen. Gerüchte von einem neuen preuß. Anlehen dieser Art mögen bei ersteren dazu beigetragen haben. Oesterr. sind indeß wieder um 2 pCt. gestiegen. Wechsel unverändert, nur Wien ziemlich gewichen, da viele Coupons fällig sind und keine Einzahlungen dorthin für den Augenblick bevorstehen. Wir haben immer bemerkt, daß der Wiener Kurs fällt, wenn keine Einzahlungen in Wien zu leisten sind. Das Danaiden-Faß ist nicht voll zu machen. Der Ultimo wird zwar bedeutend seyn; aber Kontremine und parate Geldmittel werden die Abrechnung erleichtern.
(Aktionär.)

Frankfurt, 28. Dezbr. Eine günstige Stimmung beherrschte die heutige Börse und zeigten sich für sämmtliche Effekten, besonders aber für österr. Creditaktien, Staatsbahn und National fortwährend starke Kauflust, Bexbacher Eisenbahnaktien waren fehlend. Der Umsatz ziemlich lebhaft.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1851 78 P. 77¾G. 5pCt Lombard-Ven. 89P. 88½ G. Metall. alte à 5pCt. 77P. 76½G.; à 5pCt. in Silberb. R. 87 P. 86½ G.; à 4½pCt. 66 P. 65¾G.; à 4pCt. 59½ P. 59 G.; à 3pCt. 46 P. 45½ G.; à 8pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56½ P. 56 G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 82 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 90¼ P. 89¾ G.; 4pCt. 95P. 94½G.; 4pCt. Grundrente 95P 94½G.; 4½pCt. 101¼ P. — G.; 5pCt. 101 P. 100½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91¾P. 91¼ G.; 4½pCt. 103⅛P. 102⅝ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 90½P. 90G.; à 4pCt. 99½ P. 99 G.; 4½pCt. 102¼ P. 101¾G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 91½P. 91 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82¾P. 82¼G.; à 3½pCt. 90¾P. 90¼G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37½P — G.; 1¼pCt. neue 23 11/16 P. 23 9/16 G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1151P. 1146G. Neue Bankaktien 287P. 282 G. Credit-Actien à 5pCt 204 P 202G. Darmstädter Bankaktien alte 349 P. 347 G.; junge 309 P. 307 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 490 P. 485 G. Mitteldeutsche Creditbank 96¾ P. 96¼ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 96 P. 95½ G. Frankf. Bankaktien 108½ P. 108G. Span. Kreditaktien Emis. Rothschild 510 P. 505 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 569 P. 564 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frcs. Einz. 286 P. 284 G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. — — P. 143⅞G. Neustadt-Weissenb. 102⅞P. 102⅝ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 100¼ P. 100 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 351 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 78 P. 77 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77½P. 77G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92½ P. — G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 116¼P. — — G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 101¼ P. 101 G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 113½ P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48¾ P. 48½G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. 116⅜G. à fl. 25 35 P. 34¾G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 P. 37½ G. Nass. Loose à fl. 25 34½ P. 34 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43 P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 85 P. — G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amstd. fl. 100 k. S 100¼ P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 116⅝ P. 116⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119¾ G	Mail. i. S Lr. 250 k. S 99⅝ P — — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G.	Paris Frs. 200 k. S 92¾ P. 92½ G.
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P 104¾ G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Bremen 50 Thlr. Ld. k. S 96½ P. — — G.	Wien ö. 100 C. k. S. 1[illegible]¾ P. 111½ G.
Hamb. MB. 100 k. S 88⅝ P 88⅜ G.	Wien 3 M. mit 5% 111⅜ P. 111⅛ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G.	Disconto P. 4½ pCt. G.

Amsterdam, 22. Dezbr. Gerste, 97/98pfd. Fries. Winter- 162, 164 fl.

Hafer, 74/75pfd. Futter- 97 fl.

Buchwaizen flau, 118pfd Gordik 220 fl.

Rappsaat matter, Dänisch 83½ L., Holstein 69, 9 Faß, per März-April 87½, Sept. 78¾ L.

Leinsaat unverändert, 107/108pfd. Riga 320 fl.

Rüböl flau, kompt. 52¼ a 52 fl., Mai 48¾ fl., Sept.-Oktober 45¾ a ½ fl. Leinöl kompt. 39¾ fl., April-Mai 38¾. Hanföl kompt. 47 fl.

Neueste Nachrichten.

** München, 28. Dezbr. (Privat-Korrespondenz.) Se Maj. der König haben dem ersten Kronbeamten des Reichs, dem k. Kron-Obersthofmeister Fürsten Otto v. Oettingen-Spielberg, den hohen St Hubertusorden zu verleihen geruht. Es ist dies bekanntlich der erste Orden des Königreichs, und wohl auch einer der ältesten Orden Deutschlands, denn er wurde bereits 1444 vom Herzog Gerhard V. zum Andenken eines am Tage des heil. Hubertus erfochtenen Sieges über Arnold v. Egmont gestiftet. Die Insignien des Ordens wurden dem Fürsten am Weihnachtstage von Sr. Maj dem König selbst überreicht.

Wien, 28. Dez. Die „Oesterr. Korrespondenz" besagt: Oesterreich habe den diplomatischen Berner Konferenzen den Beitritt versagt, weil es sich unberechtigt glaube, auf Preußen zur Aufgebung verbürgten Rechts bestimmend einzuwirken. Preußen könne frei einen großmüthigen Akt hoher Politik folgen lassen, wenn die Schweiz dem Rath der Mächte wegen Freilassung der Gefangenen nachgegeben. In diesem wohlmeinenden Sinn wirke Oesterreich, überzeugt von Preußens Versöhnlichkeit.
(T. D. d. A. Z.)

Bern, 28. Dezbr. Die Entscheidung ist vor Dinstag (30. Dezbr.) nicht zu erwarten. Barmann wird den Sitzungen der Vorberathungskommissionen beiwohnen. Eine direkte Note Ludwig Napoleons an die Bundesversammlung, oder sonstige diplomatische Vorschläge, sind nicht eingetroffen. (T. D. d. Allg. Z.)

Aus Hongkong vom 15. November wird berichtet: „Der britische Admiral hat die Forts von Canton bombardirt und eingenommen, die chinesische Flotte und das Gouverneurpalais zerstört, weil die Kaiserlichen ein britisches Schiff angebordet. Zwölf chinesische Matrosen wurden weggeschleppt. Die Regierung verweigert Genugthuung." (T. D. d. A. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 363. | Vorausbezahlung: Halbjährlich hier 3 fl. 48 kr. Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. | 53. Jahrgang. | Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | Mittwoch, 31. Dezember 1856

Zur Erziehungs- und Unterrichtsfrage.

V.

„Wie viel Einwohner hat Lissabon?" Mit dieser Frage hörte ich in einer deutschen Knabenschule das Examen beginnen. Abgesehen davon, daß mir sogleich einfiel, wie dankbar die portugiesische Regierung einem deutschen Schulgeographen seyn würde, der ihr diese Frage authentisch beantworten wollte, erinnerte sie mich lebhaft an die alte verkehrte Methode, wo in Einem Athem Gebirge, Städte mit der genauen Angabe der Zahl ihrer Strumpfwirker, Flüsse u. s. w. unter einander auswendig gelernt werden mußten. Und doch hat uns erst Ritter den natürlichen Weg gezeigt und uns von der Methode eines Büsching befreit. Seit dieser Geist den Zauber löste, ist aber auch recht viel Erfreuliches auf dem Gebiete der Geographie zu Tage gekommen, sowohl in Beziehung auf die Methode, als in Beziehung auf die benützten Hülfsmittel. Man hat zuerst die unveränderlichen Verhältnisse eines Landes von den veränderlichen geschieden, natürliche Gränzen von politischen. Der Schüler lernt zuerst seine Gebirge, dann seine Gewässer, seine Wasserscheiden u. s. w. und dann die politischen Gränzen, die Lage der wichtigsten Städte nebst ihren Größenbeziehungen, den Gang der wichtigsten Handelszüge u. s. w. kennen, und es läßt sich nicht läugnen, daß die Hülfsmittel zum Theil den Unterricht noch überflügelt haben. Ueberdies fängt man nicht mehr so leicht wie früher von dem Globus und dem unbekannten großen Weltmeer an und erzählt dem Kind von einer runden Erde, die sehr gescheidten Leuten ihrer Zeit unbegreiflich vorgekommen ist, sondern geht naturgemäß von der nächsten Staude aus und steigt von dem nächstliegenden Bezirk zur allgemeinen Kenntniß der Erde auf. Zugleich begegnen uns, wie bereits angedeutet wurde, die mannigfaltigsten und trefflichsten Mittel in der Gestalt von Karten und Globen. Namentlich sind es die geoplastischen Karten, welche besondere Erwähnung verdienen, und der Verfasser gesteht, daß er durch den Besitz einer solchen Karte und ihre regelmäßige Anschauung in Monaten einen besseren Ueberblick erhalten hat, als sonst in Jahren.

Einen ähnlichen natürlichen Stufengang auch in anderen Disziplinen einzuschlagen und von der Kenntniß der äußeren Umrisse auf detaillirtere Partien überzugehen, lag nahe, obschon bis jetzt wenig die Rede davon gewesen zu seyn scheint. Bei dem Gymnasialunterricht war dies freilich weniger nothwendig. Was nämlich die Sprachen betrifft, so sind hier die Verhältnisse weit einfacher und der Unterricht war insofern ganz gut gegliedert, als man gewissermaßen einen Kreis des Cornelius Nepos, des Livius, des Cicero u. s. w. unterscheiden konnte. Ein ähnliches Verhältniß kann auch bei der Elementarmathematik angenommen werden, wo die Lehren der Algebra und Geometrie sehr systematisch aufeinander folgen. Es ist aber doch die Frage, ob es auch hier bei einem intensiver eingehenden Unterricht nicht angemessener wäre, auf einer niedrigern Stufe nur die allerwichtigsten Lehrsätze übersichtlich vorzutragen, und auf einer unmittelbar darauf folgenden höheren gleichfalls mehr in's Detail einzugehen.

Was aber den Unterricht in der Geschichte betrifft, so litt derselbe seither an dem bedeutenden Mangel, daß er zu wenig in eine noch engere Verbindung mit der Geographie gebracht war. Wer sich aber vielleicht nur einmal das Vergnügen gemacht hat, etwa die Züge eines Cäsar oder eines Napoleon mit der Karte in der Hand zu studiren, der hat sich zugleich des trefflichsten Mittels bedient, um seinem Gedächtniß zu Hülfe zu kommen. Die Karten sind ein Surrogat dafür, daß wir nur selten oder gar nicht im Stande sind, die Schauplätze jener Thaten aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Ganz anders verhält sich aber die Sache auf dem Gebiet der Naturwissenschaften. Hier tritt uns ein Reichthum des Materials und eine Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse der Individuen entgegen, daß eine richtige Methode auf diesem Gebiete von außerordentlichem Interesse ist. Wie die Sache gegenwärtig lagert, so werden die Kenntnisse mehr als ein Aggregat aneinander gehäuft. Man lehrt z. B. in einer Klasse nach irgend einem bald weiteren bald engeren Plan Physik, in einer andern Klasse Mineralogie u. s. w. Ist also vielleicht Jemand gezwungen, seine Studien zu unterbrechen, so hat er von der einen Disziplin Alles und von der andern gar nichts gehört, so daß gewöhnlich in der einen Hinsicht zu viel und in der andern zu wenig geschieht. Wir fassen die Sache anders. So wie beim Besteigen eines Berges die Kreise des Horizont's sich immer vergrößern und die früheren nicht aus dem Gesicht verloren werden, so sollten sich auch unsere Kenntnisse in den erwähnten Fächern nicht in gerader Linie fortsetzen, sondern nur der Kreis derselben sich allmählich erweitern. Wir sollen also im dritten Jahre so gut Physik hören als im ersten, aber in einem andern Umfang. Wir werden uns im ersten Jahr auf die allgemeinsten Gesetze beschränken, wie dies beiläufig in Schödlers Buch der Natur geschieht, welches schon durch seinen Absatz zeigt, daß es die Bedürfnisse einer großen Zahl befriedigt, während im zweiten und dritten Jahr derselbe Gegenstand nach umfassenderen Plänen vorgetragen werden soll. Dabei sollte man so viel als möglich und namentlich bei Individuen, welche nicht in einen unmittelbaren Staatsdienst zu treten beab-

sichtigen, dem Ermessen der Leute überlassen, wie tief sie in ihre Materie eingehen wollen, d. h. denselben zu hospitiren gestatten, wobei übrigens von selbst verständlich ist, daß geschlossene Kurse bestehen, für deren Besuch man sich verbindlich zu machen hat.

Gehen wir nun aber auf die Gränzen selbst ein, welche immer einen Abschnitt des Horizonts natürlich schließen sollen, so sind solche allerdings bei der Physik und Chemie schwerer zu bestimmen, und müssen wohl dem Ermessen erfahrener Lehrer anheim gegeben werden. Doch lassen sich in sofern Andeutungen geben, daß z. B. die Kenntniß mancher Apparate, die man in unsern Lehrbüchern findet, nur dem Physiker von Fach wichtig seyn können, daß Anfangs die mathematische Behandlung ausgeschlossen seyn kann u. s. w.

Auf dem naturgeschichtlichen Gebiete dagegen treffen wir sehr bestimmte derartige Grenzen an, die in der systematischen Eintheilung dieser Fächer ihre Begründung finden. Der Schüler lernt z. B. heutzutage das System der Zoologie in der Art, daß er Knochenthiere, Gliederthiere u. s. w. sogleich mit Gattungen und Arten kennen lernt. Dies scheint aber bei weitem nicht so zweckmäßig, als wenn er erst eine allgemeine Uebersicht des ganzen Thierreichs mit seinen charakteristischen Unterschieden nach einem als gut erkannten Systeme kennen lernt, dann erst auf einer höheren Stufe die Gattungen und noch später die wichtigsten Arten. Auf einer solchen anfänglichen Stufe lernt er z. B. den Käfer nach seinen allgemeinsten Merkmalen an charakteristischen Beispielen in Pentamera, Heteromera, Tetramera und Primera unterscheiden, und ein Carabus oder sogenannter Laufkäfer mag ihm als Beispiel zur ersten Klasse gedient haben. Auf einer zweiten Unterrichtsstufe lernt er nun erst die Gattungen Cicindela, Brachinus, Harpalus, Carabus u. s. w., so daß er jetzt seinen Carabus von verwandten Geschlechtern unterscheiden lernt, und endlich gelangt er zu den wichtigsten Arten, und unterscheidet Carabus auratus, Carabus granulatus u. s. w. An der Universität sollten dann diese Disziplinen so fortgesetzt werden, daß der künftige Naturforscher auch einen solchen Käfer in seinem Organismus studieren kann, wie dies etwa in den zoologischen Briefen von Karl Vogt zu finden ist.

Brauchen wir noch auf die Vortheile einer solchen Methode hinzuweisen? Sie sind wohl erheblich und mehrfältig genug. Denn erstens erhält dadurch ein junger Mensch im Anfang eine bescheidene, seiner körperlichen und geistigen Kraft angemessene Stoffmenge zu verarbeiten; zweitens bekommt er demgemäß auch Lehrbücher von einem erst nach und nach wachsenden Umfang in die Hand, drittens wird dadurch der Gegenstand in seinen allgemeinen Theilen immer wiederholt und das Sprüchwort in Ehren gehalten, daß eine repetitio eine mater studiorum ist, wodurch offenbar die Gründlichkeit wesentlich gewinnen muß, und endlich schließt dadurch der Schüler mit jedem Jahr einen Bildungskreis ab, wofür also nach unserer Ansicht immer Sorge zu tragen ist, so daß bei einem unterbrochenen Studium nichts Abgerissenes zum Vorschein kommt, sondern immer nur ein kleinerer Bildungskreis, den der Mensch vielleicht unter günstigen Verhältnissen durch eigene Kraft oder sonst in irgend einer Weise weiter auszudehnen vermag.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 28. Dez. Von den zahlreichen Getraidehändlern aus der Schweiz, die auf unsern bisherigen Schrannen sehr bedeutende Einkäufe machten, hatten sich zur gestrigen Schranne nur sehr wenige eingefunden, und zwar aus Furcht, es könnte, bevor sie ihre Einkäufe über die Gränze zu bringen im Stande sind, eine Sperre derselben eintreten — eine Befürchtung, die doch wohl noch etwas verfrüht seyn dürfte. Sollte es zwischen Preußen und der Schweiz zum Waffenkampf kommen, dann freilich wird sich die Gränzsperre der betreffenden deutschen Staaten von selbst verstehen; noch aber haben viele Leute die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Streits nicht aufgegeben. (A. Z.)

Preußen. Berlin, 23. Dez. Noch bis diesen Augenblick ist über die Kriegsrüstungen Preußens dem Publikum nichts offiziell mitgetheilt worden, und auch die sehr vorsichtige Art und Weise, mit welcher die heutige Nummer der „Voss. Ztg." die Rüstungen berührt, ohne dabei das Wort Mobilmachung auszusprechen, zeigt es von Neuem sehr deutlich, daß man von der höchsten Stelle herab Weisungen in dieser Beziehung gegeben hat. Wir hören von ganz zuverlässiger Seite, daß ursprünglich die dritten oder Füsilirbataillone, die ausschließlich mit den neuen sehr weit tragenden Zündnadelgewehren und Büchsen armirt sind, zu der Expedition ausersehen waren. Nun aber hat man sich in Folge der ostensiblen, fast den Vertheidigungskrieg überschreitenden Maßregeln der Schweizer entschlossen, die Mobilmachung auf die schon angegebene Weise bis auf eine ganze Division jedes Armeekorps auszudehnen. Die Nothwendigkeit der letzteren Maßregel erklärt sich jetzt besonders dadurch, daß den Royalisten ein Operationsplan in die Hände gefallen ist, der sich keineswegs bloß auf die Vertheidigung der Pässe beschränkt, sondern bis zur Offensive sich ausdehnt. Es sollen sich nämlich nach jenem Plane die beiden Truppenkorps, welche zur Vertheidigung der ziemlich offenen Position von Schaffhausen und Basel vorgerückt sind, in der Gegend von Lörrach konzentriren, den Breisgau besetzen und so nicht allein der Schweiz selbst große Nachtheile und Beschädigungen ersparen, sondern auch den auswärtigen Freunden der Republik Gelegenheit schaffen, die Streitkräfte der Eidgenossenschaft zu verstärken.(?) Dieser Plan ist mit großer Sachkenntniß von einem ehemaligen preußischen Offizier des Ingenieurkorps, Herrn Rüstow, der bei dem Stabe der eidgenössischen Truppen jetzt als Oberst und Unterchef des Generalstabes angestellt ist, entworfen. Dieser auch als militärischer Schriftsteller schon bekannte, sehr talentreiche Offizier stand vor einigen Jahren in Posen und mußte demokratische Umtriebe mit einem Festungsarrest büßen, aus dem er auf eine der Kinkel'schen Befreiung sehr ähnliche Weise entkam, und nun taucht er als Generalstabsoffizier der Eidgenossenschaft wieder auf. — Unter den in diesen Tagen verabschiedeten hohen Offizieren befindet sich der noch sehr rüstige, auch noch keineswegs in sehr vorgerücktem Alter stehende Generallieutenant und Chef der Divisionen in Neisse, von Pequignolle, ein Schweizer von Geburt. (Ostd. P.)

Württemberg. Eßlingen, 28. Dezbr. Der Ausschuß des Gewerbvereins hat in einer heute stattgehabten Sitzung beschlossen, auf morgen Abend eine größere Versammlung Gewerbtreibender einzuberufen, um derselben Angesichts der bereits auf Handel und Verkehr störend einwirkenden Einflüsse des preußisch-schweizerischen Konfliktes eine Erklärung vorzulegen, nach welcher der, von verschiedenen Abgeordneten in Stuttgart an den ständischen Ausschuß gerichteten Bitte, betreffend den Durchmarsch preußischer Truppen rc., beigetreten werden soll. (Schw. M.)

Baden. Freiburg, 26. Dez. Herr Hannibal Fischer gibt in der hiesigen Zeitung eine Erklärung ab, worin er schließlich bemerkt, daß die ihm von Oldenburg aus angeschuldigte Erpressung nach Ausweis einer von den Oldenburger Gerichten an das hiesige großherzogliche Hofgericht erlassenen Requisition in der „eigenthümlichen Auffassung" bestehe, es liege in einer von ihm an den Großherzog von Oldenburg, kgl. Hoheit, gerichteten Bitte um Zahlung eines Gehaltrückstandes ein „Erpressungsverbrechen."

Freiburg, 27. Dez. Der Literat Dr. Abt, welcher sich längere Zeit dahier aufgehalten, wurde, wie schon früher mehrere Blätter mittheilten, wegen Theilnahme am Hochverrath vom Hofgerichte in Konstanz zu einer einjährigen gemeinen Zuchthausstrafe verurtheilt und überdies die lebenslängliche Landesverweisung gegen denselben in einem nachträglichen hofgerichtlichen Erkenntniß ausgesprochen. Abt hat sich vor einigen Wochen von hier wegbegeben, da derselbe in den aus Veranlassung der Vermählung des Großherzogs erfolgten Gnadenakt inbegriffen war und seine richterlich ausgesprochene Zuchthausstrafe nachgelassen erhielt, mit der Bedingung jedoch, daß er das Land nicht mehr betreten dürfe. (Bad. Ldsz.)

Heidelberg, 22. Dezbr. Die Paßpolizei ist in Baden ziemlich streng, so streng, daß der Handwerksbursche Baden in eine Art Verruf gethan zu haben scheint. So hat denn eine große Menge Handwerksmeister in Karlsruhe sich zu einer Petition veranlaßt gesehen, in welcher sie um eine mildere Handhabung der Paßpolizei gegen Handwerksburschen bitten. (K. Z.)

Eine großherzogl. Verordnung, die Organisation des evangelischen Oberkirchenraths betreffend, welche das Regierungsblatt vom 22. d. M. gebracht hat, hat den Zweck, diese Behörde dem Ministerium des Innern gegenüber näher zu bringen, insbesondere aber dem kirchlichen und geistlichen Element derselben den gebührenden Einfluß zu sichern. Nach dieser Verordnung soll das Direktorium des evangelischen Oberkirchenraths in Zukunft aus einem Direktor und Vizedirektor bestehen, wovon einer jedenfalls immer dem geistlichen Stande angehören muß. Diese beiden, Direktor und Vizedirektor, sollen, so oft Gegenstände von dem evangelischen Oberkirchenrath an das Ministerium des Innern gebracht werden, in den Sitzungen des letztern Sitz und Stimme haben. (A. Z.)

Aus Baden, 28. Dezbr. Nicht ohne große Befürchtung sieht man allgemein in Baden der Entwickelung der Dinge zwischen Preußen und der Schweiz entgegen. Der badische Staat kann Vieles von den Drangsalen, die ein Krieg im Gefolge hat, erzählen. Nun soll er abermals dazu dienen, die

Streitigkeiten mit einem Nachbarlande, die ihm nichts angehen, auf und nahe an seinem Gebiet auskämpfen zu helfen. Gerne gönnt man dem König von Preußen jede Ordnung seiner Rechte auf Neuenburg; aber man ist damit nicht einverstanden, daß dies lediglich durch die drückendste Last des badischen Staates und Volkes erreicht wird. Am meisten wird und muß das Oberland leiden; dort wird die Aufstellung des preußischen Heeres seyn, dort wird unsere Armee gleichfalls die Gränze zu bewachen haben; dort muß Theuerung entstehen, die Last der Einquartirung unerträglich werden, dort wird jeder Verkehr und Handel gehemmt seyn und die badische Staatseisenbahn brach liegen, ja an der Gränze leicht zerstört werden. (Schw. M.)

Aus dem Seekreis, 28. Dez. Die militärischen Vorbereitungen in unserer Nachbarschaft nehmen mit jedem Tage einen ernsteren Charakter an, und das Schweizervolk scheint mit der größten Einmüthigkeit zu einem muthigen Widerstand entschlossen zu seyn. Immer bedenklicher wird aber auch die Lage des badischen Landes, und namentlich des Seekreises im Falle eines feindlichen Angriffs gegen die Schweizerkantone; denn man kann sich die Besorgniß nicht verhehlen, daß die Schweizer auf die Neutralität eines Landes wenig Rücksicht nehmen werden, von dessen Gränzen sie angegriffen werden. In dieser Beziehung hat die Petition mehrerer Mitglieder der württembergischen Kammer an den ständischen Ausschuß in Betreff des Durchzugs preußischer Truppen durch das Königreich Württemberg auch im badischen Seekreis ungetheilten Beifall gefunden, weil jetzt schon die nachtheiligen Folgen für Handel und Gewerbe immer fühlbarer werden, da die Gefahr für das badische Land beim Ausbruch eines Krieges mit der Schweiz nicht mehr zu ermessen ist. (Schw. M.)

Oesterreich. Wien, 25. Dezbr. Die „Wien. Ztg." zeigt an, daß der Kaiser in Würdigung der gedeihlichen Resultate der in mehreren Vorstädten Wiens bestehenden Speiseanstalten für die ärmere Volksklasse den Betrag von 2000 fl. C.-M. zur Förderung solcher Anstalten in der Art gewidmet hat, daß bei denselben Abonnementskarten gekauft und an wahrhaft bedürftige und würdige Personen vertheilt werden.

Schweiz.

Bern, 24. Dez. Da ein in Biel erscheinendes Blatt, „Der Handels-Courrier", einen ungemessenen Artikel gegen den König von Preußen enthielt, so hat der Bundesrath sein Justiz-Departement mit der Untersuchung der Verhältnisse des Redakteurs beauftragt, da es namentlich jetzt den schweizer Regierungen nicht gleichgültig ist, ob die auswärtige Revolution die Hand im Spiele habe. Dowiat, ein deutscher Flüchtling, der ein Pasquill auf den König von Preußen im „Handels-Courrier" erscheinen ließ, ist (wie telegraphisch bereits gemeldet) ausgewiesen. (K. Z.)

Bern, 26. Dez. Der Großrath von Obwalden hat, dem Beispiele Zugs und der größten Kantone folgend, ebenfalls unbedingten Kredit für militärische Zwecke eröffnet. Aus dem Kanton Schwyz richteten die Ober- und Unteroffiziere der ehemaligen Artillerie des Sonderbunds das Gesuch an den Bundesrath, er möchte ihnen gestatten, „in den Reihen der lieben Eidgenossen gegen die Preußen fechten zu dürfen." Großartig erhebend war in Luzern der Akt des Fahnenschwurs der zuerst an die Gränze eilenden Truppen. Der begeisternden Anrede des Militärdirektors folgte ein viermaliges Hoch auf das Vaterland, und die ganze versammelte Menge fiel in gewaltigem Chor ein, als die Feldmusik „Rufst du mein Vaterland" anstimmte. (A. Z.)

Bern, 27. Dez. Die Anträge des Bundesraths in der Neuenburger Frage, womit seine Botschaft an die Bundesversammlung schließt, sind folgende: 1) Der Bundesrath wird zum Zweck einer friedlichen Ausgleichung der Neuenburger Frage in gleicher Weise wie bis dahin zu allen Mitteln Hand bieten, die mit der Ehre und der Würde der Schweiz verträglich, und die die Anerkennung der Unabhängigkeit Neuenburgs von jedem auswärtigen Verbande herbeizuführen geeignet sind. 2) Die vom Bundesrath erlassenen militärischen Aufgebote und die übrigen von ihm getroffenen Sicherheitsmaßnahmen sind genehmigt. Er ist beauftragt, alle weiteren Anordnungen zu treffen, um, im Falle eine ehrenhafte friedliche Ausgleichung nicht erzielt würde, zur Vertheidigung des Vaterlandes aufs äußerste gerüstet zu seyn. Für die diesfalls zu bestreitenden Ausgaben wird ihm ein unbeschränkter Kredit eröffnet. 3) Der Bundesrath ist ermächtigt, für Rechnung der Eidgenossenschaft ein oder mehrere Geldanleihen zusammen bis auf den Belauf von höchstens dreißig Millionen Franken aufzunehmen und die Anleihenkontrakte definitiv abzuschließen. 4) Der Bundesrath ist beauftragt, diesen Beschluß den Kantonen und dem Schweizervolke in angemessener Weise bekannt zu machen. Im Falle der Genehmigung obiger Anträge durch die beiden Räthe beantragt der Bundesrath ferner die Wahl des Oberbefehlshabers der aufgestellten, allfällig noch weiter aufzustellenden Truppen, sowie des Chefs des Stabes durch die vereinigte Bundesversammlung. Endlich erlaubt sich der Bundesrath den Wunsch auszusprechen, es möge mit Rücksicht auf die ernste Lage des Vaterlandes die Bundesversammlung nach Beendigung ihrer Berathung sich nicht auflösen, sondern nur sich vertagen. Obige Anträge hat die Bundesversammlung am 30. Dezember angenommen.

Bern, 27. Dez. Die Elferkommission, welche von der Bundesversammlung zur Berichterstattung über die Neuenburger Angelegenheit ernannt worden, ist zum großen Theil aus konservativen Elementen zusammengesetzt. Auch der ehemalige Staatsschreiber von Gonzenbach ist mit großer Mehrheit zum Mitgliede derselben gewählt worden. (Fr. Pstz.)

Die Militärmacht der Schweiz theilt sich in zwei Kategorien: 1) die wirklich organisirten Truppen, aus welchen die Kantone ihre Kontingente zu dem 64,000 Mann starken Bundesheere stellen; hiezu gehört auch ein Theil der Landwehrtruppen, welche sich in mehreren Kantonen auf besserem dienstfähigen Fuße befinden, als die Kontingentstruppen anderer Stände; 2) die nicht vollständig organisirten Streitkräfte, nämlich jene ältern Mannschaftsklassen, welche zwar noch im dienstpflichtigen Alter stehen, allein gehöriger Instruktion und Information ermangeln; ferner die junge milizpflichtige, aber noch nicht eingetheilte Mannschaft. Unter dieser Kategorie sind viele Unbewaffnete begriffen, hingegen enthält sie eine beträchtliche Zahl alter, versuchter Schützen, die bei einer allgemeinen Landesvertheidigung treffliche Dienste leisten können. — Die wirklich organisirten Truppen zählen: Artillerie und Train 10,500 Mann, 1050 Genietruppen, 1900 Mann Kavallerie, 8600 Scharfschützen, 100,000 Mann Infanterie, zusammen 121,000 Mann. Die nicht organisirten Streitkräfte enthalten annähernd 64,000 Mann; Total der dienstpflichtigen Mannschaft aller Kantone 185,000 M. Diese Ziffern dürften sich im Falle eines Krieges noch bedeutend erhöhen. — In einigen Kantonen hat sich das Wehrwesen seit dem Jahre 1847 außerordentlich entwickelt. Die Schweiz stellt durchschnittlich auf 10 Seelen der Bevölkerung 1 Wehrmann. Außer der Bewaffnung in den Händen der Mannschaft befinden sich in den Zeughäusern mindestens: 60,000 Infanterie-Gewehre, 3000 Scharfschützen-Stutzen, 670 Stück Geschütze jeder Art. (N. Nachr.)

Dänemark.

Kiel, 25. Dez. Die Beantwortung der letzten Noten von Berlin und Wien hat der Minister des Aeußern im Verein mit dem Herrn Präsidenten Andrä und dem Minister des Innern, Hrn. Krieger, verfaßt. Der Inhalt der Antwortnote ist einfach eine in höfliche Formen gekleidete Erklärung, die Erfüllung der Wünsche beider Kabinete sey unthunlich. Schließlich wird dem Verlangen nach Verfassungsrevision ebenfalls kein Zugeständniß gemacht. So meldet die „Köln. Ztg.", und ganz ebenso, unter der Rubrik Kopenhagen, die „Berliner Nat.-Ztg.", und, unter der Rubrik Vom Main, der „Schw. M."

Großbritannien.

London, 27. Dezbr. Die „Gazette" theilt mit, daß der Kaiser von Marokko dem britischen Konsul in Tanger 16,000 Pfd. Sterl. als Entschädigung für die im April dieses Jahres von den Riffpiraten geplünderte britische Barke „Hymen" ausgezahlt habe, und daß die dazumal zu Schaden Gekommenen sich mit ihren Ansprüchen an das Handelspräsidium wenden mögen.

Frankreich.

Paris, 27. Dez. Der bekanntlich früher schon gefaßte Beschluß, daß aus Veranlassung des neuen Jahres keine Ordensverleihungen mehr stattfinden, wird von allen einsichtsvollen uneigennützigen Personen gebilligt, da nicht einzusehen ist, warum es gerade an diesem Tage Ordenskreuze regnen soll. (Fr. Postz.)

Spanien.

Madrid, 24. Dezbr. Gestern ist der neue Kriegsminister Graf de la Constancia hier eingetroffen.

† Madrid 24. Dez. Der Graf von San Luis, ehemaliger Minister des Innern unter General Narvaez und Präsident des Ministerraths beim Ausbruch der Revolution von 1854, ist, in Folge der neulichen Amnestie, in Madrid angekommen.

Madrid, 25. Dezbr. Die Personen, welche wegen der Theilnahme an dem neulich entdeckten republikanischen Club verhaftet worden sind, werden nach verschiedenen Punkten Spaniens geschickt und dort unter die Aufsicht der Behörden gestellt werden.

Italien.

Aus Neapel wird unterm 12. Dezember geschrieben: „Gleichzeitig wurden dem Könige zwei Gesuche unterlegt, in welchen um die Erlaubniß angesucht wird, auf dem Platze, wo das letzte Attentat auf den König versucht wurde, eine prachtvolle Kirche zu erbauen. Das Handels-Gremium, an dessen Spitze der Baron Rothschild und die Armee, machen sich diese Ehre streitig. Ersterem wurde der Vorzug eingeräumt, aber auch der Armee soll die Gelegenheit geboten werden, einen Beweis ihrer Liebe für den Monarchen zu geben. Ich habe Ihnen noch einen schönen Zug des 3. Jäger-Regimentes zu berichten, der vielleicht noch nicht allbekannt seyn dürfte. Nach dem verübten Attentate stellte sich das genannte Regiment, in dem Milano war, freiwillig so lange als Gefangene in die Quartiere, bis seine Unschuld und Nichttheilnahme an der verruchten That sich unläugbar erwiesen haben werde. Als der König hiervon Kunde erhielt, ließ er sogleich das gesammte Offizierkorps des Regiments zu sich bescheiden und entlastete somit das brave Regiment von jedem Verdachte der Mitschuld an dem Verbrechen." (Köln. Z.)

Modena, 23. Dez. Der Belagerungszustand in Carrara wurde aufgehoben.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Wie glaubwürdige Mittheilungen melden, ist die Nachricht eingetroffen, daß die Pforte die Konzession der Moldauer Landesbank (eine Filiale der Dessauer Bank) nunmehr freigegeben hat.

Rußland und Polen.

Petersburg, 20. Dezbr. Durch Tagesbefehl vom vorgestrigen Tage ist verfügt, für jede der drei Grenadierdivisionen, sowie der 18 Infanteriedivisionen der sechs Armeekorps, endlich auch für jede der 4 Divisionen des abgesonderten kaukasischen Corps je ein Schützenbataillon zu formiren, zusammen also diese Truppentheile um 25 Schützenbataillone zu vergrößern. Während also auf der einen Seite Reduktionen in der Armee vorgenommen werden, werden auf der anderen Seite die einzelnen Divisionen derselben verstärkt.

Handels- und Börsen-Berichte.

Frankfurt, 30. Dezbr. Bei nicht sehr erheblichem Umsatz waren die Course der meisten Fonds und Aktien stationär. Bexbacher Eisenbahnaktien waren auch heute sehr gesucht. Die Ultimo-Abrechnung ging gut von Statten.

Providentia wurde zu 105 verhandelt.

Staats-Papiere.

Oesterreich. 5pCt Nationalanleihe von 1851 77¾ P. 77½ G. 5pCt. Lombard-Ven. 89¾ P. 88¼ G. Metall. alte à 5pCt. 76⅝ P. 76¼ G.; à 5pCt. in Silber b. R. 86½ P. 86 G.; à 4½pCt. 66 P. 65½ G.; à 4pCt. 59½ P. 59 G.; à 3pCt. 46 P. 45½ G.; à 1pCt. — P. — G. 3pCt. österr.-franz. Prioritäts-Eisenbahn-Obligationen 56½ P. 56 G. **Preussen.** 3½pCt. Staatsschuldscheine 82 P. — G. **Bayern.** Obligationen à 3½pCt. 90¼ P. 89¾ G.; 4pCt. 95 P. 94½ G.; 4pCt. Grundrente 95 P. 94½ G.; 4½pCt. 101¼ P. — G.; 5pCt. 101 P. 100½ G. **Württemberg.** 3½pCt. Obligationen b. R. 91¾ P. 91¼ G.; 4½pCt. 103⅛ P. 102⅝ G. **Grossherzogthum Hessen.** Obligationen à 3½pCt. 91 P. 90½ G.; à 4pCt. 99½ P. 99 G.; 4½pCt. 102¼ P. 101¾ G. **Nassau.** Obligationen à 3½pCt. 90½ P. 90 G. **Frankfurt.** Obligationen à 3pCt. 82¾ P. 82¼ G.; à 3½pCt. 90¾ P. 90¼ G. **Spanien.** 3pCt. inl. Schuld 37½ P. — G.; 1½pCt. neue 23¾ P. 23½ G. **Holland.** Integrale — P. — G.; Certificats 4pCt. — P. — G.

Bank- und Credit-Actien.

Oesterr. Bankaktien o. D. alte 1115 P. 1113 G. Neue Bankaktien 281 P. 279 G. Credit-Actien à 5pCt 201¼ P 199½ G. Darmstädter Bankaktien alte 317 P. 315 G.; junge 307 P. 305 G. Internationale Creditbank i. Luxemburg 490 P. 485 G. Mitteldeutsche Creditbank 96 P. 95½ G. Leipziger-Credit-Bank-Aktien 95½ P. 96 G. Frankf. Bankaktien 105¾ P. 105¼ G. Span. Kreditaktien Emis Rothschild 515 P. 510 G. Span. Kreditaktien der Gesellschaft Pereire 569 P. 564 G.

Eisenbahn-Actien.

5pCt. österr. Staats-Eisenbahn-Actien incl. 225 Frs. Einz. 285½ P. 283½ G. Ludwigshafen-Bexbacher ex. D. 142¾ P. 144¼ G. Neustadt-Weissenb. 103¼ P. 102¾ G. 4½pCt. bayr. Ostbahn-Aktien 101¼ P. 101 G. Kurf. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — P. — G. Taunus-Aktien 351 P. 352 G. Hanauer Eisenb.-Aktien 78 P. 77 G. Florenz-Livorno E. B. A. à 4pCt. 77½ P. 77 G. Rhein-Nahe-Eisenbahn-Aktien 92½ P. — G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. à fl. 250 b. R. von 1839 117 P. 116½ G.; à fl. 250 mit 4pCt. von 1854 101½ P. 101⅛ G. 3½ pCt. neue Prämienscheine 113½ P. — G. Badische fl. 35 Loose von 1845 48¾ P. 48½ G. Darmst. Loose à fl. 50 117 P. 116⅜ G. à fl. 25 35 P. 31¾ G. Kurh. 40 Thaler-Loose b. R. 38 P. 37½ G. Nass. Loose à fl. 25 31¼ P. 31 G. Sard. Loose bei G. Bethmann. 43. P. — G. Poln. Anlehen fl. 500 Partial 85 P. — G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S 100¼ P. 100 G.	Lond. Lst. 10 k. S. 116¾ P. 116½ G.
Augsb. fl. 100 k. S. — — P. 119¾ G	Mail. i. S. Lr. 250 k. S 99⅝ P — — G.
Berlin Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G.	Paris Frs. 200 k. S 92¾ P. 92½ .
Cöln Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G.	Lyon Frs. 200 k. S. — P. — G.
Brem. 50 Thlr. Ld. k. S. 96½ P. — — G.	Wien ö. 100 C. k. S. 111½ P 111¼ G.
Hamb. MB. 100 k. S. 88⅝ P 88¾ G.	Wien 3 M. mit 5% 111½ P. 111¼ G.
Leipz. Thlr. 60 k. S. 105 P. 104¾ G.	Disconto P. 4½ pCt. G.

Neueste Nachrichten.

München, 28. Dezbr. Se. Maj. der König haben den Oberstlieutenant Fr. Frhrn. v. Tautphoeus vom 11., den Unterlieutenant Wilh. Merkel vom 1. Inf.-Reg., diesen auf ein Jahr, den temporär pens. Unterzeugwart M. Rettenberger auf ein weiteres Jahr, den temporär pens Kanzlei-Sekretär J. Döderlein bleibend, den temporär pens Hauptmann F. v. Stockhammern auf weitere zwei Jahre, den Regimentsarzt Dr. C. Golch vom 1. Art.-Reg. auf ein Jahr, den temporär pens. Regimentsquartiermeister Sittler bleibend, den Unterlieutenant Ph. Mayer vom 12. und J. Arendts vom 7. Inf.-Reg. auf ein Jahr, den Hauptmann und Oberzeugwart L. Fischer von der Zeughausverwaltung Würzburg (Marienberg) auf ein Jahr, den Oberlieutenant W. Graf v. Tattenbach vom 1. Kür.-Reg., den Oberapotheker J. Forster von der Kommandantschaft Würzburg, diesen auf ein Jahr, den Unterlieutenant J. Schmeizl vom 8. Inf.-Reg., den temporär pensionirten Unterlieutenant Johann Stelzl auf weitere zwei Jahre in den Ruhestand versetzt; das Dienstestauschgesuch der Unterlieutenants Bernhard Freiherr v. Eichthal vom 5. Chev.-Reg. und Max. Beit vom 4. Chev.-Reg. genehmigt; dem Unterlieut. H. Blaß vom 1. Chev.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere ertheilt; die Dienstestauschgesuche der Majore Ad. Frhr. v. Seckendorff vom 5. Chev.-Reg. und M. Gerstner vom 1. Chev.-Reg., dann der Hauptleute K. Steinwarz vom 6., M. Frhr. v. Pechmann vom 1. und Max. Parseval vom 2. Jäg.-Bat. genehmigt; dem pension. Oberlieut. J. Diem aus dienstlichen Erwägungen die Entlassung aus dem militärischen Standesverhältnisse ertheilt; dem Oberlieutenant à la suite Clemens Schenk Freiherrn v. Stauffenberg den Charakter als Rittmeister à la suite verliehen. (Verordnungsbl.)

Bern, 29. Dezbr. Herr Barmann, der schweizerische Gesandte in Paris, ist, wie bereits gemeldet, eingetroffen, und hat der Sitzung des Bundesraths beigewohnt. Er bezeichnet die Stimmung der Tuilerien als der Schweiz günstiger. Uebrigens sind keine neuen Vorschläge oder Noten eingelaufen. Herr Furrer hat eine Mission an die süddeutschen Staaten. Der nationale Rath sitzt morgen. (T. D. d. A. Z.)

Genf, 25. Dez. Da sich eine bedeutende Anzahl waffenfähiger, aber nicht zu den regelmäßigen Milizen gehöriger Mannschaften zum Kriegsdienst gemeldet hat, so hat der Staatsrath aus den HH. General Klapka, Oberst Veillard, Oberst Reymond, Piktet de Bock und Artilleriekommandant Challet-Venel einen Militärausschuß ernannt, der mit der Organisation eines Genfer Freikorps, welches alle Waffengattungen enthalten soll, beauftragt ist. Der große Rath hat gestern dem Staatsrath einen außerordentlichen Kredit von 850,000 Fr. für Militärausgaben bewilligt. Die „Revue de Genève" versichert heute mit Bestimmtheit, daß die Generale Lamoricière und Bedeau der Schweiz ihre Dienste angeboten haben. (Allg. Z.)

Die Fortsetzung der Neuesten Nachrichten s. im „Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhtmann.

Mit dem täglich erscheinenden Beiblatt „Würzburger Anzeiger."
Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.